Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts
vom Institut für Zeitgeschichte

Hauptherausgeber
Horst Möller

Mitherausgeber
Gregor Schöllgen und Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2012

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland

1981

Wissenschaftliche Leiterin
Ilse Dorothee Pautsch

Bearbeiter
Daniela Taschler, Matthias Peter
und Judith Michel

Oldenbourg Verlag München 2012

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

eISBN 978-3-486-71804-1

Inhalt

Vorwort VII

Vorbemerkungen zur Edition VIII

Verzeichnisse XV

Dokumentenverzeichnis XXVII
Literaturverzeichnis LXXXIV
Abkürzungsverzeichnis XCII

Dokumente 1

Band I (Dokumente 1–122) 3
Band II (Dokumente 123–280) 685
Band III (Dokumente 281–398) 1485

Register 2105

Personenregister 2105
Sachregister 2185

Anhang: Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Januar 1981

Vorwort

Mit den Jahresbänden 1981 wird zum neunzehnten Mal eine Sammlung von Dokumenten aus dem Politischen Archiv des Auswärtigen Amts unmittelbar nach Ablauf der 30jährigen Aktensperrfrist veröffentlicht.

Das Erscheinen der vorliegenden Bände gibt Anlaß, allen an dem Werk Beteiligten zu danken. So gilt mein verbindlichster Dank dem Auswärtigen Amt, vor allem dem Politischen Archiv. Gleichermaßen zu danken ist dem Bundeskanzleramt für die Erlaubnis, unverzichtbare Gesprächsaufzeichnungen in die Edition aufnehmen zu können. Herrn Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt danke ich für die Genehmigung zum Abdruck wichtiger und die amtliche Überlieferung ergänzender Schriftstücke aus seinem Depositum im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn.

Großer Dank gebührt ferner den Kollegen im Herausgebergremium, die sich ihrer viel Zeit in Anspruch nehmenden Aufgabe mit bewährter Kompetenz gewidmet haben. Gedankt sei auch dem präzise arbeitenden Verlag R. Oldenbourg sowie den in der Münchener Zentrale des Instituts Beteiligten, insbesondere der Verwaltungsleiterin Frau Ingrid Morgen.

Das Hauptverdienst am Gelingen der drei Bände haben die Bearbeiter, Frau Dr. Daniela Taschler, Herr Dr. Matthias Peter und Frau Dr. Judith Michel, zusammen mit der Wissenschaftlichen Leiterin, Frau Dr. Ilse Dorothee Pautsch. Ihnen sei für die erbrachte Leistung nachdrücklichst gedankt.

Wesentlich zur Fertigstellung der Edition beigetragen haben überdies: Herr Dr. Michael Mayer durch Mitarbeit bei der Kommentierung, Herr Dr. Wolfgang Hölscher und Frau Britta Durstewitz durch die Herstellung des Satzes, Frau Jutta Bernlöhr, Frau Gabriele Tschacher und Frau Brigitte Hoffmann durch Schreibarbeiten sowie Frau Sophia Freund und die Herren Peter Yorck von Domarus und Patrick Härtel.

Berlin, den 1. Dezember 2011 Horst Möller

Vorbemerkungen zur Edition

Die „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981“ (Kurztitel: AAPD 1981) umfassen drei Bände, die durchgängig paginiert sind. Den abgedruckten Dokumenten gehen im Band I neben Vorwort und Vorbemerkungen ein Dokumentenverzeichnis, ein Literaturverzeichnis sowie ein Abkürzungsverzeichnis voran. Am Ende von Band III finden sich ein Personen- und ein Sachregister sowie ein Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Januar 1981.

Dokumentenauswahl

Grundlage für die Fondsedition der „Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1981“ sind die Bestände des Politischen Archivs des Auswärtigen Amts (PA/AA). Schriftstücke aus anderen Bundesministerien, die in die Akten des Auswärtigen Amts Eingang gefunden haben, wurden zur Kommentierung herangezogen. Verschlußsachen dieser Ressorts blieben unberücksichtigt. Dagegen haben die im Auswärtigen Amt vorhandenen Aufzeichnungen über Gespräche des Bundeskanzlers mit ausländischen Staatsmännern und Diplomaten weitgehend Aufnahme gefunden. Als notwendige Ergänzung dienten die im Bundeskanzleramt überlieferten Gesprächsaufzeichnungen. Um die amtliche Überlieferung zu vervollständigen, wurde zusätzlich das Depositum des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgewertet.

Entsprechend ihrer Herkunft belegen die edierten Dokumente in erster Linie die außenpolitischen Aktivitäten des Bundesministers des Auswärtigen. Sie veranschaulichen aber auch die Außenpolitik des jeweiligen Bundeskanzlers. Die Rolle anderer Akteure, insbesondere im parlamentarischen und parteipolitischen Bereich, wird beispielhaft dokumentiert, sofern eine Wechselbeziehung zum Auswärtigen Amt gegeben war.

Die ausgewählten Dokumente sind nicht zuletzt deshalb für ein historisches Verständnis der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung, weil fast ausschließlich Schriftstücke veröffentlicht werden, die bisher der Forschung unzugänglich und größtenteils als Verschlußsachen (VS) der Geheimhaltung unterworfen waren. Dank einer entsprechenden Ermächtigung wurden den Bearbeitern die VS-Bestände des PA/AA ohne Einschränkung zugänglich gemacht und Anträge auf Herabstufung und Offenlegung von Schriftstükken beim Auswärtigen Amt ermöglicht. Das Bundeskanzleramt war zuständig für die Deklassifizierung von Verschlußsachen aus den eigenen Beständen. Kopien der offengelegten Schriftstücke, deren Zahl diejenige der in den AAPD 1981 edierten Dokumente weit übersteigt, werden im PA/AA zugänglich gemacht (Bestand B 150).

Nur eine äußerst geringe Zahl der für die Edition vorgesehenen Aktenstücke wurde nicht zur Veröffentlichung freigegeben. Hierbei handelt es sich vor allem

um Dokumente, in denen personenbezogene Vorgänge im Vordergrund stehen oder die auch heute noch sicherheitsrelevante Angaben enthalten. Von einer Deklassifizierung ausgenommen war Schriftgut ausländischer Herkunft bzw. aus dem Bereich multilateraler oder internationaler Organisationen wie etwa der NATO. Unberücksichtigt blieb ebenfalls nachrichtendienstliches Material.

Dokumentenfolge

Die 398 edierten Dokumente sind in chronologischer Folge geordnet und mit laufenden Nummern versehen. Bei differierenden Datumsangaben auf einem Schriftstück, z. B. im Falle abweichender maschinenschriftlicher und handschriftlicher Datierung, ist in der Regel das früheste Datum maßgebend. Mehrere Dokumente mit demselben Datum sind, soweit möglich, nach der Uhrzeit eingeordnet. Erfolgt eine Datierung lediglich aufgrund sekundärer Hinweise (z. B. aus Begleitschreiben, beigefügten Vermerken usw.), wird dies in einer Anmerkung ausgewiesen. Bei Aufzeichnungen über Gespräche ist das Datum des dokumentierten Vorgangs ausschlaggebend, nicht der meist spätere Zeitpunkt der Niederschrift.

Dokumentenkopf

Jedes Dokument beginnt mit einem halbfett gedruckten Dokumentenkopf, in dem wesentliche formale Angaben zusammengefaßt werden. Auf Dokumentennummer und Dokumentenüberschrift folgen in kleinerer Drucktype ergänzende Angaben, so rechts außen das Datum. Links außen wird, sofern vorhanden, das Geschäftszeichen des edierten Schriftstücks einschließlich des Geheimhaltungsgrads (zum Zeitpunkt der Entstehung) wiedergegeben. Das Geschäftszeichen, das Rückschlüsse auf den Geschäftsgang zuläßt und die Ermittlung zugehörigen Aktenmaterials ermöglicht, besteht in der Regel aus der Kurzbezeichnung der ausfertigenden Arbeitseinheit sowie aus weiteren Elementen wie dem inhaltlich definierten Aktenzeichen, der Tagebuchnummer einschließlich verkürzter Jahresangabe und gegebenenfalls dem Geheimhaltungsgrad. Dokumentennummer, verkürzte Überschrift und Datum finden sich auch im Kolumnentitel über dem Dokument.

Den Angaben im Dokumentenkopf läßt sich die Art des jeweiligen Dokuments entnehmen. Aufzeichnungen sind eine in der Edition besonders häufig vertretene Dokumentengruppe. Der Verfasser wird jeweils in der Überschrift benannt, auch dann, wenn er sich nur indirekt erschließen läßt. Letzteres wird durch Hinzufügen der Unterschrift in eckigen Klammern deutlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert („Verfasser laut Begleitvermerk“ bzw. „Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung“). Läßt sich der Urheber etwa durch den Briefkopf eindeutig feststellen, so entfällt dieser Hinweis. Ist ein Verfasser weder mittelbar noch unmittelbar nachweisbar, wird die ausfertigende Arbeitseinheit (Abteilung, Referat oder Delegation) angegeben.

Eine weitere Gruppe von Dokumenten bildet der Schriftverkehr zwischen der Zentrale in Bonn und den Auslandsvertretungen. Diese erhielten ihre Informa-

tionen und Weisungen in der Regel mittels Drahterlaß, der fernschriftlich oder per Funk übermittelt wurde. Auch bei dieser Dokumentengruppe wird in der Überschrift der Verfasser genannt, ein Empfänger dagegen nur, wenn der Drahterlaß an eine einzelne Auslandsvertretung bzw. deren Leiter gerichtet war. Anderenfalls werden die Adressaten in einer Anmerkung aufgeführt. Bei Runderlassen an sehr viele oder an alle diplomatischen Vertretungen wird der Empfängerkreis nicht näher spezifiziert, um die Anmerkungen nicht zu überfrachten. Ebenso sind diejenigen Auslandsvertretungen nicht eigens aufgeführt, die nur nachrichtlich von einem Erlaß in Kenntnis gesetzt wurden. Ergänzend zum Geschäftszeichen wird im unteren Teil des Dokumentenkopfes links die Nummer des Drahterlasses sowie der Grad der Dringlichkeit („cito“, „citissime“ und „citissime nachts“) angegeben. Rechts davon befindet sich das Datum und – sofern zu ermitteln – die Uhrzeit der Aufgabe. Ein Ausstellungsdatum wird nur dann angegeben, wenn es vom Datum der Aufgabe abweicht.

Der Dokumentenkopf bei einem im Auswärtigen Amt eingehenden Drahtbericht ist in Analogie zum Drahterlaß gestaltet. Als Geschäftszeichen der VS-Drahtberichte dient die Angabe der Chiffrier- und Fernmeldestelle des Auswärtigen Amts (Referat 114). Ferner wird außer Datum und Uhrzeit der Aufgabe auch der Zeitpunkt der Ankunft festgehalten, jeweils in Ortszeit.

In weniger dringenden Fällen verzichteten die Botschaften auf eine fernschriftliche Übermittlung und zogen die Form des mit Kurier übermittelten Schriftberichts vor. Beim Abdruck solcher Stücke werden im Dokumentenkopf neben der Überschrift mit Absender und Empfänger die Nummer des Schriftberichts und das Datum genannt. Gelegentlich bedienten sich Botschaften und Zentrale des sogenannten Privatdienstschreibens, mit dem außerhalb des offiziellen Geschäftsgangs zu einem Sachverhalt Stellung bezogen werden kann; darauf wird in einer Anmerkung aufmerksam gemacht.

Neben dem Schriftwechsel zwischen der Zentrale und den Auslandsvertretungen gibt es andere Schreiben, erkennbar jeweils an der Nennung von Absender und Empfänger. Zu dieser Gruppe zählen etwa Schreiben der Bundesregierung, vertreten durch den Bundeskanzler oder den Bundesminister des Auswärtigen, an ausländische Regierungen, desgleichen auch Korrespondenz des Auswärtigen Amts mit anderen Ressorts oder mit Bundestagsabgeordneten.

Breiten Raum nehmen insbesondere von Dolmetschern gefertigte Niederschriften über Gespräche ein. Sie werden als solche in der Überschrift gekennzeichnet und chronologisch nach dem Gesprächsdatum eingeordnet, während Verfasser und Datum der Niederschrift – sofern ermittelbar – in einer Anmerkung ausgewiesen sind.

Die wenigen Dokumente, die sich keiner der beschriebenen Gruppen zuordnen lassen, sind aufgrund individueller Überschriften zu identifizieren.

Die Überschrift bei allen Dokumenten enthält die notwendigen Angaben zum Ausstellungs-, Absende- oder Empfangsort bzw. zum Ort des Gesprächs. Erfolgt keine besondere Ortsangabe, ist stillschweigend Bonn zu ergänzen. Hält sich der Verfasser oder Absender eines Dokuments nicht an seinem Dienstort auf, wird der Ortsangabe ein „z. Z.“ vorangesetzt.

Bei den edierten Schriftstücken handelt es sich in der Regel jeweils um die erste Ausfertigung oder – wie etwa bei den Drahtberichten – um eines von mehreren gleichrangig nebeneinander zirkulierenden Exemplaren. Statt einer Erstausfertigung mußten gelegentlich ein Durchdruck, eine Abschrift, eine Ablichtung oder ein vervielfältigtes Exemplar (Matrizenabzug) herangezogen werden. Ein entsprechender Hinweis findet sich in einer Anmerkung. In wenigen Fällen sind Entwürfe abgedruckt und entsprechend in den Überschriften kenntlich gemacht.

Dokumententext

Unterhalb des Dokumentenkopfes folgt – in normaler Drucktype – der Text des jeweiligen Dokuments, einschließlich des Betreffs, der Anrede und der Unterschrift. Die Dokumente werden ungekürzt veröffentlicht. Sofern in Ausnahmefällen Auslassungen vorgenommen werden müssen, wird dies durch Auslassungszeichen in eckigen Klammern („[...]“) kenntlich gemacht und in einer Anmerkung erläutert. Bereits in der Vorlage vorgefundene Auslassungen werden durch einfache Auslassungszeichen („...“) wiedergegeben.

Offensichtliche Schreib- und Interpunktionsfehler werden stillschweigend korrigiert. Eigentümliche Schreibweisen bleiben nach Möglichkeit erhalten; im Bedarfsfall wird jedoch vereinheitlicht bzw. modernisiert. Dies trifft teilweise auch auf fremdsprachige Orts- und Personennamen zu, deren Schreibweise nach den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln wiedergegeben wird.

Selten vorkommende und ungebräuchliche Abkürzungen werden in einer Anmerkung aufgelöst. Typische Abkürzungen von Institutionen, Parteien etc. werden allerdings übernommen. Hervorhebungen in der Textvorlage, also etwa maschinenschriftliche Unterstreichungen oder Sperrungen, werden nur in Ausnahmefällen wiedergegeben. Der Kursivdruck dient dazu, bei Gesprächsaufzeichnungen die Sprecher voneinander abzuheben. Im äußeren Aufbau (Absätze, Überschriften usw.) folgt das Druckbild nach Möglichkeit der Textvorlage.

Unterschriftsformeln werden vollständig wiedergegeben. Ein handschriftlicher Namenszug ist nicht besonders gekennzeichnet, eine Paraphe mit Unterschriftscharakter wird aufgelöst (mit Nachweis in einer Anmerkung). Findet sich auf einem Schriftstück der Name zusätzlich maschinenschriftlich vermerkt, bleibt dies unerwähnt. Ein maschinenschriftlicher Name, dem ein „gez.“ vorangestellt ist, wird entsprechend übernommen; fehlt in der Textvorlage der Zusatz „gez.“, wird er in eckigen Klammern ergänzt. Weicht das Datum der Paraphe vom Datum des Schriftstückes ab, wird dies in der Anmerkung ausgewiesen.

Unter dem Dokumententext wird die jeweilige Fundstelle des Schriftstückes in halbfetter Schrifttype nachgewiesen. Bei Dokumenten aus dem PA/AA wird auf die Angabe des Archivs verzichtet und nur der jeweilige Bestand mit Bandnummer genannt. Dokumente aus VS-Beständen sind mit der Angabe „VS-Bd.“ versehen. Bei Dokumenten anderer Herkunft werden Archiv und Bestandsbezeichnung angegeben. Liegt ausnahmsweise ein Schriftstück bereits veröffentlicht vor, so wird dies in einer gesonderten Anmerkung nach der Angabe der Fundstelle ausgewiesen.

Kommentierung

In Ergänzung zum Dokumentenkopf enthalten die Anmerkungen formale Hinweise und geben Auskunft über wesentliche Stationen im Geschäftsgang. Angaben technischer Art, wie Registraturvermerke oder standardisierte Verteiler, werden nur bei besonderer Bedeutung erfaßt. Wesentlich ist dagegen die Frage, welche Beachtung das jeweils edierte Dokument gefunden hat. Dies läßt sich an den Paraphen maßgeblicher Akteure sowie an den – überwiegend handschriftlichen – Weisungen, Bemerkungen oder auch Reaktionen in Form von Frage- oder Ausrufungszeichen ablesen, die auf dem Schriftstück selbst oder auf Begleitschreiben und Begleitvermerken zu finden sind. Die diesbezüglichen Merkmale sowie damit in Verbindung stehende Hervorhebungen (Unterstreichungen oder Anstreichungen am Rand) werden in Anmerkungen nachgewiesen. Auf den Nachweis sonstiger An- oder Unterstreichungen wird verzichtet. Abkürzungen in handschriftlichen Passagen werden in eckigen Klammern aufgelöst, sofern sie nicht im Abkürzungsverzeichnis aufgeführt sind.

In den im engeren Sinn textkritischen Anmerkungen werden nachträgliche Korrekturen oder textliche Änderungen des Verfassers und einzelner Adressaten festgehalten, sofern ein Konzipient das Schriftstück entworfen hat. Unwesentliche Textverbesserungen sind hiervon ausgenommen. Ferner wird auf einen systematischen Vergleich der Dokumente mit Entwürfen ebenso verzichtet wie auf den Nachweis der in der Praxis üblichen Einarbeitung von Textpassagen in eine spätere Aufzeichnung oder einen Drahterlaß.

Die Kommentierung soll den historischen Zusammenhang der edierten Dokumente in ihrer zeitlichen und inhaltlichen Abfolge sichtbar machen, weiteres Aktenmaterial und anderweitiges Schriftgut nachweisen, das unmittelbar oder mittelbar angesprochen wird, sowie Ereignisse oder Sachverhalte näher erläutern, die dem heutigen Wissens- und Erfahrungshorizont ferner liegen und aus dem Textzusammenhang heraus nicht oder nicht hinlänglich zu verstehen sind.

Besonderer Wert wird bei der Kommentierung darauf gelegt, die Dokumente durch Bezugsstücke aus den Akten der verschiedenen Arbeitseinheiten des Auswärtigen Amts bis hin zur Leitungsebene zu erläutern. Zitate oder inhaltliche Wiedergaben sollen die Entscheidungsprozesse erhellen und zum Verständnis der Dokumente beitragen. Dadurch wird zugleich Vorarbeit geleistet für eine vertiefende Erschließung der Bestände des PA/AA. Um die Identifizierung von Drahtberichten bzw. -erlassen zu erleichtern, werden außer dem Verfasser und dem Datum die Drahtberichtsnummer und, wo immer möglich, die Drahterlaßnummer angegeben.

Findet in einem Dokument veröffentlichtes Schriftgut Erwähnung – etwa Abkommen, Gesetze, Reden oder Presseberichte –, so wird die Fundstelle nach Möglichkeit genauer spezifiziert. Systematische Hinweise auf archivalische oder veröffentlichte Quellen, insbesondere auf weitere Bestände des PA/AA, erfolgen nicht. Sekundärliteratur wird generell nicht in die Kommentierung aufgenommen.

Angaben wie Dienstbezeichnung, Dienststellung, Funktion, Dienstbehörde und Nationalität dienen der eindeutigen Identifizierung der in der Kommentierung

vorkommenden Personen. Bei Bundesministern erfolgt ein Hinweis zum jeweiligen Ressort nur im Personenregister. Eine im Dokumententext lediglich mit ihrer Funktion genannte Person wird nach Möglichkeit in einer Anmerkung namentlich nachgewiesen. Davon ausgenommen sind der jeweilige Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen.

Die Bezeichnung einzelner Staaten wird so gewählt, daß Verwechslungen ausgeschlossen sind. Der in der Forschung üblichen Praxis folgend, wird in der Kommentierung, den Verzeichnissen sowie den Registern der Begriff DDR für die Deutsche Demokratische Republik verwendet. Das Adjektiv „deutsch" findet nur bei gesamtdeutschen Belangen oder dann Verwendung, wenn eine eindeutige Zuordnung gegeben ist. Der westliche Teil von Berlin wird als Berlin (West), der östliche Teil der Stadt als Ost-Berlin bezeichnet.

Die zur Kommentierung herangezogenen Editionen, Geschichtskalender und Memoiren werden mit Kurztitel angeführt, die sich über ein entsprechendes Verzeichnis auflösen lassen. Häufig genannte Verträge oder Gesetzestexte werden nur bei der Erstnennung nachgewiesen und lassen sich über das Sachregister erschließen.

Wie bei der Wiedergabe der Dokumente finden auch in den Anmerkungen die im Auswärtigen Amt gebräuchlichen Regeln für die Transkription fremdsprachlicher Namen und Begriffe Anwendung. Bei Literaturangaben in russischer Sprache wird die im wissenschaftlichen Bereich übliche Transliterierung durchgeführt.

Die Kommentierung enthält schließlich auch Hinweise auf im Internet veröffentlichte Dokumente. Dabei wurden nur solche Dokumente berücksichtigt, die in gedruckter Form nicht ermittelt werden konnten. Die benutzten Internetadressen waren zum Zeitpunkt der letzten Prüfung (15.11.2011) gültig. Ein Ausdruck von jedem über das Netz ermittelten und zitierten Dokument mit dem Datum des jeweiligen Zugriffs befindet sich in den Akten der Editionsgruppe.

Verzeichnisse

Das *Dokumentenverzeichnis* ist chronologisch angelegt. Es bietet zu jedem Dokument folgende Angaben: Die halbfett gedruckte Dokumentennummer, Datum und Überschrift, die Fundseite sowie eine inhaltliche Kurzübersicht.

Das *Literaturverzeichnis* enthält die zur Kommentierung herangezogenen Publikationen, die mit Kurztiteln oder Kurzformen versehenen wurden. Diese sind alphabetisch geordnet und werden durch bibliographische Angaben aufgelöst.

Das *Abkürzungsverzeichnis* führt die im Dokumententeil vorkommenden Abkürzungen auf, insbesondere von Organisationen, Parteien und Dienstbezeichnungen sowie sonstige im diplomatischen Schriftverkehr übliche Abbreviaturen. Abkürzungen von Firmen werden dagegen im Sachregister unter dem Schlagwort „Wirtschaftsunternehmen" aufgelöst. Nicht aufgenommen werden geläufige Abkürzungen wie „z. B.", „d. h.", „m. E.", „u. U." und „usw." sowie Abkürzungen, die im Dokumententext oder in einer Anmerkung erläutert sind.

Register und Organisationsplan

Im *Personenregister* werden in der Edition vorkommende Personen unter Nennung derjenigen politischen, dienstlichen oder beruflichen Funktionen aufgeführt, die im inhaltlichen Zusammenhang der Dokumente wesentlich sind. Das *Sachregister* ermöglicht einen thematisch differenzierten Zugriff auf die einzelnen Dokumente. Näheres ist den dem jeweiligen Register vorangestellten Hinweisen zur Benutzung zu entnehmen.

Der *Organisationsplan* vom Januar 1981 zeigt die Struktur des Auswärtigen Amts und informiert über die Namen der Leiter der jeweiligen Arbeitseinheiten.

Verzeichnisse

Dokumentenverzeichnis

1 06.01. Ministerialdirektor Blech an Botschafter Hermes, Washington S. 3

In Vorbereitung bevorstehender Gespräche mit Frankreich, Großbritannien und den USA untersucht Blech die Lage in Polen und befaßt sich insbesondere mit einer möglichen sowjetischen Intervention sowie der Frage eines Vorgehens der polnischen Regierung gegen oppositionelle Gruppen.

2 06.01. Runderlaß des Staatssekretärs van Well S. 9

Van Well übermittelt eine Sprachregelung zur Rede des Bundesministers Genscher in Stuttgart, der Überlegungen zu einer Europäischen Union unterbreitet hatte, und geht dabei vor allem auf die krisenhafte wirtschaftliche Lage ein.

3 07.01. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit, z. Z. Marrakesch, an das Auswärtige Amt S. 12

Schlagintweit informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Hassan II. Im Mittelpunkt standen der Nahost-Konflikt, die libysche Politik im Tschad und der Westsahara-Konflikt.

4 11.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Benyahia in Algier S. 15

Die Gesprächspartner befassen sich vor allem mit der Rolle der blockfreien Staaten und der algerischen Vermittlungstätigkeit in Afghanistan, im irakisch-iranischen Krieg und bei der Freilassung der in Iran festgehaltenen amerikanischen Botschaftsangehörigen.

5 12.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 21

Blech resümiert norwegische Vorstellungen über eine kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa und weist dabei auf mögliche Gefahren für die Strategie der NATO hin. Ferner stellt er Überlegungen zum weiteren Vorgehen mit anderen NATO-Mitgliedstaaten an.

6 13.01. Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 26

Oncken analysiert die politische und wirtschaftliche Lage in der Türkei und bewertet die Aussichten für eine Rückkehr zur Demokratie.

7 14.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 30

Blech gibt einen Überblick über die bislang auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid eingebrachten Vorschläge im politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bereich und analysiert Optionen für das weitere Vorgehen.

8 16.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 41

Fischer informiert über Gespräche mit der amerikanischen, britischen und französischen Regierung in Washington. Im Mittelpunkt standen die Lage in Polen und mögliche wirtschaftliche Maßnahmen im Fall einer sowjetischen Intervention.

9 16.01. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz S. 46

Seitz befaßt sich mit Methoden, Zielen und Darstellung der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik in Staaten der Dritten Welt und ventiliert das künftige Vorgehen.

10 19.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 54

Blech bewertet die auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid eingebrachten Vorschläge zu den militärischen Aspekten der Sicherheit, insbesondere zu einer Konferenz über Abrüstung in Europa.

11 19.01. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer S. 61

Mit Blick auf den Regierungswechsel in den USA äußert sich Limmer zur künftigen Politik der Bundesregierung gegenüber El Salvador und Zentralamerika und warnt vor einer Beeinträchtigung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, falls durch Parteien und Institutionen aus der Bundesrepublik Gruppen unterstützt würden, die in den USA als antiamerikanisch angesehen werden.

12 22.01. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel S. 66

Die Gesprächspartner erörtern den Regierungswechsel in den USA, die wirtschaftliche Lage, mögliche Rüstungsexporte der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die Verteidigungsausgaben, die Lage in Berlin sowie die Neutronenwaffe.

13 22.01. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow S. 73

Besprochen werden der bevorstehende Parteitag der KPdSU, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, die Ost-West-Beziehungen und Abrüstungsfragen, der Regierungswechsel in den USA, die Lage in Berlin, die Situation in Polen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, Afghanistan sowie die Neubauten der jeweiligen Botschaften in Bonn und Moskau.

14 22.01. Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, an das Auswärtige Amt S. 82

Vor dem Hintergrund der gescheiterten Genfer Namibia-Konferenz und des Regierungswechsels in den USA analysiert Eickhoff die Aussichten der Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas sowie der USA und geht dabei insbesondere auf die Interessenlage der südafrikanischen Regierung ein.

15 22.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 86

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats zu Polen. Im Mittelpunkt standen die wirtschaftliche Lage, die Rolle der katholischen Kirche, verschiedene Strömungen innerhalb der PVAP, die Gewerkschaft „Solidarność“, die Haltung der UdSSR und die Frage eines möglichen militärischen Eingreifens des Warschauer Pakts.

16 23.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 89

Gorenflos äußert sich zu den deutsch-iranischen Beziehungen nach der Freilassung der amerikanischen Geiseln in Iran und geht dabei vor allem auf die strategische Bedeutung Irans, dessen mögliche innere Entwicklung, die Interessen der USA und der UdSSR sowie den irakisch-iranischen Krieg ein.

17 23.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 94

Wieck informiert über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit Vertretern der KSZE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten. Erörtert wurden die erste Verhandlungsphase der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Aussichten für den weiteren Konferenzverlauf, die Interessen der NATO-Mitgliedstaaten und deren weiteres Vorgehen in der Frage einer Konferenz über Abrüstung in Europa.

18 26.01. Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Bundeskanzleramt S. 98

Mit Blick auf seine bevorstehende Tätigkeit als Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin befaßt sich Bölling mit dem Stand der innerdeutschen Beziehungen, insbesondere den Themen Staatsbürgerschaft und Mindestumtausch, und konzentriert sich dabei auf die Haltung der DDR vor dem Hintergrund der Entwicklung in Polen und der allgemeinen Ost-West-Beziehungen.

19 26.01. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer S. 102

Blech und Fischer notieren die Ergebnisse einer Hausbesprechung zur Initiative des Bundesministers Genscher für eine Eu-

ropäische Union. Dargelegt werden insbesondere die gegenwärtige Lage der Europäischen Gemeinschaften, die Zielsetzung eines möglichen Vertrags sowie das weitere Vorgehen.

20 26.01. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 106

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats zu den norwegischen Vorstellungen über eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa und geht vor allem auf die Kritik der anderen NATO-Mitgliedstaaten ein.

21 26.01. Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt S. 110

Herbst befaßt sich mit der Stellung Frankreichs in den Ost-West-Beziehungen und resümiert die französischen außenpolitischen Grundsätze und Interessen, auch im Hinblick auf die Beziehungen zu den USA.

22 28.01. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 114

Meyer-Landrut gibt eine Darstellung der sowjetischen Haltung zur Entwicklung in Polen und erörtert die Frage einer möglichen Intervention durch Truppen des Warschauer Pakts.

23 29.01. Botschafter Engelhard, Jaunde, an das Auswärtige Amt S. 116

Vor dem Hintergrund des Tschad-Konflikts befaßt sich Engelhard mit Person und Außenpolitik des libyschen Staatschefs Gaddafi. Dabei geht er auf die libysche Politik in Afrika und die Reaktion der afrikanischen Staaten ein und unterbreitet Vorschläge für die Politik der Bundesregierung.

24 30.01. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 122

Fischer äußert sich zur geplanten Lieferung von Rüstungsgütern aus deutsch-französischer Koproduktion an Irak und erörtert die Möglichkeiten, Bedenken bei der französischen Regierung geltend zu machen.

25 03.02. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 126

Negwer berichtet über die innenpolitische Situation in Polen, insbesondere über die sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und der Gewerkschaft „Solidarność“.

26 04.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 129

Bräutigam resümiert das Ergebnis einer Ressortbesprechung über den Stand der innerdeutschen Beziehungen nach der Verschiebung des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt in der DDR und der Erhöhung des Mindestumtauschs. Es habe Einvernehmen bestanden, daß eine Wiederaufnahme des Dialogs vor dem nächsten Sommer wenig sinnvoll sei.

27 04.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 133

Bräutigam faßt den bisherigen Verlauf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zusammen. Er rät dazu, trotz geringer Erfolgsaussichten die vereinbarten Verhandlungsziele weiterzuverfolgen.

28 05.02. Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Vertreter der „Hezbe Islami", Hekmatyar S. 137

Hekmatyar erläutert die Lage im Kampf der afghanischen Mudschaheddin gegen die sowjetischen Truppen. Weitere Themen sind die Haltung der Bundesrepublik zu diesem Konflikt, insbesondere der Fortbestand der diplomatischen Vertretung in Kabul, die Entsendung von Lehrern und die Flüchtlingshilfe.

29 05.02. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 142

Fischer resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen in Paris. Erörtert wurden Genschers Initiative für eine Europäische Union, die europäische Fischerei-, Landwirtschafts- und Haushaltspolitik, Agrarexporte in die UdSSR, das angestrebte Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, der geplante Nord-Süd-Gipfel und die Aussichten für Globale Verhandlungen.

30 05.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 147

Ruth erörtert das weitere Vorgehen der NATO-Mitgliedstaaten auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, insbesondere hinsichtlich der Durchsetzung des französischen Vorschlags für eine Konferenz über Abrüstung in Europa.

31 06.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 155

Braunmühl resümiert Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen in Paris. Themen waren u. a. das angestrebte Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, amerikanische Äußerungen zur Neutronenwaffe, Genschers Initiative für eine Europäische Union sowie bilaterale Fragen, wie etwa die Entschädigung zwangsrekrutierter Elsässer und Lothringer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs oder die gemeinsame Entwicklung eines Kampfpanzers.

32 09.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Ullsten in Stockholm S. 159

Die Gesprächspartner erörtern die Lage im Nahen und Mittleren Osten, den Nord-Süd-Dialog, den Stand der Rüstungskontrollverhandlungen sowie der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, insbesondere hinsichtlich der Durchsetzung des französischen Vorschlags für eine Konferenz über Abrüstung in Europa.

33 09.02. Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Dassel S. 170

Dassel übermittelt eine Stellungnahme zu einem britischen Papier über Wirtschaftssanktionen gegen die UdSSR im Fall einer sowjetischen Intervention in Polen. Diskutiert werden u. a. Maßnahmen beim Export von Nahrungsmitteln, der Gewährung von Krediten und Bürgschaften sowie Beschränkungen im Luft- und Schiffsverkehr.

34 09.02. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 177

Wieck informiert über eine Studie des NATO-Wirtschaftsausschusses über die Wirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu Staaten der Dritten Welt in den zurückliegenden 25 Jahren. Darin werde festgestellt, daß der Umfang der Rüstungshilfe ständig zugenommen habe, während die Wirtschaftshilfe stagniere oder zurückgehe.

35 09.02. Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 179

Bölling berichtet über das Gespräch mit Staatsratsvorsitzendem Honecker anläßlich der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen und die Entspannungspolitik.

36 10.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 183

Bräutigam unterrichtet über eine Sitzung der vier Politischen Direktoren zu Maßnahmen, die im Fall einer Intervention des Warschauer Pakts in Polen zu ergreifen seien. Auf der Basis britischer Papiere seien Verfahrensfragen sowie Reaktionen bei den Abrüstungsverhandlungen, den kulturellen Kontakten und den diplomatischen Beziehungen erörtert worden.

37 11.02. Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 195

Bölling informiert über seinen Antrittsbesuch bei Ministerratsvorsitzendem Stoph. Im Zentrum standen die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen seit der KSZE-Schlußakte von Helsinki und der Begriff der Nation.

38 12.02. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt S. 199

Gablentz resümiert Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Djuranović. Erörtert wurden die Entwicklung der Weltwirtschaft, insbesondere unter energiepolitischen Aspekten, die Ost-West-Beziehungen und das militärische Gleichgewicht, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Lage im Nahen Osten und in Südbzw. -Ostasien sowie die Situation in Polen. Unter den bilateralen Fragen wurden vor allem die Wirtschaftskooperation, die

Kreditvergabe an Jugoslawien und die Situation jugoslawischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik besprochen.

39 12.02. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 219

Aufgrund des Regierungswechsels in den USA und der Lage in Polen bewertet Jung die Aussichten für Verhandlungsfortschritte in der beginnenden 23. Runde der MBFR-Verhandlungen skeptisch.

40 13.02. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 222

Braunmühl resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington und dem französischen Außenminister François-Poncet über die Situation in Polen, in Zentralamerika und Namibia, über die Lieferung von Rüstungsgütern an Saudi-Arabien und die Zukunft der Rüstungskontrollverhandlungen.

41 13.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Kyprianou S. 226

Im Mittelpunkt steht die Lage auf Zypern, insbesondere die stagnierenden Volksgruppengespräche. Kyprianou äußert die Bitte, Schmidt möge bei der türkischen Regierung auf Fortschritte drängen.

42 16.02. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 235

Angesichts der veränderten weltpolitischen Lage analysiert Wieck die Stellung der Bundesrepublik in der NATO. Er kommt zu dem Schluß, daß die Aussagen des Harmel-Berichts von 1967 weiterentwickelt, die Grundsätze der Entspannungspolitik neu bestimmt und die Ost- sowie die Deutschlandpolitik angepaßt werden müssen, wenn die Position der Bundesrepublik in der Allianz nicht gefährdet werden soll.

43 16.02. Ministerialdirektor Blech an Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) S. 240

Blech übermittelt die auf Konsultationen der vier Politischen Direktoren basierende Haltung der Bundesregierung zu einer Eventualfallplanung für Polen und hebt die Bedeutung der wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen hervor.

44 17.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zia ul-Haq in Islamabad S. 247

Themen sind die bilateralen Beziehungen, die Situation afghanischer Flüchtlinge in Pakistan und die mögliche Rolle blockfreier Staaten, insbesondere Indiens und Pakistans, bei einer Lösung der Afghanistan-Krise.

45 19.02. Rundschreiben des Vortragenden Legationsrats Seibert S. 253

Seibert übermittelt den Ergebnisvermerk einer Ressortbesprechung, deren Thema die Reaktion auf den im November 1980 von den USA übergebenen Maßnahmenkatalog zu Unterstützungsleistungen für die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik war. Während in der Frage des Host Nation Support die Bundesregierung zu weitgehendem Entgegenkommen bereit sei, fehle den übrigen Forderungen in der Regel die rechtliche Grundlage.

46 19.02. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 264

Negwer berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Ministerpräsidenten, das in einer Reihe von Gesprächen Jaruzelskis mit Botschaftern stand. Jaruzelski habe über die angestrebte Wirtschaftsreform informiert und die bilateralen Beziehungen positiv gewürdigt.

47 19.02. Botschafter Hille, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 267

Hille informiert über eine Unterredung des Bundesministers Genscher mit Präsident Sadat in Giza. Im Mittelpunkt standen die Aussichten für eine Lösung des Nahost-Konflikts, insbesondere für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete nach dem Antritt der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan und den Wahlen in Israel.

48 20.02. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Tower S. 272

Schmidt appelliert an Tower, an beiden Elementen des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 festzuhalten und das Verhandlungsangebot an die UdSSR nicht zu vernachlässigen. Weitere Themen sind die Neutronenwaffe, eine Weiterentwicklung chemischer Waffen und die Wirtschaftspolitik.

49 20.02. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger S. 278

Schwerpunktthema des Gesprächs ist die Lage in El Salvador und Nicaragua. Während Eagleburger vor allem die Notwendigkeit betont, die Waffenlieferungen nach El Salvador zu stoppen, bezeichnet Genscher die Entwicklung in Mittelamerika als Teil einer geostrategischen Auseinandersetzung mit der UdSSR.

50 25.02. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 284

Ruth berichtet über Gespräche mit Beamten der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan zur Weiterführung der Rüstungskontrollverhandlungen. Während er darauf gedrungen habe, an beiden Elementen des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 festzuhalten, sei von amerikanischer Seite

die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Überprüfung der Rüstungskontrollpolitik hervorgehoben worden.

51 25.02. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 290

Meyer-Landrut analysiert den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen. Dieses Angebot Breschnews bleibe hinter dem von 1979 zurück und ziele primär darauf ab, die öffentliche Debatte um die Nachrüstung zu beeinflussen.

52 26.02. Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an Bundeskanzler Schmidt S. 292

Bölling berichtet, daß sich eine Gruppe von DDR-Bürgern in die Ständige Vertretung geflüchtet habe, um ihre Übersiedlung in die Bundesrepublik zu erreichen. Nach Vermittlung durch Rechtsanwalt Vogel habe eine Ausreise ermöglicht werden können.

53 27.02. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahnstein, Bundeskanzleramt S. 294

Lahnstein unterrichtet über ein Gespräch mit dem saudi-arabischen Finanz- und Wirtschaftsminister Aba al-Khail, in dessen Zentrum die Wünsche nach Rüstungsgütern aus der Bundesrepublik, insbesondere nach Panzern, standen. Er weist darauf hin, daß eine Entscheidung der Bundesregierung zwar hinausgezögert werden könne, eine Absage jedoch die bilateralen Beziehungen belasten würde.

54 03.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Martius S. 297

Martius faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem nicaraguanischen Außenminister d'Escoto zusammen. Themen waren die Lage in El Salvador, insbesondere Waffenlieferungen von seiten Dritter, die Beziehungen zwischen Nicaragua und den USA, die Situation der Menschenrechte in Nicaragua, die Mittelamerikapolitik der Bundesrepublik und die bilateralen Beziehungen.

55 04.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen S. 301

Hansen analysiert die politische und militärische Bedeutung der von der amerikanischen Regierung geplanten „Rapid Deployment Force" für die europäischen NATO-Mitgliedstaaten und geht auf die Frage finanzieller Belastungen für den Bundeshaushalt ein.

56 04.03. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 306

Ruth bewertet Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, zum Mandat einer Konferenz über Abrü-

stung in Europa, vor allem zur Frage des geographischen Geltungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen. Ferner stellt er Überlegungen zum weiteren Vorgehen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid an.

57 05.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao in Neu Delhi S. 311

Die Gesprächspartner erörtern die bilateralen Beziehungen, den bevorstehenden Besuch von Genscher in den USA, die indisch-pakistanischen Beziehungen sowie die Bemühungen um eine Lösung des Afghanistan-Konflikts.

58 05.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsidentin Gandhi in Neu Delhi S. 316

Besprochen werden die Politik der Volksrepublik China, die indische Innenpolitik, die Lage in Afghanistan und die Nord-Süd-Beziehungen.

59 05.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech S. 319

Blech zieht eine Bilanz der bisherigen MBFR-Verhandlungen, erläutert die Interessenlage der Bundesrepublik und formuliert Überlegungen für das weitere Vorgehen.

60 06.03. Aufzeichnung der Ministerialdirigentin Finke-Osiander S. 325

Finke-Osiander vermerkt, daß in der Sitzung der VN-Menschenrechtskommission die Praxis der Ausreiseverweigerung durch die DDR behandelt worden sei, und legt die Gründe für eine vertrauliche Behandlung dieser Angelegenheit dar.

61 09.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Washington S. 328

In einem Vier-Augen-Gespräch werden die bilateralen Beziehungen besprochen sowie die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die Frage eines Treffens des Präsidenten Reagan mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der Termin einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz.

62 09.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Washington S. 333

Im Kreis der Delegationen erörtern Genscher und Haig die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die Ost-West-Beziehungen, die KSZE, die Nord-Süd-Beziehungen, die Lage in Polen, MBFR, die Verteidigungsausgaben der Bundesrepublik, die innerdeutschen Beziehungen, das geplante Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR, Unterstützungsleistungen für die Türkei und die dortige innenpolitische Lage.

63 09.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Washington S. 348

Genscher und Haig sprechen über den Namibia-Konflikt, den Nahost-Konflikt, insbesondere die Friedensbemühungen der EG-Mitgliedstaaten, Pakistan, mögliche Rüstungsexporte der Bundesrepublik nach Saudi-Arabien, Entwicklungshilfe sowie die Lage in El Salvador und Nicaragua.

64 09.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington S. 355

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, die Fortsetzung der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Abrüstung und Rüstungskontrolle vor dem Hintergrund des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und der innenpolitischen Situation in der Bundesrepublik sowie wirtschaftliche Fragen, die Türkei und Pakistan.

65 10.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington S. 359

Besprochen wird die Lage in Polen, insbesondere die Konsequenzen einer möglichen sowjetischen Intervention. Außerdem wird die Persönlichkeit des Präsidenten Reagan erörtert und seine Absicht, enger mit den Verbündeten zu konsultieren.

66 10.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington S. 362

Genscher und Weinberger befassen sich mit der Lage in Polen, vor allem den militärischen Aspekten und den Folgen einer möglichen sowjetischen Intervention, den MBFR-Verhandlungen, der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, den Vorschlägen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar und den Verteidigungsausgaben beider Staaten.

67 10.03. Staatssekretär van Well an Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) S. 367

Van Well bewertet das Ergebnis der Planungen in der NATO für den Fall einer sowjetischen Intervention in Polen und erteilt Weisung, dem dort ausgearbeiteten Papier zuzustimmen.

68 11.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats, Tutu S. 369

Die Gesprächspartner erörtern die Situation in Südafrika und die Rolle der Kirche sowie die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Südafrika, hauptsächlich im kulturellen Bereich.

69 12.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn S. 372

Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die Fischereipolitik in den Europäischen Gemeinschaften, die Initiative von Genscher für eine Europäische Union, wirtschaftliche Fragen, der Sitz der Organe der Europäischen Gemeinschaften und die Agrarpreisverhandlungen.

70 12.03. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pfeffer S. 378

Pfeffer informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Baker, in Washington zur Rolle des SPD-Abgeordneten Bahr in der Nachrüstungsdebatte.

71 16.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 379

Braunmühl notiert die wichtigsten Ergebnisse des Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing sowie den Außenministern Genscher und François-Poncet in Blaesheim. Im Mittelpunkt standen die Gespräche beider Staaten mit der neuen amerikanischen Regierung, die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen sowie zu einer Konferenz über Abrüstung in Europa, die innerdeutschen Beziehungen, Wirtschaftsfragen, Probleme der Europäischen Gemeinschaften und bilaterale Fragen.

72 16.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington in Brüssel S. 383

Besprochen werden die Initiative Genschers für eine Europäische Union, die Politik gegenüber Südafrika und das weitere Vorgehen im Namibia-Konflikt, der Nahost-Konflikt, die transatlantischen Beziehungen nach dem Regierungswechsel in den USA, die Fischereipolitik, Getreideexporte in die UdSSR und die bilateralen Beziehungen.

73 17.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo S. 387

Themen sind die Initiative Genschers für eine Europäische Union, die Außenpolitik der neuen amerikanischen Regierung, insbesondere im Hinblick auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Lage in El Salvador und den Nord-Süd-Dialog, sowie die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

74 17.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt S. 392

Zeller notiert die wesentlichen Gesprächspunkte des Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing

in Blaesheim. Themen waren die Außenpolitik der neuen amerikanischen Regierung, besonders gegenüber der UdSSR, die Entschädigung zwangsrekrutierter Elsässer und Lothringer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs sowie die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich.

75 17.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt S. 394

Zeller resümiert den europa- und wirtschaftspolitischen Teil des Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing in Blaesheim, vor allem die Rolle Großbritanniens in den Europäischen Gemeinschaften und seine finanziellen Forderungen, die Agrarpreisverhandlungen, mögliche Getreideexporte in die UdSSR sowie die deutsch-französische Zusammenarbeit bei der Überwindung von Wirtschaftsproblemen.

76 18.03. Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 397

Vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung in Polen und der Stellung der DDR im Warschauer Pakt gibt Bölling eine Bewertung seines Gesprächs mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker.

77 18.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin S. 399

Bölling informiert über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen, insbesondere eine mündliche Botschaft von Honecker an Bundeskanzler Schmidt, die Frage einer Staatsangehörigkeit der DDR, der Grenzverlauf im Bereich der Elbe und der Mindestumtausch, sowie die Lage in Polen und der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen.

78 19./20.03. Deutsch-polnische Regierungsgespräche in Warschau S. 408

Besprochen werden die Ost-West-Beziehungen, vor allem der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen, der Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Frage einer Konferenz über Abrüstung in Europa, MBFR, die Fortsetzung des SALT-Prozesses und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die Außenpolitik der neuen amerikanischen Regierung und der irakisch-iranische Krieg. Ferner werden die bilateralen Beziehungen, besonders auf kulturellem Gebiet, und die Lage in Polen, auch im wirtschaftlichen Bereich, erörtert.

79 19.03. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 426

Kastl informiert über den Stand der KSZE-Folgekonferenz und stellt taktische Überlegungen zum weiteren Vorgehen an. Dabei erörtert er die Möglichkeit eines exploratorischen Expertentreffens zur Erarbeitung eines Mandats für eine Konferenz über Abrüstung in Europa.

80 20.03. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski in Warschau S. 430

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, die politische und wirtschaftliche Lage in Polen, die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen sowie zu einer Konferenz über Abrüstung in Europa und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

81 23.03. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 441

Braunmühl notiert die wichtigsten Punkte der Vier-Augen-Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek. Neben der Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und Atlanten wurden die Ausreisezahlen, Visa für Journalisten, die Ost-West-Beziehungen sowie die politische und wirtschaftliche Lage in Polen besprochen.

82 23.03. Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Maastricht S. 444

Neben einem Bericht des niederländischen Außenministers van der Klaauw über seine Reise in den Nahen Osten stehen die Vertretung der Türkei in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, der Namibia-Konflikt und finanzielle Hilfsmaßnahmen für Polen im Mittelpunkt.

83 24.03. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 449

Wieck skizziert Tendenzen in der Außenpolitik der USA, Frankreichs und Großbritanniens und zieht Schlußfolgerungen für die einzuschlagende außenpolitische Linie der Bundesrepublik und deren Darstellung gegenüber den Verbündeten.

84 25.03. Gesandter König, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 452

König berichtet über ein Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek. Hauptthema war die polnische Finanzsituation und mögliche Hilfe durch die Bundesrepublik und weitere Staaten.

85 26.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler S. 457

Steinkühler informiert über die Tagung des Europäischen Rats in Maastricht. Themen waren die Fischereifrage, die Agrarpreise, die Stahlpolitik, die Beziehungen zu den USA in der Geldpolitik, Hilfsleistungen für Polen, die Nord-Süd-Verhandlungen, Spanien, ein einheitliches europäisches Paßformular und der Sitz der Organe der Europäischen Gemeinschaften.

86 27.03. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler S. 460

Steinkühler gibt weitere Informationen zur Tagung des Europäischen Rats in Maastricht. Besprochen wurden die Lage in Polen, Spanien, Afghanistan und im Nahen Osten, insbesondere im Libanon, sowie der Namibia-Konflikt und die innenpolitische Situation in der Türkei.

87 27.03. Botschafter Lahn, Madrid, an das Auswärtige Amt S. 462

Lahn unterrichtet über ein Gespräch mit König Juan Carlos. Im Mittelpunkt standen der gescheiterte Putschversuch in Spanien und die daraus zu ziehenden Konsequenzen, insbesondere der Beitritt Spaniens zur NATO und zu den Europäischen Gemeinschaften.

88 27.03. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 465

Meyer-Landrut befaßt sich mit der sowjetischen Interessenlage bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, insbesondere in der Frage einer Konferenz über Abrüstung in Europa, und zieht Schlußfolgerungen für das weitere Vorgehen der Bundesrepublik und ihrer Verbündeten.

89 30.03. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 471

Staden faßt ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan zusammen. Neben der Lage in Polen und einer möglichen sowjetischen Intervention standen der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen, ein mögliches Treffen zwischen Reagan und Breschnew, der bevorstehende Besuch des Bundesministers Genscher in der UdSSR und Reisepläne des amerikanischen Außenministers Haig im Mittelpunkt.

90 31.03. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Haughey S. 474

Besprochen werden Probleme der Europäischen Gemeinschaften, vor allem die Agrarpreisverhandlungen, das Attentat auf Präsident Reagan, Hilfsleistungen für Polen, mögliche amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über Mittelstreckensysteme,

Nordirland und die irische Sicherheitspolitik sowie die bilateralen Beziehungen.

91 31.03. Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahnstein, Bundeskanzleramt S. 482

Lahnstein resümiert ein Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Bundeskanzler Schmidt über kirchliche Fragen, den abgesagten Besuch von Carstens in Rumänien, die innerdeutschen Beziehungen, die Frage eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, mögliche Rüstungsexporte in arabische Staaten und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

92 31.03. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 486

Ruth berichtet über die Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, insbesondere die Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, der Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen, der Stand der sowjetischen nuklearen Rüstung und die weitere Arbeit der SCG.

93 02.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau S. 492

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, die Politik der neuen amerikanischen Regierung und deren Haltung zur UdSSR, insbesondere im Hinblick auf den NATO-Doppelbeschluß von 1979, ferner die KSZE sowie die Lage in Polen und Afghanistan.

94 02.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau S. 509

Wallau informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre. Gegenstand war ein deutsch-französisches Investitionsprogramm zur Belebung der Konjunktur und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

95 03.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau S. 511

Themen sind der NATO-Doppelbeschluß von 1979 und die Frage der Mittelstreckensysteme, die KSZE, insbesondere eine Konferenz über Abrüstung in Europa, MBFR und die bilateralen Beziehungen, vor allem die Familienzusammenführung und wirtschaftliche Fragen. Ferner werden der Nahost-Konflikt, der Nord-Süd-Dialog, der Namibia-Konflikt, die Lage am Persischen Golf und die innerdeutschen Beziehungen erörtert.

96 03.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau S. 530

Besprochen werden die Einschätzung der neuen amerikanischen Regierung durch die UdSSR, vor allem mit Blick auf die Frage der Mittelstreckensysteme, die KSZE, die Lage in Afghanistan und am Persischen Golf sowie die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, auch im wirtschaftlichen Bereich.

97 03.04. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher, z. Z. Moskau S. 541

Genscher gibt seine Eindrücke aus einem Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, wieder und äußert sich unter anderem zum Termin für einen Besuch Breschnews in der Bundesrepublik.

98 03.04. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 543

Gehlhoff informiert über die Haltung von Papst Johannes Paul II. zur Lage in Polen und nimmt Stellung zur Rolle der katholischen Kirche und deren Einwirkungsmöglichkeiten auf die Gewerkschaft „Solidarność".

99 04.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau S. 545

Genscher legt seine Sorge hinsichtlich der Lage in Polen dar und verweist auf Konsequenzen einer möglichen sowjetischen Intervention.

100 06.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 547

Fleischhauer stellt grundsätzliche Überlegungen zur verfassungsrechtlichen Zulässigkeit eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr an.

101 06.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer S. 554

Fleischhauer erläutert die Einzelheiten einer mit der rumänischen Regierung erzielten Regelung über die Erhöhung der Ausgleichszahlungen der Bundesrepublik für Aussiedlungen aus Rumänien.

102 07.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit UNFPA-Exekutivdirektor Salas und IPPF-Generalsekretär Wahren S. 556

Die Gesprächspartner befassen sich im Vorfeld des Nord-Süd-Gipfels in Mexiko mit den Themen Bevölkerungswachstum, Familienplanung und Entwicklungshilfe.

103 07.04. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 560

Hofmann informiert über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die militärische Lage in Polen, das strategische Nuklearpotential der UdSSR, die Zukunft von SALT und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

104 08.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit NATO-Generalsekretär Luns S. 565

Themen sind die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der geplante Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, die Bildung informeller Konsultationsgremien zwischen verschiedenen NATO-Mitgliedstaaten, der NATO-Beitritt Spaniens, die Rolle der Bundesrepublik in der NATO und die amerikanische Verteidigungspolitik.

105 10.04. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 571

Jung bilanziert die 23. Runde der MBFR-Verhandlungen und konstatiert den Stillstand der Verhandlungen vor dem Hintergrund des Regierungswechsels in den USA und der Lage in Polen.

106 11.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 579

Staden gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig wieder. Behandelt wurden der Nahost-Konflikt, die Lage in Polen und die Haltung der UdSSR, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 sowie die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik und den USA.

107 14.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen S. 588

Hansen notiert die wichtigsten Ergebnisse eines außenpolitischen Kolloquiums der Bundesregierung auf Schloß Gymnich. Neben der Rolle der Bundesrepublik in den Europäischen Gemeinschaften und der NATO standen wirtschaftliche Fragen, die Beziehungen zu den USA, die Ost-West-Beziehungen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und der Nord-Süd-Konflikt im Mittelpunkt.

108 14.04. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 592

Bräutigam resümiert ein Gespräch des Staatssekretärs van Well mit einem Vertreter der katholischen Kirche in Polen über die dortige Lage und die Gefahr einer sowjetischen Intervention.

109 16.04. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer, Fischer und Fleischhauer S. 595

Die Autoren unterbreiten Vorschläge für eine Initiative der Bundesrepublik in der Europapolitik, die auf die Schaffung einer Europäischen Union abzielt, und erörtern deren Vor- und Nachteile sowie die Aussichten für eine Verwirklichung des Vorhabens.

110 21.04. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 605

Wieck berichtet über ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR), Rogers. Themen waren der NATO-Beitritt Spaniens, die Verhandlungen mit Griechenland über eine Wiedereingliederung in die militärische Integration der NATO, Infrastrukturmaßnahmen, AWACS, der „Rapid Reenforcement Plan", Host Nation Support und die Streitkräfteplanung.

111 23.04. Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt S. 608

Staden gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo wieder. Erörtert wurden die spanische Innen- und Wirtschaftspolitik, die spanisch-französischen Beziehungen, der Beitritt Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften und zur NATO, der Westsahara-Konflikt und die Lage in Nordafrika, insbesondere die Rolle Libyens, die Situation in Polen, die KSZE und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

112 23.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington S. 620

Im Mittelpunkt steht die Haltung der neuen amerikanischen Regierung zu zentralen Feldern der Ost-West-Beziehungen. Angesprochen werden die KSZE und die Konferenz über Abrüstung in Europa, die Lage in Polen, die Bedeutung der bevorstehenden NATO-Ministerratstagung in Rom, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, insbesondere der Beginn der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, der Namibia-Konflikt und die Europapolitik.

113 23.04. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington S. 628

Die Gesprächspartner befassen sich mit der Lage in Polen und der Möglichkeit einer sowjetischen Intervention, der Situation in Afghanistan und Pakistan, dem Nahost-Konflikt und dem NATO-Beitritt Spaniens.

114 24.04. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 635

Wieck berichtet über eine Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Lage in Afghanistan auf politischem und militärischem Gebiet und zur diesbezüglichen Politik der NATO-Mitgliedstaaten.

115 25.04. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 638

Zur Vorbereitung der NATO-Ministerratstagung in Rom analysiert Wieck die Situation der NATO nach dem Regierungswechsel in den USA. Dabei behandelt er insbesondere die Rolle Frankreichs, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Interessen der Bundesrepublik, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die Lage in Polen, die Verteidigungsausgaben, wirtschaftliche Fragen und Sicherheitsinteressen außerhalb des Vertragsgebiets, besonders am Persischen Golf.

116 27.04. Botschafter Ruhfus, London, an das Auswärtige Amt S. 643

Ruhfus informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington. Themen waren der Namibia-Konflikt, der Nahost-Konflikt, die Lage im Tschad und in Angola, neue Impulse für die Europapolitik und die Reise Carringtons nach Japan und in die Volksrepublik China.

117 28.04. Staatssekretär van Well, z. Z. Riad, an das Auswärtige Amt S. 650

Van Well berichtet über die erste Runde der Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit der saudi-arabischen Regierung. Erörtert wurden der Wunsch Saudi-Arabiens nach Waffenlieferungen durch die Bundesrepublik sowie die bilateralen Beziehungen, die Lage am Persischen Golf und im Libanon, der Nahost-Konflikt und die Rolle Libyens.

118 28.04. Deutsch-saudi-arabisches Regierungsgespräch in Riad S. 655

Schwerpunkte sind die Lage in Polen und die Möglichkeit einer sowjetischen Intervention, die amerikanische Außenpolitik, wirtschaftliche Fragen, besonders der Erdölpreis und die Folgen für Entwicklungsländer, sowie die bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen, der Wunsch Saudi-Arabiens nach Waffenlieferungen durch die Bundesrepublik und der Nahost-Konflikt.

119 28.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd in Riad S. 668

Die Gesprächspartner befassen sich mit dem Wunsch Saudi-Arabiens nach Waffenlieferungen durch die Bundesrepublik. Die innenpolitischen Rahmenbedingungen in der Bundesrepu-

blik und die Darstellung der Thematik gegenüber der Öffentlichkeit stehen dabei im Mittelpunkt.

120 30.04. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Scheich Zayed bin Sultan al-Nahyan in Abu Dhabi S. 672

Besprochen werden die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, die Rolle der UdSSR in der Weltpolitik und die Situation am Persischen Golf.

121 30.04. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 678

Ruth gibt die Ergebnisse einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit KSZE-Experten der NATO-Mitgliedstaaten wieder. Im Mittelpunkt stand die Konferenz über Abrüstung in Europa, insbesondere der geographische Geltungsbereich neuer vertrauensbildender Maßnahmen.

122 30.04. Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in Washington S. 681

Pfeffer informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Gesandten Woessner. Thema war die Behandlung der LRTNF-Thematik auf der bevorstehenden NATO-Ministerratstagung, vor allem die Nennung eines Termins für die Aufnahme amerikanisch-sowjetischer Verhandlungen über Mittelstreckensysteme.

123 02.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Eanes in Hamburg S. 685

Die Gesprächspartner erörtern den Nahost-Konflikt, die Lage in Nordafrika, den irakisch-iranischen Krieg, mögliche NATO-Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets, den Beitritt Portugals zu den Europäischen Gemeinschaften, die Situation im südlichen Afrika, die Beziehungen Portugals zu Brasilien, SALT und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

124 02.05. Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, an das Auswärtige Amt S. 692

Kuhnt berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Kronprinzen von Abu Dhabi, Scheich Khalifa, über Rüstungswünsche der Vereinigten Arabischen Emirate.

125 03.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Haig (USA) in Rom S. 694

Erörtert werden die Lage in Polen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, insbesondere die Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, die Konferenz über Abrüstung in Europa, die Lage im Libanon und Afghanistan, die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen, die Rolle Libyens, die Aufhebung der

Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR, zukünftige Konsultationen der Vier sowie der Stand der VN-Seerechtskonferenz.

126 04.05. Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 708

Schmidt äußert sich zu den Ost-West-Beziehungen, insbesondere zu Breschnews Vorschlag für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen, zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, zur KSZE, vor allem im Hinblick auf den geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen, zu Afghanistan sowie zur Lage in Polen.

127 04.05. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt S. 713

Pfeffer berichtet über die Gespräche mit Frankreich, Großbritannien und den USA über Berlin- und Deutschlandfragen. Im Mittelpunkt standen die Beziehungen der Drei Mächte zur DDR, der Stand der innerdeutschen Beziehungen sowie die Einbeziehung von Berlin (West) in das B-Waffen-Übereinkommen von 1972.

128 04.05. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt S. 718

Schenk übermittelt Informationen zu einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) über den Namibia-Konflikt, bei dem auch die Präsenz kubanischer Truppen in Angola thematisiert wurde.

129 05.05. Botschafter Wieck, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt S. 721

Wieck berichtet über die NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Im Mittelpunkt standen die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Haig zur Außenpolitik der neuen amerikanischen Regierung, zum Zeitpunkt der Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und zur Konferenz über Abrüstung in Europa sowie Erklärungen des Bundesministers Genscher zu diesen Themen und zur Lage in Polen.

130 05.05. Botschafter Wieck, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt S. 730

Wieck gibt die Äußerungen verschiedener Außenminister in der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis wieder, unter anderem über die Lage in Polen, Afghanistan, Pakistan und dem Libanon, den NATO-Beitritt Spaniens, die KSZE, die Verteidigungsanstrengungen der NATO-Mitgliedstaaten, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und den Namibia-Konflikt.

131 05.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Rahman S. 735

Die Gesprächspartner befassen sich mit den bilateralen Beziehungen, der Lage in Afghanistan, dem irakisch-iranischen Krieg, insbesondere den Vermittlungsbemühungen Rahmans, der iranischen Innenpolitik, der pakistanischen Außenpolitik, der Politik Indiens, Nord-Süd-Fragen und dem Nahost-Konflikt.

132 05.05. Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt S. 745

Sikora berichtet über seine Einbestellung in das israelische Außenministerium. Anlaß waren Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt zum Nahost-Konflikt im Anschluß an seinen Besuch in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten und mögliche Auswirkungen dieser Äußerungen auf die deutsch-israelischen Beziehungen.

133 06.05. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 749

Wieck informiert über die Erklärungen verschiedener Außenminister in der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis zu den Themen Ost-West-Beziehungen, Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, Lage in Polen und Verteidigungsausgaben.

134 07.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem griechischen Außenminister Mitsotakis S. 753

Im Mittelpunkt stehen die Beziehungen Griechenlands zu den USA und zur Türkei, die Konflikte auf Zypern und im Nahen Osten, die Politik gegenüber Libyen sowie bilaterale Fragen.

135 11.05. Deutsch-britisches Regierungsgespräch in Chequers S. 758

Themen sind der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Frankreich und die Folgen für die französische Außenpolitik, europapolitische und wirtschaftliche Fragen sowie die Ost-West-Beziehungen.

136 11.05. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 764

Meyer-Landrut berichtet über ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko anläßlich der Übergabe eines Schreibens des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Dabei wurden die amerikanisch-sowjetischen sowie die bilateralen Beziehungen erörtert

137 12.05. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 767

Kastl gibt eine Einschätzung der Verhandlungspositionen der einzelnen NATO-Mitgliedstaaten auf der KSZE-Folgekonferenz und geht vor allem auf die Frage der weiteren Verhandlungstaktik und auf die Erfolgsaussichten der Konferenz ein.

138 13.05. Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg S. 772

Siebourg resümiert den Verlauf des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Venlo. Themen waren die KSZE, insbesondere der geographische Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen, der Nahost-Konflikt, vor allem die Vermittlungsbemühungen der Europäischen Gemeinschaften, die Lage im Libanon, die Politik gegenüber Äthiopien und Angola, Vorschläge zur Verbesserung der EPZ-Strukturen, verschiedene Wirtschaftsfragen sowie die Beziehungen zum Europäischen Parlament.

139 13.05. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 779

Wieck berichtet über die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Im Mittelpunkt standen mögliche Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets und der Stand der sowjetischen Rüstung.

140 15.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 782

Hofmann faßt die Ergebnisse der Ministersitzung der Eurogroup und des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO zusammen. Themen waren die Verteidigungsausgaben, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der Stand der sowjetischen Rüstung und mögliche Einsätze außerhalb des Bündnisgebiets.

141 18.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Figueiredo S. 786

Erörtert werden die brasilianische Außenpolitik, die Lage in Mittelamerika, insbesondere ein mögliches militärisches Eingreifen der USA, die Situation in Polen und im Nahen Osten, Fragen der Weltwirtschaft und der Namibia-Konflikt.

142 18.05. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 792

Gehlhoff übermittelt Ansichten des Heiligen Stuhls zu Motiven sowie möglichen Hintermännern des Attentats auf Papst Johannes Paul II. und geht auf völkerrechtliche Aspekte der Strafverfolgung des Attentäters ein.

143 19.05. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Rosengarten S. 794

Rosengarten resümiert ein Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer mit dem Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Robin. Thema waren die Vorschläge des Bundesministers Genscher für eine Europäische Union und die Haltung der neuen französischen Regierung.

144 19.05. Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Libal, Moskau S. 798

Libal befaßt sich mit der Lage in Polen und der sowjetischen Haltung dazu und geht insbesondere auf mögliche Gründe für oder gegen eine militärische Intervention durch die UdSSR ein.

145 21.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund S. 803

Themen sind die bilateralen Beziehungen, informelle Treffen im Rahmen der NATO, die Lage in Polen und die Ost-West-Beziehungen, das geplante Erdgas-Röhren-Geschäft, die sowjetisch-norwegischen Beziehungen und eine Einbeziehung Norwegens in die EPZ.

146 21.05. Staatssekretär van Well, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher S. 811

Van Well berichtet über das erste Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan im kleinen Kreis. Besprochen wurden die Folgen der Präsidentschaftswahlen in Frankreich, die bilateralen Beziehungen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Lage im Libanon, der Nahost-Konflikt sowie die Gespräche Schmidts in Saudi-Arabien, besonders im Hinblick auf die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung.

147 22.05. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 816

Ruth äußert sich zu politischen, militärischen und rüstungskontrollpolitischen Vorteilen einer Landstationierung der LRTNF und legt die Probleme einer möglichen Seestationierung dar.

148 22.05. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 821

Hermes berichtet über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger. Im Mittelpunkt standen die Lage am Persischen Golf, mögliche Einsätze von NATO-Mitgliedstaaten außerhalb des Bündnisgebiets, der Zusammenhang von nationalen Verteidigungsausgaben und wirtschaftlicher Lage, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und die Präsidentschaftswahlen in Frankreich.

149 22.05. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 825

Hermes informiert über die wirtschaftlichen Themen des Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush und Außenminister Haig. Erörtert wurden die weltwirtschaftliche Lage, vor allem Nord-Süd-Fragen, die Energiepolitik und der bevorstehende Weltwirtschaftsgipfel.

150 22.05. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 829

Hermes berichtet über den außenpolitischen Teil des Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush und Außenminister Haig. Erörtert wurden der Namibia-Konflikt nach dem Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha in den USA, die Lage in Mittelamerika, die künftigen Beziehungen zu Frankreich sowie die Lage in Polen.

151 22.05. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher S. 834

Staden unterrichtet über das zweite Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan. Themen waren die künftigen Beziehungen zu Frankreich, der geplante Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, die Lage in Polen und die Ost-West-Beziehungen, die amerikanische Politik in bezug auf Mittelamerika und den karibischen Raum sowie die Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin über Schmidt.

152 22.05. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 839

Hermes informiert über ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Außenminister Haig. Neben der Lage in Polen, den künftigen Beziehungen zu Frankreich, wirtschaftlichen Fragen und der Politik gegenüber den Staaten am Persischen Golf wurden der Nahost-Konflikt, eine Unterstützung für Pakistan und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 besprochen.

153 24.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris S. 844

Themen sind die bilateralen Beziehungen, der Besuch Schmidts in den USA, Wirtschafts- und Finanzfragen, insbesondere der Kurs des französischen Francs, die französisch-amerikanischen Beziehungen, europapolitische Fragen, Entstehung und Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 sowie die Lage im Libanon, am Persischen Golf, im Nahen Osten, in Mittelamerika und in Polen.

154 25.05. Botschafter Herbst, Paris, an Bundesminister Genscher S. 858

Herbst gibt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand im kleinen Kreis wieder. Die Lage in Polen und in Spanien, das amerikanische Verständnis des Terrorismusbegriffs und die transatlantischen Beziehungen standen dabei im Mittelpunkt.

155 26.05. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Ramadhan S. 862

Aufgrund irakischer Wünsche nach Waffenlieferungen erläutert Genscher die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik und ihre historischen Hintergründe. Daneben werden der Nahost-Konflikt und der irakisch-iranische Krieg besprochen.

156 27.05. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Ramadhan S. 866

Erörtert werden die bilateralen Beziehungen, der irakisch-iranische Krieg und die irakische Außenpolitik, die Lage am Persischen Golf und der Nahost-Konflikt.

157 29.05. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau S. 871

Vergau informiert über den Aufenthalt des Präsidenten der SWAPO, Nujoma, in der Bundesrepublik, insbesondere über ein Gespräch mit Bundesminister Genscher, in dessen Mittelpunkt der Namibia-Konflikt stand.

158 05.06. Botschafter Munz, Amman, an das Auswärtige Amt S. 876

Nach einem Gespräch mit König Hussein übermittelt Munz den jordanischen Wunsch, zusammen mit weiteren arabischen Staaten das in deutsch-britischer Kooperation entwickelte Kampfflugzeug vom Typ „Tornado“ zu erwerben.

159 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler S. 878

Schraepler resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson zu europapolitischen Fragen, insbesondere zu Genschers Initiative für eine Europäische Union, und zu den Aussichten für eine gemeinsame Rüstungsexportpolitik.

160 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler S. 881

Schraepler faßt eine Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson zusammen. Im Mittelpunkt standen der NATO-Doppelbeschluß von

1979, die sowjetischen Mittelstreckensysteme und die Aussichten für amerikanisch-sowjetische Verhandlungen. Weitere Themen waren u. a. die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Lage in Polen.

161 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler S. 884

Schraepler gibt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson zu Namibia wieder. Einigkeit bestand in der Akzeptanz der VN-Sicherheitsratsresolution Nr. 435 von 1978 als Grundlage der Namibia-Politik und in der Ablehnung von Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika.

162 09.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler S. 886

Schraepler resümiert eine Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister zur Lage im Nahen Osten. Cheysson erläuterte die Haltung der neuen französischen Regierung zu den Staaten der Region und zur PLO sowie die zugrundeliegenden rechtlichen Prinzipien.

163 10.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Suzuki in Hamburg S. 889

Gesprächsthemen sind die Lage in Polen, die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und Japans, der Zustand der Weltwirtschaft und die wirtschaftliche Situation in beiden Staaten sowie die bilateralen Handelsbeziehungen und der Export japanischer Automobile in die Europäischen Gemeinschaften.

164 10.06. Deutsch-japanisches Regierungsgespräch in Hamburg S. 898

Erörtert werden die Lage in Ost- und Südostasien, vor allem der Grenzkonflikt zwischen der Volksrepublik China und Vietnam, sowie das Verhältnis zwischen China und der UdSSR. Weitere Themen sind Polen, der Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, in Japan, eine Einschätzung der neuen französischen Regierung und die friedliche Nutzung der Kernkraft vor dem Hintergrund der Zerstörung eines irakischen Forschungsreaktors durch die israelische Luftwaffe.

165 10.06. Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Schmidt (Entwurf) S. 907

Genscher legt die Haltung der Bundesrepublik bezüglich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 auf der kommenden Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO dar.

166 11.06. Ministerialdirektor Gorenflos an die Botschaft in Washington S. 911

Gorenflos informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem libyschen Sonderbotschafter Shahati. Themen waren das Verhältnis Libyens zu den USA und zur UdSSR sowie die libysche Unterstützung der Unabhängigkeitsbewegungen in Afrika. Daneben wurde auch der Vorwurf erörtert, Libyen unterstütze den internationalen Terrorismus.

167 12.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo in Madrid S. 914

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, die Frage eines spanischen Beitritts zu EG und NATO sowie das Verhältnis Spaniens zu Frankreich, insbesondere in Hinblick auf die Auslieferung baskischer Terroristen an Spanien.

168 12.06. Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 919

Oncken berichtet über die Reaktion der türkischen Regierung auf eine Resolution des Bundestags, in der die Türkei zur Achtung der Menschenrechte aufgerufen wurde.

169 12.06. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) an das Auswärtige Amt S. 922

Wieck stellt Überlegungen zur Wirksamkeit der westlichen Embargopolitik gegenüber der UdSSR aufgrund des Einmarsches in Afghanistan im Jahre 1979 an. Dabei geht er insbesondere auf das amerikanische Getreideembargo ein.

170 15.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 927

Braunmühl resümiert eine Unterredung des Bundesministers Genscher mit dem amtierenden Leiter der KSZE-Delegation der Bundesrepublik, Graf zu Rantzau, in Madrid. Themen waren der Stand der Verhandlungen, insbesondere die sowjetischen Vorschläge hinsichtlich einer Konferenz über Abrüstung in Europa.

171 15.06. Aufzeichnung des Kapitäns zur See Maurer S. 930

Maurer reflektiert die Notwendigkeit einer modifizierten Darstellung der sicherheitspolitischen Belange der Bundesrepublik gegenüber der UdSSR und den USA. Anlaß hierzu seien vor allem die aktuellen strategischen Überlegungen der neuen amerikanischen Regierung und die sowjetische Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß von 1979.

172 15.06. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 935

Hermes informiert über den Stand der Entscheidung der amerikanischen Regierung zur Produktion der Neutronenwaffe und gibt Überlegungen hinsichtlich einer möglichen Dislozierung wieder.

173 16.06. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 938

Im Zusammenhang mit dem israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ äußert sich Hermes zu den möglichen Auswirkungen auf das amerikanisch-israelische Verhältnis und zu Folgen für die amerikanische Nahost-Politik.

174 17.06. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 942

Ruth faßt die Ergebnisse der Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 zusammen und berichtet über die amerikanisch-sowjetischen Sondierungen zur Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckensysteme.

175 18.06. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Clark S. 946

Erörtert werden die Lage in Südafrika und Namibia, der Nahost-Konflikt, insbesondere in Hinblick auf den israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“, die amerikanisch-sowjetischen Sondierungen zur Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, die Lage in Polen sowie die Außenpolitik der neuen französischen Regierung.

176 19.06. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 955

Pfeffer resümiert den Stand der Gespräche mit verschiedenen EG-Mitgliedstaaten zur Schaffung einer europäischen politischen Union, wobei insbesondere die Frage der Einbeziehung der Sicherheitspolitik umstritten war.

177 19.06. Botschafter von Puttkamer, Lissabon, an das Auswärtige Amt S. 957

Puttkamer hält eine Unterredung des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Balsemão fest. Im Mittelpunkt standen die bilateralen Beziehungen. Erörtert wurde insbesondere die Frage der Entschädigung für Firmen aus der Bundesrepublik, die vom Umsturz im Jahre 1974 betroffen waren. Daneben wurden auch der portugiesische EG-Beitritt, die Außenpolitik der neuen französischen Regierung sowie die Lage in Afrika thematisiert.

178 22.06. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Muldoon S. 962

Gesprächsthemen sind das Verhältnis Neuseelands zu den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere mit Blick auf den Abschluß eines längerfristigen Handelsabkommens, die Rolle beider Staaten im pazifischen Raum und die Beziehungen Neuseelands zu Frankreich.

179 22.06. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Buchrucker S. 965

Buchrucker informiert über die Folgen des israelischen Angriffs auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" für den Nahost-Konflikt, wobei insbesondere das nukleare Potential Iraks und Israels thematisiert werden.

180 23.06. Botschafter Herbst, Paris, an Bundesminister Genscher S. 968

Herbst übermittelt eine Einschätzung zur Persönlichkeit des neugewählten Staatspräsidenten Mitterrand und geht dabei im Zusammenhang mit der Regierungsbeteiligung der KPF auf dessen politische Entwicklung ein.

181 25.06. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 972

Hermes berichtet über die Maßnahmen der neuen amerikanischen Regierung im Rüstungsbereich, insbesondere über die geplante Modernisierung der Luftwaffe, der Raketenabwehr und der Marine.

182 30.06. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 977

Zeller resümiert die Ergebnisse einer Unterredung der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten anläßlich der Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg. Themen waren insbesondere die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und die EG-Agrarpolitik.

183 01.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 981

Meyer-Landrut berichtet über ein Gespräch des SPD-Vorsitzenden Brandt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Themen waren die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die bilateralen Beziehungen, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Lage in Polen.

184 01.07. Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington S. 985

Ruth übermittelt Informationen über den Stand der Verhandlungen der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und geht insbe-

sondere auf die Vorschläge hinsichtlich einer Konferenz über Abrüstung in Europa ein.

185 02.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 987

Steinkühler unterrichtet über die Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in Luxemburg. Themen waren die wirtschaftliche und soziale Lage in den Europäischen Gemeinschaften, insbesondere in Hinblick auf die Agrarreformen sowie auf den Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello, der Nord-Süd-Dialog, der britische Vorschlag für eine Afghanistan-Konferenz sowie die Lage im Nahen Osten und in Namibia.

186 03.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 992

Meyer-Landrut bewertet den Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt in der UdSSR und dessen Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vor allem im Hinblick auf die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und die bilateralen Beziehungen.

187 05.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) in Chevening S. 995

Erörtert werden die Verstimmung des italienischen Außenministers Colombo über seine Nichtbeteiligung an dem Gespräch sowie der Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt in der UdSSR, insbesondere im Hinblick auf eine mögliche Afghanistan-Konferenz.

188 05.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) in Chevening S. 997

Themen sind die Lage in Afghanistan, die Regierungsbeteiligung der KPF, finanzielle Hilfen für Polen, das weitere Vorgehen im Namibia-Konflikt, der geographische Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa, die Politik Libyens und der Nahost-Konflikt.

189 05.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) in Chevening S. 1005

Besprochen werden der bevorstehende Besuch von Carrington in der UdSSR, die sowjetischen Äußerungen gegenüber dem SPD-Vorsitzenden Brandt über ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen und sowjetische Vorschläge über eine kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa. Außerdem werden der EG-Beitritt Spaniens, die bevorstehende VN-Konferenz

über Kambodscha und der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello behandelt.

190 06.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele S. 1012

Bertele berichtet von Ausreiseversuchen von Deutschen aus der DDR über die Botschaften der Bundesrepublik in Prag und Warschau während der vergangenen Jahre.

191 09.07. Vortragender Legationsrat von Ploetz an Bundesminister Genscher, z. Z. Sofia S. 1013

Ploetz leitet Informationen über ein Gespräch des Botschafters Hermes, Washington, mit seinem sowjetischen Amtskollegen Dobrynin weiter. Dieser hatte erklärt, daß die UdSSR auf der Einbeziehung der amerikanischen FBS in die Verhandlungen über Mittelstreckensysteme bestehe.

192 09.07. Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt S. 1015

Bölling berichtet über ein Gespräch mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen. Themen waren die innerdeutschen Beziehungen, insbesondere der Mindestumtausch und Gespräche über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, ferner der NATO-Doppelbeschluß von 1979, die Lage in Berlin (West) sowie die Situation in Polen.

193 09.07. Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1020

Böcker resümiert eine Diskussion im Ständigen NATO-Rat zur Lage in Polen, in deren Mittelpunkt die sowjetische Haltung und die Wahrscheinlichkeit einer Intervention standen.

194 10.07. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1024

Dröge befaßt sich mit den rechtlichen und politischen Aspekten einer möglichen Beteiligung der Bundeswehr an NATO-Manövern außerhalb des NATO-Vertragsgebiets und befürwortet eine Teilnahme.

195 10.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Varna S. 1027

Braunmühl faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow zusammen. Neben den bilateralen Beziehungen wurden die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, die KSZE, der Gesundheitszustand des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, und ein möglicher Führungswechsel in der UdSSR erörtert. Gegenstände des Gesprächs waren außerdem die Lage in Polen und die amerikanische Außenpolitik unter Präsident Reagan.

196 10.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1030

Steinkühler informiert über Gespräche des Botschafters Ruth in Ost-Berlin zu Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle, insbesondere aus dem Bereich der Vereinten Nationen sowie zu einer Konferenz über Abrüstung in Europa.

197 10.07. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Varna, an Staatssekretär von Staden S. 1032

Pfeffer berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow. Zentrales Thema war die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979. Ferner wurden die bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Bulgarien erörtert.

198 12.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand S. 1035

Gesprächsthemen sind die bilateralen Beziehungen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die Regierungsbeteiligung der KPF, der Nahost-Konflikt, die Lage in Afrika, insbesondere in Namibia, die Entwicklungshilfepolitik und der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello.

199 12.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson S. 1055

Besprochen werden die Aussichten für eine Afghanistan-Konferenz, die Konferenz über Abrüstung in Europa, insbesondere die Formel für den geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen, die Lage in Polen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und mögliche Waffenlieferungen an die Volksrepublik China. Themen sind außerdem die zukünftige französische Sicherheitspolitik, der weitere Fortgang der VN-Seerechtskonferenz, der Namibia-Konflikt, der Nord-Süd-Dialog, der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello sowie der Nahost-Konflikt.

200 13.07. Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Staatspräsident Mitterrand S. 1068

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, die wirtschaftliche Lage in Frankreich, die Ost-West-Beziehungen, die Aussichten für eine Wiedervereinigung Deutschlands und die Europapolitik.

201 13.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand S. 1077

Themen sind die bilateralen Beziehungen auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, die Energiepolitik sowie Fragen des Exports von Rüstungsgütern aus Kopro-

duktion und die Entschädigung zwangsrekrutierter Elsässer und Lothringer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs.

202 13.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson S. 1087

Erörtert werden der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello sowie die Initiative von Genscher für eine Europäische Union.

203 13.07. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1091

Vor dem Hintergrund italienischer Verstimmung über die Nichtbeteiligung an vertraulichen Gesprächen befaßt sich Pfeffer mit der Problematik von exklusiven Konsultationen mit Frankreich und Großbritannien sowie den USA und möglichen Risiken eines „Direktoriums".

204 13.07. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1096

Hermes gibt einen Überblick über die bisherige amerikanische Außenpolitik nach dem Amtsantritt des Präsidenten Reagan. Dabei behandelt er vor allem die Politik gegenüber der UdSSR, die NATO, den Rüstungskontrollbereich, den Nahen Osten, den Nord-Süd-Dialog und den Namibia-Konflikt. Ferner gibt er eine Einschätzung der für die Außenpolitik maßgeblichen Persönlichkeiten und Institutionen.

205 14.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Starnberg S. 1105

Die Gesprächspartner erörtern die Ost-West-Beziehungen, die KSZE, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die innerdeutschen Beziehungen, die Lage in Afghanistan, den Namibia-Konflikt und die Situation in Kambodscha.

206 17.07. Deutsch-kanadisches Regierungsgespräch in Ottawa S. 1120

Themen sind die bilateralen Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiet, besonders Investitionsmöglichkeiten in Kanada und die Zusammenarbeit im Energiebereich, ferner die Beziehungen Kanadas zu den Europäischen Gemeinschaften in Fischereifragen sowie bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

207 17.07. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1128

Ruth befaßt sich mit dem Stand der Erörterungen über eine Formel für den geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa und analysiert die Interessenlage der UdSSR sowie Möglichkeiten des weiteren Vorgehens der NATO-Mitgliedstaaten.

208 17.07. Vortragender Legationsrat Simon an die Botschaft in Rom S. 1134

Simon informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo. Themen waren die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello, Überlegungen für eine Europäische Union und die Regierungsbeteiligung der KPF.

209 19.07. Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Montebello S. 1139

Im Mittelpunkt stehen Wirtschafts- und Finanzfragen, insbesondere die amerikanische Zinspolitik, ferner die politische Entwicklung in Frankreich, das geplante Erdgas-Röhren-Geschäft und der Nahost-Konflikt.

210 19.07. Gespräch der Staats- und Regierungschefs in Montebello S. 1144

Erörtert werden die weltpolitische Lage, vor allem die KSZE, die Rüstungskontrollpolitik, die sowjetische Außenpolitik und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979.

211 20.07. Deutsch-italienisches Regierungsgespräch in Montebello S. 1147

Diskutiert werden die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der Nahost-Konflikt, Namibia, die Europapolitik, der Weltwirtschaftsgipfel, die bilateralen Beziehungen, die Lage in Polen sowie die Regierungsbeteiligung der KPF.

212 20.07. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Montebello S. 1152

Die Gesprächspartner befassen sich mit der von den USA angeregten möglichen Verschärfung der COCOM-Richtlinien, dem geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft und dem Teilnehmerkreis künftiger Weltwirtschaftsgipfel.

213 20.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1156

Hofmann äußert sich zum Stand der Überprüfung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung und spricht sich gegen ein zu restriktives Vorgehen aus, wie es von Ministerialdirektor Fischer befürwortet werde.

214 20.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1159

Steinkühler informiert über Verlauf und Ergebnisse der VN-Konferenz über Kambodscha und äußert sich zur Interessenla-

ge der Konfliktparteien sowie den Aussichten für eine Lösung des Konflikts.

215 20.07. Aufzeichnung des Bundeskanzlers Schmidt, z. Z. Montebello S. 1163

Schmidt faßt die Gespräche der Staats- und Regierungschefs beim Abendessen zusammen. Besprochen wurde der Nahost-Konflikt, insbesondere die israelische Politik und die Frage von Nuklearwaffen in der Region.

216 22.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau S. 1164

Vergau informiert über Gespräche am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Ottawa und Montebello zum Namibia-Konflikt und geht dabei vor allem auf amerikanische Kontakte zu Südafrika sowie ein Junktim der USA zwischen einer Friedenslösung und dem Abzug kubanischer Truppen aus Angola ein.

217 23.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1168

Meyer-Landrut untersucht Ziele und Strategien der sowjetischen Außenpolitik, vor allem in bezug auf die USA und die westeuropäischen Staaten.

218 24.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1171

Steinkühler informiert über den politischen Teil des Weltwirtschaftsgipfels in Ottawa und Montebello und geht dabei in erster Linie auf die Ost-West-Beziehungen, die Rüstungskontrollpolitik sowie den Nahost-Konflikt ein.

219 27.07. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler S. 1174

Fiedler analysiert die Lage im Libanon nach dem jüngsten, durch die USA vermittelten Waffenstillstand und reflektiert die Aussichten für eine Lösung des Konflikts.

220 27.07. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1177

Steinkühler gibt einen Überblick über den wirtschaftlichen Teil des Weltwirtschaftsgipfels in Ottawa und Montebello. Im Mittelpunkt standen die amerikanische Wirtschaftspolitik, der Nord-Süd-Dialog, der Welthandel, die Energiepolitik sowie der amerikanische Wunsch nach Konsultationen beim Export strategischer Güter sowie bei Rohstoffgeschäften mit der UdSSR.

221 28.07. Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1181

Jung informiert über die 24. Runde der MBFR-Verhandlungen und konstatiert eine fast völlige Stagnation. Ferner stellt er Überlegungen für die nächste Verhandlungsrunde an und weist auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten hin.

222 29.07. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1187

Ruth entwickelt Vorstellungen zur Vorbereitung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und befürwortet die Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit.

223 30.07. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1193

Meyer-Landrut analysiert die Bedeutung der KSZE für die sowjetische Außenpolitik und formuliert Vermutungen über das weitere sowjetische Vorgehen bei Wiederaufnahme der KSZE-Folgekonferenz in Madrid im Herbst.

224 31.07. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua in Cancún S. 1195

Erörtert werden der Nord-Süd-Dialog, die Beziehungen der Volksrepublik China zu Indien, den USA und der UdSSR, die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, der Stand der KSZE, die Lage in Polen, die chinesische Innenpolitik und der chinesische Kapitalmangel für Anlagegeschäfte mit Unternehmen aus der Bundesrepublik.

225 01.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Cancún S. 1201

Gesprächsthemen sind die Nord-Süd-Außenministerkonferenz, die Lage in Polen, das sowjetische Vorgehen in Afghanistan, die Rüstungskontrolle und der Zypern-Konflikt.

226 02.08. Staatssekretär Lautenschlager, z. Z. Cancún, an das Auswärtige Amt S. 1206

Lautenschlager berichtet über die Nord-Süd-Außenministerkonferenz. Erörtert wurden Verfahrensfragen und die zu behandelnden Themen der bevorstehenden Nord-Süd-Gipfelkonferenz sowie das weitere Vorgehen in Hinblick auf die Globalen Verhandlungen.

227 03.08. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1211

Ruth faßt die Ergebnisse der Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO zusammen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen eine Analyse der sowjetischen Bedrohung, die

Einbeziehung weiterer Waffensysteme in die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und die Öffentlichkeitsarbeit der NATO.

228 09./10.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1214

Pfeffer resümiert eine Sitzung der vier Politischen Direktoren in Paris über die Lage in Polen. Diskutiert wurden vor allem mögliche Langzeitfolgen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Polen für das Ost-West-Verhältnis.

229 10.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1216

Fischer gibt eine Diskussion der vier Wirtschaftsdirektoren in Paris über die Situation in Polen wieder. Erörtert wurden eine zusätzliche kurzfristige Liquiditätshilfe sowie Nahrungsmittellieferungen.

230 10.08. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1218

Steinkühler informiert über das „Umfassende Abrüstungsprogramm", welches von Australien, Belgien, der Bundesrepublik, Großbritannien und Japan dem Genfer Abrüstungsausschuß vorgelegt wurde und das einen konzeptionellen Rahmen für Abrüstungsverhandlungen schaffen soll.

231 11.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1220

Nach der Entscheidung des Präsidenten Reagan, die Produktion von Neutronenwaffen aufzunehmen, informiert Ruth über die amerikanische Aufforderung an die Bundesregierung, entsprechende rüstungskontrollpolitische Initiativen zurückzustellen.

232 12.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer S. 1222

Limmer berichtet über den Stand und den weiteren Verlauf der Namibia-Initiative und erläutert insbesondere die amerikanische Position, den Abbau kubanischer Militärpräsenz in Angola zur Bedingung eines Rückzugs südafrikanischer Truppen aus Namibia zu machen.

233 14.08. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer S. 1228

Limmer bewertet den Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd zur Lösung des Nahost-Konflikts und geht auf die Reaktionen der USA, Israels und der arabischen Staaten ein.

234 18.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek in Bad Reichenhall S. 1235

Erörtert werden Möglichkeiten zur Umschuldung, ein möglicher IWF-Beitritt Polens, die Unterstützung bei der Versorgung mit Lebensmitteln, Rohstoffen und Halbwaren sowie eine Liquiditätshilfe.

235 18.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1239

Ruth faßt sein Gespräch mit dem SPD-Landtagsabgeordneten Eppler über die Stationierung von Mittelstreckensystemen zusammen, in dem dieser seine Kritik am NATO-Doppelbeschluß von 1979 äußerte.

236 19.08. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau S. 1241

Wallau berichtet über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek. Diskutiert wurde unter anderem über die Gewerkschaft „Solidarność“, die personelle Situation der PVAP nach dem Parteitag und Wirtschaftshilfe für Polen.

237 21.08. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1244

Meyer-Landrut informiert über wiederholte sowjetische Verlautbarungen, die Kriegsgefahr habe durch das Verhalten der USA zugenommen, und empfiehlt, diesen Behauptungen entgegenzutreten.

238 21.08. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Rallis in Athen S. 1248

Thema des Gesprächs ist ein türkisch-zyprischer Vorschlag zur Lösung des Zypern-Konflikts. Ebenfalls angesprochen werden die griechisch-türkischen Beziehungen, insbesondere die Ägäis-Frage.

239 24.08. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1252

Pfeffer befaßt sich mit der Frage, ob die Lagerung von Neutronenwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik von der Bundesregierung genehmigt werden müsse.

240 26.08. Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, an das Auswärtige Amt S. 1257

Anläßlich südafrikanischer Militäraktionen in Angola berichtet Cuntz, der Konflikt drohe sich auszuweiten, da Angola Hilfe von Dritten in Anspruch nehmen könnte.

241 26.08. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1259

Boll resümiert die Ergebnisse der VN-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen in Nairobi und stellt das dort verabschiedete Aktionsprogramm vor.

242 28./29.08. Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Brundtland in Staur Gård S. 1262

Themen sind unter anderem die Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe, der NATO-Doppelbeschluß von 1979, eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa, die Europäische Union, die neue französische Regierung, die Ost-West-Beziehungen und die Entwicklung in der UdSSR. Ferner werden Fragen der bilateralen Zusammenarbeit auf energiepolitischem, industriellem und rüstungstechnologischem Gebiet besprochen. Zudem berichtet Schmidt über die innerdeutschen Beziehungen und über Umweltfragen.

243 29.08. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen auf Schloß Marienborg S. 1272

Zu den erörterten Themen zählen eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa, die Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten, Haushalts- und Finanzfragen, insbesondere in bezug auf Dänemark, die USA und Frankreich, die EG-Finanzstruktur und -Agrarpolitik, der Wunsch Grönlands nach Austritt aus den Europäischen Gemeinschaften sowie die Beziehungen der Bundesrepublik zu Frankreich und zu den USA.

244 31.08. Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin S. 1278

Bölling berichtet über sein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in dem die Politik der amerikanischen Regierung sowie der Stand der innerdeutschen Beziehungen, insbesondere der Mindestumtausch und ein mögliches Treffen Honeckers mit Bundeskanzler Schmidt, besprochen wurden.

245 31.08. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1283

Ruth faßt ein Gespräch mit Vertretern Belgiens, Großbritanniens, Italiens und der USA über ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme zusammen.

246 01.09. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1289

Hofmann vermerkt, Staatssekretär Lautenschlager habe dem amerikanischen Gesandten Woessner die Antwort der Bundesregierung auf die Bitte der USA übergeben, die amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik im Rahmen des Host Nation Support zu unterstützen.

247 03.09. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1291

Wieck analysiert die Auswirkungen der neuen amerikanischen Sicherheitspolitik auf die NATO. Er spricht sich dafür aus, den Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik zu erhöhen und die Notwendigkeit einer „Kriegsverhinderungspolitik" herauszustellen.

248 03.09. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1296

Wieck erörtert die Haltung Spaniens zur Frage der möglichen Stationierung von Nuklearwaffen auf seinem Territorium. Er spricht sich gegen einen nuklearen Sonderstatus nach einem spanischen NATO-Beitritt aus.

249 04.09. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1300

Fischer legt eine auf der Grundlage von Ressort- und Hausbesprechungen ausgearbeitete Neufassung der Politischen Grundsätze für den Rüstungsexport vor, welcher die bisherige restriktive Politik der Bundesrepublik bestätigt. Ferner plädiert er für die Beibehaltung des Begriffs „Spannungsgebiet".

250 05./06.09. Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brocket Hall S. 1309

Die Außenminister besprechen die französisch-mexikanische Erklärung vom 28. August über El Salvador und die gemeinschaftliche Haltung gegenüber Mittelamerika. Themen sind ferner die Aussichten für eine Afghanistan-Resolution der VN-Generalversammlung, Polen, der Konflikt am Horn von Afrika, die Lage im Nahen Osten, auf Zypern und in Libyen, die Situation im südlichen Afrika, der Westsahara-Konflikt, die KSZE sowie die Reform der EPZ-Strukturen.

251 11.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 1318

Bräutigam bilanziert den Stand des KSZE-Prozesses vor Wiederaufnahme der Folgekonferenz in Madrid und diskutiert die Frage, wie man zu einer Einigung über die Formel zum geographischen Geltungsbereich einer Konferenz über Abrüstung in Europa gelangen könne.

252 11.09. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Spadolini in Rom S. 1322

Die Gesprächspartner behandeln den NATO-Doppelbeschluß von 1979 und die Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe, die Krise in Polen, den Luftzwischenfall über der Großen Syrte, das Verhältnis zwischen Malta und Libyen sowie die Entwicklung im Mittelmeerraum. Weitere Themen sind die Beziehungen beider Staaten zu Frankreich nach dem Amtsantritt des Staatspräsidenten Mit-

terrand, die Wirtschaftspolitik, das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR und die Reform der Europäischen Gemeinschaften.

253 11.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom S. 1337

Themen sind sowjetische Demarchen in Bonn und Rom, die innerdeutschen Beziehungen, der geplante Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, die Beteiligung an einer multinationalen Friedenstruppe für den Sinai, die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zu einer Europäischen Union sowie die Krisen auf Zypern und in Polen.

254 12.09. Botschafter Diesel, Prag, an das Auswärtige Amt S. 1348

Diesel analysiert die Innen-, Außen- und Sicherheits- sowie die Wirtschaftspolitik der ČSSR im Kontext der Krise in Polen. Aus den Prozessen gegen Bürgerrechtler, den personellen Veränderungen in der tschechoslowakischen Führung, der engen Anlehnung an die UdSSR und dem Streben nach einer ausgeglichenen Außenhandelsbilanz zieht er den Schluß, daß die Regierung eine vergleichbare Entwicklung wie in Polen verhindern wolle.

255 13.09. Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch S. 1352

Bundeskanzler Schmidt und der amerikanische Außenminister Haig erörtern die amerikanische Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete, den Konflikt im Libanon sowie die europäische und amerikanische Nahostpolitik. Weitere Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und die Frage einer Änderung der amerikanischen Verteidigungsstrategie, die Demonstrationen gegen den Besuch von Haig in Berlin (West), die Möglichkeit eines Besuchs des Präsidenten Reagan in der Bundesrepublik, SALT und die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún.

256 14.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig S. 1365

Die Gesprächspartner erörtern die Frage einer Änderung der amerikanischen Verteidigungsstrategie, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, insbesondere die Möglichkeit einer „Null-Option“, die Gefahr einer sowjetischen Intervention in Polen und die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún.

257 14.09. Aufzeichnung des Referats 220 S. 1371

Referat 220 nimmt Stellung zur amerikanischen Ausgangsposition für die Verhandlungen mit der UdSSR über Mittelstrekkensysteme. Der Verhandlungsansatz berücksichtige die Vorbe-

reitungen in der NATO und entspreche weitgehend den vom Bundessicherheitsrat gebilligten Richtlinien.

258 16.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister Jorge S. 1377

Themen des Gesprächs sind die Anwesenheit kubanischer Truppen in Angola, die Beziehungen Angolas zu Zaire, die Lösung der Namibia-Konflikt, die südafrikanische Militäraktion gegen Angola und der angolanische Wunsch nach Unterstützung durch die Bundesrepublik beim Wiederaufbau.

259 16.09. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1380

Ruth informiert über die Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO, in deren Mittelpunkt der amerikanische Ansatz für die Verhandlungen mit der UdSSR über Mittelstreckensysteme gestanden habe.

260 16.09. Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1384

Dannenbring äußert sich zu Stimmen, wonach sich in den USA Tendenzen verstärkten, die amerikanischen Streitkräfte in Europa zu reduzieren. Trotz entsprechender Hinweise bestehe aber der Grundkonsens, an der militärischen Präsenz festzuhalten, unverändert fort.

261 18.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1387

Dröge stellt die beiden Studien „Bedrohungsanalyse" und „Technische Erfordernisse der TNF der NATO" vor, die von der High Level Group der NATO als Arbeitsgrundlage für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme erarbeitet wurden.

262 20.09. Ministerialdirigent Bräutigam an Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York S. 1390

Bräutigam übermittelt eine Stellungnahme zu der Frage, wie auf eine mögliche Verhängung des Ausnahmerechts in Polen reagiert werden solle. Die Bundesregierung spreche sich dafür aus, auch in diesem Fall auf eine politische Lösung hinzuwirken. In vertraulichen Gesprächen mit der UdSSR solle das Prinzip der Nichteinmischung in schärferer Form betont werden.

263 21.09. Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1395

Gorenflos berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern der ASEAN-Mitgliedstaaten. Im Mittelpunkt stand die Kambodscha-Frage, insbesondere die Einbindung der Roten Khmer in eine Koalition gegen die Volksrepublik Kampuchea, die Meinungsverschiedenheiten zwischen den europäischen NATO-Mitgliedstaaten und den USA

hinsichtlich der Neutronenwaffe sowie die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún.

264 21.09. Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1397

Gorenflos faßt ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister zusammen, in dessen Mittelpunkt Afghanistan stand, insbesondere die Aussichten für eine Verhandlungslösung.

265 22.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in New York S. 1399

Hauptthemen sind das weitere Vorgehen im Namibia-Konflikt, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstrekkensysteme, amerikanische Rüstungslieferungen an Saudi-Arabien, Pakistan und die Volksrepublik China, die Lage im Libanon, in Mittelamerika und auf Zypern sowie die Frage einer Wiederwahl von VN-Generalsekretär Waldheim.

266 22.09. Runderlaß des Staatssekretärs von Staden S. 1411

Staden informiert über die Sondersitzung des Kabinetts am 18. September, in der Bundesminister Genscher dazu ermächtigt wurde, mit den EG-Mitgliedstaaten Gespräche über eine Grundsatzerklärung (Europäische Akte) zur Europäischen Union aufzunehmen.

267 22.09. Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1414

Gorenflos resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem argentinischen Außenminister Camilión über die politische Lage in Mittel- und Südamerika, vor allem in El Salvador und Nicaragua. Weitere Themen sind die Stellung Kubas in der Region, die Behandlung in Argentinien inhaftierter deutscher Staatsangehöriger sowie geplante politische Reformen der argentinischen Regierung.

268 22.09. Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1417

Gorenflos bilanziert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem israelischen Außenminister Shamir. Im Mittelpunkt standen die ägyptisch-israelischen Beziehungen, eine Aussetzung der Mitgliedschaft Israels in der IAEO, das Verhältnis zwischen Spanien und Israel sowie die rückläufigen Zahlen für die Auswanderung von Juden aus der UdSSR.

269 23.09. Botschafter van Well, New York (VN), an das Auswärtige Amt S. 1420

Van Well berichtet von einer Unterredung des Bundesministers Genscher mit Vertretern der OAU-Mitgliedstaaten über den Stand der Namibia-Initiative.

270 23.09. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1423

Hermes informiert über ein Treffen von Mitgliedern des Unterausschusses des Bundestags für Abrüstungs- und Rüstungskontrolle mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Allen. Im Mittelpunkt standen die Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe, der NATO-Doppelbeschluß von 1979, die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Beistandsgarantie für Europa sowie die Darstellung der NATO-Verteidigungspolitik in der Öffentlichkeit.

271 23.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Haig (USA) in New York S. 1427

Haig berichtet von seinem Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, in dessen Mittelpunkt Afghanistan, die Aktivitäten der UdSSR und der USA in der Dritten Welt sowie die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme standen. Weitere Themen sind Namibia, Kürzungen im amerikanischen Verteidigungshaushalt sowie das amerikanische Junktim zwischen einer Geltungsbereichsklausel der Konferenz über Abrüstung in Europa und der Einrichtung eines KSZE-Menschenrechtsforums. Außerdem erörtern die Gesprächsteilnehmer die Frage, wie die NATO im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen reagieren sollte, sowie die Situation im Libanon und auf Zypern.

272 24.09. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 1440

Zeller protokolliert ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundeskanzler Kreisky in Wien. Themen waren die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik und in Österreich sowie der wirtschaftspolitische Kurs der USA, ferner die Beziehungen beider Staaten zu Italien, die innenpolitische Lage in Frankreich und in Großbritannien, der Weiterbau des Rhein-Main-Donau-Kanals und die Politik gegenüber der UdSSR.

273 24.09. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1449

Ruth analysiert den Stand der MBFR-Verhandlungen und spricht sich für einen Gegenvorschlag der NATO zu den Verhandlungsschritten des Warschauer Pakts von 1980 aus, um angesichts der augenfälligen Stagnation den Verhandlungsprozeß „lebensfähig“ zu erhalten.

274 24.09. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1458

Pfeffer berichtet über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek über die Ost-West-Beziehungen, die Entwicklung in Polen nach der ersten Phase des ersten Kongresses der Gewerkschaft „Solidarność“ und über Wege zur Gewährung von Wirtschaftshilfe.

275 24.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, in New York S. 1462

Die Gesprächspartner erörtern den NATO-Doppelbeschluß von 1979 und das atomare Rüstungsgleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt, ein Moratorium bei den Nuklearsystemen, die innerdeutschen Beziehungen und die Lage in Polen.

276 24.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca in New York S. 1468

Themen sind die Anwesenheit kubanischer Streitkräfte in Angola und die Situation in Mittelamerika, vor allem die Frage eines kubanischen Engagements in El Salvador.

277 24.09. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Hammadi in New York S. 1470

Die Gesprächspartner erörtern den irakisch-iranischen Krieg, die Entwicklung in Iran nach der Absetzung des Präsidenten Bani Sadr, die Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaften sowie bilaterale Fragen, insbesondere die Entführung von fünf deutschen Staatsangehörigen und den Fall des in Irak inhaftierten Mitarbeiters des Presse- und Informationsamts, Petross.

278 25.09. Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt S. 1474

Ruth informiert über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko. Im Mittelpunkt standen die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, die Aussichten für die Wiederaufnahme von SALT, noch offene Fragen hinsichtlich einer Konferenz über Abrüstung in Europa auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, der geplante Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, der Stand der deutsch-sowjetischen Beziehungen sowie die Lage in Polen und in Afghanistan.

279 28.09. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau S. 1479

Vergau resümiert das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) über Namibia in New York. Im Zentrum standen die Antwort

der südafrikanischen Regierung auf die Demarche der Namibia-Kontaktgruppe vom 12. September sowie die amerikanische Forderung nach einem gleichzeitigen Abzug kubanischer Truppen aus Angola und südafrikanischer Truppen aus Namibia.

280 30.09. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1483

Hermes berichtet über amerikanische Reaktionen auf Informationen, denen zufolge die niederländische Regierung nicht mehr bereit sei, den NATO-Doppelbeschluß von 1979 im Rahmen eines NATO-Kommuniqués noch einmal zu bestätigen.

281 02.10. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1485

Hermes übermittelt Informationen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. und 28. September in New York. Im Mittelpunkt hätten Fragen der Rüstungskontrolle gestanden, insbesondere die Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckensysteme. Weiterhin sei über SALT, die Lage in Afghanistan, Iran und Pakistan sowie über die Volksrepublik China gesprochen worden.

282 03.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom S. 1491

Auf der Basis deutscher und italienischer Textentwürfe erörtern die Gesprächspartner die Initiative Genschers für eine Europäische Union. Sie beschließen, das Vorhaben gemeinsam weiterzuverfolgen.

283 05./06.10. Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua in Peking S. 1498

Themen sind vor allem die von Genscher angestoßene Initiative für eine Europäische Union, die Lage in Afghanistan sowie in Kambodscha und Vietnam, die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún, die Aussichten auf Globale Verhandlungen und die Auswirkungen der chinesischen Wirtschaftspolitik auf die bilateralen Beziehungen.

284 06.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow S. 1519

Im Mittelpunkt stehen Fragen der Rüstungskontrolle, vor allem die Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme am 30. November in Genf.

285 06.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron S. 1525

Citron äußert sich zur amerikanischen Entscheidung über die Modernisierung strategischer Waffensysteme. Er erläutert die einzelnen Maßnahmen und kommt zu dem Schluß, daß die USA den vom SALT-II-Vertrag vorgegebenen Rahmen weiterhin respektieren.

286 07.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Deng Xiaoping, in Peking S. 1529

Erörtert werden die bilateralen Beziehungen in Wirtschaft und Technologie, die Republik China (Taiwan), die Lage im Nahen Osten, vor allem die Situation der Palästinenser, der Europäisch-Arabische Dialog, die Politik der UdSSR und die Initiative Genschers für eine Europäische Union.

287 07.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche S. 1536

Vor dem Hintergrund der amerikanischen Entscheidung zur Modernisierung strategischer Waffensysteme werden die Ost-West-Beziehungen thematisiert, insbesondere der NATO-Doppelbeschluß von 1979. Weitere Gesprächspunkte sind die innerdeutschen Beziehungen und die Aussichten für eine Wiedervereinigung.

288 07.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche S. 1544

Themen sind der Friedensprozeß im Nahen Osten nach der Ermordung des Präsidenten Sadat, die Aussichten auf Unabhängigkeit für Namibia, die Lage in Lateinamerika sowie die Rolle der katholischen Kirche im Nord-Süd-Dialog.

289 08.10. Botschafter Hille, Kairo, an Bundesminister Genscher S. 1549

Hille berichtet über ein kurzfristig angesetztes Gespräch Genschers mit dem designierten Präsidenten Mubarak auf der Rückreise aus der Volksrepublik China. Im Mittelpunkt stand der Friedensprozeß im Nahen Osten nach der Ermordung des Präsidenten Sadat.

290 08.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche S. 1553

Die Gesprächspartner erörtern finanzielle Hilfen für Polen, die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún und die Aussichten für Globale Verhandlungen. Ferner werden europapolitische Fragen wie etwa die Initiative des Bundesministers Genscher für eine Europäische Union sowie die Gemeinsame Agrarpolitik besprochen und die bilateralen Beziehungen auf kulturellem Gebiet.

291 08.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl S. 1566

Braunmühl resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem niederländischen Außenminister van der Stoel. Schwerpunkte waren der NATO-Beitritt Spaniens, die niederländische Haltung zum NATO-Doppelbeschluß von 1979 sowie die KSZE-Folgekonferenz in Madrid.

292 08.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Mussawi S. 1568

Thematisiert werden die Lage in Iran, insbesondere die hohe Zahl der Todesurteile, der irakisch-iranische Krieg und Äußerungen des Botschafters der Bundesrepublik in Teheran, Petersen, zu den bilateralen Beziehungen.

293 10.10. Botschafter Hille, Kairo, an das Auswärtige Amt S. 1571

Hille berichtet über ein Gespräch des Bundespräsidenten Carstens, des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem designierten Präsidenten Mubarak nach der Trauerfeier für Präsident Sadat in Kairo. Im Zentrum stand der Friedensprozeß im Nahen Osten, vor allem das zukünftige Verhältnis Ägyptens zu den anderen arabischen Staaten.

294 12.10. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1573

Meyer-Landrut analysiert die Ziele, die die sowjetische Regierung mit dem bevorstehenden Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik verfolgt. Neben der Fortsetzung der Entspannungspolitik und dem Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen sei dies vor allem die Stärkung von Gegnern einer Nachrüstung.

295 12.10. Runderlaß des Botschafters Ruth S. 1577

Ruth unterrichtet über die Gespräche des Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, in der Bundesrepublik. Zentrales Thema waren Fragen der Rüstungskontrolle, insbesondere die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme sowie START, MBFR, die nukleare Nichtverbreitung, ein Verbot chemischer Waffen sowie ein umfassendes Teststopp-Abkommen.

296 13.10. Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London S. 1584

Erörtert werden die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún und die Aussichten für Globale Verhandlungen sowie für eine Folgekonferenz. Zudem informieren Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Colombo über den Stand der Initiative für eine Europäische Union.

297 13.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Ploetz S. 1587

Ploetz resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Ljubljana. Themen waren die Ost-West-Beziehungen, insbesondere das Verhältnis der Bundesrepublik und der USA zur UdSSR, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, vor allem der Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen bei einer Konferenz über Abrüstung in Europa, die deutsch-deutschen Beziehungen und die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún.

298 15.10. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1594

Ruth resümiert die Ergebnisse des zweiten vertraulichen Fünfer-Gesprächs zur Erarbeitung einer Verhandlungsposition sowie eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme. Besonders herausgestellt werden solle das Verhandlungsziel „Null-Lösung".

299 15.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll S. 1597

Boll informiert über das Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London. Erörtert wurden eine Reform der EPZ-Strukturen, die Lage im Nahen Osten sowie die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, insbesondere die Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa.

300 15.10. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach S. 1600

Pfetten-Arnbach unterrichtet über die dritte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten in London, in deren Mittelpunkt die Entwicklung in Kambodscha stand. Weitere Themen waren Afghanistan, die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie der Nahost-Konflikt.

301 16.10. Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1603

Böcker informiert, daß der Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, im Ständigen NATO-Rat die strategischen Planungen der USA für Südwestasien vorgestellt und dabei über den Einsatz der „Rapid Deployment Force" in diesem Raum sowie über Beiträge der Verbündeten hierzu gesprochen habe.

302 16.10. Botschafter Hermes, Washington, an Bundesminister Genscher S. 1606

Hermes berichtet von einem Gespräch des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, mit Präsident Reagan. Themen wa-

ren die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún und der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979, insbesondere die Demonstrationen gegen dessen Implementierung.

303 21.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Shagari in Cancún S. 1609

Themen sind die Nord-Süd-Gipfelkonferenz, die technische Hilfe durch die Industriestaaten bei der Nahrungsmittelproduktion, die Stabilisierung der Ölpreise und die Konflikte zwischen Äthiopien und Somalia sowie in Namibia und Angola.

304 22.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann S. 1613

Hofmann faßt die Ergebnisse der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Gleneagles zusammen. Im Zentrum standen die Modernisierung der amerikanischen strategischen Waffensysteme, der Stand der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979, die damit verbundene Öffentlichkeitsarbeit sowie der Passus zur „Null-Option" im Kommuniqué.

305 22.10. Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, z. Z. Cancún, an das Auswärtige Amt S. 1620

Von der Gablentz resümiert ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan zu dessen Äußerungen über die Führbarkeit eines begrenzten Nuklearkriegs in Europa, die bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, vor allem das Ziel einer „Null-Option", und die Demonstration in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluß von 1979.

306 23.10. Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 1623

Huber äußert sich zu den sowjetischen Zielen bei den bevorstehenden Verhandlungen mit den USA über Mittelstreckensysteme, einschließlich des Interesses an einer Fortsetzung von SALT, und zur begleitenden Öffentlichkeitsarbeit.

307 26.10. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1627

Ruth berichtet über eine Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO, in der noch offene Fragen hinsichtlich der Position der NATO-Mitgliedstaaten für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme erörtert worden seien, insbesondere die Einbeziehung der älteren sowjetischen Mittelstreckensysteme SS-4 und SS-5, die Berücksichtigung von Raketen kürzerer Reichweite sowie das Verbot eines Nachladepotentials.

308 27.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lázár S. 1630

Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, Afghanistan, die Entwicklung in Polen, SALT II, die bevorstehenden Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und die Entspannungspolitik. Ferner erörtern die Gesprächspartner die bilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit.

309 27.10. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 1640

Gorenflos skizziert die innenpolitische Entwicklung in Nicaragua sowie deren mögliche Folgen für den Konflikt in El Salvador und empfiehlt eine Überprüfung der bisherigen Haltung der Bundesrepublik gegenüber der nicaraguanischen Regierung.

310 28.10. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd S. 1644

Schmidt und Fahd erörtern die Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún, die Preispolitik der OPEC, die Lage in Ägypten nach der Ermordung des Präsidenten Sadat, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und den saudi-arabischen Wunsch nach Lieferung von Panzern aus der Bundesrepublik.

311 28.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlingensiepen S. 1653

Schlingensiepen analysiert die außenpolitische Rolle des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sein Verhältnis zu den staatlichen Gewerkschaften in den Warschauer-Pakt-Staaten und zur polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ sowie die Strategie des DGB in der internationalen Gewerkschaftsbewegung.

312 29.10. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceaușescu in Bukarest S. 1659

Im Mittelpunkt stehen die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme, die Einsetzung einer Konferenz über Abrüstung in Europa durch die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún und die Lage im Nahen Osten. Wirtschaftspolitische Themen sind die Möglichkeiten zur Verbesserung der Investitionsförderung, die Gewährung zinsgünstiger Kredite für Rumänien und die Mitwirkung an Kooperationsprojekten.

313 29.10. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 1672

Hermes übermittelt Informationen des amerikanischen Außenministeriums zu den Ausführungen des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, vor dem Ständigen NATO-Rat über die strategischen Planungen der USA für Südwestasien. In diesem Rahmen sollen auch Forde-

rungen an die europäischen Verbündeten gerichtet werden, sich an den Lasten zu Sicherung dieser Region zu beteiligen.

314 30.10. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk S. 1675

Schenk berichtet über eine Sitzung der vier Politischen Direktoren. Hauptthemen waren der bevorstehende Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, der geographische Geltungsbereich einer Konferenz über Abrüstung in Europa, die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme sowie die Lage in Polen und in Jugoslawien. Ferner widmeten sich die Gesprächspartner der Entwicklung im Mittelmeerraum, insbesondere in Griechenland, der Türkei, Zypern und Malta, sowie der Lage im Nahen Osten und den Bemühungen in den Vereinten Nationen um eine „Friedenszone Indischer Ozean".

315 02.11. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1690

Steinkühler informiert über die Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún und geht dabei auf die Situation der Landwirtschaft in den Entwicklungsländern und die Aussichten für die Durchführung der Globalen Verhandlungen ein.

316 05.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren in Ankara S. 1694

Im Mittelpunkt stehen die Vorstellungen der türkischen Militärregierung für eine Rückkehr zur Demokratie, die Menschenrechtslage, vor allem die Folterung von Inhaftierten, die wirtschaftliche Lage der Türkei sowie der Prozeß gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit. Im bilateralen Bereich werden die Wirtschaftshilfe und die Auslieferung von türkischen Staatsbürgern, die in der Bundesrepublik inhaftiert waren, erörtert.

317 05.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge S. 1703

Dröge analysiert das amerikanische Konzept für die „Rapid Deployment Force" und befaßt sich mit möglichen Zusammenhängen zum Host Nation Support und damit verbundenen Folgen für die Bundesrepublik.

318 05.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1706

Ruth äußert sich zum Stand der Verhandlungen über den geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa und begründet das Eintreten der Bundesrepublik für einen funktionalen Ansatz bei den weiteren Verhandlungen in Madrid.

319 06.11. Botschafter Ramisch, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt S. 1712

Vor dem Hintergrund der pakistanischen Nuklearpolitik entwirft Ramisch Szenarien für ein mögliches militärisches Vorgehen Indiens gegen Pakistan. Dabei geht er vor allem auf die damit verbundenen außenpolitischen Folgen für die Region, aber auch für die Beziehungen Indiens zu den USA ein.

320 09.11. Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt S. 1716

Oncken bewertet Verlauf und Ergebnisse des Besuchs von Bundesminister Genscher in der Türkei und weist trotz einiger positiver Aspekte auf bestehende und künftige Probleme hin.

321 10.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz S. 1720

Seitz befaßt sich mit den außenpolitischen Positionen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und konstatiert antiamerikanische Tendenzen. Ferner beleuchtet er mögliche Folgen für die Deutschlandpolitik.

322 12.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1724

Ruth notiert Verlauf und Ergebnisse einer Sitzung des Bundessicherheitsrats zu den bevorstehenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme. Dabei geht er mit Blick auf den bevorstehenden Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, besonders auf die Interessenlage der Bundesrepublik ein.

323 13.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 1728

Fischer informiert über eine amerikanische Initiative zu Gesprächen über Nuklearexporte in den Nahen Osten, um eine Koordinierung unter den wichtigsten Industrieländern zu erreichen und die Lieferung waffenfähiger Materialien zu verhindern.

324 14.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit NATO-Generalsekretär Luns S. 1732

Im Mittelpunkt stehen die transatlantischen Beziehungen, die weltwirtschaftliche Lage, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der bevorstehende Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, der NATO-Beitritt Spaniens und das Infrastrukturprogramm der NATO.

325 14.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1740

Pfeffer legt eine eigene Aufzeichnung des Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit NATO-Generalsekretär Luns vor und akzentuiert besonders die von Schmidt geäußerte Bedingung, bei der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 müßten außer der Bundesrepublik zwei weitere Nicht-Nuklear-

staaten, wahrscheinlich Belgien und die Niederlande, einer Dislozierung zustimmen.

326 16.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao S. 1744

Besprochen werden die Nord-Süd-Beziehungen nach der Konferenz von Cancún, insbesondere der angestrebte Beginn der Globalen Verhandlungen, die Wahl eines neuen VN-Generalsekretärs, die KSZE und die Konferenz über Abrüstung in Europa, der bevorstehende Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, die Ost-West-Beziehungen, die Außenpolitik der Volksrepublik China, die Lage in Afghanistan und Kambodscha sowie die bilateralen Beziehungen.

327 17.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1755

Pfeffer befaßt sich mit der von Bundeskanzler Schmidt gegenüber NATO-Generalsekretär Luns geäußerten Bedingung, bei der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 müßten außer der Bundesrepublik zwei weitere Nicht-Nuklearstaaten, wahrscheinlich Belgien und die Niederlande, einer Dislozierung zustimmen. Er legt dar, daß diese Äußerung nicht der Beschlußlage innerhalb der Bundesregierung und der NATO entspreche, und warnt vor Konsequenzen einer solchen Bedingung.

328 17.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1759

Ruth informiert über eine Sitzung des Bundessicherheitsrats zum Host Nation Support, in der die Bereitschaft der Bundesregierung zur Unterzeichnung eines Rahmenabkommens mit den USA beschlossen wurde.

329 17.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1760

Ruth vermerkt, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, habe Bundesminister Genscher über die endgültige amerikanische Verhandlungsposition in den künftig als „INF-Verhandlungen“ zu bezeichnenden amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme informiert. Dabei sei auch das Ziel einer „Null-Lösung“ behandelt worden. Ferner faßt Ruth die sich daran anschließende Unterrichtung des Bundeskanzlers Schmidt durch Genscher zusammen und analysiert ein von Eagleburger an Genscher übergebenes Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig.

330 18.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher S. 1767

Die Gesprächspartner befassen sich unter vier Augen mit dem bevorstehenden Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, besonders im Hinblick auf die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses

von 1979 und die INF-Verhandlungen, ferner mit der amerikanischen Wirtschaftspolitik und ihren Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sowie mit der Lage im Nahen Osten.

331 19.11. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 1773

Zeller faßt ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher im kleinen Kreis zusammen. Erörtert wurden die bilateralen Beziehungen, die Beteiligung einzelner EG-Mitgliedstaaten an der multinationalen Friedenstruppe für den Sinai, die Außenpolitik der neuen griechischen Regierung, die Lage der Europäischen Gemeinschaften, besonders in der Agrarpolitik, die wirtschaftliche Lage und der NATO-Beitritt Spaniens.

332 20.11. Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit S. 1783

Stabreit informiert über die Einbringung der deutsch-italienischen Initiative für eine Europäische Union auf einer Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brüssel und die Reaktion der übrigen EG-Mitgliedstaaten.

333 20.11. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1787

Ruth berichtet über eine Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO. Im Mittelpunkt standen die Vorbereitung der INF-Verhandlungen und die weitere Unterrichtung der übrigen NATO-Mitgliedstaaten durch die USA.

334 23.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 1791

Hauptthemen des Gesprächs im Kreis der Delegationen sind die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, der sowjetische Vorschlag für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen, die INF-Verhandlungen, ferner SALT, die Neutronenwaffe, die KSZE und die Konferenz über Abrüstung in Europa sowie der Nahost-Konflikt, Afghanistan, Kambodscha, Namibia und Mittelamerika.

335 23.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1811

Erörtert werden die INF-Verhandlungen und die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, ferner die sowjetische Haltung zum Nord-Süd-Dialog.

336 23.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 1815

Im kleinen Kreis werden die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses

von 1979, die Lage in Polen, die innerdeutschen Beziehungen und die Ausreise von Deutschstämmigen aus der UdSSR besprochen.

337 23.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1825

Themen sind die Außenpolitik der Volksrepublik China, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die KSZE und die Lage in Polen.

338 24.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1831

Genscher und Gromyko befassen sich mit der KSZE und der Konferenz über Abrüstung in Europa, der Lage in Polen, den INF-Verhandlungen und den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen.

339 24.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko S. 1835

Besprochen werden die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und die Lage im südlichen Afrika, insbesondere der Namibia-Konflikt und die Präsenz kubanischer Truppen in Angola.

340 24.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew S. 1837

Im Kreis der Delegationen werden erörtert: die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 und die INF-Verhandlungen, die bilateralen Beziehungen, besonders im wirtschaftlichen Bereich, die Erstreckung bilateraler Abkommen auf Berlin (West) und deutsche Kriegsgräber in der UdSSR.

341 24.11. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 1847

Ruth analysiert einen Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, für eine erweiterte „Null-Lösung“ bei den INF-Verhandlungen und gibt Empfehlungen für eine Reaktion der Bundesregierung.

342 25.11. Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan S. 1851

Schmidt gibt seine Eindrücke vom Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, wieder und geht insbesondere auf die Erörterung der INF-Verhandlungen ein.

343 26.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 1854

Vor dem Hintergrund der innenpolitischen Lage in El Salvador untersucht Gorenflos Möglichkeiten, den angestrebten Wahlprozeß zu unterstützen, und schlägt die Einschaltung führender Persönlichkeiten von SPD und CDU vor.

344 26.11. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 1858

Gorenflos bewertet die Lage in Nicaragua und spricht sich dafür aus, über die Sozialistische Internationale auf die Sandinisten mit dem Ziel einzuwirken, eine pluralistische Entwicklung des Landes zu fördern.

345 27.11. Botschafter Hermes, Washington, an Bundesminister Genscher S. 1860

Hermes informiert über Gespräche des Staatssekretärs von Staden mit dem amerikanischen Außenminister Haig und dessen Mitarbeitern. Im Mittelpunkt standen die Unterrichtung über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik sowie diesbezügliche Presseberichte in den USA, ferner die Beunruhigung der amerikanischen Regierung über die von Bundeskanzler Schmidt gegenüber NATO-Generalsekretär Luns geäußerte Bedingung, bei der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 müßten außer der Bundesrepublik zwei weitere Nicht-Nuklearstaaten einer Dislozierung zustimmen. Außerdem wurde über den NATO-Beitritt Spaniens und die Friedensbewegung in Europa gesprochen.

346 28.11. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze S. 1866

Vor Beginn der INF-Verhandlungen besprechen Genscher und der amerikanische Delegationsleiter die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die sowjetische Interessenlage und SALT.

347 28.11. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze in Hamburg S. 1871

Schmidt und Nitze befassen sich mit Blick auf den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik mit der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, den INF-Verhandlungen, insbesondere der Verhandlungsstrategie und der Einbeziehung britischer und französischer Systeme, sowie mit der öffentlichen Meinung in Europa und den USA, der Lage in Polen und Wirtschaftsfragen.

348 02.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1880

Steinkühler unterrichtet über die Tagung des Europäischen Rats in London. Im Mittelpunkt standen die deutsch-italienische Initiative für eine Europäische Union, der Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik, Abrüstungsfragen und der Nahost-Konflikt.

349 02.12. Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler S. 1881

Steinkühler faßt weitere Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats in London zusammen. Themen waren die Gemeinsame Agrarpolitik, die wirtschaftliche Lage in den Mitgliedstaaten, Haushaltsfragen und die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaften sowie die deutsch-italienische Initiative für eine Europäische Union.

350 07.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1884

Wieck informiert über die Ministersitzung der Eurogroup der NATO, in der unter anderem über eine Verbesserung der Verteidigungsleistungen, die Öffentlichkeitsarbeit in Hinblick auf die INF-Verhandlungen, die Beziehungen der Eurogroup zu den USA und die „Rapid Deployment Force" gesprochen wurde.

351 08.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1888

Wieck resümiert die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO. Diskutiert wurden das Langfristige Verteidigungsprogramm, die „Rapid Deployment Force", ein Streitkräftevergleich der NATO und des Warschauer Pakts sowie das Infrastrukturprogramm der NATO.

352 09.12. Sitzung der vier Politischen Direktoren in Brüssel S. 1893

Im Mittelpunkt steht eine Eventualfallplanung für Jugoslawien und die Frage von Rüstungslieferungen an Jugoslawien vor dem Hintergrund der Rüstungsexportrichtlinien der Bundesrepublik.

353 09.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Haig (USA) in Brüssel S. 1895

Themen sind die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, die Namibia-Frage, die Lage in Afghanistan, die INF-Verhandlungen, ein mögliches Treffen zwischen Präsident Reagan und dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und der Besuch Breschnews in der Bundesrepublik. Ferner wird über die Lage in Kambodscha, in Mittelamerika und in Polen sowie die KSZE und den bevorstehenden NATO-Beitritt Spaniens gesprochen.

354 10.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Brüssel S. 1903

Haig und Genscher erörtern unter anderem die Libyenpolitik, die Rede des Präsidenten Reagan vom 18. November zu Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle, die KSZE, insbesondere einen österreichischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen, einen Besuch Reagans

in der Bundesrepublik und die Lage der amerikanischen Wirtschaft.

355 10.12. Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1907

Pfeffer berichtet über das Vierertreffen der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Haig (USA), bei dem die Lage in Berlin, die jeweiligen Beziehungen zur DDR, der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR und die Auswirkungen der Lage in Polen auf die DDR diskutiert wurden.

356 10.12. Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt S. 1911

Ruth faßt die Unterrichtung über den bisherigen Verlauf der INF-Verhandlungen durch den amerikanischen Sonderbotschafter Nitze vor dem NATO-Ministerrat zusammen. In der Diskussion wurde die Bedeutung des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 für einen Verhandlungserfolg betont.

357 10.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1915

Wieck übermittelt die Äußerungen des amerikanische Außenministers Haig auf der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis zu den Ost-West-Beziehungen, zum Nahost-Konflikt, zu den amerikanisch-libyschen Beziehungen und zur Lage in Afghanistan.

358 10.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1919

Wieck übermittelt die Ausführungen des Bundesministers Genscher auf der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Erörtert wurden die Lage in Polen, die Situation der NATO, der Nord-Süd-Dialog, die Ost-West-Beziehungen, die Rüstungskontrolle, die Vorschläge zum Mandat einer Konferenz über Abrüstung in Europa und die wirtschaftliche Lage der NATO-Mitgliedstaaten.

359 11.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1922

Wieck faßt die Erklärungen der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Charalambopoulos (Griechenland), Cheysson (Frankreich) und Flesch (Luxemburg) auf der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis zusammen. Themen waren der NATO-Beitritt Spaniens, die französische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Lage sowie die Öffentlichkeitsarbeit der NATO und die Friedensbewegung.

360 11.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1927

Wieck übermittelt die Äußerungen der Außenminister MacGuigan (Kanada) und Stray (Norwegen) auf der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Im Mittelpunkt standen die Öffentlichkeitsarbeit der NATO, die Erhöhung des norwegischen Verteidigungshaushalts und die Rede des Präsidenten Reagan vom 18. November zu Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle.

361 11.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1930

Wieck berichtet über die Ausführungen der Außenminister Gonçalves Pereira (Portugal) und Türkmen (Türkei) auf der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Behandelt wurden die portugiesische Haltung zu einem NATO-Beitritt Spaniens, die innere Lage in der Türkei sowie die Lage im Nahen Osten.

362 11.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1932

Wieck informiert über die Erklärungen der Außenminister Colombo (Italien), Nothomb (Belgien) und van der Stoel (Niederlande) auf der NATO-Ministerratstagung im kleinsten Kreis. Themen waren unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit der NATO und die niederländische Haltung zum NATO-Doppelbeschluß von 1979.

363 12.12. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Dölln S. 1935

Themen des Gesprächs im Kreis der Delegationen sind die Beziehungen der Bundesrepublik zur UdSSR, die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen, die globale Wirtschaftslage und die innerdeutschen Beziehungen.

364 13.12. Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Dölln S. 1957

Schwerpunkt des Gesprächs im Kreis der Delegationen ist die innerdeutsche Zusammenarbeit, insbesondere im wirtschaftlichen Bereich. Ferner wird die Lage in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts angesprochen.

365 13.12. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 1963

Negwer informiert über ein Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek zu den Hintergründen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen. Ferner bewertet Negwer die Vorgänge in Polen.

366 13.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 1968

Pfeffer notiert die Ergebnisse einer Sitzung der vier Politischen Direktoren zur Lage in Polen, insbesondere zu gemeinsamen Richtlinien für das weitere Vorgehen beim KSZE-Prozeß, den Beziehungen zur UdSSR und den Konsultationen mit Drittstaaten.

367 14.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos S. 1972

Gorenflos unterrichtet über den Stand der Namibia-Initiative. Fortschritte sieht er bei der Erarbeitung von neuen Verfassungsprinzipien. Hingegen betrachtet er Tendenzen in den USA zugunsten Südafrikas sowie ein französisches „Statuspapier" als hinderlich für den Erfolg der Initiative.

368 14.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam S. 1977

Bräutigam resümiert die Ergebnisse des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt in der DDR. Themen waren die innerdeutsche wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Mindestumtausch, eine DDR-Staatsbürgerschaft, Abrüstungsfragen und die Lage in Polen.

369 14.12. Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig S. 1982

Genscher informiert Haig über ein Gespräch mit dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, zu angeblichen Plänen für terroristische Aktionen gegen die USA.

370 14.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 1984

Wieck unterrichtet über die Ergebnisse der Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Lage in Polen. Besprochen wurden unter anderem mögliche Auswirkungen der Krise in Polen auf die INF-Verhandlungen.

371 15.12. Botschaftsrat I. Klasse Bauch, Kabul, an das Auswärtige Amt S. 1987

Bauch erläutert die Lage in Afghanistan zwei Jahre nach der sowjetischen Intervention, insbesondere die Schwierigkeiten der UdSSR, das Land unter Kontrolle zu halten.

372 16.12. Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 1992

Boss resümiert die 25. Runde der MBFR-Verhandlungen. Die von ihm beobachtete Stagnation begründet er mit der Weigerung der Warschauer-Pakt-Staaten, auf den Datenvorschlag der NATO-Mitgliedstaaten zu reagieren.

373 16.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski S. 1995

Inhalt des Gesprächs ist die Lage in Polen nach Verhängung des Kriegsrechts, insbesondere die Frage nach der Fortsetzung der Hilfslieferungen an Polen und die Fortführung der seit August 1980 eingeleiteten Reformen.

374 17.12. Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt S. 1999

Zeller notiert die Ergebnisse eines Gesprächs des Bundeskanzlers Schmidt mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek. Themen waren die Lage in Polen, die wirtschaftliche Situation in der ČSSR, die Ost-West-Beziehungen und Vorschläge für eine Konferenz über Abrüstung in Europa.

375 17.12. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 2001

Hermes wägt die Vor- und Nachteile einer Zusammenlegung der INF-Verhandlungen und der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verminderung strategischer Rüstungen (START) für die Interessen der Bundesrepublik ab.

376 17.12. Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt S. 2004

Hermes bewertet die gegenwärtige Stimmungslage in den europäisch-amerikanischen Beziehungen und erörtert Themen, die auf der jeweils anderen Seite für Irritationen gesorgt hätten.

377 18.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek S. 2007

Im Mittelpunkt stehen die bilateralen Beziehungen, insbesondere in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht. Themen sind außerdem die KSZE und die Konferenz über Abrüstung in Europa, die INF-Verhandlungen, SALT bzw. START, der Nahost-Konflikt, die Namibia-Initiative, der NATO-Beitritt Spaniens und der Nord-Süd-Dialog.

378 18.12. Aufzeichnung des Botschafters Ruth S. 2020

Ruth stellt einen Vorschlag der Bundesregierung für einen Verhandlungsschritt der NATO-Mitgliedstaaten bei den MBFR-Verhandlungen vor und faßt die Reaktionen Großbritanniens, der Niederlande und der USA zusammen.

379 18.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 2024

Wieck informiert über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Lage in Polen. Schwerpunkt war die Frage der Fortsetzung von Hilfsleistungen an Polen.

380 18.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 2027

Wieck unterrichtet über die Ausführungen des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze vor dem Ständigen NATO-Rat zur ersten Runde der INF-Verhandlungen. Im Mittelpunkt stand die sowjetische Verhandlungsposition.

381 18.12. Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt S. 2031

Rantzau resümiert den Stand der KSZE-Folgekonferenz und stellt eine Stagnation der Verhandlungen bei der Frage des geographischen Geltungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen fest.

382 21.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger S. 2034

Im Mittelpunkt des Gesprächs steht die Lage in Polen. Erörtert werden mögliche Sanktionen gegen die UdSSR und Polen sowie die Rolle der katholischen Kirche, insbesondere die dortigen Erkundungen des Heiligen Stuhls.

383 22.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt S. 2040

Vor dem Hintergrund der Krise in Polen reflektiert Wieck die Lage der NATO. Er sieht die Gefahr, daß der Verhandlungsteil des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 in Frage gestellt werden könnte, und hält abgestimmte Reaktionen der NATO-Mitgliedstaaten für den Fall einer sowjetischen Intervention für notwendig.

384 23.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 2043

Meyer-Landrut kritisiert amerikanische Äußerungen über eine angeblich unmittelbar bevorstehende sowjetische Intervention in Polen und legt die sowjetische Interessenlage dar.

385 24.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 2046

Fischer faßt eine Sitzung der vier Wirtschaftsdirektoren in Brüssel zur Lage in Polen zusammen. Im Vergleich zu den europäischen Staaten seien die USA für weitreichende Sanktionen eingetreten.

386 25.12. Staatssekretär von Staden an Botschafter Meyer-Landrut, Moskau S. 2051

Staden übermittelt ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in dem

darauf hingewiesen wird, daß Polen die Krise ohne Einwirkung von außen lösen müsse.

387 25.12. Staatssekretär von Staden an Botschafter Negwer, Warschau S. 2053

Staden übermittelt ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an Ministerpräsident Jaruzelski, in dem eine Rückkehr zu den im August 1980 eingeleiteten Reformen und ein Gewaltverzicht angemahnt wird.

388 26.12. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt S. 2055

Meyer-Landrut berichtet über ein Treffen mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornienko, dem er ein Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, zur Lage in Polen übergab.

389 26.12. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 2058

Negwer resümiert ein Gespräch mit dem polnischen Außenminister Czyrek anläßlich der Übergabe eines Schreibens des Bundeskanzlers Schmidt an Ministerpräsident Jaruzelski.

390 28.12. Gesandter Dannenbring, Washington, an Bundesminister Genscher S. 2061

Dannenbring unterrichtet über ein Treffen des amerikanischen Außenministers Haig mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten. Besprochen wurden die unterschiedliche Beurteilung der Hintergründe der polnischen Krise, die Ansichten zu Sanktionen gegenüber Polen und der UdSSR sowie Auswirkungen der Krise auf die INF-Verhandlungen und die KSZE.

391 29.12. Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Fischer und Pfeffer S. 2066

Fischer und Pfeffer analysieren ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig an Bundesminister Genscher, in dem amerikanische Sanktionen gegenüber der UdSSR erläutert werden.

392 29.12. Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt S. 2070

Negwer berichtet über ein Gespräch mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, über die Haltung der katholischen Kirche zur Lage in Polen, bei dem der Wunsch der Kirche nach Fortsetzung der Hilfsmaßnahmen der Bundesrepublik für Polen im Mittelpunkt stand.

393 29.12. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Staatssekretär von Staden S. 2072

Wieck gibt einen Ausblick auf die bevorstehende Sitzung des Ständigen NATO-Rats zur Lage in Polen und geht insbesondere auf das zu erwartende Drängen der USA auf wirtschaftliche Sanktionen ein.

394 29.12. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt S. 2076

Gehlhoff notiert die Ergebnisse eines Gesprächs mit dem Sekretär des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls, Kardinal Casaroli, zur Lage in Polen. Der Heilige Stuhl trete für eine Rückkehr zu den im August 1980 eingeleiteten Reformen und für eine Fortsetzung der Hilfslieferungen ein.

395 30.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski S. 2079

Rakowski reflektiert die Entwicklungen in Polen bis zur Verhängung des Kriegsrechts und legt die Maßnahmen des Militärrats dar. Genscher mahnt die Freilassung der Internierten und die Aufhebung des Kriegsrechts an und erklärt, Polen müsse die Krise ohne Einwirkung von außen überwinden.

396 30.12. Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski S. 2093

Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die wirtschaftliche Lage in Polen, die Rolle der Gewerkschaft „Solidarność“ und der katholischen Kirche sowie die Ausreisebedingungen für Bürger der Bundesrepublik.

397 30.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer S. 2098

Pfeffer faßt die Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten in London zusammen. Erörtert wurde die Lage in Polen, die Frage einer Sondersitzung im Rahmen der KSZE und mögliche Maßnahmen gegen die UdSSR.

398 30.12. Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer S. 2102

Fischer notiert die Ergebnisse des Treffens der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten in London. Im Mittelpunkt standen die Frage der Fortsetzung von Hilfsleistungen sowie amerikanische wirtschaftliche Sanktionen gegen die UdSSR.

Literaturverzeichnis

AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte, Jahresbände 1949–1953, 1962–1980, München 1994–2011.
ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN	Abgeordnetenhaus von Berlin, Plenarprotokolle, 9. Wahlperiode, Band I: Von der 1. Sitzung am 11. Juni 1981 bis zur 18. Sitzung am 11. März 1982, Berlin 1982.
ACTA APOSTOLICAE SEDIS	Acta Apostolicae Sedis. Commentarium Officiale. Band 21: 1929, Vatikanstadt 1929.
ADAP, D	Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945. Serie D (1937–1945). Band VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9. August bis 3. September 1939), Baden-Baden 1956.
AdG	Archiv der Gegenwart, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bonn/Wien/Zürich 1955 ff.
AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (EGKS, EWG, EURATOM), Brüssel 1958 ff.
AMTSBLATT DES KONTROLLRATS	Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, hrsg. vom Alliierten Sekretariat. Nr. 1–19, Berlin 1945–1948.
L'ANNÉE POLITIQUE	L'Année Politique, Économique et Sociale en France 1980, Paris 1981.
BDFD, I	Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963. Band 1: Außenpolitik und Diplomatie, hrsg. von Horst Möller und Klaus Hildebrand, bearbeitet von Ulrich Lappenküper, München 1997.
BÖLLING, Nachbarn	Klaus Bölling, Die fernen Nachbarn: Erfahrungen in der DDR, Hamburg, 2. Auflage 1984.
BONN UND OST-BERLIN	Heinrich Potthoff, Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente, Bonn 1997.
BRANDT, Berliner Ausgabe	Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Band 8: Über Europa hinaus. Dritte Welt und Sozialistische Internationale, bearbeitet von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006. Band 9: Die Entspannung unzerstörbar machen. Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974–1982, bearbeitet von Frank Fischer, Bonn 2003.

BRESHNEW, Wege	Leonid I. Breshnew, Auf dem Wege Lenins. Reden und Aufsätze. Band 8: April 1979–März 1981, Berlin [Ost] 1982. Band 9: März 1981–November 1982, Berlin [Ost] 1984.
BT ANLAGEN	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Anlagen zu den Stenographischen Berichten, Bonn 1950 ff.
BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE	Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Bonn 1950 ff.
BULLETIN	Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn 1951 ff.
BULLETIN DER EG	Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, hrsg. vom Generalsekretariat der Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Brüssel 1968 ff.
BUNDESANZEIGER	Bundesanzeiger, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1950 ff.
BUNDESGESETZBLATT	Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz, Bonn 1949 ff.
CARSTENS, Erinnerungen	Karl Carstens, Erinnerungen und Erfahrungen, hrsg. von Kai von Jena und Reinhard Schmoeckel, Boppard am Rhein 1993.
CONGRESSIONAL RECORD	Congressional Record. Proceedings and Debates of the 85th Congress, Second Session, Band 104, Teil 14 (August 14, 1958 to August 20, 1958), Washington D. C. 1958.
	Congressional Record. Proceedings and Debates of the 89th Congress, Second Session, Band 112, Teil 16 (August 29, 1966 to September 12, 1966), Washington D. C. 1966.
	Congressional Record. Proceedings and Debates of the 91st Congress, First Session, Band 115, Teil 27 (November 26, 1969 to December 4, 1969), Washington D. C. 1969.
CONSOLIDATED TREATY SERIES	The Consolidated Treaty Series. Band 28: 1713–1714, hrsg. von Clive Parry, Dobbs Ferry, New York 1969.
CONSTITUTIONS OF NATIONS	Constitutions of Nations. Revised Third Edition. Band II: Asia, Australia and Oceania. Band IV: The Americas, hrsg. von Amos J. Peaslee, bearbeitet von Dorothy Peaslee Xydis, Den Haag 1966 bzw. 1970.
DEPARTMENT OF STATE BULLETIN	The Department of State Bulletin. The Official Weekly Record of United States Foreign Policy, Washington D. C. 1947 ff.

DEUTSCHLANDPOLITIK IN DER KRISE	Klaus Wiegrefe und Carsten Tessmer, Deutschlandpolitik in der Krise. Herbert Wehners Besuch in der DDR 1973, in: Deutschland-Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland, Köln, 27. Jg. (1994), S. 600–627.
DOCUMENTS ON DISARMAMENT	Documents on Disarmament, hrsg. von der United States Arms Control and Disarmament Agency, Washington D. C. 1963 ff.
DOKUMENTATION	Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit. Band XVIII: 1980, Band XIX: 1981, hrsg. von Hanswilhelm Haefs, Sankt Augustin 1980 bzw. 1984.
DzD V	Dokumente zur Deutschlandpolitik. V. Reihe: Vom 1. Dezember 1966 bis 20. Oktober 1969. Band 2: 1. Januar bis 31. Dezember 1968, 2 Teilbände, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, bearbeitet von Hannelore Nathan, Frankfurt am Main 1987.
DzD VI	Dokumente zur Deutschlandpolitik. VI. Reihe: Vom 21. Oktober 1969 bis 30. September 1982. Band 3: 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1974, hrsg. vom Bundesministerium des Innern und vom Bundesarchiv, bearbeitet von Monika Kaiser, Daniel Hofmann und Hans-Heinrich Jansen, München 2005.
ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESSOZIALGERICHTS	Entscheidungen des Bundessozialgerichts, hrsg. von seinen Richtern, Köln/Berlin 1956 ff.
ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, hrsg. von den Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 1953 ff.
EUROPA-ARCHIV	Europa-Archiv. Zeitschrift für Internationale Politik, Bonn 1946 ff.
FRUS 1951	Foreign Relations of the United States, 1951. Band I: National Security Affairs; Foreign Economic Policy, Washington D. C. 1979.
FRUS 1958–1960	Foreign Relations of the United States, 1958–1960. Band IX: Berlin Crisis, 1959–1960, Germany, Austria, Washington D. C. 1993. Band X, Teilband I: Eastern Europe Region, Soviet Union, Washington D. C. 1993. Band XIX: China, Washington D. C. 1996.
FRUS 1961–1963	Foreign Relations of the United States, 1961–1963. Band V: Soviet Union, Washington D. C. 1998. Band XI: Cuban Missile Crisis and Aftermath, Washington D. C. 1996. Band XV: Berlin Crisis, 1962–1963, Washington D. C. 1996.

FRUS 1969–1976	Foreign Relations of the United States, 1969–1976. Band III: Foreign Economic Policy, 1969–1972; International Monetary Policy, 1969–1972, Washington D. C. 2001. Band XIV: Soviet Union, October 1971–May 1972, Washington D. C. 2006.
GANDHI, Reden	Indira Gandhi, Reden, Schriften, Interviews, ausgewählt und hrsg. von Bianca Schorr, Köln 1988.
DE GAULLE, Lettres 1961–1963	Charles de Gaulle, Lettres, notes et carnets. Janvier 1961–Décembre 1963, Paris 1986.
GESETZBLATT DER DDR	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin [Ost] 1949 ff.
GROMYKO, Friedenskurs	Andrej A. Gromyko, Auf dem Friedenskurs Lenins. Ausgewählte Reden und Schriften, Berlin [Ost] 1985.
HANSARD, LORDS	The Parliamentary Debates (Hansard). House of Lords, Official Report. Fifth Series. Band 421 (Session 1980–1981), London [1981].
HONECKER, Reden	Erich Honecker, Reden und Aufsätze, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Band 7, Berlin [Ost] 1982. Band 8, Berlin [Ost] 1983.
INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN	Innerdeutsche Beziehungen. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1980–1986. Eine Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1986.
JOURNAL OFFICIEL ASSEMBLEE NATIONALE	Journal Officiel de la République Française. Débats Parlementaires. Assemblée Nationale, Paris 1947 ff.
KABINETTSPROTOKOLLE 1961	Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, hrsg. von Hartmut Weber, Band 14: 1961, bearbeitet von Ulrich Enders und Jörg Filthaut, München 2004.
MEW, Bd. 3	Karl Marx, Friedrich Engels, Werke, Band 3, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin [Ost] 1969.
MONROE, Writings	The Writing of James Monroe including a Collection of his Public and Private Papers and Correspondence, hrsg. von Stanislaus Murray Hamilton, Band VI: 1817–1823, New York 1902.
NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974	Texts of Final Communiques 1949–1974. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980 — Texts of Final Communiques 1975–1980. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985 — Texts of Final Communiques 1981–1985. Issued by Ministerial Sessions of the North Atlantic Council, the Defence Planning Committee, and the Nuclear Planning Group, Brüssel o. J.

NATO STRATEGY DOCUMENTS — NATO Strategy Documents 1949–1969, hrsg. von Gregory W. Pedlow in Zusammenarbeit mit NATO International Staff Central Archives, Brüssel [1997].

NITZE, Hiroshima — Paul Henry Nitze mit Ann Martin Smith und Steven L. Rearden, From Hiroshima to Glasnost. At the Center of Decision. A Memoir, New York 1989.

PARTEITAG DER SPD — Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund, Protokoll der Verhandlungen, Anträge, Bonn o. J.
Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 3. bis 7. Dezember 1979, ICC Berlin. 2 Bände, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1979.

POLISH CRISIS 1980–1981 — From Solidarity to Martial Law: The Polish Crisis of 1980–1981. A Documentary History, hrsg. von Adrzej Paczkowski und Malcolm Byrne, Budapest/New York 2007.

LA POLITIQUE ÉTRANGERE — La Politique Étrangère de la France. Textes et Documents. 1980 (4 Teilbände), 1981 (6 Teilbände), hrsg. vom Ministère des Affaires Étrangères, Paris 1980 bzw. 1981.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1977 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 20 to June 24, 1977; Band II: June 25 to December 31, 1977, Washington D. C. 1978.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1979 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter. Band I: January 1 to June 22, 1979; Band II: June 23 to December 31, 1979, Washington D. C. 1980.

PUBLIC PAPERS, CARTER 1980 — Public Papers of the Presidents of the United States. Jimmy Carter 1980–81. Band I: January 1 to May 23, 1980; Band II: May 24 to September 26, 1980; Band III: September 29, 1980 to January 20, 1981. Washington D.C. 1981 und 1982.

PUBLIC PAPERS, FORD 1974	Public Papers of the Presidents of the United States. Gerald R. Ford. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. August 9 to December 31, 1974, Washington D. C. 1975.
PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961	Public Papers of the Presidents of the United States. John F. Kennedy. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President, Januar 20 to December 31, 1961, Washington D. C. 1962.
PUBLIC PAPERS, NIXON 1972	Public Papers of the Presidents of the United States. Richard Nixon. Containing the Public Messages, Speeches, and Statements of the President. January 1 to December 31, 1972, Washington D. C. 1974.
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. January 20 to December 31, 1981. Washington D. C. 1982.
PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982	Public Papers of the Presidents of the United States. Ronald Reagan. Band I: January 1 to July 2, 1982; Band II: July 3 to December 31, 1982, Washington D. C. 1983.
REICHSGESETZBLATT	Reichsgesetzblatt, hrsg. vom Reichsministerium des Innern, Berlin 1913 bzw. 1919–1945.
RESOLUTIONS AND DECISIONS 1981	United Nations Resolutions and Decisions of the Security Council 1981. Official Records, Thirty-Sixth Year, New York 1982.
RISSE IM BRUDERBUND	Risse im Bruderbund. Die Gespräche Honekker – Breshnew 1974 bis 1982, hrsg. von Hans-Hermann Hertle und Konrad H. Jarausch, Berlin 2006.
SCHMIDT, Menschen	Helmut Schmidt, Menschen und Mächte, Berlin 1987.
SCHMIDT, Nachbarn	Helmut Schmidt, Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II, Berlin 1990.
SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2	Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Analyse und Dokumentation 1973–1978, hrsg. von Hans-Adolf Jacobsen, Wolfgang Mallmann und Christian Meier, Köln 1978.
UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Twenty-Ninth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 17 September–18 December 1974, 16 September 1975, 3 Bände, New York 1986 und 1987.

UN GENERAL ASSEMBLY, 32nd Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Second Session. Plenary Meetings. Verbatim Record of Meetings, September 20–December 21 1977, 3 Bände, New York 1978.
UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Fourth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 18 September 1979–7 January 1980, 3 Bände, New York 1984 bzw. 1987.
UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings	United Nations. Official Records of the General Assembly. Thirty-Sixth Session. Plenary Meetings. Verbatim Records of Meetings, 15 September–18 December 1981, 16, 19, 29 March, 28. April und 20. September 1982, 3 Bände, New York 1986.
UNITED NATIONS CONFERENCE ON NEW AND RENEWABLE SOURCES OF ENERGY	Report of the United Nations Conference on New and Renewable Sources of Energy, Nairobi, 10 to 21 August 1981, New York 1981.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie I	United Nations Resolutions. Series I: Resolutions Adopted by the General Assembly, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1972 ff.
UNITED NATIONS RESOLUTIONS Serie II	United Nations Resolutions. Series II: Resolutions and Decisions Adopted by the Security Council, hrsg. von Dusan J. Djonovich, Dobbs Ferry, New York 1988 ff.
UN MONTHLY CHRONICLE	UN Monthly Chronicle. Vol. XVIII (1981), hrsg. vom United Nations Department of Public Information, New York [1981].
UNTS	United Nations Treaty Series. Treaties and International Agreements. Registered or Filed and Recorded with the Secretariat of the United Nations, [New York] 1946/47 ff.
VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA	Vedomosti Verchovnogo Soveta Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik, Moskau 1954 ff.
VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN	Verfassungen der kommunistischen Staaten, hrsg. von Georg Brunner und Boris Meissner, Paderborn/München/Wien/Zürich 1979.
VERFASSUNGEN EUROPAS	Die Verfassungen Europas, hrsg. von Peter Cornelius Mayer-Tasch in Verbindung mit Ion Contiades, Stuttgart 1966.
VIZIT KANCLERA ADENAUERA	Vizit Kanclera Adenauera v Moskvu 8–14 sentjabra 1955 g. Dokumenty i materialy, hrsg. von A. V. Zagorskij, Moskau 2005.

WIENER VERHANDLUNGEN	Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR). Chronik, Glossar, Dokumentation, Bibliographie 1973–1982, bearbeitet von Susanne Feske, Frank Henneke, Reinhard Mutz und Rudolph Nikutta, hrsg. von Reinhard Mutz, Baden-Baden 1983.
YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS	Yearbook of the United Nations, hrsg. vom Department of Public Information, New York 1947 ff.
ZEHN JAHRE DEUTSCHLANDPOLITIK	Zehn Jahre Deutschlandpolitik. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik 1969–1979. Bericht und Dokumentation, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, [Bonn] 1980.

Abkürzungsverzeichnis

A	Austria (Österreich)
AA	Auswärtiges Amt
ABM	Anti-Ballistic Missile
ACDA	(United States) Arms Control and Disarmament Agency
ADM	Atomic Demolition Munition
AFG	Afghanistan
AFL-CIO	American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations
AG	Arbeitsgruppe bzw. Aktiengesellschaft
AHG	Ad-hoc-Gruppe
AKP	Afrika, Karibik, Pazifik
AL	Abteilungsleiter
AM	Außenminister
ANC	African National Congress
Anl./Anlg.	Anlage/Anlagen
ANZUS	Australia, New Zealand, United States Security Treaty
ASEAN	Association of Southeast Asian Nations
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter
AV	Auslandsvertretung
AWACS	Airborne Warning and Control System
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AZ	Aktenzeichen
B/BE	Belgien
BAM	Bundesaußenminister
BBC	British Broadcasting Corporation
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdKJ	Bund der Kommunisten Jugoslawiens
BGBl	Bundesgesetzblatt
BIZ	Bank für Internationalen Zahlungsausgleich
BK	Bundeskanzler
BKA	Bundeskanzleramt bzw. Bundeskriminalamt
BM	Bundesminister/ium
BMA	Bundesminister/ium für Arbeit und Soziales
BMB	Bundesminister/ium für innerdeutsche Beziehungen
BMF	Bundesminister/ium der Finanzen
BMFT	Bundesminister/ium für Forschung und Technologie
BMI	Bundesminister/ium des Innern
BMJ	Bundesminister/ium der Justiz
BML	Bundesminister/ium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMV	Bundesminister/ium für Verkehr
BMVg	Bundesminister/ium der Verteidigung
BMWi	Bundesminister/ium für Wirtschaft
BMZ	Bundesminister/ium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
BND	Bundesnachrichtendienst
BR	Bundesrepublik
BR (I)	Botschaftsrat I. Klasse
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSG	Bundessozialgericht

BSP	Bruttosozialprodukt
BSR	Bundessicherheitsrat
BStS	Büro Staatssekretäre
BT	Bundestag
BuK(a)	Bundeskanzler/ Bundeskanzleramt
BuPräs	Bundespräsident
BVG	Bundesverfassungsgericht
CA/CND	Canada
CBM	Confidence-Building Measures
CD	Committee on Disarmament
CDA	Christen Democratisch Appèl
CDE	Conference on Disarmament in Europe
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
ChBK	Chef des Bundeskanzleramts
CHN	China
CIA	Central Intelligence Agency
CINCHAN	Commander-in-Chief Channel
CM	Cruise Missile
COCOM	Coordinating Committee for East-West Trade Policy
COMECON	Council for Mutual Economic Aid/Assistance
Coreu	Correspondance Européenne
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
ČSSR	Československá Socialistická Republika/ Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
CTB(T)	Comprehensive Test Ban (Treaty)
CW	Chemical Weapons bzw. Chemiewaffen
D	Deutschland bzw. (Ministerial-)Direktor
DÄN/DK	Dänemark
DB	Drahtbericht
DC	Democrazia Cristiana
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Drahterlaß
Dg	(Ministerial-)Dirigent
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DPC	Defense Planning Committee
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DTA	Demokratische Turnhallen Allianz
DW	Dritte Welt
EAD	Europäisch-Arabischer Dialog
EC	European Community
ECE	Economic Commission for Europe
ECOSOC	(United Nations) Economic and Social Council
ECU	European Currency Unit
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaften
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

EH	Entwicklungshilfe
EIB	Europäische Investitionsbank
EL	Entwicklungsländer
ELS	El Salvador
EP	Europäisches Parlament
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ER	Europäischer Rat
ERE	Europäische Rechnungseinheit
ERW	Enhanced Radiation Weapon
ETA	Euskadi Ta Askatasuna
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS	Europäisches Währungssystem
F/FRA	Frankreich
FBS	Forward Based Systems
FCO	Foreign and Commonwealth Office
FDP	Freie Demokratische Partei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FF	Französischer Franc/ Franc français
FNLA	Frente Nacional de Libertação de Angola
FRELIMO	Frente de Libertação de Moçambique
FS	Fernschreiben
FSLN	Frente Sandinista de Liberación National
Fü S	Führungsstab der Streitkräfte
FZ	Finanzielle Zusammenarbeit
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
GB/GRO	Great Britain/ Großbritannien
GE	Germany
geh.	geheim
GEW	Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
GG	Grundgesetz
GK	Generalkonsul bzw. Generalkonsulat
GL	Gruppenleiter
GLCM	Ground-Launched Cruise Missile
GR/GRI	Griechenland
GS	Generalsekretär
GSG	Grenzschutzgruppe
GV	Generalversammlung
HLG	High Level Group
HNS	Host Nation Support
I/IT	Italien
IAEA	International Atomic Energy Agency
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
IAO	Internationale Arbeitsorganisation
IAU	International Accounting Unit
ICBM	Intercontinental Ballistic Missile
IDA	International Development Association
IDD	Integrated Decision Document
IG	Interessengemeinschaft
i. G.	im Generalstab

IISS	International Institute for Strategic Studies
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IL	Industrieländer
IMF	International Monetary Fund
IMS	International Military Staff
INF	Intermediate Nuclear Forces
INFCE(P)	International Nuclear Fuel Cycle Evaluation (Program)
IRA	Irish Republican Army
IRBM	Intermediate-Range Ballistic Missile
IRL	Irland
IRN	Iran
ISL	Island
ISR	Israel
IWF	Internationaler Währungsfonds
JAN	Japan
JOR	Jordanien
JUG	Jugoslawien
KAB	Kambodscha
KAE	Konferenz über Abrüstung in Europa
KAN	Kanada
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KG	Kontaktgruppe
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti
KKW	Kernkraftwerk
KMK	Kultusministerkonferenz
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der ČSSR
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs
KPI	Kommunistische Partei Italiens
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KWFZ	Kernwaffenfreie Zone
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz
L/LUX	Luxemburg
LIY	Libyen
LLDC	Least Developed Country
LPl	Leiter Planungsstab
LR (I)	Legationsrat (I. Klasse)
LRTNF	Long Range Theater Nuclear Forces
LTDP	Long-Term Defense Programme
MB	Ministerbüro
MBFR	Mutual and Balanced Force Reductions
MC	Military Committee
MD	Ministerialdirektor
MdB	Mitglied des Bundestages
MDg	Ministerialdirigent
MfAA	Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
MIRV	Multiple Independently Targetable Reentry Vehicle
MP	Ministerpräsident/in
MPLA	Movimento Popular de Libertação de Angola
MR	Ministerialrat
MRBM	Medium-Range Ballistic Missile

MRK	Menschenrechts-kommission
MRTNF	Medium Range Theater Nuclear Forces
MS	Mitgliedstaaten
MX	Missile Experimental
NAM	Namibia
N/NO/NWG	Norwegen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NfD	Nur für den Dienstgebrauch
NIC	Nicaragua
NKWD	Narodnyj kommissariat wnutrennich del
NL	Niederlande
N+N	Neutrale und Nichtgebundene
NNA	Neutral and non-aligned
NOK	Nationales Olympisches Komitee
NPG	Nuclear Planning Group/ Nukleare Planungsgruppe
NPT	Non-Proliferation Treaty
NS	Nationalsozialismus
NSC	National Security Council
NV/NVV	Nichtverbreitung/ Nichtverbreitungsvertrag
OAE	Organisation für Afrikanische Einheit
OAS	Organisation Amerikanischer Staaten
OAU	Organization of African Unity
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
OPEC	Organization of Petroleum Exporting Countries
ORR	Oberregierungsrat
o. V. i. A.	oder Vertreter im Amt
OZ	Ortszeit
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PAK	Pakistan
PAM	Polnischer Außenminister
PASOK	Panellinio Sosialistiko Kinima
PCI	Partito Comunista Italiano
PFLP	Popular Front for the Liberation of Palestine
PK	Politisches Komitee
PL/POL	Polen
Pl	Planungsstab
PLO	Palestine Liberation Organization
PM	Premierminister/in
PO/PORT/ PTG	Portugal
PRI	Partito Repubblicano Italiano
PS	Parti Socialiste
PSI	Partito Socialista Italiano
PSOE	Partido Socialista Obrero Español
PStS	Parlamentarischer Staatssekretär
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
PvdA	Partij van de Arbeid
RBM	Regierender Bürgermeister
RDF	Rapid Deployment Force
RE	Rechnungseinheit
Res.	Resolution
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
RK	Rotes Kreuz
RL	Referatsleiter
RUM	Rumänien
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe

SACLANT	Supreme Allied Commander Atlantic
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SB	Schriftbericht
SCG	Special Consultative Group
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SG	Special Group
SGV	Sondergeneralversammlung
SHAPE	Supreme Headquarters Allied Powers Europe
SI	Sozialistische Internationale
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
SLBM	Submarine-Launched Ballistic Missile
SLCM	Sea-Launched Cruise Missile
SOW	Sowjetunion
SPA	Spanien
SPC	Senior Political Committee
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SR	Sicherheitsrat bzw. Sozialistische Republik
SRTNF	Short Range Theater Nuclear Forces
START	Strategic Arms Reduction Talks
StäV	Ständige Vertretung
StM	Staatsminister
str. geh.	streng geheim
StS	Staatssekretär
St.V.	Ständiger Vertreter
SU	Sowjetunion
SUA	Südafrika
SWAPO	South West Africa People's Organization
SZR	Sonderziehungsrecht
T/TK/TR/TUR/TÜR	Türkei/Turkey
TASS	Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza
TH	Technische Hilfe
TNF	Theater Nuclear Forces
TO(P)	Tagesordnung(-spunkt)
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extrémisme et Violence Internationale
TSI	Treuhandstelle für den Interzonenhandel bzw. Treuhandstelle für Industrie und Handel
TZ	Technische Zusammenarbeit
UA	Unterabteilung
UDF	Union pour la Démocratie Française
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees
UNIFIL	United Nations Interim Force in Lebanon
UNITA	União Nacional para a Independência Total de Angola
UNO	United Nations Organization
UNTAG	United Nations Transition Assistance Group
US/USA	United States of America
USSR	Union of Soviet Socialist Republics
UStS	Unterstaatssekretär
VAE	Vereinigte Arabische Emirate
VAM	Vizeaußenminister

VBM	Vertrauensbildende Maßnahmen
VE	Verrechnungseinheit
VK	Vereinigtes Königreich
VLR (I)	Vortragender Legationsrat (I. Klasse)
VM	Verteidigungsminister
VMA	Vier-Mächte-Abkommen
VN	Vereinte Nationen
VP	Vizepräsident
VR	Volksrepublik
VS	Verschlußsache
VS-v	VS-vertraulich
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
WEU	Westeuropäische Union
WHNS	Wartime Host Nation Support
WP	Warschauer Pakt
ZAR	Zaire
ZK	Zentralkomitee

Dokumente

1

Ministerialdirektor Blech an Botschafter Hermes, Washington

204-321.00 SO-2/81 geheim **Aufgabe: 6. Januar 1981, 21.26 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 46 Plurez
Citissime nachts

Nur für Botschafter o.V.i.A.

Betr.: Lage in Polen[2];
hier: Viererkonsultationen

Bezug: DB[3] Nr. 4738 vom 30.12.1980 – POL 321.00-6867/80 geheim aus Washington[4]

I. Ihre Argumentation in der Konsultation am 7.1. sollte sich an folgenden Punkten orientieren:

1) Wir begrüßen die Möglichkeit, in dem gegebenen Kreise die Konsultation über die polnische Problematik und ihre Konsequenzen kontinuierlich fortzusetzen. Wir sind unverändert zu einer substantiellen Erörterung bereit, wie sie durch die im gegebenen Kreise gewährleistete Vertraulichkeit erleichtert wird.

2) Die seit den letzten Sachgesprächen im Viererkreise und im Bündnis[5] vergan-

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Staatssekretär van Well am 6. Januar 1981 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 6. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Dröge am 7. Januar 1981 vorgelegen.

2 Anfang Juli 1980 kam es in Polen aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Lage sowie ausgelöst durch Fleischpreiserhöhungen in verschiedenen Städten zu Streiks. Ein am 16. August 1980 in Danzig gegründetes überbetriebliches Streikkomitee erhob einen 21 Punkte umfassenden Forderungskatalog, der neben wirtschaftlichen und sozialen Maßnahmen auch die Forderung nach freien Gewerkschaften und Pressefreiheit enthielt. Infolge der Unruhen wurde Ministerpräsident Babiuch am 24. August 1980 abgelöst; ferner kam es zur Umbildung des Politbüros der PVAP. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 228, Dok. 240 und Dok. 246.
Nach weiteren Streiks wurde der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, am 5. September 1980 abgelöst und durch das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Kania, ersetzt. Am 17. September 1980 wurde in Danzig die unabhängige Gewerkschaft „Solidarność“ gegründet. Diese wurde am 24. Oktober 1980 registriert, jedoch unter Veränderung der ursprünglich formulierten Statuten. Am 10. November 1980 gab der Oberste Gerichtshof Polens der Klage von „Solidarność“ gegen die einseitige Statutenänderung statt und legalisierte die Organisation. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 289 und Dok. 300.

3 Korrigiert aus: „DE“.

4 Botschafter Hermes, Washington, berichtete, der französische Botschafter Lefebvre de Laboulaye habe einen Vorschlag seiner Regierung für Viererkonsultationen über Polen in Washington erläutert und erklärt, dieser habe „eine schnelle und operative Fortsetzung der bisherigen Ergebnisse der Viererkonsultationen der Politischen Direktoren zum Inhalt“. Es handele sich „um eine Ad-hoc-Konsultation zu Polen, die weitere andere Viererkonsultationen der Politischen Direktoren nicht berühre“. Er, Hermes, und der britische Botschafter Henderson hätten die Zustimmung ihrer Regierungen erklärt. Der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher habe „seine persönliche Sympathie“ für den französischen Vorschlag zum Ausdruck gebracht, jedoch eine Beteiligung Italiens angeregt und auf die noch ausstehende Zustimmung des Präsidenten Carter verwiesen. Hermes führte aus, als erster Termin von Viererkonsultationen sei der 7. Januar 1981 in Aussicht genommen worden, und bat um Weisung. Vgl. VS-Bd. 11116 (204); B 150, Aktenkopien 1980.

5 Am 15. Dezember 1980 fanden in London Sitzungen der Politischen Direktoren und der Leiter der Wirtschaftsabteilungen der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA in London statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 366 und Dok. 367.
Der Ständige NATO-Rat erörterte die Lage in Polen am 22. Dezember 1980. Vgl. dazu den Drahtbe-

gene Zeit legt nahe, sich zunächst über die Lagebeurteilung auszutauschen. (Bei der Diskussion hierüber sollten Sie sich auf Ziffer II stützen.)

3) Hieran sollte die Frage angeschlossen werden, welche Folgerungen sich aus der gemeinsamen Lagebeurteilung für die weiteren Konsultationen im Bündnis ergeben.

4) Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß unsere erste Zielsetzung die Vermeidung einer sowjetischen Intervention – in welcher Form auch immer – ist.

Unbeschadet dessen halten wir ebenfalls daran fest, daß eine solche Intervention schwerstwiegende Auswirkungen auf die internationale Lage hätte und klare, wirksame Reaktionen des Westens erfordern würde. Über sie wäre im gegebenen Fall politisch zu entscheiden; hierüber besteht zwischen den Außenministern seit Brüssel[6] Einigkeit. Wir betrachten die in den Bündniskonsultationen erzielten Ergebnisse als wertvolles Material zur schnellen Entscheidungsfindung im eintretenden Notfall.

5) Die bisherigen Konsultationen bezogen sich auf eine sowjetische Intervention, die in verschiedenen Formen denkbar ist. Wir müssen – ohne daß hierfür heute konkrete Belege vorliegen – damit rechnen, daß es früher oder später zu Repressionsmaßnahmen des gegenwärtigen polnischen Regimes gegen bestimmte Gruppen (nicht unbedingt „Solidarität“ selbst) kommt, wobei solche Maßnahmen nicht nur dadurch motiviert sein mögen, daß das kommunistische Regime seinen absoluten Herrschaftsanspruch bewahren will, sondern auch dadurch, daß sie ein Eingreifen von außen überflüssig machen. Solche Maßnahmen werden mit aller Wahrscheinlichkeit vor allem gegen das Menschenrechtsprinzip der Schlußakte[7] verstoßen (also insofern von internationalem Belang sein werden und deshalb Reaktionen erfordern), gleichzeitig aber innerpolnische Vorgänge und eben keine fremde Intervention darstellen. Die politische und rechtliche Problematik wird daher eine andere sein als im Interventionsfall, auf den wir bisher unser Hauptaugenmerk richteten. Mit dieser Problematik sollte sich, wenn in der Beurteilung der Sache Übereinstimmung besteht, zunächst der enge Kreis der Vier befassen, auch unter dem Gesichtspunkt, ob und gegebenenfalls wie sie Gegenstand von Bündniskonsultationen sein könnte. Wenn dieses Thema am 7.1. von anderer Seite vertieft wird, sollten Sie sich rezeptiv verhalten. Es bedarf einer eingehenden Analyse, so daß vorzeitige Festlegungen zu vermeiden sind.

6) Für die Erörterung der wirtschaftlichen Aspekte im Anschluß an die Bündniskonsultationen ist Ihnen besonderer Erlaß zugegangen.[8]

Fortsetzung Fußnote von Seite 3

richt Nr. 1948 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 13203 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

6 Bundesminister Genscher erörterte die Lage in Polen in einem Gespräch mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Muskie (USA) am 10. Dezember 1980 in Brüssel. Vgl. AAPD 1980, II, Dok. 357.
Ferner wurde das Thema während der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel behandelt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 363.

7 Vgl. dazu Punkt VII der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.

8 Ministerialdirektor Fischer legte am 5. Januar 1981 dar, die Bundesregierung gebe „Maßnahmen der sogenannten Positiven Abschreckung, d. h. zur Vermeidung einer Eskalation des sowjetischen Vorgehens und zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Polen, Priorität“. Maßgebend für alle wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen sei, „in welcher Form bzw. über welche Stufen sich eine sowjetische Intervention abspielen wird; entsprechend adäquat müssen westliche Reaktionen sein

II. 1) Die schwere innenpolitische Krise in Polen, die schon ein halbes Jahr andauert, ist noch nicht überwunden. Zwischen den drei politisch agierenden Kräften – der PVAP, der Gewerkschaft „Solidarität“ und der katholischen Kirche – besteht ein prekäres Gleichgewicht, das jederzeit, insbesondere wegen der äußerst labilen Wirtschaftslage, in Frage gestellt werden kann. Trotz aller ideologischen und Interessengegensätze zwischen diesen Kräften ist es dem spezifisch polnischen nationalen Konsensus bisher gelungen, Zuspitzungen zu vermeiden, um der Sowjetunion und ihren Verbündeten keinen Anlaß zu einer Intervention zu geben. Ob dieser Konsensus langfristig ausreicht, die durch die Vereinbarungen vom Sommer 1980[9] aufgeschobenen, aber noch nicht gelösten sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konflikte zu lösen, ist eine offene Frage.

2) Die PVAP unter der Führung Kanias hat die personellen Veränderungen an der Spitze weitgehend abgeschlossen:

Am 4.1.81 Ablösung Giereks als Mitglied des Präsidiums der Nationalen Front, Wahl von Moczar und Verteidigungsminister Jaruzelski zu stellvertretenden Vorsitzenden.

Schwierigkeiten bereiten der Partei die in einigen Betriebs- und Ortsparteiorganisationen gebildeten konkurrierenden Gruppen und eine wachsende Bewegung von Parteiaustritten.

Es gibt noch starke Kräfte in der PVAP, die der Politik Kanias der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Kräften Widerstand leisten und dabei möglicherweise auch von außen unterstützt werden. Die Tendenzen eines Reformkurses in Presse und im kulturellen Bereich sind weiterhin stark.

3) Unter Wałęsas Führung ist die „Solidarität“ die stärkste polnische Arbeitnehmerorganisation geworden. Von der Partei gefördert, bestehen die alten offiziellen Gewerkschaften als Branchengewerkschaften fort. Wenn es auch an einzelnen Orten noch zu Protesten von Arbeitnehmern und Bauern kommt, hat sich

Fortsetzung Fußnote von Seite 4

(Grundsatz der Verhältnismäßigkeit)“. Die Bundesregierung wolle „grundsätzlich an der vertraglichen Struktur unserer Beziehungen zur Sowjetunion und zu anderen osteuropäischen Staaten festhalten […], aber Beschränkung der Durchführung von dafür geeigneten Abkommen sowie Einschränkung bzw. Unterbrechung der zwischenstaatlichen und halboffiziellen Wirtschaftskontakte erscheint als Gegenmaßnahme möglich. Wir haben dabei jedoch zu berücksichtigen, daß die Zugangsregelung für Berlin von der Einhaltung der vertraglichen Vereinbarungen abhängt. Ein Eingriff in diese Verträge könnte der östlichen Seite einen Vorwand liefern, auch in die Zugangsregelung einzugreifen. Außerdem stellt sich die Frage, ob die Maßnahmen auch gegen andere an dem Vorgehen beteiligte Staaten des Warschauer Pakts angewendet werden sollen. Hier bestehen vor allem hinsichtlich der DDR Probleme“. Die Wirksamkeit wirtschaftlicher Maßnahmen hänge von einer Beteiligung möglichst vieler Staaten ab. Ferner müsse dafür gesorgt werden, „daß alle Beteiligten in etwa gleichmäßig belastet werden. Die Belastung sollte im übrigen so gewählt werden, daß sie den Westen nicht ebenso oder gar noch stärker trifft als die östliche Seite.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 6; VS-Bd. 10391 (421); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Am 30. August 1980 einigten sich das überbetriebliche Streikkomitee von Stettin und die polnische Regierung auf eine Vereinbarung. Diese sah die Schaffung autonomer sozialistischer Gewerkschaften, Straffreiheit bei Beteiligung an Streiks, den Ausbau des Dialogs zwischen Kirche und Staat sowie einen verbesserten Zugang der Kirche zu den Medien und verschiedene soziale Verbesserungen vor. Für den Wortlaut vgl. POLISH CRISIS 1980–1981, S. 66–69. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 253 und Dok. 256.
Am 31. August 1980 schlossen das überbetriebliche Streikkomitee von Danzig unter Vorsitz des Elektrikers Wałęsa und die polnische Regierung eine weitere Vereinbarung. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673–682.

die soziale Lage im Lande – wohl auch wegen der Weihnachts- und Neujahrsfeiertage – gegenwärtig insgesamt etwas beruhigt.

Auch anläßlich der Revisionsverhandlung über den in unterer Instanz abgelehnten Antrag auf Registrierung einer Bauerngewerkschaft am 30.12. wurde das Bemühen beider Seiten deutlich, Zuspitzungen zu vermeiden.[10]

4) Die Sowjetunion hält weiterhin an ihrer Überzeugung fest, daß Polen seine Schwierigkeiten selbst lösen solle und könne. Außenminister Czyrek wurde bei seinem Besuch in Moskau (25./26.12.1980) von Generalsekretär Breschnew empfangen und betont freundlich behandelt.[11] Damit wollte die sowjetische Führung – ebenso wie mit dem darauffolgenden Besuch von VMP[12] Jagielski, der der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewidmet war[13] – den Eindruck vermitteln, die polnisch-sowjetischen Beziehungen seien normal. Jedoch greifen die sowjetischen Medien weiterhin antisozialistische Kräfte in Polen an:

„Prawda" vom 2.1.81: „Zur PVAP in Opposition stehende Kreise erheben über die Kanäle von ‚Solidarität' provokative Forderungen."[14]

10 Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 17. Dezember 1980 mit, die Frage der Anerkennung einer Bauerngewerkschaft („Land-Solidarität") sei schon bei Begründung der Gewerkschaft „Solidarność" aufgekommen, nun jedoch „wieder aktuell geworden durch das Treffen von Landarbeitervertretern in Danzig in der Woche des 12.12., in dem beschlossen wurde, daß die Bauern sich in Solidarność organisieren. Gleichzeitig sollen Vertreter dieses Treffens mit Streik (z. B. kein Verkauf von landwirtschaftlichen Produkten an staatliche Ankaufstellen) gedroht haben, falls es zu Schwierigkeiten bei der Registrierung kommen sollte. Abschließend ist festzustellen, daß dem Problem der L[and]-S[olidarität] bisher nur marginale Bedeutung zukam; es sieht im Augenblick auch nicht so aus, als ob ihre Nichtanerkennung den ‚Casus belli' für Solidarność darstellen könnte. Dafür spielten beide Seiten diese Frage auf zu niedrigem Niveau." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1546; Referat 214, Bd. 132908.
Am 12. Januar 1981 berichtete Negwer, der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Kania, habe in einer Rede während einer gemeinsamen Sitzung der Wojewodschaftssekretäre der PVAP und der Wojewodschaftsvorsitzenden der Bauernpartei am 10. Januar 1981 in Warschau die Zulassung einer Bauerngewerkschaft „kategorisch" abgelehnt, sich jedoch für eine „Stärkung bereits vorhandener landwirtschaftlicher Selbstversorgungsorgane" ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 214, Bd. 132909.

11 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 27. Dezember 1980 zum Besuch des polnischen Außenministers Czyrek in der UdSSR mit, die offiziellen Mitteilungen erweckten den Eindruck, „als hätten es beide Seiten darauf abgesehen, die Autorität der polnischen Führung im internationalen Bereich zu demonstrieren". Der Besuch lasse „keine neuen Aufschlüsse über sowjetische Pressionen gegenüber Polen zu". Entscheidend sei „letztlich das auch jetzt wieder beschworene Prinzip des sozialistischen Internationalismus, das durch die Entwicklung in Polen in Gefahr geraten war und dessen Einhaltung nun Czyrek erneut garantiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5609; Referat 214, Bd. 132908.

12 Vizeministerpräsident.

13 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Jagielski führte am 29./30. Dezember 1980 Gespräche mit dem sowjetischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden des Staatlichen Planungskomitees der UdSSR (Gosplan), Bajbakow.

14 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 2. Januar 1981, in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" sei am selben Tag eine Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS erschienen, aus verschiedenen Teilen Polens treffe „Material" ein, wonach „‚fortgesetzte Aktivitäten antisozialistischer Kräfte sich den Bemühungen der PVAP und der staatlichen Organe um die Normalisierung im Lande widersetzten'. Diese Kräfte versteckten sich hinter Losungen der Gewerkschaft ‚Solidarność' und spornten Organisationen dieser Gewerkschaften an, ‚eine Rolle des Gegengewichts zu den offiziellen Staatsorganen einzunehmen und damit den Sinn dieser Organisationen in politische Zielrichtungen zu verwandeln'. Zur PVAP in Opposition stehende Kreise erhöben über die Kanäle von ‚Solidarność' ‚provokative Forderungen' – so auch die Überschrift der Meldung –, deren Verwirklichung die Disproportionen der polnischen Volkswirtschaft und die Spannungen auf dem Binnenmarkt verschärfen würden. Die antisozialistischen Kräfte versuchten, das Chaos in der Volks-

5) Die sowjetischen Streitkräfte in und um Polen halten ihren hohen Bereitschaftsstand aufrecht. Ihre Übungstätigkeiten entsprechen dem in den Vorjahren Üblichen. Die Sowjetunion hält sich weiterhin die militärische Option offen. Es gibt allerdings keine Anhaltspunkte für einen bestimmten Zeitraum, in dem ein Eingreifen stattfinden könnte. Das jahreszeitlich übliche Manöver des Warschauer Paktes „Druschba" soll dieses Jahr ab 15.1. in der ČSSR stattfinden.

6) Die Frage ist, ob die polnische Regierung sich unter bestimmten Umständen veranlaßt sieht, gegen einzelne oppositionelle Gruppen – d. h. insbesondere solche, die in ihren Augen eine prinzipielle Systemänderung anstreben – mit Repressionsmaßnahmen vorzugehen. Wir können dies nicht ausschließen, zumal wir annehmen müssen, daß eine Bereitschaft der polnischen Regierung zu solchen Maßnahmen Teil des Ergebnisses der Konferenz des Warschauer Paktes vom 5. Dezember 1980[15] ist. Eine solche Bereitschaft dürfte das Quidproquo für den zumindest vorläufigen Verzicht eines Eingreifens von außen sein.

Allerdings ist der Handlungsspielraum der Regierung bei Maßnahmen gegen weitere oppositionelle Gruppen begrenzt. Das gilt besonders für die linkssozialistische Gruppe KOR[16]: Auch im August 1980 waren Kuroń und einige andere KOR-Mitglieder verhaftet worden, aber nach einigen Tagen Haft aufgrund der Danziger Vereinbarungen entlassen worden.

Zwar stimmen Wałęsa und Kuroń nicht immer überein, doch hat sich KOR durch systematische Vorbereitung und fachkundigen Rat um das Entstehen der „Solidarität" so verdient gemacht, daß im Falle von begrenzten Repressionsmaßnahmen (Verhaftungen) eine Solidarisierung (mit der Folge von Demonstrationen und Streiks) zu erwarten wäre.

Die polnische Regierung hält gegenwärtig einige Angehörige der rechtsgerichteten antisowjetischen Gruppierung KPN[17] (Konföderation Unabhängiges Polen), darunter Moczulski, in Haft.

7) Die Bundesregierung ist bei ihrer Politik der Zurückhaltung geblieben. Wir nehmen an, daß ihre bilateralen Warnungen an die Sowjetunion, ihre Zurück-

Fortsetzung Fußnote von Seite 6

wirtschaft herbeizuführen, und rechneten darauf, dies für ihre subversiven Ziele nutzen zu können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 214, Bd. 132908.
Vgl. die Meldung „Provokacionnye trebovanija"; PRAVDA vom 2. Januar 1981, S. 4.

15 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 6. Dezember 1980 zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am Vortag in Moskau, Hauptthema sei die Lage in Polen gewesen. Aus dem Kommuniqué ließen sich folgende Schlüsse ziehen: „1) Ein sowjetisches Eingreifen in Polen steht gegenwärtig nicht unmittelbar bevor. Eine Intervention von außen wäre allerdings nicht notwendig, da – anders als vor 1968 in der ČSSR – in Polen bereits sowjetische Truppen stationiert sind. 2) Die Sowjetunion und ihre Verbündeten räumen der polnischen Führung noch eine gewisse, wenn auch nicht unbegrenzte Frist ein, um mit ihren innenpolitischen Schwierigkeiten fertigzuwerden. Sie sagen als Beitrag zur Stabilisierung wirtschaftliche Unterstützung zu. Dabei üben sie keine Kritik an einer westlichen Wirtschaftshilfe. 3) Die Sowjetunion und der Warschauer Pakt insgesamt signalisieren ihre Bereitschaft, den Entspannungsprozeß und den Dialog mit den westlichen Ländern fortzusetzen, nicht zuletzt mit den USA auch unter Präsident Reagan." Vgl. Referat 214, Bd. 132907.
Vgl. dazu das Kommuniqué der Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau; EUROPA-ARCHIV 1981, D 129–131.

16 Komitet Obrony Robotników.

17 Konfederacja Polski Niepodległej.

haltung gegenüber Polen nicht aufzugeben[18], ebenso wie die Erklärungen des Europäischen Rates vom 2.12.1980[19] sowie der NATO-Verteidigungs- und Außenminister vom 10./12.12.1980[20] im sowjetischen Kalkül berücksichtigt worden sind.[21]

8) In den westlichen Medien sind die Nachrichten und Kommentare über die Entwicklungen in und um Polen weniger dramatisch geworden als in der ersten Hälfte des Dezember 1980.

[gez.] Blech

VS-Bd. 11117 (204)

18 Bundeskanzler Schmidt richtete am 24. Oktober 1980 eine mündliche Botschaft an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Vgl. AAPD 1980, II, Dok. 301.
Bundesminister Genscher führte am 10. Oktober bzw. 8. Dezember 1980 Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow. Vgl. AAPD 1980, II, Dok. 290 bzw. Dok. 352.

19 Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des Europäischen Rats zu Polen auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 12/1980, S. 11 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 350.

20 Vgl. dazu Ziffer 8 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 149. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 41. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 355.
Vgl. dazu auch Ziffer 2 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 153 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 44.

21 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 7. Januar 1981, im Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom, sowie den Botschaftern Henderson (Großbritannien) und Lefebvre de Laboulaye (Frankreich) am selben Tag seien eine mögliche spätere Einbeziehung Australiens, Japans und anderer Staaten in die Gespräche, die aktuelle politische Lage in Polen sowie mögliche wirtschaftliche Maßnahmen erörtert worden. Dabei habe Lefebvre de Laboulaye betont, „wir sollten bei dieser Erörterung von dem schlimmsten Fall (worst case) ausgehen: sowjetische Invasion, polnischer Widerstand, Blutvergießen. Ich verwies auf die verschiedenen Möglichkeiten krisenhafter Entladungen, die es eigentlich unmöglich machten, ein einziges Szenario festzuhalten. Meine drei Partner waren jedoch der Ansicht, daß es praktisch unmöglich sei, für die vielen denkbaren Fälle jeweils Antworten vorzubereiten. Eine vorbereitete Antwort auf die Worst-case-Hypothese erlaube es später den Ministern, bei deren Beschlußfassung aus der Worst-case-Liste das zu streichen und auszuwählen, was der jeweiligen Lage entspreche.“ Er, Hermes, habe auf die Notwendigkeit hingewiesen, „jetzt auf westlicher Seite präventiv das zu tun, was möglicherweise hindere, daß die polnische Wirtschaftlage bodenlos werde“. In diesem Zusammenhang sei auch die Frage der polnischen Entschuldung erörtert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; VS-Bd. 14094 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2

Runderlaß des Staatssekretärs van Well

200-350.10 VS-NfD **6. Januar 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 69 Plurez **Aufgabe: 7. Januar 1981, 21.14 Uhr**

Betr.: Ausführungen BM zur Europafrage auf Dreikönigstreffen in Stuttgart

Rede des BM auf Dreikönigstreffen in Stuttgart am 6.1.81 enthält längeren Europapassus (vgl. Anhang)[2]. BM knüpft dabei an Regierungserklärung an, in der Erhaltung und Ausbau der Europäischen Gemeinschaften als zentrale Aufgabe unserer Politik, die das Ziel der Europäischen Union nicht aus den Augen verlieren dürfe, bezeichnet wird.[3]

Für den Fall, daß Vertreter des Gastlandes Botschaft auf diesbezügliche Ausführungen BM ansprechen, wird ergänzend folgendes mitgeteilt:

Den von BM aufgeworfenen Fragen liegt kein ausgearbeiteter „Europaplan" zugrunde, den wir Partnern zu unterbreiten beabsichtigen. Vielmehr handelt es sich um einen Schritt, der im Anschluß an Regierungserklärung Diskussion über notwendige Fortschritte auf dem Weg zu einer Europäischen Union in Gang setzen soll. Soweit dabei konkrete Vorstellungen entwickelt werden, bedarf es selbstverständlich einer eingehenden bi- und multilateralen Erörterung unter den Partnern der Gemeinschaft. Diese soll in absehbarer Zeit in Gang kommen.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist Befürchtung, daß sich die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten in den 80er Jahren vor große außen- und wirtschaftspolitische Herausforderungen gestellt sehen werden. Insbesondere die Weltenergiekrise mit ihren nachhaltigen Folgen (Inflationen, Arbeitslosigkeit, Zahlungsbilanzdefizite) für die Weltwirtschafts- und Währungslage könnte den internen Zusammenhalt der Gemeinschaft zunehmend unter Druck setzen. Im Innern steht die Gemeinschaft vor dem letztlich auf 1982 verschobenen Problem der überhöhten Nettozahlerposition von Großbritannien[4] und damit der

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Fischer am 7. Januar 1981 zur Mitzeichnung vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für den Auszug aus der Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP vgl. Referat 200, Bd. 122714.
Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 164 f. (Auszug).

3 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt vom 24. November 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 27.

4 Auf der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin forderte Premierministerin Thatcher einen Ausgleich des Nettosaldos des britischen Beitrags zum EG-Haushalt, der von der EG-Kommission auf 1,5 Mrd. ERE veranschlagt war. Die von den übrigen EG-Mitgliedstaaten angebotene Entlastung in Höhe von 520 Mio. ERE lehnte Thatcher ab. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 362.
Vortragender Legationsrat Oehms informierte am 9. Juni 1980, auf der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel sei ein Kompromiß gefunden worden: „a) Der britische Nettosaldo soll im Jahr 1980 um 1175 und im Jahr 1981 um 1410 Mio. ERE, zusammen um 2585 Mio. ERE, entlastet werden. Mit dieser Entlastung würde der britische Nettosaldo im Jahr 1980 609 Mio. ERE und im Jahr 1981 730 Mio. ERE betragen. b) Falls der britische Nettosaldo 1980 und 1981 höher als die geschätzten Zahlen (1980: 1784 Mio. ERE, 1981: 2140 Mio. ERE) liegt, wird die Differenz nach einem bestimmten Schlüssel zwischen den MS geteilt." Vgl. den Runderlaß Nr. 78; Referat 012, Bd. 115729.
Um im Jahr 1982 das Problem durch strukturelle Änderungen lösen zu können, erhielt die EG-

Zugehörigkeit von Großbritannien zur Gemeinschaft. Es wird ein wachsendes Unvermögen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten deutlich, die Finanzierung der Gemeinschaftspolitiken, insbesondere der Gemeinsamen Agrarpolitik, zu sichern. Dadurch ergibt sich eine Infragestellung der Gemeinsamen Agrarpolitik selbst, des zügigen Verlaufs der Verhandlungen um die EG-Erweiterung[5], des weiteren Zusammenwachsens der Volkswirtschaften. Statt dessen vergrößert sich die Gefahr einer Flucht in nationale Alleingänge, protektionistische Maßnahmen und in den Verzicht auf gemeinschaftskonformes Verhalten. Hand in Hand geht damit eine Desillusionierung der Öffentlichkeit hinsichtlich der Perspektiven des europäischen Einigungsprozesses.

Wir glauben, daß dieser Entwicklung nicht dadurch begegnet werden kann, daß die EG-Staaten sich in der Hoffnung auf bessere Zeiten auf die Wahrung des Bestandes beschränken. Wir fürchten, daß eine solche statische Politik zu einer zusätzlichen Gefährdung des Zusammenhaltes führen könnte. Dies gilt auch für eine Politik, die die Probleme isoliert zu lösen versucht und die notwendigen Schritte losgelöst aus dem Rahmen übergeordneter europapolitischer Zielsetzungen sieht.

Die Krisensituation, die wir für die 80er Jahre voraussehen und die den Zusammenhalt der Gemeinschaft ernsthaft in Frage stellen könnte, wird den Zwang zu Kompromissen und Opfern (auch finanzieller Natur) wachsen lassen. Über die pragmatische Bewältigung der anstehenden konkreten Probleme hinaus bedarf die europäische Politik zusätzlicher Anstöße durch Fortschritte in Rich-

Fortsetzung Fußnote von Seite 9

Kommission das Mandat, bis Ende Juni 1981 die Gemeinschaftspolitiken zu prüfen, „ohne die gemeinsame finanzielle Verantwortung für diese aus eigenen Mitteln der Gemeinschaft finanzierte Politik oder die Grundprinzipien der gemeinsamen Agrarpolitik in Frage zu stellen. Unter Berücksichtigung der Lage und der Interessen aller Mitgliedstaaten wird diese Prüfung darauf abzielen zu verhüten, daß für irgendeinen von ihnen erneut unannehmbare Situationen eintreten." Vgl. dazu Ziffer 7 der „Schlußfolgerungen betreffend den britischen Beitrag zur Finanzierung des Gemeinschaftshaushalts"; BULLETIN DER EG 5/1980, S. 10.

5 Portugal stellte am 28. März 1977 einen Antrag auf Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Am 17. Oktober 1978 wurden die Beitrittsverhandlungen eröffnet. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 3/1977, S. 8–10, bzw. AAPD 1978, II, Dok. 318.
Referat 410 vermerkte am 22. Oktober 1980, in den Beitrittsverhandlungen seien „nicht zu unterschätzende Fortschritte erzielt worden. Der sog. ‚Gesamtüberblick' (vue d'ensemble) als Zusammenstellung der beiderseitigen Verhandlungspositionen konnte bis auf die Agrar- und Fischereifragen im wesentlichen zum Abschluß gebracht werden." Vgl. Referat 410, Bd. 121928.
Am 3. Dezember 1980 unterzeichneten die EG-Kommission und Portugal ein Abkommen über die Gewährung einer Finanzhilfe zur Vorbereitung des EG-Beitritts. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1980, S. 77.
Spanien beantragte am 28. Juli 1977 den Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7/1977, S. 6.
Referat 410 erläuterte am 15. Dezember 1980, nach der formellen Eröffnung der Beitrittsverhandlungen am 5. Februar 1979 hätten die eigentlichen Verhandlungen am 18. September 1979 begonnen: „Bis Ende Juli 1980 konnte ein Gesamtüberblick über die beiderseitigen Positionen in allen Bereichen (außer Landwirtschaft und Fischerei) erarbeitet werden. Bei dem sechsten Ministertreffen am 25. November 1980 begannen mit Vorschlägen zu Lösungsformeln erstmalig konkrete Sachverhandlungen." Der Beitritt Spaniens werde die Agrarwirtschaft der Europäischen Gemeinschaften vor „erhebliche Probleme" stellen und das Überschußproblem verschärfen. Wegen der ungelösten EG-internen Probleme sei „ein Abschluß der Beitrittsverhandlungen zum Ende 1981 ausgeschlossen. Die Beitrittsverhandlungen werden von den jetzt beginnenden Überlegungen zu den erforderlichen EG-internen Umstrukturierungen zwangsläufig beeinflußt werden. Ihr endgültiger Abschluß wird erst dann möglich sein, wenn die Ergebnisse der Änderungen in der gemeinsamen Agrar- und Finanzpolitik sich hinreichend abzeichnen." Vgl. Referat 410, Bd. 121930.

tung auf eine auch politisch konzipierte Europäische Union, wenn sie innenpolitisch abgestützt bleiben und der Gemeinschaft förderliche Lösungen ermöglichen soll.

Der von BM in Frageform erwähnte Vertrag über eine Europäische Union könnte den rechtlichen Rahmen setzen, in den die bestehenden europäischen Institutionen in EG und EPZ aufgenommen würden. Er würde den gegenwärtigen europäischen Besitzstand rechtlich und politisch zusammenfassen und verklammern. Dies schließt nicht aus, daß gewisse Verbesserungen in den Beziehungen der einzelnen Institutionen untereinander, für die wir seit langem eintreten, in dem Vertrag ihren Niederschlag finden könnten. Darüber hinaus würde ein solcher Rahmen Raum lassen für die Einbeziehung neuer wichtiger Bereiche: Sicherheitsfragen und ggf. auch Kultur. Was insbesondere die Sicherheitsfragen anbetrifft, so dürfte eine Abstimmung hierüber im Rahmen der Union weder zu einer Schwächung der NATO noch zu einer europäischen Distanzierung von der Allianz führen. Vielmehr geht es darum, daß die Zehner-Gemeinschaft zu einer gemeinsamen Definition ihrer lebenswichtigen politischen und wirtschaftlichen Interessen gelangt, wobei Sicherheitsfragen im weiteren Sinne nicht ausgespart bleiben können.

Die Europäische Union würde durch Abschluß eines Vertrages zwischen den EG-Mitgliedstaaten, der die obengenannten Elemente umfaßt, eine Art verfassungsmäßige Grundlage erhalten. Die mit dem Vertrag über die Europäische Union angestrebte Verklammerung der verschiedenen Bereiche europäischen Handelns könnte das derzeit bereits vorgegebene Ausmaß gegenseitiger Verflechtung innerhalb der Gemeinschaft und unter den Zehn verdeutlichen und die europäische Einigung wieder stärker in Richtung auf eine echte Politische Union ausrichten, den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft stärken und die Lösung der für 1981/82 anstehenden schwierigen internen Probleme – nicht zuletzt auch psychologisch – erleichtern, die Grundlagen für gemeinsames außenpolitisches Handeln der Zehn festigen, die Stellung der Gemeinschaft wie der Zehn im Verhältnis zu USA, UdSSR und Dritter Welt fördern und damit eine bessere Wahrung europäischer wie auch westlicher Interessen ermöglichen.

van Well[6]

Referat 200, Bd. 122714

6 Paraphe vom 7. Januar 1981.

3

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit, z. Z. Marrakesch, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1 **Aufgabe: 7. Januar 1981, 11.00 Uhr**[1]
Ankunft: 7. Januar 1981, 22.25 Uhr

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in Marokko[2];
hier: Vier-Augen-Gespräch Bundeskanzler – König Hassan

Zur Unterrichtung

1) Bundeskanzler führte gestern ein über zweistündiges Vier-Augen-Gespräch mit König Hassan II., über das er unmittelbar anschließend Botschafter[3] und Delegation unterrichtete. Er war beeindruckt von der Person Hassans, seinem treffsicheren Urteil und seinem nicht gespielten Selbstbewußtsein. Alles, was er sagte, sei von vorbildlicher Mäßigung gewesen.

Folgende Themen wurden behandelt:

1) Jerusalem und Nahost-Konflikt

Der König glaubt, daß eine Lösung des Jerusalem-Problems nur im Rahmen einer umfassenden Regelung des Nahost-Konflikts gefunden werden könne. Eine solche Regelung sei wegen der interarabischen Streitigkeiten, der Auseinandersetzungen innerhalb Israels und des grundsätzlichen israelisch-arabischen Antagonismus nicht sichtbar. Eine spätere Lösung der Jerusalem-Frage könne er sich so vorstellen, daß die Palästinenser in einem Teil des früheren arabischen Teils die Hauptstadt ihres palästinensischen Staates errichteten. Angehörige aller drei Religionen müßten Zugang zu den Heiligen Stätten haben.

Israel solle seine Hauptstadt nicht im anderen Teil Jerusalems haben dürfen. Ganz persönlich schien er dies aber nicht auszuschließen.

Ein umfassender Frieden im Nahen Osten sei ohne die Sowjetunion nicht denkbar. Hassan lobte die jüngsten europäischen Bemühungen um eine Friedenslösung für den Nahost-Konflikt.[4] Die Europäer hätten auch eine realistischere Auffassung als die Amerikaner über die sowjetische Rolle im Nahen Osten.

Hassan habe Sadat deutlich kritisiert. Er habe zwar Verständnis für die Wiedergewinnung ägyptischen Territoriums auf dem Sinai. Die Nichtunterrichtung der Araber, vor allem der Saudis, durch Sadat und die Amerikaner über den Camp-David-Prozeß[5] sei verletzend gewesen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit am 15. Januar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Rosengarten und Legationsrat I. Klasse Pauls verfügte.
Hat Rosengarten und Pauls am 15. bzw. 16. Januar 1981 vorgelegen.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich im Anschluß an einen Urlaubsaufenthalt vom 28. Dezember 1980 bis 5. Januar 1981 am 6./7. Januar 1981 offiziell in Marokko auf.

3 Walter Jesser.

4 Zu den Friedensbemühungen der Europäischen Gemeinschaften im Nahost-Konflikt vgl. Dok. 32, Anm. 7.

5 Ministerpräsident Begin, Präsident Carter und Präsident Sadat trafen vom 5. bis 17. September 1978 in Camp David, dem Landsitz des amerikanischen Präsidenten, zusammen, um eine Friedensrege-

Hassan habe den Kanzler über gravierende Meinungsverschiedenheiten zwischen Saudi-Arabien und Jordanien unterrichtet, die offenbar mit einer Beschleunigung der Einbeziehung Jordaniens in den nahöstlichen Friedensprozeß zusammenhänge.

Hassan habe am Camp-David-Prozeß und an Carter starke Kritik geübt. Er setze große Hoffnung auf Reagan, Bush und Haig, wobei er glaube, daß Reagan sich mehr auf die Innenpolitik konzentrieren werde, Bush stark auf die Außenpolitik.

Die Person und Rolle Kissingers habe Hassan positiv beurteilt. Positiv habe Hassan sich auch zu Abba Eban und zu Peres geäußert, mit dem er (vor 1977) ein dreistündiges Gespräch geführt habe. Begin habe kürzlich um ein Gespräch nachgesucht, dies aber habe Hassan abgelehnt.

2) Nordafrika

Hassan habe die gestern gemeldete Vereinigung zwischen Libyen und Tschad[6] mit einer gewissen Ironie positiv beurteilt. Gaddafi werde hier sein Vietnam erleben. Er habe Gaddafi einen Agenten der Sowjetunion genannt. Dies habe der Kanzler bezweifelt, da Gaddafi auch für die Sowjets ein unberechenbarer Partner sei.

3) Westsahara-Konflikt[7]

Der Westsahara-Konflikt sei von Hassan nur am Rande erwähnt worden. Hassan habe hauptsächlich Enttäuschung über den Westen, vor allem über die ame-

Fortsetzung Fußnote von Seite 12

lung auszuarbeiten. Am 17. September 1978 unterzeichneten sie in Washington ein Rahmenwerk für den Frieden im Nahen Osten und ein Rahmenwerk für den Abschluß eines Friedensvertrags zwischen Ägypten und Israel. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 78 (1978), Heft 2019, S. 7–11. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 47–54. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 271, Dok. 278, Dok. 281 und Dok. 282.

Am 26. März 1979 unterzeichneten Ägypten und Israel in Washington einen Friedensvertrag. Für den Wortlaut des Vertrags, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes") sowie der dazugehörigen Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

Gemäß dieser Vereinbarungen fanden seit 25. Mai 1979 Gespräche zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Referat 310 notierte am 20. Januar 1981: „Die ägyptisch-israelischen Beziehungen entwickeln sich vereinbarungsgemäß. Der Abschluß des Normalisierungsprozesses durch den israelischen Abzug aus den restlichen besetzten Sinai-Gebieten bis Mai 1982 erscheint gesichert. Ägyptische Vorbehalte beziehen sich nicht auf Israel schlechthin, vielmehr auf die Regierung Begin, von der keine Bereitschaft zu Fortschritten in den Autonomie-Verhandlungen mehr erwartet wird. Den USA ist es nicht gelungen, Israel und Ägypten über ihren Zielkonflikt hinwegzuhelfen: Israel ist bei der Absicht geblieben, das Westjordanland und Gaza auf Dauer an sich zu binden, während Ägypten den Palästinensern in der fünfjährigen Übergangszeit voll Autonomie verschaffen will, die in Selbstbestimmung übergehen soll." Vgl. Referat 310, Bd. 135661.

6 Referat 321 erläuterte am 16. Januar 1981: „Am 6.1.1981 wurde zum Abschluß des Tripolis-Besuchs des Präsidenten der tschadischen Übergangsregierung, Goukouni Oueddei, ein Kommuniqué veröffentlicht. Es enthält die Absichtserklärung, auf die volle Einheit beider Länder nach den Vorstellungen in Gaddafis Grünem Buch einer Volksmassenherrschaft hinzuarbeiten. Außerdem bekräftigt Libyen seine Hilfe für den Tschad einschließlich militärischer Unterstützung." Am 15. Dezember 1980 sei es den Truppen des Übergangspräsidenten Oueddei mit „massiver libyscher Unterstützung" gelungen, die Streitkräfte des ehemaligen Ministerpräsidenten Habré aus N'Djamena zu verdrängen: „Nach den heute vorliegenden Erkenntnissen hat Libyen eine Reihe von Stützpunkten geschaffen, die es ihm ermöglichen, schwere Waffen und entsprechendes Gerät über eine Entfernung von mehr als 1000 km heranzuschaffen und zu versorgen." Vgl. Referat 322, Bd. 138032.
Zur libyschen Politik gegenüber Tschad vgl. auch Dok. 23.

7 Botschafter Jesser, Rabat, legte am 25. November 1980 dar: „Vordergründig dreht sich der Westsahara-Konflikt um die Frage der Legitimität des marokkanischen Souveränitätsanspruchs über das

rikanische Zurückhaltung, geäußert und in diesem Zusammenhang die amerikanische Passivität gegenüber Angola mit seinem eigenen dreijährigen Engagement in dieser Region (Shaba[8]) verglichen. Hassan habe die Ansicht geäußert, daß die DDR der Polisario-Front Hilfe leiste. Eine Rolle der Sowjetunion hinter dem Westsahara-Konflikt habe er nur angedeutet.

4) Zur Sowjetunion habe sich Hassan relativ unkritisch geäußert. Einer Bedrohung durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen sei sich König Hassan anscheinend nicht bewußt gewesen. Dagegen fühlten sich die arabischen Staaten von den israelischen Atomwaffen bedroht.

5) Das Verhältnis Marokkos zur EG habe Hassan nur kurz behandelt.[9] Er habe die Hoffnung ausgesprochen, daß nicht nur Frankreich, sondern auch die Bundesrepublik Deutschland sich der marokkanischen Sorgen annehme.

6) Hassan habe sich sehr positiv über saudische Erdölpreispolitik geäußert und angemerkt, die Erdölpreispolitik Kuwaits und anderer OPEC-Staaten sei damit nicht vergleichbar.

7) Hassan lud den Kanzler nochmals zu einem privaten Besuch Marokkos ein. Der Kanzler erwiderte, er hege die Hoffnung, daß Hassan seinerseits privat die Bundesrepublik Deutschland besuchen möge. Hassan habe dies für die nächste Zeit in Aussicht gestellt.

Gleichzeitig führte StS Lautenschlager ein Gespräch mit AM Boucetta und Industrie- und Handelsminister Guessous. Dabei wurde das breite Spektrum der bilateralen Beziehungen, insbesondere auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Problematik der Beziehungen zur EG, angesprochen. StS Lautenschlager sprach auch das Thema der Behandlung inhaftierter Deutscher[10] so-

Fortsetzung Fußnote von Seite 13

gesamte Gebiet der ehemaligen Spanischen Sahara (ca. 266 000 qkm mit im Jahre 1974 ca. 75 000 Bewohnern und sehr reichen Phosphatvorkommen). Marokko stützt seinen Souveränitätsanspruch auf historische Rechte. Der Gegner, die Polisario-Front (Frente Popular de Liberación de Saguia el Hamra y Rio de Oro) und das von ihr auf dem Papier konstituierte Staatsgebilde RASD (République Arabe Sahraouie Démocratique), gefördert von Algerien und Libyen, stützt seine Ansprüche auf den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts für das saharawische Volk. Der marokkanische Rechtsanspruch auf das Territorium der ehemaligen Spanischen Sahara steht völkerrechtlich auf etwas schwachen Füßen. Der Internationale Gerichtshof in Den Haag kam in seinem Gutachten vom 16.10. 1975 jedenfalls nicht zu dem Ergebnis, daß die marokkanischen Souveränitätsansprüche begründet seien". Jesser legte dar, es spreche alles dafür, „daß mangels Aussichten auf eine politische Lösung des Konflikts der Krieg in der Art des Abnützungskriegs sich unabsehbar lange hinziehen wird". Vgl. den Schriftbericht Nr. 1021; Referat 311, Bd. 137641.

8 Am 8. März 1977 brachen in der zairischen Provinz Shaba an der Grenze zu Angola Kämpfe zwischen Regierungstruppen und aus Angola eingedrungenen bewaffneten Gruppen aus. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 72.
In der Nacht vom 11./12. Mai 1978 drangen Rebellen in die zairische Provinz Shaba ein. Frankreich und Belgien entsandten am 19. Mai 1978 Fallschirmjäger zur Evakuierung von Europäern aus der umkämpften Stadt Kolwezi. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 166.

9 Referat 410 erläuterte am 8. Dezember 1980, Marokko sei wegen möglicher Auswirkungen der EG-Erweiterung besorgt: „Marokko befürchtet Verschlechterung seiner Wettbewerbssituation nicht nur im Hinblick auf landwirtschaftliche Erzeugnisse, sondern auch im industriellen Bereich. Mit der Süderweiterung wird sich der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft bei bestimmten, gerade Marokko betreffenden Agrarerzeugnissen erheblich erhöhen. Die Exportchancen Marokkos werden sich dementsprechend verschlechtern." Vgl. Referat 413, Bd. 144888.

10 Referat 511 erläuterte am 4. Dezember 1980: „Die Zunahme des deutschen Tourismus nach Marokko hat auch zu einem Ansteigen der Zahl der deutschen Untersuchungs- und Strafgefangenen in Marokko geführt (im ersten Halbjahr 1980: insgesamt 65). Einem Großteil dieser Inhaftierten wird

wie marokkanischer politischer Gefangener[11] an, allerdings ohne auf ein positives Echo oder Verständnis zu stoßen.

In dem heutigen Gespräch zwischen Bundeskanzler, Premierminister[12] und einigen Kabinettsmitgliedern werden voraussichtlich vornehmlich bilaterale Themen behandelt werden.[13]

[gez.] Schlagintweit

Referat 200, Bd. 119476

4

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Benyahia in Algier

11. Januar 1981[1]

Das Gespräch fand im Außenministerium kurz nach Ankunft von 17.30 Uhr bis gegen 19.30 Uhr statt.[2]

Teilnehmer auf algerischer Seite: algerischer Botschafter in Bonn[3]; Generalse-

Fortsetzung Fußnote von Seite 14

der Erwerb von Rauschgift vorgeworfen. In manchen Fällen ist bekanntgeworden, daß aufdringliche Händler deutsche Touristen geradezu genötigt haben, Haschisch zu kaufen, wobei teilweise sogar der Verdacht geäußert wurde, die Händler arbeiteten mit korrupten Polizeibeamten Hand in Hand. Die Zustände in marokkanischen Haftanstalten sind zum Teil menschenunwürdig, auch sind Brutalitäten marokkanischer Polizei- und Vernehmungsbeamter gegenüber deutschen Staatsangehörigen bekanntgeworden. Die Botschaft Rabat ist hiergegen offiziell vorstellig geworden, ohne daß bisher eine befriedigende Antwort von marokkanischer Seite erteilt worden wäre." Vgl. B 83 (Referat 511), Bd. 1328.

11 Botschafter Jesser, Rabat, informierte am 27. Oktober 1980: „Außer den Häftlingen, die spurlos verschwunden sind, gibt es heute noch 148 politische Gefangene, auf welche die (begrenzten) Liberalisierungsmaßnahmen König Hassans keine Anwendung finden. Es handelt sich um die im Jahr 1977 in Casablanca verurteilten sog. ‚Frontisten', extrem linke Marxisten-Leninisten, die unter den heute gegebenen Umständen kaum Aussicht auf königliche Gnade haben: Sie haben die Todsünde begangen, sich für das Selbstbestimmungsrecht des saharawischen Volkes auszusprechen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 918; Referat 311, Bd. 137641.

12 Mohammed Maâti Bouabid.

13 Themen des deutsch-marokkanischen Regierungsgesprächs in Marrakesch waren der Nahost-Konflikt, Afghanistan, der Westsahara-Konflikt, internationale Rohstoff-Fragen, die Beziehungen Marokkos zu den Europäischen Gemeinschaften sowie die bilateralen Beziehungen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1981.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Gorenflos am 13. Januar 1981 gefertigt und am 23. Januar 1981 von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit an das Ministerbüro geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 10. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 311 vermerkte: „Konnte BM bisher nicht zur Billigung vorgelegt werden." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 311, Bd. 137659.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1981 in Algerien auf.

3 Mohamed Kellou.

kretär des Außenministeriums[4]; Politischer Direktor für Europa und Amerika, Benouniche;

auf deutscher Seite: Botschafter Berendonck, MD Dr. Gorenflos, VLR Dr. von Ploetz, VLR Bouverat als Dolmetscherin.

Algerischer Außenminister begrüßte einleitend die Aufnahme des politischen Gesprächs auf Ministerebene. Die Pause sei lang gewesen[5], um so dringlicher sei es, einen intensiven Dialog zu führen.

Bundesminister bedauerte ebenfalls, daß der politische Dialog eine Zeitlang vernachlässigt worden sei. Dies sei auf Summierung praktischer Schwierigkeiten zurückzuführen.

Beide Länder hätten ähnliche Auffassungen und betrieben eine Politik der Vernunft und Verantwortung, sie könnten, jedes auf seine Weise, viel zur Stabilisierung und zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Es sei kein Zufall, daß er mit dem algerischen Außenminister schon beim Nord-Süd-Dialog zusammengetroffen sei.[6]

Bundesminister skizzierte sodann die weltpolitische Lage. 1980 sei es gelungen, eine große Konfrontation zu vermeiden, aber die Probleme seien geblieben. Große Anstrengungen seien erforderlich, um sie zu lösen.

In einer schwierigen Weltsituation sei es um so wichtiger zu wissen, wo der andere stehe. Man müsse eine berechenbare und klare Politik betreiben.

In nächster Zeit würden in bedeutenden Staaten wichtige Markierungen besetzt: USA: Präsidentenwechsel[7]; SU: Parteitag[8]; VR China entscheide über künftigen Kurs. In der Dritten Welt richtungsweisende Konferenzen: Islamische Konferenz in Mekka[9] und Ungebundenen-Konferenz in Delhi.[10]

4 Mohammed Salah Dembri.

5 Ministerialdirektor Gorenflos legte am 4. Dezember 1980 für Bundesminister Genscher dar: „Seit Sommer 1977 hat die algerische Regierung Sie zu einem Besuch eingeladen. Die Einladung wurde wiederholt erneuert […]. Aus Termingründen mußte sie immer wieder verschoben werden. Der Bundeskanzler plant, vom 6. bis 7.1.81 Marokko zu besuchen. Da Algerien sich wegen der Westsahara-Frage in einem Zustand erheblicher Spannung zu Marokko befindet, ist es politisch notwendig, daß Sie mit einer Reise nach Algier ein Gegengewicht setzen." Vgl. Referat 311, Bd. 137583.

6 Am 7. November 1980 fand am Rande der Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 7./8. November 1980 in Wien ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem algerischen Außenminister Benyahia statt. Themen waren Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung für die Opfer des Erdbebens in El Asnam am 10. Oktober 1980 und der Termin für einen Besuch Genschers in Algerien. Ferner erklärte Benyahia, „seine Regierung habe in den Bemühungen um eine Lösung der Teheraner Geiselaffäre eine offensichtlich äußerst diffizile Nachfolge der Bundesrepublik angetreten. Er skizzierte den derzeitigen Stand. Beide Seiten gaben ihrer von Skepsis und Sorge gedämpften Hoffnung auf eine Regelung Ausdruck." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178798.
Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 7./8. November 1980 in Wien vgl. AAPD 1980, II, Dok. 324.

7 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

8 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

9 Vom 25. bis 28. Januar 1981 fand in Mekka und Taif die dritte Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz statt. Referat 300 notierte dazu am 9. Februar 1981, die Konferenz sei insgesamt „erfolgreich verlaufen. Position Saudi-Arabiens (jetzt Präsident der O[rganization of the]I[slamic]C[onference]) gestärkt. […] In Nahost-Frage durch Härte der Sprache und Proklamierung des Dschihad (Heiliger Krieg) saudischer Führungsanspruch unterstrichen. Stärkeres Absetzen nun auch Saudi-Arabiens gegenüber beiden Großmächten. […] Versuch, unter islamischem Dach die Blockfreiheit islamischer Staaten

Die Anfang der siebziger Jahre eingeleitete Phase der Entspannung habe den Menschen im Osten und im Westen Vorteile und Erleichterungen gebracht. Sie habe aber nicht zu Fortschritten im militärischen Bereich geführt. Wir sähen mit großer Sorge die starke sowjetische Aufrüstung. Damit werde neues Konfliktpotential geschaffen.

Wir seien in großer Sorge über die Entwicklung in Polen, mit dem Europa und besonders die Deutschen emotional und auch durch eine leidvolle Geschichte verbunden seien. Eine sowjetische Intervention müßte weitreichende Folgen haben. Im Februar hätten Deutschland und Frankreich in Paris erklärt, daß die Entspannung einem weiteren Schlag wie die Intervention in Afghanistan[11] nicht standhalten würde.[12]

Es gehe darum, einen neuen Rüstungswettlauf zu vermeiden. Wir wüßten, daß die neue amerikanische Administration dazu den ernsthaften Willen habe. Geringere Rüstungskosten bedeuteten zugleich mehr Mittel für die Dritte Welt.

Wir träten dafür ein, den Ost-West-Konflikt nicht auf die Dritte Welt zu übertragen. Uns gehe es darum, mit den Staaten der Dritten Welt gleichberechtigt zusammenzuarbeiten.

Als Außenminister der Bundesrepublik müsse er besondere Sorge über die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen zum Ausdruck bringen. Es sei klar, daß das deutsche Volk, das gezwungen sei, in zwei Staaten zu leben, von einer Ver-

Fortsetzung Fußnote von Seite 16

zwischen Ost und West zu stärken." Die politischen Gegensätze zwischen den Teilnehmerstaaten seien unverändert, „jedoch durch die einigende Frage, das Palästina-Problem (das von Konferenz zum Problem Nr. 1 der islamischen Nation erklärt wurde) überdeckt. Im Nahost-Bereich zumindest verbal (Heiliger Krieg, Einsatz aller Mittel einschließlich militärischer Mittel und des Erdöls zur Durchsetzung der Rechts der Palästinenser) eher Verhärtung. […] Dagegen verbale Abschwächung der Position zu Afghanistan. […] Keine Ansätze zur Lösung akuter Konflikte (Iran/Irak)." Vgl. Referat 340, Bd. 127060.

10 Vom 9. bis 13. Februar 1981 fand in Neu Delhi die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

11 Am 24. Dezember 1979 intervenierten Truppen der UdSSR in Afghanistan. Am 27. Dezember 1979 wurde in Kabul Präsident Amin gestürzt und getötet. Nachfolger als Präsident des Revolutionsrats wurde Babrak Karmal. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 393–395, sowie AAPD 1980, I, Dok. 1, Dok. 2, Dok. 34 und Dok. 36.
Vortragender Legationsrat Vogel vermerkte am 22. Dezember 1980, die Lage in Afghanistan habe sich auch ein Jahr nach der sowjetischen Intervention „nicht wesentlich geändert: Der innerafghanische Widerstand hält an und stört die Sowjets, bewegt sie aber nicht zum Rückzug." Indien habe seine Vermittlungsversuche aufgegeben, Pakistan stehe „unter erheblichem sowjetischem Druck und unternimmt keine Versuche, das Afghanistan-Problem zu lösen". Auch die islamischen Staaten seien mit ihren Sondierungen „in eine Sackgasse geraten". Verschiedene Vorstöße der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens hätten „keinerlei positives Echo" auf sowjetischer Seite ergeben: „Es wird immer offenkundiger, daß die SU entschlossen ist, in Afghanistan zu bleiben. Ihre oft bekundete Bereitschaft zu einer politischen Lösung besagt gar nichts, weil sie an unannehmbare Bedingungen geknüpft ist." Vgl. Referat 213, Bd. 133204.
Botschaftsrat Bauch, Kabul, legte am 9. Januar 1981 dar: „Effektive politische Kontrolle Babrak-Regimes praktisch auf Kabul und mit erheblichen Einschränkungen auf unmittelbar unter sowjetischem militärischem ‚Schutz' stehende Hauptorte beschränkt. Regime würde […] Abzug sowjetischer Truppen kaum um 24 Stunden überleben. Sämtliche Versuche, Stigma als von fremder Macht mit militärischen Mitteln eingesetzter Regierung abzubauen, bisher gescheitert und bei Beibehaltung bisheriger Methoden wohl auch weiterhin zum Scheitern verurteilt." Allerdings sei trotz „zum Teil katastrophaler Schwächen derzeitigen Regimes jedoch kaum seriöse politische Alternative in Sicht". Vgl. den Drahtbericht Nr. 11; Referat 213, Bd. 133205.

12 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 5. Februar 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 117 f.

schärfung der Ost-West-Beziehungen besonders schwer betroffen sei. Wir hätten uns deshalb trotz großer politischer und gesellschaftlicher Gegensätze bemüht, ein erträgliches Verhältnis zur DDR herzustellen. Als Volk in der Mitte Europas hätten wir eine besondere Verantwortung für den Frieden und würden alles tun, um zu verhindern, daß vom deutschen Boden neue Spannungen ausgehen.

In Europa erweise sich die Europäische Gemeinschaft trotz mancher Schwierigkeiten als ein wichtiger Faktor der Stabilität und des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts. Wir begrüßten die Erweiterung auf zehn[13] und später auf zwölf Staaten[14]. Wir seien uns auch bewußt, daß dies Probleme nach außen gebe, und wollten uns um deren Lösung bemühen.

Die EG als Zusammenschluß großer und kleiner Partner, die aber voll gleichberechtigt seien, sei ein Modell für die Zusammenarbeit in der Welt.

Wir hielten solche regionalen Zusammenschlüsse auch in anderen Teilen der Welt für wichtig, Beispiel ASEAN.

Wir sähen in Algerien eine bedeutende Kraft unter den Ungebundenen. Die algerische Politik genieße hohes Ansehen. Dies sei noch unterstrichen worden durch die wichtige Rolle Algeriens als Vermittler in der Geiselfrage[15] und durch seine Bemühungen im Nord-Süd-Konflikt.

Wir hofften, daß Algerien dazu beitrage, daß das Prinzip der Blockfreiheit voll verwirklicht werde. Wir glaubten, daß die Blockfreien um so mehr Einfluß in der Welt hätten, je blockfreier sie seien.

Abschließend erkundigte sich BM nach der algerischen Einschätzung der Islamischen Konferenz und der Neu-Delhi-Konferenz der Ungebundenen sowie dem Tschad-Konflikt[16].

Algerischer Außenminister stimmte den Ausführungen des Bundesministers über die im Gang befindliche politische Neuorientierung zu. 1980 seien die bisherigen politischen Grundlagen in Frage gestellt worden. 1981 seien weitere Verschärfungen zu befürchten.

13 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

14 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 2, Anm. 5.

15 Die amerikanische Botschaft in Teheran wurde am 4. November 1979 von Demonstranten besetzt; 63 Botschaftsangehörige wurden als Geiseln genommen, um die Auslieferung des Schahs Reza Pahlevi zu erzwingen, der sich seit 22. Oktober 1979 zur medizinischen Behandlung in den USA aufhielt. Die USA lehnten dies ab und verhängten verschiedene Embargomaßnahmen. Nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen am 7. April 1980 scheiterte am 24./25. April 1980 ein militärischer Befreiungsversuch der USA. Danach bemühte sich die Bundesregierung um Vermittlung. Ferner begannen am 10. November 1980 Verhandlungen unter Vermittlung der algerischen Regierung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 323, Dok. 324, Dok. 331, Dok. 333, Dok. 339, Dok. 348 und Dok. 357, AAPD 1980, I, Dok. 88 und Dok. 95, sowie AAPD 1980, II, Dok. 265, Dok. 275, Dok. 291 und Dok. 306.
Referat 311 notierte am 9. Januar 1981: „Stand der Verhandlungen USA – Algerien – Iran unklar. Muskie sprach 8.1. von Teileinigung. Möglicherweise gibt es eigene algerische Vorschläge, die Iran eher akzeptiert und wegen der Christopher am 7.1. nach Algerien gereist ist. Es gibt Hoffnungen, daß noch bis zum 16.1.1981 (letzter möglicher Termin für Carter-Administration) ein Kompromiß (Überstellung der Geiseln an Algerien gegen amerikanische Hinterlegung einer Garantie bei algerischer Regierung) erreicht wird." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135623.

16 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 6.

Die Entspannung sei auch für die Ungebundenen wesentlich. Sie könnten ihre Unabhängigkeit nur in einem Klima der Entspannung bewahren. Die Politik der Konfrontation führe zu schweren Folgen: Wettrüsten, Zerstörung des Gleichgewichts zwischen Ost und West, Auswirkungen auf die Ungebundenen:

a) Stellvertreter-Kriege in der Dritten Welt,

b) Druck der Großmächte auf kleinere Staaten,

c) Desintegrierung der Ungebundenen.

Deshalb hätte die Dritte Welt auch ein eigenes Interesse an der Entspannungspolitik.

Die Politik der Blockfreiheit dürfe keine Schaukelpolitik sein. Sie müsse konsequent betrieben werden und müsse auf Prinzipien beruhen. Grundlage sei die absolute Entscheidungsfreiheit ohne Einfluß durch einen der beiden Blöcke. Dies müsse allmählich zu einer Auflösung der Blöcke hinführen.

Die Konferenz in Delhi werde ein Test für die Lebensfähigkeit und Gesundheit der Blockfreiheit sein. Algerien werde dort für die Aufrechterhaltung der Grundprinzipien der Blockfreiheit eintreten.

Ein Verschwinden der Blockfreien würde die ganze Welt in zwei Blöcke spalten. Die Blockfreien als Kraft zwischen den Blöcken würden andererseits die beiden Blöcke veranlassen, eine Politik des Gleichgewichts zu führen.

Es gäbe jedoch Mißverständnisse über die Blockfreiheit. Nach der westlichen Presse zu urteilen, hätten sich die Blockfreien dem Osten zugewendet. Die östliche Presse gäbe das umgekehrte Bild. Tatsächlich könnten die Blockfreien jedoch nur überleben, wenn sie wirklich autonom blieben.

Die Blockfreiheit sei die einzige verbindende Grundlage für die Dritte Welt. Die Islamische Konferenz habe eine religiöse Grundlage und habe an sich keinen eigentlichen politischen Inhalt, nur in der Palästina-Frage gebe es einen gemeinsamen Bezugspunkt. Die OAU habe nur eine geographische Grundlage.

Bei der bevorstehenden Islamischen Konferenz werde man sich um eine gemeinsame Aktion bemühen. Dies sei aber hinsichtlich der beiden Krisenherde Afghanistan und Irak/Iran-Konflikt[17] sehr schwierig.

17 Am 17. September 1980 beschloß die irakische Regierung die Kündigung des am 6. März 1975 in Algier geschlossenen Abkommens mit Iran über den Grenzverlauf am Schatt al-Arab, das einen Grenzverlauf in der Mitte des Flusses vorsah, und beanspruchte statt dessen die Kontrolle über den gesamten Fluß. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 482 des Botschaftsrats I. Klasse Spalcke, Bagdad, vom 18. September 1980; Referat 311, Bd. 137598.
In der Folge kam es zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Staaten. Irak griff ab dem 22. September 1980 zunächst militärische Ziele in Iran an und besetzte schließlich strategische Positionen auf iranischem Gebiet. Irak forderte die Rückgabe der in der Straße von Hormuz gelegenen Inseln Abu Musa sowie Groß und Klein Tunb und der ölreichen Provinz Khusistan. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 880 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit vom 23. September 1980 an Bundesminister Genscher, z. Z. New York; Referat 311, Bd. 137598.
Referat 311 legte am 23. Januar 1981 dar: „Der irakisch-iranische Krieg ist jetzt über vier Monate alt. Die Iraker konnten mit acht von insgesamt zwölf Divisionen militärische Teilerfolge erzielen, haben aber ihr Ziel, die Eroberung der Zentren der Ölprovinz Khusistan, nicht erreichen können. Die noch bis Ende März dauernde Regenzeit begünstigt den verbissenen iranischen Widerstand. Die unter innenpolitischem Druck von Bani Sadr am 5.1.1981 eingeleitete Gegenoffensive lief sich […] unter hohen Verlusten an den Stellungen der militärisch überlegenen Iraker tot. […] Der Konflikt ist ein Abnutzungskrieg geworden, der von beiden Seiten in dem Bewußtsein geführt wird, daß es nicht nur um den Sieg, sondern auch um das eigene politische Schicksal geht.“ Vgl. Referat 202, Bd. 140657.

Afghanistan: Afghanistan sei zwar Mitglied der Konferenz, sei jedoch zur Zeit suspendiert. Die Teilnahme Irans sei offen. Die bisherigen Vermittlungsbemühungen der Konferenz seien vergeblich, da sie die Regierung in Kabul auszuklammern suchten. Die SU beharre aber darauf, daß man mit der nach ihrer Auffassung legitimen Regierung Afghanistans sprechen müsse. Solange man dies nicht tue, gebe es keine Lösung.

Iran/Irak: Die Vermittlungsversuche seien erfolglos geblieben. Aufgrund der jetzigen Kräfteverhältnisse bestehe keine Aussicht auf Annäherung.

Er sehe die große Gefahr, daß der Konflikt im Ergebnis das Gleichgewicht zwischen den Supermächten stören könne. Beide hätten langfristig ein starkes Interesse an Iran. Eine Schwächung und Aufspaltung des Iran könne die beiden Supermächte zu einem Vordringen in diesen Raum verführen. Dabei gab der Minister zu erkennen, daß er besonders ein amerikanisches Interesse an der Aufspaltung des Iran befürchte. Aus einer Aufspaltung hervorgehende schwache Teilstaaten seien eine leichte Beute der Supermächte. Deshalb sei es von großer Bedeutung, die Einheit des Iran zu erhalten und seine Blockfreiheit zu sichern.

Zum Tschad-Konflikt umging der Außenminister eine klare Stellungnahme. Algerien sei grundsätzlich gegen jede Intervention, von wem sie auch ausgehe. Die Intervention im Tschad sei jedoch nicht die erste. Man dürfe die französische[18] und die libysche Intervention nicht unterschiedlich beurteilen, sondern man müsse eine politische Ethik entwickeln, die gleichermaßen für alle Interventionen gelte. Militärische Interventionen in Afrika dürften nur noch durch die OAU beschlossen werden. Dies sei eine klare Lösung.

Algerien beteilige sich an keiner Intervention. Es habe zwar klare Vorstellungen über den Aufbau seiner Gesellschaft, aber es wolle diese Vorstellungen nicht exportieren. Die Nichtinterventionspolitik gelte z. B. auch gegenüber Marokko, mit dem man wegen der Westsahara[19] Auseinandersetzungen habe und deshalb auch keine diplomatischen Beziehungen. Es gebe aber eine rote Linie, die Algerien nicht überschreite. Man unterstütze zwar das Selbstbestimmungsrecht der sahraouischen Bevölkerung, aber man führe deshalb keinen Krieg gegen das marokkanische Regime, auch keinen Propagandakrieg. Vielmehr glaube man, daß das Regime in Marokko ein Faktor der Stabilität in der Region sei, den man erhalten müsse; denn Instabilität bedrohe die ganze Region und ziehe die Großmächte hinein.

Der *Bundesminister* nahm Bezug auf die Bemerkungen des Außenministers zum Bild der Blockfreiheit in der westlichen Presse. Die Blockfreien hätten in der Tat in der antikolonialistischen und antiimperialistischen Phase effektive oder verbale Unterstützung von den kommunistischen Staaten erhalten. Aus dieser Zeit stamme die Fehleinschätzung, die Blockfreien seien kommunistisch und antiwestlich orientiert. Dem gleichen Irrtum unterliege auch die SU und betrachte sich als den natürlichen Verbündeten der Blockfreien.

18 Präsident Tombalbaye teilte am 11. August 1969 mit, daß auf seinen Wunsch hin Frankreich zur Aufrechterhaltung der Ordnung in Tschad seit einem Jahr Truppen einsetze. Ein Teil der Truppen wurde im September 1969 abgezogen, der endgültige Abzug erfolgte am 1. September 1972.

19 Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 7.

Beide Seiten hätten nicht verstanden, daß dies nur der historische Ansatz der Blockfreien gewesen sei. Heute sei die antikolonialistische Phase weithin abgeschlossen. Es gehe jetzt um die Konsolidierung der Unabhängigkeit. In dieser Phase sollte es das Ziel der Blockfreien sein, mit allen Ländern, die dazu bereit sind, auf der Basis der Gleichberechtigung zusammenzuarbeiten.

In der Bundesrepublik entwickle sich in der öffentlichen Meinung ein unvoreingenommenes Bild. Dazu hätten besonders Jugoslawien und Präsident Tito beigetragen. Es sei von schicksalhafter Bedeutung, daß ein europäisches Land zu den Blockfreien gehöre. Dies verdeutliche, daß die Blockfreiheit sich nicht gegen Europa richte.

Es sei vielen noch nicht bewußt, daß die Blockfreien heute schon eine große moralische und politische Autorität im Hinblick auf die Ost-West-Beziehungen haben. Der algerische Außenminister habe überzeugend dargelegt, wie eine ungünstige Entwicklung in Polen auch die Interessen der Dritten Welt beeinträchtigen werde. Eine Einflußnahme der Blockfreien, insbesondere Algeriens, auf die SU sei deshalb von großer Bedeutung, denn es gebe keine einheitliche Meinung im Ostblock. Die Stimme der Dritten Welt habe dort jedoch großes Gewicht und werde Gehör finde.

Zum Iran: Algerien könne mit Sicherheit davon ausgehen, daß die USA an der Einheit des Iran interessiert seien, schon allein weil ein Zerfall des Iran zu einem Machtzuwachs der SU führen müsse.

Referat 311, Bd. 137659

5

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.65-15/81 VS-vertraulich **12. Januar 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Norwegische Vorstellungen zu einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa

Anlg.: 1[4]

1) In letzter Zeit haben sich Mitglieder der norwegischen Regierung wiederholt öffentlich zur Frage einer Beteiligung Norwegens an einer kernwaffenfreien Zone

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat Pöhlmann konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 16. Januar 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mit nach Stockholm geben."

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 17.

(KWFZ) in Nordeuropa geäußert. So führte am 27.10.1980 Staatssekretär Holst in einem Vortrag in Helsinki aus, daß Norwegen in Übereinstimmung mit seiner einseitigen Nichtstationierungs- und Nichtlagerungsverpflichtung von Kernwaffen bereit sei, die Teilnahme an einer KWFZ zu prüfen, die zentrale Regionen Europas ebenso wie Nordeuropa einschließe.[5]

Premierminister Nordli führte in seiner Neujahrsansprache zum Thema Nuklearwaffen folgendes aus:

„Unser Nein zu Atomwaffen ist in sich selbst ein Beitrag zum Frieden und zur Entspannung in unserem Teil der Welt. Wir müssen willens sein, über diesen atomwaffenfreien Status zu verhandeln, sofern das in einem breiteren Zusammenhang in unserem Teil der Welt geschehen kann, wo ja bereits Atomwaffen zu finden sind, und zwar sowohl dislozierte als auch in Dislozierung begriffene. Wir müssen alleine, zusammen mit unseren nordischen Nachbarn und zusammen mit unseren Verbündeten und mit anderen Nationen in Europa, die dazu bereit sind, Wege zu finden, die zu diesem Ziele führen."[6]

Am 6. Januar hat sich auch Außenminister Frydenlund in einem Interview zum Thema kernwaffenfreie Zone geäußert und unter Verweis auf den Entwurf des Langzeitprogrammes der Arbeiterpartei folgendes ausgeführt:

„Norwegen wird für eine atomwaffenfreie Zone im nordischen Gebiet als Teil seiner Bemühungen um kernwaffenfreie Zonen in einem größeren Zusammenhang arbeiten. Das bedeutet erstens ein aktiveres Verhalten in der Arbeit für kernwaffenfreie Zonen, zweitens, daß eine kernwaffenfreie Zone im nordischen Gebiet nicht als isolierter statischer Vorgang, sondern als ein Glied in einem umfassenderen Prozeß gesehen werden muß, in dem in der ersten Runde über eine Ausdünnung von Kernwaffen in Europa verhandelt wird. Bei diesen Bemühungen wird eine kernwaffenfreie Zone im nordischen Gebiet eine wichtige Brücke oder ein auslösender Faktor sein."[7]

2) Auf Weisung[8] hat unsere Botschaft am 7. Januar ein Informationsgespräch im norwegischen Außenministerium (Unterabteilungsleiter Mevik) zu diesem

5 Botschafter Menne, Helsinki, übermittelte am 4. November 1980 den Text eines Vortrags des Staatssekretärs im norwegischen Außenministerium vor der Paasikivi-Gesellschaft am 27. Oktober 1980 und führte aus, Holst habe die Notwendigkeit der Zugehörigkeit Norwegens zur NATO betont: „Er unterstrich, daß Norwegen eine europäische Abrüstungskonferenz unterstütze, und bezeichnete in diesem Zusammenhang den finnischen Vorschlag für ein Abrüstungsprogramm für Europa als eine wertvolle Initiative. Norwegen sei bereit, an der weiteren Ausarbeitung und Verbesserung der Initiative mitzuarbeiten. Zur Frage einer nuklearwaffenfreien Zone bemerkte Holst, daß Norwegen bereit sei, eine Beteiligung zu erwägen, wenn die Zone zentrale Gebiete Europas ebenso wie das nordische Europa einschlösse. Regionale Abkommen müßten allerdings den besonderen Umständen des jeweiligen Gebiets Rechnung tragen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 824; Referat 204, Bd. 115981.

6 So in der Vorlage.
Botschafter Balser, Oslo, übermittelte am 6. Januar 1981 die Äußerungen des Ministerpräsidenten Nordli während dessen Neujahrsansprache zu einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa und führte dazu aus: „MP Nordli hat damit zwar norwegische Bereitschaft erkennen lassen, über atomfreien Status des Landes auch internationale Bindungen einzugehen. Seine Formulierung der daran geknüpften Bedingungen enthält jedoch keine Anhaltspunkte dafür, daß sich der bisher verfolgte Kurs der norwegischen Atompolitik geändert hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 221, Bd. 123133.

7 Das Interview fand mit einer norwegischen Nachrichtenagentur statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4 des Botschafters Balser, Oslo, vom 8. Januar 1981; Referat 221, Bd. 123133.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik teilte der Botschaft in Oslo am 2. Januar 1981 mit: „Pressemeldungen zufolge hat sich Ministerpräsident Nordli in seiner Neujahrsansprache für eine atom-

Thema mit folgendem Ergebnis geführt: Die Haltung der norwegischen Regierung zum Kekkonen-Plan einer KWFZ in Nordeuropa[9] hat sich nach Darstellung Meviks nicht geändert. Als wichtigstes Argument gegen diesen Plan wird angeführt, daß diese Zone nur Teil eines umfassenden kernwaffenfreien Gebietes in diesem Teil der Welt sein könne. Es werden jedoch keinerlei Anhaltspunkte dafür gesehen, daß die Sowjetunion in Erwägung ziehe, auch nur Teile ihrer im nordeuropäischen Raum stationierten Kernwaffen in derartige Verhandlungen einzubringen. Die jüngsten norwegischen Äußerungen müßten vor innenpolitischem Hintergrund – Unbehagen in der Öffentlichkeit über Rüstungswettlauf, internationale Krisensituation, Nachrüstungsbeschluß[10], Depot-Abkommen mit USA[11] – gesehen werden. Die Regierung wie übrigens auch die norwegi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 22

waffenfreie Zone eingesetzt, die sowohl ost- als auch westeuropäische Staaten einschließen sollte. Um detaillierten Bericht und Stellungnahme der Botschaft wird gebeten. In diesem Zusammenhang wäre von Interesse, welches Ergebnis die […] Gespräche im dortigen Außenministerium zur Präzisierung der norwegischen Haltung zum Kekkonen-Plan einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa hatten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4; Referat 221, Bd. 123133.

9 Präsident Kekkonen regte in einer Rede am 28. Mai 1963 in Helsinki die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Skandinavien an. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 330 f.
Kekkonen wiederholte seinen Vorschlag mehrfach, zuletzt in einer Rede vor dem Schwedischen Institut für Internationale Angelegenheiten am 8. Mai 1978 in Stockholm. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 24. Mai 1978; Referat 204, Bd. 115962.

10 Auf der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs am 12. Dezember 1979 in Brüssel wurde beschlossen, daß angesichts des Aufwuchses weitreichender sowjetischer Nuklearsysteme „die zwei parallelen und sich ergänzenden Ansätze LRTNF-Modernisierung und -Rüstungskontrolle verfolgt werden" sollten. Im Modernisierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses wurde dafür die Dislozierung von 108 Abschußvorrichtungen für Pershing-II-Raketen als Ersatz für die bisher stationierten amerikanische Pershing-Ia-Raketen sowie von 464 bodengestützten Marschflugkörpern (GLCM) „in ausgewählten Ländern" beschlossen. Zugleich wurde betont, daß die Modernisierung der Mittelstreckensysteme die Bedeutung nuklearer Waffen für die NATO nicht erhöhen werde. Daher kamen die Minister überein, „daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden". Die Minister würdigten ferner den Beitrag, den der SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 „zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses" beitrage. Die Entscheidung der USA wurde unterstützt, mit der UdSSR im Zuge von SALT III über Begrenzungen für amerikanische und sowjetische landgestützte LRTNF-Raketensysteme zu verhandeln. Diese Begrenzungen müßten verifizierbar sein und in einer Form vereinbart werden, „die de jure Gleichheit sowohl für die Obergrenzen als auch für die daraus resultierenden Rechte festlegt". Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

11 Botschafter Balser, Oslo, informierte am 21. November 1980, daß der norwegische Verteidigungsminister Stoltenberg am Vortag in einer Pressekonferenz bekanntgegeben habe, „daß die bilateralen Verhandlungen zwischen norwegischer und US-Regierung über Einrichtung von Militärdepots in Mittelnorwegen für US-Streitkräfte endgültig abgeschlossen werden konnten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 380; Referat 201, Bd. 125564.
Am 14. Januar 1981 teilte Balser mit, das norwegische Parlament habe dem Abkommen am Vortag „mit großer Mehrheit" zugestimmt, wobei neun Abgeordnete der regierenden Arbeiterpartei mit Nein gestimmt hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 13; Referat 201, Bd. 125564.
Das amerikanisch-norwegische Abkommen über die Vorratshaltung von Militärmaterial wurde am 16. Januar 1981 in Washington unterzeichnet und trat am selben Tag in Kraft. Es sah die Lagerung von Waffen, Material, Munition, Treibstoff und Vorräten für eine amerikanische Brigade in Mittelnorwegen vor. Norwegen verpflichtete sich zur Bereitstellung entsprechender militärischer Logistik. Ferner enthielt das Abkommen eine Bestätigung der norwegischen Haltung hinsichtlich der Stationierung fremder Truppen sowie der Lagerung nuklearer Waffen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1266, S. 18–22.

sche Opposition müsse pazifistischen Tendenzen Rechnung tragen und sei deshalb um Profilierung in der internationalen Abrüstungsdebatte bemüht.[12]

3) Die Erklärungen Meviks können nicht befriedigen.

Obgleich die norwegischen Vorstellungen vage bleiben, lassen sie trotz gegenteiliger Versicherung Meviks eine Abkehr von der bisher klaren Ablehnung einer KWFZ auf der Grundlage des Kekkonen-Plans von 1963 erkennen. Noch in der letzten deutsch-norwegischen Direktorenkonsultation, die am 4.8.80 in Oslo stattfand, begründete Mevik die Ablehnung dieses Plans mit der Gefahr einer Abkoppelung Norwegens von der nuklearen Abschreckung des Bündnisses und sah in der Ungewißheit eines nuklearen Gegenschlags einen entscheidenden Abschreckungsfaktor.[13] Nunmehr scheinen die Norweger den Gedanken einer KWFZ in Nordeuropa, wenn auch als Teil eines umfassenderen kernwaffenfreien Gebiets, zu befürworten. Auch wenn die von Norwegen gewünschte geographische Ausdehnung (Murmansk) den Plan für die Sowjetunion nicht akzeptabel machen sollte, erscheint das Vorgehen bedenklich.

– Die öffentlichen norwegischen Äußerungen müssen in Finnland und insbesondere in der Sowjetunion als Signal grundsätzlicher Bereitschaft verstanden werden, den Kekkonen-Plan, der seit langer Zeit als gescheitert angesehen wurde, erneut in die politische Diskussion einzuführen. Es kann damit gerechnet werden, daß diese Staaten Nordlis Vorstellungen aufnehmen und in ihrem Sinne weiter verfolgen werden.
– Die Vorstellung einer Ost-West-Vereinbarung über eine KWFZ in Nordeuropa, noch dazu als Beginn eines Prozesses einer Ausdünnung von Kernwaffen auch in Mitteleuropa, stellt die nukleare Abschreckung des Bündnisses in Frage und beeinträchtigt damit vitale Interessen der ganzen Allianz.
– Obgleich es der norwegischen Regierung offensichtlich in erster Linie darauf ankommt, ihre anerkennenswerten verteidigungspolitischen Anstrengungen auf konventionellem Gebiet (Einhaltung der 3%-Zusage[14]) innenpolitisch abzusichern, könnte ihr Alleingang in der Frage einer KWFZ der gegenwärtigen Anti-Atomwaffen-Welle auch in anderen westlichen Ländern Auftrieb geben und die Durchsetzung notwendiger verteidigungspolitischer Entschei-

12 Botschafter Balser, Oslo, berichtete am 8. Januar 1981 über ein Gespräch mit dem Unterabteilungsleiter im norwegischen Außenministerium, Mevik, am Vortag ergänzend: „Mevik betonte abschließend ausdrücklich, daß Äußerungen keine Änderung der grundsätzlichen norwegischen Positionen, insbesondere nicht eine Abkoppelung von der nuklearen Abschreckung des Bündnisses, signalisieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4; Referat 221, Bd. 123133.

13 Ministerialdirektor Blech notierte am 6. August 1980, weitere Themen des Gesprächs mit dem Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium, Christiansen, und dessen Stellvertreter Mevik seien die Ost-West-Beziehungen, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979, die norwegisch-sowjetischen Beziehungen, finnische Überlegungen für ein Abrüstungsprogramm für Europa, die Vertretung von Kambodscha in den Vereinten Nationen, MBFR und die Beziehungen Norwegens zu den Europäischen Gemeinschaften gewesen. Vgl. dazu Referat 204, Bd. 115980.

14 In der „Ministerial Guidance 1977", die in der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18. Mai 1977 in Brüssel verabschiedet wurde, hieß es, daß alle NATO-Mitgliedstaaten angesichts nachteiliger Tendenzen im Kräfteverhältnis zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt eine reale Erhöhung ihres Verteidigungshaushalts um etwa drei Prozent jährlich anstreben sollten. Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 71–74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 349–352. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

dungen erschweren. Der Versuch, die Öffentlichkeit mit nicht ernstgemeinten Abrüstungsplänen zu manipulieren, beeinträchtigt letztlich auch die Glaubwürdigkeit westlicher Rüstungskontrollpolitik, auf die das Bündnis in der gegenwärtigen schwierigen Situation besonders angewiesen ist.

4) Die Briten stehen durch ihren Botschafter in Oslo[15] seit Spätherbst im Gespräch mit der norwegischen Regierung. Lord Carrington hat sich am Rande der NATO-Ministertagung vom 11./12. Dezember 1980[16] gegenüber Frydenlund gegen eine norwegische Initiative für eine KWFZ ausgesprochen. Die Briten sind erstaunt, daß Premierminister Nordli die norwegischen Vorstellungen jetzt in die Öffentlichkeit getragen hat, und sind besorgt, daß dieser Schritt Auswirkungen für die „nuclear posture" und damit für die Allianz haben kann. Die britische Botschaft hat uns die Bedenken der Regierung vor einigen Tagen vorgetragen (vgl. beiliegender Vermerk des Ref. 201[17]).

Wie wir aus Washington wissen, ist man auch im State Department besorgt über den Vorschlag Nordlis, zumal er unmittelbar im Anschluß an den Besuch Frydenlunds in Moskau[18] erfolgte, und beabsichtigt, zunächst den norwegischen Botschafter in Washington um nähere Erläuterungen des Nordli-Vorschlags zu bitten.[19]

5) Wir halten es für richtig, daß in erster Linie die westlichen Nuklearwaffenstaaten USA und Großbritannien an Norwegen herantreten und der norwegischen Regierung ihre von uns geteilten Bedenken unterbreiten. Wir haben die Briten in ihrer Absicht bestärkt, die NATO-Botschafter im engsten Kreise (private luncheon) mit dem norwegischen Plan zu befassen. Botschafter Wieck erhält Weisung, dabei unsere dargelegten Bedenken gegen die norwegischen Vorstellungen vorzutragen.[20]

15 Albert Thomas Lamb.

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

17 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 2. Januar 1981, der britische Gesandte Goodall habe über britisch-norwegische Gespräche zu einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa informiert und die Frage aufgeworfen, „ob der Herr Bundeskanzler angesichts der guten deutsch-norwegischen Beziehungen intervenieren könne". Ferner habe er die Einschaltung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis angeregt, „um die Norweger an ihre Solidaritätsverpflichtungen zu erinnern und sie zu bitten, dieses riskante Spiel mit der Sicherheit aller einzustellen". Er, Hofmann, habe eine Einbeziehung des Bundeskanzlers Schmidt als „derzeit kaum sinnvoll" angesehen und ausgeführt: „Zu hoffen sei, daß Nordli vorgeschlagen habe, die Kola-Halbinsel einzubeziehen; denn dann sei die sowjetische Ablehnung des Plans so gut wie sicher, was die Angelegenheit in Norwegen innenpolitisch wirksam erhalte, aber als akutes Problem erledigen könne." Vgl. VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

18 Der norwegische Außenminister Frydenlund hielt sich vom 19. bis 23. Dezember 1980 in der UdSSR auf.

19 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 13. Januar 1981, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Vest, gegenüber dem norwegischen Botschafter in Washington, Hedemann, am 9. Januar 1981 „die ernste Besorgnis der amerikanischen Regierung über die norwegische Initiative zum Ausdruck gebracht" und „sein Befremden durchblicken lassen, daß die norwegische Regierung mit dem KWFZ-Vorschlag ausgerechnet zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit getreten sei, wo die amerikanisch-norwegischen Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommen zur Einlagerung amerikanischen Materials in die entscheidende Phase ginge". Vgl. den Drahtbericht Nr. 115; VS-Bd. 10289 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 12. Januar 1981 mit: „Falls Briten im morgigen private luncheon der NATO-Botschafter das

Darüber hinaus beabsichtige ich, mit dem norwegischen Botschafter[21] ein Gespräch zu führen und ihm insbesondere zu sagen, daß die Erläuterungen Meviks gegenüber unserer Botschaft nicht ausgereicht haben, unsere Bedenken in dieser Frage zu zerstreuen. Dabei werde ich darauf hinweisen, daß Initiativen dieser Art, die elementare Sicherheitsinteressen des Bündnisses berühren, vorher abgestimmt werden sollten.[22]

Blech

VS-Bd. 11529 (221)

6

Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 35
Citissime

Aufgabe: 13. Januar 1981, 15.45 Uhr[1]
Ankunft: 13. Januar 1981, 14.55 Uhr

Betr.: Redemokratisierung in der Türkei[2]

Bezug: DE 7 vom 8.1.1981 – 203-320.10 TUR

Zur Information

I. 1) Unverkennbar ist in letzten Wochen und diesen Tagen ein Komplexerwerden der hiesigen Situation. Generäle müssen erkennen, daß sie sich ein Programm vorgenommen haben, das gelegentlich über ihre Kräfte geht. Von den Aufgaben, die sich das Regime gesetzt hat, ist Bekämpfung akuten Terrors zum guten Teil gelöst. Das Abriegeln neuer Quellen des Terrors wird gleichwohl noch länger alle Kräfte beanspruchen. Die Zahl der in Terroraktionen Verwikkelten und ihrer Sympathisanten ist zu groß, als daß diese Front nicht alle

Fortsetzung Fußnote von Seite 25

Thema ansprechen, werden Sie gebeten, unsere Bedenken gegen den norwegischen Vorschlag […] vorzutragen. Dabei bitte ich darauf hinzuweisen, daß Initiativen dieser Art, die elementare Sicherheitsinteressen des Bündnisses berühren, vorher abgestimmt werden sollten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 146; VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 14. Januar 1981, das Thema sei von britischer Seite in der Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis am Vortag nicht vorgebracht worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 44; VS-Bd. 10289 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

21 Rolf T. Busch.

22 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

1 Hat Vortragendem Legationsrat Simon am 13. Januar 1981 vorgelegen.

2 Am 12. September 1980 kam es in der Türkei nach zahlreichen Anschlägen und Morden vor dem Hintergrund einer schlechten Wirtschaftslage zur Machtübernahme durch das Militär. Der neu gebildete Nationale Sicherheitsrat unter seinem Präsidenten Evren verhängte das Kriegsrecht und löste Parlament und Regierung auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 269.

Aufmerksamkeit verlangt. Bis zur Gefühllosigkeit hartes Zugreifen bleibt an der Tagesordnung.

2) Daß die Herstellung wirtschaftlicher Stabilität Jahre in Anspruch nehmen würde, wußten die Generäle. Noch ist das Tal nicht durchschritten. Außer Frage steht, daß Situation dieses Winters besser ist als die des vergangenen. Die Energiekrise macht aber zu schaffen. Es kommt hinzu, daß innerhalb des Regimes verschiedene Tendenzen miteinander ringen – ein Zeichen der Rücktritt von Notenbankchef Aydinoglu[3], der als Exponent wirtschaftlichen Kurses RVP[4] galt und der mutmaßlich auch innerhalb der Streitkräfte, die in Wirtschaftsfragen ähnlich denken, Unterstützung fand. Der Sieg Özals gegen ihn legt das Bestehen von Differenzen offen. Über alle Gebühr ist der NSR[5] mit Bewältigung der liegengebliebenen Gesetzgebung beansprucht. Hier scheinen sich vom Arbeitsvolumen her Belastungen zu ergeben, die auch Kenner hiesiger Verhältnisse nicht vorausgesehen haben. Ich denke daran, daß Regime sich Aufgabe gestellt hat, der türkischen Politik bessere Grundlagen zu geben – nicht unähnlich dem Bemühen der Alliierten in Deutschland nach 1945 um „re-education" und schon deshalb mit Fragezeichen zu versehen: Es handelt sich um nichts anderes als darum, politisch „vernünftige" Menschen zu schaffen. Grundzüge des Verfahrens stehen insofern fest, als Eliminierung und Diskreditierung der extremistischen und islamistischen Kräfte bereits in vollem Schwung.

3) Man kann unter Umständen für Ansicht des Militärregimes Verständnis aufbringen, daß es darauf ankomme, in all diesen Bereichen so stabile Zustände zu schaffen, daß man wieder „mehr Demokratie wagen" könne ohne militärische Eingriffe alle zehn Jahre. Unvermeidlich taucht damit freilich das Element des Drucks nach innen auf, das den Generälen zunehmend im Verhältnis zur eigenen Öffentlichkeit und zum westlichen Ausland zu schaffen macht. Unverkennbar beginnt an die Stelle der Angst vor Terror, die vor dem 12.9. alles beherrschte, eine andere Sorge oder Malaise zu treten – der versteckte Blick auf die Methoden der Repression, auch das sich Reiben an der Langeweile des politischen Alltags. Dies gilt nicht für die Massen, gilt aber für diejenigen, die eine Teilhabe am öffentlichen Leben beanspruchen. In der Tat kann man über manche Methoden geteilter Meinung sein, Presseverbote, eklatante Übergriffe unterer Sicherheitsorgane (gegen den eingestandenen Willen des NSR (!)), Uneinsichtigkeit bei einzelnen Militärs, die sich in die Psyche anderer nicht hineinzuversetzen vermögen.

4) Man muß diesen Hintergrund kennen, um den Vordergrund erfassen zu können. Ein Beispiel: Ausnahmezustandsbehörden machten Presse darauf aufmerksam, daß Verbot parteipolitischer Betätigung auch für sie gelte. Zum Erstau-

3 Am 16. Januar 1981 berichtete Botschafter Oncken, Ankara, im Gespräch mit Botschaftsrat Huber habe der am 10. Januar 1981 zurückgetretene Gouverneur der türkischen Notenbank Aydinoglu, erklärt, er habe „sich nicht mehr in der Lage gesehen, falsche Liberalisierungspolitik Özals mitzutragen. Sie sei zum Scheitern verurteilt, da sie einseitige Abhängigkeit türk[ischer] Wirtschaftsentwicklung vom Ausland bewirke, ohne Gesichtspunkt gerechter Einkommensverteilung im Innern ausreichend zu berücksichtigen. […] Özal setze einseitig auf Großkapital, das nach wie vor nicht bereit sei, volkswirtschaftlich-sozial zu handeln und auf ‚räuberische' Gewinnpolitik zu verzichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 50; Referat 420, Bd. 129991.

4 Republikanische Volkspartei.

5 Nationaler Sicherheitsrat.

nen wurde dieser „Maulkorberlaß“ von Journalisten auch im Gespräch nicht beanstandet oder sogar z. B. von früherem RVP-Fraktionsvorsitzenden Öymen in „linker“ „Cumhuriyet“ ausdrücklich begrüßt, da er auf Sticheleien „rechter“ Zeitungen gegen RVP zurückgeht. Daß gleichwohl solche Erlasse und andere Behinderungen ein elementares Politikbedürfnis nicht aus der Welt schaffen, ergibt sich aus Tendenz zu publizistischen „Stellvertreterkriegen“ mit parteipolitischem, aber nicht zu beanstandendem Inhalt, etwa über Özals Wirtschaftspolitik oder über die Frage, ob der Staatspräsident der Menderes-Zeit, Bayar[6], ein guter oder schlechter Kemalist gewesen sei (beides implizite Attacken gegen Demirels Gerechtigkeitspartei).

5) Ein Aufbau politischer Positionen setzt sich also fort, in diesem Zusammenhang auch eine parteiinterne Auseinandersetzung in der RVP über die Nachfolge des sich (im Unterschied zu Demirel) eher resigniert gebenden Ecevit – all dies mit Orientierung an der eigenen Zukunft und mit vorsichtigem Blick auf die Militärs, mit denen man sich im Interesse dieser Zukunft nicht anzulegen, aber auch nicht zu identifizieren wünscht. Ein Eiertanz (!).

6) Die Verfassungsfrage zeichnet sich als Schlüsselproblem ab. Über den Inhalt der kommenden Verfassung besteht an sich weitgehend Einigkeit. Allgemein wird Stärkung der Exekutive und Reform des Wahlrechts gefordert; problematisch bleibt die Zusammensetzung der Verfassunggebenden Versammlung, was vermutlich Hauptgrund für Zurückhaltung des Regimes bei Aussagen hierüber ist – also die Frage, ob und wann und welchen Politikern ein kreatives Betätigungsfeld gegeben wird. Die Auseinandersetzung mit dieser Weichenstellung wird die eigentliche Bewährungsprobe für die Führung. Immerhin ist es hier möglich, den Redemokratisierungsprozeß zumindest optisch anlaufen zu lassen und eine Brücke zu schlagen zwischen einem innertürkischen Bedürfnis, die Uhr bis zu voller Herstellung der Stabilität anzuhalten, und dem westlichen Bedürfnis, raschere Fortschritte zu sehen. Wie mir AM Türkmen am 9.1. vertraulich mitteilte (vgl. DB Nr. 29[7]), soll in nächsten Wochen Erklärung der Regierung zu dieser Thematik erfolgen.[8]

6 Mahmud Celâl Bayar und Adnan Menderes amtierten seit 1950 als Staatspräsident bzw. Ministerpräsident bis zu einem Militärputsch 1960.

7 Korrigiert aus: „DB Nr. 2“.
Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 9. Januar 1981, der türkische Außenminister Türkmen habe im Gespräch am selben Tag „ganz vertraulich, nur für mich und meine Regierung bestimmt,“ darüber informiert, „daß hier sich kürzlich aufhaltendem österr[eichischem] Abgeordneten Steiner (Rapporteur im Europarat) präzise mitgeteilt worden sei, die türk[ische] Regierung würde ihr Äußerstes (utmost) tun, um Redemokratisierung noch 1981 einsetzen zu lassen. In diesem Zusammenhang würden in zwei bis drei Wochen Ankündigungen gemacht werden.“ Er, Oncken, habe erwidert, es „käme nach meinem Eindruck nicht unbedingt auf Verkündung eines Zeitplans Redemokratisierung an, dessen Realisierung ja auch von anderen Faktoren abhänge. Wichtig sei, daß türk. Regierung für Ausland positive Perspektiven zu setzen verstehe, und zwar in zeitlich gleichmäßigen Abständen und auch in überzeugender Weise. Wenn schon Zeitplan, dann im Sinne einer Öffentlichkeitsarbeit, die die Qualifizierung positiv verdiene. Türkmen stimmte dem zu.“ Vgl. VS-Bd. 11099 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Botschafter Oncken, Ankara, informierte am 16. Januar 1981, Präsident Evren habe am Vortag in Konya „die mir von AM Türkmen am 9.1.1981 in Aussicht gestellte Erklärung zur Frage der Redemokratisierung“ abgegeben: „Bedeutsam ist, daß er – erstmalig – das Zeitelement im Redemokratisierungsprozeß öffentlich berücksichtigte, mit Ankündigung, daß Verfassunggebende Versammlung zwischen 30.8. und 29.10. eröffnet würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat 203, Bd. 123296.

7) Offen bleibt, ob es angesichts des kantigeren, nicht immer differenzierenden Auftretens des Regimes und der dadurch ausgelösten Beunruhigung gelingen wird, die „Erziehungsdiktatur“ über den als notwendig erachteten Zeitraum ohne Schädigung des Verhältnisses zur Öffentlichkeit durchzuhalten. Hier ist die Stimmung in den Streitkräften ein Unsicherheitsfaktor, den ich in Anbetracht ihrer Undurchlässigkeit schwer quantifizieren kann. Wie berichtet, haben Generäle den Schritt des 12.9. nicht zuletzt deshalb getan, um einer Spaltung der Armee zuvorzukommen. Das gelang auch und wirkt sicher für die Dauer der Herstellung von „law and order“. Je länger aber die Streitkräfteführung in der Verantwortung steht, desto mehr wird sie an ihrem politischen Erfolg gemessen und desto weniger wird es auszuschließen sein, daß man sich im Offizierskorps Gedanken macht, für die die Interpretationsfähigkeit des Kemalismus jeden Spielraum bietet. Das Denken kann jedenfalls nicht reglementiert werden, nicht bei Politikern, Journalisten und Intellektuellen, auch nicht bei den jüngeren Militärs, denen zwar das Politisieren untersagt, andererseits aber durch kemalistische Indoktrinierung politisches Bewußtsein im Sinne des Kemalismus nahegebracht wird. Hier liegt ein Faktor, der die Generäle veranlassen könnte, den „Demokratisierungsprozeß“ eher zu beschleunigen – dies um die Streitkräfte vor ein positives Fait accompli in dieser komplexen Frage zu stellen.

8) Folgende widersprüchliche Situation besteht also: Wir wünschen in unserer Öffentlichkeit eine Unterstützung unserer auf Stärkung der Türkei angelegten Politik und müssen auch wegen Anzeichen für hiesige Verhärtungen hoffen, daß die Rückkehr zur Demokratie möglichst umgehend erfolgt. Im türkischen Interesse, d. h. im Interesse einer Stabilisierung der Türkei (an der der Westen auch ein Interesse hat), könnte es gleichzeitig naheliegen, diese Rückkehr nicht zu überstürzen. Die Streitkräftespitze wandert auf einem nicht zu breiten Grat.

9) Persönlich möchte ich hoffen, daß es dem Regime trotz Schwierigkeiten gelingt, bald die richtungsweisenden positiven Akzente zu setzen, ohne daß es zu ausländischen Druckaktionen kommt, die angesichts der Neigung türkischen Militärs zu Vereinfachung und Empfindlichkeit das Gegenteil bewirken könnten. Was die Streitkräftespitze angeht, billigt die Botschaft ihr weiterhin den besten Willen zu. Sie behält im Auge, daß es sich bei gegenwärtigem NSR schon aus Alters- und Hierarchiegründen um eher moderate Männer handelt, denen es mit der Rückkehr zur Demokratie, wenn auch vielleicht auf recht paternalistische Weise, ernst ist. Wenn sie scheitern, wäre eine nicht unrealistische Alternative ihre Ersetzung durch Militärs anderer Couleur, in welchem Zusammenhang die Erinnerung an griechische Verhältnisse der Junta-Zeit[9] wach wird. Die Generäle mögen ihre Schwächen haben – sie sind aber mit ziemlicher Sicher-

9 In der Nacht vom 20. zum 21. April 1967 kam es in Griechenland zu einem Putsch der Armee unter Führung des Obersts Papadopoulos. Am 25. November 1973 wurde Papadopoulos durch einen weiteren Militärputsch selbst gestürzt. Neuer Präsident wurde Generalleutnant Ghizikis. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 379.
Nach dem Rücktritt der Regierung von Ministerpräsident Androutsopoulos im Zusammenhang mit dem Zypern-Konflikt am 23. Juli 1974 forderte Ghizikis den ehemaligen Ministerpräsidenten Karamanlis zur Rückkehr aus dem Exil und zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit auf. Karamanlis traf am 24. Juli 1974 in Athen ein und bildete noch am selben Tag eine neue Regierung, die bei den Parlamentswahlen am 17. November 1974 im Amt bestätigt wurde.

heit besser als anderes, was aus den Streitkräften heraus an ihre Stelle treten könnte.

10) Aus dem Gesagten ergeben sich die Zeitvorstellungen: Man nimmt an, daß die Militärs eine Rückkehr zur Parteiendemokratie in zwei, vielleicht auch mehr Jahren ins Auge fassen, und billigt ihnen das überwiegend zu. Ich glaube eher an die Möglichkeit einer schnelleren Entwicklung: Wenn der Prozeß bald in Gang gesetzt wird, könnte er im zweiten Halbjahr 1982/ersten Halbjahr 1983 abgeschlossen sein. Noch schneller würde es schon aus technischen Gründen – Verfassungsentwurf, Referendum, Neuformierung der Parteien, Wahlkampf, Konstituierung von Parlament und Regierung – kaum gehen.

[gez.] Oncken

Referat 203, Bd. 123296

7

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

212-341.74/14 **14. Januar 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Vorschläge auf dem KSZE-Folgetreffen in Madrid[4]

Anlg.: 1[5]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung der unter Ziffer III angestellten vorläufigen Überlegungen zur taktischen Verhandlungslinie

I. 1) Nach Ende der ersten Phase des Madrider KSZE-Folgetreffens liegen 85 „Vorschläge" auf dem Tisch, das heißt Texte, die das einbringende Land in das Schlußdokument des Madrider Folgetreffens aufgenommen haben möchte. Nach dem Konsensprinzip, das im KSZE-Prozeß gilt, ist dies nur nach Redaktionsverhandlungen möglich, in denen die ursprünglichen Textvorschläge mehr oder weniger starken Modifizierungen unterzogen werden.

2) Als Anlage wird eine Gesamtübersicht vorgelegt; sie enthält die Vorschläge in der Reihenfolge der Einbringung mit den Madrider Aktenzeichen und eine

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 17. Januar 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 30. Januar 1981 vorgelegen. Vgl. die beigefügte Kurzfassung; Referat 212, Bd. 133438.

4 Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 11. November 1980 eröffnet und am 19. Dezember 1980 vertagt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 319, Dok. 322, Dok. 323, Dok. 369 und Dok. 375.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die undatierte Übersicht über die auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid eingereichten Vorschläge vgl. Referat 212, Bd. 133438.

kurze Inhaltsangabe zusammen mit ersten vorläufigen Überlegungen zum weiteren Vorgehen.

II. Die folgende Einteilung der Vorschläge bezweckt keine Schematisierung, sondern stellt den Versuch einer ersten analytischen Bewertung der gesamten Verhandlungsmasse, vor der die Madrider Unterhändler stehen, dar. Damit sollen erste Vorüberlegungen zu unserer Verhandlungslinie erleichtert werden (vgl. III., Ausblick).

1) Einteilung nach politischen Zielen

a) Westliche Vorschläge: Den Kern bilden hier die Vorschläge der Neun. Unter ihnen sind am bedeutsamsten diejenigen zum Korb III[6]. Sie behandeln in konkreter Sprache, ohne Schnörkel, die wichtigsten westlichen Anliegen und Beschwerdepunkte bei der bisherigen Erfüllung dieses zentralen Teils der Schlußakte. Dabei wird auf die Lage im geteilten Deutschland und auf die Probleme der Ausreise von Deutschen aus Osteuropa besondere Rücksicht genommen. Die Vorschläge zielen ab auf die grundsätzlich positive Entscheidung über Anträge auf Ausreise und Verwandtenbesuchsreisen sowie auf die Erleichterung der administrativen Prozeduren, auf größere Transparenz sowie effizientere und humanere Durchführung dieser Prozeduren. Auf dem Informationsgebiet wird vor allem das Recht der Korrespondenten zum Direktkontakt mit der Bevölkerung und ein Verbot der Ausweisung wegen des Inhalts der Berichterstattung vorgeschlagen. Der wichtigste Kulturvorschlag betrifft die Eröffnung von Kulturinstituten in allen Teilnehmerländern[7], also ein Hauptziel unserer Kulturpolitik gegenüber dem Osten. Mit Recht hat der stellvertretende sowjetische Delegationsleiter Dubinin in Madrid die Vorschläge der Neun als in der Sprache zwar konzilianter, in der Sache aber härter als in Belgrad[8] gekennzeichnet.

Auf dem Gebiet des zweiten Korbes[9] konnten die Neun weniger konzeptionell Neues entwickeln. Sie beschränkten sich im wesentlichen auf die Wiederholung nützlicher, z. T. schon in Belgrad eingebrachter Vorschläge. Der Gedanke der Kommission, daß die Neun von sich aus einen Vorschlag zu einem hochrangigen Treffen über Wirtschaftsinformation einbringen sollten, um auf dem Gebiet gesamteuropäischer hochrangiger Treffen nicht der Sowjetunion (mit den bekannten drei Breschnew-Vorschlägen über Umwelt, Energie und Transport[10])

6 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

7 Für den am 11. Dezember 1980 von den EG-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Belgiens sowie von Griechenland eingebrachten Vorschlag (CSCE/RM.15) vgl. Referat 212, Bd. 133427.

8 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

9 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt" (Korb II) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 925–944.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, schlug am 9. Dezember 1975 auf dem VII. Parteitag der PVAP in Warschau gesamteuropäische Konferenzen über Zusammenarbeit im Umweltschutz, bei der Entwicklung des Verkehrswesens und in der Energiewirtschaft vor. Vgl. dazu NEUES DEUTSCHLAND vom 10. Dezember 1975, S. 3 f.
Auf der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad legte die sowjetische Delegation am 26. Oktober 1977 einen entsprechenden Vorschlag vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 747 des Botschafters Fischer, Belgrad (KSZE-Delegation) vom selben Tag; Referat 212, Bd. 115107.
Am 13. Dezember 1977 legte die UdSSR einen präzisierten Vorschlag zur Vorbereitung einer gesamt-

das Feld allein zu überlassen, fand nach vielen Mühen Konsens bei den Neun, stieß aber auf resolute Ablehnung bei den USA. Daraufhin haben die Neun die Einbringung ihres Vorschlages zunächst hinausgeschoben. Es ist wenig wahrscheinlich, daß er noch eingebracht werden kann.

Der zweite westliche Kernvorschlag (neben den Vorschlägen der Neun zum Dritten Korb) ist der französische Mandatsvorschlag zur KAE.[11] Frankreich hat ihn allein eingebracht. Es ist aber gerechtfertigt, von einem der Sache nach westlichen Vorschlag zu sprechen. Frankreich hat seine Konzeption im Rahmen der EPZ und der NATO auf das engste mit seinen europäischen Partnern und atlantischen Verbündeten abgestimmt. Die zehn Staaten der EPZ sind auch formal auf seine Unterstützung festgelegt.[12] Die europäischen NATO-Mitglieder und Kanada unterstützen den Vorschlag. Noch nicht festgelegt sind die USA. Unter den Abrüstungsvorschlägen ist der KAE-Vorschlag der am besten durchdachte und konzeptionell reifste.

Die eigenen Vorschläge der USA betreffen vornehmlich politische Erklärungen zu den Menschenrechten sowie spezielle KSZE-Folgeveranstaltungen[13] auf diesem Gebiet. Sie wurden besonders von Großbritannien und Kanada unterstützt. Einen dieser Vorschläge, RM 19[14], der konkrete Fortschritte bei der Beachtung der Menschenrechte fordert, haben die EPZ-Staaten mit eingebracht. Unser Hauptaugenmerk in dieser Frage sollte weiter darauf gerichtet sein, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten zu vermeiden und den engen Zusammenhalt der Allianz und der EPZ zu wahren. Mehr als ein allgemein gehaltener Text zur Befolgung der Menschenrechte wird nicht zu erreichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 31

europäischen zwischenstaatlichen Energiekonferenz vor. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1029 von Fischer vom selben Tag; Referat 212, Bd. 115108.

11 Frankreich brachte am 9. Dezember 1980 auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid einen Vorschlag betreffend die Sicherheit in Europa ein (CSCE/RM.7), der auf früheren französischen Vorschlägen beruhte und die Einberufung einer Abrüstungskonferenz vorsah. Diese sollte zur Aufgabe haben, „einen Prozeß einzuleiten, dessen Ziel in der Anfangsphase die Annahme eines in sich geschlossenen Systems von vertrauensbildenden Maßnahmen ist, die auf den gesamten europäischen Kontinent vom Atlantik bis zum Ural anwendbar sind; die Bedingungen aufzustellen, unter denen solche im militärischen Bereiche bedeutsamen und zwingenden vertrauensbildenden Maßnahmen Bestimmungen beigegeben werden, welche die entsprechende Prüfung der unterzeichneten Verpflichtungen gewährleisten". Die Konferenz solle daher folgendes prüfen: „A) Maßnahmen auf dem Informationssektor, die dazu bestimmt sind, die Kenntnisse über Streitkräfte zu verbessern, B) Maßnahmen, die dazu bestimmt sind, die Stabilität zu erhöhen, insbesondere durch Aufzeigen der üblichen militärischen Verhaltensweisen, insbesondere durch die aufgrund genauer Regeln erfolgende Angabe des Ausmaßes und der Tragweite spezifischer militärischer Aktivitäten. C) Maßnahmen zur Beachtung und Prüfung der Beobachtung der übernommenen Verpflichtungen." Vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 238 f.

12 Vgl. dazu die Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vom 20. November 1979 zum französischen Vorschlag vom 19. Mai 1978 für eine Europäische Abrüstungskonferenz; EUROPA-ARCHIV 1980, D 509 f.
Vgl. dazu ferner die Erklärung im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 12/1980, S. 11.

13 Kanada, Spanien und die USA schlugen am 12. Dezember 1980 die Abhaltung einer Expertenkonferenz für Menschenrechte zur Überprüfung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vor. Vgl. dazu das Dokument CSCE/RM.16; Referat 212, Bd. 133481.

14 Für den federführend von Luxemburg am 11. Dezember 1980 eingebrachten Vorschlag der NATO-Mitgliedstaaten sowie Irlands und Spaniens (CSCE/RM.19) vgl. Referat 212, Bd. 133479.

sein. Allenfalls hat der amerikanische Vorschlag bilateraler Round-table-Gespräche über menschenrechtliche Probleme[15] gewisse Erfolgsaussichten.

Frankreich hat außerhalb des EPZ-Rahmens einige Vorschläge auf dem Gebiet der Kultur eingebracht.

b) Östliche Vorschläge: Der Kernvorschlag beinhaltet eine „Konferenz über Militärische Entspannung und Abrüstung in Europa (‚KMEA')"[16]. Hauptmerkmale: Ablehnung der Geltung der vertrauensbildenden Maßnahmen für ganz Europa; sehr allgemeine Formulierung des Mandats, so daß auch die vom Osten bevorzugten deklaratorischen Vorschläge (Gewaltverzicht, Ersteinsatzverzicht, Bündniserweiterungsverbot etc.) eingeschlossen sind und die N+N-Staaten mit der Berücksichtigung ihrer Vorschläge gelockt werden könnten.

Fast alle übrigen östlichen Vorschläge haben eher taktischen Wert. Sie sind teils dazu bestimmt, Konzessionen anzudeuten (so z. B. einige Verbesserungen für die Behandlung von Auslandskorrespondenten), teils dazu, westliche Vorschläge zu neutralisieren. So ist offensichtlich der Vorschlag, die Tätigkeit von Radio Free Europe und Radio Liberty einzustellen, dazu bestimmt, den westlichen Vorschlag über die Einstellung der Störsendungen[17] zu blockieren. Auch kam es dem Osten darauf an, zumindest den Anschein eines Gleichgewichts zwischen den Körben zu wahren. Echte, aber begrenzte Interessen vertreten einige ungarische Vorschläge zum zweiten Korb (z. B. Absatzförderung[18], Abbau technischer Hindernisse im Handel und Förderung der industriellen Kooperation[19]).

15 Die USA schlugen am 12. Dezember 1980 gemeinsam mit Dänemark und Norwegen die Abhaltung bilateraler Treffen vor „zwischen offiziellen Delegationen, bestehend aus Fachleuten aus Außenministerien und aus den parlamentarischen und privaten Bereichen, zum Zwecke der Diskussion über die jeweilige Einstellung zu allen Aspekten der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens, Religions- oder Überzeugungsfreiheit, im Geiste gegenseitiger Achtung und mit dem Ziele der Verwirklichung größeren Verständnisses und verbesserter Zusammenarbeit". Vgl. das Dokument CSCE/RM.26; Referat 212, Bd. 133369.

16 Zu dem von Polen am 8. Dezember 1980 eingebrachten Vorschlag (CSCE/RM.6) vgl. Dok. 10, besonders Anm. 3.

17 Die EG-Mitgliedstaaten sowie Griechenland, Island, Kanada, Norwegen und die USA schlugen am 10. Dezember 1980 Maßnahmen zur Verbesserung der Information vor (CSCE/RM.12). Diese umfaßten einen vereinfachten Zugang zu gedruckten Informationen und deren bessere Verbreitung, Erleichterung der Arbeitsbedingungen für Journalisten sowie deren Schutz vor Ausweisung und Bestrafung aufgrund ihrer Berichterstattung. Ferner sollten sich die Teilnehmerstaaten „in Übereinstimmung mit ihren Verpflichtungen, die freiere und weiterreichende Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern" dazu verpflichten, den gegenseitigen Empfang von Rundfunksendungen nicht zu stören. Vgl. Referat 212, Bd. 133425.

18 Ungarn legte am 11. Dezember 1980 einen Vorschlag zur Absatzförderung vor (CSCE/RM/E.7). Darin wurde ausgeführt: „Die Teilnehmerstaaten werden einen aktiveren Austausch von Kenntnissen und Methoden begünstigen, die für eine wirksame Absatzförderung erforderlich sind, und werden intensivere Beziehungen zwischen ihren auf diesem Gebiet tätigen Institutionen und Unternehmen fördern. Sie fordern die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa auf, die geeigneten Formen und Methoden für eine bi- und multilaterale Zusammenarbeit zu prüfen, welche die Erreichung des obigen Zieles fördern können." Vgl. Referat 421, Bd. 141440.

19 Bulgarien, die ČSSR und Ungarn legten am 11. Dezember 1980 einen Vorschlag über industrielle Kooperation vor (CSCE/RM/E.10). Darin hieß es: „Die Teilnehmerstaaten […] beabsichtigen, die Entwicklung unterschiedlicher Formen der Kooperation, solcher mit Komplexcharakter, einschließlich zwischen den kompetenten Organisationen, Unternehmen und Gesellschaften, unter anderem im Bereich der Produktion und des Vertriebes zu fördern, welche zur Erweiterung der Exportmöglichkeiten der Partner beitragen; werden die Ergreifung aller notwendigen Maßnahmen fördern, die ihnen zur Verfügung stehen und mit ihren sozialökonomischen Systemen vereinbar sind, um günstige Bedingungen für eine industrielle Kooperation zu schaffen". Vgl. Referat 421, Bd. 141440.
Ferner legte Ungarn am 15. Dezember 1980 gemeinsam mit Bulgarien einen Vorschlag zur indu-

Rumänien betont seine Sonderstellung, wie auf jeder KSZE-Veranstaltung, durch weitschweifige eigene Vorschläge, die es in keinen entscheidenden Widerspruch zur sowjetischen Vormacht bringen. Neben bekannten Abrüstungsthemen betonen sie das überragende rumänische Interesse an Fortsetzung und Festigung des KSZE-Prozesses (einschließlich der Einrichtung eines Sekretariats für die Zeit zwischen den Folgetreffen). Diese Tendenz rückt die rumänische Position in die Nähe derjenigen der N+N-Gruppe.

Rumänien hat seine Hauptstadt Bukarest schriftlich als Ort des nächsten KSZE-Folgetreffens vorgeschlagen (Belgien hat dies mit Brüssel mündlich getan).[20]

c) Die N+N-Gruppe konnte in der Vorschlagsphase ihre Kohärenz nicht voll wahren. Am weitesten reichte diese noch beim Vorschlag RM 21 über vertrauensbildende Maßnahmen[21] (eingebracht von Österreich, Zypern, Finnland, Liechtenstein, San Marino, Schweden, Schweiz, Jugoslawien). Die Schweiz konnte für ihren (auch nach unserer Meinung wenig glücklichen) Vorschlag eines weiteren Expertentreffens über friedliche Streitschlichtung[22] die finnische, schwedische und jugoslawische Unterstützung gewinnen. Den (ziemlich anspruchsvollen) Vorschlag zu Informationsfragen mußten die Schweiz und Österreich zusammen mit Spanien alleine einbringen.[23] Jugoslawien legte einen Vorschlag zum Thema „Frieden und Sicherheit im Mittelmeerraum" vor.[24] Einen Energievorschlag hat Österreich allein eingebracht.

d) Spanien hat seine wichtige Rolle auf der Konferenz durch zwei Vorschläge unterstrichen:

Einen bedeutsamen Text zur Bekämpfung des Terrorismus[25] (von uns unterstützt) und einen über die weitere Entwicklung der Ost-West-Beziehungen[26],

Fortsetzung Fußnote von Seite 33

striellen Kooperation kleiner und mittlerer Betriebe vor. Für das Dokument CSCE/RM/E.15 vgl. Referat 421, Bd. 141440.

20 Der belgische Außenminister Nothomb erklärte am 12. November 1980 in Madrid den Wunsch seiner Regierung, die nächste KSZE-Folgekonferenz in Brüssel abzuhalten. Für den Wortlaut seiner Ausführungen vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 62.
Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 15. November 1980, der rumänische Außenminister Andrei habe in seiner Rede am Vortag die Einladung des Präsidenten Ceauşescu überbracht, die nächste KSZE-Folgekonferenz in Bukarest abzuhalten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1005; Referat 212, Bd. 133419.

21 Zum Vorschlag Finnlands, Jugoslawiens, Liechtensteins, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns (CSCE/RM.21) vom 12. Dezember 1980 vgl. Dok. 10.

22 Für das am 12. Dezember 1980 vorgelegte Dokument (CSCE/RM.20) vgl. Referat 212, Bd. 133416.

23 In dem Vorschlag zum Thema Information, der am 2. Dezember 1980 eingebracht wurde (CSCE/RM.3), war vorgesehen, daß die Teilnehmerstaaten die Verbreitung von „periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen" aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern sollten. Ferner sollte das Angebot ausländischer Publikationen an öffentlichen Verkaufsstellen zu angemessenen Preisen erweitert werden. In öffentlichen Bibliotheken sollten frei zugängliche „KSZE-Lesesäle" mit Tages- oder Wochenzeitungen aus dem Ausland eingerichtet werden. Vorgeschlagen wurde außerdem die Zusammenarbeit von Nachrichtenagenturen und Redaktionen, verbesserte Kontakte zwischen Journalisten, die leichtere Vergabe von Visa und Akkreditierungen und der Abbau von Reisebeschränkungen im Gastland für Journalisten, dazu verschiedene Erleichterungen der journalistischen Arbeit im Gastland. Vgl. dazu Referat 212, Bd. 133361.

24 Für den Wortlaut des am 11. Dezember 1980 eingebrachten Vorschlags (CSCE/RM.17) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 239.

25 In dem am 11. Dezember 1980 von der Bundesrepublik, Italien, Großbritannien, Kanada, Portugal, Spanien, der Türkei und den USA eingebrachten Vorschlag (CSCE/RM.14) wurden folgende Maßnahmen angeregt: Verurteilung aller terroristischen Akte, verbesserte Zusammenarbeit benachbarter Staaten zur Bekämpfung des Terrorismus, besserer Schutz von Diplomaten, verbesserte Strafver-

der trotz gewisser Längen einige seriöse Kernsätze enthält. Der Heilige Stuhl verfolgt sein Anliegen der Betätigungsfreiheit der Kirchen und Religionsgemeinschaften durch je einen Vorschlag zum Menschenrechtsprinzip[27] und einen zum Dritten Korb[28]. Malta hat die üblichen eigenbrötlerischen Vorschläge eingebracht, die diesmal vornehmlich auf die „Anerkennung" der eigenen Neutralität abstellen und sicher noch erhebliche Schwierigkeiten machen werden.

2) Einteilung nach Präambel-Sprache und operativen Texten

Die Vorschläge haben häufig wortreiche Präambeln mit zahlreichen Erwägungsgründen. Die Übernahme all dieser Präambel-Vorschläge würde den Rahmen des Schlußdokuments sprengen; dieses würde damit zu gut 40% aus Erwägungsgründen und 60% aus operativen Texten bestehen. In der Öffentlichkeit würde ein solches Dokument kaum ernstgenommen werden.

Der Westen sollte in den Verhandlungen vorschlagen, auf die Einzelerörterung aller Präambelsätze zu verzichten und am Schluß, gegebenenfalls durch einen Koordinator oder eine Koordinierungsgruppe, aus den viel zu zahlreichen Präambeltexten eine geeignete Kurzpräambel zusammenzustellen. Als besonders gute Quellen kommen hierfür in Frage der jugoslawische Vorschlag RM 18[29] und der spanische Vorschlag RM 37, die teilweise seriöse Texte enthalten (der jugoslawische bietet z.B. einen Ansatz für das Prinzip der Konfliktbeilegung durch Gespräche und Verhandlungen, der spanische einen Text über die Unteilbarkeit der Entspannung).

3) Einteilung nach dem Verhältnis zur Schlußakte

Hier kann man unterscheiden zwischen

– ausgesprochen „neuen Vorschlägen",
– Vorschlägen, die schon bei den Genfer Verhandlungen[30] zur Debatte standen und damals abgelehnt wurden („alte Vorschläge"),
– Vorschlägen, die Bestimmungen der Schlußakte konkretisieren bzw. klarer definieren wollen.

Wegen der inhaltlichen Vielgestalt der Schlußakte und der zahlreichen in ihr enthaltenen Generalklauseln können sich auch „neue" Vorschläge auf sie ab-

Fortsetzung Fußnote von Seite 34

folgung bzw. Auslieferung von Terrorverdächtigen sowie Ausarbeitung von Maßnahmen gegen Staaten, die Terroristen unterstützen. Ferner sollten die Teilnehmerstaaten Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß sie zur Ausgangsbasis für terroristische Akte bzw. zur Zufluchtsstätte für Terroristen würden. Vgl. dazu Referat 212, Bd. 133487.

26 Für das am 18. Dezember 1980 eingebrachte Dokument über die Verbesserung der Sicherheit und die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten der KSZE (CSCE/RM.37) vgl. Referat 212, Bd. 133416.

27 Für das am 11. Dezember 1980 vorgelegte Dokument über Prinzip VII der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 (CSCE/RM/S.1) vgl. Referat 212, Bd. 133416.

28 In dem am 11. Dezember 1980 vorgelegten Dokument betreffend humanitäre und andere Bereiche (CSCE/RM/H.5) schlug der Heilige Stuhl verstärkte Kontakte im religiösen Bereich vor, ferner den verbesserten Zugang religiöser „Formen, Institutionen und Organisationen" zu Rundfunk und Fernsehen und einen stärkeren Informationsaustausch. Vgl. dazu Referat 212, 133427.

29 Für das am 11. Dezember 1980 eingebrachte Dokument zur Überwindung der Krise in den internationalen Beziehungen und zur Förderung des Entspannungsprozesses (CSCE/RM.18) vgl. Referat 212, Bd. 133417.

30 Vom 18. September 1973 bis 21. Juli 1975 fand in Genf die zweite Phase der KSZE (Kommissionsphase) statt.

stützen. Beispiele sind der jugoslawische Vorschlag über Nord-Süd-Kooperation[31] unter Bezugnahme auf einen Präambelsatz zum II. Korb oder aber der französische KAE-Vorschlag mit dem Mandat für eine neue Kategorie von vertrauensbildenden Maßnahmen basierend auf der Evolutivklausel im entsprechenden Kapitel der Schlußakte. Ein typisches Beispiel für einen „alten Vorschlag", der schon in Genf abgelehnt wurde, ist der Text über die Beendigung der Störung von Rundfunksendungen. Die Neun und die Fünfzehn hatten deshalb auch ursprünglich vor, einen Vorschlag hierzu nicht einzubringen; wegen der breit angelegten Wiederaufnahme der Störsendungen durch die Sowjetunion seit August 1980 (Polen)[32] war dieser Vorsatz aber politisch nicht mehr opportun.

4) Einteilung in allgemein wichtige Themen, Sonderthemen und „idyllische" Themen

a) Die meisten Hauptthemen des Ost-West-Verhältnisses sind[33] angesprochen, z. B.:

– Menschenrechte (hierzu auch zwei östliche Vorschläge).[34]
– Abrüstung, insbesondere: vertrauensbildende Maßnahmen (hierzu Vorschläge Frankreichs, Polens, Jugoslawiens, Schwedens, Rumäniens und der N+N-Staaten). Hierzu folgt eine gesonderte Aufzeichnung der Unterabteilung 22[35].
– Bekämpfung des Terrorismus (Spanien).
– Verantwortung für Entwicklungshilfe (Jugoslawien).
– Menschliche Kontakte (Vorschläge der Neun).
– Information (Vorschläge der Neun; der Schweiz, Österreichs und Spaniens; aber auch östliche Vorschläge[36], die zum Teil den westlichen diametral entgegenlaufen).

31 Jugoslawien legte am 18. Dezember 1980 einen Vorschlag zur Nord-Süd-Kooperation vor (CSCE/RM/E.21). Dieser lautete: „Die Teilnehmerstaaten, eingedenk ihres in der Schlußakte ausgedrückten Willens, zur Förderung der Entwicklung der Entwicklungsländer sowie zur Herstellung gleicher und stabiler internationaler wirtschaftlicher Beziehungen beizutragen; […] bekunden ihre Entschlossenheit, zur gemeinsamen Anstrengung im Hinblick auf die Errichtung der Internationalen Wirtschaftsordnung beizutragen; die Strategie für die Dritte Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen durchzuführen und danach zu streben, wesentliche Bestimmungen der Schlußakte der KSZE durchzuführen, die sich direkt oder indirekt auf die Entwicklung von und die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern beziehen." Vgl. Referat 421, Bd. 141440.

32 Zur Entwicklung in Polen seit August 1980 vgl. Dok. 1, besonders Anm. 2.

33 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech gestrichen: „durch mehrere Vorschläge".

34 Bulgarien, die ČSSR und die DDR brachten am 17. Dezember 1980 folgenden Vorschlag ein: „The participating States reaffirm the particular significance of the International Covenants on Human Rights in international endeavours to stimulate and develop universal respect for human rights and fundamental freedoms, and call on all participating States which have not yet done so to accede to the International Covenants on Human Rights at the earliest possible date." Vgl. das Dokument CSCE/RM.35; Referat 212, Bd. 133416.

35 Korrigiert aus: „Unterabteilung 23".
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vom 19. Januar 1981 vgl. Dok. 10.

36 Die DDR und die UdSSR legten am 12. Dezember 1980 Vorschläge aus dem Bereich „Information" vor (CSCE/RM.28). Geplant waren die verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Medien sowie verbesserte Arbeitsbedingungen für Journalisten. Diese sollten verpflichtet sein, „die Gesetze und Vorschriften des Empfangsstaates strikt einzuhalten und sich nicht in dessen innere Angelegenheiten einzumischen; keine Desinformationen, tendenziösen Informationen, Lügen oder Unterstellungen zu verbreiten". Etwaige Verletzungen dieser Regeln sollten dazu führen können, „die ih-

Es fehlen folgende politisch wichtige Themen des Westens:
– Ablehnung der Breschnew-Doktrin[37]
– Verurteilung der sowjetischen Intervention in Afghanistan.[38]

Textvorschläge zu diesen beiden Problemkreisen würden zwar die brennendsten Themen der Ost-West-Beziehungen aufgreifen. Sie wären aber gleichzeitig von vornherein völlig konsensunfähig (wenn man nicht Formeln mit einem hohen Abstraktionsgrad vorschlägt, denen die andere Seite zuzustimmen vermag in dem Wissen, sie dann später anders interpretieren zu können). Solche Texte können mithin keine klare politische Aussage enthalten.

b) Zu den Sonderthemen, die nicht alle Teilnehmerstaaten gleichermaßen interessieren oder die für das Ost-West-Verhältnis nicht von entscheidender Bedeutung sind, gehören z. B. das der Wanderarbeiter, dem Vorschläge Spaniens und Portugals, Jugoslawiens sowie Schwedens und Finnlands gewidmet sind. Das gleiche gilt für die Mittelmeerfragen (Malta, Jugoslawien) sowie für die Vorschläge des Vatikans, die auf religiöse Betätigungsfreiheit abzielen. Die friedliche Streitschlichtung, deren sich die Schweiz besonders annimmt, gehört an sich nicht in diese Kategorie; sie ist jedoch ein Musterbeispiel für ein Thema, das nach Afghanistan und angesichts der bedrohlichen Lage in Polen z. Zt. nicht in die politische Landschaft paßt. Auch sind die gegenwärtigen Konsensmöglichkeiten durch das Expertentreffen von Montreux[39] ausgeschöpft. Gleichwohl verfolgt die Schweiz das Thema beharrlich weiter.

c) Unter „idyllischen" Themen verstehen wir solche, gegen die, nach einiger Umformung, eigentlich niemand etwas Grundsätzliches einwenden kann. Ein Musterbeispiel hierfür ist der französische Vorschlag einer Expertenkommission zum Schutz des gemeinsamen kulturellen und geistigen Erbes[40], der EG-Vor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 36

nen auf dem Territorium der anderen Teilnehmerstaaten gewährten Rechte einzuschränken". Vgl. Referat 212, Bd. 133427.
Ungarn brachte am 15. Dezember 1980 einen Vorschlag „über die Nutzung von Massenmedien für eine bessere gegenseitige Kenntnis des kulturellen Lebens" ein (CSCE/RM/H.7/Rev.1). Vorgesehen waren etwa der Austausch von Informationen über Kulturprogramme, Fernseh- und Rundfunkübertragungen kultureller Ereignisse sowie Koproduktionen. Vgl. dazu Referat 212, Bd. 133425.

37 Am 3. Oktober 1968 erläuterte der sowjetische Außenminister Gromyko vor der VN-Generalversammlung die sowjetische Auffassung von einer „sozialistischen Gemeinschaft". Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 555–560.
Am 12. November 1968 griff der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, diese Vorstellung auf dem V. Parteitag der PVAP in Warschau auf („Breschnew-Doktrin"): „Und wenn die inneren und äußeren dem Sozialismus feindlichen Kräfte die Entwicklung irgendeines sozialistischen Landes auf die Restauration der kapitalistischen Ordnung zu lenken versuchen, wenn eine Gefahr für den Sozialismus in diesem Land, eine Gefahr für die Sicherheit der gesamten sozialistischen Staatengemeinschaft entsteht, ist das nicht nur ein Problem des Volkes des betreffenden Landes, sondern ein allgemeines Problem, um das sich alle sozialistischen Staaten kümmern müssen." Vgl. DzD V/2, S. 1478.
An dieser Stelle vermerkte Ministerialdirektor Blech handschriftlich: „Soweit dies überhaupt durch konsensfähige Sprache möglich, ist die Breschnew-Doktrin schon durch die S[chluß-]A[kte] ausgeschlossen. Durch den Versuch einer ‚Nachbesserung' sollte nicht der Eindruck von Zweifeln daran erweckt werden."

38 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

39 Vom 31. Oktober bis 11. Dezember 1978 trafen Experten der KSZE-Teilnehmerstaaten in Montreux zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen zusammen. Für den Wortlaut ihres Berichts vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 445 f. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 383.

40 Für das am 9. Dezember 1980 von Frankreich gemeinsam mit Italien, Luxemburg und den Niederlanden vorgelegte Dokument (CSCE/RM.9) vgl. Referat 212, Bd. 133427.

schlag über eine Ausdehnung des Euro-Rail-Systems[41] (verbilligte Reisemöglichkeiten für Jugendliche) auf alle Teilnehmerstaaten oder der finnisch-ungarische Vorschlag der Förderung der Kenntnis wenig verbreiteter Sprachen.[42]

Der politische Störwert dieser Vorschläge besteht darin, daß bei Konferenzende eine Einigung nur über sie vorliegen könnte. Wenn eine Liste derartiger Vorhaben mit einigen Aussagen zur Entspannung garniert den einzigen Inhalt des Schlußdokuments bilden würde, würde der KSZE-Prozeß und mit ihm die Konzeption einer realistischen Entspannungspolitik an Rückhalt in der öffentlichen Meinung verlieren.

Eine Einigung über die „idyllischen" Vorschläge kann nicht künstlich verhindert werden. Ein Konsens darüber sollte in das Schlußdokument aufgenommen werden, wenn sich dies durch Fortschritte auf anderen wichtigen Gebieten rechtfertigen läßt.

5) Einteilung der Vorschläge nach der Verhandlungsfähigkeit:

Nach dieser Einteilung gibt es Vorschläge, die

– von vornherein konsensunfähig sind,
– zwar schwierig, aber der politisch-diplomatischen Auseinandersetzung zugänglich sind,
– die leicht konsensfähig (aber gleichzeitig dann auch meist weniger wichtig) sind.

Von vornherein konsensunfähig ist der sowjetische Vorschlag einer Schließung von Radio Free Europe und Radio Liberty. Das gilt auch für einzelne westliche Texte zum Menschenrechts-Prinzip, wie z. B. die Bestätigung, daß private Gruppen ihre Heimatregierung wegen der Verletzung der Schlußakte kritisieren dürfen. Solchen Texten kann die Sowjetunion nicht zustimmen, weil sie damit das Verhalten ihrer eigenen Staatsorgane der Kritik aussetzt. Schwierig, aber der politisch-diplomatischen Auseinandersetzung zugänglich und damit letzthin doch möglicherweise konsensfähig, ist der französische KAE-Vorschlag (mit Ausdehnung des Mandats auf ganz Europa), ein Teil der Vorschläge der Neun zum Dritten Korb, aber auch östliche Vorschläge wie der der Energiekonferenz (der einigen unserer Verbündeten Schwierigkeiten bereitet).

III. Ausblick

Es sind wesentlich mehr Vorschläge als erwartet eingebracht worden. Dies wird einen schnellen Abschluß der Konferenz nicht zulassen. Das bisherige Zieldatum 5. März wird kaum erreicht werden können. Vom 27.1. bis 11.2. werden die neuen Vorschläge diskutiert, Textverhandlungen erfolgen in der sich anschließenden Redaktionsphase. Falls in der Zwischenzeit neue Ereignisse eintreten sollten, wird es zu diesen Debatten nicht kommen.

In der Woche zwischen dem 19. und 23. Januar finden Konsultationen in der AG-KSZE der EPZ[43], im Europarat[44] sowie im NATO-Rat[45] statt. Alle westli-

41 Für das am 11. Dezember 1980 von den EG-Mitgliedstaaten und Griechenland eingebrachte Dokument (CSCE/RM/H.3) vgl. Referat 212, Bd. 133427.

42 Für das am 11. Dezember 1980 eingebrachte Dokument (CSCE/RM./H.6) vgl. Referat 212, Bd. 133427.

43 In der Sitzung der Arbeitsgruppe „KSZE" im Rahmen der EPZ am 19./20. Januar 1981 in Den Haag wurden die Arbeitsschwerpunkte für den weiteren Verlauf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid aus Sicht der EG-Mitgliedstaaten erörtert. Diese waren die Implementierung der KSZE-Schlußak-

chen Konsultationsgremien befassen sich mit den Vorschlägen und mit der einzuschlagenden Taktik.

Die USA werden wegen des Administrationswechsels[46] allerdings noch nicht in der Lage sein, zu allen Fragen Stellung zu nehmen. Dies wird erst nach Neubesetzung der entsprechenden Stellen im State Department und der Klärung einiger politischer Vorfragen (Stellenwert der Menschenrechtspolitik, der Abrüstung, grundsätzliche Einstellung zu Ost-West-Konferenzen, Verhältnis zwischen Exekutive und Kongreß) möglich sein. Es wäre zweckmäßig, mit den USA in einem von der Botschaft Washington zu bestimmenden Zeitpunkt, zu dem noch Einfluß auf die amerikanische Verhandlungslinie zu nehmen ist, bilaterale KSZE-Konsultationen zu führen.[47] Vorgeschlagene Teilnehmer: Dg 21[48], RL 212[49], RL 221[50].

In den erwähnten multilateralen Konsultationen werden wir vorschlagen, daß der Westen bis zum 11. Februar Textverhandlungen aus dem Wege geht und sich auf eine Diskussion über den sachlichen Inhalt der Vorschläge konzentriert. Auf diese Weise kann einerseits den internen amerikanischen Notwendigkeiten Rechnung getragen werden, andererseits wird die Intensität ausgelotet, mit der die Sowjetunion ihr Konferenzziel (d.h. die Abrüstungskonferenz nach ihren Vorstellungen) verfolgt, und wie weit sie in ihrer Demandeur-Position gehen wird. Der Westen muß also die sowjetische Ungeduld nach Möglichkeit steigern. Dies könnte dadurch gelingen, daß er Textverhandlungen tatsächlich erst zum festgelegten Zeitpunkt (ab 12. Februar) zuläßt und auch hierbei zunächst auf Zeit verhandelt. In der Diskussionsphase und auf allen bilatera-

Fortsetzung Fußnote von Seite 38

te vom 1. August 1975, insbesondere von Korb III, sowie ein Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa. Ferner wurden verschiedene Möglichkeiten für ein Schlußdokument und die Dauer der Konferenz besprochen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 260 (Coreu) vom 27. Januar 1981; Referat 200, Bd. 122708.

44 Vortragender Legationsrat Dreher notierte am 27. Januar 1981 zu Beratungen der Delegationen der europäischen NATO-Mitgliedstaaten und der Neutralen und Nichtgebundenen Staaten am 22. Januar 1981 in Straßburg: „1) Konsultationen im Europarat mit Bewertung erster Phase des Madrider KSZE-Folgetreffens und Ausblick auf zweite Phase erwiesen sich, insbesondere wegen der Ausführungen Spaniens, Schwedens, der Schweiz und Österreichs, als nützlich. Malta war nicht vertreten. Zypern und Liechtenstein äußerten sich nicht. 2) Es bestand weitgehende Einigkeit in positiver Bilanz erster Phase. Die von allen Seiten gewürdigte bisherige gute Zusammenarbeit zwischen den N+N-Staaten einerseits und den Zehn und den Fünfzehn andererseits wurde auch für zweite Phase Madrid beschworen. 3) Stimmungslage für zweite Phase: sehr gedämpfter Optimismus. Das herausragende Interesse der N+N-Staaten an Fortsetzung des KSZE-Prozesses kam klar zum Ausdruck. Aber trotz Betonung dieses Interesses ziehen auch die N+N-Staaten ein Schlußdokument à la Belgrad ins Kalkül. 4) Mehrheitlich wird die Regelung der Sicherheits-/Abrüstungsfrage als Schlüssel für Erfolg oder Mißerfolg des Treffens betrachtet. Eine zufriedenstellende Regelung wird in starker Abhängigkeit von den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen gesehen." Es sei übereinstimmend festgestellt worden: „Sollten sich bis Ende Februar keinerlei Fortschritte ergeben haben, so sei wohl eine Beendigung des Treffens am 5.3. anzustreben. Zeichneten sich zwar zähe, aber doch erfolgreiche Verhandlungen ab, müsse weiterverhandelt werden." Vgl. Referat 212, Bd. 133379.

45 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KSZE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am 23. Januar 1981 in Brüssel vgl. Dok. 17.

46 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

47 Am 19./20. Februar 1981 fanden in Washington deutsch-amerikanische Gespräche über die KSZE statt. Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 12.

48 Hans Otto Bräutigam.

49 Günter Joetze.

50 Josef Friedrich Holik.

len Kanälen muß der Sowjetunion klargemacht werden, daß die Gültigkeit der vertrauensbildenden Maßnahmen für ganz Europa eine Conditio sine qua non für eine europäische Abrüstungskonferenz ist. Wir streben also nicht eine Konferenz als zusätzliche Entspannungsveranstaltung an, sondern die Verwirklichung einer Sachkonzeption mit Hilfe einer Konferenz. Kernpunkt der Sachkonzeption ist die Erstreckung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa; sie hat mithin Priorität gegenüber anderen Bestandteilen der Konzeption, z. B. der Verbindlichkeit der Maßnahmen und einer rigiden Ablehnung aller deklaratorischen Elemente im Mandat.

In der Redaktionsphase kommt es darauf an, daß Verhandlungsfortschritte auf den Gebieten, an denen der Osten ein Interesse hat (z. B. in Korb II), oder bei „idyllischen" Vorschlägen den Verhandlungsstand bei unseren Hauptpetita, nämlich geographischer Parameter der KAE und die menschlichen Erleichterungen, nicht überholen.

In Korb III wird der östlichen Seite klarzumachen sein, daß der faktischen Behebung von Rückschritten eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie „neuen Texten" zukommt, namentlich auf den Gebieten der/dem

– Ausreise Deutscher aus der Sowjetunion, Polen und Rumänien,
– jüdischen Auswanderung aus der Sowjetunion,
– Zwangsumtausch in der DDR,
– der Journalistenverordnung in der DDR[51],
– Einstellung der Rundfunkstörungen.

Sollten vor Abschluß des Madrider Treffens auf diesen Gebieten spürbare faktische Rückbesserungen zu registrieren sein, die in einer vorzeigbaren Weise mit dem KSZE-Prozeß in Verbindung gebracht werden können (etwa unter Zitierung der Schlußakte in den entsprechenden amtlichen Verlautbarungen) so müßten derartige Fortschritte in Madrid nicht notwendig schriftlich niedergelegt werden. Die neuen schriftlichen Festlegungen auf dem Gebiet des Dritten Korbes könnten dann geringer ausfallen.

Eine radikale Ablehnung aller sowjetischen Anliegen würde die Chancen auf ein Minimum reduzieren. Eine Supermacht kann einer Paketlösung nicht zustimmen, aus der sie mit leeren Händen hervorgeht. Eine Lösung, in der sie scheinbar mit ihrem Konferenzwunsch Satisfaktion erhält, aber mit einem Mandat zu rein westlichen Bedingungen bei Ablehnung aller ihrer sonstigen Substanzwünsche (Energiekonferenz), ist nicht denkbar. Die Überlegung darf den Westen allerdings nicht dazu führen,

– die Conditio sine qua non der Gültigkeit der VBMs auf ganz Europa aufzugeben,

51 So in der Vorlage.
Ministerialdirektor Blech notierte am 20. Oktober 1980: „Der Briefwechsel über die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten aus dem Jahr 1972 und die dazugehörigen Dokumente enthalten die Vorbehaltsklausel der DDR: ‚Gewährt im Rahmen ihrer geltenden Rechtsordnung …'. Daraus folgt, daß die gültige Journalistenverordnung der DDR aus dem Jahre 1973 und die dazugehörige Durchführungsverordnung aus dem Jahre 1979 jederzeit dazu benutzt werden könnten, Journalisten Verstöße gegen die Rechtsordnung der DDR anzulasten und ggf. sie auszuweisen. Die journalistische Arbeit kann außerdem durch weitergehendes Abschneiden von Informationen erschwert werden." Vgl. Referat 210, Bd. 132433.

– dem sowjetischen Bluff mit der Verweigerung weiterer Folgetreffen nachzugeben, wenn die SU ihre Konferenz nicht bekomme.

Gegenüber der Öffentlichkeit wird die Linie beizubehalten sein, die schon in der Erklärung des Bundesministers des Auswärtigen zum Abschluß der ersten Phase vom 19. Dezember 1980 anklang: keine Erwartungen in die Verhandlungen wecken, Langfristigkeit der westlichen Zielsetzungen betonen.[52]

Delegationsleiter Kastl hat mitgezeichnet.

Blech

Referat 212, Bd. 133438

8

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

421-410.41 SOW-36/81 geheim **16. Januar 1981**[1]

Betr.: Viererkonsultationen über Polen;
hier: Gespräch der Wirtschaftsdirektoren der Vier am 15.1.1981 in Washington

Bezug: Handschriftliche Weisung des BM vom 10.1.1981 auf Aufzeichnung der Abt. 4 vom 7.1.1981 – 421-410.41 SOW-9/81 geh.[2]

I. Ergebnis

Treffen der Wirtschaftsdirektoren der Vier in Washington (GB – Wirtschaftsdirektor Lord Bridges, F – stellvertretender Wirtschaftsdirektor Mouton, US – stellvertretender Abteilungsleiter Johnston, D – D4), das aus einer Vormittags-

52 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher vgl. BULLETIN 1980, S. 1144.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau 19. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 26. Januar 1981 vorgelegen, der Staatssekretär van Well um Rücksprache bat.
Hat Wallau am 5. März 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.
Hat Fischer am 5. März 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich verfügte: „Zum Vorgang."

2 Korrigiert aus: „8/81 geh.".
Ministerialdirektor Fischer vermerkte für Bundesminister Genscher: „Der NATO-Rat hat am 22.12. 1980 eine Zusammenstellung wirtschaftlicher Sachgebiete verabschiedet, auf denen entsprechend jeweiligen Ereignissen in Polen westliche Gegenmaßnahmen getroffen werden können. Als inoffizieller Annex ist auf britischen Vorschlag diese Themenliste durch Auflisten von Einzelfragen verdeutlicht worden, wie sie bei Gesprächen der Politischen und Wirtschaftsdirektoren der Vier am 15.12.1980 im einzelnen festgelegt wurden. Die britische Regierung hat den übrigen drei Regierungen am 22.12.1980 Kommentare zu den aufgeführten Maßnahmen übersandt, die zum großen Teil auf den Beratungen der Wirtschaftsdirektoren beruhen […], und um Stellungnahme gebeten. Nach einem Meinungsaustausch und Abstimmung mit den Ressorts (BMF, BMWi, BML, BMV und ChBK) auf Abteilungsleiter-Ebene ist die […] beigefügte deutsche Stellungnahme erarbeitet worden. […] Um Zustimmung zum deutschen Text wird gebeten." Vgl. VS-Bd. 10391 (421); B 150, Aktenkopien 1981.
Genscher notierte dazu am 10. Januar 1981 handschriftlich für die Staatssekretäre Lautenschlager

sitzung im kleinen Kreis und einer Nachmittagssitzung mit Botschaftern der drei Westmächte[3] und Politischem Direktor George Vest bestand, endete mit folgenden Beschlüssen:

– Vierergruppe Washington wird in eigener Verantwortung Regierungen empfehlen, bei „Worst-case-Hypothese“ in Polen (sowjetische militärische Intervention, polnischer Widerstand, Blutvergießen) folgende Maßnahmen zu ergreifen:
  – Alle Ausfuhren unter neuen Verträgen sowie sämtliche Kreditfazilitäten (staatliche Kreditlinien, staatliche Kreditsubventionen, öffentliche Bürgschaften) werden sofort eingestellt.
  – Regierungen werden Maßnahmen zur Verschärfung der Ausfuhr fortgeschrittener Technologien in die SU einleiten.
  – Luft- und Seeverbindung mit der SU werden im Rahmen vorhandener legaler Möglichkeiten soweit wie möglich eingeschränkt.
  – Sowjetischen Fischereischiffen wird der Zugang zu EG-Gewässern im Rahmen der legalen Möglichkeiten untersagt.
– Die Wirtschaftsdirektoren, die in der Substanz diese Maßnahmen für „Worstcase-Hypothese“ vereinbart hatten, hielten zunächst weitere Prüfung der Einzelheiten für erforderlich und wollen deshalb nach Arbeitsaufnahme neuer US-Regierung[4] und Vorlage der noch ausstehenden deutschen und französischen Stellungnahme erneut zusammentreffen. Sie wollen dabei insbesondere untersuchen, wieweit bei diesem Vorgehen Grundsatz des „burden sharing“ zwischen Verbündeten gewahrt wird.
– Vierergruppe Washington möchte Gelegenheit haben, endgültiges Ergebnis der Arbeit der Wirtschaftsdirektoren als Beweis der Erfüllung des ihnen von Außenministern übertragenen Mandats Regierungen vorzulegen.
– Sowohl in Treffen mit Botschaftern als bei Zusammenkunft der Wirtschaftsdirektoren mit UStS Cooper im State Department habe ich Amerikaner gedrängt, sich bei Hilfeleistungen für Polen als Mittel präventiver Krisensteuerung stärker zu beteiligen; dies müsse gegenüber Contingency-Planung sogar Priorität haben. Trotz genereller Zusage der Kooperation ist bisher nicht zu ersehen, daß US-Regierung sich insbesondere an Maßnahmen zur finanziellen Liquiditätsüberbrückung zugunsten Polens beteiligt.

II. Im einzelnen

1) In Diskussion, die nur auf „Worst-case-Hypothese“ beschränkt wurde, ergab sich, daß in Washingtoner Vierergruppe insbesondere französischer Botschaf-

Fortsetzung Fußnote von Seite 41

und van Well: „Das Papier – Anlage II – ist im Inhalt zu mager und im Tenor von dem Prinzip bestimmt ‚an sich ja, aber aus folgenden Gründen nein, oder nicht jetzt und nicht so‘. Das muß die Vorbehalte verstärken. Wenn man vom worst case ausgeht und sich Abstufung nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit vorbehält, ist unseren Interessen Genüge getan. Tritt der Extremfall ein, d.h. Intervention, polnischer Widerstand, Blutvergießen, also praktisch Krieg in und um Polen, dann ist es eine blanke Illusion anzunehmen, man könne nach dem Papier Anlage II verfahren. Ich halte daher eine Neufassung für unverzichtbar.“ Vgl. VS-Bd. 10391 (421); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Nicholas Henderson (Großbritannien), Peter Hermes (Bundesrepublik) und François Lefebvre de Laboulaye (Frankreich).

4 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

ter Laboulaye auf konkrete Empfehlungen an Regierungen drängte; da Wirtschaftsdirektoren ihre Arbeit für noch nicht abgeschlossen betrachten, kam es auf sein Verlangen hin zu der Empfehlung der Washingtoner Vierergruppe in eigener Verantwortung.

2) Bei Wirtschaftsdirektoren wurde von französischer Seite Vorschlag totalen Ausfuhrverbots eingebracht. Auch Vorschlag der Suspension aller Kreditfazilitäten stammte von F.

3) GB sekundierte mit Feststellung, daß britische Regierung auf Verordnungsweg jeglichen Export verbieten könne, sich jedoch durch Konsultation mit Parlament dessen Zustimmung versichern müsse (womit sich Briten – wie im Iran-Fall[5] – Hintertürchen offenhalten). GB wies ferner – ebenso wie D und F – darauf hin, daß totales Ausfuhrverbot selbstverständlich EG-Beschlusses (entweder im Rahmen Art. 113 EG-V oder Art. 224 EG-V[6]) bedarf.

4) US plädierte zunächst für selektives Embargo, was für uns Problem der Ungleichbehandlung einzelner Industriebranchen aufwirft, und schloß sich dann F und GB an.

5) Deutsche Feststellung, Durchführung von Altverträgen müßte bei der im übrigen von uns ebenfalls ins Auge gefaßten Maßnahme (s. Bezugsweisung des BM) ausgeschlossen bleiben, wurde von F und GB aufgrund eigener Interessenlage unterstützt, während USA zunächst ablehnend reagierten (US-Regierung ist zu Eingriffen in bestehende Verträge ermächtigt und kennt auch keine Entschädigungsverpflichtung). Amerikanischer Vertreter stellte im weiteren Ablauf Verbindung her zwischen Fortsetzung industrieller Altverträge und dann auch unerläßlicher Respektierung amerikanischen Getreideabkommens mit SU[7] (und in Zusammenhang damit abgeschlossenen privatrechtlichen Durchführungsvereinbarungen). Neue US-Administration werde nicht hinnehmen, daß amerikanischer Osthandel, der seit 1979 schon um Hälfte abgenommen habe,

5 Die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ beschloß am 22. April 1980 in Luxemburg Wirtschaftssanktionen gegen Iran; die Inkraftsetzung wurde mit Rücksicht auf die erforderlichen gesetzlichen Voraussetzungen in verschiedenen EG-Mitgliedstaaten auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 51 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Ellerkmann vom 25. April 1980; Referat 012, Bd. 115729.
Auf dem informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18. Mai 1980 in Neapel wurde beschlossen, „die von dem Entschließungsantrag des Sicherheitsrats vom 10. Januar 1980 vorgesehenen Maßnahmen in der gemeinsam festgelegten Weise unverzüglich anzuwenden". Vgl. die Erklärung zu Iran; BULLETIN DER EG 4/1980, S. 28.
Am 19. Mai 1980 beschloß die britische Regierung, die Sanktionen nicht rückwirkend vom 4. November 1979 an durchzuführen, sondern nur neue wirtschaftliche Kontakte und Verträge nicht zuzulassen.

6 Nach Artikel 113 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 sollte nach Ablauf einer Übergangszeit die gemeinsame Handelspolitik nach einheitlichen Grundsätzen gestaltet werden. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 846.
Artikel 224 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 sah eine Abstimmung der EG-Mitgliedstaaten vor im Falle von Maßnahmen eines EG-Mitgliedstaats „bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall, bei einer ernsten, eine Kriegsgefahr darstellenden internationalen Spannung oder in Erfüllung der Verpflichtungen […], die er im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit übernommen hat". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 892–894.

7 Die USA und die UdSSR schlossen am 20. Oktober 1975 ein Abkommen, das bis zum 30. September 1981 befristet war und die Lieferung von jährlich sechs bis acht Mio. t Weizen und Mais, beginnend am 1. Oktober 1976, vorsah. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1020, S. 366–372.

durch Streichung Getreidelieferungen weiter reduziert werde, während westeuropäische Staaten durch fortgesetzte Bedienung von Altverträgen erheblichen Teil ihrer Handelsbeziehungen aufrechterhielten. Auch dringende Hinweise auf langfristig angelegte Struktur westeuropäischen und besonders deutschen Kapitalgüterexports und weitreichende wirtschaftliche Folgen bei Unterbrechung für betroffene Volkswirtschaften vermochten ihn nicht von Forderung nach paralleler Behandlung abzubringen. Amerikaner bedauerte dabei insbesondere, daß damit SU gerade in Zeiten schlechter eigener Ernten nicht mit vollem Getreideembargo konfrontiert werden könnte. Immerhin widersprachen USA nicht Schlußfolgerung französischen Botschafters, daß Washingtoner Vierergruppe als eigene Meinung auch ausnahmslose Unterbrechung aller Lebensmittellieferungen empfehlen würde.

6) Bei Behandlung Kreditthemas ergab sich schnell, daß sämtliche Fazilitäten gleichzeitig abgebaut werden müßten, da sonst Eindruck ungleichmäßiger Belastung zurückbliebe. Französischer Vertreter erklärte, F könne seine Verpflichtung aus bestehender Kreditvereinbarung mit SU, die Finanzierung zu günstigen Bedingungen vorsehe, nur im Rahmen allgemeinen Embargos als erledigt ansehen, da sie dann gegenstandslos werde (!). GB vertrat wie F Meinung, daß Kreditsuspension nur im Falle totalen Embargos für sie akzeptabel sei.[8]

7) Verschärfte Maßnahmen bei Export fortschrittlicher Technologien wurde von allen Beteiligten als weiteres mögliches Instrument angesehen. US, GB und F äußerten allerdings Skepsis, daß COCOM rasch genug arbeite. Gedanke, außerhalb von COCOM tätig zu werden, wurde nicht weiterverfolgt.

8) Beim Luftverkehr sahen USA Möglichkeit, sowjetische Rechte zu suspendieren, ohne Luftverkehrsabkommen[9] zu kündigen, beim Seeverkehr sahen sie Kündigung entsprechenden Abkommens[10] vor. GB und D hielten Kündigung und sofortige Suspendierung der Luftverkehrsrechte für akzeptabel, verwiesen bei Schiffahrt jedoch auf Notwendigkeit zusätzlicher gesetzlicher Grundlage für Schließung der Häfen. F bezeichnete Maßnahmen sowohl im Luft- wie im Schiffsverkehr als politischen Schritt von großer Tragweite, der nicht sofort ins Auge gefaßt werden könnte.[11]

9) Bei Fischerei bestand Übereinstimmung, daß sowjetische Schiffe weiterhin aus EG-Gewässern ferngehalten würden. USA wollen ihr Abkommen[12] suspendieren, machen jedoch Unterbrechung bestehender Fischfanglieferungen aus eigenen Fangschiffen auf sowjetische Fabrikschiffe von entsprechendem briti-

8 Der Passus „Kreditvereinbarung mit SU … sie akzeptabel sei“ wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

9 Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 4. November 1966 über den zivilen Luftverkehr vgl. UNTS, Bd. 675, S. 4–42.
Während des Besuchs des Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 25. Juni 1973 in den USA wurde ein Protokoll zur Ausweitung des Luftverkehrs unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 174 f.

10 Für den Wortlaut des Abkommens vom 14. Oktober 1972 zwischen der UdSSR und den USA über einige Fragen der Seeschiffahrt sowie der dazugehörigen Anhänge und Briefwechsel vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 664–670.

11 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

12 Für den Wortlaut des Fischereiabkommens vom 26. November 1976 zwischen der UdSSR und den USA vgl. UNTS, Bd. 1069, S. 307–334.

schem Schritt abhängig. Frankreich verlangte Weiterbestehen sowjetischer Fischereirechte auf überseeischem Departement Kerguelen im Südpazifik.[13]

10) Im Gegensatz zu ihrer Haltung in Iran-Krise[14] zeigten USA jetzt kein Interesse an finanziellen Sanktionen. Sie wollen sich mit Aufforderung an Banken begnügen, daß diese sich mit Krediten an SU zurückhalten. Amerikaner haben sich damit Zweifeln angeschlossen, wie sie schon Briten in ihrem Kommentar wegen ungünstiger Rückwirkung derartiger Sanktionen auf internationales Banksystem aussprachen. Dies entspricht auch unserer Meinung. Dabei spielt bei Amerikanern zugegebenermaßen auch mit, daß sie sowjetische Repressalie in Form einer Zahlungsverweigerung der noch ausstehenden 300 Mio. Dollar Schulden aus ExIm-Bankkredit[15] befürchten.

11) US-Vorschlag, sowjetisches Personal in Handelsvertretungen um Hälfte zu reduzieren, wurde von GB und D ohne Festlegung auf Quote gebilligt, während F diesen Schritt wegen seiner politischen Bedeutung Regierungen vorbehalten wollte.

12) USA drängten auf möglichst baldige Kontaktaufnahme mit anderen Staaten, um breite Beteiligung an Sanktionen zu erreichen. Besonders wichtig ist ihnen dabei Einbindung getreideexportierender Staaten wie Kanada, Argentinien und Australien, die nach US-Kenntnis schon mehrere Lieferungskontrakte mit SU abgeschlossen haben sollen. Um sie zur Beteiligung an einschränkenden Maßnahmen zu bewegen, plädieren USA für multilaterale Konferenz aller getreideexportierender Staaten. Sie wurden von allen Übrigen darauf hingewiesen, daß im Anschluß an eine noch ausstehende Absprache zwischen den Vier lediglich bilaterale Kontakte nach festzulegendem Plan stattfinden sollten; multilaterale Konferenz jedenfalls erst nach sowjetischem Gewaltakt gegenüber Polen. Amerikaner wollen aus Argentinien erfahren haben, daß in derartigem Fall mit anderer argentinischer Haltung gerechnet werden könne als nach Afghanistan-Invasion.[16] Wirtschaftsdirektoren werden auch dieses Thema weiter prüfen.

Per Fischer

VS-Bd. 10391 (421)

13 Der Passus „Fabrikschiffe von entsprechendem … Kerguelen im Südpazifik“ wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

14 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 und den amerikanischen Reaktionen vgl. Dok. 4, Anm. 15.

15 Export-Import-Bankkredit.

16 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.
Am 12. Januar 1980 fand in Washington eine Konferenz von Staaten, die Agrarprodukte in die UdSSR exportierten, statt. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am 13. Januar 1980: „Die gestrige Zusammenkunft von Vertretern der Hauptexporteurländer USA, Kanada, Australien, Argentinien und der EG erbrachte Übereinstimmung, daß die amerikanischen Maßnahmen zur Beschränkung des US-Agrarexports nach der SU auf 8 Mio. t Getreide von den übrigen Ländern weder direkt noch indirekt durch vermehrte Lieferungen in ihrer Wirkung auf die SU unterlaufen werden sollen. Es gelang während der ganztägigen Sitzung, den von Argentinien vorher eingenommenen Standpunkt, seinen Handel nicht außenpolitischen Zielen unterzuordnen, etwas zu modifizieren. Die argentinische Regierung hat sich nun in der gemeinsamen Presseerklärung verpflichtet, aus der geänderten Weltmarktsituationen keinen Vorteil zu ziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; Referat 340, Bd. 113038.
Am 16. Januar 1980 wurde in der Presse berichtet: „Die Getreidelieferungen Argentiniens an den

9

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

16. Januar 1981[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Minister

Betr.: Unsere Rüstungsexportpolitik[2] gegenüber der Dritten Welt;
hier: Überlegungen, die in eine Prinzipiendebatte eingeführt werden könnten

A. Leitlinien unserer[3] Rüstungsexportpolitik gegenüber der Dritten Welt:
– Grundsätzlich keine Waffenlieferungen in die Dritte Welt,
– ausnahmslos keine Waffen in Spannungsgebiete.[4]

Fortsetzung Fußnote von Seite 45
Weltmarkt werden allein durch die Marktkräfte bestimmt werden, erklärte der argentinische Landwirtschaftsminister, Jorge Zorreguieta, am Montag in Buenos Aires. Nach seinen Ausführungen scheint die Haltung Argentiniens gegenüber dem amerikanischen Teilembargo der Getreideausfuhren nach der UdSSR von den USA falsch interpretiert worden zu sein." Vgl. den Artikel „Argentinische Ablehnung des US-Getreideembargos"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 16. Januar 1980, S. 11.

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz leitete die Aufzeichnung am 16. Januar 1981 über Staatssekretär Lautenschlager an Bundesminister Genscher. Dazu vermerkte er: „Beigefügt lege ich Ihnen vor ein Papier mit Überlegungen für eine Prinzipiendebatte über unsere Rüstungsexportpolitik; Statistiken über die Waffenexporte der Bundesrepublik Deutschland und die Waffenexporte der Sowjetunion und der wichtigsten NATO-Länder."
Hat Lautenschlager am 16. Januar 1981 vorgelegen, der die Wörter „Überlegungen" und „Prinzipiendebatte" hervorhob und handschriftlich für Genscher vermerkte: „Dies ist eine erste Ausarbeitung auf Grund der Diskussion in der Dir[ektoren]b[e]spr[echung]. Meine Anmerkungen finden sich im Text. Nicht alle Argumente können m. E. vorbehaltlos übernommen werden, worauf auch Herr Seitz hinweist. Operativ müßten diese Gedanken später einmünden in eine begrenzte, aber wichtige Öffnung unserer bisher geltenden pol[itischen] Grundsätze, die im Prinzip weitergelten, aber durch einen neuen Ausnahmetatbestand ergänzt werden: Nämlich: Exporte sind möglich, wenn sie in einer Region stabilisierend wirken u. im gesamtwestl[ichen] Interesse liegen. Es muß bei Einzelfallentscheidung bleiben. Im übrigen fürchte ich, daß gerade, weil es sich um Einzelfallentscheidungen handelt, ein Rest ‚diskretionärer Ermessenentscheidungen' unvermeidlich sein wird, was zugleich politische Standfestigkeit erfordert."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 16. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Wallau am 11. März 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Hansen verfügte und handschriftlich vermerkte: „Hatte BM i[n] Mappe mit Unterlagen f[ür] Gespräch mit BK vorgelegen."
Hat Hansen am 16. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Seitz verfügte.
Hat Seitz am 16. März 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178511.

2 Die Ausfuhr von Rüstungsgütern war geregelt durch das Ausführungsgesetz vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) sowie durch das Außenwirtschaftsgesetz vom 28. April 1961. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450 bzw. S. 481–495.
Der Rüstungsexport war außerdem geregelt durch die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vom 16. Juni 1971. Vgl. dazu AAPD 1971, I, Dok. 83.
Ferner verabschiedete der Bundessicherheitsrat in seiner Sitzung am 2. Februar 1977 den Entwurf vom 16. Juni 1976 einer Richtlinie für den Rüstungsexport („Flächenpapier"). Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 195, und AAPD 1977, I, Dok. 16.

3 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „bisherigen".

4 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „deren Definition einen gewissen Ermessensspielraum zuließ."

In den letzten Jahren hat die Bundesregierung einige Waffenexporte in die Dritte Welt genehmigt, die jedoch fast ausschließlich Schiffe betrafen. Die Wünsche von Regierungen der Dritten Welt nach Waffenlieferungen werden zahlreicher und dringender. Wir stehen jetzt vor einem noch nicht näher spezifizierten Wunsch Saudi-Arabiens nach Lieferung von Panzern.[5] Angesichts der schlechthin überragenden Bedeutung Saudi-Arabiens für unser Land und den Westen insgesamt muß dieser Wunsch sehr sorgfältig geprüft werden.

Notwendigkeit einer Prinzipiendebatte. Notwendigkeit eines klaren Konzepts für die Rüstungsexportpolitik gegenüber der Dritten Welt. Dieses Konzept muß von der Bundesregierung insgesamt und von den Koalitionsparteien gemeinsam getragen und offen nach außen vertreten werden.

Von vornherein klar ist:

– Unsere Rüstungsexportpolitik gegenüber der Dritten Welt muß[6] weiterhin restriktiv bleiben.[7]
– Rüstungsexportpolitik ist keine Beschäftigungspolitik. Sie darf nicht auf den Aufbau zusätzlicher Kapazitäten gerichtet sein, für die wir dann nach Anschlußaufträgen suchen müßten. Dies würde die Außenpolitik zur Dienerin der Rüstungsexportpolitik machen.[8]
– Die Rüstungsexportpolitik ist vielmehr als Teil unserer Außen- und Sicherheitspolitik zu sehen und damit als Teil auch der Sicherheitspolitik des Bündnisses insgesamt.[9]

B. Argumentationslinie:

Rüstungsexporte unter dem Blickwinkel des Ziels der Stärkung der Unabhängigkeit der Dritten Welt und der Friedenssicherung durch regionales Gleichgewicht in der Dritten Welt auf möglichst niedrigem Niveau.

Vorbemerkung:

Die nachfolgende Argumentationslinie kann sehr leicht mißverstanden werden. Sie könnte aufgefaßt werden als Hinweis darauf, daß die Rüstungsexportpolitik gegenüber der Dritten Welt zum allgemeinen Instrument einer gezielten und globalen Sicherheitspolitik gemacht werden soll.

Es muß also sehr deutlich gemacht werden:

5 Saudi-Arabien zeigte sich seit dem Frühjahr 1979 interessiert an der Lieferung des Flakabwehrpanzers vom Typ „Gepard“ sowie des Kampfpanzers vom Typ „Leopard I“ und „Leopard II“ und des Schützenpanzers vom Typ „Marder“. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 108, sowie AAPD 1980, I, Dok. 91. Ministerialdirektor Fischer teilte der Botschaft in Djidda am 15. Januar 1981 mit: „Frage einer Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien hat hier zu intensiver öffentlicher Diskussion geführt. Neben Stimmen, die sich für eine Genehmigung aussprechen, heben kritische Äußerungen hervor, daß Waffenlieferungen an Saudi-Arabien Bedrohung für Israel darstellen. Außerdem wird behauptet, daß mit dieser Lieferung bisherige restriktive Rüstungsexportpolitik erheblich durchlöchert, wenn nicht aufgehoben werde. Bundesregierung hat noch keine Entscheidung über Lieferung von Panzern und anderen Waffen an Saudi-Arabien getroffen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 13; VS-Bd. 10407 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

6 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „grundsätzlich“.

7 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.

8 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.

9 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.

– Die im folgenden entwickelten Voraussetzungen müssen gegeben sein, wenn Ausnahmen von unserer grundsätzlich restriktiven Rüstungsexportpolitik gemacht werden sollen.[10]
– Das Vorliegen dieser außen- und sicherheitspolitischen Voraussetzungen führt jedoch nicht automatisch zu einer Ausnahmegenehmigung. In jedem einzelnen Fall ist vielmehr weiter zu prüfen, ob zwingende Gründe gegeben sind, daß die Aufgabe des Rüstungsexports in ein bestimmtes Land von uns und nicht von einem anderen westlichen Land übernommen werden soll.[11]

I. 1) Mit Bezug auf die Dritte Welt wird unsere Sicherheitspolitik konkretisiert durch die drei miteinander verbundenen Grundziele unserer Dritte-Welt-Politik:

– Frieden in der Dritten Welt,
– Unabhängigkeit der Dritten Welt,
– wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Fördert eine Waffenlieferung den Frieden in der betreffenden Region der Dritten Welt? Stärkt sie die Unabhängigkeit des Empfängerlandes? Und trägt sie durch Sicherung des Friedens und der Unabhängigkeit zur wirtschaftlichen Entwicklung bei?

Dies sind die drei Fragen, die zunächst einmal beantwortet werden müssen, wenn es um die Entscheidung für oder gegen eine Waffenlieferung geht.

Was es zu verstehen gilt, ist: Es gibt durchaus Fälle, wo diese drei Überlegungen für einen Waffenexport sprechen.

Die Annahme, Verweigerung von Waffenexporten fördere den Frieden in der Dritten Welt, ist zu einfach. Sie wird insbesondere der heutigen weltpolitischen Situation oft nicht gerecht.[12]

2) Unser Grundsatz „Kein Waffenexport in Spannungsgebiete“ ist richtig zu interpretieren: Er gilt für eine Situation, wo in einer Region der Dritten Welt Spannungen zwischen den Staaten bestehen und diese Spannungen durch einen Waffenexport in die Region erhöht würden.[13]

Er ist jedoch nicht anwendbar auf eine Situation, wo etwa durch sowjetische Waffenlieferungen in eine Region der Dritten Welt Ungleichgewicht und Instabilität erzeugt und vorhandene Spannungen verschärft werden. Hier kann ein Waffenexport, der gefährdete Länder zur Selbstverteidigung befähigt, die Spannungen und die Friedensgefährdung mindern[14].

II. Unsere Rüstungsexportpolitik muß nach dem Gesagten von zwei großen Zielen geleitet werden:

– Sie muß im gegebenen Fall dazu bereit sein, durch einen Waffenexport zur Bewahrung des Gleichgewichts und damit zur Sicherung des Friedens in der Dritten Welt beizutragen.

10 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.
11 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.
12 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „auch nicht unserer Verantwortung“.
13 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „r[ichtig]“.
14 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

– Sie muß gleichzeitig aktiv für Vereinbarungen über eine Begrenzung der Waffenexporte und -importe der Dritten Welt eintreten. Das Ziel des Gleichgewichts auf möglichst niedrigem Niveau, das sich der Westen in seiner eigenen Verteidigungspolitik setzt, sollte auch für die Regionen der Dritten Welt gelten.

1) Rüstungsexporte und Gleichgewicht

Gleichgewicht erhält den Frieden, Ungleichgewicht gefährdet ihn (Beispiel: Krieg Irak – Iran[15]).

Waffenexporte, die zu Gleichgewicht und Stabilität in einer Region der Dritten Welt beitragen, können also friedensfördernd sein. Dies gilt insbesondere dann, wenn ein militärisches Ungleichgewicht in einer Region durch Waffenexporte der Sowjetunion und ihrer Verbündeten herbeigeführt wird. Beispiele: Somalia – Äthiopien (wo die Sowjetunion zuerst das eine, dann das andere Land aufrüstete); Libyens Intervention im Tschad[16].

Das Prinzip der Friedenssicherung durch Gleichgewicht bedeutet, daß Waffenexporte in die Dritte Welt nur genehmigt werden können, wenn sie Gleichgewicht und Stabilität in der jeweiligen Region fördern und dazu beitragen, die Fähigkeit des Empfängerlandes zur Selbstverteidigung herzustellen.

Es ist also selbstverständlich: Es können nur Waffen, die zur Verteidigung bestimmt sind, geliefert werden, und es können nur Waffen an Regierungen geliefert werden, die diese Zweckbestimmung glaubhaft gewährleisten.[17] Zusätzlich: Endverbleibsklausel[18].

2) Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau – vereinbarte Rüstungsexportbegrenzungen

Die Gelder, die die Dritte Welt für Waffenkäufe ausgibt, betragen 2/3 der Entwicklungshilfe, die sie erhalten. Theo Sommer nannte dies einen Irrsinn. Ich selbst habe vor den Vereinten Nationen von einer moralischen Herausforderung an das Weltgewissen gesprochen.[19]

Ziel der westlichen Politik muß es sein, eine Begrenzung der Waffenexporte in die Dritte Welt zu erreichen. Ganz offensichtlich läßt sich dieses Ziel jedoch nicht verwirklichen, indem der Westen der Sowjetunion alleine das Feld für Waffenexporte überläßt. Er muß vielmehr Vereinbarungen anstreben, in denen Ost und West und die Waffenexport- und -importländer sich gemeinsam zu einer Begrenzung dieser Exporte und Importe verpflichten.[20]

Die Bundesregierung tritt insbesondere in den Vereinten Nationen aktiv für dieses Ziel ein. Die Begrenzung der Rüstungsexporte stand als Thema auf der Tagesordnung der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung im Jahre

15 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.

16 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 6.

17 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Im Prinzip ist das richtig. In der Praxis stellen sich Probleme der Definition. (Ist ein Panzer eine Abwehrwaffe?)“

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

19 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Dieser Teil bedarf m. E. noch einmal kritischer Durchsicht.“

20 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Zu Lasten des ‚Südens‘ – das ist nicht unproblematisch.“

1978.[21] Wir versuchen, jeden Ansatzpunkt zu nützen, diesem Ziel näherzukommen.

In diesem Zusammenhang sind auch die beiden Vorschläge zu sehen, die ich in meiner Rede vor der letztjährigen VN-Generalversammlung[22] machte:

– Der Vorschlag, ein Register einzurichten, das die weltweiten Waffenexporte und -importe offenlegt;
– und der Vorschlag, ein Register einzurichten, das aufzeigt, wieviel die einzelnen Industrieländer pro Kopf für Rüstung und wieviel sie für Entwicklungshilfe ausgeben.[23] Dieser Vorschlag steht im Zusammenhang des in den Vereinten Nationen behandelten Themas, die Vergleichbarkeit der Militärhaushalte herzustellen.

Insbesondere das erste Register würde die notwendige Transparenz schaffen, die für erfolgreiche Verhandlungen über Begrenzung der Rüstungsexporte notwendig ist. Die Register würden auch von sich aus bereits einen Druck ausüben, Waffenexporte und -importe zu vermindern.

Zwischen der Carter-Administration und der Sowjetunion fanden erste Gespräche über eine Kontrolle der Rüstungsexporte statt.[24] Die Invasion in Afghanistan[25] hat diese Gespräche wie vieles andere zum Erliegen gebracht.

3) Auf den ersten Blick könnte es verlockend scheinen, eine Parallele zu ziehen zwischen der vorhergehend skizzierten Doppelpolitik im Rüstungsexportbereich und dem Doppelbeschluß der NATO über Mittelstreckenraketen[26]. Was dort die Entschlossenheit zur Nachrüstung ist, ist hier der feste, berechenbare Wille des Westens, durch Rüstungsexportpolitik, wenn nötig zum Gleichgewicht in der Dritten Welt beizutragen und damit sowjetische Versuche zu vereiteln, durch Rüstungsexporte einseitige Vorteile[27] zu erreichen. In beiden Fällen kann dieser

21 Die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.

22 Die 35. VN-Generalversammlung fand vom 16. September bis 17. Dezember 1980 sowie am 15./16. Januar 1981 in New York statt.

23 Diese Vorschläge wurden von Bundesminister Genscher am 24. September 1980 vor der VN-Generalversammlung in New York unterbreitet. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1980, S. 883.

24 Die erste Runde amerikanisch-sowjetischer Gespräche über Rüstungsexportpolitik fand vom 14. bis 17. Dezember 1977 in Washington statt. Die Gespräche wurden vom 4. bis 8. Mai 1978 bzw. 18. bis 28. Juli 1978 in Helsinki fortgesetzt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 73, und AAPD 1978, II, Dok. 289
Vom 5. bis 15. Dezember 1978 fand in Mexico Stadt eine weitere Gesprächsrunde statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4720 des Botschafters von Staden, Washington, vom 21. Dezember 1978; VS-Bd. 13098 (213); B 150, Aktenkopien 1978.
Staden teilte am 31. Mai 1979 mit: „Ein Datum für die nächste Runde, die in Helsinki stattfinden soll, ist noch nicht festgelegt. Man wartet auf einen Impuls durch das Gipfeltreffen Carter/Breschnew, von dem eine Einigung über die Tagesordnung erhofft wird. Der wesentliche Meinungsunterschied, der in Mexico-City deutlich wurde und weitere Gespräche blockierte, besteht weiter fort. Es geht um die Frage, auf welche Regionen die abstrakten Prinzipien, die teilweise in den Arbeitsgruppen über militärisch-technische und politisch-juristische Probleme gefunden wurden, praktisch anzuwenden sind.“ Die USA wollten die Regionen Lateinamerika und Afrika erörtern, nicht jedoch Ost- und Westasien, also die Volksrepublik China, Korea und die Region am Persischen Golf, was die UdSSR fordere. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2020; Referat 422, Bd. 124194.

25 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

26 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

27 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „u. Abhängigkeiten“.

feste Wille des Westens als Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen gesehen werden.

Bei näherer Überlegung erscheint diese Parallele jedoch gefährlich: Sie dürfte den Gegnern jeglicher Rüstungsexporte in die Dritte Welt als gekünstelt und vielleicht sogar als Schlaumeierei erscheinen. Diese Parallele zu ziehen, würde damit innenpolitisch die Glaubwürdigkeit unserer mit dem Doppelbeschluß verfolgten Politik beeinträchtigen.[28]

III. Waffenlieferungen in die Dritte Welt und Bündnis

Ausnahmegenehmigungen zu Waffenexporten in die Dritte Welt müssen im Interesse des Bündnisses sein. Sie müssen ein Beitrag sein, den wir innerhalb eines Gesamtkonzepts[29] und im Sinne der Arbeitsteilung für die Sicherung der freiheitlichen Demokratien des Westens leisten.

Nach dem Grundgesetz[30] können wir keine Bundeswehrsoldaten in die Dritte Welt entsenden.[31] Um so wichtiger kann es deshalb sein, daß wir, im gegebenen Fall, durch stabilitätsorientierte Waffenlieferungen in die Dritte Welt unseren Beitrag zur Erhaltung des Friedens leisten.

Die Erhaltung der Stabilität in der Dritten Welt und die Absicherung der Blockfreiheit sind Aufgaben, die vitale Interessen des gesamten Westens berühren. Wir können unseren Beitrag zur Erfüllung dieser Aufgaben nicht nur auf den wirtschaftlichen Bereich beschränken. Wir müssen vielmehr grundsätzlich – auch dort, wo es um Waffenlieferungen geht – bereit sein, Verantwortung mitzutragen, wo wir sie mittragen können. Wir dürfen hier nicht Trittbrettfahrer innerhalb des Bündnisses sein.

IV. Waffenlieferungen und Blockfreiheit der Dritten Welt

Die Bundesregierung tritt entschieden für die Achtung und die Stärkung der Unabhängigkeit und Blockfreiheit der Länder der Dritten Welt ein. Sie betont ebenso die Gleichberechtigung dieser Länder.

Mit dieser Politik würde nicht zusammenstimmen, wenn wir uns ausnahmslos weigerten, auf Wünsche nach Waffenlieferungen einzugehen, auch wenn diese einem legitimen Bedürfnis nach Sicherung der Verteidigungsfähigkeit und Unabhängigkeit eines Landes der Dritten Welt entsprechen.[32]

Diese Haltung kann mißverstanden werden als neokolonialistische Bevormundung: „Sind Waffen in den Händen der Bundeswehr friedenssichernd und Waffen in unseren Händen friedensgefährdend?“

Einige Staaten der Dritten Welt streben danach, ihre Rüstungskäufe zu diversifizieren, um nicht von einem Staat oder einer Staatengruppe abhängig zu wer-

28 Der Passus „die Glaubwürdigkeit … beeinträchtigen“ wurde von Staatsssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese Gefahr besteht.“

29 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

30 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

31 Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. AAPD 1978, I, Dok. 162 und Dok. 163 Vgl. dazu auch Dok. 100.

32 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „Hängt von den besonderen Umständen des Einzelfalles ab.“

den. Die Bundesrepublik Deutschland, die nicht im Verdacht machtpolitischer Ambitionen steht, erscheint in diesem Zusammenhang der Dritten Welt als ein begehrenswerter Partner.

C. Einige mögliche Einwände gegen Rechtfertigung von Ausnahmegenehmigungen für Waffenexporte als Beitrag zur Friedenssicherung und zur Sicherung der Unabhängigkeit in der Dritten Welt

1) Bei den Genehmigungen von Schiffslieferungen spielte das Beschäftigungsargument eine wesentliche Rolle. Dies sollte offen zugegeben werden.

Allerdings:

– Hier wurden keine zusätzlichen Rüstungskapazitäten gebaut, sondern vorhandene Kapazitäten für den Schiffsbau ausgelastet.
– Schiffe sind keine Angriffswaffen, mit denen man einen Eroberungskrieg führen kann. (Sie können im übrigen auch nicht zur Unterdrückung der inneren Opposition verwendet werden.)
  Auf der anderen Seite ist es legitim, wenn die Entwicklungsländer, denen im neuen Meeresrecht eine Wirtschaftszone von 200 Seemeilen zugeteilt wird, in der Lage sein wollen, diese Zone zu kontrollieren und zu schützen.[33]
– Die Schiffslieferungen stehen also voll mit unserem Ziel der Sicherung des Friedens und der Unabhängigkeit der Dritten Welt in Übereinstimmung.

2) Nach den Zahlen der amerikanischen Arms Control and Disarmament Agency haben die USA einen Anteil von 36% an den Waffenlieferungen in die Dritte Welt, die Sowjetunion einen Anteil von 34%. Die SIPRI-Zahlen (nur „major arms“) sind für die USA noch weit ungünstiger: 45% zu 27,5%. Nach den ACDA-Zahlen haben die fünf westlichen Länder USA, Frankreich, Großbritannien, Italien, Bundesrepublik Deutschland einen Anteil von rd. 55%, nach den SIPRI-Zahlen von über 65% der Waffenexporte in die Dritte Welt.

Spricht dies nicht dafür, daß die Störung des Gleichgewichts und der Stabilität in der Dritten Welt von den NATO-Ländern ausgeht und nicht von der Sowjetunion?

Auf diesen Einwand ist gegenüber einem „Ungläubigen“ nicht ganz leicht zu antworten. Man wird betonen, daß es nicht auf den abstrakten Wert der Waffenlieferungen ankommt, sondern darauf, mit welchen Motiven die Waffen geliefert werden und in welche Länder sie geliefert werden.

Eine Übersicht darüber ist auf S. 5 des statistischen Anhangs gegeben.[34] Es fällt auf, daß viele der Hauptempfängerländer von Waffen aus der Sowjetunion

33 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

34 Dem Vorgang beigefügt. Auf Seite 5 der Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schönfelder vom 15. Januar 1981 waren die wichtigsten Empfänger von Waffenexporten der USA und der UdSSR in der Dritten Welt von 1974 bis 1978 aufgeführt. Während die USA Iran (6,7 Mrd. Dollar), Israel (4,6 Mrd. Dollar), die Republik Vietnam (Südvietnam) (1,6 Mrd. Dollar), Saudi-Arabien (1,5 Mrd. Dollar) und die Republik Korea (Südkorea) (1,3 Mrd. Dollar) belieferten, exportierte die UdSSR Waffen nach Irak (3,6 Mrd. Dollar), Libyen (3,4 Mrd. Dollar), Syrien (2,7 Mrd. Dollar), Indien (1,6 Mrd. Dollar), Äthiopien (1,3 Mrd. Dollar) sowie Algerien (1,2 Mrd. Dollar). Vgl. dazu Referat 02, Bd. 178511.

Angriffskriege (oder -handlungen) geführt haben oder führen: Indien gegen Pakistan 1971[35], Vietnam gegen Kambodscha[36]; Somalia–Äthiopien[37]; Südjemen–Nordjemen[38]; Irak–Iran; Libyen im Tschad.

Ferner: Die Sowjetunion führt ihre Expansions- und Destabilisierungspolitik in der Dritten Welt nicht nur mittels Waffenexporten, sondern vor allem auch durch subversive Tätigkeit.[39]

[Seitz][40]

Referat 02, Bd. 178511

35 Nach den Parlamentswahlen in Pakistan am 7. Dezember 1970 kam es zu Unruhen bis hin zur Abspaltung Ostpakistans und zur Proklamation der Unabhängigkeit Bangladeschs, das von Indien unterstützt wurde. Kampfhandlungen zwischen Indien und Pakistan brachen am 3. Dezember 1971 aus. Nach der Kapitulation der pakistanischen Truppen am 16. Dezember 1971 ordnete die indische Regierung einen einseitigen Waffenstillstand an der Westfront an, der am folgenden Tag von Pakistan akzeptiert wurde. Vgl. dazu AAPD 1971, I, Dok. 135, und AAPD 1971, III, Dok. 385 und Dok. 389.

36 Im Laufe des Jahres 1977 kam es zwischen Vietnam und Kambodscha wiederholt zu Grenzstreitigkeiten. Am 25. Dezember 1978 marschierten schließlich vietnamesische Truppen in Kambodscha ein und eroberten am 7. Januar 1979 Phnom Penh.

37 Nach verschiedenen bewaffneten Auseinandersetzungen an der äthiopisch-somalischen Grenze in der Region Ogaden kam es seit dem 23. Juli 1977 zu einer somalischen Offensive mit dem Ziel einer Unterstützung der Westsomalischen Befreiungsfront, die die Unabhängigkeit von Äthiopien anstrebte. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 297, und AAPD 1978, I, Dok. 41 und Dok. 67.

38 Im Februar/März 1979 kam es zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen der Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen). Auf einer durch Vermittlung arabischer Staaten zustande gekommenen Konferenz in Kuwait beschlossen die Präsidenten Saleh (Nordjemen) und Ismail (Südjemen) am 30. März 1979 die Beilegung des Konflikts sowie den Vollzug der bereits 1972 geplanten Vereinigung beider Staaten zur „Jemenitischen Volksrepublik“ mit der Hauptstadt Sanaa. Vgl. dazu den Artikel „Plan to Unify Yemens Envisages Single Republic Within 4 Months“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 31. März/1. April 1979, S. 4.

39 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich eingefügt: „u. durch Schaffung von Abhängigkeiten auf Grund von Waffenexporten u. Ausbildern.“

40 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

10

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.14 FRA/KAE-57/81 VS-vertraulich **19. Januar 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: KSZE-Folgetreffen in Madrid;
hier: Bewertung der in Madrid vorgelegten Vorschläge zu den militärischen Aspekten der Sicherheit

Bezug: Vorlage vom 10. Dezember 1980, 221-372.14 POL-2106/80 VS-vertraulich[3]

Anlg.: 1[4]

I. 1) Bis zum Ende des ersten Abschnitts des Madrider KSZE-Folgetreffens sind sechs Vorschläge zu den militärischen Aspekten der Sicherheit registriert worden, die sich mit dem Projekt einer europäischen Abrüstungskonferenz und mit vertrauensbildenden Maßnahmen befassen:

– polnischer Vorschlag vom 8.12.1980 für eine „Konferenz über militärische Abrüstung und Entspannung in Europa“[5],
– französischer Vorschlag vom 9.12.1980 für eine „Konferenz über Abrüstung“ in Europa[6],

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Legationssekretär von Schubert konzipiert.
Hat Holik am 9. Februar 1981 erneut vorgelegen.
Hat Schubert erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 6. Februar 1981 vorgelegen.

3 Ministerialdirigent Bräutigam notierte am 10. Dezember 1980 zu dem von Polen am 8. Dezember 1980 eingebrachten Vorschlag (CSCE/RM.6): „Insgesamt trägt der Konferenzvorschlag den Hauptzielen Rechnung, die der Warschauer Pakt seit geraumer Zeit mit diesem Projekt verfolgt: Durch eher geringfügige Ausweitung der vertrauensbildenden Maßnahmen (ohne Verbindlichkeit und ohne Erweiterung des Geltungsraums) Engagement zugunsten propagierter ‚militärischer Entspannung‘ unter Beweis zu stellen; ungeachtet einer Vielzahl wohlklingender Zielvorstellungen eine Festlegung der Konferenz auf konkrete Verhandlungsziele und auf Kriterien zu vermeiden, an denen Verhandlungsergebnisse gemessen werden können; den geographischen Anwendungsbereich von Verhandlungsergebnissen offenzulassen, um auf einer späteren Konferenz das Konsensprinzip im östlichen Interesse zur Geltung zu bringen: Die Sowjetunion könnte ihre Zustimmung zu militärisch relevanten Maßnahmen von ihrer geographisch beschränkten Anwendung abhängig machen; die sicherheitspolitische Diskussion in Europa vorwiegend in mehr deklaratorische und propagandistisch nutzbare Geleise wie Erörterungen über Gewaltverzicht (doppelter Einsatzverzicht), Moratorium für die Ausweitung von Bündnissystemen und auf lange Sicht eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems zu lenken.“ Vgl. VS-Bd. 11447 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die tabellarische Übersicht über die auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid eingebrachten Vorschläge für eine europäische Abrüstungskonferenz und vertrauensbildende Maßnahmen vgl. VS-Bd. 11443 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Für den Wortlaut des polnischen Vorschlags vom 8. Dezember 1980 für eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa (CSCE/RM.6) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 237.

6 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

– Vorschlag der N+N-Staaten vom 12.12.1980 für die Weiterentwicklung der in der Schlußakte[7] enthaltenen VBM in Madrid selbst[8],
– jugoslawischer Vorschlag vom 12.12.1980 für eine „Konferenz über Abrüstung in Europa“[9],
– schwedischer Vorschlag vom 15.12.1980 für eine „Konferenz über Abrüstung in Europa“[10],
– rumänischer Vorschlag vom 15.12.1980 für eine „Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa“[11], der zusammen mit einem gesonderten Vorschlag Rumäniens über neue VBM[12] vorgelegt wurde.

Übersicht vgl. Anlage.

2) Die politisch wichtigsten und von der Konzeption her entscheidenden dieser Vorschläge sind der französische Vorschlag für eine „Konferenz über Abrüstung in Europa“ (KAE), der von den NATO-Partnern Frankreichs – mit dem bekannten amerikanischen Vorbehalt[13] – mitgetragen wird, und der polnische, vom Warschauer Pakt unterstützte Vorschlag für eine „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa“ (KMEA). In diesen beiden Vorschlägen manifestieren sich die unterschiedlichen Zielsetzungen, die West und Ost im Zusammenhang mit dem Konferenzgedanken verfolgen:

– Dem Westen kommt es auf die Verwirklichung eines Sachkonzepts an; er möchte das Forum der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten für einen vereinbarten Beitrag zur Stabilisierung der militärischen Situation in ganz Europa nutzen und schlägt zunächst Verhandlungen über militärisch bedeutsame verbindliche und verifizierbare vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) vor, die auf dem gesamten europäischen Kontinent Anwendung finden sollen.
– Dem Osten geht es um eine Konferenz um ihrer selbst willen, um die sicherheitspolitische Diskussion in Europa weiter in die mehr deklaratorisch und

7 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

8 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Liechtensteins, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns (CSCE/RM.21) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 239–241.

9 Für den Wortlaut des jugoslawischen Vorschlags (CSCE/RM.27) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 241 f.

10 Für den Wortlaut des schwedischen Vorschlags (CSCE/RM.34) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 244–246.

11 Für den Wortlaut des rumänischen Vorschlags (CSCE/RM.31) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 242 f.

12 Für den Wortlaut des rumänischen Vorschlags (CSCE/RM.33) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 244.

13 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 9. Dezember 1980, daß nach Auskunft der amerikanischen und französischen KSZE-Delegationen am Vortag in Brüssel bilaterale Gespräche über einen Passus zur Konferenz über Abrüstung in Europa im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel geführt worden seien: „Nach Verlesung des in der Nacht vom 8. auf den 9. Dezember ausgehandelten Textes […] wurde von NL, uns, B und N bedauert, daß der Entwurf keine positive Bewertung des KAE-Vorschlags (etwa: note with satisfaction) enthalte und das Kriterium der Verbindlichkeit fallenlasse. Kampelman erläuterte die amerikanische Haltung: Die abtretende Carter-Administration wolle die Entscheidungsfreiheit der neuen Administration nicht beeinträchtigen. Die USA könnten sich daher im Ministerrats-Kommuniqué und in Madrid nicht inhaltlich zum französischen Vorschlag festlegen. Er werde dieses formale Problem in einer Pressekonferenz, möglicherweise auch im Plenum, erklären.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1191; Referat 221, Bd. 116918.

propagandistisch nutzbaren Geleise seines Konzepts der „militärischen Entspannung“ zu lenken.

Unter taktischen Gesichtspunkten müßte der Westen, wenn es um reine Ost-West-Verhandlungen ginge, in der günstigeren Verhandlungsposition sein. Der Osten müßte, wenn er vom Westen die Zustimmung zur Einberufung einer Konferenz will, bereit sein, einen Preis im Sinne eines Eingehens auf das westliche Sachkonzept zu zahlen. Der polnische Vorschlag zeigt, daß er dazu bis zu einem gewissen Grad bereit ist, indem er VBM als Verhandlungsgegenstand einer ersten Konferenzphase akzeptiert. Ein Eingehen auf die westlichen Kriterien für die zu vereinbarenden VBM lehnt der Osten jedoch ab und strebt statt dessen eine eher geringfügige Ausweitung der bisherigen VBM ohne stärkeren Verpflichtungsgrad und ohne Erweiterung des Geltungsbereichs auf ganz Europa an. Obgleich der Osten bisher nicht bereit ist, den vollen vom Westen geforderten Preis für eine Konferenz zu zahlen, könnte er sich eine starke taktische Position verschaffen, wenn es ihm gelingt, das Interesse der neutralen und ungebundenen KSZE-Teilnehmer an der Einberufung einer Konferenz oder wenigstens bescheideneren Ergebnissen bei den militärischen Aspekten der Sicherheit gegen den Westen zu nutzen.

3) Die N+N-Staaten haben nicht zu einer gemeinsamen Position zur Konferenz gefunden. Dies machen schon die in der Substanz weit auseinandergehenden Konferenzvorschläge Schwedens und Jugoslawiens deutlich. Während der schwedische Vorschlag versucht, einen Kompromiß aus Elementen der westlichen und östlichen Konferenzvorschläge zu formulieren, reflektiert der jugoslawische Vorschlag – ähnlich wie der rumänische – spezifische nationale Interessen (Disengagement, Sicherheit vor Interventionen, nukleare Abrüstung). Kleinsten gemeinsamen Nenner stellt der von allen N+N-Staaten eingebrachte Vorschlag zur Weiterentwicklung der „klassischen“ VBM der Schlußakte von Helsinki durch das Folgetreffen in Madrid dar.

Die Unterstützung von Elementen der westlichen Position durch eine ganze Reihe von N+N-Staaten läßt zwar insgesamt die Tendenz zur Bevorzugung des westlichen Konferenzkonzeptes erkennen. Dennoch könnte das in den Vorschlägen aus dem N+N-Lager deutliche Bestreben, im Wege des Kompromisses auch bescheidenere Ergebnisse in Madrid anzustreben, die westlichen Bemühungen um die Durchsetzung eines Substanzmandats erheblich erschweren.

Der Westen wird in der zweiten Runde des Madrider Folgetreffens[14] vor der schwierigen Aufgabe stehen,

– einerseits auch gegenüber den N+N-Staaten keinen Zweifel daran zu lassen, daß er zu Kompromissen in den Kernfragen seiner Verhandlungsposition nicht bereit ist,
– andererseits zu verhindern, daß eine Interessenkoalition zwischen WP- und N+N-Staaten zustande kommt.

Dies wird in den nächsten Wochen eingehende Vorbereitungen zum taktischen Vorgehen insbesondere in der Schlußphase des Treffens erforderlich machen.

14 Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid begann am 11. November 1980, wurde am 19. Dezember 1980 vertagt und nahm ihre Arbeit am 27. Januar 1981 wieder auf.

II. Die Vorschläge im einzelnen

1) Französischer Vorschlag

Der von Frankreich vorgelegte, in der NATO abgestimmte Mandatsentwurf legt die Voraussetzungen fest, unter denen der Westen die Einsetzung einer KAE für sinnvoll hält:

– enge und klar definierte Verbindung zwischen KAE und KSZE, um KAE als Teil von Korb I[15] in den KSZE-Prozeß einzubinden;
– Konzentration in der ersten Konferenzphase auf die Entwicklung militärisch bedeutsamer, verbindlicher und verifizierbarer VBM, die auf dem gesamten europäischen Kontinent vom „Atlantik bis zum Ural" anwendbar sein müssen;
– Entscheidung über den weiteren Verlauf der Konferenz auf einem nächsten KSZE-Folgetreffen im Lichte der in Phase I erzielten Ergebnisse;
– Ausschluß von Verhandlungen über Nuklearwaffen.

2) Polnischer Vorschlag (hierzu wird im einzelnen auf die in der Bezugsvorlage bereits vorliegende Bewertung verwiesen)

Der polnische Mandatstext macht in seiner Allgemeinheit und Offenheit das Streben des Ostens nach einer Konferenz um ihrer selbst willen deutlich. Das von östlicher Seite bei der Einführung und Begründung des Vorschlags immer wieder beschworene „demokratische" Vorgehen bei der Einberufung und Abwicklung der Konferenz zielt darauf ab, die substantiellen Elemente des westlichen Konferenzvorschlags als Vorbedingungen abzustempeln. Dabei liegt gerade in der „Offenheit" des östlichen Mandatstextes angesichts der Vielzahl eingereichter und möglicherweise noch zu erwartender Vorschläge (Finnland) eine besondere Gefahr, da dies den Anschein erweckt, als könnten alle Vorstellungen auf einer Konferenz, wenn sie erst einmal einberufen ist, eine sachgerechte und gleichrangige Berücksichtigung erfahren. Tatsächlich würde der Osten jedoch auf einer Konferenz, deren Einberufung der Westen ohne präzises Verhandlungsmandat zugestimmt hat, gestützt auf das Konsensprinzip, eine Verwirklichung des westlichen Sachkonzepts (insbesondere in der geographischen Frage) unterbinden.

Angesichts dieser Situation muß der Westen wie bisher darauf bestehen, daß die Einberufung einer Konferenz nur dann sinnvoll sein kann, wenn deren inhaltliche Rahmenbedingungen schon im Verhandlungsmandat präzise festgelegt sind.

3) Vorschlag der N+N-Staaten für die Weiterentwicklung der in der Schlußakte enthaltenen „klassischen" VBM

a) Der Vorschlag zielt darauf ab, in Madrid selbst einen Beschluß über VBM herbeizuführen. Angestrebt werden im wesentlichen die Weiterentwicklung der bereits vorhandenen VBM durch Herabsetzung der Parameter, weitere Verfeinerung der Anwendungsbestimmungen sowie teilweise Einführung eines höheren Verbindlichkeitsgrades. Darüber hinaus werden die Vorankündigung von Manövern der Seestreitkräfte, in die amphibische Kräfte einbezogen sind, die

15 Für den Wortlaut des Abschnitts „Fragen der Sicherheit in Europa" (Korb I), der aus einer Prinzipienerklärung und einem Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung bestand, vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–924.

Vorankündigung größerer Manöver der Seestreitkräfte sowie Offenheit von Informationen über militärische Ausgaben vorgeschlagen.

b) Die Gefahr dieses Vorschlags liegt darin, daß er als Rückfallposition für den Fall eines Scheiterns der Bemühungen um eine Konferenz gedacht ist.

Für den Westen geht es in Madrid darum, den Rahmen für die Verhandlung neuer VBM sowie deren qualitative Kriterien festzulegen. Jede Verhandlung von VBM in Madrid selbst würde den Rahmen der Madrider Konferenz sprengen. Eine in Madrid erfolgte Einigung oder auch nur die Verhandlung über Maßnahmen geringerer Qualität, wie sie im N+N-Vorschlag enthalten sind, liefe unseren Interessen zuwider, da dies die Chancen für eine Einigung auf eine Konferenz über neue vertrauensbildende Maßnahmen in Madrid und auch später verringern würde.

4) Jugoslawischer Vorschlag

a) Der jugoslawische Konferenzvorschlag hat im wesentlichen folgenden Inhalt:

– Zweiphasige Konferenz, deren Mandat, Zeit, Ort und Modalitäten von einem Vorbereitungstreffen festgelegt werden sollen.
– In der ersten Phase sollen Übergangsmaßnahmen verhandelt werden: Maßnahmen zur Begrenzung militärischer Aktivitäten, zur Beendigung des Wettrüstens und zur militärischen Entflechtung. In der zweiten Phase sollen Abrüstungsverhandlungen über konventionelle und taktisch-nukleare Waffen geführt sowie Empfehlungen für andere Abrüstungsgremien erarbeitet werden, in denen über Nuklearwaffen verhandelt wird.
– Der geographische Anwendungsbereich soll auf einer Konferenz für jede einzelne Maßnahme gesondert bestimmt werden.
– Die Konferenz soll in Übereinstimmung mit den Zielen und Prinzipien der KSZE erfolgen; die KSZE soll Verlauf und Ergebnisse der Konferenz überprüfen und Beschlüsse über komplementäre Schritte fassen. Der Übergang von Phase I zu Phase II erfolgt automatisch.

b) Der jugoslawische Vorschlag bietet kaum Berührungspunkte mit dem westlichen Konferenzkonzept:

– Die Einberufung eines Vorbereitungstreffens zur Ausarbeitung eines Konferenzmandats würde die Konferenzmaterie bereits faktisch aus dem KSZE-Prozeß ausgliedern. Hieran könnte auch die geforderte Übereinstimmung der Konferenz mit Zielen und Prinzipien der KSZE sowie die eher locker formulierte Überprüfungsverpflichtung durch die KSZE nichts ändern. Auch ein automatischer Übergang von Phase I zu Phase II würde zur Loslösung einer KAE von der KSZE beitragen.
– Das jugoslawische Bestreben, in der ersten Konferenzphase auf der Grundlage weiterentwickelter „klassischer“ VBM in der von den N+N-Staaten vorgeschlagenen Form sofort Constraint- und Entflechtungsmaßnahmen zu behandeln, ist mit westlichen Sicherheitsinteressen nicht vereinbar. Abgesehen davon, daß Entflechtungsmaßnahmen zu Zonen mit besonderem sicherheitspolitischem Status führen würden, sind alle Maßnahmen, die einschneidende Auswirkungen auf die Verteidigungsfähigkeit haben könnten, allenfalls denkbar, wenn VBM der vom Westen vorgeschlagenen Art zu einer Er-

höhung der Transparenz in militärischen Angelegenheiten in ganz Europa geführt haben.

– Die gesonderte Festlegung des geographischen Geltungsbereichs für jede einzelne Maßnahme widerspricht dem Hauptelement der westlichen Position. Sie würde dem Osten auf einer Konferenz einen Hebel an die Hand geben, gerade bei militärisch bedeutsamen Maßnahmen seine Zustimmung zur Anwendung auf ganz Europa zu verweigern.

– Die von Jugoslawien vorgesehene umfassende Einbeziehung von Nuklearwaffen ist für uns nicht akzeptabel, da diese Fragen im 35er Rahmen nicht sinnvoll behandelt werden können.

5) Schwedischer Vorschlag

a) Wesentlicher Inhalt

– Zweiphasige Konferenz, die sich in ihrer ersten Phase auf Verhandlungen über VBM zur Förderung der Offenheit, Zurückhaltung und Entflechtung konzentrieren soll. Diese Maßnahmen sollen politisch verpflichtend, militärisch bedeutsam, angemessen kontrollierbar und in ganz Europa anwendbar sein.

– Als Maßnahmen werden vorgeschlagen: Ankündigung von Luft- und Seemanövern; Ankündigung von Aktivitäten der Bodentruppen außerhalb der Standorte; Ankündigung von Übungen, die Ausrüstungen für chemische und nukleare Kriegführung einschließen; Austausch von Informationen einschließlich solcher über Militärhaushalte; Einführung von Manöverhöchstgrenzen; militärische Zurückhaltung und Entflechtung in gefährdeten Grenzgebieten.

– Bereits in der ersten Phase soll ein Meinungsaustausch über konventionelle Waffen und Kernwaffen in Europa sowie über in anderen Foren geführte Verhandlungen stattfinden.

– Ziel der zweiten Phase sind Vereinbarungen über Begrenzung und Reduzierung von Rüstung im konventionellen Bereich und „schließlich auch“ im Bereich der Nuklearwaffen.

– Der Übergang von der ersten zur zweiten Phase geschieht automatisch. Die von der Konferenz erzielten Vereinbarungen werden unverzüglich durchgeführt, bedürfen aber der Bestätigung und Registrierung durch ein späteres KSZE-Folgetreffen.

b) Der schwedische Vorschlag beinhaltet Elemente aller anderen Vorschläge und sucht offensichtlich einen für alle annehmbaren Kompromiß.

– Positiv ist die Übernahme der westlichen VBM-Kriterien, wobei allerdings der geographische Parameter (Anwendungsgebiet die gesamte europäische Region) nur aus dem Kriterium der „militärischen Bedeutung“ abgeleitet und als „Endkonsequenz“ relativiert wird.

– Zu den konkret vorgeschlagenen VBM gehören allerdings auch solche, die in der NATO geprüft und verworfen worden sind, insbesondere die Notifizierung von Luft- und Seemanövern, sowie Constraint-Maßnahmen.

– Nachteilig ist die Befassung der ersten Phase der Konferenz mit fast allen Fragen, die für die Abrüstung in Europa relevant sind. Hier besteht die Gefahr, daß die Konferenz schon in diesem Stadium von ihrem eigentlichen Ziel,

der Vereinbarung neuer VBM, abgelenkt würde. Der Osten hätte überdies Gelegenheit, seine deklaratorischen Ziele zu verfolgen und damit die Diskussion konkreter Maßnahmen zu verdrängen.

– Gefährlich ist auch der automatische Übergang von der ersten Phase zu den konkreten Abrüstungsverhandlungen in Phase II. Schon wegen der Notwendigkeit einer möglichst starken Einbindung der KAE in den KSZE-Prozeß darf ein solcher Schritt nur auf der Grundlage einer Entscheidung eines weiteren KSZE-Folgetreffens erfolgen. Dies ist darüber hinaus erforderlich, um zu gewährleisten, daß konkrete Abrüstungsverhandlungen erst dann begonnen werden, wenn dies aufgrund des Verlaufs und der Ergebnisse der ersten Phase sinnvoll erscheint.

6) Rumänischer Vorschlag

a) Wesentlicher Inhalt

– Zweiphasige Konferenz, die in der ersten Phase sofort in die Praxis umsetzbare Beschlüsse über VBM fassen soll. Der von Rumänien gesondert eingebrachte VBM-Vorschlag sieht vor: Verbot multinationaler Manöver in Grenznähe; Einfrieren der Militärhaushalte; Verbot der Einrichtung neuer Militärbasen und Standplätze für Kernwaffen; Einsatzverbot neuer Truppen auf dem Gebiet anderer Staaten in Europa; Ankündigung militärischer Bewegungen größeren Ausmaßes; Ankündigung von Luft- und Marinemanövern.
– Die zweite Phase soll der Prüfung und Verabschiedung von Maßnahmen zur militärischen Entflechtung und Abrüstung gewidmet sein. Der Übergang von Phase I auf Phase II erfolgt aufgrund eines Beschlusses des nächsten KSZE-Folgetreffens.

b) Der rumänische Vorschlag ist von der Formulierung her ähnlich weit und offen für Interpretationen wie der von Polen vorgelegte. Insbesondere werden keine Kriterien für auszuhandelnde neue VBM festgelegt, was die Möglichkeit zur Einbringung deklaratorischer Vorschläge bereits in Phase I offenläßt, obwohl solche Vorschläge nicht wie im polnischen Vorschlag ausdrücklich genannt werden.

Der geographische Geltungsbereich ist im Mandatstext nicht näher spezifiziert, lediglich im Text des VBM-Vorschlags wird die Geltung einzelner Maßnahmen „in Europa“ bestimmt.

Die Einbindung der Konferenz in den KSZE-Prozeß ist insbesondere durch die Beschlußfassungspflicht des nächsten KSZE-Folgetreffens (auch über Phase II) stark ausgeprägt.

Insgesamt scheint es die Tendenz des rumänischen Vorschlags zu sein, kontroverse Themen zunächst auszuklammern, um so den Eindruck breiter Konsensfähigkeit zu erwecken.

Blech

VS-Bd. 11443 (221)

11

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer

331-320.10 ELS **19. Januar 1981**

Über Herrn D 3[1] und Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Unsere Haltung gegenüber El Salvador[3] und Zentralamerika unter Berücksichtigung unserer Beziehungen zu den USA

Bezug: Ministervorlagen vom 10.11.[4] und 16.12.1980[5] (als Anlage 1 und 2 beigefügt)
Anlage 3

Auf der Bezugsvorlage vom 16. Dezember 1980 haben Sie bezüglich unserer Haltung gegenüber El Salvador entschieden: „Größte Zurückhaltung“ (Anlage 1[6]).

1 Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 19. Januar 1981 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 6. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte: „B[itte] jüngste St[ellung]n[ahme] der US-Reg[ierung] (Demarche der US-Botschaft Bonn) und Stn. des Pressesprechers der B[undes]reg[ierung] nach letzter Kab[inetts]-sitzung (Demokratie auf beiden Seiten, wir nicht im Vordergrund) in diese Aufz[eichnung] einbeziehen. Schluß muß im Lichte der Stn. von StS Becker neu gefaßt werden.“
Hat Gorenflos am 9. Februar 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Limmer verfügte.
Hat Limmer erneut vorgelegen.

3 Am 15. Oktober 1979 kam es in El Salvador zum Sturz des Präsidenten Romero und zur Bildung einer Regierungsjunta aus Offizieren und Vertretern verschiedener Parteien. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 298.

4 Ministerialdirektor Gorenflos legte dar: „Seit Anfang 1980 besteht die Junta aus zwei Offizieren und drei Zivilisten, unter ihnen die beiden maßgeblichen Führer der Christdemokraten: Duarte und Morales. Das Ausscheiden der sozialistischen Kräfte demokratischer und nichtdemokratischer Schattierung aus der Junta und ihr Zusammenschluß mit linksextremen Kräften führte zur Bildung einer starken Oppositionsfront, die entschlossen war, weniger mit friedlichen als vielmehr mit kriegerischen und terroristischen Mitteln für eine revolutionäre Lösung unter Inkaufnahme eines Bürgerkrieges zu kämpfen. Andererseits zwang diese Entwicklung die Junta, sich stärker an das Militär anzulehnen. […] Die Regierungsjunta ergriff einschneidende reformpolitische Maßnahmen durch Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels und Einleitung der Agrarreform.“ Zu den Optionen der Politik der Bundesregierung führte Gorenflos aus: „Eine Lösung gegen die USA kommt nicht in Frage. Es bleiben deshalb als Optionen nur, entweder ähnlich wie die USA die Junta zu unterstützen, oder die USA für eine andere Politik zu gewinnen oder nicht Partei zu ergreifen und zu einem Abbau der Polarisierung in El Salvador beizutragen. […] Der dritten Option ist der Vorzug zu geben. Die Entwicklung in El Salvador ist im Fluß. Wir können die Lage nicht voll überschauen. Deshalb ist zunächst Zurückhaltung angezeigt. Wir halten uns damit die Möglichkeit offen, später auf eine schrittweise Unterstützung der Junta überzugehen.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127415.

5 Ministerialdirektor Gorenflos notierte, die Junta sei „offenbar unter dem Druck der Aussetzung amerikanischer Hilfe nach dem Mord an vier amerikanischen Nonnen umgebildet worden. Der Christdemokrat Napoleón Duarte wird alleiniger ziviler Interimspräsident.“ Die innenpolitische Entwicklung sei „noch nicht abgeschlossen, die endgültige Machtverteilung noch nicht zu übersehen. […] Die Bundesregierung muß alles unterlassen, was als Unterstützung der gewalttätigen und undemokratischen rechts- und linksextremen Kräfte interpretiert werden kann. […] Die neue, gestraffte Regierungsstruktur stellt einen Mann an die Spitze, dessen demokratisches Engagement und dessen Mut unzweifelhaft sind.“ Es sei „schwer vorstellbar, daß die neue Regierung ohne amerikanische Zustimmung zustande gekommen wäre und daß das Transition Team Reagans nicht konsultiert worden ist.“ Vgl. Referat 331, Bd. 116073.

6 Dem Vorgang nicht beigefügt. Vgl. Anm. 5.

Dieser Entscheidung entspricht die Option, die in der (als Anlage 2 erneut vorgelegten[7]) Aufzeichnung vom 10. November 1980 vorgeschlagen wurde. Die Grundprämisse dieser Aufzeichnung, daß die USA eine Machtergreifung der revolutionären Linken in El Salvador nicht hinzunehmen bereit sind, wurde durch die am 14. Januar erklärte Weiterführung der US-Militärhilfe erneut bestätigt.[8]

Für die US-Regierung ist unsere Zurückhaltung gegenüber El Salvador angesichts ihrer und Venezuelas Unterstützung der dortigen Regierungsjunta und unseres Engagements in Nicaragua[9] zwar enttäuschend, wird aber ohne Belastung unserer Beziehungen bleiben, wenn sie für uns nicht nur gegenüber der Regierungsjunta gilt, sondern auch ausschließt, daß die revolutionäre linke Oppositionsfront direkt oder indirekt von der Bundesregierung oder von einer die Bundesregierung tragenden Parteien materielle oder ideelle Hilfestellung erhält (vgl. Äußerung Wischnewskis vom 15.1.1981 – Anlage 3[10]).

Die Entscheidung zu größter Zurückhaltung schließt vorläufig eine Wiederaufnahme von Entwicklungshilfe[11] und die Durchführung des ursprünglich von Ihnen zugesagten Besuchs des salvadorianischen Außenministers[12] ebenso aus wie die Wahrnehmung hochrangiger Führer der revolutionären Opposition auf höherer Ebene der Bundesregierung. In internationalen Gremien erfordert die-

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4.

8 Das amerikanische Außenministerium gab am 14. Januar 1981 die Wiederaufnahme der am 5. Dezember 1980 unterbrochenen amerikanischen Militärhilfe für El Salvador bekannt. Diese umfaßte 420 000 Dollar für Trainingsmaßnahmen, Ausrüstung in Höhe von fünf Millionen Dollar und die Bereitstellung von zwei Transporthubschraubern. Am 17. Januar 1981 wurde die Aufstockung der Militärhilfe um weitere fünf Millionen Dollar mitgeteilt. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 69.

9 Infolge des Bürgerkriegs in Nicaragua trat Präsident Somoza am 17. Juli 1979 zurück und verließ das Land; die Sandinistische Befreiungsfront übernahm die Regierung. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 207 und Dok. 279, sowie AAPD 1980, I, Dok. 74, und AAPD 1980, II, Dok. 255.
Gemäß einer Aufzeichnung des Referats 331 vom 9. Juli 1981 erhielt Nicaragua von Juli 1979 bis Februar 1981 Mittel in Höhe von insgesamt 95,5 Mio. DM, bestehend aus 61,5 Mio. DM Warenhilfe, 32,89 Mio. DM Technischer Zusammenarbeit und 0,85 Mio. DM sonstigen Hilfen. Vgl. dazu Referat 331, Bd. 127454.

10 Dem Vorgang nicht beigefügt.

11 Ministerialdirektor Meyer-Landrut legte am 9. Juni 1980 dar: „Im Februar d. J. wurde das entsandte Personal der Botschaft San Salvador aus Sicherheitsgründen abgezogen. […] Nach Anschlägen auf Projekte der Entwicklungshilfe wurden im Einvernehmen mit dem BMZ alle EH-Experten aus El Salvador abgezogen. […] Die Handelsbeziehungen werden fortgesetzt, Hermes-Bürgschaften aber nicht mehr gegeben." Vgl. Referat 331, Bd. 127417.
Bundesminister Offergeld teilte Bundesminister Genscher am 9. Oktober 1980 mit, er bezweifle, „daß angesichts der politischen Lage, insbesondere der wegen des Bürgerkrieges unübersichtlichen Sicherheitslage in El Salvador, Mittel der Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit derzeit sinnvoll eingesetzt werden können, ganz zu schweigen von dem nicht zu verantwortenden Risiko, das der Entsendung von Fachkräften entgegensteht." Vgl. das Schreiben; Referat 331, Bd. 127417.

12 Ministerialdirektor Gorenflos notierte am 14. November 1980 für Bundesminister Genscher zu einem möglichen Besuch des salvadorianischen Außenministers Chávez Mena: „Sie hatten ursprünglich dem Besuchswunsch des salvadorianischen Außenministers durch Gewährung eines Termins am 8.9.80 (Arbeitsbesuch) entsprochen. Die salvadorianische Seite bat um Verlegung dieses Termins auf den 25. September 1980 im Zusammenhang mit einer Europareise des AM. Am 3. September 1980 haben Sie Weisung erteilt, der Botschaft von El Salvador mitzuteilen, daß Sie den AM selbst empfangen wollen, dies aber erst im November oder Dezember 1980 möglich sei. Die Salvadorianer bitten nun um einen konkreten Terminvorschlag. Wenn dieser für 1980 nicht mehr möglich ist, wären sie sicher auch mit einem Termin im Januar oder Februar 1981 zufrieden." Vgl. Referat 331, Bd. 116073.

se Politik der Zurückhaltung, daß wir Resolutionen in den VN oder anderswo, die einseitig Partei ergreifen, nicht unterstützen.

Das Hauptproblem beim Verfolg einer Politik größter Zurückhaltung liegt für die Bundesregierung darin, daß die US-Regierung – wie übrigens auch andere Regierungen – nicht in der Lage und nicht bereit zu sein scheinen, zu unterscheiden zwischen Haltung und Handlungen der Bundesregierung und denen einer Partei oder einer sonstigen mit der Regierung verbundenen Institution. Die SPD hat sich bilateral durch die FES und multilateral über die Sozialistische Internationale sehr eindeutig für die linke Opposition FDR/DRU[13] eingesetzt (FDR = Demokratische Revolutionsfront = Dachverband der linksrevolutionären Opposition; DRU = Vereintes revolutionäres Direktorium = Führung des bewaffneten Kampfes mit kommunistischer Tendenz). Diese der US-Politik gegenüber El Salvador und Zentralamerika entgegenwirkende Unterstützung wird als erhebliche Beeinträchtigung der amerikanischen Politik empfunden und ist der Kern der immer wieder geäußerten Irritation der US-Regierung. Unsere Bemühungen, SPD und FES dafür zu gewinnen, daß sie diese, die Polarisierung unvermeidlich verstärkende einseitige Unterstützung einschränken und ihren Einfluß in Richtung auf Verständigungsbereitschaft geltend machen, stießen[14] zwar auf gewisses Verständnis, hatten aber offenbar nur begrenzten Erfolg, insbesondere, was die Haltung der Sozialistischen Internationale angeht.

Die von Kreisen der SPD und der Sozialistischen Internationale als unterstützungswürdig angesehene linke Opposition hat unzweideutig Volksfrontcharakter mit erklärter revolutionärer Zielsetzung. Bei einem Sieg der FDR/DRU würden – das wird auch von informierten Vertretern der SPD/FES so gesehen – nicht die Sozialisten, sondern die bewaffneten Linksextremisten den entscheidenden Einfluß haben. Mit Hilfe der mexikanischen Staatspartei PRI[15] und der SI[16] sowie zunehmend massiv des Ostblocks war die FDR in ihrer internationalen Propaganda sehr erfolgreich. Ein wirklicher Erfolg im Lande selbst (Sieg und nicht nur Lähmung des Landes durch Gewaltaktionen) wäre aber nur möglich, wenn eine Mehrheit der Bevölkerung und ein Teil der Streitkräfte sie unterstützten. Dies ist aber interessanterweise nicht der Fall und ist auch nicht zu erwarten, solange die Reformlinie der Regierungsjunta unter ihrem Präsidenten Duarte nicht einem von der rechtsextremen Opposition betriebenen reaktionären Rückfall geopfert wird. Verhandlungsangebote der Regierungsjunta an die FDR, die auch von der katholischen Kirche El Salvadors und von den Vereinigten Staaten unterstützt wurde, blieben ohne Resonanz. An solchen Kontakten waren und sind die Christdemokraten unter Duarte interessiert, um die zivile demokratische Basis gegenüber den Militärs zu stärken.

Die US-Regierung stützt die zivilmilitärische Regierungsjunta unter der Auflage, daß an der vom christdemokratischen Präsidenten Duarte verfolgten gemäßigten Reformpolitik mit Perspektiven einer demokratischen Entwicklung festgehalten wird. Die Amerikaner haben es in dieser Hinsicht auch an starkem Druck nicht fehlen lassen. Das Problem für die Junta und insbesondere für die Christ-

13 Frente Democratico Revolucionario/Direccion Revolucionaria Unificada.
14 Korrigiert aus: „schließen".
15 Partido Revolucionario Institucional.
16 Sozialistische Internationale.

demokraten unter Duarte besteht darin, daß das Militär nur teilweise bereitwillig den Reformkurs mitträgt und auch weite Kreise der Wirtschaft sich wegen der „zu linken Politik" Duartes zurückhielten. Die extreme Rechte bekämpfte von Anfang an den Reformkurs erbittert und trug ihrerseits zur Polarisierung und zur Steigerung der Gewalttätigkeit bei und damit durchaus gezielt zur Verhinderung einer Verständigung der fortschrittlichen Kräfte.

Die revolutionäre Linke weiß, daß die Regierung Reagan die zivilmilitärische Junta unter Präsident Duarte entschieden unterstützen wird. Sie versucht deshalb, unter Mobilisierung aller Kräfte durch eine Offensive noch vor Regierungsantritt Reagans[17] die Junta zu stürzen.[18] Dieses Ziel scheint erwartungsgemäß nicht zu erreichen zu sein. Gleichzeitig hat auch die extreme Rechte ihre Aktionen verstärkt, um die Junta zu stürzen oder sie zu einer Aufgabe ihrer Reformpolitik zu zwingen. Sie fühlt sich gestärkt durch die vermutlich irrige Hoffnung, daß die Regierung Reagan auch eine vom Militär getragene Rechtsregierung unterstützen werde.

Bei einer aktuellen Beurteilung der Entwicklung in El Salvador und deren Auswirkung auf die Entwicklung in Zentralamerika ist m.E. von folgenden Prämissen auszugehen:

1) Die USA werden unter Reagan noch mehr als unter Carter entschlossen sein, eine Machtergreifung der revolutionären Linken in El Salvador zu verhindern, da dies zu einem zweiten Kuba oder Nicaragua mit weiterer Präzedenzwirkung in der Region führen würde. Sie werden deshalb die Junta so weit unterstützen, daß diese sich durchsetzen kann. Sie werden gleichzeitig bemüht sein, möglichst wenig Grund für einen Interventionsvorwurf zu geben, und deshalb selbst im schlimmsten Fall statt eigener direkter militärischer Intervention eine Intervention durch Nachbarstaaten oder im Rahmen der OAS oder des zentralamerikanischen Verteidigungspaktes TIAR[19] fördern.[20]

2) Die revolutionäre Linke hatte bisher keine Chance zu siegen, da ihr ausreichende Unterstützung in der Bevölkerung fehlt (im Gegensatz zu den Sandinisten im Kampf gegen Somoza) und eine Spaltung der Streitkräfte nicht gelang. Ihre gemäßigten Kräfte haben das alle linksextremen Gruppierungen einschlie-

17 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

18 Kanzler Engel, San Salvador, berichtete am 11. Januar 1981: „Die bereits mehrfach noch für den Zeitraum vor Amtsübernahme Reagans angekündigte Generaloffensive der linksextremistischen Guerilla wurde nunmehr am 10. Januar, gegen 18.30 lokaler Zeit, eingeleitet. […] Hier besteht der Eindruck, daß es sich bei dieser Offensive im Gegensatz zum Propagandagetrommel nicht um eine strategisch durchdachte Kampfmaßnahme mit sorgfältiger Vorbereitung handelt, sondern eher um einen Verzweiflungsangriff, nachdem die Sicherheitskräfte in letzter Zeit in ihren Aktionen ausgesprochen erfolgreich waren und die Guerilla, ohnehin isoliert von der Bevölkerung operierend, weitere militärische Rückschläge befürchten mußte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2; Referat 311, Bd. 127412.

19 Tratado Interamericano de Asistencia Recíproca.
Für den Wortlaut des Interamerikanischen Vertrags vom 2. September 1947 über gegenseitigen Beistand (Vertrag von Rio) vgl. UNTS, Bd. 21, S. 78–115.

20 Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius notierte am 19. Januar 1981, die amerikanische Botschaft habe am selben Tag ein Fernschreiben übergeben: „Dieses enthält Lagebeurteilung und Haltung der US-Regierung. Interessant ist, daß darin bereits die Haltung der neuen Administration einfließt, die eindeutig erkennen läßt die Entschlossenheit, die Regierung Duarte als einzige demokratische Alternative zu stützen; die Erwartung, daß befreundete Regierungen ‚support or accept the reasons for the changed US position there'." Vgl. Referat 331, Bd. 127412.

ßende Volksfrontbündnis einer Verständigung mit der Regierungsjunta vorgezogen. Ein Meinungsumschwung ist auch in Zukunft nicht ausgeschlossen. Nach einem Scheitern der Januar-Offensive und nach Regierungsantritt Reagans ist ihre Verhandlungsposition allerdings geschwächt. Die extremen Kräfte der linken Oppositionsfront werden auch in Zukunft auf Polarisierung und Bürgerkrieg setzen.

3) Es muß als gesichert gelten, daß sowohl Kuba wie Nicaragua die revolutionäre Linke in El Salvador materiell, personell und ideell massiv unterstützen. Kuba und Nicaragua stehen dabei aber gerade gegenwärtig vor einem Dilemma. Sie wollen die Regierung Reagan nicht durch zu offene Unterstützung der revolutionären Linken in El Salvador zu sehr provozieren, aber auch mit allen Mitteln eine gemäßigte Lösung in El Salvador verhindern. Ein Erfolg der Reformpolitik Duartes mit demokratischen Perspektiven würde ein für das sandinistische Regime existenzgefährdendes Alternativmodell aufzeigen. Der Rückfall El Salvadors in eine rechte Militärdiktatur würde dagegen die Existenzberechtigung der Linksrevolutionäre nicht in Frage stellen.

4) Da die USA die Etablierung eines linksrevolutionären Regimes in El Salvador verhindern werden, sind heute die tatsächlichen Alternativen eine gemäßigte und reformfreudige Regierung Duarte und ein rechts oder extrem rechts stehendes, vom Militär, vom Grundbesitz und konservativen Kreisen der Industrie getragenes Regime.

Schlußfolgerung

Wer die Macht- und Interessenverhältnisse in der Region analysiert und an einer gemäßigten demokratischen Entwicklung in El Salvador mit Ausstrahlung auf das übrige Zentralamerika wie auch an der Vermeidung noch schrecklicheren Blutvergießens interessiert ist, muß auf den von Duarte vertretenen sozialreformerischen Kurs setzen, einem Abgleiten nach rechts entgegenwirken und zu einem Dialog zwischen der Regierung Duarte und den demokratischen Kräften der linken Opposition beitragen. Sähen sich die USA gezwungen, massiver zu intervenieren, hätte dies sicher negative Auswirkungen auf andere Krisenzonen der Welt.[21]

Sollte sich auch bei der neuen US-Regierung – zu Recht oder zu Unrecht – der Eindruck festsetzen, daß die antiamerikanische linksrevolutionäre Bewegung

21 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, wies am 22. Januar 1981 darauf hin, daß angesichts der Lage in Afghanistan und Polen der UdSSR eine mögliche amerikanische Intervention in El Salvador gelegen käme: „Zwar könnten sich bei einer Involvierung Nicaraguas und Kubas zusätzliche Spannungsmomente im Ost-West-Verhältnis ergeben, insbesondere im Falle amerikanischen Drucks auf Kuba. Die UdSSR könnte jedoch in der Dritten Welt mit einer politisch-moralischen, propagandistisch exzellent nutzbaren Entlastung für ihr Verhalten in Afghanistan und ihren Druck auf Polen rechnen. Die westliche Forderung nach Nichteinmischung könnte mit einer gewissen Berechtigung als Ausdruck doppelter Moral zurückgewiesen und der westlichen Politik in der polnischen Frage sowie dem Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Dritten Welt gegen die Schaffung eines Fait accompli in Afghanistan mit größerer Aussicht auf Erfolg die Legitimation abgesprochen werden. […] Die Politik der USA in Mittelamerika und deren Präsentation ist daher nicht nur eine Frage, die die Interessen der USA berührt, sondern von Bedeutung für die gesamte Haltung des Westens gegenüber der Hegemoniepolitik der UdSSR in Osteuropa und ihrem Drang zur Expansion in der Dritten Welt. Es wäre fatal, wenn der Breschnew-Doktrin für Osteuropa und ihrer erweiterten Fassung für Afghanistan eine Neuauflage der Monroe-Doktrin entgegengestellt würde, die summa summarum das gleiche Interventionsrecht für die USA in Lateinamerika in Anspruch nähme.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 293; VS-Bd. 13280 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

in Zentralamerika wesentliche Unterstützung aus der Bundesrepublik erhält, und dabei wieder zwischen Bundesregierung, Parteien und Institutionen nicht unterscheidet[22], wird dies unsere Beziehungen zu den USA und unsere Zentralamerikapolitik stark belasten.[23] Der dem Übergangsteam Reagans für Lateinamerikapolitik angehörende Dr. Menges schreibt z. B. in einem anläßlich der letzten USA-Reise des Bundeskanzlers[24] verfaßten Aufsatz: „In Central America, the German Government, the German Social Democratic Party and the Socialist International are working together in support of the terrorist left." und „If Central America falls to the revolutionary left, Americans will wonder how it happened and they will be outraged when they discover the destructive role played by their German ally."

Limmer

Referat 331, Bd. 127415

12

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Stoessel

VS-vertraulich **22. Januar 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem scheidenden amerikanischen Botschafter Stoessel am 22. Januar 1981 von 15.40 bis 17.00 Uhr im Bundeskanzleramt

Nach einleitenden Bemerkungen über seine viereinhalbjährige Amtszeit in Bonn[2] meint *Stoessel* auf Frage des Bundeskanzlers, daß es nicht im Interesse einer solchen Nachfolgelösung liege, wenn der Name von George Vest bereits

22 So in der Vorlage.

23 Ministerialdirektor Gorenflos notierte am 9. Februar 1981: „In der Kabinettssitzung vom 4.2.81 hat Bundesminister etwa folgendes ausgeführt: Eine innenpolitische Auseinandersetzung über El Salvador müsse vermieden werden. El Salvador befinde sich in einer Übergangsphase. Die Mehrheit der Bevölkerung halte sich zurück. In dieser Phase könne die Bundesregierung nicht eindeutig Stellung beziehen. Bundesminister Offergeld wies darauf hin, daß es auf beiden Seiten respektable demokratische Kräfte gebe. Die Bundesregierung könne jetzt nicht entscheiden, welche Seite recht habe." Vgl. Referat 331, Bd. 127411.

24 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 335 und Dok. 337.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 26. Januar 1981 gefertigt und am 27. Januar 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Vermerk ist vom Bundeskanzler gebilligt."
Hat Bundesminister Genscher am 1. Februar 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Walter J. Stoessel war seit 27. Oktober 1976 amerikanischer Botschafter in Bonn.

jetzt öffentlich genannt werde. *Bundeskanzler* stimmt zu. Nach der Amtszeit Stoessels, der so viel von Deutschland verstehe, dürfe in Amerika nicht der Eindruck entstehen, als habe Vest übertriebene Sympathien für Deutschland und werde deshalb von den Deutschen als Botschafter gewünscht.

Bundeskanzler berichtet zusammenfassend über den gestrigen Telefonanruf Präsident Reagans, der eher der Höflichkeit und Kontaktaufnahme, nicht aber operativen Zwecken gedient habe.[3] Er selbst habe die Bedeutung der engen Zusammenarbeit mit unserem wichtigsten Alliierten hervorgehoben. Er habe darauf hingewiesen, daß sich die Weltwirtschaftslage von Monat zu Monat verschlechtere. Er habe auf Reagans Frage, wann er den Bundeskanzler sehen werde, gesagt, daß ihm ein Treffen anläßlich des Weltwirtschaftstreffens in Ottawa[4] etwas spät erschiene und er daher auch früher zur Verfügung stehe. Reagan habe sich für ein früheres Treffen ausgesprochen.[5]

Wirtschaftliche Aussichten

Bundeskanzler glaubt, ohne dies öffentlich aussprechen zu wollen, daß Industrie- und Entwicklungsländer vor einer wirtschaftlichen Rezession stehen, die möglicherweise schlimmer wird als 1975. Er sieht eine Arbeitslosenzahl von 30 Millionen für die OECD-Länder bis Februar/März 1982 voraus und insgesamt wenig Fortschritt bei der Bekämpfung der Inflation. Der Zahlungsbilanzüberschuß der OPEC-Staaten von 100 Mrd. DM schlage sich in entsprechenden Defiziten der anderen Staaten nieder. Das deutsche Defizit von 15 Mrd. Dollar sei enorm, allerdings im Vergleich zum BSP oder dem Außenhandelsvolumen noch geringer als das anderer Staaten. Wir sollten uns daher nicht mehr beklagen als andere. Gefährlicher sei das Ergebnis, nämlich der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität in Europa. Giscard sieht das ähnlich, wenn er auch wegen der Präsidentschaftswahlen[6] nicht öffentlich darüber spricht.

Von Bonn aus gesehen, erscheinen die Aussichten der amerikanischen Wirtschaft düster. Die neue Administration werde sich damit auseinandersetzen müssen, daß sich die wirtschaftlichen Voraussagen seit dem Ende der Wahlkampagne[7] im Oktober wesentlich verschlechtert haben. Auf Stoessels Einwurf, die neue Administration habe erwogen, den wirtschaftlichen Notstand zu erklären, aber darauf verzichtet, um negative Entwicklungen nicht zu verstärken, meint er, daß diese Entwicklung nicht nur für die USA gelte. Mit der möglichen Ausnahme von Norwegen, der Schweiz und vielleicht Österreich müssen alle europäischen Länder für den Winter 1981/82 mit steigender Arbeitslosigkeit rechnen. Das gilt auch für Großbritannien, das allerdings mit seiner starken

3 Bundeskanzler Schmidt notierte am 21. Januar 1981: „Der Präsident rief heute abend bei mir an, um seiner Vorfreude auf enge Zusammenarbeit Ausdruck zu geben. Er schilderte die sehr befriedigende Bestätigung Haigs durch den Senat; wies auf dessen Hearings hin und drückte die Hoffnung aus, bald in amtlicher Eigenschaft mit mir zusammenzutreffen. Im Augenblick müsse er allerdings noch erst lernen, wo sich alle Druckknöpfe befinden. Ich wiederholte meine Glückwünsche zur Inauguration und – an die amerikanische Nation – zur Geiselfreilassung." Vgl. Referat 010, Bd. 178845.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Für das deutsch-amerikanische Regierungsgespräch am 19. Juli 1981 in Montebello vgl. Dok. 209.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

6 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

7 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 4. November 1980 statt.

Währung und seiner positiven Zahlungsbilanz in einer besonderen Lage sei. Hier habe die Verschlechterung der Wirtschaftslage innere Gründe. PM Thatcher könne das Land nicht ohne das Vertrauen der Gewerkschaften regieren. Die gegenwärtigen Vorstellungen der Labour-Partei – einseitige Abrüstung und Austritt aus der EG – könnten das Land nur vollends ruinieren.

Die OPEC-Länder verstehen immer noch nicht, daß wegen der steigenden Ölpreise und der daraus folgenden Zahlungsbilanzprobleme Millionen von Menschen hungern müssen. Sie sehen im Westen die Fassade reicher Gesellschaften und verstehen nicht wirklich, was sie anrichten. Zum ersten Mal seit Übernahme des Finanzministeriums 1972[8] wisse er selbst nicht recht, was man international tun müsse, um eine wirtschaftliche Misere abzuwenden.

Saudi-Arabien

Bundeskanzler betont auf Frage Stoessels, daß Saudi-Arabien etwas mehr von diesen Zusammenhängen versteht und Zusammenarbeit wünscht. Er ist sich der Haltung des mexikanischen Präsidenten[9] nicht ganz so sicher, dessen Land allerdings vor dem Hintergrund rapide wachsender Bevölkerung und dem Gegensatz zwischen großer Armut und allerjüngstem Ölreichtum in einer untypischen Lage sei.

Auf Frage Stoessels nach der Durchsetzbarkeit möglicher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien[10] meint er, daß sie politisch wohl nur durchzusetzen seien, wenn uns die USA ausdrücklich dazu auffordern. Wir müßten auch noch die Empfindlichkeiten der Camp-David-Partner[11] in Rechnung stellen. Die Israelis werden diese Frage wohl letztlich vor allem als Vorwand benutzen, ihrerseits die Hand aufzuhalten.

Stoessel meint, daß die Frage deutscher Waffenlieferungen an Saudi-Arabien auch in den USA vor allem im Hinblick auf Israel als empfindliche Frage angesehen werde. Die US-Regierung würde sich aber, wie auch seine letzten Weisungen erkennen ließen, für solche Lieferungen aussprechen. Sie würde eine aktivere Rolle der Bundesregierung in der Region begrüßen.

Bundeskanzler antwortet auf Frage Stoessels nach dem Bau der beiden U-Boote für Chile[12] mit der Gegenfrage, ob nicht die Amerikaner die beiden U-Boote

8 Helmut Schmidt war von 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen.

9 José López Portillo y Pacheco.

10 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 9, Anm. 5.

11 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

12 Ministerialdirigent Freiherr von Stein erläuterte am 11. Dezember 1980: „Nachdem der Bundessicherheitsrat am 19.6.1980 entschieden hatte, daß die Lieferung von zwei U-Booten und Torpedos des Systems S[urface and]U[nderwater]T[arget] genehmigt werden sollte, hat das BMWi am 27.11. 1980 der Howaldtswerke/Deutsche Werft (HDW) und der AEG die Genehmigung zur Herstellung (§ 2 Abs. 1 Kriegswaffenkontrollgesetz (KWKG)) von zwei U-Booten und 24 Torpedos für Chile erteilt. Eine Genehmigung zur Ausfuhr wurde noch nicht gegeben. Aus der Genehmigung für die Herstellung ergibt sich jedoch insoweit eine gewisse Bindung für die Ausfuhrgenehmigung, falls sich die Verhältnisse nicht grundlegend ändern. […] Nach § 7 KWKG kann die Genehmigung ‚jederzeit widerrufen werden'. In diesem Fall ist jedoch ‚der Inhaber vom Bund angemessen in Geld zu entschädigen' (§ 9 Abs. 1 KWKG)." Stein legte dar: „Der Widerruf der vom BSR genehmigten Ausfuhr von zwei U-Booten würde nicht absehbare negative Auswirkungen auf unsere politischen Beziehungen zu Chile haben." Vgl. Referat 422, Bd. 124206.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze teilte den Botschaften in Buenos Aires, Lima und Santiago de Chile am 14. Januar 1981 mit: „Bekanntwerden der Herstellungsgenehmigung für zwei U-Boote für Chile löste in der deutschen Öffentlichkeit lebhafte Diskussion aus. Mehrere SPD-Abge-

kaufen wollten. Ihm sei es bei der Entscheidung über die Herstellungsgenehmigung vor allem darum gegangen, den Arbeitern in Kiel zu helfen. Er habe nicht das volle Ausmaß der emotionalen Erregung vorhergesehen.

TNF

Bundeskanzler betont auf Frage Stoessels nach dem Stand der innenpolitischen Erörterung, daß er die SPD-Fraktion in starken Worten darauf hingewiesen habe, daß jeder, der jetzt versuche, den Doppelbeschluß[13] in Frage zu stellen oder zu modifizieren, die Allianz gefährden würde. Die eigentlichen Schwierigkeiten kommen weniger aus dieser Richtung. Die Lage würde komplizierter werden, wenn Niederländer und Belgier keiner Stationierung zustimmen. Aber auch dann könnten wir unsere Entscheidung noch aufrechterhalten, wenngleich unter größeren Schwierigkeiten. Sollte allerdings Italien abspringen, so würde das seiner persönlichen Grundüberzeugung widersprechen, daß Deutschland nicht in eine Sonderposition gedrängt werden darf. Er selbst werde sich dann für die Durchsetzung des Doppelbeschlusses in großen Schwierigkeiten sehen. Wenn Deutschland in eine Sonderstellung gedrängt wird, wird die ausreichende Verteidigung des Westens gefährdet. Auf Einwurf Stoessels, daß die Italiener am Stationierungsbeschluß festzuhalten scheinen, wie auch BM Genscher nach seinem Rom-Besuch[14] berichtete, weist er auf den guten Einfluß des Staatspräsidenten Pertini hin.

Er merkt an, daß eine Reduzierung der Zusammenarbeit und Kommunikation mit der Sowjetunion – für den Fall, daß sich andere Dinge in Europa ereignen – für uns natürlich besondere Schwierigkeiten mit sich bringt. Aber auch hierzu möchte er sagen, daß er selbst stets an die Notwendigkeit einer festen und bindenden Allianz mit den Vereinigten Staaten geglaubt hat. Wir dürfen uns nicht vorlaut (cocky) verhalten und unseren Kopf zu weit herausstrecken.

Verteidigungsausgaben

Bundeskanzler meint auf Stoessels Hinweis, daß Haig und Weinberger nicht an den 3%[15] kleben wollen, daß wohl auch die Amerikaner 1981 nicht sehr viel mehr tun können. Auch sie können nicht gleichzeitig Steuern reduzieren, den Haushalt kürzen und die Verteidigungsausgaben erhöhen.

Stoessel: Die neue Administration muß zeigen, daß sie jedenfalls etwas mehr tut als die vorherige. Haig kann erst dann wieder zu Verhandlungen mit den Sowjets kommen, wenn er Entschlossenheit in diesem Bereich – vielleicht bei den konventionellen Streitkräften oder der Reserve – gezeigt hat.

Bundeskanzler: Die Entscheidungen müssen nach fester Haltung aussehen, dürfen aber jedenfalls jetzt zunächst nicht viel kosten. Zum Verteidigungsbeitrag der Europäer hätte im übrigen Haig vor dem Senat sich nicht ausdrücklich darauf beziehen müssen, was der Bundeskanzler auf entsprechende Fragen antworten würde.[16] Als ehemaliger SACEUR[17] wisse er die Antworten selbst

Fortsetzung Fußnote von Seite 68

ordnete und führende Gewerkschaftler forderten Bundesregierung auf, Genehmigung zu widerrufen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 199; Referat 422, Bd. 124206.

13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 21./22. Januar 1981 in Italien vgl. Dok. 19, Anm. 20.

15 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

16 Botschafter Hermes, Washington, informierte am 10. Januar 1981, der Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats habe das am Vortag begonnene Verfahren zur Bestätigung

am besten. (*Stoessel* meint, Haig habe damit nur noch einmal den entscheidenden Beitrag der 500 000 deutschen Soldaten hervorheben wollen.)

Berlin

Bundeskanzler erläutert auf Frage Stoessels die gegenwärtige innenpolitische Lage in Berlin. Er betont, daß Berlin nach wie vor strategisch eine Achillesferse des Westens bleibe. Wenn die Sowjets in den letzten Jahren keinen wirklichen Druck auf Berlin ausgeübt hätten, so bedeute das noch nicht, daß sie das auch in den 80er Jahren nicht täten.

Stoessel betont, daß die amerikanische Regierung die Sicherheit und Lebensfähigkeit Berlins stets als Frage höchster Bedeutung, vitalen Interesses, angesehen habe. Der Westen könne es sich nicht leisten, in Berlin schwach zu erscheinen.

TNF und Konsultationen

Bundeskanzler möchte zusammenfassend zwei Dinge unterstreichen:

1) Die amerikanische Regierung muß auch den zweiten Teil des Doppelbeschlusses ernst nehmen und dies auch öffentlich zeigen. Wenn die Amerikaner am zweiten Teil festhalten, ist er auch in der Lage, am ersten festzuhalten. Der Doppelbeschluß kann nur in seinen beiden Teilen durchgesetzt werden, nicht nur in einem.

2) Die überragende Notwendigkeit offener direkter Konsultationen der Amerikaner mit den Europäern ist von Präsident Reagan[18] und Haig ernsthaft und ehrlich herausgestellt worden. Er kann nur hierfür danken und die Bedeutung dieser Konsultationen noch einmal unterstreichen. Er ist sich hierin mit Giscard einig. Die Frage, wie und in welchem Kreise man am besten über weltpolitische Fragen konsultiert, ist allerdings noch nicht befriedigend beantwortet. Auf Stoessels Einwurf, daß Viererkonsultationen sicherlich das beste Forum seien, meint er, daß sich dann aber die vier Außenminister nicht öfter als bisher unter dem Vorwand zusammensetzen dürften, über Berlin zu sprechen. (*Stoessel*: Dann müssen eben die anderen Alliierten von der Notwendigkeit überzeugt werden, daß die Vier weltpolitische Fragen auch unter sich erörtern.)

Besuch des Bundeskanzlers in Washington

Bundeskanzler bezieht sich auf das Gespräch AM Haigs mit Botschafter Hermes[19] und betont, daß er froh wäre, wenn er Präsident Reagan vor dem Welt-

Fortsetzung Fußnote von Seite 69

des designierten amerikanischen Außenministers Haig fortgesetzt: „Die Frage von Senator Pressler, was er zu tun gedenke, um die Allianz zu stärkeren Verteidigungsanstrengungen zu veranlassen, gab Haig Gelegenheit, sich – wie schon gestern – nachdrücklich gegen eine einseitige Kritik an den Verbündeten zu wenden. […] Er erklärte weiter, daß ohne die Verteidigungsleistungen der Verbündeten die militärischen Lasten für die USA um das Doppelte anwachsen würden. Haig erwähnte in diesem Zusammenhang kurz entsprechende Hinweise des Bundeskanzlers und erklärte abschließend, man tue auf amerikanischer Seite gut daran, in der Kritik an den Verbündeten sehr zurückhaltend zu sein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 96; Referat 204, Bd. 123310.

17 Alexander M. Haig war von 1974 bis 1979 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR).

18 Vgl. dazu die Äußerungen des designierten Präsidenten Reagan gegenüber Bundeskanzler Schmidt am 20. November 1980 in Washington; AAPD 1980, II, Dok. 337.

19 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Januar 1981: „Außenminister Haig empfing mich heute zu einem ersten Gespräch, das in sehr angenehmer und freundschaftlicher Atmosphäre verlief und im wesentlichen der Vorbereitung des Besuchs des Bundesministers galt. Ich war der erste

wirtschaftstreffen in Ottawa sehen könnte. Er wolle sich allerdings nicht aufdrängen. Unter den gegenwärtigen Umständen sei die westliche Abstimmung in Wirtschaftsfragen noch drängender als die in strategischen Fragen. Damit die Begegnung voll genutzt werden könne, sollte sie gründlich vorbereitet werden.

Stoessel: Auch Reagan habe in seiner Antrittsrede[20] die vorrangige Bedeutung wirtschaftlicher Fragen hervorgehoben. Haig habe vor, die politische Koordinierung außenwirtschaftlicher Fragen wieder in das State Department zu bringen. Die Trennung zwischen White House (Owen, Brzezinski) und State Department habe ihm nie eingeleuchtet. Haig werde die Führung des State Department fest in seiner Hand halten, wie übrigens auch seinerzeit General Marshall.[21]

Bundeskanzler erwähnt im Rahmen eines kurzen Rückblicks auf die SACEURs, die er kennengelernt habe, daß er zusammen mit BM Leber Haig bei seinem Antritt in Brüssel habe helfen können, Widerstände in der Generalität zu überwinden. Haig sei für ihn neben Norstad[22] der eindrucksvollste SACEUR gewesen. Norstad habe das Kunststück fertiggebracht, Anfang der 60er Jahre selbst die Mitglieder seines SPD-Bezirksvorstandes in Hamburg zu beeindrucken, mit denen er nach Paris gereist sei, um sie mit der NATO und ihren Problemen bekannt zu machen.

Zur Politik der neuen amerikanischen Regierung sei es der Eindruck der Europäer, daß sie stetiger und deshalb vorhersehbarer sein werde, aber man kenne noch nicht ihren Inhalt.

Stoessel: Die Politik werde härter sein, aber auch gegenüber der Sowjetunion wünsche man keine Konfrontation. Allerdings werde die Forderung nach Gegenseitigkeit die Beziehungen bestimmen. Forderungen an die Alliierten werden, so hofft er, vorher mit den Alliierten besprochen werden.

Neutronenwaffe

Bundeskanzler hebt die Bedeutung der Vorhersehbarkeit und der Konsultation hervor. Er habe die Entwicklung im Zusammenhang mit der Einführung der Neutronenwaffe in allerschlimmster Erinnerung. Er habe sich auf Grund amerikanischer Forderungen unter großem innenpolitischen Risiko in seiner eigenen

Fortsetzung Fußnote von Seite 70

Botschafter, den Haig in seinen Amtsräumen empfing, und zwar noch bevor er vom Senat bestätigt worden war. Das geschah erst vier Stunden nach unserem Gespräch". Im wesentlichen sei der Ablauf des für den 9. März 1981 vorgesehenen Besuchs des Bundesministers Genscher besprochen worden: „Haig betonte, daß er den Besuch des Bundesministers für politisch besonders wichtig halte. Er erwähnte eine Reihe von ausländischen Besuchen, die jetzt schon vereinbart seien und dem Besuch des Bundesministers vorangingen. Unter Betonung, keiner sei wichtiger als der deutsche Besuch, ließ Haig erkennen, daß ihm sehr daran liege, dem Besuch des Bundesministers einen Rahmen zu geben, der dem sich für den Aufenthalt des französischen Außenministers (21. bis 23. Februar) abzeichnenden Programm in keiner Weise nachstehe. Haig fügte hinzu, daß der Washington-Besuch von François-Poncet in Verbindung mit einer Vortragsverpflichtung an der Tufts University bei Boston zustande gekommen sei. Bei seiner Festsetzung habe man auch die Erfordernisse des französischen Wahlkampfes zu bedenken gehabt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 230; VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan anläßlich seiner Amtseinführung am 20. Januar 1981 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1–4. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 149–153.

21 George C. Marshall war von 1947 bis 1949 amerikanischer Außenminister.

22 Lauris Norstad war von 1956 bis 1962 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR).

Partei zu einer positiven Stellungnahme durchgerungen und habe daher die negative Entscheidung des Präsidenten als eine Art Dolchstoß empfunden.[23]

Stoessel bestätigt, daß auch er diese Episode so beurteile. Vest habe nach der entscheidenden Unterredung in Hamburg in Washington auf die Bemerkung, der Kanzler scheine ja die Entscheidung des Präsidenten verhältnismäßig gelassen hingenommen zu haben, geantwortet: „Die amerikanische Entscheidung hat den Kanzler so tief getroffen, daß er wie betäubt war."

Er weist darauf hin, daß sich die Frage der Einführung der Neutronenwaffe erneut stellen könnte. Aber auch die amerikanische Regierung sei sich bewußt, daß ein zu frühzeitiges Aufwerfen dieser Frage die Einführung der LRTNF komplizieren könnte.

Bundeskanzler glaubt nicht, daß die ER-Waffen[24] den Verteidiger einseitig begünstigten. Eine moderne Panzerarmee könne große Vorteile daraus ziehen, wenn mit Neutronenwaffen Schneisen durch Verteidigungsstellungen des Gegners geschlagen werden, die – im Gegensatz zur Lage beim Einsatz anderer Nuklearwaffen – sofort von Panzern befahren werden können. Es handele sich einfach um eine wirksamere moderne Waffe. Wenn die Sowjets sie haben, muß der Westen sie auch haben.

Stoessel meint auf die Frage des Bundeskanzlers, warum es überhaupt erforderlich ist, daß die USA uns im einzelnen und öffentlich fragen, welche Waffen sie für ihre amerikanischen Truppen einführen wollen, daß dies sicherlich politische Schwierigkeiten aufwerfe. Aber es sei auch in der Vergangenheit den Amerikanern nicht darum gegangen, Verantwortung abzuschieben, sondern man habe sich gescheut, den Verbündeten solche Dinge aufzuerlegen.

Abschließend bedankt er sich für die Bereitschaft des Bundeskanzlers, ihn als Botschafter bei allen wichtigen Dingen zu empfangen. Für ihn sei die persönliche Beziehung zum Bundeskanzler eine große Hilfe und eine besondere Freude gewesen.

VS-Bd. 14096 (010)

23 Der Bundessicherheitsrat traf am 14. März 1978 Beschlüsse zur Neutronenwaffe und zur weiteren Behandlung dieses Themas innerhalb der NATO, die für den 20./22. März 1978 vorgesehen war. Am 19./20. März 1978 teilte die amerikanische Regierung eine Verschiebung der Diskussion auf unbestimmte Zeit mit. In einem Gespräch am 31. März 1978 in Hamburg informierte der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher Bundeskanzler Schmidt über die Entscheidung des Präsidenten Carter, den Bau der Neutronenwaffe auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Diese Entscheidung wurde am 7. April 1978 öffentlich bekanntgegeben. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 77, Dok. 82, Dok. 92, Dok. 93 und Dok. 108.

24 Enhanced Radiation-Waffen.

13

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow

22. Januar 1981[1]

Gespräch BM – Botschafter Semjonow beim Abendessen am 22. Januar 1981 im Hause Semjonows

Botschafter Semjonow hatte den Minister zu dem Abendessen eingeladen, wobei er den Wunsch geäußert hatte, vor seiner Reise nach Moskau die Ansichten des Ministers zur gegenwärtigen Lage kennenzulernen. Auf sowjetischer Seite war noch Botschaftsrat Safrontschuk anwesend.

Botschafter *Semjonow* sagte, er werde am 24. Januar nach Moskau reisen, um an Gesprächen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des XXVI. Parteitages der KPdSU am 23. Februar[2] teilzunehmen. Semjonow erläuterte kurz die Aufgaben des Parteitages im wirtschaftlichen Bereich. Semjonow betonte die hohe Priorität der Anstrengungen um die wirtschaftliche Entwicklung des Landes. Auf dieser Grundlage werde die Sowjetunion ihre Außenpolitik, ihre Politik der friedlichen Koexistenz, fortführen. Semjonow übergab die anliegenden Texte einer Grußbotschaft Breschnews an Präsident Reagan[3] und des Gromyko-Artikels im Januarheft des „Kommunist“[4]. Die Botschaft an Reagan habe er heute Botschafter Stoessel übergeben. Diese Mitteilung wie auch der Gromyko-Artikel enthielten wichtige Aussagen über die künftige Außenpolitik der Sowjetunion.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 23. Januar 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. Januar 1981 vorgelegen.
Ferner handschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht genehmigt.“

2 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

3 Dem Vorgang beigefügt. In der undatierten Botschaft beglückwünschte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, Präsident Reagan zur Amtsübernahme und führte aus: „Nach unserer Überzeugung sind unter den heutigen Bedingungen aktive Bemühungen aller Staaten zur Gesundung der internationalen Lage und Stärkung des Friedens dringend erforderlich. Ich bin sicher, daß die positive Entwicklung der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA, ihr konstruktives Zusammenwirken bei der Lösung aktueller internationaler Probleme – und wir unsererseits sind dafür – zum Erreichen der genannten Ziele gut dienen würden.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178844.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für eine Zusammenfassung des Artikels „Die Leninsche Außenpolitik in der Welt von heute“ durch die sowjetische Nachrichtenagentur TASS vgl. Referat 010, Bd. 178844.
Für den Wortlaut vgl. GROMYKO, Friedenskurs, S. 90–107.
Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 20. Januar 1981: „Überblick Gromykos über die sowjetische Außenpolitik enthält keine neuen Elemente oder Aussagen, die auf Veränderungen in der seit der Intervention in Afghanistan eingeschlagenen Linie schließen lassen könnten. […] Wichtigste Aussage Gromykos betrifft das SALT-II-Abkommen: Neue Verhandlungen, die den Vertrag ‚null und nichtig‘ machen und die grundlegenden Prinzipien zerstören würden, die auch dem SALT-I-Vertrag zugrunde lagen, werden abgelehnt.“ Damit habe Gromyko „die Tür zu Gesprächen mit der neuen Administration über den SALT-II-Vertrag zwar nicht völlig zugeschlagen, die sowjetische Ablehnung substantieller Neuverhandlungen jedoch entschieden bekräftigt“. Bezüglich der Verhandlungen über Mittelstreckensysteme habe Gromyko dargelegt: „Bekräftigung der sowjetischen Position bezüglich der Einbeziehung der amerikanischen FBS (‚gleichzeitig und in organischem Zusammenhang‘) sowie des Inkrafttretens des SALT-II-Vertrages als Voraussetzung für eine Implementierung entsprechender Verhandlungsergebnisse.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 254; Referat 213, Bd. 133200.

Die sowjetische Führung werde sich in dem bevorstehenden Planjahrfünft gleichermaßen um die friedliche Entwicklung und um die notwendige Verteidigung bemühen. Dies sei eine neue Richtung. Früher habe man der Verteidigung den Vorrang eingeräumt, jetzt gingen die Verteidigungsausgaben zurück. Semjonow betonte, daß seine Einberufung nach Moskau zur Teilnahme an der Vorbereitung des Parteitags die Bedeutung zeige, welche die sowjetische Führung den Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge einräume. In diesem Sinne sei sein Gespräch heute mit dem Minister wichtig.

Bundesminister erwiderte, daß es für die Sowjetunion wichtig sei zu wissen, daß die Politik der Bundesregierung keine Bocksprünge mache, sondern eine klare Linie verfolge, wie auch die Regierungserklärung[5] gezeigt habe. Dies gelte für die Politik mit unseren Partnern in der EG und im Bündnis, wie auch für unsere Politik mit unseren östlichen Nachbarn, auf der Grundlage der Verträge mit der Sowjetunion, Polen, der ČSSR, der DDR.[6] Bundesminister erwähnte seinen Besuch in Prag, der interessant gewesen sei.[7] Man habe ergiebige Gespräche geführt, von deren Inhalt gegenüber unseren Freunden auch Gebrauch gemacht worden sei. Es sei wichtig, daß jetzt auf allen Seiten eine besonnene Linie eingehalten werde. Die internationale Politik vertrage keine zusätzlichen Belastungen.

Semjonow kam auf das Langfristige Kooperationsabkommen[8] und das Kooperationsprogramm[9] zu sprechen. Ein derartiges Abkommen und Programm habe die SU mit keinem anderen Land. Die Wirtschaft unserer Länder ergänze sich. Besonders auch im Energiebereich ergänze man sich und könne sich harmonisch weiterentwickeln. Er nannte das Erdgas-Röhren-Geschäft[10], „ein ge-

5 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 24. November 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 25–41.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

7 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

8 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

9 Für das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“ vgl. Referat 421, Bd. 141310.

10 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 23. Januar 1981: „Das geplante neue Erdgas-Röhren-Geschäft Westeuropas mit der Sowjetunion, das seit 1977/78 diskutiert wird, soll einer stärkeren Diversifizierung unserer Energieversorgung, vor allem dem Abbau unserer hohen Ölabhängigkeit, dienen.“ Es sehe ab 1984/85 für 25 Jahre die Lieferung von 40 bis 42 Mrd. Kubikmetern Gas pro Jahr nach Westeuropa vor. Die Bundesrepublik solle zehn bis zwölf Mio. Kubikmeter Gas pro Jahr erhalten: „Die Trassenführung ist wie bisher über die ČSSR in die Bundesrepublik Deutschland mit Anschluß nach Frankreich und Benelux sowie in einer zweiten Trasse über die ČSSR nach Österreich und Italien vorgesehen.“ Die erforderlichen Investitionskosten für die Lieferung von Röhren

waltiges Projekt". Die Verträge würden jetzt ausgearbeitet, mit mehreren westeuropäischen Ländern. Weitere Projekte stünden bevor: etwa zur Kohleveredelung, -verflüssigung und -vergasung. Semjonow wies auf die positive Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen auch mit Frankreich, Italien und Finnland hin. Er selbst widme zwei Drittel seiner Zeit den wirtschaftlichen Beziehungen. Er wies auf weitere Möglichkeiten in diesem Bereich hin.

Bundesminister erwiderte, daß auch nach unserer Auffassung keineswegs alle Möglichkeiten erschöpft seien. Es komme sehr darauf an, ob die allgemeine Entwicklung kontinuierlich sein werde oder ob Ereignisse einträten, die diese Entwicklung unterbrechen würden. Wichtig sei es auch, Schatten, die auf diese Entwicklung gefallen seien, zu beseitigen. Man müsse sehen, wo sich neue Anknüpfungen im Ost-West-Verhältnis ergäben. Die Mittelstreckenwaffen seien ein wichtiges Verhandlungsthema. Man müsse weiter sehen, was in Madrid[11] möglich sei. Es wäre von großer Bedeutung, wenn man sich dort über die Einsetzung einer Europäischen Abrüstungskonferenz mit einem konkreten Mandat für vertrauensbildende Maßnahmen in ganz Europa verständigen könnte.

Bundesminister verwies auch auf das amerikanische Interesse an einer Begrenzung der strategischen Waffen. Die Möglichkeiten der Kontakte mit den Staaten des Warschauer Pakts seien bei uns nicht eingeschränkt. Das habe sein Besuch in Prag gezeigt. Sorgen bereite uns das Verhältnis zur DDR. Hier hätten wir lieber Fortschritte als Rückschritte. Wir hörten unterschiedliche Erklärungen aus der DDR und fragten uns, welche wir ernster zu nehmen hätten, die positiveren oder die negativen. Wir seien interessiert am Ausbau der Beziehungen mit den Staaten des Warschauer Pakts. Ihr Wert sei auch danach zu beurteilen, ob im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich Fortschritte gelängen. Besonders wichtig sei bei uns, gerade auch für die Beurteilung in der Öffentlichkeit, das Verhältnis zur DDR. Es würde sich günstig auswirken, wenn hier die andere Seite zu einer positiveren Haltung überginge.

Semjonow kam auf unterschiedliche Akzente in den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungs- und des amerikanischen Außenministers hinsichtlich der Aufnahme von Gesprächen mit der Sowjetunion über die Begrenzung strategischer Waffen zu sprechen. Weinberger habe von einer Frist von sechs Monaten gesprochen, Haig nicht.[12] *Bundesminister* erwiderte: Wir sollten abwarten, was der Präsident sage, der im Februar seinen Bericht zur Lage der Nation

Fortsetzung Fußnote von Seite 74

und Ausrüstungen in die UdSSR und die ČSSR würden auf 20 Mrd. DM geschätzt: „Für die Bundesrepublik Deutschland hat ein Bankenkonsortium unter Leitung der Deutschen Bank am 30. Oktober 1980 gegenüber der sowjetischen Seite eine Bereitschaftserklärung über die Finanzierung deutscher Lieferungen (Röhren, Ausrüstungen) in Höhe von bis zu zehn Mrd. DM abgegeben (Voraussetzungen: Zustandekommen des Geschäfts; Einigung über Kreditkonditionen; Gewährung einer Bundesbürgschaft für 85 % des Kreditvolumens)." Offen sei bislang noch der Preis für das zu liefernde Gas. Vgl. Referat 213, Bd. 133248.

11 Zur KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 7 und Dok. 10.

12 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. Januar 1981, über die Anhörung des designierten amerikanischen Außenministers Haig vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats: „Zur Fortsetzung des SALT-Prozesses machte er eine wichtige Unterscheidung: mit Gesprächen könne bald begonnen werden. Der designierte Verteidigungsminister Weinberger habe mit der von ihm erwähnten Sechs-Monatsfrist den Beginn förmlicher Verhandlungen gemeint." Vgl. den Drahtbericht Nr. 92; Referat 204, Bd. 123310.

abgeben werde.[13] Vielleicht gingen die genannten Unterschiede darauf zurück, daß der Außenminister besser eingearbeitet sei.

Semjonow betonte, daß er als früherer SALT-Unterhändler[14] diesem Thema immer sein besonderes Augenmerk widme. Die Sowjetunion habe uns über die Gespräche mit den Amerikanern über Mittelstreckenwaffen informiert.[15] Der Artikel Gromykos enthalte interessante Passagen dazu. Semjonow kam dann auf die öffentliche Diskussion über den Zustand der Koalition zu sprechen. *Bundesminister* erwiderte, daß in der Weihnachtspause manches geredet werde; wenn das Parlament seine Arbeit wieder beginne, was nächste Woche der Fall sein werde, würden die Dinge wieder anders aussehen. Was die Haltung der Opposition angehe, sei interessant, was sie nicht sage. Er entnehme daraus, daß die Politik der Regierung eine immer breitere Basis im Parlament bekomme. Dies sei auch wichtig für die Außenwelt, nämlich zu wissen, was in unserer Politik unbestritten sei. Bundesminister fügte hinzu, er erwarte Auseinandersetzungen eher im Bereich der Wirtschaftspolitik.

Semjonow erkundigte sich nach der Entwicklung in Berlin. Werde Bundesminister morgen dorthin fahren? *Bundesminister* verneinte. Herr Vogel habe ihn heute über seine Absichten zur Zusammensetzung des neuen Senats informiert.[16] Bundesminister habe ihm gesagt, daß er dies für eine gute Zusammensetzung halte. *Semjonow* kam auf die Frage zu sprechen, ob das Vier-Mächte-Abkommen[17] berührt sei, und stellte fest, daß er keine Vollmacht habe, sich damit zu befassen. Er wolle glauben, daß die Lage in Westberlin ruhig und stabil bleibe. In Westberliner Fragen hätten früher oft Kräfte von außen versucht, die Bundesregierung zu belasten. Eine ruhige und stabile Lage in Berlin sei wichtig. *Bundesminister* verwies darauf, daß die Kommuniqués des Bündnisses

13 Präsident Reagan stellte in einer Rede vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses am 18. Februar 1981 sein Wirtschaftsprogramm vor. Vgl. dazu Dok. 38, Anm. 15.

14 Wladimir Semjonowitsch Semjonow war von 1969 bis 1978 Leiter der sowjetischen Delegation bei den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT).

15 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332.
Der sowjetische Botschafter Semjonow unterrichtete Bundesminister Genscher in einem Gespräch am 8. Dezember 1980. Vgl. AAPD 1980, II, Dok. 352.

16 Am 7. Januar 1981 trat der Senator für Wirtschaft und Verkehr von Berlin, Lüder, zurück. Hintergrund war der Ausfall einer öffentlichen Bürgschaft in dreistelliger Millionenhöhe für die in Konkurs geratene Firma „Bautechnik KG" des Architekten Garski. In der Presse wurde dazu berichtet, der Regierende Bürgermeister von Berlin, Stobbe, plane nun, eine ursprünglich für März 1981 vorgesehene Umbildung des Senats vorzuziehen. Vgl. dazu den Artikel „Der Berliner Wirtschaftssenator Lüder zurückgetreten"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Januar 1981, S. 1 f.
Am 15. Januar 1981 scheiterte jedoch die Neuwahl von vier von fünf designierten Senatoren. Daraufhin trat Stobbe am selben Tag zurück. Vgl. dazu den Artikel „Die Berliner Regierung zurückgetreten. Stobbe mit der Senatsumbildung gescheitert"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Januar 1981, S. 1.
Am 20. Januar 1981 wurde gemeldet, Bundesminister Vogel habe sich zu einer Kandidatur für die Nachfolge von Stobbe bereit erklärt. Vgl. dazu den Artikel „Vogel zur Kandidatur als Regierungschef in Berlin bereit"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 20. Januar 1981, S. 1.
Vogel wurde am 23. Januar 1981 zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt.

17 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

von Ankara und von Brüssel die positive Lage in Berlin gewürdigt hätten.[18] Auch unsere Verbündeten nähmen starken Anteil an Berlin. Bei Berlin seien die Gefühle der Menschen berührt. Eine gute Entwicklung dort habe deshalb positive Auswirkungen. Die NATO-Kommuniqués zeigten, daß wir positive Entwicklungen ebenso würdigten, wie wir in anderen Fällen unsere Sorgen deutlich machten. Auf der Sorgenseite stehe heute die DDR. Einige Erklärungen der letzten Zeit seien allerdings positiver als die früheren. Er selbst habe sich in letzter Zeit zum Verhältnis zur DDR geäußert. Er habe den Wunsch, daß sich dies einordne in die Entwicklung insgesamt.

Auf die Frage des Ministers, wie *Semjonow* die Lage in Polen beurteile, meinte dieser: Die Lage sei kompliziert. Die Bestimmungen des Moskauer Kommuniqués[19] blieben jedoch in Kraft. Dies zeige, daß die Normalisierung, wenn auch langsam, fortschreite. Er habe allerdings keine Direktbeobachtungen. Auf Semjonows Gegenfrage, wie er die Entwicklung beurteile, meinte *Bundesminister*: Wir fragten uns, wie die wirtschaftlichen Probleme gelöst werden sollten. Nach unserem Eindruck bemühten sich alle Kräfte in Polen um einen konstruktiven Weg, um eine Konfrontation zu vermeiden. Je weniger Einmischung von außen, desto einfacher werde es für die Polen sein, ihre Probleme zu lösen. *Semjonow* betonte, es sei auch der sowjetische Wunsch, daß die Polen ihre Probleme selbst lösten. Die SU leiste große Wirtschaftshilfe.

Semjonow kam dann auf die Reisepläne des Ministers zu sprechen. *Bundesminister* gab an, daß er wahrscheinlich im Februar nach Polen reisen werde[20] und Anfang März nach Washington[21]. *Semjonow* ergänzte: Und dann komme die Reise nach Moskau.[22] Man werde ihn in Moskau danach fragen, unter anderem nach der Palette der zu behandelnden Themen. *Bundesminister*: Er hoffe, in Moskau ein erstes Glas auf den erfolgreichen Abschluß der Madrider Konferenz trinken zu können. Dafür müsse aber noch viel gearbeitet werden. Botschafter Kastl, den er heute gesehen habe, sei mit einigem Stirnrunzeln abgefahren. *Semjonow* betonte, die Sowjetunion wünsche eine konstruktive Entwicklung in Madrid und sei gegen eine Wiederholung von Belgrad[23].

Semjonow fragte Bundesminister nach der Entwicklung in Nahost. *Bundesminister* wies darauf hin, daß eine Menge von der Haltung der neuen amerikanischen Administration abhänge. Er hoffe, daß diese bald mit den Vertretern der betroffenen Staaten der Region sprechen werde. Er glaube nicht, daß Reagan

18 Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara bzw. Ziffer 3 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 142 f. bzw. S. 154. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 421 f., bzw. EUROPA-ARCHIV 1981, D 44.

19 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 129–131. Vgl. dazu ferner Dok. 1, Anm. 15.

20 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

21 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

22 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

23 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

schon in seinem Bericht zur Lage der Nation viel zum Nahost-Thema sagen werde.

Auf die Frage des Ministers nach der sowjetischen Beurteilung des irakisch-iranischen Konflikts[24] meinte *Semjonow*, dieser könne nur negativ beurteilt werden, er bringe weder den Teilnehmern noch anderen Nutzen, sondern schaffe gefährliche Spannungen. Man sollte Konflikte mit friedlichen Mitteln regeln.

Auf Frage des Ministers nach den sowjetischen Kontakten mit Pakistan über Afghanistan[25] antwortete Semjonow mit dem Hinweis auf den sowjetischen Wunsch nach einer politischen Regelung. Die Spannungen zwischen den Nachbarstaaten sollten vermieden werden. Es sei nicht gut, wenn eine Region zum Bereich vitaler Interessen eines bestimmten Staates oder einer Staatengruppe erklärt werde.

Semjonow leitete zum Thema Einstellung des Wettrüstens und Abrüstung über, das er als die wichtigste Aufgabe der 80er Jahre bezeichnete. Dieses Thema durchdringe auch die Diskussionen in Madrid. Es sei „die Frage der Fragen". Er glaube, daß die neue amerikanische Administration die schwankende Haltung ihrer Vorgängerin überprüfen werde. Er äußerte sich kritisch zur Politik der Carter-Administration, die erst ein Abkommen (SALT) unterzeichne[26] und dann nicht ratifizieren lasse[27], die in Wien[28] von bestehender Parität und später von einem Ungleichgewicht gesprochen habe. *Bundesminister* erwiderte, er wiederhole, was er schon früher dazu gesagt habe: In Wien sei vom Gleichgewicht bei den interkontinentalen Waffen, nicht bei den Mittelstreckenwaffen

24 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.

25 Botschafter Terfloth, Islamabad, berichtete am 14. Januar 1981, es sei zu bedenken, daß Pakistan im Afghanistan-Konflikt „unter starkem äußeren und inneren Druck steht". Zwischen der UdSSR und Pakistan bestehe ein Dissens in der Frage von Teilnehmerkreis und Verfahren von Afghanistan-Gesprächen. Während Pakistan eine Konferenz unter Beteiligung der Vereinten Nationen und Irans wünsche, strebe die UdSSR bilaterale Gespräche zwischen Afghanistan und Pakistan an. Für den Fall eines pakistanischen Nachgebens habe die UdSSR die Garantie der 1893 festgelegten Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan (Durand-Linie) angeboten, die Afghanistan nie anerkannt habe. Das ständige Ansteigen der Flüchtlingszahlen bringe die Regierung in eine sehr schwierige Lage: „Es ist erkennbar, daß Pakistan rasch nach Lösungen sucht. Es fühlt sich zudem von der westlichen Welt nicht genügend unterstützt und meint, in seinem Widerstand gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans alleingelassen worden zu sein." Die Einsicht, „daß die jetzt von der Sowjetunion anvisierten bilateralen Gespräche das politische und das Flüchtlingsproblem vermutlich einer Lösung nicht näherbringen, könnte zu einer Überprüfung der pakistanischen Position führen. Eine gewisse Tendenz der pakistanischen Führung aber, sich mit der Sowjetunion doch eines Tages zu arrangieren, wenn auch vielleicht unter günstigeren Bedingungen, sollten wir nicht übersehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 340, Bd. 127042.

26 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

27 Am 3. Januar 1980 ersuchte Präsident Carter in einem Schreiben an den Mehrheitsführer im amerikanischen Senat, Byrd, angesichts der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 die Debatte im Senat über eine Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 auszusetzen. Carter machte dabei deutlich, daß der Vertrag unverändert im nationalen Interesse der USA und der ganzen Welt liege und daher im Senat später weiterbehandelt werden solle. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 12. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 59.

28 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

gesprochen worden. Die Ratifizierungsaussichten für SALT II im amerikanischen Kongreß seien durch die sowjetische Intervention in Afghanistan[29] negativ beeinflußt worden. Er habe bei seinem Besuch in Washington im Herbst 1979[30] mit Senator Byrd gesprochen, der damals überzeugt gewesen sei, daß die Ratifikation im Dezember abgeschlossen werden könne[31]. Gewisse Probleme hätten dann bewirkt, daß man mit einer Verzögerung bis etwa Januar 1980 hätte rechnen müssen. Inzwischen habe dann Afghanistan den Ausschlag gegeben. Dies zeige, welche schwere Belastung Afghanistan für die internationale Entwicklung darstelle, auch für die Abrüstungsdiskussion. Die Sowjetunion sollte diese Belastung von den internationalen Beziehungen wegnehmen. Dies würde ein bedeutsamer Schritt sein, der positive Impulse bei der neuen amerikanischen Administration auslösen würde, auch im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich. Es sei wichtig, die Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen schnell in Gang zu setzen. Die Durchführung des Nachrüstungsteils des Bündnisbeschlusses[32] laufe. Ein sowjetischer Verzicht auf die weitere Produktion und Stationierung ihrer Mittelstreckenwaffen könne auch jetzt noch die Verhandlungen erleichtern. Auch die Einsetzung einer Abrüstungskonferenz für ganz Europa wäre ein ganz wichtiger Schritt. Für unsere öffentliche Meinung komme es besonders auf positive Entwicklungen in Deutschland und Berlin an. Jeder Fortschritt hier wirke sich positiv aus, jeder Rückschritt sei eine schwere Belastung. Dies berühre nicht nur uns, sondern auch die Drei Mächte, die in Berlin Verantwortung trügen, es gelte für alle. Dies alles bedeute, daß es Bereiche gebe, wo die Sowjetunion Zeichen setzen könne. Er glaube, daß die Sowjetunion stärker sehen sollte, welche Bedeutung es haben könne, wenn sie die richtigen Schritte in dieser Richtung unternähme. In der Dritten Welt komme es darauf an, Krisen durch konstruktive Schritte, durch Verhandlungen zu überwinden.

Nach dem Essen zeigte *Semjonow* dem Minister sein Gästebuch und benutzte eine dort abgebildete Skizze des geplanten sowjetischen Botschaftsbaus, um auf die hiermit verbundenen Probleme zu sprechen zu kommen.[33] Im März werde

29 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

30 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. August 1979 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 218, Dok. 219, Dok. 221 und Dok. 223–227.

31 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Senator Byrd am 10. August 1979 vgl. den Drahtbericht Nr. 2847 des Gesandten Dannenbring, Washington, vom selben Tag; Referat 204, Bd. 115942.

32 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

33 Ministerialdirektor Röding legte am 30. Mai 1980 dar: „1) Gemäß Notenwechsel von 1974 stellen sich die Bundesrepublik und UdSSR gegenseitig Grundstücke zum Bau von Botschaftsgebäuden zur Verfügung. Ausführungsplanung und Bau haben durch Firmen bzw. Organisationen der die Grundstücke überlassenden Seite zu erfolgen. 2) Die Sowjets haben für ihren Bau auf der Viktorshöhe einen deutschen Architekten beauftragt, der im Mai 1980 den Bauantrag bei der Stadt Bonn eingereicht hat. Vorbehaltlich Baugenehmigung könnte der Bau Anfang 1981 begonnen und 1982/83 bezogen werden. 3) Wir haben in Moskau die Baugenehmigungsunterlagen im Jahre 1977/79 vorgelegt. Über die Durchführung der Ausführungsplanung wird mit einer sowjetischen Außenhandelsorganisation verhandelt; der Abschluß eines entsprechenden Vertrages wird für Juli 1980 erwartet. Die Planungszeit der Sowjets beträgt 26 Monate. Der deutsche Baubeginn wäre deshalb frühestens Ende 1982 möglich, d.h. zu einem Zeitpunkt, zu dem die Sowjets fast in ihren Neubau einziehen können.“ Vgl. Referat 111, Bd. 162525.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Trefftz teilte dem Bundesministerium der Finanzen am 27. November 1980 mit: „Der Vertrag mit den V/O ‚Sojuzvneshstrojimport‘ über die Planungsarbeiten für

die Projektierung abgeschlossen sein. Im Februar rechne man mit der Baugenehmigung. Da wir mit den Bauskizzen für unsere Botschaft in Moskau ca. eineinhalb Jahre später begonnen hätten, seien wir jetzt im Rückstand. Jetzt stoppe man die Entwicklung hier, bis wir in Moskau aufgeholt hätten. Er verfüge über genügend Einfluß in Moskau, um dort Komplikationen wegzuräumen. Er habe bereits an Promyslow geschrieben. *Bundesminister* erwiderte: Wir setzten unsere ganze Hoffnung auf Semjonows Einfluß. *Semjonow* verwies darauf, daß die Sowjetunion bei den Botschaftsneubauten im Falle Frankreichs[34] und der USA einen unterschiedlichen Baubeginn gehabt habe, dennoch sei alles gutgegangen. *Bundesminister* wiederholte, wir wären sehr dankbar, wenn sich Semjonow in Moskau für die Ausräumung der Schwierigkeiten einsetzen werde. Er könne sich dort von Botschafter Meyer-Landrut sagen lassen, wo die Dinge festgefahren seien und wie man sie weiterbringen könne. *Semjonow* bestätigte, daß er Meyer-Landrut in Moskau sehen werde.

Semjonow kam erneut auf SALT zu sprechen und erinnerte daran, daß SALT I in Moskau unterschrieben worden sei[35], als die Amerikaner Hanoi bombardiert[36] hätten. Damals habe es einen Streit in der sowjetischen Regierung gegeben. Es habe auch Gegner gegeben. Doch Breschnew und die Mehrheit hät-

Fortsetzung Fußnote von Seite 79

den Neubau der Deutschen Botschaft in Moskau wurde am 17. November 1980 von dem Vertreter des Bundesbauministeriums unterzeichnet." Vgl. das Schreiben; Referat 111, Bd. 162525.
Amtsrat Bengel notierte am 18. Februar 1981, daß am 13. Januar 1981 ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschaftsrat Ussytschenko stattgefunden habe. Trefftz habe dabei hervorgehoben, „daß die deutsche Seite nach wie vor davon ausgehe, daß die beiden Bauvorhaben in Bonn und Moskau gleichzeitig beginnen sollten". Ussytschenko habe die sowjetische Auffassung wiederholt, „daß ein gleichzeitiger Baubeginn nicht erforderlich sei; die sowjetische Seite habe früher mit ihren Planungen begonnen. […] Die Bereitschaft der sowjetischen Behörden, den deutschen Baubehörden entgegenzukommen, werde durch eine vorzeitige Genehmigung des sowjetischen Bauvorhabens nur gefördert." Bengel notierte weiter: „Auf die Frage, was die sowjetische Botschaft denn tun könne, um ihr Bauvorhaben zu beschleunigen, wies Dr. Trefftz darauf hin, daß dies nur durch eine Beschleunigung des deutschen Bauvorhabens in Moskau geschehen könne. Diese könne z. B. dadurch erfolgen, daß – sei es von der deutschen Seite, sei es von den Sowjets – ein deutscher Generalunternehmer beauftragt werde, wie dies auch bei dem Bau des Moskauer Flughafens geschehen sei. Dieser Generalunternehmer sei dann in der Lage, aufgrund der vorliegenden deutschen Pläne bereits mit dem Bau zu beginnen, da die Pläne so ausführlich seien, daß sie nach deutscher Auffassung einen unmittelbaren Arbeitsbeginn ermöglichten." Vgl. Referat 213, Bd. 133194.

34 Die Botschaft in Moskau teilte am 29. Mai 1980 mit: „Die französische Botschaft, die bekanntlich ausschließlich von sowjetischer Seite errichtet wurde, steht bereits ein Jahr nach der Übernahme vor erheblichen technischen Instandsetzungsproblemen. […] Die französische Botschaft empfiehlt uns dringend, die Bauleistungen der sowjetischen Seite auf ein Minimum zu begrenzen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1419; Referat 111, Bd. 162525.

35 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll, das anläßlich des Besuchs des Präsidenten Nixon vom 22. bis 30. Mai 1972 in der UdSSR in Moskau unterzeichnet wurde, vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404. Zum Besuch vgl. AAPD 1972, I, Dok. 149, und AAPD 1972, II, Dok. 161, sowie FRUS 1969–1976, XIV, S. 982–1226.

36 Ab 10. April 1972 bombardierten amerikanische Kampfflugzeuge erstmals seit vier Jahren wieder Ziele in der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam). Am 16. April 1972 wurden der Hafen von Haiphong und Ziele im Großraum von Hanoi angegriffen.
Am 8. Mai 1972 kündigte Präsident Nixon eine Fortführung der Luftangriffe sowie die Verminung der nordvietnamesischen Häfen an. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 584 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 485–489.

ten die Unterzeichnung von SALT I und den Beginn der Verhandlung über SALT II[37] durchgesetzt. Der SALT-Prozeß sei entscheidend für das Schicksal der Menschheit. Semjonow wandte sich dann gegen die Politik der Verknüpfungen. Wenn wir zuließen, daß bei uns Entwicklungen wie in Angola und anderen Ländern alles bremsten, dann werde man nie weiterkommen. In der Dritten Welt werde es immer Bewegungen geben. Wenn wir uns davon abhängig machten, bekämen wir die Füße nicht mehr aus dem Sumpf. Was wäre z. B. die Folge, wenn wir die Frage der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa von der Entwicklung im Iran abhängig machten? Das würde weder Europa noch dem Iran nützen. Dieses sei auch ursprünglich die Haltung Kissingers gewesen, bis er dann nach Angola unverständlicherweise seine Meinung geändert habe. Wenn wir z. B. Namibia in einen Zusammenhang mit den europäischen Problemen bringen würden, würde dies weder für uns noch für Namibia gut sein. *Bundesminister* entgegnete, in Namibia sei niemand gelandet (wie in Afghanistan). *Semjonow* verwies daraufhin auf Zaire. *Bundesminister* erwiderte: Dort habe es einen Einfall aus Angola gegeben.[38] Und heute gebe es keine fremden Soldaten in Zaire. Das habe ihm der Premierminister von Zaire, den er dieser Tage gesehen habe, bestätigt.[39] *Semjonow* nannte daraufhin den Tschad.[40] Sollte man sich von der Entwicklung dort in Abhängigkeit bringen? Nach seiner Auffassung dürfe man globale Fragen nicht mit lokalen verbinden. Das sei bei den SALT-Verhandlungen immer ein fester Grundsatz gewesen. Die Sowjetunion habe den Amerikanern bei SALT große Zugeständnisse gemacht. Wenn man die Politik der Verknüpfungen mit regionalen Problemen verfolge, werde es keine Stabilität mehr in dem, was die Deutschen „große Politik" nennen, geben. Wenn man SALT I und SALT II durchfallen lasse, wie solle dann diese Politik weitergehen? *Bundesminister* erwiderte: Jetzt müsse man einen Weg finden, wie über die Begrenzung der strategischen Waffen gesprochen werden könne, wenn dies von beiden Seiten gewollt werde. Im übrigen sei wichtig, daß in einer kritischen Phase alle Industriestaaten im Osten wie im Westen sich in der Dritten Welt zurückhielten.

In einem abschließenden Toast zitierte *Semjonow* einen führenden deutschen Wirtschaftsvertreter, der ihm gesagt habe: Solange der Bundeskanzler, BM Genscher und BM Lambsdorff die Politik bestimmten, könne er beruhigt sein, daß die Politik kontinuierlich weitergehe. *Bundesminister* betonte in seiner Antwort die Konsequenz und Gradlinigkeit unserer Linie, die nicht immer für alle bequem sei, aber eine langfristige, berechenbare Politik gewährleiste.

Referat 010, Bd. 178844

37 Die erste Runde der zweiten Phase der Gespräche zwischen den USA und der USA über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) fand vom 21. November bis 21. Dezember 1972 in Genf statt. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 375 und Dok. 405.

38 Zum Shaba-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 8.

39 Bundesminister Genscher traf am 17. Januar 1981 in Bremen mit Ministerpräsident Nguza Karl-I-Bond zusammen. Erörtert wurden die wirtschaftliche Lage in Zaire, der Tschad-Konflikt und die Rolle Libyens sowie die Namibia-Frage. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178845.

40 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 6.

14

Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, an das Auswärtige Amt

Schriftbericht Nr. 3 **22. Januar 1981**[1]

Betr.: Namibia-Initiative[2];
hier: Versuch einer Zwischenbilanz

Bezug: DB Nr. 10 (Kapstadt) vom 15.1.1981[3]

Zur Unterrichtung

1) Das Scheitern der Genfer Konferenz[4] und der amerikanische Regierungswechsel[5] stellen einen Einschnitt in der im April 1977 begonnenen Initiative der fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder zur friedlichen Lösung des Namibia-Konflikts dar, der Anlaß zu einer Zwischenbilanz gibt und die Frage nach unserem weiteren Vorgehen aufwirft.

Unterstellt man, daß

– die Fünf die Verhängung auch begrenzter Sanktionen weiterhin vermeiden möchten,

1 Hat Legationsrat Hansen am 27. Januar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vergau „z[ur] g[efälligen] K[enn]t[ni]s" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Dg 32 hat Durchdruck, H[err] Flittner hat Durchdruck."
Hat Vergau am 27. Januar 1981 vorgelegen.

2 Nach ersten Sondierungen seit April 1977 unterbreiteten am 10. April 1978 fünf Mitglieder des VN-Sicherheitsrats, die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA, offiziell einen Vorschlag für eine Lösung der Namibia-Frage. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 574–578. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, I, Dok. 115.
Die Initiative bildete die Grundlage für Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978. Diese sah die Einrichtung einer United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) für einen Zeitraum von bis zu zwölf Monaten vor, die der Gewährleistung der baldigen Unabhängigkeit Namibias durch freie Wahlen unter der Aufsicht und Kontrolle der Vereinten Nationen dienen sollte. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. XI, S. 21. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 597 f.

3 Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, berichtete: „Pretoria-Fünf stimmen überein, daß der Fortgang der westlichen Bemühungen um eine friedliche Lösung des Namibia-Konflikts jetzt entscheidend von der Haltung der neuen amerikanischen Regierung abhängt und daß es vor dem hierfür notwendigen Meinungsbildungsprozeß verfrüht ist, darüber zu spekulieren, ob 435 am Leben erhalten werden [kann] oder andere Wege zu einer einvernehmlichen Lösung beschritten werden müssen." Vgl. Referat 320, Bd. 125280.

4 Vom 7. bis 14. Januar 1981 fand in Genf eine Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 statt („Pre-implementation meeting"). Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Genf, legte dazu am 14. Januar 1981 dar: „Die Konferenz bedeutet einen Rückschlag für unsere Bemühungen um eine Namibia-Lösung, da das erklärte Ziel der Festlegung Südafrikas auf einen Zeitrahmen für die SR-435-Ausführung nicht erreicht worden ist. Andererseits hat die Konferenz in bisher nicht gekanntem Maße zu Kontakten zwischen den einander bekämpfenden Parteien geführt, die später mithelfen könnten, einen Kompromiß zu finden." Nachdem bereits im Vorfeld der Konferenz deutlich geworden sei, daß die südafrikanische Delegation „ein Bild merkwürdiger bis skurriler Vielfalt bieten würde, ist die S[üd]a[frika]-Delegation mit starren Instruktionen nach Genf gekommen, nicht zu verhandeln, sondern nur noch das Maximum an Effekt zugunsten der DTA herauszuholen". Das negative Auftreten der südafrikanischen Delegation habe „Pretoria als internationalen Gesprächspartner weiter disqualifiziert. […] SR 435 ist in Genf entgleist, aber noch vorhanden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 65; Referat 320, Bd. 125280.

5 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

– andererseits wegen ihres Verhältnisses zur Dritten Welt und zur Vermeidung einer Ausweitung des Konflikts gezwungen sind, ihre Vermittlungsbemühungen fortzusetzen,

so stellt sich nach der unmißverständlichen Art und Weise, in der Südafrika die Genfer Konferenz scheitern ließ, die Frage, welche Aussichten bestehen, die südafrikanische Regierung auf dem Verhandlungswege innerhalb ein bis zwei Jahren zur Abhaltung international anerkannter Wahlen zu bewegen.

[6]2) Nach den offiziellen Erklärungen der südafrikanischen Regierung und der Internen Parteien (IP) ist die Regierung nach wie vor zur Implementierung von SR 435 bereit, wenn zuvor die Vertrauenslücke im Verhältnis zu den VN überbrückt und Gleichbehandlung der IP mit SWAPO gewährleistet ist. Im direkten Gespräch haben südafrikanische Regierung und DTA-Vorsitzender D. Mudge jedoch keinen Hehl daraus gemacht, daß es ihnen im Grunde lediglich darum geht, eine Entscheidung in dieser Frage auf spätere Zeit zu verschieben. Auch weitgehende Konzessionen der VN könnten zum gegenwärtigen Zeitpunkt aller Wahrscheinlichkeit nach kein Einlenken der südafrikanischen Seite herbeiführen.[7]

3) Bei der Suche nach den Gründen der südafrikanischen Haltung ist zunächst festzustellen, daß die südafrikanische Regierung bis zu dem überwältigenden Sieg Mugabes in den rhodesischen Wahlen[8] vermutlich daran geglaubt hat, daß Mudge unter bestimmten, noch auszuhandelnden Umständen VN-überwachte Wahlen gewinnen könnte. Diese Einschätzung und die Absicht, Sanktionen zu vermeiden, waren bislang die Parameter der südafrikanischen Doppelstrategie, die darauf hinauslief, die Tür für eine Implementierung von SR 435 immer offenzuhalten und gleichzeitig in Windhuk vollendete Tatsachen „short of UDI“[9] zu schaffen. Der größte Vorteil dieser Strategie war, daß sie der südafrikanischen Regierung erlaubte, eine endgültige Entscheidung zu Namibia und insbesondere zur Kernfrage der Annehmbarkeit einer SWAPO-Machtübernahme vor sich herzuschieben.

Der Erdrutsch bei den Wahlen in Rhodesien und das spätere enttäuschende Abschneiden Mudges bei den ethnischen Wahlen[10] haben bei der südafrikanischen Regierung zur Erkenntnis geführt, daß SWAPO jede Art Wahl, die diesen Namen verdient, gewinnen wird. Die Durchführung von SR 435 ist seit dieser Er-

6 Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 18.

7 Dieser Satz wurde von Legationsrat Hansen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

8 In Rhodesien/Simbabwe fanden am 14. Februar 1980 sowie vom 27. bis 29. Februar 1980 Parlamentswahlen statt, aus denen die „Zimbabwe African National Union“ (ZANU) unter Robert Mugabe als Sieger hervorging.

9 Unilateral Declaration of Independence.

10 Vom 11. bis 13. November 1980 fanden in Namibia sogenannte „ethnische Wahlen“ für die zweite Regierungsebene unterhalb der „Zentralregierung“ statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte dazu am 20. November 1980 mit, „aufschlußreich und folgenschwer“ sei das Wahlergebnis der weißen Bevölkerungsgruppe: „Im weißen Landesrat erlangten DTA unter Dirk Mudge sieben Sitze […], AC[tion Front for the Retention of]TUR[nhalle Principles] unter du Plessis elf Sitze […]. Dieses Ergebnis ist eine schwere Niederlage für die DTA und für Mudge persönlich. Zugleich bedeutet es einen Rückschlag für Südafrika, dessen Namibia-Politik einseitig auf einer führenden Rolle der DTA aufbaute. […] Die DTA, die selbst zugibt, ihre schwarze Anhängerschaft sei dezimiert, verliert nun auch den seit Dezember 1978 konstruierten Anschein, die Weißen zu führen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 5873; Referat 320, Bd. 125279.

kenntnis für Südafrika gleichbedeutend mit der Hinnahme einer SWAPO-Regierung.[11]

In dieser schwierigen Situation im Vorfeld der Genfer Konferenz erschien für Südafrika der Regierungswechsel in Washington als wundersame[12] „Deus ex machina". Die damit verbundene Immobilität der Fünf, die als nahezu gebannt angesehene Gefahr von Sanktionen sowie Hoffnungen auf[13] einen späteren besseren „deal" mit der Reagan-Regierung wurden als ideale Gelegenheit erkannt, die bisherige Doppelstrategie wenn nicht aufzugeben, so doch den veränderten Gegebenheiten anzupassen. Zu vermuten ist ferner, daß unter dem Eindruck dieser Ereignisse im Vorfeld der Genfer Konferenz auf höchster Ebene eine Entscheidung getroffen wurde, in der

– eine Machtübernahme durch SWAPO so kurz nach Mugabes Wahlsieg als unvereinbar mit der inneren und äußeren Sicherheit Südafrikas angesehen wurde. Befürchtet wird hierbei nicht so sehr die Infiltration von ANC-Guerillas aus Namibia, sondern die Schaffung einer Erwartungshaltung unter der nicht-weißen Bevölkerung mit möglicherweise dramatischen Folgen für die innere Stabilität;
– eine solche Entwicklung zudem wegen ihrer bedrohlichen Auswirkungen auf die Einheit der nationalen Partei sowie die Regierung Botha als unannehmbar erachtet wurde.

4) Geht man von einer grundsätzlichen Entscheidung der südafrikanischen Regierung gegen eine Hinnahme einer SWAPO-Regierung aus – verschiedene Äußerungen AM R. F. Bothas deuten auf eine solche Haltung hin –, so läßt sich der Schluß ziehen, daß zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Weiterführung der Fünfer-Bemühungen im alten Stil wenig Aussicht auf Erfolg haben würde. Aufgrund der Tatsache, daß Südafrika kein überzeugender Partner in Namibia für eine interne Lösung zur Verfügung steht und wohl auch die Reagan-Regierung eine UDI unter diesen Vorzeichen nicht absegnen könnte, besteht andererseits das Interesse Südafrikas fort, sich des Namibia-Problems in international akzeptabler Weise zu entledigen. Südafrika hat vermutlich bereits jetzt schon erkannt, daß die Zeit nicht für die IP arbeitet[14], da diese Parteien von der nicht-weißen Bevölkerung zunehmend als reine Steigbügel-Halter der südafrikanischen Besatzungsmacht betrachtet werden. Es ist gänzlich unwahrscheinlich, daß es der DTA gelingt, ihren seit den Dezember-78-Wahlen[15] anhaltenden Popularitätsschwund zu stoppen.

Eine neue, von der amerikanischen Administration ausgehende Initiative könnte hierauf aufbauen. Neben dem Fehlen einer echten Alternative zu einem politi-

11 Der Passus „SWAPO jede Art … einer SWAPO-Regierung" wurde von Legationsrat Hansen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

12 Dieses Wort wurde von Legationsrat Hansen unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

13 Ende der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 18.

14 Der Passus „Zeit … arbeitet" wurde von Legationsrat Hansen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

15 In Namibia fanden auf Betreiben der südafrikanischen Regierung und ohne Beteiligung der Vereinten Nationen vom 4. bis 8. Dezember 1978 Wahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung statt, aus denen die DTA als Sieger hervorging.

schen Ausgleich mit SWAPO[16] sind weitere, eine Verhandlungslösung begünstigende Umstände die Unfähigkeit SWAPOs, den Befreiungskrieg militärisch zu gewinnen, sowie das starke Interesse Angolas, SWAPO, UNITA und südafrikanische Truppeninvasionen zugleich loszuwerden.

Vermutlich erwartet Südafrika als Preis für ein Einlenken weitere Konzessionen des Westens, der FLS[17] und SWAPOs. Denkbar wäre etwa ein Lösungspaket, in dem Südafrika für die Entlassung Namibias in die Unabhängigkeit als Gegenleistung den Abzug der Kubaner aus Angola, Garantien der FLS und SWAPOs hinsichtlich der ANC-Tätigkeit sowie ein zeitlich begrenztes Stillhalteversprechen gegenüber südafrikanischer Innenpolitik erhält. Parallel zu diesem „strategischen" Geschenkkorb für Südafrika erwarten die IP von SWAPO die Verpflichtung zu einem politischen und wirtschaftlichen Wohlverhaltenskatalog. Wenn sich Südafrika nach Einarbeitung der Reagan-Regierung ernsthaft auf neue Verhandlungen einlassen sollte, wird man jedenfalls mit hochgespannten Forderungen zu rechnen haben.[18]

Eickhoff

Referat 320, Bd. 125280

16 Der Passus „Fehlen einer echten … Ausgleich mit SWAPO" wurde von Legationsrat Hansen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

17 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

18 Der Passus „Gegenleistung den Abzug … zu rechnen haben" sowie die Wörter „‚strategischen' Geschenkkorb" und „politischen und wirtschaftlichen Wohlverhaltenskatalog" wurden von Legationsrat Hansen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „1) Widerspruch zu S. 2 (Ablehnung SWAPO-Wahlsieg). 2) Derartige Konzessionen wurden in Genf bereits angeboten." Vgl. Anm. 6 und 13.

15

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1248/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 114
Citissime

Aufgabe: 22. Januar 1981, 21.50 Uhr[1]
Ankunft: 22. Januar 1981, 22.16 Uhr

Betr.: Polen;
hier: Lagebeurteilung in Sitzung des Rats im kleinsten Kreise (private meeting) am 22. Januar 1981

Zur Unterrichtung

I. 1) Der Rat beschäftigte sich in seiner Sitzung im kleinsten Kreise (private meeting) am 22. Januar 1981 mit Polen und kam in einer lebhaft geführten und ausgewogenen Aussprache zu einer weitgehenden Übereinstimmung in der Beurteilung der inneren und äußeren Lage Polens sowie der sowjetischen Absichten und der Handhabung der polnischen Problematik durch die Sowjetunion.

Ich argumentierte auf der Basis des mir aus Bonn (Ref. 214) zugänglich gemachten Materials (Sprechzettel und Sachstand für StS van Well[2]) sowie der hier vorliegenden Beurteilungen in der Berichterstattung der Botschaften Moskau und Warschau.

2) Die im Rat geführte Diskussion kann wie folgt zusammengefaßt werden:

Zentraler Angelpunkt dieser im wesentlichen übereinstimmenden Analyse der Ständigen Vertreter war die zunehmende Instabilität der inneren politischen und wirtschaftlichen Lage sowie – sieht man von der hierarchisch festgefügten katholischen Kirche ab – der wesentlichen politischen und gesellschaftlichen Kräfte des Landes (Partei, Regierung und Gewerkschaft Solidarität).

Nach der Beurteilung der Ständigen Vertreter, die in den meisten Fällen mit neuesten Weisungen ihrer Regierungen und Lageberichten der Vertretungen ihrer Länder in Warschau und Moskau ausgestattet waren, sind in der wirtschaftlichen Situation Polens keine Verbesserungen festgestellt worden. Die Lage verschlechtert und destabilisiert sich vielmehr zusehends. Für die nicht minder prekäre innen- und paktinterne außenpolitische Lage des Landes ist die Einschätzung der Wirtschaftsentwicklung ebenfalls einer der grundlegenden Faktoren.

Die Führungsspitzen der politischen und gesellschaftlichen Kräfte und Gruppierungen in Polen sind nicht mehr unangefochten:

a) In der Partei und in dem von ihr beherrschten Regierungsapparat findet eine Auseinandersetzung und teilweise Neutralisierung zwischen den reformorien-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Scheel am 23. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Legationsrat Kröger am 26. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 28. Januar 1981 vorgelegen.

2 Staatssekretär van Well nahm am 21. Januar 1981 an der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags teil. Für den von Referat 214 am 20. Januar 1981 gefertigten Sprechzettel sowie die Aufzeichnung zur Lage in Polen vom selben Tag vgl. Referat 214, Bd. 132909.

tierten und orthodoxen Flügeln statt (für die stellvertretend Kania bzw. Olszowski genannt werden könnten). Eine gewisse Distanzierung Moskaus von Kania wird beobachtet.

b) Auch die Führung der Gewerkschaft Solidarität, obwohl aufgewertet und gestärkt durch den kürzlichen Besuch Wałęsas beim Papst[3], ist längst nicht mehr unbestritten und hat sich gegenüber den nachdrängenden radikaleren Kräften durchzusetzen. Versuche, bekanntgeworden durch Äußerungen Wałęsas, sich der Unterstützung der intellektuellen Dissidentengruppe Kurońs zu entledigen oder dies jedenfalls nach außen hin zu dokumentieren, sprechen für solche Auseinandersetzungen.

Es besteht die Gefahr, daß die bisher mehr auf Wirtschafts- und Arbeitsfragen ausgerichtete Tätigkeit der Gewerkschaft politisch orientiert und umgepolt wird auf für die polnische Staats- und Parteiführung sowie insbesondere für die Sowjetunion aus ihrer Sicht heikle Forderungen politischer Natur (Einstellung der Dissidentenverfolgung und Verlangen nach mehr Pressefreiheit).

c) Bei diesen Gegebenheiten ist die dezidiert mäßigende und vorsichtige Haltung, die von der katholischen Kirche Polens ausgeht, als ruhender Pol in dem ständig im Fluß befindlichen Bild festzuhalten.

3) Insgesamt droht nach übereinstimmender Meinung der Ständigen Vertreter auf kürzere bis mittlere Sicht durch die geschilderten Umstände eine Verschiebung der bisher bestehenden prekären nationalen Balance und eine Gefahr für die bis jetzt erfolgreiche Austarierung der politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die eine Garantie gegen abrupte Veränderungen der Situation waren.

Es drängt sich die Frage auf, ob dadurch nicht ein macht- und gesellschaftspolitisches Vakuum entstehen könnte, in das von allen Seiten her – innen wie außen – radikalere Kräfte hineindrängen könnten (orthodoxe Kommunisten einerseits, radikal-liberale andererseits).

4) Auf diesem Hintergrund verdient die seit einiger Zeit feststellbare politische und militärische Taktik der Sowjetunion zu Polen besondere Aufmerksamkeit:

[3] Vom 13. bis 19. Januar 1981 hielt sich eine Delegation der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ unter Leitung des Vorsitzenden Wałęsa in Italien auf. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete dazu am 19. Januar 1981, Papst Johannes Paul II. habe Wałęsa am 14. Januar 1981 zunächst zu einem Vier-Augen-Gespräch empfangen, über dessen Inhalt bislang nichts bekanntgeworden sei. Bei der anschließenden offiziellen Begegnung der Delegation mit dem Papst seien „Vertreter der italienischen und internationalen Medien eingeladen“ worden mit „dem offenkundigen Zweck, der Zusammenkunft eine weite Resonanz zu verschaffen“. Johannes Paul II. habe als „besondere persönliche Geste“ am 18. Januar 1981 in seiner Privatkapelle eine Messe für die Delegation zelebriert und diese anschließend zu einem Frühstück gebeten. Zu den Äußerungen von Johannes Paul II. am 14. Januar 1981 legte Gehlhoff dar: „Die klare Sprache des Papstes und seine freundlichen Gesten waren unverkennbar darauf abgestellt, dem unabhängigen Gewerkschaftsbund ‚Solidarität‘ nicht nur das päpstliche ‚nihil obstat‘ zu erteilen, sondern seine Arbeit moralisch zu stärken und abzustützen. Unüberhörbar waren aber auch die wiederholten Appelle des Papstes, die Interessen der gesamten Nation im Auge zu behalten, also nicht durch Überziehung der eigenen Position zu gefährden. In die gleiche Richtung zielten seine wiederholten Ermahnungen, auf dem weiteren Weg mit Vorsicht und maßvoll voranzuschreiten, um das Land und die Gesellschaft insgesamt nicht in Gefahr zu bringen. Mit seinem zweimaligen Verweis auf Kardinal Wyszyński gab Johannes Paul II. zu verstehen, daß sich Papst und polnische Kirchenführung in voller Übereinstimmung befinden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6; Referat 214, Bd. 132909.

Die Ständigen Vertreter stimmten meiner Beurteilung zu, daß die Sowjetunion ihre Strategie gegenüber Polen zur Zeit im wesentlichen auf drei voneinander selbständigen Ebenen verfolgt:

(1) Sie bekundet nach außen in Wort und Tat ihr Vertrauen zur derzeitigen polnischen Führung, obwohl dieses Vertrauen von Anfang an nur befristet und von handfesten Beweisen der Loyalität und Effektivität von seiten der polnischen Führung abhängig war. Es gibt verschiedene Anzeichen, daß dieses Vertrauen nach den von der SU gemachten Erfahrungen erschüttert und die Geduld der Sowjetunion mit dem Reformflügel (Kania) strapaziert ist, der sich an die Spitze der gesellschaftlichen Bewegung zu setzen versuchte, um sie besser kontrollieren und retardieren zu können. Die Gerüchte aus Warschau sind ernst zu nehmen, wonach die Umschaltung auf einen vom orthodoxen Flügel propagierten harten Kurs nicht auszuschließen ist („starker Mann").

(2) In einer fortwährenden sowjetischen Pressekampagne werden gleichzeitig nicht nur die Gruppierungen in Partei und Regierung gegeneinander ausgespielt und mit der Warnung vor konterrevolutionärer Unterwanderung der freien Gewerkschaften beständiger Druck ausgeübt. Mit der Pressekampagne werden vielmehr auch ideologische Brücken, die auf der WP-Tagung[4] und bei bilateralen sowjetisch-polnischen Begegnungen[5] geschlagen worden waren, möglicherweise bereits wieder abgebaut.

(3) In sich beschleunigend häufenden Treffen auf hoher und höchster Ebene (bilateral im Verhältnis Sowjetunion–Polen und multilateral im WP) ist wiederum gleichzeitig eine Intensivierung des praktischen Einflusses und der Druckausübung durch die SU auf Polen festzustellen.

5) Der allseits akzeptierte Hinweis des Vorsitzenden des Militärausschusses[6], daß bei relativ hoher, der Jahreszeit angemessener Übungstätigkeit der sowjetischen und der Paktstreitkräfte um Polen eine gravierende Änderung der militärischen Lage nicht feststellbar sei, ändert an dieser Lagebeurteilung wenig.

Es spricht allenfalls dafür, daß

(1) der erhöhte Bereitschaftsgrad der sowjetischen, DDR- und tschechoslowakischen Truppen nach wie vor besteht und die Sowjetunion und ihre Verbündeten weiterhin befähigt sind, innerhalb kurzer Frist militärisch zu intervenieren;

(2) die Sowjetunion die Präferenz hat, vor einer militärischen Intervention von außen eine polnische Lösung zu versuchen, und daß eine militärische Lösung mit allen ihren Folgen für das Ost-West-Verhältnis nur als letzte Ratio ins Auge gefaßt wird.

Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit polnischen Widerstandes im Falle einer Intervention der Sowjetunion und des WP ist gering (so besonders F). Die Sowjetunion würde sich vor einem militärischen Eingreifen die Kontrolle und, wenn nötig, Neutralisierung der polnischen Armee besonders angelegen sein lassen.

4 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

5 Zum Besuch des polnischen Außenministers Czyrek am 25./26. Dezember 1980 in der UdSSR vgl. Dok. 1, Anm. 11.

6 Robert H. Falls.

II. Eine genaue Zukunftsprognose hat der Rat in seiner Sitzung am 22. Januar nicht unternommen. Sie könnte auch nur spekulativ sein.

Vielleicht wird sich die Zukunft Polens danach entscheiden, ob es gelingen wird, die akuten Anzeichen einer Destabilisierung wieder in einem nationalen Konsens aufzufangen. Dann könnten die Sowjetunion und der WP Garant dieser qualitativ neuen nationalen Einheit Polens werden.

III. Das Bündnis sollte – und darin bestand Übereinstimmung – weiterhin mit Zurückhaltung und hörbarer Mahnung handeln.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13334 (214)

16

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

311-321.00 IRN **23. Januar 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Billigung

Betr.: Gestaltung unserer Beziehungen zum Iran nach der Geiselbefreiung[4]

I. Vorschlag

1) Nach der Entlassung der amerikanischen Geiseln sollten wir rasch ein möglichst gutes Verhältnis zu Iran anstreben, allerdings ohne uns mit einer der

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 31. Januar 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 3. Februar 1981 vorgelegen.

4 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 und zur Vermittlungstätigkeit der algerischen Regierung vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Am 19. Januar 1981 wurden in Algier vom stellvertretenden amerikanischen Außenminister Christopher verschiedene Dokumente unterzeichnet. Darin war die Einsetzung eines Schiedsgerichts zur Regelung wechselseitiger Ansprüche zwischen Iran und den USA vorgesehen. Ferner verpflichteten sich die USA, weder direkt noch indirekt politisch oder militärisch in die inneren Angelegenheiten Irans einzugreifen. Die in den USA beschlagnahmten iranischen Vermögenswerte sollten bei einer einvernehmlich bestimmten Zentralbank deponiert und nach Freilassung der amerikanischen Geiseln auf Weisung der algerischen Zentralbank überwiesen werden. Weiterhin verpflichteten sich die USA zur Rücknahme der gegen Iran verhängten Wirtschaftssanktionen und der gegen Iran gerichteten Klagen vor dem Internationalen Gerichtshof sowie zur Unterbindung künftiger Klagen im Zusammenhang mit der Geiselnahme. Die in den USA vorhandenen Guthaben des ehemaligen Schahs Reza Pahlevi und seiner Familie wurden bis zu einer Regelung der Rückgabe eingefroren. Im Gegenzug verpflichtete sich Iran zur Freilassung der Geiseln. Für den Wortlaut der Vereinbarungen vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 1–5.
Die 52 amerikanischen Staatsangehörigen wurden am 20. Januar 1981 mit algerischen Maschinen nach Algier geflogen; von dort reisten sie mit Flugzeugen der amerikanischen Luftwaffe nach Frankfurt am Main und wurden mit Bussen in das amerikanische Militärkrankenhaus nach Wiesbaden gebracht. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2047, S. 9.

Machtgruppen zu identifizieren oder unsere Neutralität im irakisch-iranischen Konflikt[5] aufzugeben.

2) Erste Schritte nach Aufhebung der Wirtschaftsmaßnahmen[6] (bereits vollzogen):

– Gespräch BM mit dem iranischen Botschafter[7] mit dem Ziel, unsere politische Absicht deutlich zu machen, die Beziehungen zu Iran zu normalisieren;
– Sondierungsreise des Nah- und Mittelostbeauftragten[8] nach Teheran (der auch Bagdad besuchen sollte), ggf. anschließend höherrangige Besuche (evtl. Parlamentarier);
– schrittweise personelle Wiederauffüllung unserer Botschaft;
– sobald Risikolage dies erlaubt, Wiederaufnahme der Hermesabsicherung für Irangeschäfte ähnlich wie bei Irak.

II. 1) Die Bedeutung Irans beruht auf seiner besonderen geopolitischen Lage und seinen – zur Zeit freilich eingeschränkten – wirtschaftlichen und politischen Möglichkeiten.

– Iran ist das Kernstück des „nördlichen Gürtels", der die Sowjetunion von der erdölreichen Golfregion trennt. Es verbindet das NATO-Mitglied Türkei mit Pakistan. Irans Grenzen zur Sowjetunion sind – anders als die der beiden Nachbarstaaten – völlig offen.
– Iran beherrscht mit der Straße von Hormuz den Zugang zur Region des Golfs, die 60 % des westlichen Rohölbedarfs deckt.
– Mit 38 Mio. Menschen zählt Iran mehr Einwohner als alle anderen Staaten des Golfs und der Arabischen Halbinsel zusammen.
– Vor der Revolution[9] war Iran der zweitgrößte Erdölexporteur der Welt. Nach

5 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann teilte am 25. April 1980 mit, die Bundesregierung habe am 23. April 1980 eine Verordnung zur Verhängung von Wirtschaftssanktionen gegen Iran beschlossen und verkündet, das Inkrafttreten im Hinblick auf ein gemeinsames Vorgehen mit den übrigen EG-Mitgliedstaaten jedoch zunächst noch ausgesetzt: „Gleichzeitig hat Bundesregierung Unternehmen im Bundesgebiet aufgefordert, ab 23.4.1980 keine neuen Ausfuhr- und Dienstleistungsverträge mit iranischer Regierung oder iranischen Unternehmen mehr abzuschließen." Vgl. den Runderlaß Nr. 51; Referat 012, Bd. 115729.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Henze notierte am 21. Januar 1981: „1) Nach Freilassung der amerikanischen Geiseln durch die iranische Regierung hat BMWi als federführendes Ressort die Aufhebung der Sanktionen bereits in die Wege geleitet. Die entsprechenden Außenwirtschaftsverordnungen sind im Umlaufverfahren vom Kabinett zu billigen und dürften voraussichtlich in ca. einer Woche in Kraft treten. […] BMWi hat bereits mit uns abgestimmte Weisung an Genehmigungsbehörden […] weitergeleitet, wonach Genehmigungen für nach Sanktionsvorschriften genehmigungsbedürftige Geschäfte und Handlungen ab sofort erteilt werden sollen. Faktisch sind die Sanktionen somit bereits aufgehoben." Vgl. Referat 311, Bd. 137674.

7 Der iranische Botschafter Navab-Motlagh übergab am 23. Februar 1981 Bundespräsident Carstens sein Beglaubigungsschreiben.

8 Norbert Montfort.

9 In Iran kam es seit Januar 1978 zu sich ständig verschärfenden Demonstrationen gegen die Herrschaft des Schahs Reza Pahlevi, der das Land am 16. Januar 1979 verließ. Am 1. April 1979 wurde die Islamische Republik Iran proklamiert. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 258, Dok. 332, Dok. 340, Dok. 362 und Dok. 393, sowie AAPD 1979, I, Dok. 49 und Dok. 103.

einer Regelung des iranisch-irakischen Konflikts könnte es sehr schnell eine große Bedeutung als Erdölexporteur zurückgewinnen.

– Von seiner früheren Ausstrahlung als Regionalmacht ist wenig geblieben. Gleichwohl ist es unter einigermaßen geordneten Verhältnissen in der Lage, das politische Verhalten der Golfstaaten stark zu beeinflussen.

Würde sich in Teheran eine sowjetfreundliche Strömung durchsetzen, so müßte das schwerwiegende Konsequenzen für die außen- und sicherheitspolitische Orientierung der Golfstaaten haben und die Stellung des Westens in dieser Region gefährden.

2) Die politische Zukunft Irans ist noch völlig offen. Die um die Macht ringenden oder auf ihre Zeit wartenden Kräfte stellen keine kohärenten Gebilde dar. Spätestens beim Abtreten Khomeinis werden Machtkämpfe – möglicherweise sehr blutig – ausgetragen. Da alle bekannten Gruppen militärisch und politisch schwach sind, rechnen viele Beobachter mit langen Auseinandersetzungen. Dies würde eine Desintegrierung des Staates, in dem über 40% der Bevölkerung ethnischen Minderheiten angehören, begünstigen. Eine dauernde Auflösung ist gegenwärtig aber nicht wahrscheinlich, da die Tradition eines Zentralstaates (außer bei den Kurden) und die Abhängigkeit der Nation vom Öl überwiegen.

Mittelfristig ist zu rechnen mit

– einem Regime der Islamischen Republikpartei (Beheshti) mit laizistischen Fachministern und unterstützt von der Tudeh-Partei;

– oder einer Koalition zwischen den Kräften um Präsident Bani Sadr, den linksreligiösen Mudschaheddin und Teilen der Armee, eventuell mit Admiral Madani.

Unabhängig von der Zusammensetzung der Regierung dürfte der politische Kurs Irans auf absehbare Zeit durch folgende Komponenten bestimmt werden:

– linksneutralistische, streng blockfreie Außenpolitik,

– antiamerikanische Grundströmung,

– die religiöse Komponente in einer „fortschrittlichen“, sozialistisch getönten Form,

– Neigung zu Europa als Partner auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet.

3) Rußland betrachtete Persien traditionell als Glacis. Unabhängig vom Öl sind die Bestrebungen auch der Sowjetunion vor allem darauf gerichtet, ihre offene Süd-Flanke abzusichern und an ihren Grenzen einen von fremdem Einfluß freien, ihr gewogenen, im besten Falle von ihr abhängenden Staat zu haben. Die sowjetische Politik gerät hierbei in Konflikt mit der amerikanischen, die den Golf und die ölfördernden Gebiete am Golf als Interessengebiet betrachtet und vor jedem feindlichen Zugriff schützen will.[10]

10 In seiner Rede zur Lage der Nation vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses am 23. Januar 1980 erklärte Präsident Carter mit Blick auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 und deren strategische Implikationen: „An attempt by any outside force to gain control of the Persian Gulf region will be regarded as an assault on the vital interests of the United States of America, and such an assault will be repelled by any means necessary, including military

Die islamische Revolution hat die amerikanische Präsenz in Iran beendet, ohne sie zu ersetzen. Die Fortdauer der inneren Wirren, der wirtschaftliche Niedergang und die vom Krieg geschaffenen Bedürfnisse eröffnen der Sowjetunion, die die Feindseligkeiten der islamischen Revolutionäre mit großer Gelassenheit übersehen hat, breite Möglichkeiten, Einfluß und „Goodwill" zu gewinnen. Sie nimmt diese Möglichkeiten behutsam und in einer offensichtlich langfristig angelegten Politik geschickt wahr:

– Sie versorgt Irak trotz des Vertrages von 1972[11] nur sehr spärlich mit militärischem Material, hat aber Iran Waffen angeboten und duldet die Lieferung durch Verbündete, liefert möglicherweise sogar selbst.
– Sie räumt Iran großzügig Transit- und Handelsmöglichkeiten ein, hat aber auch das Recht, die iranischen Transportwege zu benutzen.
– Daneben zeichnet sich eine immer engere Zusammenarbeit zwischen Iran und dem zur Zeit engsten Verbündeten der Sowjetunion im Mittleren Osten, Syrien, ab.

Diese Haltung wirkt sich bereits aus:

– Die publizistischen Angriffe gegen die Sowjetunion klingen ab.
– In der Presse erscheinen Artikel und Meldungen, die auf eine Unterwanderung der Medien durch Sympathisanten deuten.
– Der Botschafter der Sowjetunion[12] ist der einzige, der Beziehungen zu Khomeini unterhält; auch seine Kontakte zum Präsidenten und Ministerpräsidenten[13] sind besonders eng.

4) Der iranisch-irakische Krieg hat das Verhältnis Irans zur übrigen Golfregion und damit zu einem Teil der arabischen Welt stark belastet. Dadurch entstehen Probleme für Drittstaaten, die ihre Beziehungen zu Iran aktivieren wollen.

Die Bedeutung dieses Krieges kann heute anders bewertet werden als zur Zeit seines Ausbruchs vor vier Monaten. Damals fürchtete der Westen in erster Linie eine Bedrohung der Erdölrouten und die Gefahr der Ausbreitung des Konflikts mit dem Risiko, daß sich die Sowjetunion ihren Anteil hätte holen können, wenn Iran in seine ethnischen Bestandteile auseinandergebrochen wäre. Nachdem das nicht eingetreten ist, hat sich der Charakter des Golfkrieges als Lokalkonflikt verfestigt. Heute liegt seine Bedeutung eher darin, daß er Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zu Teilen der arabischen Welt auslösen kann.

Wenn wir bedenken, daß unser Verhältnis zu den meisten arabischen Staaten durch die Israel-Frage beeinträchtigt ist, dürfen wir uns keine weitere Belastung durch eine angebliche oder tatsächliche Bevorzugung Irans leisten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 91

force." Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 104. Zur sogenannten „Carter-Doktrin" vgl. ferner AAPD 1980, I, Dok. 17.

11 Der Irak und die UdSSR schlossen am 9. April 1972 einen Friedens- und Freundschaftsvertrag. Für den Wortlaut vgl. VEDOMOSTI VERCHOVNOGO SOVETA 1972, S. 463–466.

12 Wladimir Michailowitsch Winogradow.

13 Mohammad Ali Rajai.

Für die deutsche Politik gilt in dieser Situation:

– Wir sind an guten politischen und engen wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Seiten interessiert.

– Wir lassen uns keine Parteinahme im Konflikt und keine Option für eine der beiden Konflikt-Parteien aufzwingen.

Die Vereinigten Staaten bleiben in einer ihnen aufgezwungenen Äquidistanz: Weder Iran noch Irak unterhalten Beziehungen zu ihnen, beide beschuldigen sie, Drahtzieher der anderen Seite zu sein. Die amerikanischen Bindungen an Israel werden Irak, die Nachwehen der Schah-Zeiten Iran noch lange an normalen Beziehungen hindern.

5) Daraus ergibt sich, daß der deutschen Politik zu Iran eine besondere Verantwortung für die westliche Position zufällt. Zusammen mit Japan könnten wir geeignet sein, die Fäden wirtschaftlicher, später auch politischer und kultureller Zusammenarbeit wieder aufzunehmen und zu einem festen Band zu flechten. Dies muß mit den USA abgesprochen werden. Wenn erst einmal der iranisch-irakische Krieg beendet ist, wird rasch ein großer Bedarf vorhanden sein an:

– Fachleuten und Technikern auf dem industriellen, petrochemischen und kommerziellen Sektor;

– Krediten und Hilfe für den wirtschaftlichen Aufbau;

– Ausbildungsplätzen für den in den letzten Jahren vernachlässigten technischen und wirtschaftlichen Nachwuchs.

Solche Bedürfnisse können wir politisch unbedenklich erfüllen, solange wir Irak qualitativ die gleichen Möglichkeiten einräumen. Das gleiche gilt für eine möglicherweise zweckmäßig werdende Besuchsdiplomatie.

Die Politik westlicher Ausgewogenheit könnte allerdings dann einer ernsten Probe unterworfen werden, wenn Iran die Frage an Europa stellt, ob es bereit ist, die vom Krieg geleerten Waffenarsenale zu füllen. Die Beantwortung dieser Frage könnte die künftige politische Orientierung Irans in der einen oder anderen Richtung entscheidend beeinflussen.

Gorenflos

Referat 311, Bd. 137673

17

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1280/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 120
Citissime

Aufgabe: 23. Januar 1981, 23.30 Uhr[1]
Ankunft: 24. Januar 1981, 10.34 Uhr

Betr.: Bündniskonsultationen zur Vorbereitung der zweiten Phase des KSZE-Haupttreffens in Madrid[2];
hier: Sitzung des Rats zu KSZE-Fragen mit den Leitern bzw. stellvertretenden Leitern der KSZE-Delegationen in Madrid und Beamten aus den Hauptstädten

Bezug: DB Nr. 119 vom 23. Januar 1981, I-341.74-255/81 VS-v

Zur Unterrichtung

I. Allgemein

Der NATO-Rat, verstärkt durch die Leiter bzw. stellvertretenden Leiter der KSZE-Delegationen in Madrid, beschäftigte sich in seiner Sitzung am 23. Januar 1981 mit Problemen, die im Rahmen der Vorbereitung des Bündnisses für die zweite Phase des KSZE-Haupttreffens in Madrid wesentlich sind.

Im Vordergrund standen dabei Fragen der Verhandlungsstrategie und -taktik und die vom Bündnis zu verfolgenden Zielsetzungen.

Das Ergebnis der Beratungen läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Die Beurteilung der ersten Verhandlungsphase in Madrid war generell positiv.

Die wesentlichen westlichen Ziele wurden erreicht (insbesondere AFG, Menschenrechte). Die Toleranzschwelle der Sowjetunion war, verglichen mit Belgrad[3], verhältnismäßig hoch. Die damit verbundene sowjetische Taktik hat allerdings bewirkt, daß die Implementierungskritik des Westens einen nur mäßigen Widerhall in unserer Öffentlichkeit fand.[4]

Nach übereinstimmender Auffassung des Rates hat das bemerkenswerte Ausmaß an Solidarität, Kohäsion und Standfestigkeit der Verbündeten in Madrid, das schon beim Vorbereitungstreffen[5] die Sowjetunion in letzter Minute zum Einlenken veranlaßt hatte, auch während der Implementierungsdebatte des Haupttreffens zum Erfolg geführt.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze und Vortragendem Legationsrat Dreher vorgelegen.

2 Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid begann am 11. November 1980, wurde am 19. Dezember 1980 vertagt und nahm ihre Arbeit am 27. Januar 1981 wieder auf.

3 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

4 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze durch Fragezeichen hervorgehoben.

5 Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz fand vom 9. September bis 11. November 1980 in Madrid statt. Vgl. dazu das Schlußdokument; EUROPA-ARCHIV 1981, D 54–59. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 299 und Dok. 319.

Der Rat war sich einig, daß die Beibehaltung dieses Verhaltens der Verbündeten die unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Beendigung des Haupttreffens darstellt und fortgeführt werden sollte.

2) Die Diskussion über den mutmaßlichen Verlauf der zweiten Phase in Madrid sowie über die sowjetischen Absichten und Ziele führte zu der Überzeugung des Rates, daß die Sowjetunion – was immer ihre taktisch bedingten und zweckbestimmten Einlassungen jetzt andeuten mögen (vgl. Bezugs-DB über die Ergebnisse der französisch-sowjetischen Konsultationen in Moskau) – am Gesamtprozeß KSZE festhalten und diesen nicht wegen Differenzen mit dem Westen wegen des Konferenzprojekts (KAE) abbrechen wird. Es ist allerdings noch nicht zu übersehen, wo die sowjetische Kompromißlinie liegen wird.[6]

Dabei wird man sich bei der üblichen sowjetischen Verhandlungstaktik auf ein hartes Ringen um das Schicksal des KSZE-Prozesses – bei Abkühlung bis fast zum Einfrieren – einstellen müssen.

Es bestand Übereinstimmung, daß bei einer solchen zu erwartenden harten Verhandlungsführung der Sowjetunion kein besonderer Preis des Westens bezahlt werden dürfe.[7]

II. Im einzelnen

Als Hauptziel für die zweite Verhandlungsphase wurde die Weiterführung (Bewahrung und Stärkung) des KSZE-Prozesses identifiziert.

1) Der Rat war aber der Auffassung, sollte sich im Extremfall herausstellen, daß letztlich kein Spielraum für eine sachgemäße Diskussion und konkrete Festlegung auf die Weiterführung der KSZE-Treffen bleibt, Madrid beendet werden sollte. Dabei müßten die Gründe, die zu einer solchen Beendigung führten, hinreichend geklärt und es dürfte nicht zugelassen werden, daß durch Scheinargumente der anderen Seite die wahre Begründung verschleiert würde.

2) Ein anderer Punkt, der von vielen Sprechern betont wurde, war die Notwendigkeit, auch in der zweiten Phase die Neutralen und Nichtgebundenen – die aus Gründen ihrer politischen Selbstdarstellung ein elementares Interesse an der Fortführung des KSZE-Prozesses haben – wie bisher mit Hilfe der sachlichen Argumente und der standfesten Haltung der Verbündeten zu überzeugen und für die Konzeption des Westens zu gewinnen.

Bei Einzelthemen (z. B. KAE) wird sich eine Aufgabe des Westens stellen, den Neutralen und Ungebundenen Initiativen, die auf unannehmbare Kompromisse zielen, auszureden.

3) Es bestand kein Zweifel, daß die für den Westen wesentlichsten Substanzthemen auf den Gebieten

(1) der Sicherheit (KAE),

(2) der Menschenrechte und der menschlichen Kontakte,

(3) der Information

liegen.

6 Der Passus „wo die … liegen wird“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wir haben nicht gesproch[en].“

7 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze durch Häkchen hervorgehoben.

Hinter diesen Hauptthemen treten Fortschritte in der wirtschaftlichen Kooperation zurück.[8]

4) Wir haben in der Diskussion, ebenso wie der Vertreter Frankreichs, die im Interesse des Westens liegenden Ziele und Voraussetzungen für ein Gelingen der zweiten Phase des Madrider Treffens besonders unterstrichen:

(1) An erster Stelle ist ein ausgewogenes Verhältnis (balance) zwischen allen Elementen der auf dem Haupttreffen verhandelten Themata (insbesondere zwischen den drei Körben[9]) zu nennen.

(2) Auch die Notwendigkeit des Insistierens auf der Unteilbarkeit der Entspannung wurde deutlich herausgestellt.

(3) Der französische Vorschlag für eine KAE[10] wurde als wesentlichste Initiative im Rahmen der neuen Vorschläge hervorgehoben.

Hierzu war die Auffassung eindeutig, daß an den wesentlichen Voraussetzungen dieses Vorschlages (geographischer Anwendungsbereich: ganz Europa, Verifizierbarkeit, bindende Wirkung, militärische Signifikanz) unter allen Umständen festzuhalten sei und der Vorschlag mit diesen Voraussetzungen stehen oder fallen müsse. Ferner bestand Einverständnis, daß das CBM-Maßnahmenpaket[11] nur im Rahmen des KAE-Mandats und nicht davon losgelöst behandelt werden sollte.

Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation (Kampelman) führte aus, daß die USA noch keine endgültige Position zur KAE entwickelt habe.[12]

Der norwegische Vertreter hat die bekannte Sonderhaltung seines Landes[13] zurückhaltender[14] als bisher skizziert: Die Verbesserung der bereits bestehen-

8 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze handschriftlich: „Leider."

9 Vgl. dazu die KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

10 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

11 Ministerialdirektor Blech notierte am 20. Januar 1981, der Ständige NATO-Rat habe am 8. Dezember 1980 einem Paket vertrauensbildender Maßnahmen für eine Konferenz über Abrüstung in Europa zugestimmt: „Die vorgesehenen CBMs entsprechen den von der NATO festgelegten Kriterien für neue vertrauensbildende Maßnahmen (militärische Bedeutsamkeit, Verbindlichkeit, Verifizierbarkeit, Anwendbarkeit auf dem gesamten europäischen Kontinent). Sie sind nicht als Verhandlungsvorschlag für das Folgetreffen in Madrid bestimmt, sondern dienen zur Illustration der westlichen Vorstellungen des Verhandlungsgegenstandes einer KAE. Dementsprechend sind die Maßnahmen des Pakets auch nicht im Detail ausgearbeitet oder gar in Vertragssprache ausformuliert, sondern nur in ihren wesentlichen Merkmalen umrissen." Vgl. VS-Bd. 11531 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

12 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze handschriftlich: „Wieder Impl[ementierungs-]Kritik."

13 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte aus der Sitzung des „Arbeitsorgans S" am 8. Dezember 1980 mit: „N sprach erstmals in diesem Kreis von der Weiterentwicklung bestehender CBM hier in Madrid und führte einige Beispiele an, z. B. Bewegungen, kleinere Manöver. (Diese Intervention entsprach nicht der Allianzabsprache)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1186; Referat 212, Bd. 133419. Am Folgetag berichtete Kastl: „N erhob gegen die Absicht, nur die Titel und eine illustrative Beschreibung des Inhalts des in Brüssel im stillschweigenden Verfahren angenommenen CBM-Pakets in Madrid einzubringen, keine Bedenken mehr und widersetzte sich nicht der Linie, eine Substanzdiskussion über das CBM-Paket in Madrid zu vermeiden." Zudem habe Norwegen schon am Tag zuvor mitgeteilt, „daß es vor der Weihnachtspause seine Vorstellungen über die Weiterentwicklung der CBMs nicht einbringen werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1192; Referat 212, Bd. 133419.

14 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „UK auch."

den vertrauensbildenden Maßnahmen solle erst in Angriff genommen werden, wenn die Möglichkeiten im Rahmen des westlichen KAE-Mandats ausgereizt sind. Auch müsse eine Verbesserung der bestehenden CBM unter den wesentlichen Bedingungen des KAE-Mandats (geographischer Parameter, militärische Signifikanz) erfolgen.

5) Zum Follow-up entwickelte sich eine Diskussion über die vorgeschlagenen Konferenzorte Brüssel und Bukarest.[15] Der belgische Vertreter erläuterte die Erwägungen seiner Regierung, die zum Vorschlag Brüssel geführt haben. Er stieß dabei auf spürbare Zurückhaltung[16]. Der britische Vertreter (Wilberforce) ging so weit, eine leichte Präferenz für Bukarest zum Ausdruck zu bringen. Die USA und einige andere sprachen sich dafür aus, die Frage des Konferenzortes offenzuhalten.

6) Zum Inhalt des Schlußdokuments:

Hierzu sind die Erwartungen gedämpft. Man wird sich auf ein Dokument vom Typ Belgrad[17] (wesentlicher Inhalt: Ort und Zeit des nächsten Folgetreffens) einstellen müssen.

Die Frage, ob die Diskussion über die Verwirklichung der Schlußakte (Ergebnis der Implementierungsdebatte) einen schriftlichen Niederschlag im Schlußdokument finden müsse, wurde von holländischer Seite bejaht.

Die französischen Vertreter äußerten starke Zweifel: Es sei ein Irrtum anzunehmen, die Sowjetunion werde zustimmen, daß ihr eigenes Fehlverhalten schriftlich fixiert werde. Dies könne nur und sei bereits durch die westliche Implementierungskritik geschehen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13238 (212)

15 Zu den Vorschlägen für den Tagungsort einer weiteren KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7, Anm. 20.

16 Die Wörter „spürbare Zurückhaltung“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nie Konsens.“

17 Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248.

18

Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Bundeskanzleramt

26. Januar 1981[1]

Persönlich-vertraulich

Dem Herrn Bundeskanzler[2]

1) Berechenbarkeit der DDR-Führung

Sie ist, wie im Bundeskanzleramt schon im vergangenen Jahr zutreffend analysiert wurde, solange nicht gegeben, wie die DDR destabilisierende Wirkungen der in ihrem Ausgang nach wie vor ungewissen Entwicklung in der VR Polen zu befürchten hat. Wir müssen davon ausgehen, daß die DDR (wie auch BM Genscher in Prag angedeutet wurde[3]) eine nachgiebige Haltung Kanias gegenüber „Solidarität" schwer erträglich findet, weil sie als der am meisten exponierte Staat des WP Sorge haben muß, daß die eigenen Bürger irgendwann ähnliche Rechte für sich beanspruchen könnten.

In dieser Lage – und bei Ungewißheit über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der neuen Administration in Washington[4] und der sowjetischen Führung – wird der augenscheinlich am Fortgang des Gesprächs mit uns interessiert bleibende Honecker auf dem Feld der für uns wichtigen menschlichen Erleichterungen zu nennenswerter Bewegung kaum fähig sein. Seinen Forderungskatalog von Gera[5] wird er auch künftig offensiv gegen uns vertreten.

2) Berechenbarkeit der Bundesregierung für die DDR

Es ist einzuräumen, daß auch für Honecker die Bonner Deutschlandpolitik im letzten Jahr nicht immer als berechenbar erschienen ist. Der DDR-Führung ist nicht verborgen geblieben, daß Ihre Entscheidung, die Reise an den Werbellin-See abzusagen[6], von einigen Sozialdemokraten mißbilligt und als Fehler angesehen worden ist. Unsere Freunde, die das tatsächlich so sehen, haben allerdings

1 Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 27. Januar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Verschlossen!"

2 Hat Bundeskanzler Schmidt am 27. Januar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Verschlossen an StM: Wann kommt der Briefentwurf?"
Hat Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, am 2. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt] d[urch] Vorlage, die BK für das deutschlandpolitische Gespräch am 3.II. erhält."

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

4 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

5 Am 13. Oktober 1980 nannte der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in einer Rede „zu aktuellen Fragen der Innen- und Außenpolitik der DDR" in Gera Bedingungen für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR, insbesondere die Anerkennung einer DDR-Staatsbürgerschaft und damit zusammenhängend den Verzicht, Reisepässe der Bundesrepublik an Bürger der DDR auszugeben, weiterhin die Auflösung der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter, die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Bonn bzw. Ost-Berlin in Botschaften und die Regelung des innerdeutschen Grenzverlaufs im Bereich der Elbe. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 415–452. Vgl. dazu auch AAPD 1980, II, Dok. 305.

6 Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

nicht den Eindruck widerlegen können, den wir unmittelbar vor dem Reisetermin gewonnen hatten, daß nämlich Honecker nur über ein Minimum an Handlungsspielraum bei den menschlichen Erleichterungen verfüge und daß wir darauf hätten vorbereitet sein müssen, für ganz geringfügige Konzessionen mit erheblichen Zugeständnissen bezahlen zu müssen, die wir aus finanzwirtschaftlichen Gründen jedenfalls nicht in dem von Ost-Berlin gewünschten Umfang hätten machen können.

Davon ziemlich unbeeindruckt, haben einige unserer Freunde, gelegentlich von den Medien dabei unterstützt, den Eindruck zu suggerieren gewußt, daß die Deutschlandpolitik des Bundeskanzlers eine bloße Fortschreibung alter Positionen sei. Nicht nur zwischen den Zeilen ist gesagt worden, daß Helmut Schmidts Engagement für die Deutschlandpolitik gering sei. Um so dringlicher seien jetzt „kreative Anstöße".

Damit sind in Wahrheit gemeint

a) Modifizierungen in der Frage der Staatsbürgerschaft[7] (zum Beispiel Betonung des Angebotscharakters);

b) Bereitschaft der Bundesregierung, die Markierung der Elbgrenze[8] in der Strommitte positiv anzugehen;

c) den Zuschuß des Bundes zur Erfassungsstelle in Salzgitter[9] einzustellen.

7 Vortragender Legationsrat Steinkühler teilte am 12. Januar 1981 mit, daß die Haltung der Bundesregierung zur deutschen Staatsangehörigkeit „unverändert" sei: „Deutsche Staatsangehörigkeit ist durch Zusammenbruch Deutschen Reiches und Ereignisse nach 1945 nicht untergegangen. Das Grundgesetz setzt sie voraus (Art. 116 Abs. 1 und [Art.] 16 Abs. 1 GG); das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 gilt – allerdings mit erheblichen, vom Bundesgesetzgeber vorgenommenen Änderungen – für die Bundesrepublik Deutschland fort. Durch Abschluß des Grundvertrages mit DDR vom 21.12.1972 ist Rechtslage nicht geändert worden und konnte auch nicht geändert werden. […] Seit Erlaß eines eigenen Staatsbürgerschaftsgesetzes von 1967 geht DDR von einer ausschließlichen eigenen Staatsbürgerschaft aus. […] Sie nimmt daher auf der Grundlage ihres Staatsbürgerschaftsgesetzes nicht nur Paßhoheit und die Betreuungsbefugnisse für Deutsche aus der DDR in Anspruch, sondern bestreitet auch uns Recht, solchen Deutschen Pässe auszustellen oder sie zu betreuen, falls die Betroffenen dies wünschen. […] Die Forderung der DDR, die Bundesrepublik Deutschland solle ihr Staatsangehörigkeitsrecht dementsprechend ändern, ist weder rechtlich begründet noch politisch diskutabel." Vgl. den Runderlaß Nr. 1; Referat 012, Bd. 124418.

8 Im Zusatzprotokoll zum Vertrag vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR wurde festgelegt, daß eine Kommission aus Beauftragten der Regierungen beider Staaten die Markierungen der innerdeutschen Grenze überprüfen und gegebenenfalls erneuern oder ergänzen solle. Im März 1977 unterbreitete die Bundesregierung den Vorschlag, die Frage des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe aus den Verhandlungen der Grenzkommission auszuklammern. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 392, AAPD 1976, I, Dok. 112, sowie AAPD 1977, I, Dok. 48.
Ministerialdirektor Blech legte am 11. November 1977 dar, daß das Präsidium des Obersten Gerichts der DDR am 9. November 1977 entschieden habe, „daß die Staatsgrenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland in der Mitte des Talwegs verläuft". Vgl. Referat 210, Bd. 115052.
Am 29. November 1978 unterzeichneten die Bundesrepublik und die DDR ein Protokoll über die Überprüfung, Erneuerung und Ergänzung der Markierung der bestehenden Grenze, die Grenzdokumentation und die Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf im Zusammenhang stehender Probleme und weitere dazugehörige Dokumente. In einem Protokollvermerk zu Artikel 1 dieses Protokolls wurde festgestellt, daß die „Arbeiten zur Feststellung, Markierung und Dokumentation des Verlaufs der Grenze" im Bereich der Elbe noch nicht abgeschlossen seien und daher fortgesetzt würden. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 3–11 (Auszug). Vgl. dazu ferner BULLETIN 1978, S. 1321–1324.

9 Die Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen wurde am 24. November 1961 in Salzgitter eingerichtet. Ihre Aufgabe war die „Erfassung von seit dem 13. Aug[ust] 1961 an der Zonen-

Die Diskussion über diese Themenkomplexe innerhalb der Bundesregierung und der Regierungsfraktionen ist in Ost-Berlin offenkundig so gedeutet worden, daß man durch Druck auf den Bundeskanzler diese „nonkonformistischen" Tendenzen im Regierungslager stimulieren und für die eigenen Zwecke offensiv nutzen könne. Äußerungen von MdB Ronneburger zur Staatsangehörigkeit[10], aber auch von StS Gaus („Idiotenproblem"[11]) sind drüben als Zeichen eines zunehmenden „Realismus" kommentiert worden.[12]

3) Nach der Erhöhung des Mindestumtausches[13] haben wir festgestellt, daß die Bundesregierung die Politik der Abgrenzung nicht mit gleicher Münze beantworten wolle, sondern zur Zusammenarbeit bereit bleibe. Wir haben allerdings festgestellt, daß wir uns mit der Erhöhung nicht abfinden würden und in diesem Augenblick keinen Anlaß für Verhandlungen über den Swing[14] und die Großprojekte sähen.[15]

Fortsetzung Fußnote von Seite 99

grenze und in der DDR durch die SED-Regierung und ihre Organe begangenen Gewaltverbrechen". Vgl. KABINETTSPROTOKOLLE, Bd. 14 (1961), S. 246, Anm. 11.

10 Zu den Äußerungen des FDP-Abgeordneten Ronneburger wurde in der Presse berichtet: „Ronneburger vertrat am Wochenende im Bayerischen Rundfunk die Auffassung, tatsächlich habe die Frage der Staatsangehörigkeit keine praktische völkerrechtliche Bedeutung. Spätestens seit dem Grundlagenvertrag werde von Bonner Seite nicht mehr bestritten, daß es eine eigene DDR-Staatsbürgerschaft gebe. Ronneburger stellte in einem dpa-Gespräch jedoch klar, die Bundesregierung halte an ihrer Grundauffassung fest, wonach die für die Bundesrepublik geltende Staatsbürgerschaft ein Angebot an alle Deutschen sei. Zwei Nationen mit getrennten Staatsbürgerschaften werde es auf deutschem Boden nicht geben. Diese Haltung Bonns könne auch durch den Versuch einer Ostberliner Erpressung nicht geändert werden." Vgl. den Artikel „CDU/CSU kritisiert Ronneburger"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5./6. Januar 1981, S. 1.

11 In der Presse wurde berichtet, Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, habe sich wie folgt geäußert: „Wir sind teils absichtlich, teils unabsichtlich dabei, ein Idiotenproblem zu schaffen. Faktisch handelt es sich nicht um eine juristische Frage, sondern um eine Frage des praktisch-politischen Verhaltens. Die mangelhafte Qualität unserer politischen Diskussion, mindestens soweit sie die DDR betrifft, läßt sich an den gänzlich neben der Sache liegenden Einreden gegen Ronneburgers Bemerkungen ablesen." Vgl. den Artikel „Ein Idiotenproblem"; DER SPIEGEL, Nr. 3 vom 12. Januar 1981, S. 30.

12 Vgl. dazu den Kommentar „Für realitätsbezogenes Denken und Handeln"; NEUES DEUTSCHLAND vom 9. Januar 1981, S. 2.

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Richthofen vermerkte am 10. Oktober 1980: „In einer Meldung vom 9.10.1980 gab die DDR bekannt, daß sie mit Wirkung vom 13.10.1980 die Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Berlin (Ost), die bisher bei DM 6,50 pro Tag/Person für Berlin (Ost) und DM 13.– pro Tag/Person in der DDR lagen, auf einheitlich DM 25.– pro Tag/Person für die DDR und Berlin (Ost) festgesetzt hat. Dabei sind bisher bestehende Vergünstigungen für Kinder, Rentner und Invalide fortgefallen." Richthofen vertrat die Ansicht, der „in den letzten Jahren enorm angestiegene Besucherverkehr (etwa 8 Mio. Personen per anno) dürfte vor dem Hintergrund der Entwicklung in Polen die Befürchtung vor einer Destablisierung der Lage in der DDR ausgelöst haben. Aus dem Grunde wurde die Umtauschrate fast prohibitiv erhöht. Damit ist mit beträchtlichem Rückgang der Besucherzahlen zu rechnen. Es zeigt sich erneut, daß [die] DDR bereit ist, finanzielle Einbußen in Kauf zu nehmen, wenn dies politisch für notwendig erachtet wird." Vgl. Referat 210, Bd. 132464.

14 Die Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR erfolgte über drei Unterkonten, die bis zu einem gewissen Betrag überzogen werden konnten („Swing"). Am 6. Dezember 1968 vereinbarten Ministerialrat Kleindienst, Bundesministerium für Wirtschaft, und der Stellvertretende Minister für Außenwirtschaft der DDR, Behrendt, eine an den Lieferungen der DDR orientierte jährliche Neufestsetzung des Überziehungskredits („Swing") in Höhe von 25 % der im Vorjahr bezahlten Lieferungen und Dienstleistungen. Für den Briefwechsel vgl. Referat II A 1, Bd. 869.
In einem Briefwechsel vom 6. Dezember 1974 vereinbarten Kleindienst und Behrendt die Fortsetzung der Swing-Regelung bis zum 31. Dezember 1981 in Höhe von maximal 850 Millionen VE. Für den Wortlaut des Briefwechsels vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 11. Dezember 1974, S. 2.

15 Vgl. dazu die Erklärung des Staatssekretärs Bölling, Presse- und Informationsamt, im Anschluß an die Kabinettssitzung vom 15. Oktober 1980; BULLETIN 1980, S. 941 f.

Entsprechend der deutschlandpolitischen Passage Ihrer Regierungserklärung[16] müssen wir darauf drängen, daß die DDR in Sachen Mindestumtausch eine Korrektur vornimmt, ehe wir Gesprächsbereitschaft über die Projekte signalisieren. Meine Gespräche mit den zuständigen Bundesressorts haben ergeben, daß es in absehbarer Zeit eigentlich nur um die Elektrifizierung einer der fünf von der DDR genannten Eisenbahnstrecken[17] gehen kann. Hier gibt es offenkundig ein starkes DDR-Interesse aus energiepolitischen Gründen.

Wenn es tatsächlich gelingen sollte, in der zweiten Hälfte dieses Jahres ein Paket aus mehreren Elementen zu schnüren, wäre ein finanzieller Beitrag der Bundesregierung zur Elektrifizierung sicherlich nur in Tranchen möglich.

Nach einer Unterhaltung mit MP Stoltenberg und MdB Leisler Kiep habe ich den Eindruck gewonnen, daß sich die Opposition einem ausgewogenen Paket nicht widersetzen würde. Eine positive Bewegung der DDR in Sachen Mindestumtausch ist für die Opposition allerdings eine zwingende Voraussetzung.

4) Bis zum X. Parteitag der SED[18], der sich wiederum am Parteitag der sowjetischen Bruderpartei[19] orientieren muß, wird der Spielraum Honeckers nicht zuverlässig einzuschätzen sein. Meine Vorstellung ist, daß wir der anderen Seite klarmachen, daß die Initiative zu produktiven Gesprächen von ihr auszugehen hat. Wir sollten uns auf allen Verhandlungsebenen darum bemühen, das Gespräch nicht abreißen zu lassen, auch wenn konkrete Fortschritte einstweilen nicht zu erwarten sind.

In dem Gespräch am 3. Februar müßte Klarheit darüber angestrebt werden, daß die Gera-Forderungen Honeckers für uns nicht verhandlungsfähig sind. Auch die Themen Elbgrenze und Erfassungsstelle, die in unseren eigenen Reihen im Sinne größerer Flexibilität diskutiert werden, können vorerst, auch aus koalitionspolitischen Gründen, nicht als Verhandlungsstoff betrachtet werden.

Bölling

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006636

16 Für den Wortlaut des deutschlandpolitischen Teils der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 24. November 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 28 f.

17 Ministerialdirektor Blech legte am 14. Oktober 1980 dar: „Im Sommer 1980 hat die DDR Vorschläge zum Ausbau und zur Elektrifizierung der Eisenbahn-Transitstrecken nach Berlin gemacht. Sie ist an erheblicher finanzieller Beteiligung unsererseits interessiert. Der Vorschlag bezweckt die Modernisierung und Energieeinsparung durch die Reichsbahn. Verbesserungen der Bahn-Infrastruktur in Berlin (West) sind im Vorschlag der DDR nicht enthalten. Kosten des Vorschlags: 2,28 Milliarden DM, wobei wir uns mit mindestens 1,6 Milliarden DM beteiligen sollen. Nach Ansicht des BMV sind für uns nur der Ausbau der Strecke Helmstedt-Berlin und einiger kleiner Streckenabschnitte interessant. Die Kosten dafür wären weniger als halb so groß wie im DDR-Vorschlag.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132455.

18 Der X. Parteitag der SED fand vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 5.

19 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

19

Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer

200-350.10 VS-NfD **26. Januar 1981**[1]
410-420.05 VS-NfD

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Deutsche Europapolitik;
hier: Fragen der Europäischen Union (im Anschluß an die Rede des Herrn BM vor dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart am 6.1.1981[2])

Bezug: Vorlage der Abteilung 2 und 4 vom 19.9.1980 – Az. 200-350.10 VS-NfD und 410-420.05 VS-NfD[3]

Zweck der Vorlage:

1) Unterrichtung über das Ergebnis der Hausbesprechung unter Leitung von Herrn StS van Well vom 22. Januar 1981

2) Billigung der Vorschläge zum weiteren Vorgehen und insbesondere Zustimmung zu Ziffer II.2.

Am 22. Januar 1981 fand eine Hausbesprechung über das weitere Vorgehen nach Ihrer europapolitischen Initiative (Europäische Union) statt. An ihr nahmen teil: die beiden Staatssekretäre[4], Staatsminister von Dohnanyi, D2, D4, Leiter Planungsstab[5], Dg41[6], RL 200[7] und RL 410 i.V[8]. Die Besprechung, die

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit und Vortragendem Legationsrat von Wistinghausen konzipiert.
Hat den Staatssekretären Lautenschlager und van Well am 29. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 1. Februar 1981 vorgelegen, der Lautenschlager und van Well um Rücksprache bat.
Hat Lautenschlager am 2. Februar 1981 erneut vorgelegen.
Hat van Well am 6. Februar 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ück]spr[ache] ist erl[edigt].“
Hat Lautenschlager am 9. Februar 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Ministerialdirektoren Blech und Fischer verfügte.
Hat Blech am 12. Februar 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Stabreit verfügte.
Hat Fischer erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Ungerer und Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Kyaw verfügte.
Hat Ungerer am 12. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Kyaw am 13. Februar 1981 vorgelegen.

2 Zur Rede des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 2.
Vortragender Legationsrat von Butler vermerkte am 16. Januar 1981 für Ministerialdirektor Blech: „StS van Well hat mich gebeten, Sie über folgendes zu unterrichten: BK habe BM gefragt, was hinter den Ausführungen in seiner Stuttgarter Rede zur Europäischen Union stehe. Ob es eine extensive Auslegung der Regierungserklärung sei? BM habe Ausführungen erläutert und betont, daß es um einen neuen Impuls gehe, nun auch die politische Dimension Europas zu unterstreichen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122714.

3 Für die Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer vgl. AAPD 1980, II, Dok. 274.

4 Günther van Well und Hans Werner Lautenschlager.

5 Niels Hansen.

6 Werner Ungerer.

7 Immo Stabreit.

8 Henning von Wistinghausen.

an Ihre Äußerungen vor dem Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart am 6.1. 1981 anknüpfte, führte zu folgenden Ergebnissen und Fragen:

I. 1) Das politische Ziel einer europäischen Einigung hat für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland weiter prioritären Rang. Es ist fruchtlos, dieses Ziel in der Gestalt eines theoretischen Modells anzustreben, da zweifelsohne die „Verfassung Europas" ein Gebilde sui generis sein wird, dessen endgültige Gestalt sich erst im Verlauf des in den 1950er Jahren in Gang gesetzten europäischen Einigungsprozesses herausschälen wird, wobei vermutlich die einzelnen Bereiche organisch zusammenwachsen werden (pragmatisches Vorgehen).

Die zu erwartenden langen Zeiträume für diesen Prozeß dürfen nicht zur Tatenlosigkeit führen. Die Gemeinschaft steht vor der schweren Aufgabe, einen inneren Interessenausgleich zwischen in ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung noch weit auseinander liegenden Mitgliedstaaten zu finden. Gelingt dieser Interessenausgleich, auf den die deutsche Politik in den nächsten Jahren große Kräfte verwenden muß, so wird dies das Gefühl, einer unauflöslichen Schicksalsgemeinschaft anzugehören, in allen Mitgliedstaaten fördern. Andererseits wird es jedoch zumindest in einigen Ländern der Gemeinschaft schwierig sein, den Interessenausgleich in Sachfragen herbeizuführen, wenn es nicht gelingt, im Wege eines politischen Willensaktes der zehn Regierungen die politische Finalität der Zehner-Gemeinschaft zu reaktivieren und eine weitere Etappe auf dem Wege zum Endziel zu bewältigen. Ein solcher neuer Impuls, der die politische Finalität des ursprünglichen Ansatzes der europäischen Einigungspolitik wieder stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit der Mitgliedstaaten rückt, sollte von der europapolitischen Initiative vom 6. Januar ausgehen.

2) In Betracht kommt eine Zusammenfassung aller europäischen Vereinbarungen, Institutionen und Verfahren in EG und EPZ unter dem Vorzeichen „Europäische Union" als

– Vertrag (eine Art neuer „Fusionsvertrag"[9]) oder
– herausgehobenes politisches Dokument mit einem der Schlußakte von Helsinki[10] vergleichbaren politischen Status (Absichtserklärungen mit Unterschriften).

Ein Vertrag wäre vermutlich ratifikationsbedürftig (Schwierigkeiten in Großbritannien, Dänemark und wahrscheinlich Frankreich). Zu klären wäre das Verhältnis zu den Verträgen von Paris[11] und Rom[12], die unberührt bleiben sollen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob auch bei reiner Übernahme der bestehenden Verträge ohne Änderung (Novation) diese als Teil des „Fusionsvertrages" erneut in den nationalen Parlamenten zur Disposition gestellt werden.

9 Mit Vertrag vom 8. April 1965 wurden ein gemeinsamer Rat und eine gemeinsame Kommission der Europäischen Gemeinschaften eingesetzt, die an die Stelle der bisherigen Räte bzw. Kommissionen von EGKS, EWG und EURATOM traten. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1454–1497.

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

11 Für den Wortlaut des am 18. April 1951 in Paris unterzeichneten EGKS-Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

12 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

Das Dokument müßte in allen Bereichen Entwicklungsmöglichkeiten eröffnen. Wir wollen nicht das Vorhandene mit Sperrwirkung nach vorn festschreiben; infolgedessen müssen die Formulierungen offen sein. Das Dokument muß einen weiten Horizont haben, der uns in eine bestimmte Richtung (Europäische Union) zieht.

3 a) In dem Vertragsdokument wird zwar der gegenwärtige Besitzstand des Zehner-Europas zusammengefaßt – und, soweit nicht bereits kodifiziert, mit völkerrechtlicher Basis versehen (Europäischer Rat, EPZ) –, ohne im Prinzip die Substanz zu ändern. Die Frage der Zuordnung von ER zu EP, EPZ zu EP, ER zu EG und EPZ zu EG sollte dabei entschieden werden. In diesem Zusammenhang wären auch folgende Fragen zu prüfen:

– Schaffung eines EPZ-Sekretariats, Sitzfrage der EG-Organe[13]
– Verhältnis der WEU zur Europäischen Union (Einbeziehung oder unabhängiges Weiterexistieren).

3 b) Verdichtung und Verbesserung des europäischen Kernbereichs könnte im EPZ-Bereich Frage individueller Manövrierfähigkeit der Mitgliedstaaten aufwerfen (z. B. bei Verstärkung der Konsultationsverpflichtung Frage des Verhältnisses zu Treffen im engeren (Vierer-) Kreise). Wie kann bei einer verbindlicher gestalteten Konsultationsverpflichtung den z. Z. von allen Beteiligten beachteten Ausnahmen (z. B. Berlin- und Deutschland-Fragen) Rechnung getragen werden?[14]

II. Weiteres Vorgehen

1) Da jede größere europäische Initiative geeignet ist, die französische Regierung[15] in der Vorwahlzeit[16] in Schwierigkeiten zu bringen, sollten Sie Ihre Gedanken frühestens auf dem ersten informellen Ministertreffen d. J. am 9./10.5.[17] mit Ihren Amtskollegen in der Gemeinschaft erörtern (Probleme: Europäischer Rat März[18], auf dem sich Erörterung schwer vermeiden läßt[19]; AM François-Poncet wird Treffen im Mai vorzeitig verlassen müssen, um in seinem Wahlbe-

13 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu ergänzte er handschriftlich: „einschließlich EP,".

14 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich ergänzt: „Wie können ggf. neue Gebiete der Zusammenarbeit erschlossen werden – insbesondere im Verteidigungsbereich, ohne die Zusammenarbeit im Bündnis negativ zu beeinflussen?"

15 Vortragender Legationsrat Rosengarten notierte am 15. Januar 1981 im Hinblick auf die Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart: „Herr Dg 20 unterrichtete mich am 14.1.1981 über die Erörterung dieser Frage in der Direktorenbesprechung am gleichen Tage. Herr von der Gablentz habe dem StS mitgeteilt, daß Präsident Giscard d'Estaing in seinem Telefongespräch mit dem Herrn Bundeskanzler am 10.1.81 ‚vor dieser Sache gewarnt habe'. StS van Well habe in der Direktorenrunde geäußert, es bleibe hinreichend Zeit über die französischen Wahlen hinaus, bis wir unseren Vorschlag (zur EU) ausgearbeitet hätten. StS Lautenschlager habe geäußert, auch nach den Präsidentenwahlen werde sich die französische Haltung wohl kaum ändern." Vgl. Referat 200, Bd. 122714.

16 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

17 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Venlo vgl. Dok. 138.

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

19 Der Passus „Ihre Gedanken frühestens … schwer vermeiden läßt" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

zirk wählen zu können). Bis dahin können (wie bei Ihrem Rom-Besuch[20]) bilaterale Treffen mit Ihren Kollegen zur Aussprache genutzt werden, wobei die bevorstehenden deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar[21] Gelegenheit zu einem ersten Gedankenaustausch mit AM François-Poncet bieten werden.

2) Es bestand Einigkeit, daß die unter Ziffer I angesprochenen Fragen auch im Lichte bilateraler Ministergespräche bis zum Frühsommer im Amt geprüft und vertieft werden. Dabei sollte auch AA-internes Modell eines Vertrages entworfen werden.

Um in der Zwischenzeit die Diskussion am Leben zu erhalten und in gewünschte Bahnen zu lenken, sollte Leiter Planungsstab einen Artikel zum Thema „Europäische Union" veröffentlichen.[22]

Leiter Planungsstab hat mitgezeichnet.

Blech Fischer

Referat 200, Bd. 122714

20 Bundesminister Genscher hielt sich am 21./22. Januar 1981 in Italien auf. Im Gespräch mit Genscher am 21. Januar 1981 in Rom führte der italienische Außenminister Colombo zur Rede von Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart aus: „Sie habe ermutigt; hier sei eine Stimme laut geworden in einer Situation, die, was Europapolitik betreffe, in Italien als recht unerträglich empfunden werde. Das heiße, daß italienische Regierung, ohne jemanden entmutigen zu wollen, Eindruck habe, daß Europa sich zur Zeit in Situation befinde, in der jegliche Integrationspolitik blockiert sei. […] Italienische Seite glaube auch, daß EPZ zwar nützlich sei, da auch vor vier bis fünf Jahren noch nicht für möglich gehaltene Fortschritte erzielt worden seien, doch habe sie im Grunde gerade in Krisensituationen, in der sie von großer Bedeutung gewesen wäre (Afghanistan), versagt. EPZ habe hier nur dazu geführt, Uneinigkeit in der Integration zu kaschieren. Um so erfreuter sei er, daß BM mit seinem Stuttgarter Vorschlag versuche, Situation in den Griff zu bekommen. Italien wolle auf gleicher Linie einen Beitrag zur Verwirklichung dieser Ziele leisten. Er sei deshalb interessiert, etwas mehr über die Vorstellungen des BM zur Europäischen Union zu hören. Insbesondere zur ins Auge gefaßten Struktur, zur Sicherheit und zur Überwindung gefährlichen Stillstands (Haushalt) in der EG. Besonders Sicherheit sei wohl etwas stärker Umstrittenes. Sie sollte wohl nicht etwas darstellen, was im Gegensatz zur US stehe, doch etwas Zusätzliches sein, das eigener Identität Europas gerecht werde." Genscher führte aus: „Deutsche Seite habe in den verschiedenen Bereichen bewußt noch kein starres Konzept oder festen Rahmen erarbeitet, um künftige Gespräche mit den Partnern nicht zu belasten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178842.

21 Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

22 Vgl. Niels HANSEN, Plädoyer für eine Europäische Union; in: Europa-Archiv 1981, S. 141–148.

20

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1303/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 133
Citissime

Aufgabe: 26. Januar 1981, 22.00 Uhr[1]
Ankunft: 26. Januar 1981, 22.25 Uhr

Betr.: Norwegischer Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone in Europa[2];
hier: Diskussion in der Sitzung des Rats im kleinsten Kreise (private meeting, 1+1) am 26.1.1981

Bezug: DB Nr. 95 vom 21.1.1981[3] – I-372.65 VS-NfD[4]

1) Auf Wunsch des norwegischen Botschafters ist NATO-Rat heute im kleinsten Kreise (private meeting, 1+1) zum Thema kernwaffenfreie Zone in Europa zusammengetreten.

2) Norwegischer Botschafter trug das in Anlage 1[5] wiedergegebene Papier vor und versuchte darzustellen, daß sich die norwegische Haltung nicht geändert habe. Die kernwaffenfreie Zone werde seit langem in Norwegen diskutiert. Der Doppelbeschluß der NATO[6] und das Depot-Abkommen mit den USA[7] hätten die Diskussion erneut entfacht. Die norwegische Regierung unterstütze weiter-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Hat Legationsrat I. Klasse Rupprecht vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, Vortragenden Legationsrat Seibert, Legationsrat I. Klasse Bolewski und Vortragenden Legationsrat Boden „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Hofmann am 28. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Bolewski am 30. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Boden am 5. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Seibert vorgelegen.

2 Zu den norwegischen Vorstellungen hinsichtlich einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 5.

3 Korrigiert aus: „20.1.1981“.

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete: „1) Norwegischer Ständiger Vertreter hat in Ratssitzung am 20. Januar 1981 (private luncheon) für die am 28. Januar vorgesehene Ratssitzung im gleichen Kreise eine Erläuterung der norwegischen Vorstellungen über eine kernwaffenfreie Zone in Europa in Aussicht gestellt. 2) In diesem Zusammenhang wiederholte der norwegische Ständige Vertreter auch die norwegischen Presseverlautbarungen zu dem jüngsten Treffen sozialistischer und sozialdemokratischer Politiker aus NL, B, DK, NWG in Amsterdam am 10. Januar 1981 zu nuklearen Fragen und teilte mit, daß zu der nächsten Tagung dieser Art Ende Februar in Oslo Vertreter der SPD und der britischen Labour Party eingeladen seien. Er bemerkte dazu, daß man sich in Norwegen von der Teilnahme der Vertreter dieser beiden Parteien einen mäßigenden Einfluß auf die Gesamttendenz der Tagung erhoffe.“ Er, Wieck, habe darauf hingewiesen, „daß uns die Koinzidenz der Veranstaltung in Amsterdam mit den öffentlichen Äußerungen zur kernwaffenfreien Zone Sorge bereite. Hier könnten sich durchaus Druckwellen mit nachteiligen Folgen auf den Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 entwickeln, an dem die Allianz festhalten müsse. Dies sei die Politik der Bundesregierung.“ Vgl. Referat 221, Bd. 123133.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärung „The Norwegian Government's attitude towards the question of establishing a nuclear weapon free zone (NWFZ) in Nordic Europe“ vgl. den Drahtbericht Nr. 133 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 26. Januar 1981; VS-Bd. 10289 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

7 Zum amerikanisch-norwegischen Abkommen vom 16. Januar 1981 über die Vorratshaltung von Militärmaterial vgl. Dok. 5, Anm. 11.

hin den Doppelbeschluß vom 12.12.1979[8] und sei bereit, mit den Verbündeten über den Vorschlag einer kernwaffenfreien Zone in Europa zu konsultieren.

Norwegischer Außenminister werde am 26. Januar 1981 eine Pressekonferenz geben und dabei erklären, daß der NATO-Rat am gleichen Tage mit der Sache befaßt worden sei. (Außerhalb der Sitzung unterrichtete Botschafter Vibe mich davon, daß die[9] Botschafter der Bundesrepublik Deutschland, der USA und Großbritanniens am 26.1.1981 in Oslo vom Außenminister ebenfalls informiert worden seien.[10])

Es hat den Anschein, daß norwegisches Konzept im Grunde auf ein europäisches Sicherheitssystem hinausläuft, das Ost- und Westeuropa umgreifen und Zonen minderer nuklearer Rüstung bis hin zu einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa umfassen soll.

3) Der niederländische[11], belgische[12], italienische[13], amerikanische[14], französische[15] und britische Botschafter[16] und ich beteiligten sich an der folgenden Diskussion. Von den kleineren Ländern kritisierten insbesondere der niederländische und der belgische Botschafter die norwegische Haltung[17], die nur vom dänischen Botschafter[18], allerdings mit Einschränkungen, unterstützt wurde (Anlage 2[19]).

Die Hauptpunkte der Kritik waren folgende:

(1) Norwegen hat vorher nicht konsultiert.

8 Der Passus „Die norwegische … vom 12.12.1979“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ist aber gnädig!“

9 Korrigiert aus: „der“.

10 Botschafter Balser, Oslo, teilte am 26. Januar 1981 mit, der norwegische Außenminister Frydenlund habe ihn sowie die Botschafter Brown (Großbritannien), Dessaux (Frankreich) und Rand (USA) ins norwegische Außenministerium gebeten und „ausdrücklich“ betont, „daß eine Änderung der norwegischen ablehnenden Haltung zum Kekkonen-Plan nicht eingetreten sei, weil Kola und das Ostseegebiet in die Vorstellung über eine KWFZ-Nord einbezogen werden. Ferner stellte Frydenlund fest, daß die norwegischen Äußerungen über eine KWFZ anläßlich des Treffens sozialdemokratischer Parteien kleinerer NATO-Länder in Amsterdam falsch interpretiert worden seien.“ Frydenlund habe ausgeführt, „daß das Dilemma für die norwegische Regierung darin bestehe, daß sie nicht eine Position vor der NATO vertreten könne, die nicht zu Hause breit abgesichert sei“. Der Staatssekretär im norwegischen Außenministerium, Holst, habe versichert, „es sei in keiner Weise eine Abkoppelung von denjenigen Ländern beabsichtigt, die bereit seien, TNF auf ihrem Gebiet aufzustellen. Andererseits habe jedes Mitglied zu der TNF-Frage beizutragen, und die norwegischen Überlegungen seien auch als Ergebnis der TNF-Debatte zu werten. Es liege der Gedanke nahe, den Norden zu einer aufstellungsfreien Zone zu machen und diese Zone in einer Weise auszudehnen, daß die gegen Norden gerichteten TNF abgebaut würden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 24; VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Carl D. Barkman.

12 Michel van Ussel.

13 Vincenzo Tornetta.

14 William Tapley Bennett.

15 Claude Arnaud.

16 Clive Rose.

17 Der Passus „kritisierten insbesondere … norwegische Haltung“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

18 Anker Svart.

19 Dem Vorgang beigefügt. Für die mit Drahtbericht Nr. 134 übermittelte Erklärung des dänischen NATO-Botschafters Svart vgl. VS-Bd. 10289 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

(2) Norwegen hat Nuklearpolitik der Allianz und damit die Gesamtdoktrin der flexible response[20] unilateral in Frage gestellt.
Komplikationen für alliierte Solidarität, die zur Aufrechterhaltung der Doktrin notwendig ist.

(3) Gefahr der Aufspaltung des NATO-Territoriums und der Abkoppelung der europäischen Verbündeten von den USA.

(4) Konventionelle Überlegenheit im norwegischen Raum läßt sich im Ernstfall durch nukleare Waffen nicht ausgleichen. Das bedeutet für die Gesamtallianz eine Herabsetzung der nuklearen Schwelle (Italien).

(5) Einbeziehung der Halbinsel Kola und der Ostsee keine ausreichende Konzession. SS-20 könnten bis hinter den Ural zurückgezogen werden und dennoch Europa bedrohen (Reichweite). Außerdem sprechen Norweger nur von taktischen sowjetischen Waffen, die von der Kola-Halbinsel zurückgezogen werden sollen.

(6) Zwischen faktischer Kernwaffenfreiheit in Norwegen und Dänemark und einer vertraglichen Fixierung dieses Zustandes ist ein bedeutender Unterschied.[21]

(7) Besonderes Risiko, wenn die kernwaffenfreie Zone auf andere Verbündete ausgedehnt wird.

(8) Schwächung der alliierten Position zum Doppelbeschluß vom 12.12.1979. Gefahr der Konfusion in der öffentlichen Debatte. Dadurch Erschwerung der Dislozierung in den verbündeten Ländern (besonders Niederlande und Belgien).

(9) Erschwerung, wenn nicht Zerstörung der Rüstungskontrollverhandlungsaussichten gemäß Doppelbeschluß vom 12.12.1979 wegen Wegfalls des Anreizes für die Sowjetunion.

(10) Verschlechterung der Allianzposition auch in bezug auf den französischen Vorschlag einer KAE[22] (zwei Hauptelemente – geographische Ausdehnung bis zum Ural, keine Einbeziehung von Kernwaffen – könnten ins Wanken geraten).

(11) Diversion von realistischen Rüstungskontrollversuchen.

(12) Chance für Sowjetunion, die Diskussion in ihrem Sinne auszunutzen.

(13) Gefahr der Vermischung von Partei- mit Regierungsstandpunkten.

Der belgische Botschafter bat darum, das Osloer Treffen der sozialdemokratischen Parteien zu verschieben[23], wenn nicht ganz fallenzulassen.[24] Der Gene-

20 Der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO stimmte am 12. Dezember 1967 in Brüssel der vom Militärausschuß vorgelegten Direktive MC-14/3 („Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area") zu. Nach dem unter dem Begriff „flexible response" bekanntgewordenen Konzept sollten begrenzte Angriffe zunächst konventionell und, falls notwendig, mit taktischen Nuklearwaffen abgewehrt werden. Lediglich bei einem Großangriff sollte das strategische nukleare Potential zum Einsatz kommen. Für den Wortlaut vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 345–370. Vgl. dazu ferner AAPD 1967, III, Dok. 386.

21 Zu diesem Absatz vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „Siehe Anlage 2 FS 134."

22 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

23 Der Passus „Der belgische … zu verschieben" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

24 Botschafter Balser, Oslo, teilte am 12. Januar 1981 mit, in der norwegischen Tageszeitung „Aftenposten" sei berichtet worden, daß „in vier bis fünf Wochen" in Oslo ein Treffen sozialdemokratischer Parteien aus kleineren NATO-Mitgliedstaaten zum Thema nukleare Rüstung stattfinden solle: „Es sei beabsichtigt, Willy Brandt als Vorsitzenden der Sozialistischen Internationale hierzu einzuladen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; Referat 221, Bd. 123133.

ralsekretär[25] erkundigte sich, ob es sich um eine von der norwegischen Regierung unterstützte Veranstaltung handle und ob Regierungsmitglieder teilnehmen würden.

Norwegischer Botschafter antwortete, es handle sich um ein Follow-up von Amsterdam.[26] Ein definitives Datum für das Treffen steht noch nicht fest (eventuell Ende Februar).[27] Mitglieder der norwegischen Regierung würden teilnehmen[28], aber nur als Vertreter norwegischer Parteien.[29]

4) Zur Pressebehandlung: Da norwegischer Außenminister heute die Ratssitzung erwähnen wird, soll hier folgendes gesagt werden:

„Der norwegische Botschafter hat die Allianz über Pläne einer kernwaffenfreien Zone in Europa unterrichtet. Die Verbündeten haben die Implikationen diskutiert und um Klarstellungen gebeten. Die Konsultationen werden im Rat fortgesetzt."[30]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10289 (201)

25 Joseph Luns.

26 Botschafter Fischer, Den Haag, informierte am 16. Januar 1981, es habe am 10. Januar 1981 in Amsterdam ein Treffen sozialdemokratischer Parteien kleinerer NATO-Mitgliedstaaten stattgefunden, an dem u. a. der dänische Außenminister Olesen und der norwegische Verteidigungsminister Stoltenberg teilgenommen hätten: „Es handele sich – wie hier betont wird – um inoffizielle Zusammenkunft, auf der keine Beschlüsse gefaßt worden seien. Nach Äußerungen eines niederländischen Teilnehmers sei man befriedigt darüber gewesen, daß weitgehend Übereinstimmung geherrscht habe, daß Nachrüstungsbeschluß der NATO vom Dezember 1979 in seiner jetzigen Form nicht zu verwirklichen sei. Man wolle versuchen, bei den künftigen Besprechungen auch Politiker aus D und GB zuzuziehen." Fischer teilte weiter mit: „Es war bisher nicht möglich festzustellen, in welchem Umfange norwegischer Plan besprochen worden ist, atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa zu schaffen, die außer skandinavischen Staaten einschließlich Finnlands auch Teile der früheren baltischen Staaten, die Kola-Halbinsel, Polen, DDR sowie Teile der Bundesrepublik und die Benelux-Staaten umfassen soll." Presseberichten zufolge solle das Thema erörtert worden sein. Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; Referat 221, Bd. 123133.

27 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Ich dachte, schon fest geplant."

28 Die Wörter „Regierung würden teilnehmen" wurden von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Kann man nicht trennen."

29 Botschaftsrat I. Klasse Diekmann, Oslo, berichtete am 16. März 1981: „Auf Einladung der norwegischen Arbeiterpartei fanden am 13.3. (nachmittags) und 14.3. (vormittags) in Oslo Beratungen führender Mitglieder sozialdemokratischer Parteien folgender NATO-Länder statt: Norwegen (Steen), Dänemark (Olesen), Niederlande (den Uyl), Belgien, Luxemburg, Großbritannien und Bundesrepublik Deutschland (Bahr). In einem persönlichen Gespräch hat mich Herr Bahr über das Ergebnis der Beratungen unterrichtet." Wichtigstes Thema sei die Frage der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 gewesen; ferner sei die Lage in El Salvador erörtert worden: „Die Frage KWFZ Nord wurde nicht diskutiert. Sie ist von norwegischer Seite (Steen) im Konferenzplenum nur beiläufig und wie folgt präsentiert worden: Faktisch besteht in Skandinavien bereits eine atomfreie Zone. Entscheidende Frage ist, ob sie auf Kriegsfall ausgedehnt und vertraglich fixiert werden kann. Das setzt u. a. geographische Ausweitung der Zone auf sowjetisches Territorium voraus. Es gibt keine Anhaltspunkte dafür, daß SU diese Möglichkeit in Erwägung zieht. Solange SU diese Vorstellung nicht aufgreift und keinen Preis dafür nennt, ist die Frage nicht aktuell." Ministerpräsidentin Brundtland habe an der Konferenz teilgenommen, sich zu Sachfragen jedoch nicht geäußert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 68; Referat 221, Bd. 123133.

30 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), legte am 27. Januar 1981 dar: „Unser Interesse und das Interesse der Allianz sollte es sein, die weitere Diskussion mit dem Ziel bald zu führen, NWG von der Weiterverfolgung seiner Pläne abzubringen. Die Diskussion im Rat sollte nicht zu lange hingezo-

21

Botschafter Herbst, Paris, an das Auswärtige Amt

114-1311/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. Januar 1981, 13.28 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 153 **Ankunft: 27. Januar 1981, 11.28 Uhr**

Betr.: Frankreich im Ost-West-Verhältnis (Ostpolitik, Beziehungen zu den USA und zur Bundesrepublik)

Bezug: DE Nr. 6121 vom 22.12.1980
DB Nr. 1810/1811[2] vom 5.12.1980 der Vertretung bei der NATO[3]

Zur Unterrichtung, auch im Hinblick auf die deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981[4]

1) Veröffentlichungen, auch der Bezugsbericht der NATO-Vertretung, stellen die These auf, Frankreich habe sich „in jüngster Zeit der NATO angenähert". Es sei, so folgern andere, Frankreich und nicht mehr die Bundesrepublik, das den Vereinigten Staaten näherrücke, während die Bundesrepublik Entspannung um jeden Preis wolle. Daraus wurde schließlich für einige Beobachter die „Abkühlung im deutsch-französischen Verhältnis".

Fortsetzung Fußnote von Seite 109
gen, sondern so bald wie möglich beendet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1981.
Botschafter Ruth teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 4. Februar 1981 mit: „1) Auch wir halten es für wichtig, die norwegischen Vorstellungen im Rat mit dem Ziele weiter zu diskutieren, Norwegen von der Weiterverfolgung seiner Pläne abzubringen. Im Hinblick auf den Wechsel des norwegischen Ministerpräsidenten sollte die Diskussion jedoch zeitlich nicht forciert werden. 2) […] Im übrigen unterstützen wir die in der Sitzung des Rats im kleinsten Kreise am 26.1.81 vorgetragenen Hauptpunkte der Kritik an den norwegischen Vorstellungen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 682; VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 27. Januar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Lesenswert."
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „DB Nr. 1810".

3 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), konstatierte vor dem Hintergrund der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 „besonders in den letzten Monaten" eine Intensivierung der französischen Mitarbeit in der NATO. Die französische Regierung sei besorgt über „abnehmende Verteidigungsleistungen mancher Verbündeter und über das geringer werdende Gewicht der USA gegenüber dem wachsenden militärischen Potential" der UdSSR: „Im Bereich der französischen Nuklearstrategie gilt die offizielle Doktrin des massiven Vergeltungsschlages bei Verletzung des französischen Territoriums weiter. Sie wird jedoch ergänzt und in gewissem Maße relativiert durch die Weiterentwicklung taktischer Nuklearwaffen (Hades-Raketen, Option der Neutronenbombe), deren Einsatz nicht auf den Fall der Verletzung des französischen Sanktuariums beschränkt ist. Darin liegt eine Annäherung an die Strategie der flexiblen Erwiderung und der forward defence." Die Haltung Frankreichs zur NATO sei durch „ein Spannungsverhältnis zwischen zwei Prinzipien gekennzeichnet, die Außenminister François-Poncet als das ‚Doppelgesicht der französischen Außenpolitik' bezeichnet hat. F ist – so François-Poncet – zugleich alliiert und unabhängig." Es entspreche dem Interesse der Bundesrepublik, „die beobachteten Anpassungstendenzen vorsichtig zu fördern und zu ermutigen und – wie schon bisher – durch Bereitschaft zu bilateraler Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor über uns eine indirekte Verbindung F mit der militärischen Integration der NATO herzustellen. Dabei sollten wir – mit Rücksicht auf den delikaten Hintergrund der französischen Bündnispolitik – weiterhin Diskretion wahren." Vgl. Referat 201, Bd. 120180.

4 Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

Die Botschaft kann eine „Neuorientierung“ nicht feststellen, wohl aber eine taktische Anpassung an die zunehmende Gefährdung der Energiezufuhr, an die Entwicklung in Polen mit ihren Folgen für Gesamteuropa und an die der Konjunktur des globalen Ost-West-Verhältnisses nach dem Amtsantritt Reagans[5].

2) Diese Anpassungen scheinen – von Paris gesehen – der französischen Außenpolitik leichter zu fallen als der unsrigen. Hypotheken, wie sie sich aus der Teilung Deutschlands ergeben, kennt Frankreich nicht. Die Entspannung war hier nie eine Hoffnung, sondern ein Instrument: Sie sollte die Bewegungsmöglichkeiten der kleinen osteuropäischen Staaten erweitern und zugleich Frankreich selbst mit Maß von der amerikanischen Supermacht emanzipieren. Eine schärfere Gangart gegenüber Moskau (konkret: harte Sprache bis hin zur Drohung mit wirtschaftlichen Sanktionen und Eventualplanung zur Polen-Krise[6]) braucht Paris um so weniger zu schrecken, als zwar aus den Zeiten der Entente[7] der Wunsch fortwirkt, ein gutes Verhältnis zu Rußland zu erhalten. Die Notwendigkeit aber, sich hierdurch gegen ein übermächtiges Reich zu schützen, ist weggefallen. Im Vordergrund steht heute die Sympathie für das bedrohte polnische Volk.

Die geringere Interessenverflechtung Frankreichs mit dem Osten würde darüber hinaus bei einer einschneidenden Kurskorrektur[8] unwiderruflichen Schaden auf das Wirtschaftliche, das für Frankreich zudem weniger Gewicht hat als für uns, beschränken.

3) Weder unter de Gaulle noch unter seinen Nachfolgern[9] hat die Entspannungspolitik zu einem Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen geführt: Das Land hat seine atomare und konventionelle Verteidigung bis an die Grenzen seiner wirtschaftlichen Möglichkeiten ausgebaut. Auch heute werden die Modernisierung der Nuklearwaffen, die hohen Verteidigungsausgaben (1981 Erhöhung nominal 17,8%) und der Militärdienst von keiner Seite ernsthaft in Frage gestellt.

Die Militärdoktrin paßte sich der Entwicklung des Rüstungspotentials an. Giscard hat 1976[10] (nicht „jüngst“) das mitteleuropäische Glacis in die französische

5 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

6 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 8.

7 Frankreich und Rußland waren durch einen Vertrag von 1892, der 1894 in Kraft trat, verbündet. Nach der Begründung der „Entente cordiale“ zwischen Frankreich und Großbritannien 1904 wurde diese durch einen Vertrag zwischen Großbritannien und Rußland 1907 zur „Triple Entente“ erweitert.

8 Der Passus „Die geringere … einschneidenden Kurskorrektur“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl angeschlängelt.

9 Georges Pompidou und Valéry Giscard d'Estaing.

10 In einem Vortrag vor dem „Institut de Hautes Etudes de Défense Nationale“ am 1. Juni 1976 in Paris betonte Staatspräsident Giscard d'Estaing die Notwendigkeit einer flexiblen, auf einer ausreichenden konventionellen Verteidigungsfähigkeit beruhenden Sicherheitspolitik Frankreichs, die eine Konzentration auf die nukleare Abschreckung vermeide. Es sei unrealistisch, anzunehmen, daß sich Frankreich aus einem bewaffneten Konflikt werde heraushalten können. Vielmehr werde Frankreich in diesem Fall von Beginn an im Raum der Schlacht liegen, die allumfassend („générale“) sein werde. Für den Wortlaut der Rede vgl. LE MONDE vom 4. Juni 1976, S. 14 f.
Der Chef des französischen Generalstabs, Méry, machte darüber hinaus im Juni 1976 Ausführungen zu einer neuen Verteidigungsdoktrin. Darin lehnte er das Konzept einer vollständigen Schutzzone („sanctuarisation totale“), gestützt auf den Einsatz von Atomwaffen und mit dem Ziel, die Integrität

Verteidigungskonzeption einbezogen, wodurch in das starre gaullistische Verteidigungskonzept der massiven Vergeltung eine in ihren Konsequenzen (Einführung der Neutronenwaffe?[11]) allerdings schwer abschätzbare Bewegung gekommen ist. Eine Annäherung an die NATO[12] ist für Frankreich keine aktuelle Fragestellung.

4) Frankreich hat über Antennen, die ihm aus seinem Kolonialreich überkommen sind, das weltweite Ausgreifen der Sowjetunion schon früh empfunden. Die Erkenntnis, daß die Sowjetunion, von einer kontinentalen Großmacht zur Weltmacht geworden, die Sicherheit Europas nicht nur an der Demarkationslinie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer bedroht, hat sich in Frankreich leicht durchgesetzt.

Mag die militärisch akzentuierte amerikanische Politik im Persischen Golf, die nach französischer Ansicht zu sehr im „Stützpunktdenken" der fünfziger Jahre befangen ist, Paris auch wenig gefallen, so sind doch die Ziele Frankreichs und Amerikas letztlich identisch: die Sicherung der Ölversorgung, nötigenfalls auch mit militärischen Mitteln, und die Stabilität der Golfstaaten.

Die amerikanischen und französischen Vorstellungen über das „Wie" sind allerdings bisher auseinandergefallen. Frankreich glaubt, daß eine „Arbeitsteilung", d.h. eine als selbständig erkennbare europäische Präsenz in der Dritten Welt (Nahostpolitik, Afrika), außenpolitisch klug und zur Wahrung europäischer Interessen unverzichtbar ist.

5) Es ist nicht nur die Sorge, im Schlepptau der USA zu erscheinen, die Frankreich zögern lassen würde, klar einer amerikanischen „Neo-Containmentpolitik" zu folgen: Härtere Reaktionen auf ein entspannungswidriges Verhalten der Sowjetunion könnten von den europäischen Staaten allein nicht getragen werden. Sie setzen langfristige amerikanische Politik voraus. Diese Voraussetzung war in der Carter-Ära nicht gegeben. Wird sie, so fragt man hier, bei der Unwägbarkeit, die amerikanische Politik der nächsten Jahre abzuschätzen, geschaffen werden? Nicht ausschließen will man auch, daß die USA über die Notwendigkeit hinausgehen könnten, ein unbezweifelbares Kräftegleichgewicht zwi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 111

des nationalen Territoriums zu bewahren, ab; ein Land wie Frankreich könne nicht eine Haltung der Neutralität einnehmen. Dem stellte er das Konzept einer erweiterten Schutzzone („sanctuarisation élargie") gegenüber. Vgl. dazu Guy MERY, Une armée pour quoi faire et comment?, in: Revue de Défense Nationale, Juni 1976, S. 14–19.

11 Staatspräsident Giscard d'Estaing teilte am 26. Juni 1980 in einer Pressekonferenz in Paris mit, daß er bereits im Dezember 1976 die Entscheidung getroffen habe, die Neutronenwaffe auf ihre Einsatzmöglichkeiten zu prüfen. Erste Versuche hätten bereits stattgefunden; eine Produktionsentscheidung könne für die bislang entwickelte Form 1982/83 getroffen werden, im Falle einer Weiterentwicklung zwei Jahre später auf der Basis des vorhersehbaren Standes der Kernwaffen in Europa. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1980, II, S. 221.
Botschafter Herbst, Paris, legte am 3. Juli 1980 dar, diese Entscheidung sei „offensichtlich unter Berücksichtigung der innenpolitischen Gegebenheiten erfolgt: Nur die dem Präsidenten ergebene UDF hatte sie in ihr Programm aufgenommen, die Gaullisten hatten sich dagegen abwartend bis ablehnend ausgesprochen, die Kommunisten waren ohnehin dagegen. Die Sozialisten hatten sich allerdings vorsichtig verhalten und weitere Studien gefordert. Unter diesen Umständen dürfte es dem Präsidenten ratsam erschienen sein, die endgültige Entscheidung noch hinauszuzögern. Gleichwohl verschafft ihm ihre Ankündigung schon heute im internationalen Rahmen eine Trumpfkarte. Die Option bleibt offen, und die Tatsache, daß die Sowjets bis heute – ob als Honorar für das Treffen von Warschau oder aus anderen Gründen – darauf nicht negativ reagiert haben, verleiht ihm auch im Westen zusätzliches Prestige." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1506; Referat 201, Bd. 120180.

12 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

schen den Supermächten herzustellen. Eine Politik aber, die die SU durch Wettrüsten in die Knie zwingen wollte, würde auf schwere Vorbehalte treffen.

Die französische Politik hat weiter ein ebenso feines wie unbehagliches Gefühl dafür, daß eine Verschärfung des Gegensatzes zwischen Ost und West die eigene außenpolitische Manövrierfähigkeit schrumpfen läßt. Wenn auch der Mißerfolg des Warschauer Treffens zwischen Giscard und Breschnew im Mai 1980[13], die Sorge über die Folgen einer militärischen Intervention der Sowjetunion in Polen und der Rückschlag im Tschad[14] das Mißtrauen gegenüber Moskau erhöht und die Bereitschaft zu stärkerer Abwehr begünstigt haben, so wird doch Paris einen wiederaufflammenden Konflikt zwischen den Supermächten nicht mit französischem Öl einheizen. Insoweit dürfte zwischen Bonn und Paris weitgehende Interessenparallelität bestehen.

6) Das Bestehen auf „Unabhängigkeit" ist keine chauvinistische Attitüde; es ist auch nicht als Marotte gaullistischer Störenfriede abzutun. Tief sitzt bei Franzosen die Überzeugung, daß man in harten Zeitläufen seine Interessen selbst wahren und dafür auch Opfer bringen muß. Wie im Militärischen, so gilt das auch in anderen lebenswichtigen Bereichen, etwa bei der forcierten Entwicklung der Nuklearenergie.

Unabhängigkeit und Mitwirkung in weltpolitischen Fragen werden deshalb bei aller Einsicht in die begrenzten Verwirklichungsmöglichkeiten weiter die französische Politik leiten. Dies schließt Unterordnung unter Washington aus, nicht aber, daß Frankreich aufgrund eigener Beurteilung der Lage und im Einklang mit eigenen Interessen nahe an die Vereinigten Staaten heranrücken und mit ihnen zusammenarbeiten könnte.

Freilich fordert das Fingerspitzengefühl in Washington. Die Kritik am schwächlichen Amerika ist schon oft in diejenige am amerikanischen Egoismus (auch dessen wirtschaftlichen Aspekt) umgeschlagen. Giscard d'Estaing ist deshalb um einen guten Anfang mit der Administration Reagan bemüht: Reise Wahls in die USA im Dezember 1980[15] und François-Poncets am 21. Februar 1981[16].

13 Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 in Warschau ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 154 und Dok. 159.

14 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 6.
Botschafter Herbst, Paris, erläuterte am 19. Januar 1981: „Die Besetzung des Tschad durch libysche Truppen – mit sowjetischer logistischer Unterstützung – und Fusionspläne Gaddafis bedeuten einen schweren Rückschlag für die Afrikapolitik des französischen Staatspräsidenten kurz vor der Wahl in einem auch innenpolitisch höchst sensiblen Bereich. Frankreich fühlt sich formell an das Abkommen von Lagos (August 1979) gebunden, in dem es sich – auf Wunsch befreundeter afrikanischer Regierungen – verpflichtete, seine Truppen aus dem Tschad zurückzuziehen. Daher auch sein Verzicht auf direkte militärische Gegenmaßnahmen. […] Frankreich hat die Tschad-Krise nicht ohne Blessuren überstanden. Der Prestigeverlust bei den afrikanischen Staaten dürfte dabei ebenso hoch zu veranschlagen sein wie die tatsächliche Verschiebung im militärischen Kräfteverhältnis." Vgl. den Drahtbericht Nr. 93/94; Referat 202, Bd. 140657.

15 Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, informierte Bundeskanzler Schmidt am 5. Januar 1981 über ein Gespräch mit dem Generalsekretär des französischen Präsidialamts, Wahl, am 3. Januar 1981 in Paris: „W[ahl] ist in Washington gewesen und hat mit Bush, Meese, Allen, Percy u. a. gesprochen. Zwei Haupteindrücke (die Giscard ganz offensichtlich teilt): a) Man sieht Sie dort in einer ‚Phase de réflexion', wobei neben vollem Verständnis für die interne Problematik auch leicht skeptische Neugierde bei Ihrer Behandlung einiger internationaler Themen mitschwingt. Dabei scheinen die Deutschlandpolitik, unsere als überwiegend zurückhaltend (gegenüber SU) gewertete Haltung zum Polen-Problem und, im Hintergrund, vielleicht auch Ostgeschäfte im Vordergrund zu

7) Wie Fehlbeurteilungen oder Irrtümern der neuen amerikanischen Administration dort, wo europäische Belange berührt sind, entgegengewirkt werden könnte, sollte Gegenstand deutsch-französischer Abstimmung sein, um im Verhältnis zu Washington Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Paris zu vermeiden.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 14093 (010)

22

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-1332/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 28. Januar 1981, 10.11 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 352 **Ankunft: 28. Januar 1981, 09.09 Uhr**

Betr.: Sowjetische Haltung zu Ereignissen in Polen;
hier: Frage einer militärischen Intervention

Zur Information

I. Obwohl als „ultima ratio“ nicht auszuschließen, ist eine direkte militärische Intervention der UdSSR in Polen derzeit nicht wahrscheinlich: Soweit aus der publizistischen Behandlung des Themas Polen und aus sowjetischen Äußerungen in Gesprächen ersichtlich, geht die sowjetische Taktik dahin, der polnischen Parteiführung, insbesondere den autoritären Elementen, für die von den Sowjets für unausweichlich gehaltene und wahrscheinlich auch gewünschte Konfrontation mit „Solidarität“ und den hinter ihr stehenden Kräften den Rücken zu stärken und erst einmal den Ausgang dieser Konfrontation abzuwarten. Dabei scheinen die Sowjets darauf zu setzen, daß „Solidarität“ sich durch ökonomisch maß- und sinnlose, für die eigenen Ziele einer Hebung des Lebensstandards der Arbeiter kontraproduktive Forderungen in den Augen der polnischen Bevölkerung selbst diskreditiert und dann nicht mehr in der Lage sein wird, den Bestrebungen der polnischen Führung nach Wiederherstellung einer möglichst

Fortsetzung Fußnote von Seite 113
stehen. b) USA werden in ihre Ost-West-Politik wohl stärkere Elemente des Containment einbauen, zumindest aber den Rahmen für Entspannungspolitik schärfer konturieren. Um für die (größeren) Europäer außenpolitischen Spielraum zu erhalten, sei deshalb u. a. eine stärkere Nutzung multilateraler Kontaktstrukturen unumgänglich. Hierfür sei der ‚Vierer‘-Rahmen am geeignetsten.“ Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1981.

16 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 28. Januar 1981 vorgelegen.
Hat Legationsrat Kröger am 30. Januar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Scheel nach Rückkehr verfügte.
Hat Scheel am 2. Februar 1981 vorgelegen.

weitgehenden Kontrolle der Partei über das gesellschaftliche Leben in Polen Widerstand entgegenzusetzen.

Inwieweit die sowjetische Führung davon überzeugt ist, daß sie längerfristig mit dieser Zermürbungstaktik die polnische Krise überwinden kann, läßt sich nicht klar erkennen. Entgegen den tatsächlichen politischen Kräfteverschiebungen in Polen zuungunsten der PVAP wird nach außen die These vertreten, daß die Lage sich normalisiere und die „polnische Arbeiterklasse" sich mehr und mehr von „Solidarität" getäuscht sehe. Daß damit der wahren Bedeutung der durch „Solidarität" repräsentierten Bewegung nicht Rechnung getragen wird, erscheint mir[2] an der sowjetischen Haltung höchst beunruhigend.

II. 1) Soweit von hier aus durch Vergleich hier zitierter polnischer Stimmen mit eigenen sowjetischen Stellungnahmen feststellbar, bewegt sich die polnische Führung bereits in die von den Sowjets gewünschte Richtung einer Kraftprobe mit den sogenannten „antisozialistischen Kräften". Es ist den Sowjets gelungen, die polnischen Genossen auf die These von der Existenz „konterrevolutionärer" Kräfte mit Einfluß auf die neue Gewerkschaftsbewegung festzulegen. Die Sowjets dürften von der polnischen Führung erwarten, daß sie in einer politischen Gegenoffensive die Verbindung zwischen „Solidarität" und der innerpolnischen Opposition bricht, letztere isoliert und vielleicht auch stärkeren Unterdrückungsmaßnahmen aussetzt und „Solidarität" selbst auf die Rolle einer unpolitischen Interessenvertretung reduziert. Dabei ist die sowjetische Kampagne der polnischen offensichtlich jeweils um ein bis zwei Schritte voraus, um das nächste Etappenziel zu verdeutlichen. So richtet sich die sowjetische Polemik seit neuestem direkt gegen „Solidarität", indem sie die Existenz eines antisozialistischen „rechten" Flügels dieser Organisation unterstellt. Dies kann nur als Aufforderung an die polnischen Kommunisten verstanden werden, den Kampf mit der Führung von „Solidarität" aufzunehmen, notfalls auch mit den zur Bekämpfung von „Feinden des Sozialismus" erforderlichen Mitteln. Die ebenfalls verstärkten Angriffe auf die innerpolnische Opposition, insbesondere auf Michnik und Kuroń, dürften dazu dienen, dem sowjetischen Wunsch nach einem stärkeren Durchgreifen Nachdruck zu verleihen.

2) Alle hier erkennbaren Anzeichen sprechen dafür, daß die Sowjets auf eine Bewährungsprobe der PVAP zielen, aber nicht auf eine eigene Intervention, bevor nicht der Ausgang dieses Versuchs überschaubar ist. Vorher gäbe es auch keine Rechtfertigung für eine Intervention, etwa derart, daß die polnische Partei selbst nicht mehr willens oder fähig sei, dem Vormarsch der antisozialistischen Kräfte Einhalt zu gebieten. Auch ein „Hilferuf" ließe sich erst bei einer erheblichen Verschärfung der innenpolitischen Situation in Polen und bei offenkundiger Hilflosigkeit der gegenwärtigen Parteiführung begründen. Hinzu kommt, daß die außenpolitischen und wirtschaftlichen Kosten einer Intervention es den Sowjets verbieten dürften, eine derartige Entscheidung zu treffen, bevor nicht alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

3) Dies ändert nichts an dem Umstand, daß seit Dezember letzten Jahres die Sowjets aus ihrer Sicht jederzeit über die für eine Intervention erforderlichen ideologisch-politischen Grundlagen verfügen:

[2] Korrigiert aus: „mit".

(1) Die Polen selbst haben auf dem WP-Gipfel vom 5.12.1980[3] das vitale Interesse der übrigen WP-Staaten an der Entwicklung in ihrem Lande und damit ein Mitspracherecht anerkennen müssen, das leicht in ein Interventionsrecht umgemünzt werden kann.

(2) Die Sowjets haben – zuletzt unter Verfälschung der Ergebnisse des NATO-Ministerrats[4] – die Theorie einer für die gesamte sozialistische Staatengemeinschaft bedrohlichen westlichen Einmischung in die Angelegenheiten Polens aufgebaut, auf die sie im[5] Notfall zurückgreifen können.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13332 (214)

23

Botschafter Engelhard, Jaunde, an das Auswärtige Amt

114-1361/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 13
Citissime

Aufgabe: 29. Januar 1981, 15.45 Uhr[1]
Ankunft: 29. Januar 1981, 19.08 Uhr

Betr.: Tschad – Libyen[2]

Bezug: Plurez Nr. 328 vom 22.1.1981 – 321-320.10 TSA[3]

I. Ziel libyscher Tschad-Politik:

Beginn einer im Prinzip unbegrenzten Machterweiterung Gaddafis.

II. Mittel dieser Politik:

Diese Politik erscheint als Ausdruck der besonderen Persönlichkeitsstruktur des libyschen Führers, der in vielem Adolf Hitler vergleichbar erscheint.

3 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

5 Korrigiert aus: „mit".

1 Hat Legationsrat I. Klasse Catoir am 9. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Umlauff am 9. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schlagintweit und Ministerialdirigent Montfort „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Schlagintweit am 9. Februar 1981 vorgelegen.

2 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 21, Anm. 14.

3 Ministerialdirigent Haas bat die Botschaften in verschiedenen afrikanischen Staaten, in London, Madrid, Moskau, Paris und Rom sowie die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York zur „Vorbereitung von Beratungen auf höchster politischer Ebene in Bonn und bei deutsch-französischem Gipfel" um Berichte zur Entwicklung in Tschad, zur libyschen Afrikapolitik sowie „zum Thema etwaige sowjetische Rolle bei Gaddafis Aktionen und sowjetischen Einflusses auf die libysche Politik". Vgl. Referat 320, Bd. 141042.

Hauptkennzeichen:

Das pseudo-religiöse Bewußtsein, Bezugspunkt und Motor der Weltgeschichte zu sein, von der Vorsehung einen besonderen Auftrag zu haben. Sein Bestreben geht dahin, sich selbst an die Stelle des Propheten zu setzen. Das Grüne Buch[4] ist ein neuer Koran. Er hält es für unnötig, sich beim Gebet nach Mekka zu verneigen. Die Machtausdehnung der Wüstenstämme der Arabischen Halbinsel vor und nach dem Tode Mohammeds dient ihm als mythisches Vorbild.

Als Mittel seiner Politik setzt er ein:

- sein manisch-egozentrisches Selbstbewußtsein, das auf viele Menschen faszinierend wirkt,
- die fast absolute Unabhängigkeit seines Landes,
- das ihm unmäßig zur Verfügung stehende Geld,
- die Ölwaffe,
- die Religion,
- große Rüstungsanstrengungen und militärische Aktionen,
- soziale und politische Propaganda,
- das geschickte Vorzeigen des Umstandes, daß er mit der Weltmacht Sowjetunion sehr enge Bindungen unterhält,
- Infiltration,
- die üblichen diplomatischen und völkerrechtlichen Mittel wie Verträge, Kommuniqués etc.
- sowie den Bruch von Verträgen und den Bruch herkömmlicher diplomatischer Gepflogenheiten,
- kriminelle Methoden von massiver Bestechung von Regierungen über Geiselnahmen bis zum staatlich befohlenen Mord.

Kaum ein Regierungschef dürfte zur Zeit über ein so reichhaltiges und bedenkenlos eingesetztes politisches Instrumentarium verfügen.

III. Geographische Gegebenheiten:

Gaddafis Idee eines Groß-Sahara-Staates beruht auf den natürlichen geographischen, ethnologischen, religiösen und kulturellen Gegebenheiten des Kontinents. Nach Süden schließen sich die Sahel-Völker und schwarzafrikanischen Völker an. Der Idee des Sahara-Staates liegt so ein Prinzip zugrunde, das im Hinblick auf die künstlichen Kolonialgrenzen große Sprengkraft entfalten könnte. So erkennt Gaddafi diese für den Bestand der staatlichen Ordnungen Afrikas lebensnotwendigen Grenzen im Prinzip auch nicht an. Unabhängigkeit ist für die Völker Afrikas stumpf geworden.

IV. Zeitpunkt der Tschad-Krise für Libyen nicht ungünstig. Der Glanz der sozialen Ungerechtigkeit herrscht fast überall. Reformansätze sind praktisch nirgendwo erkennbar. Revolutionäre Parolen können so auf fruchtbaren Boden fallen.

4 Vgl. Muammar AL-QADHAFI, The Green Book. Part One: The Solution of the Problem of Democracy: The Authority of the People, London 1976.
ders., The Green Book. Part Two: The Solution of the Economic Problem: Socialism, London 1977.
ders., The Green Book. Part Three: The Social Basis of the Third Universal Theory, London o. J.

V. Die bisherigen Grenzen einer Machterweiterung Gaddafis bestehen in:
– zu kleine Bevölkerung Libyens, um seine machtpolitischen Ziele zu verwirklichen,
– bisherige Erfolglosigkeit, ja Lächerlichkeit von Fusionen mit anderen Staaten[5],
– zunehmende außenpolitische Isolierung,
– innere Opposition.

VI. Einmarsch und praktische Beherrschung des Tschad kann Gaddafi hier einen Ausgleich verschaffen:
– Tschad hat ca. 4,5 Mio. Einwohner, die in Subsistenzwirtschaft leben und zumindest theoretisch ein nahezu unausschöpfliches Reservoir für eine Riesenarmee darstellen.
– Beherrschung des Tschad durch Libyen ist eine politisch-militärische Tatsache und alles andere als ein Traum Gaddafis wie die bisherigen Fusionen.
– Dieser Erfolg kann dazu beitragen, seine innenpolitische Position zu festigen. Zwar verstärkt sich durch die Besetzung des Tschad die Isolierung Libyens, andererseits bedeutet sie einen enormen Machtzuwachs Gaddafis.

VII. Der Effekt der Tschad-Besetzung:
– besteht in einer nahezu gesamt-afrikanischen Angst vor einer Machtausdehnung Libyens. Diese Angst läßt andere Probleme (Nahost, Irak–Iran, Namibia, Südafrika, Afghanistan, Polen) zunehmend in den Hintergrund treten. Die zunehmende Angst der anderen ist die zunehmende Macht Gaddafis.
– Diese Angst hat destabilisierende Wirkung auf nahezu alle Nachbarländer Libyens und des Tschad; diese Destabilisierung Afrikas ist das politische Nahziel Gaddafis.
– Es steht zu erwarten, daß die OAU durch das Tschad-Problem in ein pro- und antilibysches Lager zerrissen wird.
– Schon jetzt erscheint es als schwer denkbar, daß die antilibyschen afrikanischen Staaten über die nötigen Machtmittel verfügen, um Gaddafi aus dem Tschad zu vertreiben.
– Der Tschad-Konflikt birgt somit die Gefahr, daß Gesamt-Afrika zum Feld der Auseinandersetzungen zwischen den Weltmächten wird.

VIII. Libyen dürfte bei einer gegenwärtigen OAU-Abstimmung in eine deutliche Minderheit geraten, da praktisch alle Nachbarstaaten des Tschad die Invasion verurteilen. Von völliger afrikanischer Isolierung Gaddafis kann jedoch

[5] Anläßlich der am 6. Januar 1981 angekündigten Vereinigung von Libyen und Tschad wurde in der Presse berichtet: „Es ist nicht das erstemal, daß Oberst Gaddafi die Vereinigung seines Landes mit einem anderen arabischen oder afrikanischen Staat ankündigt. 1969 schloß Libyen unter dem Einfluß des ägyptischen Staatschefs Nasser eine Föderation mit Ägypten und dem Sudan. 1972 beschlossen Gaddafi und Sadat die ‚vollständige Vereinigung' Libyens und Ägyptens. 1974 wandte sich Gaddafi, von Sadat enttäuscht, an Tunesien. Im vergangenen Jahr schließlich fand sich der syrische Staatschef Assad zur ‚Vereinigung' mit Libyen bereit." Vgl. den Artikel „Gaddafi und Oeddei müssen sich auf Widerstand gefaßt machen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 8. Januar 1981, S. 4.

keine Rede sein. Die Freetown-OAU-Konferenz über die Westsahara gibt hier deutliche Hinweise.[6]

IX. In West- und Zentralafrika nehmen, nach den neuesten Entwicklungen, insbesondere Senegal, Guinea, Sierra Leone, Nigeria, Mali, Niger, ZAR und Kamerun eine antilibysche Haltung ein.

Senegal

Das politische Gewicht des neuen Präsidenten[7] läßt sich noch nicht mit dem seines Vorgängers[8] vergleichen.

Guinea

Sekou Touré ist, auch im Verhältnis zu uns, ein Sonderfall.

Sierra Leone

Das bisherige Verhalten Siaka Stevens' als Präsident der OAU legt den Schluß allzu nahe, daß er gegenüber Libyen nicht allzuviel Bewegungsspielraum hat.

Nigeria

Nach ziemlichen Zick-Zack-Bewegungen scheint sich Shagari in der Tschad-Frage nunmehr festgelegt zu haben. Das Vertrauen in seine Standfestigkeit ist in den Nachbarländern jedoch stark erschüttert.

Mali und Niger

sind ökonomisch und politisch schwach und darüber hinaus fast jeder Erpressung durch Libyen ausgesetzt. Ihr politischer Bewegungsspielraum ist klein.

ZAR

hat aus der Krise schon die Folgerung gezogen, französische Truppenverstärkung anzufordern.

X. Kamerun hat von Anfang an die von Libyen im Tschad drohende Gefahr erkannt und konsequent versucht, eine politische Gegenfront aufzubauen. Es ist in der Region als der gewichtigste und konsequenteste Gegner Libyens in der Tschad-Krise zu betrachten. Diese Gegnerschaft erhält ihr besonderes Gewicht durch die starke und kluge Persönlichkeit des kamerunischen Staatspräsidenten.

XI. Gründe der kamerunischen Haltung:

Kamerun fühlt sich durch den libyschen Einmarsch im Tschad in seiner Existenz bedroht. Inzwischen hat Libyen Kamerun als wichtigen Gegner identifiziert. Es ist davon auszugehen, daß es sein reichhaltiges Instrumentarium gegen Kamerun einsetzen wird:

6 Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 7.
Vom 18. bis 28. Juni bzw. 1. bis 4. Juli 1980 fanden in Freetown die Ministerratstagung bzw. die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten statt. Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte dazu am 8. Juli 1980, neben der Namibia-Frage sei vor allem die Aufnahme der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" in die OAU erörtert worden. Wegen dieser Frage sei es beinahe zur Spaltung der OAU gekommen. Insgesamt habe der Einfluß der gemäßigten Staaten in der OAU zugenommen. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 125244.

7 Abdou Diouf.

8 Léopold Sédar Senghor.

– Ein nicht unerheblicher Teil der sozialistischen UPC[9]-Opposition hält sich in Libyen auf und wird dort militärisch und politisch ausgebildet.
– Glaubhafte Informationen besagen, daß die Infiltration Kameruns schon begonnen habe.
– Täglich überfliegen libysche Flugzeuge demonstrativ ohne Genehmigung kamerunisches Territorium. Kurz- bis mittelfristig muß die Autorität der Regierung bei der eigenen Bevölkerung darunter leiden.
– Darüber hinaus werden über kurz oder lang, wenn auch keine Besetzung, so ständige militärische Provokationen erwartet, denen Kamerun aus eigenen Kräften militärisch kaum begegnen kann.
– Personal aus Kuba und der DDR scheint im Tschad schon tätig zu sein.
– Die CFA[10]-Währung ist in N'Djamena außer Kurs gesetzt und durch den libyschen Dinar ersetzt.
– Eine Libyen durchaus mögliche Anhebung des Lebensstandards des tschadischen Nachbarvolkes würde für Kamerun (und für die anderen Nachbarvölker) schwer zu bändigenden sozialen Zündstoff bergen.
– Zieht man die weiteren Möglichkeiten des libyschen Instrumentariums (s. o. unter II.) in Betracht, so ergibt sich, insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige politische Konstellation, eine reale Bedrohung Kameruns.

XII. Kamerun verfügt nach Ansicht der Botschaft nicht über die ausreichenden politischen, militärischen und ökonomischen Mittel, um dieser Bedrohung auf die Dauer standzuhalten. Dazu reichen die eigenen Ressourcen nicht aus. Die gleichgesinnten afrikanischen Nachbarn sind entweder zu schwach oder zu unzuverlässig.

XIII.

– Es liegt deshalb nach Ansicht der Botschaft im Interesse des Westens, Kamerun von außen zu unterstützen. Diese Unterstützung sollte zunächst politisch erfolgen. Den umliegenden schwachen bzw. unzuverlässigen afrikanischen Staaten muß gezeigt werden, daß das eine klare, eindeutige Haltung einnehmende Kamerun wichtige und starke Freunde hat. Nur dann werden sie von Ahidjo bei der Stange gehalten werden können. Im Hintergrund versucht und tut Frankreich alles ihm Mögliche. Eine allzu offene Unterstützung durch Frankreich würde bei der von Gaddafi geschickt ausgenutzten gegenwärtigen antifranzösischen Stimmung innerhalb der OAU der Position Ahidjos eher schaden.
– Eine politische Unterstützung durch die Bundesrepublik Deutschland dagegen würde ihm nutzen. Dies könnte geschehen durch einen hochrangigen deutschen Besuch in Kamerun oder eine Einladung des Präsidenten in die Bundesrepublik; im Abschlußkommuniqué könnte die politische Unterstützung unseres Landes deutlich gemacht werden.
– Auf Resolutionen der OAU haben wir natürlicherweise nur einen begrenzten Einfluß. Ständige OAU-Resolutionen, die nichts bewirken, stärken darüber

9 Union des Populations du Cameroun.
10 Coopération Financière en Afrique Centrale.

hinaus eher die Position Gaddafis, als daß sie sie schwächen („Gaddafi agit, les autres s'agitent", Jeune Afrique[11]). Politisch könnte eine mehrheitliche Verurteilung Libyens durch die OAU als politisches Instrument für die Zukunft von Nutzen sein. Hier reichen die politischen Möglichkeiten Frankreichs sehr viel weiter als die unseren.

– Wirksamer wäre eine politische mehrheitliche Verurteilung Libyens in den Vereinten Nationen, die wir, falls es dazu käme, unterstützen sollten. Dabei sollten nach Ansicht der Botschaft leere Drohgesten (Entsendung von UNO-Truppen, denen die tschadische Regierung die Einreise verweigert) vermieden werden.

XIV. Solange die formale Selbständigkeit des Tschad besteht, sollten wir der tschadischen Regierung und der Weltöffentlichkeit zu verstehen geben, daß wir einem unabhängigen Tschad wirtschaftlich zu helfen bereit sind. Jede Stärkung des durchaus noch vorhandenen Unabhängigkeitswillens, insbesondere des Süd-Tschad, bedeutet eine Schwächung der libyschen Position. Daß eine solche Bereitschaft angesichts der stark antifranzösischen Stimmung in der gegenwärtigen Tschad-Regierung nicht bei einem deutsch-französischen Gipfel kundgetan werden sollte, versteht sich von selbst.[12]

XV. Zur Frage des sowjetischen Einflusses:

Nach hiesiger Ansicht benutzt Gaddafi eher die Sowjetunion als politisches Instrument als umgekehrt. Sicher ist er nicht von der Sowjetunion abhängig. Die Gefahr eines Zusammenwirkens zwischen Libyen und der Sowjetunion in Afrika besteht zum großen Teil darin, daß Gaddafi überall dort, wo er überwiegenden Einfluß hat, der Sowjetunion die Türen öffnet, um anderswo den gleichen Liebesdienst von der Sowjetunion zu erhalten. So führt eine Erweiterung der libyschen Macht auf dem Kontinent ganz sicher auch zu einer Vergrößerung des sowjetischen Einflusses.

Allerdings ist Gaddafi für die Sowjetunion ein gefährlicher Bundesgenosse, der, nach Afghanistan, die Sowjetunion in den Vereinten Nationen weiter in die Isolation treiben und manche guten sowjetischen Beziehungen zu Ländern der Dritten Welt empfindlich schädigen könnte.

[gez.] Engelhard

VS-Bd. 11157 (311)

11 Vgl. dazu die Titelseite sowie den Artikel „Vers le Grand Sahara de Kaddafi?"; JEUNE AFRIQUE, Nr. 1046 vom 21. Januar 1981, S. 18–29.

12 Ministerialdirigent Haas vermerkte am 2. Februar 1981 zur Politik der Bundesregierung: „Die Stabilität der Sahel-Staaten muß in nächster Zeit in unserer Afrikapolitik hohe Priorität haben. Schon eine geringe Anhebung der Wirtschaftshilfe […] wird als politische Unterstützung voll gewürdigt. Wir sollten Sorge tragen, daß unsere Ausrüstungshilfe an Sahel- und Maghreb-Staaten […] fortgeführt wird. Sie ist sicherheitsrelevant. Ein Besuch Gaddafis in Bonn würde z. Z. von unseren afrikanischen und westlichen Freunden mißverstanden werden." Vgl. Referat 320, Bd. 141042.

24

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 FRA/IRK-69/81 VS-vertraulich **30. Januar 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Rüstungskooperation mit Frankreich;
hier: geplante französische Lieferungen an den Irak

Bezug: 1) BSR-Sitzung am 4.2.1981
2) Deutsch-französischer Gipfel am 5. und 6.2.1981[3]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung für BSR-Aussprache

1) Der Herr Bundesminister der Verteidigung regt mit Schreiben vom 27.1. 1981 an den Herrn Bundeskanzler[4] mit Kopie für Sie an, die Frage der Lieferung aus deutsch-französischer Koproduktion in den Irak auf der Sitzung des BSR am 4.2.1981 zu behandeln, damit die deutsche Haltung gegebenenfalls der französischen Seite bei den kommenden Gipfelkonsultationen erläutert werden kann.

2) Ende November 1980 teilte die französische Seite uns mit, daß sie ihre Industrie zum Verkauf von 100 Waffensystemen und 4250 Flugkörpern des Boden-Luft-Flugkörperabwehrsystems „Roland“ ermächtigt habe. Der tatsächliche Export werde erst in den folgenden Jahren (nicht vor 1984) durchgeführt. Geliefert werden soll eine „Roland II“-Allwetteranlage in einer noch zu verändernden Version, die unseren militärischen Sicherheitsinteressen Rechnung trägt. Am 22. Januar 1981 wurden wir von französischer Seite davon unterrichtet, daß Frankreich vorab aus eigenen Beständen sechs Waffensysteme der in der Bundeswehr nicht eingeführten Schönwetterversion „Roland I“ mit einer entsprechenden Anzahl von Flugkörpern bereits an den Irak geliefert hat. Über den Zeitpunkt der Lieferung war nichts zu erfahren. Das Waffensystem „Roland I“ ist nur in Frankreich eingeführt, enthält jedoch in seiner Waffenanlage wie bei den Flugkörpern auch deutsche Zulieferungen (u. a. den Gefechtskopf).

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze und Vortragendem Legationsrat Schöning konzipiert.
Hat den Ministerialdirektoren Blech und Gorenflos am 2. bzw. 3. Februar 1981 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Hofmann und Schlagintweit am 2. bzw. 3. Februar 1981 zur Mitzeichnung vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Freiherr von Stein am 2. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Henze und Schöning am 2. Februar 1981 erneut vorgelegen.
Hat Schöning am 16. März 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wurde auf BSR-Sitzung am 4.2.81 und auf d[eu]t[sch]-fr[an]z[ösischem] Gipfel nicht erörtert.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fournes am 16. März 1981 vorgelegen, der die Wiedervorlage bei Referat 422 verfügte und handschriftlich vermerkte: „K[enntnis] g[enommen].“

2 Hans Lautenschlager.

3 Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

4 Für das Schreiben des Bundesministers Apel vgl. VS-Bd. 10406 (422).

Der französische Rüstungsdirektor[5] hat gegenüber unserem Wehrtechnischen Attaché[6] in Paris versichert, daß die jetzt erfolgte Lieferung von „Roland I" „denaturierte" Systeme betreffe. Frankreich habe sich außerdem davon überzeugt, daß diese – in der Tat als reine Abwehrwaffen anzusehenden – Systeme ausschließlich zur Verteidigung wichtiger Städte und Flugplätze im Irak dienen und damit vornehmlich zum Schutz der irakischen Zivilbevölkerung eingesetzt würden.

3) Das von uns in derartigen Fällen im allgemeinen verwandte Argument, es handele sich um eine rein französische Lieferung aufgrund einer souveränen Entscheidung der französischen Regierung, wird uns im vorliegenden Fall wenig nützen, da weithin bekannt ist, daß das Waffensystem „Roland" ohne erhebliche Mitwirkung von deutscher Seite nicht exportiert werden kann.

Wir müßten uns somit in jedem Fall die Lieferung – mindestens teilweise – politisch zurechnen lassen.

Dies müßte uns – insbesondere auch in Anbetracht der erheblichen Zahl der noch zu liefernden Flugkörper – in Konflikt zu unserer bisherigen Haltung in der irakisch-iranischen Auseinandersetzung[7] bringen.

Die Neun haben sich in diesem Konflikt zur Neutralität und Nichteinmischung bekannt (New York, 23.9.1980[8]); allerdings scheint F Irak zu favorisieren. Wir haben den Eindruck, daß F Irak

– in seiner auch nach dem Krieg zu erwartenden Rolle als Ordnungsmacht am Golf,

– in seinen Bemühungen um echte Unabhängigkeit auch von der SU

bestärken möchte, während Iran – trotz der Freilassung der Geiseln[9] – noch für längere Zeit als voller Gesprächspartner ausfallen dürfte.

Demgegenüber ist für uns angesichts der überragenden politischen und strategischen Bedeutung Irans eine sorgfältig ausgewogene Politik wichtig. Wir sollten die gemäßigten Kräfte um Bani Sadr unterstützen, um die westliche Position in diesem Land zu stärken. Hinzu kommt, daß wir durch eine massive einseitige Unterstützung des Irak möglicherweise Iran zwingen würden, sich stärker an die SU anzulehnen. So ist bereits jetzt unverkennbar, daß die SU bemüht ist, sich durch Zurückhaltung bei Waffenlieferungen an den Irak und diskrete Hilfe ihrer Satelliten an Iran eine günstige Ausgangsposition für die kommende politische Auseinandersetzung um Einfluß in Iran zu sichern.

II. 1) Gegen die französischen Lieferungen hat der deutsche Rüstungsdirektor[10] gegenüber seinem französischen Kollegen am 21.1.1981 deutsche Besorgnisse zum Ausdruck gebracht und ihn gebeten, in einem Konsultationsverfahren mitzuteilen, wie beim Export von „Roland" unseren gemeinsamen Sicherheitsinteressen Rechnung getragen werden kann.

5 Henri Martre.
6 Detlef Forndran.
7 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.
8 Vgl. dazu die Erklärung der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in New York; BULLETIN DER EG 9/1980, S. 7 f.
9 Zur Freilassung der amerikanischen Geiseln in Iran am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.
10 Hans-Ludwig Eberhard.

Darüber hinaus erscheint es erforderlich, der französischen Seite auch unsere außenpolitischen Bedenken zur Kenntnis zu bringen, um so F von der geplanten massiven Unterstützung, zumindest mit Waffen aus deutsch-französischer Koproduktion, des Irak abzubringen.

Nach der deutsch-französischen Vereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder von 1972[11] sind wir allerdings grundsätzlich gehalten, die französische Seite an der Ausfuhr von Koproduktionserzeugnissen und damit auch des Waffensystems „Roland" nicht zu hindern. Das schließt aber nicht aus, daß wir unsere Bedenken gegen ein bestimmtes Ausfuhrvorhaben geltend machen und den französischen Partner nachdrücklich bitten, von der Lieferung Abstand zu nehmen. Wir haben dies schon einmal 1978 getan, als wir F auf Beschluß des BSR gebeten haben, von „Milan"- und „Hot"-Lieferungen an Syrien und Irak angesichts zahlreicher sowjetischer Militärberater in beiden Ländern abzusehen.[12] F ist dieser Bitte allerdings unter Hinweis darauf, daß unsere Intervention zu spät erfolgt sei, nicht nachgekommen.

In Anbetracht des starken französischen Interesses an der Weiterführung der deutsch-französischen Zusammenarbeit im Rüstungsbereich (Kampfpanzer der 90er Jahre[13]) dürfte es jetzt eher möglich sein, unseren Interessen bei der französischen Regierung stärker als bisher Geltung zu verschaffen.

11 In Artikel 2 der Regierungsvereinbarung vom Februar 1972 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder hieß es: „Keine der beiden Regierungen wird die andere Regierung daran hindern, Kriegswaffen oder sonstiges Rüstungsmaterial, das aus einer gemeinsam durchgeführten Entwicklung oder Fertigung hervorgegangen ist, in Drittländer auszuführen oder ausführen zu lassen. Da sich der spezifische Charakter von Baugruppen und Einzelteilen eines unter die Ausfuhrformalitäten für Kriegswaffen und sonstiges Rüstungsmaterial fallenden Waffensystems ändert, wenn sie integrierender Bestandteil eines gemeinsam entwickelten und gefertigten Waffensystems werden, verpflichtet sich jede der beiden Regierungen, die für die Lieferung von Einzelteilen und Komponenten an das ausführende Land erforderlichen Ausfuhrgenehmigungen nach den in den nationalen Gesetzen vorgesehenen Verfahren ohne Verzug zu erteilen. Beide Regierungen sind übereingekommen, daß sie die nationalen Gesetze über die Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial im Geiste der deutsch-französischen Zusammenarbeit auslegen und anwenden werden. Die Möglichkeit, eine Ausfuhrgenehmigung für Komponenten eines Gemeinschaftsprojekts zu versagen, kann nur im Ausnahmefall in Anspruch genommen werden. Für einen solchen Fall vereinbaren beide Regierungen, daß sie sich vor einer endgültigen Entscheidung eingehend konsultieren werden. Es liegt bei dem Bundesminister der Verteidigung oder dem Staatsminister für Nationale Verteidigung, die Initiative zu solchen Konsultationen zu ergreifen." Vgl. VS-Bd. 9521 (422); B 150, Aktenkopien 1972.

12 Zu den Bedenken der Bundesregierung gegen die Lieferung des Panzerabwehrsystems vom Typ „Hot" aus deutsch-französischer Koproduktion an Syrien und Irak vgl. AAPD 1978, I, Dok. 53 und Dok. 188.

13 Die Bundesrepublik und Frankreich erörterten seit Anfang 1979 die Frage eines gemeinsamen Kampfpanzers für die neunziger Jahre. Ungeklärt blieb zunächst die Problematik des Exports in Drittstaaten. Vor der Unterzeichnung der Vereinbarung über die Entwicklung und den Bau des Panzers während der deutsch-französischen Konsultationen am 4./5. Februar 1980 in Paris erzielten Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing eine Einigung über Exportrichtlinien. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 72, AAPD 1979, II, Dok. 311 und Dok. 364, sowie AAPD 1980, I, Dok. 43.
Ministerialdirektor Blech vermerkte am 27. Januar 1981: „Die ursprünglich für 1980 vorgesehene Ressortvereinbarung über den Eintritt in die Definitionsphase kam nicht zustande: Technische Schwierigkeiten und der Zwang zu planerischer Selbstbeschränkung, aber auch zunehmende Zweifel an der Kostenwirksamkeit des Vorhabens, haben zu einer zeitlichen Streckung geführt. Am 2. Juli 1980 beschloß der Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestags die Überprüfung des Kooperationsvorhabens ‚K[ampf]p[an]z[er] 90' noch vor Beginn der Definitionsphase. Im Verlauf der deutsch-

Nach der obengenannten deutsch-französischen Regierungsvereinbarung ist unsere Position, den koproduzierenden Partner von unerwünschten Exporten abzubringen, verhältnismäßig schwach. Für das Gemeinschaftsprojekt „Kampfpanzer 90“ ist daher eine etwas schärfere Exportregelung ausgehandelt worden. Wenn wesentliche Interessen einer Partei durch eine Ausfuhrabsicht der anderen Partei beeinträchtigt werden, entscheiden die Verteidigungsminister. Wenn sie sich nicht einigen und eine Partei der Auffassung ist, daß ihre vitalen Interessen bedroht[14], wird das Problem auf höchster Ebene entschieden. Die Exportregelungen mit Italien und Großbritannien[15] sehen vor, daß beide Länder vorher bei uns anfragen, ob wir Bedenken gegen den Export haben.

Vorschlag:

Wir sollten einer Behandlung der französischen Lieferungen des koproduzierten Boden-Luft-Flugkörperabwehrsystems „Roland“ für den Irak auf der BSR-Sitzung vom 4.2.1981 zustimmen. Dabei sollte erörtert werden, ob und ggfs. durch wen unsere Bedenken auf dem deutsch-französischen Gipfel am 5./6. Februar 1981 zum Ausdruck gebracht werden sollen.

D 2[16] und D 3[17] haben mitgezeichnet.

Fischer[18]

VS-Bd. 10406 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 124

französischen Koordinierungsgespräche der Rüstungsdirektoren gelang es Anfang Dezember, bis dahin bestehende planerische Schwierigkeiten auszuräumen. Die Verfahrens- und Statusfragen werden gegenwärtig vom BMVg in enger Fühlungnahme mit dem Auswärtigen Amt (Abteilung 5) geprüft. Die vom Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestags gewünschte Projektüberprüfung soll im Frühjahr 1981 und die deutsch-französische Vereinbarung über den Eintritt in die Definitionsphase unmittelbar daran anschließend erfolgen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125579.

14 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

15 Diplomingenieur Stephan, London, legte am 23. März 1981 dar, „daß es zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik keine grundsätzliche Regierungsvereinbarung über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten bzw. gefertigten Rüstungsgütern in dritte Länder gibt, wie sie z. B. zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom Februar 1972 existiert. […] Zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik besteht zum Thema Rüstungsexport vielmehr eine pragmatische Vorgehensweise, die bei verschiedenen Vorhaben zu unterschiedlichen Regelungen geführt hat. So ist z. B beim trilateralen Gemeinschaftsprojekt Feldhaubitze 70 (mit Italien) vor allem das britische Verteidigungsministerium für die Verkaufsförderung tätig“. Bei dem ebenfalls mit Italien durchgeführten Projekt des Kampfflugzeugs vom Typ „Tornado“ sei sichergestellt, „daß die teilnehmenden Regierungen in allen Angelegenheiten des Verkaufs an Drittländer übereinstimmend handeln. Bei den beiden genannten Gemeinschaftsprojekten werden sogar in der Werbung nur Maßnahmen aufgrund der Einstimmigkeit der drei Regierungen zugelassen. Nach den bisherigen Erfahrungen haben sich die Exportabstimmungen in den Gemeinschaftsprojekten mit Großbritannien bewährt, wobei sich die Bundesregierung bemüht, den Kooperationspartner bei seinen eigenen Exportabsichten nicht zu behindern.“ Vgl. den Wehrtechnischen Bericht Nr. 18; Referat 201, Bd. 125580.

16 Klaus Blech.

17 Walter Gorenflos.

18 Paraphe vom 2. Februar 1981.

25

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 154
Citissime

Aufgabe: 3. Februar 1981, 17.35 Uhr[1]
Ankunft: 3. Februar 1981, 17.45 Uhr

Betr.: Innenpolitische Lage Polens

Bezug: DB Nr. 113 vom 26.1.1981 – POL 320.10 VS-NfD[2]

Zur Unterrichtung

1) Die im fortgesetzten Ringen zwischen Partei- und Staatsführung und freier Gewerkschaftsbewegung nach abermaliger Zuspitzung[3] erneut eingetretene Entspannung[4] wird nicht von Dauer sein. Dies ist wohl die einzige Prognose, die in den Augen des Beobachters Verläßlichkeit beanspruchen darf.

Es geht nur noch vordergründig um die Durchsetzung von Forderungen, welche die Anliegen der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen artikulieren. In Wirklichkeit ist die Gesellschaft zum Marsch in den Pluralismus angetreten, und es ist nicht abzusehen, wie sie auf diesem Wege durch taktische Winkelzüge oder gar Repression wirksam aufgehalten werden soll. Die Bewegung ist dabei, in eine systemverändernde politische Qualität umzuschlagen.

Nachdem die PVAP sich, wenn auch vielleicht halbherzig, zunächst zum Konzept der grundlegenden Erneuerung[5] bekannt hatte, wird sie nun nicht müde,

1 Hat Vortragendem Legationsrat Scheel am 4. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat Kröger verfügte.
Hat Kröger am 4. Februar 1981 vorgelegen.

2 Botschafter Negwer, Warschau, informierte über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Demokratischen Partei und Vizepräsidenten des polnischen Parlaments, Stefański. Dieser habe dargelegt, in der PVAP gebe es „zwei Linien in der Frage der Taktik gegenüber dem Drängen des Volkes auf Veränderung: Eine Linie habe verstanden, daß man zu einem neuen Konsens zwischen Partei und den das Volk repräsentierenden gesellschaftlichen Kräften kommen müsse", womit der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Kania, gemeint sei; „die andere Linie konzentriere sich allein darauf, den Schwächeanfall des politischen Systems zu überwinden, und hoffe, mit einem wiedererstarkten Partei- und Staatsapparat das Rad […] zurückdrehen zu können (hiermit dürfte Olszowski gemeint gewesen sein)." Vgl. Referat 214, Bd. 132909.

3 Botschafter Negwer, Warschau, bezeichnete am 12. Januar 1981 die Vorgehensweise der polnischen Regierung bei der Einführung arbeitsfreier Samstage als „ein Musterbeispiel für unkoordiniertes und taktisch ungeschicktes" Handeln: „Hatte die Regierung soeben noch einen zusätzlichen freien Samstag am 3. Januar konzediert, so verfügte das Arbeitsministerium wenige Tage später, offenbar ohne Absprache mit den Gewerkschaften, es werde 1981 nur zwei freie Samstage pro Monat geben." Daraufhin habe die Gewerkschaft „Solidarność" für Samstag, den 10. Januar 1981, zum Streik aufgerufen, an dem sich die Mehrheit der Arbeitnehmer beteiligt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 35; Referat 214, Bd. 132909.

4 Am 4. Februar 1981 teilte Botschafter Negwer, Warschau, mit, daß es am 30. Januar 1981 zu einer Einigung zwischen der polnischen Regierung und der Gewerkschaft „Solidarność" „über Arbeitszeit und Medienzugang" gekommen sei, die „als Ausdruck guten Willens auf beiden Seiten gewertet" werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Referat 214, Bd. 132909.

5 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 22. Januar 1981, das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Barcikowski, und der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Kania, hätten sich am 14. Januar 1981 zum Konzept für die „zukünftige Gestaltung der Parteiorganisation und des Verhältnisses der Partei zu Staat und Gesellschaft als Kern der Politik der ‚Erneuerung' (odnowa)" geäußert. Dabei sei zwar eingeräumt worden, „daß die Parteibasis zu Recht eine verstärkte Rolle bei der Ent-

in beschwörenden Tönen vor antisozialistischen und konterrevolutionären Aktivitäten, vor Anarchie und Chaos zu warnen. Dabei ist sie in sich zerstritten und tut sich schwer, den IX. Parteitag[6] mit zeitgemäßen, das Vertrauen wiederherstellenden Perspektiven zustande zu bringen.

2) Auch die Partei ist, von der Basis her, vehement von der neuen Bewegung ergriffen worden. Durch die hohe Zahl von Doppelmitgliedschaften hat der Geist von Solidarność in den Basisorganisationen Eingang gefunden. Aus dieser Richtung kommen die radikalen Anträge, die frontal gegen den demokratischen Zentralismus alten Stils zu Felde ziehen. Hiergegen leistet der Apparat zähen, hinhaltenden Widerstand, während das Politbüro in wechselnden Flügelkämpfen nach einer Linie sucht, die den politischen Druck aus den verschiedenen Richtungen mildern möchte.

Der Vormarsch Olszowskis als Vertreter der harten Linie ist in den vergangenen Wochen offenbar überschätzt worden. Er hat in den jüngsten Auseinandersetzungen mit Solidarność taktische Fehler begangen, die die Lage unnötig verschärften. Es zeigt sich, daß der geschickt und flexibel agierende Kania gegenwärtig über stärkeren Rückhalt zu verfügen scheint. Er wird vor allem von Jaruzelski uneingeschränkt unterstützt, der seinerseits die Armee fest in der Hand hat.

Eine große Gefahr liegt darin, daß zuviel Zeit vergeht, bis die Parteiführung wieder zu geschlossenem Handeln fähig ist. Auch in der Umsetzung von Einzelentscheidungen über die schwächer werdende Regierung gibt es Mängel, die Irritationen schaffen. Von Reformern aus dem ZK war schärfste Kritik an der Regierung wegen ihres autoritären Verhaltens gegenüber Solidarność zu hören. Die Regierung müsse den „partnerschaftlichen Umgang mit den pluralistischen Kräften“ schleunigst lernen. Natürlich zielt diese Kritik auch auf den Olszowski-Flügel im Politbüro.

Die Reformer geben in vertraulichem Gespräch offen zu, daß auch ihre Vorstellungen auf Systemveränderung hinauslaufen. Die führende Rolle der Partei sehen sie nicht länger in mehr oder weniger geschicktem Ausspielen von Machtpositionen, sondern in einer Art geistiger Führerschaft. Offensichtlich wollen sie den ernsthaften Versuch wagen, mittelfristig in Polen ein abgewandeltes Hegedüs-Modell[7] einzuführen. Ihre Chancen sind skeptisch zu beurteilen.

3) Die Gewerkschaft Solidarność hat eine weitere Runde nach Punkten gewonnen. Wałęsa und seine Führungsmannschaft bemühen sich nun, die aktivistischen Regionalverbände unter Kontrolle zu bringen und ein weiteres Ausufern lokaler Protestaktionen in den politischen Bereich hinein zu verhindern. Die

Fortsetzung Fußnote von Seite 126

wicklung der Politik sowie bei [der] Kontrolle von deren Durchführung verlange“, es sei jedoch „kategorisch“ festgestellt worden, „daß ‚der demokratische Zentralismus unantastbares Prinzip aller Parteiaktivitäten‘ sein müsse. Vor allem müsse die ‚Unterordnung der unteren Parteiebene gegenüber Beschlüssen der höheren Ebene und allgemeinen Parteibestimmungen auch weiterhin gelten‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 99; Referat 214, Bd. 132909.

6 Am 20. Januar 1981 meldete Botschafter Negwer, Warschau, daß die „Organisationsphase für die Kommission zur Vorbereitung des IX. Parteitags der PVAP (voraussichtlich Ende März/Anfang April 1981) […] mit einer Sitzung des Sekretariats der Kommission am 15.1.1981“ begonnen habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 214, Bd. 132909.
Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 statt.

7 András Hegedüs war vom 18. April 1955 bis 24. Oktober 1956 Ministerpräsident von Ungarn.

katholische Kirche kann hierzu wenig beitragen, weil die militanten Gewerkschafter der Basis ihr nicht mehr voll vertrauen. Ohnehin beginnt auch die Kirche innerhalb der eigenen Hierarchie erste Rückwirkungen der neuen Bewegung zu spüren. Sie wird sich in Zukunft kaum noch als ein ausschließlicher Hort des Konservatismus begreifen können.

Von den Schwierigkeiten mit der eigenen Organisation abgesehen, stehen Solidarność neue und eminent politische Auseinandersetzungen mit der Regierung bevor. In der Frage der Bauerngewerkschaft hat man bereits Partei ergriffen[8], Zensurgesetz[9], Gewerkschaftsgesetz[10] bieten Stoff für Kontroversen. Es wird schwerfallen[11], den erklärten „apolitischen Charakter" der Gewerkschaft im Alltag nachzuweisen.

4) Selbst wenn der gesellschaftspolitische Gärungsprozeß in Polen sich im Sinne der Reformer auf ein partnerschaftliches Modell zuentwickeln sollte, wird dies auch ohne Störung von außen nach bisheriger Erfahrung soviel Zeit erfordern, daß eine fatale Hypothek des Landes kaum noch zu tilgen sein wird: die sich rapide verschlechternde Wirtschaftslage. Es ist leider nicht erkennbar, wann alle endlich die Ärmel hochkrempeln werden, um den Karren gemeinsam aus dem Dreck zu ziehen.

5) Angesichts der systemverändernden Tendenzen stellt sich in der Tat abermals die Frage: Wird und kann dies von den eigenen Bündnispartnern, insbesondere der Sowjetunion, trotz der mittelfristigen Risiken für das gesamte System geduldet werden?

Das gegen Solidarność gerichtete propagandistische Trommelfeuer ist heftiger denn je. Aber vielleicht weiß man in Moskau, daß der Feind nicht mehr nur Solidarność heißt, daß die Bewegung sehr viel weiter reicht und daß der geeignete Moment für eine durchgreifende Intervention längst verstrichen ist. Es gibt einige überraschende Indizien dafür, daß Moskau auf den harten Flügel des Politbüros der PVAP in letzter Zeit sogar mäßigend eingewirkt hat.

Bis auf ein paar Zweckpessimisten haben die polnischen Akteure, wie es scheint, die Gefahr einer sowjetischen Intervention aus ihrem Bewußtsein verdrängt.

[gez.] Negwer

Referat 214, Bd. 132909

8 Zur Frage der Anerkennung einer Bauerngewerkschaft in Polen vgl. Dok. 1, Anm. 10.
Am 5. Februar 1981 führte Referat 214 aus, die Gewerkschaft „Solidarność" verlasse „immer weiter ihr eigentliches Aufgabengebiet" und wende sich politischen Forderungen zu, darunter einer „Registrierung der ‚Land-Solidarität', denen sie durch ungebrochene Streikbereitschaft Nachdruck" verleihe. Vgl. VS-Bd. 13333 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Am 12. Februar 1981 teilte Botschafter Negwer, Warschau, mit: „Gewerkschaft Solidarität hat in letzten Wochen und Monaten in steigendem Maße Berücksichtigung in offiziellen Medien Polens durchsetzen können." Darüber hinaus habe sich die „Gewerkschaft in letzter Zeit vielfältige und von Zensur nicht kontrollierbare Betriebspresse aufbauen können", die der „Zensurbehörde […] ein Dorn im Auge" sei: „Es werden Versuche unternommen, im Rahmen des in Vorbereitung befindlichen neuen Zensurgesetzes auch diese Blätter unter staatliche Aufsicht stellen zu können". Vgl. den Drahtbericht Nr. 206; Referat 214, Bd. 132909.

10 Ministerpräsident Jaruzelski kündigte in seiner Regierungserklärung am 11. Februar 1981 vor dem polnischen Parlament einen Gesetzentwurf für den Bereich der Gewerkschaften an. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 212 des Botschafters Negwer, Warschau, vom 12. Februar 1981; Referat 214, Bd. 132909.

11 Korrigiert aus: „schwerhalten".

26

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam

210-321.00-257/81 VS-vertraulich **4. Februar 1981**[1]

Betr.: Deutsch-deutsche Beziehungen

Auf Einladung und unter Vorsitz von Staatsminister Huonker fand am 28. Januar 1981 ein Gespräch über Stand und Perspektiven der deutsch-deutschen Beziehungen statt, an dem Staatssekretär Spangenberg, Staatssekretär Bölling, Staatssekretär van Well, Staatssekretär von Würzen, Senator Konow (Berlin) sowie MD a. D. Weichert, MD Meichsner, MDg Bräutigam und MDg von Richthofen teilnahmen.

Aus der Diskussion ist folgendes festzuhalten:

Allgemein

Staatsminister Huonker führte einleitend aus, auf Grund verschiedener Kontakte in der letzten Zeit, unter anderem auch mit Herrn Moldt, der kürzlich mit Generalsekretär Honecker gesprochen habe, gehe er davon aus, daß sich die Führung der DDR gegenwärtig ganz auf die Vorbereitung des im April stattfindenden SED-Parteitags[2] konzentriere. Vor den Volkskammerwahlen, die für Juni 1981[3] vorgesehen seien, erwarte er keine Bewegung in den deutsch-deutschen Beziehungen. Wir müßten damit rechnen, daß sich bis dahin die DDR uns gegenüber weiterhin ambivalent verhalten werde, d. h. Drohungen könnten mit konzilianteren Tönen abwechseln. Im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag hätten die politischen Grundsatzfragen aus der Sicht der DDR jetzt einen höheren Stellenwert als früher. Ferner messe Ost-Berlin den Fragen der Sicherheit und Abrüstung heute eine noch größere Bedeutung bei. Dahinter stehe vielleicht die Spekulation der DDR auf eine mögliche Kursänderung der Bundesregierung in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses.

Andererseits sei festzustellen, daß seit der Erhöhung der Mindestumtauschsätze[4] keine weitere Verschärfung der Lage eingetreten sei. Die Routinekontakte liefen weiterhin normal. Der innerdeutsche Handel habe sich 1980 sehr dynamisch entwickelt. Auch der Kulturaustausch sei nicht zurückgegangen. Anzeichen für neue Verhärtungen in den bilateralen Beziehungen seien nicht erkennbar.

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Bräutigam am 4. Februar 1981 „mit der Bitte um Genehmigung“ an Staatssekretär van Well geleitet.
Hat van Well am 6. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 9. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Dg 21 n[ach] R[ückkehr].“
Hat Bräutigam am 17. Februar 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13211 (210); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der X. Parteitag der SED fand vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 5.

3 Die Wahlen zur Volkskammer der DDR fanden am 14. Juni 1981 statt.

4 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

Dieses Lagebild lege folgende Schlußfolgerung nahe:

1) Bis zum Sommer 1981 erscheine eine Wiederaufnahme des Dialogs mit der DDR wenig sinnvoll.

2) Wenn der Dialog eines Tages in Gang komme, werde er wahrscheinlich nicht an dem gleichen Punkt wiederaufgenommen werden können, an dem er vor dem geplanten Treffen im August des letzten Jahres[5] stehengeblieben sei.

3) Ungeachtet dieser Einschätzung sollten wir weiterhin, wie schon in der Regierungserklärung[6] geschehen, unsere Gesprächsbereitschaft gegenüber der DDR bekräftigen, aber uns nicht in eine „Demandeur"-Position hineinmanövrieren. Hinsichtlich einer Wiederaufnahme des Dialogs sollten wir zunächst weiterhin zurückhaltend bleiben.

4) Bundesminister Genscher könne bei seinem Besuch in Moskau[7] erkunden, wie dort die weitere Entwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten gesehen werde.

5) Die Zeit bis zur Wiederaufnahme der Gespräche sollten wir zu einer gründlichen Vorbereitung nutzen und alles unterlassen, was die Gesprächsmöglichkeiten verschütten oder erschweren könnte.

Staatssekretär van Well wies auf den Warschauer-Pakt-Gipfel vom 5. Dezember 1980 hin, auf dem sich verläßlichen Informationen zufolge die DDR mit ihrer Forderung nach einer Warschauer-Pakt-Intervention in Polen nicht durchgesetzt habe.[8] Wahrscheinlich habe die DDR bereits im Oktober in Vorwegnahme einer Intervention durch die massive Erhöhung der Mindestumtauschsätze das Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland „stillgelegt". Insgesamt habe das Verhalten der DDR in dem bisherigen Verlauf der Polen-Krise einen sehr negativen Eindruck hinterlassen.

Auch das Verhältnis DDR/Polen sei durch die Vorgänge der letzten Monate schwer belastet. Zwar scheine die SED-Führung eine Destabilisierung in der DDR als Folge der Polen-Krise nicht zu befürchten. Es gebe aber doch eine beträchtliche Unsicherheit über die langfristigen Auswirkungen. Auf diesem Hintergrund sehe er im Augenblick keine Bereitschaft der DDR zu einer Spannungsminderung im deutsch-deutschen Verhältnis. Sie sei im Gegenteil bestrebt, die Spannungen aufrechtzuerhalten.

Staatssekretär von Würzen wies darauf hin, daß sich der innerdeutsche Handel 1980 außerordentlich dynamisch entwickelt habe und auch durch die politische Belastung der Beziehungen nicht beeinträchtigt worden sei. An dem Projekt eines Braunkohlekraftwerks zeige die DDR weiterhin Interesse. Nachdem die ersten Proben sich als unbrauchbar erwiesen hätten, habe sie inzwischen neue Proben geliefert, die derzeit geprüft würden. Das Ergebnis liege aller-

5 Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

6 Für den Wortlaut des deutschlandpolitischen Teils der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 24. November 1980 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 28 f.

7 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

8 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

dings noch nicht vor. Es bleibe abzuwarten, ob die DDR-Gesprächspartner ihn bei seinem Besuch der Leipziger Messe[9] auf das Projekt ansprechen würden. Er selbst sehe keine Veranlassung, das von sich aus zu tun.

Gespräche mit der DDR über eine neue Swing-Vereinbarung[10] für die Zeit ab 1982 seien bisher nicht aufgenommen worden. Im Grunde habe man damit auch noch bis zum Sommer dieses Jahres Zeit. Wir müßten uns allerdings klar darüber sein, daß ein Auslaufen der jetzigen Regelung ohne eine neue Vereinbarung rechtlich eine Rückführung des Swing auf 200 Millionen DM bedeuten würde. Eine solche Entwicklung liege nicht in unserem Interesse. Wenn es dazu kommen sollte, könne nicht ausgeschlossen werden, daß die DDR die Frage des besonderen Systems des innerdeutschen Handels generell aufwerfen würde. Sie könnte sich veranlaßt sehen zu prüfen, ob nicht ein allgemeiner Handelsvertrag auch unter politischen Gesichtspunkten besser ihren Interessen entspreche. Außerdem könne man bei einer solchen Entwicklung Rückwirkungen auf den Berlin-Verkehr nicht völlig ausschließen.

Staatssekretär Bölling erklärte, man könne die Erwartung der Öffentlichkeit, daß in der Frage des Mindestumtauschs etwas geschehe, nicht völlig außer acht lassen. Aus innenpolitischen Gründen werde es nicht einfach sein, diese Frage bis zum Sommer oder Herbst einfach liegenzulassen. Darum sei es wichtig, daß an der Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung kein Zweifel aufkomme.

Staatssekretär Spangenberg wies darauf hin, daß die durch die Mindestumtauscherhöhung eingetretene Erschwerung des Reiseverkehrs die Berliner besonders hart getroffen habe. Er teile die Auffassung, daß der Dialog mit der DDR gegenwärtig nicht mit Aussicht auf Erfolg wieder in Gang gebracht werden könne. Es werde für die Bundesregierung und den Berliner Senat allerdings nicht einfach sein, diese abwartende Haltung über längere Zeit durchzuhalten.

Staatssekretär van Well sprach sich dafür aus, daß Staatssekretär Bölling bei seinem ersten Gespräch mit Honecker[11] bei der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens die internationalen Fragen in den Vordergrund stellen solle. Hinsichtlich der bilateralen Fragen könne er die Regierungserklärung erläutern, im übrigen Honecker aber kommen lassen.

Staatsminister Huonker erklärte, er halte es für wichtig, daß StS Bölling bei dieser Gelegenheit erneut die Haltung der Bundesregierung zur Frage des Mindestumtauschs erläutere, die Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung bekräftige, im übrigen aber nicht über die Regierungserklärung hinausgehe.

Einzelfragen

Einige praktische Einzelfragen, die immer wieder zu Schwierigkeiten Anlaß geben, wie die Einbehaltung von DDR-Pässen durch unsere Behörden in bestimm-

9 Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 15. März bis 21. März 1981 statt. Das Gesamtdeutsche Institut führte am 26. März 1981 aus: „Staatssekretär Dr. Würzen hielt sich vom 15. bis 17. März in Leipzig auf, wo er u. a. das traditionelle Gespräch mit DDR-Außenhandelsminister Sölle führte." Vgl. Referat 210, Bd. 132522.

10 Zur Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen des „Swing" vgl. Dok. 18, Anm. 14.

11 Zum Gespräch des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 9. Februar 1981 vgl. Dok. 35.

ten Fällen[12] oder die Zustellung von Wahlbenachrichtigungen an in der Bundesrepublik Deutschland tätige DDR-Bürger, sollen von den beteiligten Ressorts auf Arbeitsebene geprüft werden.

Zur Frage des Elbe-Grenzverlaufs[13] wurde eine Überprüfung unserer bisher abwartenden Haltung im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll gehalten.

Zur Erfassungsstelle Salzgitter[14] vertrat Staatsminister Huonker persönlich die Auffassung, daß die Tätigkeit dieser Stelle mit den Zielen des Grundlagenvertrages[15] nicht in Einklang stehe. Da es an der Grenze aber immer noch zu Zwischenfällen komme, werde die Öffentlichkeit für eine Aufhebung dieser Ländereinrichtung gegenwärtig wenig Verständnis aufbringen. Er halte daher eine Initiative der Bundesregierung gegenüber den Ländern jetzt nicht für zweckmäßig.

Die Prüfung der S-Bahn-Problematik in Berlin[16] soll unverzüglich durch eine aus Experten der Ressorts und des Senats bestehende Arbeitsgruppe aufgenommen werden.

[Bräutigam][17]

VS-Bd. 13211 (210)

12 Seitens der Ständigen Vertretung der DDR wurde mehrfach dagegen protestiert, daß DDR-Reisepässe bei der Übersiedlung von Bürgern der DDR in die Bundesrepublik durch Behörden in der Bundesrepublik einbehalten und vernichtet worden seien. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Reisepässe an die Behörden der DDR zurückgegeben werden müßten. Vgl. dazu den Vermerk des Ministerialrats Zilch, Bundeskanzleramt, vom 5. Februar 1981 sowie den Vermerk des Ministerialrats Germelmann, Bundeskanzleramt, vom 24. März 1981; Referat 210, Bd. 132439.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Oesterhelt vertrat am 26. Mai 1981 die Auffassung, „daß die Bundesrepublik Deutschland, solange sie einen Fortbestand der Personalhoheit der DDR respektiert, folgerichtig auch die Paßhoheit der DDR respektieren“ müsse. Daher seien Behörden in der Bundesrepublik „nicht befugt, DDR-Pässe […] einzuziehen oder ungültig zu stempeln“. Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1598.

13 Zur Problematik des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe vgl. Dok. 18, Anm. 8.

14 Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 18, Anm. 9.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

16 Zur Problematik der von der Deutschen Reichsbahn betriebenen Berliner S-Bahn vgl. AAPD 1980, II, Dok. 276.
Die Senatskanzlei von Berlin stellte am 30. Dezember 1980 fest, daß die Deutsche Reichsbahn mit Wirkung vom 28. September 1980 vier von sieben S-Bahn-Strecken in Berlin (West) stillgelegt habe, nämlich die Ringbahn, die Wannseebahn, die Strecke nach Spandau und die Strecke nach Gartenfeld über Siemensstadt. Dadurch sei der S-Bahnverkehr in den Westsektoren Berlins „praktisch […] totgelegt.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132495.
In einem Gespräch zwischen einem Beauftragten des Senats von Berlin, Kunze, und einem Beauftragten der Regierung der DDR, Müller, am 3. März 1981 führte letzterer aus: „Ausgangspunkt einer Lösung müßten die finanziellen Probleme der S-Bahn sein. […] Die S-Bahn verursache bisher ein erhebliches Defizit. Es sei für die DDR nicht akzeptabel, den West-Berliner Nahverkehr aus dem Nationaleinkommen der DDR zu finanzieren. Wenn der Senat hierzu eine realistische Position einnehme, sei man bereit, über die Gestaltung des S-Bahnverkehrs zu sprechen.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132495.

17 Verfasser laut Begleitvermerk.

27

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam

212-341.74 **4. Februar 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: KSZE–Madrid;
hier: Probleme der zweiten Phase[4]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und mit der Bitte um Billigung des in III beschriebenen weiteren Vorgehens.

I. Ausgangslage (allgemein)

1) Das Madrider KSZE-Folgetreffen ist – neben MBFR – die einzige laufende Ost-West-Verhandlung überhaupt. Im Unterschied zu MBFR handelt es sich in Madrid um frisch begonnene Verhandlungen, zum einen über eine neue Konzeption – Vertrauensbildung im militärischen Bereich in ganz Europa –, zum anderen über neue Impulse in Zentralbereichen der westlichen Entspannungskonzeption: Menschenrechte, menschliche Kontakte, Information.

Die gegenwärtige Lage des Ost-West-Verhältnisses ist diesen Verhandlungen nicht günstig:

– Überschattung durch Afghanistan,

– Bedrohung Polens,

– harte Sprache der neuen US-Administration[5],

– Wahlkampf in Frankreich[6].

Diese Situation macht Einigungen im Sinne der westlichen Zielvorstellungen für Madrid unwahrscheinlich, es sei denn, die sowjetische Führung entschlösse sich zu erheblichen Konzessionen, die einen „qualitativen Sprung" in den Ost-West-Beziehungen bewirken würden. Dies wäre allenfalls nach Abhaltung – und innerparteilichen Umsetzung der Ergebnisse – des 26. Parteitages der KPdSU (23.2. bis 1.3.81)[7] denkbar. Da es sich um einen qualitativen Sprung zu mehr Transparenz (insbesondere auf militärischem Gebiet) handeln müßte, ist dies gegenwärtig unwahrscheinlich: Durch die polnischen Ereignisse ist Transparenz für die Sowjetunion, die DDR und die ČSSR besonders suspekt geworden.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze und Vortragendem Legationsrat Dreher konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 6. Februar 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 10. Februar 1981 vorgelegen.

4 Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid begann am 11. November 1980, wurde am 19. Dezember 1980 vertagt und nahm ihre Arbeit am 27. Januar 1981 wieder auf.

5 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.

6 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

7 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

2) Um so wichtiger ist in einer Zeit der Positionsbestimmung in beiden Supermächten die Signalwirkung westlichen Verhaltens in Madrid für künftige Bemühungen um die Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ein Interesse daran, daß das westliche Verhalten in Madrid

– konsequent erfolgsorientiert ist,
– dabei Eckwerte (namentlich „ganz Europa“ in einer KAE) nicht preisgibt,
– im übrigen beweglich und ideenreich verhandelt.

Auf diese Weise käme ein Verhaltensmodell zustande, das

– langfristig in bessere Konjunkturlagen der Ost-West-Beziehungen hinüberwirken könnte,
– mittelfristig die Verantwortung für ein substanzloses Ergebnis des Madrider Treffens der östlichen Seite anlasten würde,
– kurzfristig die Voraussetzungen auf westlicher Seite schaffen würde, falls sich die Sowjetunion doch noch zu substantiellen Zugeständnissen entschlösse.

II. Die Ausgangslage (konferenztaktisch)

1) Als Ergebnis der Konsultationen in der EPZ (Den Haag 19./20. Januar)[8], im Europarat (Straßburg, 22. Januar)[9] und in der Allianz (Brüssel, 23. Januar)[10] ist festzuhalten:

Übereinstimmend positive Einschätzung des Resultats des Vorbereitungstreffens[11] und der ersten Phase des Haupttreffens. Sechswöchige Implementierungsdebatte war ausreichend. Implementierungskritik härter als in Belgrad[12], aber auch sachlicher. Klare Aussprache über alle das Ost-West-Verhältnis belastenden Probleme. Charakteristisch die Schweizer Wertung: Die demokratischen Staaten hätten ihre Implementierungskritik in Madrid „gleichberechtigt und im Konzert“ vorgetragen. Würdigung der Ansätze zu Dialog, Argumentation, positiver Kritik, Erläuterungen bei den militärischen Aspekten der Sicherheit und in den Körben II und III. Dagegen kein Dialog bei der Auseinandersetzung über die politischen Hauptfragen (besonders Afghanistan, Menschenrechte). Begrüßung der Einhaltung der Verfahrensregeln durch alle Teilnehmer. Sowjetunion mit DDR, ČSSR, Bulgarien in der Defensive.

Vorbildliche Geschlossenheit des Westens und sehr gute Zusammenarbeit des Westens mit den Neutralen und Ungebundenen.

2) Trotz dieser positiven Bilanz der ersten Phase des Madrider Treffens ist die Haltung vieler westlicher und mancher neutraler Regierungen bezüglich der

8 Zur Sitzung der Arbeitsgruppe „KSZE“ im Rahmen der EPZ vgl. Dok. 7, Anm. 43.

9 Zu den Beratungen der Delegationen der europäischen NATO-Mitgliedstaaten und der Neutralen und Nichtgebundenen Staaten vgl. Dok. 7, Anm. 44.

10 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KSZE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 17.

11 Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz fand vom 9. September bis 11. November 1980 in Madrid statt. Vgl. dazu das Schlußdokument; EUROPA-ARCHIV 1981, D 54–59. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 299 und Dok. 319.

12 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

zweiten Phase von Skepsis und mangelndem Verhandlungswillen geprägt. Die Ursachen liegen zum einen in der allgemeinen und berechtigten Erwartung, daß die zweite Phase – mit den Abschnitten „Verhandlung" (27.1. bis 11.2.81) und „Redaktion des Schlußdokuments" (am 12.2.) – schwierig werden wird, sowie in der Unsicherheit über die Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen und der Lage in Polen. Zum anderen aber zeigen Großbritannien und die Niederlande ein geringes Interesse an erfolgsorientierten Verhandlungen in Madrid. Für diese Länder scheint das Madrider Treffen seine Hauptfunktion mit der Implementierungsdebatte erfüllt zu haben. Die Haltung der Administration Reagan ist noch nicht endgültig festgelegt. Wir sollten versuchen, sie in unserem Sinne zu beeinflussen, schon damit die ersten praktischen Schritte der neuen US-Regierung in die von uns gewünschte Richtung des Ost-West-Verhältnisses gehen.[13] Gelegenheiten dazu bieten der Besuch des Bundesministers in Washington[14] und die vorbereitenden Gespräche hierzu.

III. Zum Vorgehen in der zweiten Phase:

1) Uns kommt es darauf an,

– den KSZE-Prozeß offensiv fortzuführen,
– die Gültigkeit der Schlußakte[15] als Berufungsgrundlage für unsere Anliegen im politischen und wirtschaftlichen Bereich und auf dem Gebiet der menschlichen Kontakte und der Information zu erhalten,
– die Sowjetunion und die Konservativen unter ihren Verbündeten nicht aus dem Implementierungsdruck und der Verantwortung für die Durchführung der Schlußakte zu entlassen,
– durch die Vereinbarung weiterführender Vorschläge auf den uns interessierenden Gebieten konkrete Ergebnisse in Madrid zu erzielen und damit neue Berufungsgrundlagen zu schaffen.

2) Wir erwarten von Madrid keine spektakulären Ergebnisse. Aber gerade weil auch unser Erwartungshorizont niedrig ist, vergeben wir uns nichts, wenn wir in Madrid zäh, realistisch und erfolgsorientiert verhandeln. Nach dem Belgrader KSZE-Folgetreffen hat der Westen festgestellt, daß es der Sowjetunion in Belgrad an Verhandlungswillen, am „animus negotiandi" gefehlt habe. An diesem „Verhandlungswillen" mangelt es z. Z. einigen westlichen Ländern.

3) Wir werden uns daher in den westlichen Abstimmungsgremien (EPZ, NATO) für ein erfolgsorientiertes Vorgehen in Madrid und für Verhandlungsbereitschaft einsetzen. Dies sind wir sowohl unserer Öffentlichkeit wie auch den am KSZE-Prozeß vital interessierten neutralen und ungebundenen Ländern schuldig. Der Onus für ein eventuelles Scheitern des Madrider Treffens muß klar erkennbar bei der Sowjetunion liegen.

13 Am 19./20. Februar 1981 fanden in Washington deutsch-amerikanische Gespräche über die KSZE statt. Vgl. dazu Dok. 56, Anm. 12.

14 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

15 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

4) Im einzelnen handelt es sich um folgende Punkte:

– Der Westen sollte geduldig und beharrlich verhandeln und sich nicht selbst unter Zeitdruck setzen. Das Zieldatum des 5. März für die Beendigung des Treffens wird sich ohnehin nicht halten lassen.
  Erst wenn die SU endgültig (d. h. nach dem Parteitag) keinerlei Konzessionsbereitschaft zeigt, sollte der Westen auf eine Beendigung des Treffens hinsteuern.
– Realistisch zu verhandeln heißt nicht, westliche „essentials" wie den geographischen Parameter der KAE (ganz Europa) aufzugeben, es heißt aber z. B.
  – anzuerkennen, daß auch die SU nicht mit völlig leeren Händen den Madrider Konferenztisch verlassen kann,
  – anzuerkennen, daß die SU im Schlußdokument nicht einem Text über die Implementierungsdebatte zustimmen kann, in dem sie ihr eigenes Fehlverhalten kritisiert. Denkbar sind nur allgemeine Texte zur Achtung der Menschenrechte und zum Interventionsverbot (Afghanistan),
  – anzuerkennen, daß ein Madrider Schlußdokument nicht nur aus einer Aneinanderreihung „idyllischer" Vorschläge bestehen kann, daß aber substantielle Aussagen durchaus durch „idyllische" Texte umrahmt werden können.

5) Es ist besonders wichtig, die gute Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen dem Westen und der Gruppe der Neutralen und Ungebundenen bis zum Ende des Madrider Treffens fortzusetzen. Diese Gruppe wird auch von der SU und ihren Verbündeten einerseits umworben, andererseits der Erpressung ausgesetzt: Die SU droht latent mit einer Verweigerung ihrer Zustimmung zu einem dritten Folgetreffen, falls es in Madrid nicht zur Vereinbarung eines Mandats für eine „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa" kommt. Den Neutralen und Ungebundenen muß klargemacht werden, daß es sich hierbei nicht nur um eine politisch unzulässige Erpressung, sondern auch um eine leere Drohung handelt: Die KSZE ist eine ursprünglich sowjetische Idee[16]; die Schlußakte trägt die Unterschrift Breschnews; die SU benötigt die KSZE als Rahmen und Resonanzboden für ihre „Friedens"- und Abrüstungsoffensiven; der SU muß daran gelegen sein, daß ein Minimum von Entspannung in Europa erhalten bleibt – dies besonders angesichts der unsicheren Entwicklung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses; nur mit Hilfe der KSZE kann die SU eine außenpolitische Isolierung in Europa vermeiden; nur die KSZE bietet ihr Ansätze zur Intensivierung einer west-östlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

16 Der Gedanke einer Europäischen Sicherheitskonferenz wurde vom Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 29. März 1966 auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU in Moskau vorgebracht und am 27. April 1966 vom sowjetischen Außenminister Gromyko auf einer Pressekonferenz in Rom aufgegriffen. Er fand danach Eingang in die „Deklaration über die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa", die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 4. bis 6. Juli 1966 in Bukarest verabschiedet wurde. Vgl. AAPD 1966, I, Dok. 142, und AAPD 1966, II, Dok. 240.
Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 17. März 1969 in Budapest wurde ein Appell an alle europäischen Staaten mit dem Vorschlag einer gesamteuropäischen Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und Zusammenarbeit verabschiedet. Für den Wortlaut des „Budapester Appells" vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 151–153.

Die Neutralen sind insbesondere davon überzeugt, daß der Schlüssel zum Erfolg des Madrider Treffens in der Regelung der Sicherheits- und Abrüstungsfrage liegt. Die sicherheitspolitischen Interessen des Westens und der enge Spielraum, über den der Westen verfügt, müssen ihnen erläutert werden. Vor allem ist zu verhindern, daß sich bei den Neutralen die Meinung festsetzt, der Westen hätte durch mehr Kompromißbereitschaft das Madrider Treffen „retten" können.

Bräutigam

Referat 212, Bd. 133406

28

Gespräch des Staatssekretärs van Well mit dem Vertreter der „Hezbe Islami", Hekmatyar

340-320.15 AFG **5. Februar 1981**[1]

StS begrüßte afghanische Besucher, über deren Anwesenheit in Bonn wir aus Parlamentskreisen gehört hätten.[2] Wir legten Wert auf einen Meinungsaustausch mit politischen Vertretern des afghanischen Volkes, wir seien bereits mit anderen Repräsentanten des Widerstandes zusammengetroffen.[3] Traditionell unterhielten wir freundschaftliche Beziehungen zum afghanischen Volk. Deshalb hätten wir in Afghanistan auch angesichts der neuen Umstände vorgezogen, mit der Botschaft präsent zu bleiben. Zwar sei der Botschafter zum

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 6. Februar 1981 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär van Well „mit der Bitte um Billigung" geleitet.
Hat van Well am 6. Februar 1981 vorgelegen.

2 Am 3. Februar 1981 richtete der CDU-Abgeordnete Mertes ein Schreiben an Bundesminister Genscher, in dem er darüber informierte, daß der „Vorsitzende der afghanischen Widerstandsgruppe Hezbe Islami", Hekmatyar, zusammen mit zwei weiteren Afghanen als Gast der Hanns-Seidel-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung die Bundesrepublik besuche. Dies biete „die Gelegenheit zur Entgegennahme von Informationen seitens einer besonders wichtigen afghanischen Widerstandsgruppe sowie zu Erläuterungen unserer Haltung zur sowjetischen Kriegführung und zum afghanischen Widerstand […]. Gleichzeitig sollte dabei auch unser Standpunkt zu den problematischen politischen Aspekten des islamischen Fundamentalismus erklärt werden, da Hekmatyar diesen nach Auskunft der Hanns-Seidel-Stiftung in besonders radikaler Weise vertritt, so daß er bisweilen auch als der ‚afghanische Khomeini' apostrophiert wird." Mertes regte an, Genscher oder „eine andere hochrangige Persönlichkeit des Auswärtigen Amts" solle Hekmatyar empfangen. Vgl. Referat 340, Bd. 136772.

3 Vortragender Legationsrat Siemes unterrichtete die Botschaft in Islamabad am 31. Juli 1980, daß „Herr A. Gilani, Präsident der National-Islamischen Front von Afghanistan, […] am 9.7.1980 von Staatssekretär van Well zu einem Gespräch empfangen" worden sei: „Dieses wurde am 31. Juli von Ministerialdirigent Dr. Petersen fortgeführt. Die Gespräche dienten der gegenseitigen Unterrichtung über die Afghanistan-Politik der Bundesregierung und die Ziele der Widerstandsbewegung." Vgl. den Drahterlaß Nr. 179; Referat 340, Bd. 113043.

Zeichen unserer Mißbilligung abgezogen worden[4], jedoch sei sein Arbeitsstab verblieben, um die Kontakte im technischen, konsularischen und kulturell-menschlichen Bereich aufrechtzuerhalten. Die sowjetische Intervention[5] sei eine flagrante Verletzung des Völkerrechts und der gutnachbarlichen Beziehungen. Zum Zeichen, wie bedeutsam die Bundesregierung das politische Problem einschätze, könne dienen, daß bei den bevorstehenden Gesprächen des Bundeskanzlers mit Präsident Giscard in Paris das Thema weit oben auf der Tagesordnung stehe.[6]

Die Bundesregierung habe mit Aufmerksamkeit die Ergebnisse der Gipfelkonferenz der islamischen Staaten in Taif[7] verfolgt. Man sei interessiert, auch eine Bewertung durch den Gast zu erhalten. Wir seien der Ansicht, daß den Staaten der Region eine vorrangige Rolle zukommen müsse. Wir unterhielten zu den islamischen Staaten ausgezeichnete Beziehungen. Die europäischen Staaten seien bereit, den islamischen Staaten bei ihrer Suche nach Lösungsmöglichkeiten behilflich zu sein und auch in der Zukunft einen Beitrag zur Stabilisierung der Region zu leisten.

H. *Hekmatyar* erwiderte, er sei froh über die Gelegenheit, die Sache der Mudschaheddin darstellen zu können. Das afghanische und das deutsche Volk seien sich über einen langen Zeitraum hinweg freundschaftlich verbunden. Sie hätten auch den gleichen Feind. Die Vorgänge in Afghanistan gingen alle Völker an und verpflichteten alle Menschen zur Solidarität. Deutschland habe die Möglichkeit zu helfen, die Leiden des afghanischen Volkes zu lindern, und seine Stimme zur Geltung zu bringen. Der Überfall der SU auf Afghanistan sei nicht ihr erster und werde nicht der letzte bleiben. Er lege die kolonialistische russische Politik bloß. Die Sowjetunion habe aber erfahren müssen, daß sie nicht ungestraft ein Volk wie das afghanische zu knechten vermöge. Sie habe ihren Fehler einsehen müssen. Diese Einsicht sei gesund. Der Widerstand habe 50% des Landes unter Kontrolle. In den Rest könnten die Sowjets nur unter starker Bedeckung eindringen und sich nur für kurze Zeit halten. In den Kämpfen seien 500000 Menschen umgekommen. 15000 Sowjetsoldaten hätten ihr Leben lassen müssen (niedrigere Angaben seien unzutreffend). Zwei Mio. Menschen seien zu Flüchtlingen geworden, 1200 Tanks und 1800 Fahrzeuge der Gegenseite seien zerstört. 100000 Mudschaheddin hätten sich mit Beutewaffen versehen. Kämpfe fänden in allen Provinzen des Landes statt.

Wenn es aber der SU dennoch gelingen sollte, den Widerstand niederzuwalzen, dann bestünde die Gefahr, daß man sie auch andernorts nicht mehr aufzuhalten vermöge. Dann werde es schwieriger, ihr auch außerhalb Afghanistans ent-

4 Botschafter Berninger verließ Kabul am 2. Januar 1980 für eine Dienstreise nach Bonn, von der er nicht mehr nach Afghanistan zurückkehrte. Er wurde an das Referat 340 des Auswärtigen Amts abgeordnet. Vgl. dazu das Schreiben des Ministerialdirigenten Schönfeld vom 29. Februar 1980 an Berninger; Referat 340, Bd. 113044.
Geschäftsträger ad interim in Kabul war Botschaftsrat Disdorn, der am 19. August 1980 von Botschaftsrat Bauch abgelöst wurde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 442 von Bauch, Kabul, vom 20. August 1980, Referat 340; Bd. 113044.

5 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

6 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

7 Zur dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif vgl. Dok. 4, Anm. 9.

gegenzutreten. Die Welt habe nicht ausreichend reagiert und sei auch falsch unterrichtet worden. Man habe verbreitet, daß in A. Stämme gegeneinander kämpften. Dies sei unwahr. Der Widerstand verfüge über eine 13jährige Erfahrung, seit sechs Jahren tobe ein erbitterter Kampf. Schon der Sturz des Königs[8] sei ein Akt der nationalen Befreiung gewesen.

StS fragte nach Organisation des Widerstandes. Sei er auf Stammesbasis organisiert und bestehe einheitliche, koordinierte Führung?

Hekmatyar legte dar, solche Fragen seien auf falschen Annahmen gegründet. Der Widerstand habe eine lange Geschichte. Die Abneigung gegen alles Russische sei alt und tief im Volk verwurzelt. Der Widerstand habe sich bereits unter dem König und dem Daud-Regime[9] herausgebildet. Damals habe man eine geistige Auseinandersetzung um den Islam geführt. Nachdem die Russen den Umsturz anzettelten, habe die innere Auseinandersetzung in einen bewaffneten Kampf eingemündet. Die Kriegführung sei das Ergebnis eines Kampfes um die Weltanschauung, nicht um Stammesinteressen. Die fehlende Einigkeit werde als Gefahr dargestellt. Dies sei unzutreffend. Die Spaltung sei von außen her in die Bewegung hineingetragen worden. Es handle sich hier aber nur um die im Ausland operierenden kleinen Gruppen, im Lande selbst seien die Mudschaheddin einig.

StS wies auf kommenden Besuch in Islamabad hin und erwähnte die Themen der Botschafterkonferenz.[10] Im Grunde handle es sich um die Thematik, die auch in Taif im Vordergrund gestanden habe. Erst wenn wir wüßten, wie die betroffenen Staaten der Region ihre Sicherheitslage sehen, könnten wir uns selbst ein Urteil darüber bilden, wie wir uns verhalten sollten bzw. wie und wo wir eine Unterstützung leisten könnten.

StS erkundigte sich nach Beurteilung der Taif-Konferenz durch den Besucher.

Hekmatyar erklärte, Pakistan habe ursprünglich versucht, im islamischen Kreis den Eindruck zu vermitteln, daß eine politische Lösung durch Dreiergespräche zu erreichen sei. Nach dem Genfer Treffen (Chatti–Ghotbzadeh–Shahi)[11] wur-

8 Die Regierung von König Mohammed Zahir Shah wurde am 17. Juli 1973 von einer Gruppe von Offizieren unter der Führung des ehemaligen Ministerpräsidenten Mohammed Daud Khan gestürzt. Nach der Ausrufung der Republik übernahm Daud selbst die Ämter des Präsidenten, Ministerpräsidenten, Außen- und Verteidigungsministers.

9 Am 27. April 1978 fiel Präsident Daud einem Staatsstreich der afghanischen Streitkräfte zum Opfer. Der Revolutionsrat der Streitkräfte rief am 30. April 1978 die Demokratische Republik Afghanistan aus und übertrug dem Vorsitzenden der kommunistischen Khalq-Partei, Taraki, die Ämter des Präsidenten und Ministerpräsidenten. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 145.

10 Am 16./17. Februar 1981 fand am Rande des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 15. bis 18. Februar 1981 in Pakistan in Islamabad eine „Botschafterkonferenz Südwestasien" unter der Leitung von Genscher und Staatssekretär van Well statt, „an der neben Beamten der Zentrale die Leiter von 13 Botschaften teilnahmen". Ziel der Konferenz „war eine Bestandsaufnahme der Lage in der Region und die Überprüfung und Fortentwicklung" der Politik der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt standen die Situation in Afghanistan, der irakisch-iranische Krieg sowie der Ausbau der Beziehungen zu den Staaten der Golfregion, insbesondere zur Jemenitischen Arabischen Republik (Nordjemen). Pakistan wurde dabei als ein „Schlüsselland für die Stabilität Südwestasiens" bezeichnet, daher komme „hochrangigen politischen Kontakten" zu Pakistan besondere Bedeutung zu. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlagintweit vom 25. Februar 1981; Unterabteilung 31, Bd. 135637.
Zum Besuch von Genscher vom 15. bis 18. Februar 1981 in Pakistan vgl. Dok. 44.

11 Auf der Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad wurde ein Ministerausschuß für Afghanistan einge-

den die Erklärungen jedoch in ihrer antisowjetischen Note stets abgeschwächter. In Taif sei man auf pakistanisches Betreiben noch weiter von der ursprünglichen kompromißlosen Haltung abgerückt. Dies habe zu einer Schwächung der Position des Widerstandes geführt.

StS fragte, ob die Tatsache des Verbleibs von Deutschen in Kabul, darunter auch des Reststabes der Botschaft, aus Sicht des Widerstandes positiv oder negativ zu bewerten sei.

Hekmatyar meinte, die Frage, ob die Bundesrepublik eine Mission als Beobachtungsposten zu unterhalten wünsche, könnte nur durch uns beantwortet werden, wir müßten dies selbst entscheiden („das wissen Sie besser als wir"). Alle anderen Handlungen, die dem Regime zugute kämen, seien dagegen unterschiedslos abzulehnen. Es könnten sich darüber hinaus bedauerliche Mißverständnisse ergeben, wenn Verwechslungen mit Russen vorkommen.

Auf die Frage des StS nach den Lehrern der Amani-Oberrealschule[12] war die Antwort des Gastes nicht eindeutig. Zunächst wurde jede Hilfe für das Regime – ob sie wirtschaftlich oder kulturell sei – entschieden abgelehnt. Hilfe für die Menschen, auch junge Menschen, sei im Prinzip gut, jedoch könne das Regime daraus Nutzen ziehen. Die Schule sei ein verdächtiges Zentrum, auch weil sie in der Nähe des Regierungssitzes gelegen sei. Wenn wir etwas für die Menschen unternehmen wollten, dann könnten wir es für die Flüchtlinge in Pakistan tun.

StS verwies auf unsere umfangreiche Flüchtlingshilfe[13] und erwähnte, daß eine Schließung der Schule insofern untunlich sei, als sie dann vermutlich von der DDR übernommen würde. Es handle sich hier immerhin um eine seit vielen Jahrzehnten etablierte deutsche Präsenz.

Fortsetzung Fußnote von Seite 139

setzt, dem der Berater im pakistanischen Außenministerium Shahi, der iranische Außenminister Ghotbzadeh und der Generalsekretär der Islamischen Konferenz, Chatti, angehörten. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats 300 vom 23. Mai 1980; Referat 340, Bd. 113188.
Am 20./21. Juni 1980 fand auf dem Mont Pèlerin bei Genf die erste Gesprächsrunde des Dreierausschusses mit Vertretern afghanischer Widerstandsgruppen statt. Ministerialdirigent Petersen vermerkte dazu am 23. Juni 1980, das Ergebnis der Gespräche sei „vor allem die Aufwertung der afghanischen Widerstandsorganisationen und ihre offizielle Anerkennung als Konfliktpartei durch die islamische Welt und damit eine Verstärkung des politischen Drucks auf die Sowjetunion". Vgl. Referat 340, Bd. 113045.

12 Zur Situation an der Amani-Oberrealschule in Kabul führte Vortragende Legationsrätin Holik am 21. Mai 1981 aus: „Im April 1980 war entschieden worden, daß wir in Fortsetzung unserer kulturpolitischen Zielsetzung in Afghanistan die langjährige Zusammenarbeit mit der afghanischen Seite zur Förderung des Deutschunterrichts an der Amani-Oberrealschule beibehalten wollen, solange es die Verhältnisse im Lande zulassen." Mittlerweile habe die afghanische Seite eine Aufstockung der Zahl der Lehrer aus der Bundesrepublik erbeten. So sei „trotz Neubesetzung der Schulleitung durch einen ‚linientreuen' afghanischen Direktor die Zusammenarbeit des deutschen mit dem afghanischen Lehrerkollegium ungestört und normal". Vgl. Referat 612, Bd. 191689.

13 Staatssekretär van Well teilte dem CDU-Abgeordneten Werner am 2. Januar 1981 auf dessen Anfrage mit, daß die „humanitäre Hilfe der Bundesregierung zugunsten der afghanischen Flüchtlinge in Pakistan […] ein Volumen von rund DM 8 Mio. erreicht" habe. Zwischen September und Dezember 1980 seien drei Hilfsgüterflüge nach Pakistan durchgeführt worden, und im Januar 1981 sei „ein weiterer Hilfsgüterflug im Wert von DM 0,5 Mio. vorgesehen. Darüber hinaus finanziert die Bundesregierung aus Mitteln der humanitären Hilfe die Herstellung von 150 Flachbrunnen in den Flüchtlingslagern der nordwestlichen Grenzprovinz Pakistans mit rund DM 0,25 Mio. und erarbeitet gemeinsam mit dem UNHCR und den zuständigen pakistanischen Stellen ein Konzept zur medizinischen Zusatzversorgung der Flüchtlinge mit aufbereiteter Trinkmilch. Auch dieses Projekt in Höhe von rund DM 1,5 Mio. soll aus Mitteln der humanitären Hilfe der Bundesregierung finanziert werden." Vgl. Referat 340, Bd. 136776.

Hekmatyar sprach sich daraufhin persönlich gegen eine Schließung aus, die Schule sei ihm bekannt. Die Präsenz solle aber begrenzten Umfang haben. Dies gelte auch für den personellen Umfang der Botschaft.

StS erklärte, wir würden Druck in der Afghanistan-Frage aufrechterhalten und nicht zulassen, daß sie in Vergessenheit gerate. Wir behandelten sie – auch in unseren Kontakten mit der SU – auf hoher politischer Ebene. Z. B. hätten wir den Sowjets als Antwort auf ihre Erklärungen zu den Breschnew-Vorschlägen für den Persischen Golf[14] erklärt, es sei zunächst an den Staaten der Region, hier die Initiative zu ergreifen, darüber hinaus sei die Angelegenheit auch nicht zu trennen von dem Vorgehen der SU in Afghanistan.[15]

Der Rest des Gesprächs betraf Fragen der Information. StS riet, einen Repräsentanten zu benennen, der mit dem AA Kontakt halten könne.

Hinsichtlich der Pressebehandlung wurde vereinbart, den Gesprächsinhalt vertraulich zu behandeln, jedoch den Empfang durch den StS zu einem Meinungs- und Informationsaustausch zu erwähnen, wobei die Besucher Gelegenheit zur Darlegung ihrer Position genommen hätten.

Als Vertreter der Hezbe Islami in der Bundesrepublik Deutschland wurde vom Besucher Dr. Halim Karim […][16] bestimmt.

Referat 340, Bd. 136772

14 In einer Rede am 10. Dezember 1980 vor dem indischen Parlament in Neu Delhi forderte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, „die USA, die anderen westlichen Mächte, China, Japan, alle Staaten, die daran interessiert sind, auf, sich über folgende gegenseitige Verpflichtungen zu einigen: keine ausländischen Militärstützpunkte in der Golfregion und auf den anliegenden Inseln zu errichten; dort keine Kernwaffen oder irgendwelche anderen Massenvernichtungsmittel zu stationieren; keine Gewalt gegen die Länder der Golfregion anzuwenden oder anzudrohen, sich nicht in ihre inneren Angelegenheiten einzumischen; den von den Staaten der Golfregion gewählten Status der Nichtpaktgebundenheit zu respektieren; sie nicht in Militärgruppierungen unter Beteiligung kernwaffenbesitzender Mächte einzubeziehen; das souveräne Recht der Staaten dieser Region auf ihre Naturreichtümer zu achten; keinerlei Hindernisse oder Gefahren für den normalen Warenaustausch und die Nutzung der Seewege zu schaffen, die die Staaten dieser Region mit anderen Ländern der Welt verbinden.“ Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 631 f.

15 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 10. Dezember 1980 erläuterte Referat 311: „Die Sowjetunion verfolgt damit das Ziel, die Vereinigten Staaten aus der Golfregion herauszuhalten (Ausdruck des sowjetischen Einkreisungssyndroms) und diese ihrem Einfluß zu öffnen. Mit seiner Forderung nach Abbau der amerikanischen Militärpräsenz am Golf kann Breschnew auf weitgehende Zustimmung in der Region und bei den Blockfreien insgesamt rechnen […]. Die Glaubwürdigkeit von Breschnews Äußerungen leidet jedoch entscheidend unter der räumlichen Beschränkung des Vorschlags. Er schließt alle Gebiete aus, in denen die Sowjetunion selbst an militärischer Präsenz interessiert ist: Afghanistan, Südjemen, Äthiopien. Ohne sowjetische Zusagen für einen Rückzug aus Afghanistan ist Breschnews ‚Doktrin‘ unglaubwürdig.“ Vgl. die Aufzeichnung vom 26. Januar 1981; Referat 340, Bd. 127040.

16 Anschrift.

29

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

5. Februar 1981[1]

Betr.: Gespräch BM Genscher mit AM François-Poncet am 5.2.81[2]

1) Europäische Union

BM erläuterte Gründe für seine Initiative[3] in der Perspektive der politischen Finalität des europäischen Einigungsprozesses. Die Bundesregierung habe über diese Linie noch nicht entschieden, die bewußt offengehalten worden sei, um zunächst die Diskussion mit unseren Partnern und insbesondere die bilaterale Erörterung mit Frankreich zu fördern. Wir stellten uns vor, daß nach ersten bilateralen Gesprächen diese Initiative im Kreis der Zehn anläßlich des EPZ-Ministertreffens am 8./9. Mai 1981[4] angesprochen werden könnte.

AM François-Poncet betonte die grundsätzlich positive Einstellung Frankreichs. Es sei keine Frage, daß etwas politisch geschehen müsse. Wichtig sei es, die Zielrichtung zunächst zwischen F und D näher festzulegen. Man müßte über eine „Scheinarchitektur" hinausgehen. Auch könne diese Initiative die Lösung der anstehenden internen Probleme nicht ersetzen. Sie sollte parallel zu dem Agrarproblem erörtert werden. F würde dabei auch seine eigenen Vorstellungen einbringen.

2) Haushaltskonflikt mit dem EP[5]

AM François-Poncet erläuterte französische Haltung. F zweifle Zuständigkeit des EuGH in dieser Frage an. Auch könnte dieser im Sinne der alten Monnet-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] D 4 zurück."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Kyaw am 17. Februar 1981 vorgelegen.

2 Das Gespräch fand im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris statt. Vgl. dazu auch Dok. 31.

3 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart vgl. Dok. 2.

4 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. Mai 1981 in Venlo vgl. Dok. 138.

5 Am 2. Februar 1981 stellte das Bundesministerium der Finanzen in einer Kabinettvorlage fest, daß der EG-Nachtragshaushalt 2/1980 und der EG-Haushalt 1981, die beide am 23. Dezember 1980 festgestellt worden seien, mit dem EG-Haushaltsrecht nicht vereinbar seien, da das Europäische Parlament „bei seiner Budgetberatung am 18.12.1980 eine Verbindung zwischen dem Nachtragshaushalt 2/1980 und dem Haushalt 1981 der EG hergestellt" habe. Weiterhin habe das Europäische Parlament den Haushaltsentwurf 1981 „um 76 Mio. DM Verpflichtungsermächtigungen und 62 Mio. DM Zahlungsermächtigungen ohne die dafür nach dem EWG-Vertrag erforderliche Zustimmung des Rates" erhöht: „Diese Erhöhungen würden bei Nichtanfechtung 1981 unmittelbar zu einer Mehrbelastung des Bundeshaushaltes in Höhe von rd. 240 Mio. DM führen und potentiell den Bundeshaushalt mit weiteren rd. 170 Mio. DM belasten, wenn das Parlament im Laufe des Jahres 1981 von der ihm durch sein Vorgehen zugeflossenen Erhöhungsmöglichkeit Gebrauch machen würde. Wegen der Haltung von Großbritannien, Italien und Irland fand der Rat nicht die erforderliche Mehrheit zur Zurückweisung der Vorschläge des EP." Daraufhin habe die Bundesregierung für den Nachtragshaushalt 2/1980 „nur den deutschen Anteil an dem vom Rat aufgestellten Entwurf, d. h. 84 Mio. DM statt der von der Kommission angeforderten 308 Mio. DM, überwiesen" und auch für 1981 nur eine reduzierte Zahlung vorgenommen. Zum Nachtragshaushalt 2/1980 hätten Belgien und Frankreich eine entsprechende Haltung eingenommen, „zum Haushalt 1981 nur Frankreich;

Linie gegen F und D entscheiden. Das könnte zu einer politischen Konfrontation führen. Deswegen sei es besser, den Konflikt mit politischen Mitteln unter Beachtung des Gleichgewichts der Organe und des Haushaltsrechts zu lösen.

BM legte dar, daß zwar die Bundesregierung unsere Haltung noch nicht abschließend festgelegt habe[6], wir jedoch eine einvernehmliche Regelung zwischen Präsidentschaft, Kommission und EP vorziehen würden. Hinsichtlich der Befugnisse des EP hätten wir vielleicht eine etwas andere Einstellung als F. Die anzustrebende Lösung sollte sich auf den Streitfall konzentrieren. Sollte es zu einem EuGH-Urteil gegen uns kommen, würden wir es jedenfalls akzeptieren.

Demgegenüber meinte AM François-Poncet, daß F ein negatives Urteil des EuGH wohl nicht ohne weiteres akzeptieren würde. Angesichts gleicher Grundeinstellung zwischen F und D sollte es möglichst bald auf bilateraler Ebene zu einer Absprache über das weitere Vorgehen kommen.

3) Gemeinsame Agrarpolitik[7] und Anpassung der Haushaltsstruktur[8]

Beide Seiten waren sich einig, daß das vorgesehene Treffen der hochrangigen Beamten zur Abstimmung der beiderseitigen Vorstellungen demnächst stattfinden solle.[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 142

die übrigen Mitgliedstaaten haben voll gezahlt, wobei sie zum Teil einen Vorbehalt eingelegt haben". Am 4. Februar 1981 habe die EG-Kommission beschlossen, „das für eine Klageerhebung erforderliche Verfahren gemäß Art. 169 EG-Vertrag" gegen Belgien, die Bundesrepublik und Frankreich einzuleiten. Vgl. Referat 410, Bd. 121839.

6 Das Kabinett beschloß am 18. Februar 1981, Klage gegen die Europäische Kommission zu erheben. Ministerialdirektor Fischer erläuterte dazu am 26. Februar 1981: „Die Anfechtungsklage gemäß Art. 173 EWG-V[ertrag] richtet sich gegen die beiden Zahlungsaufforderungen der Kommission vom 23. Dezember 1980 und vom 14. Januar 1981, soweit diese Mittelaufstockungen enthalten, die sowohl beim Nachtragshaushalt 2/1980 als auch beim EG-Haushalt 1981 vom Rat im Dezember 1980 nicht gebilligt wurden und wegen Verstoßes gegen das Haushaltsrecht der Gemeinschaft rechtlichen Bedenken begegnen. […] Wegen des ausschließlich rechtswahrenden Charakters der deutschen Klage kamen die Ressorts überein, einvernehmlich mit der Kommission beim EuGH das Ruhen des Verfahrens zu beantragen, sobald der Klageantrag im Amtsblatt der EG veröffentlicht worden ist." Vgl. Referat 410, Bd. 121839.

7 Vortragender Legationsrat Steinkühler erläuterte zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister François-Poncet am 5./6. Februar 1981 in Paris: „In der gemeinsamen Agrarpolitik verlangt Frankreich für Agrarpreisfestsetzungsrunde 1981 Preisanhebung von mindestens zehn Prozent, Abbau des positiven Währungsausgleichs (D, GB) innerhalb von zwei Jahren sowie Stärkung der Gemeinschaftspräferenz. Angesichts steigender Weltmarktpreise und unter Nutzung der Einsparmöglichkeiten bei Erstattungen und Beihilfen wäre Finanzierung für 1981 und 1982 gesichert. Wir betonten demgegenüber, daß Preisanhebungen vom Umfang der gleichzeitig zu beschließenden Sparmaßnahmen abhingen, da wir Weltmarktpreisentwicklung für zu ungewiß hielten. Weiterer Abbau des Währungsausgleichs soll grundsätzlich angestrebt werden, nicht jedoch innerhalb von zwei Jahren, sondern pragmatisch unter Berücksichtigung [der] Einkommenslage der deutschen Landwirtschaft." Vgl. den Runderlaß Nr. 10/11 vom 12. Februar 1981; Referat 010, Bd. 178841.

8 Zur Frage einer Reform des EG-Haushalts vgl. Dok. 2, Anm. 4.

9 Am 12. Februar 1981 fand ein Gespräch statt, an dem auf französischer Seite die Abteilungsleiter Achard (Amt des Ministerpräsidenten), Murret-Labarthe (Landwirtschaftsministerium) und Paye (Außenministerium) teilnahmen und die Bundesregierung durch die Staatssekretäre Lautenschlager sowie Rohr (Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten) und Schulmann (Bundesministerium der Finanzen) vertreten war. Dabei wurde grundsätzliche Übereinstimmung u. a. in folgenden Punkten erzielt: Der Mehrwertsteueranteil von einem Prozent bei den EG-Haushaltseinnahmen dürfe nicht überschritten werden, der Ausgabenanstieg im Agrarbereich müsse verringert und „ein konkreter Einstieg für die längerfristige Anpassung der Gemeinsamen Agrar-

4) Agrarexporte in die SU

AM François-Poncet bat um Unterstützung des französischen Wunsches, 600 000 Tonnen Getreide in die UdSSR zu exportieren. Die Kommission verhalte sich gegenüber diesen Vorstellungen ablehnend. Es sei notwendig, mit den USA die Entwicklung der Embargo-Frage zu erörtern. Man habe vereinbart, das US-Embargo nicht zu unterlaufen unter Beibehaltung der traditionellen Lieferungen.[10]

Wir gaben demgegenüber unseren Eindruck wieder, daß die Kommission im Rahmen der traditionellen Mengen Exportkontrakte weiter genehmige. Es handele sich wohl mehr um eine Frage der Auslegung des Begriffs „traditionelle Lieferungen", insbesondere, ob nur das letzte Jahr vor dem Einmarsch in Afghanistan[11] als Referenzperiode genommen werden könne. Wir seien jedenfalls bereit, den Fragenkomplex zu prüfen.

5) EG-Fischereipolitik

Wir legten am Vorabend des Fischereirats unser besonderes Interesse an einer Einigung über die künftige Fischereipolitik der Gemeinschaft dar; insbesondere sei eine Genehmigung des Fischereiabkommens mit Kanada von größter Wichtigkeit.[12] Im Rahmen einer Anerkennung historischer Rechte müßten nach

Fortsetzung Fußnote von Seite 143

politik" gefunden werden. Darüber hinaus einigte man sich auf eine Anhebung der Agrarpreise „unter der Kostensteigerung" und auf Einsparungen im Bereich der Beihilfen, die jedoch nicht einseitig zu Lasten einzelner EG-Mitgliedstaaten gehen dürften. Unterschiedliche Auffassungen bestanden weiterhin hinsichtlich der Gemeinschaftspräferenz. Während die Bundesregierung „die außen- und handelspolitischen Bedenken gegen einfuhrbeschränkende Maßnahmen und eine aggressive Exportpolitik" vortrug, betonte die französische Seite ihr Interesse an einer Verbesserung der Gemeinschaftspräferenz. Gleichfalls keine Einigung konnte über den Abbau des Währungsausgleichs und über Agrarpreiserhöhungen für das kommende Wirtschaftsjahr erzielt werden. Vgl. die Aufzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 13. Februar 1981; Referat 411, Bd. 131234.

10 Am 4. Januar 1980 kündigte Präsident Carter in einer Fernseh- und Rundfunkansprache eine Reihe von Sanktionsmaßnahmen der USA als Reaktion auf die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 an. Dazu gehörten neben der bereits am 2. Januar erfolgten Rückberufung des amerikanischen Botschafters in Moskau, Watson, und der Bitte an den amerikanischen Senat um Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens für den SALT-II-Vertrag vom 18. Juni 1979 die Einstellung der Lieferung hochentwickelter Technologie, eine Einschränkung sowjetischer Fischereirechte in amerikanischen Gewässern sowie amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR. Für den Wortlaut der Rede vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 21–24. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 141–143.
Zur Einschränkung der Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 8, Anm. 16.

11 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

12 Referat 411 erläuterte am 11. Februar 1981: „Gemeinschaft hat sich im Kompromiß vom 30.5.1980 vorgenommen, Fischereiproblem bis zum Jahresende 1980 zu lösen und gemeinsames Fischereiregime von 1981 an zu realisieren. […] Auf Fischereirat vom Dezember 1980 war eine Lösung in der als zentrales Problem angesehenen Quotenfrage greifbar nahe […], wurde aber durch britisch-französische Kontroverse in der Zugangsfrage überlagert, an der der Rat schließlich scheiterte." Damit habe das am 29. November 1980 paraphierte Fischereirahmenabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada nicht, wie vorgesehen, zum 1. Januar 1981 in Kraft treten können. Dies beeinträchtige vor allem die für Hochseefischer aus der Bundesrepublik wichtige Fischerei vor Kanada. Daher habe sich Bundesminister Genscher „in persönlichen Schreiben vom 30.12. 1980 an seine Kollegen in DK, GB, IRL dafür eingesetzt, daß diese Staaten, die wegen der Grönland-Dimension (DK) bzw. der Handelszugeständnisse (GB, IRL) an Kanada gegen das Abkommen Bedenken haben, das Abkommen unter Herauslösung aus dem Gesamtpaket vorzeitig billigen." Vgl. Referat 411, Bd. 131253.
Auf der EG-Ministerratstagung am 17. Februar 1981 in Brüssel gelang es nicht, eine Billigung des

unserer Ansicht auch von französischer Seite gewisse Einschränkungen akzeptiert werden. Nach unserem Eindruck sei GB zu einer gewissen Lockerung seiner Haltung bereit. Wir würden weiterhin unseren Einfluß im Sinne einer raschen Einigung geltend machen.

AM François-Poncet legte dar, daß GB seine Haltung verschärft habe. Demgegenüber müsse F auf seinen Rechten bestehen.[13] Es bitte uns um Unterstützung.

BM beschränkte sich auf Werbung für einvernehmliche Regelung.

6) Erdgas-Importe aus der SU[14]

Beide Seiten waren sich über die Notwendigkeit deutsch-französischer Konsultationen zu diesem, von verschiedenen westeuropäischen Ländern verfolgten Projekt einig.[15]

7) Nord-Süd-Gipfel[16]

Beide Seiten waren sich einig, daß Gipfel und Globale Verhandlungen[17] ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 144

Fischereiabkommens mit Kanada herbeizuführen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 702 des Botschafters Poensgen, Brüssel (EG), vom selben Tag; Referat 411, Bd. 131253.

13 Referat 411 skizzierte am 11. Februar 1981 die unterschiedlichen britischen und französischen Positionen: „GB strebt als Dauerlösung 12-sm-Vorbehaltszone unter Anerkennung traditioneller Rechte an, in Präferenzgebieten aber nur Fischerei anderer MS akzeptabel, soweit dies zur Ausfischung der Quoten absolut notwendig ist; F schlägt auf zehn Jahre begrenzte Lösung vor, die die traditionelle Fischerei – insbesondere vor der brit[ischen] Küste – voll respektiert, und ist allenfalls bereit, seine Fischer in Präferenzbereichen einer Disziplin zu unterwerfen. Beide Seiten haben Entschließungsentwurf der Kommission abgelehnt." Vgl. Referat 411, Bd. 131253.

14 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 13, Anm. 10.
Vortragender Legationsrat Dassel teilte der Botschaft in Moskau am 23. Februar 1981 mit, daß am 30. Januar 1981 „zwischen dem Konsortium deutscher Banken und der sowjetischen Seite eine Vereinbarung über die Finanzierung des Erdgas-Röhren-Geschäfts getroffen worden" sei. Diese beinhalte einen Kredit über ca. zehn Mrd. DM zu einem Zinssatz von 7,5 %. Die Gültigkeit der Vereinbarung sei bis zum 1. August 1981 begrenzt, „falls nicht bis zu diesem Datum Absichtserklärungen über die entsprechenden Lieferungen […] ausgetauscht wurden". Vgl. den Drahterlaß Nr. 124; Referat 421, Bd. 141335.

15 Am 23. Februar 1981 vermerkte das Bundesministerium für Wirtschaft, die Gespräche hätten am 20. Februar stattgefunden: „Sie hatten einen umfassenden Meinungsaustausch über die relevanten Daten und die Beurteilung des Geschäfts zum Inhalt. Von französischer Seite wurde erklärt, daß sich die französische Regierung derzeit alle Optionen offenhalte: Vertrag wie bisher geplant (acht bis zehn Milliarden Kubikmeter, wie bei uns rund 30 % Anteil am Erdgas-Aufkommen) oder Vertrag mit reduzierter Menge oder Verzicht auf den Vertrag (am Rande der Sitzung wurde deutlich, daß wohl nicht die Aufgabe des Projekts, sondern allenfalls eine Reduzierung der französischen Bezugsmenge erwartet wird). Eine Entscheidung sei wegen der bevorstehenden Wahlen besonders schwierig und wohl erst danach zu erwarten." Auch in den USA seien „in den letzten Wochen kritische Stimmen zum neuen Erdgas-Röhren-Geschäft" laut geworden. Vgl. Referat 421, Bd. 141335.

16 In einer undatierten Aufzeichnung des Referats 402, die am 8. Januar 1981 von Staatssekretär van Well an den CDU-Abgeordneten Mertes übersandt wurde, hieß es dazu: „Idee einer Nord-Süd-Gipfelkonferenz beruht auf einem Vorschlag der Brandt-Kommission, der bereits vom Bundeskabinett am 13.2.80 unterstützt worden war. Auf persönliches Engagement u. a. von mexikanischem Staatspräsidenten López Portillo und österreichischem Bundeskanzler Kreisky erklärte sich Mexiko bereit, Gastgeberrolle für Gipfel zu übernehmen". Vgl. Referat 402, Bd. 133852.
Eine erste vorbereitende Nord-Süd-Außenministerkonferenz fand am 7./8. November 1980 in Wien statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 324.

17 Die VN-Generalversammlung verabschiedete am 14. Dezember 1979 die Resolution Nr. 34/138, mit der die Einrichtung eines globalen Dialogs über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit für Entwicklung im Rahmen des VN-Systems beschlossen wurden. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229.
Auf der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September

trennt gehalten werden sollten. Sie verabredeten, in ihren bilateralen Gesprächen mit den USA[18] die Notwendigkeit amerikanischer Beteiligung deutlich zu machen.

Auch Lord Carrington solle gebeten werden, sich im Sinne dieser konzertierten Aktion bei der neuen amerikanischen Regierung zu verwenden.[19]

Fischer

Referat 410, Bd. 130418

Fortsetzung Fußnote von Seite 145

1980 in New York konnte jedoch keine Einigung über Verfahren und Tagesordnung der Globalen Verhandlungen erzielt werden. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 273.

Am 25. Februar 1981 informierte Vortragender Legationsrat Evertz in einem Schrifterlaß an „alle diplomatischen Vertretungen und alle Vertretungen bei überstaatlichen Organisationen" über den Stand der Vorbereitungen für die Globalen Verhandlungen: „Unter dem Vorsitz von GV-Präsident von Wechmar befaßten sich während der 35. GV verschiedene informelle Kreise […], deren Mitglieder vor allem Sprecher der 77, die USA und EG waren, mit diesem Thema." Dies habe Fortschritte erbracht, „allerdings noch nicht so weit geführt, daß man bereits eine Verfahrensregelung und eine TO fertiggestellt hätte. […] Die 35. GV hat daher am 25.1.1981 das Mandat des GV-Präsidenten für informelle Konsultationen verlängert. Es ist vorgesehen, daß der GV-Präsident zunächst bilaterale Gespräche mit einzelnen Gruppen bzw. Delegationen führt, die schrittweise in einen multilateralen Gesprächskreis einmünden und schließlich in einem Plenartreffen abgeschlossen werden. Danach wird die 35. Generalversammlung erneut aufgenommen werden. Sollte sich dieses Verfahren erfolgreich durchführen lassen, so könnte im Mai/Juni 1981 beschlossen werden, die Globalen Verhandlungen zu eröffnen." Vgl. Referat 412, Bd. 122390.

18 Der französische Außenminister François-Poncet besuchte die USA vom 20. bis 28. Februar 1981. Dazu vermerkte Ministerialdirigent Dröge am 5. März 1981: „Für den Besuch von AM François-Poncet war das amerikanische Bemühen charakteristisch, das Verhältnis zu Frankreich […] auf neue und bessere Grundlagen zu stellen und die Interessenparallelität nach außen zu demonstrieren. […]. Entgegen den Pressemitteilungen (so Robin gegenüber D 2) wurden in den Gesprächen der französische Konferenzvorschlag zu Afghanistan sowie die Themen Pakistan, KSZE und Polen nicht angesprochen. Im Interesse einer positiven Präsentation nach außen wurde jedoch vereinbart, diese Punkte als behandelte Gesprächsthemen gegenüber den Medien zu erwähnen." Vgl. Referat 204, Bd. 123318.

Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

19 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA auf. Ministerialdirigent Dröge vermerkte am 5. März 1981 zu den Ergebnissen dieses Besuchs, daß „noch keine amerikanische Entscheidung über die Teilnahme Präsident Reagans am Mexiko-Gipfel" gefallen sei: „Carrington vermutet, daß Reagan teilnehmen werde, wenn Castro nicht teilnimmt und Mexiko-Gipfel nach Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa stattfindet." Vgl. Referat 204, Bd. 123318. Zum Aufenthalt Carringtons in den USA vgl. auch Dok. 63, Anm. 7, und Dok. 72, Anm. 10.

30

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.14 –FRA/KAE-135/81 VS-vertraulich **5. Februar 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Billigung

Betr.: Konferenz über Abrüstung in Europa;
hier: weiteres westliches Vorgehen in Madrid[4]

I. Unsere Verhandlungsposition

Die Stärke unserer Verhandlungsposition in der Frage des gesamteuropäischen Anwendungsbereichs, die zum Kern des Ringens um ein KAE-Mandat werden dürfte, hängt im wesentlichen von drei Faktoren ab:

– der Geschlossenheit des Bündnisses in dieser Frage,
– der Nutzung des sowjetischen Interesses am Zustandekommen einer Konferenz,
– der Rolle der Neutralen und Ungebundenen (NNA-Staaten).

1) Geschlossenheit des Bündnisses

Die NATO-Ministerkonferenz vom Dezember 1980[5], aber auch die letzte Tagung des NATO-Rats mit den KSZE-Delegationsleitern vor Beginn der zweiten Verhandlungsrunde in Madrid[6] hat – ungeachtet der zur Zeit noch bestehenden Vorbehalte der USA zum französischen Konferenzvorschlag[7] und der norwegischen Vorstellungen zur parallelen Weiterentwicklung der klassischen VBM[8] – die Übereinstimmung aller Bündnispartner deutlich gemacht, daß der gesamteuropäische Anwendungsbereich Conditio sine qua non für eine Konferenz bleiben muß.

Gestützt auf die feste Haltung Frankreichs, der USA, Großbritanniens und der Bundesrepublik Deutschland dürfte dieser Konsens auch in der schwierigen Schlußrunde in Madrid standhalten.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.
Hat Vortragendem Legationrat Pöhlmann am 11. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationssekretär von Schubert und an Holik „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Schubert vorgelegen.
Hat Holik am 16. Februar 1981 erneut vorgelegen.

2 Hat Staaatssekretär van Well am 6. Februar 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 11. Februar 1981 vorgelegen.

4 Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid begann am 11. November 1980, wurde am 19. Dezember 1980 vertagt und nahm ihre Arbeit am 27. Januar 1981 wieder auf.

5 Zur Erörterung der Themen KSZE und Konferenz über Abrüstung in Europa auf der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 364.

6 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KSZE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am 23. Januar 1981 in Brüssel vgl. Dok. 17.

7 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Zur amerikanischen Haltung vgl. Dok. 10, Anm. 13.

8 Zur norwegischen Haltung vgl. Dok. 17, Anm. 13.

Für die neue amerikanische Administration[9] ist die Festigkeit der europäischen Bündnispartner in der geographischen Frage wesentliche Voraussetzung für die zu erwartende Unterstützung des französischen Konferenzvorschlags. Umgekehrt sollte die amerikanische Administration aber auch erkennen, daß sie zur Festigkeit beitragen kann, wenn sie die KAE auch zu ihrer eigenen Sache macht. Unter taktischen Gesichtspunkten dürfte sich die bisher distanzierte Haltung der USA zum Konferenzvorschlag aber auch zugunsten des Westens auswirken. Sie trägt dazu bei, eventuelle sowjetische Hoffnungen zu zerstreuen, daß der Westen ohne entscheidende sowjetische Konzessionen in den Kernfragen einer Konferenz zustimmen könnte.

Norwegen hat sich den Vorstellungen der übrigen Bündnispartner bereits insofern angenähert, als es seine Vorschläge zur Weiterentwicklung der klassischen VBM in Madrid nur nach enger Konsultation im Bündnis und erst in der Schlußrunde in Madrid vorlegen will; diese Vorschläge sollen auch den gesamteuropäischen Parameter enthalten. Gespräche mit Vertretern aus Oslo ergaben den Eindruck, daß Norwegen darüber hinaus bereit sein könnte, seine Vorschläge mit dem von Frankreich eingebrachten KAE-Mandat in dem Sinne zu verbinden, daß die in Madrid zu vereinbarenden VBM nur bis zum Inkrafttreten von KAE-Verhandlungsergebnissen gelten sollen.

2) Die sowjetische Position

Die SU ist sich darüber im klaren, daß sie sich mit ihrer Forderung nach Einsetzung einer Konferenz um ihrer selbst willen gegenüber dem Westen, der eine Konferenz nur als Teil eines von allen Teilnehmern mitgetragenen sicherheitspolitischen Gesamtkonzepts für sinnvoll hält, eo ipso in einer taktisch ungünstigeren Position befindet. Sie versucht, ihre Demandeur-Position in dieser Frage dadurch zu kompensieren, daß sie das Interesse des Westens und der NNA-Staaten an der Fortsetzung des KSZE-Prozesses ins Spiel bringt und ihre Bereitschaft hierzu von der Einsetzung einer Konferenz abhängig macht. Diese Taktik ist insofern nicht sehr glaubwürdig, als die sowjetische Führung hinreichende eigene Interessen an der Aufrechterhaltung des KSZE-Prozesses haben dürfte.

Andererseits dürfte das Interesse der SU an einer Konferenz auf der Basis des französischen Mandatsvorschlags von der Sache her nicht groß genug sein, um den vom Westen geforderten Preis in der geographischen Frage zu zahlen. In dem Maße, wie sich der Westen in den Kernfragen des Mandats – neben dem geographischen Parameter die Verbindlichkeit und Verifizierbarkeit von VBM, der Ausschluß des Deklaratorischen, die Beschränkung auf eine erste Konferenzphase – kompromißlos zeigt, wird die SU deshalb voraussichtlich bescheidenere Ergebnisse unterhalb eines Konferenzmandats anstreben, die sie als Erfolg ihrer „Friedenspolitik“ präsentieren kann. Dabei rechnet sie auf die Neutralen und Ungebundenen und deren Interesse an der Fortsetzung des Entspannungsprozesses, um den Westen zu isolieren.

9 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.

3) Die Rolle der NNA-Staaten

Diese Länder haben, wie die Vorschläge aus ihrem Lager zeigen (vgl. Vorlage der Abt. 2 vom 19.1.1981 – 221-372.14 KAE-57/81 VS-v[10]), nicht zu einem gemeinsamen Konferenzkonzept gefunden und sind sich auch über ihr weiteres taktisches Vorgehen nicht einig. Obgleich eine Reihe von Neutralen die westlichen Vorstellungen auch in der geographischen Frage unterstützt, könnte ihr ausgeprägtes Interesse an einem Erfolg in Madrid die westlichen Bemühungen um ein substantielles Mandat beeinträchtigen.

Für den Westen wird es darauf ankommen,

– möglichst viele Neutrale für die Unterstützung seines Konferenzkonzepts, das auch ihren Interessen Rechnung trägt, zu gewinnen. Die skeptische Haltung, die einige dieser Länder in vorbereitenden Konsultationen und in den bisherigen Diskussionen in Madrid vertraten, muß nicht das letzte Wort sein. Die Verhandlungserfahrung im KSZE-Rahmen lehrt, daß geschlossenes, auf vernünftige Argumente gegründetes westliches Auftreten seine Wirkung auf die Neutralen noch nie verfehlt hat;
– die östliche Drohung, die Fortsetzung des KSZE-Prozesses von der Einigung über ein Konferenzmandat abhängig zu machen, als Bluff zu entlarven. Die NNA-Staaten müssen einsehen, daß die SU den KSZE-Prozeß nicht als Instrument zur Durchsetzung einseitiger Vorteile mißbrauchen darf und daß die Einsetzung einer Konferenz ohne Einigung über deren inhaltliche Rahmenbedingungen nur zu einer zeitlich verzögerten Austragung des Dissenses führen würde, die dann zu einer noch stärkeren Belastung des Entspannungsprozesses führen müßte;
– die NNA-Staaten davon zu überzeugen, daß die Weiterentwicklung klassischer VBM kein Ersatz, sondern allenfalls Ergänzung eines substantiellen KAE-Mandats sein kann, zumal die NNA-Staaten diese Maßnahmen während der Implementierungsdebatte selbst als unzureichend kritisierten. Ohne ein Mandat auf der Grundlage des französischen Vorschlags würden sich die unzureichenden Parameter der klassischen VBM, vor allem die Sanktuarisierung sowjetischen Territoriums in Europa, unverrückbar verfestigen.

Darüber hinaus sollten wir alle mit unseren Kernprinzipien zu vereinbarenden Anstrengungen machen, um den Vorstellungen der Neutralen und Ungebundenen entgegenzukommen und auf diese Weise den Eindruck westlicher Isolierung zu vermeiden. Dies gilt, da unser Verhandlungsspielraum im Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit äußerst begrenzt sein wird, insbesondere auch für die Vorschläge in anderen Körben.

II. Unser Verhandlungsspielraum

Bei der Abschätzung unseres Verhandlungsspielraums für die zweite Konferenzphase in Madrid ist zu unterscheiden zwischen

– der Forderung nach gesamteuropäischem Anwendungsbereich,
– den übrigen Substanzelementen des französischen Mandatsvorschlags,

10 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vgl. Dok. 10.

– eventuellen taktischen Rückfallpositionen, die die Substanz des westlichen Konferenzkonzepts unberührt lassen, aber seine Realisierung in Madrid zum Gegenstand haben.

1) Gesamteuropäischer Parameter

Die Forderung nach Einbeziehung des gesamten europäischen Territoriums der SU steht in Madrid nicht zur Disposition. Zu warnen ist insbesondere vor dem Versuch, zwischen politischen und militärischen Erwägungen zu differenzieren, um Rückfallpositionen zu definieren:

– Wenn wir rein militärisch argumentieren, könnte es schwerfallen, die Notwendigkeit der Ausdehnung bis zum Ural zu begründen, zumal der überwiegende Teil des für die Sicherheitslage in Europa relevanten konventionellen Militärpotentials der SU westlich einer Linie Archangelsk/Moskau/Wolga unterhalten wird.[11]
– Wenn wir rein politisch argumentieren, könnten wir in eine schwache Position gegenüber denjenigen Teilnehmerstaaten kommen, die es für ausreichend halten, die prinzipielle Geltung von Verhandlungsergebnissen einer KAE in ganz Europa wenigstens „in der Endkonsequenz" (schwedischer Vorschlag, RM 34[12]) festzuschreiben, den konkreten Anwendungsbereich der einzelnen Maßnahmen aber offenzulassen und auf einer KAE für jede Maßnahme gesondert zu bestimmen (jugoslawischer Vorschlag, RM 27[13]).

Die prinzipielle Anerkennung des gesamteuropäischen Geltungsbereiches würde uns jedoch wenig bringen, solange gerade die militärisch relevantesten Maßnahmen in einem unzureichenden Teil des europäischen Territoriums der SU Anwendung finden. Gerade dies könnte die SU, wenn die Frage in Madrid nicht eindeutig geregelt wird, auf einer KAE, gestützt auf das Konsensprinzip, durchsetzen. Wenn wir nicht durchsetzen können, daß der gesamteuropäische Geltungsbereich für alle Maßnahmen in einem KAE-Mandat festgeschrieben wird, werden wir keine Chance haben, auf der Konferenz selbst Regelungen durchzusetzen, die unseren militärischen und politischen Interessen Rechnung tragen.

Allenfalls könnte in Erwägung gezogen werden, anstelle der politischen Forderung „vom Atlantik bis zum Ural" das geographische Europa präziser zu umschreiben und dabei u. U. maritime Zonen einzubeziehen. Letzteres bedürfte jedoch sorgfältiger Abstimmung im Bündnis und insbesondere mit den militärischen NATO-Stellen, die VBM für Seestreitkräfte ebenso wie die USA und Frankreich bisher strikt abgelehnt haben.

11 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Bei MBFR hat der Westen die Einbeziehung eines substantiellen Teils des europäischen Territoriums der Sowjetunion in einige Begleitende Maßnahmen vorgeschlagen und dieses Gebiet intern wie folgt definiert: Baltischer, Weißrussischer, Karpatischer, Transkaukasischer und Odessa-Militärbezirk sowie Teile der Militärbezirke Leningrad, Kiew und Nordkaukasus."

12 Für den Wortlaut des schwedischen Vorschlags vom 15. Dezember 1980 vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 244–246.

13 Für den Wortlaut des jugoslawischen Vorschlags vom 12. Dezember 1980 vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 241 f.

2) Andere Substanzelemente des Mandats

a) Inhaltliche VBM-Kriterien

Der Spielraum für westliches Entgegenkommen hinsichtlich der inhaltlichen VBM-Kriterien – militärische Bedeutsamkeit, Verbindlichkeit und Verifizierbarkeit – ist schon deshalb begrenzt, weil die meisten Neutralen hier westliche Vorstellungen unterstützen.

– Der Westen fordert entgegen ursprünglichen französischen Vorstellungen nicht mehr die volle Rechtsverbindlichkeit, sondern analog zur Schlußakte[14] die politische Verbindlichkeit der zu vereinbarenden VBM. Ein Verzicht auf dieses Kriterium im Mandat würde es dem Osten ermöglichen, seine Zustimmung zu bestimmten Maßnahmen auf einer KAE von der ausdrücklichen Anerkennung der Freiwilligkeit abhängig zu machen und damit ihre Wirksamkeit auszuhöhlen.
– Verifizierbarkeit ist nach westlicher Auffassung erforderlich, um hinreichende Gewähr für die Einhaltung übernommener Verpflichtungen zu haben und bei Nichteinhaltung die politische Entscheidung über notwendige Gegenmaßnahmen zu erleichtern. Die Verifizierbarkeit der zu vereinbarenden Maßnahmen steht in engem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Kriterium der militärischen Bedeutsamkeit; mit ihr steht und fällt das westliche Konzept qualitativ neuer VBM. Gegenüber dem bekannten östlichen Geheimhaltungsbedürfnis in militärischen Angelegenheiten wird es ohnehin schwierig sein, sich auf einer KAE über ein Minimum an Verifikationsmaßnahmen zu einigen. Ein Verzicht auf die Verifizierbarkeit im Konferenzmandat würde die Erfolgsaussichten völlig vereiteln.
– Das Kriterium der militärischen Bedeutsamkeit mag, als Maßstab für einzelne Maßnahmen angewendet, vage erscheinen. Es erfüllt jedoch im Zusammenhang mit der Verifizierbarkeit die wichtige Funktion, „deklaratorische Vorschläge“ als Verhandlungsgegenstand auszuschließen (vgl. nächster Abschnitt).

b) Verhandlungsgegenstand der ersten KAE-Phase

Die ausschließliche Befassung der ersten Phase mit VBM steht für den Westen und vor allem für die USA, die Abrüstungsverhandlungen im 35er-Rahmen grundsätzlich ablehnen, nicht zur Diskussion. Die in den Vorschlägen Schwedens (Meinungsaustausch über konventionelle Waffen und Kernwaffen in Europa) und Jugoslawiens (Übergangsmaßnahmen zur Beendigung des Wettrüstens und zur militärischen Entflechtung) enthaltenen darüber hinausgehenden Anregungen müssen deshalb auf Ablehnung stoßen.

Obgleich der polnische Vorschlag[15] vage bleibt, hat der WP klargestellt, daß er unter „VBM, die auf Verminderung der Kriegsgefahr abzielen“, neben den sog. „materiellen VBM“ vor allem seine „deklaratorischen Maßnahmen“ im Sinne politisch-rechtlicher Schritte zur Bekräftigung des Gewaltverzichts einführen will. Für die WP-Staaten ist die Behandlung dieser Vorschläge ein so zentrales

14 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

15 Zum polnischen Vorschlag vom 8. Dezember 1980 für eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa vgl. Dok. 10, besonders Anm. 3.

Anliegen, daß ihre Zustimmung zu einem Konferenzmandat, das ihre Behandlung ausschließt, schwer vorstellbar ist. Westliche Bereitschaft, auf diese Materie einzugehen, könnte der SU einen Preis in der geographischen Frage wert sein. Damit würde die Konferenz jedoch mit schwerwiegenden Problemen belastet. Denn die vom Osten am stärksten propagierten Vorschläge (doppelter Einsatzverzicht, Moratorium für Erweiterung der Bündnissysteme) sind für den Westen aus übergeordneten sicherheitspolitischen Gründen nicht verhandelbar. Wenn der Westen auf einer KAE jedoch darauf abstellen würde, die Bekräftigung des Gewaltverzichts für ein auf die sowjetische Machtpolitik abzielendes Interventionsverbot (Breschnew-Doktrin[16]) zu nutzen, müßte dies zu einer Konfrontation mit gravierenden Auswirkungen für die Erfolgsaussichten einer KAE führen.

Bevor in diesem Bereich Rückfallpositionen in Aussicht genommen werden, müßten wir uns in jedem Falle mit unseren Hauptverbündeten abstimmen, die sich bisher eindeutig gegen jede Öffnung in Richtung auf deklaratorische Vorschläge ausgesprochen haben.

c) Einbindung in den KSZE-Prozeß

Unter diesem Gesichtspunkt kommt es dem Westen in erster Linie darauf an, das in Madrid zu beschließende Verhandlungsmandat auf eine erste KAE-Phase zu beschränken, weitere Verhandlungen aber offenzulassen und von der Entscheidung eines künftigen KSZE-Folgetreffens abhängig zu machen. Demgegenüber sehen die Vorschläge Polens, Jugoslawiens und Schwedens – nicht aber Rumäniens (RM 31[17]) – den automatischen Übergang von der ersten zur zweiten Phase vor, in der über konventionelle und nukleare Waffen verhandelt werden soll.

In der allianzinternen Abstimmung über den französischen Mandatsvorschlag haben die USA ihre Zustimmung von einer Korrektur der früheren französischen, von den Europäern mitgetragenen Position abhängig gemacht, die eine zweite Verhandlungsphase über konventionelle Rüstungsverminderungen und -begrenzungen ausdrücklich vorgesehen, aber von der Entscheidung eines künftigen KSZE-Folgetreffens im Lichte des Ergebnisses der ersten Phase abhängig gemacht hatte. In seiner gegenwärtigen Form enthält der französische Mandatsvorschlag lediglich die unverbindliche Feststellung, daß das nächste KSZE-Folgetreffen aufgrund der erreichten Ergebnisse die Bedingungen prüfen soll, unter denen die in der Schlußakte zum Ausdruck gebrachte Absicht der Teilnehmerstaaten weiterverfolgt werden kann, ihre Bemühungen auf dem Wege der Sicherheit und der Abrüstung fortzusetzen. Jede Rückfallposition in Richtung auf die Erwähnung späterer konventioneller Abrüstungsverhandlungen würde auf scharfen amerikanischen Widerstand stoßen und die Unterstützung des Konferenzprojektes durch die USA gefährden.

Erst recht scheidet eine Inaussichtnahme nuklearer Abrüstungsverhandlungen im 35er-Rahmen aus. Hier stehen nicht nur die eindeutigen Positionen der drei westlichen Nuklearmächte, sondern auch fundamentale Sicherheitsinter-

16 Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 7, Anm. 37.

17 Für den Wortlaut des rumänischen Vorschlags vom 15. Dezember 1980 vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 242 f.

essen des gesamten Bündnisses entgegen. Die mit der globalen Abschreckung unauflöslich verbundenen Kernwaffen können im Rahmen einer auf Europa beschränkten Konferenz ohne Gefährdung der strategischen Einheit der Allianz nicht verhandelt werden.

3) Eventuelle taktische Rückfallpositionen:

Hier geht es um die Frage, ob sich der Westen – vor allem mit Rücksicht auf die NNA-Staaten – im Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit auf Verhandlungsergebnisse unterhalb eines KAE-Mandats einlassen kann. Als solche sind denkbar:

a) Fortentwicklung der „klassischen" VBM in Madrid

In den EPZ-Konsultationen, die den Konsultationen zur KAE im Bündnis vorausgingen[18], wurde in diesem Zusammenhang eine einzige Option entwickelt, die allgemeine Zustimmung fand: Neben der Verabschiedung eines KAE-Mandats nach westlichen Vorstellungen könnten in Madrid „klassische" VBM einschließlich des geographischen Parameters weiterentwickelt werden, um u. U. temporär bis zum Inkrafttreten von KAE-Verhandlungsergebnissen Anwendung zu finden (EPZ-Dok. CSCE (80)2/Def./5.2.80, Ziffer 5). Obgleich diese Option im NATO-Rahmen noch nicht diskutiert worden ist, dürfte sie, wenn sich die USA zum französischen Konferenzvorschlag bekennen, auch hier Zustimmung finden. Allerdings müßte der geographische Parameter das gesamte europäische Territorium der Sowjetunion eindeutig einschließen.

Auf dieser Basis dürfte es möglich sein, die norwegischen Sonderwünsche (vgl. oben Ziffer I.1), deren Unterstützung aus dem NNA-Lager zu erwarten ist, aufzufangen und zu neutralisieren.

Eine Weiterentwicklung von „klassischen" VBM, unabhängig vom KAE-Mandat, wie im gemeinsamen Vorschlag der NNA-Staaten (RM 21)[19] vorgesehen, wirft dagegen schwerwiegende Probleme auf:

– Sie könnten nur dann Sinn haben, wenn der gesamteuropäische Parameter dabei aufgegeben wird; denn wenn die SU eine Einigung über ein Konferenzmandat in dieser Frage scheitern läßt, wird sie erst recht einen europäischen Geltungsbereich für „klassische Maßnahmen" verweigern. Durch Eingehen auf einen geringeren Anwendungsbereich würde der Westen jedoch diese Frage für eine spätere KAE negativ präjudizieren.
– Noch schwerer wiegt, daß der SU eine Rückfallposition eröffnet würde, die ihrem politischen Erfolgsbedürfnis genügen und sie aus dem Verhandlungsdruck hinsichtlich eines KAE-Mandats entlassen könnte.
  Unter rüstungskontrollpolitischen Gesichtspunkten wäre deshalb allenfalls die Weiterentwicklung solcher Maßnahmen denkbar, bei denen sich die Frage der begrenzten Anwendung auf sowjetisches Territorium nicht stellt (z. B. Verbesserungen für Manöverbeobachter, Ankündigung amphibischer Manöver, Informationsaustausch).

18 Zur Sitzung der Arbeitsgruppe „KSZE" im Rahmen der EPZ am 19./20. Januar 1981 in Den Haag vgl. Dok. 7, Anm. 43.

19 Für den Wortlaut des Vorschlags Finnlands, Jugoslawiens, Liechtensteins, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns (CSCE/RM.21) vgl. DOKUMENTATION, Bd. XVIII, S. 239–241.

Unter allgemeinen politischen Gesichtspunkten wäre jedoch ein Abschluß in Madrid ohne Ergebnis einem solchen Minimalergebnis, das die Glaubwürdigkeit der westlichen KAE-Position beeinträchtigen könnte, vorzuziehen.

b) Expertengremium als Konferenzfolge:

Die Einberufung einer KAE gleichzeitig mit der Einsetzung einer Expertengruppe, die mit der vorherigen Ausarbeitung eines Verhandlungsmandats beauftragt werden soll (jugoslawischer Vorschlag RM 27), würde ausschließlich sowjetischen Interessen Rechnung tragen. Der Westen würde sich, falls er darauf einginge, auf die Konferenz ohne vorherige Festlegung ihrer inhaltlichen Rahmenbedingungen – insbesondere auch in der geographischen Frage – einlassen.

Ohne Entscheidung über die Einberufung einer Konferenz wäre die Einsetzung eines Expertengremiums mit dem Auftrag, ein vom nächsten KSZE-Folgetreffen zu verabschiedendes KAE-Mandat auszuarbeiten, mit westlichen Sicherheitsinteressen scheinbar vereinbar:

Wir würden unsere Position wahren, daß wir der Konferenz nur zustimmen werden, wenn ihre vom Expertengremium festzulegenden Rahmenbedingungen einen wirklichen Beitrag zur Stabilisierung der militärischen Situation in ganz Europa ermöglichen.

Im praktischen Ergebnis würde dies jedoch dazu führen, daß die SU einen politisch hinreichenden Ersatz für ihr Konferenzprojekt bekäme: ein Forum, das ihr Erfolgsbedürfnis befriedigt und das sich für die Propagierung der „militärischen Entspannung“ nutzen läßt. Dabei könnte die SU auf Vorstellungen Finnlands zurückgreifen, das in seinem (in Madrid noch nicht eingebrachten) „Abrüstungsprogramm für Europa“ die Einsetzung eines Expertengremiums als „clearing house“ für die allgemeine Abrüstungsdiskussion befürwortet. In einer solchen Verhandlungsatmosphäre wäre es wenig realistisch, eine Bewegung der SU in den für uns entscheidenden Kernfragen eines KAE-Mandats zu erwarten.

Für den Westen stellt deshalb die Einsetzung eines Expertengremiums als Konferenzfolge unter keinen denkbaren Umständen eine akzeptable Rückfallposition dar.

III. Operative Folgerungen

1) Im Hinblick auf den minimalen Verhandlungsspielraum, den wir im Bereich der militärischen Aspekte der Sicherheit in Madrid haben, können von anderen Teilnehmerstaaten vorgelegte Vorschläge als Diskussionsgrundlage nicht in Betracht gezogen werden. Unsere Delegation verhandelt ausschließlich auf der Basis des französischen Konferenzvorschlags, wie im Bündnis abgestimmt.

2) Jede Art von „contingency planning“ ist zu vermeiden. Falls die in Abschnitt II unter Ziffer 1, 2b und 3a erörterten theoretischen Möglichkeiten einer Erweiterung unseres Verhandlungsspielraums von unseren Bündnispartnern angesprochen werden sollten, werden wir uns rezeptiv verhalten und die Entscheidung der Amtsleitung einholen. Auch dann müssen alle Gespräche über solche Fragen mit größter Behutsamkeit geführt werden und auf einen Rahmen beschränkt werden, der strikte Vertraulichkeit verlangt.

i.V. Ruth

VS-Bd. 11443 (221)

31

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

6. Februar 1981[1]

Betr.: Wesentliche Punkte der Vier-Augen-Gespräche des Ministers mit François-Poncet und der Fünfer-Gespräche in Paris am 5./6. Februar 1981[2]

1) Energieabhängigkeit von sowjetischen Lieferungen:

F.-P. äußerte sich besorgt über den Anteil sowjetischer Erdgas-Lieferungen am französischen Energieverbrauch im Falle der Verwirklichung des Erdgas-Röhren-Geschäfts.[3] Danach würden die sowjetischen Lieferungen 30% des Erdgas-Verbrauchs und 5 bis 7% des Gesamtenergieverbrauchs in Frankreich ausmachen. Das erste sei zu hoch. Er habe mit Präsident Giscard darüber gesprochen und ihn überzeugt, daß der französische Anteil gesenkt werden müsse. Außerdem müsse sichergestellt werden, daß bei Ausbleiben von Lieferungen aus der Sowjetunion durch Umschalten auf andere Energien die Energieversorgung sichergestellt werde. Es stelle sich die Frage, ob das norwegische Erdgas, das die Norweger ruhen ließen, mit Hilfe Deutschlands, Frankreichs und vielleicht auch der USA nutzbar gemacht werden könne. Er werde mit AM Haig darüber sprechen[4]. Außerdem sei er der Auffassung, daß die Frage der Energieabhängigkeit durch ein Beamten-Gremium untersucht werden sollte.

BM erwiderte, ohne in der Sache Stellung zu nehmen, er habe bei uns immer die Meinung vertreten, daß das jetzt Vorgesehene die äußerste Toleranzgrenze erreicht habe. (In der Plenarsitzung[5] wiederholte Präsident Giscard die Sorge vor übermäßiger Abhängigkeit der Energieversorgung im Falle der Verwirklichung des Erdgas-Röhren-Geschäfts und schlug vor, daß diese Fragen im deutsch-französischen Rahmen untersucht würden. Der Bundeskanzler stimmte zu.)

2) Neutronenwaffe und andere Sicherheitsfragen:

F.-P. teilte mit, daß er am Vortag des Gipfels mit AM Haig telefoniert habe, der ihn gebeten habe, BM zu sagen, die Äußerungen von Weinberger über die Neutronenwaffe[6] seien dahergeredet gewesen. Die Sache sei „no issue".

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 9. Februar 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung von Ablichtungen an die Staatssekretäre van Well und Lautenschlager verfügte.
Ferner handschriftlicher Vermerk: „Von BM noch nicht gebilligt."

2 Die Gespräche fanden im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris statt. Vgl. dazu auch Dok. 29.

3 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 29, Anm. 14.

4 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.

5 Für die Gesprächsaufzeichnung zur Plenarsitzung am 6. Februar 1981 in Paris vgl. Referat 010, Bd. 178841.

6 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 12. Februar 1981: „Verteidigungsminister Weinberger hat nach seinen Exklusivinterviews mit der Baltimore Sun am 6.2. und der Washington Post am 10.2.1981 in einem weiteren Interview mit UPI am 11.2.1981 zu sicherheitspolitischen

Beim Fünfer-Gespräch äußerte Giscard, er persönlich halte die Neutronenwaffe für ein wichtiges Mittel. Falls es zum Krieg komme, werde die Seite, deren konventionelle Verteidigung Schwächen zeige, die Neutronenwaffe einsetzen.

BK erwiderte: Er sei da nicht so sicher. Er hielte es für besser, wenn die strategischen Waffen eingesetzt würden.

BM äußerte Zweifel daran, ob man mit Sicherheit davon ausgehen könne, daß jede Seite notfalls jede Waffe einsetze. Auch Hitler habe die Gaswaffe nicht eingesetzt. Auf die Frage des BK, wo Frankreich die Nuklearwaffen einsetzen würde, ob etwa auch in Deutschland, antwortete Giscard: Es hänge davon ab, wo der Feind stehe, wo es notwendig sei. Wenn die Verteidigung in Frankfurt zusammenbreche, dann in Frankfurt.

3) Europäische Einigung:

Im Vier-Augen-Gespräch sagte F.-P.: Frankreich wolle uns bei dem Vorschlag für die Europäische Union[7] helfen. Vor den Wahlen[8] gehe es allerdings nicht. Auch danach müsse der Vorschlag von deutscher Seite kommen. Wenn er von F käme, würden die Kleinen (in der Gemeinschaft) gleich mißtrauisch. Dies sei die Auffassung des Präsidenten, dem er, F.-P., dies so vorgeschlagen habe.

4) Zwangsrekrutierte[9]:

Im Fünfer-Kreis wurde besprochen: Es kann in der Pressekonferenz[10] angekündigt werden, daß man sich über die Grundzüge einer Verständigung geeinigt hat. Die Finalisierung solle im Monat März stattfinden. Intern haben wir

Fortsetzung Fußnote von Seite 155

Fragen Stellung genommen. […] Weinberger sprach sich erneut für die Neutronenwaffe aus. Er befürwortete die Dislozierung der Neutronenwaffe in Europa, um ein Gegengewicht zu sowjetischen Panzern zu bilden und um die SU von einem massierten Truppeneinsatz gegen NATO-Streitkräfte abzuhalten." In diesem Zusammenhang solle die „dpa/AP-Meldung, wonach eine Sprecherin des Weißen Hauses Weinbergers Äußerungen zur Neutronenwaffe als dessen persönliche Meinung bezeichnet habe, […] nicht überbewertet werden", denn dabei handele es sich nicht um „eine abgestimmte Stellungnahme des Weißen Hauses, sondern um eine in der Eile des Augenblicks gemachte Aussage, die sich an Stellungnahmen des State Department orientierte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 583; Referat 201, Bd. 125573.

7 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart vgl. Dok. 2.

8 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

9 Seit 1970 erhob Frankreich gegenüber der Bundesregierung die Forderung nach Entschädigungszahlungen für im Zweiten Weltkrieg durch die deutsche Wehrmacht zwangsrekrutierte Elsässer und Lothringer. Diese Forderung wurde von der Bundesregierung mit Blick auf das Abkommen vom 27. Februar 1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen) abgelehnt. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 415, AAPD 1971, II, Dok. 247, und AAPD 1977, I, Dok. 161.
Referat 514 vermerkte am 21. November 1980, die von Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing zur Klärung der Frage eingesetzten Persönlichen Beauftragten, der ehemalige Bundesminister Möller und der damalige Staatssekretär im französischen Gesundheits- und Familienministerium, Hoeffel, hätten sich am 9. Februar 1979 auf einen Bericht geeinigt, „der eine deutsche Zahlung von 250 Mio. DM an eine nach französischem Recht zu gründende und von französischen Persönlichkeiten geleitete Stiftung vorsieht. […] Am 19.9.1979 beauftragte die Bundesregierung das Auswärtige Amt, Regierungsverhandlungen mit Frankreich auf der Grundlage des Möller-Hoeffel-Berichts einzuleiten." Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1620.
Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte am 14. Januar 1981, Frankreich habe im Januar bzw. November 1980 Entwürfe für eine Satzung der zu gründenden Stiftung vorgelegt, die jedoch von der Bundesregierung mit Blick auf das Londoner Schuldenabkommen vom 23. Februar 1953 und mögliche Präzedenzwirkungen nicht akzeptiert werden konnten. Vgl. dazu B 86 (Referat 514), Bd. 1620.

10 Zur Pressekonferenz am 6. Februar 1981 in Paris vgl. den Artikel „Bonn und Paris betonen Bündnispflichten"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7./8. Februar 1981, S. 1.

den Franzosen gesagt, daß die parlamentarische Zustimmung zu den erforderlichen Mitteln noch nicht sichergestellt sei. Zu der sich in diesem Zusammenhang stellenden Frage des Mundatwalds[11] hat BM vorgeschlagen:

a) Der Bundeskanzler und er sollten mit den drei Bundestagsfraktionen sprechen, um sie auf die Bedeutung der Gesamtfrage für die deutsch-französischen Beziehungen hinzuweisen mit dem Ziel, sich nicht auf ein strenges Junktim festzulegen.

b) Giscard sollte bei Tisch MP Vogel auf die Sache ansprechen. – Das wolle dieser tun.

Giscard habe zum Mundatwald gesagt: Eine Veränderung der Landesgrenze sei nicht möglich. Wohl aber sei F bereit, über jede Rechtsform zu sprechen, welche die Grenze nicht berührt, um den Rechten und Interessen der Beteiligten Rechnung zu tragen.

5) Polen:

BM unterrichtete F.-P. im Vier-Augen-Gespräch über seine Eindrücke in Prag[12]. Bei dem anschließenden Meinungsaustausch über die Entwicklung in Polen bestand Einvernehmen, daß die Lage dort heute kritischer sei als vor einigen Wochen. Auf F.-P.'s Frage, ob die Polen der Lage selbst mit eigenen Kräften Herr werden könnten, äußerte sich BM skeptisch.

6) Sitzfrage europäischer Institutionen:[13]

F.-P. teilte im Vier-Augen-Gespräch mit, er habe darüber mit AM Frau Flesch gesprochen: Wenn das Parlament nach Straßburg komme, könne Luxemburg

11 Die Bundesrepublik und Frankreich unterzeichneten am 31. Juli 1962 ein Abkommen zur Regelung von Grenzfragen. Es sah u. a. die Rückgabe des grenznahen Grundbesitzes an die deutschen Eigentümer und die endgültige Abtretung des nördlich von Weissenburg gelegenen, 5 qkm großen Mundatwaldes an Frankreich vor. Bundesminister Genscher erläuterte am 6. März 1981 gegenüber Bundestagspräsident Stücklen, daß dieses Abkommen „bis heute nicht ratifiziert und in Kraft getreten" sei: „Zwar hat die französische Nationalversammlung das Abkommen gebilligt; auf deutscher Seite ist jedoch das nach Artikel 59 Abs. 2 GG erforderliche Zustimmungsverfahren nicht durchgeführt worden. Vielmehr hat die deutsche Seite versucht, die französische Seite zu einer Änderung des unterzeichneten Abkommens und zum Verzicht auf den Mundatwald zu bewegen. Diese Bemühungen sind indessen ohne Erfolg geblieben. Ein anderes ungelöstes Nachkriegsproblem im deutsch-französischen Verhältnis, nämlich dasjenige der elsaß-lothringischen Zwangsrekrutierten, legt eine Verbindung mit der Mundatwaldfrage nahe […]. Im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wurde im September 1979 bei der Behandlung möglicher finanzieller Leistungen für elsaß-lothringische Zwangsrekrutierte eine Verbindung zwischen beiden Problemen in dem Sinne hergestellt, daß Mittel zugunsten ehemaliger Zwangsrekrutierter nur bewilligt werden könnten, wenn die französische Seite uns in der Mundatwaldfrage entgegenkommt." Für das Schreiben vgl. B 86 (Referat 514); Bd. 1822.

12 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

13 Referat 410 legte am 23. Januar 1981 dar: „Frankreich hat durch ein an die Regierungen der übrigen EG-Mitgliedstaaten gerichtetes Memorandum vom 12.9.1980 […] die unverzügliche Aufnahme von Gesprächen vorgeschlagen, um die vorläufige Regelung der Arbeitsorte der EG-Organe von 1965 durch eine – wie in den Verträgen vorgesehen – definitive Vereinbarung über den Sitz aller EG-Organe zu ersetzen. […] Vorgehen von F ist vor Hintergrund starker Bestrebungen innerhalb des Europäischen Parlaments zu sehen, an Stelle der gegenwärtigen Situation (Plenartagungen in Straßburg und Luxemburg, Generalsekretariat in Luxemburg, Ausschüsse in Brüssel) zu einer Konzentration der Arbeiten des Parlaments auf Brüssel zu gelangen. F hingegen ist an Wahrung und Ausbau seines Besitzstandes mit dem Ziel der Bestimmung von Straßburg zum definitiven alleinigen Sitz des EP interessiert." Das Europäische Parlament habe die französische Initiative am 20. November 1980 gebilligt und die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten aufgefordert, bis späte-

etwa Finanzzentrum werden. Frau Flesch habe erwidert, wenn das Parlament nach Straßburg ziehe, wolle Luxemburg den Ministerrat haben. F.-P. meinte dazu, dies sei für F akzeptabel. F.-P. habe weiter gesagt: Wenn das EP selbständig und einseitig über seinen Sitz entscheide, werde für F die Sitzfrage grundsätzlich in allen Teilen wieder aufgeworfen sein, und F werde dann bis zu einer Lösung nicht an Ministerratssitzungen in Brüssel teilnehmen.

7) Bilaterale Fragen (außer Zwangsrekrutierte):

BM hat F.-P. im Vier-Augen-Gespräch gesagt: Über die Kampfpanzer[14] wolle er nicht sprechen (dies sei Sache für die Ebene der Staats- und Regierungschefs). Über die Kasernen[15] wolle er ebenfalls nicht auf der AM-Ebene sprechen. Im Bewußtsein des BK bestehe hier ein Zusammenhang mit anderen Fragen.[16] Er, BM, meine, man sollte die alten Sachen nicht aufwärmen.

Braunmühl

Referat 010, Bd. 178841

Fortsetzung Fußnote von Seite 157

stens 15. Juni 1981 einen Beschluß in der Sitzfrage zu fassen. Ferner habe das Europäische Parlament am 12. Januar 1981 beschlossen, „Tagungsorte für Plenum (Straßburg/Luxemburg) künftig nicht mehr vom Präsidium, sondern vom Plenum entscheiden zu lassen – eine Entwicklung, die die baldige Abkehr von Luxemburg als Tagungsort zur Folge haben könnte". Die EG-Mitgliedstaaten hätten am 15. September 1980 die Einsetzung einer Regierungskonferenz zur Erörterung der französischen Initiative beschlossen. Vgl. Referat 410, Bd. 130358.

14 Zur Frage der Entwicklung und des Baus eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 24, Anm. 13.

15 Referat 514 legte am 2. Juni 1980 dar: „Die französischen Kasernen im Bundesgebiet befinden sich in einem beklagenswerten Zustand". Daher habe Bundeskanzler Schmidt Bundesminister Genscher „um Stellungnahme gebeten, ob eine Beteiligung an den Kosten einer Renovierung der französischen Kasernen durch den Bund in Frage" komme. Vgl. Referat 202, Bd. 140622.

16 Ministerialdirektor Blech notierte am 14. Juli 1980, laut Mitteilung des Bundesministers Genscher habe Bundeskanzler Schmidt am 11. Juli 1980 gegenüber Staatspräsident Giscard d'Estaing einen Beitrag der Bundesrepublik zu den Renovierungskosten für Kasernen der französischen Streitkräfte „im Prinzip bejaht", jedoch gleichzeitig darauf hingewiesen, daß damit Fragen „insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion über die Einführung einer französischen Neutronenwaffe" aufgeworfen würden. Schmidt habe ausgeführt: „Bezüglich amerikanischer und britischer Nuklearwaffen auf deutschem Boden haben wir ein in Briefwechsel verankertes Mitspracherecht. Was soll die Bundesregierung in den betreffenden Parlamentsausschüssen sagen? Daß für den Einsatz der französischen Nuklearwaffen gleiches gelte?" Giscard d'Estaing habe diese Frage als „brisant" bezeichnet und auf „die beabsichtigte Erhöhung der Reichweite der Plutons" hingewiesen, „durch die das für Deutschland bestehende Problem entschärft" werde. Vgl. VS-Bd. 11091 (202); B 150, Aktenkopien 1980.
Am 30. Januar 1981 resümierte Referat 514, die französischen Forderungen seien „inzwischen erheblich reduziert" worden und beliefen sich mittlerweile auf „einen Mittelbedarf in Höhe von 400 Mio. DM, verteilt auf fünf Jahre […], an dem wir uns zur Hälfte beteiligen sollen; wir hätten also pro Jahr 40 Mio. DM, insgesamt 200 Mio. DM, zu tragen". Da die Bundesregierung „an einem Verbleib der französischen Truppen sowie an einer stärkeren Einbindung in unser Verteidigungssystem interessiert" sei, wäre ein finanzieller Beitrag zur Renovierung der Kasernen hilfreich. Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1847.

32

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Ullsten in Stockholm

204-321.15 SCN **9. Februar 1981**[1]

AM *Ullsten* begrüßte den Herrn Bundesminister und seine Delegation.[2] Er freue sich auf einen ausführlichen Meinungsaustausch mit BM, vor allem, weil die deutsche Regierung eine wichtige Rolle in der Weltpolitik spiele. Er, AM Ullsten, wolle zunächst von einem allgemeinen Tour d'horizon absehen und gleich die wichtigsten Grundfragen ansprechen. Wenn es auch früher schon schwierigere Zeiten gegeben habe – er denke u. a. an die beiden Weltkriege –, so stünden wir aber auch heute vor sehr schwierigen und ernsthaften Problemen. Hierzu gehöre die sowjetische Invasion Afghanistans[3]. Es sei nicht akzeptabel, wenn eine Macht in ein anderes Land einfalle, weil sie glaube, daß dies in ihrem nationalen Interesse liege. Hinzu komme, daß Afghanistan wachsende Spannungen zwischen den Supermächten verursacht habe. Man müsse sich auch fragen, welche Politik die neue amerikanische Administration[4] gegenüber der Sowjetunion einzuschlagen gedenke. Er, Ullsten, sei besorgt darüber, daß sich die amerikanische Politik offenbar mehr an den Machtinteressen als an Menschenrechten orientiere.

Auch der Nahe und Mittlere Osten bleibe nach der Freilassung der amerikanischen Geiseln[5] ein Krisenherd. Dies gelte insbesondere für den arabisch-israelischen Konflikt. Der Camp-David-Prozeß[6] werde mehr und mehr obsolet.

Auf dem Hintergrund dieser krisenhaften Entwicklungen stelle sich die schwedische Haltung wie folgt dar:

– Fortführung des sowjetisch-amerikanischen Dialogs bleibe von entscheidender Bedeutung.
– Im Nahen und Mittleren Osten dränge Schweden alle beteiligten Parteien, sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Schweden nehme hierbei sowohl gegenüber der arabischen als auch der israelischen Seite eine durchaus kritische Haltung ein. Schweden begrüße die Initiative der EG und die Thorn-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 11. Februar 1981 gefertigt und am selben Tag „über Herrn Dg 20" an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, „die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen".
Hat Ministerialdirigent Dröge am 11. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 3. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kann mit Vorbehalt verteilt werden." Vgl. den Begleitvermerk, Referat 204, Bd. 123334.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 9./10. Februar 1981 in Schweden auf.

3 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.

5 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

6 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

Mission.[7] Solche Initiativen seien für die Förderung des Friedensprozesses im Nahen Osten von vitaler Bedeutung.

– Was den irakisch-iranischen Konflikt[8] angehe, so überlasse die schwedische Regierung es der „loyalen Opposition“ unter dem früheren Premierminister Palme, zur Konfliktlösung beizutragen.[9] Die schwedische Regierung wünsche ihm Erfolg, allerdings sehe man derzeit nur geringe Erfolgschancen. Kriegerische Verwicklungen und Unruhen im Nahen und Mittleren Osten hätten insbesondere für unsere beiden Länder, die von Öleinfuhren abhängig seien, negative Auswirkungen. Eine Befriedung dieser Region sei aber auch für die Stabilität in der Welt insgesamt von großer Bedeutung.
– Was den Nord-Süd-Dialog angehe, so bedauere Schweden, daß es der VN-SGV nicht gelungen sei, eine allseitig akzeptable Formel zu finden.[10] Schweden schätze die Bemühungen des Präsidenten der VN-Vollversammlung, Botschafters von Wechmar, sehr hoch ein und hoffe, daß er Erfolg habe. Wichtig sei, daß die Industrieländer eine weniger zögernde und weniger hartnäckige Haltung einnähmen; sie müßten vielmehr den Eindruck vermitteln, wirklich

7 Der Europäische Rat verabschiedete auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig eine Erklärung über den Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN der EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu auch AAPD 1980, I, Dok. 177.
In Ausführung von Ziffer 11 dieser Erklärung besuchte der luxemburgische Außenminister Thorn als amtierender EG-Ratspräsident am 29./30. Juli 1980 Tunesien, am 31. Juli und 1. August Israel, am 4./5. August Libanon, am 6./7. August Syrien, vom 7. bis 10. August Jordanien, am 19. August Kuwait, am 20. August Irak, am 23. August Saudi-Arabien sowie am 30./31. August Ägypten. Vom 29. September bis 1. Oktober 1980 hielt er sich erneut in Israel und den besetzten Gebieten auf.
Botschafter Schütz, Tel Aviv, teilte am 3. Oktober 1980 mit, daß in einem Gespräch Thorns mit dem Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Kimche, am 29. September 1980 die Ergebnisse von dessen bisherigen Besuchen resümiert worden seien: „Für alle arabischen Gesprächspartner sei Rückkehr zu 67er Grenzen Conditio sine qua non; Jerusalem sei vor allem für die moderaten arabischen Staaten ein sehr ernstes Problem; an einem eventuellen Plebiszit über die Zukunft der besetzten Gebiete müßten alle Palästinenser beteiligt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 919; Unterabteilung 31, Referat 135602.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit vermerkte am 9. Dezember 1980, der Europäische Rat habe auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg auf der Basis eines Berichts von Thorn „den Beschluß der Außenminister gebilligt, Überlegungen anzustellen zur Klärung und Konkretisierung der Grundsätze von Venedig. Das Ergebnis dieser Überlegungen ist ein Bericht über die Hauptprobleme im Zusammenhang mit einer umfassenden Regelung; der Bericht enthält folgende Kapitel: Räumung, Selbstbestimmung, Sicherheit im Nahen Osten, Jerusalem.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 1369 an die Botschaft in Washington; Referat 200, Bd. 119443.

8 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.

9 Der ehemalige Ministerpräsident Palme führte als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim Gespräche zur Erkundung von Möglichkeiten für eine politische Lösung des irakisch-iranischen Kriegs. Botschafter Thomas, Stockholm, übermittelte dazu am 4. März 1981 die Information aus dem schwedischen Außenministerium, daß Palme mittlerweile drei Reisen nach Bagdad, Teheran und New York unternommen habe. „Die erste Mission sollte Vertrauensbasis schaffen; bei der zweiten Mission wurden die ‚drei Prinzipien‘ zur Konfliktbeilegung eingeführt (kein Territorialgewinn, Nichteinmischung, freie Schiffahrt); bei der dritten Mission wurde die Anwendung der Prinzipien auf die strittigen Sachfragen erörtert.“ Dabei habe sich die dritte Mission als die schwierigste erwiesen: „Zwar haben beide Konfliktparteien ihr Interesse an Fortsetzung der Gespräche mit Palme erklärt, jedoch klaffen die Standpunkte unvereinbar auseinander.“ Der Grad der Meinungsverschiedenheiten spreche „für ein weiteres Andauern des Konflikts […], zumal im Irak und Iran nach wie vor erhebliche Emotionen die Atmosphäre erhitzt halten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 130; Referat 311, Bd. 137716.

10 Zu Verlauf und Ergebnis der 11. VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen vom 25. August bis 15. September 1980 in New York sowie zu den weiteren Bemühungen um Globale Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

ernsthaft verhandeln zu wollen. Andererseits müßten aber auch die Entwicklungsländer bereit sein, vernünftigere Positionen einzunehmen. Auf diesem Hintergrund komme dem Außenministertreffen in Wien, an dem er zusammen mit dem Herrn Bundesminister teilnehmen werde, große Bedeutung zu.[11]

– Was die Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen angehe, so messe Schweden der Fortführung des SALT-Prozesses eine besonders große Bedeutung bei. Er, Ullsten, befürchte, daß von der Nicht-Ratifizierung von SALT II[12] negative Auswirkungen auf die LRTNF-Verhandlungen ausgingen. Er hoffe, daß es dem Herrn Bundesminister gelingen möge, die USA davon zu überzeugen, die Verhandlungen über LRTNF nicht zu verschieben.[13]
– Was die KSZE-Konferenz in Madrid angehe, so halte er, Ullsten, den KAE-Gedanken für ganz entscheidend. Er wisse, daß wir in dieser Frage unterschiedliche Auffassungen hätten. Dem schwedischen KAE-Vorschlag[14] läge folgender Gedanke zugrunde:
  – Schweden glaube an die Notwendigkeit der Einberufung einer KAE. Es habe in seinem Vorschlag die Gedanken niedergelegt, die es in einer solchen Konferenz gerne berücksichtigt wissen möchte.
  – Darüber hinaus beruhten die schwedischen Überlegungen auf dem Gedanken, die Grundlage für einen Kompromiß zu legen. Ein solcher Kompromiß erscheine notwendig, um den KSZE-Prozeß am Leben zu erhalten. Er hoffe, daß man zusammen einen solchen Kompromiß erreichen könne, obwohl er über die Erfolgsaussicht nicht allzu optimistisch sei. Schweden wolle aber den Versuch wagen.

BM: Er danke für die schwedische Einladung und für die einführenden Worte von AM Ullsten. Es sei ein gutes Zeichen für die schwedisch-deutschen Beziehungen, daß AM Ullsten bei der Aufzählung der Weltprobleme keine bilateralen Fragen erwähnt habe. Dies sei eine realistische Einschätzung der deutsch-schwedischen Beziehungen. Sie gebe den Weg frei für einen intensiven Austausch über die internationalen Probleme. Zu den Krisengebieten könnte man außer den von AM Ullsten erwähnten auch noch Südostasien, das südliche Afrika und Mittelamerika rechnen. Jedes dieser Gebiete könne auf seine Weise Auswirkungen haben, die weit über die jeweils betroffene Region hinausgingen.

Die Kommentierung der internationalen Probleme und die Darstellung der schwedischen Politik durch AM Ullsten hielten sich im Rahmen der drei Forde-

11 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13. März 1981 in Wien vgl. Dok. 61, Anm. 21.

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

13 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

14 Zum schwedischen Vorschlag vom 15. Dezember 1980 vgl. Dok. 10.

rungen, die in der deutsch-französischen Erklärung vom 6.2.1981[15] niedergelegt seien:

– Gleichgewicht sichern,
– miteinander sprechen und verhandeln und Mäßigkeit beim politischen Handeln,
– Gleichheit der Verantwortlichkeiten gegenüber der Nord-Süd-Problematik.

Was die Lage in Europa angehe, so seien wir unverändert tief bedrückt über die sowjetische Rüstung im Mittelstreckenbereich. Hier sei eine neue Bewegung ausgelöst worden für den Rüstungswettlauf. Auf sowjetischer Seite würden monatlich neue Mittelstreckenwaffen produziert und dislociert, die in der Lage seien, jedes Land in Europa zu erreichen und zu vernichten, obwohl es gleichwertige Waffen in keinem Land Europas gebe. Hier liege eine schwere Beeinträchtigung des Gleichgewichts vor. Der Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979[16] müsse auf diesem Hintergrund gesehen werden; er beinhalte zwei Dinge:

– Die USA werden ihrerseits Mittelstreckenwaffen produzieren, die dann in Europa dislociert werden. Dies werde jedoch nicht vor Ende 1983 geschehen.
– Ein Angebot an die Sowjetunion, unverzüglich in Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen einzutreten, um auf diese Weise einen Rüstungswettlauf zu vermeiden.

Es habe dann bis Juni 1980, d.h. bis zu seinem und des Bundeskanzlers Besuch in Moskau[17], gedauert, bis es eine erste sowjetische Reaktion gegeben habe. Seitdem habe es eine erste Gesprächsrunde zwischen der SU und den USA in Genf gegeben[18], die wir sehr begrüßt hätten. Die SU produziere und dislociere jedoch immer mehr Mittelstreckenraketen. Jede zusätzliche sowjetische Rakete schaffe zusätzliche Probleme für Verhandlungen. Man müsse sich fragen, welches der Grund für die sowjetische Aufrüstung im Mittelstreckenbereich sei. Er, BM, habe immer gesagt, daß es ein gutes Zeichen sein werde, wenn die SU wenigstens die weitere Produktion und Dislozierung von Mittelstreckenwaffen einstelle. Die ernsthafte Bedrohung des europäischen Gleichgewichts durch die Sowjetunion zwinge den Westen automatisch, das Seinige zu tun, um dieses Gleichgewicht wiederherzustellen. Wir seien für die Fortsetzung des SALT-Prozesses. Das gleiche gelte auch für die USA. Die Reaktion aus Moskau lasse im übrigen erkennen, daß man dort auch bei Ablehnung der Ratifizierung des SALT-II-Abkommens durch die USA an der Fortsetzung des SALT-Prozesses interessiert bleibe.

Im übrigen gebe es – was AM Ullsten wohl annehme – zwischen dem Doppelbeschluß der NATO und der Ratifizierung von SALT II keinen direkten oder indirekten Zusammenhang. Wenn AM Ullsten die deutsche innenpolitische

15 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. BULLETIN 1981, S. 101 f.

16 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

17 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

18 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

Diskussion im Auge habe, so sei es richtig, daß diese Frage auf dem Parteitag der SPD im Dezember 1979[19] eine Rolle gespielt habe. Diese Überlegungen beeinflußten aber in keiner Weise die Position der Bundesregierung oder des Bündnisses.

Was Madrid angehe, so sei es wichtig, daß wir uns gemeinsam mit allen Kräften bemühten, daß die Madrider Konferenz nicht ohne Ergebnisse bleibe. Er, BM, habe keine Zweifel, daß es auch rückblickend noch besser gewesen wäre, wenn noch mehr Außenminister nach Madrid gekommen wären. Um so erfreulicher sei es, daß der schwedische und der deutsche Außenminister zusammen mit einer Reihe anderer Außenminister die politische Bedeutung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid nachdrücklich unterstrichen hätten. Es sei zu hoffen, daß Madrid Ergebnisse in allen drei Bereichen der Schlußakte[20] bringe. Entscheidend sei hierbei die Einigung über eine KAE. Wir unterstützten dabei den französischen KAE-Vorschlag[21]. Hierbei habe der geographische Geltungsbereich vom Atlantik bis zum Ural für uns essentielle Bedeutung, denn die Schlußakte gelte für ganz Europa. Wir würden im Widerspruch zur Schlußakte handeln, wenn das wichtigste Element für die Sicherheit Europas, nämlich die Vertrauensbildung, auf einen Teil Europas beschränkt bleibe. Wir dürften auch in diesem Bereich Politik nicht mit unaufrichtigen Formeln führen. Auch die SU müsse VBMs unterliegen. Wenn jedoch die SU darauf hinweise, daß kein Land in Europa sich von der SU bedroht fühle, so wären wir unehrlich, wenn wir nicht sagten, daß wir dieses Gefühl durchaus hätten. Es sei daher eine ganz unglaubwürdige Politik, wenn man die SU von VBMs auslasse. Auch wenn die BR Deutschland niemanden bedrohe, so stellten wir doch in Rechnung, daß ein solch subjektives – wenn auch objektiv unberechtigtes – Gefühl in einigen Ländern bestehen könne. Deshalb wären wir auch bereit, uns VBMs zu unterwerfen. Er, BM, müsse mit Nachdruck festhalten, daß es ohne eine Ausdehnung der VBMs auf ganz Europa, d.h. bis zum Ural, keine KAE geben werde. Wir hätten die Verantwortung für eine glaubwürdige Abrüstungspolitik. Diese dürfte nicht durch Schaffung von Scheinlösungen zerstört werden. Beschränkung von VBMs auf einen Teil Europas sei jedoch eine Scheinlösung. Er, BM, hoffe daher, daß es in Madrid gelinge, ein klares Mandat für VBMs für ganz Europa herbeizuführen. Er, BM, wolle in diesem Zusammenhang ganz offen sagen, daß er im vergangenen Jahr außerordentlich intensive Gespräche mit den USA über KAE geführt habe.[22] Er habe selten so viel Zeit aufgewandt,

19 Korrigiert aus: „November 1979".
Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt. Für den Wortlaut des dort angenommenen Antrags des SPD-Parteivorstands zur Friedens- und Sicherheitspolitik vgl. PARTEITAG DER SPD, Bd. 2, S. 1228–1244.

20 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

21 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

22 Bundesminister Genscher sprache die Frage einer Konferenz für Abrüstung in Europa im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Vance in einem Gespräch am 21. Januar 1980 in Washington an. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 20.
Erwähnt wurde das Thema ferner während des Gesprächs zwischen Genscher und dem amerikanischen Außenminister Muskie am 2. Juli 1980 in Washington und erneut während des deutsch-amerikanischen Regierungsgesprächs am 20. November 1980, gleichfalls in Washington, an dem Genscher und Muskie teilnahmen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 196 und Dok. 335.

um einen wichtigen Verbündeten von der Notwendigkeit einer bestimmten Maßnahme zu überzeugen. Er, BM, habe in Wien u. a. lange mit AM Muskie darüber gesprochen.[23] Muskie habe daraufhin Präsident Carter angerufen, weil ein Beschluß des NSC in dieser Frage angestanden habe. Auf diese Weise sei erreicht worden, daß die USA dem KAE-Passus in dem NATO-Kommuniqué von Ankara im Juni 1980[24] zugestimmt hätten. Dies sei ein wichtiger Schritt für die Rüstungskontrollpolitik gewesen. Wir seien aus tiefer Überzeugung für eine KAE und insbesondere für die Ausdehnung des geographischen Parameters auf ganz Europa. Es gebe keine Sachgründe für die SU, sich dem zu entziehen. Angesichts der krisenhaften Entwicklung in der Welt habe schon eine Verständigung über ein konkretes KAE-Mandat in Madrid eine vertrauensbildende Wirkung.

Was die Entwicklung in Afghanistan angehe, so zeige die militärische Intervention der Sowjetunion, daß diese eine imperiale Politik alter Machart verfolge. Die SU glaube, ihren Interessen am besten dadurch zu dienen, wenn sie möglichst viel Einfluß auf möglichst viele Länder ausübe. Dadurch müsse die SU notwendigerweise in Konflikt mit vielen Ländern geraten.

Zur Entwicklung in Polen habe er, BM, nie einen Zweifel daran gelassen, daß eine sowjetische Intervention in Polen äußerst ernste Konsequenzen nach sich ziehen werde. Er, BM, halte nicht viel von einer Politik der permanenten lauten Warnungen, weil diese einer self-fulfilling prophecy gleichkommen könnten. Aber die SU müsse wissen, daß eine Intervention die Weltlage dramatisch verändern werde. Warnungen vor den schwerwiegenden Folgen einer Intervention hätten dazu beigetragen, daß die Interventionsschwelle höher geworden sei. Auch kritische Betrachter der Schlußakte von Helsinki könnten nicht daran vorbeigehen, daß ohne die Schlußakte die innenpolitische Entwicklung in Polen kaum in dieser Weise möglich gewesen wäre. Er, BM, hoffe, daß das polnische Volk und die polnische Führung in eigener Zuständigkeit ihre Probleme lösen könnten. Er, BM, stimme den Äußerungen von AM Ullsten zu, daß gerade in einer solch schwierigen Lage der Dialog mit allen Seiten fortgesetzt werden müsse. So sei er, BM, im Dezember 1980 nach dem NATO-Treffen[25] in Prag gewesen.[26] Dort habe er außerordentlich klare Gespräche geführt. Er, BM, habe den Eindruck mitgenommen, daß dies von der tschechoslowakischen Führung auch verstanden worden sei.

BM wies dann auf sein bevorstehendes umfängliches Reiseprogramm hin (Islamabad[27], Rückreise über Kairo[28], dann Begleitung des Bundespräsidenten zum

23 Am 16. Mai 1980 traf Bundesminister Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Muskie sowie den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und François-Poncet (Frankreich) in Wien zusammen. Vgl. AAPD 1980, I, Dok. 148.

24 Vgl. dazu Ziffer 8 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 141 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 420 f.

25 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

26 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

27 Bundesminister Genscher besuchte Pakistan vom 15. bis 18. Februar 1981. Vgl. dazu Dok. 44.

28 Zum Aufenthalt des Bundesministers Genscher am 19. Februar 1981 in Ägypten vgl. Dok. 47.

Staatsbesuch in Indien[29], Nord-Süd-Außenministertreffen in Wien, Besuch in Washington und anschließende Besuche in Warschau[30] und Moskau[31], die ebenfalls im März stattfinden würden). Dieses Programm zeige, daß die Bundesregierung bei allen Problemen, vor denen sie stehe, den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen wolle. Er, BM, sei fest davon überzeugt, daß dies auch die Auffassung der gegenwärtigen amerikanischen Administration sei. Senator Percy sei als führender republikanischer Politiker noch im Jahre 1980 nach Moskau gefahren, um der sowjetischen Führung gegenüber die Bereitschaft der neuen amerikanischen Administration zum Dialog auszudrücken.[32] Die SU habe schon in der Art und Weise, wie sie Percy empfangen habe, signalisiert, daß sie dies durchaus verstanden habe. Auch ein amerikanischer Präsident hätte nicht hochrangiger in Moskau empfangen werden können, als dies bei Senator Percy der Fall gewesen sei. Die sowjetische Reaktion auf den verbalen und publizistischen Schlagabtausch der jüngsten Zeit zeige, daß sie verstanden habe, daß auch die USA das Gespräch fortsetzen wolle. Er, BM, glaube, daß der Monat Februar in vielem entscheidend sein werde, u. a. werde die Entwicklung in Polen entscheidende Stufen durchlaufen. Darüber hinaus erwarte man Präsident Reagans Botschaft zur Lage der Nation.[33]

Schließlich könne man von dem Parteitag der KPdSU[34] eine Formulierung der sowjetischen Politik für die nächsten Jahre erwarten. Dem sowjetischen Parteitag komme im Hinblick auf die Festlegung der wirtschaftlichen Prioritäten und der außenpolitischen Absichten erhebliche Bedeutung zu. Es bleibt zu wünschen, daß die sowjetische Führung erkennen möge, daß sie schnellstens eine Korrektur ihres Verhältnisses zur Dritten Welt benötige. Dies gelte nicht nur für eine aktive sowjetische Beteiligung an der Entwicklungshilfe, sondern die SU müsse die EL so nehmen, wie sie seien; sie dürfe diese nicht länger hegemonial behandeln. Der Wille zur Gleichberechtigung und zur Partnerschaft sei die historische Kraft unserer Zeit. Wer sich dem entgegenstelle, stelle sich der geschichtlichen Entwicklung entgegen. Großmachtdenken beeindrucke in der Dritten Welt überhaupt nicht.

Er, BM, sei der Überzeugung, daß im Ost-West-Verhältnis enorme Perspektiven liegen könnten. Eine vernünftige Zusammenarbeit liege auch im Interesse der SU. Dies gelte auch für die DDR. BM wolle mit Nachdruck unterstreichen, daß wir im Hinblick auf die DDR auf keinen Fall etwas tun würden, was die Lage verschärfen könnte. Wir würden vielmehr alles tun, damit von den beiden deutschen Staaten und von ihrem Verhältnis zueinander keine zusätzlichen Spannungen ausgingen. Wir glaubten allerdings, daß sich das Verhältnis zwi-

29 Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsident Carstens bei dessen Besuch vom 4. bis 9. März 1981 in Indien. Vgl. dazu Dok. 57 und Dok. 58.

30 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

31 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93 und Dok. 95–97.

32 Der amerikanische Senator Percy hielt sich vom 26. bis 29. November 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 343.

33 Zum Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 15.

34 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

schen den beiden deutschen Staaten nicht unabhängig, d. h. nicht unter einer Käseglocke, von der allgemeinen weltpolitischen Lage entwickeln könne.

Wenn man über die weltpolitischen Fragen spreche, müsse man auch an die wirtschaftlichen Probleme denken, d. h. an Stagnation, Zuwachsraten, Inflation usw. Wenn sich in der Bundesrepublik die Diskussion darum drehe, wie hoch die Lohnzuwachsraten sein sollten, ob 4, 5 oder 6%, da müsse er, BM, daran denken, daß es in der Welt viele gebe, die hungerten. Wir begrüßten es deshalb, daß Schweden im Nord-Süd-Dialog durch seine vorbildliche Entwicklungshilfe, aber auch durch seine Einstellung zu den Problemen der Dritten Welt, eine so aktive Rolle spiele. Die Haltung Schwedens trage im übrigen dazu bei, daß sich in der Dritten Welt keine antieuropäische Grundstimmung entwickle. Schweden spiele in diesem Zusammenhang eine besonders wichtige Rolle, denn es zeige, daß es europäische Industrieländer wie Schweden gebe, die in der Nord-Süd-Problematik etwas beweglicher seien, als es anderen möglich sei. Wir begrüßten es, daß Schweden in der Nord-Süd-Politik immer wieder neue Impulse gebe. Schweden werde in seinem Wunsch nach enger Zusammenarbeit mit der EG immer einen Anwalt in uns finden.

AM *Ullsten*: Er stimme BM in der Einschätzung des Parteikongresses der KPdSU voll und ganz zu. Man werde sorgfältig prüfen müssen, ob sich hinter der marxistischen Rhetorik ein Wechsel gegenüber der Außenwelt ankündige.

Was die wirtschaftlichen Fragen angehe, die BM angesprochen habe, so sehe er, Ullsten, vor allem drei Problemkreise:

– Zunahme der Arbeitslosigkeit in den OECD-Ländern,
– die Frage des produktiven Recycling der OPEC-Gelder auch im Zusammenhang mit der Inflationsbekämpfung,
– Berücksichtigung der Bedürfnisse der EL.

Eine Lösung aller dieser Probleme erfordere, daß man sie zusammen angehe. Er, Ullsten, hoffe, daß es zu einem Nord-Süd-Gipfel komme. Es werde entscheidend darauf ankommen, daß sich auch die SU in diesen Verhandlungen engagiere. Es sei ferner wichtig, daß sich die BR Deutschland und Schweden, die beide zu dem progressiven Teil der westlichen Welt gehörten, aktiv der Probleme der Dritten Welt annähmen. Er stimme auch BM zu, daß Südostasien in die Liste der Krisengebiete einzureihen sei, auch wenn die Lage sich dort in letzter Zeit etwas verbessert habe.

Im Hinblick auf Südafrika bedauere er sehr den Fehlschlag der Genfer Namibia-Konferenz[35]. Er, Ullsten, sei sehr daran interessiert zu erfahren, wie BM den gemeinsamen Freund Nujoma einschätze.

Für Mittelamerika blieben viele Fragezeichen im Hinblick auf die amerikanische Haltung. Er, Ullsten, habe mehrfach öffentlich unterstrichen, daß Schweden die Widerstandsbewegung in El Salvador unterstütze. Dies bedeute nicht, daß man mit allen Aspekten ihrer Politik einverstanden sei. Schweden leiste humanitäre Hilfe und politische Unterstützung. Es müsse das Hauptziel aller

35 Zum Ergebnis der Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978, die vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf stattfand, vgl. Dok. 14, Anm. 4.

Demokratien sein, das Recht auf Selbstbestimmung überall in der Welt, wie z.B. auch in Polen, durchsetzen zu helfen. Er, Ullsten, sei sehr besorgt (frustrated) über die amerikanische Politik gegenüber Mittelamerika, auch wenn diese schon durch die Carter-Administration eingeleitet worden sei. Wenn der Westen die demokratischen Kräfte nicht unterstütze, werde man eine kommunistische Machtübernahme dort nicht verhindern können.

Dem, was BM über Polen gesagt habe, stimme er, Ullsten, voll und ganz zu. Eine direkte oder indirekte sowjetische Intervention in Polen werde weitreichende Konsequenzen für das Ost-West-Verhältnis und die weltpolitische Lage insgesamt haben. Schweden habe immer wieder mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß das polnische Volk allein und ohne Einmischung von außen Lösungen für seine politischen und wirtschaftlichen Probleme finden müsse. Es bleibe die Frage, wie der Westen reagiere, wenn es doch zu einer sowjetischen Intervention kommen sollte.

Ein Scheitern der Madrider KSZE-Folgekonferenz müsse unbedingt vermieden werden. Madrid müsse zumindest zu einigen konkreten Beschlüssen in allen drei Körben kommen. Was ein KAE-Mandat angehe, sei es schwierig vorauszusagen, welche Beschlüsse hier erreicht werden könnten. Er stimme BM zu, daß VBMs für ganz Europa gelten müßten, denn Vertrauensbildung sei nicht teilbar. Auch Schweden habe das gesamte Europa für VBMs im Auge, d.h. das Gebiet vom Atlantik bis zum Ural. Es stelle sich jedoch die Frage, ob man dieses letzte Ziel sozusagen in einem Durchmarsch erreichen müsse oder ob ein schrittweises Vorgehen möglich sei. Er wolle hinzufügen, daß Schweden an wirkliche, militärisch signifikante VBMs denke, nicht nur an die „weichen" der Helsinki-Schlußakte. Falls man sich in Madrid über die Qualität von VBMs einigen könne, stelle sich die Frage, ob eine solche Einigung nicht Raum für einen Kompromiß in der Frage der Ausdehnung des geographischen Geltungsbereiches schaffe.

Was die Beziehungen zwischen den beiden Supermächten angehe, so müßten die kleineren Mächte, zu denen sich Schweden zähle, zwei Forderungen an die Supermächte stellen:

– Hinweis, daß es eine Verantwortung der Supermächte sei, den Dialog aufrechtzuerhalten, schon um Fehlberechnungen der anderen Seite auszuschließen;
– Erwartung, daß die Supermächte konstruktiv zur Beseitigung der Krisenherde in der Welt mitwirkten.

BM: Er wolle noch einmal auf die KAE und insbesondere auf die Frage des geographischen Geltungsbereichs für VBMs zurückkommen. Es sei unsere feste Meinung, daß man schon im Mandat einer KAE den Geltungsbereich für VBMs genau festlegen müsse. Niemand würde verstehen, wenn wir über den Geltungsbereich noch verhandeln wollten, denn hierüber sei 1975 bei Verabschiedung der Schlußakte von Helsinki entschieden worden. Es sei unmöglich, daß die SU als Bedingung für ihre Teilnahme an einer KAE die Forderung erhebe, über den Geltungsbereich für VBMs, wie er in der Schlußakte festgelegt sei, neu zu sprechen. Er, BM, wolle noch einmal mit Nachdruck feststellen, daß wir an einer KAE nicht teilnehmen würden, wenn die Erstreckung des Geltungsbereichs für VBMs auf ganz Europa nicht feststehe. Dies sei auch die klare Position des Bündnisses. Er stimme im übrigen AM Ullsten zu, daß die VBMs von hoher militärischer Relevanz und verifizierbar sein müßten. Diese Fragen über die

Qualität der VBMs müsse das eigentliche Thema der KAE sein. Je klarer die Position aller Beteiligten zum Geltungsbereich von VBMs sei, desto eher werde man sich mit der SU verständigen können.

Zur Frage von *AM Ullsten*, wie der Westen im Falle einer sowjetischen Invasion in Polen reagieren werde, wolle er, *BM*, folgendes sagen: Er habe schon auf dem NATO-Ratstreffen auf Ministerebene im Dezember 1980 in Brüssel darauf hingewiesen, daß wir zunächst fragen müßten, was wir tun könnten, damit der Eventualfall nicht eintrete. Wir dürften uns nicht so verhalten, als ob eine sowjetische Intervention nur noch eine Frage der Zeit, im übrigen aber bereits entschieden sei. Auch das polnische Volk erwarte dies von uns. Es gebe allerdings viele Leute, die sich Tag und Nacht mit möglichen Gegenmaßnahmen befaßten. Er, BM, habe den NATO-Außenministern gesagt, die einzige Maßnahme, über die man sich jetzt schon verständigen müsse, sei, daß die Außenminister der NATO im Eventualfall sofort zusammentreten müßten. Im Lichte der dann bestehenden internationalen Lage müßten sie dann über die Fragen entscheiden, über die vorher eine Entscheidung nicht möglich sei. Ein vorheriger Maßnahmenkatalog könne spannungsfördernd wirken. Wichtig sei, dies wolle er nochmals wiederholen, daß die Außenminister der NATO in einem solchen Fall sofort zusammenkämen. Dies sei leider nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan versäumt worden. Die SU werde sich scheuen, in Polen einzugreifen, solange keine Gefahr bestehe, daß die Entwicklung auf andere WP-Staaten übergreife, und solange die polnische KP die Entwicklung unter Kontrolle behalte. Die Politik der 70er Jahre habe auch in dieser Hinsicht neue Realitäten geschaffen. Unter den außenpolitischen Bedingungen der 60er Jahre wäre eine sowjetische Intervention in Polen wahrscheinlich längst erfolgt.

Zur Dritte-Welt-Politik wolle er, BM, nochmals unterstreichen, daß man mit den Staaten der Dritten Welt nur auf der Ebene der Gleichberechtigung Beziehungen haben könne. Zu Nujoma könne er sagen, daß er ihn seit mehreren Jahren kenne. Nujoma habe in dieser Zeit eine Art Reifeprozeß mitgemacht und er sei ein anderer als der, den er, BM, vor einigen Jahren kennengelernt habe.[36] Er habe sicher nicht das Format von Mugabe. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage, wie lange Südafrika weiterhin eine Politik verfolgen wolle, die starke Persönlichkeiten der SWAPO festhalte. Im übrigen zahle sich unsere Zusammenarbeit mit den Frontstaaten[37] aus. Der Wille der Frontlinienstaaten, sich zu einer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen[38], werde

36 Bundesminister Genscher führte am 12. Februar 1978 in New York ein erstes Gespräch mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 52.

37 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

38 Ministerialdirektor Gorenflos erläuterte am 6. November 1980, daß sich Angola, Botsuana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Simbabwe, Swasiland und Tansania („Lusaka-Neun") auf einer Gipfelkonferenz am 1./2. April 1980 in Lusaka, der „Southern African Development Coordination Conference" (SADCC), getroffen hätten, „wo die Grundlagen für ein ehrgeiziges Programm wirtschaftlicher Integration des südlichen und südöstlichen Afrika vor allem auf dem Gebiet der Infrastruktur gelegt wurden. Erklärtes politisches Ziel dieser Pläne für verstärkte regionale Zusammenarbeit ist die Gewinnung größerer wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Region von der Republik Südafrika. Mit der beabsichtigten Schaffung eines ständigen Ministerrats, einer Expertenkommission und eines ständigen Sekretariats zur Durchführung der Programme soll die künftige innerafrikanische Kooperation auch den erforderlichen institutionellen Rahmen erhalten." Vgl. Referat 320, Bd. 125249.
Die zweite Konferenz (SADCC 2) fand am 27./28. November 1980 in Maputo statt. Parlamentari-

von uns als Ausdruck eines Willens begrüßt, trotz unterschiedlicher Strukturen und Temperamente einen Beitrag zur regionalen Stabilität zu leisten. Die EG habe gute Erfahrungen mit regionalen Zusammenschlüssen gemacht (ASEAN).[39] Wir sollten als Industriestaaten des Nordens den so entstandenen Gruppierungen in der Dritten Welt jegliche Hilfe geben. Wir müßten uns insbesondere von der Vorstellung freihalten, daß alle Länder der Dritten Welt, die nicht in allem unsere Auffassung verträten, Agenten der Sowjetunion seien. Es gehöre auch zu den deutsch-schwedischen Gemeinsamkeiten, daß beide Länder dazu beigetragen hätten, daß sich eine objektive Betrachtung der Befreiungsbewegungen durchsetzen konnte. Der Bundesregierung sei in dieser Frage im Bundestag vorgeworfen worden, sie unterstütze „Mörderbanden". Damals habe man Mugabe gemeint, der jetzt Führer des unabhängigen Simbabwe sei. Er, BM, habe damals im Parlament auf die große Zahl von Staats- und Regierungschefs hingewiesen, die für die Unabhängigkeit ihrer Länder gekämpft hätten, und daß er, BM, zögere, diese „Mörder" zu nennen. Wir müßten in diesen Fragen vorurteilsfreier werden. Der Wille zur Partnerschaft werde der bestimmende Faktor der Zukunft sein. Die größte Zahl der Ungebundenen wolle vor allem ihre Unabhängigkeit. Wir müßten das Schwarz-Weiß-Denken beseitigen. Er, BM, reagiere schon allergisch, wenn von prokommunistischen und prowestlichen Entwicklungsländern gesprochen werde. Auf diese Weise trage man den Ost-West-Konflikt künstlich in die Dritte Welt. Schweden und die BR Deutschland könnten, aus ihren jeweiligen unterschiedlichen Ausgangslagen heraus, im Sinne einer vorurteilsfreien Betrachtung der Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt wirken.

AM *Ullsten*: Die Auffassung des Bundesministers zu den Fragen der Dritten Welt sei keine Überraschung für ihn gewesen. Er wolle jedoch nochmals unterstreichen, daß er diese weitsichtige Haltung in der Frage einer Dritte-Welt-Politik außerordentlich begrüße, zumal sie von dem BM komme, einem der einflußreichsten westlichen Politiker. In diesen Fragen stimme er voll und ganz mit BM überein. Der Westen habe eine Tendenz, die Länder der Dritten Welt zu katalogisieren (BM warf ein: nach dem Motto, wer nicht für mich ist, ist gegen mich). Die schwedischen Erfahrungen in Tansania, in Simbabwe und ande-

Fortsetzung Fußnote von Seite 168

scher Staatssekretär Brück, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, z. Z. Maputo, berichtete dazu am 29. November 1980: „27 Staaten, darunter die EG-Mitglieder, DDR und vier weitere sozialistische Länder sowie einige OPEC-Staaten waren der Einladung der Lusaka-Neun gefolgt. Alle wichtigen Geberorganisationen waren vertreten (17)." Die Konferenz sei von den „Lusaka-Neun" als Erfolg gewertet worden: „Sie erhielten eindrucksvolle politische Unterstützung für ihr Ziel, größere wirtschaftliche Unabhängigkeit durch regionale Zusammenarbeit zu erreichen. […] Teilnahme und Zusagen der Geber garantieren den Neun, daß ihre Kooperation ernstgenommen und im Rahmen des möglichen unterstützt werden wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 231; Referat 320, Bd. 125249.

39 Im Zuge einer verstärkten Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaften mit den ASEAN-Mitgliedstaaten fanden am 20./21. November 1978 in Brüssel und vom 6. bis 8. März 1980 in Kuala Lumpur gemeinsame Außenministerkonferenzen statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353, und AAPD 1980, I, Dok. 84.
Am 7. März 1980 wurde in Kuala Lumpur ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten abgeschlossen. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.
Eine dritte Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit denen der ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 13./14. Oktober 1981 in London statt. Vgl. dazu Dok. 300.

ren Ländern Afrikas hätten gezeigt, daß die vom Bundesminister aufgezeigte Politik die richtige sei.

Gesprächsdauer: eineinhalb Stunden. (Es fand darüber hinaus ein etwa zweistündiges Vier-Augen-Gespräch BM–AM Ullsten statt).[40]

Anmerkung: Der Herr Bundesminister hat – worauf er in der Pressekonferenz[41] hinwies – AM Ullsten zu einem baldigen Besuch nach Bonn eingeladen.

Referat 204, Bd. 123334

33

Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats Dassel

421-410.41 SOW-94/81 geheim **Aufgabe: 9. Februar 1981, 11.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 722 Plurez
Citissime

Betr.: Viererkonsultationen zur Lage in Polen;
hier: Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen

Nur für Botschafter o. V. i. A.

Als Anlage wird die inzwischen vom BM gebilligte deutsche Stellungnahme zum britischen Papier „Poland Contingency Planning“[2] zu Ihrer Information über-

40 In dem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister Ullsten am 9. Februar 1981 in Stockholm wurden die Neutronenwaffe, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Namibia-Frage und die Wirtschaftspolitik erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178843.

41 Zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher und des schwedischen Außenministers Ullsten gegenüber Pressevertretern am 10. Februar 1981 vgl. den Artikel „Unterschiedliche Positionen zur Abrüstung“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. Februar 1981, S. 4.
Am 5. März 1981 teilte Botschafter Thomas, Stockholm, mit, daß die schwedische Regierung mit Verlauf und Ergebnissen des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 9./10. Februar 1981 „außerordentlich zufrieden“ sei. Der Besuch habe „dem verstärkten Abstimmungs- und Informationswunsch Schwedens zum richtigen Zeitpunkt Rechnung getragen, da die schwedische Regierung sowohl ihre außenpolitischen Akzente mehr auf das Zusammenwirken mit Westeuropa setzt als auch ihre früher fast doktrinäre Haltung in Ost-West- und Nord-Süd-Fragen inzwischen stärker, und dies im Effekt zugunsten ihrer westlichen Partner, zu differenzieren begonnen hat. Mithin haben die Ministergespräche das politische Fundament des Einvernehmens ohne formelle Änderungen verbreitert. In unserer Sicht ist damit auch der Sicherheit an der Nordflanke und in Nordeuropa ein neues Stabilisierungselement hinzugefügt worden.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 267; Referat 204, Bd. 123334.

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben an die Botschafter Hermes, Washington, und Wieck, Brüssel (NATO), wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 15.

2 Für das undatierte Arbeitspapier „Poland: Contingency Planning“, das vom britischen Gesandten Goodall am 20. Dezember 1980 übergeben wurde, vgl. VS-Bd. 10391 (421).
Zu einer ersten Stellungnahme des Auswärtigen Amts zu diesem Papier vgl. Dok. 8, Anm. 2.

sandt. Das Papier wird heute (9.2.) bei den Vierergesprächen der Wirtschaftsdirektoren[3] in London eingeführt.[4]

Dassel[5]

Folgt Anlage:

„In Betracht kommende Wirtschaftssanktionen im Falle einer sowjetischen Intervention in Polen

Wir sind grundsätzlich zu effektiven Eingriffen in unseren Handel bzw. in die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR als Teil einer westlichen Gesamtaktion bereit. Konkrete Entscheidungen über in Betracht kommende Wirtschaftssanktionen müßten im gegebenen Fall kurzfristig auf politischer Ebene (Regierungen, Außenminister) abgestimmt und getroffen werden.

Die folgende Darstellung möglicher wirtschaftlicher Gegenmaßnahmen geht von der Annahme der schlimmsten Form einer militärischen Intervention in Polen aus („Worst-case-Hypothese": Intervention, polnischer Widerstand, Blutvergießen). Wir stimmen den USA darin zu, daß die Konsultationen zu einer größtmöglichen Einheitlichkeit bei den für den schlimmsten Fall denkbaren westlichen Schritten führen sollen. Bei Formen einer Einmischung, die unterhalb dieser Schwelle bleiben, könnte sich die westliche Reaktion nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit auf weniger gravierende Eingriffe bzw. auf Teile der angeführten Maßnahmen beschränken.

Wir gehen von folgenden, offenbar auch von GB, F und den USA akzeptierten Grundsätzen aus:

1) Maßnahmen der sogenannten präventiven Krisensteuerung, d.h. zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in Polen und damit zur Reduzierung der Gefahr einer Eskalation der sowjetischen Reaktion, sollen Priorität haben. Bisherige westliche Hilfsmaßnahmen gegenüber Polen scheinen uns insgesamt für 1981 noch nicht ausreichend zu sein.

2) Um im Ernstfall die größtmögliche Wirksamkeit von Sanktionen zu erreichen, sollten sich alle Verbündeten an den Sanktionen beteiligen; sonstige wichtige Lieferländer (z.B. bei einem Getreideembargo) müßten ebenfalls zur Beteiligung veranlaßt werden.

3 Lord Thomas Bridges (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Jean Claude Paye (Frankreich).Für die USA nahm der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium Hormats, teil

4 Ministerialdirektor Fischer führte am 10. Februar 1981 aus: „Die Sitzung der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der vier beteiligten Länder wurde gemeinsam mit den Politischen Direktoren eröffnet, wobei im allgemeinen eine verhältnismäßig pessimistische Einschätzung der Lage in und um Polen zum Ausdruck kam. Ich nutzte Gelegenheit, um gerade auf diesem Hintergrund die Notwendigkeit rascher wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen (Lebensmittel, Erleichterung Schuldensituation) hervorzuheben. In der anschließenden Besprechung der Wirtschaftsdirektoren konnte in den meisten Punkten Einigkeit über einen Maßnahmenkatalog erzielt werden, aus dem nach allgemeiner Übereinstimmung die NATO-Außenminister im Falle einer Polen-Intervention bei einer sofortigen Sondersitzung geeignete Gegenmaßnahmen auswählen können." Vgl. VS-Bd. 10401 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Paraphe.

3) Nachteile der jeweiligen Maßnahmen sollen für den Westen nicht größer sein als für den Osten.

Im übrigen müßte dafür gesorgt werden, daß alle beteiligten westlichen Länder durch die Sanktionen etwa gleichmäßig belastet werden.

4) Um eine Umgehung der Maßnahmen zu verhindern, muß ihre Anwendung ggf. auch auf andere RGW-Staaten in Betracht gezogen werden.

5) Die vertragliche Basis mit der Sowjetunion und anderen RGW-Staaten sollte grundsätzlich erhalten bleiben (Moskauer Vertrag[6], Vier-Mächte-Abkommen über Berlin[7], Grundlagenvertrag DDR[8]), eine Beschränkung der Durchführung von dafür geeigneten Abkommen als Gegenmaßnahme jedoch vorgesehen werden. Wir sollten dem Osten jedenfalls keinen Vorwand für den Bruch für uns essentieller Vereinbarungen liefern, wie z. B. die Verträge über unsere Beziehungen zur DDR und die Zugangsregelung nach Berlin.

Zu Punkt 1) (Handelsfragen)

A. Handel mit Nahrungsmitteln

Der Export von Nahrungsmitteln aus der Europäischen Gemeinschaft in die UdSSR kann unterbunden werden, entweder durch die EG (Art. 113 EG-Vertrag) oder durch die EG-Mitgliedstaaten (Aufrechterhaltung des Friedens und der internationalen Sicherheit, Art. 224 EG-Vertrag)[9]. Die aufgrund des Ratsbeschlusses vom 15.1.1980 erfolgte Einstellung der Exporterstattung für Lieferungen an die UdSSR[10] hat bereits weitgehend die Wirkung eines Exportverbots. Wir teilen die Auffassung, daß insbesondere eine Einstellung des Getreideexports durch alle wichtigen Lieferländer nachhaltige Auswirkungen auf die Sowjetunion haben würde.

B. Exportkredite

1) Die Einstellung staatlicher Kredite und Kreditsubventionen betrifft uns nicht, da wir solche Hilfen nicht gewähren. Wir hielten sie jedoch für zweckmäßig, da der UdSSR durch eine solche Maßnahme ein besonderer finanzieller Vorteil (anders als bei staatlichen Bürgschaften) entzogen würde.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

7 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

9 Zu den Artikeln 113 und 224 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. Dok. 8, Anm. 6.

10 Auf der EG-Ministerratstagung am 15. Januar 1980 wurde die Streichung des Nahrungsmittelhilfsprogramms 1979 für Afghanistan beschlossen und die EG-Kommission um Vorschläge für eine über das UNHCR zu leistende Soforthilfe für afghanische Flüchtlinge ersucht. Ferner wurde im Kommuniqué ausgeführt: „Im Anschluß an die von den Vereinigten Staaten beschlossenen Maßnahmen betreffend die Lieferung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen an die UdSSR stellt die Gemeinschaft den Grundsatz auf, daß die gemeinschaftlichen Erzeugnisse weder mittel- noch unmittelbar an die Stelle der Lieferungen der Vereinigten Staaten nach der UdSSR treten dürfen." Vgl. BULLETIN DER EG 1/1980, S. 8.

2) Verhängung einer Sperre für neue Bürgschaften:

Grundsätzlich sind wir in der Lage, die Verbürgung von Geschäften mit der UdSSR einzustellen. Da unsere Exporte in die UdSSR zum größten Teil aus langlebigen Investitionsgütern bestehen, die üblicherweise auf Kredit verkauft und durch Bürgschaften abgesichert werden, würde eine Deckungssperre annähernd die Wirkung eines Lieferembargos haben. In bestimmtem Umfang wäre der Sowjetunion jedoch ein Ausweichen auf Bargeschäfte möglich.

Es ist ferner zu beachten, daß wir, wie einige andere westliche Länder, in Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR gewisse Zusagen hinsichtlich der Gewährung staatlicher Bürgschaften gemacht haben.[11] Wir gehen aber davon aus, daß wir bei einer Verletzung des Verbots der Gewaltanwendung durch die UdSSR völkerrechtlich berechtigt wären, diese Abkommen insoweit zu suspendieren. Alle Verbündeten müßten sich diese völkerrechtliche Auslegung zu eigen machen. Außerdem wäre ein Kontrollmechanismus zur Gewährleistung eines einheitlichen Verhaltens möglichst aller OECD-Länder erforderlich. Gegebenenfalls wären statt einer Totalsperre auch Maßnahmen in abgestufter Form möglich, z. B. Einführung eines Plafonds.

C. COCOM und Technologietransfer

Eine Verschärfung der Embargolisten zur Erweiterung der Technologiekontrolle einschließlich der Neubewertung von Computerlieferungen ist – bei Mitarbeit der übrigen beteiligten Länder – kurzfristig möglich. Mit einer Fortsetzung der bisherigen De-facto-Anwendung der „no exceptions policy" sowie deren Anwendung auch auf das innerstaatliche Verwaltungsausnahmeverfahren wären wir einverstanden, teilen allerdings die amerikanische Skepsis zu letzteren Maßnahmen. Die Effizienz der Kontrolle durch unbedingte Beibehaltung des COCOM-Rahmens sollte gewährleistet bleiben; ein unangemessener Zeitverlust sollte vermieden werden können.

D. Einschränkung des Außenhandels

1) Wir können, wie im Fall Iran[12], die Ein- und Ausfuhr von Waren aus bzw. in die UdSSR sowie Dienstleistungsverträge mit der UdSSR durch Außenwirtschaftsverordnung einer Genehmigungspflicht unterwerfen; die Genehmigungspraxis kann in Übereinstimmung mit den Verbündeten bis zur Wirkung eines generellen Verbots verschärft werden. Eine solche weitgehende Einschränkung des Handels hätte zur Voraussetzung, daß entsprechende, in bestehenden Wirtschaftsabkommen mit der UdSSR enthaltene Zusagen – wegen der Verletzung des Verbots der Gewaltanwendung durch die UdSSR – suspendiert werden.

Die zur Diskussion gestellte Beschränkung der Maßnahmen auf Großverträge könnte zu Abgrenzungsschwierigkeiten führen, Umgehungsmöglichkeiten eröffnen (Stückelung) oder den Grundsatz der Gleichbehandlung der einzelnen In-

11 In Artikel 5 des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie verpflichteten sich die Vertragspartner dazu, „hinsichtlich der Gewährung von Bürgschaften" Anstrengungen zu unternehmen, „damit mittel- und langfristige Kredite im Rahmen der in jedem der beiden Staaten bestehenden Regelungen zu möglichst günstigen Bedingungen gewährt werden können". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

12 Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten gegen Iran vgl. Dok. 8, Anm. 5.

dustriebranchen verletzen und die beteiligten Länder unterschiedlich treffen; als Teilmaßnahme scheint sie daher nicht geeignet zu sein.

2) Ein Eingriff in bereits abgeschlossene Verträge (Altverträge) wäre als Enteignung zu bewerten und bedürfte eines eigenen Gesetzes mit Entschädigungsregelung. Dies würde auch der UdSSR ermöglichen, ihrerseits Verträge nicht mehr zu implementieren, aus denen sie noch die Bezahlung schuldet, und somit u. U. dem Westen mehr Schaden als der UdSSR zufügen.

Auch die amerikanische Überlegung, bestimmte Verträge, z. B. über das Projekt Sajansk, zu suspendieren, ist in der Bundesrepublik Deutschland ohne besonderes Gesetz mit Entschädigungsregelung nicht zu realisieren. Im übrigen trifft es nicht zu, daß die deutsche Firma Klöckner dieses Projekt von der amerikanischen Firma ALCOA „übernommen" oder deren Lieferangebot ersetzt hätte.[13]

Zu Punkt 2) (Luftverkehr)

Das Luftfahrtabkommen mit der UdSSR[14], das den Linienverkehr regelt, kann nur mit einjähriger Frist gekündigt werden; der sofortige Entzug der Betriebserlaubnis wäre deshalb ein Verstoß gegen vertragliche Verpflichtungen. Ein derartiger Eingriff wäre bei Verletzung des Verbots der Gewaltanwendung durch die UdSSR völkerrechtlich gerechtfertigt.

Außerlinienmäßige Überfluggenehmigungen sowie Charterflüge in die Bundesrepublik Deutschland können ohne weiteres versagt werden.

[15]Zu Punkt 3 (Schiffahrt)

Eine Einschränkung des deutsch-sowjetischen Schiffsverkehrs würde die Kündigung des deutsch-sowjetischen Abkommens über Allgemeine Fragen des Han-

13 Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger notierte am 2. Mai 1980: „Das ursprüngliche Projekt über die Errichtung einer modernen Aluminiumhütte in Sajansk/UdSSR mit einem Lieferwert von insgesamt ca. 1 Mrd. DM sah als Konsortialführer die Klöckner Industrie-Anlagen GmbH, Duisburg, mit der K[löckner]H[umboldt]D[eutz] Humboldt Wedag AG, Köln, vor. Die Technologie für das Verfahren, das Know-how für die Fertigung einzelner Teile sowie die Computer-Anlagen im Werte von ca. 100 Mio. DM sollte die ALCOA Aluminium Company of America, Pittsburgh, beitragen. Ferner waren Zulieferungen im Werte von ca. 130 Mio. DM aus anderen EG-Ländern vorgesehen. […]. Nach dem Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan stornierte die US-Firma ALCOA ihr Angebot. Die sowjetische Seite stellte daraufhin die Anwendung eines eigenen Verfahrens für die Aluminiumhütte einschließlich Verfahrens-Know-how, Automatisierungs- und Computeranlagen in Aussicht." Das neue Angebot der Firma Klöckner bestehe in der Lieferung konventioneller Anlagen, insbesondere für eine Anodenfabrik, und habe einen Wert von rund 707 Mio. DM: „Es enthält nach vorliegenden Unterlagen und Bestätigung der Firma keinerlei Ersatzlieferungen für das frühere US-Angebot, so auch keinen Ersatz für Lieferungen von Teilen nach einem US-Know-how." Vgl. Referat 421, Bd. 141317.
Botschafter Wieck, Moskau, berichtete am 5. September 1980: „1) Der Vertrag über das Aluminiumprojekt Sajansk ist am 5. September 1980 von dem Konsortium Klöckner Industrie-Anlagen GmbH, Duisburg, der französischen Tochtergesellschaft der Firma Klöckner und der KHD Humboldt Wedag AG, Köln, und der sowjetischen Außenhandelsorganisation V/O Metallurgimport im hiesigen Außenhandelsministerium unterzeichnet worden. […] 2) Die Bezahlung des deutschen Lieferanteils erfolgt aus einem Hermes-versicherten Finanzkredit". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3939; Referat 421, Bd. 141317.

14 Für den Wortlaut des Luftverkehrsabkommens vom 11. November 1971 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1526–1530.

15 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 723 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

dels und der Seeschiffahrt vom 25.4.1958[16] erfordern (einjährige Kündigungsfrist), andernfalls läge ein Verstoß gegen die Bestimmungen dieses Abkommens vor. Bei einer Verletzung des Verbots der Gewaltanwendung durch die UdSSR wäre eine Suspendierung dieser Bestimmungen völkerrechtlich gerechtfertigt. Eine Schließung der Häfen für sowjetische Schiffe würde wie in GB die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage erfordern. Außer den genannten Abkommen besteht kein besonderer Schiffahrtsvertrag.

Zur amerikanischen Anfrage bezüglich des Umfangs des Schiffsverkehrs mit der UdSSR (1979):

Bilateraler Verkehr über deutsche Seehäfen:

Versand 2,1 Mio. t, Empfang 7,4 Mio. t; sowjetische Schiffe hatten Anteil von 75,5% (deutsche Flagge 3,5%).

Am Gesamtumschlag (156,5 Mio. t) über deutsche Seehäfen waren UdSSR-Schiffe mit 6,1% beteiligt (deutsche Flagge 15%).

An Crosstrade (Linienverkehr) hatte die Sowjetunion in nachstehenden Fahrgebieten folgende Anteile:

Ostafrika	rd. 8% (deutsche Flagge 13%)
Mittelamerika	rd. 6% (deutsche Flagge 32%)
Fernost	rd. 6% (deutsche Flagge 9,7%),

Tendenz in 1980 z. T. erheblich steigend.

Die im britischen Papier besonders erwähnte Beschränkung der Benutzung der Transsibirischen Eisenbahn ist für uns von geringer Bedeutung (nach unseren Informationen entfallen allein 40% des Frachtaufkommens auf japanische Transportgesellschaften).

Im „worst case“ sollten wie bei den Iran-Sanktionen Speditionsverträge mit der UdSSR generell genehmigungspflichtig gemacht werden.

Zu Punkt 4 (Fischerei)

Das Fischereiwesen gehört zur Kompetenz der EG, die imstande wäre, sowjetische Fischereischiffe weiterhin aus EG-Gewässern fernzuhalten.

Zu Punkt 5) (Energie/Erdgas-Röhren-Geschäft[17])

Die Suspendierung dieses Geschäfts kann voraussichtlich bereits durch die Verweigerung staatlicher Bürgschaften erreicht werden. Gegebenenfalls könnte es durch eine Außenwirtschaftsverordnung unterbunden werden. Auch wäre eine Fortsetzung der Firmenverhandlungen im extremen Fall nicht mehr vorstellbar.

Im Fall von Ereignissen unterhalb des „worst case“ wäre nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu prüfen, ob wir auf das Geschäft und damit auf die in unserem Interesse liegende Diversifizierung der Erdgas-Bezugsquellen verzichten sollen. Die Einstellung von Energieprojekten würde das Risiko verstärk-

16 Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt nebst Anlagen und begleitendem Briefwechsel vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222–231.

17 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 29, Anm. 14.

ten sowjetischen Interesses an Nahost-Öl vergrößern und die westliche Energieversorgung in dem Maße beeinträchtigen, in dem alternative Energiequellen derzeit nicht verfügbar sind.

Zu Punkt 6 (Finanzen)

Die Beschränkung sowjetischer Einlagen in der Bundesrepublik Deutschland sowie deutscher Kredite an sowjetische Empfänger ist mittels Außenwirtschaftsverordnung möglich. Dagegen ist ein Einfrieren sowjetischer Guthaben sowie eine Beschränkung der Tätigkeit sowjetischer Banken in der Bundesrepublik Deutschland nach gegenwärtiger Rechtslage nicht ohne weiteres durchzuführen. Hierzu müßte ein eigenes Gesetz (gemäß Artikel 14 Grundgesetz mit Entschädigungsregelung[18]) erlassen werden.

Eingriffe in den Zahlungs- und Kreditverkehr haben einen sehr hohen Vertrauensverlust im Rahmen des weltweiten Währungssystems zur Folge. Wir teilen im übrigen die amerikanischen Bedenken, daß die meisten Maßnahmen in diesem Bereich uns mehr schaden könnten als der UdSSR.

Zu Punkt 7 (Vorläufige Maßnahmen)

1) Wir ziehen in Übereinstimmung mit dem amerikanischen Vorschlag einer politischen Entscheidung und Abstimmung der Maßnahmen vor Verhängung von Sanktionen dem Konzept eines Moratoriums (mit nachträglicher Regelung von Einzelfragen) vor.[19] In den meisten Punkten – soweit keine neuen Gesetze erforderlich sind – können wir die erforderlichen Maßnahmen kurzfristig durchführen; die notwendigen Außenwirtschaftsverordnungen können etwa binnen einer Woche in Kraft gesetzt werden.

2) Wir sind gleichfalls in der Lage, das nichtdiplomatische Personal der sowjetischen Handelsvertretung um etwa die Hälfte zu verringern. Tagungen der Gemischten Wirtschaftskommission und ihrer Organe können suspendiert werden."

VS-Bd. 10391 (421)

18 Artikel 14 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 garantierte Eigentum sowie Erbrecht und legte u. a. fest: „Eine Enteignung […] darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt." Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 3.

19 Satz so in der Vorlage.

34

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1549/81 geheim **Aufgabe: 9. Februar 1981, 17.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 220 **Ankunft: 9. Februar 1981, 18.22 Uhr**

Betr.: Die Wirtschaftsbeziehungen der kommunistischen Länder mit den Ländern der Dritten Welt im Laufe von 25 Jahren (1956 bis 1979)

Bezug: NATO-Dokument AC/127-WP/630 und Addendum[2]

I. Der NATO-Wirtschaftsausschuß (WA) hat in einer umfassenden Studie AC/127-WP/630 nebst Addendum die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion und der übrigen kommunistischen Länder einschließlich der Volksrepublik China zu den nicht-kommunistischen Ländern der Dritten Welt (LDCs[3]) im Laufe von 25 Jahren (1956 bis 1979) untersucht mit dem Ziel, Ausmaß, Struktur und Qualität der kommunistischen Hilfe, ihre Zielsetzungen und regionalen Schwerpunkte sowie den Kosten/Nutzen-Effekt für die Sowjetunion zu analysieren.

II. Aus den Ausführungen wird folgendes hervorgehoben:

1) Die Wirtschafts- und Rüstungshilfe der SU an die Länder der Dritten Welt stellt sowohl ein erstklassiges Handelsgeschäft wie ein wichtiges Instrument außenpolitischer Strategie dar. Allein der Handel mit Waffen erreichte 1979 einen Ausfuhranteil von 60 bis 70 v.H., während die Lieferungen aus der Wirtschafts- und Rüstungshilfe zusammengenommen etwa 75 v.H. der sowjetischen Gesamtausfuhr betragen. Die Waffenlieferungen sind seit 1971 (865 Mio. Dollar) nahezu ununterbrochen gestiegen und erreichten 1979 den Wert von 6,6 Mrd. Dollar. Demgegenüber belief sich die Wirtschaftshilfe 1979 auf lediglich 417 Mio. Dollar. Sie ist gegenüber 1978 um 45 Mio. Dollar gesunken und nur 15 Mio. Dollar höher als 1975. Eine ähnliche Tendenz (steigende Waffenexporte bei rückläufiger bzw. stagnierender Wirtschaftshilfe) zeigen die Hilfeleistungen der übrigen osteuropäischen Länder, die im Vergleich zur SU nur eine untergeordnete Rolle spielen.

2) Die Zusammenfassung 25jähriger Wirtschafts- und Militärhilfe der SU an die LDCs ergibt folgendes Bild:

Wirtschaftshilfe 15,5 Mrd. Dollar, davon ausgezahlt 7,7 Mrd. Dollar (= 50 v.H.). Militärhilfe 47 Mrd. Dollar, davon in Anspruch genommen 35,3 Mrd. Dollar (= 75 v.H.). Wirtschafts- und Militärhilfezusagen insgesamt 62,5 Mrd. Dollar, die sich auf 76 Nehmerländer verteilen. Diese Hilfeleistungen, ergänzt durch Aus-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Rupprecht am 10. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, die Vortragenden Legationsräte Seibert und Boden sowie Legationsrat I. Klasse Wagner verfügte.
Hat Hofmann am 10. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Wichtig für Reden!"
Hat Seibert am 11. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Boden und Wagner am 12. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Hofmann am 20. Februar 1981 erneut vorgelegen.

2 Für das Arbeitspapier des Wirtschaftsausschusses der NATO vom 26. Januar 1981 mit drei Anlagen vgl. VS-Bd. 10240 (201).

3 Less Developed Countries.

bildungs- und Trainingsprogramme großen Ausmaßes für insgesamt rd. 150 000 Angehörige aus 100 Entwicklungsländern, wurden durch die übrigen osteuropäischen Länder unterstützt (Wirtschaftshilfe 7,9 Mrd. Dollar, Militärhilfe 4 Mrd. Dollar).

3) Schwerpunktländer sowjetischer Militärhilfe, deren Volumen von 1974 bis 1979 rd. 34 Mrd. Dollar betrug (verglichen mit ca. 8,7 Mrd. Dollar im Zeitraum 1967 bis 1973), sind die Länder Irak, Syrien, Libyen, Algerien, Ägypten (von 1967 bis 1973), Indien, Äthiopien und Afghanistan.

4) Die sowjetischen Waffenlieferungen machen deutlich, daß sie vor allem als Instrument der Außenpolitik zu begreifen sind, um die Empfängerländer immer stärker in den eigenen Einflußbereich zu ziehen, während die Wirtschaftshilfe zwar eine nützliche und manchmal wirkungsvolle Ergänzung, nicht aber die Speerspitze sowjetischer Entwicklungshilfe darstellt.

5) Die langfristigen Militär- und Wirtschaftshilfeprogramme ermöglichten es der SU, mit niedrigem Kostenaufwand (die Hilfe der SU beträgt nur ca. 1 v. H. der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe) wichtige strategische, geopolitische und kommerzielle Ziele vor allem im Mittleren Osten, in Nordafrika und in Südasien zu erreichen. Zu den erlangten Vorteilen gehören der Erwerb wichtiger strategischer Stützpunkte, die Begründung der Abhängigkeit der LDCs von sowjetischem militärischen Gerät mit entsprechendem Wartungs- und Ersatzteilaufwand, der Erwerb dringend benötigter Devisen, der Ausbau der Handelsbeziehungen mit den LDCs (im Laufe von 25 Jahren von 254 Mio. Dollar auf 14,5 Mrd. Dollar), die Durchdringung der militärischen Machtstrukturen in Schlüsselnationen der Dritten Welt sowie der Zugang zu wichtigen Brenn- und Rohstoffen dieser Länder für die Versorgung des eigenen Machtbereichs.

6) An wirtschaftlichem Nutzen aus sowjetischer Projekthilfe werden u. a. aufgeführt (Ziffer 97 a. a. O.): Erdgas aus Afghanistan, Erdöl aus Syrien und dem Irak, Bauxit aus Guinea, Aluminium aus der Türkei, Phosphat aus Marokko sowie Stahlerzeugnisse aus Indien.

7) Nach Auffassung des WA blieben die Ziele sowjetischer Entwicklungshilfepolitik unverändert. Sie werden bestimmt von der Abwehr westlichen Einflusses in den Entwicklungsländern und der Begründung einer eigenen Vormachtstellung. Dabei werden alle Entscheidungen durch die gegebenen Zwänge und die Überlegung beeinflußt, eine direkte militärische Konfrontation mit den USA zu vermeiden. Hierbei werden mutmaßliche Vorteile gegen potentielle Gefahren abgewogen und gelegentliche, auch demütigende Rückschläge im Interesse der Erzielung langfristiger Vorteile in Kauf genommen. Flexibilität, schnelles Handeln und das Einhalten von Verträgen werden für die sowjetische Haltung als kennzeichnend betrachtet.

Der WA kommt zu dem Ergebnis, daß der Kosten-/Nutzen-Effekt sowjetischer Entwicklungshilfe trotz gelegentlicher Rückschläge insgesamt als zufriedenstellend, vielleicht sogar als gut zu bewerten sein dürfte.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10303 (201)

35

Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-1558/81 geheim **Aufgabe: 9. Februar 1981, 19.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 126 **Ankunft: 9. Februar 1981, 21.22 Uhr**

Betr.: Akkreditierung des Leiters der Ständigen Vertretung

Heute habe ich dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker mein Beglaubigungsschreiben überreicht. Das Zeremoniell für die Akkreditierung fand von 11.00 Uhr bis 11.50 Uhr vor und im Staatsratsgebäude statt. Einzelheiten zum förmlichen Ablauf sind in dem Merkblatt „Zeremoniell für die Akkreditierung" enthalten, das gesondert übersandt wird.[2]

Meine Begleiter waren die Mitglieder der StäV Hellbeck, Hoesch, Dehmel, Schmittlein und Leinius. In Honeckers Begleitung befanden sich der Sekretär des Staatsrates Heinz Eichler, der stellvertretende Außenminister Kurt Nier und Abteilungsleiter Seidel vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten. Nach Überreichung des Abberufungsschreibens Gaus' und meines Beglaubigungsschreibens hatte ich mit Honecker ein „Vier-Augen-Gespräch", an dem auf seiten der DDR noch Eichler und Nier teilnahmen.

Das erste Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker verlief nach dem sehr steifen Zeremoniell bei der Überreichung des Beglaubigungsschreibens in einer durchaus freundlichen und sehr sachlichen Atmosphäre. Unsere Unterhaltung dauerte vierzig Minuten und überschritt damit das eigentlich vom Protokoll vorgesehene Zeitmaß.

Gleich zu Beginn der Begegnung habe ich Generalsekretär Honecker die Botschaft des Bundeskanzlers[3] überreicht und ihm gesagt, daß ich zu einer Erörterung des Inhalts jederzeit zur Verfügung stünde.

Mit seinen Grüßen an BK verknüpfte er die Bemerkung, daß er sich mit dem Inhalt beschäftigen und später darauf zurückkommen werde.[4]

Honecker begann das Gespräch mit einigen persönlichen Bemerkungen über die Verfolgung meiner Familie unter dem Nationalsozialismus. Er knüpfte hier an ein am Sonntag ausgestrahltes RIAS-Interview[5] an, das ihm offenkundig in einer Ausschrift vorgelegt worden war. Erlebnisse der Verfolgung, so meinte er

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 10. Februar 1981 vorgelegen.

2 Für das Merkblatt „Zeremoniell für die Akkreditierung eines Außerordentlichen und Bevollmächtigten Botschafters oder eines Außerordentlichen Gesandten und Bevollmächtigten Ministers in der Deutschen Demokratischen Republik" vgl. Referat 210, Bd. 132437.

3 Für den Wortlaut der Botschaft, die Bundeskanzler Schmidt am 9. Februar 1981 dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, übermitteln ließ, vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 562–564.

4 Am 12. Februar 1981 ließ der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Bundeskanzler Schmidt über Rechtsanwalt Vogel eine erste Antwort auf dessen Botschaft vom 9. Februar 1981 zukommen. Für das Gespräch zwischen Schmidt und Vogel vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 565–568. Zur Antwort Honeckers vom 18. März 1981 vgl. Dok. 77.

5 Zu den Äußerungen des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, in dem am 8. Februar 1981 gesendeten Interview vgl. den Artikel „Honecker hält die innerdeutschen Beziehungen für ausbaufähig"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Februar 1981, S. 1.

wohl auch mit Blick auf seine Jahre im Zuchthaus Brandenburg-Görden[6], seien prägend für das ganze Leben.

Honecker stellte als das ihm offensichtlich wichtigste Thema immer wieder die Friedenssicherung und die Sicherheitspolitik heraus. Wie schon in den zahlreichen Artikeln des „Neuen Deutschland" der letzten Wochen und zuletzt in seinem Interview mit dem britischen Verleger Maxwell am Wochenende[7] betonte er erneut, die Ausführung des Brüsseler Doppelbeschlusses[8] müsse die internationale Atmosphäre negativ verändern – „die Welt sieht danach anders aus". Zwar wolle er jede Einmischung in unsere Angelegenheiten vermeiden, doch erinnere er daran, er sei sich mit dem Bundeskanzler in Belgrad[9] darüber einig gewesen, daß die internationale Lage die innerdeutschen Beziehungen beeinflussen müsse; auch hätten die späteren Gespräche des Bundeskanzlers in Moskau[10] zu einer Verbesserung der Lage geführt („zur Zeit hängt alles in der Luft"). Wohl im Hinblick auf die derzeitigen Diskussionen bei uns meinte er, die Bundesregierung solle doch versuchen, den Doppelbeschluß „ad acta zu legen" und statt dessen „nach neuen Wegen zu suchen". Hierauf habe ich ihm geantwortet, daß er sich nicht täuschen möge. Die Bundesregierung werde am Doppelbeschluß, und zwar an seinen beiden Teilen, unbedingt festhalten. Dies habe BK bereits Günter Mittag[11] seinerzeit ausführlich begründet. Honecker gab dann eine kurze kritische Einschätzung der ersten Erklärungen der neuen amerikanischen Administration[12], aus der hervorgeht, daß er – genau wie die Sowjetunion – bereit ist, sich auf Realitäten einzustellen. Die polemischen Bemerkungen zur Regierung Reagan waren eher Camouflage.

Honecker ging dann zu den zweiseitigen Beziehungen über und sprach davon, daß es auch zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland Lichtblicke gegeben habe. Er meinte damit die Phase der innerdeutschen Beziehungen nach Afghanistan[13]. An dieser Stelle kommentierte er sehr positiv die Atmosphäre bei dem Gespräch mit dem Bundeskanzler in Belgrad im Mai vergangenen Jahres. Sodann erwähnte er seine Rede in Gera[14] und erklärte wörtlich: „Diese Fragen bleiben selbstverständlich auf dem Tisch." Honecker machte eine positive Bemerkung zu einem Satz in meinem RIAS-Interview, wo ich darauf hingewiesen hatte, daß die Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen natürlich nicht ohne die DDR zu erreichen gewesen seien. Die Beziehun-

6 Erich Honecker war von 1937 bis 1945 im Zuchthaus Brandenburg-Görden inhaftiert.

7 Am 6. Februar 1981 führte der Generalsekretär des ZK der SED ein Gespräch mit dem britischen Verleger Maxwell. Für den Wortlaut vgl. HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 534–550.

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

9 Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

10 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

11 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 17. April 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515.

12 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.

13 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

14 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 in Gera vgl. Dok. 18, Anm. 5.

gen zwischen den beiden Staaten seien nicht so weit entwickelt, wie es nach seiner Meinung eigentlich der Fall sein könne. Honecker kam hier auf das Thema der Staatsangehörigkeit zu sprechen. Die DDR sei bereit, den Grundlagenvertrag[15] „mit Leben zu erfüllen", aber eine „Reihe von Fragen" müsse noch einer Lösung zugeführt werden. Wir müßten von der Tatsache zweier unabhängiger souveräner Staaten ausgehen, die natürlich ihre eigenen Bürger hätten. Seit dem Grundlagenvertrag seien viele Jahre vergangen, und es sei an der Zeit, diese Probleme anzugehen, die sowohl für die DDR als auch international von Bedeutung seien. Wohl beispielhaft nannte er hier das Thema Elbe-Abschnitt[16]. Er hoffe, daß der Bundeskanzler dazu beitragen werde.

Er nehme gern zur Kenntnis, daß wir unsere Ost- und Deutschlandpolitik weiterzuführen entschlossen seien. Auch auf seiten der DDR wolle man hier keine Änderung. Allerdings, so wiederholte er, müßten im Zeichen der Fortentwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten eben jene Probleme gelöst werden, die zur guten Nachbarschaft führen sollten. An dieser Stelle sagte Honecker mit Nachdruck, daß solche Bemühungen natürlich von der „Großwetterlage", die auf beide deutsche Staaten einwirke, beeinflußt würden. In diesem Kontext meinte Honecker, wir müßten uns von der Fiktion der Grenzen von 1937 trennen. Auch sei im Bundestagswahlkampf[17] eine Menge schädlicher „großdeutscher Qualm" verbreitet worden.

Auf der Linie seines Interviews mit dem britischen Verleger Maxwell sprach Honecker davon, daß auf seiten der DDR eine „große Portion Bereitschaft" zur Verbesserung der Beziehungen vorhanden sei. An dieser Stelle des Gesprächs zitierte ich einen Satz aus einem Brief des SED-Generalsekretärs von 1977 an den Bundeskanzler, wonach Stagnation in den innerdeutschen Beziehungen stets die Gefahr des Rückschritts in sich berge.[18] Honecker bestätigte, daß dieser Satz auch heute unverändert zutreffe.

Er kam dann auf den X. Parteitag der SED[19] und die sich anschließenden Wahlen zur Volkskammer[20] zu sprechen und informierte mich davon, daß sowohl in seinem Rechenschaftsbericht[21] als auch in dem Entwurf für die Beschlüsse des Parteitages die Politik der DDR uns gegenüber formuliert sein werde. Hier beschrieb er noch einmal seine grundsätzliche Haltung mit den Worten, daß er alle Möglichkeiten zu nutzen wünsche, um Schritt für Schritt der Normalisierung näherzukommen. Heute seien wir allerdings von dem Ziel gutnachbarlicher Beziehungen „noch weit entfernt". Ausdrücklich meinte Honecker, daß man Rückschläge auch für die Zukunft nicht ausschließen könne.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

16 Zur Problematik des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe vgl. Dok. 18, Anm. 8.

17 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

18 Für den Wortlaut des Schreibens des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 2. August 1977 an Bundeskanzler Schmidt vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 390–392.

19 Der X. Parteitag der SED fand vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin statt. Vgl. dazu Dok. 113, Anm. 5.

20 Die Wahlen zur Volkskammer der DDR fanden am 14. Juni 1981 statt.

21 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED auf dem X. Parteitag der SED am 11. April 1981 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 8, S. 7–142.

Nach den Darlegungen Honeckers habe ich folgende Punkte vorgetragen:

– daß wir unverändert und unvermindert wegen der Lage in Polen besorgt seien. Er werde die klaren Akzente, die vom Bundeskanzler und vom französischen Staatspräsidenten in Paris[22] gesetzt worden seien, bemerkt haben;
– daß die Bundesregierung auch für die Zukunft am Ausbau der Zusammenarbeit interessiert bleibe;
– daß wir die Maßnahmen der DDR in Sachen Mindestumtausch[23] allerdings unverändert als schwere Belastung empfinden und daß ich ihn bitte, in eigener Souveränität eine Überprüfung zu bedenken;
– daß wir uns unter dem Dach der bestehenden Vereinbarungen bemühen sollten, auf solchen Feldern wie Kulturaustausch, Sportbeziehungen und Umweltschutz schrittweise voranzukommen;
– daß Erleichterungen im Reiseverkehr von uns angestrebt würden, die als Beleg für die ernsthafte Bemühung um die Verbesserung der zweiseitigen Beziehungen dienen könnten.

Weder zum Thema Mindestumtausch noch zu meiner Anregung, auf den genannten Feldern neue Initiativen zu entwickeln, reagierte Honecker substantiell. Zur Verbesserung der Reisemöglichkeiten meinte er, daß die Friedenssicherung heute obenan stehen müsse. Menschliche Begegnungen habe es auch vor dem Zweiten Weltkrieg gegeben, und trotzdem seien wir dann in eine Katastrophe geraten.

Wertung

Die Unterhaltung bestätigte, was im Kreis der deutschlandpolitischen Sachverständigen unter Vorsitz von StM Huonker am 3. Februar 1981 als Analyse erarbeitet wurde: Die Haltung der DDR zu uns bleibt ambivalent. Der zweimalige Hinweis auf die Großwetterlage und auf den X. Parteitag illustriert, daß das Manövrierfeld der DDR zwar außerordentlich begrenzt ist, daß der SED-Generalsekretär aber mit uns in Tuchfühlung zu bleiben wünscht. Der Gera-Katalog wurde zwar nicht in den Rang einer harten Kondition gerückt, doch müssen wir damit rechnen, daß diese Forderungen künftig offensiv gegen uns genutzt werden. Die Führung in Ost-Berlin scheint zu glauben, daß für sie günstige Stellungnahmen bei uns die Bundesregierung irgendwann zu Kurskorrekturen veranlassen könnten.

In diesem Zusammenhang waren die Ausführungen von AM Fischer bemerkenswert. Er erklärte die Bereitschaft der DDR zu „Schritten in die richtige Richtung". Es könnten von den Beziehungen zwischen uns auch „Impulse ausgehen". Fischers Bemerkungen zu Honeckers Gera-Rede waren auffällig zurückhaltend. Alles müsse reifen, nichts könne übers Knie gebrochen werden. So-

22 Am 5./6. Februar 1981 fanden die deutsch-französischen Konsultationen in Paris statt. In der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing wurde u. a. „Mäßigung beim politischen Handeln" gefordert. Diese bedeute „wesentlich auch, daß Polen in der Lage sein muß, seine ernsten Probleme selbst friedlich und ohne Einmischung von außen zu lösen". Vgl. BULLETIN 1981, S. 101.
Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 29 und Dok. 31.

23 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

wohl der Generalsekretär als auch AM Fischer erklärten mehrfach ihre Bereitschaft, mich in meiner Arbeit zu unterstützen. Gesprächspartner würde ich genug finden.

AM Fischer bat mich, seine Grüße an „Hans-Dietrich Genscher“ auszurichten.

Zusammenfassend: Honecker und Fischer waren bemüht, eine freundliche Atmosphäre zu erzeugen, vermieden allerdings beide, auf meine konkreten Punkte substantiell einzugehen.

[gez.] Bölling

VS-Bd. 13211 (210)

36

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam

214-320.10/4 POL-307/81 geheim **10. Februar 1981**

Über Herrn D 2[1] Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Eventualfallplanung Polen;
hier: Konsultation der vier Politischen Direktoren in London am 9.2.1981

Zur Unterrichtung

Anliegend wird eine Niederschrift über die ganztägige Konsultation der vier Politischen Direktoren vorgelegt.

Aus der Diskussion ist folgendes hervorzuheben:

1) Die Lage in Polen wurde vor allem von den Amerikanern und Briten als außerordentlich alarmierend eingeschätzt. Sie drängten auf einen möglichst baldigen Abschluß der Eventualfallplanung im NATO-Rat. Die Ergebnisse der Vie-

1 Hat Ministerialdirektor Blech am 12. Februar 1981 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 13. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Blech vermerkte: „Vielleicht können wir hierüber noch einmal sprechen (siehe Seite 6).“ Vgl. Anm. 14.
Hat Blech am 17. Februar 1981 erneut vorgelegen, der auf einem Begleitvermerk handschriftlich für Lautenschlager vermerkte: „Ich lege die Aufzeichnung nochmals vor; evtl. wollen Sie sie dem Herrn Minister zur Kenntnis geben. Ihre Verfügung und Randbemerkung auf S. 6 dürften nach meiner mündlichen Darlegung gestern erledigt sein. Ich lege hierzu noch eine gesonderte Aufzeichnung vor.“ Vgl. Dok. 40, Anm. 19.
Hat Lautenschlager am 18. Februar 1981 erneut vorgelegen, der die Wörter „Herrn Minister“ hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „r[ichtig]“. Zu dem Satz „Ihre Verfügung … erledigt sein“ vermerkte er handschriftlich: „Ja.“ Ferner vermerkte er handschriftlich für das Ministerbüro: „Je nach Terminlage des Ministers würde ich eine Unterrichtung des Ministers empfehlen.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 26. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Pfeffer am 29. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bräutigam verfügte und für Referat 214 handschriftlich vermerkte: „Anruf.“
Hat Bräutigam am 29. Juni 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13333 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

rerkonsultationen in den verschiedenen Gremien (Politische Direktoren, Wirtschaftsdirektoren, Botschafter in Washington) sollen in der nächsten Woche in den Ständigen NATO-Rat eingeführt werden.

2) Obwohl die Amerikaner und Briten auf einen raschen Abschluß der Eventualfallplanung drängten, nahmen sie hinsichtlich des politischen Maßnahmenkatalogs eine differenzierte, keineswegs maximalistische Haltung ein.

3) In dem politischen Maßnahmenkatalog kommt der Frage einer Unterbrechung der SALT-Gespräche (einschließlich LRTNF[3]) besondere Bedeutung zu. Die Franzosen haben sich erneut für eine Unterbrechung sine die eingesetzt. Die Amerikaner erklärten, daß sich die neue Administration[4] in dieser Frage noch keine Meinung gebildet habe. Sie werde sich aber wohl für eine längere, zeitlich unbestimmte Unterbrechung entscheiden.

4) Amerikaner, Briten und Franzosen stimmten unserer Darlegung zu, daß im Falle harter westlicher Maßnahmen Schwierigkeiten in Berlin nicht ausgeschlossen werden könnten. Eine größere Berlin-Krise hielten Amerikaner und Briten jedoch nicht für wahrscheinlich.

Es bestand Übereinstimmung, daß vor einer Polen-Sitzung des NATO-Ministerrats die vier Außenminister wegen der Berlin-Aspekte zusammenkommen sollten.

5) Die Direktoren erörterten auch den zeitlichen Ablauf des Entscheidungsprozesses auf westlicher Seite. Die Tendenz ging dahin, daß

a) der Ständige NATO-Rat unverzüglich nach Bekanntwerden der Intervention zusammentritt;

b) einen Tag später die Politischen Direktoren der Vier und Zehn in Brüssel zusammentreten;

c) einen Tag darauf (oder auch zwei Tage später) die zehn EG-Außenminister, die vier Außenminister sowie die 15 NATO-Außenminister in Brüssel zusammenkommen, um die westliche Haltung festzulegen.

Außerdem sollen die „gleichgesinnten Länder" (Australien, Neuseeland, Japan, Argentinien, Spanien) in die Vorbereitungen und den Entscheidungsprozeß einbezogen werden.

Bräutigam

[Anlage]

Betr.: Eventualfallplanung Polen;
hier: Konsultation der Politischen Direktoren in London am 9.2.1981

Teilnehmer: Deputy Undersecretary Bullard (UK), Assistant Undersecretary Vest (USA), Designierter Assistant Undersecretary Eagleburger (USA), Direc-

3 Korrigiert aus: „RNTNF".
Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

4 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.

teur Adjoint des Affaires Politiques, Dupont (F), MD Dr. Blech, Gesandter Dr. Pfeffer.

Zeitweise nahmen an der Diskussion auch die vier Wirtschaftsdirektoren teil, die im übrigen die wirtschaftliche Eventualfallplanung getrennt erörterten.[5]

1) Lage in Polen

Es bestand Übereinstimmung, daß sich die Situation in der letzten Zeit außerordentlich zugespitzt hat und plötzliche Aktionen, insbesondere innerpolnische Repressionsmaßnahmen, aber auch eine sowjetische Intervention von außen, nicht ausgeschlossen werden könnten. Amerikaner und Briten unterstrichen Bedeutung möglicher personeller Veränderungen in polnischer Führung in naher Zukunft. Während sie Jaruzelskis Stellung als schwach einschätzten, wurde dessen enges Verhältnis zu Kania und seine starke Position als unbestrittener Führer der Streitkräfte von deutscher Seite betont. Es wurde als wichtig angesehen, daß die Arbeit an der Eventualfallplanung so rasch wie möglich fortgesetzt und im Rahmen der NATO zum Abschluß gebracht werden sollte. Dazu gehörten auch die Fragen, wer im gegebenen Fall wann, wo zusammentrete.

Vest wies darauf hin, daß in den östlichen Erklärungen der letzten Tage dem Wort „Chaos“ offenbar eine Schlüsselrolle zukomme. Der seit Dezember bestehende hohe Bereitschaftsstand der sowjetischen Truppen in den nahe Polen gelegenen Militärbezirken sei trotz der damit verbundenen hohen Kosten aufrechterhalten worden. Die amerikanische Regierung gehe davon aus, daß eine erhebliche Zahl von Truppen in zwei bis drei Tagen aufmarschbereit sein könne.

Eagleburger erwähnte, Außenminister Haig habe sich ihm gegenüber sehr pessimistisch über die Lage in Polen geäußert.

Blech erklärte, auch die Bundesregierung sei außerordentlich besorgt über die Situation. Der starke öffentliche Druck auf Polen, der sich in der östlichen Presse widerspiegele, bedeute allerdings noch nicht ohne weiteres, daß plötzliche Aktionen unmittelbar bevorständen. Noch sei nicht alles verloren. Vielleicht werde es den Verantwortlichen in Polen auch diesmal gelingen, die Krise, zumindest für einige Zeit, wieder unter Kontrolle zu bringen.[6]

Per Fischer betonte, daß es für die westlichen Staaten weiterhin möglich sei, zu einer Stabilisierung der Situation in Polen beizutragen. Diese Bemühungen müßten wie bisher die Priorität haben. Vielleicht seien die westlichen Hilfsmaßnahmen nicht schnell und wirksam genug in die Wege geleitet worden. Wichtig seien vor allem die Nahrungsmittellieferungen.

Vest erklärte, die neue amerikanische Administration habe in der letzten Zeit wiederholt auf verschiedenen Ebenen die sowjetische Seite vor einer Eskalation in der polnischen Krise gewarnt.

Bullard fragte, ob es zwischen Präsident Giscard d’Estaing und Generalsekretär Breschnew in der Polen-Frage in letzter Zeit unmittelbare Kontakte gegeben habe.

5 Zum Gespräch der Abteilungsleiter Lord Bridges (Großbritannien), Fischer (Bundesrepublik), Hormats (USA) und Paye (Frankreich) am 9. Februar 1981 in London vgl. Dok. 33, Anm. 4.

6 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „Die immer konkretere Möglichkeit dramatischer Entwicklungen erfordere den baldigen Abschluß der Konsultationen im Bündnis; über dieser Möglichkeit dürfe aber auch die weiterbestehende Möglichkeit, durch Prophylaxe den kritischsten Fall zu vermeiden, nicht vernachlässigt werden.“

Dupont antwortete, ihm sei davon nichts bekannt. Er gehe davon aus, daß es keine direkten Kontakte auf der höchsten Ebene gegeben habe.

Bullard bemerkte, die Erklärung des französischen Präsidenten, die Polen selbst müßten Anstrengungen zur Überwindung der Krise unternehmen, sei klar und überzeugend gewesen.[7] Er würde es für gut halten, wenn ähnliche Erklärungen auch von anderer Seite abgegeben würden.

Blech erklärte, westliche Warnungen an die östliche Seite müßten richtig dosiert werden und zum richtigen Zeitpunkt erfolgen. Andernfalls könnten sie kontraproduzent sein. Die Sowjets dürften nicht den Eindruck erhalten, daß der Westen auf Maßnahmen der Polen selbst zur Stabilisierung der Situation ebenso wie auf eine Intervention von außen reagieren würde. Dies könne die Hemmschwelle für ein sowjetisches Eingreifen senken.

Mit der katholischen Kirche in Polen Kontakt aufzunehmen, sei aus unserer Sicht nicht notwendig. Die Kirche sei sich ihrer großen Verantwortung voll bewußt. Kontakte westlicher Gewerkschaften zur Solidarität, um diese zur Mäßigung zu veranlassen, seien sehr problematisch, ganz abgesehen von der Frage, ob die westlichen Gewerkschaften dazu überhaupt bereit sein würden.

Vest und Bullard stimmten diesen Überlegungen zu.

2) Politische Maßnahmen

Die britische Seite zirkulierte Papiere zu

– dem westlichen Vorgehen in den Vereinten Nationen (Anlage 1)[8],
– einer Rückberufung der westlichen Botschafter in Moskau und anderen östlichen Hauptstädten zur Berichterstattung (Anlage 2)[9],
– dem Vorgehen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid (Anlage 3)[10],
– Restriktionen der sowjetischen und gegebenenfalls anderer östlicher Botschaften in westlichen Hauptstädten (Anlage 4)[11].

Bullard bat um eine Stellungnahme zu den darin skizzierten Überlegungen, um diese bei den Instruktionen für den britischen NATO-Botschafter[12] berücksichtigen zu können.

7 Am 27. Januar 1981 erklärte Staatspräsident Giscard d'Estaing in einem im Fernsehen ausgestrahlten Pressegespräch: „Notre attitude vis-à-vis de ce processus est de dire: il faut laisser vivre la Pologne, il faut laisser la Pologne résoudre elle-même ses problèmes …". Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Januar/Februar), S. 23.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für das britische Papier „Contingency planning on Poland – measure A 2: Call for emergency UN Security Council meeting and if appropriate, a meeting of the General Assembly" vgl. VS-Bd. 13333 (214).

9 Dem Vorgang beigefügt. Für das britische Papier „Contingency planning about Poland – measure A 4: Recall ambassadors from Moscow and, possible, other Warsaw Pact capitals for consultations" vgl. VS-Bd. 13333 (214).

10 Dem Vorgang beigefügt. Für das britische Papier „Contingency planning about Poland – measure A 5: Suspend participation in the CSCE Madrid meeting following condemnation of Soviet action on the basis of the Helsinki Final Act" vgl. VS-Bd. 13333 (214).

11 Dem Vorgang beigefügt. Für das britische Papier „Contingency Planning on Poland – measure A 8: „Impose additional restrictions on Soviet and possibly other Warsaw Pact embassies, including limits on travel and staff at all levels" vgl. VS-Bd. 13333 (214).

12 Clive Martin Rose.

Vest begrüßte die Ausarbeitung der Papiere als Ausgangspunkt für weitere Prüfungen. Sie könnten dazu beitragen, die Ausarbeitung des politischen Maßnahmenkatalogs zu beschleunigen.

Dupont äußerte Zweifel, ob die Rückberufung der Botschafter aus Moskau, auch wenn sie ausdrücklich nur zur Berichterstattung erfolge, tatsächlich zweckmäßig sei. Eine solche Maßnahme werde weder die Öffentlichkeit in den westlichen Ländern noch die Sowjetunion beeindrucken. Andererseits sei es gerade in gefährlichen Krisensituationen wichtig, die Kommunikationswege offenzuhalten. Eine Rückkehr der Botschafter nach einer gewissen Zeit könnte sogar als politische Geste mißverstanden werden.

Vest äußerte Verständnis für die französischen Überlegungen.

Blech erklärte, wir teilten grundsätzlich die französische Auffassung. Es könne allerdings ein praktisches Bedürfnis geben, die Botschafter zu Beratungen der Regierungen in den Hauptstädten hinzuzuziehen.

Bullard bemerkte, die Minister sollten bei einer Entscheidung über eine Rückberufung der Botschafter klarmachen, daß sie schon nach kurzer Zeit mit neuen Instruktionen an ihren Posten zurückkehren würden.

Sollte in Warschau ein „Puppet-Regime“ installiert werden, müsse man allerdings überlegen, ob die Botschafter in Warschau nicht für längere Zeit zurückberufen und die Botschaften zunächst von Geschäftsträgern geleitet werden sollten.

Bullard kam dann auf die Frage der Einschränkung kultureller Aktivitäten zu sprechen. Eine Kündigung bestehender Abkommen sei ein sehr ernster Schritt, der im Hinblick auf die westlichen Interessen genau überlegt werden müsse. Bestimmte darin festgelegte Positionen sollten nicht ohne Not aufgegeben werden, da sie in erster Linie westlichen Interessen entsprächen. Ein Beispiel sei die britische Bibliothek in Warschau, die einzige kulturelle Einrichtung Großbritanniens in den Warschauer-Pakt-Staaten.

Vest stimmte mit dem Hinweis zu, daß Einrichtungen und Kontakte, die für den Westen wertvoll seien, erhalten werden sollten.

Blech wies auf das westliche Interesse hin, soweit wie möglich das zu erhalten, was in erster Linie Einzelpersonen oder Gruppen der Bevölkerung zugute komme. Soweit Veranstaltungen und Austauschprojekte von der Sowjetunion primär zu politischen oder propagandistischen Zwecken ausgenützt würden, sollten sie entfallen.

Dupont machte die Unterscheidung zwischen öffentlichen Veranstaltungen, die entfallen sollten, und nichtöffentlichen Aktivitäten, die im westlichen Interesse fortgesetzt werden könnten.

Bullard betonte ebenfalls, daß öffentliche Manifestationen unterbleiben, die Struktur der kulturellen Zusammenarbeit aber soweit wie möglich erhalten bleiben sollte.

Dupont brachte erneut die Frage der Rüstungskontrollverhandlungen zur Sprache. Die französische Regierung könne sich nicht vorstellen, daß im Falle einer ernsten Krise in den Ost-West-Beziehungen und bei Anwendung härtester wirtschaftlicher Maßnahmen die SALT-Gespräche einschließlich LRTNF weitergeführt würden, als wenn nichts geschehen wäre. Seine Regierung erwarte

nicht, daß diese Gespräche ganz aufgegeben würden, aber sie erwarte, daß sie zumindest ohne Terminfestsetzung unterbrochen würden. Dies gelte gleichermaßen für MBFR.

Blech erklärte, in diesem Bereich müsse zwischen MBFR und SALT unterschieden werden. Er stimme der französischen Seite insoweit zu, als die Situation, die Gegenstand der MBFR-Verhandlungen sei[13], durch eine Intervention in Polen unmittelbar berührt würde. Der Ausgangspunkt dieser Verhandlungen werde geradezu zerstört. Man könne sich auch nicht vorstellen, daß in einer solchen Situation die Datendiskussion einfach weitergeführt werde. Die Verhandlungen müßten deshalb unterbrochen, der Verhandlungsrahmen aber erhalten werden.[14]

Eine andere Sache seien die SALT-Gespräche, insbesondere der LRTNF-Teil. Nach einer Polen-Intervention komme sicher dem Rüstungsteil des NATO-Doppelbeschlusses eine neue Bedeutung zu. Dieser Teil sei aber mit der Verhandlungsabsicht eng verknüpft. Die beiden Teile zu trennen, würde einigen europäischen Regierungen ernste Schwierigkeiten bereiten. Es sei besser, diese Fragen nicht wieder aufzuwerfen. Dabei seien wir uns durchaus im klaren, daß die Atmosphäre für die SALT-Gespräche nach einer Polen-Intervention außerordentlich belastet sei. Dennoch sollten sie nicht[15] für längere Zeit unterbrochen werden.

Vest bemerkte, er verstehe beide Positionen. Er frage sich allerdings, ob die westliche Öffentlichkeit verstehen würde, wenn die SALT-Gespräche schon nach kurzer Zeit in der bisherigen Weise fortgesetzt würden. Er persönlich habe daran Zweifel.

Blech bemerkte, ein Teil der Öffentlichkeit werde wahrscheinlich die Auffassung vertreten, daß auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle und Abrüstung in den letzten Jahren nicht genug getan worden sei. Er warne noch einmal davor, die Debatte über den NATO-Doppelbeschluß erneut zu eröffnen.

Vest sagte, die neue amerikanische Regierung habe sich in dieser Frage noch keine Meinung gebildet. Er persönlich wäre aber überrascht, wenn seine Regierung die SALT-Gespräche im Falle einer Polen-Intervention ohne weiteres fortsetzen würde. Reagan habe sich im Wahlkampf für eine neue Haltung („approach“) gegenüber der Sowjetunion eingesetzt. Dies sei auch die Position der neuen Regierung.

Blech meinte, wir seien uns durchaus bewußt, daß im Falle einer schweren Krise das gesamte politische Umfeld für die SALT-Gespräche verändert sei. Er frage sich aber, ob nicht zum Beispiel nach drei Monaten die Gründe für eine Unterbrechung der Gespräche noch überzeugend seien. Man dürfe auch nicht übersehen, daß die Gespräche über die Mittelstreckenproblematik Teil einer gemeinsam in der NATO festgelegten Politik seien.

13 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „(die Lage im Reduzierungsraum)“.

14 Dieser Satz wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich für Ministerialdirektor Blech: „Dies ist wahrscheinlich der Punkt, der der Verdeutlichung gemäß unserem Tel[efon]gespr[äch] i. S. der Weisungen des Ministers bedarf.“ Vgl. Anm. 1.

15 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „explizit und“.

Eagleburger sagte, die neue Administration werde sicher nicht sagen, daß SALT, LRTNF und MBFR endgültig aufgegeben würden. Er könne sich vorstellen, daß man eines Tages an den Verhandlungstisch zurückkehren werde, aber dies werde sicher nicht gleich und auch nicht sehr bald geschehen. Nach seinem Urteil werde es länger als drei Monate dauern. Auch für diese Fragen gelte das Prinzip des „linkage".[16]

Bullard erklärte, er sei erstaunt und beunruhigt gewesen, daß die Rüstungskontrollvereinbarungen[17] in Washington als „Geschenk" an die Sowjets bezeichnet worden seien. Tatsächlich lägen diese Abkommen im Interesse beider Seiten. In London gehe man davon aus, daß die Vereinigten Staaten weiterhin an der Kontrolle strategischer Waffen interessiert seien und ein neues Wettrüsten auf diesem Gebiet nicht wünschten. Der NATO-Doppelbeschluß könne nach einer Polen-Intervention vielleicht entwertet erscheinen. Er bleibe aber auf längere Sicht wichtig. Die SALT-Gespräche sollten deshalb zu gegebener Zeit, wenn auch sicher nicht sofort, weitergeführt werden.

Bullard warf die Frage auf, ob und gegebenenfalls welche Warschauer-Pakt-Staaten sich an militärischen Aktionen beteiligen würden. Hinsichtlich der DDR könne er sich das Für und Wider auch aus sowjetischer Sicht vorstellen. Er empfehle, bei der Einbeziehung der kleineren Warschauer-Pakt-Staaten in die westlichen Maßnahmen von folgenden Prinzipien auszugehen:

a) Gegenüber WP-Staaten, die sich nicht beteiligen, könnten Maßnahmen grundsätzlich nicht in Betracht kommen.

b) Solche WP-Staaten, die sich beteiligten, sollten nicht ohne weiteres ebenso hart behandelt werden wie die Sowjetunion, die in jedem Falle für eine militärische Aktion die Hauptverantwortung trage.

16 Botschafter Hermes, Washington, äußerte sich am 16. Januar 1981 zu den außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan: „Ziel der republikanischen Außenpolitik ist es, der Expansion der SU dadurch Einhalt zu gebieten, daß die militärische Stärke der USA wiederhergestellt und die SU von der Festigkeit und Glaubwürdigkeit des amerikanischen Auftretens in der Welt überzeugt werden müsse." Diese Haltung werde sich in der Praxis äußern in „einer stärkeren Verknüpfung und Gesamtbeurteilung des sowjetischen Verhaltens auf allen außenpolitisch relevanten Gebieten (linkage) mit entsprechenden Konsequenzen für das amerikanisch-sowjetische Verhältnis". Vgl. den Drahtbericht Nr. 179; Referat 201, Bd. 125573.

17 Am 26. Mai 1972 unterzeichneten Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.
Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.
Am 2. Dezember 1974 gab Präsident Ford vor der Presse die vereinbarten Zahlen bekannt. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, FORD 1974, S. 679. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 100.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

c) Falls sich WP-Staaten nur geringfügig beteiligten („token force"), weil sie sich dem Druck nicht ganz entziehen könnten, solle sich die westliche Seite mit einer scharfen Verurteilung der Aktion begnügen.

d) WP-Staaten, die sich in erheblicher Weise beteiligten („significant contribution"), sollten neben der verbalen Verurteilung auch in bestimmte Maßnahmen der westlichen Seite, zum Beispiel auf dem Gebiet von Kultur und Sport, einbezogen werden.

Vest sagte, er habe den Eindruck, daß die DDR und die ČSSR sich „sichtbar" an einer militärischen Aktion beteiligen würden. Im Falle Ungarns halte er es für denkbar, daß ihre Beteiligung mehr symbolischen Charakter haben würde. Andere WP-Staaten, wie Rumänien, würden sich wahrscheinlich überhaupt nicht beteiligen. Jene Staaten, die mehr oder weniger gezwungen seien, etwas zu tun, müßten dafür nicht unbedingt bestraft werden.

Blech erklärte, wir hätten bei Beginn der Polen-Krise den Eindruck gehabt, daß sich die DDR beteiligen würde, seien heute aber nicht mehr so sicher. Wenn die DDR mehr als andere politischen und propagandistischen Druck auf Polen auszuüben versuche, so bedeute das noch nicht, daß sie auch an einer militärischen Aktion teilnehmen würde. Man müsse hier bedenken, daß ein Einsatz von DDR-Truppen die Polen erst recht zum Widerstand veranlassen würde. Er könne sich auch nicht vorstellen, daß die[18] polnische Führung[19] die DDR um „brüderliche Hilfe" bitten werde.[20]

Auch Bullard hielt es für möglich, daß die Sowjets auf eine militärische Beteiligung der DDR verzichten. Er rechne jedoch damit, daß die Tschechen und wohl auch die Ungarn Truppen entsenden würden. Die „Breschnew-Doktrin"[21] beziehe sich auf eine Aktion des Warschauer Paktes. Schon darum würden die Sowjets nicht allein handeln wollen.

Blech ging dann auf einige Berlin-Aspekte der Polen-Situation ein. Niemand könne annehmen, daß die Sowjets im Falle harter westlicher Maßnahmen nicht zurückschlagen würden. Dafür biete sich für sie in erster Linie Berlin an, wo der Westen besonders verwundbar und empfindlich sei. Dabei mache es keinen Unterschied, ob die Sowjets selbst handeln oder die DDR als Instrument benutzen würden. Wenn es dazu komme, seien die Bundesrepublik Deutschland und die für Berlin verantwortlichen Drei Mächte gleichermaßen betroffen. Er mache auf diesen Punkt aufmerksam, um das Problembewußtsein der Beteiligten zu schärfen.[22] Unsere Schlußfolgerung sei in erster Linie eine proze-

18 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Blech gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „eine".

19 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „die unter allen Umständen auch an den polnischen Nationalismus appellieren müsse,".

20 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „Es falle auf, daß die ungarische Haltung sich verhärtet habe. Möglicherweise werde Ungarn anstelle der DDR und neben der ČSSR an einer evtl. Intervention beteiligt werden, um einer solchen einen zusätzlichen kollektiven Charakter zu geben; die DDR weise in einem solchen Fall ihre Solidarität als Bollwerk gegen Westen nach."

21 Zur „Breschnew-Doktrin" vgl. Dok. 7, Anm. 37.

22 Am 5. Februar 1981 nannte Ministerialdirigent Bräutigam folgende „denkbare Maßnahmen der östlichen Seite" gegen Berlin (West) im Fall von Sanktionen der NATO-Mitgliedstaaten gegen die UdSSR: „Transitverkehr: a) Verzögerliche Abfertigung, b) Ausweitung der sogenannten Verdachtskontrollen, c) Ausschluß bestimmter Personengruppen von der Benutzung der Transitstrecken,

durale. Er halte es für unerläßlich, daß im Falle einer Intervention die vier Außenminister vor der NATO-Ministertagung zusammentreten.

Vest erwähnte, daß im State Department über diese Fragen bereits intern gesprochen worden sei. Man sei problembewußt. Allerdings sei er nicht sicher, ob die Sowjets im Falle einer schweren Krise der Ost-West-Beziehungen in Berlin noch eine weitere Eskalation herbeiführen wollten. Dennoch sei richtig, daß die vier Außenminister vor der NATO-Ministertagung zusammentreffen sollten.

Dupont erklärte, auch er befürworte ein solches Treffen.

Bullard erklärte, er sei nicht sicher, ob die Sowjets in Berlin reagieren würden. Die Sowjetunion werde sich im Falle einer Polen-Situation in der vielleicht ernstesten Krise befinden, die sie jemals gehabt hätte. Dennoch könne man östliche Reaktionen in Berlin natürlich nicht ausschließen. In sowjetischen Erklärungen der letzten Zeit gebe es auch einige Hinweise wie Ausschleusungsversuche durch amerikanische Soldaten[23] und westliche Zivilflüge in dritte Länder, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen könnten. Ein Treffen der vier Minister halte er in jedem Falle für richtig. Allerdings sollte nicht der Eindruck erweckt werden, als erwarte der Westen eine Berlin-Krise.

Blech erklärte, er sei etwas skeptischer als seine Kollegen hinsichtlich der Lage Berlins nach einer Polen-Intervention. Es müsse nicht unbedingt eine größere Berlin-Krise ausbrechen. Denkbar seien in erster Linie[24] kleinere Schwierigkeiten, mit denen man sich aber auseinandersetzen müsse.

3) Verfahrensfragen im Eventualfall

Auf Vorschlag von Vest fand eine eingehende Diskussion über den möglichen Ablauf des Entscheidungsprozesses auf westlicher Seite nach Eintreten des Eventualfalles statt. Als Ergebnis dieser Diskussion wurden drei alternative Abläufe skizziert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 190

d) Weigerung der DDR, alliierte Personenzüge zu befördern", hinsichtlich des Reise- und Besucherverkehrs: „a) Einführung eines Antragsverfahrens für Tagesaufenthalte in Ost-Berlin für Bundesbürger (Abschaffung des Tagesaufenthalts), b) Eingriffe in die Reise- und Besuchervereinbarung […], c) Erneute Gebührenanhebung beim Mindestumtausch, d) Verschärfung der Zoll- und Einfuhrvorschriften als Mittel der Behinderung des Besucherverkehrs". Weiterhin könnten eine Störung des Telefonverkehrs zwischen Berlin (West) und dem Bundesgebiet, Eingriffe in den Handelsverkehr zwischen Berlin (West) und der DDR, die Einstellung der Arbeiten zur Öffnung des Teltow-Kanals, eine „Unterbindung der allierten Patrouillenfahrten im Ostteil der Stadt" und Eingriffe in den Luftverkehr nicht ausgeschlossen werden. Vgl. VS-Bd. 13219 (210); B 150, Aktenkopien 1981.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup informierte am 26. Januar 1981, in einem Gespräch des amerikanischen Botschafters Stoessel mit dem sowjetischen Botschafter in Ost-Berlin, Abrassimow, am 20. Januar 1981 habe letzterer „Fälle von Fluchthilfe durch US-Soldaten angesprochen und erklärt, DDR habe von SU Übergabe der Soldaten in diesen Fällen verlangt. SU habe bisher in solchen Fällen Soldaten US-Behörden übergeben. Falls Vorfälle sich wiederholten, werde man Soldaten aber der DDR überstellen. Stoessel habe dazu erklärt, Angehörige der US-Garnison hätten genaue Anweisungen zum Verhalten auf den Transitautobahnen. Involvierte Soldaten seien diszipliniert worden. Im übrigen müsse er betonen, daß in allen Angelegenheiten der Besatzungsmächte die DDR keine Zuständigkeit habe. Für US-Regierung sei dies äußerst ernste Angelegenheit. Bisher seien Fälle auf örtlicher Ebene geregelt worden. Falls DDR involviert würde, bedeute dies, daß Washington sofort eingeschaltet sei. Dann läge das Problem auf anderer Ebene, und es seien ‚icy times' zu erwarten." Vgl. den Runderlaß Nr. 371; VS-Bd. 13216 (210); B 150, Aktenkopien 1981.

24 Die Wörter „in erster Linie" wurden von Ministerialdirektor Blech gestrichen. Dafür wurde handschriftlich eingefügt: „auch".

Alternative 1		
Interventionstag bzw. kurz danach	Sitzung des Ständigen NATO-Rats	Brüssel
2. Tag:	Treffen der vier Politischen Direktoren	Brüssel
	Treffen der vier Außenminister	Brüssel
3. (oder 4.) Tag:	Sitzung des Politischen Komitees der EG	Brüssel
	Treffen der zehn EG-Außenminister	oder Den Haag
	Sondertagung d. 15 NATO-Außenminister	Brüssel
Alternative 2		
Interventionstag bzw. kurz danach:	Sitzung des Ständigen NATO-Rats	Brüssel
2. Tag:	Sitzung des Politischen Komitees der Zehn	Brüssel oder
	Treffen der zehn EG-Außenminister	Den Haag
3. Tag:	Treffen der vier Politischen Direktoren	Brüssel
	Treffen der vier Außenminister	Brüssel
	Sondertagung d. 15 NATO-Außenminister	Brüssel
Alternative 3		
Interventionstag bzw. kurz danach	Sitzung des Ständigen NATO-Rats	Brüssel
2. Tag:	Treffen der vier Politischen Direktoren	Brüssel oder
	Sitzung des Politischen Komitees der EG	Den Haag
3. Tag:	Treffen der vier Außenminister	Brüssel oder
	Treffen der zehn Außenminister der EG	Den Haag
	Sondertagung d. 15 NATO-Außenminister	Brüssel

Es bestand bei allen Beteiligten eine deutliche Tendenz, der dritten Alternative den Vorzug zu geben. Diese hätte folgende Vorteile:

– Der Ständige NATO-Rat würde nach Beginn der Krise alle relevanten Informationen zur Beurteilung der Situation als Voraussetzung für die zu treffenden Maßnahmen zusammentragen und die Tagung der NATO-Außenminister vorbereiten.
– Die Minister würden am ersten (und vielleicht auch noch am zweiten) Tag nach Beginn der Krise an den Beratungen ihrer Regierungen teilnehmen können.
– Die von den Ministern zu treffenden Entscheidungen würden von den vier (bzw. den zehn) Politischen Direktoren rechtzeitig vorbereitet werden.

Es bestand Übereinstimmung, daß die Sitzung des Politischen Komitees der EG und das Treffen der zehn EG-Außenminister möglichst in Brüssel stattfinden sollten, damit den Teilnehmern dieser Treffen die Reise von Den Haag nach

Brüssel erspart bleibe. Die Beteiligten gingen davon aus, daß die Vertreter der neun EG-Staaten, die auch Mitglieder der NATO sind, Treffen im EG-Kreis in Brüssel (also nicht am Ort der EG-Präsidentschaft) zustimmen würden. Fraglich war nur die Haltung Irlands, das nicht der NATO angehört und möglicherweise Vorbehalte gegen ein Treffen am Ort des NATO-Rats geltend machen könnte. Die britische Seite hat es übernommen, diese Frage vorsichtig mit den Iren schon jetzt aufzunehmen.

Es bestand ferner Übereinstimmung, daß nicht nur die zu treffenden Maßnahmen, sondern auch die Bewertung der Situation („Is it the worst case?“) den Ministern vorbehalten bleiben muß.

Vest wies darauf hin, daß im Zuge der Meinungsbildung in den ersten Tagen nach dem Eintreten des Eventualfalles sicher auch telefonische Kontakte zwischen den Vier auf politischer Ebene stattfinden würden.

Die vier Direktoren erörterten dann die Frage der Beteiligung „gleichgesinnter Länder“ an der NATO-Eventualfallplanung und dem Entscheidungsprozeß. Es bestand Übereinstimmung, daß bereits jetzt[25] Kontakte zu den betreffenden Ländern aufgenommen werden sollten[26]. Dafür wurde folgende „Arbeitsteilung“ in Aussicht genommen:

– Hinsichtlich der wichtigen Frage der Getreideexporte wird die amerikanische Regierung in Washington Kontakte zu den in Frage kommenden Ländern, Argentinien, Australien, Neuseeland, Kanada und gegebenenfalls Spanien, aufnehmen.
– Die Amerikaner werden ferner mit Japan sprechen.
– Die Briten werden die Kontakte zu Australien und Neuseeland sowie zu Irland wahrnehmen.
– Die Kontakte zu Spanien sollen von Frankreich übernommen werden, wenn Paris zustimmt[27].

Die genannten Länder sollen nach der nächsten NATO-Ratssitzung (die voraussichtlich in der nächsten Woche stattfinden wird) über den Stand der NATO-Eventualfallplanung unterrichtet werden.[28]

Vest wies darauf hin, daß die „gleichgesinnten Länder“ sicher auch Kontakte zu anderen als den hier genannten NATO-Staaten aufnehmen würden.[29] Dage-

25 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „erste“.

26 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „„und zwar vor allem wegen der gebotenen Vertraulichkeit in den Hauptstädten auf höherer Ebene“.

27 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „(Wir hatten Bereitschaft gezeigt, F schien sich aber als Nachbarland trotz einiger Schwierigkeiten aufgerufen zu fühlen)“.

28 Am 11. Februar 1981 wies Ministerialdirektor Blech Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), für die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 12. Februar 1981 an: „Wir stimmen der sofortigen Aufnahme der Prozedurgespräche mit den Ländern Japan, Australien, Neuseeland und Spanien zu. Es erscheint uns zweckmäßig, daß in diesem ersten Gespräch auch die allgemeine Zielsetzung der NATO-Planung und die wichtigsten Fragestellungen skizziert werden. […] Wir empfehlen, daß die Substanzkonsultationen erst nach einer weiteren Erörterung der im Dokument vom 23.12. aufgeführten Maßnahmen im NATO-Rat aufgenommen werden. Wir gehen davon aus, daß diese Erörterung in der nächsten Woche stattfinden wird.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 806; VS-Bd. 13332 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

29 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „(D 2 hatte es als ganz natürlich bezeichnet, daß jedes der vier Länder mit jedem der in Betracht kommenden Staa-

gen sei selbstverständlich nichts einzuwenden. Das gelte insbesondere für Japan, das bereits die Amerikaner darauf hingewiesen habe, daß seine Haltung in der Polen-Krise wesentlich von der Haltung der Deutschen und Franzosen beeinflußt sein würde.

Die Direktoren nahmen ferner in Aussicht, daß nach Eintreten des Eventualfalles ein Treffen mit den Außenministern der „gleichgesinnten Länder" in Brüssel stattfinden sollte, sobald diese Länder das wünschen. Im Falle Japans wurden Zweifel geäußert, ob der japanische Außenminister[30] zu einem solchen Treffen nach Brüssel kommen würde[31]. Die belgische Regierung soll gebeten werden, für dieses erweiterte Außenministertreffen gegebenenfalls das Palais Egmont in Brüssel zur Verfügung zu stellen. Unabhängig von dem Außenministertreffen sollen die bilateralen Kontakte zu diesen Ländern nach dem aufgeführten Schema fortgesetzt werden.

Zum weiteren Vorgehen bestand Übereinstimmung, daß das Ergebnis der Viererkonsultationen auf den verschiedenen Ebenen in der nächsten Woche in den Ständigen NATO-Rat eingeführt werden soll. Es wird angestrebt, daß die Eventualfallplanung der NATO unter Fortschreibung des im Dezember ausgearbeiteten Papiers[32] möglichst rasch fertiggestellt wird.

Bullard bat seine Kollegen um eine Stellungnahme zu den von ihm zirkulierten Papieren (politische Maßnahmen) bis zum Abend des 12. Februar.[33] Die Briten wollen bei der Ausarbeitung der Instruktionen für den britischen NATO-Botschafter diese Stellungnahme berücksichtigen. Bullard sagte zu, den Entwurf

Fortsetzung Fußnote von Seite 193

ten allgemein über die gemeinsame Thematik sprechen könne, die Arbeitsteilung also nicht exklusiv sei, sondern vor allem auf die konkrete Detailerörterung abziele)".

30 Masayoshi Ito.

31 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt: „(Hinweis von einem hohen Beamten des japanischen Außenministeriums)".

32 Am 23. Dezember 1980 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), die „Endfassung des Polen-Dokuments, das in der Ratssitzung vom 22.12. zur Vorlage in den Hauptstädten verabschiedet" worden sei. Darin seien mögliche Szenarien der Entwicklung in Polen beschrieben worden, darunter auch das „‚worst-case' scenario" einer „outright invasion, with or without invitation", und entsprechende Reaktionen der NATO-Mitgliedstaaten im Bereich der Politik und der Wirtschaftsbeziehungen benannt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1954/1955; VS-Bd. 13203 (214); B 150, Aktenkopien 1980.

33 Am 12. Februar 1981 übersandte Ministerialdirektor Blech Botschafter Ruhfus, London, die Stellungnahme der Bundesregierung zu den am 9. Februar 1981 vorgelegten vier britischen Papieren. Hinsichtlich der im Rahmen der Vereinten Nationen zu treffenden Maßnahmen vertrat die Bundesregierung die Ansicht, daß eine Mehrheit sowohl im VN-Sicherheitsrat „für eine Verurteilung der sowjetischen Intervention" als auch für die Einberufung einer Sondersitzung der VN-Generalversammlung erreichbar sei. Auf den Vorschlag der „Rückberufung westlicher Botschafter aus Moskau und gegebenenfalls anderen WP-Hauptstädten" wurde entgegnet, „daß die westlichen Botschafter gerade in Krisensituationen auf ihren Posten bleiben sollten". Zum Vorgehen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde ausgeführt: „Wir sind einverstanden, daß nach dem Eintreten des Eventuallfalles bis zum Erhalt der Instruktionen die Delegationsleiter im Plenum nicht erscheinen. Die Teilnahme der Stellvertreter könnte in schwierigen Situationen allerdings nötig werden, um Verfahrenstricks der anderen Seite zu verhindern." Sollte man jedoch zu dem Schluß kommen, daß eine „fruchtbare Arbeit" nicht mehr möglich sei, so werde einer „Suspendierung des Madrider Treffens durch einen Konsens der 35 Teilnehmerstaaten" der Vorzug gegeben vor einem „‚walkout' der westlichen Delegationen". Zur Anregung, den diplomatischen Vertretungen von Warschauer-Pakt-Staaten Beschränkungen aufzuerlegen, äußerte sich die Bundesregierung ablehnend: „Die sowjetische Führung würde derartige Maßnahmen als geringfügige Nadelstiche empfinden und höchstwahrscheinlich mit weitergehenden Repressalien antworten, die unsere Präsenz in Osteuropa wesentlich härter treffen würden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 833/834; VS-Bd. 13333 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

der britischen Instruktion zum Ende dieser Woche den anderen drei Politischen Direktoren zugänglich zu machen.[34] Sie möchten damit zu einer Koordinierung der Positionen der Vier im NATO-Rat beitragen.[35]

VS-Bd. 13333 (214)

37

Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-1591/81 geheim **Aufgabe: 11. Februar 1981, 15.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 139 **Ankunft: 11. Februar 1981, 17.25 Uhr**

Betr.: Mein Gespräch mit Willi Stoph, Vorsitzender des Ministerrates der DDR, am 10.2.81

Der Antrittsbesuch bei Stoph am Dienstag um 16.00 Uhr im Gebäude des DDR-Ministerrats war mir als eher protokollarische Begegnung angekündigt worden. Tatsächlich dauerte die Begegnung mehr als eine Stunde. Stoph hatte sich auf ein politisches Gespräch vorbereitet, bei dem Botschafter Seidel als Note-taker fungierte.

Wenn man sich daran erinnert, daß Stoph über längere Zeit mit ernsten gesundheitlichen Schwierigkeiten zu tun hatte, wirkte er sehr konzentriert, beherrschte den Stoff ohne Zuhilfenahme eines Sprechzettels und formulierte nicht in dem für viele Regierungspersonen charakteristischen Funktionärsdeutsch.

34 Am 16. Februar 1981 unterrichtete Ministerialdirektor Blech Botschafter Ruhfus, London, daß die britische Botschaft am 13. Februar 1981 den Entwurf einer Weisung an den britischen NATO-Botschafter Rose „für die Erörterung der Polen-Planung im NATO-Rat am 18. Februar“ übermittelt habe. Dazu vertrete das Auswärtige Amt die Position, „daß die im NATO-Dokument vom 23.12.1980 aufgeführten Punkte grundsätzlich aufrechterhalten werden sollten, es sei denn, es besteht unter den NATO-Partnern Übereinstimmung, daß eine bestimmte Maßnahme aus politischen, rechtlichen oder wirtschaftlichen Gründen auch im Falle des ‚worst case‘ nicht erwogen werden sollte. […] Im Bereich der Rüstungskontrollverhandlungen treten wir für eine zeitlich unbestimmte Suspendierung der MBFR-Verhandlungen ein. Wir gehen auch davon aus, daß eine Fortsetzung der SALT- und LRTNF-Gespräche für eine gewisse Zeitspanne politisch nicht möglich sein wird […]. Eine längere Unterbrechung mit der Ungewißheit, ob und wann diese Gespräche wiederaufgenommen werden, könnte die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 in einzelnen Mitgliedstaaten erheblich erschweren. Hinsichtlich des hochrangigen Besuchsaustauschs sind wir der Meinung, daß Besuche, die dem Krisenmagement dienen, nicht ausgeschlossen werden sollten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 70; VS-Bd. 13332 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

35 Die Eventuallfallplanung für Polen wurde am 18. Februar 1981 im Ständigen NATO-Rat erörtert. Vgl. dazu Dok. 43.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 12. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Derix sowie an die Legationsräte I. Klasse Dane, Krieghoff und Blomeyer-Bartenstein verfügte.
Hat Derix, Dane, Krieghoff und Blomeyer-Bartenstein am 12. Februar 1981 vorgelegen.

Seine Begrüßung war um besondere Freundlichkeit bemüht. Der Stil, in dem er die Unterhaltung führte, war unverkrampft.

Stoph sprach einleitend von seinen persönlichen Erlebnissen im Krieg, um darzulegen, daß die Sorge um die Bewahrung des Friedens Vorrang vor allem anderen haben müsse. Ehe er seine Argumente durchaus systematisch und der gleichen Dramaturgie folgend, die GS Honecker am Montag beachtete[2], Punkt für Punkt entwickelte, erwähnte er, daß er über mein Gespräch mit dem Staatsratsvorsitzenden genau unterrichtet sei.

Als Intonation stellte er fest, daß seit Unterzeichnung des Grundlagenvertrages[3] „doch eine ganze Masse Positives geschehen sei". Es gebe nach wie vor ungenutzte Möglichkeiten im bilateralen Verhältnis, wo man im beiderseitigen Interesse reden könne.

Die Kernfrage sei der Wille beider Regierungen, „von den Interessen der Menschen" auszugehen, dabei aber die multilateralen Aspekte einzuschließen. Beide Staaten müßten Beiträge zur internationalen Sicherheit leisten.

Bemerkenswert schien mir, daß Stoph das Ergebnis von Helsinki[4] in einer Sprache würdigte, die für kommunistische Spitzenfunktionäre eher untypisch ist. Es sei doch ein ungewöhnliches Ereignis gewesen, daß 35 Staaten – darunter die USA und Kanada – hier gangbare Wege gefunden hätten. Zwar seien nicht alle Wünsche der beteiligten Regierungen in Erfüllung gegangen. Das Ergebnis von Helsinki sei dennoch sehr positiv gewesen. Es gebe zur Schlußakte keine vernünftige Alternative. Heute sei die internationale Lage durch „schwere Wolken" verhangen. Aber gerade in einer solchen Lage sei es wichtig, daß sich die verantwortlichen Politiker miteinander austauschten und mit Offenheit auch gegensätzliche Positionen diskutierten.

Als ich seiner positiven Einschätzung der Schlußakte zustimmte, die Gleichrangigkeit der drei Körbe erwähnte, aber darauf hinwies, daß Fortschritte bei Korb III für die europäischen Völker wichtige Belege für die Fortsetzung der Entspannungspolitik liefern könnten, variierte Stoph das mir schon von Honecker vertraute Argument, daß die Begegnungen von Menschen, Verwandten oder Bekannten niemals in der Geschichte Konflikte verhindert hätten. Erst müsse der Frieden gesichert sein, dann seien Kontakte die natürliche Konsequenz.

Die beiden deutschen Staaten müßten anerkennen, daß sie eine besondere Verantwortung im Kreis der Mächte für die Erhaltung des Friedens trügen.

Auf der Linie von GS Honecker beklagte Stoph dann das LTDP[5] und den NATO-

2 Zum Gespräch des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 9. Februar 1981 vgl. Dok. 35.

3 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

4 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

5 Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington wurde eine Reihe von Maßnahmen als Aktionsprogramm bestätigt, das dazu beitragen sollte, das Verteidigungspotential des Bündnisses den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen. Für den deutschen Wortlaut der amtlichen Zusammenfassung des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 483–486. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 152.

Doppelbeschluß und die Tatsache, daß der Westen für ein „Hochschaukeln" der nuklearen Rüstung verantwortlich sei. Es komme darauf an, daß die atomare Rüstung auf ein möglichst niedriges Niveau heruntergestuft werde. Nicht uninteressant erscheint mir, daß Stoph hier einen Gedanken einflocht, der bei der Belgrader Begegnung zwischen BK und GS[6] wesentlich war, nämlich, daß „beide deutsche Staaten einen mäßigenden Einfluß im Konzert der Mächte" nehmen sollten. Stoph wörtlich: „Das fördert auch die beiderseitigen Beziehungen."

Es entwickelte sich dann zwischen Stoph und mir eine ziemlich ausführliche Diskussion über den Begriff der Nation, in deren Verlauf er mir vorschlug, daß man über dieses vielschichtige Problem vielleicht ein andermal gründlicher reden könne. An dieser Stelle hörte man nicht nur den überzeugten Altkommunisten die uns geläufigen marxistischen Auffassungen repetieren. Stoph einleitend: „Ein Staat hat Bürger. Nennt man die nicht normalerweise Staatsbürger?" Er meinte, daß wir unser Grundgesetz[7] doch „unzählige Male" geändert hätten, und weil nichts statisch sei, könne eine Korrektur des GG im Sinne der Anerkennung von Realitäten doch nicht so schwierig sein. Auch unter bürgerlichen Wissenschaftlern sei der Begriff der Nation strittig. Eine Nation bilde sich in einem geschichtlichen Prozeß heraus. So geschehe das in der DDR, aber auch bei uns. Die gemeinsame Sprache sei doch nur eines der Kriterien.

Dieser Teil der Unterhaltung wurde von Stoph mit Sachlichkeit und ohne die gewohnten polemischen Girlanden geführt. Meine verschiedenen kritischen Einwände parierte er gelassen (ich verwies auf die Schwierigkeiten, die die DDR mit dem Nation-Begriff in der eigenen Verfassung[8] gehabt habe).

Nachdem Stoph abermals – genau wie Honecker – gegen den Doppelbeschluß Front gemacht hatte, konzentrierte er sich auf den Souveränitätskomplex, wobei wiederum das elementare Bedürfnis der DDR-Führung nach der ihr vorenthaltenen uneingeschränkten völkerrechtlichen Anerkennung überdeutlich zu spüren war. Genau wie Honecker erwähnte Stoph den Elbabschnitt[9]. Er könne

6 Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

7 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

8 In Artikel 1 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 hieß es: „Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf. […] Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit." Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1949, S. 6.
Am 6. April 1968 fand in der DDR eine Volksabstimmung über eine neue Verfassung statt. In Artikel 1 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 hieß es u. a.: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation." Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1968, Teil I, S. 205.
In Artikel 8 Absatz 2 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 wurde u. a. ausgeführt: „Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben […] die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus". Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1968, Teil I, S. 206.
Die Volkskammer der DDR beschloß am 27. September 1974 ein Gesetz zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR vom 6. April 1968, das am 7. Oktober 1974 in Kraft trat. Vgl. dazu den Artikel „Errungenschaften des Volkes in der Verfassung verankert"; NEUES DEUTSCHLAND vom 28. September 1974, S. 1.
In Artikel 1 hieß es nun: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern." Vgl. GESETZBLATT DER DDR 1974, Teil I, S. 434.
Artikel 8 Absatz 2 wurde gestrichen. Vgl. dazu das Gesetz vom 7. Oktober 1974 zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der DDR; GESETZBLATT DER DDR 1974, Teil I, S. 426.

9 Zur Problematik des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe vgl. Dok. 18, Anm. 8.

nicht verstehen, daß man auf unserer Seite die Markierung verweigere („wir waren schon einmal weiter“).

Zum Schluß meinte er, daß wir gerade jetzt überlegen müßten, welche politischen Schritte zur Normalisierung der Beziehungen möglich seien („wir haben den Willen dazu“). Wörtlich: „Wir werden Sie unterstützen, wenn es zum Vorteil der Beziehungen zwischen unseren Völkern und zum Vorteil für Europa ist, und dabei spielt das Mikro- und Makroklima eine wichtige Rolle.“ Hier flocht Stoph – wiederum ohne polemisch zu werden, eher heiter – die Bemerkung ein, „Sie heißen Ständiger Vertreter, doch in der Praxis unterscheidet sich Ihr Wirken nicht von dem anderer Missionschefs“. Vor der Reichsgründung[10] habe niemand etwas Schlechtes daran gefunden, daß sich die vielen deutschen Höfe durch Gesandte untereinander hätten vertreten lassen[11] („ich erwähne das nur, weil Sie, Herr Bölling, auf die Vergangenheit pochen“). Erst habe man bei uns von der SBZ, nachher von der Ostzone, etwas später vom „Phänomen DDR“[12] geredet. Wir müßten hier konsequent sein. In der gegenwärtigen Situation stehe die Frage im Vordergrund, was die beiden Staaten zur Fortentwicklung ihrer Beziehungen tun könnten. Es müsse bei Korb I der Schlußakte angefangen werden. Entscheidend sei der Wille, die Zukunft sicherer zu gestalten. Dann könnten auch unsere Beziehungen zum Nutzen der Beteiligten weiterentwikkelt werden.

Wertung

Sachlich bot das Gespräch mit Stoph keine neuen Elemente. Genau wie bei der Begegnung mit GS Honecker habe ich unseren Standpunkt in verschiedenen Interventionen mit Nachdruck darlegen können. Auch Stoph wurde von mir auf die ausführliche Darlegung von BK gegenüber Mittag[13] zum Thema Doppelbeschluß verwiesen. Daß auch er auf das Thema Elbabschnitt zu sprechen kam, könnte als Zeichen dafür verstanden werden, daß die DDR in Sachen Staatsangehörigkeit eher Geduld zu zeigen bereit ist, aber als Beweis unseres Interesses an substantiellen Fortschritten gerade hier ein Signal zu erhalten wünscht. Augenscheinlich war Stoph daran gelegen, bei dieser ersten Begegnung ein gutes Gesprächsverhältnis zu etablieren.

[gez.] Bölling

VS-Bd. 13211 (210)

10 Die Proklamation des Deutschen Reichs fand am 18. Januar 1871 in Versailles statt.

11 Der Passus „daß sich die vielen … vertreten lassen“ wurde von Vortragendem Legationsrat Derix hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ideologische System war aber in allen Teilstaaten dasselbe.“

12 Am 13. Oktober 1967 führte Bundeskanzler Kiesinger vor dem Bundestag zum Verhältnis zwischen Bundesrepublik und DDR aus: „Gut, wir erkennen natürlich, daß sich da drüben etwas gebildet hat, ein Phänomen, mit dessen Vertretern ich in einen Briefwechsel eingetreten bin, ein Phänomen, mit dem wir bereit sind – so wie es in der Regierungserklärung angekündigt worden ist – um der Erleichterung des Lebens unseres Volkes, durch die Not der Spaltung hervorgerufen, willen Kontakte aufzunehmen, Vereinbarungen zu treffen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 65, S. 6360.

13 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 17. April 1980 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 504–515.

38

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten von der Gablentz, Bundeskanzleramt

VS-NfD **12. Februar 1981**[1]

Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten Djuranović am 10. und 12. Februar 1981[2]

1) von 15.15 bis 17.35 Uhr im Bundeskanzleramt,

2) von 22.25 bis 00.30 Uhr im Bungalow,

3) von 10.00 bis 10.40 Uhr im Bundeskanzleramt.

Am Gespräch zu 1) und 3) nahmen teil: BM Genscher, Botschafter Grabert, GL 21[3], Dolmetscher Ernst, Minister Šnuderl, Stellvertretender AM Melovski, Botschafter Makić, Dolmetscher.
(Am Gespräch 3) AA vertreten durch MDg Bräutigam.)

Am Gespräch zu 2) nahmen teil: Botschafter Grabert, GL 21, Dolmetscher Ernst, Botschafter Makić, Dolmetscher.

Bundeskanzler freut sich, daß der Gegenbesuch[4] nach soviel terminlichen Schwierigkeiten[5] heute zustande kommt. Er zeigt sich sehr beeindruckt, wie der Staat und die Menschen in Jugoslawien mit dem Tode Titos[6] fertiggeworden sind. Entgegen vielen weniger freundlichen Prophezeiungen hat Jugoslawien seine Politik nach außen und innen stetig und ohne Veränderungen fortgeführt. Er möchte unterstreichen, wie sehr er sich auch persönlich über den Besuch Djuranovićs freut, und hofft, daß er auch Gelegenheit erhält, in den nächsten Tagen Deutschland so kennenzulernen, wie er selbst seinerzeit Belgrad und das Heimatland Djuranovićs, Montenegro, kennenlernen konnte.[7] Er möchte Djuranović im Namen aller Deutschen herzlich willkommen heißen, die viel Sympathie für sein Land besitzen.

1 Korrigiert aus: „11. Februar 1981".
Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 16. Februar 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Bundesministers" übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht gebilligt." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178842.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 16. Februar und am 22. Februar 1981 erneut vorgelegen.

2 Ministerpräsident Djuranović hielt sich vom 10. bis 13. Februar 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Otto von der Gablentz.

4 Bundeskanzler Schmidt besuchte Jugoslawien vom 27. Mai bis 1. Juni 1977. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 132–134, Dok. 136 und Dok. 137.

5 Referat 214 vermerkte am 2. Februar 1981: „Besuch wurde mehrfach verschoben (Dez. 1978 – Terroristenproblematik; Mai 1980 – Tod Titos; Herbst 1980 – Terminschwierigkeiten, Januar 1981 – Terminschwierigkeiten unsererseits)." Vgl. Referat 214, Bd. 132872.

6 Staatspräsident Tito starb am 4. Mai 1980.

7 Ministerpräsident Djuranović reiste nach seinem Aufenthalt in Bonn „zu Kurzbesuchen nach Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg". Vgl. den Runderlaß Nr. 12 des Vortragenden Legationsrats Steinkühler vom 16. Februar 1981; Referat 214, Bd. 132872.

Djuranović dankt für den Empfang. Er freut sich über den Besuch und insbesondere die Gelegenheit zu einem ausführlichen Gespräch mit dem Bundeskanzler. Die Bürger Jugoslawiens haben den Bundeskanzler gestern im Fernsehen[8] gesehen. Was er über die internationale Lage und die gegenseitigen Beziehungen gesagt hat, hat ein sehr positives Echo gefunden. Der gute Aufschwung der bilateralen Beziehungen ist gerade vor dem Hintergrund der schwierigen internationalen Lage bemerkenswert.

Weltwirtschaft

Bundeskanzler: Durch die Ölpreiserhöhungen[9] sind die Industrieländer des Westens und des Ostens sowie insbesondere die etwa 110 Entwicklungsländer, die kein Öl haben, in eine äußerst schwierige Lage gekommen. Die wirtschaftlichen Folgen berühren auch einige Ölländer. Am schlimmsten betroffen sind die EL, die ihre Ölimporte nicht bezahlen können, auf Kredit leben müssen und andere lebenswichtige Importe nicht bezahlen können. Die gesamt Entwicklungshilfe der westlichen Welt erreicht nicht einmal die Höhe der Ölpreissteigerung eines Jahres. Wirtschaftlich fällt sie also nicht in die Waagschale. Der Hunger in der Welt wird steigen. Die meisten Ölländer verstehen die Lage nicht oder wollen sie nicht verstehen. Hinzu kommen hausgemachte Schwierigkeiten in einzelnen Ländern. Im Osten z. B. Polen oder in Westeuropa Großbritannien, die gewaltige Inflationsraten und ein Schrumpfen des Sozialprodukts mit fragwürdigen ökonomischen Rezepten angehen, die nicht zum Erfolg führen können.

Auch wir haben ein Zahlungsbilanzdefizit von 15 Mrd. Dollar für 1980, müssen 1981 mit 12 Mrd. rechnen. Dem Zahlungsbilanzdefizit der ölimportierenden Welt von etwa 100 Mrd. Dollar steht ein Zahlungsbilanzüberschuß von 40 Mrd. allein für Saudi-Arabien gegenüber, das zum größten Gläubiger und größten Energieversorger der Welt wird – jedenfalls, wenn es dort ruhig bleibt und sich der iranisch-irakische Krieg[10] nicht auf die ganze Golfregion ausdehnt.

Es ist sinnlos, sich einzureden, daß es sich um vorübergehende wirtschaftliche Schwierigkeiten handele. Es geht um ernstzunehmende Probleme, die die Struktur der Weltwirtschaft berühren. Die große Gefahr ist, daß jeder versucht, sich gegen sein Unglück abzuschotten. Wenn das jeder tut, wird das Unglück für alle noch größer. Er sieht mit großer Besorgnis diese weltwirtschaftliche Entwicklung, die weder im Westen noch von der OPEC noch vom Osten noch von der Gruppe 77 richtig verstanden wird. Die Welt taumelt schweren wirtschaftlichen Verwerfungen entgegen. Aus ganz anderen Ursachen wie damals könnte

8 Am 19. Februar 1981 teilte Botschafter Grabert, Belgrad, mit: „Das Belgrader Fernsehen brachte in einer Sondersendung am 9.2. nach den Abendnachrichten das Interview mit Bundeskanzler Schmidt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 250; Referat 214, Bd. 132872.

9 Ministerialdirektor Fischer resümierte am 22. Dezember 1980 als Ergebnis der Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten am 15./16. Dezember 1980 in Bali: „Erhöhung der Ölpreise beträgt im Schnitt 10 %. Allerdings bisher noch keine Erkenntnisse darüber, inwieweit die einzelnen OPEC-Staaten die Marge zu nutzen gedenken." Fischer kam zu dem Schluß, daß sich infolge dieser Preisanhebung „die Devisenbelastung der westlichen IL aus Ölimporten jährlich um knapp 30 Mrd. US-Dollar, die der EL um ca. 6 Mrd. US-Dollar erhöhen" dürfte. Für die Bundesrepublik sei „eine zusätzliche Belastung von etwa 6 Mrd. DM zu erwarten. Der Preis pro Produkten-Liter könnte sich nach ersten Schätzungen (BMWi) um ca. vier bis fünf Pfennig erhöhen." Vgl. Referat 405, Bd. 126883.

10 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.

es zu politischen Konsequenzen kommen, die denen der Jahre 1914, 1939 vergleichbar sind.

Unter Anerkennung der hervorragenden Rolle, die Jugoslawien stets in der Bewegung der Blockfreien gespielt hat, regt er an, daß die Blockfreien sich der kardinalen Bedeutung der Ölpreissteigerungen bewußt werden und prüfen, was zu geschehen hat. Gerade in Anbetracht dieser Probleme ist es skandalös, daß die Sowjetunion praktisch kaum Entwicklungshilfe leistet und OPEC völlig unzureichend im Verhältnis zu ihren Öleinnahmen. Der Westen kann die notwendige Entwicklungshilfe allein nicht leisten, zumal sich die durch die Ölpreissteigerung entstandenen Strukturverwerfungen der Weltwirtschaft mit der ungebremsten Entwicklung der Weltbevölkerung kumulieren. Das muß schiefgehen.

Statt mit diesen großen Problemen müssen sich allerdings die Regierungen der Welt herumschlagen mit Rüstungsproblemen und allen möglichen politischen Prestige-Gesichtspunkten zwischen Ost und West, die die Aufmerksamkeit der Regierungen und Staatsmänner absorbieren. Unter diesen Umständen müssen wir insgesamt in der Weltpolitik mit negativen Entwicklungen rechnen, jedenfalls in den nächsten fünf bis zehn Jahren.

Djuranović zeigt sich fast völlig einverstanden mit der Beurteilung der weltwirtschaftlichen Schwierigkeiten. Auch er glaubt, daß wir für die nächsten Jahre mit solchen Schwierigkeiten zu rechnen haben. Die weltwirtschaftliche Situation ist nicht nur gekennzeichnet durch den tiefen Graben zwischen EL und IL, sondern auch durch Spannungen und Konflikte innerhalb der verschiedenen Gruppen von Staaten oder innerhalb der Staaten selbst. Auch in der Gruppe der 77 läßt sich zur Zeit keine gemeinsame Grundlage erarbeiten zur Lösung der verschiedenen Probleme. Neben die Frage nach ausreichender Energieversorgung tritt immer stärker die Frage einer ausreichenden Nahrungsmittelversorgung.

In dieser Lage hängen alle Staaten voneinander ab. Lösungen müssen im gemeinsamen Interesse der IL und der EL gefunden werden. Daher ist die harte Haltung der USA[11] zum Beginn der Globalverhandlungen[12] schwer zu erklären. Sicher gibt es dabei Probleme, aber der Prozeß der Globalverhandlungen sollte eröffnet, die sachlichen Prioritäten könnten dann festgesetzt werden.

Länder der Dritten Welt, die dem Kampf gegen den Kolonialismus ihre Unabhängigkeit verdanken, sind immer noch zu beeindrucken von den Parolen des Ostens, wonach die Nord-Süd-Probleme nur ein Erbe des Kolonialismus sind. Wenn die USA alle Gespräche ablehnen, drängen sie die EL weiterhin auf die

11 Am 7. Oktober 1980 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Möhler aus Gesprächen mit Angehörigen des amerikanischen Außenministeriums sowie des amerikanischen Finanzministeriums mit: „Zwar waren die Gesprächspartner mit mir einig, daß die Globalen Verhandlungen und die Generalversammlung dem IWF keine Maßnahmen aufzwingen können, die amerikanische Seite fürchtet jedoch den politischen Druck, der von den Globalen Verhandlungen etwa in Richtung auf die Änderung der Stimmgewichte im IWF ausgehen könnte." Daher wolle man dem „globalen Verhandlungsorgan nicht einmal das Recht geben […], dem IWF bestimmte Themen zur Prüfung zuzuweisen. […] Für die amerikanische Seite stellt sich damit die Frage des Verhältnisses von Globalen Verhandlungen zum IWF nicht erst in der Schlußphase, sondern bereits bei den Orientierungen, die das zentrale Verhandlungsorgan zu geben hätte." Vgl. Referat 412, Bd. 122390.

12 Zum Stand der Vorbereitungen für die Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

Seite der Sowjetunion. Es gibt gewiß Radikale unter den EL, Radikalismus kann auch nicht die Basis für Gespräche sein, aber eine Ablehnung der Gespräche durch die USA ist sicherlich weltpolitisch nicht nützlich. Die Bundesrepublik Deutschland kann wesentlich dazu beitragen, um die ganze westliche Welt an die Globalverhandlungen heranzuführen und dem geplanten Gipfeltreffen in Mexiko[13] zum Erfolg zu verhelfen.

Bundeskanzler möchte zum Gipfeltreffen in Mexiko fahren. Es kann einen nützlichen Beitrag leisten, wenn es nicht durch allzu hohe Erwartungen und durch die Anwesenheit von allzu vielen Journalisten überfrachtet wird. Auch die USA sollten teilnehmen sowie die Sowjetunion und die VR China. Er hält dagegen nicht viel von den großen Reden in New York, die meist nur für die Medien des eigenen Landes oder der eigenen Gruppe gehalten werden, bei denen es mehr auf öffentliche Wirkung als auf gedanklichen Inhalt ankommt. Man muß vor allem miteinander über die Tatsachen reden. Vor allem über die Tatsache, daß niemand den EL wirklich helfen kann, außer den OPEC-Staaten.

Leider wird schon bei der Vorbereitung des Mexiko-Gipfels zuviel politisches Prestige investiert.

Djuranović stimmt zu. Er meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß Kuba, selbst wenn es von Mexiko eingeladen werde, nicht als Sprecher der Blockfreien in Mexiko auftreten könne. Der Vorsitz Kubas dauere allerdings noch bis zum September 1982.[14] Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß sich die Blockfreien wirklich nicht von Kuba vertreten lassen könnten, dessen Soldaten – von den Sowjets dorthin geflogen – in vielen Staaten der Welt kämpfen, meint er, daß die Welt nun einmal so sei. Die Angolaner z.B. haben die Kubaner ziemlich satt. Eine Lösung der Namibia-Frage würde auch die Anwesenheit der kubanischen Truppen in diesem Teil der Welt beenden.

Amerikanisch-sowjetisches Verhältnis

Bundeskanzler meint auf Frage Djuranovićs nach der Wirtschaftspolitik Reagans[15], daß man hierzu zur Zeit noch viel Widersprüchliches aus Washington

13 Zur geplanten Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Mexiko vgl. Dok. 29, Anm. 16.

14 Mit Beginn der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna übernahm Kuba für drei Jahre den Vorsitz der Bewegung.

15 Am 18. Februar 1981 gab Präsident Reagan in einer gemeinsamen Sitzung beider Häuser des amerikanischen Kongresses eine Erklärung zur Wirtschaftspolitik ab. Gesandter Bazing, Washington, führte dazu aus, Reagan habe „in anschaulicher und dramatischer Weise das Staatsschiff als außer Kontrolle“ bezeichnet und „auf der Grundlage des am gleichen Tag vom Weißen Haus veröffentlichten und an alle Abgeordneten und Senatoren verteilten Berichts mit dem Thema ‚America's New Beginning. A Program for Economic Recovery‘ […] ein aus vier Teilen bestehendes wirtschaftspolitisches Programm“ angekündigt. Auf dieses Weise sollten „die Kontrolle über die Inflation wiedergewonnen, die Wirtschaft neu belebt und 13 Mio. neue Arbeitsplätze geschaffen werden“. Die vier Hauptpunkte des Programms seien Kürzungen im Haushalt, insbesondere bei Subventionen, eine Verringerung der Steuern auf Einkommen und Kapitalerträge in Höhe von 30 Prozent über drei Jahre einschließlich einer Anhebung von Abschreibungssätzen rückwirkend zum 1. Januar 1981, weiterhin die Überprüfung der „in den letzten zehn Jahren explosionsartig angewachsenen Reglementierungspraxis des Staates“ sowie eine restriktive Geldpolitik. Durch dieses Programm kündige sich, so Bazing, „eine deutliche Wendung der amerikanischen Wirtschaftspolitik“ an: „Die entschlossene Bekämpfung der Inflation wird zum Hauptziel staatlichen Handelns erklärt, während die Wiederbelebung der Wirtschaft und die Auslösung neuer Wachstumsimpulse durch verstärkte Investitionen und Hebung der Produktivität von der Ermutigung der Privatinitiative durch Beschränkung der Staatsausgaben auf die eigentlichen Regierungsaufgaben erwartet wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 669 vom 19. Februar 1981; Referat 420, Bd. 130012.

höre. Gleichzeitig die Steuern senken, die Haushaltsausgaben reduzieren, größere Verteidigungslasten bewilligen und die Inflation bekämpfen, geht nicht einmal in den USA. Falls die USA es trotzdem versuchen, werde die ganze Last der Stabilitätspolitik auf der Zentralbank liegen. Die Zinsen müßten dann von gegenwärtig 20 auf mindestens 25% steigen mit entsprechenden zerstörerischen Wirkungen auf die Welt. Aber es ist noch zu früh, ein Urteil über die Wirtschaftspolitik Reagans abzugeben. Für die neue amerikanische Regierung[16] werden die wirtschaftspolitischen Entscheidungen wohl zunächst Priorität vor den außenpolitischen haben. Reagan hat ein schlimmes ökonomisches Erbe übernommen. Man sollte ihm daher nicht zu früh mit Skepsis oder negativer Kritik begegnen. Damit begibt man sich der Chance, ihn zu beeinflussen. Zur Befürchtung Djuranovićs, daß eine restriktive Sozialpolitik Millionen von Amerikanern hart treffen würde, meint er, daß jedes einzelne Gesetz ja auch noch der Zustimmung des Gesetzgebers bedürfe. Wir Europäer sollten auch nicht unterschätzen, welch große Hoffnungen auf einen psychologischen Aufschwung in den USA die Regierung Reagan begleiten. Die Amerikaner haben Sack und Asche beiseite getan und entwickeln ein neues Selbstbewußtsein. Die Aktien- und Dollarkurse sind entsprechend gestiegen. Damit ist ein neues politisches Faktum geschaffen, ein positives Zeichen für die Regierung Reagan.

Djuranović meint auf Frage des Bundeskanzlers nach der Wirtschaftspolitik, die der bevorstehende Kongreß der KPdSU[17] beschließen werde, daß der Kongreß wohl keine wesentlichen Neuorientierungen bringen werde. Es ist schwer vorzustellen, daß die angekündigten Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards mit der forcierten Aufrüstung zu vereinen seien. Vor allem die Lage der Landwirtschaft ist trotz aller Anstrengungen sehr schlecht. Afghanistan, Polen und Kuba zehren am sowjetischen Haushalt.

Bundeskanzler: Die Sowjetunion scheint auch ernsthafte Schwierigkeiten bei der Energieversorgung zu haben. Während westliche Staaten mit der Sowjetunion über gewaltige künftige Gaslieferungen verhandeln[18], sah sich Moskau vor einigen Wochen gezwungen, seine gegenwärtigen, sehr viel kleineren Lieferungen zu reduzieren.[19] Auch Polen kann seine Lieferverpflichtungen für Kohle nicht einhalten.[20] Bei einem Andauern der gegenwärtigen Öl- und Erdgas-

16 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

17 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

18 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR vgl. Dok. 29, Anm. 14.

19 Am 16. Januar 1981 unterrichtete Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, das Auswärtige Amt über die „jüngste Kürzung sowjetischer Erdgas-Lieferungen". Er übermittelte die Ansicht „hiesiger deutscher Firmenrepräsentanten", daß „Minderlieferungen in den Wintermonaten zwar die Regel (so 1979, 1980) seien, aber ein 30-prozentiger Ausfall – wie diesmal – bisher einmalig sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 202; VS-Bd. 10375 (405); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Am 3. November 1980 informierte der polnische Botschafter Chyliński das Bundesministerium für Wirtschaft, daß die Bundesrepublik „für die nächste Zeit mit vermindertem Kohlebezug aus Polen rechnen müsse". Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger teilte der Botschaft in Warschau dazu am 10. November 1980 mit: „Die deutschen Kohleimporteure gehen bereits davon aus, daß der polnische Kohleexport in die Bundesrepublik Deutschland statt der bisherigen 2,5 Mio t/a[nnum] in diesem Jahr nur 2,1 Mio. t betragen wird.". Vgl. den Drahterlaß Nr. 518; Referat 421, Bd. 141266. Zur Einfuhr polnischer Kohle in die Bundesrepublik führte Bundesminister Graf Lambsdorff in

Konvulsionen können auch die osteuropäischen Wirtschaften in unvorhersehbare Schwierigkeiten geraten. Ihre landwirtschaftlichen Probleme sind ja inzwischen schon ein Dauerzustand.

BM Genscher und er haben daher seit langem den Gedanken einer europäischen Energiekonferenz[21] gefördert als eine der Folgekonferenzen der KSZE. Ein internationales Energiesymposium würde heute wohl zum Schluß kommen, daß es für jedes Land klug sei, seine Energieversorgung auf möglichst viele Beine zu stellen. Alle Energiearten sind mit wirtschaftlichen, technischen, sicherheitsmäßigen und außenpolitischen Risiken behaftet. Das gilt auch für die Kernenergie. Das außenpolitische Risiko besteht darin, daß man einen Lieferanten für Uran und/oder angereicherten Brennstoff finden muß. Eine OPEC der Länder, die Kernbrennstoff liefern können, könnte zu neuen wirtschaftlichen Katastrophen führen.

Djuranović berichtet auf Frage des Bundeskanzlers, daß ein erstes KKW erst 1981 in Jugoslawien in Dienst gestellt werden soll. Bis Ende des Jahrhunderts sind sechs bis sieben KKWs geplant. Jugoslawien stützt sich vor allem auf einheimische Energiequellen, Kohle und Wasserkraft. Die einheimische Ölförderung soll durch intensive Ölsuche erhöht werden. Auf Frage BM Genschers nach der Abschaffung der autofreien Tage in Jugoslawien[22] berichtet er, daß der steigende Benzinpreis zu einem wesentlichen Minderverbrauch geführt hat. Das Gesetz habe dennoch seine psychologische Rolle gespielt, den Bürgern die Energiesituation vor Augen zu führen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 203

einem Schreiben vom 7. Oktober 1981 an den polnischen Minister für Bergbau und Energiewirtschaft, Piotrowski, aus, daß „auf die langfristig vereinbarte Jahresmenge von 2,5 Mio t im ersten Halbjahr 1981 lediglich 0,65 Mio. t geliefert" worden seien. Vgl. Referat 421, Bd. 141260.

21 Zur sowjetischen Initiative für eine gesamteuropäische Energiekonferenz vgl. Dok. 7, Anm. 10.
Ministerialdirektor Fischer resümierte am 23. Februar 1981 das Ergebnis einer Sitzung der „Energieberater der ECE-Regierungen", die vom 16. bis 20. Februar 1981 in Genf stattfand: „1) Die Ausgangslage war gekennzeichnet von einer jeden Fortschritt in Richtung auf eine Konferenz, ja den Fortgang jeder Diskussion des Konferenzgedankens strikt ablehnenden Haltung der USA. Wie uns gegenüber bereits im Vorfeld der Sitzung erläutert, ist diese Haltung politisch motiviert (Afghanistan, Polen, befürchtete Energieabhängigkeit Westeuropas von der Sowjetunion sowie die Befürchtung, die Sowjets könnten eine Konferenz als Instrument benutzen, um sich verstärkt in Fragen der internationalen Energiepolitik – einschließlich Fragen des Zugangs zu den Ölquellen am Persischen Golf – einzumischen). Dieser Haltung stand ein Drängen der östlichen Länder, insbesondere der Sowjetunion, auf Fortschritte in Richtung auf eine Konferenz gegenüber. 2) Die EG-Staaten […] schlossen sich in Genf der von uns vertretenen flexiblen Haltung an, […] die der Gruppe zugewiesenen beiden Aufgabenbereiche – allgemeiner energiepolitischer Informationsaustausch und Prüfung konferenzbezogener Problembereiche – stärker zu verbinden, d.h., den auch von den Amerikanern gewünschten Informationsaustausch nicht als Selbstzweck erscheinen zu lassen, sondern ihn auch in die Perspektive vorbereitender Konferenzüberlegungen zu stellen. Dieser von den Niederländern als EG-Präsidentschaft in den ‚western caucus' eingebrachten Verhandlungslinie stimmten alle westlichen Länder – als Rückfallposition auch die USA – zu." Damit sei „die Tür für ein späteres Zustandekommen einer Energiekonferenz offengehalten" worden. Vgl. Referat 405, Bd. 126864.

22 Am 10. Dezember 1980 berichtete Botschafter Grabert, Belgrad, nach Angaben der jugoslawischen Regierung liege „trotz der gestiegenen Anzahl der Kraftfahrzeuge in den ersten neun Monaten d. J. der Benzinverbrauch um 11 % niedriger als im Vergleichszeitraum des Vorjahres". Dies sei auf die „Fahrbeschränkungen, die an 72 Tagen im Jahr gelten, sowie auf den hohen Benzinpreis" zurückzuführen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1605; Referat 420, Bd. 129916.
Am 9. Februar 1981 teilte Legationssekretär Hausmann, Belgrad, mit, daß am 5. Februar 1981 die „seit Mai 1979 gültigen Fahr- und Geschwindigkeitsbeschränkungen" aufgehoben worden seien. Vgl. den Schriftbericht Nr. 190; Referat 420, Bd. 129916.

Militärisches Gleichgewicht

Bundeskanzler erläutert auf Frage Djuranovićs nach den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen, daß sich die beiden Weltmächte zur Zeit Kissingers[23] relativ weitgehend verstanden haben, wenigstens haben sie aufeinander gehört. Dann kamen Jahre der Ungewißheit, die zur Zeit besonders groß ist. Die sowjetische Haltung ist durch eine gewisse Vorsicht gekennzeichnet, da man nicht weiß, wie man die harte Sprache Reagans einschätzen soll. Man kann die Lage auf die Formel bringen, daß die Russen kein Amerikanisch und die Amerikaner kein Russisch verstehen.

Er fügt hinzu, daß auch wir mit großer Besorgnis die Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs in der Welt verfolgen. Der Einmarsch in Afghanistan[24] war eine sehr schlimme Sache. Wir empfinden die latente Drohung mit einem Eingreifen in Polen als sehr gefährlich. Wir haben daher die jugoslawische Erklärung zu Polen begrüßt und unsere Haltung gemeinsam mit den westlichen Verbündeten – zuletzt noch in der gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung[25] – zum Ausdruck gebracht. Eine sowjetische Einmischung in Polen würde die Welt verändern.

Hinzu kommt, daß die Sowjetunion mit ihrer Mittelstreckenrüstung gegenüber Europa, den Mittelmeerländern, dem Nahen Osten und wahrscheinlich auch gegenüber China jedes Maß der Verhältnismäßigkeit überschritten hat. Auch das macht uns große Sorge. Es gibt keinen Vertrag, der die SU an dieser Raketenrüstung gehindert hätte. Sie hat insofern legal gehandelt, aber nicht klug, da sie hiermit das Gleichgewicht in Europa tiefgreifend verändert hat. Wir haben verschiedentlich versucht, auf die sowjetischen Führer in dem Sinne einzuwirken, daß sie wirklich verstehen, was sie anrichten. Aber sie scheinen es nicht zu verstehen. Es ist nicht auszuschließen, daß all dies zur Rückkehr einer „Kalten-Krieg"-Situation führt. Unser Wunsch wäre das wirklich nicht.

Wenn die Rüstungskontrollgespräche im Rahmen des SALT-Prozesses oder in Genf[26] nicht schnell wiederaufgenommen werden und wenn man nicht bald Erfolge sieht, fürchtet er, daß die Welt in einen Rüstungswettlauf treibt. Unter

23 Henry Kissinger war von 1969 bis 1975 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten und von 1973 bis 1977 amerikanischer Außenminister.

24 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

25 Zu den Äußerungen zu Polen in der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. Dok. 35, Anm. 22.

26 Am 28. August 1980 resümierte Botschafter Ruth die am 9. August 1980 abgeschlossene Jahressitzung der Konferenz des Abrüstungsausschusses (CD) in Genf: Sie habe „trotz der Belastung des Ost-West-Verhältnisses allgemein und des Abrüstungsgesprächs im besonderen durch die Ereignisse in Afghanistan ihre Arbeit am 5. Februar wie vorgesehen in voller Besetzung (einschl. China) aufgenommen. Greifbare Ergebnisse waren freilich nicht zu erwarten: Afghanistan, der chinesisch-sowjetische Gegensatz, die Frage der TNF sowie Verfahrensfragen belasteten die Diskussion in der ersten Hälfte der Sitzungsperiode. Immerhin konnten vier Arbeitsgruppen eingesetzt werden (‚Radiologische Waffen', ‚Chemische Waffen', Negative Sicherheitsgarantien', ‚Umfassendes Abrüstungsprogramm'), die ihre Arbeit in der zweiten Hälfte aufnahmen. Ihre Berichte wurden im Konsens verabschiedet. Konkrete Ergebnisse (Vertragsentwürfe) gibt es keine." Trotz aller politischer Kontroversen sei „der Wille aller CD-Mitglieder zu erkennen" gewesen, „den CD als einziges internationales Verhandlungsforum für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu erhalten". Vgl. Referat 222, Bd. 116959.
Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

diesen Umständen hält er es für das Wichtigste, was Länder wie Jugoslawien und Deutschland tun können, auf Stabilität der Beziehungen zu drängen, auf Gleichgewicht und darauf, daß nicht einer den anderen in der Rüstung überholen kann.

Djuranović teilt die tiefe Besorgnis über das Verhältnis der Großmächte, wie es der Bundeskanzler beschrieben hat. Er hält es für gefährlich, daß die beiden Großmächte nicht miteinander sprechen und Reagan das Gleichgewicht durch Aufrüstung herstellen will. Wir wissen, daß ohne Gleichgewicht die Entspannung nicht wiederbelebt werden kann. Wir wissen auch, daß sich das Gleichgewicht in letzter Zeit zugunsten der Sowjetunion verschoben hat. Daher muß man das Gleichgewicht wiederherstellen, um voll miteinander reden zu können. Aber Reagan scheint nach einer Position der Überlegenheit zu streben.

Bundeskanzler möchte kein abschließendes Urteil über Reagans Politik fällen. Er selbst hat vor einer Woche im Bundestag erklärt, daß wir keine Position der Unterlegenheit hinnehmen und keine Überlegenheit anstreben.[27] Wir beharren auf der Philosophie des militärischen Gleichgewichts. Er hält eine Politik der Stärke oder der Überlegenheit zwischen zwei Weltmächten für abwegig. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs zeigen, zu welch ungeheuren Rüstungsanstrengungen die USA fähig sind. Sie zeigen aber auch, zu welchen Leiden die Russen fähig sind. Ein Wettrüsten beider Seiten wird sich daher möglicherweise für eine Zeitlang die Waage halten. Es wird aber für alle lebensgefährlich sein.

Er wird Djuranović sein Buch „Strategie des Gleichgewichts“ zusenden, das er vor zwölf Jahren genau zu diesem Thema geschrieben hat.[28] Er steht noch heute auf dem gleichen Standpunkt. Er hat dem Buch ein Motto des jugoslawischen Außenministers Nikezić vorangestellt, das er dem Inhalt nach auch vor dem Bundestag wieder aufgegriffen hat: Das Gleichgewicht ist eine Conditio sine qua non, aber es ist keine ausreichende Bedingung für den Frieden, es muß der Wille dazu kommen, miteinander zu reden.

Djuranović betont auf Frage des Bundeskanzlers, ob sich die Sowjets mit den Jugoslawen auch über ihre Beurteilung der amerikanischen Politik unterhalten, daß in den letzten zwei Monaten keine hochrangigen Kontakte mit der SU stattgefunden haben. Die Sowjets scheinen immer noch Reagan als besseren Partner zu beurteilen als Carter und legen in ihren Reaktionen eine gewisse Vorsicht an den Tag.

KSZE

Genscher nimmt die Bemerkung Djuranovićs auf, daß wegen der Unsicherheiten im Verhältnis der Großmächte zueinander die Nachfolgekonferenz in Madrid in eine Sackgasse läuft. Die Diskussion spitzt sich auf die Abrüstungskonferenz zu. Wir setzen uns für den französischen Vorschlag[29] ein und haben in großer Anstrengung auch die USA dafür gewonnen. Muskie hat noch von der

27 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 30. Januar 1981 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 825 f.

28 Vgl. Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

29 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

Frühjahrskonferenz der NATO in Ankara[30] aus mit Carter, der damals in Spanien war[31], telefoniert und eine Änderung des Beschlusses des Nationalen Sicherheitsrats bewirkt, der sich gegen die US-Teilnahme aussprach. Wenn jetzt der französische Vorschlag verwässert wird, indem z. B. vertrauensbildende Maßnahmen sich nur auf einen Teil des europäischen Teils der Sowjetunion erstrecken, hat er wenig Chancen, von allen westlichen Staaten unterstützt zu werden. Das wäre auch sachlich falsch, denn keiner fühlt sich z. B. von jugoslawischem oder schwedischem Territorium aus bedroht. Zu diesem Punkt ist mit dem Westen nicht zu handeln.

Auf den Einwurf Djuranovićs, ob es dann zu keiner Konferenz komme, weil die SU nichts von diesem Vorschlag wissen will, meint er, daß keiner die Schlußakte[32] ändern kann, deren Anwendungsgebiet sich auf ganz Europa bis zum Ural erstreckt.

Djuranović: Wenn man die Erfahrungen von Belgrad[33] und Madrid genauer analysiert, drängt sich der Schluß auf, daß die Sowjets an weiteren KSZE-Folgetreffen nicht mehr interessiert sein könnten. Wenn es jetzt nicht zu einer KAE kommt, werde es wohl auch keine Folgekonferenz geben. Dann nähern wir uns dem Ende des KSZE-Prozesses.

Genscher: Wir haben viel in Madrid investiert. Auf unser Drängen sind Außenminister hingefahren. Wenn es nach dem Bundeskanzler gegangen wäre, wären sogar Regierungs- oder Staatschefs gekommen. Wir haben uns offen gezeigt für sowjetische Vorschläge z. B. für eine europäische Energiekonferenz. Der französische Vorschlag ist keineswegs einseitig. Wir sind offen für eine Diskussion über den Inhalt der vertrauensbildenden Maßnahmen. Es kommt also darauf an, die Sowjets in dieser Frage zu überzeugen.

Bundeskanzler: Für die Sowjetunion könnte es interessant sein zu beobachten, wie die sowjetische Politik zu Polen, in Abrüstungsfragen und jetzt auch in Madrid zur KAE die französische Regierung sehr eng an die Seite der USA gedrängt hat – übrigens zum großen Erstaunen der Franzosen, die dasselbe von sich nicht immer gewußt haben.

Djuranović: Wie Deutschland hat auch Jugoslawien viel in Madrid investiert und ist daher gleichermaßen am Erfolg interessiert. Auch wir glauben, daß es ein großer Erfolg wäre, wenn Europa sich über eine Abrüstungskonferenz einigt. Man habe unter vier bis fünf Vorschlägen[34] nach einer Kompromißformel gesucht, die Flexibilität herstellt und die Konferenz ermöglicht. Ist diese Komponente des französischen Vorschlags völlig unabänderlich?

Genscher: Sie ist so unabänderlich wie die Schlußakte selbst. Zum Inhalt der vertrauensbildenden Maßnahmen sind wir offen, bereit, über alles zu reden, auch über Qualität und Verifizierbarkeit. Wir sind zusammen mit Frankreich

30 Zur NATO-Ministerratstagung am 25. Juni 1980 in Ankara vgl. AAPD 1980, I, Dok. 190.

31 Präsident Carter hielt sich am 25./26. Juni 1980 in Spanien auf.

32 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

33 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

34 Zu den Vorschlägen für eine Konferenz über Abrüstung in Europa, die auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegt wurden, vgl. Dok. 10.

das westliche Land, das sich am stärksten für eine KAE engagiert, aber eine Einigung über den Anwendungsbereich der KSZE-Schlußakte für KAE-Beschlüsse ist die Voraussetzung dafür, daß wir den Westen unter einen Hut bekommen haben.

China und Indien

Djuranović berichtet auf Frage des Bundeskanzlers nach dem jugoslawischen Eindruck von den Beziehungen Indiens und Chinas zur Sowjetunion zunächst über die Eindrücke seiner China-Reise im November[35]. Haupteindruck war, daß die Chinesen so mit der Innenpolitik beschäftigt sind, daß sie sich keine strategischen außenpolitischen Fragen stellen. Die innenpolitische Lage wird von starken Wirren gekennzeichnet. Im Augenblick sind im Kampf um die Führung die in der Kulturrevolution Verfolgten um Deng in der Offensive. Aber ein neues Kräfteverhältnis hat sich noch nicht herausgebildet. Hua wird scharf kritisiert, aber es bleibt möglich, daß er in dieser oder jener Funktion in den Führungsgremien bleibt. China hat mit außerordentlich großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Betriebe, die er im November besuchte, machen technologisch einen sehr rückständigen Eindruck. Im Vergleich mit seinem ersten China-Besuch vor 25 Jahren scheint kein wirklicher Fortschritt erreicht worden zu sein. Die übrige Welt hat noch nicht begriffen, welch schrecklichen Schaden die Kulturrevolution angerichtet hat. Der praktische Ausfall von zehn Jahren Hochschulbildung hat schwerwiegende Folgen für die Entwicklung der Produktivkräfte in China. Es gibt interessante Konzepte zur Demokratisierung und Dezentralisierung Chinas, zur Schaffung materieller Anreize in der Lohnpolitik, zu einer Trennung von Partei und Staat. Aber es erscheint ihm immer noch sehr schwer, daß China auch nur das selbstgesteckte Ziel von einem Pro-Kopf-Einkommen von 1000 Dollar im Jahre 2000 erreicht, gegenüber den jetzigen etwa 300 Dollar.

Indien nähert sich außenpolitisch nach jugoslawischem Urteil der SU an, obwohl es sich anstrengt, der klassischen indischen Politik und der Blockfreiheit treu zu bleiben. Bezeichnend für die Ambivalenz der indischen Politik ist, daß Indira bei der Eröffnung der Blockfreien-Konferenz ihre Besorgnis wegen Afghanistan zum Ausdruck brachte[36], aber im indischen Entwurf des Schlußdokuments[37] Afghanistan überhaupt nicht erwähnt wird. Es hat die Blockfreien irritiert, daß die Inder das Beglaubigungsschreiben des kampucheanischen

35 Ministerpräsident Djuranović hielt sich vom 6. bis 10. November 1980 in der Volksrepublik China auf.

36 Zur Rede der Ministerpräsidentin Gandhi am 9. Februar 1981 in Neu Delhi vgl. den Artikel „Tiefe Risse im Block der Blockfreien"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 10. Februar 1981, S. 2.

37 Gesandter Wegner, Neu Delhi, führte am 18. Februar 1981 aus: „Verlauf und Ergebnis der Konferenz waren von Indien mit dem Entwurf des Schlußdokuments vorgezeichnet worden". Dabei habe sich Indien „mit einer ganzen Reihe von Vorstellungen, die es im Entwurf formuliert hatte, nicht durchsetzen können. Dazu gehören Afghanistan, Kambodscha und Diego Garcia. Zu Afghanistan und Kambodscha hatte Indien seiner außenpolitischen Linie, aber auch dem ‚Geist von Havanna' entsprechend, versucht, auf die SU und Vietnam Rücksicht zu nehmen. Da, von Indien unvorhergesehen, der ‚Geist von Havanna' unterging, mußte auch dieses Konzept scheitern. […] Dies bringt Indien in der Afghanistan-Frage auf eine Position, die ohnehin eher, unter Berücksichtigung der die russische Intervention verurteilenden Mehrheit der Bevölkerung, der wahren indischen Interessenlage entspricht." Vgl. den Schriftbericht Nr. 314; Referat 340, Bd. 127098.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu Delhi vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 288–302 (Auszug).

Botschafters[38] angenommen haben. Eine Verbesserung des indisch-amerikanischen Verhältnisses ist dringend notwendig. Frau Gandhi scheint den Eindruck zu haben, daß sich Washington gegen ihre Wiederwahl[39] gestellt hatte. Die Jugoslawen haben ihrerseits sehr gute Beziehungen mit Indien und bemühen sich, ihren Einfluß auf indische Positionen in Asien und in der Blockfreien-Bewegung geltend zu machen. Aber sie rechnen damit, daß die Sowjetunion militärisch und wirtschaftlich sehr präsent ist in Indien.

Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er den Eindruck der persönlichen Resignation, den Frau Gandhi in Belgrad bei der Beerdigung Titos gemacht habe[40]. Der Tod ihres Sohnes hat sie nicht nur persönlich sehr getroffen, sondern auch ihren Kontakt zu den jüngeren Führungskräften im Kongreß unterbrochen.[41]

Die Blockfreien-Konferenz in Neu Delhi findet unter sehr schwierigen Umständen statt. An erster Stelle stehen die Unterschiede über Afghanistan, dann auch über Kampuchea. Der Krieg Iran/Irak wirkt ein, weil Iran verlangt, den Irak als Aggressor zu brandmarken. Das hat Einfluß auf die schwierige Frage, ob Irak weiterhin als nächster Gastgeber des Blockfreien-Gipfels 1982 vorgesehen bleibt. Nach Ansicht Jugoslawiens sollte man daran festhalten, weil damit ein Druck auf den Irak ausgeübt wird, den Krieg mit dem Iran zu beenden, und weil ein Aufschieben der Entscheidung automatisch zu einer Verlängerung des Vorsitzes Kubas in der Blockfreien-Bewegung führt.[42] Wesentlich erscheint ihm, daß im Schlußdokument die grundlegenden Prinzipien der Blockfreiheit noch einmal unterstrichen werden.

Fortsetzung des Gesprächs nach dem Abendessen des Bundeskanzlers in Bungalow von 22.25 bis 00.30 Uhr

Polen

Djuranović beginnt das Gespräch mit der Bemerkung, daß sich die beiden Tischreden[43] in der Substanz kaum unterschieden hätten. Sie zeigen, welch großes Maß an gegenseitigem Vertrauen und Verständnis (Bundeskanzler: auch Offenheit) die gegenseitigen Beziehungen prägen. Er hat sich auf diese wichtigen

38 Der designierte kambodschanische Botschafter Dith Munty traf am 19. Januar 1981 in Indien ein. Botschafter Ramisch, Neu Delhi, erläuterte dazu am selben Tag: „Es wird erwartet, daß die Übergabe des Beglaubigungsschreibens bald erfolgt." Eine der ersten Aufgaben von Dith Munty werde sein, „indische Regierung dazu zu bewegen, das Heng-Samrin-Regime zur Teilnahme an der bevorstehenden Außenministerkonferenz der Blockfreien einzuladen. In Übereinstimmung mit der Entschließung auf dem Blockfreien-Gipfel in Havanna im September 1979 beabsichtigt Indien, den Sitz Kambodschas in der Konferenz vakant zu lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; Referat 340, Bd. 127098.

39 Bei den Wahlen zum indischen Parlament am 3. und 6. Januar 1980 gewann die Kongreß-I-Partei mehr als zwei Drittel der Parlamentssitze. Am 10. Januar 1980 wurde die Parteivorsitzende Gandhi zur neuen Ministerpräsidentin ernannt.

40 Das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Gandhi fand am 7. Mai 1980 am Rande der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito in Belgrad statt. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 142.

41 Sanjay Gandhi starb am 23. Juni 1980 durch einen Flugzeugabsturz bei Neu Delhi. Er hatte bei den Wahlen am 3. und 6. Januar 1980 einen Sitz im indischen Parlament errungen.

42 Die siebte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt.

43 Für den Wortlaut der Tischreden des Bundeskanzlers Schmidt und des Ministerpräsidenten Djuranović am Abend des 10. Februar 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 129–133.

Gespräche in Bonn im Gespräch mit seinen Kollegen in der Belgrader Führung intensiv vorbereitet.

Beim Abendessen hat er mit dem Bundeskanzler über die Lage in Polen gesprochen. Sie kann alle Seiten großen Versuchungen aussetzen. Es ist gar nicht abzusehen, was eine militärische Intervention alles auslösen würde. Die Polen müssen daher selbst mit ihren inneren Problemen fertigwerden.

Bundeskanzler: Eine Intervention in Polen würde in den USA, in Kanada, in ganz Westeuropa zu einem moralischen Aufschrei führen. Alle westeuropäischen Länder haben emotionale Bindungen an Polen, die Franzosen traditionell, die Briten zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg. In den USA lebt eine große Zahl polnischstämmiger Amerikaner. Auch in der Bundesrepublik sind in den letzten Jahren dank der vielen Besuche in Polen beachtliche gegenseitige Sympathiebindungen entstanden. Auch hier ist also mit einer Welle von Emotion zu rechnen, wenn eine Intervention stattfindet.

Djuranović glaubt, daß die SU alles tun wird, um eine militärische Intervention zu vermeiden. Das von WP-Staaten eingekreiste Polen steht unter großem Druck, eine innere Lösung zu finden. Die Ernennung des Verteidigungsministers zum neuen Ministerpräsidenten[44] könnte auch in der Richtung interpretiert werden, daß Polen selbst imstande sein möchte, innen militärischen Druck auszuüben, um militärische Aktionen von außen zu vermeiden. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, ob denn polnische Soldaten gegen die „Solidarität" vorgehen würden, hält er dies auch für schwer vorstellbar, stellt aber fest, daß das ZK seine besondere Aufmerksamkeit der Armee gewidmet zu haben scheine. In der nächsten Woche sollten polnisch-sowjetische Manöver auf polnischem Gebiet stattfinden. Die einzige Lösung besteht darin, daß die Polen selbst mit ihrer Lage fertigwerden. Er ist aber sehr besorgt wegen der Aggressivität eines Teiles der „Solidarität", insbesondere der KOR[45], deren Verhalten wie eine direkte Provokation aussieht.

Bundeskanzler fürchtet, daß sich hier eine griechische Tragödie vorbereitet. Wir haben viel Geld und Kredite zusammengekratzt für Polen[46], von denen wir wohl nichts wiedersehen werden. Dies ist nur ein Fall der um sich greifenden internationalen Verschuldung verschiedener Staaten, die leicht zu einem Kollaps von Privatbanken in den USA und Europa führen kann. Viel zuviel Privatbanken sind im internationalen Geschäft mit Staaten engagiert und refinanzieren sich kurzfristig in Saudi-Arabien.

44 Am 11. Februar 1981 übernahm der polnische Verteidigungsminister Jaruzelski auch das Amt des Ministerpräsidenten. Vgl. dazu Dok. 43, Anm. 2.

45 Komitet Obrony Robotników.

46 Die Bundesrepublik gewährte Polen 1975 einen ungebundenen Finanzkredit in Höhe von 1 Mrd. DM. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 244 und Dok. 296.
Zur polnischen Kreditsituation bis Anfang 1979 vgl. AAPD 1979, I, Dok. 12.
Am 7. Juni 1979 wurde ein Briefwechsel zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Gewährung einer Bundesbürgschaft für einen ungebundenen Finanzkredit an Polen in Höhe von 750 Mio. DM unterzeichnet. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 27 und Dok. 151.
Am 11. November 1980 erläuterte Referat 421, daß Polen im Jahr 1980 seitens der Bundesrepublik ein privater Bankenkredit von 1,2 Mrd. DM gewährt worden sei, „davon 400 Mio. DM staatlich verbürgter U[ngebundener] F[inanz]K[redit] für ein Kohle-Rohstoff-Projekt". Darüber hinaus sei eine „Sonderbürgschaft von 500 Mio. DM für kreditierte Lieferungen von Chemie- und Stahlerzeugnissen sowie Ersatzteilen" gewährt worden, „davon Verwendung einer Restmarge von 50 Mio. DM für Kreditgarantie von Nahrungsmittellieferungen (Fleisch, Butter)". Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

Nahost

Bundeskanzler erläutert auf Frage Djuranovićs, daß wir ein Viertel unserer Öleinfuhren aus Saudi-Arabien beziehen. Wir haben großes Vertrauen auf die Saudis, wissen aber, daß es sich um ein verletzbares Land und eine verletzbare Regierung handelt. Auf die Bemerkung Djuranovićs, daß Jugoslawien keine Beziehungen zu Saudi-Arabien hat, weil die Saudis Beziehungen zu sozialistischen Ländern ablehnen, meint er, daß sich die Saudis – wie im übrigen auch die Israelis – nicht wundern sollten, daß sie dann völlig den Amerikanern ausgeliefert sind, wenn sie nicht einmal Beziehungen zur anderen Seite unterhalten. Uns gegenüber zeigten sich die Saudis empört über Carter, hatten ihrerseits aber alle ihre Eier in den einzigen Korb gelegt. Er hat den Arabern wiederholt gesagt, daß es keinen dauerhaften Frieden im Nahen Osten geben werde, ohne eine das Gesicht der Sowjetunion wahrende sowjetische Mitwirkung. Die Frage nach Reagans Nahostpolitik kann er zur Zeit noch nicht beantworten. Die mögliche Wahl von Peres in Israel[47] mag eine gewisse Veränderung der israelischen Außenpolitik mit sich bringen. Aber auch Peres werde die PLO nicht umarmen. Über die sog. jordanische Option wird zuviel geredet. Hussein kann gar nicht wagen, sich aus den Umklammerungen zu lösen, in denen er lebt. Auch Hussein – einer der glänzendsten Jongleure der Welt – ist älter geworden. Die Sowjets ihrerseits werden im unruhigen Osten immer irgend jemanden finden, mit dessen Hilfe sie Unruhe stiften können. Daher ist es eine Illusion, eine Friedensregelung ohne die Sowjets ins Auge zu fassen (Djuranović: Einverstanden). Die Sowjets sind vom Streben nach Gleichrangigkeit besessen. Sie wollen auch im Nahen Osten den gleichen Rang mit den Amerikanern haben, den sie bei der Genfer Konferenz[48] besaßen und den sie durch Camp David[49] verloren haben. Auf Einwand Djuranovićs, daß die SU offensichtlich nach dem Bruch mit Ägypten[50] sich im Nahen Osten eher passiv verhält und nur die Krise of-

47 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

48 Die Friedenskonferenz für den Nahen Osten, an der unter dem gemeinsamen Vorsitz der USA und der UdSSR Ägypten, Israel und Jordanien sowie VN-Generalsekretär Waldheim teilnahmen, wurde am 21. Dezember 1973 in Genf auf Außenministerebene eröffnet. Die Konferenz beschloß eine Fortsetzung der Verhandlungen auf Botschafterebene. Außerdem wurde die Bildung militärischer Arbeitsgruppen beschlossen, die über ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Streitkräfte am Suez-Kanal verhandeln sollten. Vgl. dazu den Artikel „Nahost-Konferenz beschließt Militärgespräche in Genf“; DIE WELT vom 24./25. Dezember 1973, S. 1 f.
Die Verhandlungen der militärischen Arbeitsgruppen wurden am 9. Januar 1974 unterbrochen und seitdem nicht mehr aufgenommen. Vgl. dazu den Artikel „Mideast Talks Recessed for Consultations“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 10. Januar 1974, S. 1 f.
Der amerikanische Außenminister Vance und der sowjetische Außenminister Gromyko kamen bei ihren Gesprächen vom 18. bis 20. Mai 1977 in Genf überein, sich um die Wiederaufnahme der Friedenskonferenz für den Nahen Osten im Herbst 1977 zu bemühen. Vgl. dazu die gemeinsame Erklärung; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 76 (1977), S. 633. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 308 f.

49 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

50 Am 18. Juli 1972 gab Präsident Sadat bekannt, daß er die UdSSR aufgefordert habe, ihre Militärberater und Experten aus Ägypten abzuziehen. Botschaftsrat Vogeler, Kairo, berichtete am 19. Juli 1972, Sadat habe außerdem die „Übernahme aller militärischen Einrichtungen, die seit 1967 auf ägyptischem Boden errichtet wurden, in das ausschließliche Eigentum der ägyptischen Regierung unter Kontrolle und Verfügungsgewalt der ägyptischen Streitkräfte“ bekanntgegeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 609; B 36 (Referat I B 4), Bd. 529.
Am 15. März 1976 kündigte das ägyptische Parlament den Vertrag vom 27. Mai 1971 zwischen der UdSSR und der Vereinigten Arabischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit. Am 16. März 1976 teilte Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Kairo, mit, der ägyptische Außenminister Fahmi

fenhält, entgegnet er, daß sie aber gleichzeitig Libyen zu einem der größten Waffenlager der arabischen Welt ausbaue.

Bilaterale Fragen

Djuranović betont die positive Entwicklung der jugoslawisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen. Ihre Entwicklung ist beispielhaft für die Zusammenarbeit von zwei Ländern verschiedener Gesellschaftsordnung und verschiedener wirtschaftlicher Entwicklungsstufen, die aber dennoch gemeinsame Interessen haben. Sorgen bereitet nur die Unausgeglichenheit des Warenaustausches. Vereinfachend könne man sagen, daß die Zahlungsbilanz in etwa ausgeglichen wird durch die Gastarbeiterüberweisungen. Aber auf die Höhe dieser Überweisungen kann man sich nicht verlassen. Sie gehen in Zeiten politischer Unsicherheit wesentlich zurück, so z. B. während der Krankheit Titos. Daher trifft die defizitäre Handelsbilanz die Jugoslawen schwerer, als es nach außen aussieht. Sie müssen sich daher um eine ausgeglichenere Handelsbilanz bemühen. Sie wissen, daß dies nicht von heute auf morgen zu erreichen ist und nur auf dem Wege durch eine Erweiterung der Beziehungen und nicht durch restriktive Maßnahmen. Die Möglichkeiten liegen im größeren Export und in der Kooperation.

Jugoslawien hat die Bemerkungen der deutschen Wirtschaftspartner zu den jugoslawischen Vorschriften über Wirtschaftskooperation[51] aufmerksam geprüft. Einige von ihnen haben Hand und Fuß. Änderungen der Vorschriften werden bereits vorbereitet. Andere Bemerkungen sind unannehmbar, da sie an das Wesen der jugoslawischen Wirtschaftsordnung rühren. Er glaubt, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor allem im Bereich der Wissenschaft und Technologie sowie der Rohstofförderung wesentlich erweitert werden kann[52], wenn die deutsche Wirtschaft größere Anstrengungen macht und die Jugoslawen ihre Vorschriften den Erfordernissen anpassen. Er wird hierüber morgen auch im Kreise des BDI[53] sprechen.

Er benutzt die Gelegenheit, dem Bundeskanzler für die Unterstützung zu danken beim Zustandekommen der Finanzkredite[54], ohne die die wirtschaftlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 211

habe dazu erklärt, die UdSSR habe den Vertrag „ständig verletzt und sei insbesondere Verpflichtung zur Waffenlieferung nicht nachgekommen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 476; Referat 310, Bd. 108714.

51 Am 19. November 1981 übergab der britische Botschafter in Belgrad, Bolland, im Namen der in Belgrad akkreditierten EG-Botschafter das Aide-mémoire „Presentation of EC Paper on Yugoslav Legislation Governing Cooperation between Yugoslav Enterprises and Foreign Countries". Darin wurde ausgeführt, daß Gesetze zur Reglementierung der wirtschaftlichen Kooperation, die seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in Jugoslawien erlassen worden seien, einen abschreckenden Effekt auf ausländische Investoren hätten: „It is principally four specific laws which we consider to be responsible for the difficulties which have arisen and which have led many Western companies which in principle would be interested in close cooperation with Yugoslav partners, to reconsider and decide against such projects. They are: a) the Law on Industrial Property (June 1981), b) the Law on Long Term Cooperation (July 1978), c) the Law on Investment of Foreign Resources in Domestic Organizations of Associated Labour/‚Joint Venture Law' (Juli 1978), d) the Law on the Marketing of Medicines (1976)." Vgl. Referat 420, Bd. 129921.

52 Korrigiert aus: „erweitert kann".

53 Laut Vermerk des Legationsrats I. Klasse Brümmer vom 12. Februar 1981 war am 11. Februar 1981 ein Mittagessen mit Ministerpräsident Djuranović „gegeben von BDI-Präsident Rodenstock mit Vertretern der Wirtschaft (in Köln)" vorgesehen. Vgl. Referat 214, Bd. 132872.

54 Zu den Krediten der Bundesrepublik an Jugoslawien erläuterte das Bundesministerium für Wirtschaft am 2. Februar 1981: „Jugoslawien hat 1972 einen F[inan]z-Kredit von 300 Mio. DM und 1974 weitere FZ in Höhe von 700 Mio. DM erhalten. Diese FZ wurden zwar im Zusammenhang mit

Stabilisierungsmaßnahmen in Jugoslawien nicht möglich gewesen wären. Denn gerade der Import ausländischer Technologie hat zu einer wesentlichen Steigerung des Imports geführt und die Zahlungsbilanz belastet. Jugoslawien möchte in den nächsten Jahren im Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland und anderen EG-Ländern eine ausgewogenere Handelsbilanz erreichen.[55]

Bundeskanzler weist darauf hin, daß der Schlüssel zum Erfolg bei einer Verbesserung des jugoslawischen Angebots auf den EG-Märkten liegt. Wir sind am Ausgleich unserer Gesamtbilanz gegenüber allen Ländern interessiert, nicht aber an Maßnahmen, um mit jedem einzelnen Land ein Handelsgleichgewicht herzustellen. Jedem Handelspartner steht es frei, seinen Marktanteil bei uns zu erweitern.

Djuranović meint, daß das Abkommen mit der EG nicht von selber läuft.[56] Beide Seiten müssen sich bemühen, es auszunutzen und in Gang zu bringen. Zu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 212

den Verhandlungen über die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen gewährt, jedoch von Anfang an von beiden Seiten als echte FZ behandelt." Vgl. Referat 214, Bd. 132872. Vgl. dazu auch AAPD 1972, III, Dok. 365.

Am 14. November 1980 führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler aus: „Nach siebenmonatigen Bemühungen zeichnet sich nunmehr ein allseits befriedigendes Ergebnis der deutsch-jugoslawischen Beratungen ab. StS von Würzen hat gestern Minister Šnuderl in Bonn mitgeteilt, daß die Bundesregierung grundsätzlich entschieden hat, das Hermes-Bürgschaftvolumen Jugoslawiens für 1980/81 auf 500 Mio. DM aufzustocken. Dieser Plafond soll Kredite zu normalen ‚Hermes-Bedingungen' ermöglichen […]. Die Gespräche, welche gleichzeitig die Deutsche Bank (für ein deutsches Bankenkonsortium) mit der jugoslawischen Nationalbank führt, gehen ebenfalls gut voran und lassen erwarten, daß die deutschen Banken Jugoslawien einen ungebundenen Finanzkredit in Höhe von DM 700 Mio. für 1980/81 gewähren werden. […] Damit erhielte Jugoslawien an zusätzlichen deutschen Krediten bis Ende 1981 voraussichtlich 1,2 Mrd. DM (ca. 650 Mio. Dollar)." Vgl. Referat 420, Bd. 129917.

55 Am 16. Februar 1981 vermerkte Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 10. Februar habe Ministerpräsident Djuranović „unter der Vereinbarung sehr vertraulicher Behandlung" die „Möglichkeit eines Streichens der Rückzahlungsverpflichtungen zur Erörterung" gestellt: „Wenn sich eine Streichung der Rückzahlungsverpflichtungen nicht ermöglichen läßt, regt er an, mit den Rückzahlungen für alle beide Kredite erst 1985 zu beginnen und zu überlegen, ob die Rückzahlungsbeträge in Jugoslawien reinvestiert werden können." Schmidt habe „großes Verständnis für die jugoslawischen Zahlungsbilanzprobleme" geäußert. Allerdings sei die Anregung „neu für ihn" und komme „auch etwas überraschend". Er wolle sich jedoch damit befassen. Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1981.

56 Am 2. April 1980 wurde ein Kooperationsabkommen zwischen der EWG und Jugoslawien unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 41 vom 14. Februar 1983, S. 2–27.

Die Referate 411 und 510 erläuterten am 28. Januar 1981: „In der Endphase der von der EG-Kommission geführten Verhandlungen über das Kooperationsabkommen (Ende Februar 1980) hat sich Jugoslawien der Aufnahme unserer üblichen Staatsangehörigkeitserklärung (‚… Deutsche im Sinne des Grundgesetzes …') in das Vertragswerk widersetzt. Es sieht darin – über unser Staatsangehörigkeitsgesetz von 1955 – eine Bestätigung der während des Zweiten Weltkriegs (Verordnung von 1941) vorgenommenen Kollektiveinbürgerung von Personen deutscher Volkszugehörigkeit in den Gebieten von Untersteiermark, Kärnten und Krain (teilweise heute Slowenien)." Die Bundesregierung habe ihre Zustimmung zur Unterzeichnung des Abkommens nicht von einer Einigung über die Staatsangehörigkeitserklärung abhängig gemacht, jedoch eine Klärung bis zur Ratifizierung des Abkommens gefordert. Daraufhin habe sich die jugoslawische Seite „mit unserer Staatsangehörigkeitserklärung unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß sie Gegenerklärung abgeben könne". Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec am 16./17. Juli 1980 in Belgrad sei eine grundsätzliche Einigung über die Erklärungen erzielt worden. In einem Aide-mémoire vom 17. September 1980 an die EG-Kommission habe Jugoslawien jedoch den Wortlaut seiner Gegenerklärung in einer für die Bundesregierung unannehmbaren Weise verschärft und seitdem keine Änderungsvorschläge akzeptiert: „Die Kernbestimmungen des Kooperationsabkommens sind bereits am 1.7.1980 durch zwei – nicht ratifizierungsbedürftige, da nur Gemeinschaftsmaterie betreffende – Interimsabkommen in Kraft getreten.

sammen mit der deutschen Wirtschaft streben die Jugoslawen ein Symposium zu dieser Frage an. Er hält es für überholt, Jugoslawien nur als dankbaren Markt für die deutsche Wirtschaft anzusehen. Die Jugoslawen wollen eine wirkliche Partnerschaft, d. h. z. B. statt des bloßen Exports deutscher Ausrüstungen nach Jugoslawien eine Fabrikation von Teilen, die dann wieder nach Deutschland gehen. Auf diese Weise könnte die wirtschaftliche Zusammenarbeit erweitert und die defizitäre Handelsbilanz allmählich abgebaut werden.

Seine Kollegen haben ihn beauftragt, den Bundeskanzler auch über die großen wirtschaftlichen Probleme zu unterrichten, die Jugoslawien aus der EG-Erweiterung[57] erwachsen. Ein konkretes Beispiel ist der Fleischexport. Jugoslawien hat bisher sehr viel Fleisch nach Griechenland exportiert. Diese Exportmenge wird jetzt auf das EG-Kontingent angerechnet, das wegen des irischen und französischen Widerstands nicht entsprechend erhöht werden soll.

Bundeskanzler möchte mit drei Bemerkungen antworten:

1) Die Bundesregierung wird jeden Erfolg begrüßen, den jugoslawische Exporteure auf dem deutschen Binnenmarkt erringen können.

2) Er unterstützt die Bemerkung Djuranovićs, daß der Ausgleich des Handelsaustausches nach oben und nicht nach unten gesucht werden sollte, durch dynamische Ausweitung und nicht Restriktion.

3) Die wirtschaftliche und industrielle Kooperation mit Jugoslawien bemißt sich für die deutschen Firmen danach, ob sie verdienen können. Für Investitionen in Jugoslawien sind daher Investitionssicherungsverträge notwendig. Für den Absatz jugoslawischer Waren auf dem deutschen Markt könnte es sich empfehlen, sich mit deutschen Firmen zusammenzutun, um die Waren mit den hier üblichen raffinierten Methoden auf den Markt zu bringen. Dazu gehört nicht nur Werbung und Verpackung, sondern auch das spezifische Eingehen auf die Wünsche der Kunden, mit denen man laufend reden muß. Zwei Sorten von Menschen scheinen das nicht zu verstehen, die Kommunisten und die Sozialdemokraten, die daher in Deutschland zum Beispiel keine einzige Zeitung mehr besitzen.

Djuranović ist völlig einverstanden. Jugoslawien wird noch ziemlich lange deutsche Technologie kaufen müssen. Die jugoslawische Industrienorm ist der deutschen am ähnlichsten. Jugoslawien ist auch bereit, das nichtkommerzielle Risiko abzudecken. Nach seinem Eindruck ziehen sich allerdings die Verhandlungen über das Doppelbesteuerungsabkommen und den Investitionsförderungsvertrag zu lange hin.[58] Er regt an, daß beide Regierungen ihren Unterhändlern

Fortsetzung Fußnote von Seite 213

Insoweit haben wir kein unmittelbares wirtschaftliches Druckmittel, Jugoslawien zum Einlenken zu bewegen. Andererseits gibt es auch keinen Sachzwang unsererseits zu einer raschen Ratifizierung. Da bislang noch kein EG-MS ratifiziert hat, stehen wir auch von dieser Seite nicht unter Zeitdruck. Von EG-Gesichtspunkten her gesehen, ist also kein Grund gegeben, eine Lösung zu akzeptieren, die uns bei der generellen Behandlung der Staatsangehörigkeitsfrage negativ präjudizieren könnte." Vgl. Referat 411, Bd. 131147.

57 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei. Zu den Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 2, Anm. 5.

58 Referat 422 führte dazu am 5. Februar 1981 aus: „Wir verhandeln seit 1974 mit Jugoslawien (JUG) über den Abschluß eines Investitionsförderungsvertrags. Die letzten mündlichen Verhandlungen fanden auf jugoslawischen Wunsch in der letzten Woche (2. bis 4. Februar) statt." Dabei gebe es noch unterschiedliche Auffassungen beim Investitionsschutz. Während sich im Bereich des Enteig-

Weisung erteilen, die Verhandlungen bald zum Abschluß zu bringen. Die jugoslawische Regierung ist bereit, dem Außenminister[59] Weisung zu geben, die außenpolitischen Probleme (Berlin, Staatsangehörigkeitsklausel) bald zu lösen und den Wirtschafts[60]- bzw. Finanzminister[61] entsprechend anzuweisen.

Bundeskanzler ist einverstanden.

Der Bundeskanzler hat die Bundesminister Genscher, Graf Lambsdorff und Matthöfer in der Kabinettssitzung vom 11. Februar 1981 gebeten, den Abschluß der Verhandlungen zu beschleunigen.

Er erklärt sich auch bereit, daß die politischen Fragen bereits in den morgigen Parallelgesprächen im Auswärtigen Amt[62] angeschnitten werden. Er wird die drei Minister bitten, ihm innerhalb von drei Wochen über den Fortschritt der Verhandlungen zu berichten.

Er verabredet anschließend mit Djuranović, daß die Regierungssprecher die Presse bereits morgen in großen Zügen über die Gespräche unterrichten. Allerdings sollte die eigentliche Unterrichtung der Öffentlichkeit der gemeinsamen Pressekonferenz am Donnerstag vorbehalten bleiben.[63]

3) Abschlußgespräch am 12. Februar 1981 von 10.00 bis 10.35 Uhr im Bundeskanzleramt

Bundeskanzler geht in einem einleitenden Gedankenaustausch auf die Eindrükke Djuranovićs von seinen Gesprächen am Mittwoch[64] aus. Er bestätigt den Eindruck, daß die gestrige Nachtsitzung des SPD-Parteivorstands die große

Fortsetzung Fußnote von Seite 214

nungsschutzes eine Annäherung der Positionen abzeichne, werde „über den personellen Geltungsbereich (Definition der deutschen Staatsangehörigkeit) sowie über die Einbeziehung Berlins […] auf jugoslawischen Wunsch nicht verhandelt, da diese Fragen in Gesprächen zwischen den beiden Außenministerien geklärt werden müßten". Vgl. Referat 214, Bd. 132872.
Am 9. März 1981 legte Ministerialdirigent Bräutigam dar, daß sich sowohl beim Doppelbesteuerungsabkommen als auch beim Investitionsförderungsvertrag mit Jugoslawien die Schwierigkeiten aus der Frage der Einbeziehung von Berlin (West) ergäben: „Die jugoslawische Seite hat dabei ausdrücklich erklärt, daß sie gegen das Prinzip der Erstreckung auf Berlin (West) keine Einwendungen hat. Sie ist jedoch nicht mehr bereit, die Bezeichnung ‚Land Berlin' ohne weiteres zu akzeptieren. Außerdem wünscht sie, in geeigneter Form auf das Vier-Mächte-Abkommen Bezug zu nehmen." Bräutigam regte an, „mögliche Lösungen an dem Modell zu orientieren, wie es mit Österreich praktiziert" werde. Dort werde die „in deutsch-österreichischen Verträgen enthaltene Standard-Berlin-Klausel intern im österreichischen Gesetzgebungsverfahren" interpretiert, und zwar u. a. mit der Erläuterung: „Der Begriff ‚Land Berlin' bezieht sich auf die Westsektoren Berlin." Die Berlin-Problematik solle auf jeden Fall bei den bevorstehenden Verhandlungsrunden im April/Mai über den Investitionsförderungsvertrag und im Mai über das Doppelbesteuerungsabkommen erörtert werden. Vgl. Referat 214, Bd. 132877.

59 Josip Vrhovec.

60 Metod Rotar.

61 Petar Kostić.

62 Am 11. Februar 1981 fand ein Gespräch einer jugoslawischen Delegation mit Angehörigen des Auswärtigen Amts statt, das von Ministerialdirigent Bräutigam und vom Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium, Melovski, geführt wurde. Von jugoslawischer Seite wurde u. a. zum Thema jugoslawische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik hervorgehoben, „man lege großen Wert auf den vorübergehenden Charakter ihres Auslandsaufenthalts", und die Bitte geäußert, „die Aktivitäten der antijugoslawischen Emigration zu unterbinden". Von seiten der Bundesrepublik wurde insbesondere das Problem der Berlin-Klausel in bilateralen Abkommen angesprochen und die Frage der Staatsangehörigkeit deutschstämmiger Jugoslawen. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132872.

63 Zur Pressekonferenz am 12. Februar 1981 vgl. den Artikel „Djuranovic mit dem Besuch in Bonn ‚sehr zufrieden'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1981, S. 2.

64 11. Februar 1981.

Unterstützung für die Politik der Bundesregierung gezeigt habe. Er habe gestern nacht mit Wehner, den Djuranović mit Recht als großen Vorkämpfer der deutsch-jugoslawischen Beziehungen bezeichnet habe, gemeinsam eine Schlacht geschlagen für die zentrale politische Bedeutung des militärischen Gleichgewichts.[65] Er habe dabei auch aus der Tischrede von Djuranović zitiert. Vielleicht gebe es in Deutschland nicht soviel kollektive Führung wie in Jugoslawien, aber dafür um so mehr kollektiven Streit, der auch gleich in die Zeitung komme. Auf den Einwurf Djuranovićs, daß die jugoslawische Regierung nach der Verfassung[66] das Parlament nicht hinter, sondern gegen sich habe, meint er, daß er stets Jugoslawien unter die am schwersten regierbaren Bundesstaaten gezählt habe. An erster Stelle komme Kanada, an zweiter vielleicht Jugoslawien, dann aber schon schnell die Bundesrepublik Deutschland.

Djuranović zeigt sich sehr befriedigt von seinen Gesprächen in Deutschland. Er unterrichtet den Bundeskanzler über die Einladung nach Jugoslawien, die er dem Bundespräsidenten[67] übermittelt hat. Ein Besuch des Bundespräsidenten liege auf der Linie der guten deutsch-jugoslawischen Beziehungen.[68]

Bundeskanzler berichtet, daß er die drei zuständigen Minister bereits gestern im Kabinett gebeten habe, sich für eine Beschleunigung der beiden Verträge (Doppelbesteuerungsabkommen, Investitionsförderungsvertrag) einzusetzen.

Er erwähnt die Frage der Akkreditierung von zwei deutschen Journalisten und bittet, prüfen zu lassen, ob nicht jetzt nach Ablauf einer gewissen Zeit die Akkreditierung möglich sei.[69] (Djuranović betont, daß es sich hier um schwierige Probleme handelt. Aber die jugoslawische Regierung wird sie erörtern.)

Er möchte auf eine philosophische Weise auf die Bemerkung von Djuranović eingehen, daß die Reintegration jugoslawischer Arbeitnehmer in Deutschland in die jugoslawische Gesellschaft ein besonders aktuelles Problem sei. Die vielen

65 In einer Sitzung vom 11. auf den 12. Februar 1981 beschloß der SPD-Parteivorstand eine Fünf-Punkte-Erklärung zur Lösung des innerparteilichen Konflikts über die Ausrichtung der SPD. Darin wurde zur Sicherheitspolitik festgestellt: „Die Sozialdemokraten wissen, daß für die Politik der Friedenssicherung das annähernde Gleichgewicht zwischen den Bündnissystemen erforderlich ist. Das schließt für Sozialdemokraten eine Position der Schwäche ebenso aus wie das Streben nach militärischer Überlegenheit. Der Parteivorstand bekräftigt die Beschlüsse des Berliner Parteitags zur Sicherheitspolitik, zum Bündnis und zur Bundeswehr." Vgl. den Artikel „Das Fünf-Punkte-Programm: Den Sinn für das jetzt Mögliche wecken. Schmidt unterstützen – aber die SPD braucht auch die offene Diskussion"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1981, S. 7.

66 Für den Wortlaut der jugoslawischen Verfassung vom 21. Februar 1974 vgl. DIE VERFASSUNG DER SFR JUGOSLAWIEN, eingeleitet von Herwig Roggemann, Berlin (West) 1979 (Quellen zur Rechtsvergleichung; Aus dem Osteuropa-Institut an der Freien Universität Berlin: Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten, Bd. 19), S. 105–281.

67 Am 12. Februar 1981 führte Bundespräsident Carstens ein Gespräch mit Ministerpräsident Djuranović. Im Mittelpunkt stand die gesellschaftliche Eingliederung jugoslawischer Arbeitnehmer und ihrer Kinder in der Bundesrepublik bzw. die Reintegration der zurückkehrenden Arbeitnehmer in Jugoslawien. Weiterhin sprach Djuranović gegenüber Carstens eine offizielle Einladung nach Jugoslawien aus. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132872.

68 Bundespräsident Carstens besuchte Jugoslawien vom 5. bis 8. September 1983.

69 In Vorbereitung des Besuchs des Ministerpräsidenten Djuranović regte Referat 214 am 2. Februar 1981 an, in den Gesprächen die „Bitte, [die] Akkreditierung Viktor Meiers (FAZ) nicht länger zu verzögern" ebenso auszusprechen wie die „Bitte, dem ARD-Korrespondenten Peter Miroschnikoff (und den Mitgliedern seines Aufnahmeteams), der sein Verhalten im Frühjahr 1980 inzwischen selbst bedauert, die Einreise nach dem jetzt ablaufenden Jahr wieder zu gestatten". Vgl. Referat 214, Bd. 132872.

hunderttausend Jugoslawen, die in Deutschland leben, sind hier wohlangesehen. Viele bewegen sich so, daß man ihnen gar nicht anmerkt, daß sie Ausländer sind. Wir behandeln sie nach unserem Recht, geben ihnen gleiche Chancen, vor allem den Kindern, die hier in deutscher Umgebung heranwachsen. Um die dabei entstehenden Fragen im Zusammenhang zu behandeln, hat die Bundesregierung gerade einen neuen Ausländerbeauftragten – die ehemalige Vizepräsidentin des Bundestags, Frau Funcke – ernannt.[70] Das eigentliche Problem stellt sich für die heranwachsenden Kinder, die, je mehr sie im deutschen Leben aufgehen, sich desto stärker fragen müssen, wo sie eigentlich hingehören. Sie können nicht dauernd im Zwiespalt leben. Nach unserer Auffassung sollten sie sich daher entscheiden, ob sie hier bleiben und dann auch deutsche Staatsbürger werden wollen. Er möchte mit Djuranović darüber reden, ob dies der jugoslawischen Grundauffassung entspricht.

Djuranović: In Jugoslawien spricht man von „Arbeitnehmern, die auf Zeit in der Bundesrepublik Deutschland tätig sind", eine Bezeichnung, die der des Gastarbeiters sehr nahekommt. Schon im Wort liegt die Vorläufigkeit des Aufenthalts. Jugoslawien rechnet daher damit, daß die Arbeitnehmer allmählich nach Hause zurückkehren. Der Zeitpunkt wird aber davon abhängen, wieweit Jugoslawien vorbereitet ist, sie aufzunehmen. Man hat Möglichkeiten einer beschleunigten Rückkehr diskutiert, z. B. Erleichterungen für die Niederlassung von Handwerkern, Dienstleistungsbetrieben („kleine Wirtschaft"). Man überlegt eine Lockerung der Zollbestimmungen, die es bisher schwierig gemacht haben, Ausrüstungen oder Maschinen für solche Betriebe einzuführen. Ähnliches gilt für die Möglichkeit, daß die Gastarbeiter ihr Erspartes in der Landwirtschaft in Jugoslawien investieren. Alle diese Überlegungen sind allerdings begrenzt durch die allgemeine wirtschaftliche Lage. Man fragt sich deshalb in Jugoslawien, ob die Bundesregierung die Rückkehr auf dem Wege über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterstützen kann. Jugoslawien sieht die Probleme von Mischehen, doppelter Staatsangehörigkeit oder von Kindern, die ganz in Deutschland aufgewachsen sind. Das ändert aber nicht den grundsätzlichen Wunsch, daß die Gastarbeiter eines Tages zurückkehren sollten. Jugoslawien hat daher ein starkes Interesse an der Wahrung der nationalen Identität, wobei der Schulbildung besondere Wichtigkeit zukommt. All diese Fragen sollten gemeinsam von Deutschen und Jugoslawen analysiert und gelöst werden.

Bundeskanzler zeigt sich sehr dankbar für diese Darlegung der langfristigen jugoslawischen Vorstellungen.

Er selbst glaubt, daß wir Deutsche einen Fehler gemacht haben, so viele Menschen in den vergangenen Jahrzehnten hereingeholt zu haben, daß wir heute etwa fünf Millionen Ausländer bei uns haben. Natürlich soll keiner herausgedrängt werden, der es nicht will. Aber die, die hier bleiben wollen, werden wir einladen, auch deutsche Staatsbürger zu werden, damit wir uns nicht über zwei bis drei Generationen hinweg Nationalitätenprobleme schaffen.

Er hält es daher für notwendig, daß Jugoslawen und Deutsche in den nächsten Jahren miteinander ein intensives Gespräch über diese Ziele führen. Wir werden uns anstrengen, den Kindern, die in Deutschland aufwachsen, die Möglich-

[70] Liselotte Funcke wurde im Januar 1981 zur Ausländerbeauftragten der Bundesregierung ernannt.

keit zu geben, Deutsche zu werden. Wir werden sie als Staatsbürger begrüßen. Wenn sie nicht Deutsche werden, würden wir es begrüßen, wenn sie wieder nach Hause gingen. Er regt an, daß die jugoslawische Regierung einen Gesprächspartner für Frau Funcke benennt, der im Auftrag seiner Regierung über die ganze Bandbreite der Probleme sprechen kann.

Djuranović ist einverstanden, auf dem Wege über ein solches Gespräch an das sehr komplexe Problem heranzugehen. Er regt an, daß die beiden Gesprächspartner in Ruhe und mit großer Diskretion annehmbare Lösungen prüfen. Die Regierungen sollten zunächst prüfen, was von den beiden Arbeitsministern[71] bereits besprochen wurde. Sie sollten dann gemäß der Anregung des Bundeskanzlers den Rahmen für die Gespräche von Frau Funcke mit ihrem Gesprächspartner auch auf die Bereiche Schule, Ausbildung usw. erweitern. Vor der Öffentlichkeit sollte man auf die Komplexität des Problems hinweisen und sagen, daß es die beiden Regierungen gemeinsam erörtern werden. Er betont noch einmal, daß die jugoslawische Regierung einen Gesprächspartner für Frau Funcke benennen wird, der mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet wird, um über alle Aspekte des Problems zu sprechen.

Er dankt dem Bundeskanzler von ganzem Herzen für den Empfang. Er betont, daß er sehr zufrieden ist mit dem gesamten Inhalt der Gespräche über internationale und bilaterale Fragen.[72] Seine Delegation und er haben das auch erwartet. Wenn das nicht so gewesen wäre, hätte man sich von dem Bundeskanzler in Belgrad einen falschen Eindruck gemacht. Er möchte den Bundeskanzler sehr herzlich einladen, Jugoslawien zu besuchen. Er würde sich von Herzen freuen, ihn noch einmal in seinem Lande begrüßen zu können. Er betont das hohe Ansehen, das der Bundeskanzler in Jugoslawien genießt, und dankt für das, was er für die deutsch-jugoslawischen Beziehungen geleistet hat.

Bundeskanzler dankt für den Besuch und die Gespräche. Die liebenswürdigen und ehrlich gemeinten Worte Djuranovićs hat er gerne gehört. Er würde gerne wieder nach Jugoslawien kommen. Er bittet, seine Freunde in Jugoslawien zu grüßen.

Gablentz

Referat 010, Bd. 178842

71 Herbert Ehrenberg und Svetozar Pepovski.

72 Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, notierte am 16. Februar 1981, Ministerpräsident Djuranović habe im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 12. Februar darauf hingewiesen, „daß sich eine gewisse militärisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit entwickelt habe". Es bestehe auf jugoslawischer Seite Interesse, diese weiterzuentwickeln: „Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß gewisse politische Kreise in Bonn die Rüstungszusammenarbeit auf NATO-Länder beschränken möchten", habe Djuranović geantwortet, „daß er auch in anderen Gesprächen in Bonn Aufgeschlossenheit für diese Art deutsch-jugoslawischer Zusammenarbeit gefunden habe". Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1981.

39

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-1611/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. Februar 1981, 10.37 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 71 **Ankunft: 12. Februar 1981, 11.33 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 19/81

Betr.: MBFR;
hier: Lage zu Beginn der 23. Runde[2]

Bezug: a) DB Nr. 782 vom 19.12.80, Ziffer I.6, Delegationsbericht Nr. 196/80[3]
b) DB Nr. 32 vom 28.1.1981, Delegationsbericht Nr. 6/81
c) DB Nr. 62 vom 9.2.81, Delegationsbericht Nr. 16/81[4]

Zur Information

1) Seit vorigem Jahr, besonders seit der 22. Runde (Herbst 1980), hat unsere Delegation innerhalb der westlichen Ad-hoc-Gruppe allmählich ihre gelegentlich isolierte Stellung am Ende des Konvois verlassen können. Damit hat sich unsere Stellung zum ersten Mal seit Beginn der Verhandlungen[5] von der Schlußposition zur Mitte hinbewegt, nämlich zwischen UK, IT und TR einerseits und US (und ganz vorn NL) andererseits. Zu diesem erfreulichen Ergebnis ist es einmal dadurch gekommen, daß im Rahmen bestehender Instruktionen eine flexible Verhandlungsführung möglich war, ohne daß Positionen aufgegeben wurden. Zum anderen hat hierbei ein Umschwenken der britischen Haltung mitgewirkt, die die skeptische Einstellung der Regierung Thatcher gegenüber MBFR jetzt voll widerspiegelt und in deren Windschatten sich sogleich IT und TR angesiedelt haben. Die neue Lage erleichtert es uns jetzt sehr, die Ausgestaltung der deutschen Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik im MBFR-Kontext wirksam zu präsentieren. Voraussetzung ist allerdings, daß genügend Diskussionsstoff vorliegt und daß dieser Diskussionsstoff mit

1 Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 12. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Holik „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Holik am 16. Februar 1981 vorgelegen.

2 Die 23. Runde der MBFR-Verhandlungen in Wien fand vom 29. Januar bis 9. April 1981 statt.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), über Verlauf und Ergebnis der 22. Runde der MBFR-Verhandlungen vom 25. September bis 18. Dezember 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 372.

4 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), übermittelte Informationen des Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean, über „die wesentlichen Punkte seines üblichen Eröffnungsbilaterals mit Tarassow“. Danach habe der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation mitgeteilt, „in Moskau bestehe einheitlich die Auffassung, der Osten solle vor weiteren Verhandlungsschritten die westliche Antwort auf die östlichen Vorschläge vom Juli und November 1980 sowie die Entscheidung der neuen amerikanischen Administration über ihren künftigen Kurs in Wien abwarten. Ein weiterer Faktor sei, daß sich der Kongreß der KPdSU Ende Februar möglicherweise zu Fragen der Rüstungskontrolle einschließlich MBFR äußern werde.“ Es sei zwar „nicht zu erwarten, daß der Kongreß in der Rüstungskontrolle einen grundsätzlich neuen Kurs beschließen werde, doch könne es hinsichtlich einiger Einzelaspekte neue Entwicklungen geben“. Vgl. VS-Bd. 13285 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen.

dem Osten eingehend diskutiert werden kann. Es ist nicht sicher, bleibt aber zu hoffen, daß diese Mittelposition in der jetzt begonnenen 23. Runde weiterhin eingehalten werden kann.

2) Die Aussichten für konkrete Ergebnisse in dieser Runde sind äußerst skeptisch zu bewerten. Die fortwirkenden Ereignisse in und um Polen, die Überprüfung der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik durch die neue, Rüstungskontrollverhandlungen reserviert gegenüberstehende amerikanische Regierung[6] und auch das sowjetische Abwarten dieser Überprüfung sind Faktoren, die Fortschritte bis Ostern[7] unwahrscheinlich machen. Allenfalls könnte die sowjetische Seite im Zusammenhang mit dem 26. Parteitag der KPdSU Ende Februar[8] versucht sein, einige Ideen zu lancieren, deren Propagandagehalt aber nicht übersehen werden dürfte. Hier wäre an einen – letzten Endes nicht annehmbaren – Gegenvorschlag über begleitende Maßnahmen und an die Vorlage eines – noch nicht diskutablen – Textentwurfs eines Abkommens zu denken.

Substantielle Vorschläge des Westens kommen schon wegen der ungeklärten US-Haltung nicht in Betracht, ganz zu schweigen von westlichen Meinungsverschiedenheiten über mögliche Bewegungen, namentlich über eine Ausgestaltung der goodwill clause (bezüglich des östlichen Wunsches nach einem freeze), über die Erarbeitung eines innerwestlichen Gentlemen's Agreement (bezüglich der Streitkräftebalance im Bündnis) und über die Verschiebung der Sachdiskussion über den Mechanismus der gemeinsamen Höchststärken (bezüglich sowjetischer Subceilings und der 50-Prozent-Klausel)[9]. Bei den strittigen Zahlenbereichen ist nach dem derzeitigen Stand der Brüsseler Beratungen im SPC[10] eine schnelle Einigung nicht zu erwarten. Wenn man von den Mini-Schritten der Weisung vom 6.2.81[11] absieht (Ein- und Dreijahresfristen), bliebe für diese

6 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt.
Botschafter Hermes, Washington, erläuterte am 16. Januar 1981 die Verteidigungskonzeption der neuen amerikanischen Regierung: „Für die Reagan-Administration hat die Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts im Verhältnis zur SU Vorrang. Daher wird Rüstungskontrolle nicht mehr – wie zu Beginn der Carter-Administration – als Ziel an sich bewertet, sondern allein danach beurteilt, ob und wie sie einen Beitrag zu größerer Sicherheit auf vermindertem Rüstungsniveau leisten kann. Gleichgewicht gilt als Mindestvoraussetzung für Erfolge solcher Verhandlungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 180; Referat 201, Bd. 125573.

7 19./20. April 1981.

8 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

9 Vgl. dazu die in der informellen Sitzung am 8. Juli 1980 eingeführten Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten; AAPD 1980, II, Dok. 209.

10 Am 27. Januar 1981 informierte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), über die Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am Vortag: „1) Der vom IMS vorbereitete Weisungsentwurf wird wegen britischer Bedenken, die nun teilweise auch von NL geteilt werden, zunächst nicht an die AHG abgehen. 2) Über die zahlenmäßigen Konseqenzen der umstrittenen Datenfälle hat der IMS bereits ein Arbeitspapier erstellt, das mit nächstem Schriftkurier vorgelegt wird. Mangels ausreichender Informationen konnte der IMS darin allerdings nicht zu einer abschließenden Antwort auf die Frage kommen, ob die Regelung der umstrittenen Datenfälle zugunsten des Westens ausgehen wird. […] 3) Zur Einordnung der polnischen See-Lande-Division wird der IMS, wie von uns erbeten, bis zur nächsten SPC-Sitzung am 2. Februar 1981 eine Stellungnahme abgeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 140; VS-Bd. 11460 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Am 6. Februar 1981 informierte Vortragender Legationsrat Pöhlmann die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel: „Wir sind mit dem Entwurf einschließlich der letzten redaktionellen Ände-

Runde dann nur noch die Fortführung der Diskussion über begleitende Maßnahmen übrig.[12]

Damit würde sich eine erhebliche Mangellage bezüglich des Konferenzstoffs ergeben. Vorschläge in der AHG, die Anzahl der in den wöchentlichen Informals zu behandelnden Papiere oder die Frequenz der Informals herunterzusetzen, sind am Widerstand einiger persönlich besonders engagierter MBFR-Delegationsleiter gescheitert, selbst wenn diese Herabstufung mit der östlichen Renitenz in der Weiterführung der Datendiskussion begründet und damit verkoppelt werden würde.

3) Wie auch immer die Runde im einzelnen verlaufen mag, eine „offensive" Verhandlungsführung des Westens wird auf absehbare Zeit nicht möglich sein. Vielmehr ist ein noch starrerer Stellungskrieg zu erwarten, der den Westen auch in der Frage, die seine große Stärke ist, nämlich der Datenfrage, solange in der Defensive halten dürfte, wie es ihm nicht möglich sein würde, auf östliche Vorschläge bei den strittigen Datenbereichen zu antworten.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11472 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 220

rungen einverstanden." Weiterhin teilte er mit, daß zu dem „vorgelegten IMS-Arbeitspapier […] hier keine zusätzlichen Angaben aus nationalen Quellen" vorlägen. Zu den „Ausnahmeregelungen für Übungen […] mit Teilnahme von Wehrübenden bzw. zugeführten Personalverstärkungen" führte er aus, daß die NATO in weit stärkerem Maße darauf angewiesen sei als die Warschauer-Pakt-Staaten: „National zahlenmäßige Forderungen für exceptions, die auch diese Reservisten einschließen, würden die bisherigen Zahlen so erhöhen, daß sie kaum noch verhandelbar erscheinen […]. Ausnahmen müssen reziprok sein. Damit würden angesichts des hohen Bedarfs des Westens dem Osten gleiche Möglichkeiten eingeräumt werden, die letztlich die angestrebte Streitkräftebegrenzung wieder aufheben würde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 709; VS-Bd. 11460 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 10. Februar 1981 über die Sitzung des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene am Vortag, keine Delegation habe Bedenken gegen den Entwurf einer Weisung an die AHG erhoben. In der Frage der „Ausnahmen von Reststärken" sei von niederländischer Seite eingewandt worden, ob die Konzeption der Bundesregierung, „Ausnahmen nicht zahlenmäßig zu definieren, der Sow[jetunion] nicht erlauben würde, eine unbegrenzte Zahl von Militärpersonal in den Raum der Reduzierungen einzufliegen. Auch könnte es schwieriger werden, die Einhaltung eines ceiling zu verifizieren. Der Westen würde unter Umständen gezwungen sein, das von ihm vorgeschlagene Paket der begleitenden Maßnahmen auszudehnen oder zu verschärfen." Hinsichtlich der „umstrittenen Datenfälle" habe Kanada zu Bedenken gegeben, „der Osten könne westliche Zugeständnisse einkassieren und trotzdem in Bezug auf die Daten für sowjetische Truppen hartnäckig bleiben. Im Fall eines westlichen Entgegenkommens in der Frage der polnischen See-Lande-Division würde der Osten auch eine Lösung der Frage des deutschen Pershing-Personals in seinem Sinne verlangen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 223; VS-Bd. 11460 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

40

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

13. Februar 1981[1]

Betr.: Gespräch des Ministers mit AM François-Poncet und AM Lord Carrington am 12. Februar 1981, 20.30 Uhr bis 23.00 Uhr, im Gästehaus Venusberg

1) Lord Carrington unterrichtete gemäß Anlage über eine Intervention des polnischen Botschafters in London vom gleichen Tage.[2] BM und F.-P. verneinten die Frage, ob eine gleichartige Demarche in Bonn und Paris durchgeführt worden sei. Es wurde verabredet, daß BM und F.-P. am nächsten Morgen von sich aus die polnischen Botschafter in Bonn[3] und Paris[4] einbestellen. (In Bonn ist dies in Abwesenheit des polnischen Botschafters mit dem polnischen Geschäftsträger am 13.2. um 9.00 Uhr geschehen.[5])

Auf Vorschlag von Lord C. wurde verabredet, daß sich die Politischen[6] und Wirtschaftsdirektoren der Drei[7] möglichst noch am 13.2. treffen und über die Frage von Sanktionen (Kreditgewährung etc.) im Falle interner polnischer Maßnahmen beraten.[8]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 13. Februar 1981 vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl führte aus, der polnische Botschafter in London, Bisztyga, habe am 12. Februar 1981 dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, eine Mitteilung des polnischen Außenministers überbracht. Czyrek habe darin mitgeteilt, „die wirtschaftliche und politische Lage Polens verschlechtere sich ständig. Wenn es so weitergehe, werde man in zwei Monaten Anarchie haben. Deshalb müsse etwas geschehen. Demnächst werde die Regierung umgebildet. Czyrek sei es wichtig zu wissen, wie der Westen reagieren würde, wenn man ‚entscheidende Maßnahmen' unternehme." Darunter seien die „Erklärung des Notstandes und Mobilisierung der Miliz" zu verstehen. Czyrek habe zwei Anliegen herausgestellt: „a) Der Westen möge für die polnischen Maßnahmen Verständnis zeigen. Deren Ziel sei die Wiederherstellung ‚der Macht' der Gemäßigten. Die langfristigen Ziele seien die von Kania genannten. b) Der Anschein einer Intervention des Westens solle vermieden werden. Was Polen jetzt noch mehr brauche als wirtschaftliche Hilfe, sei Zeit und Atem." Vgl. Referat 010, Bd. 178840.

3 Jan Chyliński.

4 Eugeniusz Kulaga.

5 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Gesandten Wojtkowski am 13. Februar 1981 schilderte letzterer die innenpolitische Situation in Polen und führte dazu aus: „Die polnische Regierung und die Partei hätten immer wieder versucht, die neu hervorgerufenen Spannungsherde durch politische Mittel, durch Diskussion, Dialog, Überzeugung, zu überwinden. Das habe nicht den notwendigen Erfolg gebracht." Auf der Basis der Beschlüsse der 8. Plenarsitzung des ZK der PVAP vom 9. Februar 1981 „werde man in Polen den Durchbruch zur Stabilität versuchen. Dieser Prozeß verlange allerdings etwas Zeit." Genscher erwiderte: „Wir hätten sehr zu schätzen gewußt und wüßten weiter zu schätzen, daß die polnische Führung sich auf den Weg des Dialogs begeben habe mit der Absicht, friedlich und durch den Dialog die Probleme zu lösen. Er glaube, daß man in Warschau sehen müsse, daß dieser Weg des Dialogs weltweit zu jener positiven Einstellung geführt habe, die es den Polen ermögliche, ihre Probleme voranzubringen. Es wäre gut, wenn dies auch weiter so gehandhabt würde." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178843.

6 Klaus Blech (Bundesrepublik), Julian L. Bullard (Großbritannien) und Gabriel Robin (Frankreich).

7 Thomas Bridges (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik) und Jean Claude Paye (Frankreich).

8 Am 13. Februar 1981 unterrichtete Bundesminister Genscher Bundeskanzler Schmidt über sein Gespräch mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und François-Poncet (Frankreich) am Vortag: „BM berichtete über die polnische Demarche in London und die Verabredung,

2) Lord C. und F.-P. befragten BM nachdrücklich nach der Lage der Bundesregierung. Sie ließen dabei große Besorgnis erkennen. BM hat unter Verwendung der SPD-Erklärung[9] zu beruhigen versucht.

3) Lord C. berichtete über die saudi-arabische Anfrage nach einer „Tornado"-Lieferung[10] und bat um Stellungnahme. BM erwiderte: Die Frage sei von einem solchen Gewicht, daß man sie nicht aus dem Handgelenk beantworten könne. Wir rechneten mit einer offiziellen Anfrage der Briten. Carrington bestätigte: Man werde an den Bundeskanzler herantreten.[11]

4) BM kam auf die Diskussion bei uns über Waffenexporte zu sprechen und fragte, wie unsere beiden Partner sich zu einer Lieferung des „Leopard" an Saudi-Arabien[12] stellen würden. Carrington antwortete: Die Briten begrüßten alles, was der Stärkung Saudi-Arabiens diene. Natürlich wäre es ihnen lieber, wenn englische Panzer gekauft würden. F.-P. meinte: F würde mindestens nichts dagegen haben.

5) Bezüglich der Gespräche, die alle drei Außenminister in nächster Zeit in Washington[13] führen werden, wurden folgende Themen behandelt:

a) Pakistan: Man kam überein, das Konzept der Drei bei einem halbtägigen Treffen (der Drei) zu prüfen, das schnell stattfinden sollte. Danach sollte mit den

Fortsetzung Fußnote von Seite 222

daß die Politischen und Wirtschaftsdirektoren sich schnellstens damit befassen sollten, wie wir reagieren sollten, wenn in Polen interne Maßnahmen ergriffen würden. BK warf ein: Er habe es immer für einen Fehler gehalten, daß man sich zu wenig mit diesem Fall beschäftigt habe." Genscher führte weiter aus, „man müsse abwägen, wie die Umstände seien und das Maß der polnischen Maßnahmen. Wichtig sei zu vermeiden, die Polen stärker in die Arme der SU zu treiben. Man sei sich einig gewesen, daß bei einem internen Eingriff der Polen sich bei uns die öffentliche Stimmung verändern würde und daß es dann schwer sein würde, Wirtschaftshilfe fortzusetzen. Aber man müsse auch vermeiden, überzureagieren und die Maßnahmen der Worst-case-Situation anzuwenden: NATO-Ratssitzung, etwa gar mit Außenministern. Man müsse doch sehr unterscheiden zwischen inneren Maßnahmen und einer Intervention von außen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178840.

9 Zur Fünf-Punkte-Erklärung des SPD-Parteivorstands vom 12. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 65.

10 Zum saudi-arabischen Interesse am Erwerb von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado" vgl. auch Dok. 53.

11 Am 17. Februar 1981 übergab der britische Botschafter Wright Bundeskanzler Schmidt ein Schreiben der Premierministerin Thatcher „zur Frage von Tornado-Lieferungen an Saudi-Arabien" und äußerte die Ansicht, daß Thatcher „in etwa drei Wochen" eine Antwort erwarte. Schmidt verwies auf die Debatte über Rüstungsexporte in der Bundesrepublik und darauf, „daß in allen Parteien des Bundestages das Gefühl zunehme, daß die Bundesrepublik Deutschland kein Rüstungslieferant im großen Maßstab sein solle". Es sei jedoch wichtig, Saudi-Arabien zu unterstützen. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, vom 18. Februar 1981; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 9, Anm. 5.
Am 19. Februar 1981 vermerkte Ministerialdirektor Fischer, nach Auskunft der Firma Krauss-Maffei seien im Januar 1981 „etwa drei Wochen lang zwei Vertreter von Krauss-Maffei auf Einladung saudischer Regierungsstellen in Saudi-Arabien gewesen. Die Gespräche über Lieferwünsche der saudischen Armee seien nur über einen Mittelsmann geführt worden. Dieser habe für die Armee als erste Tranche folgende Wünsche geäußert: 240 Kampfpanzer (offen, ob Leopard I oder Leopard II), 60 Flugabwehr-Panzer Gepard, 400 Transporter (Typ Fuchs). Diese Zahlen gehen über früher von Krauss-Maffei mitgeteilte Zahlen hinaus." Vgl. Referat 422, Bd. 124242.

13 Der französische Außenminister François-Poncet besuchte die USA vom 20. bis 28. Februar 1981. Vgl. dazu Dok. 29, Anm. 18.
Zum Aufenthalt des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 19, Dok. 63, Anm. 7, und Dok. 72, Anm. 10.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

Amerikanern konsultiert werden. Man war sich einig, daß es darum geht, trilaterale Unterstützungsaktionen, an denen Amerika, Europa und Saudi-Arabien teilnehmen sollten, zustande zu bringen, um Pakistan zu stabilisieren. Dann müsse man sich gegenüber Indien absichern. Man müsse den Druck, unter dem Pakistan stehe, ausbalancieren, sonst würde man sich mit Afghanistan abfinden. Dieser Meinung war sehr dezidiert François-Poncet.

b) Man war sich einig, daß in diesem Zusammenhang den Amerikanern gesagt werden müsse, sie sollten sich einige Äußerungen, die sie im Wahlkampf[14] zu Nahost und Jerusalem gemacht hätten, noch einmal überlegen, sonst würde es schwierig für Saudi-Arabien, seine Führungsrolle zu spielen.

c) Zentralamerika: BM berichtete, daß man in den Koalitionsgesprächen darüber gesprochen habe, ob man versuchen solle, die vernünftigen Kräfte auf beiden Seiten zusammenzuführen und die Ultras in der Regierung und die Terroristen in der Opposition abzustoßen.[15] F.-P. erkundigte sich, ob wirklich Ultras in der Regierung seien oder ob alle in der Regierung gemäßigt seien. Carrington meinte: Er würde mindestens das sagen, was BM ausgedrückt habe.

Er äußerte sich sehr kritisch zu den Gruppierungen in der Regierung. Man müsse hier deutlich mit den Amerikanern sprechen. BM erwähnte die mexikanischen Sorgen, daß zu starke Handlungen der USA in Zentralamerika die Lateinamerikaner gegen die Vereinigten Staaten aufbringen könnten. Carrington stimmte in allen diesen Punkten mit BM überein. F.-P. äußerte sich etwas „machiavellistisch".

d) Namibia: Man war sich einig, daß die Amerikaner problembewußt gemacht werden müßten, daß jedenfalls eine Vetolage verhindert werden müsse. Wenn die USA in der Dritten Welt einen harten Punkt machen wollten, dann sei Namibia mit seiner Schwarz-Weiß-Problematik der ungeeignetste Platz. Wenn schon ein harter Punkt, dann eher etwa im Jemen oder in Libyen. F.-P. meinte, man müsse sehen, ob Ägypten oder der Sudan hier eine Unterstützungsrolle spielen könnte. Hinsichtlich Libyens gibt es offenbar Kontakte der Franzosen mit den Amerikanern.

e) Europäisch-amerikanische Beziehungen: Einvernehmen bestand darüber, daß das Konzept enger Konsultationen unterstützt werden solle. Es sei wichtig, den Amerikanern klarzumachen, daß das Modell des Doppelbeschlusses[16] aufrichtig in beiden Teilen verwirklicht werden müsse, um einer zu erwartenden Friedenskampagne in ganz Europa zu widerstehen. Carrington sagte, daß eine solche Kampagne sich auch in GB abzeichne. BM wies darauf hin, daß eine Friedensoffensive gigantischen Ausmaßes auf uns zukomme. Carrington äußerte sich skeptisch über die Aussichten von Abrüstungsverhandlungen, hielt sie aber für wichtig als Zeichen guten Willens und als Mittel, die SU ins Unrecht zu setzen. Die Erörterung ergab vor allem Einigkeit, daß den USA klargemacht werden könnte, den Abrüstungsteil des Doppelbeschlusses nicht zu unterschätzen.[17]

14 In den USA fanden am 4. November 1980 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

15 Zur Lage in El Salvador und Nicaragua vgl. Dok. 49.

16 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

17 Am 13. Februar 1981 äußerte sich Bundesminister Genscher gegenüber Bundeskanzler Schmidt „zu der von ihm erwarteten gigantischen Friedenskampagne, die uns bevorstehe, und erwähnte einen

f) MBFR: BM äußerte sich bedrückt, daß er gelegentlich höre, andere westliche Delegationen erweckten den Eindruck, sich hinter der deutschen Delegation in Wien zu verstecken. F.-P. und Lord C. erwiderten: Das hielten sie auch nicht für gut, sie seien aber ihrerseits erstaunt über die Haltung des deutschen Vertreters bei den Viererkonsultationen[18] gewesen, denn dieser habe sich dafür eingesetzt, daß MBFR auch dann weitergehen sollte, wenn die Sowjetunion in Polen interveniere.[19]

g) Europäisch-Arabischer Dialog: Bei dem in Aussicht genommenen halbtägigen Dreiertreffen soll auch überlegt werden, wie der in der Sache notwendige Dialog weitergesponnen werden sollte, um bestimmten Problemen zu entgehen.[20] Das Thema wurde jedoch nicht vertieft.

Braunmühl

Referat 010, Bd. 178840

Fortsetzung Fußnote von Seite 224

Ostermarsch zu allen Punkten, an denen Mittelstreckenraketen stationiert werden sollten. Gerade deshalb sei es wichtig, den Willen zum Verhandeln immer wieder zu unterstreichen." Schmidt erklärte „mit großem Nachdruck: Man müsse den Amerikanern klarmachen, daß der Doppelbeschluß Grundphilosophie unserer Politik sei. Hierin drücke sich die Festigkeit in der Verteidigung aus, aber ebenso die Bereitschaft, gleichzeitig zu verhandeln, Gespräche zu führen, statt sich zu beschimpfen und in eine Spirale hineinzugeraten. Diese Grundphilosophie zeige sich an dem Beispiel der eurostrategischen Waffen. Man solle den Amerikanern sagen: Sie sollten in Europa nicht alles verrückt machen mit der Diskussion über die Neutronenwaffe. Er sehe schon, daß man ihm zu Ostern die These präsentieren werde, Carter habe aus eigenem moralischen Entschluß auf die Neutronenwaffe verzichtet, die wir vorher schon akzeptiert hätten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178840.

18 Zu Äußerungen des Ministerialdirektors Blech am 9. Februar 1981 in London vgl. Dok. 36.

19 Ministerialdirektor Blech vermerkte am 17. Februar 1981: „Die Kritik des britischen und französischen Außenministers an der Auffassung des ‚deutschen Vertreters bei den Viererkonsultationen', daß eine eventuelle sowjetische Intervention in Polen keine Auswirkungen auf die MBFR-Verhandlungen haben sollte, habe ich mit Bullard und Dupont […] erörtert. Es ergibt sich folgendes Bild: 1) Die Briten stehen überhaupt nicht unter dem Eindruck, daß man es mit einer abweichenden deutschen Haltung zu tun habe. Bullard bestätigte, daß meine Einlassung am 9.2. im Sinne einer unvermeidlichen Suspendierung von MBFR gänzlich klar gewesen sei. Er machte klar, daß Carrington für das Gespräch mit dem Herrn Minister und François-Poncet auch nicht anders informiert gewesen sei. […] 2) Die gegenüber dem Herrn Minister geäußerten Einwendungen gehen offenbar von französischer Seite aus. […] Ich betonte gegenüber Dupont, daß wir hier in der Sache keinerlei Mißverständnisse wünschten; Dupont bestätigte, daß Klarheit bestehe, zumal – wie gesagt – nicht auszuschließen sei, daß die Reaktion François-Poncets durch einen Fehler in der eigenen französischen Berichterstattung ausgelöst worden sei." Vgl. VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Der Europäisch-Arabische Dialog wurde durch ein Treffen auf Staatssekretärsebene am 12./13. November 1980 in Luxemburg fortgeführt. Referat 310 vermerkte dazu am 14. November 1980: „In zwei Arbeitsgruppen wurden folgende Problemkreise behandelt: Arbeitsgruppe A (allgemeine Fragen, Verfahrensfragen, politische Probleme) und Arbeitsgruppe B (wirtschaftliche, technische, finanzielle und kulturelle Kooperation)." Darüber hinaus sei „die Zweckmäßigkeit einer euro-arabischen AM-Konferenz" betont worden, die im Juni/Juli 1981 stattfinden könnte. Vgl. Referat 200, Bd. 112926.
Am 24. Februar 1981 kam in Den Haag eine europäisch-arabische Ad-hoc-Gruppe zur Vorbereitung der geplanten Außenministerkonferenz zusammen. Im Drahtbericht Nr. 633 aus Den Haag (Coreu) wurde dazu ausgeführt, daß von europäischer Seite die folgende Agenda vorgeschlagen worden sei. Zunächst müßten politische und wirtschaftliche Themen ausgewogen berücksichtigt werden: „Second, the European co-chairman confirmed that the dialogue could not be a platform for negotiations. Third, it was desirable that the conference should discuss other political topics of mutual interest in addition to the Middle East question. Fourth, the European delegation considered that the success of the meeting would be increased if agreement could be reached on a common formula on the basis of the Venice declaration, which could exert a positive influence on negotiations between the parties

41

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Kyprianou

13. Februar 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem zyprischen Staatspräsidenten Kyprianou beim Arbeitsessen am 13. Februar 1981 von 12.30 bis 14.00 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

An dem Arbeitsessen nahmen teil die Außenminister Genscher und Rolandis, die Botschafter Iacovou und Söhnke, ein Berater Kyprianous und AL 2 i.V.[3] Das Gespräch wurde auf englisch geführt.

Bundeskanzler begrüßt den Präsidenten, erinnert an das letzte Gespräch in New York[4] und bittet seinen Gast, die Themen des Gesprächs vorzuschlagen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 225

directly concerned in the Middle East conflict." Von arabischer Seite sei dagegen eine thematische Konzentration auf die Lage im Nahen Osten befürwortet worden: „It was the problem that the two regions had in common and it was also closely linked with the security of Europe. Attention should therefore concentrate on it." Vgl. Referat 200, Bd. 119475.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 16. Februar 1981 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz: „Hiermit übersende ich zur Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler noch nicht genehmigten Vermerk über sein Gespräch mit dem zyprischen Staatspräsidenten am 13. Februar. Im Vier-Augen-Gespräch hat der Staatspräsident den Bundeskanzler zu einem Besuch Zyperns eingeladen. Er hat die blockfreie Haltung Zyperns mit der Notwendigkeit erklärt, die Unterstützung der Dritten Welt zu erhalten. Er ist kurz auf seine öffentlichen Äußerungen nach der letzten Begegnung mit dem Bundeskanzler in New York 1978 zurückgekommen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 16. Februar 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178845.

2 Präsident Kyprianou hielt sich vom 12. bis 14. Februar 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Otto von der Gablentz.

4 Bundeskanzler Schmidt führte am 26. Mai 1978 am Rande der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York ein Gespräch mit Präsident Kyprianou. Ministerialdirektor Blech, z. Z. New York, vermerkte am 27. Mai 1978 zu dem Teil des Gesprächs, bei dem er anwesend war: „Es wurde von K[yprianou] in verbindlicher Weise mit dem Ziel geführt, BK für eine Unterstützung des Vorschlags K.s, mit Ecevit zusammenzutreffen, zu gewinnen. BK sagte zu, den Wunsch K.s an Ecevit weiterzugeben und Karamanlis in Washington über Ecevits Reaktion zu unterrichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1264; Referat 203, Bd. 115920.
Am 29. Mai 1978 reagierte Kyprianou in New York mit folgender öffentlicher Erklärung auf Äußerungen Schmidts in der amerikanischen Fernsehsendung „Face the Nation" vom Vortag: „I have been deeply disappointed and distressed at the statement made by the Chancellor of the Federal Republic of Germany Helmut Schmidt on the question of the embargo on American military assistance to Turkey […]. The way Chancellor Schmidt spoke, it might imply that as a member of the North Atlantic Treaty Organization West Germany would not object to see NATO sanction and legalize the aggression on the part of one of its members, namely Turkey […]. But what is worse, Chancellor Schmidt appears as though he urges the United States to sanction and legalize the aggression, which was committed by Turkey against Cyprus with American aircraft, American napalm bombs, American weapons and bullets, in violation not only of the Charter of the United Nations and its resolutions and of all accepted principles of international conduct, but also in violation of the American laws. In other words, Chancellor Schmidt appears to be advising Congress to legalize the crime committed against Cyprus by Turkey". Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pfeffer vom 8. August 1978; Referat 203, Bd. 115920.

Kyprianou dankt für die Gelegenheit zum Gespräch. Ihm liegt sehr an guten bilateralen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland. Der Kanzler könne sich auf ihn und seine Regierung in jeder Weise verlassen. Er schätze die deutsche Politik sehr hoch und sei sehr beeindruckt vom Beitrag des Bundeskanzlers zu Frieden und Sicherheit in Europa.

Ihm liegt vor allem daran, den Kanzler auf die Fragen der Assoziation EG/Zypern hinzuweisen und ihn über die Entwicklung des Zypern-Problems zu unterrichten.

Das Assoziationsabkommen EG/Zypern tritt jetzt in seine zweite Phase mit dem Ziel einer Zollunion.[5] Hierdurch wird Zypern wirtschaftlich und – das möchte er besonders unterstreichen – politisch an Europa gebunden. Er bittet um Unterstützung der zyprischen Anliegen bei den kommenden Verhandlungen und betont, daß ihm bewußt ist, daß Zypern hier keine Probleme mit den Deutschen, wohl aber mit anderen EG-Partnern hat.

Er versichert, daß er sein Gespräch mit dem Bundeskanzler über das Zypern-Problem in vollem Einvernehmen mit Staatspräsident Karamanlis gesucht habe.

Die Lage in Zypern ist dadurch gekennzeichnet, daß die lang andauernden Volksgruppengespräche[6] keinen Erfolg haben, weil beide Seiten von verschiedenen Grundpositionen ausgehen: Seine Seite setzt sich für eine Republik Zypern ein, die andere für eine Verfestigung der faktischen Teilung der Insel.

5 Für den Wortlaut des Assoziationsabkommens vom 19. Dezember 1972 zwischen der EWG und Zypern vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 133 vom 21. Mai 1973, S. 2–86.
Am 23. Oktober 1980 erläuterte Referat 410, daß laut Assoziationsabkommen die angestrebte Zollunion in zwei Stufen verwirklicht werden sollte. Dabei sei die Geltungsdauer der Regelungen für die erste Stufe, die ursprünglich bis zum 30. Juni 1977 befristet gewesen sei, mehrfach und schließlich bis zum 31. Dezember 1980 verlängert worden. Am 25. August 1980 habe die EG-Kommission, unterstützt von Großbritannien, Dänemark und Irland, vorgeschlagen, „den Übergang in eine erste Phase der zweiten Stufe des Assoziationsabkommens 1981 durchzuführen, die Zollunion jedoch erst in einer zweiten fünfjährigen Phase der zweiten Stufe, beginnend mit dem 1. Juli 1984, zu realisieren". Vgl. Referat 411, Bd. 131113.
Auf der Tagung des Assoziationsrates EWG-Zypern am 24. November 1980 wurde ein „Übergangsprozeß in die zweite Stufe der Assoziation vom 1.1.1981 an" beschlossen, „der mehrere Phasen mit unterschiedlichen Elementen" vorsah. Zunächst sollte ein weiteres Protokoll zwischen der EWG und Zypern ausgehandelt werden, um die aktuellen Regelungen bis Ende 1981 zu verlängern. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3962 des Ministerialdirigenten Kittel, Brüssel (EG), vom 25. November 1980; Referat 411, Bd. 131113.

6 Am 28. April 1975 wurden die Gespräche zwischen Vertretern der griechischen bzw. türkischen Volksgruppe auf Zypern eröffnet, die unter der Schirmherrschaft des VN-Generalsekretärs Waldheim in New York und Wien stattfanden. Sie wurden nach mehreren Gesprächsrunden am 7. April 1977 abgebrochen und erst am 15. Juni 1979 wiederaufgenommen. Vgl. dazu dazu AAPD 1977, I, Dok. 89, und AAPD 1979, I, Dok. 183.
Die Gespräche wurden am 22. Juni 1979 erneut unterbrochen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 119 des Gesandten Jelonek, New York (VN), vom 11. August 1979; Referat 203, Bd. 115916.
Am 8. April 1981 teilte Botschafter Söhnke, Nikosia, mit: „Nach über einjähriger Pause konnte Waldheims Beauftragter in Nikosia am 9.8.1980 die V[olks]G[ruppen]-Gespräche durch eine mit den Parteien vereinbarte Eröffnungserklärung wieder in Gang bringen." Seitdem sei einmal wöchentlich in fünf Gesprächsrunden jeweils eines von vier Gesprächsthemen erörtert worden, nämlich die Frage einer Verfassung, die „Wiederbesiedlung Varoshas", das Thema „einleitende praktische Maßnahmen zur Vertrauensbildung und zwecks Rückkehr zu normalen Verhältnissen" sowie der Tagesordnungspunkt „Territorium". Söhnke stellte fest: „Am Ende der sechsten Gesprächsrunde sind zwar alle vier Punkte ausführlich besprochen, Annäherungen oder Resultate aber noch nicht erreicht worden." Vgl. den Schriftbericht Nr. 158; Referat 203, Bd. 123303.

In der Territorialfrage hat Zypern einen 20%-Vorschlag gemacht[7] und angedeutet, daß es flexibel sein werde, wenn die andere Seite vernünftige Vorschläge vorbringe. Sie machen aber keine Vorschläge. Die türkische Seite hat ihre Zusage an den Bundeskanzler für eine Teillösung in Varosha[8] nicht eingehalten. Der jetzige türkisch-zyprische Gegenvorschlag begrenzt das Gebiet und versucht, Varosha mit dem Boykott der Häfen und Flughäfen zu verbinden.[9] Während die andere Seite sich weder zu Varosha noch in den Territorialfragen bewegt, habe Nikosia versucht, hilfreich zu sein. In der Flüchtlingsfrage, für die sich der Bundeskanzler besonders interessiert habe, habe man sich bemüht, die Flüchtlinge nicht in Lagern zu lassen, sondern in Häusern unterzubringen.

Die Bemühungen der anderen Seite, die De-facto-Teilung der Insel zu legalisieren, sind politisch äußerst gefährlich. Sie schaffen einen Unruheherd auf der Insel, einen permanenten Konflikt zwischen Griechenland und der Türkei, Unruhe in der ganzen Region des östlichen Mittelmeers, und bringen das Risiko mit sich, daß Zypern zu einem Problem der Ost-West-Beziehungen wird. Er möchte eine solche Entwicklung in jedem Fall verhindern.

Seine Regierung möchte daher Ankara davon überzeugen, daß die gegenwärtige Lage – die türkische Besetzung von 40% des zyprischen Territoriums – nicht ewig dauern kann. Jedenfalls muß ein Anfang gemacht werden, auch wenn eine umfassende Lösung längere Zeit erfordert. Auch eine umfassende Lösung sollte bei gutem Willen auf beiden Seiten möglich sein. Eine Teilung allerdings kommt nicht in Frage.

Die Bundesregierung hat sich den Türken gegenüber so großzügig gezeigt, daß sie das Recht hat, ihnen zu sagen, daß auch sie ein Interesse an einer friedlichen Lösung in Zypern hat. Der Bundeskanzler hat sich mit seinem Varosha-Vorschlag und dem Eintreten für eine bundesstaatliche Lösung engagiert. Nach seiner Auffassung kann die Bundesregierung im Gespräch mit Ankara eine wichtige Rolle für Fortschritte bei der Lösung der Zypern-Frage spielen.

Bundeskanzler möchte drei Fragen stellen:

1) Wie bewertet Kyprianou den letzten Vorschlag Waldheims?[10]

7 Botschafter Söhnke, Nikosia, erläuterte, in den Volksgruppengesprächen hätte zum „Tagesordnungspunkt ‚Territorium'" die griechische Volksgruppe auf Zypern eine „Karte zur Angleichung der Gebiete proportional zur Bevölkerungszahl (80:20)" vorgelegt. Die türkische Volksgruppe auf Zypern habe dagegen „Vorlage von Zahlen und Karten verweigert, solange nicht ihre wirtschaftlichen Kriterien (Behauptungen und Ansprüche) sowie die Aufhebung des Embargos anerkannt werden. Durch diese Vorbedingungen waren weitere Sachgespräche blockiert." Vgl. den Schriftbericht Nr. 158 vom 8. April 1981; Referat 203, Bd. 123303.

8 Varosha war ein als Hotelstadt errichteter Stadtteil von Famagusta, der seit den Kampfhandlungen im Juli/August 1974 in militärischem Sperrgebiet lag und leerstand.
Für die Äußerungen des Ministerpräsidenten Ecevit gegenüber Bundeskanzler Schmidt am 10. Mai 1978 über die Frage einer Rückkehr geflohener griechisch-zyprischer Einwohner nach Varosha vgl. AAPD 1978, I, Dok. 146.

9 Botschafter Söhnke, Nikosia, legte dar, zu Varosha habe „zypern-türkische Seite Vorschlag eines Interimsabkommens" vorgelegt, „das 12 000 zypern-griechischen Flüchtlingen die Rückkehr in eine Enklave unter z[ypern]-t[ürkischer] Jurisdiktion und Kontrolle der Zugänge anbietet. Darüber wollen Zypern-Griechen verhandeln. Für sie ist aber unannehmbar, daß z.-t. Seite dieses Angebot mit Forderung nach Aufhebung des Embargos über z.-t. Fluplatz Ercan und Hafen Famagusta gekoppelt hat." Vgl. den Schriftbericht Nr. 158 vom 8. April 1981; Referat 203, Bd. 123303.

10 Am 19. Januar 1981 berichtete Botschafter Söhnke, Nikosia, VN-Generalsekretär Waldheim habe in den Volksgruppengesprächen den Vorschlag einer „Minilösung (Besiedlung Varoshas gegen Er-

2) Wie die Vorschläge Denktaschs für eine Interimslösung zu Varosha?[11]

3) Wie ist der Stand der Volksgruppengespräche?

Rolandis: Waldheim will, wie er ihm in Neu Delhi[12] sagte, weitermachen (soldier on), obwohl die türkische Reaktion auch in Taif[13] nicht ermutigend war.

Kyprianou: Die geforderte Aufhebung des Boykotts der Häfen und Flughäfen würde praktisch das Besatzungsregime legalisieren und damit die Teilung der Insel. Unsere einzige Waffe ist in dieser Lage, die Ergebnisse der Invasion[14] nicht anzuerkennen, die Faits accomplis nicht zu legalisieren. Das würde dem ganzen Lande schaden, da auch der türkisch besetzte Teil Zyperns nur in einem Bundesstaat wirtschaftlich florieren kann.

Er berichtet zum Stand der Volksgruppengespräche, daß man sich in vier Kommissionen monatlich trifft, die sich mit Varosha, praktischen Fragen, Territorialfragen und Verfassungsfragen befassen. Vorschläge beider Seiten gibt es allerdings nur zu den Verfassungsfragen.[15] Die eine Seite setzt sich für die Sezession, die andere für ein normales föderatives System ein.

Bundeskanzler sieht – nach unseren Erfahrungen mit der deutschen Teilung – die eigentliche Gefahr darin, daß die Teilung mit der Zeit als immer normaler hingenommen wird. Was die Türken 1974 angeboten haben[16], ist heute schon

Fortsetzung Fußnote von Seite 228

öffnung des internationalen Flughafens Nikosia für beide Seiten)" unterbreitet. Der Vertreter der Vereinten Nationen und Verhandlungsleiter bei den Volksgruppengesprächen, Gobbi, habe versucht, „vorweg prozedurale Frage zu klären, ob Eröffnung Flugplatz Nikosia als separater Punkt oder als V[ertrauensbildende] M[aßnahme] behandelt werden soll: Zypern-Griechen waren bereit, hierüber im Rahmen der VM zu verhandeln. Zypern-Türken bestanden auf separater Behandlung dieses Punktes. Als Gegenleistung für Besiedlung Varoshas fordern sie Verhandlungen im Rahmen der VM über Aufhebung des Embargos über ihren Flughafen Ercan und Hafen Famagusta." Zu diesem Punkt habe keine Einigung erzielt werden können. Vgl. den Drahtbericht Nr. 7; Referat 203, Bd. 123303.

11 Botschafter Söhnke, Nikosia, informierte am 7. Februar 1981, daß das Thema Varosha bei den Volksgruppengesprächen am 4. Februar 1981 erneut behandelt worden sei. Mittlerweile sei „Ankara an Fortschritten interessiert und z[ypern]-t[ürkische] Position zu Minipaket verhandlungsfähig: Z.-T. scheinen jetzt bereit, über Nikosia Airport dergestalt zu verhandeln, [daß] a) Frage der Verwaltung und b) Frage des freien Verkehrs von Personen und Gütern getrennt betrachtet werden." Allerdings sei nun die zypern-griechische Seite nicht bereit, „die mit dem Flugplatz Nikosia verbundenen Fragen so aufzuteilen und überhaupt mit Varosha zu verknüpfen. […] Sie will am Prinzip der Priorität für Varosha festhalten und nicht für eine Interimslösung in Varosha handfeste Gegenleistungen erbringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 23; Referat 203, Bd. 123303.

12 In Neu Delhi fand vom 9. bis 13. Februar 1981 die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

13 Zur dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif vgl. Dok. 4, Anm. 9.

14 Nach einem Putsch der von griechischen Offizieren befehligten zyprischen Nationalgarde gegen Präsident Makarios am 15. Juli 1974 landeten am 20. Juli 1974 türkische Truppen auf Zypern. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 217.

15 Botschafter Söhnke, Nikosia, informierte am 8. April 1981 über die vorliegenden Vorschläge für eine Verfassung Zyperns. Danach wünsche sich die türkische Volksgruppe auf Zypern „zwei autonome Teilstaaten innerhalb eines schwachen Bundesstaates […], in dem sie gleichberechtigt (50:50) mitbestimmen. Die Z[ypern]-G[riechen] fordern eine starke Bundesgewalt, in der beide entsprechend ihrer Bevölkerungszahl (80:20) mit gewichteten Stimmen vertreten sind. Während die Z[ypern]-T[ürken] wirtschaftlich autonom bleiben wollen und auf Bundesebene eine paritätische Wirtschaftskommission vorschlagen, halten die Z.-G. eine einheitliche Wirtschaftspolitik und einen gemeinsamen Markt für erforderlich." Vgl. den Schriftbericht Nr. 158; Referat 203, Bd. 123303.

16 Die Außenminister Callaghan (Großbritannien), Güneş (Türkei) und Mavros (Griechenland) nahmen am 25. Juli 1974 in Genf Verhandlungen über eine Lösung des Zypern-Konflikts auf.
Gesandter von Schmidt-Pauli, London, übermittelte dazu am 12. August 1974 Informationen des

gar nicht mehr zu erreichen. Nach der allgemeinen Lebenserfahrung jedenfalls eines Deutschen wird sich diese Entwicklung fortsetzen.

Als er aus dem Kriege zurückkam, hatte er auch gedacht, daß sich der anomale Zustand Deutschlands sehr bald ändern würde. Statt dessen haben sich zwei Staaten herausgebildet und im Laufe der Zeit immer mehr verfestigt. Die Aufrechterhaltung der Rechte auf dem Papier verändert noch nicht die politischen Realitäten. Sicher ist es klug, die Rechte nicht aufzugeben. Das tun wir auch nicht. Aber man muß auch wissen, daß diese berechtigten juristischen Forderungen die Realitäten nicht verändern. Unter diesen Umständen werden die Hoffnungen auf eine Verwirklichung der Rechte immer mehr zu einem Lippenbekenntnis.

Er selbst kennt die neue Führungsmannschaft in Ankara[17] nicht. Aber nach seinem Gefühl könnten sie in der Zypern-Frage umgänglichere Verhandlungspartner sein als Ecevit oder Demirel, weil sie nicht so sehr dem innenpolitischen Prestige nachzulaufen brauchen. Er hat das Gefühl, daß man jetzt die Zeit nutzen müsse, solange noch eine Chance besteht, zu einer Einigung zu kommen. Die Realität kann nicht durch papierene Rechtsansprüche ersetzt werden.

Kyprianou bestätigt, daß auch nach seinem Eindruck die andere Seite glaubt, auf Zeit spielen zu können (Bundeskanzler: Das könnte ja auch in Ihrem Interesse liegen. Rolandis: Die andere Seite kennt unsere Schwäche). Daher machen die Türken auch keine wirklichen Vorschläge. Manche meinen, sie nähmen Rücksicht auf Denktasch. Er glaubt aber, daß die Entscheidungen in Ankara liegen. Daher bittet er erneut um deutsche Unterstützung in Ankara.

BM *Genscher* teilt die Auffassung, daß die Zeit für die türkische Seite arbeitet. Er fragt nach den Verfassungsfragen, die nach seinem Gefühl eine entscheidende Rolle für Verhandlungsfortschritte spielen können.

Bundeskanzler fragt auf die Bemerkung Kyprianous, daß die Verfassungsfragen sich lösen ließen, wenn territoriale Lösungen gefunden sind, als Advocatus Diaboli, ob man nicht umgekehrt sich zunächst auf eine Verfassung einigen sollte und dann deren Verwirklichung von der Lösung territorialer Fragen abhängig macht. Wenn sich nichts bewegt, bleibt der Status quo, der praktisch für die Griechen-Zypern die schlechteste Lösung darstellt. Wir wissen aus unserer Erfahrung mit der DDR, daß sich eine Politik der Nichtanerkennung nicht auf Dauer durchhalten läßt. Es könnte daher im Interesse des Griechen-Zypern liegen, durch schrittweise Lösung der lösbaren Fragen die Verhandlungen voranzubringen und Lösungen zu akzeptieren, die heute noch möglich sind. Wenn Makarios 1974 den türkischen Vorschlag akzeptiert hätte, stünde Nikosia heute besser da.

Fortsetzung Fußnote von Seite 229

britischen Außenministeriums: „1) Am Freitag (9.8.) hat Güneş Callaghan gegenüber die türkischen Vorstellungen für eine Verfassungslösung in Zypern vorgetragen: Durch einen substantiellen Bevölkerungstransfer soll die ethnische Gemengelage auf Zypern weitgehend bereinigt und damit die Grundlage für zwei völlig autonome griechische bzw. türkische Verwaltungen geschaffen werden. Die geographische Ausdehnung des türkischen Gebiets sollte in etwa dem Anteil der türkischen Volksgruppe an der zyprischen Bevölkerung entsprechen. 2) Mavros und Klerides reagierten auf diesen Vorschlag ablehnend, insbesondere lehnten sie den Plan einer weitgehenden Bevölkerungsumsiedlung ab." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2093; Referat 203, Bd. 101459.

17 Zum Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 vgl. Dok. 6, besonders Anm. 2.

Kyprianou ist bereit, den Gedanken des Kanzlers zu prüfen. Die Schwierigkeit sei nur, daß eine Verfassungslösung von der Lösung der territorialen Probleme abhänge.

Iacovou erläutert, daß es 1974 gar keinen türkischen Vorschlag, sondern nur ein Ultimatum gegeben habe, das den Zyprioten mit vorgehaltener Pistole präsentiert worden sei.[18] (*Bundeskanzler* möchte die zyprische Regierung nicht kritisieren, daß sie auf so etwas nicht eingegangen ist.)

Kyprianou berichtet, daß die türkische Seite auf den Vorschlag von Makarios für eine biregionale Föderation erst nach einem Jahr geantwortet hätte.[19] Sie wäre trotz Zusicherungen an die Amerikaner nie wirklich auf die Vorschläge von Makarios eingegangen. Statt dessen ließe sie jetzt durch Prof. Soysal eine Teilungsphilosophie verbreiten. Aber Zypern könne als kleine Insel die Last der Teilung nicht tragen. Es werde zu Konfrontationen kommen, die sich auf das gesamte griechisch-türkische Verhältnis erstrecken werden, denn im Gegensatz zu 1974 könne jetzt ja auch das ganze griechische Volk mitreden. Die Lage im östlichen Mittelmeer werde sich gefährlich verschärfen.

Bundeskanzler zeigt Verständnis für das Argument Iacovous, daß sich hinter der Territorialfrage ja das praktische Problem einer Rückkehr der Bevölkerung in ihr Land verberge, die Frage daher für die Bevölkerung Zyperns erste Priorität habe. Er betont, daß demokratische Politiker aber auch auf eine realistische Meinungsbildung bei den Wählern hinwirken müssen, auf deren Unterstützung sie angewiesen sind.

Er selbst habe in den letzten sieben Jahren nie einen türkischen Ministerpräsidenten gesehen, ohne sich bei ihm für eine Kompromißlösung auf Zypern einzusetzen. Er habe aber auch seinem Freund Karamanlis, für den er den größten Respekt habe, gesagt, daß es falsch sei, den Flüchtlingen immer wieder zu sagen, daß man sie in die alten Häuser zurückbringen werde. Wir Deutsche mußten mit einem Strom von 13 bis 15 Millionen Flüchtlingen fertigwerden. Zu der großen nationalen Anstrengung der vollen Integration gehörte auch, daß wir die Öffentlichkeit nicht darüber im unklaren ließen, daß sie zwar juristische Ansprüche auf Rückkehr haben, diese aber nicht realisierbar seien. Es werde stets so sein, daß juristische Spielereien die Realitäten nicht ändern. Er habe daher große Vorbehalte gegenüber der Behandlung der Palästina-Flüchtlinge. Die Leu-

18 Gesandter von Schmidt-Pauli, London, gab am 13. August 1974 Informationen des britischen Außenministeriums zum Stand der Genfer Verhandlungen über eine Lösung des Zypern-Konflikts wieder: „In den letzten 24 Stunden habe sich das Verhandlungsklima sehr verschlechtert. Im Laufe des Montag, 12.8., hätten sowohl Denktasch in einem Gespräch mit Klerides wie parallel Güneş gegenüber Callaghan die türkischen Forderungen für eine Verfassungsregelung in unvermindert harter Form vorgetragen. [...] Güneş lehnte eine Vertagung ab und setzte die griechische und griechisch-zypriotische Delegation unter ständigen Druck: Falls die türkischen Vorschläge nicht akzeptiert würden, würde er die Konferenz verlassen. Die Frist dieser Ultimaten habe er wiederholt verlängert: ursprünglich von 22.00 Uhr am 12.8. auf 10.00 Uhr am 13.8., und jetzt auf 22.00 Uhr am 13.8.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2098; Referat 203, Bd. 101459.

19 Am 12. Februar 1977 unterzeichneten Präsident Makarios und der Vertreter der türkischen Volksgruppe auf Zypern, Denktasch, in Gegenwart des VN-Generalsekretärs Waldheim in Brüssel eine Vereinbarung, wonach sie für Zypern eine „independent, non-aligned, bi-communal, federal republic“ anstrebten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 218 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom 16. Februar 1977; VS-Bd. 11094 (203); B 150, Aktenkopien 1977.

te in Lager einzusperren, statt sie zu integrieren, kann nur zu Ressentiments und Konflikten führen.

Kyprianou betont noch einmal, daß sich seine Regierung für die Unterbringung der Flüchtlinge in festen Häusern einsetzt. Die Vertreibung aus dem Norden sei allerdings deswegen noch schwerer hinzunehmen, weil Türken aus Anatolien auf die Insel gebracht werden, um den demographischen Charakter des Nordens zu ändern.

Bundeskanzler möchte noch einmal auf einige der bitteren Erfahrungen eines Deutschen seiner Generation hinweisen. Wir haben lernen müssen, daß sehr viel mehr Leute in einem Territorium leben können, als man früher dachte. Vor dem Zweiten Weltkrieg hätte kein Deutscher daran gedacht, daß 60 Millionen Deutsche mit einem hohen Lebensstandard in nur einem Drittel des Deutschen Reiches von 1939 leben könnten. Statt dessen glaubte man damals bereits, nicht genug Lebensraum zu haben. Eine Reihe von anderen Staaten – nicht nur die Stadtstaaten wie Singapur – haben die Erfahrung gemacht, daß auch auf begrenztem Territorium wirtschaftlicher Wohlstand möglich ist.

Kyprianou dankt dem Bundeskanzler für seine Bemerkungen, auch wenn er sie als Advocatus Diaboli gemacht hat. Er betont noch einmal, daß nach seiner Auffassung die Bundesregierung eine hilfreiche Rolle bei der Friedenssuche in Zypern spielen kann, und bittet, noch einmal in diesem Sinne mit der türkischen Regierung zu sprechen. Er teilt die Sorge des Bundeskanzlers, daß sich bei einem andauernden Stillstand der Verhandlungen die Lage in Richtung einer Teilung verfestigt. Er drängt daher auch auf eine Beschleunigung der Verhandlungen, sieht aber angesichts der Unbeweglichkeit der anderen Seite wenig Handlungsmöglichkeiten.

Bundeskanzler: Die zyprische Regierung kann sich darauf verlassen, daß wir erneut mit den Türken sprechen werden. Wir haben die Gelegenheit zum Gespräch mit den Türken auch in den letzten Jahren genutzt, als die Türken am Rande eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs standen. Vielleicht sind die Türken einfach zu schwach, um sich Kompromißlösungen auf Zypern leisten zu können.

Kyprianou geht auf die von Botschafter Söhnke aufgeworfene Frage ein, ob man nicht die griechisch-zyprische Bevölkerung des Nordens für eine Kompromißlösung gewinnen und so die harte Linie Denktaschs beeinflussen könne. Er räumt ein, daß Denktasch eine gewisse Rolle spiele, sieht aber die entscheidende Rolle in der Zypern-Frage weiterhin bei Ankara.

Rolandis weist darauf hin, daß sich die Geduld der Griechen-Zyprer langsam erschöpft, wenn es nicht Waldheim in den nächsten sechs Monaten gelingt, jedenfalls eine Teillösung z. B. in Varosha zu erreichen. Die Erfahrung lehrt aber leider, daß die Gespräche immer wieder vor der VN-Generalversammlung scheitern. Wenn es nicht gelingt, vorher eine Teillösung zu fixieren, muß man im nächsten Jahr wieder von vorne anfangen.

Kyprianou: Der Kernpunkt einer Zwischenlösung kann nur Varosha sein. Hierzu hatte Ecevit dem Bundeskanzler im April 1978 die Rückkehr von 30 000 bis 35 000 Griechen-Zyprern und Verhandlungen über den politischen Status der Stadt zugesagt. Diese Zusage wurde nicht eingehalten. Er betont, daß eine sol-

che Teillösung ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zu aussichtsreichen Verhandlungen über die Zypern-Frage als Ganzes sein würde. Auch Waldheim habe auf einer Varosha-Lösung bestanden, die es den Griechen-Zyprern nicht zumute, sich einem Besatzungsregime zu unterstellen.

Bilaterale Fragen

Kyprianou möchte zwei praktische Fragen im bilateralen Verhältnis anschneiden.

1) Die zyprische Regierung möchte die Polizei für die Bekämpfung terroristischer Aktivitäten ausrüsten und bittet hierfür um Ausrüstung. Der Botschafter in Bonn wird in diesen Tagen der Bundesregierung eine entsprechende Bitte übermitteln.[20]

Bundeskanzler regt an, daß der zyprische Botschafter mit GL 21[21] in der Frage Kontakt hält. Er weist in diesem Zusammenhang auf die gegenwärtige öffentliche Diskussion über Waffenlieferungen hin. Zur Bekämpfung des Terrorismus, mit dem wir wie alle Regierungen fertigwerden müssen, läßt sich die Haltung der Bundesregierung in zwei Grundregeln zusammenfassen:

– das tun, was sicherheitsmäßig notwendig ist,
– betont gelassen reagieren, um die öffentliche Meinung nicht unnötig aufzuregen.

Auch wir müssen mit einem harten Kern von 15 bis 20 äußerst gefährlichen Terroristen rechnen, die sich innerhalb eines internationalen Netzes von Beziehungen ziemlich frei bewegen. Es handelt sich wohl um eine Art seelischer Krankheit, mit der wir rechnen müssen.

Kyprianou weist darauf hin, daß er auch im Falle der Entführung seines Sohnes[22] nicht den Entführern nachgegeben hat.

2) Die zyprische Luftlinie bemüht sich um eine Verlängerung der Landeerlaubnis in Düsseldorf für weitere sechs Monate, während das Bundesverkehrsministerium die Flüge so bald wie möglich von Düsseldorf nach Köln verlegen möch-

20 Mit Verbalnote vom 12. März 1981 wiederholte die zyprische Regierung den Wunsch nach dem Erwerb „of specialised equipment manufactured in the Federal Republic of Germany by Heckler and Koch GmbH. The quantities of equipment concerned is very small, 10 pistols, 34 light submachine guns, 4 sniper guns and accessories." Es wurde darauf hingewiesen, daß ein Antrag auf Ausfuhr dieser Waffen bereits 1980 durch die Firma Heckler und Koch gestellt und durch das Auswärtige Amt abgelehnt worden sei. Vgl. Referat 203, Bd. 123304.
Am 20. Mai 1981 beschied Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler: „Zypern ist angesichts der fortdauernden Teilung – in Nordzypern stehen immer noch türkische Truppen – und der ungelösten Verfassungsfrage als Spannungsgebiet anzusehen. Demnach ist die Genehmigung zu versagen". Vgl. Referat 203, Bd. 123304.

21 Otto von der Gablentz.

22 Am 16. Dezember 1977 berichtete Botschafter Pagenstert, Nikosia, der älteste Sohn von Präsident Kyprianou, Achilleas Kyprianou, sei entführt worden: „Vermutlich ist eine Splittergruppe der EOKA-B, der Nachfolgeorganisation der früheren Befreiungsbewegung E[thniki]O[rganosis]K[yprion]A[goniston], für die Entführung […] verantwortlich. Die Entführer fordern eine allgemeine politische Amnestie und die Freilassung von politischen Häftlingen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 210; Referat 203, Bd. 115916.
Am 20. Dezember 1977 teilte Pagenstert mit, daß Achilleas Kyprianou am 18. Dezember 1977 freigelassen worden sei, „ohne daß Regierung anscheinend den Entführern weitergehende Zugeständnisse hatte machen müssen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 212; Referat 203; Bd. 115916.

te. Eine solche Verlegung vor November 1981 würde für die zyprische Luftlinie einen wesentlichen Verlust an Touristenverkehr bedeuten.

Bundeskanzler sagt zu, sich um die Angelegenheit zu kümmern.

Kyprianou wiederholt noch einmal seine Bitte, die Anliegen Zyperns bei den Verhandlungen mit der EG wie bisher verständnisvoll zu unterstützen.

Er weist zum Abschluß der Gespräche auf die immer noch nicht gelöste Frage der Vermißten[23] hin. Er versteht nicht, warum eine Einigung in dieser rein humanitären Frage bisher nicht möglich war.

Bundeskanzler fragt, ob Aussicht besteht, daß einige der Vermißten noch am Leben seien. Er berichtet über die Erfahrungen, die wir anläßlich der Moskau-Reise Adenauers[24] mit der Rückkehr deutscher Kriegsgefangener und Vermißter gemacht haben. Er weist darauf hin, daß nach seinem Eindruck einige osteuropäische Länder bei Rot-Kreuz-Nachforschungen vor der psychologischen Barriere stünden, daß sie weniger zur Aufklärung der Schicksale ihrer Landsleute getan hatten, als wir es vorhatten.

Kyprianou und Bundeskanzler vereinbaren, daß Botschafter Iacovou und GL 21 einen kurzen gemeinsamen Text zur Presseunterrichtung[25] formulieren. Sie führen anschließend ein etwa viertelstündiges Gespräch unter vier Augen.[26]

Referat 010, Bd. 178845

23 Am 29. Mai 1981 erläuterte Ministerialdirigent Dröge, daß seit dem Putsch auf Zypern am 15. Juli 1974 und der türkischen Invasion fünf Tage danach „2000 Griechisch-Zyprer (und 700 Türkisch-Zyprer) als vermißt“ gälten: „Die Bemühungen beider Seiten des Zypern-Konflikts, eine Lösung herbeizuführen, sind bislang daran gescheitert, daß nicht humanitäre, sondern politische Gesichtspunkte von ihnen in den Vordergrund gerückt wurden.“ Vgl. Referat 203, Bd. 123303.

24 Bundeskanzler Adenauer hielt sich vom 8. bis 14. September 1955 in der UdSSR auf. Für die deutschen und russischen Gesprächsaufzeichnungen vgl. VIZIT KANCLERA ADENAUERA, S. 48–184.

25 Vgl. dazu die Notiz „Kyprianou bittet Bonn um Hilfe bei Lösung des Cypern-Problems“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 14./15. Februar 1981, S. 2.

26 Zu den Gesprächspunkten vgl. Anm. 1.

42

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-1678/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Februar 1981, 19.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 268 **Ankunft: 16. Februar 1981, 21.09 Uhr**

Beteiligung erbeten: Herrn StS van Well vorzulegen

Betr.: Deutschlands Stellung im Bündnis

Zur Unterrichtung

I. Folgerungen aus einer veränderten weltpolitischen Lage

Die weltpolitische Lage hat sich verändert: Neben den Gefahren für die Sicherheit und Unabhängigkeit der Bündnispartner aufgrund der sowjetischen Zielsetzungen sind Gefahren für das wirtschaftliche System aufgekommen, die die Existenz unserer Gesellschaften nicht minder stark bedrohen. Daraus ergibt sich die Frage:

Welche Rolle wird das Nordatlantische Bündnis gegenüber dieser Doppel-Gefahr und deren Implikationen spielen, und welche Rolle fällt Deutschland in dieser Hinsicht zu?

1) Die Bedeutung des Bündnisses für unsere äußere Sicherheit und die Notwendigkeit unseres erheblichen militärischen Beitrags zum Bündnis sind in den vergangenen Jahren kaum bestritten worden.

2) Die Bundesrepublik Deutschland hat in den fünfundzwanzig Jahren ihrer Mitgliedschaft im wesentlichen die militärischen Beiträge geleistet, zu denen sie sich verpflichtet hat. Die Kampfkraft der Bundeswehr wurde in einem Maße und Tempo modernisiert wie in kaum einem anderen Bündnisland.

Diese Leistungsfähigkeit ist nun infolge wirtschaftlicher Depression in Frage gestellt. Es gibt auch infolge von Zielkonflikten innerhalb unserer Außenpolitik wachsenden politischen Widerstand in der Bundesrepublik Deutschland gegen eine starke Akzentuierung der Allianzfragen in unserer Politik. Neutralistische, pazifistische Tendenzen treten wieder einmal in Erscheinung.

Neben dem Beitrag durch die Streitkräfte der Bundeswehr hat die Bundesrepublik Deutschland andere, das Bündnis und die Bündnispartner begünstigende Schritte unternommen, u. a.:

(1) Zulassung der Nutzung von amerikanischen Basen in der Bundesrepublik Deutschland für die Verwendung von amerikanischen Streitkräften auch außerhalb des NATO-Gebietes.[2]

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 17. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Boden, an die Legationsräte I. Klasse Wagner und Bolewski sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Boden am 17. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies ist, nach NATO-Brüssel, Eigenbericht des Botschafters.“
Hat Wagner am 19. Februar und Bolewski am 23. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Hofmann am 26. Februar 1981 vorgelegen.

2 Zur Absicht der amerikanischen Regierung, militärische Basen in der Bundesrepublik für Einsätze

(2) Devisenausgleich.[3]

(3) Verteidigungshilfe (materiell und finanziell).

Die Bundesrepublik Deutschland wird u. a. vor diesem Hintergrund als ein unentbehrlicher Teil des Bündnisses erlangt.[4] Jetzt kommen Zweifel an unserem Willen als auch an unserer Fähigkeit auf, in Zukunft im gleichen Maße zum Bündnis beizutragen.

3) Die Bundesrepublik Deutschland hat an der Bewältigung politischer Krisen im Ost-West-Verhältnis und an der Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses in der Vergangenheit intensiv mitgewirkt, u. a.:

(1) Berlin-Krisen 1958 bis 1963.

(2) Entwicklung der NATO-Doppelstrategie: Verteidigung und Entspannung (Harmel-Bericht[5]).

(3) Normalisierungsverträge mit der Sowjetunion[6], Polen[7] und der Tschechoslowakei[8] sowie die Schlußakte von Helsinki[9].

Mit diesen Schritten hatten die Staaten des Bündnisses begonnen, in Europa ergänzend zur militärischen Sicherheit mit Hilfe einer realistischen Vertragspolitik den partiellen politischen Interessenausgleich zwischen Ost und West zu regeln, die Entwicklung insgesamt kalkulierbarer zu machen und Ansätze für eine Vertiefung der Beziehungen vor allem zu den osteuropäischen Nachbarstaaten zu ermöglichen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 235

im Nahen und Mittleren Osten zu nutzen, und zur diesbezüglichen Haltung der Bundesregierung vgl. AAPD 1980, II, Dok. 311.

3 Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Boden handschriftlich: „Anfang '80 ausgelaufen."
Auf der Basis der NATO-Resolution „On the Common Solution of Currency Problems Arising from the Stationing of Forces in Other Member Countries" vom 26. Juli 1957 leistete die Bundesrepublik gegenüber Staaten, die im Rahmen von NATO-Vereinbarungen Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik stationiert hatten, auf Antrag einen Zahlungsbilanzausgleich, so z. B. seit 1962 an Großbritannien und die USA. Für die Resolution CM (57) 112 vgl. Referat II A 7, Bd. 769.
Das letzte deutsch-amerikanische Devisenausgleichsabkommen vom 25. April 1974 hatte eine Laufzeit vom 1. Juli 1973 bis 30. Juni 1975. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 137.
Mit Schreiben vom 29. Juli 1976 bestätigte Bundeskanzler Schmidt gegenüber Präsident Ford eine am 15./16. Juli 1976 in Washington vereinbarte abschließende Regelung zum deutsch-amerikanischen Devisenausgleich. Gleichzeitig sagte er die einmalige Zahlung von 171,2 Mio. DM für die Verlegung einer amerikanischen Brigade nach Norddeutschland zu. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 251.
Das letzte Abkommen über den deutsch-britischen Devisenausgleich hatte eine Laufzeit vom 1. April 1971 bis 31. März 1976. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 372.
Am 29. April 1977 wurde zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien vereinbart, den Devisenausgleich in den folgenden drei Jahren auslaufen zu lassen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 92.

4 So in der Vorlage.

5 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Das Ost-West-Verhältnis ist nun in eine Krise geraten: Die Sowjetunion hat mit der Intervention in Afghanistan[10] de facto die Breschnew-Doktrin[11] auf die Dritte Welt ausgedehnt. Bei annähernd bestehendem Gleichgewicht zwischen Ost und West kann diese Ausweitung ein erster Schritt zu dem Ziel sein, die sozialistische Überlegenheit über den Westen auf dem Wege über die Dritte Welt zu erreichen.

Noch offen ist der Ausgang des Ringens in und um Polen. Eine sowjetische Intervention würde die KSZE-Vereinbarungen sichtbar in Frage stellen, alle übrigen Vereinbarungen zwischen Ost und West zur Disposition stellen.

Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie das Verhältnis zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Staaten künftig gestaltet werden sollte.

4) Bei der Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses hat die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der Abkommen von 1970/72 die klassischen Elemente einer Politik der guten Nachbarschaft in Mitteleuropa in Übereinstimmung mit den Allianzpartnern entwickeln können. Es hatte den Anschein, daß diese mitteleuropäischen Ansätze zu einem integralen Bestandteil der Außenpolitik aller NATO-Mitgliedstaaten geworden waren.

Das veränderte sowjetische Verhalten hat Zweifel aufkommen lassen, ob eine solche Politik für den Westen insgesamt nützlich ist und noch den Interessen der Bündnispartner entspricht. Wäre das der Fall, müßte sich der Spielraum für die deutsche Politik gegenüber Osteuropa verringern, da diese allein im Einklang mit unseren Partnern und auf dem Fundament der Allianz möglich ist. Unsere Partner fragen sich zunehmend, ob die Fortsetzung unserer Entspannungspolitik angesichts der Wandlungen in der sowjetischen Politik noch erfolgversprechend und gerechtfertigt ist. Man beginnt sich Sorgen zu machen, ob wir eventuell Gefangene unseres eigenen Wunschdenkens geworden sind, ob wir möglicherweise die Bedeutung des Bündnisses in unserer Außenpolitik zu verändern beginnen. Es ist die Befürchtung zu hören, ob die Bundesrepublik Deutschland gar wegen der wirtschaftlichen Verflechtungen mit Osteuropa in ihrer Politik auf sowjetische Vorstellungen zum Schaden der Allianz und der eigenen Sicherheit Rücksicht zu nehmen habe. Vor diesem Hintergrund werden die innenpolitischen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem in den Parteien der Koalition, mit besonderer Wachsamkeit beobachtet.[12] Darüber hinaus wird in der Allianz die Frage aufgeworfen, ob die Bundesrepublik Deutschland die mittel- und langfristigen Ziele der

10 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

11 Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 7, Anm. 37.

12 Am 30. Januar 1981 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), Informationen aus einem „Gespräch Mitarbeiters mit amerikanischem Kollegen, das im Rahmen regelmäßiger Kontakte mit der amerikanischen NATO-Delegation auf Arbeitsebene geführt“ worden sei. Danach erscheine aus amerikanischer Sicht „der Schaden, der für die Sicherheitspolitik des Bündnisses aus der Tätigkeit der sich derzeit stark artikulierenden kritischen Gruppe in der SPD entstehen könnte, größer als zunächst angenommen und auch größer als gemeinhin eingeschätzt“. Auch wenn man wisse, „daß es sich hierbei um eine Minderheit handele“ und Bundeskanzler Schmidt sowie Bundesminister Genscher andere Positionen verträten, so fürchte man die „psychologischen Auswirkungen, 1) z. B. für den Doppelbeschluß (Ausstrahlungen auf NL, BE), 2) hinsichtlich der Ansteckungsgefahr im Bereich der Sicherheitspolitik für innenpolitische Gruppierungen bei anderen Verbündeten, 3) auf die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, 4) auf das deutsch-amerikanische Verhältnis“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 173; Referat 422, Bd. 124242.

Sowjetunion noch in der gleichen Weise beurteilt wie die anderen Bündnispartner.

5) Auch die Tatsache, daß die Finanzierungsprobleme im Verteidigungshaushalt durch Streichungen von Vorhaben statt durch Mittelaufstockungen gelöst werden, wird von vielen Partnern mit Mißtrauen beobachtet, der Hinweis auf wirtschaftliche Schwierigkeiten wird kaum akzeptiert. Schließlich glauben Allianzpartner, ein dilatorisches Verhalten der Bundesrepublik Deutschland bei der Behandlung von Problemen in der Allianz[13] festzustellen. Deutschland – so wird argumentiert – nimmt die ihm in Europa für das Bündnis zufallende politische Führungsrolle nicht genügend wahr, sondern läßt sich drängen.

6) Unser Beitrag bei der Entwicklung der Militärdoktrin der Allianz (Vorneverteidigung[14], flexible Reaktion[15]) und der Entwicklung der nuklearen Planung ist unbestritten. Mit Reserve jedoch werden deutsche Vorbehalte und Bedenken aufgenommen gegenüber Vorschlägen und Entscheidungen im Bündnis, die aus dem Denken in Seemachtskategorien und aus der Sicht globaler Zusammenhänge zu begreifen sind. Man vermißt auf der deutschen Seite oft auch die Berücksichtigung solcher Sachverhalte wie z. B. der Tatsache, daß der General Rogers als amerikanischer Befehlshaber einen Verantwortungsbereich hat, der den Persischen Golf einschließt, d. h. über seinen NATO-Verantwortungsbereich weit hinausgeht. Das wird in Zukunft zu berücksichtigen sein bei der Bewertung amerikanischer Überlegungen, beispielsweise die Befehlszentrale der Rapid Deployment Force nach Europa (Casteau) zu legen.[16]

13 Der Passus „ein dilatorisches Verhalten … Allianz“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „HNS, Infrastruktur.“

14 Am 23. Mai 1957 stellte der Militärausschuß der NATO in der Direktive MC 48/2 („Measures to Implement the Strategic Concept“) fest: „In addition to our nuclear retaliatory measures, our land, sea and air forces must be developed also to respond immediately to the task of defending the sea areas and NATO territories as far forward as possible in order to maintain the integrity of the NATO area, counting on the use of their nuclear weapons at the outset.“ Vgl. NATO STRATEGY DOCUMENTS, S. 323.

15 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 20, Anm. 20.

16 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 11. Februar 1981, amerikanischen Presseberichten zufolge gebe es Überlegungen „der amerikanischen Stabschefs, die Rapid Deployment Joint Force (RDJF), über deren endgültige Unterstellung nach Ort und Organisation bisher Differenzen zwischen den amerikanischen Teilstreitkräften bestehen, dem amerikanischen Oberbefehl in Europa unterzuordnen. Nach dem Bericht der Zeitung stehe eine abschließende Entscheidung durch den amerikanischen Verteidigungsminister noch aus.“ Wieck übermittelte dazu die Einschätzung, daß eine solche Maßnahme Vorteile und Risiken mit sich bringe: „Der Befehlsbereich des US-Oberbefehlshabers, in Personalunion mit SACEUR, reicht bereits jetzt über die SO-Ecke der NATO, d. h. über die Grenze der Türkei, hinaus und schließt den Persischen Golf ein. Damit kann für die Entsendung der RDJF in den Raum Persischer Golf eine vorhandene, eingespielte Führungs- und Fernmeldestruktur genutzt werden. […] Diese Unterstellung wäre zugleich ein politisches Signal an Moskau, daß die USA zum Eingreifen im Persischen Golf bereit sind. Es bedeutet in den Augen der SU, daß im Bedarfsfalle auch das amerikanische Potential in Europa für den Nahen und Mittleren Osten genutzt werden könnte.“ Allerdings würden dadurch die europäischen NATO-Mitgliedstaaten „in Auseinandersetzungen im Nahen und Mittleren Osten, bei denen sich die SU und die USA gegenüberstehen, […] mehr als bisher verstrickt werden. Wenn Truppen und Material über Europa in diese Region transportiert sowie europäische bzw. kleinasiatische Basen für militärische Einsätze genutzt werden, dürften sowjetische Gegenmaßnahmen kaum vor den Grenzen des NATO-Vertragsgebietes haltmachen. Auf diese Weise würde eine politische Beteiligung der europäischen Partner zustandekommen, die bisher so nicht besteht und für die jedenfalls aus hiesiger Sicht politische Voraussetzungen fehlen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 243; VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

II. Kurskorrektur unserer Politik in der Allianz

Die Fragen, die sich angesichts einer veränderten Weltlage sowie eines veränderten wirtschaftlichen Leistungsprofils für unsere Politik im Bündnis aufgrund der veränderten weltpolitischen Lage ergeben haben, müssen durchgeprüft werden und sollten nach [17]Möglichkeit zu neuer Schwerpunktbildung unserer Allianzpolitik führen. Einige dieser Fragen sind nachstehend aufgeführt:

1) Wir sollten prüfen, ob wir nicht, um unsere Stellung im Bündnis dem Wandel der Weltpolitik anzupassen, darauf hinwirken müßten, zentrale Aussagen des Harmel-Berichts weiterzuentwickeln und neu zu interpretieren. Es scheint mir, daß zu den bisher tragenden beiden Säulen „Verteidigungs- und Entspannungsbereitschaft" ein dritter Pfeiler hinzukommen müßte, der die Rolle der Bündnispartner zur Sicherung der westlichen Interessen in der Dritten Welt definieren müßte, etwa in dem Sinne einer „Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt". Die dritte Säule wäre allerdings nicht leicht zu definieren, da an eine Ausdehnung des NATO-Vertragsterritoriums[18] nicht gedacht werden kann und allenfalls eine Erweiterung der Interessenbereiche des Bündnisses und der Interessenwahrnehmung durch einzelne Verbündete in Frage käme.

2) Eine Überarbeitung dessen, was unter „Entspannungspolitik" verstanden werden sollte, müßte vorgenommen werden. Die Grundlagen und Voraussetzungen der Entspannung sind heute deutlicher geworden. Begriffe wie Unteilbarkeit der Entspannung, Kräftegleichgewicht, Verzicht auf das Streben nach Überlegenheit, Reziprozität, politische Konsistenz, Ausgewogenheit[19] zwischen Verteidigungsanstrengungen und Rüstungskontrolle (vgl. den LRTNF-Doppelbeschluß[20]), „linkage"[21], müßten hier in die Betrachtung einbezogen werden.

3) Die Ost- und Deutschlandpolitik müßte bei den veränderten weltpolitischen Bedingungen im Rahmen der Bündnispolitik neu bestimmt werden.

Ziel sollte dabei sein, daß unsere besonderen nationalen Interessen innerhalb des Bündnisses verstanden und anerkannt werden und damit Zweifel an der Solidarität unserer Mitgliedschaft in der Allianz ausgeschlossen werden können. Wir können ein solches Ergebnis auch dadurch befördern, daß wir uns in den Kernpunkten mit den Aufgaben und Zielen des Bündnisses identifizieren.

4) Wir sollten unsere Verteidigungsanstrengungen mit dem Ziele überprüfen, Umschichtungen vorzunehmen, um in der Lage zu sein, unabweisbare neue Aufgaben übernehmen zu können. Veränderungen werden sich insbesondere dann ergeben, wenn, was sich abzeichnet, die Problematik um den Persischen Golf de facto als eine Flankenbedrohung der Allianz definiert wird und daher direkt und indirekt Allianzanstrengungen zur Sicherung dieser Flanke unter-

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 269 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

19 Der Passus „Unteilbarkeit der Entspannung … Ausgewogenheit" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Détente."

20 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

21 Zu den außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan, insbesondere zum Konzept des „linkage", vgl. Dok. 36, Anm. 16.

nommen werden müssen. Eine weitere substantielle Erhöhung des Verteidigungshaushalts erscheint unabweisbar.[22]

5) Der Bundesrepublik Deutschland sind für ihre militärischen Beiträge Grenzen gesetzt, die sich aus unserer Verfassung[23] und unserer jüngeren Geschichte ergeben. Das gilt besonders für Aktivitäten außerhalb der NATO. Es eröffnen sich für uns jedoch Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit zu stärken und durch Entwicklungshilfe zum Aufbau der für die Interessen des Bündnisses notwendigen politischen und wirtschaftlichen Strukturen in bestimmten Regionen der Dritten Welt beizutragen. Auch die schwierige Frage der Rüstungsexporte muß in diesem Zusammenhang gesehen und gelöst werden.

6) Politisch müßten derartige Maßnahmen von der aktiven, auch initiativen Mitwirkung bei der weiteren Entwicklung und sachlichen Ausdehnung des Konsultationsmechanismus und der Konsultationsbereiche der Allianz begleitet werden. Das Bündnis kann nur wirksam bleiben, wenn es seinen Charakter als politisches Bündnis wiedergewinnt.[24]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10369 (201)

43

Ministerialdirektor Blech an Botschafter Wieck, Brüssel (NATO)

214-320.10 POL-368/81 geheim **16. Februar 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 905 Plurez **Aufgabe: 17. Februar 1981, 11.29 Uhr**
Citissime nachts

Für Botschafter o. V. i. A.

Betr.: Eventualfallplanung Polen;
hier: Erörterung im Ständigen NATO-Rat am 18.2.81

I. Sie werden gebeten, bei der weiteren Erörterung der Eventualfallplanung Polen von den nachstehenden grundsätzlichen Überlegungen auszugehen. Ein deutsches Papier sollte nicht zirkuliert werden.

22 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „3 %."

23 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

24 Dazu vermerkte Vortragender Legationsrat Boden handschriftlich: „Hat es den wirklich verloren?"

1 Durchdruck.
Das von Ministerialdirigent Bräutigam konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 17. Februar 1981 zur Mitzeichnung vorgelegen.

1) Wir halten die Lage in Polen weiterhin für außerordentlich ernst und schließen plötzliche Aktionen durch die polnischen Sicherheitskräfte oder auch durch sowjetische Streitkräfte nicht aus. (Dazu ergeht besonderer Erlaß.[2])

Wir halten eine solche Entwicklung aber nicht für unabwendbar. Die Stabilisierung der Lage hat um so größere Chancen, wenn es gelingt, eine wirtschaftliche Katastrophe zu vermeiden. Die NATO-Partner sollten daher in ihren Bemühungen, wirtschaftliche Hilfe, vor allem in der Form von Nahrungsmittellieferungen, zu leisten, nicht nachlassen und auch die Schuldenfrage unter diesem Gesichtspunkt sehen.

2) Bei einer weiteren Zuspitzung der Lage in Polen können vertrauliche und gegebenenfalls auch öffentliche Warnungen an die östliche Seite erneut notwendig werden. Sie sollten dann in der richtigen Weise dosiert werden, damit sie den größtmöglichen Effekt erzielen und nicht kontraproduzent wirken.

3) In den Viererkonsultationen ist über die in die NATO-Liste aufzunehmenden politischen Maßnahmen im Ergebnis weitgehend Übereinstimmung erzielt worden.[3] In einigen Fragen bestehen aber weiterhin unterschiedliche Positionen oder Nuancen, so bei der weiteren Behandlung der SALT/LRTNF-Gespräche, der Rückberufung von Botschaftern sowie bei den Beschränkungen, die den sowjetischen Missionen in den westlichen Ländern auferlegt werden sollten. Wir sind der Meinung, daß diese Divergenzen in den Erörterungen im NATO-Rat so weit wie möglich eingegrenzt, auf jeden Fall nicht prononciert werden sollten. Unterschiedliche Nuancen in der Beurteilung einzelner Maßnahmen, die sich aus der besonderen Interessenlage einzelner Mitgliedstaaten ergeben können, sind jedoch unvermeidlich, sollten aber in ihrer politischen Bedeutung nicht überbewertet werden.

4) Wir sehen den Zweck der Fortschreibung des NATO-Dokuments vom 23.12. 1980[4] im wesentlichen darin,

– die darin aufgeführten Maßnahmen im Lichte der inzwischen in den Hauptstädten vorgenommenen Untersuchungen zu überprüfen und zu präzisieren,

2 Am 17. Februar 1981 unterrichtete Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel über die Lage in Polen nach der Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten durch Verteidigungsminister Jaruzelski am 11. Februar 1981: „Nach der Regierungsumbildung […] hat sich die Lage [...] etwas entspannt. Die Gewerkschaften sagten zunächst ihre Streiks im ganzen Lande ab. Nur die Studenten in Łodz harren z. Zt. noch aus. Die ‚Solidarność' will ihre Antwort auf den Regierungsappell zu einer dreimonatigen Atempause ohne Streiks von der Handlungsweise der Regierung abhängig machen. Es ist deshalb nicht auszuschließen, daß es in kürzerer Frist erneut zu Spannungen kommt. Ein gewaltsames Eingreifen polnischer Sicherheitskräfte oder auch der Sowjets läge dann weiterhin im Bereich der Möglichkeiten. Wenn auch gegenwärtig keine Anzeichen für ein unmittelbar bevorstehendes militärisches Eingreifen in Polen erkennbar sind, so bleiben doch weiterhin Bereitschaftsstand und Führungsfähigkeit der sowjetischen Truppen so hoch, daß eine Intervention mit kurzer Anlaufzeit möglich wäre. […] Der neue MP Jaruzelski, von Hause aus Berufssoldat, behielt sein Amt als Verteidigungsminister bei. Damit wird die polnische Armee stärker in die politische Verantwortung eingebunden. […] Er gilt politisch als Verbündeter Kanias (sowohl im Dezember 1970 als auch im August 1980 soll er sich dem Einsatz der Armee gegen streikende Arbeiter widersetzt haben)." Jaruzelskis Regierungsprogramm sei „auf eine Konsolidierung der desolaten Wirtschaftslage gerichtet. Der Kurs der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft soll fortgesetzt werden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 913; Referat 214, Bd. 132909.

3 Zur Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 9. Februar 1981 in London vgl. Dok. 36.

4 Zu dem von Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 23. Dezember 1980 übermittelten Papier vgl. Dok. 36, Anm. 32.

– in einem kurzen Kommentar das Für und Wider der jeweiligen Maßnahmen zu erläutern,
– auf rechtliche und praktische Schwierigkeiten, die sich für einzelne Mitgliedstaaten ergeben können, hinzuweisen.

5) Wir gehen bei der Fortschreibung des NATO-Dokuments unverändert davon aus, daß ein Maßnahmenkatalog auszuarbeiten ist, aus dem im gegebenen Fall die der jeweiligen Situation angemessenen Maßnahmen ausgewählt werden können. Die politische Entscheidung, welche Maßnahmen in welcher Situation zur Anwendung kommen, muß den NATO-Außenministern vorbehalten bleiben.

Ausnahmen gelten allerdings für das westliche Vorgehen in den Vereinten Nationen und in der KSZE-Konferenz in Madrid, je nach Verhandlungsfahrplan evtl. auch bei MBFR. In diesen Fällen wird bereits unmittelbar nach einer sowjetischen Intervention entschieden werden müssen, welche Schritte einzuleiten sind. Diese Entscheidungen sollten nach unserer Auffassung auf Grund von Weisungen aus den Hauptstädten durch den Ständigen NATO-Rat erfolgen. Einzelheiten können dann durch die Vertreter der NATO-Staaten vor Ort abgestimmt werden.

6) Grundlage des Maßnahmenkatalogs in III des NATO-Dokuments ist das „worst case scenario". Eine weitere Differenzierung der in Teil II aufgeführten Szenarien, die an sich möglich wären, halten wir nicht für tunlich. Es ist ohnehin unumgänglich, daß die Minister im gegebenen Fall im Lichte der Gesamtumstände zunächst darüber entscheiden, wie gravierend die Situation einzuschätzen ist. Erst dann kann über die der Situation angemessenen Maßnahmen entschieden werden. Eine Zuordnung von bestimmten Maßnahmen zu den verschiedenen Szenarien sollte im Rahmen der Eventualfallplanung nicht vorgenommen werden.

7) Zur Problematik der westlichen Reaktion im Falle innerpolnischer Repressionsmaßnahmen ergeht besonderer Drahterlaß.[5] Wir sind der Auffassung, daß sich die Verbündeten hier von besonderer Vorsicht leiten lassen müssen, um das in dieser Situation besonders große Risiko eines direkten sowjetischen Eingreifens nicht noch zu erhöhen.

8) Der Maßnahmenkatalog ist nach unserer Auffassung grundsätzlich auf alle WP-Staaten anwendbar, die sich an der Intervention direkt und in erheblicher Weise beteiligen. Der Grad der westlichen Reaktion muß aber naturgemäß von der Intensität der Beteiligung der jeweiligen WP-Staaten abhängig sein.

5 Ministerialdirektor Blech teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 16. Februar 1981 mit: „Westliche Maßnahmen gegen Polen im Falle innerpolnischer Repression wäre ein Abrükken von der bisherigen Politik der strikten Zurückhaltung gegenüber den inneren Angelegenheiten Polens. Sie können nur bei gravierenden Verletzungen der Menschenrechte und der Prinzipien der KSZE-Schlußakte gerechtfertigt werden." Die dann zu ergreifenden Maßnahmen „sollten inhaltlich und zeitlich so dosiert werden, daß der polnischen Führung die Rückkehr zu einer Politik der friedlichen Stabilisierung und innerer Reformen nicht verbaut oder erschwert würde. […] Wirtschaftliche Maßnahmen gegen Polen sollten darauf Rücksicht nehmen, daß die Not der Bevölkerung nicht noch verschärft wird. […] Warnungen an die politische Führung, die inneren Probleme nicht mit Gewalt zu lösen, sind wichtig. Sie können aber auch mißbraucht oder bewußt mißverstanden werden. Es kommt daher darauf an, daß sie zum richtigen Zeitpunkt und in der richtigen Weise erfolgen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 907; VS-Bd. 13334 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

In Übereinstimmung mit britischen Überlegungen gehen wir hier von folgenden Erwägungen aus:

a) Gegen WP-Staaten, die sich an der Intervention nicht direkt beteiligen, sollten keine Maßnahmen in Betracht gezogen werden.

b) Bei WP-Staaten, die sich nur in geringfügiger Weise beteiligen, sollte sich die westliche Seite mit einer scharfen Verurteilung und Protesten begnügen.

c) Gegenüber solchen WP-Staaten, die sich in erheblicher Weise an der Aktion beteiligen, sollten neben Verurteilung und Protesten auch konkrete Maßnahmen getroffen werden, insbesondere ein Verzicht auf öffentlich wirksame Vorhaben in politischen, kulturellen und anderen Bereichen.

d) Die Maßnahmen gegen die Sowjetunion, die in jedem Fall als der Hauptverantwortliche für die Intervention anzusehen ist, sollten erheblich härter sein als die Maßnahmen gegen andere Beteiligte.

Sollte die DDR an einer Intervention direkt und in erheblichem Umfang beteiligt sein (was wir keineswegs für sicher halten), wird die Bundesregierung bei den von ihr zu treffenden Maßnahmen auch deutschland- und berlinpolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen haben (vgl. Plurez Washington Nr. 167 vom 12.1.1981 geheim[6]).

9) Die vier Politischen Direktoren haben am 9.2.81 in London über die zeitliche Abfolge des westlichen Entscheidungsprozesses im Falle einer sowjetischen Intervention gesprochen. Wir erwägen ähnlich wie die Amerikaner, Briten und Franzosen, daß

a) der Ständige NATO-Rat unverzüglich nach Bekanntwerden der Intervention zusammentritt, um alle relevanten Informationen zur Beurteilung der Situation als Voraussetzung für die zu treffenden Maßnahmen zusammenzutragen und die Tagung der NATO-Außenminister vorzubereiten;

b) einen Tag später die Politischen Direktoren der vier und der zehn EG-Staaten in Brüssel zusammentreten;

c) einen Tag darauf (oder auch zwei Tage später) die zehn EG-Außenminister, die vier Außenminister sowie die 15 NATO-Außenminister zusammentreten, um die westliche Haltung festzulegen.

6 Ministerialdirektor Blech legte für Botschafter Hermes, Washington, dar: „Sollte sich die DDR in erheblicher Weise an einer militärischen Intervention in Polen beteiligen, so steht für uns grundsätzlich außer Frage, daß geeignete Maßnahmen auch auf die DDR zu erstrecken sind." Dabei sei „zu berücksichtigen, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur DDR in einem engen Zusammenhang mit der besonderen Lage in Deutschland und Berlin stehen. Bestimmte Eingriffe in diese Beziehungen können, auch wenn sie für sich genommen rechtlich zulässig wären, weitreichende Rückwirkungen in vitale deutschland- und berlinpolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland haben." So könnten etwa „die grundlegenden Verträge und Abkommen zwischen den beiden deutschen Staaten sowie die Substanz, die die besondere Lage in Deutschland ausmacht, […] aus zwingenden politischen und deutschland- sowie verfassungsrechtlichen Gründen von uns nicht zur Disposition gestellt werden. Ferner können Maßnahmen, die sich unmittelbar auf die Verbindungen zwischen den Menschen in beiden Teilen Deutschlands auswirken würden (Reisemöglichkeiten, Post- und Telefonverkehr, etc.), nicht in Betracht kommen." Vgl. VS-Bd. 13217 (210); B 150, Aktenkopien 1981.

10) Die im NATO-Rat getroffene Absprache über die Konsultationen mit Drittländern[7] wird unter Hinweis auf das Telefongespräch D 2/Botschafter Wieck vom 13.2.1981 bestätigt.

II. Zu den im NATO-Dokument vom 23.12.1980 aufgelisteten politischen Maßnahmen wird auf folgendes hingewiesen:

11)[8] Maßnahme A 1 (Proteste)

Wir gehen davon aus, daß im Falle einer Intervention das Bundeskabinett oder eine Ministerrunde unter Vorsitz des Bundeskanzlers zusammentreten wird, um die Lage zu prüfen und den Rahmen für die von der Bundesregierung gemeinsam mit ihren Verbündeten zu treffenden Maßnahmen festzulegen. Es ist damit zu rechnen, daß im Anschluß an eine solche Sitzung der Regierungssprecher eine Protesterklärung vor der Presse abgeben wird. Ferner ist ein Protest bei dem sowjetischen Botschafter in Bonn[9] sowie ein Protest durch unseren Botschafter in Moskau[10] (bei Abwesenheit durch seinen Vertreter[11]) vorgesehen.

[12]Außerdem dürfte die Bundesregierung eine Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag abgeben, an die sich eine Debatte mit Erklärungen der Fraktionen anschließen wird.

12) Maßnahme A 2 (Vereinte Nationen)

Vgl. dazu Plurez London Nr. 833/834 vom 13. Februar 1981 geheim.[13]

13) Maßnahme A 3 (Öffentlichkeitsarbeit)

Dieser Bereich ist im wesentlichen durch die unter Ziffer 11 erwähnten Schritte abgedeckt. Hinzu kommen gegebenenfalls diplomatische Aktivitäten.

14) Maßnahme A 4 (Rückberufung von Botschaftern)

Wie sich aus dem Plurez London Nr. 833/834 vom 13.2.1981 geheim ergibt, halten wir eine Rückberufung unseres Botschafters aus Moskau als politische Demonstration für wenig zweckmäßig. Wir schließen jedoch keineswegs aus, un-

7 Zur Frage einer Einbeziehung von Drittstaaten in die Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 36, Anm. 28.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete aus der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 12. Februar 1981, der Vorschlag der Bundesregierung, sofort „Prozedural-Konsultationen" mit Australien, Japan, Neuseeland und Spanien aufzunehmen, habe Zustimmung gefunden. Die Gespräche sollten von den Ständigen Vertretern bei der NATO in Brüssel geführt werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 250; VS-Bd. 13332 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
Am selben Tag teilte Wieck mit, er sei von amerikanischer Seite auf die „Frage einer breiteren Fächerung der Beteiligung von NATO-Staaten in den Konsultationsgruppen mit Drittländern" angesprochen worden. Dabei sei es als „sehr wünschenswert" bezeichnet worden, wenn die Bundesrepublik „in der Japan-Gruppe mitwirken" würde: „Eine Nicht-Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Konsultationsgruppen würde von den Partnern als eine bewußte politische Distanzierung von den Bemühungen der Allianz, Drittländer für den Fall einer Polen-Krise zu gewinnen, interpretiert und uns als ein dem Bündnis gegenüber nicht solidarisches Verhalten angelastet werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 253; VS-Bd. 13332 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Korrigiert aus: „10."
Die nachfolgenden Ordnungsziffern wurden entsprechend angepaßt.

9 Wladimir Semjonowitsch Semjonow.

10 Andreas Meyer-Landrut.

11 Hermann Huber.

12 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 906 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Zur Stellungnahme der Bundesregierung zu den vier am 9. Februar 1981 vorgelegten britischen Papieren vgl. Dok. 36, Anm. 33.

seren Botschafter für eine kurze Zeitspanne zur Berichterstattung nach Bonn zu rufen.

Wir haben keine Einwendungen, daß dieser Punkt in dem Maßnahmen-Katalog bleibt. Unsere Beurteilung sollte aber in der Kommentierung zum Ausdruck kommen.

15) Maßnahme A 5 (KSZE)

Vgl. dazu Plurez London Nr. 833/834 vom 13.2.1981 geheim.

16) Maßnahme A 6 (MBFR, CTB, CD, CDE[14])

Wir sind der Auffassung, daß die MBFR-Verhandlungen auf unbestimmte Zeit unterbrochen werden sollten, das Forum für diese Verhandlungen aber nicht prinzipiell in Frage gestellt wird.

Wir halten es nicht für wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit ein konkretes Mandat für eine KAE zustande kommt. Die westlichen Delegationen in Madrid beurteilen die Aussichten dafür pessimistisch. Sollte es dennoch dazu kommen, so dürften im Falle einer Polen-Intervention die Voraussetzungen für diese Konferenz mit Sicherheit nicht mehr gegeben sein.

Die Arbeit des Genfer Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen (CD) würde dagegen von einer Polen-Intervention nicht unmittelbar berührt. Es bleibt zu prüfen, ob und gegebenenfalls welche Konsequenzen die westlichen Mitglieder für die Arbeit in diesem Ausschuß ziehen sollten.

Die Entscheidung hinsichtlich der Bemühungen um ein umfassendes Teststopp-Abkommen[15] muß der amerikanischen und der britischen Regierung überlassen bleiben. Wir sehen keine Veranlassung, uns dazu zu äußern.

17) Maßnahme A 7 (SALT/LRTNF)

Eine Fortsetzung der Gespräche[16] dürfte angesichts der amerikanischen Haltung für eine gewisse Zeit politisch nicht möglich sein. Wir legen aber Wert darauf, daß die amerikanische Regierung diese Gespräche mit der sowjetischen Seite prinzipiell offenläßt, um sie nach einer angemessenen Frist wiederaufnehmen zu können. Eine längere Unterbrechung mit der Ungewißheit, ob und wann die Gespräche wiederaufgenommen werden, könnte die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 in einzelnen Mitgliedsstaaten erheblich erschweren.

18) Maßnahme A 8 (Beschränkungen für sowjetische Missionen)

Zu unserer grundsätzlichen Beurteilung solcher Maßnahmen vgl. Plurez London Nr. 833/834 vom 13.2.1981 geheim.

14 Conference on Disarmament in Europe.

15 Großbritannien, die UdSSR und die USA verhandelten seit 13. Juli 1977 in Genf über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB). Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 360.
Botschafter Ruth notierte am 16. Februar 1981: „Die letzte Sitzung hat im November 1980 stattgefunden. Die neue amerikanische Regierung hat einen Beschluß über die Wiederaufnahme der Verhandlungen noch nicht gefaßt. […] Die Vereinigten Staaten haben die Intervention in Afghanistan nicht zum Anlaß genommen, die Dreiergespräche zu unterbrechen. Sie haben insoweit auf das vorherrschende Interesse der Dritten Welt an diesem Thema Rücksicht genommen.“ Vgl. VS-Bd. 11331 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

16 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

Wir weisen darauf hin, daß für die Personalstärke der sowjetischen Botschaft in Bonn auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eine vereinbarte Obergrenze besteht (104 Mitarbeiter sowie vier Militärattachés mit fünf weiteren Mitarbeitern). Für das sowjetische Generalkonsulat in Hamburg ist ebenfalls eine Obergrenze festgelegt.

Die vereinbarte Personalstärke für die sowjetische Handelsvertretung in Köln beträgt 89 Mitarbeiter, davon vier mit diplomatischem Status.

Die Bewegungsfreiheit der Angehörigen der sowjetischen Mission in der Bundesrepublik Deutschland ist auf der Grundlage der Gegenseitigkeit eingeschränkt.

Für den Fall einer Intervention wird erwogen, das nichtdiplomatische Personal der sowjetischen Handelsvertretung bis zu 50 Prozent zu verringern.

19) Maßnahme A 9 (Hochrangiger Besuchsaustausch)

Wir befürworten grundsätzlich die Unterbrechung des gesamten hochrangigen Besucherverkehrs, möchten aber in Ausnahmefällen Kontakte, die dem Krisenmanagement dienen, nicht ausschließen. Wir halten es für selbstverständlich, daß derartige Vorhaben mit den Verbündeten konsultiert werden.

Dieser Gesichtspunkt sollte bei der Formulierung bzw. Kommentierung dieses Punktes zum Ausdruck kommen.

20) Maßnahme A 10 (Kulturaustausch)

Wir empfehlen, daß im Falle einer Intervention alle größeren kulturellen Vorhaben, insbesondere jene mit Öffentlichkeitswirkung, abgesagt werden. Im übrigen sollte das in langjähriger mühsamer Arbeit aufgebaute Netz der Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen (z. B. Tätigkeit von Lektoren, Gastdozenten, Wissenschaftleraustausch, Stipendien) nicht von uns aus aufgekündigt werden.

Diese Differenzierung sollte in der Kommentierung dieses Punktes zum Ausdruck kommen.

III. Dieser Erlaß hat dem Staatssekretär[17] vorgelegen.

Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen ergeht besonderer Erlaß.[18]

[gez.] Blech

VS-Bd. 13332 (214)

17 Hans Werner Lautenschlager.

18 Für die Stellungnahme der Bundesregierung zum britischen Papier „Poland: Contingency Planning – Possible Economic Sanctions in the Event of a Soviet Intervention in Poland" vgl. Dok. 33.
Am 16. Februar 1981 übermittelte Vortragender Legationsrat Dassel Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), die englische Übersetzung dieser Stellungnahme. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 39/40; VS-Bd. 10391 (421); B 150, Aktenkopien 1981.
Am gleichen Tag teilte Ministerialdirektor Fischer der Botschaft in Washington und der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit: „Die für uns im worst case möglichen Maßnahmen ergeben sich aus unserem dort vorliegenden Papier vom 30.1. (englische Übersetzung mit DE vom 16.2. übermittelt). […] Von uns vorgeschlagene Maßnahmen greifen zum Teil in bilaterale deutsch-sowjetische Abkommen ein. Wir gehen von der Rechtsauffassung aus, daß Verletzung völkerrechtlichen Einmischungs- bzw. Gewaltverbots nicht nur unmittelbar betroffenem Staat, sondern auch dritten Staaten Recht zu Retorsionen und auch Repressalien (Eingriffe in Rechtspositionen des Angreifers) gibt. Danach können unter Wahrung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit Verträge beendet, suspendiert oder ihre Erfüllung ganz bzw. teilweise verweigert werden." Diese Rechtsauffassung sei jedoch strittig. Vgl. den Drahterlaß Nr. 898; VS-Bd. 10401 (422); B 150, Aktenkopien 1981.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 18. Februar 1981: „Der Rat hat heute in kleinem Kreise die Eventualfallplanung Polen aufgrund von Instruktionen in einem ersten Durchgang

44

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zia ul-Haq in Islamabad

17. Februar 1981[1]

Teilnehmer:

Auf deutscher Seite StS van Well, Botschafter Terfloth, Dolmetscher Feldweg, VLR I Wallau; auf pakistanischer Seite AM Agha Shahi, StS Shah Nawaz, Gouverneur von Belutschistan[2], Botschafter Marker (Bonn), Herr Ali.

Präsident Zia ul-Haq hieß BM in Islamabad willkommen.[3] AM Agha Shahi habe ihn über die Gespräche[4] informiert. Er habe sich gefreut, von der konzeptionellen Meinungsübereinstimmung zu Afghanistan und zu der Rolle Pakistans gehört zu haben. Der Außenminister habe ihn auch über BMs klare Absicht („indication") unterrichtet, die deutsche Hilfe für Pakistan in der gegenwärtigen schwierigen Position zu intensivieren. Pakistan sei innenpolitisch in guter Verfassung, unterliege aber äußerem Druck. Er bedanke sich schließlich für alles, was Deutschland über Pakistan denke.

BM äußerte sich beeindruckt von den Ausführungen des Finanzministers[5] über die wirtschaftliche Entwicklung und über die Gründe, die zur wirtschaftlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 246

beraten. Die Diskussion war harmonisch und konstruktiv. […] Zum weiteren Verfahren wurde folgender Beschluß gefaßt: Die heute vorgetragenen Meinungen werden vom Internationalen Sekretariat in einem neuen Papier zusammengefaßt, das eine erweiterte Fassung der Ziffer III des NATO-Dokuments vom 23. Dezember 1980 darstellt. […] Entwurf dieses neuen Papiers soll bis Anfang der kommenden Woche vorliegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; VS-Bd. 13284 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau, z. Z. Islamabad, am 18. Februar 1981 gefertigt, der am 20. Februar 1981 handschriftlich vermerkte: „Vermerk von BM noch nicht gebilligt" und die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.
Hat Braunmühl am 23. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Ploetz am 25. Februar 1981 vorgelegen.

2 Rahimuddin Khan.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. Februar 1981 in Pakistan auf.

4 Am 16. Februar 1981 fanden ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister Shahi in kleinem Kreis sowie ein von den beiden Ministern geleitetes Gespräch im Kreis der Delegationen statt. Im Mittelpunkt des ersteren stand eine Einschätzung der sowjetischen Politik durch Genscher. Dieser habe die „gegenwärtige Instabilität durch sowjetische Aufrüstung und Politik der Machtausweitung als ernsteste Phase seit dem Zweiten Weltkrieg" bezeichnet. Als Beispiele habe er die sowjetische „Unterstützung des kubanischen Eingreifens in Angola und Äthiopien, des vietnamesischen Eingreifens in Kambodscha und schließlich die Intervention in Afghanistan" genannt. Gleichzeitig habe der „Aufbau eines sowjetischen nuklearen Mittelstreckenpotentials" stattgefunden, „mit dem ganz Europa, Nordafrika, der N[ah-]O[st]-Raum, China und Pakistan bedroht" würden. Die Bundesrepublik sei bereit, mit Staaten, „die in umstrittenen und gefährdeten Regionen gelegen sind, Überlegungen anzustellen, wie ihre innere und äußere Stabilität gewahrt" werden könne. Vgl. den Drahtbericht Nr. 125 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, z. Z. Islamabad, vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178843.
Zum Gespräch im Kreis der Delegationen vgl. Anm. 7.

5 Bundesminister Genscher führte am 17. Februar 1981 in Islamabad ein Gespräch mit dem pakistanischen Finanzminister. Ghulam Ishaq Khan habe die „Aufwärtsentwicklung der pakistanischen Wirtschaft seit 1977" erläutert. Weiterhin habe er um Unterstützung bei der Finanzierung von In-

Verbesserung geführt haben. Dies ermutige Länder, die als Helfer für Pakistan in Frage kämen. Er habe in seinen Gesprächen ausgeführt, daß wir der Meinung seien, Pakistan spiele für die Region, aber auch für die internationale Stabilität, die Schlüsselrolle. Wir würden auch versuchen, die Lasten aus dieser Situation auf breitere Schultern zu legen.

Dies sei der Grund für das deutsche Verhalten, das Pakistan gegenüber engagierter sei als das Verhalten anderer. Mit außerordentlicher Freude habe er den erfolgreichen Verlauf der Blockfreien-Konferenz in Neu Delhi[6] verfolgt. Deutschland und seine Partner hätten dabei der hervorragenden Rolle der pakistanischen Delegation, an ihrer Spitze AM Agha Shahi, große Wertschätzung entgegengebracht. Das Ergebnis der Konferenz habe dadurch große internationale Bedeutung, daß sie die Position der Blockfreien im guten Sinne bestimme. Dies unterstreiche unsere Auffassung einer zunehmenden Rolle des blockfreien Lagers in der internationalen Politik und für die Stabilität in der Welt. Dies gehe aber nur dann, wenn Staaten wie Pakistan, die ASEAN-Länder, Saudi-Arabien, Nigeria und andere sich im Sinne echter Blockfreiheit durchsetzen könnten. Es bedürfe unsererseits noch viel missionarischer Arbeit, um auch in Deutschland die wichtige Rolle der blockfreien Länder begreifbar zu machen. Diejenigen, die die Anlehnung der blockfreien Länder an die SU ablehnten, dürften keine pro-westliche Haltung der blockfreien Länder erwarten. Wir erwarteten weder eine pro-östliche noch eine pro-westliche Haltung. Wir wollten ihre völlige Unabhängigkeit. Wir wollten Pakistan helfen, diese unabhängige Position zu stärken.

BM bat Präsident Zia um seine Einschätzung der Rolle der blockfreien Länder und der Entwicklung in der Region; ihn interessiere ferner, welche Rolle wir als Europäer übernehmen könnten.

Präsident Zia bedankte sich für die Hilfe der Bundesregierung und anderer europäischer Länder. Er hob die herausragende Rolle Deutschlands in diesem Zusammenhang hervor.

Zur Blockfreien-Bewegung: Er freue sich über die herausragende Rolle seines Außenministers in Neu Delhi und auch bei der vorangegangenen Islamischen Gipfelkonferenz[7]. Er habe zum ersten Mal in Havanna an einem Blockfreien-

Fortsetzung Fußnote von Seite 247

frastrukturmaßnahmen gebeten und auf die Notwendigkeit hingewiesen, „in dieser strategisch hochbedeutenden Gegend eine wirksame, glaubwürdige Verteidigung aufzubauen, die gegenwärtig fehle". Genscher habe zugesagt, er wolle „mit seinen Ressortkollegen Gespräche führen, auf welche Weise wir in lockerer Durchführung unserer eigenen diesbezüglichen strengen Richtlinien und im Einklang mit unserer Entwicklungsstrategie Beiträge leisten könnten". Ein weiterer Gesprächspunkt sei eine Schuldenregelung für Pakistan gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 129 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, z. Z. Islamabad, vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178843.

6 In Neu Delhi fand vom 9. bis 13. Februar 1981 die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

7 Zur dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif vgl. Dok. 4, Anm. 9.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach, z. Z. Islamabad, berichtete am 16. Februar 1981, im Gespräch mit Bundesminister Genscher im Kreis der Delegationen am selben Tag habe der pakistanische Außenminister Shahi zu seiner Rolle auf der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu Delhi erläutert: „Pakistan habe sich für die Konferenzstrategie entschieden, auf einem Konsensustext zu bestehen, dabei jedoch in Be-

Gipfel teilgenommen, der damals in kubanischen Händen dem Versuch unterworfen war, zu einem sowjetischen Spielball zu werden.[8] Präsident Zia schilderte seine und anderer Blockfreien-Führer große Enttäuschung – er erwähnte den Präsidenten von Sri Lanka[9] und Tito – über die Handhabung der Konferenz in Kuba und berichtete über die Bemühungen, an denen auch er teilgenommen habe, um den sowjetischen Einfluß in Havanna zurückzudrängen. In Neu Delhi habe die pakistanische Delegation sehr aufmerksam verfolgt, wie dort der Versuch gemacht wurde, eine indisch-sowjetische Afghanistan-Resolution zustande zu bringen.

Inzwischen schienen aber auch andere blockfreie Länder den Wert echter Blockfreiheit erkannt zu haben. Daher sei eine „association" Deutschlands oder der europäischen Länder mit den blockfreien Ländern sehr fruchtbar. Die blockfreien Länder hätten verschiedene Interessen, aber er stimme BM zu, daß eine Zusammenarbeit für die Stärkung des Friedens nützlich sei.

BM erkundigte sich nach der Entwicklung in der Region, nach dem indisch-pakistanischen Verhältnis und der künftigen Politik Chinas in der Region.

Präsident Zia berichtete über sein Zusammentreffen mit Indira Gandhi unmittelbar nach seiner Begegnung mit BM in Belgrad.[10] Frau Gandhi habe dabei in vagen Zügen von einem regionalen Zusammenschluß gesprochen, der Indien, Pakistan und Nachbarländer einbeziehen sollte; sie sei aber auf Fragen von Präsident Zia zu Einzelheiten nicht eingegangen. Bei diesem Zusammentreffen sei auch Afghanistan zur Sprache gekommen. Frau Gandhi habe sich dabei gegen den Vorwurf einer pro-sowjetischen Haltung zur Wehr gesetzt. Sie habe zwar zugegeben, daß der sowjetische Einfall in Afghanistan Unrecht sei, habe aber seinen, Zias, Vorschlag abgelehnt, gegen dieses Unrecht laut Stellung zu beziehen. Auf diese Weise würde man die SU nicht aus Afghanistan herausdrängen. Ihr Vorschlag sei gewesen, daß Pakistan mit der SU sprechen und sich die sowjetischen Vorschläge anhören sollte.

Die Sowjetunion werde sich niemals aus Afghanistan zurückziehen. Inzwischen seien 1,5 Mio. afghanische Flüchtlinge in Pakistan. Pakistan sehe sich an seinen Grenzen der SU gegenüber. Pakistan habe am lautesten gegen die sowjeti-

Fortsetzung Fußnote von Seite 248

tracht zu ziehen, daß ein schwacher Text wirkungslos bleiben und von der Sowjetunion als Erfolg aufgefaßt würde. […] Pakistan habe klar erkennen lassen, daß der indische Erklärungsentwurf unannehmbar sei. Er habe jeweils zu Afghanistan, Kambodscha und dem Indischen Ozean Aussagen enthalten, welche einseitige Positionen Indiens und der Sowjetunion wiedergaben. Der endgültige Text sei dennoch für Afghanistan befriedigend ausgefallen." Auch der „Gipfel der islamischen Länder in Taif" sei erfolgreich verlaufen, „obwohl keine konkreten Aktionen außer der Vermittlungsmission in Teheran beschlossen worden seien". Vgl. den Drahtbericht Nr. 124; Referat 010, Bd. 178843.

8 Die sechste Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna statt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 266.

9 Junius Richard Jayewardene.

10 In Belgrad fanden am 8. Mai 1980 die Trauerfeierlichkeiten für den am 4. Mai 1980 verstorbenen Staatspräsidenten Tito statt, an denen Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher teilnahmen.
Am Tag nach der Beisetzung führte Schmidt in Belgrad ein Gespräch mit dem pakistanischen Präsidenten, bei dem Zia ul-Haq über ein Treffen mit Minsterpräsidentin Gandhi berichtete. Diese habe die Ansicht geäußert, die sowjetischen Truppen müßten Afghanistan verlassen, „mit der Regierung Babrak Karmal solle man aber reden". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178801.

sche Invasion Stellung bezogen: auf den Islamischen Konferenzen[11], vor den VN[12] und in Taif. Für die SU sei Pakistan ein Punkt der Sorge. Bisher jedoch habe sich die SU bis auf einige Demarchen zurückgehalten. Der sowjetische Versuch, bei den Blockfreien Unterstützung zu finden, sei fehlgeschlagen. Sie könne es sich nicht leisten, nach Schwierigkeiten in Asien, Afghanistan und Polen weitere Krisenherde zu bekommen. Was aber sind die sowjetischen Absichten?

Pakistan werde aus humanitären Gründen die Flüchtlinge unterstützen. Aber trotz seiner optimistischen Grundeinstellung könne er es sich nicht vorstellen, daß die Sowjetunion Afghanistan verlasse. Von Afghanistan aus sei sie von Teheran nur vier Stunden entfernt; 350 Meilen trennten sie nur noch von der Straße von Hormuz und damit von der westlichen Ölzufuhr. Eine sowjetische Reaktion sei mit Sicherheit zu erwarten, falls die USA in der Golfregion eingriffen. Zum Glück wünsche das pakistanische Volk die Sowjetunion nicht in Afghanistan. Es sei seine Pflicht, das zu unterstützen, was in Afghanistan vor sich gehe. Der afghanische Widerstand sei aktiv, aber die Zeit werde kommen, wenn die SU die internationale Lage als so schwierig empfinde, daß sie Pakistan bestrafe und ihm eine Lehre erteile. Er wiederholte, daß er es als seine Pflicht ansehe, die Haltung des afghanischen Widerstandes zu unterstützen. Er könne dies nicht offen tun. Um herauszufinden, was die wirklichen Absichten der SU sind, wolle Pakistan daher das sowjetische Verhandlungsangebot[13] ausloten. Das sowjetische Verhandlungsangebot könne unter Zugrundelegung der vier Grundsätze

– sowjetischer Rückzug aus Afghanistan,
– blockfreier Status Afghanistans,
– freie Rückkehr der Flüchtlinge nach Afghanistan,
– eigene Entscheidung des afghanischen Volkes für die Art der afghanischen Regierungsform

und unter den Auspizien der VN dazu dienen, die sowjetischen Absichten zu erkunden; dann werde sich die SU früher oder später entlarven. Daher also die pakistanische Vorstellung von einem Dialog mit der afghanischen Regierungspartei ohne Anerkennung des afghanischen Regimes und unter Teilnahme des Iran.

BM: Nach der Einschätzung der Bundesregierung hänge die Zukunft Afghanistans von der Haltung Pakistans ab. Würde sich Pakistan mit der Lage in Af-

11 Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz tagten vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad.
Eine weitere Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 11.
Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz kamen am 4. Oktober 1980 in New York zu einer Sonderkonferenz zusammen.

12 Pakistan brachte am 17. November 1980 den Entwurf zu der am 20. November 1980 verabschiedeten Resolution Nr. 35/37 über Afghanistan in die VN-Generalversammlung mit ein. Zu den Ausführungen des pakistanischen Außenministers Shahi in der Debatte der VN-Generalversammlung vgl. den Drahtbericht Nr. 3519 des Botschafters Jelonek, New York (VN), vom 17. November 1980; Referat 230, Bd. 128017.

13 Zu sowjetischen Vorstellungen für eine Verhandlungslösung der Afghanistan-Krise vgl. Dok. 13, Anm. 25.

ghanistan abfinden, würde das international zur Erlahmung des Protestes führen. Er sei daher dankbar für das, was Präsident Zia als seine Pflicht gegenüber Pakistan und seinen Nachbarn ansehe. Wir hätten die pakistanische Einstellung zum angestrebten Dreierdialog nie angezweifelt. Dies sei der Versuch, die Sowjetunion auf die Verhandlungsprobe zu stellen. Der Westen habe in der Vergangenheit häufig den Fehler gemacht, sowjetische Vorschläge abzulehnen, ohne eigene Vorschläge vorzulegen. In diesem Zusammenhang sei auch der französische Vorschlag[14] zu beurteilen. Man dürfe unter keinen Umständen zur Tagesordnung übergehen. An unserem Verhalten der sowjetischen Intervention gegenüber werde man sehen, ob sich die SU zu neuen Abenteuern ermutigt sieht oder zu der Mäßigung findet, zu der sie sich in dem Abkommen mit den USA 1972[15] und in Helsinki 1975[16] verpflichtet hat.

Präsident Zia stimmte zu. Er warf ein, daß der Vorschlag zu einem Dialog von der SU ausgegangen sei. Er kritisiere am französischen Vorschlag den Umstand, daß unter den vorgesehenen Teilnehmern Afghanistan nicht aufgeführt sei.

BM erläuterte den Grundgedanken des französischen Vorschlags als eine Konferenz all der Staaten, denen zu Recht oder zu Unrecht der Vorwurf der Intervention in Afghanistan gemacht wird. Er widerspreche dem Einwurf des Präsidenten, daß die pakistanische Regierung in dem französischen Vorschlag durch die Nichterwähnung Afghanistans das Karmal-Regime de facto anerkenne.

StS van Well ergänzte, der Grundgedanke des französischen Vorschlags sei die Absicht, das Thema Afghanistan auf der internationalen Agenda zu belassen. Der Druck gegen die SU müsse aufrechterhalten bleiben.

AM Agha Shahi warf ein, er habe den französischen Vorschlag als nicht im Widerspruch zu den VN-Resolutionen[17] bezeichnet und Prüfungsbereitschaft mitgeteilt; es seien keine Türen geschlossen worden.

Präsident Zia stimmte zu, daß der Druck auf die SU aufrechterhalten werden müsse, um die Widerstandskämpfer weiterhin zu ermutigen. Man müsse rastlos bleiben, bis die SU sich aus Afghanistan zurückgezogen habe. Dieses schuldeten wir den 1,5 Mio. Flüchtlingen auf pakistanischem Boden.

14 In einem im Fernsehen ausgestrahlten Pressegespräch am 27. Januar 1981 regte Staatspräsident Giscard d'Estaing an, eine Konferenz über Afghanistan abzuhalten: „La solution, me semble-t-il, est de réunir dans une conférence l'ensemble des pays qui, à tort ou à raison, sont accusés ou soupçonnés d'ingérence dans les affaires intérieures afghanes. D'abord ceux qui interviennent manifestement, c'est-à-dire l'Union Soviétique. Ceux qui sont supposés intervenir, tels les pays voisins de l'Afghanistan, Pakistan, Iran, ou tels les pays qui sont supposés les soutenir, et je pense aux membres permanents du Conseil de sécurité …" Vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981, S. 27. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 167.

15 Am 29. Mai 1972 unterzeichneten der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Präsident Nixon in Moskau eine Grundsatzerklärung über amerikanisch-sowjetische Beziehungen. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291

16 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

17 Für den Wortlaut der Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 470. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 161 f.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980 zu Afghanistan vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 607 f.

Präsident Zia zeigte in einem Atlas die Regionen, in denen Pakistan an die SU angrenzt, und wies auf die Stellen hin, an denen insgesamt zwölf sowjetische Divisionen gegen den Iran und gegen Pakistan in Stellung gebracht worden sind.

BM: Er habe in der ersten Bundestagsdebatte über Afghanistan im Januar 1980[18] ausgeführt, die Besetzung Afghanistans sei Ausdruck einer expansionistischen sowjetischen Politik mit dem Ziel, zum Golf vorzustoßen. Dies gelte heute unverändert. Daher redeten wir von einer globalen Krise. Wir seien jetzt in einer entscheidenden, wenn nicht sogar der entscheidendsten Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, weil sich jetzt nämlich herausstellen werde, ob dem sowjetischen Expansionismus Einhalt geboten werden könne oder ob eine Mäßigung, die im eigenen sowjetischen Interesse liege, möglich sei. Wir wollten die Sowjetunion nicht provozieren. Wir wollten kein Wettrüsten, aber wir seien frei von Illusionen. Wenn diese expansionistische Politik weltweit mit Vergessen belohnt werde, könnten wir uns Zeit kaufen, aber nicht den Frieden. Daher entscheide sich jetzt die internationale Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte.

Präsident Zia äußerte hunderprozentige Zustimmung. Es sei wichtig, der Sowjetunion Einhalt zu gebieten. Dazu brauche Pakistan besondere internationale Unterstützung. Die gleiche Unterstützung brauche Pakistan für die Flüchtlinge. Er sei froh, daß es soziale Probleme mit den Flüchtlingen nicht gebe.

BM erwiderte, Deutschland sei selbst Flüchtlingsland und könne daher das Problem mit seiner Tragweite für Pakistan verstehen.

Präsident Zia erkundigte sich nach BMs Einschätzung zum gegenwärtigen Verhältnis der Supermächte.

BM antwortete, wir erwarteten von der Reagan-Administration, daß sich die Erfahrungen mit vorangegangenen republikanischen Regierungen wiederholten; wir rechneten mit einer festen, realistischen, nicht sprunghaften Politik. Er glaube aber auch, daß Washington verhandlungsbereit sei; dies sei für unsere Sicherheit notwendig. Ohne Zweifel sei in den 70er Jahren die Stärke der Sowjetunion angewachsen. Bei einem Vergleich mit den amerikanischen Verteidigungshaushalten der Jahre 1970 bis 1978 hätten wir gewissermaßen einen Rüstungswettlauf in Deutschland veranstaltet. Die Abschaffung der Wehrpflicht[19] sei eine ernste amerikanische Entscheidung gewesen. Sicherlich bestünde ein Nachholbedarf, aber es sei auch wichtig, mit der Sowjetunion zu verhandeln, auch hier, um sie auf die Probe zu stellen. Wir seien bezüglich der Zusammenarbeit mit der neuen Administration optimistisch. Er hoffe, daß das, was er über die amerikanische Regierung im Verhältnis zur SU gesagt habe, sich auch im Verhältnis zur Dritten Welt ergebe.

18 Bundeskanzler Schmidt gab am 17. Januar 1980 im Bundestag eine Regierungserklärung ab, der eine Aussprache über Außenpolitik folgte, in deren Rahmen sich auch Bundesminister Genscher äußerte. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 113, S. 15578–15661.

19 Am 28. August 1972 kündigte Präsident Nixon an, daß in den USA bis Juli 1973 die Wehrpflicht in Friedenszeiten aufgehoben werden solle. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, NIXON 1972, S. 825 f.
Am 29. Dezember 1972 wurden die letzten Wehrpflichtigen eingezogen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 762 des Brigadegenerals Speigl, Washington, vom 8. März 1974; Referat 201, Bd. 102466.

Das Gespräch endete mit einer kurzen Erörterung über den Zeitpunkt des Agha-Shahi-Besuchs in Washington[20].

Referat 010, Bd. 178854

45

Rundschreiben des Vortragenden Legationsrats Seibert

201-363.14 HNS/USA-453/81 VS-vertraulich **19. Februar 1981**[1]

Betr.: Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen im sicherheitspolitischen Bereich;
hier: Ressortbesprechung am 2. Februar 1981 im Auswärtigen Amt

Anlg.: 1 (201-349/81 VS-v)

Anliegend wird der Ergebnisvermerk über die Ressortbesprechung vom 2. Februar 1981 übersandt. Der Vermerk wurde soweit wie möglich mit den beteiligten Ressorts abgestimmt.

Einige der beantragten Änderungs- und Ergänzungswünsche waren zwischen den zuständigen Ressorts strittig. Da sich eine kurzfristige Klärung als nicht möglich erwies, konnten sie im Ergebnisvermerk nicht berücksichtigt werden.

Der Bundessicherheitsrat hat am 4. Februar 1981 beschlossen, das Thema „Unterstützungsleistungen für US-Streitkräfte“ am 25. Februar 1981 in einem Gespräch zwischen dem Herrn Bundeskanzler und den Herren Bundesministern des Auswärtigen, der Finanzen[2] und der Verteidigung[3] zu behandeln. Das Auswärtige Amt hält es für zweckmäßig, den Teilnehmern des Gesprächs einen Gesamtüberblick über die kostenintensiven Erwartungen der USA im sicherheitspolitischen Bereich und unsere jeweiligen Möglichkeiten zu vermitteln. Es wäre ferner wünschenswert, wenn bei dem Gespräch auch eine Orientierung für die Beantwortung der Demarche von Botschafter Stoessel vom 4. November 1980[4] gegeben werden könnte.

20 Der pakistanische Außenminister Shahi hielt sich am 20./21. April 1981 in den USA auf.

1 Durchschlag als Konzept.
Rundschreiben an die Bundesministerien des Innern, der Finanzen, der Verteidigung sowie an das Bundeskanzleramt.
Vortragender Legationsrat Seibert verfügte die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann, Vortragenden Legationsrat Boden und Legationsrat I. Klasse Wagner.
Hat Hofmann am 20. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Seibert erneut vorgelegen.

2 Hans Matthöfer.

3 Hans Apel.

4 Für das amerikanische Memorandum, das am 4. November 1980 Bundesminister Apel überreicht wurde, vgl. VS-Bd. 10320 (201).
Zu dem Gespräch zwischen Apel und dem amerikanischen Botschafter Stoessel notierte Ministerial-

Ich rege daher an, den Ergebnisvermerk dem Bundeskanzler sowie den Bundesministern der Finanzen und der Verteidigung zur Kenntnis zu geben und in deren Unterlagen für das Vierergespräch aufzunehmen.

Soweit die am Vierergespräch beteiligten Ressorts der Meinung sind, daß ihre Haltung zu strittigen Fragen im Ergebnisvermerk nicht ausführlich oder präzise genug zum Ausdruck kommt, wird anheimgestellt, für den 25. Februar 1981 ergänzende Gesprächsunterlagen für die Leitung ihres Hauses anzufertigen.

Im Auftrag
Seibert[5]

[Anlage]

Ergebnisvermerk[6]

Betr.: Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen im sicherheitspolitischen Bereich;
hier: Ergebnisprotokoll der Ressortbesprechung am 2. Februar 1981 im Auswärtigen Amt

I. Gegenstand der Besprechung waren in erster Linie die Punkte 2 bis 8 des Katalogs, den Botschafter Stoessel am 4. November 1980 dem BM der Verteidigung übergeben hat und für den das Auswärtige Amt vom BMVg um Wahrnehmung der Federführung gebeten worden ist.

Im Interesse eines Gesamtüberblicks wurde darüber hinaus eine kurze Darstellung der Situation zu den anderen sicherheitspolitischen Bereichen (3%-Ziel, NATO-Infrastrukturprogramm, Wartime Host Nation Support) gegeben, in denen die USA kostenintensive Erwartungen ausgesprochen haben.

II. Als Ergebnis ist festzuhalten:

1) 3%-Ziel

Zuständig: BMVg/BMF

Fortsetzung Fußnote von Seite 253

dirigent Dröge am 17. November 1980: „Botschafter Stoessel begründete seine Demarche mit der Notwendigkeit verstärkter Arbeitsteilung nach den Ereignissen in Südwestasien. Er rief eindringlich dazu auf, unsere Leistungen für die in Deutschland stationierten US-Truppen zu erhöhen und hinterließ hierzu bei BM Apel ein Memorandum mit folgenden, der Priorität nach gestaffelten acht Vorschlägen: ‚a) Von höchster Priorität seien Unterstützungsleistungen für US-Verstärkungskräfte in Kriegszeiten (Wartime Host Nation Support, HNS). Die US-Seite erwartet unsere positive politische Entscheidung hierzu noch vor der DPC-Ministertagung (9./10. Dezember 1980). […] b) Umverlegung der US-Streitkräfte in Deutschland. Bestimmte US-Truppenteile sollen über 30 Jahre erstreckt aus dem Rhein-Main-Ballungsgebiet in Garnisonen näher an die innerdeutsche Grenze verlegt werden, was besondere Mobilität und Vorneverteidigung ermöglichen würde. USA erwarten im Rahmen von HNS weitgehende deutsche Kostenbeteiligung bei Gestellung von Kasernen und Übungsgelände in Hessen und Nordbayern.‘ Außerdem wurden folgende Punkte genannt: Wohnraumbeschaffung für amerikanische Streitkräfte; Instandsetzung und Ausbau von Anlagen; soziale Maßnahmen für Angehörige der Streitkräfte; Vereinbarungen zur Verminderung von Lohn- und Verwaltungskosten; Übertragung von Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben auf öffentliche oder private Träger der Bundesrepublik; Übernahme der Kosten bei Maßnahmen zum Umweltschutz. Dröge resümierte: „In der Substanz laufen die US-Forderungen auf Wiedereinführung von Devisenausgleichszahlungen, weitgehend unter dem Etikett ‚Host Nation Support‘, hinaus.“ Vgl. VS-Bd. 10820 (Referat 514); B 150, Aktenkopien 1980.

5 Paraphe.

6 Durchschlag als Konzept.

Rechtslage: Das 3%-Ziel, wonach die Verteidigungsausgaben der Bündnispartner um jährlich etwa 3% real erhöht werden sollen, stellt keine rechtliche, sondern eine politische Verpflichtung dar. Sie basiert auf den Beschlüssen des DPC-Ministertreffens vom 17./18.5.1977 (Ziffer 16 der Ministerleitlinie[7]) und der NATO-Außenminister vom 30./31.5.1978 (Ziffer 24 des Kommuniqués[8]).

Finanzielle Auswirkungen:

Um das 3%-Ziel 1981 zu erreichen, wären nach übereinstimmender Schätzung von BMVg und BMF bei einem Deflator von 4,5% zusätzlich zu den im Haushaltsentwurf 1981 enthaltenen Verteidigungsausgaben ca. 850 Mio. DM erforderlich.

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1981 sieht Verteidigungsausgaben nach NATO-Kriterien in Höhe von 51,291 Mrd. DM vor (Einzelplan 14: 41,243 Mrd. DM, sonstige Verteidigungsausgaben: 10,047 Mrd. DM). Dies entspricht einer nominalen Steigerung von 5,9% gegenüber 1980. Die reale Steigerung beträgt 1,3%, wenn man einen aufgrund der Preissteigerung von 4 auf 4,5% revidierten Deflator zugrundelegt. Bei Einbeziehung der Berlin-Ausgaben, die nach NATO-Kriterien nicht anrechenbar sind, würde die reale Steigerung 1,6% ausmachen.

2) NATO-Infrastrukturprogramm[9]

Zuständig: BMVg/BMF

Sachverhalt und finanzielle Auswirkungen

Das NATO-Infrastrukturprogramm 1980 bis 1984 sieht Ausgaben von 8,5 Mrd. DM (1 Mrd. IAU) vor. Davon sind für 1981 (Tranche 32) 3 Mrd. DM eingeplant.

Die Militärbefehlshaber, unterstützt von den USA, fordern wegen der gewachsenen Verteidigungsaufgaben eine Erhöhung des Infrastrukturprogramms 1980 bis 1984 um 5,7 Mrd. DM (674 Mio. IAU) – sogar ohne Inflationsausgleich.

Der Voranschlag von 3 Mrd. DM für 1981 ist nach unserer Auffassung zu hoch, weil damit für die restlichen drei Jahre nur noch 3,1 Mrd. DM zur Verfügung stünden. Eine von uns abgelehnte Aufstockung des Fünf-Jahres-Programms würde damit präjudiziert. Aus dem gleichen Grund kann die Bundesregierung einer Vorverlegung des für 1983 vorgesehenen „mid-term review" nicht zustimmen.

Auf dem DPC-Ministertreffen im Dezember 1980 wurden die Militärbefehlshaber beauftragt, eine Prioritätenliste für Infrastrukturvorhaben zu erstellen, auf

7 Für den Wortlaut von Ziffer 16 der „Ministerial Guidance 1977" vom 17./18. Mai 1977 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 74. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 351 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, I, Dok. 123 und Dok. 141.

8 Für den Wortlaut von Ziffer 24 des Kommuniqués der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 94. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 482.
Zur NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington vgl. AAPD 1978, I, Dok. 170.

9 Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel wurde Einigung über die gemeinsame Finanzierung eines neuen, auf fünf Jahre angelegten Infrastrukturprogramms in deutlich erhöhtem Umfang erzielt. Vgl. dazu Ziffer 15 des Kommuniqués; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 110. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 324. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 140.

deren Grundlage bei den Frühjahrs-Ministerkonferenzen über die weitere Gestaltung des Infrastrukturprogramms entschieden werden soll.[10]

Vertreter des AA verwies auf den Beschluß der Außen- und Verteidigungsminister vom 12.12.1979, die für die LRTNF-Modernisierung erforderlichen Infrastrukturmittel zusätzlich bereitzustellen[11], und bemerkte, daß auch im Zusammenhang mit dem HNS-Programm zusätzliche Infrastrukturaufgaben anfallen werden. Er gab zu bedenken, ob wir unter diesen Umständen nicht einer Vorverlegung des „mid-term review" zustimmen könnten.

BMF und BMVg sahen jedoch im Hinblick auf die Haushaltslage und vorrangige nationale Verteidigungsausgaben keine Möglichkeit, eine Aufstockung der Infrastrukturausgaben oder eine Vorverlegung des „mid-term review" ins Auge zu fassen.

3) Unterstützungsleistungen für Verstärkungskräfte der USA (Host Nation Support/HNS)[12]

Zuständig: BMVg

Sachverhalt und Rechtslage

Eine rechtliche Verpflichtung zur Verwirklichung von HNS besteht nicht. HNS ist jedoch die Voraussetzung dafür, daß die USA im Krisenfall bedeutende Verstärkungskräfte – insgesamt sechs Heeresdivisionen und 30 Luftverstärkungsstaffeln – rechtzeitig heranführen können (Verkürzung der Heranführungszeit von 30 auf zehn Tage).

Nach Darlegung des BMVg entspringt das HNS-Konzept einer alten Forderung der Bundesrepublik Deutschland, die von der NATO aufgegriffen und uns in einem Schreiben des US-Verteidigungsministers vom 29.10.1979[13] als konkretes

10 Vgl. dazu das Kommuniqué der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 148–152. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 39–43. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 356.
Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

11 Für den Wortlaut des Kommuniqués über die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 373, Dok. 375 und Dok. 376.

12 Zum Host Nation Support vgl. AAPD 1980, II, Dok. 370.

13 Für das Schreiben des amerikanischen Verteidigungsministers Brown an Bundesminister Apel in einer Übersetzung des Bundesministeriums der Verteidigung vgl. VS-Bd. 10320 (201).
Am 7. Januar 1980 unterrichtete Apel Bundesminister Genscher über die amerikanischen Pläne, die in der Form eine Stabsstudie übermittelt worden seien. Diese sähen „eine erhebliche Beschleunigung der bisher für Europa vorgesehenen Verstärkungsprogramme der amerikanischen Land- und Luftstreitkräfte vor. Sie gehen über die im Long Term Defense Program und im Rapid Reinforcement Program entwickelten Planungen hinaus. Nach einer ersten Analyse der Stabsstudie in meinem Haus würde die Realisierung dieser Überlegungen erhebliche zusätzliche Leistungen im Bereich des Host Nation Support auch von der Bundesrepublik Deutschland verlangen. In einem Brief an meinen amerikanischen Kollegen vom 10. Dezember 1979 habe ich unser grundsätzliches Interesse an einer derartigen Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit der Allianz bekundet. Ich habe jedoch zugleich deutlich gemacht, daß die damit verbundenen personellen, finanziellen und rechtlichen Fragen eines Host Nation Support in diesem Ausmaß über die Zuständigkeit meines Ressorts hinausgehen und einer Entscheidung der Bundesregierung bedürfen. In diesem Zusammenhang habe ich meinen amerikanischen Kollegen um eine weitere Konkretisierung der US-Pläne gebeten." Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 10320 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

amerikanisches Angebot unterbreitet wurde. Im Acht-Punkte-Katalog von Botschafter Stoessel wird dem HNS-Konzept höchste politische und militärische Priorität beigemessen.

HNS liegt vorrangig in deutschem Interesse. Es ist

– von fundamentaler Bedeutung für die Implementierbarkeit der konventionellen Verteidigung im Rahmen der „flexible response“[14];
– die kosteneffizienteste Maßnahme im Vergleich zur Vornestationierung zusätzlicher präsenter Kräfte (Aufstellung einer zusätzlichen deutschen Division würde 1,3 Mrd. DM kosten).
– Im Rahmen der Arbeitsteilung bei verstärkten Verteidigungsanstrengungen nach „Afghanistan“[15] drängen die USA energisch auf HNS-Leistungen ihrer Bündnispartner. Wir können uns bei der Ablehnung eines militärischen Engagements in SW-Asien schwerlich auf den Grundsatz der Arbeitsteilung im Bündnis berufen, wenn wir uns bei einem für unsere Sicherheitsinteressen vitalen Vorhaben wie HNS versagen.

Finanzielle Auswirkungen

Nach Darstellung des BMVg würden die Gesamtinvestitionen für die deutsche HNS-Organisation – verteilt auf die Jahre 1982 bis 1988 – 1280 Mio. DM und die jährlichen Betriebskosten nach Realisierung des Konzepts 100 Mio. DM jährlich betragen.

Unter Berücksichtigung der anzustrebenden teilweisen NATO-Finanzierung und des finanziellen Beitrags der USA zu den Betriebskosten würde sich ein deutscher Kostenanteil von rd. 975 Mio. DM bei den Investitionen und rd. 56 Mio. DM bei den Betriebskosten ergeben.

Angesichts der Befassung des BSR mit einer Beschlußvorlage zu HNS wurde das Thema nicht vertieft.

Zwischen den Ressorts bestand jedoch Einvernehmen, daß unsere Haltung zu HNS das Kernstück einer Antwort auf die Stoessel-Demarche sein sollte.

4) Punkte 2 bis 8 des US-Katalogs

a) Umstrukturierungsplan für US-Streitkräfte in der BR Deutschland – Master Restationing Plan/MRP (Punkt 2 des Katalogs)

Zuständig: BMF (Liegenschaftsangelegenheiten), BMVg (operative Aspekte der Planung und Koordinierung mit den Ländern)

US-Vorschlag:

MRP sieht die Verlegung von US-Verbänden aus Ballungsräumen in dünnbesiedelte Gebiete an der innerdeutschen Grenze vor. Ziel ist die Verbesserung der Vorneverteidigung durch Umstrukturierung, Verstärkung von Truppenteilen und Einführung neuer Waffensysteme.

Phase I des auf 30 Jahre angelegten Plans sieht die Verlegung von drei im Raum Rhein-Main-Gebiet stationierten Verbänden in Brigadestärke nach Grafenwöhr (zusätzlich 8000 Soldaten), Wildflecken (Erhöhung auf 7000 Soldaten) und Gießen (Erhöhung auf 6000 Soldaten) vor. Phase I soll sich über acht Jah-

14 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 20, Anm. 20.
15 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

re erstrecken. Zum weiteren Verlauf des Programms gibt es noch keine konkreten amerikanischen Vorstellungen.

Rechtslage

Nach dem NATO-Truppenstatut nebst Zusatzabkommen (NTS)[16] ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, Liegenschaften bereitzustellen und administrative Hilfe zu leisten. Alle übrigen Kosten, wie die Errichtung von Gebäuden, deren Unterhaltung usw., sind vom Entsendestaat zu tragen.

Finanzielle Auswirkungen

Da die USA ihre Vorstellungen noch nicht hinreichend präzisiert haben, ist lediglich eine grobe Schätzung möglich, die sich für Phase I auf über 1 Mrd. DM belaufen würde. Die US-Seite erwartet hierbei eine weitgehende Kostenübernahme durch die BR Deutschland.

Eine Umverlegung der US-Verbände wäre zwar aus operativer Sicht wünschenswert, erscheint jedoch im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten- und Raumordnungsprobleme kaum realisierbar. Die Bundeswehr hat deshalb ihrerseits auf die Beseitigung von Fehlstationierungen deutscher Truppenteile verzichtet.

BMF ist bereit, mit Unterstützung des BMVg weitere Gespräche mit der US-Seite zu führen, um deren Vorstellungen zu MRP zu erkunden. BMF stellte jedoch klar, daß für eine über unsere Verpflichtungen nach dem NTS hinausgehende deutsche Kostenbeteiligung keine Mittel vorhanden sind.

b) Beschaffung von Familienwohnungen für US-Streitkräfte (Punkt 3 des Katalogs)

Zuständig: BMF

US-Vorschlag:

Die US-Seite erwartet deutsche Unterstützung bei der Beschaffung von 55 000 zusätzlichen Familienwohnungen zu ermäßigten Mieten. Als Förderungsinstrumente werden die Bereitstellung von Bundeszuschüssen, zinsgünstigen Darlehen von Bund oder Ländern, die Gewährung von Steuererleichterungen oder die Zuteilung von staatlichen Sozialwohnungen empfohlen. Gleichzeitig erinnert die US-Seite an ihre Forderung nach Erlaß der Grundsteuer für die von US-Streitkräften belegten Familienwohnungen.

Rechtslage

Nach NTS ist die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet, den Grundstücksbedarf der US-Streitkräfte zu decken. Alle übrigen Kosten für eine angemessene Unterbringung trägt der Entsendestaat.

Auch in der Frage der Grundsteuer besteht eine eindeutige Rechtslage, wonach die USA sich vertraglich verpflichtet haben, die dem Bund entstehenden laufenden öffentlichen Lasten für Familienwohnungen (z. B. Grundsteuer) zu entrichten.

16 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des NATO-Vertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) und für die Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1385.

Finanzielle Auswirkungen

Für die Beschaffung von 55 000 Wohnungen wären bei geschätzten Kosten von mindestens 200 000 DM je Wohnungseinheit Bundesmittel in Höhe von 11 Mrd. DM erforderlich. Auch eine Förderung in Form von Darlehen würde bei 50 %iger Subventionierung einen Kapitalbedarf von 5,5 Mrd. DM und jährliche Zinsverluste von 275 Mio. DM (degressiv) verursachen.

Das jährliche Volumen der den Gemeinden zustehenden Grundsteuern beträgt 10 bis 12 Mio. DM.

Wir stellen den US-Streitkräften derzeit 54 000 bundeseigene Wohnungen mit einem geschätzten jährlichen Nutzungswert von 200 Mio. DM unentgeltlich zur Verfügung. Eine Bereitstellung von weiteren 55 000 Wohnungen zu den von den USA gewünschten Konditionen ist aus Kostengründen und im Hinblick auf den akuten Mangel von Sozialwohnungen nicht möglich. Wir können jedoch Liegenschaften zur Verfügung stellen, auf denen die US-Streitkräfte auf ihre Kosten Wohnungen errichten könnten. Wir würden auch weiterhin jede mögliche administrative Hilfe gewähren.

Eine Anfrage des AA an die Länderregierungen hat ergeben, daß einige Bundesländer wie Hessen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Bremen in begrenztem Umfang Sozial- und öffentlich geförderte Wohnungen (ca. 3000 Wohnungen) bereitstellen.

In der Frage der Grundsteuer können wir die USA nicht deshalb aus ihren vertraglichen Verpflichtungen entlassen, weil der US-Kongreß der Administration untersagt hat, ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber der BR Deutschland zu erfüllen („pacta sunt servanda“).

c) Instandsetzung und Ausbau von Anlagen der US-Streitkräfte (Punkt 4 des Katalogs)

Zuständig: BMF

US-Vorschlag:

Die US-Seite wünscht eine Fortsetzung der deutschen finanziellen Unterstützung zur Renovierung der US-Kasernen. Dabei sollen neben Truppenunterkünften auch Arbeitsplätze in das Modernisierungs- und Sanierungsprogramm einbezogen werden.

Rechtslage

Nach dem Zusatzabkommen zum NTS obliegen die Instandhaltung und Instandsetzung der überlassenen Anlagen ausschließlich dem Entsendestaat.

Finanzielle Auswirkungen

Ausgehend von amerikanischen Angaben, wonach 25 % der US-Kasernen renovierungsbedürftig sind, wäre ein Mitteleinsatz von 500 bis 600 Mio. DM erforderlich. Mangels näherer Angaben zu dem von den USA angestrebten Programm kann dies jedoch nur eine Grobschätzung sein.

Im Rahmen zweier Devisenausgleichsabkommen (1971[17] und 1974[18]) wurden auch Modernisierungsprogramme für Truppenunterkünfte mit insgesamt 1,2

[17] Für den Wortlaut des Abkommens vom 10. Dezember 1971 zwischen der Bundesrepublik und den USA über einen Devisenausgleich für die Zeit vom 1. Juli 1971 bis 30. Juni 1973 vgl. FRUS 1969–

Mrd. DM durchgeführt. In einem Schreiben des Herrn Bundeskanzlers an Präsident Ford vom 17.7.1976 wurde die Beendigung des Devisenausgleichs mit Ablauf der beiden Programme klargestellt.[19] Eine Wiederaufnahme der finanziellen deutschen Beteiligung an der Renovierung von US-Kasernen ist abgesehen von rechtlichen und finanziellen Erwägungen auch wegen der Präjudizwirkung gegenüber anderen Entsendestaaten nicht möglich. Wir müßten in diesem Fall mit entsprechenden Forderungen von F, B, UK, NL und CND rechnen.

d) Soziale Maßnahmen für US-Soldaten und deren Familienangehörige (Punkt 5 des Katalogs)

Zuständig: AA, BMF (für Steuerfragen)

US-Vorschlag:

US-Seite strebt für ihre Soldaten und Familienangehörigen eine Reihe von Verbesserungen und Vergünstigungen an: Bekämpfung von Diskriminierung in der Öffentlichkeit, Fahrpreisermäßigung für öffentliche Verkehrsmittel, ermäßigter Eintritt zu kulturellen Veranstaltungen, Steuererleichterungen.

Rechtslage

Eine rechtliche Verpflichtung der BR Deutschland zur Gewährung solcher Vergünstigungen besteht nicht.

Finanzielle Auswirkungen

Die von den USA angestrebten Vergünstigungen sind nicht quantifizierbar.

Die zuständigen Ressorts, AA und BMF, haben sich um die amerikanischen Anliegen bemüht.

Für das AA haben sich StM von Dohnanyi und StS van Well u. a. an den Deutschen Städtetag sowie an die Staats- und Senatskanzleien der Länder mit der Bitte gewandt, den amerikanischen Wünschen auf Landes- und kommunaler Ebene nach Möglichkeit entgegenzukommen. Das BMF hatte früher schon in Gesprächen mit USAREUR[20] Lösungen für Steuererleichterungen ausgearbeitet.

– Bekämpfung der Diskriminierung:
  Länder und Kommunen sind weiterhin bereit, für eine Bekämpfung der Diskriminierung von Angehörigen der US-Streitkräfte einzutreten. Über das BMWi wird eine Wiederaufnahme früherer Gespräche mit dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) angestrebt.
– Fahrpreisermäßigungen und Vergünstigungen für Freizeitveranstaltungen
  – Die Deutsche Bundesbahn wäre bereit, den US-Soldaten die gleichen Vergünstigungen zu gewähren wie Angehörigen der Bundeswehr; sie besteht jedoch wie im Falle der Bundeswehr auf Kostenerstattung.
  – Fahrpreisermäßigungen für kommunale Verkehrsmittel und Vergünstigungen für Freizeitveranstaltungen sind Sache der lokalen Träger. Wir kön-

Fortsetzung Fußnote von Seite 259

1976, III, S. 213 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. Referat III A 5, Bd. 844. Vgl. dazu auch AAPD 1971, III, Dok. 438.

18 Für das Abkommen vom 25. April 1974 zwischen der Bundesrepublik und den USA über Devisenausgleich vgl. Referat 420, Bd. 106361. Vgl. dazu auch AAPD 1974, I, Dok. 137.

19 Zur abschließenden Regelung des deutsch-amerikanischen Devisenausgleichs vgl. Dok. 42, Anm. 3.

20 US Army in Europe.

nen hier nur direkte Gespräche der US-Seite mit den lokalen Trägern empfehlen. Wenn die Bundesregierung sich unmittelbar für Vergünstigungen einsetzt, so ist mit Ausgleichsforderungen an den Bund zu rechnen.

– Steuererleichterungen
  – In Gesprächen zwischen BMF und USAREUR wurde ein Modell ausgearbeitet, wonach bei Käufen über einen „US-Fonds" Mehrwertsteuerbefreiung gewährt wird. Die US-Seite wünscht jedoch darüber hinaus nach Möglichkeit Erleichterung der Formalitäten (individueller Erlaß der MWSt bei Vorlage eines entsprechenden Ausweises durch den Käufer in allen Geschäften). Dies ist aus Gründen der Steuerkontrolle (Mißbrauchsmöglichkeiten) nicht möglich.
  – Auch über die Befreiung von der Kfz-Versicherungssteuer haben Gespräche stattgefunden. Vorschläge des BMF, durch Einhaltung bestimmter Zahlungsmodalitäten Steuerbefreiung zu erhalten, sind wegen des mangelnden Interesses amerikanischer Versicherungsgesellschaften nicht verwirklicht worden. Eine allgemeine Befreiung läßt sich nicht realisieren.
  – Deutsche Bemühungen um Gleichstellung von Bundeswehrangehörigen in den USA mit Angehörigen der US-Streitkräfte wurde von diesen bisher unter Hinweis auf die Vielzahl der davon betroffenen US-Bundesstaaten abgelehnt.

e) Teilung der Lohn- und Verwaltungskosten für deutsches Personal bei US-Streitkräften (Punkt 6 des Katalogs)

Zuständig: BMF

US-Vorschlag:

US-Seite wünscht gemäß einer Empfehlung des US-Rechnungshofs die Garantie eines Mindestwechselkurses für Lohnzahlungen an deutsche Arbeitnehmer, den Verzicht auf die Verwaltungspauschale von 1,25 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme sowie die Übernahme des Arbeitgeberanteils zur gesetzlichen Rentenversicherung durch den Bund.

Rechtslage

Für die amerikanischen Wünsche gibt es keine Rechtsgrundlage.

Finanzielle Auswirkungen

Die Kosten eines Mindestumtauschkurses sind wegen unvorhersehbarer Kursschwankungen nicht quantifizierbar. Bei Verzicht auf die Verwaltungspauschale würde den Länderhaushalten ein Einnahmeausfall von ca. 20 Mio. DM (Betrag in 1980) entstehen. Der Arbeitgeberanteil der USA zur Sozial- und betrieblichen Altersversorgung betrug in 1980 280 Mio. DM. Davon entfallen auf die Beiträge zur Rentenversicherung 132 Mio. DM.

Der amerikanische Wunsch nach Garantie eines Mindestwechselkurses hat durch den Anstieg des Dollar-Kurses an Aktualität verloren. Die Einführung einer Art Stationierungs-Dollar wäre aus finanziellen, aber auch anderen Erwägungen nicht wünschenswert.

Die Abrechnung und Auszahlung von Löhnen und Sozialversicherungsbeiträgen für die 53 000 deutschen Arbeitnehmer bei den US-Streitkräften werden durch Lohnstellen der Verteidigungslastenverwaltung der Länder vorgenommen.

Als Entschädigung für diese administrative Hilfe wurde im Zusatzabkommen zum NTS und einem ergänzenden Verwaltungsabkommen eine Verwaltungspauschale von 1,25 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme vereinbart, die nicht kostendeckend ist. Ein Verzicht auf die Pauschale würde in den Länderhaushalten einen Einnahmeausfall bewirken und zu Erstattungsforderungen an den Bund führen.

Der Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung ist Teil der Personalkosten, die nach dem NTS vom Entsendestaat zu tragen sind.

f) Verlagerung von Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben für US-Streitkräfte auf öffentliche oder private deutsche Träger (Punkt 7 des Katalogs)

Zuständig: BMF/BMVg

US-Vorschlag:

US-Seite strebt aus Rationalisierungsgründen und zur Entlastung ihrer Kampftruppen die Übertragung von Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben auf die Bundeswehrverwaltung oder auf einen Generalunternehmer an.

Rechtslage

Eine rechtliche Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland zur Übernahme von Versorgungsleistungen besteht nicht. Wir sind jedoch bereit, bei der Vermittlung eines Generalunternehmers behilflich zu sein.

Finanzielle Auswirkungen

Da die USA zu voller Kostenübernahme bereit sind, sind für die BR Deutschland keine finanziellen Auswirkungen zu erwarten.

Der amerikanische Wunsch, Kampftruppen von Nebenaufgaben zu entlasten, liegt auch in unserem sicherheitspolitischen Interesse. Allerdings könnten sich aus einer Privatisierung von Versorgungsleistungen Probleme für die Arbeitsplatzsicherheit der deutschen Beschäftigten bei den US-Streitkräften ergeben.

Eine Übertragung von Versorgungs- und Verwaltungsaufgaben auf die Standortverwaltungen der Bundeswehr ist wegen der damit verbundenen erheblichen Ausweitung der Bundeswehrverwaltung nicht möglich.

Die Beauftragung eines privaten Generalunternehmers begegnet Schwierigkeiten:

Die USA wünschen einen Garantievertrag mit der Bundesregierung, der die Versorgungsleistungen durch den Generalunternehmer auch im Mob-Fall[21] sicherstellen soll. Einer Verwirklichung dieses Modells könnte jedoch die nach Anwendbarkeit der Sicherstellungsgesetze bestehende Rechtslage entgegenstehen.

Denkbar erscheint hingegen die Beauftragung der im Bundeseigentum stehenden Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG). Der BMF hat die IVG mit der Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts beauftragt, das in der zweiten Februarhälfte vorliegen dürfte. Falls das Konzept die Billigung des BMF findet, könnten im März Gespräche mit USAREUR aufgenommen werden.

21 Mobilisierungs-Fall.

g) Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen (Punkt 8 des Katalogs)

Zuständig: BMF

US-Vorschlag:

US-Seite anerkennt zwar ihre Verpflichtung zur Beachtung deutscher Umweltbestimmungen. Sie sieht sich jedoch nicht in der Lage, weiterhin Mittel für diesen Zweck bereitzustellen, nachdem der Kongreß dies untersagt hat. USA schlagen daher eine Kostenübernahme als „HNS"-Leistung durch die BR Deutschland vor.

Rechtslage

Nach NTS und ZA[22] ist der Entsendestaat verpflichtet, die Kosten für Umweltschutzmaßnahmen zu tragen.

Finanzielle Auswirkungen

Für vordringliche Umweltschutzmaßnahmen auf US-Liegenschaften in der BR Deutschland (53 000 ha) müßte rund 1 Mrd. DM bereitgestellt werden.

Bund und Länder haben mehrfach Vorstellungen gegenüber der US-Seite wegen mangelhafter Umweltschutzvorkehrungen der US-Streitkräfte erhoben. Vor dem Votum des Kongresses waren die USA bereit, 400 Mio. DM für diesen Zweck aufzuwenden.

Wir können die USA aus ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht entlassen. Eine andere Frage ist deren Durchsetzbarkeit.

III. Zwischen den anwesenden Ressorts bestand Einvernehmen über folgendes Vorgehen zur weiteren Behandlung der Stoessel-Demarche:

Im Falle einer positiven Entscheidung des Bundessicherheitsrats (BSR) zum Thema „HNS" als dem zentralen Anliegen im „Acht-Punkte-Katalog" kann die Antwort auf die Demarche im übrigen unter Umständen ohne vorherige Befassung des BSR zwischen den Ressorts abgestimmt werden.

Falls zu HNS keine oder eine negative Entscheidung getroffen wird, ist vor Beantwortung der Stoessel-Demarche eine Befassung des BSR erforderlich. Dabei soll dem BSR das Ergebnis der Ressortbesprechung vom 2.2.1981 zur Kenntnis gebracht und eine Entscheidung über das weitere Vorgehen herbeigeführt werden.[23]

VS-Bd. 10320 (201)

22 Zusatzabkommen.

23 Referat 201 vermerkte am 26. Februar 1981: „Ein für den 25.2.1981 vorgesehenes Vierergespräch (BK, BAM, BMF und BMVg), in dem über die Verwirklichung des HNS-Konzepts entschieden werden sollte, wurde vertagt. Es gibt daher noch keine Haltung der Bundesregierung." Auf Vorschlag von Bundesminister Genscher hätte in dem Gespräch folgendes Vorgehen gebilligt werden sollen: „Beantwortung durch ein ressortabgestimmtes Schreiben des Bundesaußenministers, dessen Kernstück die Darlegung einer positiven deutschen Haltung zur Verwirklichung des HNS-Modells wäre. […] Eine positive Antwort zu HNS vorausgesetzt, könnten die übrigen Punkte des US-Katalogs eher kursorisch, prozedural, dilatorisch und zum Teil ohne zu erwartenden Schaden auch definitiv negativ behandelt werden." Insbesondere würden den „amerikanischen Wünschen zu den Punkten 2 bis 8 der Stoessel-Demarche erhebliche rechtliche, sachliche und finanzielle Bedenken entgegenstehen. Es besteht daher kaum Aussicht, daß wir den USA in diesen Punkten nennenswert entgegenkommen können". Vgl. VS-Bd. 10321 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

46

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 256 **Aufgabe: 19. Februar 1981, 17.55 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 19. Februar 1981, 18.02 Uhr**

Betr.: Gespräch mit Premierminister Jaruzelski

Zur Unterrichtung

1) Der polnische Ministerpräsident General Jaruzelski empfing mich heute zu einem 40minütigen Gespräch, bei dem auch Vizeaußenminister Dobrosielski anwesend war.

Im Zuge seiner weitgefächerten Kontaktaufnahme nach Amtsantritt[2] hatte Jaruzelski am 17.2. den sowjetischen Botschafter[3] sowie anschließend gemeinsam die Botschafter der ČSSR[4], Bulgariens[5], Rumäniens[6], Ungarns[7] und der DDR[8], am 18.2. nacheinander die Botschafter Frankreichs[9] und der USA[10] sowie heute unmittelbar vor mir den britischen Botschafter[11] empfangen.

2) Das Gespräch war gekennzeichnet durch eine betont freundliche Atmosphäre. Ministerpräsident Jaruzelski legte eingangs die bekannten Grundlinien seiner Politik[12] dar. Er betonte das konsequente Festhalten an der friedlichen Konfliktlösung durch Dialog[13] und äußerte die Zuversicht, das Vertrauen der ge-

1 Hat Legationsrat Kröger am 20. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vorgelegen.

2 Am 11. Februar 1981 übernahm der polnische Verteidigungsminister Jaruzelski das Amt des Ministerpräsidenten, wobei er sein Amt als Verteidigungsminister beibehielt. Vgl. dazu Dok. 43, Anm. 2.

3 Boris Iwanowitsch Aristow.

4 Jindřich Řehořek.

5 Ivan Petrov Nedev.

6 Ion Cozma.

7 József Garamvölgyi.

8 Horst Neubauer.

9 Jacques Dupuy.

10 Francis J. Meehan.

11 Kenneth Robert Pridham.

12 Am 12. Februar 1981 berichtete Botschafter Negwer, Warschau, die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Jaruzelski vom selben Tag lasse „folgendes Regierungsprogramm erkennen: Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Grundlebensmitteln, vor allem mit landwirtschaftlichen Produkten, gerechte Verteilung von Defizitwaren; verschärfte Kontrolle der Preise, Bekämpfung der Spekulation; Linderung der Probleme des Gesundheitswesens; Schaffung von verbesserten Bedingungen für den Wohnungsbau; Verwirklichung der Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit; Stopp des Rückgangtrends der landwirtschaftlichen Produktion; Verbesserung der Versorgung der Volkswirtschaft mit Material; Ordnung der Investitionsplanung, scharfe Einschränkung neuer Investitionen; Planerfüllung“ sowie „Erhöhung der Arbeitsdisziplin“. Zur Umsetzung dieser Maßnahmen sollten „Gesetzesentwürfe in der Bereichen Gewerkschaften, Arbeiterselbstverwaltung, Selbstverwaltung in der Landwirtschaft, Genossenschaftswesen, Ministerrat, Staatsverwaltung, Nationalbank und Bankwesen“ vorgelegt werden. Negwer kam zu dem Schluß: „Einziges neues Element der Regierungserklärung im politischen Bereich ist die Tatsache, daß unter den Gesetzgebungsprojekten das Zensurgesetz nicht explicite auftaucht.“ Dies sei auf „interne Meinungsverschiedenheiten unter den Beteiligten“ und auf „Rücksichtnahme auf die Verbündeten in diesem besonders heiklen Bereich“ zurückzuführen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 212; Referat 214, Bd. 132909.

13 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Man kann wohl davon ausgehen, daß J[aruzelski] den Bericht

sellschaftlichen Gruppen, einschließlich der Gewerkschaften, bald gewinnen zu können. Die teilweise bereits erreichte gesellschaftspolitische Befriedung werde es ermöglichen, sich voll auf die Lösung der besonders schwierigen wirtschaftlichen Probleme zu konzentrieren. Die Grundzüge der Wirtschaftsreform lägen bereits fest, und schon in allernächster Zeit werde der in Arbeit befindliche Bericht über die aktuelle Wirtschaftslage veröffentlicht werden. Auf dieser Grundlage werde man dann eine realistische Politik der wirtschaftlichen Sanierung beginnen können. Obwohl diese Aufgabe, besonders im Hinblick auf die internationale Verschuldung Polens, außerordentlich schwierig sei, glaube er, daß das Land seine Probleme überwinden werde und die langfristigen Perspektiven günstig seien. Er brachte in diesem Zusammenhang seinen aufrichtigen Dank für die bisher von seiten der Bundesrepublik Deutschland gewährte wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung[14] zum Ausdruck.

Anschließend würdigte Jaruzelski, ausgehend vom Warschauer Vertrag[15], in bemerkenswert positiver Weise die Entwicklung der bilateralen Beziehungen. Dabei vermied er jeden kritischen Akzent und ging mit keinem Wort auf die bestehenden Probleme ein. Vielmehr unterstrich er seine Überzeugung, daß diese Beziehungen sich noch sehr viel mehr entfalten ließen und insbesondere im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gute Zukunftsaussichten böten.

Nicht nur die eingeleitete innerpolnische Stabilisierung, sondern auch die Entwicklung unserer bilateralen Beziehungen sei ein wichtiges Element für die Politik der Entspannung und der Friedenserhaltung in Europa.[16] Er hoffe, daß auch die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten sich günstig entwickeln und in den Entspannungsprozeß konstruktiv einfügen würden. Dem bevorstehenden Besuch von Bundesaußenminister Genscher[17] messe er besondere Bedeutung bei.

Jaruzelski bat mich, dem Herrn Bundeskanzler seinen Dank für die Glückwunschbotschaft[18] sowie ihm und dem Vizekanzler, Bundesminister Genscher, seine und der polnischen Regierung aufrichtigen Grüße zu übermitteln. Er schloß mit einigen sehr freundlichen, meine hiesige Tätigkeit einschließenden persönlichen Bemerkungen.

3) In meiner Entgegnung erinnerte ich daran, daß die Bundesregierung seit 1970 der Entwicklung der bilateralen Beziehungen einen besonderen Rang eingeräumt habe. Dafür sei das in dieser Zeit Erreichte wohl der beste Beweis. Die Bundesregierung habe sich in den vergangenen, teilweise recht kritischen Mona-

Fortsetzung Fußnote von Seite 264

des poln[ischen] Gesch[äfts]trägers über sein Gespräch mit BM am 13.2. gelesen hatte, in dem ‚Dialog' eine wichtige Rolle spielte."

Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Gesandten Wojtkowski am 13. Februar 1981 vgl. Dok. 40, Anm. 5.

14 Zu den Krediten der Bundesrepublik an Polen vgl. Dok. 38, Anm. 46.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

16 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zustimmen."

17 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

18 Für den Wortlaut des Glückwunschtelegramms des Bundeskanzlers Schmidt an Ministerpräsident Jaruzelski anläßlich dessen Amtsübernahme am 11. Februar 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 144.

ten in ihren Äußerungen zu Polen große Zurückhaltung auferlegt. Sie habe allerdings nie verschwiegen, daß sie die Entwicklung mit großer Anteilnahme und zeitweise mit Besorgnis verfolgte. Die Bundesregierung sei nach wie vor überzeugt, daß Polen seine Schwierigkeiten auf friedlichem Wege selbst überwinden könne. Im Rahmen unserer Möglichkeiten seien wir bereit, soweit gewünscht, dazu unseren Beitrag zu leisten. Der bevorstehende Besuch von Vizepremier Kisiel in Bonn[19] werde Gelegenheit bieten, über die konkrete wirtschaftliche Zusammenarbeit in der nächsten Zukunft zu sprechen.

Ich drückte ferner die Erwartung aus, daß der Premierminister Herrn Minister Genscher anläßlich seines Besuches zu einem Gespräch empfangen werde, was Jaruzelski nachdrücklich bestätigte.

Übereinstimmend mit den EG-Kollegen bewerte ich diese Kontaktaufnahme als einen Versuch des Premierministers, mit einer Goodwill-Aktion das bilaterale Klima, nicht zuletzt im Hinblick auf die gewünschte Kooperation, zu verbessern. Im Kontext mit dem Empfang der WP-Botschafter signalisiert dieser Schritt aber wohl auch die polnische Absicht, Zusammenarbeit weiterhin in Ost und West zu suchen. Hinzu kommt möglicherweise das Bemühen des Regierungschefs, sein Amt, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, mit größerer Perfektion wahrzunehmen.

Wie es scheint, hat Jaruzelski zunächst nicht die Absicht, weitere Botschafter zu empfangen.

[gez.] Negwer

Referat 010, Bd. 178843

19 Am 24. Februar 1981 führten die Bundesminister Genscher und Graf Lambsdorff Gespräche mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Planungskommission beim polnischen Ministerrat, Kisiel. Gegenüber Genscher erläuterte dieser: „Polen befinde sich gegenwärtig in einer äußerst schwierigen Wirtschaftslage, die es im wesentlichen aus eigenen Kräften zu verbessern gelte; man vertraue aber auf die Unterstützung der befreundeten Länder in West und Ost. […] Polen sei bereit, gegenüber den westlichen Hauptgläubigerländern alle Angaben über seine Wirtschaftslage und -planung als Grundlage für die weiteren Verhandlungen und ein evtl. Ergebnis der Pariser Gläubigergespräche offenzulegen. Ziel der polnischen Refinanzierungswünsche sei eine Übertragung eines Teils ihrer mittelfristigen Fälligkeiten auf die Zeit bis 1985, um damit in die Lage versetzt zu werden, vor allem seine Einfuhr von Halbwaren aus westlichen Ländern sicherzustellen. Diese Einfuhren seien so wichtig, weil damit die Ausnutzung der bestehenden polnischen Industriekapazitäten, Exportfähigkeit und innere wirtschaftliche Erholung in direktem Zusammenhang stünden. Sollte diese Refinanzierung nicht gelingen, so müsse in Polen mit einem sprunghaften Rückgang der Produktion, des Bruttosozialprodukts und einer weiteren drastischen Senkung des Lebensniveaus gerechnet werden. Die Folgen seien nicht abzusehen.“ Kisiel wies zudem darauf hin, „daß ein positives Ergebnis der Pariser Gläubigergespräche auch wesentlichen Einfluß auf parallele Verhandlungen der Banken über eine Refinanzierung der nicht staatlich verbürgten Kredite haben dürfte“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178843.
Im Gespräch mit Lambsdorff bat Kisiel um eine „Erhöhung des verbürgten Halbwarenkredits von 240 Mio. DM auf 700 Mio. DM“ und der „Nahrungsmittelhilfe von 95 Mio. DM auf 200 Mio. DM“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl vom 24. Februar 1981; Referat 010, Bd. 178843.

47

Botschafter Hille, Kairo, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 346
Citissime

Aufgabe: 19. Februar 1981, 18.50 Uhr[1]
Ankunft: 20. Februar 1981, 08.11 Uhr

Betr.: Gespräch BM mit ägyptischem Staatspräsidenten Sadat am 19.2.1981 in Kairo[2]

Zur Unterrichtung

1) Das Gespräch fand in der Stadtresidenz von Präsident Sadat in Giza statt. Es begann um 10.35 Uhr. Teilnehmer waren: Präsident Sadat, stellv. Premierminister und Außenminister Kamal Hassan Ali, BM Genscher, StS van Well, Botschafter Hille, Dolmetscher Feldweg.

2) BM eröffnete Unterredung mit Frage nach Einschätzung der Möglichkeiten für Lösung des Nahost-Konflikts durch Präsident Sadat.

Sadat berichtete über Entwicklung seit letztem Besuch von BM Genscher im März 1980[3]. Danach seien bei Autonomie-Verhandlungen keine Fortschritte mehr erzielt worden.[4] Es zeigte sich, daß Begin alles gegeben hatte, was er geben konnte. Außerdem hatte Ägypten nicht mehr die volle Partnerschaft der USA, die durch Wahljahr[5] und Geiselaffäre[6] weitgehend absorbiert waren.

Israel nutzte diese Schwäche der USA aus (wie schon nach dem Rücktritt Nixons[7] in den Verhandlungen für das zweite Disengagement Agreement[8]). Er,

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 20.

2 Bundesminister Genscher besuchte Ägypten am 18./19. Februar 1981.

3 Bundesminister Genscher hielt sich am 8. März 1980 in Ägypten auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 77.

4 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 3, Anm. 5.
Gesandter Bazing, Washington, teilte am 18. Februar 1981 zu den Aussichten für eine Wiederaufnahme der Autonomie-Verhandlungen mit: „Meldungen über amerikanische Bemühungen, Verhandlungen auf Beamtenebene wiederaufleben zu lassen, träfen in dieser Form nicht zu. Die USA beabsichtigten nicht, in dieser Frage initiativ zu werden. Auf die Bekundung israelischen Interesses an einer baldigen Wiederaufnahme habe man jedoch beide Seiten wissen lassen, wenn sie sich untereinander auf ein Treffen auf Arbeitsebene einigten, würden auch die USA mitmachen. Man halte derartige Treffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch für wenig sinnvoll. Die strittigen Fragen seien politischer Natur, weshalb nicht zu erwarten sei, daß sie in weiteren Gesprächen auf der Arbeitsebene einer Entscheidung nähergebracht werden könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 650; Referat 310, Bd. 135661.
Am 9. März 1981 berichtete Botschafter Hille, Kairo, Präsident Sadat habe nun „zum ersten Mal öffentlich“ bestätigt, „daß die Autonomie-Verhandlungen erst wiederaufgenommen werden können, wenn die israelischen Wahlen vorbei sind und Präsident Reagan sich ‚vollständig mit allen Einzelheiten vertraut gemacht‘“ habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 451; Referat 310, Bd. 135661.

5 In den USA fanden am 4. November 1980 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus sowie Teilwahlen zum Senat statt.

6 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

7 Präsident Nixon gab am 8. August 1974 seinen Rücktritt bekannt.

8 Nach einer ersten Vereinbarung über Truppenentflechtung am 18. Januar 1974 schlossen Ägypten und Israel am 1. September 1975 ein Abkommen betreffend Gewaltverzicht und weitere militäri-

Sadat, wechselte mit Begin drei Briefe, in denen er alle seine Argumente vortrug – sogar den Vorschlag mit dem Nilwasser für die Negev-Wüste.[9] Sein Gedanke dabei war, daß Israel mit Hilfe des Nilwassers seine landwirtschaftlich nutzbare Fläche verdoppeln und so leichter auf Siedlungen in den besetzten Gebieten verzichten könne. Begin habe geantwortet, Israel lasse sich seine nationalen Aspirationen nicht abkaufen. Mit diesem Mann sei es hoffnungslos!

So habe er, Sadat, ein neues Gipfeltreffen, wie in Camp David[10], vorgeschlagen. Begin und Carter seien einverstanden gewesen, aber man mußte die US-Wahlen abwarten. Er, Sadat, wollte aber außerdem auch die israelischen Wahlen[11] abwarten. Dies habe er auch Peres und Rabin gesagt.

3) Er ziehe sogar vor, bis November 1981 zu warten. Denn manche arabischen Probleme seien vielleicht bis dahin entschieden. Er denke dabei an den Krieg Irak–Iran[12], an den syrischen Bürgerkrieg[13] und an die Haltung von Saudi-Arabien. Auch Peres brauche diese Zeit, um sein Volk auf den neuen Kurs einer Labour-Regierung vorzubereiten. Denn Begin habe den Israelis seine Auffassungen eingehämmert und tue alles, um einer künftigen Labour-Regierung das Leben schwerzumachen.

Auch Saudi-Arabien brauche noch einige Zeit, um seine Haltung zu entwikkeln. Die Saudis seien intern für Sadat und die USA, nach außen wagten sie aber nicht, sich dazu zu bekennen. Man müsse den Saudis helfen. Wenn es gelingt, mit Peres eine Übereinkunft über Jerusalem zu erreichen – und Peres sei in dieser Frage flexibel –, dann könnten die Saudis ihr Gesicht wahren und einschwenken. Wenn das Wort Camp David sie störe, könne man es fallenlassen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 267

sche Entflechtungsmaßnahmen auf der Sinai-Halbinsel („Sinai-Abkommen"), das am 4. September 1975 in Genf unterzeichnet wurde. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 635–640.

9 Im August 1980 kam es zu einem Briefwechsel zwischen Präsident Sadat und Ministerpräsident Begin. Botschaftsrätin I. Klasse Steffler, Tel Aviv, berichtete am 20. August 1980: „Korrespondenz war durch Schreiben Sadats vom 3.8. eingeleitet worden, mit dem er auf Verabschiedung des Jerusalem-Gesetzes durch israelische Knesset am 30. Juli reagierte und Suspendierung Autonomie-Verhandlungen begründete." Vgl. den Drahtbericht Nr. 801; Unterabteilung 31, Bd. 135601.
In einem zweiten Schreiben vom 15. August 1980 habe Sadat u. a. sein Angebot erläutert, „Nilwasser für Siedlungen im Negev, zur Ablösung der Siedlungen in den besetzen Gebieten, bereitzustellen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1272 des Botschaftsrats I. Klasse Richter, Kairo, vom 18. August 1980; Unterabteilung 31, Bd. 135601.
Am 31. August 1980 teilte Richter mit, in der ägyptische Presse sei ein drittes Schreiben des Präsidenten Sadat an Ministerpräsident Begin ein beherrschendes Thema: „Der diesmal nur anderthalbseitige Brief Sadats wiederholt, daß die Wiederaufnahme der Autonomie-Verhandlungen vor dem geforderten Dreiergipfel nach den US-Wahlen nicht in Betracht kommt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1357; Unterabteilung 31, Bd. 135601.

10 Zum Treffen des Präsidenten Carter mit Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat vom 5. bis 17. September 1978 vgl. Dok. 3, Anm. 5.

11 Die Parlamentswahlen in Israel fanden am 30. Juni 1981 statt.

12 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.

13 Botschafter Peckert, Damaskus, teilte am 10. März 1981 mit, Syrien habe seit dem Amtsantritt des Präsidenten Assad am 22. Februar 1971 „bis Mitte 1979 eine in seiner Geschichte bisher nicht gekannte Stabilität erlebt. Seitdem sind die latenten gesellschaftlichen, religiösen und politischen Spannungen im Lande jedoch wieder aufgebrochen, haben das Regime an den Rand des Zusammenbruchs und die öffentliche Ordnung an den Rand der Auflösung gebracht. Mit harter Repression unter Einsatz von Sicherheitskräften und Armee einerseits und deutlich intensivierter Zusammenarbeit mit dem sozialistischen Lager andererseits versucht Assad gegenwärtig, sich an der Macht zu halten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 172; Referat 310, Bd. 135698.

4) Die neue US-Administration[14] werde vielleicht hilfreicher sein als die Carter-Administration. Vor seiner Reise nach Luxemburg[15] habe er eine Botschaft von Reagan erhalten: Reagan sei bereit, die Rolle als voller Partner (in den Autonomie-Gesprächen) zu übernehmen. Er werde die US-Zusagen für wirtschaftliche und militärische Hilfe einhalten. Und er bezeichnete die Siedlungstätigkeit der Israelis als „provokatorische Aktionen". Freilich stehe für Reagan das sowjetische Vordringen in der Welt im Mittelpunkt, nicht der Nahost-Konflikt.

5) In der arabischen Welt gehe manches vor sich. Die folgende Mitteilung sei nur für BM und BK bestimmt:

Saudi-Arabien habe über Frankreich in Ägypten angefragt, ob es bereit sei, dem Irak Munition zu liefern (Ägypten stelle Munition für Waffen sowjetischer Bauart her). Auch verstünden die Iraker nicht, die Mirage zu fliegen, weil sie auf der MiG-21 geschult seien. Er, Sadat, habe geantwortet, er sei bereit, russische Munition zu liefern und Stück um Stück Mirage-Flugzeuge zu übernehmen und dafür MiG-21 zur Verfügung zu stellen. Das passe in sein Konzept der Umrüstung auf westliche Waffensysteme.

Sogar Gaddafi habe sondiert. Im Dezember 1980 und vergangene Woche in Paris[16] habe er Sadat einen Vetter geschickt, weil er einen geheimen Nichtangriffspakt mit Ägypten anstrebe. Gaddafi habe bereits einseitig erklärt, von libyscher Seite her sei die Grenze offen. Gaddafi sei wegen der Tschad-Invasion[17] in Europa und Afrika isoliert. In Nordafrika habe er nur Ägypten zu fürchten.

Er, Sadat, habe geantwortet, er habe keine Ansprüche an Gaddafi – weder an Land, Öl noch Geld. Er würde Gaddafi nie angreifen. Lediglich eine Vergeltungsaktion komme in Frage. Und, natürlich, im Falle einer Aktion gegen den Sudan stehe Ägypten auf der Seite des Sudan – das gebiete die Versorgung mit Nilwasser.

6) Anhand einer Weltkarte beschrieb Präsident Sadat anschließend den Krisenbogen um Ägypten herum: Afghanistan, Iran, der Golf als Lebensader für die westlichen Industrieländer und damit auch für das mit ihnen verbundene Ägypten, Südjemen, Äthiopien, Tschad, Libyen mit 2000 km Küste im Herzen des Mittelmeeres, Syrien und seinen Pakt mit der SU[18]. Sudan sei in der Klemme zwischen Äthiopien, Tschad und Libyen. Und der Sudan sei Ägypten.

14 Präsident Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

15 Präsident Sadat besuchte Luxemburg am 9./10. Februar 1981.

16 Präsident Sadat hielt sich vom 11. bis 13. Februar 1981 in Frankreich auf.

17 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 21, Anm. 14.
Zur libyschen Politik gegenüber dem Tschad vgl. auch Dok. 23.

18 Am 8. Oktober 1980 schlossen Syrien und die UdSSR einen „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit". Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1222, S. 343–357.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler erläuterte dazu am 14. Oktober 1980, der Vertrag sei auf syrische Initiative zustande gekommen und halte sich „im Rahmen der politischen Kooperationsverträge mit Staaten der Dritten Welt" . Fiedler führte weiter aus: „Der Vertragstext liefert keine Bestätigung für die unlängst von Damaskus aus verbreiteten Andeutungen, wonach der Vertrag die Grundlage für eine sowjetische Sicherheitsgarantie sowie ‚sowjetische Militärpräsenz im Bedarfsfalle' schaffen solle […]. Insgesamt liegt der Text eindeutig unterhalb der Schwelle weitreichender Erwartungen, wie sie in den vergangenen Wochen von syrischer Seite geweckt worden waren." Vgl. Referat 310, Bd. 135699.

Er, Sadat, habe dem Europäischen Parlament[19] gesagt: Wir sind Partner, was Euch geschieht, geschieht auch uns. Ägypten sei bereit, mit den europäischen Staaten zusammenzuarbeiten. Die Europäer könnten in Ägypten Waffen lagern. Es gehe darum, den Ölnachschub vom Golf zu sichern.

[20]7) Mit diesen Zusammenhängen habe er versucht, Begin zu überzeugen. Leider vergeblich. Vielleicht könne man bis Ende 1981 die Autonomie erreichen. Aber nicht, wenn Begin bleibe. Dann brauche Reagan Zeit, um Begin „zurechtzuklopfen", auf ihn Druck auszuüben. Ägypten stimme praktisch in allen Fragen mit den USA überein.

8) BM entgegnete, er sei wie Sadat voller Hoffnung, weil er sehe, daß Reagan und Haig die geopolitischen Zusammenhänge, die Sadat eben dargelegt habe, beachteten.

Möglicherweise befinde sich die Welt zur Zeit in der entscheidendsten Phase nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Frage sei, ob die SU zu einer Politik der Mäßigung finde oder ob sie sich ermutigt fühle, die Politik der Expansion fortzusetzen. In dieser Phase sei es wichtig, daß die westlichen Staaten und ihre Freunde der SU klarmachten: bis hierher und nicht weiter.

Unser Interesse an der Entwicklung im Mittleren Osten sei nicht Schulmeisterei, sondern entspringe der Überzeugung, daß die Sicherheit dieser Region auch unsere Sicherheit ist und umgekehrt.

Vor zwei Jahren habe er dies Begin mit den Worten erklärt: Der Mittlere Osten ist bloß sicher vor sowjetischer Expansion, solange Westeuropa mit den USA verbündet ist. Wenn Westeuropa unter sowjetischen Einfluß fiele, wäre auch die Sicherheitslage im Mittleren Osten geändert. Daher sitzen Israelis und Araber im Blick auf die SU in einem Boot.[21]

Der Westen habe alles getan, um mit der SU zu einer vernünftigen Zusammenarbeit zu kommen. Aber die sowjetische Rüstung sei enorm, ob es sich nun um Flotte, Lufttransportkapazität, Mittelstreckenraketenbasen oder um die nukleare Bedrohung Westeuropas, des Mittleren Ostens, Nordafrikas, Indiens, Japans usw. handele. Dahinter stehe die Absicht, mit militärischer Stärke dem Streben nach Ausdehnung politischen Einflusses Nachdruck zu verleihen.

Deshalb müßten alle Staaten, die unabhängig bleiben wollen, zusammenstehen. Deshalb gebe es neben allen Gründen für eine Lösung des Nahost-Konflikts auch einen geostrategischen Grund. Deshalb begrüßen wir Sadats Friedensbemühungen.

19 Am 10. Februar 1981 hielt Präsident Sadat eine Rede vor dem Europäischen Parlament in Luxemburg. Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, führte dazu aus, Sadat habe „Lob für die Luxemburg-Erklärung der EG-Staaten" geäußert, „welche Camp David als ‚annehmbare Formel' förmlich ‚anerkannt'" hätten: „Wie erwartet, wurde die ‚jordanische Option' beiseite gefegt. Es bleibt dabei: erst Autonomie, dann Selbstbestimmung der ‚Palästinenser'. Wie diese Palästinenser vertreten werden, bleibt offen. […] Die Aufforderung an die Zehn zum Tätigwerden (gegenseitige Anerkennung PLO – Israel herbeiführen, Sicherheitsgarantien übernehmen, für Selbstbestimmungsrecht eintreten)", seien zugleich mit der Einschränkung vertreten worden: „Vorschläge, wie eine umfassende Lösung aussehen soll, sind nicht Eure Sache." Vgl. den Drahtbericht Nr. 290 vom 11. Februar 1981; Referat 310, Bd. 135661.

20 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 347 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

21 Bundesminister Genscher hielt sich vom 28. bis 30. Juni 1978 in Israel auf und traf dort u. a. mit Ministerpräsident Begin zusammen. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 203.

Mit Interesse habe er die Ausführungen Sadats über Saudi-Arabien gehört, vor allem, daß bei Wahrung des Gesichts eine Teilnahme an einem umfassenden Frieden möglich sei. Er sei auch beeindruckt von dem Wasserangebot.

Zwischen Deutschland und Frankreich habe jahrhundertelang eine sogenannte Erbfeindschaft bestanden. Heute bestehe eine enge Verbindung der beiderseitigen Interessen. Dies könnten selbst übelwollende Staatsmänner nicht mehr rückgängig machen.

Sadat stimmt zu.

BM fährt fort: Für einen dauerhaften Frieden seien wirksame vertrauensbildende Maßnahmen (VBM) nötig. Sicherheit sei heute mehr als Territorium, Soldaten und Panzer. Sicherheit bestehe heutzutage vor allem aus Übereinstimmung der Interessen in der Erhaltung des Friedens und in der gemeinsamen Entwicklung. Dazu seien VBM nötig. Hier könne Israel einen Beitrag leisten.

In den Fragen der Substanz habe Europa eine Position bezogen, die identisch sei mit der Ägyptens. Er habe eben noch einmal die sechs Punkte von Abukir nachgelesen, die Präsident Sadat und er am 1.9.1979 verkündet hätten.[22] Sie hätten inzwischen Eingang gefunden in die europäische Position und könnten heute erneut verkündet werden.

9) BM fragt sodann, ob Präsident Sadat meine, eine israelische Labour-Regierung werde eine positivere Haltung zu dem Vorschlag Sadats einer palästinensischen Exilregierung einnehmen.

Sadat erwiderte, nach seiner Einschätzung sei Peres sehr flexibel. Die Palästinenser seien verloren. Sie klagten unter der Hand über syrischen und sowjetischen Druck, sagten das aber nicht offen. Deshalb wolle er, Sadat, sie von diesem Druck befreien. Eine provisorische Regierung würde auch die Terrorangriffe gegen israelische Siedlungen beenden.

BM stellt Frage, ob nicht ein gegenseitiger Gewaltverzicht ein Weg wäre, um Verhandlungen möglich zu machen. Gewaltverzicht kombiniert mit der Bereitschaft, die Gegenseite als Verhandlungspartner zu akzeptieren. In Europa habe dies verschlossene Türen geöffnet.

Sadat stimmt zu. Deshalb habe er in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament verlangt, PLO und Israel sollten sich gleichzeitig gegenseitig anerkennen.

BM sagt, dies sei auch unsere Auffassung. In den Gräben verschanzt zu bleiben, bringe niemanden vorwärts. Er fügt hinzu: Alle Kräfte in der Bundesrepublik, BK, Regierung, Parlament, unterstützten Sadats Bemühungen. Jeder Besuch von Präsident Sadat in der Bundesrepublik werde als großes Ereignis be-

22 Anläßlich des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 31. August bis 2. September 1979 in Ägypten fand am 1. September 1979 eine Pressekonferenz in Abukir statt. Vortragender Legationsrat Boll stellte dazu am 5. September 1979 fest, daß Genscher dabei folgende Grundsätze hervorgehoben habe: „Das palästinensische Volk hat einen Anspruch auf Verwirklichung seines Selbstbestimmungsrechts. Das palästinensische Volk hat ein Recht auf ein Heimatland. Das palästinensische Volk hat allein das Recht zu entscheiden, wer es repräsentieren soll. Das palästinensische Volk allein ist berechtigt, über seine Zukunft zu entscheiden. Hierüber hat niemand anders zu befinden. Ziel muß sein ein gerechter, umfassender und dauerhafter Friede. Daher kann es auch keinen separaten Frieden geben.“ Boll legte dar: „Es handelt sich bei diesen Grundsätzen – wie BM ausdrücklich betont hat – nicht um einen neuen Plan, sondern um eine ‚Zusammenfassung von Standpunkten‘, denen kein Eigengewicht verliehen werden soll.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 97; Referat 012, Bd. 111778. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 249.

trachtet werden. Er dankt für die Zeit, die Präsident Sadat ihm zur Verfügung gestellt hat.

Sadat erwidert seinerseits mit Ausdruck des Dankes und der Befriedigung. Er sei jederzeit gern bereit, Gedankenaustausch mit BM fortzusetzen.

Die Unterredung endet um 11.45 Uhr.

[gez.] Hille

Referat 010, Bd. 178840

48

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Senator Tower

VS-vertraulich **20. Februar 1981**[1]

Zusammenfassender Vermerk über das Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im amerikanischen Senat, Senator John Tower, am 20. Februar 1981, 10.10 bis 12.00 Uhr[2]

Anwesend: Herr von Staden

Nach Worten der Begrüßung nahm der *Bundeskanzler* zunächst die Frage der Neutronenwaffe auf. Er erinnerte an die einseitige Entscheidung von Präsident Carter, die Waffe bis auf weiteres nicht zu stationieren[3], und machte auf das negative Echo aufmerksam, das die Äußerungen von Verteidigungsminister Weinberger[4] leider hervorgerufen hätten.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, am 23. Februar 1981 gefertigt und am folgenden Tag vom Bundeskanzleramt an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ mit dem Hinweis übermittelt, daß die Gesprächsaufzeichnung noch nicht von Bundeskanzler Schmidt genehmigt sei.
Hat Wallau am 24. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Blech und Ministerialdirigent Dröge verfügte.
Hat Blech vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte und handschriftlich vermerkte: „S[iehe] insbes[ondere] S. 4.“ Vgl. Anm. 19.
Hat Dröge am 25. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 27. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 28. Februar 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 10296 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der amerikanische Senator Tower hielt sich anläßlich der XVIII. Wehrkundebegegnung vom 20. bis 22. Februar 1981 in München vom 19. Februar bis 22. Februar 1981 in der Bundesrepublik auf. Am 20. Februar 1981 führte er ein Gespräch mit Bundesminister Genscher, in dem dieser u. a. auf die Notwendigkeit hinwies, „die Beziehungen zu den Staaten der Dritten Welt sorgfältig zu pflegen“. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 123317. Für einen weiteren Auszug vgl. Anm. 17.

3 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 12, Anm. 23.

4 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vgl. Dok. 31, Anm. 6.

Senator *Tower* zeigte volles Verständnis für die politische Argumentation des Bundeskanzlers, obwohl es sich, wie er sagte, um eine Waffe handele, die in Wahrheit humaner sei als andere Nuklearwaffen.

Der *Bundeskanzler* warnte davor, die Neutronenwaffe als Defensivwaffe zu bezeichnen, weil diese Argumentation nicht standhalte. Zur Freimachung einer Einbruchschneise sowie zur Besetzung einer unzerstörten Stadt lasse sich die Neutronenwaffe auch offensiv verwenden.

Senator *Tower* erwiderte, daß man dieses Thema beiseite legen solle, da man kein Interesse daran haben könne, der Bundesregierung Schwierigkeiten zu machen. Er unterstrich die Wertschätzung, deren sich die politische Führung der Bundesrepublik durch den Bundeskanzler in den USA erfreue.

Auf den Doppelbeschluß der NATO[5] zur Nachrüstung mit Mittelstreckenwaffen – die auch Senator Tower als eurostrategische Waffen bezeichnete – übergehend, hob der *Bundeskanzler* zwei Punkte hervor: Er sei gewillt, die Durchführung des Doppelbeschlusses erforderlichenfalls mit der Vertrauensfrage zu verbinden. Er könne die Abstimmung aber verlieren, wenn nicht an beiden Teilen des Doppelbeschlusses festgehalten werde. Deshalb sei es zweitens notwendig, daß die amerikanische Regierung eindeutig ihre Bereitschaft bekunde, ernsthaft mit der Sowjetunion über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen zu verhandeln. Der Bundeskanzler erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß es ein Fehler gewesen sei, das Problem der Mittelstreckenwaffen ohne sowjetische Gegenleistung im Protokoll zu SALT II[6] anzusprechen. Der Bundeskanzler erinnerte daran, daß der zweite Teil des Doppelbeschlusses auch im Hinblick auf andere beteiligte Länder wie Holland, Belgien und Italien wichtig sei. Man werde insbesondere in Holland, teilweise aber auch in der Bundesrepublik[7], starken Widerstand insbesondere bei kirchlichen Gruppen erleben. Sollten sowohl Holland[8] und Belgien[9] als auch Italien sich als unwillig erweisen,

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

7 Zu den erwarteten Protesten in der Bundesrepublik gegen die Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 40, Anm. 17.
Referat 201 stellte am 13. Februar 1981 fest, in der Bundesrepublik habe die „öffentliche Diskussion über Sicherheitspolitik der Allianz in jüngster Zeit mit großer Heftigkeit wieder eingesetzt. […] Kritische Diskussion umfaßt breites Spektrum, das von K-Gruppen über kirchliche Kreise und Wissenschaftler bis hinein in die linken Flügel der Regierungsparteien“ reiche. Die Beweggründe seien vor allem die „moralische Verurteilung der Diskrepanz zwischen wachsenden Rüstungspotentialen und Not in der Dritten Welt“, die „Unterschätzung der militärischen Bedrohung durch SU verbunden mit kritischer Haltung gegenüber USA“ sowie „emotional geprägte Nuklearangst“. Vgl. Referat 201, Bd. 125597.

8 Nachdem sich das niederländische Parlament am 6. Dezember 1979 gegen die Stationierung von Mittelstreckensystemen der NATO in den Niederlanden ausgesprochen hatte, gab die niederländische Regierung auf der NATO-Ministerratstagung am 12. Dezember 1979 in Brüssel bekannt, daß sie eine Entscheidung hierüber erst Ende 1981 treffen werde. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 371 und Dok. 373.
Botschafter Fischer, Den Haag, berichtete am 18. Februar 1981, der Parteirat der regierenden niederländischen CDA habe am 14. Februar 1981 seine Haltung in der Frage „der im Rahmen des NATO-Nachrüstungsbeschlusses vorgesehenen Stationierung modernisierter Mittelstreckenraketen“ wie folgt definiert: „Die CDA spricht sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt weder für noch gegen Stationierung Mittelstreckenraketen in den Niederlanden aus. Sie hält daran fest, daß endgültiger

Mittelstreckenwaffen zu stationieren, dann werde es auch in der Bundesrepublik nicht möglich sein. Der Bundeskanzler sagte, daß er nicht bereit sein würde, die Bundesrepublik zu singularisieren und zu einer Art Geisel gegenüber der Sowjetunion zu machen. Andererseits wäre es verheerend für die Allianz, wenn sie den Doppelbeschluß fallenließe.

Auf den Einwand von Senator *Tower*, daß man mit den Sowjets erst dann in Rüstungsbegrenzungsgespräche eintreten wolle, wenn man wisse, wie hoch der Verteidigungshaushalt für 1982 (beginnend 1.10.1981) sein würde, erwiderte der *Bundeskanzler*, je weiter die Vorbereitungen für die Stationierung geführt würden, ohne daß es zu Rüstungskontrollgesprächen käme, desto stärker werde das Argument, daß der Westen nur die erste Hälfte des Doppelbeschlusses durchführe. Auf den Einwand von Senator *Tower*, wie denn die Situation wäre, wenn die Sowjetunion verzögerlich verhandeln sollte, erwiderte der *Bundeskanzler*, dies sei ein anderer Fall. Daß man in einer solchen Situation stationiere, könne man der Öffentlichkeit verständlich machen. Nicht verständlich wäre es ihr nur, wenn nicht ernsthaft versucht würde zu verhandeln. Der Bundeskanzler knüpfte hieran eine kurze Vorschau auf den Kirchentag der evangelischen Kirche im Sommer 1981 in Hamburg[10]. Aber auch in der katholischen Kirche werde es mit einer Verzögerung von vielleicht zwei Jahren zu Druck gegen die Stationierung kommen.

Senator *Tower* wies auf das Dilemma hin, das darin liege, daß man die Verhandlungen mit der Sowjetunion nicht beginnen könne, ohne sicher zu sein, daß die Alliierten mit der Stationierung vorangingen.[11] Die Sowjets müßten davon überzeugt sein.

Der *Bundeskanzler* wiederholte, daß die europäischen Alliierten die Gewißheit brauchten, daß die USA es mit beiden Teilen des Nachrüstungsbeschlusses

Fortsetzung Fußnote von Seite 273

Beschluß, wie vorgesehen, erst im Dezember 1981 gefaßt werden soll." Die Entscheidung solle dann „von dem zu diesem Zeitpunkt erreichten Stand der Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjetunion abhängig gemacht" werden. Zudem sei der „sogenannte ‚Atompazifismus' […] erstmals ausdrücklich als legitime Position innerhalb der CDA anerkannt" worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 63, Referat 201, Bd. 125597.

Dagegen habe sich die niederländische Arbeitspartei auf ihrem Parteitag vom 26. bis 28. Februar 1981 in Amsterdam „gegen die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen auf niederländischem Boden" und darüber hinaus für die Rückgabe der bereits in den niederländischen Streitkräften „aufgenommenen nuklearen Kurzstreckenwaffen" ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 85 von Fischer vom 3. März 1981; Referat 201, Bd. 125563.

9 Ministerialdirektor Blech notierte am 11. Februar 1981, der belgische Gesandte Dooms habe Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann über die belgische Haltung zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 wie folgt unterrichtet: „1) Die Regierung verfolge die Taktik, hierüber so wenig wie möglich zu sprechen, während die Vorbereitungsarbeiten zur Stationierung vorangehen. Sie halte daran fest, die Stationierung völlig offengehalten zu haben, und sei entschlossen, ihr zuzustimmen, sobald es offenkundig geworden sei, daß die Gespräche über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen in und für Europa – wie zu erwarten – keinen zeitgerechten Erfolg haben werden. 2) Überlegungen in den Niederlanden (CDA), der Stationierung evtl. für einen geringeren als vorgesehenen Umfang (z. B. nur für 16 GLCM) zuzustimmen, seien nicht hilfreich. Das Problem bleibe politisch das gleiche; aber die Abschreckungswirkung sinke bei sinkender Stückzahl. 3) Von entscheidender Bedeutung für die Frage, ob LRTNF in Belgien stationiert würden, sei jedoch nicht die Lage in den Niederlanden, sondern in der BR Deutschland, das hieße konkret: in der SPD." Vgl. VS-Bd. 10331 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Der 19. Deutsche Evangelische Kirchentag fand vom 17. Juni bis 21. Juni 1981 statt.

11 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

ernst nehmen. Er machte dann einige Bemerkungen über den guten Verlauf der Fraktionssitzung am 19. Februar. Der Doppelbeschluß symbolisiere den Gedanken eines stabilen Gleichgewichts und den Gedanken der Zusammenarbeit auf der Basis des Gleichgewichts.

Auf die Frage des militärischen Gleichgewichts übergehend, wies der Bundeskanzler darauf hin, daß er Begriffe wie Gleichgewicht, Gleichheit, „second to none“[12] akzeptieren könnte, jedoch genötigt wäre zu widersprechen, wenn von einem Übergewicht die Rede sein sollte. Senator *Tower* erläuterte daraufhin, daß die „margin of safety“ nichts anderes meine als essentielle Gleichheit.[13] Innerhalb dieses Gleichgewichts habe man amerikanischerseits schon in der Vergangenheit eine sowjetische konventionelle Überlegenheit akzeptiert. Man könne aber selbst auf eine gewisse maritime Überlegenheit nicht verzichten.[14] Das ergebe sich aus den geographischen Bedingungen.

Der *Bundeskanzler* wies dann auf die Bedeutung der Wehrpflicht hin. Verteidigung setze vor allem motivierte, gut ausgebildete Soldaten voraus. Danach müsse man diese auch ausrüsten.

Senator *Tower* stimmte grundsätzlich bei, setzte aber hinzu, daß die Sowjetunion inzwischen die technologische Lücke weitgehend geschlossen habe. Die USA müßten z. B. im maritimen Bereich genügend investieren, um einen gewissen technologischen Vorsprung zu erhalten.[15] Auch die Qualität der Truppe sei nicht zuletzt ein finanzielles Problem. Selbst wenn man die Wehrpflicht wieder einführte[16], müsse man die Kader besser bezahlen, um sie für die Ausbildung der Rekruten verfügbar zu behalten. Andernfalls wanderten sie ab.[17]

12 Zur Rolle des militärischen Gleichgewichts im Rahmen der Verteidigungskonzeption des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 39, Anm. 6.

13 Dazu vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „essential equivalence.“

14 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski durch Pfeil hervorgehoben.

15 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski durch Pfeil hervorgehoben.

16 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.
Am 30. Januar 1981 erläuterte Oberst i. G. von Uslar-Gleichen, Washington, zu Personalproblemen der amerikanischen Armee: „52 Prozent der im Fiscal Year (FY) 1980 eingestellten Army-Rekruten gehörten der niedrigsten noch akzeptierten Mental Category IV an […]. Hinter der gesamten Diskussion um die Qualität des militärischen Personals steht die Frage der allgemeinen Wehrpflicht. Während die Mehrheit des Kongresses noch glaubt, durch Einstellung von mehr High-School-Absolventen und weniger Category-IV-Rekruten die Qualität so heben zu können, daß die All Volunteer Force gerettet werden kann, sehen andere […] in entsprechenden Auflagen des Kongresses ein völlig untaugliches Mittel.“ Vgl. den Schriftbericht; Referat 201, Bd. 125573.
Im Rahmen einer Anhörung vor dem Streitkräfteausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses am 4. Februar 1981 „zum Haushaltsantrag der Carter-Regierung für das Jahr 1982“ wurde zur Frage einer Wiedereinführung der Wehrpflicht seitens Vertretern der Vereinigten Stabschefs die Ansicht geäußert, „daß die Einführung der Wehrpflicht, ggf. selektiv für National Guard und Reserven, vielleicht unvermeidbar werden würde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 467 des Brigadegenerals von Ondarza, Washington, vom 5. Februar 1981; Referat 201, Bd. 125573.

17 In seinem Gespräch mit dem amerikanischen Senator Tower am 20. Februar 1981 betonte Bundesminister Genscher, es gehe in der aktuellen politischen Situation „um die Frage, ob es dem Westen gelinge, die Sowjetunion zur politischen Mäßigung zu veranlassen, oder ob der Westen durch Schwäche die SU zu weiteren Abenteuern ermutige“. Er habe „immer wieder darauf hingewiesen, daß die einzige Antwort, die die SU wirklich verstanden hätte, die Einführung der Wehrpflicht in den USA gewesen sei“. Mit Blick auf „die atomare Parität zwischen den USA und der SU, die militärische sowjetische Überrüstung im Mittelstreckenbereich und die konventionelle Überlegenheit der WP-Staaten“ könne „das konventionelle Kräfteverhältnis zugunsten des Westens nur verändert werden […], wenn die USA die Wehrpflicht einführten“. Tower entgegnete, daß eine Wiedereinführung der

Hieran schloß sich ein kurzer und einvernehmlicher Meinungsaustausch über die Zahl und Dichte der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Nuklearwaffen.

Senator Tower schnitt die Frage chemischer Waffen an, in denen die Sowjetunion erhebliche Fortschritte gemacht hätte, während die westlichen Waffen obsolet seien. Man müsse der erheblichen sowjetischen Kapazität allein zum Zwecke der Verhandlungen eine eigene Entwicklung entgegensetzen.[18]

Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß er zu diesem Komplex einen Bericht angefordert habe, den er sehen wollte, ehe er sich zu dieser Frage äußerte.[19]

Zur Frage der Mittelstreckenwaffen zurückkehrend, erläuterte der Bundeskanzler seine Gedanken zur Gefahr einer Abkoppelung. Unter diesem Gesichtspunkt sei die Zahl von 572 zu stationierenden Mittelstreckenwaffen eigentlich zu hoch.[20] Es komme darauf an, daß die USA im Konfliktfall involviert blieben. Die diesbezügliche Besorgnis verbinde sich mit der Befürchtung, daß Europa gegen seine eigenen Interessen in Konflikte verwickelt werden könnte, etwa in Zentralamerika[21]. Die spürbare Erholung der Vereinigten Staaten wird von manchen als neuer Militarismus mißverstanden.[22]

Zur Erläuterung des deutschen Standpunktes verwies der Bundeskanzler auf die deutsch-französische Erklärung vom 6.2. dieses Jahres[23], die nicht eine beliebige Presseerklärung, sondern ein operatives Grundsatzdokument sei, auf das Präsident Giscard sich ebenso verpflichtet habe wie er selbst.[24] In diesem Zusammenhang gab der Bundeskanzler einige Erläuterungen über das französische Nuklearstrategie-Denken. Hieran schloß sich ein kurzer Gedankenaustausch über die französische Nuklearrüstung.

Senator *Tower* machte im Verlauf dieses Gedankenaustauschs die Anmerkung, daß das MAD[25]-Konzept weitgehend diskreditiert sei.[26]

Auf die amerikanische Außenpolitik im allgemeinen eingehend, unterstrich der *Bundeskanzler* unser Vertrauen in Außenminister Haig.

Fortsetzung Fußnote von Seite 275

Wehrpflicht in den USA zwar von vielen befürwortet werde, derzeit „jedoch teilweise aus innenpolitischen Gründen nicht möglich sei". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 123317.

18 Zum amerikanischen Vorhaben hinsichtlich der Weiterentwicklung chemischer Waffen vgl. Dok. 62, Anm. 34 und 35.

19 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Blech hervorgehoben. Dazu Kreuz. Vgl. Anm. 1. Legationsrat I. Klasse Bolewski vermerkte dazu handschriftlich: „Hier tut sich was = retaliatory capacity…".

20 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann durch Ausrufezeichen und von Legationsrat I. Klasse Bolewski durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte Bolewski handschriftlich: „Das hat man schon Dez[ember] 79 geprüft."

21 Zu diesem Wort vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „=Kuba."

22 Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Bolewski handschriftlich: „Dem gilt es erläuternd entgegenzutreten."

23 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. BULLETIN 1981, S. 101 f.

24 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski durch Pfeil hervorgehoben.

25 Mutually assured destruction.

26 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski durch Häkchen hervorgehoben.

Senator *Tower* stimmte lebhaft zu und riet, in den USA ebensowenig auf die extreme Rechte zu hören wie man amerikanischerseits in Europa auf die extreme Linke hören sollte.

Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, daß man die psychologische Wirkung der Geiselaffäre[27] auf das amerikanische Volk in Europa vielfach nicht richtig verstanden habe, bestätigte Senator *Tower*, daß Amerika entschlossen sei, sich nicht ein zweites Mal in dieser Weise demütigen zu lassen. Nicht zuletzt deswegen finde die Erhöhung der Verteidigungsausgaben[28] so starke öffentliche Unterstützung.

Zum Abschluß des Gesprächs fand ein kurzer Meinungsaustausch über Wirtschaftspolitik statt, in dessen Verlauf der *Bundeskanzler* insbesondere erläuterte, warum die Höhe des amerikanischen Zinssatzes[29] für den Rest der Welt und insbesondere für ein Land wie die Bundesrepublik mit niedriger Inflationsrate negative Folgen haben müsse. Sie mache Investitionen fast unmöglich, obwohl diese in einer Phase der Depression und der Arbeitslosigkeit gerade notwendig seien. Der Bundeskanzler wies in diesem Zusammenhang auch auf die Wahlchancen für Präsident Giscard d'Estaing[30] hin. Es bedürfe auch im wirtschaftlichen Bereich einer amerikanischen Führung.

Senator *Tower* stimmte dem Bundeskanzler grundsätzlich zu. Man sei sich bewußt, daß der amerikanische hohe Zinssatz für den Rest der Welt schädlich sei. Er hoffe, daß die USA imstande sein würden, die notwendige wirtschaftliche Führung zu geben.

VS-Bd. 10296 (201)

27 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

28 Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 6. Februar 1981, in einem Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Verteidigungsminister Carlucci sei dem CDU-Abgordneten Wörner mitgeteilt worden: „Die Regierung werde substantielle Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes durchführen. In Abhängigkeit von dem angenommenen Deflator würden die realen Steigerungsraten acht bis 15 Prozent betragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 487; Referat 201, Bd. 125573.

29 Am 20. Dezember 1980 teilte Botschafter Hermes, Washington, im Rahmen eines Ausblicks auf die „zukünftige Konjunkturpolitik der Reagan-Administration" mit, daß der Zinssatz in den USA 21 Prozent betrage „mit noch weiter steigender Tendenz" bei einer Inflationsrate von 12,6 Prozent. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4688; Referat 420, Bd. 124325.

30 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

49

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger

331-321.00 ELS VS-NfD **20. Februar 1981**[1]

Gespräch BM – Botschafter Eagleburger im Auswärtigen Amt am 20. Februar 1981, 12.15 Uhr bis 13.15 Uhr

Deutsche Teilnehmer: BM, StM Dr. von Dohnanyi, RL 331[2].

Amerikanische Teilnehmer: Botschafter Eagleburger, Geschäftsträger Woessner, Mr. Glassman, BR Lissfeld.

Bo *Eagleburger* (Bo) gibt auf Bitten von BM kurzen Überblick über bisheriges Ergebnis der Europareise[3]: Alle besuchten Regierungen[4], NATO-Rat[5] und EG-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Martius gefertigt und am 21. Februar 1981 über Staatssekretär van Well an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung" geleitet.
Hat van Well am 23. Februar 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau vorgelegen.
Hat Amtsrat Kusnezow am 4. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 331 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vermerk kann BM z. Zt. nicht zur Billigung vorgelegt werden." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 331, Bd. 127415.

2 Götz-Alexander Martius.

3 Der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, begann seine Europareise am 16. Februar 1981. Vgl. dazu den Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 16. Februar 1981; Referat 204, Bd. 123317.

4 Gesandter Mühlen, Paris, teilte am 18. Februar 1981 mit, daß der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 17. Januar 1981 vom französischen Außenminister François-Poncet empfangen worden sei: „Eagleburger habe von amerikanischer Seite zusammengetragene Informationen vorgelegt, die auf eine ausländische Unterstützung der Untergrundbewegung in El Salvador hinwiesen. Kuba und die Sowjetunion seien von Eagleburger namentlich genannt worden". François-Poncet habe Prüfung zugesagt: „Bei Bestätigung der Authentizität dieser Unterlagen verurteile Frankreich eine derartige Einmischung in die inneren Angelegenheiten von El Salvador." Mühlen wies darauf hin, daß „eine zu weitgehende Identifizierung Frankreichs mit einer harten amerikanischen Politik in dieser Region […] aus französischer Sicht nicht ohne mögliche Auswirkungen auf die Lage in seinen Überseedepartements und auch im Hinblick auf die französischen Präsidentschaftswahlen wenig opportun" wäre: „Frankreich möchte es vermeiden, zwischen einer Unterstützung ultrakonservativer Regierungen und Regierungen des Typs Kuba wählen zu müssen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 349; Referat 204, Bd. 123317.
Am 20. Februar 1981 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Meincke, Den Haag, daß Eagleburger am 18. Februar 1981 mit dem niederländischen Außenminister „zu relativ kurzem Gespräch" zusammengekommen sei. Am Folgetag habe van der Klaauw vor dem niederländischen Parlament versichert, daß „von amerikanischer Seite keinerlei politischer Druck auf die niederländische Haltung gegenüber El Salvador ausgeübt worden sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 72; Referat 331, Bd. 127412.
Gleichfalls am 18. Februar 1981 traf Eagleburger mit dem belgischen Außenminister Nothomb zusammen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 53 des Botschafters Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, vom 19. Februar 1981; Referat 331, Bd. 127412.
Am 19. Februar 1981 sprach Eagleburger in London mit dem britischen Lordsiegelbewahrer Gilmour. Im Rahmen der nur dreißig Minuten dauernden Unterredung sei von britischer Seite die Frage gestellt worden, „ob eine Unterstützung der moderaten Kräfte unter den Aufständischen durch den Westen angezeigt sei". Eagleburger habe eine solche Hilfe als „wenig aussichtsreich" bezeichnet, „da die militanten Gruppierungen unter [den] Aufständischen eindeutig beherrschend seien". Vgl. den Drahtbericht Nr. 281 des Botschafters Ruhfus, London; Referat 331, Bd. 127412.

5 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 18. Februar 1981 über die Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats durch den designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministeri-

Präsident Thorn[6] teilen Besorgnis über Waffenlieferungen nach El Salvador[7]. Die AM – weniger F – verweisen jedoch alle auf innenpolitische Problematik. Bo wiederholt die Hauptanliegen der Administration, d.h. Stopp der Waffenlieferungen, Stabilisierung der Regierung Duarte, was wegen der Angriffe des Extremismus von rechts und links schwierig, und Verbreiterung der demokratischen Basis. US-Regierung werde jedoch auch ohne Qualitätsverbesserung der Regierung Duarte dem Fluß der Waffen begegnen müssen. Zu den Mitteln konnte sich Bo nicht äußern, da Beratungen in Washington andauern. Erneute Versicherung fortlaufender Konsultation der Bundesregierung.

Auf Fragen BM erklärt Bo, Haig hat Gromyko mit allem Nachdruck auf US-Besorgnis und eventuelle Gegenmaßnahmen, über die noch nicht entschieden, hingewiesen. Auch Nicaragua sei erklärt worden, daß Waffenfluß aufhören müsse. Auf Frage StM: Beweise, daß etwa 90% der Waffen durch Nicaragua gehen, einiges über Honduras oder direkt. Die ursprünglich breite Basis der Regierung von El Salvador schrumpfte durch das Ansteigen der Gewalt.[8]

BM unterstreicht, Westen hat afghanische Widerstandskämpfer nie unterstützt. Administration muß SU klarmachen, daß bei Fortsetzung sowjetischer Unterstützung der Widerstandskämpfer in El Salvador Westen seine Zurückhaltung aufgeben kann. Administration besitze hier gegenüber SU eine Trumpfkarte. Übergehend auf das Verhältnis USA–Nicaragua, erläutert er am Beispiel des Verhaltens des Westens gegenüber Portugal, daß es sich lohnt, geduldig vorzu-

Fortsetzung Fußnote von Seite 278

um, Eagleburger, am Vortag, in deren Mittelpunkt die Lage in El Salvador und Nicaragua gestanden habe. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 283/284/285/286; VS-Bd. 10282 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Am Vormittag des 18. Februar 1981 fand ein Gespräch zwischen dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, und dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, statt. Im Mittelpunkt stand die vorgesehene humanitäre Hilfe der Europäischen Gemeinschaften für El Salvador. Thorn habe mitgeteilt, die EG-Kommission stehe „mit dem IKRK in Verbindung. Eagleburger habe die Befürchtung geäußert, daß die Hilfe in die Hände von sowjetisch unterstützten Guerilleros geraten könne. Dies würde die Beziehungen zu den europäischen Verbündeten beeinträchtigen." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 402 vom 19. Februar 1981; Referat 204, Bd. 123317.

7 Am 6. Februar 1981 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit, die amerikanische Tageszeitung „The New York Times" habe „Einzelheiten aus salvadorianischen Linken im Januar abgenommenen Dokumenten über Waffenlieferungen des Ostblocks an die marxistische Guerilla El Salvadors" veröffentlicht. Danach hätten „im Sommer 1980 die Sowjetunion, Äthiopien, Vietnam und mehrere osteuropäische Staaten […] Zusagen für Waffen und Ausrüstung für 10 000 Guerillas" gegeben: „Im State Department werden die Aussagen des Artikels im wesentlichen bestätigt. Die genannten Dokumente enthielten jedoch in dem Artikel nicht erwähnte Information darüber, wie die zugesagten Waffen später tatsächlich El Salvador erreicht hätten. Die entscheidenden ‚Go-betweens' seien Nicaragua und Kuba." Vgl. den Drahtbericht Nr. 482; Referat 331, Bd. 127412.

8 Referat 331 führte am 10. Februar 1981 aus: „Die zivil-militärische Regierung Duarte hat sich behauptet und wird von den USA gestützt. Sie könnte sich besser gegen rechtskonservative Kräfte innerhalb und außerhalb des Militärs behaupten, wenn sie durch Dialog und Verständigung eine gemeinsame demokratische Basis mit weiter links stehenden Politikern herstellen könnte. Die extreme Rechte kämpft weiter gegen die Reformen der Regierung Duarte und spekuliert auf Sympathien oder wenigstens ‚Gewährenlassen' seitens Regierung und Senat der USA." Vgl. Referat 331, Bd. 127412.
Kanzler Engel, San Salvador, berichtete am 11. Februar 1981: „Die linksextremistische Guerilla scheint nach dem militärischen Zusammenbruch ihrer ‚Endoffensive' erneut Zuflucht zu Terroraktionen alten Stils zu nehmen, offenbar mit dem Ziel, ein allgemeines Chaos zu schaffen. Während der letzten Woche kam es zu zahlreichen Bombenattentaten und Brandstiftungen vor allem gegen Anlagen der Stromversorgung und Tankstellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 10; Referat 331, Bd. 127412.

gehen. Auch er sei nicht besonders optimistisch, was die Zukunft Nicaraguas angehe: Man muß jedoch Nicaragua eindringlich die Vorteile einer unabhängigen Position klarmachen, und das muß auch im Rahmen westlicher Zusammenarbeit geschehen. Im Vordergrund muß jedoch deutliche Geste der USA stehen: In Nicaragua befürchten starke Kräfte eine Intervention. Ihnen muß durch ein umfassendes Hilfs- und Gesprächsangebot das Wasser abgegraben werden.[9]

BM regt ferner Einschaltung Mexikos an, dessen unabhängige Position ebenfalls Bürgerkrieg und dadurch ein zweites Kuba und Übertragung des Ost-West-Gegensatzes auf Mittelamerika zu verhindern trachtet.

Auf El Salvador übergehend, verweist BM auf Notwendigkeit, die in den unnatürlichen Gruppierungen beider Seiten vorhandenen demokratischen Kräfte zusammenzubringen. Es bedarf der Anstrengungen der politischen Parteien beider Länder, den tiefen Graben zwischen den salvadorianischen Streitparteien zu überwinden. BM wird in diesem Sinne Duarte, als Gast von der CDU eingeladen, in Eigenschaft als AM empfangen[10]; BM möchte auch hören, wie man Duartes Stellung stärken kann.

BM führt sodann aus: Entwicklung in Mittelamerika ist Teil einer geostrategischen Auseinandersetzung. SU erkennt, daß ihre Dritte-Welt-Politik festgefahren ist. Militärisch und politisch hat sich SU in Afrika und Mittelost in Gegensatz zu den Blockfreien gesetzt. Als Höhepunkt dieser Entwicklung ist Afghanistan eine schwere sowjetische Niederlage gewesen. Bei der Konferenz in New Delhi stabilisierten sich die Staaten der Blockfreienbewegung; sogar Indien hat seine Position verändern müssen.[11] Die SU hat erkannt, daß es kurzfristig aus diesem Engpaß keinen Ausweg gibt. Sie betreibt daher in Mittelamerika eine Entlastungsoffensive. Infolgedessen sei es der SU jetzt am liebsten, wenn Marines in El Salvador landen. Das ist dann das Afghanistan des Westens und wird seitens SU in der gesamten Welt, auch bei uns und in F, eine gigantische antiamerikanische Propagandawelle auslösen.

Angesichts dieser Interessenlage empfiehlt es sich, die SU an ihrer verwundbarsten Stelle zu packen.

Administration solle intern auf höchster Ebene dem Kreml mitteilen, daß radikale Veränderung der westlichen Politik in Mittelamerika und in Afghanistan möglich ist, wenn der Waffenexport nach El Salvador nicht umgehend eingestellt wird. Zweitens gilt es, mit einer westlichen Gesamtstrategie in Nicara-

9 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 13. Februar 1981 mit: „Nicaragua hat von zugesagten 75 Mio. Dollar EH aus dem Haushaltsjahr 1980 bisher 60 Mio. erhalten. Auszahlung der verbleibenden 15 Mio. Dollar wurde nach Amtsübernahme der neuen Regierung suspendiert. Da Vergabe der Hilfe vom vorigen Kongreß davon abhängig gemacht worden war, daß Nicaragua terroristische Aktivitäten in der Region nicht unterstützt, ist wegen der nunmehr als nachgewiesen geltenden Zusammenarbeit der nicaraguanischen Regierung mit den Aufständischen in El Salvador (Duldung von Waffentransporten) mit weiterer wirtschaftlicher Unterstützung Nicaraguas durch die USA bis auf weiteres nicht zu rechnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 602; Referat 331, Bd. 127455.

10 Am 25. Februar 1981 teilte Kanzler Engel, San Salvador, mit, daß die geplante „Europareise Duartes vorläufig nicht stattfinden" werde, da „man von einem bevorstehenden Vermittlungsversuch von Sozialistischer Internationale und Weltunion der Christdemokraten erfahren habe und zunächst das Ergebnis dieser Bemühungen abwarten wolle". Vgl. den Drahtbericht Nr. 18; Referat 331, Bd. 127412.

11 Zur Rolle Indiens bei der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu Delhi vgl. Dok. 38, Anm. 37.

gua das Feld für den kubanisch-sowjetischen Einfluß auszutrocknen. Drittens erklärt BM, die Bundesregierung wird alles tun, um Duarte und den ihm nahestehenden demokratischen Kräften zu helfen, Gräben zu anderen demokratischen Kräften zu überwinden.

BM betont mit Nachdruck seine Überzeugung, daß die Welt sich heute in der entscheidendsten und kritischsten Phase der internationalen Politik seit dem Zweiten Weltkrieg befindet.

Die SU muß überzeugt werden, daß es sich auch für sie lohnt, mit dem Westen maßvoll zusammenzuarbeiten und selbst Mäßigung zu zeigen. BM will nicht daran mitwirken, daß SU durch westliche Unentschlossenheit zu neuen Abenteuern ermutigt wird. BM verweist sodann auf die in seinem Interview vom 20.2.1981 mit dem Deutschlandfunk gegebene Analyse der Weltlage[12] und auf seine Erklärung vor dem NATO-Ministertreffen 1976[13] in Oslo (zu Rahmenbedingungen der atlantischen Sicherheit)[14].

Man müsse prüfen, wie man durch politische und wirtschaftliche Mittel Lateinamerika stabilisieren und immunisieren kann. Die SU muß ganz genau wissen, welches Risiko sie eingeht, wenn sie in „den Vorhof der USA" eindringt. Man muß bei der SU ansetzen, nicht bei Managua und San Salvador.

StM ergänzt, daß Einstellung der Unterstützung für Nicaragua für USA, auch wegen der zu erwartenden Reaktion in der Dritten Welt, größere Risiken birgt als Fortsetzung. Ein undemokratisches Nicaragua muß nicht unbedingt Kuba gleichgesetzt werden. Zu El Salvador empfiehlt er eine differenziertere Analyse. Weniger einseitige Betrachtung erleichtert den europäischen Regierungen ihrerseits das Reagieren und erhöht Glaubwürdigkeit der eigenen Argumente.

Bo dankt BM. In der ganzen Woche der Konsultationen in europäischen Hauptstädten hat er in Bonn zum ersten Mal eine strategische Betrachtung in größerem Zusammenhang gehört (er wiederholt dies dreimal).

Die Ausführungen zu Nicaragua beeindrucken ihn. US-Regierung dennoch sehr kritisch. Er sieht den Bewertungsunterschied in den Fällen Nicaragua und El Salvador in Europa: Amerikanische Unterstützung für ein undemokratisches El Salvador erregt größte öffentliche Verärgerung, die Unterstützung des undemokratischen Nicaragua hingegen findet Zustimmung. Die USA haben Nicaragua noch nicht aufgegeben. Er hat Zweifel, ob Kontakte mit der mexikanischen Regierung hilfreich sein werden. Die Administration, wiederholt er, muß reagieren, er begreift jedoch den Appell zu differenziertem Vorgehen.

BM läßt keinen Zweifel, daß USA als enger Verbündeter Anspruch auf Unterstützung hat. Partner im Bündnis zu sein, heißt sich gegenseitig helfen. Was kann zur Stabilisierung in Mittelamerika getan werden? Was kann die Bundesregierung tun? BM ist der Einladung des AM von Nicaragua bisher nicht

12 Zu Äußerungen des Bundesministers Genscher im Deutschlandfunk vgl. den Artikel „Bonn läßt sich mit seiner Einschätzung zu El Salvador Zeit"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Februar 1981, S. 5.

13 Korrigiert aus: „1975".

14 Auf der NATO-Ministerratstagung am 20./21. Mai 1976 in Oslo verwendete Bundesminister Genscher den Begriff der „äußeren und inneren Rahmenbedingungen des Bündnisses". Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 152.

gefolgt. Hätte eine neuerliche Begegnung mit AM d'Escoto[15] Nutzen für die USA? Zusage, daß die politischen Parteien ihre Verbindungen intensiv nutzen werden, um zur Stabilisierung beizutragen.

Bo antwortet, erster Schritt deutscher Unterstützung ist heutiges Gespräch, in dem BM Strategie entwickelt habe. Das Thema soll gegenüber Haig[16] im gleichen Sinn besprochen werden. Dann sieht er großen Nutzen in Vermittlung durch Parteien. Mit Emphase unterstreicht Bo, für die Administration ist heute von großer Bedeutung:

1) Einwirkung der Bundesregierung auf die übrigen NATO-Partner, wie die Bundesregierung positiv zu reagieren.

2) Öffentliche Verurteilung von Waffenlieferungen nach El Salvador und der Verstrickung sowjetischen Blocks darin.

BM sagt deutliche Erklärung für 21. Februar zu.[17] Frage, wie offizieller Besuch von AM Niehaus aus Costa Rica (23./24.2.81)[18] genutzt werden kann, ob USA Bedenken gegen Besuch des Kommandanten Arce aus Nicaragua[19] hat. Kein besonderes deutsches Interesse, sich mit Arce zu treffen. BM könnte ihn jedoch mit allem Nachdruck Meinung zu Waffenlieferungen sagen, ihm raten, keine außenpolitischen Abenteuer einzugehen, die die Beziehungen mit den USA belasten.

15 Der nicaraguanische Außenminister d'Escoto hielt sich am 28./29. August 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 255.
Zu einem weiteren Treffen mit Bundesminister Genscher kam es im Rahmen seines Besuchs vom 2. bis 5. März 1981. Vgl. dazu Dok. 54.

16 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

17 In einem Interview mit dem „Westdeutschen Rundfunk" am 22. Februar 1981 führte Bundesminister Genscher aus, es sei „unbestritten, daß die Sowjetunion versuche, durch ihre Politik der Einfluß-Ausdehnung Staaten der Dritten Welt unter ihre Kontrolle zu bringen […]. ‚Ich glaube, daß die Sowjetunion sehr genau abwägen muß, ob es auch in ihrem Interesse liegt, durch Waffenlieferungen in die verschiedenen Konfliktherde der dritten Welt die friedliche Lösung vorhandener schwerwiegender sozialer Probleme zu erschweren.'" Vgl. den Artikel „In der Sorge über die sowjetische Politik sieht sich Genscher mit Schmidt einig"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Februar 1981, S. 2.

18 Zum Besuch des costaricanischen Außenministers stellte Referat 331 am 24. Februar 1981 fest, Niehaus habe „Regierung Duarte [als] einzige Möglichkeit einer Übergangslösung mit demokratischen Perspektiven" in El Salvador bezeichnet: „Europäisches Interesse muß darauf gerichtet sein, Divergenzen auszugleichen und demokratische Mitte zu stärken. In Beantwortung Fragen von BM: Stabile Regierung der Mitte in El Salvador würde beweisen, daß Demokratie in Mittelamerika möglich. Scheitert sie, siegt Rechts- oder Linksextremismus. Obsiegt Linke, zerstört das jegliche demokratische Perspektiven in Nicaragua, polarisiert Guatemala, gefährdet Honduras und auch Costa Rica, weil sozialer Aufruhr in Mittelamerika gerade diese Staaten wirtschaftlich stark schwächt. Es besteht zunehmend die Gefahr, daß Einmischung der Supermächte Ost-West-Konflikt auf Zentralamerika überträgt. El Salvador ist besonders diesem Risiko ausgesetzt, da kubanische Einmischung US-Intervention auslösen kann. Radikale US-Maßnahmen wären aber größter Fehler, weil sie Linke stärken und weiter radikalisieren würden. Europa kann hier eventuell mäßigend Einfluß nehmen." Vgl. Referat 331, Bd. 127411.

19 Ministerialdirektor Gorenflos teilte der Botschaft in Washington am 27. Januar 1981 mit: „Das Direktorium der Sandinistischen Front (FSLN) hat über Botschaft Managua dringenden Wunsch an uns herangetragen, möglichst bald mit Bundeskanzler zu sprechen über Entwicklung sandinistischer Revolution und Themen weiterer Strategie. […] BM bereit, Gesprächswunsch zu entsprechen. Ferner sollen hochrangig Termine mit SPD und CDU vereinbart werden. BuKa wird, abgesehen von Terminschwierigkeiten, nicht als geeignete Gesprächsebene angesehen, da Arce nicht Regierungsmitglied." Vgl. den Drahterlaß Nr. 415; Referat 331, Bd. 127453.

Eines ist sehr klar: Die SU versucht, den USA in El Salvador eine Falle zu stellen, sie will Amerika provozieren, um „Gleichgewicht“ zu Afghanistan herzustellen. Ist diese Analyse richtig, muß der gesamte Westen alle politischen Möglichkeiten nutzen, um das zu verhindern. Die USA können dabei hundertprozentig auf alle politischen Kräfte bei uns zählen. Wir erleben einen historischen Prozeß, in dem der Westen sich die Staaten der Blockfreien zu Freunden für 20 Jahre machen kann. Das darf nicht unterbrochen werden. BM ist optimistisch, daß die nächsten 24 Monate entscheiden, ob Moskau sich angesichts fester westlicher Reaktionen aus der Isolation herauslöst oder nicht.

Bo begrüßt offiziellen Besuch von AM Costa Rica, eines Landes, das auf amerikanischer Seite steht. Er meint, Besuch des sehr stark marxistisch-kubanisch engagierten Kommandanten Arce könne nützlich sein.

Es wird vereinbart, daß State Department uns so schnell als möglich eine Stellungnahme zu den Besuchen von Niehaus und Arce[20] gibt. Besuch Duarte als sehr nützlich betrachtet.

Botschafter übergibt abschließend Papier zur Frage der humanitären EG-(Nahrungsmittel-)Hilfe. US offenbar auch Bedenken gegenüber IKRK, nicht aber gegenüber salvadorianischem RK.[21]

Referat 331, Bd. 127415

20 In einem undatierten Non-paper legte die amerikanische Regierung dar: „The United States believes that it would be a good idea for the Federal Republic of Germany to receive Bayardo Arce only in conjunction with taking a strong stand with him against the FSLN's participation in arms trafficking to El Salvador. […] if Foreign Minister Genscher meets with Arce, we would hope that he would emphasize that if the FSLN does not stop the arms trafficking to El Salvador, it may lose assistance from the United States, the Federal Republic, and other Western sources.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127453. Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius informierte die Botschaft in Managua am 13. März 1981, der Besuch einer nicaraguanischen Delegation unter Leitung des Mitglieds des Direktoriums der „Sandinistischen Front“, Arce, sei „hinfällig geworden, da dieser durch kürzlichen d'Escoto-Besuch abgegolten“. Vgl. den Drahterlaß; Referat 331, Bd. 127453.

21 Referat 402 teilte am 19. Februar 1981 mit, daß die EG-Kommission beabsichtige, El Salvador „400 000 ERE (ca. 1 Mio. DM) als Soforthilfe“ und „2000 t Getreide, 700 t Magermilchpulver und 200 t Butteröl als Nahrungsmittelsoforthilfe (Wert ca. 2,1 Mio. ERE = ca. 5,5 Mio. DM)“ zur Verfügung zu stellen. Diese Hilfe sollte über die Nichtregierungs-Organisation „Asociación Salvadorena Ecuménica de Servicio y Ayuda Humanitaria“ (ASESAH) geleitet werden, „nach Angaben der Kommission eine gemeinsame Einrichtung der katholischen und evangelischen Kirche“. Nach Auskünften der Botschaft in San Salvador biete ASESAH jedoch „keine Gewähr für rein humanitäre und unpolitische Hilfe“, so daß „eine Hilfe über das IKRK zusammen mit dem nationalen RK empfohlen“ werde. Vgl. Referat 331, Bd. 127412.

50

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.70 USA-248/81 VS-vertraulich **25. Februar 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Deutsch-amerikanische Konsultation über die Weiterführung der Rüstungskontrollpolitik im Bündnis

Bezug: DBe 738 und 739 aus Washington vom 24.2.1981, VS-vertr.[4]
Vorlage vom 4.12.1980, VS-vertr.[5]

Anl.: 1) DB 738 vom 24.2.81, 220-246/81 VS-vertr., 1 Fotokopie[6]
2) DB 739 vom 24.2.81, 220-247/81 VS-vertr., 1 Fotokopie[7]
3) Vorlage 220-2040/80 VS-vertr., 1 Fotokopie – nur für BM[8]

Intensive Konsultationen mit hohen Beamten der neuen Administration[9], vor allem des State Department und der ACDA – unter Teilnahme von Vertretern des US-Verteidigungsministeriums – boten Gelegenheit, unsere Auffassung über die Notwendigkeit der Fortsetzung einer realistischen und glaubwürdigen Rü-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. Februar 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. Februar 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr informativ. Mit nach W[ashington] nehmen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 3. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[err] Citron ist unterrrichtet. H[errn] Wa[llau] n[ach] R[ückkehr]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron erneut vorgelegen.

4 Botschafter Ruth, z. Z. Washington, berichtete über die deutsch-amerikanischen Gesprächen zu Rüstungskontrollthemen am 23./24. Februar 1981. Ruth teilte mit: „Ich legte das Hauptgewicht meiner Gespäche auf die Darstellung der Notwendigkeit, eindeutig an beiden Elementen des Doppelbeschlusses der Allianz vom 12. Dezember 1979 festzuhalten. Dementsprechend plädierte ich dafür, die Special Consultative Group (SCG) bald einzuberufen und der SU die Wiederaufnahme der LRTNF-Gespräche anzubieten. Die Nichtaufnahme der Gespräche dürfe nicht den US angelastet werden können." Demgegenüber sei von amerikanischer Seite betont worden, „daß die Administration die Überprüfung ihrer Position […] soeben erst begonnen habe". Vgl. VS-Bd. 13298 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Botschafter Ruth erläuterte Verlauf und Ergebnis von deutsch-amerikanischen Gesprächen über Rüstungskontrollthemen in Washington, und zwar „sowohl mit Beamten der gegenwärtigen Regierung als auch mit Beratern der künftigen Reagan-Administration": „Unserer Vorstellung, daß die Allianz durch eine auf konkrete, verifizierbare Ergebnisse hinzielende realistische Rüstungskontrollpolitik der sowjetischen Strategie, die Bündnispartner durch verbale Abrüstungsinitiativen auseinanderzudividieren, entgegenwirken müsse, fand weitgehend Verständnis." Bei der Erörterung von Einzelfragen habe sich gezeigt, „daß es zu diesem frühen Zeitpunkt bei den Reagan-Beratern bisher noch keine abgestimmten Vorstellungen gibt, daß jedoch die Fortsetzung von Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU grundsätzlich bejaht wird, allerdings unter der Prämisse, daß Verhandlungen eigene Verteidigungsanstrengungen nicht ersetzen können". Vgl. VS-Bd. 11313 (220); B 150, Aktenkopien 1980.

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11313 (220).

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11313 (220).

8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5.

9 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 als Präsident vereidigt

stungskontrollpolitik des Bündnisses eingehend darzulegen und in wichtigen Bereichen eine weitgehende Annäherung der Standpunkte zu erreichen.

Wichtigste Gesprächspartner waren:

– Under-Secretary Stoessel,
– Assistant Secretary Eagleburger,
– Counsellor McFarlane,
– Director Politico-Military Affairs, Richard Burt,
– General Rowny (voraussichtlicher Direktor der ACDA),
– Acting Director ACDA, Dr. Pillsbury,
– Direktor des Planungsstabes, P. Wolfowitz.

1) Implementierung der LRTNF-Verhandlungskomponente

Vorrangiges Ziel meiner Darlegungen bei allen Gesprächspartnern war es, auf die Notwendigkeit hinzuweisen, an beiden Elementen des Doppelbeschlusses der Allianz vom Dezember 1979[10] unbeirrt festzuhalten und dies auch in der Öffentlichkeit deutlich zu machen. Zur Glaubwürdigkeit des Dezember-Beschlusses gehöre es, daß der Westen beide Bestandteile, sowohl die Modernisierung als auch die Verhandlungskomponente, voll implementiere.

Das Festhalten der Allianz an ihrem Konzept könne u. a. durch folgende Schritte überzeugend unter Beweis gestellt werden:

– Erneute Bestätigung beider Elemente des Doppelbeschlusses durch amerikanische Regierung.[11]
– Einberufung der Special Consultative Group für Ende März[12] zur Erarbeitung eines Berichts an die Minister vor der NPG am 8.4.[13] und NATO-Frühjahrstagung am 4. und 5. Mai[14]. Aufgabe der SCG könnte sein:
  – Vorbereitung von LRTNF-Passagen für die Kommuniqués der NPG und des AM-Treffens im Mai; dabei ggfs. auch Bestätigung der Prinzipien des Dezember-Beschlusses und Fortschreibung der Datenbasis über LRTNF;
  – Bekräftigung des im Doppelbeschluß enthaltenen Verhandlungsangebots;
  – Signal an die SU, daß die USA zur Wiederaufnahme der Genfer LRTNF-Gespräche[15] bereit seien.[16]

Es zeigte sich, daß unsere Darlegungen, die anfänglich bei einigen Gesprächspartnern noch auf eine gewisse Reserve stießen, im Laufe der zweitägigen Konsultationen zunehmend Verständnis fanden. Ich habe auf die Rolle der Bundes-

10 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
11 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja, schon: Reagan/Thatcher."
12 Zur siebten Sitzung der Special Consultative Group (SCG) der NATO am 31. März 1981 in Brüssel vgl. Dok. 92.
13 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8. April 1981 vgl. Dok. 103.
14 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
15 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.
16 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Schon bei BK-Besuch Wash[ington]."

regierung bei der Erarbeitung des Doppelbeschlusses und auf die politische Bedeutung der Kontinuität bei der Arbeit der SCG und bei den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen hingewiesen. Im Blick auf diese politische Bedeutung habe ich vorgeschlagen, beim Besuch des Bundesministers[17] in geeigneter Weise folgendes öffentlich festzuhalten:

– Bestätigung des Doppelbeschlusses einschließlich des Verhandlungsangebots.
– Einberufung SCG.
– Wenn möglich, Bekräftigung der amerikanischen Gesprächsbereitschaft.[18]

Besonders der vorrangig für Europa zuständige Assistant Secretary Eagleburger, der von AM Haig als neuer Vorsitzender der SCG vorgesehen ist, aber auch Richard Burt, zeigten lebhaftes Interesse für unsere Argumentation und erklärten sich bereit, unsere Vorschläge für das weitere Vorgehen innerhalb der Administration weiterzuverfolgen und AM Haig die Einberufung der SCG für Ende März/Anfang April vorzuschlagen. Mehrere Gesprächspartner machten deutlich, daß Washington nicht beabsichtigt, die Substanz beider Komponenten des Doppelbeschlusses zu modifizieren; das gilt sowohl für die im Nachrüstungsbeschluß genannten Systeme als auch für die im IDD[19] niedergelegten Prinzipien für LRTNF-Verhandlungen.

2) Allgemeine amerikanische Überlegungen zur Rüstungskontrolle

Unsere Gesprächspartner baten um Verständnis für ihr Bemühen, den gesamten Bereich der Ost-West-Beziehungen einschließlich der Rüstungskontrollaspekte einer gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Es liege Washington daran, in Zukunft eine zusammenhängende und in sich schlüssige Außenpolitik zu führen, deren Bestandteile sich gegenseitig ergänzten.

Man habe daher eine Reihe von breit angelegten Studien unter Federführung des State Department in Auftrag gegeben, welche eine Zusammenschau der zahlreichen außenpolitischen Herausforderungen erlauben solle, denen die Administration begegnen müsse.

Vorrang habe eine Studie über die Ost-West-Beziehungen, für deren Erarbeitung drei Monate vorgesehen seien.[20] Gleichzeitig würden u. a. folgende Bereiche untersucht: „Beziehungen zu den Verbündeten“, „Die USA und die Entwicklung im Persischen Golf“. Ziel dieser Studie sei es, Positionen für die Administration zu erarbeiten, u. a. als Grundlage für den amerikanischen Beitrag

17 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

18 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

19 Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

20 Am 6. April 1981 nahm Ministerialdirektor Hansen Stellung zu dem Ende März 1981 übergebenen amerikanischen Arbeitspapier zu den Ost-West-Beziehungen. Wesentliche Gesichtspunkte seien „der Wunsch der neuen amerikanischen Administration, ‚unter den Verbündeten einen neuen politischen Konsens für eine Strategie aufzubauen, die darauf ausgerichtet ist, die SU zu einer Politik der Zurückhaltung anzuhalten‘, hierdurch das Vertrauen der westlichen Verbündeten im Bündnis zueinander neu zu stärken […], die Geschlossenheit des Westens nach innen sowie der SU gegenüber deutlich zu machen und damit auch eine wichtige Grundlage für effektive Gespräche westlicher Staaten mit der SU zu schaffen“. Dieses könne „aus deutscher Sicht nur begrüßt werden“. Vgl. VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

zu künftigen Allianzkonsultationen. In den Rahmen dieser Studie gehört auch eine Untersuchung über die einzelnen Ost-West-Rüstungskontrollverhandlungen und über das „linkage"-Konzept[21]. Washington komme es dabei darauf an, deutlich zu machen, daß Rüstungskontrollverhandlungen auch im Lichte anderer internationaler Entwicklungen gesehen werden müßten.

Ereignisse wie Ende 1979 in Afghanistan[22] und jetzt möglicherweise in Polen könnten nicht ohne Auswirkungen auf den Rüstungskontrolldialog zwischen Ost und West bleiben.

Ich habe festgestellt, daß wir für die Standortbestimmung der neuen amerikanischen Regierung Verständnis haben, und die amerikanische Bereitschaft begrüßt, über die Ergebnisse mit den Bündnispartnern zu konsultieren. Dabei sei aber zu bedenken, daß für den Bereich LRTNF im Doppelbeschluß eine gültige Basis geschaffen sei, die weder hinsichtlich der Modernisierung noch des Verhandlungsangebots in Frage gestellt werden dürfe. Anders als bei SALT sei deshalb bei LRTNF eine längere Anlaufzeit nicht erforderlich. Über LRTNF könne und solle vor Abschluß der SALT-II-Überprüfung[23] gesprochen werden. Dies schließe natürlich nicht aus, daß im Bündnis nach Verhandlungsbeginn laufend geprüft werde, ob und ggfs. welche Anpassungen des Verhandlungsvorschlags erforderlich seien.

Wichtig sei im übrigen die Darstellung des „linkage"-Konzepts im Bündnis. Nach unserer Auffassung sei realistische Rüstungskontrollpolitik, wie z. B. das LRTNF-Angebot, kein Geschenk an die SU, sondern vielmehr eine gleichgewichtsorientierte Bemühung der Allianz um mehr Stabilität.

3) Zusammenhang zwischen SALT und LRTNF

Amerikanische Gesprächspartner stimmten unserer Auffassung zu, daß Verhandlungen über interkontinentalstrategische Systeme und über LRTNF als Teil des SALT-Prozesses zu betrachten seien, um jeden Eindruck eines decoupling zu vermeiden. Sie zeigten Verständnis für unseren Wunsch, die Fortsetzung der LRTNF-Gespräche nicht an die Aufnahme von SALT-II-Neuverhandlungen zu knüpfen, sondern die Genfer Gespräche im Interesse einer parallelen Implementierung beider Teile des Doppelbeschlusses vorweg und zunächst gesondert, aber konzeptionell als Teil des SALT-Prozesses zu beginnen. Die Verknüpfung beider Verhandlungsstränge könne zu einem späteren Zeitpunkt – sobald die Verhandlungen über interkontinentalstrategische Systeme wieder begonnen haben – vorgenommen werden. Über die denkbaren Lösungen gelte es zu gegebener Zeit in der Allianz zu konsultieren.

4) Fortsetzung des SALT-Prozesses

Amerikanische Seite bestätigte Bereitschaft zur Fortsetzung des SALT-Prozesses, betonte jedoch die Notwendigkeit einer gründlichen Überprüfung der bis-

21 Zu den außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der neuen amerikanischen Regierung unter Präsident Reagan, insbesondere zum Konzept des „linkage", vgl. Dok. 36, Anm. 16.

22 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

23 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

herigen Ergebnisse und der Erarbeitung neuer Zielvorgaben. Zehn Jahre SALT hätten nicht zu der erhofften Stabilisierung des nuklearen Kräfteverhältnisses geführt. Im Gegenteil, Moskau habe in dem Zeitraum massiv aufgerüstet und sei jetzt in der Lage, durch sein ICBM-Potential die landgestützten amerikanischen Raketen mit einem vernichtenden Erstschlag zu bedrohen. Probleme künftiger strategischer Rüstung, u. a. MX, und Rüstungskontrolle müßten von den amerikanischen Regierungsstellen sorgfältig geprüft werden, bevor die Administration ihr Konzept für eine Neuverhandlung von SALT II entwickeln und mit den Bündnispartnern konsultieren könne.

Eine auf strategische Stabilität und Bewahrung der Abschreckung zielende Neuverhandlung liege letztlich auch im Interesse der Alliierten, die daher Verständnis für die notwendige Überprüfung des Verhandlungskonzepts zeigen sollten.

Wir sprachen uns für eine Fortsetzung des SALT-Prozesses und die Bewahrung wichtiger Elemente des SALT-II-Vertrages aus, die nach unserer Auffassung zur strategischen Stabilität und damit zur Sicherheit der Allianz beitrügen (wie z. B. die Beschränkung der Zahl der Sprengköpfe pro Rakete).

Burt bestätigte, daß Washington den SALT-Prozeß nicht in Frage stelle und auch an eine Fortsetzung der regelmäßigen Gespräche in der SALT Standing Consultative Commission denke. Amerikanische Seite stimmte unserem Vorschlag zu, daß die Vereinigten Staaten ihre Vorstellungen für die Neuverhandlungen möglichst frühzeitig im Bündnis konsultieren, auf jeden Fall vor dem Beginn etwaiger sowjetisch-amerikanischer SALT-Verhandlungen.

Auf unsere Frage bestätigte Burt, daß eine Verlängerung des Protokolls nicht akzeptabel sei. Burt plädierte im übrigen für künftige Konsultationen über strategische Fragen, um sicherzustellen, daß sich die Vorstellungen der Verbündeten über die Strategie des Bündnisses nicht auseinanderentwickeln.

5) Weitere Rüstungskontrollthemen

Amerikanische Gesprächspartner erklärten, daß es noch keine abgestimmte Position der Administration zu den meisten anderen Rüstungskontrollthemen gebe.

– Lediglich zur KAE habe Washington im Interesse des Bündnisses frühzeitig eine klare Unterstützung des französischen Vorschlags[24] beschlossen. Washington werde an dieser positiven Auffassung festhalten, erwarte allerdings von den Bündnispartnern, daß diese zusammen mit den USA jede Einbeziehung amerikanischen Territoriums – wie sie möglicherweise der jüngste

24 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, teilte am 16. Februar 1981 mit, in der Plenarsitzung am selben Tag habe der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, die Unterstützung der USA für den französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa bekanntgegeben, „weil er in Richtung auf qualitativ neue vertrauensbildende Maßnahmen mit militärischer Signifikanz gerichtet sei“ und ein „klares Bindeglied zwischen einer Nach-Madrid-Konferenz und dem KSZE-Prozeß darstelle“. Ferner habe er ausgeführt: „Wenn die USA somit den französischen Vorschlag voll unterstützten, dann unter der Bedingung, daß die im französischen Vorschlag enthaltenen Kriterien ‚the mimimum conditions‘ für eine Nach-Madrid-Konferenz über Sicherheit darstellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 223; Referat 212, Bd. 133420.

Breschnew-Vorschlag[25] impliziere – ablehnen würden. Dies schließe nicht aus, daß die Einlassung Breschnews im Interesse der westlichen Zielsetzung genutzt werde. Entscheidend sei baldige Abstimmung im Bündnis.

– MBFR bedürfe einer gründlichen Überprüfung. Amerikanische Seite zeigte Verständnis für unser Anliegen an dieser Verhandlung angesichts der Tatsache, daß unsere gesamten Streitkräfte betroffen sind, und für unsere positive Bewertung der bisherigen westlichen Abstimmung bei der Erarbeitung der Verhandlungsposition.
– Weltweite Abrüstungsdiskussion in den VN und CD:
Erarbeitung von Positionen in diesem Bereich hat derzeit in Washington keine Priorität, auch weil in der zuständigen ACDA führende Stellen noch nicht besetzt wurden.

Wir betonten Bedeutung der VN und des CD für den zunehmend wichtiger werdenden sicherheitspolitischen Dialog mit der Dritten Welt. Es liege im westlichen Interesse, angesichts gefährlicher Instabilitäten in vielen Regionen das Gespräch über Rüstungskontrolle und Abrüstungsfragen mit den ungebundenen Staaten ernst zu nehmen.

Amerikanische Gesprächspartner sagten zu, unsere Anregungen zu prüfen, bei einigen aktuellen Diskussionspunkten im Genfer Abrüstungsausschuß und im Ad-hoc-Ausschuß „Friedenszone Indischer Ozean“[26] etwas mehr Flexibilität zu zeigen, um es der SU nicht zu leichtzumachen, die Ungebundenen für sich zu gewinnen.

Ruth

VS-Bd. 11313 (220)

25 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

26 Referat 222 erläuterte am 27. Januar 1981, daß der Vorschlag, das Konzept einer Friedenszone Indischer Ozean (FZIO) auszuarbeiten, „von Sri Lanka schon in der 26. GV der VN (1971) eingeführt“ worden sei. Das Hauptanliegen sei gewesen: „Beseitigung der militärischen Präsenz ‚raumfremder‘ Großmächte, insbesondere Abzug aller nuklear bewaffneten Schiffe, Schließung ihrer Stützpunkte sowie Erklärung zur kernwaffenfreien Zone. […] Die GV setzte einen Sonderausschuß ein, der die Abhaltung einer FZIO-Konferenz 1981 in Colombo vorbereiten soll. Dem Ausschuß gehören nunmehr 45 Staaten […] an – seit Frühjahr 1980 auch USA, GB, F, IT, NL und wir (als ‚maritime Hauptnutzer‘ eingeladen).“ Vgl. Referat 222, Bd. 124553.
Am 9. März 1981 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN): „Am 6.3. ging dreiwöchige Sitzungsperiode des Ad-hoc-Ausschusses über den Indischen Ozean zu Ende […]. In sehr geschickter Zusammenfassung versuchte Vorsitzender des Ausschusses Eindruck zu vermitteln, daß endgültige Entscheidung über Colombo-Konferenz nunmehr in Juni-Sitzung des Ad-hoc-Ausschusses getroffen werden müsse. Westliche Delegationen hatten zuvor, ohne die harten amerikanischen Formulierungen aufzunehmen, Teilnahme an Colombo-Konferenz im Jahre 1981 ausgeschlossen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 495; Referat 222, Bd. 124553.

51

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-1828/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. Februar 1981, 16.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 737 **Ankunft: 25. Februar 1981, 15.09 Uhr**

Betr.: Bewertung des Moratoriumsvorschlags Breschnews[2]

Bezug: DE Nr. 1039 Plurez vom 24.2.81 – 221-372.20/40 VS-NfD

Zur Information

1) Von den Vorschlägen, die Breschnew in seinem Rechenschaftsbericht vor dem 26. Parteitag[3] zur Rüstungskontrolle gemacht hat, ist der Vorschlag eines Moratoriums für Mittelstreckenwaffen-Dislozierung eindeutig in erster Linie an die Bundesregierung Deutschland[4] gerichtet.

In der gegenwärtigen Situation, in der der NATO-Beschluß zur Dislozierung[5] in der innenpolitischen Diskussion der Bundesrepublik[6] immer mehr in den Vordergrund tritt, ist dieser Vorschlag in erster Linie als neuer Versuch zu werten, die Implementierung des Dezember-Beschlusses doch noch zu verhindern. Breschnew hat dies selbst durch den Appell an die Parlamente Westeuropas deutlich gemacht:

Zitat: „Über eins sollte man sich im klaren sein: Die Stationierung gegen die UdSSR und ihre Bündnispartner gerichteter neuer USA-Raketen auf dem Territorium der BRD, Italiens, Großbritanniens, der Niederlande oder Belgiens wird sich zwangsläufig auf unsere Beziehungen zu diesen Ländern auswirken, ganz zu schweigen davon, wie sehr ihre eigene Sicherheit beeinträchtigt werden wird. Demnach haben die Regierungen und Parlamente dieser Länder allen Grund, diese gesamte Frage und wieder einmal zu prüfen.“[7]

1 Hat Legationsrat Schlote am 26. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vogel verfügte. ,
Hat Vogel am 27. Februar 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Barker und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Barker am 2. März 1981 vorgelegen.
Hat Arnot am 9. März 1981 vorgelegen.

2 Am 23. Februar 1981 schlug der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in einer Rede vor dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau vor, „bereits jetzt ein Moratorium für die Stationierung neuer Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR festzulegen, das heißt, diese Mittel – natürlich einschließlich der vorgeschobenen Kernwaffen der USA in diesem Gebiet – quantitativ und qualitativ auf dem vorhandenen Stand einzufrieren. […] Dabei gehen wir davon aus, daß von beiden Seiten jegliche Vorbereitung auf eine Stationierung entsprechender zusätzlicher Mittel, darunter der US-amerikanischen Pershing-2-Raketen und landgestützter strategischer Flügelraketen, eingestellt wird.“ Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 756.

3 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

4 So in der Vorlage.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Zur Diskussion in der Bundesrepublik über den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 7.

7 So in der Vorlage.
Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 750.

2) Vergleicht man den Vorschlag mit der anderen wichtigen Initiative gegen TNF-Dislozierung in Europa, der Breschnew-Rede am 6.10.1979 in Ost-Berlin[8], so ist die SU hinter das damalige Angebot zurückgegangen: Zum einen wurde damals eine Reduzierung der Kernwaffenträger mittlerer Reichweite in den westlichen Gebieten der SU im Vergleich zum damaligen Stand angeboten, und im Gegensatz zu heute war damals von den amerikanischen Forward Based Systems noch nicht die Rede, die nunmehr auch in das Moratorium einbezogen werden sollen.

In den Gesprächen mit dem Bundeskanzler am 1.7.1980[9] hatte Breschnew noch „die Idee eines Verzichts auf die Stationierung von Raketen mittlerer Reichweite in Europa" abgelehnt, weil dies praktisch nur die SU betreffen würde, „ein ungleichberechtigtes Herangehen", mit dem man nicht einverstanden sein könne. Wenn heute ein Moratorium angeboten wird, so sicherlich im Bewußtsein der Tatsache, daß das inzwischen hingestellte sowjetische Mittelstreckenpotential ausreicht, von einem „ungleichberechtigten Herangehen" somit jetzt nicht mehr die Rede sein kann. Von einem wirklichen Stationierungsverzicht im Sinne einer Reduktion ist ohnehin auch diesmal nicht die Rede.

3) In der Optik der sowjetischen Sicherheitspolitik kann der Moratoriumsvorschlag nur bedeuten, daß das SS-20-Programm praktisch abgeschlossen ist. Die jüngsten Informationen von amerikanischer Seite scheinen dies auch zu bestätigen. Ausgehend von der mit dieser Vorrüstung erworbenen günstigen Position, steuern Sowjets weiterhin den Kurs eines geschickt angelegten, diplomatischen und propagandistischen Vorgehens gegen die Implementierung des Dezember-Beschlusses, indem sie die TNF-Dislozierung und die Forward Based Systems negotiabel machen, sich Konzessionen bei den eigenen Mittelstreckenpotentialen jedoch völlig offenlassen.

4) Diese Haltung ist angesichts der sowjetischen Einschätzung der eigenen Verteidigungserfordernisse und des Ausmaßes der globalen Bedrohung von außen – d. h. nicht nur von seiten der NATO – schlüssig. Die sowjetische Argumentation gegen den Dislozierungsteil des Doppelbeschlusses stützt sich auf zwei Argumente:

(1) Es handelt sich bei SS-20 um eine Modernisierungsmaßnahme, wie dies auch im NATO-Bereich üblich ist. Die Anzahl der Raketen wird sogar gegenüber dem SS-4/SS-5-Potential verringert;

(2) die sowjetischen Raketen erreichen die USA nicht, während Pershing II und Cruise Missiles das Territorium der UdSSR erreichen.

Diese Logik wird auch zur Folge haben, daß Sowjets die tatsächliche Dislozierung von Pershing II und Cruise Missiles mit entsprechenden eigenen Entwicklungen beantworten werden, die wahrscheinlich ohnehin schon eingeleitet sind.

8 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

9 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Für das Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, Ministerpräsident Kossygin und Außenminister Gromyko am 1. Juli 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 193.

5) Überblickt man alle bisherigen sowjetischen Versuche, den NATO-Beschluß zu verhindern bzw. nachträglich aus den Angeln zu heben, so waren diese nicht von der Bereitschaft geprägt, einen wirklichen Preis hierfür zu bezahlen[10]. Dies deutet nach wie vor auf eine Unterschätzung des Durchhaltevermögens der anderen Seite hin. In dieser Bewertung scheint die SU in erster Linie durch die Diskussionen in Parlament und Öffentlichkeit der betroffenen westeuropäischen Länder bestärkt zu werden. Mit einem Eingehen der Sowjets auf den NATO-Verhandlungsvorschlag wird wohl erst dann zu rechnen sein, wenn die Entschlossenheit und Geschlossenheit der Bündnispartner in der Frage der Antwort auf die sowjetische Vorrüstung für Moskau nicht mehr zweifelhaft ist.[11] Solange dies nicht der Fall ist, werden sowjetische Vorschläge in diesem Bereich in erster Linie für die Diskussion in der Öffentlichkeit bestimmt sein.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13268 (213)

52

Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an Bundeskanzler Schmidt

26. Februar 1981[1]

Sehr verehrter und lieber Herr Bundeskanzler[2],

am Montag dieser Woche[3] war für mich in der Hannoverschen Straße die erste schwierige Situation zu bestehen, wovon ich Ihnen wenigstens kurz glaube berichten zu sollen. Auch deshalb, weil der Vorgang ganz elementar mit den Beziehungen zwischen uns und der DDR zu tun hat. Sie haben von Gunter Huonker vermutlich berichtet bekommen, daß am Vormittag die bisher stärkste Gruppe von DDR-Deutschen, nämlich drei Ehepaare mit vier Kindern, die Ständige Vertretung mit der festen Absicht betreten hat, das Haus nicht eher zu verlassen, als ihr durch uns die Ausreise verbindlich versprochen sei.

Die drei Männer und eine der Frauen, eine 42jährige Gynäkologin, hatten bereits Haftstrafen wegen eines früheren Fluchtversuches in Cottbus absitzen müssen. Alle waren sich, als sie in die Vertretung kamen, darüber klar, daß sie

10 Der Passus „einen wirklichen … bezahlen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Eben.“

11 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Haken hervorgehoben.

1 Ablichtung.
Privatdienstschreiben.
Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 3. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundeskanzler Schmidt verfügte und handschriftlich vermerkte: „Verschlossen!“
Hat Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „St[aats]M[inister].“

2 Die Anrede wurde von Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, handschriftlich eingefügt.

3 23. Februar 1981.

nicht nur sich selber, sondern auch die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in eine ganz prekäre Situation bringen würden (für einen der Männer hatte sich vor Jahr und Tag Herbert Wehner verwendet).

Nach einigen Gesprächen, die ich mit der Gruppe führte, war ich eigentlich sicher, daß diese Menschen über lange Monate mit großer Ernsthaftigkeit über diesen äußersten Schritt nachgedacht hatten und genau wußten, daß der Ausgang durchaus ungewiß sei. In überzeugender Weise entschuldigten sie sich dafür, daß sie mich gerade am Anfang meiner Arbeit in eine ganz heikle Lage gebracht hätten.

Da alle wegen „Republikflucht" bereits „vorbestraft" waren (zwei Akademiker, die seit der Amnestie[4] als Maurer bzw. Kfz-Mechaniker arbeiten müssen), war eine gute Lösung durch den Ihnen inzwischen vertrauten Rechtsgelehrten[5] keineswegs verbürgt. Erst am späten Abend kam V. in die Vertretung und gab die erhoffte Zusicherung. Er vermittelte glaubhaft den Eindruck, daß die Klärung im Sinne jedenfalls von zwei der drei Ehepaare allerhand Anstrengung gekostet habe.

Abgesehen davon, daß diese erste Erfahrung mit einer für die Vertretung immer wieder besonders gefährlichen und die Arbeit hier gefährdenden Lage auch abgehärtete Gemüter so bald nicht losläßt, belegt der gute Ausgang des Geschehens am Montag,

erstens, daß wir der DDR stets aufs Neue und in klarer Sprache vorführen müssen, daß wir unter menschlichen Erleichterungen mehr verstehen als Besuche von Onkel Willi bei Tante Frieda, und

zweitens, daß der hiesige Generalsekretär sicher recht hat, wenn er Ihnen sagen läßt, daß wir das „Erreichte sichern" wollten.[6]

Auch dort ist ihm zuzustimmen, wo er feststellt, daß die Beziehungen zwischen uns und der DDR nicht so schlecht seien, wie bisweilen der Eindruck erweckt werde.

Sie verstehen bitte, daß ich Ihnen – da Sie sich in den nächsten Tagen mit Ihrem Bericht zur Lage der Nation[7] gedanklich zu beschäftigen beginnen – diese Eindrücke schildern wollte, wenngleich Ihnen der sachliche Vorgang und frühere Vorgänge vertraut sind.

Ihr
Klaus B.

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006636

4 Aus Anlaß des 30. Jahrestags der Gründung der DDR gab die Regierung der DDR am 26. September 1979 eine Amnestie bekannt, die zum 10. Oktober 1979 wirksam werden sollte. Vgl. dazu den Artikel „Ost-Berlin entließ die ersten Amnestierten"; DIE WELT vom 11. Oktober 1979, S. 4.

5 Wolfgang Vogel.

6 Vgl. dazu die durch den Ost-Berliner Rechtsanwalt Vogel am 12. Februar 1981 Bundeskanzler Schmidt übermittelte Nachricht des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker; BONN UND OST-BERLIN, S. 565–568.

7 Bundeskanzler Schmidt gab am 9. April 1981 im Bundestag den Bericht zur Lage der Nation. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1541–1549.

53

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahnstein, Bundeskanzleramt

27. Februar 1981[1]

Herrn Bundeskanzler – verschlossen –

Gespräch mit Scheich M. Aba al-Khail (auf dessen Initiative zustande gekommen)

M. bat mich ausdrücklich, Ihnen die besten Grüße von Kronprinz Fahd und Verteidigungsminister Prinz Sultan auszurichten (mit denen er sich abgestimmt hatte). Man freut sich in Riad sehr auf Ihren Besuch[2], und zwar völlig unabhängig vom Diskussionsstand zur Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor[3]. Kronprinz Fahd ist am Meinungsaustausch mit Ihnen zu weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Fragen besonders interessiert. Er erinnert sich gerne an vorausgegangene Gespräche[4] (einschließlich Ihrer Anmerkungen zur saudischen Wirtschafts- und Finanzpolitik!).

Um bei Ihrem Besuch nicht zu viel Zeit und Aufmerksamkeit auf den Rüstungssektor konzentrieren zu müssen, sei die Entsendung einer diskreten „advance party" angezeigt, was zu einer willkommenen Klärung des Sachverhalts beitragen könnte. Ich habe diesen Vorschlag als sehr erwägenswert bezeichnet.[5]

Zum Rüstungssektor selbst hatte M. folgende Hinweise mitgebracht:

1) Riad denkt an den Erwerb folgender Systeme:

– 750 „Marder" (modernste Version),
– 150 „Leo II" (modernste Version),
– 60 „Gepard" mit 35 mm-Flak[6]

1 Ablichtung.
Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, vermerkte handschriftlich für Staatssekretär van Well: „Bitte sagen Sie doch Herrn BM Genscher, daß ausschließlich Zeitnot beim Gesprächspartner eine vorherige Unterrichtung verhindert hat. Für mich ist dieser Gesprächskontakt damit auch abgeschlossen."
Hat Staatssekretär van Well am 3. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister b[itte] sofort vorlegen".
Hat Bundesminister Genscher am 3. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Für Gespräch mit Bu[ndes]k[anzler]." Dazu handschriftlicher Vermerk: „6.3."

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

3 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 40, Anm. 12.

4 Bundeskanzler Schmidt führte im Rahmen seines Aufenthaltes vom 29. bis 31. Mai 1976 in Saudi-Arabien Gespräche mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd. Für das Gespräch vom 30. Mai 1976 vgl. AAPD 1976, I, Dok. 164. Zum Gespräch am 31. Mai 1976 vgl. AAPD 1976, I, Dok. 171.
Fahd besuchte die Bundesrepublik vom 21. bis 23. Juni 1978. Für seine Gespräche mit Schmidt am 21. Juni 1978 vgl. AAPD 1978, I, Dok. 195 und Dok. 197.
Ein weiteres Gespräch fand am 14. Mai 1979 statt. Vgl. AAPD 1979, I, Dok. 134.

5 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben.

6 Flugabwehrkanone.

einschließlich Ersatzteile und Training. Das ist erheblich weniger, als von den meisten Beobachtern bisher angenommen worden war.

2) Der genaue Zeitrahmen für den Aufbau des Gesamtsystems bleibe noch zu erörtern. Dies hänge unter anderem von der Heranbildung gründlich ausgebildeten saudischen Personals ab. Die spezifische Ausbildung solle sich bei uns und in Saudi-Arabien vollziehen; man könne sich jedoch auch vorstellen, türkische Erfahrungen und Möglichkeiten zu nutzen.

3) Klauseln über den Einsatz des Systems (defensiv ausgelegte Sicherheitspolitik u.s.f.) könnten erörtert werden. Für diese und andere Einzelfragen halte sich Prinz Sultan mit seinen Mitarbeitern zur Verfügung.

Ich habe M. erneut um Verständnis gebeten, daß die grundsätzliche Überprüfung der für unsere Rüstungsexportpolitik gültigen Kriterien mehr Zeit benötige, als zunächst vorgesehen, und daß auch das Ergebnis dieser Prüfung nach wie vor offen sei. Für den Zeitpunkt Ihres Besuches sei mit abschließenden Resultaten deshalb kaum zu rechnen.

Das Interview von Prinz Sultan (31.1.81)[7] habe ich besonders positiv gewürdigt: Hier werde der defensive Charakter der saudischen Sicherheitsstrategie deutlich unterstrichen. Damit sei ein sensibler Punkt in positiver Weise angesprochen worden – auch unser eigenes Verteidigungssystem sei eindeutig defensiv strukturiert, was die Diskussion bei uns stark präge.

Zur Frage der für den Betrieb und die Wartung der gewünschten Systeme notwendigen beruflichen Qualifikationen habe ich M. eine (nicht geheime) Übersicht überlassen.

Zu „Tornado“[8] gefragt, gab M. klar zu erkennen, daß dieses Projekt in den Entscheidungsgremien, denen er angehöre, nicht diskutiert worden sei. Soviel ihm

7 Am 31. Januar teilte Botschafter Vestring, Djidda, zu einer Presseerklärung des saudi-arabischen Verteidigungsministers mit, Prinz Sultan habe unterstrichen, „daß die bestehende Freundschaft zwischen den Regierungen und den Völkern des Königreichs (Saudi-Arabien) und der Bundesrepublik Deutschland viel wichtiger ist als ein Waffengeschäft, das aus der Sicht des Königreichs ein reines Handelsgeschäft ist. Der Prinz sagte, daß Saudi-Arabien bei den deutschen Behörden bislang keinen spezifischen Antrag vorgelegt hat.“ Prinz Sultan habe weiter betont, „daß die Politik des Königreichs und besonders seine Sicherheitspolitik nur auf seine eigene Sicherheit und den Schutz seiner Interessen ausgerichtet ist, wie das auch in Deutschland der Fall ist“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 57; Referat 422, Bd. 124242.

8 Zum saudi-arabischen Interesse am Erwerb von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ vgl. Dok. 40, Anm. 11.
Am 27. Februar 1981 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann, daß sich das Kabinett am 25. Februar 1981 mit der „Frage britischer Tornado-Verkäufe an Saudi-Arabien“ befaßt und die „deutsche Entscheidung bis zur Klärung näherer Einzelheiten (darunter Anzahl, Version, Lieferdatum der Flugzeuge und Einsatzkonzeption Saudi-Arabiens) zurückgestellt“ habe. An Premierministerin Thatcher solle in Beantwortung ihres Schreibens vom 17. Februar 1981 an Bundeskanzler Schmidt zunächst ein Zwischenbescheid ergehen. Dabei vertrete Referat 201 „nicht die Auffassung, daß sich die Bundesregierung für Exportentscheidungen der britischen Regierung politisch verantwortlich machen lassen muß, nur weil das zu exportierende Waffensystem aus gemeinsamer europäischer Entwicklung und Produktion unter deutscher Beteiligung stammt. […] Vielmehr dürfte es ganz im Gegenteil der Politik der Bundesregierung auf die Dauer nützlich und deshalb zweckmäßig sein, die politische Verantwortung für solche Exporte unmißverständlich und uneingeschränkt jeweils dem exportierenden Koproduktionspartner zuzuschreiben. Im Interesse einer unverzichtbar gewordenen gemeinsamen europäischen Rüstungskooperation und einer weiterhin uneinge-

bekannt sei, solle sich die Ausrüstung der Luftwaffe auf US-Gerät (F-15) stützen. Er will sich aber erneut erkundigen und dafür Sorge tragen, daß uns noch vor Ihrem Besuch eine diskrete Information zugeht.

Wertung

Riad ist an dem Geschäft – wohl auch aus Prestigegründen – nach wie vor stark interessiert. Eine Absage muß unsere Beziehungen deutlich belasten, und zwar auch dann, wenn sie nicht mit Rücksichtnahme auf Israel begründet wird (Gesichtsverlust).

Andererseits können wir diese Frage noch eine Weile offenhalten. Ihr Besuch wäre damit keinesfalls belastet.

Vorschläge

1) Gespräch mit BM Genscher, bei dem folgende Punkte erörtert werden sollten:

a) o. a. Geschäft mit Saudi-Arabien und gegebenenfalls „Tornado“;

b) weiteres Vorgehen der Bundesregierung in der Grundsatzdiskussion „Rüstungsexporte“; nach wie vor liegt die Initiative m. E. zu sehr bei den Koalitionsfraktionen;

c) evtl. weitere Behandlung der U-Boot-Problematik.

2) Wir sollten überlegen, eine „advance party“ nach Riad zu entsenden (schon Anfang April). Firmenvertreter sollten ihr nicht angehören. Mögliche Teilnehmer: Beamte aus AA, BMWi und BMVg.

Herrn StS van Well habe ich telefonisch informiert. Er erhält Durchdruck des Vermerks.

Lahnstein

Referat 010, Bd. 178843

Fortsetzung Fußnote von Seite 295

schränkten Kooperationsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland bleibt die Zuweisung der politischen Verantwortung auf den exportierenden Koproduzenten realistischerweise die einzige Form der ‚Distanzierung‘ vom beabsichtigten Waffenexport.“ Vgl. VS-Bd. 10372 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

54

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Martius

331-321.36 NIC **3. März 1981**[1]

Betr.: Arbeitsbesuch des AM von Nicaragua, Pater Miguel d'Escoto, in Bonn vom 2. bis 5.3.81

1) Nach offiziellem Besuch im August 1980[2] erneute Begegnung BM mit AM von Nicaragua auf dessen Wunsch. Begleitung: Minister für Wiederaufbau, Haroldo Montealegre; Botschafter Mejía. Neben Gespräch mit BM ersucht AM d'Escoto Termine mit BM Matthöfer und Offergeld, ferner mit politischen Parteien und Stiftungen.

2) Gespräch BM–AM d'Escoto nahezu drei Stunden, freundschaftlich-verständnisvolle Atmosphäre.

AM d'Escoto führt aus:

2.1) Zu El Salvador:

Entwicklung äußerst gefährlich, kaum mehr tragbar. Lösung nur noch durch politischen Dialog. Hinweis auf

erstens Gefahr direkter US-Intervention, die, wenn Wirklichkeit, fatal wäre;

zweitens Anregung des costaricanischen Präsidenten Carazo, die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) einzuschalten. Das könne zu interventionistischen Manövern in der Region führen und schaffe nur Konfusion.

AM bedauert jegliches Fehlen amerikanischer politischer Phantasie gegenüber Mittelamerika und dankt für Interesse Bundesregierung, wie Mexiko zu notwendigem politischen Dialog zwischen Streitparteien beizutragen.

Er unterstreicht Bereitschaft salvadorianischer Revolutionäre an Gesprächslösung, bezweifelt Fähigkeit Regierung Duartes, einen sinnvollen Beitrag dazu leisten zu können, da diese Regierung nicht stabil. Duarte selbst sei vermutlich zu Dialog bereit, um amerikanischer Intervention zu entgehen.

Besorgnis amerikanischer Regierung über nach nicaraguanischer Auffassung unbewiesene Waffenlieferungen aus kommunistischen Ländern sei Vorwand für eigene US-Waffenlieferungen und entstamme dem Wunsch, in El Salvador

[1] Vortragender Legationsrat I. Klasse Martius leitete die Aufzeichnung am 3. März 1981 über Ministerialdirigent Limmer an das Referat 011 zur Verwendung in der Kabinettssitzung am 4. März 1981.
Hat Limmer am 3. März 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neukirchen am 3. März 1981 vorgelegen.
Hat Staatssekretär van Well am 3. März 1981 vorgelegen.
Hat Amtsrat Wittek vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 311 „zur Kenntnisnahme und zum Verbleib" verfügte.
Hat Martius am 5. März 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Ederer verfügte.
Hat Ederer vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 331, Bd. 127453.

[2] Der nicaraguanische Außenminister d'Escoto hielt sich am 28./29. August 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 255.

revolutionären Sieg wie in Nicaragua[3] zu verhindern. Regierung Duarte sei jedoch auch durch wirtschaftliche und militärische Hilfe nicht mehr zu halten. Auch bei der sandinistischen Revolution in Nicaragua hätten USA behauptet, sie sei durch kommunistische Waffenhilfe unterstützt worden. Das sei unrichtig.

Das Gerede der Administration von Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Völker sei unaufrichtig. Seine, des AM, Bemühungen um Gespräche mit AM Haig seien erpresserisch immer wieder mit der Begründung vertagt worden, erst müsse das Problem El Salvador gelöst sein.

AM mitteilt unmittelbar bevorstehenden gemeinsamen Aufruf venezolanischer und mexikanischer Regierungen an alle Konfliktparteien in El Salvador.[4] Diesen Appell sollten Regierungen wie die von Nicaragua, Panama und der Bundesrepublik Deutschland unterstützen, um zu positiver Reaktion beider Seiten beizutragen. Evtl. könnten sogar die USA dazu veranlaßt werden, vermutlich auch Ecuador und Brasilien. AM unterstreicht und BM bestätigt mit Nachdruck, daß es nicht um Vermittlung gehen könne. Wer vermittelt, muß Lösungsformeln finden, die Lösung des Konflikts in El Salvador aber müssen die Salvadorianer selber suchen.

AM läßt Zweifel durchblicken, ob von SI[5] angeregte Vermittlung durch SI-Vorsitzenden Brandt[6] zu Erfolg führt. Allenfalls könnten Persönlichkeiten mit internationalem Ruf einen Anstoß geben. Dann aber könnten nur die unmittelbar Beteiligten miteinander verhandeln.

2.2) Zur Lage in Nicaragua:

Größte Besorgnis über das Verhältnis zu den USA. Trotz nicaraguanischen Mißtrauens gegenüber Vereinigten Staaten, das auf 70 Jahre alter Geschichte der Beeinflussung der Geschicke des Landes durch USA beruht, keine antiamerikanischen Gefühle. Verbesserung der Beziehungen jedoch nur möglich, wenn

3 Zur Revolution in Nicaragua am 17. Juli 1979 vgl. Dok. 11, Anm. 9.

4 Botschafter Sudhoff, Mexiko, teilte am 15. April 1981 mit, zum Abschluß des Besuchs des Präsidenten Herrera vom 6. bis 8. April 1981 in Mexiko sei ein Kommuniqué veröffentlicht worden, in dem die Bereitschaft Herreras und des Präsidenten López Portillo erklärt worden sei, „auf der Suche nach friedlichen Lösungen zur Beendigung des Bürgerkrieges in San Salvador ihre Hilfe anzubieten“. Beide hätten „jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten El Salvadors“ verurteilt und erklärt, solche Aktionen „würden die Gefahr einer Internationalisierung des Konflikts erhöhen“. Sudhoff führte dazu aus: „Nicht überraschend war die Übereinstimmung der beiden Staatspräsidenten in der Frage der Ablehnung nordamerikanischer Interventionen in der Region.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 353; Referat 331, Bd. 127445.

5 Sozialistische Internationale.

6 Zur Frage einer möglichen Vermittlung des SPD-Vorsitzenden Brandt in El Salvador wurde in der Presse berichtet: „Als unrichtig hat die SPD Meldungen bezeichnet, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ersucht worden sei, zwischen den feindlichen Lagern in Salvador zu vermitteln. Richtig sei vielmehr, daß Brandt als Vorsitzender der Sozialistischen Internationale vom Lateinamerika-Ausschuß aufgefordert worden sei, sich bei der amerikanischen Regierung dafür zu verwenden, daß die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung geschaffen würden. Brandt werde das Interesse der Sozialistischen Internationale an einer solchen Lösung ‚zum Ausdruck bringen und im Rahmen seiner Möglichkeiten daran mitwirken, einen Dialog aller Beteiligten zu ermöglichen.‘“ Vgl. den Artikel „Bedenken im Kongreß gegen US-Militärhilfe“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. März 1981, S. 6.
Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 20. März 1981 mit: „State Department unterrichtete uns in Umrissen über einen vom stellv[ertretenden] SPD-Vorsitzenden Wischnewski kürzlich der US-Botschaft in Bonn übergebenen Plan des SI-Vorsitzenden Brandt sowie des Christdemokraten Rumor, in mehreren Phasen eine politische Lösung des Konflikts in El Salvador anzustreben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1174; Referat 012, Bd. 125904.

amerikanische, nicht nicaraguanische Haltung sich ändert. Keine Rückkehr zur unwürdigen Vergangenheit, keine Einschüchterung durch Sanktionen wie z. B. Einstellung der Weizenlieferungen.

Die Suspendierung der restlichen US-Dollar 15 Mio. aus US-Wirtschaftshilfe von US-Dollar 75 Mio.[7] unter Berufung auf ein amerikanisches Gesetz, das der Administration einseitige Entscheidungen erlaube, stellt eine neuerliche Bedrohung dar und bedeutet Bestrafung für die nach der Revolution erfolgte erste Aufnahme von Beziehungen zu kommunistischen Staaten. Zur Rückzahlung der vorher ausgezahlten Hilfe ist Nicaragua nicht in der Lage.

AM dankt emphatisch für stets von der Bundesregierung gezeigtes Verständnis und Entwicklungshilfe. Erbittet Prüfung der Möglichkeit, einen Kredit von US-Dollar 100 Mio. (etwa zwei bis drei Freijahre, zehn Jahre Laufzeit) zu gewähren, um aus Wiederaufbauprogramm, Preisverfall und Ölpreissteigerung resultierende Wirtschaftsmisere zu überwinden und Pluralismus zu gewährleisten.

Wiederaufbauminister Montealegre erläutert dies ausführlich.

2.3) Zu Menschenrechtskommission und Verhaftung des Vorsitzenden Esteban González[8]:

AM erklärt unter Berufung auf große Beachtung dieser Frage in der deutschen Presse, die MRK sei wieder zugelassen worden, obwohl sie der gesetzlichen Basis ermangele und nicht anerkannt sei. Ihr bisheriger Vorsitzender Esteban González wurde verhaftet, da er durch das Ansehen Nicaraguas schädigende Erklärungen im Ausland das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Ordnung verletzt und Steuerhinterziehungen sowie Veruntreuung von Mitteln begangen hat. AM erläutert ausführlich, daß Vorwurf von 8000 Inhaftierten falsch. Prozeß gegen González wird unter Beteiligung der MRK der VN und der OAS, der Interamerikanischen MRK und der Internationalen Juristenkommission stattfinden.[9]

3) Abschließend Einladung an BM zu offiziellem Besuch in Nicaragua. BM nimmt Einladung an. Termin muß noch vereinbart werden.

7 Zur Suspendierung der amerikanischen Entwicklungshilfeleistungen an Nicaragua vgl. Dok. 49, Anm. 9.
Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 3. April 1981: „Die US-Botschaft teilt mit […] Papier vom 1.4.1981 die Entscheidung der US-Regierung über die Einstellung der US-Wirtschaftshilfe für Nicaragua offiziell mit: Der Regierungsbeschluß beruht auf dem Foreign Assistance Act 1961, nach dem Wirtschaftshilfe für ein Land beendet werden muß, wenn festgestellt wird, daß dieses Land in einem anderen Land Gewalt unterstützt." Die amerikanische Regierung habe allerdings auf die sofortige Rückzahlungsforderung eines Kredits in Höhe von 40 Mio. Dollar verzichtet. Vgl. Referat 331, Bd. 127454.

8 Botschafter Haak, Managua, teilte am 20. Februar 1981 mit: „José Esteban González, nationaler Koordinator Ständiger Menschenrechtskommission, in Nacht vom 19./20.2. verhaftet. Laut Erklärung Justizministers Castillo wird ihm Verstoß gegen ‚Gesetz zur Aufrechterhaltung der Ordnung und öffentlichen Sicherheit' durch sein Auftreten im Ausland und seine Erklärungen im Inland vorgeworfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 32; Referat 331, Bd. 127456.

9 Am 9. März 1981 berichtete Botschafter Haak, Managua, der Nationale Koordinator der Ständigen Menschenrechtskommission von Nicaragua, González, sei am 3. März 1981 freigesprochen und aus der Haft entlassen worden. Haak führte dazu aus, der Freispruch sei „ein Zeichen dafür, daß Erwägungen der Mäßigung und der Rücksichtnahme auf die internationale öffentliche Meinung auch weiterhin eine Chance in Nicaragua haben. Der wegen des Verfahrens nach Managua gereiste Präsident der Internationalen Juristenkommission, William J. Butler, durfte den Prozeß beobachten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 161; Referat 331, Bd. 127456.

4) BM erfreut über so rasche Wiederbegegnung nach erfolgreichem offiziellem Besuch August 1980.

In Einschätzung der Situation unterstreicht er überall in Bundesrepublik Deutschland feststellbares Verständnis für Wünsche der Lateinamerika-Völker zur Selbstverwirklichung, nationaler Selbstbestimmung und echter Demokratisierung. Nach erstem Besuch von AM d'Escoto enge Konsultationen mit dem jeweiligen amerikanischen AM.[10] Bundesrepublik Deutschland hat als Alliierter der USA und Freund Nicaraguas kein Interesse an Spannungen zwischen beiden und zu keinem dieser Länder.

Hinweis auf das Bemühen der beiden großen deutschen Parteien, zusammen mit ihren internationalen Zusammenschlüssen auf die Konfliktpartner zur Verbesserung der Dialogbereitschaft einzuwirken. SPD-Vorsitzender Brandt führte deswegen mit ehemaligem MP und AM Rumor Gespräche.

Bundesregierung wie Nicaragua überzeugt, daß an der Spitze politischer Lösungen der Dialog stehen muß. Wir haben nicht das Recht, El Salvador eine innere Ordnung vorzuschreiben, aber Pflicht, Dialog zu verwirklichen.

Falls SPD- und SI-Vorsitzender und beide salvadorianischen Seiten bereit, begrüßt Bundesregierung diesen Weg.

Auch nicaraguanischer Beitrag wertvoll. Man muß sehen, daß jede politische Lösung durch Fortsetzung von Waffenlieferungen erschwert wird. Wir begrüßen daher nicaraguanische Erklärung, solche Waffenlieferungen auch durch nicaraguanisches Gebiet verhindern zu wollen. Damit unterstützt Nicaragua Stabilisierung in der Region und vermindert amerikanische Besorgnisse.

BM weist darauf hin, daß er Gespräch mit AM d'Escoto als Vorbereitung auf USA-Besuch sieht.[11] Er war im Gespräch mit Botschafter Eagleburger von offener US-Haltung zu Nicaragua und El Salvador beeindruckt[12]; wird US-Regierung nächste Woche baldige Aufnahme von Gesprächen mit Nicaragua empfehlen. Die Erklärung, daß Nicaragua Waffenlieferungen nicht zuläßt, wird beruhigend wirken.

Wir verstehen unsere Rolle darin, bei Wiedergewinnung des Vertrauens zwischen USA und Nicaragua zu helfen. Beide müssen Neuanfang suchen. Persönliche Gespräche der beiden (US-[13] und nicaraguanischen) AM dazu sehr wichtig. BM wird daher mit US-Regierung Entwicklung in Zentralamerika ausführlich erörtern und zu Dialog raten. BM empfahl AM d'Escoto, mit den USA das Gespräch auch selbst zu suchen und die USA weniger zu kritisieren.

Zur Frage der EH Verweis auf beachtliche, stets in freundschaftlichem Geiste gewährte deutsche Leistungen, die wir als Beitrag zur Pluralität sehen, an

10 Bundesminister Genscher unterrichtete den amerikanischen Außenminister Muskie mit Schreiben vom 4. September 1980 über die Gespräche mit dem nicaraguanischen Außenminister d'Escoto am 28./29. August 1980. Für das Schreiben vgl. Referat 331, Bd. 127450.

11 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

12 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 20. Februar 1981 vgl. Dok. 49.

13 Alexander M. Haig.

deren Erhaltung großes Interesse. Anregung, Kreditwunsch mit Ressorts zu erörtern; wir zu wohlwollender Prüfung bereit.[14]

Zur Menschenrechtskommission und Verhaftung von Esteban González Hinweis auf in deutscher Öffentlichkeit darüber entstandene Besorgnisse. Hoffnung, daß bei Prozeß gegen González von AM genannte internationale Organisationen tatsächlich anwesend sein können und alle rechtsstaatlichen Garantien gewährleistet werden.

AM sagte beides zu.

Martius

Referat 331, Bd. 127453

55

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen

02-360.90-33/81 geheim **4. März 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister zur Information

Betr.: Politische und militärische Bedeutung der „Rapid Deployment Joint Task Forces“ für die europäischen NATO-Verbündeten

1) Vorbemerkung

Die USA haben auf die in den siebziger Jahren ausgebaute und in Angola, Äthiopien und Vietnam erprobte erhöhte Interventionsfähigkeit der Sowjetunion nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan[3] mit einer grundlegenden Revision ihrer Verteidigungsplanungen reagiert. Sie wollen u. a. in der Lage sein, mit angemessenen militärischen Mitteln auf unvorhergesehene Ereignisse auch in entlegenen Regionen der Welt reagieren zu können. Deshalb forcieren sie die Schaffung eines neuen, im wesentlichen im US-Heimatgebiet stationierten gemischten Einsatzverbandes als Schnelleingreiftruppe mit globalem Radius („Rapid Deployment Joint Task Force“, RDF).

14 Die Wörter „wir zu wohlwollender Prüfung bereit“ wurden von Staatssekretär van Well gestrichen. Vortragender Legationsrat Wolf notierte am 15. April 1981, nach Rücksprache mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit sehe „die Bundesregierung keine Möglichkeit, der Bitte Nicaraguas um einen Kredit von 100 Mio. US-Dollar zu entsprechen“. Vgl. Referat 331, Bd. 127454.

1 Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Schönfelder konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 16. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 02 verfügte.
Hat Ministerialdirektor Hansen am 17. März 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Schönfelder verfügte.
Hat Schönfelder am 18. März 1981 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär van Well am 7. März 1981 vorgelegen.

3 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Trotz des grundsätzlich weltweiten Einsatzbereichs dieser Truppe konzentrieren sich die augenblicklichen Planungen für den Aufbau und eventuellen Einsatz der RDF auf Südwestasien.

Ausgangspunkt dafür ist die Überlegung, daß der Aufbau einer militärischen Abschreckung in diesem Raum nötig und möglich ist,

– nötig, weil die Sicherung des Bezugs von Rohöl in erster Linie zwar eine politische und wirtschaftliche Aufgabe, aber auch eine militärische ist: die SU muß vor weiteren militärischen Aktionen in der Region abgeschreckt werden;
– möglich, weil das Interesse der SU am Rohöl Südwestasiens in den kommenden Jahren u. U. zwar größer wird, wahrscheinlich aber nicht so groß, daß sie einen dritten Weltkrieg riskieren würde, nur um zu vermeiden, eine relativ geringe Menge ihres Rohölbedarfs auf dem Weltmarkt kaufen zu müssen. Auch wenn sie in den 80er Jahren zum Nettoimporteur werden sollte, wird ihr Selbstversorgungsgrad noch lange viel höher sein als der des Westens.

Über die Kosten von RDF bestehen offensichtlich nur unklare Vorstellungen. Amerikanische Schätzungen bewegen sich für 1980/81 bei 2 Mrd. US-$, für 1982 ebenfalls bei 2 Mrd. US-$ und für den Planungszeitraum 1982 bis 1987 zwischen 10 und 30 Mrd. US-$.

Diese Zahlen, wie auch die folgenden über Stärke der RDF, Auswirkungen auf die NATO und zusätzliche Leistungen der europäischen Verbündeten, wurden von Under Secretary of Defense Komer vor dem DPC am 12.11.1980 vorgetragen.[4] Es ist ungewiß, ob sie weiter Grundlage für die RDF-Planungen der neuen Administration sein werden. Verschiedene Äußerungen aus jüngster Zeit sprechen allerdings eher dafür. Aus unserer Sicht sind die von Under Secretary Komer bezifferten Erwartungen von zusätzlichen Leistungen der europäischen Verbündeten z. T. unrealistisch und nicht erfüllbar.

Unabhängig von den direkten Auswirkungen und Möglichkeiten des Konzepts der RDF sowie seiner Bedeutung für die westliche DW-Politik – Aspekte, die hier nicht behandelt werden sollen – hat die Aufstellung der RDF auch indirek-

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 12. November 1980, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Newsom, und der Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium, Komer, hätten am Vortag über die amerikanischen Pläne hinsichtlich der Lage in Südwestasien informiert. Komer habe auf daraus resultierende steigende Lasten für die europäischen Verbündeten hingewiesen und dazu erklärt: „Man habe zu der Dreiprozent-Forderung inzwischen viel politische Kritik gehört. Man sei der Auffassung, je mehr Debatte, um so besser. Das Problem sei nicht wirtschaftlicher Art, sondern politischer Natur, nämlich ob man der Verteidigung politische Priorität einräume. Komer fügte hinzu, er warne vor der Annahme, man komme bei der neuen Administration günstiger weg, eher das Gegenteil werde der Fall sein.“ Wieck legte dazu dar: „Frappierend ist, mit welcher Einseitigkeit auch in der mittelfristigen Planung allein der Ausbau der militärischen Fähigkeiten dargelegt wird. Wirtschaftliche und entwicklungspolitische Perspektiven, die im Briefing in Nebensätzen als Allgemeinplatz behandelt werden, konnten auch auf Nachfragen, so durch den deutschen Vertreter, nicht zutage gefördert werden. Das erscheint um so schwerwiegender, als in dieser Sicht auch die in S[üd-]W[est-]A[sien] engagierten NATO-Staaten lediglich in der auch von der SU bevorzugten Weise eines Kräfteaufbaus reagieren. Das steht im Gegensatz zu der von der NATO ursprünglich formulierten Analyse, daß mit Afghanistan nicht nur ein zusätzliches Ost-West-Problem entstanden sei, sondern eine Frontstellung Ost-Süd entstanden ist. Hier bietet sich möglicherweise ein wesentlicher Ansatzpunkt zur Diskussion der amerikanischen Vorstellungen auf politischer Ebene.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1613/1614; VS-Bd. 10312 (201); B 150, Aktenkopien 1980.

te Auswirkungen für Westeuropa und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland:

2) Eventuelle Verlegung des Hauptquartiers der RDF nach Europa[5]

a) Sachverhalt

Der Stab der „Joint Chiefs of Staff" hat eine Empfehlung erarbeitet, die Einsatzbefehlsbefugnis („Operational Command") über die RDF von „Readiness Command", MacDill Air-Force-Base in Tampa, Florida, auf das „European Command" in Stuttgart zu übertragen.

Dies würde aus militärischer Sicht große Vorteile bieten:

– Der Befehlsbereich des nationalen US-Kommandos „Europa" (Personalunion mit SACEUR – General Rogers) schließt bereits jetzt Südwestasien ein.
– Es könnte auf vorhandene eingespielte nationale und NATO-Führungs- und Fernmeldestrukturen zurückgegriffen werden; damit Führungsfähigkeit der RDF wesentlich verbessert.
– Im Bedarfsfalle könnte leichter auch weiteres in Europa stationiertes amerikanisches Potential für Einsätze im Nahen und Mittleren Osten genutzt werden.

b) Bewertung

Für die europäischen Verbündeten, vor allem für die Bundesrepublik Deutschland, bedeutete dies im Falle einer sowjetisch-amerikanischen Konfrontation in der Golfregion eine faktische Involvierung (Leitungszentrale, Transit von Mannschaften und Material, Nutzung von Depots und Kasernen), die bisher in diesem Umfang nicht gegeben wäre und über deren Umfang sowie politische und militärische Bedeutung zwischen den beteiligten Regierungen auch noch keine Gespräche stattgefunden haben.

3) Auswirkungen der RDF-Planungen auf die NATO

a) Sachverhalt

Die RDF hat keine eigenen Kampftruppen, sondern ihr werden von Fall zu Fall die notwendigen Einheiten zugeteilt.

Die US-Administration hat uns schon mehrfach wissen lassen, daß

– bei Planung und eventuellem Einsatz von RDF auch auf Bodentruppen, Luftstreitkräfte und Marine-Einheiten zurückgegriffen werden wird, die für die NATO-Unterstellung vorgesehen sind;
– dies „die Fähigkeit der NATO, glaubwürdig den Warschauer Pakt abzuschrekken, erheblich schwächen" könne;
– deshalb die europäischen Verbündeten ihre eigenen Verteidigungsanstrengungen entsprechend erhöhen müßten.

Folgende, ursprünglich für eine NATO-Unterstellung vorgesehenen Kräfte sollen nach den von der Carter-Administration im DPC vorgelegten Zahlen in der Endstufe des Aufbaus (Mitte der 80er Jahre) den RDF zugeordnet werden:

[5] Zu Überlegungen hinsichtlich einer Verlegung des Hauptquartiers der RDF nach Europa vgl. Dok. 42, Anm. 16.

– sechs bis sieben Divisionen Landstreitkräfte (aus sog. NATO-Verstärkungstruppen);
– etwa 50% der strategischen Lufttransportkapazität;
– ein Marineinfanterie-Korps (50000 Mann);
– etwa 160000 Mann (= 42% der bisher für die NATO vorgesehenen) Unterstützungstruppen (Pioniere, Fernmeldetruppen etc.);
– etwa 640 Kampfflugzeuge (= 20% von bisher 3200 für die NATO vorgesehenen);
– etwa 72 F-15 Abfangjäger (= 20% von bisher 360 für die NATO vorgesehenen);
– drei bis vier Flugzeugträger samt den dazugehörigen Begleitschiffen.

Im übrigen sind schon jetzt nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan eine Trägerkampfgruppe und zwei Überwasser-Kampfschiffe, die normalerweise im NATO-Bereich operieren, im Indischen Ozean disloziert worden.

Dies bedeutet, daß im NATO-Bereich u.U. Lücken entstehen, die auch durch eine beschleunigte Verwirklichung des LTDP[6] nicht zu füllen sind.

Deshalb wurden von der Carter-Administration folgende zusätzliche Leistungen der europäischen Verbündeten für notwendig gehalten:
– im Bereich der Landstreitkräfte 18 neue Brigaden, davon 15 in Mitteleuropa (nach Heeresstruktur 4 hat die Bundeswehr – Feldheer – 36 Brigaden);
– im Bereich der Luftwaffe etwa 350 Kampfflugzeuge und 70 Abfangjäger;
– einen erhöhten Anteil der zivilen Luftflotten für Krisenfälle;
– im Bereich der Marine ca. 30 zusätzliche Kampfschiffe;
– schnelle Verwirklichung des (noch auszuhandelnden) „Host Nation Support" (HNS)-Programms[7] (Infrastruktur-Maßnahmen, Einlagerung von Gerät usw.).

b) Bewertung

Auch wenn die Reagan-Administration diese Zahlen in dieser Form nicht wiederaufnehmen sollte, bringt die Aufstellung von RDF mit großer Wahrscheinlichkeit für die Verbündeten dennoch neue zusätzliche Forderungen der USA mit sich. Es ist nicht verwunderlich, daß angesichts der von der Carter-Administration gespannten Erwartungshorizonte 3%[8] nur als Untergrenze für die reale jährliche Steigerung der Verteidigungsausgaben der Verbündeten gesehen wurden. Die Reagan-Administration vermeidet zwar die Nennung der 3%-Zahl, verfolgt aber in der Sache die gleiche Politik.

Schon jetzt ist andererseits sicher, daß z.B. die Bundesrepublik Deutschland – unabhängig von der unausweichlich auf uns zukommenden Personalnot bei der

6 Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington wurde eine Reihe von Maßnahmen als Aktionsprogramm bestätigt, das dazu beitragen sollte, das Verteidigungspotential des Bündnisses den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen. Für den deutschen Wortlaut der amtlichen Zusammenfassung des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 483–486. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 152.
7 Zum Host Nation Support vgl. Dok. 45.
8 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

Bundeswehr – mittelfristig bei dem zu erwartenden niedrigen realen Wirtschaftswachstum und dem Konsolidierungszwang, unter dem der Bundeshaushalt steht, nur bei erheblichen Umschichtungen zugunsten des Einzelplans 14 das 3%-Ziel wird annähernd erreichen können.

Die Bundesregierung ist zudem schon vor den Plänen zum Aufbau der RDF (politische) Verpflichtungen innerhalb der NATO eingegangen, die zusammen mit den Forderungen der USA nach erhöhten Leistungen im Host-Nation-Support-Bereich auch bei Erreichung des 3%-Ziels nicht alle finanziert werden könnten. Erst recht könnten darüber hinausgehende Forderungen nicht erfüllt werden.

Theoretisch wäre es zwar möglich, etwa durch Mobilisierung von Reserven und noch größere Umschichtungen im Haushalt als wahrscheinlich ohnehin schon notwendig, die durch die Aufstellung von RDF entstehenden Lücken (teilweise) zu füllen. In der politischen Praxis dürfte es aber außer im Kriegsfalle kaum möglich sein, hierzu einen innenpolitischen Konsens herbeizuführen.

Es besteht deshalb nicht nur die Gefahr, daß durch den Aufbau der RDF das Bündnis in seiner Fähigkeit, den Warschauer Pakt glaubwürdig abzuschrekken, geschwächt, sondern daß es darüber hinaus neuen politischen Spannungen ausgesetzt wird.[9]

Hansen

VS-Bd. 11605 (02)

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann legte am 9. April 1981 zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen vom 4. März 1981 dar, berücksichtig werde ausschließlich Zahlenmaterial der amerikanischen Regierung unter Präsident Carter. Die neue amerikanische Regierung habe diese Daten jedoch bisher nicht bestätigt: „Zu betonen sind die flexiblen Planungsprinzipien, die der Aufstellung der RDF zugrunde gelegt wurden. Weder ist eine Neuaufstellung von Truppenverbänden noch eine feste Zuweisung bestehender Verbände zur RDF vorgesehen." Die Feststellung in der Aufzeichnung, „durch Aufbau der RDF bestehe die Gefahr einer verminderten Abschreckungswirkung des Bündnisses", erscheine als „zu weitgehend. Die USA sind sich darüber im klaren, daß die von Komer genannten Anforderungen an die europäischen Verbündeten aus innenpolitischen wie auch – in unserem Falle – völkerrechtlichen Gründen (Beschränkung des Umfangs der Bundeswehr durch WEU-Verträge) nicht erfüllbar sind. Ihre Überlegungen richten sich daher vor allem auf die Frage, wie angesichts einer noch anwachsenden Bedrohung mit dem vorhandenen Streitkräftepotential in Europa eine glaubwürdige Abschreckung aufrechterhalten werden kann. Dies soll insbesondere erreicht werden durch verbesserte Verstärkungsplanungen gemäß LTDP-Konzept (‚Rapid Reinforcement Plan'), wobei von den europäischen Verbündeten verstärkt Eigenleistungen durch unterstützende Maßnahmen erwartet werden (‚Host Nation Support'). Bisher können wir davon ausgehen, daß die Planungen für die RDF diesen Rahmen berücksichtigen." Vgl. VS-Bd. 11605 (02); B 150, Aktenkopien 1981.

56

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.14 USA-282/81 VS-vertraulich **4. März 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Vorbereitung Ihres Besuchs in Washington[3]

Betr.: Konferenz über Abrüstung in Europa;
hier: Erklärung Generalsekretär Breschnews auf dem Parteitag der KPdSU vom 23.2.81[4]

Bezug: Weisung des Herrn StS in der heutigen Direktorenbesprechung

I. Unser Anliegen

Bei der amerikanischen Entscheidung zugunsten des französischen KAE-Vorschlags[5] dürfte die Überlegung, daß eine KAE in Madrid ohnedies kaum zustande kommen werde, die Meinungsbildung beschleunigt haben. Nach der Erklärung Breschnews vor dem 26. Parteitag könnte es in Washington Tendenzen geben, das sowjetische Zugeständnis in der geographischen Frage, dessen Reichweite noch auszuloten ist, zu vernachlässigen und weiterhin von der Wahrscheinlichkeit eines substanzlosen Schlußdokuments auszugehen. Dies könnte zur taktischen Immobilität des Westens mit gravierenden politischen Folgen führen. Ein wichtiges Anliegen Ihrer Gespräche mit Außenminister Haig sollte es deshalb sein, auf diese Gefahren aufmerksam zu machen und die Amerikaner dafür zu gewinnen, die durch Breschnews Erklärung entstandene Situation in Madrid zum westlichen Vorteil zu nutzen. Dabei darf nicht verkannt werden, daß die Flexibilität der Amerikaner beim gegenwärtigen Stand des Meinungsbildungsprozesses in Washington begrenzt ist und daß darüber hinaus die Priorität unserer Anliegen im rüstungskontrollpolitischen Bereich bei der Behandlung der LRTNF-Frage liegen sollte.

II. Unsere Bewertung

1) Wir sehen in der Erklärung Breschnews einen positiven Ansatz, der im Sinne unseres Ziels genutzt werden sollte, in Madrid ein KAE-Mandat zu verab-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. März 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 11. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM i[n] Mappe f[ür] Wash[ington] vorgelegen."

2 Hat Staatssekretär van Well am 5. März 1981 vorgelegen.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

4 Korrigiert aus: „23.1.81".
Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 726–812. Für den Vorschlag vgl. S. 754.

5 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

schieden, das dem westlichen Konzept der militärischen Stabilisierung in Europa durch militärisch signifikante, verifizierbare und in ganz Europa anwendbare VBM entspricht. Wir würden es für verfehlt halten, die sowjetische Offerte nicht ernst zu nehmen und in der internen Planung nach wie vor von der Wahrscheinlichkeit eines substanzlosen Madrider Schlußdokuments auszugehen. Wir halten nunmehr die Möglichkeit eines Ergebnisses mit Substanz, einschließlich KAE-Mandat, für gegeben.

2) Andererseits verkennen wir nicht, daß Breschnew seine Zusage bewußt vage gelassen und mit einer Bedingung verknüpft hat, deren Inhalt bisher nicht abzuschätzen ist.

– Wenn Breschnew von der Bereitschaft spricht, den Anwendungsbereich „solcher" Maßnahmen auf den gesamteuropäischen Teil der SU auszudehnen, bezieht er sich offenbar auf die in der Schlußakte von Helsinki bereits enthaltenen VBM[6] sowie auf die in seiner Rede zusätzlich vorgeschlagenen Maßnahmen (Ankündigung von Manövern der See- und Luftstreitkräfte und von großen Truppenverlegungen). Er gibt also den Anspruch auf einen Sonderstatus der SU (250 km-Ausnahmeregelung für Manöverankündigungen) ausdrücklich für die Weiterentwicklung „klassischer" VBM auf. Obgleich Breschnew in diesem Zusammenhang nicht von einer KAE spricht, kann er im Hinblick auf die von einer Konferenz auszuarbeitenden Maßnahmen nichts anderes gemeint haben. Denn in sowjetischer Sicht gibt es keinen qualitativen Unterschied zwischen beiden Kategorien von VBM. Zu den Aufgaben einer ersten Konferenzphase gehört vielmehr die Weiterentwicklung der existierenden VBM. Breschnew hat jetzt im Prinzip zugestanden – und die sowjetische Delegation in Madrid hat dies zusätzlich klargestellt[7] –, daß dabei vom gesamteuropäischen Parameter ausgegangen werden kann. Offen bleibt, inwieweit dieses Zugeständnis Niederschlag bei der Formulierung eines Konferenzmandats finden soll. Die sowjetische Delegation in Madrid hat jedoch klargestellt, daß ein Mandat nicht die Kriterien der militärischen Bedeutsamkeit, Verbindlichkeit und Verifizierbarkeit als Vorbedingung einer Konferenz enthalten dürfe. Da diese Kriterien für den Westen unerläßlich sind,

6 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung" der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

7 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte am 27. Februar 1981 mit, in der Sitzung der Redaktionsgruppe „S" (militärische Aspekte der Sicherheit) am selben Tag habe der britische Vertreter folgende vier Fragen zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau gestellt: „a) Inwieweit ist Breschnew-Äußerung für Madrid relevant (GS Breschnew habe Madrid in seiner Rede nicht erwähnt)? b) Gilt die Ausweitung des Anwendungsbereichs auch für klassische CBM oder nur für KAE oder für beides? c) GS Breschnew hat sich nicht zur Verbindlichkeit, Verifikation und militärischer Signifikanz geäußert: Welches ist die sowjetische Haltung? d) Was versteht GS Breschnew unter angemessener Ausweitung des Anwendungsbereichs der CBM durch den Westen?" Die sowjetischen Vertreter hätten dazu erklärt: „Zu a) SU sei der Ansicht, daß die Helsinki-cbm zunächst völlig ausgeschöpft werden müssen. Zu b) Die räumliche Ausdehnung gelte auch für Helsinki-cbm, falls der Westen entsprechende Ausweitungen in seinem Bereich anbiete. Zu c) SU sei nicht bereit, Vorbedingungen anzuerkennen. Verbindlichkeit, Verifikation und militärische Signifikanz müßten auf der KAE selbst verhandelt werden. Zu d) Dies sei Angelegenheit des Westens, die SU habe ein großes Zugeständnis gemacht, der Westen müsse nun seinerseits eine Leistung erbringen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 316; Referat 212, Bd. 133420.

könnte die Einigung über ein Mandat schon aus diesem Grunde trotz der eingetretenen Bewegung in der geographischen Frage scheitern.

– Darüber hinaus ist die Reichweite der Forderung Breschnews nach entsprechender Erweiterung der Zone der VBM seitens der westlichen Staaten auch nach bisherigen sowjetischen Auslassungen in Madrid schwer zu beurteilen. Es ist denkbar, daß sich die SU letzten Endes mit einer gesichtswahrenden westlichen Gegenleistung begnügt. Wir können aber auch ein taktisches Manöver nicht ausschließen, das darauf abzielt, den Westen unter Zugzwang zu setzen und ihm die Verantwortung für ein Scheitern der Verhandlungen um ein KAE-Mandat zuzuspielen. Dazu müßte die Bedingung in einer Weise konkretisiert werden, die vor allem in der Sicht der N+N-Staaten mit dem KSZE-Rahmen grundsätzlich vereinbar, für den Westen oder für einzelne Bündnispartner aber nicht akzeptabel wäre.

III. Taktische Schlußfolgerungen

1) Die Position der SU in Madrid ist verhandlungstaktisch von einer absoluten Weigerung zu einer bedingten Zustimmung modifiziert worden.[8] Dieses Momentum gilt es auszunutzen. Die Sowjets müssen mit dem Angebot Breschnews beim Wort genommen und auf dessen Konkretisierung bei der Formulierung eines KAE-Mandats gedrängt werden.

2) Wir sollten den Sowjets keinen Anlaß bieten, die an das Zugeständnis Breschnews geknüpfte Bedingung in den Vordergrund zu spielen. Insbesondere sollte vermieden werden, die SU auf eine Konkretisierung ihrer diesbezüglichen Vorstellungen zu drängen. Sollte sie für den Westen unakzeptable Vorstellungen von sich aus vortragen, wäre – wie von einigen Delegationen in Madrid bereits geschehen (so USA und wir[9]) – darauf hinzuweisen, daß die Zustimmung zum gesamteuropäischen Anwendungsbereich, so sehr die sowjetische Bewegung in dieser Frage zu begrüßen ist, keine einseitige Konzession darstellt, sondern sich bei Anwendung des Prinzips der Gleichheit aus der von allen KSZE-Teilnehmern voll anerkannten Schlußakte ergibt.

3) Dessen ungeachtet sind wir uns darüber im klaren, daß der Westen seinerseits u. U. zumindest optisch zu einer gewissen Flexibilität bereit sein muß,

8 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 27. Februar 1981, bislang habe die sowjetische KSZE-Delegation „die Anwendung von CBMs auf ganz Europa als unter allen Umständen für die SU unakzeptabel bezeichnet. Die von Breschnew in seiner Rede erklärte Bereitschaft, unter gewissen, nicht näher definierten Bedingungen CBMs auf dem ganzen europäischen Territorium zuzustimmen, hat die sowjetische Delegation in Madrid offenbar völlig überrascht. Seither versucht sie, diese Bereitschaft als eine große Konzession und als neue sowjetische Initiative darzustellen, der nunmehr erhebliche Leistungen des Westens zu entsprechen hätten. Eine Erläuterung der von Breschnew geforderten Bedingungen ist bisher nicht erfolgt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 311; VS-Bd. 13241 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte am 25. Februar 1981 mit, in der Sitzung der Redaktionsgruppe „S“ (militärische Aspekte der Sicherheit) am selben Tag habe der Vertreter der Bundesrepublik darauf hingewiesen, „daß die Annahme des Prinzips der Anwendung von CBM auf ganz Europa keinesfalls eine Konzession darstelle. Vielmehr folge dies unmittelbar aus dem Grundsatz gleicher Rechte und gleicher Pflichten, der selbstverständlich Voraussetzung jeder internationalen Verhandlung sei. Eine solche Selbstverständlichkeit bedürfe aber keineswegs einer Gegenleistung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 212, Bd. 133420.
Am 2. März 1981 informierte Kastl darüber, daß sich die USA in einer weiteren Sitzung der Redaktionsgruppe „S“ in einem ähnlichen Sinne geäußert hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 325; Referat 212, Bd. 133420.

was zu Schwierigkeiten im Bündnis führen könnte (z. B. schon jetzt eindeutige Ablehnung maritimer Begrenzungen durch USA, Frankreich und UK). Genau hierauf könnte die SU abzielen, wenn es ihr darum gehen sollte, dem Westen die Verantwortung für ein Scheitern der Verhandlungen über ein Mandat zuzuspielen. Der Westen muß sich daher rasch auf ein gemeinschaftliches Vorgehen verständigen. Wir haben bereits einen Meinungsaustausch mit unseren engsten Bündnispartnern in vertraulichem Rahmen (Vierergespräch, zu dem Frankreich einladen sollte) über solche Eventualitäten angeregt.[10]

4) Gegenüber den Neutralen muß herausgestellt werden, daß das Einlenken der SU in der geographischen Frage bewiesen hat, wie richtig die feste und logische Haltung des Westens war. In dieser Situation wäre es besonders unangebracht, die konsequente Verwirklichung des westlichen Konferenz-Konzepts, das auch den Interessen der Neutralen Rechnung trägt, durch die Aufnahme unbefriedigender Rückfallpositionen zu gefährden. Deshalb halten wir die jüngste Initiative der N+N-Staaten, mit der Redaktion der von ihnen vorgeschlagenen Weiterentwicklung klassischer VBM zu beginnen[11], für äußerst abträglich.

5) Da unwahrscheinlich ist, daß sich die N+N-Staaten von dieser Initiative ganz abbringen lassen werden, sollten wir in Konsultationen im engsten Rahmen auch prüfen, ob Rückfallpositionen denkbar sind, die es uns erleichtern, die sich bereits anbahnende Interessenkoalition WP/N+N-Staaten in diesem Bereich zu verhindern. In unserer Sicht sind zwei Optionen denkbar:

– Neben der Verabschiedung eines KAE-Mandats nach westlichen Vorstellungen könnten in Madrid für uns annehmbare „klassische“ VBM mit gesamteuropäischem Parameter weiterentwickelt werden, um u. U. temporär bis zum Inkrafttreten von KAE-Verhandlungsergebnissen Anwendung zu finden. Diese Option wurde bereits in einem frühen Stadium der EPZ-Konsultationen für akzeptabel gehalten, stieß jedoch in unseren kürzlichen Besprechungen in Washington[12] nicht auf amerikanische Zustimmung. Die Amerikaner

10 Ministerialdirektor Blech übermittelte am 27. Februar 1981 eine Analyse der Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, über den geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau und wies Botschafter Herbst, Paris, an, die Überlegungen „an hoher Stelle“ im französischen Außenministerium vorzutragen und „darauf hinzuwirken, daß französischer Botschafter in Washington ebenso wie Botschafter Hermes und in Abstimmung mit ihm an hoher Stelle im State Department vorspricht, um unsere Vorstellungen zur Geltung zu bringen. Eine französische Initiative für Viererkonsultationen würden wir begrüßen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 1169; VS-Bd. 11531 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 27. Februar 1981, die Sitzung der Redaktionsgruppe „S“ (militärische Aspekte der Sicherheit) am selben Tag sei bestimmt gewesen „durch eine N+N-Initiative zur Weiterentwicklung von klassischen CBM. Weil Ergebnisse der Implementierungsdebatte dies erlaubten und Mandat für Konferenz, durch die neue CBM zu beschließen wären, ungewiß sei, schlugen N+N-Staaten vor, mit der Redaktion von RM.21 (Weiterentwicklung klassischer CBM) zu beginnen.“ Österreich habe zur Einleitung dieser Initiative erklärt: „Eine Verbesserung der ersten CBM-Generation müsse als Brücke zur zweiten CBM-Generation benutzt werden. Der Zeitpunkt der Einberufung einer KAE und eventueller Ergebnisse sei noch offen. Hierüber könnten Jahre vergehen. Der Westen habe auf eine Verbesserung der Implementierung der Helsinki-Schlußakte gedrängt. Dies sei mit der jetzigen Formulierung der vorhandenen CBM nicht möglich. Deshalb müsse man hier in Madrid eine Verbesserung der bestehenden Helsinki-cbm anstreben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 316; Referat 212, Bd. 133420.

12 Am 19./20. Februar 1981 fanden in Washington deutsch-amerikanische Gespräche über die KSZE statt. Ministerialdirigent Bräutigam notierte dazu am 23. Februar 1981: „Die amerikanischen Ge-

sehen die zweifellos bestehende Gefahr einer Ablenkung von den Verhandlungen über ein KAE-Mandat.

– Die Weiterentwicklung von „klassischen" VBM für den Fall eines Scheiterns der Verhandlungen über ein KAE-Mandat könnte den Vorteil bieten, das sowjetische Zugeständnis in der geographischen Frage im Hinblick auf die Weiterverfolgung des KAE-Projekts nach Madrid festzuschreiben. Dies wäre insbesondere dann von Interesse, wenn der Westen ein KAE-Mandat, das den inhaltlichen VBM-Kriterien Rechnung trägt, nicht durchsetzen könnte. Hier handelt es sich allerdings um eine Rückfallposition, die, wenn sie die taktische Position des Westens zur Durchsetzung eines KAE-Mandats nicht gefährden soll, erst im allerletzten Augenblick ins Spiel gebracht werden kann.

i.V. Ruth

VS-Bd. 11451 (221)

Fortsetzung Fußnote von Seite 309

sprächspartner stimmten unserer Auffassung zu, daß in Madrid beharrlich weiterverhandelt werden soll, um alle Möglichkeiten, zu einem substantiellen und ausgewogenen Ergebnis zu gelangen, auszuschöpfen. Die Amerikaner sind allerdings – ebenso wie wir – skeptisch, daß in den wesentlichen Fragen konkrete Fortschritte tatsächlich erreichbar sind. In der zentralen Frage der KAE sehen die Amerikaner kaum Aussichten, mit den Sowjets zu einer Einigung in der Frage des Konferenz-Mandats zu kommen. Wir betonten, daß die französischen Vorschläge für eine KAE aus europäischer Sicht eine erhebliche sicherheitspolitische Bedeutung haben und daher die Madrider Konferenz jedenfalls dazu genutzt werden sollte, möglichst viele Informationen über das sowjetische Konzept und eine mögliche Kompromißbereitschaft zu erhalten. Die Amerikaner erhoben dagegen keine Einwendungen. Wir hatten aber den Eindruck, daß sie den französischen Vorschlag nicht zuletzt deshalb unterstützten, weil sie ihn nicht für konsensfähig halten. Von dem Nutzen einer KAE scheinen sie bisher noch nicht überzeugt zu sein." Vgl. VS-Bd. 13239 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

57

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao in Neu Delhi

5. März 1981[1]

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundesaußenministers mit dem indischen Außenminister am 5.3.1981 um 12.00 Uhr[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Die *beiden Minister* würdigten einleitend die Tatsache, daß zwischen beiden Staaten in vielen internationalen Fragen Übereinstimmung bestehe und daß beide zur Zusammenarbeit nicht nur in Nord-Süd-Fragen, sondern auch in Bemühungen, mäßigend auf die internationale Lage einzuwirken, bereit seien – Indien im Rahmen der Nichtgebundenen-Bewegung und in der Region, Deutschland im Rahmen der EG und des westlichen Verteidigungsbündnisses. Der *indische Außenminister* betonte, daß man sich seit dem letztjährigen Treffen[3] viel nähergekommen sei, und schlug vor, regelmäßig miteinander in Verbindung zu bleiben.

Der *Bundesminister* griff diesen Vorschlag auf, unterstrich die Notwendigkeit enger Konsultationen auf Ministerebene, schlug Konsultationstreffen einmal pro Jahr vor und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß er den indischen Außenminister in der zweiten Hälfte des Jahres 1981 – auf dem Weg zur oder von der VN-Generalversammlung[4] – in der Bundesrepublik Deutschland begrüßen könne.[5]

Der *indische Außenminister* ging dann auf die bevorstehende Reise des Bundesministers nach Washington[6] ein, bat ihn, dort nicht nur über europäische Fragen zu sprechen, sondern auch die Lage in der Indien umgebenden Region einschließlich Afghanistan mit zu erörtern.

Der *Bundesminister* versicherte dem indischen Außenminister, daß er in Washington nicht nur über Ost-West-Fragen und bilaterale Beziehungen, sondern

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Sprenger-Stahl, z. Z. Neu Delhi, gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 10. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 340 verfügte und handschriftlich vermerkte: „M[it] d[er] B[itte] um kl[einen] Verteiler unter Vorbehalt der Genehmig[un]g d[es] BM."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 13. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Gorenflos und Ministerialdirigent Petersen „n[ach] R[ückkehr]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Doppel unter Verschluß nur für Bo[tschafter] o. V. i. A. an Bo[tschaft] New Delhi."
Hat Gorenflos am 20. März 1981 vorgelegen.
Hat Petersen am 30. März 1981 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher begleitete vom 4. bis 6. März 1981 Bundespräsident Carstens bei dessen Besuch vom 4. bis 9. März 1981 in Indien. Vgl. dazu auch Dok. 58.

3 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao am 17. März 1980 vgl. AAPD 1980, I, Dok. 83.

4 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 in New York statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 28. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

5 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao am 16. November 1981 vgl. Dok. 326.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

auch über die Situation in dieser Region sowie über Namibia, Mittelamerika, die Beziehungen der westlichen Länder und Bewegung der Blockfreien[7] und die Lage im Nahen Osten sprechen wolle. In diesem Zusammenhang betonte er auch, daß er versuchen werde, seine europäischen Freunde davon zu überzeugen, daß es ein Fehler wäre, wenn wir die Ungebundenen für den Westen gewinnen wollen, notwendig sei eine unabhängige Rolle der Ungebundenen.

Der *indische Außenminister* ging anschließend auf das Verhältnis Pakistan–Indien ein und unterstrich den Wunsch Indiens nach guten Beziehungen zu Pakistan – ohne Vorbehalte. Er teilte dem Bundesminister vertraulich mit, daß Zia im eigenen Lande nicht sehr beliebt sei, Pakistan daher ein unstabiler Nachbar sei, und erklärte, mit der von seiten der neuen amerikanischen Regierung angekündigten massiven Waffenlieferung an Pakistan[8] zur Begegnung der sowjetischen Herausforderung würden Elemente der Spannung eingeführt. Pakistan habe in der Vergangenheit immer die Waffen, die es – für welche Zwecke auch immer – von außen erhalten habe, gegen Indien eingesetzt. Was Indien beunruhige, sei nicht eine mögliche militärische Niederlage gegen Pakistan (dies halte er nie für möglich), sondern die Tatsache, daß dies zu einem von Indien nicht gewünschten Rüstungswettlauf führe.

Der *Bundesminister* erwiderte, daß er bei seinem USA-Besuch klar herausstellen werde, daß man Pakistan helfen sollte, die Lasten des Flüchtlingsproblems zu tragen, und es bei seinen inneren Bemühungen um Schaffung stabiler sozialer Strukturen unterstützen solle, daß aber nach seiner Ansicht Rüstungshilfe nicht notwendig ist.

Auf seinen Pakistanbesuch[9] eingehend, sagte er, er sei sehr beeindruckt gewesen von Präsident Zia und dem, was er gesagt habe, sowie von der Tatsache, daß er ihn gebeten habe, der indischen Seite seine Worte weiterzugeben. Zia habe nicht die Absicht, etwas gegen Indien zu unternehmen, und sein Hauptaugenmerk richte sich jetzt darauf, die militärische Infrastruktur an die anderen Grenzen seines Landes hinzuverlagern, denn dort bestünde die Gefahr.

Der Bundesminister glaubte, daß Zia eine Reaktion von indischer Seite auf diese Mitteilung erwarte, wobei es sicherlich ausreichen würde, wenn man sagte, daß diese Mitteilung von Indien mit Interesse aufgenommen wurde. Dieser Formulierung stimmte der *indische Außenminister* zu. Der indische Außenminister betonte, bisher seien alle neuen auf dem Subkontinent eingeführten Waffen als erstes von Pakistan eingeführt worden. Pakistan verfüge vorwiegend über offensive Waffen, während die meisten indischen Waffen defensiver Natur seien. Er ging u. a. auch auf die F-16 ein und betonte, daß man sich in Indien besorgt frage, was zu tun sei, denn man könne dem nicht ruhig zusehen. Dies

7 So in der Vorlage.

8 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 15. Januar 1981 über Äußerungen des designierten amerikanischen Außenministers Haig in seiner Anhörung vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats: „Auf den Fall Indien–Pakistan angesprochen, wollte er der These nicht zustimmen, die USA sollten jetzt Pakistan Nuklearmaterial liefern, da sie Indien solches geliefert hätten. Er sehe die Möglichkeit, pakistanischen Sicherheitsbedürfnissen und nuklearem Appetit u. a. durch Entgegenkommen im Bereich konventioneller Waffen zu begegnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 143; Referat 204, Bd. 123310.

9 Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. Februar 1981 in Pakistan auf. Vgl. dazu Dok. 44.

sei eine Tatsache, die nicht allen bekannt sei, und er habe sich entschlossen, sie dem Bundesminister gegenüber im Lichte der engen Zusammenarbeit zu erwähnen. Zu gegebener Zeit könne er dem Bundesminister auch genaue Zahlen hierzu – sowohl für die pakistanische als auch die indische Seite – zur Verfügung stellen, falls er dies wolle, um dieses Problem gegenüber Pakistan oder den USA aufzugreifen. Besonders wichtig sei in diesem Zusammenhang nicht Pakistan, sondern die geopolitische Strategie der USA.

Anschließend ging man kurz auf die VR China ein. Der indische Außenminister wiederholte das, was schon am Vortage im Gespräch mit Premierminister Frau Gandhi und dem Herrn Bundespräsidenten[10] gesagt wurde, daß man die Beziehungen als korrekt bezeichne. Das Grenzproblem[11] bleibe jedoch bestehen.

Der indische Außenminister ging dann noch auf die Gespräche über die Afghanistan-Frage ein und sagte, daß Pakistan mindestens dreimal einen Rückzieher gemacht habe. Vertraulich teilte er dem Bundesminister mit, daß er beteiligt daran war, die Pakistanis davon zu überzeugen, mit den afghanischen Führern – und sei es in deren Eigenschaft als Parteiführer – zu reden.[12] Dies bedeute ja keine Anerkennung des Karmal-Regimes.

Er regte auch an, sich mit dem Bundesminister in der kommenden Woche in Wien noch einmal gesondert zu treffen.[13]

Der *Bundesminister* würdigte noch einmal die zwischen ihnen bestehende Übereinstimmung, informierte den indischen Außenminister von den wesentlichen Punkten, die er bei der Pressekonferenz am Abend auszuführen gedenke, die auch die Zustimmung des Außenministers fanden, Vereinbarung regelmäßiger Konsultationen (einmal pro Jahr), Betonung der Notwendigkeit des Nord-Süd-Gipfels, wobei man sich bemühen sollte, alle wichtigen betroffenen Länder an der Konferenz zu beteiligen (auch US), Würdigung der Bedeutung der Blockfrei-

10 Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. Neu Delhi, berichtete am 5. März 1981 über das Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Ministerpräsidentin Gandhi im Beisein des Bundesministers Genscher und des indischen Außenministers Rao am Vortag: „Frau Gandhi zeigte sich beunruhigt über den Aufbau chinesischer Raketenstellungen und pakistanische nukleare Rüstungsbemühungen. Außenminister Rao erläuterte dazu, Pakistan verschaffe sich technische Ausrüstung, die ursprünglich für andere Zwecke bestimmt sei, um sie für eigene atomare Anlagen einzusetzen. Er verwies auf Medienberichte, u. a. BBC-Dokumentation. Bundespräsident erklärte dazu, daß wir das nachprüfen würden. […] Auf Frage des Bundespräsidenten bezeichnete Frau Gandhi die indischen Beziehungen zu Pakistan als korrekt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 340, Bd. 127356.

11 Seit 1954 verhandelten Indien und die Volksrepublik China über den Grenzverlauf im Himalaja. Nachdem 1958 bekanntgeworden war, daß chinesische Truppen unbemerkt die beanspruchten Gebiete besetzt hatten, kam es wiederholt zu Grenzzwischenfällen. Am 20. Oktober 1962 unternahm die chinesische Armee einen Angriff auf Gebiete im Norden Indiens. Nach einer Reihe von militärischen Erfolgen gab die chinesische Regierung am 21. November 1962 die Einstellung der Kampfhandlungen bekannt. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 422, Dok. 438 und Dok. 462.
Botschafter Schödel, Peking, teilte dazu am 2. Februar 1981 mit: „Die ungelöste Grenzfrage zwischen China und Indien im West- und Osthimalajagebiet sieht Peking aus global-antihegemonialer Sicht als zweitrangig und verhandlungsfähig an, während in Delhi diesem bilateralen Aspekt entscheidende Bedeutung beigemessen wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 144; Referat 340, Bd. 127090.

12 Zum Gespräch auf dem Mont Pèlerin bei Genf am 20./21. Juni 1980 vgl. Dok. 28, Anm. 11.

13 Bundesminister Genscher und der indische Außenminister Rao trafen am 13. März 1981 am Rande der Nord-Süd-Außenministerkonferenz in Wien zusammen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen der Besuch Genschers vom 8. bis 10. März 1981 in den USA, die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen sowie die Situation in Pakistan und der irakisch-iranische Krieg. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178842.

enbewegung, Übereinstimmung, daß der Ost-West-Konflikt nicht auf Dritte Welt übertragen werden dürfe, unverzügliches Vorantreiben der Namibia-Frage.

Des weiteren erklärte der Bundesminister, in Washington werde er sich auch dafür einsetzen, daß sowjetisch-amerikanische Verhandlungen über Mittelstrekkenwaffen aufgenommen würden.

Im Zusammenhang mit der Lage in Polen sagte der Bundesminister, daß man über Informationen verfüge, daß sich Breschnew bei Warschauer-Pakt-Treffen[14] gegen militärische Intervention in Polen ausgesprochen habe. Er glaube, Indien könne hier eine wichtige Rolle spielen, indem es SU über die entsprechenden Kanäle darin bestätigt, daß dieser Weg der richtige sei.

Der *indische Außenminister* ging dann noch auf die ungeklärten Punkte im Zusammenhang mit der U-Boot-Lieferung[15] ein, erklärte, daß ein indisches Expertenteam noch einmal nach Bonn reisen werde, und bat den Bundesminister, sich für eine möglichst rasche, endgültige Klärung zu verwenden, was dieser dann zusagte.[16]

Als weiteres sprach er kurz die Nachfolgefrage für den scheidenden IAEA[17]-Generaldirektor Dr. Eklund an.[18] Wenn der von Eklund privat zum Nachfolger vorgeschlagene jetzige indische Delegationsleiter dort im Konsens bestätigt

14 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

15 Zur Lieferung von U-Booten an Indien vgl. AAPD 1979, I, Dok. 168.
Referat 422 erläuterte am 12. Februar 1981: „Der BSR hat im Juni 1980 dem Verkauf von zwei U-Booten (HDW), Teilen von bis zu vier weiteren in Indien mit deutscher Technologie (Industriekontor Lübeck) zu bauenden U-Booten und einer begrenzten Anzahl von Torpedos (AEG) zugestimmt. Indien ist an umfassender Zusammenarbeit auf Regierungsebene interessiert, während wir den privatwirtschaftlichen Charakter des Geschäfts betonen. Dennoch sind wir zu folgender amtlicher Beteiligung bereit: Ressortabkommen BMVg – indisches Verteidigungsministerium über Güteprüfung und Personaleinweisung (im Sept[ember] paraphiert), Verbalnote, in der wir Indern zusichern, daß wir im Rahmen von Verfassung und Gesetzen die notwendigen Genehmigungen erteilen werden (sog. Wohlwollens- oder Non-Embargo-Klausel). Indien ist zur Endverbleibsklausel bereit (U-Boote nur für die ind[ische] Marine bestimmt, Reexport nur mit unserer Zustimmung).“ Vgl. Referat 422, Bd. 124217.

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fournes teilte der Botschaft in Neu Delhi am 11. Mai 1981 mit: „Vom 4. bis 8. Mai 1981 fanden in Bonn Gespräche und Verhandlungen mit einer indischen Regierungsdelegation über einen Notenwechsel betr. die Lieferung von U-Booten und Torpedos nach Indien sowie den Lizenzbau von U-Booten in Indien statt. […] Als Ergebnis der Verhandlungen wurde am 8. Mai 1981 ein einvernehmlich formulierter englischer Text für den Entwurf eines Notenwechsels (mit Appendix) ausgetauscht. Das Verhandlungsergebnis ist den Regierungen zur Billigung vorzulegen. […] Außer über den Text des Notenwechsels wurde über Änderungen eines bereits paraphierten Ressortabkommens der beiden Verteidigungsministerien über Technische Hilfe (technical assistance) und eines Ergänzungsabkommens über Geheimschutz (disclosure and protection of classified military information) verhandelt. Es wurden paraphierte Exemplare dieser beiden Ressortabkommen zwischen den beiden Verteidigungsministerien ausgetauscht.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 227; Referat 422, Bd. 124217.

17 Korrigiert aus: „IAA“.

18 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 27. Februar 1981, daß sich Staatssekretär Haunschild, Bundesministerium für Forschung und Technologie, für die Nachfolge des IAEO-Generaldirektors Eklund interessiere. Daher seien in den vergangenen Wochen bei verschiedenen Staaten, u. a. den USA und der UdSSR, Sondierungen durchgeführt worden, um deren Reaktion auf eine mögliche offizielle Kandidatur zu ermitteln: „Als wesentliches Fazit dieser Sondierungsaktion ist festzuhalten, daß Persönlichkeit und fachliche Qualifikation von StS Haunschild ohne jede Einschränkung von allen Gesprächspartnern – dies gilt auch für Moskau – als optimal bezeichnet wurden.“ Für die Durchsetzung einer Kandidatur von Haunschild werde es „entscheidend darauf ankommen, die volle Unterstützung der USA zu gewinnen“. Vgl. Referat 431, Bd. 145716.

werden könnte, könnte man die Premierministerin dazu bringen, ihn als Kandidaten zu benennen.[19]

Abschließend ging der *Bundesminister* noch auf die am Vortage aufgekommene Frage von Atomlieferungen an Pakistan[20] ein. Nach Prüfung der Sachlage könne er seinem Kollegen versichern, daß Berichte über deutsche Lieferungen von „sensitiver Technologie" an Pakistan falsch seien. Man solle nicht zulassen, daß solche Verleumdungen die gegenseitigen Beziehungen trübten. Im übrigen halte sich die Bundesrepublik Deutschland genau an die Richtlinien des Suppliers' Club.[21]

Der *indische Außenminister* bedankte sich für diese Klarstellung.

Das Gespräch endete gegen 13.00 Uhr.

Referat 340, Bd. 127090

19 Ministerialdirigent Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z. Z. Wien, berichtete am 5. März 1981, aus bisherigen Sondierungen habe sich folgendes ergeben: „Dritte Welt: Nach wie vor keine geschlossene Haltung. […] Aufgeschlossenheit gegenüber deutscher Kandidatur weit verbreitet. […] Indien und Ägypten erklärten, Meinungsbildung noch nicht abschließen zu wollen, Indien mit Zusatz, daß auch Kandidatur Sethna nicht ausgeschlossen sei. Etwaiger Sethna-Bewerbung werden auch in Gruppe 77 kaum Chancen gegeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 122; Referat 431, Bd. 145716.
Ministerialdirektor Fischer wies die Botschaften in den Mitgliedstaaten des IAEO-Gouverneursrats am 30. März 1981 an, die Aussichten einer Kandidatur des Staatssekretärs Haunschild, Bundesministerium für Forschung und Technologie, zu sondieren. Die Botschaft in Neu Delhi wurde dabei angewiesen, die indische Seite nicht „initiativ über unsere […] Überlegungen zu unterrichten. Falls Sie allerdings auf die Eklund-Nachfolge angesprochen werden sollten, wird Ihnen anheimgestellt, unsere Argumentation in der Kandidaturfrage in Ihnen geeignet erscheinender Form indischen Gesprächspartnern darzulegen." Vgl. den Drahterlaß; Referat 431, Bd. 145716.

20 In einem undatierten „Gesprächsführungsvorschlag zur Erwiderung auf Ausführungen von PM Frau Gandhi und AM Rao am 4.3.1981" hieß es: „Die nachweislich aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Materialien fallen unstreitig nicht unter die nuklearen Materialien und Ausrüstungsgegenstände, deren Export nach den Richtlinien der Nuklear-Lieferländer (Suppliers' Club) untersagt ist. In der indischen Presse sind jedoch wiederholt Berichte erschienen, daß einige Länder, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, entgegen diesen Richtlinien den Export ‚sensitiver Technologie' nach Pakistan geduldet hätten. Diese Berichte sind falsch. Es spricht einiges dafür, daß sie auch auf gezielte sowjetische Desinformation zurückgehen." Vgl. Referat 340, Bd. 127090.

21 Auf amerikanische Einladung trat am 23. April 1975 in London eine Konferenz von Vertretern der sieben wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan, Kanada, UdSSR, USA) zusammen, um Maßnahmen zu Verhinderung nuklearer Proliferation zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1975, I, Dok. 104.
Auf ihrer vierten Konferenz am 4./5. November 1975 in London verabschiedete die sogenannte „Suppliers' Group" ad referendum Richtlinien für das Exportverhalten im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 354.
Nach dem Beitritt weiterer Staaten und verschiedener Textänderungen und -ergänzungen wurden die Richtlinien am 11. Januar 1978 der IAEO übergeben. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 171–181.

58

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsidentin Gandhi in Neu Delhi

5. März 1981[1]

Gespräch des Bundesministers mit der indischen Premierministerin Frau Gandhi am 5.3.1981 von 17 bis gegen 18 Uhr im Parlamentsgebäude[2]

Teilnehmer:

Auf indischer Seite: Botschafter Khusro und ein Beamter aus dem Stab der Premierministerin.

Auf deutscher Seite: SRS[3] Rühl, MD Dr. Gorenflos.

Bundesminister begrüßte einleitend den guten Verlauf des Staatsbesuchs und die aufschlußreichen Gespräche. Es gehe jetzt darum, daß beide Länder, jedes in seiner Region, für die gemeinsam als richtig erkannten Ziele arbeiten. Eine wichtige Aufgabe sei es, zu verhindern, daß der Ost-West-Konflikt auf die Dritte Welt ausgedehnt werde.

Für die südasiatische Region sei von großer Bedeutung die Haltung, die China einnehme; diese habe auch Auswirkungen auf die Sowjetunion.

Frau *Gandhi* meinte ausweichend, hierüber könne man nur Vermutungen anstellen.

Bundesminister: Er habe den Eindruck, daß in China gegenwärtig die inneren Probleme im Vordergrund ständen. China befände sich in einem durchgreifenden Anpassungsprozeß. Frau Gandhi habe gestern auf sowjetische Besorgnis wegen China hingewiesen.[4] Eine Bindung Chinas durch die innere Entwicklung könnte die Sowjetunion „entlasten".

Die Bundesregierung trete für die in der deutsch-französischen Erklärung[5] formulierten Grundsätze des Gleichgewichts, der Mäßigung und der gemeinsamen Verantwortung in der internationalen Politik ein. Dies seien auch Maßstäbe für die Beurteilung des Verhaltens der Supermächte.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Gorenflos am 13. März 1981 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher begleitete vom 4. bis 6. März 1981 Bundespräsident Carstens bei dessen Besuch vom 4. bis 9. März 1981 in Indien. Vgl. dazu auch Dok. 57.

3 Stellvertretender Regierungssprecher.

4 Ministerialdirektor Gorenflos berichtete am 5. März 1981 über das Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Ministerpräsidentin Gandhi im Beisein des Bundesministers Genscher und des indischen Außenministers Rao am Vortag: „Frau Gandhi sprach von sich aus Afghanistan-Krise an und erklärte, Indien habe nie eine fremde Intervention gebilligt. […] Diese Krise müsse jedoch im historischen Zusammenhang gesehen werden. Die SU habe sich stets eingekreist gefühlt. Das Gefühl sei vorübergehend durch Entspannungspolitik gemindert worden. SU fühle sich nunmehr jedoch erneut bedroht und habe deshalb in Afghanistan reagiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; Referat 340, Bd. 127356.

5 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. BULLETIN 1981, S. 101 f.

Eine Aufgabe gemeinsamer Verantwortung sei der Nord-Süd-Dialog. In Washington[6] werde er für eine möglichst breite Beteiligung eintreten. Es dürfe nicht einen West-Süd-Dialog geben, sondern es müsse eine umfassende Nord-Süd-, d. h. Ost-West-Süd-Veranstaltung werden. Deshalb sei die Beteiligung der Sowjetunion wichtig. Man müsse überall dort kooperieren, wo praktische Möglichkeiten dazu bestünden.

PM *Gandhi*: China sei zwar zur Zeit mit seinen eigenen Angelegenheiten beschäftigt, was es aber nicht hindern werde, in andere Länder hineinzuwirken.

Die kommunistische Partei in Indien sei gespalten, es gäbe eine prosowjetische Gruppierung und eine marxistische Gruppierung, die sich nach China orientiere.

Vor der Wahl 1977[7] sei gesagt worden, sie habe den Sozialismus verlassen. Dies sei Unsinn. Ihr Sozialismus wie der ihres Vaters[8] sei nie dogmatisch gewesen. Man habe ihrem Vater und ihr vorgeworfen, sie seien Lakaien der Engländer. Sie habe Chruschtschow gesagt, die kommunistische Partei Indiens gäbe ihm ein falsches Bild. Später hätte die Sowjetunion ihren Vater und dann sie selbst unterstützt, beginnend mit dem Besuch Bulganins in Indien.[9] Seit 1976 habe man jedoch wieder den Vorwurf erhoben, sie (Frau Gandhi) sei dem Sozialismus untreu geworden. 1977 habe man ihr die Unterstützung versagt. Die Sowjets hätten nicht ihre Niederlage angestrebt, aber sie wollten sie schwächen. Seither hätten die Sowjets gegen sie Stellung bezogen.

Die Kommunisten in Indien seien relativ schwach. Der marxistische Flügel habe jedoch an Boden gewonnen. Zur Zeit beherrschten die Kommunisten drei Staaten in Indien, dies sei gefährlich. Zum Teil gingen die Kommunisten gewaltsam vor. „They kill our people“, vor allem Leute im Alter zwischen 30 und 40. Sie versuchten, sich systematisch festzusetzen. Zu diesem Ziel führten sie Maßnahmen zugunsten der Armen durch. Sie unterstützten jedoch nur ihre eigenen Parteigänger. Bei Wahlen käme es zu vielfachen Manipulationen. „Wenn die Kommunisten sich auch im Nordosten Indiens ausbreiten, weiß ich nicht, was geschehen wird.“ Sie halte den Kommunisten entgegen, daß Indien Selbstversorgung erreicht habe, die kommunistischen Staaten jedoch nicht.

Auf Frage des Bundesministers zu Afghanistan und zu den Möglichkeiten einer Lösung sagte Frau *Gandhi*: Die gegenwärtige afghanische Führung sei für Indien unannehmbar. Wenn man in Afghanistan einen weniger prominenten Kommunisten als Babrak Karmal eingesetzt hätte, wäre die gegenwärtige Situation nicht entstanden. Wahlen wären ein Ausweg, der aber zur Zeit nicht möglich sei. Man müsse sich jedoch darüber im klaren sein, daß der Widerstand in Afghanistan sich nicht nur gegen die Sowjets, sondern zum Teil auch gegen die eingeleiteten sozialen Veränderungen richte. Zur Illustration: In Kabul sei eine afghanische Lehrerin am hellen Tage von einem fanatischen Muslim ermordet worden, weil es für die Muslims unannehmbar sei, daß Männer von Frauen lernen.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

7 Die Wahlen zum indischen Parlament fanden zwischen dem 16. und 20. März 1977 statt.

8 Jawaharlal Nehru.

9 Ministerpräsident Bulganin und der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow, hielten sich vom 18. November bis 1. Dezember 1955 sowie vom 7. bis 13. Dezember 1955 in Indien auf.

Bundesminister: Nach unserem Eindruck sei die Intervention in Afghanistan[10] der schwerste Fehler der sowjetischen Führung in den letzten Jahren gewesen. Sie würden ihn heute wahrscheinlich nicht wiederholen. In Europa gebe es das Problem Polen. Bei dem Treffen der WP-Staaten[11] habe sich Breschnew nach zuverlässigen Informationen gegen eine Intervention ausgesprochen, aber Führer anderer sozialistischer Staaten seien anderer Meinung. Eine Intervention in Polen würde die Weltlage entscheidend verschlechtern. Deshalb sei es wichtig, daß sich auch einflußreiche Länder wie Indien für Zurückhaltung und Mäßigung einsetzten.

Frau *Gandhi*: Breschnew habe ihr bei seinem Besuch im Dezember[12] versichert, daß keine Interventionsabsichten bestehen.

Auf Frage von Frau Gandhi erläuterte der *Bundesminister* die gegenwärtige Lage in Polen, wobei er die einzigartige Stellung und Rolle der katholischen Kirche in Polen und in der derzeitigen Auseinandersetzung hervorhob. Es sei ein bemerkenswerter Vorgang, daß in einem marxistischen Land plötzlich eine unabhängige Gewerkschaft entstehe.[13] Vor Helsinki[14] sei eine solche Entwicklung nicht möglich gewesen.

Frau *Gandhi:* Für Indien gebe es kein anderes System als die Demokratie trotz der Unvollkommenheiten dieses Systems. Mit der Demokratie könne man viele kleine Explosionen auffangen, die in jedem Gemeinwesen unabänderlich seien.

Ohne Demokratie komme es zu einer großen, alles zerstörenden Explosion.

Bundesminister ging sodann wieder auf die Nord-Süd-Beziehungen ein. Es werde immer wichtiger, international deutlich zu machen, daß wir nicht nur das Recycling der Ölgelder brauchten. Dies genüge auf die Dauer nicht. Auch die NOPEC[15]-Staaten müßten miteinbezogen werden. Gelder aus den OPEC-Staaten müßten stärker zu den NOPECs fließen, um dort die wirtschaftliche Entwicklung und besonders die Investitionen voranzubringen.

Alle Staaten müßten entschlossen der Gefahr eines neuen Protektionismus entgegenwirken, denn dieser hätte eine verheerende Wirkung auf alle Länder, Industriestaaten oder Entwicklungsstaaten gleichermaßen. Wir treten deshalb seit langem für Marktöffnung ein.

Die öffentliche Entwicklungshilfe sei wichtig, aber ebenso wichtig sei es, die Märkte zu öffnen und private Investitionen zu machen.

Frau *Gandhi*: Indien brauche dringend Investitionen und sei zur Zusammenarbeit bereit. Protektionismus würde den Industriestaaten nur vorübergehend

10 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

11 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte Indien vom 8. bis 11. Dezember 1980.

13 Zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ am 17. September 1980 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

14 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

15 Non-Oil Power Exporting Countries.

Erleichterungen bringen. Langfristig würde er auf die Industriestaaten selbst zurückschlagen. Ein Land wie Indien sei potentiell ein bedeutender Markt für Industriestaaten.

Referat 340, Bd. 127090

59

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech

221-372.20/30-301/81 VS-vertraulich **5. März 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] mit der Bitte um Zustimmung

Betr.: MBFR;
hier: künftige Verhandlungsführung

Bezug: Vorlage vom 9.1.81 – 221-372.20/30-12/81 VS-v[4]

Anlg.: 1

Die Bezugsvorlage ist entsprechend Ihrer Weisung in der Hausbesprechung vom 27. Februar überarbeitet worden und wird hiermit erneut vorgelegt.

Ich schlage vor, ein Doppel der Vorlage mit einem Schreiben des Leiters Büro Staatssekretäre[5] an das Bundeskanzleramt (Referatsleiter 212[6]) zu übersen-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 6. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[itte] Neuschrift."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 11. März 1981 erneut vorgelegen.
Hat van Well am 11. März 1981 erneut vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 24. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anbei die von BM gebilligte Vorlage, in der auf S. 5 vorletzter Absatz a[lter] E[ntwurf] der nebenstehende Passus eingefügt wurde. Bitte diesen Passus an RL 221 weiterleiten." Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 25. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär van Well und Botschafter Ruth verfügte.
Hat van Well am 27. März 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11496 (221); B 150, Aktenkopien 1981.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 29. März 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 30. März 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pöhlmann und Ruth „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Pöhlmann vorgelegen.
Hat Ruth am 1. April 1981 erneut vorgelegen.

4 Ministerialdirektor Blech legte am 9. Januar 1981 eine Aufzeichnung vor, zu der Bundesminister Genscher handschriftlich für Staatssekretär van Well vermerkte: „Ich halte eine Hausbesprechung für erforderlich. Z. Z. habe ich auch erhebliche Bedenken gegen Teile der Gedankenführung." Für die Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 11496 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Alexander Graf York von Wartenburg.

6 Wilhelm Höynck.

den.[7] Gleichzeitig sollte mitgeteilt werden, daß die in der Vorlage unterbreiteten Vorschläge für die künftige Verhandlungsführung Ihre grundsätzliche Zustimmung gefunden haben, daß ihre Einführung in das Bündnis jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt in Abstimmung mit den USA erfolgen soll. Die Amerikaner sähen sich bis zum Abschluß der eingeleiteten Überprüfung einer Gesamtposition zur Rüstungskontrolle und Abrüstung nicht in der Lage, irgendwelche weiterführenden Schritte bei MBFR in Betracht zu ziehen. Hierauf sollten wir Rücksicht nehmen, schon um Bündniskonsultationen über andere, prioritäre Fragen der Rüstungskontrolle nicht zu belasten.

i.V. Ruth

[Anlage]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Bitte um Zustimmung zu II.

Betr.: MBFR;
hier: künftige Verhandlungsführung

I. Aktuelle politische Rahmenbedingungen

1) Die Wiener MBFR-Verhandlungen stehen gegenwärtig unter keinem guten Stern. Die drei Verhandlungsrunden des abgelaufenen Jahres[8] erbrachten zwar insofern eine gewisse Annäherung in strukturellen und konzeptionellen Fragen, als der Osten sich auf den vom Westen vorgeschlagenen Rahmen eines vereinfachten Phase-I-Abkommens zu bewegte und auch erstmals einige Elemente des westlichen Pakets begleitender Maßnahmen aufgriff. Diese Entwicklung trat jedoch an Bedeutung völlig hinter der sich verhärtenden Haltung des Ostens und insbesondere der Sowjetunion zur Datenfrage zurück. Auch wenn der Osten eine Dateneinigung nicht offiziell abgelehnt hat, bezeichnete er sie inoffiziell als überflüssig und blockierte praktisch die Weiterführung der Datendiskussion. Da auch ein erstes Zwischenergebnis nach einhelliger westlicher Auffassung ohne Einigung über sowjetische Daten nicht denkbar ist, bestehen somit gegenwärtig keine Aussichten auf greifbare Verhandlungsergebnisse.

2) Auch wenn Aussichten für Verhandlungsfortschritte gegenwärtig nicht erkennbar sind, sprechen wichtige politische Erwägungen für ein Festhalten an MBFR:

– MBFR ist ein wesentliches Element des rüstungskontrollpolitischen Konzepts, das der Westen dem östlichen Propagandakonzept der „militärischen Entspannung“ entgegensetzen kann. Das Wiener Forum bietet dem Osten wenig Ansatz für seine verbalen Abrüstungsoffensiven, die vorwiegend auf einen bestimmten, der westlichen Verteidigungsfähigkeit abträglichen atmosphärischen Effekt ausgerichtet sind. Hier sieht sich der Osten gefordert, über si-

[7] Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg handschriftlich: „Ist erledigt.“

[8] Die 20. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 31. Januar bis 3. April 1980 in Wien statt, die 21. Runde vom 15. Mai bis 24. Juli 1980 und die 22. Runde vom 25. September bis 18. Dezember 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 114, und AAPD 1980, II, Dok. 254 und Dok. 372.

cherheitspolitische Zentralbegriffe wie Parität und gleiche Verteidigungsfähigkeit nicht nur verbale Übereinstimmung zu erreichen, sondern sie durch ausgewogene Vereinbarungen in einem Teilbereich des militärischen Kräfteverhältnisses zu konkretisieren. In dieser Auseinandersetzung ist der Westen überlegen, weil er sich auf Grundregeln berufen kann, die der Osten im Zuge der Entspannung als verbindlich für die Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses anerkannt hat.

– Auch wenn die MBFR-Verhandlungen im Instrumentarium der Krisenbewältigung nur eine sekundäre Rolle spielen können, liegt ihre Kontinuität als stabilisierendes Element im Ost-West-Verhältnis in unserem Interesse.
– Schließlich könnte die Bedeutung von MBFR für die Kohäsion des Bündnisses wieder zunehmen (Einbindung der neuen amerikanischen Administration in den multilateralen Konsultationsmechanismus, Solidarisierungseffekt aus der gemeinsamen Verhandlungsaufgabe gegenüber östlichen Spaltungsversuchen, Erschwerung einseitiger westlicher Verminderungen).

3) Es liegt deshalb in unserem Interesse,

– das MBFR-Forum intakt zu halten, solange die Sowjetunion nicht durch ihr internationales Verhalten – etwa im Falle einer militärischen Intervention in Polen – sinnvollen Ost-West-Verhandlungen überhaupt den Boden entzieht;
– die Verhandlungen offensiv zu führen und die Gegenseite wo immer möglich unter Zugzwang zu setzen; es muß auch für unsere Öffentlichkeit deutlich werden, daß ausbleibende Fortschritte nicht auf mangelndes westliches Engagement zurückzuführen sind, sondern auf die fehlende Bereitschaft des Ostens, seinen verbal propagierten Abrüstungswillen konkret unter Beweis zu stellen;
– bei allem Interesse an baldigen Verhandlungsergebnissen stets in Rechnung zu stellen, daß ein Abkommen nur dann sinnvoll ist, wenn es den mit den westlichen Kernelementen Parität und Kollektivität verknüpften politischen Zielsetzungen voll entspricht;
– die Gemeinschaftlichkeit der westlichen Verhandlungsposition und Verhandlungsführung besonders in der gegenwärtigen Ost-West-Phase zu wahren und alle Alleingänge zu unterbinden.

II. Weiteres Vorgehen

1) Wenn die politischen Voraussetzungen für eine aktive MBFR-Politik bejaht werden, muß sich das weitere westliche Vorgehen an den Erfordernissen der Verhandlungslage in Wien orientieren. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint eine größere westliche Initiative zur Zeit weder angebracht noch erforderlich. Der Westen ist in einer guten taktischen Position, wenn er weiterhin auf eine umfassende östliche Stellungnahme – einschließlich einer Bewegung bei den sowjetischen Daten – zu den westlichen Vorschlägen vom Dezember 1979[9] drängt, die seit der vorletzten Verhandlungsrunde die eigentliche Verhandlungsbasis bei MBFR geworden sind. Der Osten könnte jedoch durch kleinere Schritte in

9 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

Substanzfragen und u. U. auch bei den Daten unter größeren Zugzwang gesetzt werden.

2) Von der Substanz her hat die Ad-hoc-Gruppe empfohlen, auf die östlichen Vorschläge der beiden letzten Verhandlungsrunden, insbesondere aber auf die vom 13. November 1980[10], zur gegebenen Zeit mit einem eigenen westlichen Verhandlungsschritt zu antworten. Nach unserer Auffassung kommen dafür folgende Möglichkeiten in Betracht:

a) Konkretisierung der im westlichen Vorschlag vom Dezember 1979 bereits angebotenen Goodwill-Erklärung unter der Voraussetzung einer Einigung über amerikanische und sowjetische Daten:

Im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen würden alle westlichen direkten Teilnehmer in einer kollektiven Erklärung Parität als Verhandlungsziel bekräftigen und ihre Erwartung zum Ausdruck bringen, daß beide Seiten bei der Aufrechterhaltung der Gesamtstärke ihres Land- und Luftstreitkräftepersonals im Raum der Reduzierungen so vorgehen werden, daß die Einhaltung der vereinbarten amerikanisch-sowjetischen Reduzierungen und Begrenzungen nicht beeinträchtigt wird.[11]

b) Weiterentwicklung des vom Osten vorgeschlagenen „Gentlemen's Agreement", wonach sich während der Laufzeit eines Zwischenphasenfreeze die Kräfterelation zwischen den direkten Teilnehmern auf beiden Seiten während der Laufzeit eines Phase-I-Abkommens nicht ernsthaft verändern soll, im Sinne des westlichen Kollektivitätsprinzips. Dem Osten könnte mitgeteilt werden, daß

– über Veränderungen der Kräfterelationen innerhalb des Bündnisses nach westlicher Auffassung vom Bündnis autonom entschieden wird,
– die westlichen direkten Teilnehmer eine bündnisinterne Verpflichtung anstreben, wonach alle beteiligten Bündnispartner ihre Verteidigungsbeiträge auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der westlichen Gesamtstärke während der Laufzeit eines Phase-I-Abkommens nicht unerfüllt lassen werden,
– der Westen alle Entscheidungen, die die Kräfterelationen innerhalb des Bündnisses berühren, auf üblichem Wege publik machen wird.

c) Vorschlag, die im Zusammenhang mit einem Phase-I-Abkommen vorgesehene gemeinsame Absichtserklärung für Phase-II-Reduzierungen so zu formulieren, daß die Kollektivität der in Phase II herzustellenden übereinstimmenden Höchststärken festgelegt wird, gleichzeitig aber die Diskussion über besondere Beschränkungen innerhalb dieser übereinstimmenden kollektiven Höchststärken auf Phase-II-Verhandlungen zu vertagen.

– Der westliche Vorschlag für ein Phase-I-Interimsabkommen sieht vor, daß in einer gemeinsamen Absichtserklärung für Phase-II-Reduzierungen gleichzeitig mit der Festschreibung der Kollektivität übereinstimmender Höchststär-

10 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vgl. AAPD 1980, II, Dok. 321.

11 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Anzustreben wäre also eine politische Absichtserklärung und keine Nichtumgehungsverpflichtung; diese Zusammenhänge bedürften jedoch zur gegebenen Zeit eingehender Prüfung im Bündnis."

ken nach Phase II spezifische nationale Begrenzungen für das Landstreitkräftepersonal der USA und der UdSSR festgelegt werden.

– Der Osten lehnt nationale Höchststärken für die Sowjetunion entschieden ab und fordert seinerseits einen Höchststärkenmechanismus auf Basis der 50%-Klausel.
– Der Westen hat die Erörterung des östlichen 50%-Vorschlags in dem gegenwärtigen Verhandlungsstadium mit der Begründung abgelehnt, daß er für ein Phase-I-Abkommen nicht unmittelbar relevant ist; solange der Westen jedoch an nationalen Höchststärken für die Sowjetunion und die USA als Gegenstand der gemeinsamen Absichtserklärung in Phase I festhält, wird der Osten zwangsläufig auf seinen 50%-Vorschlag zurückkommen.
– Eine Vertagung der Diskussion über beide Fragen könnte zur Konzentration der Verhandlungen auf die für ein Phase-I-Abkommen entscheidenden Themen beitragen; dabei müßte westlicherseits der Eindruck einer Bereitschaft vermieden werden, später positiv auf die 50%-Regelung einzugehen.

Der unter a) bezeichnete Schritt würde ein weitgehendes westliches Zugeständnis darstellen, da ihn der Osten als auf einen Freeze gerichtete politische Absichtserklärung interpretieren könnte. Angesichts der zur Zeit völlig negativen östlichen Haltung in der Datenfrage sollte jetzt aber der Eindruck vermieden werden, als rücke der Westen von der Forderung nach einer Gesamtdateneinigung als Voraussetzung für eine Nichterhöhung ab. Es ist auch zu beachten, daß eine derartige kollektive Absichtserklärung für die sowjetische Seite einen außerhalb des unmittelbaren Zuständigkeitsbereichs der beiden Vertragsparteien liegenden Berufungsgrund schaffen könnte, um sich wegen angeblicher Nichterfüllung vom Vertrage zu lösen. Zugleich könnte der sowjetischen Seite ein Ansatzpunkt für Versuche gegeben werden, uns und den anderen Bündnispartnern in die Streitkräfteplanung hereinzureden.[12]

Dagegen erscheinen die unter b) und c) bezeichneten Schritte jetzt vertretbar:

– Ein bündnisinternes Arrangement, das einen Zusammenhang zwischen der Aufrechterhaltung der Verteidigungsbeiträge der einzelnen Bündnispartner und der Kontinuität der Kräfterelationen innerhalb des Bündnisses herstellt, wäre mit dem Kollektivitätsprinzip voll vereinbar und könnte verteidigungspolitisch erwünschte stabilisierende Wirkungen entfalten.
– Die Offenhaltung der Frage nationaler Höchststärken für die SU und die USA erscheint vertretbar, da die SU während der Dauer eines Phase-I-Abkommens einer nationalen Begrenzung unterläge, von der sich u. U. Präzedenzwirkungen für eine spätere Regelung ergeben könnten.

3) In der Datendiskussion hat der Osten die westliche Position in der umstrittenen Frage der Zählweise der sogenannten polnischen See-Lande-Division und des Personals der deutschen Pershing-Verbände zum Vorwand genommen, dem Westen Blockierung der Bemühungen um Aufklärung der Diskrepanzen vorzuwerfen und seinerseits die konstruktive Mitarbeit zu verweigern. In diesen beiden Fällen handelt es sich um Streitkräfteelemente, hinsichtlich derer der

12 Der Passus „Es ist auch zu beachten … Streitkräfteplanung hereinzureden“ wurde nachträglich eingefügt. Vgl. Anm. 3.

ursprünglich vom Westen eingeführte Ansatz, das gesamte Militärpersonal auf beiden Seiten der Vergleichbarkeit halber in Land- und Luftstreitkräfte aufzuteilen und diesen Komplex von anderem, nicht mitzuzählendem Streitkräftepersonal insbesondere der Marine abzusetzen, auf Schwierigkeiten stößt.

a) Die polnische See-Lande-Division (nach westlicher Einschätzung 4500 Mann) wird vom Westen bei den Landstreitkräften mitgezählt, während sie der Osten als Streitkräfteelement sui generis mit der Marine assoziiert und deshalb ihren Ausschluß fordert.

b) Während der Westen das Personal der Pershing-Verbände (3600 Mann) der Bundeswehr entsprechend dem Uniformprinzip bei den Luftstreitkräften mitzählt, fordert der Osten dessen Zuordnung zu den Landstreitkräften mit der Begründung, daß auf beiden Seiten Militärpersonal, das gleiche Funktionen wahrnehme, für Zählzwecke der gleichen Teilstreitkräfte zugerechnet werden müsse; die Anomalie, daß von allen Teilnehmern in Ost und West allein die Bundesrepublik Deutschland ihr Personal für Boden-Raketen den Luftstreitkräften zuordne, führe zu ungerechtfertigter Verkürzung des Gesamtumfangs westlicher Reduzierungen bei den Landstreitkräften.

In diesen beiden Fällen geht es nicht in erster Linie um ihre unmittelbare, zahlenmäßig begrenzte Auswirkung auf die Datendiskrepanz, sondern um die indirekten Folgewirkungen für die Datendiskussion. Der Osten hat bereits zu erkennen gegeben, daß er die Zählweise weiterer westlicher Streitkräfteelemente als problematisch ansieht; der Westen ist seinerseits bestrebt, insbesondere die Zählweise spezifischer Elemente des polnischen Systems der territorialen Verteidigung zu klären. Diese Zusammenhänge werden gegenwärtig in einer Arbeitsgruppe der NATO untersucht, deren Ergebnis bei der Entscheidung zu berücksichtigen sein wird.

Schon jetzt läßt sich feststellen, daß wir unter den gegebenen Umständen[13] keinen Anlaß haben, die Zuordnung des deutschen Pershing-Personals zu den Luftstreitkräften zu revidieren. Hier geht es nicht nur um die Wahrung des Uniformprinzips, sondern um die Abwehr östlicher Versuche, diese Verbände durch Zuordnung zu den Landstreitkräften Verminderungen und Begrenzungen aus einem Phase-II-Abkommen zu unterwerfen. Der Westen könnte deshalb allenfalls – unter Aufnahme einer bereits 1975 gegebenen Zusage[14] – seine Bereitschaft bekräftigen, das Problem der Anomalie der Pershing-Zuordnung, soweit es sich auf Reduzierungsumfänge auswirkt, im Zusammenhang mit einer Gesamtdateneinigung einer geeigneten Lösung zuzuführen.

13 Die Wörter „unter den gegebenen Umständen“ wurden von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ruth notierte am 22. Oktober 1975, die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten hätten in einer informellen Sitzung am 14. Oktober 1975 Vorschläge zur Definition der Land- und Luftstreitkräfte eingeführt. Diese sei nötig, „weil einzelne Streitkräfteelemente in Ost und West unterschiedlich eingeordnet sind (sogenannte Anomalien)“. Dazu gehöre auch das Personal der Boden-Boden-Raketen: „Nur unser Pershing-Personal ist der Luftwaffe zugeordnet“. Vorgeschlagen worden sei: „Die Zuordnung der Anomalien soll erst diskutiert werden, wenn Klarheit über die Zahlen besteht, um die es dabei geht. […] Nach einem Datenaustausch könnte der Westen bereit sein, als eine von verschiedenen möglichen Lösungen auch die Zuordnung unterschiedlich eingeordneter Streitkräfteelemente mit gleicher Funktion zur gleichen Kategorie (Land- bzw. Luftstreitkräfte) zu erörtern.“ Vgl. VS-Bd. 9487 (221); B 150, Aktenkopien 1975.

Für westliche Konzessionsbereitschaft in der Frage der polnischen Seelandedivision könnte es einen guten politischen Grund geben: Die Wirksamkeit der Datendiskussion als Instrument, um den Osten bei MBFR unter Verhandlungsdruck zu setzen, hängt wesentlich mit der Bereitschaft des Westens zusammen, konkrete östliche Argumente zu spezifischen Elementen der Diskussion für seine eigene Dateneinschätzung in Rechnung zu stellen. Die polnischen Argumente für den Ausschluß der Seelandedivision aus den Landstreitkräften bedürfen jedoch einer kritischen Prüfung durch die Militärbehörden der NATO, bevor eine politische Entscheidung getroffen wird[15]. Eine von der Sache her nicht gerechtfertigte westliche Konzession würde kaum ausreichen, zu einer östlichen Bewegung in der Datenfrage beizutragen, könnte jedoch die westliche Verhandlungsmasse für spätere, sinnvollere Datenverhandlungen schmälern.

Abteilung 2 hält es deshalb gegenwärtig nicht angebracht, im Bündnis für westliche Konzessionen in den umstrittenen Datenfällen einzutreten.

Blech

VS-Bd. 11496 (221)

60

Aufzeichnung der Ministerialdirigentin Finke-Osiander

231-504-146I/81 VS-vertraulich **6. März 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Behandlung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR durch die VN-Menschenrechtskommission (MRK)[3]

Anlg.: 2

Zweck der Vorlage: Zustimmung zu den Vorschlägen in V.

I. Am 26. und 27. Februar ist in der MRK im Rahmen des vertraulichen Verfahrens zur Behandlung schwerer Menschenrechtsverletzungen in geschlossener Sitzung die Praxis der Ausreiseverweigerungen in der DDR behandelt worden. Grundlage bildete eine Serie von Eingaben an die Menschenrechtsabteilung des VN-Sekretariats. Als Ergebnis forderte die Kommission die Regierung der DDR auf, weitere Informationen zu liefern, und beschloß, die Angelegenheit weiter zu verfolgen (keep under review). Es war der erste Fall der Behandlung eines

15 Der Passus „bevor … wird“ wurde von Ministerialdirektor Blech handschriftlich eingefügt.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Baumann konzipiert.
2 Hat Staatssekretär van Well am 6. März 1981 vorgelegen.
3 Die 37. Sitzung der VN-Menschenrechtskommission fand vom 2. Februar bis 13. März 1981 in Genf statt.

kommunistischen Staates im Rahmen dieses Verfahrens. Die Vertretung Genf hat darüber in zwei Telegrammen (Anlagen) berichtet.[4]

II. Es war daran gedacht worden, eine Informationsaufzeichnung über den Vorgang in den „Blauen Dienst" für die Auslandsvertretungen aufzunehmen. In einem Schreiben gleichen Inhalts sollte der Herr Staatssekretär den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages[5] vertraulich mit dem Ziel unterrichten, daß die Obleute der Parteien über den Vorgang in Kenntnis gesetzt werden.

III. Das Verfahren, nach dem die DDR behandelt wurde, beruht auf einer Entschließung des Wirtschafts- und Sozialrats der VN (1503/XXXXVIII) aus dem Jahre 1970[6], an die wir aufgrund unserer Mitgliedschaft in der MRK gebunden sind. Diese Entschließung sieht vor, daß das Verfahren, nach welchem Menschenrechtsverletzungen aufgrund ihrer Bestimmungen behandelt werden, solange vertraulich ist, bis der Wirtschafts- und Sozialrat selbst mit einem Fall befaßt wird. Bei der Behandlung der DDR ist dies (noch) nicht der Fall. Sitzungen sowohl der MRK selbst als auch ihrer Unterorgane sind im Rahmen dieses Verfahrens geschlossen, d.h., nicht nur ist die Öffentlichkeit ausgeschlossen, sondern sogar VN-Mitgliedstaaten, die nicht MRK-Mitglieder sind, haben keinen Zutritt. Außerdem sieht die Entschließung ausdrücklich vor, daß Mitteilungen im Rahmen des Verfahrens „in keiner Weise" veröffentlicht werden dürfen. Das VN-Sekretariat in Genf geht dabei so weit, daß Dokumente im Rahmen des 1503-Verfahrens nur den Delegationsleitern persönlich zugestellt werden; noch nicht einmal den Vertretungen der MRK-Mitgliedstaaten ist es möglich, sie zu erhalten. Lediglich die Namen der behandelten Staaten werden in öffentlicher Sitzung bekanntgegeben.

IV. Vor einigen Jahren gerieten Einzelheiten im Vorstadium des Verfahrens, in einem anderen Fall wahrscheinlich durch eine Indiskretion in der Menschenrechtsabteilung des VN-Sekretariats an die Zeitung „Le Monde". Die Sowjetuni-

4 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Sahm, Genf (Internationale Organisationen), berichtete am 28. Februar 1981, die VN-Menschenrechtskommission habe am Vortag mit 19 zu 14 Stimmen bei 9 Enthaltungen beschlossen, die Handhabe von Ausreise- und Heiratsgenehmigungen für Personen aus der DDR weiter zu beobachten, und übermittelte den Text der Entscheidung. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 399; VS-Bd. 11129 (231); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 2. März 1981 teilte Sahm mit, der Vertreter der DDR bei den Internationalen Organisationen in Genf, Frambach, habe am 26. Februar 1981 erklärt, „Ausreise sei eine souveräne Angelegenheit der Staaten, sie hinge von Beziehungen zwischen den Regierungen ab. DDR gewähre jedoch Ausreisen im Rahmen der geltenden Gesetze. […] Aber es gebe Beschränkungen. DDR liege an der Trennungslinie zwischen zwei Gesellschaftssystemen. Sie müsse sich gegen ‚gewisse Praktiken' schützen (z. B. brain drain). Die Einschränkungen seien für die Sicherheit des Staates erforderlich. Unterlagen der MRK beruhten auf einer zweifelhaften Informationsbasis. MRK dürfe sich nicht für Kampagne gegen DDR mißbrauchen lassen. Er verwies auf Veröffentlichung im ‚Stern' und rügte, daß Informationen über das vertrauliche Verfahren in der MRK in die Öffentlichkeit gelangt seien." Bulgarien habe die DDR verteidigt und erklärt, „es handele sich um einen konzertierten Versuch der Verleumdung". Der ehemalige Bundesminister Jahn habe ausgeführt: „Niemand wolle DDR verleumden. Aber man müsse sich fragen, warum es so viele Menschen gebe, die die MRK anriefen, wenn sie sich nicht in ihren Rechten verletzt fühlten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 413; VS-Bd. 11129 (231); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Rainer Barzel.

6 Für den Wortlaut von Resolution Nr. 1503 des VN-Wirtschafts- und Sozialrats vom 27. Mai 1970 vgl. ECONOMIC AND SOCIAL COUNCIL, OFFICIAL RECORDS, Resumed Forty-Eighth Session, Resolutions, Supplement No. 1A, New York 1970, S. 8f.

on ergriff sofort die Gelegenheit zu Protesten, die mittelbar an die französische Adresse gerichtet waren. Sollten auf irgendeine Weise Einzelheiten über die Behandlung der DDR im 1503-Verfahren an die Öffentlichkeit durchsickern, so würde diese Gelegenheit von ihr wie auch von der Sowjetunion zweifellos sofort ergriffen, um das dem Osten lästige Verfahren an der Wurzel anzugreifen.[7] Wir können daran schon aus VN-politischen Erwägungen, von solchen deutschlandpolitischer Natur einmal ganz abgesehen, kein Interesse haben.

V. Es wird daher vorgeschlagen, von einer Wiedergabe der Behandlung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR durch die MRK im „Blauen Dienst" abzusehen. Weiter wird vorgeschlagen, daß vor einer Unterrichtung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages die Zustimmung unseres Vertreters in der MRK, Bundesminister a. D. Jahn, vorab eingeholt wird.[8]

Referate 210 und 011 haben mitgezeichnet.

Finke-Osiander

VS-Bd. 11129 (231)

7 Gesandter Lang, Genf (Internationale Organisationen), teilte am 6. März 1981 mit: „Am Abend des 5.3. gab sowjetischer Delegierter Sorin eine scharfe Erklärung ab, in der er dem Leiter der amerikanischen Delegation, Novak, Bruch der Vertraulichkeit des Verfahrens vorwarf: Er habe am 27.2. der Zeitung ‚Le Courrier' ein Interview gegeben, in dem er auf die Entscheidung über die DDR in den Fragen der Ausreise und der Eheschließung hingewiesen habe […]. Sorin erklärte weiter, dies zeige deutlich, daß es ‚gewissen Ländern' nicht um Menschenrechte gegangen sei, sondern daß Entscheidung über DDR politische Gründe gehabt habe. Ein Teil der Delegationen sei dadurch wahrscheinlich irregeführt worden. Durch den Bruch der Vertraulichkeit könne die Entscheidung nicht mehr als gültig betrachtet werden." Lang teilte mit, die Angelegenheit sei schließlich durch eine Entschuldigung des amerikanischen Delegationsleiters Novak bereinigt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 472; VS-Bd. 11129 (231); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Ministerialdirigentin Finke-Osiander vermerkte am 10. März 1981: „Unser Vertreter in der MRK, Bundesminister a. D. Jahn, ist der Auffassung, daß – insbesondere nach der scharfen (und in der Substanz berechtigten) sowjetischen Reaktion auf die Indiskretion des amerikanischen Vertreters in der MRK zu der Behandlung der DDR im vertraulichen Verfahren – wir mehr denn je bestrebt sein müssen, daß nicht durch uns weitere Informationen an die Öffentlichkeit gelangen. Herr Jahn stimmt zu, daß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages unterrichtet wird. Er regt aber an, daß dies im Rahmen einer allgemeinen, mündlichen Unterrichtung durch ihn nach Abschluß der Arbeiten der MRK ab 16.3. geschieht." Vgl. VS-Bd. 11129 (231); B 150, Aktenkopien 1981.

61

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Washington

105-14.A/81 VS-vertraulich **9. März 1981**[1]

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Ministers mit AM Haig am 9. März 1981 von 9.30 bis 10.30 Uhr[2];
hier: Gesprächsvermerk

AM *Haig* stellte einleitend fest, er sei der Überzeugung, daß die Beziehungen zwischen Bonn und Washington das Kernstück der westlichen Sicherheit seien. Ohne dies gebe es keine westliche Sicherheit.

BM nannte es großen Vorteil, daß Haig über die europäische Erfahrung verfüge und insbesondere auch mit Problemen der Bundesrepublik vertraut sei.

AM *Haig* sagte, er wisse aus eigener Anschauung, viel von dem, was verteidigungspolitisch, politisch und wirtschaftlich geschehen sei, sei nur durch die Bundesrepublik ermöglicht worden. Er wolle den Bundeskanzler wissen lassen, daß dies auch der Wegweiser für die künftige Zusammenarbeit sei. Alles andere würde nicht den wirklichen Verhältnissen entsprechen und deshalb auch nicht funktionieren. AM Haig würdigte auch die mutige Rolle, die BM im Bündnis spiele.

BM gab Überblick über Situation in Deutschland nach Wahlen im letzten Oktober[3] und unterstrich unter Hinweis auf jüngsten Besuch von Oppositionspolitikern[4] die Gemeinsamkeit bezüglich Doppelbeschluß[5].

AM *Haig* erwähnte einen Telefonanruf von Herrn Strauß im Zusammenhang mit dem Röhrengeschäft[6], doch wolle er sich nicht in interne Angelegenhei-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 12. März 1981 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 62–66 und Dok. 70.

3 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

4 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 6. März 1981 über den Besuch der CDU-Abgeordneten Kiep und Freiherr von Weizsäcker vom 2. bis 5. März 1981 in den USA, im Gespräch habe der amerikanische Außenminister Haig versichert, „daß man sich durchaus darüber im klaren sei, daß der Doppelbeschluß über die TNF-Modernisierung nur in einem umfassenden Sinne durchgeführt werden könne, weil die Allianz die sonst entstehenden Belastungen möglicherweise nicht aushalten könne (‚NATO would come unravelled'). Auch Stoessel versicherte, daß man sich der innenpolitischen Realitäten in den europäischen Ländern der Allianz bewußt sei und sie in Rechnung stelle." Gegenüber dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Allen, habe Kiep dargelegt, er habe den Eindruck, „daß der Konsens der neuen US-Regierung mit der britischen und der französischen Regierung in den wesentlichen Fragen der Ost-West-Beziehungen bereits weiter fortgeschritten sei als mit der Bundesregierung". Dies sei von Allen „zustimmend" aufgenommen worden: „VK und F hätten die in der letzten Zeit eingetretenen Veränderungen im Ost-West-Verhältnis klarer erkannt als die Bundesrepublik und zögerten nicht, sich darauf einzustellen. Die künftige Entwicklung innerhalb der Allianz werde nicht zuletzt vom Verhältnis der Partner im Fall sowjetischen Eingreifens in Polen […] abhängen. Dies sei letztlich auch der entscheidende Testfall für die Bundesregierung." Hermes berichtete ferner, ein weiteres Gesprächsthema sei die Lage in El Salvador gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 923; VS-Bd. 11120 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 29, Anm. 14.

ten[7] einmischen. Was die Atmosphäre, die derzeitige interne Situation, den Stand der Ostpolitik angehe, so betrachte er diese Themen auch nicht einen Augenblick lang als Probleme. Sein Vertrauen in die Bonner Führung sei total, ohne Zweifel und umfassend. Dies sei auch die Haltung des Präsidenten[8], der mit ihm darüber gesprochen habe. Wenn unüberlegte Bemerkungen über die Neutronenbombe[9] oder eine Finnlandisierung zu hören seien, so hoffe er, man werde in Bonn erkennen, daß dies nicht die wohlabgewogene Position der neuen Administration sei. Diese Stimmen würden hoffentlich bald verschwinden.

BM dankte für frühzeitige Konsultation mit westlichen Verbündeten.

AM *Haig* sagte, die Presse könne sehr viel Unheil anrichten, wenn eine enge und rechtzeitige Konsultation nicht erfolge. Während der vier Carter-Jahre habe er mit Sorge beobachtet, wie wegen einzelner Themen immer wieder Sonderbotschafter nach Bonn entsandt worden seien. Er sei fest entschlossen, damit Schluß zu machen und die Beziehungen in den dafür vorgesehenen Rahmen zu stellen. Eagleburger und Stoessel gewährleisteten, daß die Kommunikation zwischen beiden Regierungen auf diese Weise verläßlich und umfassend sei.

AM Haig kam dann auf die TNF-Problematik zu sprechen und sagte, ihm wäre es damals lieber gewesen, wenn es keinen Parallelismus gegeben hätte. Nun müsse man beide Seiten des Beschlusses voranbringen, und die amerikanische Regierung sei bereit, dies auch weiterhin zu tun.

Er dankte BM für rasche und eindeutige Reaktion auf Moratoriumsvorschlag.[10] Als weiteren Schritt in der Entwicklung sehe er eine Sitzung der SCG Ende März voraus, zu der die Amerikaner einladen würden. Einige Punkte in diesem Zusammenhang müßten noch geklärt werden.[11]

7 Korrigiert aus: „Gelegenheiten".

8 Ronald W. Reagan.

9 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vgl. Dok. 31, Anm. 6.

10 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.
Am 25. Februar 1981 wurde im Anschluß an eine Kabinettssitzung eine Erklärung der Bundesregierung veröffentlicht. Darin hieß es, daß die Bundesregierung „einen Stopp der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenwaffen begrüßen würde, zumal der Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 keine westliche Stationierung von Mittelstreckenwaffen vor Ende 1983 vorsieht. Ein Stopp der Produktion und der Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen wäre nach Auffassung der Bundesregierung für künftige Verhandlungen hilfreich. Die Bundesregierung stellt fest, daß auf dem Felde der Mittelstreckenwaffen gegenwärtig ein großes Übergewicht zugunsten der Sowjetunion besteht, das laufend erhöht wird. Sie erinnert daran, daß der Vorschlag des Generalsekretärs Breschnew hinter seinem am 6. Oktober 1979 gemachten Angebot zurückbleibt, Mittelstreckenraketen des Systems SS-20 im westlichen Teil der Sowjetunion zu reduzieren, sofern der Westen keine zusätzlichen Kernwaffenträger in Westeuropa stationieren werde. Schon dieser Plan ist damals vom westlichen Bündnis abgelehnt worden, weil er zur Hinnahme des bestehenden Ungleichgewichts in Europa geführt hätte." Es wurde darauf verwiesen, daß den insgesamt etwa 1050 überwiegend auf Westeuropa gerichteten eurostrategischen nuklearen Gefechtsköpfen kein Gegengewicht der NATO gegenüberstehe: „Eine Festschreibung dieses Ungleichgewichts kann nicht in Betracht gezogen werden." Vgl. BULLETIN 1981, S. 173 f.

11 Zur siebten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 31. März 1981 in Brüssel vgl. Dok. 92.

Der italienische Außenminister habe eine sehr feste und unerschrockene Haltung eingenommen und sich voll hinter den Doppelbeschluß gestellt.[12] Was TNF und SALT angehe, so ließen sich gelegentliche Überschneidungen vielleicht nicht vermeiden, doch müsse darüber in den Konsultationen entschieden werden. AM Haig unterstrich, daß er bei SALT und TNF immer für Konsultation und nicht nur für Information gewesen sei. Die Tage der nachträglichen Unterrichtung seien vorüber. Dies sei die einzige Möglichkeit[13], die wichtige und schwierige Aufgabe zu lösen: gemeinsam.

BM ging sodann auf Weinberger-Vorschlag betreffend seegestützte TNF-Waffen, US/SU-Gipfel, Polen und Breschnew-Brief[14] ein.

AM *Haig* sagte, die US hätten am 6. März auch einen Brief bekommen, der jedoch nichts enthalte. Wichtig seien gemeinsame Konsultationen über die Antwort, was rechtzeitig geschehen sollte.[15]

12 Der italienische Außenminister Colombo hielt sich am 12. Februar 1981 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am selben Tag mit, er, Hermes, sei von italienischer Seite „im Auftrag Colombos […] mit der Bitte, den Herrn Bundeskanzler und den Herrn Bundesaußenminister sofort zu unterrichten", informiert worden: „Colombo habe die Bedeutung des Doppelbeschlusses unterstrichen und auch auf die Durchführung des Rüstungskontrollteils gedrängt. Haig habe seinerseits den Beitrag Italiens zur TNF-Modernisierung hervorgehoben. Er sei sich jedoch bewußt, wie wichtig auch der Rüstungskontrollteil sei. Es solle keine Verzögerung bei den Verhandlungen geben. Er sehe den Zusammenhang mit der Durchführung des Beschlusses in Italien (Bekanntgabe der Standorte) und der Aufrechterhaltung eines Konsensus bei den politischen Kräften in der Bundesrepublik. […] Die Wahl in den USA habe zu einem Wechsel in der Administration geführt. Ihm, Haig, sei klar, daß die TNF-Problematik eng konsultiert werden müsse, insbesondere mit den Stationierungsländern. Für die Administration ergebe sich jedoch zu diesem Zeitpunkt ein delikates Problem, nämlich die Notwendigkeit, das Konzept der ‚linkage' in die Praxis umzusetzen. Das bedeute nach seiner und des Präsidenten Meinung, daß die Gesamtsituation berücksichtigt werden müsse. Strategische, eurostrategische, wirtschaftliche und andere Probleme müßten in einem funktionalen Dialog behandelt werden. Ohne eine verläßliche Haltung der Sowjetunion (assurance), eine Art Verhaltenskodex in den internationalen Beziehungen zu beachten, wäre ein solcher Dialog nicht im Interesse der USA und des Westens, sondern nachteilig. Über einen Aspekt allein könne nicht verhandelt werden. Die USA würden jedoch den Rüstungskontrollteil des Doppelbeschlusses respektieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 590; VS-Bd. 10331 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

13 Korrigiert aus: „Wirklichkeit".

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, notierte am 9. März 1981, am 7. März 1981 sei im Bundeskanzleramt ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt übergeben worden: „1) Mit seinem Schreiben lenkt Generalsekretär Breschnew die Aufmerksamkeit des Bundeskanzlers nochmals auf die außenpolitischen Vorschläge, die er in seiner Parteitagsrede vom 23. Februar 1981 gemacht hatte. […] 2) Generalsekretär Breschnew weist darauf hin, daß wahrscheinlich ‚die Notwendigkeit irgendwelcher Konsultationen, des Meinungsaustausches' entstehen wird, und bekräftigt die Bereitschaft der sowjetischen Seite zum Dialog. Zusätzlich enthält der Brief einige allgemeine Bemerkungen zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen, die sich ‚im großen und ganzen günstig gestalteten'. 3) Sowohl inhaltlich wie auch in den politischen Akzenten decken sich die Ausführungen Breschnews weitgehend mit seinen Vorschlägen in der Parteitagsrede". Vgl. Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 006611.
Für das Schreiben vgl. Referat 213, Bd. 133181.

15 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 13. März 1981: „Alle Staats- bzw. Regierungschefs der Verbündeten haben Briefe von Generalsekretär Breschnew erhalten. Briefe sind außerdem beim spanischen und schwedischen Regierungschef angekommen." Bislang habe lediglich Island das Schreiben an Ministerpräsident Thoroddsen zirkuliert. Frankreich habe erklärt, nicht den vollen Wortlaut, sondern lediglich den wesentlichen Inhalt des Schreibens an Staatspräsident Giscard d'Estaing übermitteln zu wollen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 443; VS-Bd. 13272 (213); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 17. März 1981 teilte Wieck mit, daß weitere NATO-Mitgliedstaaten die Schreiben an ihre Staats- bzw. Regierungschefs bekanntgegeben bzw. dies angekündigt hätten. Außerdem seien erste Über-

Was die Äußerung über seegestützte TNF angehe, so sei es bedauerlich, daß Personen, die neu ins Amt gekommen seien, das alliierte strategische Denken nicht verstünden, da sie an seiner Entwicklung nicht beteiligt gewesen seien. Er werde unter keinen Umständen von dem Konzept der landgestützten Waffen abgehen.

Zu der Möglichkeit eines Gipfeltreffens führte AM Haig aus, daß man den Vorschlag[16] nicht zurückgewiesen habe, da man Gespräche zu gegebener Zeit keineswegs ausschließe.[17] Eine Begegnung müsse allerdings sehr sorgfältig vorbereitet werden, es müsse feststehen, daß ein Ergebnis dabei herauskomme. Auf der Tagesordnung dürften nicht nur Polen und Afghanistan stehen, sondern auch, was vielleicht noch wichtiger sei, die Dritte Welt mit ihren Stellvertreter- und Befreiungskriegen. Es sei erstaunlich, daß Befreiungskriege immer in strategisch wichtigen Gebieten stattfänden. Der Präsident werde auf den Vorschlag antworten, sobald die Zeit dafür reif sei. Dies setze voraus, daß gewisse Korrektivmaßnahmen am Horizont deutlich erkennbar sein müssen, ehe eine solche Begegnung sinnvoll sei. Er denke nicht an eine starre checklist, eher aber an die allgemeine Beachtung und Einhaltung der generellen Grundsätze aus der amerikanisch-sowjetischen Erklärung von 1972[18]. Er habe die Sitzungsproto-

Fortsetzung Fußnote von Seite 330

legungen für eine Beantwortung der Schreiben unternommen worden, um „zu vermeiden, daß die Sowjetunion Unterschiede in der Beantwortung für ihre politischen Zwecke ausnützen und damit einen Keil zwischen die Verbündeten treiben kann". Vgl. den Drahtbericht Nr. 458/459; VS-Bd. 13272 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

Am selben Tag berichtete Wieck, die USA hätten nun über den Inhalt des Schreibens an Präsident Reagan informiert, und übermittelte die amerikanischen Dokumente. Der amerikanische Vertreter habe ausgeführt, in der zirkulierten Wiedergabe seien „nur Eingangs- und Schlußformel weggelassen und die Absätze des Briefes aus der wörtlichen Rede in deskriptive Form umgesetzt worden. Dies sei geschehen, um dem Anspruch des amerikanischen Präsidenten gerecht zu werden, daß persönliche Korrespondenz nicht im Wortlaut weitergegeben werden dürfe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 468/469; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

16 In seiner Rede auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, aus: „Der Stand der Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA zum gegenwärtigen Zeitpunkt sowie die Schärfe der internationalen Probleme, die eine Lösung erfordern, diktieren unserer Ansicht nach die Notwendigkeit, den Dialog auf allen Ebenen zu führen, und zwar einen aktiven Dialog. […] Die Erfahrungen zeigen, daß das entscheidende Moment hierbei Treffen auf höchster Ebene sind." Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 748 f.

17 In einer Pressekonferenz am 24. Februar 1981 in Washington erklärte Präsident Reagan auf die Frage nach einem möglichen Treffen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, dieses Thema werde sowohl in der amerikanischen Regierung als auch mit den Verbündeten erörtert: „I have repeatedly said that I am willing to negotiate if it's a legitimate negotiation aimed at verifiable reductions, in particular, the strategic nuclear weapons. And I also made it plain that I think that at such a negotiation table […] there should be other considerations, what has been termed by Mr. Brezhnev as linkage. I think that you can't just deal with just one facet of the international relationship; you've got to deal with all of the problems that are dividing us." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 152 f.

In einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender CBS am 3. März 1981 nannte er als Voraussetzung für ein Treffen, daß die UdSSR bereit sein müsse, über die Reduzierung strategischer Waffen zu sprechen. Ferner führte er aus: „I think it would help bring about such a meeting if the Soviet Union revealed that it is willing to moderate its imperialism, its aggression – Afghanistan would be an example. We could talk a lot better if there was some indication that they truly wanted to be a member of the peace-loving nations of the world, the free world." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 194.

18 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vom 29. Mai 1972 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

kolle über die Carter/Breschnew-Begegnung in Wien[19] nachgelesen und dabei festgestellt, daß Breschnew erklärt habe, die Sowjets würden auch weiterhin in wichtigen Gebieten Befreiungskriege führen. Dieser Äußerung sei nie widersprochen worden. Bei einer neuen Begegnung dürfe darüber keine Unklarheit bestehen. Dobrynin habe in einem Gespräch eine interessante Reaktion gezeigt, als er zugegeben habe, daß man zwar Waffen und Gerät liefere, den befreundeten Ländern aber nicht sage, wie sie diese zu benutzen hätten. Es sei also an den Amerikanern, sich in dieser Frage unmittelbar an Länder wie Libyen und Kuba zu wenden. Dies werde man auch tun, denn dem äußerst gefährlichen Interventionismus, nicht nur in der westlichen Hemisphäre, müsse Einhalt geboten werden. Man werde sich dabei vor allem auf das Thema der „rule of law" konzentrieren. Er sei überzeugt, und es gebe dafür Beweise, daß die Sowjetunion in den internationalen Terrorismus verwickelt sei. Die Sowjets reagierten auf dieses Thema sehr empfindlich, weshalb man auch weiterhin dieses Thema immer wieder aufgreifen werde. Es gebe im Ost-West-Verhältnis zwei entscheidende Aspekte, auf die die Sowjetunion nervös reagiere. Einmal sei es die Erkenntnis, daß die Vereinigten Staaten aufrüsten würden. Die Sowjets versuchten alles, dies zu verhindern, da sie darüber besorgt seien. Zum zweiten seien sie jeder Behauptung gegenüber empfindlich, daß ihr System erste Anzeichen eines Auseinanderfallens zeige. Es sei wichtig, auch darauf immer wieder hinzuweisen.

BM erwähnte sodann Nord-Süd-Gipfel in Mexiko[20] und Vorbereitungskonferenz in Wien[21].

AM *Haig* sagte, er stimme mit dieser Darstellung und Beurteilung überein, und es sei für die Vereinigten Staaten wichtig, nichts zu tun, was Entwicklungen in der Dritten Welt wieder rückgängig machen könnte. Er habe dem Präsidenten empfohlen, wegen des Nord-Süd-Gipfels mit dem mexikanischen Präsidenten[22] zu sprechen. Der Präsident sei geneigt, zu diesem Gipfel zu gehen, doch sei der Zeitpunkt wichtig. Amerikanischerseits denke man an den Herbst, vielleicht auch schon Ende August und September.

BM bemerkte, die Länder der Dritten Welt würden einen Zeitpunkt vor der VN-GV[23] vorziehen.

19 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

20 Zur geplanten Nord-Süd-Gipfelkonferenz vgl. Dok. 29, Anm. 16.

21 Am 13. März 1981 fand in Wien eine Nord-Süd-Außenministerkonferenz statt. Vortragender Legationsrat Steinkühler teilte dazu am 18. März 1981 mit: „Das AM-Treffen fand in ausgesprochen guter Arbeitsatmosphäre statt und konnte entgegen den ursprünglichen Erwartungen bereits am ersten Tag erfolgreich abgeschlossen werden. Besonders positiv ist zu bewerten: Es ist gelungen, einen Gipfeltermin zu finden, der es auch Präsident Reagan erlaubt, teilzunehmen; bei der Festlegung der Teilnehmer bleibt Kuba, dessen Anwesenheit den USA Schwierigkeiten bereitet hätte, ausgeschlossen; die Teilnahme Chinas ist gesichert. Die SU wird erneut aufgefordert, teilzunehmen; der informelle Charakter des Treffens wurde erneut bekräftigt. Damit konnten unsere Forderungen im wesentlichen durchgesetzt werden." Vgl. den Runderlaß Nr. 25; Referat 012, Bd. 124418.

22 José López Portillo y Pacheco.

23 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 in New York statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 28. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

AM *Haig* sagte, vielleicht komme der späte September in Frage.[24] Dem Präsidenten gehe es darum, eine sinnvolle Tagesordnung zu haben, und er wolle unter allen Umständen vermeiden, daß die Veranstaltung zu einer Propagandaschau gemacht werde. Jede Hilfe, die die Bundesrepublik dabei geben könne, mit dem Castro-Problem auf dieser Konferenz fertigzuwerden, würde begrüßt. Grundsätzlich sei amerikanischerseits eine generelle Bereitschaft vorhanden, an der Konferenz teilzunehmen.

Die Frage von *BM*, ob er damit in Wien arbeiten könne, bejahte AM *Haig*.

BM schlug abschließend Herausgabe einer gemeinsamen Presseverlautbarung vor, womit sich AM *Haig* einverstanden erklärte.[25]

Das Gespräch endete gegen 10.30 Uhr und wurde anschließend in größerem Kreise fortgesetzt.

VS-Bd. 14096 (010)

62

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Washington

VS-vertraulich **9. März 1981**[1]

Nach einem Vier-Augen-Gespräch von etwa 40 Minuten fand ein Gespräch von etwa eineinhalb Stunden Dauer im Delegationskreis statt.[2] (Auf amerikanischer Seite anwesend: Stoessel, Myer Rashish, Eagleburger und Niles; auf deutscher Seite: Botschafter Dr. Hermes, D 2[3], D 4[4], Gesandter Pfeffer.)

Haig wiederholte zuerst, was er schon im Vier-Augen-Gespräch gesagt habe, nämlich den Hinweis auf die enge, warmherzige und andauernde Partnerschaft mit Bonn. Diese sei die grundlegende Beziehung in der freien Welt, ohne die alle anderen Verhältnisse zusammenbrechen (collapse) würden.

24 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

25 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Blech, z. Z. Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 966/967/975/976 vom 10. März 1981 an das Auswärtige Amt übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 10. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Nordenskjöld verfügte und handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] (S[amm]l[un]g).“
Hat Nordenskjöld am 10. März 1981 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 61, Dok. 63–66 und Dok. 70.

3 Klaus Blech.

4 Per Fischer.

Haig behandelte dann die LRTNF-Frage. Die Vereinigten Staaten seien bezüglich der Dezember-Entscheidung 1979[5] der Zweispurigkeit, dem Parallelismus und der Notwendigkeit verpflichtet, beide Spuren gleichzeitig zu verfolgen. Sie bejahten die Notwendigkeit eines frühen Treffens der SCG; er denke an einen Zeitpunkt vor Ende März.[6] Gleichermaßen wichtig sei die Implementierung der Modernisierungsentscheidung. Auch auf diesem Gebiet müsse gehandelt werden.

Haig spielte dann kurz auf die amerikanische Presse-Berichterstattung über die neuesten deutschen Entscheidungen im Verteidigungsbereich (Klausur des BMVg[7]) mit der Bemerkung an, daß man diese Berichterstattung wohl als journalistische Übeltaten betrachten könne.

Zu den Ost-West-Beziehungen bejahte Haig im Grundsatz die Möglichkeit von Gipfelbegegnungen. Er bezog sich dabei auf Breschnews Rede[8] und Briefe. Was die letzteren angehe, so sei es notwendig, im Bündnis zu konsultieren, um in der Substanz, wenn auch nicht notwendigerweise in der Sprache, gemeinsam antworten zu können.[9] Der Präsident sei nicht gegen Gipfelbegegnungen an sich, er werde jedoch in gemessener und vorsichtiger Weise darangehen. Hier seien bezüglich Polens, Afghanistans, der kommunistisch unterstützten Befreiungsbewegung überhaupt und insbesondere El Salvadors Voraussetzungen in Gestalt von Zeichen der Mäßigung seitens der SU zu erfüllen.

Bezüglich des Nord-Süd-Gipfels in Mexiko[10] verwies Haig darauf, daß BM bereits ein klares Bild habe, wie die Vereinigten Staaten an diese Frage herangehen.

Sodann schnitt Haig zwei strategische Fragen an. Im Hinblick auf die Diskussion über seegestützte strategische Systeme stellte er klar, daß die Vereinigten Staaten bei der Modernisierung nicht auf ein landgestütztes ballistisches Sy-

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Zur siebten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 31. März 1981 in Brüssel vgl. Dok. 92.

7 Vom 4. bis 6. März 1981 fand unter Federführung des Bundesministeriums der Verteidigung eine Sitzung über Rüstungsfragen statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Neukirchen notierte am 16. März 1981, Bundesminister Apel habe am 11. März 1981 das Kabinett unterrichtet: „Als Ergebnis hält er fest, daß mittelfristig bei den Beschaffungsvorhaben, die große Waffensysteme betreffen, keine Änderungen vorgenommen werden können. In langfristige Beschaffungsvorhaben soll jedoch massiv eingegriffen werden. Dies betrifft vor allem die Kürzung bei der Beschaffung der Flugabwehrrakete ‚Roland' und das taktische Kampfflugzeug der 90er Jahre." Bundeskanzler Schmidt habe erklärt: „1) Trotz der Notwendigkeit, von früheren Planungen abzugehen, bleibt die Bundeswehr im Verhältnis zu anderen vergleichbaren Streitkräften verbündeter Staaten eine hervorragend ausgerüstete Armee. 2) Der Aufwand für die Verteidigung kann nicht ohne engen Bezug zu den vorhandenen Finanzierungsmöglichkeiten festgelegt werden. 3) Es wird schwierig werden, den Bündnispartnern verständlich zu machen, daß wir einige von unseren Zukunftsplanungen aufgeben müssen; aber wir wollen nicht steigende Verteidigungskosten mit inflationären Finanzierungsmethoden bezahlen." Vgl. VS-Bd. 10266 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

9 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt sowie zu den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat über die Schreiben von Breschnew an weitere Staats- oder Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 61, Anm. 14 und 15.

10 Zur geplanten Nord-Süd-Gipfelkonferenz vgl. Dok. 29, Anm. 16.

stem verzichten werden. Eine Entscheidung über die Modalitäten der Dislozierung sei allerdings noch nicht getroffen. Zur Frage SALT–ABM verwies er auf die amerikanische Erklärung von letzter Woche.[11] Die Vereinigten Staaten hielten an SALT I[12] fest und würden auch SALT II[13] einhalten, solange sich die SU entsprechend verhielte. Die ABM-Frage werde schwierig, insbesondere für Frankreich. Auf Frage BMs sagte er, daß François-Poncet bei seinem Besuch[14] die französischen Bedenken allerdings nicht ganz so stark vorgebracht habe, wie er, Haig, es erwartet habe.

Zu Polen verwies Haig zunächst auf die ergriffenen Maßnahmen zur wirtschaftlichen Überbrückung.[15] Jagielski werde demnächst die Vereinigten Staaten besuchen.[16] Vorher würden Gespräche der Gläubigergruppe in Warschau stattfinden.[17]

11 Am 5. März 1981 wurde in der Presse berichtet: „Die amerikanische Regierung wird nichts unternehmen, was ‚bestehende Verträge gefährden könnte, solange die Sowjetunion die gleiche Zurückhaltung zeigt', sagte noch am Dienstagabend der Sprecher des State Departments, Passage. Diese offizielle Richtigstellung folgte der Erklärung von Marineminister Lehman. Dieser hatte empfohlen, SALT I aufzugeben und über SALT II neu zu verhandeln, nachdem das Abkommen noch nicht vom Kongreß ratifiziert ist. Passage betonte, daß diese Erklärung Lehmans nicht die Ansicht der Regierung in Washington widerspiegle. Die Vereinigten Staaten würden zur Zeit ihre Gesamtpolitik bezüglich der SALT-Abkommen überprüfen, wobei noch keinerlei Entscheidung gefallen sei, fügte der Sprecher des Außenministeriums hinzu." Vgl. den Artikel „Lehman für eine neue globale Seestrategie gegen die sowjetische Bedrohung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. März 1981, S. 2.

12 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

13 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

14 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.

15 Referat 421 vermerkte am 9. März 1981: „Die Westverschuldungssituation (gegenwärtig 23 Mrd. Dollar ohne Zinsverbindlichkeiten) dürfte sich – auch nach polnischen Angaben – noch weiter verschlechtern (bis Mitte der 80er Jahre 28 Mrd. Dollar). Für die Jahre 1981 bis 1985 rechnet die polnische Regierung mit einem Kreditbedarf zur Abdeckung laufender und neuer Verbindlichkeiten gegenüber dem Westen […] von 9 bis 11 Mrd. Dollar jährlich. […] Die Bundesregierung hat im laufenden Jahr Polen einen Sonderbürgschaftsplafond in Höhe von 240 Mio. DM für kreditierte Lieferungen von Halbwaren eingeräumt. Darüber hinaus sind Kreditgarantien für Nahrungsmittellieferungen von 95 Mio. DM gewährt worden. […] Die Bundesregierung hat darüber hinaus der vorzeitigen Auszahlung der zweiten Tranche des ungebundenen Finanzkredits der Privatbanken für erwartete polnische Kohlelieferungen ab 1985 (120 Mio. DM) ab 2.1.1981 zugestimmt." Bei den Gesprächen der wichtigsten Gläubigerstaaten und Polens in Paris zeichne sich ab: „Eine umfassende und längerfristige Regelung erscheint frühestens ab 3. Quartal 1981 möglich, wenn auch die USA in dieser Frage sprechbereit sind. Nach unseren Informationen ist US-Regierung grundsätzlich bereit, Möglichkeiten einer Beteiligung an den Hilfsmaßnahmen konstruktiv zu prüfen." Frankreich, Großbritannien und Italien hätten ebenfalls bereits Überbrückungsmaßnahmen getroffen. Auf dem letzten Treffen der Gläubiger vom 23. bis 25. Februar 1981 in Paris hätten die USA „für einen Teil der Fälligkeiten der Monate März bis Juni 1981 polnische Rückzahlungsverpflichtungen in Höhe von 88 Mio. US-Dollar prolongiert". Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

16 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Jagielski hielt sich vom 1. bis 5. April 1981 in den USA auf.

17 Ministerialdirigent Kühn, Bundesministerium für Wirtschaft, vermerkte am 12. März 1981: „Vertreter von fünf Regierungen der Hauptgläubiger unter den westlichen Marktwirtschaftsländern (Frankreich, Vorsitz; USA; Großbritannien; Österreich; Deutschland) erörterten vom 9. bis 12. März

BM begann mit der Feststellung, daß deutsche Seite, wie amerikanische, die deutsch-amerikanischen Beziehungen als Schlüssel der amerikanisch-europäischen Zusammenarbeit einschätze und sich daher der Bedeutung der deutschen Politik für das deutsch-amerikanische Verhältnis bewußt sei. Er bezeichnete die Absicht, eine SCG-Sitzung noch im März stattfinden zu lassen, als wichtig. Ebenfalls wichtig sei es, die Genfer LRTNF-Gespräche[18] unverzüglich fortzusetzen. Dies sei wichtig, um die Unterstützung der öffentlichen Meinung für die gemeinsame Politik zu erhalten und Breschnew keine Chance zu geben, sich als Friedensapostel zu gerieren. In diesem Zusammenhang sei es auch bedeutend, daß die amerikanische Delegation in Madrid die Weisung erhalten habe, dem Projekt der KAE zuzustimmen.[19] Wäre das nicht geschehen, hätte Breschnew sich nicht gezwungen gesehen, auf dem Parteitag der KPdSU das Konzept der Anwendung vertrauensbildender Maßnahmen auf ganz Europa zu akzeptieren.[20]

BM begrüßte die prinzipielle amerikanische Bereitschaft zu einer Begegnung des Präsidenten mit Breschnew. Auch hier komme es darauf an, Breschnew nicht die Rolle des Friedensapostels zu ermöglichen. Niemand erwarte, daß eine solche Begegnung in Eile und ohne gründliche Vorbereitung stattfinde. Wir seien jedoch an der Perspektive einer solchen Begegnung interessiert. Er sei überzeugt, daß die SU die an ihr Wohlverhalten gestellten Erwartungen wohl verstehe.

BM sagte, er habe mit großem Interesse gehört, was Haig ihm (im Vier-Augen-Gespräch) zum Nord-Süd-Gipfel gesagt habe. Dies sei für ihn, der in einigen Tagen an den vorbereitenden Gesprächen in Wien[21] teilnehme, sehr wichtig, zumal Haig einverstanden sei, daß er dort von dem ihm Gesagten Gebrauch mache. Er frage sich, ob die amerikanische Seite nicht auch Mexiko entsprechend unterrichten sollte. Die Mexikaner würden dann besser verstehen, warum die BR Deutschland, Kanada und Frankreich eine Verschiebung des Mexiko-Gipfels auf September unterstützten. Er würde es allerdings für gut halten, wenn

Fortsetzung Fußnote von Seite 335

1981 in Warschau mit Vertretern der polnischen Regierung kurz- und längerfristige Aspekte der polnischen Auslandsverschuldung." Es sei Übereinstimmung erzielt worden, „daß die polnische Delegation bis zur nächsten Sitzung der Gruppe Ende März 1981 eine revidierte Fassung ihres Berichts über das polnische Wirtschaftsprogramm 1981 bis 1983 erarbeitet". Entspreche dieser Bericht den Voraussetzungen für eine umfassende Schuldenregelung, werde im einzelnen festgelegt werden, „welche Informationen die polnische Seite künftig in Halbjahresabständen zur Verfolgung der weiteren Entwicklung der polnischen Volkswirtschaft vorlegt. Die westlichen Gläubigerländer halten periodische Überprüfungen nach jeweils sechs Monaten für ein wesentliches Element der allgemeinen Schuldenregelung, um ggf. die Möglichkeit zu haben, die erforderlichen Maßnahmen auszusetzen. […] Die Atmosphäre der Besprechungen der Gläubigergruppe mit der polnischen Delegation war sachlich. Die Vertreter der westlichen Gläubigerländer haben die abschließende Entscheidung ihrer Regierungen nach wie vor offengelassen, doch waren die Erörterungen stärker als bisher darauf konzentriert, spätestens Anfang April den Umriß der globalen Regelung zu verabschieden und Ende April 1981 das abgestimmte Protokoll zu unterzeichnen." Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

18 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

19 Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

20 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau vgl. Dok. 56.

21 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13. März 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 21.

dieser Gipfel noch vor dem Beginn der VN-Generalversammlung[22] stattfände, um Angriffe von vornherein abzuschneiden.[23] Er halte die Teilnahme der Vereinigten Staaten an diesem Gipfel für äußerst bedeutsam: Dies werde den positiven Trend in der Dritten Welt, weg von der SU und hin zur Unabhängigkeit, ermutigen.

Zu Polen bemerkte BM, daß wir uns wieder in einer Entscheidungsphase befänden. Wir hätten die Verlautbarungen nach dem letzten Moskauer Treffen der sowjetischen mit der polnischen Führung[24] mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen. Die Unterschiede zu früheren Äußerungen erregten Besorgnis. Früher habe die sowjetische Führung sich überzeugt gezeigt, daß die polnische Führung ihre Probleme meistern werde. Jetzt sage sie, daß die polnische Führung die Möglichkeit habe, mit diesen Problemen fertigzuwerden. Hierin liege unverkennbar eine Mahnung, diese Möglichkeit zu nutzen. Die sowjetische Führung sei sich bewußt, daß der Prozeß innerer Instabilität in ihrem Imperium eine ernste Stufe erreicht habe, auch wenn die polnischen Ereignisse noch nicht unmittelbar auf andere kommunistische Länder übergeschlagen seien. Daß dies noch nicht geschehen sei, habe seine besonderen Gründe. Es bleibe aber das Signal, daß das Maß der Beherrschung der letzten 30 Jahre nicht aufrechterhalten werden könne. Man müsse mit Instabilitäten und Unsicherheiten rechnen. Der Dezember-Gipfel des WP[25] habe den Eindruck vermittelt, daß Breschnew gegen eine Intervention sei, wohl aus dem Bedürfnis heraus, in die Geschichte als derjenige einzugehen, der die Öffnung nach Westen ermöglicht habe. Wenn dem so sei, sei es von entscheidender Bedeutung, ihm immer wieder klarzumachen, was eine Intervention in Polen für das Ost-West-Verhältnis bedeuten würde. Es sei eine äußerst wichtige Aufgabe des Westens, daß sich die SU nicht wie in Afghanistan[26] erneut verschätze. Bei der

22 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 in New York statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 28. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

23 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

24 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 5. März 1981: „Am 4.3.81 fand in Moskau ein Treffen zwischen den Spitzen von Partei und Regierung der SU und Polens statt, seit der Amtsübernahme Kanias das zweite Gespräch dieser Art. Das erste hatte am 30.10.1980 stattgefunden. TASS-Mitteilung über das Treffen, bei der unklar bleibt, wieweit sie abgestimmt ist, läßt Verhärtung und zunehmende Ungeduld erkennen. Dies läßt sich u. a. an der Verschärfung aller Aussagen zur Lage in Polen und zu ihrer internationalen Bedeutung ablesen, wodurch offensichtlich bestimmte Positionen für die Zukunft festgeschrieben werden sollen. Besonders auffällig ist in diesem Zusammenhang, daß […] die innere Entwicklung Polens mit dem globalen Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus verknüpft wird, was der Breschnew-Doktrin eine neue, gewissermaßen weltpolitische Nuance verleiht. Wenig Gutes verheißt auch die in diesem Text neu formulierte Erwartung der Sowjets, daß die polnischen Kommunisten imstande sein werden, ‚den Gang der Ereignisse zu wenden', hinter der sich letztlich auch eine Mißtrauenserklärung gegenüber der bisherigen Strategie der polnischen Führung und der Wunsch nach einer Kursänderung verbergen. Insgesamt hinterläßt die Mitteilung über das Treffen den Eindruck, als sei ein unzuverlässiger Klient zur Schutzmacht des Sozialismus einbestellt worden, um sich vor ihr zu rechtfertigen, sich die inzwischen angestauten Gravamina anzuhören und Besserung zu geloben, wobei letzteres offenbar nicht mit der sowjetischerseits gewünschten Deutlichkeit geschehen ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 881; Referat 214, Bd. 132910.
Für den Wortlaut des Kommuniqués des polnisch-sowjetischen Treffens am 4. März 1981 in Moskau vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 325 f.

25 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

26 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Intervention in Afghanistan habe sie sowohl die westliche Reaktion wie auch die Reaktion der Dritten Welt falsch kalkuliert.

Haig wiederholte, daß man amerikanischerseits nicht gegen eine Gipfelbegegnung sei. Man lege aber großen Wert darauf, daß in der öffentlichen Meinung keine Situation entstehe, in der man mit großen Erwartungen auf eine solche Begegnung fixiert sei.

Zur Anregung BMs, die Mexikaner über die amerikanische Haltung zum Nord-Süd-Gipfel zu unterrichten, wies er darauf hin, daß Myer Rashish in den nächsten Tagen – noch vor dem AM-Treffen in Wien – Mexiko besuchen und mit López Portillo über das Timing, über den Teilnehmerkreis (Kuba!) und die Agenda sprechen werde.

Haig erinnerte daran, daß bei seinem Gespräch mit dem Bundeskanzler im September vorigen Jahres dieser bemerkt habe, es sei wichtig, daß die Amerikaner ein gutes Verhältnis zu ihren Nachbarn hätten. Die morgige Reise des Präsidenten nach Kanada[27] und sein Kontakt mit López Portillo[28] zeigten, daß man sich den Rat zu Herzen genommen habe.

Bezüglich Polen teilte Haig die Beurteilung BMs vollständig.

Die Zusammenarbeit in der NATO und im Viererkreis seien für die Verhinderung einer Intervention „instrumental" gewesen. Vielleicht habe man bisher der Möglichkeit einer internen Repression etwas wenig Beachtung geschenkt. Gerade hier entstehe eine neue Krise. Haig verwies in diesem Zusammenhang auf die bevorstehenden Manöver in Polen[29] (wobei man allerdings keine Hinweise auf die Vorbereitung einer Intervention habe) und auf die Maßnahmen gegen bestimmte Personen und Gruppen. Die Vereinigten Staaten hätten ihre öffentliche Position hierzu klargemacht[30] und begrüßten, daß dies auch von deutscher Seite geschehen sei. Man müsse dergleichen so oft wie nötig wiederholen.

BM verwies auf die Wichtigkeit des heutigen Treffens Wałęsa–Jaruzelski[31]. Er

27 Präsident Reagan hielt sich am 10./11. März 1981 in Kanada auf.

28 Der designierte Präsident Reagan und Präsident López Portillo trafen am 5. Januar 1981 in Ciudad Juárez zusammen.

29 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 5. März 1981, im amerikanischen Außenministerium sei zu bevorstehenden Manövern des Warschauer Pakts mitgeteilt worden: „Sogenannte Sojuz-Manöver fänden jährlich im Gebiet des WP statt, wobei Charakter und Ausmaß der Manöver von Jahr zu Jahr unterschiedlich seien." Das diesjährige Manöver stelle keine Überraschung dar: „Nach bisheriger Kenntnis setze sich Sojuz 81 aus Stabsübungen und Truppenmanövern in allen WP-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Bulgariens zusammen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 892; VS-Bd. 13337 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
Am selben Tag übermittelte Hermes weitere Informationen des amerikanischen Außenministeriums: „Parteichef Kania und Jaruzelski (als Verteidigungsminister und inzwischen auch Ministerpräsident) hätten sich seit Dezember 1980 der Abhaltung von WP-Manövern auf polnischem Boden erfolgreich widersetzt, um die Bevölkerung nicht unnötig zu beunruhigen. Nunmehr hätten sie jedoch keine andere Wahl und müßten Manövern dieser Art zustimmen, da sonst ihre Bündnistreue in Frage gestellt würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 909; VS-Bd. 13337 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

30 So in der Vorlage.

31 Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 13. März 1981 mit, nach Kündigungen von Gewerkschaftsmitgliedern sei es am 10. März 1981 in Łodz zu einem einstündigen Warnstreik von 300 000 Arbeitern in ca. 800 Betrieben gekommen: „Vor diesem Streik war Wałęsa nach Warschau geeilt, um in Gesprächen mit V[ize]P[remierminister] Rakowski und PM Jaruzelski die erste Unterbrechung des 90-Tage-Streik-Burgfriedens zu vermeiden." Der Streik habe schließlich gegen das Votum des Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarność", Wałęsa, stattgefunden. Dies zeige „den geringen Einfluß der Gewerkschaftsführung in Danzig auf die regionalen Organisationen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 376; Referat 214, Bd. 132910.

beabsichtige, in der nächsten Woche Polen zu besuchen.[32] Es sei bemerkenswert, daß Czyrek seinen Besuch dieser Tage im polnischen Parlament erwähnt habe[33], obwohl hierüber zu diesem Zeitpunkt noch keine öffentliche Mitteilung gemacht worden sei. Dies solle wohl als Signal verstanden werden, daß die Situation ruhig bleibe und der Besuch ungestört ablaufen werde.

Haig stellte klar, daß die von amerikanischer Seite in Angriff genommene Verbesserung konventioneller SLBMs nicht die Frage der Dislozierung nuklearer Waffen berühre. Er erläuterte sodann kurz die amerikanischen Vorhaben bezüglich chemischer Waffen.[34] Dies sei eine unilaterale Entscheidung.[35] Die Dislozierungsfrage stelle sich nicht. Die Vereinigten Staaten seien sehr verwundbar auf diesem Gebiet geworden. Auch entfalle ohne amerikanisches Nachziehen jedweder Anreiz für ein sowjetisches Eingehen in der Rüstungskontrolle. Zur Neutronenwaffe[36] bemerkte er, man spreche in Washington z. Z. lediglich über die Produktion der entsprechenden Elemente, nicht jedoch über den Einbau in die Waffe und schon gar nicht über die Dislozierung. Man sei sich über die Sensitivität dieser Frage, die ja auch ihre Geschichte habe, in Europa im klaren. Mit Weinberger habe es gewisse Kommunikationsschwierigkeiten gegeben.

32 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

33 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 9. März 1981, der polnische Außenminister Czyrek habe den Besuch des Bundesministers Genscher am 6. März 1981 im polnischen Parlament „ohne Nennung eines Datums bereits angekündigt". Es sei mit der polnischen Regierung besprochen worden, den offiziellen Reisetermin am 11. oder 12. März 1981 zu veröffentlichen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 337; Referat 214, Bd. 132947.

34 Der amerikanische Außenminister Haig teilte Bundesminister Genscher mit Schreiben vom 4. März 1981 mit: „We will be submitting to Congress a supplemental budget request containing proposals for enhancing this nation's defense efforts. Among these, it is probable that there will be a request for funding to begin the process of modernizing our chemical munitions. These funds will permit us to begin construction of a binary chemical weapon production facility. This decision is clearly one for the United States to make alone. Should we, in several years time, decide that deployment is desirable, we will consult closely with any ally concerned." Haig verwies auf die sowjetischen Anstrengungen auf dem Gebiet chemischer Waffen: „The Alliance has long been agreed on the need to retain a chemical weapons retaliatory capability as a deterrent against Soviet use of such munitions. To fail to maintain such a deterrent would be to invite the employment of these weapons, and lower the nuclear threshold. At the same time, our own chemical weapons stocks are steadily aging." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1221 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann vom 5. März 1981 an Botschafter Hermes, Washington; VS-Bd. 10340 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

35 Botschafter Ruth vermerkte am 5. März 1981 zum Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig vom Vortag an Bundesminister Genscher: „1) Wir müssen davon ausgehen, daß die Amerikaner entschlossen sind, die Vorbereitung für die Produktion binärer Waffen anlaufen zu lassen und die entsprechenden Entscheidungen zu fällen. 2) Aus der Sicht der UA 22 müssen die Amerikaner darauf gedrängt werden, die Öffentlichkeitsarbeit mit größter Sorgfalt vorzubereiten und behutsam durchzuführen; die Frage der Stationierung der Ersatzwaffen in Europa als nicht aktuelle Frage möglichst in den Hintergrund zu spielen und jedenfalls zu vermeiden, daß sie die Diskussion um die LRTNF-Dislozierung weiter erschwert. 3) Die große Überlegenheit der Sowjetunion muß deutlich und einleuchtend dargestellt werden. […] 4) Es muß vermieden werden, daß das LRTNF-Nachrüstungsmodell auch auf die C-Waffen übertragen wird, denn hier laufen bereits Verhandlungen, die auf die vollständige Vernichtung von C-Waffen zielen; ist zu berücksichtigen, daß bei LRTNF die Abschreckungs- und friedenssichernde Rolle der neu zu stationierenden Waffen nicht mit den chemischen Waffen verglichen werden kann; schlägt zu Buche, daß es nicht amerikanische Absicht sein kann, Gleichgewicht im chemischen Bereich herzustellen. 5) Bei der Argumentation ist zu berücksichtigen, daß es das Protokoll von 1925 gibt, das den Einsatz chemischer Waffen verbietet. Auch insofern besteht ein Unterschied zu LRTNF." Vgl. VS-Bd. 11552 (222); B 150, Aktenkopien 1981.

36 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vgl. Dok. 31, Anm. 6.

Auf die Frage von Haig nach unserer Bewertung des Wirtschaftsgipfels in Ottawa[37] antwortet *BM*, er werde Gelegenheit zur Behandlung wichtiger Fragen geben. Dazu gehöre insbesondere die Koordinierung der Wirtschaftspolitik der beteiligten Staaten. Wir verfolgten mit Genugtuung die Bemühungen der neuen amerikanischen Regierung um eine wirtschaftliche Stabilitätspolitik. Die starke Betonung, die der Geldpolitik dabei zukomme, werfe allerdings gewisse Probleme für uns auf, insbesondere wegen der hohen US-Zinspolitik, die uns zu einer entsprechenden Politik zwinge.[38] Hierüber werde in Ottawa zu sprechen sein. Ein weiteres wichtiges Thema seien die Ost-West-Beziehungen im Wirtschaftsbereich. Je mehr Verständigung hierüber vor Ottawa erzielt werden könne, um so mehr könnten die dortigen Verhandlungen entlastet werden. Dann werde die Nord-Süd-Problematik zu behandeln sein mit dem Ziel, eine gemeinsame Strategie der wichtigsten industrialisierten Staaten auszuarbeiten und den Nord-Süd-Gipfel von Mexiko gemeinsam vorzubereiten. Schließlich ergebe sich die Möglichkeit zu einem Meinungsaustausch über internationale politische Fragen. Zu KSZE–KAE bemerkte *Haig*, daß er, offen gesagt, längst der französischen Initiative[39] zugestimmt hätte, da sie dem westlichen Interesse in der Substanz wie auch unter propagandistischen Gesichtspunkten entspräche. Zu MBFR sagte Haig, daß diese Verhandlungen einen integrierenden Effekt im Bündnis gehabt hätten. Hier habe man eines der besten Modelle für Konsultationen innerhalb des Bündnisses. Auf dieser Grundlage wolle man fortfahren. Bezüglich eines möglichen Ergebnisses ließ Haig einige Skepsis erkennen.

BM bezeichnete es als äußerst bedeutsam, daß wir in der Frage der vertrauensbildenden Maßnahmen in der Offensive seien, und zwar, wie von Haig richtig bemerkt, in der Sache ebenso wie bezüglich der öffentlichen Meinung. Gleichermaßen wichtig sei für uns, daß das Folgetreffen in Madrid als solches zu ausgewogenen Ergebnissen führe, insbesondere im humanitären Bereich. Er habe bereits 1975 im Bundestag (die Bundesrepublik sei das einzige Land gewesen, in dem die KSZE zweimal Gegenstand parlamentarischer Debatten ge-

37 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

38 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 48, Anm. 29.
Bundeskanzler Schmidt legte in einem Schreiben vom 6. März 1981 an Bundesminister Genscher dar: „Es erscheint mir wichtig, in unseren Gesprächen die Vertreter der neuen Administration daran zu erinnern […], daß die USA schon allein aufgrund ihrer Größe und ihres wirtschaftlichen Gewichts eine besondere Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft tragen." Es erfülle ihn mit Sorge, daß die USA „ihre Wirtschaftspolitik – insbesondere ihre Geldpolitik – vor allem an binnenwirtschaftlichen Erfordernissen ausrichten und dabei ihrer besonderen Verantwortung für die Weltwirtschaft nicht gerecht werden könnten." Zwar sei das Programm des Präsidenten Reagan zur Bekämpfung der Inflation und zur Revitalisierung der Wirtschaft „mutig und bewundernswert", doch sei es „problematisch […], die Bekämpfung der Inflation allein der Fed[eral Reserve] zuzuweisen und die Finanzpolitik davon nahezu ganz zu entlasten. Die sehr restriktive amerikanische Geldpolitik bestimmt gegenwärtig weltweit das Zinsniveau. Auch die Deutsche Bundesbank hat keinen Spielraum, die Politik zu betreiben, die zur Stabilisierung unserer Konjunktur notwendig wäre. Ich fürchte, auf die Dauer wird eine weltweite Hochzinspolitik den Weg der Weltwirtschaft in die Rezession nicht nur nicht verhindern, sondern sogar beschleunigen. Ich fürchte außerdem, daß dadurch in den Industrieländern dringend notwendige Investitionen zur Energieeinsparung und zur Verringerung der Abhängigkeit vom Erdöl in kaum zu verantwortender Weise verzögert werden." Vgl. Referat 010, Bd. 178849.

39 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

wesen sei[40]) gesagt, daß die Schlußakte[41] für den Westen durchaus die Grundlage für eine offensive Politik gebe.[42] Die in diesem Dokument niedergelegten Prinzipien seien so beschaffen, daß der Westen sein Verhalten nicht ändern müsse, wohl aber die andere Seite. Insbesondere das Prinzip der Mäßigung, das dort seinen Niederschlag fände, gelte überall in der Welt. Deshalb sprächen wir von der Unteilbarkeit der Entspannung, der Sicherheit und des Friedens.

Zur MBFR nahm BM auf die für uns wesentlichen Prinzipien Bezug und sprach sich für die Fortsetzung der Verhandlungen aus.

Haig unterstrich, daß nach seiner Auffassung jede Verminderung der amerikanischen Streitkräfte in Europa enorme psychologische Folgen für den Zusammenhalt des Bündnisses hätten. (Dem stimmte BM voll zu.) Andererseits gäbe es die Planungen für die Rapid Deployment Force.[43] Er habe sich die Frage gestellt, ob man hier nicht Fahne ohne Truppen habe. Die Eventualfallplanung für „Middle East" liege beim amerikanischen Oberkommandierenden für Europa, nicht etwa deshalb, weil diese Streitmacht aus in Europa stationierten amerikanischen Truppen gestellt werden sollte, sondern weil der Oberkommandierende über die notwendigen Kommunikationen über die der strategischen und politischen Probleme und auch über Verbindungen zu den europäischen und nahöstlichen diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten verfüge.[44] (Diese Ausführungen Haigs waren wenig präzise.)

BM unterstrich, daß die Klarstellung dieser Motivation für die europäischen Partner sehr wichtig sei.

BM wies darauf hin, daß am Abend des vergangenen Freitag[45] nach der Klausurtagung im BMVg eine Besprechung stattgefunden habe, zu deren Ergebnis der Bundesverteidigungsminister selbst bei seinem bevorstehenden Besuch nähere Erläuterungen geben werde.[46] Er, BM, wolle hier nur kurz sagen, daß wir alle großen Programme unverändert fortführen würden. Dies gelte für „Torna-

40 Am 17. Oktober 1974 fand im Bundestag eine Debatte zur Großen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion über die KSZE vom 8. Juli 1974 statt. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 89, S. 8326–8420.
Die zweite Debatte fand am 25. Juli 1975 im Rahmen einer Sondersitzung statt. Anlaß war ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion, die KSZE-Schlußakte nicht zu unterschreiben. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 94, S. 12797–12875.

41 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

42 Für die Ausführungen des Bundesministers Genscher vor dem Bundestag am 25. Juli 1975 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 94, S. 12797–12803 und S. 12869–12871.

43 Zur „Rapid Deployment Force" vgl. Dok. 55.

44 So in der Vorlage.

45 6. März 1981.

46 Bundesminister Apel hielt sich vom 23. bis 26. März 1981 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am 25. März 1981, im Gespräch mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am Vortag habe Apel zur Rüstungsplanung der Bundeswehr ausgeführt, „daß in den letzten Jahren die Beschaffung von 26 bedeutenden Waffensystemen eingeleitet worden sei. Im Rahmen einer Rüstungsklausur zu Beginn dieses Monats habe man ihre Finanzierbarkeit eingehend durchleuchtet. Als Ergebnis sei festzuhalten: Alle bestellten Waffensysteme würden zulaufen. Es werde keine Kürzungen im Verteidigungshaushalt geben; dieser solle vielmehr erhöht werden. Zur Finanzierung der Waffensysteme müsse die Inflationsrate ausgeglichen werden. Außerdem müsse bis 1984 eine Milliarde DM mehr als vorgesehen bereitgestellt werden. Mit dieser Zielsetzung werde er die künftigen Haushaltsverhandlungen führen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1256/1257; VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

do", den „Leopard II" und das Fregattenprogramm in seiner ursprünglichen Form mit geringen zeitlichen Verschiebungen bezüglich der Fregatten 7 und 8.

Die Luftabwehrrakete „Roland" werde im Heer, nicht in der Luftwaffe und der Marine eingeführt. Es sei nicht richtig, wenn von einer Absicht der Bundesregierung gesprochen werde, Programme zu kürzen oder fallenzulassen. Schwieriger als die Entscheidung über das, was notwendig sei und deshalb gemacht werde, sei die Frage der Finanzierung. Bei der von ihm genannten Besprechung sei aber der Bundesfinanzminister[47] dabeigewesen und habe keine Einwendungen erhoben. Bezüglich des Host Nation Support, dem nach unserer Auffassung wichtigsten der acht Stoessel-Punkte[48], sei eine positive prinzipielle Entscheidung getroffen worden.[49] Über Einzelheiten werde mit dem Bundesverteidigungsminister zu sprechen sein.[50]

Haig bemerkte, er habe den (irreführenden) Bericht der NYT über die deutschen Entscheidungen nicht mit Besorgnis gelesen, da er davon ausgegangen sei, daß es sich hier um eine Übeltat (mischief) handele. Was Host Nation Support anbetreffe, so sei er durch die allgemeine Mitteilung des BM sehr ermutigt. Er habe sich stets bemüht, in der Frage der Verteidigungslasten der Tendenz der Legislative entgegenzutreten, sich selbst mit dem burden sharing zu beschäftigen. Es sei allerdings auch wichtig, den Skeptikern keine Munition zu liefern. Er hätte es für besser gehalten, wenn die Drei-Prozent-Regel[51] nie festgelegt worden wäre. Wenn die neue Administration bezüglich dieser Regel Skepsis zum Ausdruck bringe, bedeute es allerdings nicht, daß weniger geschehen solle. Die Drei-Prozent-Regel wirke jedoch kontraproduktiv auf den Planungsprozeß, besonders in Bonn, wo man eine solche Regel ernst nähme, nicht zuletzt auch wegen einer schwieriger werdenden Wirtschaftlage. Die deutsche Seite werde finden, daß sie nicht mehr so einem lästigen Druck ausgesetzt sein werde.

Haig fragte dann nach dem Urteil des BM über den Stand der innerdeutschen Beziehungen. Er selbst sehe einige Plus- und einige Minuspunkte.

47 Hans Matthöfer.

48 Zur Demarche des amerikanischen Botschafters Stoessel vom 4. November 1980 sowie insbesondere zum Host Nation Support vgl. Dok. 45.

49 In Ziffer 6 der Pressemitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 7. März 1981 zu den Ergebnissen der Sitzung über Rüstungsfragen vom 4. bis 6. März 1981 wurde ausgeführt: „Der Umfang des deutschen Beitrages zu der seit einiger Zeit gemeinsam mit den USA untersuchten Unterstützung für die amerikanischen Verstärkungsstreitkräfte (Host Nation Support) kann noch nicht endgültig festgelegt werden. Mittel für seine Verwirklichung sind im Etat des Bundesministeriums der Verteidigung und in der gültigen Finanzplanung (14. Finanzplan) nicht enthalten." Vgl. Referat 201, Bd. 125537.

50 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. März 1981 über das Gespräch des Bundesministers Apel mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am Vortag: „Mr. Carlucci, stellvertretender US-Verteidigungsminister, leitete danach zu der Stoessel-Demarche über. BM Dr. Apel erläuterte, daß er für den ersten Punkt, wartime HNS, zuständig sei und die von Außenminister Genscher erläuterte grundsätzlich positive Haltung der Bundesregierung nochmals bestätigen könne. Zu den Punkten 2 bis 8 könne er aber nicht Stellung nehmen, da hier die Zuständigkeit des Außen- und Finanzministeriums gegeben sei. Er sagte zu, jetzt Gespräche über die Verwirklichung des wartime HNS einzuleiten und außerdem dem Kabinett den Wunsch der US-Regierung vorzutragen, die Punkte 2 bis 8 zu verhandeln. Weinberger betonte, daß diese Punkte das besondere Interesse des Kongresses fänden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1256/1257; VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

51 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

BM führte aus, daß die deutsch-deutschen Beziehungen immer in die Ost-West-Beziehungen eingebettet gewesen seien. Die Vorstellung, die deutsch-deutschen Beziehungen davon isoliert halten zu können, sei illusionär, wenn nicht gefährlich. Insofern hänge der Zustand der deutsch-deutschen Beziehungen immer vom Stand der Ost-West-Beziehungen allgemein ab. – Gegenwärtig sei eine Nervosität der DDR-Führung wegen Polen unverkennbar. Diese Nervosität sei größer als in der ČSSR, wo sie schon groß genug sei. BM bezog sich in diesem Zusammenhang kurz auf seine Gespräche in Prag im Dezember vorigen Jahres.[52] Es sei im Kern wohl richtig, davon auszugehen, daß zur Zeit des Moskauer Gipfels Anfang Dezember 1980 eigentlich nur die DDR für eine Intervention in Polen gewesen sei. Die Nervosität der dortigen Führung beruhe darauf, daß die DDR-Bevölkerung von allen Menschen im Warschauer Pakt am besten informiert sei, insbesondere über Polen und die internationale Lage. Auf der anderen Seite habe die DDR-Führung, anders als etwa diejenige der Tschechoslowakei oder Ungarns, nicht die Möglichkeit, sich auf eine nationale Identität zu stützen. Im Herbst vorigen Jahres habe sie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ihren Kurs verschärft (Erhöhung des Mindestumtauschs[53]). Allem Anschein nach wollte sie in Erwartung einer Intervention in Polen als erstes Land im Warschauer Pakt ihre Haltung verhärten. Zur Zeit bemühe sie sich wieder darum zu kalmieren. So habe Honecker unserem neuen Ständigen Vertreter in Ost-Berlin zu verstehen gegeben[54], daß er aus Anlaß der bevorstehenden Leipziger Frühjahrsmesse[55] positive Äußerungen über das Verhältnis zur Bundesrepublik machen werde.[56] Sollte dies geschehen, werde dies auch einen gewissen Aufschluß für die zukünftige Entwicklung bezüglich Polens geben. Die Bundesregierung sei ihrerseits insgesamt an der Erhaltung des Erreichten und an weiteren Verbesserungen, insbesondere im humanitären Bereich, interessiert. Hier handele es sich um vitale Fragen für ein geteiltes Land. Wenn die Bundesrepublik Deutschland weitere Verbesserungen wünsche, so doch nicht um den Preis ihrer Sicherheit. Er, BM, sage dies deshalb, weil wir in näherer Zukunft wohl mit einer Propagandakampagne der DDR rechnen müßten, in der gesagt werde, daß Fortschritte in den deutsch-deutschen Beziehungen und insbesondere auf humanitärem Gebiet von einer „verantwortungsvollen Rolle“

52 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

53 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

54 Zum Gespräch des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 9. Februar 1981 vgl. Dok. 35.

55 Die Leipziger Frühjahrsmesse fand vom 15. bis 21. März 1981 statt.

56 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED während seines Rundgangs auf der Leipziger Messe im Beisein des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, am 15. März 1981 wurde berichtet, Honecker habe „nachdrücklich“ das Interesse der DDR an der Entwicklung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Beziehungen zur Bundesrepublik betont und auf die Wechselwirkung zwischen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen hingewiesen: „Er sei überzeugt, fügte Erich Honecker hinzu, daß auch seine Gesprächspartner vor allem an der Fortsetzung des Entspannungsprozesses interessiert seien. Beide Seiten sollten dafür Sorge tragen, daß Spannungen nicht auf ökonomische Beziehungen durchschlagen und den Gesamtbeziehungen zum Schaden gereichen. […] Was die Gesamtbeziehungen zwischen der DDR und der BRD betrifft, betonte Erich Honecker, so sehen wir sie im Rahmen der Gesamtentwicklung in der Welt.“ Vgl. den Artikel „Leistungsschau großer Erfolge im Wettbewerb zum X. Parteitag“; NEUES DEUTSCHLAND vom 16. März 1981, S. 5.

der Bundesrepublik Deutschland in der LRTNF-Frage abhängen würden, was heiße, daß die Bundesrepublik die Moratoriumsrolle spielen solle. Zu dieser Frage sei die Position der Bundesregierung jedoch klar und eindeutig wie stets.

BM schloß hieran einige Bemerkungen über Berlin an. Man könne beobachten, daß auch bei den schwierigen Entwicklungen des letzten Jahres die Lage in und um Berlin ruhig geblieben sei. Dies sei sowohl an sich und als auch für die Ost-West-Beziehungen bedeutsam. Deshalb sollten wir auch weiterhin der anderen Seite klarmachen, daß die Lage in und um Berlin für diese Gesamtbeziehungen wichtig bleibe.

BM wies darauf hin, daß demnächst der Regierende Bürgermeister[57] und der Bürgermeister von Berlin[58] die Vereinigten Staaten besuchen würden. Er würde es begrüßen, wenn sie so wie ihre Vorgänger empfangen würden. Damit würde demonstriert werden, daß die Vereinigten Staaten zu Berlin stehen. Dies sei nicht nur nach außen, sondern auch für die Lage in Berlin selbst wichtig.

Haig erwiderte, daß die Besucher selbstverständlich so herzlich willkommen seien wie stets zuvor.[59] Was die Beziehungen der Vereinigten Staaten zu der DDR anbetreffe, so bewegte sich die amerikanische Politik in abgemessenen Schritten (in a measured way). Man lasse sich von unserem Rat leiten. Haig wies auf die Aktivität der DDR in anderen Teilen der Welt hin. Haig stellte sodann eine Frage nach dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion.[60] Er führte dies mit den Worten ein, daß diese Angelegenheit auch in Deutschland kritisch erörtert werde. Die amerikanische Regierung wolle dem Bundeskanzler das Leben nicht schwermachen. Sie sei allerdings sehr skeptisch und wolle, daß beim Abschluß dieses Geschäfts keine übertriebene Hast an den Tag gelegt werde, nicht zuletzt im Hinblick auf Polen und andere offene Fragen. Der *Bundesminister* antwortete, hier stelle sich die Frage, wie weit ein Abhängigkeitsverhältnis zur Sowjetunion entstehen könne, und zwar sowohl, was den östlichen Anteil an dem gesamten Primärenergiebereich als auch, was den der Erdgasversorgung betreffe. Die Bundesregierung habe nach intensiver Prüfung die Grenze von 30 Prozent für den sowjetischen Anteil an unserem Erdgasverbrauch als tolerabel beurteilt. Diese Schwelle sei die gleiche, wie sie in Frankreich bestehe, allerdings mit einem wesentlichen Unterschied. Während bei uns 70 Prozent des Erdgasverbrauchs entweder durch Eigenproduktion oder durch Verträge mit den Niederlanden oder anderen Lieferländern gesichert seien, be-

57 Hans-Jochen Vogel.

58 Guido Brunner.

59 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 12. März 1981 mit, das amerikanische Außenministerium sei seit Februar 1981 von seiten der Botschaft, aber auch des Bundeskanzleramts immer wieder „auf den Besuch des RBM angesprochen und nachdrücklich gebeten worden, angesichts der besonderen Rolle Berlins einen Gesprächstermin für den RBM bei AM Haig und beim Präsidenten zu erwirken. […] Über das State Department erfahren wir nunmehr, daß RBM Vogel seinen für März geplanten Besuch in Washington verschiebt. Zwar hat AM Haig inzwischen seine prinzipielle Zusage gegeben, den RBM am 19. oder 20. März zu empfangen, ein Termin bei Präsident Reagan ist jedoch bislang nicht zustande gekommen." Als Grund für das Nichtzustandekommens eines Termins bei Reagan sei dessen Beanspruchung durch die anstehenden Haushaltberatungen angegeben worden. Der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, habe betont, „daß es sich um eine rein technische Schwierigkeit handele. Keinesfalls sollte daraus auf ein vermindertes Interesse der Administration an Berlin geschlossen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1037; Referat 204, Bd. 123316.

60 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 29, Anm. 14.

ziehe Frankreich einen erheblichen Anteil seines Erdgases aus Algerien, einem ebenfalls nicht in jeder Beziehung sicheren Lieferanten. Wir hätten über die Kompensation von eventuellen Ausfällen Gespräche mit den Franzosen aufgenommen[61], die wir auch mit anderen interessierten Staaten führen würden. Wir seien uns der „Grenzwertproblematik" der 30 Prozent wohl bewußt. Bei dem Geschäft seien viele Fragen noch ungeklärt, darunter auch die Finanzierung. Bundesminister Graf Lambsdorff werde die Frage ausführlich bei seinem bevorstehenden Besuch behandeln.[62] Die amerikanische Regierung könne jedenfalls davon ausgehen, daß wir die Frage der Abhängigkeit bei unseren Erdgasimporten sehr eingehend geprüft haben würden, bevor es zu einem Abschluß komme. Wir seien uns mit Frankreich einig, daß mit Norwegen Gespräche geführt werden sollten, wie die norwegischen Ressourcen rascher genutzt werden könnten. Dabei könne uns auch die amerikanische Regierung behilflich sein. Wir legten großen Wert darauf, daß die neue amerikanische Administration erkenne, wie sehr wir uns selbst der Risiken bewußt seien und welche strenge Risikolinie wir gezogen hätten. Dieses Geschäft sei im übrigen kein deutsch-französisches, andere Staaten seien ebenfalls daran beteiligt. Es sei darauf zu achten, daß auch sie die Risikolinie nicht überschritten, wie wir es jedenfalls nicht tun würden. *Haig* antwortete, daß er viel Vertrauen habe. Sowohl die Norweger als die Briten könnten hilfreich sein, wenn es darum gehe, Ressourcen rascher zu nutzen, wie auch bei der Preisfestlegung.

Zur Türkei dankte Haig BM für sein kürzliches Schreiben[63] und brachte erneut die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Bundesregierung auch weiterhin die führende Rolle bei der internationalen wirtschaftlichen Hilfsaktion zugunsten

61 Zu den Gesprächen am 20. Februar 1981 vgl. Dok. 29, Anm. 15.

62 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich vom 6. bis 21. März 1981 in den USA auf und führte am 16. März 1981 ein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Haig. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am selben Tag: „Graf Lambsdorff erläuterte im einzelnen, wie in der vergangenen Woche vom Bundesaußenminister angekündigt, das Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion. Das Geschäft werde sicher nicht in den nächsten zwei bis drei Wochen zum Abschluß gebracht werden; die Bundesregierung habe für das Geschäft, dessen Größenordnung keine unannehmbare Abhängigkeit schaffe, die entsprechenden Bundesgarantien in Aussicht gestellt. Haig erklärte, daß er keine Bedenken wegen einer durch dieses Geschäft möglicherweise herbeigeführten Energieabhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von sowjetischen Quellen habe. Seine Bedenken bezögen sich nur auf den Zeitpunkt des Abschlusses des Geschäfts. Die Beziehungen zur Sowjetunion seien durch Afghanistan, Polen, die sowjetische Einwirkung auf die westliche Hemisphäre so gespannt, daß business as usual vorerst nicht gelten sollte. Dies müsse nicht für lange Zeit so bleiben; er würde es aber begrüßen, wenn das Geschäft nicht innerhalb der nächsten sechs Monate abgeschlossen würde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1101; VS-Bd. 13300 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

63 In dem Schreiben vom 4. März 1981 an den amerikanischen Außenminister Haig teilte Bundesminister Genscher mit: „Sie können versichert sein, daß die Bundesregierung im Bundeshaushalt 1981 wiederum einen sehr substantiellen Betrag als Wirtschaftshilfe für die Türkei vorsehen wird. Die Bedingungen unserer Hilfe, insbesondere Laufzeit, Freijahre und Zins, werden – wie in den vergangenen Jahren – im Vergleich zu den anderen Geberländern wieder besonders günstig sein." Er sehe „mit Sorge […], daß nicht alle unsere Partner sich in einem der Leistungsfähigkeit ihres Landes angemessenen Maße an der Fortsetzung dieser Aktion beteiligen. […] Sie können davon ausgehen, daß die Bundesregierung sich auch in Zukunft im Kreise der OECD-Mitgliedstaaten aktiv für die Türkei-Hilfe einsetzen wird." Die Bundesregierung gehe davon aus, „daß die türkische Regierung die Wahrung der Menschenrechte in ihrem Lande sichern wird". Vgl. den Drahterlaß Nr. 1206 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vogeler vom 4. März 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 10384 (420); B 150, Aktenkopien 1981.

der Türkei[64] spielen werde. Sie habe als erstes Bündnismitglied in der gebotenen Klarheit die strategische Bedeutung der Türkei erkannt und sich damit den Respekt aller Bündnispartner verdient. Die amerikanische Regierung werde für die Türkei im kommenden Haushaltsjahr 300 Mio. Dollar als besondere Wirtschaftshilfe und 95 Mio. Dollar als Kredit der ExIm-Bank[65] zur Verfügung stellen. Sie hoffe auf einen entsprechenden deutschen Beitrag.[66]

BM wies in seiner Antwort auf die Bedeutung des Besuchs der Bundestagsdelegation in der Türkei[67] hin, da die Unterstützung seitens des Parlaments für weitere Hilfsmaßnahmen angesichts des Regimewechsels in der Türkei[68] wichtiger sei denn je. Die Delegation habe sich einstimmig für die Fortsetzung der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe ausgesprochen, eine Entscheidung, die sicherlich auch auf die Haltung anderer Bündnispartner Einfluß haben werde. Damit habe sich ein Allparteien-Konsensus in dieser wichtigen Frage im Bundestag herauskristallisiert. Die ehemaligen führenden Politiker der Türkei (Ecevit, Demirel, Gewerkschaftsführer) hätten gegenüber den Delegationsmitgliedern die Ansicht zum Ausdruck gebracht, daß die Militärregierung von uns nicht gedrängt werden sollte. Sie brauche Zeit, um die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Demokratie zu schaffen.

64 Referat 420 faßte am 24. März 1981 die Leistungen der Bundesrepublik für die Türkei zusammen: So habe sich die Finanzielle Zusammenarbeit bis einschließlich 1976 auf 1883,3 Mio. DM belaufen, 1977 bis 1980 habe sie bei 1610 Mio. DM gelegen „einschließlich Beiträge zu den OECD-Sonderhilfsaktionen 1979 und 1980“, ferner seien bis Mai 1980 323,658 Mio. DM an Technischer Zusammenarbeit geleistet worden. Außerdem seien für 1980 und 1981 je 17 Mio. DM für Projekte der Technischen Zusammenarbeit vorgesehen. Dazu kämen 1980 6 Mio. DM zur Unterstützung der beruflichen Wiedereingliederung früher in der Bundesrepublik beschäftigter türkischer Arbeitnehmer bei der Rückkehr in die Türkei. Daneben habe die Bundesrepublik der Türkei 1978 einen Hermes-Bürgschaftsplafond von 150 Mio. DM gewährt, der noch nicht ausgeschöpft sei. Zusätzlich helfe die Bundesrepublik im Rahmen von Finanzprotokollen der Europäischen Gemeinschaften mit der Türkei. Daneben seien zwischen 1964 und 1980 900 Mio. DM an Verteidigungshilfe geleistet worden, im Jahr 1980 sei zusätzlich für die Jahre 1980 bis 1983 eine Rüstungssonderhilfe in Höhe von 600 Mio. DM zugesagt worden. Vorbereitet würden gegenwärtig für 1981/1982 eine Verteidigungshilfe von 130 Mio. DM und eine Ausrüstungshilfe über mehrere Jahre mit insgesamt 15 Mio. DM: „Die im Rahmen der OECD 1980 getroffenen Umschuldungsvereinbarungen ergeben für die Türkei für 1980 bis 1983 Schuldendienstentlastungen in Höhe von insgesamt 2,532 Mrd. US-Dollar (Hauptgläubiger sind die USA mit 811 Mio. US-Dollar = 32%). Auf uns entfallen 20,7% = 924 Mio. DM (= 525 Mio. Dollar nach Umrechnungskurs von August 1980).“ Vgl. Referat 420, Bd. 124287.

65 Export-Import-Bank.

66 Referat 420 notierte am 3. April 1981: „Wir haben im Bundeshaushalt 1981 bisher einen Beitrag in Höhe von 460 Mio. DM vorgesehen. (1980: 560 Mio. DM = 295 Mio. Dollar). Wir prüfen noch, ob dieser Ansatz bis zur Höhe des vorjährigen Beitrags erhöht werden kann. Grundsätzlich neigen wir einer Erhöhung zu. Doch ist noch nicht geklärt, wie ein Aufstockungsbetrag aufzubringen wäre.“ Vgl. Referat 420, Bd. 124289.

67 Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 7. März 1981, der Besuch einer Bundestagsdelegation vom 2. bis 7. März 1981 in der Türkei habe „seinen Zweck erreicht. Nützlicher freimütiger, mitunter recht direkter Meinungsaustausch. Unsere innenpolitischen Probleme sind den Türken bewußt geworden. Gleiches gilt für Bekanntwerden türkischer Probleme, insbesondere Ausmaß des Terrors. Schwerpunkt Gespräche lag bei Menschenrechten, Folterungen und subversiver Tätigkeit in Deutschland lebender Auslandstürken. Immer wieder verdrängte diese Thematik Ansätze zur Behandlung anderer Fragen, auch türkische Gesprächsführung begünstigte diesen Trend. […] Wie ein roter Faden zog sich durch Gespräche der Eindruck, daß es Türken nicht leichtfällt, den eigenen Fall gegenüber Dritten überzeugend darzustellen. […] Man wird bei bestem Willen – und Delegation hat diesen durch wiederholten Hinweis auf Goodwill-Charakter Besuchs demonstriert – der Tatsache nicht aus dem Weg gehen können, daß Türken den Besuch auch als Inspektion empfanden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 289; VS-Bd. 11099 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

68 Zum Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 vgl. Dok. 6, besonders Anm. 2.

Die beiden kritischen Wünsche, die die Delegation bei einer Pressekonferenz heute in Bonn[69] vertreten würde, beträfen eine beschleunigte Befreiung der Gefangenen und die Zurücknahme des Beschlusses, daß Verhaftete anstatt 15 Tage 90 Tage ohne Kommunikation in Haft gehalten werden könnten. Im übrigen würden die Delegationsmitglieder Verständnis zeigen, insbesondere für die Bemühungen der Militärregierung um die Überwindung des Terrorismus. Auf die von amerikanischer Seite eingeworfene Frage nach der Haltung der Versammlung des Europarates äußerte BM, daß die deutschen Vertreter den Ausschluß der Türkei zu vermeiden wünschen, solange die Türkei durch die bisherigen Abgeordneten vertreten bleibe.[70]

Auf die Frage von *Haig*, welche Hilfe die amerikanische Regierung in diesem Zusammenhang leisten könnte, antwortete *BM*, die USA könnten ihren Einfluß auf die türkische Regierung zum Einlenken in diesen beiden speziellen Fragen ausüben. Außerdem könne die türkische Führung ermutigt werden, auf dem Wege zur verfassungsgebenden Versammlung rasch voranzuschreiten. Wir hofften auf eine erste Sitzung im August.[71] Für September habe er unter diesen Umständen einen Besuch in der Türkei in Aussicht genommen.[72]

Haig begrüßte die deutsche Haltung nachdrücklich. Er wies darauf hin, daß Evren sich sehr zu Bonn orientiere. Er, Haig, hoffe, daß die Vereinigten Staaten in Zukunft die gleiche Weitsicht wie die Bundesrepublik Deutschland zeigen.

(Gesprächsniederschrift ist von BM noch nicht genehmigt.)

VS-Bd. 14096 (010)

69 In der Presse wurde berichtet, der Sprecher der Bundestagsdelegation, der CDU-Abgeordnete Mertes, habe sich in einer Pressekonferenz am 9. März 1981 dafür ausgesprochen, die Finanz- und Verteidigungshilfe für die Türkei fortzusetzen. Voraussetzungen seien jedoch „ein Zeitplan und klare Perspektiven für die Rückkehr zur Demokratie und zum Rechtsstaat nach europäischen Maßstäben“. Die türkische Regierung habe sich bereit erklärt, Vorwürfe betreffend Häftlingsfolterungen und andere Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen. Mertes habe festgestellt, daß Folterungen „kein Wesenszug des Militärregimes“ seien. Vgl. den Artikel „Abgeordnete für weitere Türkeihilfe“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 10. März 1981, S. 5.

70 Ministerialdirigent Dröge erläuterte am 11. März 1981, Parlamentarische Versammlung und Ministerkomitee des Europarats hätten sich seit dem Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 mit der Frage des Mandats der türkischen Abgeordneten und der möglichen Suspendierung der türkischen Mitgliedschaft im Europarat befaßt. Die Haltung der Abgeordneten auf der vom 11. bis 15. Mai 1981 vorgesehenen Sitzung der Parlamentarischen Versammlung lasse sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehen: „In der Januar-Sitzung gab es im Politischen Ausschuß und im Plenum eine ernstzunehmende Tendenz in Richtung auf eine Suspendierung der Mitgliedschaft der Türkei im Europarat.“ Die Bundesregierung habe „grundsätzliches Interesse“ an einer fortdauernden Mitgliedschaft der Türkei, sehe jedoch keine Möglichkeit für eine Verlängerung des am 10. Mai 1981 auslaufenden Mandats der türkischen Abgeordneten: „Mit dem Ziel, auch in der Parlamentarischen Versammlung eine fortdauernde Teilnahme der Türkei an den Arbeiten des Europarats zu ermöglichen, befürworten wir eine pragmatische Kompromißlösung: Verbleiben der bisherigen türkischen Delegation in der Parlamentarischen Versammlung, aber ohne Stimmrecht“. Vgl. Referat 200, Bd. 123211.

71 Zur Ankündigung der türkischen Regierung vom 15. Januar 1981 zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung vgl. Dok. 6, Anm. 8.

72 Bundesminister Genscher hielt sich am 5./6. November 1981 in der Türkei auf. Vgl. dazu Dok. 316 und Dok. 320.

63

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Washington

VS-NfD **9. März 1981**[1]

Während des Mittagessens am 9.3. wurden folgende Themen erörtert[2]: südliches Afrika, Namibia, Naher und Mittlerer Osten, Pakistan, El Salvador. Als Ergebnis des Gespräches wird unter Vorbehalt der Billigung des Herrn Ministers festgehalten:

1) Südliches Afrika – Namibia

Haig unterstrich, daß neue Administration noch im Begriff sei, Position zu Namibia zu entwickeln. USA sähen sich schwierigem Problem gegenüber. Einerseits wünschten sie eine international akzeptierte friedliche Lösung für Namibia und ein Festhalten an der Fünfer-Initiative[3], andererseits dürfe dieser Prozeß nicht zu einer marxistischen Lösung in Namibia führen, was angesichts bisheriger Erfahrung in anderen vergleichbaren Fällen nicht ausgeschlossen werden könne. Bei Installierung eines marxistischen Regimes in Namibia könnten die in letzter Zeit feststellbaren günstigen Tendenzen in der Dritten Welt in Richtung auf größere Unabhängigkeit und Ungebundenheit wieder umgekehrt werden. Er hoffe, daß auch die Frontlinienstaaten[4] und die Fünf dies sähen. Der Wechsel der amerikanischen Administration habe gerade in der Namibia-Frage dazu geführt, daß die bisherige amerikanische Politik gründlich überprüft werde. Dies müsse ohne Zeitdruck und mit großer Sorgfalt geschehen.

BM erläuterte ausführlich unsere Namibiapolitik und wies darauf hin, daß die Namibia-Frage von zentraler Bedeutung nicht nur für südliches Afrika, sondern für künftige Entwicklung ganz Afrikas sei. Wir teilten Sorge um Möglichkeit der Errichtung marxistisch-leninistischen Regimes in Namibia. Aus Simbabwe[5] ergebe sich jedoch Lehre, daß der seinerzeit von GB eingeschlagene

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Blech, z. Z. Washington, gefertigt und mit Drahtbericht Nr. 972/973 vom 10. März 1981 an das Auswärtige Amt übermittelt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 61, Dok. 62, Dok. 64–66 und Dok. 70.

3 Zur Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA vom 10. April 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

4 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

5 Vom 1. bis 7. August 1979 fand in Lusaka eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten statt. Die Teilnehmer erklärten „daß es die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der britischen Regierung sei, Simbabwe auf der Grundlage der Mehrheitsregierung die legale Unabhängigkeit zu gewähren". Ferner wurde der britische Vorschlag begrüßt, „eine Verfassungskonferenz einzuberufen, zu der alle Seiten eingeladen würden". Unter Aufsicht Großbritanniens und des Commonwealth sollten schließlich freie Wahlen stattfinden. Vgl. das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1979, D 490 f.
Die Verfassungskonferenz für den Übergang zur Unabhängigkeit fand vom 10. September bis 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London statt. Am 21. Dezember 1979 unterzeichneten der britische Außenminister Lord Carrington, der britische Lordsiegelbewahrer Gilmour, der Ministerpräsident von Simbabwe/Rhodesien, Muzorewa, sein Stellvertreter Mundawarara, der Vorsitzende der „Zimbabwe African National Union" (ZANU), Mugabe, und der Vorsitzende der „Zimbabwe African

Weg der richtige sei. Entwicklung in Mosambik und sogar in Angola ginge in Richtung einer offeneren und unabhängigeren Politik dieser Länder. Für die Fortsetzung der Fünfer-Initiative sprächen auch gesamtstrategische Gründe: Aufkündigung der Fünfer-Initiative durch USA gäbe SU Möglichkeit, ganz Schwarzafrika gegen den Westen zu mobilisieren. BM wies in diesem Zusammenhang auf sein Gespräch mit AM Gromyko im November 1979[6] hin, das vor allem der TNF-Frage gegolten habe. Wesentlich härter als gegen TNF seien jedoch Gromykos Angriffe gegen britische Bemühungen um friedliche Lösung in Simbabwe gewesen, offenbar weil Gromyko gespürt habe, daß politische Lösung in Simbabwe Möglichkeit Rassenkrieges, sowjetischer Waffenlieferungen und sowjetischer Involvierung in dieser Region verhindere. BM unterstrich, daß Fortsetzung Fünfer-Initiative von großer Bedeutung für das Verhältnis des Westens zur Dritten Welt und insbesondere zu Schwarzafrika sei. Hierdurch könne man selbst den Radikaleren unter ihnen wie Mosambik und Angola zeigen, daß es Chancen friedlicher Lösung für Namibia gebe. Zur Fünfer-Initiative gebe es keine vernünftige Alternative.

2) Naher und Mittlerer Osten

Haig wies darauf hin, daß man der neuen Administration ebenso wie im Falle Namibia auch in der Nahost-Frage Gelegenheit geben sollte, ihre Positionen in Ruhe zu entwickeln, anstatt von ihr zu erwarten, daß sie die Erklärungen der vorhergehenden Administration ohne weiteres übernehme. Er, Haig, hoffe sehr, daß die Zehn nicht durch übereiltes Handeln die bisherigen amerikanischen Bemühungen um eine Friedensregelung im Nahen Osten komplizierten. Er habe hierzu von AM Carrington beruhigende Versicherung erhalten[7], daß europäi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 348

Peoples Union" (ZAPU), Nkomo, ein Abkommen (Lancaster-House-Abkommen). Dieses enthielt eine Zusammenfassung der Unabhängigkeitsverfassung, Regelungen für die Übergangszeit vor der Unabhängigkeit sowie ein von den Bürgerkriegsparteien unterzeichnetes Waffenstillstandsabkommen. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 108–124 (Auszug).
Gemäß den Bestimmungen des Lancaster-House-Abkommens wurde ein britischer Gouverneur eingesetzt, der für den 14. Februar bzw. 27. bis 29. Februar 1980 Wahlen ansetzte, aus denen die ZANU unter Mugabe als Sieger hervorging. Am 18. April 1980 entließ Großbritannien Simbabwe formell in die Unabhängigkeit. Am selben Tag nahmen die Bundesrepublik und Simbabwe diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 101.

6 Korrigiert aus: „1980".
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 22. November 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 343.

7 Der britische Außenminister Lord Carrington begleitete Premierministerin Thatcher bei deren Besuch vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA und unterrichtete die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Washington am 27. Februar 1981. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am selben Tag, Carrington habe ausgeführt: „Weniger bei Haig als bei einer Reihe seiner Mitarbeiter und bei Mitgliedern des Kongresses bestehe nach wie vor Argwohn gegenüber der europäischen Nahost-Initiative. Haig hätte allerdings auch unmißverständlich erklärt, daß für die Vereinigten Staaten ein souveräner Palästinenser-Staat nicht in Frage komme. Haig werde im April einige Länder des Nahen Ostens besuchen, wobei er nicht die Absicht habe, schon bestimmte Dinge in Gang zu setzen. Gerade die Tatsache, daß Haig in der Nahostpolitik noch nicht sehr festgelegt sei, werde es möglich machen, daß er Eindrücke aus der Reise für die Formulierung der zukünftigen amerikanischen Nahostpolitik verwerte. Carrington hat Haig auf den engen Zusammenhang zwischen der Aufrechterhaltung westlicher Interessen in der Golfregion und der Lösung der Nahost-Probleme hingewiesen. Nach seinem, Carringtons, Eindruck bewege sich die amerikanische Politik sehr langsam eher vom Camp-David-Prozeß fort. […] Carrington meinte, es empfehle sich wohl für Europa, in der Nahost-Frage in der nächsten Zeit sehr vorsichtig vorzugehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 808; Referat 204, Bd. 123318.

sche Bemühungen in dieser Hinsicht komplementär und nicht kontraproduzent seien. Er, Haig, werde in der zweiten Hälfte April in den Nahen Osten reisen, um sich einen persönlichen Eindruck von den Auffassungen in Ägypten, Israel, Riad und Amman zu verschaffen.[8] Er gehe ohne eine vorgefaßte Meinung über den künftigen amerikanischen Kurs, aber er wolle das Momentum aufrechterhalten. Man müsse in dieser Frage Geduld üben. Er hoffe, daß auch die Bemühungen der BR Deutschland um eine Nahost-Friedensregelung weiterhin die amerikanischen Überlegungen ergänzten und nicht im Widerspruch zu ihnen stünden. London – dies gelte in geringerem Maße für Paris – habe hierzu ganz klare Zusicherungen gegeben. Arabisch-israelischer Konflikt müsse im gesamtstrategischen Rahmen gesehen werden. Andererseits könnten westliche Bemühungen und regionale Stabilität nur erfolgreich sein, wenn sie Hand in Hand gingen mit Bemühungen um eine Lösung des arabisch-israelischen Konflikts. Er hoffe, auf seiner Nahost-Reise Verständnis für diese gesamtstrategischen Überlegungen zu finden und ein gemeinsames Konzept gegenüber der Bedrohung zu entwickeln. Israelis und Ägypter seien hierzu bereit. Auch die Golfstaaten hätten sich kürzlich unter dem Schirm gemeinsamer strategischer Überlegungen zusammengefunden.[9] USA bemühten sich, ihre Position in der Region zu verbessern. Haig erläuterte in diesem Zusammenhang die westlichen Verwundbarkeiten in bestimmten Bereichen, wobei er u. a. auf Aden, Jemen, Somalia, Äthiopien (wo er ein gewisses Umdenken gegenüber der SU nicht ausschloß), Libyen (insbesondere im Zusammenhang mit Tschad[10]) hinwies. Gegenüber diesen Problemen sei eine geduldige und kluge Politik notwendig. Hierzu gehöre, daß man nicht vollständig auf den ägyptisch-israelischen Konflikt fixiert sei, sondern die Gesamtzusammenhänge im Auge behalte.

BM unterstrich, daß die Haltung von AM Carrington zur Nahost-Frage, auf die sich Haig bezogen habe, genau unsere Position wiedergebe. Unsere Bemühungen um eine Friedensregelung im Nahen Osten seien komplementär zu den amerikanischen. Wir hätten von Anfang an nicht die Absicht gehabt, die amerikanischen Bemühungen zu stören, sondern sie zu ergänzen. Dies werde auch künftig so bleiben.

8 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 4./5. April 1981 Ägypten, am 5./6. April 1981 Israel, am 6./7. April 1981 Jordanien und am 7./8. April 1981 Saudi-Arabien. Vgl. dazu Dok. 106.

9 Referat 311 vermerkte am 26. Februar 1981: „Am 4.2.81 gründeten die AM der VAE, Bahrains, Saudi-Arabiens, Omans, Katars und Kuwaits einen ‚Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten'. Der Rat soll folgende Organe haben: Rat der Staatschefs: Er trifft sich zweimal im Jahr; ihm ist eine Schiedskommission angegliedert. Ministerrat (Außenminister). Er soll sich alle zwei Monate treffen. Ein Sekretariat; Sitz ist Riad. […] Es handelt sich hier wahrscheinlich um mehr als nur die Festschreibung der bereits in den letzten Jahren enger gewordenen Zusammenarbeit der Öl-Monarchien am Golf. Die Einrichtung eines Sekretariats und die geplante Dichte der Treffen sprechen für den Willen, die Zusammenarbeit stärker zu strukturieren und zu vertiefen. Im Vordergrund dürfte die Abstimmung der Außenpolitik sowohl gegenüber den Großmächten wie auch gegenüber nicht-arabischen Nachbarn sowie eine langfristige Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit stehen. Auch mit der Möglichkeit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Planung und Ausrüstung ist zu rechnen." Der Kooperationsrat werde „in einem Augenblick gegründet, in dem die arabischen Öl-Monarchien durch drei Gefahren beunruhigt werden: Übergreifen der sozial-religiösen Revolution im Iran; Ausweitung des iranisch-irakischen Konflikts; Einbeziehung in die Ost-West-Spannungen durch das Eindringen der Großmächte in die Golfregion." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135644.

10 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 23.

BM würdigte die mäßigende Rolle Saudi-Arabiens in der Welt und wies unter Hinweis auf seinen kürzlichen Besuch in Kairo[11] auf das große Interesse Sadats an der Position Saudi-Arabiens hin. BM unterstrich die Bedeutung, den Israelis deutlich zu machen, welche Rolle Jerusalem für die Führungsrolle und die innere Stabilität Saudi-Arabiens spiele. Die Saudis sprächen zwar immer vom Heiligen Krieg, sie zahlten jedoch Milliarden, um gerade diesen zu verhindern.

3) Pakistan

BM erläuterte seine kürzlichen Gespräche mit Präsident Zia und dem pakistanischen Außenminister in Islamabad[12] und unterstrich die große strategische Bedeutung, die Pakistan insbesondere seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan[13] habe. Dies müsse man bei den Beziehungen zu Pakistan mit in Rechnung stellen, auch wenn wir alle gegenüber den inneren Verhältnissen des Landes unsere Vorbehalte hätten. Zia habe sich gegenüber den Bedürfnissen und Notwendigkeiten seines Landes sehr sensibel gezeigt. Er sei von der Notwendigkeit überzeugt gewesen, sich insbesondere auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Belutschistans zu konzentrieren, das eine Schlüsselrolle einnehme. BM unterstrich, daß die eineinhalb Millionen afghanischen Flüchtlinge kein pakistanisches Problem, sondern ein solches der internationalen Völkergemeinschaft seien. BM erläuterte die Absichten Zias, die militärische Infrastruktur zu ändern, mit dem Ziel stärkerer Konzentration dort, wo die tatsächliche Bedrohung liege, und sich hierbei nicht mehr wie bisher ausschließlich durch den alten Gegensatz zu Indien bestimmen zu lassen. Dies werde – so BM – zu einer Entlastung des pakistanisch-indischen Verhältnisses führen. Er, BM, habe dies bei seinem kürzlichen Besuch in Neu Delhi auch mit MP Gandhi erörtert.[14] Sie sei von den pakistanischen Überlegungen beeindruckt gewesen.

BM unterstrich, daß wir unser starkes wirtschaftliches Engagement für Pakistan fortsetzen werden. Er sei jedoch dankbar, wenn die Verbündeten in dieser Frage sehr viel stärker mitziehen würden, als dies in der Vergangenheit geschehen sei.

Haig unterstrich, daß er in der Einschätzung der wachsenden strategischen Bedeutung Pakistans voll und ganz mit BM übereinstimme. Auf amerikanischer Seite sei man derzeit mit einer eingehenden Analyse der pakistanischen Situation auch im gesamtstrategischen Zusammenhang befaßt. Er sei zuversichtlich, daß diese Analyse mit einer Empfehlung an den Präsidenten[15] abschließen werde, die Wirtschaftshilfe an Pakistan und die sicherheitsbezogene Hilfe (security related assistance) zu erhöhen. Die pakistanische Zurückweisung des früheren amerikanischen Hilfsangebots als „peanut offer“[16] hänge wohl we-

11 Bundesminister Genscher hielt sich am 18./19. Februar 1981 in Ägypten auf. Vgl. dazu Dok. 47.

12 Bundesminister Genscher hielt sich vom 15. bis 18. Februar 1981 in Pakistan auf und führte am 16. Februar 1981 Gespräche mit dem pakistanischen Außenminister Shahi. Am 17. Februar 1981 traf er mit Präsident Zia ul-Haq zusammen. Vgl. dazu Dok. 44, besonders Anm. 4 und 7.

13 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

14 Für das Gespräch am 5. März 1981 vgl. Dok. 58.

15 Ronald W. Reagan.

16 Der Sicherheitsberater des Präsidenten Carter, Brzezinski, und der stellvertretende amerikanische Außenminister Christopher hielten sich vom 2. bis 4. Februar 1980 in Pakistan auf. Botschafter Scheske, Islamabad, berichtete dazu am 6. Februar 1980, zentrales Thema seien die Folgen der so-

niger mit der Höhe des amerikanischen Angebots als mit der mangelnden Vertrauensbasis zwischen beiden Ländern zusammen. Er, Haig, halte es für äußerst bedeutsam, daß Pakistan trotz seiner großen inneren Probleme und der Flüchtlingsfrage bisher nicht sowjetischem Druck nachgegeben habe.

4) Rüstungsexport nach Saudi-Arabien[17]

Haig kam von sich aus auf die Frage von möglichen Panzerverkäufen an Saudi-Arabien zu sprechen, wobei er einräumte, daß diese Frage für die BR Deutschland schwierig sei. Es sei wichtig, daß man sich in allen Fragen des weiteren Vorgehens in dieser Region – und hierzu gehöre auch die Frage von Waffenverkäufen an Saudi-Arabien – eng abstimme. Die BR Deutschland habe schon sehr frühzeitig die strategische Bedeutung der Region erkannt. Amerikaner hätten hier noch einen Nachholbedarf (we have to catch up).

BM erläuterte ausführlich die deutsche innenpolitische Diskussion über Rüstungsexporte[18], insbesondere die Frage möglicher Panzerverkäufe an Saudi-Arabien. Wir seien uns zentraler Rolle Saudi-Arabiens bewußt und würden alles tun, um den Saudis die Möglichkeit zu geben, ihre mäßigende Rolle weiter auszuüben. Waffenexporte stellten jedoch gerade für die BR Deutschland ein besonderes Problem dar. Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges hätten uns zu großer Zurückhaltung bei Waffenexporten veranlaßt. Man habe sich entschieden, daß diese restriktive Haltung ohne schwerwiegende Gründe nicht geändert werden sollte. Im Falle Saudi-Arabiens stelle sich darüber hinaus ein spezielles Problem. Es mache einen Unterschied, ob USA, Frankreich oder Großbritannien Waffen an arabische Länder lieferten; die BR Deutschland stehe hier im Hinblick auf die eigene Vergangenheit im Verhältnis zu Israel vor sehr schwierigen Problemen. Die nationale Diskussion über diese Fragen werde mit großem Verantwortungsbewußtsein geführt. Sie gehe quer durch alle Parteien. Die unterschiedlichen Auffassungen seien in beiden Lagern mit ehrenwerten Motiven verknüpft.

Haig stimmte in diesem Zusammenhang nochmals dem Bundesminister in seiner Einschätzung der positiven, mäßigenden Rolle Saudi-Arabiens zu. Er, Haig, würde es sehr begrüßen, wenn sich die Saudis mit 300 Mio. Dollar an der Stabilisierung Pakistans beteiligen würden.

5) Entwicklungspolitik

Haig unterstrich, daß die neue Administration trotz einschneidender Haushaltskürzung und trotz starker Neigungen in Washington, das Schwergewicht bei bilateraler und weniger bei multilateraler Entwicklungshilfe zu sehen, alle ihre Verpflichtungen gegenüber multilateralen Institutionen einhalten werde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 351

wjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 für Pakistan gewesen. Die USA hätten für die nächsten 18 Monate ein Hilfsangebot über 400 Mio. Dollar unterbreitet: „Brzezinski charakterisierte die angekündigte Unterstützung der USA von 400 Mio. Dollar als eine erste Maßnahme, die nicht das letzte Wort der USA zum militärischen Beistand für Pakistan bedeute." Scheske vermerkte dazu, eine höhere finanzielle Zusage hätte der Bestätigung der amerikanischen Beistandspflicht mehr Gewicht verliehen: „General Zias Kommentar auf die angekündigten 400 Mio. Dollar (‚peanuts') deutet dies an." Vgl. den Drahtbericht Nr. 133; Referat 204, Bd. 115950.

17 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 53.

18 Zur öffentlichen Debatte über Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 9, Anm. 5.

Dies gelte auch für die IDA-VI-Tranche.[19] Er persönlich – und dies sei die Auffassung des State Departments – halte die multilaterale Hilfe für bedeutsam, auch wenn er glaube, daß die bilaterale Hilfe am effektivsten sei.

BM wies darauf hin, daß auch wir es nicht gerne sähen, wenn die SU, die selbst nichts gebe, in den VN darüber bestimme, wo und wie die westliche Entwicklungshilfe ausgegeben werde. *D4*[20] erläuterte in diesem Zusammenhang das Verhältnis unserer bilateralen (70 Prozent) zur multilateralen (30 Prozent) Entwicklungshilfe.

6) Mittelamerika – El Salvador

Haig wies darauf hin, daß die Medien sich nahezu blindlings auf die militärischen Aspekte der El-Salvador-Frage gestürzt hätten. Dabei habe gerade die frühere Administration sich fast ausschließlich mit der Notwendigkeit sozialen Wandels in Lateinamerika beschäftigt, und zwar auf Kosten militärischer Sicherheitshilfe. Das amerikanische Engagement in El Salvador sei sehr maßvoll: 26 Ausbilder und 25 Mio. Dollar sicherheitsbezogene Hilfe (grant). Das Grundproblem bestehe darin, der Bevölkerung El Salvadors zu ermöglichen, sich frei und ohne Einmischung von außen zu entscheiden. Die von einigen gezogenen Parallelen: El Salvador–Afghanistan–Polen träfen nicht zu. Tatsache sei, daß es keine amerikanische Intervention in El Salvador gebe. Der bescheidenen amerikanischen Hilfe stünde eine überwältigende heimliche Waffenzufuhr aus kommunistischen Ländern gegenüber. Sozialistische Internationale und kirchliche Gruppen weltweit sprächen von einer Kompromißlösung zwischen Duarte und den sozialistischen Kräften der Opposition. Der Sozialistenführer Ungo sei jedoch in El Salvador persönlich völlig diskreditiert. Die USA glaubten, daß die bessere Lösung darin bestehe, nachdrücklich freie und offene Wahlen anzustreben. Auf diese Weise eliminierte man jede Verdrehung (distortion) der Lage in El Salvador durch Kräfte im Ausland. Über das Ausmaß der illegalen Unterstützung durch äußere Kräfte dürften wir uns nicht täuschen. Das amerikanische Engagement in El Salvador sei nicht dadurch bedingt, daß El Salvador vor der Haustür der USA liege. Die geographische Nähe El Salvadors unterstreiche allerdings die Dringlichkeit des Problems. Die USA beabsichtigten nicht, die Monroe-Doktrin[21] wiederzubeleben.

BM unterstrich die große Bedeutung – auch für Europa –, daß die Unabhängigkeit der Staaten der Dritten Welt überall nicht durch äußere Intervention bedroht werde. Wir hätten daher sehr klargemacht, daß nach unserer Auffassung eine Waffenzufuhr nach El Salvador eine politische Lösung verhindere. Wir

19 Im März 1980 beschloß der Gouverneursrat der International Development Agency (IDA) die sechste Auffüllung der Mittel der Organisation. Demnach sollten für den Zeitraum 1. Juli 1980 bis 30. Juni 1983 zusätzliche 12 Mrd. Dollar für Kredite an Entwicklungsländer bereitgestellt werden. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1980, S. 1302.
Referat 400 legte am 29. November 1980 dar, im Juli 1980 sei es zu einer Übergangsregelung gekommen, „nachdem IDA VI durch Verzögerungen im US-Kongreß nicht per 1.7.1980 in Kraft treten konnte“. Vgl. dazu Referat 400, Bd. 144113.

20 Per Fischer.

21 Präsident Monroe stellte am 2. Dezember 1823 in seiner Rede zur Lage der Nation die unabänderliche Unabhängigkeit der amerikanischen Staaten von Europa fest und forderte die europäischen Mächte auf, sich künftig nicht in Lateinamerika einzumischen. Für den Fall, daß dieser Grundsatz nicht beachtet werde, kündigte er Gegenmaßnahmen der USA an. Vgl. dazu MONROE, Writings, Vol. VI, S. 325–342.

stimmten mit den USA überein in der Notwendigkeit der Vorbereitung freier Wahlen, der Durchführung sozialer Reformen und dem Ziel politischer Stabilität durch soziale Gerechtigkeit. Er, BM, glaube, daß wir durch ein solches Programm größeres Verständnis in den anderen lateinamerikanischen Staaten finden würden als durch Reden über eine neue Monroe-Doktrin. *Haig* wies auf die Bedeutung der öffentlichen Meinung für die amerikanische El-Salvador-Politik hin. In El Salvador gebe es Exzesse auf der Rechten und auf der Linken. In kirchlichen Kreisen der USA habe der Mord an den vier amerikanischen Nonnen[22] große Erregung verursacht. Die noch laufenden Untersuchungen des FBI, die durch Duarte unterstützt würden, zeigten langsam Fortschritte. Die Untersuchung habe ergeben, daß eine Nonne im fahrenden Auto – möglicherweise im Zusammenhang mit einer Straßensperre – erschossen worden sei. Es sei daher möglich, daß es sich bei den Morden nicht um einen Exzeß der Rechten gehandelt habe, sondern um militärische Inkompetenz.

Zu Nicaragua wies Haig darauf hin, die nicaraguanische Regierung habe eingeräumt, daß illegale Waffenzufuhren für El Salvador durch Nicaragua gegangen seien. Die nicaraguanische Regierung habe unterstrichen und nachdrückliche Versicherungen abgegeben, daß sie im Interesse guter Beziehungen zu den USA eine Brückenkopffunktion Nicaraguas für illegale Waffenzufuhren nach El Salvador nicht dulden werde. Amerikanische nachrichtendienstliche Erkenntnisse ließen jedoch erkennen, daß die Waffenzufuhr nach El Salvador zwar nachgelassen, aber nicht aufgehört habe. Die Nicaraguaner suchten offenbar nach anderen Wegen. Insgesamt gebe es Anzeichen, daß die Guerillas in El Salvador sich verzweifelt um Waffen bemühen.

Haig unterstrich, daß er dankbar für die öffentliche Erklärung des Bundesministers zu El Salvador[23] sei. Er hoffe, daß die Bundesregierung auch Nicaragua über ihre Haltung unterrichte. Man müsse auch sicherstellen, daß die Nicaragua gewährte Hilfe nicht in die Hände der Guerilla in El Salvador gerate. Haig wies abschließend darauf hin, daß viele in El Salvador der Auffassung seien, daß die Linke völlig diskreditiert und die Rechte schlecht sei: Notwendig sei daher eine Revolution der Mitte gegen die Rechte.

Referat 010, Bd. 178845

22 Kanzler Engel, San Salvador, berichtete am 10. Dezember 1980, am 4. Dezember 1980 seien in der Nähe von San Vicene die Leichen von vier seit dem 2. Dezember 1980 vermißten amerikanischen Ordensschwestern entdeckt worden. Nach den vorliegenden Informationen könne „angesichts der Begleitumstände dieses Verbrechens eine Beteiligung der Sicherheitskräfte nicht ausgeschlossen werden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 53; Referat 331, Bd. 116073.

23 Am 4. März 1981 wurde in der Presse berichtet, Bundesminister Genscher habe sich einer Mitteilung des Auswärtigen Amts zufolge in einem Gespräch mit dem nicaraguanischen Außenminister d'Escoto am Vortag für eine politische Lösung im Konflikt um El Salvador ausgesprochen. Genscher habe erklärt, „die Bundesregierung verurteile Waffenlieferungen kommunistischer Staaten nach El Salvador. Die Bundesregierung begrüße deshalb die Erklärung der nicaraguanischen Regierung, daß sie solche Lieferungen über ihr Territorium nicht dulde.“ Vgl. den Artikel „Bonn will an einer Lösung für El Salvador mitwirken“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. März 1981, S. 4.

64

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan in Washington

105-13.A/81 VS-vertraulich **9. März 1981**[1]

Gespräch des Herrn Ministers mit Präsident Reagan am 9. März 1981 um 14.00 Uhr im Weißen Haus in Washington[2];
hier: Gesprächsvermerk

Teilnehmer: Vizepräsident Bush, Außenminister Haig, Mr. Meese und Botschafter Dr. Hermes

Der *Präsident* sagte einleitend, er wolle bisher behandelte Themen nicht noch einmal wiederholen, unterstrich aber, daß er für jeden Rat dankbar sei, wie man die Kontakte und Konsultationen stärken könne. Er wolle wiederholen, daß ihm an vollen Konsultationen liege und er keine Überraschungen auslösen wolle.

BM dankte für die Bereitschaft zu frühen Konsultationen, was in Deutschland und Europa sehr positiv aufgenommen worden sei. Es sei wichtig gewesen, daß die neue Administration bereits in den ersten Wochen ihr Interesse an den Ansichten der Verbündeten bekundet habe. In seinem bisherigen Gespräch mit dem Außenminister habe Einigkeit darüber bestanden, daß die Bundesrepublik für das Bündnis und die Vereinigten Staaten wie auch innerhalb des amerikanisch-europäischen Partnerschaftsverhältnisses eine Schlüsselrolle spiele. Es sei wichtig zu wissen, daß in der Bundesrepublik über die Frage der atlantischen Partnerschaft und die Frage der Freundschaft zu den Vereinigten Staaten ein nationaler Konsens bestehe. Es gebe gewiß Differenzen zwischen Regierung und Opposition, doch gelte dies nicht, was das Bündnis, die Sicherheit, die atlantische Partnerschaft und die Freundschaft zwischen Amerika und Deutschland angehe. Hier herrsche volles Einvernehmen. Er glaube, dies sei auch eine gute Grundlage für die künftige Zusammenarbeit.

Der *Präsident* stimmte dem zu. Er bezog sich auf frühere Äußerungen, daß er bereit sei, in Gespräche über eine Reduzierung der nuklearen Waffen und eine Senkung der nuklearen Schwelle einzutreten, aber es habe keinen Zweck, Verhandlungen ins Auge zu fassen, wenn die Sowjets sich nicht bewußt wären, daß auch die Amerikaner von einer Position der Stärke verhandelten. Die neue Administration sei fest entschlossen, das Ungleichgewicht zu beseitigen, denn wenn dies nicht geschehe, seien auch die Russen zu keinen Konsultationen bereit. Die Amerikaner weigerten sich nicht, an den Verhandlungstisch zu gehen, doch müsse dort auch über andere Themen gesprochen werden, wie beispielsweise Polen, Afghanistan und die sowjetische Bereitschaft, einige ihrer Praktiken zu ändern.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Weber am 12. März 1981 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau geleitet. Vgl. dazu den Begleitvermerk; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 61–63, Dok. 65, Dok. 66 und Dok. 70.

BM gab der Überzeugung Ausdruck, daß der Westen bessere Karten in allen Bereichen habe, beispielsweise im Politischen und im Wirtschaftlichen und auch im Militärischen, wenn er dies wünsche. Der Westen müsse nur bereit sein, diese Karten auch auszuspielen. Der NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 stelle in ausgezeichneter Weise die Sicherheitsphilosophie des Bündnisses dar: auf der einen Seite die Entschlossenheit, mit einer Nachrüstung auf die russische Vorrüstung zu reagieren und damit das Gleichgewicht wiederherzustellen, und zweitens Verhandlungen darüber, das Gleichgewicht auf einer möglichst niedrigen Ebene zustande zu bringen. Aus diesem Grund habe die Bundesregierung nach Breschnew-Rede[3] sogleich ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, über alles zu verhandeln, jedoch auch deutlich gemacht, daß das Moratorium, wodurch russische Überlegenheit zementiert würde, nicht akzeptabel sei.[4] Man werde nun[5] mit einer heftigen sowjetischen Propagandakampagne rechnen müssen. Man habe begrüßt, daß die Administration dem Vertreter bei der KSZE-Konferenz in Madrid Weisung gegeben habe, dem französischen Vorschlag[6] zuzustimmen und damit auch einer Ausweitung der CBM bis zum Ural.[7] Breschnew wäre hierauf sicher nicht eingegangen, wenn dieser Beschluß von den Amerikanern nicht vorher gefaßt worden wäre. Die TNF-Verhandlungen in Genf[8] sollten ohne Verzögerung wiederaufgenommen werden. Zu diesem Zweck müßte zur Vorbereitung die SCG zusammentreten.[9] Was Breschnews Vorschlag für einen Gipfel[10] angehe, so müsse er sorgfältig vorbereitet werden. Der Präsident habe bereits einige Bedingungen genannt. Wir seien daran interessiert, daß er zu einer geeigneten Zeit zustande komme, da Breschnew nicht die Möglichkeit haben solle, sich immer nur als Friedensengel zu präsentieren. Die Durchführung des TNF-Beschlusses sei für uns nicht nur eine Frage militärischer Bedeutung, sondern ein Test, ob das westliche Bündnis in der Lage sei, auch gegenüber starker sowjetischer Propaganda einen einmal gefaßten Beschluß durchzuführen. Wenn dies geschehe, werde es seine Wirkung auf die Sowjetunion nicht verfehlen. Wenn die Reaktion jedoch durch Weichheit und Schwäche gekennzeichnet sei, werde dies ein entscheidender Wendepunkt zum Negativen in der Entwicklung des Bündnisses sein. Die Haltung der Bundesrepublik sei fest. Er bedaure die Haltung der Niederländer, Dänen und Belgier[11], habe aber andererseits den allergrößten Respekt für die Italiener, die die

3 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

4 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 10.

5 Korrigiert aus: „nur“.

6 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

7 Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

8 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

9 Zur siebten Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 31. März 1981 in Brüssel vgl. Dok. 92.

10 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

11 Zur Diskussion in den Niederlanden und Belgien hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8 und 9.

gleiche Festigkeit wie wir zeigten, obschon sie sehr viel schwierigere innenpolitische Verhältnisse hätten. Die italienischen Kommunisten verhielten sich ruhig, was vielleicht darauf zurückzuführen sei, daß sie in ihrem Entwicklungsprozeß bereits zu der Erkenntnis gelangt seien, daß Kommunismus nur dort Spaß mache, wo man nicht unter sowjetischer Vorherrschaft stehe.

BM wies weiter darauf hin, daß Großbritannien, Italien, die Bundesrepublik zur Dislozierung bereit seien. Man werde sich bemühen, die anderen Freunde auch zu überzeugen. Einen wichtigen Hinweis würden die Wahlen im Mai in den Niederlanden geben.[12]

Der *Präsident* fragte dann nach dem Zustand der eigenen Koalition und gewissen Problemen, von denen er gehört habe.

BM sagte, es sei nur natürlich, daß es auch Menschen gebe, die gegenüber der TNF-Modernisierung eine kritische Haltung einnähmen. Der Grund hierfür sei darin zu sehen, daß es bei uns keine extreme Linkspartei gebe. Die Kommunisten hätten bei der letzten Bundestagswahl nur 0,6 Prozent an Stimmen gewonnen[13], kein sehr überzeugendes Ergebnis. Ein Teil der Gedanken der Linken finde so seinen Niederschlag in Teilen der SPD. An der Politik der Bundesregierung könne es aber keinen Zweifel geben: Sie sei klar und fest. Dies sei die Haltung des Kanzlers, des Verteidigungsministers[14] und der übrigen Kabinettsmitglieder. Die Durchführung des NATO-Beschlusses sei die Voraussetzung für die künftige Zusammenarbeit, und an der von der Bundesregierung eingeschlagenen Linie könne es keinen Zweifel geben. Dem Außenminister habe er bereits gesagt, daß er persönlich wegen der militärischen, vor allem aber der politischen Bedeutung der Durchführung dieses Beschlusses im Kabinett und in seiner Partei sein künftiges politisches Schicksal damit verbunden habe. Die Opposition stehe auch uneingeschränkt hinter dem Beschluß.

Der *Präsident* bezeichnete diese Äußerungen als ermutigend und ging dann über zu wirtschaftspolitischen Fragen. Es sei sein Ziel, zu gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen zurückzufinden. Eine verkrüppelte Wirtschaft hindere das Land daran, seinen Beitrag zu gemeinsamen Aufgaben in vollem Umfang zu leisten. Dies sei der Hintergrund der von ihm vorgelegten Maßnahmen.[15] Er habe gehört, daß der Bundeskanzler wegen der Zinssätze in Sorge sei.

BM verwies darauf, daß die deutsche Öffentlichkeit aufgrund historischer Erfahrungen außerordentlich empfindlich auf Inflation reagiere. Deswegen liege die erste Priorität bei der Wahrung der Stabilität. Die amerikanischen Bemühungen zur Bekämpfung der Inflation und Gewinnung der Stabilität verfolgten wir mit Sympathie. Die Konzentration auf die monetäre Seite und die hohen Zinssätze wirkten sich aber auch auf das Zinsniveau in der Bundesrepublik aus und dämpften die Investitionsbereitschaft, was sich vor allem im Bereich

12 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 26. Mai 1981 statt.

13 Bei den Wahlen zum Bundestag am 5. Oktober 1980 erhielt die SPD 42,9% und die FDP 10,6% der abgegebenen Stimmen. CDU und CSU erzielten 44,5% der Stimmen, die DKP kam auf 0,2%. Im Bundestag kamen SPD und FDP zusammen auf 271, CDU und CSU auf 226 Mandate.

14 Hans Apel.

15 Zum Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 15. Zur Einschätzung durch Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 62, Anm. 38.

kleinerer und mittlerer Unternehmen nachteilig auswirke. Dies erkläre die Sorge des Bundeskanzlers, der von neuen Bemühungen der Amerikaner sehr angetan sei, andererseits aber wünsche, daß die Auswirkungen auf andere Länder auch Berücksichtigung fänden. In der kommenden Woche werde sich der deutsche Wirtschaftsminister in Washington aufhalten und über diese Themen ausführlicher sprechen.[16]

BM lenkte abschließend Aufmerksamkeit des Präsidenten auf zwei Themen: Er habe am Vortag eine Bundesdelegation nach deren Rückkehr aus der Türkei empfangen[17], die sich einmütig für eine Fortsetzung der militärischen und finanziellen Hilfe für die Türkei ausgesprochen habe, weil dies notwendig sei, um eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen in der Türkei zu ermöglichen. Die demokratischen Führer und Vertreter der Gewerkschaften hätten dazu geraten, die Militärregierung nicht unter Zeitdruck zu setzen.

Sein zweiter Punkt betraf Pakistan, dessen strategische Bedeutung durch die Ereignisse in Afghanistan noch erheblich gewachsen sei. Er bitte deshalb um Prüfung amerikanischer Möglichkeit, Pakistan wirtschaftlich zu helfen, damit das Land auch innenpolitisch gesunde Strukturen entwickeln könne. Dies gelte vor allem für die Provinz Belutschistan.

AM *Haig* fügte an, man erwarte, daß die Amerikaner dabei die Führung übernähmen.

Der *Präsident* bemerkte, man werde auch weiterhin wegen Pakistan in Verbindung bleiben.

Über die bisherigen Gespräche sagte *AM*, man habe alle Probleme erörtert, und wenn es irgendwo Differenzen gegeben haben sollte, so wisse er nicht wo. Die Gespräche seien außerordentlich gut gewesen.

Das Gespräch endete gegen 14.30 Uhr.

VS-Bd. 14096 (010)

16 Zum Besuch des Bundesministers Graf Lambsdorff vom 6. bis 21. März 1981 in den USA vgl. Dok. 62, Anm. 62.

17 Zum Besuch einer Bundestagsdelegation vom 2. bis 7. März 1981 in der Türkei vgl. Dok. 62, Anm. 67. Referat 203 vermerkte am 10. März 1981 über ein Gespräch der Delegation mit Bundesminister Genscher am 8. März 1981: „Die Abgeordneten zogen aus ihren Gesprächen mit türkischen Politikern den Schluß: Dringlicher als die Wiedereinführung der Demokratie sei, während der Militärherrschaft die Menschenrechte zu verbessern. Das betrifft die 90-Tage-Frist, die Abschaffung der Berufungsmöglichkeiten bei Verurteilungen von unter drei Jahren und die Zahl der politischen Häftlinge. Positiv müsse versucht werden, die türkische Mitgliedschaft im Europarat zu erhalten; ferner müsse der Westen seine Hilfe an die Türkei fortsetzen, da sie dem Land und nicht einem bestimmten Regime zugute komme." Vgl. Referat 011, Bd. 125806.

65

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington

204-321.11 USA **10. März 1981**[1]

Vizepräsident Bush hat den Bundesminister am 10.3.1981 um 16.30 Uhr zu einem halbstündigen Gespräch im Weißen Haus empfangen.[2]

Bush stellte nach der Begrüßung die Frage, wie Bundesminister die Lage in Polen einschätze. Die amerikanischen Befürchtungen verstärkten sich wieder. Sie seien allerdings um den Jahreswechsel 1980/81 noch größer gewesen. Es sei wichtig, daß unsere Nachrichtendienste eng zusammenwirkten.

Bundesminister erklärte, wir seien ebenfalls besorgt. Es handele sich um die dritte polnische Krise. Die erste habe beim Entstehen von „Solidarität" stattgefunden[3], die zweite in der Zeit des Warschauer-Pakt-Gipfels im Dezember 1980[4], in der dritten Krise befinde sich Polen jetzt.

Bush erwiderte, nach seiner Auffassung werde die Sowjetunion auch weiterhin eine Intervention, wenn es ihr irgend möglich erscheine, zu vermeiden suchen. Sie habe schon zu viele Schwierigkeiten in Afghanistan. Ihre Situation würde sich außerordentlich komplizieren, wenn sie auch noch in Polen interveniere. Die jetzige Bewegung in Polen sei von derjenigen in der ČSSR 1968 sehr verschieden, da sie breiter und tiefer sei.

Der *Bundesminister* warf hier ein, die internationale Lage würde durch eine sowjetische Intervention in Polen sofort vollständig verändert.

Bush erkundigte sich, ob in einem solchen Fall „das deutsche politische Spektrum" gespalten oder einheitlich reagieren würde.

Der *Bundesminister* zeigte sich überzeugt, daß die Reaktion mehr oder weniger einheitlich sein werde, wie auch in Frankreich, Großbritannien und Italien.

Bush meinte dazu, der hohe polnische Bevölkerungsanteil in den USA würde die Emotionen noch vergrößern, und es würde schwierig sein, sie zu beruhigen.

Der *Bundesminister* stellte fest, die katholische Kirche wirke stabilisierend, auch der Papst[5] mache seinen mäßigenden Einfluß geltend.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Pfeffer am 12. März 1981 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau geleitet „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen". Dazu vermerkte Schenk: „Ich bitte vorab um Genehmigung, den Gesprächsvermerk unter dem üblichen Vorbehalt entsprechend Verteiler zu verteilen."
Hat Amtsrat Kusnezow am 13. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Schenk vermerkte: „Vermerk kann BM z. Zt. nicht zur Billigung vorgelegt werden." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178845.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 61–64, Dok. 66 und Dok. 70.

3 Zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność" am 17. September 1980 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

4 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

5 Johannes Paul II.

Bush erklärte, er habe in jüngerer Zeit eigentlich nichts darüber gesehen. Wie wirke der Papst ein?

Der *Bundesminister* erläuterte, das geschehe offenbar auf zweifache Weise: durch Warnungen an die Sowjetunion, nicht zu intervenieren, und durch Ermahnungen an „Solidarität", mit ihren Forderungen nicht zu weit zu gehen. Für die Sowjetunion gebe es zwei entscheidende Schwellen, die nicht überschritten werden dürften: erstens die Ausdehnung der polnischen Bewegung auf die ČSSR und die DDR; zweitens die Infragestellung der Führungsrolle der polnischen Kommunistischen Partei. Zum ersten Punkt: Eine solche Entwicklung sei nicht eingetreten. Zum zweiten Punkt könnte man allerdings bezweifeln, ob die Führungsrolle der Kommunistischen Partei faktisch nicht bereits ernstlich beschädigt sei.

Bush erkundigte sich, warum Bundesminister Rumänien nicht erwähnt habe.

Bundesminister antwortete, die ČSSR und die DDR seien die einzigen unmittelbaren Nachbarn Polens. Die Instabilitäten in Rumänien hätten mit Polen nicht viel zu tun. Sie erklärten sich vielmehr aus dem Verhältnis zu Ungarn und aus der Tatsache, daß es eine deutsche und eine ungarische Minderheit in Rumänien gebe. Die jahrhundertealte deutsche Minderheit habe keine direkte Verbindung zum Ursprungsland, die ungarische Minderheit sei wegen der geographischen Nähe ein größeres Problem. Rumänien und Ungarn verfolgten einen entgegengesetzten Kurs. Ungarn erkaufe sich durch außenpolitischen Gehorsam gegenüber der Sowjetunion einen gewissen inneren Freiraum. Rumänien habe innenpolitisch altstalinistische Zustände und könne sich deshalb einen gewissen außenpolitischen Spielraum leisten. Für den Mann auf der Straße sei die Budapester Variante attraktiver.

Bush erwähnte, daß in Rumänien eine gewisse Unruhe unter der Arbeiterschaft spürbar sei. Man könnte das für eine Folge der polnischen Entwicklung halten, aber die Erklärungen des Bundesministers erschienen ihm plausibel.

Bush äußerte die Hoffnung, daß der Bundesminister die Vereinigten Staaten in dem Gefühl verlasse, daß die amerikanisch-deutschen Beziehungen in guter Verfassung seien.

Der *Bundesminister* erklärte, er verlasse die USA tatsächlich mit guten Gefühlen. Wir erkennten dankbar an, daß die neue amerikanische Regierung auf europäische Ansichten höre und sie in vieler Beziehung berücksichtige. Er sei hochbefriedigt über sein Gespräch mit Präsident Reagan und seine vierstündigen Gespräche mit Außenminister Haig. Die gemeinsame Presseleitlinie[6] zeige die große Übereinstimmung zwischen beiden Ländern.

Bush führte folgendes aus: Er wolle sehr offen sprechen. Die Europäer kennten Präsident Reagan noch nicht, weder seine Person noch seine Überzeugungen. Nur deshalb könnten Zweifel aufkommen und so irreführende Vorstellungen wie diejenigen über „kriegerische Tendenzen". Je genauer die Europäer Reagan kennenlernen würden, desto beruhigter würden sie sein. Er, Bush, habe Reagan 16

6 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

Jahre gekannt, ohne ihn richtig zu kennen. Erst seit seinem Amtsantritt[7] sei er zu ihm in eine enge Arbeitsverbindung gekommen, und er sage mit Überzeugung, daß Reagan für die Europäer ein sehr guter Partner sein werde. Die Ernennung Haigs zum Außenminister[8] sei ein Beweis dafür. Haig kenne und schätze den Bundeskanzler und den Bundesminister des Auswärtigen sehr. Für die öffentliche Erklärung des Bundesministers über die westliche Hemisphäre sei Reagan übrigens sehr dankbar. Der Präsident habe nach Empfang des jüngsten Breschnew-Briefes sofort Konsultationen mit den Verbündeten vorgeschlagen.[9] Der Präsident hoffe auf eine grundsätzlich gemeinsame Außenpolitik, die natürlich nicht in jeder Einzelheit übereinzustimmen brauche. Reagan habe Prinzipien. Er traue der Sowjetunion nicht besonders, aber er sei bereit, mit ihr zu sprechen. Reagan wolle mit den Europäern konsultieren, noch während die neue Administration ihre Politik überprüfe. Die USA wollten wieder eine vorhersehbare Politik betreiben. Er wolle sich gegenüber der Carter-Administration nicht allzu kritisch äußern, aber Reagan wolle ein starker Präsident sein und ein guter Verbündeter. Das sollten die europäischen Führer wissen.

Der *Bundesminister* erwiderte, er sei davon überzeugt, daß die neue amerikanische Regierung klare Ziele entwickeln werde und die Absicht habe, sich mit den Verbündeten auszusprechen. Wenn Bush von gewissen europäischen Bedenken gesprochen habe, so seien sie wohl in anderen europäischen Ländern eher zu finden als bei uns. Wir hätten die Erfahrung gemacht, daß wir mit republikanischen Präsidenten immer gut ausgekommen seien. Sein Besuch in Washington bestätige diese Erfahrung. Wir seien sehr zufrieden, daß mit Haig ein Kenner des Bündnisses amerikanischer Außenminister geworden sei, der die Bundesrepublik Deutschland und die Funktionsfähigkeit der Bundeswehr kenne. Es sei auch wichtig, daß Botschafter Stoessel, der Deutschland kenne und außerdem über die Sowjetunion und Polen Bescheid wisse, eine so hohe Stellung im State Department erhalten habe.[10]

Referat 010, Bd. 178845

7 Präsident Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

8 Alexander M. Haig wurde am 22. Januar 1981 als amerikanischer Außenminister vereidigt.

9 Zu den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat über die Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an die Staats- oder Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 61, Anm. 15.

10 Walter J. Stoessel war von 1968 bis 1972 amerikanischer Botschafter in Polen, von 1973 bis 1976 Botschafter in der UdSSR und seit 1976 Botschafter in der Bundesrepublik. Am 28. Februar 1981 übernahm er das Amt des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium.

66

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger in Washington

204-321.00 USA-180/81 VS-vertraulich **10. März 1981**[1]

Nach einer Begrüßung durch Weinberger wies *BM* darauf hin, daß er über seinen Besuch in Washington[2] und seine Gespräche mit AM Haig besonders befriedigt sei. Aus der abgestimmten Erklärung für die Presse[3] gehe hervor, daß man in allen wichtigen Fragen volle Übereinstimmung erzielt habe. Dies sei für ihn, BM, nicht überraschend gewesen, möglicherweise aber für Teile der Öffentlichkeit, die geglaubt hätten, während des Besuches würden die beiden Außenminister Probleme miteinander haben. Dem sei nicht so gewesen.

Weinberger stimmte dem zu mit dem Hinweis, daß er aus seinen Gesprächen mit AM Haig wisse, daß dieser der gleichen Auffassung sei wie BM.

BM fragte dann nach der amerikanischen Einschätzung der Entwicklung in Polen, insbesondere danach, welche Informationen die USA über die innere Haltung der polnischen Armee, insbesondere über deren Verhalten im Falle einer sowjetischen Intervention, habe. Er, BM, sei darüber hinaus sehr an der amerikanischen Einschätzung der Aussichten der weiteren MBFR-Verhandlungen in Wien interessiert.

Weinberger wies darauf hin, daß seine Erkenntnisse über die Haltung der polnischen Armee weniger auf nachrichtendienstlichen Erkenntnissen beruhten als auf Gesprächen, die er vor einigen Jahren mit polnischen Militärs geführt habe. Seiner persönlichen Ansicht nach würden die polnische militärische Führung und die Streitkräfte zögern, gegen Gewerkschaften und andere Gruppen des polnischen Volkes mit Gewalt vorzugehen. (Stellvertretender Verteidigungsminister *Carlucci* ergänzte mit dem Hinweis, daß man mit dem Widerstand einzelner Einheiten rechnen müsse, wenn die Armeeführung die Streitkräfte gegen das Volk einsetzen sollte.) *BM* stimmte dieser Einschätzung zu.

Zu MBFR wies *Weinberger* darauf hin, daß die Verhandlungen sehr langsame Fortschritte machten. Mit baldigen befriedigenden Ergebnissen sei wohl kaum zu rechnen. Es sei wohl nötig, etwas mehr an neuem Leben in die Verhandlun-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 11. März 1981 gefertigt und am 13. März 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau geleitet „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen". Dazu vermerkte Schenk: „Ich bitte um Weisung, ob der Gesprächsvermerk vorab unter dem üblichen Vorbehalt entsprechend dem Verteiler verteilt werden kann."
Hat Wallau vorgelegen.
Hat Amtsrat Kusnezow am 20. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Schenk vermerkte: „Vermerk kann BM z. Zt. nicht zur Billigung vorgelegt werden." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 61–64, Dok. 65 und Dok. 70.

3 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

gen einzuführen (to reinvigorate). Wenn die SU auf ein Moratorium dränge[4], so sei ihr Ziel, das sowjetische Übergewicht auch legal festzuschreiben. (*Iklé* sprach sich unter Hinweis auf die bisherigen engen MBFR-Konsultationen auch für eine künftige enge Abstimmung in dieser Frage aus.) *BM* äußerte, daß er über das, was er gerade gehört habe, recht befriedigt sei. MBFR sei von politischer Bedeutung, denn die Verhandlungen zeigten unsere Absicht, auch über Rüstungskontrolle zu verhandeln. Die MBFR-Verhandlungen könnten aber bei leichtfertigem Verhalten für den Westen gefährlich werden. Das sowjetische Interesse bei MBFR richte sich ausschließlich auf die Bundeswehr. Wenn wir nicht mehr die Grundsätze beachten, die wir aufgestellt hätten, könne es leicht dazu kommen, daß der SU ein Mitspracherecht über die Bundeswehr eingeräumt werde. Truppenreduzierungen bedeuten für die USA, daß ihre Truppen weit fortverlegt würden. Für die SU bedeuteten Truppenreduzierungen eine Dislozierung, im deutschen Falle jedoch eine Demobilisierung. Dieses müsse man im Kopfe behalten. Wenn wir das vergäßen, dann könnte dies zu den allergrößten Gefahren für die westliche Verteidigung führen. BM unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, an dem Prinzip der Kollektivität festzuhalten. *Weinberger* unterstrich die Gefahr, daß Breschnew jetzt versuche, den Westen von seiner Friedensliebe zu überzeugen, indem er eine Fülle von Plänen und Vorschlägen präsentiere. Die SU hoffe, auf diesem Wege mehr oder weniger die internationale Anerkennung für ihr militärisches Übergewicht zu erhalten. Dieser Gedanke stehe auch hinter dem sowjetischen Vorschlag, die USA sollten einige ihrer U-Boote außer Dienst stellen.[5] Er, Weinberger, sei davon überzeugt, daß der Verhandlungsprozeß wichtig sei. Die USA hätten nicht die Absicht, vor diesen Verhandlungen davonzulaufen. Die USA hätten keine Illusionen. Es sei wichtig, daß die SU signifikanten Maßnahmen zustimme.

BM äußerte sich dann zur Frage von Rüstungskontrollverhandlungen insgesamt: Wir begrüßten, daß die USA vor etwa 14 Tagen in Madrid den französischen KAE-Vorschlag[6] mit der Forderung nach Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa, d.h. vom Atlantik bis zum Ural, unterstützt hätten.[7] Diese amerikanische Position habe die SU in keine einfache Lage gebracht: Breschnews Rede auf dem 26. Parteitag[8] war eine Reaktion auf die amerikanische Entscheidung. Dies zeige, was eine offensive Verhandlungsmethode bewirke. Der Westen habe in diesem Spiel gute Karten. Gleiches gelte für den LRTNF-Beschluß[9], an dem wir nachdrücklich festhielten, ebenso wie Itali-

4 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte am 23. Februar 1981 auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau: „Wir sind bereit, Vereinbarungen über eine Begrenzung auf dem Gebiet der neuen Unterseeboote – vom Typ ‚Ohio' in den USA und der entsprechenden in der UdSSR – zu treffen. Wir wären auch zu einer Vereinbarung über das Verbot einer Modernisierung der vorhandenen und der Entwicklung neuer ballistischer Raketen bereit, mit denen diese U-Boote bestückt sind." Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 756.

6 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

7 Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

9 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

en und Großbritannien. Gerade die italienische Haltung verdiene großen Respekt, insbesondere wenn man an die schwierige innere Situation Italiens denke. Nicht so klar sei die Lage in den Niederlanden und in Belgien.[10] Genauso wichtig wie die Durchführung des Modernisierungsbeschlusses sei es, mit den Verhandlungen weiterzukommen. Man dürfe Breschnew nicht erlauben, die Rolle eines Friedensengels einzunehmen, sondern müsse ihn zwingen, auf die Erde, d. h. an den Verhandlungstisch, zurückzukommen.

Wir könnten klarmachen, wer vorgerüstet habe. Wir dürften der SU nicht erlauben, so zu tun, als ob der Westen nicht bereit sei zu verhandeln. Er, BM, sei froh, daß er gestern mit AM Haig übereingekommen sei, die LRTNF-Verhandlungen fortzusetzen. Es sei jedoch wichtig, daß die Durchführung des Nachrüstungsbeschlusses hierdurch nicht berührt werde. Dies sei ein Grund, weshalb die Bundesregierung unverzüglich den sowjetischen Moratoriumsvorschlag als absolut inakzeptabel abgelehnt habe.[11] Auf diese Weise sei verhindert worden, daß sich falsche Vorstellungen in der öffentlichen Meinung einschleichen könnten. Er, BM, habe diese Haltung sehr klargemacht.[12] Dies habe ihm publizistische Breitseiten aus Ost-Berlin und aus Moskau eingetragen.[13] Er habe jedoch den Eindruck, daß Moskau die Dinge wieder realistischer sehe.

Schwäche ermutige Diktatoren; Festigkeit und Verhandlungsbereitschaft seien Teile unseres Konzepts.

Weinberger wies darauf hin, daß dies im Prinzip auch die amerikanische Position sei (basically our position). Es mache ihn jedoch nachdenklich, daß die SU sich so sehr nach Verhandlungen dränge. Amerika sei zu Verhandlungen be-

10 Zur Diskussion in den Niederlanden und Belgien hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8 und 9.

11 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 10.

12 Am 4. März 1981 wurde in der Presse berichtet, in einem am Vortag vom Auswärtigen Amt veröffentlichten Interview habe Bundesminister Genscher „noch einmal die ablehnende Haltung des Bundeskabinetts zu dem Vorschlag des sowjetischen Parteisekretärs Breschnew für einen Raketenstationierungsstopp“ bekräftigt: „Das sowjetische Übergewicht an Mittelstreckenwaffen, begründete Genscher diese Haltung, sei noch schneller gewachsen, als früher befürchtet. Unter diesen Umständen lasse sich ein Stillhalteabkommen (Moratorium) noch weniger verantworten als 1979 in der ersten Diskussion über dieses Thema. […] , Jetzt ist die Sowjetunion am Zuge‘, ein Moratorium würde die sowjetische Überlegenheit betonieren und damit Gleichgewicht und Sicherheit noch mehr gefährden.“ Vgl. den Artikel „Die Bundesrepublik will kein ‚Ja, aber‘-Verbündeter sein“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. März 1981, S. 4.

13 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte am 5. März 1981 mit: „Unter Überschrift ‚Für verantwortliche Methode‘ bringt Prawda 5.3. TASS-Meldung vom Vortage aus Bonn, in der aus Interview Brandt längere Passage zur Friedensinitiative Breschnews zustimmend zitiert wird. Dem werden mit deutlich negativem Akzent Interview-Äußerungen des Herrn BM zu den Friedensinitiativen als ‚übliche Erfindungen imperialistischer Propaganda‘ gegenübergestellt. […] Prawda-Meldung und Gespräche der letzten Tage bestärken den Eindruck, daß hier Verstimmung über Erklärung des Bundeskabinetts betreffend Friedensinitiativen anhält und hiesige Propaganda jetzt dazu übergeht, auch in dieser Frage genehme von nicht genehmen Ansichten zu unterscheiden und zu personalisieren. Dabei wird BM weiterhin als ‚Hardliner‘ apostrophiert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 876; Referat 213, Bd. 133176.
Am 9. März 1981 berichtete Meyer-Landrut ergänzend, in verschiedenen Kommentaren werde Bundesminister Genscher „Gefolgschaft gegenüber den USA“ und „übereilt negative Reaktion“ auf den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vorgeworfen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 929; Referat 213, Bd. 133176.
Vgl. dazu ferner den Kommentar „Genscher steuert gefährlichen Kurs“; NEUES DEUTSCHLAND vom 7./8. März 1981, S. 2.

reit. Voraussetzung sei jedoch, daß es gewisse Aussichten über die Nützlichkeit solcher Verhandlungen gebe. Bei einer sowjetischen Intervention in Polen werde man z. B. Verhandlungen als völlig unangemessen ansehen.

Er hoffe, daß diese Position schon für sich gute Auswirkungen habe. Die USA seien an effektiven Reduzierungen interessiert. Vereinbarungen, welche die sowjetische Überlegenheit festschrieben, seien inakzeptabel.

BM unterstrich, daß das Bündnis nach Afghanistan[14] vor der Entscheidung gestanden habe, ob man MBFR und KSZE weiterführen solle. Die NATO habe hierzu positiv entschieden, aus der Überlegung, daß man hierdurch der SU keine Vorteile einräume. Das westliche Ziel sei ein ausgewogenes Ergebnis in diesen Verhandlungen. Dies müsse auch für KAE und LRTNF-Verhandlungen gelten. Eine andere Frage sei das Problem eines amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens.[15] Wir befürworteten ein solches Treffen, wiesen aber gleichzeitig auf die Notwendigkeit hin, daß die Sowjetunion Mäßigung zeige und bis zum Zustandekommen eines solchen Treffens keine Ereignisse eintreten, die seinen Zweck gefährden könnten. Dies gelte nicht nur für Polen. *Weinberger* unterstrich, daß eine sowjetische Intervention in Polen die Lage verändern werde und ein Beweis für einen anderen sowjetischen Geist und eine andere sowjetische Haltung sei. Die USA hätten deutlich gemacht, daß eine solche Entwicklung anzeige, daß die SU, falls sie in Polen interveniere, nicht an wirklichen Ergebnissen eines Gipfeltreffens interessiert sei.

BM wies darauf hin, daß wir keinen Zweifel daran gelassen hätten, daß eine sowjetische Intervention in Polen die Welt von Grund auf verändern werde.

Er wies auf die Schwierigkeiten hin, festzustellen, wann eine sowjetische Intervention erfolge und wie sie zu definieren sei. BM wies darauf hin, daß diese Frage auf dem NATO-Ministertreffen im Dezember 1980[16] eine große Rolle gespielt habe. Er, BM, habe damals gesagt, die Frage, was als Intervention anzusehen sei, werde vom polnischen Volk beantwortet werden. Das polnische Volk werde sofort zeigen, was es als Intervention betrachte. *Weinberger* stimmte dem zu und kam anschließend nochmals auf die LRTNF-Frage zurück: Der Modernisierungsbeschluß müsse in voller Übereinstimmung mit dem NATO-Doppelbeschluß parallel mit den tatsächlichen Rüstungskontrollverhandlungen über Mittelstreckenwaffen implementiert werden. *BM* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß wir uns in der Frage der LRTNF-Implementierung in Belgien und in den Niederlanden als Missionare betätigen müßten. *Weinberger* stimmte dem zu mit dem Hinweis, daß das ein ganz wesentlicher Punkt sei.

BM fragte anschließend den stellvertretenden Verteidigungsminister Carlucci nach seinen Eindrücken auf der Wehrkundetagung in München.[17] *Carlucci* unterstrich, es sei eine interessante Konferenz und eine faszinierende Debatte gewesen. (*BM*: eine ermutigende Debatte!) Er, *Carlucci*, habe die Rede von Ver-

14 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

15 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

17 Die XVIII. Wehrkundebegegnung fand vom 20. bis 22. Februar 1981 in München statt.

teidigungsminister Apel[18] analysiert und frage sich, ob nun das deutsche Verteidigungsbudget verringert oder erhöht werde. (*BM*: Nach meinem Eindruck: erhöht.) *Weinberger* kam dann auf die Kongreßanhörungen zum amerikanischen Verteidigungsbudget zu sprechen. Die Administration erhielte hierzu eine Reihe von Fragen von seiten der Kongreßmitglieder. Alle diese Fragen gingen auf einen Grundgedanken zurück: Der Kongreß werde um eine Erhöhung der Verteidigungsausgaben ersucht werden. Würden auch die Alliierten ihre Verteidigungsanstrengungen erhöhen? Er, Weinberger, habe diese Fragen mit Ja beantwortet, dann aber seien ihm Presseberichte zitiert worden, die das Gegenteil besagten. Die Administration brauche Munition, um dem entgegenzuhalten. Es bleibe aber die Frage, ob es wirklich eine Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen bei den Verbündeten gebe. *BM* unterstrich, daß wir uns zusätzlich zu unserem bisherigen Verteidigungsbeitrag für HNS entschieden hätten. Die interne Klausurtagung des BMVg[19] habe sich mit der Frage befaßt, wie die zusätzlichen Kosten für die neuen Waffenprogramme der Bundeswehr aufgefangen werden könnten. Dies sei mehr ein Problem zwischen Bundesverteidigungsminister und Bundesfinanzminister[20], weniger eine Frage zwischen den Verbündeten und der Bundesrepublik Deutschland. Wichtig sei die Entscheidung, die Programme fortzusetzen („Tornado", „Leopard II", Fregattenbau, wobei lediglich bei den Fregatten 7 und 8 eine Verzögerung um ein Jahr eintrete). Auch das Luftabwehrprogramm („Roland") werde im wesentlichen durchgeführt. Wir erfüllten voll unsere Verpflichtungen.

Weinberger: Er habe schon Befürchtungen gehabt, daß Stockman[21] nach Bonn gegangen sei.

BM: Auch wir hätten unsere Stockmans, er könne aber versichern, daß die USA in der Bundesrepublik Deutschland einen verläßlichen Verbündeten hätten. Er, BM, hoffe, den Verteidigungsminister bald in Bonn[22] oder in Rom[23] wiederzusehen. *Weinberger* schloß das Gespräch mit dem Hinweis ab, daß die USA jahrelang nicht genug für ihre Verteidigung getan hätten. Sie stünden jetzt an einem neuen Anfang. Die Verteidigungskapazität würde verstärkt. Auch die USA seien ein verläßlicher Verbündeter.

VS-Bd. 11110 (204)

18 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Apel auf der XVIII. Wehrkundebegegnung am 21. Februar 1981 in München vgl. BULLETIN 1981, S. 163–169.

19 Zur Sitzung über Rüstungsfragen vom 4. bis 6. März 1981 im Bundesministerium der Verteidigung vgl. Dok. 62, Anm. 7.

20 Hans Matthöfer.

21 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Direktor des Office of Management and Budget im Weißen Haus".

22 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hielt sich anläßlich der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8. April 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 103.

23 In Rom fand am 4./5. Mai 1981 die NATO-Ministerratstagung statt. Vgl. dazu Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

67

Staatssekretär van Well an Botschafter Wieck, Brüssel (NATO)

214-320.10/3 POL-559/81 geheim **Aufgabe: 10. März 1981, 20.48 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1323 Plurez

Betr.: Eventualfallplanung Polen[2];
hier: Verabschiedung des Dokuments PO/80/133 (revised)

Bezug: Drahtberichte Nr. 387, 388 vom 5.3.1981 geheim[3]
Drahtberichte Nr. 396, 397, 398 vom 6.3.1981 geheim[4]
Drahterlaß Nr. 661 vom 6.3.1981[5]

Für Botschafter

Sie können dem NATO-Dokument PO/80/133 (revised) in seiner jetzigen Fassung zustimmen. Dem die wirtschaftlichen Maßnahmen betreffenden Teil III B ist bereits mit Bezugserlaß grundsätzlich zugestimmt worden.

Aus der Sicht des Auswärtigen Amts ist zum Ergebnis der Konsultationen folgendes zu bemerken:

1) In seiner Gesamtheit spiegelt das Dokument die Entschlossenheit der Bündnispartner wider, im Falle einer offenen und massiven sowjetischen Intervention in Polen einschneidende Maßnahmen zu ergreifen und die bisherige Politik gegenüber der Sowjetunion zu überprüfen.

Nach unserem Eindruck sind sich die Regierungen der NATO-Staaten nicht zuletzt dank der eingehenden Konsultationen bewußt, daß eine sowjetische Invasion in Polen eine völlig neue Lage in den Ost-West-Beziehungen schaffen würde.

2) Das Ergebnis der Konsultationen bestätigt ferner die Bereitschaft und die Fähigkeit der Bündnispartner, enge und substantielle Konsultationen in einem Bereich zu führen, der, wenn auch in unterschiedlichem Maße, lebenswichtige Interessen der einzelnen Partner berührt.

3) Das Dokument und die bei seiner Erarbeitung vorgenommenen Prüfungen bieten die Voraussetzung dafür, daß die Regierungen im gegebenen Fall sehr rasch über geeignete Maßnahmen entscheiden können, die der Situation angemessen sind. Wir gehen davon aus, daß unmittelbar im Anschluß an die Kabinettsberatungen in den Hauptstädten die NATO-Außenminister zusammentreten wer-

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Ministerialdirigent Bräutigam konzipiert.

2 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 43.

3 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) übermittelte redaktionelle Änderungen und Formulierungsvorschläge verschiedener NATO-Mitgliedstaaten zum Papier „PO/80/133 (revised)". Vgl. VS-Bd. 13330 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), übermittelte die endgültige Fassung des Papiers „PO/80/133 (revised)". Vgl. VS-Bd. 10290 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Ministerialdirektor Fischer teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Änderungswünsche zum wirtschaftlichen Teil des Papiers „PO/80/133 (revised)" mit. Vgl. VS-Bd. 10392 (421); B 150, Aktenkopien 1981.

den, um die Haltung ihrer Staaten – ggf. im Benehmen mit gleichgesinnten Drittländern – festzulegen. Der NATO-Rat hat damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, daß der Entscheidungsprozeß im gegebenen Fall ganz erheblich beschleunigt werden kann.

4) Der Maßnahmenkatalog im Abschnitt III des Dokuments geht von dem „Worst-case-Szenario" aus. Es ist in der Tat vorstellbar, aber keineswegs sicher, daß die Verbündeten von Anfang an mit einer massiven Invasion durch sowjetische Truppen konfrontiert werden. Andere Interventionsformen, auch sehr undurchsichtige Situationen, sind ebenfalls denkbar. Die Entscheidung, welche westliche Haltung der jeweiligen Situation angemessen ist, kann durch die Eventualfallplanung nicht vorweggenommen werden. Diese Prüfung muß den verantwortlichen Regierungen vorbehalten bleiben. Das jetzt vorliegende Dokument trägt dem Rechnung.

5) Es wird hier nicht für zweckmäßig gehalten, nach der Verabschiedung des Dokuments im Ständigen NATO-Rat eine Billigung der Eventualfallplanung durch das Bundeskabinett herbeizuführen. Wir gehen vielmehr davon aus, daß die jetzt möglichen Vorbereitungen der ggf. zu treffenden Entscheidungen mit der Eventualfallplanung abgeschlossen sind. Weitere Erörterungen der Planung im NATO-Rat werden hier nicht für notwendig gehalten. Allerdings sollten die Außenminister auf der nächsten NATO-Ministertagung[6] das Ergebnis der Planung politisch würdigen.

6) Die Bundesregierung wird die weitere Entwicklung der Lage in Polen sehr sorgfältig beobachten. Wir sind unverändert der Auffassung, daß eine sowjetische Intervention in Polen nicht unabwendbar ist. Der Westen solle daher in seinen Anstrengungen nicht nachlassen, die polnischen Bemühungen um eine Stabilisierung der inneren Situation sowohl durch wirtschaftliche Hilfe wie auch durch andere geeignete Schritte, die der Situation angemessen sind (z. B. Warnungen), zu unterstützen. Eine Erhaltung der seit August 1980 erreichten Verbesserungen in Polen liegt auch im westlichen Interesse.[7]

van Well[8]

VS-Bd. 13330 (214)

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

7 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 13. März 1981 mit, der Ständige NATO-Rat habe seine Beratungen zur Eventualfallplanung für Polen abgeschlossen; das Papier „PO/80/133" sei „mit einigen Änderungen" verabschiedet worden: „Die Behandlung des Maßnahmenkatalogs erwies sich als äußerst schwierig. Amerikanischer Ständiger Vertreter zeigte sich wenig kooperativ und ohne Verständnis für die besonderen Probleme einzelner Bündnispartner. Mit Härte vertrat er den amerikanischen Standpunkt und scheute in der Diskussion auch nicht vor persönlichen Ausfällen zurück, wenn Vorschläge anderer Partner nicht seinem Konzept, den Maßnahmenkatalog möglichst extrem zu formulieren, entsprachen. Diese Taktik ließ in der Endphase sogar die britische Unterstützung der US-Position abbröckeln. Im Ergebnis konnten sich die Amerikaner nur in wenigen Fällen durchsetzen und mußten in einigen Substanzpunkten (z. B. bei Energie) im Vergleich zum bisherigen Text zurückstecken." Der Ständige NATO-Rat sei übereingekommen, „daß mit Verabschiedung des Dokuments ein Abschluß erreicht sei. Untersuchung der Implikationen von Einzelmaßnahmen sollte von den nationalen Regierungen selbst fortgeführt werden, um ggf. Entscheidungen der Außenminister im Eventualfall zu erleichtern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 444; VS-Bd. 13284 (213); B 150, Aktenkopien 1981.
Für das Dokument „PO/80/133 (final)" vgl. den Drahtbericht Nr. 445/446/447 von Wieck vom 14. März 1981; VS-Bd. 13284 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Paraphe.

68

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats, Tutu

11. März 1981[1]

Vermerk über Gespräch BM mit Bischof Desmond Tutu, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, am Mittwoch, 11. März 1981, 15.00 Uhr, im AA[2]

(Unterzeichner nur zeitweise anwesend)

BM äußerte bei der Begrüßung, er wolle vor allem sehr viel hören.

Bischof Tutu dankte für die Gelegenheit zu einer Aussprache trotz der zeitlichen Belastung BMs. Wies auf Attacke AM Bothas auf die Bundesregierung[3] hin mit Bemerkung, immer wenn südafrikanische Regierung Bundesregierung kritisiere, seien schwarze Südafrikaner auf der Seite der Bundesregierung. Ziel seiner Reise sei Pflege der Kontakte mit den deutschen kirchlichen Freunden und darüber hinaus das Erwirken von Unterstützung für den Freiheitskampf der schwarzen Bürger in Südafrika. Tutu fragte, wie es komme, daß Südafrikaner ohne Visum in die Bundesrepublik einreisen könnten, während umgekehrt Visumszwang bestehe. Er bat, dafür Sorge zu tragen, daß deutsche Bildungseinrichtungen noch mehr Entgegenkommen bei der Aufnahme von südafrikanischen Flüchtlingen zeigen sollten. Weiter bat er um Unterstützung ausreisewilliger schwarzer Südafrikaner. Sehr wäre man für finanzielle Hilfestellung dankbar. Schon die Möglichkeit, Südafrika für drei Monate zu verlassen, sei für viele Schwarze eine große psychische Erleichterung. Die südafrikanische Kirche sei sehr stark im Befreiungskampf engagiert. So übernehme die Kirche Gerichtskosten und unterstütze ca. 700 Familien von Gefangenen mit rund 50 Rand im Monat.

Tutu wies darauf hin, daß die Kirche einen Wechsel in Südafrika mit friedlichen Mitteln anstrebe, dies jedoch nur möglich sei mit der Hilfe westlicher Staaten. Von diesen werde politischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Druck erbeten, bevor es zu spät sei.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 12. März 1981 gefertigt.

2 Der Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats, Tutu, hielt sich vom 8. bis 11. März 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Südafrika wurde am 2. März 1981 von der Teilnahme an der Namibia-Debatte der VN-Generalversammlung ausgeschlossen. Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, teilte dazu am 3. März 1981 mit, der südafrikanische Außenminister Botha habe dies am Vorabend „in scharfen Worten" kritisiert und erklärt, „das Verhalten der VN werde ernste Auswirkungen haben. […] Das Vorgehen gegen Südafrika stelle einen Rechtsbruch dar und werfe ein negatives Licht auf den Präsidenten der Vollversammlung, Rüdiger von Wechmar, sowie das deutsche Volk, das gemeinhin den demokratischen Prinzipien verpflichtet sei. Botschafter von Wechmar habe einen Verstoß gegen Artikel 29 der Verfahrensordnung der GV zugelassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat 320, Bd. 127779.
Am 4. März 1981 berichtete Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), Südafrika habe eine Presseerklärung von Botha veröffentlicht, in der die Angriffe gegen ihn, Wechmar, fortgesetzt würden und die Frage gestellt werde, „ob die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft bei den Konsultationen betreffend Namibia noch eine Rolle zu spielen habe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 442; Referat 320, Bd. 127779.

BM erwiderte, auch wir sähen mit Sorge, daß die Zeit zu verrinnen drohe. Er habe über das Problem Südafrika mit der neuen amerikanischen Administration einen sehr ausführlichen Meinungsaustausch geführt.[4] Auch er sei der Meinung, daß ein Rassenkrieg unter allen Umständen den Menschen in Südafrika erspart bleiben müsse. Wenn die Zeit weiterhin ungenutzt verrinne, würden die friedlichen Optionen obsolet. Diejenigen, die jetzt auf Zeit spielten, hätten später vor der Geschichte die Verantwortung für eine mögliche krisenhafte Entwicklung zu tragen. BM stellte sodann die Frage, wie die Bundesregierung die Entwicklung in Südafrika beeinflussen könne. Die heftige Kritik der südafrikanischen Regierung an der Bundesregierung zeige, daß wir die diplomatischen Möglichkeiten am effektivsten handhaben. Unser wirtschaftlicher Einfluß sollte nicht überschätzt werden. Ein Embargo helfe nicht viel, wie Rhodesien[5] gezeigt habe. Dies haben ihm auch rhodesische Politiker bestätigt. Simbabwe sei für uns auch in anderer Hinsicht ein Beispiel: Wir hätten frühzeitig junge Menschen zur Ausbildung in die Bundesrepublik geholt, und zwar nicht nur an die Universitäten. Dies habe sich außerordentlich positiv ausgewirkt. Er nehme Tutus Fragen auf. Man würde sehen, ob man noch mehr tun könnte. Wir hätten Verständnis dafür, daß die schwarzen Afrikaner auf die Zeit vorbereitet werden müssen, in der sie Verantwortung übernehmen würden.

Zur Visumspflicht führte BM aus, dies sei eine Frage, die wir uns immer wieder neu stellten. Wenn wir in der Lage Frankreichs oder Großbritanniens wären, hätten wir die Visumspflicht längst eingeführt. Die südafrikanische Visumspolitik sei unwürdig und selektiv. So würde ein bestimmter Personenkreis ferngehalten, dazu zählten insbesondere auch kritische Journalisten. Daß wir die Reziprozität bisher nicht einführten, habe nichts mit Südafrika zu tun, sondern vielmehr mit unserer besonderen Situation. Wir seien ein geteiltes Land. Darüber hinaus lebten viele Deutsche in den Staaten Osteuropas, deswegen seien wir einer der Hauptanwälte für unbeschränkte Reisemöglichkeiten. Die Einführung der Visumspflicht für Südafrika würde uns deshalb in Widerspruch zu unserer allgemeinen Politik bringen. Dennoch könne die Visumspflicht zu einer schnellen Änderung unserer bisherigen Linie führen, falls wir z. B. zusätzliche Diskriminierungen durch die südafrikanische Regierung feststellen würden.

BM stellte sodann die Frage, wie Tutu zu einer eventuellen Kündigung des deutsch-südafrikanischen Kulturabkommens[6] stehe. Politisch spreche alles dafür, es gebe jedoch auch das ernstzunehmende Gegenargument, daß durch eine Kündigung die Möglichkeit eingeschränkt würde, den schwarzen Südafrikanern über die kulturelle Arbeit zu helfen.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington; Dok. 63.

5 Am 29. Mai 1968 forderte der VN-Sicherheitsrat alle VN-Mitgliedstaaten zu umfassenden Sanktionen gegen Rhodesien auf, u. a. zum Verbot des Imports von Waren oder des Handels mit Produkten aus Rhodesien, der Kreditvergabe an rhodesische Unternehmen, der Einreise rhodesischer Staatsangehöriger, des Flugverkehrs von und nach Rhodesien sowie zum Abzug aller konsularischen und Handelsvertreter. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 253 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 15–17.

6 Für den Wortlaut des Kulturabkommens vom 11. Juni 1962 zwischen der Bundesrepublik und Südafrika vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 14–17.

BM wies an dieser Stelle darauf hin, daß Tutu sich in allen Dingen vertrauensvoll an Herrn Vergau wenden könne, der ein engagierter Gegner der Rassendiskriminierung und ein besonderer Freund der Interessen der schwarzen Südafrikaner sei.

Tutu zeigte sich tief beeindruckt von den Ausführungen BMs. Zum Kulturabkommen führte er aus, die Kündigung würde ein wichtiges moralisches Signal sein. Allerdings würde die Kündigung es den schwarzen Südafrikanern wohl schwerer machen, nach Deutschland zu kommen.

Vergau führte auf Bitten BMs zur Folge einer Kündigung folgendes aus:
Das Kulturabkommen sei ein wichtiger Kanal, den schwarzen Südafrikanern unsere Hilfe zukommen zu lassen. Insgesamt überwögen Vorteile einer Aufrechterhaltung des Kulturabkommens. Die Kündigung würde keine große politische Wirkung haben, während die Nachteile für die schwarze Bevölkerung substantiell wären.

Tutu erwiderte, kurzfristige Vorteile müßten eventuell zugunsten langfristiger Vorteile aufgehoben werden. Er sähe einen Zeitrahmen von fünf bis zehn Jahren, in denen etwas Dramatisches zugunsten einer demokratischen Regierung mit einem schwarzen Ministerpräsidenten geschehen müsse. Wenn guter Wille da sei, könnten auch Sanktionen und Boykott wirksam sein, wie der Sportboykott[7] gezeigt habe.

Minister schloß Thema Kulturabkommen mit Bemerkung ab, die Förderung in Deutschland würde nicht behindert sein, wohl aber die Arbeit in Südafrika. Er machte den Vorschlag, daß Herr Vergau im Anschluß an das Gespräch noch einmal mit Tutu darüber spreche, was wir tun würden. Wir möchten nichts unternehmen, was den Bestrebungen, den schwarzen Südafrikanern zu helfen, zuwiderlaufe. Minister bat Tutu, Meldungen über eine atomare Zusammenarbeit mit der Regierung von Südafrika keinen Glauben zu schenken. Sie würden entweder aus Unkenntnis verbreitet oder stellten böswillige Desinformationen dar. In der Bundesregierung und im Auswärtigen Amt gebe es eine große Anteilnahme am Schicksal der schwarzen Bevölkerung und konsequentes Eintreten für die Überwindung der Rassendiskriminierung. Dies sei ein Ausfluß unserer Bestrebungen, der Achtung der Menschenrechte in aller Welt zum Durchbruch zu

7 Mit Resolution Nr. 2396 (XXIII) vom 2. Dezember 1968 forderte die VN-Generalversammlung alle Staaten, Organisationen u. a. auf, sämtliche sportlichen Beziehungen zur südafrikanischen Regierung sowie zu Institutionen und Organisationen einzustellen, die eine Politik der Rassentrennung betreiben. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XII, S. 133–135.
Am 29. November 1971 verabschiedete die VN-Generalversammlung die Resolution Nr. 2775 D (XXVI) („Apartheid in Sports"), die sportliche Kontakte mit Südafrika verurteilte und alle Staaten, Institutionen, Organisationen und Sportler dazu aufrief, das olympische Prinzip der Nicht-Diskriminierung zu beachten und nicht an Veranstaltungen teilzunehmen, in denen Rassendiskriminierung oder -trennung betrieben werde. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIII, S. 398.
Diese Prinzipien wurden mit den Resolutionen Nr. 3411 E (XXX) der VN-Generalversammlung vom 28. November 1975 und 31/6 F vom 9. November 1976 bekräftigt und erweitert. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XV, S. 477, bzw. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVI, S. 272 f.
Mit Resolution Nr. 32/105 M vom 14. Dezember 1977 wurde die „Internationale Erklärung gegen Apartheid im Sport" verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVI, S. 510–512.

verhelfen. Unser Botschafter in Südafrika[8] sei ein Mann mit großem Verständnis für die Probleme der schwarzen Bevölkerung. Dies sei auch bei seinem Vorgänger der Fall gewesen, der sich mit großem Engagement für deren Interessen eingesetzt habe und leider viel zu früh an einer heimtückischen Krankheit gestorben sei.[9] Unser Botschafter sei immer für Tutu zu sprechen. Unsere Kirchen seien ein guter Kanal zur Bundesregierung. Tutu spreche hier mit Freunden, die sich Gedanken machten, wie der schwarzen Bevölkerung geholfen werden könne.

Tutu dankte BM für seine Ausführung. Es sei ein Problem, daß nur wenige Weiße in Südafrika glaubten, daß die schwarze Bevölkerung einmal frei sein werde. Die Schwarzen würden nach ihrer Befreiung mit denen zusammenarbeiten, die ihnen jetzt helfen würden. Es gebe nur zwei Optionen für Südafrika: entweder Verhandlung über eine gerechte Machtverteilung oder Blutvergießen. Die Kirche wolle letzteres verhindern, dabei sei es gut für sie, bei diesen Bestrebungen den Beistand der Bundesregierung zu haben und zu wissen, daß die Bundesregierung das Freiheitsbestreben der schwarzen Bevölkerung unterstütze.

Tutu erklärte, er wolle anschließend nach Finnland weiterreisen.

Referat 010, Bd. 178844

69

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn

410-421.42/1 **12. März 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit EG-Kommissionspräsident Thorn am 12. März 1981 im Auswärtigen Amt

1) Einführende Diskussion

BM bemerkte, daß noch nie ein neuer Kommissionspräsident zu Beginn seiner Amtszeit[2] mit so zahlreichen Problemen konfrontiert worden sei. Gerade deswegen begrüße es die Bundesregierung, daß mit Präsident Thorn ein so erfah-

8 Ekkehard Eickhoff.

9 Hans-Joachim Eick war bis zu seinem Tod am 4. April 1980 Botschafter der Bundesrepublik in Pretoria.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Kyaw am 16. März 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 18. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „H[errn] RL 410 m[it] d[er] Bitte um Verteilung unter Vorbehalt der Genehmigung durch BM."
Hat Ploetz vorgelegen.

2 Der Präsident der EG-Kommission, Thorn, und die weiteren Mitglieder der EG-Kommission wurden am 1. Januar 1981 ernannt und nahmen am 6. Januar 1981 ihre Amtsgeschäfte auf.

rener und engagierter Europäer dieses Amt übernommen habe. Die neue Kommission könne mit der vollen Unterstützung der Bundesregierung rechnen. Man könne nur hoffen, daß nunmehr wieder mehr Entscheidungen in den Institutionen getroffen würden. Gegenwärtig würde zu viel bilateral miteinander geredet.

Präsident *Thorn* bestätigte, daß die britisch-französischen Gespräche über die Fischereipolitik[3] zu Mißverständnissen geführt und eine Lösung eher erschwert hätten. Auf eine Frage des *BM*, wie man die Ständigen Vertreter stärken könnte, ergab sich Übereinstimmung, daß diese mehr Weisungsflexibilität aus ihren Hauptstädten benötigten. Da dies gegenwärtig zunehmend nicht der Fall sei, bewege sich nichts mehr. Außerdem müßte der Rat laut *Thorn* mehr Zeit opfern und die Probleme ausdiskutieren. *BM* und *Thorn* waren sich einig, daß die Delegation der Probleme von den StV über die Fachministerräte zum ER den Entscheidungsprozeß verlangsame und erschwere.

BM regte ein Gymnich-type-Treffen[4] an, um über die Fragen einer Stärkung der Entscheidungsmechanismen nachzudenken. Der Fischereistreit sei besonders gefährlich, da er zu allgemeiner Europaverdrossenheit führe und das Verhältnis zu GB belaste. Seine Stuttgarter Rede zur Europäischen Union[5] sei ein Versuch, der Europapolitik auch wieder eine zukunftsorientierte Ausrichtung zu geben. Nach den französischen Wahlen[6] müsse diese Initiative ernsthaft vorangetrieben werden. Seine Überlegungen seien in Washington[7] positiv aufgenommen worden.

Thorn bestätigte die durch den Fischereistreit immer größer werdende allgemeine Unzufriedenheit. Er habe GB auf alle Konsequenzen hingewiesen. GB wolle jedoch hinter die Beitrittsregelung[8] zurück und wünsche keine gemeinschaftliche Regelung. Er wolle insoweit sein eigener Herr bleiben. In den technischen Fragen sei man gar nicht so weit auseinander, wohl aber in der Prinzipienfrage. Es handele sich um einen hausgemachten britischen Druck, der aufgelockert werden müsse. Dies müsse man Carrington sagen. Er, Thorn, sehe

3 Zu den britisch-französischen Differenzen in der Fischereipolitik vgl. Dok. 29, Anm. 13.

4 Auf Schloß Gymnich bei Bonn fand am 20./21. April 1974 erstmals ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission statt. Ziel dieses Treffens und nachfolgender „Gymnich-type"-Treffen sollte sein, in kleinstem Kreis ohne großen Mitarbeiterstab und feste Tagesordnung alle interessierenden außenpolitischen Fragen auch außerhalb des eigentlichen Themenfelds der Europäischen Gemeinschaften zu erörtern, ohne an Verfahrensregeln und Abläufe regulärer EG-Ministerratstagungen gebunden zu sein. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 128.

5 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 vgl. Dok. 2.

6 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

7 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

8 Großbritannien trat zum 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei. Für den Wortlaut des Vertragswerks vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1127–1431.
Referat 411 erläuterte am 24. Februar 1981: „Beitrittsakte sieht gleichberechtigten Zugang zu allen EG-Gewässern bis Ende 1982 vor, befristete Ausnahmen nur für bestimmte Gebiete zwischen 6 und 12 sm. Hier ist aber traditionelle Fischerei zulässig. IRL (und VK) verlangen generelle (zumindest) 12-sm-Zone möglichst unter Auslaufen traditioneller Rechte. Es besteht grundsätzliche deutsche Bereitschaft zu genereller 12-sm-Vorbehaltszone, sei es für zehn Jahre (= Verlängerung der bestehenden Ausnahmegenehmigung), sei es unbefristet (F ist dagegen). Traditionelle und bestehende Fischerei muß aber gesichert werden." Vgl. Referat 411, Bd. 131253.

die große Gefahr, daß nach den französischen Wahlen alle Probleme zusammenfielen und gleichzeitig zu lösen seien: Fisch, Agrarpreise, Restrukturierung, britisches Haushaltsproblem[9].

2) Vorbereitung des ER in Maastricht[10]

BM unterstrich erneut die Fischereifrage und die Verantwortung der Kommission. In der Prinzipienfrage stünde es 9:1. Auch die Stahlproblematik[11] würde eine besondere Rolle spielen. Die Subventionspraxis anderer MS müsse aufhören. Welche Möglichkeiten bestünden, um von dieser wettbewerbsverzerrenden Praxis loszukommen? Wir könnten gezwungen sein, Ausgleichsabgaben zu beantragen. Was würde dann geschehen?

Thorn erwiderte, daß sich die Kommission in der Beurteilung des Beihilfeunwesens mit der Bundesregierung einig sei. Auf dem ER sollte klar gesagt werden, daß damit Schluß gemacht werden müßte. Er, Thorn, sei in dieser Hinsicht nicht so pessimistisch. Es würde weniger Beihilfen geben. Das Zieldatum 1983 könnte respektiert werden. Er habe nichts gegen intensiven Druck in dieser Frage, sei aber gegen autonome Ausgleichsabgaben.

BM stellte Frage nach der amerikanischen Wirtschaftspolitik, der starken monetären Abstützung (Hochzinspolitik[12]) des amerikanischen Stabilisierungsprogramms[13] und dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft. Beide Gesprächspartner waren sich einig, daß die Problematik auf dem ER zu diskutieren, eine Konfrontation mit den USA jedoch zu vermeiden sei. Letztere könnten sich hier auf absehbare Zeit nicht bewegen. Er, BM, habe Amerikaner auf Wirkung der Zinspolitik insbesondere auf Bundesrepublik angesprochen, Lambsdorff werde dies auch tun.[14] BK habe es ebenfalls gegenüber Ford getan.[15]

9 Zur Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt vgl. Dok. 2, Anm. 4.

10 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

11 Zur Stahlkrise in den Europäischen Gemeinschaften vgl. AAPD 1980, II, Dok. 304.
Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff notierte am 9. März 1981: „Seit vier Jahren versucht die Gem[einschaft], die Krise der europäischen Stahlindustrie zu lösen, jedoch auch der Subventionskodex vom Februar 1980 brachte bisher keine greifbaren Erfolge. Von 1975 bis 1980 sind den Stahlunternehmen in der EG ca. 30 bis 40 Mrd. DM an Beihilfen zugeflossen; weitere Stützungsaktionen sind angekündigt, so daß Subventionsbetrag bis 1983 auf ca. 60 Mrd. DM ansteigen kann. In Bundesrepublik erhalten die meisten Stahlunternehmen keine staatlichen Beihilfen. Bisher konnte zwar deutscher Anteil an gemeinsamem Stahlmarkt gehalten werden, jedoch besteht Gefahr, daß – wenn und soweit Beihilfen auf Preise durchschlagen – deutsche Unternehmen dadurch bedingte Verluste nicht weiter verkraften können und Verdrängungswettbewerb zur Verringerung deutschen Produktionsanteils führt. […] Stahlrat hat am 3.3.81 Entschließung mit Bekräftigung des Willens zum Kapazitätsabbau und entsprechende Verpflichtung der Kommission verabschiedet.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122449.

12 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 48, Anm. 29.
Referat 412 erläuterte am 10. März 1981, die Hauptlast der Inflationsbekämpfung der amerikanischen Regierung liege auf der Geldpolitik: „Zu erwartende Schwierigkeiten bei Defizitabbau und fortbestehende Inflationsmentalität lassen eher noch schärferen geldpolitischen Kurs erwarten, der US-Zinsen weiterhin hoch hält. […] Gegenwärtige US-Wirtschaftspolitik stellt binnenwirtschaftliche Stabilisierung in den Vordergrund und droht damit Erholungsprozeß in solchen Partnerländern zu beeinträchtigen, in denen außenwirtschaftlich aufgezwungene Zinshöhe binnenwirtschaftlich nicht geboten ist.“ Vgl. Referat 412, Bd. 130462.

13 Zum Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 15.

14 Zum Besuch des Bundesministers Graf Lambsdorff vom 6. bis 21. März 1981 in den USA vgl. Dok. 62, Anm. 62.

15 Der ehemalige Präsident Ford hielt sich vom 11. bis 13. März 1981 in der Bundesrepublik auf. Vor-

BM verwies auf die Lage in Spanien.[16] Das Problem sei dort in der Substanz nicht gelöst. Wir trügen enorme Verantwortung. *Thorn* teilte diese Beurteilung. Die Spanier behaupteten, die nicht vorankommenden Beitrittsverhandlungen[17] trügen eine Mitverantwortung. Die Erklärung des ER müsse daher auch eine Aussage zu den Beitrittsverhandlungen enthalten.[18] Diese hätten die echten Probleme noch gar nicht angerührt. Die Gefahr sei, daß man (F) Fortschritte von der Lösung interner Fragen der Gemeinschaft abhängig machen werde.

Als zusätzliche Themen (neben solchen der EPZ) nannte Thorn noch die von Italien in Frage gestellte Grenze von 1% der MWSt-Bemessungsgrundlage der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft[19] sowie die Sitzfrage des EP[20], über die Präsident Giscard in Maastricht sprechen wolle. Er könne bestätigen, daß sich F und LUX in dieser Frage bislang nicht geeinigt hätten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 374

tragender Legationsrat I. Klasse Schenk teilte der Botschaft in Washington dazu am 26. März 1981 mit: „Der Herr Bundespräsident und der Herr Bundeskanzler gaben Präsident Ford je ein Essen im kleinen Kreis, an die sich ein Meinungsaustausch anschloß. An dem Abendessen des Herrn Bundeskanzlers nahm auch der Bundesminister teil. Das ursprünglich für den 12. März vorgesehene Frühstück des Herrn Bundesministers mit Präsident Ford fand daher nicht statt. Gesprächsvermerke liegen nicht vor." Vgl. den Schrifterlaß; Referat 204, Bd. 123317.

16 In Spanien kam es am 23./24. Februar 1981 zu einem Putschversuch. Vgl. dazu Dok. 87.

17 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 2, Anm. 5.
Am 16. März 1981 fand in Brüssel die siebte Tagung der Beitrittsverhandlungen auf Ministerebene statt. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete dazu am 17. März 1981, die Europäischen Gemeinschaften hätten „ihren politischen Willen" bekräftigt, „die Beitrittsverhandlungen dynamisch fortzusetzen und zu intensivieren. Zur Konkretisierung dieses Willens beschloß der Rat auf Drängen von StM v. Dohnanyi, der EIB zu empfehlen, Spanien Kredite in der Zeit bis zum Beitritt zu gewähren. […] Der span[ische] AM richtete einen eindringlichen Appell an die Gem[einschaft], den Elan der Beitrittsverhandlungen zu erneuern. Das span. Volk und die span. Regierung hätten in der Abwehr des Staatsstreichs bekräftigt, daß die volle Integration in die Gem. untrennbar mit der Konsolidierung der demokratischen Ordnung Spaniens verbunden sei." Poensgen teilte mit, die spanische Regierung habe durch eine Vielzahl von Erklärungen zu den zentralen Themen der Beitrittsverhandlungen, wie Zollunion, Landwirtschaft, auswärtige Beziehungen, eigene Einnahmen, Verkehr und EURATOM, „ihren Willen zur Beschleunigung" betont. Fortschritte in einigen Kernfragen seien bis zur Sommerpause „durchaus möglich". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1164; Referat 410, Bd. 121930.

18 Für den Wortlaut der Erklärung zu Spanien im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. BULLETIN DER EG 3/1981, S. 9.

19 In Artikel 4 des Beschlusses des EG-Ministerrats vom 21. April 1970 über die Ersetzung der Finanzbeiträge der EG-Mitgliedstaaten durch eigene Mittel der Gemeinschaften wurde festgelegt, daß ab 1. Januar 1975 „der Haushalt der Gemeinschaften vollständig aus eigenen Mitteln der Gemeinschaft finanziert" werden soll und daß zu diesen Mitteln Mehrwertsteuereinnahmen gehören sollen, „die sich aus der Anwendung eines Satzes ergeben, der 1% einer steuerpflichtigen Bemessensgrundlage nicht überschreiten darf". Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1970, Teil II, S. 1268.

20 Zur Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 31, Anm. 13.
Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 3. März 1981 mit, daß am Vortag die am 15. September 1980 eingesetzte Regierungskonferenz getagt habe: „Der Vorsitzende faßte das Ergebnis […] wie folgt zusammen: Bei jeder Überlegung über den Sitz der EG-Organe ist von dem Ratsbeschluß vom 8.4.1965 auszugehen. Er hat in politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht Tatsachen geschaffen oder bereits bestehende noch befestigt. Mit diesem Status quo sind alle Organe zufrieden, außer dem EP. Während F daraus die Konsequenz zieht, daß man jetzt einen definitiven Beschluß zur Sitzfrage insbesondere des EP treffen muß, meint die Mehrheit, daß die Zeit dafür noch nicht gekommen ist. Ideal wäre ein Sitz für alle Organe. Da dies nicht realisierbar ist, muß man sich auch mit einer gewissen geographischen Verteilung abfinden, wobei es sehr wichtig ist, daß diese Verteilung das gute Funktionieren der Organe und ihre reibungslose Kooperation untereinander nicht beeinträchtigt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 938; Referat 410, Bd. 130358.

BM fragte nach Präferenzen der Abgeordneten des EP und meinte, daß im Falle einer Veränderung in Richtung auf Straßburg vielleicht das EPZ-Sekretariat nach Luxemburg gelegt werden könnte. *Thorn* bestätigte, daß die erste Präferenz der meisten Abgeordneten wohl in Richtung Brüssel laufe, im übrigen eine beachtliche Gruppe nach Straßburg tendiere. Botschafter *Poensgen* berichtete über Stand der Diskussion in Brüssel und unsere Haltung (provisorische Regelung in Erwartung Europäischer Union, Vertrauensschutz gegenüber Personal und den Sitzstaaten, die bereits Investitionen vorgenommen hätten).

3) Agrarpreisverhandlungen[21]

Thorn legte dar, daß der restriktiven Linie von GB und D die französische Haltung gegenüberstünde, die zwar die 1%-Grenze im Grundsatz akzeptiere, die Grundprinzipien der GAP jedoch unberührt lassen wolle und sich für starke Preiserhöhungen einsetze. Die Vorschläge der Kommission lägen unter der jährlichen Steigerungsrate der Eigeneinnahmen, aber die MS verlangten mehr. Etwas Luft sei in dieser Hinsicht noch in den Vorschlägen der Kommission (bis zu ca. 10% Preisanstieg).

D4[22] verwies auf unsere Haltung und auf unser besonderes Interesse an einem stärkeren Abbau der Interventionsmechanismen und damit an größeren Einsparungen. Die Kommission schlage jedoch auch ihrerseits zusätzliche Interventionen vor. *Thorn* bezeichnete diese deutsche Position angesichts der Interessen von F, IT, IRL und DK als illusorisch. Man könne jetzt nur gewisse Preisreduzierungen anstreben, ohne die Zukunft zu präjudizieren. Man sollte die Preisverhandlungen möglichst vor Juni abschließen.[23]

4) Europäische Union

BM erläuterte erneut Beweggründe für seine Initiative. Es handele sich um eine vitale Frage für die Gemeinschaft. Wir hielten uns mit Rücksicht auf die französischen Wahlen zunächst noch zurück. Bei unseren Partnern hätten wir bislang ein recht positives Echo gefunden. Wir wünschten einen Vertrag, seien aber insoweit nicht festgelegt. Es ginge um eine Zusammenfassung des Bestehenden und die Eröffnung von Optionen für die Zukunft. Er, BM, habe große Sorge, daß wir das Erbe der Gründungsväter verwirtschafteten. Wir wollten die Bewußtseinslage in der Gemeinschaft und die Bereitschaft zur Lösung konkreter Probleme verbessern. Die EG sei zu sehr Reparaturwerkstatt und nicht mehr Baustelle. Es sei zu fragen, wie wir zum Baustellencharakter wieder zurückfinden könnten. Leider sei das EP nicht zum Motor der Einigungspolitik, zum Impulsgeber im institutionellen Bereich geworden.

Thorn teilte Ansicht, daß das EP mit seiner Verfassungsinitiative („Crocodile-Club“[24]) zuviel wolle und die Kommission damit in Schwierigkeiten bringe. Für

21 Zu den Agrarpreisverhandlungen in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 7.

22 Per Fischer.

23 Am 16. März 1981 fand in Brüssel eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister statt. Ministerialdirektor Fischer vermerkte dazu am 17. März 1981, erörtert worden seien die Preisvorschläge der Europäischen Kommission, der Abbau der Währungsausgleichsbeträge sowie die finanziellen Auswirkungen der Preisanhebungen: „Die tiefgreifenden Meinungsunterschiede zu allen drei Punkten […] bestehen fort und lassen sehr schwierige Preisverhandlungen erwarten.“ Vgl. Referat 411, Bd. 131241.

24 Botschafter Poensgen, z. Z. Luxemburg, teilte am 16. Februar 1981 aus der Sitzungswoche des Europäischen Parlaments vom 9. bis 13. Februar 1981 mit: „Ein nach bekanntem Straßburger Restau-

Maastricht sei die Unionsinitiative wohl noch verfrüht, im zweiten Halbjahr dieses Jahres müßte sie jedoch konkret auf den Tisch gelegt werden, und zwar begleitend zu den Diskussionen über die anstehenden internen Probleme der Gemeinschaft. *BM* stimmte zu. Der UdSSR würde heute am meisten Eindruck machen, wenn Europa und die transatlantische Partnerschaft gestärkt werden könnten. Wir werden die Unionsinitiative daher weiterverfolgen.

5) Haushaltskonflikt mit dem EP[25]

BM erläuterte, daß es sich um eine rechtswahrende Klage unsererseits handele. Wir seien zu einer einvernehmlichen politischen Lösung bereit und wünschten, mit der Kommission an ihr zu arbeiten.[26] Thorn unterstrich Notwendigkeit einer politischen Lösung. Allerdings verstehe F darunter nur eine solche nach seinen Vorstellungen. Vorrangig sei die Frage, wie für die Zukunft die Prozedur (bei Nachtragshaushalten) geregelt werden könne. Im übrigen sei zu betonen, daß man das Geld – auch unabhängig vom Vorgehen des EP Ende Dezember 1980 – jetzt benötige.

Über Herrn D 4[27] dem Ministerbüro mit der Bitte, die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen.

Referat 010, Bd. 178849

Fortsetzung Fußnote von Seite 376

rant und Treffpunkt von EP-Parlamentariern aller Fraktionen benannter, bisher nur inoffizieller Entwurf einer Entschließung zur Weiterentwicklung der Gemeinschaftsinstitutionen wurde jetzt beim EP-Präsidium formell eingebracht. Der im November 1980 von nur 40 Parlamentariern unterstützte Entschließungstext trägt inzwischen die Unterschrift von über 160 Abgeordneten aus allen Fraktionen." In der Entschließung werde festgestellt, „daß es praktisch unmöglich ist, bei dem derzeitigen institutionellen System über das Niveau völlig unbedeutender Anpassung der derzeit geltenden Regeln und Praktiken hinauszukommen". Unter Berufung auf seine demokratische Legitimierung durch die Direktwahl und die „Pflicht, Vorschläge für institutionelle Reformen vorzulegen", werde die Einsetzung einer Arbeitsgruppe gefordert, „die speziell damit betraut ist, alle notwendigen Konsultationen vorzunehmen, die verschiedenen institutionellen Optionen vorzubereiten" und dem Europäischen Parlament vorzulegen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 28; Referat 410, Bd. 121944.

25 Zum Konflikt um den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 5 und 6.

26 Referat 410 vermerkte am 11. März 1981, daß am 2. März 1981 eine Klage der Bundesregierung eingereicht worden sei, nach wie vor aber eine politische Lösung gewünscht werde, die u. a. folgende Elemente enthalten solle: „Die Mitgliedstaaten, die bisher keine vollen Zahlungen geleistet haben, zahlen ihre ausstehenden Anteile am Nachtragshaushalt 2/1980 und Haushalt 1981. […] EG-Kommission, Rat und EP stellen übereinstimmend fest, daß sie sich bei Haushaltsbeschlüssen strikt an die in der Haushaltsordnung enthaltenen Prinzipien der Jährlichkeit, Fälligkeit, Unvorhersehbarkeit, Unabweisbarkeit und Außergewöhnlichkeit halten werden." Vgl. Referat 410, Bd. 121982.

27 Hat Ministerialdirektor Fischer am 16. März 1981 vorgelegen.

70

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pfeffer

204-321.00 USA-179/81 VS-vertraulich **12. März 1981**[1]

Betr.: Besuch des Herrn Bundesministers in den USA[2];
hier: Gespräch mit dem Mehrheitsführer, Senator Howard Baker, am 10.3.1981[3]

Sondervermerk nur für Bundesminister

Senator Baker stellte fest, er habe Zeitungsberichten entnommen, daß Egon Bahr wieder sehr aktiv sei und versuche, öffentliche Unterstützung für Rüstungsreduzierungen zu gewinnen. Er, Baker, frage sich, ob es eine europäische Richtung gebe, die der polnischen Situation mit Schwäche begegnen wolle.

Der Bundesminister erwiderte, er habe diese Zeitungsberichte nicht gelesen. Er könne nur sagen, was die Bundesregierung denke. Unsere Erfahrung lehre, daß man Diktaturen durch Schwäche ermutige. Eine Ermutigung der Sowjetunion liege ihm fern.

Baker meinte, Bahr beschäftige ihn sehr. Er frage sich, ob Bahr eine Figur von größerer Bedeutung sei.

Der Bundesminister erwiderte, Bahr sei Bundesgeschäftsführer der SPD gewesen.[4] Seine Äußerungen fänden eine gewisse Beachtung in der Öffentlichkeit, vor allem, weil er Willy Brandt nahestehe. In Demokratien entschieden aber die Mehrheiten. Die Mehrheit sei eine andere.

Baker bemerkte, als Politiker sei man gewöhnt, darauf zu achten, „wer auf dem Trend nach oben“ sei.

Pfeffer

VS-Bd. 14096 (010)

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk leitete die Aufzeichnung mit Begleitvermerk vom 13. März 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau. Dazu vermerkte er: „Ein Verteiler ist von hier aus nicht vorgesehen.“
Hat Wallau am 13. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 61–66.

3 Bundesminister Genscher und der amerikanische Senator Baker erörterten ferner die Lage in Polen, die Namibia-Frage, El Salvador, die amerikanische Wirtschaftspolitik, die Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten sowie die Lage in Spanien nach dem Putschversuch vom 23. Februar 1981. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 123315.

4 Egon Bahr gab am 23. Februar 1981 das Amt des Bundesgeschäftsführers der SPD auf, das er seit 1976 innehatte.

71

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

010-660/81 geheim **16. März 1981**[1]

Betr.: Treffen von Präsident Giscard d'Estaing und des Bundeskanzlers mit beiden Außenministern in Blaesheim bei Straßburg am 15. März 1981[2]

Das Treffen, das unter acht Augen bei einem Abendessen im Restaurant „Au Bœuf" stattfand, dauerte von 19.30 h bis ca. 23.00 h.

BM teilte darüber mit:

Der Minister und François-Poncet berichteten über ihre Gespräche in Washington.[3] Giscard stellte fest, daß er einen außerordentlich positiven Eindruck von der neuen amerikanischen Administration habe. Eine besonders erkennbare Veränderung sei die Festigkeit und Entschlossenheit der Reagan-Administration. Dies sei das einzige Mittel, um die Sowjetunion zu beeindrucken. Giscard rechnet damit, daß Reagan im Juni nach Europa kommen und Rom, Bonn, London und Paris besuchen wird. BM regte an, von der positiven Beurteilung der amerikanischen Administration Gebrauch gegenüber der Öffentlichkeit zu machen, damit nicht die Vorstellung aufkommt, Deutschland und Frankreich könnten zusammen Politik gegen die Amerikaner machen. Daraufhin wurde vereinbart, die positive Einschätzung der amerikanischen Regierung in der Mitteilung gegenüber der Presse[4] zu verwenden.

Giscard bezeichnete den sowjetischen Moratoriumsvorschlag für Mittelstreckenwaffen in Europa[5] als total inakzeptabel. Der Westen müsse der Sowjetunion klarmachen, daß wir fähig seien, bei einem sowjetischen Angriff auf Westeuropa siegreich zu bleiben. Dies sei der einzige Weg, die Sowjetunion davon abzuhalten.

Giscard äußerte sich beunruhigt über die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, über Tendenzen zum Neutralismus. Dies könne die Sowjetunion übermütig machen. François-Poncet sagte, er rechne mit sowjetischen Erpres-

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl leitete die Aufzeichnung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Ploetz. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Von BM noch nicht genehmigt."
Hat Wallau am 16. und Ploetz am 17. März 1981 vorgelegen.

2 Zum Treffen in Blaesheim vgl. auch Dok. 74 und Dok. 75.

3 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

4 Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing gegenüber der Presse im Anschluß an das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 15. März 1981 in Blaesheim vgl. den Artikel „Das Treffen von Blaesheim"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. März 1981, S. 3.
Zu den Äußerungen des Staatssekretärs Becker, Presse- und Informationsamt, gegenüber der Presse am 16. März 1981 vgl. den Artikel „Bonn: Völlige Übereinstimmung mit Paris"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. März 1981, S. 2.

5 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

sungsversuchen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland in den nächsten Jahren. BM meinte, solche Erpressungsversuche hätten schon stattgefunden, wir hätten aber nie nachgegeben.

BM berichtete über das Gespräch StS Böllings bei seinem Antrittsbesuch mit Honecker.[6] Honecker habe zu erkennen gegeben, daß die Aussichten im deutsch-deutschen Verhältnis besser zu bewerten seien, wenn wir auf die sowjetischen Erwartungen positiv reagierten. Am 15. März habe Honecker auf der Leipziger Messe erneut angeregt, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten aus den internationalen Spannungen herauszunehmen.[7]

Zu der östlichen Friedensoffensive wies der Bundeskanzler darauf hin, daß in der evangelischen Kirche und in evangelischen Gebieten die Kampagne sich stärker entfalte als im katholischen Bereich. BM wies darauf hin, daß unabhängig davon die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung hinter der Allianz stehe. Darüber solle man sich nicht täuschen. Es sei nur die Frage, was die politischen Kräfte täten, um sich durchzusetzen. Dabei seien zwei Dinge wichtig: die europäische Abrüstungskonferenz weiter zu betreiben und Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen aufzunehmen.

Bei der Beurteilung der Breschnew-Rede vor dem 26. Parteitag der KPdSU[8] bestand Einvernehmen, daß der sowjetische Schritt zur geographischen Anwendung vertrauensbildender Maßnahmen wichtig sei. Über die sowjetischen Gründe für diesen Schritt wurden verschiedene Erwägungen ausgetauscht. Giscard war der Auffassung, daß man trotz der von Breschnew genannten Bedingung die Sowjets an ihrer Zusage festhalten solle.

Bei der Erörterung wirtschaftlicher Themen äußerte der Bundeskanzler Erstaunen, daß Frankreich so gelassen zu der wirtschaftlichen Lage stehe. Giscard erwiderte: Er sei nicht gelassen, aber vor den Wahlen[9] Maßnahmen anzukündigen, sei nicht allzu populär. Der Bundeskanzler fragte nach möglichen Programmen. Giscard wies darauf hin, daß PM Barre überlege, ob zur Überwindung monetärer Diskrepanzen zwischen Deutschland und Frankreich eine gemeinsame Anleihe aufgelegt werden sollte, die auch von Arabern gekauft werden sollte, mit etwa zehn bis zwölf Jahren Laufzeit. Dadurch sollte Geld für erwünschte Investitionen, für Energie und Innovation, aufgebracht werden. Auf französischer Seite wäre die Banque Nationale hierfür zuständig. BM meinte, dies müsse man auf deutscher Seite noch genau prüfen und mit BM Graf Lambsdorff besprechen. Zuständig wäre bei uns die KfW. Es wurde vorgesehen, daß auf Einladung des Bundeskanzlers PM Barre zu mehrstündigen Diskussionen nach dem ER in Maastricht[10] nach Bonn kommt.[11] Auf deutscher Seite sollen

6 Zum Gespräch des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 9. Februar 1981 vgl. Dok. 35.

7 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 15. März 1981 in Leipzig vgl. Dok. 62, Anm. 56.
Zum Gespräch mit Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse vgl. BÖLLING, Nachbarn, S. 59 f., S. 62–64.

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

9 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

10 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

11 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre am 2. April 1981 vgl. Dok. 94.

an dem Gespräch teilnehmen: der Bundeskanzler, die Bundesminister Graf Lambsdorff und Matthöfer sowie Notenbankpräsident Pöhl. Auf französischer Seite neben PM Barre Minister Monory und der französische Notenbankpräsident[12].

Zum Europäischen Rat in Maastricht äußerte Giscard, man sollte diesen Gipfel kleinschreiben und als normale Veranstaltung behandeln und keine hohen Erwartungen erwecken. Es sei nichts Neues zu erwarten.

Im Zusammenhang mit einer Erörterung der Probleme in der EG äußerte Giscard die Auffassung, es sei ein Fehler gewesen, GB in die EG aufzunehmen.[13] Er fragte, was wir davon hielten, wenn das Verhältnis zu GB als Freihandelszone entwickelt werde. BM erklärte einen solchen Gedanken für lebensgefährlich. Die britische Reaktion würde sein, die special relationship mit den USA gegen Kontinental-Europa zu entwickeln. Dieser Argumentation verschloß sich Giscard nicht ganz. BM wies seinerseits darauf hin, daß die Haltung von StM von Dohnanyi im letzten Sommer nicht honoriert worden sei, obwohl sie zu innenpolitischen Auseinandersetzungen bei uns geführt habe. Er sei nicht sicher, ob die Briten dies verstünden.

BM drückte die Sorge aus, daß die linkage-Politik zunehmend eine Gefahr für die Gemeinschaft werde. Jeder mache in zunehmendem Maße eine Sache von einer anderen abhängig.

Bei der Erörterung der Agrarpreise[14] setzte sich Giscard für einen Abbau des Grenzausgleichs ein. BK und BM erwiderten, das gehe nicht alles auf einmal. BK betonte, daß die Differenz zwischen Preisausgleich und Grenzausgleich den deutschen Bauern immer noch 5% lassen müsse. BM wies darauf hin, daß dies BM Ertl nicht leichtfallen werde. Man müsse darüber sprechen. Diese Frage soll möglicherweise auf einem Agrarrat mit den Außenministern am 27. März behandelt werden.

Bilaterale Themen:[15]

Giscard kam auf das deutsch-französische Kampfpanzerprojekt[16] zu sprechen und meinte, man müsse nicht etwas ganz Neues entwickeln, sondern könne das

12 Renaud de La Genière.

13 Großbritannien trat zum 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei.

14 Zu den Agrarpreisverhandlungen in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 7, und Dok. 69, Anm. 23.

15 Vortragender Legationsrat Kreusel notierte am 11. März 1981, er habe aus dem Bundesministerium der Verteidigung erfahren, daß Bundesminister Apel den französischen Botschafter Brunet am Vortag über die Frankreich betreffenden Ergebnisse der Sitzung über Rüstungsfragen vom 4. bis 6. März 1981 informiert habe. Zu dem gemeinsam mit Großbritannien vorgesehenen Projekt eines taktischen Kampfflugzeugs der Zukunft habe Apel bestätigt, „daß das Verteidigungsministerium die für eine Flugzeugneuentwicklung der drei Partnerländer nötigen Entwicklungskosten […] in Höhe von 2 Mrd. DM nicht werde aufbringen können. Davon abgesehen bestünden kaum Aussichten auf ein gemeinsames Konzept. Während GB eine Ja[gd]bo[mber]-Version wünsche, benötige die Bundesluftwaffe einen Abfangjäger. Die Vorstellungen Frankreichs lägen irgendwo in der Mitte. Eine Harmonisierung unter diesen Voraussetzungen sei überaus kostspielig und würde die Entwicklungskosten des Tornado noch übersteigen.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125537.

16 Zur Frage der Entwicklung und des Baus eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 24, Anm. 13.
Am 19. März 1981 notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann, Bundesminister Apel habe am Vortag in der Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestags erklärt, daß „die Neuentwicklung eines Panzers nicht in Frage komme. Es könne nur noch um die Weiterentwicklung des

Gute vom „Leopard“ nehmen, müsse aber noch etwas Neues dazutun. Man sollte weiter darüber sprechen. Der Bundeskanzler nahm dies zur Kenntnis.

Der Bundeskanzler erläuterte die hohen Kosten, die das „Tornado“-Projekt[17] für uns mit sich bringe, und bezeichnete es unter diesen Umständen als sehr schwer, in diesem Bereich etwas Neues ins Auge zu fassen.[18]

Das Thema der Zwangsrekrutierten[19] und der deutsch-französischen Stiftung wurde am Anfang des Gesprächs im Beisein des Präfekten[20] und Unterpräfekten[21] behandelt. Von deutscher Seite wurde darauf hingewiesen, daß wir hier inzwischen ein großes Stück weiter seien.

Es wurde verabredet, daß die beiden Regierungssprecher[22] am folgenden Tag eine abgestimmte Mitteilung an die Presse geben sollten. Deren wesentlicher Inhalt wurde wie folgt umrissen:

Der Bundeskanzler und der französische Präsident beurteilen ihr Gespräch als in hohem Maße befriedigend. Alle wichtigen internationalen Fragen wurden übereinstimmend beurteilt. Die Außenminister Genscher und François-Poncet berichteten über ihre Gespräche in Washington. Beide Regierungen beurteilen die neue amerikanische Politik sehr positiv. Weiter wurden behandelt das Ost-West-Verhältnis und die Breschnew-Briefe[23], verschiedene bilaterale Themen

Fortsetzung Fußnote von Seite 381

Leo II zum Leo III gehen. Nur mit dieser Zielsetzung – und auch diese mit einer zweijährigen Verzögerung – komme eine gemeinsame deutsch-französische Zusammenarbeit zur Entwicklung von Komponenten (z. B. Turm, Kette, Antrieb) in Betracht.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125579.

17 Im Sommer 1968 beschlossen zunächst Belgien, die Bundesrepublik, Großbritannien, Italien, Kanada und die Niederlande die Entwicklung eines „Multi Role Combat Aircraft“ (MRCA). Nachdem 1970/71 Zweifel an der Wirtschaftlichkeit des Vorhabens laut geworden waren, entschieden sich im September 1971 nur noch die Bundesrepublik, Großbritannien und Italien für eine Fortsetzung. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 408, AAPD 1971, I, Dok. 87, und AAPD 1971, II, Dok. 240.
Das Kabinett beschloß am 7. April 1976 den Beginn der Produktion des MRCA unter dem Namen „Tornado“ zum 1. Juli 1976. Dazu wurde mitgeteilt: „Das Beschaffungsprogramm hat für die Bundesrepublik Deutschland einen Umfang von 15,556 Mrd. DM. Der Geräte-Stückpreis für ein Flugzeug beträgt 32,21 Mio. DM (jeweils Preisstand 31. Dezember 1975). Für die Luftwaffe und die Marine werden 322 Flugzeuge gebaut, die Partnerstaaten Großbritannien und Italien werden 385 bzw. 100 Tornado beschaffen. Der Zulauf der Flugzeuge ist für 1979 geplant und soll sich bis in das Jahr 1987 erstrecken.“ Vgl. dazu BULLETIN 1976, S. 660.
In Ziffer 1 der Pressemitteilung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 7. März 1981 zu den Ergebnissen der Sitzung über Rüstungsfragen vom 4. bis 6. März 1981 wurde die Zahl von 322 MRCA „Tornado“ bestätigt: „Voraussetzung dafür ist der volle Ausgleich der Preisanstiegsraten für die Verteidigungshaushalte bis 1984.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125537.

18 Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, notierte am 19. März 1981 für Bundeskanzler Schmidt zum Gespräch am 15. März 1981 in Blaesheim zur Frage der Rüstungskooperation: „Präsident Giscard d'Estaing war über den Stand unterrichtet. Sie gaben zusätzliche Erläuterungen zu ‚Roland‘ (wir kauften auch nach der Beschränkung des Programms immer noch mehr als F) und T[aktisches]K[ampf-]F[lugzeug]. Zur Einstellung TKF erhob der Präsident keinen Einwand. Er habe sich gewundert, daß wir ein wegen der Vielzahl der Aufgabenstellungen so schwieriges Projekt wie Tornado nicht eingestellt hätten. Er bezeichnete das K[ampf]P[anzer]-90-Kooperationsprojekt in der jetzt von BM Apel definierten Form (Neuentwicklung eines Turms; keine Neuentwicklung des Fahrgestells) als einen durchaus befriedigenden Plan.“ Vgl. VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

19 Zur Frage einer Entschädigung zwangsrekrutierter Elsässer und Lothringer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs vgl. Dok. 31, Anm. 9 und 11.

20 Jacques Chartron.

21 Marc-Hervé Cabane.

22 Kurt Becker und Jean-Marie Poirier.

23 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt sowie zu den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat über die Schreiben von

sowie Wirtschaftsfragen. PM Barre wird auf Einladung des Bundeskanzlers demnächst zur Erörterung wirtschaftlicher Themen nach Bonn kommen.

Braunmühl

VS-Bd. 14093 (010)

72

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington in Brüssel

010-683/81 VS-vertraulich **16. März 1981**[1]

Gespräch BM – AM Lord Carrington am Montag, 16.3.1981, am Rande des EG-Ministerrats in Brüssel

1) Europäische Einigung

Unter Bezugnahme auf Stuttgarter Rede des BM[2] stellte *Carrington* fest, er komme zur selben Analyse: Selbst wenn die EG ihre gegenwärtigen Probleme überwinde, was schwierig genug sein werde, befasse sie sich zu sehr mit alltäglichen Kleinigkeiten.

BM erwiderte auf Frage nach dem Charakter einer möglichen Weiterentwicklung der EG, es könne sich um einen Vertrag oder eine Deklaration handeln, durch die der Öffentlichkeit die Perspektiven der europäischen Politik deutlich gemacht würden. Nach dem 10. Mai[3] würden wir uns dem Thema intensiv widmen. Franzosen seien positiv eingestellt. Auf zweifelnde Frage von Carrington fügte BM hinzu, sie könnten dies vor dem 10.5. nicht öffentlich zeigen.

Auf Frage von Carrington nach dem Procedere (Gymnich-type-Treffen?[4]) stimmte BM zu, daß Vorbereitung, z.B. durch ein solches Treffen, wünschenswert sei. BM erklärte sich bereit, Vorbereitungen zu übernehmen und in diesem Zusammenhang nach London zu kommen. *Carrington* erklärte, ein Vertrag würde wegen Ratifikationsbedürftigkeit ein Problem darstellen, eine Deklaration hingegen nicht. Carrington, der Vorbereitungen ebenfalls für wünschenswert hielt,

Fortsetzung Fußnote von Seite 382
Breschnew an weitere Staats- oder Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 61, Anm. 14 und 15.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 17. März 1981 gefertigt. Dazu vermerkte er: „Von BM noch nicht genehmigt." Ferner vermerkte er handschriftlich: „Hat H[errn] Wa[llau] vor Abg[ang] vorgel[egen]. H. v. Br[aunmühl]."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 18. März 1981 vorgelegen.

2 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 vgl. Dok. 2.

3 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

4 Zu den informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ („Gymnich-type"-Treffen) vgl. Dok. 69, Anm. 4.

fragte, ob schon genug Substanz vorhanden sei, um die Initiative bei dem bevorstehenden Gymnich-type-Treffen in England[5] oder sogar schon in Holland[6] zu unternehmen. Ob es vielleicht nützlich wäre, daß Bullard zu Gesprächen mit Blech vorher nach Bonn komme?[7]

BM hielt dies für guten Gedanken, bat aber, ein solches Gespräch wegen Weggangs von Herrn Blech[8] nicht vor April vorzusehen.

BM bejahte Frage von Carrington, ob auch sicherheitspolitische Aspekte eingeschlossen werden sollten, und wies darauf hin, daß dies bereits geschehe: KSZE-Fragen!

BM bejahte ferner Frage, ob der sicherheitspolitische Bereich erweitert werden solle, und nannte als Beispiele Rüstungskontrollfragen und Probleme der Gleichgewichtspolitik. Schwierigkeiten wegen Irlands Nichtzugehörigkeit zur NATO erwartete BM insofern nicht. Allerdings sah er insoweit Grenzen für sicherheitspolitischen Bereich. BM stimmte Carrington zu, daß die Rüstungskooperation der NATO vorbehalten bleiben soll. Auf das Verhältnis zu den USA und Norwegen angesprochen, erklärte BM, er habe in Washington[9] erläutert, daß wir für die europäische Einigung einträten.

2) Südafrika

Carrington äußerte sich besorgt über die Afrikapolitik der USA. *BM* bezeichnete dies als schwierigen Bereich; Briten seien am besten in der Lage, Washington zu beeinflussen. Er habe der Administration abgeraten, Mudge zu sehen, jedenfalls jetzt.

Carrington stellte unter Bezugnahme auf seine Gespräche in Washington[10] fest: Reagan sehe Afrika-Fragen nur in Ost-West-Zusammenhang. Die Senatoren argumentierten sehr undifferenziert: Sollten die VN Sanktionen gegen Süd-

5 Für das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 5./6. September 1981 in Brocket Hall vgl. Dok. 250.

6 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. Mai 1981 in Venlo vgl. Dok. 138.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit notierte am 18. März 1981 für Ministerialdirektor Pfeffer, die Bundesregierung werde sich den Konsultationswünschen anderer EG-Mitgliedstaaten in der Frage einer Europäischen Union „nicht verschließen können". Allerdings gebe es keinen Zeitdruck: „Es besteht infolgedessen auch kein Anlaß, in solche Konsultationen einzusteigen, bevor nicht in unserem Hause selbst sowie ggfs. zwischen unserem Haus und anderen Ressorts Einigung über die wesentlichen Züge unserer Vorschläge erzielt wurde. […] Ich würde es für schlecht halten, wenn wir bei unseren Konsultationen Papiere übergäben. Vielmehr sollten wir unseren Partnern mitteilen, wie unsere Vorschläge aussehen werden, andernfalls würden wir uns vorzeitig Redaktionswünschen ausgesetzt sehen." Dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, solle die grundsätzliche Bereitschaft zu Gesprächen mitgeteilt werden. Vgl. Referat 200, Bd. 122715.

8 Ministerialdirektor Blech übernahm mit Wirkung vom 13. April 1981 die Leitung der Botschaft in Tokio.

9 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

10 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 19, und Dok. 63, Anm. 7.
Botschafter Hermes, Washington, teilte am 27. Februar 1981 mit, nach Auskunft von Carrington habe er zum Thema Südafrika und Namibia „den Amerikanern nahegelegt, jetzt aktiv zu werden, um nicht möglicherweise im April ein Veto gegen einen Sicherheitsratsbeschluß nach Kapitel VII der VN-Charta einlegen zu müssen. Nach seinem Eindruck sei die amerikanische Meinungsbildung hier noch sehr in den Anfängen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 808; Referat 204, Bd. 123318.

afrika beschließen wollen, würden die USA ihr Veto einlegen und Schwarzafrika damit eine Lektion erteilen. Haig sei für andere Argumente zugänglich. Carrington bezweifelte aber, daß er sich in der Administration durchsetzen könne.

Carrington befürchtete, daß am 22.4. ein Beschluß über mandatorische Sanktionen vorliegen werde, wenn die USA weiter passiv blieben. Er habe Haig geraten, ähnlich wie Großbritannien seinerzeit bei Rhodesien einen angesehenen Politiker zum fact-finding nach Afrika zu schicken. Wenn die FLS[11] das Ergebnis dieser Mission dann nicht abwarten wollten, könne man unter prozeduralen Gesichtspunkten Veto vertreten.[12]

BM fragte nach Haltung von Carrington zu einem Fünfer-AM-Treffen am Rande in Rom[13]: Dies würde in die gleiche Richtung wirken, es Haig aber außerdem erleichtern, bis dahin negative Festlegungen in Washington zu vermeiden. Durch vorherige Bekanntgabe eines solchen Treffens würde auch ein positives Signal gegenüber FLS gegeben. BM betonte, er habe diesen Gedanken nicht mit Haig erörtert, weil er zunächst die Meinungen von Carrington und François-Poncet hören wollte. Er werde auch mit François-Poncet sprechen.

Carrington sah auf Anhieb keine Probleme mit dem Vorschlag. Falls Prüfung in London wider Erwarten Bedenken ergäbe, würden sie unverzüglich mitgeteilt.[14]

3) Naher Osten

Carrington erwähnte Feststellung von Haig, wonach dieser nie in der Lage sein würde, die amerikanische Zustimmung zu einem souveränen Staat Palästina oder zu Verhandlungen mit der PLO beizubringen. *BM* stellte fest, solches habe Haig zu ihm nicht gesagt. Man habe sich aber auch nicht auf Nahost-Fragen konzentriert.

4) Europa/USA

Carrington stellte als allgemeinen Eindruck seiner Gespräche in Washington fest, die amerikanischen Gesprächspartner seien recht gut bei europäischen und nicht schlecht bei Rüstungskontrollfragen gewesen. Bezüglich Mittelamerika würden sie besser.

5) Fischereifragen[15]

Carrington führte mit bewegten Worten Klage, daß GB laufend Zugeständnisse gemacht habe, F hingegen keine. London müsse mit einer Meuterei der Fischereiindustrie rechnen, wenn zusätzliche kanadische Fisch-Importe von 20 000 t

11 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

12 Vom 8. bis 21. April 1981 unternahm der designierte Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker, eine Reise in verschiedene afrikanische Staaten. Zu den Ergebnissen vgl. Dok. 112, Anm. 25.

13 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

14 Zum Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 3. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 128.

15 Zu den britisch-französischen Differenzen in der Fischereipolitik vgl. Dok. 29, Anm. 13, und Dok. 69, Anm. 8.

zugelassen würden. Ohne einen positiven Schritt in der Import-Frage könne es keine Lösung geben.

BM erläuterte die vitale Bedeutung des Problems für Küstenregionen in Deutschland. Niemand bei uns verstehe, warum Inkraftsetzung des Vertrags mit Kanada[16] von Lösung des britisch-französischen Problems abhänge. Die Gefühle gingen so hoch wie nie zuvor: Die Beitragsentscheidung vom Mai 1980[17] würde in dieser Form nie wieder getroffen werden!

Auf Frage BMs, ob man sich noch heute abend einigen könne, winkte *Carrington* ab: Ohne Landwirtschaftsminister Walker gehe es nicht. Er sei bereits abgereist. Er werde versuchen, daß Gilmour, der ihn, Carrington, am 17.3. im Rat vertrete, über Instruktionen verfüge.

BM erklärte, daß wir uns ebenfalls für Lösung am 17.3. einsetzen wollten.[18]

6) Getreideexporte in SU

Im Zusammenhang mit vorgesehenen Getreideverkäufen Frankreichs an SU von 600 000 t befürchtete *Carrington* Probleme: im Verhältnis zu den USA, im Hinblick auf die Kosten für die EG und wegen der EG-Erklärung vom 15.1. 1980[19] (SU-Ausfälle wegen US-Embargo[20] werden nicht ersetzt).

Carrington hatte Zweifel, ob die von BM erwähnte französische Begründung zutreffend sei, daß es sich hier nur um Fortsetzung traditioneller Lieferungen handelt.[21]

16 Zu dem am 29. November 1980 paraphierten Fischereirahmenabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada vgl. Dok. 29, Anm. 12.

17 Zur vorläufigen Regelung der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt auf der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 2, Anm. 4.

18 Ministerialdirektor Kittel, Brüssel (EG), berichtete am 18. März 1981 über die EG-Ministerratstagung am 16./17. März 1981 in Brüssel: „Auf Initiative von StM von Dohnanyi befaßte sich Allgemeiner Rat unter dem Top ‚Vorbereitung des ER' mit dem Thema Fischerei. Ziel deutschen Vorstoßes war es, nach Möglichkeit noch vor dem ER eine Verabschiedung des Abkommens EG-Kanada zu ermöglichen." Die Europäische Kommission habe ein Kompromißpapier vorgelegt: „Alle Bemühungen deutscher Delegation, die von zeitweise durch Präsident Thorn vertretener Kom[mission] nachhaltig unterstützt wurden, vermochten, jedenfalls auf jetziger Sitzung, nicht, britischen Vertreter Sir Ian Gilmour von bekannter reservierter Haltung abzubringen. Auch Versuch, britische Delegation auf der Grundlage weiteren Entwurfs von ‚Beratungsergebnissen des Rates' zum Einlenken zu bewegen, führte nicht zu Einvernehmen". Die britische Delegation habe ihre Weigerung, einem Kompromiß zuzustimmen, „letztlich mit dem formalen Argument fehlender detaillierter Kom-Vorschläge" begründet. Die EG-Kommission werde diese Vorschläge umgehend ausarbeiten, damit sie in einer Sondersitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter am 20. März 1981 beraten werden könnten „mit der Zielsetzung, wenn irgend möglich, ein Befassen des ER mit diesem Thema entbehrlich zu machen. Die Aussichten hierfür sind allerdings angesichts im wesentlichen unveränderter britischer Grundhaltung mit erheblicher Vorsicht zu bewerten. Es wird jedoch nach den am Rande stattgefundenen Kontakten mit britischer Delegation damit gerechnet, daß britische Regierung ihre Haltung nochmals überprüft." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1186; Referat 411, Bd. 131253.

19 Für den Wortlaut der Schlußfolgerungen des EG-Ministerrats im Anschluß an die EG-Ministerratstagung am 15. Januar 1980 in Brüssel vgl. BULLETIN DER EG 1/1980, S. 8.

20 Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 4. Januar 1980 vgl. Dok. 29, Anm. 10.

21 Vortragender Legationsrat Boll informierte am 20. März 1981, der EG-Ministerrat habe am 16./17. März 1981 in Brüssel seine Beschlüsse vom 15. Januar bzw. 5. Februar 1980 bekräftigt, „EG-Lieferungen in SU nur im Rahmen der traditionellen Handelsströme zuzulassen. Er entsprach damit nicht französischem Wunsch, die EG[-]K[ommission] aufzufordern, den Export von 600 000 t Weizen in die SU zu ermöglichen." Vgl. den Runderlaß Nr. 26; Referat 012, Bd. 124418.

7) Besuch Carringtons in Deutschland

Carrington erklärte auf Frage von BM, wegen Berliner Wahlen[22] beabsichtige er im April nicht, nach Berlin zu fahren.[23] Carrington versicherte mit großem Nachdruck, es gebe keinerlei sonstige Gründe, die einem Einschluß Berlins in das Programm entgegenstünden. Im übrigen beabsichtige er, später 1981 nach Berlin zu fahren.

Nachdem *BM* auf Druck der SU hingewiesen hatte, Berlin-Besuche nicht in Verbindung mit offiziellen Besuchen in Bonn auszuführen, stellte *Carrington* fest: Er werde im Zusammenhang mit Berlin-Reise vorher Bonn einen Besuch abstatten.[24]

VS-Bd. 14093 (010)

73

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo

203-321.00 ITA-193/81 VS-vertraulich **17. März 1981**[1]

Besuch des italienischen Außenministers Colombo am 17.3.1981;
hier: Niederschrift über den politischen Teil des Gesprächs

Der *BM* leitete das Gespräch mit der Bemerkung ein, die Einschätzung der deutsch-italienischen Beziehungen spiegele sich in der großen Beachtung wider, die der Besuch Colombos in den deutschen Medien fände. Aber nicht nur die deutsche Öffentlichkeit und natürlich die Bundesregierung seien sich über das Gewicht Italiens im klaren; das gleiche gelte für unsere gemeinsamen amerikanischen Freunde. Das habe ihm AM Haig bei seinem kürzlichen Besuch in Washington[2] gesagt, und Präsident Reagan sei sehr beeindruckt gewesen von

22 Zur innenpolitischen Krise in Berlin (West) vgl. Dok. 13, Anm. 16.
Das Abgeordnetenhaus von Berlin beschloß am 16. März 1981 seine Auflösung und die Durchführung von Neuwahlen am 10. Mai 1981. Vgl. dazu den Artikel „Abgeordnetenhaus beschließt ohne Gegenstimme seine Auflösung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. März 1981, S. 1.

23 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 22. bis 25. April 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 112, Dok. 113 und Dok. 116.

24 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich am 29./30. Oktober 1981 in der Bundesrepublik auf und besuchte auch Berlin (West).

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 18. März 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau vorgelegen.
Hat Amtsrat Kusnezow am 20. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Pfeffer vermerkte: „Vermerk kann BM z. Zt. nicht zur Billigung vorgelegt werden."

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

den Ausführungen des italienischen Außenministers bei dessen Besuch in Washington[3].

Die beiden Minister einigten sich sodann über die zu behandelnden Themen. Die Unterhaltung wendete sich zunächst wirtschaftspolitischen Problemen zu, über die Herr D 4[4] einen gesonderten Vermerk anfertigt.[5]

Der BM führte sodann aus, unsere Haltung zur Europäischen Union habe sich nicht geändert. Vor den französischen Wahlen[6] werde sich allerdings nicht viel bewegen lassen. Danach müßten wir aber die Angelegenheit schnell voranbringen. Bis dahin würden wir geeignete bilaterale Gespräche führen. Lord Carrington[7] habe angeboten, seinen Europa-Direktor[8] demnächst nach Bonn zu schikken. Er, der BM, hielte es für gut, wenn wir analoge Konsultationen auf Direktorenebene mit Italien führten, entweder in Bonn oder in Rom. Der nächste Schritt wäre eine Außenminister-Konsultation der Zehn bei einem Gymnichtype-Treffen[9]. Diese Form des Treffens vermeide Erwartungen der Öffentlichkeit und Druck durch die Medien. Zunächst müßten wir feststellen, wieviel Spielraum die einzelnen Regierungen hätten. Jedenfalls seien Impulse notwendig. Der Gipfel in Maastricht[10], der wahrscheinlich keine besonderen Erfolge zeigen werde, werde die Notwendigkeit des beschrittenen Weges noch unterstreichen.

Er habe große Sorgen, daß die linkage-Politik in der Gemeinschaft seuchenartig um sich greife. Alles werde mit allem verknüpft. Dies mache einzelne Sachentscheidungen immer schwieriger, wenn nicht unmöglich. Wenn sich diese Entwicklung fortsetze, kämen wir zu einer Lähmung der Europäischen Gemeinschaft. Diese Frage müßten wir auch öffentlich aufgreifen.

Colombo warf an dieser Stelle scherzend ein, die Europäer hätten offenbar die USA mit ihrer linkage-Politik angesteckt.

Der *BM* erwiderte: mit dem Unterschied, daß auf seiten der USA Besserung erkennbar sei.

Colombo erklärte, er sei damit einverstanden, daß sich die Direktoren zu dem vom BM angeregten Gespräch träfen.

BM berichtete sodann über das Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten in Blaesheim.[11] Im Mittelpunkt habe die Be-

3 Zum Besuch des italienischen Außenministers Colombo am 12. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 61, Anm. 12.

4 Per Fischer.

5 Themen des wirtschaftlichen Teils des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo am 17. März 1981 waren die Stahlindustrie und der Abbau von Subventionen auf diesem Gebiet, die Gemeinsame Agrarpolitik sowie das geplante Erdgas-Röhren-Geschäft mit der UdSSR. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178842.

6 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

7 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington am 16. März 1981 in Brüssel vgl. Dok. 72.

8 Julian L. Bullard.

9 Zu den informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ („Gymnich-type"-Treffen) vgl. Dok. 69, Anm. 4.

10 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

11 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 15. März 1981 in Blaesheim vgl. Dok. 71, Dok. 74 und Dok. 75.

wertung der internationalen Lage gestanden und besonders die Einschätzung des europäisch-amerikanischen Verhältnisses. Dazu hätten der französische AM[12] und BM über ihre Besuche in den USA berichtet. Nach dem Treffen in Blaesheim hätten die Regierungssprecher in Bonn und Paris festgestellt, daß die Bundesregierung und die französische Regierung die Außenpolitik Präsident Reagans positiv bewerten.[13] Diese Stellungnahme reflektiere, was in Blaesheim in extenso zu diesem Thema ausgeführt worden sei. Die amerikanische Festigkeit führe der SU die Risiken vor Augen, die eine expansive Politik und eine Rüstungspolitik mit sich bringen. Für Italien und Deutschland sei es gut zu wissen, daß Frankreich eine so positive Haltung zu den USA einnähme. Es gebe ja Leute, die die Hoffnung gehabt hätten, zusammen mit Frankreich eine Politik der Distanzierung zu den USA zu führen. Diese Leute würden enttäuscht. Frankreich lege großen Wert auf die Zusammenarbeit mit den USA.

Er wolle keine Quadriga installieren, halte es aber für wichtig, daß angesichts der besorgniserregenden Entwicklungen in den Niederlanden, in Dänemark und auch in Belgien die Länder Frankreich, Großbritannien, Italien und die Bundesrepublik Deutschland eine feste Haltung in der Allianz einnähmen und ihren Verpflichtungen voll nachkämen.

Der *italienische Außenminister* erklärte, er sehe die Dinge ebenso.

BM erwähnte, von Amerikanern sei ihm die Frage gestellt worden, warum die italienischen Kommunisten eine tolerante Linie bezögen. Er habe darauf die Antwort gegeben, die italienischen Kommunisten seien offenbar intelligenter oder weiter entwickelt. Sie wüßten, daß es nur dort ein Vergnügen sei, Kommunist zu sein, wo Kommunisten nicht an der Macht seien.

Colombo schloß an: „Wo andere ihre Freiheit verteidigen."

BM meinte, das sei vielleicht eine gute Definition des Euro-Kommunismus.

Um auf seine Impressionen aus Washington zurückzukommen: Die Amerikaner seien ernsthaft bereit, uns zuzuhören und die europäischen Meinungen zu berücksichtigen. Die Wirkung der Besuche Colombos, François-Poncets, Carringtons[14] und seines eigenen Besuches sei bereits zu spüren. Das State Department habe die Ausführungen der europäischen Außenminister offenbar gern benutzt, um andere in der Administration zu überzeugen.

Colombo stimmte dem zu.

Der *BM* erläuterte sodann, daß wir mit den Amerikanern ein wortgleiches Papier für die Presse abgestimmt hätten.[15] Dadurch seien gewisse Festlegungen erreicht worden. Wichtig sei, daß die amerikanische Regierung kein linkage mit rüstungskontrollpolitischen Themen herstelle. Die Amerikaner hätten ihre

12 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.

13 Zu den Äußerungen des Staatssekretärs Becker, Presse- und Informationsamt, gegenüber der Presse am 16. März 1981 vgl. den Artikel „Bonn: Völlige Übereinstimmung mit Paris"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17. März 1981, S. 2.

14 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 72, Anm. 10.

15 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

Zustimmung zu dem französischen Vorschlag einer KAE gegeben.[16] Sie hätten ihre Zustimmung auch zu Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen gegeben. Die Einberufung der SCG[17] sei ein Signal dafür.

Was eine Begegnung zwischen Reagan und Breschnew[18] angehe, so habe er ausgeführt, daß eine solche Begegnung gründlich vorbereitet sein müsse. Uns schreckten noch die Gipfeltreffen Kennedy–Chruschtschow und Carter–Breschnew in Wien[19], die beide schlecht vorbereitet gewesen seien. Er habe auch davon abgeraten, einen Gipfel von Vorbedingungen abhängig zu machen, z. B. vom Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. Es bestehe immer die Gefahr, daß man das nicht durchhalte. Es dürfe andererseits nichts geschehen, was einem solchen Gipfeltreffen die Grundlage entzöge. Diese Feststellung bezöge sich auf Polen, sie könne durchaus mäßigend wirken.

Was El Salvador angehe, so sei eine günstige Entwicklung der amerikanischen Meinung festzustellen. Die Administration erkenne, daß es auf die soziale, wirtschaftliche und politische Stabilisierung ankomme. Es sei daran zu erinnern, daß schon einmal europäische Parteien sich bei der positiven Lösung eines fast aussichtslosen Falles verdient gemacht hätten (Portugal). Sie könnten deshalb vielleicht auch eine wesentliche Rolle insofern spielen, daß sie die demokratischen Kräfte El Salvadors zusammenbringen.

Er habe auch dafür plädiert, daß die USA am Nord-Süd-Gipfel[20] teilnehmen. Eine solche Teilnahme könne zum Abbau von Vorurteilen der Dritten Welt gegenüber der Reagan-Administration beitragen und umgekehrt.

Gewisse Schwierigkeiten sehe er noch, was die amerikanische Haltung zu Namibia und zu Nahost angehe. Man könne nur hoffen, daß Haigs Fact-finding-Mission in Nahost[21] gewisse Erfolge bringen werde.

Es gehe darum, daß die Europäer ihre verläßliche und berechenbare Politik fortsetzen, damit sich Europa im Spiel hielte oder ins Spiel brächte. Europa dürfe nicht den Fehler machen, durch eine Politik der Distanzierung und der Unvorhersehbarkeit seinen Einfluß in Washington zu verlieren.

Wir seien angetan, daß die amerikanische Seite in dem abgestimmten Pressepapier den Satz über die Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses angenommen hätte.

16 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Vgl. dazu auch die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

17 Zur siebten Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 31. März 1981 in Brüssel vgl. Dok. 92.

18 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

19 Präsident Kennedy traf am 3./4. Juni 1961 mit Ministerpräsident Chruschtschow zusammen. Vgl. dazu FRUS 1961–1963, V, S. 172–197 und S. 206–230.
Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

20 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

21 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 4./5. April 1981 Ägypten, am 5./6. April 1981 Israel, am 6./7. April 1981 Jordanien und am 7./8. April 1981 Saudi-Arabien. Vgl. dazu Dok. 106.

Noch einmal zurück zu Blaesheim: Die Franzosen hätten gefragt, welches die italienische Haltung zum Doppelbeschluß vom 12.12.[22] sein werde. Er, der BM, habe geantwortet, daß nach seiner Überzeugung die italienische Regierung festbleiben werde. Daß diese Festigkeit allerdings an die Festigkeit der Bundesregierung geknüpft sei, oder anders ausgedrückt, wenn wir unsere Haltung änderten, dann würde die Position der italienischen Regierung sehr schwierig werden. Wir seien uns auch dieser Verantwortung bewußt.

Giscard habe gesagt, der Moratoriumsvorschlag Breschnews[23] sei völlig unakzeptabel; er teile also unsere Meinung. Die französische und deutsche Seite seien sich darüber im klaren, daß die Bundesrepublik Deutschland unter ein propagandistisches Trommelfeuer ersten Ranges kommen werde.

Colombo ergänzte, daß es Italien ebenso ergehen werde.

BM schlug sodann vor, zur „politischen Nutzung unserer Unterhaltung" folgendes an die Presse zu geben:

Der deutsche und der italienische AM hätten folgende Themen behandelt: Europäischer Rat, Stahlmarkt, Agrarpolitik; beide hätten eine positive Haltung zur Europäischen Union eingenommen; sie hätten ihre Auffassungen ausgetauscht über ihre Eindrücke ihrer jeweiligen Besuche in Washington; die italienische Regierung und die Bundesregierung schätzten, gerade auch unter dem Eindruck dieser Besuche, die Außenpolitik der neuen US-Regierung positiv ein.[24]

Dies sei ein Signal gleichzeitig an die USA, was die ausgewogene europäische Haltung angehe, und ein Signal für die SU, die ja den Versuch mache, schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen den USA und den Europäern zu suggerieren.

Colombo entgegnete, BM habe zum Doppelbeschluß die französische Frage vollkommen richtig beantwortet. Er habe das gegenüber den Amerikanern in drei Punkten zusammengefaßt:

„1) Wir halten am Doppelbeschluß fest.

2) Eine deutsche Haltungsänderung würde die italienische Haltung negativ beeinflussen.

3) Eine Diskriminierung Italiens im Rahmen der NATO würde die italienische Haltung ebenfalls negativ beeinflussen."

VS-Bd. 11098 (203)

22 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

23 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

24 Zu den Verlautbarungen gegenüber der Presse vgl. die Meldung „Genscher und Colombo beurteilen Außenpolitik der USA positiv"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18. März 1981, S. 1.

74

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt

Geheim **17. März 1981**[1]

Vermerk I[2]

Betr.: Ihr Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten, 15.3.1981;
hier: Politische Fragen

1) Ausführliche Bewertung der Gespräche in den USA durch die beiden Außenminister.[3]

2) Deutlich wurde die sehr starke Unterstützung des Präsidenten für die Tonart der neuen US-Administration gegenüber der Sowjetunion. Diese Sprache sei notwendig und werde von der Sowjetunion auch verstanden. Es bereite ihm keine Schwierigkeiten, hierin die USA zu unterstützen und Solidarität mit ihnen auch öffentlich zu zeigen. Er gehe davon aus, daß die USA ihrerseits Rücksichten auf Frankreichs Selbständigkeit nehme.

Die amerikanische Außenpolitik sei noch nicht in Einzelheiten ausformuliert; dies werde noch einige Monate in Anspruch nehmen.

3) Auf die Frage des Präsidenten, wie Sie die augenblicklichen Beziehungen zur Sowjetunion einschätzten, entgegneten Sie, es sei notwendig, daß die US-Administration auf die Gesprächsbereitschaft der Sowjetunion eingehe. Gespräche brauchten nicht sofort zu beginnen; sie sollten in der Tat gründlich vorbereitet werden; es wäre aber gut, sie so bald wie möglich anzukündigen.

Unerläßlich sei es, den zweiten Teil des Nachrüstungsbeschlusses[4] durchzuführen und dies durch Handeln zu dokumentieren.

In beiden Punkten habe der Präsident Ihnen zugestimmt.

Übereinstimmung bestand in den grundsätzlichen Fragen, so insbesondere des Gleichgewichts, wie sie in der deutsch-französischen Erklärung vom 6. Febru-

[1] Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 17. März 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau. Dazu vermerkte er: „Sehr geehrter Herr Wallau, als Anlage erhalten Sie drei Vermerke zu den Gesprächen in Blaesheim am 15. März 1981. Der Bundeskanzler bat, den Herrn Bundesminister zu unterrichten. Der Bundeskanzler hat dem Vermerk jedoch noch nicht zugestimmt. Eine vollständige Wiedergabe des Gesprächs war nicht beabsichtigt. Für die Mitteilung notwendiger Ergänzungen wäre ich Ihnen dankbar."
Hat Wallau am 17. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „BM Orig[inal] als Eingang." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

[2] Für die zweite Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 15. März 1981 in Blaesheim vgl. Dok. 75.
Zur dritten Aufzeichnung vgl. Dok. 71, Anm. 18.

[3] Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

[4] Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

ar[5] ihren Niederschlag gefunden hatten. Die französische Seite sieht in den Vorschlägen Breschnews zur Erstreckung der VBM auf den gesamten europäischen Teil der Sowjetunion[6] eine maßgebliche Änderung der sowjetischen Position. Hierauf müsse man eingehen, wobei offenbliebe, welche Bedingungen die Sowjetunion an ihren Vorschlag knüpfe.

4) Die französische Seite stimmte der Einschätzung BM Genschers zu, daß AM Haig gestützt werden müßte; er habe großes Verständnis für die europäischen Notwendigkeiten.

5) Der Präsident und AM François-Poncet sind besorgt, daß wir im Laufe der nächsten Jahre mit verstärkten sowjetischen Erpressungsversuchen zu rechnen hätten. Dabei stellte sich die Frage, was Sie erklären könnten, um solchem sowjetischen Vorgehen vorzubeugen. Es gehe darum, der Sowjetunion klarzumachen, daß ein derartiges Vorgehen erfolglos sei.

Der Präsident hatte an anderer Stelle des Gesprächs erneut einen besorgten Hinweis gegeben, daß wir (die Bundesrepublik Deutschland) von dritter Seite als in Zukunft stärker erpreßbar hingestellt würden. Auch hier wäre zu überlegen, auf welche Weise diese Klischees zerstört werden könnten.

6) Der Präsident machte deutlich, daß er – unabhängig von augenblicklichen taktischen Überlegungen – größten Wert auf eine enge deutsch-französische politische Abstimmung lege; sie solle enger sein als mit anderen. Dies solle auch nach außen zum Ausdruck kommen.

7) In einem kurzen Gespräch zur Zwangsrekrutierten-Frage[7], das zu Beginn der Begegnung stattfand und an dem von französischer Seite auch Minister Hoeffel und der Präfekt[8] teilnahmen, wurde von deutscher Seite dargelegt, daß der Text des Abkommens nahezu fertig sei.[9] BM Genscher habe bestätigt, daß er Gespräche im Bundestag führen wolle.[10]

5 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. BULLETIN 1981, S. 101 f.

6 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

7 Zur Frage einer Entschädigung zwangsrekrutierter Elsässer und Lothringer aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs vgl. Dok. 31, Anm. 9 und 11.

8 Jacques Chartron.

9 Für den Entwurf vom 10. März 1981 für ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über einen Beitrag der Bundesrepublik für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung" vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1822.

10 Mit gleichlautenden Schreiben vom 20. März 1981 informierte Bundesminister Genscher die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Kohl (CDU/CSU), Mischnick (FDP) und Wehner (SPD), sowie den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Windelen (CDU), über die Absprache zwischen Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing, „daß noch im Lauf des Monats März ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über einen Beitrag der Bundesrepublik Deutschland für eine Stiftung ‚Deutsch-Französische Verständigung' geschlossen werden soll. Der finanzielle Beitrag der Bundesrepublik Deutschland soll sich insgesamt auf 250 Millionen DM, zahlbar in drei Jahresraten, belaufen." Das Inkrafttreten des Abkommens solle unter dem Vorbehalt der Bewilligung der erforderlichen Mittel durch das Parlament stehen; der Haushalt würde erstmals 1982 belastet werden: „Die Frage des Mundatwaldes ist in dem Abkommen nicht ausdrücklich angesprochen worden. Es ist der französischen Seite jedoch verdeutlicht worden, daß eine befriedigende Regelung dieses Problems unsererseits erwartet wird. Der französische Staatspräsident hat hierzu bislang keine Zusage gegeben. Eine Klä-

8) Über seine Wahlaussichten[11] äußerte sich Giscard sehr zuversichtlich; er hoffe, daß die Kommunisten gegenüber früheren Wahlen an Stimmen verlieren würden. Auch Mitterrands Position bröckle etwas ab. Chirac wende sich an die poujadistische Klientel.

Zeller[12]

VS-Bd. 14093 (010)

75

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt

Geheim **17. März 1981**[1]

Vermerk II[2]

Betr.: Ihr Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten in Blaesheim am 15. März 1981;
hier: Europapolitische und wirtschaftspolitische Fragen

1) Es bestand Einvernehmen, daß die Erwartungen in den kommenden ER[3] nicht zu hochgesteckt sein dürften.

2) Präsident Giscard d'Estaing zeigte erhebliche Vorbehalte gegen das britische Verhalten in der EG. GB halte sich nicht an die Verträge und wäre wahrscheinlich besser in einer Freihandelszone aufgehoben.

Sie bemerkten, daß es nicht angehe, GB aus dem Markt herauszudrängen. Jedoch könne man GB merken lassen, daß man nicht unter allen Umständen auf seine Mitgliedschaft angewiesen sei. Man könne vielleicht in Paris und bei uns

Fortsetzung Fußnote von Seite 393
rung dieser Frage kann erst nach den französischen Präsidentschaftswahlen herbeigeführt werden." Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1822.
Das deutsch-französische Abkommen über einen Beitrag der Bundesrepublik für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung" wurde am 31. März 1981 durch Staatssekretär van Well und den französischen Botschafter Brunet unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1984, Teil II, S. 609.

11 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

12 Paraphe.

1 Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 17. März 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau. Vgl. dazu Dok. 74, Anm. 1.

2 Für die erste Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 15. März 1981 in Blaesheim vgl. Dok. 74.
Zur dritten Aufzeichnung vgl. Dok. 71, Anm. 18.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

eine Studie verfassen, in der dargestellt würde, was aus dem Gemeinsamen Markt ohne GB würde.

Sie verstünden, daß man in GB schwer verstehe, daß die eigene Nettozahlerposition so hoch sein müsse. Aber auch wir hätten das gleiche Problem. Wenn GB erneut Haushaltsforderungen stelle, so müßten wir erwägen, auch unsere Nettozahlungen zu plafondieren. Der Präsident bemerkte, daß dies auch Frankreichs Interesse sei.

Man müsse die Plafondierung anhand von Per-capita-Rückflüssen festlegen, damit so auch Größe des jeweiligen Landes berücksichtigt würde.

3) Sie äußerten Ihre Befürchtung, daß die Wirtschaftslage und der daraus sich ergebende innenpolitische Druck auf die einzelnen EG-Regierungen zu erheblichen Belastungen auch in europapolitischen Fragen führen könnten.

4) Sie erläuterten unsere Interessenlage in der Fischerei[4] und bei Stahl[5].

5) Zum Agrarthema[6] referierten Sie das Schreiben von BM Matthöfer. Es sei offensichtlich, daß Präsident Giscard d'Estaing eine Erhöhung der Agrarpreise noch vor den Wahlen[7] um 10% anstrebe. Für uns würde dies bei einem Abbau des positiven Währungsausgleichs um fünf Prozentpunkte eine Preiserhöhung um 5% bedeuten.

Sie erläuterten hierzu, daß eine einprozentige Erhöhung der Preise Mehrkosten von 170 Mio. ECU verursache, eine Senkung des positiven Währungsausgleichs um 1% jedoch lediglich Einsparungen von 30 Mio. ECU erbringe; das eine wiege das andere also im Ergebnis nicht auf.

Eine für uns akzeptable Lösung der Agrarpreisfrage müsse jedenfalls drei Elemente enthalten: die Anhebung der Agrarpreise, die Senkung des positiven Währungsausgleichs, merkbare Ersparnisse als Schritte in Richtung einer Reform.

Der Präsident sei zu Ersparnissen bereit.

Im übrigen erwähnte der Präsident hierbei kritisch die Einfuhr von Getreidesubstituten (als Beispiel Tapioka aus Thailand).

Übereinstimmung bestand zwischen Ihnen und dem Präsidenten, daß bei einem Einstieg in die Reform nationale Hilfen für die Landwirtschaft erforderlich seien, sofern dies sozial geboten sei.

6) Der Präsident setzte sich für die Wiederaufnahme von Getreidelieferungen in die Sowjetunion ein.[8] Er bemerkte, daß die USA trotz des Embargos[9] in diesem Jahr 13 Mio. Tonnen Getreide in die Sowjetunion exportiert hätten, Australien 5 Mio. Tonnen, die EG lediglich 500 000 Tonnen. Sie wiesen darauf hin, daß diese Exporte erhebliche Kosten wegen der notwendig werdenden Ex-

4 Zur EG-Fischereipolitik vgl. Dok. 72, Anm. 18.

5 Zu den Bemühungen um einen Abbau der Stahlsubventionen in den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 69, Anm. 11.

6 Zu den Agrarpreisverhandlungen in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 7, und Dok. 69, Anm. 23.

7 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

8 Zum französischen Interesse an Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 72, besonders Anm. 21.

9 Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 4. Januar 1980 vgl. Dok. 29, Anm. 10.

portsubventionen verursachen würden; der Präsident bemerkte, daß steigende Weltmarktpreise das Niveau der Subventionen senkten.

7) In dem Meinungsaustausch zu Wirtschaftsfragen stellten Sie die Frage nach eventuellen französischen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung.

Der Präsident denke nicht an eigentliche Programme, schließt jedoch eine Mobilisierung von Haushaltsreserven nicht aus (viereinhalb Mrd. Francs). Er befürworte im übrigen sehr den von PM Barre entwickelten Gedanken einer gemeinsam von D und F bei den Ölländern zu plazierenden Anleihe. Hierdurch könnten die Zahlungsbilanz gefestigt und mit dem Gegenwert sehr selektiv Zukunftsprogramme (auf dem Energiesektor, bei Strukturanpassungen) finanziert werden. Man müsse über Laufzeiten nachdenken (zehn bis 17 Jahre); auch sei die Zinsdifferenz zwischen D und F zu beachten. In F könne der Crédit National, bei uns die KfW mit der Durchführung betraut werden.

8) In diesem Zusammenhang vereinbarten Sie einen Besuch von PM Barre in Bonn Anfang April.[10]

9) Der Präsident regt außerdem (erneut) den Versuch einer „konzertierten Demarche" bei den USA an, um das Zinsniveau zu senken. Man solle überlegen, ob es zweckmäßig sei, ein gemeinsames Team in die USA zu entsenden. Er schließt eine Senkung der US-Zinsen auf 8 bis 9% bis zum Jahresende nicht aus.

Sie äußerten sich skeptisch; die augenblicklichen Zinssätze[11] seien doppelt so hoch. Eine Zinssenkung sei freilich dringend notwendig. Jedoch habe die Federal Reserve Bank bei der augenblicklichen US-Wirtschaftspolitik wenig Bewegungsspielraum.

Auch über diese Frage soll mit PM Barre gesprochen werden.

gez. Zeller

VS-Bd. 14093 (010)

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Barre am 2. April 1981 vgl. Dok. 94.

11 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 69, Anm. 12.

76

Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-2272/81 geheim
Fernschreiben Nr. 257
Citissime

Aufgabe: 18. März 1981, 19.10 Uhr[1]
Ankunft: 18. März 1981, 21.08 Uhr

Betr.: Mein Gespräch mit Honecker am 18. März 1981[2]

1) Generalsekretär Honecker hatte mich vor wenigen Tagen zur Beantwortung der Botschaft des Kanzlers vom 9.2.1981[3] in das Gebäude des Zentralkomitees eingeladen. Er überreichte mir als Non-paper von gut sechs Seiten eine „mündliche Botschaft" an den Kanzler, deren Text er überwiegend wörtlich vortrug. An verschiedenen Stellen gab er ausführliche Erläuterungen. Ich hatte Gelegenheit zu antworten. Das Gespräch dauerte 1 Stunde und 45 Minuten.

Text der Botschaft und Erläuterungen Honeckers folgen mit Schriftbericht.

2) Obwohl sich Honecker auch bei dieser zweiten Begegnung eine gute Atmosphäre herzustellen bemühte, war das Gespräch in der Sache hart. Ich halte es heute für wenig wahrscheinlich, daß sich alsbald eine Bereitschaft der DDR-Führung abzeichnen wird, über unsere politischen Gravamina zu reden. Daß Honecker wiederholt das Prinzip der Nichteinmischung einführte, das im Grundlagenvertrag[4] bekanntlich nicht vorkommt, läßt Immobilismus, womöglich eine Verhärtung der Haltung erwarten. Obgleich in seiner Führungsautorität unangefochten, muß Honecker einstweilen eigene Interessen und Neigungen zurückstellen und mit größter Observanz die Positionen des sowjetischen Verbündeten vertreten. Während er in Leipzig[5] zu erkennen gegeben hatte, wie positiv er das deutsch-deutsche Verhältnis im Windschatten der Afghanistan-Intervention[6] empfunden hat, muß er heute augenscheinlich dem Verdacht entgegenwirken, daß er Interessen der DDR womöglich über Interessen der eigenen Allianz zu stellen bereit sei.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 19. März 1981 vorgelegen.
Hat Oberamtsrat Möwisch am 19. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ex[em]-pl[ar] Nr. 2 an B[ereitschafts]dienst zur Weiterl[ei]t[un]g an BMin."

2 Zum Gespräch des Staatssekretärs Bölling mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 77.

3 Für den Wortlaut der Botschaft, die Bundeskanzler Schmidt am 9. Februar 1981 dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, übermitteln ließ, vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 562–564. Zur Übergabe durch Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, vgl. Dok. 35.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

5 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 15. März 1981 in Leipzig vgl. Dok. 62, Anm. 56.
Zum Gespräch mit Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse vgl. BÖLLING, Nachbarn, S. 59 f. und S. 62–64.

6 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

GS Honecker, der bei unserem Gespräch am 9. Februar zum Thema Mindestumtausch[7] überhaupt schwieg, argumentierte bei unserer Begegnung im Hause des ZK heute einigermaßen schroff. Natürlich weiß er selber nur zu gut, daß seine Vorstellung, wir könnten die „Manipulationen mit unserer Währung" unterbinden, illusionistisch ist. Sein Hinweis, daß bei steigenden Inflationsraten die DDR die Mindestumtauschsätze sogar noch zu erhöhen berechtigt sei (was er nicht wünsche), illustriert, daß die Führung eine Korrektur ihrer Maßnahmen vom Oktober 1980 als Eingeständnis von Schwäche ansieht, das sie sich auf absehbare Zeit nicht leisten zu können glaubt. Optimistische Einschätzungen, wie sie z. B. durch den Hamburger Bürgermeister[8] vermittelt werden („im Sommer könne man die Rolläden hochziehen"), haben wohl eher das Motiv, Unsicherheit in unsere Reihen zu tragen.

Augenscheinlich ist die Sorge der SED-Führung vor einer Eskalation der polnischen Entwicklung noch größer geworden. Auch unter diesem Gesichtspunkt scheint es GS Honecker für zwingend gehalten zu haben, den Text seiner Antwort auf das Non-paper des BK Satz für Satz mit den Mitgliedern des Politbüros abzusprechen. Ein anderes Zeichen für den engen, Vorwärtsbewegungen Honeckers zunächst ausschließenden Spielraum ist darin zu erkennen, daß er in seiner Antwort an BK das, wie wir wissen, von ihm nach wie vor für erstrebenswert gehaltene Treffen[9] völlig ausspart. Meine Frage, wie sich die Ausklammerung dieses Themas erkläre, ließ er unbeantwortet, notierte sie aber für sich selber auf einem Block.

Was die von ihm offensiv vorgetragenen Geraer Postulate[10] anlangt, so hat er sie auch heute nicht in den Rang unabweisbarer Konditionen gerückt, aber unmißverständlich zu erkennen gegeben, daß die Themen Staatsangehörigkeit, Elb-Markierung und Erfassungsstelle Salzgitter von nun an feste Elemente der Deutschlandpolitik der DDR sind, keineswegs bloße Merkposten.

Aus seiner Bemerkung, daß Stagnation das Risiko des Rückschritts berge, läßt sich vorerst jedenfalls nicht der Schluß ziehen, daß sich Honecker in den für uns substantiellen Fragen handlungsfähig glaubt. Die uns bekanntgewordene Honecker-Formel „das Machbare tun" tritt jetzt hinter der anderen Formel „das Erreichte sichern" zurück.

[gez.] Bölling

VS-Bd. 14092 (010)

7 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

8 Hans-Ulrich Klose.

9 Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

10 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 in Gera vgl. Dok. 18, Anm. 5.

77

Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin

Geheim **18. März 1981**[1]

Betr.: Mein Gespräch mit dem Generalsekretär der SED, Erich Honecker, am 18. März 1981 von 10.00 bis 11.45 Uhr im Haus des ZK der SED[2]

Bezug: FS StäV vom 18. März 1981[3]

Anlg.: 3 Stück (Anlagen 2 und 3 VS-NfD)[4]

Honecker hatte StS Frank-Joachim Herrmann als „Note-taker" dabei, ich wurde von Herrn RD Leinius begleitet.

Einleitend kam Honecker auf unser jüngstes Zusammentreffen bei der Leipziger Messe.[5] Er bezeichnete die Ergebnisse und Gespräche dort als akzeptabel, bis auf das durch mich eingebrachte „Reizwort Abgrenzung". Er betonte die Zufriedenheit der Vertreter der Wirtschaft. Meine beiläufige Bemerkung, daß die DDR als einziges Ostblockland keine Mercedes-Pkw kaufe und ich mir nicht vorstellen könne, warum das so sei, nutzte er zu einigen Ausführungen zum „Golf-Geschäft"[6] in der Vergangenheit. Die DDR habe seinerzeit wirklich das Geschäft steigern wollen; leider sei dies an den bekannten, insbesondere von unserer Presse hineingetragenen „gesamtdeutschen Komponenten" gescheitert.

Als Antwort auf die Botschaft des Kanzlers vom 9. Februar 1981[7] bat er um Übermittlung einer – in einem Non-paper festgehaltenen – eigenen „mündlichen Botschaft" an den Kanzler (Anlage 1[8]).

1 Ablichtung.
Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, leitete die Aufzeichnung am 18. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt, die Bundesminister Franke und Genscher sowie an Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, und Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt.
Hat Genscher am 25. März 1981 vorgelegen.

2 Zum Gespräch vgl. auch BÖLLING, Nachbarn, S. 72–75, S. 79–82 und S. 87–92.

3 Für den Drahtbericht Nr. 257 des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, vgl. Dok. 76.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8, 26 und 29.

5 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 15. März 1981 in Leipzig vgl. Dok. 62, Anm. 56.
Zum Gespräch mit Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, am Rande der Leipziger Frühjahrsmesse vgl. BÖLLING, Nachbarn, S. 59 f. und S. 62–64.

6 Am 1. Dezember 1977 wurde in der Presse berichtet, daß Volkswagen mit der Firma „Außenhandelsbetrieb Transportmaschinen Export und Import" aus Ost-Berlin einen Vertrag über die Lieferung von 10 000 PKW vom Typ „Golf", beginnend ab dem Frühjahr 1978, abgeschlossen habe. Die Wagen würden von der DDR-Staatsfirma in Form eines Kompensationsgeschäfts bezahlt. Der Verkaufspreis in der DDR werde für einen Wagen schätzungsweise bei ca. 30 000 Mark liegen. Vgl. dazu den Artikel „VW durchbricht eine Barriere: 10 000 Golf rollen in die ‚DDR'"; DIE WELT vom 1. Dezember 1977, S. 1. Am 13. Februar 1978 wurde berichtet, daß nach „teilweise heftigen Unmutsäußerungen" in der Bevölkerung der Verkaufspreis auf ca. 19 000 Mark gesenkt worden sei. Vgl. dazu den Artikel „Ansturm in der DDR auf VW-‚Golf'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1978, S. 2.

7 Für den Wortlaut der Botschaft, die Bundeskanzler Schmidt dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, übermitteln ließ, vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 562–564. Zur Übergabe durch Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, vgl. Dok. 35.

8 Dem Vorgang beigefügt. Für die mündliche Botschaft des Generalsekretärs des ZK der SED, Honekker, an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Für den Wortlaut vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 569–574.

Er habe die Antwort an den Kanzler sorgfältig überlegt und auch mit Freunden besprochen.

Honecker gab zu einigen Teilen dieser Botschaft besondere Erläuterungen.

Im Gegensatz zum Kanzler (den er jeweils als „Herrn Helmut Schmidt" bezeichnete) habe er in seiner Botschaft das Prinzip der Nichteinmischung ausdrücklich erwähnt. Es sei zwar völkerrechtlich im auch vom Kanzler beschriebenen Gesamtkomplex der gegenseitigen Achtung inbegriffen, aber im Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander solle man es doch deutlich machen.

Zu den Vorschlägen Breschnews[9] bemerkte er unter Hinweis auf Äußerungen von AM Genscher[10], daß er kaum glauben könne, daß wir nicht die Chance wahrnähmen, Gespräche aufzunehmen. Ich warf ein, daß wir darauf drängten.

Voraussetzung für die Entspannung sei, daß auf dem Gebiet der Abrüstung etwas getan werde. Wie wir wüßten, habe er selbst auf dem jüngsten Parteitag der KPdSU[11] mit Breschnew gesprochen.[12] Dabei habe dieser Komplex eine entscheidende Rolle gespielt. Diese Fragen würden auch von Kräften außerhalb des Warschauer Pakts in konstruktiver Weise erörtert, z. B. denke er an sozialistische und sozialdemokratische Parteien in Schweden, den Niederlanden, Dänemark und Belgien.[13] Zu der Diskussion, die bei uns wegen und um Herrn Arbatow[14] entstanden sei, der sich als Berater Breschnews bezeichnet habe,

9 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

10 Zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher vom 3. März 1981 vgl. Dok. 66, Anm. 12.

11 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

12 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 22. Februar bis 2. März 1981 in der UdSSR auf und traf am 28. Februar 1981 mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, zusammen. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete dazu am 2. März 1981, außer mit Honecker sei Breschnew noch mit verschiedenen anderen Staats- und Parteichefs der Warschauer-Pakt-Staaten zusammengetroffen. Über diese Gespräche sei jedoch lediglich mit „lapidaren TASS-Meldungen" berichtet worden. Es handele sich eher um „protokollarische Aufwartungen denn vertiefte bilaterale Gespräche nach Art der Krim-Gipfel. […] Das Honecker betreffende ‚Kommuniqué' verzeichnet formelhafte Bekenntnisse zu Treue und Zusammenarbeit von SED und KPdSU, tiefe Befriedigung Honeckers über Breschnews Rechenschaftsbericht sowie Breschnews Wünsche für einen erfolgreichen Verlauf des X. Parteitags der SED. Das Gespräch habe in einer ‚Atmosphäre der Freundschaft, Herzlichkeit (dem widersprach allerdings die im Fernsehen erkennbare förmliche Steife) und des vollen gegenseitigen Verständnisses stattgefunden'. Auffällig ist, daß im Gegensatz zum Kádár-Gespräch nur von bilateralen Themen die Rede ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 828; Referat 210, Bd. 132452.

13 Vgl. dazu die Treffen sozialdemokratischer Politiker am 10. Januar 1981 in Amsterdam bzw. am 13./14. März 1981 in Oslo; Dok. 20, Anm. 26 und 29.

14 Am 17. März 1981 wurde in der Presse berichtet, das Mitglied des ZK der KPdSU, Arbatow, habe am Vortag in Bonn sein Buch zur sowjetischen Außenpolitik vorgestellt: „Arbatow hoffte auf Resonanz in Bonn mit der Bemerkung, es sei nicht so einfach, mit den Vereinigten Staaten zu leben; das wisse nicht nur ein potentieller Gegner Amerikas: ‚Das wissen auch Washingtons Alliierte.' Die ersten Monate der Regierung Reagan hätten niemanden in der Sowjetunion optimistisch gestimmt". Arbatow habe erklärt, auch die Verbündeten der USA sollten diese von der „Gefährlichkeit ihrer Aufrüstung" überzeugen. Ferner habe er dargelegt, daß die Vorschläge des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 von der Bundesregierung mißverstanden worden seien: „Moskau wolle nur die Verhandlungen erleichtern und sei selbst am meisten vom Aufstellungsstopp, wie er für Mittelstreckenwaffen vorgeschlagen worden sei, betroffen. […] Mit drohendem Unterton sagte Arbatow, jetzt warte Moskau auf Vorschläge des Westens." Vgl. den Artikel „Moskau hofft auf Unterstützung durch Länder, die es besser wissen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. März 1981, S. 3.
Am 19. März 1981 wurde berichtet, Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, habe am

wolle er sagen, daß er den Mann nicht kenne, er habe ihn auch nie an der Seite von GS Breschnew gesehen. Er erinnere im übrigen daran, daß der Kanzler und er bei dem Gespräch in Belgrad[15] Fragen der Abrüstung besondere Aufmerksamkeit gewidmet hätten. Der „Raketenbeschluß“[16] sei eine besondere Gefahr. Dadurch könne alles andere beerdigt werden, was man an guten Zielen verfolge. Der jetzige Vorschlag Breschnews berühre frühere Vorschläge nicht, sondern beinhalte darüber hinaus ein generelles Angebot, über SS-20 und Pershing zu verhandeln, über alles, einschließlich der amerikanischen Kernsprengköpfe in Europa. Er bedeute keine Einengung der vom Kanzler in Moskau[17] besprochenen Dinge. Er bedeute im Gegenteil eine Erweiterung, weil praktisch über alles gesprochen werden könne.

Bei dem mit der Staatsbürgerschaft verknüpften Komplex gehe er davon aus, daß man sich nicht auf unterschiedliche Rechtsauffassungen zurückziehen könne, sondern daß mit Abschluß des Grundlagenvertrages[18] praktisch auch jene Fragen mitentschieden worden seien, die sich aus der Souveränität ergäben. Er erinnere an den Brief des Bundeskanzlers (von 1979?), in dem dieser geschrieben habe, daß die Bundesregierung davon ausgehe, daß die DDR Völkerrechtssubjekt sei.[19] Daraus ergebe sich die Antwort auf alle Fragen, einschließlich der Personalhoheit. Bei richtiger Beurteilung der Staatsangehörigkeitsfragen (dies sei ja gegenwärtig auch bei der Diskussion in vielen Massenmedien bei uns erkennbar geworden[20]) müsse man erkennen, daß das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913[21] erhebliche Wandlungen durchgemacht habe. Es habe in vollem Wortlaut bis 1934 gegolten, erst unter Hitler sei es geändert wor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 400

Vortag das Auftreten von Arbatow als „befremdlich“ bezeichnet: „Im Kabinett hätten sich Bundeskanzler Schmidt und Bundesaußenminister Genscher dagegen verwahrt, daß ein offizieller Berater der Kreml-Führung, das ZK-Mitglied Arbatow, in Bonn dem Bundeskanzler in Form einer Äußerung vor Journalisten vorgeworfen habe, er irre sich mit seiner Einschätzung des Moskauer Vorschlags, die Kernwaffen in Mitteleuropa einzufrieren.“ Vgl. den Artikel „Genscher warnt vor einer Isolierung im Bündnis“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. März 1981, S. 6.

15 Bundeskanzler Schmidt führte am 8. Mai 1980 am Rande der Beisetzungsfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

16 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

17 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

18 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

19 In einem Schreiben vom 28. Juni 1977 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, führte Bundeskanzler Schmidt aus: „Aus gegebenem Anlaß möchte ich diesen Brief nutzen, um Ihnen zu sagen, daß die Vereinbarungen zwischen unseren beiden Staaten natürlich dem allgemeinen Völkerrecht entsprechen müssen. Dabei haben wir ebenso den Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 21. Dezember 1972 und das Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3. September 1971 zu berücksichtigen; beide sind Bestandteil des Völkerrechts. Außerdem gehe ich davon aus, daß Ihnen die durch das Grundgesetz festgelegte Rechtslage bei uns bekannt ist. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 31. Juli 1973 festgestellt: ‚Die Deutsche Demokratische Republik ist im Sinne des Völkerrechts ein Staat und als solcher Völkerrechtssubjekt.‘“ Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 386.

20 Zur Debatte um eine Staatsangehörigkeit der DDR vgl. Dok. 18, Anm. 10 und 11.

21 Für den Wortlaut des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1913 vgl. REICHSGESETZBLATT 1913, S. 583–593.

den.[22] Bis dahin habe sich die Staatsangehörigkeit nach der Herkunft aus den einzelnen Ländern geregelt. Auch zu Zeiten der Versammlung in der Paulskirche sei es anders gewesen. Es habe z. B. Bayern, Preußen, Sachsen, wohl auch Braunschweiger gegeben. Scherzend bemerkte Honecker, daß die Alliierten mit der Auflösung Preußens[23] die Saarländer sozusagen staatenlos gemacht hätten. Im Ergebnis: Die Bundesrepublik Deutschland könne nur zuständig sein für Bundesbürger, auch wenn es im Grundgesetz anders geregelt sei[24], genauso wie sich die Zuständigkeit der DDR auf DDR-Bürger beschränke. Natürlich stehe es der Bundesrepublik Deutschland zu, in Übereinstimmung mit dem Vierseitigen Abkommen ständige Einwohner von Berlin (West) nach außen zu betreuen[25].

Honecker übergab mir an dieser Stelle eine Unterlage der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn vom 14. März 1981, überschrieben mit „Völkerrechtswidrige Praktiken von BRD-Institutionen in bezug auf die Nichtrespektierung der DDR-Staatsbürgerschaft“ (Anlage 2[26]). Dabei handelt es sich um eine Darstellung und Auflistung von Vorwürfen gegen uns wegen „Verletzung der Paßhoheit der DDR, rechtswidriger Ausstellung von BRD-Pässen an DDR-Staatsbürger, Diskriminierung der DDR als Staat, Verletzung der Personalhoheit der DDR, Verletzung der staatlichen Souveränität der DDR im Seehandelsverkehr, Anmaßung von Obhutspflichten bzw. Schutzrechtsanmaßungen gegenüber DDR-Bürgern, Diskriminierung der DDR-Staatsbürgerschaft durch Zusendung von Wahlberechtigungen bzw. Wehrpflichterfassung von Dienstreisenden der DDR sowie Diskriminierung der DDR-Staatsbürgerschaft durch politisch-juristische Akte“. Honecker zitierte einige Einzelfälle aus dieser Unterlage. Er würdigte zwar die Bemühungen des Kanzleramtes um Verbesserungen in diesem Bereich, bemängelte aber, daß dies offensichtlich auf die unteren Behörden nicht genügend und umfassend durchschlage.

Er kam dann auf die Erfassungsstelle Salzgitter.[27] Dies sei zwar eine Ländereinrichtung, aber sie erhalte Bundeszuschüsse. Wenn sie keine Bundeszuschüsse erhalte, könnte sie wohl nicht mehr existieren.

Sie passe nicht mehr in die Landschaft und sei ein wesentlicher Hinderungsgrund für die Entwicklung der Beziehungen. Ein weiteres Beispiel sei die Elb-

22 Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913 wurde in der Zeit des Nationalsozialismus geändert durch die Verordnung vom 5. Februar 1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1934, Teil I, S. 85.
Weitere Änderungen erfolgten durch das Gesetz vom 15. Mai 1935 zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1935, Teil I, S. 593.
Eine weitere Änderung erfolgte durch die Verordnung vom 20. Januar 1942 zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen. Für den Wortlaut vgl. REICHSGESETZBLATT 1942, Teil I, S. 40.

23 Der Staat Preußen wurde durch das Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25. Februar 1947 aufgelöst. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DES KONTROLLRATS, Nr. 14 vom 31. März 1947, S. 262.

24 Vgl. dazu die Präambel sowie Artikel 23 und 116 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949; BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1, S. 3 f. und S. 15 f.

25 Das Wort „betreuen“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Vgl. dazu Anlage IV A und Anlage IV B des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971; UNTS, Bd. 880, S. 128 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 54–59.

26 Dem Vorgang beigefügt. Für die Auflistung vgl. VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

27 Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 18, Anm. 9.

grenze.[28] Dazu überreichte er den Entwurf eines Protokollvermerks der Grenzkommission von der 19. Sitzung in Bamberg am 15. Mai 1975 (Anlage 3[29]). Danach habe man seinerzeit schon eine Einigung erzielt gehabt, die aber am Einspruch Niedersachsens gescheitert sei. Im Raum stehe also zu dieser Frage eigentlich nur der Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Zum Mindestumtausch[30] bemerkte er, daß die DDR in letzter Zeit Gespräche mit Regierungen verschiedener NATO-Länder geführt habe. Diese hätten – er formuliere das mal etwas grob – das „Gehabe" der Bundesregierung unverständlich gefunden. Die Entscheidung über die Erhöhung sei souveränes Recht der DDR. Sie sei nach den Wahlen bei uns[31] erfolgt, und zwar nicht wegen der Absage des Treffens durch den Bundeskanzler[32]. Die Frage einer Erhöhung habe schon lange im Raum geschwebt. Nachdem die Koalition sicher im Sattel gewesen sei, habe man endlich dem Drängen des Finanzministers[33] nachgeben müssen. Die DDR könne weder zulassen, daß ihre Mark weit unter Wert gehandelt werde, noch könne sie irgendwelche Manipulationen dulden. „Viele Persönlichkeiten finden es erstaunlich, daß darüber überhaupt gestritten werden kann, nachdem der wahre Sachverhalt bekannt ist." Er selbst sei schon über viele Grenzen gegangen, mit vielen Pässen, teils gefälschten, aber überall habe er nur mit der Binnenwährung zahlen können, z. B. nach dem Krieg in Paris. Alle „Ostblockländer, wie Sie sagen", hätten einen Mindestumtausch festgelegt. Polen hätte sogar gegenüber der DDR noch vor den jetzigen Ereignissen eine Umtauschpflicht von 30 Mark täglich eingeführt, ohne die DDR vorher zu fragen. Der Schwarzkurs für die DDR-Mark sei doppelt so hoch gewesen wie der offizielle Kurs. Daher habe die DDR gewisses Verständnis für die polnische Maßnahme geäußert.

Solange man die DDR-Mark in Wechselstuben im Westen nicht entsprechend ihrem Wert, sondern weit darunter eintausche, komme eine Herabsetzung des Mindestumtausches uns gegenüber nicht in Betracht. Die Inflation könne so-

28 Zur Problematik des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe vgl. Dok. 18, Anm. 8.

29 Dem Vorgang beigefügt. In dem Vermerk wurde ausgeführt: „Nach Prüfung aller Unterlagen zum genauen Verlauf der Grenze erklären die Delegation der Bundesrepublik Deutschland und die Delegation der Deutschen Demokratischen Republik in der Grenzkommission, die hierzu von ihren Regierungen bevollmächtigt sind: 1) Zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik besteht über den Verlauf der Grenze im Abschnitt Elbe (Grenzabschnitte 7 bis 9) Übereinstimmung wie folgt: Die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik im Elbeabschnitt beginnt am letzten vermarkten Grenzpunkt des Grenzzuges 6 b und verläuft als Verlängerung der beiden letzten am Lande liegenden Grenzpunkte des Grenzzuges 6 b in die Mitte der Elbe und folgt als stabile Grenze der Mitte des Stromes bis zu der Stelle, an der die Verlängerung der beiden ersten Grenzpunkte des Grenzzuges 10 a auf die Mitte der Elbe trifft und von dort zum Grenzpunkt Nr. 1 des Grenzzuges 10 a. 2) Dieser Protokollvermerk wird Bestandteil der vereinbarten Dokumentation. 3) Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gehen in allen praktischen Maßnahmen, beginnend mit dem … 1975 von dem unter Punkt 1 bezeichneten Grenzverlauf aus." Vgl. VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

30 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

31 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

32 Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

33 Werner Schmieder.

gar noch eine Erhöhung des Mindestumtausches verursachen, wenngleich er das nicht wünsche. Im übrigen wolle die DDR keinen Umtausch (gemeint war hier wohl eine Währungsreform), um den Spekulanten ihre Gewinne wegzunehmen. Das koste zu viel.

Zu Polen äußerte Honecker, daß ihm bestimmte Sorgen von uns hinsichtlich einer Ausweitung der Dinge in Polen klar seien. Man dürfe aber nicht aus den Augen verlieren, daß Polen festes Glied des Warschauer Pakts sei, ebenso wie wir festes Glied der NATO seien. Es habe keinen Zweck zu versuchen, einen „NATO-Schirm" über Polen zu spannen. Polen selbst betrachte sich als festes Glied des Warschauer Pakts, jederzeit bereit, seine Verpflichtungen daraus zu erfüllen. Beim Warschauer Pakt handele es sich um ein reines Verteidigungsbündnis. Niemand habe die Absicht, nach Westen vorzustoßen. Selbst große Teile von SPD und FDP und sogar CDU-Mitglieder hätten geäußert, daß mit einer Aggression durch die Sowjetunion nicht zu rechnen sei. Die Lüge von Aggressionsabsichten der SU habe zwar Teile im Westen erfaßt, aber das sei bereits 1930 und 1947 so gewesen. Schon 1930 sei er selbst bei seinem Aufenthalt in der SU[34] vom Friedenswillen dort überrascht gewesen, zumal er und seine Freunde als junge Menschen eigentlich das revolutionäre Element hätten in den Vordergrund stellen wollen.

Honecker kam zum Schluß seiner Erläuterungen wieder auf das ihm wichtigste Thema der Abrüstung. Es sei für die europäischen Interessen besonders wichtig, die Breschnew-Vorschläge zur Friedenssicherung aufzunehmen, damit es eine lange Friedensperiode geben könne. Dies sei seine, Honeckers, tiefe Überzeugung. Wenn man jüngst wieder Bilder z. B. mit Generalen veröffentlicht habe, solle man das im Westen nicht mißverstehen. Gerade in diesem Personenkreis seien die überzeugtesten Anhänger des Friedens zu finden, sie kennten die wirklichen Gefahren. Ein Austausch von Atomschlägen lasse sich nicht begrenzen, nicht einmal auf Europa beschränken. Das sei vielleicht ein Traum der USA. Die SU fühle sich getäuscht wegen der Nichtratifizierung von SALT.[35]

Der Hauptgedanke von SALT II – Gleichgewicht – werde unterlaufen durch eine zusätzliche Bedrohung der SU aufgrund der Brüsseler Beschlüsse. Es gehe hier nicht um Sicherheitsbedürfnisse Polens, der ČSSR und der DDR, sondern das strategische Gleichgewicht werde zugunsten der USA verändert werden.

Honecker schloß mit kurzen Bemerkungen zu einem TASS-Kommentar von heute (18.3.1981) über eine Ablehnung von Breschnew-Vorschlägen durch die Bundesregierung und zu dem Memorandum der sowjetischen Regierung wegen der Kenntlichmachung von Grenzen des Deutschen Reiches[36] in Landkarten

34 Erich Honecker besuchte 1930/31 die „Lenin-Schule" der Kommunistischen Internationale in Moskau.

35 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

36 Die Kultusministerkonferenz der Länder verabschiedete am 12. Februar 1981 „Grundsätze für die Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht". Darin hieß es: „1.1) In allen Karten, die die Bundesrepublik Deutschland insgesamt darstellen, ist der Kartenausschnitt so zu wählen, daß auch Berlin mit dargestellt wird. 1.2) Das gesamte

bei uns.[37] Die Äußerungen Willy Brandts zum Thema Abrüstung seien wesentlich. Wichtig erscheine es, im Gespräch zu bleiben, damit die Dinge sich auch vorwärtsbewegten.

In meiner Antwort habe ich betont, daß der letzte Gedanke unserer Ansicht entspreche. Ich habe zugesagt, die gesamte Botschaft zu übermitteln. Sie werde mit größter Sorgfalt geprüft werden. Meine erste Reaktion sei allerdings Enttäuschung. In der Botschaft sähe ich noch keine Ansatzpunkte für ein Vorwärtsbewegen. Wir hätten als Antwort konkreteres erwartet. Was bedeute zum Beispiel die Anregung, das Machbare zu tun? Der Kanzler wolle beim Mindestumtausch substantielle Zeichen für die Rückkehr zur Geschäftsgrundlage. U. a. werde bei uns diese Frage gestellt im Zusammenhang mit der Pauschalabgeltung der Straßenbenutzungsgebühren. Wir seien von der Kontinuität des Reiseverkehrs ausgegangen. Wir wollten keine vordergründigen Junktims. (Dabei wies ich auch auf mein Gespräch mit MdB Leisler Kiep in Leipzig hin, der, so mein Eindruck, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu realistischen Lösungen beizutragen bereit sei.) Mir falle auf, daß in der Antwort Honeckers ein wesentliches Element, ein Hinweis auf seine Haltung zu einem Treffen mit dem Kanzler, fehle. Honecker wich dieser Frage aus. Ich machte deutlich, daß der Kanzler nach wie vor an einem Treffen interessiert sei, natürlich sei Diskretion nö-

Fortsetzung Fußnote von Seite 404

Gebiet von Berlin ist von dem der DDR in geeigneter Weise deutlich abzuheben. Dabei sind die beiden Teile von Berlin – Berlin (West) und Berlin (Ost) – darzustellen. 1.3) Die Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik ist als Grenze besonderer Art zu kennzeichnen. 1.4) Die Darstellung der Grenze des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 erfolgt auf den politischen Karten Europas (Staatskarten mit Flächenfärbung); auf den großformatigen physischen Übersichtskarten Mitteleuropas und Deutschlands; auf thematischen Karten, auf welchen die Darstellung der Grenze von 1937 eine wesentliche inhaltliche Bedeutung hat, die sich aus der Kartenthematik ergibt. Dabei ist als Legende zu verwenden: Grenze des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 unter Berücksichtigung des Fortbestehens der Viermächteverantwortung für Deutschland als Ganzes und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag und zu den Ostverträgen." Ferner wurden Richtlinien zur Bezeichnung festgelegt. Für den Beschluß vgl. Referat 214, Bd. 132834.

Referat 210 legte am 17. März 1981 dar, Bremen und Hamburg hätten inzwischen Bedenken gegen den Beschluß angemeldet und erklärt, daß der Beschluß erst nach Zustimmung der entsprechenden Gremien der Länder wirksam werde. Vgl. Referat 214, Bd. 132834.

37 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 17. März 1981, der Abteilungsleiter im sowjetischen Außenministerium, Bondarenko, habe am selben Tag ein Aide-mémoire zum Beschluß der Kultusministerkonferenz der Länder vom 12. Februar 1981 über die „Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht" übergeben. Darin bezeichne die UdSSR den Beschluß als neuen Beweis dafür, „daß die innerstaatliche Praxis in der Bundesrepublik bisher noch nicht in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen aus geltenden internationalen Verträgen und Abkommen gebracht wurde. Im einzelnen wird die Darstellung der Grenzen von 1937, die Bezeichnung ‚Deutschland', das Kürzel ‚D', die Darstellung der Grenze zur DDR als besondere Grenze, die deutschen Ortsbezeichnungen und die Darstellung Berlins als im Widerspruch zu bestehenden Verträgen mit der SU, DDR, Polen und der ČSSR sowie mit dem VMA dargestellt. […] In dem Aide-mémoire, das Bondarenko wörtlich vorlas, wird daraus gefolgert, daß der Beschluß der Kultusminister einen unzulässigen Versuch darstelle, die Einhaltung der territorialen und politischen Verpflichtungen zu umgehen, die sich für die Bundesrepublik aus den geltenden Verträgen und Abkommen ergeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1081/1082; Referat 213, Bd. 133179.

Am folgenden Tag berichtete Meyer-Landrut: „Die Überreichung des Aide-mémoire ‚an die Botschaft der BRD' sowie Zitate der wesentlichen Absätze des Textes wurden am Abend des 17.3. von TASS und in den Abendnachrichten des sowjetischen Fernsehens veröffentlicht. In der Prawda vom 18.3. findet sich die gleiche Mitteilung unter der bei solchen Gelegenheiten üblichen Überschrift ‚Im Außenministerium der UdSSR'. Auch hier werden nach kurzer Zusammenfassung des Inhalts des KMK-Beschlusses die Überreichung des Aide-mémoire und die wesentlichen Passagen daraus mitgeteilt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1088; Referat 213, Bd. 133179.

tig. Wenn im übrigen ein Treffen stattfinden solle, müsse ein wirklich umfassender Dialog zustande kommen, um das Ziel gutnachbarlicher Beziehungen zu erreichen. Das Gebiet des Reiseverkehrs gehöre ganz eindeutig dazu. Ich kündigte an, daß der Kanzler im Bericht zur Lage der Nation auch zur „Vereinigung" Stellung nehmen werde.[38]

Zur Außen- und Sicherheitspolitik erklärte ich unter Hinweis auf Genschers bevorstehende Warschau-Reise[39], daß ein NATO-Schirm über Polen eine abwegige Vorstellung sei. Ich wies auf unsere wirtschaftliche Hilfe für Polen hin. Wir hätten kein Interesse an einer Eskalation, sowohl wegen der Auswirkungen auf die gesamteuropäische Lage als auch im besonderen wegen unseres Verhältnisses zur DDR. Wir seien im Gegenteil an einer Stabilisierung der Lage interessiert. Wir seien fest entschlossen, es von uns aus nicht zu einer Verschärfung im deutsch-deutschen Verhältnis kommen zu lassen. Es wäre allerdings betrüblich, wenn es für die DDR (innerhalb ihrer Souveränität) nicht möglich wäre, über diese oder jene Möglichkeit einer Korrektur beim Mindestumtausch nachzudenken. Ich erwähnte dann unter Bezugnahme auf mein Gespräch mit Vizeaußenminister Neugebauer[40], daß ich nach Abstimmung mit AM Genscher[41] eine grundsätzliche Bereitschaft unseres Auswärtigen Amts zur Fort-

38 Bundeskanzler Schmidt gab am 9. April 1981 im Bundestag den Bericht zur Lage der Nation. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1541–1549.

39 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

40 Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, berichtete am 5. März 1981 über ein Gespräch mit dem Stellvertretenden Außenminister der DDR, Neugebauer, am selben Tag: „Anregung von Neugebauer, daß schon bald ein zweites Mal zwischen DDR und uns Konsultationen über Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollpolitik nach dem Vorbild der zwei Jahre zurückliegenden Gespräche zwischen StS van Well und Moldt stattfinden sollten. Neugebauer meinte, daß man einen Termin schon in Kürze verabreden könne. Er betonte, daß es bei Anerkennung unterschiedlicher Positionen nützlich sei, sich in einer Phase auszutauschen, da das Thema zunehmend an Bedeutung gewinne." Ferner habe Neugebauer Gespräche über den Stand der Beratungen in der ECE über Energiepolitik, kulturelle Fragen sowie „im Vorfeld der nächsten UN-Vollversammlung" über Themen, „an denen die beiden deutschen Staaten besonderes Interesse nähmen", vorgeschlagen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 214; VS-Bd. 13211 (210); B 150, Aktenkopien 1981.

41 Ministerialdirigent Bräutigam notierte am 11. März 1981 zur Frage von Gesprächen mit der DDR über Rüstungsbegrenzung und -kontrolle: „Wie wir aus dem Bundeskanzleramt hören, soll der Herr Bundesminister sich in einer Unterredung mit StS Bölling vor einigen Tagen grundsätzlich positiv zu der Möglichkeit von Konsultationen mit der DDR über außenpolitische Fragen geäußert haben." Vgl. VS-Bd. 13211 (210); B 150, Aktenkopien 1981.
Mit Schreiben vom 16. März 1981 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Kastrup Ministerialdirigent Freiherr von Richthofen, Bundeskanzleramt, mit: „Staatssekretär van Well hat folgendes entschieden: Das Auswärtige Amt steht der Möglichkeit von Konsultationen mit der DDR über außenpolitische Fragen grundsätzlich positiv gegenüber. Besondere Konsultationen über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle erscheinen gegenwärtig jedoch nicht opportun, weil zunächst die Abstimmung im NATO-Rahmen über die künftige westliche Politik weiter vorangeschritten sein sollte. Wir sind ferner daran interessiert, mit der DDR über die Abrüstungsproblematik nicht nur im europäischen, sondern im weltweiten Zusammenhang zu sprechen. Konsultationen sollten daher erst für die zweite Jahreshälfte ins Auge gefaßt werden, wenn die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid beendet ist und die Vorbereitungen für die VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung in ein konkretes Stadium treten. Auch Konsultationen über Themen der nächsten VN-Vollversammlung wären nicht vor Mitte des Jahres sinnvoll. Im übrigen müßte vorher geklärt werden, an was die DDR dabei im einzelnen denkt. Allgemein ist zu berücksichtigen, daß die DDR durch ihren Wunsch nach Konsultationen offenbar auch bestrebt ist, den Dialog mit uns wieder zu beleben und dabei von der Frage des Mindestumtauschs abzulenken. Staatssekretär van Well ist jedoch bereit, nach dem Besuch von BM Genscher in Moskau Herrn Moldt zu einem allgemeinen Tour d'horizon zu empfangen." Vgl. VS-Bd. 13211 (210); B 150, Aktenkopien 1981.

setzung der Konsultationen über internationale Fragen als konstruktiven Schritt unserer Seite andeuten könne.[42]

Zum Moratorium äußerte ich, wir glaubten nicht an eine Aggressionsabsicht der SU. Ich selbst habe mir ja in der Vergangenheit unmittelbare Eindrücke verschaffen können. Aber angesichts des Übergewichts der SU, insbesondere durch die SS-20, könnten wir uns mit dem derzeitigen Zustand nicht abfinden. Die von Honecker erwähnten Brandt-Erklärungen unterschieden sich im übrigen insofern nicht von den Ansichten des Kanzlers. BM Genscher werde diese Fragen in Moskau erörtern.[43] Die Bundesregierung erstrebe aus ähnlichen oder gleichen Sorgen ein Ingangkommen des Abrüstungsdialogs. Ich erinnerte Honecker daran, daß er die Ansichten des Kanzlers zu diesen Fragen aus früheren Gesprächen[44] kenne. Ich nahm den jüngsten Zwischenfall mit Schußwaffengebrauch an der Berliner Sektorengrenze[45] auf und drängte auf Verhinderung solcher Vorgänge in der Zukunft unter Hinweis auch auf die negativen Auswirkungen auf die öffentliche Meinung. Solche Vorgänge erleichterten unsere Bemühungen nicht. Er, Honecker, möge von sich aus darauf hinwirken, daß sich so etwas nicht wiederhole.

Abschließend bemerkte ich noch einmal, daß ich konkretere Anregungen zum Fortgang unserer Gespräche erwartet hätte und das Gefühl der Enttäuschung nicht unterdrücken könne. Auf mein gutes Gesprächsverhältnis zu Rechtsanwalt Vogel und zu StS Schalck hatte ich schon zuvor hingewiesen.

Honecker nahm noch einmal das Wort. Allein die Tatsache, daß dieses Gespräch stattfinde, sei wichtig für die weitere Entwicklung der Beziehungen. Viel Übereinstimmendes habe es in der Botschaft des Kanzlers gegeben, über vieles müsse man natürlich noch sprechen. Es sei schon spektakulär, wenn man die Dinge auf dem gegenwärtigen Stand halten könne. Mehr sei im Augenblick „nicht drin". Wenn man im Gespräch bleibe, gingen die Dinge auch (irgendwann) voran. Persönlich an mich gewandt, sagte er, daß er natürlich Verständnis dafür habe, wenn ich in der Sache besondere Erfolge anstreben möchte. Wir müßten wirklich bedenken, was wir in den vergangenen zehn Jahren alles erreicht hätten. Hier kam er auf Einzelheiten wie z. B. die Autobahnen. Das Geschaffene zu bewahren, könne manchmal schwerer sein, als etwas neu anzufangen. In der DDR bestimme die Regierung was geschehe, außenpolitisch natürlich das Bündnis. Wörtlich: „Wenn wir hier in diesem Raum etwas vereinbaren, dann gilt das." Diese Äußerung war offenbar auf den Mindestumtausch bezogen. Die

42 Botschafter Ruth führte am 3. Juli 1981 in Ost-Berlin Gespräche über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu Dok. 196.

43 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

44 Bundeskanzler Schmidt und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, erörterten Fragen von Abrüstung und Rüstungskontrolle in einem Telefongespräch am 28. November 1979. Vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 469–481.

45 Am 17. März 1981 wurde in der Presse berichtet, am Vortag sei ein Mann an der Sektorengrenze im Norden von Berlin (West) niedergeschossen worden: „Er hatte die Betonplattenwand der Grenzbefestigung überklettert und sich dem Kontaktzaun genähert, als die DDR-Streife ihn entdeckte." Nach einem Warnschuß und Anrufen seien gezielte Schüsse abgegeben worden. Der Mann sei zusammengebrochen und von den Grenzposten abtransportiert worden. Vgl. den Artikel „Wieder ein Mann an der Grenze zur DDR niedergeschossen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. März 1981, S. 2.

DDR sei nicht souveränitätsempfindlich, auch nicht im Hinblick auf den Elbabschnitt.

Er habe die Botschaft des Kanzlers als so bedeutsam empfunden, daß er sie heute beantwortet habe. Die Weiterentwicklung der Beziehungen solle wie im Grundlagenvertrag vorgesehen weitergehen. Die Geschäftsgrundlage werde von der DDR nicht verlassen, man habe bisher keinen Paragraphen verletzt.

Zum Ausklang sprach Honecker über „Preußen". Er kam auf Christian Daniel Rauch und wies auf die Wiederaufstellung des Denkmals für Friedrich II.[46] hin: „Und Sie sehen, Herr Bölling, der reitet da wieder Unter den Linden." Kürzlich habe er in einer Illustrierten davon gelesen, daß Preußen am wenigsten Kriege geführt habe. Er nannte Prozentzahlen von 6 für Preußen, dagegen 23 für Frankreich und 20 für Rußland.

Zur zusammenfassenden Wertung des Gesprächs verweise ich auf mein Fernschreiben.

Bölling

VS-Bd. 14092 (010)

78

Deutsch-polnische Regierungsgespräche in Warschau

VS-NfD **19./20. März 1981**[1]

Plenarsitzung – 19. März 1981[2]

Minister *Czyrek* (PAM) eröffnet Sitzung um 15.35 Uhr und begrüßt Bundesminister unter Betonung großer Bedeutung, die polnische Seite in der gegenwärtigen internationalen Lage Besuch BMs beimißt, und unterstreicht Hoffnung auf gute und offene Gespräche.

46 In einem Interview mit dem britischen Verleger Maxwell am 4. Juli 1980 deutete der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, die Möglichkeit an, das zwischen 1840 und 1851 entstandene Reiterstandbild König Friedrichs II. von Christian Daniel Rauch, das sich seit 1950 im Park Sanssouci in Potsdam befand, wieder auf der Straße Unter den Linden aufzustellen. Vgl. dazu HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 331.
Am 1. Dezember 1980 wurde in der Presse berichtet, das Standbild sei am 29./30. November 1980 wieder aufgestellt worden. Vgl. dazu den Artikel „‚Alter Fritz, steig du hernieder'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Dezember 1980, S. 8.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Gesandtem König, Warschau, gefertigt und von Botschafter Negwer, Warschau, mit Schriftbericht Nr. 562 vom 23. März 1981 an das Auswärtige Amt übermittelt.
Hat Legationsrat Kröger am 27. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil und Vortragenden Legationsrat von Treskow verfügte. Vgl. Referat 214, Bd. 132947.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu auch Dok. 80 und Dok. 81.

BM dankt für Begrüßung und betont gutes Klima bei erstem Vier-Augen-Gespräch. „Trotz bekannter Probleme arbeiten wir an Gestaltung unserer Beziehungen in positivem Geist", und in diesem Geist sei er nach hier gekommen.

Internationale Fragen

BM äußert unsere Sorgen über Stand der internationalen Beziehungen. Es erfordere erhebliche Anstrengungen, um zu einer Verbesserung und auch zu Fortschritten bei Rüstungskontrolle und Abrüstung zu kommen. Dabei messen wir große Bedeutung der US/UdSSR-Erklärung aus dem Jahre 1972[3] zu, die den Grundsatz der Mäßigung beinhalte. In diesem Geiste hätten wir auch mit französischer Regierung gesprochen[4]; dies entspreche auch dem Grundgedanken von Helsinki[5].

Er sehe dabei auch Hintergrund der fortdauernden Besetzung von Afghanistan[6], die uns beachtliche Sorge bereite, und habe Verständnis für die Forderung der Blockfreien nach baldiger Lösung.[7] Grundsatz der Mäßigung gelte auch für Lösungen für die Probleme in Afrika und am Golf.

Überall, wo Besorgnisse bestehen, seien wir interessiert, daß Sicherheit auf der Grundlage des Gleichgewichts hergestellt werde, daß es auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstungen erreicht werde. Auch bei Treffen mit französischer Seite vergangenes Wochenende im Elsaß habe hierzu übereinstimmende Einschätzung bestanden.

Auch die Politik der neuen US-Administration könne man anhand der wohl auch hier bekannten gemeinsamen Hintergrund-Presseinformationen[8] einschätzen:

Interesse an Fortschritt in Rüstungskontrolle,

Förderung KSZE-Prozesses,

Fortschritt bei MBFR,

3 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vom 29. Mai 1972 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

4 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 15. März 1981 in Blaesheim vgl. Dok. 71, Dok. 74 und Dok. 75.

5 Die KSZE-Schlußkonferenz fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

6 Botschaftsrat Bauch, Kabul, berichtete am 30. März 1981: „Nach Informationsstand der Botschaft hat sich militärische Lage und davon abhängend auch politische Lage in ersten Monaten 1981 in Afghanistan für Regime und Besatzungsmacht trotz Winters und dadurch eingeschränkter Bewegungsmöglichkeiten Widerstands eher verschlechtert. Kampfhandlungen zwischen Rest afghanischer Streitkräfte und sowjetischen Truppen einerseits und Widerstand andererseits haben teilweise sogar zugenommen mit offensichtlich wachsendem Erfolg Widerstand, zumindest außerhalb Hauptstadt. […] Politisch verharrt Regime weiter in Immobilismus, für Bevölkerung wahrnehmbare konstruktive Aktivitäten selbst in Kabul fehlen fast völlig." Trotz einer an der Oberfläche weitergehenden „Sowjetisierungskampagne" sei die Situation auch in Kabul „latent gespannt". Die Haltung der UdSSR sei „nach außen hin von erstaunlichem Attentismus geprägt, was in erster Linie wohl auf Bemühen zurückzuführen, weitere Provokation Bevölkerung durch optisch noch stärkeres Auftreten zu vermeiden". Die Zahl der sowjetischen Verluste steige. Vgl. den Drahtbericht Nr. 82; Referat 340, Bd. 136762.

7 Vgl. dazu Ziffer 24 und 24 a des Kommuniqués der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu Delhi; EUROPA-ARCHIV 1981, D 296 f.

8 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

Fortsetzung Gespräche über Mittelstreckenwaffen[9].

Rede Breschnews[10] sei bei uns mit großem Ernst studiert worden, zumal sie auch das UdSSR zukommende Gewicht reflektiere.

Als persönliche Einschätzung sehe er als positive Elemente

Verhandlungsbereitschaft, die darin zum Ausdruck komme,

Erklärungen zu Ausdehnung VBM auf ganz Europa, wobei wir uns stellenweise noch darüber im Unklaren sind, wie wir sie zu verstehen haben.

Nicht annehmbar sei demgegenüber das Moratorium, das angesichts des sowjetischen Rüstungspotentials dem bereits in die KSZE-Schlußakte eingegangenen Gedanken der Schaffung eines Verhandlungs- und Vertrauensklimas durch Mäßigung widerspreche.[11]

Reaktion zu Breschnews Rede vor dem 26. Parteitag sei somit insgesamt positiv, man sehe jedoch noch einige Schwierigkeiten.

Auf Frage Czyreks nach Gründen für unverzügliche Ablehnung Moratoriums[12] rief BM Gespräch Bundeskanzlers mit seinem Amtsvorgänger Wojtaszek[13] in Erinnerung, in dem BK diesem Sorge über sowjetisches Mittelstreckenraketenpotential dargestellt habe. Die Brüsseler Beschlüsse[14] seien für ihn seinerzeit großes Entscheidungsproblem gewesen. Der Beschluß der NATO über Ab- und Nachrüstung – beide seien sehr ernstgemeint – sei jedoch eine Chance, konkrete Ergebnisse im Bereich der Abrüstung von Mittelstreckenwaffen zu erzielen.

PL und D seien beide Teilnehmer an Wiener Konferenz.[15] Dort sei eine Reihe von Klärungen erreicht worden. Aufmerksamkeit lenkten wir jedoch auf Notwendigkeit einer Einigung in der Datenfrage.

Auf unserer Seite sei der ernste Wille vorhanden, durch Mäßigung und Zurückhaltung einen Stabilisierungsbeitrag in schwieriger internationaler Lage zu leisten. Dies um so mehr, als wir Mitteleuropäer von Verschlechterung der Lage besonders betroffen sein würden.

Sein Besuch in Warschau reihe sich ein in eine Reihe von Besuchen (Prag[16], Washington[17], demnächst Moskau[18] und im Juli Sofia[19]). So gern er nach War-

9 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

10 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

11 Der Passus „das angesichts … Mäßigung widerspreche“ wurde von Gesandtem König, Warschau, hervorgehoben. Dazu Fragezeichen und Vermerk: „Akustisch kaum mehr verständlich.“

12 Vgl. dazu die Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981; Dok. 61, Anm. 10.

13 Bundeskanzler Schmidt traf am 19. Dezember 1979 mit dem polnischen Außenminister Wojtaszek zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 386.

14 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

15 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 59.

16 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

17 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

18 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

19 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien auf. Vgl. dazu Dok. 195 und Dok. 197.

schau komme, seien diese Besuche keine Vergnügungsreisen, sondern praktische Verhandlungsbereitschaft und Bereitschaft zum Dialog.

PAM dankt für klare Darstellung der Ansichten und für Information durch BM zur internationalen Problematik. Seine Ausführungen wolle er nach einer Systematik Ost–Ost, West–West, Ost–West abhandeln.

Zu Ost–Ost unterstreiche er Bedeutung der Beschlüsse des 26. Parteitages der KPdSU.[20] Diese beruhen auf Parteitagsbeschlüssen selbst sowie auf Bedeutung der UdSSR in der sozialistischen Gemeinschaft.

Er unterstrich, Polen, aber nicht nur Polen, interessiere sich besonders für einige innenpolitische Themen, Themen, die auch die Innenpolitik in der Sowjetunion betreffen. Elemente, die auf Ähnlichkeiten in der Interessenlage und Aktivitäten der Innenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Gesetzmäßigkeiten im sozialistischen System und national-spezifischem Aufbau begründet seien.

Zum internationalen Programm sei eine Linie gefunden worden, die Möglichkeiten für Lösungen eröffne im Bereich der Entspannungspolitik, des Dialogs, die globale Thematik der Beziehungen UdSSR–USA und Themen der globalen Sicherheit, die auch viele Regionalprobleme und örtlich begrenzte Brennpunkte betreffen. Man messe daher den Europa und uns unmittelbar betreffenden Fragen der Politik besondere Bedeutung bei, sowohl aus innenpolitischen wie auch aus Gründen der internationalen Politik.

West–West

Diese Linie könne auch konstruktiven Einfluß auf West-West-Beziehungen haben. Er wolle diese zwar nicht in Anwesenheit BMs bewerten, sondern eher in Kategorien von Wünschen sprechen.

Polen hätte gerne, daß Beziehungen West–West in der Praxis als Beziehungen Europa–USA sich entwickeln mögen, ähnlich wie er das in Ausführungen über Ost–Ost dargelegt habe, d.h. in positiver Richtung für Dialog und Entspannung und zu einem konstruktiven Faktor bei der Lösung internationaler Fragen.

Aus Ausführungen BMs entnehme man, daß Schritte in dieser Richtung unternommen werden, und begrüße dies.

Zu Ost-West-Beziehungen teile Polen nicht die Auffassung hinsichtlich der Ursachen, aber es teile die Schlußfolgerungen, die aus der Bewertung resultieren, nämlich eine vernünftige Politik ohne Alternativen. Praktisch bedeute dies ei-

[20] Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, bilanzierte am 6. März 1981, der XXVI. Parteitag der KPdSU vom 23. Februar bis 3. März 1981 „war ein Parteitag der Kontinuität und Stabilität, der Beruhigung nach innen und nach außen. Er war geprägt von einem seit Stalin nicht mehr praktizierten Kult um die Person Breschnews […]. Er war der erste Kongreß in der Geschichte der Partei, der keinerlei Veränderungen im Politbüro zur Folge hatte. Damit wurde der für die ‚Ära Breschnew' bezeichnende Trend zum Konservatismus bestätigt". Der Parteitag habe für die innenpolitischen Probleme keine Lösungen aufgezeigt, sondern sich „weitgehend in der Auseinandersetzung mit Mißständen" erschöpft: „In den außenpolitischen Aussagen […] wurden die Konfliktherde des Ost-West-Verhältnisses in der Dritten Welt ausgespart. Der Akzent lag auf dem Werben um eine Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs, insbesondere des sowjetisch-amerikanischen". Es erscheine fast, „als sei man sich auf sowjetischer Seite inzwischen über die Risiken und vor allem die ökonomischen und sozialen Kosten einer fortdauernden Konfrontation mit dem Westen klarer geworden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 917; Referat 213, Bd. 133168.

ne Verstärkung des Bemühens, um Entspannungspolitik, den Dialog, beizubehalten oder sogar zu aktivieren, um die internationale Sicherheit und Zusammenarbeit zu stärken.

Er verstehe darunter auch, die Wiederaufnahme des Dialogs UdSSR–USA auf möglichst hoher Ebene herbeizuführen, und Polen unterstütze voll die Anstrengungen, um so mehr, wenn man das persönliche Engagement von Breschnew berücksichtige.

Polen unterstütze alle verbliebenen Bestrebungen, die uns und Europa vor neuem Rüstungswettlauf bewahren werden. Alle vorgeschlagenen Initiativen und Postulate seien dabei wichtig. Aus europäischer Sicht habe er zwei Prioritäten:

Mittelstreckenraketen,

Einberufung der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa.

In beiden Punkten gebe es erneut positive Tendenzen. Wir sollten alle Anstrengungen machen, um Tendenzen und Möglichkeiten für Fortschritte zu finden.

Er denke, daß Madrid[21] ein Mandat bringen werde, und er hielte dies für eine Garantie für den erfolgreichen Abschluß dieses Treffens, obwohl Polen der Auffassung sei, daß Fortschritte in allen Körben erzielt werden sollten.

Zu Wiener Vorschlägen teile Polen die Auffassung und Bemerkungen hinsichtlich der Bedeutung und Notwendigkeit, zu Fortschritten in diesem Bereich zu kommen. Diese wären von doppelter Bedeutung

– für Zentraleuropa und damit für uns,
– als Voraussetzung für gesamteuropäische Konferenz über militärische Entspannung und Sicherheit und Abrüstung in Europa.

Erfolge in Wien würden auch in diesen beiden Bereichen Erleichterungen bringen.

Voll teile er Einschätzungen BMs bestimmter Gefahrenmomente und Verpflichtung, etwas zu tun, wenn es um Entwicklung der Situation in Europa gehe.

PL bemühe sich, möglichst aktive Politik zu treiben, „die unabhängig von allen innenpolitischen Aspekten für unsere Staatsraison“ wichtig sei. Davon zeugten intensive Dialoge mit sozialistischen Partnern (Gromyko[22], Chňoupek[23], Fischer[24]) und westlichen Ländern (Dänemark[25], Norwegen[26], geplantes Gespräch mit F[27] und USA[28]).

Der Dialog mit BM sei von besonders großer Bedeutung. Auch polnische öffentliche Meinung halte ihn für besonders bedeutsam. Er denke, daß man in For-

21 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 79 und Dok. 88.
22 Zum polnisch-sowjetischen Treffen am 4. März 1981 in Moskau vgl. Dok. 62, Anm. 24.
23 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek besuchte Polen am 27./28. November 1980.
24 Der Außenminister der DDR, Fischer, hielt sich am 9./10. März 1981 in Polen auf.
25 Der polnische Außenminister Czyrek besuchte Dänemark vom 19. bis 21. Februar 1981.
26 Am 16./17. März 1981 hielt sich der polnische Außenminister Czyrek in Norwegen auf.
27 Am 30./31. März 1981 besuchte der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Jagielski Frankreich.
28 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Jagielski hielt sich vom 1. bis 5. April 1981 in den USA auf.

mulierung BMs, durch Politik der Mäßigung zu Stabilisierung und Entspannung beizutragen, ein gemeinsames Motto finden werde.

Bundesminister dankt und betont, daß PAM davon ausgehen könne, daß europäische Partner in EG und auch Partner in der NATO in Einschätzungen und Absichten mit ihm übereinstimmen. Jüngster Besuch in Washington habe Einmütigkeit darin gebracht, daß eine feste gemeinsame Position ein Stabilisierungsfaktor sei.

Auch er wolle keine Bewertung Ost-Ost-Verhältnisses vornehmen, sondern Frage nach dem Stand der Beziehungen und Wünsche äußern. Dies auch im Anschluß an Breschnews Ausführungen zu internationalen Beziehungen und unter Berücksichtigung traditionell vorhandener Besonderheiten.

Er wünsche, daß Mäßigung und Respektierung von Souveränität und Nichteinmischung sich auch in Praxis bewähren mögen.

Hinsichtlich unseres gemeinsamen Nachbarn wolle er sagen, daß Entwicklung in Europa auch für Beziehungen zwischen Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik von Bedeutung sei. Wir seien bereit, wenn es um jeden Schritt zur Verbesserung der Zusammenarbeit und Überwindung des Trennenden gehe. Auch Frage unterschiedlicher politischer Positionen dürfe uns nicht hindern, die Bemühungen zu besserer Zusammenarbeit, auch im Interesse europäischer Zusammenarbeit, weiterzuführen. Wir hätten positive Ansätze gefunden.

Zur Abrüstungsfrage betonte er, sowjetisches Zerstörungspotential sei unsere häufigste und wichtigste Sorge. Als Realisten wisse man, daß schwierige Gespräche zwischen USA und UdSSR zu führen seien. Wir seien interessiert, daß dieses Thema zu

– konkreter Rüstungsbegrenzung,

– zu einer Lösung der Probleme der Eingrenzung

führe. Alles was zusätzlich hinzugetan werde, erschwere Lösungen.

Er habe bereits die Bedeutung von MBFR und KSZE betont und Interesse an SALT als wichtigem Bereich für internationale Sicherheit unterstrichen. Für uns sei von besonderer Wichtigkeit, daß keine Ereignisse einträten, die künftige Gespräche zwischen Reagan und Breschnew gegenstandslos werden lassen.

BM betont Bereitschaft, noch mehr zu Washingtoner Besuch zu erläutern, falls dies interessiere. Das Gleiche gelte für Frage unserer inneren Entwicklungen in der Bundesrepublik.

Er sei auch interessiert zu hören, wie polnische Seite die Situation in Polen beurteile und was man zu tun gedenke.

PAM denkt, daß Erreichen einer Stabilisierung in den internationalen Beziehungen in sich die Notwendigkeit einschließe, daß man zu einem Prinzip der gleichen Sicherheit und zu dem diesem zugrundeliegenden Gleichgewicht der Kräfte zurückkehren müsse. Dies schließe nicht aus, daß es gelegentlich ein Abgehen von diesem Gleichgewicht geben könne. Verschiedene westliche Erklärungen hätten jedoch großes Mißtrauen ausgelöst und beinhalteten eine Gefahr der Destabilisierung. Deshalb glaube auch PL, daß man zu den früher zwischen sowjetischer und amerikanischer Regierung vereinbarten Prinzipien zu-

rückkehren müsse. Dies würde auch der Wiederaufnahme des SALT-Prozesses dienen und uns auch dem bereits angesprochenen Problem der Atomraketen und seiner Lösung etwas näherbringen. Verstoß gegen dieses Prinzip könne nicht durch den Willen einer Seite, sondern lediglich durch bestimmte Änderungen im Bereich des globalen Gleichgewichts korrigiert werden. Natürlich könnte man Argumente austauschen und Meinungsunterschiede austragen. Wichtiger sei jedoch, dies nicht erst dazu kommen zu lassen, daß Atomwaffen europäisiert und damit Problem Atomkrieges in Europa vergrößert werde. Gelegentlich zu hörende Feststellungen und Überzeugungen, daß sich ein Atomkonflikt auf Europa beschränken lasse, sei für uns weder Trost noch Garantie. Das Gleiche gelte auch für das Gegenteil. Es gebe keine andere Alternative, als dafür zu sorgen, daß es in Europa nicht zu einer derartigen Situation kommen werde. In diesem Sinne müsse man sich einigen.

BM: Die Europäisierung ist genau der Punkt, der uns bei eurostrategischen Waffen wie SS-20 und Backfire berühre. Der Bundeskanzler habe in seiner Londoner Rede 1977 über[29] die Bedeutung der Mittelstreckenraketen für das Gleichgewicht gesprochen. Wir hätten im November 1979 gezögert und gewartet, ohne daß von östlicher Seite entsprechende Signale gekommen seien. Die Entscheidung vom Dezember 1979 sei für ihn mit die schwerste in seiner politischen Laufbahn gewesen. Wir hätten jedoch keine andere Wahl und keinen anderen Weg gehabt angesichts der Rüstungsentwicklung in der Sowjetunion. Von November 1977 bis Dezember 1979 sei ein selbstverordnetes Westmoratorium in Kraft gewesen.

Konsequenz daraus sei: Wir werden uns am Verhandlungstisch auf diese Substanz konzentrieren und uns dabei um konkrete Ergebnisse bemühen müssen.

PAM bittet um Erläuterung, weshalb nach Auffassung der Bundesrepublik Deutschland das Moratorium für die Dislozierung von Mittelstreckenraketen nunmehr im Jahre 1981[30] inakzeptabel sei.

BM: Die sowjetische Seite hat schon eine erhebliche Zahl dieser Waffen in Stellung gebracht und produziert sie mit einer gewaltigen Kapazität weiter. Das Gleichgewicht ist bereits gestört.

PAM: Wenn wir morgen mit Gespräch begännen und Einigung über Moratorium erzielten, wäre dies ein Fortschritt, da der Westen über Waffen noch nicht verfügt, während die Sowjetunion sie bereits hat.

BM: Situation liegt etwas anders; Breschnew selbst habe gesagt, daß die Sowjetunion weiter produzieren wolle, während wir nicht produzieren sollen. Dies habe erst kürzlich auch Arbatow in der Bundesrepublik geäußert.[31] Die Vereinigten Staaten produzierten Waffen in den USA, von wo aus sie nicht bis Europa reichen, während die Sowjetunion östlich des Urals produziert, von wo aus sie noch das ganze Europa abdecken könnten. Darin bestehe das Problem, und über diese Substanz müsse verhandelt werden. Die Sowjetunion könnte als Zeichen

29 Korrigiert aus: „1980 auf".
Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 in London einen Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

30 Korrigiert aus: „1980".

31 Zu den Äußerungen des Mitglieds des ZK der KPdSU, Arbatow, am 16. März 1981 vgl. Dok. 77, Anm. 14.

ihrer Verhandlungsbereitschaft Produktion und Stationierung sofort stoppen. Es gehe darum, schnell zu verhandeln und zur Sache zu sprechen, ohne die Materie durch Vorbedingungen zusätzlich zu belasten. Mit großer Aufrichtigkeit wolle er sagen, daß wir im Hinblick auf die gegenwärtige Lage zur Offenheit und nicht zur Polemik aufgerufen seien.

Zum Abschluß der ersten Runde der Plenarsitzung erzielen beide Minister Übereinstimmung über pressemäßige Behandlung des Gesprächsinhalts durch deutschen Delegationssprecher.

2. Plenarsitzung am 20. März 1981, 9.30 Uhr

PAM eröffnet Sitzung und erteilt das Wort Vizeaußenminister *Dobrosielski*, der Näheres über die Eindrücke von BM nach seiner Amerika-Reise über Auffassung und Einschätzung der Perspektiven der heutigen Situation durch US-Regierung, insbesondere Aussichten über deren künftige Haltung, erbittet.

BM: Antwort erstreckt sich primär auf drei Grundfragen:

a) Rüstungskontrollverhandlungen,

b) SALT-Prozeß,

c) Aussichten auf Begegnung der beiden Spitzenpolitiker.

Dabei habe in jüngster Zeit das „linkage-Problem" in der Öffentlichkeit eine gewisse Rolle gespielt, wonach Gespräche auf der Spitzenebene nur dann möglich sein sollen, wenn Sowjetunion durch Erfüllung gewisser Vorbedingungen, z. B. Entgegenkommen in Afghanistan o. ä., bereit sei.

BM weist darauf hin, wir müßten amerikanische Zustimmung zu gemeinsam vereinbartem Hintergrundmaterial auch als amerikanische Zustimmung zur Fortführung der Rüstungskontrollverhandlungen werten. Das gelte entsprechend für KSZE und MBFR. Zur Mittelstreckenraketenproblematik bedeute eine Fortsetzung der Verhandlungen eine Fortsetzung unabhängig vom SALT-Prozeß. Den SALT-Prozeß selbst wolle man ebenfalls weiterführen, man beabsichtige jedoch zunächst noch die Verhandlungsposition zu bestimmen im Lichte der bisherigen Ergebnisse aus SALT I[32] und II[33].

Zur Frage der Aussichten nach der amerikanisch-sowjetischen Spitzenbegegnung[34] müßten die Vorbereitungen so laufen, daß aus Begegnung voller Nutzen gezogen werden könne. Daran bestehe großes Interesse, besonders auch gegen den Hintergrund früherer, unzureichend vorbereiteter Begegnungen wie

32 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

33 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

34 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

jener zwischen Carter und Breschnew[35] oder Chruschtschow und Eisenhower[36]. Antwort auf diese Frage werde auch mitbestimmt durch das Verhalten der Sowjetunion und anderer Staaten. Auch Verhalten gegenüber Polen sei hierfür ein Prüfstein. Auch die neue amerikanische Administration wolle Dialog fortsetzen, sie werde jedoch ihren Standpunkt sehr fest vertreten, auch in der Frage Afghanistan. Daher könne er nur dringend raten, auf Verhandlungen über Mittelstreckenraketen einzugehen und die gebotenen Möglichkeiten zu nutzen. Die Tatsache, daß der Wille vorhanden sei, sehe man auch daran, daß Präsident Reagan und AM Haig einen Mann zur Ordnung gerufen haben, der gewisse Zweifel am Inhalt der gemeinsamen Darstellung ihrer Besprechungen geäußert habe[37]; dies sei ein Amtssiegel des State Department unter die gemeinsame Hintergrundinformation über die Washingtoner Gespräche.

VAM[38] *Dobrosielski* erkundigt sich unter Hinweis auf beunruhigende Nachrichten aus Madrid in der Frage der Abrüstungskonferenz, was man von Madrid in diesem Bereich erwarten könne.

BM: Es fehlten noch klare Vorstellungen über die Absichten der Sowjetunion. Wir meinten es mit dem französischen Vorschlag[39] sehr ernst, weil er ein wichtiger Bestandteil zur Vertrauensbildung sei. Am einfachsten wäre es, wenn man sich auf den in der Schlußakte vorgesehenen Geltungsbereich für VBM einigen würde. Alles übrige belaste.

Auf Frage *PVAMs*[40], wo in der Schlußakte Atlantik–Ural definiert sei, ob es sich um Ostküste oder Westküste oder Mitte des Atlantiks handele, wies *BM* darauf hin, man könne alles komplizieren und entsprechend auch Definitionen über asiatische Landmasse etc. einführen.

35 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

36 Ministerpräsident Chruschtschow hielt sich vom 15. bis 27. September 1959 in den USA auf und traf – nach einem ersten Gespräch am 15. September in Washington – am 26./27. September 1959 mit Präsident Eisenhower in Camp David zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, S. 35–52. Vgl. dazu ferner FRUS 1958–1960, X/1, S. 392–402, S. 409 f., S. 459–469 und S. 477–483. Vgl. dazu außerdem FRUS 1958–1960, XIX, S. 595–598.
Präsident Eisenhower und Ministerpräsident Chruschtschow trafen am 16. Mai 1960 zu einem Vorbereitungstreffen für die geplante Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Vier Mächte in Paris zusammen. Vgl. dazu FRUS 1958–1960, IX, S. 438–452.

37 Am 20. März 1981 wurde in der Presse berichtet, der amerikanische Außenminister Haig habe nach Äußerungen des Mitarbeiters im amerikanischen Nationalen Sicherheitsrat, Pipes, Bundesminister Genscher seiner Hochachtung versichert. Pipes habe erklärt, „Bonn übe starken Druck auf Washington aus, die Entspannungspolitik fortzusetzen. Er sei besorgt, daß Genscher nach seiner anstehenden Moskau-Reise noch stärker auf sowjetisch-amerikanische Arrangements dringen könne. […] In der Bundesrepublik Deutschland seien die neutralistischen Tendenzen schon so stark, daß es den Sowjets möglicherweise gelingen könnte, die ‚Westdeutschen abzuwerben'." Vgl. den Artikel „US-Regierung stellt sich ‚mit Hochachtung' vor Genscher"; DIE WELT vom 20. März 1981, S. 1.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 19. März 1981: „1) Der Pressesprecher des State Department gab am 18. März auf ausdrücklichen Wunsch von AM Haig eine Erklärung […] ab, in der es heißt, das Reuterinterview eines ungenannten Beamten stelle in seiner Gesamtheit nicht die Auffassung der Reagan-Administration dar. […] In gleicher Weise reagierte der Sprecher des Weißen Hauses, der erklärte, der ‚hohe Beamte sei nicht ermächtigt, für die Administration zu sprechen'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1156; Referat 204, Bd. 123312.

38 Vizeaußenminister.

39 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

40 Polnischer Vizeaußenminister.

PVAM: „Lebensmittel“ aus USA sind auf Osteuropa gerichtet!

BM: „Die aus Westasien auch.“

PAM: Wir sollten uns verständigen auf Begriff „Europa“ in Fragen der europäischen Sicherheit im Prinzip. Wenn es sich jedoch um konkrete Maßnahmen handele, dann müsse sich Anwendungsbereich von Maßnahmen bestimmen lassen. Er sehe darin eine gewisse Hilfe und Erleichterung. Die Gesamtzone der Sicherheit in Europa sei Europa, je nach Maßnahmen könnte jedoch durchaus an spezielle Zonen gedacht werden.

BM: Ein derartiges Verfahren kompliziere und erschwere die Situation. „Wir wollen Verhandlungen; je mehr Sie einführen (z. B. FBS), desto mehr komplizieren Sie die Angelegenheit und erhöhen den bestehenden Zeitdruck.“ Warum sei man nicht bereit, da voranzugehen und mit einfachen und einleuchtenden Regelungen Lösungen zu finden? „Die Verhandlungsmaterie ist schwierig genug. Wir müssen Lösungen finden, die auch verifizierbar und nicht nur vereinbart sind.“

PVAM: Man könne mit voller Überzeugung sagen, daß die von Breschnew eingeräumte Konzession sehr ernstgemeint sei. Er hätte es in seinen Träumen nicht erwartet, daß so etwas geschehen würde. Sowjetunion habe in informellen Papieren bis auf die Frage der Zonendefinition alle Punkte des französischen Vorschlagspakets berücksichtigt. Darüber sollte man jetzt verhandeln. Für Polen sei Madrid ein Test des guten Willens und der beiderseitigen Ansichten. Dazu sollten auch unsere beiden Delegationen in Madrid beitragen.

BM unterstreicht, er sei sich der Testfunktion von Madrid bewußt und habe sich entsprechend deutlich engagiert für den französischen Vorschlag und noch unter der vorangegangenen amerikanischen Administration für dessen Akzeptierung durch den früheren Außenminister Muskie und Präsident Carter gearbeitet. Auch er sei ein Protagonist.

„Aber: Eine breite Zustimmung wird nur auf der Grundlage des französischen Vorschlags möglich sein. Wenn die Sowjetunion zum prinzipiellen Ja zusätzlich Vorschläge macht, werden wir dazu Stellung nehmen.“ Ihm sei aufgefallen, daß es in Moskau Stimmen gebe, die sich in den Inhalt der Ausführungen von Breschnew nicht ohne weiteres einfügen. Die zusätzliche Einführung von FBS löse erneut Definitionsfragen, wie auch die Fragen nach östlichen FBS, aus. USA würden die ersten Pershing-Raketen 1983 stationieren. Ein Jahr, drei Monate seien seit Dezember-Beschlüssen[41] bereits verstrichen. Daher warne er dringend, die komplizierte Materie weiter zu komplizieren. Auch in der Innenpolitik könne man nicht alles auf einmal machen. Das Gleiche gelte in schwierigen außenpolitischen Problemen.

Auf Frage Bundesministers nach Bedeutung und Umfang gegenwärtiger Warschauer-Pakt-Manöver[42] erläutert *VAM:*

41 Korrigiert aus: „November-Beschlüssen“.

42 Zum geplanten Manöver „Sojuz 81“ des Warschauer Pakts vgl. Dok. 62, Anm. 29.
Am 18. März 1981 notierte Botschafter Ruth für Bundesminister Genscher, die USA hätten am 13. März 1981 im sowjetischen Außenministerium „Besorgnis über fortbestehende Unklarheit hinsichtlich der Zahl der an ‚Sojuz 81‘ beteiligten Truppen zum Ausdruck gebracht. In Anbetracht der angespannten politischen Lage legte der US-Geschäftsträger nahe, das Manöver anzumelden, auch wenn weniger als 25 000 Mann teilnähmen.“ Ruth schlug vor: „Der gegenwärtige Erkenntnisstand

– Es handelt sich um lange geplante, gewöhnliche, in Ausbildungsplänen vorgesehene Manöver in der Form von Stabsmanövern.
– Davon hat man die öffentliche internationale Meinung informiert[43], noch ehe diese Manöver begannen.
– Wir haben allen Gesprächspartnern sofort erklärt, daß, sofern Manöver nach den Bestimmungen der Helsinki-Schlußakte zu notifizieren seien, diese Notifikation offiziell und auf vorgesehenem Wege erfolgen und auch Beobachter eingeladen würden.
– Alle drei Elemente ließen erkennen, daß es sich nicht um Extramaßnahmen, nicht um gegen die Bestimmungen der Helsinki-Schlußakte gerichtete Übungen handele. Deswegen sei polnische Seite überrascht, daß in den Medien in diesem Zusammenhang Spekulationen politischer oder militärpolitischer Art angestellt worden seien.

BM: Was für Streitkräfte sind beteiligt, und in welchen Räumen finden die Manöver statt?

PVAM: Als Nicht-Militär ist mir die Antwort auf den zweiten Teil Ihrer Frage nicht bekannt. Die teilnehmenden Streitkräfte wurden in der Verlautbarung erwähnt: Sowjetunion, Polen, DDR, ČSSR.

BM: Wollen Sie noch Ausführungen zur Einschätzung der Entwicklung im Mittleren Osten, Irak, Iran, Afghanistan machen?

PVAM: Nur kurz, da wir noch eine Reihe bilateraler Fragen ansprechen wollen: Glaubt, daß die traditionelle Nahost-Frage an Bedeutung gewinnt im Zusammenhang mit den militärischen Entwicklungen im Iran/Irak[44] und im südasiatischen Raum; daß sie gleichzeitig an Bedeutung verliert parallel zur Lokkerung dieser Krisenlage. Erfahrung habe gezeigt, daß separate oder gar separatistische Lösungsmethoden nicht von Dauer seien. Dauerhafte Lösungen setzten eine Rückkehr zur Beteiligung aller interessierten Partner unter entsprechenden Garantien voraus, wie dies früher der Fall gewesen sei. Man beob-

Fortsetzung Fußnote von Seite 417
im Hinblick auf ‚Sojuz 81' und die Gleichzeitigkeit mit ‚WINTEX' legen eine vorsichtige Behandlung dieser Frage in Ihren Gesprächen in Warschau nahe. Andererseits wird sich das Thema ‚Sojuz 81' vermutlich kaum vermeiden lassen, wenn über die gegenwärtige Situation in Polen gesprochen wird. In diesem Fall könnten Sie darauf hinweisen, daß wir es in Anbetracht der angespannten politischen Lage und im Hinblick auf die gegenwärtige Diskussion über vertrauensbildende Maßnahmen in Madrid begrüßt hätten, wenn diese Übung entsprechend der Schlußakte von Helsinki notifiziert worden wäre, und zwar unabhängig von der Zahl der beteiligten Truppen." Vgl. VS-Bd. 11408 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

43 Brigadegeneral von Alvensleben, Moskau, berichtete am 11. März 1981, in der sowjetischen Tageszeitung „Krasnaja Swesda" vom selben Tag sei für die zweite Märzhälfte 1981 das Manöver „Sojuz 81" mit Ort und teilnehmenden Staaten angekündigt worden. Alvensleben führte dazu aus: „Art, Inhalt und Zeitpunkt der Information erwecken den Anschein, als wolle die UdSSR das Vorhaben als nicht unter die einschlägigen Kategorien der Helsinki-Schlußakte fallend betrachtet wissen. Die Absicht scheint zu sein, damit Druck auf Polen auszuüben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 982; Referat 221, Bd. 128672.

44 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 4, Anm. 17.
Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, Bagdad, teilte am 9. März 1981 mit: „Zusammenstöße zwischen irakischen und iranischen Formationen setzen sich – nach wie vor mit relativ geringer Heftigkeit – an allen Frontabschnitten fort. Neues Element ist Wiedereinsatz beider Luftwaffen". Bagdad sei teilweise für bis zu 20 Stunden täglich ohne Strom. Vgl. den Drahtbericht Nr. 180; Referat 311, Bd. 137668.

achte Erkundungsschritte der neuen amerikanischen Administration und frage sich, ob breitere Diskussion als Weg zur Lösung möglich erscheine.

Zur neuen Krise Iran/Irak: „Ereignisse haben gezeigt, daß kriegerische Lösung nicht möglich ist. Die Parteien werden aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gezwungen sein, andere Wege zu suchen." Entwicklung würde allerdings durch vorhandene innenpolitische Spannungen und Verhältnisse erheblich gehemmt, die sich auch lähmend auf außenpolitischen Spielraum auf beiden Seiten auswirkten.

Er habe den Eindruck, daß auch die Vermittlungsaktion der Sozialistischen Internationale unter Palme[45] auf Schwierigkeiten gestoßen und daher zwar nicht unterbrochen, aber doch immerhin vertagt worden sei. Es erscheine ihm wichtig, daß keine Seite etwas unternehme, was die politische Lage verschärfen könnte. Wo Impasse-Situationen auftreten, müsse auf Auflösung durch politische Regelungen hingewirkt werden.

Zur Krise in Südasien vertrat er die Auffassung, daß ein Aufgreifen der sowjetischen politischen Initiativen zur Golf- und zur Sicherheitsfrage in dieser Region sowie die Ausführungen Breschnews über die Sicherung des Transports und die Sicherheit in diesem Raum[46] günstige politische Einflüsse haben könnten.

Bilaterale Fragen

Kurz nach Eröffnung des Diskussionsabschnittes über bilaterale Fragen ziehen sich Minister Czyrek und Bundesminister zu weiterem Vier-Augen-Gespräch und anschließenden Besuchen[47] zurück. Die Verhandlungen werden unter Vorsitz von Vizeminister Dobrosielski auf der polnischen Seite und den Herren D 2 und D 4 auf unserer Seite fortgesetzt.

VAM *Dobrosielski* teilt einleitend die Auffassung von BM, Normalisierung diene nicht nur uns, sondern auch der Stabilisierung der Lage in Europa. Zum ersten Male in Nachkriegsgeschichte müssen unsere beiden Staaten für Stabilisierung in Europa zusammenwirken auf gemeinsamer KSZE-Grundlage. Wenn es zu etwas Schlechtem in Europa kommt, sind unsere beiden Völker am meisten davon betroffen. Deshalb müssen wir an Sicherheit und Zusammenarbeit mitwirken.

Wir müssen auf der Grundlage des Vertrags von 1970[48] stehen und Buchsta-

45 Zu den Vermittlungsbemühungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Palme als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim vgl. Dok. 32, Anm. 9.

46 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. Dezember 1980 in Neu Delhi; Dok. 28, Anm. 14.
Vgl. dazu ferner seine Ausführungen auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 746 f.

47 Bundesminister Genscher führte am 20. März 1981 zwischen 11 Uhr und 12.50 Uhr ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Kania. Vgl. Anm. 56.
Zwischen 13 Uhr und 14 Uhr fand ein Gespräch mit Staatsratsvorsitzendem Jabłoński statt. Themen waren die innenpolitische Lage in Polen und die Haltung der Bundesrepublik, die bilateralen kulturellen Beziehungen, insbesondere der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 12. Februar 1981 zur Darstellung Deutschlands in Atlanten, die Rolle Preußens in der Geschichte sowie die Stellung der katholischen Kirche in Polen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132947.
Von 15 Uhr bis 17.45 Uhr sprach Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski. Vgl. Dok. 80.

48 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

ben und Geist verwirklichen. Einerseits sehen wir viele Fortschritte; andererseits sehen wir aber auch, daß in der BRD Versuche unternommen werden, um diesen Vertrag in Frage zu stellen oder zu relativieren, Interpretationen zu geben, die mit dessen Buchstaben und Geist nicht zu vereinbaren sind.

Nur einige Beispiele:

1) Gesetzgebung in Bundesrepublik Deutschland

In vielen Fällen entspricht diese Gesetzgebung nicht den Bestimmungen des Vertrages und nicht einmal der konkreten Wirklichkeit in Europa. Gesetzgebung muß Impulse für positive Entwicklung geben, muß Rahmen für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit sein.

2) BVG- und BSG-Entscheidungen[49] und Schriftsatz des BMAS[50] hierzu.

3) KMK-Beschluß vom 12.2.81 über Darstellung der Grenzen in Atlanten[51] steht zu Vertrag und zum Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit[52] in Widerspruch. Die Tatsache, daß ein solcher Beschluß zehn Jahre nach Abschluß des Vertrages möglich war, und der Zeitpunkt seiner Verabschiedung geben zu Besorgnis und Befürchtungen Anlaß, die wir in Demarchen in Warschau und Bonn[53] unterstrichen haben. Uns scheint, daß Beschluß weder dem Prozeß der Normalisierung dient, noch als Schritt zu Entspannung und Stabilisierung in Europa gewertet werden kann. Hoffen, daß Beschluß nicht in Kraft tritt, daß Bundesregierung Mittel und Wege finden wird, dies zu verhindern und klare Stellungnahme gibt.

Wir verfolgen genau, wie sich öffentliche Meinung, Regierung, politische Parteien und Wirtschaftskreise damit beschäftigen, wie sich Lage in unserem Land

49 Referat 513 erläuterte am 25. Februar 1981 zum Abkommen vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Renten- und Unfallversicherung, Grund für polnische Beschwerden sei dessen Artikel 16, der den bis April 1976 erworbenen Besitzstand für Rentenempfänger bewahren sollte. Seit den 50er Jahren sei nach den Gesetzen der Bundesrepublik eine Zahlung von Renten in die DDR, die Oder-Neiße-Gebiete oder Ostpreußen nicht möglich, „da diese Gebiete rentenrechtlich nicht unter den Begriff ‚Ausland' fallen". Dies habe zur Folge, daß einzelne Renten nach Zentralpolen gezahlt würden, nicht jedoch in Oder-Neiße-Gebiete: „Diese Praxis war zur Zeit der Vertragsverhandlungen strittig, ist durch die Bundessozialgerichtsbarkeit und das Bundesverfassungsgericht zwischenzeitlich jedoch bestätigt worden." Polen sehe darin einen Verstoß gegen den Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970. Vgl. B 85 (Referat 513), Bd. 1672.
Für den Wortlaut der Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 30. September 1976 vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESSOZIALGERICHTS, Bd. 42, S. 249–252.
Für den Wortlaut der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 1980 vgl. ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS, Bd. 53, S. 164–185.

50 Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

51 Korrigiert aus: „11.2.81".
Zum Beschluß der Kultusministerkonferenz der Länder vom 12. Februar 1981 über die „Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht" vgl. Dok. 77, Anm. 36.

52 Für den Wortlaut des Abkommens vom 11. Juni 1976 zwischen der Bundesrepublik und Polen über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1977, Teil II, S. 1490 f.

53 Referat 210 notierte am 17. März 1981: „Am 4.3.1981 sprach der polnische Botschafter bei StS van Well vor und protestierte unter Überlassung eines Non-papers […]. Ein gleichlautender Protest wurde vom polnischen Vizeaußenminister gegenüber unserem Geschäftsträger in Warschau vorgebracht. Die polnischen Vorwürfe richten sich insbesondere gegen die Darstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen vom 31. Dezember 1937. Die Grundsätze der KMK stünden im Widerspruch zum Warschauer Vertrag, verletzten das Völkerrecht, seien mit der Schlußakte der KSZE unvereinbar und berücksichtigten nicht die Empfehlungen der Gemeinsamen Schulbuchkommission." Vgl. Referat 214, Bd. 132834.

entwickelt. Wir schätzen sehr, was VK BM Genscher in Tischrede (am 19.3.[54]) gesagt hat. Sein Unterstreichen der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten schätzen wir sehr. Probleme, die bei uns bestehen, sind durch Polen geschaffen und müssen durch Polen allein gelöst werden. Jeder Versuch der Einmischung stört den Prozeß der Stabilität und der positiven Entwicklung der Lage in Polen. Wir wissen, daß Bundesregierung und Bundesrepublik Deutschland großen Einfluß auf ihre Verbündeten haben, und wir hoffen, daß sie ihren Einfluß geltend machen, damit auch diese ihre Versuche der Einmischung einstellen werden. Dies bezieht sich nicht auf die Bundesregierung, deren Äußerungen klar sind. In Berichterstattung der westlichen Presse – auch der BRD – über die Entwicklung in Polen besteht jedoch vielfach ein Zerrbild. Stellungnahme der Regierung kann beeinflussen, daß objektiv berichtet wird. Alle Versuche, uns und der Welt einzureden, daß SU versucht, in Polen zu intervenieren, insbesondere gesamte Berichterstattung über militärische Frage, sind sehr schädlich sowohl für die Beziehungen Polens innerhalb der Allianz wie für die positive Entwicklung der Lage in Polen – vor allem schädlich, weil es nicht wahr ist.

Wir betrachten Situation mit viel Geduld und alle Gewerkschaften als echte Partner. Nur gemeinsam könne Krise gelöst werden. Neuer Prozeß in Polen: Sowohl Regierung als auch Gewerkschaften müssen lernen, miteinander zu verhandeln und sich gegenseitig zu schätzen. In Solidarność sind Leute guten Willens, aber auch viele mit der Tendenz, die mit Normalisierung nichts gemeinsam haben, ausgesprochen antisozialistische Kräfte, die zur Konfrontation drängen und Fundamente der gesellschaftlichen Ordnung und Allianzen angreifen. Polen als souveräner und unabhängiger Staat kann nur als sozialistischer Staat existieren. Wer das nicht begreift, wirkt gegen seine vitalen nationalen Interessen. Jede Einmischung – ich spreche nicht von der Regierung – kompliziert die Lage in Polen und Europa.

PVAM: Über wirtschaftliche Fragen wurde bereits unter vier Augen gesprochen. Herr D 4 wird noch Gespräch mit Herrn Długosz[55] haben.

Herr Kania wird BM über innere Situation unterrichten.[56] Er selbst möchte darauf hinweisen, daß

54 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher anläßlich eines Abendessens in Jabłonna vgl. BULLETIN 1981, S. 248 f.

55 Ministerialdirektor Fischer sprach am 20. März 1981 in Warschau mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der Planungskommission beim polnischen Ministerrat, Długosz. Botschafter Negwer, Warschau, berichtete dazu am 21. März 1981: „Ohne auf Pariser Umschuldungsgespräche im einzelnen einzugehen, betonte Długosz eindringlich, daß für Polen jetzt jeder Tag zähle. Westen könne sich gar nicht vorstellen, wie schwierig Situation Polens sei. Wenn bei Pariser Gesprächen nicht bald Lösung erzielt werde, bestehe Gefahr ‚technischer Reaktionen' […]. Gemeint war […] offensichtlich eine vorübergehende, offenkundig werdende Zahlungsunfähigkeit Polens." Industrie und Außenhandel seien zurückgegangen. Długosz habe weitere Lebensmittelrationierungen angekündigt und erklärt, daß Nahrungsmittelimporte Vorrang besäßen: „Ostblock helfe, SU habe sogar Hartwährungsgarant von 400 Mio. Dollar gegeben, das nicht zurückgezahlt werden brauche. Möglichkeiten östlicher Partner seien aber angesichts deren eigener Schwierigkeiten begrenzt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 418; Referat 141257.

56 Bundesminister Genscher führte am 20. März 1981 zwischen 11 Uhr und 12.50 Uhr ein Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Kania. Dieser führte zur innenpolitischen Situation aus: „Es seien Fehler in der Verwaltung der Wirtschaft, in der gewählten Richtung und auch in der Planung gemacht worden. All diese Fehler müßten konsequent beseitigt werden. Polen habe hierzu

– Land weiter in großer Krise steckt;
– Ursachen vor allem wirtschaftlich, die sich jedoch politisch auswirken, und zwar negativ, wenn allgemeine Lage schlecht ist;
– Stabilisierung hätte man hier schneller erwartet.

*D4 (*MD *Fischer)*: Wir sehen Möglichkeiten und Chancen der Zusammenarbeit in allen drei Körben der KSZE. Ende ohne konkrete Ergebnisse in Madrid – wie in Belgrad[57] – wäre sehr bedauerlich. Wir wollen Madrider Konferenz mit neuen positiven Ergebnissen in ausgewogener Form beenden. Ergebnis ist in allen drei Körben erforderlich. Es liegt uns viel an Ausschöpfung des Vertrages von 1970. Wir sind fern davon, irgend etwas in Frage zu stellen.

Es ist nicht richtig zu sagen, unsere Gesetzgebung sei falsch. Gesetzgebung trägt unserer Verfassungswirklichkeit Rechnung. Schade im Interesse der Verständigung, wenn Fragen wie KMK-Beschluß in den Vordergrund gestellt werden. KMK-Beschluß noch schwebendes Verfahren.

Wir sind einig in der Frage der Nicht-Einmischung. Nicht-Einmischung in Angelegenheiten aller Staaten ist Grundaxiom unserer Politik. Hintergrundpapier von Washington besagt genau, was Sie hier ausgeführt haben.

Presse bei uns ist, wie Sie wissen, unabhängig. Aber je mehr Journalisten in Ihr Land kommen, um so besser können sie die Lage beurteilen, um so besser wird die Berichterstattung. Was eine mögliche Intervention anbetrifft: Wir gehören zu denen, die friedliche Weiterentwicklung in diesem Lande wollen. Niemand kann Garantien übernehmen, daß es so verlaufen wird.

Zu Wirtschaftsfragen: Auch die deutsche Wirtschaft sei von Ölpreiserhöhungen erheblich betroffen: Die Leistungsbilanz habe sich von einem Überschuß von 18 Mrd. DM 1978 zu einem Defizit von 28 Mrd. DM 1980 verändert. Für 1981 werde ein Null-Wachstum nicht mehr ausgeschlossen. Die deutsche Wirtschaft befinde sich in einem Umstellungs- und Anpassungsprozeß, der mehrere Jahre dauern werde.

*D2 (*MD *Pfeffer)* erklärte im Anschluß folgendes: BM habe bereits ausgeführt, daß wir Fortsetzung des KSZE-Prozesses und der Bemühungen um Rüstungskontrolle wünschten. Wir unterstützten Gipfeltreffen und seien in diesem Sinne auch bei unseren europäischen Verbündeten aktiv. BM habe darauf hinge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 421

ein Konzept erarbeitet: nämlich eine weitgehende Wirtschaftsreform, die bald verwirklicht werden solle. Das Wesentliche dieser Wirtschaftsreform sei, daß für die Entscheidungen der Unternehmen Wirtschaftskriterien eingeführt werden sollen und daß eine weiter gehende Selbständigkeit der Produktionseinheiten erlangt werden solle. […] Das Wichtigste sei es nun, das wirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Man müsse Angebot und Nachfrage in Betracht ziehen sowie die Frage der im Lande vorhandenen Geldmittel. Die Regierung sei durch die Forderungen der Gewerkschaften stark unter Druck gesetzt worden und habe sich dadurch zu hohen Zahlungen verpflichtet gesehen, die gegen jegliche wirtschaftliche Vernunft beschlossen wurden. […] Seine Regierung sei fest entschlossen, alle Schwierigkeiten auf politischem Wege, d. h. auf dem Wege der Verständigung, zu lösen. […] Die Regierung sei entschlossen, die sozialistische Struktur zu wahren und durch die Nutzung aller demokratischen Formen auszubauen." Die polnische Regierung bemühe sich um gute Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften: „Eine natürliche Grenze der Möglichkeiten sei dort gesetzt, wo das System der sozialistischen Demokratie bedroht werde." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14094 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

57 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

wiesen, daß konkrete, substantielle, nicht zu komplizierte Vorschläge Aussicht auf Erfolg böten.

Zum bilateralen Verhältnis sei folgendes zu sagen: Der Warschauer Vertrag habe sich in den zehn Jahren seit seiner Unterzeichnung als dauerhafte Grundlage für die Entwicklung der Beziehungen bewährt. Auf dieser Basis seien die Beziehungen stetiger, vertrauensvoller und enger geworden. Dadurch werde die Stabilität in Europa gefestigt.

Wir werteten die Tätigkeit des Deutsch-Polnischen Forums – im einzelnen – sehr positiv. Auch die kirchlichen Kontakte hätten große Bedeutung für die Aussöhnung zwischen den beiden Völkern. Gleiches gelte für die deutsch-polnischen Städtepartnerschaften, Begegnungen der Gewerkschaften und der Jugendorganisationen.

Zentral wichtig seien die unmittelbaren Beziehungen zwischen den Menschen. Wir begrüßten, daß 1980 der Reiseverkehr aus Polen in die Bundesrepublik Deutschland angestiegen sei (284 000 gegenüber 202 000 im Jahre 1979). Dagegen sei der Reiseverkehr aus der Bundesrepublik nach Polen leider etwas zurückgegangen. Wir bedauerten, daß die polnische Regierung den Pflichtumtauschsatz für Reisende von DM 30,- auf DM 40,- täglich erhöht und die Altersgrenze für Jugendliche mit ermäßigtem Pflichtumtausch gesenkt habe.[58]

PVAM habe die polnischen Gravamina angesprochen. Wir wollten das politische Gewicht dieser Kontroversen nicht überbewerten. Zu einigen Punkten habe sich der BM im Vier-Augen-Gespräch geäußert. Es komme darauf an, nach vorne zu sehen.

Wir wünschten in diesem Zusammenhang, daß der Kulturaustausch von allen staatlichen Stellen gefördert werde, insbesondere auch durch die Errichtung von Kultur-Instituten in beiden Staaten.

Auch bäten wir dringend darum, daß die Grundstücksfrage für die Deutsche Botschaft in Warschau bald durch ein angemessenes Angebot gefördert würde. Wir erinnerten an den Grundsatz der Reziprozität.[59]

58 Amtsrat Böcker notierte am 9. April 1981 auf einer Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Heinemann vom Vortag: „Über die angebliche Erhöhung des Pflichtumtausches von 30 DM auf 40 DM ist weder der polnischen Botschaft in Köln noch der deutschen Botschaft in Warschau etwas bekannt. Botschaft Warschau erteilte auf fernmündliche Anfrage die Auskunft, daß auch das P[olnische]A[ußen-]M[inisterium] von der angeblichen Erhöhung von 30 DM auf 40 DM nichts wisse. (Vgl. Erklärung D 2 lt. Niederschrift über Plenargespräche bei Besuch BM Genscher in Warschau am 19.3. auf S. 19.)“ Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1339.

59 Vortragender Legationsrat I. Klasse Trefftz wies am 4. März 1981 darauf hin, daß die Unterbringung der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau in vier verschiedenen Gebäuden, davon drei angemietet, „unzumutbare Bedingungen für Personal und Besucher“ bedeute. Abhilfe sei nur durch einen Botschaftsneubau möglich: „Die Bemühungen, mit der polnischen Seite zu einer Vereinbarung über eine gegenseitige Überlassung von Grundstücken für Neubauzwecke zu gelangen, dauern nunmehr länger als acht Jahre.“ Die Bundesregierung halte ein Grundstück in Bonn-Bad Godesberg bereit, das nach Größe und Lage „optimal“ sei: „Die polnische Regierung hat zwar einige Grundstücke in Warschau angeboten, die aber für unsere Zwecke ungeeignet waren.“ Obwohl das Thema durch Bundeskanzler Schmidt 1977 und 1979 angesprochen worden sei, liege kein neues Grundstücksangebot vor. Dieses zögerliche Verhalten der polnischen Regierung habe „auch politische Qualität. Wie in allen sozialistischen Staaten ist die Art der Unterbringung der deutschen Botschaft mittelbar Ausdruck dafür, welchen Rang die polnische Regierung den Beziehungen zur Bundesrepublik zumißt.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132950.

(Bei Mittagessen auf Einladung Dobrosielskis zusammen mit D 4 hat D 2 noch einmal die Grundstücksfrage angesprochen und die Angebote (vom 19. März) als unzureichend bezeichnet. PVAM versprach, sich der Sache persönlich anzunehmen.)

Den Bemerkungen PVAMs zur Nichteinmischung stimmten wir voll zu. Die Schwierigkeiten in Polen müßten von Polen selbst gelöst werden. Wir hielten uns an diesen Grundsatz (Völkerrecht und Schlußakte von Helsinki). Wir hofften, daß PVAM recht habe, wenn er eine sowjetische Intervention ausschließe, und wünschten allen „patriotisch denkenden Kräften in Polen" (so Dobrosielski) Glück bei der Bewältigung der Krise.

PVAM nannte drei Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen, die auf der Ebene von Arbeitsgruppen „neben Kontakten auf diplomatischer Ebene" gelöst werden könnten, um damit den Normalisierungsprozeß beschleunigt fortzusetzen:

– Rentenabkommen[60],
– konsularrechtliche Fragen[61],
– Durchführungsprogramm zum Kulturabkommen.

Polnische Seite sei bereit, über alle Fragen – unkomplizierte, aber auch schwierige – zu sprechen. Die polnische Regierung wolle die Normalisierung. In der jetzt erreichten Etappe der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen könnten Hindernisse, die einer weiteren Normalisierung im Wege stünden, beseitigt werden.

*D 2 (*MD Dr. *Pfeffer)* stellte die Frage, ob von ihm vorgeschlagene Arbeitsgruppen zusätzlich zu bereits bestehenden periodischen Konsultationen in RK- und Ku-Angelegenheiten[62] eingesetzt werden sollten.

PVAM erklärte, sie seien nicht für zu sehr institutionalisierte Mechanismen; vielmehr sollten diese drei Fragen „ad hoc" von Arbeitsgruppen gelöst werden.

Durchführungsprogramm zum Kulturabkommen

Auf den Hinweis, daß das Thema Verhandlungen über das Durchführungsprogramm bereits in den Gesprächen van Well – Chyliński[63] angesprochen worden

60 Für den Wortlaut des Abkommens vom 9. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Renten- und Unfallversicherung und der dazugehörigen Vereinbarung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 396–402.

61 Referat 502 notierte am 5. März 1981: „Bisher haben zweimal Konsularkonsultationen mit Polen stattgefunden, im Dezember 1978 in Bonn, im September 1980 in Warschau. Die polnische Seite hielt dabei an ihrer Forderung nach Abschluß von Verträgen – Konsularvertrag, Rechtshilfevertrag, Vertrag über die Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen – fest. Wir bezeichneten solche Vertragsverhandlungen solange nicht als realistisch, wie nicht die Staatsangehörigkeitsproblematik und die Frage der Einbeziehung Berlins geregelt seien. Wir begründeten eingehend, daß wir es für sinnvoller hielten, praktische Regelungen zur Verbesserung der konsularischen Arbeit anzustreben, und erörterten Einzelfragen, z. B. Problematik des Rechtshilfeverkehrs; Fragen der Inhaftierung deutscher Staatsangehöriger […]; Frage der konsularischen Betreuung von in Berlin (West) wohnhaften deutschen Staatsangehörigen; Einzelaspekte des Reiseverkehrs. Die nächsten Konsultationen sind für Frühjahr 1982 in Bonn vorgesehen." Vgl. B 81 (Referat 502), Bd. 1040.

62 Rechts- und Konsular- und Kulturangelegenheiten.

63 Staatssekretär van Well führte am 17. November 1980 ein Gespräch mit dem polnischen Botschafter Chyliński. Vortragender Legationsrat Scheel teilte der Botschaft in Warschau dazu am 18. No-

sei und wir auf eine polnische Einladung warteten, wurde eine Einladung mit dem Bemerken in Aussicht gestellt, man hoffe, daß „eine gewisse Bewegung in bestimmten Positionen“ stattfinde.

Einrichtung von Kulturinstituten

Polnische Seite betonte mehrmals, daß die Zeit dafür noch nicht reif sei. Auf den Einwurf von MD *Pfeffer*, was denn heute anders als 1976 sei, als die polnische Seite ihre grundsätzliche Bereitschaft für die Einrichtung von Kulturinstituten erklärte habe[64], betonte VAM *Dobrosielski*, damals, kurz nach 1975, als noch Euphorie über Helsinki herrschte, schien es, als sei die Zeit reif. Inzwischen habe sich die internationale Lage geändert. Leider könne man die heutige Lage nicht mit 1976 vergleichen.

Man müsse auch an die öffentliche Meinung denken, die es nicht nur in westlichen Ländern gebe. Polen befinde sich in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Lage. Wenn man da ein Kulturinstitut eröffne, würden viele Leute glauben, das geschehe unter Druck. Das sei nicht die Meinung der Regierung, aber man müsse Rücksicht auf Emotionen nehmen. Es müsse der öffentlichen Meinung bewußt gemacht werden, daß beide Staaten souverän seien und kein Druck ausgeübt werde. Man wolle keine neuen emotionellen Probleme schaffen. Auch die deutsche Seite gehe in vielen Fällen für Polen schmerzlich langsam voran.

Der Hinweis von MD Pfeffer, bei materiellen Schwierigkeiten könne man mit der Einrichtung von Bibliotheken beginnen, wurde mit dem Bemerken beantwortet, Bibliotheken gebe es in Polen schon viele. Über Reziprozität zu sprechen, würde die Sache sehr komplizieren, weil man dann in allen Fragen wie z. B. Sprache, Herausgabe von Büchern so verfahren müßte.

Man solle als ersten Schritt über das Durchführungsprogramm sprechen. Die polnische Seite hoffe auf Fortschreiten des Normalisierungsprozesses und auf Stabilisierung, dann könne man bald auf die Frage der Kulturinstitute zurückkommen.

D 2 erinnert an weiter ausstehende Einigung in der Frage des Austausches von Grundstücken für Botschaftsneubauten in Warschau und Bonn-Bad Godesberg und betont Wunsch nach baldiger befriedigender Lösung.

Auch die der Botschaft am 19. März übermittelten zwei Angebote seien noch ungeeigneter als die bisherigen, bereits zu früherem Zeitpunkt abgelehnten Objekte.

PVAM nahm dies zur Kenntnis und betonte auch polnisches Interesse an baldiger Lösung. Man werde Frage mit Botschaft weiter verfolgen.

PVAM schloß Sitzung um 11.45 Uhr mit Dank und Feststellung, daß Gespräche „voll dem Geist und Buchstaben des Vertrages entsprochen“ hätten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 424

vember 1980 mit, van Well habe ausgeführt, daß eine weitere Sitzung der Kulturkommission in Warschau „ins Auge gefaßt werden“ sollte. Chyliński habe erklärt: „Er sei für Fortsetzung des Dialogs.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 542/543; Referat 214, Bd. 132944.

64 Vgl. dazu das deutsch-polnische Regierungsgespräch am 9. Juni 1976; AAPD 1976, I, Dok. 181.

D 2 dankte im Namen der deutschen Delegation und würdigte ebenfalls gute, sachliche und aufrichtige Gesprächsatmosphäre.[65]

Referat 214, Bd. 132947

79

Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-2312/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 461
Citissime

Aufgabe: 19. März 1981, 21.30 Uhr[1]
Ankunft: 19. März 1981, 22.11 Uhr

KSZE-Verteiler, Warschau: Bitte Herrn BM vorlegen[2]

Delegationsbericht Nr. 420

Betr.: Stand und Aussichten des Madrider KSZE-Folgetreffens

1) Die Verhandlungen über ein Schlußdokument des Madrider Treffens stecken in einer Sackgasse, und dies acht Wochen nach Beginn der Redaktionsphase und zwei Wochen nach Verstreichen des Zieldatums für das Ende des Treffens. In den für uns entscheidenden Körben herrscht Stillstand, da die Sowjetunion ihre Verhandlungsbemühungen darauf konzentriert, westliche Kompensationen für Breschnews „Entgegenkommen" beim geographischen Parameter für VBM[3] herauszuschlagen. Solange sich in dem Kernbereich der militärischen Sicherheit kein Durchbruch abzeichnet, bremst die SU Fortschritte bei allen restlichen, dem Westen wichtigen Themen (Menschenrechte, menschliche Kontakte, Information). Außerdem setzt die SU als Mittel der Erpressung wieder offen die Drohung ein: Ohne Einberufung einer Abrüstungskonferenz keine Einigung über Ort und Datum eines weiteren KSZE-Folgetreffens.

65 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Frage deutscher Kriegsgräber in Polen und Möglichkeiten einer Kontaktaufnahme des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Vier-Augen-Gespräch mit PVAM durch Herrn D 2 angesprochen."

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 20. März 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Ritter von Wagner und Legationsrat Mützelburg verfügte und handschriftlich für Referat 221 vermerkte: „Wie sah Ihre Weisung aus?"
Hat Holik am 23. März 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Delegation erhält keine Weisungen zu Einzelfragen. Zur Dauer des Folgetreffens ist unsere Linie in einem von StS gebilligten Plurex von 212 festgelegt, zu den Substanzfragen eines KAE-Mandats in unserer Aufz[eichnung] v. 5.2.81 (von BM gebilligt, dem Ref. 220 bekannt)."

2 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

3 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

Alle Problemlinien des Madrider Treffens laufen beim Fluchtpunkt der Kernfrage zusammen: Wie groß ist das sowjetische Interesse an der von ihr betriebenen „Konferenz über hier: militärische Entspannung und Abrüstung“?[4] Ist es so groß, daß sie dafür einen Preis zahlen wird, wie der Westen ihn von ihr verlangt[5]:

– Annahme der vier VBM-Kriterien, insbesondere des gesamteuropäischen Anwendungsbereichs ohne westliche Kompensationen,
– ein ausgewogenes Abschlußergebnis, d.h. ebenfalls[6] Fortschritte bei den Menschenrechten, menschlichen Kontakten und Information,
– Zustimmung zum weiteren KSZE-Follow-up?

Wieweit kann der Westen das sowjetische Interesse an der europäischen Abrüstungskonferenz dafür einsetzen, um die eigenen Ziele durchzusetzen – ähnlich wie der Westen in Genf 1974/75[7] den sowjetischen Wunsch eines Gipfeltreffens ausnutzen konnte, um die Schlußakte[8] auszuhandeln? Für die Interpretation, daß die Sowjetunion der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung einen hohen Wert beimißt, spricht das bisherige sowjetische Verhalten: Die SU hat dem Zusammentreten des Madrider Treffens trotz der Warnschüsse während des Vorbereitungstreffens[9] schließlich zugestimmt. Sie hat die für sie unerfreuliche Implementierungsdebatte hingenommen und sie ist mit der Breschnew-Rede auf die westliche Bedingung des geographischen Anwendungsbereichs – wenn auch unklar konditioniert – eingegangen. Die sowjetische Politik betrachtet das Konferenzprojekt offensichtlich als ein wichtiges Instrument, um zu beweisen, daß trotz Afghanistan[10] der Entspannungsprozeß in ihrem Sinn weitergeführt wird, und um die Verteidigungsanstrengungen in westeuropäischen Schlüsselländern zu beeinflussen.

2) Je länger selbst die Konturen eines Madrider Schlußdokuments ungewiß bleiben, desto bedrängender[11] wird die Frage nach der weiteren Dauer des Madrider Treffens.

Die Gefahren eines unbefristeten Hinschleppens von möglicherweise fruchtlosen Redaktionsverhandlungen liegen auf der Hand:

– Verschlechterung des Konferenzklimas,
– Gefährdung der Glaubwürdigkeit des KSZE-Prozesses,
– zunehmende Sicherheits-Lastigkeit des Madrider Treffens,

4 So in der Vorlage.
5 Der Passus „daß sie dafür … von ihr verlangt“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M.E. ja.“
6 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron handschriftlich: „kleine“.
7 Vom 18. September 1973 bis 21. Juli 1975 fand in Genf die zweite Phase der KSZE (Kommissionsphase) statt.
8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.
9 Das Vorbereitungstreffen für die zweite KSZE-Folgekonferenz fand vom 9. September bis 11. November 1980 in Madrid statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 299.
10 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.
11 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

– wachsende Unausgeglichenheit der ursprünglich ausgewogenen Zeitverteilung zwischen Implementierungsdebatte und Prüfung weiterführender Vorschläge,
– Risiko der Erosion der festen Haltung und des Zusammenhalts des Westens,
– Belastungen im bislang harmonischen Verhältnis des Westens zu den N+N-Staaten.

Sowjetischem Verhandlungsstil und dem Großmachtanspruch der SU, welcher einen Rückzug von einmal eingenommenen Verhandlungspositionen nur bei der Möglichkeit der Gesichtswahrung zuläßt, würde es zwar entsprechen, wenn sich die SU auf eine lange Dauer einrichtete. Andererseits muß auch der Osten sich vor einer Zuspitzung der Konferenzatmosphäre vorsehen. Auch ihm kann an einer Verschleppung in Madrid nicht gelegen sein, wenn er eine baldige Einberufung einer Abrüstungskonferenz wünscht. Von diesem Forum aus erwartet sie, auf die Nachrüstungsdiskussion in einigen westeuropäischen Ländern einwirken zu können. Auch um den Dialog mit der neuen amerikanischen Administration, wie gewünscht, anzuknüpfen, muß die SU vermeiden, in Madrid den Eindruck eines destruktiven Verhandlungspartners zu hinterlassen.[12]

Nach Ansicht der meisten westlichen und mancher N+N-Delegationen wäre Ostern[13] eine „natürliche Zeitgrenze“, über die hinaus das Madrider Treffen nicht verlängert[14] werden sollte.

3) Da erfahrungsgemäß Verhandlungsdurchbrüche ohne eine vereinbarte „letzte Minute“ kaum zu erzielen sind, gewinnt unter den westlichen Delegationen der Gedanke an Boden, dem Osten die Vereinbarung eines festen Enddatums vorzuschlagen. Als Stichtag käme dafür das Ende der zweiten oder dritten Woche nach einer kürzeren Osterpause in Betracht, der zu verabreden wäre, wenn bis zu einem neuen Zieldatum vor Ostern, etwa dem 10.4., kein Ergebnis erreicht wird. Die Festlegung eines festen Enddatums birgt zwar die Gefahr in sich, daß die SU versuchen könnte, den Westen zu erpressen[15], indem sie bei Erreichen des Enddatums die Festlegung von Ort und Datum des nächsten Folgetreffens verweigert. Wenn jedoch unsere Prämisse richtig ist, daß auch die SU ein beträchtliches Eigeninteresse an der Kontinuität des KSZE-Prozesses hat (für die SU ist die KSZE ein Kind Breschnews[16], Visitenkarte für eigene Kooperationswilligkeit, Vehikel für „militärische Entspannung“), sollte es uns möglich sein, gelassen eine solche Drohung auszusitzen.[17]

12 Der Passus „amerikanischen Administration … zu hinterlassen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron durch Ausrufezeichen hervorgehoben.
13 19./20. April 1981.
14 Die Wörter „nicht verlängert“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.
15 Die Wörter „versuchen“ und „zu erpressen“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Ja.“
16 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 29. März 1966 für eine Europäische Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 27, Anm. 16.
17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze teilte der KSZE-Delegation in Madrid am 23. März 1981 mit: „Wenn es richtig ist, daß die Sowjetunion die KAE unbedingt will (und nur unter dieser Prämisse wird es überhaupt Fortschritte in Madrid geben), dann wird sie sie auch bald wollen, weil sie den von ihr erhofften Propagandaeffekt einer solchen Konferenz gegen den Nachrüstungsbeschluß bald brauchen würde. Dem entspricht es, daß der in Madrid eingereichte Konferenzvorschlag Po-

4) Mit Blick auf die Eventualität, daß das Madrider Treffen sich auf ein KAE-Mandat und insbesondere auf die Kriterien nicht wird einigen können, finden verschiedene westliche und N+N-Delegationsleiter wachsend Gefallen an der Idee eines exploratorischen Expertentreffens. Ein solches, auf höchstens sechs Wochen begrenztes Treffen hätte die Verabschiedung eines KAE-Mandats durch das nächste KSZE-Folgetreffen vorzubereiten. Die Vorteile dieses Auswegs wären:

– Als Ausgleich zu diesem Ergebnis bei der militärischen Sicherheit könnte der Westen auf ausgewogene Aussagen in den übrigen Körben bestehen.
– Das nächste Folgetreffen nach eher kurzer Pause wäre gesichert.
– Der Westen könnte weiter die Zustimmung zu den vier Kriterien als Voraussetzung für eine KAE verlangen.
– Die zu erwartende östliche Kampagne zugunsten einer Abrüstungskonferenz bliebe im KSZE-Rahmen kanalisiert.

Die Delegationsleiter sind sich dessen bewußt, daß einige ihrer Regierungen diesem Gedanken gegenüber noch Bedenken entgegenbringen (z. B. USA, F und wir).

5) Mit Blick auf die offenen Fragen einer Beendigung des Folgetreffens in Madrid bedürfen die Delegationen politischer Richtlinien in einigen Schlüsselfragen. Sie verdienen, auf dem Europäischen Rat in Maastricht am 23.3.[18] erörtert zu werden.

– Wollen wir auch über Ostern andauern lassen; und wenn, wie lange?
– Sind wir bereit, einen Beschluß mitzutragen, der die Fixierung eines festen Enddatums vorsähe? Wären wir dann auch bereit, eine sowjetische – von uns als Bluff beurteilte – Drohung, die Festlegung von Ort und Datum eines nächsten Folgetreffens zu verweigern, durchzusitzen?
– Könnten wir den Gedanken eines exploratorischen Expertentreffens als Ausweg für den Fall der Nicht-Einigung auf ein KAE-Mandat aufgreifen?[19]

[gez.] Kastl

VS-Bd. 11271 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 428

lens, d. h. der Sowjetunion, den Beginn der KAE auf den 1. Oktober 1981 setzt." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1573; Referat 212, Bd. 133388.

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze teilte der KSZE-Delegation in Madrid am 23. März 1981 mit: „a) Chancen für ein substantielles Schlußdokument in Madrid sind nicht auszuschließen. Aufgabe westlicher Verhandlungsführung sollte es sein, sie in harten Verhandlungen zäh und geduldig auszuloten. Der Zeitfaktor ist dieser Aufgabe unterzuordnen. Mit Überlegungen, wie lange das Treffen dauern soll, schaden sich die westlichen Delegationen: Sie werden bekannt und indizieren dem Osten den Zeitpunkt, bis zu dem er mauern kann. b) Von diesen internen westlichen Überlegungen ist zu unterscheiden ein Beschluß, der ein festes Enddatum fixiert. Er bedarf des Konsenses. Sein Zustandekommen ist unwahrscheinlich. Da aber die Mehrheit der westlichen Delegationen (einschließlich USA und Frankreich) einen solchen Versuch unternehmen will, sollten wir uns trotz unserer Bedenken nicht widersetzen. c) Ein exploratorisches Expertentreffen über Fragen der KAE sollte der Westen nicht betreiben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1573; Referat 212, Bd. 133388.

80

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski in Warschau

105-15.A/81 VS-vertraulich **20. März 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, General Jaruzelski, am 20.3.81 um 15.00 Uhr in Warschau[2];

hier: Dolmetscheraufzeichnung

In dem Gespräch, an dem auch der Außenminister der VR Polen, J. Czyrek, der Botschafter der VR Polen in der Bundesrepublik Deutschland, Herr Chyliński, und der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau, Dr. G. Negwer, teilnahmen, betonte Ministerpräsident *Jaruzelski*, welche Bedeutung der Besuch von BAM Genscher für die Annäherung der Standpunkte beider Länder habe. Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Stanisław Kania, habe ihn bereits über sein mit BAM stattgefundenes Gespräch informiert[3]; so habe BAM bereits viele Informationen und eine Beurteilung der Lage gehört, und diese Beurteilung von Kania decke sich voll mit der Beurteilung der Lage seitens der polnischen Regierung. In diesem Kreise brauche er wohl nicht darauf hinzuweisen, welch große Bedeutung Polen der Entwicklung guter Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland beimesse, und er sei überzeugt, daß auch der Bundesrepublik Deutschland diese Beziehungen nicht gleichgültig seien. Die größte Errungenschaft der beiden Regierungen und Völker sei der Normalisierungsprozeß, der seit Jahren positiv verlaufe. Dies nütze sowohl ihren beiden Völkern als auch der Entspannungspolitik in Europa, den Beziehungen innerhalb Europas und den internationalen Beziehungen. Aufgabe ihrer Generation sei es, alles zu tun, um die Belastungen aus der Geschichte voll zu überwinden und die künftigen Beziehungen auf echtes Vertrauen, Verständnis und Freundschaft zu gründen. Bekanntlich bewiesen Beziehungen zwischen Regierungen und internationale Beziehungen in vollster Weise erst in Extremsituationen, d. h. in krisenhaften und schwierigen Situationen, ihren Wert. Gegenwärtig befinde sich die Welt in einer schwierigen Situation. International gesehen habe sich im Vergleich zu der Zeit von Helsinki[4] eine Abkühlung bemerkbar gemacht, und in Europa existierten Phänomene, die Polen mit größter Sorge erfüllten. Er als Militär wolle bei diesem Gespräch keine militärischen Argumente sprechen lassen; eines jedoch sei ihm als Militär zu sagen erlaubt: Er wisse,

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Hamerlak-Hermesdorff am 21. März 1981 gefertigt.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu auch Dok. 78 und Dok. 81.

3 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Kania, am 20. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 78, Anm. 56.

4 Die KSZE-Schlußkonferenz fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 in Helsinki statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

was die Gefahr eines Krieges bedeute, und er möchte hier ganz deutlich erklären, daß die Absichten seiner Regierungen, die dem Interesse des polnischen Volkes entsprechen, stets darauf ausgerichtet waren und sind, den Frieden in Europa zu sichern. Alles in allem seien sie Optimisten, denn es gebe ja keine Alternative zum Frieden. In diesem Zusammenhang müsse man auch die Initiative von Leonid Breschnew[5] sehen. Sie hat einen wesentlichen Akzent auf diesem Wege gesetzt und eine positive Resonanz in der Welt, in den USA und in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland verdient. MP fragte BAM, ob er seine Meinung teile, daß diese Initiative es ermöglichen könnte, in Sachen Entspannung und in der Frage der Rüstungsbegrenzung einen Schritt vorwärts zu machen.

BAM bedankte sich für den herzlichen Empfang und verlieh seiner Freude Ausdruck, nun – nach anderen fruchtbaren Gesprächen – die Gelegenheit zu erhalten, MP Jaruzelski kennenzulernen. Er freue sich, die Meinung der polnischen Regierung zu hören und die Möglichkeit zu haben, die Ansichten seiner eigenen Regierung darzulegen.

Bevor er auf die zuletzt angesprochene Frage eingehe, müsse er jedoch die Haltung der Bundesregierung zum deutsch-polnischen Verhältnis erläutern. Die Entwicklung der 70er Jahre habe nicht nur für Deutsche und Polen große Bedeutung, sondern für alle Länder Europas, denn ohne den Warschauer Vertrag[6] wäre die gesamte Entwicklung der 70er Jahre – einschließlich der KSZE – und ihrer Schlußakte nicht möglich gewesen. Polen und Deutsche hätten eine lange, wechselhafte gemeinsame Geschichte und eine gemeinsame geographische Lage; sie wohnen nämlich beide in der Mitte Europas, und die Beziehungen zwischen diesen beiden Völkern werden in Zukunft so, wie es in der Vergangenheit auch der Fall war, für den Frieden in Europa bestimmend sein. Von dieser Einsicht lasse sich die Bundesregierung bei der Ausgestaltung ihrer Beziehungen zu der VR Polen leiten. Dies bewirke aber auch, daß sie an allem, was in Polen geschehe, großen Anteil nehme, so wie dies umgekehrt auch der Fall sei. Diese Anteilnahme sei keinesfalls als Mißtrauen zu deuten, sondern als Ausdruck positiven Interesses. Man müsse danach suchen, was man gemeinsam tun könne, um das gemeinsame Ziel zu erreichen: nämlich den Frieden zu sichern. Bezugnehmend auf den Hinweis MPs, daß er ein Militär sei und deshalb die Gefahren des Krieges kenne, erzählte BAM, daß sein amerikanischer Kollege, der früher ebenfalls dem Militär angehörte, ihm gegenüber vor wenigen Tagen dieselbe Aussage gemacht habe.[7] Dies erwähne er, um zu zeigen, daß der Wille der Bundesregierung zur Zusammenarbeit mit Polen auch von anderen Staaten geteilt werde. Die Bundesrepublik Deutschland nehme in dieser Frage keine isolierte Haltung ein, sondern dies sei vielmehr die gemeinsame Haltung aller Partner in der Europäischen Gemeinschaft und auch der neuen amerikanischen Regierung.

5 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

7 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. Dok. 61–63.

In Beantwortung der Frage hinsichtlich der Initiative des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Leonid Breschnew, führte BAM aus, daß diese Vorschläge entsprechend der Bedeutung der Sowjetunion und entsprechend der Persönlichkeit Leonid Breschnews und auch der Ernsthaftigkeit, mit der dieser derartige Frage behandele, ernsthaft geprüft worden seien. Teile der Rede Breschnews seien von der Bundesregierung positiv beurteilt worden, aber mit anderen Teilen sei sie nicht einverstanden. Positiv zu beurteilen sei die Dialogbereitschaft der Sowjetunion mit den USA, der Bundesrepublik Deutschland und anderen westeuropäischen Staaten. Die Bundesregierung befürworte stets den Dialog und praktiziere ihn auch. Beispiele: sein gegenwärtiger Besuch in Warschau und sein bevorstehender Besuch in Moskau[8]. BAM betonte, er habe seinen Freunden in Washington geraten, diesen Dialog gut vorbereitet auf höchster Ebene zu führen. Positiv beurteilt werde auch die Bereitschaft der Sowjetunion, auf den französischen Vorschlag[9] einzugehen, d. h. die vertrauensbildenden Maßnahmen bis zum Ural auszudehnen. Wichtig sei, in Madrid ein präzises Mandat für die Europäische Abrüstungskonferenz zu erteilen. Was die Mittelstreckenraketen betreffe, so würde die Bundesregierung natürlich wünschen, daß die Sowjetunion die weitere Produktion und Stationierung dieser Waffen einstelle. BAM wies darauf hin, daß MP, der als General das militärische Kräfteverhältnis ausgezeichnet kenne, wisse, daß nur Gleichgewicht Stabilität schaffen könne. Die Bundesregierung wünsche dieses Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene. Er sei sich nicht sicher, ob die Sowjetunion eine Reihe amerikanischer Entscheidungen richtig eingeschätzt habe. Außerordentlich wichtig sei die amerikanische Entscheidung gewesen, die Wehrpflicht, ohne Erhöhung der Zahl der Soldaten, abzuschaffen.[10] Wo es keine Wehrpflicht gebe, gebe es auch keine Reservisten. Parallel hierzu habe die USA bis 1977 den Verteidigungshaushalt vermindert. Der amerikanische Präsident habe auch den Bau des B-1-Bombers[11] und der Neutronenbombe[12] gestoppt, aber leider habe man zu dieser Zeit auf der anderen Seite die SS-20 und den Backfire-Bomber geschaffen. Der Westen empfinde dies als eine Gefährdung seiner Sicherheit. Dies habe man der Sowjetunion wiederholt gesagt. Vor 1983 werde es keine westliche Mittelstreckenrakete in Europa geben. Schnellste Verhandlungen würden eine Wettrüstung verhindern. Die Einberufung der Europäischen Abrüstungskonferenz, die Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen, das Erzielen guter Ergebnisse bei dem KSZE-Folgetreffen in Madrid würde eine stabilisierende Wirkung haben. Mehr und mehr greife Mißtrauen um sich, und dies sei gefährlich. Einer solchen Entwicklung können sehr wohl Gespräche und Besuche, die über den Rahmen von Höflichkeitsbesuchen hinausgehen, entgegenwirken. BAM betonte, daß von einer Verschärfung der internationalen Lage die Staaten in Mitteleuropa am meisten betroffen wären, und betonte, daß Po-

8 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

9 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

10 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

11 Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1“ mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

12 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 12, Anm. 23.

len, das immer als wichtiges Land gegolten habe, jetzt von besonderer Bedeutung für die Entwicklung der internationalen Lage sei. Entwicklungen von entscheidender Bedeutung für die Ost-West-Beziehungen fänden in Polen statt. Wenn Polen die eingeleitete Entwicklung kontinuierlich fortsetzen werde, könne dies von stabilisierender Wirkung sein. Wenn es jedoch zu anderen Entwicklungen käme, gar zu einem gewaltsamen Eingreifen von außen, dann würde sich die Welt über Nacht verändern, und dies würde die Ost-West-Beziehungen stark beeinflussen. Als Außenminister frage er sich oft, ob es genüge, diese Feststellung zu treffen, oder ob etwas getan werden könne, damit die Entwicklung günstiger verlaufe. Eisernes Gesetz der Bundesregierung sei das Prinzip der Nichteinmischung in das, was außerhalb der Bundesrepublik Deutschland geschehe. Die VR Polen habe eine andere Gesellschaftsordnung, aber eines sei allen Staaten gemeinsam: Sind die sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen schlecht, dann ist auch die politische schlecht. Die politische und wirtschaftliche Stabilität sei eine Seite der Medaille – politische Stabilität die andere Seite dieser Medaille.[13] Die Bundesrepublik Deutschland sei bereit, Polen bei der Überwindung seiner wirtschaftlichen Probleme zu helfen; eine solche Hilfe sei niemals eine Einmischung. Sie werde stets gemäß den Wünschen der polnischen Regierung gegeben; ob sie der Höhe der Wünsche entspreche, sei eine andere Frage. Klar sei auch, daß die Situation in einem Lande stark durch die Situation um dieses Land herum beeinflußt werde. Die innere Entwicklung eines Landes werde weitgehend von der außenpolitischen Lage, auch von der Großwetterlage in den Ost-West-Beziehungen, bestimmt. Die Bundesregierung bemühe sich um Zusammenarbeit und um Verminderung von Spannungen. Dies möge man als einen Beitrag zu günstigeren Rahmenbedingungen für die Entwicklung in Polen verstehen. Die Bundesregierung sei willens, jeden Dialog und jede Verhandlungsmöglichkeit zu nutzen, die zur Stabilität in Europa beitragen könnten.

PM *Jaruzelski* dankte für diese Ausführungen und unterstrich die Bedeutung von aufrichtigen und offenen Gesprächen über schwierige und kontroverse Fragen. Alle Politiker in Ost und West – dies geht aus ihren Reden hervor – sind sich hinsichtlich der Philosophie und Ideologie der Entspannung, des Friedens und der internationalen Beziehungen einig. Es werde jedoch um so schwieriger, je konkreter die Fragen werden. Er wolle bei diesem Gespräch nicht über militärische Kräfteverhältnisse sprechen, sondern über das allgemeine politische Klima, das nötig sei, um den militärischen Bereich günstig zu beeinflussen. Eine Bestandsaufnahme über Raketen und Waffen sei nur weltweit möglich. Man könne nicht nur Europa ins Auge fassen, sondern müsse ebenso andere Kontinente, z. B. Asien – und hier besonders China –, mitberücksichtigen. Dies sei ein Thema für Strategen. Das politische Klima sei heutzutage von außerordentlicher Bedeutung, schon allein deshalb, weil die Welt über Vernichtungswaffen verfügt, die die Menschheit mehrfach vernichten könnten. Daher verliere eine Buchhaltung in diesem Bereich an Bedeutung, und wichtiger werde das Klima und das Vertrauen, das aus diesem Klima entstehe. Insbesondere, wenn man auf die schwierigen Erfahrungen aus der Geschichte zurückblickt, ist es mit dem Vertrauen nun einmal eine schwierige Sache. Aber ohne grund-

13 So in der Vorlage.

legendes Vertrauen könne man nicht vorankommen. Deshalb sei seine Frage nach der Initiative Leonid Breschnews, die er als einen Baustein zu mehr Vertrauen betrachte, nicht von ungefähr gewesen. In diesem Sinne sei das Angebot für ein Treffen auf höchster Ebene[14] zu verstehen und das Angebot, die vertrauensbildenden Maßnahmen bis zum Ural auszudehnen. Treffen auf höchster Ebene hätten stets große Vorteile gebracht. Bei dem Treffen in Wladiwostok zwischen Breschnew und Ford[15] und bei dem Treffen in Wien zwischen Breschnew und Carter[16] seien für strategische Waffen Höchstgrenzen festgelegt worden. Dies galt als Gleichgewicht, bis dann der Westen zu einer neuen Beurteilung gekommen sei und festgestellt habe, daß das Gleichgewicht gestört sei und der Westen seine Rüstung intensivieren müsse, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Diese wellenförmige Entwicklung könne man immer wieder beobachten; auch jetzt wieder. Wichtig sei, eine Verhandlungsebene zu finden und somit mehr Vertrauen entstehen zu lassen, denn nur auf der Grundlage von Vertrauen seien Fortschritte bei der Rüstungsbegrenzung und schließlich bei der Abrüstung zu erreichen. Er habe diese internationalen Fragen so eingehend erläutert, obwohl er sich der Tatsache bewußt sei, daß Polen in diesem Dialog nur eine begrenzte Rolle spiele. Aber für Polen und für die Bundesrepublik Deutschland sei die Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Großmächten von größter Bedeutung, denn das Klima, das hierdurch entstehe, sei für die Situation in den beiden Staaten und ganz konkret für die Situation in Polen entscheidend. Je besser und je entspannter das internationale Klima sei, desto leichter sei es, Entscheidungen über innere Probleme eines jeden Landes in Europa zu fällen, besonders wenn sich diese Länder unmittelbar an der Berührungslinie zweier wirtschaftlicher und militärischer Blöcke befinden, wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland und Polen. Daher verfolge Polen mit größter Aufmerksamkeit alles, was mit der Entspannung der Beziehungen der beiden Großmächte in Verbindung steht, und daher blicke Polen hoffnungsvoll auf jede neue Chance, wünsche, daß diese Unterstützung fände, und hoffe, daß sie Wirklichkeit werde.

In aller Offenheit erläuterte PM die schwierige krisenhafte Situation Polens. Er erklärte, daß die stabile Aufrechterhaltung der in der Welt existierenden Systeme und die Aufrechterhaltung der mit Helsinki an den Tag getretenen Tendenzen auf die Situation in Polen in grundlegender Weise Einfluß nehmen. In diesem Sinne verstehe er auch das Interesse nicht nur der eigenen Verbündeten, sondern aller am Frieden und an einer stabilen Entwicklung in Europa Interessierten an der Entwicklung in seinem Lande. In diesem Sinne habe er auch die Worte von BAM Genscher verstanden. Und in diesem Sinne verstehe er auch die Anteilnahme der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland an den Er-

14 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

15 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

16 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

eignissen in Polen. Er meine, daß die Bundesrepublik Deutschland wie auch Polen sich der Tatsache bewußt seien, daß eine Veränderung der Karte von Europa, d.h. der in Europa existierenden Verhältnisse, mit der schlimmsten Tragödie enden würde. Daher sei es die Pflicht eines jeden Staates, alles zu tun, damit die Stabilität des Gleichgewichts des existierenden Systems keinerlei gefährliche Veränderungen erfahre.

PM bedauerte, BAM über so ernsthafte Probleme informieren zu müssen. Die aufrichtige Darstellung der Situation entspreche jedoch voll dem Ernst der Haltung der polnischen Regierung zu diesen Fragen und der Hochachtung für BAM. Hinsichtlich der polnischen Situation unterschied er zwei Ebenen: die politische und die wirtschaftliche. Er brauche ja nicht zu betonen, daß Polen eine Krise durchlebe; er wolle den gegenwärtigen Stand der Dinge und die Zukunftsprognosen der polnischen Regierung mitteilen. Die großen Züge der außerordentlich kritischen Wirtschaftssituation seien BAM aus seinen Gesprächen mit Vizepremier Kisiel[17] bekannt. Alle negativen Phänomene der zurückliegenden Wirtschaftsentwicklung hätten sich gehäuft und seien noch durch die wirtschaftliche Instabilität der letzten Monate verstärkt worden. In den letzten Wochen habe die Situation eine leichte Verbesserung erfahren: Es sei nicht mehr gestreikt worden, ein guter Arbeitsrhythmus sei an den Tag gelegt worden, und dadurch sei die Stimmung in der Bevölkerung verbessert worden. Diesen guten und ermutigenden Wochen sei leider eine Verschlechterung der Situation in den letzten Tagen gefolgt. Aufgrund der Zahlungssituation Polens sei der Zufluß von Rohstoffen und Materialien aus dem Westen einer stärkeren Begrenzung unterlegen, und diese Situation wiederum habe die Versorgungslage der Bevölkerung negativ beeinflußt. Die kommenden Monate seien äußerst schwierig und wichtig und entscheidend dafür, wie Polen seine Krise meistern werde. Polen habe alle Voraussetzungen, um aus der Krise herauszukommen, außer der finanziellen Mittel und der Kredite, die für diesen Zeitabschnitt notwendig sind. Die Situation werde gleichzeitig dadurch komplizierter, daß politische Kräfte in Polen, die für die Situation des Landes nicht genügend Verantwortungsbewußtsein haben, Aktionen durchführen, die letzten Endes destabilisierend wirken.

PM brachte seine Beunruhigung darüber zum Ausdruck, daß in manchen Massenmedien, die außerhalb Polens angesiedelt sind, die Tendenz zu beobachten sei, diese genannten Ereignisse in Polen so zu beleuchten, daß zusätzliche verschärfte Emotionen bei der polnischen Bevölkerung geweckt werden.

Die polnische Situation sei kompliziert und gespannt, und Polen erwarte von seinen Partnern nicht ausschließlich materielle Unterstützung – von der noch später die Rede sein werde –, sondern auch eine gewisse Mitverantwortung für propagandistische Aktionen, die der Stabilität und dem sozialen Frieden in Polen keinesfalls dienlich seien.[18] Besonders beziehe sich dies auf den Sender Radio Free Europe. PM bat BAM, dieser Frage Aufmerksamkeit zu schenken und sie an geeigneter Stelle vorzutragen. Die polnische Regierung habe in den

17 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Vorsitzenden der Planungskommission beim polnischen Ministerrat, Kisiel, am 24. Februar 1981 vgl. Dok. 46, Anm. 19.

18 So in der Vorlage.

vergangenen sieben Monaten unter Beweis gestellt, daß sie den gewählten Weg konsequent weiterverfolgen werde. Er selbst habe als neugewählter Vorsitzender des Ministerrats, wobei er die Funktion des Verteidigungsministers weiterhin innehatte, eine Erklärung hierüber abgegeben.[19] Diese Haltung sei nicht Sache der Konjunktur oder Taktik, sondern der Doktrin. Polen habe nach dem Krieg mehrere Krisen erfolgreich gemeistert, und die grundlegende Schlußfolgerung hieraus sei gewesen, daß alle Möglichkeiten der Demokratie, alle Möglichkeiten, die sich aus dem sozialistischen Verständnis der Erneuerung des Lebens der Gesellschaft ergeben, und alle Prozesse, die von der Gesellschaft und auch von den Gewerkschaften für gut befunden werden, voll genutzt werden müßten. Der polnische Weg der Demokratie ist ein dauerhafter Weg. Die Demokratie solle gestärkt werden. Bekanntlich sei die Anarchie der Feind der Demokratie, selbst wenn sie sich verbal mit den Federn der Demokratie schmükke. In Polen seien Versuche, in Teilen des Gesellschaftslebens Anarchie zu verbreiten, zu beobachten. Die Regierung verfüge über Mittel und Kräfte, diese Versuche niederzuschlagen. Aber sie verhalte sich so zurückhaltend und tolerant wie möglich und versuche, die Emotionen und Spannungen, die in der Stimmung der polnischen Gesellschaft aufgrund der schwierigen Wirtschaftssituation und der Fehler aus der Vergangenheit vorhanden sind, auf möglichst normale Weise beizulegen. Aus diesem Grunde habe die polnische Regierung in seiner Amtszeit bereits viermal Probleme sehr schnell gelöst, indem sie weitestgehende Kompromißbereitschaft an den Tag legte. Damit habe die Regierung glaubhaft gemacht, daß sie den Weg der Demokratie weitergehen wolle. Leider hätten in den letzten Tagen in verstärktem Maße Ereignisse stattgefunden, die der Stabilität der Situation nicht förderlich seien. Gestern habe sich z. B. ein sehr unangenehmer Vorfall ereignet, als eine Gruppe von Vertretern der Gewerkschaft „Solidarität“ in Bromberg (Bydgoszcz) zunächst an einer öffentlichen Sitzung des Wojewodschaftsnationalrats teilnahm und danach das Gebäude – trotz Bitten und Appelle – nicht verlassen wollte. Leider habe die Miliz eingreifen müssen. Er habe über das Vorgehen der Miliz genaue Meldung, einschließlich Filmdokumentation, erhalten und sei sicher, daß die Miliz keine über das notwendige Maß hinausgehenden Mittel eingesetzt habe. Dennoch werde man den Beschuldigungen, die Miliz habe diese Personen geschlagen, ernsthaft und gründlich nachgehen. Aber der hierdurch entstandene Konflikt bausche sich mehr und mehr auf, und die Atmosphäre in manchen Städten habe sich bereits merklich verschlechtert.[20] Auch in diesem Falle wolle die Regierung den Weg des Verstehens und der Verständigung gehen, um den Konflikt zu beenden, obwohl es ja das Recht und die Pflicht der Ordnungsorgane sei, in ei-

19 Zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Jaruzelski vom 12. Februar 1981 vgl. Dok. 46, Anm. 12.

20 Referat 214 vermerkte am 24. März 1981: „Die Ereignisse von Bromberg, wo Gewerkschaftsmitglieder von Milizangehörigen am 19. März verletzt wurden, nachdem Gewerkschaftler aus einem Regierungsgebäude zwangsweise entfernt worden waren, haben zu der seit August 1980 gefährlichsten Zuspitzung der Lage geführt. Das Treffen zwischen Regierungsvertretern und der Führung der ‚Solidarität‘ am Sonntag, 22. März, wurde abgebrochen und auf den 25. März vertagt. Der in Bromberg beratende Landesausschuß der Gewerkschaft Solidarität vertritt die Ansicht, daß die gegenwärtige Lage landesweite Streikaktionen notwendig mache und ein Streikprogramm auszuarbeiten sei; die Verhandlungen mit der Regierung sollen gleichwohl fortgeführt werden.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132910.

nem solchen Falle mit Entschiedenheit zu handeln. Man hoffe, diesen neuen Konflikt bald zu überwinden und so die Stabilität, die im Interesse der ganzen Gesellschaft sei, wiederzuerlangen.[21] Dieser Wunsch werde auch von einflußreichen Kreisen außerhalb der Regierung, z. B. von der Kirchenhierarchie, unterstützt.

PM bat zu verstehen, daß er diesen Vorfall so ausführlich erläutert habe, um BAM anhand dieses Beispiels zu zeigen, daß es die ganz entschiedene Absicht seiner Regierung sei, die Spannungen und Konflikte in Polen durch Verständigung zu lösen. Er bat aber auch, sich der Gefahr bewußt zu sein, daß diese Spannungen dem System seines Landes gefährlich werden könnten und daß dann alle Kräfte mobilisiert werden müßten, um dieses System zu schützen. Diese letztgenannte Konsequenz wolle jedoch er und die polnische Regierung um jeden – und er wiederhole inständig um jeden – Preis vermeiden. PM bat, diese Offenheit und Dramatik seiner Aussage als ein Zeichen seines Vertrauens BAM und der Bundesregierung gegenüber zu verstehen. In diesem Sinne bat er auch seine Bemerkung hinsichtlich der propagandistischen Wirkung von Radio Free Europe zu verstehen. Diese Sendungen seien in letzter Zeit der Lösung der gespannten Situation in Polen nicht dienlich gewesen. Dieser Sender habe sich in negativer Weise auf die Probleme der polnischen Miliz spezialisiert. Jedes Land brauche starke Ordnungsorgane, die sich selbstverständlich innerhalb des rechtlich festgelegten Rahmens in ihren Aktivitäten bewegen müssen. Hierfür sorge jedoch die Regierung. PM bat BAM nochmals, in dieser Frage seine Autorität einzusetzen und dieses Thema an einer ihm geeignet erscheinenden Stelle vorzutragen.[22]

21 Gesandter König, Warschau, teilte am 26. März 1981 mit, die Lage in Polen habe sich nach einem Treffen zwischen der polnischen Regierung und der Gewerkschaft „Solidarność“ am Vortag erneut verschärft: „Die von Wałęsa geleitete ‚Solidaritäts‘-Delegation hat einen Fünf-Punkte-Forderungskatalog vorgetragen […]. Dieser Katalog, der von Wałęsa erst nach über zehnstündiger Debatte in der Landeskoordinierungskommission hatte durchgesetzt werden können gegenüber Forderungen, die Gespräche abzubrechen und sofort den Generalstreik auszurufen, enthält über den konkreten Vorfall in Bromberg erheblich hinausgehende Forderungen. Diese brechen in den Punkten 1 (Bestrafung der Verantwortlichen für Ausschreitungen im ganzen Land), 2 (Gegendarstellungsrecht in Medien), 3 (Amnestie für innenpolitische Oppositionstätigkeit seit 1976) und 4 (Anerkennung der ‚Land-Solidarität‘ als Gewerkschaft) die Gesamtheit der bisherigen politischen Tabus auf und greifen den Sicherheitsapparat teilweise frontal an. b) Die von Rakowski geleitete Regierungsdelegation hält demgegenüber an ihrer Linie von Sonntag (22.3.81) weiter fest, daß die ‚Solidarität‘ im Interesse der wirtschaftlichen Stabilität und des sozialen Friedens auf jegliche Druckausübung verzichten und das Ergebnis der von Jaruzelski eingesetzten Untersuchungskommission abwarten solle. Darüber hinausgehend hat Rakowski aber nun auch die Grundsatzfrage gestellt, ob die Solidarität den Dialog oder die Konfrontation mit der Regierung Jaruzelski wolle“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 458; Referat 214, Bd. 132910.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze vermerkte am 24. März 1981 für Staatssekretär van Well: „In der ‚BND-Lage‘ vom 18.11.1980 haben Sie vereinbart, daß dieses Gremium den BND fallweise beauftragen sollte, die polnischsprachigen Sendungen von RFE zu überprüfen. Der Zeitpunkt hierzu scheint jetzt aufgrund der Gespräche des Herrn Bundesministers in Warschau gekommen. Ich rege an, in der heutigen Sitzung der ‚BND-Lage‘ die Beauftragung herbeizuführen.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133459.
Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, teilte van Well am 1. April 1981 mit, Bundeskanzler Schmidt bitte „aufgrund wiederholter Kritik der polnischen Regierung, die auch im vertraulichen Gespräch geäußert wurde, um Prüfung der Frage, ob die Bundesregierung Anlaß hat, von ihrer Einwirkungsmöglichkeit auf den Sender RFE/RL Inc. Gebrauch zu machen“. Vgl. Referat 212, Bd. 133459.
Joetze notierte am 13. April 1981 für van Well: „Aufgrund der Vorlage vom 24.3.1981 haben Sie

Außerordentlich wichtig für die Lage in Polen sei die Verbesserung der Wirtschaftssituation. Hier müsse man zwischen langfristigen Maßnahmen und Sofortmaßnahmen unterscheiden. Langfristig müsse sich, um aus der Krise herauszukommen, die Volkswirtschaft weiterentwickeln, eine gesunde Wirtschaft wiederhergestellt werden, so daß Polen seinen Kreditverpflichtungen im Ausland nachkommen könne und wieder zu einem guten Partner werde. Polen war in der Vergangenheit ein solch guter Partner und wolle es auch wieder sein. Polen sei sich aber der Tatsache bewußt, daß Wirtschaftsbeziehungen beiden daran beteiligten Seiten Nutzen bringen müßten. Polen müsse aus seiner Krise herauskommen. Zu diesem Zwecke werde eine breitangelegte und tiefgreifende Wirtschaftsreform vorbereitet, die eine weitgehende Selbständigkeit der Produktionseinheiten, eine Dezentralisierung der Entscheidungen – und damit mehr Eigeninitiative –, eine Entbürokratisierung der Wirtschaftsverwaltung durch Verminderung der Größe und der Menge der Wirtschaftsverwaltungsorgane wie Ministerien, Vereinigungen u. a. voraussetze.

Eine weitere Maßnahme sei eine breitangelegte und tiefgreifende Preisreform, wobei aber die der Gesellschaft gegebenen Sicherheiten gewahrt werden müßten. Über diese Maßnahmen fänden Konsultationen mit der Bevölkerung und mit den Gewerkschaften, die diese Idee unterstützten, statt. Eine weitere Maßnahme sei die Durchführung radikaler Sparmaßnahmen in allen Wirtschaftsbereichen. Die Vorbereitungsarbeiten seien bereits weit gediehen, und Teile der Maßnahmen würden schrittweise verwirklicht.

Zahlreiche Entwürfe von Sejm-Gesetzen seien erarbeitet worden. Die Regierung rechne damit, die grundlegenden Reformansätze bereits dieses Jahr zu verwirklichen, wobei die Maßnahmen natürlich weit über den Rahmen eines einzigen Jahres hinausreichten. All diese Arbeiten würden von Spezialisten und Wissenschaftlern durchgeführt, die unabhängig denken und mutige Lösungen vorschlügen. All dies erläutere er so detailliert, um aufzuzeigen, daß die polnische Regierung auch im Wirtschaftsbereich mit Entschlossenheit die Linie der Demokratie verfolge und die Chance nutze, die Wirtschaft durch Einbeziehung aller schöpferischen Kräfte zu beleben. Aus diesem Grunde sei es der Regierung auch so wichtig, gute Beziehungen zu den Gewerkschaften zu unterhalten. Dies sei nicht Taktik, sondern die Notwendigkeit, partnerschaftliche Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften aufzubauen, damit das sozioökonomische Leben des Landes sich gut entwickeln könne. Auf diese Weise sehe man Möglichkeiten, die Wirtschaftsprobleme Polens zu lösen. Die Grundzüge dieser Konzeption würden auf der nächsten Sejm-Sitzung vorgestellt.[23]

Fortsetzung Fußnote von Seite 437

den Chef des Bundeskanzleramts gebeten, den BND wie vorgeschlagen zu beauftragen. Dies ist geschehen. Allerdings hat der BND bisher keine eindeutige Auskunft über das Ergebnis seiner Überprüfungen geben können. Das Bundeskanzleramt hat uns auf Arbeitsebene empfohlen, daß der Herr Staatssekretär die Frage auf der morgigen Sitzung der ‚BND-Lage' noch einmal anspricht. Dabei sollte betont werden, daß das Ergebnis der Überprüfung durch den BND eine wichtige Voraussetzung für die Prüfung der im Schreiben des Chefs des Bundeskanzleramts vom 1.[4.]1981 gestellten Frage darstellt: Wenn die Sendungen inhaltlich nicht zu beanstanden sind, hat die Bundesregierung keinen Anlaß, von ihrer Einwirkungsmöglichkeit auf den Sender RFE/RL Gebrauch zu machen." Vgl. Referat 212, Bd. 133459.

23 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 13. Mai 1981: „Der lange und mit großer Ungeduld erwartete Bericht zur Wirtschaftslage, das Stabilisierungsprogramm der Regierung sowie Information über Verlauf der Arbeiten am Konzept für Wirtschaftsreformen wurden vergangene Woche dem

Mit Sofortmaßnahmen meine er Maßnahmen für die allernächsten Monate, in denen die Stabilität erlangt werden müsse. Es gehe darum, materielle Bedingungen zu schaffen, die ihrerseits nicht nur auf die Wirtschaftsentwicklung Einfluß hätten, sondern notwendig seien, um die Stimmung der Bevölkerung und damit die politische Stabilität zu sichern. PM unterstrich nochmals, daß die nächsten Wochen und Monate von ganz entscheidender Bedeutung für Polen seien und daß dies eine Überbrückungszeit bis zu dem Zeitpunkt sei, zu dem Polen mit Entscheidungen im Bereich der Kredite und der Refinanzierung rechnen könne. Diese Entscheidung sei Mitte dieses Jahres zu erwarten. Es bestehe jedoch ein starker Bedarf an Rohstoffen, Materialien und insbesondere an Lebensmitteln. Dies alles falle unter die Sofortmaßnahmen. Bei dieser Gelegenheit bedankte sich PM für das Entgegenkommen der Bundesrepublik Deutschland und Bundesregierung[24] und bat, auch bei den EG-Partnern allen Einfluß geltend zu machen, damit diese die Überbrückungssituation Polens berücksichtigten und Polen maximale Unterstützung gewährten.[25] Dieser Überbrückungszeitraum dauere bis Ende Juli, und der Kreditbedarf seines Landes belaufe sich für diesen Zeitraum insgesamt auf 1,1 bis 1,2 Milliarden Dollar. Diese Summe beziehe sich auf alle Geberländer einschließlich Japan und USA. Außerdem benötige Polen bis zur nächsten Ernte 1,5 Millionen Tonnen Getreide aus der nächsten EG-Tranche.[26] Diese Nahrungsmittellieferungen seien von außerordentlich großer Bedeutung, da die Schwierigkeiten in der Marktversorgung zu sehr großen Spannungen führten. Andererseits würde eine Verbesserung der Marktversorgungssituation beinahe automatisch eine Verbesserung der Gesamtsituation nach sich ziehen. Das polnische Volk, das die ihm zuteil gewordene Hilfe stets sehr hoch schätzte, würde in dieser schwierigen Situation eine Hilfe als einen Beitrag zu einer weiteren Verbesserung der Beziehungen und zu mehr Vertrauen und besserem Verständnis sehen.

PM informierte darüber, daß sich zur Zeit eine zahlenmäßig starke polnische Wirtschaftsdelegation in der Sowjetunion aufhalte und daß Polen auf Hilfe aus der Sowjetunion rechne.[27] Zu der genannten Summe von 1,1 bis 1,2 Milliarden

Fortsetzung Fußnote von Seite 438

Sejm vorgelegt." Als Begründung für die Verzögerung habe der polnische Stellvertretende Ministerpräsident und Vorsitzende der Planungskommission beim polnischen Ministerrat, Kisiel, die ständige Veränderung der Wirtschaftssituation genannt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 679; Referat 421, Bd. 141259.

24 Zu den Hilfsmaßnahmen für Polen vgl. Dok. 62, Anm. 15.
In der Kabinettssitzung am 18. März 1981 bat Bundesminister Genscher das Kabinett, „einer Erhöhung des Sonderbürgschaftsplafonds für Halbwaren um 150 Mio. DM zuzustimmen". Das Kabinett beschloß eine Aufstockung des Sonderbürgschaftsrahmens um 144 Mio. DM. Ferner wurde eine Aufstockung des Bürgschaftsrahmens für Nahrungsmittel um 6 Mio. DM beschlossen. Vgl. die Aufzeichnung des Referats 011 vom 25. März 1981; Referat 214, Bd. 132910.

25 Zur Erörterung von Hilfsmaßnahmen für Polen auf der Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

26 Auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. Dezember 1980 in Brüssel wurde beschlossen, Polen den Ankauf bestimmter Nahrungsmittel wie Gerste, Roggen, Zucker, Butter, Fleisch u. a. zu Sonderpreisen zu ermöglichen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 12/1980, S. 13f.

27 Ministerialdirektor Fischer notierte am 27. März 1981: „Nach polnischen Informationen hat die UdSSR (neben Waren- und Lebensmittellieferungen als Geschenk) bisher mehr als 2 Mrd. Dollar als zinslose Überbrückungshilfe, davon 465 Mio. Dollar in Devisen als ‚grant', weiterer Teil (700 Mio. bis 1000 Mio. Dollar) als Hartwährungskredit zum Einkauf im Westen und zur Begleichung westlicher Schulden, den Rest in Rubeln als Kredit auf längere Frist zur Verfügung gestellt. Fälligkeiten aus früheren sowjetischen Krediten sind auf zehn Jahre zinslos gestundet worden." Ferner habe die UdSSR Polen über einen Zeitraum von fünf Jahren eingeräumt, im bilateralen Handel Defi-

Dollar erläuterte PM, daß es sich hierbei um die Gesamtsumme der Kredite handele, die entweder von Regierungen garantiert oder ohne eine solche Garantie von Banken gewährt würden. Eine Entscheidung zugunsten staatlich garantierter Kredite würde dazu beitragen, daß auch die Banken aktiver und offener in Kreditgeschäften wären.

PM bat BAM nachdrücklich, seinen Einfluß dahingehend geltend zu machen, daß Polen mit seinen Schwierigkeiten auf Verständnis stoße. Falls sich dies realisieren ließe, dann hätte dieser Besuch neben anderen wichtigen Aspekten auch für die Stabilität in Europa eine sehr große Bedeutung.

BAM bedankte sich für das ungewöhnliche Vertrauen, mit dem alle Probleme dargelegt worden seien. Dies sei ein Zeichen dessen, was in den letzten Jahren gemeinsam erreicht worden sei. Er betonte, daß er die Botschaft, die ihm mitgeteilt werden sollte, verstanden habe. Er unterstrich, daß es für die Bundesregierung wichtig sei, über diese Einzelheiten der Strategie der polnischen Politik und über den Verzicht auf taktische Maßnahmen unterrichtet zu sein. Er führte aus, daß auch die Bundesrepublik Deutschland eine in der Nachkriegszeit noch nie dagewesene Wirtschaftskrise durchmache, und verwies darauf, daß die Entwicklung der Weltwirtschaft in den meisten Ländern negative Auswirkungen zeige. Diese allgemein ungünstige Entwicklung habe die Bundesrepublik Deutschland jedoch nie daran gehindert, der VR Polen gegenüber so zu handeln, daß es für die beiderseitigen Beziehungen und für die Situation in Europa nützlich war. Dies werde sich auch in Zukunft nicht ändern. Da er jedoch Versprechen stets einhalte, müsse er dabei vorsichtig sein, wenn er welche gibt. Er könne aber hier bereits versprechen, daß er – unter dem Eindruck des hier Gesagten – eindringlich mit der Bundesregierung und mit deren Partnern über diese Fragen sprechen werde.

Letzten Mittwoch[28] sei eine für Polen wichtige Entscheidung, die nicht unumstritten war, getroffen worden, und dies beweise, daß die Bundesrepublik Deutschland auch für die kurzfristigen Bedürfnisse sehr großes Verständnis habe.

Abschließend übermittelte BAM Grüße von Bundeskanzler Schmidt und erläuterte, daß BK, der sich mit Polen sehr verbunden fühle, die Ereignisse in diesem Lande mit größter Aufmerksamkeit verfolge. Er habe außer den Grüßen auch noch gebeten auszurichten, daß die an den Ministerpräsidenten ausgesprochene Einladung fortbestehe und als ständige Einladung zu betrachten sei. Die Regierung bitte nur mitzuteilen, welcher Zeitpunkt genehm sei.

BAM bedankte sich nochmals für die vertrauensvolle Offenheit des Gesprächs und wünschte ein erfolgreiches Vorwärtsschreiten auf dem Wege, den die polnische Regierung gewählt habe. Das Gespräch endete um 17.45 Uhr.

VS-Bd. 14094 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 439

zite einzugehen, „deren Abtragung über weitere Jahre (Karenzzeit, 2 % Verzinsung) kreditiert werden soll". Vgl. VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

28 18. März 1981.

81

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

23. März 1981[1]

Betr.: Vier-Augen-Gespräch des Ministers mit AM Czyrek in Warschau am 19. März und 20. März 1981[2]

Bilaterale Fragen (19.3.):

BM teilt mit, er habe drei Punkte betont.

1) KMK-Richtlinien[3]

In einer schwierigen Zeit, in der es um andere Fragen gehe, solle man nicht Sachen wie die KMK-Richtlinien hochspielen. Der Beschluß sei noch nicht zustande gekommen. Einige Bundesländer wollten weiter darüber sprechen. Nichts wäre für die Diskussion in der Bundesrepublik schlimmer als der Eindruck, daß wir hier unter polnischem Druck stünden. Die polnische Seite möge verstehen, daß man bei uns nicht unter Druck handeln wolle.

2) Ausreisen[4]

Der Rückgang der Ausreisezahlen erfülle uns mit der größten Besorgnis. Die Tatsache, daß dies bisher in unserer Presse keine größere Rolle spiele, hänge damit zusammen, daß man sich Bewegung von seinem Besuch in Warschau erwarte, den man nicht belasten wolle. Die Sache sei ein sehr wichtiger Punkt.

3) Journalisten

Man solle den Journalisten nicht die Einreise verweigern. Wenn man eine positive Berichterstattung wünsche, sollte man die Korrespondenten hereinlassen. Berichten würden sie sowieso. Wenn man sie hereinlasse, bestehe Aussicht, daß die Berichterstattung besser werde. BM bat, den Akkreditierungswunsch von Ströhm[5] zu erfüllen.

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl leitete die Aufzeichnung am 23. März 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau.
Hat Wallau am 23. März 1981 vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Polen vgl. auch Dok. 78 und Dok. 80.

3 Zum Beschluß der Kultusministerkonferenz der Länder vom 12. Februar 1981 über die „Darstellung Deutschlands in Schulbüchern und kartographischen Werken für den Schulunterricht“ vgl. Dok. 77, Anm. 36.

4 Referat 513 vermerkte am 24. Februar 1981: „Die im Ganzen reibungslose Abwicklung des Ausreiseprotokolls von 1975 hat die deutsch-polnischen Beziehungen zum Teil von der humanitären Problematik unerfüllter Ausreiseanliegen entlastet. […] Die im Ausreiseprotokoll vereinbarte Zahl von 120 000 bis 125 000 Genehmigungen zur Aussiedlung innerhalb von vier Jahren ist als erfüllt anzusehen“. Allerdings sei der Rückgang der Aussiedlerzahlen von August bis November 1980 „besorgniserregend“. Während in diesem Zeitraum knapp über 3100 Personen ausgereist seien, seien es im Vergleichszeitraum 1979 über 10 000 Personen gewesen. Aussiedlungswillige müßten weiterhin mit Nachteilen aufgrund der Antragstellung rechnen. Auch seien Antragsteller durch polnische Behörden durch die Mitteilung verunsichert worden, die „Umsiedlungsaktion“ sei beendet. Vgl. Referat 214, Bd. 133060.

5 Referat 214 vermerkte am 12. März 1981, die polnischen Behörden hätten dem in Wien ansässigen Korrespondenten der Tageszeitung „Die Welt“, Ströhm, trotz entsprechender Bitten des Auswärtigen Amts und des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung unter Berufung auf dessen

Internationale Fragen (19.3.):

Czyrek äußerte sich besorgt über die internationale Lage, vor allem wegen der Abhängigkeit Polens vom Zustand der Ost-West-Beziehungen. Die Entspannungspolitik sei lebenswichtig für den Prozeß der Erneuerung. Die Verständigung zwischen USA und Sowjetunion sei besonders wichtig für die Menschen zwischen Rhein und Bug. Die polnische Führung lege den größten Wert auf die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland. Czyrek zollte der sehr verantwortungsvollen Haltung der Bundesrepublik zur Lage in Polen Anerkennung. Das gelte auch für die politischen und gesellschaftlichen Kräfte bei uns.

Zur inneren Lage führte Czyrek aus: Polen befinde sich in einer ernsten Krise. Es gehe darum, den Prozeß der Erneuerung fortzuführen. Wałęsa repräsentiere zunehmend nur einen Flügel in Solidarität, nämlich den Arbeiterflügel. Er sei unter den Spitzenleuten auch in Wirklichkeit der einzige Arbeiter. Wałęsa habe eine doppelte Verantwortung, nämlich in bezug auf die Arbeiterschaft und in bezug auf die katholische Kirche. Das gebe der Führung die Möglichkeit, auch über die katholische Kirche auf ihn einzuwirken.

Zur wirtschaftlichen Lage äußerte Czyrek: Die Probleme würden von Tag zu Tag größer. Die schlechte Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion habe die Lage weiter verschärft. Man habe zwei Ziele: das Volk satt zu machen und Arbeit zu gewähren. Man habe versucht, mit Preisangeboten aus der landwirtschaftlichen Produktion Reserven herauszulösen. Es sei aber offensichtlich nichts da. Butterkarten seien gedruckt, aber noch nicht ausgegeben worden, da nicht genügend Butter da sei. Polen könne den Teil der Lieferungen aus der EG nicht bezahlen, für den Barzahlung verlangt werde. Durch das Fehlen von Zulieferungen und Rohstoffen müßten mehr und mehr Betriebe schließen. Gierek habe zu stark auf die Entspannungspolitik und Kreditgewährung gesetzt. Jetzt gehe es darum, Zeit zu gewinnen, um den Prozeß zu Ende führen zu können.

Czyrek führte weiter aus: Die Sowjetunion wolle nach seiner Überzeugung ehrlich nicht eingreifen oder nur im äußersten Fall.

Zu den Pariser Gläubiger-Gesprächen[6] sagte Czyrek: Polen brauche eine erheblich längere Atempause, und nicht für 70% der Schulden, sondern für 100%. Auch die EG-Hilfe müsse 280 Mio. höher sein und nicht nur 230 Mio. Man erbitte Rat und Hilfe der Bundesrepublik Deutschland.

BM erwiderte: Die Pariser Gespräche hätten einen multilateralen Charakter. Wir selbst befänden uns in der ernstesten Wirtschaftskrise seit Ende des Zwei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 441

bisherige Berichterstattung im Februar 1980 die Einreise zum VIII. Parteitag der PVAP vom 11. bis 15. Februar 1980 in Warschau verweigert. Am 10. März 1981 sei der Botschaft der Bundesrepublik in Warschau durch das polnische Außenministerium mitgeteilt worden, „für den ‚Problemfall' Ströhm werde es kein Visum geben können; die ‚Welt' möge einen anderen Vertreter für die Warschau-Reise des Bundesministers nominieren". Vgl. Referat 214, Bd. 132947.
Am 9. April 1981 berichtete Botschafter Negwer, Warschau, das polnische Außenministerium habe sich gegenüber Pressereferent Reiff, Warschau, über Ströhm beschwert. Es sei ausgeführt worden, „man sei bestürzt über die von Ströhm nach seiner Teilnahme am Besuch BM in Warschau in der Zeit vom 21. bis 25.3. veröffentlichten Berichte über Polen. Man könne sie nicht anders als polenfeindlich beurteilen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 550; Referat 214, Bd. 132941.

6 Zu den Verhandlungen zwischen Polen und der „Pariser Gruppe" vom 23. bis 25. Februar 1981 in Paris bzw. vom 9. bis 12. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 62, Anm. 15 und 17.

ten Weltkriegs. Deshalb sei alles, was wir für Polen täten, bereits jenseits unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und werde nur von politischen Erwägungen bestimmt. BM erkundigte sich nach den polnischen Erwägungen einer Zusammenarbeit mit dem IWF.[7] Czyrek antwortete: Diese Frage werde noch geprüft; nach seinem Eindruck sei eine Lösung nicht unmöglich, eher im Gegenteil.[8] Auf die Frage des Ministers nach der sowjetischen Einschätzung sagte Czyrek: Man müsse die Rede von Breschnew beachten. Sein Hinweis auf die Berücksichtigung der „besonderen Lage" einzelner sozialistischer Staaten[9] habe sich natürlich auch auf Polen bezogen. Er, Czyrek, könne die Sorgen des Westens verstehen, wenn er sich die Töne in Prawda und TASS ansehe. Deshalb solle man sich an der sowjetischen Praxis seit August 1980 orientieren. Aber alles hänge von der inneren Entwicklung in Polen ab.

BM hat ausführlich die gemeinsame deutsch-amerikanische Hintergrunderklärung vom 9. März 1981[10] erläutert. Czyrek zeigte sich über den Inhalt der Sache voll informiert.

Über das Vier-Augen-Gespräch mit Czyrek am 20. März teilte BM noch mit:

Czyrek erwähnte, er habe wegen Bromberg[11] mit Kania telefoniert. Kania betrachte die Lage als sehr ernst. Czyrek werde sich die ganze Zeit in seinem Büro aufhalten. Alle Kräfte müßten jetzt am Zügel gehalten werden. Kania sei überzeugt, die Sache werde zu schaffen sein. Aber nur mit der Kirche zusam-

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Heinichen teilte der Botschaft in Warschau am 27. März 1981 mit: „Die Frage einer möglichen IWF-Mitgliedschaft Polens, das zu den Gründungsmitgliedern des IWF gehörte (seinerzeitige Quote: 125 Mio. US-$) und 1950 wie andere Ostblockstaaten unter sowjetischem Druck wieder austrat, wirft außen- und auch IWF-politische Fragen auf, die noch einer genaueren Prüfung bedürfen (Signalwirkung für andere osteuropäische Länder, Unvereinbarkeiten kommunistischer Wirtschaftssysteme mit marktwirtschaftlicher Weltwährungsordnung, zusätzliche Kreditbelastung des IWF u. a. m.). In Gesprächen, die hierüber bereits im Spätsommer/Herbst 1980 u. a. am Rande der IWF-Jahrestagung geführt wurden, wurden die größeren Schwierigkeiten für einen polnischen IWF-Beitritt gegenwärtig jedoch in der politischen Lage Polens selbst gesehen." Für Polen könne sich in den ersten drei Jahren ein Ziehungsrahmen von ca. 3 Mrd. Dollar ergeben. Möglich sei auch eine Mitgliedschaft in der Weltbank. Dort sei mit jährlichen Krediten in Höhe von 350 bis 400 Mio. Dollar zu rechnen: „Die eigentliche Bedeutung einer Mitgliedschaft Polens in den Bretton-Woods-Organisationen dürfte weniger in den direkten Ziehungsmöglichkeiten liegen als in den indirekten, positiven Auswirkungen auf Polens Kreditwürdigkeit auf den internationalen Kapitalmärkten." Vgl. den Schrifterlaß; Referat 412, Bd. 130470.

8 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 8. April 1981, die Absicht Polens, dem IWF beizutreten, scheine sich zu konkretisieren: „Bei Gesprächen, die westliche Banken mit der polnischen Seite vom 31.3. bis 2.4.1981 in London geführt haben, brachten die Polen die feste Absicht zum Ausdruck, Gespräche mit dem IWF wiederaufzunehmen. Auch hat Polen an den IWF selbst Anfragen nach den Modalitäten des Beitritts gerichtet." Fischer legte dazu dar: „Aus unserer Sicht sollte […] die Bundesregierung gegenüber einem polnischen Antrag auf Aufnahme in den IWF eine aufgeschlossene Haltung einnehmen und das polnische Begehren im IWF befürworten." Vgl. Referat 412, Bd. 130470.

9 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, führte am 23. Februar 1981 auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau aus: „Auf dem vorigen Parteitag wurde davon gesprochen, daß sich ein Prozeß der Annäherung der sozialistischen Staaten vollzieht. Dieser Prozeß entwickelt sich weiter. Er löscht jedoch nicht die nationale Spezifik und die historischen Besonderheiten der Länder des Sozialismus aus. In der Vielfalt der Formen ihres gesellschaftlichen Lebens und der Organisation ihrer Wirtschaft muß man das sehen, was Realität ist: die Vielfalt der Wege und Methoden zur Durchsetzung der sozialistischen Lebensweise." Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 734.

10 Korrigiert aus: „10. März 1981".
Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

11 Zu den Unruhen am 19./20. März 1981 in Bromberg vgl. Dok. 80, Anm. 20.

men. Czyrek habe wiederholt, was MP Jaruzelski gesagt habe: Man sei sich der Tatsache bewußt, daß die Spannungen, die die Strukturen im Lande bedrohten, eine sehr gefährliche Situation heraufbeschwörten. Wenn eine solche Bedrohung entstünde, dann müßten alle Kräfte mobilisiert werden, um das polnische Staatswesen zu schützen. Die Folgen dieser Maßnahmen wolle man um jeden Preis (er habe wiederholt: um jeden Preis) vermeiden.

Zur Frage wirtschaftlicher Hilfe hat BM noch einmal unterstrichen: Wir könnten nicht die geringsten Versprechungen machen. Aber er werde hinsichtlich der ernsten Lage in Polen das, was ihm mitgeteilt worden sei, genau und ungeschminkt weitergeben.

Braunmühl

Referat 010, Bd. 178843

82

Gespräch der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Maastricht

105-19.A/81 **23. März 1981**[1]

Europäischer Rat 23. und 24.3.1981[2]; Abendessen der Außenminister am 23.3.1981;
hier: Gedächtnisvermerk

Themen: Nahost, Spanien, Türkei, südliches Afrika, Polen

Nahost

AM *van der Klaauw* berichtete von seiner Reise[3]: Er sei überall auf Nützlichkeit einer europäischen Initiative angesprochen worden, jedoch auf sehr unterschiedliche Auffassungen, insbesondere zu Interpretation und Ausgestaltung des Selbstbestimmungsrechts für Palästinenser, gestoßen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 25. März 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.
Hat Wallau am 26. März 1981 vorgelegen.
Hat Ploetz am 31. März 1981 vorgelegen.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 85 und Dok. 86.

3 In einer Erklärung anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg wurden die Niederlande als zukünftige EG-Ratspräsidentschaft beauftragt, Kontakte mit verschiedenen Parteien des Nahost-Konflikts aufzunehmen. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 12/1980, S. 10 f.

König Hussein sei sehr zurückhaltend gegenüber Gedanken der „jordanischen Option“[4], scheine dies auch Peres zu verstehen gegeben zu haben, denn auch letzterer rücke von „jordanischer Option“ mehr und mehr ab.[5] Irak[6] sei hauptsächlich auf den Krieg[7] fixiert, Syrien[8] auf eigene interne Schwierigkeiten. Aus Kontakten in Kuwait zu der starken dort ansässigen palästinensischen Kolonie habe er geschlossen, daß dortige Palästinenser, zumal soweit in gehobenen Positionen, wenig an Rückwanderung denken, sich aber als repräsentative Gruppe verstehen.

Als Zweck der Reise habe er allen Gesprächspartnern dargestellt, mittels Fragen die Fundamente für nächste Schritte zu legen; nicht aber sei er gekommen, Fragen zu beantworten.

So habe er u. a. gefragt, wie man sich die Sicherheit eines eventuellen Staates Palästina vorstelle, wie man sich Praxis vorstelle, etwa Ansiedlung in Lagern nach Auflösung von Lagern anderenorts. Zu all diesen Punkten herrsche Unklarheit der Auffassungen.

Er habe vorgehabt, bei bevorstehendem Aufenthalt in Libanon[9] auch Arafat zu treffen. Zu jenem Zeitpunkt aber werde PLO sich in Syrien (Sitzung des Exil-

4 Legationsrat I. Klasse Mulack, Amman, teilte am 26. Februar 1981 mit, der niederländische Außenminister van der Klaauw sei am Vortag in Jordanien eingetroffen und habe den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten mitgeteilt, König Hussein habe die Bemühungen der EG-Mitgliedstaaten „ausdrücklich begrüßt. Er sehe in europäischer Initiative einen möglichen Ausweg aus der Sackgasse von Camp David.“ Jordanien bestehe auf einem israelischen Rückzug aus allen besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems und habe das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser betont, ohne selbst stellvertretend die palästinensischen Rechte wahrnehmen zu wollen („jordanische Option“). Vgl. den Drahtbericht Nr. 80; Referat 310, Bd. 135661.

5 Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, informierte am 5. Februar 1981, der niederländische Außenminister van der Klaauw habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über sein Gespräch mit dem Staatsminister im ägyptischen Außenministerium, Boutros-Ghali, unterrichtet: „Beide Gesprächspartner berichteten über ihre Treffen mit Shimon Peres. Van der Klaauw habe erklärt, daß er erbetene Befürwortung jordanischer Option abgelehnt habe. Boutros-Ghali bezeichnete Vorstellungen von Peres über jordanische Option als unausgegoren.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 257; Referat 200, Bd. 119468.

6 Der niederländische Außenminister van der Klaauw hielt sich am 24. Februar 1981 in Irak auf. Zu seinen Gesprächen mit dem irakischen Außenminister teilte die niederländische EG-Ratspräsidentschaft am 27. Februar 1981 mit, Hammadi habe erklärt, Irak werde Israel niemals anerkennen, sei jedoch unter folgenden Bedingungen zu einer gewissen Anerkennung des Status quo bereit: Rückzug Israels von allen 1967 besetzten Gebieten einschließlich Ost-Jerusalems, Rückkehrrecht für alle Palästinenser „to anywhere in Palestine“, Errichtung eines unabhängigen Palästinenserstaats im Westjordanland und Gaza-Streifen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 606 (Coreu); Referat 200, Bd. 119468.

7 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 78, Anm. 44.

8 Botschafter Peckert, Damaskus, berichtete am 24. Februar 1981, der niederländische Außenminister van der Klaauw habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten am Vortag über seine Gespräche mit Präsident Assad und dem syrischen Außenminister Khaddam unterrichtet: „Eine wesentliche Fortentwicklung des syrischen Standpunktes konnte nicht festgestellt werden.“ Während Khaddam sich mißtrauisch gezeigt habe, habe Assad „die europäische Initiative mit herzlichen Worten begrüßt“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 93; Referat 310, Bd. 135661.

9 Der niederländische Außenminister van der Klaauw hielt sich am 16. April 1981 im Libanon auf. Botschaftsrat Altenburg, Beirut, berichtete am 21. April 1981, niederländischen Informationen zufolge habe der libanesische Außenminister Boutros den Rückzug Israels von allen 1967 besetzten Gebieten gefordert: „Der palästinensische Staat soll nach libanesischer Auffassung – und hier spricht ureigenes nationales libanesisches Interesse – nur und ausschließlich auf dem Boden des früheren palästinensischen Mandatsgebietes errichtet werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 171; Unterabteilung 31, Bd. 135649.

Parlaments[10]) aufhalten. Zudem bestünden formale Probleme, denn er habe Arafat in seine Botschaft bitten wollen, Arafat dagegen habe ihn unter Hinweis auf Gastgeberrolle und arabische Gastfreundschaft in sein Büro eingeladen, was er ablehnen wolle.[11]

Im Blick auf bevorstehenden Israel-Besuch habe er wissen lassen, er wolle arabische Bürgermeister besuchen. Israelis hätten dem entgegengehalten, AM Thorn habe dies bereits getan[12]; falls van der Klaauw gleiche Pläne habe, würden israelische Gastgeber dies arrangieren. Dies habe er als eine Art Einspruch gewertet. Immerhin aber werde man ohnehin Wahlergebnis[13] abzuwarten haben, und ein Sieg Peres' sei nicht mehr eindeutig absehbar.

F warnte, europäisches Vorgehen als stagnierend erscheinen zu lassen. Zeit laufe aus, und nächste Schritte wollten überlegt sein.

GB stimmte dem nachdrücklich zu, jedoch mit der Begründung, man könne zwar gar nichts tun, müsse aber darauf achten, eigenes Tun nicht als negative Wirkung zeitigend erscheinen zu lassen.

NL betonte, er werde Besuche unter selbem Gesichtswinkel (Abfragen für Erkenntnis der Fundamente) fortsetzen.[14]

Spanien[15]

Es bestand Einigkeit, Ratspräsident[16] werde mündlich gegenüber Presse eine Äußerung zur demokratischen Grundordnung Spaniens tun.[17]

AM *Colombo* warnte vor Herstellung von Beziehungen zu Beitrittsverhandlungen.[18]

10 Vom 11. bis 19. April 1981 fand in Damaskus eine Tagung des „Palästinensischen Nationalrats" statt. Für das Kommuniqué vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 519–521.

11 Der niederländische Außenminister van der Klaauw hielt sich am 17. April 1981 in Syrien auf und traf dort mit Vertretern der PLO zusammen. Botschaftsrat Altenburg, Beirut, teilte dazu am 21. April 1981 mit, niederländischen Informationen zufolge habe der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat „Kritik an der Erklärung von Venedig geübt. Er habe bemängelt, daß die PLO darin nicht als einzige legitime Vertreterin angesprochen sei, daß nicht die Rede von einem palästinensischen Staat sei und daß das Recht zur Rückkehr der Palästinenser in ihre Heimat nicht erwähnt werde." Die Frage einer Anerkennung Israels sei von Arafat als „die letzte Trumpfkarte der PLO" bezeichnet worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 171; Unterabteilung 31, Bd. 135649.

12 Zum Besuch des luxemburgischen Außenministers Thorn vom 29. September bis 1. Oktober 1980 in Israel vgl. Dok. 32, Anm. 7.

13 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

14 Der niederländische Außenminister van der Klaauw besuchte vom 27. bis 29. März 1981 Marokko. Dazu teilte die niederländische EG-Ratspräsidentschaft am 2. April 1981 mit, König Hassan II. habe sich besonders auf die Jerusalem-Frage konzentriert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1040 (Coreu); Referat 200, Bd. 119468.
Botschafter Kahle, Tunis, berichtete am 30. März 1981, van der Klaauw habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über sein Gespräch mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Klibi, informiert, der darum gebeten habe, „die Stellungnahme der Araber zu dem Nahost-Problem auch den Amerikanern mitzuteilen und sie zu überreden, von dem Camp-David-Konzept abzurücken und ihre Nahostpolitik zu ändern". Die tunesische Regierung habe van der Klaauw gegenüber ihre Besorgnis wegen einer möglichen sowjetischen Beteiligung bei der Lösung des Nahost-Konflikts zum Ausdruck gebracht. Vgl. den Drahtbericht Nr. 58; Referat 310, Bd. 135661.

15 In Spanien kam es am 23./24. Februar 1981 zu einem Putschversuch. Vgl. dazu Dok. 87.

16 Andreas Antonius Maria (Dries) van Agt.

17 Für den Wortlaut der Erklärung zu Spanien im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. BULLETIN DER EG 3/1981, S. 9.

18 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 69, Anm. 17.

AM *DK*[19] gab, letzterem zustimmend, zu bedenken, daß andernfalls das portugiesische Problem sich verschärfen könne.[20]

Türkei (EP)[21]

AM *van der Klaauw* wies auf Problem der nichtgesetzmäßigen Vertretung der Türkei im EP und bevorstehende gebotene Maßnahme hin. Herr de Koster habe diesbezüglich um Gespräch mit ihm nachgesucht.

BM berichtete über Ergebnisse der Reise Bundestagsabgeordneter[22] (empfahl Entsendung Abgeordneter auch anderer europäischer Parlamente). Denen zufolge müsse es als äußerst problematisch erachtet werden, Druck auf derzeitige türkische Regierung auszuüben. Auch von Vertretern türkischer demokratischer Kräfte (Demirel, Ecevit) werde es als absolut untunlich angesehen, Rückkehr zu Demokratie ins Auge zu fassen, bevor Militärs Ordnung und Basis hinlänglich herstellen konnten.

Druck könne und solle man aber in drei Punkten ausüben:

1) Reduzierung der noch zu hohen Zahl politischer Häftlinge.

2) Reduzierung des Zeitraums für Beugehaft ohne anwaltliche Vertretung und Familienkontakte (derzeit 100 Tage).

3) Vorlage eines Verfassungsentwurfs.

AM *Mitsotakis* erklärte, griechisches Verhältnis zu TK sei hinlänglich bekannt, dennoch könne auch er nur dringend vor Druck auf Türkei warnen. Seines Wissens werde es Kompromißvorschlag geben: TK werde eine Art Kommission einsetzen, deren Mitglieder Vertretung in EP kommissarisch, mit Rederecht, aber ohne Stimmrecht übernehmen solle. Er (Mitsotakis) halte dies für gangbaren, empfehlenswerten Weg.

AM *van der Klaauw* erklärte, in diesem Sinne mit de Koster sprechen zu wollen.[23]

19 Kjeld Olesen.

20 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal vgl. Dok. 2, Anm. 5. Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete am 28. Februar 1981, während der zwölften Tagung auf Stellvertreter-Ebene am Vortag hätten die Europäischen Gemeinschaften zum Thema „Kapitalverkehr“ Stellung genommen und damit die eigentliche Verhandlungsphase eröffnet. Die portugiesische Delegation habe in einem Vorgespräch mit der EG-Ratspräsidentschaft die Europäischen Gemeinschaften aufgefordert, „Beitrittsverhandlungen zu intensivieren und zu beschleunigen. Niederl[ändischer] Vorsitz antwortete, daß die Gem[einschaft] alles dafür tue und nach wie vor den polit[ischen] Willen habe, Verhandlungen so zügig wie möglich zu führen. […] Port[ugiesische] Del[egation] bat insb[esondere] darum, den zu Beginn der Verhandlungen vereinbarten Arbeitsrhythmus aufrechtzuerhalten. In diesem Zusammenhang wurde um eine baldige Reaktion der Gem. auf portug[iesische] Stellungnahmen zu den Kapiteln Zollunion, EGKS, Regionalpolitik und Steuerfragen gebeten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 920; Referat 410, Bd. 121928.

21 So in der Vorlage.
Zur Vertretung der Türkei in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vgl. Dok. 62, Anm. 70.

22 Zum Besuch einer Bundestagsdelegation vom 2. bis 7. März 1981 in der Türkei vgl. Dok. 62, Anm. 67.

23 Referat 200 notierte am 3. April 1981: „Der Geschäftsordnungsausschuß der Parlamentarischen Versammlung hat am 26. März 1981 mit neun gegen sieben Stimmen beschlossen, eine Vertretung der Türkei in der 33. Sitzungsperiode der Parlamentarischen Versammlung durch die bisherigen türkischen Abgeordneten (auch die derzeit inhaftierten!) anzuerkennen. Nach dem Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses soll weitere Mitarbeit der türkischen Abgeordneten mit gleichem Status wie bisher – Rederecht und Stimmrecht – vorgesehen sein […]. Über diesen Beschluß des Ge-

Südliches Afrika

BM bestätigte auf Fragen, in USA sei unverändert Meinungsbildung zu Fünfer-Initiative[24] und zu Problematik südliches Afrika nicht abgeschlossen.

Es bestand Einigkeit, Gelegenheit der NATO-Frühjahrskonferenz in Rom[25] zu nutzen, wie schon in Ankara[26] zu fünft über Fortgang Namibia-Initiative zu sprechen.[27]

Polen

BM berichtete über Eindrücke von Besuch und Gesprächen in Warschau.[28] Er schloß nachdrücklichen Aufruf zur Fortsetzung der Hilfe an, insbesondere:

– Nahrungsmittelhilfe gemäß dieser Tage bei Kommission eingehenden polnischen Wünschen[29],
– weitere Kredithilfe (etwa 1,1 oder 1,2 Mrd. $ sei von Polen genannt), wobei Pariser Gremium[30] Einzelheiten ausarbeiten könne und weitere Geberländer (US, Kanada, Japan) hinzugezogen werden sollten.

AM *Colombo* unterstützte diesen Aufruf mit Blick auf andernfalls mit größerer Wahrscheinlichkeit eintretende Katastrophe.

AM *Carrington* erhob Bedenken wegen ungeklärter Konditionen für Kreditvergabe.

AM *van der Klaauw* unterstützte Erfordernis, Frage der „Konditionalität" vorab zu erfüllen.

AM *François-Poncet* gab zu bedenken, daß Pariser Gremium ohnehin Konditionen prüfe, daß für Polen aber Zeitraum bis Juli unbedingte Notlage darstelle, die man überbrücken helfen müsse. (Fehlbetrag von 1[31] Million pro Monat, d. h. 1,2 Mrd. aufs Jahr bezogen; Schuldenbedienung, auch während Pariser Verhandlungen noch laufen.)

Fortsetzung Fußnote von Seite 447

schäftsordnungsausschusses muß jedoch das Plenum der Parlamentarischen Versammlung abstimmen." Vgl. Referat 200, Bd. 123212.

24 Zur Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA vom 10. April 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

25 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

26 Am 24. Juni 1980 fand in Ankara am Rande der NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), MacGuigan (Kanada) und Muskie (USA) über Namibia statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 813 des Ministerialdirektors Blech, z. Z. Ankara, vom 26. Juni 1980; Referat 320, Bd. 125277.

27 Zum Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 3. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 128.

28 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

29 In einer gemeinsamen Aufzeichnung des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 22. März 1981 wurde dargelegt, daß auf einer vom polnischen Außenminister Czyrek Bundesminister Genscher während dessen Besuchs am 19./20. März 1981 in Polen übergebenen Liste mit Nahrungsmitteln vor allem Butter, Zucker, Fleisch, Öl oder Raps, Käse, Milchpulver, Gerste und Roggen genannt würden: „Auf Empfehlung BM Genscher ist Liste noch vor diesem Wochenende den Kommissions- und Ratspräsidenten mit Bitte übermittelt worden, sie dem Europäischen Rat in Maastricht vorzulegen." Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

30 Zu den Verhandlungen zwischen Polen und der „Pariser Gruppe" vom 23. bis 25. Februar 1981 in Paris bzw. vom 9. bis 12. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 62, Anm. 15 und 17.

31 Diese Zahl wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

Ortoli erklärte, seines Erachtens gehe es um drei Punkte:

1) Polnischen Wunsch auf Nahrungsmittelhilfe, der der Kommission vorliege und alsbald positiv zu bearbeiten sei;

2) Kredithilfe für die Überwindung der Zeit bis Juli. Ob es dabei um 1–1,1–1,2 Mrd. $ gehe, bleibe letztlich irrelevant. Eine Hilfe für Polen sei angesichts der gesamten Konstellation dringend geboten.

3) Gewiß sei gesamte wirtschaftliche Lage Polens – ganz abgesehen von den ersten beiden Punkten – äußerst schlecht. Dazu könne man erwägen, alsbald und ebenfalls unabhängig von den ersten beiden genannten Punkten Sachverständige eine Untersuchung ausarbeiten zu lassen, um ein präziseres Bild zu gewinnen.

AM *Carrington* wiederholte seine Bedenken.

BM warf ein, daß sich, sollten die Ereignisse in Polen eine Wendung zum Bösen nehmen, derzeit ungeahnte Folgewirkungen ergeben, wodurch dann rückblickend jede heutige Hilfeleistung sich vermutlich als billigste Lösung erkennen lassen werde.

AM *van der Klaauw* wiederholte ebenfalls sein Anliegen, vordringlich die Frage der Konditionalität zu klären.

Die Sitzung wurde hier abgebrochen, da Staats- und Regierungschefs ihre Gespräche beendet hatten.

Referat 010, Bd. 178849

83

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2380/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. März 1981, 08.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 516 **Ankunft: 24. März 1981, 13.37 Uhr**

Betr.: Außen- und sicherheitspolitische Tendenzen in der Allianz

Bezug: DB 481 vom 18.3.1981-I-362.12/1-1125/81 VS-v[2]

Die Konsultationen über aktuelle außen- und sicherheitspolitische Fragen in der Allianz, die in den vergangenen Wochen stattgefunden haben, vor allem über

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 26. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Gerz „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Gerz am 30. März 1981 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), gab einen Überblick über die Themen, die NATO-Generalsekretär Luns in seinem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 8. April 1981 ansprechen wolle, und teilte mit: „Als Hintergrund für die Gespräche des Bundeskanzlers und des Bundesministers mit dem NATO-Generalsekretär folgt gesonderter Bericht zu aktuellen Fragen betreffend die Rolle der Bundesrepublik Deutschland im Bündnis.“ Vgl. VS-Bd. 10302 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

den Breschnew-Vorschlag vom 26. KPdSU-Parteitag[3], über Polen (innere Entwicklung, objektive Haltung, Eventualfallplanung) sowie über rüstungskontrollpolitische Perspektiven und auch über periphere Probleme wie San Salvador, Tschad lassen aus der Sicht unserer außenpolitischen Linienführung folgende Schlußfolgerungen zu:

1) Die amerikanischen Einlassungen sind stärker noch als in der Vergangenheit von einem Trend zur Schwarz-Weiß-Malerei und zur äußersten Skepsis gegenüber der SU und ihren außenpolitischen Zielen sowie Methoden, d.h. auch zu ihrer Verhandlungsbereitschaft, geprägt. In welchem Maße dies die erforderliche Ausgangsposition für die Ausformulierung einer neuen amerikanischen Außenpolitik ist oder tatsächlich eine tiefgehende Verhärtung der Linie und einen gezielten Abbau der bestehenden Ost-West-Kanäle bedeutet, läßt sich schwer sagen.

Erkennbar an der amerikanischen Linie ist die Priorität für erhöhte Verteidigungsanstrengungen, noch bevor die neuen politischen Zielsetzungen genau definiert sind.

Wird diese Linie einerseits auch in Teilen von der britischen Seite im Rat geteilt und entspricht sie auch in der Skepsis gegenüber dem Nutzen der Entspannungspolitik für den Westen bzw. der Chancen einer realistischen Fortsetzung in manchen Teilen der derzeitigen außenpolitischen Linie von Paris, wie sie sich hier manifestiert, so darf man andererseits nicht übersehen, daß es der amerikanischen Delegation außerordentlich schwerfällt, auf der jeweiligen harten amerikanischen, kompromißlosen Linie Konsens zu erzielen: Das zeigte sich beispielsweise bei der Diskussion der Polen-Eventualfallplanung (TNF, SALT, Erdgas-Röhren-Geschäft[4]) als auch bei der Diskussion über die Lagebeurteilung in bezug auf Polen (Kassandra-Rufe) und bei den El-Salvador-Besprechungen.

2) Bei grundsätzlichem Willen zu nüchterner Beurteilung der Möglichkeiten für eine konstruktive Ost-West-Politik folgen Großbritannien und Frankreich im einzelnen keineswegs der amerikanischen Linienführung.

3) Die außen- und sicherheitspolitische Linie der Bundesregierung läßt sich im allgemeinen als eine weitgehend konsensusfähige atlantische Position vertreten, wenn sie frühzeitig ausformuliert und rechtzeitig eingebracht wird. Frühzeitige Weisungen und ein vertiefter Gedankenaustausch mit der Ständigen Vertretung, bei dem die hiesige Lagebeurteilung in die in der Zentrale stattfindende Entscheidungsfindung einfließen kann, sind für die optimale Nutzung dieser Möglichkeiten erforderlich.

Auch die schnelle Unterrichtung der Allianz-Partner über hochrangige Ost-West-Kontakte ist ein hervorragendes Mittel, die Meinungsbildung der anderen Länder zu pflegen und auf sie einzuwirken.

4) Sorgen unserer Allianz-Partner uns gegenüber gibt es vor allem dergestalt, daß man aufgrund der innenpolitischen Entwicklung Zweifel an der mittel-

3 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

4 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 62, Anm. 62.

fristigen innenpolitischen Durchsetzungsmöglichkeit des außen- und sicherheitspolitischen Kurses der Bundesregierung hegt. Ebenso tauchen Bedenken hinsichtlich der Möglichkeit auf, die derzeitige Wirtschaftsdepression zu überwinden. Es bestehen auch Zweifel, ob angesichts der Verhärtung Ost-West einzelne Elemente unserer Vorstellungen zum Ost-West-Verhältnis tatsächlich auch heute noch auf einer realistischen Grundlage stehen und eine gemeinsame Basis in der Allianz finden können.

Es bedarf aus unserer Sicht erneuter Anstrengungen, im Bündnis den langfristigen und prinzipiellen Charakter unserer Ost-West-Politik zu unterstreichen und die Allianz darauf „einzuschwören".

Schließlich bestehen Zweifel, ob wir den von anderen empfundenen Druck der SU auf die außerhalb des Vertragsgebietes[5] gelegenen Gebiete – z.B. gegenüber dem Persischen Golf – richtig einschätzen und die erforderlichen politischen, wirtschaftlichen und sicherheits- und bündnispolitischen Schlußfolgerungen für unsere eigenen politischen Anstrengungen ziehen. Aus hiesiger Sicht übersieht die innenpolitische Debatte bei uns zum Teil die unsere Sicherheits- und Wirtschaftslage berührenden Fragen dieser Probleme sowie den Signalcharakter einer multilateralen Beteiligung an einer solchen Politik gegenüber der anderen Seite.

Die Verbündeten gehen grundsätzlich davon aus, daß es der Bundesrepublik Deutschland insgesamt möglich sein sollte, zusätzliche Aufgaben im Bündnis zu übernehmen und die eingegangenen militärischen Verpflichtungen vollständiger zu erfüllen, als es tatsächlich zur Zeit geschieht.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11121 (204)

5 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

84

Gesandter König, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-2425/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. März 1981, 23.55 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 449 **Ankunft: 26. März 1981, 00.37 Uhr**
Citissime nachts

AA: Herrn D 2[2] und D 4[3] bei Dienstbeginn vorlegen; auch für 421 und BM

BMWi: Abteilung V

Paris Diplo: Für Botschafter[4] o. V. i. A.

Paris Diplo: Bitte Weisung AA vor Weiterleitung an deutsche Vertreter Pariser Gruppe[5] am 26.3. abwarten

Betr.: Brief an AM Czyrek

Bezug: DE Nr. 162 vom 25.3.1981 – 214-321.11 POL-738/81 VS-v[6] und
DE Nr. 163 vom 25.3.1981 – 214-321.11 POL-VS-v[7]
Ferngespräch mit Herrn D 2

Weisung des Bezugsdrahterlasses habe ich am 25.3.1981, 19.00 Uhr, bei Außenminister Czyrek ausgeführt. Minister Czyrek dankte für den Brief des Herrn Bundesministers[8] sowie für die gemäß meinen Instruktionen abgegebenen er-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.
Hat Bundesminister Genscher laut handschriftlichem Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau vom 26. März 1981 vorgelegen.

2 Franz Pfeffer.

3 Per Fischer.

4 Otto-Axel Herbst.

5 Zu den Verhandlungen zwischen Polen und der „Pariser Gruppe“ vom 23. bis 25. Februar 1981 in Paris bzw. vom 9. bis 12. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 62, Anm. 15 und 17.

6 Staatssekretär van Well wies Botschafter Negwer, Warschau, an, dem polnischen Außenminister Czyrek „vorbehaltlich nachfolgender Weisung und Zustimmung BM“ ein Schreiben des Bundesministers Genscher zu übergeben und dazu auszuführen: „BM stehe noch unter dem Eindruck seines Besuchs in Warschau. Er habe kaum je einen Besuch in einem anderen Land abgestattet, der ihn innerlich so sehr weiterbeschäftigte. BM sei sehr beeindruckt von der Feststellung des MP Jaruzelski, daß die polnische Führung um jeden Preis eine friedliche, politische Lösung anstrebe.“ Genscher und Bundeskanzler Schmidt hätten auf der Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht „die polnischen Wünsche vorgetragen und eine wohlwollende Prüfung durch die Gemeinschaft mit Nachdruck unterstützt“. Dies habe dazu geführt, daß der Europäische Rat seine Bereitschaft zur Unterstützung der Bemühungen der polnischen Regierung erklärt habe. Die Bundesregierung stehe außerdem „in enger Verbindung und wohlwollender Übereinstimmung“ zu Frankreich, das die Gespräche über wirtschaftliche und finanzielle Hilfen an Polen koordiniere. Ferner habe die Bundesregierung die amerikanische, japanische und kanadische Regierung ebenfalls um Unterstützung gebeten. Van Well wies Negwer an, zu erklären, daß allen Bemühungen der Bundesregierung um eine wirtschaftliche Unterstützung „die Grundlage entzogen“ würde, falls eine gewaltsame Beendigung der innenpolitischen Krise in Polen versucht werde. Vgl. VS-Bd. 13335 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil teilte Botschafter Negwer, Warschau, mit, daß Bundesminister Genscher am Drahterlaß Nr. 162 des Staatssekretärs van Well vom 25. März 1981 verschiedene Korrekturen vorgenommen und nun die Genehmigung zur Ausführung dieses Drahterlasses erteilt habe. Vgl. dazu VS-Bd. 13335 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

8 In dem Schreiben an den polnischen Außenminister Czyrek führte Bundesminister Genscher aus, er habe die Gespräche mit der polnischen Regierung am 19./20. März 1981 in Warschau „als außerordentlich wertvoll empfunden. Das Verantwortungsbewußtsein der polnischen Führung, der Ernst

gänzenden mündlichen Erklärungen. Er sei dem Bundesminister und der Bundesregierung dafür dankbar, daß sie in Maastricht[9] die Wünsche der polnischen Seite und die Interessen so vertreten hätten, daß sie[10] einen derart positiven, konstruktiven Niederschlag im gemeinsamen Kommuniqué[11] gefunden hätten. Wie ich aus dem weiteren Teil des Gesprächs sehen werde, habe sich die polnische Seite bereits auf diese Stellungnahme der Europäischen Gemeinschaft und des Europäischen Rates berufen. Sie hoffe, daß diese Haltung des Europäischen Rates, der Mitgliedstaaten der EG und der Regierungen dieser Länder auch mögliche Richtlinie für die bevorstehenden Gespräche im Pariser Club sein werde.

Die polnischen Gesprächspartner hätten ähnlich oder gar identisch zu dem Schreiben des Herrn Bundesministers zum Ausdruck gebrachten Gefühlen der Atmosphäre und den Verlauf seiner Gespräche in Warschau[12] empfunden.[13] Die Position, die Bundesminister im eigenen Namen und im Namen der Bundesregierung und auch der Gemeinschaft eingenommen habe, werde hier hoch veranschlagt und stelle einen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen und zum Dialog über Entspannung und weitere Gestaltung der Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa dar. Dankbar empfunden habe man auch sein Verständnis für die Lage, die Interessen und Nöte Polens bezüglich seiner wirtschaftlichen Probleme, dies insbesondere auch im Verhältnis „mit unseren Partnern". Alle seine Gesprächspartner, der Erste Sekretär[14], die Präsidenten des Ministerrates[15] und des Staatsrates[16], vor allem auch er selbst hätten den festen Willen des Bundesministers zur Kenntnis genommen und gewürdigt. Besonders nachdrücklich begrüße er, daß Bundesminister auch seine amerikanischen[17], japanischen[18] und kanadischen[19] Kollegen über die

Fortsetzung Fußnote von Seite 452

und die Offenheit, die in den Gesprächen zum Ausdruck gekommen sind, haben mich sehr beeindruckt." Genscher berichtete über Verlauf und Ergebnisse der Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht und führte aus: „Wir haben in den letzten Monaten mit Respekt und Anteilnahme die Bemühungen der polnischen Führung und der gesellschaftlichen Kräfte verfolgt, die großen Aufgaben der Erneuerung und Stabilisierung Polens auf friedliche Weise und in eigener Verantwortung zu meistern. Nach unseren Gesprächen bin ich zuversichtlich, daß auf diesem Wege weitergeschritten wird." Vgl. den Drahterlaß Nr. 162 des Staatssekretärs van Well vom 25. März 1981 an Botschafter Negwer, Warschau; VS-Bd. 13335 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

10 Korrigiert aus: „die".

11 In der Erklärung zu Polen im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht bekundeten die Teilnehmer ihre Bereitschaft, „weiterhin ihren Beitrag zur Erholung der polnischen Wirtschaft zu leisten". Ferner ersuchten sie EG-Kommission und EG-Ministerrat, polnische Wünsche nach zusätzlichen Lebensmittellieferungen „möglichst rasch zu prüfen". Vgl. BULLETIN DER EG 3/1981, S. 10.

12 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

13 So in der Vorlage.

14 Stanisław Kania.

15 Wojciech Jaruzelski.

16 Henryk Jabłoński.

17 In dem Schreiben vom 24. März 1981 informierte Bundesminister Genscher den amerikanischen Außenminister Haig über seinen Besuch am 19./20. März 1981 in Polen. Genscher wies auf die polnische Wirtschaftslage und auch die von Polen erbetenen Nahrungsmittellieferungen hin und führte dazu aus: „Ich gehe davon aus, daß alle möglichen Hilfsmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft in Abstimmung mit den in Paris stattfindenden Gesprächen der 15 wichtigsten westlichen Gläubigerländer Polens erfolgen werden. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie darauf hinwirken

Gespräche unterrichtet und dabei die Haltung des Europäischen Rates zur Frage des Entgegenkommens an Polen eingehend unterstrichen habe.

Die Lage, die er – Czyrek – mit BM in seinem Amtszimmer erörtert habe und von der er betont habe, daß die Situation eilbedürftig sei, habe sich leider früher bestätigt, als er damals noch angenommen habe. Manche Lösungen, die man erhofft habe, seien nicht in Erfüllung gegangen. Dies betreffe vor allem auch, was er mit AM Pahr in Warschau[20] besprochen habe.

Deswegen sehe polnische Seite sich gezwungen, noch vor den bevorstehenden Gesprächen im Pariser Club ihren[21] Partnern, darunter auch der Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland, im Namen der polnischen Regierung das in anliegendem Aide-mémoire[22] Enthaltene mitzuteilen.

An dieser Stelle wurde von Vizedirektor Makosa übergebenes polnisches Aide-mémoire, das in gefertigter Rohübersetzung beigefügt ist, mündlich in Rohübersetzung vorgetragen. Darin begrüßt polnische Regierung die im Kommuniqué des Europäischen Rats zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, den polnischen wirtschaftlichen Anliegen und Kreditwünschen in Zusammenarbeit mit anderen Ländern entgegenzukommen. In bisherigen Vereinbarungen der Bank Handlowy mit westlichen Banken habe man viel Verständnis für die Anliegen der Refinanzierung fällig werdender Kreditverpflichtungen gefunden und wohl der polnischen Seite als auch der Gläubigerländer berücksichtigenden Lösungen festgestellt.[23] Diese würden erlauben, Wege zu finden, durch die Polen seine weiteren Verpflichtungen erfüllen könnte und durch die sich negative Ergebnisse, welche Notwendigkeit einseitiger Entscheidungen, d.h. eines Moratoriums, nach sich ziehen würde, vermeiden ließen. Unter Betonung der Eilbedürftigkeit einerseits und der zeitraubenden multilateralen Gespräche in der Finanzierungsfrage andererseits hätten sich einige Partnerstaaten bereit er-

Fortsetzung Fußnote von Seite 453

würden, daß sich die amerikanische Regierung in großzügiger Weise an diesen Hilfsmaßnahmen beteiligt." Genscher legte dar: „Meine Gespräche haben mir erneut bestätigt, daß der Westen ein entscheidendes Interesse daran haben muß, die Erneuerung und Stabilisierung in Polen zu fördern und daß wir unsere politischen Schritte ganz wesentlich danach bestimmen sollten, ob sie diesem Interesse dienen oder nicht." Vgl. den Drahterlaß Nr. 396 vom 24. März 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 13335 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

18 Masayoshi Ito.

19 Für das Schreiben des Bundesministers Genscher vom 26. März 1981 an den kanadischen Außenminister MacGuigan vgl. den Drahterlaß Nr. 1656 des Staatssekretärs van Well vom selben Tag an Botschafter Strätling, Ottawa, und Gesandten Massion, Tokio; VS-Bd. 13335 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Gesandter König, Warschau, teilte am 6. März 1981 mit, daß der österreichische Außenminister Pahr am selben Tag zu einem Privatbesuch beim österreichischen Botschafter Zanetti eintreffen und auch mit dem polnischen Außenminister Czyrek sprechen werde. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 332; Referat 214, Bd. 132953.
Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, berichtete am 12. März 1981, der Besuch sei „in der österreichischen Öffentlichkeit nicht bekanntgeworden. Er wurde auch im Außenministerium als vertraulich behandelt. Man war dort überrascht, daß wir Bescheid wußten. Als Grund für die Reise wurde uns angegeben, Kreisky sei in seiner Einschätzung der Lage in Polen etwas unsicher geworden und habe Außenminister Pahr gebeten, an Ort und Stelle ein klareres und besseres Bild zu gewinnen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 436; Referat 214, Bd. 132953.

21 Korrigiert aus: „seinen".

22 Dem Vorgang beigefügt. Für das mit Drahtbericht Nr. 450 des Gesandten König, Warschau, vom 25. März 1981 übermittelte polnische Aide-mémoire vgl. VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

23 So in der Vorlage.

klärt, für das erste Halbjahr 1981 gewisse Überbrückungsmaßnahmen zu treffen. Leider reichten diese jedoch zur Überbrückung bzw. zur Regulierung der anstehenden Rückzahlungsverpflichtungen nicht aus. Nach kurzer Darstellung der polnischen Eigenanstrengungen (Einfuhrbeschränkungen, Einsatz vorhandener Devisenreserven) wird darauf hingewiesen, daß Ende März 1981 eine Anhäufung von Rückzahlungsverpflichtungen anstehe, deren Einlösung ohne sofortige wirksame Hilfe anderer Staaten nicht möglich sein würde. In dieser Situation erbitte die Regierung der Volksrepublik Polen

1) staatliche oder staatlich garantierte Kreditfälligkeiten aufzuschieben, bis multilaterale und bilaterale Verhandlungen abgeschlossen und in Kraft getreten sind oder sie sofort mit in diese Verhandlungen einzubeziehen;

2) Fortsetzung der gewährten und Einräumung weiterer Warenkredite;

3) Beschleunigung der Verhandlung im Pariser Club und anschließender bilateraler Verhandlungen, da dies für konsequente Formulierung wirtschaftlichen Stabilisierungsprogramms für die nächsten Jahre durch Polen unerläßlich sei;

4) Unterrichtung mit Bitte um Unterstützung entsprechender Schritte der Bank Handlowy gegenüber ausländischer Commerzbanken mit dem Ziel, März-Juni-Fälligkeiten um sechs Monate bis zur Einigung in den Refinanzierungsverhandlungen zu unterstützen.

Die Regierung bittet um wohlwollende Prüfung des oben dargestellten Anliegens und um sehr schnelle Entscheidung.

Im Anschluß an mündliche Rohübersetzung Aide-mémoires durch Makosa unterstrich Außenminister Czyrek ferner: Er glaube, daß für Bundesminister im Lichte der Gespräche in Warschau es eindeutig und klar sein dürfte, warum polnische Regierung diesen Weg jetzt einschlagen müsse und daß er dafür Verständnis haben werde: „Weil wir nicht zu einem Moratorium greifen wollen, da ein Moratorium für uns und unsere Partner ungünstig und für die internationalen Beziehungen schädlich wäre."

Polen brauche 1,2 Mrd. Dollar, dabei sei die Frage nicht nur, ob, sondern auch wann. Deswegen habe man sich entschlossen, das anliegende Memorandum allen 15 Mitgliedern des Pariser Clubs zu übermitteln. Der Vertreter der Volksrepublik Polen werde am 26. März in diesem Sinne im Pariser Club sprechen. Dabei wolle man selbstverständlich nicht in die Tagesordnung der Pariser Sitzung eingreifen oder sie gar ändern, da diese Sitzung auf eine Regelung nach dem 1. Juli 1981 gerichtet sei. Sie sollte darin weiterhin ihre Hauptaufgaben sehen.

Das heute an die Partnerregierungen herangetragene Anliegen sei eine Überbrückungsmaßnahme bis zur generellen Regelung der Refinanzierungsfrage.

Unabhängig davon rechne die polnische Seite weiterhin stark auf Unterstützung bei der Lieferung von Lebensmitteln und Halbwaren.

Obwohl er die starken Belastungen des Bundesministers kenne, wäre er ihm außerordentlich dankbar, wenn er, wie in der Maastrichter Erklärung unterstrichen, im Einvernehmen mit den Partnerländern, insbesondere mit der französischen und amerikanischen Regierung, eine Initiativgruppe bilden könnte, die dafür Sorge tragen würde, daß das Anliegen auf dem Tisch bleibe. Er wiederholte noch einmal, Sinn dieser Maßnahme sei es, ein Moratorium zu ver-

meiden. Polen sei bewußt, daß es sich nicht um eine kleine Summe handele. Sofern sie jedoch möglichst unter 15 Partnerländern aufgeteilt werde, würden auf jeden weniger als 100 Mio. Dollar entfallen.[24]

Zu den im Schreiben des Bundesministers anklingenden und am Ende meiner mündlichen Ausführungen enthaltenen Hinweisen (friedliche Lösung der polnischen Probleme) betonte Außenminister Czyrek, er glaube, daß alles, was in Warschau zu diesem Thema gesagt wurde, weiterhin Gültigkeit habe. Er glaube, daß Bundesminister Genscher keine Zweifel habe, daß Polen alle Probleme mit politischen, d.h. mit friedlichen Lösungen, werde bereinigen können. Sollte dies nicht gelingen, „so würden wir alle die Leidtragenden sein". Es müßte daher für alle ersichtlich sein, daß die polnische Regierung mit großem Verantwortungsgefühl und mit Blick auf eine Vermeidung von weiteren Spannungen in Europa herangehe.

Außenminister Czyrek bat um Übermittlung seiner besten Grüße an Bundesminister. Er hoffe, ihn sobald wie möglich wieder zu sprechen und wiederzusehen.

Gesprächsende: 20 Uhr.[25]

[gez.] König

VS-Bd. 14105 (010)

24 In einem Runderlaß vom 26. März 1981 wies Staatssekretär van Well die Botschafter in den EG-Mitgliedstaaten sowie in Bern, Helsinki, Oslo, Ottawa, Stockholm, Tokio, Washington und Wien an, „umgehend" dem jeweiligen Außenminister ein Schreiben des Bundesministers Genscher zu überreichen. Darin informierte Genscher über sein Schreiben vom Vortag an den polnischen Außenminister Czyrek sowie über dessen Gespräch mit Gesandtem König, Warschau, und das Aide-mémoire der polnischen Regierung und führte aus: „Ich bin der Auffassung, daß in der augenblicklichen Lage die polnischen Wünsche mit Vorrang geprüft werden sollten. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn sich Ihre Regierung an der Stützungsaktion tatkräftig und rasch beteiligen würde. Ohne eine solche breite Stützung ist mit einer besorgniserregenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und damit der Aussichten zu rechnen, daß die Verantwortlichen in Polen die Probleme ihres Landes auf friedlichem Wege meistern. Unsere gemeinsame Stützungsaktion ist also von außerordentlicher Bedeutung für die Stabilität in Europa und die Ost-West-Beziehungen im allgemeinen." Vgl. den Runderlaß Nr. 1655; VS-Bd. 13335 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
In einem weiteren Runderlaß vom selben Tag wies Ministerialdirektor Fischer die Botschaften in Bern, Brüssel, Den Haag, Helsinki, Kopenhagen, London, Oslo, Ottawa, Paris, Rom, Stockholm, Tokio, Washington und Wien an, dem jeweiligen Außenminister angesichts der polnischen Wirtschaftslage „unverzüglich" folgendes vorzuschlagen: „1) Die an den Pariser Gesprächen beteiligten Länder erklären sich – um den Eindruck eines Moratoriums nicht entstehen zu lassen – bereit, zunächst die bis zu den für den 9. und 10.4. vorgesehenen Gläubigergesprächen entstehenden Zahlungsverzögerungen aus verbürgten und staatlichen Krediten hinzunehmen. 2) Sie stimmen weiterhin zu, daß die Zahlungsrückstände in die längerfristige Gesamtschuldenregelung mit Polen einbezogen werden. 3) Sie erklären sich bereit, in der Sitzung in Paris am 9. und 10.4. das polnische Aide-mémoire eingehend zu prüfen und über das weitere Vorgehen zu entscheiden, einschließlich einer Beschleunigung der Inkraftsetzung der längerfristigen Schuldenregelung. 4) Die 15 Regierungen werden ihre privaten Banken über die getroffenen Entscheidungen informieren und ihnen die Bedeutung ihrer Mitwirkung an dem Zustandekommen der vorläufigen sowie der längerfristigen Schuldenregelung nahelegen." Vgl. den Runderlaß Nr. 1670; Referat 421, Bd. 122560.

25 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 31. März 1981: „Frankreich hat als federführende Regierung bei den Gläubigergesprächen in Paris auf unseren Wunsch hin den deutschen Vorschlag nach Billigung durch die Task Force der Pariser Gruppe (USA, GB, F, D; A war bei letzter Sitzung nicht vertreten) auch seinerseits an die übrigen Gläubigerländer weitergeleitet." Zustimmende Reaktionen seien von Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Kanada, den Niederlanden, Norwegen, Schweden und der Schweiz eingegangen. Auch die amerikanische Regierung halte eine Zu-

85

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 26. März 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 28 Ortez

Zum Europäischen Rat in Maastricht am 23./24. März 1981;
hier: EG- und Wirtschaftsteil

Im Vorfeld von Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen in F[2] und NL[3] führte ER einen umfassenden Meinungsaustausch über internationale und Gemeinschaftsfragen. Bei freimütiger Diskussion konnten krisenhafte Zuspitzungen, insbesondere auch in der Fischereifrage, vermieden und einige Lösungsansätze entwickelt werden. In Ergänzung der mit Info-Funk 1087-1/10-2403 übermittelten Arbeitsergebnisse des ER (deutscher Wortlaut im Bulletin Nr. 29 vom 26. März 1981[4]) verdient für den Gemeinschafts- und Wirtschaftsbereich nachfolgendes festgehalten zu werden.

1) Es gelang nicht, die für unsere Hochseefischerei wichtigen EG-Fischereiabkommen mit Kanada[5] und den Färöer[6] aus dem wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen GB und F in der Zugangsfrage zu Küstengewässern nicht vorankommenden Gesamtverhandlungspaket herauszulösen.[7] GB behielt Junktim bei, konzedierte jedoch einen neuen Anlauf im Ministerrat noch in dieser Woche.[8] Bundeskanzler verwies auf Zusammenhang zwischen Fischereifrage und Lösung des britischen Nettozahlerproblems[9] und betonte Grenzen deutscher Opferbereitschaft.

Fortsetzung Fußnote von Seite 456
stimmung bis zur nächsten Sitzung des „Pariser Clubs“ am 9./10. April 1981 in Paris für „grundsätzlich möglich“. Vgl. Referat 421, Bd. 122560.
Zur Sitzung der „Pariser Gruppe“ am 9./10. April 1981 in Paris vgl. Dok. 106, Anm. 28.

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Hilfsreferent Rowas konzipiert.

2 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

3 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 26. Mai 1981 statt.

4 Für den Wortlaut des EG- und Wirtschaftsteils der Schlußfolgerungen der EG-Ratspräsidentschaft im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. BULLETIN 1981, S. 245 f.

5 Zu den Bemühungen um eine Inkraftsetzung des am 29. November 1980 paraphierten Fischereirahmenabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada vgl. Dok. 72, Anm. 18.

6 Am 15. März 1977 unterzeichneten die EWG und die Färöer-Inseln ein Fischereiabkommen, das durch Verordnung des EG-Ministerrats am 27. Juni 1980 formell geschlossen wurde. Für den Wortlaut des Abkommens und der Verordnung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 226 vom 29. August 1980, S. 11–15.

7 Zu den britisch-französischen Differenzen in der Fischereipolitik und den Bemühungen um eine Regelung vgl. Dok. 29, Anm. 13, und Dok. 69, Anm. 8.

8 Am 27. März 1981 fand in Brüssel eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschafts- bzw. Fischereiminister statt. Referat 411 notierte dazu am 3. April 1981, die Sitzung habe keine Fortschritte erbracht: „Fischereirat äußerte politischen Willen, Gesamtlösung noch im Frühjahr 1981 zu beschließen.“ Mit einer Einigung vor den französischen Präsidentschaftswahlen am 26. April bzw. 10. Mai 1981 sei jedoch nicht zu rechnen. Vgl. Referat 411, Bd. 131253.

9 Zur vorläufigen Regelung der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt auf der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 2, Anm. 4.

2) Bei Festlegung der Agrarpreise 1981/82[10] ist für uns das grundsätzliche Einvernehmen der Staats- und Regierungschefs wichtig, daß Preisanhebungen mit gleichzeitigen Sparmaßnahmen zu verbinden seien. In diesem Zusammenhang sowie im Hinblick auf die für Ende Juni d.J. zu erwartenden Kommissionsvorschläge zur Anpassung der Gemeinschaftspolitiken (gemeinsame Agrarpolitik und Finanzstruktur[11]) forderte BK auch eine Plafondierung der Nettozahlerpositionen, damit die gegenwärtigen Nettozahler (D, GB und F) nicht ungebührlich in Anspruch genommen werden.

3) Zur Stahlpolitik der Gemeinschaft unterstützte ER unsere Forderung nach Abbau der staatlichen Subventionen[12] und Verringerung unwirtschaftlicher Kapazitäten durch ausdrückliche Bestätigung des Beschlusses des Stahlrates vom 3. März 1981, wonach degressive staatliche Beihilfen nur als Übergangsmaßnahme und Beitrag zur Umstrukturierung hingenommen werden können. BK betonte, daß wir im Interesse unserer Industrie verhindern müßten, auf die Dauer subventionierten Stahl zu Lasten der Beschäftigungslage in der Bundesrepublik auf unseren Markt zu lassen.

4) Im Verhältnis zu USA soll Dialog mit dem Ziel vertieft werden, zu konzertierter Haltung in Geld- und Zinspolitik zu gelangen. Hieran wird Bundesregierung aktiv mitwirken, da sie besonderes Interesse an Verminderung des Zinsgefälles und ausgewogener Stabilitätspolitik hat.

5) Besondere Bedeutung angesichts Lage in Polen kommt Bereitschaft des ER zu, weitere Hilfsmaßnahmen für Polen ins Auge zu fassen. Möglichkeiten einer Nahrungsmittelhilfe sollen im Rahmen der Gemeinschaft[13], die Frage einer Kredithilfe in der Pariser Gläubiger-Gruppe[14] unter Einschluß westlicher Dritt-

10 Zu den Agrarpreisverhandlungen in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 29, Anm. 7, Dok. 69, Anm. 11, und Dok. 75.
Der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister einigte sich am 30./31. März bzw. 1./2. April 1981 in Brüssel auf die Agrarpreise für das Jahr 1981/82. Vortragender Legationsrat Steinkühler teilte dazu am 3. April 1981 mit, die Preise seien um durchschnittlich 9,6% angehoben worden. Gleichzeitig seien jedoch auch Einsparungen in Höhe von ca. 700 Mio. ECU beschlossen worden. Die EG-Kommission habe versichert, daß ein Nachtragshaushalt für 1981 nicht erforderlich sei. Steinkühler stellte dazu fest: „Auch wenn die Beschlüsse der Agrarminister zu den Agrarpreisen einen Teil unserer Erwartungen nicht erfüllt haben, ist das Ergebnis vertretbar. Nachdem die Erörterungen in den EG-Institutionen in den letzten Wochen zunehmend von einer harten Vertretung nationaler Interessen bestimmt waren und eine desintegrierende Entwicklung einzuleiten drohten, hat der Agrarrat […] ein auch europapolitisch ermutigendes Zeichen gesetzt. […] Der von der Bundesregierung geforderte Einstieg in die Anpassung der Gemeinsamen Agrarpolitik ist zwar nicht im gewünschten Umfang erzielt worden, doch sind Wegweiser gesetzt worden, so daß die Tür für die Anpassung der GAP offengehalten wurde." Vgl. den Runderlaß Nr. 32; Referat 012, Bd. 124418.

11 Zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1981 vgl. Dok. 2, Anm. 4.
Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 einen Bericht vor. Vgl. dazu Dok. 182, Anm. 14.

12 Zu den Bemühungen um einen Abbau der Stahlsubventionen in den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 69, Anm. 11.

13 Zur Frage von Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaften an Polen vgl. Dok. 82, Anm. 29, und Dok. 84, Anm. 11.
Vortragender Legationsrat Steinkühler teilte am 3. April 1981 mit, der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister habe am 30./31. März bzw. 1./2. April 1981 in Brüssel beschlossen, „daß die Gemeinschaft angesichts der derzeitigen schwierigen Versorgungslage in Polen weitere Möglichkeiten zur Lieferung von Nahrungsmitteln […] zu günstigen Bedingungen eröffnen wird. Die MS werden im Einvernehmen mit der Kommission diese Lieferungen im Hinblick auf die Versorgungssituation in Polen und die allgemeine politische Lage durchführen." Vgl. den Runderlaß Nr. 32; Referat 012, Bd. 124418.

14 Zur Sitzung der „Pariser Gruppe" am 9./10. April 1981 in Paris vgl. Dok. 106, Anm. 28.

länder (USA, Kanada, Japan sowie mehrere neutrale Staaten) behandelt werden.

6) ER unterstrich das Interesse der Gemeinschaft an der Eröffnung konkreter Nord-Süd-Verhandlungen. Rat soll auf Grundlage von Kommissionsvorschlägen gemeinsame Positionen auch im Hinblick auf Weltwirtschaftsgipfel Ottawa (Juli 1981[15]) und Nord-Süd-Gipfel Mexiko (Oktober 1981[16]) bis zur Juni-Tagung des ER[17] erarbeiten.

7) Zur Lage in Spanien drückten Staats- und Regierungschefs ihre große Befriedigung über Haltung des Königs[18], der Regierung und des spanischen Volkes angesichts jüngster Angriffe gegen die Demokratie[19] aus. Dadurch seien politische Strukturen bestätigt worden, die Beitritt des demokratischen Spaniens zur Gemeinschaft gestatteten.

Die von uns angestrebte Bestätigung der von der Gemeinschaft anläßlich der Minister-Konferenz mit Spanien am 16. März 1981 in Brüssel[20] gegebenen Zusicherung, die Beitrittsverhandlungen zu intensivieren, scheiterten am vornehmlich innenpolitisch begründeten französischen Widerspruch.

8) ER begrüßte die bei den Arbeiten zur Einführung eines einheitlichen europäischen Paß-Formulars gemachten Fortschritte.[21] Einige noch offene Fragen mehr technischer Natur müssen vom Ministerrat weiterverhandelt werden.[22]

9) ER bestätigte den Status quo vorläufiger Arbeitsorte der EG-Organe.[23] Für das Europäische Parlament wird es schwierig werden, sich mit dieser Entscheidung abzufinden (vgl. auch Info-Funk 1091-1/3-2503 und 1097-2603).

Hinweis: Ortez zum EPZ-Teil folgt.[24]

Steinkühler[25]

Referat 012, Bd. 124418

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

16 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

17 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

18 Juan Carlos I.

19 In Spanien kam es am 23./24. Februar 1981 zu einem Putschversuch. Vgl. dazu Dok. 87.

20 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 69, Anm. 17.

21 Auf ihrem Treffen am 9./10. Dezember 1974 in Paris beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten, die Möglichkeit der Einführung einer Europäischen Paßunion und eines einheitlichen Passes zu prüfen. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 369.
Vortragender Legationsrat Graf Leutrum legte am 20. März 1981 dar, bei der Ausgestaltung des europäischen Paßformulars gebe es noch verschiedene strittige technische Fragen. Geklärt sei dagegen die Reihenfolge der Bezeichnungen auf dem Paßdeckel. Einigkeit bestehe darüber, „daß alle Staatsangehörigen der MS grundsätzlich einen Europapaß erhalten“. Die Berlin-Problematik sei zufriedenstellend geklärt worden. Die EG-Mitgliedstaaten seien bemüht, den einheitlichen europäischen Paß bis spätestens 1. Januar 1985 einzuführen. Vgl. Referat 410, Bd. 121988.

22 Auf der EG-Ministerratstagung am 22./23. Juni 1981 in Luxemburg verabschiedeten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten eine Entschließung zur Einführung eines einheitlichen Passes bis spätestens 31. Dezember 1984 und legten das Aussehen fest. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1981, S. 29.

23 Zur Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 69, Anm. 20.

24 Für den Runderlaß Nr. 29 des Vortragenden Legationsrats Steinkühler vom 27. März 1981 vgl. Dok. 86.

25 Paraphe.

86

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 27. März 1981, 11.17 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 29 Ortez

Zum Europäischen Rat in Maastricht am 23./24. März 1981[2];
hier: EPZ-Teil

I. Zusammenfassung:

Zentrales Thema der Beratungen der Staats- und Regierungschefs und Außenminister im EPZ-Bereich war die Abstimmung zur Krisenlage in Polen. BM unterrichtete ausführlich über seine Gespräche mit polnischer Führungsspitze, die kurz vor dem Europäischen Rat stattgefunden hatten.[3]

ER verabschiedete Erklärungen zu Polen, Spanien, Afghanistan, Nahost und Libanon (Texte Info-Funk 1087-1/10-2403 und Bulletin Nr. 29 vom 26.3.1981[4]). Besonderes politisches Gewicht kommt der Erklärung zu Polen zu, mit der die Zehner-Gemeinschaft ein Signal für ihre Hilfsbereitschaft in einem für Polen politisch und wirtschaftlich besonders kritischen Augenblick gesetzt hat.

In einer für innere Lage der EG schwierigen Situation ist damit die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Zehner-Gemeinschaft erneut bestätigt worden (vgl. auch Info-Funk 1091-1/3-2503).

II. Im einzelnen

1) Polen

Angesichts kritischer Entwicklung in und um Polen seit Sommer 1980 war substantielle Äußerung des ER zu Polen politisch dringlich. Wichtigste drei Elemente der Erklärung sind die Warnung vor Einmischung von außen (Bekräftigung der Erklärung des ER vom 1./2.12.1980[5]), die Warnung vor interner Niederschlagung (Appell zur Lösung der inneren Probleme „im Geiste der Vernunft und Verantwortung“ und „auf friedliche Weise“), ferner ernsthafte Prüfung polnischer Wünsche nach weiterer Wirtschaftshilfe.

BK und BM haben bei Diskussion im ER zum Ausdruck gebracht, daß der Intensivierung multilateraler Wirtschaftshilfe große Bedeutung für politische Stabilität in Polen, Europa und der Welt zukommt.

2) Spanien

Diese Erklärung (politische Unterstützung für demokratisches Spanien) geht auf deutsche Initiative zurück.

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat Boll konzipiert.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 85.

3 Bundesminister Genscher besuchte Polen am 19./20. März 1981. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

4 Für den Wortlaut der Erklärungen des Europäischen Rats zu Spanien, dem Nahen Osten, Libanon, Afghanistan und Polen vom 24. März 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 246 f.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zu Polen auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 12/1980, S. 11 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 350.

3) Afghanistan

ER wollte mit Stellungnahme – neun Monate nach letzter Erklärung der Neun zu Afghanistan in Venedig am 13.6.1980[6] – europäische Position zum Afghanistan-Problem erneut bekräftigen. Bemerkenswert ist erstmalige Erwähnung der Belastung Pakistans durch Flüchtlingsproblem und Unterstützung von Initiativen i.S. der VN-Entschließung vom 20.11.1980[7] und der französischen Verhandlungs-Initiative (Vorschläge Präsident Giscards von Ende Januar[8]). Neue Erklärung des ER vom 24.3. unterstreicht politischen Willen der Zehn, Afghanistan-Problem auf der internationalen Tagesordnung zu halten.

4) Naher Osten

Durch exploratorische Mission der niederländischen Präsidentschaft (bisher Besuche bei GS Klibi, in Syrien, Jordanien und Irak[9]) wird Momentum europäischer Nahost-Initiative (auf der Basis der Venedig-Erklärung vom 13.6. 1980[10]) aufrechterhalten. Erklärung bewertet bisherige Ergebnisse der Mission von AM van der Klaauw positiv und verweist auf Zieldatum für Abschlußbericht (20. ER am 29./30.6.1981[11]).

5) Libanon

Erklärung des ER geht auf französische Initiative zurück. Sie stellt Fortschreibung früherer europäischer Aussagen zum Libanon-Problem dar. Erklärung knüpft an Tod von drei nigerianischen UNIFIL-Soldaten[12] an und appelliert an alle betroffenen Parteien zur Zusammenarbeit mit UNIFIL. Eine Verurteilung Israels wurde vermieden.

6) Namibia

Diskussion im ER ergab Übereinstimmung, daß Fünfer-Aktivitäten auch unter dem Gesichtspunkt europäischer Einflußnahme auf „reappraisal" amerikanischer Afrikapolitik bald fortgesetzt werden sollten.

7) Türkei

ER beriet Möglichkeit, Verbleiben der Türkei in internationalen Organisationen, insbesondere Europarat[13], sicherzustellen. BM sprach sich für vorsichtige

6 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 12.

7 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 607 f.

8 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 27. Januar 1981 für eine Afghanistan-Konferenz vgl. Dok. 44, Anm. 14.

9 Zur Nahost-Reise des niederländischen Außenministers van der Klaauw in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident vom 22. bis 25. Februar 1981 vgl. Dok. 82, besonders Anm. 4, 6 und 8.

10 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

11 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

12 Am 16. März 1981 wurden zwei aus Nigeria stammende UNIFIL-Soldaten bei einem Angriff christlich-schiitischer Milizen im Süden des Libanon getötet. Ein dritter nigerianischer UNIFIL-Soldat erlag seinen Verletzung kurze Zeit später. Vgl. dazu die Meldung „Zwei Unifil-Soldaten im Südlibanon getötet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. März 1981, S. 9, bzw. den Artikel „Gespannte Lage im Südlibanon"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 19. März 1981, S. 9.

13 Zur Vertretung der Türkei in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vgl. Dok. 82, Anm. 23.

Behandlung der Türkei aus und verwies dabei auf positive Ergebnisse Reise Bundestagsdelegation[14]. Es bestand Übereinstimmung, daß sowohl auf die eigenen Parlamentarier wie auch auf die Türkei eingewirkt werden solle. Gegenüber Türkei soll auf Beschleunigung Redemokratisierungsprozesses hingewirkt werden (zeitgerechte Einberufung einer Konstituante, Reduzierung der Zahl der politischen Gefangenen, Reduzierung der 90-Tage-Haft ohne richterliche Vernehmung).

Steinkühler[15]

Referat 012, Bd. 124418

87

Botschafter Lahn, Madrid, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 524 **Aufgabe: 27. März 1981, 12.50 Uhr**[1]
Ankunft: 27. März 1981, 14.03 Uhr

Betr.: Deutsch-spanische Beziehungen;
hier: Gespräch mit König Juan Carlos

König Juan Carlos empfing mich gestern abend zu einem etwa halbstündigen Gespräch unter vier Augen und begann seine Ausführungen mit dem Hinweis auf den bevorstehenden Staatsbesuch des Bundespräsidenten.[2] Er sagte mir, daß es nach den Ereignissen vor einem Monat[3] nun besonders wichtig sei, nä-

14 Zum Besuch einer Bundestagsdelegation vom 2. bis 7. März 1981 in der Türkei vgl. Dok. 62, Anm. 67.
15 Paraphe.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Simon am 27. März 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationsrat I. Klasse Starnitzky verfügte.
Hat Starnitzky vorgelegen.

2 Die Wörter „bevorstehenden Staatsbesuch des Bundespräsidenten“ wurden von Legationsrat I. Klasse Starnitzky hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Termin? 700.“
Bundespräsident Carstens besuchte Spanien vom 28. September bis 2. Oktober 1981.

3 Botschafter Lahn, Madrid, berichtete am 24. Februar 1981: „Am 23. Februar gegen 18.20 Uhr besetzte eine Gruppe von etwa 150 Mitgliedern der Polizeieinheit Guardia Civil unter dem Kommando von O[bers]tl[eutnant] Tejero das spanische Abgeordnetenhaus, in dem die namentliche Abstimmung zur Wahl des Ministerpräsidenten lief. Sie gaben einige Warnschüsse ab, forderten die Anwesenden auf, sich hinzulegen, und unterbrachen damit den Ablauf der Sitzung.“ In Valencia seien Truppen unter dem Oberbefehl des Generalleutnants Milans del Bosch aufmarschiert. Nach Mitternacht sei über Rundfunk und Fernsehen eine Rede des Königs Juan Carlos ausgestrahlt worden, der erklärt habe, „die Krone werde nicht dulden, daß Einzelpersonen mit Gewalt den demokratischen Prozeß unterbrächen, der sich auf dem Boden der durch Volksabstimmung gebilligten Verfassung abspiele“. Daraufhin habe Milans del Bosch seine Truppen wieder abgezogen. Seit dem Morgen des 24. Februar scheine der Putschversuch auch im spanischen Abgeordnetenhaus zusammenzubrechen. Verschiedene Abgeordnete seien freigelassen worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 268/269; Referat 203, Bd. 123290.
Am Nachmittag des selben Tages teilte Lahn mit, der Anführer der Putschisten, Tejero, habe sich

her zusammenzurücken und aller Welt zu zeigen, daß Spaniens Freunde an seiner Seite stünden. In Europa kenne Spanien keinen besseren Freund als Deutschland.

Der König kam sodann noch einmal auf die Ereignisse des 23. Februar zu sprechen und schilderte die bekannten Tatsachen aus seiner Sicht. Er ließ weder Abscheu noch Empörung gegenüber den Akteuren erkennen, sondern zeigte vielmehr Verständnis, wenn nicht gar Sympathie. Lediglich die Haltung Armadas, der 17 Jahre lang an seiner Seite gestanden habe, hätte ihn enttäuscht.[4] Fast entschuldigend fügte der König hinzu, daß die Aufrührer lediglich nur das gewollt hätten, was wir alle erstrebten, nämlich Wiederherstellung von Disziplin, Ordnung, Sicherheit und Ruhe. Es sei die Schuld der Regierung unter Adolfo Suárez gewesen, der niemals ein Verhältnis zur Armee gehabt habe, die berechtigten Wünsche des Heeres nicht ernstgenommen zu haben. Adolfo Suárez habe im Gegenteil das Militär verachtet und hätte es niemals für eine staatspolitische Aufgabe eingesetzt. Er, der König, habe Suárez öfter vergeblich geraten, auf die Vorstellungen der Militärs einzugehen, bis diese nun selbständig gehandelt hätten. Der König fügte hinzu, daß er nun versuche, auf Regierung und Militärgerichte einzuwirken, daß den Putschisten nicht allzuviel geschehe, die ja doch nur das Beste gewollt hätten.[5] Er sei der Ansicht, daß man den 23.2. möglichst bald wieder vergessen solle, und er sei zuversichtlich, daß es keine Wiederholung geben werde. Man müsse allerdings dem[6] Militär, wie es nun unter Calvo-Sotelo geschehen sei, eine Sicherheitsfunktion übertragen, wie etwa die Bekämpfung des Terrorismus im Baskenland durch schärfere Kontrolle der Grenzübergänge nach Frankreich.

Der König fuhr fort, daß dem spanischen Militär auch im europäischen und atlantischen Rahmen eine neue Aufgabe[7] zugewiesen werden müsse, die es nur in der NATO erfüllen könne. Er habe gerade heute mit dem Außenminister[8] über die einzuleitenden Schritte für einen NATO-Beitritt[9] gesprochen. Das glei-

Fortsetzung Fußnote von Seite 462

ergeben. Die spanische Demokratie habe somit „eine dramatische Bewährungsprobe bewundernswert bestanden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 272; Referat 203, Bd. 123290.

4 Referat 203 notierte am 27. Februar 1981, der Kreis der Sympathisanten und Mitwisser an dem gescheiterten Putschversuch vom 23./24. Februar 1981 in Spanien sei größer als ursprünglich vermutet. Als Kopf des Putsches erscheine der stellvertretende Generalstabschef Armada, „der dem König besonders nahestand – er war noch unter Franco dessen militärischer Mentor gewesen – und als Chef der beabsichtigten Militärregierung vorgesehen war". Vgl. Referat 203, Bd. 123290.

5 Botschafter Lahn, Madrid, teilte am 11. März 1981 mit, daß gegenwärtig 95 Personen in militärischer Untersuchungshaft seien. Gegen Generalleutnant Milans del Bosch sei ein Verfahren wegen militärischer Rebellion nach dem Militärstrafgesetz eingeleitet worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 382; Referat 203, Bd. 123290.
Am 13. März 1981 wurde in der Presse berichtet, daß auch gegen den bisherigen stellvertretenden Generalstabschef Armada Anklage erhoben worden sei. Vgl. dazu den Artikel „Anklage gegen Generalmajor Armada wegen militärischer Rebellion"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. März 1981, S. 1.

6 Korrigiert aus: „das".

7 Der Passus „spanischen Militär … neue Aufgabe" wurde von Legationsrat I. Klasse Starnitzky hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „201, BMVg, NATO-Brüssel."

8 José Pedro Pérez-Llorca y Rodrigo.

9 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 23. März 1981, am 18. März 1981 habe ein Gespräch des NATO-Generalsekretärs Luns mit dem spanischen Außenminister Pérez-Llorca stattgefunden. Luns habe auf „persönlicher Basis erklärt, daß die Verbündeten nach wie vor einem spanischen Beitritt positiv gegenüberstünden. Die spanische Regierung dürfte hierfür allerdings keine

che Thema werde er in wenigen Tagen mit dem amerikanischen Außenminister Haig erörtern.[10] Er sei der Ansicht, daß die Entscheidung bereits bis zum Herbst dieses Jahres getroffen sein könnte. Eine zu lange und zu ausführliche Debatte im Kongreß wie in der Öffentlichkeit hielte er für schädlich. Das Thema dürfte nicht zerredet werden. Auch hier lobte der König die größere Entschlußfreudigkeit des jetzigen Ministerpräsidenten Calvo-Sotelo, im Gegensatz zu seinem zögernden und unsicheren Vorgänger.

Der König würdigte weiter die deutsche positive Haltung bei den Beitrittsverhandlungen zur EG[11] und appellierte an unsere Unterstützung bei den bevorstehenden Gesprächen über den NATO-Beitritt.[12] Er wäre dankbar, wenn wir auf die negative Haltung des PSOE einwirken und diesen zur Zurückhaltung bewegen könnten. Im übrigen scheine ihm Felipe González auch in dieser Frage eine klügere und staatsmännischere Haltung an den Tag zu legen als früher. Abschließend bat mich der König, nicht nur seine besten Grüße dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler und dem Bundesaußenminister zu übermitteln, sondern sie ausdrücklich seiner ganz besonderen Freundschaft zu versichern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 463

Vorbedingungen, insbesondere zur Frage der Integration der spanischen Streitkräfte in die Allianz, stellen. […] AM Pérez-Llorca stelle fest, daß der Staatsstreichversuch die spanische Regierung von der Notwendigkeit überzeugt habe, die spanischen Streitkräfte in das Verteidigungsbündnis der NATO zu integrieren, um eine Wiederholung derartiger Vorgänge zu vermeiden. Die spanische Regierung hoffe, daß sie sehr bald in der Lage sein werde, eine positive Entscheidung zu fällen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 515; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

Am 24. März 1981 berichtete Wieck, Luns habe bei einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinsten Kreis am selben Tag die Mitgliedstaaten gebeten, „nach Möglichkeit bis zum 31. März 1981 die grundsätzliche Zustimmung der Bündnispartner herbeizuführen, der spanischen Seite nicht nur auf persönlicher Basis, wie es schon bisher geschehen ist, sondern auch im Namen der Verbündeten die positive Grundeinstellung zu einem spanischen NATO-Beitritt zu bestätigen. Eine solche Indikation des politischen Willens der Bündnispartner ist notwendig, um die spanische Regierung in die Lage zu versetzen, um gegenüber den Allianzpartnern das grundsätzliche Interesse offiziell zu bekunden, zur Mitgliedschaft aufgefordert zu werden. In dem jüngsten Gespräch zwischen dem spanischen AM und dem NATO-Generalsekretär sieht der Rat noch keine offizielle Bekundung des spanischen Interesses, sondern lediglich eine sondierende Interessensbekundung. […] Das weitere Verfahren wird darin bestehen, daß die spanische Regierung das Interesse am Beitritt offiziell bekundet und anschließend die Bündnispartner Spanien offiziell zum Beitritt auffordern. Über die Einzelheiten wird dann ein Protokoll ausgehandelt, das der Zustimmung der Bündnispartner unterliegt, zum Teil wohl der Ratifizierung durch die Parlamente bedarf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 525; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Starnitzky handschriftlich: „204."
Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 8./9. April 1981 in Spanien auf. Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), teilte dazu am 15. April 1981 mit, von amerikanischer Seite sei ausgeführt worden, der zeitliche Rahmen eines NATO-Beitritts Spaniens „müsse den Spaniern selbst überlassen bleiben. Jeder Versuch einer Beschleunigung auf NATO-Seite könnte kontraproduktiv wirken. […] Die spanische Regierung beabsichtigt, noch vor Juli die Frage des Beitritts mit den politischen Parteien Spaniens zu konsultieren. Sie wird die NATO dann von ihrem Beitrittswunsch informieren und erklären, daß eine Einladung zum Beitritt seitens der Allianz erwünscht sei. Die spanische Regierung rechnet damit, daß die Beitrittsformalitäten (einschließlich der Befassung der Parlamente der Verbündeten) im Laufe eines Zeitraumes von höchstens sechs Monaten abgewickelt werden" könnten. Haig habe sich positiv zu einer NATO-Mitgliedschaft Spaniens geäußert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 726; VS-Bd. 10291 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 69, Anm. 17.

12 Zu diesem Satz vermerkte Legationsrat I. Klasse Starnitzky handschriftlich: „410."

Am Montag den 30.3. wird der König Alt-Bundespräsident Scheel zu einer Privataudienz empfangen.[13]

[gez.] Lahn

Referat 203, Bd. 123290

88

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-2483/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. März 1981, 17.38 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1235 **Ankunft: 27. März 1981, 17.55 Uhr**

Betr.: Stand und Aussichten des KSZE-Folgetreffens;
hier: zur sowjetischen Interessenlage

Bezug: DE Nr. 208 vom 23.3.1981 – 212-341.74[2]
Delegationsbericht Nr. 420 vom 19.3.1981[3]

Zur Information

Auch an 213

I. (Zugleich Kurzfassung)

1) Die Frage des Bezugsberichts ist nicht kategorisch, sondern nur in zeitlicher Perspektive und unter Berücksichtigung anderer internationaler Schauplätze – Polen, Verhältnis SU/USA, SALT-Prozeß einschließlich LRTNF, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen – zu beantworten. Jeder einzelne dieser Bereiche hat Elemente, die gegenüber dem KSZE-Prozeß Priorität genießen.

2) Hiesige Perzeption westlicher Interessen – Fortschritt bei Menschenrechten, wirtschaftliche Kooperation, Sicherheit und Vertrauensbildung – sieht im ersten Bereich systemdestabilisierende, daher auch langfristig unannehmbare

13 Gesandter Lewalter, Madrid, teilte am 31. März 1981 mit, im Gespräch des ehemaligen Bundespräsidenten Scheel mit König Juan Carlos am Vortag seien der gescheiterte Putschversuch vom 23./24. Februar 1981 in Spanien, der Beitritt Spaniens zur NATO bzw. zu den Europäischen Gemeinschaften, die wirtschaftliche Lage Spaniens, die Lage in Polen sowie die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen in Frankreich erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 548; Referat 203, Bd. 123279.

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12 und 22.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze übermittelte der Botschaft in Moskau den Drahtbericht Nr. 461 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), vom 19. März 1981 und bat um Stellungnahme. Dazu vermerkte er: „Dabei wird gebeten zu berücksichtigen, daß die sowjetische Delegation in Madrid entgegen der dortigen Annahme […] keine eindeutige Aussage über den Inhalt der von Generalsekretär Breschnew ausgesprochenen ‚Voraussetzung' gemacht hat. Die sowjetische Delegation hat hierzu in den offiziellen Sitzungen keine Angaben gemacht, in bilateralen Gesprächen variierten die sowjetischen ‚Forderungen'." Vgl. Referat 212, Bd. 133388.

3 Für den Drahtbericht Nr. 461 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), vgl. Dok. 79.

Elemente. Im zweiten Vorteile, die man aber auch bilateral haben kann. Im dritten ein die USA und Westeuropa auseinanderdividierendes und insofern förderungswürdiges Element. Die Sowjetunion ist damit insgesamt zwar sektoral, aber nicht in demselben Maße wie der Westen an der Fortsetzung des KSZE-Prozesses interessiert.

3) Aus der Verknüpfung des KSZE-Prozesses mit der Person des Generalsekretärs[4] ist keine sichere Demandeur-Position herzuleiten. Eine wahrscheinliche Demandeur-Position – Aufteilung der KSZE-Materie auf Extrakonferenzen (z. B. KMAE[5]) – widerspricht dem fundamentalen westlichen Interesse, Einheit und Ausgewogenheit der KSZE-Materie zu erhalten, und kann deshalb verhandlungstaktisch nicht genutzt werden.

4) Die Verhandlungssituation in Madrid läßt weder ein weiteres „großes" Entgegenkommen der SU ohne Bewegung des Westens noch Konzessionen oder Verhandlungsmarge auf Delegationsebene erwarten. Die internationalen Rahmenbedingungen sprechen aus sowjetischer Sicht für eine auf Zeitgewinn gerichtete Verhandlungsführung.

5) In der augenblicklichen Madrider Situation ist eine Standortbestimmung des Westens, die nicht nur prozedurale Aspekte umfaßt, unerläßlich.

Sie muß die Identifizierung von Gebieten, wo Bewegung des Westens möglich und nötig ist, erlauben.

Der Westen sollte[6] auf Präzisierung des Breschnewschen CBM-Vorschlags[7] drängen und eine solche, möglicherweise sehr weitgehende Präzisierung mit offensivem Konzept beantworten. Dabei sollte nicht nur an territoriale, sondern auch an andere[8] Gegenkonzessionen gedacht werden. Gleichzeitig sollte die Präzisierung des französischen KAE-Konzepts[9] in einer Weise betrieben werden, die sowjetische Befürchtungen einer Vorwegnahme von Sachverhandlungen zerstreut.

Parallel sollten alle Möglichkeiten hochrangiger Kontakte – wie z. B. der Besuch des Herrn BM[10] – genutzt werden, auf Präzisierungen und letztendlich auf Durchbruch in Madrid zu drängen.

6) Die kategorische Frage des Bezugsberichts, ob das Interesse der SU an der von ihr betriebenen „Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung" so groß ist, daß sie dafür bereit ist, alle aufgeführten Bedingungen des Westens zu akzeptieren, ist mit „Nein" zu beantworten – wenn diese Frage auf die Möglichkeit des Westens anspielt, durch Forderungen, etwa nach „Fortschritten bei

4 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 29. März 1966 für eine Europäische Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 27, Anm. 16.

5 Konferenz für militärische Abrüstung und Entspannung.

6 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze unterschlängelt.

7 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

8 Die Wörter „sollte" und „andere" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

9 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

den Menschenrechten, menschlichen Kontakten und Information", das Folgetreffen in eine Entscheidungssituation zu bringen.[11]

7) In der Perspektive der Fortsetzung des KSZE-Prozesses mit einvernehmlichem Abschluß des Madrider Treffens muß die Frage jedoch differenzierter, früher ansetzend und weiter ausgreifend gestellt werden: Was sind die Interessen der SU im gegenwärtigen und künftigen KSZE-Prozeß? Was sind unsere Interessen, wie ihre Perzeption seitens der Sowjets? Was sind die daraus ableitbaren strategischen Ziele und taktischen Erwägungen: Wie wird der KSZE-Prozeß von Ereignissen auf anderer Bühne beeinflußt?

[12]II. 1) Zunächst muß der faktische und zeitliche Rahmen, in dem die SU ihre Interessen bestimmt, geklärt werden. Als Merkposten seien festgehalten:

– Entwicklung der Lage in Polen: Nur eine politisch-wirtschaftliche Stabilisierung[13] des Landes wird dem Osten wie dem Westen die Fortsetzung des KSZE-Prozesses erlauben. Eine sowjetische Intervention würde hingegen den Prozeß der Entspannung und die Idee der Vertrauensbildung irreparabel schädigen.[14]

  Aus hiesiger Sicht hat die Stabilisierung Polens im Sinn des real existierenden Sozialismus, der Festigung sowjetischer Macht- und Einflußpositionen Vorrang[15] vor der Fortsetzung des KSZE-Prozesses, auch im Hinblick auf „militärische Entspannung".

– Relevante „Früchte der Entspannung" und damit des KSZE-Folgeprozesses sind in der Sicht des Ostens wirtschaftlich-technologische Zusammenarbeit, die durch Kreditgewährung des Westens ermöglicht wird. Hieran wird angesichts fortdauernder technologischer Probleme in der SU und zunehmender Schwierigkeiten im Satellitenbereich (Polen, Rumänien, Kuba) sowie angesichts der sich allgemein zuspitzenden Energiesituation im Block weiterhin hohes Interesse herrschen. Jedoch ist aus Moskauer Sicht diese Zusammenarbeit keine Funktion des KSZE-Prozesses, sondern eher Ergebnis gegenseitiger bilateraler Interessen, wie sie sich im Energiebereich zwischen der SU und wichtigen westeuropäischen Staaten entwickelt haben.

– Gestaltung des bilateralen Verhältnisses zu wichtigen KSZE-Partnern: Hier ist als erstes das zu den USA zu nennen, das im Gefolge von Neudefinitionen amerikanischer politischer Prioritäten und Optionen zu neuer Akzentsetzung führen wird: Die in ihrem Selbstverständnis als Supermacht agierende SU sieht sich in direkter Polarität zur einzigen von ihr als ebenbürtig anerkannten anderen Supermacht und handelt entsprechend. Für dieses Verhältnis

11 Der Passus „wenn diese Frage … Entscheidungssituation zu bringen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wie zu verstehen?"

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1236 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Die Wörter „nur" und „Stabilisierung" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Fortsetzung bei Fortbestand der labilen Situation?"

14 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das ja."

15 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(Für SU) sicherlich."

ist der KSZE-Prozeß nur Nebenschauplatz, sei es der Kooperation, sei es der Konfrontation.

Das bilaterale Verhältnis der Großmächte hat Reflexwirkungen auf den KSZE-Prozeß, nicht umgekehrt. Dies spiegelt sich deutlich in der Einstellung zum SALT-Prozeß: Nicht zufällig hat die SU auf dem 26. Parteitag[16] nicht nur eindeutige Zeichen zugunsten des Großmacht-Bilateralismus, sondern auch Präferenzen zur Verhandlungsmaterie gesetzt. Nach dem Volumen der betroffenen Machtmittel und der dadurch gebundenen wirtschaftlichen Ressourcen berührt Fortschritt im zentralen strategischen Bereich die sowjetischen Interessen dringender als „militärische Entspannung in Europa", die mit CBM beginnt.

– In der Optik des Großmacht-Bilateralismus wird auch das Verhältnis zu wichtigen westeuropäischen Staaten gesehen, bei dessen Gestaltung stets die USA im Blickfeld steht, deren „Machtambitionen" man in die Schranken weisen, deren strategische Interessen man schädigen, deren Verbündete man durch Suggestion „europäischer Sonderinteressen" abspenstig machen will. Nur insoweit KSZE-Materie sich dazu eignet, erscheint sie politisch erhaltenswert. In dem Maße, in dem der Westen seine Einigkeit wahrt oder stärkt, wird der KSZE-Hebel für die SU uninteressant.
– Die VR China ist eine Größe, die bei jeder Aktion der SU im Bereich internationaler Sicherheit in Rechnung zu stellen ist. Potentiale, die die SU auch China gegenüber nötig zu haben glaubt, stehen in jedwedem Sicherheitsarrangement mit dem Westen nicht zur Disposition. Jede Ausdünnung europäischer Potentiale, die Verlagerung in den asiatischen Teil der SU bedeutet, jede CBM, die in westlicher Sicht dadurch „unterlaufen" werden könnte, bringt für die SU die labile Kräfterelation zur VR China ins Spiel.

2) Eine weitere Koordinate in der Bestimmung der KSZE-Interessen der SU ist ihre Perzeption des westlichen Interesses.

– Interesse nach „Fortschritt im Bereich der Menschenrechte, der menschlichen Kontakte und der Information": Westliche Forderungen dieser Art sind in der SU niemals in dem Sinne akzeptiert worden, daß man sich mit ihnen versöhnt oder abgefunden hätte. Im Gegenteil, sie gelten nach wie vor als besonders ausgeklügelte Methoden zur Destabilisierung des Systems, Methoden, die korrigiert, unabweisbare Konzessionen, die möglichst redressiert werden müssen.
– Fortsetzung wirtschaftlicher Kooperation: Sie wird als für den Westen zur Stabilisierung der eigenen Wirtschaft als unerläßlich angesehen.[17] Jedoch ist der KSZE-Prozeß dafür nicht Conditio sine qua non.[18]
– Pazifismus und Neutralismus als Nährboden, „militärische Sicherheit" als Weg zu verhinderten Rüstungsanstrengungen[19]: Hierin sieht die SU ein star-

16 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.
17 So in der Vorlage.
18 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Rahmenbedingung?"
19 Der Passus „Pazifismus … Rüstungsanstrengungen" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu Häkchen.

kes Westeuropa und die USA trennendes Interesse, das sie mit der ganzen Palette politischer und propagandistischer Mittel anspricht und fördert. Die KMAE-Aktivität[20] ist in diesem Licht zu sehen.

3) Die Fortsetzung des KSZE-Prozesses wird daher weniger als verselbständigtes Interesse gewertet[21], sondern in Funktion des Vorstehenden gesehen. Die sowjetische Tendenz geht dahin, dem Westen die Fortsetzung des Prozesses dort zu verleiden, wo seine Interessen den ihren entgegenstehen, dort durch Extrakonferenzen weiterzukommen, wo man Interessenkonvergenz erhofft.

Dies aber läuft auf Unterminierung des KSZE-Gedankens der Einheit und Ausgewogenheit der Materie hinaus.

[22]III. Ist die SU angesichts dieser Rahmenbedingungen hinsichtlich der KMAE in Demandeur-Position?

1) Die Verknüpfung der KSZE-Idee mit der Person Breschnews ist aus der Entstehungsgeschichte der Schlußakte[23] ebenso zu belegen wie aus seinem letzten CBM-Vorschlag. Hieraus auf Erfolgszwang zu schließen, wäre nicht richtig. Gerade wegen seiner Personalisierung ist der Prozeß umkehrbar: Einmal kann die Friedensrolle Breschnews bei Anlastung einer Schuld für das Scheitern seiner Initiativen an den Westen propagandistisch durchaus erhalten oder gar gefördert werden, zum anderen ist die sowjetische Außenpolitik in der Lage, bei einem Führungswechsel die Linie leicht zu ändern.[24]

Sieht man in der KMAE-Idee eine Ausprägung des sowjetischen „KSZE-Interesses“, Konferenzmaterie auszugliedern, zu verselbständigen und damit die mühsam erreichte Einheit und Ausgewogenheit der Körbe und Prinzipien zu durchbrechen, so kann man in der Tat davon ausgehen, daß die SU sich eine derartige KMAE etwas kosten lassen würde: Das könnte sich durchaus durch Entgegenkommen bei der Definition des Mandats andeuten. Die SU könnte dann aber gleichzeitig darauf bestehen, daß weitere Folgetreffen erst bei Ergebnissen oder Fortschritten der KMAE stattfinden sollen.[25]

2) Die Verhandlungssituation in Madrid scheint aus hiesiger Sicht weitere Aufschlüsse zur Demandeur-Position zu bieten:

– Der Breschnew-Vorschlag wird hier und weltweit als „große“ Vorleistung herausgestellt. Er ist es angesichts der bis Mitte Februar eingenommenen sowjetischen Position tatsächlich. Hieraus sind zwei Folgerungen zu ziehen:
  – Materiell: Ohne Bewegung des Westens wird keine sowjetische Konzession vergleichbarer „Größe“ folgen, also insbesondere nicht der Widerruf der

20 Der Passus „der ganzen … KMAE-Aktivität“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu Häkchen.

21 Der Passus „daher … gewertet“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sowas gibt's doch nur ganz selten, sowas gibt es doch nur für Peter Bender.“

22 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1237 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

23 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

24 Der Passus „gefördert werden … zu ändern“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich „Breschnew-Gruppe?“

25 Der Passus „daß weitere … stattfinden sollen“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Neu; Gefahr besteht.“

Reziprozität in diesem CBM-Vorschlag. Erst recht kein Entgegenkommen im Bereich der Menschenrechte.

– Formell: Die Konzession auf höchster Ebene bei Desavouierung der Delegationsleitung ist ein schlechtes Omen für künftige Verhandlungsmarge der sowjetischen KSZE-Vertreter. Deshalb wäre eine weitere Absenkung der Verhandlungsebene, wie mit der Idee des „Expertentreffens" bezweckt, wenig hilfreich.

– Der oben beschriebene internationale Rahmen legt eher zögerliche Verhandlungsführung als initiatives Drängen auf substantiellen Abschluß nahe: Sowohl die – gerade wieder von „Alexandrow" in „Prawda" breit dargelegten[26] – Unwägbarkeiten künftiger amerikanischer Politik wie auch die fortdauernde LRTNF-Debatte in Westeuropa, die man unter Einsatz breitgefächerter Propaganda zu beeinflussen sucht, lassen Zuwarten geraten erscheinen.

– Schließlich ist für sowjetische Diplomatie die Frage nach der Demandeur-Position nur bedingt relevant. Lehrstück ist noch immer Lenins Weisung an Trotzki während der Waffenstillstandsverhandlungen von Brest-Litowsk[27]: „Hart bleiben, wenn das Ultimatum kommt, nachgeben."[28]

Im Folgebericht (1238 vom 27.3.1981) übermittle ich eine Aufzeichnung von BR Kaestner mit Anregungen zur möglichen westlichen Taktik in der nächsten Verhandlungsphase.[29]

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13238 (212)

26 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 26. März 1981, am Vortag sei in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" unter dem „ZK-Pseudonym Alexandrow" ein Artikel erschienen, der die „erste umfassende sowjetische offizielle Bewertung der Außenpolitik Reagans" sei. Darin werde der amerikanischen Regierung vorgeworfen, durch erhöhte Militärausgaben die internationalen Spannungen zu verstärken, eine militärische Überlegenheit anzustreben und letztlich eine Kriegsgefahr heraufzubeschwören. Kritisiert werde die amerikanische „Kampagne gegen den internationalen Terrorismus und ihr Bekenntnis zur Waffenhilfe an afghanische Rebellen, die UNITA in Angola und die Junta in Salvador", ebenso die amerikanische Politik im Hinblick auf SALT, MBFR und andere Themen. In dem Artikel werde vorgeschlagen, „den sowjetisch-amerikanischen Dialog auf allen Ebenen aufzunehmen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1209; Referat 213, Bd. 133226.

27 In Brest-Litowsk verhandelten vom 3. bis 15. Dezember 1917 Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei auf der einen sowie Sowjet-Rußland auf der anderen Seite über einen Waffenstillstand. Friedensverhandlungen fanden vom 22. bis 27. Dezember 1917 sowie vom 9. Januar bis 10. Februar 1918 und vom 1. bis 3. März 1918 statt.

28 Der Passus „Waffenstillstandsverhandlungen … nachgeben" wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze angeschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wieso? Er war Demandeur für Frieden!"
Leo Trotzki notierte rückblickend: „Lenin war dafür, daß man versuchen solle, die Verhandlungen hinauszuziehen, im Falle eines Ultimatums aber unverzüglich kapituliere." Vgl. Leo TROTZKI, Mein Leben. Versuch einer Autobiographie. Berlin 1930, S. 367 f.

29 Botschaftsrat Kaestner, Moskau, legte dar: „Fällig ist eine Standortbestimmung (für die durchaus in Madrid eine ‚Denkpause' eingeschoben werden könnte). […] Der Westen sollte den Breschnewschen CBM-Vorschlag ‚ausreizen': Das heißt insbesondere, daß die SU nachhaltig zur Präzisierung gedrängt werden sollte, auch wenn zu befürchten ist, daß diese unbescheiden ausfällt. Verweigert die SU diese Präzisierung, ist der Westen propagandistisch in der Vorhand. Fällt sie unannehmbar aus, kann sie als Widerruf des Vorschlags selbst zurückgewiesen werden. Man kann dabei von sowjetischer Demandeur-Position im minimalen Sinn ausgehen: nämlich hinsichtlich der Gegenleistung." Eine sowjetische Präzisierung solle mit einem „Offensivkonzept" beantwortet werden: Kaestner schlug ein „maritimes Konzept" vor durch „Erstreckung bestimmter CBM auf das Seegebiet um Skandinavien, einschließlich Weißes Meer und Ostsee". Ferner könnte es Angebote im Bereich der

89

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

Geheim **30. März 1981**[1]

Über Herrn Chef BK[2] dem Herrn Bundeskanzler (StM[3] und StS Becker erhalten Durchdruck)

Betr.: Ihr Telefongespräch mit Präsident Reagan am 30. März 1981

Der Präsident beginnt das Gespräch, indem er Ihnen sein Beileid zum Hinscheiden Ihres Herrn Vaters[4] ausspricht. Sie danken. Sie berichten anschließend über die Sorgen, die wir uns der polnischen Entwicklung wegen machen. Sowohl wir als auch die Vereinigten Staaten und andere Länder müßten ihren Willen ausdrücken, Polen zu helfen. Wir müßten der Sowjetunion aber gleichzeitig ganz klarmachen, daß wir das nur dann könnten, wenn die Entwicklung sich friedlich vollzieht, ohne Gewaltanwendung von außen oder im Inneren. Sie hätten dem sowjetischen Botschafter, der Sie kürzlich aufsuchte, ganz klargemacht, daß eine sowjetische Intervention in Polen die Lage in Europa und in der Welt grundlegend ändern würde.[5]

Fortsetzung Fußnote von Seite 470

Verifizierung geben: „Man sollte bei alledem nicht darauf bauen, daß entscheidende Fortschritte in Madrid selbst erstritten werden können. Parallel müssen vielmehr alle sich bietenden Möglichkeiten zu hochrangigen Ost-West-Kontakten genutzt werden. Das evidente sowjetische Interesse an Gipfelbegegnungen ist in Rechnung zu stellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1238 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 27. März 1981; VS-Bd. 13238 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 31. März 1981 zusammen mit einer Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt, vom 30. März 1981 über ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing vom selben Tag „zur persönlichen Unterrichtung des Herrn Bundesministers" an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat die Vermerke noch nicht genehmigt."
Hat Wallau am 31. März 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Or[i]g[inal] BM als Eingang."
Hat Wallau am 2. April 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[um] Vorgang (auf T[ermin])." Vgl. das Begleitschreiben zur Aufzeichnung von Staden vom 30. März 1981; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 6. April 1981 teilte Höynck mit, daß Schmidt die Aufzeichnung genehmigt habe, und übermittelte dessen Änderungen. Vgl. das Schreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 7 und 12.

2 Manfred Lahnstein.

3 Gunter Huonker.

4 Gustav L. Schmidt verstarb am 26. März 1981.

5 Bundeskanzler Schmidt führte am 24. März 1981 ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow, in dem dieser ein Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, übergab. Schmidt legte zur Frage eines Besuchs von Breschnew in der Bundesrepublik dar: „Er wolle unterstreichen, daß er die Aufrechterhaltung eines ständigen Dialogs für sehr wichtig halte. Das gelte nicht nur für den Dialog zwischen der Sowjetunion und einem Staat mittleren Ranges wie der Bundesrepublik, sondern insgesamt zwischen Ost und West. Gespräche mit den Deutschen könnten die Pflege der Beziehungen mit der anderen Weltmacht nicht ersetzen. Es gebe eine Reihe von Fragen, für die wir selbst gerne als Gesprächspartner zur Verfügung stünden; mit Bezug auf ande-

Sie hätten die Gelegenheit auch wahrgenommen, um dem sowjetischen Botschafter zu sagen, daß für uns sowie für die anderen alliierten Länder ein Moratoriumsvorschlag hinsichtlich TNF[6] angesichts der sowjetischen Aufrüstung mit mehr als 200 SS-20 angesichts der[7] Stationierung von über 200 SS-20 unannehmbar wäre. Wenn die Sowjetunion einen Beitrag zur Erleichterung von Verhandlungen machen wolle, dann solle sie die Stationierung einseitig einstellen.

Der sowjetische Botschafter habe bei dieser Gelegenheit den Wunsch von Generalsekretär Breschnew übermittelt, eine im Juni 1980[8] ausgesprochene Einladung anzunehmen und im Sommer zu einem Besuch nach Bonn zu kommen. Es wäre doch eine gute Sache, den Meinungsaustausch wiederaufzunehmen.

Wir seien, so setzten Sie fort, dabei, uns dies zu überlegen.[9] Eine Gelegenheit, die Antwort zu geben, biete der bevorstehende routinemäßige Besuch von Bundesaußenminister Genscher in Moskau.[10] Wir sähen einerseits den Nachteil, daß die Sowjetunion versuchen könnte, Keile zwischen die Alliierten zu treiben. Andererseits würden die Sowjets in der Erwartung eines Besuchs in Bonn vorsichtig sein, in Warschau nicht zu intervenieren. Sie hätten dem sowjetischen Botschafter – wie schon erwähnt – klargemacht, daß eine sowjetische Intervention die Lage in Europa und in der Welt grundsätzlich ändern würde.

Andererseits könnte eine Ablehnung die Haltung der Sowjetunion gegenüber Polen verschärfen.

Wir tendierten dazu, daß Bundesaußenminister Genscher am Donnerstag[11] in Moskau sagt, im Prinzip nehmen wir an. Der Besuch könne aber nicht vor dem

Fortsetzung Fußnote von Seite 471

re Fragen möchten wir, daß andere darüber sprechen würden." Semjonow erklärte zur Lage in Polen, die sowjetische Haltung sei „sehr klar. Es müsse für diesen sozialistischen Staat eine politische Regelung gefunden werden. Die Sowjetunion werde die polnische Volksrepublik nicht im Stich lassen und werde nicht zulassen, daß sie gekränkt werde." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

7 Der Passus „mit mehr als … angesichts der" wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt gestrichen. Dafür wurde eingefügt: „durch". Vgl. Anm. 1.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

9 Am 27. März 1981 fand ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher statt. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, notierte dazu am 29. März 1981 für Schmidt: „Sie sind sich mit dem BAM einig, daß die Aussicht, die Lage um Polen zu erleichtern, ausschlaggebend dafür sei, dem Besuchswunsch grundsätzlich zu entsprechen. Dies sei ein unbestreitbar wichtiges Argument, das aber nur wirke, wenn es bekannt wird und die sowjetische Anfrage beantwortet wird. Der BAM fügt hinzu, daß eine Absage, wie auch immer eingekleidet, West-Ost-Kontakte auf höchster Ebene für längere Zeit praktisch unmöglich machen müßte. Selbst ein amerikanisch-sowjetischer Gipfel wäre erschwert. […] Sie führen aus, daß insbesondere die USA und Frankreich alsbald vorunterrichtet werden müssen. Die USA könnten einwenden, daß ihre eigene Politik noch nicht ausformuliert sei." Genscher habe vermutet, „daß die Widerstände in Paris des Wahlkampfes wegen stärker sein könnten als in Washington". Vgl. VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

11 2. April 1981.

21.7.[12] stattfinden. Das würde Ihnen noch zwei Gelegenheiten geben, nämlich im Mai[13] und in Ottawa[14], mit dem Präsidenten zu konsultieren.

Der Präsident erwidert, daß er mit Ihnen in dieser Frage gern in engem Kontakt bleiben würde. Er begrüße Ihre Äußerung über Polen. Eine sowjetische Intervention in Polen wäre ein ernster Rückschlag.

Auf Ihre Frage, ob man beiderseits öffentlich erklären solle, daß man Polen helfen wolle, jedoch unter der Voraussetzung, daß es weder zu interner noch zu externer Gewaltanwendung kommen würde, erwidert der Präsident bejahend.[15]

Auf Ihre erneute Frage, ob der Präsident darin beistimme, daß es richtig wäre, wenn der Bundesaußenminister in Moskau sagt, der Besuch wäre im Prinzip genehm, aber nicht vor der letzten Woche im Juli, erwidert der Präsident wörtlich: „I think that's fine, I agree."

Auf Ihre Frage, ob es recht wäre, wenn StS van Well unmittelbar nach dem Besuch des Bundesaußenministers in Moskau nach Washington kommt, um über den Besuch zu berichten, erwidert der Präsident, das sei gut, er werde den Außenminister unterrichten.[16]

Sie erwähnen anschließend, wir hätten gehört, daß Außenminister Haig nach seiner Nahost-Reise[17] nach Madrid[18] gehen wolle, was wir gut fänden. Wir hätten auch gehört, daß er nach London[19] gehen würde. Dazu wollten Sie bemerken, daß es zur Vermeidung von Mißverständnissen gut wäre, wenn der

12 Dieses Datum wurde auf Anweisung des Bundeskanzlers Schmidt gestrichen. Dafür wurde eingefügt: „23.7." Vgl. Anm. 1.

13 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

14 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Für das deutsch-amerikanische Regierungsgespräch am 19. Juli 1981 in Montebello vgl. Dok. 209.

15 Vgl. dazu die Pressemitteilung des amerikanischen Präsidialamts vom 30. März 1981; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1224.
Bundeskanzler Schmidt äußerte sich entsprechend in einer Pressekonferenz mit Ministerpräsident Haughey am 31. März 1981. Vgl. dazu den Artikel „Schmidt und Haughey stimmen in der Polen-Beurteilung überein"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 1. April 1981, S. 2.

16 Staatssekretär van Well unterrichtete die amerikanische Regierung am 6. April 1981 über den Verlauf des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR. Vgl. dazu Dok. 97, Anm. 9.

17 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 4./5. April 1981 Ägypten, am 5./6. April 1981 Israel, am 6./7. April 1981 Jordanien und am 7./8. April 1981 Saudi-Arabien und informierte Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher am 11. April 1981. Vgl. dazu Dok. 106.

18 Zum Besuch des amerikanischen Außenminister Haig am 8./9. April 1981 in Spanien vgl. Dok. 87, Anm. 10.

19 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte Großbritannien vom 9. bis 11. April 1981. Gesandter von Alten, London, teilte dazu am 10. April 1981 mit, nach Informationen des Abteilungsleiters im britischen Außenministerium, Bullard, sei die Lage im Nahen Osten das Hauptthema gewesen. Der britische Außenminister Lord Carrington habe „mit Nachdruck und unter Hinweis auf die im Sommer bevorstehende EG-Präsidentschaft von GB darauf hingewiesen, daß die europäischen politischen Aktivitäten im Nahen Osten und im Sinne der Erklärung von Venedig nicht einfach eingestellt werden könnten und aus taktischen wie aus substantiellen Gründen die Gemeinschaft und ihre MS dort weiterhin aktiv bleiben müßten". Die Lage in Polen sei „nur relativ kurz behandelt" worden. Weitere Gesprächsthemen seien die Namibia-Frage und der irakisch-iranische Krieg gewesen. Ferner habe Haig mehrfach zum Ausdruck gebracht, „daß US Willen und Fähigkeit deutlich machen müßten, ihren Freunden zur Seite zu stehen (was unter vorangegangener Administration in Vergessenheit geraten sei)". Vgl. den Drahtbericht Nr. 627; VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

Außenminister dann auch Bonn und Paris[20] besuchen würde. Der Präsident erwiderte, daß er dies dem Außenminister sagen würde.

Abschließend vereinbaren Sie, daß dieses Telefongespräch bekanntgegeben werden solle. Sein Gegenstand sei Hilfe für Polen gewesen.

gez. Staden

VS-Bd. 14096 (010)

90

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Haughey

VS-NfD **31. März 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem irischen Premierminister Haughey am 31. März 1981 von 10.45 bis 12.35 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Teilnehmer: bis 12.00 Uhr Vier-Augen-Gespräch (als Note-taker StS Nally und GL 21[3]), ab 12.05 Uhr zusätzlich BM Genscher und AM Lenihan, die Botschafter Fogarty und Lahusen, StS O'Rourke, MD Fischer.

1) Irland und EG

Bundeskanzler freut sich über den Besuch. Seine besondere Sympathie für Irland hat sich im Verlauf seiner politischen Tätigkeit verfestigt. Er hat Verständnis für die besonderen Schwierigkeiten Irlands, die sich aus seiner Geschichte, seiner wirtschaftlichen Struktur, seiner Situation außerhalb des Bündnisses ergeben. Er begrüßt daher die gute, enge Beziehung, die sich seit dem EG-Bei-

20 Der amerikanische Außenminister Haig führte am 11. April 1981 Gespräche in Frankreich. Vgl. dazu die Erklärung des französischen Außenministers François-Poncet vom selben Tag; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (März/April), S. 32 f. Vgl. dazu ferner die Äußerungen von Haig vom selben Tag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2051, S. 22.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 1. April 1981 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Lieber Herr Wallau, anliegend übersende ich Ihnen zur Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler noch nicht genehmigten Vermerk über sein Gespräch mit dem irischen PM Haughey, an dem auch der Bundesminister teilweise teilgenommen hat."
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 1. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Referat 200: Vor allem S. 2, 9 f." Vgl. Anm. 5, 37 und 40.
Hat Vortragendem Legationsrat Rosengarten am 2. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Stabreit n[ach] R[ückkehr] (auch S. 3)." Vgl. Anm. 17 und 20.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Stabreit vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 200, Bd. 119465.

2 Ministerpräsident Haughey hielt sich am 30./31. März 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Otto von der Gablentz.

tritt Irlands[4] wesentlich verstärkt hat. Er ist sicher, daß die EG nicht immer ein so wenig attraktives Bild bieten wird wie gerade jetzt.

Haughey betont, daß der EG-Beitritt Irland außerordentlich gut bekommen ist. Er hat den Iren gezeigt, daß sie wie die anderen Nationen an der Gestaltung der Probleme Europas teilnehmen können. Die Iren haben den EG-Beitritt nicht mit übertriebenen [5]Erwartungen begleitet. Sie würden auch heute noch mit überwältigender Mehrheit für die EG-Mitgliedschaft stimmen. Sie fühlen sich dem Ziel der politischen Einheit tief verbunden. Sie sind etwas enttäuscht, daß es nicht so vorwärtsgeht, wie sie sich es erhofften.

Er zeigt sich enttäuscht über das Verhalten der britischen Premierministerin in Maastricht.[6] Irland habe in der Fischereifrage ähnliche Interessen wie Großbritannien.[7] Aber es habe stets der Abtrennung der Kanada[8]- und Färöer-Abkommen[9] zugestimmt, weil dies nur kleine Nachteile mit sich bringe, mit denen man leben könne.

BK wird in seinem Bericht über Maastricht vor dem Parlament am 2. April seine Enttäuschung nicht verhehlen.[10]

2) USA

BK äußert seine Betroffenheit über das Attentat gegen Reagan[11], mit dem er noch vier Stunden vorher telefoniert hatte[12]. Auf Haugheys Vermutung, daß das Attentat ernsthafte Folgen auf die außenpolitische Meinungsbildung in Washington haben werde, weist er auf die Zeichen einer gewissen Rivalität zwischen Haig und Bush hin, zweier Männer, die er als klar denkend, verläßlich und energisch schätzen gelernt habe, die aber beide „presidential hopefuls" seien.[13]

4 Irland trat zum 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei.

5 Beginn der Seite 2 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

7 Zu den britisch-französischen Differenzen in der Fischereipolitik und den Bemühungen um eine Regelung vgl. Dok. 85, Anm. 8.

8 Zu den Bemühungen um eine Inkraftsetzung des am 29. November 1980 paraphierten Fischereirahmenabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada vgl. Dok. 85.

9 Am 15. März 1977 unterzeichneten die EWG und die Färöer-Inseln ein Fischereiabkommen, das durch Verordnung des EG-Ministerrats am 27. Juni 1980 formell geschlossen wurde. Für den Wortlaut des Abkommens und der Verordnung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 226 vom 29. August 1980, S. 11–15.

10 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt am 2. April 1981 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1380 f.

11 Botschafter Hermes, Washington, meldete am 30. März 1981: „Präsident Reagan wurde am 30. März 81 gegen 14.30 OZ verletzt, als er seinen Wagen vor dem Hotel Washington Hilton besteigen wollte. Nachdem es zunächst hieß, der Präsident sei unverletzt geblieben, bestätigte das Weiße Haus später, Reagan sei von einer Kugel in die linke Brustseite getroffen worden." Im Krankenhaus sei Präsident Reagan sofort operiert worden, da die Kugel knapp am Herzen vorbei in die Lunge eingedrungen sei und zu einem teilweisen Lungenkollaps geführt habe. Der Zustand Reagans werde als „stabil" beschrieben. Weitere Verletzte seien der Pressesprecher Reagans, Brady, sowie ein Mitarbeiter des amerikanischen Secret Service und ein Polizist: „Als Täter wurde John W. Hinckley Jr., ein 22jähriger arbeitsloser Weißer aus Evergreen im Bundesstaat Colorado, identifiziert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1331; Referat 204, Bd. 123311.

12 Zum Telefongespräch am 30. März 1981 vgl. Dok. 89.

13 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 30. März 1981 mit, sofort nach dem Attentat auf Präsident Reagan hätten sich die amerikanischen Minister Haig, Smith und Weinberger im amerikanischen Präsidialamt versammelt. Der amerikanische Vizepräsident Bush befinde sich auf dem Rückweg aus Texas: „AM Haig stellte sich im Weißen Haus gegen 16.00 Uhr der Presse und teilte mit,

3) Polen

BK berichtet auf Frage Haugheys, daß er mit Reagan wie auch mit Giscard[14] über Polen gesprochen habe. Er habe das Gefühl, daß man den Polen schnelle Nahrungsmittelhilfe[15] – ihre Vorräte reichen nur noch für zehn Tage – und mittelfristige Finanzhilfe[16] geben müsse. Mit Reagan und Giscard sei er sich über [17]schnelle Hilfe einig gewesen, die aber nur zu leisten sei, wenn es nicht zu innerer oder äußerer Gewalt komme. Giscard habe überdies betont, daß man sich nur auf ein Jahr festlegen sollte, um keinen Blankoscheck auszustellen.

Haughey berichtet, daß die irische Regierung heute Rindfleischlieferungen im Werte von 4 Mio. irischen Pfund als Hilfe angekündigt habe.

BK weist auf die Gefahr hin, daß sich aus der Notwendigkeit der Finanzierung von Krediten für Polen Schwierigkeiten für die Banken insbesondere in Deutschland, Frankreich und später auch in den USA entwickeln könnten.

Die SU scheine sich große Mühe zu geben, nicht zu intervenieren, obwohl sicherlich viele politische Kräfte die Entwicklung in Polen als eine Beleidigung ansehen. Die SU scheint ratlos[18] zu sein, fühle sich auch noch unsicher wegen Afghanistan.[19] Er bestätigt auf Einwurf Haugheys, daß eine Invasion in Polen die Welt verändern würde, daß dann in der Tat die Welt des Gleichgewichts und der begrenzten Zusammenarbeit zu einem Ende käme. Im Westen würden sich viele in ihrer Ablehnung der Entspannung bestätigt fühlen. Die Sowjets hätten das wahrscheinlich verdient, aber was geschieht mit Polen, Ungarn und anderen Osteuropäern?

Er stimmt Haughey zu, daß die Politische Zusammenarbeit zu einem besonders wichtigen Element der Entwicklung in der Gemeinschaft geworden ist.

Für die Deutschen würde eine Konfrontation in der Welt eine besondere Härte mit sich bringen. Sie würde uns in den erfolgreichen Bemühungen erheblich

Fortsetzung Fußnote von Seite 475

er habe fürs erste die Befehlsgewalt übernommen. Nach der Verfassung könne der Präsident seine Verantwortung an den Vizepräsidenten delegieren. Da dieser nicht anwesend sei, gehe die Verantwortung auf ihn, Haig, als dem VP im Range folgendes Regierungsmitglied über." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1331; Referat 204, Bd. 123311.

Am 7. April 1981 berichtete Gesandter Dannenbring, Washington, „nach allgemeinem Urteil" habe sich Bush bewährt, „der seinen Part als Vertreter des Präsidenten, bei dessen fortdauernder Entscheidungsgewalt, mit Gespür für Diskretion übernahm. Die Rolle von Außenminister Haig in der Krise wird dagegen in den Medien weniger günstig bewertet. Die Kritik hält ihm vor, er sei nicht, wie vom Präsidenten erwartet, ein anpassungsfähiger und einordnungswilliger ‚team player'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1473; Referat 204, Bd. 123311.

14 Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, notierte am 30. März 1981 über ein Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing vom selben Tag, neben der Lage in Polen sei ein möglicher Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik erörtert worden. Giscard habe erwidert, „daß Breschnew sich auch bei ihm eingeladen habe", er mit Blick auf die französischen Präsidentschaftswahlen am 26. April bzw. 10. Mai 1981 jedoch keine Antwort gegeben habe: „Im Grundsatz glaube er auch, daß man nicht absagen könne. Man müsse aber sorgsam mit der Wahl des Datums sein. […] Die Lage sei zu kritisch, um sich zu formell zu engagieren." Vgl. VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

15 Zur Frage von Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaften an Polen vgl. Dok. 85, Anm. 13.

16 Zu den Bemühungen um eine Finanzhilfe für Polen vgl. Dok. 84.

17 Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

18 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer eingekreist.

19 Der Passus „Polen als … wegen Afghanistan" wurde von Vortragendem Legationsrat Rosengarten hervorgehoben. Dazu Häkchen.

zurückwerfen, schrittweise mehr Verbindungen unter den Deutschen aufzubauen.[20]

Auf Frage Haugheys, ob er auf das Zustandekommen der Gipfelgespräche drängen werde, die Breschnew angeboten hat[21], meint er, daß solch eine Gipfelbegegnung stattfinden sollte. Man sollte aber dem amerikanischen Präsidenten Zeit lassen, sich – wie er es vorhabe – intensiv vorzubereiten. Allerdings sei die Zeit auch wiederum recht kostbar. Denn die Sowjets können mit ihrem nuklearen Mittelstreckenpotential inzwischen jedes Ziel in irgendeinem europäischen Lande erreichen und dieses Potential als Mittel politischer Erpressung einsetzen. Auf westlicher Seite werde man erst in zwei bis drei Jahren Mittelstrekkenwaffen entgegenzusetzen haben. Es ist schwer, Verhandlungen einzuleiten zwischen denen, die nichts haben, und denen, die alles haben. Aber je eher die Verhandlungen beginnen, desto besser. Man braucht mit diesen Verhandlungen nicht den Gipfel abzuwarten. Die Gespräche haben ja bereits im Oktober 1980 begonnen.[22] Es bleibt abzuwarten, ob Haig mit seiner Zusage baldiger Verhandlungen[23] wirklich für die ganze Regierung sprechen konnte.

4) Nordirland[24]

Haughey berichtet, daß die Briten bisher versucht haben, politische Lösungen innerhalb Nordirlands zu finden. Die irische Regierung hat jetzt in den Gesprächen mit PM Thatcher in Dublin im Dezember 1980 versucht, die Nordirland-Frage in den Zusammenhang der Beziehungen zwischen Irland und Großbritannien zu setzen. Gemeinsame Expertengruppen prüfen jetzt die verschiedenen Fragen. Eine Unterstützung des Bundeskanzlers für diesen politischen Prozeß wäre wichtig und würde außerordentlich begrüßt werden.

Auf Frage des BK meint er, daß eine Unterstützung der EG-Mitgliedstaaten hilfreich sein würde. Sie könnte Großbritannien überzeugen, daß die Frage gelöst werden müsse, die ein Ärger für ganz Europa sei. Auf Frage des BK: BK könne z. B. sagen, daß er den zwischen der irischen und britischen Regierung zustande kommenden Prozeß voll unterstütze. Die beiden Regierungen haben

20 Ende der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

21 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

22 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

23 In der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington wurde erklärt: „Beide Regierungen stimmen darin überein, daß die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen fortgesetzt werden sollten." Vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

24 Referat 204 legte am 23. März 1981 dar, seit dem Amtsantritt von Premierministerin Thatcher am 4. Mai 1979 bzw. von Ministerpräsident Haughey am 11. Dezember 1979 sei „politische Bewegung" in den seit 1921/22 andauernden Nordirland-Konflikt gekommen. Nach einem ersten Treffen am 21. Mai 1980 in London habe ein zweites Treffen am 8. Dezember 1980 in Dublin „konkrete Ansätze für eine Intensivierung der Beziehungen" gebracht. Es seien Arbeitsgruppen gebildet worden, unter anderem auch für „security matters", die sich nicht nur mit der Terrorismusbekämpfung, sondern möglicherweise auch mit der Erörterung einer eventuellen Verteidigungszusammenarbeit befassen sollten. Ein weiteres Treffen zwischen Haughey und Thatcher sei für den Frühsommer 1981 geplant. Obwohl die Lage in Nordirland weiterhin „sehr prekär" bleibe, könne dennoch festgehalten werden, „daß das britisch-irische Verhältnis insgesamt neue Impulse erhalten hat […]; daß der neue Lösungsversuch für das Nordirland-Problem breiter angelegt ist als je zuvor". Vgl. Referat 204, Bd. 123325.

eine Expertengruppe beauftragt, die einzelnen Fragen zu überprüfen und Lösungen vorzuschlagen. Im Unterschied zu früher werde die Nordirland-Frage jetzt als internationales Problem zwischen zwei Ländern anerkannt und nicht mehr als internes Problem des Vereinigten Königreichs behandelt.

BK erklärt sich bereit, in seiner Erklärung vor dem Bundestag über Maastricht einige Sätze über den Besuch des irischen PM und zur Nordirland-Frage einzuschließen.

5) EG-Agrarpolitik

Haughey schildert den schlechten Zustand der Landwirtschaft, die in Irland ein wesentliches Element der ganzen Wirtschaft darstellt. Sie habe einen Einkommensverlust von 40% hinnehmen müssen. Er ist daher – auch im Hinblick auf die Wahlen in diesem Jahr[25] – außerordentlich an zwei Fragen interessiert, die zur Zeit im EG-Rat[26] behandelt werden: Einmal strebt Irland eine Festsetzung hoher Agrarpreise an. Zweitens ist ein kleines Paket besonderer Maßnahmen für einzelne Sektoren der irischen Landwirtschaft für die Iren von großer Wichtigkeit. Es ist von der Kommission als Anhang zum allgemeinen Agrarpreispaket vorgeschlagen worden. Größenordnung etwa 30 Mio. irische Pfund über zwei Jahre (die irische Regierung trägt selbst 21 Mio. irische Pfund zum 51 Mio.-Pfund-Projekt bei).

BK betont, daß er über das besondere Agrarpaket für Irland nicht unterrichtet ist. Als allgemeine Bemerkung zur GAP äußert er seine Sorge, daß sie langsam den Rest der EG aufzehren wird.[27] Die Deutschen können ihre Nettozahlungen für die Gemeinschaft nicht mehr erhöhen. Mit einem Zahlungsbilanzdefizit von fast 30 Mrd. DM brauchen sie den Kapitaltransfer von außen und nicht mehr nach außen. Das ist für Deutschland eine völlig neue Erfahrung. Die Hauptgründe sind Ölpreiserhöhung, Auslandsreisen der Bürger und das Anwachsen der internationalen Transfers (Hilfen z.B. an Türkei, Polen, Entwicklungshilfe, Beiträge zur NATO und EG). Bundesregierung wird sich also dem Anwachsen der Nettofinanzierung entgegenstellen. Sie wird eine Plafondierung der Nettozahlerposition fordern. Bei der Agrarpreisrunde müssen daher gleichzeitig alle drei Elemente – Preis, MCAs[28], Einsparungen – berücksichtigt werden. Je höher die Preise, desto wesentlicher müssen die Einsparungen sein.

Das besondere Irland-Paket erscheint ihm nicht als großes Problem. Er wird sich danach erkundigen. Nach Berechnungen des BMF wird bereits 1982 die 1%-MWSt-Grenze[29] überschritten. Deutsche, Franzosen und Briten werden das nicht zulassen und Begrenzung ihrer Nettozahlerpositionen fordern. Im übrigen ist es auch nicht vernünftig, von den Briten in ihrer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage große Nettozahlungen zu verlangen. Andere Länder wiederum werden auf ihrer Nettoempfängerposition bestehen. Das ist völlig legitim für Irland, vielleicht noch für Italien, evtl. für Griechenland, aber sicherlich nicht für Niederlande, Belgien und Dänemark. Die Kommission – mit 14 Mit-

25 In Irland fanden am 11. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

26 Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30./31. März bzw. 1./2. April 1981 in Brüssel vgl. Dok. 85, Anm. 10.

27 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Rosengarten hervorgehoben. Dazu Häkchen.

28 Monetary compensatory amounts.

29 Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 69, Anm. 19.

gliedern sowieso viel zu groß – wird diese Verzerrung der GAP nicht ändern können.

Haughey räumt ein, daß das Problem der Überschüsse gelöst werden muß. Er dankt dem Kanzler für seine Sympathie für die Iren, deren Pro-Kopf-Einkommen ohnehin nur etwa die Hälfte des EG-Durchschnitts beträgt. Die irische Nettoempfängerposition, die entweder über die Agrar- oder die Regionalpolitik erreicht werden könne, ist übrigens heute geringer als zum Zeitpunkt des Beitritts.

BK: Auf Frage Haugheys, wie er sich eine Neustrukturierung vorstellen könne, meint er, er sei kein Fachmann. Nach seinem Gefühl könne man den Getreidemarkt vielleicht nach dem Vorbild des Zuckermarkts neu strukturieren. Ein garantierter Interventionspreis werde nur für die Mengen gezahlt, die in der Gemeinschaft verbraucht werden. Der Rest müsse zu nicht-subventionierten Weltmarktpreisen abgesetzt werden. Für Milch und Butter sei das allerdings schwieriger.

Herrn von Heereman, der sich über den Verlust von Realeinkommen der Bauern beschwert und eine große Demonstration in Bonn veranstaltet hat[30], habe er kühl sagen müssen, daß auch die deutschen Bauern wie andere Wirtschaftzweige Verluste von Realeinkommen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage hinnehmen müßten. Es sei eine Illusion, daß ein Wirtschaftszweig sein Realeinkommen erhalten könne. Bei den Tarifverhandlungen werden z. Z. etwa 4 % Lohnerhöhungen angeboten, die allerdings von den Gewerkschaften (oder im Fall der Baugewerkschaft von ihren Mitgliedern[31]) nicht akzeptiert werden.

6) Deutsch-irische Beziehungen

Haughey betont während eines allgemeinen Gedankenaustausches über die irische Geschichte, daß die Iren ihren bilateralen Beziehungen mit Deutschland besondere Bedeutung beimessen. Das Goethe-Institut in Dublin arbeitet außerordentlich erfolgreich. Als Gastgeschenk habe er dem Kanzler eine Skulptur des irischen Nationalheros – der etwa in der irischen Überlieferung der Gestalt von Siegfried entspricht – auf einem Streitwagen mitgebracht. Er berichtet von der geplanten Ausstellung irischer Kunst in Berlin 1983[32] sowie der Ausstellung „Altes Gold aus Irland", die in der Paulskirche in Frankfurt gezeigt wird.

BK möchte bei seinem nächsten Aufenthalt in Frankfurt diese Ausstellung gemeinsam mit dem irischen Botschafter besuchen.

Haughey berichtet über das Interesse, das die irische Regierung der Ölexploration in irischen Gewässern beimißt. Er würde es gerne sehen, wenn sich die

30 Am 27. März 1981 fand eine Demonstration von Landwirten statt. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr von Heereman von Zuydtwyck, forderte eine Anhebung der Agrarpreise in den Europäischen Gemeinschaften um 15,3 % sowie nationale Stützungsmaßnahmen, um Einkommensverbesserungen von 4 bis 5 % für die Landwirte in der Bundesrepublik zu erzielen. Vgl. dazu den Artikel „30 000 Bauern protestieren in Bonn"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 28./29. März 1981, S. 1 f.

31 Am 26. März 1981 wurde in der Presse berichtet, Beirat und Vorstand der IG Bau, Steine, Erden hätten einen Ende Februar 1981 erzielten Tarifabschluß, der 4 % höhere Löhne und Verbesserungen des 13. Monatsgehalts vorgesehen habe, abgelehnt. Jetzt werde zur Vermeidung eines Streiks ein Schlichtungsverfahren durchgeführt. Vgl. dazu den Artikel „IG Bau lehnt Tarifabschluß ab"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 26. März 1981, S. 1.

32 Vom 25. Juni bis 23. Oktober 1983 fand in der Sonderausstellungshalle in Berlin-Dahlem die Ausstellung „Irische Kunst aus drei Jahrtausenden – Thesaurus Hiberniae" statt.

DEMINEX, die ursprünglich beteiligt war, aber jetzt ausgestiegen ist, wieder beteiligen könnte.[33]

Er betont den großen Erfolg deutscher Industrieunternehmen in Irland und hofft sehr, daß es nicht zu Schwierigkeiten bei der Investition deutscher Firmen in Irland kommen werde.

BK sagt zu, die Frage einer DEMINEX-Beteiligung an den Ölexplorationen mit dem BMWi aufzunehmen und den irischen Botschafter zu unterrichten. Er betont, daß die Bundesregierung keinesfalls daran denke, Investitionen deutscher Firmen in Irland zu behindern.

Er glaubt, daß man die ungünstige Entwicklung der terms of trade nur durch größere Wettbewerbsfähigkeit bekämpfen könne. Entscheidend seien Fortschritte bei der Öleinsparung und der Entwicklung von Alternativenergien. In der Energiepolitik setze er sich daher für eine Diversifizierung[34] unserer Energieversorgung ein. Er sei für die Entwicklung der Nuklearenergie, aber auch hier sollten wir nicht alle unsere Eier in einen Korb legen. Carters Nuklearpolitik[35] habe gezeigt, daß es auch zu einer Art OPEC bei der Uranversorgung kommen könne. Das Beste sei immer noch die eigene Kohle, auch wenn sie sehr teuer komme. Wir werden auch mit dem Gas-Röhren-Geschäft mit der SU[36] voran-

33 Botschafter Lahusen, Dublin, berichtete am 27. Mai 1980, daß 1979 die zehnjährige Explorationstätigkeit in den Irland vorgelagerten Gewässern zum Abschluß gekommen sei. Trotz vielversprechender seismischer Untersuchungen sei lediglich ein Erdgasfeld erschlossen worden: „Die Off-Shore-Aktivitäten flachten sich 1979 mit nur sieben Bohrungen deutlich ab. 1979 sah auch den Abzug der DEMINEX, die sich bis 1978 an der Erdölexploration in westirischen Gewässern beteiligt hatte." Vgl. den Schriftbericht Nr. 369; Referat 405, Bd. 126873.
Am 3. Dezember 1980 teilte Lahusen mit, die irische Regierung habe sich im Interesse „einer Fortführung und Ausdehnung der Explorationstätigkeit in irischen Gewässern" entschlossen, Lizenzen für 108 weitere Gebiete zu vergeben. Vgl. den Schriftbericht Nr. 853; Referat 405, Bd. 126885.

34 Die Passus „Haughey berichtet … beteiligen könnte" und „BK sagt … BMWi aufzunehmen" sowie die Wörter „für eine Diversifizierung" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben und durch Pfeil verbunden.

35 Am 7. bzw. 9. Februar 1978 wurde der „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978" vom amerikanischen Kongreß verabschiedet, der am 10. März 1978 in Kraft trat. Referat 413 erläuterte dazu am 30. März 1978: „Das Gesetz fordert den Präsidenten auf, bestehende Kooperationsabkommen neu zu verhandeln mit dem Ziel, eine Anpassung an die verschärften Exportkriterien durchzusetzen." Falls Kooperationspartner wie etwa EURATOM nicht zu Neuverhandlungen bereit seien, drohe eine Suspendierung der Lieferung von leicht- und hochangereichertem Uran. Vgl. Referat 413, Bd. 123648. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 102.
Zwischen November 1978 und April 1980 fanden drei Gesprächsrunden zwischen EURATOM und den USA statt. Im Februar 1980 setzte Präsident Carter die Anwendung des „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978" gegenüber EURATOM bis 10. März 1981 aus. Vgl. dazu die Mitteilung der EG-Kommission vom 1. Juli 1980 an den EG-Ministerrat; Referat 431, Bd. 145666.

36 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 62, Anm. 62.
Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 26. März 1981: „1) Direktor Bergmann von der Ruhrgas AG, der sich zu Verhandlungen mit der sowjetischen Gasexportgesellschaft in Moskau aufhält, unterrichtete mich am 26.3. über sein Gespräch mit dem Präsidenten von Sojusgasexport wie folgt: Nach seinem Eindruck sei die politische Entscheidung auf sowjetischer Seite, das Gasgeschäft durchzuführen, endgültig gefallen. Die sowjetischen Verhandlungspartner wüßten auch offenbar die Haltung der Bundesregierung, wie sie zuletzt in den Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers zum Ausdruck gekommen sei, zu würdigen. 2) Direktor Bergmann teilte ferner mit, die nächste Verhandlungsrunde über die Gaspreise solle im April des Jahres stattfinden. Man befinde sich noch nicht in der Schlußphase der Preisverhandlungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1219; Referat 213, Bd. 133248.

gehen – vielleicht die Quantitäten etwas reduzieren –, da wir nicht nur von Algerien und auch den Niederländern abhängen wollen.

[37]7) Bericht der Außenminister[38]

AM *Lenihan* berichtet, daß sich die Außenminister in den Fragen der Ost-West-Zusammenarbeit in Europa weitgehend einig waren. Sie haben über die Stuttgarter Rede BM Genschers[39] und seine Vorstellungen zur Europäischen Union gesprochen. Man stimme in der Frage einer Polen-Hilfe überein.

BK berichtet über die Gespräche der Regierungschefs. Er bittet BM Genscher, sich noch einmal der Frage des besonderen irischen Pakets im Zusammenhang mit der Agrarpreisrunde anzunehmen. Er selbst möchte in dieser Frage eine positive Haltung einnehmen und bittet seine Mitarbeiter, sich mit dieser Frage noch einmal zu beschäftigen.

Zur wirtschaftlichen Lage hebt er hervor, daß beide Gesprächspartner mit den Erfolgen des EWS sehr zufrieden sind. Zur Ölsuche vor der irischen Westküste kann er nur hoffen, daß Öl in kommerziellen Quantitäten gefunden wird.

8) Sicherheitsfragen

AM *Lenihan* berichtet auf Frage des Bundeskanzlers, daß sich sowjetische Marineeinheiten nicht in der irischen 200-sm-Zone zeigen. Das gelte auch für sogenannte Fischereischutzboote.

Haughey erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, ob ihr neutraler Status den Iren nicht das Gefühl einer besonderen Gefährdung gebe, daß die Iren sich sicher fühlen, solange die Briten sicher seien. Sie hofften, daß der Westen Irland mitverteidigen würde. Ihre Armee sei nur für interne Zwecke, ihre kleine Marine praktisch nur für den Schutz der Fischereiinteressen brauchbar. Falls die europäische Einigungspolitik sich eines Tages auch auf die Verteidigung Europas erstrecken sollte[40], so wäre Irland bereit, auch seinen Teil dabei zu übernehmen. Er hat sich zu dieser Haltung auch öffentlich bekannt.[41]

Auf Frage des Bundeskanzlers meint er, daß die Beziehungen Irlands zu Frankreich ebenso gut seien wie die Irlands zur Bundesrepublik Deutschland. Sie seien ausgezeichnet.

37 Beginn der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

38 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irischen Außenminister Lenihan am 31. März 1981 wurden neben der Lage in Polen und der Europapolitik die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Namibia-Frage, die innerdeutschen Beziehungen und der Nordirland-Konflikt erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178842.

39 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 vgl. Dok. 2.

40 Ende der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.
Der Passus „Falls die … erstrecken sollte“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu Pfeil.

41 Botschafter Lahusen, Dublin, informierte am 13. Februar 1981 über Äußerungen des Ministerpräsidenten Haughey am 11./12. Februar 1981 im irischen Parlament, der erklärt habe, „Irland sei wegen der Auswirkungen auf Nordirland in der Tat nach wie vor nicht in der Lage, der NATO beizutreten. Irland sei kein Mitglied irgendeiner militärischen Allianz, jedoch seien sich alle Seiten im Parlament darüber einig, daß sich Irland beteiligen werde, wenn sich die Frage eines Verteidigungsarrangements im Zusammenhang der Europäischen Union stelle. […] Haughey fuhr fort, Irland sei verpflichtet, im politischen Bereich in Abstimmung mit seinen europäischen Partnern zu handeln. Obwohl kein Mitglied einer militärischen Allianz, sei es in vielerlei Hinsicht politisch nicht neutral.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 21; Referat 204, Bd. 123332.

BK und Haughey beenden das Gespräch mit einer kurzen Verabredung der Punkte, die in der anschließenden Pressekonferenz hervorgehoben werden sollen.[42]

Referat 200, Bd. 119465

91

Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahnstein, Bundeskanzleramt

31. März 1981[1]

Gespräch Bundespräsident/BK (StS Neusel, Chef BK), 31.3.1981

1) BK unterrichtet BuPräs über die schwierige Entwicklungsphase der SPD. Er unterstreicht in diesem Zusammenhang die ungeschmälerte Handlungsfähigkeit der Bundesregierung.

2) BuPräs erkundigt sich bei BK über dessen Interview in den „Evangelischen Kommentaren“[2]. Er weist darauf hin, daß er zu Ostern im Bremer Dom zu ähnlichen Fragen Stellung nehmen werde („Pastöre in ihre Schranken weisen“).[3] Er sagte BK ein Papier der katholischen Bischöfe zum Thema „Friedenssicherung“ zu.

3) BuPräs unterrichtet BK darüber, daß seine Gattin[4] im Juni an der Eröffnung der Händel-Festspiele in Halle/Saale[5] teilnehmen werde. BK begrüßt dies außerordentlich.

42 In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt und Ministerpräsident Haughey hätten sich in einer gemeinsamen Pressekonferenz am 31. März 1981 zur Lage in Polen und den möglichen Folgen einer sowjetischen Intervention, zur Lage der Europäischen Gemeinschaften, insbesondere in der Fischereifrage, sowie zur Situation in Irland geäußert. Vgl. dazu den Artikel „Schmidt und Haughey stimmen in der Polen-Beurteilung überein“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 1. April 1981, S. 2.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Peters, Bundeskanzleramt, am 3. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Verschlossen.“
Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 3. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundeskanzler m[it] d[er] B[itte] um g[efällige] K[enntnisnahme].“
Hat Bundeskanzler Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine Streichung S. 2.“ Vgl. Anm. 11.
Hat Bruns am 6. April 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[orlage] Chef BK.“

2 Für das am 28. Februar 1981 in Hamburg geführte Interview des Bundeskanzlers Schmidt vgl. EVANGELISCHE KOMMENTARE. Monatsschrift zum Zeitgeschehen in Kirche und Gesellschaft. 14. Jhg. (April 1981), Nr. 4, S. 209–216.

3 Für den Wortlaut der Rede des Bundespräsidenten Carstens anläßlich der Wiedereröffnung des St. Petri Doms am 19. April 1981 in Bremen vgl. BULLETIN 1981, S. 325–327.

4 Veronica Carstens.

5 Die 30. Händel-Festspiele der DDR fanden vom 11. bis 16. Juni 1981 in Halle an der Saale statt.

4) Im Zusammenhang mit seinem abgesagten Rumänienbesuch[6] erwähnt BuPräs ein Gespräch mit dem evangelischen Siebenbürger-Bischof Klein. Dieser habe ihm seine Sorgen angesichts einer forcierten Auswanderung von Siebenbürgern nach Deutschland mitgeteilt, durch die Zusammenhalt und Existenz dieser Volksgruppe gefährdet seien.[7] BK teilt in weitem Ausmaß die Besorgnisse des BuPräs und schlägt diesem vor, seine Bedenken auch BM Genscher vorzutragen.

5) BK bedankt sich bei BuPräs für seine Mitwirkung bei der jüngsten Austauschoperation.[8] Beide stellen fest, daß unter den gegenwärtigen Umständen und zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Begnadigung und ein Austausch von G. nicht in Frage kommen könne.

6 Vom 30. März bis 3. April 1981 war ein Besuch des Bundespräsidenten Carstens in Rumänien vorgesehen. Ministerialdirigent Bräutigam notierte dazu am 11. März 1981, daß die rumänische Regierung bislang nicht auf den Wunsch von Carstens eingegangen sei, Temeswar und Hermannstadt zu besuchen. Dieser Wunsch werde von der Bundesregierung „angesichts der Bedeutung dieser Programmpunkte sowohl für die psychologische Verfassung der Deutschen in Rumänien als auch die starke Erwartungshaltung in der Bundesrepublik Deutschland vor allem bei den beiden Landsmannschaften geteilt". Vgl. Referat 214, Bd. 139582.
Mit Schreiben vom 12. März 1981 an den rumänischen Außenminister Andrei wies Bundesminister Genscher erneut auf den Wunsch von Carstens hin und bat um Berücksichtigung im Besuchsprogramm. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 108 von Bräutigam vom selben Tag an die Botschaft in Bukarest; Referat 214, Bd. 139582.
Am 14. März 1981 berichtete Botschafter Jovy, Bukarest, im rumänischen Außenministerium sei ihm als Antwort mitgeteilt worden, daß die rumänische Regierung bei ihren bisherigen Programmvorschlägen bleibe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 142; Referat 214, Bd. 139582.
Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 18. März 1981, Staatssekretär Neusel, Bundespräsidialamt, habe über ein Gespräch mit Genscher am selben Tag informiert: „Der BM habe ihm folgendes gesagt. Auf dem Hintergrund des rumänischen Verhaltens und der heutigen Presseberichte könne er nicht dazu raten, die Reise jetzt zu unternehmen. Wir sollten unter Hinweis auf die Erkrankung des Bundespräsidenten verschieben. Diese Meinung werde von Herrn Bundeskanzler geteilt." Vgl. Referat 214, Bd. 139582.
Am 19. März 1981 informierte Staatssekretär van Well den rumänischen Botschafter Rămbu, daß der Besuch „wegen der hochfiebrigen Grippeinfektion" von Carstens „leider verschoben werden muß". Vgl. den Drahterlaß Nr. 117 des Botschafters Graf Finck von Finckenstein an die Botschaft in Bukarest vom selben Tag; Referat 214, Bd. 139582.

7 Im Gespräch mit Bundespräsident Carstens am 23. Februar 1981 führte Bischof Klein aus Hermannstadt aus, daß sich die Lage der Siebenbürger Sachsen seit dem Zweiten Weltkrieg trotz aller Schwierigkeiten verbessert habe. Diese Konsolidierung habe sich seit Januar 1978 aufzulösen begonnen: „Grund ist eine Absprache zwischen dem Bundeskanzler und Präsident Ceauşescu über die Rückkehr von 50 000 bis 60 000 Siebenbürgen-Deutschen in die Bundesrepublik. Das habe zu einer ungeheuren Unruhe in der Landsmannschaft geführt. Die Antragsteller erlitten Nachteile in Rumänien, was sie dazu veranlasse, nur noch entschiedener auf Auswanderung zu insistieren. Da aber seien die Zahlen nun einmal begrenzt." Vgl. Referat 214, Bd. 139582.

8 Am 21./22. März 1981 wurde in der Presse berichtet: „Die Bundesregierung hat eine nicht näher genannte Anzahl von inhaftierten DDR-Spionen gegen die gleiche Anzahl von Bundesbürgern ausgetauscht, die in der DDR wegen Spionage für den BND oder wegen Fluchthilfe im Gefängnis saßen. Unter den freigekommenen DDR-Spionen befand sich auch Christel Guillaume, die Frau des ebenfalls wegen Spionage verurteilten früheren Kanzlerreferenten Günter Guillaume. Dieser bleibt weiter in Haft. Regierungssprecher Kurt Becker erklärte in Bonn, die Frage eines Austauschs Günter Guillaumes stelle sich nicht." Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, habe erklärt: „Die Bundesregierung sei mit der Austauschaktion, die bereits am Donnerstag stattgefunden hat, sehr zufrieden. Die Aktion sei von der Regierung eingehend geprüft worden, wobei humanitäre Motive im Vordergrund gestanden hätten. Es habe eine Abwägung der Interessen stattgefunden. Ein Gnadengesuch für die verurteilten DDR-Spione war von Bundespräsident Karl Carstens unterschrieben worden." Vgl. den Artikel „Bonn und Ost-Berlin tauschen Agenten aus"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 21./22. März 1981, S. 1.

6) BK gibt BuPräs einen Überblick über die verschiedenen Kontakte, die er in der letzten Zeit mit Herrn Honecker gehabt hat.[9] In diesem Zusammenhang wird die Position von H. im ZK und die sich entwickelnde tiefe Gegnerschaft zwischen SED und PVAP erörtert. BK erwähnt, daß er die Erhöhung des Mindestumtauschs[10] als eine „erzwungene Reaktion" auf die Absage des Besuchs in der DDR im Sommer 1980[11] betrachte.

7) BK informiert BuPräs über den jüngsten Besuch von Botschafter Semjonow[12] sowie über den vollen Inhalt seiner Telefonkontakte mit dem französischen und dem amerikanischen Präsidenten.[13] Er erwähnt in diesem Zusammenhang, daß ein Besuchswunsch von Breschnew auch in Paris eingegangen sei, und informiert BuPräs darüber, daß BM Genscher seine Antwort anläßlich seines Besuchs in Moskau[14] überbringen werde.

BuPräs teilt die Auffassung BKs, daß man letztendlich den Br.-Vorschlag nicht ablehnen könne. Er nimmt ferner zur Kenntnis, daß es sich bei einem evtl. Besuch von Br. um einen reinen Arbeitsbesuch handeln werde (also ohne Einschaltung BuPräs), und stellt die Frage, ob BK eine Unterrichtung der Opposition vor der Moskau-Reise BM Genschers beabsichtige. BK reagiert negativ.

8) BuPräs unterrichtet BK über seinen Besuch in Abu Dhabi.[15] Er erwähnt in diesem Zusammenhang, daß Scheich Zayed sein Interesse an deutschen Waffen bekundet habe, daß er die Ausrüstung seiner Streitkräfte diversifizieren wolle. Er, der BuPräs, habe seinen Gesprächspartner auf die laufende Diskussion bei uns hingewiesen und eine rasche Reaktion als äußerst unwahrscheinlich bezeichnet.

BK unterrichtet BuPräs über seine Auffassung zu einer Rüstungskooperation mit Saudi-Arabien.[16] Vor einer endgültigen Antwort wolle er die weitere Diskussion der Grundsätze zum Rüstungsexportabkommen[17] abwarten sowie die

9 Bundeskanzler Schmidt ließ am 9. Februar 1981 durch Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, eine Botschaft an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, überreichen. Vgl. dazu Dok. 35. Honecker antwortete am 18. März 1981. Vgl. dazu Dok. 76 und Dok. 77.

10 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

11 Der Passus „auf die … Sommer 1980" wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Vgl. Anm. 1. Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

12 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow am 24. März 1981 vgl. Dok. 89, Anm. 5.

13 Zum Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 14.
Zum Telefongespräch mit Präsident Reagan am selben Tag vgl. Dok. 89.

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

15 Bundespräsident Carstens traf auf der Rückreise von Indien am 9. März 1981 in Abu Dhabi mit Scheich Zayed bin Sultan al-Nahyan zusammen. Themen waren die Rolle der Vereinigten Arabischen Emirate in der Golfregion, der irakisch-iranische Krieg, die Lage in Afghanistan, der Nahost-Konflikt und die diesbezügliche Haltung der Europäischen Gemeinschaften, die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, und religiöse Fragen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 340, Bd. 127356.

16 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 53.

17 Ministerialdirektor Fischer erläuterte am 25. März 1981: „Am 4. Februar 1981 beauftragte der Bundessicherheitsrat (BSR) die Häuser BK, AA, BMVg und BMWi (Feder), einen Bericht über Er-

Wahlen in Israel[18]. Er erwähnt in diesem Zusammenhang den relevanten Inhalt seiner Gespräche mit Peres[19] und Goldmann.

9) BuPräs unterrichtet BK über sein Abschiedsgespräch mit Herrn Herold. Er erwähnt dessen psychische Verfassung und seine Hinweise auf Querverbindungen zwischen Hausbesetzern, undogmatischer Linken und der Terror-Szene.

10) BK unterrichtet BuPräs über die Beratungen und Gespräche beim Europäischen Rat in Maastricht.[20] Dabei erwähnt er besonders die zentrale Bedeutung des Doppelbeschlusses[21] und in diesem Zusammenhang amerikanische Absichten, die MX-Raketen auf Schiffen zu dislozieren. Beide Gesprächspartner stimmen darin überein, daß eine derartige Absicht bedeutsame Auswirkungen auf die Debatte zur Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa haben müsse.

11) BK gibt eine außerordentlich positive Bewertung des vom BuPräs. vorgesehenen Besuchs bei der EG und bei der NATO[22]. BuPräs bittet BK, ihn in die Besuche von Staatspräsident Eanes[23] und MP Balsemão[24] einzuschalten.

Lahnstein[25]

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 008937

Fortsetzung Fußnote von Seite 484

fahrungen bei der Handhabung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung vorzubereiten und hierüber in der nächsten BSR-Sitzung (1. April 1981) vorzutragen." Die bislang von den Ressorts auf Arbeitsebene erarbeitete Fassung des Berichts enthalte keine Änderungsvorschläge. Vgl. VS-Bd. 10403 (422); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 30. März 1981 legte Fischer für Bundesminister Genscher dar: „Am 24.3.1981 haben Sie mit dem Bundeskanzler über politische Leitlinien für eine Fortentwicklung der ‚Grundsätze' gesprochen. Auf der Grundlage dabei geäußerter Gedanken hat das AA mit Vertretern der Häuser BMWi, BMVg sowie des ChBK grundsätzliche Überlegungen für eine Weiterentwicklung der Politischen Grundsätze zum Rüstungsexport […] zusammengefaßt. […] Das Papier spricht sich entsprechend der von AA, BMWi und BMVg vertretenen Überlegung in Ziffer 4 für die grundsätzliche Beibehaltung des Begriffs ‚Spannungsgebiete' aus, da dessen Änderung oder Abschaffung die öffentliche Diskussion noch stärker belasten würde. Allein der Vertreter des ChBK hat hiergegen Bedenken geäußert. Ausnahmen vom Verbot der Lieferung in Spannungsgebiete könnten nach diesem Papier bei genauer Begründung des Einzelfalls unter folgenden Voraussetzungen erfolgen, wenn dies übergeordneten sicherheits-/bündnispolitischen Interessen entspricht: Stärkung der Abwehrkräfte eines befreundeten Staates; Förderung der Stabilität einer Region. Auch im Hinblick auf existentielle Fragen der Energie- und Rohstoffsicherung sollten Ausnahmen im Einzelfall möglich sein. Die im BSR zu führende Diskussion über allgemeine Fragen des Rüstungsexports, die sich auf der Grundlage des von Graf Lambsdorff präsentierten Erfahrungsberichts entwickeln dürfte, könnte sich an dem genannten Papier […] orientieren. Abschließend könnte eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Formulierungen eingesetzt werden." Vgl. VS-Bd. 10269 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

18 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

19 Bundeskanzler Schmidt führte am 26. Januar 1981 ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der israelischen Arbeiterpartei, Peres. Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, notierte dazu am 27. Januar 1981, nach Auskunft des Abteilungsleiters bei der SPD, Dingels, seien die Parlamentswahlen in Israel, der Nahost-Konflikt und ein möglicher Export von Rüstungsgütern nach Saudi-Arabien erörtert worden. Vgl. dazu Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 56; B 150, Aktenkopien 1981.

20 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

21 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

22 Bundespräsident Carstens besuchte die Europäischen Gemeinschaften und die NATO in Brüssel am 7./8. Oktober 1981. Vgl. dazu BULLETIN 1981, S. 785–787.

23 Zum Besuch des Präsidenten Eanes vom 1. bis 3. Mai 1981 vgl. Dok. 123.

24 Zum Besuch des Ministerpräsidenten Pinto Balsemão vom 14. bis 17. Juni 1981 vgl. Dok. 177.

25 Paraphe vom 3. April 1981.

92

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-2571/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 31. März 1981, 21.50 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 588 **Ankunft: 31. März 1981, 22.45 Uhr**
Citissime nachts

Bereitschaftsdienst: Bitte am 1. April 1981, 8.00 Uhr, direkt Herrn VLR I Wallau vorlegen[2]

Betr.: 7. Sitzung der SCG am 31.3.1981

Bitte nachstehenden Bericht über die Ergebnisse der SCG-Sitzung auch dem Herrn Bundesminister als Unterlage für eine eventuell beabsichtigte Unterrichtung des Kabinetts vorlegen.

I. Die auf unsere Anregung erfolgte frühe Einberufung der SCG unter dem Vorsitz von Assistant Secretary Eagleburger fand in sehr guter Atmosphäre und großer amerikanischer Aufgeschlossenheit für europäische Argumente statt. Sie führte im Anschluß an die bilateralen Ergebnisse der Ministergespräche in Washington[3] zu einer multilateralen Bestätigung des Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979[4] und der parallelen Implementierung seiner beiden Teile von Nachrüstungsbeschluß und Verhandlungsangebot.

Der Vorsitzende bestätigte erneut die Absicht der neuen Administration, die LRTNF-Gespräche mit der Sowjetunion in Abstimmung mit den Bündnispartnern als Teil des SALT-Prozesses fortzuführen.

Unserer Überlegung folgend, betonte er, daß die vorgesehene Überprüfung der gesamten SALT-Thematik nicht den Beginn des LRTNF-Verhandlungsprozesses verzögern werde.

Die Gespräche über eine Begrenzung der nuklearen Mittelstreckensysteme könnten als vorgezogener Teil des SALT-Prozesses aufgenommen werden, um zu gegebener Zeit wieder mit dem Verhandlungsstrang über interkontinentale Systeme verbunden zu werden.

Ich schlug vor, zur weiteren Implementierung des rüstungskontrollpolitischen Teils des Dezember-Beschlusses in Washington zu prüfen, ob die amerikanische Regierung bei der NATO-Frühjahrskonferenz[5] die amerikanische Bereitschaft erklären kann, diplomatische Kontakte mit der Sowjetunion über die Festlegung eines Datums für die baldige Fortsetzung der in Genf im Okto-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
2 Hat Bundesminister Genscher laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau vom 1. April 1981 vorgelegen.
3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.
Zum Besuch des Bundesministers Apel vom 23. bis 26. März 1981 in den USA vgl. Dok. 62, Anm. 46 und 50.
4 Zum NATO-Doppelbeschluß vgl. Dok. 5, Anm. 10.
5 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

ber/November 1980 begonnenen Gespräche[6] aufzunehmen. Der Vorschlag wurde von allen europäischen Bündnispartnern und Kanada unterstützt. Eagleburger konnte sich erwartungsgemäß noch nicht festlegen, sagte aber Vorlage und Prüfung in Washington zu.

Für die nächste SCG ist der 2. Juni 1981 vorgesehen.[7]

II. Im einzelnen ist aus den Beratungen der SCG folgendes festzuhalten:

1) Amerikanische Präsentation

Assistant Secretary Eagleburger gab eingangs eine eindrucksvolle Präsentation der amerikanischen Position. Dabei betonte er:

– die positive Rolle der SCG,
– die Bereitschaft der US-Regierung, auf die Argumente der Bündnispartner zu hören,
– die volle Unterstützung des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 und die Bereitschaft, beide Elemente voll zu implementieren.

Washington sei bereit, den SALT-Prozeß fortzusetzen, um realistische, ausgeglichene und verifizierbare Rüstungskontrollergebnisse zu erreichen, welche die Sicherheit der USA und der Allianz erhöhen.

Dabei müsse der SALT-Prozeß auch in Zusammenhang mit dem weltweiten sowjetischen Verhalten gesehen werden. Es sei derzeit noch nicht möglich mitzuteilen, wann die Überprüfung der SALT-Verhandlungsproblematik abgeschlossen sein werde.

Die amerikanische Regierung werde jedoch nichts tun, was die vorliegenden Vereinbarungen[8] unterminieren könne, solange die Sowjetunion sich ebenso verhalte. Die amerikanische Regierung sei weiterhin an realistischer Rüstungskontrollpolitik interessiert. Doch gelte es zu erkennen, daß Rüstungskontrolle nicht alle Sicherheitsprobleme lösen könne.

2) Fortsetzung der LRTNF-Gespräche mit der Sowjetunion

Unter Hinweis auf die lebhafte Debatte in Europa und die intensive sowjetische Propagandakampagne plädierte ich dafür, in der Öffentlichkeit überzeugend deutlich zu machen, daß die Allianz beide Teile des Dezember-Beschlusses implementiere.

Die Sowjetunion müsse erkennen können, daß die Allianz über eine konkrete, von allen getragene Rüstungskontrollposition verfüge und daß sich Erwartungen eines amerikanisch-europäischen Auseinanderdriftens im LRTNF-Bereich angesichts der bestehenden Bündniskohärenz nicht erfüllen werden.

Die Frühjahrskonferenz der NATO biete eine gute Gelegenheit, Allianzsolidarität zu zeigen und dabei auch ein Signal zu geben, daß die USA bereit seien, in

6 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

7 Die achte Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO fand am 17. Juni 1981 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 174.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

Kontakten mit Moskau einen Termin für die Fortsetzung der LRTNF-Gespräche zu vereinbaren.

Meine Darlegungen wurden von den anderen Bündnispartnern voll unterstützt, die außerdem auf die Notwendigkeit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit aufmerksam machten. Die Glaubwürdigkeit der Rüstungskontrollpolitik der Allianz könne durchaus überzeugend präsentiert werden, u. a. durch Hinweis auf:

– schnelle Einberufung der SCG,
– Vorbereitung der nächsten amerikanisch-sowjetischen Gesprächsrunde,
– Diskussion bei NPG durch die Verteidigungsminister[9],
– Erörterung durch AM in Rom, dort möglichst Ankündigung der Bereitschaft zu baldiger Kontaktnahme mit der SU, um Termin für Gesprächsbeginn festzulegen.

Eine solche Darstellung sei geeignet, der sowjetischen Propaganda entgegenzuwirken, die versuche, den USA mangelnde Verhandlungsbereitschaft vorzuwerfen.

Eagleburger erklärte sich bereit, die Argumente der Bündnispartner AM Haig vorzutragen, sah sich jedoch nicht in der Lage, jetzt schon eine Zusage hinsichtlich des Beginns von LRTNF-Vorgesprächen zu geben.

[10]3) Kritische Wertung des sowjetischen Moratoriumsvorschlages[11]

Es herrschte Übereinstimmung, daß der sowjetische Vorschlag für die Allianz unannehmbar ist und daß die Bündnispartner die in der NATO erarbeitete Begründung für die Ablehnung[12] in der Öffentlichkeit verwerten sollten.

Dabei sei es wichtig, deutlich zu machen, daß die Initiative für Verhandlungen von der Allianz ausgegangen sei, welche einen überzeugenden, auf Gleichgewicht mit möglichst niedrigem Niveau zielenden Vorschlag vorgelegt habe. Die Ablehnung des Moratoriums sei keine Ablehnung von Verhandlungen.

Ich betonte die Notwendigkeit, bei der Zurückweisung des Moratoriums auch hinzuweisen

– auf den engen geographischen Ansatz des sowjetischen Vorschlages, welcher Moskau die Weiterrüstung hinter dem Ural erlauben würde,
– sowie auf den Widerspruch des sowjetischen Vorschlages zum rüstungskontrollpolitisch anerkannten Prinzip der Parität.

4) Darstellung der sowjetischen Bedrohung

Die amerikanische Delegation gab eine vertrauliche Darstellung zur derzeitigen Bedrohungslage im nuklearen Bereich, die nicht zur Veröffentlichung be-

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8. April 1981 vgl. Dok. 103.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 592 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

12 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 25. März 1981 mit, der Ständige NATO-Rat habe sich auf den Entwurf einer Sprachregelung zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstrekkensystemen geeinigt, und übermittelte dessen Wortlaut. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 533; VS-Bd. 11344 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

stimmt ist (Text wird später übermittelt). Zur Entwicklung der LRTNF ist folgendes festzuhalten:

– Der Aufwuchs an SS-20 beträgt pro Jahr 50 bis 60 Raketen,

– z. Z. sind 25 Basen (weltweit) mit 225 SS-20 einsatzfähig,

– weitere zehn Basen sind im Bau,

– 17 Basen mit 153 Raketen sind gegen Europa gerichtet.

Folgende Daten wurden für die Öffentlichkeit[13] freigegeben:

Die Gesamtzahl der SS-20 beträgt derzeit mehr als 200 Mittelstreckenraketen, die mit je drei Gefechtsköpfen ausgerüstet sind (Gesamtzahl der Sprengköpfe demnach mehr als 600).

5) Vorbereitung des Kommuniqués für Frühjahrssitzung in Rom

Eagleburger nannte für Kommuniqué folgende Elemente, die im LRTNF-Teil berücksichtigt werden sollten:

Verdeutlichung, daß die Allianz an beiden Teilen des Dezember-Beschlusses, also Modernisierung und Rüstungskontrolle im Bereich LRTNF, festhält.

Betonung der Bedeutung Implementierung des Doppelbeschlusses durch das Bündnis.

In Anbetracht der ununterbrochenen sowjetischen Aufrüstung in allen Bereichen ist die LRTNF-Modernisierung notwendiger als je zuvor. Schon jetzt verfügt die SU über mehr nukleare Gefechtsköpfe, als durch den Modernisierungsbeschluß der NATO-Europa geplant sind.[14]

Der gemeinsame Wille des Bündnisses, mit der Implementierung der Modernisierung voranzuschreiten, ist notwendige Voraussetzung von ausgewogenen LRTNF-Rüstungskontrollergebnissen.

Die USA werden die LRTNF-Rüstungskontrollgespräche mit den Sowjets in voller Konsultation mit den Bündnispartnern fortführen.

Ablehnung des Breschnew-Moratoriums und Angabe von Gründen, warum dieses Angebot für den Westen nicht annehmbar ist.

Bei der Aussprache sprachen sich fast alle Verbündeten dafür aus, Rüstungskontrollbemühungen des Bündnisses stärker zu betonen. Dabei könne man durch Hinweis auf das Kommuniqué vom 12.12.1979 die Substanzposition der Allianz zum Dezember-Beschluß auf diese Weise noch einmal bekräftigen. Redaktion des Textes wird wie üblich in Brüssel erfolgen.

6) Zukünftiges Arbeitsprogramm der SCG:

Eagleburger betonte, daß auch die analytische SCG-Arbeit bald fortgesetzt werden soll. Dies gelte insbesondere für die Fortschreibung der bereits erarbeiteten Grundsatzpapiere zu Schlüsselproblemen künftiger LRTNF-Verhandlungen.

13 Mit Schriftbericht Nr. 485 vom 14. April 1981 übermittelte Botschaftsrat I. Klasse Roßbach, Brüssel (NATO), eine „öffentlich verwendbare“ amerikanische Übersicht „Soviet Land-Based Long-Range Theater Nuclear Forces“. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 123107.

14 So in der Vorlage.

Er schlug vor, beim nächsten Treffen der SCG folgende Themen zu behandeln:
– Definition der LRTNF,
– geographischer Anwendungsbereich[15],
– FBS und vergleichbare sowjetische Systeme,
– Obergrenzen und Limitierungskriterien,
– Einbeziehung älterer Raketen,
– Verifikation,
– sowjetische Strategie und Taktik zu LRTNF,
– Neufassung des „Public Posture"-Papers.

Wir zirkulierten unseren Argumentationskatalog und regten gemeinsame Fortschreibung an. Die Verbündeten begrüßten Vorschläge für zukünftiges Arbeitsprogramm.

7) Progress Report

Eagleburger zirkulierte Entwurf eines Fortschrittsberichts des Vorsitzenden der SCG an die Minister, dessen Inhalt im Grundsatz akzeptiert wurde (kleine Änderungen werden von US berücksichtigt). Text soll bereits beim NPG-Ministertreffen in Bonn für Behandlung TOP II als Hintergrundmaterial zur Verfügung stehen.[16]

8) Presseunterrichtung

Vorsitzender hat im Anschluß an das Treffen die Presse anhand nachstehender Punkte informiert. Dieser Unterrichtung folgte ein Hintergrundgespräch[17] deutscher Journalisten mit mir.
– Notwendigkeit, Momentum der SCG-Arbeit fortzusetzen;
– enge Konsultation im Bündnis zu LRTNF;
– Bekräftigung der Bindung an den Dezember-Beschluß;
– Übereinstimmung der Allianz in dieser Frage damals ebenso wie heute;
– US-Administration setzt hohe Priorität in Implementierung des Modernisierungsbeschlusses und des Rüstungskontrollansatzes des Dezember-Beschlusses;
– Diskussion soll im Mai anläßlich der NATO-Ratstagung fortgesetzt werden.

Der Zusammenhang zwischen LRTNF und SALT-Prozeß wird bestätigt. Die Wiederaufnahme der LRTNF-Gespräche ist nicht an den Abschluß der SALT-II-Überprüfung gebunden, d.h., sie ist auch nach amerikanischer Auffassung vorher möglich.

Die sowjetische Bedrohung im Bereich von LRTNF hat weiter zugenommen. Zur Zeit sind über 200 SS-20 in der Sowjetunion disloziert. Die Zahl der Backfire nimmt ebenfalls stetig zu. Die SU setzt ihre Modernisierung auch in anderen Bereichen fort.

15 Korrigiert aus: „Aufwendungsbereich".
16 Für den „Progress Report" vgl. den Drahtbericht Nr. 591 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 31. März 1981; VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
17 Korrigiert aus: „Hintergrund".

Kurze Stellungnahme zum Moratoriumsvorschlag.

Begründung, warum wir diesen Vorschlag ablehnen auf der Grundlage der vom NATO-Rat erarbeiteten Talking Points:

– Bemühung der SU, Überlegenheit festzuschreiben und das Bündnis zu spalten;
– Fortschreibung einer Asymmetrie, die mit Prinzip der Gleichheit nicht vereinbar ist;
– Ungleichgewicht wird im Bereich der LRTNF ständig größer;
– auf SS-20 bereits heute mehr Gefechtsköpfe als im Nachrüstungsbeschluß vorgesehen;
– begrenzter geographischer Anwendungsbereich des sowjetischen Vorschlags;
– die Zurückweisung des Moratoriums bedeutet nicht, daß Westen Verhandlungen über LRTNF ablehnt;
– Ziel dieser Verhandlungen sind gleichgewichtige und verifizierbare Begrenzungen im Bereich von LRTNF.[18]

9) Nächstes Treffen der SCG

Alle Verbündeten traten für baldiges Treffen der SCG nach der NATO-Rats-Ministertagung ein. Eagleburger schlug daraufhin 2. Juni für nächste Sitzung vor. Datum soll jedoch noch nicht der Presse mitgeteilt werden. Es kann jedoch auf Anfrage bestätigt werden, daß erneutes Treffen der SCG Anfang Juni vorgesehen ist.[19]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14109 (010)

18 Zur Unterrichtung der Presse vgl. die Artikel „Konsultationsgruppe der NATO berät in Brüssel"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. April 1981, S. 1, bzw. „Für Bonn sind die Beratungen in der NATO gut gelaufen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. April 1981, S. 3.

19 Referat 220 legte am 1. April 1981 zur Unterrichtung des Bundessicherheitsrats am selben Tag dar, die siebte Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am Vortag in Brüssel habe „die Kohärenz des Bündnisses bei der Verwirklichung des Doppelbeschlusses bestätigt und insbesondere auch deutlich gemacht, daß jeder Versuch, die Bündnispartner im wichtigen Bereich der gemeinsamen Rüstungskontrollpolitik auseinanderzudividieren, aussichtslos ist". Vgl. VS-Bd. 11288 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

93

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau

213-321.11-930/81 VS-vertraulich **2. April 1981**[1]

Sitzung am Nachmittag des 2. April 1981 von 16.00 Uhr bis 19.30 Uhr im Gästehaus des sowjetischen Außenministeriums, Uliza Tolstogo[2]

Teilnehmer auf deutscher Seite: StS van Well, Botschafter Meyer-Landrut, SRS[3] Rühl, MD Fischer, MDg Bräutigam, VLR I Paschke, VLR I von Braunmühl, BR I Neuer, BR I Dingens, BR Kaestner, VLR I Arnot;

auf sowjetischer Seite: Erster Stellvertretender AM Kornienko, Stellvertretender AM Kowaljow, Botschafter Semjonow, Botschafter Bondarenko, BR Tschernjakow, BR Terechow, BR Popow (BR Jelisarjew).

AM *Gromyko* eröffnet die Gespräche, indem er den Herrn BM und seine Delegation namens der Sowjetführung begrüßt.

Für die Gespräche, so fährt er fort, haben wir keine Tagesordnung, vielmehr wollen wir über eine Vielzahl von Problemen der internationalen Beziehungen einen möglichst intensiven und ausführlichen Gedankenaustausch führen. Sie können, Herr Bundesminister, deshalb Ihre Positionen zu allen Fragen äußern, und zwar entweder insgesamt oder nach einzelnen Punkten geordnet – jede dieser Varianten ist für uns gleichermaßen annehmbar.

Für den Ablauf unserer Gespräche ist für heute ein Zeitraum von zweieinhalb Stunden vorgesehen, morgen vormittag werden wir dann um 10.30 Uhr uns wieder treffen. Einige weitere Dinge habe ich Ihnen bereits auf der Fahrt hierher erläutert.

Der *Bundesminister* bedankt sich für die freundliche Begrüßung und führt sodann aus:

Wir glauben, daß der Zeitpunkt für diesen Besuch gut gewählt worden ist. Er fällt in die Tradition unserer Begegnungen, erhält aber sein besonderes Gewicht vor dem Hintergrund der internationalen Ereignisse, von denen man nicht immer sagen kann, daß sie erfreulich sind. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, die Frage zu stellen, ob wir gut daran getan haben, den 1970 eingeschlagenen Weg zu beschreiten, und wie die Vereinbarungen, die wir seitdem getroffen haben, die Erklärungen, die wir unterzeichnet haben, sich bewährt haben.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 8. April 1981 an das Ministerbüro geleitet „mit der Bitte, die Genehmigung des Herrn Ministers herbeizuführen".
Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 10. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin Wannow und Legationsrat I. Klasse Barker verfügte.
Hat Wannow am 10. April 1981 bzw. Barker am 14. April 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13279 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 95–97 und Dok. 99.

3 Stellvertretender Regierungssprecher.

Offen gesagt: Wenn wir die Entscheidung von 1970 wieder zu treffen hätten, würden wir sie wieder im selben Sinn treffen. Deshalb ist der deutsch-sowjetische Vertrag von 1970[4] für uns nicht nur formal gültig, sondern seine politischen Ziele und Absichten gelten für uns unverändert. Die damals begonnene Politik haben wir nie als konjunkturelle Entscheidung verstanden, sondern stets als langfristig angelegte Politik.

Inzwischen sind bedeutsame Erklärungen bei den deutsch-sowjetischen Spitzenbegegnungen unterzeichnet worden – 1973[5], 1978[6], 1980[7].

Das in ihnen Gesagte hat auch für die Zukunft weiterhin große Bedeutung. Sie haben dazu beigetragen, daß wir den 1970 eingeschlagenen Weg weiterbeschreiten. Sie unterstreichen unsere Überzeugung, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen nicht nur für Ihr Land, für unser Land, sondern für Stabilität und Frieden in Europa überhaupt herausragende Bedeutung haben.

So ist es z. B. nicht vorstellbar, daß es ohne die Vertragspolitik der Bundesrepublik Deutschland zur Schlußakte von Helsinki[8] gekommen wäre, die heute zu Recht als eines der bedeutendsten internationalen Dokumente betrachtet wird. Sie hat unverkennbaren Einfluß auf die Lage und Entwicklung in Europa gehabt und wird es auch in Zukunft haben.

Erwähnen möchte ich auch unsere Verträge mit der DDR[9], Polen[10] und der ČSSR[11], denen wir ebenso erhebliches Gewicht beimessen. Dabei sind wir uns bewußt, daß die internationale Entwicklung auf unsere Beziehungen einwirkt. Insofern steht beides in einem Wechselverhältnis. Man muß nur zusehen, daß von unseren Beziehungen positive Impulse ausgehen.

Hinter mir liegt eine Reihe von Begegnungen und Besuchen, die alle ihr besonderes Gewicht haben. Ich erwähne die deutsch-französische Gipfelkonferenz in Paris im Februar dieses Jahres[12], die Konferenz der europäischen Staats- und

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

5 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung vom 21. Mai 1973 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1973, S. 573–576.
Zum Besuch vgl. auch AAPD 1973, II, Dok. 145–152.

6 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. des Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.
Zum Besuch vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

7 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR vgl. BULLETIN 1980, S. 664 f.
Zum Besuch vgl. auch AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f.

10 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

12 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

Regierungschefs in Maastricht[13] und meine Besuche in den Vereinigten Staaten[14] und in der Volksrepublik Polen[15].

Unser erster Kontakt mit der neuen amerikanischen Administration hat uns Antwort auf eine Reihe von Fragen gegeben, die für uns als einen der engsten und wichtigsten Verbündeten der Vereinigten Staaten von besonderem Interesse sind, aber auch von Interesse für Ihr Land als Staat von besonderem Gewicht und als Teilnehmer am Dialog der Großmächte.

Ich darf meine Eindrücke von meinen Unterhaltungen in Washington wiedergeben und kann damit zugleich einige Hinweise zu unserer Position in den wichtigsten internationalen Fragen verbinden.

Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß die neue Administration mit sehr viel Bedacht, mit sehr viel Umsicht an die Formulierung ihrer außenpolitischen Position herangeht. Besonders wichtig ist ihr dabei eine enge Konsultation mit den Verbündeten, wenigstens den wichtigsten unter ihnen. Dies ist geschehen: Der italienische[16], der französische Außenminister[17] waren in Washington, ebenso der Ministerpräsident und der Außenminister von Großbritannien[18]. Wir alle haben Washington mit dem Eindruck verlassen, daß die Administration das Gewicht der europäischen Verbündeten durchaus erkennt und bei der Meinungsbildung berücksichtigt.

Ich glaube, daß es nicht nur für die Verbündeten der USA, sondern für alle anderen Staaten ein Gewinn ist, daß die amerikanische Administration ihre Position mit großem Vorbedacht und mit großer Umsicht vorbereitet: Dies dient der Klarheit und Berechenbarkeit ihrer Politik.

Wir halten es, wie Ihnen bekannt ist, natürlich für bedeutungsvoll, daß der Dialog zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion fortgesetzt wird, und wir begrüßen es, daß, wie Sie aus dem Gespräch von AM Haig mit Botschafter Dobrynin[19] wissen, die USA sich die Fortsetzung dieses Dialogs vorgenommen haben.

13 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

14 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

15 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

16 Zum Besuch des italienischen Außenministers Colombo am 12. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 61, Anm. 12.

17 Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.

18 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher und des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 19, Dok. 63, Anm. 7, und Dok. 72, Anm. 10.

19 Am 24. März 1981 fand ein Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, statt. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am 25. März 1981, im Gespräch mit Bundesminister Apel am selben Tag habe Haig zum Verlauf mitgeteilt: „Dobrynin habe die Breschnew-Vorschläge und -Erklärungen im einzelnen erläutert und dabei hervorgehoben, wie schwierig es zum Beispiel gewesen wäre, die sowjetische Generalität zur Annahme des Vorschlags über die vertrauensbildenden Maßnahmen bis zum Ural zu bewegen. Dobrynin habe in dem Gespräch keine Schärfe oder Heftigkeit gezeigt, sondern habe maßvoll seine Ansichten geäußert. Haig nannte die Äußerungen Dobrynins in dem Gespräch insgesamt recht konstruktiv. Am besorgtesten habe sich Dobrynin zur Lage im Persischen Golf und in Pakistan ge-

Es besteht überhaupt kein Zweifel, daß die amerikanische Politik sich um Gleichgewicht bemüht, aber auf gar keinen Fall Überlegenheit über die Sowjetunion anstrebt. Sie nimmt die amerikanisch-sowjetische Erklärung von 1972[20] außerordentlich ernst und dabei insbesondere die gegenseitige Verpflichtung zur Mäßigung in der internationalen Politik.

Ich glaube, daß in der Beurteilung der Frage, ob der Grundsatz der Mäßigung beachtet worden ist, der Schlüssel für das Verständnis der neuen Administration liegt. Sie ist keine Erfindung von wenigen Leuten, sondern repräsentiert eine Grundströmung in den USA. Ich glaube, daß man nicht unterschätzen darf, daß in dieser Grundströmung der amerikanischen Politik die Entwicklung in Afghanistan ein wichtiges Moment darstellt, so daß eine politische Lösung dieser Frage auch eine wichtige Möglichkeit ist, das Verhältnis der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu verbessern.

Viele Leute haben sich gefragt, ob die amerikanische Regierung das Bemühen um Abrüstung und Rüstungskontrolle fortsetzen wird. Natürlich war und ist das für uns sehr bedeutsam, weil Sie wissen, daß Bemühungen um Rüstungskontrolle und Abrüstung, um Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstung, zentrale Punkte unserer Politik der Friedenssicherung sind. Die positive Einschätzung des KSZE-Prozesses, die in der Gemeinsamen Presseerklärung, die ich mit dem amerikanischen Außenminister abgegeben habe[21], zum Ausdruck kommt, zeigt, daß die Kontinuität der amerikanischen Politik in der Frage des KSZE-Prozesses gesichert ist. Das gleiche gilt für ihre Zustimmung zum französischen Vorschlag einer europäischen Abrüstungskonferenz[22] (wir werden darüber noch ausführlicher zu sprechen haben), für den Willen zur Fortsetzung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen und in bezug auf die MBFR-Verhandlungen. Die prinzipielle Dialogbereitschaft der USA ist Ihnen aus dem Gespräch AM Haigs mit Botschafter Dobrynin bekannt.

Dies alles zusammengenommen, bedeutet für uns, daß wir in Rüstungskontrollverhandlungen weitergehen können, daß man an die Verhandlungstische, die

Fortsetzung Fußnote von Seite 494

äußert, der Region, die Haig den Krisenhalbmond (critical crescent) nannte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1249; VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.
Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 30. März 1981 Informationen des designierten Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, denen zufolge Dobrynin die sowjetische Sorge über die amerikanische „Rhetorik" vorgebracht und dargelegt habe, die UdSSR sei „an einer Fortsetzung des amerikanisch-sowjetischen Dialogs interessiert. Sie schlage vor, daß Gromyko den amerikanischen Außenminister am Rande der VN-Vollversammlung im September 1981 treffe. […] Dobrynin sei sodann auf das Moratorium zu sprechen gekommen. Haig habe nur geantwortet, der Vorschlag sei empörend (‚outrageous')." Ferner seien der Nahost-Konflikt, Afghanistan, Libyen und Kuba erörtert worden. Vgl. VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vom 29. Mai 1972 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

21 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

22 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

aufgestellt sind, wieder gehen kann und daß der für Mittelstreckenwaffen aufgestellte Tisch wieder besetzt werden kann.

Ich kann mit einem Wort sagen: Die amerikanische Politik ist gekennzeichnet durch Entschlossenheit und Dialogbereitschaft.

Ich habe die deutsch-französische Spitzenbegegnung und den Gipfel in Maastricht erwähnt und möchte Ihnen sagen, daß wir uns in unserer Einschätzung der internationalen Fragen in Übereinstimmung mit unseren europäischen Partnern befinden: Der Wille zur freundschaftlichen und engen Bündniszusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ist eine gemeinsame Position der europäischen Partner der westlichen Allianz.

Die Frage nun ist, was wir, ausgehend von dieser gemeinsamen Politik, zu den Aufgaben, die unmittelbar vor uns liegen, beitragen können, wie wir positive Wirkungen auf die internationale Politik erzielen. Ich erwähne hier das Folgetreffen in Madrid. Es ist in eine entscheidende Phase eingetreten – jetzt hängt es von allen Teilnehmern ab, besondere Anstrengungen zu unternehmen, daß wir zu einem guten Schlußdokument kommen, das sich in allen Teilen auszeichnet durch weiterführende, zukunftsweisende Vereinbarungen, und daß wir vor allem zu einem konkreten Mandat für die Einsetzung einer europäischen Abrüstungskonferenz kommen.

Schon an dieser Stelle möchte ich sagen, daß wir bei unserem sehr gründlichen Studium der Rede von Generalsekretär Breschnew[23] und des Briefs, den er später an den Bundeskanzler gerichtet hat (auf den nach Abstimmung mit unseren Partnern[24] eine Antwort noch gegeben wird[25]), zum Schluß gekommen sind, daß die Bereitschaft der SU zur Ausdehnung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf ganz Europa einen wichtigen Schritt zu einem Mandat für eine Abrüstungskonferenz darstellt. Wir werden sicher Ihre Vorstellungen dazu hören.

Natürlich richtet sich unser Interesse ebenfalls in erheblichem Maße auf die Frage der Mittelstreckenwaffen, der eurostrategischen Waffen. Unverändert sind wir der Meinung, daß die bei unserem Besuch im letzten Jahr hier in Moskau dazu abgegebenen Erklärungen erhebliche Bedeutung haben, und wir haben deshalb begrüßt, daß es im Herbst 1980 zu den Genfer Gesprächen über Mittel-

23 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

24 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt sowie zu den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat über die Schreiben von Breschnew an weitere Staats- oder Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 61, Anm. 14 und 15.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), gab am 2. April 1981 einen Überblick über den Stand der Vorbereitung von Antwortschreiben: „1) USA betrachtet Konsultationen mit den Verbündeten in dieser Frage als abgeschlossen. Briefentwurf ist ausgearbeitet und werde nach Zeichnung durch den Präsidenten wohl in nächster Zukunft abgehen. 2) GB: Briefentwurf liegt PM Thatcher vor, könnte bereits abgesandt worden sein. 3) NL: Briefentwurf ist fertiggestellt und wird aller Voraussicht nach spätestens Ende nächster Woche als Memorandum über die niederländische Botschaft in Moskau der sowjetischen Regierung übermittelt werden. 4) IT: Entwurf liegt dem Präsidenten des Ministerrates vor und steht vor Absendung. 5) DÄN: Antwort wird Mitte April erfolgen. 6) Übrige Verbündete: derzeit noch keine Informationen über Stand der Vorbereitung einer Antwort." Vgl. den Drahtbericht Nr. 629; VS-Bd. 11308 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

25 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. Mai 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 126.

streckenwaffen gekommen ist.[26] Es geht jetzt darum, daß diese Gespräche alsbald fortgeführt werden. Die von mir schon erwähnte bilaterale Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Fortsetzung ist am 31. März in der Abstimmung innerhalb des Bündnisses bestätigt worden.[27]

Wir stehen zu beiden Teilen der im Dezember 1979 in Brüssel getroffenen Entscheidung.[28] Wir meinen es sehr ernst mit dem Ziel, das Gleichgewicht der Rüstungen auf einem möglichst niedrigen Niveau zu erreichen, und sind deshalb dringend interessiert, daß diese Verhandlungen möglichst schnell ohne jede Vorbedingung aufgenommen werden, daß man sofort zur Substanz kommt, daß man sich nicht in Seitenwege verirrt. Alle Zutaten zur Grundsubstanz der Mittelstreckenrüstung können die Verhandlungen eher erschweren, als daß sie sie fördern.

Der Bundeskanzler hat gestern vor dem Deutschen Bundestag seine große Sorge über die seit dem letzten Jahr noch zusätzlich stationierten sowjetischen Mittelstreckenraketen zum Ausdruck gebracht[29] – und in der Tat, das alles bedrückt uns sehr. Die hier erreichte erhebliche Überlegenheit hat Instabilität in das Kräfteverhältnis zwischen West und Ost gebracht. Um so wichtiger ist es, daß Sie und die Vereinigten Staaten sich schneller an den Verhandlungstisch setzen. Dabei wird es wichtig sein, daß man sich um konkrete Verhandlungsergebnisse bemüht, wie dies im Dezember-Beschluß des NATO-Ministerrates ausgedrückt ist.

Die Dringlichkeit der Wiener Verhandlungen habe ich schon erwähnt – konkrete Ergebnisse in diesen Bereichen können positive Wirkungen auf die schwierige internationale Lage haben.

Meine Schilderung der politischen Ost-West-Beziehungen wäre unvollständig, wenn ich nicht auf die besondere Bedeutung hinweisen würde, die wir unseren Beziehungen zur DDR zumessen. Wir sind aufrichtig daran interessiert, diese Beziehungen zu verbessern und auszubauen – und wir tun dies im Bewußtsein, daß dies nicht nur zum Vorteil der Deutschen in Ost und West ist, sondern auch eine ganz entscheidende Bedeutung für die Lage in Europa hat.

Andererseits wissen wir natürlich, daß diese Beziehungen nicht im luftleeren Raum gedeihen können, sondern abhängen vom Ost-West-Verhältnis insgesamt. Dies erklärt, warum wir uns sowohl um eine Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses als Ganzes bemühen und gleichzeitig für die unserer Beziehungen zur DDR. Diese Beziehungen weisen positive Aspekte auf – es gibt aber auch negative: so die Erschwerungen des Reiseverkehrs über finanzielle Maßnahmen[30]. Aber wir wollen versuchen, in allen Bereichen Fortschritte zu erzielen.

Von erheblicher Bedeutung für das Ost-West-Verhältnis, überhaupt für die internationale Politik, sind die Lage und die Entwicklung in der Volksrepublik Po-

26 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

27 Vgl. dazu die siebte Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO in Brüssel; Dok. 92.

28 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

29 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt anläßlich einer Aktuellen Stunde am 1. April 1981 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1351–1353.

30 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

len. Mir liegt daran, etwas über meine Eindrücke bei meinem Besuch in Warschau und über unser Verhältnis zur VR Polen zu sagen:

Wir sind sehr beeindruckt von dem großen Ernst, von dem großen Verantwortungsbewußtsein, mit dem meine Gesprächspartner in Warschau über die Probleme ihres Landes gesprochen haben; wie sie aber gleichzeitig trotz dieser Probleme auch mit außerordentlichem Interesse sich den Fragen des Ost-West-Verhältnisses gewidmet haben, insbesondere den Fragen der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.

Unsere gemeinsame Geschichte – die der Deutschen und der Polen – ist durch tragische Epochen geprägt. Dies erklärt, warum die Bürger in unserem Land mit innerer Anteilnahme die Entwicklungen in der VR Polen begleiten. Diese innere Bewegung wird aber begleitet von einer Politik der absoluten und konsequenten Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der VR Polen. Dies entspricht unserer Politik ganz allgemein, es entspricht dem internationalen Recht und den Verpflichtungen, die wir untereinander haben, nicht zuletzt in der Schlußakte von Helsinki. Wir erwarten, daß alle anderen Unterzeichnerstaaten sich ebenfalls zurückhalten. Dies ist wichtig, weil sonst die internationale Lage grundlegend verändert würde.

Alle Europäer aber müssen sich fragen, was sie – ohne innere Einmischung – diesem Land an Hilfe geben können. Die Bundesregierung hat beschlossen, daß wir im Rahmen unserer Möglichkeiten den von der polnischen Regierung geäußerten Wünschen und Erwartungen entgegenkommen.[31] Daneben gibt es einen gemeinsamen Beitrag der Länder der Europäischen Gemeinschaft.[32] Wir sind uns dabei der sehr schwierigen finanziellen Probleme durchaus bewußt. – Und es wäre für uns von großem Interesse, Ihre Einschätzung auch der Lösung der finanziellen Probleme kennenzulernen.

Das Interesse der polnischen Führung am Stand der internationalen Beziehungen, an Fragen der Rüstungskontrolle und der Fortsetzung des Rüstungskontrolldialogs zeigt, daß im Verhältnis zwischen Ost und West ein konstruktives Verhalten positive Auswirkungen haben wird für die Überwindung der inneren Probleme, die dieses Land im Herzen Europas hat.

(Nach Anspielung auf vorgerückte Uhrzeit schließt der Bundesminister wie folgt:)

Wir überschätzen unsere Rolle in Europa, in der internationalem Politik, nicht. Wir unterschätzen aber auch nicht unser Interesse an guter und positiver Gestaltung des Ost-West-Verhältnisses; im Gegenteil: Wir können dies nicht hoch genug einschätzen. Wir sind deshalb mit großer Aufmerksamkeit und Offenheit gegenüber allen Problemen hierher gekommen und freuen uns auf unsere Gespräche. Bei diesen Gesprächen ist es sicher für Sie ein Gewinn, daß Sie die Grundzüge unserer Politik kennen, daß die Klarheit und Berechenbarkeit unserer politischen Ziele – und hier steht die Sicherung des Friedens ganz oben – unverändert sind.

31 Zu den Hilfsmaßnahmen für Polen vgl. Dok. 80, Anm. 24, und Dok. 84.

32 Zur Erörterung von Hilfsmaßnahmen für Polen auf der Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

Für einen Außenminister ist es eine gute Sache, wenn er weiß, daß er sich bei der Außen- und Sicherheitspolitik seiner Regierung auf die ganz überwiegende Mehrheit des Bundestages stützen kann – auf sein Parlament und auf die deutsche Öffentlichkeit im ganzen.

Ich betone: Wir wollen Zusammenarbeit und gegenseitiges Verständnis, wir wollen die begonnene Politik fortentwickeln und vor allem Fortschritte bei den Gesprächen über Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

Erwiderung AM *Gromykos:*

Uns imponiert, daß die Bundesregierung positiv und hoch die Verträge von 1970 einschätzt und beabsichtigt, ihre Politik gegenüber der SU auf der Grundlage des Vertrages zu bauen und sich von ihm leiten zu lassen. Das stimmt mit unserer Absicht, der Absicht der sowjetischen Führung, überein. Wir haben mehrfach erklärt, dem früheren Kanzler Brandt, Kanzler Schmidt und Ihnen, daß die sowjetische Führung die Absicht hat, ihre Politik auf der Grundlage des Moskauer Vertrages zu bauen und sich von ihm leiten zu lassen. Ein solches Verhalten zum Vertrag hat eine große, positive Bedeutung für die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen und für die Lage in Europa ganz allgemein. Die sowjetische Seite teilt Ihre positive Einschätzung der Gemeinsamen Erklärungen, die bei den Treffen auf höchster Ebene unterzeichnet wurden. Sie hat das gleiche Verhalten zu diesen Dokumenten, wie es in Ihren Ausführungen zum Ausdruck kam. Ich bestätige, daß wir die Beziehungen zur BRD sehr hoch schätzen. Die sowjetische Seite schenkt diesen Beziehungen große Aufmerksamkeit und wird das auch in Zukunft tun. Wir möchten die Hoffnung ausdrücken, daß von seiten der Bundesrepublik nichts getan wird, um den äußeren Kräften nachzugeben, denen gute Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik nicht gefallen oder denen diese Beziehungen künftig nicht gefallen werden.

Niemand kann einen Grund haben, über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik besorgt zu sein, denn die verabschiedeten bilateralen Dokumente verfolgen nur friedliche Ziele, die Bewahrung des Friedens, die Vertiefung der Entspannung. Ich will keine Adressen nennen für das, was ich hier soeben gesagt habe. Es gibt keinen Grund, über gute Beziehungen zwischen beiden Ländern besorgt zu sein, und es wäre zu begrüßen gewesen, wenn es in der Vergangenheit keine solchen Besorgnisse und daraus resultierende Schwierigkeiten gegeben hätte. Jeder Staat, der auf der Position des Friedens, der Entspannung und der Freundschaft steht, errichtet keine Hindernisse und fürchtet sich nicht vor der Entwicklung unserer Beziehungen. Das erklärt auch, warum der Moskauer Vertrag und die folgenden Dokumente in der ganzen Welt positiv aufgenommen wurden.

Unter Bezugnahme auf die Darstellung des Bundesministers seiner Besuche, insbesondere in den Vereinigten Staaten, nimmt Gromyko zum Verhältnis der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten Stellung:

Es wäre gut, wenn die Dinge so schön aussähen, wie sie der Bundesminister in seinen Ausführungen über seinen Besuch in Washington dargestellt hat. Es wäre gut, wenn die neue US-Administration eine ernste Position zu den Fragen

von Frieden und Krieg einnähme, wenn sie sich um den Dialog mit der SU bemühte und wenn man sich an das Prinzip des Gleichgewichts hielte. Bei uns hat sich eine andere Meinung zu diesen Fragen gebildet. Im Mittelpunkt steht die Frage nach der Einhaltung des Prinzips des Gleichgewichts und der gleichen Sicherheit. Wenn die US-Administration und der neue Präsident zum Prinzip des Gleichgewichts, der Gleichheit stehen, wie ist dann die Flut von Erklärungen zu verstehen, daß die USA die stärkste Militärmacht in der Welt sein müsse? Es vergeht kaum ein Tag, vielleicht keine Stunde, in der nicht gesagt wird, daß man noch vernichtendere Waffen haben müsse. Wie ist das mit der Behauptung zu vereinbaren, daß das Weiße Haus für das Gleichgewicht eintritt?

Bei der Unterzeichnung von SALT II in Wien sagte Präsident Carter zu Generalsekretär Breschnew, daß die USA für ein Gleichgewicht in der Frage der Rüstungen und insbesondere der strategischen Rüstungen einträten und daß der jetzige Zustand das Vorhandensein des Gleichgewichts, der Gleichheit bedeute.[33] Kaum war Carter aus Wien zurück, entstand sofort die Frage der Stationierung amerikanischer Raketen mittlerer Reichweite in Europa. Sie haben SALT II nicht erwähnt, aber SALT II war doch ein Test für die alte wie für die neue Administration. Für die alte Administration, weil sie damit ihre erklärte Politik unter Beweis stellen konnte, für die neue, weil sie die Bedeutung von SALT für Frieden und Entspannung hätte erkennen können. Die Administration hat Zusammenarbeit in Aussicht gestellt, die nicht auf dem Wohlwollen für die soziale Ordnung in anderen Staaten basiert. Das sind Fragen der inneren Kompetenz. Praktisch hat Präsident Carter die Ratifizierung von SALT auf die lange Bank geschoben.[34] Es gibt in der Geschichte nicht sehr viele Beispiele dafür, wie sich Präsident Carter bei SALT II verhalten hat. Wir legen Washington eine ernste politische Rechnung dafür vor, daß er das Inkrafttreten von SALT II verhindert hat. Wir haben nicht die Absicht, diese Rechnung zurückzuziehen. Wir wissen nicht, wie die neue Administration sich zum Vertrag verhalten wird, ob sie Weitblick zeigt oder nicht.

Wenn Sie vom Dialog gesprochen haben, speziell vom Dialog zwischen der Sowjetunion und den USA, so kann es im Grunde nur um den Dialog auf höchster Ebene gehen. Daß sich der amerikanische Außenminister mit unserem Botschafter trifft, diese Art Dialog ist eigentlich nie unterbrochen worden. Leonid Iljitsch Breschnew hat vor dem 26. Parteitag über die Frage des Dialogs zwischen der Sowjetunion und den USA gesprochen. Die Sowjetunion schlägt einen Dialog auf höchster Ebene vor.[35] Die anderen Regierungen, darunter auch die Bundesregierung – dies möge der Bundesminister dem Bundeskanzler bitte

33 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

34 Zur Aussetzung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 13, Anm. 27.

35 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

ausrichten –, sollten verstehen, daß die Sowjetunion diesen Dialog nicht mit dem Hut in der Hand vorschlägt und sagt, bitte kommen Sie uns entgegen. Die Sowjetunion hat ein Gipfeltreffen vorgeschlagen im Interesse des Friedens und der Normalisierung der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Und diese Beziehungen kann man jetzt nicht als normal bezeichnen. Alle Länder, die für die Erhaltung des Friedens eintreten, sollten an diesem Gipfeldialog interessiert sein.

Die neue Administration hat sich zu diesem Vorschlag eines Dialogs auf höchster Ebene nicht negativ verhalten. Dies ist schon bedeutungsvoll. Man wird jetzt abzuwarten haben, bis die neue Administration so weit heranreift, daß sie die Frage des Dialogs in die Praxis überleiten kann. Die US-Seite sagt manchmal, der Dialog sei eine gute Sache, aber man müsse ihn gut vorbereiten. Wir sagen das auch.

Die politischen Führer, die am Ruder der Bundesrepublik stehen, sind erfahrene Leute im Dialog, auch mit der Sowjetunion. Wenn es Ihnen möglich ist, den USA nahezubringen, was unter Dialog zu verstehen ist, so möchten Sie ihnen das nahebringen.

Uns beunruhigt, daß man auf amerikanischer Seite sagt, der Dialog mit der Sowjetunion ist nützlich und möglich, aber man muß dazu die internationale Lage erst einmal vorbereiten, man muß große bestehende Differenzen beilegen. Das bedeutet praktisch: Die Sowjetunion soll auf ihre internationale Politik verzichten. Dazu ist zu sagen: Meine Herren, Sie nehmen eine viel zu hohe Position in Ihrem Staate ein, um eine derartig unseriöse Politik zu betreiben, auch gerade in den Beziehungen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Es bleibt abzuwarten, ob Washington und die neue Administration eine nüchternere Haltung zum Dialog und zu den allgemeinen Fragen der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen einnehmen wird.

Sie haben beim Thema des Dialogs von der Afghanistan-Frage gesprochen. Angeblich ist die Afghanistan-Frage ein Hindernis für die Entfaltung des sowjetisch-amerikanischen Dialogs. Nach sowjetischer Einschätzung, die auf Fakten gegründet ist, ist die Politik der USA objektiv darauf gerichtet, die politische Lösung der Afghanistan-Frage zu verhindern. Dafür spricht, daß Washington und später auch Peking groben Druck auf Pakistan ausgeübt haben, als Pakistan für Kontakte mit Afghanistan eintrat. Zu diesen Kontakten kam es dann nicht, weder zu einem solchen bilateraler Art, noch zu einem Kontakt in Anwesenheit des VN-Generalsekretärs[36]. Vielleicht schätzen gewisse Leute in Washington ihren Beitrag zu dieser Entwicklung als außenpolitische Glanzleistung ein. Die Sowjetunion hält es für eine Fehlleistung.

Anläßlich des Besuches im Jahre 1980 hat sowjetische Seite dem Bundeskanzler und dem Bundesminister die sowjetische Haltung zu Afghanistan dargestellt. Es bleibt bei dieser Haltung: Die Sowjetunion ist für eine politische Lösung ohne jegliche Einmischung in die innerafghanischen Angelegenheiten. Sie ist damit einverstanden, daß die Afghanistan-Frage im Kontext der Lage am Persischen Golf geprüft wird. Dies war auch von westlicher Seite für wünschenswert er-

36 Kurt Waldheim.

klärt worden. Deshalb hat L. I. Breschnew diesen Vorschlag gemacht.[37] Damit soll auch dazu beigetragen werden, die äußeren Aspekte der Afghanistan-Frage zu regeln.

Sie haben die Frage der Mittelstreckenwaffen so behandelt, als ob sie selbständige Bedeutung hätte. (Gromyko beginnt nun aus einem Sprechzettel vorzutragen, den er allerdings nur teilweise wörtlich vorliest.)

Die Sowjetunion hat im Rechenschaftsbericht des Generalsekretärs vor dem 26. Parteitag vorgeschlagen, ein Moratorium über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite zu vereinbaren. Zu diesem Vorschlag hat es in der Bundesrepublik nicht wenige Erklärungen auch von seiten der Führung gegeben.

Uns ist aufgefallen – und die sowjetische Führung war hierüber bei weitem nicht begeistert –, daß die Bundesregierung sich übereilt negativ geäußert hat.[38] Die Bundesregierung hat ohne Meinungsaustausch oder Rückfrage beschlossen, daß der Vorschlag ihr nicht paßt. Es kommt jedoch nicht auf die Schnelligkeit der Reaktion, sondern auf den Gehalt des Vorschlages an.

Ich bin bevollmächtigt, Ihnen hierzu die sowjetische Position darzulegen, obwohl der Generalsekretär in seinem Gespräch mit Ihnen ebenfalls darauf zu sprechen kommen wird.

Sofort nach Beginn von Verhandlungen über Nuklearraketenwaffen mittlerer Reichweite soll das Moratorium in Kraft treten und während der ganzen Dauer der Verhandlungen gelten. Damit das Moratorium zustande kommt, müssen beide Seiten vor Beginn der Verhandlungen Verpflichtungen vereinbaren. Die Seiten würden sich verpflichten, für die Zeit des Moratoriums auf die weitere Aufstockung von Mengen sowie auf die FBS der USA zu verzichten. Dies würde auf westlicher Seite die nuklearen Waffen mittlerer Reichweite einschließlich der Forward Based Systems der USA betreffen. Diese FBS umfassen die amerikanischen auf Flugzeugträgern stationierten Flugzeuge, die Flugzeuge FB-111, F-111 und F-4 sowie die ballistischen auf U-Booten stationierten Raketen unter NATO-Kommando. Auf sowjetischer Seite wären betroffen: die bodengestützten, ballistischen Raketen mittlerer Reichweite, deren Bezeichnung man kennt, sowie Bomber mittlerer Reichweite, darunter der Bomber, der für einige Militärs eine Vogelscheuche ist. Auf sowjetischer Seite sind betroffen alle die Mittel, die im europäischen Teil des Landes stationiert sind.

Vorgeschlagen wird ein Einfrieren der Nuklearwaffen mittlerer Reichweite in quantitativer und qualitativer Hinsicht, wobei auf den qualitativen Aspekt besonders hinzuweisen ist. Dies bedeutet, daß keine der bereits dislozierten Waf-

37 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, führte am 23. Februar 1981 auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau aus: „Zu unseren Vorschlägen zur Golfregion wird manchmal gesagt, sie dürften nicht von der Frage der Präsenz des sowjetischen Militärkontingents in Afghanistan getrennt werden. […] Die Sowjetunion ist bereit, zur Golfregion als eingeständigem Problem Vereinbarungen zu treffen. Sie ist selbstverständlich auch zur Teilnahme an einer gesonderten Regelung der Situation in bezug auf Afghanistan bereit […]. Wir haben auch nichts dagegen einzuwenden, daß die mit Afghanistan zusammenhängenden Fragen koordiniert mit den Fragen der Sicherheit in der Golfregion erörtert werden. Natürlich können dabei nur internationale Aspekte des Afghanistanproblems und nicht die inneren Angelegenheiten Afghanistans zur Debatte stehen. Die Souveränität Afghanistans muß voll und ganz gewahrt bleiben, ebenso sein Status als ein nichtpaktgebundener Staat.“ Vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 755.

38 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 10.

fen ersetzt werden, also auch keine Pershing II und Cruise Missiles eingeführt werden. Eingefroren würden auch die im europäischen Teil der SU stationierten ballistischen Raketen mittlerer Reichweite SS-20 und der Backfire-Bomber. Wenn von Einfrieren die Rede ist, so betrifft dies nur die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen, beinhaltet aber nicht ein Verbot der Produktion solcher Waffen. Um das Moratorium effektiv zu machen, müssen jedoch alle Arbeiten eingestellt werden, die zur vorläufigen Vorbereitung der Stationierung, und zwar von neuen als auch von bereits existierenden Waffen, gerichtet sind. Dies umfaßt auch die Ausstattung von zusätzlichen Gebieten oder die frühzeitige Lagerung solcher Mittel in Europa.

Nicht zutreffend ist die These, daß das Moratorium ein Schritt zurück ist hinter den Vorschlag, den die Sowjetunion 1979 eingebracht hat.[39] Ein wichtiges neues Element in dem Moratoriumsvorschlag ist darin zu sehen, daß die Sowjetunion bereit ist, schon jetzt, d.h. auch vor Verwirklichung ihrer laufenden Pläne zur Modernisierung ihrer nuklearen Mittelstreckenwaffen, Programme einzustellen, ohne auf das Ergebnis der Verhandlungen zu warten. Ich betone: ohne die Ergebnisse abzuwarten. Das unterstützt unseren Vorschlag über die Möglichkeit der Reduzierung. Nach sowjetischer Ansicht könnten die Umfänge der Reduzierungen recht bedeutend sein, wenn unsere Partner dies wollen. Die Einführung des Moratoriums würde günstige Bedingungen für die Reduzierung – nicht Begrenzung – der Nuklearrüstung schaffen. Die Verwirklichung des Moratoriums schon zu Beginn der Verhandlungen würde nicht nur in Europa gewaltige politische Ströme einführen.

Ohne Grundlage sind Erklärungen, ein Moratorium zementiere die Überlegenheit der Sowjetunion bei den Mittelstreckenwaffen. Eine solche These weist die Sowjetunion zurück, denn sie kann mit keinen Fakten bewiesen werden. In diesem Bereich unterliegt alles der mathematischen Analyse. Diejenigen, die sich mit dieser Arithmetik im Westen befassen, sind nur bereit, ein bis zwei Zahlen zu nennen und nicht mehr.

Ich fasse unsere Arithmetik zusammen:

1) In Europa gibt es eine ungefähre Gleichheit hinsichtlich der Zahl der Träger nuklearer Waffen. Die NATO verfügt über eine mächtige Ansammlung von Waffen, die das Territorium der SU erreichen können. Dazu zählen die FBS sowie die Mittelstreckenwaffen Großbritanniens und Frankreichs, insgesamt mehr als tausend Träger. Die Regierungen der NATO-Länder können wohl nicht annehmen, daß uns dies nicht bekannt ist. Die Summe der nuklearen Rüstung mittlerer Reichweite der Sowjetunion übertrifft diese Menge (westlicher Potentiale) nicht. Bei einer Analyse des Verhältnisses darf man nicht isoliert nur eine bestimmte Art der Rüstung, z.B. bodengestützte Waffen, betrachten. Diese Waffen müssen im Komplex betrachtet werden. Nur auf dieser Basis kann das Prinzip des Gleichgewichts und der gleichen Sicherheit gewährleistet werden. Hier ist kein Platz für Propaganda, hier kann man nur objektiv und im Sinne des Nutzens für die Sache sprechen. Hier kann man nicht gewissermaßen den

[39] Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

Fuß an die Waage stellen, so daß sie sich immer nach einer Seite neigt. Hier kann keine Seite die andere überlisten.

2) Durch Ersatz alter Raketen durch neue hat die SU mit dem Ziel der Beibehaltung der nuklearen Qualität die Gesamtmenge der Träger verringert. Möglicherweise haben gewisse Leute Ihnen das nicht gesagt. Ich sage es Ihnen deshalb jetzt. Mit ihren Modernisierungsmaßnahmen hat die Sowjetunion für jede SS-20 ein bis zwei alte Raketen außer Dienst gestellt. So ist der Prozeß verlaufen.

3) Hinsichtlich der Zahl der Sprengköpfe für Mittelstreckenwaffen hat die NATO einen Vorteil: Sie verfügt über anderthalbmal soviel Sprengköpfe. Das bedeutet auch etwas. Wenn Zahlen der Sprengköpfe eine Rolle spielen, dann aber nicht zum Vorteil der SU. Sicherlich zu dem der NATO-Länder.

Der Ersatz von SS-4 und SS-5 durch SS-20 hat in diesem Bereich nicht zu einer Überlegenheit der Sowjetunion geführt. Die nukleare Gesamtkapazität mittlerer Reichweite der Sowjetunion hat sich verringert. Auch die Zahl der Sprengköpfe hat sich verringert. Die NATO-Militärs hören das nicht gern.

Die Einführung des Moratoriums würde nur die bestehende ungefähre Gleichheit fixieren und die Wege ebnen zur Herbeiführung eines Gleichgewichts auf niedrigerer Ebene. Das Moratorium würde einen kürzeren Weg zur Gleichheit auf niedrigerer Ebene bahnen.

Umgekehrt wird die NATO mehr als die anderthalbfache Überlegenheit bei Trägern mittlerer Reichweite haben, wenn sie 572 Raketen mittlerer Reichweite Pershing II und Cruise Missiles stationiert. Das wissen die NATO-Militärs und wir auch. Außerdem haben diese amerikanischen Waffen strategischen Charakter, weil sie Ziele in der Sowjetunion treffen können. Die SU hat keine Waffen auf dem Territorium anderer Länder stationiert, die die USA erreichen können. Es ist in der NATO nicht populär, das Problem unter diesem Aspekt zu erörtern, besonders nicht in den USA. Aber es ist sehr populär bei uns. Auch dies ist keine Propaganda. Dies ist die kalte Logik der Dinge selbst und der Zahlen. Die Sowjetunion ist verpflichtet, ihre Sicherheit im Auge zu haben. Zusätzliche Stationierung amerikanischer Raketen mittlerer Reichweite in Westeuropa würde die strategische Parität und das Prinzip der Gleichheit scharf verletzen und dadurch die Lage in Europa und in der Welt unstabiler machen. Die Reaktion der Sowjetunion auf einen solchen Gang der Entwicklung wäre, daß sie sich verpflichtet sieht gleichzuziehen, und sie würde dies auch tun. Das würde dann zu einer Gleichheit führen, aber auf höherer Ebene. Dabei werden alle verlieren, wir, Sie und die ganze Welt. Ziel sollte nicht die Aufstockung der Waffen, sondern deren Reduzierung sein. Ihr Land, Ihre Führung könnte in dieser Sache eine wichtige Rolle spielen. Wir möchten wünschen, daß Sie sich über die Gebirge und Kaskaden der Argumente erheben, die eigentlich die Lage entstellen. Wo das Epizentrum liegt, wissen Sie selbst. Sehen Sie bitte nochmals alle Aspekte des Moratoriums genau an. Vielleicht kommen Sie bei aufmerksamerer Prüfung zu objektiveren Konsequenzen. Sie haben gewisse Verpflichtungen gegenüber den Amerikanern, aber das sollte sich nicht in unseren Beziehungen widerspiegeln.

Es wäre schön, wenn die Differenzen bei den großen Fragen der europäischen Politik sich nicht in den bilateralen Beziehungen widerspiegelten. Allerdings

gibt es auch keine „Stahlwand“ zwischen den bilateralen Beziehungen und den Entwicklungen in der internationalen Lage.

Nach dem Besuch des Bundeskanzlers ist die Bundesregierung in eine aktive Prüfung der Vorschläge von L. I. Breschnew eingetreten. Damals wurde gesagt, daß die Sowjetunion bereit ist, ungeachtet des NATO-Beschlusses die Frage der Mittelstreckenwaffen im organischen Zusammenhang mit den amerikanischen FBS zu besprechen. Jetzt wird manchmal gefragt, ob es überhaupt zu Verhandlungen mit den USA kommt oder nicht. Dazu ist zu sagen, daß es in Genf ein Treffen der amerikanischen Delegation mit der sowjetischen Delegation gegeben hat. Die USA wollten damals eine Pause. Sie haben die Verhandlungen nicht unterbrochen. Offenbar ist das inzwischen vergessen worden. Bringen Sie die Amerikaner dazu, daß sie sich daran erinnern, daß damals nur von einer Pause die Rede war.

Erwiderung des *Bundesministers*:

Ich danke Ihnen für die offene und sachliche Darlegung Ihrer Position. Auf Ihre Bewertung möchte ich folgendes antworten: Ich stelle mit Befriedigung fest, daß Sie die Verträge, Dokumente und Erklärungen unserer gemeinsamen Beziehungen positiv beurteilen. Auch unsere Bündnispartner beurteilen diese positiv. Diese positive Beurteilung bezieht sich auch auf den Dialog, den wir führen, wie ich aus einer Reihe von Kontakten der letzten Tage weiß. Ich glaube, daß Ihnen die Erklärung bekannt ist, die Außenminister Haig und ich abgegeben haben. Sie beinhaltet wichtige gemeinsame Positionen der deutschen und amerikanischen Regierung zu wichtigen internationalen Fragen, so auch zu den Bedingungen des Gleichgewichts und der Abrüstung. In den Fragen des Stärkeverhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion kann man die amerikanische Position zutreffend so beschreiben: nicht schwächer als irgendein anderer, aber auch nicht stärker. Die Fragen, die in den USA einer gründlichen Prüfung unterzogen werden, beziehen sich auf die ganze Außen- und Sicherheitspolitik, aber vor allem auch auf den SALT-Prozeß. Zwei Dinge sind klar: 1) Die USA wünschen ihn fortzusetzen, 2) sie sind entschlossen, sich an die Bestimmungen zu halten, die SALT II vorsieht, solange dies von Ihrer Seite geschieht. Und ich denke, daß niemand behaupten wird, daß die eine oder andere Seite sich nicht daran hält.

Was Sie über den Dialog auf höchster Ebene gesagt haben, sehe ich, daß Sie, wie wir und wie die USA, auf eine gründliche Vorbereitung großen Wert legen.[40] Man muß nur sicher sein, daß er gewollt ist. Und wir haben keinen Zweifel daran, nach dem, was Generalsekretär Breschnew auf dem Parteitag gesagt hat, daß Sie ihn wollen, und nach entsprechenden Erklärungen Präsident Reagans, was die USA angeht.

Sie haben zutreffend festgestellt, daß ich über Afghanistan im Zusammenhang mit der amerikanischen Einschätzung sowjetischer Politik und den Ost-West-Beziehungen insgesamt gesprochen habe, eine Einschätzung, die, wie Maastricht zeigt, von den europäischen Partnern voll geteilt wird. Es ist so, daß wir ein außerordentliches Gewicht der Auffassung der Blockfreien auf der Konferenz

40 So in der Vorlage.

in Delhi[41] beimessen sowie der islamischen Staaten auf der kürzlichen Konferenz in Saudi-Arabien[42]. Ich glaube, daß, wenn wir Mißverständnisse vermeiden wollen, wir uns bewußt sein müssen, daß unter dem Begriff einer politischen Lösung verschiedene Leute verschiedenes anstreben. Ich denke, daß wir uns in Übereinstimmung mit den USA befinden, und glaube, daß wir einer Meinung sind: Das Ergebnis muß ein wirklich blockfreies Afghanistan sein, das sein Schicksal selbst bestimmt und das vor allem von der Anwesenheit fremder Truppen auf seinem Territorium frei sein muß. Ich glaube, daß man auf Ihrer Seite der Auffassung der Blockfreien großes Gewicht beimessen sollte, ebenso auch wie der Auffassung der europäischen Staaten, daß dies Einfluß auf den Zustand des Ost-West-Verhältnisses hat und für die Beachtung des Prinzips der politischen Mäßigung in den internationalen Beziehungen signifikant ist.

Sie haben die von mir erwähnten Themen, die sich mit Fragen der Sicherheit befassen, vor allem die Frage der Mittelstreckenwaffen, aufgenommen. Wir werden nach Abstimmung mit unseren Partnern noch zu den Vorschlägen des Generalsekretärs Stellung nehmen. Schon jetzt möchte ich aber zu Ihnen einige Ausführungen machen.

Ich will niemand zu nahe treten, aber ich glaube, daß es kaum eine Regierung gibt, die sich so intensiv wie die Bundesregierung mit der Frage der Mittelstrekkenwaffen befaßt hat, einmal, weil wir uns von Ihren Waffen bedroht fühlen, andererseits aber, weil wir zwar keine Mittelstreckenwaffen haben, aber unser Territorium für die Stationierung vorgesehen ist. Wir haben es uns nicht leichtgemacht. Ich gehöre der Bundesregierung seit elfeinhalb Jahren an[43] und kann mich nicht erinnern, daß irgendein Thema so ausgeleuchtet und hin- und hergewendet wurde wie dieses. Bei diesen immer wieder stattfindenden Abwägungen ist jedes Wort und jeder Vorschlag von Ihrer Seite immer wieder erörtert worden, insbesondere der Vorschlag des Generalsekretärs, aber auch die Erklärungen, die er in abgewandelter Form immer wieder vorgebracht hat, nämlich zum Moratorium. Das entspricht der Bedeutung, die wir der Sowjetunion bei Fragen der internationalen Sicherheit beimessen, aber auch der persönlichen Wertschätzung, die wir, der Bundeskanzler und ich, dem Generalsekretär entgegenbringen.

Was die Stärkeverhältnisse in den verschiedenen Bereichen angeht, so wird darüber bei den Verhandlungen gesprochen. Ich möchte hier nur eine Bemerkung machen. Der vereinbarten annähernden Parität bei den interkontinentalen Waffen entspricht keine Parität bei den Gefechtsfeldwaffen, bei den konventionellen Streitkräften und zunehmend bei den Mittelstreckenwaffen. Ich stehe noch immer unter dem Eindruck des Gesprächs, das der Bundeskanzler und ich mit

41 Vgl. dazu Ziffer 24 und 24 a des Kommuniqués der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu Delhi; EUROPA-ARCHIV 1981, D 296 f.

42 Zur dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif vgl. Dok. 4, Anm. 9.

43 Hans-Dietrich Genscher wurde am 22. Oktober 1969 zum Bundesminister des Innern ernannt.

Ihrem Verteidigungsminister[44], dem Generalstabschef[45] und anderen Herren geführt haben. Es hat damals der Bundeskanzler die besondere Qualität des Backfire und der SS-20 dargelegt. Nämlich die Reichweite, die Zerstörungskraft, die Mobilität, die Nachladefähigkeit, die Zahl der Sprengköpfe. Es hat dazu substantielle Einwände nicht gegeben. Vielleicht hat der Bundeskanzler in einem Punkt eine nicht richtige Einschätzung gegeben, nämlich bei der Vorausschau auf die zukünftige Entwicklung bei Ihnen. Sie hat unsere Erwartung übertroffen. Sie wissen, daß der Bundeskanzler sich seit vielen Jahren immer wieder mit Fragen des Gleichgewichts befaßt hat. Man kann sagen, daß er zu den einsichtsreichsten, bedeutendsten Diskussionsteilnehmern in der Welt für Fragen der Sicherheit und des Gleichgewichts gehört. 1973, als Sie Außenminister waren, der Bundeskanzler Verteidigungsminister und ich Innenminister, saßen wir zu einem Abendessen beim damaligen Bundeskanzler Brandt zusammen.[46] Und jedermann wird sich an das Gespräch des Generalsekretärs mit Herrn Schmidt erinnern. Wir sprachen über die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit und sagten, ein Krieg dürfe sich niemals wiederholen, – Gromyko: Ich erinnere mich sehr gut – sowie über die Verpflichtung, zum Frieden beizutragen. Man muß diesen Hintergrund sehen, um zu verstehen, welche Sorgen den Bundeskanzler und uns bewegen.

Ich will aus der gestrigen Rede des Bundeskanzlers im Deutschen Bundestag folgende Sätze zitieren: „Nachdem die Sowjetunion inzwischen allein bei SS-20 über 200 Abschußgestelle mit Raketen installiert hat, würde selbst ein einseitiges Moratorium nur für die Sowjetunion meine tiefen Besorgnisse nicht verringern können. Selbst ein einseitiges Moratorium der Sowjetunion würde in der inzwischen von ihr selbst hergestellten Lage die Verhandlungen nur psychologisch erleichtern: nichts darüber hinaus.“ Was unsere Haltung zum Vorschlag eines zweiseitigen Moratoriums angeht: Sie haben klargestellt, daß Sie an ein Stationierungsmoratorium für Europa denken. Der dabei erwähnte Aspekt, daß Produktion von Mittelstreckenwaffen an sich weiter möglich sei, würde zu dem Ergebnis führen, daß diese, soweit sie in den USA stationiert sind, wegen ihrer Reichweite nicht einsetzbar sein würden; hingegen würden die sowjetischen Mittelstreckenraketen wegen ihrer Reichweite von 4500 km, selbst wenn sie hinter dem Ural stationiert sind, die meisten westeuropäischen Länder in gleicher Weise bedrohen, nur mit dem Unterschied, daß sie für taktische Atomwaffen des Westens weniger verletzbar wären. Das Verbot weiterer Vorbereitungsmaßnahmen am Boden für die Stationierung von Mittelstreckenraketen würde bedeuten, daß die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa, die 1983 abgeschlossen sein soll, nicht weitergeführt werden kann.

Es ist deshalb wirklich keine unzutreffende Qualifizierung des Vorschlags von Herrn Breschnew, wenn man sagt, daß dieser das unbestreitbare Übergewicht der SU für die Dauer der Verhandlungen zementieren würde.

Ich wiederhole die Notwendigkeit, daß die Experten beider Seiten ihre Zahlen nennen – Zahlen, die die Träger und Zahlen, die die Sprengköpfe betreffen.

44 Dmitrij Fjodorowitsch Ustinow.

45 Nikolaj Wassiljewitsch Ogarkow.

46 Zum Gespräch während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 18–20.

Denn es macht einen großen Unterschied, ob man Träger geringer Reichweite und mit einem Sprengkopf durch größere Träger mit mehreren Köpfen und mobilen Abschußgestellen ersetzt.

Ich möchte noch einmal zurückgehen zu den Gesprächen, die wir vor neun Monaten im Kreml geführt haben. Damals erwähnten Sie auch die FBS. Ich darf daran erinnern, daß der Bundeskanzler damals gesagt hat: Dies kompliziert die Verhandlungsmaterie ganz erheblich; denn natürlich würden dann auch die entsprechenden Systeme Ihrer Seite von den Vereinigten Staaten eingeführt werden müssen.

Wir gehen jedenfalls bis zur Stunde davon aus, daß das Moratorium ein Vorschlag ist, aber keine Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen. Was uns besorgt macht, ist die Ausweitung der Verhandlungsmaterie Mittelstreckenwaffen durch Hinweis auf andere Bereiche. Dies kompliziert nicht nur die Verhandlungen, sondern raubt uns auch Zeit – nachdem ohnehin schon seit dem Angebot der NATO vom Dezember 1979 ein Jahr und vier Monate vergangen sind.

Bitte nehmen Sie wirklich ganz ernst, daß wir die beiden Teile dieses Doppelbeschlusses konsequent verwirklichen wollen! Bitte nehmen Sie die große Möglichkeit wahr, die darin liegt, daß wir, lange bevor die erste westliche Rakete stationiert ist, Verhandlungen führen können. Bitte sehen Sie, daß hier eine neue Philosophie für die Sicherheit in die internationale Politik eingeführt wird: nicht erst stationieren, dann verhandeln, sondern nachrüsten und parallel verhandeln. Deshalb: Kommen Sie mit den Amerikanern zusammen, kommen sie zum Kern der Sache! Gehen wir keinen Umweg, keine Nebenstraßen, halten wir uns nicht mit Fragen auf, die zur Komplizierung des Themas beitragen. Dringen wir vor zum Kern: – vorhandene Mittelstreckenwaffen auf der einen, künftige auf der anderen Seite –, damit wir den Rüstungswettlauf vermeiden können. Dies ist ein ganz ernstes Anliegen für uns, und wir sind froh, daß wir hier in dieser Breite und Offenheit über dieses Thema sprechen können.

Ich nehme gern zur Kenntnis, daß nach Ihrer Auffassung morgen im Gespräch mit GS Breschnew diese Frage auch angesprochen werden sollte; wir sind sehr dankbar für diese Möglichkeit – deshalb will ich mich für heute auf diese Darlegungen beschränken. Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Geduld.

AM *Gromyko* schließt das Gespräch für den Nachmittag mit der Bemerkung, daß beide Seiten ehrlich dem Prinzip gefolgt seien, in großer Offenheit und Ausführlichkeit zu sprechen.

VS-Bd. 13279 (213)

94

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau

2. April 1981

Unter Verschluß

Herrn Minister[1]

Botschafter Herbst unterrichtete mich soeben über das Gespräch von BK mit MP Barre, an dem er teilgenommen hat.[2] Das Gespräch baut auf dem Treffen von Blaesheim[3] auf; BK hat ausdrücklich darum gebeten, daß Botschafter Herbst keine Aufzeichnung anfertigt, sondern Sie nur in den wesentlichen Punkten unterrichtet.

Das Gespräch drehte sich um ein gemeinsames deutsch-französisches Investitionsprogramm. Die französische Seite hat dazu den beigefügten Erklärungsentwurf[4] vorgelegt. Der Entwurf war zwei Stunden lang Gegenstand der Erörterung, die eine parallele Schau der Dinge brachte:

– ungefähr gleichgelagerte konjunkturelle Situation;
– Anstieg der Arbeitslosigkeit in beiden Ländern;
– beide Regierungen stehen vor der Notwendigkeit, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Konjunktur zu beleben; aber beide Regierungen wollen kein Ankurbelungsprogramm, sondern ein Programm, das Investitionen in begrenzten, modernen Industriezweigen fördert; dabei kommt es auch darauf an, Arbeitsplätze zu schaffen, die Anpassung der Industriezweige an die Binnenwirtschaft und die Weltwirtschaft zu erleichtern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu fördern.

Jede Regierung wird in eigener Verantwortung, aber koordiniert mit dem Partner, ein begrenztes Programm lancieren. Es soll nicht in identischen, aber in parallel abgestimmten Aktionen vorgegangen werden. Insgesamt sollen 5 Mrd. ECU eingesetzt werden; 2,5 Mrd. ECU (= ca. 6 Mrd. DM) auf jeder Seite. Jede Regierung nimmt die benötigten Kredite nach eigenen Usancen auf dem Kapitalmarkt auf (bei uns ist hauptsächlich die KfW, in Frankreich die Crédit National zuständig). Die Kreditaufnahme über 5 Mrd. ECU soll sich über etwa 20 Monate erstrecken. Der beteiligte Finanzminister[5] glaubt, daß sich hierbei stellende Probleme einer Regierungsgarantie lösen lassen. Es soll ferner das Zinsniveau gesenkt werden, aber auch dies mit dem jeweiligen nationalen Instrumentarium.

1 Hat Bundesminister Genscher am 4. und am 5. April 1981 erneut vorgelegen.
2 Ministerpräsident Barre hielt sich am 2. April 1981 in der Bundesrepublik auf.
3 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 15. März 1981 in Blaesheim vgl. Dok. 71, Dok. 74 und Dok. 75.
4 Dem Vorgang beigefügt. Für den undatierten französischen Entwurf einer deutsch-französischen Erklärung vgl. VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
5 Hans Matthöfer.

BK wird das Ergebnis des Gesprächs mit MP Barre noch heute abend in einem größeren Gesprächskreis, an dem auch BM Graf Lambsdorff teilnimmt, besprechen. Morgen (Freitag, 3. April) wollen die Herren Schulmann und Haberer noch offene Einzelheiten besprechen und mögliche Textentwürfe vorlegen. Diese sollen erörtert werden, damit eine Beratung im Kabinett bereits am kommenden Mittwoch, 8.4., möglich ist.[6] Ziel ist noch nicht die Verkündung eines festen Investitionsprogramms, aber die gleichzeitige Herausgabe einer Absichtserklärung in Bonn und Paris.[7] Auf die Eilbedürftigkeit legt Frankreich Wert. F möchte die Erklärung noch vor dem 10.4. (Beginn des offiziellen Wahlkampfs[8] in F) unter Dach und Fach haben. F möchte dabei unterstreichen können, daß dieses Projekt nicht kurzfristig vor Beginn des Wahlkampfes, sondern schon längerfristig, nämlich in Blaesheim, verabredet wurde.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist das Hauptthema des Wahlkampfes von Präsident Giscard.

Wallau[9]

VS-Bd. 14093 (010)

6 Das Kabinett befaßte sich am 8. April 1981 mit Fragen der Wirtschaftspolitik. Dazu wurden folgende Beschlüsse mitgeteilt: Neben dem gemeinsamen deutsch-französischen Kreditprogramm war die Förderung heizenergiesparender Investitionen, der Ausbau der Fernwärme und die Nutzung industrieller Abwärme vorgesehen. Ferner wurde der Ausbau von Kohle- und Kernkraftwerken angestrebt. Weitere Maßnahmen waren der Ausbau des Fernmeldenetzes, insbesondere der Breitbandglasfasertechnologie, die Prüfung der Möglichkeit eines verstärkten Wohnungsbaus, bessere Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose, der Abbau von Subventionen in den EG-Mitgliedstaaten und Unterstützungsleistungen der Bundesregierung für die Fischereiindustrie in der Bundesrepublik. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1981, S. 301 f.

7 In der deutsch-französischen Erklärung wurde die Absicht bekanntgegeben, „Maßnahmen zugunsten von Investitionen zu ergreifen, die zugleich technologische Innovationen bringen, Arbeitsplätze schaffen und geeignet sind, zur Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts beizutragen, insbesondere durch Verminderung der Öleinfuhrabhängigkeit". Die bereitgestellten Mittel sollten „für die Finanzierung vordringlicher Investitionen Verwendung finden, die Unternehmen und Körperschaften durchführen, welche sich den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen stellen wollen. Darunter fallen insbesondere die folgenden Investitionen, wobei den besonderen Umständen in jedem der beiden Länder Rechnung getragen wird: Investitionen zur Einsparung von Energie und Rohstoffen, zur Ölsubstitution und für neue Energiequellen; Investitionen zur Erleichterung der strukturellen Anpassung von Unternehmen an die veränderten Preisrelationen, die veränderten Energiekosten und die veränderten Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit; Investitionen in Spitzentechnologien wie der Informatik und der Automation. Kleine und mittlere Unternehmen, die in diesen Bereichen investieren, sollen besondere Berücksichtigung finden." Vgl. BULLETIN 1981, S. 302 f. Für den französischen Wortlaut vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (März/April), S. 27.

8 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

9 Paraphe.

95

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau

213-321.11-930I/81 VS-vertraulich **3. April 1981**[1]

Sitzung am Vormittag des 3. April 1981 von 9.30 Uhr bis 13.20 Uhr im sowjetischen Außenministerium[2]

Teilnehmer: wie am Nachmittag des 2. April 1981

AM *Gromyko*: Ihre Darlegungen am Ende des Gesprächs gestern haben wir so verstanden, daß Sie sich wie bisher kühl zur Idee des Moratoriums[3] verhalten, obwohl auch Sie für Gespräche über die Mittel mittlerer Reichweite eintreten. Was die Verhandlungen angeht, haben wir mehrfach unsere Position dargelegt. Wenn man nur diese Frage aus dem gesamten Komplex herausnimmt, so paßt das nicht. Das würde bedeuten, daß die NATO-Länder sagen, wir haben einen Beschluß gefaßt[4], wir werden ihn verwirklichen. Was die sowjetische Seite angeht, darüber laßt uns verhandeln. Diese Position ist als hoffnungslos zu bezeichnen, so wird es nicht gehen. Wir sind nach wie vor bereit, diese Frage zusammen mit FBS zu erörtern. Wir haben unsere Position klar formuliert und haben unsere Einladung zu Verhandlungen überbracht, als Sie mit dem Bundeskanzler im vorigen Sommer in Moskau waren.[5] Unsere Position von damals bleibt in Kraft. Wir sind bereit, zu jedem Zeitpunkt die Gespräche in Genf[6] zu erneuern. Wir sind nicht schuld, daß die Gespräche nicht wiederaufgenommen werden. Ein anderer Weg wäre die Annahme der Idee des Moratoriums. Sie zu verwirklichen, würde günstigere Bedingungen für die Erörterung der Sachfragen schaffen. Eines ergänzt das andere, d.h. Verhandlungen, wie wir sie im letzten Jahr vorgeschlagen haben, und die Idee des Moratoriums. Beides läßt sich kombinieren. Man muß nur den politischen Willen haben, Gespräche zu beginnen. Eine Alternative wäre nur das Wettrüsten in diesem Bereich, wobei das Prinzip der Gleichheit eingehalten würde, aber auf einem höheren Niveau. Das würde die Gefahr eines nuklearen Konflikts in Europa erheb-

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 8. April 1981 an das Ministerbüro geleitet. Dazu vermerkte er: „Im Nachgang zum Schreiben vom heutigen Tage wird das Protokoll über die Gespräche des Bundesministers mit AM Gromyko am 3.4.1981 mit der Bitte um Genehmigung nachgereicht."
Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 10. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin Wannow und Legationsrat I. Klasse Barker verfügte.
Hat Wannow am 10. April 1981 bzw. Barker am 14. April 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13279 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 93, Dok. 96, Dok. 97 und Dok. 99.

3 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

5 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

6 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

lich erhöhen. Von einem Moratorium, verbunden mit Verhandlungen, dürften alle profitieren, wir, Sie, Europa und die ganze Welt.

Ich möchte noch einmal an Sie appellieren, unseren Vorschlag zu prüfen. Vielleicht wird die Bundesregierung eine objektivere Position in allen diesen Fragen einnehmen. Sie könnte so durchaus einen Beitrag leisten zur Verbesserung der Lage.

Bundesminister: Was Sie heute noch einmal ausgeführt haben, halte ich für sehr bedeutsam. Vielleicht ist es nicht das richtige Wort, daß wir die Vorschläge des Generalsekretärs „kühl" betrachteten. Wir haben uns mit ihnen sehr intensiv befaßt. Was dazu gesagt wurde[7], ist das Ergebnis gründlicher Prüfung. Wir haben den Vorschlag sehr ernstgenommen, sowohl wegen der Bedeutung Ihres Landes wie auch der persönlichen Wertschätzung, die wir dem Generalsekretär entgegenbringen. Alle Verbündeten, die europäischen und die beiden nordamerikanischen, sind zum gleichen Ergebnis gekommen.[8] Dies ist nicht nur eine Auffassung der Bundesregierung, sondern aller Verbündeter zugleich. Wir sind nicht die Verhandlungspartner für Mittelstreckenraketen. Alles, was wir hier besprechen, kann nur dazu dienen, die Position zu erläutern.

1) Ich halte es für bedeutsam, daß Sie auf das zurückgekommen sind, was Sie bei unserem Besuch im Jahre 1980 gesagt haben, daß also Ihre Position unverändert ist.

2) Sie sagten, daß das eine das andere nicht ausschließt, also daß die 1980 eingenommene Position das Moratorium nicht ausschließt, die Positionen sich vielmehr nach Ihrer Auffassung ergänzen, und daß Sie das Moratorium als eine günstig beeinflussende Erwägung betrachten. Ich halte diese Klarstellung deshalb für so wichtig, weil in der Öffentlichkeit nicht nur unseres Landes, sondern auch anderer westlicher Länder, die Besorgnis aufgekommen war, daß das Moratorium eine Vorbedingung für die Aufnahme von Verhandlungen sein könnte. Ich hatte gestern den Eindruck, daß dies nicht so ist.

3) Ich muß unsere Haltung zum Moratorium nicht noch einmal erläutern – das habe ich gestern getan.

4) Ich halte es jedoch für wichtig, Ihre heute noch einmal abgegebene Erklärung festzuhalten, daß sie zu jeglicher Zeit bereit sind, die Verhandlungen fortzusetzen. Dies ist genau unsere Meinung. Wir halten dies in der Tat für sehr wichtig.

5) Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Passage im Kommuniqué zum Dezember-Beschluß der NATO lenken, in der es heißt, daß die NATO im Licht der konkreten Ergebnisse der Verhandlungen ihren Nachrüstungsbedarf überprüfen wird.[9] Dies zeigt Ihnen, wie wichtig es ist, die Gespräche fortzuführen, da-

7 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 10.

8 Zur Einschätzung der NATO-Mitgliedstaaten bezüglich des Vorschlags des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 92.

9 Vgl. dazu Ziffer 11 B des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37.
Vgl. dazu ferner Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 157. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 47.

mit möglichst bald zu konkreten Verhandlungsergebnissen zu kommen, um einen neuen Rüstungswettlauf zu vermeiden.

Wenn ich diese Punkte zusammennehme, so glaube ich, daß es in der Tat ganz wichtig sein wird, daß man schnell an den Verhandlungstisch zurückkehrt und sich ohne Umschweife dem Kern der Materie zuwendet.

Wie Sie wissen, schätzt die Bundesrepublik Deutschland die beiden Elemente des NATO-Beschlusses gleichbedeutend ein – Nachrüstung und Verhandlungen – und wird sie konsequent durchführen. Sie wird deshalb das Ihre dazu tun, daß die Verhandlungen bald auf dieser Grundlage fortgesetzt werden.

Außenminister *Gromyko* erwidert: Mit anderen Worten, die Idee des Moratoriums bedeutet nicht, daß die Frage der Verhandlungen jetzt weggenommen wird, daß etwas weggenommen wird von der Grundlage, die wir vorgeschlagen haben. Es heißt vielmehr: Wiederaufnahme, Fortsetzung der Verhandlungen in Genf.

Wenn die Verhandlungen in Genf fortgesetzt werden, bedeutet dies nicht, daß die Idee des Moratoriums beiseite gelegt wird. Die beiden Ideen lassen sich verbinden. Das Moratorium bedeutet Einfrieren – man soll dann aber zu den eigentlichen Lösungen der Sicherheitsprobleme kommen, und zwar auf der Grundlage, die wir vorgeschlagen haben.

Ich sehe, daß Sie den Charakter unserer Vorschläge richtig verstanden haben – ich hoffe es jedenfalls. Ich hoffe auch, daß Sie das ganze Problem noch genauer prüfen werden und es entsprechend auch Ihren Verbündeten erläutern. Vielleicht könnte von hier der Hauch eines – ich wollte sagen „warmen Windes", habe es aber nicht gesagt – entstehen.

Bundesminister: Ich möchte dies noch einmal festhalten: Für uns ist es wichtig, daß sie das Moratorium als Ergänzung betrachten, nicht als Vorbedingung für die Wiederaufnahme von Verhandlungen.

AM *Gromyko*: Nicht als Ersatz der Verhandlungen, sondern als Idee, die sich kombinieren läßt mit den Verhandlungen.

Bundesminister: Sie haben dies als Ihre Position vorgetragen – Sie kennen unsere Position, die unsere eigene und die unserer Bündnispartner ist. Daß wir zum Moratorium unterschiedliche Auffassungen haben, darf die Verhandlungen in der Sache nicht behindern. Ich glaube, das ist ganz wichtig. Ich bitte die sowjetische Seite, die erwähnte Passage im NATO-Beschluß sehr ernst zu nehmen; daß im Licht konkreter Verhandlungsergebnisse der Nachrüstungsbedarf der NATO-Länder überprüft werden wird. (Folgt Hinweis, daß nicht wörtlich, sondern dem Sinn nach zitiert.)

Ich glaube, daß es sinnvoll ist, möglichst schnell an den Verhandlungstisch zu gehen. Was Verhandlungsmaterie selbst ist, muß am Verhandlungstisch geklärt werden. Dies ist Sache der beiden verhandelnden Staaten. Auf die Erschwerung, die sich durch die Ausweitung der Verhandlungsmaterie ergibt, habe ich bereits gestern, als ich die Äußerungen des Bundeskanzlers[10] zitierte, hingewiesen.

[10] Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt anläßlich einer Aktuellen Stunde am 1. April 1981 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1351–1353.

AM *Gromyko*: Jetzt zu Madrid[11]: Unser Eindruck vom Folgetreffen ist, daß die Lage dort jetzt ziemlich kompliziert ist. Wir stehen dafür ein, daß Madrid mit positiven Ergebnissen abgeschlossen wird, die Marksteine des Fortschritts auf dem Weg sind, der mit der KSZE begonnen und mit der Unterzeichnung der Schlußakte[12] fortgesetzt wurde.

Wie ist die reale Lage? Am Anfang herrschte in Madrid eine ziemlich schlechte Atmosphäre. Wir hatten den Eindruck, daß einige Teilnehmer am Treffen nur nach Madrid gekommen waren, um zuzuschlagen und dann nach Hause zu fahren.

Dann aber gab es einige – ich will nicht zu optimistisch sein – Anzeichen, daß ein geschäftsmäßiger approach einkehrte. In der zweiten Etappe der Konferenz ist dieser Geist noch stärker geworden und hat den Charakter der Diskussion beeinflußt.

Jetzt geht es um die Vorbereitungen eines Abschlußdokuments. Aber zur Zeit ist noch keinerlei Übereinkommen hergestellt. Wir haben den Entwurf eines Abschlußdokuments vorliegen[13], dieser aber ist kein Entwurf, der für alle Teilnehmer des Abschlußtreffens annehmbar wäre. Es ist auch zu früh für eine Prognose. Den Entwurf der neutralen Länder – es ist ein langes Dokument von 25 bis 30 Seiten – haben wir noch nicht ausführlich studieren können und haben deshalb noch keine Position, keine Stellungnahme. (Kurze Erwähnung, daß es noch einen französischen Entwurf gegeben habe.)

Wenn man jetzt einige wichtige Fragen behandelt, über die nach unserer Meinung Übereinstimmung noch aussteht, so möchte ich – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – folgendes betonen:

1) Zum Anwendungsgebiet der Zone der vertrauensbildenden Maßnahmen.
Sie wissen genau, was die Sowjetunion vorgeschlagen hat, nämlich Generalsekretär Breschnew selbst auf dem 26. Parteitag: Wir sind bereit, diese Zone auf

11 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 88.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

13 Für den Vorschlag Finnlands, Jugoslawiens, Liechtensteins, Österreichs, San Marinos, Schwedens, der Schweiz und Zyperns vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Referat 221, Bd. 123117.
Ministerialdirektor Pfeffer gab am 1. April 1981 eine Einschätzung des Entwurfs: „Es handelt sich um ein umfangreiches, mitunter weitschweifiges Dokument (31 Seiten), in dem alle wesentlichen, in der Redaktionsphase von Ost und West angesprochenen Probleme behandelt werden. Die N+N-Staaten wollen mit diesem Papier der nur langsam voranschreitenden Redaktionsphase des Madrider Treffens einen entscheidenden Impuls geben, die Initiative an sich ziehen und sich selber als Vermittler stärker ins Spiel bringen. Das Papier läßt die Maximalpositionen aller Beteiligten weg. Wenn auch gewisse Wünsche einiger westlicher Länder unberücksichtigt geblieben sind […], so entspricht das Papier doch weit mehr den Interessen des Westens als denen des Ostens (insbesondere beim Mandat einer ‚Konferenz über Abrüstung in Europa' KAE und bei den menschlichen Kontakten und der Information)." Pfeffer legte zum weiteren Vorgehen dar: „Bis auf einige Änderungswünsche (bei dem KAE-Mandat; Wegfall der Weiterentwicklung klassischer VBMs; Wegfall der Passage in Korb II über die Nichtergreifung von Wirtschaftssanktionen) wären wir angesichts der allgemeinen politischen Großwetterlage zufrieden, wenn das N+N-Papier als Schlußdokument in Madrid angenommen werden würde. Aus taktischen Gründen empfiehlt sich aber, daß unsere Delegation in Madrid besonders herausstreicht, in welchen Punkten das N+N-Papier hinter unseren Wünschen zurückbleibt, und die schwachen Punkte des Papiers kritisiert." Vgl. Referat 212, Bd. 133358.

den gesamten europäischen Teil der SU auszudehnen, vorausgesetzt, daß auch die westlichen Länder die Zone entsprechend ausdehnen.[14]

2) Die zweite Frage bezieht sich auf die Verifikation. Uns ist nicht klar, was die westlichen Länder hiermit meinen. Sie sprechen eine faule Sprache.

3) Die dritte Frage betrifft die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Teilnehmerstaaten. Dies ist eine außerordentlich wichtige Frage, ein wichtiges Prinzip der Schlußakte, daß die Souveränität der Staaten geachtet werden muß. Wir haben unsere Meinung hierzu mehrfach dargestellt: Wir sind der Meinung, daß auf dem Folgetreffen einige Staaten leichtfertig mit dieser Bestimmung der Schlußakte umgehen und so tun, als ob es keine interne Gesetzgebung der Teilnehmerstaaten gebe.

Jetzt wird in Madrid eine Pause vorgeschlagen, um allen Regierungen Gelegenheit zu geben, den Entwurf der Neutralen zu prüfen.[15] Ich habe schon gesagt, daß wir dies noch nicht getan haben. Die Pause könnte nützlich sein.

Wir sind jedenfalls dafür, daß ein gemeinsames Schlußdokument ausgearbeitet wird und daß ein Beschluß gefaßt wird über die Abhaltung einer Konferenz über die militärische Entspannung.

Der französische Vorschlag[16] ist bekannt. Wir verstehen die Franzosen so, daß sie das eine Mal von einer, das andere Mal von zwei Konferenzen sprechen. Man könnte dies vielleicht so verstehen, daß eine erste Etappe über vertrauensbildende Maßnahmen, die zweite Etappe über Abrüstung gehalten werden soll. Bitteschön, das kann man vielleicht annehmen. Oder aber die Franzosen sprechen über zwei Konferenzen. Unserer Meinung nach haben die Franzosen ihren Vorschlag – wohl nach Beratung im Kreis der NATO – etwas präzisiert.[17]

14 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

15 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte am 3. April 1981 mit, in der Verhandlungswoche vom 30. März bis 3. April 1981 sei eine „Verständigung über eine dreiwöchige Konferenzunterbrechung ab dem 10.4.1981“ erzielt worden: „Eine amerikanische Anregung, ein neues Zieldatum für den Abschluß des Folgetreffens (vier Wochen nach Wiederbeginn) festzulegen, wies die Sowjetunion zurück.“ Kastl legte ferner dar: „Inwieweit der Entwurf der Neutralen und Nichtgebundenen die Chance eines Durchbruchs zu einem befriedigenden Abschlußdokument bietet, ist gegenwärtig noch offen. Jedenfalls sind mit seiner Vorlage die Aussichten auf ein Substanzergebnis des Madrider Treffens gewachsen. Bereits wenige Tage nach der Einbringung des Papiers ist in einigen Kontaktgruppen Bewegung in die Arbeit gekommen. Die Tatsache, daß das Dokument der Neutralen insgesamt weit mehr westliche als östliche Anliegen widerspiegelt, deutet einen taktischen Rückschlag für die Sowjetunion an. Ihr Versuch, mit der Drohung der Verweigerung eines nächsten Folgetreffens Druck auf die Neutralen im Sinne einer stärkeren Anlehnung an östliche Positionen auszuüben, hat keinen Erfolg gehabt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 585; Referat 212, Bd. 133438.

16 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

17 Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte am 19. März 1981 mit, in der Sitzung der Redaktionsgruppe „S“ (militärische Aspekte der Sicherheit) sei ein französischer Fragebogen verteilt worden. Darin werde ausgeführt: „All the participating States have agreed, at this point of their negotiations, that the aim of the conference on disarmament in Europe is, as a substantial and integral part of the CSCE process, to undertake, in stages, new, effective and concrete actions designed to achieve progress in strengthening confidence and security and … disarmament. Do the participating States agree that: 1) The purpose of the first stage of the conference should be to adopt confidence and security building measures? 2) The mandate to be agreed at Madrid should state that the zone of application of these measures should be the whole continent of Europe from the Atlantic to the Urals? 3) The mandate should state that these measures should be: Militarily significant? Binding?

Das Madrider Treffen soll nur eine Konferenz beschließen, nämlich über vertrauensbildende Maßnahmen, und später soll man über die zweite Konferenz befinden. Auch dies widerspricht nicht unserer Einstellung. Man kann vielleicht einen Beschluß über die Abhaltung der ersten Konferenz fassen mit der Maßgabe, daß unter Berücksichtigung ihrer Ergebnisse über die zweite Konferenz entschieden wird.

Ich glaube, daß die Bundesregierung durchaus imstande wäre, hierzu ihr gutes Wort einzulegen, daß wir zu positiven Entscheidungen kommen.

Bundesminister: Ich darf Ihnen für Ihre Darlegung der Probleme der Madrider Konferenz danken.

Ich darf Ihnen sagen, daß wir auch im sehr schwierigen Jahr 1980, als fraglich war, ob sich die Abhaltung dieses Treffens lohne, konsequent dafür eingetreten sind, das Treffen abzuhalten. Der bisherige Ablauf bestätigt uns darin, daß dies richtig war. Ich habe schon früher nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir es begrüßt hätten, wenn bei der Eröffnung der Konferenz alle Staaten auf Ministerebene vertreten gewesen wären. Dies blieb natürlich der Entscheidung jeder Regierung vorbehalten. Wir jedenfalls wollten durch meine Teilnahme[18] herausstellen, für wie bedeutsam wir dieses Folgetreffen halten.

Wir sind wie Sie der Meinung, daß es positive und negative Aspekte gibt. Es mag dahinstehen, ob wir jeweils das gleiche als positiv und negativ betrachten – aber im Prinzip kann man sagen, daß diese Konferenz sinnvoll ist.

Wir haben uns eine abschließende Meinung zum Vorschlag der neutralen und nichtgebundenen Staaten noch nicht gebildet. Wir: d.h. die Bundesregierung und auch das Bündnis. Wenn ich einmal eine erste Bewertung wagen will, so kann man sagen, daß es in dem Dokument eine Reihe von Dingen gibt, die uns gefallen, und andere, die erhebliche Bedenken auslösen, so daß ich – wenn sich bei näherer Prüfung nicht noch andere Aspekte ergeben – sagen möchte, dies könnte eine geeignete Diskussionsgrundlage sein, von der alle Seiten ausgehen können. Dies alles jedoch vorbehaltlich einer abschließenden Wertung bei uns.

Ich komme nun zu den drei Punkten, die Sie erwähnten als Problempunkte.

1) CBM

Sie wissen schon aus unseren öffentlichen Erklärungen und aus meinen gestrigen Erklärungen, daß wir es für sehr bedeutungsvoll halten, daß sich Herr Breschnew positiv geäußert hat zur Ausdehnung der CBM auf den gesamten europäischen Teil der SU, auf den ganzen europäischen Kontinent.

Wenn die SU zusätzlich dazu gesagt hat, es müßten entsprechende westliche Gegenleistungen gewährt werden, so wäre es gut, wenn Sie Ihre Vorstellungen in dieser Richtung präzisieren würden – wobei wir davon ausgehen, daß Ihre Präzisierungen sich im Rahmen der Schlußakte von Helsinki halten werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 515

Accompanied by adequate means of verification? 4) The measures and their provisions should be negotiated at the conference itself?“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 457; Referat 212, Bd. 133420.

18 Vgl. dazu die Erklärung des Bundesministers Genscher bei der KSZE-Folgekonferenz am 13. November 1980 in Madrid; BULLETIN 1980, S. 1019–1023. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 322 und Dok. 323.

2) Als zweiten Punkt haben Sie die Frage der Verifikation aufgeworfen.

Ich glaube, bei der Definition des Konferenzmandates kann es nur darum gehen, das Prinzip, daß die vertrauensbildenden Maßnahmen verifizierbar sein müssen, als Prinzip zu statuieren. Den eigentlichen Verhandlungen muß es vorbehalten bleiben, die Art und Weise der Verifikation zu bestimmen – wobei für jedermann verständlich ist, daß die Natur der jeweiligen CBM auch Einfluß haben wird auf die Art und Notwendigkeit des Verifikationsvorgangs. Wenn man sich jetzt mehr vornehmen würde, würde man der Gefahr erliegen, daß man den Konferenzstoff schon behandelt vor der Einsetzung der Konferenz. Ich glaube, daß der ganze KSZE-Prozeß nur deshalb in Gang kommen konnte, weil man nicht der Versuchung erlegen ist, sich zu übernehmen. Dies gilt auch hier.

3) Der dritte Punkt ist die Frage der Nichteinmischung. Auch wir halten sie für außerordentlich wichtig: Dieses Prinzip muß für alle und gegenüber allen gelten, wobei erwartet werden muß, daß jedes Land die übernommenen Verpflichtungen, die in einem jeden Teil der Schlußakte übernommenen Verpflichtungen, konsequent erfüllt.

Kommen wir jetzt zu den Verhandlungs- und Konferenzzielen in Madrid. Es wäre nichts falscher, als sich mit dem Vorbehalt an den Verhandlungstisch zu setzen, ihn möglichst schnell wieder zu verlassen: Dabei kann nichts herauskommen.

Natürlich wollen wir die Konferenz nicht über Gebühr ausdehnen. Aber Qualität geht immer noch vor Zeit. Also lassen Sie uns ehrlich daran arbeiten, und wir werden zu einem weiterführenden Ergebnis kommen.

Sie haben gesagt, Sie wollen ein gemeinsames Dokument. Dies entspricht präzise unserer Auffassung. Wir verstehen diese Erklärung – ich bitte mich zu korrigieren, wenn Sie es anders sehen – auch als Bekenntnis zum Fortgang des KSZE-Prozesses. (Von sowjetischer Seite keine Korrektur.)

Das heißt: Dieser KSZE-Prozeß gewinnt seine Bedeutung auch dadurch, daß alle Teilnehmer ihn als fortschreitend und dynamisch betrachten. Wie die Schlußakte von Helsinki selbst, so muß auch das gemeinsame Schlußdokument sich mit allen Elementen und Materien der Schlußakte befassen.

Was nun die Aufgabenstellung der europäischen Abrüstungskonferenz, was das Verhältnis der ersten Konferenz zu einer denkbaren zweiten angeht: Hier teilen wir voll Ihre realistische Einschätzung. Das heißt: Wir konzentrieren uns jetzt auf eine Konferenz, die sich mit vertrauensbildenden Maßnahmen befaßt. Und wir nehmen uns vor, nach Ablauf einer solchen Konferenz, im Licht ihrer Ergebnisse, die Frage zu untersuchen, ob eine zweite Konferenz sinnvoll ist oder nicht. Ihre Einlassung über die Verwendung des Begriffs „zweite Konferenz" widerspricht nicht der Einsetzung der ersten.

Dies also meine Kommentare zu Ihren Ausführungen, aus denen Sie unsere Position zum Stand, zu Möglichkeiten, Aufgaben und Zielen der Madrider Konferenz entnehmen können.

Die Sitzungen der Bundesregierung sind normalerweise vertraulich. Trotzdem habe ich keine Hemmungen, Ihnen zu sagen, daß ich bei einer kürzlichen Erläuterung über den Stand der Konferenz in Madrid betont habe, daß ich froh

bin, daß diese Konferenz da ist, daß sie weiterläuft, daß dies einen stabilisierenden Einfluß auf die internationale Lage ausübt.

Man sollte sich jetzt vornehmen – und ich halte es für möglich –, daß man nach der Osterpause – wenn nicht noch Änderungsgründe erkennbar werden – den Entwurf des Schlußdokuments, den die N+N vorgeschlagen haben, vorzunehmen.[19] Man kann natürlich nicht das Schlußdokument neu schreiben. Dies würde den Charakter der Folgekonferenz verletzen. Vielmehr müssen sich die verschiedenen Kapitel der Schlußakte im gemeinsamen Schlußdokument widerspiegeln.

Gromyko: Zu Ihren Äußerungen zu Madrid möchte ich auf zwei Punkte reagieren.

1) Was das Anwendungsgebiet vertrauensbildender Maßnahmen betrifft, meinen Sie, wir sollten unsere Position präzisieren. Wir meinen jedoch, die westlichen Staaten sollten ihre Position hierzu selbst formulieren und erklären, wozu sie auf diesem Gebiet bereit sind. Das würde für die westlichen Länder die Ausarbeitung über die gegebene Frage erleichtern.

2) Sie haben gefragt, ob wir für die Fortsetzung des Prozesses eintreten, der mit der KSZE in Helsinki begonnen worden ist. Ja, wir treten für die Fortsetzung dieses Prozesses ein und betrachten Madrid als wichtigen Markstein dieses Prozesses und möchten, daß er auch künftig aktiv und dynamisch bleibt.

Uns scheint, daß Sie recht haben, wenn Sie sagen, daß es zweckmäßig ist, akute Fragen Europas zu erörtern, daß es wichtig ist, den Dialog fortzusetzen und nach Wegen der Annäherung der Standpunkte zu suchen. Dies ist absolut richtig, aber versuchen Sie, dies Ihren Verbündeten zu erklären, besonders Washington. Was ist das für eine Linie, wenn man nicht mit uns sprechen will, weil wir andere Ansichten haben? Eine solche Linie ist völlig ohne Perspektive. Sie gibt nichts Gutes, weder dem Westen, noch dem Osten, noch der ganzen Welt. Das ist eine seltene Form von Capricen gegenüber wichtigen Fragen, nämlich der Verhütung des Krieges, der Fortsetzung des Entspannungsprozesses. Welcher Mensch kann mit solchen Positionen übereinstimmen: Alles wird blokkiert. Wenn wir eine derartige Haltung einnehmen würden, würde es in der ganzen Welt keinen Lichtstrahl geben. Das hat es in der Geschichte noch nie gegeben. Jetzt, wo es die modernen Kommunikationsmittel gibt, gibt es so etwas. Das ist eine völlig unbegründete Linie. Das ist einfach nicht seriös, und wer macht so etwas? Politiker, die auf der Kommandobrücke stehen, sozusagen am Ruder. Das ist eine Linie, die überhaupt nicht tragbar ist.

Bundesminister: Ich möchte ausdrücklich begrüßen, daß Sie ausdrücklich Ja sagen zur Fortsetzung des KSZE-Prozesses, den wir wie Sie für außerordentlich wichtig halten. Bitte nehmen Sie sehr ernst, was ich gestern über die von uns für richtig gehaltene Auffassung der Amerikaner, daß sie zunächst ihre Politik definieren wollen, sagte, bevor sie in einer Reihe von Fragen konkrete Gespräche führen. Ich muß offen sagen, daß wir begrüßen, daß in letzten Tagen zwei Gespräche in Washington zwischen Außenminister Haig und Ihrem

19 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Botschafter[20] geführt wurden. Dies zeigt, daß der Dialog fortgesetzt wird, und zwar möglicherweise später auch auf hoher und höchster Ebene. Ich habe gestern gesagt, daß Sie der gemeinsamen Presseerklärung von AM Haig und mir[21] entnehmen können, daß Fragen des Ost-West-Dialogs einschließlich des Dialogs auf höchster Ebene eine wichtige Rolle gespielt haben. Auch wenn wir Ihre Besorgnis wegen mangelnder Dialogbereitschaft der USA für unbegründet halten, so sind wir in der Essenz einig, daß der Dialog fortgesetzt werden muß.

Gromyko: Aber wie beurteilen Sie dann, daß die USA die Verhandlungen über chemische Waffen[22], über Nukleartests[23], Waffenverkäufe an Drittländer[24]

20 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19.
Am 1. April 1981 fand ein weiteres Gespräch statt. Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete dazu am 3. April 1981, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums sei u. a. die polnische Entwicklung von Haig angesprochen worden: „Haig habe dabei einmal mehr nachdrücklich die amerikanischen Sorgen dargelegt und die SU davor gewarnt, gewaltsam in Polen einzugreifen. Er habe darauf hingewiesen, daß die Bereitschaft des Westens, Polen in seiner gegenwärtigen bedrängten Wirtschaftslage zu helfen, nur unter der Voraussetzung bestehe, daß weder äußere noch innere Gewaltanwendung in Polen erfolge." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1409; VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 7. April 1981 teilte Dannenbring ergänzend mit, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, habe am Vortag ihn sowie die Botschafter Henderson (Großbritannien) und Lefebvre de Laboulaye (Frankreich) informiert: „Im Rüstungskontrollbereich habe Haig die amerikanische Bereitschaft wiederholt, bei TNF voranzukommen (to move ahead on TNF). Auch darauf habe Dobrynin nicht reagiert. Im übrigen habe Haig betont, daß Fortschritte bei Rüstungskontrolle und in anderen Bereichen davon abhingen, daß die SU überall mehr Mäßigung zeige." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1460; VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

21 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

22 Die USA und die UdSSR verhandelten seit August 1976 über ein Verbot chemischer Waffen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 249 und Dok. 311, sowie AAPD 1979, I, Dok. 121.
Referat 222 legte am 21. Januar 1981 dar, die bislang letzte Verhandlungsrunde sei im Juli 1980 beendet worden: „Weitgehende Einigung über Verbotsumfang und Definitionen, aber Dissens über Verifikation: SU lehnt regelmäßige Ortinspektionen und Deklarierungspflicht abzubauender Produktionsstätten ab. Zu vereinbarende Vertragselemente sind vom Genfer CD zu internationaler Konvention auszuarbeiten." Vgl. Referat 222, Bd. 123142.
Am 6. März 1981 notierte Referat 222, ein Termin für eine weitere Verhandlungsrunde 1981 sei wegen der notwendigen Einarbeitung der neuen amerikanischen Regierung noch nicht vereinbart worden. Vgl. dazu Referat 222, Bd. 123142.

23 Zu den Verhandlungen zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB) vgl. Dok. 43, Anm. 15.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 1. April 1981, in Gesprächen mit der britischen Regierung über Abrüstungsfragen am 27. März 1981 in London sei von der Delegation der Bundesrepublik die Frage aufgeworfen worden, „welche Aussichten bestehen, in absehbarer Zeit zum Abschluß eines CTB zu kommen. Britische Gesprächspartner meinten, daß amerikanische Überprüfung des CTB-Dossiers erhebliche Zeit in Anspruch nehmen könne. Das Problem künftigen militärischen Bedarfs müsse dabei erörtert werden (alternde Vorräte, evtl. Bedarf an Labor-Tests). London sei an der Fortsetzung der Verhandlungen interessiert. Im Falle eines Abbruchs der Verhandlungen fürchte man negative Auswirkungen auf das NV-Regime. […] UK wolle sich im CD weiterhin für Fortsetzung der Verhandlungen aussprechen. Die offenen Fragen seien bei entsprechendem politischen Willen lösbar. Bisher habe Moskau die Vertraulichkeit der Verhandlungen gewahrt. Wahrscheinlich wolle SU zunächst den amerikanischen SALT-Verhandlungsvorschlag prüfen und nicht durch Veröffentlichung von CTB-Verhandlungsunterlagen (Vertragsentwurf) das Verhandlungsklima belasten." Vgl. VS-Bd. 11563 (222); B 150, Aktenkopien 1981.

24 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Rüstungsexportpolitik vgl. Dok. 9, Anm. 24.

und über den Indischen Ozean[25] abgebrochen haben? Und dies ist noch keine vollständige Liste.

Bundesminister: Die Amerikaner haben in Madrid keinen Zweifel daran gelassen, daß sie den Prozeß fortsetzen wollen. Für MBFR gilt das gleiche. Der Wille zur Fortsetzung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen ist erklärt. Es gibt noch andere Punkte, in denen die USA ihre politische Linie noch überprüfen. Das ist der Grund dafür, daß ein gewisser Stillstand eingetreten ist. Man sollte nicht unterschätzen, daß es eine neue Regierung ist, die sich ihre Meinung bildet. Darauf zitiert BM aus Presseerklärung die Passage zu SALT: „Außenminister Haig erläuterte die derzeitige Überprüfung der amerikanischen SALT-Politik. Außenminister Genscher bekundete erneut die Unterstützung der Bundesregierung für den SALT-Prozeß, der einen Beitrag zum militärischen Gleichgewicht und zur westlichen Sicherheit darstellt."

An anderer Stelle des Kommuniqués heißt es, daß die Minister einen Meinungsaustausch über den Brief von Generalsekretär Breschnew[26] hatten: „Außenminister Genscher äußerte sich positiv zu dem Gedanken eines sorgfältig vorbereiteten amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens, in der Erwartung, daß bis zum Zustandekommen eines solchen Treffens keine Ereignisse eintreten, die seinen Zweck gefährden könnten."

Ich hoffe, der Dialog zwischen Ihnen und den USA geht weiter. Lassen wir uns nicht durch Stimmen aus dem Hintergrund beeindrucken, sondern sehen wir, was die Verantwortlichen sagen und wie sie handeln. Nehmen Sie bitte ganz ernst die Notwendigkeit, daß der Grundsatz der Mäßigung in allen internationalen Fragen beachtet wird. Er ist für unser ganzes politisches Klima von außerordentlicher Bedeutung.

Nachdem *Gromyko* vorgeschlagen hatte, zum Thema MBFR überzugehen, und im Zusammenhang mit einem Austausch scherzhafter Bemerkungen Gromyko das Wort Bonn hatte fallenlassen, sagte der *Minister*: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Einladung zu einem Gegenbesuch zum Ausdruck bringen, unabhängig davon, daß andere Besuche stattfinden könnten."

Bundesminister fährt zu MBFR fort: Wie auch früher, halten wir die MBFR-Gespräche für bedeutsam. Wir müssen Resultate anstreben, wobei die Datenfrage die zentrale Frage ist, die möglichst schnell geklärt werden sollte.

Gromyko: Ich habe unsere Position zu den Wiener Verhandlungen dargelegt. Wir haben mehrere Vorschläge gemacht. Leider ist keine westliche Reaktion erfolgt. Wir haben noch mehr getan: Wir haben einseitig Truppen und Rüstungen aus der DDR abgezogen[27], in der Hoffnung, daß dies auch zur Verbesserung der Lage beiträgt. Leider ist das nicht geschehen. Daher drücken wir un-

25 1977/78 fanden amerikanisch-sowjetische Gespräche über eine Flottenbegrenzung im Indischen Ozean statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 132.

26 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt sowie zu den Konsultationen im Ständigen NATO-Rat über die Schreiben von Breschnew an weitere Staats- oder Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 61, Anm. 14 und 15, und Dok. 93, Anm. 24.

27 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, kündigte in einer Rede am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin an, innerhalb eines Jahres bis zu 20 000 Soldaten, 1000 Panzer und weitere Militärtechnik aus der DDR abzuziehen. Für den Wortlaut vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 166. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

sere Unzufriedenheit mit dem Gang der Verhandlungen in Wien aus. Etwas Konkretes an Resultaten haben die Gespräche nicht gebracht.

Bundesminister: Ich würde gerne etwas zu den bilateralen Beziehungen sagen. Wir haben über das deutsch-sowjetische Verhältnis gestern gesprochen. Wir haben unsere grundsätzliche Übereinstimmung unterstrichen. Auf zwei Aspekte möchte ich noch zusätzlich eingehen, und zwar auf Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und auf die Familienzusammenführung.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit haben wir immer als für das Ost-West-Verhältnis bedeutsam gehalten. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß unsere Zusammenarbeit noch verbessert würde, wenn die Arbeitsmöglichkeiten der Vertretungen der deutschen Firmen in der Sowjetunion verbessert werden könnten und großzügiger gehandhabt würden. Dies würde der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nutzen.

Was die Frage der Familienzusammenführung angeht, müssen wir leider rückläufige Zahlen feststellen. Dies erregt große Besorgnis bei uns im Lande. Wenn Sie zu einer großzügigen Genehmigungspraxis zurückkehren könnten, hätte dies außerordentlich positive Auswirkung auf die öffentliche Meinung in unserem Lande. Ich werde Ihnen eine Liste von Fällen überreichen lassen, die wir gerade unter humanitären Gesichtspunkten für besonders dringlich halten.[28] Ich wäre Ihnen für eine baldige und großzügige Regelung sehr dankbar.

Gromyko: Glauben Sie, daß wir Sehnsucht nach einer Liste haben?

Bundesminister: Die Leute haben Sehnsucht danach, daß ihre humanitären Anliegen erfüllt werden. Wenn Sie keine Sehnsucht haben, so bitten wir Sie doch, sich konstruktiv zu verhalten.

Gromyko: Haben Sie zu wirtschaftlichen Fragen nichts hinzuzufügen?

Bundesminister: Ich habe unsere positive Einschätzung dargelegt.

Gromyko: Wenn Sie im Detail noch etwas wissen wollen, so bin ich gerne bereit, es zu beantworten.

Ich möchte noch einiges zu den wirtschaftlichen Beziehungen sagen. Wir messen der Entwicklung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung zu. Auch Ihre Regierung hat mehrmals Ihr großes Interesse an der Entwicklung dieser Beziehungen betont. Sie entwickeln sich vielleicht nicht immer gleichmäßig, aber dynamisch. Die Pläne, die in den auf der höchsten Ebene unterzeichneten Dokumenten[29] aufgestellt

28 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, informierte am 29. April 1981, daß Staatssekretär van Well dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kornienko während des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR verschiedene Härtefall-Listen übergeben habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1664; B 85 (Referat 513), Bd. 1641.

29 Vgl. dazu das Abkommen vom 19. Mai 1973 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die Entwicklung der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1042 f.
Vgl. dazu ferner das Abkommen vom 30. Oktober 1974 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 1439 f.
Vgl. dazu ferner das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie; BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Vgl. dazu auch das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Haupt-

worden sind, werden im großen und ganzen erfüllt werden. Nichtsdestoweniger glauben wir, daß noch nicht alle Möglichkeiten für die Entwicklung ausgeschöpft sind, daß es noch weitere Möglichkeiten gibt. Ich glaube, Sie werden dem zustimmen. Zur Zeit sind einige große Projekte im Gespräch. Ich möchte die Hoffnung ausdrücken, daß sie positiv abgeschlossen werden. Die Bundesrepublik spielt auf diesem Gebiet eine große Rolle.

Zu den humanitären Maßnahmen möchte ich folgendes sagen:

Wir prüfen sehr aufmerksam alle Anträge auf Ausreise. Künstliche Hindernisse haben wir nicht errichtet und werden wir nicht errichten. Sie haben die Besorgnis ausgedrückt, daß die Kurve der Zahl der Ausreisen sich nach unten bewegt. Sie muß sich in Theorie und Praxis senken. Es muß früher oder später eine Grenze geben, von wo ab die Zahl der Anträge rückgängig ist. Jetzt ist der Moment gekommen, in dem die Zahl der Leute, die Anträge stellen, geringer wird. Was sollen wir tun? Sollen wir auf die Personen Druck ausüben, damit sie ausreisen? Das ist unmöglich. Unsere Gesetze wenden wir an und lassen uns bei der Erörterung von Anträgen von ihnen leiten. Es gibt Fälle, in denen unsere Behörden im Einklang mit den Gesetzen Ausreisen ablehnen. Das machen auch andere Länder. Auch die Bundesrepublik ist keine Ausnahme. Künstliche Hindernisse, das können Sie dem Bundeskanzler und der Bundesregierung weitergeben, schaffen wir nicht.

Bundesminister: Bitte gehen Sie davon aus, daß dies für uns kein theoretisches Problem ist. Die Zahlen, die wir vom Roten Kreuz und von anderen Stellen erhalten, zeigen, daß die Ausreisewünsche insgesamt größer sind als die Ausreisegenehmigungen. Es geht um die Ausreisemöglichkeiten. Ich bitte Sie, dies als eine zutiefst menschliche Frage zu sehen, die das Klima zu beeinflussen geeignet ist, besonders das unserer Öffentlichkeit. Ich spreche nicht vom grünen Tisch, sondern aus persönlichen Erfahrungen. Ich habe im Bundestagswahlkampf[30] in etwa 120 Wahlversammlungen gesprochen. Jedesmal kamen Leute zu mir, die die Politik der guten Zusammenarbeit, die wir betreiben, billigten, aber um Hilfe bei der Ausreise ihrer Verwandten baten. Das war natürlich nur eine kleine Zahl von vielen, die diesen Wunsch haben. Das sind Fälle, die mich immer wieder sehr anrühren. Das sind Leute, die gutwillig sind in bezug auf unsere Beziehungen zur Sowjetunion. Herr Semjonow kann bestätigen, daß diese Leute keine Propagandisten gegen die deutsch-sowjetischen Beziehungen sind, sondern umgekehrt für die Entwicklung der Zusammenarbeit. Neben dem humanitären Aspekt sollte man auch diesen politischen Aspekt sehen.

Gromyko: Wir denken durchaus nicht so. Ihre Liste werden wir genau prüfen.

Bundesminister: Ich möchte gern noch ein paar Bemerkungen zu den Wirtschaftsbeziehungen machen. Insgesamt gesehen verläuft die Entwicklung dieser Beziehungen positiv auf der Grundlage des Langfristigen Abkommens und des im Juni 1980 unterzeichneten Programms. Sie wissen, daß wir im Vorjahr einen Lieferrückgang bei sowjetischen Energieträgern[31] verzeichnen mußten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 521

richtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie"; Referat 421, Bd. 141310.

30 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

31 Zum Rückgang sowjetischer Erdgaslieferungen vgl. Dok. 38, Anm. 19.

Wir bedauern das. Es wäre schön, wenn es gelänge, solche Fälle in Zukunft zu vermeiden. Die deutsch-sowjetische Wirtschaftskommission sollte im ersten Halbjahr stattfinden: Wir haben jedoch Verständnis dafür, daß sie verschoben wird. Sie wird jetzt im September[32] stattfinden. Ich hoffe, daß mein Kollege Graf Lambsdorff ebenso gut mit dem neuen Kommissionsvorsitzenden auf sowjetischer Seite[33] zusammenarbeiten können wird wie mit Herrn Tichonow. Wie ich schon bei der Unterzeichnung des Langfristigen Abkommens gesagt hatte, betrachten wir die Wirtschaftsbeziehungen auch als wichtiges Element unserer Gesamtbeziehungen. Gute Wirtschaftsbeziehungen sind auch ein politisches Element. Dabei muß man sich bewußt sein, daß man sie nicht isoliert betrachten kann. Man muß sich um eine positive Gestaltung der Ost-West-Beziehungen bemühen, damit keine Rückschläge eintreten.

Gromyko: Ich kann feststellen, daß Ihre Darlegungen zu den Wirtschaftsbeziehungen mit unserer Einschätzung übereinstimmen.

Wollen Sie noch etwas zu Nahost sagen?

Bundesminister: Ich glaube schon, wir sollten uns mit der internationalen Lage und den Krisenherden befassen, und würde dazu ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Das Wichtigste ist, daß wir uns bewußt sind, daß wir auf gar keinen Fall Ost-West-Gegensätze auf die Dritte Welt übertragen. Auch das ergibt sich für uns aus dem ganz unbedingt einzuhaltenden Grundsatz der Mäßigung in der internationalen Politik. Es sollte niemand Instabilitäten in der Dritten Welt ausnutzen, um einseitig Vorteile zu erlangen. Wir sehen es als eine erfreuliche Tendenz in der Welt an, daß die Bewegung der Blockfreien stärker wird. Man kann mit gutem Gewissen sagen, daß diese Bewegung zum Stabilitätsfaktor der Welt geworden ist. Ich habe gestern auf die Bedeutung hingewiesen, die wir den Schritten der Ungebundenen zu Afghanistan[34] beimessen. Es ist wichtig, daß wir in West und Sie in Ost den Willen zur Ungebundenheit und Selbständigkeit uneingeschränkt respektieren. Mit großem Interesse haben wir die Ausführungen des Generalsekretärs in seiner Rede, in der er sich mit verschiedenen Wegen beim Aufbau der inneren Bedingungen befaßt.[35] Eine gleichberechtigte Partnerschaft ist der richtige Weg zur Zusammenarbeit der Länder von Nord/Ost und Ost/West mit den Ländern der Dritten Welt. Einflußsphären und Vorherrschaft sind nicht gut für die Länder der Dritten Welt, noch für das Verhältnis Ost-West, noch für die Stabilität in der Welt. Unser Verhältnis zur Dritten Welt ist nicht nur politisch, sondern in ganz entscheidendem Sinne ökonomisch bestimmt. Diese Länder stehen vor der Notwendigkeit, ihre wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen. Dies ist eine Voraussetzung für ihre innere Stabilität, und zwar gänzlich unabhängig davon, welchen Weg sie im Inneren gewählt haben, welche Gesellschaftsordnung sie für richtig halten.

32 Die zehnte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand vom 24. bis 28. September 1981 in Moskau und Nowosibirsk statt.

33 Leonid Arkadjewitsch Kostandow.

34 Vgl. dazu Ziffer 24 und 24 a des Kommuniqués der Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 13. Februar 1981 in Neu Delhi; EUROPA-ARCHIV 1981, D 296 f.

35 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

Wir gehören zu den elf Ländern, die den Nord-Süd-Gipfel vorbereiten, der im Herbst in Mexiko stattfindet.[36] Bei dem letzten Treffen der Außenminister dieser Länder ist die Teilnahme der Sowjetunion am Gipfel besprochen und positiv eingeschätzt worden.[37] Natürlich kann man der sowjetischen Führung nur eine Einladung schicken, wenn man weiß, daß sie teilnehmen wird. Bundeskanzler Kreisky, der zusammen mit dem mexikanischen Präsidenten[38] als Ko-Präsident wirkt, wird MP Tichonow, wenn er in den nächsten Tagen nach Wien kommt, auf diese Frage ansprechen.[39]

Natürlich muß man sich mit den Krisenherden der Dritten Welt befassen, da sie ein Unsicherheitspotential für die internationale Lage darstellen. Sie haben einen internationalen Krisenherd erwähnt, den Nahen Osten. Man könnte auch die Golfregionen erwähnen, das südliche Afrika, insbesondere Namibia, Zentralamerika, Südostasien, insbesondere Kambodscha, und damit bin ich nicht einmal vollständig. Je mehr sich alle aus der Belebung von Konflikten heraushalten, insbesondere aus der Lieferung von Waffen, desto besser. Das gilt vor allem auch für Zentralamerika, El Salvador. Dies wäre ein Beitrag dazu, daß sie selbständig ihr politisches Leben aufbauen.

Im südlichen Afrika ist das hervorragendste Problem die Überführung Namibias in die Unabhängigkeit, wie das für Simbabwe[40] möglich war. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, zusammen mit den USA, Großbritannien, Kanada und Frankreich, damit unter Ägide der VN die notwendigen Maßnahmen für die Unabhängigkeit, für freie Wahlen ergriffen werden können. Die Staaten im südlichen Afrika sind ein interessantes Beispiel für verschiedene Wege zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme bei gleichzeitiger Zusammenarbeit. Angola ist anders als Sambia, Malawi anders als Tansania, Mosambik anders als Botsuana, und trotzdem sind sie mit Simbabwe um einen wirtschaftlichen Zusammenschluß bemüht.[41] Aber sie leiden alle am ungeregelten Namibia-Problem. Unsere Aufgabe ist es, zur Lösung dieses Problems beizutragen, am besten dadurch, daß keine ausländischen Truppen in den einzelnen Staaten anwesend sind.

Was den Nahen Osten angeht, so müssen wir uns damit abfinden, daß in den nächsten Monaten bis zu den Wahlen in Israel[42], zur Bildung einer neuen israelischen Regierung und der Formulierung ihrer Politik keine Bewegung zu erwarten ist. Die EG hat eine sehr klare Position zur Lösung des Nahost-Kon-

36 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

37 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13. März 1981 in Wien vgl. Dok. 61, Anm. 21.

38 José López Portillo y Pacheco.

39 Ministerpräsident Tichonow hielt sich vom 6. bis 10. April 1981 in Österreich auf. Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, übermittelte dazu am 10. April 1981 Informationen des österreichischen Außenministeriums: „Auf Kreiskys Aufforderung zur Teilnahme am N[ord]-S[üd]-Gipfel hätten sich die Sowjets ablehnend verhalten, die Tür aber 5 cm offen gelassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 212; Referat 213, Bd. 133221.
Podewils-Dürniz teilte am 27. April 1981 ergänzend mit, im Gespräch mit Tichonow habe Bundeskanzler Kreisky „dringend" zur Teilnahme an der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún geraten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 238; Referat 213, Bd. 133221.

40 Zur Unabhängigkeit von Simbabwe am 18. April 1980 vgl. Dok. 63, Anm. 5.

41 Zu den Bemühungen der „Southern African Development Co-Ordination Conference" (SADCC) vgl. Dok. 32, Anm. 38.

42 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

flikts entwickelt. Die wichtigsten Elemente sind: Das Existenzrecht Israels muß von allen Staaten anerkannt werden, das palästinensische Volk muß sein Selbstbestimmungsrecht verwirklichen können. Es geht weder ohne das eine noch ohne das andere. Eine Festlegung der israelischen Regierung zur Zeit des Wahlkampfes sollte man vermeiden, da sie negative Folgen haben könnte und ihre Hände mehr binden könnte, als das allen an einer konstruktiven Lösung Interessierten lieb sein kann.

Wir begrüßen sehr, daß AM Haig durch Besuche in einigen Ländern des Nahen Ostens[43] Informationen einholt, um die Nahostpolitik der USA zu formulieren. Nach bisherigen amerikanischen Erklärungen wird eine umfassende Lösung angestrebt, was wir nur begrüßen können, weil das auch den Zielen der EG entspricht.

Gromyko: Wann kommt Haig in den Nahen Osten?

BM: Er wird morgen reisen, anschließend kommt er nach Westeuropa zu kurzen Besuchen in London[44], Paris[45], Bonn und Rom[46], dann später nach Madrid[47], wo er sich etwas länger aufhalten wird.

Gromyko: Wir verfolgen aufmerksam die Position der westeuropäischen Länder in der Nahost-Frage. Die gemeinsame Erklärung der EG[48] ist uns bekannt. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen der Position der Sowjetunion und ihrer Verbündeten und der Position der westeuropäischen Länder. Der Unterschied ist wesentlich. Dennoch sind in jeder Position auch einige konstruktive Elemente vorhanden. Ich will kurz beschreiben, wie wir die Position einschätzen. Wir sind der Auffassung, daß die Lage dort weiter kompliziert und sehr gespannt ist. Die Politik von Camp David[49] ist in einer Sackgasse. Sie führt zu keiner Lösung der Probleme und wird zu keiner Lösung führen. Für die Lö-

43 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 4./5. April 1981 Ägypten, am 5./6. April 1981 Israel, am 6./7. April 1981 Jordanien und am 7./8. April 1981 Saudi-Arabien und informierte Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher am 11. April 1981. Vgl. dazu Dok. 106.

44 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig vom 9. bis 11. April 1981 in Großbritannien vgl. Dok. 89, Anm. 19.

45 Der amerikanische Außenminister Haig führte am 11. April 1981 Gespräche in Frankreich. Vgl. dazu die Erklärung des französischen Außenministers François-Poncet vom selben Tag; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (März/April), S. 32 f. Vgl. dazu ferner die Äußerungen von Haig vom selben Tag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2051, S. 22.

46 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 8. April 1981 in Italien berichtete Botschafter Arnold, Rom, am 10. April 1981, Themen seien der Nahost-Konflikt und die Lage in Polen gewesen. Zu einer möglichen sowjetischen Intervention „soll die Beurteilung Haigs pessimistischer als die Beurteilung Colombos gewesen sein". Vgl. den Drahtbericht Nr. 332; Referat 204, Bd. 123318.
Ergänzend teilte Arnold am 14. April 1981 mit, „aus zuverlässiger Quelle" sei zu erfahren gewesen: „Haig habe den Wunsch Saudi-Arabiens nach Lieferung von Tornados angesprochen und hierzu eine zurückhaltende Position bezogen." Ferner habe er „die Gefahren von Rüstungsexporten nach Libyen aufgezeigt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 341; VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

47 Zum Besuch des amerikanischen Außenminister Haig am 8./9. April 1981 in Spanien vgl. Dok. 87, Anm. 10.

48 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.
Vgl. dazu ferner die Erklärung im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 12/1980, S. 10 f.
Vgl. dazu auch die Erklärung im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht; BULLETIN DER EG 3/1981, S. 9.

49 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

sung der Probleme ist notwendig erstens die Befreiung aller besetzten Gebiete, zweitens die Wahrung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina einschließlich der Bildung eines souveränen Staates und drittens die Möglichkeit für Israel, sich als unabhängiger Staat zu entwickeln. Die Sowjetunion unterstützt die Positionen der Staaten der Region, die von diesen Prinzipien ausgeht, und unterstützt die legitimen Rechte der Palästinenser. Ihre Aufmerksamkeit möchte ich lenken auf den Umstand, daß die USA versuchen, in die Region militärisch einzudringen, militärische Stützpunkte zu errichten.[50] Es gibt willig entgegenkommende Länder, die mit ihrer Einwilligung zur Errichtung von Stützpunkten die arabische Sache und die Sache des Friedens verraten. Wir verurteilen entschieden diesen Kurs. Die Anstrengungen der USA zum militärischen Eindringen in dieser Region gehen parallel mit solchen Anstrengungen im Gebiet des Persischen Golfs.[51] Das erhöht die Spannungen nicht nur dort, sondern in der ganzen Welt.

Uns ist auch aufgefallen, daß Washington versucht, die westeuropäischen Alliierten mehr in diese Bemühungen einzubeziehen, insbesondere zu dem, was sie im Persischen Golf vorhaben. Ob das gelingt, wissen wir nicht. Wir hoffen jedoch, daß die westeuropäischen Staaten ein Maximum an Vorsicht walten lassen, wenn die USA sie in ihre Pläne hineinziehen wollen. Die Linie Washingtons ist klar: Sie wollen die Region unter Kanonenbeschuß halten, unter ständiger Kontrolle ihrer Luftstreitkräfte. Daraus machen sie auch keinen Hehl. Die Berufung auf vitale Interessen in diesem Gebiet ist eine Tarnung einer expansionistischen und eigentlich imperialistischen Politik. Man möchte hoffen, daß die Administration in Washington früher oder später ihre Linie überprüfen

50 Botschafter Kühn, Nairobi, teilte am 24. Mai 1980 mit, auf amerikanisches Drängen sei vertraulich mit Kenia „ein ‚executive agreement' über die Zusammenarbeit beider Länder auf militärischem Gebiet abgeschlossen" worden. Kenia sage den USA ohne Gegenleistung die volle Nutzung seiner Häfen und Flughäfen zu. Vgl. den Drahtbericht Nr. 303; Referat 320, Bd. 125176.
Ministerialdirektor Meyer-Landrut vermerkte am 4. September 1980, Somalia und die USA hätten am 22. August 1980 ein Abkommen über die amerikanische Nutzung somalischer Militäreinrichtungen geschlossen. Somalia würden ein Kredit in Höhe von 40 Mio. Dollar zur Beschaffung von Defensiv-Waffen und finanzielle Hilfen für den Haushalt in Höhe von 5 Mio. Dollar gewährt. Vgl. Referat 320, Bd. 125210.
Zur amerikanisch-omanischen militärischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 117, Anm. 19.

51 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. März 1981: „VM Weinberger ging in gestrigem TV-Interview hinsichtlich der amerikanischen Eingreifbereitschaft im Golf deutlich über das hinaus, was bislang als Konzept der neuen Administration gelten konnte: Die USA müßten in der Golfregion in hinreichender Stärke militärisch präsent sein, um der Sowjetunion ein Eingreifen ihrerseits als ein zu hohes Risiko erscheinen zu lassen. Auf die Frage, ob er damit regelrechte Basen in Saudi-Arabien oder anderswo in der Region meine: ‚I believe we can best deter any invasion or attempted invasion that way if it is acceptable to the Saudi-Arabians or other host countries'. Durch die AWACS-Stationierung und die Abmachungen mit Oman hätten die USA zwar bereits eine gewisse Präsenz, aber diese sei angesichts der großen Entfernung zu den USA zu schwach. Man brauche daher eine ‚physische Präsenz'. ‚We need some facilities and additional men and material there or nearby'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 956; Referat 201, Bd. 125574.
Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 12. März 1981 über ein Interview des amerikanischen Außenministers Haig mit der Zeitschrift „Time", das am 16. März 1981 erscheinen sollte: „Zur Frage der Präsenz amerikanischer Truppen in der Region äußert er sich nuancierter und mit mehr Verständnis für die besondere Lage der betroffenen arabischen Staaten als Verteidigungsminister Weinberger, der sich vor wenigen Tagen in recht ‚undiplomatischer' Weise für die Errichtung regelrechter amerikanischer Basen in der Region eingesetzt hatte. […] Die Stationierung amerikanischer Truppen in der Region sei jedoch ein schwieriges und delikates Problem, das die Administration z. Zt. mit großer Sorgfalt prüfe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1028; Referat 310, Bd. 135661.

wird, vorausgesetzt, daß sie überhaupt fähig ist, realistische Positionen in der Sache des Friedens einzunehmen.

Sie haben auch das Thema der ungebundenen Staaten erwähnt. In gewissem Sinn steht alles in einem Zusammenhang. Ich bin einverstanden mit Ihnen, daß die Bewegung der Ungebundenen konstruktive Aufgaben verfolgt, eine selbständige Bewegung ist, die eine wichtige Rolle spielt. GS Breschnew hat gesagt, daß die Ungebundenen-Bewegung einen großen Beitrag zur Gesundung der internationalen Lage, zur Entspannung und zur Festigung des Friedens leistet.[52] Wir unterstützen die Bewegung gerade in dieser Hinsicht. Sie haben mit Recht die scharfen Probleme auch im wirtschaftlichen Bereich zwischen entwickelten und weniger entwickelten Ländern erwähnt. Man sieht keine richtige Perspektive, wie sie gelöst werden. Die Schuld tragen die westlichen Industriestaaten. Wir werden einen wohlwollenden Kurs einnehmen; wir werden die Staaten auch wirtschaftlich unterstützen, d. h. unseren bisherigen Kurs weiterverfolgen. Wenn wir sagen, daß die Schuld die westlichen Industrieländer tragen, dann heißt das nicht, daß die Schuld gleichmäßig auf alle verteilt ist. Was die Form des Nord-Süd-Gipfels in Mexiko im Herbst angeht, beschränke ich mich zu sagen: Das ist für uns keine leichte Frage. Wir möchten aber gerne sehen, daß die Beziehungen sich konstruktiver entwickeln. Wie soll das geschehen, wenn einige Länder unter direkter Bedrohung amerikanischer Schiffe stehen?

Zu Afrika haben wir kristallklare Position. Wir sind für die nationale Freiheit, den Fortschritt, die Unabhängigkeit aller afrikanischen Staaten und die Liquidierung der Reste von Kolonialismus, wo sie noch vorhanden sind. Alle haben ein Recht auf fortschrittliche Entwicklung.

Im südlichen Afrika wurde die aggressive Linie Washingtons in letzter Zeit noch verschärft und will offiziell Kräften Hilfe leisten[53], die den Kampf gegen bestehende rechtmäßige Regime führen, z. B. in Angola. Also Terrorismus gegen das Regime. Aber Angola ist kein Einzelfall. Sie unternehmen solche Schritte auch gegenüber anderen Staaten. Es ist schlecht, daß Washington diese Haltung ein-

52 Für die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. Februar 1981 auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 739.

53 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 11. März 1981: „Heutige ‚Washington Post' berichtet von Absichten neuer Administration, das sog[e]n[annte] ‚Clark-Amendment' von 1976 durch Kongreß aufheben zu lassen. Amendment verbietet CIA-Aktivitäten in Angola und war seinerzeit in erster Linie gegen amerikanische Unterstützung von Jonas Savimbis UNITA gerichtet. Schon Carter-Administration hatte versucht, sich von dieser Einschränkung ihrer Exekutivbefugnisse zu befreien, allerdings nicht in der Absicht, UNITA tatsächlich zu unterstützen, sondern um glaubwürdig gewissen Druck auf MPLA ausüben zu können." Nach Einschätzung des amerikanischen Außenministeriums sei im Senat mit einer Mehrheit für die Aufhebung zu rechnen; im Repräsentantenhaus könne es dagegen Widerstand geben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 999; Referat 320, Bd. 127714.
Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 30. März 1981, im Gespräch der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 29./30. März 1981 habe der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, erklärt, „daß die Absicht, das Clark-Amendment aufzuheben, nicht einem Plan zur Unterstützung der UNITA entspränge, sondern auf der Überlegung beruhe, daß das Clark-Amendment eine zu starke Einschränkung präsidentieller Vollmachten sei. Die Aufhebung des Clark-Amendments präjudiziere in keiner Weise die künftige amerikanische Politik gegenüber Angola. […] Die USA dächten keinesfalls an eine massive militärische Unterstützung Savimbis. Man könne allerdings damit rechnen, daß Washington etwas bessere Beziehungen mit Savimbi anstrebe." Vgl. VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

nimmt, denn das erhöht die Spannung, vermehrt die Probleme und vergiftet die Atmosphäre.

Bundesminister: Ich möchte einige Bemerkungen zur Position der EG zum Nahen Osten machen. Wir empfinden Befriedigung darüber, daß die Staaten der Region dieser Position gegenüber eine positive Einstellung einnehmen. Dies betrifft weniger Israel als andere Staaten der Region. Die Staaten des Nordens sollten sich bei ihrer Stellungnahme zur Entwicklung in der Dritten Welt an der Auffassung der Staaten der jeweiligen Region orientieren. Das kann man auch für den Nahen Osten sagen. Daß Sie die Ansicht äußern, es gäbe positive Elemente in der Haltung der EG zur Nahost-Frage, habe ich mit Befriedigung vermerkt. Ich habe aber auch gehört, daß Sie kritisierten, daß ich nicht von einem unabhängigen palästinensischen Staate gesprochen habe. Das heißt nicht, daß ich dies vergessen habe. Wir sind der Ansicht, daß das palästinensische Volk ein Recht auf Selbstbestimmung hat. Wenn es zu dem Ergebnis kommt, einen eigenen Staat gründen zu wollen oder mit anderen arabischen Staaten eine Konföderation zu bilden, so ist das seine Sache. Es steht uns nicht zu, darüber zu befinden, wie das palästinensische Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausübt. Ich hoffe, daß Sie in dieser unserer Position auch positive Elemente entdecken werden.

Ich möchte auf zwei Komplexe zurückkommen: Die amerikanischen Aktivitäten im Mittleren Osten und die Einbeziehung der Westeuropäer. Ich möchte daran erinnern, was ich zu Afghanistan gesagt habe, zur Notwendigkeit einer politischen Lösung, die die Räumung des Landes von fremden Truppen einschließen muß. Dieses Problem hat weltweite Besorgnis erregt und liegt den Überlegungen der USA zugrunde. Es ist eine Destabilisierung der internationalen Politik eingetreten; desto notwendiger ist die Rückkehr zu einer Politik der Mäßigung. Sie ist von entscheidender Bedeutung für Sicherheit und Stabilität in dieser Region.

Was die Nord-Süd-Frage angeht, so glaube ich, daß der Entwicklungsstand dieser Länder die moralische Verpflichtung der reichen Industrieländer des Nordens – ganz gleich, welche Gesellschaftsordnung sie haben – begründet zu helfen. Dies ist auch eine politische Frage, eine Frage der Friedenssicherung, weil dieser Gegensatz in der Bedeutung nur verglichen werden kann mit der nationalen Frage im 19. Jahrhundert. Die Industrieländer des Ostens und Westens haben die Verpflichtung, dieses Problem anzupacken. Hier ergibt sich die gleiche Verantwortung der Industrieländer, eine Schuldzuteilung führt uns nicht weiter. Wir müssen das Problem gemeinsam in Angriff nehmen und der Dritten Welt helfen.

Gromyko: Ich habe dem, was ich hierzu gesagt habe, nichts hinzuzufügen. Ich möchte noch etwas zu den Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik sagen. Ihre Ausführungen hierzu und die Betonung, daß Sie diesen Beziehungen eine große Bedeutung beimessen, ist uns verständlich, aber nicht neu. Wir haben unsererseits unsere Meinung hierzu mehrmals dargelegt, auch im Gespräch mit dem Bundeskanzler und Ihnen. Wir sind für normale und noch bessere Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Doch diese Beziehungen können sich nur entwickeln auf der Basis der Souveränität zweier unabhängiger Staaten. Hiervon

darf es keine Abweichung geben. Jede Abweichung wäre eine Gefahr nicht nur für die beiden Staaten, sondern auch für Europa. Das ist eine Binsenweisheit. Wir sind ein Verbündeter der DDR im Warschauer Pakt[54] und haben auch einen entsprechenden Vertrag mit der DDR.[55] Die DDR hat mit Ihnen den Grundlagenvertrag[56], ein Vertrag zwischen zwei souveränen Staaten. Wir schätzen jeden Schritt, der auf der Grundlage dieses Vertrags, d. h. auf dem Prinzip der Unabhängigkeit und vollen Souveränität der beiden deutschen Staaten, vollzogen wird. Sie haben angedeutet, daß Ihnen an der Politik der DDR etwas nicht paßt. Uns ist nichts aufgefallen, was gegen die genannten Prinzipien verstößt. Die Probleme in den Beziehungen, die Sie genannt haben, sind Gegenstand der bilateralen Beziehungen zwischen Ihnen und der DDR.

Bundesminister: Ich halte es für wichtig, daß Sie am Schluß unserer Gespräche auf die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zurückgekommen sind. Dies hat eine wichtige Bedeutung. Es kann kein Zweifel bestehen, daß maßgeblich für die Gestaltung der Beziehungen der Grundlagenvertrag ist und alles, was ihm als Vertragswerk zugehört. Dieses muß man alles sehen einschließlich der Präambel und der dort zum Ausdruck gebrachten Grundsätze. Wir sind, das möchte ich unterstreichen, auf dieser Grundlage daran interessiert, gut mit der DDR zusammenzuarbeiten, Fortschritte zu machen, und das nicht nur im Interesse aller Deutschen, sondern auch im Interesse des Friedens und der Sicherheit in Europa. Damit erfüllen wir nicht nur eine nationale, sondern auch eine europäische Verpflichtung.

Wenn ich das Programm richtig in Erinnerung habe, sind wir am Abschluß der Gespräche angelangt. Wir haben die Möglichkeit gehabt, mit Ihnen eine breite, nützliche und konstruktive Erörterung einer Fülle von wichtigen internationalen und bilateralen Fragen vornehmen zu können. Ich schätze es sehr, daß Sie bei Ihrer Belastung sich weit über die ursprünglich geplante Zeit zur Verfügung gestellt haben. Dies kann nur nützlich sein für unsere Beziehungen und für die internationale Lage. Ich sehe darin eine Bewertung der Bedeutung meines Besuches.

Bundesminister bedankt sich für die gute Betreuung der Presse und die gute Vorbereitung und Durchführung des Besuchs. Er sehe mit Erwartung dem Besuch Gromykos in der Bundesrepublik[57] entgegen, unabhängig von anderen denkbaren Rahmen für Begegnungen.

Gromyko bringt seine Genugtuung über die „sachliche und insgesamt konstruktive Atmosphäre der Gespräche“ zum Ausdruck und dankt für den „konstrukti-

54 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vgl. GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 382–391.

55 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Oktober 1975 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der UdSSR vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 655–658.

56 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

57 Der sowjetische Außenminister Gromyko begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Besuch vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 334–340.

ven Geist“ des Ministers und seiner Mitarbeiter. Er werde sein Versprechen einlösen, stehe der Einladung positiv gegenüber und werde der Führung entsprechend berichten.

VS-Bd. 13279 (213)

96

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau

3. April 1981[1]

Dolmetscheraufzeichnung des Gesprächs zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen, Herrn Hans-Dietrich Genscher, und dem Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU und Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Herrn L. I. Breschnew, am 3.4.1981 (18.00 Uhr bis 19.55 Uhr)[2]

Am Gespräch nahmen teil deutscherseits: Herr Staatssekretär van Well, Herr Botschafter Meyer-Landrut;

sowjetischerseits: Außenminister Gromyko, Botschafter Semjonow, der persönliche Berater des GS, Blatow.

(Die Gesprächsführenden sind im weiteren als BM bzw. GS abgekürzt.)

GS: Zur Begrüßung sagte der GS, die Sowjetführung sei immer für einen aktiven Dialog mit der Führung der BRD eingetreten, daher erfülle er gern Herrn Genschers Bitte, zu einem Gespräch zusammenzutreffen. Es gebe einiges, worüber zu sprechen sei, obwohl seit der letzten Begegnung mit Kanzler Schmidt und Herrn Genscher noch gar nicht so viel Zeit vergangen sei.[3]

Zur internationalen Lage: Die sowjetische Bewertung sei bekannt, da sie auf dem XXVI. Parteitag ausführlich dargelegt worden sei.[4] Die SU beschönige die internationale Lage nicht; die Spannung in der Welt dauere an, es gebe sogar Versuche, diese noch anzuheizen. Dabei sei es nicht nur möglich, sondern auch notwendig, die Atmosphäre gesunden zu lassen, in den internationalen Beziehungen keine Rückkehr in den Kalten Krieg und die Konfrontation zuzulassen. Damit die Entspannungstendenzen wieder die Oberhand gewinnen könnten und sich konsolidieren könnten, bedürfe es konstruktiver Anstrengungen aller Länder. Seitens der SU sei der feste Wille hierzu immer Teil der sowjetischen Außenpolitik gewesen; alles in ihren Kräften Stehende für dieses Ziel zu tun,

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Scheel, Moskau, gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 93, Dok. 95, Dok. 97 und Dok. 99.

3 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

4 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

sei auch klar auf dem Parteitag zum Ausdruck gekommen. Die Grundlinien der sowjetischen Außenpolitik seien eine Leninsche Friedens-, Entspannungs-, Verhandlungs- und Zusammenarbeitspolitik. Dieser Linie folgten auch die im Rechenschaftsbericht vor dem Parteitag enthaltenen Vorschläge. Nach tiefer sowjetischer Überzeugung entsprächen diese den lebenswichtigen Bedürfnissen des heutigen internationalen Lebens. Man habe mehrmals sowohl vom Kanzler wie von Herrn Genscher gehört, daß Bundesregierung den Frieden als den höchsten Wert betrachte, d. h., in der Hauptsache sei man sich einig. Wenn auf dieser Grundlage sowohl die bilateralen Beziehungen gestaltet würden und auch das gemeinsame internationale Auftreten aufgebaut sei, könne man gemeinsam mit der BRD an der Sicherung eines friedlichen Lebens für die heutigen und kommenden Generationen arbeiten, dies entspreche den Zielen der im Mai 78 mit BK Schmidt feierlich verkündeten Deklaration[5]; dies sei heute besonders aktuell.

Die Entwicklung der internationalen Lage hänge unbestreitbar vom Stand der Beziehungen zwischen SU und USA ab. Schon lange Jahre hindurch sei SU für Weiterentwicklung der Beziehungen zu USA eingetreten; nicht durch sowjetische Schuld sei hier ein Rückschlag eingetreten. Eine Besserung der Beziehungen hänge aber im gleichen Maß auch von den USA ab, es wäre wünschenswert, wenn letztere hier ihre Verantwortung erkennen würden. SU sei bereit zu aktivem Dialog mit USA auf allen Ebenen. Es wäre nicht hilfreich, eine nutzlose Beschäftigung, hierfür Bedingungen oder Forderungen zu stellen. Dergleichen drücke nur den fehlenden Wunsch aus, sich tatsächlich mit den Problemen der Friedenserhaltung zu beschäftigen. SU sei bereit zum Dialog, obwohl sie vieles in den amerikanischen weltweiten Aktivitäten nicht nur nicht billigen könne, sondern entschieden verurteilen müsse. SU wolle keine Errichtung eines sowjetisch-amerikanischen Kondominiums in der Welt; den USA werde vorgeschlagen, zu den Prinzipien der früheren Vereinbarungen zurückzukehren, so zu handeln, daß die Welt vom Fieber des Wettrüstens und der Angst vor einem Nuklearkrieg befreit werde. Statt dessen solle man sich gemeinsam den kardinalen Fragen der Gegenwart widmen, Problemen wie Abrüstung, Lebensmittelverknappung, gesicherte Energieversorgung, Rohstoffversorgung, Bekämpfung der schweren Erkrankungen, Erschließung des Weltraums und der Weltmeere etc.

Es gebe so viele Probleme, daß auch noch kommende Generationen daran zu arbeiten haben würden. Nach sowjetischer Ansicht sei wichtig, daß alle interessierten Staaten an der Gesundung des internationalen Klimas arbeiteten, sich nicht an sowjetisch-amerikanischen Konflikten die Hände wärmten oder nach Anlässen für noch schärfere Konflikte suchten. In dieser Hinsicht könne auch die BRD viel tun, wenn sie nur wolle.

Man könne manchmal Stimmen hören, als ob SU bestrebt sei, Keile in das Verhältnis zwischen USA und Westeuropa zu treiben. Eine solche Besorgnis werde hin und wieder auch in Bonn geäußert. Dies sei nicht ernst zu nehmen. SU hege keinerlei Vorstellung der Art. Vielmehr habe er selber schon mehrmals BK

[5] Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. des Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.

Schmidt und davor BK Brandt gesagt, daß SU die NATO-Mitgliedschaft der BRD als Faktum zur Kenntnis nehme. Dies bedeute nicht, daß SU zu Versuchen schweigen werde, die Entspannung in Europa zu hintertreiben, die gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zu stören, Druck auf die Alliierten auszuüben, indem immer wieder aufs neue Feindseligkeit gegenüber SU und sozialistischen Ländern angestachelt werde.

Die wichtigste Aufgabe sei heute die Begrenzung des Wettrüstens. Hierzu sei es immer noch nicht zu spät. Es bestehe jetzt ein ungefähres Kräftegleichgewicht zwischen USA und SU, wie auch zwischen NATO und WP. Dies werde auch von vielen Militärs im Westen anerkannt. Man nehme z. B. das Thema der Mittelstreckenwaffen in Europa. Im Westen sei immer nur die Rede davon, daß SU zuviel davon habe, man spreche jedoch nur über die bodengestützten Träger; im Westen gebe es jedoch noch Bomber, auf U-Booten installierte Raketen der NATO und die amerikanischen FBS. Dies einberechnet, sei die Zahl der Träger beider Seiten annähernd gleich. In der Zahl der Sprengköpfe habe die NATO ein Übergewicht von 50%. Daher seien Überlegungen über eine sowjetische Überlegenheit nicht viel wert, diese sei herbeigeredet und entbehre jeder faktischen Grundlage. Warum werde dann trotzdem davon geredet? Die einzig mögliche Erklärung sei das Bestreben der USA und der westeuropäischen Länder, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Besonders stark sei dieser Wunsch in Washington. Herr Genscher werde gut verstehen, daß SU dies nicht zulassen könne, da es einen neuen Sprung in der Rüstungsproduktion und eine Steigerung der Kriegsgefahr in Europa bedeuten würde. Nötig sei eine Senkung des Konfrontationsniveaus, wozu SU bereit sei. Letzteres bezeugten die auf dem XXVI. Parteitag vorgetragenen Initiativen, die einen ernsten und positiven Widerhall in der Welt einschließlich Westeuropa gefunden hätten. In Worten träten die führenden Kräfte der NATO zwar für Gleichgewicht ein, ihre Aktionen jedoch gingen in eine andere Richtung, wie steigende Rüstungstätigkeit, Bewilligung von mehr Geldmitteln für militärische Zwecke und die Vorbereitung für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in Europa beweise. Sogar die Diskussion über die Einführung der Neutronenbombe[6] sei wieder aufgekommen.

Bei den Gesprächen über die nuklearen Mittelstreckenwaffen[7] sei durch Schuld Washingtons Stagnation eingetreten, die weiteren Aussichten seien unklar, das Schicksal von SALT II sei in der Schwebe[8], in Wien[9] gebe es nach wie vor keine Fortschritte, hauptsächlich auf Betreiben der USA und der BRD. Die westlichen Partner gäben sich den Anschein, als ob sie die einseitigen Schritte der SU zur Verringerung der militärischen Präsenz in der DDR[10] gar nicht bemerkt

6 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger; Dok. 31, Anm. 6.

7 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

9 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen in Wien vgl. Dok. 105.

10 Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 95, Anm. 27.

hätten. Wie unser Landsmann Karl Marx gesagt habe, sei das einzige Kriterium für die Wahrheit die Praxis.[11] Bekanntlich sei Herr Genscher kein Marxist, aber daß er sich nach diesem marxistischen Grundsatz nicht richte, sei der Grund dafür, warum seine Äußerungen in der SU mehrfach auf kritischen Widerhall gestoßen seien.

Zum sowjetischen Vorschlag über ein Moratorium: Herrn Genschers Erklärungen[12] wie auch die der Bundesregierung[13] dazu seien bekannt. Überrascht habe die Übereiltheit, mit der diese Idee leichthin abgetan worden sei, ohne jeden Versuch, Probleme abzuklären und Rückfragen zu stellen. Worin könne für die BRD der Nachteil bestehen, wenn Sowjetunion Bereitschaft erkläre, von Beginn der Verhandlungen an ihre Mittelstreckensysteme weder qualitativ noch quantitativ aufzustocken? Es gebe keine solchen Nachteile, der Grund der Ablehnung müsse also ein anderer sein. Dies sei vor allem das Fehlen eines Wunsches, in Verhandlungen zur Sache einzutreten und Vereinbarungen zu treffen, bevor die neuen amerikanischen Raketen in Europa eingetroffen seien. Die Verhandlungsbereitschaft werde also als Tarnschirm benutzt, hinter dem die amerikanischen Stationierungspläne verwirklicht werden sollten. Hiermit könne SU sich nicht einverstanden erklären. In Washington werde gesagt, am Anfang solle die Nachrüstung stehen, dann sollten Verhandlungen folgen. Falls die NATO so verfahren werde, werde es offen gesagt unmöglich sein, eine gemeinsame Sprache zu finden. Es gebe auch die eigenartige Behauptung, der sowjetische Moratoriumsvorschlag sei eine Vorbedingung für Verhandlungen. Dies sei unerklärlich. Vielmehr bestehe das einzige Ziel des Moratoriumsvorschlags in der Schaffung besserer Bedingungen für Verhandlungen über nukleare Rüstungsbegrenzung in Europa. Das Moratorium ergänze die sowjetischen Vorschläge vom Oktober 1979[14] und gehe über diese hinaus, da damals von einem qualitativen Element noch nicht die Rede gewesen sei. Hinzu komme das quantitative Element, da die SU bereit sei, ihre Systeme im Westteil des Landes einzufrieren. Weiterhin sei wichtig, daß von den Amerikanern erwartet werde, ihre verfügbaren FBS nicht aufzustocken, die Produktion solcher Waffen werde jedoch nicht betroffen, dies sei eine gesonderte Frage. Eine Entwicklung, die zu Lasten der nationalen Sicherheit der SU gehen würde, könne nicht zugelassen werden. SU wünsche, Eskalation des Wettrüstens zu vermeiden, das Gleiche brauche auch der Westen. SU appelliere daher noch einmal an NATO-Länder, den Moratoriumsvorschlag noch einmal gut abzuwägen und aufmerksam zu prüfen, und an die Bundesregierung, besonders angesichts der in ihm enthaltenen, für sie nicht zu übersehenden Vorteile.

11 Der Philosoph Karl Marx erklärte in den im Frühjahr 1845 erschienenen „Thesen über Feuerbach“: „Die Frage, ob dem menschlichen Denken gegenständliche Wahrheit zukomme – ist keine Frage der Theorie, sondern eine praktische Frage. In der Praxis muß der Mensch die Wahrheit, i. e. Wirklichkeit und Macht, Diesseitigkeit des Denkens beweisen. Der Streit über die Wirklichkeit oder Nichtwirklichkeit des Denkens – das von der Praxis isoliert ist – ist eine rein scholastische Frage.“ Vgl. MEW, Bd. 3, S. 5.

12 Zu den am 3. März 1981 veröffentlichten Äußerungen des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 66, Anm. 12.

13 Zur Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 10.

14 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

Zum Madrider Treffen: In Madrid sei jetzt die entscheidende Phase der Vorbereitung eines Schlußdokuments eingetreten. Es sei aber noch nicht bekannt, wie lange alles dauern und wie es enden werde. Im Mittelpunkt der Diskussion stehe jetzt die KAE. Im Bestreben, ein Einvernehmen zu erleichtern, habe SU eingewilligt, die CBM auf den europäischen Teil der SU auszudehnen. Sie erwarte, daß der Westen Vertrauen mit Vertrauen beantworte und ein entsprechendes Äquivalent für den westlichen CBM-Bereich anbiete. Sicherlich sei dies nicht einfach, für die SU aber sei es auch nicht einfach gewesen, ein Gebiet bis zum Ural anzubieten.

Nötig sei Abschluß der Arbeit in Madrid mit einer konstruktiven Note, denn ohne Fortschritt in militärischer Entspannung bleibe auch politische Entspannung ohne festen Grund.

Zu anderen Regionen in der Welt: Es gebe viele „heiße Punkte", die Atmosphäre sei überall in der Welt oftmals gespannt. Bis jetzt sei es jedoch gelungen, diese Krisen zu lokalisieren. Jedoch könne die in USA übliche Militanz gegenüber Problemen der sogenannten Dritten Welt nur ernste Besorgnis auslösen. Ein Beispiel sei die kürzliche Erklärung des US-Präsidenten, den bewaffneten Banden, die von Pakistan und Iran aus in Afghanistan eindrängen, um dort terroristische Akte zu verüben, amerikanische Waffen zu liefern[15]; dies könne nur als offene, herausfordernde und grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans bezeichnet werden. Dergleichen steigere die Spannung im ganzen Südwestasien. Folglich erleichterten die USA keinerlei politische Regelung in Afghanistan, sondern erschwerten diese. Es scheine, als ob USA bewußt Spannungen erhalten wollten, um Verhandlungen herauszuzögern oder ihre militärische Präsenz viele tausend Kilometer von den USA entfernt zu verstärken. Dem entspreche amerikanisches Verhalten auch in anderen Weltregionen. Z. B. sei die gleiche Linie der amerikanischen Aktivitäten in der Golfregion bemerkbar. SU könne diese Handlungsweise nicht billigen, sie sei bekanntlich für eine radikale Gesundung der internationalen Lage. Es müßte gut bedacht werden, daß die von USA betriebene Spannungspolitik nicht nur Interessen der Golfanrainer, sondern auch die der westeuropäischen Länder bedrohe.

Zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit SU/BRD: Die Entwicklung der letzten zehn Jahre sei hier nicht schlecht verlaufen, es seien Fortschritte in der friedlichen, beiderseitig vorteilhaften Zusammenarbeit erreicht worden, was auch im Ost-West-Verhältnis in Europa genützt habe. Auch heute sei Stand der Zusammenarbeit recht gut. Das erreichte Niveau sollte nicht nur gehalten, sondern nach Möglichkeit noch erhöht werden. Die Wirtschaftsbeziehungen SU/BRD seien ein wichtiger Faktor der Stabilität in Europa, lägen nicht nur im bilateralen

15 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 10. März 1981: „VM Weinberger und Präsident Reagan haben sich in den letzten Tagen öffentlich zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die afghanischen Widerstandskämpfer geäußert. Weinberger bezeichnete in der ABC-Fernsehsendung ‚Face the Nation' (8.3.) Waffenlieferungen als ‚eine sehr nützliche Sache', die die SU von weiterem Abenteurertum abhalten könne, machte sie jedoch von der Zustimmung der afghanischen Rebellen abhängig. In einem bisher nur teilweise gesendeten ABC-Interview (Vollinterview wird am 10.3. ausgestrahlt) bestätigte Präsident Reagan am 9.3., daß er gewillt sei, die Frage amerikanischer Waffenlieferungen an die afghanischen Widerstandskämpfer zu prüfen, er diese Angelegenheit jedoch noch nicht mit AM Haig aufgenommen habe. Zur Reaktion der SU auf eine derartige Entwicklung befragt, äußerte der Präsident, die SU könne eigentlich keinen Einwand dagegen erheben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 989; Referat 213, Bd. 133226.

praktischen Interesse, sondern entsprechen auch weiterreichenden internationalen Erwägungen. Er, GS, meine, die heutige Führung der BRD vertrete eine ähnliche Meinung. Dahingehend hätten BK Schmidt und Herr Genscher sich bei letzter Begegnung geäußert. SU hoffe, daß sich dieser Standpunkt nicht verändert habe.

Gleichzeitig müsse man anerkennen, daß es noch manche andere Komplikationen im gegenseitigen Verhältnis gebe. Der zentrale Stein des Anstoßes sei jetzt das Nuklearwaffen-Problem, das man aus dem Weg räumen müsse, sowohl um der bilateralen Beziehungen willen als auch einer konstruktiven Zusammenarbeit und der Ziele der internationalen Friedensfestigung willen. In der wirtschaftlichen Zusammenarbeit sei viel erreicht worden, sie habe sich im großen und ganzen in aufsteigender Richtung entwickelt. Er glaube, dies feststellen zu können, weil diese Beziehungen eine gegenseitig vorteilhafte Sache seien. Nötig sei nur die Gewißheit, einen zuverlässigen und stabilen Partner zu haben. SU werde weiter bestrebt sein, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur BRD auszuweiten, sie hoffe auf gleiche Ansichten beim Partner. Man stehe jetzt am Anfang der Ausfüllung des gemeinsam mit BK Schmidt im Mai 1978 unterzeichneten 25-Jahres-Abkommens[16], welches nach Langfristigkeit und Größe des Ansatzes einzigartig sei. Eine ganze Reihe Projekte und großer Vorhaben sei in Vorbereitung, z. B. Bau einer Gasleitung von Jamal zur sowjetischen Westgrenze[17]. Geschäftsleute der BRD und anderer Länder zeigten großes Interesse an solchen Projekten, wie überhaupt an der Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen mit der SU. Die objektiven Grundlagen für deren Realisierung seien gut.

Er wolle die Hoffnung ausdrücken, daß die jetzigen Gespräche in Moskau der Bundesregierung behilflich sein würden, sich genauer über die auf dem XXVI. Parteitag vorgetragenen politischen Ziele der SU (Friedens- und Entspannungspolitik, Vermeidung des Wettrüstens) zu orientieren. Dieser Arbeit werde die Außenpolitik der SU gewidmet sein. Zum Abschluß übermittelte GS Grüße und gute Wünsche an die Herren Schmidt, Brandt und Scheel, mit denen gemeinsam viel für die Verbesserung guter Beziehungen zwischen beiden Ländern getan worden sei. Gruß auch an Präsident Carstens.

BM: Dank für Ermöglichung dieses Gesprächs. Er sei zunächst beauftragt, herzliche Grüße des Bundeskanzlers und des Bundespräsidenten zu übermitteln. Des weiteren sei er beauftragt, die Antwort des Bundeskanzlers auf die Botschaft des GS vom 24.3.[18] zu übergeben.[19]

16 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59f.

17 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 90, Anm. 36.
Gesandter Huber, Moskau, berichtete am 4. April 1981, am Rande einer gesellschaftlichen Veranstaltung während des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR habe der sowjetische Stellvertretende Ministerpräsident Kostandow gegenüber Ministerialdirektor Fischer, z. Z. Moskau, erklärt, die sowjetische Seite stehe in der Frage des Erdgas-Röhren-Geschäfts „nicht unter Zeitdruck. D 4 traf diese Feststellung auch für unsere Seite." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1354; Referat 421, Bd. 141336.

18 Für das Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, an Bundeskanzler Schmidt vgl. VS-Bd. 14095 (010).
Zur Übergabe durch den sowjetischen Botschafter Semjonow vgl. Dok. 89, Anm. 5.

19 In dem Schreiben vom 1. April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, führte

(GS macht sich mit Inhalt des Schreibens bekannt.)

GS: Der vorgeschlagene Termin sei leider etwas unpassend, hieran müsse man noch arbeiten. Im Prinzip aber werde Absicht aufrechterhalten: Er werde gerne zu Arbeitsbesuch nach Bonn reisen.

BM: Der Brief unterstreiche die Auffassung der Bundesregierung, daß der Dialog, auch auf höchster Ebene, sehr nützlich sei. Wenn hierin grundsätzlich Übereinstimmung bestehe, werde sich ein passender Termin immer noch finden lassen.[20]

Die Billigung dieses Dialogs in unserem Lande beschränke sich nicht nur auf die Regierung, sondern sei auch erklärte Meinung des Bundestages in seiner Gesamtheit, wie dies unmittelbar vor der Reise nach Moskau bestätigt worden sei. Dies entspreche dem erreichten Stand in den gegenseitigen Beziehungen, hierin stimme die Beurteilung überein. Wir seien uns der Bedeutung der deutsch-sowjetischen Beziehungen für die Lage in Europa und der Welt gut bewußt. GS habe selber hierzu Stellung genommen, diese grundsätzlichen und ernsten Ausführungen seien zu begrüßen. Er habe schon bei den Gesprächen mit AM Gromyko gesagt, wenn sich uns jetzt noch einmal die Frage stelle, ob wir einen Moskauer Vertrag abschließen sollten und den damals eingeschlagenen Weg beschreiten sollten, so würde die Entscheidung genauso ausfallen wie vor zehn Jahren. Dies entspreche grundsätzlich der auf Überschaubarkeit und langfristig angelegten Politik der Bundesrepublik. Wir wüßten auch, daß Abschluß des Moskauer Vertrages[21] den Weg frei gemacht habe für den Abschluß analoger Verträge mit der VR Polen, der ČSSR und DDR[22].

Der GS habe auf die Bedeutung der Beziehungen zwischen UdSSR und USA hingewiesen, worin er, der BM, ohne Einschränkung zustimme: Diese Beziehungen seien entscheidend für den Zustand der internationalen Lage, sie seien die Schlüsselfrage der internationalen Politik. Wenn sowjetische Führung mit Führung der BRD nicht nur über Bilaterales, sondern auch über Fragen z. B. der

Fortsetzung Fußnote von Seite 535

Bundeskanzler Schmidt aus: „Ich erinnere mich gerne der Gespräche, die wir im Sommer vergangenen Jahres geführt haben, als Bundesminister Genscher und ich zu einem Arbeitsbesuch in Moskau waren. Nach wie vor bin ich davon überzeugt, daß diese Gespräche für unsere bilateralen Beziehungen und für die Beziehungen zwischen West und Ost insgesamt nützlich waren. Ich stimme Ihnen zu, daß eine Fortsetzung der Gespräche, so wie wir dies damals vereinbart haben, gerade in der gegenwärtigen schwierigen Lage sinnvoll ist." Er gehe daher „gerne" auf die Anregung Breschnews ein, einen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik durchzuführen, und schlage einen Termin Ende Juli 1981 vor: „Wie im Vorfeld meines Besuchs in Moskau im vorigen Jahr sind wir uns auch jetzt sicher einig in der Hoffnung, daß in der Zwischenzeit nichts geschieht, was die Durchführung Ihres Besuchs oder einen insgesamt positiven Ausgang unserer Gespräche behindern könnte." Vgl. VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

Dritten Welt, der Abrüstung, der europäischen Zusammenarbeit spreche, so sei dies sicher wichtig. Wir überschätzten unsere Rolle jedoch nicht. Wir könnten aber auch gar nicht überschätzen, wie groß unser Interesse an guten Beziehungen zwischen SU und USA, gerade für uns als Mitteleuropäer, notwendigerweise sein müsse. Hieraus folge auch unser großes Interesse an einer Fortsetzung des Dialogs SU/USA. Er habe aus Washington[23] die feste Überzeugung mitgenommen, daß neue amerikanische Administration den Dialog wolle auf Basis der getroffenen Abreden, besonders der von 1972[24], in der der wichtige Grundsatz von der Rückkehr zu einer Politik der Mäßigung hervorgehoben worden sei.

GS fragt: Wolle Reagan auch Verhandlungen auf höchster Ebene?

BM: Dies sei jedenfalls öffentlich erklärt worden[25], darüber hinaus habe er es auch als positiv empfunden, daß in den kürzlichen zwei Gesprächen Haigs mit Botschafter Dobrynin[26] der letztere sich für einen gründlich vorbereiteten Dialog zwischen den Regierungen ausgesprochen habe. Er, der BM, könne jedoch nicht als Bote oder Bevollmächtigter der US-Regierung fungieren, die Amerikaner würden SU sicherlich in diesem Sinne noch unterrichten.

Der GS habe ihm Grüße an die Herren Brandt, Scheel und Schmidt aufgetragen. Er, BM, habe Herrn Breschnew auch schon 1973 im Hause Willy Brandts kennengelernt.[27] Dies sei für unsere politischen Verhältnisse eine ziemlich lange Zeit. Hinsichtlich der personellen Kontinuität unterschieden sich unsere Verhältnisse sicher von denen in den USA, immerhin spielten Brandt und Scheel auch heute noch eine wichtige Rolle im politischen Leben. Es sei hingegen positiv zu bewerten, wenn die neue amerikanische Administration in allen politischen Bereichen ihre Positionen gründlich prüfe und formuliere. Wo diese Politik schon ausformuliert sei (und es sei auch positiv, daß hierbei auch US-Verbündete eine gewichtige Rolle spielen könnten), könne auch SU die Existenz positiver Aspekte nicht ableugnen. Z. B. USA seien für Fortsetzung des KSZE-Prozesses, für KAE, für Fortsetzung MBFR, für TNF-Verhandlungen. Diese politische Gesamtüberprüfung bedeute nicht unbedingt Änderung bisheriger politischer Positionen. Er, BM, sei auch überzeugt, daß USA sich ebenfalls noch für Wiederbelebung des SALT-Prozesses aussprechen würden, wie er auch überzeugt sei, daß sich bis jetzt SU und USA konsequent an die Bestimmungen von SALT II hielten, obwohl unratifiziert (wobei wir natürlich Ratifikation gewünscht hätten). Er habe während des Washington-Besuchs gemeinsam mit dem amerikanischen Außenminister eine Presseerklärung abgegeben, in der auch für die Öffentlichkeit eine Gipfelbegegnung dringlich befürwortet sei.[28]

23 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

24 Für den Wortlaut der Grundsatzerklärung über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vom 29. Mai 1972 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

25 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau für ein Treffen mit Präsident Reagan sowie zu dessen Reaktion vgl. Dok. 61, Anm. 16 und 17.

26 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März bzw. 1. April 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, bzw. Dok. 95, Anm. 20.

27 Zum Gespräch während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik vgl. SCHMIDT, Menschen, S. 18–20.

28 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Gen-

Der GS habe auch ausführlich über die Entwicklungen im Bereich der Mittelstreckennuklearwaffen, von denen wir uns ja auch bedroht fühlten, gesprochen. Das spürbare persönliche Engagement des GS, wie es in seinen Äußerungen, in seinem letzten Schreiben an den Bundeskanzler[29] (worauf dieser noch antworten werde[30]) und auch in den heutigen Darlegungen zum Ausdruck komme, erfordere eine ernste und verantwortungsvolle Haltung hierzu. Eins müsse um der Vermeidung von Mißverständnissen willen aber klargestellt werden. Der GS erinnere sich sicher der ausführlichen Gespräche hierzu vom Sommer 1980, als der Bundeskanzler bereits deutlich unsere Besorgnis wegen der Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen angesprochen habe. Der Bundeskanzler habe gewiß nicht obenhin leichtfertige Erklärungen abgeben wollen. Der GS kenne ihn sicher auch als einen Mann, der sich jahrelang, schon vor seiner Amtszeit als Verteidigungsminister[31] und Bundeskanzler, aufs intensivste mit den Problemen der Sicherheits- und Gleichgewichtspolitik beschäftigt habe. Und dies deshalb, weil er geprägt sei durch die schlimmen Erfahrungen der hinter uns liegenden Zeit. Zu erinnern sei wieder an das nächtliche Gespräch in Brandts Haus mit dem Verteidigungsminister Helmut Schmidt. Solche Erlebnisse und Auffassungen prägten uns eben in Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung. Der Bundeskanzler habe dargelegt, inwiefern hinsichtlich der großen Reichweite, der Treffsicherheit und der Mobilität etc. der sowjetischen Mittelstreckenraketen für uns eine neue Qualität der Bedrohung gegeben sei und weshalb von einer Störung des Gleichgewichts zugunsten der SU gesprochen werde. Die Behandlung des Moratoriumsvorschlags durch die Bundesregierung, wie übrigens auch durch unsere Partner[32], hänge eng zusammen mit den Unterschieden in der Beurteilung des Kräfteverhältnisses. Wenn man, wie SU, vom Bestehen eines Gleichgewichts ausgehe, stelle sich ein Moratorium natürlich als sinnvoll dar, gehe man jedoch wie wir davon aus, daß östliche Seite bereits überlegen sei, vor allem auch in Berücksichtigung der Differenz in den Reichweiten, d.h., daß also auch hinter dem Ural zurückgezogene Raketen Westeuropa unverändert erreichen könnten, würde auch nach einer solchen Rückverlegung die Quelle der Besorgnis weiterbestehen. Von solchen und anderen Erwägungen hänge unsere Haltung zum Moratorium ab. Die ablehnende Entscheidung sei nicht leichthin, sondern nach reiflicher Prüfung definiert worden und entspreche übrigens der Haltung unserer Verbündeten. Wichtig sei jetzt, so schnell wie möglich zu Sachgesprächen zu kommen. Er sei seinem sowjetischen Kollegen dankbar, daß dieser Bedenken ausgeräumt habe dergestalt, daß SU das Moratorium nicht als Vorbedingung, sondern als nützliche Ergänzung zur Eröffnung von Verhandlungen betrachte. Ganz wichtig sei jedoch, nun zü-

Fortsetzung Fußnote von Seite 537

scher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

29 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 61, Anm. 14.

30 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. Mai 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 126.

31 Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung.

32 Zur Einschätzung der NATO-Mitgliedstaaten bezüglich des Vorschlags des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 92.

gig zum Kern der Sache zu kommen, d.h. eine tatsächliche Reduzierung der Mittelstreckensysteme zu vereinbaren.

Einschub *Gromykos*: Im Westen sage man, die SU habe solche Raketen bereits aufgestellt, während im Westen noch kein Äquivalent vorhanden sei. Dabei wolle man aber partout nicht einsehen, daß die in Westeuropa vorhandenen amerikanischen FBS sowjetisches Territorium erreichten, während die SS-20 amerikanisches Territorium nicht erreichen könne.

Antwort des *GS* (ungefähr): Dann müßten sich wohl einmal die Experten hinsetzen.

BM: Washington vertrete eben nicht die Auffassung: zuerst nachrüsten, dann verhandeln; vielmehr sei eine neue Philosophie eingeführt worden: parallel beide Seiten des Beschlusses[33] in Angriff nehmen. Da die ersten Raketen höchstens Ende 1983 in Europa stationiert werden würden, sei es so wichtig, so schnell wie möglich zu Verhandlungen mit dem ernsten Willen zu schreiten, Ergebnisse zu erzielen. Seinem Kollegen Gromyko sei bereits ein Passus aus dem NATO-Beschluß 1979 zitiert worden, wonach die Bedürfnisse der NATO an Nachrüstung im Lichte konkreter Verhandlungsergebnisse überprüft werden würden.[34]

Zur Einlassung seines Kollegen Gromyko wolle er bemerken, daß das NATO-Bündnis vom Begriff eines einheitlichen Verteidigungsterritoriums[35] ausgehe (wie übrigens auch der Warschauer Pakt[36]), d.h. also, die Erreichbarkeit norwegischen, belgischen, englischen oder deutschen Territoriums sei für die NATO als ganzes gleichrangig wichtig wie die Verwundbarkeit amerikanischen Territoriums.

(BM antwortet durch Zeitverzug in der Übersetzung der verschiedenen Einlassungen auf die Experten-Bemerkung des GS): Je früher die Experten sich zusammensetzten, je früher sie sich über Zahlen einigten, desto besser.

Zu Madrid: Es sei wichtig, daß in Folgendem Einigkeit bestehe: Auch wir wünschten konkrete Endergebnisse einschließlich Verabschiedung einer Schlußakte, die Befürwortung der Fortsetzung des KSZE-Prozesses durch alle Teilnehmerstaaten, schließlich die Einberufung einer KAE mit einem klaren Mandat bezüglich CBMs. Die Bereitschaft der SU, westlichen Teil ihres Territoriums in CBM-Bereich einzubeziehen, sei bei uns öffentlich positiv bewertet worden.

Zu internationalen Krisenherden: Auch wir beschönigten Lage nicht. Von sowjetischer Seite angesprochene Erklärungen der amerikanischen Administra-

33 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

34 Vgl. dazu Ziffer 11B des Kommuniqués der gemeinsamen Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs am 12. Dezember 1979 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 37.
Vgl. dazu ferner Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 157. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 47.

35 Vgl. dazu Artikel 5 und 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

36 Vgl. dazu Artikel 4 des Vertrags vom 14. Mai 1955 zwischen Albanien, Bulgarien, der ČSSR, der DDR, Polen, Rumänien, der UdSSR und Ungarn über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand; GESETZBLATT DER DDR 1955, Teil I, S. 386.

tion seien wahrscheinlich diktiert gewesen von Besorgnissen über die in Afghanistan geschaffene Lage.

Ähnlich habe sich auch der Bundeskanzler vorigen Jahres in Moskau geäußert. Tatsächlich würde eine politische Afghanistan-Lösung wesentlich zur Beruhigung und Stabilisierung der Weltlage beitragen. Der mehrfach erwähnte Grundsatz der Mäßigung in der internationalen Politik hätte eine überaus positive Einwirkung auf das internationale Klima. Die Wichtigkeit dieses Grundsatzes gelte überall: im Nahen Osten, Mittleren Osten, Afrika, Asien wie schließlich auch unter den Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte[37].

Hinsichtlich sowjetischer Äußerung über entsprechende westliche Antwort auf sowjetische CBM-Erweiterung wäre hilfreich zu erfahren, welche konkreten Erwägungen SU hier anstellt.

GS und *Gromyko* antworten gemeinsam dahingehend, daß SU nicht vorhabe, hier Anregung zu geben, dies werde vielmehr vom Westen selber erwartet; man könne von SU nicht erwarten, sowohl das eine (Konzession bis zum Ural) wie das andere (Präzisierung möglicher westlicher Konzessionen) zu übernehmen.

BM: Zum Schluß wolle er sagen, daß die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in gleicher Weise bewertet würde. Das 25-Jahre-Abkommen sei in der Tat eine bedeutsame Unternehmung. In den Moskauer Gesprächen habe die wirtschaftliche Zusammenarbeit und ihre Weiterentwicklung einen breiten Raum eingenommen. Sie seien als wichtiger Faktor der bilateralen Beziehungen anerkannt worden und würden auch übereinstimmend positiv bewertet.

Er sei dem GS dankbar für die Anerkennung der Tatsache unserer Zugehörigkeit zum westlichen Bündnis wie zur EG. Dies mache in der Tat die Grundlage unserer berechenbaren Politik aus, ebenso wie unser Wille zur Zusammenarbeit mit der SU und den sozialistischen Ländern. Auch wo wir nicht einig sein könnten, sollten keine Zweifel bestehen, daß der gute Wille zur Suche nach Wegen zu Vereinbarungen vorhanden sei.

Diese ehrliche Suche sei besonders wichtig für das schwierige Problem der Mittelstreckenwaffen. Bundesregierung sei überaus an der Wiederaufnahme der Gespräche interessiert: Gleichgewicht, so wichtig es sei, müsse auf einem niedrigeren Niveau hergestellt werden, denn dies sei schließlich für uns alle eine Überlebensfrage.

VS-Bd. 14099 (010)

37 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

97

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher, z. Z. Moskau

3. April 1981[1]

Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Bundesminister Genscher am Freitag, den 3. April 1981, 18.40 bis etwa 18.45 Uhr[2]

BM sagte, daß sein Gespräch mit dem Generalsekretär[3] zwei Stunden gedauert habe. Alle Gespräche hätten in einem sehr guten Klima stattgefunden. Er wolle jetzt nur über einen Punkt berichten: Er habe den Brief übergeben[4]; der Generalsekretär habe ihn gelesen; Generalsekretär habe dann gesagt, daß er die prinzipiell zustimmende Antwort begrüße. Unser Terminvorschlag passe für die sowjetische Seite jedoch nicht; entsprechend dem Vorschlag im Brief des Bundeskanzlers solle der Termin auf diplomatischem Wege vereinbart werden. Er, Genscher, habe dann nochmals festgestellt, daß man sich prinzipiell in dieser Frage einig sei. Auf seine Frage nach der Behandlung in der Öffentlichkeit habe der Generalsekretär erwidert, weder heute noch in den nächsten Tagen solle davon öffentlich gesprochen werden; Ende nächster Woche sei eine Veröffentlichung möglich. Der Generalsekretär habe diese Behandlung damit begründet, daß über diese Angelegenheit am nächsten Donnerstag[5] im Politbüro noch gesprochen werden solle.

Er, Genscher, gehe davon aus, daß diese Behandlung auch in unserem Interesse liege.

BK stimmte zu.

BM fuhr fort, daß man für diesen Punkt bereits eine Formulierung gefunden habe; er habe der sowjetischen Seite jedoch gesagt, daß er dies noch mit dem Bundeskanzler abstimmen müsse. Er, Genscher, stelle sich darauf ein, daß die Veröffentlichung wahrscheinlich am nächsten Freitag[6] erfolge.

Auf die Frage des *BK*, ob BM mit den Gesprächen insgesamt zufrieden sei, antwortete *BM*: „Uneingeschränkt ja." BM wies dann darauf hin, daß seine beiden

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 6. April 1981 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent von der Gablentz und Ministerialdirektor von Staden an Staatssekretär Lahnstein (alle Bundeskanzleramt) geleitet. Dazu vermerkte Höynck „Als Anlage lege ich zu Ihrer Unterrichtung meinen Vermerk über das o. a. Telefongespräch vor. Erneute Befassung des Bundeskanzlers mit dem Vermerk ist m. E. nicht erforderlich." Handschriftlich fügte Höynck hinzu: „Unter Verschluß."
Hat von der Gablentz und Lahnstein am 6. April 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 008941.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 93, Dok. 95, Dok. 96 und Dok. 99.

3 Leonid Iljitsch Breschnew.

4 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 1. April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 96, Anm. 19.

5 9. April 1981.

6 10. April 1981.

Gesprächspartner großen Wert auf den Moratoriumsvorschlag[7] gelegt hätten. Der Generalsekretär habe betont, es handele sich bei diesem Vorschlag um eine Ergänzung des Vorschlages, der dem Bundeskanzler im vorigen Sommer[8] gemacht worden sei. Dieser, dem Bundeskanzler gegenüber gemachte Vorschlag, bleibe voll aufrechterhalten. Der Moratoriumsvorschlag sei also nicht als eine Vorbedingung anzusehen.

Auf die Frage des BK nach der Mission StS van Wells antwortete BM, der Staatssekretär solle am Sonntag reisen, damit er am Montag in Washington zur Verfügung stehe.[9] Obwohl Außenminister Haig nun seinen Besuch für den 11. April angesagt habe[10], wolle er doch bei der Entsendung des Staatssekretärs bleiben.

BK stimmte zu und wies darauf hin, daß bis zu dem Gespräch mit Haig noch über eine Woche vergehe, das sei zu lang. BK fragte dann, wie die französische Seite unterrichtet werden solle. Er gab zu bedenken, daß StS van Well mit der Concorde nach USA fliegen könne; er habe dann Zeit, vorher noch in Paris eine Unterrichtung durchzuführen.

BM stimmte zu. Er werde den BK nach seiner Rückkehr aus der Sowjetunion erneut anrufen.

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 008941

7 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

9 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 6. April 1981 mit, Staatssekretär van Well habe, aus Paris kommend, am selben Tag die amerikanische Regierung über den Verlauf des Besuchs des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR unterrichtet, ergänzend zu den Informationen, „die bereits während des Besuchs und unmittelbar danach gegeben worden seien". Van Well habe die Atmosphäre als „sachlich, offen und ernst" beschrieben: „Die Gesprächsführung auf sowjetischer Seite habe insgesamt deutlich gemacht, daß die Sowjets an der Fortführung von Kontakten mit dem Westen weiterhin stark interessiert seien. Dies schließe den KSZE-Prozeß und die bilateralen Beziehungen zur Bundesrepublik ebenso ein wie den Dialog mit den USA. Dieser Wunsch nach Kontinuität in den Westbeziehungen sei angesichts der polnischen Entwicklung besonders ins Auge fallend. Jedenfalls habe die Art der sowjetischen Gesprächsführung keinen Hinweis auf eine möglicherweise getroffene Entscheidung hinsichtlich eines gewaltsamen Eingriffs in Polen gegeben." Van Well habe darauf verwiesen, „daß die sowjetische Reaktion auf die neue Administration insgesamt durch ein erhebliches Maß an Unsicherheit gekennzeichnet sei". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1452; VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig vgl. Dok. 106.

98

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 3. April 1981, 16.08 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 43 **Ankunft: 4. April 1981, 09.36 Uhr**

Betr.: Haltung von Papst Johannes Paul II. zur Lage in Polen

Aus einer sicheren Quelle erhielt ich zu obigem Thema folgende Mitteilungen:

1) Papst Johannes Paul II. verfolge die Ereignisse in Polen täglich und mit der größten Aufmerksamkeit. Er habe sich die technische Möglichkeit schaffen lassen, in seinen Privaträumen direkt die Sendungen des polnischen Fernsehens zu verfolgen, und er mache von dieser Möglichkeit weidlich Gebrauch.

2) Gesprächspartner für den Papst in allen polnischen Angelegenheiten seien eine Reihe von hochstehenden polnischen Geistlichen in Rom und vor allem sein Privatsekretär Monsignore Dziwisz. Auch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli erörtere der Papst laufende polnische Angelegenheiten. So sei es wohl Casaroli zu danken, daß die Ausführungen, die der Papst am 29.3. zur Lage Polens machte[2], einen klaren Hinweis auf die Schlußakte von Helsinki enthielten, wonach „sich die Teilnehmerstaaten jeder direkten oder indirekten, einzeln oder gemeinsam durchgeführten Intervention in die inneren oder äußeren Angelegenheiten, die in die Kompetenz eines anderen Teilnehmerstaates fallen, enthalten, wie immer auch ihre gegenseitigen Beziehungen sein mögen“[3]. Der übrige kuriale Apparat, namentlich der für die Außenpolitik des Heiligen Stuhls an sich zuständige „Rat für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche“, sei dagegen in den polnischen Dingen kaum eingeschaltet.[4]

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Treskow am 6. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil und Legationsrat I. Klasse Scheer verfügte.
Hat Keil und Scheer am 6. April 1981 vorgelegen.

2 Papst Johannes Paul II. erklärte anläßlich des Angelus-Gebets im Vatikan u. a.: „Die öffentliche Meinung erkennt an, daß die Polen das unbestreitbare Recht haben, ihre inneren sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus eigenen Kräften zu überwinden. Sie wollen sie überwinden, und sie sind dazu imstande. Während in Madrid seit Monaten die Folgekonferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa tagt, muß man sich darum bemühen, daß ihre Arbeiten zur Sicherung und Festigung des Friedens auf dem europäischen Kontinent beitragen – unter voller Achtung der Rechte aller Nationen sowie auch der Rechte des Menschen und seiner fundamentalen Freiheiten“. Vgl. den Artikel „Johannes Paul II. ‚Betet für mein Heimatland Polen‘“; L’OSSERVATORE ROMANO, 11. Jg., Nr. 14 vom 3. April 1981, S. 1.

3 Für den Wortlaut von Prinzip VI der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917.

4 Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 30. März 1981: „Der vatikanische ‚Außenminister‘ Erzbischof Silvestrini sagte mir […] heute (30.3.) in einem Gespräch, die Haltung des Heiligen Stuhls zur Krise in Polen lasse sich in einem Satz zusammenfassen: Polen müsse seine Krise ohne Einmischung von außen überwinden können, es werde die Chance dazu aber nur haben, wenn sowohl auf staatlicher wie auf gewerkschaftlicher Seite Mäßigung geübt werde. Silvestrini fügte hinzu, daß die Möglichkeit einer militärischen Intervention seitens der Sowjetunion zwar jederzeit bestehe, im Vatikan zur Zeit aber nicht für besonders wahrscheinlich gehalten werde. Aufgrund der großen wirtschaftlichen Probleme, die sich die Sowjetunion bei einer militärischen Intervention zusätzlich aufbürden würde, und aufgrund des Fortbestehens sowjetischen Interesses an Dialog mit USA bestehe eine gewisse Hoffnung, daß militärisches Eingreifen der Ostblockstaaten vermieden werden könne. Allerdings sei zu befürchten, daß die Sowjetunion harten Druck im Sinne einer Um-

3) Der mit Abstand wichtigste Draht des Papstes nach Polen bestehe zu dem polnischen Kardinalprimas Wyszyński. Daneben bestehe ein gut funktionierender Gesprächskanal mit der polnischen Regierung auch über die Delegation für die ständigen Arbeitskontakte mit dem Heiligen Stuhl in Rom.

4) Die Linie des Papstes sei es bisher gewesen, sich auf das politische Urteil von Kardinal Wyszyński zu verlassen und diesen in etwaigen politischen Aktionen zu unterstützen. In Übereinstimmung mit Kardinal Wyszyński richte der Papst von Zeit zu Zeit öffentliche Appelle zur Mäßigung an alle Seiten in Polen. Der Wojtyła-Papst habe, anders als zu der Zeit, da er noch Kardinal in Krakau war[5], gelernt, daß der politische Entwicklungsprozeß in Polen (im Sinne größter Unabhängigkeit und von mehr Demokratie im Innern) mühsam sei und nur mit Behutsamkeit vorangetrieben werden könne.

5) Die Kommission Staat/Kirche in Warschau habe alle Probleme, die vor Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen zu regeln seien, inzwischen gelöst. Von der Sache her könne die Aufnahme diplomatischer Beziehungen jeden Tag beschlossen werden. Meinungsverschiedenheiten (auch innerhalb der polnischen Regierung) bestünden allerdings hinsichtlich des politisch geeigneten Zeitpunkts für die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen.[6]

6) Der Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa habe fast ständig zwei Berater der polnischen Geistlichkeit in seiner Nähe und sei bisher weitgehend den Ratschlägen von Kardinal Wyszyński gefolgt. Es erweise sich aber zunehmend, daß nicht alle Kräfte der Gewerkschaft „Solidarität“ mehr bereit seien, sich der Führung durch Wałęsa anzuvertrauen, zumal wenn zutage trete, daß dieser auf tägliche Empfehlungen seiner Berater angewiesen sei. Im ganzen sei darüber hinaus zu beobachten, daß der Einfluß der katholischen Kirche auf die politische Entwicklung in Polen nachzulassen beginne.

[gez.] Gehlhoff

Referat 214, Bd. 132910

Fortsetzung Fußnote von Seite 543

drehung der polnischen Reformen der letzten Monate ausüben werde, daß die Krise noch lange andauere und daß sie sich als ein Bremsklotz für die Fortentwicklung des Gesprächs zwischen Ost und West erweisen werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 36; Referat 214, Bd. 132953.

5 Bis zu seiner Wahl zum Papst am 16. Oktober 1978 war Karol Józef Wojtyła seit 1964 Erzbischof von Krakau und seit 1967 Kardinal.

6 Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 29. Juni 1981 über ein Gespräch mit dem Sekretär des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls, Kardinal Casaroli, in dem dieser über seinen Besuch vom 30. Mai bis 1. Juni 1981 in Polen informiert habe: „Einer Frage von mir, ob in Kürze mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Heiligen Stuhl und Polen gerechnet werden könne, wich Casaroli aus. Er bemerkte allerdings, daß der Wunsch nach Herstellung diplomatischer Beziehungen von staatlicher Seite (Kania, Jaruzelski?) in Warschau an ihn herangetragen worden sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 83; Referat 203, Bd. 123284.

99

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau

010-965/81 geheim **4. April 1981**[1]

Gespräch des Ministers mit AM Gromyko auf dem Flugplatz in Moskau am 4. April 1981[2]

BM sprach Gromyko auf Polen an: Wir hätten besorgniserregende Informationen bezüglich eines möglichen Verhaltens der Sowjetunion in bezug auf Polen erhalten.[3] Wir gingen davon aus, daß die sowjetische Führung verstanden hat, welche fundamentalen Auswirkungen es haben würde, wenn solche Aktionen in Polen eintreten sollten.

Gromyko erwiderte, BM sei taktvoll genug gewesen, das[4] in den Gesprächen nicht zu erwähnen.

Darauf *BM*: Das sei so[5] nicht richtig. Er habe in den Gesprächen mit Gromyko auf unsere Haltung in dieser Frage wiederholt hingewiesen und sie auch in dem Gespräch mit Breschnew erwähnt. Er wolle Gromyko auf den Ernst hinweisen, mit dem wir diese Frage sähen.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl auf dem Rückflug von Moskau gefertigt.
Hat Braunmühl am 6. April 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Geheim einstufen."
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 93 und Dok. 95–97.

3 Gesandter Dannenbring, Washington, gab am 2. April 1981 Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium weiter: „Durch jüngste Maßnahmen sei die Vorwarnzeit für eine begrenzte Invasion Polens auf 24 bis 48 Stunden verringert worden. […] Im Unterschied zum Dezember 1980 existiere in Polen nunmehr eine ‚Invasionsinfrastruktur'". Aufgrund der Entwicklung der letzten Tage sei „zu unterstellen, daß die sowjetische Invasionsneigung sich erheblich verstärkt habe, daß aber auch die Kosten einer Invasion gestiegen seien". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1404; VS-Bd. 13315 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), berichtete am 3. April 1981, der Ständige NATO-Rat habe sich am selben Tag „mit äußerst beschränktem Teilnehmerkreis" mit der Lage in Polen befaßt. Von amerikanischer Seite sei eine pessimistische Lagebeurteilung gegeben worden. Die Beurteilung durch die übrigen NATO-Mitgliedstaaten habe „eine gewisse Relativierung der starken amerikanischen Besorgnisse" ergeben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 631; VS-Bd. 13283 (213); B 150, Aktenkopien 1981.
Am selben Tag teilte Dannenbring aus einer weiteren Lagebesprechung im amerikanischen Außenministerium mit, es seien insgesamt 15 Flüge sowjetischer Transportmaschinen über die ČSSR nach Polen festgestellt worden. Ferner sei „der Luftraum über der gesamten tschechoslowakisch-polnischen Grenze für den 4./5. April bis zu einer Höhe von 6200 Metern für den zivilen Luftverkehr gesperrt worden". Dannenbring legte dazu dar: „In der Bewertung dieser Vorgänge war man sich im State Department weiterhin unschlüssig. Die Flüge könnten, hieß es, den Beginn einer ‚schleichenden Invasion' darstellen, aber es sei unklar, was eine solche militärische Intervention bewirken könne oder solle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1413; VS-Bd. 13315 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „diese Frage".

5 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

Gromyko erwiderte: „Ich kann Ihnen erklären, daß Ihre taktvolle Weise, diese Frage zu behandeln, nicht enttäuscht werden wird."

Er fuhr fort: Die Sowjetunion störe es, daß immer wieder öffentliche Geräusche in dieser Frage gemacht würden, in Washington, aber manchmal auch in Bonn. Das sei nicht in Ordnung. Er verstehe die Bemerkung des Ministers so, daß er diesen Punkt abhaken wolle.

BM widersprach: Er wolle diese Frage sehr ernsthaft ansprechen.

Gromyko erwiderte: Er verstehe. Er kenne den Minister seit vielen Jahren. Er wisse, daß er ein großer Staatsmann sei, der mit großem Verantwortungsbewußtsein und Takt solche Fragen behandele. Lachend[6]: Allerdings habe er, was die Zurückhaltung angehe, noch große Reserven, die noch nicht genutzt seien.

BM wies in dem Gespräch noch darauf hin, daß nach unserem Eindruck das letzte ZK-Plenum in Warschau[7] eine positive Wirkung gehabt habe.

Semjonow bemerkte im Auto BM gegenüber: In Polen entwickele sich eine ähnliche Lage wie 1968 in Frankreich. (Anmerkung: Semjonow hatte in einem Gespräch mit BM im Dezember 1980 behauptet, de Gaulle habe in bezug auf die Lage in Frankreich 1968 gesagt, die französische Regierung hätte eher die Amerikaner zu Hilfe gerufen, als es zum Schlimmsten kommen zu lassen.[8])

VS-Bd. 14095 (010)

6 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

7 Am 29. März 1981 fand in Warschau die 9. Plenarsitzung des ZK der PVAP statt. Für die Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 331 f. (Auszug).
Botschafter Negwer, Warschau, stellte am 1. April 1981 zu Verlauf und Ergebnissen fest, „daß Kania und Jaruzelski sich mit Unterstützung der Parteibasis gegenüber der harten Linie von Olszowski/Grabski in den wesentlichen Fragen mit geringen, mehr oder weniger optischen Abstrichen voll durchgesetzt haben". Es sei beschlossen worden, den nächsten Parteitag der PVAP spätestens ab 20. Juli 1981 durchzuführen: „Insgesamt hat dieses ZK-Plenum damit durch Verlauf und Ergebnis die Weichen für eine weitergehende Partei- und Gesellschaftsreform gestellt. Der Druck der Basis dürfte den Widerstand des Apparats erheblich geschwächt haben. Angesichts der Virulenz der Reformdebatte im ZK und an der Basis dürfte die Sorge vor einem Öffnen aller Schleusen hin zu tschechoslowakischen Verhältnissen 1968 […] bei Überlegungen Kanias und Jaruzelskis stärker als bisher einkalkuliert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 495; Referat 214, Bd. 132910.

8 Der sowjetische Botschafter Semjonow machte diese Äußerungen im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 17. Dezember 1980. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133176.

100

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

500-503.01 **6. April 1981**[1]

Über den Herrn Staatssekretär[2] dem Herrn Minister

Betr.: Auslandseinsatz der Bundeswehr[3]

Anlg.: 1

Als Anlage wird eine Ausarbeitung über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Auslandseinsatzes der Bundeswehr vorgelegt. Die Aufzeichnung wurde, einer Bitte des Bundeskanzleramtes[4] entsprechend, unter Federführung des Auswärtigen Amts und unter Mitwirkung der innerhalb der Bundesregierung zu beteiligenden Häuser, BMI, BMJ und BMVg, erstellt. Das Bundeskanzleramt war ebenfalls in allen Stadien beteiligt.

Der verhältnismäßig lange Zeitraum, den die Erstellung der Vorlage in Anspruch nahm, geht primär darauf zurück, daß vor jeder Abstimmung im Ressortkreis zunächst eine interne Abstimmung im BMJ nötig war, die sich als zeitraubend und offenbar schwierig erwies. Der jetzt einvernehmlich verabschiedete Text läßt fortbestehende Meinungsunterschiede über die zweckmäßigste Form der Rechtfertigung des Auslandseinsatzes der Bundeswehr im Rahmen bestehender Bündnisverpflichtungen dahingestellt. Ferner bleibt offen, ob für den Auslandseinsatz der Bundeswehr primär Art. 87 a des Grundgesetzes oder die Gesamtheit der die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland regelnden Bestimmungen des Grundgesetzes ausschlaggebend sind. Das Endergebnis wird dadurch jedoch nicht beeinflußt. Es wird vorgeschlagen, die Aufzeichnung nunmehr an den Herrn Bundeskanzler weiterzuleiten.

gez. Fleischhauer[5]

1 Durchschlag als Konzept.
Hat Vortragendem Legationsrat Hillgenberg am 8. April 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Oesterhelt am 10. April 1981 vorgelegen.

2 Günther van Well.

3 Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. AAPD 1978, I, Dok. 162 und Dok. 163.

4 Mit Schreiben vom 10. Oktober 1980 teilte Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg mit, Bundeskanzler Schmidt bitte „im Anschluß an die Erörterung im Bundeskabinett am 8. Oktober 1980 um Prüfung der Frage einer rechtlichen Zulässigkeit des Auslandseinsatzes der Bundeswehr nach dem Grundgesetz. Die Bitte wird wegen der außenpolitischen Bedeutung der Angelegenheit an das Auswärtige Amt gerichtet." Vgl. B 80 (Referat 500), Bd. 1407.

5 Paraphe vom 14. April 1981.

[Anlage]

Betr.: Verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Im Zusammenhang mit westlichen Überlegungen über die Offenhaltung der Straße von Hormuz[6] ist in der Öffentlichkeit erneut das Thema der verfassungsrechtlichen Zulässigkeit eines Auslandseinsatzes der Bundeswehr aufgegriffen worden.

Das Bundeskanzleramt hat wegen der außenpolitischen Bedeutung der Frage an das Auswärtige Amt die Bitte gerichtet, diese Frage zu prüfen.

Das Auswärtige Amt hat eine Abstimmung mit den Ressorts (BMI, BMJ, BMVg) durchgeführt. Als Ergebnis ist folgendes festzuhalten:

I. Der Aufgabenbereich der Bundeswehr ist angesprochen in Artikel 87 a Grundgesetz, dessen Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 wie folgt lauten:

„(1) Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf …

(2) Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt."[7]

Artikel 87 a ist eines der Ergebnisse der verfassungsrechtlichen Auseinandersetzungen um den Wehrbeitrag der Bundesrepublik Deutschland. Er wurde zuerst durch das Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 19.3.1956 (BGBl I, 1956, S. 111) in das Grundgesetz eingefügt und erhielt seine heutige Fassung im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung aus dem Jahre 1968 (BGBl I, 1968, S. 709). Aus der Entstehungsgeschichte ergibt sich, daß es der Zweck der Bestimmung ist, den Auftrag der Bundeswehr so zu umreißen, daß die Bundeswehr nicht wie die Reichswehr in der Weimarer Republik zu einem Faktor bei der Austragung innenpolitischer Auseinandersetzungen werden kann. Dies entsprang der Sorge, die Bundeswehr könnte eines Tages als innenpolitisches Machtinstrument mißbraucht werden (vgl. Maunz-Dürig, Kommentar zum Grundgesetz, Art. 87 a, Ziffer 28, S. 15[8]). Der Aspekt des Auslandseinsatzes der Bundeswehr hat offenbar in den Erörterungen, die zu Art. 87 a in seiner heutigen Fassung führten, wenn überhaupt, dann nur eine sehr geringe Rolle gespielt.

II. Bei der Bewertung der Aussage des Grundgesetzes zum Auslandseinsatz der Bundeswehr kommt es im Ergebnis nicht entscheidend darauf an, ob aus der Entstehungsgeschichte des Art. 87 a der Schluß zu ziehen ist, der Auslandseinsatz sei dort geregelt, oder ob man annimmt, daß für die verfassungsrechtliche Beurteilung insoweit der Gesamtzusammenhang aller den Einsatz der

6 Im Zuge des irakisch-iranischen Kriegs stellten die USA Überlegungen an, in Zusammenarbeit mit anderen Staaten für den Fall einer Schließung der für die Erdölversorgung wichtigen Straße von Hormuz Marinestreitkräfte einzusetzen, um die freie Schiffahrt sicherzustellen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 286.

7 Für den Wortlaut von Artikel 87 a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

8 Vgl. Theodor MAUNZ, Günter DÜRIG u. a., Grundgesetz, Kommentar zu Artikel 87 a (Lieferung August 1971), Bd. III, München.

Bundeswehr zur Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland betreffenden Bestimmungen des Grundgesetzes entscheidend sei. Essentiell sind in jedem Falle die beiden Begriffe „Einsatz“ und „Verteidigung“.

1) In der deutschen verfassungsrechtlichen Literatur besteht Übereinstimmung darüber, daß der Begriff des Einsatzes sich auf alle Verwendungen der Bundeswehr als Mittel der vollziehenden Gewalt bezieht; wobei es nicht allein darauf ankomme, ob die Bundeswehr als Waffenträger eingesetzt werde oder nicht (Maunz-Dürig a.a.O., Ziffer 32, S. 17, Mangoldt-Klein, Das Bonner Grundgesetz, Band III, S. 2322 f.[9]). Dementsprechend fallen unter den Einsatzbegriff, wie er auch in Art. 87 a Abs. 2 verwendet worden ist, nicht rein technische Einsätze der Bundeswehr wie etwa Katastrophenhilfe im In- und Ausland, Erntehilfe, Transport von Lebens- und Arzneimitteln in Erdbebengebiete, Repräsentationsverwendungen von Bundeswehreinheiten etc. (so auch Maunz-Dürig, a.a.O., Ziffer 36, S. 20, und Mangoldt-Klein, S. 2322) oder Übungen von Einheiten der Bundeswehr, wie sie zunehmend im Ausland durchgeführt werden. Auch reine Transportaufgaben der Bundeswehr für VN-Friedenstruppen werden nicht von dem Einsatzbegriff erfaßt.

2) Der andere Begriff, auf den es entscheidend ankommt, ist derjenige der Verteidigung. Die Ausrichtung des Verwendungszwecks der Bundeswehr auf die Verteidigung entspricht der generell völkerrechtsfreundlichen Haltung des GG und dem Art. 26, der Angriffskriege ausdrücklich als verfassungswidrig bezeichnet[10]. Es fällt jedoch auf, daß Art. 87 a diesen Begriff ohne Bezug verwendet. Die Bestimmung erläutert nicht, was verteidigt werden soll; ebensowenig enthält sie einen territorialen Bezug. Art. 87 a ist jedoch nicht die einzige Bestimmung des Grundgesetzes, die auf den Begriff der Verteidigung abstellt. Dieser Begriff findet sich vielmehr in einer Vielzahl von sonstigen Bestimmungen, namentlich Art. 17 a[11], 45 a[12], 73[13], 79[14] und 80 a[15] und 115 a[16]. Während Art. 79 ausdrücklich von „Verteidigung der Bundesrepublik“ spricht, kann die „Verteidigung“ in den anderen Bestimmungen begrifflich nur Verteidigung der Bundesrepublik bedeuten (vgl. z. B. in Art. 45 a GG „Ausschuß für Verteidigung“). Dementsprechend wird der Begriff der Verteidigung in Art. 87 a, ebenso wie an anderen Stellen des Grundgesetzes, von dem weitaus überwiegenden

9 Vgl. Hermann von MANGOLDT, Friedrich KLEIN, Das Bonner Grundgesetz, München, 2. Auflage 1974.

10 Für den Wortlaut von Artikel 26 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4.

11 Für den Wortlaut von Artikel 17 a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 19. März 1956 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 111.

12 Für den Wortlaut von Artikel 45 a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 19. März 1956 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 111 f. Vgl. dazu ferner BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil I, S. 2382.

13 Für den Wortlaut von Artikel 73 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 9. Vgl. dazu ferner BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil I, S. 45, BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711, sowie BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil I, S. 1305.

14 Für den Wortlaut von Artikel 79 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 10. Vgl. dazu ferner BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil I, S. 45.

15 Für den Wortlaut von Artikel 80 a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

16 Für den Wortlaut von Artikel 115 a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711f.

Teil der Literatur als Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland verstanden, und zwar gegen einen von außen mit Waffengewalt geführten Angriff.

Völkerrechtlich gesehen entspricht dieser Verteidigungsbegriff dem Begriff der Selbstverteidigung, d. h. der zulässigen Gegenwehr eines Staates gegen einen bewaffneten Angriff eines anderen Staates.

Der Einsatz der Bundeswehr, und zwar auch im Ausland, ist demnach verfassungsrechtlich immer dann zulässig, wenn die Bundesrepublik Deutschland selbst angegriffen wird und sich mithin im Zustand der Ausübung des individuellen Selbstverteidigungsrechts befindet, sei es allein oder sei es gemeinsam mit anderen gleichzeitig angegriffenen Staaten. Darüber hinaus wird Auslandseinsatz im Rahmen der kollektiven Selbstverteidigung verfassungsrechtlich insoweit mit abgedeckt, als es sich um einen Einsatz im Rahmen von Bündnissystemen wie NATO und WEU handelt, die den Merkmalen des Art. 24 Abs. 2 GG[17] entsprechen und die in der Kollektivität der Bündnispartner auch der Bundesrepublik Deutschland unmittelbaren Schutz vor Angriffen von außen bieten. Diese Verpflichtungen fand der Verfassungsgeber bei der Einführung der die Bundeswehr und den Verteidigungsfall betreffenden Vorschriften sowie des Art. 87 a in das Grundgesetz vor.

Verfassungsrechtlich nicht gedeckt wäre dagegen ein Auslandseinsatz der Bundeswehr, wenn die Bundesrepublik Deutschland – ohne selber angegriffen zu sein und außerhalb der vorerwähnten Bündnisverpflichtung – einem angegriffenen Drittstaat zu Hilfe käme. Völkerrechtlich würde allerdings auch dies unter den Begriff der kollektiven Selbstverteidigung fallen.

Ferner erfassen weder der Verteidigungsbegriff des GG noch derjenige des Völkerrechts, über die Gegenwehr gegen bewaffnete Angriffe von außen hinaus, den Schutz eines jeden staatlichen Interesses ohne Rücksicht auf Natur und Belegenheit desselben. Dies ergibt sich mit besonderer Deutlichkeit aus der Aggressionsdefinition der VN-Generalversammlung von 1974 (Res. 3314 (XXIX)[18]).

Als Angriffshandlungen, die nach Art. 51 der VN-Charta[19] zur Selbstverteidigung berechtigen, werden darin insbesondere genannt

– der Einmarsch in das Gebiet eines anderen Staates,
– die Beschießung des Gebietes eines anderen Staates,
– die Blockade der Häfen eines anderen Staates,
– der Angriff auf die Land-, See- und Luftstreitkräfte oder die See- und Luftflotte eines anderen Staates,
– der Einsatz von Stationierungsstreitkräften unter Bruch der zugrundeliegenden Vereinbarung,
– die Duldung der völkerrechtswidrigen Nutzung des eigenen Territoriums durch einen dritten Staat zum Zwecke von Angriffshandlungen,

17 Für den Wortlaut von Artikel 24 Absatz 2 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 4.

18 Im Anhang zu Resolution Nr. 3314 der VN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1974 wurde eine Definition von Aggression vorgenommen. Für den Wortlaut von Resolution Nr. 3314 sowie des Anhangs vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XV, S. 392–394.

19 Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464 f.

– die Entsendung von bewaffneten Banden und Freischärlern. (Voller Text im Europa-Archiv 30 (1975), S. D 318.)

3) Konkret gesprochen ist damit zunächst einmal der Auslandseinsatz der Bundeswehr im Rahmen der Bündnisverpflichtungen der NATO abgedeckt. Nach Art. 5 des NATO-Vertrages vereinbaren die Parteien, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird und daß jede von ihnen in Ausübung des in Art. 51 der Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet.[20] Die Bündnisverpflichtung des NATO-Vertrages, dem insoweit diejenige des WEU-Vertrags[21] in der Konstruktion entspricht, trägt in dieser Ausgestaltung der Verflechtung der Staaten des nordatlantischen Raumes Rechnung. Sie basiert auf einem auf Dauer angelegten System kollektiver Sicherheit, das einen hohen Grad von Interessengleichheit seiner Partner voraussetzt, durch weitgehende Integration und Institutionalisierung gekennzeichnet ist und das dem unmittelbaren Schutz seiner Mitglieder, darunter der Bundesrepublik Deutschland, dient. Dies macht verständlich, warum der enge Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes nach dem Willen des Verfassungsgebers hier ausnahmsweise auch Beistandspflichten im Rahmen kollektiver Selbstverteidigung umfaßt.

4) Auslandseinsätze der Bundeswehr können ferner außerhalb des Bereichs der Bündnisverpflichtungen und ohne Rücksicht auf das formelle Vorliegen des Bündnisfalles der NATO oder des Verteidigungsfalles (Kapitel Xa GG[22]) gegenüber einem völkerrechtswidrigen Angriff auf ein benachbartes Land (Schweiz, Österreich) mit dessen Einverständnis verfassungsrechtlich gedeckt sein, sofern sich dieser Angriff nach Art und Intention über den angegriffenen Staat hinaus auch gegen die Bundesrepublik Deutschland richtet; gegenüber einem solchen Angriff würde die Bundesrepublik Deutschland sich dann im Zustand der individuellen Selbstverteidigung (Art. 51 VN-Charta) befinden.

Schließlich ließe der Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes den Auslandseinsatz der Bundeswehr in dem – theoretisch immerhin denkbaren – Fall gerechtfertigt erscheinen, daß Land-, See- oder Luftstreitkräfte der Bundesrepublik Deutschland irgendwo in der Welt angegriffen werden und die Art des bewaffneten Angriffes sowie die Haltung der hierfür verantwortlichen Regierung erkennen lassen, daß dieser Angriff darüber hinaus unmittelbar gegen die Bundesrepublik Deutschland als solche gerichtet ist. Hier läge erneut ein Fall der Ausübung individuellen Selbstverteidigungsrechts vor. Die Annahme eines Angriffs in diesem Fall stimmt auch mit der Aggressionsdefinition der VN-Generalversammlung überein. Gewaltanwendung gegen Handelsschiffe unter deutscher Flagge wäre zwar ein völkerrechtliches Delikt, nicht aber ein Angriff im Sinne dieser Definition und würde damit den Auslandseinsatz der Bundeswehr

20 Für den Wortlaut von Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

21 Vgl. dazu Artikel V des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954; BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 286.

22 Für Kapitel Xa des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 24. Juni 1968, das die neugeschaffenen Artikel 115a–115l über den Verteidigungsfall umfaßte, vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711–714.

für sich allein nicht rechtfertigen (nur für den konzentrierten Angriff auf die gesamte Handelsflotte eines Staates könnte etwas anderes gelten).

5) An einer internationalen Streitmacht außerhalb des Bündnisfalles kann die Bundeswehr sich demnach mit militärischen Mitteln nur dann beteiligen, wenn sie zur Abwehr einer Situation aufgestellt wird, die zugleich einen völkerrechtswidrigen Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland darstellt. Eine Unterbrechung der Ölzufuhren aus dem Persischen Golf würde zwar eine wirtschaftliche Notsituation herbeiführen und eine gefährliche wirtschaftliche Spannung hervorbringen; ein Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland, die dieser ein individuelles Recht zu Selbstverteidigung geben würde, würde hierin jedoch nicht liegen. Eine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Streitmacht im Persischen Golf wäre daher, wenn überhaupt, jedenfalls im gegenwärtigen Zeitpunkt verfassungsrechtlich nicht gedeckt. Dies ist die übereinstimmende Meinung der beteiligten Ressorts.

6) Was die Beteiligung der Bundeswehr an Friedenstruppen der Vereinten Nationen betrifft, so sind der (bisher theoretische) Fall, in dem der Sicherheitsrat den Einsatz einer Truppe nach Kapitel VII der Charta[23] bindend anordnet, zu unterscheiden von dem (praktischen) Fall, in dem der Generalsekretär auf Beschluß des Sicherheitsrats aufgrund freiwilliger Beiträge der VN-Mitglieder eine Friedenstruppe aufstellt, die mit Zustimmung der an einem Streitfall beteiligten Staaten in einem Krisengebiet eingesetzt wird.

6.1) Für den ersten Fall enthält das Vertragsgesetz zur VN-Charta[24] keine spezifische Ermächtigung, die die Bundesrepublik Deutschland in die Lage versetzen würde, ohne Rücksicht auf den engeren Verteidigungsbegriff des Grundgesetzes einem solchen bindenden Beschluß nachzukommen.

6.2) Im zweiten Fall hat die Bundeswehr den VN-Friedenstruppen schon bisher durch Überlassung von Material und durch Lufttransporte technische Hilfe geleistet. Dagegen sind Bundeswehrsoldaten bisher nicht in die VN-Friedenstruppen („Blauhelme“) eingegliedert worden.

Darüber, ob eine solche Beteiligung schon heute verfassungsrechtlich unbedenklich wäre, gehen die Meinungen zwischen den beteiligten Ressorts auseinander:

Das BMJ leitet daraus, daß die VN-Friedenstruppen nicht für den kriegerischen Einsatz vorgesehen sind, daß sich ihr Waffengebrauch auf den Selbstschutz beschränkt und daß sie stets nur mit Zustimmung der Parteien in einem Konfliktgebiet entsandt werden, die Folgerung ab, daß eine Beteiligung der Bundeswehr an ihnen im Hinblick auf das in der Präambel enthaltene Friedensgebot[25] und die völkerrechtsfreundliche, eine Zusammenarbeit der Staatengemeinschaft fördernde Haltung des Grundgesetzes verfassungsrechtlich gedeckt sei; dem stehe insbesondere Art. 87 a GG wegen seiner auf die innere Ordnung bezogenen Tendenz nicht entgegen.

23 Für den Wortlaut von Kapitel VII der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 458–465.

24 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 6. Juni 1973 zum Beitritt der Bundesrepublik zur VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 430.

25 Für den Wortlaut der Präambel des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1.

BMI, BMVg und Auswärtiges Amt stehen dagegen auf dem Standpunkt, daß trotz der Aufgabenstellung der VN-Friedenstruppen eine Beteiligung der Bundeswehr wegen des engen Verteidigungsbegriffs des Grundgesetzes gegenwärtig von der Verfassung nicht gedeckt wäre. Etwas anderes kann nach Meinung dieser Ressorts nur gelten, wenn eine bestimme VN-Friedenstruppe in einem Fall aufgestellt wird, der zugleich der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland gegen einen völkerrechtswidrigen Angriff dient. (Die den Bestimmungen des Grundgesetzes über die Bundeswehr zugrundeliegende Intention, eine Verwendung der Streitkräfte als innenpolitisches Machtmittel auszuschließen, genüge nicht, um dem Begriff der Verteidigung seine Bedeutung zu nehmen.)

7) Zu behandeln ist schließlich noch der Fall eines bewaffneten Auslandseinsatzes der Bundeswehr zur Rettung deutscher Staatsangehöriger aus konkreter Not.

7.1) Das Völkerrecht wertet Gewaltakte gegen Staatsbürger im Ausland zwar nicht als Angriff auf den Heimatstaat; jedoch ist in äußersten Notlagen der bewaffnete Eingriff zur Rettung eigener Staatsbürger auch ohne Einwilligung des Territorialstaates unter Notstandgesichtspunkten nicht ausgeschlossen worden.

7.2) Bei der Frage, ob auch nach der Verfassung entsprechende Notstandserwägungen durchgreifen könnten, gehen die Meinungen wiederum auseinander: BMJ und BMI vertreten die Ansicht, daß die verfassungsrechtliche Schutzpflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern im konkreten Fall, z. B. bei einem Genozid-Angriff auf Deutsche, so aktuell werden könnte, daß ein bewaffneter Auslandseinsatz der Bundeswehr verfassungsrechtlich gerechtfertigt sei. Das BMJ verweist zusätzlich darauf, daß die geschilderten Schranken für den Einsatz der Bundeswehr von ihrer Entstehung her auf den Inlandseinsatz der Bundeswehr abzielen. Demgegenüber stehen BMVg und Auswärtiges Amt angesichts der nach ihrer Ansicht gebotenen engen Auslegung des Verteidigungsbegriffs des Grundgesetzes auf dem Standpunkt, daß ein bewaffneter Auslandseinsatz der Bundeswehr unter den geschilderten Umständen gegenwärtig von der Verfassung nicht oder jedenfalls nicht zweifelsfrei gedeckt wäre.

III. Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß das Grundgesetz über den Bündnisfall hinaus den Auslandseinsatz der Bundeswehr für alle diejenigen Fälle zuläßt, in denen ein bewaffneter Angriff auf die Bundesrepublik Deutschland vorliegt, gegen den ihr „das naturgegebene Recht zur individuellen … Selbstverteidigung“ nach Art. 51 VN-Charta zusteht.

Ferner sind gedeckt Selbstverteidigung und Beistandspflichten im Rahmen von NATO und WEU.

Nicht zulässig wäre ein Einsatz allein zur Wahrung wirtschaftlicher Interessen.

Die Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Streitmacht in der Straße von Hormuz wäre, wenn überhaupt, zumindest gegenwärtig verfassungsrechtlich nicht gedeckt.

Ob eine Beteiligung an VN-Friedenstruppen zulässig wäre, wird innerhalb der beteiligten Ressorts unterschiedlich beurteilt.

Ob und unter welchen – naturgemäß engsten – Voraussetzungen ein Einsatz der Bundeswehr zur Rettung kollektiv verfolgter Staatsbürger aus schwerster

Gefahr bei Vorliegen einer schwerwiegenden Völkerrechtsverletzung verfassungsrechtlich zulässig ist, wird ebenfalls unterschiedlich bewertet.[26]

B 80 (Referat 500), Bd. 1407

101

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer

513-542.40 RUM-205/81 geheim **6. April 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Aussiedlung aus Rumänien[4]

Bezug: a) Ministervorlage vom 16.3.1981 – 513-542 RUM 205/81 geh.[5]
b) Schreiben des BMI vom 18.3.1981 – VtK I 7-933 005 RUM 11/81 geh.[6]

26 Vortragender Legationsrat Hillgenberg teilte Referat 014 am 27. April 1981 mit: „Der Herr Bundesminister hat zugestimmt, daß diese Ausarbeitung nunmehr an den Herrn Bundeskanzler weitergeleitet wird (vgl. anliegende Aufzeichnung vom 6.4.1981). Referat 500 übersendet ein Original der Ausarbeitung mit dem Vorschlag, dieses dem Bundeskanzleramt zu übermitteln." Außerdem sollten die Bundesministerien des Innern, der Justiz und der Verteidigung weitere Exemplare zur Kenntnisnahme erhalten. Vgl. B 80 (Referat 500); Bd. 1407.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Jestaedt konzipiert.

2 Hat Staatssekretär van Well am 9. April 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 14. April 1981 vorgelegen.

4 Seit 1973 bestanden zwischen der Bundesrepublik und Rumänien Absprachen über die Ausreise von Volksdeutschen aus Rumänen in die Bundesrepublik, die gegen finanzielle Leistungen der Bundesregierung gewährt wurde. Zuletzt schlossen beide Seiten am 7. Januar 1978 eine auf fünf Jahre angelegte Vereinbarung, die pro Person ein Ausgleichsbetrag von 4000 DM vorsah. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 293, und AAPD 1978, I, Dok. 11.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil notierte am 18. September 1980, daß im Vergleich zu den Vorjahren die Zahl der Ausreisenden gestiegen sei. Zu den rumänischen Motiven legte er dar: „Unserem dem Herrn Bundesminister bekannten Unterhändler […] wurde von rumänischer Seite seit dem Frühjahr 1980 wiederholt bedeutet, daß sie angesichts der internationalen Inflation eine Erhöhung unserer finanziellen Leistungen wünscht. […] Wir gehen davon aus, daß wir grundsätzlich nur dann höhere Leistungen erbringen werden, wenn die rumänische Seite ihrerseits die Aussiedlungszahlen deutlich erhöht." Vgl. VS-Bd. 10815 (513); B 150, Aktenkopien 1980.

5 Ministerialdirektor Fleischhauer notierte aus einer Ressortbesprechung mit den Bundesministerien für Finanzen bzw. des Innern: „StS Fröhlich berichtete über die letzten Gespräche von H[üsch] in Bukarest am 2.3. Dabei hat sich ergeben, daß die rumänische Seite bereit ist, unseren Vorstellung hinsichtlich der Aussiedlerzahl (13 500 statt wie bisher 11 000) entgegenzukommen". Rumänien bestehe auf einer Erhöhung des Betrages pro Person um 1000 DM, was nach Ansicht von Staatssekretär Fröhlich, Bundesministerium des Innern, „nicht mehr negotiabel" sei: „Ablehnung würde dazu führen, daß die rumänische Seite, die eine Menge Störmöglichkeiten habe, Mittel und Wege finden würde, um auch bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Standpunktes ‚pacta sunt servanda' die Vereinbarung in der bisher geltenden Form nicht mehr korrekt durchzuführen". Staatssekretär Obert, Bundesministerium der Finanzen, habe ein Gespräch der Bundesminister Baum, Genscher und Matthöfer für erforderlich gehalten, an dem eventuell auch Bundeskanzler Schmidt teilnehmen solle. Zur finanziellen Belastung sei festgestellt worden, daß eine Annahme der rumänischen Forderungen Mehrkosten von 24 Mio. DM bedeuten würde, von denen das Bundesministerium des Innern 11 Mio. DM aufbringen könne. Vgl. VS-Bd. 12380 (513); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Für das Schreiben des Bundesministeriums des Innern vgl. VS-Bd. 12380 (513).

c) Vermerk vom 19.3.1981 – 513-542.40 RUM 205/81 geh.[7]
d) Schreiben des BMI vom 30.3.1981 – VtK I 7-933 005 RUM 11/81 geh.[8]

Anlg.: 4[9]

1) Wie sich aus dem beigefügten Schreiben des BMI vom 30. März 1981 ergibt, wurden die Verhandlungen mit der rumänischen Seite von unserem Beauftragten[10] am 24. März 1981 in Köln mit folgendem Ergebnis fortgeführt:

a) Die rumänische Seite wird ab 1.1.1981 mindestens 13500 Personen (statt bisher 11000) die Ausreisegenehmigung erteilen.

b) Wir zahlen für jeden anrechenbaren Aussiedler 5000 DM (statt bisher 4000 DM).

c) Die deutsche Seite hat durch eine Ergänzung des Protokolls klargestellt, daß die deutsche Bereitschaft zu finanziellen Mehrleistungen nur unter der Bedingung der rumänischerseits zugesagten erhöhten Aussiedlerzahl gilt. Die rumänische Seite hat wiederholt versichert, daß sie trotz der geringen Monatsergebnisse von Januar bis März 1981 die zugesagte Zahl von Aussiedlungen im Kalenderjahr 1981 erbringen werde.

2) Die Formalisierung der Vereinbarung soll beim nächsten Treffen in Bukarest, das für den 28./29. Mai 1981 vorgesehen ist, erfolgen.

3) Die Ergänzungen gelten bis zum 30. Juni 1983. Beide Seiten sind sich darüber einig, nach diesem Datum ihre Zusammenarbeit weiterzuführen und über die Einzelheiten zu gegebener Zeit zu verhandeln.

4) In der Chefbesprechung am 19. März 1981 wurde vereinbart, daß die zusätzlichen Mittel in Höhe von etwa 12 Mio. DM in der Bereinigungssitzung für den Bundeshaushalt 1981 am 10.5.1981 aus den zu erwartenden Streichungen im Gesamthaushalt des Bundes aufgebracht werden sollen. Im übrigen wird auf den Inhalt des beigefügten „Protokolls“ vom 3. März 1981[11] Bezug genommen.

Fleischhauer

VS-Bd. 12380 (513)

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Jestaedt vermerkte, daß am selben Tag eine Besprechung im Bundesministerium der Finanzen stattgefunden habe, an der die Bundesminister Baum und Matthöfer sowie die Staatssekretäre Obert (Bundesministerium der Finanzen) und van Well sowie weitere Vertreter der drei Ressorts teilgenommen hätten: „BM Matthöfer hielt die vorgesehenen Maßnahmen für politisch wichtig, BM Baum stellte fest, daß die humanitäre Qualität der Maßnahmen im Gesprächskreis unbestritten sei.“ Zur Finanzierung sei festgelegt worden, daß die zusätzlichen Mittel „aus den zu erwartenden Streichungen im Gesamthaushalt des Bundes aufgebracht werden. […] Für die folgenden Jahre wird zusammen mit BMI und AA sowie dem BMA geprüft werden, ob die Mittel der Sprachförderung für Aussiedler und Kontingentsflüchtlinge zugunsten der Mittel für diese humanitäre Aktion gesenkt werden können.“ Vgl. VS-Bd. 12380 (513); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Korrigiert aus: „VtK I 7-933 005 RUM Geh.“
Für das Schreiben des Bundesministerium des Innern vgl. VS-Bd. 12380 (513).

9 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 5–8.

10 Heinz Günther Hüsch.

11 Dem Vorgang beigefügt. Für die rumänische Aufzeichnung vgl. VS-Bd. 12380 (513).

102

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit UNFPA-Exekutivdirektor Salas und IPPF-Generalsekretär Wahren

7. April 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Exekutivdirektor des Weltbevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA[2]), Rafael M. Salas, und dem Generalsekretär der Internationalen Familienplanungsföderation (IPPF[3]), Carl Wahren, im Bundeskanzleramt am 7. April 1981 von 10.45 bis 11.50 Uhr

Nach Begrüßung durch den Bundeskanzler würdigte Herr *Salas*, daß der Bundeskanzler in Jamaika[4] und in seiner Rede vor der „Society for the Family of Man" (19.11.1980 in New York[5]) auf die Bedeutung des Bevölkerungsproblems hingewiesen habe, und äußerte die Hoffnung, daß er dies auch in Ottawa[6] und beim Nord-Süd-Treffen in Mexiko[7] tun werde.

Er schilderte sodann die bisherigen Erfolge bei der Eindämmung des Bevölkerungswachstums: Absinken der Fruchtbarkeit (gemeint wohl: der Wachstumsrate) von 2,2 auf z. Zt. 1,7 %, bis zum Jahre 2000 auf 1,5 %. Die Feststellung des Bundeskanzlers in seiner New Yorker Rede, daß bis dahin 6,3 Mrd. Menschen auf der Welt, bleibe aber richtig. Die zunächst rein privaten Familienplanungsbemühungen seien zunehmend von Regierungen übernommen worden. Heute hätten 80 % der Regierungen in den einschlägigen Ländern Familienplanungsprogramme, die zum größeren Teil aus Eigenmitteln und nur zum kleineren durch auswärtige Hilfe finanziert würden. Nur wenige Länder wünschten ein Bevölkerungswachstum. Mitte 2000 oder später werde sich die Weltbevölkerung zwischen 8 und 14 Mrd. Menschen stabilisieren – in jedem Fall eine sehr lange Perspektive.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 7. April 1981 über Ministerialdirigent von der Gablentz, Ministerialdirektor von Staden, Staatssekretär Lahnstein (alle Bundeskanzleramt) an Bundeskanzler Schmidt geleitet. Dazu vermerkte Franke: „1) Hiermit lege ich den über Ihr obiges Gespräch gefertigten Vermerk mit der Bitte um Billigung vor. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat, Ihre Zustimmung voraussetzend, einen Durchdruck erhalten. Es wird angeregt, auch dem Auswärtigen Amt einen Durchdruck zu überlassen. 2) Zu Ihrer Frage während des Gesprächs: Kanada wird am Nord-Süd-Gipfeltreffen teilnehmen."
Hat Gablentz, Staden und Lahnstein am 8. April 1981 vorgelegen.
Hat Bundeskanzler Schmidt am 9. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nicht gelesen, 2) Kopie z. d. A. pr[ivat] (S[amm]l[un]g bei mir)." Vgl. den Begleitvermerk; Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 008938.

2 United Nations Fund for Population Activities.

3 International Planned Parenthood Federation.

4 Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs statt. Vgl. AAPD 1978, II, Dok. 401.

5 Für den Wortlaut vgl. Helmut SCHMIDT, Perspectives on Politics, hrsg. von Wolfram F. Hanrieder, Boulder/Colorado 1982, S. 89–94.

6 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

7 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

Zu einzelnen Ländern bzw. Staatsmännern im Hinblick auf den Mexiko-Gipfel lobte Salas die energischen Anstrengungen von Präsident López Portillo (z. B. „sexual education" schon auf der Unterstufe). Allerdings habe Mexiko auch schlimmste Urbanisationsprobleme: Mexiko-City entwickle sich auf 20 Mio. Einwohner hin. Der *Bundeskanzler* verglich solchen Städtewuchs mit einem metastasenbildenden Krebs und nannte weitere Beispiele (u. a. Tokio).

Salas erwähnte ein Interesse PM Suzukis, die Bevölkerungsproblematik auf dem Mexiko-Gipfel anzusprechen. Auch der französische Außenminister[8] habe Interesse gezeigt. Nur die Staats- und Regierungschefs von Guyana[9] und Tansania[10] (letzterer wegen seines Dorfsozialismus) müßten noch davon überzeugt werden, daß ihr Glaube, den Rückgang des Bevölkerungswachstums der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung überlassen zu können, irrig sei. Indien, Philippinen und ähnliche Länder seien problembewußt. Saudi-Arabien (Salas' Gespräch mit König Khalid) gebe zwar Geld, habe das Problem wohl aber noch nicht verstanden. (Der *Bundeskanzler* meinte, daß hierfür Kronprinz Fahd der richtige Gesprächspartner sei.)

Herr *Wahren* berichtete über die (private) Familienplanungsföderation IPPF: Inzwischen Zusammenarbeit mit privaten Organisationen in 115 Ländern (auf Frage des Bundeskanzlers: einschließlich Frankreich, dessen Organisation unter dem Vetter Giscards sehr aktiv). Interessant sei, daß 20 bis 25 % aller Frauen auf der Erde ohne Rücksicht auf ihre Erziehung und kulturellen Hintergrund fest zur Geburtenbeschränkung entschlossen seien (auf sie sei die hohe Abtreibungsrate zurückzuführen). Wenn auch nur dieses Bedürfnis voll befriedigt werde, wäre viel gewonnen. Frauen auf der ganzen Welt hätten eine sehr vernünftige Einstellung, die mit Hilfe frauenbezogener integrierter Pläne der Bekämpfung des Bevölkerungswachstums dienstbar gemacht werden könne. Auf Frage des *Bundeskanzlers*, ob dies auch für die arabische Welt gelte, nannte *Wahren* das Beispiel Iraks, wo durch Ausbau des Gesundheitswesens und die damit einhergehenden gesellschaftlichen Entwicklungsanstöße das Bewußtsein mit der Folge gesteigert worden sei, daß nunmehr auf die Regierung Druck von unten ausgeübt werde. Der von Salas genannte positive Trend der Bevölkerungsentwicklung müsse durch folgende Maßnahmen stabilisiert werden: Integrierte Maßnahmen auf der Regierungsebene (nicht nur ein Ministerium verantwortlich machen), Mehrzweckprogramme auf der Verwaltungsebene, psychologisch einfühlsame Methoden der Familienplanung und Beteiligung der Männer (noch immer – seltene – Beispiele von Männern in Asien und Afrika, die ihre Frauen töteten, wenn sie Empfängnisverhütung betreiben). Heute seien die Methoden einer erfolgreichen Familienplanung auf allen Ebenen bekannt.

Der *Bundeskanzler* dankte beiden Gesprächspartnern für die Unterrichtung, die sein Wissen wesentlich ergänzt habe. Was sie täten, sei sehr notwendig und benötige und verdiene Unterstützung.

8 Jean François-Poncet.
9 Präsident von Guyana war Forbes Burnham, Ministerpräsident war Ptolemy Reid.
10 Julius Nyerere.

Das Problem sei weniger unseres als das Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Damit habe es indirekt allerdings Bedeutung für uns alle. Es müsse zusammen mit Ressourcen und Umwelt gesehen werden. Speziell in Westeuropa sei die Geburtenregelung eine Angelegenheit der individuellen Frau. Wir riefen nicht nach Programmen. Im Gegenteil gebe es einige – dies sei allerdings nicht so sehr seine Meinung – die sich angesichts des Bevölkerungsrückgangs Sorgen um die Finanzierung der Altersversorgung machten.

Da es sich zu 95% um ein Problem der Dritten Welt handele, könne er sich in Mexiko nicht zu seinem Sprecher machen, werde ihm aber einen Teil seiner Redezeit widmen. Auf die Bemerkung von *Salas*, er werde versuchen, alle Gipfelteilnehmer von Mexiko vorher zu sehen, riet der *Bundeskanzler* für den Fall, daß Kanada teilnehme, zu einem Gespräch mit Trudeau, auf den gehört werde. Der Reagan-Administration (dies auf eine Bemerkung von Salas über deren ungewisse Haltung) müsse noch etwas Zeit gegeben werden, zumal nach der durch das Attentat auf Präsident Reagan[11] zu erwartenden Verzögerung bei der Formulierung der amerikanischen Politik. Daher wäre im Hinblick auf die USA ein Nord-Süd-Gipfel im Juni viel zu früh gewesen. *Wahren* ergänzt, daß Präsident Rahman von Bangladesch und Indira Gandhi Bevölkerung und Umwelt zu einem Gipfelthema machen würden. Der *Bundeskanzler* äußerte nachdrücklich die Hoffnung, daß in Mexiko vernünftig und nicht in Schlagzeilen geredet werde. Der Gipfel mit über 20 Teilnehmern unter Vorbereitung durch Außenministerien sei in Gefahr, nicht mehr ein Treffen von Individuen, sondern von Regierungsmaschinerien und eine Prestige-Angelegenheit zu werden.

Herr *Wahren* unterstrich die besondere Kosteneffektivität der Familienplanung: In den letzten 15 Jahren seien 100 Millionen Ehepaare für dauerhafte Familienplanung gewonnen und der Zuwachstrend von 2,2% auf 1,7% gedrückt worden mit einem Aufwand für Familienplanung von lediglich 2% an der Gesamtentwicklungshilfe (ODA[12]). Keine Investition im Entwicklungshilfebereich sei erfolgreicher gewesen. Mit nur 1 bis 2% weiterem Mehraufwand könnten gewaltige (tremendous) Ergebnisse erzielt werden. Der *Bundeskanzler* erwiderte, daß, wenn das richtig sei, wir nicht dagegen seien, mehr zu geben. Als Gesamtfaktor sei die Entwicklungshilfe indessen von geringer (minor) Bedeutung, wenn man sie mit der Energierechnung vergleiche. Das wollten die Entwicklungsländer aber nicht zugeben, auch nicht, daß der ungeheure Reichtum der OPEC-Länder auch aus dem Geld herrühre, das sie den Entwicklungsländern abnähmen. Hier beweise die Dritte Welt ein völliges Unverständnis der wirtschaftlichen Mechanismen. López Portillo und Indira Gandhi begännen zu verstehen. Selbst eine Verdopplung der Entwicklungshilfe werde nichts bringen. Das Gerede über eine neue Weltwirtschaftsordnung vor dem Hintergrund der Energiepreisexplosion und der Ansammlung riesiger Kapitalmengen in ganz, ganz wenigen Ländern gehe völlig in die Irre.

Herr *Wahren* wiederholte den Gedanken, daß eine geringe Mehrinvestition auf der Nachfrageseite große und positive Auswirkungen auf der Angebotsseite haben würde (d.h. Reduzierung der Ressourcen- und Energienachfrage durch ei-

11 Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 11.
12 Official Development Assistance.

ne entsprechende Bevölkerungspolitik). Der *Bundeskanzler* bestätigte dies als wahrscheinlich richtig: Ungehemmtes Wachstum von Bevölkerung und Energiepreis (auch für letzteren sei leider nicht ausgeschlossen, daß er ein langfristiges Problem sei) seien die beiden Hauptprobleme, die die Erde plagten (bedevilling). Die Industrieländer könnten hier mit Technologie und Know-how helfen, es sei aber unsinnig, vom Steuerzahler den Ausgleich des Ölpreisanstiegs für die Entwicklungsländer zu erwarten. MD *Grawe* (BMZ) wies nach einer Bemerkung Herrn Wahrens, daß seines Wissens ein Drittel des schwedischen Budgets geborgt sei, darauf hin, daß jede Mark, die wir für Entwicklungshilfe ausgeben, vorher von uns bei der OPEC geborgt sei. Auf Frage von *Salas*, wie dem Hinweis der OPEC auf ihre ungleich höheren Entwicklungshilfeanteile am Bruttosozialprodukt begegnet werden könne, bezeichnete der *Bundeskanzler* diese ihm bekannte OPEC-Antwort als ungenügend. Die Industrieländer, vor allem Japan, Australien und Westeuropa, stünden unter größten Belastungen, u. a. durch die zweithöchste Arbeitslosigkeit in diesem Jahrhundert. Gleichwohl könnten sie die Ölrechnung gerade noch bezahlen. Die Entwicklungsländer müßten endlich einsehen, daß sie für ihre durch die Energieverteuerung ausgelösten Probleme Druck auf die OPEC ausüben müßten.

Nach einer Äußerung Herrn *Wahrens* über die trotz energischster Regierungsanstrengungen zu erwartende chinesische Bevölkerung von 1,3 Mrd., obwohl China nur etwa 800 Mio. „unterhalten" könne (dies auf eine Bemerkung von Herrn *Salas* über chinesische Bemühungen, die Bevölkerung bei 1,3 Mrd. zu stabilisieren), sagte der *Bundeskanzler*, daß man keine Aussagen über die künftigen realen Belastungsgrenzen machen könne. Der Club of Rome[13], dessen sämtliche Einzelaussagen richtig, dessen Gesamtaussage jedoch unzutreffend sei, sei zu pessimistisch. Er habe den menschlichen Einfallsreichtum (Entwicklung der Technologie, Nützung neuer Energiequellen, Kernkraft usw.) nicht genügend in Rechnung gestellt. Anstelle des Wachstums hätte er den Nachdruck lieber auf das Bevölkerungswachstum legen sollen. Man brauche nur an die schlimmen Folgen von zu wenig Wachstum in den 30er Jahren zu denken. Eine Welt ohne Wachstum sei für die auf Wachstum – und sei es auf ein nur kleines Wachstum – strukturierten Industrieländer unakzeptabel. Diese Strukturen zu reorientieren, würde Generationen brauchen.

Abschließend erklärte der Bundeskanzler, daß er – ganz im Sinne Karl Poppers – an kleine Schritte zur Lösung der Weltprobleme glaube, kleine Schritte auch beim „social engineering". Die großen Lösungen führten allzu häufig zu nichts und zu Opfern an Menschenleben.

Herr *Salas* dankte dem Bundeskanzler für die UNFPA seitens der Bundesrepublik Deutschland gegebene finanzielle, aber auch politische Hilfe.[14] Diesem Dank schloß sich Herr *Wahren* für den IPPF an.[15]

Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA 008938

13 Vgl. dazu Donella H. MEADOWS, Dennis L. MEADOWS, Jørgen RANDERS, William W. BEHRENS III, The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind, New York 1972.

14 Am 21. März 1980 teilte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit, daß die Bundesrepublik für das Jahr 1980 einen freiwilligen Beitrag für UNFPA in Höhe von 35 Mio. DM

103

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.31-1310/81 geheim **7. April 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister zur Unterrichtung

Betr.: 29. Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe der NATO (NPG) am 7./8. April 1981 in Bonn;
hier: wichtigste Ergebnisse

I. Erstmals unter Teilnahme der neuen Verteidigungsminister von UK, Nott, und US, Weinberger, befaßte sich die NPG schwergewichtig mit folgenden Themen:

1) Militärische Lage in Polen (auf US-Wunsch ad hoc aufgenommener TOP).

2) Entwicklung des sowjetischen Nuklearpotentials im interkontinentalen und kontinentalen strategischen Bereich (sowie die Konsequenzen dessen u. a. für SALT II).

3) Implementierung des LRTNF-Doppelbeschlusses[3].

II. Im einzelnen:

1) Polen

In einem überwiegend streng geheim eingestuften, auf Satellitenfotos basie-

Fortsetzung Fußnote von Seite 559

leisten werde: „Dieser Beitrag enthält wiederum eine Zuwendung an IPPF, die von dieser Summe von UNFPA an IPPF weitergeleitet wird. Dem IPPF wurde für das Jahr 1980 eine Zusage seitens der Bundesregierung in Höhe von insgesamt 3 Mio. US-Dollar gegeben." Vgl. das Schreiben; Referat 401, Bd. 118212.
Für das Jahr 1981 wies das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit am 29. Juli 1981 einen ersten Teilbetrag in Höhe von 17,5 Mio. DM für UNFPA an. Vgl. dazu das Schreiben vom selben Tag an das Auswärtige Amt; Referat 401, Bd. 182367.
Ein zweiter Teilbetrag in Höhe von 4,625 Mio. DM wurde am 10. Oktober 1981 überwiesen. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom selben Tag an das Auswärtige Amt; Referat 401, Bd. 182367.
Die Zahlung des letzten Teilbetrags in Höhe von 7,375 Mio. DM erfolgte am 3. Dezember 1981. Vgl. dazu das Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit vom selben Tag an das Auswärtige Amt; Referat 401, Bd. 182367.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Enzweiler teilte der Botschaft in London am 29. Oktober 1981 mit, daß nunmehr die IPPF von der Bundesregierung nicht mehr über UNFPA, sondern direkt unterstützt werde, und bat darum, eine entsprechende Vereinbarung mit der IPPF zu schließen. Vgl. dazu den Schrifterlaß; Referat 401, Bd. 182366.
Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit informierte am 8. Dezember 1981, daß gemäß einer am 3. Dezember 1981 geschlossenen Vereinbarung 5,5 Mio. DM zur Förderung von Familienplanungsprogrammen in Entwicklungsländern an die IPPF überwiesen würden. Vgl. dazu das Schreiben; Referat 401, Bd. 182366.

1 Ablichtung.
Hat Botschafter Ruth am 22. April 1981 vorgelegen.

2 Günther van Well.

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

renden US-Briefing ließ Weinberger seine letztes Wochenende wiederholt geäußerte Besorgnis[4] einer WP-Intervention erhärten.

Weinberger kam zu dem Schluß, die „Intervention durch Osmose" habe bereits begonnen.

Für den Fall des nicht auszuschließenden Widerstands zumindest lokaler polnischer Kräfte stünden um 30 WP-Divisionen in Bereitschaft, z.T. mit beobachteter Feldaktivität. (Selbst in Nähe Moskaus wurden biwakierende Einheiten ausgemacht.)

2) Sowjetisches strategisches Potential

Der Nachweis des Entwicklungsstandes der sowjetischen Rüstung aufgrund Aufklärung durch „nationale technische Mittel" der USA war gleichermaßen beeindruckend:

a) ICBM: Die SU hat 1980/81 ihr Potential an Raketen des Typs SS-17 (4 MIRV), SS-18 Mod 4 (bis zehn MIRV) und SS-19 Mod 3 (bis sechs MIRV) systematisch modernisiert.

Neben der Erhöhung der Gefechtskopfzahl fällt dabei vor allem die erhöhte Treffgenauigkeit (bisher: 460 m; jetzt: 245 m) ins Gewicht. Statt 1600 Einzelgefechtsköpfe 1975 wird die SU daher 1983 über bis zu 6000 ICBM Sprengköpfe mit der Fähigkeit zur Zerstörung der 1054 amerikanischen ICBM-Silos besitzen.

(Die destabilisierende Wirkung dessen für die Krisenstabilität liegt auf der Hand.)

Gleichzeitig soll die SU ihre ICBM-Silos zusätzlich weit über das bisherige amerikanische Maß hinaus (bis 8000 PSI/pounds per square inch) härten. Abschließend urteilte der amerikanische briefer, die Sprengkopfentwicklung im ICBM-Bereich bedeute, daß es heute (auch für Rüstungskontrolle?) offenbar nicht mehr auf die Zahl der Raketen ankomme.

b) Nukleare U-Boote

Die SU hat sich inzwischen in die Lage versetzt, allein in Sewerodwinsk gleichzeitig 22 nukleare U-Boote zu bauen. Dort wird derzeit das größte je gebaute U-Boot (Typhoon-Klasse) mit 25000 t Wasserverdrängung, rund 180 m Länge,

4 Zu amerikanischen Befürchtungen hinsichtlich einer sowjetischen Intervention in Polen vgl. Dok. 99, Anm. 3.
Am 3. April 1981 wurde in der Presse über Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger zur Lage in Polen vor dem Haushaltausschuß des amerikanischen Senats am Vortag in Washington berichtet: „Asked about the likelihood of a Soviet invasion, Mr. Weinberger said: ‚I would not want to make an estimate of that now.' ‚Obviously, there is the capability with Soviet and Warsaw Pact troops to take steps in Poland that would be totally incompatible with the country maintaining any kind of independent decision at all.' […] Asked whether the Soviet Union had enhanced that capability in the last 24 to 48 hours, he said that it had. […] He also said that any Soviet invasion of Poland would ‚eliminate for the immediate future any immediate possibility' of strategic arms limitation or other arms reduction talks or any summit meeting involving the Soviet Union and the United States." Vgl. den Artikel „U.S. Says Russia Boosts Ability for Invasion"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 3. April 1981, S. 1.
Am 6. April 1981 wurde berichtet, Weinberger habe bei seiner Ankunft am 4. April 1981 in London erneut auf die sowjetischen Truppenbewegung in und um Polen verwiesen und sich zu möglichen Gegenmaßnahmen für den Fall einer Intervention geäußert. Vgl. dazu den Artikel „U.S., Citing Build-up, Weighs Retaliation"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 6. April 1981, S. 1.

25 m Höhe und 20 Raketenabschußrohren auf Indienststellung 1983/84 vorbereitet.

Bis Mitte der 80er Jahre wird erwartet, daß die SU statt bisher 1290 SLBM-Sprengköpfen etwa 4000 davon besitzen wird. Dann würde der Gesamtbestand an sowjetischen interkontinental-strategischen Nuklearsprengköpfen 10000 betragen (und damit den Jetztstand der Amerikaner erreichen).

c) Mittelstreckenraketen

Die Raketen des Typs SS-4 und SS-5 sind seit 1980 weiterhin geringfügig verringert worden (von 400 auf 380). Gleichzeitig schreitet der Aufwuchs an SS-20 in größerem Umfang als erwartet voran. Die frühere Hochrechnung auf 33 Regimentsstellungen (je neun Raketen) ist mit 36 erkannten Stellungen bereits überschritten; erwartet wird jetzt Ausbau bis zu 44 Stellungen (= 396 SS-20). Derzeit sind 25 Stellungen (= 225 SS-20) operativ; davon sollen nach amerikanischer Definition 17 Stellungen gegen Europa gerichtet sein. Von den letzten elf erkannten SS-20-Stellungsbauten sind jedenfalls zehn als gegen Europa gerichtet einzustufen.

d) Mittelstreckenbomber

Von der Backfire (derzeit 215) werden derzeit 30 pro Jahr produziert (= SALT-Limitierung). Davon sind offenbar 69 Bomber gegen Landziele in Europa gerichtet.

e) Nuklearfähige Jagdbomber

In den letzten acht Jahren produzierte die SU Jahr für Jahr über 1000 nuklearfähige Flugzeuge. Derzeit besitzt die SU 4855 Jagdbomber, davon 3225 im Vorfeld der NATO. Die Höhe der Produktionsrate führt dazu, daß bereits Anfang der 80er Jahre der Gesamtbestand sowjetischer Jagdbomber aus Typen der neuesten (dritten) Generation bestehen wird.

Ein völlig neuer (Schlacht-) Flugzeugtyp („Ram J“) mit besonders hoher Nutzlast – vornehmlich zum Einsatz mit panzerbrechenden Waffen – wurde bereits in Afghanistan getestet und steht vor der Einführung.

Weinberger kommentierte abschließend, daß dieser beeindruckende Ausbau des sowjetischen Nuklearpotentials innerhalb der von SALT II gezogenen Grenzen[5] stattfindet.

Die SU habe – wie in Schaubildern dargestellt wurde – ihre Verteidigungsaufwendungen nicht etwa in der Periode des „Kalten Kriegs“, sondern erst in der Entspannungsperiode systematisch und stetig erhöht.

Die Minister Apel, Nott und Lagorio plädierten für eine großzügigere Freigabe der amerikanischen Erkenntnisse für die Öffentlichkeitsarbeit.

3) SALT II/amerikanische Rüstungsanstrengungen

Weinberger übte in kurzen Worten vernichtende Kritik am SALT-II-Vertrag. Die amerikanische Administration befürworte grundsätzlich Rüstungskontrollverträge, vorausgesetzt sie seien (i) ausgewogen, (ii) stabilisierend und (iii) ve-

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

rifizierbar. SALT II habe gegenüber allen drei Anforderungen versagt. Das „Protokoll“ hätte z. B. auch nach formalem Ablauf eine politische Dauerwirkung zu Lasten des Westens entfaltet. Daß keine Stabilisierung eingetreten wäre, ergebe sich schon aus dem „legalen“ Ausbau des interkontinentalen und des SS-20-Potentials der SU. Tatsächlich hätte SALT II lediglich der SU ermöglicht, den Anschein einer begrenzten Rüstungspolitik zu erwecken und von diesem Trugbild zu profitieren.

Den USA bleibe angesichts des sowjetischen Verhaltens und der amerikanischen Versäumnisse jetzt nichts anderes übrig, als die aufgetretenen Lücken zu schließen. So werde bald über den Typ eines neuen bemannten Bombers (B-1?) und über die Stationierungsweise der MX-Rakete (Juli 1981) entschieden.

Weinberger erklärte: „Wir müssen unsere Rüstungsprogramme in Ordnung bringen (get straight), bevor wir verhandeln.“ Die USA nähmen zur Finanzierung der neuen Rüstungslasten tiefe Einschnitte in den Sozialprogrammen in Kauf.

Die Administration könne diese auch im Bündnisinteresse unternommenen Anstrengungen nur durchhalten, wenn die Verbündeten ihr dabei mit ähnlichem Vorgehen den Rücken stärkten.

4) LRTNF-Doppelbeschluß

a) Weinberger bestätigte eingangs, daß die strategischen Einsatzrichtlinien der sog. Presidential Guidance 59[6] voll der Linie der Reagan-Administration entsprächen.

Er forderte die Bündnispartner auf, ohne jedes Schwanken an der LRTNF-Modernisierung festzuhalten; andernfalls ermutige man die SU, sich weiterhin über die Köpfe der Regierungen in die Verteidigungspolitik des Bündnisses einzumischen.

Die Entwicklung von GLCM und Pershing II laufe planmäßig. Schwierigkeiten seien eher bei Vorbereitung der Basen zu erwarten. So müßten die Infrastrukturmittel für die Basis in Italien bis Juni bewilligt sein.

b) Lagorio erklärte, der Doppelbeschluß habe sich als methodisch richtig erwiesen. Ohne ihn hätte sich die SU nicht zu LRTNF-Verhandlungen bereit gefunden. Das vorgeschlagene Moratorium[7] sei unannehmbar; allerdings müsse man mit Verhandlungen nicht warten, bis man der Stärkere sei. Die LRTNF-Implementierung in Italien verlaufe planmäßig.

c) Nott bestätigte das gleiche. In Großbritannien gebe es auf lokaler Ebene kaum Widerstand gegen die Vorbereitung der Basen. LRTNF-Verhandlungen seien notwendig, vorausgesetzt, die Entwicklung in Polen lasse dies zu.

d) Minister Apel stellte fest, die SU versuche nicht nur aus militärischen Gründen (Erhaltung ihrer Überlegenheit), den Doppelbeschluß zu Fall zu bringen; sie versuche gleichzeitig, die NATO in eine Krise zu stürzen.

Wenn der Doppelbeschluß scheitere, könne die NATO nicht mehr als eine seriöse politische Organisation betrachtet werden. Um so wichtiger sei es auch aus

6 Zur Presidential Directive Nr. 59 („Nuclear Weapons Employment Policy“) vom 25. Juli 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 226.

7 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

politischen Gründen, am Doppelbeschluß eisern festzuhalten. Dazu gehöre auch, daß die USA seriös, im SALT-Rahmen, über LRTNF zu verhandeln beginnen sollten.

Obwohl wir die Notwendigkeit der starken Härtung der GLCM-Basen bezweifelten, stimmten wir im Interesse des ungehinderten Fortgangs der LRTNF-Implementierung dem SHAPE-Konzept dafür zu. Der deutsche GLCM-Standort werde weiterhin nicht öffentlich bekanntgegeben.

Abschließend appellierte Minister Apel an B und NL, sich mit Rücksicht auf das „mitteleuropäische Klima" bzw. die grenzüberschreitenden Einflüsse dem LRTNF-Programm anzuschließen.

e) Swaelen bestätigte daraufhin, daß die militärischen Vorbereitungen für die GLCM-Stationierung in Belgien so planmäßig liefen, daß die Stationierung wie zeitlich vorgesehen möglich wäre, wenn die Regierung die Voraussetzungen dafür (bis dahin erfolglose Verhandlungen) als gegeben betrachtet.

f) De Geus äußerte sich mit Hinweis auf die bevorstehenden Wahlen in NL[8] unverbindlich.

Bei der Kommuniquéverhandlung spielte vor allem die Frage eine Rolle, ob und in welcher Form auf die Situation in Polen und die Konsequenzen eines Eingreifens des WP für die Rüstungskontrolle eingegangen werden sollte.[9]

Hierzu bleibt ergänzende Aufzeichnung vorbehalten.[10]

gez. Hofmann

VS-Bd. 11344 (220)

8 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 26. Mai 1981 statt.

9 Botschafter Ruth notierte am 7. April 1981: „VLR I Dr. Hofmann rief aus der NPG-Kommuniqué-Sitzung an und bat um Weisung zu folgenden beiden Punkten: 1) Soll das Kommuniqué eine Äußerung zu Polen enthalten? Die Vereinigten Staaten hätten einen entsprechenden Wunsch mit Nachdruck vorgetragen, und zwar im Anschluß an ein Briefing über die Lage in Polen. 2) Wenn eine Stellungnahme zu Polen aufgenommen wird, was können wir dann zur Rüstungskontrolle in diesem Zusammenhang sagen? Von den Vereinigten Staaten liegen folgende Formulierungsvorschläge vor: ‚…totally incompatible with the Soviet claims to desire peace and arms limitation'. ‚…will destroy any basis for arms negotiations'." Er, Ruth, habe dazu ausgeführt: „a) Wegen der begrenzten Sachthematik der NPG-Sitzung und der fehlenden außenpolitischen Zuständigkeit haben wir eine Präferenz dafür, daß in dem NPG-Kommuniqué zu Polen keine direkte Stellungnahme abgegeben wird. b) Statt dessen könnte der Generalsekretär zum Abschluß der Konferenz der Sorge der Minister über die Entwicklung in Polen Ausdruck verleihen. […] Die beiden Ergänzungen durch Hinweise auf die Rüstungskontrolle halten wir für kontraproduzent. Wir sollten darauf hinwirken, daß sie entfallen. […] U. E. solle eine Äußerung zu politischen Auswirkungen auf die Rüstungskontrolle den Außenministern vorbehalten bleiben." Vgl. VS-Bd. 10290 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8. April 1981 vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 23 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 337 f.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 9. April 1981: „1) Die Erarbeitung des Schlußkommuniqués sowie der mündlichen Erklärung des NATO-Generalsekretärs zur Situation um Polen gestaltete sich schwierig, weil die amerikanische Delegation auf allen Ebenen (Weinberger, Iklé, Perle) zu erkennen gab, daß a) mit Neuverhandlungen von SALT II bis auf weiteres nicht zu rechnen sei, LRTNF-Verhandlungen also möglicherweise bis auf weiteres außerhalb eines SALT-Rahmens zu führen seien; b) ein im Doppelbeschluß vom 12.12.1979 nicht vorgesehener ‚Link' zwischen sowjetischem Verhalten schlechthin (‚restraint'), derzeit vor allem gegenüber Polen, und der Aufnahme von LRTNF-Verhandlungen zu ziehen sei. 2) Beide Probleme führten zu Formelkompromissen, nachdem die amerikanische Delegation – zu ihrer tiefgehenden Enttäuschung – sich in der Isolierung fand. Schon in der Pressekonferenz am 8.4.1981 distanzierte sich Weinberger jedoch

104

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit NATO-Generalsekretär Luns

VS-vertraulich **8. April 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem NATO-Generalsekretär Luns am Mittwoch, dem 8. April 1981, von 15.20 bis 16.15 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: Kabinettsdirektor van Campen, Botschafter Wieck, MDg von der Gablentz.

1) Verhandlungen und Dialog mit der SU

Luns dankt für die deutsche Gastfreundschaft für die NPG-Tagung. Die Kommuniqué-Verhandlungen[3] waren nicht einfach, weil die Amerikaner wegen der Lage in Polen zögerten, sich für baldige LRTNF-Verhandlungen auszusprechen. Er habe Apel unterstützt, der sich überzeugend für die Notwendigkeit solcher Verhandlungen ausgesprochen habe. Weinberger habe auch den Dialog mit der SU von der Lage in Polen abhängig gemacht.

Bundeskanzler: Weinberger hat sich damit in Widerspruch zu Präsident Reagan gesetzt. Die Hoffnung der SU auf den Dialog sei im Gegenteil ein Beitrag zur Stabilisierung der polnischen Lage.

Fortsetzung Fußnote von Seite 564

schon von diesen Kompromissen, so daß das deutsche Fernsehen (ARD) bereits an diesem Tag den amerikanisch-europäischen Gegensatz präzise darstellen konnte. […] Im Gesamtverlauf wurde deutlich, daß sich das Pentagon nicht an diejenigen positiven Hinweise auf baldige Fortsetzung der LRTNF-Rüstungskontrollgespräche gebunden fühlte, welche Eagleburger als Vertreter des State Department in der SCG am 31.3.1981 abgegeben hatte." Vgl. VS-Bd. 10331 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 9. April 1981 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Lieber Herr Wallau, hiermit übersende ich Ihnen zur Unterrichtung des Bundesministers einen vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk über sein Gespräch mit Generalsekretär Luns am 8. April 1981."
Hat Legationsrat I. Klasse Bolewski am 10. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann verfügte.
Hat Hofmann am 10. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Seibert und Boden „n[ach] R[ückkehr]" sowie an Legationsrat I. Klasse Wagner verfügte und handschriftlich vermerkte: „S. 3 und 4 sowie Deckblatt ein Mal ablichten u. z. d. A. ‚NATO-Beitritt Spanien' nehmen." Vgl. Anm. 11 und 25.
Hat Seibert am 13. April 1981 vorgelegen.
Hat Wagner am 14. April 1981 vorgelegen.
Hat Boden am 27. April 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 10331 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

2 NATO-Generalsekretär Luns hielt sich anläßlich der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8. April 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 103.

3 Zu den Verhandlungen über das Kommuniqué der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8. April 1981 vgl. Dok. 103, Anm. 9 und 10.

Luns wird sich am Freitag[4] in Washington bei Bush und Haig[5] für baldige LRTNF-Verhandlungen einsetzen.[6] Man soll jetzt sprechen, auch wenn nicht alles vorher geklärt werden könne.

Bundeskanzler betont, daß baldige Verhandlungen nicht nur für die öffentliche Unterstützung der LRTNF-Stationierung in Westeuropa erforderlich sind, sondern auch die Stellung Breschnews im Politbüro stärken könnten. Er berichtet über seine Moskauer Gespräche[7] mit Verteidigungsminister Ustinow und Marschall Ogarkow, deren Fachkenntnis, Diskussionsfähigkeit und diplomatische Sprache beeindruckend gewesen seien. Man könne sich vorstellen, daß Breschnew die Unterstützung solcher Männer für seine Westpolitik gebraucht habe und ihnen dafür die Mittel zum Ausbau der Streitkräfte zugestanden habe. Nach seinem Eindruck gibt es in der Frage der Breschnewschen Westpolitik im Politbüro unterschiedliche Strömungen, die ihre Entsprechungen in den osteuropäischen KP-Führungen haben.

Er habe Breschnew im vorigen Jahr zum Gegenbesuch nach Bonn eingeladen. Vor Genschers Moskau-Reise[8] habe er Giscard und Reagan[9] telefonisch von seiner Absicht informiert, Breschnew einen Termin nach dem Ottawa-Gipfel[10] anzubieten. Man müsse gerade in einem Moment miteinander in Kontakt bleiben, in dem wir deutlich zur Nachrüstung Stellung nehmen müssen. Außerdem erhöhe eine Besuchsabrede die Hemmschwelle für militärische Aktionen gegen Polen. Dem haben Reagan und Giscard zugestimmt.

2) NATO-Konsultationen

Luns zeigt sich besorgt über den Einfluß politischer Konsultationen in kleinen Gruppen auf die Allianz-Konsultationen. Er wolle allerdings nicht den Wirtschaftsgipfel kritisieren.

4 10. April 1981.

5 Die Wörter „und Haig“ wurden von Legationsrat I. Klasse Bolewski eingeklammert. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „in Europa“.

6 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 22. April 1981 mit, NATO-Generalsekretär Luns habe in einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats „mit beschränktem Teilnehmerkreis“ über seine Gespräche vom 13. bis 16. April 1981 in den USA informiert. Er sei als erster ausländischer Besucher nach dem Attentat vom 30. März 1981 von Präsident Reagan empfangen worden: „GS Luns habe sich zum Sprecher der Allianz gemacht, indem er durchgängig bei den Gesprächen im Namen der Verbündeten den Wunsch nach Wiederaufnahme der LRTNF-Gespräche im SALT-Zusammenhang vorgebracht habe. Die Beschaffenheit der politischen Weltlage mache diese Wiederaufnahme zwingend. Beide Seiten des Doppelbeschlusses bedingten einander. Zögern in dieser Frage könne die Falken auf der anderen Seite bestärken und Auswirkungen auf die Situation in Polen haben.“ Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe „letztlich zugestimmt. Seine Äußerungen vor der Presse seien übertrieben worden. Außenminister Haig habe enge Konsultationen vor Eintritt in die Verhandlungen zugesagt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 752; VS-Bd. 11125 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

8 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

9 Zum Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 14.
Zum Telefongespräch mit Präsident Reagan am selben Tag vgl. Dok. 89.

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

[11]Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß nur einmal ein Vierergipfel auf Guadeloupe[12] stattgefunden habe, der übrigens die TNF-Diskussion erst wirklich in Gang gesetzt habe, bezieht er sich auf den Bericht der vier Institute.[13] Er denke auch an Treffen sozialistischer Parteiführer, in denen sich NATO-Regierungschefs über NATO-Dinge äußern.[14]

3) Spanien

Luns berichtet, daß seine informelle Umfrage nach einem Gespräch mit dem spanischen Außenminister zum NATO-Beitritt Spaniens[15] von den NATO-Partnern positiv aufgenommen wurde.[16] Allerdings hielten Dänen, Norweger und in geringerem Maße Niederländer es für nötig hinzuzufügen, daß es ihre interne verfassungsmäßige Entscheidungsfindung nötig mache, daß die große Mehrheit des spanischen Volkes den NATO-Beitritt wünsche.

Bundeskanzler: Die Bundesregierung werde in dieser Frage keine Schwierigkeiten machen, sei aber auch nicht enthusiastisch. Er habe dem früheren MP Suárez[17] folgendes gesagt: Der Beitritt habe die Vorteile, daß sich Spanien nicht mehr so ausschließlich auf die USA zu stützen brauche, das spanische Volk stärker in den Westen eingegliedert, das spanische Militär stärker in de-

11 Beginn der Seite 3 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

12 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

13 Vgl. Karl KAISER, Winston LORD, Thierry de MONTBRIAL, David WATT, Die Sicherheit des Westens: Neue Dimensionen und Aufgaben, Ein Bericht der Direktoren des Council on Foreign Relations (New York), Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. (Bonn), Institut Français des Relations Internationales (Paris), The Royal Institute of International Affairs (London) unter Beteiligung einer Beratergruppe, Bonn 1981.
Ministerialdirektor Hansen legte am 26. Februar 1981 dar, die Studie enthalte eine Reihe von konkreten Empfehlungen, u. a. hinsichtlich einer Verbesserung der internationalen Konsultationsmechanismen: „‚Der Hauptmechanismus sollte darin bestehen, daß zahlenmäßig kleine Gruppen der jeweiligen Schlüsselstaaten gebildet werden, die direkt betroffen und bereit sind, bei der Lösung eines bestimmten Problems eine direkte Verantwortung zu übernehmen.' Die Kerngruppe sollte in der Regel die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, die BR Deutschland und Japan sein. Im Rahmen einer flexiblen Handhabung sollten – je nach Krise – andere betroffene Staaten einbezogen werden." Vgl. Referat 02, Bd. 178511.

14 Vgl. dazu die Treffen sozialdemokratischer Politiker am 10. Januar 1981 in Amsterdam bzw. am 13./14. März 1981 in Oslo; Dok. 20, Anm. 26 und 29.

15 Zum Gespräch des NATO-Generalsekretärs Luns mit dem spanischen Außenminister Pérez-Llorca am 18. März 1981 in Brüssel und zum weiteren Vorgehen hinsichtlich des NATO-Beitritts Spaniens vgl. Dok. 87, Anm. 9.

16 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 30. März 1981, die Frage eines NATO-Beitritts Spaniens sei erneut im Ständigen NATO-Rat erörtert worden: „Alle Ständigen Vertreter betonten die Notwendigkeit strengster Vertraulichkeit, selbst hinsichtlich der Tatsache, daß im Bündnis Konsultationen zur Frage des spanischen Beitritts stattfinden." Die „große Mehrheit" der NATO-Mitgliedstaaten habe NATO-Generalsekretär Luns zu einer informellen positiven Antwort an die spanische Seite ermächtigt. Dänemark habe zwar eine zustimmende Haltung erkennen lassen, jedoch erklärt: „1) Es sei an Spanien, um den Beitritt nachzusuchen und sein Verlangen insbesondere zum einzuschließenden Territorium zu konkretisieren. Solange ein solches formelles und konkretes Beitrittsersuchen nicht vorliege, könne das Bündnis nach derzeitiger dänischer Auffassung von sich aus nicht tätig werden. 2) Entscheidung über spanisches Beitrittsersuchen verlange vollen Konsens in allen Fragen. 3) Die Entscheidung der spanischen Regierung müsse von einer ausreichenden Mehrheit im spanischen Parlament gestützt sein. Der Generalsekretär meinte, man solle sich hüten, durch derartige Bedingungen in einen Teufelskreis (vicious circle) zu geraten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 577; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Bundeskanzler Schmidt erörterte die Frage eines NATO-Beitritts Spaniens mit Ministerpräsident Suárez in einem Gespräch am 8. Januar 1980 in Madrid. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 7.

mokratische Strukturen eingebettet sei. Es habe den Nachteil, daß wichtige Teile des spanischen Volkes innerlich hierfür noch nicht reif seien. Er habe González gegenüber das Argument der Einbettung der Militärs in die Demokratie herausgestellt.[18] Man müsse außerdem die sowjetische Reaktion bedenken und überlegen, welche Pressionen sie gegen Spanien ausüben könne. Insgesamt glaube er, daß man sich auf den Instinkt des Königs[19] verlassen solle. Wenn er dafür ist, sei es gut, wenn er sich zurückhält, weniger.

Luns: Die Entscheidung ist eine Sache der Spanier. Die NATO wird keinen Druck ausüben. Aber es könnte für Spanien gut sein, wenn die Militärs eingebunden werden und sich nicht mehr so auf innerspanische Probleme konzentrieren. Er habe dem spanischen Botschafter gesagt, daß die NATO-Partner grundsätzlich positiv eingestellt seien.[20] Er gehe davon aus, daß die Spanier den rechten außenpolitischen Moment wählen. Nach Auskunft des spanischen Botschafters möchten die Spanier warten, bis im Herbst die Erneuerung der Verträge mit Amerika[21] fällig wird, um nicht zweimal eine große verteidigungspolitische Debatte zu haben. Sie werden das Parlament nicht vor dem Beitrittsersuchen konsultieren. Bis dahin solle es im militärischen Bereich nur völlig informelle Kontakte zwischen Spanien und der NATO geben.

Bundeskanzler hält für die innere Konsolidierung Spaniens das Entstehen einer nicht-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung für noch wichtiger. Der

18 Bundeskanzler Schmidt traf am 18. März 1981 mit dem Vorsitzenden der PSOE, González, zusammen und führte aus, ein NATO-Beitritt Spaniens könne „auch zur Lösung des gegenwärtig größten Problems Spaniens – der abgeschlossenen Welt der Militärs – beitragen und die spanischen Generäle aus ihrer Isolierung befreien. Dies alles sagt er allerdings nur als Privatmeinung, da er nicht von außen in die innenpolitische Auseinandersetzung über den NATO-Beitritt eingreifen möchte." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 410, Bd. 121930.

19 Juan Carlos I.

20 NATO-Generalsekretär Luns führte am 5. April 1981 ein Gespräch mit dem spanischen Botschafter in Brüssel, Aguirre de Cárcer, und unterrichtete den Ständigen NATO-Rat am 9. April 1981. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte dazu am 10. April 1981 mit, Luns habe dargelegt, er habe „dem spanischen Botschafter keinen Grund zu der Annahme gegeben, daß Mitgliedstaaten der NATO Bedingungen für den spanischen Beitritt stellten". Luns habe gegenüber dem Ständigen NATO-Rat außerdem ausgeführt, „er sei sich darüber im klaren, daß in einigen Ländern Zurückhaltung (hesitation) bestehe, falls bei einer Cortes-Abstimmung die spanischen Sozialisten gegen den Beitritt stimmen". In dem Gespräch mit Agiurre de Cárcer habe er „zum Ausdruck gebracht, daß in einigen europäischen Ländern der Wunsch bestehe, daß die Regierung bei der Abstimmung im spanischen Parlament auch die Stimmen der sozialistischen Partei erhält". Vgl. den Drahtbericht Nr. 670; VS-Bd. 10290 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

21 Am 26. September 1953 unterzeichneten Spanien und die USA ein Stützpunkteabkommen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 207, S. 83–92.
Ferner schlossen beide Seiten am 24. Januar 1976 ein Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit mit Zusatzabkommen. Darin war u. a. die Nutzung militärischer Einrichtungen in Spanien durch die USA vorgesehen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1030, S. 116–211. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 604–611 (Auszug).
Gesandter Lewalter, Madrid, teilte am 10. April 1981 zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 8./9. April 1981 in Spanien mit, nach Auskunft der amerikanischen Botschaft hätten beide Seiten vereinbart „umgehend Verhandlungen aufzunehmen. Es besteht Einigkeit darüber, daß der Vertrag neu ausgehandelt werden soll, wobei die USA dem spanischen Wunsch nicht widersprechen, daß dabei dem vollzogenen Wandel zur Demokratie in Form und Inhalt Rechnung getragen werden soll." Hauptproblem sei die Synchronisierung mit dem von der spanischen Regierung beabsichtigten NATO-Beitritt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 640; Referat 204, Bd. 123318.

EG-Beitritt[22] bringt viele Schwierigkeiten mit sich und wird voraussichtlich langsam vorangehen. (*Luns* stimmt ausdrücklich zu.)

4) Sicherheitsinteressen außerhalb des NATO-Bereichs

Bundeskanzler: Auf Frage betont er, daß auch wir erhebliche Sicherheitsinteressen außerhalb des NATO-Bereiches haben. Wir haben auch nach erneuter gründlicher Prüfung des Grundgesetzes[23] keine Möglichkeit, Soldaten außerhalb dieses Bereichs einzusetzen.[24] Überdies sind in einer Reihe von Verträgen unsere begrenzten Handlungsspielräume festgeschrieben. Wir können auch nicht – wie er Weinberger gegenüber gesagt hat – ersatzweise das große Flugzeugmutterschiff für amerikanische Verteidigungseinrichtungen in Europa werden. In der Bundesrepublik befinden sich bereits jetzt 6000 amerikanische Nuklearsprengköpfe. Diese Konzentration in einem Gebiet von der Größe Oregons ist weit größer als die in den USA, in denen[25] es insgesamt nur etwa doppelt soviele Sprengköpfe gibt. Er kann seinem Land nicht immer neue Risiken aufbürden, wenn sich andere freizeichnen wollen. Er hat Weinberger unsere Bereitschaft zum WHNS erklärt, aber nicht zu anderen amerikanischen Vorstellungen. Wir sind bereit einzutreten, können aber nicht die große Drehscheibe für strategische Bewegungen in alle Weltteile werden. Dadurch würde die Gefahr steigen, daß die Sowjetunion uns von unseren Bündnispartnern isolieren kann.

Wir haben größere Beiträge als alle anderen Bündnispartner für Polen[26], für die Türkei[27], auch für Pakistan[28] erbracht. Wir sehen unsere Verantwortlich-

22 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 69, Anm. 17. Referat 410 legte am 27. März 1981 dar, das bisherige Ergebnis der Verhandlungen sei „zwar nicht glänzend, aber angesichts der Umstände doch vorzeigbar: Die Probleme sind in allen Kapiteln (außer Fischerei) lokalisiert und definiert, in einigen Bereichen hat man bereits eingehend im Detail verhandelt, und zwar teilweise mit gutem Erfolg (insbesondere in den Kapiteln Verkehr, Kapitalverkehr, Niederlassungsrecht und Ausgangszollsätze). Eine solide Ausgangsbasis für die kommenden Monate ist an sich geschaffen, aber ernste Behinderung durch a) innere Krise der EG, b) potentielle Auswirkungen der span[ischen] Landwirtschaft auf GAP und Haushalt. […] Unbestritten, daß Sinn und Zweck der Süderweiterung nicht im rein Wirtschaftlichen liegen, sondern daß Zielsetzung maßgeblich politisch ist: langfristige Stabilisierung der Demokratie in Europa […]. Putschversuch hat Bedeutung dieses Aspekts unterstrichen. Spanische Demokratie ist noch störanfällig und bedarf der Absicherung. Einbindung in die EG ist nach unserer und nach spanischer Meinung (auch Felipe González) essentiell für weitere demokratische Entwicklung.“ Vgl. Referat 410, Bd. 121930.

23 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

24 Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. Dok. 100.

25 Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

26 Zu den Hilfsmaßnahmen für Polen vgl. Dok. 80, Anm. 24.

27 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an die Türkei vgl. Dok. 62, Anm. 64 und 66.

28 Referat 340 notierte am 27. März 1981, die Bundesrepublik habe Pakistan 1979 im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit 100 Mio. DM bewilligt, 1980 116 Mio. DM. 1981 seien 130 Mio. DM bewilligt worden, einschließlich eines Sonderprogramms in Höhe von 20 Mio. DM zur Unterstützung von Flüchtlingen. Die technische Zusammenarbeit habe sich 1979 auf 10,4 Mio. DM belaufen, 1980 seien es 16 Mio. DM gewesen, 1981 20 Mio. DM. Ferner sei 1980 eine Nahrungsmittelhilfe von 12 000 t Weizen gewährt worden; 1981 seien bislang 5000 t geliefert worden: „Die Bundesregierung hat sich im vergangenen Jahr mit Nachdruck für das Zustandekommen der am 14.1.1981 im Rahmen des Pakistan-Weltbankkonsortiums erreichten multilateralen Umschuldungsvereinbarung eingesetzt. Der auf uns entfallende Anteil am Gesamtvolumen der umzuschuldenden Entwicklungshilfekredite beträgt 110,7 Mio. DM, was einer erheblichen weiteren Kreditgewährung an Pakistan gleichkommt.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137697.

keiten, bitten aber auch, unsere Begrenzungen zu sehen. Deutschland kann z. B. auch nicht die Absprungbasis für Rapid Deployment Forces (RDF) werden.[29]

Wieck spricht sich für mehr Konsultation im Bündnis über das politische Konzept der RDF und die Frage aus, ob sie dem amerikanischen Oberbefehlshaber Europa unterstellt werden sollen.

Luns ist gegen eine solche Unterstellung, da sie den Eindruck schafft, als handele es sich bei RDF um NATO-Einheiten. Er wird das auch seinen amerikanischen Gesprächspartnern in Washington sagen.

Bundeskanzler setzt sich für vorsichtige Gespräche in dieser Frage ein. Wenn hierüber offen diskutiert wird, muß er große Zweifel anmelden.

5) US-Verteidigungspolitik

Bundeskanzler betont, daß die amerikanische Regierung noch einige Zeit zur Meinungsbildung und für wichtige Entscheidungen brauche. Sie werde dabei lernen, daß man eine Verteidigungspolitik nicht nur auf Geld bauen kann. Man braucht Männer, Motivation, Ausbildung und erst an vierter Stelle die militärische Ausrüstung.[30] Auf Zweifel von Luns, ob unsere materialistischen und unreligiösen[31] Gesellschaften noch die notwendige Stärke für ihre Verteidigung aufbringen, meint er, daß jedenfalls die sowjetischen Marschälle noch großen Respekt vor der deutschen Armee haben. Er fühlte sich durchaus stolz, das in Moskau zu spüren. Er sieht keinen Grund für einen Minderwertigkeitskomplex. Die USA haben sich seinerzeit wegen Schwierigkeiten mit Wehrdienstverweigerungen entschlossen, die Wehrpflicht abzuschaffen.[32] Der von Luns beklagte moralische Verfall des Westens sei im Grunde eine allgemeine soziale Krankheit, die sich am klarsten in der Züricher Revolte der wohlhabendsten Jugend in Europa äußere sowie in einer Reihe von vorwiegend protestantischen Großstädten.

Luns wird das Problem der Wehrpflicht bei seinen Gesprächen in den USA anschneiden.

Bundeskanzler: Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wäre in der Tat der überzeugendste Beweis dafür, daß die USA bereit sind, die Risiken mit den Europäern zu teilen. In diesem Zusammenhang habe er Weinberger gesagt, daß eine mögliche amerikanische Entscheidung, die MX-Raketen auf Schiffe zu verlagern, es den Europäern praktisch unmöglich mache, neue Nuklearraketen auf ihrem Boden und nahe an ihren Städten stationieren zu lassen. (Luns bestätigt, daß Weinberger gesagt habe, er habe aus dem sehr freimütigen und offenen Gespräch mit dem Bundeskanzler neue Anregungen erhalten.)

Er betont, daß er nach wie vor an seiner festen Überzeugung festhalte, daß die USA als Führer des Bündnisses handeln müßten, aber nicht den Eindruck erwecken dürften, als führten sie. Diese Aufgabe erfordere eine große Diplomatie.

29 Zur „Rapid Deployment Force“ vgl. Dok. 55.

30 Der Passus „nicht nur auf … militärische Ausrüstung“ wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Posture!“

31 Dieses Wort wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski unterschlängelt. Dazu Fragezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Pazifisten“.

32 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

Luns betont abschließend, daß unter allen anderen Mitgliedern der Allianz den Deutschen das größte Gewicht im Bündnis[33] zukomme.

VS-Bd. 10331 (201)

105

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-2821/81 geheim **Aufgabe: 10. April 1981, 18.23 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 214 **Ankunft: 10. April 1981, 19.43 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 50/81

Betr.: MBFR;
hier: Abschlußbericht der 23. Runde

Zur Unterrichtung

1) Die 23. Runde, die am 29.1.81 begann und am 9.4.81 zu Ende ging, stand im Zeichen beiderseitigen Abwartens. Abgesehen von zwei kleinen Schritten des Westens, nämlich Zustimmung zur dreijährigen Dauer des Phase-I-Abkommens und zur Durchführung der Phase-I-Reduzierungen binnen eines Jahres, brachte sie keine Bewegung. Der Mangel an neuem Verhandlungsstoff führte zu häufigen Wiederholungen von Positionen und kritischen Kommentaren. Dies gab der Runde über weite Strecken das Gepräge von Starre und Unfruchtbarkeit. Entsprechend waren die Abschlußerklärungen beider Seiten[2] hinsichtlich der Bewertung der Runde kritisch gestimmt. Diese gestaltet sich damit zur unergiebigsten seit Jahren.

2) Die für diesen Zustand der Verhandlungen bestimmenden Faktoren lagen außerhalb: Der interne amerikanische Überprüfungsprozeß der gesamten Rüstungskontrollpolitik schloß eine Reaktion des Westens auf die jüngsten östli-

33 Der Passus „unter allen … im Bündnis“ wurde von Legationsrat I. Klasse Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Danke für die Blumen …“

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 16. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Pöhlmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Pöhlmann am 21. April 1981 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut der Erklärung vom 9. April 1981, die der Leiter der niederländischen MBFR-Delegation, de Vos van Steenwijk, namens der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten abgab, vgl. BULLETIN 1981, S. 329.
Für den Wortlaut der Erklärung des Leiters der tschechoslowakischen MBFR-Delegation, Keblúšek, namens der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom selben Tag vgl. WIENER VERHANDLUNGEN, S. 275–277.

chen Vorschläge[3] und auf die Verhärtung der östlichen Haltung in der Datenfrage aus. Für das östliche Verhalten war offenbar außerdem die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid von einer gewissen Bedeutung. Zwar äußerte sich der Osten zum Zusammenhang zwischen KSZE/KAE und MBFR präzise nur in dem einen Punkt, daß die von Breschnew am 23.2.81 erklärte Bereitschaft zur Anwendung von VBM auf das gesamte europäische Gebiet der SU[4] nicht für begleitende Maßnahmen bei MBFR gelte. Die verschobene Einführung von – bilateral noch bis weit in die Runde hinein in Aussicht gestellten – förmlichen östlichen AM[5]-Gegenvorschlägen und die dafür gegebene Begründung (Weigerung des Westens, auf die für Maßnahmen 1 und 2 vorgeschlagene Erweiterung des geographischen Anwendungsbereichs zu verzichten) zeigten aber, daß der Osten bezüglich der begleitenden Maßnahmen zunächst auch die allgemeine Entwicklung im Bereich der VBM abwarten will.

3) Schließlich fiel weiter der Schatten Polens auf die Verhandlungen. Die polnischen Ereignisse berührten zwar nicht unmittelbar die Verhandlungen, waren aber ständiges bilaterales Gesprächsthema. Sowjetische und tschechoslowakische Delegierte äußerten sich offen zugunsten einer Intervention. Polnische Delegationsmitglieder kommentierten freimütig die innenpolitische Lage und sprachen sich sehr positiv über die vom Westen in den Hauptstädten und in Wien geübte Zurückhaltung aus. Die Situation in Polen tendiert zwar in Richtung auf Retardierung der Verhandlungen, wirkte sich in der vergangenen Runde aber deshalb nicht fühlbar aus, weil bereits die in oben unter 2) beschriebenen Umstände unmittelbar zu einer Verzögerung führten. Eine künftige sowjetische Intervention in Polen würde voraussichtlich schon deshalb eine unmittelbare Unterbrechung der Verhandlungen bewirken, weil ein einseitiger Rückzug der USA – auch ohne Suspendierungsbeschluß der NATO – wahrscheinlich ist.

4) Der Westen setzte während der 23. Runde seine Bemühungen um prinzipielle östliche Zustimmung zu weiteren Aspekten der Vorschläge vom 20.12.79[6] fort. Er legte die Schwerpunkte erneut auf Daten und AM. Außerdem betonte er die prinzipielle Notwendigkeit von Regelungen, die für Übungs- und Rotationszwecke Ausnahmen von den Höchststärken zulassen. Ferner drängte er im Hinblick auf das Problem der Flankensicherheit auf prinzipielle östliche Zustimmung zu einer Klausel, die die unmittelbare Verlegung reduzierter Verbände in an Flankenländer angrenzende Gebiete ausschließt. Der Osten lehnte jedoch Ausnahmeregelungen generell ab und reagierte hinsichtlich der Flankensicherheit ausweichend.

Der in der letzten Runde[7] im Vordergrund stehende Vergleich der Positionen beider Seiten wurde nicht fortgesetzt.

3 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli bzw. 13. November 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 209 und Dok. 321.

4 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau vgl. Dok. 56.

5 Associated measures.

6 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

7 Die 22. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 25. September bis 18. Dezember 1980 in Wien statt.

5) Vom Beginn der Runde an gab der Osten zu verstehen, daß er in ihr keine substantiellen westlichen Schritte erwarte, aber auch keinen Anlaß sehe, vor einer Antwort des Westens auf die östlichen Vorschläge vom Juli und November 1980 selbst weitere Verhandlungsschritte zu machen. Er wolle sich vielmehr auf die kritische Auseinandersetzung mit „Schwachstellen" in der westlichen Position konzentrieren. In den Verhandlungen und gegenüber der Presse betonte der Osten sein Interesse an einem baldigen ersten Abkommen und äußerte sich zur Haltung des Westens stark polemisch. Der östliche Hauptvorwurf in diesem Zusammenhang bestand in der Behauptung, der Westen verschleppe die Verhandlungen, um sein Streben nach militärischer Überlegenheit verwirklichen zu können.

Die vom Osten in Wien wiederholt zitierte MBFR-Passage der Breschnew-Rede vom 23.2.81[8] folgte der gleichen Linie. Breschnew erklärte, der Osten sei dem Westen „mehr als den halben Weg entgegengekommen", und äußerte anschließend die unbestimmte Drohung, wenn der Westen die Verhandlungen weiter verschleppe und gleichzeitig sein Rüstungspotential in Europa vergrößere, „werden wir diese Tatsache in Betracht ziehen müssen".[9] In bilateralen Gesprächen gab der Osten dieser Drohung meist die Interpretation, die SU behalte sich militärische Gegenmaßnahmen vor, doch würde auch ein schließlicher Rückzug von den Verhandlungen nicht ausgeschlossen. Generell fällt an der Breschnew-Rede auf, daß sie für MBFR kein Signal sowjetischer Kompromißbereitschaft enthält. Dies läßt auf eine gegenwärtig geringe Priorität dieser Verhandlungen für die SU schließen.

Der Westen wies die östlichen Unterstellungen scharf, aber ohne überflüssige Polemik zurück. Schwierigkeiten bei der Einigung auf entsprechende Texte waren auch in dieser Runde, namentlich wegen der niederländischen Haltung[10], nicht zu vermeiden.

6) Herausragende Entwicklung der Runde war die weitere Verhärtung der östlichen Haltung zur Datenfrage. In einem breit angelegten Angriff auf die Grundelemente der westlichen Datenposition suchte der Osten systematisch nachzuweisen, daß eine Dateneinigung in Phase I nicht erforderlich sei, speziell nicht

8 Korrigiert aus: „23.3.81."

9 Für den Wortlaut der Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, bezüglich MBFR auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd.8 , S. 753.

10 Botschafter Ruth legte am 15. April 1981 dar, daß es zwischen den Niederlanden und den übrigen an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten zu Differenzen hinsichtlich der Frage gekommen sei, „mit welcher Begründung die Ad-hoc-Gruppe die östliche Forderung nach individuellen Reduzierungsverpflichtungen für nicht-amerikanische westliche Teilnehmer (nawT) ablehnen soll". Der Leiter der niederländischen MBFR-Delegation, de Vos van Steenwijk, „teilt die Auffassung der anderen westlichen Delegationen, daß individuelle Reduzierungsverpflichtungen in der vom Osten geforderten Form (numerisch, proportional, annähernd proportional oder substantiell angemessen) zurückgewiesen werden müssen. Er sieht jedoch im Gegensatz zu seinen Kollegen in den Weisungen des NATO-Rats keine Grundlage für eine eingehende Begründung dieser Position und hält insbesondere das Argument für bedenklich, daß die Eingehung von nationalen Reduzierungsverpflichtungen zu nationalen Höchststärken führen würde". Er, Ruth, habe am 31. März 1981 „mit dem zuständigen NL-Unterabteilungsleiter van Vloten die Angelegenheit besprochen. Van Vloten hat dabei versichert, daß sich die NL-Regierung bei MBFR selbstverständlich an die Absprache in der NATO halten und insbesondere in der Frage der Kollektivität nicht von der vereinbarten Linie abweichen werde. Er wird in diesem Sinne mit de Vos sprechen." Vgl. VS-Bd. 11446 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

zur Festlegung des Umfangs der Phase-I-Reduzierungen sowie zur Bestimmung und Verifikation der Höchststärken und des Freeze.

Für Phase I genügten die offiziellen Zahlen beider Seiten oder nicht-numerische Nichterhöhungsverpflichtungen. Als einzigen Grund für die Notwendigkeit einer Dateneinigung erkannte der Osten an, daß sie zur Berechnung des Umfangs der Gesamtreduzierungen erforderlich sei. Da diese Berechnung erst in Phase II erfolgen werde, sei die weitere Datendiskussion zweckmäßigerweise entsprechend zu verschieben.

Der Osten verstärkte auch seine Angriffe gegen die vom Westen zur Klärung der Diskrepanz vorgeschlagene Methode des Vergleichens der beiderseitigen Zahlen über individuelle Streitkräfteelemente. Er erklärte, dieser Vorschlag bezwecke entweder eine Verschleppung der Verhandlungen oder die Auskundschaftung östlicher militärischer Organisationsstrukturen. Mit der Begründung, der Westen habe für seine „roten Daten" die Beweislast, stellte der Osten am 24.3.81 informell den Gedanken zur Diskussion, der Westen solle zum Zweck der Berichtigung und Kommentierung durch den Osten die von ihm zugrundegelegten Zahlen über „alle Bestandteile und Kategorien" des östlichen Militärpersonals vorlegen.[11] Nach den auf westliche Fragen gegebenen Erläuterungen erscheinen jedoch die Aussichten ungewiß, diesen Gedanken in Richtung auf einen systematischen und detaillierten Datenvergleich weiterzuentwickeln. Die östlichen Antworten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Der Westen solle seine Daten über die Personalstärke sämtlicher Einheiten, Dienste und Einrichtungen aller direkten östlichen Teilnehmer im Reduzierungsgebiet vorlegen. In Fällen, in denen die westliche Zahl unrichtig sei, werde der Osten die Abweichung, soweit notwendig, in numerischer Form angeben. Ob östliches Schweigen zu einer westlichen Zahl Zustimmung bedeute, könne jetzt noch nicht beantwortet werden. Seine Kommentare und Berichtigungen werde der Osten unverzüglich vortragen, jedoch erst nach Abschluß eines Falles zum nächsten übergehen.

Im Zusammenhang mit diesen Antworten erklärte der Osten, er strebe wegen der unvermeidlichen Länge einer Datendiskussion auf dieser Basis weiterhin ein entweder auf offizielle Zahlen oder nicht-numerische Nichterhöhungsverpflichtungen gestütztes erstes Abkommen an.

Angesichts der noch wenig konkreten östlichen Aussagen ist eine definitive Bewertung dieses – offenbar auf eine Initiative aus der Ebene östlicher Delegationen zurückgehenden – Gedankens erst in der nächsten Runde nach einer Präzisierung durch den Osten möglich.

11 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), legte am 26. März 1981 zu den vom Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, vorgebrachten Gedanken dar: „In einer Diskussion der AHG wurden Inhalt und Bedeutung dieser Äußerungen Tarassows, die vom Osten auch in anschließenden bilateralen Gesprächen nicht präzisiert wurden, als noch unklar bezeichnet. Möglicherweise gehe der Osten über frühere ähnliche Anregungen in zwei Punkten hinaus, nämlich hinsichtlich des Umfangs der Zahlen, die der Westen vorlegen solle, und hinsichtlich der eigenen Bereitschaft zur Kommentierung dieser Zahlen. Man neigte zu der Auffassung, daß der Osten damit nicht unbedingt einen konstruktiven Beitrag zur Lösung des Datenproblems beabsichtige. Möglicherweise erfolge diese Herausforderung deshalb, weil der Osten das Risiko eines westlichen Eingehens jetzt als gering ansehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 184/185; VS-Bd. 10449 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

[12]Der Westen stellte demgegenüber unmißverständlich klar, daß ein erstes Abkommen ohne Dateneinigung über die sowjetischen Landstreitkräfte für ihn nicht akzeptabel ist. Er betonte in diesem Zusammenhang das politische Argument, daß wegen der über die Personalstärke der östlichen Streitkräfte im Reduzierungsgebiet bestehenden Kontroversen im Westen nur durch eine solche Dateneinigung das Vertrauen in die Realisierbarkeit eines Reduzierungsabkommens wiederhergestellt werden könne. Außerdem machte der Westen praktische Argumente geltend: Die Forderung nach Berücksichtigung der einseitigen sowjetischen Abzüge könne bei der Festlegung des Umfangs der sowjetischen Phase-I-Reduzierungen nur auf der Grundlage einer Dateneinigung über die Stärke der sowjetischen Landstreitkräfte berücksichtigt werden. Ferner sei die Einhaltung der in Phase I zu errichtenden Höchststärken ohne numerisches Kriterium nicht sicherzustellen.

Mit der weiteren Verhärtung seiner Haltung hat der Osten für Phase I den eigenen Bewegungsspielraum in der Datenfrage auf ein Minimum eingeschränkt. Fast alle östlichen Argumente könnten aber auch gegen eine Dateneinigung in Phase II geltend gemacht werden.

Eine detaillierte Datendiskussion fand praktisch nicht statt. Verschiedene, vom Osten auf seit Jahren gestellte Fragen gegebene Einzelantworten führten nicht weiter und sollten offenbar nur demonstrieren, daß dieses westliche Vorgehen überhaupt zwecklos sei. Ohne NATO-Instruktion zu den umstrittenen Datenfällen konnte der Westen seinerseits keinen Druck ausüben. Das westliche Schweigen zu den umstrittenen Datenfällen nutzte der Osten zur Stützung seiner Behauptung, der Westen selbst sei an einer Dateneinigung nicht interessiert.

7) Unter seinen eigenen Forderungen legte der Osten das Schwergewicht weiter auf das für ein Phase-I-Abkommen als unerläßlich bezeichnete Einfrieren der nicht-amerikanischen westlichen Streitkräfte. Durch Belebung seines alten und vom Westen wiederholt abgelehnten Vorschlags für einen Verhandlungs-Freeze stellte er außerdem ein in parallelen politischen Absichtserklärungen beider Seiten zu fixierendes Moratorium zur Diskussion, das er durch ausdrückliche Bezugnahme auf das Verhandlungsziel der Parität in den Abschlußerklärungen attraktiver zu gestalten suchte.

Das erwachte Interesse des Ostens an einer lediglich politisch formulierten Einfrierverpflichtung äußerte sich außerdem in bilateralen Sondierungen hinsichtlich der vom Westen vorgeschlagenen Wohlverhaltensklausel. Dabei wurde angedeutet, eine Verstärkung dieser Wohlverhaltensklausel könnte für ein Phase-I-Abkommen genügen, wenn sie für beide Seiten gelte. Auf die wegen der unterschiedlichen politischen Strukturen von Ost und West einseitige Wirkung einer politischen Einfrierverpflichtung, die sie für den Westen nicht annehmbar macht, hat die Delegation bereits hingewiesen (vgl. DB 782/80 vom 20.12.80, Delegationsbericht Nr. 196/80 I.5[13]).

8) Im übrigen hob der Osten eine Reihe von weiteren vertrauten Elementen seiner Position wieder stärker hervor, bisweilen in mit seiner prinzipiellen Zu-

[12] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 215 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
[13] Korrigiert aus: „19.12.80".
Für den Drahtbericht des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), vgl. AAPD 1980, II, Dok. 372.

stimmung zu einem zeitlich befristeten Abkommen logisch schwer zu vereinbarender Weise:

– Beide Phasen müßten durch eine Phase-I-Verpflichtung der nicht-amerikanischen und nicht-sowjetischen Teilnehmer zu „angemessenen, d.h. proportionalen Personalreduzierungen in Phase II“ und entsprechend dem östlichen Vorschlag vom 10.7.80 auch durch Vereinbarungen eines 50-Prozent-Mechanismus miteinander verknüpft werden.
– Entsprechend dem östlichen Vorschlag vom 8.6.78[14] müßten die Teilnehmer bereits in Phase I einander ihre individuellen Phase-II-Reduzierungen notifizieren. Außerdem müsse schon in Phase I die Implementierungsdauer der Phase-II-Reduzierungen festgelegt werden.
– Die Masse der amerikanischen Phase-I-Reduzierungen müsse in Brigaden erfolgen. Andernfalls müsse der Westen auf seine Forderung nach sowjetischen Phase-I-Reduzierungen in Divisionen verzichten.
– Das Phase-I-Abkommen müsse für Phase I Waffenreduzierungen vorsehen und eine generelle Verpflichtung aller direkten Teilnehmer zu Waffenreduzierungen in Phase II enthalten.
– Das Abkommen müsse eine separate Höchststärke für Luftstreitkräftepersonal festlegen.

Anders als in der letzten Runde gab der Osten dem Gedanken, die Ausarbeitung eines Abkommenstextes jetzt in Angriff zu nehmen, wenig Nachdruck. Zur AM-Thematik bekräftigte der Osten seine bisherige Position, einschließlich der Ablehnung eines erweiterten geographischen Anwendungsbereichs für Maßnahmen 1 und 2 sowie des Inhalts von Maßnahmen 2 und 4. Er behauptet, der Beginn der Ausarbeitung detaillierter begleitender Maßnahmen während dieser Runde sei nur an der Ablehnung des Westens gescheitert, auf seine Forderung nach Erweiterung des Anwendungsbereichs zu verzichten.

8) Es spricht wenig für eine grundlegende Änderung der Lage während der bevorstehenden 24. Verhandlungsrunde[15]. Auch wenn in den USA die grundsätzliche Überprüfung der MBFR-Verhandlungen bald positiv abgeschlossen werden sollte, wird die Administration vorerst kaum zu politischen Detailentscheidungen kommen können. Deshalb ist nicht wahrscheinlich, daß der NATO-Rat während der nächsten Runde über die AHG-Empfehlungen vom 24.11.80[16]

14 Korrigiert aus: „28.6.78“.
Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vgl. AAPD 1978, I, Dok. 180.

15 Die 24. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 14. Mai bis 23. Juli 1981 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 221.

16 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), legte am 25. November 1980 zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 13. November 1980 dar: „Die AHG hat ihre Bewertung der neuen Vorschläge gestern abgeschlossen und NATO-weit übermittelt. Die Einigung auf einen Text war wegen gegensätzlicher Position ungewöhnlich schwierig und nahm ca. zehn Stunden in Anspruch, weit mehr als bei jedem vergleichbaren früheren Bericht.“ Der Bericht vermeide „generelle Charakterisierungen des Vorschlags. Er beschränkt sich auf die faktische Aussage, daß der Vorschlag die westliche Position zur Kollektivität des freeze akzeptiere, stellt aber deutlich die Bedingungen heraus. […] Der AHG-Bericht ist durch Beschreibung des östlichen Gesamtverhaltens in der Datendiskussion um Ausgewogenheit bemüht. Er stellt jedoch das neue Element in der östlichen Datenposition heraus, das im Vorschlag einer nicht-numerischen

und 18.12.80[17] zu den östlichen Vorschlägen vom Juni und November 1980 bzw. zu den umstrittenen Datenfällen Beschlüsse fassen kann.

Der Osten könnte sich im Falle einer positiven Entscheidung in Madrid zur KAE veranlaßt sehen, auf die AM-Thematik aktiver einzugehen, etwa durch formelle Gegenvorschläge oder den Beginn der Detaildiskussion über einzelne Maßnahmen. In der Substanz wird er aber über seine derzeitige Position kaum hinausgehen. Von einer konkreteren Haltung zu AM könnte sich der Osten zumindest einen Propagandaeffekt versprechen. Gleiches gilt etwa von der Einführung eines östlichen Vertragsentwurfs für ein erstes Abkommen, dessen Inhalt der Osten in seiner Abschlußerklärung für die 23. Runde im wesentlichen schon dargestellt hat. Überhaupt muß für die nächste Runde mit einem weiter verstärkten östlichen Propagandadruck gerechnet werden, namentlich wenn westliche Verhandlungsschritte ausbleiben.

Die am Ende dieser Runde vom Osten für die Fortführung der Datendiskussion angeregte Methode, wonach der Westen seine detaillierten roten Daten vorlegen soll und der Osten diese anschließend kommentiert und berichtigt, bedarf weiterer Erkundung. Ob dieser Gedanke tatsächlich weiterführende Ansatzpunkte bietet, hängt insbesondere davon ab, daß sich der Osten zu einem numerischen Vergleich von divergierenden Einzelzahlen und zu einer Erörterung der Gründe verpflichtet. Außerdem müßte er damit einverstanden sein, daß ein derartiges Vorgehen sich zunächst auf die Zahlen für die sowjetischen Streitkräfte beschränkt.

Von diesen Möglichkeiten abgesehen, dürfte das Verhalten beider Seiten in der nächsten Runde auch weiter durch Mangel an neuem Verhandlungsstoff bestimmt werden.

9) Ein erstes Abkommen ist damit in die Ferne gerückt. Seine Realisierungschancen könnten sich bei folgenden theoretischen Entwicklungen wieder erhöhen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 576

Nichterhöhungsverpflichtung für die Höchststärken nach Phase I bzw. für den kollektiven freeze zwischen den Phasen besteht." Jung stellte fest: „Angesichts der bei der Diskussion über den Bericht zutage getretenen Auffassungsunterschiede halte ich es für unwahrscheinlich, daß sich die AHG künftig auf eine Empfehlung zum Inhalt eines neuen westlichen Verhandlungsschritts einigen kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 722; VS-Bd. 11496 (221); B 150, Aktenkopien 1980.

17 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 22. Dezember 1980 zum Bericht der Adhoc-Gruppe vom 18. Dezember 1980: „Der AHG-Bericht über die strittigen Zählbereiche in der Datendiskussion ist die Frucht von tagelangen intensiven Beratungen der AHG, in der es zum ersten Mal seit meinem Dienstantritt in Wien zu filibusterhaften Verzögerungen kam, die auf das Konto des britischen D[elegations]l[eiters] gingen. Der Bericht wird dadurch charakterisiert, daß er ein gespaltenes Votum der AHG bringt (Ziffer 31, Ziffer 32 des Berichts). Die große Mehrheit hält es für taktisch erwünscht, daß der Westen eine Entscheidung über einen oder mehrere der strittigen Zählbereiche (polnische Seelandedivision, deutsches Pershing-Personal) trifft, während die Minderheit (GB, IT, TR) es für zweifelhaft hält, ob ein solcher Schritt in diesem Stadium ratsam ist. […] Wir hatten darauf gedrungen, daß der Rat auch über das Daten-Umfeld der im Vordergrund stehenden strittigen Zählbereiche nach Art und Umfang unterrichtet werden müsse, um Auswirkungen einer Entscheidung in Einzelfällen überblicken zu können. Die Optionen selbst sind nicht kategorisch gefaßt, sondern abgestuft. Hierbei ist es uns nicht gelungen, die Idee eines Bonus für das deutsche Pershing-Personal in seinen Verästelungen im Bericht abzuhandeln. Die Frage ist aber offengeblieben und wird nicht präjudiziert (Ziffer 41)." Vgl. den Drahtbericht Nr. 783; VS-Bd. 14089 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

– Wenn die SU aus übergeordneten, nicht mit MBFR zusammenhängenden Gründen zu so substantiellen Konzessionen bereit sein sollte, daß der Westen sie nicht ablehnen könnte,
– oder wenn sich beide Seiten mit einem verwässerten MBFR-Abkommen abfinden und zu einem künftigen Zeitpunkt den Wunsch haben sollten, eine Wiederannäherung in den allgemeinen Ost-West-Beziehungen durch ein solches MBFR-Abkommen zu unterstreichen.

Aus westlicher Sicht bleiben die Daten ein zentrales Problem, da ungeminderte Sicherheit für den Westen nur gewährleistet ist, wenn echte Parität am Ende des Weges steht. Das vorrangige östliche Interesse gilt jetzt offensichtlich der Festschreibung der westlichen Streitkräftestärke. Dieses Ziel soll in Phase I durch die Errichtung von Höchststärken[18] für das amerikanische Landstreitkräftepersonal und durch ein gleichzeitiges Einfrieren der übrigen Streitkräfte im Reduzierungsgebiet erreicht werden. Für dieses Einfrieren würden dem Osten wahrscheinlich politische Nichterhöhungsverpflichtungen genügen. Der Westen kann sich jedoch mit politischen Nichterhöhungsverpflichtungen des Ostens nicht begnügen, weil aus Gründen der unterschiedlichen politischen Struktur Gegenseitigkeit nicht gewährleistet wäre. Dementsprechend hat der Westen stets auf einer[19] Gesamtdateneinigung als Voraussetzung für ein westliches Eingehen auf ein Einfrieren bestanden. Das Problem des Einfrierens führt damit zur Datenfrage zurück. Damit ist auch das zur Zeit vom Osten verfolgte Modell für ein erstes Abkommen, das begrenzte sowjetische und amerikanische Reduzierungen, politische Begrenzungs- und Einfrierverpflichtungen ohne zugrundeliegende Dateneinigung sowie eine geringe Zahl schwacher begleitender Maßnahmen vorsieht, für den Westen nicht annehmbar.

Die Suche nach Lösungen für das Datenproblem muß daher weitergehen. Der vom Osten in dieser Runde zur Diskussion gestellte Gedanke (vgl. Ziffer 8) ist nur einer der theoretisch möglichen Wege.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11472 (221)

18 Korrigiert aus: „Errichtungen Höchststärke".
19 Korrigiert aus: „einer auf".

106

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

Geheim **11. April 1981**[1]

Betr.: Ihr Gespräch mit Außenminister Haig im Beisein des Herrn Bundesaußenministers am 11. April 1981

Anwesend: Assistant Secretary Eagleburger (E.), Geschäftsträger Woessner, der Chef des Bundespresseamtes[2], StS van Well, AL 2[3], als Dolmetscherin: Frau Siebourg.

Sie eröffnen mit der Bemerkung, daß die Besuche von Haig in London[4], Paris[5] und Bonn im Anschluß an die Nahost-Reise[6] von großem psychologischem Wert seien.

AM Haig (H.) berichtet über die Nahost-Reise. Er habe MP Begin davon überzeugt, daß sein Besuch in Washington vor den israelischen Wahlen[7] nicht stattfinden könne.[8] Vor allen Dingen habe die Reise dem Bemühen gedient, die Beziehungen der USA zu den Arabern auf eine neue Grundlage zu stellen. Sie seien alle lebhaft beunruhigt über die frühere Politik der USA, wobei der Camp-David-Prozeß[9], die Frage der Ölversorgung, die Frage amerikanischer Stützpunkte[10] und der Fortschritt des Friedensprozesses allgemein ihre Rolle spielten. Es sei gelungen, die Meinungsunterschiede zwischen Israel und Ägypten über eine internationale Überwachungstruppe auf dem Sinai zu verringern. Is-

1 Ablichtung.
Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, leitete die Aufzeichnung am 11. April 1981 „zur Unterrichtung des Herrn Bundesaußenministers“ an Staatssekretär van Well. Dazu vermerkte er: „Der Vermerk ist vom Herrn Bundeskanzler noch nicht genehmigt.“
Hat van Well am 13. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Kurt Becker.

3 Berndt von Staden.

4 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig vom 9. bis 11. April 1981 in Großbritannien vgl. Dok. 89, Anm. 19.

5 Der amerikanische Außenminister Haig führte am 11. April 1981 Gespräche in Frankreich. Vgl. dazu die Erklärung des französischen Außenministers François-Poncet vom selben Tag; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (März/April), S. 32 f. Vgl. dazu ferner die Äußerungen von Haig vom selben Tag; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2051, S. 22.

6 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 4./5. April 1981 Ägypten, am 5./6. April 1981 Israel, am 6./7. April 1981 Jordanien und am 7./8. April 1981 Saudi-Arabien.

7 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

8 Botschafter Schütz, Tel Aviv, teilte am 7. April 1981 mit, der Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 5./6. April 1981 in Israel sei „stark von aktueller Krise im Libanon überschattet“ worden. Hauptthema sei der Nahost-Konflikt gewesen. Ferner seien die Einrichtung von amerikanischen Waffendepots auf israelischem Territorium sowie die vermehrte Inanspruchnahme von israelischen Einrichtungen und Lieferungen durch die amerikanischen Streitkräfte erörtert worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 258; Referat 310, Bd. 135661.

9 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

10 Zur amerikanischen Militärpräsenz im Nahen Osten, am Persischen Golf und am Horn von Afrika vgl. Dok. 95, Anm. 50.

rael wünsche eine starke Truppe. Ägypten befürchte, daß sich eine neue Besetzung des Sinai ergeben könnte, und wünscht eine geringere amerikanische Präsenz.[11] Beabsichtigt sei eine Stationierung auf der Linie nach Sharm-el-Sheikh. Man dürfe auf kanadische und australische Kontingente rechnen, brauche aber noch die Beteiligung einer Nation der Dritten Welt.

Peres und Sadat hätten einen Kontakt wegen der Autonomie-Verhandlungen. Es sei nicht ausgeschlossen daß man, wenn Peres die Wahlen gewinne, bis zum Jahresende zu einem Übereinkommen über die Autonomie gelangen werde. Haig meinte, daß Peres Aussichten habe, die Wahlen zu gewinnen. Sehr gefährlich werde die Lage während der nächsten Monate im Libanon sein.[12] Vor seiner Ankunft in Jerusalem habe das israelische Kabinett über die Möglichkeit eines begrenzten Eingreifens gegen die Syrer beraten. Es sei aber gelungen, sie zur Zurückhaltung zu veranlassen. Die gefährliche Lage werde jedoch anhalten. Die Saudis[13] hätten sich bereit gezeigt, hilfreich zu sein. Mit der französischen Regierung habe man sich darauf geeinigt, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen[14] heranzutreten, um eine sogenannte „Consensus-Resolution“ des Sicherheitsrats zu erreichen.[15]

11 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 4./5. April 1981 in Ägypten übermittelte Botschafter Hille, Kairo, am 7. April 1981 Informationen der amerikanischen Botschaft: „Man habe grundsätzliches Einverständnis über den Ausbau des Hafens und Flugplatzes von Ras Banas erzielt. […] Sadat habe getreu seiner öffentlich eingenommenen Haltung nicht von Stützpunkten, sondern von ‚facilities‘ gesprochen. Amerikanische Absicht sei es, in Ras Banas Vorräte an Waffen und Treibstoff für die RDF anzulegen. US-Truppen würden angeblich nur im Falle ausdrücklichen Hilfeersuchens eines arabischen Staates nach Ras Banas entsandt.“ Ferner sei der Nahost-Konflikt erörtert worden, insbesondere die Frage der im ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vom 26. März 1979 vorgesehenen multinationalen Friedenstruppe (MNF) für den Sinai. Vgl. den Drahtbericht Nr. 606; Referat 310, Bd. 135661.

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler legte am 7. April 1981 dar, die Lage im Libanon habe sich in den letzten drei Monaten „erneut erheblich verschärft“. Im nördlichen Teil hätten sich die Spannungen zwischen christlichen Milizen und syrischen Einheiten erhöht, im Süden gehe Israel „gegen PLO-Aktivitäten aus dem Südlibanon heraus“ vor: „Die Spannungen entluden sich in militärischen Zusammenstößen zunächst im Süden und sodann in Zahlé in der Bekaa-Ebene sowie Beirut.“ Angesichts der heftigsten Kämpfe seit 1978 befinde sich der Libanon „erneut am Abgrund eines Bürgerkrieges“. Eine Ausweitung des Konflikts sei „nicht auszuschließen, wenn auch gegenwärtig nicht wahrscheinlich“. Vgl. Referat 310, Bd. 135690.
Botschaftsrat Altenburg, Beirut, meldete am 10. April 1981, ein am 8. April 1981 ausgehandelter Waffenstillstand sei zusammengebrochen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 155; Referat 310, Bd. 135690.

13 Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte am 21. April 1981 Informationen des stellvertretenden Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Draper, zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 7./8. April 1981 in Saudi-Arabien: „Die Saudis hätten mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß auch die neue Administration nicht beabsichtige, die Saudis um Zurverfügungstellung von Stützpunkten zu bitten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1621; Referat 311, Bd. 137698.

14 Kurt Waldheim.

15 Botschafter Jelonek, New York (VN), berichtete am 14. April 1981, verschiedene Mitglieder des VN-Sicherheitsrats hätten am Vortag in „formlosen Konsultationen“ über die Lage im Libanon beraten. Frankreich erwäge die Entsendung eines Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs Waldheim, wolle aber eine förmliche Debatte des VN-Sicherheitsrats über Libanon vermeiden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 823; Referat 310, Bd. 135690.
Am 16. April 1981 teilte Jelonek mit, der VN-Sicherheitsrat habe sich am Vorabend ohne Einigung vertagt: „Sowjetischer Widerstand im SR […] hat den zügigen Abschluß des hauptsächlich von Frankreich inszenierten Szenarios im SR zwar verhindert. F dürfte aber mit dem Verlauf der Angelegenheit im SR nicht unzufrieden sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 852; Referat 310, Bd. 135690.

Sie warfen ein, daß die Existenz israelischer Nuklearwaffen, von der niemand spreche, die aber allen bewußt sei, auf die Stimmung der arabischen Staaten einwirke.

Als mögliche Ursache für die Kämpfe im Libanon sieht H. sowjetische Einwirkung auf Syrien mit dem Ziel an, sich erneut in den Friedensprozeß im Nahen Osten einzuschalten. Denkbar wäre allerdings auch, daß die christliche Fraktion von Israel ermutigt worden sei.

Sie merken an, daß vermutlich mehrere Motive mitspielen. Seit der Irak sich von der Sowjetunion abgewandt habe[16], wende diese sich erneut in verstärktem Maße Syrien zu. Auch fühlt sich Präsident Assad immer durch die Baath-Partei des Irak, aber auch durch die Politik von Sadat bedroht. Die Frage sei, warum der Irak sich schrittweise von der Sowjetunion abgewandt habe.

H. meint, daß Bagdad über die Entwicklung im Iran beunruhigt gewesen sei, ferner über die Unterstützung der PLO durch die Sowjets und schließlich über den wachsenden sowjetischen Einfluß im eigenen Land. Man habe befürchtet, ein Satellit der Sowjetunion zu werden. E. bestätigt dies aus jugoslawischen Wahrnehmungen. H. teilt mit, daß er ein Mitglied seiner Delegation nach Bagdad entsandt hätte, um die Auffassung der Irakis kennenzulernen.[17]

Sadat wünsche, am Camp-David-Prozeß festzuhalten.

Ihrer Bemerkung, daß Sadat den Camp-David-Prozeß aufgeben würde – nicht aber den Friedensvertrag mit Israel –, wenn zur Zeit der vollständigen Räumung des Sinai keine Lösung in der Autonomie-Frage erreicht sei, stimmt H. zu.

H. berichtet, daß der niederländische Ministerpräsident van Agt in Washington[18] versichert habe, seine Mission diene lediglich dem fact-finding. Es wäre gut, wenn dies so bliebe. Man solle keine Differenzen zwischen den USA und Europa in der Nahost-Frage in Erscheinung treten lassen. Solche Differenzen könne man für die Zukunft natürlich nicht ausschließen, aber die Tatsachen von

16 Botschafter Holzheimer, Bagdad, konstatierte am 11. April 1981, „daß es in irakisch-sowjetischen Beziehungen derzeit nicht zum besten steht. Hauptgrund dafür ist aus irakischer Sicht sicherlich unbefriedigende Haltung Sowjetunion in irakisch-iranischen Konflikt und ihre Zurückhaltung bei hier dringend benötigten Waffenlieferungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 264; Referat 311, Bd. 137667.

17 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 21. April 1981, der stellvertretende Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Draper, habe sich am 11./12. April 1981 in Irak aufgehalten und ihn darüber am 21. April 1981 informiert: „Die Irakis hätten mit Befriedigung von der ausdrücklichen Erklärung Drapers Kenntnis genommen, daß seitens der Administration nicht daran gedacht sei, ‚lethal weaponry' an den Iran zu liefern. […] Auf entsprechende Frage sagte Draper, daß die irakischen Gesprächspartner seine Darlegungen zur Sicherheitspolitik im Golfgebiet ohne negative Kommentare zur Kenntnis genommen hätten. Sie hätten ein gewisses Verständnis für die amerikanischen Sorgen erkennen lassen und auch zu den Abkommen mit Oman, Kenia und Somalia über die militärische Nutzung von Einrichtungen in diesen Ländern keine kritischen Fragen gestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1623; Referat 311, Bd. 137667.

18 Ministerpräsident van Agt und der niederländische Außenminister van der Klaauw hielten sich vom 30. März bis 1. April 1981 in den USA auf. Gesandter Dannenbring, Washington, teilte dazu am 1. April 1981 mit, nach Auskunft von van der Klaauw gegenüber den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten habe dieser die Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaften erläutert: „Haig habe sich befriedigt und beruhigt gezeigt, daß die europäischen Bemühungen die der Administration nicht konterkarieren würden. (Auch auf dem Hill sei keine Irritation über angebliche Gegensätze zwischen der amerikanischen und europäischen N[ah-]O[st]-Politik spürbar gewesen.)" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1367; Referat 201, Bd. 125574.

heute rechtfertigten es nicht, Differenzen zwischen Europa und den USA festzustellen.

In der Vergangenheit, während des Wahlkampfes[19], sei man über mögliche europäische Aktivitäten nervös gewesen.

Europa müsse anerkennen, daß die Vereinigten Staaten Zeit brauchten, um ihre Politik zu formulieren. Er hoffe, daß es nicht zu einer Initiative kommen werde, ehe die amerikanische Nahost-Diplomatie ihre nächste Runde abgeschlossen habe.

Auf Ihre Frage nach dem Verhältnis zwischen Sadat und König Hussein bemerkt H., daß sich die Position der beiden langsam annähere. Angesichts der Zurückhaltung von Sadat habe er dies allerdings nur aus Andeutungen schließen können. Das distanzierte Verhältnis der beiden zueinander sei mehr eine Frage der Persönlichkeiten als der Substanz.

König Hussein sei sehr bitter, weil man ihn bei der Formulierung des Camp-David-Prozesses nicht beteiligt habe.[20] Er fühle sich dadurch isoliert. Man habe die Beziehungen zu ihm nicht richtig gehandhabt.

Auf Polen übergehend, führen Sie aus, daß es in den letzten Wochen zu viele öffentliche Erklärungen gegeben habe. Man müsse bedenken, daß auch die Sowjetunion ein Gesicht zu wahren habe, und es sei nicht ungefährlich, sie aus Gründen der Gesichtswahrung zur Aktion zu drängen. Bis jetzt habe die Sowjetunion zwar eine Drohkulisse aufgebaut, aber noch nicht über ihr endgültiges Verhalten entschieden. Solange keine Gewalt angewendet werde, müsse man Polen wirtschaftlich helfen. Dabei sei es schwierig, neue Kreditquellen zu finden. Unser finanzielles Engagement in Polen[21] sei das höchste unter allen Staaten. Darin drücke sich ein besonders starkes deutsches Interesse an der Entwicklung in Polen aus. Die Anwendung von Gewalt in Polen würde langfristige Wirkungen haben. Es würde keine SALT-Verhandlungen geben und auch keine anderen Verhandlungen. Man würde in einer veränderten Welt leben. Polen brauche psychologische und finanzielle Hilfe.

In Warschau gäbe es offenbar zwei Fraktionen, eine große, die gewillt sei, ein gewisses Ausmaß an Bürgerrechten zu akzeptieren, mit Gewerkschaften, die nicht von der Partei kontrolliert würden, zusammenzuarbeiten und das Land dabei vor einer Intervention abzuschirmen. Zu dieser Gruppe gehöre MP Jaru-

19 In den USA fanden am 4. November 1980 Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

20 Botschafter Munz, Amman, teilte am 8. April 1981 zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 6./7. April 1981 in Jordanien mit: „Jordanische Seite verhielt sich den Bemühungen Haigs gegenüber rezeptiv, einem strategischen Konsensus der sowjetischen Bedrohung gegenüber Vorrang vor allen anderen Fragen einzuräumen. König Hussein unterstrich mit Nachdruck, daß einer Lösung des Palästinenser-Problems nicht geringere Priorität eingeräumt werden dürfe und daß der Camp-David-Ansatz keine Erfolgsaussicht habe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 147; Referat 310, Bd. 135661.
Am 9. April 1981 legte Munz ergänzend dar, König Hussein habe „auf die Gefahr zunehmender Frustration und Radikalisierung arabischer Staaten hingewiesen und amerikanische Seite ersucht, gegen die progressive Annektierung der Westbank, Gazas und der Golan-Höhen durch Israel Stellung zu beziehen." Hussein habe erklärt, es sei „ihm unmöglich, auf die PLO Druck auszuüben, damit diese das Existenzrecht Israels anerkenne, solange Israel nicht wenigstens im Prinzip die Räumung der besetzten Gebiete zusage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 153; Referat 310, Bd. 135661.

21 Zu den Hilfsmaßnahmen für Polen vgl. Dok. 80, Anm. 24.

zelski und der Erste Sekretär der PVAP[22], Kania, wobei der Ministerpräsident in Wahrheit wohl der stärkere sei. Die kleinere Gruppe werde von Olszowski geführt, der auch ein polnischer Patriot sei, aber für die integrale Aufrechterhaltung der Kontrolle durch die Partei eintrete. Obwohl diese Gruppe die kleinere sei, würde sie sofort die Oberhand gewinnen, wenn die Sowjets Gewalt anwenden sollten. H. stimmt Ihrer Beurteilung bei. Man befinde sich noch in der politischen Phase, andernfalls hätte er auch seine Nahost-Reise nicht angetreten. Einmal schon, Anfang Dezember 1980, habe es offenbar dicht vor einer sowjetischen Intervention gestanden. Der Westen habe damals mit genügender Klarheit Position bezogen, um eine derartige Entscheidung der Sowjetunion zu verhindern.[23]

Die Frage sei, ob die Sowjets in ihrem Bemühen, die polnische Entwicklung zurückzudrängen, bereits weiter gegangen seien, als es die oppositionellen Kräfte im Lande hinnehmen könnten.

Der Bundesaußenminister führt an dieser Stelle zur sowjetischen Toleranzgrenze an, daß hier Faktoren, wie die Aussicht auf einen Besuch von Breschnew in Bonn[24], der KSZE-Prozeß, das vorgesehene Treffen zwischen Haig und Gromyko im September[25], eine sowjetische Entscheidung, Gewalt anzuwenden, hemmen könnten.

Sie bemerken, daß man dabei mit den Sowjets nicht etwa nur über Polen sprechen sollte, sondern über einen breiten Kreis gemeinsam interessierender Fragen. Man sollte der sowjetischen Führung die Aussicht auf ein Treffen mit Präsident Reagan eröffnen, dabei aber nicht von ihr verlangen, daß sie im voraus gelobt, niemals Gewalt anzuwenden. Man solle klar mit den Sowjets sprechen, aber seine Vorbedingungen nicht zu hoch setzen. Man solle auch nicht vergessen, daß Breschnew die Politik der Zusammenarbeit als sein Lebenswerk ansehe.

StS van Well bestätigt aufgrund der Eindrücke beim Besuch des Bundesaußenministers in Moskau[26], daß die Sowjets sich vor allem für drei Fragen interessiert hätten. Sie hätten wiederholt gefragt, ob die bisherige politische Linie fortgesetzt würde, d.h. die Linie unserer Politik gegenüber dem Osten auf der Grundlage der geschlossenen Verträge; sie hätten großes Interesse am Dialog mit den Vereinigten Staaten auf höchster Ebene. Der Bundesaußenminister wirft hier ein, daß dies für Moskau eine Schlüsselfrage sei. Schließlich seien

22 Korrigiert aus: „PVA".

23 Vgl. dazu Ziffer 8 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 149. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 41. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 355.
Vgl. dazu auch Ziffer 2 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 153 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 44.

24 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

25 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

26 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

die Sowjets der Auffassung, daß es keine Gründe dafür gäbe, zum Kalten Krieg zurückzukehren.

Auf die Frage von H., worauf diese sowjetischen Interessen beruhten, erläutern Sie, daß es offensichtlich unterschiedliche Strömungen innerhalb des Politbüros gäbe. Dabei dürfte Breschnew die positivste Haltung zur Zusammenarbeit einnehmen. Es sei deshalb wichtig, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wieder auf das richtige Geleise gesetzt würden, ehe Breschnew aus diesem oder jenem Grunde die Szene verlasse.

StS van Well berichtet an dieser Stelle, wie der Generalsekretär bei der Diskussion über das nukleare Gleichgewicht in Europa zu Gromyko gesagt habe, das sollen die Experten prüfen.

H. bemerkt, daß Dobrynin auch ihm gegenüber das Bestehen eines nuklearen Gleichgewichts in Europa behauptet habe.[27] Er habe dem widersprochen. Kein Buchhalter würde dem zustimmen.

Im Zusammenhang mit der Polen-Frage mache ihm, wie er erwähnen wolle, noch ein Punkt Sorgen. Gewiß könnten die Folgen von Gewaltanwendung in Polen nicht hoch genug eingeschätzt werden. Andererseits sollte der jetzige Zustand aber kein ausreichender Grund sein, um so zu tun, als sei nichts gewesen. Solange Afghanistan besetzt sei, genüge Zurückhaltung in Polen nicht. Der Bundesaußenminister und Sie merken an, daß deutscherseits bei jeder Gelegenheit klar auf die afghanische Frage Bezug genommen wird.

Ein kurzer Meinungsaustausch über die in Paris soeben beendete neue Gesprächsrunde betreffend Wirtschaftshilfe für Polen[28] ergibt die Feststellung von E., daß amerikanischerseits keine neuen Kredite zugesagt werden konnten.

Sie betonen die Wichtigkeit neuer Kredite. Sie seien besorgt. Man dürfe die Situation in Polen nicht einfach in Schwarz oder Weiß sehen.

Auf TNF übergehend, erinnert H. daran, daß in den Vereinigten Staaten eine Diskussion über die Modalitäten der Stationierung von MX-Raketen stattfinde.

27 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März bzw. 1. April 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, bzw. Dok. 95, Anm. 20.

28 Zur Sitzung der „Pariser Gruppe“ am 30./31. März 1981 vgl. Dok. 84, Anm. 25.
Am 9./10. April 1981 fand eine weitere Verhandlungsrunde der „Pariser Gruppe“ mit Polen statt. Ministerialdirektor Fischer notierte dazu am 16. April 1981: „Die 15 westlichen Hauptgläubiger und Polen billigten am 10. April 1981 in Paris den Text eines Schuldenprotokolls, das am 27. April förmlich gezeichnet werden soll. Das Protokoll enthält folgende Empfehlungen: 80 % der öffentlichen und der öffentlich verbürgten Kapital- und Zinsfälligkeiten werden umgeschuldet oder refinanziert. Rückzahlung nach vier Freijahren in acht Halbjahresraten (längstens bis 1.1.1989). Die Barquote von 20 % wird zu den ursprünglichen Fälligkeiten gezahlt. Cut-off-date ist der 1. Januar 1981; Umschuldungszeitraum vom 1. Mai 1981 (einschließlich bis dahin aufgelaufener Rückstände) bis zum 31. Dezember 1981. Die Gläubiger sind bereit, die Schuldenfälligkeiten der Jahre 1982 und 1983 in positivem Sinn zu prüfen. Die Überwachung der Schuldenregelung obliegt einer halbjährlich tagenden Gemeinsamen Kommission, die Beobachter einladen kann. Grundlage der Umschuldungsregelung ist ein Bericht der polnischen Regierung über das dreijährige wirtschaftliche Stabilisierungsprogramm einschließlich spezifischer außenwirtschaftlicher Ziele für das Jahr 1981. Parallelverhandlungen finden mit privaten Banken und anderen Gläubigerländern statt. In außergewöhnlichen Umständen kann jede Regierung die Durchführung ihres bilateralen Abkommens aussetzen. Im Anschluß an die Zeichnung des multilateralen Protokolls am 27. April sollen sofort im Mai 1981 bilaterale Verhandlungen über das deutsch-polnische Durchführungsabkommen zur Schuldenregelung aufgenommen werden.“ Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

Dabei spiele die Frage einer maritimen Lösung eine Rolle. Er bäte Sie, ihm zu sagen, wie Sie darüber dächten.

Sie beginnen Ihre Antwort mit einer Darlegung der Geschichte des Mittelstreckenwaffenproblems von Wladiwostok[29] über das Protokoll zu SALT II[30] bis zum Doppelbeschluß[31]. Die Bundesrepublik Deutschland werde den Doppelbeschluß durchhalten. Es sei aber wichtig zu verstehen, daß dessen zweiter Teil nicht etwa nur eine psychologische, sondern eine ganz reale Frage sei. Sie würden die Stationierung von 200 oder auch nur von 100 Mittelstreckenraketen in Europa vorziehen, wenn die Sowjets die Zahl ihrer eigenen Raketen verminderten. Wir hätten einen Anspruch darauf, daß solche Verhandlungen geführt würden, nicht allein aufgrund des Doppelbeschlusses, sondern schon auf der Basis des Nichtverbreitungsvertrages. Darin hätten sich die Nuklearmächte zur vereinbarten Verminderung ihrer Nuklearwaffen verpflichtet.[32] Die Administration Carter habe versucht, unsere im Nichtverbreitungsvertrag verbrieften Rechte auf die uneingeschränkte Nutzung der Atomenergie[33] für friedliche Zwecke einzugrenzen.[34] Das hätten wir verhindert. Wir hätten aber einen Anspruch darauf, daß verhandelt würde. Wir würden zum Doppelbeschluß stehen, es sei denn mit der einzigen Ausnahme, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die TNF-Verhandlungen verschleppe.

Sofern jedoch die Vereinigten Staaten, etwa wegen des Widerstandes von Umweltschützern, beschließen sollten, die MX auf Unterseebooten oder Überwasserschiffen zu stationieren, würden Sie der erste sein, der forderte, auch die Mittelstreckenwaffen auf Schiffen zu stationieren. Sie beschreiben anschließend die Unterschiede zwischen den Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik in bezug auf die Stationierung von Nuklearwaffen. Wir sollten aufgrund des Doppelbeschlusses in einem Territorium von der Größe des Staates Oregon etwa halb soviel Mittelstreckenwaffen stationieren wie die Vereinigten Staaten Interkontinentalwaffen auf ihrem gesamten riesigen, zum Teil kaum besiedelten Gebiet.

H. bemerkt hierzu – mit großem Ernst –, daß eine maritime Stationierung auf beiden Seiten des Atlantik dazu führen würde, daß der Kitt, der die Allianz zusammenhielte, dahin wäre.

Sie erwidern, man dürfe nicht dem in Europa vorhandenen Verdacht Nahrung geben, als wollten die Vereinigten Staaten das nukleare Risiko auf Europa verschieben. Sie betonen erneut die Bedeutung von Verhandlungen und weisen

29 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

30 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

31 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

32 Vgl. dazu Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

33 Vgl. dazu Artikel IV des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 789 f.

34 Zur amerikanischen Nichtverbreitungspolitik vgl. Dok. 90, Anm. 35.

auf die psychologischen Unterschiede zwischen den traditionellen Nuklearmächten Frankreich und England einerseits und den nicht nuklearen europäischen Ländern andererseits hin.

H. weist auf die im Mai bevorstehende NATO-Ministertagung[35] hin. Man werde dabei sehr ernsthaft über die gemeinsame Haltung in einer Anzahl von Fragen nachdenken müssen. Dazu zähle das Ost-West-Verhältnis, Polen und auch die Verbindung von TNF-Verhandlungen mit dem SALT-Prozeß.

Sie unterstreichen, wie wichtig diese Verbindung sei. Wenn die TNF-Verhandlungen nicht am Ende in den SALT-Prozeß wieder einmündeten, könne dies zu einer Situation führen, in der ein amerikanischer Unterhändler unter dem Stichwort Gleichgewicht die Stationierung von 1200 LRTNF in Europa gegenüber 1200 sowjetischen Mittelstreckenwaffen fordere. Man dürfe aber das Gesamtgleichgewicht auf nuklear-strategischem Gebiet nicht aus dem Auge verlieren. Das sei sehr wichtig. Ob man 572 Mittelstreckenwaffen stationiere oder einige mehr oder aber weniger, sei nicht so entscheidend, wie der Sowjetunion zu demonstrieren, daß man den Mut habe, es zu tun.

Auf eine Frage von H. bemerken Sie, daß wir notfalls ohne die Niederlande und allenfalls auch ohne Belgien stationieren könnten. Ausgeschlossen aber sei es für Sie, daß die Bundesrepublik Deutschland allein stationierte. Sie könnten Ihr Land militärisch und politisch nicht isolieren lassen. Sie würden niemals akzeptieren, daß die Bundesrepublik singularisiert würde und daß andere das Gefühl haben könnten, sie trüge allein das Risiko. Falls auch Italien ausscheren sollte, würden auch wir es tun.

Es schließt sich ein kurzer einvernehmlicher Meinungsaustausch über die beeindruckend starke Persönlichkeit des italienischen Staatspräsidenten[36] an.

Sie bitten H., dem Präsidenten Ihr tiefempfundenes Mitgefühl über das Attentat[37] und unsere Erleichterung über den noch glimpflichen Verlauf auszusprechen. Wir seien von diesem Ereignis zutiefst betroffen. Sie blickten Ihrem Besuch in Washington in der zweiten Hälfte Mai[38] mit Freude und Erwartung entgegen. H. merkt dazu an, er glaube, daß der Besuch wie vorgesehen stattfinden werde. Eine Verschiebung hätte, wenn sie stattfinden sollte, allein gesundheitliche Gründe.

H. unterstreicht seine Befriedigung über den Besuch des Bundesaußenministers in Washington.[39] Sie bemerken dazu, daß der Erfolg dieses Besuchs in der gemeinsamen Presseerklärung[40] zum Ausdruck gekommen sei, die wir für ausgezeichnet hielten. Dieses Dokument habe es uns erlaubt, dem Gerede über

35 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
36 Alessandro Pertini.
37 Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 11.
38 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.
39 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.
40 Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen erfolgreich entgegenzutreten.

E. wirft ein, daß die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit sich auch bei der SCG[41] bewährt habe. Botschafter Ruth habe hervorragende Arbeit geleistet. Ohne ihn hätte man das Ergebnis nicht erreichen können. Sie bemerken, daß es gut sei, dies zu wissen.

Sie fragen Haig, ob die amerikanische Regierung die Standorte amerikanischer Nuklearwaffen im eigenen Land und im Ausland zu veröffentlichen pflege.

H. erwidert, daß dies nicht der Fall sei. Man verweigere auch jede Diskussion über diese Frage. E. ergänzt, daß man die Standorte weder bestätige noch bestreite.

Sie übergaben Haig die im „Stern" veröffentlichte Karte, die zeige, wie dicht besetzt unser Land mit Stationierungsorten sei.[42] Es schließt sich ein kurzer Meinungsaustausch über die negative Rolle des Admiral a.D. La Rocque an, aus dessen Umgebung die Daten des „Stern" anscheinend teilweise stammen.

Auf die Wirtschaftslage übergehend, stellen Sie die kritische Entwicklung der europäischen Wirtschaften in West und Ost dar. Dabei stehe unser Land noch relativ besser da als die anderen. Man könne gegenüber dieser Entwicklung nur an die Disziplin der Bevölkerung appellieren. Sie erwähnen die deutschen Tarifverhandlungen, in denen es seit Wochen eigentlich nur darum ginge, welche reale Einkommensminderung Arbeiter und Angestellte hinnehmen müßten. Es sei wahrscheinlich, daß die Lage noch schlechter werde, ehe sie sich wieder bessere.

Sie wollten dem amerikanischen Außenminister sagen, daß jeder, der sich Gedanken über politische Strategie mache, das wirtschaftliche Element einschließen müsse und hierbei zu berücksichtigen habe, daß Europa sich in einer schwierigen Phase befinde. Dies sollte der amerikanische strategische Denker sowohl dem Finanzminister[43] als auch dem Präsidenten selber sagen. Auch Sie würden das bei Ihrem Besuch tun.

H. erwidert, daß man sich dessen bewußt sei. Man befinde sich in einem Prozeß der Reform der Geldversorgung, der Haushaltskürzungen, auch im sozialen Bereich, mit der einzigen Ausnahme der Verteidigung, und der Reform der sog. Regulationen, die die industrielle Betätigung behinderten. An erster Stelle stehe die Inflationsbekämpfung. Denn die Inflation sei auch der entscheidende Faktor bei der Höhe der Zinssätze.[44] Die amerikanische Regierung gehe diese wirtschaftlichen Fragen auf breiter Front an und wolle verhindern, daß sie aufgedröselt würden, wie dies in England der Fall sei. Man hoffe, daß im kommenden Jahre die Zinssätze sinken würden. Ein Beginn sei schon in der jüngsten Zeit festzustellen.

41 Vgl. dazu die siebte Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 31. März 1981 in Brüssel; Dok. 92.

42 Vgl. dazu den Artikel „Die versteckte Atommacht"; STERN, Nr. 9 vom 19. Februar 1981, S. 26–34 und S. 218.

43 Donald T. Regan.

44 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 69, Anm. 12.

Sie betonen, daß die amerikanischen Zinssätze für alle europäischen Wirtschaften eine Gefahr darstellten. Die amerikanische Wirtschaft habe eine solche Dimension, daß von ihrer Handhabung die Wirtschaft der Welt und der Alliierten der USA abhänge.

E. wirft ein, daß der Präsident seine Wirtschaftsbotschaft[45] während der Abwesenheit des Außenministers erlassen habe. Hervorzuheben sei, daß diese Botschaft sich gegen Importrestriktionen wende.

Sie stellen abschließend fest, daß ein Obsiegen protektionistischer Tendenzen zu einem Wettlauf von Abwertungen führen würde.

[gez.] Staden

VS-Bd. 14096 (010)

107

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen

VS-NfD **14. April 1981**[1]

Eilt sehr

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister[3] mit der Bitte um Zustimmung und um Weisung zu D.

Betr.: Außenpolitisches Kolloquium in Gymnich am 10.4.1981

Anlg.: 3[4]

A. Das Kolloquium, das unter Leitung des Bundeskanzlers stattfand, war mit dem Bundesminister des Auswärtigen vereinbart und von ihm vorbereitet worden.[5] Teilnehmer waren verschiedene Kabinettsmitglieder, die Fraktionsvor-

45 Zum Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 15.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Werndl vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Lautenschlager vermerkte: „Rückfrage v. H[errn] Wallau bei BM hat ergeben: BM will die vorgesehene Verteilung nicht; er hat nichts gegen operativen Teil, auch nichts gegen Beitrag im Blauen Dienst, will aber Text vorher sehen."
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 23. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Hansen „o[der] V[ertreter]" vermerkte: „Bitte, entspr[echend] zu verfahren, bitte Min[ister-]Vorlage f[ür] Blauen Dienst, bitte Vorschläge betr. Verfahren zur Implementierung der operativen Vorschläge." Ferner hob Lautenschlager die Worte „Dienst" und „aber Text" des handschriftlichen Vermerks von Werndl hervor und vermerkte dazu handschriftlich: „Ggf. B[e]spr[echung]." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178415.

2 Hat Staatssekretär van Well am 16. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich schlage vor, die Niederschrift allen Teilnehmern am Kolloquium zuzustellen."

3 Hat Bundesminister Genscher am 24. April 1981 vorgelegen, der den handschriftlichen Vermerk des Staatssekretärs van Well hervorhob und dazu handschriftlich vermerkte: „Nein."

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 6 und 19.

5 Staatssekretär Schüler, Bundeskanzleramt, teilte Staatssekretär van Well am 24. Oktober 1980 mit, Bundeskanzler Schmidt habe mit Bundesminister Genscher am 15. Oktober 1980 vereinbart, „daß

sitzenden Wehner und Mischnick sowie leitende Beamte des Bundeskanzleramts, des Auswärtigen Amts und des BMVg (34 Personen, Liste siehe Anlage[6]). Das Kolloquium, das vom BK abschließend als „sehr nützlich" bezeichnet wurde, dauerte von 12.15 Uhr bis 20.15 Uhr.

Nach kurzer Eröffnung durch den Bundeskanzler wurde das Kolloquium eingeführt durch Referate von StS van Well[7] sowie der Botschafter in London[8], Paris[9], Moskau[10] und bei der NATO[11] über wesentliche Probleme der Außenpoli-

Fortsetzung Fußnote von Seite 588

das Auswärtige Amt etwa im Januar 1981 ein außenpolitisches Kolloquium in Gymnich ausrichten wird. Das Kolloquium sollte auf den Erfahrungen eines ähnlichen Kolloquiums in Heimerzheim aufbauen und den interessierten Kabinettsmitgliedern offenstehen. Schwerpunktthemen sollten sein: Analyse der Lage in den Krisengebieten Naher und Mittlerer Osten, Südafrika, Rüstungskontrollprobleme, Folgen eines möglichen Ausfalls der Öllieferungen aus dem Nahen Osten für den Westen und Japan, Koordinierung der westlichen Politik." Vgl. das Schreiben; Referat 02, Bd. 178415.
Mit Schreiben vom 14. Januar 1981 stimmte Schmidt dem von Genscher vorgeschlagenen Termin 10./11. April 1981 zu und führte aus: „Ich stimme Ihnen zu, daß für dieses vertrauliche Kolloquium keine vorbereitenden Papiere und kein Ergebnispapier verteilt werden sollten. Ich bitte Sie aber, bereits bei den Vorbereitungen zu überlegen, in welcher Weise wir das Kolloquium unserem Bemühen um ein politisches Gesamtkonzept des Westens für die weltweite Auseinandersetzung und Zusammenarbeit mit der Sowjetunion nutzbar machen können." Vgl. Referat 02, Bd. 178415.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. Referat 02, Bd. 178415.

7 Staatssekretär van Well äußerte sich anstelle des erkrankten Botschafters Hermes, Washington, und gab Eindrücke seines Besuchs am 6. April 1981 in den USA wieder: „Verhältnisse in neuer Administration noch nicht voll überschaubar, Richtungsentscheidungen stehen aus, […] wichtige Personalentscheidungen noch offen. Gesamteindruck, daß Administration sehr lange braucht, sich selbst und amerikanische Politik zu organisieren. […] US streben für NATO-Rat Rom ‚neuen Konsens' in Allianz über Ost-West-Verhältnis an. Hauptziel, SU zur Mäßigung zu ermutigen. Hintergrund ist tiefes Mißtrauen gegenüber Entspannungspolitik. Echte Änderung der Grundströmung der öffentlichen Meinung in USA; Schlüsselproblem für Bündnis wird amerikanische Politik zur Rüstung und Rüstungskontrolle sein. US betrachten Rüstungskontrolle nicht als Selbstzweck, sondern als Instrument der Außenpolitik zur Kontrolle und Mäßigung der SU. Dringlich und schwierig ist Einbringen europäischer Positionen in amerikanischen Meinungsbildungsprozeß." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 02, Bd. 178415.

8 Botschafter Ruhfus, London, legte dar: „Mitgliedschaft Großbritanniens in EG bleibe unverzichtbar. GB besonders auch an EPZ interessiert. […] relativ undifferenziertes Verhältnis der Briten zu Ost-West-Beziehungen, Neigung der Premierministerin, auf harte US-Politik einzuschwenken. Aber Bereitschaft GBs, unsere Haltung zu Abrüstung und Rüstungskontrolle mitzutragen, auch gegenüber Washington; […] deutlich engagiert in Nahost (Carrington und FCO haben sich gegenüber der israelfreundlichen Premierministerin durchgesetzt)." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 02, Bd. 178415.

9 Botschafter Herbst, Paris, stellte fest: „Wandlung des Deutschland-Bildes: D habe in F ungewöhnlich gute Presse. Nicht mehr Image des US-Musterschülers. Jedoch gewisse Besorgnisse in öffentlicher Meinung wegen verteidigungspolitischer Diskussion in D. F betrachtet D als Bollwerk gegen den Osten; Ost-West: F näher an USA herangerückt; Gründe: Afghanistan, Ausgreifen der SU in Dritter Welt". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 02, Bd. 178415.

10 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, wies auf wirtschaftliche und soziale Probleme in der UdSSR hin und führte weiter aus: „Sowjetische Außenpolitik stark bestimmt vom Verhältnis SU/USA. Sowjetische Verhandlungsbereitschaft bei SALT und LRTNF. LRTNF erscheint zu kompliziert für baldige konkrete Ergebnisse, politische Wirkung jedoch durch Aufnahme der Gespräche. Polen: militärisches Eingreifen nur Ultima ratio. Toleranz ist eigentlich schon überschritten, SU begnügt sich aber weiterhin mit Druck und Drohung. Europa: KAE ist für SU wichtig, steht aber in Funktion zu Beziehungen SU/USA; solange amerikanisch-sowjetische Beziehungen schlecht, hat KAE um so größere Bedeutung. BR Deutschland hat in Moskau gegen Überschätzung der Einflußmöglichkeiten im westlichen Bündnis zu kämpfen. Dritte Welt: Sowjetischer Expansionsdrang wird längerfristig durch stärkere Konzentration auf innen und Enttäuschung über teure Unterstützung unzuverlässiger Partner gebremst werden; daher notwendig, westlichen Druck weiter aufrechtzuerhalten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 02, Bd. 178415.

11 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) legte zur Situation in der NATO dar: „Politische Abstimmung seit Afghanistan verbessert, gleichwohl bestehen Sorgen der Kleineren über Konsultationen der Großen am Rande des Bündnisses. Vorsichtig konstruktive Politik gegenüber Polen; US operiert

tik aus der Sicht der USA, Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der Allianz. Daran schlossen sich einleitende Ausführungen des Bundeskanzlers[12] und des Bundesministers[13] an.

Die darauffolgende Diskussion konzentrierte sich auf die Schwerpunktbereiche Beziehungen Europa–USA, Ost-West-Verhältnis (allgemein, Sicherheitspolitik, Rüstungskontrolle, Polen), Dritte Welt (allgemeine DW-Politik, Naher Osten, Ferner Osten). Auch die innenpolitischen Rahmenbedingungen der Außenpolitik wurden eingehend erörtert.

B. Wichtigste Aussagen und Folgerungen:

1) Grunddaten gemeinsamer westlicher Politik, die berechenbar zu bleiben hat, müssen erhalten und weiterentwickelt werden. Wichtig: NATO-Rat Rom[14]. Stärkung von Allianz und EG. Einhaltung unserer Verpflichtungen im Bündnis. Deutscher Einfluß ist Funktion der Klarheit und Festigkeit unserer Politik.

2) BK warf mehrfach Problem auf, inwieweit Forderung nach stärkerer politischer und finanzieller Rolle Deutschlands in globaler Weltordnungspolitik mit abnehmenden Leistungsbilanzüberschüssen vereinbar.

3) Europa: Sorge über ungünstige Entwicklung angesichts weltwirtschaftlicher Schwierigkeiten. Nach französischen Wahlen[15] Initiativen für neue politische Impulse erforderlich. Im Hinblick auf Gespräch BK mit EP-Mitgliedern am 15. Mai Erarbeitung von Eckwerten einer deutschen Position (politische Perspektiven, Entscheidungsmechanismus, Reformen).

Fortsetzung Fußnote von Seite 589

auf einer Linie, die nicht konsensfähig. Hauptprobleme der Formulierung gemeinsamer Bündnispolitik mit neuer US-Administration: Gleichgewicht: eventuelle US-Entscheidung, Überlegenheit anzustreben, würde schwere Belastung des Ost-West-Verhältnisses zur Folge haben; Rüstungskontrolle: nicht allein Mittel eines außenpolitischen linkage, sondern unverzichtbare Komponente der Sicherheitspolitik; […] Debatte der Verteidigungslasten: europäische Haltung wird verstanden. Bewertung des Verteidigungsbeitrages nicht am ‚Input', sondern an Einhaltung der Aufgabe." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 02, Bd. 178415.

12 Bundeskanzler Schmidt erklärte: „Vor Hintergrund konservativer außenpolitischer Grundwelle in USA und Widerhall in F und GB ist Kontinuität westlicher Politik zu sichern, um Allianz zusammenzuhalten, die ihrerseits zusammenhalten muß, um politische Kontinuität zu sichern. […] Wir müssen USA deutlich machen, daß KSZE-Prozeß ebenso wie Wirtschaftsaustausch Mittel zur Mäßigung sowjetischer Politik, Rüstungskontrollpolitik als Teil einer Politik des militärischen Gleichgewichts Zweck in sich ist. Ohne kooperative Begrenzung der Rüstungen wird die Welt gefährlicher werden. Wir können nicht auf Beeinflussung der USA verzichten, wir können es aber nicht allein tun, sondern nur gemeinsam mit F. Diese Gemeinsamkeit ist Voraussetzung einer unabhängigen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 02, Bd. 178415.

13 Bundesminister Genscher führte aus: „Grunddaten der gemeinsamen westlichen Politik erhalten und weiterentwickeln. Grundlage sind EG und NATO, Kennzeichen deutscher und gesamtwestlicher Politik sind Kontinuität und Berechenbarkeit, die es zu erhalten gilt. […] Bilanz 1980: SU hat Einflußgebiet ausgedehnt (Afghanistan). Gesamtpolitisch hat sich Lage aber nicht zugunsten der SU verändert (hohe Kosten der sowjetischen Klientel in DW, Abwendung der Dritten Welt von SU). […] LRTNF muß zwar im Zusammenhang mit SALT gesehen werden, darf aber zeitlich nicht daran gekoppelt werden, da USA Zeit für Entwicklung SALT-Konzepts braucht, wir aber LRTNF-Verhandlungen schnell wollen. Rüstungskontrollpolitik muß fortgesetzt werden; sie ist nicht Geschenk des Westens an den Osten, bedeutet keine einseitigen Vorleistungen des Westens, sondern Mittel zur Gleichgewichtssicherung." Hauptproblem der NATO sei „Gefahr, daß sich politische Grundströmungen in USA und Europa auseinanderentwickeln. Europäer müssen USA klarmachen, daß westliches Bündnis gemeinsame Standpunkte zur Außenpolitik erarbeitet hat, die nicht bei jedem Regierungswechsel auf Spiel gesetzt werden dürfen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 02, Bd. 178415.

14 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

15 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

4) Verhältnis zu den USA: Klarstellen, daß wesentliche westliche Positionen trotz Regierungswechsel in Washington fortgesetzt werden müssen. In diesem Sinne neue Administration beeinflussen. Keine öffentliche Kritik. AA und BPA werden Vorschläge für Verstärkung Kontakte und Öffentlichkeitsarbeit entwikkeln.

5) Ost-West-Beziehungen: Sicherheit auf Grundlage Gleichgewichts und weiterhin Bereitschaft zur Kooperation mit Osten unter Voraussetzung Mäßigung. Herausstellen von Risiken und Anreizen. KSZE. Bedeutung unserer Hilfe an Polen[16], die hohe außenpolitische Priorität hat (vgl. Ziffer 9).

6) Rüstungskontrolle: muß Ziel in sich sein. Festhalten an beiden Teilen des Doppelbeschlusses[17]. LRTNF-Verhandlungen müssen in SALT einmünden, sollen aber früher beginnen.

7) Dritte Welt: Lage hat sich – trotz oder gerade wegen Afghanistan – zuungunsten SU entwickelt, was genutzt werden muß. Ost-West-Gegensatz nicht in DW übertragen. Relevanz Blockfreie. Beiträge zur Konfliktlösung: z. B. Namibia, Nahost. Entwicklungshilfe, wo D führend, sollte sich mit größerer Flexibilität stärker an unseren eigenen Interessen ausrichten. Relevanz Weltwirtschaftsgipfel und Beteiligung Japans. Wichtig Einflußnahme auf USA.

8) Unterstreichung der Notwendigkeit energiepolitischer Diversifizierung. Große Anfrage? Hinweis auf im Oktober fällige dritte Fortschreibung Energiepolitik.[18]

9) Haushalt 1982: AA, BMZ und BMF sollten vor Haushaltsberatungen des Sommers Prioritäten setzen unter Berücksichtigung der Notwendigkeiten der DW-Politik, der Europapolitik (Plafond für Nettozahlungen der BR Deutschland an die EG) und der Ost-West-Politik. Soforthilfe für Polen hat eine solche Priorität.

Allgemein geht es auch darum, im Einzelplan 23 für eine größere Disponibilität für nicht vorhersehbare außenpolitische Prioritäten zu sorgen.

10) Unsere Politik ist innenpolitisch zunehmend schwerer abzusichern. Offensive Diskussion über Sicherheits- und Entspannungspolitik erforderlich.

C. Ein zusammenfassendes Protokoll der Diskussion sowie eine Punktation der Fragen, die weiterverfolgt werden sollen, sind beigefügt.[19] Beide sind mit MDg von der Gablentz (Bundeskanzleramt) abgestimmt. Herr von der Gablentz hat

16 Zu den Hilfsmaßnahmen für Polen vgl. Dok. 80, Anm. 24.

17 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

18 Die Bundesregierung verabschiedete am 26. September 1973 ein Energieprogramm. Darin wurden die Zielsetzungen für eine zukünftige Energiepolitik der Bundesrepublik formuliert und Maßnahmen aufgeführt, um eine dauerhafte umwelt- und kostengerechte Sicherung der Energieversorgung sowohl für die Volkswirtschaft als auch für die Einzelverbraucher zu erreichen. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 180, Drucksache Nr. 7/1057. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 256.
Das Kabinett billigte am 23. Oktober 1974 eine Erste Fortschreibung des Energieprogramms. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 196, Drucksache Nr. 7/2713.
Die Zweite Fortschreibung des Energieprogramms wurde am 19. Dezember 1977 vorgelegt. Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 239, Drucksache Nr. 8/1357.
Für den Wortlaut der am 5. November 1981 vorgelegten Dritten Fortschreibung des Energieprogramms vgl. BT ANLAGEN, Bd. 278, Drucksache Nr. 9/983.

19 Dem Vorgang beigefügt. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 02, Bd. 178415. Für Auszüge vgl. Anm. 7–13.
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Hansen vom 14. April 1981 vgl. Referat 02, Bd. 178415.

Durchdruck dieser Aufzeichnung nebst Anlagen erhalten. Er ist darauf hingewiesen worden, daß sie von der Amtsleitung noch nicht gebilligt wurde.

D. Es wird um Weisung gebeten, ob die Aufzeichnung und/oder die Anlagen über den – restriktiven – Verteilerkreis im AA und MDg von der Gablentz hinaus noch anderen Teilnehmern des Kolloquiums zugänglich gemacht werden soll.

Ein Beitrag für den „Blauen Dienst“ wird vorbereitet.

Hansen

Referat 02, Bd. 178415

108

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam

214-320.10 POL-991/81 VS-vertraulich **14. April 1981**[1]

Betr.: Lage in Polen

StS van Well führte am 13. April ein Gespräch mit einem Vertrauten des polnischen Primas, Kardinal Wyszyński, an dem auch MdB Dr. Mertes, der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Prälat Homeyer, und Dg 21 teilnahmen.[2]

Der polnische Besucher berichtete:

In der schweren Krise seines Landes sei dem polnischen Episkopat die Rolle eines Vermittlers zwischen der kommunistischen Parteiführung und der neuen Gewerkschaftsbewegung zugefallen. Zu dem Kompromiß Ende März zwischen der Regierung und der „Solidarität“[3] habe die Kirche den entscheidenden Beitrag geleistet. Sie versuche, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die notwendigen Reformbemühungen nicht außer Kontrolle gerieten und an den Realitäten orientiert blieben. Der Kardinal habe deshalb Gewerkschaftsführer Wałęsa den Rat gegeben, nicht zu versuchen, alle Forderungen, so berechtigt sie seien, auf einmal durchzusetzen. Jetzt müsse zunächst einmal Ruhe einkehren und die Arbeit im Lande wiederaufgenommen werden. Für die Gewerkschaft müsse jetzt die Aufgabe Vorrang haben, sich eine solide Infrastruktur zu schaffen.

1 Hat den Staatssekretären van Well bzw. Lautenschlager am 15. bzw. 16. April 1981 vorgelegen. Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 21. April 1981 vorgelegen.

2 Staatssekretär van Well notierte am 9. April 1981, der Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz, Homeyer, habe telefonisch mitgeteilt, „der Primas, Kardinal Wyszyński, entsende am Sonntag den persönlichen Emissär Pater Orszulik zur Deutschen Bischofskonferenz zur Fortsetzung des Meinungsaustauschs. Er werde am Montag nach Warschau zurückfliegen. Homeyer regte an, daß er mit Pater Orszulik am Montag morgen zu einem Gespräch zu mir kommt. Es wird um 9 Uhr stattfinden.“ Vgl. VS-Bd. 13315 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Die polnische Regierung und die Gewerkschaft „Solidarność“ einigten sich am 30. März 1981 auf einen Kompromiß zur Beilegung der durch die Unruhen am 19./20. März 1981 in Bromberg verschärften innenpolitischen Krise in Polen sowie zur weiteren Tätigkeit von Gewerkschaften. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 333 f.

Einige KOR[4]-Berater der „Solidarität“ seien allerdings bemüht, die Führung der „Solidarität“ im Sinne eines radikalen politischen Kurses zu beeinflussen. Diese Kräfte verfolgten in Wahrheit trotzkistische Ziele, die die Kirche ebenso wie den Kommunismus sowjetischer Prägung ablehne. Er sei allerdings überzeugt, daß sich diese Tendenzen in der Gewerkschaft nicht durchsetzen würden. Sie würden auch keineswegs von den zahlreichen gemäßigten Mitgliedern der KOR-Bewegung geteilt.

Gewerkschaftsführer Wałęsa stehe unter dem Einfluß des Primas. Er bemühe sich, einen gemäßigten Kurs in der „Solidarität“ durchzusetzen. Der Episkopat vertraue darauf, daß ihm dies gelingen werde. Seine Rücktrittsdrohungen sollten nicht zu ernstgenommen werden. Wałęsa werde sich seiner Verantwortung nicht entziehen.

Zur Situation in der PVAP sagte der Besucher, man müsse jetzt „darum beten“, daß die Partei nicht von unten her zerfalle. Hier liege im Augenblick die größte Gefahr.[5]

Einen Führungswechsel auf der bevorstehenden ZK-Sitzung[6] erwarte er nicht. Zu Kania habe die katholische Kirche aus einer inzwischen jahrelangen Zusammenarbeit Vertrauen. Er werde die Sowjets bestimmt nicht ins Land rufen. Allerdings sei er ein Mann des Parteiapparats, der kaum über außenpolitische oder wirtschaftspolitische Erfahrungen verfüge. In dieser Hinsicht sei Olszowski ihm gegenüber im Vorteil, da er in der Vergangenheit wichtige außenpolitische und wirtschaftspolitische Funktionen ausgeübt habe. Olszowski trete für einen härteren innenpolitischen Kurs ein. Es sei aber nicht sicher, ob O.– etwa mehr als Kania – das Vertrauen Moskaus habe.

Die wirtschaftliche Lage Polens sei außerordentlich ernst. Dennoch halte er es nicht für wahrscheinlich, daß die angespannte Versorgungslage zu politischen Demonstrationen oder Ausschreitungen führen werde. Das polnische Volk wolle Ruhe und keine neuen Auseinandersetzungen, sofern es nicht zu neuen Provokationen komme. Die Arbeitsmoral sei gut. Sehr ungünstig wirkten sich allerdings die immer wieder aufkommenden Gerüchte über eine sowjetische Intervention aus. Dies führe zu Hamsterkäufen und verschärfe die ohnehin angespannte Versorgung. („Die Leute kaufen dann 6 kg statt 1 kg Mehl.“)

Mit einem gewaltsamen Vorgehen der polnischen Behörden, etwa durch Festnahme führender KOR-Leute oder einer Verhängung des Ausnahmezustands, rechne er gegenwärtig nicht. Dies würde den offenen Konflikt zwischen der

4 Komitet Obrony Robotników.

5 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu Häkchen.

6 Die 10. Plenarsitzung des ZK der PVAP fand am 29./30. April 1981 in Warschau statt. Für die Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 465–467 (Auszug).
Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil gab am 30. April 1981 eine Einschätzung: „Das Plenum hat den bislang verfolgten Kurs von Partei und Regierung bestätigt; der Weg der Erneuerung soll fortgesetzt und die Krise von den Polen selbst, d. h. ohne ausländische Einmischung, überwunden werden. Es hat sich jene Richtung in der Parteiführung durchgesetzt, die eine reformierte PVAP an der Spitze der Erneuerungsbewegung sehen möchte, nicht zuletzt, um die Ziele der Erneuerung und die Mittel ihrer Durchführung definieren oder zumindest die Festlegung entscheidend beeinflussen zu können.“ Die PVAP befinde sich „weiterhin auf einer Gratwanderung zwischen den Forderungen der Basis und der abwartenden, kritischen Haltung der ‚Solidarität‘ einerseits und dem Mißtrauen der SU und ihrer Verbündeten andererseits“. Vgl. Referat 214, Bd. 133222.

Regierung und dem gesamten polnischen Volk bedeuten. Die „Solidarität“ würde ein solches Vorgehen nicht hinnehmen.

Der Besucher berichtete von der großen Besorgnis, die am Wochenende des 4./5. April durch die Hinweise auf ein Warschauer-Pakt-Gipfeltreffen in Prag[7] ausgelöst worden sei. Am Sonnabend, dem 4.4., müsse dann aber etwas geschehen sein, das diese Entwicklung überholt habe. Die Rede Breschnews auf dem Prager Parteitag[8] sei auf diesem Hintergrund als eine Entschärfung der Situation empfunden worden.[9]

Der StS berichtete über seine Eindrücke während des Moskau-Besuchs des Bundesministers.[10] Er wies auf die Warnungen hin, die der Minister in Moskau zur Polen-Frage unmißverständlich ausgesprochen habe. Am Freitag, dem 3.4., habe Breschnew außerdem einen Brief des amerikanischen Präsidenten[11] zu Polen erhalten. Möglicherweise hätten diese Einwirkungen die endgültige Entscheidung der sowjetischen Führung über die Abhaltung eines Gipfeltreffens in Prag mitbestimmt.

Bräutigam

VS-Bd. 13315 (214)

7 Botschafter Diesel, Prag, berichtete am 6. April 1981 im Zusammenhang mit dem XVI. Parteitag der KPČ vom 6. bis 10. April 1981: „Zur Stunde liegen keine Anzeichen dafür vor, daß außer Generalsekretär Breschnew weitere Parteichefs aus anderen WP-Staaten nach Prag kommen werden. Gerüchte, daß Honecker kommen werde, haben sich bisher nicht bestätigt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 283; Referat 214, Bd. 139617.

8 Für die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, zu Polen am 7. April 1981 anläßlich des XVI. Parteitags der KPČ vom 6. bis 10. April 1981 in Prag vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 58 f.

9 Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), legte am 8. April 1981 dar: „Äußerungen von Parteichef Husák und GS Breschnew auf dem Parteitag der tschechoslowakischen KP in Prag werden aus der Sicht der Vertretung vorläufig wie folgt bewertet: 1) Abrundung bzw. Vervollständigung der politischen Rechtfertigungskulisse für den Fall eines notwendig werdenden militärischen Eingreifens: (1) offizielle Bekräftigung der Behauptung einer internen und externen Bedrohung der sozialistischen Struktur Polens (Husák): ‚Anti-sozialistische Kräfte in Polen, angestachelt von den Feinden des Sozialismus im Ausland, bemühen sich um konterrevolutionären Umsturz.‘ Hinweis auf wirtschaftlichen Druck des Westens. Auffallender Vergleich mit den Präzedenzfällen Ungarn, DDR, ČSSR. (2) Klarstellung, daß die Verteidigung der sozialistischen Gesellschaftsordnung auch gemeinsame Angelegenheit der Länder der sozialistischen Staatengemeinschaft sei. Bekundung der Entschlossenheit aller Teilnehmerstaaten des WP, den ‚Angriff der Reaktion‘ abzuwehren, Probleme zu lösen und die sozialistische Gesellschaftsordnung zu festigen. 2) Erklärung Breschnews könnte als weitere Fristgewährung an polnische Partei und Führung für Bereinigung der Probleme verstanden werden. Jedoch klingt der Vertrauensbeweis an die Adresse der polnischen Kommunisten […] betont matter als beim Gipfeltreffen am 5.12.80 in Moskau. Darüber hinaus wird auch von Breschnew die Parallele zu Präzedenzfall ČSSR gezogen. 3) Es drängt sich der Eindruck auf, daß zwischen GS Breschnew und Parteichef Husák eine Arbeitsteilung vorgenommen wurde, die Breschnew wegen der möglichen Konsequenzen in den Ost-West-Beziehungen die ‚Rolle des Staatsmannes‘ einräumt und [es] Husák überläßt, die Drohgebärden am deutlichsten herauszustellen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 660; VS-Bd. 13332 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

11 Ronald W. Reagan.

109

Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer, Fischer und Fleischhauer

200-350.10 VS-NfD **16. April 1981**[1]
410-420.05 VS-NfD
501-420.05 VS-NfD

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Deutsche Europapolitik;
hier: Europäische Union

Bezug: Aufzeichnungen der Abteilungen 2 und 4 vom 19.9.1980[2] und 26.1.1981[3] – 200-350.10/410-420.05 VS-NfD (beigefügt als Anlagen 4 und 5[4])

Anlg.: 5[5]

Zweck der Vorlage:

1) Billigung der mit dieser Aufzeichnung vorgelegten Entwürfe für einen Vertrag über eine Europäische Union und eine Europäische Akte[6]

2) Billigung des in Ziffer V vorgeschlagenen weiteren Verfahrens

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Stabreit und von Kyaw, den Vortragenden Legationsräten Rosengarten und Schürmann und Legationssekretär Läufer konzipiert.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. und 23. April 1981 vorgelegen. Am 23. April 1981 vermerkte er handschriftlich für Bundesminister Genscher: „Ich fürchte, die Zeit ist leider noch nicht reif für die Alternative I. Ich spreche mich daher für die Alternative II mit der Rückfallposition einer politischen Erklärung aus. Über das weitere Verfahren möchte ich eine Rücksprache bei Ihnen anregen."
Hat Genscher am 26. April 1981 vorgelegen, der Lautenschlager und Staatssekretär van Well um Rücksprache bat.
Hat Lautenschlager am 27. April und am 11. Juni 1981 erneut vorgelegen. Am 11. Juni 1981 vermerkte er: „1) R[ück]spr[ache] hat bei BM zusammen mit StS v. St[aden] am 11.6. stattgefunden. 2) Überlegungen der Rspr. können bei der Hausbespr[echung] am 15.6. diskutiert werden. 3) D 2, D 4, D 5 z[ur] K[enntnis]."
Hat Ministerialdirigent Ungerer am 11. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Gesehen."
Hat Stabreit am 12. Juni 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Durchlauf bitte zurück an Referat 200."
Hat den Ministerialdirektoren Pfeffer, Fischer und Fleischhauer am 13. bzw. 15. bzw. 19. Juni 1981 erneut vorgelegen.

2 Für die Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer vgl. AAPD 1980, II, Dok. 274.

3 Für die Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Blech und Fischer vgl. Dok. 19.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnungen der Ministerialdirektoren Blech und Fischer vom 19. September 1980 bzw. 26. Januar 1981 vgl. Referat 200, Bd. 122719.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4 und 6.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für die Entwürfe „Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union (Alternative I)", „Vertrag zur Europäischen Union (Alternative II)" sowie „Europäische Akte" vgl. Referat 200, Bd. 122719. Für Auszüge vgl. Anm. 18, 19, 29 und 30.

Kurzfassung

Zur Konkretisierung Ihrer Stuttgarter Initiative vom 6. Januar 1981[7] werden hiermit zwei Alternativentwürfe eines Vertrages über die Europäische Union sowie der Entwurf eines herausgehobenen politischen Dokuments mit gleicher Zielrichtung („Europäische Akte“) vorgelegt.

Die beiden Vertragsentwürfe sind nach dem Scheitern der Fouchet-Pläne 1961/62[8] ein erster konkreter und rechtsförmlicher Schritt zu einem politischen Zusammenschluß der in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen europäischen Staaten. Für die Vertragsform sprechen die ihr immanente rechtliche Qualität und Bindungswirkung, die es ermöglichen würden, die Europäische Gemeinschaft und die nicht kodifizierten wichtigsten Aktionsfelder der Zehn (EPZ, ER) zusammenzufassen und ohne Veränderung ihrer Substanz auf eine völkerrechtliche Basis zu stellen sowie neue Bereiche der Zusammenarbeit (Sicherheits- und Kulturpolitik) einzubeziehen.

Während der erste Vertragsentwurf (Alternative I) unmittelbar die Gründung einer Union europäischer Völker und Staaten mit eigener Rechtspersönlichkeit und gemeinsamen Organen vorsieht, bedeutet Alternative II eine insoweit abgeschwächte Lösung, als bei Wahrung aller bereits in Alternative I enthaltenen politischen und institutionellen Elemente der Schwerpunkt auf den evolutiven Charakter der Entwicklung zur künftigen Europäischen Union gelegt wird, ohne daß diese durch den Vertrag bereits als Rechtspersönlichkeit geschaffen wird.

Der ebenfalls vorgelegte Entwurf einer Politischen Deklaration („Europäische Akte“) enthält wesentliche Elemente beider Vertragsentwürfe und zielt wie Vertragsalternative II auf die schrittweise Verwirklichung der Europäischen Union. In der Form orientiert sich die „Europäische Akte“ an bereits früher abgegebenen Erklärungen der Staats- und Regierungschefs und an der KSZE-Schlußakte von Helsinki[9], also einer besonders herausgehobenen, aber völkerrechtlich nicht verbindlichen politischen Absichtserklärung. Die hier gewählte Form könnte es ermöglichen, die in den Parlamenten einiger EG-Partner (insbesondere GB und DK) vorhandenen Widerstände gegen die Ratifikation eines Unionsvertrages zu umgehen.[10]

Zum weiteren Vorgehen wird vorgeschlagen:

Befassung des Herrn Bundeskanzlers, Ressortabstimmung und Kabinettvorla-

7 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP vgl. Dok. 2.

8 Eine im Auftrag der EWG-Mitgliedstaaten eingesetzte und vom französischen Botschafter in Kopenhagen, Fouchet, geleitete Kommission legte am 19. Oktober 1961 umfassende Vorschläge zur Gründung einer „Union der Europäischen Völker“ vor. Ein modifizierter französischer Entwurf vom 18. Januar 1962 sah eine Annäherung, Koordinierung und Vereinheitlichung der Außen-, Wirtschafts-, Kultur- und Verteidigungspolitik vor. Auf einer Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten am 17. April 1962 in Paris wurde jedoch keine Einigung über die Vorschläge erzielt, da sich Belgien und die Niederlande weigerten, dem vorliegenden Vertragsentwurf zuzustimmen, solange Großbritannien der EWG nicht beigetreten sei. Für den Wortlaut der beiden „Fouchet-Pläne“ vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 466–485. Vgl. dazu ferner AAPD 1962, I, Dok. 36, und Dok. 68, sowie AAPD 1962, II, Dok. 174.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

10 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

ge. Anschließend könnten unsere EG-Partner im Frühsommer offiziell mit unserer Initiative befaßt werden.

Langfassung

I. Hiermit legen die Abteilungen 2, 4 und 5 auf Ihre europapolitische Initiative vom 6.1.1981 und auf der Grundlage der von Ihnen gebilligten Bezugsaufzeichnungen zwei Alternativentwürfe eines Vertrages zur Gründung einer Europäischen Union (Anlage 1 und 2) und – als Rückfallposition, falls ein Vertrag wegen der Ratifizierungsbedürftigkeit nicht durchsetzbar sein sollte – den Entwurf einer „Europäische Akte“ (Anlage 3) genannten feierlichen Erklärung mit der Bitte um Billigung vor.

Angestrebt wird eine Zusammenfassung des „acquis communautaire“ der Europäischen Gemeinschaften mit der intergouvernemental strukturierten Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) und dem gleichfalls nicht von den Römischen Verträgen[11] erfaßten Europäischen Rat (ER) unter dem umfassenden Dach einer „Europäischen Union“ (EU). Als neue Bereiche sollen eine Abstimmung in Fragen der Sicherheitspolitik und eine kulturelle Zusammenarbeit in den Unionsrahmen eingefügt werden.

II. 1) Bei den beiden Alternativentwürfen eines Vertrages zur Gründung einer Europäischen Union bzw. eines Vertrages zur Europäischen Union handelt es sich seit dem Scheitern der Fouchet-Pläne 1961/62 um den ersten wesentlichen Schritt zu einem politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten. Wir gehen dabei von der Prämisse aus, daß die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Sachzwänge und der kritische Stand des europäischen Einigungsprozesses Fortschritte in Richtung auf einen politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten dringend notwendig machen. Einmal soll damit die politische Motivation für den innergemeinschaftlichen Interessenausgleich in den Vordergrund gerückt werden, um nationale Egoismen überwinden zu helfen. Zugleich sollen die angesichts aktueller außenpolitischer Konfliktsituationen unabweisbar gewordene Stärkung der außenpolitischen Rolle Europas und in Verbindung damit die Entwicklung einer abgestimmten Sicherheitspolitik der Zehn vorangetrieben werden.

Auch im Hinblick auf die im EP sichtbar werdende Ungeduld erscheint es notwendig, daß die Regierungen ihre europäische Führungsrolle deutlicher markieren, um unrealistischen Forderungen aus dem Kreis der europäischen Parlamentarier („Spinelli-Gruppe“[12]) nicht das Feld zu überlassen.

2) Für die Vertragsform spricht die ihr immanente rechtliche Qualität und Bindungswirkung, die es ermöglichen würde, die bisher nicht kodifizierten wichtigsten Bereiche des derzeitigen Besitzstandes der Zehn (EPZ, ER) ohne Veränderung ihrer Substanz auf eine völkerrechtliche Basis zu stellen und neue Bereiche der Zusammenarbeit der Zehn völkerrechtlich abzusichern.

3) Grundlage beider Vertragsentwürfe ist die – in der Präambel zitierte – Willenserklärung der Staats- und Regierungschefs der EG-Staaten vom 21. Okto-

11 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

12 Zur Entschließung des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 69, Anm. 24.

ber 1972 in Paris, die Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in eine Europäische Union umzuwandeln.[13]

Die Entwürfe knüpfen ferner an Elemente der Fouchet-Pläne in der vom Fouchet-Ausschuß der Sechs und von den Außenministern der Sechs am 17. April 1962 weitgehend gebilligten Fassung eines Unionsvertrags an. Die Bezugnahme auf dieses Modell hat den Vorzug, daß es sich dabei um einen von den Sechs seinerzeit zum überwiegenden Teil akzeptierten Entwurf für eine Politische Union handelte. Das Problem der Beteiligung Großbritanniens, seinerzeit Haupthindernis für eine Verabschiedung des Entwurfs durch alle Mitgliedstaaten, ist heute gegenstandslos.

In einem „brain-storming" am 19. Mai 1980 hatten sich die Europabeauftragten der Bundesressorts für eine Nutzung des Fouchet-Plans als Ansatz für mögliche neue Bemühungen zur Schaffung einer Europäischen Union ausgesprochen.

Die Vertragsentwürfe greifen auf Vorstellungen des Tindemans-Berichts über die Europäische Union vom 29.12.1975[14] (u.a. zur Rolle des ER, des EP, des EuGH und zur gemeinsamen Sicherheitspolitik) zurück. Der Bericht der Drei Weisen[15] ist berücksichtigt.

III. Inhalt und wesentliche Elemente

1) Der Entwurf eines Vertrages zur Gründung einer Europäische Union (Alternative I) sieht die Schaffung einer Union europäischer Völker und Staaten mit eigener Rechtspersönlichkeit und Vertragsabschluß-Kompetenz, gemeinsamen Organen und eigenem (den EG-Haushalt ergänzenden) Haushalt vor.

a) Zielsetzungen der Europäischen Union sind die Stärkung und Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften, eine gemeinsame Außenpolitik, die Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen und eine enge kulturelle Zusammenarbeit.

13 Vgl. dazu Ziffer 7 der Präambel sowie Ziffer 16 der Erklärung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten- und -Beitrittsstaaten am 19./20. Oktober 1972 in Paris; EUROPA-ARCHIV 1972, D 503 bzw. D 508. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, III, Dok. 344.

14 Auf ihrer Konferenz am 9./10. Dezember 1974 in Paris beauftragten die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten Ministerpräsident Tindemans mit der Erstellung eines Berichts über die Europäische Union. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 369.
Für den Wortlaut des Berichts vom 29. Dezember 1975 vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 55–84. Vgl. dazu ferner AAPD 1976, I, Dok. 1.

15 Auf der Tagung des Europäischen Rats vom 4./5. Dezember 1978 in Brüssel wurde ein Ausschuß, bestehend aus dem ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Biesheuvel, dem ehemaligen britischen Handelsminister Dell und dem ehemaligen Vizepräsidenten der EG-Kommission, Marjolin, eingesetzt, der über Anpassung der Organe der Europäischen Gemeinschaften im Hinblick auf deren bevorstehende Erweiterung beraten und seine Schlußfolgerungen im Oktober 1979 vorlegen sollte. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380.
Für den Bericht der „Drei Weisen" vom Oktober 1979 vgl. Referat 200, Bd. 122747. Für eine Zusammenfassung vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 80–84.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. November 1979 in Dublin wurden die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten mit der Prüfung des Berichts beauftragt. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 362.
Diese Prüfung wurde auf der EG-Ministerratstagung am 15./16. September 1980 in Brüssel mit der Verabschiedung eines Berichts abgeschlossen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 9/1980, S. 64 f.
Auf der Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg wurde dieser Bericht der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten bewertet. Für die „Schlußfolgerungen des Europäischen Rats betreffend den Bericht der Drei Weisen" vgl. Referat 410, Bd. 121983. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, II, Dok. 349, und BULLETIN DER EG 12/1980, S. 10.

b) Die Institutionen der Union sind:
- der Europäische Rat, der sich aus den Staats- bzw. Regierungschefs und Außenministern zusammensetzt,
- das Europäische Parlament, das dem direkt gewählten Parlament der Europäischen Gemeinschaften entspricht,
- die Ministerräte, wobei es sich neben dem „Rat" der EG um den Rat der Außenminister in seiner Zuständigkeit für die EPZ und neu zu schaffende Räte der Verteidigungsminister und der für kulturelle Zusammenarbeit zuständigen Minister handelt,
- der EG-Kommission mit ihren Aufgaben und Befugnissen nach den Verträgen von Paris[16] und Rom,
- der Europäische Gerichtshof, der identisch ist mit dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft.

c) Die Revision des Vertrages soll nach Ablauf von sieben Jahren möglich sein. Dabei soll geprüft werden, inwieweit die Union entsprechend den – im Europäischen Einigungsprozeß erzielten – Fortschritten weiterentwickelt werden kann. Denn das Ziel, über die Schaffung eines Staatenbundes hinauszugehen und zu einem europäischen Bundesstaat zu gelangen, bleibt bestehen.

d) Der Beitritt erfolgt automatisch mit dem Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften für alle Staaten, die die Zielsetzungen des Vertrages teilen.

e) Definition des Europäischen Rats als des politischen Lenkungsorgans der Union. Der ER hat das Recht, alle Fragen von gemeinsamem Interesse aus dem Bereich der EU zu behandeln, hierüber Beschlüsse zu fassen und Leitlinien festzulegen, ohne daß er hierin Einschränkungen unterliegt.

Diese Hervorhebung des ER entspricht der derzeitigen Praxis und ist europapolitisch notwendig. Er erhält die Funktion einer zentralen richtlinien- und impulsgebenden Autorität, die die von Tindemans geforderte kohärente allgemeine Orientierung für die Gesamtpolitik von EG und EPZ sowie der neu einbezogenen Bereiche der Sicherheitspolitik und Kultur festlegt. Die vom Europäischen Rat angenommenen Beschlüsse sind für alle Mitgliedstaaten verbindlich.

f) Die Stärkung der Stellung des Europäischen Parlaments, die darin zum Ausdruck kommt, daß
- ihm ein umfassendes Beratungsrecht über alle Gegenstände der EU eingeräumt wird,
- sein Fragerecht und das Recht, Empfehlungen zu unterbreiten, auch gegenüber dem EP und dem EPZ-Rat der Außenminister festgeschrieben wird,
- eine Debatte im Parlament über den ihm jährlich vom ER auch für die EPZ vorzulegenden Tätigkeitsbericht vorgesehen ist,
- eine obligatorische Anhörung des Parlaments beim Beitritt neuer Mitglieder und dem Abschluß von völkerrechtlichen Übereinkommen, insbesondere Handels- und Assoziierungsabkommen mit Drittstaaten, festgelegt wird,
- das Parlament bei Beschlüssen des Rates mit finanziellen Auswirkungen sowie bei Aufstellung des Haushalts zu beteiligen ist.

16 Für den Wortlaut des am 18. April 1951 in Paris unterzeichneten EGKS-Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

Einer darüber hinausgehenden Einräumung von Kompetenzen, etwa eines (von Tindemans geforderten) „Initiativrechts“ und umfassenderer Kontrollbefugnisse stehen die bekannten französischen, aber auch dänischen und britischen Vorbehalte entgegen.

g) Die Zuständigkeiten der Europäische Gemeinschaften und die Befugnisse ihrer Organe werden durch den politischen Zusammenschluß zur Europäischen Union in der Substanz nicht berührt, ihre Stärkung und Weiterentwicklung wird aber ausdrücklich als Ziel der Union proklamiert. So erhält die Kommission zusätzliche Funktionen im Unionsrahmen, soweit ihre Sachgebiete berührt sind.

h) Die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) erhält durch den Vertrag (erstmals) eine völkerrechtliche Basis. Luxemburger und Kopenhagener Bericht[17] erhalten durch ihre Beifügung als Protokoll vertragsrechtliche Qualität. Im Gefüge der Union werden EPZ und EG miteinander verbunden. Die institutionelle Verklammerung des intergouvernementalen und des Gemeinschaftsbereichs wird primär an der doppelten Funktion des Europäischen Rats als gemeinsames Entscheidungszentrum mit übergreifenden Aufgaben deutlich. Gleiches gilt mutatis mutandis für den Rat der Außenminister (Koordinierungsfunktion bei EPZ und – neben der Kommission – im System der Gemeinschaften zugleich Organ der EG). Von besonderer Bedeutung ist schließlich die Errichtung eines EPZ-Sekretariats als ein dem Ratssekretariat vergleichbares Hilfs- bzw. Exekutivorgan für den intergouvernementalen Sektor, dessen Bildung im Rahmen der gegenwärtigen Diskussion der Zehn über eine Verbesserung der EPZ-Strukturen ins Auge gefaßt wird.

i) Als wichtige neue Elemente sind die Einbeziehung der Sicherheitspolitik und der kulturellen Zusammenarbeit in die Europäische Union zu bewerten. Im Bereich der Sicherheitspolitik handelt es sich zunächst um den Ausbau der bereits im Bereich der EPZ bestehenden sicherheitspolitischen Abstimmung im weiteren Sinne bis hin zu Fragen der Rüstungskontrollpolitik. Eine schrittweise Weiterentwicklung zur gemeinsamen Verteidigungspolitik wird durch die Vertragsbestimmungen nicht ausgeschlossen. Sie könnte sich langfristig aus der Automatik des regelmäßigen Meinungsaustausches der Verteidigungsminister ergeben. Die mehrfache Bezugnahme auf die Atlantische Allianz in Präambel[18] und Art. 9[19] erscheint notwendig, um den Eindruck einer Distanzie-

17 Grundlage der Europäischen Politischen Zusammenarbeit war der am 27. Oktober 1970 auf der EG-Ministerratstagung in Luxemburg verabschiedete Bericht der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten vom 20. Juli 1970 über mögliche Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Einigung (Davignon-Bericht bzw. Luxemburger Bericht). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 520–524. Vgl. dazu ferner AAPD 1970, III, Dok. 499.
Am 23. Juli 1973 verabschiedeten die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten in Kopenhagen einen weiteren Bericht über die Europäische Politische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik (Kopenhagener Bericht bzw. Zweiter Luxemburger Bericht). Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 515–522. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 229.

18 In der Präambel des Entwurfs „Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union (Alternative I)“ hieß es: „in dem Bewußtsein, daß die Sicherheit Europas auch durch ein gemeinsames, zugleich zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses beitragendes Vorgehen auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik gewährleistet sein muß“. Vgl. Referat 200, Bd. 122719.

19 In Artikel 9, Ziffer 3 des Entwurfs „Vertrag zur Gründung einer Europäischen Union (Alternative I)“ hieß es: „Der Rat der Verteidigungsminister besteht aus den für Angelegenheiten der Verteidigung

rung von den Aufgaben der NATO und damit auch dem Bündnis mit den USA zu vermeiden.

Wir rechnen im übrigen damit, daß, entsprechend kürzlichen Äußerungen von Premierminister Haughey gegenüber dem Herrn Bundeskanzler[20], sich auch Irland an einer sicherheitspolitischen Abstimmung im Rahmen der Europäischen Union beteiligen würde. Eine Koppelung der EU mit der WEU bzw. eine Einbeziehung der WEU-Strukturen in die Union – wie sie möglicherweise die französische Seite in die Vertragsdiskussion einbringen könnte[21] – würde uns bedenklich erscheinen.[22] Sie würde die Frage einer Revision des WEU-Vertrages[23] aufwerfen, da wir der Aufwertung und Verfestigung einer uns diskriminierenden Organisation nicht zustimmen können. Die im Vertragsentwurf gewählte, zunächst lockere Form der Zusammenarbeit im Rahmen der Verteidigungsminister der Zehn nach dem EPZ-Modell dürfte demgegenüber unproblematisch[24] sein.

k) Die Bindung (Synchronisation) der Mitgliedschaft in der Union an diejenige in den Europäischen Gemeinschaften verhindert eine Lockerung der von uns mit dem Unions-Modell angestrebten Kohärenz zwischen der wirtschaftlichen und politischen Komponente der zukünftigen europäischen Konstruktion. Wir beugen damit der Gefahr der Entstehung eines Europa à la carte vor, in dem Teilnehmerstaaten sich nur politische (EPZ) oder nur wirtschaftliche (EG) Vorteile sichern, ohne damit auch Verpflichtungen im anderen Bereich übernehmen zu wollen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 600

zuständigen Ministern der Mitgliedstaaten. Er tritt in der Regel viermal im Jahr zusammen und erstattet dem Europäischen Rat Bericht. Er nimmt regelmäßig einen Meinungsaustausch über sicherheitspolitische Fragen vor, der es den Mitgliedstaaten in Verbindung mit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit ermöglicht, ihre Haltung unter Berücksichtigung der Standpunkte der Partner zu harmonisieren und dadurch zugleich zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses beizutragen. Der Rat der Verteidigungsminister befaßt sich dabei auch mit Fragen der europäischen Zusammenarbeit auf den Gebieten der Ausbildung, Logistik, Rüstung und Öffentlichkeitsarbeit." Vgl. Referat 200, Bd. 122719.

20 Vgl. dazu das Gespräch am 31. März 1981; Dok. 90.

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit legte am 13. März 1981 dar, die WEU sei aus französischer Sicht „denkbarer Kern einer ‚Europäischen Verteidigungsorganisation'. Dies gilt einmal für den Fall, daß es Paris eines Tages einfallen sollte, eine Initiative in diesem Bereich zu ergreifen. Es sei an die Scheel/Jobert-Gespräche 1973 erinnert, bei denen Paris in diese Richtung tendierte […] Es sei ferner daran erinnert, daß auch Giscard gerne Formulierungen verwendet, Europa solle der deuxième pilier der Allianz werden. Es könnte gut sein, daß er eines Tages für die Formgewinnung dieses zweiten Pfeilers an die WEU denkt. […] Zum zweiten aber hält Frankreich an der WEU fest, um ggf. mit ihr Vorstöße von EG-Partnern im Verteidigungsbereich abfangen zu können, die aus französischer Sicht unerwünschte Züge tragen. Für Frankreich darf keine Organisation ihrer Verteidigung durch die Westeuropäer Integrationszüge tragen, sondern muß strikt intergouvernemental, auf der Ebene einer herkömmlichen Militärallianz gehalten werden. Diese Anforderung erfüllt die WEU im wesentlichen. So wird sich Frankreich auf absehbare Zeit jeder Erörterung von Verteidigungsfragen im Europäischen Parlament widersetzen." Vgl. VS-Bd. 11082 (200); B 150, Aktenkopien 1981.

22 Der Passus „wie sie möglicherweise … bedenklich erscheinen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

23 Für den Wortlaut des WEU-Vertrags in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 283–288.

24 Die Vorsilbe „un" wurde von Staatssekretär Lautenschlager gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „weniger".

l) Die nach sieben Jahren in Aussicht genommene allgemeine Revision des Vertrages eröffnet schließlich die Möglichkeit einer dynamischen Weiterentwicklung der Union zu einer noch engeren Verbindung des Gemeinschaftssystems mit dem der EPZ, zur Festschreibung einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Kulturpolitik und zur Umwandlung der Gesamtheit der Beziehungen der Mitgliedstaaten in die Union.

m) In der Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Union[25] erschien eine Stellungnahme verfrüht. Im Hinblick darauf[26], daß bisher weder für den ER noch für das EP oder die EPZ-Organe definitive Regelungen für einen endgültigen Sitz bestehen, könnten Vorschläge zur Lokalisierung der Unionsorgane zu Differenzen unter den Partnern führen, die sich auf die weitere Behandlung des Unionsprojekts im Rahmen der Zehn nachteilig auswirken würden.

n) Die Erstreckung des Vertrages auf Berlin (West) soll – wie bei den EG-Gründungsverträgen – durch Abgabe einer Berlin-Erklärung bei Hinterlegung unserer Ratifikationsurkunde erfolgen. Der Wortlaut dieser Berlin-Erklärung, die zu gegebener Zeit mit den Drei Mächten in der Vierergruppe zu konsultieren wäre, sollte mit unserer Berlin-Erklärung zu den EG-Gründungsverträgen[27] übereinstimmen. Jede Abweichung sollte vermieden werden, weil dadurch die Zugehörigkeit Berlins zu den EG rückwirkend relativiert werden könnte. Wegen des eminent politischen Charakters des Vertrages zur Gründung einer Europäischen Union werden die durch die Studie EG–Berlin[28] grundsätzlich sensibilisierten Drei Mächte genau prüfen wollen, ob dieser Vertrag den Status Berlins berührt.

2) Der alternativ vorgelegte Entwurf eines Vertrages zur Europäischen Union (Alternative II) schafft zwar noch nicht die Europäische Union, wahrt aber grundsätzlich die bereits in Alternative I enthaltenen politischen und institutionellen Elemente und betont dabei vorrangig den evolutiven Charakter der Entwicklung zur künftigen Europäischen Union.[29]

25 Zur Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 69, Anm. 20.
Zur Bestätigung des Status quo durch den Europäischen Rat am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 85.

26 Der Passus „In der Frage … Im Hinblick darauf" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

27 Für die Erklärung der Bundesregierung vom 25. März 1957 über die Geltung der am selben Tag unterzeichneten Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft für Berlin vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 764.
Für die entsprechende Erklärung anläßlich des Vertrags vom 8. April 1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rats und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 1496.

28 Für die undatierte Studie „Berlin and the European Communities" vgl. VS-Bd. 13126 (210).

29 In Artikel 1 des Entwurfs „Vertrag zur Europäischen Union (Alternative II)" wurde erklärt: „Unsere Völker erwarten, daß der Prozeß der europäischen Einigung fortschreitet, zu ständig mehr Solidarität und gemeinsamem Handeln führt. Dazu bedarf das europäische Einigungswerk einer stärkeren Ausrichtung auf seine politische Zielsetzung, festerer organisatorischer Formen und Entscheidungsstrukturen sowie eines zusammenfassenden und zugleich entwicklungsfähigen politischen wie rechtlichen Rahmens. Die schrittweise zu verwirklichende Europäische Union ist eine auf tatsächliche und wirksame Solidarität und auf gemeinsame Interessen gegründete, immer enger werdende Union der europäischen Völker und Staaten, die auf der Gleichheit der Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder beruht." Vgl. Referat 200, Bd. 122719.

Grundgedanke dieses insoweit „abgeschwächten" Vertragsentwurfs ist die Vorstellung, daß unser Hauptziel einer vertragsrechtlichen Zusammenfassung und Weiterentwicklung des gegenwärtigen Besitzstandes von EG und EPZ bei einigen unserer Partner wie auch möglicherweise bei uns leichter durchgesetzt werden könnte, wenn der Vertrag die Europäische Union nicht bereits schafft, sondern sich zunächst auf konkrete Maßnahmen zu ihrer schrittweisen Verwirklichung beschränkt.

IV. 1) Der gleichfalls vorgelegte Entwurf einer „Europäischen Akte" (politische Deklaration) der zehn EG-Mitgliedstaaten enthält wesentliche Elemente beider Vertragsentwürfe und zielt – wie die Vertragsalternative II – auf die schrittweise Verwirklichung der Europäischen Union.[30] In der Form orientiert sich die Deklaration an früher abgegebenen Erklärungen der Europäischen Räte und der Schlußakte von Helsinki, also an dem völkerrechtlich nicht verbindlichen Modell einer durch die Unterschriften der Staats- bzw. Regierungschefs besonders herausgehobenen Absichtserklärung von hohem politischem Rang. Eine solche Deklaration, der lediglich politisch verpflichtende Qualität zukommen und die einen wichtigen programmatischen Beitrag zur Schaffung der künftigen Europäischen Union darstellen würde, könnte es ermöglichen, die in den Parlamenten einiger EG-Partner (insbesondere GB und DK) vorhandenen Widerstände gegen die Ratifikation eines Unionsvertrages zu umgehen.[31]

2) Wir sollten zweckmäßigerweise unsere europäischen Partner sowohl mit den Vertragsentwürfen als auch mit dem Entwurf der Deklaration befassen. Es wäre dann abzuwarten, welche Präferenzen sich aus dem Meinungsbildungsprozeß unter den Zehn ergeben. Wichtig wäre vor allem, daß über die Substanz unserer Vorschläge eine Einigung erzielt wird.[32]

Die Initiative vom 6. Januar hatte bei unseren Partnern weithin positive Resonanz gefunden (Zurückhaltung nur bei Dänemark erkennbar). Als bedeutsam ist insbesondere die Reaktion der französischen Seite zu bewerten, die uns zu verstehen gab, daß wir zu gegebener Zeit auf konstruktive französische Mitarbeit rechnen können. (AM François-Poncet äußerte am Rande des deutsch-französischen Gipfels am 5./6.2.1981[33], es müsse politisch etwas unternommen

30 Im Entwurf „Europäische Akte" hieß es: „Die im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs der zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften […] bekräftigen ihren politischen Willen, das europäische Einigungswerk durch Umwandlung ihrer Beziehungen in eine Europäische Union zu einem dauerhaften Erfolg zu führen. […] In dem Bestreben, die bisher erreichten politischen und wirtschaftlichen Fortschritte auf dem Wege zur Europäischen Union zu festigen, bekräftigen die Staats- und Regierungschefs folgende Ziele: die Europäischen Gemeinschaften als Fundament des europäischen Einigungswerks nach Maßgabe der Verträge von Paris und Rom zu stärken und weiterzuentwickeln; durch eine gemeinsame Außenpolitik ein gemeinsames Auftreten und Handeln der Mitgliedstaaten in der Welt zu ermöglichen, damit Europa zunehmend die weltpolitische Rolle übernehmen kann, die ihm kraft seines wirtschaftlichen und politischen Gewichts zukommt; eine Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen, da Europa, wenn es seine Unabhängigkeit bewahren und seine lebenswichtigen Interessen schützen will, seine eigene Sicherheit nicht vernachlässigen darf; eine enge kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, denn die Stärkung des Bewußtseins der kulturellen Gemeinsamkeit ist Teil der europäischen Identität." Vgl. Referat 200, Bd. 122719.

31 Der Passus „wichtigen programmatischen … zu umgehen" wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

32 Der Passus „Zehn ergeben … erzielt wird" sowie das Wort „Substanz" wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]".

33 Zu den deutsch-französischen Konsultationen in Paris vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

werden, das über eine „Scheinarchitektur“ hinausgehe.) Frankreich wünscht Parallelität mit Fortschritten bei der Lösung von drängenden Fragen des Gemeinschaftsbereichs (insbesondere Anpassungen der Gemeinsamen Agrarpolitik[34]). GB steht einem Vertrag wegen der erforderlichen parlamentarischen Zustimmung skeptisch gegenüber. Aufgrund des insgesamt positiven Interesses unserer Partner sehen wir jedoch Chancen, daß sie unsere Vorschläge für einen politischen Schritt nach vorn bei der europäischen Einigung in der einen oder anderen Form mittragen werden. Schon aus taktischen Gründen erscheint es dabei angebracht, daß wir die Notwendigkeit einer vertragsförmlichen Lösung besonders betonen.

V. Zum weiteren Vorgehen wird vorgeschlagen, daß Sie das Thema mit dem Herrn Bundeskanzler besprechen. Anschließend[35] sollten die Ressorts befaßt werden (Ressortbesprechung, Kabinettvorlage). Nach Billigung durch das Bundeskabinett und gegebenenfalls Unterrichtung des Auswärtigen Ausschusses könnte eine Offizialisierung unseres Vorschlages gegenüber unseren Partnern im Frühsommer nach den französischen Präsidentenwahlen[36] erfolgen. In gleicher Richtung hat sich auch Kommissionspräsident Thorn bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn geäußert.[37] In eine erste substantielle Erörterung unter den Zehn könnten Sie evtl. bereits bei dem informellen Ministertreffen der Zehn am 9./10. Mai eintreten.[38] Als weiterer Termin bietet sich der Europäische Rat am 29./30. Juni an.[39]

Bereits im Vorfeld der Erörterungen der Zehn auf AM-Ebene könnte die Angelegenheit evtl. am Rande von Direktorenkonsultationen bilateral aufgenommen werden (vertraulicher Gedankenaustausch der Direktoren ohne Übergabe von Papieren). Sowohl die französische[40] wie die britische Seite[41] haben uns um eine frühzeitige Abstimmung auf Direktorenebene gebeten.

Pfeffer Per Fischer Fleischhauer

Referat 200, Bd. 122719

34 Zu den Agrarpreisverhandlungen in den Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 85, Anm. 10.

35 Der Passus „Zum weiteren … Anschließend“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

36 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

37 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, am 12. März 1981 vgl. Dok. 69.

38 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. Mai 1981 in Venlo vgl. Dok. 138.

39 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

40 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit notierte am 17. März 1981: „Mein französischer Kollege Siefer-Gaillardin erläuterte mir, daß wir auf eine konstruktive Mitarbeit Frankreichs an einer weiterführenden Europa-Initiative, wie sie der Bundesminister in seiner Rede vom 6.1. angesprochen habe, rechnen könnten. Er lege jedoch Wert auf die Feststellung […], daß eine solche Initiative nicht Fortschritte bei der Lösung von Fragen des Gemeinschaftsbereichs ersetzen könne. Frankreich werde darauf bestehen, daß hier eine Parallelität eingehalten werde.“ Stabreit legte weiter dar: „Die Franzosen gehen auch davon aus, daß wir unsere Vorstellungen, sobald sich diese einmal konkretisiert haben, mit ihnen vorsondieren werden. In diesem Zusammenhang hatte ich nach Rücksprache mit Herrn Blech auf dem Ministertreffen am 17. Februar in Brüssel Herrn Siefer-Gaillardin vorgeschlagen, hierfür die deutsch-französischen Direktorenkonsultationen im April oder Mai zu verwenden. Man könnte daran denken, den Franzosen vorzuschlagen, für dieses Thema ein Abendessen im kleinsten Kreise anzusetzen. Unsere Seite würde auf diesem Abendessen ohne Übergabe von Papieren unsere Vorstellungen erläutern. Angesichts des oben erwähnten französischen Stand-

110

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-2967/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. April 1981, 21.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 745 **Ankunft: 21. April 1981, 21.33 Uhr**

Betr.: Besuch bei SACEUR

Zur Information

Am 21. April habe ich meinen seit längerem verabredeten Besuch bei SACEUR absolviert. General Rogers nahm sich für den Gedankenaustausch insgesamt etwa dreieinhalb Stunden Zeit, zunächst 80 Minuten für ein persönliches Gespräch, anschließend ein Meinungsaustausch mit hohen Offizieren seines Stabes, an dem General Rogers, anders als üblich, in voller Länge teilnahm.

I. Persönliches Gespräch

In dem persönlichen Gespräch machte General Rogers folgende Aussagen:

1) Beitritt Spaniens zur NATO[2]

Der Beitritt Spaniens würde der NATO einen kräftigen Zuwachs einbringen. Wichtig sei, zu gegebener Zeit über das Beitrittsersuchen generell zu beschließen und Fragen spezifischen Ranges danach Schritt für Schritt zu lösen. Marine und Luftwaffe seien gut ausgebildet und ausgerüstet und gut auf den Beitritt vorbereitet. Diese Kräfte, so stelle man sich vor, sollten auf Mittelmeer und Atlantik aufgeteilt werden, d.h. Unterstellung unter AFSOUTH[3] und SACLANT[4]. Probleme könnte es mit Portugal geben. Eine Lösung vergleichbar IBERLANT[5] mit portugiesischem Drei-Sterne-Admiral könnte ein Ausweg sein. Das Bündnis gewinnt mit Spanien zugleich zusätzliche strategische Tiefe, Spanien sei außerdem für reinforcement wesentlich. Allerdings würden sich dabei noch Probleme mit der Infrastruktur ergeben. Das Heer sei am wenigsten auf eine Integration vorbereitet. Möglicherweise könnte man nach den positiven Erfahrungen mit der portugiesischen NATO-Brigade eine spanische

Fortsetzung Fußnote von Seite 604
punktes erscheint es mir wichtig, dabei auch zu Fragen der Prozedur (auch Zeitvorstellungen) Stellung zu nehmen." Vgl. Referat 200, Bd. 122715.
Zur Erörterung mit der französischen Regierung auf Direktorenebene am 14. Mai 1981 vgl. Dok. 143.
41 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington am 16. März 1981 in Brüssel; Dok. 72.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Starnitzky am 23. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler und Vortragenden Legationsrat Simon „n[ach] R[ückkehr]" sowie Wiedervorlage am 27. April 1981 verfügte.
Hat Steffler am 23. April 1981 vorgelegen.
Hat Starnitzky am 27. April 1981 erneut vorgelegen.
Hat Simon am 30. April 1981 vorgelegen.
2 Zum Nato-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 104, Anm. 16 und 20.
3 Allied Forces Southern Europe.
4 Supreme Allied Commander Atlantic.
5 Iberian Atlantic Area.

NATO-Division aufbauen, die nach Entscheidung CINCSOUTH[6] für Einsatz in Türkei, Griechenland oder Italien vorgesehen werden könnte.

Meine Erläuterung, daß nach den Vorstellungen des NATO-Rats Spanien auf Wunsch über NATO-Verfahrensfragen Informationen durch je einen Vertreter des internationalen Stabes, des MC und von SHAPE erhalten könnte, war Rogers offenbar neu, fand aber positive Resonanz.

2) Verhandlungen mit Griechenland[7]

General Rogers schilderte Fortgang der Verhandlungen mit griechischem Vertreter auf der Ebene AFSOUTH insgesamt positiv. Sein Eindruck sei, daß Griechen an[8] Abschluß noch vor den Wahlen[9] interessiert seien. Problem werde die Stellung der Türkei sein, die bisher jedoch Geduld gezeigt habe. Als besonders schwierig erwiesen sich weiterhin Fragen der Lufthoheit.

3) Infrastruktur[10]

Für den Fortgang der Arbeit sei es besonders vordringlich, bei der DPC-Ministerkonferenz im Mai[11] eine Entscheidung zu erhalten. Es sei besser, ein klares Nein in der Frage der Aufstockung der Mittel zu hören, als die Entscheidung bis zum Dezember aufzuschieben.

6 Commander-in-Chief Allied Forces Southern Europe.

7 Griechenland erklärte am 14. August 1974 unter Hinweis auf den Zypern-Konflikt den Austritt aus der militärischen Integration der NATO. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 236.
Am 20. Oktober 1980 wurde eine prinzipielle Einigung über die Wiedereingliederung Griechenlands erzielt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 296.
Oberst i. G. Hohlweck, Athen, legte am 5. März 1981 dar, daß wichtige Sachfragen nach wie vor noch ungeklärt seien: „Insbesondere ist die komplizierte Frage der Luftraumkontrolle weitab jeder Lösung. Über Grenzen und Befugnisse des von der NATO vorgeschlagenen neu zu errichtenden Air Operations Center in Larissa war keine Einigung zu erzielen, da Griechenland die Kompetenzen im Luftraum über den griechischen Ägäis-Inseln in nationaler Kontrolle behalten will. Weniger schwierig scheint die Kommandoführung zur See, da hier bei Anwendung des Task-force-Prinzips territorialen Streitfragen ausgewichen werden kann; jedoch ist auch hier noch keine definitive Regelung in Sicht.“ Vgl. den Einzelbericht 4/1981; Referat 201, Bd. 125558.

8 Korrigiert aus: „nach“.

9 In Griechenland fanden am 18. Oktober 1981 Parlamentswahlen statt.

10 Das Bundesministerium der Verteidigung legte am 5. Mai 1981 dar: „In der Ministersitzung im Mai 1979 wurde für die Jahre 1980 bis 1984 auf der Grundlage militärischer Forderungen der M[ajor]N[ATO]C[ommander]s von 1900 Mio. IAU (rd. 16 Mrd. DM) ein NATO-Infrastrukturprogramm von 1 Mrd. IAU (rd. 8,5 Mrd. DM) festgelegt. Bundesminister Dr. Apel hatte erklärt, der daraus resultierende deutsche Anteil sei das Äußerste, was die Bundesrepublik für das gesamte Fünfjahresprogramm aufbringen könne. Die USA hatten ein Programm von 1,6 Mrd. IAU unterstützt und gaben deutlich zu erkennen, daß sie dieses Finanzvolumen nicht für ausreichend erachten. […] Die MNCs und die USA versuchen seitdem, die Aufstockung des Finanzvolumens durch Aufgreifen der alten sowie durch neue Forderungen und insbesondere durch hohe Jahresprogramme zu erreichen.“ Diese angestrebte Erhöhung des Finanzvolumens des Fünfjahresprogramms sei jedoch für die Bundesrepublik „finanziell nicht tragbar“. Allerdings sei eine Zustimmung zur Erhöhung des Jahresprogramms für 1981 (Slice XXXII) auf 240 Mio. IAU nicht zu umgehen. Für die Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel werde daher vorgeschlagen, „die militärischen Mehrforderungen des Fünfjahresprogramms abzulehnen; die Programmerhöhung um die Kosten der LRTNF-Infrastruktur aber zu bestätigen; zu erklären, daß über die Höhe der Slice XXXII erst nach Fortschreibung der Finanzplanung des Bundes im Sommer 1981 entschieden werden kann“. Vgl. Referat 201, Bd. 125614.

11 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

4) AWACS[12]

Aus Rogers' Sicht ist die Frage entscheidend, ob man bis 1985 die 1,8 Mrd. Dollar zusammenbekommen werde. In seinen Augen ist ein Scheitern des Vorhabens fatal, da dies das erste integrierte NATO-Projekt im eigentlichen Sinne ist.

5) Rapid Reinforcement Plan

Rogers erläuterte auf meine Frage, daß, nachdem der erste Entwurf eine Wunschliste gewesen sei, der vor kurzem herausgegebene zweite Entwurf bereits realistischer sei. Man hoffe, bis Ende dieses Jahres die noch zahlreichen offenstehenden Fragen in den Hauptstädten klären zu können, so daß die überarbeitete Fassung Januar 1982 mit Gültigkeit ab Anfang 1983 vorgelegt werden könne. Der Plan müsse dann von Zeit zu Zeit berichtigt und fortgeschrieben werden. Einige Partner hätten um Fristverlängerung für den zweiten Entwurf gebeten, unter anderem die USA, die u. a. die 86. Airborne für Thrakien vorgesehen hätten, die wegen ihrer hohen Panzerbekämpfungskapazität dafür auch gut geeignet sei, aber den erforderlichen Nachschub dort nicht werde erhalten können. Großbritannien habe z. B. Probleme mit der 6. Fieldforce. Gegen die vernünftige Überlegung, diese Verstärkung für Dänemark vorzusehen, sträubten sich noch immer einige in London, die sie weiterhin für Italien bestimmt sehen wollen.

6) HNS[13]

Hier erwähnte General Rogers beiläufig, daß amerikanische Untersuchungen ergeben hätten, daß nur etwa 25 Prozent der Unterstützung der sechs zur Verstärkung vorgesehenen US-Divisionen durch HNS geleistet werden könne (Transport, Bereitstellung usw.). Die übrigen Aufgaben müßten in die Verbände integriert sein und könnten nicht mit Hilfe von HNS gelöst werden.

7) WINTEX 81

SACEUR strich Vorbildlichkeit deutscher Beteiligung an WINTEX heraus, sowohl was die Beteiligung bis zur höchsten politischen Ebene angeht als auch die Breite der Einbezogenen. Das lasse bei anderen Partnern, die USA eingeschlossen, außerordentlich zu wünschen übrig.

8) Ministerial guidance

General Rogers hob hervor, daß es für SACEUR außerordentlich wesentlich sei, daß er bei Mängeln und Verzögerungen in Verfolgung der force goals die Möglichkeit haben müsse, an die Hauptstädte heranzutreten, um auf Erfüllung drängen zu können. Zum anderen sei es notwendig, für den Planungszeitraum

12 Am 30. November 1978 fanden im Ständigen NATO-Rat Konsultationen über eine Absichtserklärung zur Einführung des luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystems (AWACS) statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 365.
In der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6. Dezember 1978 in Brüssel wurde das AWACS-Programm gebilligt und eine entsprechende multilaterale Grundsatzvereinbarung unterzeichnet. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 98–101. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 102–105.
Der belgische Verteidigungsminister Vanden Boeynants informierte den Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 16. Mai 1979, daß sein Land noch keine Zusage zur Beteiligung am AWACS-Beschaffungsprogramm geben könne. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 145.

13 Zum Host Nation Support vgl. Dok. 62, Anm. 49 und 50.

Meilensteine einzuführen, um ein Herausschieben der Realisierung bis an das Ende des Planungszeitraumes zu erschweren.

II. Gespräch mit dem Stab SACEUR

Dieser Teil des Besuches vermittelte keine berichtenswerten Erkenntnisse. Es ergab sich jedoch eine lebhafte Debatte über die Möglichkeiten, Streitkräfte-Verbesserungen zu messen („drei Prozent“[14]). Die amerikanischen Offiziere vertraten die US-Position. Mir scheint, daß die längere Erörterung dieser Problematik auch aus der europäisch-politischen Perspektive einige Einsichten vermitteln konnte, deren Fehlen aus der Fixierung auf die Stabsarbeit der SACEUR-Streitkräfteplanung herrühren könnte. Das Gespräch hat mir den Eindruck vermittelt, daß eine Debatte aus einer sicherheitspolitischen Orientierung durch Besucher sehr nützlich sein könnte.

Abschließend hat General Rogers eine Wiederholung eines solchen Gesprächs zu gegebener Zeit als nützlich bewertet.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11101 (203)

111

Aufzeichnung des Ministerialdirektors von Staden, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **23. April 1981**[1]

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem spanischen Ministerpräsidenten im Beisein der beiden Außenminister am 22. April 1981, 12.00 bis 15.15 Uhr[2]

Anwesend: Herr Juan Durán-Loriga Rodrigáñez, Ministerialdirektor für Europafragen; AL 2[3]; Dolmetscherin Frau Teresa Born de Liñan; Dolmetscherin Frau LR I Brigitte Muscheidt.

14 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977“ der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

1 Ablichtung.
Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 24. April 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau. Dazu vermerkte er: „Lieber Herr Wallau, hiermit übersende ich Ihnen zur Unterrichtung des Bundesministers einen Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem spanischen Ministerpräsidenten am 22. April 1981 in Hamburg, der vom Bundeskanzler noch nicht genehmigt wurde.“
Hat Wallau am 24. April 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 27. April 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Ministerpräsident Calvo-Sotelo hielt sich am 22./23. April 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Berndt von Staden.

Sie geben einleitend Ihrer Freude darüber Ausdruck, daß MP Calvo-Sotelo (MP) seine erste Auslandsreise in die Bundesrepublik unternimmt. Uns liege es sehr am Herzen, die gute Zusammenarbeit, die sich zwischen beiden Ländern entwickelt hat, fortzusetzen. Diese werde sich auch unter der neuen spanischen Regierung[4] nicht ändern, sondern vertiefen. Wir hätten die kritischen Tage des 23. und 24. Februar[5] sehr bewußt miterlebt. Wir seien beeindruckt gewesen durch die hervorragende Rolle des Königs[6]. Zusammen mit unseren Partnern in der EG hätten wir beim ER in Maastricht unserer Genugtuung über den guten Ausgang der Krise Ausdruck gegeben.[7] Sie bäten, dem König Ihre Grüße zu übermitteln. Wir Deutsche seien fest entschlossen, an der Seite des spanischen Volkes zu stehen auf dem sicher nicht ganz einfachen Wege der Demokratie, den Spanien vor sich habe.

MP dankt für die Begrüßungsworte. Er habe großen Wert darauf gelegt, seine erste Auslandsreise in die Bundesrepublik Deutschland zu machen, um die guten Beziehungen zu vertiefen. Nach den schweren Ereignissen sei die Lage in Spanien jetzt normal. Ihre Grüße werde er dem König übermitteln.

Seine Regierung werde die Außenpolitik der vorigen Regierung fortsetzen mit einigen bestimmten Betonungen. In seiner Investitionsrede[8] vier Tage vor den Ereignissen vom 23./24. Februar habe er insbesondere die europäische, westliche und atlantische Berufung Spaniens unterstrichen. Spanien unterhalte ausgezeichnete Beziehungen zu den arabischen Staaten, nicht zuletzt zu denen des Maghreb, und auch zu Lateinamerika. Aber die Achse der spanischen Außenpolitik sei gerade diese europäische, westliche und atlantische Berufung. Die spanische Außenpolitik sei nicht eine auf die Dritte Welt orientierte. Spanien sei ein Land, das ganz und gar mit den westlichen Werten übereinstimme. In diesem Rahmen wolle er besonders drei Fragen behandeln, nämlich die Beziehungen zu Frankreich, die Beziehungen zur Europäischen Gemeinschaft und den Beitritt zur NATO. Die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland wolle er nicht im einzelnen ansprechen, weil sie wie immer sehr gut seien und keine besonderen Probleme aufwürfen.

In bezug auf die Beziehungen zu Frankreich müsse er sagen, daß sie in den letzten Jahren leider nicht so gut seien wie wünschenswert. Er wolle alles ihm

4 Ministerpräsident Calvo-Sotelo trat sein Amt am 25. Februar 1981 an.

5 In Spanien kam es am 23./24. Februar 1981 zu einem Putschversuch. Vgl. dazu Dok. 87.

6 Juan Carlos I.

7 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.
Für den Wortlaut der Erklärung zu Spanien vgl. BULLETIN DER EG 3/1981, S. 9.

8 Gesandter Lewalter, Madrid, teilte am 19. Februar 1981 mit, der von König Juan Carlos I. mit der Regierungsbildung beauftragte bisherige stellvertretende Ministerpräsident Calvo-Sotelo habe am Vortag die Leitlinien der künftigen Regierungsarbeit vorgestellt: „Als Schwerpunkte bezeichnete er die Volkswirtschaft, die Außenpolitik, die Autonomieentwicklung und die öffentliche Sicherheit." Lewalter führte dazu aus: „In seinen wesentlichen Aussagen ist das Programm eine Fortschreibung der bisherigen von Calvo-Sotelo mitformulierten Politik der Regierung Suárez, unter Verzicht auf dessen Werben um Kräfte links der Mitte. In seiner Nüchternheit und klaren Prioritätssetzung (Wirtschaftspolitik, Verhältnis zu den USA) trägt es dagegen unverkennbar die persönlichen Züge des ehemaligen Europa-Ministers und Unternehmers Calvo-Sotelo. Sein Bekenntnis zu Autorität, Effizienz und Rechtsstaatlichkeit sind mehr als rhetorische Beschwörungen und werden ihm einen gewissen Vorschuß an Glaubwürdigkeit verschaffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 240; Referat 203, Bd. 123289.

Mögliche tun, um diese Beziehungen zu verbessern und sie so weit zu bringen, daß sie gutnachbarliche Beziehungen werden. Dazu habe er sich schon in seiner Investitionsrede verpflichtet. Nach den französischen Wahlen[9] wolle er nach Paris gehen[10] in der Hoffnung, daß sich aus diesem Besuch eine Verbesserung der Beziehungen ergäbe.

Auf Ihre Frage, warum die Beziehungen zu Frankreich nicht gut seien und seit wann dies der Fall sei, antwortet MP, daß die Beziehungen zwischen Nachbarländern zumeist schwierige seien. Zwischen Spanien und Frankreich seien sie zyklisch verlaufen. Während der letzten Jahre der Diktatur hätte es ausgezeichnete Beziehungen gegeben und ebenso zum Anfang der Monarchie. Das habe sich beim ersten Besuch von Präsident Giscard d'Estaing und dessen Anwesenheit bei der Krönung des Königs[11] ergeben und auch noch beim zweiten Besuch des französischen Präsidenten 1978[12]. Aber beginnend mit Juni 1978 seien die nicht bereinigten Schwierigkeiten wieder aufgetaucht.

Die Gründe dafür seien folgende: Im Handelsaustausch sei die Bilanz traditionell günstig für Frankreich gewesen. In den letzten Jahren aber hätte sie sich zugunsten von Spanien entwickelt. Das sei in Frankreich schlecht aufgenommen worden. Zweitens habe Frankreich sich seit 1979 restriktiv in der Frage des EG-Beitritts von Spanien[13] gezeigt und entsprechende Erklärungen abgegeben, darunter auch der Präsident selbst im Jahre 1980[14]. Frankreich gelte daher heute in Spanien als das Haupthindernis für den Beitritt. Drittens habe die spanische Außenpolitik die französischen Ansichten während der letzten Jahre etwas außer acht gelassen und nicht genügend konsultiert. Viertens gebe es das Problem des Terrorismus, das sehr delikat sei. Das Hauptquartier der baskischen Terroristen befände sich in Südfrankreich. Fünftens hätten sich, dies wolle er in diesem vertraulichen Kreise sagen, Präsident Giscard d'Estaing und MP Suárez nicht verstanden.

9 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

10 Ministerpräsident Calvo-Sotelo hielt sich am 2. Juli 1981 in Frankreich auf.

11 Prinz Juan Carlos wurde am 30. Oktober 1975 zum amtierenden Staatschef Spaniens ernannt. Nach dem Tod des Staatschefs Franco am 20. November 1975 wurde er am 22. November 1975 zum König proklamiert und als Juan Carlos I. vereidigt. Am 27. November 1975 fand in Madrid ein Gottesdienst statt, an dem u. a. Staatspräsident Giscard d'Estaing teilnahm.

12 Staatspräsident Giscard d'Estaing hielt sich vom 28. Juni bis 3. Juli 1978 in Spanien auf.

13 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 104, Anm. 22. Am 26. April 1981 fand in Brüssel eine weitere Verhandlungsrunde statt. Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete dazu am 28. April 1981: „In dem der Tagung vorangehenden üblichen Gespräch mit der Präs[identschaft] hat sich die span[ische] Del[egation] heftig dagegen gewehrt, daß die Gem[einschaft] (F) die heute tagende Gemischte Kommission EG-Spanien benutzen wolle, um von Spanien eine Vorabzusage der Einführung der Mehrwertsteuer ab Beitritt mit der Drohung zu ‚erpressen', daß man sonst das Kap[itel] Zollunion in den Beitrittsverhandlungen nicht voranbringen könne. Nachdem die Gem. bereits die wesentlichen Kap. Landwirtschaft, Fischerei und Sozialfragen praktisch ‚auf Eis gelegt habe', drohe nun mit dem Kap. Zollunion ein weiteres zentrales Kap. blockiert zu werden. Dies sei, nicht nur vor dem Hintergrund der Erklärungen des letzten Ministertreffens, nicht akzeptabel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1686; Referat 410, Bd. 121930.

14 Am 18. Juli 1980 vermerkten das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für Wirtschaft, für Aufsehen hätten Äußerungen von Staatspräsident Giscard d'Estaing am 5. und 26. Juni 1980 gesorgt: „Giscard hatte im Hinblick auf den Brüsseler Kompromiß vom 30.5.1980 (britischer Haushaltsbeitrag) dafür plädiert, zunächst mit Vorrang die Probleme der ersten Erweiterung zu lösen und dann erst die zweite in Angriff zu nehmen." Vgl. Referat 410, Bd. 121929.

Von diesen fünf Gründen, die an der Verschlechterung des spanisch-französischen Verhältnisses schuld seien, glaube er einige in naher Zukunft beseitigen zu können. Er sei überzeugt, daß er die persönlichen Beziehungen verbessern könne. Die Handelsbilanz habe sich inzwischen wieder günstig für Frankreich entwickelt. Auch werde man Frankreich in Zukunft mehr konsultieren, das habe schon begonnen. Es blieben die Fragen des Terrorismus und der EG. Er hoffe jedoch, daß die Terrorismusfrage nach den französischen Wahlen leichter zu behandeln sein werde und daß auch das Problem der EG sich ab Juni oder Juli dieses Jahres leichter behandeln lassen werde. Er wolle den Bundeskanzler bitten, Spanien aufgrund der ausgezeichneten deutsch-französischen Beziehungen bei der Lösung dieser beiden schwierigen Probleme zu unterstützen. Der Grund sei, daß die Europapolitik die wichtigste Achse der spanischen Außenpolitik sei. Wenn man schon von der Gemeinschaft spreche, dann bäte er die Bundesrepublik Deutschland um ihre Unterstützung, nicht etwa gegen Frankreich, sondern mit Frankreich. Man wolle im Einvernehmen mit beiden Partnern in die EG eintreten. Alle diese Gedanken habe er schon in seiner Investitionsrede angedeutet. Er fühle sich aber nach dem 23. Februar noch mehr in dem Gefühl bestärkt, daß ein möglichst schneller Beitritt zur EG notwendig sei. Er sei wichtig für die Festigung der spanischen Demokratie.

Ähnliches gelte für den Beitritt zur NATO.[15] Er habe in seiner Investitionsrede klar zum Ausdruck gebracht, daß er nach Konsultationen mit den Fraktionen des spanischen Parlaments die nötigen Schritte hierzu tun werde. Es sei das erste Mal, daß eine spanische Regierung diese Absicht vor dem Parlament so klar zum Ausdruck gebracht habe. Diese Absichtserklärung liege völlig auf der Linie der europäischen, westlichen und atlantischen Außenpolitik Spaniens. Zu dieser Absicht, die er immer betont habe, sei ein neuer Grund hinzugetreten, nämlich die Wirkung des Beitritts Spaniens zur NATO auf die Streitkräfte. Der Beitritt würde die Streitkräfte festigen, ihre Besorgnisse beruhigen und sie stärker nach außen öffnen. Dies wäre eine stabilisierende Folge, die sich aus dem Beitritt ergeben würde. Außerdem würden die Beitrittsverhandlungen eine Wirkung auf die spanische öffentliche Meinung haben, die 40 Jahre lang der Propaganda des früheren Regimes unterworfen gewesen sei, das immer die Distanz zu Europa unterstrichen habe und die spanische Außenpolitik in andere Richtungen gelenkt habe. Diese Erwägungen sprächen für schnelle Verhandlungen über den Beitritt zur Gemeinschaft und zur NATO. Dies wäre ein Prozeß, in dem die spanische öffentliche Meinung eine gute Vorstellung vom Platz Spaniens in der westlichen Gemeinschaft erhalten würde. Er bäte um Ihre Meinung, insbesondere zum spanischen Beitritt zur NATO.

Sie erwidern, daß Sie gerne nach den französischen Wahlen zum Thema der spanisch-französischen Beziehungen und insbesondere zu den Fragen des Terrorismus und der EG mit Präsident Giscard d'Estaing über den Besuch des Ministerpräsidenten und über Ihre dabei gewonnenen Eindrücke sprechen wollten. Wir selbst hätten in der Bekämpfung des Terrorismus gute Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit Frankreich gemacht. Vielleicht könnten die beiden Außenminister über die Elemente miteinander sprechen, die dabei für

15 Zum Nato-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 104, Anm. 16 und 20.

Spanien eine Rolle spielten.[16] In bezug auf den Beitritt zur EG fürchteten Sie, es werde sich herausstellen, daß dieser Prozeß sehr viel komplizierter ist, als manche sich das[17] vorstellen. Wir seien für den spanischen Beitritt, das sei der spanischen Seite bekannt. Aber zumindest im Felde der südlichen Agrarprodukte gebe es erhebliche Probleme. Auch bestünden innerhalb der EG Probleme, für die sich Lösungen noch nicht abzeichneten. Das beziehe sich auf die Frage der Struktur der Agrarpolitik und der Gemeinschaftsfinanzen. Sie rieten der spanischen Regierung dazu, sich eine lange Übergangsregelung auszubedingen. Andernfalls werde die spanische Industrie im eigenen Land in Schwierigkeiten geraten. Sie brauche Anpassungszeiten. Sie sagten dies im Bewußtsein, damit nicht im eigenen nationalen Interesse zu sprechen. Diese Schwierigkeiten würden nicht immer verstanden. Es werde auch nicht immer verstanden, daß die Wirtschaft der beteiligten Nationen durch schwierige Zeiten ginge. Um so mehr brauche man eine Anpassungszeit. Um das Thema EG abzuschließen, wollten Sie sagen, daß wir nicht nur verbal für den spanischen Beitritt seien, sondern ihn auch förderten. Darauf könne sich die spanische Regierung verlassen. Aber die Zeit sei schwierig, es gebe schwierige Strukturfragen und die Wirtschaft ginge durch eine schwierige Phase.

In bezug auf den Beitritt zur NATO stimmten Sie den genannten Gründen zu. Sie wollten dabei zwei Dinge wiederholen, die Sie MP Suárez[18] und ihrem Freund González[19] schon gesagt hätten. Spanien sollte den USA nicht isoliert gegenüberstehen, sondern als einer unter einer Vielzahl von Partnerstaaten der Atlantischen Allianz. Und wir würden natürlich auch gerne sehen, daß die spanischen Streitkräfte erleben, wie die Streitkräfte in anderen demokratischen Staaten lebten und ihre Rolle spielten.

Schwierigkeiten bereite offenbar die kommunistische Reaktion. Die PSOE habe Angst vor einem Zusammenspiel Moskaus mit den spanischen Kommunisten und nehme darauf Rücksicht. Wir seien für den spanischen Beitritt zur NATO, wollten aber keinen Druck auf die spanische Entscheidung ausüben. Wir wollten weder drängen noch retardieren. Es sei uns bewußt, daß es einige retardierende Kräfte in Europa gebe, Großbritannien wegen Gibraltar[20] und

16 Im Gespräch mit Bundesminister Genscher am 23. April 1981 führte der spanische Außenminister Pérez-Llorca aus, die spanische Regierung wolle „zwei präzise Petita von Frankreich erfüllt sehen: Die französischen Gerichte sollten, wenn sie mit spanischen Auslieferungsanträgen befaßt werden, sich ebenso verhalten wie bei Auslieferungsanträgen anderer Staaten , z. B. Deutschlands und Italiens. […] Die Franzosen berufen sich auf ihre unabhängige Justiz. Wir Spanier glauben aber, daß der französische Justizminister die Sache beeinflussen kann. […] Zur Zeit liegen den Franzosen 17 spanische Auslieferungsanträge vor. Wenn Frankreich auch nur einige dieser Auslieferungsanträge positiv entscheiden würde, wäre das ein großer politischer Gewinn. Außerdem haben wir die Franzosen um praktische Zusammenarbeit zwischen der französischen und der spanischen Polizei, vor allem im Grenzgebiet, gebeten. […] Das Hauptquartier der ETA ist in Frankreich. Lange haben die untergeordneten französischen Behörden nach der Maxime gehandelt: Wir haben keinen Ärger in Frankreich, und es geht uns nichts an, was die Leute jenseits der Grenze tun.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Korrigiert aus: „als“.

18 Bundeskanzler Schmidt erörterte die Frage eines NATO-Beitritts Spaniens mit Ministerpräsident Suárez in einem Gespräch am 8. Januar 1980 in Madrid. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 7.

19 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Vorsitzenden der PSOE, González, am 18. März 1981 vgl. Dok. 104, Anm. 18.

20 Referat 203 legte am 6. August 1980 dar, Gibraltar sei 1704 im Zuge des Spanischen Erbfolgekriegs von englisch-hannoverschen Truppen besetzt worden. In Artikel X des Friedensvertrags von Ut-

politische Kräfte in Holland und Dänemark. Sie wollten empfehlen, daß der spanische Beitritt nicht mit Vorstellungen über eine Änderung des geographischen Geltungsbereichs der Allianz[21] verbunden würde. Andernfalls gebe es endlose Debatten und keine gesicherte Ratifikation. Sie bäten den Ministerpräsidenten, Ihnen seinen diesbezüglichen Eindruck aus den Gesprächen mit AM Haig[22] zu geben.

MP begrüßt den Gedanken, daß sich die Außenminister über die Aspekte der Terrorismusfrage unterhalten sollten.

In bezug auf die EG seien ihm die internen Schwierigkeiten aus seiner Zeit als Minister für EG-Angelegenheiten[23] gut bekannt. Seine Formel laute: schnelle Verhandlungen über eine lange Übergangsfrist. Diese Verhandlungen sollten gleich nach den französischen Wahlen in Gang kommen, sofern es in Frankreich nicht auch zu Parlamentswahlen[24] kommen sollte.

Kurz auf Einzelaspekte eingehend, bemerkt MP scherzhaft, daß das größte landwirtschaftliche Problem der Gemeinschaft nicht ein solches südlicher Produkte sei, sondern das der Milcherzeugung, an der Spanien nicht beteiligt sei. Für die Frage des Olivenöls wisse er eine Lösung. Man solle die amerikanischen Soja-Importe einem kleinen Zoll unterwerfen. So würden auch die USA einen kleinen Beitrag zur Stabilisierung Europas leisten.

In bezug auf den Beitritt zur NATO sei er mit Ihren Überlegungen und Ihrer Risikoeinschätzung gleicher Meinung. Nach dem Beschluß der spanischen Regierung werde die NATO das Problem schnell anpacken müssen. Natürlich werde es eine kommunistische Reaktion geben. Wenn es aber zu einer schnellen Entscheidung käme, dann würden sich die Kommunisten anderen Agitationsobjekten zuwenden. Am schlimmsten seien ihre Reaktionen in einer Zeit der Unentschiedenheit. Seine persönlichen Beziehungen zu González seien sehr gut und man spreche häufig miteinander. Man habe schon eine Zusammenarbeit festgelegt, z. B. in der Frage der Atomenergie. Mit Hilfe dieser guten Zusammenarbeit und mit der Unterstützung der Bundesregierung hoffe man, das innerspanische Problem des NATO-Beitritts zu lösen.

Mit der PSOE sei man auch darüber im Einvernehmen, daß das Parlament nicht in zu viele Regionalparteien zerfallen dürfe. Man denke an eine Art Zwei-Parteien-System. Es werde eine entsprechende Änderung des spanischen Wahlgesetzes im Einvernehmen mit der PSOE erwogen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 612

recht von 1713 habe Spanien Stadt und Festung Gibraltar an Großbritannien abtreten müssen. 1966 habe Großbritannien „die britische Souveränität unter Berufung auf das Rechtsinstitut der Ersitzung auch auf das Gebiet nördlich Gibraltars bis zur Demarkationslinie“ erstreckt: „1969 gewährte Großbritannien Gibraltar […] eine Verfassung, die seinen Bewohnern die Autonomie für innere Angelegenheiten und die Zusicherung brachte, das Souveränitätsverhältnis nicht gegen ihren Willen zu ändern.“ Spanien habe daraufhin alle Zufahrtswege sowie die Nachrichtenverbindungen zum Festland gesperrt, im Dezember 1977 jedoch zumindest die Nachrichtenverbindungen wiederhergestellt. Vgl. Referat 203, Bd. 123292.

21 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

22 Zum Besuch des amerikanischen Außenminister Haig am 8./9. April 1981 in Spanien vgl. Dok. 87, Anm. 10, und Dok. 104, Anm. 21.

23 Leopoldo Calvo-Sotelo war von 1978 bis 1980 spanischer Minister für Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften.

24 In Frankreich fanden am 14. bzw. 21. Juni 1981 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

Zu Holland und Dänemark wolle er bemerken, daß MP Jørgensen ihm gesagt habe, ein schneller Vollzug des Eintritts in die NATO würde sein Problem erleichtern. Man solle den Beitritt schnell und ohne Lärm vollziehen. Gibraltar sei kein Problem. Der britische Außenminister[25] habe ihm bestätigt, daß seine Regierung weiterhin auf der Linie der Erklärung von Lissabon[26] liege. Er glaube mithin, daß die britische Haltung klar sei.[27]

AM Haig habe lieber von der NATO sprechen wollen als vom bilateralen Vertrag. Seiner Meinung nach wäre der bilaterale Vertrag im Kongreß leichter vorzutragen, wenn es im Kontext des Beitritts geschehe, d.h., wenn über den Beitritt schon verhandelt wird. Dann würde sich der bilaterale Vertrag in diesen Rahmen einfügen. Spanischerseits habe man aber darauf bestanden, doch schon jetzt bilateral zu verhandeln, wobei man den NATO-Beitritt am Horizont sehen könne. Man habe Haig diskret zu verstehen gegeben, daß Spanien es vorzöge, unter europäischer Patenschaft – nicht zuletzt unter deutscher – in die NATO einzutreten. Der Beitritt zur NATO sollte die Krönung der europäischen Politik Spaniens sein und nicht der USA-Politik Spaniens.

Beim Mittagessen trägt AM Pérez-Llorca y Rodrigo (AM) auf Bitten von MP über die Lage im Maghreb vor. Die Region stehe in der potentiellen Gefahr, zu einer akuten Konfliktzone zu werden, in ähnlichem Ausmaß wie der Nahe Osten. In Kontakten mit europäischen Regierungen glaube man einen gewissen Mangel an Augenmaß für die Größenordnung dieses Konfliktes festgestellt zu haben. Spanien als Nachbar würde unter einer Verschärfung des Konflikts zu leiden haben.

Vom Ursprung her sei es darum gegangen, daß Algerien mit einer mehr prosowjetischen Linie und Marokko mit einer prowestlichen um die Kontrolle des Sahara-Gebiets gerungen hätten.[28] Spanien habe das umstrittene Gebiet in einer schwierigen Situation evakuiert und dabei den Versuch gemacht, einen

25 Lord Peter Carrington.

26 Botschafter Lahn, Madrid, teilte am 11. April 1980 mit: „Aus Anlaß des Treffens der AM der Mitgliedstaaten des Europarats in Lissabon haben der spanische AM Oreja und der britische AM Lord Carrington Einigung über eine baldige vertiefte Behandlung des Gibraltar-Problems erzielt. Die wichtigsten Aussagen des gemeinsamen Kommuniqués vom 10.4. sind: 1) Beide Regierungen beabsichtigen, das Problem in Übereinstimmung mit den einschlägigen Entschließungen der VN zu lösen. […] 2) Beide Regierungen werden mit dem Ziel verhandeln, alle über Gibraltar bestehenden Differenzen zu lösen. 3) Die von beiden Seiten verfügten Unterbrechungen der Verbindungen zwischen Spanien und Gibraltar sollen aufgehoben werden. Die künftige Zusammenarbeit wird sich auf der Grundlage der Reziprozität vollziehen. 4) Beide Seiten erkennen die Notwendigkeit an, die Zusammenarbeit zum beiderseitigen Nutzen weiterzuentwickeln und werden in diesem Gebiet die jeweiligen Vorschläge prüfen. 5) Spanien bekräftigt seine Haltung: Die Wiederherstellung der territorialen Integrität unter voller Wahrung der Interessen der Bewohner Gibraltars. England wird weiterhin voll die auch in der Präambel der Verfassung Gibraltars enthaltenen Wünsche der Bewohner respektieren. 6) Beamte beider Seiten werden noch vor dem 1. Juni im Hinblick auf die Umsetzung der in dieser Erklärung genannten Ziele zusammentreffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 288; Referat 203, Bd. 123292.

27 Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 15. Mai 1981, der britische Lordsiegelbewahrer Lord Gilmour habe am 6. Mai 1981 im Auswärtigen Ausschuß des britischen Unterhauses erklärt, es sei „nicht vorstellbar (‚inconceivable'), daß eine britische Regierung einen Vertrag über den Beitritt Spaniens zur EG dem britischen Parlament vorlegen könne, solange die spanischen Absperrungsmaßnahmen an der spanisch-gibraltarischen Grenze bestünden". Ruhfus teilte mit, nach Auskunft des britischen Außenministeriums seien die britisch-spanischen Gespräche jedoch „praktisch blockiert". Vgl. den Schriftbericht Nr. 1736; Referat 203, Bd. 123292.

28 Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 7.

geordneten Prozeß der Selbstbestimmung in Gang zu setzen. Dies sei in den Vereinten Nationen verhindert worden.[29]

Derzeit kontrolliere Marokko die Städte und festen Plätze. In Algerien finde die Ausbildung der Kampfgruppen statt, die aus dem Gebiet stammten. Die Abgrenzung sei dabei häufig schwierig, weil es sich zum Teil um nomadische Bevölkerungen engen Verwandtschaftsgrads handele.

Marokko habe eine Verteidigungslinie durch das Gebiet gezogen und im Norden die Übermacht gewonnen. Damit habe sich der Schwerpunkt der Kämpfe in den Süden verlagert, in das mauretanische Grenzgebiet, das die schwächste Zone darstelle. Der militärische Konflikt im Süden werde von Guerillas geführt, die durch Libyen, zum Teil aus dem Tschad, unterstützt würden. Sie seien gut organisiert und ausgerüstet und über 10 000 Mann stark. Die Rekrutierung sei mühelos, wobei einmal die kriegerische Tradition und andererseits libysches Geld eine Rolle spielten. Libyen sei mit anderen Worten in der Lage, Material und Menschenverluste zu kompensieren. Für die Anwesenheit von Kubanern gebe es keinen Beweis, sie sei aber möglich.

Marokko habe den Fehler gemacht, einen fehlgeschlagenen Staatsstreich in Mauretanien zu unterstützen.[30] Dadurch sei der inzwischen hergestellte Dialog mit Algerien völlig abgebrochen worden.

Die libysche Intervention sei massiv. Es gebe eine libysch-mauretanische militärische Zusammenarbeit einschließlich einer libyschen Luftbrücke nach Mauretanien. Damit sei der Konflikt zu einem echten konventionellen Krieg geworden. Die Angriffe gegen die marokkanischen Truppen würden sogar mit erheblichen Panzerkräften vorgetragen. Damit entstehe für Marokko eine schwierige Lage, zumal das Land wirtschaftlich schwach sei. Die Stabilität Marokkos sei ernsthaft gefährdet. Die USA unterstützten Marokko. Das schließe aber die Gefahr ein, daß das ganze Gebiet zu einem neuen Herd von Ost-West-Spannungen werde. Dabei würde Libyen seine ganze militärische und wirtschaftliche Schwerkraft ausspielen, die sehr groß sei. Es sei eine ernste Gefahr für Spanien, daß die Guerillas fast das ganze flache Land und auch die Küste mit Ausnahme der befestigten Plätze kontrollierten. Unter anderem führe das zur Gefahr von Angriffen auf spanische Fischereifahrzeuge.

Infolge der Bedrohung der marokkanischen Stabilität könnte Europa sich plötzlich mit einem schweren Ost-West-Konflikt an seiner Südfront konfrontiert sehen.

29 Mit Resolution Nr. 3292 vom 13. Dezember 1974 beschloß die VN-Generalversammlung, den Status der Spanischen Sahara durch den Internationalen Gerichtshof klären zu lassen. Spanien wurde aufgefordert „to postpone the referendum it contemplated holding in Western Sahara until the General Assembly decides on the policy to be followed in order to accelerate the decolonization process in the Territory […] in the best possible conditions, in the light of the advisory opinion to be given by the International Court of Justice". Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XV, S. 354.

30 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit vermerkte am 9. April 1981: „Am 16.3. drangen 24 Angehörige einer mauretanischen Exilgruppe in den Palast des Präsidenten in Nouakchott ein, besetzten das Rundfunkgebäude und versuchten, die Regierung zu stürzen. Der Putschversuch war jedoch dilettantisch aufgezogen und offensichtlich vorher bekanntgeworden; er konnte rasch niedergeschlagen werden. Die ganze Gruppe wurde gefangengenommen, vier Rädelsführer am 26.3. hingerichtet." Mauretanien beschuldige Marokko, hinter dem Putschversuch zu stecken, was von Marokko jedoch bestritten werde. Vgl. Referat 311, Bd. 137692.

Sie werfen ein, daß König Hassan sich Ihnen gegenüber sehr kritisch über Libyen geäußert und die Hoffnung ausgesprochen habe, daß Libyen sich im Tschad à la Vietnam übernehmen werde.[31] Sie hielten das aber für eine Illusion.

AM wiederholt, daß die marokkanischen Versuche, mit Algerien ins Gespräch zu kommen, infolge des mauretanischen Staatsstreichs gescheitert seien. Das Verhältnis verschlechtere sich ständig. In Europa, abgesehen von Frankreich, sei man sich darüber nicht genügend im klaren. Leider sei die spanisch-französische Zusammenarbeit in dieser Region nie konstruktiv, sondern immer durch historische Rivalitäten bestimmt gewesen.

Auf die Frage des Bundesaußenministers (BAM), ob die Lage in Libyen stabil sei, erwidert AM, daß Libyen de facto von den großen amerikanischen Ölgesellschaften unterstützt werde, aber auch von der spanischen Regierung wegen der Abhängigkeit von Öl und Gas.

Auf eine Bemerkung des AM über das gespannte ägyptisch-libysche Verhältnis und die mögliche sowjetische Reaktion im Falle eines Konflikts erwähnen Sie, daß Libyen das größte sowjetische Waffenarsenal außerhalb des Warschauer Pakts sei. AM entgegnet, daß aus diesem Arsenal Waffen in die Sahara gelangten. Libyen liefere aber nicht nur östliche Waffen, sondern auch westliche.

BAM bemerkt, wir hätten den Eindruck, daß Algerien sich im letzten Jahr um eine gegenüber der Sowjetunion unabhängigere Position bemühe.[32] Das dürfte einmal mit der Entwicklung in Libyen zusammenhängen, aber auch mit der Entwicklung in der Gruppe der Blockfreien und der Rolle Algeriens in dieser Gruppe.

AM räumt ein, daß Präsident Chadli sicher eine sehr gemäßigte Politik betreibe. Algerien diene dabei, anders als Libyen, seinen eigenen Interessen. Aber seit dem mißlungenen Staatsstreich in Mauretanien seien neue Probleme entstanden. Es bestehe eine starke Stimmung gegen König Hassan, die de facto zu einer Allianz mit Gaddafi geführt habe. Das mag sich in Zukunft wieder ändern, aber zunächst hätten die mauretanischen Ereignisse alle günstigen Entwicklungen annulliert. Ein Beweis dafür sei, daß Algerien Angriffe auf ein Gebiet zugelassen habe, das traditionell immer marokkanisches Gebiet gewesen sei. Man könne heute von einer Polisarisierung Mauretaniens sprechen.

MP wirft ein, daß in früheren deutsch-spanischen Gesprächen mehr vom Nahen Osten die Rede gewesen sei als vom Maghreb. Wenn dies jetzt umgekehrt sei, dann liege es daran, daß Spanien wisse, wo seine Rolle liege, nämlich in der Region und weniger in der eines Schiedsrichters auf der großen internationalen Ebene. In der Region aber heize sich ein Konflikt an, der zu einem Ost-West-Konflikt werden könne.

Sie bedanken sich für diesen interessanten Bericht. Den Ost-West-Aspekt hätten wir nicht mit dieser Deutlichkeit gesehen. Wir würden unseren Freunden in der NATO über diese Gesprächseindrücke berichten.[33]

31 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Hassan II. am 6. Januar 1981 in Marrakesch vgl. Dok. 3.

32 So in der Vorlage.

33 Ministerialdirektor Gorenflos legte am 29. April 1981 zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Calvo-Sotelo und des spanischen Außenministers Pérez-Llorca gegenüber Bundeskanzler Schmidt

Auf die NATO-Tagung im Mai[34] eingehend, führt BAM aus, daß dies Treffen besonders wichtig sei, weil daran zum ersten Mal die Vertreter der neuen amerikanischen Administration teilnehmen. Wir seien daran interessiert, daß bei dieser Gelegenheit die Kontinuität der Bündnispolitik bestätigt wird. Es gehe hier nicht nur um Divisionen, sondern um die Außen- und Sicherheitspolitik insgesamt. Das sei wichtig, weil man sich zumindest die Frage stellen müsse, ob es Änderungen in Washington gegeben habe.

Zur Zeit sei die KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid die einzige aktive Konferenz zwischen Ost und West. Sie sei wichtig, auch als ein Schirm für die Entwicklung in Polen. Eine ungünstige Entwicklung in Polen würde die Welt über Nacht verändern. Es bestünde daher ein elementares Interesse daran, daß der Prozeß der Erneuerung in Polen fortgesetzt werden kann. De facto gebe es einen Pakt zwischen Jaruzelski, Wałęsa und Wyszyński. Dabei sei nicht sicher, ob Jaruzelski und Kania für den ganzen Staats- und Parteiapparat sprechen könnten. Jaruzelski aber könne für die ganze Armee sprechen. Nicht zufällig trage er Uniform und sei Verteidigungsminister geblieben. Auch Wałęsa habe mit Flügelkämpfen zu tun. Der Vizepremier Rakowski habe im Gespräch mit dem Bundesaußenminister[35] einen Arbeiterflügel unter Wałęsa von einem intellektuellen Flügel in der Solidarität unterschieden. Die Sowjetunion habe ihre Schwelle für ein Eingreifen sehr hoch angesetzt. Sein tschechischer Kollege[36] habe dem Bundesaußenminister gesagt[37], seiner Ansicht nach sei Breschnew der Garant der Nicht-Intervention. Wenn dies zutreffe, dann wäre es falsch, Abrüstungsverhandlungen und Kooperation abzulehnen. Denn solchenfalls hätte die Sowjetunion kein Interesse an Mäßigung. Wir blieben folglich an der Zusam-

Fortsetzung Fußnote von Seite 616

und Bundesminister Genscher am 22. April 1981 in Hamburg dar: „Wir nehmen die spanischen Hinweise sehr ernst, beurteilen die Lage in Nordafrika aber weniger dramatisch. Zwar verkennen auch wir nicht gewisse Alarmzeichen (gescheiterter Putsch in Mauretanien, Verschärfung des algerisch-marokkanischen Gegensatzes, Isolierung Marokkos, Gaddafi-Besuch in Nouakchott, Ablösung der Zivilregierung in Mauretanien). Wir sehen aber weniger einen Schwarz-Weiß-Gegensatz zwischen einem prowestlichen Marokko und prosowjetischen Libyen und Algerien. Die spanische Darstellung erscheint uns stark von der marokkanischen Einschätzung bestimmt. Tatsächlich deuten zahlreiche konkrete Anzeichen auf eine eher ausgewogene Haltung Algeriens hin, mit entscheidendem Einfluß auf Mauretanien. […] Festzuhalten bleibt, daß sich beide Großmächte bisher bemüht haben, einer Konfrontation aus dem Wege zu gehen und weitgehende Neutralität zu wahren." Eine „dramatische Änderung der politischen und militärischen Kräfteverteilung" stehe nicht bevor. Vgl. Referat 311, Bd. 137664.

34 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

35 Anläßlich seines Besuchs am 19./20. März 1981 in Polen traf Bundesminister Genscher am 19. März 1981 in Warschau mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski zusammen. Vortragender Legationsrat I. Klasse von Braunmühl notierte dazu am 23. März 1981, nach Auskunft Genschers habe Rakowski zur Situation in Polen gesagt: „Man befinde sich gegenwärtig in der ernstesten Phase der gesamten Entwicklung. Die brüderliche Hilfe sei nahe. Im Vergleich zum Dezember 1980 sei sie eher näher als weiter weg. Man wisse nicht mehr, wie man die Arbeiter zufriedenstellen könne. […] Die Appelle, mehr zu arbeiten, mehr Schichten zu fahren, seien von den Sprechern der Solidarität abgelehnt worden. Unter ihnen gebe es sehr unerfahrene Leute, die nicht übersähen, was sie in der gegenwärtigen Situation täten. Wałęsa sei ein Mann von großem Geschick, ein wirklicher Arbeiter, mit einer charismatischen Ausstrahlung. Andererseits habe er selbst erlebt, wie Wałęsa in einem Gespräch mit dem Ministerpräsidenten plötzlich gesagt habe: ‚Wenn Sie es befehlen, Herr General, jawohl.'" Vgl. Referat 010, Bd. 178843.
Zum Besuch vgl. Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

36 Bohuslaw Chňoupek.

37 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

menarbeit interessiert, aber unter der Voraussetzung, daß nichts eintritt, was die Kooperation sinnlos macht. Die von ihm in Moskau[38] bestätigte Einladung des Bundeskanzlers an Breschnew zu einem Besuch in Bonn enthalte einen entsprechenden Schlußsatz[39]. Die KSZE-Konferenz sei ein wichtiges Mittel, die Lage in diesem Sinne zu stabilisieren. Das gleiche gelte von einer KAE und von Verhandlungen über TNF. Die Politik des Dialogs sei im Augenblick der beste internationale Schirm für Polen. Dies sei aber nicht nur wegen Polen so, sondern auch in unserem eigenen Interesse. Bei einem Bruch zwischen Ost und West müßten wir am meisten leiden.

Wir wollten bei der NATO-Tagung im Mai auch die Politik fortgesetzt sehen, die die Unabhängigkeit der Dritten Welt respektiert und die Vorteile aufrechterhält, die der Westen im Verhältnis zur Dritten Welt spätestens seit Afghanistan errungen habe. Man müsse darauf achten, daß nicht eine falsche Politik etwa im Nahen Osten, in Namibia oder in der Golfregion diese Vorteile wieder verspiele.

Der bevorstehende Besuch des Bundeskanzlers in Saudi-Arabien[40] werde von ganz besonderer Wichtigkeit sein, weil die Saudis in uns einen willkommenen Partner sehen. Von den Medien werde dieser Besuch zu spezifisch unter dem Aspekt von Waffenverkäufen gesehen. Die Saudis aber erblicken in uns vor allem Freunde ihrer Unabhängigkeit.

Es komme darauf an, möglichst viele Punkte für den Westen in der Dritten Welt zu sammeln, aber das sei nur möglich, wenn man die Blockfreiheit unterstützt und nicht versuche, Einflußzonen zu gewinnen. Zur Illustration wolle er nur daran erinnern, wie man die Entwicklung in Simbabwe noch vor einem Jahr gesehen habe. Wie aber werde Mugabe heute beurteilt? Er rate anderen zur Moderation und mache einen deutlichen Unterschied zwischen Ideologie und Politik.

Unser besonderes Interesse ergebe sich daraus, daß wir Frontstaat an der Linie zwischen Ost und West seien. In Europa leisteten wir den stärksten Beitrag zur gemeinsamen Verteidigung. (Sie werfen hier ein, daß wir die Bundeswehr innerhalb von vier Tagen auf 1,2 Mio. Mann bringen können.) Wir stünden fest zum Doppelbeschluß[41]. Wir seien aber zugleich dafür, alle Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen.

Neben der Frage der TNF liege das Hauptproblem für die Allianz in der konventionellen Schwäche der USA. Wenn Präsident Reagan alles tun wolle, was er angekündigt habe, werde er die Wehrpflicht[42] wieder einführen müssen. Zur Zeit seien die USA in verschiedenen Konfrontationsbereichen nur alternativ einsatzfähig. In der Realität würde aber eine Konfrontation zwischen den Weltmächten eine additive Fähigkeit erforderlich machen, an mehreren Fronten gleichzeitig aufzutreten.

38 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

39 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 1. April 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 96, Anm. 19.

40 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

41 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

42 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

Auf Wirtschaftsfragen übergehend, stellt MP die spanische Wirtschaftsentwicklung dar. Die Inflationsrate sei von 16% 1979 auf 15,1% 1980 gesenkt worden. Die Senkung werde immer schwieriger. Man befinde sich zur Zeit in Verhandlungen mit den Gewerkschaften, um für 1982 Lohnerhöhungen von nicht über 10% zu erreichen. Das würde erlauben, 1982 noch niedrigere Erhöhungen für den öffentlichen Dienst vorzusehen. Bezahlt würden diese Anstrengungen aber mit Arbeitslosigkeit. Statistisch gebe es zur Zeit 1,5 Mio. Arbeitslose, d.h. 11 bis 12%. Diese Statistik täusche jedoch insofern, als darunter etwa 700000 junge Leute und Frauen seien, die bisher nie gearbeitet hätten.

Die Leistungsbilanz sei durch den zweiten Ölpreisschock[43] beeinflußt. Das Handelsbilanzdefizit habe 1980 der Ölrechnung entsprochen, d.h. 11 bis 12 Mrd. Dollar betragen. Das Defizit der Leistungsbilanz sei geringer und nicht alarmierend, 1980 = 4,5 Mrd. Dollar.

Das Investitionsklima sei gut und die öffentlichen und privaten Investitionen ausreichend. Es handele sich aber um Investitionen zur Einsparung von Arbeitsplätzen und nicht um solche, die Arbeitsplätze schüfen.

Sie weisen darauf hin, daß es wichtig sei, eine gewerkschaftliche Organisation auf breiter Basis zu haben.

MP weist darauf hin, daß die nicht-kommunistischen Gewerkschaften inzwischen beinahe so stark seien wie die kommunistischen. MP beklagt, daß das Zinsniveau aus außenwirtschaftlichen Gründen höher sein müsse als binnenwirtschaftlich gerechtfertigt.

Auf eine Frage von MP – unter Hinweis auf angebliche Äußerungen des Bundesfinanzministers[44] auf einer Pressekonferenz – nach der Möglichkeit, weiche Kredite zur Umstrukturierung der spanischen Industrie zu erhalten (hierüber habe der Bundesfinanzminister auch mit Herrn González gesprochen), erwidern Sie, daß es sich hier allenfalls um die Erörterung von Möglichkeiten gehandelt haben könnte, von der Europäischen Investitionsbank Kredite im Vorgriff auf den Beitritt zu erhalten. Wir hätten zinsverbilligte Kredite außer an Entwicklungsländer nur in dem Ausnahmefall der Türkei[45] und in einem besonderen Fall im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung an Polen[46] gegeben.

43 Das Bundesministerium für Wirtschaft erläuterte am 29. April 1981, im Vorjahr hätten sich die Ölpreise im Vergleich zu 1978 um ca. 140% erhöht. Besonders betroffen davon seien die nicht-ölproduzierenden Entwicklungsländer, deren Leistungsbilanzdefizit im Jahr 1980 um 23 Mrd. Dollar auf 70 Mrd. Dollar angestiegen sei und sich auch im laufenden Jahr weiter erhöhen werde: „Besonders ausgeprägt ist die Leistungsbilanzverschlechterung in den asiatischen und lateinamerikanischen EL, und dort insbesondere in den sogenannten Schwellenländern." Vgl. Referat 420, Bd. 129891.

44 Hans Matthöfer.

45 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an die Türkei vgl. Dok. 62, Anm. 64 und 66.

46 Die Bundesrepublik und Polen schlossen am 9. Oktober 1975 in Warschau ein Abkommen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits. Dieses sah einen Kredit in Höhe von 1 Mrd. DM vor, der zu einem Zinssatz von 2,5% über einen Zeitraum von 20 Jahren bei fünf Freijahren zurückgezahlt werden sollte. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 567.
Am selben Tag wurde ein Ausreise-Protokoll unterzeichnet, in dem die polnische Regierung erklärte, „daß etwa 120000 bis 125000 Personen im Laufe der nächsten vier Jahre die Genehmigung ihres Antrages zur Ausreise erhalten" würden. Vgl. BULLETIN 1975, S. 1199. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, II, Dok. 296.

MP beschließt das Gespräch mit der Bitte an die Bundesregierung und die verbündeten Regierungen, den spanischen politischen Übergang nicht nur öffentlich zu loben, sondern ihm auch reale Unterstützung zu geben. Dies sei besonders notwendig in bezug auf den Beitritt zur EG und zur NATO sowie im Felde der wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

Staden

VS-Bd. 14095 (010)

112

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington

204-321.00 GRO-309/81 VS-vertraulich **23. April 1981**[1]

Carrington: Dies ist mein erster offizieller Besuch in der Bundesrepublik Deutschland.[2] Ich danke Ihnen für den freundschaftlichen Empfang.

Der sowjetische Botschafter[3] hat darauf bestanden, mich heute morgen noch vor meinem Abflug zu sehen. Er hat mir um 7.30 Uhr auf dem Flughafen im Auftrag Gromykos das Papier übergeben, das ich Ihnen in Ablichtung überlasse. Eigentlich sehe ich keine wirklich neuen Punkte darin. Ist ein ähnlicher Schritt bei Ihnen unternommen worden?

Bundesminister (nachdem Lord Carrington den Inhalt des Papiers kurz skizziert hat): Bei uns ist ein solcher Schritt nicht unternommen worden. Ich wüßte auch von keiner Anmeldung des sowjetischen Botschafters[4]. Zweck des Schrittes Ihnen gegenüber scheint mir zu sein, daß die Sowjets Ihnen mitteilen wollten, was Breschnew und Gromyko mir in Moskau unmittelbar gesagt haben.[5] Was die europäische Abrüstungskonferenz angeht, so unterstreichen die Sowjets in

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 24. April 1981 an das Ministerbüro geleitet. Dazu vermerkte Schenk: „Hiermit wird je ein von Herrn Botschafter Ruhfus und von Herrn D 2 gefertigter Gesprächsvermerk über das Gespräch des Herrn Bundesministers mit AM Lord Carrington übersandt mit der Bitte, die Genehmigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 27. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Ploetz „z[ur] K[enntnis]" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Vermerk ist mit Vorbeh[alt] verteilt."
Hat Wallau am 27. April 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 23. bis 25. April 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 113 und Dok. 116.

3 Viktor Iwanowitsch Popow.

4 Wladimir Semjonowitsch Semjonow.

5 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

jüngerer Zeit den Punkt, daß sie keine sofortige Entscheidung über die zwei Phasen des Treffens erstreben, wahrscheinlich weil sie wissen, daß dies gegenüber dem Westen nicht durchzusetzen ist. Sie sagen, daß es ihnen ausreicht, in einer ersten Phase über vertrauensbildende Maßnahmen zu sprechen. Über die zweite Phase könne man im Lichte der ersten Phase verhandeln. Zu den westlichen Gegenleistungen für die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen bis zum Ural habe ich den Sowjets in Moskau gesagt, sie hätten mit der Zustimmung zur Ausdehnung etwas Selbstverständliches getan. Nun wollten sie dafür eine Gegenleistung und forderten außerdem, daß die westlichen Staaten die Gegenleistung formulierten. Ich habe den Sowjets gesagt, das müßten sie schon selbst präzisieren.

Unsere Taktik muß es sein, die Zustimmung der Sowjets zur Ausdehnung bis zum Ural immer wieder zu begrüßen. Wir können uns nicht zu Gegenleistungen äußern, die wir nicht kennen.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Sowjets selber nicht genau wissen, welche Gegenleistungen sie fordern sollen. Vielleicht ist dieser Abschnitt in der Rede Breschnews auf dem 26. Parteitag[6] erst im letzten Augenblick formuliert worden. Die USA hatten sich etwa zehn Tage vor der Rede zur Unterstützung des französischen Vorschlags entschlossen.[7] Dadurch hatte sich die Situation für Breschnew verändert. Vielleicht hat er „aus der Hand" formuliert und die Gegenleistung auf westlicher Seite, schon um mit den eigenen Militärs nicht in Schwierigkeiten zu kommen, gefordert, aber in vager Form („Entsprechendes"). Es könnte sein, daß die Sowjets die Gegenleistung darin sehen, daß amerikanische und kanadische Streitkräfte bei Eintritt in die KAE-Zone zu notifizieren wären. Wenn die Sowjets das verlangen, müßte man Entsprechendes für sowjetische Truppen, die aus dem asiatischen Teil in den europäischen Teil der Sowjetunion verlegt werden, fordern.

Carrington: Die USA sind einverstanden mit dem französischen Vorschlag, wie er ist. Ich glaube kaum, daß die Amerikaner mehr konzedieren werden.

Wir müssen vermeiden, daß in unseren Öffentlichkeiten der falsche Eindruck entsteht, als ob die Sowjets vernünftige Angebote machten, auf die der Westen nicht antwortet.

Wie beurteilen Sie den Stand der KSZE?

BM: Ich habe gewisse Sorgen. Es gibt einige, die sich dafür einsetzen, ein Enddatum zu bestimmen. Nicht zuletzt aus dem Grunde, den Sie genannt haben, nämlich der Wirkung auf die öffentliche Meinung in unseren Ländern, sollten wir in Madrid nicht vom Tisch aufstehen. Warum sollten wir dort nicht länger verhandeln? Solange die Madrider Konferenz im Gange ist, bietet sie einen guten Schirm für Polen.

Wir sind bereit, zügig zu verhandeln. Wir wollen ein substantielles Dokument und wir wollen ein präzises KAE-Mandat.

6 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

7 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

Carrington: Aber wir wollen nicht in alle Ewigkeit verhandeln, wie bei MBFR.

BM: Das nicht, aber wir müssen die Nerven behalten, um zu einem guten Ende zu kommen.

Carrington: Welches ist die französische Linie? Ist nicht Frankreich für ein Schlußdatum?

BM: Das mag mit den französischen Wahlen[8] zusammenhängen.

Carrington: Welchen Eindruck haben Sie bei Ihrem Besuch in Moskau gewonnen? Wohin steuern die Sowjets?

BM: Moskau will eine Abrüstungskonferenz. Die Sowjets versichern auch, sie wollen ein substantielles Schlußdokument und eine Fortsetzung des KSZE-Prozesses. Wir müssen das sowjetische Verhalten auch im Lichte von Polen sehen. Sicher gibt es in der Sowjetunion Kräfte, die in Polen intervenieren wollen. Diese Kräfte kann man eher zurückhalten, wenn Madrid einen positiven Ausgang nimmt. Wenn es stimmt, daß Breschnew im Dezember[9] sich gegen eine Intervention ausgesprochen hat, dann braucht er einen positiven Ausgang in Madrid. Ich sehe Madrid im Augenblick als eines der wenigen „Bau-Elemente für den Tunnel" an, mit dem sich die polnische Entwicklung schützen läßt. Alles, was auf Abbruch der Ost-West-Beziehungen hinausläuft, spielt den Interventionisten in die Hand. Jede Fortsetzung der Ost-West-Beziehungen erschwert eine Intervention. Daß die Sowjetunion nicht interveniert hat, beruht sicher nicht auf einer veränderten politischen Moral, sondern auf einer veränderten Interessenlage. Diese setzt sich aus verschiedenen Faktoren zusammen (ökonomische Frage, sowjetisches Verhältnis zur Dritten Welt). Alle interventionshemmenden Faktoren müssen wir erhalten oder fördern.

Carrington: Vielleicht spielt Madrid im Polen-Zusammenhang eine gewisse Rolle, aber sicher gibt es wichtigere Elemente.

BM: Immerhin ist es ein Element, und jedes Element zählt.

Im übrigen glauben wir, daß der N+N-Entwurf[10] eine brauchbare Verhandlungsgrundlage ist. Dieser Entwurf macht den Sowjets einiges Kopfzerbrechen. Er steht westlichen Vorstellungen wesentlich näher als östlichen. Ich habe Gromyko gesagt, wir könnten diesen Entwurf als Basis nehmen, obwohl uns manches in ihm nicht gefalle. Aus taktischen Gründen habe ich mich Gromyko gegenüber skeptischer geäußert als Ihnen gegenüber. Gromyko hat mir gesagt, er habe den Entwurf noch nicht gelesen und wolle sich die Sache näher ansehen. Ich hatte den Eindruck, daß die Sowjets sehen, wie gefährlich es für sie wäre, wenn die N+N mit uns gehen. Ich sehe deshalb den Wiederbeginn nach Ostern[11] unter einem verhältnismäßig guten Stern.

8 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

9 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

10 Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 13.

11 19./20. April 1981.
Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 15.

Ich möchte das Problem gern in einen Gesamtzusammenhang stellen mit dem bevorstehenden NATO-Ministertreffen in Rom.[12] Dieses Treffen wird eines der wichtigsten seit langer Zeit sein. Wir haben uns vor kurzem in einem Kolloquium in Gymnich[13], an dem der Bundeskanzler, eine Reihe von Kabinettsmitgliedern, Fraktionsvorsitzende, Botschafter und hohe Beamte teilgenommen haben, die Frage gestellt, ob im großen und ganzen die westliche Politik in der NATO und in der EG richtig entwickelt ist oder ob es größerer Korrekturen bedarf. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die westliche Politik richtig entwickelt ist und deshalb keiner größeren Korrektur bedarf. Das gilt insbesondere für die Ost-West-Politik und für die Dritte-Welt-Politik. Wir sprechen in der europäisch-politischen Zusammenarbeit von einem „acquis politique". Es gibt aber einen „acquis politique" auch in der NATO, die ja viel mehr ist als eine Addition von Divisionen. Wir haben im Rahmen der 15 einen Bestand gemeinsamer Politik geschaffen, zum Beispiel zu Afghanistan, Polen, zu LRTNF, zur KSZE und zu MBFR. Dieser Bestand gemeinsamer Politik wirkt nur dann überzeugend, wenn er berechenbar und ohne Schwankungen fortgesetzt wird. Ich sage das auch wegen der europäischen Stimmen, die sich über die amerikanische Politik beklagen. Die mit Haig abgestimmte Zusammenfassung meines Washingtoner Besuches[14] hat diese Kontinuität bestätigt. Dadurch haben wir in der Bundesrepublik Deutschland eine beruhigende Wirkung erzielt. Ich glaube, daß die NATO-Tagung in Rom eine ähnlich beruhigende Wirkung auf alle Mitgliedsländer ausstrahlen sollte. Es gibt keinen Grund, „Häuser hinter uns zu verbrennen, die wir in der Vergangenheit aufgebaut haben". In unserem Land wird sehr darauf geachtet, daß der Doppelbeschluß vom Dezember 1979[15] in seinen beiden Teilen aufrechterhalten bleibt. Die LRTNF-Verhandlungen werden außerordentlich kompliziert und langwierig sein. Um so eher kann man doch mit ihnen beginnen, ohne daß jedes Positionselement bereits bis ins letzte fixiert ist. Wir dürfen der Sowjetunion nicht die Rolle des Friedensengels überlassen, der Verhandlungen will, während der Westen sie hinauszögert. Auch andere Positionen unserer Politik müssen in Rom bestätigt werden. Das bedarf einer gründlichen Vorbereitung. Ich habe deshalb vorgeschlagen, das Viertertreffen in Rom am 3. Mai[16] schon für 18.00 Uhr anzusetzen und diesen früheren Beginn den Amerikanern und Franzosen zu empfehlen, damit wir mehr Zeit für eine gründliche Vorbereitung für diese außerordentlich wichtige Konferenz gewinnen.

Carrington: Seit Ihrem und meinem Besuch in Washington[17] ist leider Haigs Position etwas ins Rutschen geraten. Er versteht unsere Haltung in der LRTNF-

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

13 Zum außenpolitischen Kolloquium am 10. April 1981 auf Schloß Gymnich vgl. Dok. 107.

14 Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.
Für den Wortlaut der abgestimmten Zusammenfassung der Gespräche Genschers mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 9. März 1981 in Washington vgl. BULLETIN 1981, S. 201 f.

15 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

16 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Haig (USA) am 3. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 125.
Zum Gespräch über Berlin- und Deutschlandfragen vgl. Dok. 127.

17 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 19, Dok. 63, Anm. 7, und Dok. 72, Anm. 10.

Frage, Weinberger nicht. Vielleicht findet Weinberger augenblicklich mehr Gehör im Weißen Haus als Haig.

Ich teile Ihre Ansicht, daß der Eindruck, die Sowjets wollten verhandeln, die Amerikaner nicht, einen schlechten Eindruck auf die Weltmeinung machen und auf andere Bereiche zurückschlagen könnte.

Sind eigentlich die Franzosen an der Aufrechterhaltung des LRTNF-Beschlusses interessiert?

BM: Ja. Die französisch-amerikanische Zusammenarbeit ist enger als je zuvor. Die Franzosen kennen die LRTNF-Problematik in den europäischen Ländern. Präsident Giscard hat erklärt, Frankreich sei nicht betroffen, aber der LRTNF-Doppelbeschluß sei richtig. Frankreich ist sehr daran interessiert, daß nichts geschieht, was den Doppelbeschluß in Gefahr bringt. Das Treffen in Blaesheim[18] hat diese französische Haltung bestätigt.

Carrington: Die Franzosen sagen das aber wohl nur im kleinsten Kreise. Schon im Rahmen der 15 würden sie es wohl nicht sagen.

BM: François-Poncet würde sich im Viererrahmen sicher so äußern wie skizziert.

Carrington: Wie soll diese Frage im Kommuniqué angesprochen werden?[19] Es geht wohl um die Bestätigung des Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen.

BM: Das ist das mindeste. Ich habe Haig bei seinem Besuch in Bonn[20] gesagt: Wir brauchen eine Perspektive für die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche[21]. (Auf eine entsprechende Frage Carringtons): Weinberger hat gegenüber dem Bundeskanzler einen merkwürdigen Zusammenhang hergestellt. Erst wenn die sowjetischen Truppen um Polen zurückgezogen seien, könne man an die Wiederaufnahme der LRTNF-Gespräche denken. Ich meine, wir müssen gerade umgekehrt verfahren: Wir brauchen die Gespräche, um den Sowjets sagen zu können, daß in Polen nichts geschehen darf, was diesen Gesprächen die Grundlage entziehen würde. Im übrigen geht es nicht um die Zurückziehung von Truppen. Sowjetische Truppen stehen in großer Massierung in der DDR und in den westlichen Militärbezirken, einige auch in Polen. Das Beunruhigende und den Druck Ausübende ist doch, daß der Bereitschaftsstand und die Kommandostruktur dieser Truppen so verbessert worden sind, daß sie zur Intervention in Stand gesetzt sind.

Carrington: Wenn ich die Sache richtig sehe, liegen Weinberger und Haig nicht auf einer Linie. Haig wird womöglich in Rom keine Vollmacht haben für eine substantielle Aussage im Kommuniqué. Das Vierergespräch am 3. Mai liegt dann zu spät.

Ich bin gern bereit, Haig vorher zu schreiben.

BM: Es geht darum, im Kommuniqué die Wiederaufnahme der Gespräche im Sommer anzukündigen. Ich sehe nicht ein, warum die Special Consultative

18 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Giscard d'Estaing am 15. März 1981 in Blaesheim vgl. Dok. 71, Dok. 74 und Dok. 75.

19 Zur Behandlung der Frage amerikanisch-sowjetischer Gespräche über Mittelstreckensysteme im Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 122.

20 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 11. April 1981 vgl. Dok. 106.

21 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

Group diese Frage im Juni[22] entscheiden soll, wenn die Minister sich im Mai zusammenfinden. An den Daten hat sich doch auch gar nichts geändert. Die USA haben nach Afghanistan im Oktober die Gespräche wiederaufgenommen, warum sollten sie jetzt nicht fortgesetzt werden? Das Kommuniqué sollte etwa folgende Elemente zu dieser Frage enthalten:

– Bestätigung des Doppelbeschlusses in seinen beiden Teilen,
– Erwartung, daß Sowjetunion die Gespräche ohne Vorbedingungen wiederaufnimmt,
– Bereitschaft der USA zur unverzüglichen Fortsetzung der im Oktober unterbrochenen Gespräche.

Zum Kommuniqué im allgemeinen legen wir größten Wert darauf, daß die gemeinsam erarbeitete Politik bestätigt wird. Im Viererrahmen werde ich noch ein Argument hinzusetzen. Im Augenblick haben wir es damit zu tun, daß die USA, wenn ich mich so ausdrücken darf, nach rechts abweicht und unsere gemeinsame Politik entsprechend korrigieren will. Wenn das Beispiel Schule machen würde, könnten Regierungswechsel in Europa nach links in ähnlicher Weise dazu führen, daß der gemeinsame Bestand unserer NATO-Politik zur Disposition gestellt wird.

Carrington: Ich stimme Ihnen zu. Haben Sie den Brief zur Aufhebung des Embargos des amerikanischen Getreideexports in die Sowjetunion[23] erhalten? Sollten wir nicht konsultiert werden? Leider ist das nicht geschehen. Die Sache ist mißlich. Die USA sind doch im Augenblick sonst sehr hart gegenüber der Sowjetunion.

BM: Vor allem hart in Worten. Ich halte die Aufhebung für einen schweren politischen Fehler. Die Begründung verschlimmert den Fehler. Es gibt nur eine überzeugende Begründung: Der Präsident hat die Aufhebung des Embargos vor den Wahlen[24] versprochen und löst nun sein Wort ein. Die zusätzlichen außenpolitischen Begründungen sind sehr gefährlich. Die Argumentation läuft

22 Die achte Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO fand am 17. Juni 1981 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 174.

23 Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 4. Januar 1980 vgl. Dok. 29, Anm. 10.
In einer undatierten Botschaft an Bundesminister Genscher teilte der amerikanische Außenminister Haig mit, Präsident Reagan werde demnächst die Aufhebung dieser Einschränkungen bekanntgeben. Bereits im Wahlkampf habe Reagan eine Aufhebung fest versprochen, diese aus außenpolitischen Gründen bislang aber nicht vorgenommen: „He has firmly and courageously stood against the political forces within this country that have sought, from the moment he took office, a reversal of President Carter's embargo decision. In all frankness those forces have now become so strong that the President feels he can no longer sustain his position. To maintain the embargo now would seriously jeopardize affirmative congressional action on his economic program in general and his farm bill in particular." Die Aufhebung der Lieferbeschränkungen bedeute keine Änderung der amerikanischen Politik gegenüber der UdSSR oder die Akzeptierung des Status quo in Afghanistan. Auch eine etwaige sowjetische Intervention in Polen werde amerikanische Maßnahmen nach sich ziehen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 499 des Vortragenden Legationsrats Dassel vom 23. April 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 10392 (421); B 150, Aktenkopien 1981.
Die Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR wurde am 24. April 1981 bekanntgegeben. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 382. Für den deutschen Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 614 f.

24 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 4. November 1980 statt.

auf folgendes hinaus: Wir heben das Embargo auf, aber führen es wieder ein, wenn die Sowjetunion in Polen interveniert. Das bedeutet: Das Embargo wird, ohne daß sich in Afghanistan etwas geändert hat, unter Bezug auf eine zweite mögliche Intervention aufgehoben. Die Sowjetunion müßte, wenn sie nach Polen einfiele, ein drittes Land bedrohen, um sich des wiedereingeführten Embargos nach einiger Zeit von neuem zu entledigen.

Carrington: Selbst die rein innenpolitische Begründung ist unbefriedigend. Die Sache ist schlimm. Die Amerikaner heben die einzige Gegenmaßnahme auf, die für sie wirklich schmerzlich war. Die Japaner werden das sehr genau vermerken.

Ich möchte gern noch etwas zu Namibia sagen. Ich fürchte, wir werden mit dem Londoner Kommuniqué[25] die Frontlinienstaaten[26] nicht „stoppen". Wir brauchten einen Plan und eine konstitutionelle Vereinbarung, aber die Amerikaner sind noch nicht so weit. Nichts ist formuliert. Wir haben keinen Vorschlag, nicht einmal einen Umriß, den wir den Frontlinienstaaten vorweisen könnten.

BM: Ich frage mich, ob man im Augenblick sich nicht zu sklavisch an das Lancaster-House-Modell[27] hält, obwohl die Ausgangslagen verschieden sind. Der Einfluß Südafrikas in Rhodesien ist geringer als in Namibia, die handelnden Personen sind andere.

Carrington: Ich stimme zu. Es ist unmöglich, eine Konferenz à la Lancaster House zustande zu bringen. Vielleicht gelingt eine Verfassungsvereinbarung. Wir werden sie aber nicht mehr zeitgerecht zur Abwendung der Sicherheitsrats-Resolutionen der Schwarzafrikaner[28] produzieren. Dann werden wir drei

25 Am 22./23. April 1981 fand in London ein Treffen von für Afrika zuständigen Vertretern der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA statt. Anlaß war eine Reise des designierten Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crokker, vom 8. bis 21. April 1981 in verschiedene afrikanische Staaten. Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 23. April 1981 vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (März/April), S. 35.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau notierte am 28. April 1981 zum Verlauf des Treffens, die USA seien durch die Reise Crockers „zu der Einsicht gelangt, daß Aufgabe von SR 435 Verhandlungslösung in absehbarer Zeit unmöglich machen würde" Es bestehe Einigkeit, daß neue Schritte nötig seien: „Im Vordergrund steht der Vorschlag, vor SR 435-Ausführung Verfassungsgrundsätze fest zu vereinbaren. […] USA sehen in Entfernung der Kubaner aus Angola wichtiges Anliegen, bestehen aber nicht auf Priorität vor oder Junktim mit Namibia-Lösung. State Department scheint einer Unterstützung der UNITA, die unseres Erachtens für Lösungsbemühungen Namibia verhängnisvoll wäre, zunehmend skeptisch gegenüberzustehen." Vgl. Referat 320, Bd. 125281.

26 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

27 Zur Verfassungskonferenz für Simbabwe/Rhodesien vom 10. September bis 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London vgl. Dok. 63, Anm. 5.

28 Am 21. April 1981 begann im VN-Sicherheitsrat eine Debatte über Namibia. Botschafter Jelonek, New York (VN), teilte dazu am 22. April 1981 mit, Südafrika sei ohne Abstimmung zur Debatte zugelassen worden, ebenso die SWAPO: „Hingegen wurde der DTA dieses Recht mit neun zu sechs Stimmen abgesprochen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 880; Referat 320, Bd. 125281.
Zum Verlauf der Debatte notierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau am 29. April 1981: „Trotz gesprächsbereiten Verhaltens der Frontstaaten zeichnet sich kein Erfolg der westlichen Bemühungen in New York ab, eine Vertagung der SR-Debatte über Namibia ohne Entscheidung über Resolutionen zu erreichen. Wir rechnen damit, daß am 29.4. mehrere gegen S[üd]a[frika] harte Resolutionsentwürfe eingebracht werden, in denen auch die Forderung nach umfassenden Wirtschaftssanktionen gemäß Kapitel VII (insbesondere Ölembargo) enthalten sein wird. Die Fünf bleiben bemüht, Vertagung ohne Abstimmung zu erwirken. Für den Fall der Abstimmung sind die ständigen SR-Mitglieder des Westens bezüglich Sanktionen zum Veto entschlossen." Vgl. Referat 320, Bd. 125281.
Am 1. Mai 1981 teilte Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), mit, in der Nacht zuvor seien mehrere Resolutionsentwürfe, die politische und wirtschaftliche Maßnahmen, ein Ölembargo so-

Vetos bekommen (US, GB, F), und Südafrika wird sich unter keinem Druck mehr sehen, Konzessionen zu machen. Die Wirkung auf die Schwarzafrikaner wird niederschmetternd sein. Das ist natürlich die schlimmste Entwicklung, und einige meiner Mitarbeiter meinen, die Sache lasse sich vielleicht doch mit geringeren Schäden hinziehen.

BM: Ich möchte noch einmal auf die Außenminister-Tagung in Rom zurückkommen. Wir müssen zwei Dinge in dieser schwierigen Lage tun, um der Sowjetunion die Grenzen ihres Handlungsspielraums zu zeigen:

1) Das Signal westlicher Einheit setzen, die europäisch-amerikanischen Differenzen beenden, damit falsche sowjetische Hoffnungen abschneiden.

2) Wir müssen uns in der Europäischen Gemeinschaft über Maastricht[29] erheben. Ich kenne Ihre Überlegungen zur Verbesserung der europäischen Strukturen.[30] Sie kennen meine Überlegungen für einen europäischen Impuls[31] nach den französischen Wahlen. Das wird nicht die Agrar-, Finanz- und Fischereiprobleme lösen. Aber wir müssen zu den wirklichen Zielen der europäischen Einigung zurückkehren. Dann lassen sich auch diese materiellen Probleme leichter lösen. Solche atlantischen und europäischen Impulse sind das einzige, was die Sowjetunion beeindruckt. Für den atlantischen Impuls erhoffe ich mir viel von der Ministertagung in Rom, für den europäischen Impuls hoffe ich sehr auf Ihre Präsidentschaft[32].

VS-Bd. 14093 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 626

wie ein Waffenembargo gegen Südafrika vorgesehen hätten, im VN-Sicherheitsrat am Veto Frankreichs, Großbritanniens und der USA gescheitert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 973; Referat 320, Bd. 125282.

29 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

30 Botschafter Ruhfus, London, legte am 16. März 1981 zu den europapolitischen Überlegungen der britischen Regierung dar: „Welche Bedeutung die britische Regierung dem europäischen Einigungsprozeß und insbesondere der Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik beimißt, ist aus vielen Reden von Außenminister Lord Carrington ersichtlich. Das britische Europa-Engagement unterscheidet sich zwar – ähnlich wie das französische – darin von unserem eigenen, daß man – bedingt durch die letztlich nationalistische Grundhaltung dieser beiden ältesten europäischen Nationalstaaten – die Aufgabe eigener Souveränitätsrechte und das Hinarbeiten auf eine europäische Förderation für verfrüht hält." Verschiedene Reden des britischen Außenministers Lord Carrington ließen jedoch „die positiven Vorstellungen der britischen Regierung […] deutlich erkennen. Die konservative Regierung ist bereit, sich mit ihren Partnern darum zu bemühen, daß die Gemeinschaft funktioniert und in pragmatischer Weise das bewirkt, was erreichbar ist. Sie nimmt entscheidenden und vielfach initiativen Anteil an der Erarbeitung einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik. Sie ist stark an der Verbesserung der EPZ interessiert." Es bestehe kein Zweifel, „daß die konservative Regierung ihre bilateralen Beziehungen zu den USA im Sinne gemeinsamer europäischer Interessen nutzbar zu machen entschlossen ist". Vgl. den Schriftbericht Nr. 958; Referat 204, Bd. 123329.

31 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart; Dok. 2.

32 Großbritannien übernahm am 1. Juli 1981 die EG-Ratspräsidentschaft.

113

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington

204-321.00 GRO-311/81 VS-vertraulich **23. April 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit AM Lord Carrington am 23.4.1981 in Bonn[2];
hier: Polen, Afghanistan, Pakistan, Naher Osten, Spanien

Polen

BM: Die SU sei zu Beginn der Entwicklung in Polen nicht bereit gewesen, Polen soviel Spielraum einzuräumen, wie „Solidarität" und die fortschrittlichen Kräfte heute in Anspruch nehmen. Die SU habe stückweise zugelegt. Auch der Westen hätte nicht erwartet, daß die Entwicklung in Polen so weit führen würde. Der Westen sei nicht erfolglos gewesen; wenn man die Lage März 1980 mit März 1981 vergleiche, so sei heute der Warschauer Pakt schwächer, nicht aber der Westen.

Die SU habe den günstigen Zeitpunkt für eine Intervention verpaßt. Heute sei es für die Sowjets schwieriger zu intervenieren als etwa im November oder Dezember des vergangenen Jahres.

Er könne nicht sagen, wie die Polen ihre großen Probleme lösen wollen. Die wirtschaftliche Lage habe sich in den vergangenen Monaten weiter verschlechtert. Die Entwicklung innerhalb der PVAP, insbesondere die zunehmende Forderung nach geheimen Wahlen, sei für die SU noch beunruhigender als die Gründung von „Solidarität"[3]. Die staatliche Ordnung in Polen werde heute nicht mehr von der PVAP getragen, sie stütze sich vielmehr auf die Kontinuität der staatlichen Institutionen, auf die Integrität der Armee, die gemeinsame Angst vor den Russen und die Abstimmung zwischen Kania, Jaruzelski, Wyszyński und Wałęsa.

Rakowski habe ihm bei dem letzten Besuch in Warschau gesagt, die Erneuerung müsse weiter gehen.[4] Diese Erneuerung verlagere sich jetzt von „Solidarität" in die Partei. Die Beunruhigung der kommunistischen Nachbarn sei groß. Der jüngste Parteitag der SED habe dem Ziel gedient, Einheit, Ruhe und das Fehlen von Problemen zu betonen.[5] Die Beunruhigung der ČSSR sei offensicht-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruhfus, z. Z. Bonn, am 24. April 1981 gefertigt und am selben Tag von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk an das Ministerbüro geleitet. Vgl. dazu Dok. 112, Anm. 1.

2 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 23. bis 25. April 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 112 und Dok. 116.

3 Zur Gründung der Gewerkschaft „Solidarność" am 17. September 1980 in Danzig vgl. Dok. 1, Anm. 2.

4 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.
Zum Gespräch mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 19. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 111, Anm. 35.

5 Der X. Parteitag der SED fand vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil legte am 21. April 1981 dar, der Parteitag habe weder personell noch inhalt-

lich. Über die Lage in Rumänien sei uns nichts bekannt. Ungarn und Bulgarien hätten eher gelassen reagiert.

Insgesamt könne man von einer dramatischen Entwicklung sprechen. Die SU scheue eine Intervention. Die Polen würden eine Intervention nicht so hinnehmen wie die ČSSR 1968[6]. Das sei auch früher schon so gewesen. Die beiden Länder hätten auch früher in ihrer Geschichte unterschiedlich auf Interventionen reagiert.

Die Unruhe über eine mögliche Intervention strahle bis in die Dritte Welt aus. So sei er bei seinem letzten Besuch in Algerien[7] nach Polen gefragt worden. Auf die Frage, wo Algeriens Interessen lägen, habe man sich in Algier besorgt gezeigt, daß eine Intervention in Polen erneut zum Kalten Krieg mit Auswirkungen auf die Dritte Welt führen könnte.

1953 in der DDR[8], 1956 in Ungarn[9] und in Polen[10] sei die Entwicklung lokal begrenzt gewesen und durch den sowjetischen Einmarsch abrupt gestoppt worden. Die heutigen Ereignisse in Polen seien ein historischer Prozeß, der das Gesicht Osteuropas verändern würde.

Carrington fragte, ob „Solidarität" Kräfte habe, die weiter gehen wollten.

BM: Rakowski habe ihm gesagt, in „Solidarität" gebe es den Arbeiter-Flügel, repräsentiert durch Wałęsa, der unter dem Einfluß der Kirche eine verantwortungsbewußte Politik verfolge. Andererseits gebe es einen Flügel der Intellektuellen, der zuviel auf einmal anstrebe. Auf seiten der Regierung gebe es besonders im Sicherheitsapparat Kräfte, die der jüngsten Entwicklung kritisch gegenüberstünden. So seien wohl die Maßnahmen in Bromberg[11] durch Sicherheitskräfte ausgelöst worden.

Ministerpräsident Jaruzelski habe bei den Gesprächen in Warschau nachdrücklich betont, daß er sich mit vollem Bewußtsein dafür entschieden habe, Verteidigungsminister zu bleiben. Die Armee stehe nach Mitteilung von Rakowski hinter Jaruzelski.

Fortsetzung Fußnote von Seite 628

lich Überraschungen gebracht. Außenpolitische Fragen hätten eine „eher untergeordnete Rolle" gespielt: „Das Thema Polen wurde mit merklicher Zurückhaltung behandelt. Honecker nahm nur vorsichtig, die Politbüromitglieder sowie die Mehrzahl der Gäste gar nicht direkt Stellung. Kritische Äußerungen wurden Vertretern der mittleren und niedrigeren Parteiebene überlassen. Die Besorgnis der SED über die polnischen Ereignisse wurde damit jedoch kaum verdeckt." Vgl. Referat 210, Bd. 132432.

6 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

7 Bundesminister Genscher hielt sich vom 11. bis 13. Januar 1981 in Algerien auf. Vgl. dazu Dok. 4.

8 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

9 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

10 Nach der Verurteilung der stalinistischen Verbrechen in der Geheimrede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, am 25. Februar 1956 auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau und dem Tod des polnischen Präsidenten Bierut am 12. März 1956 kam es in Polen zu Unruhen. Sie führten dazu, daß im Oktober 1956 der bis 1955 inhaftierte ehemalige stellvertretende Ministerpräsident Gomułka zum Ersten Sekretär des ZK der PVAP gewählt wurde.

11 Zu den Unruhen am 19./20. März 1981 in Bromberg vgl. Dok. 80, Anm. 20.

Das nächste Datum für die SU sei der PVAP-Parteitag.[12] Bei der letzten Sitzung des ZK[13] seien Olszowski und zwei andere Vertreter des harten Flügels im Amt belassen worden. Wenn auf den Parteitag neue Delegierte kommen, die in geheimen Wahlen wählten, könne dies zu weitreichenden Veränderungen führen.

Carrington: Könnte der Kreml eine derartige Entwicklung akzeptieren?

BM: Die Polen hätten bisher die Veränderungen in geschickter Sprache präsentiert. Er nehme an, auch der bevorstehende Parteitag werde beschließen,

– „daß Polen im Warschauer Pakt bleibt",

– „daß die führende Rolle der Partei nicht angetastet werden darf"

und daß

– „die PVAP eine marxistisch-leninistische Partei bleibt".

Carrington: Warum läßt Moskau diese Entwicklung zu?

BM: Breschnew stehe im letzten Abschnitt seines politischen Wirkens. Er sei in den letzten zehn Jahren für Entspannungspolitik und wirtschaftliche Entwicklung der SU in Zusammenarbeit mit dem Westen eingetreten. Breschnew habe 1968 in Prag gezeigt, daß er keineswegs vor Interventionen zurückschrecke. Er müsse aber befürchten, daß, wenn er jetzt eine harte Linie anschlage, er zur Zeit seines Wirkens das Steuer nicht mehr rechtzeitig in Richtung auf Zusammenarbeit zurückdrehen könnte.

BM bat um die Einschätzung Carringtons.

Carrington: Er frage sich, ob nicht bald der Zeitpunkt kommt, wo die Russen zu der Entscheidung kämen, daß es schlechter sei, die Entwicklung weitertreiben zu lassen, als gewaltsam einzugreifen. Eine Intervention sei heute sicher schwieriger als Ende letzten Jahres. Die Russen könnten versuchen, daß Olszowski die Führung übernimmt und dann die SU um Hilfe ruft. Die SU werde von einer Intervention abgeschreckt, nicht so sehr durch die bisherigen Reaktionen des Westens als vielmehr durch die Sorge, daß sie im Fall des Einmarsches Polen ernähren, die Schulden übernehmen müßten, etc.

Breschnew habe seine Politik auf Entspannung und wirtschaftliche Entwicklung des Landes ausgerichtet. Beides seien letztlich Fehlschläge für die SU gewesen. Diese Tatsache sei allerdings der Bevölkerung in unseren Ländern nicht genügend bewußt.

BM: Die SU könne möglicherweise darauf setzen, daß die wirtschaftlichen Probleme des Landes noch größer werden und letztlich dazu führten, daß die Politik der Erneuerung diskreditiert werde. Daher dürfe der Westen Polen nicht im Stich lassen.

Carrington: Aber die Hilfe für Polen werde immer teurer.

BM: Die Konsequenzen einer russischen Intervention für die weltpolitische Lage würden noch teurer werden.

12 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.
13 Zur 9. Plenarsitzung des ZK der PVAP am 29. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 99, Anm. 7.

Afghanistan

Auf Fragen von Carrington führte BM aus, daß seine Gespräche in Moskau[14] auf sowjetischer Seite nur die bekannten alten Formeln erbracht hätten. Der Westen tue aber auch nicht viel, um die Lage für die Sowjets in Afghanistan unbequem zu machen.

Carrington: Er sehe nur eine Möglichkeit, die Lage der Russen unangenehm zu machen, nämlich durch die Bewaffnung der Aufständischen.

BM: Man müsse darüber sprechen. Derartige Taten würden Moskau stärker beeindrucken als kraftvolle Worte. Er habe Eagleburger[15] nahegelegt, im Zusammenhang mit El Salvador und Nicaragua direkt auf Moskau einzuwirken. Die USA könnte der SU bedeuten, daß sie die Frage der Waffenlieferungen an die Aufständischen in Afghanistan in anderem Lichte sehen würden, wenn Kuba sich in Mittelamerika nicht zurückhalte. Eagleburger habe dem zugestimmt. Die mögliche Lieferung von Waffen an die Aufständischen in Afghanistan[16] könnte auch ein Instrument sein, um die Russen von einer Intervention in Polen abzuhalten.

Pakistan

BM: Er sei besorgt um die politische Stabilität in Pakistan. Zia habe ihm die sowjetischen Bemühungen geschildert, Belutschistan zu unterminieren.[17] Vor kurzem habe er von einem zuverlässigen iranischen Gesprächspartner erfahren, daß die Sowjets über Tudeh versuchten, auch den iranischen Teil Belutschistans zu unterwandern. Er halte eine mögliche Abtrennung von Belutschistan für eine viel größere Gefahr als einen frontalen Angriff auf Pakistan oder einen der Golfstaaten.

Carrington berichtete von seinem Besuch in Pakistan[18] und in Quetta[19] – dem größten Ort Belutschistans. Die unwirtliche Gegend erschwere eine Unterwanderung. Ein großer Teil der Belutschen lebt in Quetta[20], wo die pakistanische Regierung große Entwicklungsvorhaben plane. Die pakistanische Regierung fühle sich isoliert. Andere Länder würden durch andere Ereignisse (iranisch-irakischer Konflikt[21], israelisch-arabische Auseinandersetzungen und

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

15 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem designierten Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 20. Februar 1981 vgl. Dok. 49.

16 Zu möglichen amerikanischen Waffenlieferungen an afghanische Widerstandsgruppen vgl. Dok. 96, Anm. 15.

17 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Zia ul-Haq am 17. Februar 1981 in Islamabad vgl. Dok. 44.

18 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 27. bis 29. März 1981 in Pakistan auf. Botschafter Terfloth, Islamabad, teilte dazu am 30. März 1981 mit, nach britischen Informationen seien die Beziehungen zwischen den USA und Pakistan, der irakisch-iranische Krieg, die Lage in Afghanistan, der Nahost-Konflikt, die Beziehungen zwischen Pakistan und Indien sowie die pakistanische Innenpolitik erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 216; Referat 204, Bd. 123329.

19 Korrigiert aus: „Quatar".

20 Korrigiert aus: „Quatar".

21 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 78, Anm. 44.
Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, informierte am 8. April 1981, der Frontverlauf liege seit Monaten fest. Es sei unklar, „warum angesichts des zahlenmäßigen Ungleichgewichts an schweren Waffen die irakische Seite bisher nur so bescheidene Erfolge erzielen konnte – es sei denn, daß beide Seiten den Krieg gar nicht ernsthaft betreiben wollen". Alle Anzeichen sprächen dafür, „daß

jetzt Polen) von Afghanistan abgelenkt. Zia habe sich vor einigen Monaten sehr entgegenkommend (accommodating) gegenüber Karmal verhalten. Die Entführung des pakistanischen Flugzeuges nach Kabul[22] habe allerdings diese Haltung wieder redressiert.

Die USA hätten zwar einen Hilfsplan in Höhe von fünf Milliarden Dollar.[23] Die Hilfe solle jedoch erst 1983 wirksam werden. Außerdem hätten die Pakistanis Sorge, daß Haig sie in sein Konzept der Abwehr östlicher Bedrohung einfügen und damit an die Seite Israels und Ägyptens stellen wolle. Zia sei nicht populär, aber es gebe keine Alternativen. Pakistan drohe nicht zu zerfallen (not crumbling). Die Pakistanis seien eher besorgt über die unsichere Entwicklung im Iran.

BM: Zia lasse in seiner Umgebung keine Korruption aufkommen. Der Finanzminister[24] habe sachkundig und überzeugend gewirkt. Die Pakistanis hätten ihm mitgeteilt, sie bräuchten Geld eher für die innere Entwicklung als für die Verteidigung.

Zia habe durchblicken lassen, daß nach seiner Ansicht die Truppen nicht an die indische Grenze gehörten. Er bemühe sich um Geld für Straßenbau, damit

Fortsetzung Fußnote von Seite 631

dieser Konflikt auf bisheriger kleiner Flamme noch recht lange andauern kann". Vgl. den Drahtbericht Nr. 209; Referat 311, Bd. 137668.

Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete am 27. April 1981, in den letzten Tagen hätten sich die Kampfhandlungen im nördlichen Frontabschnitt offenbar aufgrund iranischer Angriffe „spürbar verstärkt". Ob damit jedoch die erwartete iranische Frühjahrsoffensive angelaufen sei, bleibe abzuwarten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 297; Referat 311, Bd. 137668.

22 Botschaftsrat I. Klasse Nöldeke, Islamabad, berichtete am 3. März 1981, am Nachmittag des 1. März 1981 sei eine Maschine der „Pakistan International Airlines" auf dem Flug von Karachi nach Peshawar entführt und zur Landung in Kabul gezwungen worden. Angeblich gehöre der Entführer der verbotenen „Pakistan People's Party" (PPP) an und verlange die Freilassung inhaftierter Parteimitglieder. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 156; Referat 340, 127038.

Botschaftsrat Bauch, Kabul, teilte am 9. März 1981 mit, die Maschine habe Kabul am Vorabend verlassen und sei nach Damaskus geflogen: „Hinweise verdichten sich, daß Entführung von langer Hand vorbereitet und möglicherweise bis in Einzelheiten mit in Kabul lebendem Sohn Murtaza [des] hingerichteten früheren pakistanischen Premiers Bhutto abgesprochen." Inwieweit die afghanische Regierung von vornherein direkt in die Entführung involviert gewesen sei, sei unklar. Vgl. den Drahtbericht Nr. 62; Referat 340, Bd. 127038.

Botschafter Terfloth, Islamabad, berichtete am 16. März 1981, nach Beendigung der Flugzeugentführung am 14. März 1981 in Damaskus habe Präsident Zia ul-Haq schwere Vorwürfe gegen die afghanische Regierung erhoben. Vgl. den Drahtbericht Nr. 181; Referat 340, Bd. 127038.

23 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 9. April 1981 mit, die USA hätten am 7. April 1981 den Ständigen NATO-Rat über „das Ergebnis einer Überprüfung der amerikanischen Politik gegenüber Pakistan" unterrichtet. Es sei „amerikanische Absicht, systematisch und besonnen darauf hinzuwirken, qualitativ neue und dauerhafte politische Beziehungen mit Pakistan aufzubauen, um die sowjetische Expansion in dieser Region in Schranken zu halten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 668; VS-Bd. 10288 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 28. April 1981, die amerikanische Regierung habe am Vortag den amerikanischen Kongreß um die Genehmigung zur Zuteilung von 100 Mio. Dollar an „economic support funds (Zuschuß zum Haushalt)" gebeten. Das amerikanische Außenministerium habe gegenüber der Botschaft der Bundesrepublik erklärt, das Haushaltsjahr 1982 „werde somit den Beginn des angestrebten und so gut wie vereinbarten Fünfjahresplans intensivierter amerikanisch-pakistanischer Zusammenarbeit darstellen. Die politische Dringlichkeit gebiete dies." Die genaue Höhe der finanziellen Unterstützung stehe noch nicht fest. Im übrigen werde mit Widerstand im Kongreß angesichts der pakistanischen Nuklearpolitik gerechnet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1713; Referat 340, Bd. 127042.

24 Ghulam Ishaq Khan.

die Truppen notfalls in andere, von den Sowjets bedrohte Teile des Landes überführt werden könnten.

Carrington: Er habe den Eindruck gewonnen, daß Zia größeren Wert auf die Modernisierung der militärischen Ausrüstung lege.

Naher Osten

Carrington berichtete über den jüngsten Besuch von PM Thatcher in Saudi-Arabien.[25] Fahd, Khalid und die anderen saudischen Gesprächspartner hätten der PM in den üblichen ausführlichen Darlegungen geschildert, daß alle Fragen von dem israelisch-arabischen Konflikt überschattet würden. Fahd habe erklärt, eine Interventionsstreitmacht solle bereitstehen für den Fall, daß sie benötigt würde. Man habe über „Tornado“[26] gesprochen. Die Saudis schienen interessiert, aber es sei unklar gewesen, welches Follow-up diesem Thema gegeben werden soll.

BM fragte nach der weiteren Entwicklung im Nahen Osten.

Carrington: Haig habe die Botschaft, die die Saudis PM Thatcher übermittelt haben, wohl nicht voll aufgenommen. Die Begrenzungen der amerikanischen Innenpolitik schränkten so die Möglichkeit ein, der Bedeutung der palästinensischen Frage voll Rechnung zu tragen.

Reagan neige den Israelis zu, Allen sei zionistisch eingestellt. Haig werde sich daher kaum auf die europäische Position zubewegen können. Wir könnten glücklich sein, wenn der Camp-David-Prozeß[27] mit einer begrenzten Entwicklung fortgesetzt wird. Dieser begrenzten Entwicklung werde man wahrscheinlich einen anderen Begriff, den Begriff „peace development“, geben.

Bis zu den bevorstehenden Wahlen in Israel[28] werde nichts Neues geschehen. Danach müßten die Europäer ihre Position überprüfen. Hierfür würden die Fragen von Bedeutung sein:

– Wo stehen die Amerikaner?
– Hat Peres die Wahlen gewonnen?
– Drängen die Franzosen auf einen neuen europäischen Plan?

schließlich:

– Müßte der Eindruck vermieden werden, daß die Europäer schwach und unentschlossen seien?

25 Botschafter Ruhfus, London, übermittelte am 22. April 1981 Informationen des britischen Außenministeriums zum Besuch der Premierministerin Thatcher am 20./21. April 1981 in Saudi-Arabien: „Gesprächspartner wußte über Gespräche mit Prinz Fahd zu berichten, daß jedenfalls etwaige Mißverständnisse hinsichtlich RDF ausgeräumt worden seien. Saudische Seite begrüße Aufbau einer westlichen Einsatz-‚capability‘ für den Golf, wobei britische Seite klargemacht habe, daß an keinerlei Rückkehr zu permanenter britischer Präsenz am Golf gedacht sei und Einsatz nicht gegen den Wunsch der Betroffenen, sondern nur auf deren Anforderung in Betracht komme.“ Zum Nahost-Konflikt habe die saudi-arabische Seite betont, „daß Stabilisierung der Region und Abwehr sowjetischen Einflusses nur bei und zusammen mit Anpacken des Palästinenserproblems möglich seien“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 679; Referat 204, Bd. 123329.

26 Zum saudi-arabischen Interesse am Erwerb von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado“ vgl. Dok. 53, Anm. 8.

27 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

28 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

Im Foreign Office würden im Augenblick Überlegungen angestellt, ob die Europäer nicht für das nächste europäisch-arabische Ministertreffen[29] Bedingungen stellen könnten. Diese könnten etwa so aussehen, daß die Europäer die 24 Araber anerkennen, unter der Voraussetzung, daß die PLO die Existenz Israels respektiert.

BM: Man dürfe Haig nicht überfordern. Die Europäer bräuchten eine Strategie, um in Fragen wie Naher Osten oder Afrika auf den Senat einzuwirken. Man müsse auch mit Allen und den anderen Beratern im Weißen Haus mehr sprechen.

Carrington: Der Senat werde schwer zu beeinflussen sein. Er habe die Reaktion von Senator Helms und Pell bei der Ansprache von PM Thatcher vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats[30] kennengelernt. Senator Baker sei aufgeschlossener.

Spanien

BM berichtete über sein Gespräch mit dem spanischen AM.[31] Die spanische Regierung wolle ihre Absicht, der NATO beizutreten, noch vor Ende des Sommers ankündigen. Die spanische Regierung hoffe auf eine positive Reaktion aus Europa. Sie lege Wert darauf, den Beitritt nicht als eine spanisch-amerikani-

29 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 40, Anm. 20.
Referat 310 notierte am 10. April 1981: „Am 31.3.1981 suchten die Botschafter Saudi-Arabiens, des Libanon und des Iraks in Brüssel den Präsidenten der Kommission, Thorn, auf. Sie erklärten, daß der Stand der Vorbereitungen der Ministerkonferenz auf arabischer Seite ihnen Sorge bereite. Eine derartige Konferenz sollte einen Erfolg bringen. Es sei besser, sie hinauszuschieben, als sie ohne ausreichende Vorbereitung abzuhalten. […] Am 31.3. bis 1.4.1981 trat in Tunis die Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der AM-Konferenz zusammen […] Die Araber erklärten, daß die Konferenz von dem ursprünglich vorgesehenen Termin etwa auf Oktober verschoben werden sollte. Als Konferenzort ziehe man eine europäische Hauptstadt vor. Die Araber betonten erstmals die Bedeutung der wirtschaftlichen Themen der Konferenz. In politischer Hinsicht wollen die Araber nur den Nahost-Konflikt (einschließlich Libanon) und die Sicherheit im Mittelmeer behandelt sehen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 119475.
Am 7./8. April 1981 befaßte sich das Politische Komitee im Rahmen der EPZ in Den Haag mit dem weiteren Vorgehen. Vortragender Legationsrat Rosengarten teilte dazu am 10. April 1981 mit: „F begrüßte, daß Vorschlag zur Verschiebung des Termins für Außenministertreffen auf Oktober von arabischer Seite ausgegangen sei. D 2: Taktische Position der Zehn gegenüber arabischen Staaten hierdurch verbessert. […] Ausweitung des politischen Themenkatalogs über Nahost und Afghanistan hinaus wurde allgemein als notwendig erachtet (so u. a. UK, F, IT).“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2017/2018; VS-Bd. 11079 (200); B 150, Aktenkopien 1981.

30 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher und des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 19, Dok. 63, Anm. 7, und Dok. 72, Anm. 10.

31 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Pérez-Llorca am 23. April 1981 vgl. Dok. 111, Anm. 16.
Zum NATO-Beitritt Spaniens führte Pérez-Llorca aus: „Wir haben kein wirkliches innenpolitisches Problem. Der Ministerpräsident hat sich einen Zeitraum von Ende Juni bis Dezember 1981 für die Abwicklung des Prozesses bis zum Beitritt vorgenommen. Es schwebt ihm zunächst eine Plenardebatte im Parlament vor. Das Parlament soll die Zustimmung zur Einleitung des Prozesses geben. Dann würde die Einladung der NATO erfolgen müssen und vor Ablauf des Jahres der Beitritt Spaniens in die NATO. Wir haben den Eindruck, daß die amerikanische Regierung unseren Beitritt in jeder Weise erleichtern möchte. Sie ist bereit, ‚Pate‘ zu sein. Wir möchten dies aber nicht zu einer spanisch-amerikanischen Operation machen. Es wäre aus innenpolitischen Gründen schlecht für Spanien, aber auch schlecht für die NATO, wenn Spanien als Trabant der USA beiträte. Der Beitritt muß als ein europäischer Schritt erscheinen. […] Wir sähen gerne, daß auch Deutschland eine Art ‚Pate‘ wird und uns bei der Planung der Aktion berät.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

sche Angelegenheit, sondern als Teil des europäischen Engagements darzustellen. Man müsse sich bemühen, den Widerstand in Kopenhagen zu überwinden.

Carrington: GB sei eindeutig positiv (all in favour). Seine Regierung hoffe, daß der spanische Beitritt auch die Lösung der Gibraltar-Frage[32] herbeiführen würde.

VS-Bd. 14093 (010)

114

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3017/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. April 1981, 20.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 778 **Ankunft: 24. April 1981, 20.27 Uhr**
Citissime

Betr.: Afghanistan-Bericht des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene[2] (SPC);
hier: Verabschiedung im Rat am 22.4.81

Bezug: 1) SB Nr. 1694/81 vom 24.4.1981[3]
2) DB Nr. 736 vom 16.4.1981 – I-322 AFG-1624/81 VS-v[4]

Zur Unterrichtung

1) Allgemein

Der Rat verabschiedete in seiner Sitzung am 22. April 1981 den Afghanistan-Bericht des Vorsitzenden des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene (SPC) vom 13.4.81 (DPA (81) 55 (revised)[5]). Der aus diesem Anlaß geführte Gedankenaustausch in der Allianz zeigte,

32 Zum Status von Gibraltar vgl. Dok. 111, Anm. 20, 26 und 27.

1 Hat Legationsrat I. Klasse Barker am 5. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Vogel „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Vogel am 5. Mai 1981 vorgelegen.

2 Johann Christian Lankes.

3 Korrigiert aus: „25.4.1981“.
Botschaftsrat I. Klasse Roßbach, Brüssel (NATO), übermittelte einen amerikanischen Sprechzettel zur Lage in Afghanistan. Vgl. VS-Bd. 13280 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte mit, ein erster Entwurf des Afghanistan-Berichts des Politischen Ausschusses auf Gesandtenebene sei bereits am 9. und 10. April 1981 erörtert worden. Die inzwischen vorliegende Endfassung trage „im wesentlichen den Punkten Rechnung, die wir vorgebracht haben. […] Der Rat wird sich in seiner Sitzung am 22. April mit dem Bericht befassen und voraussichtlich beschließen, ihn den Ministern vorzulegen.“ Vgl. VS-Bd. 13280 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Für das Dokument „Overall Summing-up of Allied Consultations on Afghanistan“ (DPA (81) 55 (revised)) vom 13. April 1981 vgl. VS-Bd. 13280 (213).

(1) daß sich die Sowjetunion zwar nach wie vor großen Schwierigkeiten politischer und militärischer Art in Afghanistan gegenübersieht,

(2) daß zwar die Abstimmung und Geschlossenheit des Westens und der Blockfreien – z. B. im Rahmen der Vereinten Nationen und der Islamischen Konferenz – gegenüber dem sowjetischen Vorgehen und Verhalten beeindruckend bleibt,

(3) daß aber die SU bereit ist, den Preis zu zahlen, der mit der Fortsetzung der bisherigen sowjetischen Politik verknüpft ist.

(4) Eine grundlegende Veränderung der Gesamtlage dürfte demnach nicht zu erwarten sein, es sei denn, daß übergeordnete Gesichtspunkte oder Krisenlagen eine Änderung der sowjetischen Haltung herbeiführen.

2) Im einzelnen

a) Lage in Afghanistan

F und KAN berichteten, die militärische Lage der SU in Afghanistan verschlechtere sich, die Verluste nähmen zu, die Moral der Truppen sei schlecht, die Mudschaheddin gewännen an Gewicht. Wir hatten zu diesem Aspekt DB Kabul Nr. 98 vom 13.4.1981[6], der dazu interessante Details bot, herangezogen und zirkuliert.

Im politischen Bereich:

Das Babrak-Karmal-Regime sei schwach und hätte das Land keineswegs im Griff. Gelegentlich würde sogar auf gezielte[7] Desinformations-Kampagnen, auch auf internationalem Feld, zurückgegriffen. Eine Unterredung zwischen dem französischen Außenminister[8] und dem sowjetischen Botschafter in Paris[9] am 15.4.81 zur Erkundung politischer Lösungsmöglichkeiten habe nichts Neues erbracht. Ich wies auf die sowjetische Intransigenz hinsichtlich Afghanistans hin, wie sie sich in unseren politischen Konsultationen mit den Sowjets (Besuch BM in Moskau[10]) gezeigt hätte. Dänemark erinnerte an die sowjetische Isolation, die insbesondere auf dem Außenminister-Treffen der Blockfreien in Neu Delhi Anfang Februar 1981[11] deutlich geworden sei.

b) Westliche Position

Amerikanischer Ständiger Vertreter[12] verdeutlichte, USA würden weiterhin mit Nachdruck den sowjetischen Rückzug verlangen und alle Möglichkeiten dazu

6 Botschaftsrat Bauch, Kabul, berichtete, ein afghanischer Angestellter der Botschaft der Bundesrepublik habe am 9./10. April 1981 auf dem Landweg eine Reise nach Jalallabad unternommen und Anzeichen für eine „sich tendenziell verschlechternde Lage Regimes sowie Sowjets zumindest außerhalb Hauptstadt“ festgestellt. Nur 5 km außerhalb eines großen sowjetischen Militärlagers sei die Reisegruppe des Angestellten trotz sowjetischer Aufklärungsflüge über der Straße von Mudschaheddin angehalten und zu Geldzahlungen genötigt worden. Entlang der durch Minenexplosionen schwer beschädigten Straße seien zerstörte sowjetische Panzer und andere Ausrüstungsgegenstände beobachtet worden. Ferner gebe es Beobachtungen, wonach bei sowjetischen Kontrollen durchreisender LKWs Rauschgift an sowjetische Truppen übergeben werde. Vgl. Referat 340, Bd. 136762.

7 Korrigiert aus: „sogar gezielte“.

8 Jean François-Poncet.

9 Stepan Wassiljewitsch Tscherwonenko.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

11 Vom 9. bis 13. Februar 1981 fand in Neu Delhi die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

12 W. Tapley Bennett.

ausschöpfen (Erwähnung der Maastricht-Erklärung des Europäischen Rates[13] sowie Giscards Konferenz-Vorschlag[14]). Die amerikanischen Sanktionen würden fortgesetzt. Eine Entscheidung, das Getreideembargo, das in Kraft bleibe, zu modifizieren, sei noch nicht gefallen.[15] Die USA würden die Bündnispartner dazu konsultieren.[16] (Vollständiger Sprechzettel wird mit Schriftbericht Nr. I-322-AFG-1694/81 VS-v vom 24.4.1981 übermittelt.)

Ich wies auf die Bedeutung des Technologie-Embargos ohne Ausnahmen (Paragraph 18 des Berichts) im Rahmen von COCOM hin.

c) Pakistan

Bei der Erwähnung der Hilfe an Pakistan (USA: 46 Mio. Dollar bislang in 1981) wies ich auf unsere Beiträge hin (s. DB 759 vom 23.4.1981 – I-322 PAK VS-NfD[17]). KAN betonte, Pakistans Nuklearpolitik mache es manchem Bündnispartner nicht leicht, eine Haltung der allgemeinen Unterstützung Pakistans einzunehmen, insbesondere, falls es sich herausstellen sollte, daß die Pakistanis eine Nuklearexplosion zustande bringen wollten.

d) Sowjetischer Waffeneinsatz in Afghanistan

F stellte die Behauptung in Paragraph 2 des Berichts nachdrücklich in Frage, die SU würde in Afghanistan weiterhin versteckte Ladungen (booby traps), Minen und Brandwaffen verwenden. Diese Behauptung müsse auch im Lichte des sowjetischen Beitritts zur VN-Waffenkonvention[18] vom 10.4.1981 überprüft werden. Zu diesem Aspekt konnte keine Klarheit erzielt werden, insbesondere, da die Informationsquellen des Internationalen Militärstabes während der Sitzung nicht ausreichten. Diese Angelegenheit wird vom IMS weiterverfolgt werden.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13280 (213)

13 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. BULLETIN DER EG 3/1981, S. 10.

14 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 27. Januar 1981 für eine Afghanistan-Konferenz vgl. Dok. 44, Anm. 14.

15 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

16 Ministerialdirektor Fischer notierte am 28. April 1981, nach der Vorabunterrichtung durch ein Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig an Bundesminister Genscher sei die Bundesregierung am 24. April 1981 offiziell über den Beschluß zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR unterrichtet worden. Eine Konsultation habe nicht stattgefunden: „Bei der Entgegennahme der amerikanischen Erklärung am 24.4.1981 haben wir erklärt, wir hätten Verständnis für die innenpolitische Situation in den USA, die außenpolitischen Gründe, die die EG veranlaßt hätten, das amerikanische Getreideembargo zu unterstützen, bestünden aber unverändert fort. Es könnte zweckmäßig sein, daß die US-Regierung in der Öffentlichkeit dem (auch von verschiedenen amerikanischen Regierungsmitgliedern vermittelten) Eindruck entgegenwirkt, die Aufhebung hinge mit der Entwicklung in Polen zusammen." Vgl. Referat 411, Bd. 131237.

17 Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vgl. Referat 340, Bd. 127050.

18 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen) und der dazugehörigen Protokolle I, II und III vgl. UNTS, Bd. 1342, S. 138–255.

115

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3025/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 25. April 1981, 09.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 784 **Ankunft: 25. April 1981, 10.05 Uhr**
Citissime

Betr.: Vorschau auf das Frühjahrs-Außenministertreffen in Rom am 4./5. Mai 1981[2]

Bezug: ohne

Zur Unterrichtung

I. Das NATO-Frühjahrs-Ministertreffen in Rom am 4./5. Mai 1981, die erste gemeinsame Begegnung der Außenminister des Bündnisses mit den Amtskollegen der neuen amerikanischen Administration, wird die Allianz in einer kritischen Phase vorfinden. Die noch nicht ausgereifte Außenpolitik des neuen amerikanischen Präsidenten[3] mit ihrer globalen Struktur muß mit der von Kontinuität und Pragmatismus bestimmten Außenpolitik der europäischen Partner und Kanadas in Einklang gebracht werden.

1) Kontinuität und Wandel

Es wird in Rom auf dem Hintergrund der die Tagesordnung beherrschenden Themen der Ost-West-Beziehungen (Polen, AFG, sowjetische Bedrohung, Verbesserung der Verteidigungsfähigkeiten, Rüstungskontrollfragen) sowie der Sicherheitsprobleme außerhalb des Vertragsgebietes[4] um nicht weniger gehen als um die Kontinuität der westlichen Außen- und Sicherheitspolitik. Unsere Aufgabe besteht darin, die Grundlagen unserer Politik zu erhalten und sie in einer veränderten Lage zur Geltung zu bringen. Der Klimawechsel in den Ost-West-Beziehungen und die die Sicherheit der Bündnispartner berührenden Probleme außerhalb des Bündnisgebietes machen die Durchsetzung der Kontinuität zu einer schwierigen Aufgabe. Sie zu bewahren, erfordert mehr denn je Solidarität der Bündnispartner.

Schlüsselfrage ist dabei die Konsensfähigkeit der von den Bündnispartnern zur Lösung der anstehenden Fragen vertretenen Positionen, wobei naturgemäß die Frage der Konsensfähigkeit der Politik der Vereinigten Staaten im Bündnis im Vordergrund des Interesses steht.

2) Stärken der Allianz 1981

Von den Faktoren, die eine Konsensfähigkeit begünstigen, sind zu nennen:

(1) Die Bündniskonsultationen als Instrumentarium der Konsensbildung haben sich nach Afghanistan und nach dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Administration wesentlich intensiviert und verbessert.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
3 Ronald W. Reagan.
4 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

(2) Frankreich nimmt an den Konsultationen aktiv teil. Die Tatsache, daß Frankreich nicht an der militärischen Integration der Allianz teilhat[5], wird von seiten der Verbündeten und auch von Frankreich selbst weniger denn je als Hemmnis bei der politischen Mitwirkung im Bündnis verstanden. Die amerikanischen und französischen Standpunkte haben sich angenähert, ohne daß dadurch eine Entfremdung der Beziehungen zwischen Frankreich und den anderen Bündnispartnern, darunter insbesondere der Bundesrepublik Deutschland, eingetreten wäre.

(3) Die amerikanische Außenpolitik ist noch nicht endgültig festgelegt und daher von europäischer Seite noch beeinflußbar.

(4) Themen außerhalb der Ost-West-Verhandlungen bzw. des NATO-Vertragsgebietes sind vollwertige Konsultationsgegenstände geworden (insbesondere Golf, Nahost-Fragen). Sie werden auch von Frankreich nicht mehr zurückgewiesen.

3) Probleme der Allianz

Folgende Faktoren tragen potentiell zur Erschwerung der Konsensbildung bei:

(1) Die Verzögerung der Ausformulierung der neuen Außenpolitik der USA bei gleichzeitigem unvermeidlichem Zwang für die USA, bereits gestaltend in die Weltpolitik einzugreifen, wirkt belastend und bewirkt eine spürbare Tendenz auf amerikanischer Seite, ihre Interessen im Bündnis relativ hart zur Geltung zu bringen.

(2) USA und Sowjetunion haben derzeit unterschiedliche Prioritäten ihres Handelns gesetzt. Während die sowjetische Politik nach den Beschlüssen des 26. Parteitages der KPdSU[6] am Primat der Außenpolitik festhält und innenpolitische sowie wirtschaftliche Kurskorrekturen verschiebt, will die neue amerikanische Administration zunächst die eigenen Wirtschaftsprobleme lösen und die Lücken im militärischen Programm beseitigen, die in den letzten Jahren bei gleichzeitiger sowjetischer Hochrüstung entstanden sind, ehe sie sich in außenpolitischen Fragen, vor allem im Bereich der Rüstungskontrolle, auf ein Konzept festlegt, mit dem sie die Weltmachtstellung der USA festigen könnte.

(3) Von der politischen Gewichtung, der geographischen Lage und den politischen Verantwortlichkeiten her gesehen, ergeben sich zwangsläufig unterschiedliche Perspektiven der global ausgerichteten USA und ihrer Verbündeten in Europa und Nordamerika.

Andererseits können krisenhafte Zuspitzungen der weltpolitischen Situation nur bei einer grundsätzlichen Parallelität der politischen Ansichten der Vereinigten Staaten und der europäischen Verbündeten gemeistert werden.

(4) Die Bundesrepublik Deutschland muß feststellen, daß eine Festigung des in den 70er Jahren geprägten Charakters der Ost-West-Beziehungen mit Schwergewicht der Vermeidung von Spannungen für die Offenhaltung einer Lösung der nationalen und zentraleuropäischen Fragen die beste Grundlage darstellt. Sie muß gleichzeitig erkennen, daß die deutsch-deutschen Beziehungen kein in

5 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

6 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

der Gesamtentwicklung des Ost-West-Verhältnisses isoliertes Dasein führen können.

(5) Ein wesentlicher kritischer Faktor ist auch die verschlechterte Wirtschaftslage fast aller Bündnispartner. Dabei ist nicht nur in Rechnung zu stellen, daß bei geringer oder negativer Zuwachsrate der Volkswirtschaften notwendige Erhöhungen der Verteidigungsanstrengungen schwerfallen und die wirtschaftliche und soziale Stabilität in Gefahr gerät.

(6) Schließlich ist die in einzelnen Bündnisländern auftretende Verunsicherung der Öffentlichkeit in Sicherheitsfragen zu erwähnen, die sich in pazifistischen Grundsströmungen äußert und zunehmende Rücksichtnahme auf die innenpolitischen Gegebenheiten dieser Verbündeten erforderlich macht.

II. Sachfragen auf der Frühjahrstagung

Schwierigkeiten bei der Konsensbildung innerhalb der Allianz könnten auf dem NATO-Ministertreffen am 4./5. Mai 1981 in Rom in folgenden Punkten auftreten:

1) Überlegenheit oder Gleichgewicht im Verhältnis zwischen den USA und der Sowjetunion

Das amerikanische Vertrauen, daß die SU die Gleichgewichtsvorstellungen der USA teilt, ist starken Zweifeln ausgesetzt worden:

Das Fortschreiten militärischen Aufwuchses der SU in allen Bereichen hat z. B. auf interkontinentalstrategischem Gebiet eine Tendenz eingeleitet, die Mitte der 80er Jahre zu sowjetischem Übergewicht führen könnte. Sowjetisches Streben nach regionalem Übergewicht im Mittelstreckenbereich (SS-20), im konventionellen Bereich und auf den Weltmeeren hat das Gesamtgleichgewicht destabilisiert. Die SU könnte die erworbene militärische Stärke zur Verfolgung politischer Ziele mit vermindertem militärischem Risiko einsetzen. Andererseits verliert die SU bei dem Bemühen, sich das Image einer Friedens- und Entspannungsmacht zu geben (Breschnew-Vorschläge[7]), an Glaubwürdigkeit. Es ist nicht auszuschließen, daß die SU die Gleichheit als Ausgangsbasis zur Erlangung einer Überlegenheit betrachtet.

Der Begriff der Gleichheit ist auslegungsbedürftig. Bedeutet er Gleichheit der SU und der USA oder der NATO und des Warschauer Paktes? Die Sowjetunion dürfte sich aufgrund ihrer traditionellen Sicherheitsvorstellungen von der Überlegung leiten lassen, so stark sein zu wollen wie die Summe ihrer potentiellen Gegner. Dann ist sie allerdings stärker als jeder einzelne „Gegner", also auch stärker als die Vereinigten Staaten. Es erhebt sich die Frage, ob die USA, die ein anderes Verständnis von Gleichgewicht haben, dies tolerieren können.

Auf diesem Hintergrund sind Besorgnisse der westlichen Verbündeten der USA zu sehen, die als Folge einer Aufgabe der Gleichheitspolitik den Beginn eines Rüstungswettlaufs erwarten und befürchten.

2) Die Rüstungskontrollpolitik

Abrüstung und Rüstungskontrolle auf der Grundlage des militärischen Gleichgewichts und mit angemessenen Verifikationsmöglichkeiten müssen nach den

[7] Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

Vorstellungen der europäischen Verbündeten weiterhin ein wesentlicher Faktor der Sicherheitspolitik des Bündnisses auf der Grundlage des Harmel-Berichts[8] bleiben. Eine solche Politik liegt im westlichen Interesse und ist kein Zugeständnis an die andere Seite. Dies ist ein Anliegen der europäischen Bündnispartner, mit dem die USA sich auseinandersetzen müssen.

[9]In diesem Zusammenhang ist eine zweifache Abkopplung zu vermeiden: Weder darf Abrüstung und Rüstungskontrolle zur Funktion der amerikanischen Außenpolitik (linkage) werden, noch darf sie sich als Allheilmittel im Bereich der Sicherheit verselbständigen. Letzteres würde nur ein falsches Sicherheitsgefühl erzeugen und im Ergebnis eine Schwächung der Verteidigungsbereitschaft des Bündnisses herbeiführen. Rüstungskontrollpolitik auf der Basis ungleicher Ausgangspunkte kann ein Gleichgewicht allein nicht herstellen. Sie kann allenfalls ein bestehendes oder durch Verteidigungsleistungen herzustellendes Gleichgewicht stabilisieren.

Die Etablierung eines Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Rüstungskontrollfragen und dem gesamten Ost-West-Verhältnis würde den notwendigen Zusammenhang zwischen Rüstungskontrolle und Verteidigung aufheben und im Widerspruch zum Doppelbeschluß[10] und zu unserer gesamten Sicherheitspolitik stehen. Mit der Durchführung und Durchhaltung beider Teile des LRTNF-Beschlusses steht die Solidarität des Bündnisses auf dem Spiel. Die Nachrüstung bleibt nur gesichert, wenn der Versuch, zur Verhandlungslösung zu kommen, glaubwürdig unternommen wird.

Eine militärische Intervention in Polen würde zwar auf die Rüstungskontrollverhandlungen zurückschlagen, jedoch müßten wichtige Rüstungsgebiete (SALT, LRTNF) als Prozeß und als Grundlage eines Mechanismus zur Krisenbewältigung erhalten bleiben – wenn auch mit einer unvermeidlichen Pause.

3) Polen

Die Situation in und um Polen markiert eine entscheidende Stelle für die weitere Entwicklungsgestaltung des Ost-West-Verhältnisses. Dabei überlagern sich Afghanistan und Polen. Westliche Warnungen an die Adresse der Sowjetunion werden um so wirksamer sein, je mehr sie gleichzeitig der Sowjetunion Perspektiven für den Fall einer Nichtintervention aufzeigen. Erstes Ziel aller westlicher Bemühungen muß die Verhinderung einer Intervention in Polen sein, nicht die Vorwegnahme von Konsequenzen für den Fall eines Eingreifens. Wenn es gelingt, die Rahmenbedingungen für die Entwicklung in Polen zu stabilisieren (möglichst unkonditionierte Wirtschaftshilfe für Polen, Schutzfunktion des KSZE-Prozesses), wird es für die SU schwer, die Breschnew-Doktrin[11] anzuwenden. In diesen Zusammenhang gehört auch unsere Grundauffassung, daß wir wegen der Beendigung des KSZE-Treffens in Madrid nicht unter Zeitdruck stehen.

8 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz“ (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 785 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

11 Zur „Breschnew-Doktrin“ vgl. Dok. 7, Anm. 37.

4) Die Belastung der Volkswirtschaften mit Verteidigungslasten

Dies stellt angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten mehrerer Bündnispartner und der Kostenexplosion bei den modernen Waffensystemen ein großes Problem dar. Die neue amerikanische Administration hat noch vor endgültiger Festlegung ihrer außenpolitischen Zielsetzungen der Erhöhung der Verteidigungsanstrengungen hohe Priorität eingeräumt. Die Aufstockung des amerikanischen Verteidigungshaushaltes um 31 Milliarden Dollar steht als Symbol für diese neue Politik. Dabei haben die USA aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre im Unterschied zu den meisten ihrer europäischen Verbündeten einen Nachholbedarf. Insgesamt werden wir jedoch ebenso wie unsere europäischen Verbündeten relativ mehr für Verteidigung ausgeben müssen, um unseren zugesagten und bislang im wesentlichen erfüllten Verpflichtungen entsprechen zu können und weiterhin das wichtige Projekt des Rapid Reinforcement Plan (RRP) zu realisieren.

5) Der Ost-West-Handel

Dies ist, wie die Beratungen zur Eventualfallplanung Polen[12] gezeigt haben, ein Feld, in dem es Schwierigkeiten beim Abstimmungsprozeß auch zu Einzelfragen (Erdgas-Röhren-Geschäft[13], Kreditkonditionen für Polen[14]) geben wird. Die Schwierigkeiten sind eine Folge der unterschiedlichen außenwirtschaftlichen und energiepolitischen Lage der Vereinigten Staaten einerseits und einzelner europäischer Verbündeter einschließlich der Bundesrepublik Deutschland andererseits. Die Strukturen des Ost-West-Handels stellen sich für die USA (Schwergewicht: Nahrungsmittellieferungen) und für die europäischen Industriestaaten (Schwergewicht: Anlagengeschäft, Maschinenbau, Energieabhängigkeit) anders dar. Dabei muß auch der Stellenwert des Wirtschaftsaustauschs zur Beeinflussung der inneren Entwicklung Osteuropas und, speziell aus deutscher Sicht, zur Offenhaltung des Dialogs und der nationalen Frage im Auge behalten werden.

6) Sicherheitsinteressen der Bündnispartner außerhalb der Allianz

Die Lage am Golf und die Sicherung der Ölquellen und Ölzufahrtswege berühren, wenn auch außerhalb des Bündnisvertragsgebietes, die Sicherheitsinteressen aller Bündnispartner (Versorgung) direkt. Kohärenz und Solidarität des Bündnisses sind in dieser Frage besonders herausgefordert. Eine Erweiterung des NATO-Vertragsgebietes steht nicht in Frage. Notwendig werdende Aktionen einzelner Bündnispartner sollten gleichwohl konsultiert werden. Sie sollten ferner der Stärkung der politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder der Region und ihrer Verknüpfung mit dem Westen dienen. Dies bedeutet eine Absage an feste Abhängigkeiten. Für jede Form einer mobilen Eingreifreserve und der Beteiligung einzelner Mitglieder des Bündnisses daran

12 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 67.

13 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 96, Anm. 17.

14 Zur am 10. April 1981 in Paris beschlossenen multilateralen Schuldenregelung mit Polen vgl. Dok. 106, Anm. 28.
Die Bundesministerien der Finanzen bzw. für Wirtschaft legten am 8. Mai 1981 dar, am 27. April 1981 sei in Paris das Protokoll über die polnischen Auslandsschulden zwischen Polen und den 15 wichtigsten Gläubigerstaaten unterzeichnet worden: „Über die Gewährung weiterer finanzieller Hilfen zur Deckung des dringendsten Importbedarfs Polens findet am 1./2. Juni 1981 in Paris eine Sondersitzung der westlichen Hauptgläubigerländer statt." Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

gilt, daß kein Mechanismus entstehen darf, der das Bündnis insgesamt und automatisch in eine solche Politik einbeziehen würde. Gleichwohl ist davon auszugehen, daß eine Rapid Deployment Force (RDF)[15] in Südwestasien und im Indischen Ozean ohne die Nutzung von Basen in Europa nicht wirksam einzusetzen sein wird. Das politische Konzept der Bündnispartner für den gesamten Raum sollte daher frühzeitig konsultiert werden.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10306 (201)

116

Botschafter Ruhfus, London, an das Auswärtige Amt

114-3040/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 27. April 1981, 20.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 706 **Ankunft: 27. April 1981, 21.40 Uhr**

Beteiligung erbeten: 010 und Ref. 204 – für VLR I Schenk

Betr.: Gespräch Bundesminister mit AM Lord Carrington am 24.4.1981 vormittags[2]

Nachstehend folgt Vermerk über das Gespräch am 24.4. von 10.00 bis 11.00 Uhr im gleichen Teilnehmerkreis wie am Vortag:

Afrika

Lord Carrington berichtete, die für Namibia zuständigen Beamten würden Ende Mai zusammentreffen, um Vorschläge für Verfassungsfragen und Garantien auszuarbeiten. Dieses Treffen solle in Rom[3] angekündigt werden. Botha werde am 15.5. nach Washington reisen[4], damit ihm dort die Meinung gesagt werde (to have his head scrubbed). Dieser Zeitplan helfe allerdings wenig für die gegenwärtige Situation im Sicherheitsrat.[5] GB werde sich dort gezwungen sehen,

15 Zur „Rapid Deployment Force“ vgl. Dok. 55.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 23.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 28. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „Z. d. A. (mit Vermerken v. D 2 und Ruhfus zum 23.4.).“
Hat Wallau und Ploetz am 28. April 1981 vorgelegen.

2 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich vom 23. bis 25. April 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 112 und Dok. 113.

3 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

4 Zum Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha am 14./15. Mai 1981 in den USA sowie zur Sitzung der für Afrika zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA am 21./22. Mai 1981 in Washington vgl. Dok. 150, Anm. 6.

5 Zur Debatte über Namibia im VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 112, Anm. 28.

sein Veto gegen Sanktionen einzulegen. Er wisse nicht, was danach geschehen werde.

Bundesminister: Er glaube auch, daß es zu einer „Veto-Situation" kommen werde. Andererseits dürfe man nicht den Eindruck vermitteln, daß SR-Resolution 435[6] geändert werden solle. Die Bundesrepublik habe schon früher ihre Bereitschaft erklärt, einige Verfassungsgrundsätze in das Lösungspaket einzubauen. Ein voller Verfassungsentwurf sei für die Frontlinienstaaten[7] nicht akzeptabel.

Carrington: Man müsse die Verfassungselemente als Ergänzung zu SR-Resolution 435 präsentieren. Die VN machten sich das Leben schwer dadurch, daß die Anhörung der DTA abgelehnt wurde. Die Behauptung, die VN seien unparteiisch, werde unglaubwürdig, wenn nur die SWAPO gehört werde.

BM: Dies sei auf die lange Verzögerung der Lösungsbemühungen zurückzuführen. Die Lage sei früher schon günstiger gewesen. Die DTA sei gegenwärtig die schwächste politische Kraft. Starke Faktoren seien einerseits SWAPO und andererseits die Kräfte der Rechten. Mudge habe beim letzten Gespräch mit BM in Genf[8] von seiner Sache nicht mehr ganz überzeugt gewirkt. Nujoma[9] habe ausgeführt, die Kräfte der Rechten seien die natürlichen Gegner. BM stimmte der Auffassung zu, daß es besser gewesen wäre, DTA anzuhören.

Carrington: Südafrika werde dies als Beweis für die Parteilichkeit der VN nutzen. Jetzt gebe es nur noch die Hoffnung, daß die USA Südafrika beeinflussen würden. Großbritannien könne bei Südafrika nichts ausrichten. Über die Behandlung dieser Frage sollte beim Vierertreffen am Vorabend der NATO[10] gesprochen werden.

BM und Carrington vereinbarten, daß versucht werden soll, das Gespräch am Vorabend auf 18.00 Uhr vorzuverlegen. GB würde als Gastgeber die entsprechenden Schritte unternehmen.

6 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

7 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

8 Ministerialdirigent Haas, z. Z. Genf, berichtete am 7. Januar 1981, Bundesminister Genscher sei am Vortag am Rande der Namibia-Konferenz mit dem DTA-Vorsitzenden zusammengetroffen: „Mudge konzentrierte seinen Gesprächsbeitrag fast ganz auf Beschwerden darüber, daß DTA nicht ausreichend als selbständige politische Kraft anerkannt, sondern eher als Marionette der Südafrikaner gesehen werde. Es sei Hauptaufgabe der Delegation in Genf, derartige Vorstellungen zu widerlegen." Genscher habe betont, „aus unserer Sicht gebe es keine vernünftige Alternative zu SR 435. Da es sich um einen hart erkämpften Kompromiß handele, sei selbstverständlich, daß keiner der Betroffenen die Lösung ideal finde. Die DTA möge am Aufbau gegenseitigen Vertrauens in der Konferenz mitwirken und auf prozedurale Auseinandersetzungen und Widerspruch herausfordernde Eröffnungserklärungen verzichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 320, Bd. 125280.

9 Bundesminister Genscher traf am 23. Oktober 1980 mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 302.
Ferner fand am 6. Januar 1981 ein Gespräch in Genf statt. Ministerialdirigent Haas, z. Z. Genf, teilte dazu am 7. Januar 1981 mit: „Nujoma bestätigte, daß SWAPO an der Entscheidung zugunsten der sofortigen Ausführungen von SR 435 festhalte und eigentlich keinen Verhandlungsstoff für die Konferenz sehe. […] BM betonte, daß auf dieser Konferenz nicht SR 435 zur Diskussion stehen dürfe, sondern nur noch die Frage der Ausführung. SWAPO möge geradlinig ihre Position verfolgen und möglichen prozeduralen Störmanövern von internen Parteien keine Beachtung schenken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 14; Referat 320, Bd. 125280.

10 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Haig (USA) am 3. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 125.
Ferner fand am selben Tag ein Gespräch zwischen Genscher, Carrington, François-Poncet, Haig und dem kanadischen Außenminister MacGuigan statt. Vgl. dazu Dok. 128.

Carrington fragte, wie BM die Äußerungen von Haig einschätze, daß Sadat entschlossen sei, auf entsprechende Ermutigung durch USA und F gegenüber Libyen tätig zu werden. Er hoffe, daß Sadat sich nicht auf diesen Schritt, den er für riskant halte, einlassen werde.

BM: Sadat habe in den Verhandlungen mit Israel[11] bereits ein großes Risiko auf sich genommen. Falls ein Schritt gegenüber Libyen fehlschlage, werde das Risiko für ihn sehr groß.

Carrington äußerte sich besorgt über die Lage im Sudan.[12]

BM: Man müsse über diese Frage im Viererkreis sprechen. Es werde sehr wichtig sein, welche zuverlässigen Garantien Sadat vor irgendwelchen Schritten gegeben werden.

Carrington: Der nigerianische Versuch, OAU-Friedenstruppen für den Tschad aufzustellen[13], sei fehlgeschlagen. Nigeria werde daher wohl nichts mehr unternehmen, um die Libyer aus dem Tschad herauszudrängen. Daher sei von der OAU gegenwärtig nicht viel mehr als Bekundung aktiven Interesses zu erwarten.

BM: Der zairische Ministerpräsident Karl-I-Bond sei zurückgetreten und in Belgien geblieben.[14] Dieser Schritt sei nicht nur auf Rivalität zu Mobutu zurückzuführen. Der Grund könne eher sein, daß Karl-I-Bond keine Chance für eine wirtschaftliche Gesundung des Landes sieht. Der Rücktritt werde keine innenpolitischen Auswirkungen in Zaire haben, solange das Stillhalteabkommen mit Angola[15] eingehalten wird. Wenn es im südlichen Afrika zu einer Verschärfung

11 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

12 Referat 310 erläuterte am 28. April 1981, Ägypten und Sudan sähen sich in einer „Einheit des Niltals" verbunden: „Beide Länder sehen eine Bedrohung des ‚Niltals', darüber hinaus der Arabischen Halbinsel, durch sowjetische Einkreisung, die von Afghanistan ausgeht und über Südjemen und Äthiopien in die Sahel-Zone zielt. Die sowjetische Präsenz in Libyen und das libysche Vorrücken nach Tschad sind aus dieser Sicht Teil der sowjetischen Planung, ebenso wie die Bindung Syriens an Moskau, mit dem es durch den Freundschaftsvertrag verbunden ist. Die Bedrohung durch Libyen dürfte weniger in unmittelbarem militärischen Eingreifen liegen als vielmehr in subversiver Aktivität über die Grenze Sudans mit Libyen und Tschad." Vgl. Referat 310, Bd. 135694.

13 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 23.
Ministerialdirektor Gorenflos erläuterte am 2. Februar 1981, die vom Tschad-Konflikt besonders betroffenen afrikanischen Staaten hätten seit Jahren versucht, zwischen den sich bekämpfenden Truppen zu vermitteln: „Bezugspunkt ist heute das Abkommen von Lagos vom August 1979, das vorsieht: Bildung einer Übergangregelung; Abzug ausländischer Truppen; Bildung einer OAE-Friedenstruppe aus Nichtanrainerstaaten; Wahlen. Die geplante OAE-Friedensmacht für den Tschad (gedacht ist an Truppen aus Benin, Togo, Guinea und Kongo) hat auf dem Lomé-Gipfel am 13./14.1.1981 neue Impulse erhalten. Nigeria scheint zu einer Beteiligung bereit." Vgl. Referat 321, Bd. 141042.
Am 10. April 1981 teilte Botschaftsrat Rudolph, Lagos, mit, die nigerianische Regierung habe 24 Stunden vor Beginn eine Gipfelkonferenz, zu der neben Oberst Gaddafi verschiedene Präsidenten erwartet worden seien, offenbar nach kurzfristiger Absage Gaddafis abgesagt: „Die anerkennenswerten Bemühungen Nigerias um Implementierung der Lomé-Beschlüsse und des Lagos-Abkommens unter Einbeziehung Libyens haben herben Rückschlag erlitten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; Referat 321, Bd. 141042.

14 Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 22. April 1981 zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Nguza Karl-I-Bond am 17. April 1981: „Es heißt, ein echtes Vertrauensverhältnis zwischen Mobutu und Nguza habe nach dessen Verurteilung zum Tode, Begnadigung und Wiederernennung zum Außenminister im März 1979 nie mehr bestanden. […] Darüber hinaus gestaltete sich aber die weitere politische Laufbahn Nguzas allzu erfolgreich, als daß es den über seine Allmacht wachenden Mobutu hätte gleichgültig lassen können." Vgl. Referat 322, Bd. 138031.

15 Referat 321 erläuterte am 16. Januar 1981: „Die mit Angola erfolgte Aussöhnung Zaires wirkt auch unter dem Nachfolger Netos fort. Zu Beginn 1980 hatten Mobutu, Kaunda und dos Santos ein Ab-

der Lage komme, werde Angola möglicherweise nach neuen Abenteuern suchen. Zaire sei die weichste Stelle Afrikas.

Carrington fragte, ob Angola angesichts der Aktivität von UNITA wirklich zu Abenteuern bereit sein werde.

BM: Angola habe durchaus die Möglichkeit, Emigranten aus Zaire in Bewegung zu setzen.

Auf Fragen von Carrington führte BM aus, Savimbi habe eine beachtliche Kontrolle über gewisse Teile des Landes, aber er habe nicht die Stärke, die anderen Teile des Landes unter seine Herrschaft zu bringen.

Carrington: Kaunda sei gegenüber Savimbi nicht völlig zugeknöpft (not unfavourable). Die Kontakte würden allerdings sehr diskret (very much under the table) behandelt. Auch Mobutu unterhalte Kontakte zu Savimbi.

BM: Über Kontakte Kaunda – Savimbi sei der Bundesregierung nichts bekannt. Die Kontakte Mobutus zu Savimbi bestünden seit langem.

Carrington: Savimbi habe bei seinen Besuchen in London bei Parlamentariern (es habe keine Kontakte zum FCO gegeben) und in Washington großen Eindruck gemacht.

BM: Die UNITA unterhielte in der Bundesrepublik Kontakte zur CSU. Savimbi hätte die stärkste Persönlichkeit in Angola sein können. Heute könne man nicht mehr auf ihn setzen. Sonst werde eine Lösung in Namibia unmöglich.

Carrington stimmte zu. Er sei froh, daß die USA bei den letzten Londoner Gesprächen[16] Namibia-Vorschläge nicht mit der Forderung nach Abzug der Kubaner aus Angola und nach Hilfe an Savimbi verknüpft hätten.

Europa

BM: Er habe die Ausführungen in den Reden Lord Carringtons zur EPZ[17] sorgfältig verfolgt. Er habe auch mit dem französischen Außenminister über diese Frage gesprochen.[18] Die Bundesregierung werde bald nach den französischen Wahlen[19] eine Klausurtagung über die Europapolitik[20] abhalten. Angesichts der

Fortsetzung Fußnote von Seite 645

kommen geschlossen, wonach die drei Länder gegenseitig Angriffe von ihrem Gebiet aus ausschließen." Vgl. Referat 322, Bd. 138032.

16 Zum Treffen von für Afrika zuständigen Vertretern der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA am 22./23. April 1981 in London vgl. Dok. 112, Anm. 25.

17 Vgl. dazu die Rede des britischen Außenministers Lord Carrington zum Thema „Europa: ein Programm für die achtziger Jahre" vor dem Übersee-Club am 17. November 1980 in Hamburg; EUROPA-ARCHIV 1981, D 17–24 (Auszug).
Vgl. dazu ferner die Rede vor der „University of South Carolina" am 28. Februar 1981 in Columbia; Referat 204, Bd. 123329.

18 Zum Gespräch mit dem französischen Außenminister François-Poncet am 5. Februar 1981 in Paris vgl. Dok. 29.

19 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

20 Referat 011 notierte am 21. April 1981, Bundesminister Genscher habe in der Kabinettssitzung am 15. April 1981 über die Ergebnisse des außenpolitischen Kolloquiums am 10. April 1981 auf Schloß Gymnich berichtet und erklärt: „Bei einer nächsten Zusammenkunft dieser Art soll über die Lage in Europa einschließlich einer Initiative zur politischen Belebung der Europäischen Gemeinschaft gesprochen werden." Vgl. Referat 02, Bd. 178415.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz notierte am 24. April 1981 als Ergebnis einer Hausbesprechung vom selben Tag, als Termin für „Gymnich II" sei die zweite Hälfte des Juni 1981 ins Auge gefaßt worden. Vgl. dazu Referat 02, Bd. 178415.
Staatssekretär von Staden notierte am 12. Juni 1981 für Seitz: „StS Lahnstein teilt mir das Einver-

bestehenden Probleme seien neue Impulse für Europa erforderlich. Er habe in Stuttgart von einem „Vertrag“ gesprochen.[21] Die rechtliche Form sei weniger bedeutsam. Er sehe, daß die Frage der Ratifikation eines Vertragswerks nicht nur zu Problemen in GB, sondern auch in anderen Ländern führen werde. Auch die Form einer gemeinsamen Erklärung sei möglich. Wichtig sei, daß etwas geschehe. Früher habe es bei Druck aus dem Osten Schritte der Europäer zu größerer Einigung gegeben. Der Gipfel in Maastricht[22] habe trotz der dramatischen Entwicklung in Polen keine Fortschritte gebracht, sondern eher zu konfusen Diskussionen geführt. Früher sei die SU der Geburtshelfer der NATO und der europäischen Einigung gewesen. Heute wirke sie nicht einmal mehr als Krankenpfleger.

[23]Carrington: Es sei gut, der EPZ mehr Substanz zu geben (bring flesh to the bones). Die Vertragsform würde mehr Schwierigkeiten bringen als Vorteile. Giscard habe einige abträgliche Äußerungen (disobliging remarks) über Großbritanniens Mitgliedschaft in der EG gemacht. Daher wäre es derzeit schwierig, wenn neue Schritte als deutsch-französische Initiative präsentiert würden. Es wäre einfacher für ihn in London, wenn sie als deutscher Vorschlag kämen. Die Vorschläge seiner Hamburger Rede sollten in Venlo[24] besprochen werden.

D 2 führte aus, François-Poncet habe offenbar Schwierigkeiten, zwischen den beiden Wahlgängen in Frankreich über konkrete außenpolitische Fragen zu verhandeln.

Carrington: François-Poncet habe ihm bedeutet, ein Sekretariat der EPZ sei für Frankreich nur annehmbar, wenn es seinen Sitz in Paris haben werde. Dies sei unmöglich. Aus englischer Sicht werde das Sekretariat am besten an den Rat in Brüssel angebunden.

Carrington führte zur Frage des Budgets der EG aus, D und GB tauschten derzeit Material aus über die Möglichkeiten für die Restrukturierung des EG-Budgets.[25] Er fragte, ob die Bundesregierung Möglichkeiten sehe, vor Jahresende zu konkreten Ergebnissen zu kommen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 646

ständnis des Herrn Bundeskanzlers zur Verschiebung von Gymnich II auf September mit.“ Vgl. Referat 02, Bd. 178415.
Das geplante europapolitische Kolloquium fand am 18. September 1981 als Sondersitzung des Kabinetts statt. Vgl. dazu Dok. 266.

21 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 vgl. Dok. 2.

22 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

23 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 707 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

24 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10. Mai 1981 vgl. Dok. 138.

25 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 13. April 1981, er habe am 9. April 1981 in London ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Lord Bridges, geführt und deutlich gemacht, „daß GB aufgrund seiner veränderten wirtschaftlichen Daten (Pfund-Aufwertung), vor allem aber wegen seiner Haltung in der Fischereifrage, nicht mehr damit rechnen könne, für 1982 eine ebenso großzügige Sonderregelung wie für 1981/82 zu erhalten. Die seinerzeitigen Konzessionen hätten der Bundesregierung ein hohes Maß an Kompromißbereitschaft und innenpolitischem Stehvermögen abverlangt. Die Blockierung des Kanada-Abkommens habe in der deutschen Öffentlichkeit zu dem Eindruck geführt, wir seien durch GB getäuscht worden. Die damalige Bereitschaft der Bundesregierung, GB zu unterstützen, könne jetzt nicht mehr unterstellt werden.“ Bridges habe sich betroffen gezeigt, jedoch erklärt, von einer Verbesserung der wirtschaftlichen Grunddaten Großbritanniens könne „keine Rede sein“. Fischer legte dar, grundsätzlich habe die

BM antwortete mit der Gegenfrage, ob an der 1%-Grenze[26] festgehalten werden könne.

Carrington: Ja, for the time being.

(Beide Seiten ließen Zweifel anklingen, ob diese Position langfristig angesichts der Erweiterung der EG[27] durchgehalten werden könne.)

Carrington fragte, ob Frankreich an der 1%-Grenze festhalten werde.

BM: Das hänge auch vom Wahlergebnis ab und davon, was Giscard möglicherweise vor dem zweiten Wahlgang an Wahlversprechungen gegenüber Chiracs Wählern, insbesondere den Landwirten, abgeben müsse. Die wirtschaftliche Vernunft spreche dafür, daß Frankreich ebenso wie D und GB an der 1%-Grenze festhalten müsse.

Carrington: Andererseits müsse Giscard den Beginn seiner neuen Amtszeit nutzen, um die Dinge auf den richtigen Weg zu bringen. Es werde wichtig sein, daß die Kommission bald ihre Vorschläge vorlege.[28]

Ostasien

Carrington berichtete über seine jüngste Ostasienreise.[29] Von seinem Besuch in Japan seien drei Dinge festzuhalten.

1) MP Suzuki habe mit allem Nachdruck deutlich gemacht, daß es für Japan unverständlich sei, warum die Europäer sich so viel stärker für Polen engagierten als für Afghanistan. Die Präsenz der SU in Afghanistan bedrohe die Ölversorgung der Asiaten und der Europäer. Die Europäer seien offenbar bereit, mehr Druck auf die SU für die Polen auszuüben und mehr Hilfe an Polen

Fortsetzung Fußnote von Seite 647

britische Seite erklärt, „daß es jetzt in erster Linie um die Umstrukturierungsfrage gehen sollte und daß sich die Frage einer Sonderregelung für GB für 1982 erst stelle, wenn wir in der Grundsatzfrage zu keinem Ergebnis kämen." Vgl. Referat 412, Bd. 122408.

26 Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 69, Anm. 19.

27 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal vgl. Dok. 82, Anm. 20.
Gesandter Trumpf, Brüssel (EG) teilte am 29. April 1981 mit, während einer weiteren Verhandlungsrunde am selben Tag hätten die Europäischen Gemeinschaften Erklärungen zu Steuerfragen und zur Regionalpolitik abgegeben. Die portugiesische Delegation habe Erklärungen zu EURATOM, Kapitalverkehr, Sozialfragen, Niederlassungsrecht und Fischereifragen vorgelegt und die „besondere Bedeutung" der Kapitel Sozialfragen und Fischerei betont: „Sie betonte vor allem aber die Notwendigkeit, der Ministertagung am 18. Mai 1981 zum Erfolg zu verhelfen. Dazu sei erforderlich, daß die Gem[einschaft] eine umfassende, auch im Textilproblem befriedigende Erklärung im Kapitel Zollunion abgebe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1699; Referat 410, Bd. 121928.
Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 111, Anm. 13.

28 Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 einen Bericht zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vor. Vgl. dazu Dok. 182, Anm. 14.

29 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington vom 27. bis 29. März 1981 in Pakistan vgl. Dok. 113, Anm. 18.
Ferner hielt sich Carrington vom 30. März bis 1. April 1981 in Hongkong auf. Generalkonsul Dietrich, Hongkong, berichtete dazu am 1. April 1981, Themen der Gespräche seien der Status Hongkongs, Staatsbürgerschaftsfragen und die Zuwanderung aus der Volksrepublik China nach Hongkong gewesen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 211; Referat 204, Bd. 123329.
Vom 1. bis 4. April 1981 besuchte Carrington die Volksrepublik China. Botschafter Schödel, Peking, teilte dazu am 6. April 1981 mit, nach Auskunft von Carrington seien die Lage in Afghanistan, Polen und Kambodscha besprochen worden, ferner der Nord-Süd-Dialog und die wirtschaftliche Lage der Volksrepublik China. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 559; Referat 340, Bd. 125317.
Zum Besuch Carringtons vom 5. bis 8. April 1981 in Japan informierte Gesandter Massion, Tokio, am 10. April 1981, Themen seien die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen, Polen, Afghanistan, Pakistan, Simbabwe und die Volksrepublik China gewesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 397; Referat 204, Bd. 123329.

zu gewähren als an Afghanistan. Japan habe als Reaktion auf Afghanistan größere Opfer auf sich genommen als die Europäer. Die Gegenargumente Lord Carringtons hätten in Tokio nicht überzeugt.

2) Er habe nachdrücklich auf die Sorge der Europäer über das wachsende Defizit im Handel mit Japan hingewiesen. Die japanischen Gesprächspartner hätten diese Ausführungen gelassen und verständnisvoll aufgenommen. Europa habe eindeutig zweiten Rang nach den Bemühungen Japans, die Handelsprobleme mit USA zu klären. In den Gesprächen sei deutlich geworden, daß die Japaner die Frage des Handelsbilanzdefizits unter keinen Umständen auf dem Wirtschaftsgipfel in Ottawa[30] behandeln wollen, wo sie sich in einer Minderheit befinden würden. Daher sei dies eine Karte, die die Europäer vor Ottawa ausspielen könnten, um die Japaner zum Nachgeben zu bewegen.

3) Die japanischen Gesprächspartner hätten mit verschiedenen Akzenten (innenpolitische Widerstände, Abneigung der ASEAN-Staaten) begründet, daß sie ihre Verteidigungsanstrengungen nicht vergrößern werden. Alle Gesprächspartner hätten übereinstimmend ausgeführt, daß Japan weder auf dem Gebiet der Verteidigung noch ersatzweise durch Hilfe mehr tun werde.

Bei dem Besuch in China habe sich Ministerpräsident Zhao Ziyang als nicht sehr eindrucksvoller Gesprächspartner erwiesen. Deng Xiaoping sei nach wie vor die überragende Persönlichkeit. Er (Carrington) habe nach der Zukunft Hongkongs gefragt. Da die Hypotheken eine übliche Laufzeit von 15 Jahren hätten, müsse Hongkong spätestens 1982 wissen, was die VR China für 1997 plane.[31] Die Frage sei in Peking wegen Taiwan und angesichts der unübersichtlichen wirtschaftlichen Lage offenbar unwillkommen gewesen. Deng habe nur geantwortet, Carrington solle der Bevölkerung Hongkongs sagen „to take their hearts at ease". Peking sei offenbar an guten Beziehungen mit USA sehr interessiert. Ein kritischer Punkt der chinesisch-amerikanischen Beziehungen werde dann erreicht, wenn die USA Taiwan bei der Bewaffnung helfen. Die chinesische Haltung in bezug auf Afghanistan und Kambodscha sei aufgeschlossener und flexibler gewesen als früher.

Pressekonferenz

Für die gemeinsame Pressekonferenz vereinbarten BM und Carrington vor allem folgende Akzente:

– Der Besuch sei eine günstige Gelegenheit, um die große Breite der Übereinstimmung und gemeinsamen Ziele herauszustellen. Daher solle man nicht die strittigen Themen in den Vordergrund rücken.
– Bestätigung der Kontinuität der Politik des Verteidigungsbündnisses. GB und D werden sich dafür einsetzen, daß diese Kontinuität der westlichen Politik bei der bevorstehenden NATO-Ratstagung in Rom verdeutlicht wird.
– Europa braucht neue Impulse. GB und D werden bei den Impulsen für die EPZ zusammenarbeiten.

30 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

31 Am 9. Juni 1898 pachtete Großbritannien von China für 99 Jahre Gebiete nördlich der Stadt Hongkong, welche in der Folge des Vertrags von Nanking von 1842 seit 1843 britische Kronkolonie war, sowie zahlreiche Hongkong vorgelagerte Inseln. Diese sogenannten „New Territories" sicherten die Versorgung Hongkongs mit Wasser und Lebensmitteln.

– Beide Länder treten dafür ein, daß diese Ziele in enger Zusammenarbeit mit den USA angestrebt werden. Die Haltung von GB und D ist entscheidend für die Haltung der anderen europäischen Partner im Bündnis.

[gez.] Ruhfus

VS-Bd. 14093 (010)

117

Staatssekretär van Well, z. Z. Riad, an das Auswärtige Amt

114-3050/81 geheim
Fernschreiben Nr. 1
Citissime nachts

Aufgabe: 28. April 1981, 03.30 Uhr[1]
Ankunft: 28. April 1981, 08.48 Uhr

Auch für StS[2], D 3[3] und D 4[4]

Vorlage bei Dienstbeginn ausreichend

Betr.: Zusammenfassung der ersten Gesprächsrunde in Riad[5]

Vor dem Abendessen fragte Industrieminister Dr. al-Gosaibi den BK im Auftrag des Kronprinzen, wie unsere Haltung in der Rüstungsexportfrage[6] sei. Der BK antwortete, er könne der saudischen Regierung bei diesem Besuch keine Antwort erteilen, da die innenpolitische Diskussion über die allgemeinen Rüstungsexportgrundsätze[7] noch nicht abgeschlossen sei. SA[8] müsse wohl noch warten. Wenn man ihn jetzt zu einer Antwort dränge, könne sie nur Nein lauten. Wenn er jetzt zustimmen würde, würde dies zu Hause eine große innenpolitische Krise hervorrufen, die er nicht auszulösen beabsichtige.

Das Essen verlief in sehr harmonischer Weise. Kronprinz und König[9] unterhielten sich mit BK angeregt über Themen allgemeinen Interesses und über außenpolitische Fragen. Nach dem Essen versammelte man sich im größeren Kreise. Der König würdigte den ausgezeichneten Stand der Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, machte einige Bemerkungen über seine per-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 28. April 1981 vorgelegen.
2 Hans Werner Lautenschlager.
3 Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 29. April 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Montfort verfügte.
Hat Montfort am 30. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „RL 311."
4 Per Fischer.
5 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu auch Dok. 118 und Dok. 119.
6 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 53.
7 Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.
8 Saudi-Arabien.
9 Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud.

sönliche Sympathie für Deutschland, erinnerte in wenigen Worten an den letztjährigen Staatsbesuch[10] und fragte nach den Eindrücken des BK von Präsident Reagan. Es entwickelte sich dann ein lockeres Gespräch über die Kooperationsbereitschaft der neuen amerikanischen Administration, über den Eindruck größerer Stetigkeit der amerikanischen Politik nach der wechselvollen Carter-Politik. Der BK verwies auf die Bedeutung des Ottawa-Gipfels[11] und des anschließenden Mexiko-Gipfels[12]. Er schlug einen engen Meinungs- und Erfahrungsaustausch mit SA vor. Er würdigte die Stabilisierungsbemühungen der islamischen Staaten in der mittelost- und südwestasiatischen Region, erwähnte unsere großen Sorgen um Polen, die wirtschaftlichen Probleme in Westeuropa und endete mit der Feststellung, daß SA neben den USA und Japan der wichtigste politische und wirtschaftliche Partner der Bundesrepublik außerhalb Europas sei. Das habe er auch in einem Fernsehinterview noch gestern abend gesagt.[13]

Der König unterbrach hier und sagte lebhaft, er habe das Interview gelesen, und er halte es für wichtig, daß der BK SA nach den USA als wichtigsten Partner erwähnt habe.

Nach diesem etwa halbstündigen Gespräch wurde unterbrochen und eine Fortsetzung im engsten Kreise mit dem Kronprinzen in der Residenz des BK abgesprochen. Der Kronprinz fand sich erst nach einer Stunde Wartezeit bei uns ein. Wir nehmen an, daß auf saudischer Seite inzwischen beraten wurde, in welcher Weise der Besuch weiter behandelt werden solle, nachdem in der Rüstungsexportfrage der Kanzler seine Aussage gemacht hatte.

Das Gespräch, an dem auf saudischer Seite Finanzminister Aba al-Khail und Botschafter Nouri Ibrahim, auf deutscher Seite Graf Lambsdorff und die drei StS[14] sowie von Staden teilnahmen, verlief mit großer Herzlichkeit und ohne jedes Zeichen einer Verstimmung. Fahd entbot noch einmal einen besonderen Willkommensgruß an den BK als guten Freund Saudi-Arabiens, als Vertreter eines Landes, mit dem SA eng befreundet sei. Deutschland sei das erste Land gewesen, das SA seinerzeit mit leichten Waffen versorgt habe (der Hinweis bezog sich auf eine Gewehrlieferung in den 20er Jahren an Ibn Saud). Er fuhr fort, beide Seiten sollten ihre Freundschaft vertiefen, weil das den Interessen beider Länder diene. SA werde als aufrichtiger Freund alles tun, um die Beziehungen zur Bundesrepublik zu vertiefen. Am Schluß des zweieinhalbstündigen Gesprächs faßte Fahd noch einmal zusammen, SA betrachte sich als Teil der freien Welt und werde nach seinen Kräften zur Stabilisierung im Interesse der

10 König Khalid hielt sich vom 16. bis 19. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 176.

11 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

12 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

13 In einem Interview für die Sendung „Bonner Perspektiven" des ZDF am 26. April 1981 erklärte Bundeskanzler Schmidt über seine Gespräche vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien: „Es ist also ein sehr enger Meinungsaustausch über Fragen der Weltpolitik, über politische Fragen der Region des Mittleren Ostens und Südwestasiens natürlich auch, aber auch über wirtschaftliche Dinge, über weltwirtschaftliche wie auch über bilaterale Dinge. Es ist ja den Deutschen, wenn ich das einmal sagen darf, […] nicht so recht bewußt, daß außerhalb der Nordatlantischen Allianz Saudi-Arabien unser politisch und wirtschaftlich wichtigster Partner geworden ist im Laufe der letzten Jahre." Vgl. die Mitschrift des Interviews; Referat 311, Bd. 137697.

14 Kurt Becker, Manfred Lahnstein und Günther van Well.

freien Welt beitragen. Gegenseitige Besuche, gerade auch mit den leitenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik Deutschland, seien von größtem Wert und sollten intensiviert werden. Er erinnere sich noch an sein erstes Zusammentreffen mit BK Schmidt[15] und sei von dessen Aufrichtigkeit damals wie heute überzeugt.

Auf das Waffenthema kam man nicht wieder zurück.

Das Gespräch konzentrierte sich danach auf Fragen der Region. Fahd hielt einen längeren und detaillierten Vortrag über die Geschichte der beiden Jemen seit den Zeiten Nassers, über den Kooperationsrat der Golfstaaten[16], über die übrigen Nachbarstaaten Irak, Iran, Türkei, Pakistan, Afghanistan, Sudan, Libyen, Somalia, Westsahara-Konflikt[17]. Er brachte eine ganze Reihe interessanter Einzelheiten. Eingehender Vermerk folgt.[18] Ich hebe nur hervor, daß Fahd eingehend über die saudischen Bemühungen zur Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses im Nordjemen wie auch zur Einleitung einer Wende in Südjemen berichtete.

Offensichtlich setzen die Saudis ihre finanziellen Möglichkeiten sehr zielbewußt für die Ablösung der SU in Nordjemen und für die Schaffung einer Alternative in Südjemen ein. Er befürwortete lebhaft deutsche Aktivitäten in beiden Ländern, die in gleiche Richtung zielten. Auf Oman angesprochen, äußerte er sich befriedigt über die Lage des Landes und überließ es völlig dem Urteil der omanischen Regierung, ihre Beziehungen mit den Vereinigten Staaten zu gestalten. Die Omanis müßten am besten wissen, was der Sicherheit ihres Landes nütze. Es gebe keine Kritik an den laufenden amerikanischen Initiativen.[19]

15 Bundeskanzler Schmidt traf am 30. Mai 1976 in Riad mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd zusammen. Vgl. AAPD 1976, I, Dok. 164.

16 Zur Gründung des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten am 4. Februar 1981 vgl. Dok. 63, Anm. 9.

17 Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 7.

18 Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am späten Abend des 27. April 1981 in Riad führte der saudi-arabische Kronprinz Fahd aus, die durch Machtkämpfe bedingte Destabilisierung in der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) sei geeignet, „die sowjetische Stellung im Lande zu stärken. Die Gefahr liege darin, daß Südjemen über Waffen wie Panzer und Flugzeuge verfüge, die es nicht zur Eigenverteidigung brauche. Auch habe die Armee des Landes keine Möglichkeit, diese Waffen einzusetzen. So müsse man sich fragen, wozu sie dort seien. Diese militärische Macht könne tatsächlich nur gegen Länder wie Somalia, den Sudan und die Golfstaaten eingesetzt werden.“ Saudi-Arabien sei zu wirtschaftlicher Hilfe an Südjemen bereit, „damit das Volk sieht, daß das Bündnis mit der Sowjetunion ihm keinen Nutzen gebracht habe. Aber wenn eine entsprechende Reaktion ausbliebe, werde man die Unterstützung wieder einstellen, denn man wolle nicht, daß Südjemen auf saudische Kosten stärker werde. Bei entsprechender Reaktion aber werde man die Hilfe fortsetzen. […] Saudi-Arabien wolle Nordjemen stabilisieren, um zu verhindern, daß die Sowjetunion dort eine Machtposition aufbaut.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

19 Botschafter Reiners, Maskat, vermerkte am 28. Februar 1981: „Das omanisch-amerikanische Sicherheitsabkommen, um das sich die USA seit der Revolution im Iran und verstärkt seit der sowjetischen Invasion Afghanistans bemüht hatten und das in der Folge ähnliche Vereinbarungen auch mit Kenia und Somalia ermöglichte, wurde am 4. Juni 1980 unterzeichnet. Das Sultanat hat sich darin bereit erklärt, den Amerikanern erleichterte Überflugrechte einzuräumen und ihnen die Benutzung seiner vier Flughäfen (Sib nördlich Maskat, Insel Masira, Thamrit/Midway und Salala) sowie seiner beiden Häfen (Mina Qabus bei Maskat und Mina Raysut bei Salala) zu gestatten. Die Bezeichnung ‚Basen‘ wird aus politisch-psychologischen Gründen, auch mit Rücksicht auf die übrigen Golfstaaten, peinlichst vermieden. In der Tat behält Oman die uneingeschränkte Souveränität über alle Anlagen auf seinem Territorium. Die USA leisten finanzielle und praktische Hilfe beim Ausbau bestehender und beim Aufbau neuer militärischer Einrichtungen und werden ihr Personal in so

Auf den Besuch des kuwaitischen AM in Moskau[20] angesprochen, meinte er, daß er über den Text des Kommuniqués[21] genauso überrascht sei wie der BK. Er halte diese Äußerungen für überflüssig, und man solle ihnen keine allzu große Bedeutung beimessen. Wahrscheinlich erkläre sich die Haltung aus innenpolitischen Notwendigkeiten Kuwaits. Er unterstrich die Bedeutung des Kooperationsrates und meinte, daß die Koordinierung der Politik zur Stabilisierung der Region beitrage und auch im Interesse des Westens, der USA, Westeuropas und Japans liege. Es handele sich bei den Golfstaaten um Staaten mit gleichen Strukturen, Sitten und Traditionen. Ihre Wirtschaften beruhten auf dem Erdöl. Die Länder stimmten aber auch in der Innenpolitik weitgehend überein.

Der Westen wisse, daß SA eine moderate Politik betreibe, Extreme vermeide und konstruktive Beiträge leisten wolle. Es lege Wert auf die islamische Solidarität. Der Islam sei gegen den Kommunismus gerichtet. SA habe es erreicht, daß beide islamischen AM-Konferenzen in Islamabad[22] erfolgreich verlaufen seien. Dasselbe gelte für die Gipfelkonferenz in Taif[23]. Dort habe man die afrikanischen und asiatischen Länder unter dem Dach des Islams vereinigen können. Taif habe gezeigt, daß die islamischen Staaten bereit seien, gegen den Ostblock und die SU zu kämpfen. Nur zwei hätten Taif kritisiert, die SU und Israel. Die SU kenne den Widerspruch zwischen dem islamischen und dem kommunistischen Dogma. Es wäre gut, wenn es als Schutzwall gegen den Kommunismus zu einer Allianz zwischen Moslems und Christen kommen könnte. Eingehend würdigte er die Rolle Pakistans, auch bei der Unterstützung des Widerstandes in Afghanistan. Er war höchst befriedigt darüber, daß Haig[24] erklärt habe, der

Fortsetzung Fußnote von Seite 652

niedriger Zahl und so unauffällig wie möglich einsetzen. Außerdem erhält Oman Rüstungshilfe – teils unentgeltlich, teils in Form von Darlehen." Ferner sei im August 1980 ein Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Dieses sehe Finanzhilfe in Höhe von 25 Mio. Dollar für die Jahre 1981 bis 1983 sowie die Entsendung von Experten vor. Vgl. den Schriftbericht Nr. 84; Referat 311, Bd. 137695.

Oberst i. G. Jungmichel, Washington, teilte am 16. März 1981 mit, Presseberichten zufolge sehe das im März 1981 vorgelegte „Military Construction Program" für 1982 amerikanische Investitionen in Höhe von 78,48 Mio. Dollar in Oman vor. Vgl. dazu den Einzelbericht Luftwaffe Nr. 15/81; Referat 201, Bd. 125574.

20 Gesandter Huber, Moskau, teilte am 27. April 1981 mit, der stellvertretende kuwaitische Ministerpräsident und Außenminister Scheich Sabah al-Ahmed al-Jabir as-Sabah habe sich vom 23. bis 25. April 1981 in Moskau aufgehalten. Der Besuch habe ergeben, „daß die bilateralen Beziehungen grundsätzlich problemfrei sind und auch in der Beurteilung internationaler Fragen, insbesondere der Lage im Nahen Osten, weitgehend Übereinstimmung besteht. Dieser Eindruck entsteht aufgrund des gemeinsamen Kommuniqués (Prawda 26.4.81) und auch des TV-Interviews des kuwaitischen AM." So scheine Kuwait sowjetischen Überlegungen hinsichtlich einer internationalen Nahost-Konferenz „positiv gegenüberzustehen". Ferner betone das Kommuniqué das „Recht der Golfstaaten, die Sicherheit der Region selbst zu verteidigen, und die Ablehnung ausländischer Militärbasen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1615; Referat 311, Bd. 137682.

21 Für das Kommuniqué über den Besuch des stellvertretenden kuwaitischen Ministerpräsidenten und Außenministers Scheich Sabah al-Ahmed al-Jabir as-Sabah vom 23. bis 25. April 1981 in der UdSSR vgl. Referat 311, Bd. 137682.

22 Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz tagten vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad.

Eine weitere Konferenz fand vom 17. bis 22. Mai 1980 in Islamabad statt. Vgl. dazu Dok. 28, Anm. 11.

23 Zur dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif vgl. Dok. 4, Anm. 9.

24 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 7./8. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 106, Anm. 13.

Stellenwert Pakistans werde von den USA jetzt anders gesehen als unter Carter. Es sei klar, daß die SU mit dieser massiven Form des afghanischen Widerstandes nicht gerechnet habe. Haig habe zugesagt, den Aufständischen großzügige Hilfe zukommen zu lassen.[25] Ein großes Problem sei für Pakistan das Leiden, das Indien ihm zugefügt habe. Leider hege Frau Gandhi Gefühle des Hasses gegenüber Pakistan.

Der Kronprinz sprach danach ausführlich über die Lage im Libanon[26] und stellte die Frage, warum die Israelis laufend die Flüchtlingslager angriffen und unterschiedslos auch Kinder und Greise töteten. Dieselbe Frage müsse man auch an Syrien richten. Warum greife Syrien Zahlé an und töte viele Menschen, obgleich die Stadt weit von der Grenze entfernt liege? SA werde weiter bemüht sein, dämpfend zu wirken, wie es dies auch bei der jüngsten Krise zwischen Syrien und Jordanien[27] getan habe. SA sei auch bemüht, im Libanon zu schlichten. Es wolle einen Prozeß des Umdenkens in Gang setzen.

Zum Verhältnis zwischen Sudan und Libyen führte der Kronprinz aus, er glaube nicht, daß Gaddafi den Sudan direkt angreifen werde.

Möglich sei allerdings, daß er Verschwörungen anzuzetteln versuche oder Äthiopien veranlasse, gegen den Sudan vorzugehen, obwohl der Sudan zur Zeit bemüht sei, sein Verhältnis zu Äthiopien zu verbessern. Fraglich sei, ob die SU, die in Äthiopien intensive Kontrolle ausübe, dies zulassen werde.

Die Entwicklung im Tschad bedeute großen Prestigegewinn für Gaddafi. Die afrikanischen Staaten hätten sich nicht auf eine gemeinsame Aktion zum Schutz des Tschads einigen können.[28]

Fahd schlug am Schluß des Gesprächs vor, morgen, Dienstag vormittag, die bilateralen Beziehungen und den arabisch-israelischen Konflikt zu diskutieren.

25 Zu möglichen amerikanischen Waffenlieferungen an afghanische Widerstandsgruppen vgl. Dok. 96, Anm. 15.

26 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 106, Anm. 12 und 15.
Ministerialdirektor Gorenflos legte am 28. April 1981 dar, etwa seit dem 19./20. April 1981 sei eine Verschärfung der Lage eingetreten durch die Beschießung des Flughafens in Beirut, der seit dem 22. April 1981 gesperrt sei, sowie durch syrische Versuche seit dem 26. April 1981, „bisher von christlichen Milizen (Kataeb) gehaltene Positionen (Sannin-Berg) nordwestlich Zahlé unter eigene Kontrolle zu bringen“. Die genauen syrischen Absichten seien noch nicht erkennbar. Die USA vermuteten den Versuch, die Kontrolle der „christlichen Kernlande“ zu erlangen. Gorenflos führte dazu aus, ein solcher Vorstoß „würde das prekäre Kräfteverhältnis im Libanon erheblich zugunsten Syriens verschieben (syrisches Regime steht mit Rücken zur Wand, seine Aktionen sind nicht kalkulierbar). Gefahr, daß Israel syrischen Vorstoß als Vorwand zum Eingreifen nimmt und damit Ausweitung des Konflikts über Libanon hinaus.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135690.

27 Legationsrat I. Klasse Mulack, Amman, führte am 28. Februar 1981 aus, bereits im Dezember 1980 sei es durch Truppenaufmärsche auf beiden Seiten der Grenze zwischen Jordanien und Syrien zu Spannungen gekommen: „Die jüngste Entführung des jordanischen Geschäftsträgers Moheisen in Beirut, die aus hiesiger Sicht eindeutig auf das syrische Konto geht, sowie die Entsendung eines syrischen Kommandos nach Jordanien zur Ermordung des PM Badran und die Offenlegung dieses Mordkomplotts durch Jordanien haben die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf einen Tiefstpunkt gebracht.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 162; Referat 310, Bd. 135686.
Am 27. April 1981 teilte Botschafter Munz, Amman, mit, die Freilassung des am 6. Februar 1981 in Beirut entführten jordanischen Geschäftsträgers Moheisen am 14. April 1981 habe nicht zu einer Entspannung zwischen Jordanien und Syrien geführt. Zudem habe Präsident Assad wiederholt öffentlich zum Sturz des Königs Hussein aufgerufen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 174; Referat 310, Bd. 135686.

28 Zur Absage einer für den 11. April 1981 in Lagos geplanten Konferenz über den Tschad-Konflikt vgl. Dok. 116, Anm. 13.

Dem Vorschlag des BK, auch die weltwirtschaftlichen Probleme zu besprechen, stimmte er zu.

[gez.] van Well

VS-Bd. 11154 (311)

118

Deutsch-saudi-arabisches Regierungsgespräch in Riad

VS-vertraulich **28. April 1981**[1]

Über den Herrn Gruppenleiter 21 i.V., den Herrn Abteilungsleiter 2, den Herrn Chef BK dem Herrn Bundeskanzler

Ihr Gespräch mit Kronprinz Fahd im großen Kreise am Dienstag, 28. April 1981 im alten königlichen Gästepalast Riad von 12.00 bis 15.15 Uhr[2]

An dem Gespräch nahmen außerdem teil:

auf deutscher Seite: BM Dr. Graf Lambsdorff, StS Becker, StS Lahnstein, StS van Well, MD von Staden, MD Heick, MD Frau Steeg, Botschafter Vestring;

auf saudischer Seite: Kronprinz Prinz Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud; Chef der Nationalgarde, Prinz Abdallah ibn Abdul Aziz al-Saud; Minister für Verteidigung und Luftfahrt, Prinz Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud; Außenminister, Prinz Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud; Minister für Finanzen und Wirtschaft, Scheich Mohammed al-Ali Aba al-Khail; Minister für Industrie und Elektrizität, Dr. Ghazi Abdul Rahman al-Gosaibi; StS im Außenministerium, Alireza; Generaldirektor im Außenministerium, Kabbani; Dr. Rashad Pharaon (Berater des Königs); Botschafter Nouri Ibrahim.

Nach der Begrüßung bat Kronprinz *Fahd* den Bundeskanzler als hervorragenden Staatsmann um seine Einschätzung der Lage in Europa, insbesondere in Polen. Der *Bundeskanzler* dankte nochmals, auch im Namen seiner Delegation, für den herzlichen Empfang bei diesem, seinem zweiten Besuch in Saudi-Ara-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 4. Mai 1981 gefertigt und am 6. Mai 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau geleitet. Dazu vermerkte Franke: „Lieber Herr Wallau, hiermit übersende ich zur Kenntnis des Herrn Bundesministers des Auswärtigen Durchdruck von Vermerken über die Gespräche des Bundeskanzlers mit Kronprinz Fahd am 27./28. April 1981 (22.30 bis 0.40 Uhr), am 28. April 1981, 12.00 bis 15.15 Uhr und mit dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Zayed am 30. April 1981. Die Vermerke sind vom Bundeskanzler noch nicht gebilligt."
Hat Wallau am 7. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Orig[inal] BM als Eingang."
Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu auch Dok. 117 und Dok. 119.

bien[3], der in Deutschland größte öffentliche Aufmerksamkeit finde. Jedermann in der Bundesrepublik Deutschland habe die große Bedeutung Saudi-Arabiens in der Welt begriffen. Es sei außerhalb Europas und der USA das wichtigste Land. Der Bundeskanzler dankte für die ausführliche saudische Darlegung der Probleme der Region am Vortage, die Zusammenhänge aufgezeigt habe, die wir bislang so nicht gesehen hätten.

Die zur Zeit nicht unproblematische Lage in Europa sei durch zwei Faktoren gekennzeichnet. Der erste betreffe die ganze Welt, der zweite sei Polen. Der allgemeine Faktor sei bestimmt durch die Entwicklung der Wirtschaft und des Sozialprodukts und durch die steigende Arbeitslosigkeit. Demgegenüber sei das Inflationsproblem mittlerweile von geringerer Bedeutung (z.T. die Inflation zurückgegangen). Aber wenn Länder wie Großbritannien zweieinhalb und die Bundesrepublik Deutschland eineindrittel Millionen Arbeitslose hätten, so lösten diese bei uns seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr gewohnten Umstände soziale und politische Unruhe aus, wie auch das Wahlergebnis für Giscard zeige[4], das anders ausgefallen sei als vor sieben Jahren[5]. Der zweite Faktor sei die Zuspitzung aller Probleme im Verhältnis zur Sowjetunion, die ihrem spürbaren Expansionsdrang durch die Intervention in Afghanistan[6] nur ein Schlaglicht aufgesetzt habe. Ihr habe zur Zeit Nixons ein Gegengewicht gegenübergestanden, auch durch das Erscheinen Chinas auf der Weltbühne und seine sowjetunfreundliche Politik. Während der Carter-Periode habe die Sowjetunion eine Reihe von Vorteilen erzielt, in Kambodscha und Vietnam und in Afrika. Sie habe ferner stark aufgerüstet: maritim und bei den durch SALT I[7] und II[8] nicht erfaßten Raketen. Hier sei inzwischen ein Übergewicht entstanden, das ihn tief besorgt mache. Er habe seit langem darauf hingewiesen. Die USA hätten es zunächst nicht ernstgenommen, da sie nicht bedroht gewesen seien. Jetzt werde der Versuch unternommen, zusammen mit den USA dagegen etwas zu unternehmen. Auf die geschickte sowjetische Propaganda fielen leider bei uns viele friedensliebende Menschen herein.

3 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 29. bis 31. Mai 1976 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 164, Dok. 165 und Dok. 171.

4 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. April 1981 in Frankreich erreichte Valéry Giscard d'Estaing (Union pour la démocratie française) 28,3% der Stimmen, François Mitterrand (Sozialistische Partei) erzielte 25,8%, Jacques Chirac (Rassemblement pour la République) kam auf 18%, Georges Marchais (KPF) bekam 15,3%.

5 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 5. Mai 1974 in Frankreich erzielte François Mitterrand (Sozialistische Partei) 43,24% der Stimmen, Valéry Giscard d'Estaing (Republicains indépendants) kam auf 32,6%, Jacques Chaban-Delmas (Union des démocrates pour la République) erreichte 15,1% der Stimmen.
Valéry Giscard d'Estaing wurde am 19. Mai 1974 im zweiten Wahlgang mit 50,81% der Stimmen gewählt. François Mitterrand erhielt 49,19% der Stimmen.

6 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

7 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

In Polen habe sich ein erstaunlicher Wandel vollzogen. Die Mehrheit der kommunistischen Partei sei in der Gewerkschaft „Solidarität". Eine große Zahl Mitglieder habe die Partei verlassen. Die eigentlichen Gewichte in Polen seien jetzt die kommunistische Partei, die Gewerkschaft Solidarität unter Wałęsa, die katholische Kirche, die sich unter Kardinal Wyszyński darum bemühe, daß der Sowjetunion kein Vorwand zur Intervention geboten wird. In der Partei liege das große Gewicht erstmals nicht beim Generalsekretär, sondern beim Ministerpräsidenten Jaruzelski, einem ehemaligen General. Alle bemühten sich, sich so zu verhalten, daß es nicht zu einer Intervention kommt. In der sowjetischen Führung sei die Linie nicht einheitlich. Es mache den Eindruck, als sei Breschnew gegen ein Einschreiten. Ob „Afghanistan" die Sowjetunion davon abhalte, müsse er offenlassen. Tatsache sei, daß die Sowjetunion sich bisher auf Drohungen beschränkt habe. Wenn in Europa der Eindruck entstehe, daß die Polen ihre Angelegenheiten nicht selbst ordnen dürften oder die Sowjetunion gar einmarschiere, werde die Lage in Europa, Jugoslawien eingeschlossen, rasch dramatisch. Dann gebe es eine Rückkehr zum Kalten Krieg. Uns mache dies Sorgen wegen Berlin und der 16 Millionen Deutschen auf der anderen Seite Europas.

Die USA würden nach Carters Schwanken eine entschiedenere Politik treiben wollen, und die Sowjetunion werde künftig vorsichtiger sein. Durch das Attentat auf Reagan[9] verzögere sich die Phase der Formulierung der amerikanischen Politik zu Nahost und Europa. Die uns überraschende Aufhebung des Getreideembargos[10] erwecke nicht den Eindruck der Stetigkeit. Wir seien mit Haigs Besuch[11] zufrieden – wobei allerdings nicht gesagt sei, daß das, was er vortrage, amerikanische Politik werde. Er, der Bundeskanzler, werde bei seinem Besuch in den USA[12] auf diese Haigschen Ansätze abstellen. Dann komme Ottawa[13] und Mexiko[14]. Der Bundeskanzler bot dem Kronprinzen Unterrichtung an, da Saudi-Arabien, wie wir, an stetiger amerikanischer Politik interessiert sei. Wir sähen die durch Camp David[15] ausgelöste Bitternis und würden unseren Einfluß in einem positiven Sinn geltend machen.

Der Bundeskanzler wies dann auf die infolge der EG-Erweiterung durch den griechischen[16] und später spanischen[17] und portugiesischen[18] Beitritt entstehenden Wachstumsprobleme hin. Es werde auch diffizil, wenn Spanien der NATO[19] beitrete. Insgesamt sei er aber nicht pessimistisch. Letztlich werde Europa gestärkt werden.

9 Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 11.

10 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

11 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 11. April 1981 vgl. Dok. 106.

12 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

13 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

14 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

15 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

16 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

17 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 111, Anm. 13.

18 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal vgl. Dok. 116, Anm. 27.

19 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 113, Anm. 31.

Kronprinz *Fahd* dankte für die Erläuterungen und sagte, er habe verstanden, daß Polen, im übrigen Wachstum und Arbeitslosigkeit die großen Probleme seien. Beide, das politische und das wirtschaftliche Problem, ließen Saudi-Arabien nicht gleichgültig. Beide würden sich in Europa, aber auch in den USA, auswirken. Der Kronprinz stellte unter Hinweis auf die öffentliche Diskussion über die Auswirkungen einer sowjetischen Intervention in Polen die Frage, wie Europa reagieren würde. Ferner fragte er nach den Möglichkeiten zur Bekämpfung des Wirtschafts- und Arbeitslosenproblems. Saudi-Arabien als befreundetes Land sei hier zur Hilfe bereit. Die Gipfeltreffen in Ottawa und Mexiko seien sehr wichtig. Saudi-Arabien werde sich in Mexiko höchstwahrscheinlich beteiligen. Im Gegensatz zur internationalen Presse, die die wirtschaftlichen Probleme allein auf die Ölpreiserhöhung zurückführe, wolle er darauf hinweisen, daß die Industriegüterpreise schon vor den Ölpreisen gestiegen seien. Die Ölpreise allein verantwortlich zu machen, sei nicht fair. Saudi-Arabien werde sich an einer freundschaftlichen Lösung der miteinander verflochtenen Probleme gern beteiligen. Wenn nämlich die Öl- und Industrieproduktpreise weiter eskalierten, werde die Sowjetunion mit ihrer dirigistischen Wirtschaft davon profitieren. Saudi-Arabien und die Europäer müßten dem gegensteuern, weil es sonst zu spät sein könnte. Der Bundeskanzler kenne das nachdrückliche Eintreten Saudi-Arabiens auf den OPEC-Konferenzen für einen mäßigen Ölpreis, aber es sei als einzelnes Mitglied nicht stark genug, sich voll durchzusetzen.

Der *Bundeskanzler* dankte für diese wiederholte Bereitschaft zur Mithilfe bei der Bekämpfung der Wirtschaftsprobleme und bezog in diesen Dank ausdrücklich auch die mäßigende und kluge Rolle Saudi-Arabiens in der OPEC ein. Bevor er BM Graf Lambsdorff bitte, Kronprinz Fahds Frage nach den europäischen Lösungsvorstellungen zu den Wirtschaftsproblemen zu beantworten, wolle er zwei Bemerkungen machen: Er stimme dem Kronprinzen voll darin zu, daß die Folgen einer sowjetischen Intervention in Polen in der Tat schwer vorauszusehen seien. Er persönlich glaube nicht, daß sie zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen würde. Wohl aber würde ein Zustand des Kalten Krieges eintreten, in dem alles mögliche wieder virulent werde und Prestigegesichtspunkte sich geltend machen würden. Nach „Afghanistan“ würde eine Intervention in Polen eine sehr starke Polarisierung auslösen, und zwar weltweit, nicht nur in den Industrieländern, sondern auch in der auf Verteidigung ihrer Unabhängigkeit bedachten Dritten Welt. Der Bundeskanzler äußerte sodann Freude, den Kronprinzen in Cancún/Mexiko wiederzutreffen, und die Hoffnung, daß dieser Meinungsaustausch dazu beitragen werde, daß aus dem Gipfel etwas herauskomme. Er äußerte sodann Anerkennung für das Wirken des saudi-arabischen Botschafters Nouri Ibrahim in Bonn und Botschafter Vestrings in Saudi-Arabien, die dabei mitgewirkt hätten, das deutsch-saudische Verhältnisse eng zu gestalten. In Zukunft müsse es noch enger geknüpft werden, nicht nur in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

BM *Graf Lambsdorff* betonte, daß die weltwirtschaftliche Abhängigkeit so groß sei, daß es keine Einzellösungen geben könne. Weder Europa noch die USA oder Japan, noch Saudi-Arabien lebten allein auf der Welt. Er sage dies wegen der Neigungen einzelner, zu gefährlichen Maßnahmen zu greifen, z. B. zum Protektionismus. Wir bekämpften ihn und träten für einen freien Welthandel ein. Wir wollten gern in der OECD und im GATT darüber sprechen, welche Rolle Saudi-

Arabien dort spielen könne. Der Gesichtspunkt saudischer Mitwirkung sei wichtig, damit durch sie die Entstehung der Probleme wenigstens zum Teil verhindert werde. Zur Beantwortung der Frage des Kronprinzen nach einem Konzept zur Lösung der Probleme nannte der Minister: Akzeptierung der weltweiten Arbeitsteilung, Anstreben gemeinsamer Lösungen, Anpassung an die veränderten Strukturen und deren Folgen durch Wettbewerb. Allerdings müsse man sehen, daß hochentwickelte Volkswirtschaften den Wandel nicht in wenigen Jahren vollziehen könnten. Wir arbeiteten daran, dies mittelfristig zu lösen. Der Energiepreis spiele hier eine große Rolle. Er betone „Energiepreis", denn Öl sei nur ein Teil davon. Wir hätten immer akzeptiert, daß die Ölländer einen angemessenen Preis erzielen, daß sie ihren – in vielen Fällen einzigen – Rohstoff nicht so schnell wie möglich fördern und verkaufen wollten. Gerade im Hinblick auf die saudische Energiepreis- und Mengenpolitik erkennten wir dankbar an, daß Saudi-Arabien dieses Problem der langsamen, Zeit benötigenden Anpassung verstanden habe.

Unter Hinweis auf den von uns nicht bestrittenen Zusammenhang zwischen den Energie- und den Industriegüterpreisen hob BM Graf Lambsdorff die Bedeutung der Stabilitätspolitik in der industrialisierten Welt hervor und unser Eintreten für sie auf den großen internationalen Konferenzen. Wir hätten mit unserer Stabilitätspolitik relativ großen Erfolg, was natürlich dazu beitrage, daß wir große Vorbehalte gegen die Indexierung hätten.

Im Hinblick auf Saudi-Arabiens währungspolitisches Problem der Rückschleusung der Petro-Dollars in den internationalen Wirtschaftskreislauf begrüßte BM Graf Lambsdorff die Erhöhung der saudischen Quote im Internationalen Währungsfonds[20] und wies auf unseren Beitrag dafür hin, daß sie so wesentlich erhöht wurde. Abschließend äußerte er die Überzeugung, daß die Probleme nur gelöst werden könnten, wenn alle zusammenarbeiteten. Die Bundesregierung werde hierzu beitragen und ihrerseits keine Probleme schaffen.

Der *Bundeskanzler* setzte hinzu, daß die Umstrukturierung der Wirtschaft Europas lange Zeit dauern könne. Mit Ausnahme der Länder mit eigenem Öl für ihren eigenen Bedarf (Großbritannien und Norwegen) hätten alle anderen mehr oder weniger große Leistungsbilanzdefizite. Entweder müßten sie weniger Öl importieren oder den Export ihrer Erzeugnisse steigern. Der Konkurrenzkampf der Industrieländer werde zunehmen, mit ihm die Gefahr gegenseitigen Dumpings wie auch die des Protektionismus. Das alles löse aber nichts. Er glaube nicht an eine kurzfristige Überwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Sie würde sehr lange Zeit brauchen.

20 Am 3. April 1981 legte das Bundesministerium der Finanzen dar: „1) Im IWF Übereinstimmung, saudi-arabische Quote selektiv von 1,7 % auf 3,5 % (2,1 Mrd. SZR) zu erhöhen. Entsprechendes Beschlußverfahren im Gouverneursrat, das nur noch Formsache ist, läuft z. Z. (Ende der Abstimmungsfrist 27.4.1981). Saudi-Arabien hatte uns auf verschiedenen Kanälen um Unterstützung der Quotenerhöhung gebeten (u. a. Schreiben Kronprinz Fahd an BK). 2) IWF-politisch ist Ausmaß der Quotenerhöhung deutlich überzogen. Auch die Kreditgewährung Saudi-Arabiens an IWF rechtfertigt keine Vorzugsbehandlung, weil die Kredite zu kommerziellen Bedingungen gewährt werden. Aus allgemeinpolitischen Überlegungen haben wir und andere IL dennoch dem Druck der Saudis (keine saudi-arabischen Kredite an den IWF ohne Quotenerhöhung auf 3,5 %) nachgegeben. Wir machen weiter gute Miene und stellen unsere Unterstützung für die saudi-arabische Quotenerhöhung heraus." Vgl. Referat 311, Bd. 137697.

Kronprinz *Fahd* bat dann Wirtschaft- und Finanzminister *Aba al-Khail*, das Wort zu nehmen. Dieser erklärte, daß Saudi-Arabien mit der Analyse BM Graf Lambsdorffs und des Bundeskanzlers weitestgehend übereinstimme. Er wies auf die Äußerung des Kronprinzen hin, daß die saudische Preispolitik eine Preiseskalation verhindert habe, und meinte, daß die Industrieländer in der Lage sein müßten, weitere Erfolge bei der Senkung des Ölverbrauchs und bei der Strukturanpassung zu erzielen. Die saudische Politik ziele darauf, Wachstum und Stabilität zu gewährleisten, was nur in Zusammenarbeit gehe, bei der die Industrieländer die führende Rolle übernehmen müßten. Was die Folgen der Ölpreiserhöhung für die Nichtölentwicklungsländer angehe: Deren Zahlungsbilanzdefizite seien stärker auf den Anstieg der Industriegüterpreise als auf denjenigen des Ölpreises zurückzuführen. Die Steigerung ihrer Ölrechnung habe 1980 nur 17% betragen.

Sodann gab Wirtschaftsminister al-Khail folgende Informationen zur Politik Saudi-Arabiens gegenüber der Dritten Welt: 1976 bis 1980 jährlich 4 Mrd. Dollar Entwicklungshilfe, davon 1,5 Mrd. Dollar als „grants“ an 60 Staaten in Afrika und Asien. Die Hilfe habe 6% des gesamten Bruttosozialprodukts und 41% der OPEC-Hilfe = 15% der gesamten Entwicklungshilfe der OECD betragen. Das Königreich sei mit jeweils etwa 20% an der Finanzierung von zwölf regionalen Entwicklungshilfeinstitutionen beteiligt. Diese Politik und die enge Abstimmung mit der OECD werde Saudi-Arabien im Interesse der Dritten Welt fortsetzen.

Saudi-Arabien wolle sich mit den Industrieländern nicht nur im Hinblick auf die Entwicklungsländer, sondern auch währungspolitisch abstimmen. Künftig in stärkerem Maße durch den IWF. Saudi-Arabien sei der Auffassung, daß der IWF die Interessen der Staaten insgesamt wahrnehme. Daher werde es dort voll mitwirken, nicht zuletzt im Interesse der Dritten Welt.

Auch Saudi-Arabien trete für einen freien Handel ein, obwohl es noch in der Anfangsphase stehe. Es hoffe auf Fortschritte insbesondere im petrochemischen Bereich, wo das Freihandelsprinzip ebenfalls gelten müsse.

Der *Bundeskanzler* dankte dem Wirtschaftsminister und konnte in einem Punkt nicht ganz zustimmen: In der Bundesrepublik seien die Industriepreise nicht so stark gestiegen – etwa 5,5%, die Ölpreissteigerung habe jedoch in zwei Jahren über 100% betragen. Er unterstrich aber sehr, was Minister al-Khail über den IWF gesagt habe. Es sei dringend notwendig, daß Saudi-Arabien dort eine größere Rolle spiele, was nunmehr auch geschehe. Wir müßten darauf achten, daß diese nützlichen Einrichtungen nicht zum Spielball von Fraktionsinteressen würden, wie es in den VN immer wieder geschehe. Wir rechneten dabei sehr auf saudi-arabische Mitwirkung bei der Abwehr der Neigung der Vierten Welt, wie sie hier genannt werde, Entschlüsse zu fassen, die fachlich nicht vertretbar seien.

Sich zum Kronprinzen wendend, hob der Bundeskanzler die positive Rolle von Wirtschaftsminister al-Khail in der deutsch-saudischen Wirtschaftskommission hervor.

Er erklärte, daß er es für nützlich halten würde, wenn Saudi-Arabien mit einer gewissen Zielstrebigkeit nicht nur beim IWF, sondern auch in den inoffiziellen Gremien mitsprechen würde. Er würde Saudi-Arabien gern in einer dieser Grup-

pierungen sehen und würde gern dabei mithelfen, daß Saudi-Arabien aufgenommen werde. Er nannte beispielhaft die Gruppe der Fünf oder der Zehn.

Der Bundeskanzler sagte, er spreche hier aus seiner Erfahrung als früherer Finanzminister[21].

Nach erneutem Hinweis Kronprinz Fahds auf die gemeinsame Verantwortung der Öl- und der Industrieländer für die Öl- und Industriegüterpreise – auch um dem internationalen Kommunismus nicht zu Geländegewinnen zu verhelfen –, betonte der Bundeskanzler, daß Saudi-Arabien in die Klasse der für die Weltwirtschaft verantwortlichen Staaten gehöre und dort von ganz besonderem Gewicht sei, von größerem Gewicht als wir. Unter Anknüpfung an eine Bemerkung Kronprinz Fahds über die Rolle der großen Konferenzen äußerte der Bundeskanzler die Notwendigkeit inoffizieller gemeinsamer Denkprozesse. Sie gebe es für die Weltpolitik, für die militärischen Aspekte des Ost-West-Verhältnisses usw. durch eine Reihe von Institutionen, in denen von Wissenschaftlern, Politikern, Militärs und Diplomaten nachgedacht werden könne, ohne daß die Regierungen ins Obligo gerieten. Für die Weltwirtschaft gebe es die Trilaterale Kommission[22], an der die Araber und die OPEC aber nicht beteiligt seien. Solche inoffiziellen Ebenen gebe es auch in der OECD. An dergleichen sollte Saudi-Arabien beteiligt werden, um seine – wie er gespürt habe beträchtlichen – Einsichten einzubringen, die es in der öffentlichen Diskussion aus verschiedenen Rücksichten so nicht äußern könne. *Fahd* begrüßte diese Idee, von der er sich viel verspreche. Es gebe zahlreiche hochqualifizierte Saudis für eine Teilnahme. Auf diese Weise könnten Fehler der Vergangenheit vermieden und Anregungen gegeben werden. Zum Schluß könne man – wenn es danach sei – das Ergebnis offiziell machen. Der *Bundeskanzler* trat mit Unterstützung Fahds für ein gemeinsames Seminar von Diplomaten, Währungs- und Wirtschaftsexperten u. a. ein, zu dem einige andere Araber und von unserer Seite etwa Frankreich, die Niederlande und die Schweiz hinzugeladen werden sollten. Dann könne man ernsthaft reden, statt diplomatische Noten auszutauschen.

Fahd dankte BM Graf Lambsdorff für seine Bemühungen im Rahmen der deutsch-saudischen Wirtschaftskommission, dem Bundeskanzler für das Saudi-Arabien dadurch zuteil werdende Know-how, und hoffte auf Fortsetzung der Kommissionsarbeit. Saudi-Arabien sei entschlossen, das deutsch-saudische bilaterale Wirtschaftsverhältnis zu fördern und weiter voranzubringen. Der Kronprinz überreichte hierzu eine Tabelle mit Zahlenmaterial (65 Firmen, davon 51 mit dem saudischen Staat mit 24 Mrd. Riad Umsatz). Der *Bundeskanzler*: Auch er habe den Eindruck, daß das wirtschaftliche Verhältnis sich gut entwickele, und berichtete aus einem Gespräch mit Herrn Korf, daß dieser mit größtem

21 Helmut Schmidt war von 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen.

22 Ministerialdirigent Dröge erläuterte am 5. Mai 1981, die Trilaterale Kommission (TK) sei „eine Vereinigung unabhängiger Persönlichkeiten aus den Vereinigten Staaten, Europa und Japan. Sie wurde 1973 von David Rockefeller, Zbignew Brzezinski und Gerard Smith ins Leben gerufen mit dem Ziel eines hochrangigen inoffiziellen Meinungsaustausches zwischen diesen drei Regionen über politische und wirtschaftliche sowie verteidigungspolitische Fragen. Dieser ursprünglichen Absicht wird inzwischen weitgehend durch den Weltwirtschaftgipfel Rechnung getragen. Aufgrund des Ansehens und Einflusses seiner Mitglieder ist die TK auch weiterhin ein wichtiges Forum der europäisch-amerikanisch-japanischen Meinungsbildung." Vgl. Referat 204, Bd. 123319.

Optimismus der Vollendung des gemeinsamen Stahlprojekts[23] und dessen Betrieb entgegensehe. Die bilateralen Beziehungen seien auf gutem Wege. Dies gelte nicht nur für die staatliche, sondern auch für die private Ebene, wie der Bericht Professor Rodenstocks an ihn über den Saudi-Arabien-Besuch der BDI-Delegation unter seiner Leitung vom März 1981[24] bestätigt habe (Hinweis des Bundeskanzlers, daß wegen dieses kürzlichen Besuchs kein Wirtschaftsführer in seiner Delegation, sondern Vertreter des Geisteslebens[25]).

Kronprinz *Fahd* führte dann zu Rüstungslieferungen[26] folgendes aus: Saudi-Arabien benötige diese Waffen ausschließlich zur Selbstverteidigung, nicht um irgend jemanden anzugreifen. Aufgrund unserer Freundschaft wolle er weder uns noch Saudi-Arabien Schwierigkeiten machen. Er sei sicher, daß der Bundeskanzler alles tun werde, um dieses saudische Interesse zu berücksichtigen. Er wisse von den internen Umständen bei uns; es gebe aber auch andere Faktoren, die wir nicht so gut kennten. Der dringliche Wunsch Saudi-Arabiens an einen befreundeten Staat sei jedenfalls da. Der Bundeskanzler solle handeln, wie er könne. Aber er wolle keine Schwierigkeiten machen, wolle nicht, daß unsere gemeinsamen Feinde etwas fänden, um es auszunutzen. Es bleibe dem Bundeskanzler überlassen, diesen Themenkreis zu behandeln. Der *Bundeskanzler* erinnerte an das über dieses Thema anläßlich des Staatsbesuchs König Khalids im Juni 1980[27] mit Verteidigungsminister Prinz Sultan (wie auch im Herbst 1980 mit AM Prinz Saud al-Faisal[28]) geführte Gespräch in Gegenwart BM Genschers und BM Graf Lambsdorffs, bei dem er gesagt habe, daß wir für diesen saudischen Wunsch sehr aufgeschlossen seien, es jedoch außerordentli-

23 Botschafter Vestring, Djidda, teilte am 2. Februar 1981 mit, am 25. Februar 1981 werde die „Jeddah Steel Rolling Mill" dem Betrieb übergeben. Dieses Werk gehöre zu je 50 % der „Saudi Basic Industries Corporation" (SABIC) und der Korf Stahl AG und habe eine Kapazität von etwa 140 000 Jahrestonnen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 61; Referat 311, Bd. 137699.
Das Bundesministerium für Wirtschaft erläuterte am 1. April 1981, im Februar 1979 sei für ein Gemeinschaftsunternehmen der SABIC, der Korf Stahl AG und der „Deutschen Entwicklungsgesellschaft" (DEG) in Jubail der Grundstein gelegt worden: „Das nach dem Direktreduktionsverfahren konzipierte Projekt (Gesamtkosten 600 Mio. DM) soll ab 1983 jährlich 850 000 t Stahl erzeugen. Die Errichtung eines Walzwerks mit entsprechender Qualität ist vorgesehen." Vgl. Referat 311, Bd. 137697.

24 Zum Besuch einer Delegation des BDI vom 7. bis 14. März 1981 in Saudi-Arabien berichtete Botschafter Vestring, Djidda, am 15. März 1981: „Ziel der Reise war es, einen Eindruck von den geschäftlichen Möglichkeiten in diesem Lande zu gewinnen und für die deutsche Wirtschaft in Saudi-Arabien zu werben. […] Die Delegation verließ das Land mit dem Eindruck, daß Saudi-Arabien der deutschen Wirtschaft außerordentlich positiv gegenübersteht, daß der saudische Markt sehr lohnend, aber auch recht schwierig ist, und daß der Erfolg der deutschen Wirtschaft in Saudi-Arabien wesentlich durch die politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern mitbestimmt wird." Verschiedene Gespräche hätten den Eindruck vermittelt, „daß die Großprojekte im petrochemischen und Raffineriebereich durchweg vergeben seien". Ferner hätten die saudi-arabischen Gesprächspartner alle unterstrichen, „daß bei einer Ablehnung der seit 1954 bestehenden saudischen Wünsche nach deutschen Rüstungslieferungen mit einem spürbaren Rückschlag in den Wirtschaftsbeziehungen gerechnet werden müsse". Vgl. den Drahtbericht Nr. 200; Referat 311, Bd. 137699.

25 Bundeskanzler Schmidt wurde begleitet vom Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Kaiser, dem Vorsitzenden der Max-Planck-Gesellschaft, Lüst, und dem Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Seibold. Vgl. dazu ADG, S. 24519.

26 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 53.

27 König Khalid hielt sich vom 16. bis 19. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 176.

28 Der saudi-arabische Außenminister Prinz Saud al-Faisal hielt sich am 11. November 1980 in der Bundesrepublik auf.

che Schwierigkeiten geben würde. Diese Sensibilitäten seien nach der Bundestagswahl[29] in voller Deutlichkeit zutage getreten. Der Bundeskanzler umriß die Lage wie folgt: Noch nie seien von uns Panzer in ein Land geliefert worden, das nicht der NATO angehöre (oder einem NATO-Land gleichgestellt sei). Seit über einem Vierteljahrhundert verböten Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz – Gesetze, an denen er in den 50er Jahren selbst mitgewirkt habe – der deutschen Industrie, solche Waffen zu liefern.[30] Sie seien aus dem Bestreben heraus entstanden, die Bundesrepublik Deutschland nicht in irgendwelche fremden Konflikte zu involvieren – von Nahost oder gar Saudi-Arabien sei damals nicht die Rede gewesen –, nachdem Deutschland im Ersten und Zweiten Weltkrieg 6,7 Millionen Menschen verloren habe. Diese seit 25 Jahren geltenden Gesetze ließen Ausnahmen zu, die seit etwa einem Jahrzehnt in Richtlinien gefaßt seien. Er habe Prinz Sultan und AM Saud vorgetragen, daß wir zunächst diese Grundsätze ändern müßten, bevor wir an Panzerlieferungen auch nur denken könnten. Vielleicht interessiere, daß wir ähnliche Wünsche seitens des Schahs von Iran[31], aber z. B. auch von Nordjemen[32], abgelehnt hätten. Die nach der Wahl eingeleitete Überprüfung unserer Grundsätze habe zugleich eine große öffentliche Debatte[33] ausgelöst. Das hänge auch zusammen mit einer Lieferung von zwei U-Booten an einen südamerikanischen Staat[34], die die öffentliche Meinung außerordentlich sensibilisiert habe. Die beim Besuch AM Saud al-Faisals Anfang November 1980 bestehende Hoffnung, eine Entscheidung bis Weihnachten herbeiführen zu können, habe sich nicht verwirklicht. Die Überprüfung sei noch in vollem Gange.[35] Mittlerweile habe auch

29 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

30 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2.

31 Mohammed Reza Pahlevi.
Iran bemühte sich seit 1968 um den Erwerb von Panzern vom Typ „Leopard“ aus der Bundesrepublik. Im Oktober 1970 äußerte die iranische Regierung ferner Interesse an einer Lizenzproduktion des „Leopard“ in Iran. Am 30. Oktober 1974 teilte die iranische Regierung jedoch ihre Absicht mit, daß sie statt dessen britische Panzer vom Typ „Chieftain V“ erwerben werde. Vgl. dazu AAPD 1970, III, Dok. 477, AAPD 1974, I, Dok. 66, AAPD 1974, II, Dok. 320, und AAPD 1975, I, Dok. 169.
Angesichts eines neuerlichen Kaufinteresses Irans sprach sich das Auswärtige Amt im Oktober 1976 gegen eine Lieferung von Panzern vom Typ „Leopard“ aus. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 317.

32 Im Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 2. Dezember 1980 äußerte Präsident Saleh „die Hoffnung auf Zusammenarbeit nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen und militärischen Bereich. Sein Land sei an einer Diversifizierung seiner Waffenimporte interessiert.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 55; B 150, Aktenkopien 1980.
Botschafter Schilling, Sanaa, teilte am 26. Februar 1981 mit, gegenüber Bundesminister Offergeld habe Saleh erneut den Wunsch geäußert, „auch im militärischen Bereich verstärkt mit uns zusammenzuarbeiten“. Schilling äußerte dazu: „BM Offergeld beschränkte sich auf die allgemeine Erwiderung, daß man die bilaterale Zusammenarbeit sicher auch auf andere Bereiche, z. B. Kultur, ausdehnen könne. Das Thema wurde nicht vertieft.“ Schilling berichtete weiter, das Thema sei außerdem in einem kürzlichen Gespräch mit dem Stabschef der Streitkräfte, al-Barati, erörtert worden. Er, Schilling, habe dabei erklärt, „daß es uns angesichts der Vergangenheit – zwei verlorene Weltkriege – grundsätzlich nicht möglich sein werde, Waffen in die J[emenitische]A[rabische]R[epublik] zu liefern. Gesprächspartner zeigte dafür Verständnis.“ Schilling legte dar: „Das Thema Waffenlieferungen in den Jemen wird von der hiesigen Regierung ohne Intensität und nur gelegentlich als Merkposten vorgetragen. Wir haben gegenwärtig keine Veranlassung, näher darauf einzugehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 90; Referat 422, Bd. 124225.

33 Zur öffentlichen Debatte über Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 9, Anm. 5.

34 Zur geplanten Lieferung von zwei U-Booten an Chile vgl. Dok. 12, Anm. 12.

35 Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.

das Parlament Gruppen eingesetzt, die sich autonom mit dem Problem auseinandersetzten. Eine Abweichung von den Grundsätzen würde zu einer hochstreitigen Angelegenheit werden, die für seine Regierung außerordentlich unerfreulich sein würde. Daher danke er dem Kronprinzen besonders für seine Aussage, daß Saudi-Arabien ihm keine Schwierigkeiten bereiten wolle. Der Bundeskanzler verwies sodann auf seine Äußerungen im Deutschen Fernsehen vom 26. April 1981[36], denen zufolge wir zu einer Lieferung gegenwärtig nicht in der Lage seien, eine solche Möglichkeit für die kommenden Jahre aber offengelassen wurde. Im selben Interview habe er auch klargestellt, daß wir uns nicht von anderen Regierungen nötigen ließen. Damit sei natürlich Israel gemeint gewesen, und die israelische Presse habe ja auch entsprechend reagiert.[37]

In allen drei Parteien gebe es Politiker, die gegen eine Änderung unserer Grundsätze seien – ein kleiner Teil Israels wegen, der größere aus Gründen der ursprünglichen Philosophie, die seinerzeit zu den Grundsätzen geführt habe. Für die von zwei Parteien getragene Bundesregierung spiele Israel dabei keine Rolle, wie es auch bei der Ablehnung der Wünsche des Schahs nach Panzerlieferungen keine Rolle gespielt habe. Für die Bundesregierung gehe es darum, ob sie für inhaltlich gegenüber den letzten zehn Jahren veränderte Grundsätze innenpolitisch eine ausreichende Mehrheit erhalte. Solche Mehrheit gebe es zur Zeit nicht, wobei leider auch eine Beeinflussung der öffentlichen Meinung aus westlichen Ländern im Spiel sei, die selber gern Waffen liefern wollten und die das enge deutsch-saudische Verhältnis nicht so gern sähen.

Diesen Komplex abschließend, würdigte der Bundeskanzler erneut, daß Saudi-Arabien uns nicht dränge, und bemerkte, daß manche neuen Entwicklungen

36 Bundeskanzler Schmidt erklärte in einem Interview für die Sendung „Bonner Perspektiven“ des ZDF: „Wir haben ja bisher unter allen Industriestaaten der Welt die größte Zurückhaltung beim Export von Waffen und anderem Rüstungsgerät uns auferlegt. Das soll auch in Zukunft so bleiben.“ Auf die Frage, ob der Grund „Rücksichtnahme und die Verpflichtung gegenüber Israel“ sei, führte Schmidt aus: „Nein, wir lassen uns das nicht von einem anderen Staat oder von der Regierung eines anderen Staates vorschreiben, was wir tun und lassen, sondern es ist die Überlegung gewesen heute vor zehn Jahren, als wir diese Zurückhaltung in Grundsätze der Bundesregierung gegossen haben – es war die Überlegung, daß man auf diese Weise am besten vermeidet, in fremde Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden.“ Auf die Frage, ob die Lieferung von Panzern vom Typ „Leopard II“ „außerhalb jeder Möglichkeit“ sei, führte Schmidt aus: „Gegenwärtig ist das nicht unsere Absicht. Wie das im Laufe von Jahren oder Jahrzehnten sich entwickelt, da mache ich keine Vorhersagen. Und ich muß noch einmal sagen, dies steht ganz gewiß nicht im Mittelpunkt unseres Meinungsaustausches.“ Vgl. die Mitschrift des Interviews; Referat 311, Bd. 137697.

37 Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am 27. April 1981, die israelische Presse sei mehrfach auf Interviews des Bundeskanzlers Schmidt für verschiedene arabische Zeitungen eingegangen: „Berichte nach Interview vermitteln deutlich den Eindruck, daß Export von Rüstungsgütern und Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland auch in Zukunft restriktiv gehandhabt wird. Diese Aussage spielt für Meinungsartikel nach Interview jedoch keine Rolle.“ So sei am 27. April 1981 ausgeführt worden, „daß Erklärung des Bundeskanzlers, daß Entscheidung zu Rüstungsexport von deutschen nationalen Interessen bestimmt sein wird und dritter Staat unter keinen Umständen Einfluß auf deutsche Rüstungsexportpolitik nehmen werde, ‚nichts Gutes für die zukünftigen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel bedeute‘.“ Eine andere Zeitung habe geäußert: „Dem Realpolitiker Schmidt seien saudisches Öl, saudische Märkte und saudisches Kapital ‚hundertmal wichtiger als echte Sorge um den Frieden in Nahost‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 291; Referat 310, Bd. 135678.
Am 29. April 1981 teilte Schütz ergänzend mit: „Am 28.4. waren israel[ische] Blätter vereinzelt auf Interview von BK Schmidt in ‚Bonner Perspektiven‘, besonders auf Äußerung, daß Lieferverpflichtung gegenüber Saudi-Arabien z. Zt. nicht möglich, eingegangen. […] Al-Hamishmar 28.4. in einer Glosse: Bundeskanzler wisse, daß deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien ‚moralischer Skandal‘ wären.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; Referat 310, Bd. 135678.

Zeit brauchten – in Saudi-Arabien wie auch bei uns. Er denke dabei daran, wie lange es her sei, daß wir uns mit den Saudis gemeinsam an die Prüfung von Projekten gemacht hätten, die die innere Sicherheit Saudi-Arabiens beträfen[38], die weit über das hinausgingen, was wir mit irgendeinem anderen Land täten, und bei denen wir uns mit Einwendungen von Verbündeten wegen der Lieferung modernster sensitiver Technologie auseinanderzusetzen gehabt hätten. Das habe seine Entwicklung gebraucht, verwirkliche sich aber jetzt.

Kronprinz *Fahd* entgegnete, er werde sich zu diesem Thema nicht mehr äußern. Die deutsch-saudische Freundschaft zähle für ihn mehr, und er überlasse das Nachdenken über diesen Komplex dem Bundeskanzler. Der *Bundeskanzler* dankte für diese Zurückhaltung und schloß hierin auch den saudi-arabischen Botschafter in Bonn ein. Auf beiden Seiten müßte mehr Ruhe in die Presse kommen. Auf beiden Seiten habe es Zeitungen gegeben, die die Sache zu einer Prestige-Angelegenheit gemacht hätten, was nicht gut sei.

Hieran schloß sich eine Erörterung über die Behandlung des Themas für die Presse an, die mit dem Einvernehmen endete, daß beide Delegationen sich zusammensetzen und auf eine Sprache einigen sollten, die deutscherseits zum Ausdruck bringe, daß dieses Thema vom Bundeskanzler in die Gespräche eingeführt, und saudischerseits, daß kein offizieller Wunsch nach Rüstungslieferungen geäußert worden sei.

Auf Bitten Fahds erläuterte der *Bundeskanzler* sodann die europäische Initiative zum Nahost-Konflikt[39]: Wir, Frankreich, Großbritannien, die Staaten der EG seien von Camp David überrascht worden und hätten daran keinen Anteil gehabt. Er habe die Struktur von Camp David I, aber auch von Camp David II, von vornherein für wenig glücklich gehalten, zumal da sie zwei Kategorien von Fehlern enthielten. Zum einen stünden die eigentlichen Streitfragen nicht im Brennpunkt; zum anderen sei Camp David ohne Kontakt mit den anderen arabischen Staaten zustande gekommen. Die schwierige Lage, in die die Euro-

38 Seit Januar 1977 bestanden Kontakte zwischen dem Bundesministerium des Innern und der saudi-arabischen Regierung über die Einrichtung eines landesweiten Funküberwachungssystems in Saudi-Arabien („Projekt Monitor"). Ferner gab es eine Zusammenarbeit bei der Schulung von saudi-arabischen Spezialeinheiten für die Befreiung von Geiseln aus Flugzeugen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 23 und Dok. 34, sowie AAPD 1979, II, Dok. 213.
Zum Stand des „Projekts Monitor" teilte das Bundesministerium des Innern am 3. April 1981 mit, der Beitrag der Bundesregierung, der durch ein Ressortabkommen vom 14. November 1980 vertraglich fixiert worden sei, beinhalte: „a) Erstellen eines Konzeptes für die Funküberwachungsorganisation, b) fernmeldetechnische Beratung und Unterstützung bei Verhandlungen mit deutschen Firmen, c) Planung der Auswahl und Ausbildung des Führungs- und Betriebspersonals im Erkennen, Erfassen und Auswerten sicherheitsrelevanter Funkverkehre, d) Überwachung des Systemaufbaus." Ferner sei am 23. Juli 1980 zur Realisierung des „Projekts Monitor" ein Vertrag zwischen dem saudi-arabischen Innenministerium und der Firma Siemens AG unterzeichnet worden: „Für Aufbau und Inbetriebnahme ist ein Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Die Gesamtkosten des Projektes belaufen sich auf etwa 700 Mio. DM. […] Seit Anfang 1981 werden mit unserer Beteiligung geeignete Standorte für den Aufbau der Anlagen ausgewählt und festgelegt. […] Zur Zeit befinden sich 24 Angehörige des saudi-arabischen Innenministeriums auf einem Sprachenkurs in Karlsruhe (Firma Siemens) zur Vorbereitung auf die fernmeldefachliche Ausbildung. Diese Ausbildung in der Bundesrepublik wird etwa 18 Monate andauern und anschließend in Saudi-Arabien fortgeführt. Siemens wird Ende Mai 1981 ein auf das Projekt abgestimmtes Trainingszentrum in Karlsruhe in Betrieb nehmen." Vgl. Referat 311, Bd. 137697.

39 Vgl. dazu die Nahost-Reise des niederländischen Außenministers van der Klaauw in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident vom 22. bis 25. Februar 1981; Dok. 82, besonders Anm. 4, 6 und 8.

päer dadurch geraten seien, daß einerseits andere arabische Staaten erheblich beeinträchtigt, andererseits Camp David von unserem wichtigsten Verbündeten in die Welt gesetzt worden sei, bringe es mit sich, daß sie sich nach außen nicht in derselben Schärfe wie die Araber äußern könnten. Das verbiete die Rücksicht auf die USA. Hier liege der Ansatzpunkt der Operation, die die europäische Initiative genannt werde. Sie wolle Camp David nicht stören oder zerstören, versuche aber, etwas Vernünftiges zu tun, ohne sich mit den USA überwerfen zu müssen. Ihr Zweck sei ein doppelter: erzieherische Wirkung auf die USA und Information an die Israelis (und Araber), daß die Europäer anders dächten, zweitens der Versuch, eine Position aufzubauen, die benötigt wird, wenn Camp David – dem er maximal 15 Monate, vielleicht weniger gebe – zusammenbricht. Eine Annäherung zwischen Ägypten und den übrigen Arabern würde im Interesse beider liegen.

Auch bei der gegenwärtigen starken Betonung der strategischen Aspekte durch die USA und auch, wenn die Europäer die amerikanischen Bemühungen nicht stören wollten, würden sie doch sich nicht davon abbringen lassen, folgende notwendigen Elemente öffentlich zu betonen:

1) Das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und daß die PLO eine am Friedensprozeß zu beteiligende Partei sei;

2) das Recht aller Staaten der Region, in sicheren und anerkannten Grenzen zu leben, das für alle Araber, aber auch für Israel gelte;

3) Israel muß im Einklang mit Resolution 242[40] die besetzten Gebiete räumen.

Hier werde das europäisch-arabische Ministertreffen (Europäisch-Arabischer Dialog) von Bedeutung, dessen Verschiebung auf Oktober[41] er für glücklich und zweckmäßig halte.

Kronprinz *Fahd* erwiderte, daß dies klare Worte seien. Er wolle seinerseits zu den substantiellen Fragen des Streits zwischen den Arabern und den Israelis folgendes sagen. Er spreche nicht von der Opposition gegen Camp David als Selbstzweck, die es auch gebe. Aber kein arabisches Land habe in dieser Frage, die alle Araber einschließlich der Palästinenser angehe, das Recht zu einseitigen Schritten. Camp David verwirkliche nicht die substantiellen Ziele der Araber, noch nicht einmal die Resolution 242. Es sage nichts zu Jerusalem, zur Rückkehr der Palästinenser in ihre Heimat und zum israelischen Abzug aus den 1967 besetzten Gebieten. Camp David sei eine Zeitvergeudung. Der richtige Schritt wäre eine Friedenskonferenz in Genf unter Teilnahme aller unmit-

40 Resolution Nr. 242 des VN-Sicherheitsrats vom 22. November 1967: „The Security Council [...] 1) Affirms that the fulfilment of Charter principles requires the establishment of a just and lasting peace in the Middle East which should include the application of both the following principles: i) Withdrawal of Israel armed forces from territories occupied in the recent conflict; ii) Termination of all claims or states of belligerency and respect for and acknowledgement of the sovereignty, territorial integrity and political independence of every State in the area and their right to live in peace within secure and recognized boundaries free from threats or acts of force; 2) Affirms further the necessity a) For guaranteeing freedom of navigation through international waterways in the area; b) For achieving a just settlement of the refugee problem; c) For guaranteeing the territorial inviolability and political independence of every State in the area, through measures including the establishment of demilitarized zones". Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VI, S. 42 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 578 f.

41 Zur Verschiebung einer Außenministerkonferenz im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 113, Anm. 29.

telbar Beteiligten. Ohne Abstimmung mit den übrigen Arabern habe Ägypten keine Aussicht, von den Israelis Konzessionen zu erhalten. Saudi-Arabien habe nichts gegen Sadat, wenn er für den Abzug der Israelis aus den besetzten Gebieten, das Recht der Palästinenser auf Rückkehr in die Heimat und auf Selbstbestimmung eintrete. Saudi-Arabien werde aber nicht in etwas eintreten, was Sadat ohne Abstimmung begonnen habe. Nachdem Sadat in seiner Knesset-Rede[42] für die palästinensischen Rechte eingetreten sei, habe man eine Zeitlang die Hoffnung gehabt, daß er doch noch die richtigen Ziele verfolge. Aber es habe nur zu rein bilateralen Ergebnissen geführt: diplomatische Beziehungen[43] usw., ohne Lösung der Substanzfragen. Die Normalisierung der Beziehungen habe außer dem Teilrückzug keine Ergebnisse gebracht.

Jeder faire Mensch müsse den Unterschied zwischen dem Aggressor sehen, der fremdes Gebiet besetze und Menschen an der Heimkehr hindere, und den Arabern, die für Frieden und Rückkehr der Palästinenser einträten. Selbst die USA hätten inzwischen die Einsicht, daß Camp David zu nichts führen werde. Die europäische Initiative sei besser als Camp David, da sie die Rechtsbrüche nicht übergehe. Saudi-Arabien und Teile der arabischen Welt wollten nicht mit einer defätistischen Politik Zeit vergeuden. Das würde es der Sowjetunion ermöglichen, als Retter zu erscheinen, während sie in Wahrheit an einer Lösung gar nicht interessiert sei und sich im Gegenteil von einer Nichtlösung eine Förderung ihrer Pläne verspreche.

Fahd erklärte, daß die Existenz Israels in der Region als Normalität bestätigt sei. Dies dürfe jedoch nicht auf Kosten der legitimen Rechte der arabischen Staaten gehen. Israel selbst habe die Resolution 242 anerkannt. Niemand könne die Araber zwingen, ihre Rechte aufzugeben. Der sowjetischen Präsenz im Nahen Osten und in Afrika werde durch die USA zu Unrecht ein größeres Interesse beigemessen als der Gefährlichkeit des ungelösten arabisch-israelischen Konflikts. Der *Bundeskanzler* wies hierzu auf die Möglichkeit hin, die Präokkupation der USA mit dem sowjetischen Vordringen dazu zu nutzen, sie im Sinne der saudischen Einschätzung zu beeinflussen, indem man sie darauf aufmerksam mache, daß ihre Behandlung der Westbank, der Palästinenser und der PLO zwangsläufig zu einer Vergrößerung des sowjetischen Einflusses in der arabischen Welt im allgemeinen, in Syrien und bei der PLO selbst führe. *Fahd* bemerkte, daß das richtig, aber von Saudi-Arabien immer schon gegenüber den USA geltend gemacht worden sei. Es wäre aber nützlich, wenn der Bundeskanzler bei seinem Besuch in den USA diese Linie vertreten würde. Ihm vertraue man dort. Vielleicht wollten die Juden das nicht, er meine aber, daß eine Anerkennung der PLO durch Europa und durch die USA deren Abhängigkeit von der Sowjetunion mindern würde. Gegenwärtig würden die arabischen Völker durch die Behauptungen der Sowjetunion, ihr Freund zu sein, beeinflußt. Es gebe in der PLO eine Mehrheit für eine gemäßigte Politik, die jedoch unter dem Zwang der Extremisten stehe. Es sei falsch, von der PLO die Anerken-

42 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Sadat am 20. November 1977 im israelischen Parlament in Jerusalem vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 103–107 (Auszug).

43 Am 18. Februar 1980 wurde die israelische Botschaft in Kairo und am 26. Februar 1980 die ägyptische Botschaft in Tel Aviv eröffnet. Der israelische Botschafter in Kairo, Ben-Elissar, und der ägyptische Botschafter in Tel Aviv, Murtada, überreichten am 26. Februar 1980 ihr Beglaubigungsschreiben.

nung Israels zu verlangen. Wer würde dann noch Israel dazu zwingen können, sich aus Westjordanien und Jerusalem zurückzuziehen? Wenn man Israel dazu nicht zwinge – er meine nicht mit Waffen –, werde es sich nie bewegen. Die PLO müsse durch die genannten Staaten (Europa und USA) anerkannt werden. Saudi-Arabien sei an einem Erfolg der europäischen Initiative interessiert, da sie den Weg zu einer gerechten Lösung zeige. Es wisse aber, daß Israel nicht an einer Lösung interessiert sei.

Der *Bundeskanzler* antwortete:

1) Er versichere Fahd, daß er in bezug auf das Palästinenserproblem, Camp David und die europäische Initiative bei Ronald Reagan genauso sprechen würde wie hier mit Fahd und daß er sicher sei, daß dies hinsichtlich Frankreichs und Großbritanniens genauso sei. Andere Regierungen Europas sähen das vielleicht anders, sie aber hätten weniger Gewicht in Europa und in der Welt.

2) Er erinnere daran, daß es nicht leicht sei, „to take the United States to task". Er habe aber das Gefühl, daß man nach dem Besuch AM Haigs in Saudi-Arabien[44] hinsichtlich der amerikanischen Politik beruhigter sein könne.

VS-Bd. 14095 (010)

119

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd in Riad

28. April 1981[1]

Dolmetscheraufzeichnung eines Gesprächs des Herrn Bundeskanzlers mit Kronprinz Fahd am 28.4.1981 (ca. 22.00 bis 23.00 Uhr)[2]

An dem Gespräch nahmen teil:

von deutscher Seite: BM Graf Lambsdorff, StS van Well;

von saudischer Seite: Prinz Abdallah, Prinz Saud al-Faisal.

Der Herr *Bundeskanzler* begrüßte es, daß der Chef der Nationalgarde, Prinz Abdallah, der in der Frage der Waffenkäufe Saudi-Arabiens mit involviert sei,

44 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 7./8. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 106, Anm. 13.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Hajjaj am 30. April 1981 gefertigt.
Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, am 30. April 1981 vorgelegen.
Hat Bundeskanzler Schmidt am 2. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Bitte mit allen Gesprächsaufz[eichnungen] aus Riad erneut vorlegen."
Hat Bruns am 4. Mai 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref[erat] 213 b[itte] w[eitere] V[eranlassung]."

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu auch Dok. 117 und Dok. 118.

an dem Gespräch teilnahm. Er bat ferner, den Verteidigungsminister, Prinz Sultan, vom Inhalt dieses Gesprächs in Kenntnis zu setzen.

BK äußerte den Wunsch, daß der Eindruck in der Öffentlichkeit vermieden werden müßte, daß

a) Saudi-Arabien die Bundesrepublik hinsichtlich der Waffenwünsche[3] unter Druck setzen und

b) die Bundesrepublik einem Wunsch Saudi-Arabiens nicht entsprechen könne.

Das Einverständnis der saudischen Seite vorausgesetzt, werde BK auf der morgigen Pressekonferenz[4] mitteilen, die saudische Regierung habe die Erläuterungen des BK zur innenpolitischen Situation zur Kenntnis genommen, wobei später beide Seiten zur Behandlung anderer Themenkreise (Jerusalem, Westbank, Palästina-Frage einschließlich des Selbstbestimmungsrechts) übergegangen seien.

Prinz *Fahd* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Auf der morgigen Pressekonferenz werde er erklären, seine Regierung habe nicht an die Bundesregierung den Wunsch herangetragen, deutsche Waffen zu beziehen; aufgrund der zwischen beiden Staaten bestehenden Freundschaft würde seine Regierung sich indessen darüber freuen, wenn der Import deutscher Waffen möglich gemacht werden würde. Es sei der deutschen Seite überlassen, darüber zu befinden, wann dies eintreten werde.

BK würdigte die von Fahd am Vortag erfolgte Analyse der Situation in der Region einschließlich in den beiden Jemen. Die deutsche Seite habe dadurch ein klareres Bild über die sicherheitspolitischen Probleme der arabischen Halbinsel gewinnen können als bisher. Diese Probleme hätten, so im Falle der beiden Jemen, nichts mit der eigentlichen Nahost-Problematik zu tun. BK würdigte in diesem Zusammenhang die verantwortungsbewußte Politik und die Entschlossenheit Saudi-Arabiens, trotz der auf der Hand liegenden Bedrohung durch die Sowjetunion an seinen Bindungen an den Westen festzuhalten. Diese Eindrükke verstärkten bei ihm die Überzeugung, daß die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Saudi-Arabien und dem Westen für beide Seiten notwendig und nützlich sei.

Fahd hob die Bedeutung dieser sicherheitspolitischen Zusammenarbeit hervor und erklärte im Zusammenhang mit der Waffenfrage, Saudi-Arabien benötige diese Waffen dringend, habe zugleich Verständnis für die innenpolitische Situation der Bundesrepublik.

BK erklärte, aus Anlaß seines im Mai vorgesehenen Washington-Besuchs[5] werde er Präsident Reagan über seine Unterredung mit der saudischen Führung berichten. Dies werde er auch gegenüber dem Auswärtigen Ausschuß des Bundestages und den beiden Koalitionsparteien in Bonn vortragen. Es müsse ei-

3 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 53.

4 Zur gemeinsamen Pressekonferenz des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd am 29. April 1981 in Riad vgl. den Artikel „Riad hofft weiter auf Waffen aus Bonn“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 30. April 1981, S. 1.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

ne starke Basis für das Verständnis der saudischen sicherheitspolitischen Interessen in Deutschland geschaffen werden.

Zu den Waffenwünschen Saudi-Arabiens sagte BK, jeder in Deutschland, einschließlich der im Bundestag vertretenen Parteien, wisse, daß er für die Waffenlieferung an Saudi-Arabien eintrete. Es müßten allerdings Schritte unternommen werden, die zu einer Positionsänderung innerhalb des Bundestages beitrügen. Innerhalb aller drei im Bundestag vertretenen Parteien gäbe es gegenwärtig eine heftige Diskussion darüber, ob deutsche Waffen außerhalb der NATO-Länder exportiert werden sollten. Diese Diskussion werde auch von der Führung dieser Parteien öffentlich vorgetragen. Innerhalb der beiden Kirchen träten lediglich die Gegner, nicht jedoch die Anhänger der Waffenexportausweitung in Erscheinung.

Hinsichtlich der Ablehnung von Waffenexporten außerhalb der NATO spiele der Israel-Faktor eine nur geringe Rolle. Die Frage eines möglichen Exports von zwei U-Booten in einen Nicht-NATO-Staat[6] habe zur Erhitzung der Waffenexportdiskussion beigetragen.

BK gab der saudischen Seite zu verstehen, daß gegenwärtig eine Entscheidung zugunsten der Waffenexporte nach Saudi-Arabien die Bundesregierung in richtig[7] große Schwierigkeiten bringen würde. Er hoffe, daß in Zukunft ein positiver Beschluß unter günstigeren Umständen möglich sein werde. Dies erfordere einen Prozeß des Umdenkens innerhalb des Bundestages.

Fahd unterstrich, daß sein Land der Bundesregierung in der Frage der Waffenexporte keine Schwierigkeiten machen wolle. Er könne allerdings den deutschen Medien entnehmen, daß viele Firmen und Persönlichkeiten des geistigen Lebens in Deutschland für die Waffenexporte nach Saudi-Arabien einträten. Ein solches Waffengeschäft käme im übrigen den Interessen beider Länder zugute. Dieses Geschäft würde außerdem nur einen Teil des engen wirtschaftlichen Geflechts zwischen beiden Ländern ausmachen, an dessen Ausbau Saudi-Arabien besonders interessiert sei. Man müsse Gegner des Waffengeschäfts angesichts der für beide Teile zu erwartenden Vorteile nach dem Grund ihrer Gegnerschaft fragen.

BK unterstrich, daß es sich bei der Waffenexportdiskussion[8] nicht um den spezifischen Fall Saudi-Arabien handle. Die Bundesrepublik habe bisher keine Panzer außerhalb der NATO geliefert. Ein entsprechender Wunsch des Ex-Schahs Reza Pahlevi[9] und der pakistanischen Regierung[10] sei bereits abgeschlagen worden. Es gehe in diesem Zusammenhang um zwei seit einem Vierteljahrhundert geltende Gesetze sowie um seit zehn Jahren verbindliche Regeln zur Behandlung von Ausnahmefällen.[11] Bevor ein Land wie Saudi-Ara-

6 Zur geplanten Lieferung von zwei U-Booten an Chile vgl. Dok. 12, Anm. 12.

7 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ungeheuer“.

8 Zur öffentlichen Debatte über Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien vgl. Dok. 9, Anm. 5.

9 Zur Ablehnung des iranischen Ersuchens um Lieferung von Panzern vom Typ „Leopard“ an Iran vgl. Dok. 118, Anm. 31.

10 Am 14. April 1978 lehnte der Bundessicherheitsrat die Lieferung des Flakpanzers vom Typ „Gepard“ an Pakistan ab. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Pabsch vom 17. April 1978; VS-Bd. 9336 (422); B 150, Aktenkopien 1978.

11 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2.

bien in den Besitz der von ihm gewünschten deutschen Waffen gelange, müßten diese[12] Regeln modifiziert werden.[13] Dies werde allerdings einige Zeit, d.h. möglicherweise noch Jahre, in Anspruch nehmen.

BK gab der saudischen Seite zu bedenken, 1) ob nicht die Unterrichtung von Parlament und Öffentlichkeit über die bisher geheimgehaltene Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Saudi-Arabien im sicherheitspolitischen Bereich[14] (etwa bei der Bekämpfung des Terrorismus) zu einer aufgeschlosseneren Haltung des Bundestages in der Waffenexportfrage führen könnte.

Fahd äußerte keine Bedenken dagegen, bemerkte zugleich, daß man alles vermeiden solle, was bei den Gegnern Saudi-Arabiens den Eindruck machen könnte, als würde die Bundesrepublik sich in die inneren sicherheitspolitischen Angelegenheiten Saudi-Arabiens einmischen. Dem stimmte *BK* zu.

BK gab ebenfalls zu bedenken, 2) ob nicht der Export von einfacher Militärausrüstung wie Gasmasken an Saudi-Arabien für eine spätere Ausweitung der Waffenexporte von psychologisch großer Bedeutung wäre.

Diesem Vorschlag stimmte *Fahd* zu.[15]

BK dankte Kronprinz Fahd für die außerordentliche Offenheit und Aufgeschlossenheit dieses Gesprächs.[16]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 56

12 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „Gesetze und".

13 Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.

14 Zur Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Bereich der inneren Sicherheit vgl. Dok. 118, Anm. 38. Im Gespräch mit Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, am 28. April 1981 in Riad führte der saudi-arabische Innenminister Prinz Nayif aus: „Zu gegebener Zeit benötige Saudi-Arabien professionelle Unterstützung auch bei der Ausbildung, auf die es größten Wert lege. […] Chef BK bat mit Nachdruck um höchste Vertraulichkeit – auch im saudischen Interesse – bei der Projektabwicklung, da sensibelste Technologie involviert sei, die wir kaum einem anderen Land zur Verfügung stellen würden. […] Auch zum durch die GSG 9 betreuten Projekt der Anti-Terrorismus-Einheit betonte der Minister das saudische Interesse an guter Ausbildung, die bei den einzelnen Angehörigen der Einheit nicht beendet werden dürfe, bevor der deutsche Ausbilder nicht uneingeschränkt mit ihnen zufrieden sei. Im übrigen äußerte Prinz Nayif ein Interesse an der Ausrüstung der Gruppe mit gepanzerten Fahrzeugen für innere Zwecke. Das Projekt gehe auch im übrigen (Ausbildungszentren, Wohnungsunterbringung usw.) gut voran. Er dankte für die Ehrlichkeit und Hingabe auf deutscher Seite bei der Projektdurchführung. Chef BK trug sodann unsere Bereitschaft zur Projektverlängerung vor, die Prinz Nayif würdigte, jedoch durchblicken ließ, daß er ohnehin davon ausgehe, daß wir uns solange um das Projekt kümmern würden, wie es nötig sei." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, notierte am 12. Mai 1981 über eine abschließende Besprechung auf dem Rückflug in die Bundesrepublik am 30. April 1981: „Zum Waffenkomplex bezeichnete es der Bundeskanzler als Fehler, daß die Saudis über unseren Diskussionsstand und unsere Absichten nicht vor seiner Reise eindeutig ins Bild gesetzt worden seien. Dieser Fehler dürfe nicht wiederholt werden. Herr Schlagintweit schlug hierzu zu gegebener Zeit die Entsendung eines hochrangigen persönlichen Sonderbotschafters des BK (Staatssekretär) vor, der eine vertrauliche Botschaft überbringt. Chef BK regte an, das Ergebnis der BK-Reise auf zwei Ebenen umzusetzen: zunächst unserer Öffentlichkeit beizubringen, daß D außenpolitisch gewachsen sei, und dann dafür zu sorgen, daß dies zur Einsicht führt, daß sich daraus notwendige Konsequenzen für erweitertes Handeln ergeben". Bundeskanzler Schmidt habe Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, darin zugestimmt, „beim USA-Besuch in der Waffenexportfrage im Hinblick auf die Schwierigkeiten der USA mit ihren Lieferungen zu gegenseitiger Abstützung zu kommen". Vgl. Referat 311, Bd. 137697.

16 Referat 311 gab am 30. April 1981 eine Bewertung des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien: „Im bilateralen Verhältnis ist es gelungen, bei der saudischen

120

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Scheich Zayed bin Sultan al-Nahyan in Abu Dhabi

30. April 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Scheich Zayed bin Sultan al-Nahyan, im Gästepalast in Abu Dhabi am 30. April 1981 von 10.30 bis 12.15 Uhr[2]

An dem Gespräch nahmen außerdem auf seiten der VAE teil: der stellvertretende Ministerpräsident, Scheich Hamdan; der außen- und sicherheitspolitische Berater des Präsidenten, Khalifa al-Suwaidi; Scheich Suroor; Ölminister Otaiba; amtierender AM Rashid Abdullah; Botschafter Mukhawi und Kabinetts-StM Said Ghaith.

Auf deutscher Seite: die offizielle Delegation (u. a. die Staatssekretäre Becker, Lahnstein und van Well sowie die Ministerialdirektoren von Staden, Heick und Frau Steeg).

Scheich *Zayed* eröffnete das Gespräch mit der Feststellung, daß die Bundesrepublik Deutschland ein eng befreundetes Land und man gerade in dieser Zeit auf die Hilfe seiner Freunde angewiesen sei. Das Volk der VAE hoffe auf die Erfüllung seiner Erwartungen. Der *Bundeskanzler* dankte für die starke Betonung der von uns ebenso empfundenen Freundschaft. Er hob seinen positiven Eindruck dieses, seines ersten, Besuchs am Golf hervor und beglückwünschte Scheich Zayed zur Schönheit seiner Stadt, ihrer herrlichen und wohltuenden Grünanlagen, und meinte, daß die Corniche Abu Dhabis verspreche, dereinst zu den schönsten der Welt gerechnet zu werden. Auf die schwierige Weltlage – 1981 noch schwieriger als 1980 – übergehend, bat er Scheich Zayed, Gesprächsinhalt und -reihenfolge zu bestimmen, wobei der Bundeskanzler sich insbesondere an den Erwägungen des Präsidenten zur Sicherheit der Golfregion, zum Nahost-Konflikt, zur Lage in Afghanistan und zum Iran-Irak-Konflikt interessiert zeigte.

Scheich *Zayed* antwortete mit einer ausführlichen Darlegung grundsätzlicher und philosophischer Natur. Der Nahost-Konflikt und das Schicksal der Palästi-

Fortsetzung Fußnote von Seite 671

Seite Verständnis für unsere Haltung in der Waffenfrage zu finden und eine Fortsetzung der vielfältigen bilateralen Beziehungen auf breiter Basis einstweilen von dieser Frage loszulösen. Das fortbestehende deutliche saudische Interesse an deutschen Waffenlieferungen räumt uns insoweit jedoch lediglich einen Zeitgewinn ein. Durch Vermeidung eines abrupten Neins konnten aber nachteilige saudische Äußerungen vermieden werden. Vieles deutet darauf hin, daß die von Kronprinz Fahd vertretene verständnisvolle Linie innerhalb der saudischen Führung nicht unumstritten ist." Vgl. VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 5. Mai 1981 gefertigt und am nächsten Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Vgl. dazu Dok. 118, Anm. 1.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 29./30. April 1981 in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf. Vgl. dazu auch Dok. 124.

nenser lägen den Emiraten am nächsten. Dieser Komplex bilde die größte Gefahr für Nahost, für Europa und für die ganze Welt. Polen und die – zweifellos bestehende – sowjetische Gefahr seien demgegenüber zweit- oder drittrangig. Der Mächtige glaube, anderen ungestraft Unrecht tun zu dürfen. Hiervon könne er nur durch Zwang abgeschreckt werden, denn wenn der Mensch nicht auf Widerstand stoße, nutze er dies zu seinem egoistischen Vorteil aus, so wie der Reiche und Habgierige immer mehr haben wolle. Einige freilich handelten anders, sei es aus Furcht vor Gott, aus Ehrgefühl oder auch nur aus Angst. Wenn Ost und West sich nicht in dem Bemühen vereinigten, die Gerechtigkeit zu fördern, werde auch künftig der Stärkere die Schwächeren angreifen. Irgendwann werde aber, wie die Geschichte lehre, auch der Stärkere geschwächt. Die Großmächte dächten nicht an die Gemeinschaft der Welt, sondern an ihre eigenen Machtinteressen. Es sei wie mit der Gesundheit des Körpers, die uns verborgen bleibe. Man wisse nie, wie gesund man sei, ob nicht Krankheit unentdeckt schon von einem Besitz ergriffen habe. Daher müsse das menschliche Handeln stets an den Geboten Gottes orientiert bleiben. Wer für seine Mitmenschen lebe, werde positiv in die Geschichte eingehen. Diese Realitäten gölten für die ganze Welt, in der das Mißtrauen herrsche. Kein Staat sei ausgenommen, jeder stehe mittelbar oder unmittelbar im Feuer. Der Schöpfer aber stehe über allen Dingen. Die Krankheit der Ungerechtigkeit müsse bekämpft werden, sonst greife sie auf die ganze Welt über. So bald wie möglich sei eine Initiative der Gerechtigkeit vonnöten, wenn nicht schlimme Folgen eintreten sollten. Ein von seinen Freunden verlassener Staat sei wie ein Baum, der ohne Wasser Blätter, Zweige und Wurzeln verliert.

Zum Irak-Iran-Konflikt[3]: Niemand habe die iranische Revolution[4] voraussehen können. Nach anfänglicher Beschränkung auf Irans innere Verhältnisse habe sie nach außen gewirkt, nach Bahrain, Kuwait und in gewissem Maße auch in die VAE hinein. Iran habe nicht konstruktiv, nicht in seinem Interesse oder dem des Golfs gehandelt. Da Iran den Irak durch Einmischung gereizt habe, habe der Irak seine Stärke ausgenutzt. Alle Nachbarländer seien durch diese Vorgänge mit Besorgnis erfüllt worden, wobei besonders Kuwait durch die iranische Revolution viel zu ertragen gehabt habe. Wenn daraus eine Gefahr für den Golf entstehe, sei sie größeren Ausmaßes. Aber Gott sei Dank sei der Konflikt noch von lokalem Charakter.

Durch den Druck auf die Nachbarländer würden die weiter entfernt liegenden Länder entlastet. Man habe den Wünschen (der USA?) nicht entsprechen können. Die schon vor dem Konflikt geführten Gespräche über eine engere Zusammenarbeit der Golfstaaten hätten jetzt zum Golfrat[5] geführt, der die Sicherheit verstärkt, die Situation verbessert habe. Verlangen nach stärkerer Sicherheit habe zu der Einigung geführt, sich öfters zu treffen. Die dem Rat feindlich gesonnenen Staaten seien dies aus schlechter Absicht. Er nutze auch den anderen (Nichtmitgliedern).

3 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 113, Anm. 21.

4 Zum Umsturz in Iran vgl. Dok. 16, Anm. 9.

5 Zur Gründung des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten am 4. Februar 1981 vgl. Dok. 63, Anm. 9.

Der *Bundeskanzler* ging in seiner Erwiderung von den Dicta Scheich Zayeds aus: Wer seine Mitmenschen respektiere, müsse für das Recht des palästinensischen Volkes eintreten, über sich selbst zu bestimmen und darüber, wer es repräsentieren solle, wenn es zu einer umfassenden Lösung komme. Wir glaubten weiter, daß Israel seine territoriale Besetzung beenden müsse. Alle Länder der Region hätten das Recht auf anerkannte und sichere Grenzen. Der Bundeskanzler verwies auf die Erklärung von Venedig[6] und auf das darin enthaltene Postulat, daß die PLO am Friedensprozeß beteiligt werden muß. Die weitere Gestaltung des Verhältnisses zur PLO werde seiner Einschätzung nach davon abhängen, wieweit sie bereit sei, ihrerseits das Existenzrecht Israels anzuerkennen.

Zum Iran-Irak-Konflikt äußerte der Bundeskanzler unsere Besorgnis, auch dann, wenn er, wie der Scheich erwarte, lokal bleibe. Auch dann nämlich habe er zwei negative Konsequenzen. Erstens seien sie deutlich in Erscheinung getreten, was die Ölversorgung der ganzen Welt betreffe. Mit Respekt hätten wir die Mäßigung beobachtet, für die die VAE innerhalb der OPEC und anderenorts eingetreten seien.

Man könne nicht darüber hinweggehen, daß die Zahlungsbilanzen fast aller Staaten beeinträchtigt worden seien, am meisten die der am wenigsten entwickelten, nächst ihnen die der Schwellenländer, aber auch die der Industrieländer. In letzteren herrsche eine Arbeitslosigkeit wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Die zweite vom Konflikt ausgehende Gefahr bestehe in der Schwächung der Fähigkeit der Anrainer, den Golf von fremder Einmischung freizuhalten.

Zur sowjetischen Gefahr übergehend, erklärte der Bundeskanzler zur Feststellung Scheich Zayeds, sie sei im Verhältnis zum Palästinenserproblem zweit- oder drittrangig, dies möge gegenwärtig so sein. Er übersehe auch nicht, daß die Behandlung, die die PLO im Westen erfahre, dazu führe, daß sie Anlehnung im Osten suche. Hier liege einer der Gründe für die Entschließung der Europäer in Venedig, die weiter gehe als Camp David[7] und die der PLO ein Angebot mache. Um jedoch auf die Sowjetunion zurückzukommen: Ihr Einmarsch in Afghanistan[8] und die anhaltenden Kämpfe dort berührten nicht nur die ganze Welt, sondern spielten auch in dieser Region eine erhebliche Rolle. Seine Gespräche mit dem Präsidenten von Pakistan, mit dem die VAE so gute Beziehungen unterhielten, und mit dem pakistanischen Außenminister[9] hätten deren große Sorgen gezeigt. Die Sowjetunion habe halb Europa besetzt, darun-

6 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

7 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

8 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

9 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Zia ul-Haq und dem pakistanischen Außenminister Shahi am 9. Mai 1980 in Belgrad vgl. Dok. 44, Anm. 10.
Am 10. Juni 1980 fand ein Gespräch zwischen Schmidt und Shahi statt. Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, vermerkte am 11. Juni 1980, Themen seien Vermittlungsversuche in Afghanistan, die Lage in Iran und die amerikanisch-pakistanischen Beziehungen gewesen. Vgl. dazu Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 53; B 150, Aktenkopien 1980.
Schmidt traf am 9. Oktober 1980 erneut mit Zia zusammen. Für das Gespräch vgl. AAPD 1980, II, Dok. 288.

ter einen Teil seines Landes mit 16 Millionen Deutschen. Zur Zeit machten wir uns wegen einer militärischen Einmischung in Polen Sorgen, auf dessen Seite wir innerlich stünden, wenn es auch ein kommunistischer Staat sei. Wir versuchten zu helfen.

Es gebe eine weitere, auch unmittelbar den Golf betreffende Gefahr: die gewaltige Aufrüstung der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenwaffen mit über 200 SS-20-Raketen mit über 600 Sprengköpfen, auf jeder einzelnen drei. Diese reichten nicht bis in die USA, wohl aber bis zu jedem Punkt der Arabischen Halbinsel, Pakistans, Europas. Daher sei die Herstellung des Gleichgewichts durch Nachrüstung vorrangig – vorzuziehen freilich Verhandlungen über die Begrenzung dieser Waffen. Manchmal sei er erstaunt, wie wenig die Gefahr gesehen werde, durch die Existenz dieser Waffen politisch unter Druck gesetzt werden zu können.

Im Vertrauen, zugleich aber in aller Offenheit wolle er sagen, daß wir mit der Politik der USA in den vergangenen Jahren nicht immer glücklich gewesen seien, wir jetzt aber hofften, daß Reagan stetiger handeln würde. Wir hätten nicht geschwankt. Der Frieden beruhe auf Kräftegleichgewicht, das allerdings nicht nur bewahrt, sondern aktiv als Grundlage für Verhandlungen über streitige Fragen genutzt werden müsse, wobei das Kräftegleichgewicht dafür sorge, daß bei solchen Verhandlungen niemand vom Gewicht des anderen vom Tisch gewischt werde. Das gelte im West-Ost-Verhältnis; wie er glaube, müsse es aber auch im Golf gelten – hier sei allerdings er der Lernende. Ihm sei klar, daß hier die Großmächte „are looming large over the horizon“. Er glaube, den Wunsch der Golfländer verstanden zu haben, sie aus dem Golf herauszuhalten. Aber die Golfländer wollten wohl auch nicht das Übergewicht der Sowjetunion „über dem Horizont“ – sei es in Afghanistan, sei es im Iran. Hier sei der Golfrat ein richtiger Schritt, der ihn daran erinnere, was wir in Europa getan hätten. Auch in Europa handele es sich sämtlich um selbständige Staaten, die aber immer enger zusammenarbeiteten. Wir begrüßten also den Golfrat und stünden zur Verfügung, aber die Golfländer seien es, die das Ausmaß der Zusammenarbeit bestimmen müßten.

Zum bilateralen Verhältnis sagte der Bundeskanzler, daß unsere Versicherungen der Freundschaft und Zusammenarbeit keine Floskel, sondern es uns mit ihnen ernst sei. Wir seien von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Ungebundenen die Selbständigkeit ihrer Entscheidungen bewahren müßten. Wir hätten mit Achtung gesehen, wie sich die südostasiatischen Staaten durch die ASEAN in der Region, gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber den USA und Europa Respekt verschafften. Wir sähen durchaus, daß die Entwicklungen am Horn von Afrika, in Äthiopien, im Sudan (der sich von zwei Seiten bedroht fühle), die Inanspruchnahme Adens als maritimer Stützpunkt der Sowjetunion und die Nutzung Südjemens als Basis für die Beeinflussung der Verhältnisse im Oman[10] Sorgen bereiteten. Gern würde er hier ein Wort zum Südjemen von dem VAE-Minister hören, der kürzlich dort gewesen sei.[11]

[10] Botschafter Reiners, Maskat, vermerkte am 28. Februar 1981: „Seinen ärgsten Feind und seine größte Gefahr sieht das Sultanat in der marxistischen Volksrepublik Jemen. Aden hatte viele Jahre hindurch den Aufstand in Dhofar unterstützt. Seit der Konzentrierung sowjetischer, kubanischer und ostdeutscher ‚Berater‘ in diesem westlichen Nachbarland und besonders nach der sowje-

Zum bilateralen Verhältnis zurückkehrend, bat der Bundeskanzler, davon überzeugt zu sein, daß Deutschland die traditionelle Freundschaft zur arabischen Nation am Herzen liege; davon überzeugt zu sein, daß wir den weiteren Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen wünschten, die sich in den letzten eineinhalb Jahrzehnten so gut entwickelt hätten. Darüber hinaus wollten wir mit dieser Begegnung eine intensivere politische Zusammenarbeit und den politischen Austausch einleiten.

Der Bundeskanzler bot Zusammenarbeit auf den Gebieten der Forschung, Wissenschaft und – möglicherweise – der Ausbildung an und bemerkte zusammenfassend: Er sei gekommen, um zu lernen, und habe gelernt, um den Präsidenten der VAE unserer freundschaftlichen Gesinnung zu vergewissern; um den Ausbau der beiderseitigen Beziehungen zum gegenseitigen Nutzen vorzuschlagen, zu dem wir gern bereit seien.

Um für die Zukunft der Zusammenarbeit ein auch äußerlich sichtbares Zeichen zu setzen, lade er hiermit herzlich den Ministerpräsidenten, Scheich Rashid, zu einem Besuch in die Bundesrepublik Deutschland ein und setze – auch wenn er nicht das Staatsoberhaupt sei – hinzu, daß wir uns freuen würden, auch Präsident Scheich Zayed in Deutschland begrüßen zu können. (Anmerkung: Im sich anschließenden kurzen Gespräch mit dem Kronprinzen von Abu Dhabi, Scheich Khalifa, äußerte der Bundeskanzler, daß wir uns freuen würden, wenn er seinen Vater begleiten und auf ihn einwirken würde, den Besuch auch durchzuführen.)

Scheich *Zayed* erwiderte zur Palästinenserfrage, daß das, was der Bundeskanzler gesagt habe, wünschenswert sei, wenn es nur realisiert werden könnte. Was das Verlangen nach Anerkennung Israels durch die PLO angehe, sei etwas verwunderlich, daß die Vertriebenen die Anerkennung aussprechen sollten. Der Stärkere müsse die Schwächeren anerkennen. Israel sei da, Israel existiere kontinuierlich, auch seine Ungerechtigkeiten bestünden fort, und niemand setze ihnen Schranken. Wie schon eingangs gesagt, sei hier die entscheidende Frage, wer hinter dem sowjetischen Expansionsdrang stehe. Etwa Israel, oder sei es (nicht vielmehr) umgekehrt?

Am Wettrüsten der Großmächte nähmen die VAE wie andere Staaten Anstoß. Die Welt sei nicht mehr, was sie gewesen sei. In Ost und West gebe es große

Fortsetzung Fußnote von Seite 675

tischen Invasion Afghanistans, die es als Einkreisung empfindet, war Oman um eine engere Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bemüht. Das omanisch-amerikanische Sicherheitsabkommen wurde nicht zuletzt auch abgeschlossen, um neue Aggressionen an der gemeinsamen Grenze mit Südjemen auszuschließen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 84; Referat 311, Bd. 137695.
Am 28. März 1981 meldete Reiners, daß sich seit Mitte Februar 1981 verschiedene Grenzverletzungen durch militärische Einheiten aus der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) eignet hätten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 46; Referat 311, Bd. 137695.

11 Legationsrat I. Klasse Rau, Abu Dhabi, berichtete am 14. April 1981: „Die VAE und Kuwait haben eine Vermittlungsaktion in dem durch den Dhofar-Konflikt belasteten Verhältnis zwischen Oman und Südjemen begonnen. Der amtierende Außenminister der VAE, Rashid Abdullah, und der Außenminister Kuwaits, Scheich Sabah, sind am 13. April 1981 gemeinsam nach Aden gereist und werden anschließend Maskat besuchen. Scheich Sabah sagte bei seiner Durchreise durch Abu Dhabi vor der Presse, die Mission sei bei kürzlichem Treffen der sechs Außenminister des Golf-Kooperationsrats in Maskat beschlossen worden. Konkrete Lösungsvorschläge gebe es jedoch nicht. Die Aktion sei als Goodwill-Mission zu verstehen. […] Es gelte vor allem, die rivalisierenden Supermächte aus der Region herauszuhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; Referat 311, Bd. 137706.

Veränderungen, wobei jeder Block seine Anhänger unterstütze. VAE wünschten nicht, daß ihre Freunde zu Schaden kämen. Sie hofften auf Verständigung zwischen den rivalisierenden Kräften, damit Stabilität erreicht werde. Zur Erhöhung der Ölpreise, von der der Bundeskanzler gesprochen habe: Die Preise aller Güter, der Industrieprodukte und anderer Stoffe, hätten sich Jahr für Jahr erhöht. Hierüber müsse es zu Gesprächen kommen, aber im Geiste von Gerechtigkeit und Gleichheit, sonst seien Unterhaltungen über die Preiserhöhungen müßig. Man müsse einen Weg finden, bei dem alle zufrieden seien, die Absicht haben, zu gemeinsamem Ziel zu kommen.

Der amtierende Außenminister, *Rashid Abdullah*, berichtete von seiner zusammen mit Scheich Sabah/Kuwait unternommenen Reise nach Aden auf Bitten Omans um Vermittlung in dessen Konflikt mit Südjemen. Sie hätten in Aden den Wunsch Omans, Spannungen abzubauen und auf der Basis gutnachbarlicher Beziehungen zusammenzuarbeiten, vorgetragen. Aden habe Prüfung versprochen, aber noch keine Antwort gegeben.

Der *Bundeskanzler* bemerkte unter Anknüpfung an die Äußerung Scheich Zayeds, daß der Stärkere anerkennen müsse, daß wir beiden Seiten dasselbe sagten, nämlich, daß sie einander unter der Bedingung anerkennen könnten, daß der jeweils andere zu solchem Schritt bereit sei. Unter dieser Bedingung könne jede Seite ihre Äußerungen stellen. Ohne etwas Mut auf beiden Seiten werde man nicht vorankommen. Camp David dürfte den nächsten Sommer nicht überdauern. Für uns Europäer sei die Situation schwierig. Die USA seien unser wichtigster Verbündeter. Wir glaubten, daß der Friedensprozeß 1982 wesentlich erweitert werden müsse, d.h. nicht auf die jetzt daran beteiligten Staaten beschränkt bleiben könne. Scheich *Zayed* dankte für diese beachtlichen Aussagen. Keiner glaube, daß Camp David noch in der Lage sei, den Konflikt zu lösen. Vielmehr hoffe man auf eine neue Initiative. Man müsse die Parteien fragen, wo und wie neue Begegnungen stattfinden sollten. Die PLO sei am meisten involviert, nach ihr werde man sich richten. Die Palästinenser wollten nur ihre Rechte. Sollten sie darüber hinausgehen, würden auch ihre Freunde sich von ihr abwenden. Zur wechselseitigen Anerkennung: Der Stärkere müsse hier den ersten Schritt tun.

Der *Bundeskanzler*: Beide müßten sich als Gesprächspartner anerkennen und auf Gewalt verzichten. Wir lebten weit entfernt, aber, wie der Scheich selbst gesagt habe, es sei eines der wichtigsten Probleme der Welt. Dem stimme er ausdrücklich zu.

Zum Abschluß dankte der Bundeskanzler für den rückhaltlosen Meinungsaustausch. Er habe viel gelernt und sehe vieles in neuem Lichte. Er freue sich, wenn der Scheich zu einer angemessenen Zeit Deutschland besuchen komme.[12]

VS-Bd. 14095 (010)

12 Präsident Scheich Zayed bin Sultan al-Nahyan hielt sich am 1. September 1983 in der Bundesrepublik auf.

121

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-341.32/2-709/81 VS-vertraulich **30. April 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Vorbereitung der NATO-Ministerkonferenz in Rom am 4./5. Mai 1981[4]

Betr.: Konferenz über Abrüstung in Europa;
hier: Definition des geographischen Geltungsbereichs neuer vertrauensbildender Maßnahmen

I. Sachstand

1) Die Sitzung des NATO-Rates zu KSZE-Fragen, die am 29. April 1981 unter Beteiligung der KSZE-Delegationsleiter in Brüssel stattfand[5], befaßte sich unter dem Tagesordnungspunkt „Militärische Aspekte der Sicherheit" fast ausschließlich mit dem Problem der Definition des geographischen Geltungsbereichs neuer vertrauensbildender Maßnahmen. Ausgangspunkt der Diskussion war die im Vorschlag der N+N-Staaten vom 31.3.1981 für ein Madrider Schlußdokument[6] enthaltene Formulierung:

„The objectives of the first stage of the Conference are to negotiate and adopt a set of measures to build confidence and security, covering the whole of Europe with the adjoining sea area and air space."

Es wurde festgestellt, daß diese Formulierung – möglicherweise bewußt – vage sei und offenlasse, ob damit nur Territorialgewässer gemeint seien oder auch darüber hinausgehende maritime Zonen.

2) Insbesondere von Frankreich (Politischer Direktor Robin) wurde die Frage aufgeworfen, ob man die Definition in Madrid so akzeptieren und dabei ihre Mehrdeutigkeit in Kauf nehmen könne oder ob es notwendig sei, sie in dem Sinne zu präzisieren, daß nur Territorialgewässer in den geographischen Geltungsbereich einbezogen würden. Würde aber eine Präzisierung unterlassen, so bestünde die Gefahr, daß der Osten auf einer KAE seine eigene – weitere –

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Pöhlmann und Legationssekretär von Schubert konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 30. April 1981 vorgelegen.
Hat Pöhlmann am 5. Mai 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Holik „n[ach] R[ückkehr]" und Schubert verfügte.
Hat Holik vorgelegen.
Hat Schubert erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 30. April 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Vorschlag für Rom siehe Ziffer III Seite 5/6."

3 Hat Bundesminister Genscher am 1. Mai 1981 vorgelegen.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

5 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 29. April 1981, ein weiteres Hauptthema sei die Frage eines Schlußdatums und eines Schlußdokuments der KSZE-Folgekonferenz in Madrid gewesen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 815; Referat 212, Bd. 133388.

6 Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 13.

Definition zugrunde lege und bei Ablehnung durch den Westen das sowjetische Angebot zur Einbeziehung des europäischen Territoriums der Sowjetunion[7] zurückgezogen werde. Dann habe der Osten den Beginn der Konferenz erreicht, ohne daß der Konsens über die Einbeziehung des sowjetischen Territoriums eindeutig fortbestehe. Um dies zu vermeiden, müsse schon in Madrid eindeutig klargestellt werden, daß nach westlichem Verständnis allenfalls Territorialgewässer einbezogen werden könnten.

Zugunsten einer Präzisierung in diesem Sinne äußerten sich auch Italien, Dänemark, die Niederlande und Großbritannien.

3) Insbesondere Belgien und Norwegen sprachen sich dafür aus, auf eine Klarstellung in Madrid zu verzichten und unsere Vorstellungen auf einer KAE durch konkrete Vorschläge zu manifestieren. Es sei – auch im Hinblick auf die Haltung der N+N-Staaten – in unserem Interesse, die Mehrdeutigkeit der Formel im Mandatstext zu erhalten.

Kanada regte an, die negative Haltung des Bündnisses zu maritimen VBMs insgesamt zu überdenken.

4) Der amerikanische Vertreter erinnerte unter dem Vorbehalt, daß zu dieser Frage der (zu diesem Zeitpunkt nicht mehr anwesende) US-Delegationsleiter Kampelman in Madrid Stellung nehmen werde, an die restriktive Haltung der USA zu maritimen VBMs und verwies auf die Möglichkeit, die von den N+N-Staaten vorgeschlagene Kompromißformel gänzlich aus dem Text zu streichen, so daß nur noch vom europäischen Kontinent die Rede wäre.

5) Abschließend wurde vereinbart, die VBM-Arbeitsgruppe der NATO mit diesem Thema zu befassen. Darüber hinaus schlug der französische Vertreter vor, daß die Frage auch von den Außenministerien[8] auf dem bevorstehenden Treffen in Rom erörtert werden solle. Es ist daher zu erwarten, daß sie von einem der Beteiligten im Plenum zur Diskussion gestellt werden wird.

6) Andere Möglichkeiten des Westens, taktische Flexibilität in der geographischen Frage zu zeigen (insbesondere die Erfassung von Truppenbewegungen von Nordamerika nach Europa beim Eintritt in den Geltungsbereich sowie die kürzlich von Großbritannien uns gegenüber vorgeschlagene Erfassung von Bewegungen der Seestreitkräfte an bestimmten, strategisch wichtigen Engstellen oder „chokepoints“[9]), sind nicht erwähnt worden und sind auch bisher im NATO- oder EPZ-Rahmen nicht erörtert worden. Sie sollten deshalb auch in Rom ausschließlich bilateral gegenüber Frankreich, USA oder Großbritannien bzw. in den Viererkonsultationen[10] zur Sprache gebracht werden. (Hierzu wird gesonderter Sprechzettel vorgelegt.)

7 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

8 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Außenministern“.

9 Botschafter Ruth teilte der Botschaft in London am 28. April 1981 mit, die britische Botschaft habe am 24. April 1981 das Papier „CSCE/CDE tactical considerations for resumption of the Madrid meeting on 5 May“ übergeben. Zwar teile die Bundesregierung einige darin enthaltene Vorstellungen: „Eine Diskussion in Rom über ‚chokepoints‘ wird verfrüht sein. Eine militärische Prüfung der Frage ist notwendig.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 2321; VS-Bd. 11443 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Haig (USA) am 3. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 125.

II. Bewertung

1) Die Diskussion im NATO-Rat macht deutlich, daß Frankreich sich strikt gegen jede Verwässerung der Hauptkriterien seines Mandatstextes[11] wehrt und auch zu taktischen Zugeständnissen kaum bereit sein wird und daß die USA voraussichtlich ihre Zurückhaltung gegenüber jeder Form von maritimen CBMs beibehalten werden.

2) Auch für uns kann eine Ausweitung des VBM-Geltungsbereichs über Europa hinaus nicht zur Diskussion stehen, da Bezugsrahmen der Schlußakte[12] für VBM das der territorialen Souveränität der Teilnehmerstaaten in Europa unterliegende Gebiet ist. Darunter fallen allenfalls territoriale Gewässer und Lufträume, nicht aber solche Bereiche, die keiner Souveränität unterliegen.

3) In Madrid geht es ausschließlich um die Festlegung der vier vom Westen geforderten Hauptkriterien. Eine verbindliche Erörterung spezifischer VBM ist allein Aufgabe einer KAE, die auf der Grundlage des Konsensprinzips über von den Teilnehmern vorgeschlagene VBM verhandeln und entscheiden müßte. Für den Westen kommt es darauf an, sich die Möglichkeit offenzuhalten, auf einer KAE alle Maßnahmen zu unterbinden, die mit seinen Sicherheitsinteressen nicht vereinbar erscheinen. Ein Mandat darf deshalb nicht so weit formuliert werden, daß es die Verpflichtung insbesondere zur Verhandlung maritimer CBMs enthält, dagegen wären für uns Formulierungen akzeptabel, die diese Frage offenlassen und die konkrete Entscheidung einer KAE überlassen.

4) Eine Streichung der von den N+N-Staaten vorgeschlagenen Kompromißformel, wie von den USA in Erwägung gezogen, ist schon deshalb nicht denkbar, weil diese Formel an Formulierungen der KSZE-Schlußakte[13] angelehnt ist und einen Ausschluß aller maritimen VBMs bereits im Mandat bedeutet. Dies müßte zu einem Scheitern der Kompromißbemühungen der N+N-Staaten führen.

Andererseits würde die Beibehaltung der N+N-Formel ohne jede Klarstellung nicht ausreichen, um die Gefahr eines Präjudizes für maritime oder Luft-VBM auch außerhalb der Territorialgebiete auszuschließen; zumindest könnte der Konflikt auf einer KAE sofort erneut aufbrechen und die Verhandlungen von vornherein lähmen. Die von Frankreich angesprochene Gefahr einer Rücknahme des Breschnewschen „Zugeständnisses“ auf einer KAE für den Fall, daß der Westen dort weitergehende östliche Vorschläge ablehnt, sehen wir allerdings nicht, da der kontinentale gesamteuropäische Geltungsbereich in jedem Fall eindeutig festgelegt wäre.

5) Auf der Grundlage dieser Überlegungen sollten wir in der NATO die Möglichkeit zur Diskussion stellen, die Formel der N+N-Staaten unverändert zu übernehmen, gleichzeitig aber schon in Madrid ausreichend deutlich zu machen, daß für uns die Einbeziehung außerterritorialer Gebiete nicht in Betracht

11 Vgl. dazu den französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 7, Anm. 11.

12 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

13 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „‚Ankündigungen … von … Manövern … auf dem Territorium, in Europa, eines jeden Teilnehmerstaats sowie, falls anwendbar, im angrenzenden Seegebiet und Luftraum …‘“.

kommt. Die Art der Klarstellung müßte Gegenstand weiterer Erörterungen sein. Denkbar wäre zum Beispiel die Aufnahme von diesbezüglichen Erklärungen der Zehn oder der Fünfzehn oder auch einzelner Teilnehmerstaaten in das Journal der Konferenz.

III. Für die Gespräche mit den Verbündeten in Rom wird vorgeschlagen, auf folgender Linie zu argumentieren:

– Kompromisse in den Substanzfragen eines Mandats sind für uns nicht denkbar.
– Wir sehen auch keine Möglichkeit, schon in Madrid auf einzelne vertrauensbildende Maßnahmen einzugehen. Deren Erörterung ist Aufgabe einer KAE.
– Andererseits brauchen wir auch die Möglichkeit von Verhandlungen über See- und Luft-VBMs auf einer KAE insgesamt nicht von vornherein auszuschließen, solange das Mandat so formuliert ist, daß eine Verpflichtung zur Verhandlung derartiger VBMs nicht besteht.
– Zu diesem Zweck halten wir es für sinnvoll, die Formel der N+N-Staaten zu akzeptieren, gleichzeitig aber schon in Madrid ausreichend deutlich zu machen, daß für uns eine Einbeziehung außerterritorialer Gebiete nicht in Betracht kommt.

Referat 212 hat mitgezeichnet.

Ruth

VS-Bd. 11531 (221)

122

Ministerialdirektor Pfeffer an die Botschaft in Washington

201-362.05-1659/81 geheim **30. April 1981**[1]
Fernschreiben Plurez
Citissime nachts

Betr.: LRTNF;
hier: Behandlung im Kommuniqué für NATO-Ministerkonferenz in Rom am 4./5.5.1981[2] (Nennung eines Datums[3])

Der Bundesminister hat heute den amerikanischen Geschäftsträger Woessner zu sich bestellt.

1 Durchschlag als Konzept.
2 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
3 Mit Schreiben vom 24. April 1981 an den amerikanischen Außenminister Haig wies Bundesminister Genscher auf die Bedeutung der bevorstehenden NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom hin und führte zum Kommuniqué aus, der „für den Zusammenhang von Verteidigung und Rüstungskontrolle richtungsweisende Doppelbeschluß vom 12.12.1979 sollte in seinen beiden Teilen bestätigt werden. Dabei wäre es aus den Ihnen bekannten Gründen von großer Bedeutung, wenn

Der Minister führte folgendes aus:

Ihn beunruhigten Telegramme unserer Botschaft Washington zur Behandlung der LRTNF-Frage auf der kommenden NATO-Ministerkonferenz in Rom.[4] Es gehe um die Festlegung eines Datums für die Wiederaufnahme der Gespräche über Mittelstreckenraketen.[5] Er wisse, daß er mit dieser Demarche offene Türen bei AM Haig einrenne. Dies sei aber eine Demarche der Bundesregierung, gerichtet an die ganze amerikanische Regierung. Die Bundesregierung erwarte, daß ein Datum für die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über LRTNF in naher Zukunft genannt werde. Wenn dies nicht geschehe, würden wir große Schwierigkeiten mit unserer Öffentlichkeit haben. Er sage dies in großer Besorgnis und mit großem Ernst. Er müsse auch auf eine weitere Irritation eingehen, die durch die unentschiedene Haltung des amerikanischen Verteidigungsministers in der Frage hervorgerufen werde, ob die MX-Raketen wegen des Widerstands von Umweltschützern auf See verlegt werden sollten. Gäbe die amerikanische Regierung einem solchen Druck der Umweltschützer in ihrem eigenen Land nach, so würde dies für Europa verheerende Auswirkungen haben. Er habe deshalb mit Weinberger gesprochen[6] und gehofft, die Sache sei damit vom Tisch. Er, der BM, sei davon überzeugt, daß die amerikanische Regierung an der Dislozierung zu Lande festhalten müsse. Dies sei für Europa ganz wichtig. Er habe bei seinem Besuch in Washington dem ameri-

Fortsetzung Fußnote von Seite 681

im Kommuniqué ein konkreter Termin für die Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche über LRTNF vorgeschlagen würde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2255 des Ministerialdirektors Pfeffer vom selben Tag an die Botschaft in Washington; Referat 201, Bd. 125582.

4 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 28. April 1981 über ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, und den Botschaftern Henderson (Großbritannien) und Lefebvre de Laboulaye (Frankreich): „Henderson erläuterte, von Laboulaye und mir unterstützt, weshalb die europäischen Verbündeten nachdrücklich wünschen, daß in Rom ein Termin für die Aufnahme der amerikanisch-sowjetischen LRTNF-Gespräche bekanntgegeben werden kann. Stoessel erwiderte, daß die Abstimmung unter den Ressorts und mit dem Weißen Haus in dieser Frage noch nicht abgeschlossen sei. Wahrscheinlich werde man in Rom noch keinen bestimmten Termin, sondern nur einen Zeitrahmen für die amerikanisch-sowjetischen Gespräche ankündigen können. Auf unsere anschließende Frage, ob in dieser Ankündigung die LRTNF-Gespräche in den SALT-Rahmen gestellt werden könnten, bemerkte Stoessel, daß es in der Administration eine einflußreiche Richtung gebe, die – jedenfalls zu diesem Zeitpunkt – jede Bezugnahme auf SALT vermieden sehen möchte. Er persönlich hoffe, daß es gelinge, wenigstens einen allgemeinen Hinweis auf den SALT-Prozeß einzubauen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1686; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

Am selben Tag teilte Dannenbring mit: „Die amerikanische Haltung wird z. Zt. auf sehr hoher Ebene vorbereitet. Mit rechtzeitiger Vorlage eines amerikanischen Textvorschlags für die LRTNF-Passage zur Beratung in Brüssel für das NATO-Kommuniqué ist kaum zu rechnen. […] Wie mir Burt bei anderer Gelegenheit erneut bestätigte, steht die Administration fest und eindeutig zum Doppelbeschluß. Es gebe keinen grundsätzlichen Widerstand dagegen, einen Verhandlungsvorschlag auszuarbeiten und mit der SU Gespräche wiederaufzunehmen. Dem State Department sei die Sensitivität dieser Angelegenheit für die europäischen Verbündeten sehr bewußt (Hinweis auf Schreiben des BM an AM Haig). Aber es gebe noch verschiedene Ansichten in der Administration zum Datum, deshalb werde in Rom wohl noch kein Datum genannt werden, und zu einer Bezugnahme auf den SALT-Prozeß zum jetzigen Zeitpunkt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1708; VS-Bd. 11125 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

6 Bundesminister Genscher traf am 10. März 1981 in Washington mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger zusammen. Vgl. Dok. 66.

kanischen Präsidenten[7] gesagt, daß er sein politisches Schicksal mit der Durchführung des Doppelbeschlusses[8] verbunden habe. Er halte an diesem Beschluß fest. Alle Seiten müßten an ihren Entschlüssen festhalten.

Woessner erwiderte, der Minister habe zu Recht gesagt, daß er bei Haig mit dieser Meinung offene Türen einrenne. Dennoch sei es nützlich, eine so starke Demarche des Ministers nach Washington berichten zu können.

BM sagte, diese seine Meinung könne gar nicht stark genug vorgetragen werden, und er bitte, daß der Bericht auch Präsident Reagan vorgelegt werde. Die baldige Nennung eines Datums für die Wiederaufnahme der LRTNF-Verhandlungen sei eine unabweisbare Notwendigkeit.

Woessner erwähnte, daß der BK wegen der MX-Dislozierung mit Weinberger gesprochen habe. Habe Weinberger seitdem in der Öffentlichkeit erneut von der Seestützung gesprochen? Es gehe ein gewisser Druck von den Senatoren der Staaten des Westens der Vereinigten Staaten aus, auf deren Territorium die MX dislozierte werden sollten.

BM entgegnete, jeder von uns habe seine internen Probleme. In den deutschen Parteien beginne schon eine Debatte über die mögliche Seestützung der MX. Sofort werde die Frage angeschlossen, warum nicht auch die LRTNF seegestützt werden könnte. Er wiederhole noch einmal, er habe sein politisches Schicksal mit der Realisierung des Doppelbeschlusses verbunden. Er könne es nicht mehr hören, daß es auf unsere besondere Lage Rücksicht zu nehmen gelte. Wir nähmen diese Rücksicht nicht. Wir seien entschlossen, die einmal getroffene Entscheidung auch tatsächlich durchzuführen. Es gehe dabei nicht nur um ein Problem der Nachrüstung. Die Atlantische Allianz müsse die Entscheidung, die sie getroffen hat, durchführen, weil sonst für alle sichtbar werde, daß die NATO zur Durchführung derartiger Entscheidungen nicht mehr fähig sei. Das würde das Ende der westlichen Verteidigungsbereitschaft bedeuten.

Woessner erkundigte sich, was der BM mit dem Begriff „in der nahen Zukunft“ meine.

BM: Es müsse jetzt beim Ministertreffen in Rom ein Datum genannt werden. Man sollte nicht davon sprechen, daß Haig bei seinem Treffen mit Gromyko[9] ein Datum für die Wiederaufnahme besprechen werde. Das sei eine Vertröstung auf einen weiteren Termin. Wir wüßten doch alle, wie solche Verhandlungen eingeleitet würden. Sie begännen zunächst einmal mit Gesprächen zur Eingrenzung des Gegenstandes. Das alles dauere. Wir dürften der SU nicht die Rolle des Friedensengels überlassen. Ihn störe es, daß man darüber diskutiere, wann die Verhandlungen aufgenommen werden sollten. Man sollte lieber über einen ganz wesentlichen Substanzpunkt diskutieren: ob und eventuell wann die SU ihre Mittelstreckenraketen abzubauen bereit sei. Man müsse die Schuldigen erkennen und nennen. Wenn kein Datum in Rom genannt werde, werde die europäische Presse nur über diesen fehlenden Punkt berichten. Anstatt das Sig-

7 Für das Gespräch am 9. März 1981 vgl. Dok. 64.

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

9 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

nal der Einheit des westlichen Bündnisses von Rom auszusenden, woran uns allen soviel gelegen sei, wären wir dann völlig in der Defensive.

Das wäre gerade in dieser Lage besonders schlimm: Unser gemeinsames Verhalten habe es der SU sehr schwer, ja immer schwerer gemacht, der geradezu explosiven Entwicklung in Polen zu begegnen. Unser Hauptinteresse müsse darauf gerichtet sein, daß der polnische Prozeß der Erneuerung weitergehe. Dieser Prozeß sei sicherlich kein Prozeß, der den Westen schwäche. Es sei ein unaufhaltsamer historischer Prozeß. Die Aufstände und Niederschlagungen in der DDR[10], in Ungarn[11] und in der ČSSR[12] seien abgeschlossene Vorgänge. Was jetzt in Polen geschehe, habe eine ganz andere Qualität. Dieser Prozeß werde sich fortsetzen, abgewandelt, auch in anderen Ländern. Alle Probleme der kommunistischen Länder würden vor diesem Problem verblassen.

Die Polnische Kommunistische Partei sei von diesem Prozeß der Erneuerung voll ergriffen. Sie sei, man könne es nicht öffentlich aussprechen, in großen Teilen bereits eine sozialdemokratische Partei. Der sowjetische Vorwurf, in Polen sei eine Konterrevolution im Gange, bestehe zu Recht. Vielleicht habe die SU den Zeitpunkt der Intervention bereits versäumt. Gerade in dieser Lage dürften keine Dissonanzen von der Ministertagung in Rom ausgehen.

Woessner kam noch einmal auf den ersten Punkt des Ministers zurück: Er habe den Eindruck, daß AM Haig verhältnismäßig optimistisch sei und glaube, daß man in Rom ein Datum werde nennen können.

BM schloß das Gespräch mit der Bemerkung, das wäre natürlich gut, aber die Berichte unserer Botschaft Washington klängen anders. Die Frage, so hieße es in diesen Berichten, sei in den Vereinigten Staaten noch nicht entschieden, sondern werde an höchster Stelle geprüft. Gerade aus diesem Grunde gehe es ihm darum, daß dieser Bericht in den Vereinigten Staaten auch an höchster Stelle vorgelegt werde.[13]

BM hat diesen Vermerk noch nicht genehmigt.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 10306 (201)

10 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

11 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

12 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

13 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 1. Mai 1981 mit: „Stoessel, den ich am 1.5.81 aus anderem Anlaß aufsuchte […], sagte mir, daß zum Augenblick unseres Gesprächs (15.00 OZ) die abschließenden Beratungen über die amerikanische Position zur LRTNF-Terminfrage stattfänden. Dabei würden die Argumente, die BM Genscher gegenüber Woessner gebraucht habe, berücksichtigt. Die Botschaft könne nicht damit rechnen, über die amerikanische Entscheidung noch rechtzeitig vor Rom unterrichtet zu werden. Vielmehr werde Haig den Bundesminister in Rom persönlich informieren. Zur Sache deutete Stoessel an, daß die amerikanische Seite bereit sein werde, einen Zeitrahmen zu nennen, der eine deutliche Bewegung signalisiere, jedoch kein bestimmtes Datum.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1779; Referat 220, Bd. 123107.

123

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Eanes in Hamburg

VS-NfD **2. Mai 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem portugiesischen Präsidenten Eanes am 2. Mai 1981 von 11.45 bis 15.00 Uhr im Gästehaus des Hamburger Senats[2]

Beim Gespräch anwesend: Botschafter Reino und GL 21[3], beim anschließenden Arbeitsessen traten diplomatischer Berater Martins und Pressesprecher Letria hinzu. Dolmetscherin: Frau Eichhorn.

Nahost

Bundeskanzler gibt auf Frage von Eanes nach der Stabilität arabischer Staaten folgende Einschätzungen: Libanon ist kein funktionstüchtiger Staat, der Nordjemen labil, Southjemen stabil in sowjetischer Hand, die VAE macht einen stabilen Eindruck und profitiert indirekt vom iranisch-irakischen Konflikt[4]. Die Lage in Libyen ist wenig stabil, insbesondere wegen der Person Gaddafis, der sich Feinde ringsum geschaffen hat. Ägypten wird wohl im nächsten Jahr nach Räumung der letzten Teile des Sinai seine Teilnahme am Camp-David-Prozeß[5] auslaufen lassen und sich mit den arabischen Staaten zu arrangieren suchen. Wenn das nicht geschieht, wächst die Opposition gegen Sadat. Das Sinai-Öl trägt zur wirtschaftlichen Stabilisierung Ägyptens wesentlich bei.

Eanes bewertet auf Frage die Situation in Nordafrika wie folgt: In Libyen ist die Position Gaddafis wesentlich geschwächt, der sich daher immer stärker den Interessen der SU unterordnen muß. Die Intervention im Tschad[6] ist hierfür ein Beispiel. Algerien sucht sich trotz des Westsahara-Konflikts[7] den Europäern anzunähern. Marokko muß eine politische Lösung des Westsahara-Konflikts suchen, da ein fortdauernder Konflikt die innere Stabilität der Regierung verschärft[8] und zu immer stärkerem Einfluß Libyens auf die Saharer führt. Irak nähert sich mit fortdauerndem Konflikt immer stärker dem Westen an, da sich die Politiker stärker nach den eher konservativ ausgerichteten Militärs richten müssen. In Saudi-Arabien wird das Regime der Prinzen u. a. durch Korruption von innen ausgehöhlt.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 7. Mai 1981 gefertigt.
Hat Legationsrat I. Klasse Starnitzky am 12. Mai 1981 vorgelegen.

2 Präsident Eanes hielt sich vom 1. bis 3. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Otto von der Gablentz.

4 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 113, Anm. 21.

5 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

6 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 116, Anm. 13.

7 Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 7.

8 So in der Vorlage.

Er hat den Eindruck, daß die USA in den nächsten fünf Jahren mit einem Konflikt in der Region rechnen, der auch die beiden Großmächte auf den Plan rufen würde. Er fragt nach der europäischen Einschätzung der Lage und nach dem voraussichtlichen Verhalten der Europäer, wenn die Amerikaner im Konflikt in der nahöstlichen Region Entscheidungen fällen, die auch ihre europäischen Partner militärisch und politisch hineinziehen. Portugals konkrete Sorge bezieht sich auf die Nutzung der amerikanischen Basen in Portugal für ein amerikanisches Eingreifen in der Nahost-Region.

Bundeskanzler berichtet über die Einschätzung des spanischen Regierungschefs, wonach der Westsahara-Konflikt sich vor allem durch die Beteiligung Libyens zu einem Ost-West-Konflikt auswachsen könnte.[9] Er selbst hat im Januar vom marokkanischen König[10] einen sehr guten Eindruck mitgenommen. Der König scheint aber jetzt nach den Ereignissen in Mauretanien[11] geschwächt zu sein.

Wünschenswert ist ein gemeinsames westliches Konzept für den Maghreb und den Maschrek. Bei allem großen Vertrauen, das er in Reagans Absicht setzt, mit den europäischen Partnern zu konsultieren, bedauert er das allzu langsame Tempo der amerikanischen Meinungsbildung.

Irak hat sich schon vor Ausbruch des Krieges um Annäherung an den Westen bemüht. Der Krieg dient ihm vor allem dazu, dem Einfluß der iranischen Revolution[12] zuvorzukommen. Ob Irak auf Dauer bei seiner Politik der Annäherung bleibt, hängt wohl im wesentlichen von der Entwicklung im Iran ab.

In der Frage einer Rapid Deployment Force[13] der Amerikaner im Nahen Osten bestehen noch viele Unklarheiten. Carters ursprüngliche Erklärung[14] kann an sich leicht zu einem amerikanischen over-commitment führen. In ihren Verhandlungen mit Saudi-Arabien, Oman[15] und Ägypten zeigen die USA eine bemerkenswerte Unbekümmertheit gegenüber den Arabern. Haig hat in Riad und Kairo einen guten Eindruck hinterlassen[16], man ist sich aber der Unterstützung nicht sicher, die er in Washington erfährt. Überdies ist nicht klar, ob Washington den Unterschied zwischen der traditionellen Nahost-Problematik – dem Konflikt zwischen Arabern und Israelis – und der Problematik eines sowjeti-

9 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo am 22. April 1981 in Hamburg vgl. Dok. 111.

10 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit König Hassan II. am 6. Januar 1981 in Marrakesch vgl. Dok. 3.

11 Zum gescheiterten Putschversuch in Mauretanien am 16. März 1981 vgl. Dok. 111, Anm. 30.

12 Zum Umsturz in Iran vgl. Dok. 16, Anm. 9.

13 Zur „Rapid Deployment Force“ vgl. Dok. 55.

14 Präsident Carter gab am 1. Oktober 1979 in einer Radio- und Fernsehansprache bekannt, daß er angesichts des amerikanischen Interesses an weltweitem Frieden und Stabilität den amerikanischen Verteidigungsminister Brown damit beauftragt habe, die Kapazität schneller Eingreiftruppen zu erhöhen, um amerikanische Interessen zu schützen und verbündete Staaten zu unterstützen: „We must be able to move our ground, sea, and air units to distant areas, rapidly and with adequate supplies.“ Vgl. PUBLIC PAPERS, CARTER 1979, S. 1804.

15 Zur amerikanisch-omanischen militärischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 117, Anm. 19.

16 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 4./5. April 1981 in Ägypten bzw. am 7./8. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 106, Anm. 11 bzw. Anm. 13.

schen Ausgreifens in der Region deutlich sieht, z. B. in Afghanistan, im Südjemen, in Äthiopien und durch den Aufbau eines riesigen Militärarsenals in Libyen, das eigentlich nur von sowjetischen Bürgern bedient werden kann.

Es wäre ein Fehler, wenn die USA davon ausgingen, die Lage im Nahen Osten nur unter dem Gesichtspunkt des Ost-West-Konflikts zu sehen, und das tiefe Engagement der Araber in der eigentlichen Nahost-Frage übersähen. Nur Sadat und Fahd – weit herausragende Persönlichkeiten – sehen die überragende Bedeutung der Ost-West-Problematik. Der Camp-David-Prozeß wird von fast allen Arabern abgelehnt. Die saudische Anerkennung der PLO wird auch damit begründet, daß sie hierdurch von einer allzu großen Annäherung an die SU abgebracht wird. Die amerikanische Golfpolitik wird mit Skepsis betrachtet, da man keine Großmächte in der Golfregion haben möchte. Es wird also den Amerikanern schwerfallen, ihre unpopuläre Camp-David-Politik durch eine auch nicht populäre Golfdiplomatie auszugleichen.

Die NATO kann natürlich nicht als solche außerhalb des Bündnisbereichs[17] tätig werden. Eine Erweiterung des NATO-Bereichs kommt nicht in Frage. Allerdings haben auch die NATO-Mitglieder vitale Sicherheitsinteressen in der Region. Wir können schon aus Verfassungsgründen keine Truppen in die Golfregion entsenden.[18] Frankreich und Großbritannien können dagegen dort auch militärisch auftreten. Das kann im konkreten Fall eines Einsatzes zu einer gewissen Verschiebung der Arbeitsteilung im eigentlichen NATO-Bereich führen.

Eanes betont seine Sorge, daß Portugal zur Zwischenstation der RDF auf dem Wege in den Nahen Osten werden könne. Er würde es begrüßen, wenn sich Portugal in dieser Frage auf eine gemeinsame europäische Position stützen könnte.

EG

Eanes hält die politischen Gründe für einen EG-Beitritt[19] für entscheidend. Ohne eine politische Einbindung in Europa bleibt die portugiesische Demokratie verletzbar. Die KP als solche ist nicht gewachsen, aber ihr Einfluß nimmt zu. Die Sozialisten haben ihn nicht zurückdrängen können. Im selben Maße wie der kommunistische Einfluß nimmt auch die Gefahr zu, daß die Militärs versucht sein könnten, so etwas wie eine „begrenzte Demokratie“ aufzubauen.

Bundeskanzler stimmt zu. Daher setzen wir uns auch mit Nachdruck für einen EG-Beitritt Portugals zum Zieldatum des 1.1.1984 ein. Auch er sieht vor allem die Vorteile des EG-Beitritts für die Stabilisierung der Demokratie. Er bittet allerdings, die kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteile einer Mitgliedschaft nicht zu überschätzen. Er warnt davor, eine Situation wie in Großbritannien entstehen zu lassen, in der nach dem Beitritt[20] alles, was nicht funktioniert, der EG in die Schuhe geschoben wird.

17 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

18 Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. Dok. 100.

19 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal vgl. Dok. 116, Anm. 27.

20 Großbritannien trat zum 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei.

Südliches Afrika

Eanes erläutert zunächst auf Frage des Bundeskanzlers, daß sich Brasilien durch die schnelle Anerkennung Netos[21] eine gute Position im portugiesisch sprechenden Afrika geschaffen hat, die Entwicklung dann aber nicht so positiv verlaufen ist, weil Brasilien nicht genug investieren kann und außerdem als Trojanisches Pferd der Amerikaner verdächtigt wird.

Angola und Mosambik zeigen sich von ihren Erfahrungen mit Kuba und den Osteuropäern enttäuscht, die es nicht geschafft haben, Fabriken wiederherzustellen oder neu aufzubauen. Sie suchen – zusätzlich zu ihrer Kooperation mit den Osteuropäern – Zusammenarbeit mit dem Westen. Sie möchten sich auch von Rüstungslieferungen des Ostens unabhängiger machen. Die Portugiesen sind in einer besonders guten Position, den europäischen Beitrag zu „kanalisieren", da sie für die beiden Länder sprachlich und auch technologisch die Brücke nach Europa bilden. Eine solche Rolle Portugals wird jetzt auch dadurch erleichtert, daß die Portugiesen ihre ursprünglichen Bemühungen aufgegeben haben, Entschädigungen von ihren ehemaligen Kolonien zu erhalten.

Auf Frage des Bundeskanzlers bezeichnet er jede mögliche Unterstützung der UNITA[22] als einen schwerwiegenden Fehler. Sie könne nur die Abhängigkeit Angolas von der SU verstärken, die Stellung der Kubaner in Angola auch psychologisch verändern, die unter Neto begonnene Öffnung nach dem Westen zerstören und vielleicht sogar andere östliche Kräfte wie Äthiopier oder Vietnamesen nach Angola ziehen. Haig wird allerdings eine solche Politik sicher nicht zulassen, da er nicht bereit sein wird, aus Angola ein neues Vietnam zu machen. Aber man kann noch nicht sagen, ob er sich in Washington durchsetzt.

Zu Namibia berichtet er, daß der Botschafter Sambias[23] angeregt habe, Portugal solle eine wichtigere Rolle bei der Lösung der Namibia-Frage übernehmen. Der Vorschlag gehe auf Kaunda zurück und werde ausdrücklich von den Angolanern unterstützt. Portugal ist bereit, bei einer Namibia-Lösung zu helfen, weiß aber als kleines Land zur Zeit noch nicht, welche Rolle es sinnvollerweise spielen kann. Die amerikanische Namibiapolitik ist offensichtlich noch nicht

21 Vortragender Legationsrat I. Klasse Müller notierte am 14. November 1975, Brasilien habe wie bislang etwa 20 weitere Staaten die in Luanda ansässige und von der MPLA gebildete angolanische Regierung anerkannt. Eine in Ambriz gebildete Regierung unter Führung von FNLA und UNITA sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch von keinem Staat anerkannt worden. Vgl. dazu Referat 312, Bd. 108167.

22 Zu einer möglichen Unterstützung der UNITA durch die USA vgl. Dok. 95, Anm. 53.
Botschafter Hermes, Washington, teilte am 14. Mai 1981 mit: „Es zeichnet sich nunmehr deutlich ab, daß die beiden Häuser des Kongresses in der Frage der Aufhebung des Clark-Amendments gegensätzliche Positionen einnehmen. 1) Der Auswärtige Ausschuß des Senats hat am 13.5. mit zehn gegen zwei Stimmen dem Senatsplenum empfohlen, a) die Aufhebung des Clark-Amendments zu beschließen. b) Er empfiehlt weiterhin, ausdrücklich zu betonen, daß der Senat damit nicht bereits der Administration die Unterstützung einzelner Gruppen (lies: der UNITA) innerhalb Angolas anrät. c) Außerdem solle der Senat die Administration verpflichten, den Kongreß vorher von eventuellen Unterstützungsmaßnahmen für einzelne Gruppen zu unterrichten. […] Der Auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses hatte bereits am 12.5. mit 19 zu fünf Stimmen für die Beibehaltung des Clark-Amendments gestimmt. Auch hier ist mit der Annahme der Ausschußempfehlung durch das Plenum zu rechnen. 3) Bis zur Abstimmung in beiden Häusern können noch einige Wochen vergehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1969; Referat 320, Bd. 127716.

23 Boniface Zulu.

definiert. Die Reise Crockers[24] hat eher Verwirrung und den Verdacht gestiftet, als wollten die Amerikaner für Südafrika Zeit gewinnen.

Macao

Eanes sieht auf Frage des Bundeskanzlers Chancen, daß die EG-Staaten gemeinsam aus Macao so etwas wie ein zweites Hongkong machen können. Portugal allein ist wirtschaftlich dazu nicht imstande. Die VR China wird eine solche wirtschaftliche Entwicklung Macaos im Rahmen ihrer Politik der Öffnung gegenüber dem Westen begrüßen. Ein solcher Ausbau Macaos würde ihre wirtschaftlichen Kontakte mit dem Westen erweitern und nicht die Gefahr mit sich bringen, politische Unruhe in das eigentliche China hineinzutragen.

Brasilien

Eanes bezeichnet die Beziehung Portugals mit Brasilien als eine platonische Liebe. Die engen kulturellen Beziehungen finden keine Entsprechung im wirtschaftlichen Bereich, da Portugal dem großen Schwellenland Brasilien weder die finanziellen noch technologischen Mittel der Zusammenarbeit bieten kann. Politisch gibt es sogar eine gewisse Rivalität, vor allem im südlichen Afrika. Brasilien möchte eine Großmacht werden und erwartet, im ehemals portugiesischen Afrika eine um so größere Rolle zu spielen, wie sich die Rolle Portugals verringert.

Nur als Teil Europas kann Portugal seine besondere Beziehung zu Brasilien zur Geltung bringen. Es liegt in Interesse Europas, Brasilien beim Ausbau seiner Position in Lateinamerika zu unterstützen, weil dies auch zur Stabilisierung der Demokratie und Verhinderung einer Revolution in Brasilien beiträgt. Aus seinen Begegnungen mit zwei brasilianischen Präsidenten[25] hat er den klaren Eindruck gewonnen, daß sich Brasilien ehrlich um den demokratischen Weg bemüht. Europa sollte es auf diesem Wege unterstützen und so auch die Freundschaft einer potentiellen Großmacht mit ungeheuren Rohstoffquellen gewinnen. Zum notwendigen politischen Wandel in Brasilien trägt auch die Kirche bei. Mit ihrer Öffnung gegenüber den Ärmsten hat sie ein Vordringen des Kommunismus verhindert und dazu beigetragen, daß linke demokratische politische Kräfte entstehen.

Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß der Frage des Bevölkerungswachstums eine entscheidende Bedeutung beikommt. Auch der Papst[26] kann nicht Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum zur Deckung bringen.

Es liegt in Interesse Europas, auf den Wunsch der Brasilianer wie auch der Afrikaner im südlichen Afrika einzugehen und mit diesen Staaten präferenzielle Beziehungen zu entwickeln.

Bundeskanzler stimmt den Darlegungen und Analysen von Eanes zu.

24 Zu den Ergebnissen der Reise des designierten Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker, vom 8. bis 21. April 1981 in verschiedene afrikanische Staaten vgl. Dok. 112, Anm. 25.

25 Präsident Eanes hielt sich vom 22. bis 27. Mai 1978 in Brasilien auf und traf am 22./23. Mai 1978 in Brasilia mit Präsident Geisel zusammen.
Präsident Figueiredo besuchte Portugal vom 1. bis 4. Februar 1981.

26 Johannes Paul II.

Sicherheitspolitische Lage in Europa

Bundeskanzler glaubt, daß bestimmte republikanische Kräfte während der amerikanischen Präsidentschaftswahlen[27] und der Neubildung der Regierung dem Irrtum erlegen sind, daß man erst aufrüsten müsse, ehe man über Rüstungskontrollfragen verhandeln könne. SALT II hat den USA keinen Nachteil gebracht. Man soll heilfroh sein, daß sich beide Seiten bisher in etwa an den nicht ratifizierten Vertrag halten.[28] Die SU hat in zwei Bereichen, die nicht Verhandlungsgegenstand von SALT II waren, wesentliche Vorteile errungen: Sie hat die ursprüngliche amerikanische See-Überlegenheit aufgeholt und ihre globale Einflußsphäre unter Ausnutzung politischer Schwächen der Amerikaner in Südostasien, Afrika und Teilen von Lateinamerika ausgedehnt. Rüstungskontrollverhandlungen können Geländegewinne dieser Art nicht verhindern, die im wesentlichen wegen amerikanischer Schwächen möglich waren.

Wir glauben, daß wir heute mit einer größeren Stetigkeit amerikanischer Politik rechnen können. Die Europäer bleiben auf amerikanische Führung angewiesen, wollen sie allerdings nach Möglichkeit nicht verspüren.

In Europa ist über das konventionelle Übergewicht der SU hinaus ein eurostrategisches Drohpotential nuklearer Mittelstreckenraketen der Sowjetunion entstanden, das er mit ganz großer Besorgnis betrachtet. Die letzte amerikanische Regierung hatte trotz unserer Mahnungen das eurostrategische Potential nicht in die SALT-Verhandlungen einbezogen. Sie hat schließlich die Gefährlichkeit dieses Potentials erkannt und eine begrenzte Nachrüstung im nuklearen Mittelstreckenbereich vorgesehen, deren Verwirklichung noch einige Jahre dauern wird.[29] Die von uns geforderten gleichzeitigen Rüstungskontrollverhandlungen begannen im vorigen Herbst in Genf.[30] Die Sowjetunion entfaltet eine starke Propagandatätigkeit, die nicht nur in Kreisen der KP, sondern auch der Kirchen und der Jugend Widerhall findet. So entsteht eine doppelte Gefahr: Wenn sich die USA nicht sehr ernsthaft um Rüstungskontrollverhandlungen bemühen, könnte das Bündnis seine moralische Kohäsion verlieren und die öffentliche Meinung in europäischen Ländern ihr Vertrauen in die USA. Wenn dann populäre Anti-Nachrüstungsbewegungen dazu führen, daß die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen unmöglich wird, obgleich die SU ihre Überlegenheit weiter ausbaut, wird die USA ihr Vertrauen auf die Verteidigungsbereitschaft der Europäer verlieren und die UdSSR[31] bei ihrem Versuch ermutigt werden, die westeuropäische öffentliche Meinung zu manipulieren. Eine solche Entwicklung würde schwerste Gefahren für Europa mit sich bringen.

27 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 4. November 1980 statt.

28 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

29 Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 5, Anm. 10.

30 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

31 Korrigiert aus: „USA“.

Obwohl Portugal von der Stationierungsproblematik nicht direkt betroffen ist, möchte er die Aufmerksamkeit auf diese Gefahren lenken, für die der Präsident als Soldat sicherlich Verständnis hat.

Eanes stimmt den Erwägungen des Bundeskanzlers zu. Er setzt sich für einen baldigen Beginn von Rüstungskontrollverhandlungen ein, ohne erst vorher die Parität im Mittelstreckenbereich herzustellen. Die Länder Westeuropas müssen ihre europäische Dimension begreifen, sie aber im Sicherheitsbereich atlantischen Zielen unterordnen können. Portugal sieht sich als atlantisches Land, das seine Verpflichtungen aus dem Bündnis bei der Verteidigung der westlichen Welt erfüllen wird. Dies auch deshalb, weil es sich als europäisches Land sieht, das seine künftige europäische Entwicklung nur dann sichern wird, wenn sich Europa weder isoliert noch von den USA im Stich gelassen wird.

Schlußbemerkungen

Bundeskanzler stellt abschließend fest, daß der Präsident und er in den meisten außenpolitischen Fragen voll übereinstimmen. Er zeigt sich sehr befriedigt über den Verlauf des Gesprächs, das sehr vertraulich und sehr offen geführt wurde. Er verabredet mit dem Präsidenten, die Außenminister[32] (und den portugiesischen Regierungschef[33]) ins Bild zu setzen.

Zur Unterrichtung der Presse werden beide Seiten auf eine weitgespannte Tour d'horizon und einen sorgfältigen Meinungsaustausch u. a. über die Lage in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten, in Lateinamerika verweisen sowie über den EG-Beitritt Portugals und die gemeinsamen Aufgaben innerhalb der Atlantischen Allianz. Außerdem sollten weltwirtschaftliche Fragen der Energieversorgung erwähnt werden sowie – auf Bitte des Präsidenten – die Situation der portugiesischen Gastarbeiter.[34]

Er bittet, dem spanischen Ministerpräsidenten Grüße zu bestellen, den der Präsident in Kürze treffen wird.

Eanes dankt für die Gelegenheit zu dem ausführlichen Gespräch. Er hat mit dem „Bundeskanzler wie mit einem Portugiesen oder einem Spanier" sprechen können. Er zeigt sich besonders dankbar für den informellen Charakter der Begegnung, der ein intensiveres Gespräch ermöglicht habe als bei der ersten Begegnung anläßlich des NATO-Gipfels 1977 in London[35].

Referat 203, Bd. 123287

32 Hans-Dietrich Genscher bzw. André Gonçalves Pereira.

33 Francisco José Pereira Pinto Balsemão.

34 Zur Unterrichtung der Presse vgl. den Artikel „Eanes würdigt die Rolle Bonns"; DIE WELT vom 4. Mai 1981, S. 2.

35 Zur NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11. Mai 1977 in London vgl. AAPD 1977, I, Dok. 121 und Dok. 141.
In einem Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Eanes am 9. Mai 1977 in London wurden die Unterstützung Portugals durch die Bundesrepublik, die innen- und wirtschaftspolitische Lage Portugals und dessen Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften sowie verteidigungspolitische Fragen erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178683.

124

Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, an das Auswärtige Amt

114-3147/81 geheim **Aufgabe: 2. Mai 1981, 08.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 110 **Ankunft: 2. Mai 1981, 10.12 Uhr**
Citissime

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers in den VAE[2];
hier: Wunsch der VAE nach Rüstungsgut[3]

Bezug: DB Nr. 109 vom 30.4.1981 – Pol 321.30/2[4]

Bitte um Weisung

Gegen Schluß des Gesprächs des Bundeskanzlers mit Scheich Khalifa (Kronprinz und stellv. Oberster Befehlshaber der VAE-Streitkräfte) erwähnte dieser die wiederholt vorgetragenen Wünsche der VAE nach bestimmtem Rüstungsgut wie „Leopard"- und „Gepard"-System, Pioniergerät, gepanzerte Amphibienfahrzeuge für den Truppentransport, Radar und Panzerabwehr. Man habe noch keine Antwort erhalten, jedoch die Angebote anderer Staaten, z. B. USA, GB, F und I, bisher ausgeschlagen, weil man hoffe, die gewünschten Ausrüstungen und Waffensysteme von der Bundesrepublik Deutschland zu erhalten.

Der BK erwiderte, daß bisheriges Schweigen keine Absage bedeute, wies jedoch auf den Inhalt seiner Gespräche in Riad[5] hin und erläuterte die grundsätzliche, bisher unveränderte Haltung der Bundesregierung.[6]

Aus dem sehr offenen, freimütigen und in sehr freundschaftlicher Atmosphäre geführten Gespräch zwischen dem BK und Scheich Khalifa während der anschließenden gemeinsamen Fahrt zum Flughafen ist folgendes festzuhalten:

1 Hat Legationsrat I. Klasse Reyels am 4. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) An 422 abgegeben, 2) H[err] Schl[agintweit], D 3, Dg 31 haben K[enn]tnis, 3) W[ieder]v[orlage] 20.5. (Rückfrage 422)."

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 29./30. April 1981 in den Vereinigten Arabischen Emiraten auf. Vgl. dazu auch Dok. 120.

3 Zu früheren Rüstungswünschen der VAE vgl. AAPD 1980, I, Dok. 162.

4 Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, berichtete über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Scheich Zayed bin Sultan al-Nahyan am 30. April 1981. Ferner teilte er mit, unmittelbar vor dem Rückflug in die Bundesrepublik habe Schmidt mit dem Kronprinzen von Abu Dhabi, Scheich Khalifa, gesprochen: „BK erwähnte die Bewerbung von DEMINEX um Explorationsrechte im Offshore-Bereich von Abu Dhabi. Scheich Khalifa sagte, man sei bereit, mit DEMINEX zusammenzuarbeiten. Firma möge Abordnung zu Vertragsunterzeichnung nach Abu Dhabi entsenden. Sache sei entschieden und könne von uns veröffentlicht werden." Kuhnt führte dazu aus: „Botschaft ist über letzten Stand der Vertragsverhandlungen nicht unterrichtet, sieht daher davon ab, bereits jetzt bevorstehende Explorationsvergabe zu veröffentlichen. […] Botschaft regt an, von dort aus DEMINEX zu unterrichten und um schnelle Entsendung einer Delegation zwecks Vertragsunterzeichnung zu bitten. […] Khalifa sprach schließlich Zusammenarbeit im Rüstungsbereich an. Hierzu erfolgt gesonderter DB." Vgl. Referat 422, Bd. 124266.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

6 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2. Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.

BK erläuterte unter Hinweis auf seine Gespräche in Riad nochmals Haltung der Bundesregierung, erwähnte in diesem Zusammenhang AWG[7] und KWKG[8] und sagte, daß die Golfregion in unseren Augen Spannungsgebiet sei. In der Frage des Waffenexports an befreundete Staaten außerhalb des NATO-Bereichs[9] sei zu überlegen, wie die bisher unverändert geltenden Gesetze und Grundsätze der veränderten Weltlage anzupassen seien, wie man diese Grundsätze neu fassen könne, um dann im Rahmen von Abstimmungen auch mit unseren Partnern im Nordatlantischen Bündnis Ausnahmegenehmigungen für den Export bestimmter Waffensysteme und Rüstungsgut erteilen zu können, die bisher kein Land außerhalb der NATO erhalten habe.

Auf die Frage Khalifas, wann mit einer solchen Entscheidung gerechnet werden könne, entgegnete der BK, daß sich der Prozeß der Entscheidungsfindung über Jahre hinziehen könne und daß eine überzeugende Mehrheit im Parlament, das diese Entscheidung mitzutragen habe, einer Neufassung der Grundsätze zustimmen müsse. BK betonte eindringlich, daß es sich hierbei um eine Grundsatz-Entscheidung handele, nicht nur bezogen auf bestimmte Regionen. Es müsse verhindert werden, daß die Bundesrepublik Deutschland in fremde Konflikte hineingezogen werde. Dies sei bestimmend gewesen für die Gesetzgebung damals und gelte auch noch heute. In diesem Zusammenhang wies der BK auf die deutschen Verluste in beiden Weltkriegen hin.

Scheich Khalifa zeigte für die Ausführungen des BK Verständnis, bat jedoch, wenigstens einige Wünsche der VAE im Rüstungsbereich zu erfüllen, z. B. Pioniergerät, gepanzerte Amphibienfahrzeuge für den Truppentransport, Radar- und Tiefffliegerabwehr-Systeme. Die Frage Khalifas, ob er die Waffensysteme, die er von der Bundesregierung jetzt nicht erhalten könne, von anderen beziehen solle, beantwortete der BK mit einem klaren Ja, er wolle jedoch die Bitte der VAE-Regierung nicht definitiv ablehnen und schlage gleiche Sprachregelung wie in Riad vor, die er Scheich Khalifa erläuterte. Khalifa äußerte sich zustimmend.

Abschließend sagte der Kanzler, daß der Bundesregierung z. Z. die Hände gebunden seien, daß dies jedoch in Zukunft anders sein könne. Scheich Khalifa wörtlich: „Wir werden uns in Geduld fassen." Der Kanzler schlug Khalifa vor, sich zunächst mit dem zu begnügen, was unter den augenblicklich geltenden Voraussetzungen exportiert werden könne.

Beide Gesprächspartner zeigten sich befriedigt über die Klarheit und Offenheit dieses Gesprächs. Die Tatsache, daß Scheich Zayed während der Delegationssitzung das Thema nicht erwähnte, mag als Hinweis auf das Verständnis der VAE für die grundsätzliche Haltung und die schwierige Situation der Bundesregierung in dieser Frage gelten. Gleichwohl müssen die von Khalifa vorgetragenen Wünsche im Zusammenhang mit den zugesagten Konzessionen im Erd-

7 Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

8 Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450.

9 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

ölbereich[10] gesehen werden, als Vorleistung auf die von der Bundesregierung erwartete wohlwollende Behandlung der bisher im Bereich des Rüstungsexports vorliegenden Wünsche der VAE. Wir sollten deshalb nunmehr über die Erfüllung eines Teils dieser aus der laufenden Berichterstattung ersichtlichen Wünsche der VAE so großzügig, wie es die Situation erlaubt, und so schnell wie möglich entscheiden.

Ich muß davon ausgehen, daß mich Scheich Khalifa demnächst unter Hinweis auf sein Schlußgespräch mit dem Bundeskanzler auf Liefermöglichkeiten im weniger sensitiven Bereich anspricht, und bitte um Sprachregelung.

[gez.] Kuhnt

VS-Bd. 11157 (311)

125

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Haig (USA) in Rom

010-1262/81 VS-vertraulich **3. Mai 1981**[1]

Treffen der vier Außenminister in Rom am 3. Mai 1981 von 20.00 bis 23.00 Uhr[2]

Teilnehmer: Lord Carrington, Gastgeber; BM; Haig; François-Poncet; Politische Direktoren Bullard, Pfeffer, Eagleburger, Robin und je ein Note-taker.

Polen:

BM: Wir werden eine Art äußeres und inneres Moratorium in Polen bis zum Parteitag, d.h. bis Juli[3], haben, wenn nichts Unvorhergesehenes passiert. Die schwierigste Phase wird vor, während und nach dem Parteitag sein, besonders wenn die geheimen Wahlen zu grundlegenden Änderungen in der polnischen

10 Botschafter Kuhnt, Abu Dhabi, teilte am 4. Mai 1981 mit, am Vortag sei eine Explorationsvereinbarung zwischen dem Emirat Abu Dhabi und der DEMINEX unterzeichnet worden. Das Konzessionsgebiet umfasse einen 1800 Quadratkilometer großen Block vor der Küste, etwa 70 km westlich von Abu Dhabi: „Vereinbarung sieht vor, daß in nächsten eineinhalb Jahren seismische Untersuchungen durchgeführt werden. Abkommen hat Laufzeit von 35 Jahren mit jährlicher Kündigungsmöglichkeit." Kuhnt legte dazu dar: „Durch Konzessionsvergabe wird erstmals deutsche Ölgesellschaft im Emirat Abu Dhabi aktiv. Auch wenn Gesellschaft im erworbenen Block nicht fündig werden sollte, ist Marktzutritt positiv zu bewerten, da sich hierdurch weitere Möglichkeiten eröffnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 113; Referat 405, Bd. 126887.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z.Z. Rom, am 4. Mai 1981 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Italien auf. Vgl. dazu Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
Zum Gespräch über Berlin- und Deutschlandfragen am 3. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 127.

3 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

Führung oder in ihrer politischen Linie führen sollten. Was uns zusätzlich besorgt, ist der sehr schlechte Gesundheitszustand Kardinal Wyszyńskis.[4] Wir müssen uns auf die Frage konzentrieren, mit welchen Mitteln wir die Lage im Zeitraum Juni, Juli, August beherrschen können. Dafür wird große Bedeutung die Aussicht auf das Treffen Haigs mit Gromyko[5] haben, der Verlauf des KSZE-Folgetreffens in Madrid und möglicherweise auch die Ankündigung der Wiederaufnahme amerikanisch-sowjetischer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen. Dies alles kann die Risikoschwelle für die Sowjets erhöhen, denn sie würden alle diese Dinge, die ihnen wichtig sind, gefährden, wenn sie in Polen einmarschieren.

Haig: Ich stimme zu. Der Papst hat mir gesagt[6], daß die Änderungen, die sich in Polen vollzogen haben, schon jenseits der sowjetischen Toleranzgrenze liegen. Auch er mache sich Sorgen um den Kardinal. Es werde sehr schwierig sein, seine Rolle zu füllen. Der Papst sieht eine Intervention in Polen nicht voraus, meint aber, das Problem liege noch nicht hinter uns. Polen sei nicht die ČSSR, auch nicht Ungarn. Es handele sich um ein fundamentales politisches Ereignis von historischen Ausmaßen. Zwei andere Bemerkungen des Papstes waren interessant: Nach seiner Auffassung hat die Einheit und Solidarität der westlichen Haltung eine sowjetische Interventionsentscheidung abgewendet. Ich stimmte für den Dezember zu, nicht so für den März. Der Papst meinte jedoch: Auch im März, und erwähnte eine Erklärung Reagans in diesem Monat.[7] Der Papst begrüßte die amerikanische Entscheidung, die Stärke der USA wieder aufzubauen. Zu El Salvador bemerkte der Papst, wenn die Amerikaner das, was sie getan haben, nicht getan hätten, würden wir jetzt ein weiteres totalitäres Regime in der westlichen Hemisphäre haben. – Zu Polen ist meine Beurteilung ähnlich wie die von BM Genscher. Wir werden im Frühsommer eine Spannungszeit haben. Ich glaube, wir können durch unser Handeln die sowjetischen Entscheidungen beeinflussen. Wir müssen sehr sorgsam überlegen, was wir in Zukunft tun.

4 Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), teilte am 30. April 1981 mit: „Wie aus dem engsten Mitarbeiterkreis des Papstes am 28. April 1981 zu erfahren war, ist der polnische Kardinal Wyszyński von neuem an Krebs schwer erkrankt. Es bestehe keine Aussicht auf Heilung. Nach dem Urteil der Ärzte sei nur noch mit einer kurzen Lebensdauer des Kardinals zu rechnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 55; Referat 214, Bd. 132911.

5 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

6 Der amerikanische Außenminister Haig wurde am 2. Mai 1981 in Rom von Papst Johannes Paul II. zu einem Gespräch empfangen, in dessen Mittelpunkt der Nahost-Konflikt, insbesondere der Status Jerusalems, und die Lage in Polen standen. Vgl. dazu den Artikel „Haig und die römische Regierung bekräftigen NATO-Doppelbeschluß"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 4. Mai 1981, S. 1.

7 Präsident Reagan ließ am 26. März 1981 im Anschluß an eine Sitzung des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrats eine Erklärung veröffentlichen. Darin wurde seine Besorgnis über die Lage in Polen zum Ausdruck gebracht, der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Polens bekräftigt, die Hoffnung auf eine friedliche Lösung betont und die Bereitschaft zu wirtschaftlicher Hilfe erklärt. Ferner hieß es: „We would like to make clear to all concerned our view that any external intervention in Poland, or any measures aimed at suppressing the Polish people, would necessarily cause deep concern to all those interested in the peaceful development of Poland, and could have a grave effect on the whole course of East-West relations." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 293 f.

BM: Die Intervention in der DDR 1953[8], Ungarn 1956[9] und in der ČSSR 1968[10] waren in sich abgeschlossene singuläre Ereignisse. In Polen handelt es sich jedoch um eine prinzipielle Entwicklung, die sich zwar in der Form nicht wiederholen wird, wohl aber die anderen Ostblockstaaten nicht unberührt lassen wird. Wenn man die Lage zwischen den NATO-Sitzungen in Ankara[11] und Rom vergleicht, hat sich die Lage fundamental zum Nachteil der SU verändert. Für eine solche „unitarische Glaubenskirche", wie sich das kommunistische Lager begreift, ist dies ein tiefgreifender Rückschlag. Die SU hat die Stunde für die Intervention verpaßt. Das heißt nicht, daß sie nicht mehr intervenieren wird, aber eine Intervention ist heute für sie schwerer geworden. In diesem historischen Prozeß muß es unser Interesse sein, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit sich der Prozeß weiterentwickeln kann.

Carrington: Wir sollten in den nächsten sechs Wochen keine Erklärungen zu Polen abgeben. Dies ist zur Genüge geschehen. Bei weiteren Erklärungen würde man uns der Einmischung beschuldigen. Wenn ich Russe wäre und überlegte, was die freien Wahlen im Juli bei dem Maß der Unterwanderung der Partei durch die Solidarität auf dem Parteikongreß an Liberalisierung bringen könnten, würde ich überlegen, was ich vorher tun könnte, um dies zu verhindern. Deshalb haben wir eine gefährliche Zeit vor uns.

BM: Darum habe ich von der kritischen Phase vor, während und nach dem Parteitag gesprochen.

François-Poncet: Ich fürchte, daß wir das Schlimmste noch nicht hinter uns haben. Einerseits wächst die Notwendigkeit einer Intervention für die Sowjets, andererseits wachsen die Hindernisse. Die Lage ist gefährlich. Wir würden einen Fehler machen, wenn wir glaubten, die gegenwärtige Ruhe bedeute Beruhigung. Unsere Linie sollte sein, einig und stark zu sein. Wir brauchen jedoch keine weiteren Erklärungen. Wir müssen überlegen, was wir gegenüber den Sowjets tun. Es wäre ein Fehler, Moskau auszuschließen von dem, was es dringlich wünscht, z. B. den Dialog mit den Vereinigten Staaten. Wenn wir über den Juli hinauskommen, wird die Lage besser sein. Es ist wichtig, den September zu erreichen.

Carrington: Dafür wird auch das NATO-Kommuniqué von Bedeutung sein.

Haig: Das Kommuniqué erwähnt unsere Verpflichtung, Polen zu helfen.[12]

Rüstungskontrolle:

Haig: Ich habe hier eine sehr sorgfältig formulierte Weisung, an deren Vorbereitung sich der Präsident persönlich aktiv beteiligt hat. Ich verstehe, daß das

8 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

9 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

10 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

11 Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. AAPD 1980, I, Dok. 190.

12 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

Thema für alle sehr sensitiv ist. Ich verstehe, daß es darum geht, die Unterstützung für die Modernisierung[13] zu sichern, und daß es längerfristig darum geht, die SU nicht der Möglichkeit des Dialogs mit Washington zu berauben. Wir sind jedoch sehr besorgt über die sowjetische Nuklearrüstung. Die Sowjets haben bereits etwa doppelt soviele Mittelstreckenwaffen, wenn man die SS-4 und SS-5 einrechnet, wie die NATO in ihrem Nachrüstungsprogramm geplant hat (572 zu über 1000). Wir können nicht akzeptieren, daß der sowjetische Vorsprung eingefroren wird. Die USA beabsichtigen, TNF-Verhandlungen mit der SU vor Ende dieses Jahres („by the end of this year") zu beginnen. Ich werde im September mit Gromyko darüber sprechen. In der Zwischenzeit finden bereits Kontakte mit der SU statt[14], die wir nicht öffentlich bekanntmachen. Die Verhandlungen werden im SALT-Rahmen stattfinden. Die Verbindung der TNF-Gespräche mit SALT ist Teil unserer Überprüfung der Rüstungskontrollpolitik. Der Hinweis auf SALT III im NATO-Beschluß vom Dezember 1979 ist allerdings nicht mehr anwendbar. Die Frage, wie die TNF-Verhandlungen in den SALT-Rahmen eingefügt werden, braucht jedoch die Verhandlungsaufnahme nicht aufzuhalten. Wir benötigen eine Bedrohungsanalyse hinsichtlich der sowjetischen Nuklearwaffen in Europa und eine Analyse der funktionalen Notwendigkeiten („requirements") der NATO in diesem Bereich. Darüber müssen Studien angefertigt werden. Wir müssen diesen Rahmen haben, um die Verhandlungen richtig führen zu können. Das bedeutet nicht, daß wir eine dramatische neue Entscheidung wie im Dezember 1979 über die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen brauchen. Wir müssen nur Klarheit über die Fakten haben, bevor wir verhandeln. Die Implementierung der Modernisierungsentscheidung muß nach Plan vorangehen. Das ist Voraussetzung für realistische Verhandlungen. Sollte die SU ihr Verhalten in wichtigen Fragen ändern, würde die Basis für Verhandlungen untergraben. Der Kommuniqué-Passus zu TNF wird unsere Absicht wiedergeben, Verhandlungen zu beginnen. Es wird sich um die ersten wichtigen Rüstungskontrollverhandlungen der neuen Administration handeln. Dieser Entschluß war nicht einfach herbeizuführen. Im Kommuniqué wird es auch notwendig sein, den Grundsatz der Gegenseitigkeit und die Notwendigkeit der Zurückhaltung der SU niederzulegen. Schließlich müssen wir die Verpflichtung zur Verbesserung unserer Verteidigung erwähnen. Es ist wichtig, den Konsensus in Washington zu erhalten. Die Sowjets sagen, es gebe keinen Dialog. Es gibt jedoch einen Dialog. Ich habe diesen Rahmen mit Dobrynin erörtert.[15] Wir haben auch die Äußerung Breschnews zur Ausdehnung vertrauensbildender Maßnahmen[16] begrüßt. Die SU muß jedoch von bestimmten Aktivitäten ablassen, von bestimmten Waffenlieferungen, auch von Afghanistan.

13 Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 5, Anm. 10.

14 Am 10. Juni bzw. 13. Juli 1981 trafen der Abteilungsleiter in amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, und der Gesandte an der sowjetischen Botschaft in Washington, Bessmertnych, zu Gesprächen zusammen. Vgl. dazu Dok. 174, Anm. 3 und 8.

15 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März bzw. 1. April 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, bzw. Dok. 95, Anm. 20.

16 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

Zum SALT-Problem: SALT II[17] ist tot. Das Abkommen hätte selbst ohne Afghanistan den Kongreß nicht passiert.

BM: Es wird notwendig sein, bei diesem ersten NATO-Treffen, an dem der neue amerikanische AM teilnimmt, den Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 in beiden Teilen zu bekräftigen. Außerdem wird es gut sein, wenn gesagt wird, daß AM Haig die Alliierten informiert hat über seine Kontakte mit der SU, in denen die Fortsetzung der Gespräche auf Ministerebene, zwischen Haig und Gromyko, im September erörtert wurde, mit der Absicht, formelle Verhandlungen vor Jahresende zu beginnen. Das sind drei Phasen.

Haig: Ich habe hier ein sehr ernstes Problem. Der Kommuniqué-Passus ist vom Präsidenten gebilligt mit der Weisung, daß sich auch die anderen Minister daran halten, ich meine, auch der Verteidigungsminister[18], und daß keinerlei Änderungen vorgenommen werden.

Deshalb kann ich auch die Kontakte, die ich mit Billigung des Präsidenten mit Dobrynin hatte, nicht im Kommuniqué bestätigen. Der Doppelbeschluß kann dagegen bestätigt werden.

BM: Wie überbrücken wir die Zeit bis zu Ihrem Gespräch mit Gromyko? Es ist schwer, unserer Öffentlichkeit verständlich zu machen, warum die Verhandlungen erst gegen Jahresende aufgenommen werden können. Wenn man dagegen der Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt, daß jetzt Kontakte stattfinden, daß Haig und Gromyko im September die Gespräche fortsetzen werden und dann vor Jahresende formale Verhandlungen aufgenommen werden, dann ist dies eine verständliche Zeitabfolge.

Haig: Statt mehrere Wochen einer „blutigen Schlacht" erneut auszutragen, sollte mir lieber ein Journalist die Frage stellen, ob es vorbereitende Gespräche mit der SU vor meinem Treffen mit Gromyko gebe. Dann werde ich antworten: „Ja, natürlich, solche Gespräche haben bereits stattgefunden."

(Auf Frage BMs) Im Kommuniqué kann dies nicht wiedergegeben werden.

(Auf Bitte von Carrington) Ich werde Ihnen morgen früh den TNF-Kommuniqué-Passus vertraulich zur Kenntnis geben lassen.

BM: Die NATO-Tagung soll ein Zeichen westlicher Einheit setzen. Der ganze Westen wird nur auf die TNF-Passage blicken. Der Rest des Kommuniqués ist im Vergleich dazu drittrangig. Ich möchte in der Ministersitzung keine Diskussion darüber haben, vielmehr sollte in diesem Kreis die Formulierung abgesprochen werden. Ich möchte das auch in der Öffentlichkeit als befriedigend darstellen können. Die Sache ist um so wichtiger, als Luns nach meiner Information heute gesagt hat: Das Außenminister-Treffen werde kein Datum für die Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen nennen, das würden die Verteidigungsminister[19] tun.

17 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

18 Caspar W. Weinberger.

19 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

Haig liest daraufhin den amerikanischen Kommuniqué-Passus über TNF vor.

BM: Ihr Gespräch mit Gromyko ist nicht erwähnt.

Haig: Das können wir einfügen.

BM: Die Formulierung über die Modernisierung könnte so mißverstanden werden, als ob die Modernisierung der Verhandlungsaufnahme vorausgehen sollte. Man sollte eher sagen, daß ein zügiges Voranschreiten der Modernisierung Voraussetzung für realistische Verhandlungen ist.

Haig: Man könnte sagen: „The modernization … is the only basis."

BM weist auf die innenpolitische Problematik in Deutschland hin.

François-Poncet fragt nach der Beurteilung des Ministers zum niederländischen und belgischen Verhalten.

BM: Ich kann den Ausgang der Wahlen in den Niederlanden[20] nicht voraussehen, aber wenn den Uyl Ministerpräsident wird, wird NL die Modernisierung nicht durchführen.

Haig: Wenn der jetzige Premierminister[21] bleibt, wird er sich für die Durchführung einsetzen.

François-Poncet: Wird ein Wechsel in Holland Folgen für Belgien haben?

BM: Zweifellos.

François-Poncet: Und für Deutschland?

BM: Nur, wenn die Leute bei uns nicht überzeugt wären, daß die Amerikaner wirklich verhandeln wollen. Es gibt Leute, die den Beschluß ablehnen und nach Gründen suchen.

Haig: Hinsichtlich Belgiens bin ich nicht so pessimistisch.

BM: Das Minimum ist, daß Deutschland, Italien und Großbritannien dislozieren.

Haig: Was unsere innenpolitischen Probleme angeht, habe ich solche nicht so sehr mit dem Verteidigungsminister, sondern mit einigen Leuten in der Partei des Präsidenten.

Carrington: Für mich sind die Formulierungen, die Haig vorgelesen hat, angemessen. Wir werden damit keine Probleme haben.

20 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 26. Mai 1981 statt. Botschafter Fischer, Den Haag, teilte dazu am 27. Mai 1981 mit: „Wie zu erwarten war, konnte bisherige Regierungskoalition aus CDA und VVD ihre schon bisher geringe Mehrheit von zwei Stimmen (77 von 150 Stimmen) nicht behaupten. Sie kam zusammen auf nur 74 Sitze. Andererseits haben auch die sog. progressiven Parteien – neben PVDA und D 66 drei linke Splitterparteien, die geringe Gewinne erzielten – keine Mehrheit erhalten." Zu den Aussichten einer Regierungsbildung führte Fischer aus: „Kompromißlösungen sind auch jetzt schwierig, da sich vor allem die PVDA zu sehr festgelegt hat, und zwar in ihrem Nein zur Raketenstationierung und zur Schließung der bestehenden Kernkraftwerke sowie in ihrer Forderung nach stärkerem Einfluß auf die Wirtschaft. In allen drei Punkten nimmt der CDA eine andere Haltung ein. Zwar ist der CDA zur Zeit in bezug auf die Stationierungsfrage flexibler, da er die Entscheidung auf Dezember vertagt hat. Falls der CDA im Dezember jedoch sich mit Mehrheit für eine Stationierung entscheidet, wäre dann ein Auseinanderbrechen eines u. a. aus CDA und PVDA bestehenden Kabinetts zu erwarten." Ministerpräsident van Agt, der am Vortag seinen Rücktritt erklärt habe, führe die Regierungsgeschäfte zunächst weiter. Vgl. den Drahtbericht Nr. 236; Referat 202, Bd. 140580.

21 Andreas Antonius Maria van Agt.

KAE:

François-Poncet: Wir müssen entscheiden, was wir bei Wiederaufnahme der Gespräche in Madrid[22] tun werden. Es wäre ein Fehler, uns von den Neutralen führen zu lassen. Dies würde bergab gehen. Wir müssen jetzt unsere Position festlegen und dann dabei bleiben. Ich weiß, daß die Amerikaner sich erst nach langer Überlegung für unsere KAE-Position entschieden haben.[23] Ich schlage nicht vor, jetzt von dieser Position abzugehen. Unsere Möglichkeiten, uns hinsichtlich der sowjetischen Bedingungen zu bewegen, sind sehr beschränkt. Die Formulierung in dem N+N-Papier[24] „covering the whole of Europe with the adjoining sea area and airspace" ist zu vage. Es gibt heute zwei mögliche Reaktionen, entweder negativ zu reagieren oder die Formulierung zu präzisieren. Zur Präzisierung könnten wir sagen: Wir meinen Aktivitäten in dem angrenzenden See- und Luftraum, die mit anzukündigenden Manövern auf dem Lande verbunden sind. Das heißt, es geht nicht um eine Ausweitung des geographischen Konzepts. Von dieser Linie dürfen wir uns dann keinen Zoll mehr weiterbewegen.

BM stimmt zu.

Haig: Es geht also um die Erfassung von Verstärkungen (re-inforcements), nicht um geographische Ausdehnung. *François-Poncet* bestätigt dies.

Carrington: Wir müssen aufpassen, daß nicht wir als die Unvernünftigen dastehen und die Sowjets als die vernünftigen Verhandlungsbereiten.

François-Poncet stimmt zu.

Carrington: Dabei sind alle unsere vier Hauptaspekte (militärische Bedeutsamkeit, Verifizierbarkeit, Verbindlichkeit, ganz Europa) berücksichtigt.

François-Poncet: Wir müssen auch den polnischen Aspekt einbeziehen, der einen „phantastischen Schlag" für die SU bedeutet. Wenn wir Polen über die Hürde bringen, ist eine entscheidende Veränderung in Europa eingetreten. Demgegenüber wäre unser Angebot ein sehr kleines Stück Zucker.

Haig: Es geht also um den funktionalen Aspekt, um die Erfassung von Aktivitäten in Territorialgewässern und im territorialen Luftraum. Die Frage ist, ob sie das akzeptieren werden.

Carrington: Wenn die Amerikaner über TNF verhandeln und wir eine vernünftige Haltung zur KAE einnehmen, gewinnen wir die Initiative zurück.

Haig: Es geht also um Übungen und um „rapid re-inforcement", nicht um „rapid deployment". Carrington und François-Poncet bestätigen.

Die Möglichkeiten einer Bewegung in diesen Fragen ist für uns in jedem Fall sehr begrenzt. Es wird zu Hause Schwierigkeiten geben, wenn die Bedingun-

22 Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 15.

23 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

24 Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 13.

gen Breschnews für die Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen geklärt werden sollen. Es war schon sehr schwierig, die Zustimmung zu dem KAE-Projekt überhaupt zu bekommen.

Carrington: Es besteht keine Eile, wenn wir keine Zeitgrenze für Madrid setzen.

François-Poncet: Wir sollten uns nicht die Konzessionen einzeln aus der Nase ziehen lassen. Wir haben keine Unterstützung für unseren Fragebogen-Vorschlag[25] bekommen, um die Sowjets zu einer Präzisierung ihrer Bedingungen zu bewegen. Wir dürfen die Initiative nicht verlieren. Die Sache ist eilig, da sonst einige Bündnispartner einen Wettlauf machen, um den Neutralen entgegenzukommen. Unter diesen Umständen ist unsere Anregung keine Erweichung unserer Position, sondern das Gegenteil. Wir sollten die Frage jetzt vorklären.

Haig: Einverstanden. Die Experten sollten morgen früh Formulierungen ausarbeiten.[26] Alles, was ich tun kann, ist, mich in Washington für die Unterstützung einzusetzen.

Libanon:

François-Poncet: Zur Verantwortlichkeit für die zugespitzte Lage[27] ist zu sagen: Das israelische Vorgehen in Süd-Libanon ist nicht akzeptabel. Zu der israelischen Reaktion auf das syrische Vorgehen im Libanon-Gebirge, das ebenfalls inakzeptabel ist, kann man nicht das Gleiche sagen. Wir haben in Damaskus, Tel Aviv und anderswo Mäßigung gepredigt. Die Israelis versuchen, eine Verständigung zwischen den libanesischen Christen und Syrien zu verhindern, die wünschenswert ist, wenn sie nicht unter syrischem Druck zustande kommt.

25 Zu dem von Frankreich am 19. März 1981 vorgelegten Fragebogen zu einer KAE vgl. Dok. 95, Anm. 17.

26 Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 4. Mai 1981, Vertreter der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA hätten sich informell getroffen, „um über die in Madrid anstehenden Fragen zu sprechen. Dabei ging es vor allem um die Möglichkeit einer interpretierenden Ergänzung im N+N-Entwurf für ein Schlußdokument, und zwar in Kapitel A, Ziffer 7, wo der geographische Anwendungsbereich mit ‚covering the whole of Europe with the adjoining sea area and air space' beschrieben wird. Diese Formulierung stammt aus der Schlußakte. Wir waren uns daher einig, daß es unmöglich sein wird, an ihr vorbeizugehen. Deshalb soll der Versuch unternommen werden, die Formulierung beizubehalten, sie aber durch einen Zusatz zu erklären." Eine von Frankreich vorgeschlagene Formulierung laute: „‚covering the whole of Europe and, as far as adjoining sea and air space is concerned, the activities of forces operating there in so far as these activities are directly linked to a notifiable activity taking place on the European territory of participating States'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 399; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

27 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 117, Anm. 26.
Botschaftsrat Altenburg, Beirut, teilte am 29. April 1981 mit, die israelische Luftwaffe habe am Vortag in der Nähe von Zahlé bzw. des libanesischen Militärflugplatzes Rayak zwei syrische Hubschrauber abgeschossen. Pressemeldungen zufolge hätten zudem israelische Flugzeuge syrische Positionen in der Umgebung von Zahlé bombardiert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 201; Referat 310, Bd. 135690.
Botschafter Schütz, Tel Aviv, berichtete am selben Tag, Ministerpräsident Begin habe das israelische Vorgehen wie folgt begründet: „Israel könne eine Übernahme Libanons durch Syrien und das Auslöschen der Christen nicht hinnehmen. Israel[ische] Absicht sei es daher, Syrien an der Besetzung der Berghänge über Zahlé […] zu hindern. Begin behielt sich weitere israel. Schritte über den Hubschrauberabschuß hinaus ausdrücklich vor, betonte jedoch, daß Israel keinen Krieg mit Syrien wünsche und es auch nicht aus dem Libanon verdrängen wolle. Israel hätte nicht in dieser Weise interveniert, wenn sich Syrien an den Status quo im Libanon gehalten hätte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 294; Referat 310, Bd. 135690.

Haig: Ich sehe die Entwicklung in einigen Punkten anders. Bis zur jüngsten syrischen Aktion hat es Fortschritte gegeben. Die Israelis haben syrische Hubschrauber abgeschossen, aber der Beginn der Eskalation waren die Hubschrauber.

Es gibt Anzeichen dafür, daß die Sowjets Syrien drängen, etwas zu unternehmen, und ihnen Unterstützung zugesagt haben. Die Sowjets wollen damit in den Befriedungsprozeß in Nahost zurückkehren. Begin hat unmißverständlich erklärt, wenn die Raketen nicht bis Montag abend[28] verschwinden, wird etwas geschehen.[29] Bisher waren die gemäßigten Araber hilfreich. Sie haben die Saudis unterstützt und die Hilfe für Pakistan und Sudan erhöht. Wenn die Israelis jedoch eingreifen und Blut fließt, wird es eine starke arabische Reaktion geben. Deswegen steht sehr viel auf dem Spiel.

Carrington: Könnte man nicht die libanesische Armee an die Stelle der syrischen Truppen bringen?

Haig: Wir bemühen uns darum. Wir haben auch schon dreimal mit den Sowjets gesprochen.[30]

Carrington: Die amerikanische und die französische Position in Syrien ist zur Zeit schwierig. Könnten wir oder die Deutschen etwas tun?

Haig: Es gibt Anzeichen dafür, daß die Syrer weiter nach Süden in christliches Gebiet vorrücken wollen.

28 4. Mai 1981.

29 Botschafter Hermes, Washington, informierte am 4. Mai 1981, die USA hätten nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums im Verlauf des Wochenendes gegenüber Israel „darauf gedrängt, von einem Angriff auf die syrischen SAM-6-Raketen bei Zahlé Abstand zu nehmen. Die Israelis hätten die Raketen als ernste Bedrohung für Israel bezeichnet und auf ihren Rückzug aus dem Libanon bestanden. Begin habe darauf hingewiesen, daß es ihm zunehmend schwerer werde, seine Generäle zurückzuhalten. Die Israelis hätten dementsprechend keinerlei Versprechen gegeben, nicht gegen die syrischen Raketen vorzugehen, doch sehe man es als gewissen Erfolg an, daß sie bisher nichts unternommen hätten und anscheinend zu weiterem Abwarten bereit seien.“ Ferner habe die amerikanische Regierung der israelischen Regierung deutlich gemacht, „daß die Beunruhigung über mögliche israelische Schritte und deren Auswirkung an höchster Stelle in der Administration geteilt werde“. Sie glaube, „daß diese Erklärungen auf die Israelis eine gewisse ernüchternde Wirkung gehabt hätten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1789; Referat 310, Bd. 135690.

30 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 29. April 1981, nach Auskunft des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, habe dieser am 27. April 1981 angesichts der Lage im Libanon gegenüber dem sowjetischen Botschafter Dobrynin die Bitte geäußert, „mäßigend auf Damaskus einzuwirken“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1728; Referat 310, Bd. 135690.
Am 30. April 1981 hielt Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, fest, die amerikanische Botschaft habe darüber informiert, daß sie am 27. April 1981 „auf Arbeitsebene in der Nahost-Abteilung“ des sowjetischen Außenministeriums ihre Besorgnis über die Entwicklung im Libanon zum Ausdruck gebracht und auf die „gefährliche Zuspitzung“ und die „Gefahr der Eskalation des Bürgerkriegs“ hingewiesen habe: „Das sowjetische Außenministerium wurde gebeten, Damaskus zum Rückzug seiner Truppen von dem Sannine-Berg zu veranlassen. Sowjetischer Gesprächspartner habe darauf die gesamte Verantwortung für die jüngste Zuspitzung der Lage im Libanon der israelischen Politik angelastet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1672; Referat 310, Bd. 135690.
Botschafter Hermes, Washington, teilte am 4. Mai 1981 mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums „liege auch eine Antwort der Sowjetunion auf die Demarche Stoessels gegenüber B[otschafter] Dobrynin vom 27.4. vor. Die Sowjets hätten dabei zwar erneut auf ‚israelische Provokationen‘ als auslösende Faktoren der Krise hingewiesen, gleichzeitig aber erstmals ihre Bereitschaft bekundet, alles ihnen Mögliche zur Entschärfung der Lage im Libanon zu tun. Allerdings habe man bisher noch nicht erkennen können, daß die SU entsprechende Schritte unternommen habe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1789; Referat 310, Bd. 135690.

BM verneint die Frage Carringtons, ob wir Einfluß bei den Syrern hätten.

Carrington bietet die Hilfe der Briten an und bittet Haig, darüber nachzudenken.

Afghanistan:

Carrington: Man muß etwas tun, um die Dinge weiterzubringen, etwa im Sinne des französischen Konferenz-Vorschlags[31]. Was tut die UNO?

Haig: Ich habe mit Waldheim gesprochen. Ich erwarte nicht viel von der Rolle der UNO. Die pakistanische Haltung ist wichtig. Die Pakistanis tragen eine große Verantwortung. Wir müssen bei ihnen sondieren. Wenn sie mitmachen, ist viel gewonnen. Sie fühlen sich jetzt (uns gegenüber) besser.

Carrington: Das liegt an der amerikanischen Hilfszusage.[32] Die Aufhebung des Getreideembargos[33] wird Ihnen dagegen nicht viel helfen.

Haig: Nein, nicht wirklich.

François-Poncet: Was tun die Amerikaner für den afghanischen Widerstand?[34] Diese Frage ist verbunden mit dem Konferenzprojekt. (Zu Haig:) Können Sie dazu etwas sagen?

Haig verneint. Frankreich muß wegen der Konferenz die Initiative ergreifen.

François-Poncet: Wir warten die Wahlen ab.[35] Dann werden wir etwas unternehmen. Wir müssen aber das Gesamtbild sehen, einschließlich der Unterstützung des Widerstands. Wir müssen auch mit den Sowjets sprechen. Es geht um ein Paket.

Carrington: Wenn die Sowjets in Polen intervenieren, sollten wir alle Afghanistan offen unterstützen.

François-Poncet und *BM* stimmen zu.

BM: In den Augen der Weltöffentlichkeit und unserer Öffentlichkeit ist die Frage einer effektiven Unterstützung Afghanistans bisher nicht erwogen worden. Das ist eine Waffe für uns. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, daß diese Waffe nie benutzt wird. Polen liegt mir sehr am Herzen. Aber ich möchte nicht, daß Afghanistan darüber vergessen wird. Wir sollten nicht die Rolle des Richters spielen, der einem Angeklagten sagt, Sie werden wegen Mordes verurteilt, aber hingerichtet werden Sie erst, wenn Sie den nächsten ermordet haben oder zumindest einen Dritten bedrohen. Wir müssen uns überlegen, wie Afghanistan auf der internationalen Tagesordnung gehalten werden kann. So habe ich François-Poncet verstanden.

31 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 27. Januar 1981 für eine Afghanistan-Konferenz vgl. Dok. 44, Anm. 14.

32 Zur amerikanischen Hilfe an Pakistan vgl. Dok. 113, Anm. 23.

33 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

34 Zu möglichen amerikanischen Waffenlieferungen an afghanische Widerstandsgruppen vgl. Dok. 96, Anm. 15.

35 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. April 1981 in Frankreich erreichte Valéry Giscard d'Estaing (Union pour la démocratie française) 28,3 % der Stimmen, François Mitterrand (Sozialistische Partei) erzielte 25,8 %, Jacques Chirac (Rassemblement pour la République) kam auf 18 %, Georges Marchais (KPF) bekam 15,3 %.
Der zweite Wahlgang fand am 10. Mai 1981 statt.

François-Poncet stimmt zu.

BM: Was tun wir für Pakistan? Das ist das einzige, was die Sowjets zur Zeit bezüglich Afghanistans beeindruckt.

Haig: Wir haben 100 Millionen Dollar für das folgende Jahr und zwei Milliarden Dollar insgesamt für fünf Jahre vorgesehen, als militärische und wirtschaftliche Hilfe und für die Flüchtlinge. Die Inder haben ein Problem damit. Aber sie haben selbst viel von den Sowjets bekommen.

BM: Zia möchte einen Teil seiner Truppen von der indischen Grenze weg in anderen Gebieten dislozieren, um die Spannungen zu vermindern.

Carrington: Wir haben eine Botschaft von Frau Gandhi bekommen. Sie hat einen Punkt: Die Pakistanis haben ihre Streitkräfte bisher immer nur gegen Indien eingesetzt.

Weltwirtschaftsgipfel Ottawa[36]:

Carrington: Sind wir einig, daß auf dem Gipfel auch politische Gespräche stattfinden?

François-Poncet: Wir werden keine Einwendungen erheben. Es darf nur keine Regel werden.

Carrington (lachend): Wir sind uns einig.

Libyen:

François-Poncet: Nach unserer Einschätzung ist Libyen ein außerordentlich gefährliches Element in Afrika geworden. Es ist nicht sehr mächtig, aber Afrika ist sehr schwach. Es braucht nicht viel, um andere zu destabilisieren.

Haig: Wir werden das libysche Volksbüro schließen, das in einen Mord an einem Libyer in Chicago verstrickt ist.

Carrington: Wir haben sie schon herausgeworfen, da man in London ständig über libysche Leichen stolperte.

Haig: Wir stehen unter einem Druck der Italiener, die wieder ins normale Geschäft mit Libyen kommen wollen. Jalloud war hier.[37]

François-Poncet: Gaddafis Reise nach Moskau[38] und die sowjetischen Aktivitäten in Libanon und Syrien zeigen, was für eine Rolle Gaddafi in der Region

36 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

37 Botschafter Arnold, Rom, teilte am 14. April 1981 mit, der Stellvertreter von Oberst Gaddafi, Jalloud, sei am Vortag während eines privaten Besuchs in Italien mit Ministerpräsident Forlani und dem italienischen Außenminister Colombo zusammengetroffen. Nach Informationen des italienischen Außenministeriums sei u. a. ein möglicher Besuch Gaddafis in Italien erörtert worden. Das italienische Außenministerium habe gegenüber der Botschaft der Bundesrepublik erklärt, daß die italienische Regierung „die Anwesenheit von libyschen Truppen im Tschad nicht als Hinderungsgrund für eine Besuch ansehen würde, es sei denn, Gaddafi setze seine expansionistische Politik auch in anderen Gebieten fort". Vgl. den Drahtbericht Nr. 344; Referat 311, Bd. 137686.

38 Vortragender Legationsrat Umlauff notierte am 11. Mai 1981 zum Besuch von Oberst Gaddafi vom 27. bis 29. April 1981 in der UdSSR: „Sowohl die Tischreden als auch das Abschlußkommuniqué lassen den Schluß zu, daß die Ergebnisse für Gaddafi (wie auch für die SU) nur wenig befriedigend waren. Die SU ging anscheinend nicht auf die Vorstellungen Gaddafis einer umfassenden politischen und militärischen Abstützung der Tschad-Intervention durch die SU ein". Der Besuchsverlauf habe deutlich gemacht, „daß zwischen der SU und Libyen nach wie vor eine Reihe von Differenzen besteht". Vgl. Referat 311, Bd. 137686.

spielen soll. Die Sowjets trauen ihm nicht, benutzen ihn aber. Einige Formulierungen bei dem Moskau-Besuch unterstützten die libysche Aktion im Tschad.[39] In den letzten zwölf Monaten hat sich Gaddafi von einem arabischen Exzentriker zu etwas viel Gefährlicherem entwickelt. Man muß etwas tun.

Haig stimmt zu.

Getreideembargo:

Haig: Ich habe erwartet, daß ich auf das Getreideembargo angesprochen werde. Da dies niemand getan hat, möchte ich dazu sagen: Die Aufhebung des Embargos ist nicht die Art der Konsultationen, die ich mir mit Ihnen vorgenommen hatte. Der Präsident hat sich im Wahlkampf[40] festgelegt. Und er hat gemeint, daß er die Sache jetzt loswerden müsse.

François-Poncet: Wichtiger als die Aufhebung des Embargos ist die Erneuerung des amerikanischen Fünf-Jahres-Abkommens mit der Sowjetunion.[41] Dies ist im Lichte der polnischen Situation eine außerordentlich negative Sache. Dafür können nicht die gleichen Gründe herangezogen werden wie für die Aufhebung des Embargos. Hier geht es um eine grundsätzliche Frage der Glaubwürdigkeit. Wie soll man unter solchen Umständen noch über Technologie-Export, über Wirtschaftsbeziehungen (mit der SU) überhaupt sprechen?

Konsultationsformen:

Carrington: Die Viererbesprechungen sind von vitaler Bedeutung. Sie sind das einzige Forum, in dem wir völlig offen und in vollem Vertrauen miteinander sprechen können. Deshalb sollten wir trotz der italienischen Problematik dabei bleiben. Ich hoffe, daß sich die Politischen Direktoren oft treffen werden. Eine andere Frage ist das von BM Genscher vorgeschlagene Treffen im NATO-Rahmen im kleinsten Kreis.[42] Wie soll das weitergehen? Unsere hochbezahlten Mitarbeiter sind dadurch nutzlos geworden.

BM: Ich bin gegen Veranstaltungen, auf denen nur Sprechzettel verlesen werden, ohne daß die Sprecher aufeinander eingehen. Wir hätten im Dezember

39 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 116, Anm. 13.

40 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 4. November 1980 statt.

41 Zum amerikanisch-sowjetischen Abkommen vom 20. Oktober 1975 über die Lieferung von Getreide vgl. Dok. 8, Anm. 7.
Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 28. April 1981 mit, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, habe ihn sowie die Botschafter Henderson (Großbritannien) und Lefebvre de Laboulaye (Frankreich) darüber informiert, „daß es sehr bald zur Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Kontakten über Weizenlieferungen noch während der Geltungsdauer des laufenden Abkommens kommen werde. Über die Aufnahme von Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Abkommens sei noch nicht entschieden. Solche Verhandlungen würden aber möglicherweise vor September beginnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1686; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

42 In Gesprächen mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund am 24. August 1980 in Bremen bzw. dem amerikanischen Außenminister Muskie am 26. August 1980 in Washington regte Bundesminister Genscher an, am Rande von NATO-Ministerratstagungen informelle Treffen der Außenminister nach dem Vorbild der informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ („Gymnich-type"-Treffen) abzuhalten. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 242 und Dok. 248.
Eine erste Sitzung im kleinsten Kreis fand am 11. Dezember 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 363.

unsere Position zu Polen nicht so entwickeln können, wenn wir in Kompaniestärke angetreten wären.

Haig: Ich finde diese Treffen gut und werde mich morgen dafür aussprechen.

Seerechtskonferenz:[43]

BM: Ich habe mit großer Befriedigung von der amerikanischen Entscheidung Kenntnis genommen, das Ergebnis der Konferenz zu überprüfen. Bei dem Weltwirtschaftsgipfel in Venedig habe ich bereits meine schwerwiegenden Bedenken dargelegt.[44] Diese sind nicht geringer geworden. Zum Beispiel bin ich unverändert nicht überzeugt, daß die Regelung für die Durchfahrt durch Meerengen besser für die NATO ist als für den Warschauer Pakt. Man muß nur an das Mittelmeer und an die Ostsee denken. Ich habe eher das Gefühl, davon profitieren die Russen, nicht der Westen. Ich schlage vor, daß wir im Viererkreis die strategischen und wirtschaftlichen (Meeresbodennutzung) Fragen nochmals diskutieren.

Haig: Ich begrüße dies.

Carrington: Man muß bedenken, daß eine Wiedereröffnung der Sache nach zehn Jahren Verhandlung dazu führen kann, daß man überhaupt keine Vereinbarung bekommt. Man muß überlegen, ob das jetzige Ergebnis besser ist als gar nichts.

François-Poncet: Ich bin für neue Gespräche. Allerdings bin ich nicht sicher, ob das Ergebnis anders sein wird, als was wir jetzt haben. Mir scheinen die bisherigen Konferenzergebnisse militärisch und anderweitig im ganzen ausgewogen.

Haig: Die Sache ist kompliziert. TNF ist ein Picknick dagegen.

43 Am 3. Dezember 1973 begann in New York die Dritte VN-Seerechtskonferenz. Bis zum 29. August 1980 wurden neun Sitzungsperioden abgehalten. Vgl. dazu AAPD 1976, I, Dok. 93, und AAPD 1980, II, Dok. 270.
Vom 9. März bis 24. April 1981 fand in New York die erste Hälfte der zehnten Sitzungsperiode statt. Ministerialdirektor Fleischhauer vermerkte dazu am 24. April 1981: „Die abgelaufene Sitzungsperiode wurde völlig durch die Entscheidung der neuen amerikanischen Administration Reagan geprägt, die Seerechtsinteressen der USA und die bisherigen Konferenzergebnisse einer grundlegenden Prüfung zu unterziehen. Zur Fortsetzung der sachlichen Verhandlungen auf der Konferenz ist es daher kaum gekommen." Die amerikanische Entscheidung bedeute eine Verschiebung des ursprünglich für den Herbst 1981 vorgesehenen Konferenzabschlusses um mindestens ein Jahr. Maßgeblich für die Überprüfung seien die bisherigen Ergebnisse in der Frage des Tiefseebergbaus gewesen sowie die Frage, „ob die amerikanischen Sicherheitsinteressen optimal gewahrt sind und ob die Vorteile für die NATO größer sind als die für den Warschauer Pakt oder umgekehrt. Soweit bisher erkennbar, geht dabei allerdings auch die neue amerikanische Administration davon aus, daß die größtmögliche Sicherung der Durchfahrtsrechte durch Meerengen ein zentraler Punkt für die amerikanischen und die NATO-Sicherheitsinteressen ist." Vom Standpunkt der Bundesregierung aus sei die amerikanische Entscheidung zu begrüßen: „Denn wir haben das bisherige Konferenzergebnis stets sehr kritisch beurteilt. Das gilt vor allen Dingen auch für die Regelungen über den Tiefseebergbau, weil diese Regelungen den Zugang für Privatunternehmen übermäßig belasten, unseren wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen widersprechen und geeignet sind, den gesamten Nord-Süd-Dialog im wirtschaftlichen Bereich negativ zu präjudizieren." Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125402.

44 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. AAPD 1980, I, Dok. 184 und Dok. 185. Zur Erörterung der Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. AAPD 1980, I, Dok. 183.

Abschließend sagt Haig zu, daß er dem Präsidenten in Washington noch heute nacht vorschlagen werde, den TNF-Passus mit dem von BM Genscher gewünschten Satz über das Treffen Haig/Gromyko zu ergänzen.

Beim Aufstehen wies BM *Genscher* Haig darauf hin, daß Dean nach seinem Eindruck in Wien durch seine Sonderkontakte mit den Sowjets[45] westliche Positionen preisgegeben habe.[46]

Haig entgegnete, daß Dean abgelöst werde.[47]

VS-Bd. 11118 (204)

45 Botschafter Ruth teilte der Botschaft in Washington am 27. April 1981 mit: „Der amerikanische MBFR-Delegationsleiter, Botschafter Dean, hat Botschafter Jung und den britischen MBFR-Delegationsleiter am 10. April 81 erstmalig über die Entwicklung einer Datenidee unterrichtet, die er auf persönlicher Basis dem sowjetischen Botschafter Tarassow im Oktober 1980 vorgetragen hat. […] Inhaltlich geht es bei der Datenidee Deans im wesentlichen um folgendes: Die SU solle für die Festlegung der Höchststärke nach Phase I die westlichen Daten über ihre Landstreitkräfte – vermindert um die Höhe der sowjetischen Phase-I-Reduzierungen – als Grundlage akzeptieren, ohne daß auf diese Grundlage im Abkommen ausdrücklich Bezug genommen werden soll. Eine gleichzeitig vereinbarte Nichterhöhungsverpflichtung soll ausschließen, daß die SU einen theoretisch möglichen Unterschied zwischen ihren tatsächlichen Zahlen und den Höchststärken nachträglich auffüllt. Durch entsprechenden Disclaimer könne Präjudizierung für sowjetische Phase-II-Reduzierungen ausgeschlossen werden." Ruth führte dazu aus, die Bundesregierung habe „eine Reihe von Bedenken" gegen diese Überlegungen: „Insbesondere stößt das Vorgehen Deans, diese Idee seit Monaten mit Tarassow zu erörtern, ohne die Bündnispartner zu unterrichten, auf unsere Kritik." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2277; VS-Bd. 11496 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

46 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 28. April 1981 mit, er habe am selben Tag den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Burt, um Erläuterung der Vorschläge des Leiters der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean, gebeten: „Burt stellte klar, daß er die Ideen Deans aus taktischen und substantiellen Gründen für nicht glücklich halte und dessen Vorgehen – wenn auch in vorsichtiger Form – mißbillige." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1707; VS-Bd. 11496 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

47 Am 10. September 1981 nominierte Präsident Reagan Richard F. Staar als neuen Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 777 f.

126

Bundeskanzler Schmidt an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew

VS-vertraulich **4. Mai 1981**[1]

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

für die persönliche Botschaft vom 6. März 1981[2], mit der Sie mich über Ihre auf dem 26. Parteitag der KPdSU unterbreiteten außenpolitischen Vorschläge[3] unterrichteten, danke ich Ihnen.

Die Bundesregierung hat die in Ihrem Schreiben behandelten Fragen mit Aufmerksamkeit und Interesse zur Kenntnis genommen und gemeinsam mit ihren Bündnispartnern eingehend geprüft.

Einige der von Ihnen gemachten Vorschläge spielten auch bei den kürzlichen Gesprächen des Bundesministers des Auswärtigen, Herrn Hans-Dietrich Genscher, in Moskau[4] eine wichtige Rolle. Zwar konnten die bestehenden Meinungsunterschiede nicht ausgeräumt werden. Wir haben jedoch den in Moskau geführten offenen und eingehenden Dialog über die beiderseitigen Positionen als sehr wertvoll empfunden. Die Bundesregierung ist daran interessiert, den Meinungsaustausch zwischen unseren beiden Ländern auf hoher politischer Ebene fortzusetzen. Deshalb begrüße ich Ihren für dieses Jahr in Aussicht genommenen Arbeitsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland[5], der, wie ich hoffe, zu einer Stabilisierung und Verbesserung der internationalen Lage beitragen wird.

1 Ablichtung.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, übermittelte das Schreiben am 6. Mai 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg. Dazu vermerkte er, er „wäre dankbar, wenn Botschafter Dr. Meyer-Landrut um Übergabe gebeten werden könnte. Die Botschaft ist VS-vertraulich eingestuft."
Hat York vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Ref[erat] 213 mit d[er] Bitte um Übernahme, 2) Durchdruck MB, D 2, Dg 21."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau verfügte.
Hat Wallau am 7. Mai 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 61, Anm. 14.

3 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

5 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 89, Anm. 5, und Dok. 96, Anm. 19.
Ministerialdirigent Bräutigam bat die Botschaft in Moskau am 5. Mai 1981, „dem sowjetischen Außenministerium im Namen des Bundeskanzlers als Terminalternativen für den vorgesehenen Arbeitsbesuch von GS Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland den 3./4.9. und den 10./11.9. 1981 sowie als möglichen Ausweichtermin den 17./18.9.1981 vorzuschlagen. Die Botschaft wird gebeten, erläuternd hinzuzufügen, daß der Bundeskanzler dem 3./4.9. beziehungsweise dem 10./11.9., die ihm in gleicher Weise genehm wären, vor dem 17./18.9.1981 entschieden den Vorzug geben würde." Vgl. den Drahterlaß Nr. 319; Referat 213, Bd. 133182.

Ich teile die in Ihrer Botschaft zum Ausdruck kommende Besorgnis über die derzeitige internationale Lage. Zu dem heutigen Zustand haben viele Faktoren beigetragen, auf die ich hier nicht im einzelnen eingehen kann. Entscheidend ist jetzt, daß sich alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki[6] ihrer Verantwortung für die Festigung von Frieden und Stabilität innerhalb wie außerhalb Europas bewußt sind.

Eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der internationalen Beziehungen, für die Verhütung von Konflikten und für die Lösung von Krisen ist die Fortsetzung des Dialogs im Rahmen der Ost-West-Beziehungen. Die Bundesregierung begrüßt die in Ihrer Rede vor dem 26. KPdSU-Parteitag und in Ihrer Botschaft zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft hierzu.

Ich teile Ihre Meinung, daß der Begrenzung und Verminderung der strategischen Waffen außerordentliche Bedeutung zukommt. Wir haben diese Bedeutung für die Herstellung eines stabilen Kräfteverhältnisses zwischen West und Ost stets hervorgehoben. Deshalb begrüßen wir Ihre Bereitschaft, den Dialog über diese wichtigen Fragen weiterzuführen.

Ihren Vorschlag, ein Moratorium für die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa zu vereinbaren, haben wir zusammen mit unseren Bündnispartnern einer sorgfältigen Prüfung unterzogen. Bundesminister Genscher hat unsere Überlegungen dazu bei seinem Besuch in Moskau ausführlich dargelegt. Die Ausführungen, die Sie und Außenminister Gromyko während dieses Besuchs dazu gemacht haben, wurden in unsere Prüfung einbezogen.

Ich habe seit einigen Jahren – öffentlich und im persönlichen Gespräch mit Ihnen – immer wieder darauf hingewiesen, daß uns die außerordentliche Aufrüstung der Sowjetunion gerade auf dem Gebiet der Mittelstreckenwaffen mit größter Sorge erfüllt. Das militärische Gleichgewicht stellt eine fundamentale Voraussetzung für stabile Beziehungen zwischen West und Ost dar. Es wird durch die sowjetischen Rüstungsmaßnahmen zunehmend in bedrohlicher Weise gestört.

Die zahlreichen westlichen Appelle zur Rüstungsbegrenzung in diesem Bereich sind leider ohne Antwort geblieben. Der Westen sah sich deshalb gezwungen, dem entstandenen Ungleichgewicht entgegenzuwirken.[7] Die vorgesehenen Maßnahmen, die – wie Sie wissen – erst in einigen Jahren zur Stationierung bestimmter amerikanischer Waffensysteme führen, bleiben weit hinter dem zurück, was die Sowjetunion schon heute im Bereich der nuklearen Mittelstrekkenraketen dislozierte hat. Gleichzeitig hat der Westen vorgeschlagen, Verhandlungen über die Begrenzung sowjetischer und amerikanischer landgestützter Mittelstreckenraketen zu führen, um so durch konkrete Rüstungskontrollmaßnahmen einen Rüstungswettlauf im Bereich der Mittelstreckensysteme zu vermeiden. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, daß die Gespräche darüber bald wiederaufgenommen werden.[8]

6 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

7 Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 5, Anm. 10.

8 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

Herr Generalsekretär, die Verwirklichung Ihres Vorschlags für ein Moratorium bei der Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen würde zu einer Quelle neuer Sorgen und Spannungen werden, weil er das bestehende Ungleichgewicht in diesem Bereich zugunsten der Sowjetunion festschreiben würde, das durch Qualität und Reichweiten der sowjetischen Mittelstreckenraketen noch verstärkt wird.

Es sollte jetzt darum gehen, bei den Gesprächen zur Substanz der Mittelstrekkenproblematik vorzudringen und möglichst bald erste konkrete Ergebnisse zu erzielen.

Ich halte das westliche Angebot, durch rüstungskontrollpolitische Verhandlungen die nuklearen Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten ausgewogen zu begrenzen, für den einzig erfolgversprechenden Weg, um in diesem Bereich Stabilität auf einem möglichst niedrigen Niveau zu erreichen.

Es liegt auch im Interesse zügiger Verhandlungen, mit der Erörterung des Problems der weitreichenden Mittelstreckenraketen zu beginnen, die – wie beide Seiten betonen – als besonders bedrohlich empfunden werden. Wir hoffen, daß die Sowjetunion den erforderlichen Begrenzungen zustimmen wird. Der Westen seinerseits ist bereit, den Umfang seiner künftigen Rüstungsmaßnahmen an die konkreten Ergebnisse der Verhandlungen anzupassen.

Zu Ihrem Vorschlag, die Öffentlichkeit über die unheilvollen Folgen eines Atomkrieges aufzuklären[9], möchte ich bemerken, daß in der Bundesrepublik Deutschland seit langem eine lebhafte, auf detaillierten Informationen beruhende öffentliche Diskussion zu allen damit zusammenhängenden Problemen stattfindet. Die Vermeidung eines jeden Krieges und die verläßliche Sicherung des Friedens sind die Leitmotive für die Diskussion bei uns. Unsere Bevölkerung unterstützt daher die gleichgerichteten Bemühungen der Bundesregierung, die konkret ihren Ausdruck im Streben nach Gleichgewicht und Zusammenarbeit finden.

Die Bundesregierung mißt der Fortsetzung des KSZE-Prozesses große Bedeutung für die Stabilität und die Erhaltung des Friedens zwischen allen Teilnehmerstaaten bei. In diesem Prozeß spielen die Folgetreffen eine zentrale Rolle. Durch ihre in der Schlußakte von Helsinki definierten Aufgaben – politische Diskussion über die Durchführung der Bestimmungen der Schlußakte einerseits, Verhandlungen über weiterführende Regelungen andererseits – erfüllen sie eine Steuerungsfunktion beim KSZE-Prozeß insgesamt. Die Bundesregierung hofft deshalb, daß das Madrider Treffen ein Schlußdokument erarbeiten kann, das substantielle Fortschritte in allen Körben der Schlußakte bringt. Sie wird sich weiterhin nachdrücklich für ein ausgewogenes Ergebnis des Madrider Tref-

9 Im Schreiben vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt führte der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, aus, „daß die Informiertheit der breiten Öffentlichkeit, aller Menschen, über die Folgen, die ein nuklearer Krieg in sich birgt, eine große Bedeutung hätte, darunter auch für zusätzliche Einwirkung auf die Regierungen mit dem Ziel, Vereinbarungen zu erzielen, die praktisch darauf gerichtet sind, das Entstehen eines solchen Krieges zu verhindern. Zu diesem Zweck schlagen wir vor, ein maßgebendes internationales Komitee einzusetzen, das die Lebensnotwendigkeit der Verhütung einer nuklearen Katastrophe aufzeigt. Dem Komitee könnten prominenteste Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern angehören. Sicher könnte der Generalsekretär der UNO seine Rolle bei der Verwirklichung dieses Ziels spielen. Über die Schlußfolgerungen des Komitees müßte die ganze Welt informiert werden.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133181.

fens einsetzen. Die positive Einschätzung des KSZE-Prozesses durch die Sowjetunion erfüllt sie mit Genugtuung. Alle teilnehmenden Regierungen sollten nunmehr das in ihrer Macht Stehende tun, daß Hindernisse auf dem Weg zu wichtigen Beschlüssen auf allen Gebieten der Schlußakte ausgeräumt und die Verhandlungen zügig und erfolgsorientiert zum Abschluß gebracht werden. Neben den menschlichen Erleichterungen spielt dabei für die Bundesregierung die Vertrauensbildung auf militärischem Gebiet durch die Entwicklung neuer konkreter Maßnahmen eine besondere Rolle. Die in der Schlußakte von Helsinki niedergelegten Maßnahmen waren ein erster und guter Schritt. Es geht nun darum, neue und militärisch wirksamere vertrauensbildende Maßnahmen zu schaffen, die verbindlich und verifizierbar sind und auf dem ganzen europäischen Kontinent angewendet werden. Das Madrider Treffen sollte ein präzises Mandat für diese Konferenz, das den genannten Kriterien entspricht, beschließen.

Die Bundesregierung begrüßt Ihre Bereitschaft, das europäische Territorium der UdSSR für neue vertrauensbildende Maßnahmen zu öffnen. Mit dieser Entscheidung haben Sie ein gewichtiges Hindernis auf dem Weg zu einer Konferenz über Abrüstung in Europa ausgeräumt, im Einklang mit der Schlußakte von Helsinki, die von der Unteilbarkeit der Sicherheit in ganz Europa ausgeht. Diesem Weg stehen aber noch Bedingungen oder Kompensationsforderungen entgegen; solange sie von der Sowjetunion, die sie stellt, nicht spezifiziert werden, können die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten dazu nicht Stellung nehmen. Die Bundesregierung würde es im Interesse einer baldigen Einigung über ein Konferenzmandat begrüßen, wenn die ohnehin sehr schwierigen Verhandlungen in Madrid durch dieses Problem nicht länger kompliziert und belastet werden würden.

Sie erwähnen in Ihrem Schreiben auch die Afghanistan-Frage, die noch immer einer politischen Lösung harrt. Der Bundesminister des Auswärtigen hatte bei den in Moskau geführten Gesprächen – auch bei der Unterredung mit Ihnen, Herr Generalsekretär – Gelegenheit, erneut darzulegen, in wie starkem Maße dieses Problem die internationale Lage belastet und wie wünschenswert nach unserer Einschätzung ein Zeichen sowjetischer Bereitschaft zu einer politischen Lösung wäre. Ich bin der festen Überzeugung, daß eine politische Lösung der Afghanistan-Frage einen wesentlichen Beitrag zur Vertrauensbildung und zu einer Verbesserung der internationalen Lage leisten würde.

Ich halte es für vordringlich, entsprechend den Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14. Januar[10] und 20. November 1980[11] eine politische Lösung auf der Grundlage der Souveränität und der Blockfreiheit Afghanistans, des Selbstbestimmungsrechts des afghanischen Volkes und der Räumung Afghanistans von ausländischen Truppen zu verwirklichen. Diese Lösung müßte den Interessen seiner Nachbarstaaten, darunter auch der Sowjetunion, Rechnung tragen.

10 Für den Wortlaut der Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series I, Bd. XVIII, S. 470 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 161 f.

11 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980 zu Afghanistan vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 607 f.

Große Sorge bereitet uns auch die polnische Entwicklung. Die Bundesrepublik Deutschland ist entschlossen, hierzu ihre bisher verfolgte Linie strikter Nichteinmischung konsequent fortzuführen. Nichteinmischung erwartet sie auch von allen anderen Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte. Jedes andere Verhalten würde die internationale Lage grundlegend verändern.

Staatspräsident Giscard d'Estaing und ich haben uns am 6. Februar 1981[12] dafür eingesetzt, drei Forderungen Geltung zu verschaffen, von denen nach unserer Auffassung die Stabilisierung des West-Ost-Verhältnisses und die Erhaltung des Friedens abhängen. Die erste Forderung betrifft das sicherheitspolitische Gleichgewicht, das die Hinnahme einer Position der Schwäche ebenso ausschließt wie das Streben nach militärischer Überlegenheit. Die zweite Forderung gilt der Mäßigung beim politischen Handeln innerhalb wie außerhalb Europas. Mäßigung ist allen Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki zur Pflicht gemacht. Mit diesem Prinzip sind ein Rückgriff auf Gewalt, eine Politik der vollendeten Tatsachen und Versuche, sich einseitige Vorteile zu verschaffen, unvereinbar. Die dritte Forderung bezieht sich auf die Gleichheit der Verantwortlichkeiten gegenüber den großen Weltproblemen. Der Kampf gegen Hunger, Armut und Unterentwicklung, die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität durch eine mäßigere Entwicklung der Erdölpreise sowie die ausschließlich friedlichen Zwecken dienende Nutzung der Kernenergie sind außerordentlich wichtige Aufgaben, zu denen alle Länder, gleich welcher staatlichen Ordnung, einen angemessenen Beitrag leisten sollten.

Ich gebe meiner Hoffnung Ausdruck, daß die Fortsetzung des deutsch-sowjetischen Dialogs dazu beitragen wird, diese Forderungen zu verwirklichen, und damit der Verbesserung der Beziehungen zwischen West und Ost und dem Weltfrieden dient.[13]

Mit freundlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener[14]
Helmut Schmidt

VS-Bd. 14095 (010)

12 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris; BULLETIN 1981, S. 101 f.
Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

13 Zur Übergabe des Schreibens an den sowjetischen Außenminister Gromyko durch Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 11. Mai 1981 vgl. Dok. 136.

14 Handschriftliche Schlußformel.

127

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Rom, an das Auswärtige Amt

114-3151/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. Mai 1981, 14.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 393 **Ankunft: 4. Mai 1981, 15.13 Uhr**
Citissime

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister über Berlin- und Deutschlandfragen am 3. Mai 1981 am Vorabend der NATO-Ministertagung in Rom[2]

1) Gastgeber des traditionellen Vierertreffens über Berlin- und Deutschlandfragen am Vorabend der NATO-Ministertagung in Rom war der britische Außenminister Lord Carrington. Das Treffen wurde von den Politischen Direktoren (D 2; Eagleburger, USA; Bullard, GB; Chenu, Directeur Adjoint d'Europe, F) vorbereitet.

Unter operativen Gesichtspunkten standen die Billigung der Berlin- und Deutschlandpassage des NATO-Kommuniqués und der Lagebewertung Berlins im Vordergrund. Darüber hinaus wurde die Vierergruppe beauftragt, den französischen Entwurf einer Studie zum Berliner Luftverkehr[3] und die Frage, ob und wie der Jahrestage des Baus der Berliner Mauer und des Vier-Mächte-Abkommens (VMA)[4] in angemessener Weise gedacht werden soll, zu prüfen.

Die Kommuniqué-Passage unterstreicht die Bedeutung der weiteren Aufrechterhaltung einer ruhigen Lage in und um Berlin im Hinblick auf die Sicherheit in Europa, das Ost-West-Verhältnis und die internationale Lage als Ganzes. Sie bekundet die Unterstützung des Bündnisses für die Bemühungen der Bundesregierung, auf eine Rücknahme der Erhöhung der Mindestumtauschsätze durch die DDR[5] hinzuwirken.

Im Mittelpunkt der Aussprache standen neben der Lagebewertung Berlins ein

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 4. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Nordenskjöld und von Ploetz und an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Nordenskjöld und Ploetz am 5. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 6. Mai 1981 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Haig (USA) am 3. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 125.

3 Die Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Muskie (USA) beauftragten am 10. Dezember 1980 in Brüssel auf Vorschlag Frankreichs die Bonner Vierergruppe mit der Abfassung einer Studie über die Lage des Berliner Luftverkehrs und die wirtschaftlichen Auswirkungen neuer Flugverbindungen. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 360.
Frankreich legte am 7. April 1981 einen ersten Entwurf für eine solche Studie vor. Für das Papier „La Desserte Aérienne de Berlin: Données Actuelles" vgl. Referat 210, Bd. 132474.

4 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

5 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

eingehender Meinungsaustausch über die Beziehungen der vier Länder zur DDR.

2) Das Direktorentreffen im einzelnen

2.1) Die Berlin- und Deutschlandpassage für das Schlußkommuniqué wurde den Ministern zur Annahme empfohlen.

2.2) Die Lagebewertung der Bonner Vierergruppe zu Berlin wurde den Ministern mit geringfügigen Modifizierungen zur Billigung überwiesen. Ihre Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Die Lage in und um Berlin ist ungeachtet der Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen weiterhin insgesamt ruhig.
– Die Erhöhung der Mindestumtauschsätze durch die DDR hat den innerdeutschen Reiseverkehr erheblich reduziert und besonders nachteilige Auswirkungen auf die Reise- und Besuchsmöglichkeiten in Berlin.
– Die DDR setzt ihre Vorbereitungsmaßnahmen für die direkte Teilnahme Ost-Berlins an den Volkskammerwahlen im Juni[6] fort, eine Maßnahme, die im Widerspruch zum Sonderstatus Berlins und zum VMA steht.
– Im Falle einer Krise in Polen und dadurch ausgelöster westlicher Reaktionsmaßnahmen könnte die SU den Westen an die Verwundbarkeit Berlins erinnern.
– Besondere Aufmerksamkeit unter Statusaspekten erfordern in der kommenden Zeit die S-Bahn-Frage[7] und die Volkskammerwahlen.

2.3) Beziehungen zur DDR

Wir berichteten über den Stand der innerdeutschen Beziehungen und die innere Lage in der DDR. Die Alliierten gaben eine Übersicht über ihre Beziehungen zur DDR:

Beziehungen USA–DDR:

Bei Entwicklung ihrer Beziehungen zur DDR orientieren sich USA an folgenden Gesichtspunkten:

6 Vortragender Legationsrat Derix vermerkte am 13. Mai 1981, die Drei Mächte hätten am 8. Mai 1981 auf der Ebene der Politischen Berater in Berlin gegen die erstmalige direkte Einbeziehung Ost-Berlins in die Wahlen zur Volkskammer der DDR am 14. Juni 1981 protestiert. Der sowjetische Vertreter Sagatelyan habe erwidert, „bei dieser Sache handle es sich um eine Angelegenheit, die in die Zuständigkeit der DDR falle“. Vgl. Referat 210, Bd. 132431.
Am 20. Mai 1981 notierte Derix, in der Bonner Vierergruppe sei am Vortag Einigung erzielt worden, daß außerdem ein Protest der Drei Mächte auf Botschafterebene in Moskau erfolgen solle. Vgl. dazu Referat 210, Bd. 132431.

7 Zur Problematik der von der DDR betriebenen Berliner S-Bahn vgl. Dok. 26, Anm. 16.
Am 29. April 1981 wurde in der Presse berichtet, die DDR habe dem Beauftragten für den Reise- und Besucherverkehr des Senats von Berlin, Kunze, „Vorschläge zu Fragen des S-Bahn-Verkehrs in Berlin (West), zur Grenzübergangsstelle Staaken, des Umweltschutzes, der Energieversorgung sowie zu anderen Fragen“ unterbreitet. Vgl. dazu den Artikel „Vorschläge der DDR zum S-Bahn-Verkehr“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. April 1981, S. 4.
Am 2. Mai 1981 wurde in der Presse berichtet, die Drei Mächte hätten der Aufnahme von Verhandlungen des Senats von Berlin mit der DDR über die Einbeziehung der S-Bahn in das Nahverkehrsnetz von Berlin (West) zugestimmt. Weiter wurde berichtet, unklar sei noch die Frage der Verhandlungsführung, da die gewünschte Einbeziehung der S-Bahn in den Nahverkehr von Berlin (West) Kosten in Milliardenhöhe verursachen würde, die nur mit Hilfe der Bundesregierung finanziert werden könnten. Vgl. den Artikel „Zustimmung der Alliierten zu S-Bahn-Verhandlungen; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. Mai 1981, S. 3.

Beziehungsausbau darf weder alliierte Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes noch Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen. Daneben werden verstärkte Aktivitäten der DDR in der Dritten Welt (El Salvador, Afrika) kritisch betrachtet. Im einzelnen: 9. bis 12.2.81 erste Verhandlungsrunde über wissenschaftliches und kulturelles Kooperationsabkommen. Fortsetzung dieser Verhandlungen am 5.5.1981 in Ost-Berlin. Befriedigender Verlauf der Sachverhaltsermittlungen für verstaatlichtes US-Vermögen in der DDR. Beginn eigentlicher Entschädigungsverhandlungen im Herbst. Befriedigende Entschädigungsregelung Voraussetzung für Handelsabkommen mit der DDR und Gewährung der Meistbegünstigungsklausel. Kooperationsbereitschaft der DDR bei der Lösung humanitärer Fragen. Mitte Februar Inkrafttreten des Konsularabkommens mit der DDR.[8]

Frankreich – DDR:

Interesse der DDR am Ausbau des politischen Dialogs mit Paris. Lösung von humanitären Fragen in 75 Einzelfällen. 30 Fälle derzeit noch ungelöst. April 1981 Krolikowski-Besuch in Paris[9]: DDR drängte bei dieser Gelegenheit auf Vereinbarung über Aufnahme des Linienflugverkehrs Schönefeld – Paris. Von französischer Seite abgelehnt. Anfang Januar 1981 Besuch von DDR-Außenhandelsminister Beil in Paris.[10] März Besuch des DDR-Verkehrsministers[11] in Frankreich. Einigung wurde im Prinzip über Besuch von DDR-Außenminister Fischer und Politbüromitglied Mittag in Paris erzielt.[12]

Frankreich unterzeichnete mit der DDR Abkommen über industrielle Zusammenarbeit in dritten Ländern und über Kooperation von Klein- und Mittelbetrieben. Wünsche der DDR beziehen sich auf Abschluß von Abkommen über Gesundheit, Veterinärfragen und Schiffahrt. (Zu letzterem haben wir auf Staatsangehörigkeitsproblematik hingewiesen). Paris ist an Abkommen über Erleichterung der Verfahren bei Visa-Erteilung interessiert.

Diesjährige Wirtschaftsabschlüsse Frankreichs in Leipzig über 120 Mio. FF (1980: 440 Mio. FF).

Großbritannien – DDR:

Keine besonderen Fortschritte. Keine hochrangigen Besucher im Berichtszeitraum. 15. bis 18.6.1981 Besuch Axens in London. Er wird nicht von PM Thatcher empfangen werden.[13] 30.4.1981 zweites Zwei-Jahresprogramm über Kul-

8 Für den Wortlaut des Konsularvertrags vom 4. September 1979 zwischen der DDR und den USA vgl. GESETZBLATT DER DDR 1981, Teil II, S. 2–10.

9 Der Stellvertretende Außenminister der DDR, Krolikowski, hielt sich am 2. April 1981 in Frankreich auf.

10 Der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Beil, hielt sich am 6. Januar 1981 in Frankreich auf.

11 Otto Arndt.

12 Der Außenminister der DDR, Fischer, besuchte Frankreich vom 9. bis 11. November 1981.
Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, hielt sich vom 15. bis 17. Dezember 1981 in Frankreich auf.

13 Botschafter Ruhfus, London, teilte am 19. Juni 1981 mit, Premierministerin Thatcher habe sich erst kurz vor Beginn des Besuchs des Mitglieds des Politbüros der SED, Axen, vom 15. bis 18. Juni 1981 in Großbritannien entschlossen, diesen zu einem Höflichkeitsbesuch zu empfangen, sei aber zur Verärgerung der Delegation der DDR nicht zu einem gemeinsamen Foto bereit gewesen: „Das Gespräch sei ohne Substanz verlaufen." Nach Auskunft des britischen Außenministeriums hätten sich die dortigen Gespräche auf Rüstungskontrollfragen, die Ost-West-Beziehungen, Polen, die KSZE

turaustausch abgeschlossen.[14] Abkommen über Visa-Fragen in Vorbereitung. Keine Fortschritte bei Entschädigungsverhandlungen.

2.4) Amerikanisches Papier zur Frage, ob und wie des 20. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer und des zehnten Jahrestages der Unterzeichnung des VMA gedacht werden soll, wird in der Vierergruppe weiterbehandelt werden.[15] Es bestand Einigkeit, daß hinsichtlich gemeinsamer Veranstaltungen mit der SU aus Anlaß des zehnten Jahrestages des VMA Vorsicht geboten ist.

2.5) EG–Berlin[16]

Wir unterrichteten Alliierten davon, daß in Vierergruppen-Studie vorgesehenes Frühwarnsystem seit 1.4.1981 implementiert wird.

2.6) Ziviler Luftverkehr von und nach Tegel

Entwurf französischer Studie soll in der Vierergruppe weiterbehandelt werden.

2.7) B-Waffen-Übereinkommen[17]

Wir wiesen auf Sensibilität der Berlin-Problematik und mögliche Schwierigkeiten im bevorstehenden Ratifikationsverfahren[18] hin. Die Drei Mächte bekräftigten ihre bekannte Position, daß eine Erstreckung des B-Waffen-Übereinkommens nach Berlin (West) aus Gründen der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten nicht in Betracht kommen könne.[19]

Fortsetzung Fußnote von Seite 715

und die bilateralen Beziehungen konzentriert. Der britische Außenminister Lord Carrington habe die Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 angesprochen. Ruhfus führte aus: „Axen-Besuch hat sicherlich keinen Durchbruch in den Beziehungen GB-DDR gebracht, die ohnehin auf längere Sicht kaum weiter ausbaufähig sind. Er ist ein weiteres Glied in der Kette der Entwicklung eines sachlichen politischen Dialogs, der gerade vor dem Hintergrund des gegenwärtigen gespannten Ost-West-Verhältnisses nützlich ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 981; Referat 210, Bd. 132445.

14 Ministerialdirigent Hellbeck, Ost-Berlin, teilte am 2. Juni 1981 mit: „Aus der hiesigen britischen Botschaft war zu erfahren, daß kürzlich ein neues Zweijahres-Kulturprogramm zwischen der DDR und Großbritannien abgeschlossen worden ist. Es habe im wesentlichen den gleichen Inhalt des bisherigen Programms, mit dessen Durchführung man im großen und ganzen zufrieden sei. Auch der Austausch von Sprachlehrern, Spezialisten und Forschungskräften sei – abgesehen von gelegentlichen administrativen Schwierigkeiten auf seiten der DDR – befriedigend abgewickelt worden." Vgl. das Schreiben; Referat 210, Bd. 132445.

15 Für das amerikanische Papier „Proposed Discussion Paper for 10th Anniversary of the Q[uadripartite] A[greement]" vom 7. April 1981 vgl. Referat 210, Bd. 132462.

16 Für die undatierte Studie „Berlin and the European Communities" vgl. VS-Bd. 13126 (210).

17 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vgl. UNTS, Bd. 1015, S. 164–241.

18 Vortragender Legationsrat Derix vermerkte am 22. April 1981: „Die Frage der Erstreckung des B-Waffen-Übereinkommens (BWÜ) auf Berlin ist Gegenstand jahrelanger Konsultationen mit den Drei Mächten gewesen. Die Bundesregierung ist mit Nachdruck dafür eingetreten, das BWÜ wie alle anderen von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten weltweiten Rüstungskontrollverträge mit der üblichen ‚gespaltenen' Berlin-Klausel […] auf Berlin zu erstrecken." Die Drei Mächte hätten sich stets gegen eine Erstreckung auf Berlin (West) ausgesprochen: „Die Alliierten sind der Auffassung, daß die einschlägige Substanz des BWÜ in den Sicherheitsbereich fällt und deshalb nicht erstreckungsfähig ist." Zwischen der Bundesrepublik und den Drei Mächten sei vereinbart worden, eine Einbeziehung von Berlin (West) mittels eines Notenwechsels sicherzustellen. Am 7. Mai 1981 solle im Bundestag ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion behandelt werden, in dem u. a. „eine befriedigende Regelung der Erstreckung des Vertrags auf Berlin (West)" gefordert werde. Vgl. Referat 210, Bd. 132513.

19 Ministerialdirigent Bräutigam vermerkte am 4. Mai 1981, der CDU-Abgeordnete Mertes sei durch Vertreter des Auswärtigen Amts über die Bemühungen der Bundesregierung hinsichtlich einer Erstreckung des B-Waffen-Übereinkommens vom 10. April 1972 auf Berlin (West) unterrichtet wor-

3) Ministertreffen

3.1) Die Minister billigten die Berlin- und Deutschlandpassage für das NATO-Kommuniqué (s. Anlage[20]) und die Lagebewertung Berlins durch die Vierergruppe.

3.2) BM unterrichtete seine Kollegen über den Stand der innerdeutschen Beziehungen. In der Hoffnung und Erwartung einer WP-Intervention in Polen habe DDR im Oktober 1980 Mindestumtauschsätze drastisch erhöht und in Gera[21] harte Töne angeschlagen. Nachdem klargeworden sei, daß Intervention in Polen nicht bevorstehe, bemühe sich DDR nunmehr um eine Kursangleichung an die sowjetische Linie. Dies erkläre Honeckers relative Zurückhaltung beim X. Parteitag der SED[22] und die Flexibilität der DDR in der S-Bahn-Frage. Er, BM, hoffe nicht, daß die DDR glaube, dadurch auf bevorstehende Wahl in Berlin (West)[23] Einfluß nehmen zu können. Die SU habe beim Besuch des BM in Moskau[24] keine Anstrengungen unternommen, die Erhöhung der Mindestumtauschsätze durch die DDR zu verteidigen. Gromyko, dem gegenüber er die Frage angesprochen habe, habe lediglich erklärt, es handele sich nicht um eine Verletzung des Grundlagenvertrages[25].

Gegenüber Polen verfolge die SED-Führung neben der offiziellen Linie eine inoffizielle Kampagne der Belebung überkommener antipolnischer Ressentiments mit dem Ziel der Immunisierung der Bevölkerung gegen eine etwaige Ausstrahlung der Lage in Polen auf die DDR. Diese Kampagne, die ein hohes Maß an Skrupellosigkeit zeige, sei bei den Kirchen in der DDR auf nachhaltige Kritik gestoßen.

3.3) Außenminister Haig betonte, für Entwicklung amerikanischer Beziehungen zur DDR sei ausschlaggebend, daß alliierte Rechte und Verantwortlichkeiten in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und amerikanische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland nicht beeinträchtigt würden. Darüber hinaus unterziehe man auch im Hinblick auf die Gestaltung der Beziehungen zur DDR die Aktivitäten der DDR in Afrika und in westlicher Hemisphäre kritischer Prüfung. Minister François-Poncet kündigte an, daß DDR-

Fortsetzung Fußnote von Seite 716

den: „Dr. Mertes nahm zur Kenntnis, daß angesichts der Rechtslage (Kompetenz-Kompetenz der Alliierten) mit der getroffenen Regelung das Erreichbare erreicht worden ist. […] Dr. Mertes bat im Hinblick auf die innenpolitische Wirkung dieser Entwicklung darum, daß der Herr Bundesminister anläßlich des Ratifizierungsverfahrens des BWÜ dem Auswärtigen Ausschuß persönlich das Zustandekommen und die Bedeutung der getroffenen Regelung darlegen möge. Er meinte, damit wäre dann seinem Anliegen Rechnung getragen, die Rechtseinheit mit Berlin und die Wahrung der Interessen Berlins auch in diesem Falle bis an die Grenze des Möglichen verfochten zu haben." Vgl. Referat 210, Bd. 132513.

20 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Für den Wortlaut von Ziffer 11 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27. Für den deutschen Wortlaut EUROPA-ARCHIV 1981, D 341 f.

21 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 5.

22 Zum X. Parteitag der SED vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin vgl. Dok. 113, Anm. 5.

23 Am 10. Mai 1981 fand Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin statt.

24 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

25 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

Außenminister Fischer voraussichtlich gegen Ende dieses Jahres Paris besuchen werde. Lord Carrington wies darauf hin, daß britische Beziehungen zur DDR unterkühlt seien.

BM bat seine alliierten Kollegen bei eventuellen Gesprächen mit DDR-Repräsentanten für Rücknahme der Erhöhung der Mindestumtauschsätze einzutreten, da sie auf eine Erosion getroffener Vereinbarungen hinausliefen. Die Bundesregierung habe die Frage einer eventuellen Erstattung der Mindestumtauschsätze geprüft, sei aber zu negativem Ergebnis gelangt (kein Transfer an die DDR ohne Gegenleistung, keine Ermutigung der DDR zu weiteren Erhöhungen).

3.4) B-Waffen-Übereinkommen

BM erklärte, er müsse vorsorglich darauf hinweisen, er könne nicht ausschließen, daß in bevorstehender Ratifizierungsdebatte zum BWÜ im Deutschen Bundestag die Forderung erhoben werde, die Berlin-Regelung klarer zu formulieren. AM Lord Carrington erklärte dazu unter Zustimmung seiner französischen und amerikanischen Kollegen, die uns bekannte alliierte Position sei unverändert.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14092 (010)

128

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt

114-3152/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 4. Mai 1981, 16.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 395 **Ankunft: 4. Mai 1981, 16.43 Uhr**
Cito

Betr.: Namibia-Fünfertreffen der Außenminister am 3.5.1981 in Rom[2]

I. Auf Namibia-Fünfertreffen am 3.5.1981 in Rom verabschiedeten Außenminister Kommuniqué[3], das amerikanischem Entwurf entspricht (liegt dort vor). Kanada, das in der Formulierung ein noch stärkeres Engagement für SR 435[4] vorgezogen hätte, (insbesondere: „Res. 435 provides the solid base“ anstelle von „Res. 435 provides a solid base“), stimmte schließlich Kommuniqué-Entwurf ohne

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau und Vortragendem Legationsrat Holl am 5. Mai 1981 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Italien auf. Vgl. dazu Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

3 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 4. Mai 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 356.

4 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

Änderung zu. Für kanadisches Einlenken waren folgende Argumente maßgebend:

a) Ein in diesem Punkt von der gemeinsamen Erklärung der Fünf in London[5] abweichender Text hätte zu Spekulationen über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Fünf Anlaß geben können, damit an Überzeugungskraft insbesondere gegenüber der SWAPO und den Frontstaaten (FS)[6] eingebüßt und Fünfer-Bemühungen um Namibia-Lösung erschwert.

b) Haig unterstrich amerikanische Entschlossenheit, auf SA[7] einzuwirken, wies aber darauf hin, daß ein gegenüber der Londoner Erklärung verschärfter Text das ohnehin schwierige Namibia-Gespräch mit AM Botha am 14.5. in Washington[8] weiter erschweren werde.

II. Die fünf Außenminister stimmten einem Namibia-Expertentreffen der Fünf zu, das noch vor dem Botha-Besuch in Washington stattfinden soll.[9] Modalitäten hierzu blieben noch offen.

III. Aus der Diskussion wird – vorbehaltlich der Zustimmung BM –festgehalten:

1) Zur Verfassungsfrage

Zur Frage, ob und wie SA und FS am Verfahren zur Erarbeitung von Verfassungsgrundsätzen zu beteiligen seien, bestand Übereinstimmung, daß dies grundsätzlich wünschenswert sei, daß man aber über Zeitpunkt und Modalitäten noch nachdenken müsse. Haig erwartet in dieser Frage weniger Schwierigkeiten mit SA als mit den Frontstaaten. Angesichts der bekannten Skepsis der FS in der Verfassungsfrage sei von ihrer Beteiligung, die über den Beobachterstatus hinausgehe, kaum etwas zu erwarten.

François-Poncet hielt es für zweckmäßig, erst mit SA und FS zu sprechen, wenn die Fünf ihnen die Ergebnisse ihrer Beratungen über Verfassungsgrundsätze für Namibia vorlegen könnten.

5 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 23. April 1981 über ein Treffen von für Afrika zuständigen Vertretern der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA am 22./23. April 1981 in London vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGERE 1981 (März/April), S. 35. Zum Treffen vgl. Dok. 112, Anm. 25.

6 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

7 Südafrika.

8 Zum Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha am 14./15. Mai 1981 in den USA vgl. Dok. 150, besonders Anm. 6.

9 Am 12. Mai 1981 fand in Washington ein Treffen des designierten Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker, mit Vertretern der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und Kanadas statt. Botschaftsrat I. Klasse von Studnitz, z. Z. Washington, berichtete dazu am selben Tag: „US legten taktisches Konzept für Gespräche mit AM Botha dar. Es gehe nicht darum, eigene Lösungsvorschläge zu unterbreiten, sondern festzustellen, wie stark s[üd]a[frikanisches] Interesse an Verhandlungslösung ist. Vier KG-Partner der US stellten übereinstimmend heraus, daß von S[üd]a[frika] Erneuerung der Verpflichtung zu 435 verlangt werden müsse mit Nennung eines festen Datums. 435 könne allenfalls ergänzt, nicht aber verändert werden. Es bestand Einigkeit darüber, daß US (zusammen mit KG-Partnern) nicht als Demandeur SA gegenüberstehen und keine Angebote für Namibia-Lösung machen sollen, SA hingegen verbindlich seine Bedingungen für internationale Lösung nennen solle, über die später verhandelt werden müsse.“ Hinsichtlich eines Zusammenhangs zwischen der Namibia-Frage und Angola habe Crocker erklärt: „Zwar bestehe objektiver Zusammenhang zwischen beiden Problemkreisen, aber Namibia-Lösung müsse unabhängig betrieben werden. Dann werde sich auch Bewegung in Angola zeigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1911; Referat 320, Bd. 125282.

Es bestand Übereinstimmung, daß der Frage von Sanktionen im Falle einer Verletzung der vereinbarten Verfassungsgarantien noch größere Bedeutung als den Verfassungsgarantien selbst zukomme. Haig unterstrich, daß bei einer solchen Verletzung sofortige Reaktionen erforderlich seien. Carrington bezweifelte, ob in einem solchen Fall mit der Unterstützung der afrikanischen Staaten zu rechnen sei. MacGuigan gab zu erwägen, ob hierbei eine Friedenstruppe (peace-keeping force) eine Rolle spielen könnte.

Die Minister stimmten darin überein, daß es schwierig sein werde, einen Wahlsieger in Namibia daran zu hindern, sich über vorher vereinbarte Verfassungsgarantien hinwegzusetzen. Carrington unterstrich, daß es gerade aus diesem Grunde wichtig sei, von vornherein auf die Konsequenzen hinzuweisen. Angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeit Namibias von SA könne ein unabhängiges Namibia nicht daran interessiert sein, von SA als Reaktion auf die Verletzung von Verfassungsgarantien wirtschaftlich stranguliert zu werden.

2) Auswirkungen einer Namibia-Lösung auf Angola (Rückzug kubanischer Truppen)

Haig hielt den Abzug kubanischer Truppen als Teil einer Namibia-Lösung für wünschenswert. Die Präsenz kubanischer Truppen in Angola sei auch für die südafrikanische Haltung zu Namibia von Bedeutung. Er, Haig, halte eine Lösung dieser Frage im Zusammenhang mit einem Programm der nationalen Versöhnung in Angola für denkbar. Dies könnte die UNITA, wenn auch nicht unbedingt Savimbi persönlich, einschließen.

Carrington und Haig berichteten, daß portugiesischer Außenminister[10] ihnen gegenüber Frage verneint habe, ob kubanische Truppen mit der Unabhängigkeit Namibias aus Angola abziehen würden: Er habe darauf hingewiesen, Abzug kubanischer Truppen werde zum Zusammenbruch angolanischen Regimes führen. Auch eine Regierung unter Savimbi werde vorerst nicht auf kubanische Präsenz verzichten können. BM wies auf Gespräch BK/Eanes[11] hin: Eanes habe ebenfalls erklärt, daß Abzug kubanischer Truppen zu einen Kollaps des angolanischen Regimes führen werde. Er, BM, sehe den Abzug kubanischer Truppen als eine Folge der Unabhängigkeit Namibias. Mit einem sofortigen Abzug sei nicht zu rechnen. Man müsse mit einem Zeitrahmen von etwa zwei bis drei Jahren rechnen. Ein Abzug der Kubaner sei Sache der Angolaner. BM bezweifelte Möglichkeit, in dieser Frage auf Kuba oder SU mit Aussicht auf Erfolg einzuwirken, denn SU sei an einem Erfolg der Fünfer-Bemühungen um eine Lösung der Namibia-Frage nicht interessiert. Angola müsse von der Ernsthaftigkeit der Fünfer-Initiative überzeugt und dazu bewegt werden, diese Initiative zu unterstützen. Angolaner wüßten selbst, daß Unabhängigkeit Namibias bester Weg sei, um Abzug der Kubaner zu erreichen. Sie könnten dies nur nicht öffentlich sagen.

Carrington wies auf das eigene Interesse Angolas hin, südafrikanische Übergriffe, aber auch SWAPO-Präsenz im Lande zu beenden. Angola könne auch damit rechnen, daß mit Unabhängigkeit Namibias SA Unterstützung Savimbis

10 André Gonçalves Pereira.

11 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Eanes am 2. Mai 1981 in Hamburg vgl. Dok. 123.

einstelle. Im übrigen entfalle mit einer Namibia-Lösung der Grund für eine kubanische Präsenz in Angola. Carrington sprach sich nachdrücklich gegen ein Junktim zwischen Namibia-Lösung und Rückzug kubanischer Truppen aus. Junktim werde Namibia-Lösung weiter erschweren.

François-Poncet sprach sich ebenfalls gegen ein derartiges Junktim aus. Die Frage der kubanischen Präsenz in Angola müsse man jedoch immer wieder aufwerfen. Schon allein hierdurch werde ein gewisser Druck ausgeübt.

Haig regte an zu prüfen, ob man im Zusammenhang mit einer Namibia-Lösung bestimmten Zeitrahmen für Abzug kubanischer Truppen[12] aus Angola aufstellen sollte. Kubaner und Angolaner würden dies nicht außer acht lassen können.

Carrington wies darauf hin, daß man nach einer Namibia-Lösung überlegen müsse, wie man das Problem kubanischer Präsenz in Angola lösen könne. Denkbar sei in diesem Zusammenhang unter anderem Frage, Wirtschaftshilfe für Angola in die Überlegungen einzubeziehen.

[gez.] Schenk

VS-Bd. 11167 (320)

129

Botschafter Wieck, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt

114-3164/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Mai 1981, 01.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 400 **Ankunft: 5. Mai 1981, 05.01 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: NATO-Ministertagung in Rom am 4.5.1981[2];
hier: Aussprache der Minister in kleinstem Kreis (1+1) am 4.5.1981

I. 1) Die Aussprache der Minister in kleinstem Kreis (1+1) am 4. Mai stand unter dem Eindruck der Erklärung, die Secretary of State Haig über die neue

12 Der Passus „bestimmten … Truppen" wurde von Vortragendem Legationsrat Holl unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 5. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl „n[ach] R[ückkehr]" und an die Vortragenden Legationsräte von Nordenskjöld und von Ploetz verfügte.
Hat Nordenskjöld und Ploetz am 5. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 6. Mai 1981 vorgelegen.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 6. Mai 1981 mit: „Soweit ich feststelle, sind bei der Übermittlung meiner Telegramme aus Rom über die Sitzungen der NATO-Außenminister im kleinsten Kreise (1+1) am 4. Mai aus wohl technischen Gründen einige wesentliche Elemente nicht mittelegrafiert worden. Die fehlenden Teile übermittle ich mit diesem Telegramm: […] Erklärung des Bundesaußenministers am 4. Mai in der Sitzung im kleinsten Kreise: DB 401 beginnt mit den letzten Worten der Erklärung von Außenminister Haig (‚diesen Weg zu gehen') und setzt dann mit Aus-

amerikanische Außenpolitik abgab und in deren Zusammenhang er die Ankündigung für die Aufnahme der Verhandlungen über LRTNF in Durchführung des Dezember-1979-Beschlusses[3] vor dem Ende dieses Jahres machte.

(Haig-Erklärung zu LRTNF gemäß amerikanischer Unterlage wird als Anlage übermittelt.)[4]

Der entsprechende Absatz des Kommuniqués, für den der amerikanische Außenminister, wie er wörtlich in der Aussprache sagte, nach schwierigen Verhandlungen in Washington grünes Licht bekommen konnte, wurde von amerikanischer Seite erst am späten Nachmittag des ersten Verhandlungstages in der Sitzung der Minister in kleinstem Kreis formell eingebracht.

Außerhalb der Sitzung hatten bereits wiederholt Kontakte zwischen der amerikanischen Delegation und uns sowie den Engländern stattgefunden (vgl. Ziffer I. 4)).

2) In der Ministersitzung würdigten alle teilnehmenden Außenminister die Erklärung Haigs und seinen Beitrag zur Wahrung der Solidarität und Kohäsion der Allianz in allen für die Glaubwürdigkeit und die Stärke der Allianz essentiellen Fragen.

3) Einleitend darf nicht unerwähnt bleiben, daß der amerikanische Außenminister in seiner Gesamtschau einerseits die Anstrengung der amerikanischen Regierung, die eigene Wirtschaft in Gang zu bringen und zur Eigeninitiative zu führen, Eingriffe in den Sozialhaushalt vorzunehmen, unterstrich sowie die Verteidigungsausgaben um real sieben Prozent jährlich zu erhöhen, und andererseits die alliierten Partner aufforderte, einen zusätzlichen Beitrag zur Wiederherstellung des Gleichgewichts gegenüber der Sowjetunion zu leisten.

4) Gegen Ende der Nachmittagssitzung ließ AM Haig den amerikanischen Entwurf zur LRTNF-Frage im Kommuniqué verteilen (Entwurf vgl. Anlage 1[5]).

Fortsetzung Fußnote von Seite 721

führungen des Bundesministers fort, die aber nicht den Anfang seiner Erklärung darstellen. Zweieinhalb Seiten meines Telegramms aus Rom über die Erklärung des Bundesministers sind nicht wiedergegeben worden. Der Vollständigkeit halber übermittle ich als Anlage den integralen Text der Wiedergabe der Ausführungen von Bundesminister Genscher. […] Bei fast allen Telegrammen über die Sitzungen der Außenminister im kleinsten Kreise hatte Rom die Wiedergabe des Namens des für den Inhalt Verantwortlichen (Wieck) unterlassen. Ich muß auf diesen Hinweis Wert legen, weil die Wiedergabe der Ausführungen der Außenminister zum Teil mit wertenden Bemerkungen ergänzt worden ist, für die ich die Verantwortung trage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 856; VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Für den mit diesem Fernschreiben nachträglich übermittelten Teil des Drahtberichts Nr. 400/401 vgl. Anm. 18 und 21.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. auch Dok. 130 und Dok. 133.

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärung des amerikanischen Außenministers Haig vgl. VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Dem Vorgang beigefügt. Der amerikanische Entwurf lautete: „The Allies who participated in the December 1979 NATO decision on LRTNF modernization and arms control reaffirmed their commitment to that decision. They emphasized that in light of increasing Soviet LRTNF deployments, which in the case of the SS-20 already exceed the total LRTNF deployment planned by NATO, the modernizing of NATO's LRTNF is more essential than ever, and offers the only realistic basis for parallel TNF arms control. Since the December 1979 decision, Soviet threats and efforts to divide the Allies have only strengthened their resolve to take the steps necessary to maintain deterrence, redress the imbalance in LRTNF, and ensure Alliance security. The latest Soviet proposal for a moratorium on LRTNF deployments is wholly unacceptable to the Allies. It would freeze the Alliance into inferiority by blocking the NATO modernization program altogether. Moreover the proposal would

Es wurde vereinbart, diesen Text im Kommuniqué-Ausschuß durch die Gesandten im einzelnen behandeln zu lassen. Auf die Bemerkung von BM Genscher, ob deshalb nicht in dem operativen Teil die Worte „negotiations will be based on an up-to-date alliance threat assessment" durch die Worte „will be supported by an up-to-date" ersetzt werden könnten, willigte AM Haig zunächst ein. Auch der britische Empfehlung, die Worte „be supported by" durch die Worte „will be taking into account an up-to-date" zu ersetzen, stimmte er zu, so daß diese Änderung in der britischen Fassung zunächst vereinbart wurde. Später ersetzte die amerikanische Delegation diese Version noch durch „rely on". Anderseits konnte sich Haig dem Vorschlag von BM Genscher, zu Beginn des letzten Absatzes vor das Wort „negotiation" das Wort „formal" einzufügen, mit dem Hinweis nicht anschließen, daß das für ihn schwierige Probleme mit sich bringe. Einer weiteren, vom niederländischen AM[6] und vom GS[7] gewünschten Ergänzung in dem ersten Satz des zweiten Absatzes, die Aufnahme der Verhandlungen für einen Zeitpunkt „by the end of the year" durch die Formulierung „in the course of the year" zu ersetzen, konnte AM Haig nicht seine sofortige Zustimmung geben. Er sagte Prüfung zu.

AM Haig erklärte, daß der operative Paragraph des LRTNF-Absatzes im Kommuniqué, wie er jetzt von amerikanischer Seite vorgelegt worden sei, nicht als eine Modifikation zur Substanz des Doppelbeschlusses interpretiert werden dürfe, sondern Ausfluß der unbestrittenen Tatsache sei, daß sich das Bedrohungsprofil seit dem Dezember-Beschluß 1979 verändert habe und daher Folgerungen für technische Auslegungen (Verbunkerung, Durchdringfähigkeit) nicht auszuschließen seien. Eine Substanzänderung (Zahl und Zusammensetzung) sei nicht vorgesehen.[8]

II. Nachstehend folgt die Zusammenfassung der Erklärungen von Außenminister Haig und von Bundesaußenminister Genscher. Die Erklärungen der anderen Außenminister folgen in besonders übermittelten Telegrammen:

1) Erklärung Secretary of State Haig

Haig sprach sich positiv für die Beibehaltung des jetzt gewählten Aussprachеforums der Außenminister aus (Außenminister und NATO-Botschafter). Anschließend erläuterte Haig die wesentlichen Elemente der Außenpolitik von Präsident Reagan:

Fortsetzung Fußnote von Seite 722

permit the Soviets to increase the threat to NATO by failing to limit systems capable of striking Allied territory from east of the Urals. The Allies welcomed the intention of the United States to begin negotiations with the Soviet Union on TNF arms control within the SALT framework by the end of the year. The American Secretary of State intends to discuss the timing and procedures for these negotiations with Foreign Minister Gromyko in September at the United Nations. These negotiations will be based on an up-to-date Alliance threat assessment and an Alliance study of functional requirements for NATO TNF to be undertaken within the framework of the Special Consultative Group and the High Level Group as matters of immediate priority." Vgl. VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Chris van der Klaauw.

7 Joseph Luns.

8 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

a) Es ist notwendig, die Sowjetunion zur Mäßigung in ihrer Außenpolitik zu bewegen. Dazu ist eine unverzichtbare Voraussetzung, selbst stark zu sein und auf Reziprozität zu bestehen.

b) Die neue amerikanische Regierung will die traditionellen Allianzen der Vereinigten Staaten, vor allem die Nordatlantische Allianz, stärken und dafür Sorge tragen, daß bisherige und neue Freunde nicht vernachlässigt werden.

c) Die Vereinigten Staaten suchen eine neue Beziehung zu den Ländern der Dritten Welt.

d) Als wichtigste Voraussetzung für eine überzeugende Außenpolitik suchen die Vereinigten Staaten zunächst, die wirtschaftliche Grundlage der USA zu stärken.

Zur Erläuterung der vorgenannten Grundsätze führte Haig aus, daß die Vereinigten Staaten darauf bestehen, daß im internationalen Bereich Veränderungen auf friedlichem Wege stattfinden. Er meinte, die USA seien keine Macht, die den Status quo festschreiben wolle, könne aber Befreiungsschritte unter Verletzung des internationalen Rechts nicht tolerieren. Die Sowjetunion habe im Widerspruch zum internationalen Recht und zum Grundsatz des friedlichen Wandels in den letzten Jahren eine expansive Politik betrieben und Gewalt angewendet in der Dritten Welt wie auch jetzt in Osteuropa. Sie könne und dürfe nicht die Vorteile der Zusammenarbeit und der Entspannung genießen, wenn sie fortfahre, das internationale Recht und den Grundsatz des friedlichen Wandels zu verletzen.

Haig unterstrich dann die Entschlossenheit und die Bereitschaft der Vereinigten Staaten zu glaubwürdigen Konsultationen im Allianzrahmen, die nicht nur der Information, sondern auch der Aussprache über das, was die Alliierten wollen, dienen sollen. Er gab in diesem Zusammenhang allerdings in einer Nebenbemerkung selbst den Hinweis auf unbefriedigende Ergebnisse in dieser Hinsicht bei seiner eigenen Regierung (gemeint war Aufhebung des Getreideembargos[9]).

Die Vereinigten Staaten wollten nicht mit neuen Formeln und Vorschlägen zur Reorganisation der NATO hierherkommen, sondern sie wollten die bestehenden Institutionen und Verfahren (z. B. force planning) stärken und plädierten dafür, von der öffentlichen Kritik an NATO-Partnern Abstand zu nehmen. Haig bezeichnete die Dritte Welt als den Bereich der Weltpolitik, in dem es viel Stoff für Konflikte gebe. Die Allianz müsse gegenüber den Entwicklungen außerhalb des Allianzgebietes sensitiv sein. Während die Sowjetunion nur Waffen liefere und ideologische Abhängigkeit herstellen wolle, könne der Westen wirtschaftliche, kulturelle und technologische Hilfe leisten und eine Partnerschaft entwikkeln. In der Dritten Welt fange man an, den unterschiedlichen Wert der Beziehungen zur Sowjetunion einerseits und zum Westen andererseits zu erkennen. Die neue amerikanische Regierung werde sich für diese Politik stark engagieren (Simbabwe-Hilfe, Namibia-Anstrengungen, Hilfe für Flüchtlinge in Afrika). In der Namibia-Frage setze man sowohl auf die Beeinflussung Südafrikas wie auf die Bildung einer unabhängigen, von auswärtigen Einflüssen freien Regie-

9 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

rung in Namibia. Die Zusammenarbeit in der Namibia-Kontaktgruppe werde unterstützt werden. Gegenüber Südafrika müsse mit Beständigkeit Einfluß ausgeübt werden. Zur eigenen wirtschaftlichen Erneuerung und Modernisierung der amerikanischen Streitkräfte erklärte Haig: Im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolitik sollen die sozialen Leistungen um 50 Mrd. gekürzt werden. Die Regierung werde eine Fiskalpolitik der „austerity" betreiben. Durch monetäre und budgetäre Politik sollten die Anreize für die Wirtschaft erhöht werden. Ungeachtet dieser „austerity"-Politik werde das laufende Verteidigungsbudget um 6 Mrd. Dollar angehoben, das des nächsten Jahres um 26 Mrd. Dollar. Auf fünf Jahre betrachtet, solle der Verteidigungshaushalt jeweils jährlich um sieben Prozent real wachsen. Dies sei notwendig, um gegenüber den sowjetischen Streitkräften ein ausreichendes Gleichgewicht herzustellen. Es sei für die Vereinigten Staaten von großer Bedeutung, daß die Alliierten dies verstünden und daß jetzt die Außenminister an die Verteidigungsminister der Allianz, die sich am 13./14. Mai in Brüssel treffen[10], entsprechende „guidance" gäben.

Den Ost-West-Komplex erläuterte Haig wie folgt: Man habe eine gewisse Nervosität gegenüber der Reagan-Administration hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Ost-West-Beziehungen zu spüren bekommen. Er wolle in diesem Zusammenhang folgende Einschätzung der Sowjetunion geben: Die Sowjetunion befinde sich in Schwierigkeiten, wie sie sie noch nie erlebt habe: In der Wirtschaft, bei der Landwirtschaft, bei der Unterwerfung Afghanistans, in der Unterstützung der vietnamesischen Intervention in Kambodscha[11], in Kuba und nunmehr gegenüber Polen. Die Entwicklung in Polen habe tiefgreifende Implikationen für die Sowjetunion und für ihr Regierungs- und Parteisystem. Den militärischen Vorteilen, die sie besäße, stünden enorme politische, wirtschaftliche und andere Schwierigkeiten gegenüber. Sie versuche, uns durch ihre militärischen Anstrengungen in die Enge zu treiben. Sie versuche, Europa und die Vereinigten Staaten auseinanderzudividieren. Aber sie sei sich auch bewußt, daß zwischen ihren Herrschaftsansprüchen und ihrer Leistungsfähigkeit eine große Kluft bestehe.

Vor diesem Hintergrund sei es nun notwendig, daß die Allianz eine entsprechende Richtlinie für die eigene Verteidigung erteile. Die Allianzpartner dürften sich nicht irgendwelchen Illusionen hingeben. Gleichzeitig müßten sie die Besorgnisse und Interessen der Länder der Dritten Welt beachten und, ohne sich als Macht des Status quo zu qualifizieren, den friedlichen Wechsel und die Entwicklung der Partnerschaft mit den Ländern der Dritten Welt herbeiführen. Dabei dürften die Allianzpartner die Rolle und die Ziele der Sowjetunion in der Dritten Welt nicht übersehen.

Mit Blick auf die europäischen Partner sagte Haig, daß die Funktion des Rüstungskontrollkomplexes richtig eingeschätzt werden müsse. Man dürfe sich nicht von der öffentlichen Meinung treiben lassen, sondern müsse sie beein-

10 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

11 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea" ausgerufen.

flussen. Rüstungskontrolle sei nicht um[12] ihrer selbst willen wichtig. Sie sei kein Ziel in sich selbst. Die sowjetischen Anstrengungen auf diesem Gebiet seien darauf gerichtet, unsere Rüstungsanstrengungen zu unterlaufen.

Haig führte dann aus, daß die Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion Verhandlungen über Rüstungskontrolle zu gegebener Zeit (at an appropriate time) wiederaufnehmen werden[13], daß sie den französischen Vorschlag für die Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen in Europa[14] in Verbindung mit der KSZE-Folgekonferenz in Madrid unterstützen und die TNF-Verhandlungen im Gesamtrahmen von SALT führen wollten. Diese Feststellungen treffe er – Secretary of State Haig – als Teil der Überprüfung der Rüstungskontrollpolitik der Vereinigten Staaten. Die spezifische Aussage zu SALT III beim Doppelbeschluß vom Dezember 1979 sei nicht mehr anwendbar. Andererseits dürfe die Aufnahme der TNF-Verhandlungen nicht von der Beendigung der Überprüfung des Bereichs der Rüstungsbegrenzungs-Verhandlungen im strategischen Bereich (SALT) abhängig gemacht werden.

In diesem Zusammenhang führte Haig den Gedanken, ja die Forderung einer allianzinternen gemeinsamen Neueinschätzung der Bedrohung im nuklearen Bereich ein (spezifisch gemeint ist der TNF-Bereich). Er erklärte, daß die eigenen Modernisierungsmaßnahmen (Cruise Missiles, Pershing II) technisch überprüft werden müssen. Dies solle in HLG[15] und SCG[16] mit größter Priorität geschehen. Er könne jetzt erklären, daß die Verhandlungen über LRTNF vor dem Ende dieses Jahres aufgenommen werden sollen. Es sei nicht leicht gewesen, diese Entscheidung herbeizuführen. Dies sei die erste Initiative der neuen Administration im Bereich der Rüstungskontrolle. Das bedeute nicht, daß die amerikanische Regierung die sowjetische Außenpolitik und ihr Verhalten in internationalen Angelegenheiten billige. Es bedeute aber, daß die amerikanische Regierung versuche, auch auf diesem Wege die sowjetische Politik zur Mäßigung

12 Korrigiert aus: „sei nicht".

13 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

14 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

15 Ministerialdirigent Dröge notierte am 15. Mai 1981, am 13./14. Mai 1981 habe in Brüssel eine weitere Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO stattgefunden: „In der ersten HLG-Sitzung nach der Amtsübernahme Reagans stand das von den Außenministern in Rom formulierte und von den Verteidigungsministern in Brüssel bestätigte Mandat für eine auf den neuesten Stand gebrachte Bedrohungsanalyse und eine Studie über die ‚funktionellen Erfordernisse' der TNF im Vordergrund der Erörterungen. Die Sitzung hat gezeigt, daß die Amerikaner es mit ihrer Absicht, noch vor Ende d. J. Verhandlungen mit den Sowjets über LRTNF aufzunehmen, ernst meinen. Die HLG will in mehreren, kurz aufeinanderfolgenden Sitzungen ihren neuen Auftrag erfüllen, damit das Ergebnis rechtzeitig vor dem Haig-Gromyko-Gespräch im September zur Verfügung steht. Die deutsche Delegation hat in dieser Sitzung Übereinstimmung darüber erzielt, daß die neue Aufgabe auf keinen Fall zur Wiedereröffnung der Diskussion über den Doppelbeschluß vom Dezember 1979 führen darf; die Bedrohungsanalyse auf den vorhandenen, vereinbarten NATO-Erkenntnissen aufbauen muß und die Öffentlichkeit nicht mit dramatischen Bedrohungsbildern aufgeschreckt werden darf; die neue Studie mit der bisherigen HLG-Arbeit im Einklang bleiben und in enger Zusammenarbeit mit der Special Consultative Group erstellt werden muß." Vgl. Referat 220, Bd. 123107.

16 Zur achten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 17. Juni 1981 in Brüssel vgl. Dok. 174.

zu bringen. Wörtlich sagte Haig: „Wir sind bereit, mit Ihnen, unseren Alliierten, diesen Weg[17] zu gehen."

[18]Erklärung BM Genscher

Der Bundesminister begrüßte dankbar die Darlegung des amerikanischen Außenministers über die Grundzüge der amerikanischen Außenpolitik. Diese Darlegung ermögliche es, auf dieser NATO-Tagung ein deutliches Zeichen der Einheit, Solidarität und Geschlossenheit zu setzen, das seine Wirkung nicht verfehlen werde. Die Beständigkeit, Berechenbarkeit und Kontinuität der Politik der Allianzpartner machen es der SU unmöglich, Europa und die USA auseinanderzudividieren. Häufige Wechsel der Richtung und Zickzack-Kurse sind der Außenpolitik abträglich. Die Allianz stehe vor der Frage, wie sie zur Stabilität der weltpolitischen Entwicklung, also vor allem zur Mäßigung der sowjetischen Politik, beitragen könne. Das zu erreichen, gelänge nur, wenn die Politik der Allianzpartner ernstgenommen werde:

a) Verteidigungsanstrengungen müßten in ausreichendem Maße unternommen werden.

b) Überall, aber vor allem an der Nahtstelle zum Warschauer Pakt und zum kommunistischen Herrschaftsbereich, ist wirtschaftliche und soziale Stabilität Voraussetzung für die notwendigen Aufwendungen im Verteidigungsbereich. Vor diesem Hintergrund begrüße die Bundesregierung auch die amerikanische Politik zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Stabilität der USA.

c) Wirtschaftliche und soziale Stabilität hätten auch für die Länder der Dritten Welt eine enorme Bedeutung. Wenn dies dort gelänge, seien diese Länder gegenüber sowjetischen Pressionen weniger anfällig. Not und Verzweiflung böten Ansätze für Kommunismus. Die Glaubwürdigkeit der Politik der Allianzpartner habe auch moralische Aspekte. Die SU versuche zu suggerieren, daß die USA ein Wettrüsten betreiben und nicht zum Dialog bereit seien. In diesem Zusammenhang begrüße er, BM Genscher, die Haig-Ausführungen über Rüstungskontrolle. Wir dürfen nicht zulassen, fuhr der BM fort, daß die SU sich als Friedensengel und abrüstungswillige Macht präsentiere. In den Ost-West-Beziehungen komme es nicht nur auf Raketen und Panzer, nicht nur auf wirtschaftliche Kraft an, auch Herz und Verstand der Menschen, die diese Politik unterstützen und tragen müßten, seien zu gewinnen. Der Wille zur Verständigung müsse jeweils erkennbar sein. Die Rüstungskontrolle sei nicht ein Geschenk an die SU, auch kein Selbstzweck, sie könne auch die Verteidigung nicht ersetzen, aber sie sei zusammen mit den Verteidigungsanstrengungen ein untrennbarer Bestandteil unserer Sicherheit. In diesem Zusammenhang kritisierte BM Genscher die einschlägigen öffentlichen Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger gelegentlich der jüngsten NPG-Tagung in Bonn.[19]

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 401 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 856 nachträglich übermittelten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

19 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8. April 1981 vgl. Dok. 103.
Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger in einer Pressekonferenz am 8. April 1981 vgl. den Artikel „NATO warnt Moskau vor Einmarsch"; DIE WELT vom 9. April 1981, S. 1.

Im Zusammenhang mit den Verteidigungsanstrengungen wies der BM auf die hohen Leistungen der Bundesrepublik hin, die auch in den 70er Jahren stets Verbesserungen und zusätzliche Anstrengungen gemacht habe, was nicht bei allen Ländern der Fall gewesen sei, und erklärte, daß alle Anstrengungen darauf gerichtet sein müßten, das Gleichgewicht herzustellen, nicht aber ein Übergewicht.

Die NATO-Tagung müsse deshalb den TNF-Beschluß von Dezember 79 in seinen beiden Teilen bekräftigen. Die Fähigkeit der Allianz, diesen Beschluß in beiden Teilen zu verwirklichen, sei der Testfall des Selbstbehauptungswillens der Allianzpartner, und zwar nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern auch angesichts der sowjetischen Propaganda. Es handele sich um die Glaubwürdigkeit der Allianz, die hier auf dem Spiele stehe. Er selbst, BM Genscher, habe sein politisches Schicksal an die Durchführung dieses Beschlusses in seinen beiden Teilen geknüpft. Es sei deshalb notwendig, erneut den sowjetischen Moratoriumsvorschlag[20] abzulehnen und klarzumachen, daß der Verhandlungsteil des Dezember-79-Beschlusses nicht nur zur Gesichtswahrung verabschiedet worden sei, sondern Substanz bedeute. Der Beginn der formellen Verhandlungen sollte bestimmt werden.[21]

BM Genscher benutzte dann die Gelegenheit dazu, den Doppelbeschluß als ein Modell für die Gesamtpolitik der Allianz zur Herstellung des Gleichgewichts und dessen Bewahrung darzustellen: Verteidigung und Rüstungskontrolle können das Gleichgewicht herbeiführen. Rüstungskontrolle sei Teil unserer Sicherheit. Sie müßte auch uns Nutzen bringen und sei kein Geschenk an die SU. So sei es auch zu erklären, daß wir, ungeachtet des Interesses an den Wiener MBFR-Verhandlungen, eine ganz feste Position in den wesentlichen Punkten einnähmen.

Zur Herbeiführung der Stabilität in der internationalen Entwicklung, also zur Mäßigung der sowjetischen Politik, könnte nach Auffassung der Bundesregierung, wie BM Genscher darstellte, auch die jetzt in Aussicht genommene neue amerikanische Politik gegenüber der Dritten Welt beitragen. In der Selbständigkeit und Blockfreiheit der Länder der Dritten Welt sei ein konstitutives Element der weltpolitischen Stabilität gegeben. Wir sollten nicht in den Fehler verfallen, den Ländern der Dritten Welt unsere Ordnung zu oktroyieren, sondern eine echte glaubwürdige Partnerschaft anbieten, die in einem Kontrast zur sowjetischen Interventionspolitik stehe.

Die SU sei eine im Kern spät-imperialistische Macht, die sich in einen Widerspruch zu den eigentlichen Interessen der Dritten Welt begeben habe. Lange Zeit hindurch habe die SU Nutzen aus Antikolonialismus ziehen können. Jetzt – nach Afghanistan – könne und müsse die Dritte Welt entscheiden, wer ihr ohne innere Einmischung Hilfe leisten könne und Hilfe leisten wolle.

In bezug auf Polen unterstrich BM Genscher zunächst die hohe Bedeutung des Signals, das die Allianz bei der Dezember-Tagung in Brüssel 1980[22] gegeben

20 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

21 Ende des mit Drahtbericht Nr. 856 nachträglich übermittelten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

habe. Jetzt sei Polen in einer Phase des inneren und äußeren Moratoriums. Der Parteitag im Juli[23] bringe große Risiken mit sich. Es handle sich bei den Veränderungen in Polen um einen historischen Vorgang, der sich in der Sache von den Aufständen 1953[24], 1956[25] und 1968[26] unterscheide. In Polen sei die SU mit dem konfrontiert, was sie in der Dritten Welt erlebe: Den Widerspruch zwischen oktroyierter, mit militärischen Mitteln gesicherter Macht und dem Interesse an der Erneuerung des polnischen Staates in Übereinstimmung mit den Traditionen. Die Politik der Allianz sei richtig umrissen mit

a) Nichteinmischung,

b) Wirtschaftshilfe, soweit sie von Polen gewünscht wird,

c) Verbesserung des internationalen Rahmens für die Stabilisierung des Erneuerungsprozesses.

Darunter verstehe er die Dialog- und Kooperationsbereitschaft mit der SU, die durch eine tatsächliche militärische Intervention in Frage gestellt werde.

Bei der Verbesserung der internationalen Rahmenbedingungen für die Stabilisierung des Erneuerungsprozesses in Polen seien daher TNF-Verhandlungen, Haig-Gromyko-Begegnung[27] und KSZE-Konferenz in Madrid von großer Bedeutung. Von dieser NATO-Tagung sollten wichtige Impulse und Anreize zur Förderung der Mäßigung der SU ausgehen. Die SU müsse die Vorteile der Politik der Entspannung und Kooperation erkennen. Dies sei das wichtige Ziel unserer Ost-West-Politik. In diesem Zusammenhang begrüßte der BM die handschriftliche Botschaft Reagans an Breschnew[28] sowie die Kontakte Haig–Gromyko. Von Rom solle nicht ein Signal amerikanischer Sicherheitspolitik oder europäischer Sicherheitspolitik ausgehen, sondern das Signal einer gemeinsamen Sicherheitspolitik, in der Verteidigungsanstrengungen und Rüstungskontrollpolitik parallel voranschreiten. Darin werde der Wille zur Politik des Gleichgewichts sowie zur Mäßigung und Zurückhaltung sichtbar. Mit Befriedigung, so stellte BM Genscher abschließend fest, habe er den Ausführungen des amerikanischen AM entnommen, daß die neue amerikanische Regierung keine Änderung in diesen Essentialen der Allianzpolitik herbeiführen wolle.

[gez.] Wieck[29]

VS-Bd. 14097 (010)

23 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

24 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

25 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

26 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

27 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

28 Während seines Aufenthaltes im Krankenhaus aufgrund des Attentats vom 30. März 1981 schrieb Präsident Reagan im April 1981 einen handschriftlichen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Den Inhalt machte er in einer Rede vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062 f.

29 Zur Frage des Verfassers vgl. Anm. 1.

130

Botschafter Wieck, z. Z. Rom, an das Auswärtige Amt

114-3172/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 5. Mai 1981, 05.38 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 402 **Ankunft: 5. Mai 1981, 09.54 Uhr**
Citissime

Betr.: NATO-Außenminister-Konferenz Rom 4./5.5.1981;
hier: Aussprache der AM in kleinstem Kreise (1+1) am 4.5.1981

Bezug: DB Nr. 400/401 vom 4.5.1981 – Pol I-322/81 VS-v[2]

Nach dem amerikanischen und dem deutschen AM sprachen die Außenminister Frankreichs, Italiens, Großbritanniens, Kanadas[3] sowie in der Nachmittagssitzung die Außenminister Belgiens, Dänemarks, der Niederlande, Norwegens, Portugals, von Luxemburg und der Türkei.[4]

Es folgen in diesem Telegramm die Aussagen von Frankreich, Italien, Großbritannien und Kanada.

1) Erklärung des französischen Außenministers

AM François-Poncet begrüßte ausdrücklich die amerikanischen Bemühungen im Verteidigungsbereich: „Die Verbündeten wünschen, daß die Vereinigten Staaten stark sind." Er teilte die Besorgnisse der amerikanischen Regierung über die Gefahren, die sich aus der sowjetischen Außenpolitik für den Westen ergeben, und behandelte dann zunächst die Lage Polens. In Polen habe sich eine für den Westen vorteilhafte Lage entwickelt. Heute gebe es eine Reihe von Dingen, die als acquis nicht mehr in Frage gestellt werden könnten. Nun stelle sich das Problem für die Kommunistische Partei in Polen selbst. Er teile mit dem deutschen AM die Sorge, die sich mit dem Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei Mitte Juli[5] verknüpfe. Zwischen Mitte Juni und Mitte Juli könne es zu einer Krise (Interventionsgefahr) kommen. In diesem Zusammenhang sei es notwendig, die Einheit und Entschlossenheit der Allianz sichtbar zu machen und gleichzeitig die Tür für den Dialog, das Gespräch und die Zusammenarbeit offenzuhalten. Wenn wir nicht deutlich machten, so AM François-Poncet, daß Gespräche zwischen USA und der SU möglich sind, wenn wir der SU die Hoffnung auf Ergebnisse nehmen, dann fällt es der SU leichter, in Polen mit Gewalt zu intervenieren. Er teile die Sorgen um die wirtschaftliche Entwicklung Polens, wie sie von AM Genscher dargelegt wurden. In bezug auf

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 14.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 6. Mai 1981 vorgelegen.
Zur Frage des Verfassers vgl. Dok. 129, Anm. 1.
Mit Drahtbericht Nr. 856 vom 6. Mai 1981 übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), nachträgliche Korrekturen. Vgl. VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 13 und 22.

2 Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, z. Z. Rom, vgl. Dok. 129.

3 Mark MacGuigan.

4 Für den Bericht über die Äußerungen der Außenminister Flesch (Luxemburg), Frydenlund (Norwegen), Gonçalves Pereira (Portugal), van der Klaauw (Niederlande), Nothomb (Belgien), Olesen (Dänemark) und Türkmen (Türkei) auf der NATO-Ministerratstagung in Rom vgl. Dok. 133.

5 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

die Entwicklung des militärischen Gleichgewichts unterstrich François-Poncet die Notwendigkeit zusätzlicher Anstrengungen, wie sie auch von Frankreich unternommen würden und über diese Forderungen auch im Wahlkampf[6] keine Kontroverse entbrannt sei. Die Rechtfertigung der militärischen Anstrengungen geschehe und müsse geschehen, wie von AM Haig und Genscher dargestellt wurde, weil militärische Anstrengungen allein nicht ausreichten.

Anschließend behandelte AM François-Poncet die Entwicklung der Lage in Afghanistan, im Nahen Osten und in Afrika.

a) In Afghanistan stoße die SU auf erbitterten Widerstand. Pakistan sei in Gefahr. Pakistan, die islamische Welt und Teile der Dritten Welt glaubten, daß der Westen Afghanistan schon aufgegeben habe. Die Allianz müsse klarmachen, daß die sowjetische Besetzung Afghanistans nicht hinnehmbar sei. Die französische Regierung erwäge, nach den Wahlen die Initiative für eine Konferenz über Afghanistan[7] zu erneuern, auch wenn diese Initiative von der SU abgelehnt werde.

Frankreich begrüßte ausdrücklich die Bemühungen der Vereinigten Staaten um Pakistan.[8]

b) Dem Libanon drohe eine militärische Krise. Die SU habe sich dort engagiert. In der arabischen Welt und in der afrikanischen Welt, die ja in einem engen Zusammenhang mit der islamischen Welt stehe, spiele die Frage Palästinas und der Palästinenser eine große Rolle. In diesem Teil der Welt könne der Westen ohne eine Veränderung der Haltung zu den Palästinensern keine Fortschritte erzielen.

c) In bezug auf Afrika gebe es eine wachsende Tendenz gegen die fortdauernden sowjetischen subversiven Maßnahmen. Der Westen müsse diese Chancen nutzen und müsse auch die Namibia-Lösung beschleunigen.

In allen diesen drei Bereichen, so meinte François-Poncet, habe der Westen Chancen, wenn er entschlossen handele.

Abschließend unterstrich der französische AM die positive Haltung seines Landes gegenüber einem etwaigen, ja wahrscheinlichen Beitrittsersuchen Spaniens zur Allianz.[9]

6 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

7 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 27. Januar 1981 für eine Afghanistan-Konferenz vgl. Dok. 44, Anm. 14.

8 Zur amerikanischen Hilfe an Pakistan vgl. Dok. 113, Anm. 23.

9 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 113, Anm. 31.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 6. Mai 1981, in der NATO-Ministerratstagung am 5. Mai 1981 in Rom „mit beschränktem Teilnehmerkreis (2+2) bekräftigten […] nach einer entsprechenden ersten Initiative des amerikanischen Außenministers die Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und Italiens sowie die Ständigen Vertreter Frankreichs und Großbritanniens die Bereitschaft ihrer Regierungen, einem spanischen Beitrittsersuchen ihre volle Unterstützung zu geben. BM Genscher wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Beschluß eines Beitrittsersuchens eine Angelegenheit der dazu nach der Verfassung berufenen Organe Spaniens sei, daß ein Beitritt Spaniens zur Allianz eine Stärkung der demokratischen Kräfte in Spanien mit sich bringen und daß die Aufnahme Spaniens in die NATO einen konstruktiven Beitrag zur sicherheitspolitischen Stabilität in Europa darstellen würde. Der Minister wies darauf hin, daß Tendenzen bei einzelnen Allianz-Partnern, bestimmte innenpolitische Voraussetzungen auf der spanischen Seite über die nach der Verfassung erforderlichen hinaus zu fordern, nicht gerechtfertigt seien. Abschließend erklärte GS Luns, daß die Aussprache gezeigt habe, daß keiner der Mitgliedstaaten der Alli-

Außerdem lenkte er die Aufmerksamkeit der Außenminister auf die KSZE-Verhandlungen in Madrid, bei denen es jetzt darum gehe, das Mandat für den ursprünglichen französischen Vorschlag zu einer Konferenz über Abrüstung in Europa[10] zu konkretisieren. An dem Entwurf des Abschlußdokuments der N+N-Länder[11] komme keiner vorbei. Darin sei ein vager Vorschlag für die Umschreibung der Zone vertrauensbildender Maßnahmen enthalten („angrenzende Seegebiete"). Es sei nach französischer Auffassung notwendig, die Ungenauigkeit dieses Vorschlages zu beseitigen und dies in einer konstruktiven, nicht defensiven Form zu tun. Eine klare Umschreibung des Mandats auch in der Frage der Zone sei von erheblicher Bedeutung für die Beurteilung des späteren Verhandlungsergebnisses und damit für die Entscheidung über eine zweite Phase der Abrüstungskonferenz.

2) Erklärung des italienischen Außenministers

Der italienische Außenminister begrüßte die Anstrengungen der neuen amerikanischen Regierung zur Erneuerung der amerikanischen Wirtschaftskraft, zur Herstellung des militärischen Gleichgewichts und zur Herstellung einer ausgewogenen weltpolitischen Entwicklung. Er bestätigte die Entschlossenheit der italienischen Regierung, ihren Beitrag im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zur Herstellung des militärischen Gleichgewichts zu leisten. Mit Sorge verfolge die italienische Regierung die Gefahren, die sich aus der forcierten Entwicklung der sowjetischen Rüstung und der damit entstehenden Unausgewogenheit im militärischen Verhältnis ergeben haben. Er beklagte die propagandistischen Anstrengungen der SU gegenüber den demokratischen Ländern und forderte dazu auf, der Öffentlichkeit ein umfassenderes Bild des tatsächlichen Kräfteverhältnisses zu vermitteln.

Die Alliierten dürften sich durch die sowjetischen Bemühungen nicht von der Durchführung des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 zur LRTNF-Modernisierung und zu Rüstungskontrollverhandlungen[12] abbringen lassen. Der Westen müsse fest entschlossen sein, beide Teile des Beschlusses durchzuführen – allen sowjetischen Unterminierungs- und Spaltversuchen zum Trotz. Für die Herstellung des Gleichgewichts im militärischen Bereich sei es notwendig, das Konzept der Überlegenheit abzulehnen und die Bereitschaft zu Verhandlungen glaubwürdig zu vertreten. Der Dezember-Beschluß von 1979 und die Bereitschaft zu Verhandlungen seien nicht ein Zeichen der Schwäche. AM Colombo befaßte sich dann mit dem Problem des „linkage" und meinte, daß die Verbindung der TNF-Verhandlungen mit einem sowjetischen Wohlverhalten gegenüber Polen ein durchaus verständliches[13] Instrument des Drucks seien und aus italienischer Sicht positiv bewertet würden. Er teilte die Sorge anderer Au-

Fortsetzung Fußnote von Seite 731

anz sich gegen den spanischen Beitritt, falls Spanien einen solchen beantrage, stelle. Diese Feststellung blieb unwidersprochen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 855; VS-Bd. 14097 (010): B 150, Aktenkopien 1981.

10 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

11 Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 13.

12 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

13 Der Passus „Wohlverhalten … verständliches" wurde aufgrund einer nachträglichen Korrektur des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), eingefügt. Vgl. Anm. 1.

ßenminister wegen der krisenhaften Entwicklung in Polen in Verbindung mit dem nächsten Parteitag.

Schließlich behandelte AM Colombo die Entwicklung der Dritten Welt und brachte seine Übereinstimmung mit der Auffassung anderer Außenminister, die vor ihm gesprochen hatten, zum Ausdruck. In der Dritten Welt dürften wir nicht den Eindruck entstehen lassen, das wir – der Westen – Afghanistan bereits abgeschrieben hätten. Das Thema müsse ein Hauptthema bleiben und dürfe sich nicht in Ritualen erschöpfen. C. unterstützte die Bemühungen, zu einer Lösung für Namibia zu gelangen, und sprach sich für einen konstruktiven Dialog aus. Auch in anderen Teilen der Behandlung von Fragen der Dritten Welt folgte Colombo im wesentlichen den Äußerungen der anderen Außenminister. Schließlich sprach er sich, wie der französische Außenminister, für eine positive Haltung zu einem wahrscheinlichen spanischen Beitrittsantrag in die NATO aus.

[14]3) Erklärung des britischen Außenministers

Lord Carrington sprach sich zunächst dafür aus, den im äußerst beschränkten Teilnehmerkreis geführten Teil der AM-Konferenz so kurz wie möglich zu halten, um den anderen Delegationsmitgliedern Gelegenheit zur Teilnahme an der Aussprache der Außenminister zu geben.

(Zu einer Änderung der getroffenen Verfahrensregelung kam es aber nicht.)

Er begrüßte die offene Darlegung der amerikanischen Position durch AM Haig und unterstützte in diesem Zusammenhang ausdrücklich die von den anderen Außenministern bereits vorgebrachten Erwägungen. Im einzelnen trug er noch vor:

a) Nach britischer Auffassung habe die Allianz viel dazu beigetragen, um die Gefahr einer gewaltsamen sowjetischen Intervention in Polen zu reduzieren. Gleichzeitig räumte er ein, daß wir aber noch das Schwerste vor uns haben könnten – in Verbindung mit dem bevorstehenden Parteitag der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei. Es sei aber schwer für die SU, die Entwicklung in Polen hinzunehmen. Im Falle einer Intervention müsse der Westen rasch und wirkungsvoll reagieren.

b) In bezug auf Afghanistan teilte er die französische Sorge, daß in der Dritten Welt der Eindruck entstehen könnte, der Westen habe Afghanistan schon abgeschrieben. Japan habe sich in diesem Sinne geäußert.[15] Es sei wahrscheinlich richtig, die französische Initiative zu erneuern.

c) In bezug auf die Spannungen und Konfliktfelder in den Bereichen außerhalb der Allianz sollten wir nicht in den Fehler verfallen, alles als Teil des übergreifenden Ost-West-Konflikts aufzufassen. Es liege an uns, den Konflikten in den anderen Teilen der Welt zu einer Lösung zu verhelfen (Mittlerer Osten, Naher Osten, Namibia) und dies in möglichst kurzer Zeit zu tun. Sehr viel könne im nichtmilitärischen Bereich getan werden. Die SU nutze das Nichtzustandekommen von tragbaren Lösungen aus, weil sie eine expansionistische Macht ist.

14 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 403 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

15 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington vom 5. bis 8. April 1981 in Japan vgl. Dok. 116, Anm. 29.

Der Westen solle die politischen und die wirtschaftlichen Probleme der Länder der Dritten Welt, insbesondere in den exponierten Bereichen, intensiv behandeln. Wir seien in der Gefahr, die politischen Aspekte dieser Probleme zu gering einzuschätzen. Lord Carrington machte dann einige Ausführungen zur Namibia-Situation und begrüßte das Veto Frankreichs und der Vereinigten Staaten zur jüngsten Namibia-Resolution[16], ohne das jeder Versuch, Südafrika zu Konzessionen zu bringen, zum Scheitern verurteilt wäre. Die schwarzafrikanischen Staaten müßten auch zu einer Hinnahme der Resolution 435[17] bewogen werden. Schließlich befaßte sich Lord Carrington mit der TNF-Frage, begrüßte die Erklärung von AM Haig, die, wie AM Genscher erklärt habe, mit Recht diese NATO-Konferenz zu einem Erfolg werden lasse. Er teile die Auffassung, daß Rüstungskontrollverhandlungen, wenn sie richtig geführt würden, nicht als ein Geschenk der SU zufielen, sondern in unserem eigenen Interesse lägen.

Die Überlegungen der französischen Seite zum Fortgang der KSZE-Konferenz in Madrid (Verdeutlichung gegenüber den N+N-Vorschlägen für die Umschreibung der Zone, in der vertrauensbildende Maßnahmen gelten sollen) teile er.

Schließlich meinte Lord Carrington, daß das Kommuniqué[18] durchaus eine robuste Sprache führen solle, aber nicht aggressiv sein dürfe. Der Westen dürfe es sich nicht erlauben, in eine Position der Schwäche hineinbewegt zu werden.

4) Erklärung des kanadischen Außenministers

Der kanadische Außenminister unterstützte einleitend die gegenwärtige Form der Aussprache der Außenminister in kleinstem Kreis, meinte aber, daß man diesen Teil der Außenminister-Konferenz nicht übertreiben sollte. Anschließend begrüßte er die Ausführungen von AM Haig zu dem Thema der Konsultationen im Allianzrahmen, einem Thema, dem Kanada stets große Bedeutung beimesse. Er schätzte die Ausführungen Haigs zur LRTNF-Frage als eine bedeutende Erklärung ein und unterstrich die Notwendigkeit zur eigenen Stärke als Voraussetzung für Verhandlungen mit der SU. Die Alliierten sollten die SU weiterhin auf die Einhaltung internationaler Regeln in der Außenpolitik drängen. Wir könnten aber nicht erklären, daß infolge von Afghanistan oder sowjetischen Drohungen gegenüber Polen die Entspannung tot sei, und gleichzeitig sagen, daß sie keine Zukunft habe, wenn die SU sich[19] nicht an international bestehende Spielregeln halte.

Die Entspannung sei ein Ziel, das wir unabhängig von dem jeweiligen Stand der internationalen Beziehungen als einen Prozeß verfolgen sollten. In Verbindung mit der Eventualfallplanung für Polen[20] machte der Außenminister deutlich, daß im Falle einer sowjetischen Intervention nach kanadischer Auffassung zunächst politische und einige wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden sollten, daß aber eine Thematik wie die des Getreideembargos gründlicher

16 Zum Veto Frankreichs, Großbritannien und der USA im VN-Sicherheitsrat gegen Sanktionen gegen Südafrika am 30. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 28.

17 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

18 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

19 Korrigiert aus: „SU nicht“.

20 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 67.

Abstimmung bedürfe, um sicherzustellen, daß die Maßnahmen weltweit wirken und zu einer ausgewogenen Belastung aller Partner führen. Die kanadische Erklärung in dieser Beziehung war besonders fest, entschlossen und stützte sich offenbar auf die Handlungen des Getreideembargos in Verbindung mit Afghanistan[21].

5) Die Wiedergabe der Erklärungen der Außenminister Belgiens, der Türkei, der Niederlande, Dänemarks, Luxemburg[22], Norwegens und Portugals erfolgt gesondert.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13222 (210)

131

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Rahman

5. Mai 1981[1]

Im Rahmen des Staatsbesuchs des Präsidenten der Volksrepublik Bangladesch, Ziaur Rahman[2], führte dieser am 5. Mai 1981 von 12.05 bis 13.10 Uhr im Bundeskanzleramt ein Gespräch mit Bundeskanzler Helmut Schmidt. Der Präsident wurde von Außenminister Prof. Mohammed Shamsul Huq, von seinem Sonderberater, dem früheren Finanzminister Dr. Huda, und von Botschafter Morshed begleitet. Von deutscher Seite nahmen Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher, Herr Ministerialdirektor von Staden und Botschafter Dr. Frhr. von Marschall teil.

Der *Bundeskanzler* eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, daß er schon viel über Präsident Ziaur Rahman gehört habe, ihn aber noch nicht habe per-

21 Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 4. Januar 1980 vgl. Dok. 29, Anm. 10.
Zur Aufhebung der Einschränkung am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

22 Dieses Wort wurde aufgrund einer nachträglichen Korrektur des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Kanadas". Vgl. Anm. 1.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Freiherr Marschall von Bieberstein, z. Z. Bonn, gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke am 14. Mai 1981 über Ministerialdirigent von der Gablentz, Ministerialdirektor von Staden, Staatssekretär Lahnstein (alle Bundeskanzleramt) an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung" geleitet. Dazu vermerkte Franke: „Ich rege an, BM Offergeld einen Auszug über die sein Haus betreffenden Gesprächspunkte zu überlassen."
Hat Gablentz am 15. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Staden am 18. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Lahnstein am 20. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Schmidt am 26. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nicht gelesen." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

2 Präsident Rahman hielt sich vom 4. bis 8. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf.

sönlich kennenlernen können. Deshalb sei er sehr daran interessiert, sich von ihm im persönlichen Gespräch über seine politischen Ansichten unterrichten zu lassen. Bangladesch genieße in Deutschland viele Sympathien und sei ein Schwerpunktland unserer Entwicklungshilfe.[3] Er sei besonders an dem Urteil des Präsidenten über die Lage auf dem indischen Subkontinent, in der Golfregion, in Afghanistan und in Südostasien interessiert.

Präsident Zia bemerkte eingangs, daß er Deutschland von seiner Dienstzeit bei der britischen Rheinarmee[4] und von verschiedenen anderen Reisen gut kenne und sich freue, dieses Land wiederzusehen. Er bedankte sich ganz besonders für die große Hilfe, die BR Deutschland seinem Land leiste, betonte aber auch, daß es in erster Linie die Aufgabe seines eigenen Volkes sei, Bangladesch durch eigene Anstrengungen zu entwickeln.

Afghanistan sei ein sehr ernstes Problem. Die sowjetische Intervention[5] stelle eine potentielle Bedrohung Südasiens dar. Er habe mit den Führern Indiens und Pakistans[6] gesprochen und im Grunde mehr Übereinstimmung gefunden, als nach außen sichtbar werde. Beide Staaten hätten aber ihre eigenen Zwänge, die ihre Politik bestimmten und denen sie sich nicht entziehen könnten. Doch gerade Indien habe sich nach seinem Eindruck seit der Konferenz der Ungebundenen in New Delhi[7] stärker der von der Mehrzahl der Staaten der Dritten Welt vertretenen Linie angenähert.

Zum irakisch-iranischen Konflikt[8] bemerkte Präsident Zia, daß diese Auseinandersetzung, die unnötig sei, die Probleme im Mittleren Osten noch verschärfe. Sein Land sei unmittelbar impliziert, da er dem Vermittlungsausschuß der Islamischen Konferenz angehöre. In dieser Eigenschaft sei er schon mehrmals in Bagdad und Teheran gewesen[9] und werde in wenigen Tagen auch wieder

3 Referat 340 erläuterte am 27. April 1981: „Die Zusagen für Finanzielle Zusammenarbeit (FZ) beliefen sich bis Ende 1980 auf 1254 Mio. DM, die Zusagen für die Technische Zusammenarbeit (TZ) auf 192 Mio. DM. Außerdem knapp 300 Mio. DM für Nahrungsmittelhilfe, Hilfe durch Kirchen und private Träger sowie Stipendiatenausbildung. Allein 1980 wurden Zusagen über 122 Mio. DM für FZ und 31 Mio. für TZ gewährt. Neben diesen bilateralen Leistungen betrug der deutsche Anteil an multilateraler Entwicklungszusammenarbeit im Jahre 1980 87 Mio. DM. Seit 1978 erhält Bangladesch als Least Developed Country (LLDC) keine Kredite mehr, sondern Zuschüsse. Die Restschulden aus früherer Kapitalhilfe in Höhe von 866 Mio. DM wurden 1979 erlassen." Vgl. Referat 340, Bd. 127059.

4 Botschafter Freiherr Marschall von Bieberstein, Dacca, berichtete am 19. Februar 1981, er habe Präsident Rahman am Vortag die offizielle Einladung zum Besuch der Bundesrepublik übergeben: „Er erinnerte an seinen früheren Aufenthalt in Deutschland, wo er im Jahre 1968 als pakistanischer Offizier fünf Monate lang der britischen Rheinarmee zur Ausbildung zugeteilt war und Gelegenheit hatte, viel in der Bundesrepublik herumzureisen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 71; Referat 340, Bd. 127059.

5 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

6 Mohammed Zia ul-Haq.

7 Vom 9. bis 13. Februar 1981 fand in Neu Delhi die Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten statt.

8 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 113, Anm. 21.

9 Auf der dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif wurde eine Vermittlungskommission eingesetzt, der u. a. Präsident Rahman angehörte. Diese hielt sich am 28. Februar/1. März 1981 in Iran auf. Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, teilte dazu am 4. März 1981 mit, Iran habe gefordert: „Zunächst Räumung aller besetzten Gebiete, dann Untersuchung der Aggression durch ein internationales islamisches Gremium, Feststellung des Aggressors und Auferlegung einer gerechten Strafe." Präsident Bani Sadr habe „nebenbei auch den Gedanken

dorthin reisen[10]. Auf eine Frage des Bundeskanzlers bemerkte er, daß die Kampfhandlungen auf Sparflamme geführt würden und sich auf dem Schlachtfeld zur Zeit nicht viel abspiele. Beide Seiten wären froh, wenn sie diesen Krieg ehrenvoll beenden könnten. Beide stünden jedoch unter ihren eigenen innenpolitischen Zwängen, und es komme darauf an, einen Weg zu finden, auf dem beide ihr Gesicht wahren könnten. Er hoffe zuversichtlich, daß langsam eine Lösung heranreife. Man brauche jedoch Geduld.

Als eines der drei Mitglieder des Jerusalem-Komitees der Islamischen Konferenz[11] sagte der Präsident, daß man sehr auf deutsche und europäische Unterstützung für eine Lösung dieser Frage hoffe. Mit Genugtuung habe er festgestellt, daß die Großmächte mehr Verständnis für die arabische Haltung zeigten („they have softened"). Besonders lobte er die Erklärung von Venedig.[12] Die jüngsten Ausfälle des israelischen Ministerpräsidenten Begin gegen den Bun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 736

eines ‚Nürnberger Gerichts' für Saddam Hussein" aufgeworfen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 148; Referat 311, Bd. 137716.

Am 1./2. März 1981 hielt sich die Kommission in Irak auf. Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, Bagdad, berichtete dazu am 4. März 1981: „Obwohl ich Bemühungen um Waffenstillstand mit sehr viel Skepsis verfolge und in Substanzfragen bisher keinen Fortschritt zu erkennen vermag, scheint mir jedoch im Atmosphärischen leichte Bewegung eingetreten zu sein. Weitergehende Wertung wäre allerdings verfrüht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Referat 311, Bd. 137716.

Zu einem weiteren Aufenthalt der Kommission am 4. März 1981 in Iran teilte Strenziok am nächsten Tag mit, gegenüber ersten Vorschlägen für eine Konfliktlösung habe sich die iranische Seite „offenbar rein rezeptiv verhalten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 150; Referat 311, Bd. 137716.

Spalcke resümierte am 5. März 1981 nach einem zweiten Aufenthalt der Kommission in Irak am selben Tag: „Habe weiterhin Zweifel, daß Kontrahenten selbst bereits ‚reif' für Frieden sind, und Eindruck, daß Nachbarn in nahöstlicher Region ungeachtet aller Friedensrhetorik durchaus mit limitiertem irakisch-iranischen Konflikt leben können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; Referat 311, Bd. 137716.

Nach einem erneuten Besuch am 31. März/1. April 1981 in Irak berichtete Spalcke am 2. April 1981: „Heutiges Meinungsbild bestätigt Skepsis gegenüber Erfolgsaussichten jüngsten Versuchs, im irakisch-iranischen Konflikt zu vermitteln. Perspektive für weitere Vermittlungsbemühungen im Rahmen Bewegung blockfreier Länder sowie Vereinter Nationen bleiben damit weiterhin düster." Vgl. den Drahtbericht Nr. 236; Referat 311, Bd. 137716.

10 Am 12./13. Mai 1981 hielten sich Präsident Rahman und der Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz, Chatti, in Irak auf. Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete dazu am 14. Mai 1981: „Ziaur Rahman hat seine Zufriedenheit mit dem Gesprächsverlauf ausgedrückt. Die hochrangige Beteiligung der irakischen Seite läßt auf ernsthaftes Interesse und Notwendigkeit, wichtige Entscheidungen zu treffen, schließen." Einzelheiten der Gespräche seien noch nicht bekannt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 361; Referat 311, Bd. 137716.

Botschaftsrat Barth, Teheran, informierte am 14. Mai 1981, Rahman und Chatti seien am Vortag zu Gesprächen mit Präsident Bani Sadr eingetroffen: „In Teheran scheint sich zurzeit ein etwas verbindlicherer politischer Stil gegenüber den Friedensvermittlungsversuchen durchzusetzen, wenn man auch in der Sache wohl nach wie vor hart zu bleiben gedenkt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 285; Referat 311, Bd. 137716.

11 Botschafter Jesser, Rabat, führte am 27. April 1981 aus: „Das Jerusalem-Komitee der Islamischen Konferenz hat seit seiner Anhebung auf Außenminister-Ebene und der Übernahme der Präsidentschaft durch König Hassan im Mai 1979 in Fes nichts zustande gebracht außer Worte. […] Gleichwohl kommt den Beschlüssen und Empfehlungen des Jerusalem-Komitees insofern politische Bedeutung zu, als diese die gemeinsamen Grundauffassungen der islamischen Welt gegenüber der Palästina- und Jerusalem-Frage zum Ausdruck bringen. Das betrifft vor allem zwei Punkte: Der Nahost-Konflikt ist über die arabische Dimension hinaus immer mehr zur gesamtislamischen Sache geworden. Die sowjetische Bedrohung in Nah- und Mittelost wird als geringer eingeschätzt als die Bedrohung durch Israel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 152; Unterabteilung 31, Bd. 135644.

12 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

deskanzler[13] wertete Präsident Zia als einen Beweis dafür, daß Israel begriffen habe, daß es von Deutschland und den europäischen Staaten nicht mehr bedingungslos unterstützt werde.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, daß die Venedig-Erklärung in die Zukunft gerichtet sei; sie solle vor allem dazu dienen, daß der Konflikt nicht weiter ausgeweitet werde und weitere Kreise ziehe.

Präsident Zia gab seiner Überzeugung Ausdruck, daß hinter der sowjetischen Intervention in Afghanistan der künftige Ölbedarf der Sowjetunion stehe. Alle politischen und militärischen Manöver der Sowjetunion im Mittleren Osten müßten auf diesem Hintergrund gesehen werden. Deutschland habe in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu spielen.

Der *Bundeskanzler* nahm diese Bemerkung auf und legte dem Präsidenten dar, daß die Bedeutung der BR Deutschland nach seiner Meinung meist überschätzt werde. Wir seien ein kleines Land und für europäische Verhältnisse dicht besiedelt. Vor allem aber habe die fortdauernde Teilung unseres Landes im Bewußtsein unseres Volkes eine große Identitätskrise bewirkt, von der man auf den ersten Blick nichts bemerke, die man aber bei allen Überlegungen in Rechnung stellen und berücksichtigen müsse. Es sei ein großes Problem für unser Volk und seine politischen Führer, unsere Aufgaben richtig zu erkennen und sie durchzuführen.

Auf die Lage im Iran zurückkommend, fragte der Bundeskanzler den Präsidenten nach seinen Eindrücken aus Teheran. Werde die innenpolitische Lage sich stabilisieren?[14] Welche Rolle spiele die Sowjetunion?

Präsident Zia schilderte die innenpolitische Situation des Iran als immer noch sehr schwierig und verworren. Doch habe er den Eindruck gewonnen, daß die Position Bani Sadrs sich in den letzten Wochen gefestigt habe. Das sei ihm bei zwei Besuchen in Teheran im Abstand von drei Wochen ganz deutlich geworden. Bani Sadr genieße die Unterstützung aller national denkenden Kräfte und

13 Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, berichtete am 4. Mai 1981, das israelische Fernsehen habe am Vorabend Teile der Rede des Ministerpräsidenten Begin vor dem Vorstand der Herut-Partei ausgestrahlt, in der Begin auf Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt in der Sendung „Die Fernsehdiskussion“ in der ARD am 30. April 1981 reagiert habe. Begin habe erklärt: „Diejenigen, die wie Kanzler Schmidt und Giscard d'Estaing sprechen, sind die wahren Habgierigen. Frankreich hat alle Losungen der Revolution, Freiheit, Gleichheit, Humanität und Menschlichkeit, vergessen, und in Deutschland vergaßen sie das Verbrechen gegen unser Volk. Dies sind die Habgierigen, vor ihren Augen gelten nur zwei Dinge: wie man Waffen teuer verkaufen und Erdöl billig kaufen kann. […] Auch Herr Schmidt aus Deutschland, der der Generation angehört, die die Vernichtung ausgeführt hat, hat folgendes zu sagen: ‚Wir müssen ihre Selbstbestimmung unterstützen, d. h. einen palästinensischen Staate, selbst wenn Israel zugrunde geht.‘ Das macht nichts, er hat ja gesehen, wie das Volk von Israel beinahe zugrunde gegangen wäre. Er war auch im Militär, das Städte umzingelt hat, bis die Arbeit der Einsatzgruppen vollendet war.‘“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 305; Referat 310, Bd. 135678.

14 Botschaftsrat I. Klasse Strenziok, Teheran, berichtete am 3. Mai 1981: „Hatten es Khomeini, Klerus und Regime bisher nur mit offener Opposition aus dem bürgerlich-liberalen Lager zu tun, müssen sie jetzt ihre Aufmerksamkeit mehr und mehr der zunehmend virulenter und aggressiver werdenden iranischen Linken zuwenden. Spürbarer werdende wirtschaftliche Mißstände und soziale Not, denen das unfähige Regime hilflos gegenübersteht, Verdruß über die tägliche Flut allmählich als inhaltsleer empfundener Koransprüche schaffen nun auch in weiten Kreisen der einfacheren und von Entbehrungen am stärksten betroffenen Bevölkerung eine Stimmung, die linker Agitation Vorschub leistet.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 262; Referat 311, Bd. 137624.

sogar auch einiger Mullahs. Auch Khomeini habe jetzt erkannt, daß er Bani Sadr stützen müsse. Khomeini habe ihm (Zia) bei seinem letzten Besuch selbst gesagt, daß Bani Sadr bei der Armee populär sei und dort einen starken Rückhalt finde. Der Präsident versprach dem Kanzler, ihn im Anschluß an seine bevorstehende Reise nach Teheran über seine Eindrücke zu unterrichten. Er erwähnte, daß ihm Informationen zugegangen seien, daß der Iran im April mit der Sowjetunion ein Abkommen über Waffenlieferungen geschlossen habe. Er habe jedoch noch keine Bestätigung dieser Meldungen erhalten können.

Präsident Zia wandte sich sodann den Problemen der Region Südasien zu und erläuterte seine Pläne einer regionalen Zusammenarbeit[15], die in einer Gipfelkonferenz der sieben beteiligten Staaten ihren ersten Höhepunkt finden solle, von dem er weitere Anstöße erwarte.

Der *Bundeskanzler* begrüßte diese Pläne auf das Wärmste. Die Staaten einer Region sollten eng zusammenarbeiten. Er wünsche dem Unternehmen vollen Erfolg.

Präsident Zia schilderte die Beziehungen seines Landes zu Staaten Südostasiens und zu China als ausgezeichnet. Nur die Beziehungen zu Vietnam seien wegen dessen Aggression gegen Kambodscha[16] kühl. Zur Kambodscha-Frage warf der *Bundeskanzler* ein, daß Pol Pot keine erfreuliche Figur und seine Unterstützung[17] daher etwas problematisch sei. Dem stimmte *Präsident Zia* zwar zu, meinte aber, daß die Expansion Vietnams die Staaten der Region außerordentlich beunruhige und daher diese Reaktionen, auch die Unterstützung des Pol-Pot-Regimes, ausgelöst habe.

Nachdem er kurz das problemfreie Verhältnis Bangladeschs zu seinem Nachbarn Birma und die beispielhafte einvernehmliche Lösung des vor drei Jahren zwischen beiden Staaten aufgetauchten Flüchtlingsproblems[18] erwähnt hatte, kam Präsident Zia auf das schwierige Verhältnis seines Landes zu Indien und das Hauptproblem zwischen den beiden Staaten, die Verteilung des Ganges-

15 Referat 340 erläuterte am 15. April 1981: „Präsident Ziaur Rahman schlägt seit etwa 1979 den Staaten des Subkontinents (Indien, Pakistan, Sri Lanka, Nepal, Bhutan, Malediven) eine engere Zusammenarbeit vor: […] Inhaltlich ist der Vorschlag noch wenig konkretisiert. Es ist vorgesehen, auf einer Gipfelkonferenz die Schaffung eines Forums für regionale Konsultation und Zusammenarbeit zu prüfen. Vorbereitende Gespräche auf Staatssekretärsebene finden derzeit in Colombo statt. Als mögliche Bereiche der Zusammenarbeit werden genannt: Katastrophenvorbeugung und -hilfe, Technologieaustausch, landwirtschaftliche Forschung und ländliche Entwicklung, Land-, See- und Luftverkehr, Tourismus, Telekommunikation, Meteorologie, Joint-ventures, Absatzförderung in ausgewählten Ländern, Erziehung, Wissenschaft und Kultur." Vgl. Referat 340, Bd. 127062.

16 Nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha am 25. Dezember 1978 wurde am 8. Januar 1979 eine provietnamesische Regierung unter dem Vorsitz von Heng Samrin gebildet und am 11. Januar 1979 die „Volksrepublik Kampuchea" ausgerufen.

17 Botschafter Vollers, Hanoi, legte am 17. April 1981 dar, gegenwärtig seien die Roten Khmer „die einzige militärisch ernstzunehmende Widerstandsgruppe gegen die Vietnamesen. Sollten sie jedoch noch einmal an die Macht kommen, muß mit der Fortsetzung ihrer Bluttaten und ihrer Rache gerechnet werden. An der Haltung Sihanouks ist offensichtlich der Plan einer politisch respektablen Vereinigten Front gegen die viet[namesische] Besetzung gescheitert, so daß das Demokratische Kampuchea weiterhin nur durch die Roten Khmer repräsentiert wird, die als einzige Alternative zu Heng Samrin, auch in den VN, auftreten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 285; Referat 340, Bd. 127374.

18 Legationsrat I. Klasse Döring, Dacca, informierte am 10. Juli 1978, am Vortag sei ein „Agreement on Repatriation of Burmese Refugees Now Sheltered in Bangladesh" geschlossen worden, das die Rückführung von birmanischen Flüchtlingen ab August 1978 und den Beginn von Verhandlungen über die gemeinsame Staatsgrenze vorsehe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 180; Referat 340, Bd. 107469.

Wassers, zu sprechen. Er führte aus, daß diese Frage den Lebensnerv seines Landes berühre. Das wesentlichste Problem, das durch den Bau des Farakka-Staudamms[19] geschaffen worden sei, sei das der zunehmenden Versalzung des Ganges-Deltas.

Der *Bundeskanzler* zog hier eine Parallele zum Nil und den ökologischen Problemen, die durch den Bau des Assuan-Damms[20] geschaffen worden seien. *Präsident Zia* sagte, daß der Farakka-Staudamm und die Verteilung des Ganges-Wassers das Hauptproblem zwischen Indien und Bangladesch bildeten. Alle anderen bilateralen Probleme seien demgegenüber zweitrangig und brauchten jetzt nicht erörtert zu werden.

Der *Bundeskanzler* fragte den Präsidenten, ob er in letzter Zeit Frau Indira Gandhi gesehen habe. *Präsident Zia* erwiderte, er sei in der jüngsten Zeit zweimal mit ihr zusammengetroffen.

Der *Bundeskanzler* sagte, er habe Frau Gandhi zum ersten Mal seit vielen Jahren beim Begräbnis von Staatspräsident Tito[21] wiedergesehen. Er habe den Eindruck gewonnen, daß sie sich gegenüber ihrer vorigen Amtszeit[22] sehr verändert habe. Sie sei viel fraulicher und weicher (soft) geworden. Ihm scheine, daß sie jetzt ihr Augenmerk fast ausschließlich auf die innere Entwicklung ihres eigenen Landes und die Hebung des Lebensstandards ihres Volkes richte und an außenpolitischen Problemen vergleichsweise nur noch gering interessiert sei. Den zweifelnden Gesichtsausdruck seines Gegenübers bemerkend, fragte der Bundeskanzler den Präsidenten dann direkt: „But you don't seem to feel that way?"

Präsident Zia deutete an, daß er diese Frage nicht direkt beantworten wolle. Er unterstrich aber, daß ihm bewußt sei, mit welch großen inneren Problemen Indien zu kämpfen habe, für die man ein gewisses Verständnis aufbringen müsse. Besonders beunruhigten ihn allerdings die Auseinandersetzungen zwischen Hindus und Moslems, denn er fürchte, daß diese „communal riots" auch auf Bangladesch übergreifen und den bestehenden Frieden zwischen Moslems und Hindus (etwa 18%) in seinem Lande beeinträchtigen könnten.

Auf das Jerusalem-Komitee der Islamischen Konferenz eingehend, dem er zusammen mit König Hassan von Marokko und Präsident Sekou Touré von Guinea angehört und das vor zwei Wochen in Rabat getagt hatte, kündigte Präsident Zia dem Bundeskanzler an, daß das Komitee beschlossen habe, die Staats- und Regierungschefs der USA, Kanadas[23], der BR Deutschland, Großbritanniens[24],

19 Am 15. April 1981 legte Referat 340 dar, die Neuverteilung des Ganges-Wassers sei eine für Bangladesch „lebenswichtige Frage". Indien leite seit 1975 das im Farakka-Damm gestaute Ganges-Wasser teilweise nach Kalkutta zur Vertiefung des dortigen Hafenbeckens: „Bangladesch, das in der Trockenzeit nur 80% des lebenswichtigen Ganges-Wassers aus Indien erhält, konnte mit Indien bisher keine Einigung über eine Neuaufteilung erzielen." Vgl. Referat 340, Bd. 127062.

20 Der Assuan-Staudamm wurde zwischen 1960 und 1971 errichtet.

21 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Gandhi am 7. Mai 1980 in Belgrad vgl. AAPD 1980, I, Dok. 142.

22 Indira Gandhi amtierte bereits zwischen 1966 und 1977 als Ministerpräsidentin.

23 Pierre Elliott Trudeau.

24 Margaret Thatcher.

Frankreichs[25], der Sowjetunion[26], Japans[27] und Australiens[28] aufzusuchen, um sie um ihre Unterstützung bei der Lösung dieser Frage zu bitten.

Der *Bundeskanzler* fragte daraufhin, warum eine ähnliche, vor einigen Monaten geplante Reise der drei im Jerusalem-Komitee vereinten Staatsoberhäupter in letzter Minute wieder abgesagt worden sei. *Präsident Zia* verwies auf die amerikanischen Wahlen.[29] Der *Bundeskanzler* erwähnte seinen jüngsten Besuch in Marokko.[30] Er habe den Eindruck gewonnen, daß Marokko im Zusammenhang mit dem Mauretanien-Problem[31] international an Ansehen verloren habe und seine Stellung schwächer geworden sei. *Präsident Zia* stimmte dem zu.

Der *Bundeskanzler* kam dann auf die Lage in Europa zu sprechen. Das augenblickliche Hauptproblem sei Polen. Er glaube, daß die Sowjetunion sehr bestrebt sei, eine Intervention in Polen zu vermeiden; ausgeschlossen werden könne eine solche Intervention jedoch nicht. Er betonte, wie wertvoll sich die europäische Zusammenarbeit im Rahmen der EG erwiesen habe. Deshalb begrüße er auch alle anderen Zusammenschlüsse wie ASEAN und den jüngst geschaffenen Council of Cooperation among the Gulf States.[32]

Ein besonders wichtiges Prinzip der deutschen Außenpolitik, sagte der Bundeskanzler weiter, sei die Unterstützung der Ungebundenen und das Eintreten für die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Staaten der Dritten Welt; diese müßten als gleichberechtigte Partner angesehen und behandelt werden. Die Bundesrepublik Deutschland wende sich gegen alle Arten der Vorherrschaft, gegen Einflußzonen und gegen den Export eigener ideologischer und politischer Konzeptionen in andere Länder. Er würdige in hohem Maße die Leistungen Präsident Zias und insbesondere die stets mäßigende Rolle, die Bangladesch in der Bewegung der Ungebundenen und in der Islamischen Konferenz spielt. Hier sei besonders der Beitrag Bangladeschs zum Gelingen der Konferenzen von Taif[33] und New Delhi hervorzuheben. Die BR Deutschland begrüße die Rückkehr der Ungebundenen zu einem wirklichen non-alignment. Er (der Bundeskanzler) habe es als einen großen Fehler angesehen, daß man ausgerechnet Kuba zum Sprecher der Ungebundenen gemacht habe.[34]

Der Bundeskanzler sagte, er freue sich darauf, den Präsidenten in einem halben Jahr auf dem Mini-Gipfel in Mexiko[35] wiederzutreffen. Diese Konferenz sei sehr wichtig, „and you will be one of those who have to say something“. Der

25 Valéry Giscard d'Estaing.
26 Leonid Iljitsch Breschnew.
27 Zenko Suzuki.
28 Malcolm Fraser.
29 Am 4. November 1980 fanden in den USA Präsidentschaftswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.
30 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 6./7. Januar 1981 in Marokko vgl. Dok. 3.
31 Zum gescheiterten Putschversuch in Mauretanien am 16. März 1981 vgl. Dok. 111, Anm. 30.
32 Zur Gründung des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten am 4. Februar 1981 vgl. Dok. 63, Anm. 9.
33 Zur dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif vgl. Dok. 4, Anm. 9.
34 Mit Beginn der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna übernahm Kuba für drei Jahre den Vorsitz der Bewegung.
35 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

Mini-Gipfel müsse ein „meeting of minds“ werden und wirkliche Arbeit tun. Keinesfalls dürfe er sich in Propagandareden erschöpfen und sich darauf beschränken, unnütze Resolutionen zu verabschieden. Die beiden wichtigsten Themen, die zu behandeln seien, seien die Bevölkerungsexplosion und die Explosion der Ölpreise. Die explosionsartige Steigerung der Ölpreise wirke sich auf die LLDCs noch schlimmer aus als auf die Industriestaaten. Er habe in der letzten Woche sowohl in Riad[36] als auch in Abu Dhabi[37] eindringlich darauf hingewiesen, daß die OPEC-Staaten entweder Vorzugspreise für die LLDCs einführen oder aber diesen eine intensive Finanzhilfe leisten müßten. Was die BR Deutschland anbetreffe, so hätten wir ein zunehmend großes Problem mit unserer negativen Zahlungsbilanz, doch trotzdem seien wir entschlossen, unsere Hilfe zu vergrößern.

Der Bundeskanzler bedankte sich für die ausführlichen Erläuterungen Präsident Zias zur politischen Lage in Asien, denen er mit großem Interesse zugehört habe. Die vietnamesische Aggression gegen Kambodscha könne nicht hingenommen werden, und die BR Deutschland werde daher zusammen mit ihren europäischen Partnern ASEAN unterstützen. Auf die jüngsten Ausfälle des israelischen Ministerpräsidenten Begin gegen ihn eingehend, sagte der Bundeskanzler, es sei „not so nice“, solche Sachen über sich lesen zu müssen. Die BR Deutschland stehe voll und ganz zu der in der Erklärung von Venedig niedergelegten Nahostpolitik. Unter Präsident Carter seien nach und nach immer mehr arabische Staaten vor den Kopf gestoßen worden, so daß sie die amerikanische Politik nicht mehr unterstützt hätten. Er hoffe, daß sich das jetzt ändere. Allerdings brauche die Reagan-Regierung noch Zeit, um ihre neue Politik zu formulieren. Doch er sei gewissermaßen auf den Spuren Haigs[38] durch den Nahen Osten gereist und habe den Eindruck gewonnen, daß Amerika seine Freunde in dieser Region wieder zurückgewinne. Er habe großes Vertrauen in Haig und in dessen Fähigkeiten. Haig sei ihm aus seiner NATO-Zeit[39] sehr gut bekannt, und er schätze ihn und sein Verständnis für die Probleme der europäischen Staaten sehr.

Sodann fragte der Bundeskanzler den Präsidenten nach Yasser Arafat. In Europa habe man im wesentlichen zwei Vorbehalte gegen Arafat, doch er frage sich, ob es legitime Vorbehalte oder nur Vorurteile seien. Einmal habe man nicht vergessen, daß Arafat für viele Terrorakte verantwortlich sei, und zum anderen bestehe der Eindruck, daß er ein allzu enges Verhältnis zur Sowjetunion unterhalte. Da der Präsident den PLO-Führer gut kenne, würde er (der Bundeskanzler) gerne dessen Meinung hören.

Präsident Zia antwortete, daß er Arafat kenne, jedoch noch nicht wirklich so gut, daß er sich ein abschließendes Urteil erlauben wolle. Sicherlich denke Arafat sehr viel rationaler als die meisten anderen Palästinenser. Es gebe einen

36 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

37 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 29./30. April 1981 in den Vereinigten Arabischen Emiraten vgl. Dok. 120 und Dok. 124.

38 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte am 4./5. April 1981 Ägypten, am 5./6. April 1981 Israel, am 6./7. April 1981 Jordanien und am 7./8. April 1981 Saudi-Arabien. Vgl. dazu Dok. 106.

39 Alexander M. Haig war von 1974 bis 1979 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR).

starken sowjetischen Einfluß in der PLO, und Arafat habe die schwierige Aufgabe, alle verschiedenen Strömungen in seiner Organisation unter einen Hut zu bringen. Er (Zia) habe persönlich den Eindruck gewonnen, daß Arafat gar nicht so pro-russisch sein wolle, wie er sich oft geben müsse.

Angesichts des starken und gefährlichen Engagements der Sowjetunion im Nahen Osten wolle er, Präsident Zia, mit großem Ernst sagen, daß in der Dritten Welt der Eindruck vorherrsche, daß der Westen sich nicht genug einsetze und damit der Sowjetunion in die Hände spiele. Die Länder der Dritten Welt fühlten sich vom Westen im Stich gelassen; sie hätten sich nicht aus freien Stücken an die Sowjetunion angenähert, sondern weil sie sich durch die Umstände dazu gezwungen glaubten. Er wolle in diesem Zusammenhang erwähnen, daß die Sonderkonferenz der Islamischen Staaten über die Afghanistan-Frage, die im Januar 1980 in Islamabad stattfand[40], im wesentlichen auf die Initiative Bangladeschs hin zustande gekommen sei. Die Sowjetunion habe daraufhin auf diplomatischem Wege Bangladesch ihr allerschärfstes Mißfallen ausgesprochen und ihre Käufe von Jute und Tee, die in der bangalischen Außenhandelsbilanz einen wichtigen Posten ausmachten, von heute auf morgen eingestellt. Niemand im Westen habe daraufhin seine Käufe aus Bangladesch erhöht.

Auf der 11. SGV der VN in New York im August 1980[41] habe er, Präsident Zia, sehr klare Aussagen über die Verpflichtungen der sozialistischen Länder (und der OPEC-Staaten) formuliert, mehr Entwicklungshilfe zu leisten.[42] Darauf hätten sozialistische Staaten ihm ernsthafte Vorhaltungen gemacht und argumentiert, daß sie nicht für die Kolonialzeit verantwortlich seien. Er habe aber geantwortet, das alles sei Vergangenheit. Man müsse jetzt nach vorn schauen, und die sozialistischen Staaten hätten kein Recht, sich ihrer Verantwortung und der weltweiten Solidarität zu entziehen.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß der Westen sich selbst großen eigenen Schwierigkeiten gegenübersehe. Am schlimmsten sei, daß man im Westen die eigene wirtschaftliche Situation noch nicht voll begriffen habe. Es herrsche große Ratlosigkeit, und es gebe keine klare Konzeption, was man zur Überwindung der gegenwärtigen Schwierigkeiten tun müsse. In den Vereinigten Staaten hätten die durch Vietnam verursachte Bewußtseinskrise und dann die vier Carter-Jahre eine ernsthafte Instabilität verursacht. Das sei deshalb besonders schlimm, weil die Vereinigten Staaten das einzige wirklich wichtige Land des Westens seien. Ob man es wünsche oder nicht, die Vereinigten Staaten seien das Land, an dem man nicht vorbeigehen könne. Nicht umsonst habe er an einem früheren Punkt des Gesprächs gesagt, daß Deutschland ein kleines Land sei. Das Land, auf das es ankomme, seien allein die Vereinigten Staaten. Er hoffe jedoch, daß Präsident Reagan und seine Regierung die Dinge langsam wieder in den Griff bekämen. Er habe großes Vertrauen in diese neue Admini-

40 Die Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz tagten vom 27. bis 29. Januar 1980 in Islamabad.

41 Die VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen fand vom 25. August bis 15. September 1980 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 273.

42 Für die Rede des Präsidenten Rahman auf der VN-Sondergeneralversammlung für Entwicklungsfragen am 26. August 1980 in New York vgl. Referat 402, Bd. 122021.

stration. Ob das Wirtschaftskonzept Reagans[43] Erfolg habe, bleibe abzuwarten. Es sei ein ungewöhnliches Konzept, aber angesichts der allgemein herrschenden Ratlosigkeit, auf die er schon hingewiesen habe, habe auch niemand ein besseres Rezept anzubieten. Auf die Frage des *Präsidenten*, ob Amerika seine Verbündeten jetzt wieder mehr und enger konsultiere, antwortete der *Bundeskanzler*, daß die Absicht hierzu zweifellos vorhanden sei, man der Reagan-Regierung aber noch etwas Zeit lassen müsse. Haig jedenfalls habe schon jetzt damit begonnen, wieder viel enger zu konsultieren, und in Europa habe man eine sehr hohe Meinung von Alexander Haig.

Präsident Zia drückte noch einmal seinen Dank für unsere große Entwicklungshilfe für sein Land aus, die sehr hoch gewürdigt werde. Das Gespräch mit BM Offergeld[44] einige Stunden zuvor sei sehr gut verlaufen. Man habe sich darauf geeinigt, daß die Bundesrepublik Deutschland bei der Ausbeutung der in Bangladesch entdeckten Kohlevorkommen mithelfen werde. (Der Unterzeichnete hat eine so klare Zusage BM Offergelds nicht in Erinnerung. Seinem deutlichen und gut erinnerten Eindruck nach wurde nur eine Prüfung zugesagt.) Abschließend bedankte sich der Präsident dafür, daß die Mini-Gipfelkonferenz in Mexiko in starkem Maße auch auf deutsche Initiative zurückzuführen sei. Er freue sich darauf, in Mexiko eng mit dem Bundeskanzler zusammenarbeiten zu können, und werde persönlich darauf achten, daß die Bundesregierung von seiner Regierung über wichtige Entwicklungen informiert werde. Er dankte dem Bundeskanzler in persönlicher Form dafür, daß er selbst ein solches Interesse an den Problemen der Entwicklungsländer nehme. Mit seinem Dank für die deutsche Hilfe und Freundschaft verband er den Hinweis, daß er sich voll und ganz darüber im klaren sei, daß die ausländische Hilfe nicht die Anstrengungen ersetzen könne, die die Entwicklungsländer selbst unternehmen müßten, wenn sie ihr Los verbessern wollten. Bangladesch sei bereit, die größtmöglichen eigenen Anstrengungen zu machen.

Das Gespräch wurde von beiden Seiten ohne Dolmetscher in englischer Sprache geführt.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57

43 Zum Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 15.

44 Ministerialrat Fuhrmann, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, vermerkte am 6. Mai 1981 zum Gespräch des Bundesministers Offergeld mit Präsident Rahman am Vortag auf Schloß Gymnich: „Staatspräsident Ziaur R[ahman] erläuterte die Ziele des zweiten Fünfjahresplans mit den Prioritäten ländliche Entwicklung, Familienplanung, Erschließung von Bodenschätzen. Es wurde festgestellt, daß die Zusammenarbeit zwischen Bangladesch und der Bundesrepublik diesen Prioritäten entspreche und in den genannten Bereichen fortgesetzt werden sollte. […] Präsident Ziaur R. bat, in die Überlegungen für künftige Zusammenarbeit auch den Abbau von Kohle aufzunehmen (es dürfte sich um das schon früher diskutierte Vorhaben Jamalgonj handeln). Voruntersuchungen seien von einer belgischen Firma durchgeführt worden. Das Projekt sei für einen Geber wahrscheinlich zu aufwendig. BM Offergeld erwiderte, die deutsche Seite würde die erstellten Unterlagen (Übersendung wurde zugesagt) sorgfältig prüfen.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127059.

132

Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 314 **Aufgabe: 5. Mai 1981, 21.15 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 5. Mai 1981, 23.19 Uhr**

Betr.: Fernsehinterview des Bundeskanzlers[2];
hier: israelische Demarche

Bezug: DB Nr. 308 vom 4.5.81[3]

1) Am 5.5. wurde ich in das israelische Außenministerium zu Generaldirektor (Staatssekretär) Kimche einbestellt, der mich im Beisein des israelischen Fernsehens empfing. Die Unterredung dauerte 45 Minuten und wurde betont sachlich geführt. Im Anschluß daran gab Kimche dem israelischen Fernsehen ein Interview.

2) Kimche begann mit dem Hinweis, er hätte mich lieber empfangen, um mir zu sagen, wie froh man auf israelischer Seite darüber sei, daß der Bundeskanzler den Verkauf von deutschen Panzern an Saudi-Arabien zunächst abgelehnt habe.[4] Die Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik seien in der Vergangenheit gut gewesen und würden sich auch weiterhin positiv entwikkeln. Um so mehr sei es zu bedauern, daß sie nunmehr getrübt würden. Anhand des ihm vorliegenden Wortlauts der Fernsehdiskussion ging Kimche dann auf jene Passagen ein, die auf israelischer Seite mit Befremden zur Kenntnis genommen worden seien und, wie Kimche sagte, mit Nachdruck zurückgewiesen werden müßten.

3) Befremdet habe die Aufzählung jener Völker, denen gegenüber die Deutschen mit einem Schuldgefühl belastet seien. Der Bundeskanzler habe in diesem Zu-

1 Hat dem Bereitschaftsdienst am 5. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach telef[onischer] Rücksprache mit RL 310 (VLR I Dr. Fiedler): Bei Dienstbeginn 6.5.81 vorlegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 6. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 6. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schnittger vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Interviews des Bundeskanzlers Schmidt in der Sendung „Die Fernsehdiskussion" in der ARD am 30. April 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 341–347.
Zu den diesbezüglichen Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin am 3. Mai 1981 vgl. Dok. 131, Anm. 13.

3 Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, berichtete, die Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt seien „gemacht worden in einer Atmosphäre, die mehr von den bevorstehenden Wahlen geprägt war als von politischen Erwägungen". Er, Sikora, habe am 4. Mai 1981 mit dem Generaldirektor des israelischen Außenministeriums gesprochen: „Kimche gab zu erkennen, daß er über die persönlichen Angriffe Begins auf Bundeskanzler Schmidt nicht glücklich war. Seine […] Mitarbeiter auf der Ebene der stellvertretenden Staatssekretäre und Abteilungsleiter waren in ihrer ablehnenden Einstellung noch deutlicher: ‚It is a disgrace.' […] Ich bin für morgen (5.5.) um 17 Uhr zu Kimche in das Außenministerium einbestellt worden. […] Botschaft ist der Meinung, daß aufgrund der Äußerung von PM Begin Meinungsunterschied zwischen PM Begin und I[sraelischem]A[ußen-]M[inisterium] entstanden ist. Falls es PM Begin gelingt, die Angelegenheit längere Zeit im Mittelpunkt des Interesses der Medien und der jetzt Höhepunkt zustrebenden Wahlkampagne zu halten, dürfte dies seiner Partei zugute kommen." Vgl. Referat 310, Bd. 135678.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

sammenhang sogar die Italiener erwähnt, jedoch mit keinem Wort die Juden. Den arabischen Völkern gegenüber, so habe der Bundeskanzler gesagt, gebe es diesen Schuldkomplex überhaupt nicht, was wohl darauf zurückzuführen sei, daß einige der Araber während des letzten Krieges mit dem Nazi-Deutschland sympathisiert hätten.

4) Daß der Bundeskanzler von einer moralischen Verpflichtung der Deutschen gegenüber jenen Menschen sprach, die angeblich aus den Gebieten der Westbank vertrieben worden seien, habe hier sehr erstaunt. Die Israelis hätten niemand vertrieben. Es habe lediglich in der Nähe von Jericho ein kleineres Flüchtlingslager gegeben, das noch aus der Zeit von 1949 stammte und dessen Bewohner geflohen seien. Man sei auf israelischer Seite mit den Palästinensern von der Westbank in ständigem Gespräch.

In diesem Zusammenhang von einer kurzsichtigen Politik der israelischen Regierung zu sprechen, käme einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Israels gleich. Von einer Tragödie griechischen Ausmaßes könne keine Rede sein.

5) Solange die PLO die Vernichtung Israels fordere, werde Israel es ablehnen, mit ihren Vertretern zu sprechen und sie als Vertreter der Palästinenser zu akzeptieren.

6) Das Prinzip des Rechts auf Selbstbestimmung akzeptiere Israel nur insoweit, wie seine Verwirklichung nicht zur Zerstörung eines bereits bestehenden Staates führe. Man setze sich deutscherseits auch nicht für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden ein oder der Basken oder Korsen. Die Forderung der Sudetendeutschen nach Selbstbestimmung habe zum Zerfall der Tschechoslowakei geführt. Selbstbestimmung sei bei ihrer Umsetzung in politische Wirklichkeit immer ein Kompromiß, und gerade um diesen Kompromiß bemühe man sich zur Zeit auf israelischer Seite. Jordanien, das einmal Teil Palästinas war und zu einem Großteil von Palästinensern bewohnt werde, existiere bereits als eigener Staat. Die arabischen Staaten, von denen es nicht weniger als 21 gebe, sollten sich untereinander einig werden, wie das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser verwirklicht werden könne.

7) Der Bundeskanzler habe von der Solidarität der Araber gegenüber den Palästinensern gesprochen. Das sei schiere Ironie. Wer habe denn den 800 000 Palästinensern geholfen, die unter erbärmlichen Umständen in Flüchtlingslagern dahinvegetierten? Keines der arabischen Länder, in denen es Platz für sie gegeben hätte, habe sie aufgenommen.[5] Im Gegensatz dazu seien die 700 000 Juden, die auch aus arabischen Ländern nach Israel eingeströmt seien, sofort integriert worden. Die arabischen Regierungen hätten dagegen aus dem Elend der palästinensischen Flüchtlinge politisches Kapital geschlagen und die Palästinenser als außenpolitischen Fußball benutzt. Von einer Solidarität der Araber in diesem Zusammenhang zu sprechen, sei zynisch.

8) Saudi-Arabien wurde vom Bundeskanzler als ein gemäßigtes Land charakterisiert. In Taif haben jedoch seine Führer zum Heiligen Krieg gegen Israel aufgerufen[6] und damit eine Atmosphäre geschaffen, in der – wie 1967 – der

5 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Schnittger handschriftlich: „In der Wüste?"

6 Zur dritten Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28. Januar 1981 in Mekka und Taif vgl. Dok. 4, Anm. 9.

Ruf wiederaufleben könne: „Mordet die Juden." Dies sei ein Spiel mit Emotionen, deren Ausbruch und dessen Folgen man bereits erlebt habe. Übrigens habe sich Saudi-Arabien sehr wohl auch an den militärischen Auseinandersetzungen mit Israel beteiligt: 1948 mit einem Infanteriekorps im Negev, 1967 mit einer Brigade auf jordanischer Seite, 1973 mit einer Brigade sowie 36 Panzern, 40 gepanzerten Fahrzeugen und 54 Geschützen, insgesamt also mit einem beachtlichen Expeditionskorps, das übrigens bis 1977 in Syrien verblieb.[7] Daher wehre sich Israel so nachdrücklich gegen eine Belieferung der Saudis mit dem „Leopard II", wodurch das gegenwärtig bestehende qualitative Gleichgewicht im nahöstlichen Raum verändert würde. Die USA bemühten sich wenigstens, dieses Gleichgewicht zu erhalten, aber die Europäer verkauften Panzer, als ginge es um landwirtschaftliche Maschinen.

9) Der Bundeskanzler behaupte, Sadat habe die Unterstützung der arabischen Staaten verloren, als sich ein Mißerfolg von CD[8] abzeichnete.

Das sei falsch. Bereits im Oktober 1978 sei bei dem arabischen Treffen in Bagdad[9] klar gewesen, daß es der Friedensvertrag selbst war, gegen den die arabischen Staaten opponierten. Sei der Bundeskanzler etwa selbst vom Friedensvertrag enttäuscht oder von den CD-Ergebnissen? (Hier wurde Kimche sehr emphatisch.)

10) Am Gedenktag des Holocaust habe es der deutsche Bundeskanzler fertiggebracht, den Terroristenverband der PLO zu unterstützen[10], der es sich zum erklärten Ziel gesetzt hat, Israel zu vernichten. Die Fatah habe Terrorakte nicht nur gegen Israel verübt, sie habe auch – in Khartoum – zwei amerikanische Diplomaten ermordet.[11] Israel halte seine Hand gegenüber den Palästinensern ausgestreckt, nicht jedoch gegenüber der PLO.

11) Kimche schloß mit der Bemerkung, die Äußerungen des Bundeskanzlers hätten Israel Schaden zugefügt, und die israelische Regierung sei daher gezwungen, ihnen entgegenzutreten. Das sei der Sinn dieser Demarche.

12) In meiner Erwiderung hielt ich mich an die Äußerungen des Regierungssprechers[12] und verwies darauf, daß die Ausführungen des Bundeskanzlers

7 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Schnittger handschriftlich: „Vorzeigen!"

8 Camp David.
Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

9 Die Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten fand vom 2. bis 5. November 1978 in Bagdad statt. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 66–68.

10 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Schnittger handschriftlich: „Die Argumente lassen sich alle widerlegen!"

11 Am 1. März 1973 kam es in der saudi-arabischen Botschaft in Khartoum während einer gesellschaftlichen Veranstaltung zu einer Geiselnahme durch Mitglieder der Organisation „Schwarzer September". Diese forderten die Freilassung mehrerer in verschiedenen Staaten inhaftierter Palästinenser. Als diesen Forderungen nicht nachgegeben wurde, wurden der amerikanische Botschafter Noel, sein Stellvertreter Moore und der belgische Geschäftsträger Eid am 2. März 1973 durch die Geiselnehmer ermordet. Vgl. dazu den Artikel „Terroristen geben nach der Ermordung von drei Diplomaten auf"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. März 1973, S. 1. Vgl. dazu ferner FRUS 1969–1976, E-6, Dok. 217, http://history.state.gov/historicaldocuments/frus1969-76ve06/d217.

12 Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, erklärte am 4. Mai 1981 in einer Pressekonferenz: „Ich weise die Vorwürfe des israelischen Ministerpräsidenten gegen Bundeskanzler Schmidt zurück. Solche Entgleisungen stehen wohl im Zusammenhang mit dem israelischen Wahlkampf. Aber auch ein Wahlkampf entschuldigt nicht abwegige und beleidigende Behauptungen." Vgl. den

nicht über das hinausgingen, was die neun Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft in Venedig[13] gemeinsam beschlossen hätten. Insofern handele es sich nicht um ein bilaterales Problem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel. Kimche wies dies zurück und meinte, die Interpretation, die durch den Bundeskanzler der Deklaration von Venedig gegeben werde, ginge durch die vom Bundeskanzler verwendeten Argumente weit über das hinaus, was man auf israelischer Seite bisher mit der Deklaration von Venedig in Verbindung gebracht habe. Wenn das, was der Bundeskanzler geäußert habe, Venedig sei, dann brauche man sich über den israelischen Widerstand dagegen und die europäische Initiative insgesamt nicht zu wundern.

13) Ich verwies abschließend darauf, daß dem israelischen Botschafter in Bonn am 6.5. durch StS van Well die Haltung der Bundesregierung erläutert und eine Bewertung der Ergebnisse des Besuchs des Bundeskanzlers in Saudi-Arabien gegeben würde.[14]

[gez.] Sikora

Referat 310, Bd. 135678

Fortsetzung Fußnote von Seite 747

Drahterlaß Nr. 58 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 5. Mai 1981 an die Botschaft in Tel Aviv; Referat 310, Bd. 135678.

13 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

14 Im Gespräch mit dem israelischen Botschafter Meroz führte Staatssekretär van Well aus: „Es sei bekannt, daß wir in einigen Aspekten der Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaft, von der wir ein Teil seien, mit der israelischen Regierung unterschiedlicher Meinung seien. Wir hätten dies immer gesagt und würden dies auch künftig sagen. Unter Freunden müßten wir Differenzen offen aussprechen. An unseren Beziehungen würde dies nichts ändern. […] StS bemerkte dazu, daß die Art der Diskussion befremdlich und außergewöhnlich sei. […] Im Verhältnis zu anderen Staaten hätten wir anders reagiert. Unsere Zurückhaltung sei aufgrund unserer geschichtlichen Verantwortlichkeit zu sehen. StS drückte seine Überraschung über das Gespräch StS Kimche/Geschäftsträger Sikora aus. Israelische Interpretationsversuche gingen an den wahren Äußerungen des Bundeskanzlers vorbei. Eine Exegese führe zu nichts. Wesentlich sei, daß man die Proportionen im Auge behalte.“ Meroz führte aus: „Die Äußerungen des Bundeskanzlers seien in Israel mit Bestürzung zur Kenntnis genommen worden. Dieses Gefühl sei Gemeingut aller Bevölkerungsschichten. Er glaube nicht, daß das Gespräch Kimche/Sikora polemisch gewesen sei. […] Er möchte wiederholen, daß er an guten Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland interessiert sei. Adjektive wie ‚befremdlich‘, ‚beleidigend‘, ‚kränkend‘ und ‚Entgleisung‘ weise er jedoch zurück.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135678.

133

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3191/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 852
Cito

Aufgabe: 6. Mai 1981, 12.40 Uhr[1]
Ankunft: 6. Mai 1981, 13.33 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz in Rom am 4./5. Mai 1981;
hier: Aussprache der Außenminister in kleinstem Kreise (1+1) am 4.5.1981

Bezug: Drahtberichte 400/401/402, Botschaft Rom vom 4. und 5.5.1981 – Pol I 322.81 VS-v[2]

Die Erklärungen der Außenminister Belgiens, der Türkei, der Niederlande[3], Dänemarks[4], Norwegens[5] und Luxemburgs[6] in der Aussprache am 4.5. in kleinstem Kreise (1+1) fasse ich nachstehend wie folgt zusammen:

1) Erklärung des belgischen Außenministers

Die Kohäsion der Allianz wird, wie Außenminister Nothomb feststellte, durch Begegnungen in diesem kleinsten Kreise gestärkt. Belgien trete für die Aufrechterhaltung der Verteidigungsanstrengungen und für Verhandlungen über Rüstungskontrolle ein. Belgien wird seinen Beitrag leisten, ungeachtet des Umstandes, daß belgische Reserven wegen des Infrastrukturschlüssels fortbestehen (in der Sitzung am 4.5. wurden sie für die laufende slice group zurückgestellt[7]). Die Allianzpartner seien sich darüber im klaren, daß sie auch einzeln in anderen Teilen der Welt Beiträge zur Stabilität leisteten. Belgien tue das in Zaire und in Ruanda, auch mit militärischer Hilfe. Hinsichtlich des Nachrüstungsbeschlusses[8] bestehe in Belgien die bekannte Besonderheit. Vor diesem Hintergrund unterstütze die belgische Regierung alle Bemühungen zugunsten der Aufnahme substantieller Verhandlungen in dieser Frage. Im Juni werde er den sowjetischen Außenminister in Moskau besuchen.[9] Es handele sich um den Ge-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. Mai 1981 vorgelegen.

2 Für den Drahtbericht Nr. 400/401 des Botschafters Wieck, z. Z. Rom, vgl. Dok. 129.
Für den Drahtbericht Nr. 402/403 von Wieck vgl. Dok. 130.

3 Chris van der Klaauw.

4 Kjeld Olesen.

5 Knut Frydenlund.

6 Colette Flesch.

7 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 110, Anm. 10.
Botschafter Arnold, Rom, teilte am 4. Mai 1981 zur Plenarsitzung der NATO-Ministerratstagung vom selben Tag mit: „Nothomb erklärte sich enttäuscht, daß der belgische Infrastrukturschlüssel noch immer nicht auf denjenigen Satz gesenkt wurde, welcher der gesunkenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Belgiens entspreche. Die Aufhebung des Vorbehalts für 1981 stelle die letzte Geste guten Willens dar, ein weiteres Jahresprogramm auf jetziger Basis werde Brüssel nicht mehr billigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 397; Referat 201, Bd. 125582.

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

9 Der belgische Außenminister Nothomb besuchte die UdSSR vom 14. bis 16. Juni 1981. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte dazu am 17. Juni 1981 mit, Nothomb habe die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten am Vortag über die Gespräche mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko un-

genbesuch zu Gromykos Besuch in Brüssel im Jahre 1976.[10] Der ursprüngliche Gedanke war, den Besuch in Moskau nach Abschluß der KSZE-Konferenz zu machen. Bezüglich der Madrid-Konferenz warnte der belgische Außenminister davor, die Konferenz auf kaltem Wege zu einer permanenten Konferenz werden zu lassen. Zur Dritte-Welt-Problematik unterstrich der belgische Außenminister wie schon andere die Notwendigkeit einer differenzierten Politik, die vermeiden sollte, alle Probleme der Dritten Welt unter den Ost-West-Gegensatz zu subsumieren.

2) Erklärung des niederländischen Außenministers

Der Außenminister begrüßte die Haig-Erklärung und stellte seine Übereinstimmung mit den meisten Aussagen, die im Verlauf der bisherigen Aussprachen gemacht wurden, fest. Zur TNF-Frage betonte der Außenminister die niederländische Befriedigung über die Haig-Erklärung bezüglich der Aufnahme der Verhandlungen, meinte allerdings, daß die terminliche Angabe „by the end of the year" eine Erschwerung für die niederländische Position darstelle, da man ja im Blick auf die Verhandlungslage den Beschluß im Dezember 1981 treffen wolle.[11] Ein Aufschub der niederländischen Entscheidung sei nicht auszuschließen. Er machte keine Aussagen zu den Wahlperspektiven[12] und der davon abhängigen Haltung einer zukünftigen niederländischen Regierung zur Nachrüstungsfrage. Der Außenminister befaßte sich kursorisch mit Fragen der Dritte-Welt-Politik, setzte sich dafür ein, diese Fragen nicht allein unter dem Ost-West-Dach zu betrachten, und unterstrich die Notwendigkeit, den Nord-Süd-Dialog konstruktiv fortzuführen.

3) Erklärung des dänischen Außenministers

Der dänische Außenminister unterstrich die Notwendigkeit, der eigenen Öffentlichkeit in überzeugenderer Weise als bisher die aggressive Politik der Sowjetunion in der Dritten Welt vor Augen zu führen und die westliche Politik darauf zu richten, den Nord-Süd-Dialog zu fördern und die Unabhängigkeit und Blockfreiheit der ungebundenen Länder zu stärken. Eine Lösung des Namibia-Problems sei zeitlich und sachlich äußerst dringend.

Zur TNF-Frage äußerte der Außenminister seine Befriedigung über die amerikanische Haltung, wie sie von Außenminister Haig dargelegt wurde.

Die polnische Situation sei weiterhin als gespannt und ernst anzusehen. Die Entwicklung in Polen zum gegenwärtigen Stand sei ohne die Entspannungspolitik der letzten Jahre nicht möglich gewesen. Das Ziel der Entspannung dürfe man nicht außer acht lassen, ebenso nicht die Fortsetzung des KSZE-Prozes-

Fortsetzung Fußnote von Seite 749

terrichtet: „AM Nothomb hat in seinen Gesprächen den Eindruck gewonnen, daß es den Sowjets sehr um eine baldige Aufnahme von Verhandlungen mit den USA über die Rüstungsbegrenzung geht. Gromyko appellierte an ihn, sich für die Fortsetzung des amerikanisch-sowjetischen Dialogs einzusetzen. […] Zu Madrid nahm Gromyko nach belgischem Eindruck im großen ganzen eine positive, optimistische Haltung ein. Sowjets legten offensichtlich größten Wert auf Fortschritte im KSZE-Prozeß." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2356; Referat 213, Bd. 133206.

10 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 3. bis 5. Oktober 1976 in Belgien auf.

11 Zur Diskussion in den Niederlanden hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8.

12 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 26. Mai 1981 statt. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 20.

ses. Diese müsse man ohne Illusionen sehen, aber sich auch nicht von den Möglichkeiten dieses Prozesses abbringen lassen.

4) Erklärung des türkischen Außenministers

Der türkische Außenminister gab der Befriedigung über die Haig-Erklärung Ausdruck, die er als überaus ermutigend und positiv bezeichnete. Das ausgewogene Herangehen an die Probleme der Allianz und der Politik der Allianz-Partner wurde besonders von ihm hervorgehoben. Die Beseitigung der Schwächen der Verteidigung sei eine vordringliche Aufgabe.

Außenminister Türkmen begrüßte auch die amerikanische Haltung in der TNF-Frage und wies dann bei der Erörterung des Kräfteverhältnisses auf das Anwachsen der sowjetischen Streitkräfte im Kaukasus hin. Es sei notwendig, Pakistan zu unterstützen. Größte Sorge bereite die Lage im Libanon[13] und die Perspektiven des irakisch-iranischen Konflikts.[14] Weitere Friedensschritte im israelisch-arabischen Konflikt seien für die Bewältigung der anderen Probleme dieser Region wünschenswert.

5) Erklärung des norwegischen Außenministers

Der norwegische Außenminister wies darauf hin, daß die Erklärungen des amerikanischen Außenministers nach den in der jüngsten Zeit erkennbar gewordenen konträren Richtungen in Washington mit großer Beruhigung aufgenommen worden seien. Für Norwegen sei es wichtig, daß die Allianz den Doppelbeschluß in seinen beiden Teilen entschlossen fortsetze. Das gelte auch generell für den Doppelansatz der Allianz-Politik: Verteidigung und Entspannung. Die Bemühungen um Anhebung der Verteidigungsanstrengungen seien innenpolitisch nur mit Erfolg durchzusetzen, wenn gleichzeitig glaubwürdig der Versuch, auf dem Wege der Rüstungskontrolle Begrenzungen herbeizuführen, gemacht werde. Für die zukünftige Entwicklung des Ost-West-Verhältnisses sei die Entwicklung in Polen von entscheidender Bedeutung. Wenn die Sowjetunion dort gewaltsam interveniere, werde das Ost-West-Verhältnis negativ nachhaltig beeinträchtigt werden. Im Falle eines sowjetischen Verzichts auf Intervention in Polen müßte mit ähnlichen Entwicklungen in anderen osteuropäischen Ländern, wie sie jetzt in Polen stattfinden, gerechnet werden. Das Verteidigungs- und Entspannungskonzept gegenüber der Sowjetunion und Osteuropa sollte auch dazu genutzt werden, die Sowjets schrittweise zu einem Überdenken ihrer Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern zu bewegen, die sie gegenwärtig nur durch militärische Gewalt „bei der Stange halten können". Bei Fortdauer der einseitigen Abstützung auf militärische Gewalt seien weitere Explosionen in anderen osteuropäischen Ländern und in Ostdeutschland zu erwarten. Die Sowjetunion habe nur das Mittel der militärischen Vorherrschaft, um sich durchzusetzen.

6) Erklärung des portugiesischen Außenministers[15]

Der Außenminister knüpfte an die Rede von Außenminister Haig an, die er ausdrücklich begrüßte, und behandelte vor allem die Einwirkungsversuche der

13 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 125, Anm. 27, 29 und 30.
14 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 113, Anm. 21.
15 André Gonçalves Pereira.

Sowjetunion auf die innenpolitische Szene Portugals im Sinne einer Aufweichung der portugiesischen Anstrengungen im Allianz-Rahmen. Es müsse mehr geschehen, um die idealistisch-naiven Förderer der sowjetischen Interessen aufzuklären. In bezug auf Namibia forderte der portugiesische Außenminister die Beteiligung aller unmittelbar berührten Länder an dem Konsultationsverfahren und analysierte in Grundzügen die Lage in Angola, wo Möglichkeiten bestünden, den sowjetisch-kubanischen Einfluß zu reduzieren.

7) Erklärung des luxemburgischen Außenministers

Die luxemburgische Außenministerin faßte ihre Feststellung in folgenden Punkten zusammen:

- Dank an die amerikanische Adresse für die ausgewogene Erklärung zur Außenpolitik;
- Befriedigung über amerikanischen Beschluß, die LRTNF-Verhandlung vor Ende des Jahres aufzunehmen;
- Notwendigkeit der Einheit und Solidarität gegenüber sowjetischen Spaltungsversuchen USA/Europa;
- paralleles Vorgehen bei Verteidigung und Dialog mit Moskau und Osteuropa;
- Rechtfertigung der außenpolitischen Beratungen im EG-Rahmen gegenüber der vom Generalsekretär geäußerten Kritik;
- Warnung davor, die Afghanistan-Frage zu vernachlässigen;
- Versicherung, alles in den Kräften Stehende zu tun, um die eigenen Verteidigungsanstrengungen zu verstärken.

8) Ohne im einzelnen die Aussprache zusammenzufassen, rief Generalsekretär Luns am Ende der Aussprache in Erinnerung, daß die neue Politik der Vereinigten Staaten (Eingriff in das Sozialpaket, substantielle Anhebung der Verteidigungsaufwendungen) mit Recht zu dem Appell an die anderen Partner geführt habe, ebenfalls mehr zu tun. Er verstehe die amerikanische Position. Gleichzeitig wies er darauf hin, daß einige europäische Partner in den vergangenen Jahren ständig und stetig ihre Verteidigungsstrukturen verbessert hätten. Dabei nannte er vor allem die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Als äußerst wichtige Aufgabe stellte er die Verbesserung der Unterrichtung der Öffentlichkeit über die wahre Lage und die Notwendigkeiten des Tages heraus und beklagte, daß die Länder des Bündnisses in immer stärkerem Maße vom Propagandamaterial der Sowjetunion und anderer osteuropäischer Länder überflutet würden. Er wies auf den Realismus der Sowjetunion hin, die immer bestrebt sei, die Machtfaktoren realistisch einzuschätzen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 14097 (010)

134

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem griechischen Außenminister Mitsotakis

203-321.11 GRI **7. Mai 1981**[1]

Gespräch des Bundesministers mit dem griechischen Außenminister Mitsotakis am 7. Mai 1981 während des Mittagessens[2]

Gesprächszusammenfassung

Die Minister unterhielten sich zunächst über die Aussichten des Ausgangs der französischen Wahlen.[3] Der *griechische Außenminister* betonte, daß der Ausgang auch einen unmittelbaren Einfluß auf die griechischen Wahlen[4] ausüben würde. Er stellte die Frage, ob Begins Angriff auf Giscard[5] den Ausgang entscheiden könne (etwa 800 000 jüdische Wähler in Frankreich). Den Angriff Begins auf den Bundeskanzler[6] erklärte er als unbegreiflich. Der *Bundesminister* erläuterte, daß hier innenpolitische Gründe eine Rolle spielten (israelischer Wahlkampf[7]).

Mitsotakis: Ich habe mit Haig in Rom über das griechisch-amerikanische Abkommen[8] gesprochen. Wir hoffen, vor Ende des Monats unterschreiben zu kön-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Simon am 8. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht gebilligt."

2 Der griechische Außenminister Mitsotakis hielt sich vom 6. bis 9. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. April 1981 in Frankreich erreichte Valéry Giscard d'Estaing (Union pour la démocratie française) 28,3 % der Stimmen, François Mitterrand (Sozialistische Partei) erzielte 25,8 %, Jacques Chirac (Rassemblement pour la République) kam auf 18 %, Georges Marchais (KPF) bekam 15,3 %.
Der zweite Wahlgang fand am 10. Mai 1981 statt.

4 In Griechenland fanden am 18. Oktober 1981 Parlamentswahlen statt.

5 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing vgl. Dok. 131, Anm. 13.

6 Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, teilte am 6. Mai 1981 mit, das Presseamt der israelischen Regierung habe englischsprachige Auszüge aus dem jährlichen Interview des Ministerpräsidenten Begin aus Anlaß des israelischen Unabhängigkeitstags zur Verfügung gestellt, das am 7. Mai 1981 mittags ausgestrahlt werde. Darin wiederhole Begin seine Vorwürfe vom 3. Mai 1981 gegen Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing und äußere sich zudem wie folgt über Schmidt: „I know who sat in a certain room when they showed how they hung with piano wire the generals who tried to assassinate Hitler. He was invited to that spectacle." Danach sei die Frage gestellt worden: „Was Chancellor Schmidt a Nazi?" Begin habe entgegnet: „I don't know if he was a member of the Nazi party, but he was a good officer, a good fighter in the German army until he was taken prisoner by the British. He never broke his oath of loyalty to his Führer, Adolf Hitler. And he fought on the Eastern front. I don't know what he did with the Jews on the Eastern front. I don't know if he was in Brest, in Lithuania. I don't know, I can't know. I only know that he was in that army that received an order that when the ‚Einsatzgruppen' come to liquidate the Jews, the army does not kill the Jews directly, but it surrounds the city completely and maintains order until the ‚Einsatzgruppen' finish their work." Vgl. den Drahtbericht Nr. 326; Referat 310, Bd. 135678.

7 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

8 Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 8. Mai 1981, das Gespräch der Außenminister Haig (USA) und Mitsotakis (Griechenland) am Rande der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom sei vom griechischen Außenministerium „mit gedämpftem Optimismus" bewertet worden: „Wie Generaldirektor Phrydas […] uns gegenüber bestätigte, hätten sich nach dem Treffen der Außenminister die Hoffnungen verstärkt, doch noch zu einem befriedigenden Abschluß der seit Herbst 1980

nen. Wir wollen das Prinzip des Gleichgewichts in der Ägäis festschreiben. Es soll bei der bisherigen Praxis bleiben. Das Verhältnis zehn zu sieben braucht nicht erwähnt zu werden. Anfang Juni wollen wir das Abkommen im Parlament verteidigen. Die Mehrheit ist vorhanden.

Wir hoffen, daß die Fragen, die innerhalb der NATO[9] noch schweben, dann leichter lösbar sind. Auch unsere Gespräche mit den Türken werden dadurch erleichtert. Haig hat auf mich einen sehr guten und offenen Eindruck gemacht.

Das Gespräch mit Türkmen war schwieriger. In der letzten Zeit haben drei Ereignisse die griechisch-türkischen Beziehungen beeinträchtigt: die Verletzung des griechischen Luftraumes[10], die Annullierung eines Treffens der Generalsekretäre[11] vor der Ministerbegegnung und die Beschwerde der Türken über armenische Demonstrationen in Griechenland[12].

Türkmen hat mir versichert, daß Türkei den Dialog weiterführen wolle. In Frage des Festlandsockels haben die Türken einen kleinen Schritt vorwärts getan. Sie wollen Arbitrage akzeptieren, wenn vorher Einigung über Aufteilung eines Teiles der Ägäis besteht.[13] Dieses Vorgehen ist für Griechenland zwar nicht akzeptabel, aber zeigt doch türkische Entwicklung.

Fortsetzung Fußnote von Seite 753

laufenden Verhandlungen über die Erneuerung des Abkommens über die drei amerikanischen Stützpunkte in Griechenland zu gelangen." Sigrist teilte mit, die griechische Regierung erwarte amerikanische Vorschläge zu folgenden Themen: „Übernahme einer amerikanischen Garantie für die Sicherheit im Ägäis-Raum […]; langfristige Zusicherungen der USA hinsichtlich des von Griechenland geforderten angemessenen Rüstungsgleichgewichts im Verhältnis zur Türkei; Lieferung hochwertiger militärischer Ausrüstung an griechische Armee; Klärung der noch offenen Fragen hinsichtlich der griechischen Souveränität und Kommandogewalt über die US-Stützpunkte in Griechenland." In der amerikanischen Botschaft werde der griechische Optimismus allerdings „nicht unbedingt geteilt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 285; Referat 201, Bd. 125558.

9 Zur Wiedereingliederung Griechenlands in die NATO vgl. Dok. 110, Anm. 7.

10 Oberst i. G. Hohlweck, Athen, informierte am 15. April 1981, die griechische Presse habe am 12. April 1981 berichtet, türkische Kampfflugzeuge hätten am 8. April 1981 mehrfach den griechischen Luftraum verletzt und gegen internationale Flugbestimmungen verstoßen. Die griechische Regierung habe diese Meldungen bestätigt und Protest bei der türkischen Regierung angekündigt. Nach amerikanischen Informationen habe es sich um eine türkische Luftverteidigungsübung gehandelt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 237; Referat 201, Bd. 125558.

11 Kamuran Gürün (Türkei) und Stavros Roussos (Griechenland).

12 Botschafter Oncken, Ankara, teilte am 22. April 1981 mit, am 19. April 1981 habe eine Demonstration von Armeniern in Athen stattgefunden, „auf der vom armenischen Nationalkomitee die Errichtung unabhängigen armenischen Staates auf türkischem Boden" gefordert worden sei. Daraufhin habe die türkische Regierung einen formellen Protest angekündigt mit der Begründung, die griechische Regierung toleriere „antitürkische Aktivitäten armenischer Fanatiker". Vgl. den Drahtbericht Nr. 499; Referat 203, Bd. 123300.

13 Vor dem Hintergrund von Erdölfunden in der Ägäis bestanden zwischen Griechenland und der Türkei Meinungsverschiedenheiten über die Hoheitsgewässer und die Abgrenzung des Festlandsockels. Am 27. Januar 1975 schlug die griechische Regierung vor, die strittigen Fragen vom Internationalen Gerichtshof (IGH) in Den Haag klären zu lassen. Ministerpräsident Irmak erklärte sich am 29. Januar 1975 „im Prinzip" einverstanden, präzisierte aber wenige Tage später, „daß die Türkei das Angebot zwar annehme, jedoch unter der Bedingung, daß sich türkische und griechische Regierungsvertreter zuvor in gemeinsamen Verhandlungen über die strittigen Punkte klarwerden, um dem Gerichtshof präzise sagen zu können, in welchen offengebliebenen Streitfragen die beiden Parteien seine Entscheidung erbitten". Vgl. die Drahtberichte Nr. 115 und Nr. 140 des Botschafters Sonnenhol, Ankara, vom 30. Januar bzw. 5. Februar 1975; Referat 201, Bd. 113508.
Am 24. April 1978 teilte die türkische Regierung dem IGH jedoch mit, „sie könne die Zuständigkeit des IGH in der Frage des Kontinentalsockels in der Ägäis nicht anerkennen". Vgl. den Schriftbericht Nr. 629 des Gesandten von Alten, Ankara, vom 25. April 1978; Referat 203, Bd. 115870.
Am 19. Dezember 1978 erklärte sich der IGH in der Frage des Festlandsockels in der Ägäis für

Interessantester Punkt: Türkmen hat erklärt, die Militärregierung sei bereit, eine Zypern-Lösung nach den zyprischen Wahlen im Mai/Juni[14] zu finden. Er habe konkrete Frage gestellt, ob Türkmen einen konkreten Territoriumsvorschlag unterbreiten würde. Türkischer Außenminister habe zugesagt, es werde ein realistischer Vorschlag gemacht werden.

Auf Frage des Bundesministers nach dem Verfassungsproblem: „Griechenland muß in dieser Frage Konzessionen machen. Das wird die Gegenleistung für die Konzessionen in der Territoriumsfrage sein. In Rom war keine Zeit, mit Haig darüber zu sprechen. Ich glaube aber, es könnte auch ein Erfolg für die USA mit sein, wenn eine Zypern-Lösung gefunden würde. Die USA sollten die türkischen Generäle ermutigen.

Es wäre eine große Hilfe, wenn Botschafter Oncken, den wir kennen und schätzen, wegen der Territoriumsfrage sondieren würde."

Bundesminister: „Das können wir versuchen."[15]

Mitsotakis: „Wir stehen positiv zur deutschen Wirtschaftshilfe an die Türkei.[16] Bei der deutschen Militärhilfe[17] bitten wir, Rücksicht auf das Gleichgewicht zu nehmen."

Fortsetzung Fußnote von Seite 754

nicht zuständig. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 927 des Botschafters Poensgen, Athen, vom 21. Dezember 1978; Referat 203, Bd. 115870.

14 Am 24. Mai 1981 fanden auf Zypern Parlamentswahlen statt. Ministerialdirigent Dröge notierte dazu am 26. Mai 1981, „erwartungsgemäß" seien die Kommunisten stärkste Partei geworden, knapp vor der „Konservative Democratic Rally" unter ihrem Vorsitzenden Klerides. Die Partei von Präsident Kyprianou sei lediglich auf den dritten Platz gekommen. Dröge notierte dazu, das Regieren sei für Kyprianou nun schwerer geworden, „seine Stellung ist nach Verfassung jedoch bis 1983 unangefochten". Vermutlich werde Kyprianou eine Koalition eingehen müssen: „Der Preis könnte auch Abstriche an seiner unnachgiebigen Haltung in der Zypern-Frage einschließen: Sowohl die Kommunisten wie auch die Konservativen unter Klerides […] drängen auf Kompromisse mit den Türkisch-Zyprern, unterstützen vertrauensbildende Maßnahmen und treten für interkommunale Kontakte ein." Vgl. Referat 203, Bd. 123303.

15 Botschafter Oncken, Ankara, führte am 22. Mai 1981 zu der ihm übersandten Gesprächsaufzeichnung aus: „1) Der Bezugsaufzeichnung entnehme ich die von Mitsotakis vorgetragene Bitte, es wäre große Hilfe, wenn ich in Ankara wegen zyprischer Territoriumsfrage sondieren würde. Festzuhalten ist die Antwort BMs, dies könne versucht werden. Ich weise darauf hin, daß Sondierung praktisch schon vor o. a. Gespräch durchgeführt und im Zuge Gesprächs mit GS t[ürkischen]A[ußen]M[inisteriums], Gürün, am 7.4. […] konsumiert wurde. 2) Ich erinnere in diesem Zusammenhang daran, daß türk[ische] Regierung vor endgültiger Entscheidung in Territoriumsfrage Ergebnis zypern-griechischer Wahlen abwartet. Dies ist mir gerade heute (22.5) von Politischem Direktor Cankardeş bestätigt worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 674; Referat 203, Bd. 123278.

16 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an die Türkei vgl. Dok. 62, Anm. 64 und 66.
Am 7. Mai 1981 fand in Paris eine Tagung der OECD für eine Sonderhilfe an die Türkei statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler notierte dazu am 12. Mai 1981, insgesamt seien Hilfszusagen in Höhe von 940 Mio. Dollar zusammengekommen, die sich noch auf 1 Mrd. Dollar erhöhen könnten: „Den höchsten Einzelbeitrag (und die einzige Beitragserhöhung im Vergleich zu 1980) leisten in diesem Jahr die USA mit 350 Mio. Dollar (300 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe; 50 Mio. Dollar Ex[port-]Im[port]-Bank-Kredit). Die Bundesrepublik Deutschland hatte im letzten Jahr noch einen gleich hohen Betrag wie die Amerikaner zur Hilfe beigesteuert (560 Mio. DM=295 Mio. Dollar). Diesmal konnten trotz intensiver Bemühungen im Ressortkreis um Aufbringung des Vorjahresbetrages nur 460 Mio. DM (=213 Mio. Dollar) zugesagt werden. Damit steht die Bundesrepublik an zweiter Stelle der Geberländer." Obwohl das Ergebnis insgesamt sowie besonders der Beitrag der Bundesrepublik unter den Erwartungen der türkischen Regierung gelegen habe, habe der stellvertretende türkische Ministerpräsident Özal „Verständnis für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Geberländer gezeigt und für die zustande gekommenen Zusagen gedankt". Vgl. Referat 420, Bd. 124289.

17 Am 5./6. Mai 1981 fanden in Ankara Verhandlungen zwischen einer Delegation des Bundesministeriums der Verteidigung und der türkischen Regierung über die weitere Verteidigungshilfe für

Bundesminister: „Wie beurteilen Sie als Nachbar die türkische Entwicklung?"

Mitsotakis: „Es ist eine Besserung eingetreten. Der Terrorismus hat nachgelassen. Die Finanzlage hat sich wohl etwas verbessert. Die Rückkehr zur Demokratie wird Zeit brauchen (zwei bis drei Jahre)."

Bundesminister: „Ich habe eine Einladung nach Ankara.[18] Ich kann nur dorthin reisen, wenn gewisse Perspektiven erkennbar sind."

Mitsotakis: „Ich glaube, die Türken werden gewisse Gesten machen. Sie wären sehr unklug, wenn sie dies nicht täten."

Bundesminister kommt auf NATO-Tagung in Rom[19] zu sprechen und erläutert unsere positive Einschätzung, die sich nicht nur auf die Implementierung des Doppelbeschlusses[20], sondern auf die Bestätigung der gesamten Sicherheitspolitik bezieht. Haig habe gute Vorarbeit geleistet und eine gute Figur gemacht. Europäer hätten ein Interesse daran, ihn zu stützen, dadurch, daß sie seine Leistungen öffentlich anerkennen.

Die amerikanische Regierung müsse erkennen, daß eine Schwächung Haigs einer Schwächung der europäisch-amerikanischen Beziehungen gleichkomme.

Die Minister behandelten sodann die Nahost-Problematik und waren sich einig, daß die europäische Initiative gerade in der Zeit der Neuformulierung der amerikanischen Politik und im Jahr der israelischen Wahlen gegenüber den Arabern stabilisierend wirkt. Sadat wünschte vor allem, so der *Bundesminister*, die Erfüllung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags.[21] Aber er versucht schon jetzt, sich Optionen zu öffnen (Fortsetzung Autonomie-Gespräche[22]).

Mitsotakis: Er habe aus Gesprächen mit Sadat in der Tat den Eindruck gewonnen, daß dieser seine Beziehungen vor allem zu Saudi-Arabien, Jordanien, aber auch Marokko verbessern wolle. Diese Entwicklung sei gut.

Mitsotakis brachte den Besuchswunsch Gaddafis auf (Griechenland[23], Itali-

Fortsetzung Fußnote von Seite 755

die Türkei statt. Das Bundesministerium der Verteidigung vermerkte dazu am 8. Mai 1981, die türkische Seite habe die Hoffnung geäußert, die anstehende zwölfte Tranche von bisher 130 Mio. DM auf 150 Mio. DM anzuheben. Die Delegation der Bundesrepublik habe jedoch mit Blick auf die schwierige Haushaltslage erklärt, nicht über 130 Mio. DM hinausgehen zu können. Der türkischen Seite sei mitgeteilt worden, daß die zuständigen Bundestagsausschüsse im Juni 1981 tagen würden. Ferner seien in der Sitzung erste Vorstellungen zur Verwendung der Mittel der zwölften Tranche erörtert worden. Vgl. dazu Referat 201, Bd. 125611.

18 Bundesminister Genscher führte am 10. April 1981 ein Gespräch mit dem türkischen Außenminister Türkmen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte dazu am 14. April 1981 mit: „Der BM hat eine Einladung zum Besuch in die Türkei angenommen. Für den noch zu vereinbarenden Termin ist der Herbst d. J. ins Auge gefaßt." Vgl. den Runderlaß Nr. 36/37; Referat 012, Bd. 124418.

19 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

20 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

21 Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes") sowie der dazugehörigen Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

22 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 3, Anm. 5.

23 Botschafter Sigrist, Athen, teilte am 30. April 1981 mit, die griechische Regierung sei von Libyen um einen Besuchstermin für Oberst Gaddafi gebeten worden. Nach Auskunft des Abteilungsleiters im griechischen Außenministerium, Phrydas, müsse die griechische Regierung bei „der Beurteilung der Reisewünsche des libyschen Staatschefs auf ihre beträchtlichen Interessen in Libyen" Rücksicht nehmen. Sigrist legte dazu dar: „Über die Zweckmäßigkeit und Opportunität eines Besuches

en[24], Bundesrepublik Deutschland[25]). Er habe darüber mit Colombo gesprochen. Sadat und Haig seien dagegen, Griechenland werde den Besuch vor sich herschieben. Gaddafi sei vollkommen unberechenbar. Die afrikanischen Länder seien über ihn besorgt. Er mische sich ein, unterstütze den Terrorismus. Die Festigkeit seiner Stellung sei schwer abzuschätzen. Griechenland werde versuchen, normale Beziehungen mit Libyen zu halten.

Bundesminister: „Ich bin nicht sicher, ob der Westen Gaddafi richtig behandelt. Die Frage stellt sich, ob er unbeeinflußbar ist. Bei seinem Besuch in Moskau[26] hat er sich immerhin sehr klar zu Afghanistan geäußert und in seiner Tischrede für die deutsche Einheit ausgesprochen."

Er habe Belgassem, den er gut kenne, gesagt, daß ein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen nicht im deutsch-libyschen Interesse liege, weil er einen Sturm erzeugen würde.

Die beiden Minister kamen überein, daß man sich gegenseitig unterrichtet, wenn ein Besuch Gaddafis in einem der beiden Länder in ein konkretes Stadium tritt.

Mitsotakis kam abschließend auf die schulische Betreuung griechischer Kinder in der Bundesrepublik Deutschland und die Zulassung griechischer Studienbewerber an deutschen Hochschulen zu sprechen. Es sei wichtig, daß, einer alten Tradition entsprechend, eine gewisse Zahl von griechischen Studenten auch in Zukunft in Deutschland studieren könnte, je mehr desto besser. Die derzeitigen Überlegungen der Kultusministerkonferenz[27] erfüllen die griechische Regierung mit Sorge.

Referat 203, Bd. 123278

Fortsetzung Fußnote von Seite 756

Gaddafis in Griechenland denke das griechische Außenministerium so wie die Außenministerien in den wichtigsten Partnerstaaten. Letzten Endes werden sich die Griechen einem Besuchs Gaddafis nicht entziehen können. Sie hoffen aber, Zeit zu gewinnen, indem sie versichern, noch keinen geeigneten Termin gefunden zu haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 265; Referat 203, Bd. 123279.

24 Zur Frage eines Besuchs von Oberst Gaddafi in Italien vgl. Dok. 125, Anm. 37.

25 Oberst Gaddafi bemühte sich seit Dezember 1978 um eine Einladung in die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 227.
Im Gespräch mit dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, am 5. November 1980 bat Bundesminister Genscher darum, „Gaddafi die persönliche Mitteilung zu machen, daß Bundesregierung beabsichtige, ihn für die erste Jahreshälfte 1981 in die Bundesrepublik einzuladen. Eine offizielle Einladung werde erst ausgesprochen, sobald das gesamte Besuchsprogramm für diese Zeit fertiggestellt sei." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

26 Zum Besuch von Oberst Gaddafi vom 27. bis 29. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 125, Anm. 38.

27 Am 19./20. März 1981 befaßte sich die Kultusministerkonferenz der Länder auf ihrer Tagung in Mainz mit der Auswahl von ausländischen Studienbewerbern. Am 23. März 1981 wurde dazu mitgeteilt, daß an der Politik der Förderung des Studiums von Ausländern in der Bundesrepublik grundsätzlich festgehalten werde. Allerdings sei es zu einem vermehrten Andrang von Studenten u. a. aus Griechenland gekommen, was finanzielle Belastungen mit sich bringe. Daher seien strengere Zulassungskriterien beschlossen worden. Vgl. dazu die Pressemitteilung; Referat 600, Bd. 143072.
Am 15. Juni 1981 wurde im Anschluß an eine Tagung der Kultusminister und -senatoren am 10./11. Juni 1981 in Kassel mitgeteilt, daß angesichts von „Mißverständnissen und Protesten […] in Fühlungnahme mit den betroffenen Ländern eine Klarstellung und Präzisierung der Bewertungsvorschriften vorgenommen und Übergangsregelungen für die Anwendung der Bewertungsvorschläge getroffen" worden seien, „um einen Vertrauensschutz zu gewährleisten". Vgl. die Pressemitteilung; Referat 600, Bd. 143072.

135

Deutsch-britisches Regierungsgespräch in Chequers

11. Mai 1981[1]

Plenarsitzung bei den deutsch-britischen Konsultationen (Montag, 11. Mai 1981)[2]

PM *Thatcher* berichtet über ihr Gespräch mit dem Bundeskanzler: Es hat einen Meinungsaustausch über den Ausgang der französischen Wahlen[3] gegeben. Es bestehe Übereinstimmung in dem Willen, voll mit dem neuen französischen Präsidenten zusammenzuarbeiten. Wenn er Schwierigkeiten habe, so z. B. mit dem Termin für den nächsten ER[4], so werde man mit ihm hierüber sprechen. Es sei unsicher, ob man auf dem nächsten ER zu greifbaren Ergebnissen gelangen könne. Andererseits stünden wir in den europäischen Fragen unter Zeitdruck: Die Reform der Agrarpolitik stehe an und die Umstrukturierung im Haushaltsbereich. Es sei zu hoffen, daß sich Präsident Thorn an den Zeitplan[5] halte, so daß bis zum November Entscheidungen über die Umstrukturierung getroffen werden könnten. Sie und der Bundeskanzler hielten am 1%-Plafond[6] fest. Bei der Agrarpolitik gehe es um die Nutzung des Instruments der Mitverantwortungsabgabe; nationale Hilfen für Agrarüberschüsse dürfe es nicht geben.

Weitere europäische Themen waren Stahl und Japan.

Gesprochen habe man auch über Verteidigungsfragen, über Rüstungskooperation und über Rüstungsexportpolitik.

Zu Saudi-Arabien habe man die Ergebnisse der Reisen ausgetauscht.[7] Zu Nahost sei es ihre Meinung, daß der Camp-David-Prozeß[8] fortgesetzt werden müs-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, am 21. Mai 1981 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Die Übersendung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskanzlers."
Hat York am 26. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ref[erat] 204 m[it] d[er] B[itte] um Übernahme und Unterrichtung der interessierten Stellen des Hauses."
Hat Legationsrat I. Klasse Wendler am 27. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schenk verfügte und handschriftlich vermerkte: „Botschaft London hat auch selber teilgenommen." Vgl. das Begleitschreiben; Referat 204, Bd. 123327.

2 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 11./12. Mai 1981 in Großbritannien auf.

3 Im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 26. April 1981 in Frankreich erreichte Valéry Giscard d'Estaing (Union pour la démocratie française) 28,3% der Stimmen, François Mitterrand (Sozialistische Partei) erzielte 25,8%, Jacques Chirac (Rassemblement pour la République) kam auf 18%, Georges Marchais (KPF) bekam 15,3%.
Im zweiten Wahlgang am 10. Mai 1981 setzte sich Mitterrand mit 51,75% der Stimmen gegen Giscard d'Estaing durch, der 48,25% erreichte.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

5 Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 einen Bericht zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vor. Vgl. dazu Dok. 182, Anm. 14.

6 Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 69, Anm. 19.

7 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher am 20./21. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 113, Anm. 25.
Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

8 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

se, bis die letzten Teile der Sinai-Halbinsel zurückgegeben worden seien. Eine größere europäische Nahost-Initiative halte sie für die absehbare Zukunft für unwahrscheinlich.

Der Meinungsaustausch zu Ost-West-Fragen stand im Zeichen des bevorstehenden Besuchs des Bundeskanzlers bei Präsident Reagan.[9] Der Bundeskanzler und sie hätten mit Befriedigung vom Ergebnis der NATO-Ratstagung[10] Kenntnis genommen. Sie stimmten in der Überzeugung überein, wie wichtig es sei, daß Rüstungskontrollgespräche fortgesetzt würden. Sie hätten es begrüßt, daß sich Präsident Reagan in einem handschriftlichen Brief an Generalsekretär Breschnew gewandt habe.[11]

Lord *Carrington* berichtete, daß die AM die gleichen Themen behandelt hätten wie die Regierungschefs.

Sie hätten insbesondere über die Ergebnisse der NATO-Ministerkonferenz gesprochen und auch über das AM-Treffen in Venlo[12].

Die NATO-Ratstagung sei sehr befriedigend verlaufen, was nicht von vorneherein selbstverständlich war.

Bei ihrem Meinungsaustausch über die Politik der künftigen französischen Regierung hätten beide Minister festgestellt, daß in den wesentlichen Fragen, so der Haltung Frankreichs zu den Ost-West-Beziehungen und in Fragen der Sicherheitspolitik, ein Wandel nicht zu erwarten sei. Mit neuen Akzenten sei bei der Dritte-Welt-Politik, so insbesondere bei der Afrikapolitik und den Fragen Zentralamerikas, zu rechnen. Vielleicht gebe es auch gewisse Änderungen in der französischen Haltung zu Nahost, wobei aber zu erwarten sei, daß F sehr sorgfältig mit seinen Beziehungen zu arabischen Staaten umgehen werde. Größere Zurückhaltung könne man in europäischen Fragen erwarten.

Lord Carrington bekräftigte, daß es wichtig sei, den Europazeitplan einzuhalten und bis zum Jahresende zu Entscheidungen bei der Haushaltsumstrukturierung zu gelangen. Wir sollten nachdrücklich darauf hinarbeiten.

Beide Seiten waren sich der Gefahren der augenblicklichen Lage im Libanon[13] bewußt; jedoch verfügten nur die USA über genügend Einfluß, insbesondere gegenüber Israel.

Für den Fortgang der Namibia-Initiative sei der bevorstehende USA-Besuch von AM Botha[14] von Bedeutung und auch, ob es gelinge, konstitutionelle Garantien für die Minderheiten zu erarbeiten.

9 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

10 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

11 Während seines Aufenthaltes im Krankenhaus aufgrund des Attentats vom 30. März 1981 schrieb Präsident Reagan im April 1981 einen handschriftlichen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Den Inhalt machte er in einer Rede vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062 f.

12 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9. Mai 1981 vgl. Dok. 138.

13 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 125, Anm. 27, 29 und 30.

14 Zum Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha am 14./15. Mai 1981 in den USA vgl. Dok. 150, besonders Anm. 6.

Der *Bundeskanzler* warf ein, daß Präsident Eanes ihn davor gewarnt habe, UNITA zu unterstützen.[15]

Schatzkanzler *Howe* stellte fest, daß beide Seiten großes Interesse daran haben, den EG-Haushalt in den Griff zu bekommen. In diesem Zusammenhang stelle sich die Frage nach der Agrarpolitik und dort im besonderen die der landwirtschaftlichen Überschüsse. Es gehe darum, die richtige Form der Erzeugermitverantwortung zu finden. Eine weitere Konzentration der Ressourcen auf die Agrarpolitik zu Lasten von Regional- und Sozialfonds sei schädlich. Wenn es nicht gelinge, mit Hilfe einer Reform der Agrarpolitik unannehmbare Situationen zu verhindern, so werden entsprechende Entscheidungen über den Umfang des Haushaltes und den Umfang der Beiträge zu ihm getroffen werden müssen. Selbstverständlich wisse man, daß es sich hier um Beschlüsse unter den Zehn handele.

PM wirft ein, daß es darum gehe, unsere Beiträge zu begrenzen; hier müßten wir zu einer Übereinstimmung gelangen.

Der *Bundeskanzler* verweist auf seine entsprechenden Erklärungen in Maastricht.[16]

Howe bestätigt, daß ein solches Ergebnis angestrebt werde und daß dazu die Kommission brauchbare Optionen vorlegen müsse.

Nach Einschätzung von Staatssekretär Schulmann sind wir in guter Verhandlungsposition.

Bundeskanzler gibt zu bedenken, daß es für Mitterrand schwierig sein könnte, sich kurz nach der Wahl zur Nationalversammlung[17] auf dem ER zur Sache einzulassen. Wenn er eine Verschiebung des ER wolle, so werde man darauf eingehen; es sei aber an Mitterrand, sich zu äußern.

Präsident Thorn und die Kommission dürften nicht aus der Verantwortung entlassen werden, klare Vorschläge zu machen und nicht nur Optionen und schon gar nicht zu viele Optionen aufzulisten.

PM bemerkt, daß es denkbar wäre, auch nur eine einzige Option vorzuschlagen.

BM *Graf Lambsdorff* nennt als wichtigste Themen seiner Gespräche: Stahl, Textil und Japanhandel.

Er sei zuversichtlich, daß es beim nächsten Stahlrat zu einer Bestätigung einer Absprache über freiwillige Beschränkungen[18] komme; sie beziehe sich auf ca.

15 Vgl. dazu das Gespräch am 2. Mai 1981 in Hamburg; Dok. 123.

16 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

17 In Frankreich fanden am 14. bzw. 21. Juni 1981 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

18 Zu den Bemühungen um einen Abbau der Stahlsubventionen in den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 69, Anm. 11.
Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 11. Mai 1981 dar, auf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschaftsminister am 26./27. März 1981 in Brüssel sei beschlossen worden, den sogenannten „Subventionskodex Stahl“ bis zum 30. Juni 1981 „durch eine neue Entscheidung zu ersetzen, die eine strengere Beihilfekontrolle ermöglichen soll. […] Dabei geht es vor allem um die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des künftigen Kodex auf alle der Stahlindustrie gewährten Beihilfen […] und die Verbesserung der Transparenz, auch im Hinblick auf die Finanzzuweisungen an öffentliche Unternehmen.“ Vgl. das Rundschreiben; Referat 412, Bd. 130503.

95% der Produkte.[19] Der Fall Klöckner könne mit den Artikeln 58/59 des EGKS-Vertrages[20] gelöst werden. Offen sei die künftige Position von F. BM Graf Lambsdorff schließt nicht aus, daß sich die Franzosen zu gar keinen Beschränkungen bereit finden könnten.

Bundeskanzler hält es für gut, wenn der Stahlrat so früh wie möglich angesetzt wird.

BM *Graf Lambsdorff* bemerkt, daß die britischen und deutschen Subventionen in Kürze auslaufen. Wir seien uns bewußt, daß die Briten die Umstrukturierung ihrer Stahlindustrie sehr viel später als wir in Angriff genommen und dadurch in allgemein schwieriger wirtschaftlicher Lage viele Arbeitsplätze verloren hätten. Problematisch seien die Fälle von Belgien und Italien.

Bundeskanzler bittet um Bestätigung, daß mit dem von Graf Lambsdorff vorgetragenen Verfahren der Fall Klöckner wirklich auch gerichtsfest gelöst werden könne.

BM *Graf Lambsdorff* bestätigt dies, bittet aber Einzelheiten hierüber nicht an die Öffentlichkeit zu bringen. Es handele sich um eine Maßnahme, die an einem bestimmten Produkt orientiert sei.

Sodann führt Graf Lambsdorff mit der Berichterstattung über seine Gespräche fort. Nächstes Thema: Beschränkungsabkommen USA/Japan.[21] Hierauf müßten wir reagieren; es gehe nicht an, daß die nicht in den USA verkauften japanischen Wagen auf den europäischen Markt drängten. Die Franzosen hätten schon Importrestriktionen verfügt.

Bundeskanzler bemerkt, daß wir die Japaner vor allem veranlassen müßten, ihren Markt zu öffnen.

PM *Thatcher* macht darauf aufmerksam, daß die Japaner in GB und bei uns Anteile am Automobilmarkt von über 10% erreicht hätten; in F betrage der

19 Ministerialdirektor Fischer notierte am 9. Juni 1981 zum Verlauf der EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschaftsminister am 4. Juni 1981 in Luxemburg: „Wie zu erwarten war, haben […] nur Orientierungsdebatten zu den Themen Subventionskodex, Stahlpreispolitik und soziale Maßnahmen stattgefunden. Der AStV wurde beauftragt, diese Fragen weiter zu prüfen und dem Rat für seine Tagung am 24.6. möglichst entscheidungsreife Vorschläge zu unterbreiten." Ferner werde die EG-Kommission ein Preisüberwachungssystem einführen, um zu verhindern, „daß einzelne Unternehmen die ihnen gewährten Strukturbeihilfen dazu verwenden, neu vereinbarte Stahlpreise zu unterbieten". Beim Subventionskodex sei keine Einigung erzielt worden, insbesondere in der für die Bundesrepublik wichtigen Frage der Fristen. Frankreich habe sogar die Notwendigkeit bezweifelt, „sich auf einen Kalender mit ins einzelne gehenden Terminen über den Subventionsabbau festzulegen". Vgl. Referat 412, Bd. 130502.

20 Artikel 58 und 59 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 regelten Maßnahmen für den Fall einer krisenhaften Situation, z. B. die Einführung eines Systems von Erzeugungsquoten oder Unterstützungsleistungen für Unternehmen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 461 f.

21 Das Bundesministerium für Wirtschaft erläuterte am 11. Mai 1981, zwischen Japan und den USA sei es im Bereich des Automobilexports zu „einseitigen, ziffernmäßig festgelegten Exportbeschränkungen" Japans gegenüber den USA gekommen: „Obgleich sie formal als autonome freiwillige Maßnahmen Japans dargestellt werden, besteht der Eindruck, daß dahinter eine durchaus ins Detail gehende Verständigung beider Regierungen steht, auf die die USA starken Einfluß genommen haben. Das handelspolitische Klima ist dadurch erheblich verschlechtert worden, Kettenreaktionen – wie bereits von Kanada angekündigt – sind nicht auszuschließen." Vorgesehen sei zwischen 1. April 1981 und 31. März 1982 eine Beschränkung der Ausfuhr japanischer Wagen in die USA auf 1,68 Mio. Stück, wodurch der japanische Marktanteil von 21,3% auf etwa 17 bis 18% sinken werde. Für die Zeit danach sei eine Orientierung an der Autonachfrage in den USA vorgesehen. Vgl. Referat 204, Bd. 123314.

Anteil nur 2 bis 3%; auch nach Italien hinein gebe es nur geringe japanische Importe. Wenn wir in Europa Importrestriktionen verfügten, so müßten wir uns fragen, wie diese auf die einzelnen Länder zu verteilen seien.

Handelsminister *Biffen* wirft ein, daß es um eine freiwillige Exportbeschränkung der Japaner gehe.

BM *Graf Lambsdorff* fordert, daß wir unsere Position den Japanern verdeutlichen müßten; nach einem entsprechenden Ratsbeschluß gelte dies für alle Zehn.

PM *Thatcher* äußert ihre Zurückhaltung hinsichtlich des Zusammentretens des „Jumbo-Rats" im Juni.[22] Dies könne falsche Erwartungen im Sozialbereich erwecken.

Zum Multifaser-Abkommen[23] bemerkt *Graf Lambsdorff*, daß die Staaten der Dritten Welt nicht an einer raschen Neuverhandlung interessiert seien. Sie, so z. B. Singapur, könnten mit dem augenblicklichen Zustand gut leben. Wir sollten jedoch den Druck zu verhandeln aufrechterhalten, mit dem Ziel, 1982 zu Ergebnissen zu kommen. Hinsichtlich der Laufzeit eines neuen Abkommens erscheine ihm ein Kompromiß zwischen drei bis fünf Jahren möglich. D und GB hätten konvergierende, wenn auch nicht gleich starke Interessen.

Handelsminister *Biffen* setzt sich für eine unterschiedliche Behandlung der sehr armen und der weniger armen Länder ein. Hongkong solle freilich nicht pönalisiert werden.

Die britische Sicht in der Frage des Textilabkommens sei restriktiver als die unsere.

BM *Graf Lambsdorff* spricht die Ursprungskennzeichnungen an. Sie seien für uns unannehmbar, weil sie (so als Antwort auf eine Frage von PM) eine Form der Importrestriktion seien.

22 Am 11. Juni 1981 fand in Luxemburg eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsminister („Jumbo-Rat") statt. Themen waren die Arbeitslosigkeit in den EG-Mitgliedstaaten, ferner das Problem der Inflation sowie die gemeinsamen Bemühungen um wirtschaftliches Wachstum und den Ausbau der Produktivität. Folgende Maßnahmen wurden erörtert: „a) Ausbau der Verfahren für die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten […]; b) Erneuerung des ‚Neuen Gemeinschaftsinstrumentes' […]; c) Überprüfung des Europäischen Sozialfonds […]; d) Erhöhung des Kapitals der EIB […]; e) verbesserte Koordinierung und wirksamere Aktion des Fonds im Bereich der Strukturen im allgemeinen." Vgl. BULLETIN DER EG 6/1981, S. 17–19.

23 Am 20. Dezember 1973 wurde in Genf das Übereinkommen über den internationalen Handel mit Textilien geschlossen, das für vier Jahre gültig war. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 930, S. 166–214.
Am 14. Dezember 1977 wurde in Genf ein Protokoll geschlossen, das das Übereinkommen bis zum 31. Dezember 1981 verlängerte. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 1078, S. 288–301.
Am 11. Mai 1981 legte das Bundesministerium für Wirtschaft dar: „Das Multi Fibre Arrangement (MFA) ist im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Handelspolitik ein Fremdkörper. Es kann deshalb kein Dauerelement sei. Die Bundesregierung setzt sich für eine angemessene Verlängerung des MFA ein. Sie sieht darin ein Instrument, den Anpassungsdruck für die europäische Textilindustrie abzumildern und gleichzeitig den Entwicklungsländern einen fairen Interessenausgleich zu bieten. Bestrebungen, den Umfang des Importschutzes des derzeitigen MFA weiter zu erhöhen, bringen akute Gefahr eines Scheiterns der Verhandlungen mit sich; dabei würde es mit Sicherheit nur Verlierer geben. […] In der Sitzung des GATT-Textilausschusses am 7./8. Mai d. J. haben sich alle Teilnehmerstaaten des Welttextilabkommens grundsätzlich für die Aufrechterhaltung der internationalen Zusammenarbeit im Textil- und Bekleidungssektor ausgesprochen. […] EG-Kommission hat dem Rat am 23. April den Vorschlag für das Verhandlungsmandat zugeleitet, der im Kern auf eine striktere Importstabilisierung abzielt; Behandlung im Ministerrat ist am 22. Juni d. J. vorgesehen." Vgl. Referat 204, Bd. 123314.

Industrieminister *Keith Joseph* teilt mit, er habe BM Graf Lambsdorff unterrichtet, daß es beim Export einiger Fernmeldeausrüstungen nach D Schwierigkeiten gebe. BM Graf Lambsdorff wolle versuchen zu helfen.

Wie Landwirtschaftsminister *Walker* mitteilt, war wichtigstes Gesprächsthema der Landwirtschaftsminister die Frage der Überschüsse. Hier habe man über verschiedene Formen der Mitverantwortungsabgabe gesprochen. GB sei der Meinung, daß die Konsumenten nicht zusätzlich belastet werden dürften.

Weitere Gesprächsthemen waren Weizenimporte, die Folgen der Beitritte Spaniens[24] und Portugals[25] – beide mit Ambitionen im Bereich der Landwirtschaft – für den Agrarmarkt; auch Fisch sei angesprochen worden. Ein Fischereirat im Juni mache wegen der Wahlen in F wenig Sinn. Im übrigen bestehe die Blokkierung zwischen F und GB fort; GB werde versuchen, auf F einzuwirken.[26]

BM *Ertl* ergänzt die Ausführungen seines britischen Kollegen insbesondere zur Frage des Beitritts Spaniens und Portugals: Er verlange von uns zusätzliche Opfer.

PM *Thatcher* schließt die Sitzung mit der Bemerkung, daß wir erheblichen Unsicherheiten entgegengingen. Wir müßten versuchen, das Beste aus der Lage zu machen.

Referat 204, Bd. 123327

24 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 111, Anm. 13.
Am 26. Mai 1981 fand in Brüssel eine weitere Verhandlungsrunde statt. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte dazu am 27. Mai 1981 mit, die Europäischen Gemeinschaften hätten Erklärungen zum Kapitalverkehr, der Regionalpolitik sowie zu Wirtschafts- und Finanzfragen abgegeben. Die spanische Delegation habe sich zu den auswärtigen Beziehungen, zum Niederlassungsrecht und dem abgeleiteten Recht (EURATOM) geäußert. Dabei hätten die spanischen Erklärungen z. T. neue Forderungen nach Übergangsregelungen oder Ausnahmen enthalten. Poensgen stellte dazu fest: „Die hier sichtbare Zurückhaltung der span[ischen] Del[egation] in der gegenwärtigen Verhandlungsphase ist offenbar auch Reaktion auf die innere Lage der Gem[einschaft]. In dem der Tagung vorangehenden Gespräch der Spanier mit dem Vors[itzenden] wurde vereinbart, die für den 22. Juni geplante Tagung auf Ministerebene zu verschieben und statt dessen im Juni eine weitere Stellvertretertagung abzuhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2125; Referat 410, Bd. 121930.

25 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal vgl. Dok. 116, Anm. 27.
Am 18. Mai 1981 fand in Brüssel die vierte Tagung der Beitrittsverhandlungen auf Ministerebene statt. Ministerialdirigent Kittel, Brüssel (EG), berichtete dazu am 19. Mai 1981, den EG-Mitgliedstaaten sei es im Vorfeld nicht gelungen, sich auf eine gemeinsame Erklärung zur Zollunion zu einigen: „Auf diese Weise wurde der Ministertagung ihre wesentliche politische Substanz genommen. Die port[ugiesische] Del[egation] (Minister Barreto) verbarg ihre Enttäuschung nicht und forderte die Gem[einschaft] dringend auf, den politischen Willen aufzubringen, der zur Beschleunigung der Verhandlungen erforderlich sei. Sie müßten Anfang des nächsten Jahres abgeschlossen werden, damit PTG am 1.1.84 beitreten könne. Der Beitritt zur Gem. habe für PTG nicht an Gewicht und Aktualität verloren." Kittel legte dar: „Insgesamt zeigte die Tagung, daß es der Gem. bisher nicht gelungen ist, die Beitrittsverhandlungen mit PTG zu intensivieren. Dies lag an der völligen Bewegungsunfähigkeit der franz[ösischen] Del. Dafür bestand im Rat und auch bei den Portugiesen zwar dieses Mal Verständnis. Wenn die gemeinschaftsinternen Probleme im Kap[itel] Zollunion jedoch auch dann nicht gelöst werden können, wenn F wieder sprechbereit ist, würde der Wille der Gem. für Erweiterung wohl ernsthaft in Zweifel gezogen werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1971; Referat 410, Bd. 121928.

26 Zu den britisch-französischen Differenzen in der Fischereipolitik und den Bemühungen um eine Regelung vgl. Dok. 85, Anm. 8.

136

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-3257/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 11. Mai 1981, 19.01 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1836 **Ankunft: 11. Mai 1981, 18.31 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Antwort des BK auf die Breschnew-Botschaft vom 6.3.1981[2];
hier: Gespräch mit AM Gromyko am 11.5.1981

Bezug: DE Nr. 2469 vom 7.5.81 – 213-321.00-1186/81 VS-v[3]

Zur Information

I. Am 11.5. habe ich AM Gromyko die Antwort des Bundeskanzlers auf die Botschaft Breschnews übergeben.

Auf meine Ausführungen zu der von der Bundesregierung gewünschten Fortsetzung des Dialogs, meinen Hinweis auf den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in den USA[4] und die Erinnerung an die von uns gemachten Terminvorschläge für den Besuch Breschnews reagierte Gromyko positiv: Zu den vorgeschlagenen Besuchsterminen stellte er eine baldige Entscheidung in Aussicht.[5] Er wiederholte, daß auch die Sowjetunion den Dialog sowohl mit der Bundesrepublik Deutschland als auch den Ost-West-Dialog im weiteren Sinne als „kürzeren Weg zum gegenseitigen Verständnis" befürwortet. Seine hieran geknüpfte Kritik an der US-Administration war weniger polemisch als bei früheren Gelegenheiten und konzentrierte sich darauf, sowjetisches Unverständnis über amerikanische Behauptung zu demonstrieren, die UdSSR brauche den Dialog mehr als die USA. Gromyko hat, obwohl dazu während des etwa halbstün-

1 Hat Legationsrat I. Klasse Starnitzky am 11. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach R[ück]spr[ache] mit stv. RL 213: Vorlage bei Dienstbeginn reicht aus."
Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 12. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Legationsrat I. Klasse Barker am 13. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Weiterleitung an Brüssel NATO + Washington erledigt mit DE 12.5."
Hat Arnot am 18. Mai 1981 vorgelegen.

2 Zum Schreiben des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 61, Anm. 14.
Für das Antwortschreiben vom 4. Mai 1981 vgl. Dok. 126.

3 Staatssekretär van Well übermittelte Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. Mai 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Dazu teilte er mit: „Sie werden gebeten, möglichst umgehenden Termin bei GS Breschnew zur Übergabe zu erbitten. Sollte sich ein solcher Termin nicht als möglich erweisen, sollten Sie um eine Unterredung mit AM Gromyko nachsuchen. […] Im Gespräch anläßlich Übergabe sollten Sie einführend besonders die in dem Briefwechsel zum Ausdruck kommende gemeinsame Überzeugung betonen, daß die Fortsetzung des Dialogs zwischen West und Ost gerade in der gegenwärtigen weltpolitischen Konstellation notwendig ist und daß wir deshalb den für dieses Jahr in Aussicht genommenen Arbeitsbesuch von GS Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland begrüßen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2469/2470; VS-Bd. 13273 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

5 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 5.

digen Gesprächs Gelegenheit gewesen wäre, das NATO-Kommuniqué[6] nicht mit einem Wort erwähnt. Im Gegensatz zu Bondarenko vor einigen Tagen[7] zeigte er sich eher gelassen, aufgeräumt und freundlich.

Ich habe mich meinerseits zu seinen Anwürfen insbesondere gegenüber Haig, dessen Rede in der Universität Syracuse[8] er besonders apostrophierte, nicht geäußert und mich unter Berufung auf die Gespräche des Bundesministers in Moskau[9] und unter Hinweis auf die bevorstehenden Gespräche des Bundeskanzlers in Washington darauf konzentriert, unser besonderes Interesse an baldigem Zustandekommen von Gesprächen über Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung hervorzuheben und zu betonen, daß diese Gespräche für alle Beteiligten und Betroffenen gleich wichtig und nützlich sind. Ich verwies außerdem auf die von uns angestrebte unterstützende Rolle beim Zustandekommen solcher Gespräche zwischen USA und UdSSR.

Gromyko demonstrierte durch die Art seiner Gesprächsführung das große Interesse, das Sowjets derzeit an einer Atmosphäre der Normalität in den Beziehungen zur Bundesrepublik haben. Gleichzeitig war überraschend, wie wenig polemisch Gromyko sich trotz Enttäuschung und Unverständnis über die Politik der US-Administration äußerte. Dies stand in krassem Gegensatz zu der gegenwärtigen Linie der sowjetischen Propaganda.

II. Aus dem Gespräch halte ich im einzelnen fest:

1) Antwort des Bundeskanzlers

Gromyko hat sich den Text nicht angesehen und keinerlei Stellungnahme abgegeben. Er meinte, der GS werde eine Antwort geben, falls er dies für zweckmäßig halte.

2) Besuchstermin Breschnew

Der GS habe die drei von uns vorgeschlagenen Varianten zur Kenntnis genommen, jedoch noch keine Entscheidung getroffen. Dies werde er jedoch bald tun.[10]

3) Ost-West-Dialog

Gromyko griff die von mir aus unserer Sicht dargelegte Notwendigkeit des Dialogs nachdrücklich auf. Der Dialog sowohl im Sinne des Gesprächs zwischen

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.
Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

7 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 7. Mai 1981: „Bei Vorsprache beim Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des s[owjetischen]A[ußen]m[inisteriums], Botschafter Bondarenko, aus anderem Anlaß drückte mein Vertreter Überraschung aus, daß NATO-Kommuniqué vom Rom – ausweislich TASS – schlechte Aufnahme in der SU gefunden habe. Dieses Stichwort gab Bondarenko Veranlassung für eine stark emotional gefärbte und in Propaganda-Klischees gefaßte Polemik gegen die NATO im allgemeinen und die USA im besonderen. Gegenüber Westeuropa wurden drohende Untertöne spürbar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1781; Referat 221, Bd. 123122.

8 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig vor Absolventen der Universität Syracuse (New York) am 9. Mai 1981 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2051, S. 11 f.

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

Ost und West werde von der Sowjetunion für konstruktiv gehalten.[11] Er gebe eine Möglichkeit zur Entscheidung vieler Probleme und sei der kürzeste Weg zum gegenseitigen Verständnis. Allerdings hätten Vertreter der neuen US-Administration, der Präsident[12] selbst, sein Außenminister, in letzter Zeit eine Reihe von Erklärungen abgegeben, die darauf hindeuten, daß die USA mehr daran interessiert sind, erst einmal abzuwarten und alles vom Verhalten der SU abhängig zu machen. Das sei das Verhalten von „Leuten bestimmten Alters" (gemeint waren wohl Kinder), die sagen, „ich tue dies, wenn du das tust". Staatsmänner könnten sich nicht so verhalten. Heute lebe man gemeinsam im gleichen Hause. Das gelte für die SU ebenso wie für die USA, die Bundesrepublik, England und Frankreich. In diesem Hause werde alles immer enger und begrenzter durch die technologischen und vor allem waffentechnologischen Entwicklungen.

Er, Gromyko, glaube, daß der Bundeskanzler und andere Politiker der Bundesrepublik die richtige Einstellung zur friedlichen Lösung strittiger Probleme hätten und an dieses Problem richtiger herangingen als die Vertreter der USA.

Als ich an dieser Stelle unsere Auffassung zur Notwendigkeit von Gesprächen über Rüstungsbegrenzung zwischen den USA und der UdSSR hervorhob und betonte, daß diese Gespräche für alle betroffenen Länder gleich wichtig seien, stimmte Gromyko dem ausdrücklich zu. Meinen Hinweis, daß wir nur eine begrenzte, unterstützende Rolle beim Zustandekommen dieser Gespräche und bei der Klärung der in letzter Zeit aufgetretenen unterschiedlichen Interpretation spielen können, bestritt Gromyko dies: Die Bundesregierung könne nach Einschätzung der SU ganz im Gegenteil einen bedeutenden Einfluß auf die Entwicklung der Ost-West-Beziehungen nehmen.

4) Beurteilung der amerikanischen Politik

Gromyko stellte fest, man könne auf sowjetischer Seite nicht verstehen, in welchen Kategorien die amerikanischen Politiker denken. Er bezog sich dabei insbesondere auf die Rede Haigs an der Universität Syracuse, wo er in etwa behauptet habe, die ganze Welt müsse sich den amerikanischen Idealen fügen. Schon die Römer hätten mit ihrer Pax Romana Schiffbruch erlitten. So könne man sich über die amerikanische Politik nur wundern. Hierzu habe ich lediglich bemerkt, daß er von mir nicht erwarten könne, daß ich amerikanische Politiker oder amerikanische Politik kommentiere. Ich wies darauf hin, daß die neue Administration ihre Politik im Augenblick noch nicht umfassend formuliert habe, letztlich aber ihren Weg finden werde. Er werde Haig selbst wohl voraussichtlich im September treffen.[13] Die Bundesregierung sei ihrerseits bemüht, alles zu tun, um den Weg zu Frieden und Zusammenarbeit weiterzugehen, wie dies noch der BK in seiner Regierungserklärung[14] kürzlich bekräftigt habe.

Gromyko schloß daran die bekannten Ausführungen über die sowjetische Friedensbereitschaft in der Entwicklung der Beziehungen zu den USA an, wie er

11 So in der Vorlage.

12 Ronald W. Reagan.

13 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

14 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 7. Mai 1981 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1709–1714.

sie auch gegenüber dem BM betont hatte. Man tue alles, damit sich die Beziehungen zu den USA entwickeln könnten, doch stoße man an eine Stahlwand. Die Entwicklung der internationalen Beziehungen und der Beziehungen zwischen den USA und der UdSSR sei nun einmal ein einheitlicher Prozeß. Man lasse sich nicht durch Drohungen und Wettrüstung einschüchtern. Das verspreche keinen Frieden. Die Herde der Spannung müßten ausgetreten werden. Es gehe vor allem um die effektive Begrenzung der Rüstungen, insbesondere im strategischen Bereich. Zur Förderung von Frieden und Entspannung habe die KPdSU auf dem 26. Parteitag Vorschläge gemacht.[15] Breschnew werde auch bei seinem Besuch in der Bundesrepublik von dieser Politik ausgehen. Wenn dies die Bundesregierung auch tun werde, sei der Erfolg des Besuchs gesichert.

Hierauf erwiderte ich, daß eine allgemeine Übereinstimmung sicherlich nicht möglich sein werde. Wie der Besuch des BM gezeigt habe und wie es auch im Brief des BK stehe, gibt es unterschiedliche Meinungen zu verschiedenen Aspekten sowjetischer Politik. Andererseits allerdings bestehe die grundlegende Übereinstimmung darin, daß der Frieden mit allen Mitteln gesichert werden muß.

III. Im Einvernehmen mit Gromyko habe ich an hiesige deutsche Korrespondenten eine kurze Mitteilung über die Tatsache des Gesprächs und der Übergabe der Antwort des BK gegeben.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13273 (213)

137

Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 749
Citissime

Aufgabe: 12. Mai 1981, 21.45 Uhr
Ankunft: 13. Mai 1981, 09.37 Uhr

Delegationsbericht Nr. 533

Betr.: KSZE-Folgetreffen Madrid;
hier: Analyse der Verhandlungspositionen der westlichen Delegationen

1) Ausgangslage

Die Mehrheit der westlichen Delegationen in Madrid wünscht einen baldigen Abschluß des Madrider Folgetreffens. Wir dagegen wollen aus außenpolitischen Gründen Erwägungen über das Ende dem Ziel eines gehaltvollen, ausgewoge-

15 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 51 und Dok. 56.

nen Schlußdokuments unterordnen (Polen). Wir wollen ferner aus innenpolitischen Gründen das hiesige Folgetreffen, das ein wichtiges Element des Ost-West-Dialogs über militärische Sicherheitsfragen ist, vor einem vielleicht krisenhaften Abbruch bewahren (Nachrüstungsdebatte). In den Konsultationen der EPZ am 27./28. in Den Haag[1] und des NATO-Rates am 29.4.81[2] haben wir unsere Freunde von dem Entschluß abzubringen vermocht, die sowjetische Delegation nach der Wiederaufnahme der Verhandlungen am 5.5. mit einer Frist zu konfrontieren, nach deren Ablauf der Westen nur mehr bereit wäre, innerhalb einer weiteren kurzen Frist über ein kurzes Schlußdokument wie das Belgrader[3] zu verhandeln und bei anhaltendem sowjetischem Widerstand das Treffen auf etwa ein Jahr zu vertagen. Statt dessen wurde man sich in Brüssel einig, Ende dieses Monats eine Bilanz des bis dahin Erreichten zu ziehen und in ihrem Lichte über das weitere Verfahren zu beschließen. Dabei wurde freilich deutlich, daß die meisten westlichen Delegationen dann den Abschluß der Verhandlungen nachdrücklich beschleunigen wollen.

2) Um sich ein richtiges Bild von der Willenslage der westlichen Delegationen zu machen, ist es wichtig zu wissen, wie sie die Aussichten des Madrider Treffens bewerten und weshalb sie auf sein rasches Ende hinarbeiten.

2.1) Aussichten

2.1.1) Einige tonangebende Delegationen erwarten sich von den Verhandlungen wenig. Einmal ist ihnen wenig an der baldigen Einberufung einer Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE) gelegen. Sie sind daher auch nicht bereit, an irgendwelche der von Breschnew am 23.2.[4] geforderten westlichen Kompensationen für die Einbeziehung des vollen europäischen Territoriums der Sowjetunion zu denken, vor allem, wenn es Opfer für ihre Länder bedeutete. Zum anderen sind sie Kompromissen in anderen Bereichen, wie Menschenrechte, menschliche Kontakte und Information, abgeneigt, weil sie verhindern wollen, daß die Sowjets von Afghanistan und Polen und den anhaltenden Menschenrechtsverletzungen ablenken und den Akzent auf die militärischen Aspekte der Sicherheit verschieben können. Auch gibt es in einigen Teilnehmerstaaten starke innenpolitische Kräfte, die den Delegationen einen harten Kurs in der „menschlichen Dimension“ vorschreiben. Ein Erfolg des Madrider Treffens, der unter diesen Bedingungen fast eine Kapitulation der sowjetischen Unterhändler voraussetzen würde, ist für all diese Delegationen recht unwahrscheinlich.

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze legte am 30. April 1981 dar, in der Sitzung der KSZE-Arbeitsgruppe im Rahmen der EPZ habe sich Großbritannien „mit großer Hartnäckigkeit“ für den sogenannten „van Dongen-Vorschlag“ ausgesprochen, der eine gemeinsame Erklärung vorsehe, wonach man seitens NATO-Mitgliedstaaten nach dem 30. Mai 1981 „nur noch über Ort und Zeit des nächsten Folgetreffens, nicht aber über die Substanzfragen, verhandeln würde, wenn bis dahin über letztere keine Einigung zustande gekommen ist“. Vgl. Referat 212, Bd. 133388.

2 Korrigiert aus: „30.4.81“.
Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats mit den Leitern der KSZE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten am 29. April 1981 in Brüssel vgl. Dok. 121.

3 Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248.

4 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

Die Vereinigten Staaten haben bisher ein großes Maß an Bündnissolidarität bewiesen. Sie haben sich wider Willen zu der Abhaltung des Madrider Treffens knapp ein Jahr nach dem sowjetischen Einfall in Afghanistan[5] bereitgefunden und sich trotz tiefer Skepsis hinter den französischen Vorschlag einer KAE gestellt.[6] Die Implementierungsdebatte vor Weihnachten 1980 wußten sie als Plattform gegen die Sowjetunion zu schätzen, gegen ein Schlußdokument, das auch sowjetische Wünsche berücksichtigte, haben sie Bedenken. Die „menschliche Dimension" hat für sie allein aus innenpolitischen Gründen starke Bedeutung. Die amerikanische Zurückhaltung hat unter den westlichen Delegationen bis heute zu keinen Gegensätzen geführt, weil andere wichtige Delegationen die amerikanische Skepsis teilen und weil der amerikanische Delegationsleiter Kampelman den übrigen westlichen Delegationen bemerkenswertes Verständnis entgegenbringt.

Kanadas Haltung ist ähnlich.

Frankreich kommt als Einbringer des KAE-Vorschlags eine Schlüsselrolle zu. Seine Delegation vermittelt den Eindruck, als läge Paris mehr an dem taktischen Nutzen des KAE-Vorschlags als an der Verwirklichung seines Inhalts: Indem sie auf dem Vorschlag hartnäckig besteht, fängt sie das sowjetische Drängen nach „militärischer Entspannung" auf und zeigt einer von der Sowjetunion ernüchterten Öffentlichkeit in Frankreich, daß die nationalen Interessen angemessen wahrgenommen werden. Es hat zuweilen den Anschein, als wäre es Paris desto lieber, je später es zu der KAE käme. Auch fühlt sich die französische Regierung gegenüber Washington im Wort: Sie gewann dessen Ja zu ihrer KAE-Initiative durch das Versprechen, sich an die vereinbarte Verhandlungsposition zu halten und keine Abstriche von ihr zuzulassen. Im übrigen sind ihre Hoffnungen, die sie in Helsinki[7] und noch in Belgrad[8] in die wohltätige Wirkung des KSZE-Prozesses auf das Ost-West-Verhältnis gesetzt hatte, geschwunden. Bis zur Bildung einer Übergangsregierung, möglicherweise bis zur endgültigen Klärung der innenpolitischen Situation Frankreichs nach den Parlamentswahlen[9], wird sich die französische Delegation in Madrid zurückhalten. Nach Meinung ihres Leiters[10] ist mit einer Änderung der französischen Position in keiner der wesentlichen Substanzfragen zu rechnen. Ob die Übergangs- und die spätere neue französische Regierung an der bisherigen taktischen Linie festhalten wird, sei dagegen nicht gewiß.

Die britische Delegation trat bisher gegenüber dem Osten hart auf, seit Ostern[11] zeigt sie jedoch mehr Behutsamkeit. Dem Madrider Treffen mißt sie ebenfalls

5 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

6 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

7 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

8 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

9 In Frankreich fanden am 14. bzw. 21. Juni 1981 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

10 Jacques Martin.

11 19./20. April 1981.

nur geringen Wert bei, will jedoch das Verhältnis zu der Sowjetunion neuerdings nicht über Gebühr belasten.

Die niederländische Delegation verhält sich ähnlich wie die britische. Die Regierung in Den Haag sieht offenbar keine Notwendigkeit, was das hiesige Treffen angeht, namentlich am Vorabend der Parlamentswahlen[12], Rücksicht auf die innenpolitische Umwelt zu nehmen.

Die Delegationen der Mittelmeerstaaten halten sich in den westlichen Konsultationen und in den Verhandlungen zurück. Sie vermitteln nicht den Eindruck, als wären Wohl und Wehe des KSZE-Prozesses eine Hauptsorge ihrer Regierungen.

2.1.2) Es gibt aber auch Delegationen, deren Regierungen einen Erfolg der Verhandlungen brauchen oder zumindest ihren Fehlschlag fürchten müssen. Den skandinavischen Verbündeten Norwegen und Dänemark wie Irland ist das Zustandekommen der KAE sehr wichtig. Um es zu ermöglichen, wären sie auch zu „gesichtswahrenden" Kompensationen des Westens bereit.

2.2) Zeitfaktor

Die Gründe, welche die Delegationen für den raschen Abschluß der Verhandlungen anführen, entsprechen ihrer Einschätzung der Aussichten und des Wertes eines gehaltvollen, ausgewogenen Schlußdokuments.

2.2.1) Die skeptischen Delegationen erinnern daran, daß die Schlußakte von Helsinki ein Gleichgewicht zwischen der Implementierungskritik und der Behandlung weiterführender Vorschläge vorsehe und daß dieses Gleichgewicht in dem Arbeitsprogramm des Madrider Treffens vom 11.11.1980 seinen Niederschlag gefunden habe. Mit jeder Verhandlungswoche über das Zieldatum des 5.3. hinaus verlagere sich der Schwerpunkt von der Implementierungskritik, die dem Westen nutze, zugunsten der Behandlung der weiterführenden Vorschläge, welche die Sowjetunion auf die militärischen Aspekte der Sicherheit einzuschränken trachte. Der Westen laufe Gefahr, daß das Madrider Treffen zu einem MBFR-Marathon und zu einem permanenten Dialog ausarte.

2.2.2) Unabhängig von der Einschätzung der Aussichten und des Wertes des Schlußdokuments machen alle westlichen Delegationen geltend, daß der KSZE-Prozeß bei weiterem Verhandeln ohne sichtbare Fortschritte seine Glaubwürdigkeit einzubüßen drohe.

2.2.3) Auch die Delegationen, die einen Erfolg lebhaft wünschen, glauben, daß sich die Sowjetunion, wenn überhaupt, nur in „letzter Minute" zu den wesentlichen Zugeständnissen bereitfinden werde. Es gelte daher festzustellen, wann diese schlagen werde. Diese Auffassung vertrat am nachdrücklichsten Norwegen, auch Dänemark teilte sie. Beide votieren seit unseren Demarchen unseretwegen für ein Abwarten. Kanada riet auf der NATO-Ratskonsultation von der Ankündigung eines Ziel- oder Schlußdatums ab, nicht weil der Delegationsleiter, Botschafter Rogers, an einen Erfolg der Verhandlungen glaubte oder sich unter innen- oder außenpolitischem Druck wußte, zäh um ein gutes Ergebnis

12 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 26. Mai 1981 statt. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 20.

zu kämpfen. Botschafter Rogers zweifelt an der Wirksamkeit einer westlichen Taktik des Zeitdrucks und der Fähigkeit aller westlichen Regierungen, diese bis zur letzten Konsequenz durchzuhalten.

3) Ausblick

3.1) Das Verhalten des Westens wird davon abhängen, wie sich der Osten in den nächsten drei bis vier Wochen verhalten wird. Seit Wiederaufnahme der Verhandlungen am 5.5. spricht der sowjetische Delegationsleiter Iljitschow von der „Schlußphase", von „Beschleunigung" der Verhandlungen, der polnische[13] von „vier, höchstens sechs Wochen, innerhalb derer die Verhandlungen mit etwas Mut zu einem glücklichen Ende gebracht werden können". Vertraulich gab er vor, die sowjetische Delegation habe Weisung, die Verhandlungen bis Mitte Juni zu beenden.

Zugleich bestand der Osten aber bisher darauf, daß das Treffen nur mit der Annahme eines substantiellen Schlußdokuments enden dürfe. Ein Dokument wie das Belgrader komme nicht in Frage. Ein weiteres KSZE-Folgetreffen rechtfertige sich nur bei Einigung auf die KAE. Sachliches Entgegenkommen zeichnet sich nur undeutlich bei der Behandlung der menschlichen Kontakte ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Osten die Absicht der Beschleunigung vortäuscht, um westliches Drängen aufzufangen und die Schuld für die Verzögerung dem Westen anzuhängen.

3.2) Der Westen wird ferner in Rechnung zu stellen haben, wie und ob er einen Abschluß der Verhandlungen gegen den Widerstand des Ostens erzwingen kann. Der Stufenplan, dessen Ankündigung wir in den Konsultationen Ende April vor uns hinzuschieben vermochten, läuft letzten Endes darauf hinaus, daß wir bei fehlendem Konsens über den Abschluß oder die Vertagung des Treffens vom Verhandlungstisch aufstehen und dem Treffen den Rücken kehren müßten. Hierzu wären, wie die Analyse ergibt, die wichtigsten Delegationen des Westens bereit. Daß ein solcher Entschluß jedoch bei anderen lebhaften Widerspruch auslösen und auch die bisher erstaunliche Gemeinsamkeit mit den N+N-Staaten gefährden würde, steht außer Zweifel.

3.3) Bei vermutlich anhaltender Stagnation der Verhandlungen in den meisten Kernfragen wird die Ungeduld vieler westlicher Delegationen wachsen. Sollten sie sodann ein knappes Schlußdokument anstreben, würde der Widerstand des Ostens vermutlich erheblich und damit die Aussicht auf einen Konsens gering sein. Verschiedentlich ist die Option eines „Belgrad-Plus-Dokuments" als möglicher Kompromiß erwähnt worden. Ein solches Dokument enthielte nicht nur die Elemente des Belgrader Dokuments (Dissens über die Implementierung der Schlußakte und über die vorliegenden Vorschläge, Angabe des Datums und des Orts des nächsten Folgetreffens und einiger nichtssagender Expertentreffen), es sähe u. a. auch Folgeveranstaltungen über die „menschliche Dimension" und militärische Aspekte der Sicherheit vor. Wir haben gegen ein Expertentreffen, das ein KAE-Mandat für das nächste Folgetreffen auszuarbeiten hätte, Bedenken. Franzosen, Amerikaner und Norweger liebäugeln damit. Auch die Rumänen erwähnen diese Möglichkeit, vielleicht nicht ohne Wissen der Sowjets. Bei

13 Marian Dobrosielski.

unseren internen Überlegungen sollten wir jedenfalls nicht ausschließen, daß sich der Osten auf einen solchen Ausweg schließlich einlassen und damit die Aussicht auf einen einvernehmlichen Abschluß des Treffens eröffnen könnte.

[gez.] Kastl

Referat 212, Bd. 133421

138

Aufzeichnung der Vortragenden Legationsrätin Siebourg

105-28.A/81 VS-vertraulich **13. Mai 1981**[1]

Betr.: Informelles Ministertreffen in Venlo am 9.5.1981;
hier: Dolmetscheraufzeichnung (als Ergebnisvermerk)

Themen:

Madrid (KSZE und KAE), Polen (wurde unter Bezugnahme auf Erörterung in Rom[2] – wenngleich ohne IRL – nicht behandelt), Nahost, Libanon, Türkei, Äthiopien, Europäische Union, Strukturfragen der EPZ, Gemeinschaftsfragen (Jugoslawien, Japan, Beziehungen zwischen Institutionen).

Madrid (KSZE und KAE)

Die AM waren einhellig der Auffassung, der Gang der Dinge in Madrid sei als positiv für den Westen, nachteilig für SU zu bewerten. Um so mehr solle Konferenz bis in den Juli verlängert werden, und dies unter besonderer Berücksichtigung des polnischen Parteikongresses.[3]

Dabei solle die so gewonnene Zeitspanne intensiv genutzt werden (F: offensiv, aktiv, nicht nur im Sinne eines auf Zeit Spielens), folgende Themen weiterzuverfolgen:

VBM
- Ausdehnung des Anwendungsraums
- Breschnew-Brief dazu

Fortschritte in den drei Körben

KAE
- Definition der geographischen Zone
- Verfolg der zwei Phasen, wobei erst nach Durchführung erster Phase in die zweite einzutreten ist.

1 Ablichtung.
Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 14. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Fiedler „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Fiedler vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

3 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

Zur Frage nach den Konferenzorten für nächste KSZE-Folgekonferenz und KAE zeichnete sich keine Meinungsbildung ab, da die Kandidatur Belgiens vorliegt[4], deren Aussichten aber unsicher bleiben.

Nahost

AM van der Klaauw[5] berichtete über

– Gespräch mit Arafat[6]:
sei mehr oder minder ergebnislos verlaufen, da Arafat auf keine der Fragen eine Antwort erteilte. Vermutlich verberge sich dahinter im Grunde ein internes Problem der PLO; Arafat könne über allgemeines, nicht über Substanz reden.

– Kontakt mit Israel im Hinblick auf bevorstehenden Besuch dort[7]:
Er vermute, er werde Israelis nicht sehr entgegenkommend antreffen, wie sich aus der u. a. durch Begins Äußerungen[8] geschaffenen Stimmung schließen lasse (und auch in NL sei Reaktion auf Äußerungen gegen BK „quite fierce“ und „not pro Israel“ gewesen).
Zum Programm: Entgegen seinem Wunsch hätten Israelis auf einer Mischung (Gespräche mit israelischen Politikern und mit arabischen Notablen) zu bestehen versucht. Wenn er dies nicht akzeptiere, sei ihm bedeutet worden, brauche er ja nicht unbedingt zu kommen.
Derzeitig erzieltes Einvernehmen: Montag, 11. und Dienstag, 12.5.: Gespräche mit Israelis, Mittwoch, 13.5.: Gespräche in Westbank, am Flughafen Verabschiedung durch Shamir; keine öffentliche Erwähnung der Tatsache getrennter Gespräche.[9]

4 Zu den Vorschlägen für den Tagungsort einer weiteren KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 7, Anm. 20. Auf einer Besprechung der Delegationsleiter der an der KSZE-Folgekonferenz in Madrid teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten und Spaniens am 18. März 1981 wurde über Brüssel, Bukarest und Wien als mögliche Tagungsorte eines weiteren KSZE-Folgetreffens diskutiert. Botschafter Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), teilte am gleichen Tag mit, es bestehe „Einvernehmen, daß die Kandidatur Brüssels am Widerspruch des Ostens, nicht am Mangel an Unterstützung durch die Verbündeten scheitern müsse“. Auf der anderen Seite herrsche „Besorgnis, daß Rumänien befriedigende Zusagen hinsichtlich der Einreise- und Informationsfreiheit für Menschenrechts- und Emigrantengruppen sowie Journalisten nicht geben und einhalten werde“. Gegenüber einer „Kompromißlösung Wien“ gebe es „Unbehagen bei einigen Delegationen“, da sich „ein Muster verfestigen würde, demzufolge nur neutrale Plätze als Ort von KSZE-Treffen in Frage kämen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 453; Referat 221, Bd. 123117.

5 Zur Nahost-Reise des niederländischen Außenministers van der Klaauw in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident vom 22. bis 25. Februar 1981; Dok. 82, besonders Anm. 4, 6 und 8.

6 Zum Gespräch des niederländischen Außenministers van der Klaauw mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, am 17. April 1981 in Damaskus vgl. Dok. 82, Anm. 11.

7 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Buchrucker handschriftlich: „Überholt.“

8 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. bzw. 7. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing vgl. Dok. 131, Anm. 13, bzw. Dok. 134, Anm. 6.

9 Der niederländische Außenminister van der Klaauw besuchte Israel in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident vom 11. bis 13. Mai 1981. Zu seinem Gespräch mit dem israelischen Außenminister am 11. Mai 1981 teilte die niederländische EG-Ratspräsidentschaft am 15. Mai 1981 mit, Shamir habe die Rückgabe 1967 besetzter Gebiete ebenso abgelehnt wie die Beteiligung der PLO an Friedensverhandlungen und die Bildung eines palästinensischen Staates. Ferner habe er den israelischen Standpunkt bezüglich des Status von Jerusalem betont. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1852 (Coreu); Referat 200, Bd. 119468.
Am 12. Mai 1981 traf van der Klaauw mit Ministerpräsident Begin zusammen. Dazu informierte die niederländische EG-Ratspräsidentschaft am 25. Mai 1981, Begin habe seine Ablehnung der Erklärung von Venedig vom 12./13. Juni 1980 betont und eine besondere Rolle der EG-Mitgliedstaa-

– Gespräch mit Sadat[10]:
In einem seines (van der Klaauws) Erachtens übertriebenen Optimismus glaube Sadat, mit dem sicheren Wahlsieger[11] Peres die Autonomie-Frage, die Gaza-Frage und das Jerusalem-Problem binnen sechs Monaten gelöst zu haben. Danach würden Beziehungen mit Saudi-Arabien wiederaufgenommen.[12] Saudi-Arabien würde sich dem Camp-David-Prozeß[13] anschließen, Jordanien werde folgen.
Auf die Frage, was bei Wiederwahl Begins geschehe, habe Sadat gemeint, dann werde er auch schon zurechtkommen.

Zu[14] seiner Mission insgesamt habe er (v.d. Klaauw) engen Kontakt mit US gehalten und werde dies fortsetzen (z.B. anläßlich ASEAN-Konferenz in Manila[15]).

Seinen abschließenden Bericht werde er am 22.6.[16] dem AM-Rat zur vorbereitenden Erörterung im Hinblick auf ER[17] vorlegen, werde ihn jedoch äußerst kurz halten und auf Einzelheiten nur mündlich eingehen, da Geheimhaltung offensichtlich nicht zu gewährleisten sei (Geheimbericht habe Arafat ihm in arabischer Fassung vorgewiesen).[18]

Es wurde beschlossen, während GB-Präsidentschaft[19] keine erneute Reisemission durchzuführen, sondern neuen Weg zu suchen, der möglicherweise in Intensivierung des EAD liegen könne.

Libanon

Eine kurze Erörterung der derzeitigen Lage ergab, daß im Augenblick nichts getan werden könne, außer allseits zur Ruhe zu mahnen und Israel von einer Aktion gegen syrische SAM-6-Raketen[20] abzuraten (was AM van der Klaauw während Besuchs vorbringen zu wollen zusagte).

Fortsetzung Fußnote von Seite 773
ten im Friedensprozeß im Nahen Osten abgelehnt: „La seule chose qu'on attende d'eux, c'est qu'ils soutiennent pleinement les accords de Camp David." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1668 (Coreu); Referat 200, Bd. 119468.

10 Der niederländische Außenminister van der Klaauw hielt sich in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident am 24./25. April 1981 in Ägypten auf.

11 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

12 Saudi-Arabien brach am 23. April 1979 die diplomatischen Beziehungen zu Ägypten ab.

13 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

14 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Buchrucker eingeklammert. Dazu vermerkte er handschriftlich: „während".

15 Am 17./18. Juni 1981 fand in Manila eine Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Im Anschluß daran trafen die ASEAN-Mitgliedstaaten am 19./20. Juni 1981 mit den USA, Japan und den Europäischen Gemeinschaften zusammen.

16 Korrigiert aus: „25.6."
Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit notiert am 23. Juni 1981, auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am Vortag in Luxemburg habe der niederländische Außenminister van der Klaauw einen Bericht über seine Reisen in den Nahen Osten vorgelegt: „Der Berichtsentwurf empfiehlt eine Fortführung der europäischen Aktivität im Nahen Osten. Über die Einzelheiten wird anläßlich des Europäischen Rats zu sprechen sein." Vgl. Referat 200, Bd. 119474.

17 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

18 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Buchrucker handschriftlich: „Vermutlich Luxemburg-Papier."

19 Großbritannien übernahm am 1. Juli 1981 die EG-Ratspräsidentschaft.

20 Zur Stationierung syrischer Raketen im Libanon vgl. Dok. 125, Anm. 29.

Türkei

AM van der Klaauw berichtete, der Präsident der PV[21], de Koster, glaube, Ausschluß der Türkei[22] verhindern zu können, und hoffe auf unterstützendes Verhalten seitens Regierungen.

AM DK[23] erwähnte Kontakt mit Schweden, wonach dieses (Ullsten) sich dieser Maßnahme anschließen werde.

Äthiopien

AM Colombo berichtete von Besuch Äthiopiens auf dortigen Wunsch[24]: Nach seinem Eindruck werde SU-Präsenz von Äthiopien mehr hingenommen als gewünscht. Äthiopische Seite habe stark das Recht auf Autonomie und freie Wahl eigenen Systems betont sowie Wunsch auf Beziehungen zu Westen. Möglicherweise seien all dies Anzeichen für Öffnung und Bereitschaft, denen man nachkommen solle, wobei man gleichzeitig in Ogaden-Frage[25] auf Äthiopien einwirken könne.

Hieran schloß F[26] Grundsatzfrage bezüglich Beziehungen zu DW-Staaten unter Ostblockeinfluß an: Es müsse einmal durchdacht und erörtert werden, wie Westen sich gegenüber Staaten mit starker Ostblockpräsenz (z. B. Äthiopien und Angola) grundsätzlich verhalten solle: Hilfe zur Befreiung von östlicher Umklammerung oder Zurückziehen angesichts Aussichtslosigkeit bis Naivität ersterer Variante.

DK: Fall Angola sei abhängig von Lösung Namibia-Frage, also Sonderfall.

21 Parlamentarische Versammlung.

22 Zur Vertretung der Türkei in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats vgl. Dok. 82, Anm. 23.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann legte am 19. Mai 1981 dar: „1) Die Türkei und ihre Mitgliedschaft im Europarat standen im Mittelpunkt der Beratungen der Parlamentarischen Versammlung während ihrer Frühjahrstagung in der vergangenen Woche (11. bis 15. Mai 1981). Das Ministerkomitee nahm auf seiner 68. Sitzung am 14. Mai einen Bericht des türkischen Außenministers über die Lage in der Türkei entgegen. Es kam in der PV weder zu der befürchteten Verurteilung der Türkei noch wurde im Ergebnis die Mitgliedschaft der Türkei im Europarat gefährdet. 2) Die Parlamentarische Versammlung beschränkte sich auf die Verabschiedung zweier Richtlinien zur weiteren internen Behandlung der Türkeifrage: Sie beauftragte den Politischen und Rechtsausschuß, die Entwicklung in der Türkei weiter zu beobachten, und wies auf die Möglichkeit zu weiteren Empfehlungen an das Ministerkomitee im Januar 1982 im Lichte des Entwurfs einer neuen türkischen Verfassung und der Fortschritte im Redemokratisierungsprozeß hin. Sie stellte sodann fest, daß das Mandat der bisherigen türkischen Abgeordneten in Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften nicht verlängert werden kann. […] Die Mitgliedschaft der Türkei im Europarat wird von der Nichtverlängerung des Mandats der türkischen Abgeordneten nicht berührt. Allerdings hat dieser Beschluß paradoxes […] Ergebnis, daß die Türkei auf Regierungsebene weiterhin im Europarat vertreten ist, in der Parlamentarischen Versammlung jedoch keine türkischen Vertreter mehr sitzen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 123212.

23 Kjeld Olesen.

24 Der italienische Außenminister Colombo hielt sich vom 22. bis 25. April 1981 in Äthiopien auf.

25 Zum Ogaden-Konflikt vgl. Dok. 9, Anm. 37.
Referat 320 legte am 6. April 1981 dar: „Dank der erheblichen militärischen Überlegenheit der äthiopischen Streitkräfte infolge umfangreicher personeller und materieller Unterstützung der SU und anderer sozialistischer Staaten (Kuba, DDR) gelang es Äthiopien in den letzten Wochen, den Ogaden militärisch unter seine Kontrolle zu bringen. Bewaffnete Aktionen der West Somali Liberation Front (WSLF) gegen die Äthiopier sind offensichtlich, von kleineren Ausnahmen abgesehen, eingestellt worden.“ Vgl. Referat 320, Bd. 127763.

26 Jean François-Poncet.

GB[27]: Nur von Fall zu Fall könne Vorgehen beschlossen werden. Fall Äthiopien z. B. habe Vorbedingung in Menschenrechtsfrage.

BM berichtete über Besuch des äthiopischen Vizepräsidenten in Bonn.[28]

Zur Grundsatzfrage: Bemühen um Staaten wie Äthiopien und Angola und damit Öffnung von Optionen sei immer angezeigt. Schließlich sei einigen Staaten – wenngleich stets unter spezifischen Umständen – Befreiung von östlicher Präsenz und Einflußnahme in der Vergangenheit schon gelungen. Dabei sei allerdings zu beachten, daß gute Beziehungen zu anderen Staaten nicht Schaden nähmen (Vermeidung des Eindrucks, es gebe „Prämie für schlechtes Verhalten").

F erwähnte ferner: Verhalten Libyens gegenüber afrikanischen Staaten südlich Sahara bewirke, daß Kontakte zu Libyen – insbesondere im politischen, weniger im wirtschaftlichen Bereich – sich äußerst negativ auf Beziehungen zu Afrika auswirkten. Er erlaube sich, vor einer Intensivierung solcher Kontakte zu warnen.

Europäische Union

BM legte dar, sobald innerhalb Bundesregierung die endgültige Abstimmung über ein im Entwurf intern vorliegendes Papier zur Europäischen Union[29] abgeschlossen sei, werde D dieses in Gemeinschaft einbringen.

EPZ-Strukturen

GB: Er habe einen Vorschlag in vier Optionen zur Verbesserung der EPZ-Strukturen[30] eingebracht. Ihm selbst erschienen Optionen 2 und 3 die sinnvollsten.

27 Lord Peter Carrington.

28 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte am 30. April 1981 mit, am selben Tag habe Bundesminister Genscher „das Mitglied des ‚standing committee' des ‚Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats' (P[rovisional]M[ilitary]A[dministrative]C[ouncil]) des Sozialistischen Äthiopien, Oberstleutnant Berhanu Bayeh und seine Delegation" empfangen: „Die äthiopischen Ausführungen konzentrierten sich auf Beschwerden gegen die NATO-Politik und die westliche Politik gegenüber der Horn- und Indik-Region im allgemeinen und gegen die Äthiopien-Politik der Bundesregierung im besonderen. BM führte bei der Korrektur äthiopischer Unterstellungen und der Darstellung unserer Politik gegenüber Äthiopien und dem Horn eine unmißverständlich klare Sprache […]. Übereinstimmend stellten die Gesprächspartner fest, daß beiderseits die Bereitschaft zu einem unvoreingenommenen Neuanfang der Beziehungen bestehe, wobei BM betonte, daß hierzu ermutigende Signale notwendig seien. […] Zur Außenpolitik betonte Bayeh Äthiopiens Blockfreiheit. Man wolle internationalen Frieden und Entspannung, mische sich beim Nachbarn nicht ein und wolle die Revolution nicht exportieren." Ein Dialog Äthiopiens mit Somalia sei jedoch „blockiert, solange Mogadischu nicht ausdrücklich auf seine territorialen Ansprüche verzichte". Vgl. den Runderlaß Nr. 2378; Referat 320, Bd. 127718.

29 Für die Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Pfeffer, Fischer und Fleischhauer vom 16. April 1981 vgl. Dok. 109.

30 Auf der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. November 1980 in Luxemburg wurde das Politische Komitee beauftragt, einen Bericht zur Verbesserung der Strukturen der EPZ zu erarbeiten. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 316.
Für das mit Fernschreiben Nr. 1346 (Coreu) der niederländischen EG-Ratspräsidentschaft am 27. April 1981 nach Behandlung durch das Politische Komitee im Rahmen der EPZ am 7./8. April 1981 in Den Haag vorgelegte Papier „Document de synthèse: Méthodes de coopération politique" vgl. Referat 200, Bd. 122744.
Referat 200 vermerkte dazu am 6. Mai 1981, das Papier nenne „vier prinzipielle Optionen als Grundlage für eine erste generelle Diskussion der Minister über eine mögliche Verbesserung der EPZ: 1) Beibehaltung des gegenwärtigen Systems, 2) Änderung dieses Systems unter Beibehaltung seiner Zielsetzungen und seiner wesentlichen Merkmale, 3) Erarbeitung eines neuen Berichtes nach dem Muster der Berichte von Luxemburg und Kopenhagen, 4) Erarbeitung eines förmlichen Vertrages

In der anschließenden Erörterung
- warnte F vor Bürokratisierung,
- warnte Präsident Thorn vor Abtrennung EPZ von Kommission,
- betonte GB die Notwendigkeit, Kontinuität von einer Präsidentschaft zur nächsten besser zu gewährleisten,
- schlug IT die Einbeziehung von Sicherheitsfragen und kulturellem Bereich in EPZ vor,
- erläuterte BM (AM Colombo beipflichtend) das Spektrum des Bereichs Sicherheit (im Unterschied zu Verteidigungsfragen) und die Vorteile (z.B. innerhalb NATO) und die Ausstrahlung (auch auf Europa außerhalb EG) einer solchen Einbeziehung der beiden genannten Bereiche.

AM van der Klaauw: Zusammenfassende Schlußfolgerungen:
- Niemand wolle Formalisierung der EPZ auf Vertragsbasis.
- Niemand sei mit derzeitiger Struktur voll zufrieden.

Dies lasse Optionen 2 und 3 für intensivere Untersuchungen übrig. Dabei seien Möglichkeiten und Stichworte für Diskussion:

Apparat, Ständiges Sekretariat, keine Bürokratisierung, Kontinuität, Aktivierung, Einbeziehung Sicherheit und Kultur.

PK solle sich in einer ersten eingehenderen Erörterung hiermit befassen.[31] AM würden Erörterung bei nächstem Gymnich-type-Treffen fortsetzen.[32]

Fortsetzung Fußnote von Seite 776

über die EPZ." Option 2 sehe Verbesserungen im organisatorischen Bereich vor, um das Fehlen von Institutionen auszugleichen: Verstärkung der Präsidentschaft, Stärkung des Krisenmanagements, Verbesserung der Verfahren für die Beziehungen der EPZ zu Drittstaaten, Verbesserung des Informationssystems zwischen den Mitgliedstaaten, Vorlage einer größeren Anzahl konkreter Vorschläge, Einrichtung gemeinsamer Archive, Stärkung der Verbindungen zwischen EPZ und Europäischen Gemeinschaften. Der in Option 3 vorgesehene neue Bericht solle folgende Elemente enthalten: Bemühen um Ausarbeitung gemeinsamer Positionen bei grundsätzlicher Beibehaltung der Konsens-Regel, Schaffung eines ständigen Sekretariats an einem festen Ort, engere Zusammenarbeit mit den Organen der Europäischen Gemeinschaften als Schritt zur Bildung einer Europäischen Union, politische Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur gegenseitigen rechtzeitigen Konsultation, Einbeziehung von Themen wie Sicherheit, Kultur und Informationspolitik in die EPZ. Vgl. Referat 200, Bd. 122744.

31 Am 19./20. Mai 1981 fand in Den Haag eine Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit teilte am 21. Mai 1981 zur Erörterung des Ausbaus der EPZ mit: „Es wurde Einigkeit darüber erzielt, daß die von den Zehn eventuell zu beschließenden Reformmaßnahmen in einem Papier zusammengefaßt werden sollen (evtl. eine sogenannte ‚Erklärung'). Die Arbeit wird jetzt wie folgt weitergeführt: Am Vorabend des 108. PK werden Korrespondenten auf der Grundlage der von Ministern gegebenen Guidance das Optionenpapier, das Ministern in Venlo vorlag, darauf überprüfen, welche der dort als möglich bezeichneten Maßnahmen nicht in Betracht kommen. Für das Ergebnis dieser Überprüfung wird Präsidentschaft schon vor dem vorgesehenen Treffen ein Rahmenpapier vorlegen. Dieses Papier wird vermutlich bereits tags darauf den Direktoren vorliegen. Politische Fragen, die der Analyse durch die Direktoren bedürfen, werden von Korrespondenten identifiziert und gleichfalls den Direktoren vorgelegt werden. Das PK wird dann beschließen, wann es zu den einzelnen Punkten die Beratungen aufnimmt (hierzu gehört insbesondere die Frage einer Definition der Sicherheitsfragen, die in der EPZ behandelt werden könnten, sowie der Fragen aus dem Kulturbereich)." Vgl. den Runderlaß Nr. 2714/2715; VS-Bd. 11079 (200); B 150, Aktenkopien 1981.

32 Für das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 5./6. September 1981 in Brocket Hall vgl. Dok. 250.

Gemeinschaftsfragen

Präsident Thorn informierte über Besuch einer jugoslawischen Delegation, die sehr nachhaltig den geradezu katastrophalen Rückgang bei Rindfleischexporten dargelegt habe. Nachdem nun auch griechischer Markt für Jugoslawien beinahe verloren sei, kämen Exporte dem Nullstand gleich. Andere Ostblockländer versuchten bereits, in Lücke einzutreten.

Präsident Thorn appellierte ferner an MS, Kommission in bezug auf Verhandlungen mit Japan nicht in diffizile, peinliche Lage zu bringen, indem öffentlich Kommission als für Außenhandel zuständig deklariert, insgeheim aber doch bilaterale Abkommen ausgehandelt würden.[33] Japans Auftreten verrate, daß es die sich so bietenden Chancen zu nutzen verstehe, entsprechend auch gegenüber US verhandle.

Bei Wirtschaftsgipfel in Ottawa[34] müsse über Japan-Exporte gesprochen werden, und dies müsse in einer angemessenen Atmosphäre und Weise geschehen.

Strukturdebatte

Dem Wunsch von GB nach umfassender Strukturdebatte, einschließlich Agrarpolitik, einschließlich „Jumbo-Rats" im Juni[35] mit Ziel der abschließenden Erledigung bis Ende des Jahres wurden mehrere Einwände entgegengesetzt.

Es wurde beschlossen, AM-Rat im Juni werde Thema anhand Kommissionspapiers[36] in Vorbereitung ER behandeln.

Beziehungen Rat – Europäisches Parlament

AM LUX[37] erläuterte gewisse Verärgerungen seitens Europäischen Parlaments, insbesondere seit Maastricht.[38]

IT und B[39] unterstützten ihre Anregung, informelle Kontakte mit Parlamentariern aufzunehmen, um Irritationen zu beseitigen. DK schlug hierzu vor, als AM, nicht als Rat, den Parlamentariern gegenüberzutreten und einen Meinungsaustausch mit ihnen zu pflegen.

Das Gespräch endete am 9.5. gegen 19.00 Uhr und wurde am 10.5. nicht fortgesetzt.

gez. Siebourg

VS-Bd. 11140 (310)

33 Referat 411 notierte am 27. April 1981: „Ebenso wie GB und F schottet sich Italien in sensiblen Bereichen von japanischen Einfuhren ab. Das gilt insbesondere für den Automobilsektor. […] Wegen nationaler Einfuhrbeschränkungen einzelner MS muß der weithin offene deutsche Markt den Hauptdruck der japan[ischen] Exporte abfangen." Vgl. Referat 411, Bd. 131139.

34 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

35 Zur EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsminister („Jumbo-Rat") am 11. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 135, Anm. 22.

36 Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 einen Bericht zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vor. Vgl. dazu Dok. 182, Anm. 14.

37 Colette Flesch.

38 Zur Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

39 Charles-Ferdinand Nothomb.

139

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-3303/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 13. Mai 1981, 15.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 884 **Ankunft: 13. Mai 1981, 17.08 Uhr**

Betr.: DPC-Ministerkonferenz in Brüssel (12./13. Mai 1981), geschlossener Sitzungsteil[2];
hier: Teil 2

Bezug: DB Nr. 878 vom 12.5.81 – II 363.05/2-1903/81 geheim[3]
Aussprache über Statement Secretary of Defense Weinberger

I. Generalsekretär[4] zentrierte Aussprache auf out-of-area operations.

In der Aussprache, bei der Kanada, Luxemburg, Italien und die Türkei vorbereitete Erklärungen abgaben, bestand Übereinstimmung darüber, daß Entwicklungen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes[5]

1) sorgfältiger Analyse bedürften,

2) Unterstützung für Bereitschaft der USA erforderten, wenn Allianzinteressen in jenen Regionen (besonders Südwestasien) wahrgenommen werden,

3) in der Allianz abgestimmt behandelt werden sollten,

4) national auf Case-by-case-Basis entschieden werden sollten (Italien, Türkei),

5) in der eigenen Öffentlichkeit bewußt gemacht werden müssen (Basis: US-Briefing über sowjetische Rüstungsentwicklung),

1 Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 14. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und die Vortragenden Legationsräte Seibert und Kreusel verfügte.
Hat Hofmann am 15. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Seibert und Kreusel am 19. Mai 1981 vorgelegen.

2 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vgl. auch Dok. 140.

3 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete, die amerikanische Delegation habe zu Beginn der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO einen Überblick über den Stand der sowjetischen Rüstung auf konventionellem Gebiet sowie über Rüstungsexporte der UdSSR gegeben. Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger habe abschließend festgestellt, „die sowj[etische] Bedrohung sei inzwischen nach Waffenkategorien wie nach bedrohten Regionen total bzw. global geworden. Moskau gebe sich mit gigantischen Anstrengungen zu Lasten des Konsumsektors eine umfassende offensive Rüstung von hoher Qualität. Die Versuchung, sich dieses Potentials zu bedienen, nehme entsprechend zu. Die Entspannung habe die sowj. Aufrüstung nicht verursacht, aber auch nicht gestoppt, und das Bedrohungsbewußtsein im Westen vernebelt. Vor diesem Hintergrund forderte er neben Unterstützung der amerikanischen Eingreiftruppe beim evtl. Transit zusätzliche Verteidigungsanstrengungen aller Verbündeter nach US-Vorbild.“ Wieck berichtete weiter, der Vorsitzende des Militärausschusses, Falls, habe davor gewarnt, „das Kräfteverhältnis nach und nach bis zu einem Punkt verfallen zu lassen, an dem die NATO-Strategie der flexiblen Antwort wegen zu groß gewordener Abhängigkeit von Nuklearwaffen unwillkürlich zu einer (unglaubwürdigen) Stolperdraht-Strategie werde.“ Wieck stellte dazu fest: „Dies kann aus deutscher Interessenlage heraus nur unterstrichen werden.“ Vgl. VS-Bd. 13287 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Joseph Luns.

5 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

6) nicht zu öffentlich geführten Kontroversen zwischen Bündnispartnern mit unterschiedlichen Vorstellungen führen dürfen.

Zur Frage der Veröffentlichung des US-Briefings schlug Generalsekretär vor, aus Gründen der Zuständigkeit für Öffentlichkeitsarbeit damit den Rat zu befassen. Diesem Vorschlag wurde zugestimmt.

II. Im einzelnen ist berichtenswert:

Der kanadische Verteidigungsminister[6] zeigte sich vom amerikanischen Briefing über den sowjetischen Rüstungsaufschwung sehr beeindruckt. Es sei nötig, von dieser Unterrichtung eine nicht klassifizierte Version herzustellen, die in der Öffentlichkeit genutzt werden könne. Dagegen seien die eigenen Rüstungsanstrengungen zu stellen, wobei nicht verschwiegen werden dürfe, daß wir unseren ehemaligen technologischen Vorsprung weitgehend eingebüßt haben.

Der luxemburgische Verteidigungsminister[7] unterstrich besonders die Notwendigkeit, unterschiedliche Auffassungen in der Allianz über notwendige Reaktionen auf die gestiegene Bedrohung nicht an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Dies gelte besonders transatlantisch. Unsere Fähigkeiten (abilities of the Alliance) müßten erhalten bleiben. Dabei dürfe DPC Problemen nicht ausweichen. Andererseits müßten USA Chancen zur Fortführung von Arms Control-Verhandlungen mit der Sowjetunion nutzen.

Der italienische Verteidigungsminister[8] wies darauf hin, daß die NATO sich grundsätzlich nicht außerhalb des Vertragsgebietes engagieren könne. Zwar könnten Krisen außerhalb dieses Gebietes lebenswichtige Interessen der Mitgliedsstaaten berühren, insbesondere bedürften aber militärische Antworten in jedem Falle nationaler Entscheidungen. Die Bündnispartner sollten in dringenden Fällen konsultieren. Das gäbe politischen Maßnahmen mehr Gewicht. Solche Konsultationen bedeuteten keine Handlungsunfähigkeit. Sie könnten schnell erfolgen. Als Beispiel erinnere er an die DPC-Entscheidung vom vergangenen Dezember zum Thema Transiterleichterungen. Dagegen halte er die Schaffung einer Ad-hoc-Gruppe nicht für opportun. Nationale Absprachen sollten in erster Linie bilateral erfolgen und fallweise. Entscheidend sei Solidarität gerade im Krisenfall.

Der türkische Verteidigungsminister[9] hob die Rolle seines Landes insbesondere bei der Beurteilung von Krisensituationen in Südwestasien hervor. Es gelte in erster Linie, wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten zu beseitigen und so Stabilität zu gewinnen. Dabei müsse auf die Sensibilität in den einzelnen Ländern (Ängste, Hoffnungen, Erwartungen) Rücksicht genommen werden. Fehler in der Beurteilung dieser Faktoren könnten beabsichtigte Wirkungen leicht scheitern lassen. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Schlüsselrolle des israelisch-arabischen Konflikts und unterstrich die Bedeutung, die er der Islamischen Konferenz beimesse. Langfristig komme es darauf an, Sta-

6 Gilles Lamontagne.
7 Émile Krieps.
8 Lelio Lagorio.
9 Haluk Bayülken.

bilität in Südwestasien durch Vertrauensbildung zu erreichen. Hierzu müßten wir mit allen Ländern in jener Region zusammenarbeiten.

In erster Linie komme wirtschaftliche Hilfe in Frage (gutes Beispiel: US-Hilfe an Pakistan[10]). Die Hilfe würde um so mehr bewirken, wenn sie aufgrund eines Ersuchens geleistet würde.

Zum besonderen Thema Rapid Deployment Force[11] bemerkte er, daß

– es sich um eine nationale Entscheidung handele,
– ihre Einrichtung den politischen und militärischen Willen der Allianz insgesamt unterstreiche,
– umfassende und offene Konsultationen erforderlich seien,
– er Case-by-case-Entscheidungen befürworte,
– die verschiedenen Szenarios und mögliche Einsatzabläufe bekannt sein müßten,
– jeder daraufhin seine Möglichkeiten einschätzen könne, wie solche Aktionen zu unterstützen seien, und er sich insgesamt darüber im klaren sei, daß diese Anstrengungen gemeinsam getragen werden müßten.

Wesentlich sei es bei der Beurteilung von Einsätzen der RDF, daß solche Einsätze im Interesse der gesamten Allianz erfolgten.

Zum Thema Öffentlichkeitsarbeit unterstrich der türkische Verteidigungsminister die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit angemessen zu unterrichten. Hier sei zu beachten, daß bei zuviel Information auch zuviel Gelegenheit zu Mißinterpretationen gegeben werde.

Abschließend wies er auf die Notwendigkeit der weiteren Unterstützung insbesondere der türkischen Streitkräfte hin. Die Türkei wende selbst fast ein Drittel des Budgets für die Verteidigung auf. Dies reiche jedoch nicht aus, und daher müßten die Industrienationen weiterhin um Hilfe gebeten werden. Er dankte in diesem Zusammenhang insbesondere den USA.

Belgische Erklärung zu AWACS[12]

Belgischer Verteidigungsminister[13] gab die Entscheidung seiner Regierung bekannt, sich im vorgesehenen Umfang an AWACS zu beteiligen. Er wies jedoch darauf hin, daß dies eine Überprüfung von Prioritäten im belgischen Verteidigungshaushalt erfordere und daß die belgischen finanziellen Möglichkeiten nicht überschätzt werden dürften. Er sei vielmehr der Ansicht, es müßte etwas zur Unterstützung Belgiens getan werden. Insbesondere könne er keinen neuen Programmen zustimmen. Er schlage deshalb vor, daß in Zukunft auf Ministerebene Prioritäten gesetzt werden sollten.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10313 (201)

10 Zur amerikanischen Hilfe an Pakistan vgl. Dok. 113, Anm. 23.
11 Zur „Rapid Deployment Force“ vgl. Dok. 55.
12 Zum luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem (AWACS) der NATO vgl. Dok. 110, Anm. 12.
13 Frank Swaelen.

140

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.11-1807/81 VS-vertraulich **15. Mai 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Frühjahrsministerkonferenzen der Eurogroup und des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) der NATO[3] vom 11. bis 13. Mai 1981 in Brüssel;
hier: Verlauf und Ergebnisse

Anlg.: 2 (Abschlußkommuniqué von Eurogroup (11.5.) und DPC (13.5.))[4]

I. Überblick

1) Im Mittelpunkt der Ministerkonferenzen standen sowohl im Hinblick auf die Abschlußkommuniqués (Anlagen) wie auf die zu verabschiedenden, VS-eingestuften „Ministerrichtlinien"

– die wachsende sowjetische konventionelle Bedrohung, auch durch Waffenexporte;
– die Verteidigungsfinanzierung („3%"[5]; Infrastrukturkosten, auch für die LRTNF-Modernisierung) sowie
– die militärische Rolle einzelner Bündnispartner in der Dritten Welt.

2) Das Briefing über die sowjetische Bedrohung (vgl. DB aus NATO-Brüssel vom 12.5.1981 – II-363.05-1903/81 geheim[6]) erhärtete die Beobachtung einer ständigen Expansion des sowjetischen Rüstungskomplexes (Entwicklung, Produktion, Export). Vgl. hierzu II. 1.

3) Zu den Finanzierungsfragen kam es zu einer insgesamt vierstündigen harten Auseinandersetzung zwischen den Ministern Apel und Weinberger, wodurch zeitweise der falsche Eindruck einer spezifisch deutsch-amerikanischen Kontroverse entstand (vgl. hierzu unter II. 2).[7]

1 Durchschlag als Konzept.
Hat den Vortragenden Legationsräten Seibert und Boden sowie Legationsrat I. Klasse Bolewski am 18. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Wagner am 19. Mai 1981 vorgelegen.

2 Günther van Well.

3 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vgl. auch Dok. 139.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 10313 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Eurogroup der NATO vgl. BULLETIN 1981, S. 407 f.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 30–33. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 351–355.

5 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

6 Zum Drahtbericht Nr. 878 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 139, Anm. 3.

7 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 12. Mai 1981 mit: „Am Morgen des 12.5. hat BM Apel versucht, in einem bilateralen Vorgespräch mit V[er]t[eidigungs]-Min[ister] Weinberger das Feld für eine Einigung abzustecken. Das Gespräch blieb ohne Erfolg, da Min. Weinberger auf der Maxi-

Der auch für diese Punkte gefundene Kompromiß ist für uns wie für Weinberger befriedigend; in seiner Pressekonferenz[8] hielt er sich dann auch loyal an die bündniskonforme Auslegung der Ergebnisse.

4) Rüstungskontrolle spielte in Brüssel nur hinsichtlich der Übernahme des „Signals von Rom“[9] in das DPC-Kommuniqué eine Rolle (vgl. Paragraph 12).

Dabei stellte Weinberger klar, daß die LRTNF-Verhandlungen von den Ergebnissen der beiden Studien von HLG bzw. SCG ausgehen müßten („based on“). Dies verstärkte den Verdacht, daß es W. um Überprüfung der Verhandlungsziele für LRTNF im Integrated Decision Document vom 12.12.1979[10] gehe. Aufnahme einer entsprechenden Formulierung ins Kommuniqué wurde jedoch mit Hinweis darauf abgelehnt, daß Haig in Rom (Paragraph 12) für die Rolle der Studien die schwächere Formulierung „rely on“ akzeptiert hatte.

Die amerikanische Delegation zeigte keine Bereitschaft, die sehr allgemeine Indossierung von Rüstungskontrolle (vgl. Paragraph 7) um Aussagen zu SALT, MBFR oder KAE zu bereichern. Angesichts der oben erwähnten deutsch-amerikanischen Kontroverse hielt die deutsche Delegation es nicht für angezeigt, sich auch in diesem Bereich zum Widersacher zu machen.

5) Die Eurogroup-Minister betätigen sich hinsichtlich der ihnen vorliegenden Studien als „rubber-stamping body“, ohne indessen die gewonnene Zeit für eine echte politische Diskussion akuter gemeinsamer Probleme (z. B. Öffentlichkeitsarbeit mit Bezug auf LRTNF; Koordinierung gegenüber den amerikanischen Finanzierungsforderungen) zu nutzen. Vertieft wurde nur die Frage, unter welchen Bedingungen der amerikanischen Rapid Deployment Force[11] (RDF) beim Transit in Regionen der Dritten Welt Unterstützung gewährt werden sollte (vgl. II. 3).

II. Im einzelnen

1) Sowjetische Bedrohung: Aus dem z. T. streng geheim eingestuften, von Satellitenfotos erhärteten „Briefing“ werden hier folgende Schlüsselzahlen festgehalten:

a) Die sowjetische Rüstungsindustrie hat ihre Kapazität seit 1970 um 34% erweitert.

b) Die SU ist seit 1981 größter Waffenexporteur (im Wert von US-$ 15 Mrd.). Die Hälfte davon wird derzeit nach Libyen geliefert. Jeden zweiten Tag geht ein sowjetischer Frachter mit Rüstungsgütern in die Dritte Welt.

c) Die Munitions- und Treibstoffvorräte der WP-Armeen in Mitteleuropa sind für einen mehrtägigen Bedarf ständig bereits auf Lastwagen verladen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 782
malforderung der USA beharrte; damit war im DPC eine kontroverse Behandlung unvermeidlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 882; VS-Bd. 10313 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Für den Wortlaut der Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger in einer Pressekonferenz am 13. Mai 1981 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 355 f. (Auszug).

9 Vgl. dazu das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343. Vgl. dazu ferner Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

10 Korrigiert aus: „17.12.1979“.
Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

11 Zur „Rapid Deployment Force“ vgl. Dok. 55.

d) Die sowjetische Panzerwaffe hat den weiter steigenden Umfang von 47000 Panzern (T-64, T-72, T-80) erreicht; davon sind 21000 in WP-Staaten und 17000 in den westlichen Militärbezirken der UdSSR stationiert.

2 a) Hinsichtlich der Finanzierung ging es abstrakt um Bestätigung oder Verschärfung des 3%-Ziels. (Weinberger forderte statt „etwa 3%" wie bisher „mindestens 3%" realer jährlicher Steigerung der Verteidigungsausgaben.) Minister Apel – dabei von niemandem im DPC unterstützt – setzte Beibehaltung der bisherigen Formel durch. (Dänemark erklärte anschließend als „Mentalreservation", dieses Ziel de facto nicht anstreben zu können.)

In DPC-Kommuniqué (Paragraph 16) und Ministerrichtlinie wird das 3%-Ziel qualifiziert, indem angedeutet wird, daß es bei Steigerung der Verteidigungsleistungen weniger auf den Input als auf den Output ankomme. Dies erlaubt Partnern, bei Versäumen der 3%-Marke auf den evtl. zusätzlichen Wert des Geleisteten hinzuweisen; umgekehrt erlaubt es den Amerikanern, dann mehr als 3% zu verlangen, wenn Verteidigungsaufwendungen – wie bei Solderhöhung und Benzinkostenausgleich – keine zusätzliche Kampfkraft erbringen.

Weiterer Streit um die 3%-Formel ist somit vorprogrammiert.

b) Konkret ging es um amerikanische Forderungen nach

– Erhöhung des Umfangs des NATO-Infrastrukturprogramms für 1980 bis 1984 (1 Mrd. IAU).[12] Dies wurde von uns abgelehnt.
– Erhöhung der 32. Tranche (1981) im Rahmen dieses Plafonds. Minister Apel stimmte gemäß Rücksprache mit BK Schmidt überraschend Erhöhung von 180 Mio. auf 240 Mio. IAU zu. Dies bedeutet vorzeitige Belastung des Bundeshaushalts 1981 oder 1982 um rund DM 120 Mio.
– Vorziehung des „mid-term review" (Anfang 1983) zur Ergänzung des Infrastrukturprogramms um die LRTNF-Kosten und zwecks Inflationsbereinigung. Minister Apel stimmte Vorziehung – allerdings nur für Festsetzung der vorläufigen LRTNF-Kosten (d.h. rund DM 560 Mio., davon DM 150 Mio. deutscher Anteil) – auf Dezember 1981 zu.

Dies stellte das denkbar weitgehendste Entgegenkommen gegenüber den unrealistischen Vorstellungen Weinbergers dar, der mit einer im Bündnis kaum je erlebten Zähigkeit die sofortige Bewilligung der LRTNF-Kosten und des Inflationsausgleichs durch Anhebung der 32. Tranche um 210 Mio. IAU, also rund DM 1,7 Mrd., gefordert hatte.

Auch in dieser auf deutscher Seite hitziger, auf amerikanischer Seite kühl geführten Diskussion sah sich Minister Apel allein gelassen, während UK, NL und Luxemburg Weinbergers Position sogar stützten.

Minister Apel sah daher Veranlassung, zu versichern, daß die Bundesregierung auch insoweit voll hinter dem LRTNF-Doppelbeschluß[13] steht, als sie anerkennt, daß die gemeinsam zu tragenden Infrastrukturkosten der Modernisierung außerhalb des NATO-Infrastrukturplafonds noch vor Jahresende zu bewilligen sind, damit keine Verzögerung eintritt.

12 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 110, Anm. 10.
13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

Der niederländische Minister[14] bat aus innenpolitischen Gründen darum, nach außen zu vertuschen, daß es im Dezember[15] nur um Festsetzung der LRTNF-Infrastrukturkosten gehen werde.

3) Hinsichtlich der Unterstützung der RDF bei Einsätzen in der Dritten Welt zeigten sich die Europäer trotz Bekundung generellen Wohlwollens gespalten:

a) Nur Luxemburg erklärte, die USA könnten unbeschränkt über die Flughäfen Luxemburgs und dortige amerikanische Materialdepots verfügen. Andernfalls sei die RDF keine glaubwürdige Streitmacht.

b) Nur die Türkei versuchte, ihre Hilfsbereitschaft von einem vorherigen NATO-Beschluß (über die Übereinstimmung eines RDF-Einsatzes mit den Zielen des Bündnisses) abhängig zu machen. Dies wäre auf ein Vetorecht aller hinausgelaufen. (Bei Zustimmung in einem konkreten Fall hätte dieses Verfahren aber automatisch einen hohen Grad an Involvierung aller bedeutet.)

c) Die Mehrheit, vor allem NL, NO, IT, PO und wir befürworteten, daß der RDF-Einsatz ebenso wie die Gewährung von Hilfe dafür nationale Entscheidungen bleiben. Nur NL glaubte, allerdings dafür aufgrund detaillierter Eventualfallplanungen, Pauschalgenehmigungen im voraus erteilen zu können.

Die Formulierung des Paragraph 5 im DPC-Kommuniqué ist vor diesem Hintergrund als Durchsetzung des deutschen Standpunkts in engster Anlehnung an das Kommuniqué von Rom zu sehen.[16]

gez. Hofmann[17]

VS-Bd. 10313 (201)

14 Pieter de Geus.

15 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.

16 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), gab am 15. Mai 1981 folgende Einschätzung: „Es zeigt sich, daß der amerikanische Verteidigungsminister mit der Arbeitsweise der Allianz nicht in allen Fällen vertraut war und offenbar die Positionen der Europäer zum Teil falsch einschätzte. So vermutete er offensichtlich hinter der deutschen Zurückhaltung, den amerikanischen Infrastruktur-Kostenvorstellungen zu folgen, einen Versuch, die Realisierung der Nachrüstung durch Verzögern der Infrastrukturmittel für dieses Projekt zu behindern. […] Der Rat der Außenminister wie die DPC-Ministerkonferenz haben in sich ergänzender Weise verdeutlicht, daß das Bündnis in der Lage ist, die in einem schwierigen politischen Umfeld vorhandenen Meinungsunterschiede sachlich zu debattieren und zu politisch realistischen Beschlüssen zu kommen. Dabei hat auch die Tagung der Verteidigungsminister die unveränderte Gültigkeit der komplementären Politik sichtbar gemacht, nämlich die Notwendigkeit einer funktionierenden Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit bei ernsthafter Bereitschaft zu realistischer Rüstungskontrollpolitik. […] Wenn auch zu spüren war, daß die Vertreter der neuen Administration mit der Sicht und den Problemen ihrer europäischen Verbündeten nicht immer sehr vertraut sind, lassen sich doch Anzeichen dafür erkennen, daß man diese nicht mehr als Quantité négligeable ansieht, sondern erkennt, daß es von Nutzen ist, die Auffassungen der Bündnispartner in die eigenen Überlegungen mit einzubeziehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 897; VS-Bd. 10313 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Paraphe.

141

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Figueiredo

18. Mai 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem brasilianischen Präsidenten Figueiredo am 18. Mai 1981 von 14.35 bis 16.00 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Anwesend die beiden Außenminister[3] (BM Genscher bis 15.00 Uhr), Chef des Planungsstabs, Sardenberg, und GL 21[4].

Bundeskanzler freut sich außerordentlich über den Besuch und erinnert an seinen eigenen Brasilien-Besuch[5] kurz nach dem Amtsantritt des Präsidenten[6]. Der jetzige Besuch des Präsidenten ist Ausdruck des großen gegenseitigen Interesses und der großen Sympathie beider Länder.

Figueiredo dankt für Empfang und die Gelegenheit zum persönlichen Gespräch mit dem Bundeskanzler. Ihm liegt vor allem am Meinungsaustausch über die gegenseitig interessierenden Fragen der internationalen Politik und Krisenherde wie Afghanistan, Libanon, Nahost, Afrika und Zentralamerika, aber auch Polen. Er erläutert die „universalistische Politik" seines Landes, die freundschaftliche Beziehung mit allen Ländern der Welt, unabhängig von Regierungsform und Rasse, sucht. Brasilien setzt sich für Souveränität, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung aller Völker ein. Es fühlt sich aus kulturellen, historischen und geographischen Gründen dem Westen zugehörig. In der kleiner gewordenen Welt wird auch Brasiliens Schicksal von weltpolitischen Krisenherden berührt. Die Nahost-Frage geht Brasilien direkt an, weil es sowohl eine jüdische wie eine arabische Bevölkerungsgruppe hat, die beide völlig im Lande integriert sind. Brasiliens Nahostpolitik ist wie die deutsche an der Exi-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 21. Mai 1981 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt geleitet. Dazu vermerkte Gablentz: „Hiermit lege ich die Vermerke über Ihr Gespräch am 18. Mai 1981 von 14.35 bis 16.00 Uhr und Ihr Gespräch am 19. Mai 1981 von 16.30 Uhr bis 18.45 (verfaßt von Botschafter Schoeller) mit der Bitte um Billigung vor. BM Genscher hat vorbehaltlich Ihrer Genehmigung Doppel erhalten. Aus den Gesprächen halte ich folgende operative Punkte fest: Ihre Zusage, Präsident Reagan mitzuteilen, daß Brasilien eine friedliche Lösung in El Salvador anstrebt, im Fall internationaler Krise auf Seite des Westens steht. Figueiredo will Angola und Mosambik auf unser Interesse an Verbesserung bilateraler Beziehungen hinweisen. Sie wollten Präsident Reagan auf ‚eine Art Marshall-Plan' für die Karibik ansprechen und hierüber in Cancún mit dem Ziel einer regionalen Zusammenarbeit in der Karibik sprechen. Zusage Figueiredos für Hamburg als Sitz des Seegerichtshofes."
Hat Schmidt am 26. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anlage nicht gelesen – bitte Kopie z. d. A. pr[rivat] (S[ammlun]g) bei mir." Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

2 Präsident Figueiredo hielt sich vom 17. bis 19. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Hans-Dietrich Genscher bzw. Ramiro Elísio Saraiva Guerreiro.

4 Otto von der Gablentz.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 3. bis 7. April 1979 in Brasilien auf. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 102.

6 Präsident Figueiredo trat sein Amt am 15. März 1979 an.

stenz des Staates Israels ausgerichtet, an der Beendigung der militärischen Besetzung und am Recht der Palästinenser, sich auch für einen eigenen Staat zu entscheiden.

Die Ölpreisexplosion[7] hat Brasilien in eine wirtschaftliche Krise getrieben, da Industrie und Entwicklungsbemühungen auf dem Öl aufbauen, das zu 75% aus dem Nahen Osten kommt. Brasilien darf daher weder die Israelis verstimmen noch sich selbst seiner Ölzufuhr berauben.

Es darf nicht hingenommen werden, daß ein Land wie die Sowjetunion, die sich demokratisch geriert, ein Land wie Afghanistan militärisch besetzt hält. Auch ein sowjetischer Einmarsch in Polen wird von Brasilien keinesfalls hingenommen werden.

In Zentralamerika, das Brasilien viel näher ist, sieht es mit großer Sorge die Ausbreitung radikaler linker Ideen. Kuba hat die gesellschaftlichen Spannungen in der Region ausgenutzt, um die politischen Kräfte zu fördern, die für kubanische Ideen ein offenes Ohr zeigen. Brasilien verfolgt mit großer Sorge Nachrichten über ein mögliches militärisches Eingreifen der Amerikaner in El Salvador, das die Spannungen in der Region nur vergrößern und einen großen Teil des Kontinents in den Konflikt mit einbeziehen könnte. Zentralamerika könnte zu einem neuen Vietnam werden. Man muß klar sehen, daß nicht die kommunistische Infiltration als solche die gefährliche Krise heraufbeschworen hat, sondern die Armut, soziale und politische Spannungen, die von Kommunisten genutzt wurden, um ihre Ideen der Bevölkerung aufzuzwingen mit dem Argument, daß die USA für diese Lage verantwortlich sei.

Die beste Lösung wäre, die betroffenen Länder wirtschaftlich zu unterstützen und die sozialen Konflikte einzudämmen. Das Volk muß spüren, daß der Westen sie unterstützt. Wenn das nicht geschieht, wird es die Sowjetunion durch Kuba tun. Brasilien wird sich gegen alle militärischen Aktionen in der Region aussprechen und alles tun, um friedliche Lösungen zu finden. Allerdings wird Brasilien im Falle einer internationalen Krise jedenfalls auf Seite des Westens stehen.

Er bittet den Bundeskanzler, Präsident Reagan zu übermitteln[8], daß Brasilien in einer Krise auf jeden Fall den Westen unterstützen wird und sich für eine friedliche Lösung der Probleme einsetzt.

Bundeskanzler sagt zu, diese Botschaft Präsident Reagan zu übermitteln. Er möchte zu den aufgeworfenen Problemen kurz Stellung nehmen:

– Polen bereitet große Sorge. Durch Kreditgewährung wollen wir zur wirtschaftlichen Sicherung beitragen.[9] Ein sowjetischer Einmarsch würde politisch und psychologisch die Welt verändern und einem Kriege näherbringen.
– Die Lage im Libanon[10] zeigt, daß der Camp-David-Prozeß[11] nach Ziel und Teilnehmerzahl erweitert werden muß, wenn der Friedensprozeß im Nahen

7 Zur Entwicklung des Ölpreises seit 1978 vgl. Dok. 111, Anm. 43.
8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.
9 Zu den Hilfsmaßnahmen für Polen vgl. Dok. 80, Anm. 24.
10 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 125, Anm. 27, 29 und 30.
11 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

Osten Fortschritte machen soll. Die EG hat in ihren Resolutionen[12] Ansätze für eine umfassende Lösung gemacht. Sie müssen im Laufe des nächsten Jahres fortgesetzt werden, allerdings sicherlich nicht im Streit mit den USA.

– Afghanistan beurteilen wir wie die Brasilianer. Daher haben unsere Sportler nicht an den Olympischen Spielen teilgenommen.[13] Daher leisten wir Pakistan[14], Türkei[15], aber auch Somalia[16] große Hilfe, um die am stärksten bedrohten Nichtöl-EL dieser Region politisch und psychologisch zu stützen.
– Saudi-Arabien und die Golfstaaten fühlen sich von der Sowjetunion bedroht, nicht nur vom Norden, sondern auch vom Südjemen. Sie möchten unabhängige Staaten der Dritten Welt sein, werden aber im Konfliktfall auf Seite des Westens stehen. Sie verhalten sich in der Weise ähnlich wie Brasilien, nur ist ihre Lage viel exponierter.
– Die Ölpreisexplosion ist die Hauptursache der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Sie hat Brasilien in schwere wirtschaftliche Probleme gestürzt, liegt auch unserem Zahlungsbilanzdefizit zugrunde. Die Saudis verstehen diese Zusammenhänge. Es ist wichtig, daß man in Cancún[17] offen darüber redet und nicht so tut, als ob die OPEC der größte Freund der EL sei. Unser Freund López Portillo wird hoffentlich in dieselbe Richtung denken.
– Die brasilianische Beurteilung der Lage in Zentralamerika interessiert ihn sehr. Er hofft, hierüber morgen[18] noch mehr zu hören.

12 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.
Vgl. dazu ferner die Erklärung im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 12/1980, S. 10 f.
Vgl. dazu auch die Erklärung im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht; BULLETIN DER EG 3/1981, S. 9.

13 Am 23. April 1980 gab das Presse- und Informationsamt die Empfehlung der Bundesregierung an das NOK bekannt, keine Sportler zu den XXII. Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu entsenden. Vgl. dazu BULLETIN 1980, S. 375.
Am 15. Mai 1980 entschied das NOK in Düsseldorf, dieser Empfehlung zu folgen. Vgl. dazu den Artikel „Keine Olympia-Teilnahme der Bundesrepublik"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 17. Mai 1980, S. 1. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 25, Dok. 109 und Dok. 122.

14 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an Pakistan vgl. Dok. 104, Anm. 28.

15 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an die Türkei im Rahmen der OECD sowie der Verteidigungshilfe vgl. Dok. 134, Anm. 16 und 17.

16 Ministerialdirigent Petersen erläuterte am 31. März 1981: „Seit Oktober 1977 (Geiselbefreiungsaktion in Mogadischu) haben sich die deutsch-somalischen Beziehungen ständig verbessert. Nicht nur die umfangreiche deutsche Entwicklungshilfe, deren Volumen seit 1978 an der Spitze westlicher bilateraler Hilfsleistungen steht (für 1980/81 insgesamt 101,7 Mio. F[inanzielle]Z[usammenarbeit] und 34,5 Mio. T[echnische] Z[usammenarbeit]-Mittel), sowie unsere beachtliche öffentliche und private Flüchtlingshilfe (1980 leistete die Bundesregierung insgesamt 6,9 Mio. DM, davon 4 Mio. DM über den UNHCR, für über 1,5 Mio. Flüchtlinge in somalischen Lagern), sondern auch der verstärkte politische Dialog haben wesentlich zu einer Festigung des freundschaftlichen Verhältnisses beigetragen." Vgl. Referat 320, Bd. 127763.

17 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

18 Bundeskanzler Schmidt und Präsident Figueiredo trafen am 19. Mai 1981 erneut zusammen. Zur Lage in Zentralamerika führte Figueiredo aus: „El Salvador sei wichtigstes Problem in Zentralamerika. Bei der Junta wie bei den Guerrilleros gäbe es besonnene Kräfte. Das beste wäre, beide Gruppen zusammenzuführen. Keinesfalls sollte man nur eine Seite unterstützen. In Nicaragua sei die Situation anders. Die dortige sandinistische Regierung sei marxistisch ausgerichtet. Leider könne man der Bevölkerung in diesen Staaten nicht unmittelbar – ohne Einschaltung und damit Förderung der dortigen Regierungen – helfen. Auch in den karibischen Staaten wie z. B. Trinidad und

– Für die Regierung Reagan wird die Haltung zu Lateinamerika eine entscheidende Bewährungsprobe werden. Wir wissen die Bemühungen Brasiliens und insbesondere seines Präsidenten um freundschaftliche Beziehungen in Lateinamerika, aber auch zu Angola und Mosambik, sehr zu schätzen.

Zu seinem bevorstehenden Amerika-Besuch weist er darauf hin, daß er Reagan in den letzten drei Jahren dreimal gesehen habe.[19] Das Attentat[20] hat dazu beigetragen, daß die amerikanische Politik erst verhältnismäßig spät und langsam definiert wird. Für uns ist entscheidend, daß die doppelte Politik weitergeführt wird, die wir gemeinsam in der Atlantischen Allianz vor 14 Jahren konzipiert haben[21]: Militärisch stark genug sein, damit uns keiner erpressen kann und das Gleichgewicht gewahrt bleibt; andererseits und gestützt auf diese Sicherheit verhandeln über Rüstungsbegrenzung und den Ausgleich von Spannungen auf vielen Gebieten. Noch ist nicht eindeutig, wann die USA Verhandlungen über eurostrategische Waffen wiederaufnehmen können. Ähnlich wie Brasilien würden auch wir die psychologischen Rückwirkungen eines möglichen militärischen Eingreifens in El Salvador als sehr ernst beurteilen. Für Europa hätte es gefährliche Folgen, wenn die USA sich nicht mit vollem Nachdruck um Rüstungskontrollverhandlungen bemühten.

Wir haben ein enges und freundschaftliches Verhältnis zu den USA. Wir sind Mitglied im Atlantischen Bündnis. Aber wir haben auch großen Respekt vor der Unabhängigkeit und Blockfreiheit der Länder der Dritten Welt und bemühen uns, dieses Gefühl auch den USA zu vermitteln. Brasilien steht unter diesen Ländern der Dritten Welt sozusagen an der Spitze.

Figueiredo betont, daß Brasilien gute Beziehungen mit den portugiesischsprachigen Ländern Afrikas unterhält und großes Interesse hat, die kulturellen, geographischen und politischen Bindungen fortzuentwickeln. Angola und Mosambik merken, daß sie von den Sowjets nicht die zugesagte Unterstützung be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 788

Tobago, Barbados und anderen müsse man den wachsenden marxistischen Einfluß mit Sorge beobachten. […] Den marxistischen Einfluß könne man in Zentralamerika und der Karibik nur durch energische sozialwirtschaftliche Hilfsmaßnahmen verhindern. Die USA seien nicht auf dem richtigen Wege, wenn sie mit Kraft und Gewalt ihnen unliebsamen Entwicklungen entgegentreten. Es sei nicht nützlich, militärische Berater (100, 200, 500 oder 2000) nach El Salvador zu entsenden. So habe auch das Drama in Vietnam angefangen." Weitere Gesprächsthemen waren der Nord-Süd-Dialog, die bilateralen Beziehungen, die Rolle der Gewerkschaften in Brasilien, die Dritte VN-Seerechtskonferenz und die Kandidatur Hamburgs als Sitz des Internationalen Seegerichtshofs. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

19 Der ehemalige Gouverneur des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien, Reagan, traf am 30. November 1978 zu einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1978.
Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA. Bei dieser Gelegenheit traf er „im informellen Rahmen" mit Reagan zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen, New York (German Information Center), vom 8. Dezember 1980; Referat 204, Bd. 115940.
Ferner fand am 20. November 1980 in Washington ein Gespräch statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 337.

20 Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 11.

21 Vgl. dazu den „Bericht des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war; NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

kommen können. Brasilien möchte zur politischen Stabilisierung dieser von SU und Kuba enttäuschten Länder beitragen. Trotz Apartheid unterhält es aber auch Beziehungen zu Südafrika, ein Land, „das ja dem Westblock angehört". Wenn jetzt die neue amerikanische Regierung ihre Südafrikapolitik neu definiert, könnte eine schwierige Lage entstehen. Brasilien muß sich dann unter Umständen gegen die USA wenden. Seine Haltung wird im wesentlichen davon abhängen, ob sich die USA weiterhin für die Unabhängigkeit in Namibia einsetzt.

Bundeskanzler: Auch wir kämen in eine schwierige Lage, wenn die USA auf die Linie Südafrikas einschwenken sollte. Wir verurteilen Apartheid und setzen uns im Rahmen der Fünfer-Diplomatie für eine baldige Unabhängigkeit Namibias auf der Grundlage der Sicherheitsresolution 435[22] ein. Er wird mit Reagan hierüber sprechen. Er teilt das Urteil Figueiredos über die Rolle der kubanischen Truppen. Er hat nie verstanden, daß die Blockfreien ein Land zum Vorsitzenden wählen konnten[23], das sich als Söldner der SU in Staaten der Dritten Welt mißbrauchen läßt. Die amerikanische Politik gegenüber Südafrika hat wie die gegenüber El Salvador eine katalytische Bedeutung für die Politik der USA und ihr Ansehen in der Dritten Welt.

Als Fußnote möchte er in diesem Zusammenhang festhalten, daß er dankbar wäre, wenn Brasilien in Zukunft nicht mehr dabei mitwirken würde, daß die Bundesrepublik Deutschland in den VN aufgrund unwahrer Behauptungen in Verbindung mit nuklearer Zusammenarbeit mit Südafrika genannt wird. Solche Behauptungen beeinträchtigen auch bilaterale Beziehungen. Auf Einwurf Figueiredos, daß es sich[24] sicher doch nur um allgemeine Verdammungen handele, betont er, daß wir in den Resolutionen spezifisch genannt werden, und bietet hierzu genaue Auskünfte auf diplomatischem Wege an.

Zu Namibia werden wir versuchen, die amerikanischen Freunde in dem Sinne zu beeinflussen, der auch der brasilianischen Politik entspricht.

Figueiredo möchte morgen über die Probleme des Nord-Süd-Dialogs sprechen. Er hat von Trudeau und Giscard gehört, daß beide mit der deutschen Position grundsätzlich übereinstimmen.[25]

22 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

23 Mit Beginn der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna übernahm Kuba für drei Jahre den Vorsitz der Bewegung.

24 Korrigiert aus: „es sicher".

25 Ministerpräsident Trudeau hielt sich vom 13. bis 17. Januar 1981 in Brasilien auf. Botschafter Schoeller, Brasilia, teilte dazu am 22. Januar 1981 mit, nach brasilianischen Informationen habe der Nord-Süd-Dialog im Mittelpunkt des Gesprächs mit Präsident Figueiredo gestanden: „Das Interesse Figueiredos, an dem Gipfel im Mexiko teilzunehmen, sei deutlich vorgebracht worden." Nach Auskunft der kanadischen Botschaft sei aus den Erklärungen Figueiredos klar hervorgegangen, „daß Brasilien das bisherige ‚low profile' in der Nord-Süd-Auseinandersetzung beibehalten will und nicht bereit ist, […] sich in eine Führungsrolle der Dritten Welt hineindrängen zu lassen. Brasilien sei noch weniger geneigt, eine Mittlerrolle zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern einzunehmen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 93; Referat 330, Bd. 125095.
Vom 28. Januar bis 1. Februar 1981 fand ein Besuch von Figueiredo in Frankreich statt. Gesandter Mühlen, Paris, teilte dazu am 9. Februar 1981 mit, nach Auskunft des französischen Außenministeriums sehe sich Brasilien im Nord-Süd-Dialog „ganz in Gruppe der Länder der Dritten Welt. Brasilianische Delegation habe Politik der Weltbank und des IWF heftig kritisiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 272; Referat 330, Bd. 125095.

Bundeskanzler: Giscard wird ein guter Freund bleiben, auch wenn er nicht mehr im Amte ist.[26] Auch er kann nicht im einzelnen die neue Politik Mitterrands voraussagen, obwohl er mit Mitterrand früher häufiger zusammengetroffen ist. Er geht davon aus, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit auch in Zukunft so eng sein wird wie in der Vergangenheit. Auch Trudeau ist ein guter Freund, hat es aber sehr schwer, sein zu großes und zu schmales Land unter politischer Kontrolle zu halten. In der Skala der am schwierigsten zu regierenden Länder steht Jugoslawien ganz oben, dann kommt Kanada und dann wahrscheinlich schon die Bundesrepublik Deutschland.

Figueiredo wird am 26. Mai 1981 mit Präsident Viola in Argentinien zusammenkommen. Er ist ein guter Freund von ihm, was den Beziehungen zugute kommen sollte. Er möchte sich auch zu El Salvador abstimmen. Er berichtet von allerdings unbestätigten Gerüchten, daß es zu einem amerikanischen militärischen Eingriff kommen könnte. Er möchte klarstellen, daß es weder im Interesse Argentiniens noch Brasiliens noch der Menschheit liegt, daß die USA sich militärisch in El Salvador engagiert.

Bundeskanzler betont, daß wir sehr interessiert sind an einer Verbesserung der Beziehungen zu Angola[27] und Mosambik.[28] Vielleicht hat Figueiredo Gelegenheit, dies gelegentlich bei diesen Regierungen einfließen zu lassen (Figueiredo wird sich gleich darum bemühen).

Zur Lage in El Salvador haben wir das Gefühl, daß es auf beiden Seiten Leute gibt, mit denen man reden kann und die zur friedlichen Lösung des inneren Konflikts zusammenarbeiten müssen.

26 Im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen am 10. Mai 1981 in Frankreich setzte sich François Mitterrand mit 51,75 % der Stimmen gegen Valéry Giscard d'Estaing durch, der 48,25 % erreichte.

27 Botschafter Dunker, Luanda, legte am 10. März 1981 dar, die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Angola „ließen nach wie vor zu wünschen übrig, da Angola weiterhin unter massivem Druck der DDR die Berlin-Klausel nicht anerkennt, unsere Modelle für T[echnische]Z[usammenarbeit]- und F[inanzielle]Z[usammenarbeit]-Kooperationsabkommen nicht verhandelt, die Unterbringungsfrage der Deutschen Botschaft in Luanda dahinschleifen läßt, keinen positiven Willen in der Entschädigungsfrage zeigt und keine Vertretung in Bonn hat. Nur im kulturellen Bereich sowie im kurz- und mittelfristigen Liefergeschäft einiger deutscher Privatfirmen zeigten sich zaghaft etwas positivere Ansätze." Vgl. den Schriftbericht Nr. 153; Referat 320, Bd. 127714.
Am 23. Juni 1981 führte Dunker aus, nach dem Eindruck der Botschaft seien die bilateralen Beziehungen „kürzlich im ‚inneren Kreis' des ZK und des Politbüros der angolanischen MPLA-Partei und auch im Ministerrat Gegenstand von Erörterungen gewesen […]. Trotz mancher Befürworter an höchster Stelle hat sich die Mehrheit der Führungsspitze höchstwahrscheinlich nicht dazu durchringen können, das weiterbestehende latente Mißtrauen soweit zu überwinden, daß uns gegenüber ein deutliches Zeichen, z. B. im Kooperationsbereich, für ein angolanisches Interesse am Ausbau der bilateralen Beziehungen gesetzt wird. Wir müssen trotz der hier deutlich feststellbaren begrenzten Öffnung zum Westen damit rechnen, daß für uns die ‚Durststrecke' weiterläuft." Vgl. den Schriftbericht Nr. 270; Referat 320, Bd. 127715.

28 Botschafter Weindel, Maputo, legte am 20. Februar 1981 dar: „Nach wie vor ist der Ostblock nicht an einer engeren Bindung Mosambiks an westliche Länder interessiert, um seine derzeitige Vormachtstellung nicht zu gefährden. […] Es bleibt abzuwarten, ob an westlichen Kontakten interessierte Führungskräfte der FRELIMO diese, Mosambiks nationalen Interessen zuwiderlaufende Politik abbauen können, was angesichts der Infiltrierung des Verwaltungs- und Wirtschaftsapparats mit Ostexperten nicht einfach erscheint. Unter diesen Voraussetzungen sind die Möglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland, zurzeit in Mosambik ‚Fuß zu fassen', mit oder ohne Berlin-Klausel gering einzuschätzen. Insgesamt hat sich das Verhältnis zur Bundesrepublik, besonders seit dem Besuch von BM Offergeld 1980, weiter entspannt, was sich in einer zunehmend objektiven Berichterstattung im vergangenen halben Jahr widerspiegelte." Vgl. den Schriftbericht Nr. 87; Referat 320, Bd. 127745.

Bundeskanzler geht in einem kurzen abschließenden Meinungsaustausch auf das bevorstehende Gespräch Figueiredos im DIHT unter Vorsitz von Dr. Guth ein. Er bittet Figueiredo, dem ehemaligen Präsidenten Geisel, der nach Figueiredos Auskunft jetzt als Vorsitzender einer Teilfirma der Petrobras arbeitet, Grüße zu bestellen.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57

142

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 73 **Aufgabe: 18. Mai 1981, 16.10 Uhr**[1]
Ankunft: 18. Mai 1981, 17.21 Uhr

Betr.: Attentat auf Papst Johannes Paul II.[2]

Bezug: DB Nr. 71 vom 15.5.1981[3]

1) Zur Frage der Motive und möglicher Hintermänner bei dem Attentat auf Papst Johannes Paul II. sagte mir Substitut im päpstlichen Staatssekretariat, Martínez, am 16.5., daß Untersuchungen ganz bei italienischen Behörden liegen und Heiliger Stuhl bisher keine Kenntnis über Motive und Hintermänner besitze. Es liege jedoch auf der Hand, daß es Hintermänner geben müsse, die den Attentäter während der zwei Jahre seit seiner Flucht aus einem türkischen Gefängnis[4] mit ausreichend Geld und mit Dokumenten versorgt haben. Ferner sei zu fragen, warum der Attentäter, der bereits vor zwei Jahren seine Absicht

1 Hat Regierungsamtmann Gisy am 19. Mai 1981 vorgelegen.

2 Papst Johannes Paul II. wurde am 13. Mai 1981 während einer Generalaudienz auf dem Petersplatz in Rom durch mehrere Schüsse lebensgefährlich verletzt. Vgl. dazu den Artikel „Attentat auf den Papst"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. Mai 1981, S. 1.

3 Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), teilte mit, der Gesundheitszustand von Papst Johannes Paul II. nach dem Attentat vom 13. Mai 1981 sei nach wie vor „ernst", er habe jedoch am Vortag mit seinen engsten Mitarbeitern einige Worte wechseln können und dem Attentäter, Mehmet Ali Agca, inzwischen vergeben: „Zu den politisch wichtigen Fragen des Motivs für das Attentat und nach möglichen Hintermännern liegen Äußerungen von vatikanischer Seite nicht vor, jedoch ist uns im Vatikan ein erhebliches Interesse an diesen Fragen bekundet worden. […] Wie uns aus der italienischen Botschaft beim Heiligen Stuhl mitgeteilt wird, ist ein vatikanisches Ersuchen um strafrechtliche Verfolgung des Attentäters durch die italienischen Behörden bisher nicht gestellt worden. Jedoch dürfte der Heilige Stuhl voll damit einverstanden sein, daß die polizeilichen Ermittlungen und die strafrechtliche Verfolgung de facto bereits von den italienischen Behörden aufgenommen wurden." Vgl. Referat 203, Bd. 123284.

4 Generalkonsul Gaerte, Istanbul, teilte am 14. Mai 1981, Mehmet Ali Agca habe am 1. Februar 1979 den Chefredakteur und Generaldirektor der Tageszeitung „Milliyet", Ipekçi, erschossen, sei im Juli 1979 verhaftet und am 11. Oktober 1979 in Istanbul vor Gericht gestellt worden. Am 25. November 1979 sei er aus der Haft geflohen: „Wie ‚Milliyet' berichtete, hat A[gca] in einem Brief an die Zeitung gedroht, er werde Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch in Istanbul Anfang Dezember 1979 ermorden." Am 28. April 1980 sei er in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 89; Referat 203, Bd. 123284.

zum Mord an Papst Johannes Paul II. bekundet habe, den geeigneten Zeitpunkt erst jetzt für gekommen ansah. Auch dieser Gesichtspunkt müsse bei der Nachforschung nach Hintermännern und möglichen politischen Motiven berücksichtigt werden. Es sei nicht anzunehmen, daß der Attentäter die für die Ausführung seines Planes erforderliche Unterstützung nur von einigen wenigen Hintermännern erhalten habe.

2) Der Substitut bestätigte auf entsprechende Frage, daß auf dem Petersplatz, mithin auf vatikanischem Staatsgebiet, begangene Ordnungswidrigkeiten gemäß Lateranverträgen[5] von italienischer Polizei verfolgt werden. Im vorliegenden Falle freilich sei ein schweres Verbrechen begangen worden, das sich gegen die Person des Papstes selber gerichtet habe. Aus diesem Grund und zur Unterstreichung der vatikanischen Souveränität über den Petersplatz sei beabsichtigt, an italienische Behörden ein offizielles Ersuchen um strafrechtliche Verfolgung des Attentäters zu richten. Über diese Frage seien Kontakte mit der italienischen Regierung bereits aufgenommen worden.[6]

3) Auf Frage nach Gesundheitszustand des Papstes und Aussichten für weitere Genesung verwies Substitut auf die von den behandelnden Ärzten herausgegebenen Bulletins. Dem Heiligen Stuhl lägen keine Erkenntnisse zum Gesundheitszustand des Papstes vor, die nicht bereits publiziert worden seien.

[gez.] Gehlhoff

Referat 203, Bd. 123284

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Februar 1929 zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien mit den dazugehörigen Dokumenten sowie der Finanzkonvention und des Konkordats vom selben Tag vgl. ACTA APOSTOLICAE SEDIS, Bd. 21 (1929), S. 209–294.

6 Am 23. Juni 1981 übermittelte Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), italienische Informationen zum weiteren Vorgehen: „Im vorliegenden Falle habe die italienische Justiz Wert darauf gelegt, vom Heiligen Stuhl einen schriftlichen Verzicht auf eigene Strafverfolgung zu erhalten. Dieser Verzicht sei vom Heiligen Stuhl in einer Verbalnote ausgesprochen worden." Ein Vertreter der italienischen Justizbehörden habe vor kurzem den Heiligen Stuhl darüber informiert, „daß der italienischen Justiz keine materiellen Anhaltspunkte für ein Komplott vorlägen. Es habe nicht festgestellt werden können, daß bei dem Attentat Agcas auf dem Petersplatz irgendwelche Komplizen mitgewirkt hätten oder auch nur anwesend gewesen wären. Die italienische Justiz habe sich infolgedessen entschlossen, auf der Grundlage einer Alleintäterschaft Agcas möglichst umgehend das Gerichtsverfahren zu eröffnen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 80; Referat 203, Bd. 123284.
Mehmet Ali Agca wurde am 22. Juli 1981 von einem Schwurgericht in Rom zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „Lebenslänglich für Agca"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. Juli 1981, S. 1.

143

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Rosengarten

200-350.10-374/81 VS-vertraulich **19. Mai 1981**

Herrn D 2[1]

Betr.: Europäische Union;
hier: Meinungsaustausch D 2 – Robin im Rahmen deutsch-französischer Direktorenkonsultationen am 14.5.1981 in Bonn

Zusammenfassung

D 2 unterrichtete Robin ausführlich über unsere Vorstellungen zur Konkretisierung der Initiative des Herrn BM vom 6.1.1981.[2]

Robin dankte dafür, daß die französische Seite von uns als erste unterrichtet werde. Er könne im Hinblick auf derzeitige Situation in Frankreich[3] nur auf persönlicher Basis sprechen.

Robin äußerte sich grundsätzlich positiv: Über das Ziel gebe es keine großen Schwierigkeiten. In Frankreich werde weithin Meinung geteilt, daß es notwendig sei, Europa vorwärtszubringen („stimuler") und ein mehr organisiertes, vereintes Europa zu schaffen. Einzelheiten der Verwirklichung seien jedoch schwierig. Robin bezog sich dabei auf unseren Zeitplan, die Vertragsform, stellte die Frage nach der politischen Finalität und äußerte sich zurückhaltend zur Einbeziehung neuer Bereiche.

Im einzelnen:

1) Robin sprach folgende Fragen an:

a) Zeitplan (calendrier)

Sei gegenwärtig der richtige Moment, um ein so ehrgeiziges („ambitieux") Projekt in Angriff zu nehmen?

1 Franz Pfeffer.

2 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart vgl. Dok. 2.

3 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 15. Mai 1981, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Robin, habe ihm gegenüber am Vortag erklärt, der am 10. Mai 1981 gewählte neue Staatspräsident Mitterrand „werde sich zunächst fast ausschließlich auf die Innenpolitik konzentrieren, nicht zuletzt, weil er in den Neuwahlen eine für ihn günstigere Zusammensetzung der Nationalversammlung erreichen wolle". Als neuer Außenminister komme wohl „in erster Linie" das bisherige Mitglied der EG-Kommission, Cheysson, in Frage. Zwar werde sich zunächst in der Außenpolitik „kaum etwas verändern", in einigen Bereichen jedoch könne man „vorsichtige Voraussagen über künftige Abweichungen vom bisherigen Kurs machen: 1) Die Dritte-Welt-Politik wird wahrscheinlich akzentuiert werden (möglichst mehr Entwicklungshilfe). 2) Südafrika: Hier sei mit einer Abkühlung zu rechnen. Er sei nicht sicher, daß Frankreich in Zukunft zusammen mit den USA und Großbritannien sein Veto gegen Sanktionsbeschlüsse der UNO einlegen werde. 3) Naher Osten: Mitterrand selbst neige mehr der israelischen Seite zu. Andererseits gebe es in der Sozialistischen Partei durchaus pro-arabische Tendenzen. Zu welcher Linie dies endgültig führe, sei jetzt noch nicht vorherzusagen. 4) Afghanistan: Robin bezweifelte, daß der französische Vorschlag weiterbetrieben werde; er habe den Hauptnachteil, ein persönlicher Gedanke des Vorgängers zu sein. Deshalb werde die Administration ihn auch nicht ohne ausdrückliche neuerliche Billigung des Präsidenten wiederaufnehmen." Vgl. VS-Bd. 11091 (202); B 150, Aktenkopien 1981.

Könnten aktuelle Schwierigkeiten der EG, die sehr wichtige Elemente der Römischen Verträge[4] (GAP) in Frage stellten und damit Existenz der Gemeinschaft aufs Spiel setzten, Vorwärtsbringen des EU-Projekts nicht sogar erschweren?

Sollte man nicht erst sichergehen, daß die wirtschaftlichen Grundprobleme der Gemeinschaft gelöst werden?

b) Probleme der Vertragsform

Deutscher Vorschlag wolle EG und EPZ – zusammen mit ER – unter den „Hut" der EU bringen und erkläre, daß er dabei die Regeln der EG und EPZ nicht verändern wolle. Es stelle sich die Frage, ob diese Auffassung ganz realistisch sei, d. h., daß man sich nähere, ohne das Bestehende zu ändern. Wenn der EPZ eine juristische Form gegeben werde, sei man dann nicht verpflichtet, sie zu verändern, d. h. ihre Beziehungen („rapports") zur Gemeinschaft zu präzisieren? Konstruktion Europas auf der Basis eines zweideutigen („ambiguë") Vertrags sei problematisch.

c) Politische Finalität

In diesem Zusammenhang stellte Robin Hauptfrage nach der „institutionellen Philosophie" der Organisierung der EU. Was sei das Endziel und was die richtige Richtung? Europa der Staaten oder föderales Europa? Welche Materien würden den Staaten entzogen oder von ihnen delegiert? Es gebe hierzu keine einheitliche Linie unter den Mitgliedstaaten und auch nicht innerhalb der Mitgliedstaaten.

Bemerkenswert, daß Chirac während des Wahlkampfes eine wesentliche Reorganisation Europas auf intergouvernementaler Grundlage vorgeschlagen habe. Es sei nicht auszuschließen, daß neuer Mehrheit in französischer Kammer[5] Reihe von Abgeordneten angehören würden, die an großer Europa-Debatte der fünfziger Jahre beteiligt waren. Probleme der fünfziger Jahre könnten durch unsere Vorschläge wieder aufleben und Debatten in französischer Innenpolitik „entflammen". Robin riet in diesem Zusammenhang zu vertraulichen Kontakten mit neuer Administration. Er warnte davor, vor Abschluß der Konsultationen den genaueren Inhalt unserer Vorstellungen an die Öffentlichkeit zu bringen, dies könne gefährlich sein.

Robin warf ferner die Frage nach dem „Platz der Gemeinschaft" (und der Rolle der Kommission) in der von uns anvisierten Konstruktion auf. Werde die Gemeinschaft einen starken Bestandteil („gros pilier") des Systems bilden, der allmählich die EPZ, die „Verteidigung" und die kulturelle Zusammenarbeit absorbiere? Weitere institutionelle Fragen Robins betrafen die Kompetenzen des EP („Assemblée européenne"), z. B. bei der Ratifizierung von Verträgen, und des Europäischen Gerichtshofs. Eröffne der Vertrag letzterem eine Ausdehnung seiner Rechtssprechungsbefugnisse? Gerichtshof habe auch Tendenz, in das Gleichgewicht der Institutionen einzugreifen („intervenir").

4 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

5 In Frankreich fanden am 14. bzw. 21. Juni 1981 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

d) Institutionelle Probleme kultureller Zusammenarbeit

Bei der Behandlung des neu einzubeziehenden Bereichs kultureller Zusammenarbeit wies Robin darauf hin, daß hier nationale Sensibilitäten berührt würden. Man habe in Frankreich darüber bereits früher diskutiert, alle Beteiligten hätten sich jedoch dagegen ausgesprochen. Robin stellte die Frage nach der Rolle der Gemeinschaft. Hier könne es Probleme geben, insbesondere wenn die Kommission eine „Lenkungsrolle" beanspruche. Die „matière culturelle" gehöre nicht in den Rahmen der Gemeinschaft. Wichtig sei, daß das Verfahren intergouvernemental sei, ferner komme es auf die Entscheidungsstrukturen an. (Hinweis auf Autonomie französischer Universitäten. Diese akzeptierten nicht Bedingungen, die von „oben" kämen.) Ganze Materie sei schwierig. Deutsche Seite habe sie wohl eingeführt, um dem ganzen Projekt gewisse Symmetrie zu geben.

Vorläufer seien jedoch nicht mehr ermutigend, z. B. Projekt „Europäische Universität"[6], „Europäische Kulturstiftung" oder Jugendprojekte.

e) Institutionelle Schwierigkeiten der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit

Zur Einbeziehung der Sicherheitspolitik fragte Robin nach der Trennung vom Verteidigungsbereich. Was sei die Rolle des Rats der Verteidigungsminister, welches das Ziel ihrer Zusammenkünfte? Sicherheitspolitik (z. B. im KSZE-Rahmen) falle in Frankreich in den Zuständigkeitsbereich des Außenministeriums, die Verteidigungsministerien würden kontaktiert. Andere von D 2 genannte Sachthemen wie Rüstungskooperation würden bereits auf verschiedenen Ebenen bilateral oder in der „Unabhängigen Europäischen Programmgruppe"[7] behandelt. Wie könne die Zusammenarbeit der Zehn mit diesen existierenden Beziehungen in Einklang gebracht werden? Faktisch müsse eine Zusammenarbeit der Zehn in diesen Arbeitsbereichen „Lücken" finden. Er, Robin, wolle uns jedoch mit diesen Ausführungen nicht entmutigen. Jedoch sei sehr schwer zu sehen, was die Verteidigungsminister außer mehr technischen Fragen wie der Zusammenarbeit im Rüstungsbereich noch an Wesentlichem besprechen könnten. Das Problem liege auch nicht in der Kompetenzabgrenzung zwischen Außen- und Verteidigungsministerium, sondern in der Definition der Zielsetzungen. Diese falle in die Entscheidungskompetenz der Staats- und Regierungschefs und der Außenminister. Wenn entsprechende Entscheidungen vorlägen, könnten sich die Verteidigungsminister zusammensetzen und mit der Ausführung befassen. Sie könnten sich über die einzusetzenden Mittel äußern. Es sei jedoch schwierig, über die Mittel zu sprechen, ohne vorher die Ziele zu erörtern.

6 Nach ersten Überlegungen über die Gründung einer Europäischen Universität 1948/49 beschloß die Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 18. Juli 1961 in Bonn, eine Übereinkunft über die Gründung einer Europäischen Universität in Florenz auszuarbeiten. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1961, D 470 f.
Auf der Konferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag wurde das Projekt einer Europäischen Universität wieder aufgegriffen. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1970, D 44.

7 Auf einer Sondersitzung der Minister der Eurogroup am 5. November 1975 in Den Haag beschlossen die Teilnehmer die Gründung einer Unabhängigen Europäischen Programmgruppe zur Verbesserung der Zusammenarbeit bei der Rüstungsbeschaffung, auch im Hinblick auf die Zusammenarbeit mit den USA und Kanada. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 338 und Dok. 378.

2) D 2 nahm zu den von Robin angesprochenen Problemen wie folgt Stellung:

Zu a) (calendrier)

Unserer Auffassung nach könne EU Lösungen für gegenwärtige EG-Probleme durch Eröffnung neuer Perspektiven erleichtern. Wirtschaft und Politik dürften nicht isoliert gesehen werden. Endziel europäischen Einigungsprozesses sei politischer Natur. BM sei davon überzeugt, daß Zeit reif sei für einen politischen Schritt.

Zu b) (Vertragsform)

Hauptsache ist der Inhalt. Zusammenfügung des bisherigen acquis ist mehr als die Summe der Einzelteile, es soll eine neue Qualität entstehen, die der Öffentlichkeit neuen Mut macht. Im übrigen läßt unser Vorschlag viel Raum für evolutionäre Änderungen. Wir wüßten, daß die Vertragsform einigen Partnern Schwierigkeiten machen werde, sollten sie aber jedenfalls als unsere Präferenz zur Diskussion stellen.

Zu c) (Politische Finalität)

Wenn wir präzise hinsichtlich des Endziels sein würden, könnten wir nicht sicher sein, ob wir auch nur mit unserem ersten Schritt bei unseren Partnern durchdringen. Wir wissen noch nicht, welche die endgültige Form der Europäischen Union sein wird. Wir wollen jedoch nicht die alte Kontroverse – Konföderation oder Bundesstaat – beleben. Union könnte auch „mixtum compositum" sein, das konföderale und föderale Elemente enthalte. Wir wollten sehr vorsichtig an die Sache herangehen, um innenpolitische Schwierigkeiten unserer Freunde zu vermeiden. Wir legten Wert darauf, den Inhalt unserer Vorstellungen zunächst mit den Partnern diskret zu sondieren. Auch bei uns sei der interne Abstimmungsprozeß noch nicht abgeschlossen.

Zu d) (Kulturelle Zusammenarbeit)

Kulturelle Zusammenarbeit sei – wie EPZ – intergouvernemental angelegt. Auf unserer Seite müßten wahrscheinlich verschiedene Vertreter je nach Thematik in dem vorgesehenen Rat sich abwechseln, da es unterschiedliche Zuständigkeiten gebe. Dies sei wohl auch auf französischer Seite der Fall. Der Rat müsse seine Materie weitgehend selbst bestimmen. Sie könne von Konzeptionen bis zu mehr praktischen Gegenständen reichen. D 2 äußerte Hoffnung, daß es für F möglich sein werde, diese deutschen Vorstellungen zu akzeptieren.

Zu e) (Sicherheitspolitik)

D 2 erläuterte, daß man einen Unterschied zwischen Verteidigungsfragen im engeren Sinne und sicherheitspolitischen Fragen machen müsse. Es gebe bereits eine EPZ-Harmonisierung im KSZE/KAE-Bereich, also in einem wichtigen Feld der Sicherheitspolitik. Diese Art der Harmonisierung, über die erst in der NATO entschieden werde, lasse sich wohl auf andere Felder der Sicherheitspolitik, ja vielleicht sogar der Verteidigungspolitik, ausdehnen (Rüstungszusammenarbeit und Logistik). Wir würden natürlich den anderen Partnern erklären müssen, daß wir dadurch die Allianz stärken wollten. Europa könne in einigen Fragen mehr mit einer Stimme sprechen. Das würde auch für US-Politik Erleichterung bedeuten. Man müsse vermeiden, daß z. B. Rüstungszusammenarbeit in anderen Kreisen beeinträchtigt werde.

Robin erklärte, die Sicherheitspolitik sei Sache der Außenminister. Der französische Verteidigungsminister sei ein Fachminister, der sich nur mit Verteidigungsfragen im engeren Sinne befassen könne. Unsere Zielvorschläge seien „raisonnable", aber die Durchführung schwierig. Er bat um diskrete Weitererörterung.

Rosengarten

VS-Bd. 11075 (200)

144

Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Libal, Moskau

VS-NfD **19. Mai 1981**[1]

Perspektiven der Entwicklung um Polen: der Faktor Sowjetunion

1) Eine Voraussage über das Verhalten der Sowjetunion, insbesondere über die Wahrscheinlichkeit einer Intervention in Polen, ist mangels exakter Kenntnisse des sowjetischen Entscheidungsprozesses unmöglich. Auch läßt die Behandlung des Themas Polen in der sowjetischen Presse keine eindeutigen Schlußfolgerungen zu. Die folgenden Betrachtungen sind daher notwendigerweise spekulativ und können sich nur auf die Erfahrungen von 1968 stützen, ohne daß klar wäre, inwieweit diese Erfahrungen für die Sowjets selbst noch relevant sind oder ob sie nicht inzwischen von anderen Erwägungen wirtschaftlicher und weltpolitischer Natur überlagert werden.

2) Unter dem Gesichtspunkt einer möglichen sowjetischen Intervention betrachtet, erscheint die polnische Situation selbst zur Zeit außerordentlich ambivalent: Einerseits hat die Beruhigung der inneren Spannungen, die Vermeidung eines Generalstreiks, der Wille der Partei, mit der Kirche, mit „Solidarität" und mit den Bauern zusammenzuarbeiten, die Lage so weit entschärft, daß kein (noch so willkommener) Anlaß für eine Intervention von außen zu bestehen und insofern ein sowjetisches Eingreifen nicht aktuell zu sein scheint. Andererseits ist mit den Vorbereitungen auf den 9. Parteitag[2] die Entwicklung in eine besonders gefährliche Phase eingetreten, die zunehmend Parallelitäten zum Verlauf der Krise in der ČSSR 1968 aufweist. Bisher konnte man davon ausgehen, daß die

1 Die Aufzeichnung wurde von Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 19. Mai 1981 an das Auswärtige Amt übermittelt. Dazu vermerkte Meyer-Landrut: „Eine weitere Verteilung wird in das dortige Ermessen gestellt."
Hat Vortragendem Legationsrat von Treskow vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil und Legationsrat Kröger verfügte.
Hat Keil am 26. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bräutigam verfügte.
Hat Bräutigam am 27. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Kröger am 29. Mai 1981 vorgelegen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 1153; Referat 214, Bd. 132896.

2 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

Hoffnung, die PVAP werde sich als monolithisches, von der Spitze her kontrolliertes Machtinstrument behaupten können und damit würde ihr auch die Chance erhalten bleiben, die im Zuge der jüngsten Krise in der Gesellschaft verlorenen Positionen allmählich zurückzuerobern, die Sowjets von einer direkten Intervention abgehalten hat. Einer solchen Annahme wird nunmehr durch die Entwicklungen innerhalb der PVAP zunehmend der Boden entzogen. Für die Sowjets muß sich in den kommenden Monaten die Frage immer schärfer stellen, ob sie abwarten wollen, bis ein möglicherweise von Reformkräften dominierter Parteikongreß unwiderrufliche Tatsachen in Struktur und Führung der Partei schafft. Dies vor allem auch im Hinblick darauf, daß die Legitimierung einer Intervention durch den „Hilferuf" einer möglichst starken und/oder prominenten Gruppe in der Partei nach entsprechenden personellen Umbesetzungen der Führungsgremien immer schwieriger werden könnte.

3) Der Ambivalenz der innerpolnischen Situation entspricht die Zweideutigkeit der sowjetischen Äußerungen: Das düstere und durchaus dramatische Bild vom Kampf zwischen Sozialismus und Konterrevolution, das ungeachtet der tatsächlichen Beruhigung der Lage in Polen in den sowjetischen Medien gezeichnet wird, läßt sich zweifellos als Einstimmung des sowjetischen (und ausländischen) Lesers auf eine eventuell erforderliche Intervention interpretieren. Andererseits wird zur Zeit nichts geschrieben, was als direkte propagandistische Vorbereitung einer in absehbarer Zeit zu erwartenden militärischen Aktion gedeutet werden könnte. Der Kampf in Polen wird als ein politischer, in seiner Problematik und in seinen Formen ganz neuartiger Kampf um die Behauptung der führenden Rolle der Partei geschildert, einer Partei, deren Führung trotz gelegentlicher skeptischer Äußerungen sowjetischer Medien über die Entwicklung an der Basis noch das Vertrauen der KPdSU zu genießen scheint, ganz im Unterschied zu 1968, als sich die Kritik offen gegen das Verhalten der tschechischen Parteiführung richtete. Die sowjetischen Medien liefern zur Zeit keinen Hinweis, daß „brüderliche Hilfe" bei der Bekämpfung der Konterrevolution unerläßlich geworden ist. Eine propagandistisch überhaupt nicht vorbereitete Überraschungsaktion der Sowjets, ganz ohne Warnungen an die Adresse der polnischen Parteiführung, erscheint nach den Erfahrungen der Vergangenheit relativ unwahrscheinlich, wenn auch natürlich nicht völlig auszuschließen.

4) Die Schlüsselfrage bei der Beurteilung der sowjetischen Absichten ist nach wie vor diejenige nach der Natur der sowjetischen Sicherheitskonzeption bzw. nach dem Selbstverständnis des sowjetischen Imperialismus zum gegenwärtigen Zeitpunkt: Betrachtet die sowjetische Führung eine weitgehende innen- und gesellschaftspolitische Gleichschaltung ihrer Verbündeten nach wie vor als Conditio sine qua non ihrer eigenen Hegemonialposition und als einzige Garantie für die Zukunft des sozialistischen Weltsystems, die ja wiederum die ideologische Existenzgrundlage der kommunistischen Parteidiktatur in der UdSSR selbst darstellt? Oder hat sie inzwischen soviel Sicherheit und Selbstvertrauen als Weltmacht gewonnen, daß sie sich zur Not auch mit einer Kontrolle nur der Sicherheits- und Außenpolitik ihrer Verbündeten zufriedengeben kann? Diese Frage läßt sich anhand der sowjetischen Äußerungen nicht beantworten.

5) Sie läßt sich auch anders stellen: Welches sind die „Essentials" der vielbeschworenen „sozialistischen Ordnung", die die Sowjets heute noch in ihrem

Herrschaftsbereich mit Waffengewalt durchzusetzen bereit sind? Bezüglich Polens wird eine Antwort zusätzlich dadurch erschwert, daß dort gar nicht so sehr die leninistische Theorie in Frage gestellt wird, sondern die stalinistische Herrschaftspraxis: Die reformistischen Kräfte in der PVAP können sich durchaus auf die demokratischen Elemente im „demokratischen Zentralismus" berufen, während die Sowjets und die konservativen Elemente in der PVAP in Wirklichkeit eine Praxis verteidigen, die von Stalin entwickelt worden ist, um der Parteiführung und dem Sicherheitsapparat die Umgehung formaldemokratischer Regeln in Verfassung und Parteistatut zu ermöglichen. Das sowjetische System beruht auf der stillschweigenden Erkenntnis, daß eine Diktatur der Partei nur als eine Diktatur über die Partei funktionieren kann, insbesondere wenn sie eine Massenpartei ist. Eine Demokratisierung der Strukturen und des Entscheidungsprozesses innerhalb der PVAP zu akzeptieren, hieße, das Risiko einzugehen, daß sich pluralistische Elemente in das politische, nicht nur in das gesellschaftliche System Polens einschleichen. Es ist offenkundig, daß die Sowjets erheblichen Druck auf die Führung der PVAP ausüben, eine solche Entwicklung nicht zuzulassen, die alten Herrschaftsmechanismen nicht über Bord zu werfen. Es wäre jedoch verfrüht, daraus auf die Unausweichlichkeit einer sowjetischen Intervention zu schließen. Die Intensität der sowjetischen Kampagne gegen die Politisierung von „Solidarität" und den Einfluß von KOR[3] könnte gerade aus dem Bestreben zu erklären sein, durch maximalen politischen Druck auf die polnische Führung eine Intervention überflüssig zu machen.

6) Was geschieht jedoch, falls sich die Reformtendenzen in der PVAP durchsetzen? Zugunsten einer eventuellen sowjetischen Intervention sprechen folgende Überlegungen:

(1) Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Weltbild der gegenwärtigen sowjetischen Führung noch immer durch ein strenges Schwarz-Weiß-Schema, um nicht zu sagen durch eine paranoide Grundhaltung, gekennzeichnet ist. Aus dieser Sicht muß die Reformbewegung in Polen tatsächlich als ein vom imperialistischen Feind mitverursachtes, zumindest aber ihm Nutzen bringendes Phänomen erscheinen, das den Sozialismus, identifiziert mit dem sowjetischen System, bedroht. Ein pluralistisches Polen würde, in Anbetracht des vom Marxismus postulierten Zusammenhangs von Innen- und Außenpolitik, zu einem Trojanischen Pferd der bürgerlichen Gesellschaftsordnung in der sozialistischen Staatengemeinschaft werden. Es würde durch seine Existenz die sowjetische These in Frage stellen, daß es dem Imperialismus nicht gestattet werden dürfe, mit Hilfe konterrevolutionärer Elemente „das Rad der Geschichte zurückzudrehen".

(2) Vieles spricht auch dafür, daß die Sowjets sich mit der bloßen Attrappe einer kommunistischen Parteiherrschaft nicht zufriedengeben können, weil sie die geistige Dynamik einer nicht mehr total kontrollierten Gesellschaft zu fürchten hätten. Es gäbe langfristig keine Garantie dagegen, daß die von den Sowjets verordneten historischen und außenpolitischen Tabus nicht doch eines Tages in Frage gestellt würden, mit Auswirkungen auf den gesamten sowjetischen Machtbereich. Aus gutem Grunde ist ja z. B. die Kontrolle über das öffentlich

3 Komitet Obrony Robotników.

zulässige Geschichtsbild ihrer Satelliten – gerade Polens –, insbesondere was die jeweiligen Beziehungen zur UdSSR, ja selbst zum zaristischen Rußland betrifft, einer der neuralgischen Punkte der sowjetischen Hegemonialpolitik. Dahinter steht die Furcht, daß jeder Einbruch in das offizielle sowjetische Geschichtsbild angesichts der vielen in Kellern und anderswo vergrabenen Leichen den Beginn einer Abrechnung mit der Entwicklung des Sowjetsystems und des Weltkommunismus seit 1917 darstellen könnte, die dann unweigerlich auch einmal auf die sowjetische Öffentlichkeit übergreifen müßte. Auch ein gegenüber der Sowjetunion selbstdiszipliniertes pluralistisches Polen würde langfristig diese „ideologische Vorwärtsverteidigung" des Sowjetsystems durch Erzwingen geistiger Konformität in Schlüsselbereichen von Bildung und Kultur der „sozialistischen Bruderstaaten" gefährden.

7) Gegen die Wahrscheinlichkeit einer sowjetischen Intervention, zumindest im gegenwärtigen Stadium der polnischen Entwicklung, sprechen folgende Argumente:

(1) Der Umfang, die Dauer und die Kosten einer militärischen Auseinandersetzung mit Kräften, die einer Intervention Widerstand leisten, sind völlig unberechenbar. Die UdSSR müßte im schlimmsten Fall mit einer langen Verstrikkung ihrer Streitkräfte in eine gewaltsame Repression rechnen, und dies zusätzlich zu ihrem Engagement in Afghanistan.

(2) Hinzu kämen die gewaltigen ökonomischen Kosten einer Besetzung Polens: einmal durch die Übernahme der Verantwortung für die Versorgung der Bevölkerung und für einen Wiederaufbau der polnischen Wirtschaft, zum anderen durch die Folgen der zu erwartenden Reduzierung des Handels mit dem Westen für die sowjetische Wirtschaft (Beispiel: Fortfall von Projekten wie das Erdgas-Röhren-Geschäft[4]).

(3) Die Sowjets würden ihrer eigenen Westpolitik die Grundlagen entziehen und müßten mit einer weitgehenden Isolierung gegenüber den wirtschaftlich und politisch führenden Mächten rechnen, vergleichbar etwa derjenigen in der Spätzeit Stalins. Sie müßten jede Hoffnung darauf begraben, die unterschiedlichen Interessen der Amerikaner und der Europäer im Hinblick auf die Ost-West-Beziehungen in Europa zu einer Schwächung der westlichen Allianz ausnutzen zu können. Dies bedeutet zwar nicht, daß die Sowjets ihre Entscheidungen hinsichtlich Polens etwa von der Chance zur Beseitigung des NATO-Doppelbeschlusses abhängig machen würden. Im Augenblick spricht jedoch die allge-

4 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 96, Anm. 17.
Zum Stand der Verhandlungen legte das Bundesministerium für Wirtschaft am 14. Mai 1981 dar: „Die Kreditverhandlungen über einen Kredit von 10 Mrd. DM sind unterbrochen, da eine Einigung über den Zinssatz noch nicht erreicht werden konnte. Sie sollen im Mai/Juni fortgesetzt werden. (Deutsche Bank will alles tun, um auf 8% zu kommen. Verbleibende Differenz zum deutschen Marktzins muß in jedem Falle von der UdSSR über höhere Preise für Ausrüstungsgüter oder einen niedrigeren Preis für Erdgas getragen werden). Auf der Seite der deutschen Ausrüstungslieferanten haben die Verhandlungen ebenfalls noch nicht zu Abschlüssen geführt. Über Anträge zur Gewährung von Bundesbürgschaften für Exportkredite wird die Bundesregierung erst entscheiden, wenn die jeweiligen Verhandlungen ein ausreichend konkretes Stadium erreicht haben. Die gasseitigen Verhandlungen über konkrete Mengen und Bedingungen (insbesondere Preise) sind noch nicht abgeschlossen. Die Gespräche sind im Gange." Vgl. Referat 421, Bd. 141336.

meine Richtung der sowjetischen Außenpolitik (Breschnew-Besuch in Bonn[5], Fortsetzung von Madrid[6], sichtliches Bemühen um die Europäer, allgemeine Dialogbereitschaft gegenüber den USA) dagegen, daß die Sowjets sich bereits unwiderruflich auf eine alle diese Ansätze zerstörende Intervention festgelegt hätten. Umgekehrt gilt aber auch, daß eine sowjetische Intervention in Polen um so wahrscheinlicher wird, je mehr sich bei den Sowjets die Überzeugung durchsetzt, daß sie sich angesichts einer zunehmenden Polarisierung und Konfrontation in der Weltpolitik ohnehin keine Vorteile mehr von einer aktiven Westpolitik zu versprechen hätten.

(4) Eine sowjetische Intervention in Polen würde die Desintegration der kommunistischen Weltbewegung beschleunigen und erheblich die Bemühungen der Sowjets gefährden, möglichst viele der Bruderparteien, auch die etwas weniger orthodoxen, wenigstens in ein umfassendes „anti-imperialistisches" Bündnis der weltweiten revolutionären Kräfte einzuspannen.

(5) Eine militärische Aktion gegen Polen würde in der Dritten Welt als rücksichtslose Durchsetzung von Großmachtinteressen betrachtet werden und zu einem neuen erheblichen Prestigeverlust der UdSSR bei der großen Mehrheit der blockfreien Staaten und VN-Mitglieder führen. Sie würde den Bemühungen der Sowjets, die politischen Folgen ihrer Intervention in Afghanistan[7] durch verstärktes Werben um die Staaten der Dritten Welt zu überwinden, einen schweren Schlag versetzen.

(6) Nicht auszuschließen ist auch die Einsicht auf sowjetischer Seite, daß Polen infolge seiner Lage gar nicht aus dem sowjetischen Hegemonialbereich ausbrechen kann, gleichgültig, welche Innenpolitik dort betrieben wird. Das Schwergewicht der sowjetischen Bemühungen müßte dann auf einer Sicherung der DDR und der ČSSR gegen von Polen kommende Einflüsse liegen sowie auf dem Versuch, wie nach 1956[8] und 1970[9], die polnische Entwicklung allmählich wieder unter Kontrolle zu bringen, auch unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Abhängigkeit des Landes von der Sowjetunion.

(7) Vielleicht gewinnt in Moskau auch langsam die Einsicht an Boden, daß die sowjetische Hegemonialposition in Osteuropa auf Dauer nicht allein durch Gewalt zu behaupten ist und daß neue Formen des „sozialistischen Internationalismus" innerhalb des Blocks gefunden werden müssen und auch gefunden werden können, solange die militärische und außenpolitische Führungsrolle der UdSSR unangetastet bleibt.

8) Insgesamt stehen die Chancen, daß ein, wenn auch vielleicht prekärer, Kompromiß zwischen den Reformtendenzen in Polen und dem sowjetischen Sicher-

5 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 5.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

6 Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 137.

7 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

8 Zu den Unruhen in Polen im Jahr 1956 vgl. Dok. 113, Anm. 10.

9 Nach Bekanntgabe der Beschlüsse des ZK der PVAP vom 12./13. Dezember 1970 über Erhöhungen der Preise für Lebensmittel kam es u. a. in Danzig und Gdingen zu Unruhen, die zum Rücktritt des Ersten Sekretärs des ZK, Gomułka, am 20. Dezember 1970 führten. Vgl. dazu die Artikel „Schwere innenpolitische Krise in Polen" und „Gomułka muß gehen – Folgen der Krise in Polen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. bzw. vom 21. Dezember 1970, jeweils S. 1.

heitsstreben (auch ideologischer Natur) gefunden werden kann, sicher günstiger als vor dreizehn Jahren, vor dem Beginn der Entspannung in Europa. Aber die Gewißheit, daß die sowjetische Führung eine rationale Güterabwägung in uns geläufigen Kategorien vornehmen und auf eine Intervention verzichten wird, gibt es nicht. Wir müssen uns nach wie vor auf alle Eventualitäten einstellen.

Libal

Referat 214, Bd. 132896

145

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem norwegischen Außenminister Frydenlund

204-321.11 NWG **21. Mai 1981**[1]

1) Übrige Teilnehmer:

Auf norwegischer Seite: Botschafter Busch; Tom Vraalsen, Leiter der Politischen Abteilung im norwegischen Außenministerium; Sverre Jervell, Westeuropareferat im norwegischen Außenministerium; John Bjørnebye, Persönlicher Referent[2];

auf deutscher Seite: MD Dr. Per Fischer; MDg Dr. Dröge; VLR I Dr. von Braunmühl; VLR Gerz (als Protokollant).

2) Aus dem Gespräch wird festgehalten:

Begrüßung/deutsch-norwegische Beziehungen

Beide Minister würdigten eingangs, daß die Beziehungen zwischen ihren Ländern gut und problemlos seien. AM *Frydenlund* führte dazu aus, dies müsse

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Gerz gefertigt und von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 27. Mai 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl geleitet. Dazu vermerkte Schenk: „Als Anlage werden drei Vermerke über die Gespräche des Herrn Bundesministers mit AM Frydenlund am 21. und 22. Mai mit der Bitte übermittelt, die Zustimmung des Herrn Bundesministers herbeizuführen. Der Vermerk über das Gespräch beim Mittagessen liegt als VS-Sache gesondert bei. Die Vermerke haben Dg 20 und D 4 vorgelegen." Vgl. Anm. 2.
Hat Braunmühl am 29. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 204 vermerkte: „Kann mit dem üblichen Vorbehalt verteilt werden (s[iehe] Ergänzungsvorschläge)." Vgl. Anm. 4 und 9. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 204, Bd. 123333.

2 Der norwegische Außenminister Frydenlund hielt sich vom 20. bis 22. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf. In einem Gespräch am 21. Mai 1981 während des Mittagessens wurden die französische und die sowjetische Außenpolitik, die Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. bzw. 7. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt sowie Fischereifragen erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 11122 (204); B 150, Aktenkopien 1981.
Ein weiteres Gespräch fand am 22. Mai 1981 statt. Themen waren die Namibia-Frage, die Außenpolitik Äthiopiens, die EPZ, insbesondere die Einbeziehung von Sicherheitsfragen, norwegische Vorstellungen hinsichtlich einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa, der Beginn amerikanisch-sowjetischer Gespräche über Mittelstreckensysteme und der Nahost-Konflikt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 204, Bd. 123333.

auf dem Hintergrund des seit dem Krieg Erreichten und des maßgeblichen Anteils der Bundesrepublik Deutschland daran gesehen werden. Innenpolitisch habe die Entwicklung in der Bundesrepublik nie einen Anlaß zu Zweifeln gegeben; sie sei immer ein Stützpunkt der Demokratie gewesen und habe zur Stabilisierung in Europa maßgeblich beigetragen. Außenpolitisch sei die Bundesrepublik in Ost und West ein geschätzter Partner. Die Einstellung der Norweger zur Bundesrepublik Deutschland habe sich von einer skeptischen Zurückhaltung in den 50er Jahren günstig fortentwickelt. Heute stehe die Bundesregierung und ihre Politik der norwegischen Regierung von allen Regierungen am nächsten.

NATO-Fragen:

Frydenlund gab zu bedenken, ob die vom BM angeregten informellen NATO-Ministertreffen[3], die sich bewährten, nicht noch effektiver gemacht werden könnten, indem man ihnen einstündige Aussprachen ohne jegliche Beamte vorschaltet.

BM reagiert zustimmend und weist darauf hin, daß sein ursprüngliches Ziel noch weiter gegangen sei: nämlich informelles Treffen der Minister ohne jeden Mitarbeiter an einem Wochenende, wie bei der EG.[4] BM berichtete von den guten Erfahrungen mit EPZ-Gymnich-Treffen[5]. Auch bei NATO-Tagungen gäbe es immer ein, zwei Themen, bei denen man sich im vertraulichen Gespräch aneinander herantasten müsse. Man hätte sich z. B. in Rom[6] am Sonntag abend[7] zusammensetzen und die Frage der Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen vorbesprechen können. Rechtzeitig vor der Herbsttagung der NATO[8] solle man überlegen, wie ein solches informelles Ministertreffen getrennt zu dem Ratstreffen durchgeführt werden könnte.[9]

Polen/Ost–West

Frydenlund leitete das Thema mit der Bemerkung ein, in Rom habe man sich eingehend mit der Frage beschäftigt, was geschehen solle, wenn die Sowjets in Polen einmarschierten. Genauso wichtig sei nach seiner Meinung die Frage, was zu tun sei, wenn die Sowjets nicht intervenierten und sich mit einem gewissen Pluralismus abfänden. Hiermit hinge eine weitere Frage zusammen: Was nämlich der Westen tun könne, damit eine solche Entwicklung eintrete? Die Sowjets stünden vor der vielleicht schwierigsten Entscheidung der Nachkriegsgeschichte. In Moskau bestehe eine Tendenz, die Entscheidung zu verschieben. Mit jeder Verschiebung werde der Preis für die Sowjets höher. Nach ihren Erfahrungen in Afghanistan sei ihnen dies deutlich geworden. Dort hätten sie es vor der Invasion[10] mit einem neutralen Land und einem Volk zu tun gehabt, das ihnen

3 Zur Anregung des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 125, Anm. 42.

4 Dieser Satz wurde auf Weisung des Ministerbüros eingefügt. Vgl. Anm. 1.

5 Zu den informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ („Gymnich-type"-Treffen) vgl. Dok. 69, Anm. 4.

6 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

7 3. Mai 1981.

8 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

9 Der Passus „Man hätte sich … durchgeführt werden könnte" wurde auf Weisung des Ministerbüros eingefügt. Vgl. Anm. 1.

10 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

freundlich gesonnen war. Jetzt gebe es dort nur Haß, mit dem man für zwei bis drei Generationen rechnen müsse. Auch in Polen sei für die Sowjets jetzt die Frage, was man mit dem Volk anfangen könne. Es gehe nicht um die Liquidierung von ein paar hundert Leuten.

BM stimmte zu und erinnerte, daß er schon im Dezember in Brüssel[11] die Fixierung auf die Frage, was man nach einer Intervention tun solle, defätistisch genannt habe. Die westliche Strategie müsse vielmehr sein, eine Intervention unmöglich zu machen. In Polen sei der Westen erstmalig in der Lage, die Entwicklung in einem kommunistischen Land maßgeblich zu beeinflussen. Worauf es ankomme, sei erstens ganz strikte Nichteinmischung zu wahren und keinen Vorwand für ein sowjetisches Eingreifen zu liefern; zweitens Bereitschaft zur Wirtschaftshilfe, um eine Explosion aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen zu verhindern; drittens die Bereitschaft zur Kooperation mit der SU auf den verschiedensten Feldern, damit die SU die Vorteile der Kooperation sehe und die Nachteile einer Intervention plastisch vor Augen habe. Das dritte Element spiele auch eine Rolle bei Verhandlungen über Mittelstreckenraketen. Auch unser Verhalten in Madrid sehen wir unter diesem Aspekt. KAE könne eine stabilisierende Wirkung haben. Es komme also nicht nur auf Gegenmaßnahmen an, sondern es gehe um eine Strategie der Stabilisierung. Angesichts des Parteitages im Juli[12] befinde sich die polnische Krise in einer besonders kritischen Phase.

Die Lage in Polen habe sich verschlechtert und sei heute weniger optimistisch zu sehen als noch von Rom aus. Diese Einschätzung finde er auch durch zwei tschechoslowakische Äußerungen bestätigt. Im Dezember 1980 habe Štrougal ihm bei seinem Besuch in Prag[13] unter Hinweis auf Kontakte zur SU versichert, es komme nicht zur Intervention. Jetzt habe Štrougal anläßlich des Besuchs von BM Graf Lambsdorff[14] gesagt, die Lage in Polen sehe er nicht mehr so optimistisch wie zur Zeit des Besuches von BM Genscher. Er, BM, habe dies dem Bundeskanzler vor seiner Washington-Reise[15] vorgetragen und gesagt, daß der Westen verstärkt Stabilisierungsversuche unternehmen müsse. Die polnische Führung sei entschlossen, die Reformmaßnahmen durchzuführen. Er

11 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

12 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

13 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

14 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich am 15./16. Mai 1981 in der ČSSR auf und traf am 15. Mai 1981 mit Ministerpräsident Štrougal zusammen. Botschafter Diesel, Prag, berichtete dazu am 16. Mai 1981, Štrougal habe erklärt: „Zur Zeit des Genscher-Besuches sei er optimistischer zu Polen gewesen. Heute könne er das nicht mehr sein. Er sei sehr besorgt. Er könne kein Konzept, weder bei der PVAP noch bei Solidarität, in Polen zur Lösung seiner Probleme entdecken. Die Lage dort beginne, die internationalen Beziehungen zu beeinträchtigen, nicht nur wirtschaftlich (worunter die ČSSR natürlich auch besonders leide), sondern auch die internationale Politik." Diesel führte dazu aus: „Es war deutlich, daß Štrougal hiermit eine klare Botschaft übermitteln wollte. Insbesondere ist er von der Dezember-Aussage gegenüber BM abgerückt. Er vermied zwar, Andeutungen über eventuelle Interventionen zu machen, betonte aber die ‚Sorge', verbunden mit der Aussage, daß Polen im sozialistischen Lager bleiben müsse und seine geopolitische Situation nichts anderes erlaube. Seine Beunruhigung kam ausgesprochen deutlich zum Ausdruck, auch hinsichtlich Rückwirkungen auf die Politik zwischen den beiden Großmächten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 431; Referat 214, Bd. 139661.

15 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

habe drei Stunden mit Jaruzelski gesprochen[16] und sei tief beeindruckt. Jaruzelski habe ihm gesagt, er werde alles tun, um Gewalt zu verhindern. Jaruzelski betrachtete die Vorgänge als einen historischen Prozeß. BM knüpfte hieran grundsätzliche Überlegungen an. Der Gegensatz zwischen dem Drängen der Dritten Welt nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit und dem sowjetischen Vormachtstreben trete immer stärker hervor. Die SU gerate immer mehr in Gegensatz mit der großen Strömung der Zeit. Lenin sei sich noch der Bedeutung des nationalen Elements bewußt gewesen, und selbst Stalin habe sich bemüht, den nationalen Gedanken zu berücksichtigen. Heute habe man in der SU kaum noch Gespür dafür.

Frydenlund warf an dieser Stelle die Frage auf, wo die SU in Polen ihr Hauptproblem sehe, in der Sicherheitsfrage oder in der Ideologie? Ob sie sich also eher in ihrer Sicherheit gefährdet sehe oder dadurch, daß durch die Vorgänge eine der Hauptthesen der Ideologie, die These der geschichtlichen Entwicklung, unterminiert werde. *BM* erwiderte, daß das eine nicht gänzlich vom anderen zu trennen sei. „Solidarität" habe daher auch zu Anfang eine Erklärung abgegeben, nach der erstens die führende Rolle der Partei nicht angetastet werden solle und zweitens der weitere Verbleib im Warschauer Pakt gesichert bleiben solle.[17] Im übrigen wies BM auf folgende Gesichtspunkte hin: ein ausgeprägtes Bedürfnis der Sowjets, ihr Vorfeld zu festigen. In Afghanistan habe allerdings der Versuch dazu die gegenteilige Wirkung gehabt. Bei Polen spiele die Verbindung zur DDR eine wichtige Rolle. Auch unter ideologischem Gesichtspunkt könne man die Vorgänge in Polen nicht abgegrenzt sehen. Dies sei heute anders als 1953[18], 1956[19] und 1968[20]. In Polen werde die von „Solidarität" ausgelöste Bewegung vielleicht auch von vielen unterstützt, die sich mit ihren Zielen nicht identifizieren, sondern „Solidarität" nur als emanzipatorische Kraft fördern wollten. Auch bleibe noch die Frage der Grundströmung in der SU, über die wir wenig wüßten.

BM kam nochmals auf den Gegensatz zwischen Dritter Welt und sowjetischem Vormachtstreben zurück. Der Prozeß der Entwicklung zu mehr Unabhängigkeit der Dritten Welt sei die entscheidende Kraft in den nächsten 20 Jahren. Die Europäer hätten dies schmerzlich begreifen müssen. In Washington sähen noch nicht alle diesen Punkt in der richtigen Weise. Moskau habe die Entwicklung noch nicht begriffen. In Moskau gebe es auch keine Reaktionsfähigkeit. Seit 30 Jahren habe dort keine ideologische Entwicklung mehr stattgefunden. Dort gebe es keine geistige Führung mehr, sondern Stagnation. Es herrsche reiner Pragmatismus. Das halte jedoch keine „Weltkirche" lange Zeit aus. Sie brauche von

16 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Jaruzelski am 20. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 80.

17 In Ziffer 2 des Abkommens vom 31. August 1980 zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee von Danzig und der polnischen Regierung wurde ausgeführt, „daß die PVAP die führende Rolle im Staate ausübt". Ferner solle „das festgelegte internationale Bündnissystem" nicht angetastet werden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673 f.

18 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

19 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

20 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

Zeit zu Zeit eine „Enzyklika". Der Mangel an geistiger Führung durch Moskau sei der Grund für die Wirkung von Mao Zedong gewesen. In Moskau arbeite man nur mit den Mitteln der kalten Macht. Wir seien Zeuge eines Erosionsprozesses. Und es sei zu hoffen, daß dieser Prozeß nicht durch westliche Hardliner gestört werde.

BM weist am Beispiel der sowjetischen Beziehungen zu Finnland und Polen darauf hin, daß Sowjets ihre Interessenlage falsch sehen. Finnland sei für die Sowjets zur Zeit ein wesentlich problemloserer Nachbar als der Verbündete Polen. Auf die Bemerkung *Frydenlunds*, daß im Unterschied zu Polen in Finnland jedoch das Element Staatsraison stark ausgeprägt sei, antwortet *BM*, auch das gebe es in Polen, z. B. repräsentiert durch Kardinal Wyszyński. Rakowski habe ihm gesagt[21], er sei nur dreimal mit Wałęsa zusammengetroffen, habe aber oft mit ihm über Wyszyński gesprochen. Es bestehe zwischen Kirche und Staat fast ein nationaler Konsens über die Frage, wie weit man gehen könne.

BM stimmte Frydenlund zu, daß Madrid und KAE wichtige Elemente bei der Schaffung eines sicherheitspolitischen Rahmens sind, denen angesichts des Sicherheitsbedürfnisses der SU eine große Bedeutung für eine friedliche Entwicklung in Osteuropa zukomme.

Auf die Frage von *Frydenlund*, wie die landwirtschaftlichen Engpässe in Polen zu erklären seien, erwiderte *BM*, die Landwirtschaft in Polen sei die unterentwickeltste in Osteuropa. Die Struktur ihrer Betriebsgröße sei noch wie vor 50 Jahren, und sie arbeite nach veralteten Methoden. Polen habe die Entwicklung seiner Industrie nach dem Krieg mit der Vernachlässigung der Landwirtschaft bezahlt. Dieses Problem zu lösen allein erfordere mindestens zehn Jahre. *D 4* wirft ein, man habe die Ursachen für die Fehlentwicklung in Polen erkannt. Die Preise seien angehoben worden, darüber hinaus wolle man für eine bessere Kapitalisierung der Landwirtschaft sorgen.

Frydenlund lenkt das Gespräch auf die SU. Wer werde die Nachfolge in Moskau antreten? *BM*: Das wissen nicht nur wir nicht, auch Breschnew wisse es nicht. Daher wohl sei Breschnew immer noch an der Spitze und weniger aus Interesse an der Macht.

Frydenlund: Bilateral habe Norwegen kein schlechtes Verhältnis zur SU. Es liege wohl mit an der zunehmenden internationalen Isolierung Moskaus, daß es sich auch um ein so kleines Land wie Norwegen bemühe. Das habe sich auch bei seinem Besuch im Dezember[22] gezeigt. Frydenlund sprach sich in diesem Zusammenhang auch für enge Kontakte zu den übrigen osteuropäischen Ländern aus. Der Westen habe dabei wenig zu riskieren. *BM*: Solange die Verteidigung stimme, riskierten wir gar nichts. *Frydenlund* fährt fort, man könne in Norwegen nur dann Verständnis für Rüstung und Verteidigung finden, wenn auch die Entspannungspolitik weitergehe. Haig habe in Rom Verständnis dafür gezeigt. Daher habe es ein gutes Ergebnis gegeben. *BM* unterstreicht, daß

21 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 19. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 111, Anm. 35.

22 Der norwegische Außenminister Frydenlund hielt sich vom 19. bis 23. Dezember 1980 in der UdSSR auf.

der Harmel-Bericht[23] das richtige Grundkonzept enthalte. Er, BM, habe auch immer von realistischer Entspannungspolitik gesprochen und betont, daß Rüstungskontrolle und Entspannung ihrer Natur nach keine Vorleistungen an die andere Seite seien. BM: In Osteuropa verfolge man die Situation in Polen mit großer Sorge, besonders in der DDR und ČSSR. Auf die Frage von Frydenlund nach einem Spill-over-Effekt antwortet BM, davon könne man nicht sprechen, obwohl die DDR sehr gut mit Informationen versorgt sei. Der Grund läge wohl darin, daß die wirtschaftliche Lage, die auch in der DDR nach unseren Maßstäben nicht befriedigend sei, lange nicht so drückend empfunden werde wie in Polen. Die Führung sei jedoch sehr nervös. *Frydenlund* weist auf die Ankündigung der Fünf-Tage-Woche in Ungarn als Reaktion auf die Ereignisse in Polen hin. *D4* wirft ein, daß dies in Ungarn im Zuge der eigenen Wirtschaftspolitik gelegen habe, die Ankündigung aber auf dem Hintergrund der Polen-Ereignisse mit großem Aplomb erfolgt sei. Auf eine Frage von AM Frydenlund sagt *BM*, in der Frage der Erhöhung der Umtauschbeträge[24] habe es von seiten der DDR keine Bewegung gegeben.

Erdgas-Röhren-Geschäft[25]

Auf die Frage von AM Frydenlund nach dem Stand des Erdgas-Röhren-Geschäfts teilt BM mit, daß die Bundesregierung damit zur Zeit noch nicht befaßt sei. *D4* erläutert: Zunächst seien von der Wirtschaft drei Fragen zu lösen. Zunächst müsse eine neue Regelung der Zinsfrage gefunden werden. Nach dem Anstieg unserer Zinsen habe eine schon getroffene Regelung nicht mehr gehalten werden können. Im Augenblick werde jetzt jedoch nicht darüber gesprochen, da die SU nicht bereit sei, über den bisher üblicherweise genommenen Zins (siebendreiviertel Prozent) hinauszugehen, und die Banken ihrerseits nicht in der Lage seien, einen so niedrigen Zins zu gewähren. Ferner werde zwischen Ruhrgas und der SU über die sowjetische Forderung nach Rohöl-Parität verhandelt. Wir seien nicht dazu bereit. Schließlich gehe es um die Frage der Streckenführung und der Preise der Pumpstation und der Röhren.

Erst wenn diese drei Fragen geklärt seien, werde die Bundesregierung mit der Frage der Gewährung einer Bundesgarantie befaßt, die wir bis zu 85% gewährten. Grundsätzlich habe die Bundesregierung ihre positive Einstellung bereits anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers und des Bundesministers in Moskau[26] bekanntgegeben. Zur Zeit habe man den Eindruck, daß die SU nicht sehr dränge, sondern auf Zeit spiele. Wir gingen jedoch davon aus, daß das Geschäft zustande komme. Für uns liege darin die Chance, unsere Energiebezüge zu diversifizieren, und auch die SU habe ein erhebliches Interesse an dem Projekt. Auf die Frage nach der Abhängigkeit von AM Frydenlund angesprochen,

23 Für den Wortlaut des „Berichts des Rats über die künftigen Aufgaben der Allianz" (Harmel-Bericht), der dem Kommuniqué über die NATO-Ministerratstagung am 13./14. Dezember 1967 in Brüssel beigefügt war, vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 198–202. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1968, D 75–77. Vgl. dazu auch AAPD 1968, I, Dok. 14.

24 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

25 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 144, Anm. 4.

26 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

antwortet *BM*, er sei nicht der Meinung, daß die Abhängigkeit der Bundesrepublik von der SU durch das Geschäft unvertretbar groß werde. Man sei allerdings an einer Grenze angelangt, aber doch besser dran als z. B. Frankreich. Man müsse die Gasbezüge aus der SU in Relation zu dem Gesamtpaket der Energieversorgung sehen. Am liebsten würden wir allerdings in Richtung Norwegen diversifizieren.

Auf die Frage nach seiner Einschätzung der militärischen Lage an der Nordflanke führt *Frydenlund* aus, daß Ausgangpunkt der norwegischen Haltung sei, daß auf lokaler Basis eine Balance nicht möglich sei. Die SU habe an der Nordflanke nur zwei Divisionen, aber die Möglichkeit der Zuführung durch die Luft mit einer Vorwarnzeit von vier bis fünf Tagen. Sie habe zudem ihre Flotte beträchtlich modernisiert und ihre Linie immer mehr nach außen verschoben. Die Heranführung von Verstärkung aus den USA über See sei dadurch nicht mehr ausreichend gewährleistet. Deswegen habe man sich zur Anlage der Depots für Luftlandetruppen (US-Marine) entschlossen.[27] Darauf hätten die Sowjets empfindlich reagiert. Bei seinem Besuch in Moskau habe sich Gromyko hierzu sehr kritisch geäußert und seine Stellungnahme von einem Manuskript abgelesen, das ihm, Frydenlund, nachher ausgehändigt worden sei. Jetzt werde die Angelegenheit wohl als abgeschlossen betrachtet. Allerdings legten die Sowjets Wert darauf, daß die Einlagerung nicht der Anfang einer neuen Entwicklung sei, sondern eine abschließende Maßnahme. Dies sei auch der Fall, da man in Norwegen nicht wolle, daß die SU ihrerseits ihre zwei Divisionen verstärke und offensive Kapazität erreiche. Auf die Frage *BMs*, was die Motive für die Verstärkung der sowjetischen Kräfte seien, antwortet *Frydenlund*: Dies sei ein Teil der globalen strategischen Maßnahmen und nicht direkt gegen Norwegen gerichtet. Die Sowjets hätten die traditionellen Küstenbatterien zu einem Teil ihrer globalen Streitmacht ausgebaut. Dies hänge wohl mit einer Entscheidung im Zusammenhang mit Kuba zusammen. Dazu müsse man bedenken, daß auf der Kola-Halbinsel einer der wenigen Häfen zum Atlantik liege. Auf der Kola-Halbinsel liege auch ein großer Teil des atomaren Potentials der SU. *BM* wirft ein, daß der sowjetischen Seerüstung viel zu wenig Beachtung geschenkt werde. Die gesamte Strategie der 50er und 60er Jahre des Ostens sei von der Überlegenheit auf See ausgegangen. Das habe sich geändert. *Dg 20* unterstreicht die Dimension dieser Veränderung: Durch das quantitative Ausmaß der Seerüstung habe sich eine qualitative Verschiebung der strategischen Gewichte ergeben.

Europa

BM äußert sich besorgt über den Verlust von Elan in der EG. Heute beschäftige man sich vorwiegend mit nationalen Egoismen. Es komme darauf an, den Blick wieder nach vorn zu richten. Es gehe um eine Bestandsaufnahme und darum, die Entscheidungsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit zu verbessern. Er kündigte an, daß die Bundesregierung in dieser Frage, die wegen der französischen Wahlen[28] zurückgestellt worden sei, wieder aktiv werden wolle. Dabei

27 Zum amerikanisch-norwegischen Abkommen vom 16. Januar 1981 über die Vorratshaltung von Militärmaterial vgl. Dok. 5, Anm. 11.

28 Zu den Folgen der Präsidentschaftswahlen am 10. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 143, Anm. 3.

gehe es nicht darum, die Bedeutung des Ministerrats der NATO zu schmälern. Umgekehrt sei im Bündnis eine politische Abstützung wichtig. Die Allianz dürfe sich nicht im Militärischen erschöpfen. BM weist auf die positive Auswirkung eines starken Europa für das Bündnis hin. Es sei bezeichnend, daß die Mitgliedstaaten der EG sich immer in Übereinstimmung mit den Ländern der Allianz befänden, die nicht zur EG gehörten.

Beziehungen Norwegens zu Europa

Frydenlund spricht sich für engere politische Beziehungen zu Europa aus. Traditionell sei Norwegen stark pro-amerikanisch. In den letzten Jahren habe es sich auch stark nach Europa orientiert. Angesichts konservativer Grundstimmung in USA könnten die Beziehungen zu den USA allerdings schwieriger werden. Es könne die Gefahr einer gewissen Polarisierung für und gegen die USA entstehen. Unter diesem Aspekt befänden sie sich auf einer Linie mit den EG-Ländern. Auf der anderen Seite stehe Norwegen jedoch außerhalb der politischen Konsultationen und möchte gern alles tun, damit daraus keine völlige Isolierung werde. Man habe nun vorgeschlagen, daß der norwegische AM nach jedem Präsidentschaftswechsel dem neuen Vorsitzenden jeweils einen Besuch mache. Dies sei ein Konsultationsangebot. Carrington, der als nächster die Präsidentschaft übernehme[29], habe sich schon positiv geäußert.

Auf eine Frage von BM erläutert Frydenlund das Konsultationssystem mit den nordischen Nachbarn und mit Schweden. Es gebe informelle Ministertreffen und Treffen in größerem Kreis mit Vertretern der Bürokratie. Sicherheitsfragen seien aus der Konsultation gemäß der Satzung des Nordischen Rates[30] ausgeschlossen. Regelmäßig kämen dergleichen Fragen jedoch auf. Mit Schweden gebe es traditionell eine sehr enge Zusammenarbeit, die für Norwegen von großem Vorteil sei. In letzter Zeit sei eine stärkere politische Zusammenarbeit mit Finnland dazugekommen. Die Initiative sei von Finnland ausgegangen und sei in Norwegen auf großes Interesse gestoßen.

Referat 204, Bd. 123333

29 Großbritannien übernahm am 1. Juli 1981 die EG-Ratspräsidentschaft.

30 Für den Wortlaut des Abkommens vom 23. März 1962 zwischen Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden über Zusammenarbeit vgl. UNTS, Bd. 434, S. 146–197.
Das Abkommen wurde durch ein Abkommen vom 13. Februar 1971 ergänzt bzw. geändert. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 795, S. 340–383.
Weitere Ergänzungen und Änderungen wurden durch ein Abkommen vom 11. März 1974 vorgenommen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 985, S. 397–412.

146

Staatssekretär van Well, z. Z. Washington, an Bundesminister Genscher

114-3452/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2100
Citissime nachts

Aufgabe: 21. Mai 1981, 20.15 Uhr[1]
Ankunft: 22. Mai 1981, 02.30 Uhr

Nur für Bundesminister, StS[2], D 2[3] und D 3[4]

Betr.: Erstes Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan im Beisein von Vizepräsident Bush, AM Haig, Sicherheitsberater Allen, StM[5] Huonker, StS van Well und MD von Staden am 21.5.81, 10.30 bis 12.00 Uhr[6]

Das Gespräch verlief in besonders freundlicher, aufgelockerter Atmosphäre.

Der Präsident leitete es mit der Frage nach der künftigen französischen Politik ein, die der Bundeskanzler mit einer kurzen Analyse der innen- und außenpolitischen Perspektiven beantwortete, wobei er vor allem unterstrich, daß die Allianzpolitik Frankreichs nach seiner Überzeugung unverändert bleiben werde. Der Empfehlung des Bundeskanzlers, auf den neuen französischen Staatspräsidenten[7] zuzugehen und ein möglichst gutes Verhältnis mit ihm herzustellen, stimmte der Präsident lebhaft zu.

Auf das deutsch-amerikanische Verhältnis überleitend, betonte der Präsident die Bedeutung des engen Verhältnisses zu uns und seine Absicht, intensiv mit uns zu konsultieren und es nicht zu Überraschungen kommen zu lassen.

Der Bundeskanzler dankte dafür und unterstrich seine Befriedigung über Umfang und Tiefe der bisherigen Konsultationen. Er hob dabei die bisherigen Treffen mit AM Haig[8] und Verteidigungsminister Weinberger besonders hervor.

In einem anschließenden Meinungsaustausch über die Wirtschaftslage äußerte der Präsident sich optimistisch über die Aussichten, die Inflationsrate zu senken. Davon würde die Möglichkeit abhängen, auch die Zinsen zu senken. Der Bundeskanzler erläuterte – ohne Kritik an der amerikanischen Wirtschaftspo-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 30.
Hat dem Bereitschaftsdienst am 22. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Leiter MB wurde v[on] Eing[ang] unterrichtet. Sofort bei Dienstb[e]g[inn] MB."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 22. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 22. Mai 1981 vorgelegen.

2 Hans Werner Lautenschlager.

3 Franz Pfeffer.

4 Walter Gorenflos.

5 Korrigiert aus: „StS".

6 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau handschriftlich: „Botschafter?"
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 148–152.

7 François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten.

8 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 11. April 1981 vgl. Dok. 106.

litik – die Auswirkungen des amerikanischen Zinssatzes auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage in Europa.[9]

In einem Gedankenaustausch über die Kontakte zwischen West und Ost sprach sich der Bundeskanzler für eine Begegnung zwischen dem Präsidenten und Generalsekretär Breschnew aus, dessen Persönlichkeit er beschrieb. Er bezeichnete das Schreiben des Präsidenten an Breschnew[10] als eine ausgezeichnete Geste.

Der Präsident unterstrich den amerikanischen Willen, beide Teile des Doppelbeschlusses[11] auszuführen. Er betonte auch die grundsätzliche amerikanische Bereitschaft zu Verhandlungen über strategische Waffen. Diese Verhandlungen sollten kein Schachspiel sein, sondern zu einer echten Verminderung der strategischen Waffen führen.

Der Bundeskanzler stellte die politische Lage in Europa hinsichtlich der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen dar. Sie sei in traditionellen Nuklearwaffenstaaten wie England und Frankreich anders als in Ländern, die nicht nuklear seien, in denen aber amerikanische Waffen stationiert werden sollten. Diese Frage sei nicht einfach. Man müsse der öffentlichen Meinung die Gefahr der enormen sowjetischen Überlegenheit deutlich machen und den eigenen Willen zur ernsthaften Verhandlung. Wenn man die Öffentlichkeit davon überzeugen könne, werde sie den Doppelbeschluß verstehen.

Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß man, um erfolgreich mit den Sowjets über Rüstungskontrolle verhandeln zu können, ihnen deutlich machen müsse, daß man andernfalls aufrüsten werde, schilderte der Bundeskanzler die Entwicklung in der Frage der Mittelstreckenraketen vom Treffen von Wladiwostok 1974[12] bis zum Doppelbeschluß vom Dezember 1979. Er hob hervor, daß gerade er sich als erster und im besonderen Maße für diesen Beschluß eingesetzt habe. Dabei unterstrich er, daß beide Teile zusammengehörten.

Der Bundeskanzler ermunterte den Präsidenten zu einem Besuch in Europa, der auch dazu beitragen würde, ein teilweise falsches Bild seiner Persönlichkeit in den Medien zu korrigieren. Der Bundeskanzler übermittelte an dieser Stelle die Grüße des Bundespräsidenten und sein Interesse an einem offiziellen

9 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 69, Anm. 12.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 12. Mai 1981, in den vergangenen Wochen sei es in den USA zu einer Ausweitung der Geldmenge gekommen, die begleitet gewesen sei „von einem kräftigen Anstieg des Zinsniveaus. […] Die Fed[eral Reserve] reagierte auf den anhaltenden Anstieg der Marktzinsen, indem sie ab 5. Mai ihren Regeldiskontsatz von 13 auf 14 Prozent erhöhte, gleichzeitig wurde der Zuschlag für häufige Inanspruchnahme durch große Banken von drei auf vier Prozent erhöht. Damit hat der Diskontsatz der Fed jetzt einen historischen Höchststand erreicht. Die Marktzinssätze liegen demgegenüber noch leicht unter dem bisherigen Höchststand vom Frühjahr vergangenen Jahres." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1923; Referat 412, Bd. 130465.

10 Während seines Aufenthaltes im Krankenhaus aufgrund des Attentats vom 30. März 1981 schrieb Präsident Reagan im April 1981 einen handschriftlichen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Den Inhalt machte er in einer Rede vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062 f.

11 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

12 Korrigiert aus: „1975".
Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

Besuch in den Vereinigten Staaten im kommenden Jahr.[13] Er erwähnte den bevorstehenden Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn im Oktober[14] und verwies darauf, daß er darüber ja mit dem Präsidenten schon telefonisch gesprochen habe.[15] Der Präsident nahm dies ohne Kommentar zur Kenntnis.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Entwicklung im Libanon verwies der Präsident auf die Betrauung von Habib mit vermittelnden Gesprächen[16], ohne daß die amerikanische Seite einen Plan unterbreitet hätte. Er sei nicht ohne Hoffnung auf eine normale Lösung. Haig fügte hinzu, daß noch vorgestern nacht große Gefahr bestanden habe, daß eine israelische Entscheidung für militärische Aktionen getroffen wird.[17] Begin sei nicht hilfreich gewesen, als er jetzt öffentlich zwei zusätzliche Bedingungen gestellt habe.[18] Präsident und Haig erwähnten, daß die Saudis sich hilfreich eingeschaltet hätten.[19]

Der Präsident führte zum arabisch-israelischen Konflikt aus, daß man von der Basis von Camp David[20] aus sich weiter bemühen werde. Was er nicht verste-

13 Bundespräsident Carstens besuchte die USA vom 3. bis 14. Oktober 1983.

14 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 5.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

15 Zum Telefongespräch am 30. März 1981 vgl. Dok. 89.

16 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 125, Anm. 27, 29 und 30.
Botschafter Hermes, Washington, teilte am 6. Mai 1981 mit, am Vortag sei vom amerikanischen Präsidialamt bekanntgegeben worden, Präsident Reagan habe beschlossen, „den früheren Unterstaatssekretär für politische Angelegenheiten im State Department, Philip C. Habib, als seinen persönlichen Beauftragten in den Nahen Osten zu entsenden“. Das amerikanische Außenministerium habe der Botschaft der Bundesrepublik dazu mitgeteilt: „Unmittelbares Ziel der Mission Habibs sei es, einen Zusammenstoß zwischen Israel und Syrien über die von Syrien bei Zahlé stationierten SAM-6-Raketen zu verhindern. Mit Israel habe man eine stillschweigende Übereinkunft, daß es nicht gegen die Raketenstellungen vorgehen werde, solange die diplomatischen Bemühungen andauern.“ Ferner sei darüber informiert worden, daß der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, in einem Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, am Vortag die Bereitschaft der UdSSR betont habe, „alles ihr Mögliche zur Beruhigung der Lage im Libanon zu tun“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1812; Referat 310, Bd. 135690.

17 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 19. Mai 1981 mit, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, habe ihn und die Botschafter Henderson (Großbritannien) und Lefebvre de Laboulaye (Frankreich) darüber informiert, „Israel, zunächst zum Angriff auf die syrischen Raketenstellungen fest entschlossen, habe sich von diesem Angriff durch einen Brief Reagans an Begin zurückhalten lassen. Diese israelische Zurückhaltung gelte gegenwärtig fort, obwohl Begin sich starkem Druck der israelischen Militärs ausgesetzt sehe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2949; VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

18 Am 23. Mai 1981 wurde in der Presse berichtet, Ministerpräsident Begin habe in einem Fernsehinterview am 21. Mai 1981 gefordert, „Syrien solle nicht nur seine Luftabwehrraketen aus dem Libanon, sondern auch die zusätzlich stationierten Luftabwehrbatterien abziehen, die es auf eigenem Boden an der libanesischen Grenze stationiert hat“. Vgl. dazu die Meldung „Wieder israelisches Flugzeug über dem Libanon abgeschossen“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. Mai 1981, S. 1.

19 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 22. Mai 1981: „Im State Department äußerte sich man uns gegenüber zu Stand und Aussichten der Habib-Mission in etwas optimistischeren Tönen als noch vor wenigen Tagen. Man sei über das von Habib in seinen bisherigen Shuttle-Bemühungen Erreichte durchaus ermutigt. Die ‚Temperatur‘ in der Region sei gefallen; in den letzten Tagen hätten alle Seiten zusätzliche militärische Verstärkungen unterlassen. Alle Beteiligten seien offensichtlich bereit, Habib die Suche nach einer politischen Lösung der Situation zu ermöglichen. […] Habib habe in Riad gute Gespräche geführt. Saudi-Arabien sei – wie Habibs übrige arabische Gesprächspartner – der Meinung, daß eine weitere Eskalation oder gar eine militärische Auseinandersetzung in niemandes Interesse liege. Die Saudis bemühten sich daher, zu einer politischen Lösung beizutragen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2116; Referat 310, Bd. 135690.

20 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

hen könne, ist, daß die PLO das Existenzrecht Israels nicht anerkenne. Wie könne man eine Verhandlungslösung anstreben, wenn man das Existenzrecht des Verhandlungspartners nicht akzeptiere? Auch wisse er nicht, wo die vielen palästinensischen Araber angesiedelt werden sollten. Wie solle ein palästinensischer Staat angesichts des Mangels an Raum lebensfähig sein? Als Palästina geteilt worden sei[21], habe Israel etwa 20 Prozent erhalten und Jordanien 80 Prozent. Er könne sich nicht vorstellen, daß König Hussein für die Palästinenser Land hergeben werde.

Der Bundeskanzler erläuterte unsere Einstellung zur PLO. Er habe bei dem Besuch in Saudi-Arabien[22] mehrfach betont, daß unsere Haltung zur PLO abhängig sei von der Haltung der PLO gegenüber dem Recht Israels, in anerkannten und sicheren Grenzen zu leben. Hier erwähnte der Bundeskanzler Begins Angriffe auf ihn.[23] Er, der Bundeskanzler, habe sich große Zurückhaltung auferlegt, um kein Öl ins Feuer zu gießen. Seit Beginn seiner Verantwortung in der Bundesregierung, als Verteidigungsminister und als Finanzminister[24], habe er viel für Israel getan.

Der Bundeskanzler berichtete über seine Eindrücke von den Gesprächen in Saudi-Arabien und den VAE[25]. Er hob die Rolle von Kronprinz Fahd hervor, der Israels Existenz als normaler Teil der Region als gewährleistet bezeichnet habe. Ausführlich berichtete der Bundeskanzler über die saudischen Sicherheitsprobleme, wie sie von Fahd mit Bezug auf die sowjetische Bedrohung, insbesondere aus Südjemen und dem Horn von Afrika, sich ergeben. Er verwies auf den Willen der Staaten des Golf-Kooperationsrates[26], sich die Möglichkeit einer eigenen Verteidigungsfähigkeit zu verschaffen. Sie wollten ihre Sicherheit nicht ausländischen Stützpunkten überlassen. Die Carter-Doktrin[27] sei von den Ländern der Region kritisch aufgenommen worden. Einerseits wollten diese Länder ihre Blockfreiheit aufrechterhalten, andererseits wollten sie aber sicher sein, daß ihnen der Westen, insbesondere die Vereinigten Staaten, im Falle der Bedrohung helfen. Er sei der Auffassung, daß der Westen die Rüstungswünsche dieser Länder, vor allem Saudi-Arabiens, ernst nehmen solle.

21 Am 29. November 1947 stimmte die VN-Generalversammlung einer Teilung Palästinas zu. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 181 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 1, S. 322–343.

22 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

23 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. bzw. 7. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 131, Anm. 13, bzw. Dok. 134, Anm. 6.
Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, berichtete am 11. Mai 1981, Begin habe auf einer Wahlkampfveranstaltung am Vorabend zu seinen Äußerungen erklärt: „Ich habe kein Interesse daran, die Diskussion fortzusetzen, aber ich möchte betonen, daß ich kein einziges Wort meiner Äußerungen zurücknehme. Ihr Deutschen habt sechs Millionen Juden umgebracht. Solange der Meuchelmörder Euch Sieg brachte, jubeltet Ihr ihm zu. […] Herr Schmidt, Herr Bundeskanzler, Sie haben kein moralisches Recht, dem israel[ischen] Regierungschef zu sagen, er müsse der Schaffung eines palästinensischen Staates zustimmen. Dieses Recht wird Ihnen auch niemals zustehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 334; Referat 310, Bd. 135678.

24 Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, anschließend bis 1974 Bundesminister der Finanzen.

25 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 29./30. April 1981 in den Vereinigten Arabischen Emiraten vgl. Dok. 120 und Dok. 124.

26 Zur Gründung des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten am 4. Februar 1981 vgl. Dok. 63, Anm. 9.

27 Zur „Carter-Doktrin“ vgl. Dok. 16, Anm. 10.

Von uns wollten sie den „Leopard II“ und andere Waffen haben.[28] Die Bundesrepublik könne diesen Wünschen jedoch derzeit nicht entsprechen, ob es später möglich sein wird, wisse er nicht.

Er erwarte nicht, daß wir die restriktive Linie unserer Waffenexportpolitik ändern würden. Die Begin-Affäre habe erneut gezeigt, welche Grenzen uns hier gezogen sind. Er sei der Auffassung, daß die Vereinigten Staaten helfen müßten. Die Sowjetunion habe im Mittleren Osten ein großes Störpotential. Sie habe enorme Hebelmöglichkeiten, solange der arabisch-israelische Konflikt nicht gelöst sei.

Der Bundeskanzler erwähnte ferner, daß nach seinen Eindrücken aus Riad sich das Verhältnis zwischen Saudi-Arabien und den USA verbessert habe. Die Saudis seien vom Verhalten der Carter-Administration im Falle Taiwans und des Schah von Iran[29] sehr enttäuscht gewesen.

Der Präsident erwiderte, er habe seinerzeit das Verhalten der Carter-Administration öffentlich kritisiert. In Sachen des Schahs sei nichts mehr zu tun. Er hoffe jedoch, daß man sowohl das Verhältnis zur Volksrepublik China weiterentwickeln kann als auch [30]gewisse Beziehungen mit Taiwan. Betont sagte er, daß die Vereinigten Staaten unter seiner Führung ihre Verantwortlichkeiten für die freie Welt akzeptierten und ihre Verbündeten und Freunde nicht im Stich lassen würden. Er garantiere dafür, daß er an die Dinge anders als Carter herangehen werde. Die Sowjetunion versuche zur Zeit, in der nahöstlichen Region wieder vorzudringen. Das sei höchst gefährlich.

Zum Schluß kam der Präsident auf die Demonstrationen in westlichen Ländern zu sprechen. In den USA seien es immer dieselben gewesen. Heute wegen Kernkraft und in Sachen El Salvador, früher wegen Vietnam. Auch in Europa demonstrierten sie gegen die Kernkraft, regten sich aber nicht darüber auf, daß jenseits der Grenze im Osten Nuklearpotential in großem Umfang aufgebaut würde. Das mache sie nicht glaubwürdiger. Der Bundeskanzler erwiderte, daß es Leute gäbe, die Furcht predigten. Hinzu käme die Überflutung der öffentlichen Meinung durch das Fernsehen. Allerdings glaube er, daß wir den Widerstand gegen den Doppelbeschluß überwinden würden. Aber dann würden die Protestler sich ein neues Objekt suchen. Es seien Prediger, die nicht beten könnten.

Man verabredete am Schluß, sich morgen (22.5.) um 11.00 Uhr wiederzutreffen, da sowohl der Präsident als auch der Bundeskanzler noch einige Punkte ansprechen wollten.

[gez.] van Well

VS-Bd. 14096 (010)

28 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 53.
29 Mohammed Reza Pahlevi.
30 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2101 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

147

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.13/10 LRTNF VS-NfD **22. Mai 1981**[1]
201-363.31 VS-NfD

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung

Betr.: Argumentation für die Landstationierung der LRTNF

Anlg.: 1[4]

1) In der öffentlichen Debatte über den Doppelbeschluß der Allianz[5] ist in jüngster Zeit vor allem von Friedensforschern (u. a. Prof. C. F. v. Weizsäcker) für eine Seestationierung der neuen LRTNF plädiert worden. Diese alternative LRTNF-Stationierung wird z. T. auch von konsequenten Gegnern jeglicher Nachrüstung unterstützt, weil sie auf diese Weise hoffen, den NATO-Beschluß insgesamt zu Fall zu bringen.

Die Kritiker der Landstationierung berufen sich in ihrer Argumentation auch auf das 1961 erschienene Buch des Bundeskanzlers „Verteidigung oder Vergeltung“[6], in dem dieser sich unter ganz anderen strategischen Umständen (große amerikanische Überlegenheit im interkontinentalstrategischen Bereich, Fehlen mobiler Systeme) gegen Landstationierung von Raketen in besiedelten Räumen ausgesprochen hatte.

Die klaren Äußerungen des Bundeskanzlers während seines USA-Besuches[7] für ein Festhalten an der beschlossenen Landstationierung der LRTNF bieten eine gute Grundlage für die bevorstehende öffentliche Diskussion (s. Anlg.[8]).

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Legationsrat I. Klasse Bolewski konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner vorgelegen, der die Weiterleitung an Citron und Attaché Bruns verfügte und handschriftlich vermerkte: „201 hat Durchdruck vom Original.“
Hat Citron erneut vorgelegen.
Hat Bruns vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. Mai 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 23. Mai 1981 vorgelegen.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 8.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Vgl. Helmut SCHMIDT, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1961.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

8 Dem Vorgang beigefügt. Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, z. Z. Washington, berichtete: „Dies ist eine Stellungnahme zu Bonner dpa-Meldungen, nach denen der Bundeskanzler sich in Washington für seegestützte Mittelstreckensysteme aussprechen will. Der Sprecher der Bundesregierung erklärt: Der Bundeskanzler hat auf diesbezügliche Frage schon vor dem Eintreffen in Washington geantwortet. 1) In der Tat habe er sich früher dafür ausgesprochen, nukleare Waffensysteme nicht auf dem Land, sondern auf See zu stationieren. 2) Die Frage der Zweckmäßigkeit verschiedener Stationierungsmöglichkeiten auch seegestützter Raketen sei im westlichen Bündnis im Vorfeld des Doppelbeschlusses von Experten erörtert, dann jedoch mit deutscher Zustimmung so entschieden worden, wie es im Doppelbeschluß geschehen ist. 3) Zu keinem Zeitpunkt hat

Die am Doppelbeschluß vom 12.12.1979 beteiligten Regierungen haben bei der NATO-Frühjahrskonferenz der Außenminister in Rom[9] und bei der Tagung der Verteidigungsminister in Brüssel[10] beide Elemente des Beschlusses einschließlich der vorgesehenen Landstationierung erneut bestätigt.

2) Nachstehend werden die Argumente, die für eine Landstationierung der LRTNF sprechen, gemäß dem doppelten Ansatz der Allianz zusammengestellt:

– Eine Landstationierung der LRTNF erhöht die Glaubwürdigkeit der Bündnisstrategie, den Frieden weiterhin durch Abschreckung sichern zu können.
– Eine Landstationierung verstärkt die sowjetische Bereitschaft, über eine Begrenzung und Reduzierung ihrer landstationierten LRTNF zu verhandeln.

3) Politische Begründung der Landstationierung der LRTNF

Um die Glaubwürdigkeit des Kontinuums der Abschreckung zu bewahren, angesichts

– der Herstellung interkontinentalstrategischer Parität und ihrer Kodifizierung bei SALT,
– der wachsenden landgestützten LRTNF-Überlegenheit der Sowjetunion und
– des Fehlens vergleichbarer westlicher Systeme

entschied sich das Bündnis am 12.12.1979 zur Landstationierung von LRTNF-Systemen. Die Entscheidung für eine Landstationierung erfolgte nach sorgfältiger Prüfung verschiedener Dislozierungsmodalitäten im Bündnis.

Die politischen Argumente für die Landstationierung waren und sind folgende:

a) Die Vereinigten Staaten unterstreichen mit der Dislozierung ihrer Systeme in Europa, daß sie gewillt sind, ihre Verantwortung für eine glaubhafte Abschreckung gegenüber den europäischen Bündnispartnern zu übernehmen und durch die Stationierung amerikanischer Systeme auf europäischem Territorium die Abschreckung für Europa mit der interkontinentalstrategischen Abschreckungsstreitmacht der Vereinigten Staaten glaubhaft zu koppeln.

b) Die Europäer bekunden ihre Solidarität mit den Vereinigten Staaten sichtbar durch die Bereitschaft, die für erforderlich gehaltenen LRTNF in Europa stationieren zu lassen und damit sichtbar das nukleare Risiko gemeinsam im Bündnis zu tragen.

c) Schaffung eines Verhandlungsanreizes für die Sowjetunion, um bei den Verhandlungen eine Reduzierung und Begrenzung des sowjetischen landgestützten LRTNF-Potentials auf möglichst niedriger Ebene zu vereinbaren.

4) Militärische Vorteile einer Landstationierung

Die politische Begründung wird durch die strategischen operativen Vorteile der Landstationierung ergänzt:

– Große Zuverlässigkeit und Präzision,
– Überlebensfähigkeit durch Mobilität,

Fortsetzung Fußnote von Seite 816

der Bundeskanzler beabsichtigt, hier eine Änderung herbeizuführen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2078; Referat 220, Bd. 123107.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

10 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

– hohe Einsatzbereitschaft,
– sichere Kommunikation

gewährleisten die Glaubwürdigkeit der Friedensbewahrung durch Abschreckung.

Sie machen damit auch die Optionen der Allianz zu selektiven Reaktionsmöglichkeiten, die nach Ort, Zeit und Wirkung politisch kontrollierbar sein müssen, glaubhaft und verringern dadurch die Gefahr einer sowjetischen Fehleinschätzung.

5) Probleme einer Seestationierung der LRTNF

Die von den Gegnern einer Landstationierung aufgestellte Behauptung, durch eine Seestationierung könne man die Bedrohung der Zivilbevölkerung mindern, ist eine Illusion.

– Für die sowjetischen Mittelstreckenwaffen gibt es bereits jetzt eine Vielzahl von ortsfesten, d. h. bekämpfbaren, Prioritätszielen: politische und militärische Kommandozentralen, Flugplätze, Häfen, Waffen- und Vorratslager, Verkehrsknotenpunkte, Industriekomplexe. Diese Bedrohung gibt es, seit die Sowjetunion über weitreichende Nuklearwaffen verfügt.

  Die LRTNF an Land bilden keine Ziele für die SS-20, da sie mobil sind und daher führungstechnisch nicht durch gezielte Angriffe ausgeschaltet werden können. Gleiches gilt auch umgekehrt.

  Eine Risikoverschiebung findet nicht statt. Angesichts der wachsenden Bedrohung durch die sowjetische Aufrüstung müssen jedoch alle Partner der Allianz, auch die Europäer, bereit sein, gemeinsam weiterhin das erhöhte Risiko zu tragen. Die Bereitschaft zur LRTNF-Stationierung ist sichtbarer Ausdruck der Bereitschaft der Europäer zur gemeinsamen Risikoteilung. Dies gilt auch für die USA, die keineswegs ihr Risiko verringern, da sie mit einem möglichen Einsatz von LRTNF gegen Ziele auf sowjetischem Territorium als Reaktion auf einen Angriff der SU auf Westeuropa unzweifelhaft das Risiko eines Gegenschlages gegen amerikanisches Territorium in Kauf nehmen.
– Bei einer Seestationierung von LRTNF (SLCM) wäre außerdem eine breite und sichtbare nationale Beteiligung der Europäer nicht möglich. Nur die Nuklearmächte USA und Großbritannien könnten aus rechtlichen Gründen die Trägerschiffe stellen.
– Seegestützte Systeme haben im Vergleich zu landgestützten Systemen erhebliche operative und logistische Nachteile:
  – Überlebensfähigkeit
    Überwasserschiffe, die ständig aufgeklärt und verfolgt werden könnten, haben im Vergleich zu mobilen landgestützten Systemen eine geringe Überlebensfähigkeit. Eine hohe Überlebensfähigkeit haben Unterwasserschiffe, allerdings nur in getauchtem Zustand in See.
    Die Verwundbarkeit der nicht im Einsatz befindlichen Einheiten im Hafen und der Führungs- und Versorgungseinrichtungen an Land ist jedoch weitaus höher als die vergleichbarer mobiler landgestützter Systeme.
  – Einsatzbereitschaft
    Bei seegestützten Systemen kann als Faustregel davon ausgegangen wer-

den, daß über einen längeren Zeitraum nur etwa ein Viertel der Schiffe in See einsatzbereit gehalten werden kann, d.h., um eine Anzahl von Systemen zur Abschreckung ständig bereitzuhalten, müßte die drei- bis vierfache Anzahl von Systemen beschafft werden.

– Führbarkeit
Die Führung von Unterwasserschiffen ist ein großes, fernmeldetechnisches Problem und erfordert aufwendige Führungseinrichtungen an Land. Selbst mit modernster Technologie ist das U-Boot in getauchtem Zustand nicht zuverlässig zu erreichen. Eine ständige sichere Verbindung, wie sie gerade für einen selektiven Einsatz unverzichtbar ist, der nach Ort, Zeit, Dauer und Umfang politisch kontrolliert und militärisch koordiniert ablaufen muß, ist nicht gewährleistet, ohne die Verwundbarkeit des Schiffes drastisch zu erhöhen.

– Kosten
Seegestützte Systeme sind kostspieliger als landgestützte. Bei gleicher Stückzahl wären die Kosten ca. eineinhalb bis zweimal so groß. Da jedoch erheblich mehr seegestützte Systeme erforderlich wären, um eine vergleichbare Einsatzbereitschaft sicherstellen zu können, wäre noch mit weitaus höheren Mehrkosten zu rechnen.

6) Rüstungskontrollpolitische Begründung für die Landstationierung

Hier stellt sich die Frage, ob die abschreckungs- und verteidigungspolitisch begründete Entscheidung für landgestützte amerikanische Mittelstreckenwaffen auch rüstungskontrollpolitisch zweckmäßig ist oder ob sich nicht auch mit seegestützten Systemen eine Verhandlungsposition aufbauen ließe.

Die Antwort der Bündnispartner zu dieser Frage fiel eindeutig zugunsten der landstationierten Systeme aus. Die Entwicklung seit Dezember 1979 hat auch die rüstungskontrollpolitische Richtigkeit der Entscheidung bestätigt.

– Angesichts des der Sowjetunion zur Verfügung stehenden und sich vergrößernden Bedrohungspotentials im Bereich der nuklearen Mittelstreckenraketen hat die Bundesregierung schon früh auf die Notwendigkeit hingewiesen, in diesem Bereich die bestehende Verhandlungslücke zu schließen.
– Der Option „landgestützte LRTNF“ ist auch aus rüstungskontrollpolitischen Überlegungen heraus der Vorzug zu geben:
  – Die landgestützten amerikanischen Mittelstreckensysteme sind rüstungskontrollpolitisch mit den sowjetischen landgestützten Raketen vergleichbar.
  – Die Entscheidung für die Nachrüstung mit landgestützten Systemen hat einen Anreiz geschaffen, über die beiderseitige Begrenzung landgestützter Systeme zu verhandeln.
  – Verhandlungen über die Begrenzung landgestützter Raketen auf beiden Seiten sind überschaubar und versprechen am ehesten, zu konkreten Ergebnissen zu kommen.
  – Ein rüstungskontrollpolitischer Vergleich zwischen seegestützten Marschflugkörpern und landgestützten sowjetischen Mittelstreckenraketen wäre schwierig. Die Aussicht auf konkrete Ergebnisse wäre bei einer solchen Gegenüberstellung sehr gering.

– Die Systemeigenschaften von seegestützten Marschflugkörpern (z. B. Reichweiten, Unterwasser- und Überwassermöglichkeiten der Schiffe) machen die Zuordnung zu bestimmten Verhandlungsbereichen schwieriger als bei den landgestützten Systemen. Auch hierdurch würden sich Verhandlungen verzögern. Angesichts der Mobilität von Schiffen würde sich die zusätzliche Schwierigkeit der Unterscheidung zwischen einer interkontinentalstrategischen und einer kontinentalstrategischen Funktion ergeben.

– Bei der für die Stationierung in der Bundesrepublik Deutschland vorgesehenen Pershing II handelt es sich um eine ballistische Rakete. Ballistische seegestützte Raketen (SLBM) werden nach der Systematik von SALT II in der interkontinentalstrategischen Gleichung mitgezählt und sind durch die SALT-Limitierungen bereits begrenzt.[11] Die Seestationierung einer der Pershing II vergleichbaren ballistischen Mittelstreckenrakete (derzeit nicht geplant) würde weder eine zusätzliche Abschreckungswirkung erzielen noch eine rüstungskontrollpolitische Verhandlungsoption im LRTNF-Bereich darstellen.

– Die beiderseitige Begrenzung landgestützter Mittelstreckenraketen ist der zentrale Bestandteil des westlichen Rüstungskontrollvorschlags von 12. Dezember 1979. Würde sich die NATO entscheiden, statt landgestützter Raketen in Zukunft nur seegestützte Marschflugkörper einzuführen, würde damit die Geschäftsgrundlage für den Rüstungskontrollbeschluß vom Dezember entfallen. Es müßte eine völlig neue Position des Bündnisses aufgebaut werden.

– Mit der Aufgabe der Landstationierung und der damit verbundenen unmittelbaren politischen und territorialen Beteiligung der europäischen Bündnispartner würden die Europäer ihren erheblichen Einfluß auf die künftige Gestaltung der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik einbüßen.

Das BMVg hat bei der Erarbeitung dieser Aufzeichnung mitgewirkt.

i. V. Ruth

Referat 220, Bd. 123107

11 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

148

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3473/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Mai 1981, 20.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2144 **Ankunft: 23. Mai 1981, 02.38 Uhr**
Cito

Betr.: Gespräch des Bundeskanzlers mit Verteidigungsminister Weinberger[2]

1) Der Bundeskanzler führte am 21. Mai 1981 ein etwa 45-minütiges Gespräch mit Weinberger, das in einer guten Atmosphäre stattfand. Weinberger war begleitet von Iklé und Richard Allen.

2) Der Bundeskanzler unterrichtete zunächst über die Lagebeurteilung, die ihm die saudische Führung vermittelt habe.[3] Er hob hervor, daß die Saudis sich selbst verteidigen wollen. In einer Gefahrenlage wünschten sie allerdings, auf Hilfe von außen rechnen zu können. Die Stationierung ausländischer Soldaten würde in Saudi-Arabien wie in anderen Golfländern zu großen innenpolitischen Schwierigkeiten führen.

Die Saudis fürchteten, daß die PLO zu einem Werkzeug der Sowjetunion werden könne, wenn man sie falsch behandele. Die größte Sorge der Saudis sei allerdings die Bedrohung durch die nach Moskau orientierten Länder der Region.

Der Bundeskanzler ging dann kurz auf die Bedrohung durch Gaddafi ein.

Weinberger wies darauf hin, daß er häufig in Saudi-Arabien gewesen sei und ebenfalls den Eindruck habe, daß die Saudis keine fremden Truppen wünschen. Sie seien aber besorgt über die Möglichkeiten der SU im Golf und wollten deshalb auch die AWACS.[4] Die NATO müsse sich entweder als solche oder

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte und handschriftlich vermerkte: „Reg[istratur]: Bitte alle DBe über BK-Gespr[äche] in Wash[ington] in eine S[amm]l[un]g."

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 146 und Dok. 149–152.

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

4 Am 21. April 1981 gab das amerikanische Präsidialamt bekannt, Präsident Reagan habe die Lieferung von zusätzlichen Treibstofftanks für bestellte Kampfflugzeuge vom Typ F-15 sowie von Flugabwehrraketen und Tankflugzeugen an Saudi-Arabien beschlossen. Ferner wurde mitgeteilt, daß nach Zustimmung durch den amerikanischen Kongreß fünf mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem (AWACS) ausgerüstete Flugzeuge geliefert werden sollten. Der genaue Zeitpunkt der Einbringung des gesamten Pakets in den Kongreß stehe jedoch noch nicht fest. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1233.
Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 29. April 1981 mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe die amerikanische Regierung „angesichts des berichteten erheblichen Widerstandes im Kongreß" beschlossen, „die Vorlage des Pakets der Zusatzausrüstung für die von Saudi-Arabien bestellten 62 F-15 an den Kongreß bis zum Sommer aufzuschieben. Zwischenzeitlich werde man sich intensiv bemühen, durch Unterrichtung der Kongreßmitglieder über die Beweggründe und Überlegungen der Administration das Terrain für eine positive Behandlung des Pakets im Kongreß vorzubereiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1747; Referat 422, Bd. 124243.

durch einzelne Mitglieder auch mit bestimmten Regionen außerhalb des Bündnisgebietes[5] befassen.

Der Bundeskanzler wies nachdrücklich darauf hin, daß dies keinesfalls durch die NATO als solche geschehen dürfe, da dies z. B. im Hinblick auf die skandinavischen Länder zu einem Auseinanderbrechen des Bündnisses führen könne.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, welche Länder außer Großbritannien und Frankreich zu individueller Unterstützung in anderen Regionen bereit seien, verwies Weinberger auf Griechenland und Türkei. Auf den Einwand des Bundeskanzlers, daß die Türkei keine Marine habe, erwähnte Weinberger den guten Zustand der konventionellen Streitkräfte.

3) Weinberger erwähnte dann mit Befriedigung die im DPC[6] erzielte Übereinstimmung zu Fragen der Infrastruktur und zum 3%-Ziel[7]. Die Verteidigungsminister seien sich darüber einig gewesen, daß sie sich innerhalb ihrer jeweiligen Regierungen für dieses Ziel stark machen wollten. Auf die Frage des Bundeskanzlers, wie z. B. GB bei einem Wachstum seiner Wirtschaft von minus 2% eine dreiprozentige Erhöhung der Verteidigungsausgaben erbringen solle, erwiderte Weinberger, entscheidend sei, daß die Verteidigungsminister sich geeinigt hätten und daß eine dreiprozentige Erhöhung der Verteidigungsleistungen ein deutliches Signal an die SU sei.

4) Der Bundeskanzler ging dann auf die Gefahren der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa ein. Möglicherweise komme es zu einer tiefen Depression, für deren Bekämpfung niemand ein Rezept habe. Der amerikanische Zins von 20% könne in einer solchen Lage verheerend wirken.[8] Er wolle die USA nicht dazu veranlassen, ihre Wirtschaftspolitik zu ändern, aber er bitte dringend, deren Auswirkungen ernsthaft in Betracht zu ziehen. In einer solchen weiter verschlechterten Wirtschaftslage werde niemand in Europa nach höheren Verteidigungsausgaben rufen. Man könne vielleicht mehr für die Verteidigung tun, aber nur wenn man nicht laut darüber rede. Die 3%-Formel sei kein guter Maßstab für Verteidigungsleistungen. Entscheidend sei, welche Kampfkraft man erreichen könne. Er sei beunruhigt über die zahlreichen Hinweise auf europäischen Neutralismus in der amerikanischen Presse. Er wies dann auf den Zusammenhang mit der Wehrpflicht hin, worauf Weinberger bemerkte, genau dies sei einer der Gründe, warum Präsident Reagan keine Wehrpflicht wolle.[9] Der Bundeskanzler bat um Mithilfe dabei, daß das ständige Gerede über Neutralismus aufhöre. Weinberger wies auf die Schwierigkeit hin, die Presse zu beeinflussen. Er habe bei den NATO-Konferenzen auch den Eindruck gewonnen, daß die Stimmung in Europa einige Bündnispartner daran hindere, die notwendige Erhöhung der Verteidigungsausgaben vorzunehmen. Eine solche Einstellung sei für die Administration sehr schwierig, wenn sie vom Kongreß eine wesentliche Erhöhung der eigenen Verteidigungsausgaben fordere. Für die

5 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

6 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

7 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

8 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

9 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

USA sei entscheidend, daß der bestehende Konsens über die Notwendigkeit einer Erhöhung der Verteidigungsausgaben nicht in Frage gestellt werde.

Der Bundeskanzler ging dann kurz ein auf unsere Verteidigungsleistungen[10] (50% der NATO-Landstreitkräfte). Die SU habe Stärken und Schwächen; Schwächen insbesondere, weil sie die militärischen Unterführer nicht zu selbständigem Handeln bringen könne. Verteidigungsminister Ustinow habe davon gesprochen, daß die SU vor der Bundeswehr Respekt habe.[11] Die Bundeswehr sei gut ausgerüstet, und sie bekomme die neuen Waffen, die sie brauche. Er habe Zweifel, ob es richtig sei, den Verteidigungshaushalt auf Kosten der Entwicklungshilfeleistungen zu erhöhen. Es sei aber klar, daß wir das militärisch Notwendige auch wirklich tun müßten. 3% Zuwachs sei vielleicht zu viel, vielleicht aber auch zu wenig. Wir hätten im übrigen diesen Satz in der vergangenen Dekade fast ständig erreicht.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, in welchen Bereichen die zusätzlichen US-Mittel eingesetzt werden sollten, erwähnte Weinberger vor allem:

– ICBM,

– Ersatz der bestehenden Bomber-Flotte,

– Unterseeboote.

Auch im konventionellen Bereich werde verbessert, z.B. durch Erhöhung des Wehrsolds. Alle Maßnahmen seien Teil eines größeren Planes. Er verwies dann auf die enorme Zunahme der sowjetischen militärischen Fähigkeiten und die damit zusammenhängenden Herausforderungen in Afghanistan, Äthiopien und Zentralamerika. Das Ziel der amerikanischen Bemühungen sei, Abschreckung wiederherzustellen. Die gesamte westliche Welt müsse sich einig werden über die Natur der Bedrohung und die erforderlichen Gegenmaßnahmen. Unter Hinweis auf das RDP[12] fragte der Bundeskanzler, ob die USA über genügend Soldaten verfügten. Weinberger erwiderte, der aktuelle Stand sei nicht schlecht, aber er werde für einige zusätzliche Kontingente sorgen. Der Bundeskanzler bemerkte abschließend, daß er die amerikanischen Bemühungen mit positivem Interesse verfolge.

5) Der Bundeskanzler ging kurz auf die TNF-Frage ein. L.R. Pershing und Cruise Missiles dürften keinesfalls nur in der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden. Auf den Einwurf Weinbergers, daß dies nicht beabsichtigt sei, wies der Bundeskanzler darauf hin, er bemerke aber eine gewisse Tendenz in diese Richtung seit dem Ausscheiden Frankreichs aus der NATO-Integration[13]. Unter Hinweis auf die Situation in Belgien und den Niederlanden bemerkte der Bundeskanzler, schließlich würden auf dem Kontinent nur Italien

10 Vortragender Legationsrat Seibert notierte am 22. Mai 1981, das Kabinett habe am 13. Mai 1981 beschlossen, daß „der deutsche Verteidigungshaushalt 1981 (Einzelplan 14) um 850 Mio. DM auf insgesamt 42,1 Mrd. DM aufgestockt werden soll. Unsere Verteidigungsleistungen nach NATO-Kriterien würden damit auf 52,2 Mrd. DM anwachsen, was einer realen Steigerung für 1981 von knapp über 3% entspricht." Vgl. Referat 201, Bd. 125574.

11 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow am 1. Juli 1980 in Moskau vgl. AAPD 1980, II, Dok. 194.

12 Rapid Deployment Program.
Zur „Rapid Deployment Force" vgl. Dok. 55.

13 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

und die Bundesrepublik Deutschland als Stationierungsländer übrigbleiben. Großbritannien sei ein anderer Fall. Auch im konventionellen Bereich wolle die Bundesrepublik Deutschland keine Drehscheibe werden. Unter diesem Aspekt seien die Abkommen der USA mit Portugal[14] und Spanien[15] sehr wichtig. Norwegen habe mit dem pre-positioning große Schwierigkeit gehabt, dafür müsse man Verständnis haben.

6) Der Bundeskanzler erläuterte dann, daß die getrennten Tagungen von Außen- und Verteidigungsministern der NATO eine bedauerliche Entwicklung seien. Es wäre besser, wenn man gelegentlich zusammen tage und auch die Finanzminister hinzuziehe. Insbesondere dürften keine Unterschiede in den Ergebnissen der Konferenzen von Außen- und Verteidigungsministern auftreten. Weinberger warf ein, darauf habe man bei letztem DPC sorgfältig geachtet. Weinberger unterstrich [16]dann erneut, daß die Verteidigungsminister in Brüssel nur Empfehlungen ausgesprochen hätten. In der Tat sei nur die effektive Stärke wichtig. Man brauche eine höhere Abschreckungsfähigkeit, auch im Nahen Osten. Der Bundeskanzler wies darauf hin, man dürfe die Sowjets auch nicht stärker machen, als sie[17] in Wirklichkeit seien. Bei den Sowjets dürfe nicht der Eindruck entstehen, daß sie zu jeder militärischen Aktion in der Lage wären.

7) In einem kurzen Meinungsaustausch über die Entwicklung in Frankreich nach der Wahl Mitterrands[18] wies der Bundeskanzler darauf hin, daß er davon ausgehe, daß die neue französische Führung sich um Kontinuität bemühen werde. Es sei wichtig, daß die USA bilaterale Kontakte mit F in den hochsensiti-

14 Brigadegeneral von Ondarza, Washington, übermittelte am 9. Juni 1981 Informationen des amerikanischen Verteidigungsministeriums zum Stand der Verhandlungen zwischen den USA und Portugal über Verteidigungsfragen. Neben der amerikanischen Unterstützung für die Modernisierung der portugiesischen Streitkräfte sowie insbesondere für ein Fregattenprogramm sei die Frage der Gewährung von Landerechten für amerikanische Militärflugzeuge auf portugiesischen Flugplätzen im Rahmen der amerikanischen Planungen für die „Rapid Deployment Force“ erörtert, aber noch nicht abschließend geklärt worden: „Vorübergehend habe Portugal einer ‚Ad-hoc‘-Regelung für die Benutzung Bejas durch KC-135-Tankflugzeuge zugestimmt. Den USA sei weiterhin zugestanden worden, ein Überprüfungsteam zu entsenden, welches eventuellen zusätzlichen Baubedarf auf den Azoren feststellen solle. Konkrete Baumaßnahmen könnten allerdings erst nach weiteren Verhandlungen mit Portugal in Angriff genommen werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2330; Referat 201, Bd. 125610.

15 Zu den Verhandlungen zwischen Spanien und den USA über ein bilaterales Stützpunktabkommen vgl. Dok. 104, Anm. 21.
Botschafter Lahn, Madrid, teilte dazu am 10. Juni 1981 mit, nach Auskunft des Staatssekretärs im spanischen Außenministerium, Robles Piquer, stünden die Verhandlungen „noch sehr am Anfang“: „Er unterstrich, daß es sich nicht um eine Verlängerung des alten Vertrages oder dessen Neuauflage handeln würde, sondern daß ein anders konstruierter Freundschafts- und Zusammenarbeitsvertrag formuliert werden müsse. […] Robles Piquer erklärte weiter, daß der Vertrag bereits im Hinblick auf einen künftigen NATO-Beitritt konzipiert würde […]. In ihm sollten amerikanische Einrichtungen auf spanischem Territorium, wie insbesondere die drei bekannten Basen und die vierte noch nicht voll genutzte bei Sevilla, wiederum festgeschrieben werden. […] Ein zentrales Verhandlungsziel stelle die Regelung des Status der amerikanischen Streitkräfte auf spanischem Territorium dar. In diesem Punkt wolle man nicht über das hinausgehen, was andere Länder in bezug auf Privilegien, Immunität und Gerichtsbarkeit eingeräumt hätten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 896; Referat 203, Bd. 123292.

16 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2145 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Korrigiert aus: „die“.

18 Zu den Folgen der Präsidentschaftswahlen am 10. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 143, Anm. 3.

ven Verteidigungsbereichen aufnähmen. Dabei müsse man sehr sorgfältig sein, um niemanden zu kompromittieren.

Allen erwähnte, daß man auf die Wahl Mitterrands schnell und positiv reagiert habe.[19] Man wisse, daß Mitterrand das positiv aufgenommen habe. Der Bundeskanzler unterstrich, daß es darauf ankomme, daß zunächst die politischen Führungen ein Vertrauensverhältnis herstellten, die technischen Fragen könnten dann auf hoher Expertenebene gelöst werden.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14096 (010)

149

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3475/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Mai 1981, 21.42 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2131 **Ankunft: 23. Mai 1981, 04.12 Uhr**

Auch für D 4[2] – Referate 420, 412

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington vom 21. bis 23.5.1981[3]; hier: Gespräch mit Vizepräsident Bush und Außenminister Haig am 22.5. (10.00 Uhr bis 11.00 Uhr)

Der Bundeskanzler leitete das Gespräch mit einigen Wirtschaftsthemen Bemerkungen über seine Begegnung mit Kirkland, dem Präsidenten der AFL-CIO, vom gleichen Tage ein.[4]

Vizepräsident Bush erklärte, die Administration habe große Achtung vor Kirkland. Da sie die Sozialausgaben reduzieren müsse, werde ihr leider von einigen eine Anti-Labor-Etikette gegeben. Es sei wichtig, Kirkland von der Notwendigkeit dieser Reduzierungen zu überzeugen. Es sei auch sehr hilfreich, wenn er die Außenpolitik der neuen amerikanischen Regierung unterstützen würde. Der Bundeskanzler erwiderte, Kirkland habe ihm gegenüber betont, daß er zur Unterstützung der Außenpolitik bereit sei.

19 Vgl. dazu das Glückwunschschreiben des Präsidenten Reagan vom 10. Mai 1981 an François Mitterrand; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 418.
Zu weiteren Reaktionen der amerikanischen Regierung vgl. ferner den Artikel „Unsettled Period Expected for France"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 12. Mai 1981, S. 2.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 26. Mai 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[ur] Sammlung."

2 Per Fischer.

3 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 146, Dok. 148 und Dok. 150–152.

4 So in der Vorlage.

Auf Bitte des Vizepräsidenten führte der Bundeskanzler zur Weltwirtschaftssituation, die er am Nachmittag näher mit dem Secretary of the Treasury besprechen werde[5], folgendes aus:

Er fürchte, wir stünden am Beginn einer tiefen Depression, die strukturelle Gründe habe. Seit der Errichtung des internationalen Währungssystems habe sich die Welt grundlegend geändert. Sie sei sehr klein geworden. Die ölproduzierenden Länder hätten das noch nicht begriffen. Prinz Fahd von Saudi-Arabien habe allerdings das richtige Gefühl. Auch die Entwicklungsländer wüßten nicht, daß sie wegen der Haltung der ölproduzierenden Länder litten und nicht wegen der Haltung der industrialisierten Länder. Es sei unsere Aufgabe, den OPEC-Ländern zu erklären, daß die Industrieländer unmöglich für die Verluste aufkommen könnten, die OPEC anderen Ländern zufüge. Der Hunger in der Dritten Welt wachse an, die Erdbevölkerung werde bis zum Jahre 2000 auf sechs Milliarden angestiegen sein. Dadurch entstehe ein gewaltiges Potential für soziale und politische Unruhe und eine große Chance für die Sowjetunion, die Länder der Dritten Welt, besonders in Latein- und Mittelamerika, zu unterminieren. Wohlmeinende Ideologen verlangten immer mehr Geld für die Entwicklungsländer. Nur das alles werde nicht ausreichen. Dem Egoismus der Ölförderländer müsse Einhalt geboten werden. Mit militärischen Mitteln lasse sich die Armut nicht bekämpfen.

Vizepräsident Bush erwiderte, der Präsident sei ähnlicher Ansicht. Es würde öfters behauptet, daß die neue amerikanische Regierung die Menschrechts- und Dritte-Welt-Politik der USA ändern wolle. Richtig sei folgendes: Die USA wollten zunächst ihre eigene Wirtschaft wiederbeleben, um besser helfen zu können. Das werde sich dann auch in den Nord-Süd-Beziehungen und in der Menschenrechtspolitik niederschlagen. Der Außenminister habe sehr zäh für die Entwicklungsgelder des State Department gekämpft.

Was die Energiepolitik angehe, so habe sich herausgestellt, daß die Nachfrage nach Öl elastischer sei als angenommen. Der Präsident wolle den Sektor der Kernenergie ausbauen, aber auch die amerikanische Kohleförderung anheben, die man „zu Tode reguliert“ habe. Der Präsident sei überzeugt, daß die zivile Kernenergie keine Sicherheitsrisiken berge. In diesem Punkt sei er anderer Ansicht als sein Vorgänger. Das werde sich auch auf die amerikanische Nichtverbreitungspolitik auswirken.[6]

Der Bundeskanzler erwiderte, daß dadurch ein Konfliktstoff in den bilateralen Beziehungen beseitigt werde. Präsident Carter habe den Versuch gemacht, unsere Rechte aus dem Nichtverbreitungsvertrag[7] zu beschneiden (Export von Kernkraftwerken[8]). Er habe eine Allianz mit Kanada und Australien zustande

5 Im Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Finanzminister Regan am 22. Mai 1981 in Washington wurden das Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan, die amerikanische Geldpolitik und die weltwirtschaftliche Lage erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zur amerikanischen Nichtverbreitungspolitik vgl. Dok. 90, Anm. 35.

7 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

8 Am 27. Juni 1975 wurde ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1976, Teil II, S. 335 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1975, I, Dok. 179.
Am 24. November 1976 gab der designierte amerikanische Vizepräsident Mondale im Auftrag des

gebracht (Nichtbelieferung mit Kernbrennstoffen). Er hoffe, daß er diese Änderung der amerikanischen Politik öffentlich bekanntgeben könne. AM Haig warf ein, daß die Amerikaner kurz davor stünden, ihre veränderte Nichtverbreitungspolitik abzuschließen.[9]

Der Bundeskanzler skizzierte sodann unsere eigene Energiepolitik. Wir stützten sie auf folgende Bereiche: heimische Kohle, die Förderung sei sehr teuer, da die Kohle mindestens 1000 Meter tief liege. Aber dies sei die einzige unabhängige Quelle. Aus diesem Grunde müßten wir sie schützen. Wir könnten deshalb keine billige Kohle aus Polen oder den USA einführen. Ohne Schutz wären wir in kürzester Zeit ausproduziert. In den übrigen Bereichen versuchten wir, die Risiken der Abhängigkeiten vom Ausland zu verteilen. Das gelte z. B. für Naturgas, das wir aus Algerien, den Niederlanden, der Sowjetunion und hoffentlich bald auch aus Norwegen bezögen. Wir würden niemals mehr als eine 30-prozentige Abhängigkeit von sowjetischem Gas zulassen. Diese Grenze hätten wir uns schon vor einigen Jahren gesetzt. Im Augenblick sei die Abhängigkeit sehr viel geringer. Auf sämtliche Energiequellen berechnet, machen diese 30 % nur etwa 5 % aus.

Der Anteil des Öls sei in der Energieversorgung erheblich reduziert worden. Er liege schon unter 50 %. Vor einigen Jahren habe er noch um 60 % gelegen. Auch die Einfuhr sei auf verschiedene Länder verteilt.

Auf die Frage Bushs, wieviel Öl wir aus Libyen bezögen und wieviel aus Großbritannien, schlüsselte der Bundeskanzler die Zahlen auf: etwa 25 % aus Saudi-Arabien und etwa je 17 % aus Libyen und Großbritannien. Der hohe Anteil Libyens sei ein Resultat der Ereignisse im Iran[10] und des iran-irakischen Krieges[11].

Zur Nuklearenergie: Die Regierung wünsche einen zügigen Ausbau. Der föderative Aufbau der Bundesrepublik erleichtere die Durchführung nicht. Außerdem sei die Frage des Reprocessing und der Entsorgung noch nicht gelöst. Diese Fragen seien für ein großes Land wie die USA mit menschenleeren Gebieten leichter zu lösen, und alle Kernwaffenstaaten hätten weniger Schwierigkeiten. Wir arbeiteten mit Frankreich zusammen, seien aber deshalb auch von Frankreich abhängig.

Fortsetzung Fußnote von Seite 826

designierten Präsidenten Carter die Bitte an Botschafter von Staden, Washington, weiter, von einer Lieferung von Kerntechnologie an Braslien zunächst abzusehen. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 341. Im Rahmen ihrer Nichtverbreitungspolitik war die amerikanische Regierung bestrebt, die Bundesrepublik zu veranlassen, die im Abkommen von 27. Juni 1975 mit Brasilien vereinbarte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie von zusätzlichen Kontrollen des brasilianischen Brennstoffkreislaufs abhängig zu machen. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 41.

9 Referat 413 erläuterte am 3. März 1981, Präsident Reagan habe Schritte eingeleitet, „um die Anwendung des bestehenden Kooperationsabkommens USA/EURATOM um ein weiteres Jahr zu verlängern. […] Das für die friedliche Nutzung der Kernenergie zuständige ‚Transition Team' hat ein Positionspapier erarbeitet, das sich in der politischen Substanz von der von der Carter-Administration eingenommenen Haltung abhebt: Anstelle einer Politik überzogener Restriktionen bei der internationalen Nuklearkooperation Bereitschaft zu einer Politik der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie im Rahmen und in Übereinstimmung mit den globalen amerikanischen Sicherheitsinteressen." Hauptziel der neuen amerikanischen Regierung sei es, „die durch die Carter-Regierung hier entstandene Isolierung zu überwinden und die Glaubwürdigkeit der USA als Liefer- und Kooperationsland wiederherzustellen". Vgl. Referat 431, Bd. 129510.

10 Zum Umsturz in Iran vgl. Dok. 16, Anm. 9.

11 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 113, Anm. 21.

Bush stellte die Frage, ob der Bundeskanzler auf diesem Gebiet Schwierigkeiten mit der neuen französischen Regierung voraussehe. Der Bundeskanzler bemerkte dazu, Giscard habe sehr stark auf den Ausbau der Kernenergie gesetzt und dabei einiges riskiert.

Er, der Bundeskanzler, wisse nicht, ob Mitterrand diese Linie ebenso betont fortsetzen werde.

Bush erläuterte, daß die amerikanische Regierung sich sehr darauf konzentrieren werde, ihre eigenen Reserven zu mobilisieren. (shale oil, Dampf, Kohle.) Dadurch würde ein gewisser amerikanischer Druck von den internationalen Märkten genommen. Das würde für die Freunde Amerikas über den Preis Erleichterungen schaffen.

Der Bundeskanzler schlug vor, daß man diese Problematik beim Gipfel in Ottawa[12] besprechen sollte. Er sehe für Ottawa drei Hauptthemengruppen:

1) Energie,

2) internationale Währungs- und Finanzprobleme (insbesondere Zinssätze),

3) politische Fragen, besonders die Dritte-Welt-Politik.

Bei dieser Gelegenheit könnten die USA weitverbreitete Mißverständnisse über ihre künftige Dritte-Welt-Politik zerstreuen. Außerdem böte Ottawa für die industrialisierten Länder die Gelegenheit, die Begegnung mit den Entwicklungsländern auf dem Gipfel in Mexiko[13] vorzubereiten.

Der Secretary of the Treasury, Regan, flocht an dieser Stelle ein, daß man eine Art neues Bretton Woods[14] brauche. Der Bundeskanzler erklärte, amerikanische Gedanken hierüber würden sicher großes Interesse finden. Wir hätten das Europäische Währungssystem eingeführt[15], weil die Trennung vom Dollar notwendig gewesen wäre.

Er habe übrigens den Polen geraten, Mitglied des IMF zu werden.[16] Der IMF könne Bedingungen auferlegen, die so von[17] Nationalstaaten nicht hingenommen würden.

Auf die Frage Regans, ob ein Ostblockland IMF-Bedingungen hinnehmen könne, meinte der Bundeskanzler, man müsse die Polen von der Notwendigkeit überzeugen. Auch die Jugoslawen hätten die Bedingungen des IMF angenommen. Auf den Einwurf Regans, Jugoslawien sei unabhängiger als Polen, wies der

12 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

13 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

14 Vom 1. bis 23. Juli 1944 fand in Bretton Woods (USA) eine Währungskonferenz der Vereinten Nationen mit dem Ziel einer Neuordnung des Weltwährungssystems statt, an der 44 Staaten teilnahmen. Im Abkommen von Bretton Woods vom 27. Dezember 1945 wurde die Errichtung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung beschlossen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 2, S. 39–205. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 638–683.
Für die am 31. Mai 1968 beschlossene, geänderte Fassung vgl. UNTS, Bd. 726, S. 266–319. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil II, S. 1227–1250.

15 Der Europäische Rat beschloß auf seiner Tagung am 4./5. Dezember 1978 in Brüssel die Errichtung des Europäischen Währungssystems. Dieses trat am 13. März 1979 in Kraft. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 380, und AAPD 1979, I, Dok. 83.

16 Zu einer möglichen Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 81, Anm. 7 und 8.

17 Korrigiert aus: „die von“.

Bundeskanzler darauf hin, daß die Polen sich aber in der Richtung auf mehr Unabhängigkeit zu bewegten.

Auf Fragen Bushs äußerte sich der Bundeskanzler sehr positiv zu einer unstrukturierten Diskussion politischer Themen in Ottawa. Regierungschefs, Außenminister und Finanzminister sollten separat sprechen. Diese Art der politischen Koordinierung sei außerordentlich nützlich. Der nächste Siebener-Gipfel habe um so größere Bedeutung in dieser Beziehung, als Präsident Reagan, Präsident Mitterrand und der japanische Ministerpräsident[18] zum ersten Mal teilnähmen. Was die Gruppe der Fünf[19] angehe, so sollte man vielleicht den saudi-arabischen Finanzminister[20] in Zukunft hinzuziehen. Er sei einer der besten Kenner der „Fresh-money-Politik". Regan erklärte, er habe über das Wochenende mit dem saudi-arabischen Finanzminister gesprochen, der noch zögere, offenbar aus Rücksichtnahme gegenüber den 77[21]. Er, Regan, habe ihn wie der Bundeskanzler ermutigt, mehr Verantwortung zu übernehmen. Man werde aber nur mit einem graduellen, vorsichtigen saudi-arabischen Herangehen rechnen können.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14096 (010)

150

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3477/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Mai 1981, 20.37 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2128 **Ankunft: 23. Mai 1981, 05.23 Uhr**

Betr.: Besuch des Herrn Bundeskanzlers in Washington vom 20. bis 23.5.1981[2];
hier: Gespräch des Bundeskanzlers mit Vice President Bush und Außenminister Haig am 22.5.81 (11 bis 12 Uhr), außenpolitische Themen

1) Südliches Afrika

Bush erklärte, der Präsident sei sehr beunruhigt über die kubanische Präsenz

18 Zenko Suzuki.

19 Vor dem Hintergrund der Währungskrise 1972/73 bildete sich eine nach dem ersten Tagungsort, der Bibliothek des Weißen Hauses in Washington, benannte informelle Gruppe („Library Group"), in der hochrangige Persönlichkeiten aus der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Japan und den USA wirtschafts- und finanzpolitische Fragen erörterten. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 193.

20 Mohammed al-Ali Aba al-Khail.

21 Korrigiert aus: „79".

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[ur] Sammlung."

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. auch 146, Dok. 148, Dok. 149, Dok. 151 und Dok. 152.

in Angola. Die Lösung in Simbabwe[3] sei besser als erwartet verlaufen. Es frage sich, ob eine ähnliche Lösung für Namibia gefunden werden könne.

Der Bundeskanzler erklärte, es sei ein Fehler der amerikanischen Seite gewesen, auf die Ereignisse in Angola nicht rechtzeitig reagiert zu haben.[4] Großbritannien habe die Rhodesien-Frage ausgezeichnet gelöst. Das sei mit Hilfe der Fünf und der Frontstaaten[5] geschehen. Wir hätten wegen der 35 000 in Namibia lebenden Deutschen besonderes Interesse an einer friedlichen Lösung.

AM Haig schilderte das Hauptergebnis des Botha-Besuchs in Washington.[6] Nun wisse man, welche die Minimalbedingungen der südafrikanischen Regierung seien. Die UN-Resolution 435[7] reiche nicht aus. Sie müsse um die konstitutionellen Garantien ergänzt werden. Wenn der Verfassungsrahmen geschaffen sei, sehe er, Haig, gute Aussichten, mit den Südafrikanern voranzukommen und den Weg für Wahlen freizumachen. Wir müßten aber auch die Frage der kubanischen Präsenz in Angola anpacken, allerdings nicht sofort, denn sonst würde alles zusammenbrechen. Ziel müsse eine Regierung der Versöhnung in Angola sein. Die Südafrikaner seien der Meinung, daß die Angolaner selbst es durchaus gerne sähen, wenn in einem späteren Stadium die Frage der kubanischen Präsenz in ihrem Land aufgegriffen werde. Ganz wichtig sei es, daß die Kontaktgruppe zusammenhält. Dafür sei die Haltung des Bundesministers und Lord Carringtons von essentieller Bedeutung. Das Veto im Sicherheitsrat[8] habe einen positiv ernüchternden Effekt auf die Frontstaaten gehabt. Sie hätten erkannt, daß der Westen sich nicht von der öffentlichen Meinung in der Dritten Welt überrollen lasse.

3 Zur Unabhängigkeit von Simbabwe am 18. April 1980 vgl. Dok. 63, Anm. 5.

4 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau durch Fragezeichen hervorgehoben.

5 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia und Tansania.

6 Der südafrikanische Außenminister Botha hielt sich am 14./15. Mai 1981 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 16. Mai 1981, der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, habe die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Kanada am Vortag unterrichtet: „In halbstündigem Gespräch mit Reagan habe Botha nun schon bekanntes Lied vom sterbenden Schwarzafrika angestimmt. Präsident sei darauf nicht näher eingegangen, sondern habe ihm gesagt, USA komme es auf geordnete Lösung (proper settlement) für Namibia und inneren Wandel in S[üd]a[frika] an. Haig habe in seinen im ganzen dreistündigen Gesprächen mit Botha betont, USA seien nicht länger bereit, ihre Zeit mit ‚No-win'-Verhandlungen zu verschwenden und dabei weltweit ihre Glaubwürdigkeit zu riskieren. Pretoria müsse sich bald verbindlich dazu erklären, ob es ernsthaft an international akzeptabler Namibia-Lösung mitzuarbeiten bereit ist und welches seine definitiven Mindestbedingungen sind." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2007; Referat 320, Bd. 125282.
Ministerialdirigent Haas, z. Z. Washington, teilte am 21. Mai 1981 mit, in der Sitzung der für Afrika zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA am selben Tag habe Crocker darüber informiert, daß Botha der amerikanischen Regierung mit Schreiben vom 18. Mai 1981 die südafrikanische Haltung zur Namibia-Frage dargelegt habe. Demnach bestünden für Südafrika folgende Kernprobleme: 1) Einbeziehung der „internen Parteien" in eine internationale Lösung, 2) Garantien für Minderheiten, 3) der militärische Teil der UNTAG: „Für SA steht Parteilichkeit der VN seit Ausschluß der DTA von SR-Debatte fest. Militärische, d. h. sichtbare VN-Präsenz in Namibia bedeute SWAPO-Unterstützung und sei daher unvereinbar mit freien und fairen Wahlen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2102/2103; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

8 Zum Veto Frankreichs, Großbritannien und der USA im VN-Sicherheitsrat gegen Sanktionen gegen Südafrika am 30. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 28.

An dieser Stelle verließ der Bundeskanzler die Sitzung, um sein zweites Gespräch mit Präsident Reagan zu führen.[9]

Auf die Frage StS van Wells nach einer genaueren Einschätzung der südafrikanischen Haltung erklärte Haig, amerikanische Seite habe Botha deutlich gemacht, daß bald eine international akzeptable Namibia-Lösung erreicht werden müsse.

Die südafrikanische Regierung wünsche, daß auch mit den anderen Parteien in Namibia und nicht nur mit SWAPO gesprochen werde, bevor der Verfassungsrahmen festgelegt werde. Zwei weitere Fragen würden größere Schwierigkeiten bereiten. Die Südafrikaner glaubten, das militärische Element von UNTAG nicht akzeptieren zu können. Dies jedenfalls sei ihre Ausgangsposition, hier müsse man noch Kompromisse suchen.

Im übrigen lasse sich die südafrikanische Position mit derjenigen der Fünf und der Frontstaaten wohl in Einklang bringen (Verfassungsrahmen und Status der Ungebundenheit für Namibia).

Er, Haig, halte die noch bestehenden Meinungsunterschiede Gewalt antun müsse.[10] Es gäbe wohl kaum Alternative zum jetzigen Vorgehen, Südafrika habe die Macht, alles zu blockieren. Man müsse Schritt für Schritt Vertrauen bilden und auch etwas wegen der kubanischen Präsenz in Angola unternehmen. StS van Well erwiderte, einige befürchteten, wir bewegten uns zu stark von der UNO-Resolution 435 weg. Wir wüßten auch nicht, wie Frankreich in dieser Frage weiter operieren werde. Wenn Südafrika die UN-Peace-Keeping-Force eliminieren wolle, so müsse man sich fragen, welchen Spielraum wir hätten. Vielleicht könne man die Quantität, Zusammensetzung und Dislozierung ändern. Aber wir müßten prinzipiell an der UN-Force festhalten, sonst würden die Frontstaaten nicht zur Annahme bereit sein. Nujoma komme nächste Woche nach Bonn.[11] Er besuche auch London.[12] Wir müßten ihm sagen können, daß wir an der Resolution 435 festhalten. Die südafrikanischen Minimalbedingungen würden größte Schwierigkeiten mit den Frontstaaten aufwerfen.

9 Ministerialdirektor Pfeffer teilte am 25. Mai 1981 mit: „Aus dem Gespräch ist folgendes nachzutragen: Nachdem der Bundeskanzler die Sitzung verlassen hatte, um sein zweites Gespräch mit dem Präsidenten zu führen, erklärte Vizepräsident Bush gegenüber StS van Well folgendes: Der Bundeskanzler habe in der Aufzählung der Themen, die er im Laufe seines Besuchs noch zu behandeln vorschlage, den Ost-West-Handel nicht aufgeführt. Über dieses Thema würde amerikanische Seite gern sprechen. StS erwiderte, die Themenliste des Bundeskanzlers sei sicher nicht enumerativ zu verstehen gewesen. AM Haig führte aus, die amerikanische Seite habe zu diesem Problemkreis ein Papier entworfen, das uns übergeben worden sei. Mit diesem Papier wolle man die Verbündeten nicht ‚überfahren' (not thought as a steam roller). Man wolle anhand des Papiers vor allen Dingen feststellen, welches die Hauptüberlegungen der Verbündeten zum Ost-West-Handel seien. Die Briten hätten sich bereits geäußert und eine Reihe von Vorbehalten gemacht. Die Amerikaner wünschten, die Reaktion der übrigen kennenzulernen, bevor sich die Sieben mit der Sache beschäftigten. Van Well bemerkte, er halte es für klüger, die Diskussion über diesen Punkt in das generelle Thema der Ost-West-Beziehungen einzubauen, und lenkte dann auf das Problem Namibia zurück." Vgl. den Runderlaß Nr. 2752; VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

11 Zum Besuch des Präsidenten der SWAPO, Nujoma, vom 25. bis 27. Mai 1981 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 157.

12 Der Präsident der SWAPO, Nujoma, traf am 29. Mai 1981 in London mit dem britischen Außenminister Lord Carrington zusammen.

Haig betonte, Botha habe erklärt, Südafrika werde das Ergebnis der Wahl, wie immer sie ausfalle, akzeptieren. Das sei eine positive Wende. Was die UN-Force angehe, so müsse man tatsächlich durch Flexibilität in den Modalitäten die Unterschiede zu überbrücken suchen. Es komme darauf an, das Momentum zu erhalten.

Der StS erkundigte sich, ob mit Botha Zeitvorstellungen erörtert worden seien.

Haig erwähnte, daß die Südafrikaner von zwei Jahren gesprochen hätten. Die amerikanische Seite wolle eher in einem Jahr zu Rande kommen. Aber auch die Diskussion hierüber solle man jetzt nicht forcieren. Die amerikanische Seite sei fest entschlossen, das Prestige des Präsidenten nicht durch einen Fehlschlag in Mitleidenschaft zu ziehen. Eher würden sich die USA aus der Sache zurückziehen. Aber dazu sei kein Grund. Wir müßten den Prozeß beherrschen. Das Treffen mit Botha sei gut verlaufen, viel besser als die Begegnung mit der vergangenen Administration, die durch Andy Young maßgeblich beeinflußt worden sei.

2) Mittelamerika

Haig kam auf die Ausführungen des Bundeskanzlers zu Mittelamerika zurück. Man habe es mit folgenden ineinander verflochtenen Problemen zu tun: Die USA könnten die Fortsetzung der kubanischen Unterminierungsaktivitäten und die Aufrüstung Nicaraguas nicht dulden. (Dort würden 50 000 Mann ausgerüstet, vielleicht sogar eine Reserve bis zu 200 000 Mann gebildet.) Gleichzeitig müßten die sozialen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten beseitigt werden, die den Kubanern das Eindringen leichtmachen. Die USA wollten Kanada, Mexiko und Venezuela an dieser Aufgabe beteiligen. Es seien die Länder mit Ölreserven. Aber auch die Europäer könnten mittun. Er würde dabei lieber nicht von einem Marshall-Plan[13] sprechen, sondern von einem karibischen Entwicklungsplan. Die neue Administration habe für dieses Problem erst drei Monate Zeit gehabt. Sie packe die Aufgabe sehr umfassend an und beziehe den Handel, monetäre und erzieherische Fragen mit ein.

Es sei keineswegs so, daß die USA nur an militärische Mittel dächten. Die USA arbeiteten mit Venezuela sehr eng zusammen.

Der StS bezeichnete es als einen vitalen Punkt, daß nicht nur die USA sich der Sache annähmen, sondern auch die Staaten der Region mitarbeiteten. Auf die Frage, wie Mexiko reagiere, erwiderte Haig, daß die USA mit den Mexikanern noch nicht gesprochen habe. Reagan sehe den mexikanischen Präsidenten im Juni.[14] Eine Wirkung sei aber schon heute zu beobachten: Bis zur amerikanischen Reaktion auf El Salvador seien die zentralamerikanischen Staaten immer stärker in den Bann Kubas geraten. Seit El Salvador seien die Widerstands-

13 Am 5. Juni 1947 schlug der amerikanische Außenminister Marshall in einer Rede an der Harvard-Universität die Schaffung eines Hilfsprogramms für die europäischen Staaten vor. Das nach ihm auch „Marshall-Plan" genannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach Westeuropa. Davon entfielen auf die westlichen Besatzungszonen bzw. auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar. Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 16 (1947), S. 1159 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1947, S. 821.

14 Präsident López Portillo hielt sich vom 7. bis 9. Juni 1981 in den USA auf.

kräfte Panamas, Guatemalas u. a. gestärkt. Es sei wichtig, daß man sie nicht kritisiere, sondern positiv zu sozialen Reformen ermutige. Auf entsprechende Bemerkung des StS äußerte sich Haig sehr anerkennend zu den Bemühungen der FES; die Sozialistische Internationale könne eine außerordentlich wichtige Rolle bei der Bekämpfung des Marxismus spielen. Auch die Einwirkung der CDU und der FDP sei hilfreich.

Der StS machte den Vorschlag, daß Präsident Reagan die amerikanische Mittelamerika-Politik in Ottawa[15] erklären möchte, das sei auch wegen Mitterrand wichtig.

3) Frankreich

StS erklärte, daß der Kanzler auf dem Rückflug von Washington in Paris Zwischenstation machen und am Sonntagvormittag den französischen Präsidenten sehen werde.[16]

Haig begrüßte diese Absicht, bat um Unterrichtung über die Begegnung[17] und um unseren Rat, wie sich die amerikanische Regierung im einzelnen auf Mitterrand einstellen solle. Dem Bundeskanzler falle hier eine Schlüsselrolle zu. Washington wolle auf der Linie der Kontinuität fortfahren. Die mögliche Hereinnahme kommunistischer Minister in die französische Regierung bereite Sorgen.

4) Polen

Der Beurteilung der Lage in Polen durch StS van Well stimmte Haig zu. Es sei wichtig, den internationalen Rahmen zu erhalten, der der Sowjetunion eine Intervention erschwere (Dialog mit der Sowjetunion; KSZE-Prozeß). Beide Seiten waren sich auch darüber einig, daß die „Ansteckungsgefahr“ für die ČSSR und Rumänien erheblich sei.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14096 (010)

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

16 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

17 Zur Unterrichtung der amerikanischen Regierung durch Staatssekretär van Well am 26. Mai 1981 vgl. Dok. 154, Anm. 23.

151

Ministerialdirektor von Staden, Bundeskanzleramt, z.Z. Washington, an Bundesminister Genscher

114-3478/81 geheim **Aufgabe: 22. Mai 1981, 23.59 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2150 **Ankunft: 23. Mai 1981, 06.28 Uhr**

Nur für Bundesminister und Staatssekretär[2]

Für Bundeskanzler und Botschafter

Betr.: Zweites Gespräch zwischen dem Bundeskanzler und dem Präsidenten[3] am 22. Mai 1981, 11.00 Uhr bis 12.00 Uhr[4]

Anwesend Mr. Rentschler, MD von Staden als Note-taker.

Der Bundeskanzler unterrichtete den Präsidenten von seiner Zwischenlandung in Paris auf dem Rückflug.[5] Der Präsident hieß das willkommen und zeigte sich sehr einverstanden damit, daß der Bundeskanzler Präsident Mitterrand seine warmen Empfehlungen übermittelt. Beide Seiten sind sich darüber einig, daß sie mit offenen Armen auf Mitterrand zugehen wollen.

Der Präsident kommt auf das technisch gestörte Telefongespräch zurück, mit dem der Bundeskanzler ihm am 30.3. den Besuch von Breschnew in Bonn angekündigt hatte.[6] Er habe sich dessen im gestrigen Gespräch momentan nicht genau erinnert. Der Bundeskanzler schildert darauf, wie es nach der bei seinem Besuch in Moskau im Sommer 1980[7] ausgesprochenen Einladung zur Ankündigung der Besuchsabsicht von Breschnew[8] gekommen sei und wie man,

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 27.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 23. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „S[amm]l[un]g."

2 Hans Werner Lautenschlager.

3 Ronald W. Reagan.

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 146, Dok. 148–150 und Dok. 152.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

6 Zum Telefongespräch am 30. März 1981 vgl. Dok. 89.

7 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

8 Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot wies die Botschaft in Moskau am 6. April 1981 an, gegenüber dem sowjetischen Außenministerium zu erklären: „Wir bedauern, daß in unserer Presse Spekulationen über einen Besuch des Generalsekretärs in der Bundesrepublik Deutschland aufgekommen waren. Wegen des überaus starken Interesses unserer Öffentlichkeit an diesem Thema konnten wir schließlich am 6. April nicht vermeiden, daß der Sprecher der Bundesregierung dazu einige Äußerungen machte." Auch werde sich Bundeskanzler Schmidt dazu am 9. April 1981 vor dem Bundestag äußern. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1891; Referat 213, Bd. 133182.
Am 13. April 1981 teilte Gesandter Huber, Moskau, mit: „Sowjetische Zentralpresse veröffentlichte am Wochenende auf den Titelseiten von Iswestija (12.4.81) und Prawda (12.4.81) kurze protokollarische Mitteilung über den bevorstehenden Besuch Breschnews in der Bundesrepublik Deutschland." Es werde erklärt, der Besuch werde „in diesem Jahr" stattfinden; ein genauer Zeitpunkt werde später vereinbart. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1448; Referat 213, Bd. 133182.

nachdem der von uns während der Sommerferien vorgeschlagene Termin nicht angenommen wurde, jetzt zu einer Planung für den Herbst gekommen sei.[9] Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß es das eigentliche Ziel Breschnews sei, eine amerikanisch-sowjetische Gipfelbegegnung zu haben.

Seiner Ansicht nach wolle Breschnew eine privilegierte persönliche Beziehung zum Präsidenten der Vereinigten Staaten herstellen und mit diesem Partner nicht nur durch das Außenministerium verkehren.

Auf eine Frage des Bundeskanzlers, wie sich die Vereinigten Staaten verhalten würden, wenn es zu einer sowjetischen Intervention in Polen käme, erwidert der Präsident, daß dies zwar nicht zum Krieg zwischen West und Ost führen, wohl aber der Entspannungspolitik ein Ende setzen würde. Es wäre ein äußerst ernstes Ereignis. Der Bundeskanzler erläutert unsere Politik der Stabilisierung. Projekte wie der geplante Besuch von Breschnew in Bonn oder die Fortsetzung des KSZE-Prozesses erschwerten der Sowjetunion den Entschluß, in Polen einzugreifen.

Der Präsident bemerkt, daß das weltpolitische Verhalten der Sowjetunion bei Verhandlungen berücksichtigt werden müsse. Man könne sich mit den Sowjets nicht an den Tisch setzen, ohne ihr politisches Verhalten in Betracht zu ziehen. Dies gelte auch für Rüstungskontrollverhandlungen.

Am Beispiel seiner Tischrede im Kreml[10] beim Besuch in Moskau 1980 erläutert der Bundeskanzler, wie man den Sowjets klarmachen müsse, daß der Westen geschlossen dastehe und daß niemand sich überwältigen lassen würde. Auf dieser Basis aber müsse man mit den Russen sprechen. Mit ihnen zu reden und sie anzuhören oder Rüstungskontrollverhandlungen mit ihnen zu führen, sei nicht ein Gefallen, den man ihnen erwiese. Es sei kein Akt der Gnade, mit ihnen zu sprechen. Man dürfe den Sowjets nicht die Chance geben, als die Friedensmacher in der Welt dazustehen. Man müsse sie aber auch lehren, die Kraft und Festigkeit des Westens zu respektieren. Der Doppelbeschluß vom Dezember 1979[11] sei geradezu ein Symbol dieser doppelten Strategie.

Der Bundeskanzler weist darauf hin, daß Deutschland sich als getrennte Nation in einer besonderen geostrategischen Lage befinde und immer an das Schicksal der 16 Mio. Deutschen denken müsse, die gleichsam als Geiseln drüben lebten. Sogar eine Nation wie die polnische habe es leichter. Sie habe ihre nationale Identität. Die fehle in der DDR.[12]

Der Präsident meint, daß die Vereinigten Staaten eine große Chance versäumt hätten, als die Mauer gebaut wurde. Man hätte sie niederreißen müssen. Das Sprichwort sage, daß eine Demütigung, die nicht beantwortet wird, zur Ursache vieler weiterer werde.

9 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 5.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

10 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 30. Juni 1980 in Moskau vgl. BULLETIN 1980, S. 662–664.

11 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

12 Dieser Absatz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

Der Präsident betont, daß er den Wunsch habe, mit der Sowjetunion über Rüstungsverminderungen zu sprechen. Er sei an Abrüstung interessiert. Der Bundeskanzler erwidert, daß ihn diese Erklärung sehr befriedige. Der Präsident zeigt sich damit einverstanden, daß der Bundeskanzler hiervon auch öffentlich Gebrauch macht.

Der Präsident wiederholt, daß seine Administration eine Politik betreiben werde, die den Alliierten keine Überraschungen bereitet. Diese würden die Entscheidungen seiner Administration nicht aus den Zeitungen erfahren.

Der Präsident fährt fort, daß die Administration zur Zeit dabei sei, die gesamte amerikanische Politik in bezug auf Zentralamerika und den karibischen Raum zu überprüfen. Es gehe um die Abwendung der Gefahr sowjetischen Einflusses und sowjetischer Unterwanderung auch mit militärischen Mitteln. Die Region sei notleidend, und man müsse nach weiteren Möglichkeiten suchen, dieser Gefährdung durch Hilfeleistungen vorzubeugen.

Auf das Verhältnis zu den Nachbarn der USA, Kanada und Mexiko, übergehend, legt der Präsident dar, daß man in der Vergangenheit im Verhältnis zu Kanada und Mexiko zu wenig Rücksicht auf die Unterschiede in der Größe und im politischen Gewicht genommen habe. Er habe sich mit Präsident López Portillo schon vor seiner Inauguration getroffen[13], und obwohl dabei keine operativen Entscheidungen hätten getroffen werden können, glaube er, einen Durchbruch erzielt zu haben. Er habe mit dem mexikanischen Präsidenten ein freundschaftliches Verhältnis gefunden. López Portillo wolle ihn im nächsten Monat besuchen.[14] Er wünsche, ein Band gleichberechtigter Partnerschaft zu den nordamerikanischen Nachbarn der USA zu knüpfen.

Über seine Teilnahme an der Gipfelkonferenz in Cancún[15] habe er noch nicht entschieden. Er erwarte, daß Präsident López Portillo ihn einladen werde, wenn er herkomme. Er beabsichtige, nach Cancún zu gehen, wenn er eingeladen werde.

Sorge bereite ihm Namibia. Südafrika sollte die Unabhängigkeit von Namibia anerkennen, doch müsse die Verfassung Bestimmungen zum Schutz der Minderheiten enthalten. Man müsse auch versuchen, die Kubaner mit politischen Mitteln aus Angola zu entfernen. Andernfalls fürchte Südafrika, daß Namibia zu einem bloßen Anhängsel von Angola werden könnte.

Der Präsident beschließt diesen Teil seiner Ausführungen mit einem erneuten Dank für die deutsche Unterstützung bei der Befreiung der amerikanischen Geiseln im Iran.[16]

Der Bundeskanzler begrüßt lebhaft die Absicht des Präsidenten in bezug auf Mittelamerika und den karibischen Raum. Er weist darauf hin, daß er selbst schon ähnliche Gedanken geäußert habe, nämlich das Projekt eines amerikanischen Marshall-Plans[17] für die Region unter Beteiligung von Mexiko und Vene-

13 Der designierte Präsident Reagan und Präsident López Portillo trafen am 5. Januar 1981 in Ciudad Juárez zusammen.
14 Präsident López Portillo hielt sich vom 7. bis 9. Juni 1981 in den USA auf.
15 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.
16 Zur Freilassung der amerikanischen Geiseln in Iran am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.
17 Zum „Marshall-Plan“ vgl. Dok. 150, Anm. 13.

zuela, die den Ländern der Region helfen könnten, Erdöl zu günstigen Bedingungen zu beziehen. Nachdrücklich begrüßt er auch die Absichten des Präsidenten gegenüber Kanada und Mexiko. Eine solche Politik würde das Vertrauen dieser Länder in die Führungsrolle der Vereinigten Staaten stärken.

Angola, so fährt der Kanzler fort, solle man nicht als ein sowjetisches Puppenregime betrachten. Er empfehle, hierüber vertrauliche Gespräche mit den Präsidenten von Portugal und Brasilien zu führen, die viel darüber wüßten. General Eanes habe ihn gebeten, dem Präsidenten zu übermitteln, daß man gegenüber dem Gedanken, die UNITA zu unterstützen[18], sehr vorsichtig sein müsse.[19]

Auch der brasilianische Präsident habe gebeten, dem Präsidenten seine besten Empfehlungen zu übermitteln.[20] Er wünsche, sein Land im Verband der Gruppe der 77 zu halten. Dabei betone er aber nachdrücklich, daß er Brasilien als Teil der freien Welt ansehe. Hierin verhalte er sich ähnlich wie die Saudis. Er sei ein guter Mann, der jedoch mit schweren Problemen zu ringen habe. Er sei besorgt über angebliche amerikanische Pläne, in El Salvador militärisch einzugreifen. Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob man dem brasilianischen Präsidenten bestätigen könne, daß solche Pläne nicht bestehen, nickt der Präsident bejahend.[21]

Die Regierungen von Portugal, Spanien und Brasilien seien alle drei besorgt wegen eines möglichen militärischen Staatsstreichs. Dabei seien bemerkenswerterweise zwei der Staatsoberhäupter selbst Generale.

Der Präsident bemerkt in diesem Zusammenhang, daß der König von Spanien[22] einen beabsichtigten Besuch zu einer Jahrhundertfeier in Santa Barbara der innenpolitischen Lage wegen verschoben habe. Er könne das verstehen.

Der Bundeskanzler stellt fest, daß der König als große moralische Kraft im Lande von allen politischen Parteien respektiert werde.

Der Bundeskanzler wiederholt seine Einladung an den Präsidenten, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen.

Der Präsident ist einverstanden, daß der Bundeskanzler seine Annahme dieser Einladung auch öffentlich erwähnt, wobei der Zeitpunkt noch offengelassen werden müsse.[23] Er erinnert daran, daß sein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland 1978[24] ihm nur positive Eindrücke hinterlassen habe, bis auf das Erlebnis der Berliner Mauer. Diesen Schock habe er nicht vergessen.

18 Zu einer möglichen Unterstützung der UNITA durch die USA vgl. Dok. 123, Anm. 22.

19 Vgl. dazu das Gespräch am 2. Mai 1981 in Hamburg; Dok. 123.

20 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Figueiredo am 18. Mai 1981 vgl. Dok. 141.

21 Ministerialdirigent Limmer teilte der Botschaft in Brasilia am 10. Juni 1981 mit, er habe den brasilianischen Botschafter de Carvalho am 5. Juni 1981 über die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan am 21./22. Mai 1981 in Washington informiert und dabei die Haltung Reagans zu El Salvador dargelegt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 108; Referat 330, Bd. 125093.

22 Juan Carlos I.

23 Präsident Reagan besuchte die Bundesrepublik vom 9. bis 11. Juni 1982. Für die Gespräche mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt am 9. Juni 1982 vgl. AAPD 1982.

24 Der ehemalige Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien, Reagan, hielt sich am 29./30. November 1978 in Bonn auf, reiste am 30. November 1978 nach Berlin (West) und am 1. Dezember 1978 nach München, wo er bis zum 2. Dezember 1978 blieb.

Der Bundeskanzler äußerte sein Verständnis. Er selbst habe unvergeßliche Schockerlebnisse an Dachau und Auschwitz[25] gehabt. Er bedauere sehr die Ausfälle von Ministerpräsident Begin ihm gegenüber.[26] Wie schon oft, habe er auch bei diesem Besuch in den Vereinigten Staaten eine Zusammenkunft mit der Konferenz der Präsidenten der großen jüdischen [27]Organisationen gehabt.[28] Das Gespräch sei gut verlaufen, aber durch die Angriffe Begins überschattet gewesen. Der Bundeskanzler erinnert in diesem Zusammenhang daran, was er schon in seiner Ministerzeit[29] für Israel getan habe.

Der Präsident bezeichnet die Angriffe von Begin als unberechtigt und verurteilungswert. Er bedauere die unflexible Haltung des israelischen Ministerpräsidenten. Habib versuche sein Bestes.[30] Gerade jetzt, wo die Saudis sich bereit erklärt hätten, tätig zu werden und gegenüber Syrien zu vermitteln, solle niemand öffentliche Erklärungen abgeben, die nur schaden könnten.

Der Bundeskanzler erwähnt abschließend, daß er über den erfolgreichen Besuch in den USA am 26.5. vor dem Parlament berichten wolle[31], wobei er in der Hauptsache von den Feststellungen des gemeinsamen Kommuniqués[32] ausgehen werde.

[gez.] Staden

VS-Bd. 14096 (010)

25 Im Rahmen eines Besuch vom 21. bis 25. November 1977 in Polen besuchte Bundeskanzler Schmidt am 23. November 1977 das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz. Zum Besuch vgl. AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.

26 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3., 7. bzw. 10. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 131, Anm. 13, Dok. 134, Anm. 6, und Dok. 146, Anm. 23.

27 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2151 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

28 Bundeskanzler Schmidt traf am 21. Mai 1981 in Washington mit Vertretern der „Conference of the Presidents of Major American Jewish Organizations" zusammen. Der Vorsitzende und Sprecher der Gruppe, Squadron, sprach „in aller Offenheit das kürzliche Fernsehinterview" an, „das nach des BK offiziellem Besuch in Saudi-Arabien entstanden und auch in Israel ausgestrahlt worden sei. Er selbst, Squadron, habe das Interview in Israel gesehen und müsse sagen, daß es dort verhängnisvoll gewirkt habe. Das Transkript, das er von dieser Sendung besitze, bestätige seine Sorgen. Es erwähne die Palästinenser und spreche von moralischen Verpflichtungen gegenüber der arabischen Seite, ohne in diesem Zusammenhang Israel zu erwähnen. Es falle ihm schwer zu glauben, daß dies die Haltung des BK und der Bundesregierung sei. (Der BK unterbrach an dieser Stelle und wies auf die in dem Interviewtext enthaltene Erwähnung von Auschwitz als einer Bürde, die auf uns laste, hin. […])." Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3., 7. bzw. 10. Mai 1981 erklärte Schmidt, „daß er auf diese Angriffe nicht geantwortet habe, da er nicht seinerseits an einer Verschlechterung des israelisch-deutschen Verhältnisses mitwirken wolle. (BK bat an dieser Stelle die Teilnehmer nachdrücklich, das Gespräch als vertraulich zu betrachten und den Gesprächsinhalt nicht in der Öffentlichkeit zu verwenden)." Weitere Themen waren die Rolle Israels in internationalen Organisationen, die Nahostpolitik der Europäischen Gemeinschaften, die weitere Entwicklung des Camp-David-Prozesses sowie die PLO. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 310, Bd. 135678.

29 Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, anschließend bis 1974 Bundesminister der Finanzen.

30 Zu den Friedensbemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters für den Nahen Osten, Habib, vgl. Dok. 146, Anm. 16 und 19.

31 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1967–1972.

32 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Reagan vom 22. Mai 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 421 f.

152

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3480/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2152
Citissime

Aufgabe: 22. Mai 1981, 23.59 Uhr[1]
Ankunft: 23. Mai 1981, 06.57 Uhr

Betr.: Gespräch BK mit AM Haig am 22.5.81[2]

BK traf am 22.5. zu einem weiteren, etwa einstündigen Gespräch mit AM Haig zusammen. Aus dem Gespräch wird vorbehaltlich der Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers festgehalten:

Haig eröffnete das Gespräch mit einem kurzen Hinweis auf die Lage in Polen. Es scheine, daß die dortige Lage zunächst schlechter werde, bevor man mit einer Wende zum Besseren rechnen könne. Kritisch werde die Zeit vor dem PVAP-Kongreß[3] sein. Die Allianz habe bisher im Hinblick auf die Notfallplanung für Polen gute Arbeit geleistet.[4] Dies sollte fortgesetzt werden, wobei er, Haig, hoffe, daß sich Frankreich weiter daran beteiligen werde.

Haig bat den Bundeskanzler, bei dessen bevorstehendem Treffen mit Mitterrand[5] diesem ausführlich zu erläutern, wie sich aus der Sicht des Bundeskanzlers die Lage in Washington darstelle, wobei er auch darauf hinweisen könne, daß es für bestimmte Teile der Administration schwierig sei, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß Marxisten in einer befreundeten Regierung seien. Haig bat den Bundeskanzler, ihm seine Eindrücke aus dem Paris-Treffen mitzuteilen.[6] Er, Haig, sei für Anregungen und Vorschläge des Bundeskanzlers dankbar, wie die amerikanische Regierung bald gute Kontakte zu Mitterrand herstellen könne. Haig wies anschließend auf die Schwierigkeiten hin, das amerikanische Entwicklungshilfeprogramm innerhalb der Administration und gegenüber dem Kongreß durchzusetzen. Das State Department müsse insbesondere mit Stockman und den Aussagen des republikanischen Wahlprogramms[7] rechnen. Trotzdem würden die amerikanischen Entwicklungshilfeleistungen in diesem Jahr 40% höher liegen als im Vorjahr. Der Präsident sei auch entschlossen, die amerikanische Beteiligung am IDA-VI-Programm[8] aufrechtzuerhalten. Allerdings müsse man Schwierigkeiten im Kongreß in Rechnung stel-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 21.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 146 und Dok. 148–151.

3 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

4 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 67.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

6 Zur Unterrichtung der amerikanischen Regierung durch Staatssekretär van Well am 26. Mai 1981 vgl. Dok. 154, Anm. 23.

7 Für das Wahlprogramm der Republikanischen Partei vom 15. Juli 1980 vgl. http://www.presidency.ucsb.edu/platforms.php.

8 Zu sechsten IDA-Auffüllung vgl. Dok. 63, Anm. 19.

len. Angesichts der vorgesehenen Kürzungen im Sozialbereich sei die Neigung des Kongresses, Kürzungen im Entwicklungshilfebereich vorzunehmen, groß.

Bundeskanzler fragte anschließend nach der amerikanisch-japanischen Vereinbarung zur Beschränkung des japanischen Automobilexports in die USA.[9] Wir seien hierüber besorgt, vor allem weil es sich hierbei um eine protektionistische Maßnahme handele, die einen offiziellen Charakter habe. Wenn man einmal mit protektionistischen Maßnahmen anfange, sei es schwierig, damit aufzuhören. Andere Industriebereiche, z. B. die Textilindustrie, würden bald ähnliche Forderungen erheben. Es sei ein großes Verdienst der Weltwirtschaftsgipfel gewesen, die auf seine und Präsident Giscards Anregung zurückgingen[10], daß insbesondere im Handels- und monetären Bereich eine beggar-thy-neighbour-policy habe verhindert werden können. Wir spürten jetzt all die Folgen der zweiten Ölpreisexplosion[11], obwohl wir die Auswirkungen der ersten noch nicht überwunden hätten. Die Folgen ließen sich in Europa an den hohen Arbeitslosenziffern ablesen. Die Versuchung, protektionistische Maßnahmen zu ergreifen, sei groß. Dadurch würde man sich jedoch gegenseitig blockieren und die Lage weiter verschärfen.

Haig wies darauf hin, daß ohne die jetzige amerikanisch-japanische Vereinbarung die Gefahr bestanden hätte, daß der Kongreß eine wesentlich schärfere Resolution verabschiedet hätte. Man habe sogar befürchten müssen, daß ein Veto des Präsidenten gegen eine solche Resolution, zu dem er entschlossen gewesen sei, vom Kongreß überstimmt worden wäre. Der Präsident sei dem freien Welthandel verpflichtet. Die Administration werde in der nächsten oder übernächsten Woche eine politische Grundsatzerklärung veröffentlichen, die nachdrücklich die fortbestehende amerikanische Unterstützung des freien Welthandels bekräftige. Die Frage des Bundeskanzlers, ob er in seiner Regierungserklärung am 26.5.[12] darauf hinweisen könne, daß auch die USA jede protektionistische Politik ablehnten, wurde von Haig bejaht. BK unterstrich, daß er schon seit Jahren die Auffassung vertreten habe, daß die Währungs- und Wechselkurspolitik ein Teil der Außenpolitik sei. Er hoffe, die USA verstünden, daß Europa vor der Gefahr einer allgemeinen Depression stehe. Zweieinhalb Millionen Arbeitslose in Großbritannien, fast zwei Millionen in Frankreich und 1,2 Millionen in der Bundesrepublik. Für uns sei dies die höchste Arbeitslosenziffer in den letzten 25 Jahren. Die Lage werde dadurch verschärft, daß sich im Gegensatz zu der zuversichtlichen Stimmung in den USA in Europa wachsender Pessimismus breitmache. Dieser Pessimismus werde durch die amerikanische Hochzinspolitik[13] verschärft. Es müsse vermieden werden, daß die USA wegen ihrer Hochzinspolitik in Europa zum Sündenbock europäischer Schwierigkeiten gemacht würden. Er sehe hierin die Gefahr neuer antiamerikanischer Stimmungen, die zu einer Beeinträchtigung des europäisch-amerikanischen Verhältnisses führen könnten. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler,

9 Zu amerikanisch-japanischen Absprachen über die Beschränkung des Exports japanischer Automobile in die USA vgl. Dok. 135, Anm. 21.

10 Der erste Weltwirtschaftsgipfel fand vom 15. bis 17. November 1975 auf Schloß Rambouillet statt. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 346 und Dok. 348–350.

11 Zur Entwicklung des Ölpreises seit 1978 vgl. Dok. 111, Anm. 43.

12 Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1967–1972.

13 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

wenn die USA den Eindruck erweckten, sie verfolgten gegenüber Europa die Politik des benign neglect.

Im Gegensatz zu einer Reihe anderer europäischer Länder werde die Bundesrepublik Deutschland am ehesten die derzeitigen Schwierigkeiten überwinden können. Die Bundesregierung beabsichtige, in der zweiten Jahreshälfte entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Haig wies darauf hin, daß die jüngsten amerikanischen Wirtschaftsstatistiken ermutigend seien. Der Lebenshaltungsindex zeige eine Abwärtstendenz. Er, Haig, bezweifle zwar, ob die Zinsen in den nächsten beiden Monaten zurückgehen werden. Sollte dies nicht der Fall sein, werde auch im Hinblick auf die vom Bundeskanzler befürchteten negativen Auswirkungen auf das europäisch-amerikanische Verhältnis die Situation neu überdacht werden müssen.

Bundeskanzler stellte anschließend die Frage, wie der Westen seine Politik gegenüber den Golfstaaten besser koordinieren könne. Keiner der Staaten in der Region wünsche amerikanische Truppen auf seinem[14] Territorium. Diese Staaten seien jedoch daran interessiert, daß sie im Notfall mit Hilfe „beyond the horizon" rechnen könnten. Man müsse sich fragen, wie die Bemühungen einiger Golfstaaten, ihre Verteidigungsanstrengungen zu koordinieren[15], ermutigt werden könnten. Waffenlieferungen kämen für uns nicht in Frage.

Andere Länder, z. B. Großbritannien, seien daran durchaus interessiert. Man müsse sicherstellen, daß der Westen in allen die Sicherheitspolitik der Golfstaaten betreffenden Fragen eine gemeinsame Linie verfolge.

Haig wies darauf hin, die Staaten der Golfregion würden heute weniger um ihre Sicherheit besorgt sein, wenn die USA frühzeitig dem sowjetischen Vordringen, u. a. in Äthiopien und Südjemen, Einhalt[16] geboten hätten. Es sei wichtig, den Ländern der Region deutlich zu machen, daß wir ihre Sicherheitsbesorgnisse teilten, daß wir nicht nur an ihrem Öl, sondern an einer Stabilisierung dieses Raumes interessiert seien. Frankreich sei bisher bereit gewesen, eine Einsatztruppe aufzustellen. Man müsse sehen, ob Mitterrand diese Pläne weiter unterstütze. Er, Haig, stimme im übrigen der Auffassung des Bundeskanzlers zu, daß alle diese Staaten, möglicherweise mit Ausnahme Omans[17], keine amerikanischen Truppen auf ihrem Territorium wünschten. Haig kam anschließend auf die Besorgnisse Sadats gegenüber Gaddafi zu sprechen. (BK: Sadat habe angesichts der mehrfachen, von Gaddafi inspirierten Attentatsversuche Grund zur Sorge.)

Es sei wichtig, mit Sadat im Gespräch zu bleiben. Sadat möchte zwar keine permanente amerikanische Truppenstationierung auf ägyptischem Boden, sei aber an einer gewissen amerikanischen Präsenz interessiert, insoweit habe die RDF[18] symbolischen Wert. Haig räumte amerikanische Versäumnisse im Hinblick auf Jordanien und Pakistan ein. Die Lage in Pakistan gebe Anlaß zur Be-

14 Korrigiert aus: „ihrem".
15 Vgl. dazu die Gründung des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten am 4. Februar 1981; Dok. 63, Anm. 9.
16 Korrigiert aus: „Einheit".
17 Zur amerikanisch-omanischen militärischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 117, Anm. 19.
18 Zur „Rapid Deployment Force" vgl. Dok. 55.

sorgnis. Das Land stehe unter wachsendem Druck der SU. Es sei nicht auszuschließen, daß sich die SU, u.U. mit Hilfe afghanischer Truppen, pakistanischer Grenzgebiete bemächtige. Er, Haig, habe die Frage, wie man Pakistan helfen könne, auch mit den Saudis erörtert.[19] Diese hätten substantielle, finanzielle Hilfe nicht nur für Pakistan, sondern auch für den Sudan angeboten. Der Westen müsse versuchen, die von diesen Ländern für erforderlich gehaltenen Waffen zur Verfügung zu stellen. StS van Well erläuterte in diesem Zusammenhang deutsche Hilfe für Saudi-Arabien im Sicherheitsbereich.[20] BK wies nochmals auf die Notwendigkeit hin, ein gemeinsames westliches strategisches Konzept für die mittelöstliche Region zu entwickeln. StS ergänzte mit dem Hinweis, daß man sich auch darüber verständigen müsse, welche Argumente man für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit, u.a. gegenüber den öffentlichen Meinungen, aber auch gegenüber den Israelis, verwenden sollte.

[21]Haig bestätigte, amerikanische Überlegungen gingen in gleiche Richtung. Man müsse überlegen, ob man wie bisher im Viererkreis eine solche Abstimmung vornehmen oder wegen Unsicherheiten in der künftigen französischen Haltung zunächst mit bi- oder trilateralen Konsultationen anfangen sollte.

BK befürwortete ein baldiges Treffen zwischen AM Haig und dem neuen französischen AM. Ein solches Treffen könne entweder in Europa oder in den USA stattfinden. Haig begrüßte diesen Gedanken sehr. Bei seiner vorgesehenen Asien-Reise könne er auch über Europa fliegen und einen Zwischenaufenthalt in Paris einlegen.[22] Der neue französische AM sei aber auch in Washington willkommen.[23] BK unterstrich, daß eine solche Begegnung möglichst bald stattfinden sollte, bevor die neue französische Regierung ihre außenpolitischen Positionen festgelegt habe. Auf entsprechende Frage BKs erklärte Haig, er würde es begrüßen, wenn BK gegenüber AM Cheysson seine, Haigs, Bereitschaft zu einem baldigen Treffen erklären würde.

Zum Friedensprozeß in Nahen Osten äußerte sich Haig optimistisch für den Fall, daß es im Libanon nicht zu einer gewaltsamen Explosion komme. Im Augenblick sähe es aber nicht danach aus.[24] Haig rechnete damit, innerhalb 60 Tagen eine Einigung über die Friedenstruppe im Sinai[25] zu erreichen. Dies würde

19 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 7./8. April 1981 in Saudi-Arabien vgl. Dok. 106, Anm. 13.

20 Zur Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien im Bereich der inneren Sicherheit vgl. Dok. 119, Anm. 14.

21 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2153 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

22 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte vom 12. bis 14. Juni 1981 Hongkong, vom 14. bis 17. Juni 1981 die Volksrepublik China, vom 17. bis 20. Juni 1981 die Philippinen und vom 21. bis 23. Juni 1981 Neuseeland. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 12.

23 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 4. bis 7. Juni 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 11.

24 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 146, Anm. 16–19.

25 Zum Stand der Verhandlungen über die im ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vom 26. März 1979 vorgesehene multinationale Friedenstruppe (MNF) für den Sinai teilte Botschafter Hermes, Washington, am 13. Mai 1981 mit, nach Angaben des amerikanischen Außenministeriums sei die Hoffnung auf Aufstellung einer VN-Überwachungstruppe „nicht realistisch“: „Hinsichtlich der Größe der Überwachungstruppe gehe man weiterhin von 2000 bis 2500 Mann aus, von denen die USA bis zur Hälfte stellen können. Diese Zahlen schienen sowohl Ägypten, das eine kleine Truppe mit geringer US-Beteiligung, als auch Israel, das ein möglichst großes US-Kontingent wolle, akzeptabel. […] Wegen der Beteiligung weiterer Staaten sondiere man z.Z. bei verschiedenen Regierungen, habe jedoch bisher noch keine festen Zusagen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1946; Referat 310, Bd. 135680.

einen Sinai-Abzug israelischer Truppen bis Mai 1982 ermöglichen. Für den Fall eines Wahlsieges[26] von Peres sei es denkbar, daß man auch auf eine baldige Einigung über die Grundprinzipien einer Autonomie-Regelung[27] hoffen könne.

In einer abschließenden Wertung seines Washington-Besuchs bemerkte BK, daß er mit Ablauf und Ergebnissen äußerst zufrieden sei. Persönlichkeit des Präsidenten und Art und Weise, wie dieser die weltpolitischen Probleme sehe, haben ihn sehr beeindruckt. Dies sei für ihn, BK, keine Überraschung gewesen, da er Präsident Reagan von früher her kenne. Leider kursierten in Europa immer noch völlig falsche Vorstellungen über Präsident Reagan, die teilweise noch aus dem Wahlkampf herrührten. Er, BK, sei diesen Vorurteilen schon bisher entgegengetreten und werde dies auch weiterhin tun.

Es gäbe natürlich noch eine Reihe von außenpolitischen Bereichen, in denen die Administration ihre Position noch nicht festgelegt habe. Dies sei jedoch kein Grund zur Beunruhigung. Was die LRTNF-Verhandlungen angehe, so habe das NATO-Kommuniqué in Rom[28] den zeitlichen Rahmen gesetzt. Wichtig sei es aber, daß die Administration die europäische Öffentlichkeit über ihre weiteren Schritte und Überlegungen unterrichte. Er könne verstehen, daß es im Hinblick auf die amerikanische Stimmungslage schwierig sei, die Öffentlichkeit voll über die amerikanisch-sowjetischen Gespräche zu unterrichten. (Haig gab in diesem Zusammenhang zu erkennen, daß er bereits öfter mit Dobrynin[29] zusammengetroffen sei als öffentlich bekannt.) Für das amerikanische Image in Europa sei es jedoch wichtig, die Ernsthaftigkeit des amerikanischen Willens zu Rüstungskontrollverhandlungen auch öffentlich herauszustellen. BK wies auf die Konsequenzen hin, die sich für die TNF-Dislozierung in Europa ergeben könnten, falls die USA wegen des Widerstandes von Umweltschützern ernsthaft überlegen würden, auf seegestützte Systeme überzugehen. Haig stimmte der Auffassung des BK zu, daß es für die SU ein großer Sieg sein würde, wenn sich Pläne dieser Art konkretisieren sollten.

BK betonte mit Nachdruck, wenn es amerikanischen Umweltschützern gelingen sollte, eine MX-Dislozierung in den dünn besiedelten Gebieten des amerikanischen Westens zu verhindern, werde dies allen denjenigen Auftrieb gegen,

26 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

27 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 3, Anm. 5.

28 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

29 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März bzw. 1. April 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, bzw. Dok. 95, Anm. 20. Ein weiteres Gespräch fand am 15. Mai 1981 statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron teilte den Botschaften in Moskau und Washington dazu am 27. Mai 1981 mit, die amerikanische Botschaft habe am Vortag folgende Informationen übergeben: „Secretary Haig took the occasion of a meeting with the Soviet Ambassador on May 15 to initiate preparatory discussions regarding the beginning of TNF negotiations. He informed Dobrynin that we were prepared to begin TNF negotiations within the SALT framework with the USSR by the end of the year and proposed that he and Foreign Minister Gromyko should reach agreement on the timing and procedures for the negotiations when they meet during the UNG[eneral]A[ssembly] in the fall, with a joint announcement to be made after their meeting. The Secretary emphasized that our objective was effective, equal and verifiable limitations. He also made clear that the Brezhnev moratorium proposal was inconsistent with these objectives and therefore not an acceptable basis for negotiation.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2786; VS-Bd. 11344 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

die sich gegen eine TNF-Dislozierung in Europa wendeten. In einem solchen Falle sei die Dislozierung weiterer Nuklearwaffen auf dem engen und dicht besiedelten Gebiet der BR Deutschland nicht mehr zu verteidigen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14096 (010)

153

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Paris

105-33.A/81 VS-vertraulich **24. Mai 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten, Herrn François Mitterrand, unter vier Augen im Élysée-Palast in Paris, am 24.5.1981 um 11 Uhr[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung gab Staatspräsident *Mitterrand* seiner Freude darüber Ausdruck, den Bundeskanzler zum ersten Mal in seinem neuen Amt[3] empfangen zu können. Er habe ja bereits Gelegenheit gehabt, ihn schon früher kennenzulernen[4], und habe den Kontakt in Bonn noch in guter Erinnerung. Als Vertreter des deutschen Volkes heiße er den Bundeskanzler willkommen. Es sei viel von einem politischen Wandel in Frankreich die Rede, und es werde sich auch vieles ändern, aber die deutsch-französische Freundschaft und Zusammenarbeit auf der Grundlage der Verträge werde sich nicht verändern.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat gefertigt.
Hat Bundeskanzler Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Verschlossen."
Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller übermittelte die Gesprächsaufzeichnung am 4. Juni 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler, der dem Vermerk inhaltlich noch nicht zugestimmt hat, bittet, den Herrn Bundesminister und die Herren Staatssekretäre persönlich zu unterrichten. Der Bundeskanzler ist einverstanden, dem GS des Élysée auf dessen ihm gegenüber geäußerte Bitte eine Kopie der Aufzeichnung zur Verfügung zu stellen. Ich darf Sie daher bitten, eine Kopie des Vermerks Herrn Botschafter Herbst persönlich mit der Bitte zuzusenden, sie dem Generalsekretär des Élysée direkt zu übermitteln."
Hat York am 4. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau vermerkte: „Die Aufz[eichnung] wird den Herren D 2, D 3, D 4 zur Kenntnis gegeben werden."
Hat Wallau am 9. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.
Hat Bundesminister Genscher am 9. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 10. Juni 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. auch Dok. 154.

3 François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten.

4 Bundeskanzler Schmidt und der Erste Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs, Mitterrand, trafen am 29. September 1977 zusammen. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 264.

Der *Bundeskanzler* sprach M. Mitterrand zunächst seine herzlichen Glückwünsche zur Wahl und seinen ausdrücklichen Dank für die eröffnenden Bemerkungen des Präsidenten aus. Er fügte dem hinzu, daß seine Regierung wie bisher auch in der Zukunft alles tun werde, um die Freundschaft zwischen den beiden Staaten zu fördern und zu vertiefen sowie die Kooperation zwischen den Staaten und Regierungen zu verbreitern. Beginnend mit Männern wie Jean Monnet und Robert Schuman sei diese Zusammenarbeit von einer langen Kette von Persönlichkeiten in Beantwortung einer französischen Initiative durch Adenauer und andere bis hin zu Willy Brandt und ihm selbst fortgesetzt worden. Diese Entwicklung habe sich unabhängig von den jeweils maßgeblichen Personen vollzogen. Vor kurzem habe eine Meinungsumfrage in der Bundesrepublik ergeben, daß in der Sympathieskala des deutschen Volkes das französische Volk im Vergleich zu anderen Völkern eine einzigartige Stelle einnehme.

M. *Mitterrand* erklärte sich erfreut über diese Ausführungen des Bundeskanzlers. Um noch einen Moment in der Geschichte zu verbleiben, bevor man sich den Fragen der Gegenwart und der Zukunft zuwende, möchte er hier etwas unterstreichen, was er dem Bundeskanzler vielleicht schon bei früherer Gelegenheit gesagt habe: Er – Mitterrand – sei einer der letzten Überlebenden des ersten Europakongresses, der unter Beteiligung von Deutschen 1948[5] in Den Haag stattgefunden habe. Damals sei er freiwillig zugegen gewesen, um sich für die Neugestaltung Europas einzusetzen. Als zweite Erinnerung möchte er erwähnen, daß er aus dem gleichen Ort wie Jean Monnet stamme[6] und schon als Kind auf dessen Knien gespielt habe. Schon als Zwanzigjähriger habe er sich Gedanken über die zur Schaffung Europas zweckdienlichen Schritte gemacht.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, der Tod Monnets sei ein großer Verlust; er selbst habe tief bewegt an dessen Beerdigung teilgenommen.[7]

M. *Mitterrand* betonte, natürlich werde jeder – der Bundeskanzler ebenso wie er selbst – seine legitimen Interessen vertreten, aber der Anteil an gemeinsamen Interessen sowohl materieller als geistiger Art werden den Vorrang haben. (frz. la part des intérêts communs sur le plan matériel et spirituel aura la prééminence).

Der *Bundeskanzler* führte aus, er habe den Bericht über das beiderseitige Gespräch vor drei Jahren nochmals gelesen und festgestellt, daß dessen Inhalt auch nach einem Abstand von drei Jahren noch interessant sei, weil es sich um ein außerordentlich offenes und ehrliches Gespräch gehandelt habe; an die damals geschaffene Atmosphäre könne man jetzt anknüpfen.

M. *Mitterrand* brachte das Gespräch auf die USA-Reise des Bundeskanzlers[8], bei der dieser zum ersten Mal offiziell mit den führenden Persönlichkeiten der neuen Administration zusammengekommen sei, und bemerkte, aus dem soeben beschriebenen Geist heraus würde es ihn interessieren, etwas von den

5 Korrigiert aus: „1947".
Der Europäische Kongreß fand vom 7. bis 10. Mai 1948 in Den Haag statt.

6 Jean Monnet stammte aus Cognac in der Region Poitou-Charentes, François Mitterrand aus dem nahegelegenen Ort Jarnac.

7 Jean Monnet verstarb am 16. März 1979.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

Eindrücken des Bundeskanzlers über die jetzige Washingtoner Politik zu erfahren.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er sei sehr zufrieden aus Washington zurückgekehrt. Es sei eine feste Grundlage für eine Zusammenarbeit mit Reagan und dessen Regierung geschaffen worden. Dies gelte offensichtlich für alle zentralen Fragen, selbst wenn sich Reagan und seine Mannschaft öffentlich etwas zurückhaltend geäußert hätten. Zu Reagan selbst habe er ein echtes Vertrauensverhältnis geschaffen. Der amerikanische Präsident sei sehr zurückhaltend, vorsichtig, gemäßigt und sehr angenehm – ganz im Gegenteil zu dem Cowboy-Image, das ihm in der europäischen Presse angedichtet worden sei. Er habe den Willen zur Zusammenarbeit mit Bonn, Paris und London ausdrücklich betont. Er habe ihn – den Bundeskanzler – gebeten, dem französischen Präsidenten herzliche Grüße zu übermitteln und ihm zu sagen, daß er sich auf eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich und seinem Staatschef freue. Er – der Bundeskanzler – sei von Herzen überzeugt, daß Reagan an einem engen Vertrauensverhältnis mit Mitterrand interessiert und neugierig auf dessen Außenpolitik sei.

Bei den Gesprächen in Washington sei es um fünf Hauptgebiete gegangen:

1) die Beziehungen zur Sowjetunion,

2) Fragen der Allianz,

3) die Beziehungen zu Ländern und Regionen der Dritten Welt,

4) Krisengebiete – besonders aktuell die Lage im Libanon,

5) Weltwirtschaftsfragen.

In dem letzteren Punkt seien die beiderseitigen Ansichten zu den Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik auf Europa „etwas auseinandergegangen".

Er – der Bundeskanzler – glaube, daß die wirtschaftliche Entwicklung in nächster Zukunft erhebliche Gefahren in sich berge. Die USA seien bereit, eine Arbeitslosenquote von 6% als unvermeidlich hinzunehmen, etwas, was weder Frankreich noch die Bundesrepublik akzeptieren könnten. Diese Meinungsverschiedenheit werde in Ottawa[9] zur Sprache gebracht werden müssen.

M. *Mitterrand* erklärte, seiner Auffassung nach verträten die USA in rein wirtschaftlichen Fragen eine „sehr egoistische Position". Ein Beweis dafür sei die Art, wie die Amerikaner jüngst mit Japan über die Automobilexporte verhandelt hätten.[10] Er – Mitterrand – sehe sich an die Zeit erinnert, da er 1954 dem Kabinett Mendès France als Minister angehört habe[11]: Damals hätten die USA aus Mißtrauen gegenüber der damaligen Politik gegen den Franc spekuliert (frz. joué contre le franc). Er möchte nicht, daß sich dies jetzt wiederhole, da dies zu einer Komplikation der Beziehungen zwischen Frankreich und den USA führen würde. Der von den Amerikanern praktizierte enorm hohe Zinssatz[12]

9 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

10 Zu amerikanisch-japanischen Absprachen über die Beschränkung des Exports japanischer Automobile in die USA vgl. Dok. 135, Anm. 21.

11 François Mitterrand war von Juni 1954 bis Februar 1955 französischer Innenminister.

12 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

sei für die französische Wirtschaft unerträglich. Er werde in Ottawa die Frage stellen, ob Reagan bereit sei zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich ohne Bekämpfung des Francs. Hierüber müsse die französische Regierung Klarheit haben, bevor sie die Gespräche fortsetze. Natürlich bestehe auch die Möglichkeit, mit Reagan in dieser Frage bereits vor Ottawa Kontakt aufzunehmen.

In diesem Zusammenhang habe er – Mitterrand – zwei Bemerkungen zu machen, eine zu den USA und die andere zu Deutschland.

Was letzteres betreffe, zählten die Franzosen auf die „tätige Freundschaft" der Bundesrepublik, ein Punkt, auf den man später noch zurückkommen könne. Hinsichtlich der USA habe er den Eindruck, daß eine bestimmte Anzahl von Vertretern der amerikanischen Finanzwelt – ob auch der Diplomatie, entziehe sich seiner Kenntnis – „zweifellos seine Regierung auf die Probe stellen" möchten. Dies sei jedoch eine Illusion: Wenn jemand mit der Zustimmung des Volkes gewählt worden sei, könne er nicht durch Spekulationen im Währungsbereich gestürzt werden. Ein derartiger Versuch würde nur zu einer Verstärkung des Volkskonsenses führen. Er besitze für seine Politik die Zustimmung einer „breiten Mehrheit" des französischen Volkes. Auch wenn bestimmte Finanzkreise der USA dies möchten, werde er – Mitterrand – seine eben erst begonnene Politik nicht in einem Monat schon wieder aufgeben. Nach Informationen, die ihm vorlägen, sollten die Spekulationen gegen die französische Währung[13] ihn möglicherweise zu bestimmten politischen Entscheidungen drängen. Im übrigen sei die französische Regierung bereit zu einer Fortsetzung und Vertiefung der guten Beziehungen zu den USA auf politischem, diplomatischem und militärischem Gebiet.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er hierzu eine „mehrschichtige Antwort" geben möchte. Er glaube, daß Reagan von Tendenzen der angedeuteten Art frei sei; er hege keinen Argwohn gegen ihn, auch nicht gegen Haig, der in der jetzigen US-Regierung die beste Kenntnis Europas und Frankreichs habe. Haig habe ihn – den Bundeskanzler – gebeten, Außenminister Cheysson inoffiziell wissen zu lassen, daß er bereit wäre, eine Reiseroute über Paris zu wählen, um ihn dort aufzusuchen, oder Cheysson in Washington zu empfangen.[14] Dies sei als ein Zeichen guten Willens zu werten. Er – der Bundeskanzler – nehme an,

13 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 14. Mai 1981, der Wahlsieg von François Mitterrand habe an der Börse und an den Devisenmärkten „beträchtliche Unruhe ausgelöst". Die französische Notenbank sei in den letzten Tagen gezwungen gewesen, „mit Devisen in der Größenordnung von ca. zweieinhalb Milliarden Dollar zur Stützung des Franc-Kurses zu intervenieren. Auch auf Ziehungsrechte innerhalb des Europäischen Währungssystems soll zurückgegriffen worden sein. Gleichzeitig versucht die französische Nationalbank, durch massive Erhöhung der Geldmarktzinsen einem weiteren Abrutschen des Franc-Kurses entgegenzuwirken." Die neue französische Regierung stehe nun vor der Frage, „ob sie den kostspieligen Kampf zur Wahrung des bisherigen Franc-Kurses fortsetzen will und kann, […] ob es nicht richtiger wäre, die Devisenvorräte der Banque de France zu schonen, sich vorübergehend aus dem Europäischen Währungssystem zurückzuziehen und den Franc ‚floaten' zu lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 843; VS-Bd. 11089 (202); B 150, Aktenkopien 1981.

14 Der amerikanische Außenminister Haig besuchte vom 12. bis 14. Juni 1981 Hongkong, vom 14. bis 17. Juni 1981 die Volksrepublik China, vom 17. bis 20. Juni 1981 die Philippinen und vom 21. bis 23. Juni 1981 Neuseeland. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 12.
Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 4. bis 7. Juni 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 11.

daß Präsident Mitterrand diese Anregung Außenminister Cheysson zur Kenntnis bringen werde. Er – der Bundeskanzler – habe großes Vertrauen in Haig, aber leider sei dessen Stellung in der US-Regierung zur Zeit eher schwach.

Was die währungspolitischen Spekulationen betreffe, so glaube er, daß diese nicht nur von den USA, sondern von vielen Ländern ausgingen (Einwurf Mitterrands: auch mit arabischem Geld). Für die deutsche Regierung könne er – der Bundeskanzler – versichern, daß er die Anstrengungen Mitterrands zur Verteidigung des Francs – wenn dieser es für richtig halte – unterstützen werde. Mitterrand sollte nicht nachgeben. Seiner (des Bundeskanzlers) Auffassung nach würden aber die Spekulationen in den kommenden Wochen, spätestens nach Ottawa, eingestellt werden. Er rege an, daß Bundesfinanzminister Matthöfer – ein deutscher Sozialdemokrat mit viel Verständnis für die französische Position – mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister Delors zusammenkommen sollte. Im übrigen werde jeder Fachminister des Bundeskabinetts seinem jeweiligen französischen Gesprächspartner „mit offenen Armen" entgegengehen, sobald diese inzwischen ernannten Minister ihr Ressort überschauen könnten und zu einem Treffen bereit seien.

Er – der Bundeskanzler – teile das Urteil Mitterrands über die amerikanische Hochzinspolitik. Seine Meinung dazu habe er jüngst in einem Vortrag in Washington öffentlich zum Ausdruck gebracht. In Ottawa werde er ebenfalls nicht darüber schweigen. Auch in bezug auf die japanischen Automobilexporte in die USA teile er die Meinung Mitterrands, und er werde die protektionistische Haltung der USA gegenüber Japan in Ottawa zur Sprache bringen. Als drittes Thema werde er die Haltung seiner Regierung zur Dritten Welt erläutern.

Zu den Wirtschaftsgipfeln allgemein – eine vor sechs Jahren ins Leben gerufene deutsch-französische „Erfindung"[15] – sei zu sagen, daß sie vielleicht keine größeren neuen Leistungen erbracht haben. Sie seien aber nützlich, um törichte Entscheidungen oder eine Wiederholung von Fehlern, die in der Vergangenheit, z. B. in der großen Wirtschaftskrise von 1932/33, begangen worden seien, zu verhindern.

Er – der Bundeskanzler – halte es für erforderlich, daß die beiden Regierungen noch vor Ottawa mehrfach miteinander Kontakt aufnähmen, um eine „stützende Attitüde" zu erarbeiten.

M. *Mitterrand* wies darauf bin, daß Delors um die Zustimmung des Bundeskanzlers gebeten habe, in der kommenden Woche einen hohen Beamten seines Ministeriums sozusagen als Vorhut nach Bonn entsenden zu dürfen, um Verbindung mit geeigneten Persönlichkeiten, möglicherweise mit dem Gouverneur der deutschen Notenbank[16], aufzunehmen. Wenn Delors selbst in der nächsten Woche in die Bundesrepublik fahren würde, könnte dies als Zeichen einer politischen Beunruhigung gewertet werden. Später jedoch sei der französische Wirtschafts- und Finanzminister gern bereit, selbst mit verantwortlichen politischen Persönlichkeiten, besonders mit dem Bundesfinanzminister, zu sprechen. Zunächst aber sollte ein hoher Beamter entsandt werden.

15 Der erste Weltwirtschaftsgipfel fand vom 15. bis 17. November 1975 auf Schloß Rambouillet statt. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 346 und Dok. 348–350.

16 Karl Otto Pöhl.

Der *Bundeskanzler* verwies darauf, daß dieser Beamte zweckmäßigerweise mit Staatssekretär Dr. Schulmann – einem der beiden Staatssekretäre Matthöfers – zusammenkommen sollte, der ihn auch in sehr diskreter Weise mit dem Präsidenten der Bundesbank in Verbindung bringen könne.

Präsident *Mitterrand* erklärte sodann, er habe nicht den Willen, aus dem Europäischen Währungssystem auszutreten. In seinem Kabinett seien allerdings beide Thesen – für ein Verbleiben und für den Austritt – vertreten. Er habe schiedsrichterlich entschieden, daß Frankreich im EWS bleiben solle. Natürlich könnte diese Position nicht aufrechterhalten werden, wenn die Tatsachen sie nicht rechtfertigten. Vielleicht wäre eine größere Elastizität zwischen Deutschland und Frankreich innerhalb des EWS wünschenswert. Auch dieser Punkt könnte mit Minister Delors besprochen werden.

Der *Bundeskanzler* unterstrich, daß weder Deutschland noch Frankreich allein sich gegen eine falsche Wirtschafts- und Geldpolitik der USA verteidigen könnten. Gemeinsam seien sie aber stark genug.

M. *Mitterrand* bemerkte dazu, „wir werden uns in dieser Richtung bewegen" (frz. nous irons dans ce sens), und brachte dann das Gespräch auf die Zehner-Gemeinschaft. Hierzu führte er aus, er lege großen Wert auf die Gemeinschaft, glaube aber, daß es dieser an Nerven- und Willenskraft fehle. Sie sollte wieder vom gleichen Elan wie vor 20 Jahren beseelt werden.

Zu den praktischen Themen der EG übergehend, meinte er, der Termin für das Gipfeltreffen (ER) am 29./30.6.[17] sollte beibehalten werden. Die neue französische Regierung habe allerdings nur kurze Zeit, um sich darauf vorzubereiten. Er glaube im übrigen, daß man sich für die Haushaltspolitik und die Überarbeitung der Gemeinsamen Agrarpolitik mehr Zeit lassen sollte, um diese Themen in ihrer Gesamtheit zu behandeln und sich damit nicht jeweils nur im Zusammenhang mit zufällig auftauchenden Tagesproblemen (frz. à la petite semaine) beschäftigen sollte. Er werde, wie gesagt, am 29.6. zum Gipfel kommen in der Hoffnung, daß dies von Nutzen sei, jedoch um eine Vorbereitungszeit von ein bis zwei Monaten für die Behandlungen der Haushaltsfragen und der GAP bitten. Andererseits würde er einer beschleunigten Lösung des Fischereiproblems[18] zustimmen.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er würde zwar Verständnis dafür gehabt haben, wenn M. Mitterrand sich nicht bereitgefunden hätte, schon im Juni mit den übrigen Regierungschefs zusammenzukommen, begrüße jedoch die Tatsache, daß er es doch ermöglichen werde. Auch die Engländer sähen dies gerne. Zu London habe er noch folgendes zu bemerken: Nach den französischen Wahlen habe er – der Bundeskanzler – mit der britischen Regierung ein Routinetreffen gehabt.[19] Die englische Presse habe in diesem Zusammenhang den Gedanken einer „entente cordiale" zwischen GB und Deutschland befürwortet, da die Beziehungen zu Frankreich schwieriger würden. Er – der Bundeskanzler – selbst habe Mrs. Thatcher gesagt, daß er diese Vorstellung nicht teile. Die britische

17 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

18 Zu den britisch-französischen Differenzen in der Fischereipolitik und den Bemühungen um eine Regelung vgl. Dok. 85, Anm. 8.

19 Für das deutsch-britische Regierungsgespräch am 11. Mai 1981 in Chequers vgl. Dok. 135.

Regierungschefin selbst sei seines Erachtens frei von derartigen Illusionen. Die Engländer hätten Probleme mit der EG. Frau Thatcher selbst habe sich zwar für die EG ausgesprochen, aber nicht mit dem Herzen, nur mit dem Verstand. Für England müsse die Gemeinschaft als Sündenbock für wirtschaftliche, soziale und gewerkschaftliche Schwierigkeiten im eigenen Land herhalten. Der „positivste Faktor" in der britischen Regierung sei Peter Carrington.

Auf dem Gipfeltreffen Ende Juni werde der Präsident der EG-Kommission einen Bericht über die Haushalts- und die Agrarpolitik vorlegen.[20] Entscheidungen darüber müßten jedoch nicht sofort, sondern frühestens im November getroffen werden, so daß der französischen Regierung nicht mehr als zwei Monate zur Vorbereitung zur Verfügung stünden. In der von M. Mitterrand erwähnten Fischereifrage mache GB mehr Schwierigkeiten, als er verstehen könne. Was die zentralen Themen der Haushaltspolitik und GAP betreffe, teile er Mitterrands Ansicht. Er – der Bundeskanzler – rege an, daß die beiden Regierungen während des Sommers bilaterale Kontakte im Hinblick auf die Lösung der EG-Probleme aufnehmen sollten.

Der Bundeskanzler brachte das Gespräch auf die Währungspolitik zurück und wiederholte, die Bundesregierung sei bereit, falls die französische Regierung dies wünsche, alle zur Stützung des Francs dienlich erscheinenden Maßnahmen zu treffen. Er glaube, daß sich die derzeitigen Schwierigkeiten überwinden ließen, besonders wenn man das EWS stärke und sich dessen in der jetzigen Situation bediene. In diesem Zusammenhang stellte er die Frage, ob M. Mitterrand gedenke, den gegenwärtigen Wechselkurs des Francs beizubehalten oder ihn möglicherweise zu ändern.

Auf letztere Hypothese antwortete M. *Mitterrand*: „Nein, wenn ich dazu gezwungen werde, werde ich es tun, aber es wäre ein Fehlschlag."

M. Mitterrand schlug danach vor, nach dem Tour d'horizon über die wirtschaftspolitischen Fragen zur Außenpolitik, insbesondere zu den militärischen Problemen, überzugehen und bat den Bundeskanzler um Darlegung seiner Position zu den Mittelstreckenraketen.

Der *Bundeskanzler* führte dazu aus, zunächst müsse man wissen, daß er selbst der „Urheber" der von der westlichen Allianz getroffenen Entscheidung sei, wonach die sowjetische SS-20-Rüstung nicht ohne Gegenmaßnahmen hingenommen werden könne. Als die Regierung Carter auf seine – des Bundeskanzlers – Vorstellungen nicht reagiert habe, habe er seine Meinung im Oktober 1977 öffentlich zum Ausdruck gebracht[21], später gegenüber Breschnew schwere Vorstellungen gemacht[22], ebenso wie 1979 gegenüber Kossygin[23], dann nochmals

20 Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 einen Bericht zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vor. Vgl. dazu Dok. 182, Anm. 14.

21 Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 in London einen Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

22 Vgl. dazu die Gespräche anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik; AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

23 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 25. Juni 1979 in Moskau vgl. AAPD 1979, I, Dok. 188.

1980 im Gespräch mit Breschnew[24] und dreimal gegenüber Gromyko[25]. Die Sowjetunion habe demnach genau gewußt, welch schwere Bedenken er gegen die genannte Rüstung habe. Im Januar 1979 habe das westliche Treffen auf Guadeloupe stattgefunden[26], bei dem Carter sich für die Schaffung eines Gegengewichts zu den sowjetischen SS-20 und Backfire ausgesprochen habe. Großbritannien habe die These vertreten, mit den Russen darüber zu verhandeln, bevor man Gegenmaßnahmen treffe, während Frankreich und Deutschland es für geboten hielten, beides gleichzeitig zu tun: LR Pershing und ground-launched Cruise Missiles zu installieren und parallel zu verhandeln. Nach einiger Zeit hätten sich GB und USA dem Grundsatz der Gleichzeitigkeit angeschlossen. Giscard habe zwar darauf hingewiesen, daß Frankreich sich als außerhalb der NATO stehend[27] nicht beteiligen werde, jedoch empfehle, in dem genannten Sinn zu handeln. Der Doppelbeschluß sei bekanntlich dann im Dezember 1979 vom NATO-Rat formalisiert worden.[28]

Die Sowjetunion habe sich zunächst ein halbes Jahr lang geweigert, der Einladung zu Verhandlungen Folge zu leisten. Bei dem Moskaubesuch des Bundeskanzlers im Sommer 1980 habe sie dann „als Konzession“ ihre Bereitschaft dazu erklärt, und im Oktober hätten erste Gespräche zwischen den USA und der SU in Genf stattgefunden[29]. Nach dem Amtsbeginn der neuen US-Administration seien zunächst gewisse „reaktionäre Tendenzen“ zutage getreten, aber Präsident Reagan selbst sei von der Notwendigkeit der Verhandlungen überzeugt; dies habe er dem Bundeskanzler zweimal bestätigt. In der Zwischenzeit hätten bereits fünf Gespräche zwischen Haig und Dobrynin über die Mittelstrekkenraketen stattgefunden[30], eine Tatsache, welche die US-Regierung nicht bekanntgegeben habe, weil sie nach außen einen Eindruck von Härte vermitteln wolle. (Er – der Bundeskanzler – finde dies nicht gut.) Haig habe ihm gegenüber vor zwei Tagen das römische NATO-Kommuniqué von Anfang Mai[31] voll indossiert. Er (Bundeskanzler) sei mit dem Inhalt dieses Kommuniqués sehr zufrieden und glaube, dies dürfte auch für Präsident Mitterrand gelten, da darin „viel kluge Dinge“ über die Dritte Welt, Afghanistan, Polen, die schwächeren Partner der Allianz ebenso wie – in Punkt 12 – ein Passus über den Doppelbe-

24 Vgl. dazu die Gespräche anläßlich des Besuchs des Bundeskanzlers Schmidt vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR; AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

25 Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte vom 21. bis 24. November 1979 die Bundesrepublik. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.
Im Rahmen dieses Besuchs führte Bundeskanzler Schmidt am Abend des 23. November 1979 ein Vier-Augen-Gespräch mit Gromyko. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 104 f.

26 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

27 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

28 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

29 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

30 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März, 1. April und 15. Mai 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, Dok. 95, Anm. 20, und Dok. 152, Anm. 29.

31 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

schluß stehen, wonach erstens die Modernisierung notwendig sei und zweitens entsprechende Verhandlungen noch im Laufe dieses Jahres begonnen werden sollten.

Anlaß zur Sorge bereite ihm (Bundeskanzler) allerdings die sich auf viele Länder (u. a. Bundesrepublik, Dänemark, Niederlande, Belgien, Frankreich, vielleicht auch Großbritannien und Italien) erstreckende Propagandaaktion der SU, die zum Teil sehr erfolgreich sei. Dabei stelle sich die UdSSR als „friedliebend" dar, während sie laufend weitere gegen Westeuropa gerichtete SS-20-Raketen mit jeweils dreifachen Sprengköpfen installiere. Dagegen müsse sich Europa zur Wehr setzen. Es sei daher Zeit, daß die Verhandlungen in Gang gebracht würden. In diesem Zusammenhang verwies der Bundeskanzler auf die innerhalb der SPD in diesem Bereich bestehenden Schwierigkeiten. M. Mitterrand habe vielleicht schon mit Willy Brandt darüber gesprochen. Zu näheren Gesprächen stehe er (Bundeskanzler) zur Verfügung. Auch Bundesverteidigungsminister Apel, der Frankreich gut kenne und die französische Sprache beherrsche, stehe dem neuen französischen Verteidigungsminister Hernu entsprechend zur Verfügung.

Auf die Frage *Mitterrands*, welches Ziel die erwähnte sowjetische Propagandaaktion verfolge, erläuterte der *Bundeskanzler*, die Russen stellten die Dinge so dar, als ob sie selbst zu Abrüstungsverhandlungen bereit wären, von den USA jedoch mit neuen Waffen bedroht würden.

In seiner Erwiderung verwies Präsident *Mitterrand* auf den auch von seinem Vorgänger gemachten Vorbehalt, daß diese Angelegenheit Frankreich zwar nicht direkt angehe, er aber natürlich großes Interesse daran habe. In Frankreich habe man „nicht genügend protestiert gegen die SS-20", man habe den Sowjets nicht klar genug gesagt, daß die Installierung von SS-20-Raketen ein Grund für die Beeinträchtigung (frz. altération) der Beziehungen sei. Der Weltfriede hänge von dem Gleichgewicht der Streitkraft der Supermächte, aber auch von dem Gleichgewicht der Rüstung in Europa ab. Durch die SS-20 und die Backfire werde dieses Gleichgewicht aber in zweifacher Hinsicht verändert; erstens in Europa durch die „exzessive Überlegenheit", die den Sowjets zuwachse, und zweitens infolge der dadurch provozierten Reaktion seitens der USA (Pershing-Raketen). Das weltweite Gleichgewicht beruhe ja auf der Flugzeit der Raketen nach Moskau bzw. Washington. Die Russen hätten durch die Störung des Gleichgewichts eine schwere Verantwortung auf sich genommen. Wenn sie ein sogenanntes „Moratorium" vorschlügen[32], halte er (Mitterrand) dies für „nicht gut". Was unter einem „Einfrieren" (frz. gel) zu verstehen sei, müßte erforscht werden. Die französische Regierung sei an baldigen Verhandlungen interessiert. Möglicherweise könnte dies zu einer „neuen Konzeption" hinsichtlich der Pershing-Raketen führen. Sein Standpunkt sei folgender: Er sei gegen eine sowjetische Politik, die zu einer Änderung des Gleichgewichts und einer Bedrohung mit Waffen führe, die innerhalb von 15 Minuten das französische[33] „Militärdispositiv" mit großer Genauigkeit treffen könnten. Ziel der

32 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

33 Der Passus „In seiner Erwiderung … Minuten das französische" wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Pfeil hervorgehoben.

Verhandlungen müsse aber ein Rückzug auf dem Rüstungsgebiet (frz. un retraite d'armements) sein und nicht eine neue „Über-Rüstung" (frz. surarmement), denn in letzterem Falle würde zusätzlich zu einer bestehenden Gefahr nur noch eine weitere Gefahr hinzukommen. Voraussetzung sei, daß die beiden Seiten zu Verhandlungen bereit seien, was er glaube.[34]

Der *Bundeskanzler* verwies auf die Zerrissenheit seiner Partei in dieser Frage: Eine beträchtliche Minderheit bilde sich ein, das Gleichgewicht werde von den USA und nicht von den Russen durch die SS-20 gestört. Eine ebenfalls beträchtliche Minderheit meine, die Russen wären zu einer Verschrottung der SS-20 durch Verhandlungen bereit, ohne daß zunächst der Wille des Westens bekundet werde, diesen Raketen ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Er (Bundeskanzler) halte die erstere Minderheit für töricht und die letztere für illusionär (Zwischenbemerkung von M. *Mitterrand*: „Ich bin auch dieser Meinung" (frz. „C'est mon avis!")).

Der *Bundeskanzler* führte weiter aus, er habe vor einigen Tagen die Existenz seiner Regierung an die Einhaltung des NATO-Doppelbeschlusses vom Dezember 1979 geknüpft.[35] Die beiden Teile dieses Beschlusses müßten mit Ernst betrieben werden. Hinsichtlich der von den modernsten Waffen ausgehenden Gefahren (Flugzeit von z.T. nur sieben Minuten von der Bundesrepublik bis Moskau) sei er sich mit M. Mitterrand einig. Er glaube nicht, daß die Russen derartige Waffen, nachdem sie sie gebaut und installiert hätten, wieder verschrotten würden, ohne den ernsthaften Willen zu spüren, daß ernste Gegenmaßnahmen dagegen getroffen würden. Er (Bundeskanzler) sei erfreut über M. Mitterrands Bemerkung zu der „Unannehmbarkeit einer Störung des Gleichgewichts durch die Russen". Bereits vor zwölf Jahren habe er mit Willy Brandt die Ostpolitik eingeleitet (nachdem er bereits früher ein Buch über das militärische Gleichgewicht und die Ostpolitik geschrieben habe[36]), und er sehe keine Veranlassung, an dem Konzept der Ostpolitik und der Verhandlungspolitik gegenüber dem Osten etwas zu ändern, jedoch nur auf der Grundlage des Gleichgewichts und nicht bei einer großen Überlegenheit der Sowjetunion. Das z.Z. gestörte Gleichgewicht müsse wiederhergestellt werden.

Im übrigen glaube er (Bundeskanzler), daß die Tage Breschnews gezählt seien. Er kenne Breschnew aus mehreren längeren Begegnungen als friedliebenden

34 Der Passus „‚Militärdispositiv' mit großer … was er glaube" wurde von Bundeskanzler Schmidt durch Pfeil hervorgehoben.

35 Bundeskanzler Schmidt erklärte am 16. Mai 1981 in Recklinghausen auf einer Veranstaltung des SPD-Bezirks Westliches Westfalen: „Mit der Verwirklichung beider Teile des NATO-Beschlusses, insbesondere nicht nur dem Beginn, sondern dem Erfolg von Verhandlungen, damit stehe ich und falle auch damit." Vgl. den Artikel „Schmidt: Wer das Prinzip des Gleichgewichts verspielt, liefert uns aus"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Mai 1981, S. 2.
Auf dem Landesparteitag der bayerischen SPD am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen führte Schmidt mit Blick auf einen Antrag des SPD-Unterbezirks Nürnberg, die Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 zurückzunehmen, aus, wenn sich diese Haltung in der gesamten SPD durchsetze, könne er „die Verantwortung für die Bundesregierung nicht länger tragen". Vgl. den Artikel „Der Kanzler kämpft für die Nachrüstung. Warnungen an die Partei vor Selbstzerstörung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 18. Mai 1981, S. 1.

36 Vgl. Helmut SCHMIDT, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart 1961.
Vgl. ferner Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

Menschen. Seine Stärke innerhalb des Politbüros lasse aber nach. Um seine Verhandlungspolitik mit dem Westen betreiben zu können, brauche er eine Koalition und habe sich daher den Militärs gegenüber wohl zu Konzessionen bereit erklärt. Er (Bundeskanzler) kenne einige der führenden sowjetischen Militärs (Gorschkow, Verteidigungsminister Ustinow, Stabschef Ogarkow, den russischen Raketenspezialisten) persönlich und halte sie für erstklassige Soldaten, die jeder westlichen Armee durch ihre Intelligenz, Fähigkeit und Entschlußkraft zur Zierde gereichen könnten. Er habe aber die Sorge, daß andere Generäle ihre Nachfolge antreten könnten, die risikofreudiger und wenig friedliebend seien. Man müsse daher die Zeit nutzen, in der Breschnew noch da sei. Auch Haig sei dieser Meinung.

M. *Mitterrand* antwortete „mit dem Ziel, sich mit den Russen zu verständigen, sich ihnen aber nicht zu unterwerfen“ (frz. avec l'objectif de s'entendre avec les Russes, mais non pas de se soumettre).

Der *Bundeskanzler* hob im Anschluß daran einen Punkt hervor, der für ihn sehr wichtig sei: 1) Er sei sich im klaren darüber, daß die Stellung Frankreichs stärker sei als die der Bundesrepublik. Frankreich sei eine Nuklearmacht, im Gegensatz zur Bundesrepublik, die auf Nuklearwaffen verzichtet habe[37] und auch in Zukunft nicht danach streben werde. 2) Die Bundesrepublik sei in bezug auf Berlin von Frankreich zusammen mit den USA und GB abhängig. 3) Im Sicherheitsrat der VN besitze Frankreich im Gegensatz zur Bundesrepublik einen ständigen Sitz und daher das Vetorecht. Allgemein sei jetzt und in der Zukunft die Stellung Frankreichs viel stärker als die der Bundesrepublik. Die Bundesregierung (wörtlich: „wir“) wünsche daher „möglichst viel Anlehnung an Paris“.

M. *Mitterrand* erwiderte: „Wir haben unsere Trumpfkarten und Sie die Ihrigen.“ Man müßte diese Trumpfkarten addieren können. Er würde es sehr gern sehen, wenn das französische Volk die guten Eigenschaften des deutschen Volkes – aber nicht seine Fehler – übernehmen würde.

Der *Bundeskanzler* wandte ein, die Franzosen besäßen das „savoir vivre“, dem die Deutschen nur ihren Fleiß entgegenzustellen hätten.

Präsident *Mitterrand* verwies sodann auf die besorgniserregende Lage im Libanon: Sein Außenminister plane für die nächsten Tage entsprechende Kontakte, wenn er sie nicht schon bereits aufgenommen habe.[38] Er (Mitterrand) habe ferner die Absicht, Emissäre in den Nahen Osten (Libanon) und den Mittleren Osten (alle Ölländer) zu entsenden.[39] In den Augen der arabischen Welt habe

37 Die Bundesrepublik verzichtete in einer auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 von Bundeskanzler Adenauer abgegebenen Erklärung auf die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen auf eigenem Territorium. Diese Erklärung wurde Bestandteil der Anlage I zum Protokoll Nr. III über die Rüstungskontrolle des WEU-Vertrags vom 23. Oktober 1954. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 269.

38 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 146, Anm. 16–19.

39 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 23. Juni 1981: „Die Wahl Mitterrands zum Staatspräsidenten führte in der arabischen Welt zu Irritationen, die die neue Regierung durch die Entsendung von Sonderbotschaftern (Präsidentenbruder Jacques Mitterrand nach Saudi-Arabien und Rundreisen zur Übermittlung persönlicher Botschaften durch Botschafter Andréani und Nahost-Direktor Boidevaix) zu korrigieren versuchte. Außenminister Cheysson benutzte sein erstes großes Interview (27.5.81), um ebenfalls zu versichern, daß die Nahostpolitik der neuen französischen Regierung zu-

er eine „schlechte Reputation", ein Zustand, an dem er nichts ändern wolle, insofern als er gedenke, an seinen Grundsätzen in der Nahost-Frage festzuhalten. Er sei sich aber im klaren, daß es ein Gebot der Freundschaft sei, mit Israel ebenso offen zu sprechen wie mit den arabischen Staaten. In diesem Zusammenhang bemerkte er, daß Jobert ebenso wie Cheysson gute Möglichkeiten für Kontakte in der arabischen Welt besäße.

M. Mitterrand unterrichtete den Bundeskanzler ferner über ein Telefongespräch, daß er kurz vor dem Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler mit dem spanischen König im Zusammenhang mit den jüngsten Unruhen (Geiselnahmen) in Barcelona[40] geführt habe. Er halte es für „sehr wichtig und gut", enge Beziehungen zu Spanien zu unterhalten, dessen Demokratie unter einer sehr ernsthaften Bedrohung stehe. Der König sollte moralische Unterstützung erfahren, damit er sich nicht isoliert fühle.

Der *Bundeskanzler* antwortete, daß er großen Respekt für König Juan Carlos empfinde, den er für[41] einen „ernstzunehmenden Kämpfer für die Demokratie" halte. Man müsse darauf achten, daß Spanien nicht den Eindruck gewinne, die Europäische Gemeinschaft zeige dem Land „die kalte Schulter".[42]

M. *Mitterrand* meinte dazu, in Frankreich sei man in bezug auf die Aufnahme Spaniens in die EG aus wirtschaftlichen, besonders agrarpolitischen Gründen „etwas zurückhaltend".

Zum israelisch-arabischen Konflikt erklärte der *Bundeskanzler*, er habe sehr angenehme Gespräche mit Golda Meir, Rabin, Allon, Dajan und Shimon Peres geführt und dabei einen großen Unterschied zur Politik der jetzigen Regierung festgestellt. Auf die „unglaublichen Beschimpfungen" Begins gegen ihn[43] habe er nicht reagiert. Er halte die Erklärung von Venedig[44] für eine brauchbare Grundlage zu einer Verbreiterung des Camp-David-Prozesses[45]. Leider hätten sich bisher keine anderen arabischen Länder – wie Saudi-Arabien, Jordanien, Libanon, Syrien – angeschlossen. Die derzeitige israelische Regierung habe allen gegenüber eine sehr negative Haltung eingenommen, so daß man seines Erachtens die israelischen Wahlen im Juni[46] abwarten sollte, bevor weitere Schritte geplant würden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 854

nächst mit der der früheren Regierung identisch sein werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1119/1120; Referat 310, Bd. 135661.

40 Am 23. Mai 1981 kam es in der „Banco Central" in Barcelona zu einem Überfall mit Geiselnahme. Die Täter forderten die Freilassung mehrerer Anführer des Putschversuchs am 23. Februar 1981 in Spanien. Vgl. dazu den Artikel „Drei Monate nach dem Putsch eine Geiselnahme zur Erpressung der spanischen Demokratie"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Mai 1981, S. 1.
Bei der Erstürmung des Gebäudes durch eine Spezialeinheit der Polizei am 24. Mai 1981 gelang einigen Tätern die Flucht. Vgl. dazu den Artikel „Wie viele Terroristen konnten in Barcelona entkommen?"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Mai 1981, S. 1.

41 Korrigiert aus: „als".

42 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 135, Anm. 24.

43 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3., 7. bzw. 10. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 131, Anm. 13, Dok. 134, Anm. 6, und Dok. 146, Anm. 23.

44 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

45 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

46 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

Er (Bundeskanzler) habe kürzlich eine Reise nach Riad und in die Golfstaaten unternommen[47] und dabei festgestellt, daß man sich in dieser Region wachsende Sorgen in bezug auf die Sowjetunion mache. Dies gelte auch für Oman und Somalia. Die Befürchtungen richteten sich in besonderem Maße auch gegen Südjemen, ein Land, das zu einem führenden Stützpunkt der SU mit zahlreichen Vertretern der DDR und der SU sowie einer starken kubanischen Präsenz geworden sei. Sorgen seien auch in bezug auf den libyschen Staatschef Gaddafi geäußert worden. Aus der Sicht der Saudis stelle nicht Israel, sondern die Sowjetunion die eigentliche Gefahr für den Nahen Osten dar. Man sei ferner besorgt darüber, daß die PLO in eine völlige Abhängigkeit von der SU geraten könnte.

Seiner – des Bundeskanzlers – Meinung nach sollte der Westen gegenüber den sechs Staaten des Kooperationsrates am Golf[48] eine positive Haltung einnehmen und ihnen die Aufstellung eines eigenen Verteidigungssystems erleichtern. Die deutsche Seite würde gerne mit der französischen Regierung in einen Meinungsaustausch darüber eintreten, z. B. auf der Ebene der Staatssekretäre der Außenministerien oder auch der beiderseitigen Außenminister selbst, wenn sie dazu vorbereitet seien.

Außer Libyen gebe es im Süden Afrikas noch zwei weitere Krisenherde: Namibia und Angola. Die USA sollten in ihrer zurückhaltenden Politik gegenüber Südafrika (Botha) ermutigt werden.

Ein weiterer Gefahrenbereich seien die Karibik und Zentralamerika. Er (Bundeskanzler) sei sehr erfreut darüber, daß die USA jetzt Gespräche mit Venezuela und Mexiko eingeleitet hätten. Der Gedanke an einen wirtschaftlichen Stabilitätsplan erscheine ihm (Bundeskanzler) sehr förderungswürdig. López Portillo werde demnächst Washington besuchen.[49] Äußerst besorgniserregend sei die Lage in Mittelamerika, welches das nächste große Krisengebiet der Welt werden könnte. Auch hierüber würde er (Bundeskanzler) gerne ein vertieftes Gespräch mit der französischen Seite führen, weil er meine, daß die neue US-Regierung hier eine „zu drastische" Haltung einnehme.

M. *Mitterrand* betonte, daß er gerade in diesem Punkt die „meisten Meinungsverschiedenheiten" zu der Politik der USA sehe. Es seien von den Amerikanern

47 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien bzw. am 29./30. April 1981 in den Vereinigten Arabischen Emiraten vgl. Dok. 117–120 und Dok. 124.

48 Zur Gründung des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten am 4. Februar 1981 vgl. Dok. 63, Anm. 9.
Referat 311 notierte am 4. Juni 1981, mit einer Konferenz der Staatschefs der beteiligten Staaten am 25./26. Mai 1981 in Abu Dhabi habe die Gründung des Kooperationsrats ihren Abschluß gefunden: „Der Gründungsgipfel hat verdeutlicht, daß die neue Organisation sich zunächst vornehmlich mit der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Information, der Erziehung u. ä. befaßt. Fragen der inneren Sicherheit dürften, wie schon bei der bilateralen Zusammenarbeit, eine große Rolle spielen. […] In ihrem Abschlußkommuniqué fordern die sechs Staatschefs, die Golfregion müsse von fremden Basen und Flotten freigehalten werden. Sie bekräftigen die Entschlossenheit ihrer Länder, ihre Sicherheit und Unabhängigkeit selbst zu verteidigen. Dennoch ist eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wohl erst ein Fernziel, denn man will nicht nur vermeiden, den Argwohn der Nachbarn zu erwecken, sondern vertritt, wie die unterschiedliche Haltung zu der SU und die Diskussion über die verschiedenen Sicherheitskonzepte Omans und Kuwaits zeigte, auch verschiedene Standpunkte. Die bestehende militärische Zusammenarbeit einzelner Mitglieder mit westlichen Staaten dürfte ebenfalls nicht berührt werden." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135644.

49 Präsident López Portillo hielt sich vom 7. bis 9. Juni 1981 in den USA auf.

tiefgreifende Analysefehler in bezug auf den Einfluß Castros und die kommunistische Gefahr gemacht worden: Die Revolutionen in Nicaragua[50] und San Salvador richteten sich gegen die „diktatorischen Oligarchien". Er selbst (Mitterrand) kenne die meisten führenden Persönlichkeiten Zentralamerikas und könne versichern, daß sie keine Kommunisten seien. In Santo Domingo sei ein „demokratisches Experiment" versucht worden, das nicht zum Kommunismus geführt habe.

Als letzten Punkt vor dem Mittagessen brachte Präsident Mitterrand das Gespräch auf die Lage in Polen und fragte den Bundeskanzler nach dessen Meinung über die Entwicklung in diesem Land.

Der *Bundeskanzler* antwortete, es könnte bei dem nächsten Parteitag der polnischen KP[51] zu überraschenden personalpolitischen Änderungen kommen, da über die Zusammensetzung des ZK und des Politbüros zum ersten Mal geheim abgestimmt werde. Dies könnte eine Schockwirkung in Moskau auslösen.

Er halte die Gefahr einer sowjetischen Intervention in Polen noch für sehr hoch, wenn sie auch manchmal höher, manchmal geringer sei. Die Bundesrepublik habe in den letzten neun Monaten große finanzielle Opfer für die Polen geleistet[52], damit nicht auf wirtschaftlichem Gebiet ein zwingender Anlaß für einen Volksaufstand geboten werde. Eine Anzahl deutscher Banken sei dadurch sogar in Schwierigkeiten geraten, und der Staatshaushalt habe ebenfalls schwere Rückschläge erlitten. Seine – des Bundeskanzlers – Freunde in Polen seien selbst ratlos über die zukünftige Entwicklung in ihrem Land; die Antworten fielen unterschiedlich aus, je nachdem, ob es sich bei den Gesprächspartnern um Optimisten oder Pessimisten handele. Man sollte sich dem polnischen Volk gegenüber mit Rat und Tat solidarisch zeigen, denn eine sowjetische Intervention würde die Welt verändern. Die Reaktionen der westlichen und anderen Staaten würden um ein vielfaches stärker ausfallen wie nach dem sowjetischen Einmarsch nach Afghanistan[53].

M. *Mitterrand* erklärte, seine Position in dieser Frage könne in sehr einfacher Weise dargestellt werden: Die SU werde seines Erachtens in Polen nur intervenieren, wenn die KP Polens „aus der sowjetischen Strategie ausschere oder sich davon entferne" (frz. si le PC polonais lâche ou s'éloigne de la stratégie soviétique). Bleibe die KP Polens im russischen Sinn „solide", so werde es nicht zu einer Intervention kommen. Alles hänge von der „kommunistischen Solidität" der KP Polens ab.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, es komme darauf an, ob die KP Polens genügend Kraft aufbringe, um gegenüber der „Solidarität", der Kirche und den Intellektuellen standzuhalten. Eine sowjetische Intervention wäre eine „doppelte Tragödie", erstens für Polen selbst und zweitens auch für das deutsche Volk, dessen Zerrissenheit sich als Folge davon noch vertiefen würde. Die Deutschen fühlten sich dem polnischen Volk jedenfalls sehr verbunden.

50 Zur Revolution in Nicaragua am 17. Juli 1979 vgl. Dok. 11, Anm. 9.
51 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.
52 Zu den Hilfsmaßnahmen für Polen vgl. Dok. 80, Anm. 24.
53 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Abschließend verwies M. *Mitterrand* darauf, daß bereits Giscard die Weisung erteilt habe, den Polen Hilfe zu leisten.

Das Gespräch unter vier Augen endete um 13 Uhr. Die Gespräche wurden während des anschließenden Mittagessens in erweitertem Kreis (Aufzeichnung durch Botschafter Herbst) weitergeführt.

Nach dem Mittagessen wurde vereinbart, die nächsten deutsch-französischen Gipfelkonsultationen in der ersten Julihälfte – d. h. noch vor dem Wirtschaftsgipfel in Ottawa – in Bonn zu führen.[54]

VS-Bd. 14093 (010)

154

Botschafter Herbst, Paris, an Bundesminister Genscher

114-3487/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 919
Citissime

Aufgabe: 25. Mai 1981, 12.17 Uhr[1]
Ankunft: 25. Mai 1981, 13.39 Uhr

Nur für Bundesminister

Beteiligung erbeten: Staatssekretär AA[2] Cti[3]

Betr.: Besuch des Bundeskanzlers im Élysée am 23./24.5.81[4];
Gesprächsaufzeichnung über das Mittagessen, das der französische Staatspräsident zu Ehren des Bundeskanzlers am 24. Mai 1981 im Élysée gegeben hat.

Es waren anwesend:

von französischer Seite – Außenminister Cheysson, Generalsekretär Bérégovoy, M. Michel Vauzelle, Sprecher des Élysée;

von deutscher Seite – Staatssekretär van Well, Staatssekretär Becker, Botschafter Herbst.

1) Lage in Polen

Außenminister Cheysson leitete die Erörterung dieses Themas mit der Bemerkung ein, daß die Lage im Inneren Polens jetzt vorrangige Aufmerksamkeit verdiene. Dies gelte vor allem im Hinblick auf den bevorstehenden Kongreß

54 Für die deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1981 vgl. Dok. 198–202.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 25. Mai 1981 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 25. Mai 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 202 verfügte.

2 Hans Werner Lautenschlager.

3 Citissime.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. auch Dok. 153.

der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei.[5] Staatssekretär van Well stimmte dem zu und wies darauf hin, daß der wohl bald zu erwartende Tod des Primas von Polen W…[6] zu einer Schwächung der Kräfte führen werde, die bisher die prekäre Ordnung aufrechterhalten hätten. Die Sorge, daß es zu einer von Minister Cheysson besorgten anarchistischen Entwicklung[7] kommen könne, werde von uns geteilt. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, hätten wir bedeutsame Anstrengungen unternommen, die wir auch in den kommenden Monaten fortsetzen wollen. Auf die Zwischenfrage des Präsidenten erläuterte Minister Cheysson, daß die Gemeinschaft Polen Wirtschaftshilfe gewährt habe[8] und weiter gewähre und daß es eine Abstimmung mit Washington gegeben habe.[9] Der Bundeskanzler wies auf das Treffen der Gläubigerländer Polens und die Absprachen hin, die erst kürzlich unter französischem Vorsitz in Paris zustande gekommen sind.[10] Nach einem Hinweis auf die stabilisierende Hilfe der katholischen Kirche unterstrich der Bundeskanzler die Gefahren, die aus sowjetischer Sicht durch die Forderung nach geheimen Wahlen auf dem bevorstehen-

5 Referat 214 erläuterte am 1. Juni 1981, bei den bislang abgehaltenen Parteitagskandidatenwahlen seien „überwiegend Basis- und Reformkandidaten gewählt" worden: „Wenn die Einschätzung des ZK-Mitglieds und Trybuna-Ludu-Chefredakteurs Wojna zutrifft, wird es sich bei 70 % der (stark verjüngten) Kandidaten um neue Gesichter handeln – ein Ergebnis, das sicher nicht den Erwartungen der gegenwärtigen PVAP-Führung entsprechen dürfte." Vgl. Referat 214, Bd. 132911.
Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

6 So in der Vorlage.
Zur Erkrankung des Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, vgl. Dok. 125, Anm. 4.
Wyszyński verstarb am 28. Mai 1981. Referat 214 erläuterte am 1. Juni 1981: „Das Hauptanliegen der Nachfolgeregelung muß sein, Vorsorge zu treffen, daß die Autorität des Primas gegenüber Staat und Partei wie aber auch gegenüber den anderen neuen Machtgruppen in Polen ungeschmälert bleibt. […] Angesichts der ungewissen Entwicklung, der Polen entgegengeht: Ausgang des IX. Parteitags der PVAP; Wirtschaftsreformen; Versorgungslage; Drohungen der sozialistischen Nachbarn; wird es sehr darauf ankommen, einen neuen ‚interrex' einzusetzen, der wie Kardinal W[yszyński] in der Lage ist, eine, wie es in ‚Życie Warszawy' heißt, ‚vermittelnde und einigende nationale Autorität in der fortdauernden innenpolitischen Krise' zu werden und ein ‚Vorbild für die Zusammenarbeit zwischen Kirche und sozialistischem Staat' (so Staatsratsvorsitzender Jabłoński) zu sein." Vgl. Referat 214, Bd. 132911.

7 So in der Vorlage.

8 Zur Erörterung von Hilfsmaßnahmen für Polen auf der Tagung des Europäischen Rats am 23./24. März 1981 in Maastricht vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

9 Am 19. Mai 1981 fand in Paris ein Treffen der für Wirtschaftsfragen zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Japans und der USA statt. Ministerialdirektor Fischer notierte dazu am 21. Mai 1981, die britische Seite habe bekanntgegeben, Polen eine neue Bürgschaftszusage in Höhe von 30 Mio. Pfund zu machen. Die europäischen Vertreter hätten den designierten Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Rashish, aufgefordert, „auch amerikanische Zusagen über neue Kredite zu machen. Er zeigte sich zuversichtlich." Die Diskussion habe ferner gezeigt, daß mit größerer japanischer Beteiligung an Krediten für Polen nicht zu rechnen sei. Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

10 Zur am 27. April 1981 in Paris unterzeichneten multilateralen Schuldenregelung mit Polen vgl. Dok. 115, Anm. 14.
Referat 421 notierte am 4. Juni 1981: „Auf Einladung der französischen Regierung hat vom 1. bis 2. Juni 1981 in Paris eine Konferenz der Gruppe der westlichen Gläubiger-Länder zur Erörterung der Fragen neuer Exportkredite (fresh money) für Polen stattgefunden. Eine Einigung bezüglich neuer Kredite kam dabei bisher nicht zustande. Nach den hier vorliegenden Unterlagen beträgt der zusätzliche Kreditbedarf Polens für 1981 1,2 bis 2,2 Mrd. US-Dollar." Die Gruppe habe sich darauf geeinigt, den Regierungen zu empfehlen, „für Lebensmittelkredite und für Verträge von weniger als zwei Jahren Laufzeit (Halbwaren, Ersatzteile) die Anzahlung auf 5 % zu reduzieren". Vgl. Referat 421, Bd. 122560.

den Parteitag ausgelöst werden. Der Präsident fragte hier nach den Auswirkungen der Vorgänge in Polen auf die Satelliten der Sowjetunion.

Der Bundeskanzler antwortete, daß sich das ostdeutsche Regime – nicht zuletzt durch eine antipolnische Propaganda – recht wirksam gegen den „polnischen Bazillus" geschützt habe. Größer sei die Gefahr für Prag, wohl auch für Bukarest. Deshalb kritisiere Ceauşescu auch die innere Entwicklung in Polen, sei aber gegen eine militärische Intervention. Der Präsident ergänzte diese Überlegung durch den Hinweis, die rumänische Staatsführung wolle unbedingt verhindern, daß die rumänischen Gewerkschaften dem polnischen Beispiel folgen. Minister Cheysson meinte, für die SU würde es ein großer Sieg sein, wenn es ihr gelinge, die polnische Bevölkerung durch Druck und Verschlechterung der Lebensbedingungen dazu zu bringen, das von der „Solidarité" begonnene Reformwerk von sich zu weisen.

Um solcher Entwicklung entgegenzuarbeiten – so der Bundeskanzler – müsse alles getan werden, um die Sowjets zur Zurückhaltung in Polen zu bewegen. Die KSZE-Verhandlungen in Madrid, der französische Vorschlag für eine Abrüstungskonferenz in Europa[11] könnten hierbei ebenso nützliche Instrumente sein wie der gegen Jahresende geplante Besuch Breschnews in Bonn.[12] Wir sollten die Schwelle, die die Sowjets von einer Intervention in Polen abhalte, so hoch wie möglich machen.

2) Lage in Spanien und Baskenproblem

Nach kurzem Gedankenaustausch über die Geiselnahme in Barcelona[13] berichtete der Bundeskanzler über die Sorge des spanischen Ministerpräsidenten[14] vor neuen Putschversuchen. In dieser Lage müsse Spanien durch das demokratische Europa geholfen werden, und zwar durch eine Einbettung in die NATO[15] und die EG[16]. Dies wäre für den König[17], der sich mit politischem Instinkt in schwerer Lage bewährt habe, hilfreich gegenüber den Militärs. Ähnlich stelle sich die Lage auch für den portugiesischen Staatspräsidenten Eanes dar.

Hieran anschließend berührte der Präsident kurz das Baskenproblem. Glücklicherweise gebe es in Frankreich keine baskische Freiheitsbewegung, aber doch Sympathie für die Basken jenseits der Grenze. Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob man von französischer Seite der spanischen Regierung ausreichende Hilfe bei der Bekämpfung des baskischen Terrorismus gewährt habe, meinte der Präsident, daß Paris sich hier in einem Dilemma befinde, weil es eine Ansteckung der französischen Basken durch die spanischen Verwandten fürchten müsse.

11 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

12 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 5.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

13 Zur Geiselnahme am 23./24. Mai 1981 in Barcelona vgl. Dok. 153, Anm. 40.

14 Leopoldo Calvo-Sotelo y Bustelo.

15 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 130, Anm. 9.

16 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 135, Anm. 24.

17 Juan Carlos I.

3) Amerikanisches Terrorismusverständnis und amerikanisches Verständnis für europäische Denkweise

Unter Bezugnahme auf seine Gespräche in Washington[18] erläuterte der Bundeskanzler dem Präsidenten, daß Reagan und Haig unter „Terrorismus" etwas anderes verstehen als wir Europäer. Bei Verwendung dieses Begriffes denke man in Washington vor allem an die Unterstützung, die Moskau Befreiungsbewegungen gewähre. Bei dem, was man in Europa „Terrorismus" nenne, sei der Anteil Moskaus schwer zu bestimmen. Über die Hintergründe des Terrorismus in Deutschland, auch der Ermordung Karrys[19], sei nichts bekannt. Nicht viel mehr wisse man – so der Präsident – über die Hintermänner des italienischen Terrorismus.

Nachdem Präsident und Bundeskanzler Begegnungen mit Amerikanern geschildert hatten, die nicht geringste Kenntnis Europas besaßen, folgerte Minister Cheysson, daß die europäischen Länder, deren Probleme Washington oft fremd seien, versuchen müßten, Amerika das Denken in Nuancen nahezubringen. Hier reichten die diplomatischen Kontakte allein nicht aus. Dazu seien persönliche Kontakte zwischen den politisch Verantwortlichen nötig. Der Bundeskanzler stimmte diesen Überlegungen zu, indem er auf die Bedeutung und Dringlichkeit von viel „Aufklärungsarbeit" in Washington hinwies. Haig kenne Europa, auch Volcker sei recht gut informiert; viele andere, vor allem unter den „Kaliforniern", die eher zum Pazifik und Fernen Osten blicken, indessen nicht. Reagan – davon habe er sich soeben überzeugen können – sei lernbereit. Er habe zugesichert, daß es in seiner Amtszeit für die Europäer keine Übersehungen wie in der Vergangenheit geben werde. Auch zu dem amerikanischen Vizepräsidenten[20], der vielleicht Präsident werden könne, müsse man auch enge Kontakte pflegen.

4) Vor Beendigung des Gesprächs kamen Bundeskanzler und Präsident überein, beim Verlassen des Élysée keine Pressekonferenz abzuhalten, sondern nur kurz auf die behandelten Themen – deutsch-französische Beziehungen, Allianzfragen, Rüstungskontrolle, Naher und Mittlerer Osten, Bericht des Bundeskanzlers über seine Gespräche in Washington – einzugehen. Der Bundeskanzler bemerkte, er werde bei dieser Gelegenheit den festen Willen zur Fortsetzung der engen vertrauensvollen Zusammenarbeit beider Länder auf der Grundlage des Élysée-Vertrages[21] unterstreichen.[22]

18 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

19 Der hessische Wirtschaftsminister und stellvertretende Ministerpräsident Karry wurde am 11. Mai 1981 in seinem Haus in Frankfurt am Main durch mehrere Schüsse im Schlaf getötet. Vgl. dazu den Artikel „Der hessische Wirtschaftsminister Karry ermordet"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Mai 1981, S. 1.
Am 22. Mai 1981 wurde berichtet, die Behörden hätten nach wie vor keine klaren Hinweise auf die Täter. Vgl. dazu den Artikel „Die Ermittler haben noch kein klares Bild von Karrys Mördern"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Mai 1981, S. 6.

20 George H. W. Bush.

21 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

22 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 24. Mai 1981 in Paris vgl. BULLETIN 1981, S. 422 f.

Abschließend dankte der Bundeskanzler dem Präsidenten für die freundliche Aufnahme und die freimütigen instruktiven Gespräche. Darauf Mitterrand: „Sie, Herr Bundeskanzler, waren mir heute willkommen, das bleibt so, auch morgen.“[23]

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11089 (202)

155

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Ramadhan

26. Mai 1981[1]

Gespräch BM mit Erstem Vizepremierminister des Irak, Ramadhan, am 26. Mai 1981 im Auswärtigen Amt[2];
hier: Rüstungsexportfragen

Im Rahmen des fast zweistündigen Gesprächs in Gegenwart der beiderseitigen Delegationen[3] kamen auch Fragen des Rüstungsexports zur Sprache.

Ramadhan erklärte am Ende seiner längeren Ausführungen über die Außenpolitik seines Landes, die Nahost-Problematik, die Lage am Golf und die deutsch-irakischen Beziehungen: Irak wolle mit der Bundesrepublik Deutschland ähnlich prioritäre Beziehungen entwickeln, wie er sie bereits zu Frankreich, Spanien und Italien unterhalte. Dabei müsse ohne Tabus über alle Bereiche gesprochen werden. Irak hoffe, mit deutschen Firmen auch im Bereich der Ausrüstung zu-

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk teilte der Botschaft in Washington am 27. Mai 1981 mit, Staatssekretär van Well habe am Vortag den amerikanischen Gesandten Woessner über den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich informiert und ausgeführt, dieser sei „sehr erfolgreich verlaufen“. Schmidt habe „den klaren Eindruck aus Paris mitgenommen […], daß Präsident Mitterrand an engen Beziehungen mit den USA interessiert sei“. Zusammenfassend habe van Well erklärt: „In der Außenpolitik werde es mit der französischen Regierung keine Probleme geben. Dies gelte insbesondere für die Bündnispolitik, den Bereich der Ost-West-Beziehungen, das Nord-Süd-Verhältnis. Vielleicht werde man mit einer progressiveren und offeneren französischen Afrikapolitik zu rechnen haben. Mögliche Irritationen F/USA könnten jedoch im wirtschaftlichen Bereich entstehen.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 2812/2813; Referat 204, Bd. 123336.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz gefertigt.
Hat Ploetz am 4. Juni 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Doppel an Dg 31 zur Ergänzung d[es] Vermerk[s] von B[otschafter] Holzheimer.“
Hat Ploetz am 5. Juni 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau verfügte.
Hat Wallau am 5. Juni 1981 vorgelegen.

2 Der stellvertretende irakische Ministerpräsident Ramadhan hielt sich vom 25. bis 27. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 156.

3 Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 311, Bd. 137667.

sammenarbeiten zu können.[4] Dieser Frage komme große Bedeutung zu, sie werde Auswirkungen auf die Zusammenarbeit insgesamt haben. Es liege allein an der deutschen Seite, Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen.

BM erläuterte zunächst die deutsche Position zum arabisch-israelischen Konflikt, die in den Erklärungen von Venedig[5] und Luxemburg[6] sehr klar zum Ausdruck gekommen sei. Auf dieser Grundlage wollten wir Beitrag zu umfassender Lösung leisten; mit dem Wort „Beitrag" werde verdeutlicht, daß Europa allein Konflikt nicht lösen könne. BM hob weiter hervor, daß Bundesrepublik Deutschland als erstes westliches Land 1974 in den VN Palästina-Problem als Frage des Selbstbestimmungsrechts, nicht als Flüchtlingsproblem charakterisiert habe[7]; die erwähnten ER-Erklärungen wiesen aus, daß wir unsere Partner in der EG mit Erfolg von der Richtigkeit dieser Auffassung überzeugt hätten.

BM unterstrich, daß die Bemühungen um eine Friedenslösung im Nahen Osten nicht nur Ausdruck der Freundschaft, sondern eines elementaren eigenen Interesses an der Regelung der Nahost-Frage sei:

Der Friede im Nahen Osten sei auch unser Friede; in diesem Sinn sei unsere Nahostpolitik Teil unserer aktiven Friedenspolitik.

BM brachte zum Ausdruck, daß das Konzept der beiden ER-Erklärungen das einzig richtige Konzept sei und sich auch durchsetzen werde.

Dazu sei es auch notwendig, daß es den arabischen Staaten gelänge, die arabische Einheit wiederherzustellen. Wir hofften auf Annäherung zwischen allen Gruppierungen, denn Einheit im arabischen Lager sei eine der Voraussetzungen für die Nahost-Regelung.

Im irakisch-iranischen Konflikt[8] sei das Problem der Beendigung des Krieges offensichtlich Gegenstand von Diskussionen in der iranischen Führung. Nach

4 Referat 422 notierte am 12. Mai 1981: „Der Irak hat bisher aus der Bundesrepublik Deutschland keine Kriegswaffen (genehmigungspflichtig nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz, KWKG) erhalten. Die Ausfuhr sonstiger Rüstungsgüter (genehmigungspflichtig nach dem Außenwirtschaftsgesetz, AWG) wurde von deutschen Unternehmen in den letzten Monaten in erheblichem Umfang beantragt. Soweit kein Zusammenhang mit dem iranisch-irakischen Konflikt erkennbar war und der zivile Zweck derartiger Rüstungsgüter glaubhaft gemacht wurde, wurde die Ausfuhrgenehmigung erteilt (z. B. Sprengstoff für zivile Zwecke, Ersatzteile für Zivilluftfahrt, Kleinkaliberpistolen und -munition zu Sportzwecken). Dagegen wurde bei sonstigen Rüstungsgütern, die offensichtlich den Kriegsanstrengungen des Iraks dienen, die Ausfuhrgenehmigung verweigert. (Beispiele: Momentzünder mit Alu-Sprengkapseln, amphibische Brücken- und Übersetzungsfahrzeuge, Luftfahrt-Navigationsanlagen). […] Eine Anfrage irakischer militärischer Stellen bei der Botschaft Bagdad über deutsche Lieferungen von Flugabwehrwaffen und -geräten (teils KWKG-, teils AWG-pflichtig) wurde von uns negativ beantwortet." Vgl. Referat 422, Bd. 124219.

5 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f.

6 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats im zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 12/1980, S. 10 f.

7 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

8 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 113, Anm. 21.
Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, Bagdad, teilte am 24. Mai 1981 mit: „Nach den hier täglich veröffentlichten Heeresberichten gehen die Kampfhandlungen mit wechselnden Schwerpunkten entlang der gesamten Front weiter. Irakische Truppen sollen nach eigenen Darstellungen iranische Truppen bereits bei dem Aufmarsch zu Angriffsformationen wirksam stören und dabei eigene Positionen durch (geringe) Raumgewinne konsolidieren. Beide Seiten setzen weiterhin ihre Luftwaffe ein. Irak berichte-

unserem Eindruck setze sich Bani Sadr für eine Friedenslösung ein. Wir hofften, daß es ihm gelinge.[9]

Zu den bilateralen Beziehungen stellte BM fest, seit seinem Besuch in Bagdad[10], bei dem die Ausführungen des damaligen Vizepräsidenten Saddam Hussein über die langfristigen Ziele in den bilateralen Beziehungen ihn sehr beeindruckt hätten, bemühten wir uns um Verbesserung des bilateralen Verhältnisses. Wir kennten die bedeutende Rolle des Irak für Sicherheit und Verhältnisse in der Region, und schon deswegen konzentriere sich unser Interesse auf die Beziehungen zu ihm. Der Meinungsaustausch solle deshalb auf allen Ebenen noch enger werden und alle Themen einschließen, die beiderseits interessierten. Wir könnten uns gegenseitig sehr viel geben, auch wirtschaftlich. Gerade hier registrierten wir eine hoffnungsvolle Entwicklung.

Die bevorstehende Gipfelkonferenz der Blockfreien[11] werde ein wichtiges Ereignis sein. Wir wünschten uns einen starken Irak mit möglichst unabhängigen Positionen. Denn die Blockfreiheit sei nach unserer Auffassung desto erfolgreicher, je „blockfreier" sie geführt werde.

Eingehend auf die Bemerkungen Ramadhans zur Lieferung von militärischen Gütern und Waffen, bekundete BM Verständnis. Er verknüpfte damit die Bitte, auch unsere Probleme zu verstehen: Gegenwärtig finde eine wahrhaft nationale Diskussion statt über die Rüstungsexportpolitik.[12] In arabischen Ländern herrsche der Eindruck vor, unsere zögerliche Haltung gehe auf israelischen Druck zurück. In Parenthese bemerkte BM, insoweit bestehe Übereinstimmung zwischen Arabern und Begin: Erstere befürchteten es, Begin erwarte es. Tatsächlich würde diese Diskussion jedoch auch ohne die Israel-Problematik stattfinden: Die Wurzeln dafür lägen – in anderer als der von Begin und allen Arabern gesehenen Art – in der deutschen Geschichte.

Wir hätten zwei Weltkriege geführt und uns dabei in militärischer Auseinandersetzung mit praktisch allen Nachbarn gefunden. Das Ergebnis sei nicht so, daß es zu weiteren Abenteuern ermutige: Millionen Tote, Teilung des Landes, schwerste ideelle und materielle Verluste.

Ergebnis sei ein tiefes Friedensbedürfnis in Deutschland und ein starkes Gefühl moralischer Verantwortung für den Frieden. Hieraus resultiere unsere Sor-

Fortsetzung Fußnote von Seite 863

te über den Abschuß mehrerer Phantoms in den letzten Tagen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 396; Referat 311, Bd. 137668.

9 Zur Entwicklung in Iran vgl. Dok. 131, Anm. 14.
Botschaftsrat Barth, Teheran, berichtete am 25. Mai 1981: „Wie wir aus Umgebung Bani Sadrs erfahren, hat Machtkampf zwischen Präsident und Ministerpräsident mit Schreiben Bani Sadrs an Khomeini neuen Höhepunkt erreicht. In diesem Schreiben, das am 19.5.81 übergeben worden sei, soll Präsident vom Imam Zustimmung zu Waffenstillstandsvorschlägen der Islamischen Konferenz und unverzügliche Ablösung der Regierung Rajai gefordert haben. […] Sollte Khomeini den beiden Forderungen Bani Sadrs nicht entsprechen, wolle dieser endgültig zurücktreten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 298; Referat 311, Bd. 137668.

10 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 in Irak auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 201 und Dok. 203.

11 Die siebte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt.

12 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2.
Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.

ge bei Rüstungsexporten. Denn es könne wohl keinem Zweifel unterliegen, daß wir – bei Aufgabe der restriktiven Haltung – wegen der Qualität unserer Waffen sehr schnell zum Waffenlieferanten Nummer eins in der Welt werden würden.

Auf die Frage, warum wir selbst eine Armee und eine Rüstungsproduktion aufgebaut hätten, laute die Antwort: Wir hätten dies nicht getan, wenn wir nicht der Drohung einer gigantischen Kriegsmaschinerie an unserer Grenze ausgesetzt wären. Die Vorgänge in Ost-Berlin und der DDR 1953[13], in Ungarn 1956[14], in der ČSSR 1968[15], in Afghanistan 1979[16] und die Drohung gegen Polen jetzt seien für pazifistisch denkende Deutsche immer noch Anlaß zu sagen: Dieses Schicksal wollen wir uns ersparen.

Die Frage von Waffenexporten sei also für uns mit vielen Hypotheken belastet. Die Diskussion werde noch einige Monate dauern, Prognosen über ihr Ergebnis könne man nicht geben.

Wir machten es uns dabei nicht leicht: Wir sähen die Probleme unserer arabischen Freunde. Wir wollten auch nicht, daß sie Waffen in der SU kauften. Das Zögern sei keine Parteinahme für Israel, es gehe vielmehr um Festlegung einer grundsätzlichen Position.

Ramadhan gab zu bedenken, daß die Frage zwei Aspekte habe:

– Hilfe beim Aufbau einer eigenen irakischen Produktion und

– Waffenexporte.

Letztere seien problematischer, erstere hingegen leichter.

BM bestätigte, daß bei Lieferung einer Autofabrik noch nicht abzusehen sei, ob ihre Fahrer Uniform tragen würden. Auf seine an StS von Würzen gerichtete Frage, ob die Kommission[17] dieses Thema erörtern könne, bestätigte dieser, daß Kommission Bericht vorbereite.

Ramadhan erwähnte, daß Stellen in beiden Ländern bereits Kontakte hätten und auf das grüne Licht warteten, um zu Ergebnissen zu kommen. R. wiederholte, daß er sich der Problematik von Waffenexporten bewußt sei. Der Irak hoffe auf positive Ergebnisse der Diskussion. Im industriellen Bereich aber müßten sich Lösungen finden lassen.

BM schloß diesen Punkt mit der Bemerkung ab, wir wollten uns der Sache mit Ruhe und Gelassenheit annehmen.

Referat 010, Bd. 178842

13 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

14 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

15 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

16 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

17 Artikel 7 des Abkommens vom 26. Mai 1981 zwischen der Bundesrepublik und Irak über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit sah die Bildung einer Gemeinsamen Kommission vor. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil II, S. 655.

156

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Ramadhan

27. Mai 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Mitglied des Revolutionsführungsrates und Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Republik Irak, Ramadhan, im Bundeskanzleramt am 27. Mai 1981, 18.00 bis 19.10 Uhr[2]

Das Gespräch, an dem außerdem auf irakischer Seite das Mitglied des Revolutionsführungsrates und Handelsminister Hassan Ali, der Leiter des Obersten Rates für Forschung und Technik, al-Rawi, der Staatssekretär im Außenministerium, al-Samarai, und Botschafter al-Bazzaz, auf deutscher Seite StS van Well, Botschafter Holzheimer und Dr. Hajjaj als Dolmetscher teilnahmen, hatte im wesentlichen folgenden Inhalt:

Nach der Begrüßung bemerkte der *Bundeskanzler*, daß seit seinem Gespräch mit dem irakischen Außenminister Hammadi vor eineinhalb Jahren[3] sehr viel geschehen sei: Das Ende des Geiseldramas[4], der Ausbruch des Konflikts mit dem Iran[5], der Breschnew-Vorschlag zum Golf[6], seine Besuche in Saudi-Arabien und in den Vereinigten Arabischen Emiraten[7]. Er habe mit Interesse die Gründung des Kooperationsrats im Golf beobachtet.[8] Gern wolle er mit dem Gast über die von uns für sehr wichtig gehaltene Rolle der Blockfreien und über seine Gespräche mit Reagan[9] und dem neu gewählten Präsidenten Mit-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, am 29. Mai 1981 gefertigt und am selben Tag über Ministerialdirigent von der Gablentz, Bundeskanzleramt, „mit der Bitte um Billigung“ an Bundeskanzler Schmidt geleitet. Dazu vermerkte Franke: „Der Bundesminister des Auswärtigen hat, Ihr Einverständnis voraussetzend, einen Durchdruck erhalten. Sie wollten den Vorschlag Ramadhans eines deutsch-irakischen Austausches auch auf der Ebene der Parteien mit dem Präsidium aufnehmen.“
Hat Gablentz am 29. Mai 1981 vorgelegen.
Ferner handschriftlicher Vermerk vom1. Juni 1981: „Hat StM als Chef BK i. V. (f[ür] BK) vorgelegen.“
Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der stellvertretende irakische Ministerpräsident Ramadhan hielt sich vom 25. bis 27. Mai 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 155.

3 Der irakische Außenminister Hammadi besuchte vom 9. bis 13. Februar 1980 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 12. Februar 1980 vgl. AAPD 1980, I, Dok. 46.

4 Zur Freilassung der amerikanischen Geiseln in Iran am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

5 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 155, Anm. 8.

6 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. Dezember 1980 in Neu Delhi; Dok. 28, Anm. 14.
Vgl. dazu ferner seine Ausführungen auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 746 f.

7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien bzw. am 29./30. April 1981 in den Vereinigten Arabischen Emiraten vgl. Dok. 117–120 und Dok. 124.

8 Zum Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten vgl. Dok. 153, Anm. 48.

9 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

terrand[10] sprechen. Besonders interessiere ihn die irakische Beurteilung der Lage in Ramadhans Teil der Welt.

Ramadhan dankte für die Einladung nach Bonn, richtete Grüße von Präsident Saddam Hussein aus und äußerte die Hoffnung auf eine Intensivierung der bereits guten Beziehungen, die auf ein höheres Niveau gebracht werden sollten, sei es im Rahmen des soeben unterzeichneten Abkommens über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit[11], sei es im kulturellen Bereich. Hierüber habe er bei seinem Besuch intensiv gesprochen. Zum Konflikt mit dem Iran schilderte Ramadhan dessen Entstehungsgeschichte. Angreifer sei der Iran gewesen. Nach fruchtlosen Warnungen habe der Irak keine andere Möglichkeit gehabt, als am 4. September 1980 zurückzuschlagen, um einen Raub seiner Rechte, namentlich auch bezüglich des Schatt al-Arab, zu verhindern. Die irakische Armee habe bereits nach einem Monat die militärisch und politisch gesetzten Ziele erreicht. Die vom Irak unter der Bedingung künftiger Nichteinmischung angebotenen Verhandlungen habe der Iran mehrfach abgelehnt, eine einseitige dreitägige Feuerpause seitens des Irak nicht genutzt, die Appelle der islamischen Staaten hätten nichts geholfen. Der Irak begrüße die Vermittlungsversuche der Islamischen Konferenz[12], der Blockfreien[13] und die Mission des Beauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen[14]. Der Iran habe jedoch immer negativ reagiert. Der Irak sei wirtschaftlich und innenpolitisch stabil, Präsident Saddam Hussein im Volke populär, gleichwohl wolle der Irak eine Friedenslösung. Unabhängig von der Dauer des Krieges gebe es jedoch keine Kompromisse auf zwei Gebieten: der Souveränität und der Ehre. Die Herstellung des Friedens scheitere an den chaotischen inneren Verhältnissen des Iran[15], wo eine Hauptrichtung für den Krieg eintrete, eine andere Frieden anstrebe.

Was den Golf angehe, sei der Irak gegen jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten seiner Anrainer unter dem Aspekt der Sicherheit, gleichgültig von welcher Seite sie ausgehe. Die Sicherheit im Golf sei allein Sache der An-

10 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

11 Für den Wortlaut des Abkommens vom 26. Mai 1981 zwischen der Bundesrepublik und Irak über wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil II, S. 654 f.

12 Zu den Vermittlungsbemühungen der Organisation der Islamischen Konferenz vgl. Dok. 131, Anm. 9 und 10.

13 Am 10./11. Mai 1981 hielt sich eine Delegation der Bewegung blockfreier Staaten in Iran auf. Botschaftsrat Barth, Teheran, teilte dazu am 14. Mai 1981 mit, im Gegensatz zu einer ersten Vermittlungsreise vom 10. bis 12. April 1981 habe die Delegation „diesmal dem Präsidenten konkrete Vorschläge zur Beilegung des iranisch-irakischen Konflikts vorgelegt, über deren Inhalt aber weder von Seiten der Delegation noch von iranischer Seite irgend etwas nach außen drang. […] In einer Abschlußpresseerklärung bezeichnete die Delegation die Ergebnisse ihres zweiten Besuchs in Teheran als sehr ‚fruchtbar und positiv'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 285; Referat 311, Bd. 137716. Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete am 14. Mai 1981, die Delegation habe sich am 11./12. Mai 1981 in Irak aufgehalten: „Sie hat die hier erzielten Resultate als fruchtbar und positiv bezeichnet und will ggf. von Teheran nochmals nach Bagdad zurückkehren." Einzelheiten der Verhandlungen seien nicht bekannt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 361; Referat 311, Bd. 137716.

14 Zu den Vermittlungsbemühungen des ehemaligen Ministerpräsidenten Palme als Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs Waldheim vgl. Dok. 32, Anm. 9.

15 Zur Entwicklung in Iran vgl. Dok. 155, Anm. 9.

rainer, wobei Irak sich zur Blockfreienbewegung bekenne und gegen jede Präsenz auswärtiger Mächte im Golf wende.

Ramadhan würdigte dann das Engagement des Bundeskanzlers für die Blockfreienbewegung und wies auf deren Gipfelkonferenz 1982 in Bagdad[16] und die sich daran anschließende vierjährige irakische Präsidentschaft hin. (Der Bundeskanzler warf hier ein, daß es gut sei, daß der kubanische Vorsitz[17] ende.) Irak wolle dazu beitragen, daß die ursprünglichen Prinzipien der Blockfreienbewegung bekräftigt würden, und eine Reform seiner organisatorischen Strukturen einleiten, damit die Bewegung international handlungsfähiger werde. Er fuhr fort, daß eine Aktivierung der Rolle der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den arabischen Staaten und in der Palästinenserfrage international positive Auswirkungen haben würde. Irak lege großen Wert darauf, daß die Bundesrepublik in der arabischen Region noch aktiver werde und dort die Unabhängigkeit stärke. Für die Intensivierung der bilateralen Beziehungen mit uns, an der Irak interessiert sei, seien die guten irakisch-französischen Beziehungen ein Modell. Sie würde sich auf die Gesamtheit der euro-arabischen Beziehungen positiv auswirken. Die diplomatischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten seien abgebrochen[18], da diese eine wenig freundliche Haltung bewiesen hätten. Allerdings gebe es in jüngster Zeit indirekte Kontakte, und man sei bereit, wie mit allen anderen Ländern, Beziehungen mit den USA zu unterhalten, wenn die Gründe für deren Abbruch nicht mehr existierten. In der Palästinenserfrage und der einseitigen Parteinahme der USA für Israel sei auch unter der neuen Administration keinerlei Fortschritt festzustellen. Die in den ersten Jahren seit der Machterlangung durch das Regime (1968)[19] erhobene Behauptung von der totalen Abhängigkeit des Irak von der Sowjetunion sei absolut falsch. Der Irak habe immer nach dem Prinzip der Respektierung gegenseitiger Interessen und der Nichteinmischung gehandelt. Er strebe mit allen Staaten gute Beziehungen an, insbesondere mit den bedeutenderen Staaten; in Europa mit der Bundesrepublik Deutschland, mit Frankreich und Italien. Eine Intensivierung der Beziehungen wäre für beide Seiten nützlich. Zur Stärkung unserer Beziehungen mache er einen weiteren Vorschlag, nämlich daß auch Beziehungen zwischen „unseren beiden Parteien“ aufgenommen werden.

Der *Bundeskanzler* wollte insbesondere auf einige Punkte des sehr interessanten von Ramadhan gegebenen Überblicks eingehen. Ausdrücklich stimme er dem Ausbau der bilateralen wirtschaftlichen Beziehungen auf der Basis des am Vortage mit BM Genscher unterzeichneten bilateralen Abkommens zu. Den Gedanken eines Parteienaustausches werde er im Präsidium seiner Partei zur Sprache bringen und glaube, daß auf diesem Gebiet etwas zuwege gebracht werden könne. An der Unabhängigkeit und Blockfreiheit des Irak hätten wir keinerlei Zweifel, wobei er nicht verschweige, daß er sich etwas bessere Beziehungen zwischen dem Irak und den USA wünschen würde. Der Bundeskanzler

16 Die siebte Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten fand vom 7. bis 12. März 1983 in Neu Delhi statt.

17 Mit Beginn der sechsten Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9. September 1979 in Havanna übernahm Kuba für drei Jahre den Vorsitz der Bewegung.

18 Irak brach am 7. Juni 1967 die diplomatischen Beziehungen zu den USA ab.

19 Am 17. Juli 1968 übernahm in Irak die Baath-Partei die Macht.

schilderte sodann, wie er in der letzten Zeit mit Präsident Reagan und Außenminister Haig sehr eindringlich über die Rolle der Blockfreiheit gesprochen habe, die jetzt nicht nur formal, sondern auch in ihrem hohen politischen Wert respektiert und gestützt würde. Er verwies hierzu auf das Kommuniqué der NATO-Frühjahrstagung in Rom[20] und auf seine gemeinsame Erklärung mit Präsident Reagan vom 22.5.1981[21]. Der Bundeskanzler unterstrich sodann die Bedeutung der Bemerkungen Ramadhans über die Islamische Konferenz. Ihre positive Rolle im Sinne der Stabilisierung der Welt werde noch weiter zunehmen. Wir beobachteten mit Aufmerksamkeit die Friedensbemühungen in bezug auf den Golfkonflikt, in dem wir nicht Partei ergriffen. Aber auch wir machten uns Sorgen über die inneren Wirren im Iran und die Unberechenbarkeit der Verhältnisse dort.

Unseren amerikanischen Freunden hätten wir in den letzten Wochen mit besonderer Deutlichkeit die Vorstellungen der Golfanrainer über Nichteinmischung vor Augen geführt, ihnen gesagt, daß die Golfanrainer in die Lage versetzt werden müßten, sich selbst zu verteidigen, und daß die Großmächte keine Rolle dort übernehmen sollten, zu der sie nicht gebeten seien. Zur Rolle der europäischen Staaten: Mitterrand werde sehr bald Emissäre seines Vertrauens, darunter Cheysson und Jobert, in die arabischen Länder entsenden[22], um seine Nahostpolitik zu erläutern, die sich nicht von derjenigen anderer französischer Regierungen unterscheiden werde.

Auch wir seien, offen gesagt, nicht sehr glücklich über Camp David[23] gewesen. Das hätte zusammen mit den anderen Europäern in Venedig[24] zu Entschließungen geführt, die nach Adressat und Sachgebieten einen viel breiteren Rahmen hätten als das Camp-David-Abkommen. Deswegen sei er ja auch kürzlich außerordentlich gescholten worden.[25] Das werde aber nicht zu einer Änderung unserer Haltung führen. Sein Besuch in Saudi-Arabien und den VAE habe der Intensivierung der Beziehungen gedient, aber auch der Stärkung der Stabilität des Golfs dienen sollen. In der Region gebe es zwei Länder, auf die es besonders ankomme, die Türkei[26] und Pakistan[27], denen wir in hohem Maße finanzielle Hilfe leisteten, allein aus Interesse an ihrer Stabilität, denn Öl würden wir von ihnen niemals beziehen können. Wir machten uns Sorgen über das sowjetische Vordringen in der Region, in Südjemen, in Äthiopien, das zu einem viel stärkeren sowjetischen Einfluß als vor zehn Jahren geführt habe. Unsere Verfassung

20 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 25–29. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 339–343.

21 Korrigiert aus: „23.5.1981".
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt und des Präsidenten Reagan vgl. BULLETIN 1981, S. 421 f.

22 Zur Entsendung französischer Sonderbotschafter vgl. Dok. 153, Anm. 39.

23 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

24 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f.

25 Vgl. dazu die Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3., 7. bzw. 10. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt; Dok. 131, Anm. 13, Dok. 134, Anm. 6, und Dok. 146, Anm. 23.

26 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an die Türkei im Rahmen der OECD sowie der Verteidigungshilfe vgl. Dok. 134, Anm. 16 und 17.

27 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an Pakistan vgl. Dok. 104, Anm. 28.

verbiete die Entsendung von Soldaten in die Region[28] und unsere Gesetze erlaubten auch nicht, Waffen dorthin zu liefern[29], was er in Saudi-Arabien auch gesagt habe. Das sei aber kein Zeichen von Desinteresse. Ganz im Gegenteil strebten wir deswegen eine ganz besonders enge wirtschaftliche und politische Kooperation an. Hierzu habe er vor drei Wochen im Bundestag Stellung genommen.[30] Dazu gehöre auch, und damit komme er zum Ausgangspunkt Ramadhans zurück, die Intensivierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Irak. Wir sähen mit Erwartung den Früchten seines Besuchs und seiner Unterredungen in Bonn entgegen.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, ob es noch eine Frage gebe, die er beantworten sollte, erwiderte *Ramadhan*, daß er seit seiner Ankunft in der Bundesrepublik alle politischen Standpunkte erörtert habe. Es stelle sich noch eine kurze Frage. Mit Außenminister Genscher habe er eine deutsch-irakische Zusammenarbeit zur Förderung der Industrie im Waffenbereich erörtert. Irak habe Verständnis, daß wegen des andauernden Konflikts jetzt keine Entscheidung getroffen werden könne, er wolle aber nicht, daß deutsche Firmen daran gehindert würden, sich auf diesem ertragreichen Gebiet zu betätigen, auf dem der Irak bereits mit einer Reihe osteuropäischer, aber auch anderer Länder kooperiere.

Abschließend dankte Ramadhan nochmals für den Empfang und die Gelegenheit zu diesem Meinungsaustausch.

Der *Bundeskanzler* antwortete, daß wir den industriellen Punkt sorgfältig prüfen würden. Dieses Feld sei für uns nicht ohne Schwierigkeiten. Er danke für den Besuch, den Meinungsaustausch, bitte, Präsident Saddam Hussein seine persönlichen Grüße zu übermitteln, und hoffe, daß es dem Präsidenten gelingen werde, den Konflikt mit dem Iran zu einer Lösung zu führen, die für beide Seiten ehrenhaft sei und die beiderseitigen Interessen berücksichtige. Wir seien daran interessiert, daß im Golf keine Situation entstehe, die der Großmacht im Norden einen Vorwand zur Einmischung biete. Wir hingen vom Golföl ab so wie ein kleines Kind von der Nabelschnur. Die Bundesregierung sei daher dabei, im Parlament ein neues Verständnis für die Region und für die arabische Welt zu wecken. Dafür sei das, was der Gast uns gesagt habe, von größtem Wert.[31]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57

28 Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. Dok. 100.

29 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2.

30 Vgl. dazu die Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt vom 7. Mai 1981; BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 1709–1714.

31 Botschafter Holzheimer, Bagdad, gab am 30. Mai 1981 eine Einschätzung des Besuchs des stellvertretenden irakischen Ministerpräsidenten Ramadhan vom 25. bis 27. Mai 1981 in der Bundesrepublik: Die von der Bundesregierung geknüpften Erwartungen hätten sich „zunächst weitgehend erfüllt“. Das „Gelingen der Schaffung von Voraussetzungen für Halten hohes Standes irakischer Bezüge aus Bundesrepublik und für Entwicklung der Beziehungen auf modellhaftem und privilegiertem Stand muß skeptischer beurteilt werden. Äußerungen Ramadhans zeigen Vorsicht. Irakische Erwartungen sind nicht in gleichem Maße zufriedengestellt worden. […] Zu ihren Hauptanliegen Waffen und Schaffung militärischer Produktionsstätten wie Ausgleich Handelsbilanz waren Ergebnisse eher mager. […] Wir werden an der Entwicklung der Auftragsvergabe in den kommenden Monaten in etwa ablesen können, inwieweit der Besuch von den Irakis als erfolgreich betrachtet wird bzw. ob sie sich bei Aufrechterhaltung des Status quo eines Zuwartens, bis sich unsere Möglichkeiten bessern, befleißigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 409; Referat 311, Bd. 137667.

157

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau

320-381.40 Allg. SB **Aufgabe: 29. Mai 1981, 10.27 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2816 Plurez

Betr.: SWAPO;
hier: Nujoma-Besuch in Bonn vom 25. bis 27.5.1981

Auf eigene Initiative nutzte SWAPO-Präsident Sam Nujoma Europa-Aufenthalt wegen Pariser Sanktionen-Konferenz der VN[2] zu kurzen Besuchen in Bonn und London[3].

Begegnungen in Bonn, insbesondere BM-Gespräch, bestätigten und festigten gute Arbeitsbeziehung im Geiste gegenseitiger Unvoreingenommenheit und der Bereitschaft, gegenseitig für Anliegen und Schwierigkeiten Verständnis aufzubringen. Dagegen ist Einschätzung der Namibiapolitik der US-Regierung von tiefem Mißtrauen beherrscht, was auch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Fünf[4] erheblich in Mitleidenschaft zieht. US-Äußerungen zu Namibia, insbesondere zur SR 435[5], Verfassungsfrage und Kubanern werden ausgelegt als Abkehr vom Lösungsplan, Absicht von Neuverhandlung in einseitigem SA[6]-Interesse und Mißbrauch Namibias als Instrument im Ost-West-Konflikt, um in strategischem Einvernehmen mit SA eigene Herrschaft im südlichen Afrika zu festigen.

Es bedarf besonderer Anstrengungen der Fünf, um ihre Glaubwürdigkeit auf der afrikanischen Seite wiederherzustellen. Dies wird nur gelingen, wenn die Fünf den ernsten Willen zur Ausführung von SR 435 manifestieren, notwendige Zutaten konsequent nur als Ergänzungen darstellen und bei Südafrika bald einen bindenden Zeitrahmen erreichen. Zur Zeit lehnt SWAPO jedes Gespräch mit den Fünf über Verfassungsvereinbarungen usw. nachdrücklich ab. BM hat AM Haig in FS vom 26. Mai darauf hingewiesen, daß vertrauensbildende Gesprächsführung auch mit afrikanischer Seite schon jetzt notwendig ist, wozu auch US-Gespräch mit SWAPO gehört.[7]

1 Durchdruck.
Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 22.

2 Vom 20. bis 27. Mai 1981 fand die VN-Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika statt. Botschafter Herbst, Paris, teilte dazu am 1. Juni 1981 mit, die 128 Teilnehmerstaaten hätten eine Erklärung verabschiedet, in der die Apartheidpolitik Südafrikas und dessen Politik in der Namibia-Frage verurteilt werde. Ferner hätten die Teilnehmer umfangreiche Sanktionen gegen Südafrika gefordert und die Unterstützung für den „legitimate struggle" des Volkes von Namibia bekundet. Insgesamt sei die Konferenz hinsichtlich der Hochrangigkeit der Delegationen und des öffentlichen Interesses hinter der Erwartungen der Organisatoren zurückgeblieben. VN-Generalsekretär Waldheim habe privat die Ansicht vertreten, die Konferenz habe dazu gedient, „Dampf abzulassen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 975; Referat 320, Bd. 127779.

3 Der Präsident der SWAPO, Nujoma, traf am 29. Mai 1981 in London mit dem britischen Außenminister Lord Carrington zusammen.

4 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die USA.

5 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

6 Südafrika.

7 In dem Schreiben führte Bundesminister Genscher im Anschluß an sein Gespräch mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, vom 26. Mai 1981 aus: „Nach den Ausführungen von Herrn Nujoma

Im einzelnen:

1) Nujoma kam vom 25. bis 27. Mai 1981 mit Hishongwa (Stockholm) und Nauyala (ZK-Mitglied und Sekretär Nujomas) nach Bonn. Im Mittelpunkt stand die Begegnung mit BM. Außerdem führte die SWAPO-Delegation Gespräche mit Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Otto-Benecke-Stiftung, CDU/CSU (Stercken, Hornhues, Hans Klein, Petersen), FDP und SPD (W. Roth, Voigt, Schlaga, Feldmann, Vohrer, Rumpf, Schäfer, Schuchard) und Anti-Apartheid-Bewegung. Der Besuch endete mit einer Pressekonferenz.

2) Das Gespräch mit BM fand am 26.5. im Rahmen eines Mittagessens unter Beteiligung D 3[8], Dg 32[9], RL 320[10], RL 013[11] statt. Seitens Nujomas war durchweg Dank für Besuchsmöglichkeit sowie persönliche Sympathie und Hochachtung für BM spürbar. Einleitend stellte BM Fassung Nujomas auf die Probe durch Scherzfrage, warum er beim Treffen in Rom[12] nicht dabeigewesen sei. Er zeigte ihm die nach einem vollen Jahr immer noch klar sichtbare Schrift auf der Ufermauer der gegenüberliegenden Rheinseite „SWAPO Ja – DTA Nein!".

Nujoma schilderte die Lage im südlichen Afrika als explosiv. Namibia werde durch eine militärische SA-Besatzungsregierung kontrolliert. Die DTA sei SA-Werkzeug und habe Unterstützung weder bei Schwarz noch bei Weiß. SWAPO könne sich auf Unterstützung durch 85 Prozent der Bevölkerung verlassen. Bei den Gegnern sei praktisch nur NP[13] eine ernstzunehmende Kraft.

Der SWAPO-Führer sprach mit einem Unterton der Hoffnungslosigkeit von der Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, da der Westen zur Durchsetzung der Verhandlungslösung nicht bereit sei. SWAPO weigere sich, weiter mit den Fünf zu sprechen.

Die Anklagen Nujomas richteten sich im weiteren fast nur gegen Washington. Unter dem Vorwand des „containment" ordne die Reagan-Regierung Namibia ausschließlich in die Ost-West-Strategie ein. Dieses Interesse bringe USA an

Fortsetzung Fußnote von Seite 871

bei mir habe ich den Eindruck, daß SWAPO zur Zeit in ihrem Vertrauen in die unparteiische und aktive Mittlerrolle der Fünf tiefgreifend verunsichert ist. Herr Nujoma steht unter dem falschen Eindruck, daß sich die Regierung der Vereinigten Staaten auf die Seite Südafrikas stellt und allenfalls einen von SR 435 entscheidend abweichenden Namibia-Plan zu unterstützen bereit wäre. […] Entsprechend der Anregung von Assistant Secretary Chester Crocker haben wir Herrn Nujoma wissen lassen, daß auch die amerikanische Seite beabsichtigt, zu einem geeigneten Zeitpunkt mit SWAPO in Kontakt zu treten. Er hat diese Mitteilung mit Genugtuung aufgenommen. In der Tat erscheint es mir an der Zeit, daß nicht nur wir, sondern auch die Regierung der Vereinigten Staaten das Gespräch mit SWAPO sucht und pflegt, um verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen, die Chancen für einen konstruktiven Verhandlungsprozeß zu verbessern und dem Eindruck eines für die Afrikaner nachteiligen Zusammenspiels mit Südafrika entgegenzuwirken." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2778 des Ministerialdirektors Gorenflos vom 26. Mai 1981 an die Botschaft in Washington; Referat 320, Bd. 125282.

8 Walter Gorenflos.

9 Wilhelm Haas.

10 Hans-Joachim Vergau.

11 Karl-Theodor Paschke.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 3. Mai 1981 vgl. Dok. 128.
Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1981, S. 356.

13 National Party.

die Seite von SA und lasse die Rechte und Anliegen der Afrikaner als irrelevant erscheinen. Aus Washington höre man „erschreckende Vorschläge“: Neutralisierung, Namibia als eine Art permanente DMZ[14], Verfassungsgarantien mit Minderheitenrechten, Lancaster-House-Vorbild[15]. Nichts dergleichen sei negotiabel. SR 435 sei schon SA-lastig genug. Nujoma verneinte die Vergleichbarkeit der Simbabwe-Situation anhand der bekannten Unterschiede. US seien zum Festhalten an SR 435 völkerrechtlich verpflichtet. Die Reagan-Leute seien „dishonest people“, profitsüchtige Imperialisten. Maßgebende Senatoren seien von SA gekauft.

SWAPO kämpfe nicht für SU-Interessen, sondern für das Wohl des namibischen Volkes. Seine Regierung werde auch mit dem Westen in ertragreiche Wirtschaftsbeziehungen treten, so wie Angola sie auch betreibe.

Nujoma dankte noch einmal für die Vermittlung der Begegnungen mit Namibiern deutscher Abstammung in Genf.[16] Die IG werde deswegen jetzt in Namibia von SA/DTA unfair behandelt. Es sei ein Gebot der Solidarität, daß bei uns die Bevölkerung sich hiergegen wende und z. B. vor der südafrikanischen Botschaft dagegen demonstriere. Das gelte auch für die Unterdrückung der deutschen Missionare. (Dg 32 trug klärend vor, das Hauptproblem für den IG-Vorstand bestehe darin, das Genfer Vorgehen den IG-Mitgliedern verständlich zu machen.)

Nujoma empfahl, von SWAPO nicht dauernd die Wiederholung von Prinzipien zu verlangen, die bereits durch VN-Resolutionen akzeptiert seien. Das gelte eindeutig für Minderheitenschutz. „We adhere to democratic rights“, jedoch komme die Verankerung von Sonderrechten für Weiße in der Verfassung nicht in Frage. Die Weißen könnten sich auf den Schutz ihrer Rechte verlassen, SWAPO habe von warnenden Beispielen in Afrika (Algerien, Angola, Mosambik) gelernt und werde sich daher auf vernünftiges Zusammenleben mit den Weißen einrichten.

Auf Vorwürfe gegen die Veto-Mächte[17] ging D 3 durch Darlegung der gegen Sanktionen sprechenden Gründe ein und erläuterte zugleich, daß das Veto von

14 De-militarized zone.

15 Zur Verfassungskonferenz für Simbabwe/Rhodesien vom 10. September bis 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London vgl. Dok. 63, Anm. 5.

16 Zur Vermittlung der Bundesregierung zwischen der „Interessengemeinschaft deutschsprachiger Südwester“ (IG) und der SWAPO vgl. AAPD 1980, II, Dok. 368 und Dok. 376.
Am 9. Januar 1981 fand in Genf auf Einladung des Staatssekretärs van Well ein Gespräch zwischen der Interessengemeinschaft und der SWAPO statt. Ministerialdirigent Haas, z. Z. Genf, teilte dazu am 10. Januar 1981 mit: „Inhalt der Gespräche und Tischreden sowie nachträgliche Kommentare der IG-Vertreter vermittelten das Bild, daß SWAPO sich von vornherein fest vorgenommen hatte, sich den Deutschen als verantwortungsvolle politische Kraft zu präsentieren, die entschlossen und in der Lage sei, auch mit politisch Andersdenkenden in einem unabhängigen Namibia zusammenzuleben […]. Die IG vermied jeden Eindruck voreiliger Umarmung und ließ bewußt in der Form zwar freundlich und verbindlich, in der Sache aber unverfälscht das noch Trennende erkennen. Gerade diese Aufrichtigkeit schien Sympathien bei SWAPO hervorzurufen. Überwiegender Gesamteindruck bei der IG war Überraschung über das sachliche, vom erwarteten Propagandavokabular völlig freie und in der Darlegung der Absichten für die Zukunft Namibias wohldurchdachte und ruhige Argumentieren der SWAPO.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 29/30; Referat 320, Bd. 125280.

17 Zum Veto Frankreichs, Großbritannien und der USA im VN-Sicherheitsrat gegen Sanktionen gegen Südafrika am 30. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 28.

allen fest erwartet worden sei und keinesfalls als Signal einer neuen Haltung interpretiert werden dürfe.

Auf die Frage Nujomas nach den Ergebnissen des KG-Treffens in Washington vom 21./22. Mai berichtete Dg 32: Crocker habe KG über Gespräche Haig–AM Botha informiert.[18] Botha sei enttäuscht nach Pretoria zurückgekehrt. US hätten ihm dreierlei klargemacht:

– US bestehen auf international akzeptabler Lösung durch freie und faire Wahlen.
– SA müsse zu einem bindenden Engagement kommen unter abschließender Angabe der noch bestehenden Bedenken.
– SA müsse ohne weitere Verzögerungstaktik voranschreiten, Reagan sei nicht bereit, sein Ansehen durch SA-Manipulationen aufs Spiel setzen zu lassen, eher werde Washington sich von den Bemühungen zurückziehen.

US betrachteten SR 435 als solide Grundlage, und in diesem Lichte werde man SA klarmachen, was negotiabel sei und was nicht. Bisher den Amerikanern vorgetragene SA-Anliegen seien noch keine brauchbare Ausgangsbasis. US verlangten hierzu weitere Klärungen und könnten erst dann Entscheidungen über das eigene weitere Vorgehen treffen.

US würden nicht nur die westlichen Partner informiert halten und gemeinsame Arbeit der Fünf fortsetzen, sondern auch schon bald SWAPO, der gegenüber sie zum geeigneten Zeitpunkt gesprächsbereit sein würden, und Frontstaaten[19] in Konsultationen einbeziehen.

BM betonte, daß auch wir zunächst über einige Verlautbarungen aus Washington besorgt gewesen seien. Nach den ersten getrennten Gesprächen der vier Außenminister mit AM Haig[20] hätten sich die US aber zunehmend auf SR 435 zubewegt. BM habe Fünfer-Treffen in Rom vorgeschlagen[21] und sich dort für SR 435-konformes Kommuniqué besonders und mit Erfolg eingesetzt. Er sei zuversichtlich, daß US auf dem Boden von SR 435 bleiben werden. Die Fünf verstünden gemeinsam die zur notwendigen Vertrauensbildung dienenden

18 Zum Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha am 14./15. Mai 1981 in den USA sowie zur Sitzung der für Afrika zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA am 21./22. Mai 1981 in Washington vgl. Dok. 150, Anm. 6.

19 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

20 Am 30. Januar 1981 hielt sich der kanadische Außenminister MacGuigan in den USA auf. Im Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Haig wurden die Außenpolitik der neuen amerikanischen Regierung, Rüstungskontrollfragen, Menschenrechte, die Lage in Zentralamerika, der internationale Terrorismus, der Nahost-Konflikt, der irakisch-iranische Krieg, Nord-Süd-Fragen und die bilateralen Beziehungen erörtert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 447 des Gesandten Dannenbring, Washington, vom 4. Februar 1981; Referat 204, Bd. 123319.
Zum Besuch des französischen Außenministers François-Poncet vom 20. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 18.
Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 72, Anm. 10.
Bundesminister Genscher hielt sich vom 8. bis 10. März 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.

21 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem britischen Außenminister Lord Carrington am 16. März 1981 in Brüssel; Dok. 72.

Verfassungsvereinbarungen nur als Ergänzungen zum Lösungsplan, der unverändert zu bleiben habe.

3) SWAPO stellte ihre Position in allen übrigen Gesprächen und in der Pressekonferenz entsprechend dar. Im Treffen mit CDU/CSU kam es durch deutsche Fragen nach Angst der Nicht-Ovambo-Stämme vor SWAPO und nach SWAPO-Terror gegen Zivilbevölkerung durch Minenlegen zunächst zu Schärfen. Nujoma ließ aber in dem ihm gegenüber verhörartig geführten Treffen doch folgende Positionen erkennen:

[22]– SWAPO-Annahme von SR 435 bedeute volle Bejahung eines demokratischen Prozesses einschließlich Anerkennung des Ergebnisses der Wahlen.

– Die Verfassungsvorstellungen der SWAPO umfaßten „Bill of Rights", demokratischen Prozeß, Schutz der Bürger ohne Rassenschranke, Friedenspolitik.

– Es gehe um besseren Lebensstandard für alle.

– Insbesondere liege der SWAPO an der Zusammenarbeit mit „Namibians of German origin", die sich auf Nichtdiskriminierung verlassen könnten. Das Genfer Treffen mit der IG sei „very useful" gewesen. Ihn (Nujoma) habe das Verständnis der IG-Leute für die SWAPO-Situation beeindruckt.

– Er habe nichts gegen Mudge als Person und sein Verbleiben in Namibia, politisch sei er eine Null. Prinzipiell akzeptiere SWAPO aber alles, was dem Volkswillen in Namibia entspreche, ggf. also sogar Zusammenarbeit mit DTA. Entscheidend sei, daß der Volkswille endlich eine faire Chance erhalte, sich zu artikulieren.

Vergau[23]

Referat 320, Bd. 125282

[22] Beginn des mit Drahterlaß Nr. 2817 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.
[23] Paraphe.

158

Botschafter Munz, Amman, an das Auswärtige Amt

114-3692/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 215
Citissime

Aufgabe: 5. Juni 1981, 10.30 Uhr[1]
Ankunft: 5. Juni 1981, 10.43 Uhr

Betr.: Jordanisches Interesse an „Tornado“

Bezug: 1) DE 56 vom 15.4.1981 – 422-411.10 JOR 368/81 VS-v[2]
2) DB 165 vom 16.4.1981 – Pol 411.10 JOR VS-v[3]

Bitte um Weisung

König Hussein bat mich gestern abend kurzfristig zu sich. Er bat mich, die Bundesregierung und insbesondere den Bundeskanzler davon zu unterrichten, daß er zusammen mit anderen arabischen Ländern, vor allem den Golfstaaten, aber auch Saudi-Arabien und Irak, in Verbindung mit britischer Seite bezüglich einer möglichen Anschaffung des „Tornado“ stehe.[4] Auch „Mirage-4000“ komme in Frage. Er selbst habe sich bisher bei arabischen Partnern für „Tornado“ eingesetzt. Er habe Gelegenheit gehabt, diese Maschine in England selbst zu fliegen[5], und sei von ihren hohen Qualitäten überzeugt. Es sei ihm bewußt, daß

1 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 5. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Freiherr von Stein sowie Referat 422 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Wie ist der Sachstand b[e]z[ü]gl[ich] Saudi-Arabien? Zwischenbescheid Amman? Ergänzung der BSR-TO? Bitte Stellungn[ahme].“ Vgl. Anm. 4.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fournes am 9. Juni 1981 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „386/81 VS-v“.
In dem am 8. April konzipierten und am 15. April 1981 übermittelten Drahterlaß informierte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fournes die Botschaft in Amman über das von britischer Seite im Februar 1981 übermittelte Interesse arabischer Staaten an einem Erwerb des in britisch-deutsch-italienischer Koproduktion entwickelten Kampfflugzeugs vom Typ „Tornado“. Als Reaktion darauf habe Bundeskanzler Schmidt am 10. März 1981 auf die Debatte in der Bundesrepublik über den Export von Rüstungsgütern hingewiesen und um Verständnis dafür gebeten, daß die Bundesregierung „erst nach eingehender Prüfung Stellung nehmen“ könne. Fournes wies die Botschaft in Amman an, „in dieser Sache nicht aktiv“ zu werden. Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Botschafter Munz, Amman, berichtete aus einem Gespräch mit dem jordanischen Außenminister al-Kasim, daß dieser die Ansicht vertreten habe, „Saudi-Arabien und die Golfstaaten seien nicht auf Lieferung amerikanischer Kampfflugzeuge angewiesen. Die Mirage-4000 sei wahrscheinlich genauso gut, billiger und biete bessere Wartungsbedingungen. Außerdem komme sie von einem Land, das in N[ah]O[st]-Frage araberfreundliche Haltung einnehme.“ Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Am 11. Juni 1981 resümierte Ministerialdirigent Freiherr von Stein in Reaktion auf den handschriftlichen Vermerk des Staatssekretärs Lautenschlager vom 5. Juni 1981: „Am 21.4.1981 bat die britische Seite mit Schreiben von Botschafter Taylor an Herrn von der Gablentz, ChBK, erneut um unsere baldige Entscheidung zu britischen Absichten, Tornado in arabische Länder zu verkaufen.“ Das Auswärtige Amt habe daraufhin das Bundeskanzleramt darauf hingewiesen, daß „eine endgültige Entscheidung […] erst nach Abschluß der Überprüfung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze getroffen werden“ könne. Die Botschaft in Amman solle in diesem Sinne unterrichtet werden. Weiterhin riet Stein davon ab, „nicht entscheidungsreife Fälle wie den Tornado auf die Tagesordnung“ des Bundessicherheitsrats zu setzen. Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Botschafter Munz, Amman, teilte am 6. April 1981 mit, König Hussein solle während eines am 8. April beginnenden Besuchs in Großbritannien „auch mit dem Kampfflugzeug Tornado vertraut gemacht werden“ und die Gelegenheit erhalten, „es auch persönlich zu fliegen“. Munz führte weiter aus: „Zwi-

bei dieser deutsch-britischen Gemeinschaftsproduktion auch die deutsche Zustimmung erforderlich sei. Er wolle nicht gerne weiterhin am „Tornado"-Projekt festhalten, wenn deutsche Seite schließlich doch nicht in der Lage sein werde, Zustimmung zur Ausfuhr zu gewähren. Er wäre deshalb der Bundesregierung sehr dankbar für eine möglichst rasche, offene und klare Antwort, damit er sich nicht unnötig für dieses Waffensystem einsetze. Die Antwort sei eilbedürftig, da in Kürze Vorentscheidungen getroffen werden müßten. Falls unsere Antwort negativ ausfalle, so werde er auch dafür Verständnis haben. Man werde sich dann eben für ein amerikanisches Modell, die Mirage-4000 oder ein noch in Entwicklung befindliches, ausschließlich britisches Kampfflugzeug entscheiden. Araber wollten sich aus Abhängigkeit von Supermächten lösen.

Ich habe auf die bei uns im Gang befindliche Erörterung über den Export von Rüstungsgütern[6] hingewiesen. Angesichts der Hochrangigkeit der Anfrage wurde dem König eine umgehende Unterrichtung der Bundesregierung und baldige Rückantwort zugesagt.[7]

[gez.] Munz

VS-Bd. 10406 (422)

Fortsetzung Fußnote von Seite 876

schen Briten und Jordaniern sind offensichtlich in letzter Zeit Gespräche über mögliche Lieferung dieses Flugzeugs geführt worden. Jordanische Seite soll dabei auch großes Interesse einiger Golfstaaten (Saudi-Arabien, Oman, VAE, Kuwait und Irak) und eigene Absicht bekundet haben, auch im Namen dieser Staaten entsprechende Sondierungen einzuleiten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 142; VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2. Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.

7 In einem am 10. Juni 1981 konzipierten, jedoch erst am 29. Juni 1981 übermittelten Drahterlaß an die Botschaft in Amman verwies Ministerialdirektor Fischer auf die in der Bundesrepublik stattfindende „Überprüfung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze". Der Zeitpunkt des Abschlusses dieser Diskussion lasse sich „noch nicht absehen, es ist jedoch mit mehreren Monaten zu rechnen. Jordanische Seite sollte um Verständnis für Aufschub der Entscheidung gebeten werden. Dabei ist zu betonen, daß die Gründe für diesen Aufschub […] nichts mit den an deutschen Waffen interessierten Ländern zu tun" hätten. Vgl. den Drahterlaß Nr. 3282; VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

159

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler

202-321.90/2 FRA-418/81 VS-vertraulich **9. Juni 1981**[1]

Betr.: Arbeitsbesuch des französischen AM Cheysson in Bonn am 2. Juni 1981[2];
hier: Europa und damit zusammenhängende Fragen

Das Gespräch zwischen den beiden Außenministern wurde nach dem über eine Stunde dauernden Vier-Augen-Gespräch[3] mit den Europa betreffenden Fragen in einem erweiterten Kreise fortgesetzt. Unter Anknüpfung an die Übereinstimmung der beiden Minister, die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern fortzusetzen, erwähnte BM, daß ferner über Ost-West-Fragen, Rüstungskooperation, Abrüstungsfragen, Dritte Welt und Namibia unter vier Augen gesprochen wurde, und fuhr wie folgt fort:

Wie bereits in dem Gespräch des BK mit Präsident Mitterrand in Paris[4] deutlich wurde, soll die sehr enge deutsch-französische Zusammenarbeit fortgesetzt werden, die ein Gewinn für Europa sei. Es bestehe keine unterschiedliche Einschätzung zu der europäischen Entwicklung insgesamt. Einige der schwierigen Fragen, mit denen der ER befaßt sei, bedürften noch vertiefter Diskussion in

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schraepler am 10. Juni 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl geleitet. Dazu vermerkte Schraepler: „Als Anlage werden die Gesprächsvermerke mit der Bitte übersandt, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen."
Hat Braunmühl am 10. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau und Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte und handschriftlich vermerkte: „202 hat Änderungsvorschläge eingearbeitet und mit Vorbehalt verteilt."
Hat Wallau am 10. Juni und Ploetz am 16. Juni 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Zum Aufenthalt des französischen Außenministers Cheysson in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 160– 162.
Am 2. Juni 1981 fand auch ein Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Cheysson statt, an dem Bundesminister Genscher teilnahm. Vortragender Legationsrat I. Klasse Zeller, Bundeskanzleramt, notierte dazu am 3. Juni 1981 für Schmidt: „1) Cheysson habe sich für Ihre öffentliche Unterstützung für den Franc bedankt; auch dafür, daß wir die Zinsen nicht erhöht hätten. 2) Ein wichtiger Zweck seiner USA-Reise (4. bis 6. Juni) sei ein Gespräch mit Sec[retary] Regan über Zinsen. Er werde sich ähnlich wie Sie äußern. […] 3) Klare Haltung zum Doppelbeschluß bestätigt; er sei über Störung des Gleichgewichts durch SS-20 sehr besorgt. 4) Weiteres Gesprächsthema: Waffenexporte. Ihre Einschätzung: Möglicherweise könne französische Exportpolitik in diesem Bereich etwas weniger aggressiv werden; dies sei aber noch offen. Verteidigungsminister Hernu werde hierüber mit BM Apel sprechen. Sie verwiesen auf die Zuständigkeit des BSR. BM Genscher regte an, zu diesem Thema weiterhin bilateral zu konsultieren." Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl notierte am 3. Juni 1981 Informationen des Bundesministers Genscher über dessen Vier-Augen-Gespräch mit dem französischen Außenminister Cheysson am Vortag. Danach sei über die Regierung von Staatspräsident Mitterrand gesprochen worden, die sich „gegenüber den Sowjets besonders stringent verhalten müsse, da sie wegen der zu erwartenden Aufnahme kommunistischer Minister in das französische Kabinett empfindlich sei". Genscher habe „zum Thema Aufnahme von Kommunisten in die französische Regierung gesagt, die Gründe dafür solle man den Amerikanern erläutern". Vgl. Referat 010, Bd. 178841.

4 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

F.[5] Sie sollten aber dann auf der übernächsten Tagung des ER im November[6] zur Entscheidung kommen. Er fuhr fort, daß er noch einmal bezüglich Europäische Union[7] deutlich gemacht habe, daß es sich nicht um ein formelles, sondern um ein materielles Anliegen handele. Die Frage, ob die Europäische Union durch Vertrag oder Erklärung vereinbart werden solle, sei sekundär. Wichtig sei, daß die Europäische Union verbindlich vereinbart werde. Sie seien besorgt, daß die europäische Diskussion sich in Einzelproblemen verfange. Fehle es an europäischen Impulsen, werde es zu einer schweren Vertrauenskrise in Europa kommen. Europa müsse zeigen, daß es auch in einer schwierigen Lage bewegungs- und handlungsfähig sei.

Anschließend ging der BM auf den in der BR Deutschland vieldiskutierten Rüstungsexport[8] ein. Seine Auffassung sei, daß die Bundesregierung hier nicht unter Zeitdruck stehe. Falls Frankreich seine Rüstungsexportpolitik überprüfe, eröffne dies die Chance, daß Frankreich und Deutschland in ihren Exportpolitiken einander näherrückten. Beide Länder könnten in Gemeinschaftsproduktionen viel tun, und zwar um so mehr, je weniger Unterschiede in ihrer Rüstungsexportpolitik bestünden.

BM schloß diese Einleitung mit der Bemerkung ab, daß er besonders froh sei, so schnell mit seinem Gast die Möglichkeit eines Meinungsaustausches zu haben.

AM Cheysson dankte für die Möglichkeit, den deutschen AM so bald nach seiner Amtsübernahme[9] getroffen zu haben, und bezog sich hier auf das mit BM geführte Telefongespräch. Er ergänzte, daß er auch mit den anderen AM-Kollegen nach seiner Amtsübernahme telefoniert habe. Er habe bisher nur Carrington gesehen.[10] Er wünsche, daß er die Kontakte so oft wie möglich haben könne. Besonders begrüße er, daß er sowohl mit BM als auch mit Lord Carrington

5 Vortragender Legationsrat Schraepler notierte am 9. Juni 1981, in einem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister am 2. Juni 1981 beim Mittagessen habe Cheysson „auf vertraulicher Basis einige grundsätzliche Bemerkungen über Präsident Mitterrand“ gemacht. Dieser „sei kein Technokrat, er sei an Details nicht interessiert. Die Partner Frankreichs müßten sich daran gewöhnen. […] Mitterrand werde sich vorrangig durch grundsätzliche Diskussionen mit der Ausarbeitung von allgemeinen Politiken befassen, so wie es auch im französischen Kabinett üblich sei. Dies gelte insbesondere für den Europäischen Rat.“ Vgl. VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

7 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart; Dok. 2.
Zum Stand der Überlegungen vgl. Dok. 143.

8 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2.
Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.

9 Claude Cheysson übernahm am 22. Mai 1981 das Amt des französischen Außenministers.

10 Der britische Außenminister Lord Carrington besuchte Frankreich am 28. Mai 1981. Botschafter Herbst, Paris, übermittelte am 30. Mai 1981 Informationen des französischen Außenministeriums über das Gespräch zwischen Carrington und seinem Amtskollegen Cheysson. Danach sei über die deutsch-französischen Beziehungen, europapolitische Fragen, die Lage in Polen, das Verhältnis zur UdSSR und zu den USA, den Nahost-Konflikt und über Namibia gesprochen worden. Zu letztgenanntem Punkt seien sich beide Außenminister in ihrer Ablehnung von Sanktionen gegen Südafrika einig gewesen. Weiterhin teilte Herbst mit: „Patentrezepte für eine Namibia-Lösung habe Carrington nicht gehabt. Er habe nachdrücklich empfohlen, wie im Falle Rhodesien den Verhandlungen immer wieder neue Anstöße zu geben.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 974; Referat 204, Bd. 123329.

noch vor seiner Reise nach Washington[11] habe sprechen können, die früher als erwartet stattfinde. Im Hinblick auf Haigs Reise nach Asien[12] sei der Aufenthalt in Washington so frühzeitig gelegt worden. Er wolle jetzt nicht wiederholen, was der französische Präsident bereits mit dem BK besprochen habe (Kontinuität, aber mit Änderungen). Er sei erfreut, daß er keine besonderen Probleme zwischen Deutschland und Frankreich habe feststellen können. Frankreich werde, so wie er es sehe, an einige Fragen, die er nicht präzisierte, anders herangehen als Deutschland, aber sich auf die gleichen Ideen stützen (we will sometimes take a different approach but based on the same ideas).

Präsident Mitterrand messe Europa große Bedeutung bei. Frankreich habe das gleiche Interesse an Europa wie D, werde aber den Akzent auf verschiedene Aspekte der europäischen Dimension legen. Auf zwei Fragen müsse man sich konzentrieren: das Budget und die Verbesserung der GAP. Zwar müßten diese Fragen bis zum Ende des Jahres geregelt sein, doch brauche die französische Regierung noch zwei bis drei Monate, bis sie dazu Stellung nehmen könne. Sie werde daher vorschlagen, die Behandlung dieser Fragen zu verschieben. Außerdem wünsche sie, daß Aspekte der „europäischen Dimension", wie Industrie- und Sozialpolitik, ebenfalls erörtert werden. Sie hätten noch keine „Blaupause" dafür, würden aber so bald wie möglich in bilaterale Konsultationen mit ihren Partnern – D, GB u. a. – darüber eintreten. Gedacht sei an Gebiete wie Luftfahrtindustrie, Textilien u. a. Dabei müsse nicht alles in der EG gemacht werden. Was die Initiative des BM zur Europäischen Union auf diplomatischem und politischem Gebiet sei, wolle F auf wirtschaftlichem Gebiet. Über die budgetären Folgen, d. h. die Frage, ob diese Tätigkeiten aus dem EG-Haushalt oder aus den nationalen Haushalten finanziert werden, müsse man später diskutieren. Die ganze Prüfung könne ein, zwei, drei Jahre dauern. Man wolle die Sache erst informell erörtern, dann „task forces" einsetzen, in Paris oder Bonn.

Zu dem vom BM aufgegebenen Thema des Waffenexportes wolle er noch einmal darauf hinweisen, daß alle unterzeichneten Verträge eingehalten würden. Das sei für ihn keine leichte Entscheidung gewesen. Diese Exportpolitik werde sich ändern. Wie, wann und mit wem müsse noch geprüft werden. Fragen der

11 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 4. bis 7. Juni 1981 in den USA auf. Botschafter Herbst, Paris, informierte am 25. Juni 1981, Cheysson habe in den USA vor allem „dargelegt, daß nunmehr eine neue Etappe der französischen Außenpolitik beginne", die „von vielen Themen der Übereinstimmung zwischen Washington und Paris begleitet" sei. So sei die „Kritik an der sowjetischen Politik in Afghanistan und Polen […] die logische Folge der atlantischen Überzeugung der Sozialisten. Gleiche Beurteilung der Bedrohung Europas durch die sowjetischen SS-20 und Übereinstimmung in der Wertung der KSZE (Erfolge in den vertrauensbildenden Maßnahmen müßten angestrebt werden)." Allerdings habe Cheysson auch auf die „negativen Auswirkungen der amerikanischen Hochzinspolitik" hingewiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1143; Referat 204, Bd. 123318.

12 Nach einem Aufenthalt vom 12. bis 14. Juni 1981 in Hongkong besuchte der amerikanische Außenminister vom 14. bis 17. Juni 1981 die Volksrepublik China. Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente stellte dazu am 24. Juni 1981 fest, Haig habe „den chinesischen Kommunisten die Gewißheit gebracht, daß die konservative Administration Reagan bereit ist, die von Nixon eingeleitete Zusammenarbeit nicht nur fortzusetzen, sondern auch noch auszubauen." Darüber hinaus habe er mitgeteilt, daß die Volksrepublik China in Einzelfällen „künftig auch Waffen aus den USA beziehen" könne. Vgl. Unterabteilung 34, Bd. 125315.
Vom 17. bis 20. Juni 1981 besuchte Haig die Philippinen und nahm an der Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 17./18. Juni 1981 in Manila teil. Anschließend reiste Haig nach Wellington, wo am 22./23. Juni 1981 eine Tagung des ANZUS-Rates stattfand.

Rüstungsproduktion sollten auch von den Verteidigungsministern[13] diskutiert werden. Aber der Quai habe die Federführung.

Schraepler

VS-Bd. 14093 (010)

160

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler

202-321.90/2 FRA^{II}-418/81 VS-vertraulich **9. Juni 1981**[1]

Betr.: Arbeitsbesuch des französischen AM Cheysson in Bonn am 2. Juni 1981[2];
hier: Ost-West-Fragen

Cheysson führte das Thema ein:

Zur Frage des globalen Gleichgewichts in Fragen der Sicherheit sage Frankreich jetzt öffentlich, was es bisher schon privat gesagt habe: F sei nicht Partei in der NATO-Entscheidung über die Mittelstreckenraketen, die als Antwort auf die SS-20 gefaßt worden sei.[3] Aber es sei betroffen und interessiert, weil die SS-20 einen bedeutenden Wechsel im globalen Gleichgewicht auf der Welt erzeuge und damit nicht nur die NATO-Partner, sondern alle Allianzmitglieder bedrohe. Es sei ihm nicht unbekannt, daß die Bundesregierung daran interessiert sei, was Frankreich zu dieser Frage öffentlich äußere. Zum Spekulieren, wohin alles führe, sei es noch zu früh. Er sei deshalb besonders an den Gesprächen mit Haig[4] über die Verhandlungsaussichten interessiert. Betreffend andere Fragen der Abrüstung und Sicherheit möchte er im weiteren auf die Gespräche des BK mit Präsident Mitterrand[5] verweisen sowie auf die Diskussion mit StS van Well. StS van Well habe ihm mitgeteilt, daß die amerikanische Haltung zur KAE positiv sei[6], da man bei den deutsch-amerikanischen Gesprächen in Washing-

13 Hans Apel und Charles Hernu.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schraepler am 10. Juni 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl geleitet. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 1.

2 Zum Aufenthalt des französischen Außenministers Cheysson in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 159, Dok. 161 und Dok. 162.

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

4 Zum Besuch des französischen Außenministers Cheysson vom 4. bis 7. Juni 1981 in den USA vgl. Dok. 159, Anm. 11.

5 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

6 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.
Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

ton[7] Einvernehmen über die Bedeutung für Polen erzielt habe. Er stimme der Auffassung zu, daß in Madrid[8] ernsthafte Verhandlungen geführt werden müßten, um die Stellung Polens zu sichern. Die Vorschläge der SU (Mandat)[9] seien inakzeptabel. Der Westen solle in Madrid die Initiative ergreifen. Die Definition der geographischen Zone für das KAE-Mandat müsse geklärt werden.

BM begrüßte die Äußerungen von AM Cheysson zu SS-20, weil öffentliche französische Äußerungen auf Unterstützung in dieser Frage der Bundesregierung hülfen. Die endgültige Entscheidung werde in der Bundesrepublik Deutschland ausgetragen werden. Deshalb übe die SU Druck auf die Bundesregierung über die Bevölkerung, über Politiker aus. Die Frage des NATO-Beschlusses habe jetzt nicht mehr nur militärische Bedeutung, sondern sei von politischer Bedeutung ersten Ranges. Daran entscheide sich, ob der Westen noch in der Lage sei, rüstungspolitische Entscheidungen zu treffen und durchzuführen, oder ob es der SU gelinge, einen rüstungspolitischen freeze im Westen durchzusetzen. Sowohl sein als auch des BK politisches Schicksal seien mit dem Erfolg dieser Politik verbunden. Je energischer die USA die Verhandlungen führten, um so mehr Erfolg sei zu erwarten. Haig sei es bekannt. Hier bat BM AM Cheysson noch einmal um Darlegung der französischen Position gegenüber Haig zu dieser Frage, was um so überzeugender wirken könnte, da Frankreich nicht unmittelbar betroffen sei.

Der KAE-Vorschlag habe dem Westen die Offensive in die Hand gegeben. Früher habe der Westen Fehler gemacht, da er sich darauf beschränkt habe, nur fadenscheinige Vorschläge der SU abzuweisen. Deshalb hätte die Bundesregierung dem KAE-Vorschlag zugestimmt. In Ankara[10] hatten die Drei die Amerikaner überzeugt, ihre Zustimmung zum französischen KAE-Vorschlag zu geben. Das habe schließlich Breschnew zu der Konzession hinsichtlich des geographischen Geltungsbereichs[11] bewogen. Jetzt sage Moskau stereotyp, der Westen solle seine Gegenleistungen definieren. Gegenleistungen habe die SU jedoch nicht zu beanspruchen, da die Schlußakte[12] für ganz Europa gelte. Wir müßten klar bei unserer Position bleiben, auch in[13] der Frage des Mandats. Außerdem gehe es um die richtige Weichenstellung für die Tagungsorte für KAE und KSZE-Folgetreffen[14]. Die Fortsetzung der KSZE liege in unserem Interesse. Nicht wir hätten nach Unterzeichnung der Schlußakte unsere Außen- und Innenpolitik ändern müssen, sondern der Osten. Die Fortsetzung des Entspannungsprozesses gereiche nicht zum Vorteil des Ostens, sondern zu unserem.

7 Bundesminister Genscher besuchte die USA vom 8. bis 10. März 1981. Vgl. dazu Dok. 61–66 und Dok. 70.
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

8 Zur KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 170.

9 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 22. Mai 1981 in Tiflis; Dok. 170, Anm. 6.

10 Zur NATO-Ministerratstagung am 25./26. Juni 1980 in Ankara vgl. AAPD 1980, I, Dok. 190.

11 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; Dok. 56.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

13 Korrigiert aus: „die“.

14 Zu den Vorschlägen für den Tagungsort einer weiteren KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 138, Anm. 4.

Frankreich nehme an der MBFR nicht teil. Er sei bezüglich der Aussichten sehr skeptisch, da die Reduzierung des Raumes auf Mitteleuropa Risiken für uns berge[15]. Das Hauptproblem sei, daß der Westen konventionell gesehen der SU unterlegen sei. Die stärkste konventionelle Armee sei die deutsche. Werde sie besonders beschränkenden Regelungen unterworfen, habe es Folgen für ganz Europa. Truppenreduzierungen auf beiden Seiten führten zu unterschiedlichen Wirkungen, da die SU sich nur hinter die Ostgrenze Polens zurückzuziehen brauche, während die Amerikaner hinter den Atlantik zurückgingen und wir echt abrüsten würden. Es dürfe in Europa kein Status erreicht werden, der die konventionelle Überlegenheit der SU noch weiter erhöhe.

In Polen sei im Vorfeld des Parteitags[16] eine kritische Entwicklung zu erwarten. Die Sowjets seien unsicher wegen der möglichen Ergebnisse geheimer Wahlen. Außerdem sei durch den Tod von Kardinal Wyszyński[17] ein Stabilitätsfaktor ausgefallen. Die Einflüsse von Kardinal Wyszyński hätten Wałęsa bei der Erhaltung der Disziplin gegenüber radikaleren Kräften sehr geholfen. Zur Stabilisierung in Polen gebe es zwei Wege, a) Nichteinmischung und b) wirtschaftliche Hilfe. Die KSZE sei ein mögliches Instrument, um die SU zurückzuhalten. Er, der BM, habe sich deshalb stets ablehnend zur Fixierung von Enddaten in Madrid geäußert, um Druck auf die SU auszuüben, um mit langem Atem die kritische Phase zu überwinden. Die KSZE, KAE und TNF-Verhandlungen dienten auch dazu, die polnische Entwicklung zu stabilisieren.

Die Beziehungen zur DDR seien z. Zt. eingeschränkt, die DDR erhalte sich aber die Möglichkeit, sie wieder aufleben zu lassen. Die deutsch-deutschen Beziehungen stünden in Relation zur Großwetterlage: keine geheimen Kontakte. Noch einmal zurückkommend auf die Problematik der SS-20, meinte BM abschließend, daß bis zur Aufnahme der Verhandlungen mit neuen Pressionswellen zu rechnen sei.

AM Cheysson erwartet zu all diesen Fragen schwierige Diskussionen. Die französische Regierung sei dagegen, die Frage der SS-20 als Problem eines nuklearen Gleichgewichts in Europa zu sehen. Dieses würde nämlich den Sowjets die Möglichkeit geben, die FBS hereinzubringen sowie die französischen Nuklearwaffen, „was wir nicht akzeptieren könnten“. Deshalb sollte man sagen, daß die SS-20 eine Änderung des globalen Gleichgewichts bedeute, nicht nur des Gleichgewichts in Europa. BM äußerte Verständnis für die Sorgen hinsichtlich der französischen Nuklearwaffen. Deshalb sei es wichtig, daß Cheysson bei Haig darauf dringe, daß die TNF-Verhandlungen im SALT-Rahmen geführt werden. Im Pentagon gebe es eine Schule, die nicht diese Verbindung mit SALT wünsche. Was die FBS angehe, so bestünden die Sowjets ohnehin auf ihrer Einbeziehung. Wir wiesen dazu in der Öffentlichkeit darauf hin, daß die Einbeziehung der FBS die Verhandlungen komplizieren und verlängern würde. Wer ein schnelles Ergebnis wolle, müsse sich zunächst auf die Raketen konzentrieren.

Schraepler

VS-Bd. 14093 (010)

15 Korrigiert aus: „bürge“.
16 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.
17 Der Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, verstarb am 28. Mai 1981. Vgl. dazu Dok. 154, Anm. 6.

161

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler

202-321.90/2 FRA^{III}-418/81 VS-vertraulich **9. Juni 1981**[1]

Betr.: Arbeitsbesuch des französischen AM Cheysson in Bonn am 2. Juni 1981[2]; hier: Namibia

Nach Auffassung des BM sei dies die schwierigste Frage im Westen. Noch immer seien die afrikanischen Staaten mißtrauisch. Dies gelte im besonderen für den SWAPO-Führer. Der Führer der SWAPO habe jedoch nicht dieselbe Persönlichkeit wie Mugabe. Man könne jedoch davon ausgehen, daß inzwischen bei Nujoma viel Mißtrauen abgebaut worden sei. Man solle sich jetzt nicht in Verfassungsfragen verzetteln. Es gelte, SA[3] die Hoffnung zu nehmen, daß die US-Administration ihre Haltung ändere. Aus unserer Sicht sei der Besuch Bothas in Washington[4] erfolgreich verlaufen. Jedoch nicht aus der Sicht SAs, denn die Amerikaner hätten klargemacht, daß SA sich bewegen müsse. Wir stünden unter dem Zeitdruckproblem. Man könne eine Veto-Situation vermeiden, wenn die Politik ohne Verzögerungen weitergeführt werden könne. Er hoffe auf starke Unterstützung durch Frankreich und darauf, daß die Fünf eng zusammenhielten. Haig verstünde die Namibia-Frage. Anders sei es jedoch mit dem NSC in Washington. Cheysson meinte hierzu, daß die Namibia-Frage in jedem Fall auf der Grundlage der Res. 435[5] weiterverfolgt werden müsse. Dies gelte selbst dann, wenn man die amerikanische Auffassung zugrunde lege, daß es sich auch hier um ein Problem mit der SU handle. Mugabe habe ihm seinerzeit gesagt, daß bei weiterer Verzögerung einer Lösung der Namibia-Frage die Verteidigung in seinem Lande verstärkt werden müsse, wozu man sowjetische Hilfe brauchen würde. Trotz seiner Autorität könne Frankreich nicht Vorschläge vertreten, die weder von den Afrikanern akzeptiert noch von der SR 435 gedeckt seien, obwohl, das wolle er hier sagen, die Wahl Mitterrands[6] praktisch von allen afrikanischen Staaten begrüßt worden sei.

BM: Es sei nur eines klar, daß Kuba sich aus Angola solange nicht zurückzöge, wie die Namibia-Frage nicht gelöst sei. Man solle im übrigen das Interesse afrikanischer Staaten an wirtschaftlicher bzw. politischer Zusammenarbeit fördern. Dies werde die Lage stabilisieren, auch in strategischer Hinsicht. Dies könne uns die Möglichkeit geben, ihnen dabei zu helfen. Der Westen hätte an Ansehen in Afrika gewonnen. Dies auch dank der Initiative der Fünf.[7] (Dies gelte

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schraepler am 10. Juni 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl geleitet. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 1.

2 Zum Aufenthalt des französischen Außenministers Cheysson in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 159, Dok. 160 und Dok. 162.

3 Südafrika.

4 Zum Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha am 14./15. Mai 1981 in Washington vgl. Dok. 150, Anm. 6.

5 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

6 François Mitterrand wurde am 10. Mai 1981 zum französischen Staatspräsidenten gewählt.

7 Zum Stand der Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA vgl. Dok. 128.

insbesondere auch für die Bundesrepublik.) Es wären für uns alle Rückschläge zu erwarten, wenn bei den FLS[8] der Eindruck aufkäme, daß wir es in Afrika mit Res. 435 nicht ernst meinten. Cheysson fügte hinzu, daß er über die Ideen des britischen AM zu Namibia nicht sehr glücklich sei, die vor allem von der erfolgreichen Rhodesienpolitik[9] beeinflußt seien.[10] Seiner Meinung nach habe Kanada hier in Washington keine Einflußmöglichkeiten. BM meinte, daß Großbritannien zu dieser Frage noch am wirksamsten in Washington auftreten könne. Die Positionen Frankreichs, Kanadas und Deutschlands seien gleich.

Die Lancaster-Konferenz habe deshalb so fruchtbar funktioniert, weil es eine Autorität, nämlich die Großbritanniens als früherer Kolonialmacht, gegeben habe. Für Namibia läge es rechtlich anders, da den Vereinten Nationen diese Autorität übertragen worden sei.[11] Eine Rolle der VN in Namibia wie die GBs in Simbabwe werde aber SA kaum akzeptieren. Er halte es für wichtig, daß der französische AM in Washington[12] seine Position zu Namibia erläuterte.

AM Cheysson bestätigte hier noch einmal seine Auffassung, daß Frankreich Sanktionen nicht begünstigen könne. Wirtschaftssanktionen seien absurd. Auf Frage des BM bestätigte er, daß, solange er AM sei, es dabei bleiben werde, und verwies hier auf sein im „Paris Match" erschienenes Interview[13]. Nach seiner Auffassung hätten wirtschaftliche Sanktionen keine Wirkung, da sie sich stets zum Nutzen des Betroffenen auswirkten (siehe z. B. Rhodesien[14]). Für die wirtschaftliche Blüte Rhodesiens zu Zeiten Smiths seien deshalb im Grunde die Afrikaner verantwortlich gewesen.

Nach Auffassung des BM sind diese Forderungen eher als Pflichtübungen afrikanischer Staaten zu beurteilen. Es sei für ihn sehr wichtig, daß AM Cheysson in Washington erkläre, daß es bei der französischen Ablehnung von Sanktionen bleibe.

Schraepler

VS-Bd. 14093 (010)

8 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

9 Zur Verfassungskonferenz für Simbabwe/Rhodesien vom 10. September bis 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London vgl. Dok. 63, Anm. 5.

10 Vgl. dazu die Äußerungen des britischen Außenministers Lord Carrington am 28. Mai 1981 in Paris gegenüber dem französischen Außenminister Cheysson; Dok. 159, Anm. 10.

11 Mit Resolution Nr. 2145 der VN-Generalversammlung vom 27. Oktober 1966 wurde Südafrika das Mandat über Südwestafrika entzogen und dieses dem direkten Mandat der Vereinten Nationen unterstellt. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XI, S. 118 f.

12 Zum Aufenthalt des französischen Außenministers Cheysson vom 4. bis 7. Juni 1981 in den USA vgl. Dok. 159, Anm. 11.

13 Vgl. dazu das Interview „Voici ce que j'ai à dire à Washington"; PARIS MATCH, Nr. 1672 vom 12. Juni 1981, S. 44 f.

14 Zu den Sanktionen gegen Rhodesien vgl. Dok. 68, Anm. 5.

162

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Schraepler

202-321.90/2 FRA^{IV}-418/81 VS-vertraulich **9. Juni 1981**[1]

Betr.: Arbeitsbesuch des französischen AM Cheysson in Bonn am 2. Juni 1981[2]; hier: Nahost

AM Cheysson leitete dieses Thema mit der Vorbemerkung ein, daß die Politik der Regierung Mitterrand bei der Politik der früheren Regierung beginne (Venedig[3]). Er wolle jedoch darauf hinweisen, daß die Sensibilität der jetzigen Regierung sich von der der früheren unterscheide. Diese sei historisch zu erklären. Die Mitglieder der jetzigen Regierung hätten in den langen Jahren der Opposition im allgemeinen nur wenig Gelegenheit zu Gesprächen und Zusammentreffen mit Ausländern gehabt. Dies wolle er als eine grundsätzliche Bemerkung machen. Zum Thema zurückkehrend, fügte er hinzu, daß dagegen stets enge Beziehungen zwischen der PS[4] und der Arbeiterpartei Israels bestanden hätten. Z.B. kenne man die Marokkaner gar nicht. Es gebe aber noch andere Beispiele. Präsident Mitterrand sei deshalb in der Lage, mit beiden Seiten zu sprechen. Die Haltung Mitterrands sei vor allem von der Haltung der PS zu der Frage der „principles of law" (respect of law, Selbstbestimmungsrecht) geprägt. Diese Rechtsgrundsätze seien immer wieder von Mitterrand betont worden, so daß dies auch so bleiben werde. Er betone nochmals, daß sich Frankreich an die Erklärung von Venedig gebunden fühle. Ausgesandte Emissäre würden allen arabischen Ländern und Israel persönliche Botschaften von Präsident Mitterrand überbringen (z.T. bereits geschehen)[5] bzw. würden diese den Botschaftern der Länder[6], in denen geschossen werde (Syrien[7], Israel (Wahlen[8]), Libanon[9]), in Paris überreicht werden. Die Botschaften des französischen Präsidenten würden folgende Punkte berühren: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser sowie die Anerkennung des Staates Israel so, wie dieser Staat von der internationalen Gemeinschaft anerkannt sei. Eine lange Erklärung über die Palästinenser gehe nicht über Venedig hinaus. Er spreche von „patrie palestinienne", aber nicht von einem palästinensischen Staat. Präsident Mitterrand habe in Artikeln und Büchern wiederholt zur Nahost-Frage

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat Schraepler am 10. Juni 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl geleitet. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 1.

2 Zum Aufenthalt des französischen Außenministers Cheysson in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 159–161.

3 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

4 Parti Socialiste.

5 Zur Entsendung französischer Sonderbotschafter vgl. Dok. 153, Anm. 39.

6 Boutros Dib (Libanon), Meïr Rosenne (Israel) und Hussuf Shakkour (Syrien).

7 Zur Lage in Syrien vgl. Dok. 47, Anm. 13.

8 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

9 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 146, Anm. 16–19.

Stellung genommen.[10] Er wolle hier noch einmal unterstreichen, daß dieser die Äußerungen als Parteisekretär gemacht habe. Was solle nun jetzt geschehen? Nach seiner Auffassung werde in den kommenden Monaten nichts passieren. Er sei überrascht gewesen, daß Jordanien vertraulich, Marokko öffentlich geäußert habe, daß die persönlichen Beziehungen zwischen der israelischen und der französischen Regierung bei der Lösung der Nahost-Frage helfen könnten. Das CD-Abkommen[11] sei nicht genug. Es sei lediglich Teil einer Lösung. Die Frage des Westufers beurteile er als sehr beunruhigend.

Auf die Frage, wie das Verhältnis zwischen PLO und Frankreich sei, sagte Cheysson, daß er keinen Grund sähe, hier eine Änderung herbeizuführen. Er erwähnte in diesem Zusammenhang seine emotionale Erklärung zum Tode des ihm gut bekannten PLO-Repräsentanten Khader in Brüssel[12], dem er große Einflußmöglichkeiten als Freund Arafats bei der Lösung der Palästinenserfrage zuerkannt habe. Syrien und Jordanien hätten Präsident Mitterrand, aber auch ihm (nur Jordanien), besonders warmherzig zu ihren neuen Funktionen gratuliert. (Libanon wurde nicht weiter erwähnt. Kontakt zu AM Libanons angedeutet.) Der libanesische AM sei der erste AM gewesen, den er in Paris empfangen habe.[13] Die Libanon-Problematik sei schwierig.

Cheysson meine, das französische Bestehen auf den Prinzipien des internationalen Rechts, besonders des Selbstbestimmungsrechts, könne man nicht auf den Nahen Osten beschränken, es müsse überall gelten, auch in der Westsahara-Frage[14]. Das schaffe allerdings eine peinliche Situation gegenüber Marokko. Auf Frage Cheyssons sagte BM: Wir hätten keine eigene Einschätzung zur Westsahara-Frage. Das liege uns politisch etwas fern.

Cheysson verneinte die Frage des BM, ob ihm Hintergründe der Ereignisse in Bangladesch[15] bekannt seien. BM meinte, es scheine sich um eine interne Sache gehandelt zu haben.[16]

10 Am 21. Mai 1981 erläuterte Botschafter Herbst, Paris: „Die ausführlichste Darstellung der Gedanken des neuen französischen Präsidenten Mitterrand findet sich in seinem Buch ‚Ici et Maintenant' (Paris, Fayard, 1980)." Darin äußere Mitterrand die Überzeugung, „daß die französischen Sozialisten niemals ihre Hand für die Zerstörung Israels hergeben werden, dessen Recht auf Existenz, auf sichere und anerkannte Grenzen die Vereinten Nationen anerkannt haben, […] daß das palästinensische Volk ein Recht auf ein Heimatland hat und das Recht, dort einen Staat zu errichten […]. Die Verwicklungen werden solange anhalten, wie Israel ‚niemals' zu einem palästinensischen Staat und die PLO ‚niemals' zur Existenz Israels sagt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 895; Referat 310; Bd. 135693.

11 Camp-David-Abkommen.
Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

12 Am 1. Juni 1981 wurde der Vertreter der PLO in Brüssel, Khader, erschossen. Am Folgetag wurde in der Presse gemeldet: „Le gouvernement français ‚déplore profondement l'assassinat de M. Naïm Khader', indique un communiqué du quai d'Orsay qui précise que les ministre des relations extérieures, M. Claude Cheysson, est ‚particulièrement bouleversé par cet assassinat, car il avait établi des relations personnelles avec M. Khader lorsqu'il était à Bruxelles'." Vgl. den Artikel „M. Naïm Khader a été assassiné à Bruxelles"; LE MONDE vom 2. Juni 1981, S. 6.

13 Am 26. Mai 1981 empfing der französische Außenminister Cheysson den libanesischen Außenminister Boutros.

14 Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 7.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach vermerkte am 2. Juni 1981 zur Lage in Bangladesch: „Präsident Ziaur Rahman wurde am 30. Mai in Chittagong von Militärs unter Anführung des Generalmajors Mansur ermordet. Die Rebellion ist inzwischen zusammengebrochen; Mansur zunächst geflohen, inzwischen vermutlich festgenommen. Vizepräsident Abdus Sat-

Zu Afghanistan meinte Cheysson, die neue britische Initiative[17], die ähnliches besage, was Frankreich auch schon gesagt habe[18], sollte mit Indien abgestimmt werden.

Schraepler

VS-Bd. 14093 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 887

tar hat verfassungsgemäß die Regierungsgewalt übernommen und muß nach 180 Tagen Neuwahlen ausschreiben." Über die Hintergründe des Putschversuchs sei noch nichts bekanntgeworden. Die Lage in Dacca sei ruhig. Vgl. Referat 340, Bd. 127058.

16 Am 10. Juni 1981 übermittelte Botschafter Ruhfus, London, die Einschätzung des britischen Außenministeriums: „Putschversuch Mansurs sei nicht politisch motiviert gewesen. Alles spreche dafür, daß Mansur sich für angeblich ungerechte Behandlung an Zia rächen wollte. Pressespekulationen, wonach Mansur linke Neigungen gehabt habe" oder durch „auswärtige Kräfte, zum Beispiel Indien" gesteuert worden sei, halte man für nicht zutreffend. Vgl. den Drahtbericht Nr. 937; Referat 340, Bd. 127058.

17 Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 1. Juni 1981, der britische Außenminister Lord Carrington beabsichtige, „den europäischen Partnern einen Vorschlag für einen Zehner-Plan einer internationalen Afghanistan-Konferenz vorzulegen". Die Bundesrepublik, Frankreich und die USA seien vorab von dieser Absicht unterrichtet worden. Die Konferenz selbst solle aus zwei Phasen bestehen: „In der ersten Phase sollen Lösungsmöglichkeiten für die Schaffung eines unabhängigen blockfreien Afghanistan sowie die Art der Beteiligung des afghanischen Volkes an der Konferenz erörtert werden. Entscheidungen sollen, außer in der letztgenannten Frage, erst in der zweiten Konferenzstufe getroffen werden. Als Teilnehmer der Konferenz sind vorgesehen: die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, Staaten der Region (Pakistan, Iran und Indien), die europäische Zehner-Gemeinschaft, die Islamische Konferenz sowie die VN." Die amerikanische und französische Reaktion auf die Initiative sei eher zurückhaltend gewesen: „Bei Frankreich dürfte dabei mitspielen, daß die Haltung der neuen Regierung zum französischen Konferenzvorschlag vom 27.1.81, zu dem der britische Vorschlag Parallelen aufweist, noch ungeklärt ist. Washington scheint auf eigene Überlegungen verwiesen zu haben." Gorenflos selbst nannte zwei Einwände: „a) den vorgesehenen Zeitpunkt für eine Initiative wenige Monate vor der Generalversammlung der VN" und „b) die Vorlage des Konferenz-Vorschlags durch die europäischen Staaten". Die Bundesrepublik habe bisher die Ansicht vertreten, „die Initiative in der Afghanistan-Frage sollte bei den blockfreien Staaten, insbesondere den islamischen Staaten, liegen". Vgl. Referat 340, Bd. 136763.

18 Zum Vorschlag des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vom 27. Januar 1981 für eine Afghanistan-Konferenz vgl. Dok. 44, Anm. 14.

163

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Suzuki in Hamburg

VS-NfD **10. Juni 1981**[1]

Vemerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem japanischen Ministerpräsidenten Suzuki im Gästehaus Hamburg am 10. Juni 1981 von 10.05 bis 13.05 Uhr[2]

Das Gespräch fand zunächst unter vier Augen statt (Note-taker Herr Muto, AL 2[3]), ab 11.05 Uhr gemeinsam mit AM Sonoda und BM Genscher (sowie MD Gorenflos, Botschafter Yoshino und Herrn Fukuda). Dolmetscher: Herr Kurokawa und Dr. Schulte.

Suzuki dankt dem Bundeskanzler für die Gelegenheit des Gesprächs und daß er seinen Urlaub hierfür unterbrochen hat. Er übermittelt Grüße des japanischen Kaisers[4].

Bundeskanzler freut sich besonders über den Besuch des Ministerpräsidenten, der die gute enge Verbindung zwischen den beiden Staaten und Völkern zum Ausdruck bringt, die sich seit dem letzten Kriege kontinuierlich entwickelt hat. Er selbst hat sich bei jeder Gelegenheit für diese Verbindung eingesetzt, zuletzt im Gespräch mit dem vor einem Jahr verstorbenen Vorgänger des Ministerpräsidenten, Ohira.[5] Seit seinem ersten Japan-Besuch vor zwanzig Jahren war er inzwischen fünfmal in Japan.[6]

Suzuki betont die große Sympathie der Japaner für das deutsche Volk. Seit dem Amtsantritt des Bundeskanzlers[7] haben sich die Beziehungen weiter vertieft.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 11. Juni 1981 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt geleitet. Dazu vermerkte Gablentz: „Hiermit lege ich die Gesprächsvermerke über Ihr Vier-Augen-Gespräch mit MP Suzuki von 10.05 Uhr bis 11.05 Uhr, das Gespräch unter Teilnahme der Außenminister von 11.05 Uhr bis 13.05 Uhr, die Gespräche beim Arbeitsessen und der anschließenden Delegationssitzung im erweiterten Kreise mit der Bitte um Billigung vor. BM Genscher hat Doppel der Vermerke, BM Graf Lambsdorff, BM Matthöfer u. BM Apel Auszüge vorbehaltlich Ihrer Genehmigung erhalten. AL 4 wird in Ihrem Auftrag den BDI, DIHT und die Gewerkschaften von der Einladung Suzukis an die deutsche Wirtschaft unterrichten, sich stärker um die Absatzchancen auf dem japanischen Markt zu bemühen."
Hat Lahnstein am 16. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Schmidt am 23. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Nicht gelesen. 2) Kopie der Niederschriften z. d. A. pr[ivat] (S[ammlun]g) bei mir." Zudem hob Schmidt den letzten Satz des Vermerks von Gablentz hervor und vermerkte dazu handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

2 Ministerpräsident Suzuki hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 164.

3 Otto von der Gablentz.

4 Hirohito.

5 Ministerpräsident Ohira besuchte am 9./10. Mai 1980 die Bundesrepublik. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 10. Mai 1980 vgl. AAPD 1980, I, Dok. 140.
Ohira verstarb am 12. Juni 1980.

6 Zuletzt hielt sich Bundeskanzler Schmidt vom 27. bis 29. Juni 1979 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio in Japan auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 198 und Dok. 199.

7 Helmut Schmidt übernahm das Amt des Bundeskanzlers am 16. Mai 1974.

Seine Europareise[8] hat gut begonnen, weil er als erstes Land Deutschland besuchen kann und den Bundeskanzler als ersten europäischen Gesprächspartner kennenlernt. Die Begegnung in Hamburg ist ein guter Auftakt seiner Reise.

Auf Frage des Bundeskanzlers berichtet er, daß es dem Kaiser gutgehe, er auch noch viel reisen könne. Er selbst erinnert sich seiner Reise nach Bonn 1972 als Präsident des Verbandes der Importeure deutscher Nahrungsmittel. Er habe damals einen bescheidenen Beitrag zur Förderung des deutsch-japanischen Warenaustauschs machen können, indem er sich für eine Lockerung der strengen Einfuhrregeln eingesetzt habe.

Bundeskanzler schlägt vor, das Gespräch mit einem Gedankenaustausch über die Lage in den beiden Ländern zu beginnen.

Unter den äußeren Sorgen unseres Landes steht Polen an erster Stelle. Eine sowjetische Intervention in Polen würde nach dem polnischen das deutsche Volk am meisten treffen. Sie würde auch die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten schwer belasten. Weitere äußere Sorgen sind die Krise im Nahen Osten sowie vor allem auch der schlechte Zustand der Weltwirtschaft. Die Konjunktur entwickelt sich abwärts, die hohen amerikanischen Zinsen[9] dehnen sich langsam über die ganze Welt aus. Die weltwirtschaftliche Lage hat auch auf unsere Wirtschaft stark abgefärbt. Wir müssen mit etwa 5% Arbeitslosigkeit, 5% Inflation und einem Wachstum von minus 1% rechnen. Wirtschaftliche Hauptprobleme sind die Schließung einer allzu großen Lücke der Leistungsbilanz und die Zurückführung der sehr hohen staatlichen Kredite zur Deckung des Haushaltsdefizits. Die wirtschaftlichen Sorgen bestimmen das Bewußtsein der Öffentlichkeit, Presse und Politik, obwohl sie objektiv im Verhältnis zu den Problemen anderer Länder nicht so schwer wiegen. Die Deutschen neigen heute dazu, sich wirtschaftlich und sozial selbst zu bemitleiden. Außerdem ist die sozial-liberale Koalition seit zwölf Jahren im Amt, er selbst seit sieben Jahren Bundeskanzler. Es gibt in der öffentlichen Meinung Tendenzen für einen politischen Wechsel. Die beiden Koalitionsparteien zeigen Schwächesymptome. Dem steht gegenüber eine Opposition, die keinerlei Rezepte hat, lediglich hofft, daß man ihr Platz macht, ohne daß sie selbst zu einer Anstrengung in der Lage ist. Deutschland zeigt sich im Sommer 1981 nicht in seiner besten Verfassung. Er sieht voraus, daß sich diese Lage allerdings bis Weihnachten grundlegend und tendenziell wandelt. Die wirtschaftliche Entwicklung wird nach der notwendigen Umsteuerung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit der er bis nach dem Ottawa-Gipfel[10] warten möchte, vom Winter an positiv verlaufen. Wenn die USA in Ottawa nicht zu einer wesentlichen Zinssenkung bereit sind, werden wir drastische Maßnahmen ergreifen müssen, die zunächst Tränen, dann aber gute Erfolge mit sich bringen. Er rechnet insbesondere mit einem steilen Anstieg unserer Exporte. Er glaubt, daß die nächsten sechs Monate auch innenpolitisch gut zu überstehen sein werden und man im nächsten Jahr mit einer sehr veränderten Atmosphäre rechnen kann.

8 Ministerpräsident Suzuki besuchte anschließend an seinen Aufenthalt in der Bundesrepublik am 11./12. Juni 1981 Italien, am 15. Juni Belgien, vom 16. bis 18. Juni Großbritannien und am 18./19. Juni 1981 Frankreich.

9 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

Eine solche Entwicklung hängt natürlich auch von den Entwicklungen in Osteuropa, insbesondere in Polen, ab. Auch davon, wie unsere EG-Partner ihre zum Teil noch größeren wirtschaftlichen Schwierigkeiten überwinden. Zusammenfassend ist festzustellen, daß die gegenwärtige Lage zu Besorgnissen Anlaß gibt. Aber die Regierung hat die feste Absicht, aufgrund der wirtschaftspolitischen Einsichten von Ottawa die hiesige Wirtschaftspolitik umzusteuern.

Suzuki: In Japan wird die innenpolitische Szene seit 30 Jahren von der LDP[11] bestimmt. Die Politik läßt sich von den folgenden festen Grundsätzen leiten: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, freie Marktwirtschaft und freier Handel. Außenpolitisch sucht man die freundschaftliche Zusammenarbeit mit Ländern gleicher Wertvorstellung wie den USA und besonders Westeuropa zu stärken und damit zur Stabilität der Weltpolitik und des Weltfriedens beizutragen. Im Gespräch mit Präsident Reagan[12], einem sehr offenen Meinungsaustausch, hat er feststellen können, daß die Vertrauensbasis zwischen Japanern und Amerikanern jetzt unerschütterlich ist. Er war sich mit Reagan einig, daß die beiden Völker in der schwierigen Weltlage für Frieden und Prosperität zusammenarbeiten und jeder seine Verantwortung übernehmen müsse.

Die Europäer dürfen aber daraus nicht den Eindruck gewinnen, daß sich die Japaner nur für die USA interessierten und Europa vernachlässigten. Seine Europareise dient dem Ziel, alle Schenkel des Dreiecks Japan/USA/Europa im Gleichgewicht zu entwickeln. Er wollte daher noch vor Ottawa und nach der USA-Reise mit den europäischen Führern sprechen.

Japan importiert 98% seines Rohöls und ist auch bei anderen Rohstoffen importabhängig. Die Folgen der Ölpreisexplosion[13] haben es schwer getroffen. Gegen die Gefahren der Inflation und der Arbeitslosigkeit hat die Regierung der Privatwirtschaft empfohlen, ihre Produktivität zu erhöhen und vollen Gebrauch von der Vitalität des privatwirtschaftlichen Systems zu machen. Das Ergebnis war 1980 ein Wachstum von 4,8%, eine Inflationsrate von 7,8%, Arbeitslosigkeit 2,8% und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz. Die Aussichten für 1981: Wachstum 5,3%, Inflation 5,5%, Arbeitslosigkeit 2,1% und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz (Bundeskanzler: hervorragend!). Der hohe Zinssatz der USA macht sich negativ bemerkbar. Allerdings beträgt der japanische Diskontsatz nur 6,5% und der Lombardsatz 6,75%. Er hat Reagan in Washington erklärt, daß sich die hohen Zinsen in den USA sehr negativ auf den Weltmarkt auswirken. Die amerikanische Antwort war: Zunächst müssen wir das Problem der In-

11 Liberal-Demokratische Partei.

12 Ministerpräsident Suzuki besuchte vom 4. bis 9. Mai 1981 die USA. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am 11. Mai 1981 mit, nach Einschätzung des amerikanischen Außenministeriums habe die Begegnung mit Präsident Reagan „dem amerikanisch-japanischen Verhältnis, das zwar auch in der Vergangenheit gut und […] stabil gewesen, aber allzu oft sachlich geblieben sei, eine persönliche Dimension hinzugefügt. Reagan und Suzuki hätten sich von Anfang an verstanden. […] Verstärkt worden sei das persönliche Vertrauen, als man beim gemeinsamen weltpolitischen Tour d'horizon eine fast lupenreine Übereinstimmung in der Detail- und Gesamtbeurteilung der Lage erkannt habe." Damit habe sich die „Besorgnis […], daß die Offenheit, mit der sowohl Suzuki als auch Reagan die beiden neuralgischen Punkte der amerikanisch-japanischen Beziehungen anzusprechen gewillt schienen (Autoexporte, Verteidigungsbeitrag, u. U. auch Getreideembargo) die Atmosphäre der Gespräche trüben könnte", als unbegründet erwiesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1896; Referat 341, Bd. 126987.

13 Zur Entwicklung des Ölpreises seit 1978 vgl. Dok. 111, Anm. 43.

flation lösen, dann können wir den Zinssatz senken. Die Geldwertstabilität sei das wichtigste, man müsse mit der Senkung des Zinssatzes Geduld haben.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß auch wir über die Auswirkungen der amerikanischen Zinspolitik sehr besorgt seien, regt er ein Treffen der Finanzminister und/oder Zentralbankpräsidenten noch vor Ottawa an.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß sich beim letzten Treffen der Persönlichen Beauftragten in Vancouver[14] eine Frontstellung sechs zu eins gegen die Amerikaner in dieser Frage ergeben hat. Das könnte sich bei einem Treffen der Finanzminister, gegen das er nichts einzuwenden habe, wiederholen. Für Ottawa wird bei einem solchen Treffen voraussichtlich nichts rauskommen. Auch in Ottawa muß man darauf achten, daß Reagan nicht in dieser Frage auf die Anklagebank gesetzt wird. Man muß über gesichtswahrende Argumentationen nachdenken.

Nach seiner persönlichen Prognose wird die USA nicht für Ottawa ihre wirtschaftspolitische Linie ändern. Die anderen müssen dann eben rücksichtslos die notwendigen Haushaltskürzungen durchsetzen, um im nächsten Halbjahr die notwendigen wirtschaftlichen Veränderungen herbeizuführen, wenn auch auf Kosten der sozialen Abfederung des gesamten Systems.

Suzuki berichtet, daß Japan der nach zwei Ölpreisexplosionen stagnierenden Wirtschaft durch Ausdehnung der Staatsausgaben auch bei der Sozialversicherung geholfen habe. Die Konjunktur habe sich verbessert, die Finanzlage des Staates wesentlich verschlechtert. Etwa 26% der Staatsausgaben müssen durch Anleihen gedeckt werden. In der zweiten Hälfte 1981 belaufe sich der akkumulierte Staatskredit auf 800 Mrd. DM. Japan werde versuchen, ihn bis 1984 auf Null zu reduzieren. Das ist nur über eine drastische Rationalisierung der Verwaltungsstruktur und eine Niedrigzinspolitik zu erreichen.

(Die Außenminister treten hinzu.)

Bundeskanzler: Wir stehen ebenfalls vor dem Problem einer zu hohen staatlichen Kreditaufnahme. Er hält zusammenfassend fest: Beide Länder leiden unter der amerikanischen Geld- und Zinspolitik. Er hat keinen Einwand gegen die japanische Anregung für ein Treffen der Finanzminister und/oder Notenbankpräsidenten vor Ottawa. Er sieht allerdings kaum eine Chance, die USA zur Umkehr ihrer Wirtschaftspolitik zu bewegen. Außerdem müssen wir dafür sorgen, die USA in Ottawa nicht zu isolieren. Es gibt keinen Zweifel, daß bei ei-

14 Zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello fand am 4./5. Juni 1981 in Vancouver eine Sitzung der Persönlichen Beauftragten statt. An der dort von amerikanischer Seite vertretenen Position zu makroökonomischen und monetären Fragen hätten „übrige Delegationen viel Kritik" geübt, die sich auf folgende Punkte konzentriert habe: „a) Höhe und Instabilität der US-Zinsen sind nicht nur ein Problem für die US-Wirtschaft; b) die realen Zinssätze […] vermindern den Anreiz zu risikoreichen produktiven Investitionen und erhöhen die Neigung zu risikolosen Finanzinvestitionen; c) hohe Zinsen wirken kostensteigernd und fördern dadurch die Inflation, die sie bekämpfen sollen; d) das Overshooting des Dollars schürt in den Abwertungsländern die Inflation, vermindert dort das Wachstum und legt den Keim zu einem massiven Leistungsbilanzdefizit in den US; e) als wichtigstes Reservewährungsland dürfen sich die US nicht ihrer Verantwortung für die Weltwirtschaft entziehen; f) Information und Konsultation sind wertlos, wenn die US-Politik nicht die Rückwirkungen auf die Weltwirtschaft in Rechnung stellt." Vgl. die Aufzeichnung des Staatssekretärs Schulmann, Bundesministerium der Finanzen, vom 9. Juni 1981; Referat 412, Bd. 130534.

nem Weiterbestehen der amerikanischen Geld- und Zinspolitik einschneidende Maßnahmen in den beiden Staaten zu ergreifen sind.

Bundeskanzler bittet nach Hinzutritt der Außenminister um Erläuterungen zu den strategischen Fragen, die beim Gespräch des Ministerpräsidenten in Washington eine Rolle gespielt haben. Er hat bei seinem eigenen Besuch in Washington[15] den Eindruck gewonnen, daß im verteidigungspolitischen Bereich noch keine vollkommene Übereinstimmung unter den Mitgliedern der amerikanischen Administration herrscht. Insbesondere gab es Akzentunterschiede zwischen Haig und Weinberger.

Suzuki stellt zur internationalen Lage drei Punkte heraus:

1) Die Sowjetunion hat in letzter Zeit ihr militärisches Potential erheblich verstärkt und ihren Einfluß in der Dritten Welt ausgedehnt. Die USA vergrößern ihr eigenes Militärpotential und erwarten das gleiche von ihren Verbündeten und Freunden mit dem Ziel, mindestens Gleichgewicht, wenn nicht Überlegenheit zu erreichen, um einem weiteren Ausgreifen der Sowjetunion entgegenzuwirken.

2) Während die USA die Nord-Süd-Problematik vor allem im Zusammenhang mit den Ost-West-Beziehungen sehen, betrachtet es Japan als erste Priorität, den Ländern der Dritten Welt auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu helfen und so unnötige Konflikte zu vermeiden, die der Sowjetunion Möglichkeiten zur Ausdehnung ihres Einflusses bieten. (Bundeskanzler stimmt ausdrücklich zu.)

3) Die wirtschaftlichen Hauptprobleme der freien Welt – Arbeitslosigkeit, Stagnation und Zahlungsbilanzdefizite – müssen in enger Kooperation gelöst werden.

Bei seiner Verteidigungspolitik muß sich Japan auf die Verteidigung des eigenen Landes beschränken. Es kann nach seiner Verfassung keine Truppen außerhalb seines Landes entsenden.[16] Aber wirtschaftlich und technisch wird Japan seinen Beitrag zur Stabilisierung leisten. Er hat dies auch der amerikanischen Regierung dargelegt und betont, daß Japan bei seiner Hilfe besondere Rücksicht auf Länder in Krisengebieten wie Türkei, Pakistan und Thailand nehmen wird.

Aufgrund seiner Erfahrungen im Zweiten Weltkrieg und der Atombombenabwürfe auf japanischem Territorium[17] hat sich Japan eine Friedensverfassung gegeben. Das Verteidigungspotential ist auf das für die Selbstverteidigung unbedingt notwendige Maß beschränkt. Auf Atomwaffen wird verzichtet. Er hat auch den Amerikanern deutlich gesagt, daß Japan, das von 1971 bis 1979 jährlich seine Verteidigungsausgaben um 7% real gesteigert hat, an der Verfassung und an den Grundsätzen seiner Verteidigungspolitik festhalten wird.

Selbstverständlich aber wird Japan nicht einfach Nutznießer des Weltfriedens ohne Gegenleistung sein. Es will aber seinen Beitrag zu Frieden und Stabilität

15 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

16 Vgl. dazu Artikel 9 der japanischen Verfassung vom 3. November 1946; CONSTITUTIONS OF NATIONS, II, S. 523.

17 Am 6. bzw. 9. August 1945 wurden von der amerikanischen Luftwaffe je eine Atombombe auf die japanischen Städte Hiroshima bzw. Nagasaki abgeworfen.

auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit leisten. Es hat seine ODA[18] in drei Jahren verdoppelt und wird dies in den nächsten drei Jahren noch einmal tun.

Japan setzt sich für die Aufrechterhaltung des für die Abschreckung notwendigen militärischen Gleichgewichts ein, befürwortet aber auch parallele Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen, insbesondere auf dem Gebiet der nuklearen Waffen, um ein Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau zu erreichen. Es möchte den Dialog mit dem Osten offenhalten. Diese Linie hat auch ihren Niederschlag in der gemeinsamen Erklärung in Washington[19] gefunden.

Bundeskanzler betont die prinzipiell ähnliche Richtung der deutschen Sicherheitspolitik. Im Gegensatz zu Japan, dessen Verfassung es freischreibt von der Verpflichtung, ein großes Bündnisgebiet gemeinsam mit Partnern verteidigen zu müssen, leisten wir unseren Verteidigungsbeitrag zum westlichen Bündnis. Er ist daher auch drei- bis viermal so groß wie der japanische.

Wie Japan gehen wir von der Notwendigkeit eines militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West aus. Wir streben es an auf dem Wege über eigene Verteidigungsanstrengungen aller westlichen Staaten (auch Japans) und gleichzeitige Rüstungskontrollverhandlungen, um das Gleichgewicht auf möglichst niedriger Ebene zu erreichen und zu stabilisieren.

Ein ernsthaftes Ungleichgewicht hat sich im Mittelstreckenbereich entwickelt bei den sogenannten TNF, die er lieber – auf Europa bezogen – eurostrategische Waffen nennt, da sie die Existenz unserer Länder in Europa, aber auch in Japan auslöschen können. Die SS-20 und Backfire-Bomber bedrohen Europa, die Mittelmeerregion, den Nahen Osten, aber auch das ganze südliche Asien, China und Japan. Ausgenommen sind praktisch nur Amerika und die größten Teile Afrikas.

Dieses Ungleichgewicht ist vom Westen nicht provoziert worden, sondern das Ergebnis einer einseitigen sowjetischen Aufrüstung. Nach seinem Eindruck hat Breschnew den Militärs als Gegenleistung für politische Unterstützung im Politbüro auf diesem Gebiet freie Hand gegeben. In Europa begegnet man dieser neuen Gefahr durch den Doppelbeschluß der NATO[20], der eine quantitativ geringere Nachrüstung in ähnlicher Richtung vorsieht und gleichzeitige Verhandlungen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen anbietet. Dies Angebot wurde zunächst von der Sowjetunion abgelehnt, die ihre Haltung beim Moskau-Besuch des Bundeskanzlers und BM Genschers 1980[21] revidiert und in Genf mit den Amerikanern Gespräche begonnen hat[22]. Die neue Administration tut sich schwer, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Das hängt mit der Wei-

18 Official Development Assistance.

19 Für den Wortlaut des gemeinsamen Kommuniqués zum Besuch des Ministerpräsidenten Suzuki vom 4. bis 9. Mai 1981 in den USA vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2051, S. 2 f.

20 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

21 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

22 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

gerung des Kongresses zusammen, SALT II zu ratifizieren[23], weil sich in Amerika die Meinung breitgemacht hat, SALT II schreibe eine angebliche amerikanische Unterlegenheit fest. Tatsächlich hat die Nichtratifizierung den Amerikanern nur Nachteile gebracht. Beide Seiten halten sich in der Praxis an die SALT-Vereinbarungen, wobei allerdings die Sowjetunion nicht, wie vereinbart, mit dem Abwracken von 300 Raketen begonnen hat. Wir pochen auf die Weiterführung der SALT-Verhandlungen, mit denen im übrigen die Großmächte nur ihren Pflichten nach dem Nichtverbreitungsvertrag[24] nachkommen. Wir drängen noch stärker nach einem baldigen Beginn der Gespräche über Mittelstreckenwaffen und ihre Einmündung in beiderseitige Rüstungsbegrenzungsvereinbarungen, weil wir durch die russische Nachrüstung in erster Linie gefährdet sind, weil wir wegen der stärksten Konzentration der gegenwärtigen und geplanten westlichen Atomwaffen pro Kopf und Quadratkilometer besonderes Interesse an einer Begrenzung haben und weil wir schließlich in unserem Land wie auch in anderen Ländern Westeuropas innenpolitisch die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen nur erfolgreich durchsetzen können, wenn wir auf die parallelen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen verweisen können.

Unser Wille, den Dialog mit der Sowjetunion aufrechtzuerhalten, darf nicht mißverstanden werden. Wir waren mit den Norwegern unter Betonung unserer Dialogbereitschaft die einzigen, die mit den Amerikanern die Olympiade erfolgreich boykottierten.[25] Mit einer Bundeswehr von 500 000 Mann – im Verteidigungsfall binnen 48 Stunden 1,2 Mio. Mann – leisten wir einen entscheidenden Beitrag zur westlichen Verteidigung.

Er begrüßt die Anstrengungen der Japaner auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe, die allerdings, selbst in Asien, noch nicht das Ausmaß der deutschen erreicht hat. Unsere Hilfe für Pakistan[26] ist zum Beispiel noch dreimal so groß wie die japanische. Wie Japan hängt die Bundesrepublik Deutschland von Energie- und Rohstoffimporten ab. Unsere eigene Energiequelle – Steinkohle – ist noch nicht konkurrenzfähig. Ihre Aufrechterhaltung stellt eine erhebliche Belastung der Volkswirtschaft und des Staatshaushalts dar.

Suzuki betont noch einmal, daß Japan seine Verfassung nicht ändern wird und auch den bestehenden Verteidigungspakt mit den USA[27] nicht in ein kollektives

23 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

24 Vgl. dazu Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

25 Am 20. Januar 1980 bat Präsident Carter das amerikanische Nationale Olympische Komitee, wegen der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 auf die Entsendung amerikanischer Sportler zu den XXII. Olympischen Sommerspielen vom 19. Juli bis 3. August 1980 in Moskau zu verzichten, wenn die sowjetischen Truppen nicht innerhalb eines Monats aus Afghanistan abgezogen seien. In einem Fernseh- und Rundfunkinterview machte Carter am selben Tag diese Forderungen öffentlich. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1980, S. 106–114.
Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 141, Anm. 13.

26 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an Pakistan vgl. Dok. 104, Anm. 28.

27 Für den Wortlaut des amerikanisch-japanischen Kooperations- und Sicherheitsvertrags vom 19. Januar 1960 sowie des zugehörigen Notenwechsels vgl. UNTS, Bd. 373, S. 179–205.

Verteidigungsbündnis umändern wird. Die USA haben hierfür Verständnis gezeigt.

Er betont sein großes Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme, mit denen Deutschland wie alle anderen EG-Staaten fertigzuwerden hat. Er bekundet seinen großen Respekt davor, daß sich die Bundesrepublik dennoch mit Nachdruck für die Aufrechterhaltung des Freihandels einsetzt und auch angesichts dieser wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht der Verführung des Protektionismus nachgibt. Durch Protektionismus lassen sich die Probleme nicht lösen, man kann nur ein Gleichgewicht auf niedrigerem wirtschaftlichem Niveau herstellen. Wir müssen gemeinsam durch Aufrechterhaltung des freien Handels nach einem Gleichgewicht auf höherem wirtschaftlichem Niveau streben.

Zur Belebung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden hochentwickelten Industrieländern regt er an:

– eine Verstärkung der gegenseitigen Investitionen;
– Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Spitzentechnologien und ein Erfahrungsaustausch beim Management;
– eine engere Zusammenarbeit bei der Erschließung neuer Märkte in Drittländern.

Er bittet dringend, daß sich die Europäer mehr Mühe geben, den japanischen Markt für ihre Produkte zu erschließen. Er ist nicht so verschlossen, wie sich das mancher Europäer vorstellt.

Er kündigt den Plan einer Entsendung einer japanischen Wirtschaftsdelegation unter dem Präsidenten des Industrieverbandes nach Europa an.[28] Die Handelsprobleme zwischen Japan und Europa sollten in weitblickender Weise gelöst werden. Er begrüßt daher die Gespräche von Ministern und insbesondere den Besuch von Graf Lambsdorff. Er habe, wie auch andere Kabinettsmitglieder, mit ihm gesprochen. Das Gespräch mit Tanaka habe zu einem guten Ergebnis geführt.[29]

Bundeskanzler möchte den Handelsgesprächen zwischen der EG und Japan[30] nicht vorgreifen, aber hier deutlich betonen, daß sein Land und er selber am

28 Eine Delegation des japanischen Industrieverbandes Keidanren besuchte unter Leitung seines Vorsitzenden Inayama vom 15. bis 18. Oktober 1981 die Bundesrepublik.

29 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich vom 6. bis 11. Juni 1981 in Japan auf und führte u. a. Gespräche mit Ministerpräsident Suzuki und dem japanischen Außenminister Sonoda. Am 9. Juni 1981 berichtete Botschafter Blech, Tokio, Lambsdorff und der japanische Wirtschaftsminister Tanaka hätten am gleichen Tag „hinsichtlich künftiger Pkw-Exporte in die Bundesrepublik Deutschland Übereinstimmung in folgenden Punkten erzielt: […] 1981 wird japanische Seite Pkw-Exporte in die Bundesrepublik Deutschland gegenüber Vorjahreszahl um maximal 10 v. H. ansteigen lassen". Für 1982 habe Tanaka außerdem eine persönliche Erklärung abgegeben, „wonach sich japanische Pkw-Exporte in die Bundesrepublik Deutschland […] ‚nicht wesentlich' verändern würden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 733; Referat 341, Bd. 126994.

30 Ministerpräsident Suzuki führte am 15. Juni 1981 in Brüssel ein Gespräch mit dem Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, und den Vizepräsidenten Davignon und Haferkamp. Dabei habe Thorn neben den politischen Beziehungen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Japan auch „Fragen im Industrie- und Handelsbereich" angesprochen. Suzuki habe das japanische Interesse zum Ausdruck gebracht, die „Zusammenarbeit mit der Gem[einschaft] zu verstärken", aber auch auf die „wirtschaftlich schwierige Situation in Europa" verwiesen. Davignon habe betont, „Japan müsse Gem. als solche als Gesprächspartner anerkennen und solle nicht MS gegeneinander ausspielen". Suzuki habe geantwortet, daß „jap[anische] Seite bereit sei, dieser Linie zu folgen, wenn auf Gem.-Seite ein-

Freihandel festhalten werden. Die Bekämpfung des Protektionismus war das wichtigste Ergebnis der Weltwirtschaftsgipfel, die wesentlich dazu beigetragen haben, nach den zwei Ölpreiserhöhungen einen Rückfall in die Situation der dreißiger Jahre zu verhindern. Er stellt auf diesem Gebiet eine grundsätzliche Übereinstimmung zwischen Japan und Deutschland fest, die auch für die Zukunft gelten wird. In dem Zusammenhang haben ihn die Nachrichten über die jüngsten Abmachungen zwischen Japan und USA über Beschränkungen des Automobilexports[31] gestört. Sie haben negative Auswirkungen auf Europa, wekken hier innenpolitischen Widerstand und verschärfen den protektionistischen Druck.

Er wird die Einladung Suzukis an die deutsche Wirtschaft, stärker die Absatzchancen auf dem japanischen Markt zu nutzen, an die deutsche Wirtschaft (BDI, DIHT und Gewerkschaften) gern weitergeben. Er verschweigt allerdings auch nicht seinen Eindruck, daß die deutsche Wirtschaft oft resigniert, weil die japanischen Märkte fast undurchdringlich sind. Die Schwierigkeiten bei der Erschließung japanischer Märkte manifestieren sich zum Beispiel am geringen Anteil von Fertigwaren am japanischen Import.

Die angekündigte japanische Wirtschaftsdelegation wird uns sehr willkommen sein, ebenso wie neue japanische Investitionen. Deutsche Investoren begründen ihre Zurückhaltung gegenüber Japan immer wieder mit dem Hinweis auf die japanischen Handelshäuser, die es ihnen schwermachen, auf dem japanischen Markt Fuß zu fassen. Er begrüßt die Vorschläge Suzukis für eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Felde angewandter Forschung und bei der industriellen und absatzpolitischen Zusammenarbeit auf den Märkten dritter Länder.

Die Bundesregierung wird es auch in Zukunft ablehnen, sich in eine gemeinsame Front gegen japanische Exporte einreihen zu lassen. Er bittet aber auch, die kleinen Randbemerkungen über den japanischen Markt nicht zu überhören, die er hat einfließen lassen.

Suzuki dankt dem Bundeskanzler ausdrücklich für seine Ausführungen. Die Vereinbarung mit den USA über Beschränkungen beim Autoexport sind auch in Japan auf Widerstand gestoßen. Die japanische Regierung hat sich aber dazu entschließen müssen, um zu vermeiden, daß der Kongreß gesetzliche Einschränkungen der Autoimporte beschließt, die zu entsprechenden Reaktionen anderer Länder und einem allgemeinen Ansteigen des Protektionismus hätten führen müssen. Japan wird mit Sicherheit einen sturmflutartigen Export nach

Fortsetzung Fußnote von Seite 896

heitliche Position eingenommen werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2507 des Ministerialrats Grünhage, Brüssel (EG), vom 17. Juni 1981; Referat 411, Bd. 131139.

31 Zu amerikanisch-japanischen Absprachen über die Beschränkung des Exports japanischer Automobile in die USA vgl. Dok. 135, Anm. 21.
Botschafter Blech, Tokio, berichtete am 8. Juni 1981 über ein Gespräch des Bundesministers Graf Lambsdorff mit dem japanischen Wirtschaftsminister vom selben Tag: „Tanaka eröffnete Besprechung mit Rechtfertigung japanischer Regelung der Automobilexporte nach USA angesichts der von Bundesminister vormittags vorgetragenen Kritik: Maßnahme gefährde nicht Freihandel, sondern diene seiner Erhaltung; Reagans Schritte zur Vitalisierung amerikanischer Wirtschaft verdienen befristete Unterstützung; Reagan habe persönlich unter Hinweis auf verschiedene gefährliche Gesetzesinitiativen japanische Kooperation erbeten." Ein vergleichbarer „japanischer Schritt gegenüber EG sei angesichts Unmöglichkeit, EG als Einheit im Automobilsektor zu betrachten, nicht machbar". Vgl. den Drahtbericht Nr. 724; Referat 341, Bd. 126994.

Europa vermeiden, der hier zu Marktstörungen und Arbeitslosigkeit führen würde. Die japanische Regierung legt der Industrie nahe, so etwas zu vermeiden.

Er bittet, der deutschen Industrie zu übermitteln, daß sich der japanische Markt für ihre Produkte bei gewissen Anstrengungen der deutschen Unternehmen erschließen lasse. Japan biete immerhin einen Markt von 110 Millionen Menschen mit hohem Einkommensniveau. Leider stehen den 350 Büros oder Zweigstellen japanischer Unternehmen in Deutschland nur etwa 34 in Japan gegenüber.

Bundeskanzler wird die Bemerkungen des Ministerpräsidenten der deutschen Wirtschaft übermitteln. Er weist aber noch einmal auf die Klagen der deutschen Unternehmer hin, die den Eindruck vermitteln, daß ein europäisches Unternehmen nur durch ein japanisches Handelshaus als Partner auf dem Markt Fuß fassen kann. Und selbst dann wird es ihnen schwergemacht, zum Beispiel Kredite in Japan zu bekommen.

Zum Abschluß des Gesprächs wird vereinbart, die Presse über die Teile des Gesprächs zu unterrichten, die nicht vertraulich bleiben müssen.[32]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57

164

Deutsch-japanisches Regierungsgespräch in Hamburg

341-321.10 JAN **10. Juni 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers und des Bundesministers des Auswärtigen mit dem japanischen MP Suzuki und dem japanischen AM Sonoda im Hamburger Überseeclub am 10.6. von 13.30 bis 15.00 Uhr und über die Plenarsitzung beider Delegationen am Nachmittag des gleichen Tages im Gästehaus des Senats von Hamburg von 15.20 bis 16.25 Uhr[2]

Dem Tischgespräch wohnten, wie bei der Plenarsitzung am Nachmittag, die Mitglieder der beiden Delegationen bei (Note-taker: Botschafter Yoshino, Herr Muto, VLR I Bente; Dolmetscher: Herr Kurokawa, LR I Dr. Schulte).

32 Vgl. dazu die Meldung: „Japan begrenzt Auto-Export"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11. Juni 1981, S. 2.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und am 16. Juni 1981 über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet mit dem Vorschlag der „Billigung Ihrer in den Vermerken festgehaltenen Ausführungen".
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 19. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 25. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Amtsrat Kusnezow am 25. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 341 vermerkte: „Vermerk kann BM z. Zt. nicht zur Billigung vorgelegt werden." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 126979.

2 Ministerpräsident Suzuki hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 163.

BK eröffnet das politische Tischgespräch mit einer Frage nach den sowjetischen Installationen auf den „nördlichen Territorien“[3] und nach der Bedrohung, die von diesen Inseln ausgeht.

MP gibt Aufschluß über das dortige sowjetische Potential (Hafenanlagen für militärische Kräfte, Flughafen, Kasernen für Mannschaften und Ausrüstung einer Division), das, sobald der Wille zum Angriff hinzukommt, eine ernste Bedrohung Japans darstellt.

BK regt sodann an, daß die Lage in Ostasien erörtert wird. Japanische Seite stimmt zu. Zunächst ergreift AM *Sonoda* das Wort.

Er beginnt seine Analyse mit einer Stellungnahme zu Kambodscha. Pol Pot ist wegen seiner inhumanen Aktivitäten zunehmend isoliert. An Gewicht gewinnen Son Sann und Sihanouk. Sie sammeln die gemäßigten antivietnamesischen Kräfte um sich und bemühen sich um den Zusammenschluß aller Widerstandskräfte. Die Chinesen sind an der Einigung besonders interessiert. Der Widerstand nimmt zu, ist aber im Lande verteilt. Immerhin kann das Straßennetz kontrolliert und der Verkehr unterbrochen werden. Die Versorgung im Lande ist daher für Heng Samrin außerordentlich schwierig.

Mit Vietnam waren früher USA belastet, heute trägt die SU die Bürde. Hinzu kommen Afghanistan und Polen. Vor diesen Belastungen und vermehrten Rüstungsanstrengungen schreckt die SU zurück. Sie möchte deswegen mit den Amerikanern ins Gespräch kommen. Vor Abreise der japanischen Delegation hat der sowjetische Botschafter[4] im Außenministerium vorgesprochen und vorgeschlagen, SU und Japan sollten sich gemeinsam für Abrüstung und die Abschaffung von Atomwaffen einsetzen. Er wurde darauf hingewiesen, daß es sowjetischer Politik entspreche, Tatsachen je nach Interessenlage zu verdrehen. Ein solches Vorgehen könne die japanische Regierung nicht zulassen.

Die gegenwärtigen Grenzstreitigkeiten zwischen China und Vietnam[5] dienen den vietnamesischen Interessen, auf die Rolle Chinas hinweisen.[6] Die ASEAN-Staaten haben in der Kambodscha-Frage in der Vergangenheit keine einheitliche Meinung vertreten. Jetzt kommen sie sich näher. Die bevorstehende inter-

3 Die Inselkette der Kurilen zwischen der zur UdSSR gehörenden Halbinsel Kamtschatka und der japanischen Insel Hokkaido wurde am Ende des Zweiten Weltkriegs von sowjetischen Truppen besetzt. Referat 213 führte dazu am 22. Mai 1981 aus: „Japanischer Rückgabeanspruch durch Einführung eines ‚Tages der Nördlichen Territorien‘ (erstmals 7.2.1981 begangen) erneut unterstrichen. Moskau dagegen betrachtet die vier Inseln definitiv als sowjetischen Besitzstand und weist japanische Forderungen als unbefugte Einmischung in innersowjetische Angelegenheiten zurück. Positionen beider Seiten unbeweglich“. Vgl. Referat 341, Bd. 126980.

4 Dmitrij Stepanowitsch Poljanskij.

5 Am 26. Mai 1981 berichtete Generalkonsul Dietrich, Hongkong: „Der chinesisch-vietnamesische Konflikt hat in letzten Tagen […] eine deutliche Verschärfung erfahren“. Der Grund dafür seien „wiederholte blutige Grenzzwischenfälle, erstmals auch im chinesisch-laotischen Grenzgebiet, deren Provozierung sich die beiderseitige Propaganda lautstark gegenseitig zur Last“ lege. Zu den Motiven für die Verschärfung des Konflikts gebe es widersprüchliche Ansichten: „Die eine geht davon aus, daß die VR China die Verschärfung bewußt herbeigeführt hat, um den Druck auf das wirtschaftlich geschwächte Vietnam zu steigern u. die z. Zt. in Kampuchea wieder aktiv operierenden Guerilla-Verbände der Roten Khmer zu entlasten […]. Die gegenteilige Meinung nimmt an, daß Vietnam ein überwiegendes Interesse an der Eskalierung hat, um […] der Welt und insbesondere den ASEAN-Staaten die Ohnmacht der VR China gegenüber den Realitäten der Machtverschiebung in Indochina zu demonstrieren.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 312; Referat 341, Bd. 125317.

6 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

nationale Kambodscha-Konferenz[7] ist wichtig. Ich habe sie bereits vor zwei Jahren vorgeschlagen. Sie kann zwar keine Lösungen bringen, aber doch den Gang der Ereignisse beeinflussen.

China stellt zwar eine wichtige Kraft in Ostasien dar, sie reicht aber nicht aus, um die SU entscheidend zu beeinflussen. Letztere betrachtet China als eine zukünftige, China die SU hingegen als eine aktuelle Bedrohung, daher Chinas Hinwendung zu und Verständigung mit Japan und dem Westen. China braucht aus japanischer Sicht keine militärische, sondern eine wirtschaftliche Unterstützung. China und Japan haben heute besonders enge Beziehungen. Dies entspricht den japanischen Interessen und seiner Friedensstrategie. Die japanische Hilfe an China dient diesem Ziel. Europa und Amerika sollten sich an dieser Hilfe beteiligen.

Stabilität auf der koreanischen Halbinsel ist von größter Wichtigkeit. In der Koreapolitik sind viele Aspekte zu berücksichtigen. Nordkorea war zunächst völlig auf die UdSSR ausgerichtet. Sie hat Wirtschaftshilfe geleistet und Erdöl geliefert. Inzwischen hat sich eine Änderung vollzogen, denn heute liefert China Erdöl, und entsprechend hat sich Pjöngjang zeitweilig nach Peking orientiert. Heute verfolgt das Land eine Politik der equidistance gegenüber Peking und Moskau.

Eine Invasion Südkoreas aus dem Norden ist heute nicht möglich. Allerdings wird die Furcht hiervor von der koreanischen Regierung ausgenutzt, um die Bevölkerung Südkoreas zu disziplinieren und Wirtschaftshilfe zu erhalten.

In China vollzieht sich eine geistige Revolution. Sie wird sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und immer wieder zu innenpolitischen Verschiebungen führen. Kurzfristig ist mit grundsätzlichen Änderungen allerdings nicht zu rechnen. Deng tritt nicht an die Spitze der Partei, er ist aber auch so in der Lage, alle seine Ziele zu verwirklichen, weil er die Armee in der Hand hat.

Das Verhältnis der SU und China ist seit der Kulturrevolution in der Partei ständig in der Diskussion. Schließlich ist China ein kommunistischer Staat und müßte allein deswegen mit der SU zusammengehen. Kulturrevolutionäre Kräfte haben sich mit den Vertretern dieser Tendenz gegen Deng verbündet und sie verstärkt. Es gibt etwa 10 Mio. Menschen, die für eine Verbindung mit Moskau eintreten. Diese Opposition wird aus drei Quellen gespeist:

– jene, die sich dem sowjetischen Kommunismus[8] solidarisch fühlen,
– kulturrevolutionäre Kräfte und
– persönliche Gegner Dengs.

Auf Zwischenfrage des BK führt AM Sonoda weiter aus, daß die Zahl nicht als ein realer Wert zu nehmen sei. Sie stammt von Deng, ist auf die gesamte Bevölkerung bezogen und soll das geringe Gewicht der Opposition in China andeuten. Ein erneutes Zusammengehen zwischen Peking und Moskau ist unwahrscheinlich. Sollte es aber dennoch geschehen, dann werde sich die Lage in Asien von Grund auf verändern. Ich habe dies auch den Amerikanern gesagt.[9]

7 Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 214.
8 Korrigiert aus: „kommunistischen“.
9 Zum Besuch des Ministerpräsidenten Suzuki vom 4. bis 9. Mai 1981 in den USA vgl. Dok. 163, Anm. 12.

Im Rahmen der bisherigen Friedensstrategie müsse daher alles getan werden, daß diese Entwicklung nicht eintritt. Wenn es gelänge, China in das Gerüst der freien Weltwirtschaft einzubinden, dann werde dieses Zusammengehen mit der SU selbst dann nicht mehr möglich sein, wenn es die Chinesen wollten. Deswegen sei die Unterstützung des Landes so wichtig.

Nach diesem Vortrag bittet der *Bundeskanzler* den BM um Darlegung der Lage in Osteuropa.

BM: Polen nimmt im Rahmen des Warschauer Paktes eine Sonderstellung ein. In seiner Geschichte hat es sich als katholisches Land zwischen dem orthodoxen Rußland und dem protestantischen Preußen befunden. Der polnische Nationalismus ist stets ein Faktor der nationalen Identifikation gewesen. In Polen erinnert man sich sehr genau an 1939, das Jahr des Hitler-Stalin-Paktes[10]. Diese Faktoren erklären das mißtrauische Verhalten gegenüber seinen östlichen und westlichen Nachbarn. Der Tod des Primas von Polen[11] hat viele Unsicherheiten geschaffen. Die Rolle des Papstes[12] und der Kirche sind für die weitere Entwicklung von großer Bedeutung. Wirtschaftlich ist Polen im Warschauer Pakt das Land der großen Widersprüche. 70% der Landwirtschaft befindet sich noch in Privatbesitz. Sie wurde von der Regierung vernachlässigt. Sie hat die Industrie gefördert. Heute fehlen die Devisen, um die Entwicklung der polnischen Industrie weiter voranzubringen. Aus diesen Schwierigkeiten ist die „Solidarität" entstanden.[13] Die Gewerkschaft hat politische Forderungen mit wirtschaftlichen Drohungen durchgesetzt. Sie ist daher für Moskau der größte Ketzer. Schon allein das Faktum ihrer Existenz läßt ermessen, in welchen Schwierigkeiten sich die SU befindet.

Die Grundsätze der deutsch/westlichen Politik gegenüber Polen waren:

– Nichteinmischung,
– Hilfe,
– Bereitschaft zur Fortsetzung des Ost-West-Dialogs.

Es besteht die Hoffnung, daß die SU durch diese Politik von einer Intervention zurückgehalten wird, allerdings befinden wir uns zur Zeit vor dem Parteitag[14] in der schwierigsten Phase. Da die Forderung auf Geheimwahlen gestellt worden ist, ist der Ausgang der Delegiertenwahlen ebensowenig vorauszusehen wie Personal- und Sachentscheidungen. Diese Situation erklärt die Unruhe Moskaus und der übrigen Mitglieder des Warschauer Paktes. Nur ganz sichere Kandidaten sind überhaupt bereit, sich um die Wiederwahl zu bewerben. Der Wahlverzicht des polnischen Staatspräsidenten[15] erklärt sich aus seiner Furcht, nicht wiedergewählt zu werden.

10 Für den Wortlaut des Nichtangriffsvertrags vom 23. August 1939 zwischen den Deutschen Reich und der UdSSR mit Geheimem Zusatzprotokoll über die Abgrenzung von Interessensphären vgl. ADAP, D, VII, Dok. 228 und Dok. 229.

11 Der Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, verstarb am 28. Mai 1981. Vgl. dazu Dok. 154, Anm. 6.

12 Johannes Paul II.

13 Zur Gründung der unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność" am 17. September 1980 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

14 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

15 Henryk Jabłoński.

Die Forderungen der Mitglieder des Warschauer Paktes wurden auf dem letzten Gipfeltreffen[16] von Generalsekretär Breschnew abgelehnt. Er befürchtet, daß ihre Erfüllung sein Lebenswerk in Frage stellen würde. In den kommenden vier Wochen muß der Westen eine sehr starke Haltung bewahren. Sollte Moskau intervenieren, dann werde eine grundsätzliche neue Lage eintreten. Bei meinem Besuch in Polen[17] bin ich vom Generalsekretär der Partei und von MP Kania sehr beeindruckt gewesen. Es besteht in Polen ein nationaler Konsensus zwischen MP und Wałęsa, letzterer muß sich der Intellektuellen, nicht der Arbeiter erwehren. Neben diesen Persönlichkeiten hat mich vor allem der verstorbene Kardinal-Primas beeindruckt. Es würde mich interessieren, was Staatsratsvorsitzender Honecker in Tokio[18] zu den Forderungen des Gipfeltreffens des Warschauer Paktes zu sagen hatte.

MP: Honecker hat sich wegen seines Besuches in Japan noch an meinen Vorgänger[19] gewandt. Erst kürzlich konnte er verwirklicht werden. Honeckers Ziel ist wohl vor allem gewesen, einem dem Westen angehörenden Industriestaat einen Staatsbesuch abzustatten. Die deutsche Botschaft in Tokio ist eingehend über den Besuch unterrichtet worden. Ich habe Honecker um Stellungnahme zur sowjetischen Intervention in Afghanistan[20] gebeten. Er hat wie die SU geantwortet: Die Intervention sei auf Bitten der afghanischen Regierung erfolgt, sobald keine Gefahr der Einmischung von außen mehr bestehe, würden sich die sowjetischen Truppen zurückziehen. Zu Polen hat der Staatsratsvorsitzende bemerkt, es sei ein Mitglied des Warschauer Paktes und werde es auch bleiben. Diese Haltung werde von der ganzen überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Kania habe die Lage unter Kontrolle. Eine radikale Änderung werde im Lande nicht erwartet.

Die Ausführungen waren alle sehr oberflächlich. Ich habe Honecker darauf hingewiesen, daß das Verhältnis und der Kontakt zwischen beiden deutschen Staaten für den Weltfrieden sehr wichtig und von symbolischer Bedeutung für alle Länder seien. Die Erhöhung der Umtauschquoten[21] habe die Kontakte allerdings sehr beeinträchtigt. Die Besucherzahlen in die DDR seien bereits zurückgegangen, und es sei zu fragen, ob dieses Vorgehen wirklich dem freien Ver-

16 Zur Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5. Dezember 1980 in Moskau vgl. Dok. 1, Anm. 15.

17 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

18 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich vom 26. bis 31. Mai 1981 in Japan auf. Am 30. Mai 1981 teilte Botschafter Blech, Tokio, mit, er sei am Vortag seitens des japanischen Außenministeriums, „wenige Stunden nach Abfahrt Honeckers nach Osaka“ über „Gesprächsverlauf und bisherige Bewertung“ des Besuchs unterrichtet worden. Aus den Informationen über das Gespräch des Ministerpräsidenten mit Honecker am 27. Mai 1981 sei hervorgegangen, daß die von Suzuki geäußerte Besorgnis über die Erhöhung des der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 Honecker „zu längeren apologetischen Ausführungen genötigt“ habe, so etwa zu dem Hinweis, „die DDR sei durch illegalen Devisenmarkt in West-Berlin (eine DM West gleich vier bis fünf DM Ost) zu der Erhöhung gezwungen gewesen“. Ein weiteres Thema, bei dem Honecker sich „erneut in der Defensive“ befunden habe, sei die Lage in Polen gewesen. Er, Blech, habe sich dafür bedankt, „daß MP Suzuki die Frage des Mindestumtauschs in unserem Sinne angesprochen“ habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 662; Referat 341, Bd. 127002.

19 Masayoshi Ohira.

20 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

21 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

kehr zwischen beiden deutschen Staaten gerecht werde. Honecker hat auf die angeblichen Wechselkurs-Manipulationen (Berlin-West) hingewiesen.

BK: Wir sind Ihnen, Herr MP, hierfür sehr dankbar. Ich stimme Ihnen zu, daß das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten eine barometrische Funktion hat. Ich sollte noch erwähnen, daß wir Herrn Breschnew erwarten. Ein Termin ist noch nicht endgültig vereinbart, aber der Besuch wird wohl zustande kommen.[22] Er wird den Charakter eines Gegenbesuches zu meinem und Herrn BM Genschers Besuch in Moskau im Sommer 1980[23] haben. Dieser Besuch, die KSZE-Konferenz und die Vorschläge für eine KAE[24] dienen dazu, die Hemmschwelle für eine sowjetische Intervention in Polen zu erhöhen.

MP: Es ist sehr wichtig, daß alle Länder zusammenarbeiten, um die SU an einer Intervention in Polen zu hindern. Japan wird, wenn nötig, mit dem Westen solidarisch handeln.

Plenarsitzung, 15.20 Uhr

MP bittet um Einschätzung der Lage in Europa nach Wahl Mitterrands[25].

BK: Der französische AM ist soeben bei uns gewesen.[26] Ich habe Mitterrand gesehen.[27]

BK bittet den BM um Erwiderung auf die Frage.

BM: Die Grundfrage ist, wie wird sich das deutsch-französische Verhältnis gestalten? Wir haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die deutsch-französische Freundschaft breiter gegründet ist als auf das Verhältnis zwischen zwei Männern. Die neue französische Führung hat die gleiche Auffassung und hat dies auch zum Ausdruck gebracht.

Nimmt man die verschiedenen politischen Felder, so kann folgendes festgestellt werden:

– In Europa wird die konstruktive Rolle Frankreichs fortgesetzt. Die französischen Sozialisten können in europäischen Angelegenheiten eine weniger problematische Rolle als jene Kräfte spielen, auf die sich der bisherige französische Staatspräsident stützen mußte. Niemand kann sagen, wie die Wahl zur Nationalversammlung[28] ausgehen wird. Die Sozialisten werden die stärkste Kraft abgeben, aber sie werden vermutlich mit den Kommunisten zusammenarbeiten müssen. Eine wesentliche Frage ist daher, wie wird die Rolle Frankreichs in der West-Ost-Politik und in der NATO sein?
  Ferner steht heute schon fest: Die neue Führung wird gegenüber der Sowjet-

22 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 5.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

23 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok.193–195.

24 Zu den Vorschlägen für eine Konferenz über Abrüstung in Europa, die auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorgelegt wurden, vgl. Dok. 10.

25 François Mitterrand wurde am 10. Mai 1981 zum französischen Staatspräsidenten gewählt.

26 Zum Aufenthalt des französischen Außenministers Cheysson am 2. Juni 1981 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 159–162.

27 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

28 In Frankreich fanden am 14. bzw. 21. Juni 1981 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

union eine strenge Haltung einnehmen. Denn die Sozialisten, die sich auf kommunistische Abgeordnete stützen, wollen von vornherein allen Zweifeln aus dem Wege gehen. Giscard brauchte in seiner Politik gegenüber der Sowjetunion keine Zweifel auszuräumen!

– In der Politik gegenüber der DW haben wir darauf hingewiesen, daß wir nicht daran interessiert sind, den Ost-West-Gegensatz auf die DW zu übertragen. Die französische Regierung ist ebenfalls klar auf diesem Kurs: gegenüber dem frankophonen Afrika, aber auch in der Namibia-Frage und in Mittelamerika. Im Nord-Süd-Dialog wird, durch den Einfluß des neuen französischen AM, die französische Politik den Amerikanern weniger nah sein als bisher. Auch im Nahost-Konflikt wird die französische Regierung eine konsequente Haltung einnehmen, aber vielleicht nicht mit einem so deutlichen pro-arabischen Akzent. Alles in allem wird es keine großen Änderungen geben. In der Außenpolitik werden wir keine Probleme haben.
– Es bleibt die Frage nach den psychologischen Auswirkungen einer eventuellen kommunistischen Regierungsbeteiligung. Die zentralen Ministerien sind bereits besetzt. Die Kommunisten haben keine Chance, solche Ministerien zu besetzen. Dennoch bleiben die psychologischen Auswirkungen, insbesondere in Italien, auf der Iberischen Halbinsel, selbst in der Bundesrepublik Deutschland. Sicherlich wird es in Frankreich keine pro-kommunistische Regierungspolitik geben. Möglicherweise kommt es nach einer gewissen Zeit auch zu Änderungen der innenpolitischen Szene, werden die Kommunisten „an die Ekke gedrängt" und werden schließlich keine signifikante Kraft mehr darstellen.

MP kommt an dieser Stelle zurück auf Bemerkungen vom Vormittag über die Energieleistungen der sich bisher im Betrieb befindlichen japanischen Kernkraftwerke: 150 000 000 KW/Std. = 150 000 Megawatt/Std. oder 12 % der japanischen Stromerzeugung.

BK: Haben Sie viel populären Widerstand gegen die Kernenergie?

MP: Ja, heute gibt es solchen Widerstand, denn Japan ist das erste Land, das Erfahrungen mit Atombomben[29] gehabt hat. Deswegen die Ablehnung. Allerdings hat es nur wenig Unfälle beim Reaktorbau gegeben. 75 % der bisher geplanten Reaktoren befinden sich in Betrieb, diejenigen der neuesten Bauart sind die qualitativ besten.

BK erkundigt sich sodann nach rechtlichen Schwierigkeiten beim Reaktorbau.

MP weist darauf hin, daß es nur wenige Probleme gebe, allerdings seien sehr umfangreiche verwaltungstechnische Richtlinien zu berücksichtigen, deren Erfüllung sehr viel Zeit in Anspruch nehme.

BK erläutert die deutsche Problematik. Es gibt zu viele Gerichtsentscheidungen, die die Entwicklung verzögern. Heute gebe es allerdings einen Gegner weniger, nämlich den früheren Präsidenten Carter. Er hat uns am Export deutscher Nukleartechnologie gehindert.[30] Wir haben der neuen amerikanischen Regierung unseren Standpunkt zu diesen Fragen eingehend dargelegt, um die Wiederholung der früheren Entwicklung zu verhindern. Es gibt im Nichtver-

29 Am 6. bzw. 9. August 1945 wurden von der amerikanischen Luftwaffe je eine Atombombe auf die japanischen Städte Hiroshima bzw. Nagasaki abgeworfen.
30 Zur amerikanischen Nichtverbreitungspolitik vgl. Dok. 90, Anm. 35, und Dok. 149, Anm. 8.

breitungsvertrag[31] nicht nur die Präambel, die die Kernmächte zur Nichtverbreitung verpflichtet, sondern auch den Artikel 4, der den anderen Ländern die ungeschmälerte Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke zusichert. Daran müssen wir unsere Freunde, die gelegentlich von den USA unter Druck gesetzt werden, erinnern. Wir haben das Recht zur Wiederaufbereitung, wenn wir uns den safeguards[32] unterwerfen.

Auf die Zwischenfrage des BK über den Wiederaufbereitungsprozeß in Japan stellt MP *Suzuki* fest, er habe in Washington darauf hingewiesen, daß Japan beabsichtige, die Wiederaufbereitung fortzuführen. Beide Seiten seien übereingekommen, das bisherige Verfahren um weitere sechs Monate zu verlängern. Während dieser Zeit solle dann konsultiert werden. Japan beabsichtige auf jeden Fall, die zweite Wiederaufbereitungsanlage fortzuführen. In der Wiederaufbereitungsfrage hätte die Carter-Administration eine sehr harte Haltung eingenommen. Die Politik der neuen Administration müsse erst noch festgelegt werden. Die japanische Regierung hoffe, daß sie sich in den Verhandlungen mit den Amerikanern behaupten könne. Was ihm am meisten Sorge bereite, sei, daß kleinere Länder heute atomare Versuche machten und sich bemühten, Atomwaffen herzustellen. Wenn das so weiterginge, sei die Existenz der Menschheit ernsthaft bedroht. Deswegen käme es darauf an, überall und immer für die atomare Abrüstung und gegen die Aufrüstung einzutreten.

BM weist auf den israelischen Luftangriff auf den irakischen Reaktor hin.[33] Hier handelt es sich um den Angriff eines Landes, das den Nichtverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet hat, auf ein Land, das ihn unterzeichnet hat. Wenn dieses Beispiel Schule macht, werden wir diejenigen Länder, die die Atombombe entwickeln, nicht dazu überreden können, daß sie dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten.

MP: Der Angriff Israels auf den Irak ist eine sehr ernste Angelegenheit. Die japanische Regierung hat gestern eine offizielle Erklärung abgegeben.[34] Israel

31 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

32 In der Folge des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 wurde ein neues IAEO-Sicherungssystem zur Kontrolle der Nichtkernwaffenstaaten erforderlich. Für das Dokument INFCIRC/66/Rev. 2 vom 16. September 1968 vgl. INTERNATIONAL ATOMIC ENERGY AGENCY, The Agency's Safeguards System (1965, as Provisionally Extended in 1966 and 1968), [Wien] 1968.
Vom 19. bis 21. Oktober 1977 fand auf amerikanische Initiative in Washington die Organisationskonferenz für die internationale Evaluierung des Brennstoffkreislaufs (INFCE) statt, auf der acht Arbeitsgruppen eingesetzt wurden, die in „maximal zwei Jahren" folgende Arbeitsgebiete untersuchen sollten: 1) Verfügbarkeit von Kernbrennstoff und Schwerem Wasser; 2) Verfügbarkeit der Anreicherung; 3) Sicherstellung langfristiger Verfügbarkeit von Technologie, Brennstoff, Schwerem Wasser und Dienstleistungen in mit der Nichtverbreitung vereinbarer Form; 4) Wiederaufarbeitung, Behandlung und Wiederverwendung von Plutonium; 5) Schnellbrüter; 6) Behandlung ausgedienten Brennmaterials; 7) Behandlung und Lagerung von Abfällen; 8) neuartige Konzeptionen für Brennstoffkreisläufe und Reaktoren. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. EUROPA-ARCHIV 1977, D 710–712.
Die INFCE-Abschlußkonferenz fand vom 25. bis 27. Februar 1980 in Wien statt. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 65.

33 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

34 Am 11. Juni 1981 stellte Referat 310 eine Übersicht von „Stellungnahmen Dritter" zu dem israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" vom 7. Juni 1981 zusammen. Danach habe die japanische Regierung bedauert, „daß Israel zu einem so ‚skrupellosen Akt' Zuflucht genommen habe. Wie es in einer von Außenminister Sunao Sonoda abgegebenen Erklärung heißt, sei zu be-

kann diesen Angriff begründen, wie es will, er ist nicht zu rechtfertigen. Irak hat die Angelegenheit vor den Sicherheitsrat gebracht. Ich hoffe, daß dessen Zusammentritt dazu führen wird, das israelische Unrecht darzulegen.[35] Der Vorfall sollte von uns benutzt werden, um deutlich für die atomare Abrüstung und zum Beitritt des Nichtverbreitungsvertrages beizutreten.[36] Ich schlage vor, daß beide Regierungschefs davon sprechen, daß dieses Thema behandelt worden ist. Wichtig ist vor allem, daß alle Länder dem Nichtverbreitungsvertrag beitreten.

BM: Ich würde von diesem Procedere abraten, denn dann würde der Eindruck entstehen, daß der Irak gegen den Nichtverbreitungsvertrag verstoßen hätte. Dies ist jedoch nicht der Fall. Ein solches Vorgehen könnte leicht zu Mißverständnissen bei den Arabern führen. Intern müssen wir uns natürlich darüber im klaren sein, daß der Beitritt zum Nichtverbreitungsvertrag notwendig ist.

AM *Sonoda* greift an dieser Stelle in die Debatte ein und erläutert, daß der MP zweierlei gemeint hätte:

– Israel müsse eindeutig ins Unrecht gesetzt werden,

– die Proliferation müsse unterbunden werden.

Auch der *BK* schaltet sich erneut in die Aussprache ein und unterstreicht, daß er ebenfalls davon abraten würde, in diesem Zusammenhang die Nichtverbreitung anzuschneiden, denn dies würde bedeuten, daß Israel recht gegeben würde. Er fügt hinzu, daß unser Verhältnis zu Israel aufgrund unserer Geschichte immer von besonderer Empfindlichkeit sei und daher auch unser Verhältnis zu den Arabern nicht einfach. Er bedankt sich für das Verständnis des MP, der inzwischen seinen Vorschlag zurückgezogen hatte.

Abschließend erwähnt MP *Suzuki* noch einmal Ottawa[37]. Über den Sachstand sei gesprochen worden, ihn würde aber doch interessieren, welche Themen dort hauptsächlich behandelt würden.

BK unterstreicht, daß es im wesentlichen Wirtschaftsthemen sein werden, nämlich Geldpolitik, nicht so sehr die Energiepolitik, aber Wirtschaftshilfe für die Dritte Welt und das Nord-Süd-Verhältnis. Das wichtigste Ereignis werde die Aussprache beim gemeinsamen Abendessen sein.[38] Es sei zu erwarten, daß dort die beiden neuen Präsidenten[39] im Mittelpunkt ständen.

Referat 341, Bd. 126979

Fortsetzung Fußnote von Seite 905

fürchten, daß dieser Zwischenfall zu einer weiteren Verschärfung der Spannungen zwischen Israel und den arabischen Staaten führe. Alle Parteien seien deshalb aufgerufen, in dieser Situation äußerste Zurückhaltung zu üben." Vgl. Referat 310, Bd. 135681.

35 Zur Behandlung des israelischen Angriffs auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" vom 7. Juni 1981 im VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 173, Anm. 8.

36 Satz so in der Vorlage.

37 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

38 Zu den Abendessen der Staats- und Regierungschefs am 19. bzw. 20. Juli 1981 in Montebello vgl. Dok. 210 und Dok. 215.

39 François Mitterrand und Ronald W. Reagan.

165

Bundesminister Genscher an Bundeskanzler Schmidt (Entwurf)

220-371.80 SCG-919/81 geheim **10. Juni 1981**[1]

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Ich danke Ihnen für Ihr Schreiben vom 4. Juni 1981.[2] Mit Ihnen bin ich der Auffassung, daß die nächsten Sitzungen der Special Consultative Group (SCG) von großer Bedeutung für unsere gemeinsamen Bemühungen um baldige und erfolgreiche Rüstungskontrollverhandlungen sein werden.

Wie Sie wissen, wurde die Position der Bündnispartner zum Doppelbeschluß[3] in dem sog. Integrated Decision Document[4] niedergelegt, das die Grundlage für die Entscheidung vom 12. Dezember 1979 bildet. Für die künftigen rüstungskontrollpolitischen Verhandlungen sind dabei die im § 23 des Integrated Decision Document (IDD) enthaltenen Prinzipien (Anl. 1[5]) von besonderer Bedeutung. Wir haben seinerzeit an der Gestaltung dieser Prinzipien auf der Grundlage von BSR-Beschlüssen maßgeblich mitgewirkt. Sie sind der Kern der westlichen Verhandlungsposition und zum Teil in dem am 12. Dezember veröffentlichten Kommuniqué (Anl. 2[6]) enthalten.

Ich habe unseren Vertreter in der SCG, Botschafter Ruth, angewiesen, darauf zu achten, daß der Inhalt des genannten Dokuments weiterhin Grundlage der westlichen Position für die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen bleibt.

1 Der Entwurf eines Schreibens wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert und von Botschafter Ruth am 10. Juni 1981 über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu vermerkte er: „Anliegend wird weisungsgemäß der Entwurf eines Antwortschreibens des Herrn Bundesministers an den Herrn Bundeskanzler mit der Bitte um Zustimmung vorgelegt. Der Briefentwurf ist mit dem Bundesministerium der Verteidigung abgestimmt."
Hat Staden am 10. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M. E. ein voll befriedigender Text."
Hat den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Wallau und Edler von Braunmühl am 11. Juni 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundeskanzler Schmidt teilte Bundesminister Genscher mit, „die nächsten Sitzungen der Special Consultative Group sind von großer Bedeutung für unsere gemeinsamen Bemühungen um baldige und erfolgversprechende Verhandlungen über nukleare Mittelstreckenwaffen. Wir sollten daher besonders sorgfältig prüfen, in welcher Weise die Vertreter der Bundesregierung durch eigene Konzeptionen und Ideen dazu beitragen können, daß über Mittelstreckenwaffen zügig und zielstrebig verhandelt wird. Ich wäre dankbar, wenn Sie mich rechtzeitig vor der nächsten Sitzung der Special Consultative Group darüber unterrichten könnten, mit welchen Weisungen die Vertreter der Bundesregierung an den Erörterungen in der SCG teilnehmen werden." Vgl. VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

4 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11404 (220).

6 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11404 (220).
Für den Wortlaut des Kommuniqués über die gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten mit Ausnahme Frankreichs am 12. Dezember 1979 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1975–1980, S. 121–123. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 35–37.

Dies schließt, darüber sind wir uns mit den Amerikanern einig, Verfeinerungen im Lichte der Entwicklungen seit Dezember 1979 nicht aus. Ein Festhalten an den Prinzipien und der darin festgelegten Verhandlungssubstanz ist jedoch deshalb von entscheidender Bedeutung, weil eine über „Verfeinerungen" hinausgehende Veränderung des Verhandlungsteils des Doppelbeschlusses von einzelnen Bündnispartnern zum Anlaß genommen werden könnte, weitergehende Modifizierungen anzustreben. Dadurch könnten der Doppelbeschluß insgesamt gefährdet oder weitere Verzögerungen des Verhandlungsbeginns verursacht werden, die vermeidbar sind und vermieden werden müssen.

Wir werden in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der NATO-Frühjahrskonferenz in Rom[7] und mit den Ergebnissen Ihres Besuchs in Washington[8] darauf bestehen, daß förmliche amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über die Begrenzung von Mittelstreckenraketen möglichst bald, jedenfalls noch in diesem Jahr, beginnen werden. Bei Vorbereitung und Durchführung dieser Verhandlungen werden wir auf folgende Elemente besonderen Wert legen:

1) Die Verbindung zum SALT-Prozeß muß gewahrt bleiben, um eine Abkoppelung der Verhandlungen im Mittelstreckenbereich vom zentralstrategischen Bereich (mit allen Folgewirkungen für die NATO-Strategie) zu vermeiden. Dabei besteht unter den Bündnispartnern Einverständnis, daß die Verhandlungen über LRTNF unabhängig von der SALT-II-Überprüfung[9] und ihrem Abschluß beginnen können.

2) Die Mitwirkung der Special Consultative Group an der Vorbereitung und Verfeinerung der Position, mit der die Amerikaner in die Verhandlungen gehen, und das laufende enge Zusammenwirken von SCG und Verhandlungsdelegation während der Verhandlungen muß gewahrt bleiben. Dadurch wird sich sicherstellen lassen, daß während der Verhandlungen die Interessen aller Bündnispartner, insbesondere der europäischen, voll gewahrt werden und daß der notwendige Informationsfluß über die Verhandlungsvorbereitungen und über den späteren Verhandlungsverlauf gesichert wird.

3) Für den September ist das die Vorbereitungen auf die Verhandlungen abschließende Gespräch Haig/Gromyko vorgesehen.[10] Wir werden vorschlagen, daß zwischen dem Termin für die nächste Sitzung der SCG am 17. Juni[11] und dem September-Termin Haig/Gromyko mindestens noch eine weitere SCG-Sitzung stattfindet.[12]

7 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

10 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

11 Zur achten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 174.

12 Zur neunten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 3. August 1981 in Brüssel vgl. Dok. 227.
Zur zehnten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 16. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 259.

4) Die Verhandlungen sollen, wie im Integrated Decision Document festgelegt, schrittweise geführt werden. Im ersten Schritt sollen sie sich auf die paritätische Begrenzung der landgestützten Mittelstreckenraketen beider Seiten konzentrieren, d. h. auf die Waffen, die von der jeweils anderen Seite als besonders bedrohlich bezeichnet werden. Diese bewußte Eingrenzung der Verhandlungsmaterie der ersten Phase entspricht der erwarteten Kompliziertheit der Verhandlungen und der Überlegung, daß zügig und zielstrebig und mit der Aussicht auf Erfolg am ehesten verhandelt werden kann, wenn der Verhandlungsgegenstand überschaubar ist und wenn die zu begrenzenden Systeme vergleichbar sind.

5) Die Konzentration auf landgestützte Mittelstreckenraketen im ersten Verhandlungsabschnitt darf nicht, auch das wurde im Entscheidungsdokument bereits festgelegt, zur Außerachtlassung anderer relevanter Systeme wie etwa des Backfire-Bombers führen. Zu der Frage, wie ggfs. auf die sowjetische Forderung zur Einbeziehung amerikanischer Flugzeuge (FBS) zu reagieren sei, hatten Auswärtiges Amt und Bundesministerium der Verteidigung eine BSR-Vorlage für die Sitzung am 4. Februar 1981 erarbeitet.[13] Diese Vorlage kam zu dem Ergebnis, daß eine Erweiterung der Verhandlungsmaterie um amerikanische Flugzeuge nur auf eine entsprechende amerikanische Initiative im Bündnis hin ins Auge gefaßt werden sollte. Aus der Sicht deutscher verteidigungs- und rüstungskontrollpolitischer Interessen muß sichergestellt werden, daß jede Erweiterung strikt das Prinzip der Reziprozität beachtet. Auf amerikanischer Seite könnte nach unseren Überlegungen allenfalls der amerikanische F-111-Mittelstreckenbomber einbezogen werden. Hinsichtlich der in der Entwicklung begriffenen sowjetischen Kurzstreckensysteme hat die genannte BSR-Vorlage ins Auge gefaßt, zunächst ihre Einbindung durch begleitende Maßnahmen (constraints) in Erwägung zu ziehen.

6) Im Kommuniqué von Rom wurde beschlossen, „eine auf den neuesten Stand gebrachte Bedrohungsanalyse der Allianz und eine Studie über die technischen Erfordernisse der TNF der NATO“ zu erarbeiten.[14] Bei den Beratungen in Rom und der Verteidigungsminister in Brüssel[15] und in unseren bisherigen Kontakten mit den Vereinigten Staaten waren wir uns einig, daß die Fertigstellung dieser beiden Studien nicht als Vorbedingung für den Verhandlungsbeginn, sondern daß sie der technischen Verfeinerung der Verhandlungsposition dienen sollen. Wir werden dementsprechend bei den SCG-Beratungen Wert darauf legen, daß, diesem Einverständnis entsprechend, der Doppelbeschluß erhalten bleibt und in seiner Substanz von den Studien nicht berührt wird.

7) Die öffentliche Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß wird um so überzeugender geführt werden können, je einheitlicher die von den Bündnispartnern verwandten Argumente sind. Wir werden deshalb anregen, in der SCG einen

13 Für die Vorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung vom 22. Januar 1981 für die Sitzung des Bundessicherheitsrats vom 4. Februar 1981 vgl. VS-Bd. 14097 (010).

14 Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342.

15 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

Argumentationskatalog zu erarbeiten, der bei der öffentlichen Diskussion von allen Bündnispartnern herangezogen werden soll. Darin wird auch das neu aktualisierte Thema land- oder seegestützte LRTNF behandelt werden. Wir beabsichtigen, als unseren Diskussionsbeitrag den Argumentationskatalog zur Verfügung zu stellen, der derzeit vom Bundespresseamt verteilt wird.[16]

Die nächste Sitzung des Bundessicherheitsrates am 26. Juni wird dem Auswärtigen Amt Gelegenheit geben, über den Verlauf der SCG-Beratungen am 17. Juni zu berichten.[17]

Dem Bundesminister der Verteidigung[18] habe ich einen Durchdruck dieses Schreibens übersandt.[19]

Mit freundlichen Grüßen
gez. Genscher

VS-Bd. 11402 (220)

16 Vgl. ASPEKTE DER FRIEDENSPOLITIK. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses. Eine Veröffentlichung der Bundesregierung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1981.

17 Referat 220 vermerkte am 22. Juni 1981 für den Tagesordnungspunkt 5 „Stand der Durchführung des Doppelbeschlusses" der Sitzung des Bundessicherheitsrats vom 26. Juni 1981 zur Haltung der amerikanischen Regierung, diese sei „uneingeschränkt verhandlungsbereit". Derzeit bereite sie „mit großer Ernsthaftigkeit und Intensität die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen vor". Zu den amerikanisch-sowjetischen Kontakten der jüngsten Zeit wurde ausgeführt, „daß sie nicht die Substanz späterer Verhandlungen berühren, sondern lediglich deren Form". Zusammenfassend lasse sich sagen, „daß der Westen eine solide und negotiable Verhandlungsgrundlage hat und daß Einzelheiten der Verhandlungsposition in der noch verbleibenden Zeit auf der Basis des I[ntegrated] D[ecision] D[ocuments] und der bereits erfolgten SCG-Arbeiten festgelegt werden können". Vgl. VS-Bd. 10270 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

18 Hans Apel.

19 Das Schreiben wurde am 15. Juni 1981 übermittelt.
Bundeskanzler Schmidt antwortete am 4. September 1981: „Im Hinblick auf den Fortgang des Konsultationsprozesses und die bevorstehende Sitzung der Special Consultative Group wäre ich Ihnen dankbar für eine mit dem Bundesminister der Verteidigung abgestimmte kurzgefaßte Darstellung der Position der Bundesregierung, die auch Hinweise auf diejenigen Elemente der Verhandlungsposition enthält, bei denen sich noch keine vollständige Übereinstimmung mit den Vorstellungen der amerikanischen Seite abzeichnet bzw. die amerikanische Position noch nicht festgelegt ist." Vgl. VS-Bd. 14109 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

166

Ministerialdirektor Gorenflos an die Botschaft in Washington

311-321.00 LIY-470/81 VS-vertraulich **11. Juni 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 3075 Plurez **Aufgabe: 12. Juni 1981, 18.07 Uhr**

Enthält Weisung

Betr.: Beziehungen zu Libyen

1) Am 9.6.1981 hat der ehemalige Leiter des Büros für Auswärtige Beziehungen (Außenminister) und heutiger Sonderbotschafter Gaddafis, Shahati, nach einer kurzfristigen Anmeldung ein Gespräch mit Bundesminister geführt. Das Gespräch diente im wesentlichen dazu, das libysche Interesse an verbesserten Beziehungen zu Washington darzulegen. Shahati will nächste Woche nach Washington reisen und hat den Bundesminister gebeten, ihm dabei behilflich zu sein.

2) Shahati erklärte im einzelnen: Er werde um den 20.6. (nach späterer Mitteilung des libyschen Volksbüros bereits am 15. Juni) herum im Auftrag Gaddafis nach Washington reisen. Dort hoffe er, hochrangig empfangen zu werden. Die libyschen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten seien erheblich erschwert, seitdem das Volksbüro in Washington geschlossen worden sei.[2] Man müsse dies im Zusammenhang sehen mit einer antilibyschen Pressekampagne und der laufenden amerikanischen Unterstützung an Israel. Libyen gehöre zu den wenigen Staaten der Region, in denen die kommunistische Partei verboten sei. Im Gegensatz zu Syrien habe sein Land auch kein Abkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen.[3] Libyen könne aber durch die abweisende Politik der Vereinigten Staaten gezwungen werden, Partei zugunsten des Warschauer Pakts zu ergreifen. Libyen sei entschlossen, seine Politik der Ungebundenheit und der unabhängigen Standpunkte weiterzuverfolgen. Wenn er jetzt im Auftrag Gaddafis nach Washington reise, hoffe er, daß der Bundesminister aufgrund seiner laufenden Kontakte zu Haig ein gutes Wort bei den Amerikanern einlege. Shahati wies abschließend darauf hin, er strebe hochrangige Gespräche auch mit Senatoren und Mitgliedern des Abgeordnetenhauses an.

Der Bundesminister erwiderte, nicht nur in den Vereinigten Staaten werde Libyen immer wieder mit dem internationalen Terrorismus in Verbindung gebracht. Es komme dabei gar nicht in erster Linie auf den Wahrheitsgehalt solcher Anschuldigungen an. Wesentlich sei, die Grundlage für diese Behauptungen aus der Welt zu schaffen. Libyen solle jetzt die Initiative ergreifen und die Dinge klarstellen. Das zweite Thema, das beim Amerikabesuch Shahatis sicher

[1] Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit konzipiert.

[2] Am 6. Mai 1981 ließ die amerikanische Regierung das libysche Volksbüro in Washington schließen und die dortigen Mitarbeiter des Landes verweisen. Vgl. dazu den Artikel „U.S. Tells Libyans to Close Mission and Leave Country"; THE WASHINGTON POST vom 7. Mai 1981, S. 1 und 23.

[3] Zum „Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit", der am 8. Oktober 1980 zwischen Syrien und der UdSSR geschlossen wurde, vgl. Dok. 47, Anm. 18.

eine große Rolle spiele, sei die Lage im Tschad.[4] Hier komme es darauf an, positive Signale zu setzen. Er könne nur den Rat geben, die libyschen Truppen zurückzuziehen. Damit würde sich Gaddafis internationale Position schlagartig und fundamental verbessern. Dem libyschen Wunsch, mit der amerikanischen Seite wegen des bevorstehenden Shahati-Besuchs zu sprechen, wolle er gerne nachkommen. Wir seien daran interessiert, daß Libyen und die Vereinigten Staaten sich bemühten, Steine aus dem Weg zu räumen.

3) Die Ausführungen Shahatis erhalten zusätzlich Gewicht vor dem Hintergrund eines Gesprächs, das der Bundesminister am 12.5. mit einem anderen Abgesandten Gaddafis geführt hatte.[5] Dieser hatte ausgeführt: Gaddafi habe seinen kürzlichen Besuch in der SU vorzeitig abgebrochen.[6] Der Besuch habe ihn dazu geführt, seine Gedanken bezüglich Europas und der Bundesrepublik Deutschland zu überdenken. Gaddafi sei an einem Punkt angekommen, wo er zweifle, ob die Zusammenarbeit Libyens mit der SU in bisherigem Umfang fortgesetzt werden könne. Nach seiner (des Abgesandten) Auffassung sei Gaddafi an dem Punkt, wo sich entscheide, wie weit er künftig nach Osten oder nach Westen tendieren solle.

Gaddafi habe sich bemüht, die Beziehungen zur neuen amerikanischen Administration zu verbessern. Er sei davon ausgegangen, daß die USA sich bemühen sollten, die arabischen Staaten so zu behandeln wie Israel, d.h., daß sie nicht Position für eine Seite beziehen sollten. Leider habe die neue Administration einseitig die Position Israels eingenommen und die Beziehungen zur arabischen Welt erheblich verschlechtert.

Zur libyschen Intervention im Tschad sei zu bemerken, daß die Truppen ihren Rückzug aus der Hauptstadt angetreten hätten. Ihre Intervention gehe auf eine entsprechende Bitte der rechtmäßigen Regierung des Tschad zurück. Libyen habe damit eine seit 15 Jahren andauernde innere Auseinandersetzung im

4 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 116, Anm. 13.
Referat 321 erläuterte am 5. Juni 1981: „Nachdem Gaddafi offenbar im Augenblick nicht daran denkt, Nachbarländer wie Niger und Mali durch weitere Interventionen zu ‚tschadisieren', und das Projekt einer raschen Fusion zwischen Libyen und Tschad offenbar zurückgestellt hat, erscheint heute die libysche Aktion als begrenzt und im Rahmen eines Krisenmanagements als begrenzbar. […] Erkenntnisse über eine logistische Unterstützung der libyschen Intervention durch die SU und andere WP-Staaten haben sich in jüngster Zeit gefestigt." Vgl. Referat 321, Bd. 141042.
Botschafter Herbst, Paris, teilte am 5. Juni 1981 mit, am 23. Mai 1981 habe in N'Djamena ein „Mini-Gipfel" zwischen Oberst Gaddafi, dem Präsidenten der tschadischen Übergangsregierung, Oueddei, und den Präsidenten Shagari (Nigeria) und Stevens (Sierra Leone) stattgefunden. Dieser sei nach Einschätzung des französischen Außenministeriums ein Mißerfolg gewesen: „Man habe insbesondere keine Entscheidung hinsichtlich des Rückzugs der libyschen Truppen und der Entsendung einer interafrikanischen neutralen Streitmacht getroffen." Die Aussichten weiterer Bemühungen der OAU seien „wenig günstig": „Die libyschen Truppen seinen im Tschad fest installiert und würden bis auf weiteres dort bleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1021; Referat 321, Bd. 141042.

5 Vortragender Legationsrat Umlauff informierte Botschafter Held, Tripolis, am 21. Mai 1981 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, vom 12. Mai 1981. Dieser habe über den Besuch von Oberst Gaddafi vom 27. bis 29. April 1981 in der UdSSR berichtet und das libysche Interesse bekundet, „Kapitalanlagen in der BR Deutschland zu tätigen". Belgassem habe hinzugefügt, „daß alles unzutreffend sei, was über den libyschen Terrorismus gesagt werde. Die Unterstützung der IRA sei eingestellt worden, man unterstütze weder die Roten Brigaden in Italien noch die japanischen Roten Zellen. Dagegen helfe man Befreiungsbewegungen und werdenden Staaten auf dem Weg zur Unabhängigkeit." Vgl. den Drahterlaß Nr. 87; VS-Bd. 11157 (311); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zum Besuch von Oberst Gaddafi vom 27. bis 29. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 125, Anm. 38.

Tschad beendet. Nach seinem persönlichen Eindruck sei es möglich, daß Libyen die Truppen nach Bereinigung der Lage zurückziehe. Libyen habe absolut nicht die Absicht, im Sudan oder bei anderen Nachbarn des Tschad militärisch einzugreifen.

Das Problem Gaddafis liege darin, daß er sich die Reaktionen des Auslands auf seine Maßnahmen nicht immer klarmache. Für ihn (den Abgesandten Gaddafis) sei klar, daß Gaddafi in der Außenpolitik unabhängig sei. Er habe keine ausländischen Berater in diesem Bereich angenommen und seine Entscheidungsfreiheit gegenüber der SU bewahrt. Das Terrorismus-Problem sei sehr wichtig und tiefgehend. Gaddafi sehe es so, daß er werdende Staaten auf dem Weg zur Unabhängigkeit unterstütze, wie es im Fall Simbabwe geschehen sei.[7] Auch die im südlichen Afrika für Unabhängigkeit kämpfenden Organisationen würden unterstützt. Die Unterstützung für irische Organisationen (und andere europäische Terrorgruppen) sei eingestellt worden, als diese – durch Explosionen in London – ihren wahren Charakter gezeigt hätten.

4) Botschafter wird gebeten, die libyschen Wünsche und Ansichten auf hoher Ebene im State Department zur Sprache zu bringen.[8]

Gorenflos[9]

VS-Bd. 11157 (311)

7 Zur Unabhängigkeit von Simbabwe am 18. April 1980 vgl. Dok. 63, Anm. 5.

8 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 16. Juni 1981, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Veliotes, habe ihm am selben Tag erklärt, „Shahati halte sich seit vergangenem Wochenende zu einer angeblichen ärztlichen Behandlung in Washington auf. Er habe Gesprächstermine mit den Senatoren McClure and Symms sowie einigen ehemaligen Senatoren. Im State Department werde er von Dep[uty] Ass[is]t[ant] Secr[etary] Constable emfangen; eine von den Libyern gewünschte höhere Ebene halte man angesichts des Standes der bilateralen Beziehungen nicht für angebracht.“ Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Reagan hätten die USA einen indirekten Dialog mit libyschen Vertretern über eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen geführt: „Man werde auch Shahati höflich empfangen und sei bereit zu ernsthaften Gesprächen mit ihm, in denen man die amerikanische Haltung erneut klar darlegen werde. Man fürchte jedoch, daß auch dieses Gespräch eine fruchtlose Übung bleiben werde. Nach den bisherigen Erfahrungen hätten amerikanische Darlegungen Tripolis nie in der Form erreicht, in der sie in Washington gemacht worden seien.“ Die USA hätten gegenüber ihren libyschen Gesprächspartnern erklärt: „Wenn Libyen bessere Beziehungen wolle, müsse es zuerst seine Unterstützung des internationalen Terrorismus und seine destabilisierenden Aktivitäten in den Nahbarländern Libyens einstellen.“ Zu den vom Sonderbotschafter von Oberst Gaddafi, Shahati, am 9. Juni 1981 gegenüber Bundesminister Genscher gemachten Ausführungen sei von amerikanischer Seite betont worden: „Nach amerikanischer Kenntnis treffe es nicht zu, daß Libyen seine Truppen aus dem Tschad zurückziehe. G[addafi] werde sie wohl erst abziehen, wenn er dazu gezwungen werde. Der libysche Bruch mit der IRA sei weniger auf libyschen Sinneswandel als auf vermutlich sehr starken Druck Großbritanniens zurückzuführen. Wenn G. in Moskau keinen Freundschaftsvertrag unterzeichnet habe, dann nicht als Geste an die Adresse der USA, sondern aus ureigenstem Interesse Libyens“. Die USA seien nicht bereit, Gaddafi zu einem Besuch einzuladen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2443; VS-Bd. 11159 (311); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Paraphe vom 12. Juni 1981.

167

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo in Madrid

105-47.A/81 **12. Juni 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem spanischen Ministerpräsidenten Leopoldo Calvo-Sotelo am 12.6.1981 um 13 Uhr, Palacio de la Moncloa, Madrid;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

MP dankte BM für die vom Herrn Bundeskanzler überbrachten Grüße und bat ihn, diese herzlich zu erwidern.

BM entgegnete, er danke MP für die Gelegenheit zu diesem Gespräch. Er glaube, sein Besuch[2] finde in einer sehr wichtigen Phase für die spanische und die europäische Politik statt. Von den Gesprächen in Hamburg im April dieses Jahres[3] wisse MP, wie sehr die Bundesregierung die politische und demokratische Entwicklung in Spanien verfolge und unterstütze und daß sie Bewunderung dafür empfinde. Sehr beeindruckt habe ihn der Abschluß des sozio-ökonomischen Paktes[4], in dem er einen persönlichen Erfolg des MP sehe und wozu er ihn beglückwünschen möchte. Nach der bestandenen politischen Bewährungsprobe stelle dieser Pakt eine Ermutigung für die Wirtschaft Spaniens dar und eröffne günstige Perspektiven für die Entwicklung Spaniens, insbesondere vor dem Hintergrund der Beitrittsverhandlungen mit der EG.[5]

MP erwiderte, die wirtschaftliche Lage Spaniens sei jetzt besser als früher. Dies zeige sich besonders deutlich an der Börse, die in den letzten zwei Wochen mit Kursanstiegen von 15 bis 16% reagiert habe. Die beiden Beitrittsvorhaben Spaniens – Mitgliedschaft in der EG und der NATO[6] – seien für die Konsolidie-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Lehnhardt am 13. Juni 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 18. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Wallau vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 11./12. Juni 1981 in Spanien auf. Am 11. Juni 1981 führte er ein Vier-Augen-Gespräch mit dem spanischen Außenminister Pérez-Llorca. Dazu vermerkte er am nächsten Tag, Themen seien die spanische Innenpolitik, der Westsahara-Konflikt, das Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 sowie der Beitritt Spaniens zu den Europäischen Gemeinschaften und zur NATO gewesen. Ferner habe Pérez-Llorca erklärt: „Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Israel habe keine Priorität. Es gäbe zwei Bedingungen: 1) Man müsse einen Zeitpunkt finden, an dem die Gefahr einer negativen arabischen Reaktion möglichst gering sei, dies sei sicher nach den jüngsten israelischen Aktivitäten zur Zeit nicht der Fall. 2) Spanien werde letztlich den Schritt tun, sobald es Mitglied der beiden Gemeinschaften NATO und EG sei.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178854.

3 Zum deutsch-spanischen Regierungsgespräch am 22. April 1981 in Hamburg vgl. Dok. 111.

4 Am 9. Juni 1981 wurde das „Nationale Abkommen über Beschäftigung“ zwischen der spanischen Regierung, verschiedenen Gewerkschaften und der Arbeitgeberorganisation unterzeichnet. Vgl. dazu den Artikel „Spanien: Hilfe für Arbeitslose“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. Juni 1981, S. 13.

5 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 135, Anm. 24.

6 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 130, Anm. 9.
Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. London, teilte am 15. Juni 1981 mit, in einer Sitzung der Politischen

rung der spanischen Demokratie von großer politischer Bedeutung. Die spanische Regierung hoffe, daß bis Mitte 1982 der Beitrittsvertrag mit der EG unterzeichnet werden könne.

BM sagte, er sei sehr unzufrieden damit, daß man im Rahmen der Beitrittsverhandlungen die schwierigsten Themen noch nicht berührt, sondern die Diskussion darüber nur verschoben habe. Die Bundesregierung habe schon wiederholt darauf hingewiesen, daß das Einhalten des Zeitrahmens von politischer Bedeutung sei. Auch ein Jahr später ließen sich die anstehenden Probleme nicht leichter lösen.

MP fügte bezüglich des spanischen NATO-Beitritts hinzu, man wolle diese Frage im Herbst lösen. Vertraulich teile er BM mit, daß die Frage wahrscheinlich Anfang September im Parlament vorgelegt werde und gleichzeitig die notwendigen Schritte unternommen würden. Mehrheitsprobleme werde es keine geben. Man rechne im Kongreß mit 190 Ja- und 150/160 Nein-Stimmen, im Senat mit 125 Ja- und 70 Nein-Stimmen.

BM entgegnete, er halte den Zeitpunkt sowohl aus spanischer als auch aus westlicher Sicht für richtig. Auch in einem Jahr wäre dies noch möglich gewesen, aber es sei wichtig, auch in bezug auf den NATO-Beitritt einen Zeitplan einzuhalten. Wenn die geschichtliche Entscheidung erst einmal innerlich getroffen sei, solle man sie auch durchsetzen, denn Zögern erzeuge Unsicherheit, und Unsicherheit sei oft der Anfang vom Ende.

Auf die Bemerkung des *spanischen AM*[7] hin, BM habe am Vormittag mit Felipe González gesprochen, fragte *MP* BM, ob er bereit sei, über dieses Gespräch zu berichten.

BM erwiderte, er tue dies gern. Er habe mit Felipe González über die Frage des spanischen NATO-Beitritts gesprochen und ihm gesagt, daß es nicht nachteilig sei für die Stabilität der spanischen Demokratie, eine Oppositionspartei zu haben, die ihre Bedenken in bezug auf das Thema zum Ausdruck bringe. Er habe ihm auch gesagt, es sei wichtig für die PSOE und ihren Vorsitzenden, nur Gegner des Beitritts, nicht aber dessen Feind zu sein, da sie ja nach dem Beitritt mit der Mitgliedschaft arbeiten müsse. Er habe ihn darüber informiert, daß es eine ähnliche Situation in Deutschland gegeben habe, als über den NATO-Beitritt entschieden worden sei. Der Bundeskanzler habe damals als SPD-Abgeordneter gegen den Beitritt gestimmt.[8] Heute sei er einer der überzeugtesten Vertreter der Politik des Bündnisses in der westlichen Welt. Es sei sehr wichtig, keine Emotionen aufkommen zu lassen. Auch der Zeitpunkt sei angemessen;

Fortsetzung Fußnote von Seite 914

Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA habe Übereinstimmung bestanden, „daß spanischer Beitritt nicht durch Zögern einzelner Verbündeter kompliziert werden darf. Auf der Grundlage des in Rom erreichten Konsensus soll nach Eingang des spanischen Beitrittswunsches NATO-Rat einstimmig spanischen Entschluß begrüßen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 968/969; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

7 José Pedro Pérez-Llorca y Rodrigo.

8 Am 27. Februar 1955 wurden vom Bundestag die Pariser Verträge vom 23. Oktober 1954 gegen die Stimmen der SPD angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 23, S. 3939. Für den Wortlaut der Pariser Verträge vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 213–576.

der Versuch, die Entscheidung aufzuschieben, sei gleichbedeutend mit dem Nicht-Beitritt, da es immer Gründe dafür geben werde, sie aufzuschieben.[9]

BM fuhr fort, es sei wichtig, bei solchen Entscheidungen mit Entschiedenheit vorzugehen. Die gleiche Einstellung habe die Bundesregierung bei der Entscheidung über die TNF 1979[10] gehabt. Man sei nicht voreilig, aber entschieden vorgegangen, denn durch Zögern schaffe man Unsicherheit und nehme sich damit selbst die Plattform für weitere politische Entscheidungen.

Auf die Frage des *MP*, wie Felipe González auf die Stellungnahme des BM reagiert habe, antwortete *BM*, die Reaktion sei nicht leidenschaftlich gewesen.

MP fragte BM, ob er glaube, daß die SPD einen Einfluß auf die PSOE ausüben werde, oder ob die Entwicklung innerhalb der SPD dies verhindern werde.

BM antwortete, er wäre zufrieden, wenn sie keinen Einfluß ausüben würde, denn das wäre besser, als wenn sie einen schlechten Einfluß ausübte. In der SPD gebe es einige, die meinten, der NATO-Beitritt Spaniens würde ungünstige Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis haben. Er halte es für falsch, bei Entscheidungen immer darauf zu achten, ob die Reaktion der Sowjetunion freundlich oder stirnrunzelnd sei, da das eine geistige Abhängigkeit darstelle. Und dies sei nicht akzeptabel. Der NATO-Beitritt Spaniens sei ein politischer, kein militärischer Prozeß. MP könne sicher sein, daß die Bundesregierung jedenfalls ganz klar Position bezogen habe für den NATO-Beitritt seines Landes. In der Debatte darüber solle die spanische Regierung unterstreichen, daß die Bundesrepublik Deutschland einen sozialdemokratischen Regierungschef habe, der sich mit großer Intensität für den spanischen NATO-Beitritt ausspreche. Dann verliere es an Bedeutung, was andere Mitglieder der SPD dazu sagten.

MP meinte, er wolle eine wenig diplomatische Frage stellen, die für ihn von großem Interesse sei. In den Zeitungen gebe es Gerüchte, daß im September die Regierung in der Bundesrepublik Deutschland wechseln werde. In Spanien habe es auch Gerüchte gegeben über die Bildung einer Koalitionsregierung, und dies sei auch nicht eingetreten. Dennoch wolle er BM um eine Stellungnahme dazu bitten.

BM erwiderte, die Bundesregierung befinde sich in einer stabilen Lage. Dabei spiele eine Rolle, daß die meisten Sozialdemokraten, die der Koalition angehörten, in einem Abhängigkeitsverhältnis zum Bundeskanzler stünden. Ohne ihn hätte die SPD am 5. Oktober eine schwere Niederlage erlitten.[11] Nur mit ihm als Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers hätte sie ihre Position verteidigen können. Linke Kritiker des Bundeskanzlers sagten, er habe nicht dazu-

9 Botschafter Lahn, Madrid, berichtete am 13. Juni 1981 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Vorsitzenden der PSOE, González, am Vortag: „Zur Frage eines spanischen NATO-Beitritts erläuterte BM das signifikante und nachahmenswerte Beispiel der deutschen Sozialdemokratie, die bei Wiederaufrüstung und NATO-Beitritt eine konstruktiv gegnerische, aber nicht feindselige Haltung eingenommen habe. Dieses habe ihr später erlaubt, ohne ihre Grundsätze zu verletzen, die NATO-Mitgliedschaft zu bejahen und die Bundesrepublik Deutschland unter der Führung eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers zu einem der wichtigsten NATO-Partner zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 922; Referat 203, Bd. 123291.

10 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

11 Bei den Wahlen zum Bundestag am 5. Oktober 1980 erhielt die SPD 42,9% und die FDP 10,6% der abgegebenen Stimmen. CDU und CSU erzielten 44,5% der Stimmen, die DKP kam auf 0,2%. Im Bundestag kamen SPD und FDP zusammen auf 271, CDU und CSU auf 226 Mandate.

gewonnen. In Wirklichkeit sei es aber so, daß sie ihre Position nur seinem persönlichen Erfolg zu verdanken hätten. BM fuhr fort, vor den Wahlen habe er gesagt, die Liberalen seien bereit, die Koalition mit Helmut Schmidt als Bundeskanzler fortzusetzen. Daher habe der Bundeskanzler eine scharfe Waffe, denn wenn seine Partei ihm ihre Unterstützung entzöge, würde das für sie den Wechsel zur Opposition bedeuten.

MP bat BM um Verständnis, daß er noch einmal das Thema EG-Beitritt Spaniens aufgreife. In bezug auf die Themen Landwirtschaft und Haushalt könne Spanien nicht länger auf Entscheidungen warten als bis zum europäischen Gipfel im November.[12] Dies sei der äußerste Zeitpunkt; andernfalls würden die spanische Regierung und die UCD[13] auf große Schwierigkeiten in der spanischen Öffentlichkeit stoßen.

BM antwortete, er verstehe die Sorge des MP bezüglich dieses Themas sehr gut. Die Folgen der neuen französischen Regierung seien, daß z. B. französische Regierungsvertreter Bundeskanzler Schmidt gegenüber geäußert hätten, auf der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel im Juni[14] könnten sie zu den landwirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen noch keine Stellungnahme abgeben.[15] Dies müsse man nolens volens akzeptieren. Abgesehen von dem spanischen Interesse, diese Fragen zu klären, gebe es auch für die Mitgliedsländer der EG die Notwendigkeit, konkrete Schritte in den Bereichen Landwirtschaft und Haushalt zu unternehmen. Er verstehe, daß der Monat November von Spanien als äußerstes Zeitlimit angesehen werde. BM fügte hinzu, er habe bereits gesagt, die Bundesregierung werde sich gegenüber ihren europäischen Partnern dafür einsetzen, daß die Verhandlungen zügig durchgeführt werden könnten.

MP entgegnete, das Problem dabei sei die Enttäuschung und Ermüdung in der spanischen Bevölkerung in bezug auf den Beitritt. Daher wiederhole er: Bis November 1981 müsse es einen definitiven Zeitplan für die Verhandlungen Spanien – EG geben.

BM fügte hinzu, daß es in Europa viele Menschen gebe, die den finanziellen Fragen in dieser Gemeinschaft eine zu große Bedeutung gäben und nicht sähen, daß das Finanzielle nur ein Teil dieser politischen Konzeption Europas sei. Wenn die Gründerväter der Gemeinschaft angefangen hätten zu rechnen, wäre die Gemeinschaft nie zustande gekommen. Sie hätten ein politisches Ziel gehabt und nach Möglichkeiten gesucht, es politisch und finanziell zu verwirklichen.

MP dankte BM für seinen Einsatz bei den Franzosen im Thema Auslieferung des Terroristen Linaza und bemerkte, die Franzosen verstünden offenbar die spanischen Probleme weniger als die Deutschen, obwohl sie Spaniens geographische Nachbarn seien. Im Vertrauen wolle er BM darüber informieren, daß Präsident Mitterrand anläßlich eines Empfangs für das Diplomatische Corps

12 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.
13 Unión de Centro Democrático.
14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.
15 Vgl. dazu die Äußerungen des Staatspräsidenten Mitterrand gegenüber Bundeskanzler Schmidt am 24. Mai 1981 in Paris; Dok. 153.

den spanischen Botschafter[16] voller Erstaunen gefragt habe, ob denn die Auslieferung von Linaza wirklich so wichtig sei für Spanien. Diese Frage habe gezeigt, daß die französische Regierung das Problem nicht verstanden habe und auch nicht die Bedeutung, die die französische Mitschuld („complicidad") am baskischen Terrorismus habe. Linaza habe sechs Morde begangen und sei von einem französischen Gericht verurteilt worden. Daher verstehe die spanische Regierung nicht, wie die französische Regierung einen solchen Mörder auf freien Fuß setzen könne.[17]

BM erwiderte, er verstehe dieses Problem sehr gut. In Deutschland sei in der Vergangenheit die Demokratie auch mit Gewalt von Rechts und Links zerstört worden. Er glaube, daß das Aufschieben der französischen Entscheidung über die Auslieferung vorteilhaft sei. Denn eine sofortige Entscheidung sei sicher negativ ausgefallen. Vielleicht könne die spanische Regierung den Besuch des französischen AM nutzen, um eine positive Entscheidung nach den französischen Wahlen[18] zu erreichen[19]. Vor den Wahlen halte er eine Zusage für unwahrscheinlich.

Das Gespräch endete um 14 Uhr.

Referat 010, Bd. 178844

16 Miguel Solano Aza.

17 Botschafter Herbst, Paris, informierte am 5. Juni 1981, nach Auskunft des französischen Außenministeriums lägen zur Zeit zehn spanische Auslieferungsanträge „betreffend baskische Nationalisten" vor: „Am 3. Juni 1981 befürwortete das Pariser Appellationsgericht die Auslieferung des baskischen Terroristen Linaza. Das Appellationsgericht weigerte sich, angesichts der ‚verdammenswerten Taten' (Ermordung eines Stadtangestellten in Irun, Anschlag gegen Nuklearanlage in Santander, Teilnahme an Ermordung von sechs Militärs) politische Beweggründe anzuerkennen. Die Entscheidung der Auslieferung liegt nunmehr beim Justizminister, der an das positive Votum des Appellationsgerichts nicht gebunden ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1019; Referat 203, Bd. 123292.
Am 11. Juni 1981 ergänzte Herbst: „MP Mauroy hat in der Sendung Club de la Presse von Europe I gesagt, daß weder Linaza noch andere spanische Basken an Spanien ausgeliefert werden würden. Diese Äußerung und frühere Erklärungen des Präsidenten im gleichen Sinne deuten auf eine mögliche Änderung der bisherigen Auslieferungspraxis hin." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1046; Referat 203, Bd. 123292.

18 In Frankreich fanden am 14. bzw. 21. Juni 1981 Wahlen zur Nationalversammlung statt.

19 Der französische Außenminister hielt sich am 12./13. Juni 1981 in Spanien auf. Botschafter Lahn, Madrid, berichte am 15. Juni 1981, Cheysson habe erklärt, „in kurzer Frist, in drei bis sechs Monaten, würden die Spanier die Auswirkungen der Terrorismuspolitik der neuen französischen Regierung positiv bewerten können. Die vorliegenden spa[nischen] Auslieferungsersuchen würden, sobald sie von den Gerichten geprüft sind, im Zusammenhang mit einer Reihe von Auslieferungsersuchen anderer europäischer Länder entschieden werden. Für die neue f[ranzösische] Regierung sei, wie dies bereits der MP ausgedrückt habe, die Asylpolitik ein grundsätzlicher Aspekt, der dabei berücksichtigt werden müsse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 926; Referat 203, Bd. 123292.

168

Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt

114-3799/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. Juni 1981, 13.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 773 **Ankunft: 12. Juni 1981, 13.10 Uhr**
Citissime

Betr.: Türkeiresolution des Bundestages[2];
hier: Reaktion des türkischen Staatschefs, General Evren

Bezug: DB 746 vom 6.6.81 – Pol 320.20[3]

Zur Unterrichtung

I. Bei gesellschaftlichem Zusammentreffen 11.6. brachte AM Türkmen Bedauern über o. a. Resolution zum Ausdruck. General Evren sei über Vorgang äußerst betroffen. Er habe ihn bisher kaum in solcher Verstimmung gesehen. Evren sei um so mehr betroffen, als Kritik gerade von Deutschen komme, zu denen man besonderes Verhältnis unterhalte.

Türkmen fuhr fort, es sei nicht leichtgefallen, E. davon abzubringen, 460 Mio. DM deutscher OECD-Hilfe[4] zurückzuweisen. Es hätte in dieser Richtung nur einer leichten Reaktion von seiner, Türkmens, Seite bedurft, und es wäre zu solch spektakulärem Schritt gekommen. Der General sei um so mehr verärgert, als er es mit Redemokratisierung und Wiederherstellung normaler Zustände[5] sehr ernst nähme. Er betrachte insofern Resolution als gegen ihn selbst gerichtet.

1 Hat Bundesminister Genscher am 13. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 15. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Z[um] V[or]g[ang] (BM-Besuch in Ankara im Herbst 1981). W[ieder]V[orlage] vier W[ochen].“
Hat Braunmühl am 17. Juli 1981 erneut vorgelegen.

2 Der Bundestag nahm am 5. Juni 1981 einen Entschließungsantrag aller Fraktionen vom 3. Juni 1981 an, in dem an die Verpflichtung der Türkei „zur Wahrung der Grundsätze der Demokratie, der Herrschaft des Rechtes, der Freiheit der Person und der Menschenrechte“ erinnert wurde. Gefordert wurden „die möglichst baldige Rückkehr zu einer funktionsfähigen Demokratie“, die Wiederherstellung des Betätigungsrechts für politische Parteien und Gewerkschaften sowie der Pressefreiheit, „die alsbaldige Abschaffung der Regelung des derzeitigen Ausnahmezustandes, wonach Festgenommene u. a. erst nach 90 Tagen ihrem Richter vorgeführt werden müssen“ sowie die „Überprüfung aller Foltervorwürfe“. Bei der wirtschaftlichen Unterstützung der Türkei handele der Bundestag „in der Erwartung, daß die jetzige militärische Staatsführung der Türkei ihre Macht […] nach Wiederherstellung der inneren Sicherheit baldmöglichst in die Hände einer frei gewählten demokratischen Regierung zurückgeben wird. […] Die Mittel für die Türkei aus dem Bundeshaushalt werden vom Bundestag bewilligt in der Erwartung, daß den oben genannten Zusicherungen entsprochen wird.“ Vgl. BT ANLAGEN, Bd. 273, Drucksache Nr. 9/531. Für die Abstimmung im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 118, S. 2484.

3 Gesandter von Hassell, Ankara, berichtete am 6. Juni 1981 über die türkische Reaktion auf die Rede des Bundesministers Genscher am 3. Juni 1981 im Bundestag: „Türkische Regierung beanstandet insbesondere eine Passage [der] Rede, wonach Bundesregierung ebenso, wie sie zuvor Terror bedauert habe, jetzt beklage, wenn Staatsorgane nicht nach rechtsstaatlichen Grundsätzen handelten. Weitere Ausführungen Bundesministers vermittelten Eindruck, daß Bundesregierung gegenüber Türkei Pressionen ausüben wolle.“ Vgl. Referat 203, Bd. 123301.

4 Zu den Hilfszahlungen der Bundesrepublik an die Türkei im Rahmen der OECD vgl. Dok. 134, Anm. 16.

5 Zum Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 vgl. Dok. 6, besonders Anm. 2.

Charakteristisch für diese Gemütslage sei Feststellung Evrens, er habe daran gedacht, von uns beanstandete 90-Tage-Frist (Festhalten ohne richterlichen Haftbefehl) auf 45 Tage herunterzusetzen und damit ein Signal zu setzen. Das komme nun bis auf weiteres nicht[6] in Frage. Er werde nicht unter Druck handeln. (Ich glaube, daß in diesem Punkt dramatisiert wird.)

Ich fragte, ob dem General nicht der innenpolitische Hintergrund der Resolution bewußt wäre. Ich selbst hätte E. und Angehörige des NSR[7], so General Şahinkaya, General Saltik (Generalsekretär) und schließlich ihn, Türkmen, vorher über bevorstehende Resolution unterrichtet und dabei erwähnt, daß diese Zweck diene, ein in der Substanz positives Türkei-Votum zustande zu bringen, das von allen Abgeordneten getragen werde. Bundesregierung habe ohnehin ihre Probleme, wie sie z. B. bei Beratung Verteidigungshaushalt zutage getreten seien. Bei Resolution gehe es mit in erster Linie um Erhaltung Konsensus innerhalb Regierungsparteien. Dies sei, wenn auch in der Optik für die Türkei unbequem, ein Faktum, dessen Existenz man bei einigem politischen Realismus in Rechnung zu stellen habe.

Ich bemerkte anschließend, daß auch uns die Arbeit durch türkisches Verhalten nicht erleichtert worden sei, insbesondere durch Verlautbarung betreffend Einengung politischer Betätigungen in Türkei.[8] Diese Verlautbarung, gerade zum Zeitpunkt Bundestagsdebatte herausgebracht, habe Bundestagsresolution beeinflußt. Ich erkennte türkische Schwierigkeiten an, aber es gebe auch Schwierigkeiten für die Freunde der Türkei bei uns, womit ich insbesondere die Bundesregierung anspräche.

T. darauf: Er selbst wisse hierum. Er habe dies auch Evren gesagt. Es sei aber Faktum, daß den Generalen für bestimmte komplizierte Sachverhalte – und hierum gehe es bei unserer Innenpolitik – die Antenne fehle. Für sie sei das außenpolitische Feld Terra incognita. Ich fragte, ob ich den Sachverhalt General Evren erläutern sollte.[9]

T.: Dies habe wenig Sinn. Meinen nächsten Hinweis, daß ich in laufendem Kontakt mit General Saltik stände, begegnete der Außenminister mit Feststellung, daß Evren und Saltik zu unterschiedliche Charaktere hätten, als daß Saltik Einfluß ausüben könne. In NSR sei jedenfalls Evren der einzige, der zähle. Die anderen ordneten sich unter. Er behalte sich die Entscheidungen vor und setze diese dann durch. Dabei stehe außer Frage, daß der General von Natur her ein ausgeglichener und maßvoller Mann sei, der es gut meine.

Bedauerlich bleibe, daß der Vorgang einen Schatten auf das deutsch-türkische Verhältnis zu werfen drohe. Es komme unter diesen Umständen darauf an, daß in nächsten Monaten von uns gelegentlich eine Geste erfolge, die auch ihm,

6 Der Passus „90-Tage-Frist … weiteres nicht“ wurde von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lächerlich! Fr[ech] u. gelogen.“

7 Nationaler Sicherheitsrat.

8 Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 3. Juni 1981: „Türk[ische] Regierung verfolgt ihre Ziele unbekümmert von äußeren Faktoren (BT-Debatte Türkeihilfe, Besuch EP-Delegation) mit erneuter Warnung N[ationalen]S[icherheits]R[ats] an frühere Politiker, sich politischer Aktivitäten zu enthalten. Gestützt auf Dekret Nr. 52 bekräftigte NSR Verbot jeglicher politischer Aktivität auf allen Ebenen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 727; Referat 203, Bd. 123296.

9 Zu diesem Absatz vermerkte Bundesminister Genscher handschriftlich: „In der Tat!“

T., die Arbeit erleichtere. Er erwähnte in diesem Zusammenhang Bundesminister-Besuch in Ankara. Fragend: Es bleibe doch hoffentlich bei diesem? Ich erwiderte, daß Einladung angenommen sei und Besuch sicher erleichtert werde, wenn sich Fortschritte auf dem Wege der von Evren angestrebten Redemokratisierung abzeichneten. Solche Situation sei vermutlich nach Zusammentreten Verfassungsgebender Versammlung September/Oktober gegeben. Die Dinge ließen sich dann arrangieren.

II. Mit gleicher Deutlichkeit ist mir bisher die ausschlaggebende Rolle von Evren und für Verwaltungsapparat bestehende Schwierigkeit im Umgang mit ihm nicht dargelegt worden. Daß man im TAM[10] über das oft als Alleingang empfundene Vorgehen des NSR nicht immer glücklich ist, war mir bekannt. Die Offenheit aber, mit der der AM über eigene Schwierigkeiten sprach, war ungewöhnlich und zeigte im übrigen auch Vertrauen zu mir. Ich bitte daher um streng vertrauliche Behandlung seiner Ausführungen. Außer Frage steht freilich auch für mich, daß es sich bei Evren um einen Mann guten Willens handelt, mit dem einen Manko, daß seine patriarchalischen Neigungen diffizilen politischen Gegebenheiten nicht immer gerecht werden.

Ich bitte, Darlegungen Türkmens in Sachen Bundesminister-Besuch dort zu registrieren. Das deutsch-türkische Verhältnis hat sich in den letzten Monaten so entwickelt, daß es irgendwann einmal eines hier positiv gewerteten Ereignisses bedarf, um das bestehende – sehr unbefriedigende – Nebeneinander von Positiva und Negativa auszugleichen. Ich bitte daher, dortige Planung Ministerbesuchs so einzurichten, daß dieser ggfs. im Spätherbst stattfinden würde, wobei eine unmittelbare Aufnahme des Themas gegenüber hiesiger Regierung bis Zusammentreten Verfassunggebender Versammlung durchaus aufgeschoben werden könne (oder sollte).[11]

[gez.] Oncken

VS-Bd. 14095 (010)

10 Korrigiert aus: „JAM“.
Türkisches Außenministerium.

11 Bundesminister Genscher besuchte die Türkei am 5./6. November 1981. Vgl. dazu Dok. 316 und Dok. 320.

169

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO) an das Auswärtige Amt

114-3820/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. Juni 1981, 19.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1049 **Ankunft: 12. Juni 1981, 19.11 Uhr**

Betr.: Ost-West-Beziehungen;
hier: Schlußfolgerungen aus der gescheiterten Sanktionspolitik (Afghanistan) für das Ost-West-Verhältnis

Zur Unterrichtung

I. Die Aufhebung des Getreideembargos

1) Am 24. April 1981[2] hat Präsident Reagan sein Wahlversprechen wahrgemacht und die Aufhebung des Getreidelieferstopps an die Sowjetunion, der aus Anlaß der sowjetischen Intervention in Afghanistan[3] Anfang des Jahres 1980 verhängt worden war, verkündet.[4]

Bei der Hintergrundunterrichtung durch den Regierungssprecher zur Aufhebung des Getreideembargos am 24. April 1981 wurde deutlich gemacht, daß der Präsident der Vereinigten Staaten

(1) die Entscheidung nach sorgfältiger Erwägung unter dem Blickwinkel der nationalen Sicherheit, der amerikanischen Außenpolitik und innenpolitischer Belange getroffen habe;

(2) das Getreideembargo, da es zur „Bestrafung" der Sowjetunion erlassen wurde, von Anfang an als nicht zureichendes Mittel gegen die sowjetische Intervention betrachtet habe;

(3) zusammen mit der Aufhebung des Getreidelieferstopps die Verurteilung der Sowjetunion wegen der Besetzung Afghanistans und wegen anderer Aggressionen in der Welt bekräftigt habe.

2) Kanada, nach den USA der zweitgrößte Getreidelieferant der Sowjetunion, hat am 26. Mai 1981 unter dem Eindruck der amerikanischen Politik einen Vertragsabschluß mit der Sowjetunion über ein Rahmenabkommen betreffend die Lieferung von 25 Mio. Tonnen Getreide innerhalb von fünf Jahren öffentlich bekanntgegeben. Dabei wurde erklärt:

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortragendem Legationsrat Barker am 15. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot „n[ach] R[ückkehr]", Vortragenden Legationsrat Vogel und Vortragende Legationsrätin Wannow verfügte.
Hat Vogel am 16. Juni und Wannow am 19. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Arnot am 13. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Barker am 20. Juli 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „W[ieder]V[orlage] 15.9. (neue Bestandsaufnahme in der NATO?)."

2 Korrigiert aus: „21. April 1981".

3 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

4 Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 4. Januar 1980 vgl. Dok. 29, Anm. 10.
Zur Aufhebung der Einschränkung am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

(1) Der Abschluß des Rahmenabkommens ändere nichts an der kanadischen Haltung gegenüber der fortgesetzten sowjetischen Intervention in Afghanistan.

(2) Polen müsse das Recht behalten, über seine eigene Zukunft zu entscheiden.

II. Es ist notwendig, die Bedeutung dieser Maßnahmen zu prüfen und daraus Schlußfolgerungen abzuleiten.

1) Der amerikanische Präsident hat den Getreidelieferstopp im Januar 1980 verhängt, obwohl sein Vorgänger, Präsident Ford, im Jahre 1975 mit der aus politischen Gründen vorgenommenen Reduzierung von Getreidelieferungen an die Sowjetunion schlechte Erfahrungen gemacht hatte.

Die Erfahrungen mit Carters Getreideembargo sind nicht besser:

Die Vereinigten Staaten haben ihre Monopolstellung als Getreidelieferant der Sowjetunion und ihre politischen Einflußmöglichkeiten auf die anderen Getreidelieferanten überschätzt.

Die Sowjetunion hat während der Zeit des Embargos in ganz erheblichem Umfang (1980/81 35 Mio. Tonnen, 1979/80 31 Mio. Tonnen) u. a. aus Argentinien, Kanada, Australien, zum Teil auch aus der EG oder über befreundete Zwischenkäufer (WP-Staaten) zu einem allerdings höheren Preis beschaffen können.[5] Auf diese Weise ist es der Sowjetunion gelungen, ihren diesjährigen Rekord-Importbedarf von 35 Mio. Tonnen zu decken und ihren Viehbestand gegenüber dem Vorjahr ziemlich unverändert zu halten. Die amerikanische Getreidelobby konnte – wie die Notwendigkeit der Abgabe und der Einhaltung des Wahlversprechens Präsident Reagans zeigte – auf die Dauer nicht von der politischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit der Sanktionen und ihrer „begleitenden Maßnahmen" überzeugt werden.

2) Das im Januar 1980 aufgrund der sowjetischen Intervention in Afghanistan verhängte Getreideembargo der USA war Teil eines breit angelegten Versuchs, eine Sanktionspolitik mit diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Maßnahmen gegen die Sowjetunion zu unternehmen.

Das von Präsident Carter ausdrücklich verkündete Ziel des Getreideembargos war, die Sowjetunion für ihre Intervention zu bestrafen („the Soviet Union should not be allowed to act with impunity"). Die politische Zielvorstellung war:

(1) die Sowjetunion ganz oder teilweise zum Rückzug aus Afghanistan zu bewegen,

(2) die Sowjetunion von ähnlichen Handlungen in der Zukunft abzuschrecken.

Zum Zeitpunkt der Aufhebung des Getreideembargos im April 1981

(1) hat die Sowjetunion bisher keine Truppen aus Afghanistan zurückgezogen (abgesehen von dem symbolischen Abzug im Sommer 1980[6]),

5 So in der Vorlage.

6 Botschafter Wieck berichtete am 22. Juni 1980, die sowjetische Nachrichtenagentur TASS habe am Vortag gemeldet, daß einige sowjetische Einheiten aus Afghanistan abgezogen würden. Dazu stellte Wieck fest, der Zeitpunkt der Ankündigung lege „die Schlußfolgerung nahe, daß es sich um ein gezieltes taktisches Manöver der Sowjets handelt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2765; Referat 213, Bd. 133204.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, vermerkte am 26. Juni 1980, nach einer Bewertung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 23. Juni 1980 werde die „Kampfkraft der sowjetischen Truppen […] durch Teilabzug nicht geschwächt, sondern den Verhältnissen im

(2) ist eine politische Lösung des Afghanistan-Problems entfernter denn je.

Wie das Getreideembargo haben auch die übrigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Sanktionsmaßnahmen keine erkennbare Wirkung bei der Sowjetunion zeitigen können. Die Reduzierung der Ost-West-Besuchsdiplomatie und der begrenzte Umfang des Olympiaboykotts[7] und dessen begrenzte Wirkung stehen hier stellvertretend für den Mißerfolg anderer Maßnahmen.

III. Schwächen der Sanktionspolitik

1) Die westliche Sanktionspolitik für Afghanistan ist als gescheitert zu betrachten:

Die angestrebten Ziele sind nicht erreicht worden. Es gelang weder, die Sowjetunion zu einer politischen Lösung und zum Rückzug aus Afghanistan zu bewegen, noch die Verbündeten sowie Drittstaaten hinter den Sanktionsmaßnahmen zu vereinen.

Es hat sich gezeigt, daß eine Politik der Sanktionen einer Großmacht gegenüber fragwürdig ist. Man kann eine „super power" nicht wirksam mit Sanktionen „bestrafen".

Sanktionen können nur dann sinnvoll sein, wenn wirklich die Chance besteht, das anvisierte Ziel zu erreichen, und wenn eine echte Eskalationsmöglichkeit bei der Verfolgung des Zieles gegeben ist. Ist dies nicht der Fall, so tritt – wie die Erfahrung gezeigt hat – die gegenteilige Wirkung ein: Die eigene politische Ohnmacht wird offenkundig. Es wird letztlich nur eine Selbstschädigung herbeigeführt und der Schaden der anderen Seite dadurch relativiert.

2) Das Anerkenntnis dieser Folgen eines nur begrenzt wirkungsvollen Embargos sollte bei weiteren Krisen berücksichtigt werden.

(1) Die Antwort auf eine systematische Aggressionshaltung sollte in erster Linie politischer Natur sein

a) durch Verurteilung in den internationalen Gremien,

b) durch politische Annäherung an prinzipiell und spezifisch gefährdete Länder,

c) durch Aufbau neuer politischer und sicherheitspolitischer Gegengewichte.

(2) Die Sowjetunion hat in ihrer politischen Kalkulation die Möglichkeiten wirksamer westlicher Reaktionen in ihrer politischen Risiko-Einschätzung niedrig eingeordnet. Damit ist auch offenkundig geworden, daß mit der Sanktionspolitik auch die Beeinflussung der künftigen Politik der Sowjetunion nicht erreicht werden konnte. Diese Wirkung ist auch in der Perzeption der Dritten Welt eingetreten.

3) Die Vereinigten Staaten selbst haben seit Amtsantritt der neuen Administration Schlußfolgerungen aus diesen Erfahrungen gezogen. An die Stelle der Politik der Sanktionen ist eine auf der Bedrohungsanalyse aufbauende „vorbeugende Politik" der USA getreten, die wie folgt charakterisiert werden kann:

Fortsetzung Fußnote von Seite 923

Lande angepaßt. Möglicherweise tritt dadurch eine Stärkung der Kampfkraft ein." Vgl. Referat 213, Bd. 133135.

7 Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vom 19. Juli bis 3. August 1980 durch die Bundesrepublik und die USA vgl. Dok. 141, Anm. 13, und Dok. 163, Anm. 25.

(a) Intensivierung der Bündnispolitik und Konsolidierung der eigenen wirtschaftlichen Stärke als Grundlagen für die Ost-West-Politik Washingtons.

(b) Erhebliche Anstrengungen in Richtung auf Beseitigung der Rüstungsnachteile.

(c) Stabilisierende Sicherheitsvorkehrungen und Absprachen für Regionen rund um die Sowjetunion, um die sowjetische Interventionspolitik in der Dritten Welt einzudämmen und lebenswichtige eigene Interessen zu schützen (Golf).

(d) Versuch der Steuerung des Ost-West-Handels insbesondere mit dem Ziel, jeglichen militärisch relevanten Technologie-Transfer zu verhindern. Es entsteht der Eindruck, daß die in Paris von amerikanischer Seite initiierte Verschärfung der COCOM-Bestimmungen[8] dazu dienen soll, an die Stelle der nicht wirkungsvollen Sanktionspolitik zu treten, und damit gerechtfertigt wird, daß der Technologie-Transfer die Bedrohung vergrößert. Sollte sich diese Verschärfung durchsetzen, so würde das eine wesentliche Veränderung der Struktur im Ost-West-Wirtschaftsaustausch auslösen und die europäischen Handelsbeziehungen zum Osten, die im wesentlichen auf dem Anlagengeschäft beruhen, verändern. Eine Verschlechterung des politischen Klimas in Europa (Ost-West) wäre unvermeidlich. Die Verschärfung würde jedoch den Getreidehandel und damit den Kern der Wirtschaftsbeziehungen USA–Sowjetunion unberührt lassen.

(e) Der Ost-West-Dialog einschließlich der Rüstungskontrolle soll auf ein Minimum beschränkt werden. Diese Kursänderung der amerikanischen Politik ist in der Allianz nicht einmütig aufgenommen worden. Dies ist einer der Gründe für die zunehmende Gefahr einer politischen Entfremdung zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Verbündeten. Die Kursänderung belastet die Perspektiven der Ost-West-Beziehungen:

(1) Gibt es noch eine gemeinsame Grundlage für eine aktive, kooperationsbereite Politik der Allianzpartner gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern?

(2) Streben die Vereinigten Staaten das Gleichgewicht der Kräfte oder globale Überlegenheit an?

(3) Besteht Interesse an der Erhaltung des Instrumentariums des Krisenmanagements?

[8] Am 6. Dezember 1951 übergab die amerikanische Delegation im „Coordinating Committee of the Paris Consultative Group of nations working to control export of strategic goods to Communist countries" (COCOM) den übrigen Delegationen ein Aide-mémoire, das eine Spezifizierung der Waren enthielt, die unter den Mutual Defense Assistance Control Act vom 26. Oktober 1951 fielen. Zur Kategorie A gehörten danach u. a. Waffen, Munition und Nuklearmaterial, zur Kategorie B Transportmaterial von strategischem Wert sowie zur Herstellung von Rüstungsmaterial geeignete Güter. Vgl. dazu FRUS 1951, I, S. 1221.
Die Listen wurden in der Folgezeit mehrfach geändert.
Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 1. Juli 1981 dar: „Die USA haben seit der Besetzung Afghanistans große Aktivitäten zum Zwecke der Verschärfung des Ost-West-Embargos entfaltet und eine Reihe entsprechender Vorschläge vorgelegt. Im Mittelpunkt dieser Vorschläge steht der Gedanke einer stärkeren Einschränkung des Technologietransfers in die Ostländer, weil die Weitergabe der Herstellungs- und Verwendungstechnologie für strategisch bedeutsame Waren unter verteidigungspolitischen Gesichtspunkten immer mehr Gewicht gegenüber der Ausfuhr der Waren selbst erhält (Multiplikatorwirkung des Technologietransfers)." Vgl. Referat 421, Bd. 141456.

[9]IV. Schlußfolgerungen für die Bundesrepublik Deutschland

1) Mit dem Scheitern der Sanktionspolitik und der vom globalen Ansatz her veränderten Politik der Vereinigten Staaten (Akzentverschiebung auf mehr „vorbeugende Politik“) ist auch die Außenpolitik der europäischen Bündnispartner zur Debatte gestellt.

2) Auf die Ausgestaltung der neuen amerikanischen „Politik der vorbeugenden Sicherung“ sollten wir soweit als möglich Einfluß nehmen. Folgende Punkte sind u. a. relevant:

a) Die Erhöhung der Verteidigungs- und Rüstungsanstrengungen im Rahmen der „vorbeugenden Politik“ mit dem Ziel der Herstellung bzw. Stabilisierung des Gleichgewichts sollte möglichst nicht sprunghaft erfolgen, weil ein solches Vorgehen politisch mißverstanden und wirtschaftlich und rüstungstechnisch inflationär wirken würde (Rüstungsspirale).

b) Bei Überprüfungen der wirtschaftlich-technologischen Struktur der Ost-West-Beziehungen ist eine besonders vorsichtige Handhabung vonnöten.

c) Wir sollten für die Erhaltung eines politischen Klimas im Ost-West-Verhältnis eintreten, das uns erlaubt, das Verhältnis zu Moskau und den osteuropäischen Ländern aktiv zu gestalten.

d) Die Sicherung unserer Rohstoff- und Energieversorgung sollte auch die Einbeziehung der Sowjetunion stets im Auge behalten. Insbesondere sollte die Sowjetunion durch Drosselung des Transfers von Energieförderungstechnik nicht als Käufer auf den Energiemarkt gedrängt werden.

e) Es müßte darauf geachtet werden, daß der Kern des im Ost-West-Verhältnis Erreichten sowie die Perspektiven des Ost-West-Dialogs bewahrt werden. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise die Schutzfunktion des KSZE-Prozesses und der Schlußakte von Helsinki[10] für die Situation in Polen zu erwähnen.

d) Hinsichtlich der Sicherheitsinteressen der Bündnispartner außerhalb der Allianz müßte darauf hingewirkt werden, daß notwendig werdende Aktionen einzelner Bündnispartner in der Allianz eng konsultiert werden und daß solche Aktionen der Stärkung der politischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Länder der Region dienen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13280 (213)

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1050 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

170

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

15. Juni 1981[1]

Betr.: Besprechung des Ministers mit dem amtierenden[2] Leiter der deutschen Delegation bei der KSZE-Nachfolgekonferenz, Graf Rantzau, über den Stand in Madrid am 11. Juni 1981 in Madrid[3]
Anwesend: D 2[4] und D 4[5]

Graf Rantzau trug vor, daß nach seiner Einschätzung möglicherweise bald, vielleicht in zwei bis drei Wochen, ein Punkt erreicht sei, an dem die Sowjetunion sagen könnte, das bis dahin erreichte Ergebnis auf dem Papier in allen Bereichen außer der KAE reiche für einen positiven Abschluß, der nur wegen der unbeweglichen Haltung der USA in der KAE-Frage verhindert werde. Graf Rantzau berichtete über die kürzliche Einführung einer sowjetischen Formulierung zur KAE, die in Anlehnung an die Breschnew-Rede in Tiflis[6] die Definition des geographischen Geltungsbereichs auf die KAE selbst zu verschieben vorschlägt.[7] Graf R. hält dies wahrscheinlich für ein taktisches Manöver.

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte am 15. Juni 1981 die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau „z[ur] K[enntnisnahme]".
Hat Wallau am 15. Juni 1981 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat Dreher vermerkte am 25. Mai 1981: „Botschafter Kastl ist am Samstag, 23.5., in Madrid auf dem Bürgersteig von einem Auto angefahren und verletzt worden. […] Gesandter Graf Rantzau […] hat die Leitung der Delegation übernommen." Vgl. Referat 212, Bd. 133388.

3 Bundesminister Genscher hielt sich am 11./12. Juni 1981 in Spanien auf. Zu seinem Gespräch mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo am 12. Juni 1981 in Madrid vgl. Dok. 167.

4 Franz Pfeffer.

5 Per Fischer.

6 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, zur Feier des 60. Jahrestags der Georgischen SSR und der Kommunistischen Partei Georgiens am 22. Mai 1981 in Tiflis vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 85–93.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik zitierte am 29. Mai 1981 aus dieser Rede Breschnews: „‚Wenn die westlichen Staaten jetzt nicht bereit zu sagen sind, wie ihr Gegenschritt hinsichtlich der Ausdehnung der Zone der Vertrauensbildenden Maßnahmen lauten wird, so könnten sie eine Antwort nicht in Madrid, sondern unmittelbar auf der Konferenz selbst geben.'" Hierzu erläuterte Holik, dieses Angebot werde „in bilateralen diplomatischen Gesprächen und in der Propaganda als neue und bedeutende Konzession an den Westen dargestellt, die Breschnews grundsätzliches Zugeständnis des gesamteuropäischen Anwendungsbereichs vom März 1981 ergänze und erweitere. Tatsächlich handelt es sich um eine wichtige Ergänzung der früheren Breschnew-Initiative, die allerdings kaum geeignet erscheint, die Aussichten für die Einigung über ein KAE-Mandat zu verbessern. Wir hatten von Anfang an in Rechnung gestellt, daß Breschnews Schritt vom März eher ein taktisches Manöver zur Verbesserung der sowjetischen Verhandlungslage in Madrid als eine echte Substanzkonzession sein könnte. Nach Breschnews neuer Rede läßt sich der Verdacht konkretisieren: Breschnew käme offenbar ein Mandat gelegen, das zwar grundsätzlich den gesamteuropäischen Geltungsbereich vorsieht, bei seiner Definition jedoch hinreichend offen bleibt, damit die Sowjetunion auf der Konferenz selbst noch ‚die entsprechende Ausweitung auf westlicher Seite' fordern kann. Die Sowjetunion hätte es dann in der Hand, unter Berufung auf eine nach ihrer Auffassung unzureichende westliche Gegenleistung die Bereitschaft zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf ihr gesamtes europäisches Territorium zurückzunehmen." Vgl. Referat 221, Bd. 123127.

7 Botschafter Ruth hielt am 15. Juni 1981 fest: „Die Sowjetunion hat in der Sitzung der Redaktions-/Kontaktgruppe S des Folgetreffens in Madrid am 9.6.81 einen Textvorschlag zum Mandat einer KAE eingebracht, der zur Frage des geographischen Anwendungsbereichs vertrauensbildender Maß-

BM fragt, warum der Westen nicht sofort lautstark reagiert und dieses Propaganda-Manöver bloßgestellt habe. BM teilt die Analyse Rantzaus, daß es sich um ein taktisches Manöver handele. Er bittet, nach entsprechender Abstimmung mit den wichtigsten befreundeten Delegationen die Presse zu unterrichten, daß die Sowjetunion mit diesem Vorstoß einen Rückzieher gemacht habe, der hinter die Parteitagsrede Breschnews[8] zurückgehe und alles das wieder fallenlasse, was sowjetische Führer in Gesprächen mit westlichen Partnern, z. B. auch beim Moskau-Besuch des Ministers[9], gesagt hätten. BM fühlt sich getäuscht.

BM ist einverstanden, daß der Westen eine Formel prüft, mit der die N+N-Formulierung zum geographischen Geltungsbereich der KAE[10] präzisiert werden könnte. Eine solche Formulierung solle aber nicht zum jetzigen Zeitpunkt eingeführt werden, da dies sonst als Nachgeben gegenüber der sowjetischen Verhärtung verstanden werden könnte.

Graf R. trägt zum Stand bei den anderen Körben vor: Bei Prinzip VII[11] klaffe noch eine weite Lücke selbst zwischen dem N+N-Vorschlag und der sowjetischen Position. Dagegen seien in Korb III[12] wichtige Fortschritte erzielt worden (Sechs-Monats-Frist für die Beantwortung von Ausreiseanträgen, Wiederholbarkeit von Anträgen, keine Benachteiligung der Antragsteller). BM stimmt zu, daß diese Punkte wichtig seien und daß praktische Fortschritte in Korb III bedeutsamer seien als theoretische Formulierungen zu Prinzip VII.

Graf R. berichtet zum Fortgang: Es herrsche das Gefühl vor, daß, wenn man bis Mitte Juli nicht fertig sei, dann eine Pause eintreten lassen solle und die Konferenz etwa im Oktober wiederaufnehmen könnte, weil sie dann wohl noch bis Weihnachten dauern würde. BM hat dagegen keine Bedenken: „Besser zähflüssig als abbrechen." Graf R. meint, auf westlicher Seite sei das Drängen auf eine schnelle Beendigung inzwischen entfallen.

Zur Ortsfrage für die KAE und das nächste Folgetreffen[13] meint BM: Er selbst

Fortsetzung Fußnote von Seite 927

nahmen folgende Formulierung enthält: ‚…the participating states expressed their readiness in principle to expand the zone of application of such measures on a balanced and reciprocal basis, the concrete coverage of which will be defined at the conference itself.'" Ruth fügte hinzu: „Der neue sowjetische Vorschlag in Madrid kann – nach Breschnews spektakulärem Schritt vorwärts vom Februar d. J. – als zweiter sowjetischer Schritt zurück aufgefaßt werden. Noch in seiner Rede von Tiflis am 22.5.81 erklärte sich Breschnew damit einverstanden, in einem KAE-Mandat den gesamteuropäischen Anwendungsbereich festzulegen und ‚zuzugestehen', daß der Westen seine erneut angemahnte Gegenleistung erst auf der Konferenz selbst erbringen könne. Jetzt mutet die Sowjetunion dem Westen zu, die geographische Frage im Mandat völlig offenzulassen und auf der Konferenz auf ‚ausgewogener und gegenseitiger Basis' zu regeln. Konkret angewandt würde sich das Gegenseitigkeitsprinzip dann dahin auswirken, daß der Westen für jede Ausweitung auf sowjetisches Territorium über den 250-km-Grenzstreifen hinaus eine entsprechende Ausweitung über den europäischen Kontinent hinaus nach Westen konzedieren müßte." Vgl. Referat 221, Bd. 123127.

8 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

10 Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 13.

11 Zu Punkt VII der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 917 f.

12 Für den Wortlaut des Abschnitts „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen" (Korb III) der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 946–964.

13 Zu den Vorschlägen für den Tagungsort einer weiteren KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 138, Anm. 4.

habe erhebliche Vorbehalte gegen Brüssel, und zwar wegen der belgischen Haltung zur Nachrüstung.[14] Graf R. weist darauf hin, daß der Ort für die KAE zuletzt nicht erörtert worden sei. Hinsichtlich des Nachfolgetreffen spekuliere die Sowjetunion wohl auf Wien; sie glaube, daß sich Bukarest und Brüssel gegenseitig ausschlössen. Was die KAE angehe, gebe es die Überlegung einer phasenweise Durchführung in Warschau, Stockholm und Paris oder auch in Warschau und Genf. BM stellt sich die Frage, ob es richtig sei, Warschau tatsächlich auszuschließen, die Sicherheitsaspekte müßten noch einmal geprüft werden. Vom westlichen Standpunkt könne ein großes Interesse daran bestehen, eine länger dauernde Konferenz in Warschau zu haben, auf die die Sowjetunion großen Wert lege. Man könne auch überlegen, ob die KAE an einem neutralen Platz stattfinde und man sich auf zwei KSZE-Folgetreffen einige, zuerst in Warschau und dann in Rom (BM meint, daß wir hier an die Italiener denken sollten).

Nachdem Graf R. am 12.6. nach Abstimmung mit den Amerikanern und Franzosen die Presse im Sinne der Besprechung am Vortag bei BM unterrichtet hatte, stellte die DPA-Korrespondentin in Madrid, die an dem „briefing" Graf Rantzaus teilgenommen hatte, am Nachmittag in der Pressekonferenz des Ministers die Frage, was dieser von dem sowjetischen Rückzug beim Folgetreffen in der KAE-Frage halte. BM antwortete:

Er sei unverändert zuversichtlich, daß es möglich sein werde, das Folgetreffen mit einem substantiellen Schlußdokument abzuschließen und ein eindeutiges Verhandlungsmandat für die europäische Abrüstungskonferenz zu vereinbaren. Die jüngste Position der sowjetischen Delegation werfe allerdings die Frage auf, was der Grund dafür sei, daß die Sowjetunion von der Erklärung abweiche, die Breschnew auf dem sowjetischen Parteitag über die Ausdehnung des geographischen Geltungsbereichs der KAE bis zum Ural abgegeben habe und die von der Bundesregierung und allen anderen Staaten, die den französischen KAE-Vorschlag[15] unterstützen, begrüßt worden sei. Der Vorschlag Breschnews könnte ein außerordentlich bedeutsamer Beitrag für die Vertrauensbildung in Europa sein. Gerade in der jetzigen schwierigen Lage könnte eine KAE ein wichtiges Mittel zur Stabilisierung werden. Er wolle sehr eindringlich die Hoffnung aussprechen, daß die sowjetische Seite zu der ursprünglichen, von Breschnew erklärten Position zurückkehre und nicht weiter davon abrücke. Die Völker in Europa wünschten Rüstungskontrolle und Abrüstung. Das NATO-Treffen in Rom[16] sei ein Signal für Rüstungskontrolle und Abrüstung gewesen, das die Völker Europas mit großer Hoffnung erfüllt habe. Er appelliere an die Sowjetunion, daß diese Hoffnung auf Rüstungskontrolle, Entspannung und Vertrauensbildung nicht enttäuscht werde.

Braunmühl

Referat 010, Bd. 178846

14 Zur Haltung Belgiens zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 9.

15 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

16 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

171

Aufzeichnung des Kapitäns zur See Maurer

VS-NfD **15. Juni 1981**[1]

Betr.: Notwendige Akzente in der Darstellung der deutschen Sicherheitspolitik gegenüber Washington und Moskau

I. 1) Nachteilige Trends für die deutsche Position mit Bezug auf USA

Zahlreiche Äußerungen von maßgeblichen amerikanischen Politikern, die in der letzten Zeit über Sicherheits- und Bündnispolitik gemacht worden sind (Präsident Reagan, Außenminister Haig, Verteidigungsminister Weinberger, diverse Äußerungen bei Vorträgen und in der Fachliteratur etc. bis hin zu Dr. Record – Militärberater im US-Senat – am 4.6.81 bei der Konrad-Adenauer-Stiftung), zeigen folgende für uns nachteilige Trends:

– Das Verständnis für die Gedankengänge und die gegebenen Begrenzungen der europäischen Alliierten, vor allem der Deutschen, schwindet immer mehr[2].
– Die US-Regierung möchte in kürzester Zeit ihre militärischen Fähigkeiten gegenüber der SU und dem WP nach dem Motto „parity plus“[3] verbessern (dem Wortsinne nach eine Überlegenheit nach der Formel „Mehr als Gleichstand“).
– Offizielle Stimmen aus dem Bereich der US-Regierung qualifizieren den deutschen Bündnis-Beitrag als nicht ausreichend. Sie verlangen, daß die deutschen Politiker die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland mehr über die Bedrohung seitens des WP und mehr über die Strategien gegen den WP aufklären.

2) Mängel in der Position der Amerikaner

Bei der Darstellung der augenblicklichen US-Regierungsvorhaben wie auch bei der Kritik gegenüber den Alliierten wird einerseits Selbstkritik geübt (meist mit

1 Datum des Begleitvermerks.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz leitete die Aufzeichnung am 15. Juni 1981 über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher.
Hat Staden am 17. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Da ich von der Voraussetzung ausgehe, daß L[eiter]Pl[anungsstab] im Prinzip zur Direktvorlage ermächtigt ist, zeichne ich ab. Inhaltlich bin ich überwiegend anderer Meinung oder der Ansicht, daß die Darstellung nicht differenziert genug ist.“
Hat Staden am 21. Juni 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Hansen verfügte.
Hat Hansen am 24. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Kapitän zur See Maurer verfügte.
Hat Maurer am 27. Juni 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Seitz „n[ach] Rückkehr und [mit] d[er] Bitte, meinen Nachf[olger] entspr[echend] einzuweisen“, verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 29. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Genscher vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Im Grundsatz zutreffende Analyse u. richtige Darstellung der Aktionsmöglichkeiten.“
Hat Seitz am 12. August 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 02, Bd. 178486.

2 Die Wörter „immer mehr“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

3 Die Wörter „parity plus“ wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Fundstelle?“

Hinweis auf Unterlassungen der Carter-Administration), andererseits werden – oft in ziemlich ruppiger Weise – neue Wege in der Militärpolitik angesprochen. Folgerichtig werden dabei die Mängel in der Glaubwürdigkeit der augenblicklichen Abschreckungsstrategie aufgezählt, hauptsächlich:

– Mängel im technischen Führungssystem und in der elektronischen Nachrichtengewinnung über den möglichen Gegner;
– unzureichend bereitstehende Reserven, vor allem auf dem personellen Sektor;
– ungünstige Dislozierung der eigenen Kräfte;
– mangelhafte Fähigkeit zur schnellen, wirkungsvollen Schwerpunktbildung mit Kampftruppen;
– teilweise sektorale Unterlegenheit innerhalb des Triadenverbundes;
– unterschiedliche Auffassungen bei den einzelnen Regierungen der Allianz.

Aber eigenartigerweise werden zur Behebung dieser Mängel durch die USA nicht die richtigen Signale und Anforderungen an die Verbündeten gerichtet. Mindestens innerhalb der Bundesrepublik Deutschland könnte eine immer größer werdende Entfremdung zu den USA eintreten, wenn von dort

– die kritische, selbstbewußte Auseinandersetzung in den europäischen Demokratien mit ihrer Allianzaufgabe als „Pazifismus“ und „Neutralismus“ verteufelt wird;[4]
– Denkanstöße zu Modernisierungsvorhaben, die den Triadenverbund lückenlos gestalten sollen, nicht mit der Notwendigkeit der Abschreckung begründet werden, sondern mit einer einzukalkulierenden Möglichkeit, daß die Abschreckung nicht funktioniert und den Konfliktfall nach sich ziehen könnte.[5]

Offensichtlich ist es in USA nicht deutlich genug erkannt worden, daß jeder deutsche Sicherheitspolitiker erheblichen Schwierigkeiten seitens seiner Mandatsgeber ausgesetzt ist, wenn deren pazifistische Haltung[6] durch den Hauptverbündeten als etwas Unmoralisches dargestellt wird bzw. wenn sie für Verteidigungsmaßnahmen optieren sollen, die für den Fall versagt habender Abschreckung gelten.

3) Beispiele besonders deutlicher unterschiedlicher Auffassung

An zwei problematischen Bereichen lassen sich die unterschiedlichen Auffassungen der amerikanischen gegenüber der deutschen Denkweise besonders verdeutlichen:

– Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses[7]
– Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force[8]).

4 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Sehr r[ichtig]“.
5 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.
6 Die Wörter „wenn deren pazifistische Haltung“ wurden von Staatssekretär von Staden unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Es ist eine Minderheit.“
7 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
8 Zur „Rapid Deployment Force“ vgl. Dok. 55.

a) Zum Problem „NATO-Doppelbeschluß“

Nachdem 1979 nach reiflichen Beratungen (im wesentlichen angewiesen auf die technischen Kenntnisse und Angaben der Amerikaner) die Entscheidung für eine bestimmte Anzahl landgestützter amerikanischer nuklearer Mittelstrekkensysteme gefallen ist, werden in der öffentlichen Diskussion durch US-Politiker einerseits die politischen Effekte (Koppelung, Rüstungskontrollansatz) immer weniger[9], andererseits die technischen Effekte (Anzahl, Kosten, Stationierungsmodus) immer mehr und oft sehr kontrovers diskutiert.

Petitum

Die öffentliche Diskussion darf von seiten des Hauptverbündeten unter keinen Umständen primär mit technokratischen, militärtechnischen und pekuniären Argumenten geführt werden, weil alle diese Fakten durch Meinungsmacher in der Öffentlichkeit entkräftet werden können, die mehr Glauben finden als die Sicherheitspolitiker oder die allgemein immer stärker in Mißkredit geratenden technischen und wissenschaftlichen Experten! In der öffentlichen Diskussion gegenüber einer irrational angsterfüllten, aber rational immer mehr sicherheitsbewußten deutschen Bevölkerung haben weitgehend nur politische und „philosophische“ Argumente Bestand, z. B.:

– der rüstungskontrollpolitische Aspekt;
– die engere Koppelung an USA;
– die Tatsache, daß die Landstützung die aus der Sicht der SU weniger gefährliche Option ist als die Seestützung.[10]

b) Zum Problem der Eingreiftruppe (Rapid Deployment Force)

Die Idee, eine schnellverfügbare Truppe besitzen zu müssen, die an den für die Überlebensfähigkeit der westlichen Wirtschaft empfindlichsten Rohstoffversorgungszonen wirksam eingesetzt werden kann, ist, ausgehend von den USA, mindestens seit 1975 in der öffentlichen Diskussion. Die Ereignisse in Zaire, Iran, Afghanistan und der iranisch-irakische Krieg beschleunigten die entsprechenden Gedanken und Forderungen. Durch US-Politiker und entsprechende beratende Institutionen wird dabei einerseits nicht nur die Ausweitung der NATO-Vertragsbasis[11], sondern auch die physische Präsenz deutscher Kampfeinheiten unumwunden gefordert[12]. Andererseits hat die US-Regierung bislang für eine Rapid Deployment Force

– lediglich einen Stab von ca. 270 Personen zusammengezogen;
– keine operativen Konzepte entwickelt;

9 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“. Ferner vermerkte er handschriftlich: „Man könnte sagen: Solange die Landstützung militärisch geboten ist, führt ihre politische Verweigerung zur psychologischen Abkoppelung, d. h., die pol[itische] Entscheidung muß – und kann – mit Risikoteilung u. Abkoppelungsgefahr solange begründet werden, wie das militärische Rational trägt.“

10 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden durch Fragezeichen hervorgehoben.

11 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

12 Die Wörter „deutscher Kampfeinheiten unumwunden gefordert“ wurden von Staatssekretär von Staden durch Fragezeichen hervorgehoben.

– keine operativen oder strategischen Überlegungen mit ihren Verbündeten angestellt;
– nicht die Voraussetzungen geschaffen, die für dieses Konzept dringend benötigten Reserven auf die Beine zu bringen;
– nicht den unseligen Konkurrenzkampf in dieser Sache innerhalb ihrer Teilstreitkräfte geschlichtet und klar entschieden, welche Aufgaben in wessen Kompetenz liegen.

Petitum

Die öffentliche Diskussion über die RDF darf von seiten der USA erst geführt werden[13], wenn sie selbst ein klares operatives Konzept besitzt und Unterstützungswünsche an die Verbündeten daraus ableiten kann. Diese Wünsche oder Forderungen müssen als Ganzes in geheimen Verhandlungen mit den Verbündeten mit Hinblick auf die jeweilige Rechtslage und das innenpolitisch Machbare vorgeklärt werden, ehe die Öffentlichkeit beteiligt wird.

4) Allgemein wäre gegenüber den USA zu beachten:

Die Bundesregierung und die deutschen Sicherheitspolitiker sollten die entsprechenden Gesprächspartner in den USA auf die drohende Entwicklung aufmerksam machen, daß zwischen den Regierungen die Übereinstimmung mit den augenblicklichen Denkkategorien zum Preise einer – zugegeben irrationalen – „Anti-Stimmung" in der Bevölkerung und in den Parteibasen erkauft werden müsse, je weniger feinfühlig die Belastungsfähigkeit der jeweiligen Öffentlichkeit ergründet wird. Da die USA die Führungsmacht sind, kommt ihnen hier eine besonders große Verantwortung zu.

II. 5) Forderung an die Darstellung deutscher Sicherheitspolitik gegenüber der Sowjetunion

Sicherheitspolitische Äußerungen und Stellungnahmen gegenüber der Sowjetunion sollten von seiten der Bundesregierung und den Regierungsfraktionen in Zukunft von noch mehr Bedacht und Berechnung geprägt sein. Die Darlegung sicherheitspolitischer Aspekte müßte viel deutlicher unter dem Doppelgedanken geprüft werden und erfolgen: „Wo liegt unser Nutzen? – Wie bieten wir am wenigsten Angriffsfläche für die SU?"

Es sollte sehr deutlich bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, unsere Friedensliebe herausgestellt werden. Dort, wo es „wenig kostet", im Verbalen, sollten bewußt Töne angeschlagen werden, die die SU gerne hört.[14] Das gilt vor allem im Zusammenhang mit Maßnahmen des Bundes, die aufgrund dringender Neuorientierungen und Umstrukturierungen notwendig werden. Aber auch alle bilateralen Kontakte müßten viel weitgehender regierungsamtlich mit Hinblick auf „Stimmungsmache" gleichsam ausgeschlachtet werden. Ganz besonders gilt dies jedoch für den sensitiven sicherheitspolitischen Bereich. Die Bundesregierung sollte ab sofort

13 Der Passus „öffentliche Diskussion … geführt werden" wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Irreal."

14 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Entspricht nicht der Mentalität d[er] sowj[etischen] Führ[un]g."

– alle Verlegungen von Einheiten der Streitkräfte von Ost nach West (z. B. Verlegung des Zerstörergeschwaders von Kiel in seinen neuen Standort Wilhelmshaven, Verlegung von Heimatschutzkomponenten von Wuppertal nach Düren usw.),
– alle Sparmaßnahmen,
– Reduzierungen,
– Maßnahmen militärischer Einrichtungen zugunsten ziviler Vorhaben (im sanitätsdienstlichen Bereich, beim Umweltschutz etc.)

in Hinblick auf ihre Verwendbarkeit als vertrauensbildende Maßnahme untersuchen und nach Möglichkeit unter diesem Gesichtspunkt bewußt als einseitige Maßnahme außenpolitisch verwerten.[15] Dabei haben parteipolitische Interessen in der publizistischen Darstellung zurückzutreten. Die Bundesregierung sollte auf unsere Verbündeten in ähnlicher Weise hinwirken.

Es darf in Zukunft nicht mehr passieren, daß z. B. zwar einerseits der WP eine verdeckte Umstrukturierung seiner Verbandsgliederungen mit großer Wirkung in der Öffentlichkeit als einseitigen Abzug von Kampftruppen aus der DDR[16] darstellen konnte[17], andererseits die einseitige Verminderung des Nuklearwaffenbestandes der USA in Westeuropa um 1000 Sprengköpfe[18], d. h. um ca. 15 %, nahezu sang- und klanglos über die Bühne ging.

Maurer

Referat 02, Bd. 178486

15 Zu dem Passus „im Hinblick … außenpolitisch verwerten“ vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „M. E. sehr fraglich.“

16 Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 95, Anm. 27.

17 Zu dem Passus „der Öffentlichkeit … darstellen konnte“ vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

18 Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129.

172

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-3868/81 geheim
Fernschreiben Nr. 2417
Citissime nachts

Aufgabe: 15. Juni 1981, 20.12 Uhr
Ankunft: 16. Juni 1981, 02.50 Uhr

Bereitschaftsdienst AA: Bitte RL 201[1] oder Vertreter verständigen

Betr.: Neutronenwaffe

Bezug: Telefonat VLR I Dr. Hofmann – Gesandter Dr. Dannenbring vom 12.6.81

Zur Unterrichtung auf Weisung

1) Stand der Entscheidungen zur Produktion der Neutronenwaffe

Mit seinem Beschluß vom 7.4.78 hatte Präsident Carter grundsätzlich die Möglichkeit zum Bau der Neutronenwaffe offengehalten.[2] Der Beschluß sah vor, die Produktion der Gefechtsköpfe (Lance) und Granaten (8 inch) vorzubereiten, die Entscheidungen zur Produktion der ER-Komponente (Tritiumgase) und deren Einbau aber zurückzustellen. Die Produktion der Neutronenwaffe sollte somit in drei Stufen erfolgen.

a) Fertigung der modernisierten Gefechtsköpfe und Granaten,

b) Produktion der ER-Komponente (Tritiumgas),

c) Zusammenfügen von Gefechtsköpfen und ER-Komponenten.

Der Beschluß zur Produktion der modernisierten Gefechtsköpfe und Granaten wurde am 18.10.78 bekanntgegeben.[3]

Dabei wurde betont, die Konstruktion der modernisierten Gefechtsköpfe und Granaten werde derart sein, daß die Möglichkeit einer späteren Umwandlung in Waffen mit ER-(enhanced radiation)Effekt bestehe. Um die Option der späteren Einfügung der ER-Komponente sicherzustellen, wurde gleichfalls beschlossen, Hohlkörper (bottles) für das Tritiumgas zu produzieren.

Die Carter-Administration hat im Zusammenhang mit der Entscheidung zur Produktion der modernisierten Gefechtsköpfe, Granaten und „bottles" betont, hiermit sei noch keine Entscheidung zum Bau der Neutronenwaffe gefallen. Diese Entscheidung bleibe einem späteren Zeitpunkt vorbehalten und werde beeinflußt vom Grad der Zurückhaltung, den die SU sich in ihren konventionellen und nuklearen Programmen auferlege.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 16. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert und Legationsrat I. Klasse Bolewski „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Bolewski am 24. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Seibert am 25. Juni 1981 vorgelegen.

2 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vgl. Dok. 12, Anm. 23.

3 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Carter vgl. den Artikel „Carter Leaves Door Open On Future Neutron Arms"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 19. Oktober 1978, S. 2.
Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 322.

Auf Initiative des Streitkräfteausschusses des Senats wurde in die Appropriation Bill (FY[4] 1981) für das Energieministerium (das Gesetz wurde von Präsident Carter noch im Januar 1981 unterzeichnet) die Direktive an das DOE[5] gegeben, das nukleare Material (d.i. Tritiumgas) und die Gefechtskopfkomponenten (d.i. bottles) zu produzieren und zu lagern, die zu einer schnellen Umwandlung der W 70-3 (d.i. Lance-Gefechtskopf) und der W 79-1 (d.i. 8-inch-Granate) in Gefechtsköpfe mit ER-Effekt erforderlich sind. („The Secretary of Energy shall produce and stockpile the nuclear materials and the warhead components necessary to enable the rapid conversion of the W 70-3 and W 79-1 warheads to an enhanced radiation capability.")

Damit war die Grundlage für die Produktion aller zur Herstellung der Neutronenwaffen erforderlichen Teile gegeben.

In einer Presseerklärung vom 5.6.81 hat das State Department als Reaktion auf einen Bericht von Pincus in der Washington Post[6] betont, eine Entscheidung zum Einbau der ER-Komponente in die modernisierten Gefechtsköpfe sei noch nicht getroffen worden. Dieser Stand der Entscheidung wurde uns im State Department (Deputy Assistant Secretary) bestätigt.

2) Produktionsprogramm und -stand

Nach unserem Kenntnisstand, der auf Quellen der Arbeitsebene im State Department und Pentagon beruht, hat die Produktion der modernisierten Lance-Gefechtsköpfe im Mai 1981 begonnen; die der modernisierten Granate wird im Juli 1981 aufgenommen. Im laufenden Haushaltsjahr, d.h. bis zum 30.9.81, sollen 25 Lance-Gefechtsköpfe und 15 8-inch-Granaten produziert werden. Das Gesamtprogramm sieht die Produktion von 350 Lance-Gefechtsköpfen und 900 8-inch-Granaten vor. Es wird sich über fünf bis sechs Jahre erstrecken. Der Produktionsprozeß ist so angelegt, daß ein Einbau der ER-Komponenten in die in der Produktion befindlichen Gefechtsköpfe/Granaten möglich ist.

Falls der Einbau noch während des Produktionsprozesses der ersten Gefechtsköpfe erfolgen soll, müßte eine Weisung hierzu aus technischen Gründen spätestens bis Ende August ergehen. Nach unserer Auffassung ist hiermit zu rechnen. In diesem Fall würden voraussichtlich auch die Verbündeten unterrichtet werden.

3) Weiteres Vorgehen der Administration

Das State Department hat am 5.2.81 nach den ersten Äußerungen VM Weinbergers zur Neutronenwaffe[7] klargestellt, daß bei weiterem Vorgehen zwei Entscheidungen zu treffen sind: die der Produktion und die der Dislozierung. Die Entscheidung zur Produktion – und die Entscheidung, wie weit diese gehen solle – könne die US-Regierung jederzeit einseitig treffen. Die Dislozierung in Europa müsse mit den Alliierten konsultiert und mit ihnen gemeinsam beschlossen werden.

4 Fiscal Year.

5 Department of Energy.

6 Vgl. den Artikel „U.S. Takes Step Toward Building Neutron Weapons"; THE WASHINGTON POST vom 5. Juni 1981, S. 1 und 5.

7 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vgl. Dok. 31, Anm. 6.

Danach ist nicht damit zu rechnen, daß die Administration die Verbündeten in Fragen der Produktion konsultieren wird.

Das entspricht unserer Haltung, als Nichtkernwaffenstaat[8] nicht an Entscheidungen über die Produktion von Kernwaffen mitzuwirken.

Die Administration wird in Fragen der Produktion die Verbündeten allenfalls unterrichten. Nach Informationen aus dem State Department sind bilaterale US-Botschaften, darunter Bonn, Mitte März in den Stand gesetzt worden, ihre Gastregierungen zu unterrichten.

Wie wir aus dem Pentagon erfahren haben, soll aus der angelaufenen Produktion zunächst der Modernisierungsbedarf in den USA und dann im pazifischen Raum gedeckt werden. Dies würde bedeuten, daß die in USA lagernden alten Bestände gegen modernisierte ausgetauscht und die neuen Waffen (nur 8 inch?) in Korea disloziert werden. Über das Vorgehen bei einer Dislozierung der Gefechtsköpfe/Granaten in Europa ist der Meinungsbildungsprozeß in der Administration im Gange. Auf die Grundsatzerklärung des State Departments vom 5.2.81, daß die Implementierung des LRTNF-Doppelbeschlusses vom Dezember 79[9] gegenüber Entscheidungen zur Neutronenwaffe Priorität habe, ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen.

Im Falle einer Dislozierung in Europa ist die Lagerung der neuen Gefechtsköpfe/Granaten ohne ER-Komponente – zumindest aus der Sicht des Pentagon – eine lediglich theoretische Möglichkeit. Da sich ohne ER-Komponente die Wirksamkeit der Waffen im Verhältnis zum jetzigen Potential erheblich verringern würde, käme eine solche „Modernisierung" einer Minderung der Kampfkraft gleich. Nach umlaufenden Spekulationen wäre bei einer Dislozierung der neuen Waffen in Europa aber auch vorstellbar, daß zunächst derjenige Teil des alten 8-inch-Bestandes, der über Detonationswerte von 2,5 kt verfügt, gegen die neuen Granaten ohne ER-Komponente ausgetauscht wird. Wie wir erfahren, soll die neue 8-inch-Granate ohne ER-Komponente in ihrer Wirkung einem Sprengsatz mit einem Sprengwert von 2 kt entsprechen. In weiteren Schritten könnten den modernisierten 8-inch-Granaten die ER-Komponente nachgeführt werden und später ein Austausch der Lance-Gefechtsköpfe erfolgen.

Ich möchte unterstreichen, daß über Zeitpunkt und Art einer Dislozierung von Neutronenwaffen in Europa von der Administration keine Auskünfte zu erhalten sind.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 10338 (201)

8 Zur Verzichtserklärung der Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 153, Anm. 37.

9 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

173

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2427 **Aufgabe: 16. Juni 1981, 15.02 Uhr**[1]
Ankunft: 16. Juni 1981, 21.19 Uhr

Betr.: Israelischer Luftangriff auf Kernkraftanlage im Irak[2];
hier: Auswirkungen auf die amerikanische Nahostpolitik

Bezug: DB Nr. 2402 vom 12.6.81 – Pol 322.00 ISR[3]

Zur Unterrichtung

1) Der israelische Angriff auf die Kernkraftanlage im Irak hat die Reagan-Administration unvermittelt vor die Notwendigkeit gestellt, sich zu[4] den komplizierten und komplexen Problemen des Nahen Ostens zu äußern und ihre Politik gegenüber dieser Region zu definieren. Bisher war die Administration von der Überzeugung ausgegangen, eine nähere Befassung mit dem israelisch-arabischen Konflikt und der Fortführung des Friedensprozesses bis zum Sommer, mindestens jedoch bis nach den israelischen Wahlen[5], aufschieben und statt dessen ihre Energien vorrangig auf die Schaffung eines „strategischen Konsenses" mit den Staaten der Nah- und Mittelost-Region gegen sowjetische Expansionsdrohungen konzentrieren zu können. Die von der israelischen Aktion ausgelöste Diskussion in der hiesigen Öffentlichkeit, die nach wie vor in ungewöhnlicher Breite und Lebhaftigkeit geführt wird, sowie die Reaktion in der arabischen Welt haben jedoch deutlich gemacht, daß sich die Administration einer Reihe grundsätzlicher Fragen annehmen muß.

2) Dabei geht es einmal um das Verhältnis der USA zu Israel.

Die Reagan-Administration hat, wie alle früheren Administrationen, ihre Verbundenheit mit Israel und ihre Bereitschaft betont, alles für die Erhaltung der Sicherheit und Lebensfähigkeit Israels Erforderliche zu tun. Stärker als frühere Administrationen hat sie dabei auf die überragende strategische Bedeutung

1 Hat Vortragendem Legationsrat Buchrucker am 19. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Schnittger vorgelegen.

2 Am 7. Juni 1981 wurde die irakische Nuklearanlage „Osirak" in Tuweitha von israelischen Kampfflugzeugen angegriffen. Die israelische Regierung erklärte hierzu am Folgetag öffentlich: „For a long time we have been watching with growing concern the construction of the atomic reactor ‚Ossirac'. From sources whose reliability is beyond any doubt we learned that this reactor, despite its camouflage, is designed to produce atomic bombs. The target for such bombs would be Israel. […] Therefore, the government of Israel decided to act without further delay to ensure our people's existence." Vgl. den Drahtbericht Nr. 425 des Botschafters Schütz, Tel Aviv, vom 9. Juni 1981; Referat 310, Bd. 135681.

3 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte mit, im amerikanischen Außenministerium rechne man damit, „daß die Beratungen des SR auf informeller oder formeller Ebene heute oder morgen nach dem für heute erwarteten Eintreffen des irakischen AM in N[ew]Y[ork] beginnen werden. Bevor man das amerikanische Abstimmungsverhalten festlege, wolle man abwarten, wie der Resolutionsentwurf formuliert sei, den die arabische Seite vorlegen wolle." Der Untersstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, werde „in der nächsten Woche vor den auswärtigen Ausschüssen beider Häuser des Kongresses zu der israelischen Aktion aussagen". Vgl. Referat 310, Bd. 135681.

4 Korrigiert aus: „mit".

5 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

Israels als des „einzig verläßlichen Alliierten der USA im Nahen Osten“ abgehoben.

Diese besondere Verbundenheit mit Israel wird auch im Gefolge des israelischen Angriffs auf den irakischen Kernreaktor grundsätzlich keine Änderung erfahren. Darauf deutet bereits die hier allgemein als recht mild und als absolutes Minimum des Nötigen empfundene Reaktion der USA. Zum anderen hat Präsident Reagan den hiesigen israelischen Botschafter[6] ausdrücklich des Fortbestehens der amerikanischen Verpflichtung für die Sicherheit Israels versichert und unterstrichen, daß der F-16-Aufschub keineswegs eine grundsätzliche Überprüfung der Beziehungen mit Israel einleitet.[7] Die angekündigte Absicht, sich im Sicherheitsrat[8] allen Sanktionen gegen Israel zu widersetzen, deutet in die gleiche Richtung. Andererseits berichtet die unterrichtete Presse, Reagan habe privat auf den israelischen Angriff „schockiert“ reagiert. Ein Gesprächspartner im State Department äußerte die Vermutung, daß Reagan, der mit dem Anspruch der Wiederherstellung der amerikanischen Führungsrolle angetreten sei, betroffen darüber sei, daß die Großmacht USA in ihrer Nahostpolitik nur noch auf von Israel gesetzte Fakten reagieren könne. Ähnlich könne die vehemente israelische Kritik an der von ihm persönlich gutgeheißenen AWACS-

6 Ephraim Evron.

7 Vortragender Legationsrat Buchrucker vermerkte am 9. Juni 1981, die USA hätten den israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ am 7. Juni 1981 verurteilt: „Darüber hinaus stellte das State Department die Vermutung an, daß der Einsatz amerikanischen Kriegsgeräts das Lieferabkommen mit Israel verletzt habe, wonach amerikanische Waffen nur zu Verteidigungszwecken eingesetzt werden dürfen. Ein Bericht an den Kongreß ist hierzu in Vorbereitung.“ Vgl. Referat 310, Bd. 135681.
Mit Schreiben vom 10. Juni 1981 an beide Häuser des amerikanischen Kongresses gab der amerikanische Außenminister Haig bekannt, daß eine für diese Woche vorgesehene Lieferung von vier Kampfflugzeugen vom Typ „F-16“ an Israel bis zu einer Klärung der Hintergründe und Umstände des Angriffs ausgesetzt sei. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 79.

8 Mit Schreiben vom 8. Juni 1981 beantragte die irakische Regierung ein unmittelbares Zusammentreten des VN-Sicherheitsrats, um den israelischen Angriff auf die Nuklearanlage „Osirak“ vom Vortag zu beraten. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1981, S. 275.
Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 16. Juni 1981: „In der Debatte des VN-SR über israelischen Angriff auf irakische Nuklearanlage haben nach insgesamt sechs Sitzungen bis zum 16.6.1981 ca. 40 Redner gesprochen, darunter mit Ausnahme der USA alle Mitglieder des SR. […] Folgende Hauptzüge in der bisherigen viertägigen Debatte sind festzuhalten: Die den Ton angebenden arabischen Sprecher setzten von Anfang an einen betont sachlichen und auf die Problemkreise Wahrung des Nichtverbreitungssystems, Recht auf Entwicklung der Kernenergie für friedliche Zwecke, Recht auf Entwicklung der arabischen Welt überhaupt, Infragestellung des überzogenen israelischen Verteidigungskonzepts, Völkerrechtsbruch und Erschütterung des VN-Systems konzentrierten Themenkreis. Hierbei gab Irak selbst als erster Redner mit einer sachlichen Rede ein Beispiel. […] Die stärksten propagandistischen Akzente wurden von verschiedenen Vertretern des sowjetischen Lagers gesetzt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1360; Referat 311, Bd. 137670.
Am 18. Juni 1981 teilte van Well mit, im VN-Sicherheitsrat sei hinsichtlich des Inhalts der Resolution „überraschend“ eine Kompromißlösung gefunden worden. So werde in der Präambel auf die Feststellung verzichtet, „daß das israelische Unternehmen vom 7.6.81 eine Angriffshandlung darstellt, die als Friedensbruch im Sinne von Artikel 39 gewertet werden muß“. Im operativen Teil der Resolution sei das wesentliche Kompromißelement „der Verzicht auf irgendwie geartete Maßnahmen unter Kapitel 7, insbesondere die gemäß Artikel 41 der Charta vorgesehenen im Bereich der militärischen, wirtschaftlichen oder technischen Zusammenarbeit mit Israel“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1363; Referat 311, Bd. 137670.
Am 19. Juni 1981 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat die Resolution Nr. 487. Für den Wortlaut vgl. RESOLUTIONS AND DECISIONS 1981, S. 10.

Lieferung an Saudi-Arabien[9], die herabsetzende Kritik Begins an dem von Reagan um Vermittlung im Libanon gebetenen Saudi-Arabien und die Tatsache auf Reagan nicht ohne Wirkung bleiben, daß Israel den Reaktor genau zu dem Zeitpunkt angegriffen habe, als der von Reagan persönlich eingesetzte Vermittler Habib zur zweiten Runde in den Nahen Osten aufgebrochen sei.[10] Auf längere Sicht könne dies durchaus zu einem gewissen Umdenken auf seiten Reagans und der Administration führen, indem sie die nicht in Frage gestellte Hilfe an Israel nicht länger als Blankoscheck gewährten, sondern stärker auf die Einhaltung gewisser Grenzen und Regeln und auf größere Rücksichtnahme auf die Interessen der USA drängten. Dabei dürfte jedoch der starke innenpolitische Einfluß der Israel-Lobby den Spielraum der Administration in engen Grenzen halten.

3) Von der weiteren Reaktion der Administration auf den israelischen Angriff wird auch das Verhältnis der USA zu den Ländern der arabischen Welt entscheidend beeinflußt werden. Bereits jetzt kann die Administration nur mit Sorge konstatieren, daß ihre nahostpolitischen Bemühungen durch das israelische Vorgehen erheblich gefährdet, wenn nicht gar vom Scheitern bedroht sind:

– die Habib-Mission u. a. durch die Verletzung des saudischen Luftraums, die Riad eher zögern lassen dürfte, sich dem Odium auszusetzen, als hole es im Libanon für Israel und die USA die Kastanien aus dem Feuer;
– der nahöstliche Friedensprozeß, da nach dem israelischen Angriff Sadat im arabischen Lager eher noch stärker isoliert erscheint und die Fähigkeit der USA, ihre Rolle als „voller Partner“ gegenüber allen Beteiligten auszuüben, erneut in Frage gezogen werden dürfte;
– der „strategische Konsens“, da der israelische Angriff gegen Irak von den Arabern als Bestätigung der These genommen werden dürfte, daß die Hauptbedrohung für Sicherheit und Stabilität der Region nicht von der SU, sondern von Israel ausgehe.

Die Administration dürfte sich daher bewußt sein, daß es von ihrer weiteren Reaktion auf die israelische Aktion abhängen wird, ob sie die drohende Entfremdung zu den gemäßigten arabischen Staaten verhindern und die amerikanische Glaubwürdigkeit als Voraussetzung aller amerikanischen Nahostpolitik bewahren kann.

9 Zur amerikanischen Lieferung von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, vgl. Dok. 148, Anm. 4.
Botschafter Schütz, Tel Aviv, informierte am 23. April 1981 über eine am Vortag veröffentlichte Stellungnahme der israelischen Regierung: „‚The Government of Israel expressed profound regret over, and unreserved opposition to, the decision taken by the U.S. Government to supply sophisticated offensive weaponry and surveillance aircraft to Saudi Arabia.‘“ Schütz ergänzte hierzu, Israel werde sich „nunmehr bei US-interner Auseinandersetzung über geplante Lieferungen nicht mehr zurückhalten und insbesondere seine Lobby im Kongreß zum Widerstand anhalten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 284; Referat 422, Bd. 124243.

10 Zu den Friedensbemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters für den Nahen Osten, Habib, vgl. Dok. 146, Anm. 16 und 19.
Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 9. Juni 1981 folgende Informationen aus dem amerikanischen Außenministerium: „Die Vermittlungsaktion Habibs sei durch die israelische Aktion erheblich erschwert worden. Doch habe man bisher noch keine Hinweise erhalten, daß Habib wegen der israelischen Aktion bei einem seiner bisherigen Gesprächspartner nicht mehr willkommen wäre. Habib beabsichtige, seine Mission wie geplant fortzusetzen. Er sei heute aus Paris kommend in Beirut eingetroffen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2337; Referat 310, Bd. 135681.

4) Der Einsatz von Waffen amerikanischer Herkunft bei dem israelischen Angriff auf den irakischen Kernreaktor wird die Administration möglicherweise auch zu einem Überdenken ihrer Waffenexportpolitik veranlassen. Angesichts ihrer erklärten Absicht, der sowjetischen Bedrohung weltweit entgegenzutreten, hat die Reagan-Administration den Waffenexport als „wichtiges und konstruktives Instrument der amerikanischen Außenpolitik" bezeichnet. Unter den bisherigen und künftigen Empfängern amerikanischer Waffen nehmen Israel und eine Reihe arabischer Länder einen hervorragenden Platz ein. Bisher liegen keine Hinweise dafür vor, daß die Administration, wie zum Teil in der öffentlichen Diskussion gefordert, den Waffenexport in die Nahost-Region einschränken wird. Jedoch ist nicht auszuschließen, daß sie sich bemühen wird, eine stärkere Kontrolle als bisher über die von ihr gelieferten Waffen zu erhalten.[11] AM Haig hat, wie berichtet, in seinem Schreiben an Senator Percy und Speaker O'Neill ausdrücklich den großen Ernst unterstrichen, mit dem die USA die Verpflichtung ausländischer Regierungen zur genauen Einhaltung der Bedingungen verfolge, unter denen sie Waffen von den USA erhielten.

5) Der israelische Angriff auf die irakische Kernkraftanlage dürfte innerhalb der Administration auch eine neue Diskussion der NV-Politik[12] sowie des Wertes der IAEO-Kontrolle auslösen. Hierzu folgt gesonderter Bericht.[13]

[gez.] Hermes

Referat 310, Bd. 135681

11 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Schnittger handschriftlich: „Dann würden die USA aber auch größere Verantwortung tragen für israel[ische] Aktionen!"

12 Korrigiert aus: „V.Politik".
Nichtverbreitungs-Politik.

13 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 19. Juni 1981 über Anhörungen im amerikanischen Kongreß zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981. Dabei habe der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, erklärt, „die Administration stimme der israelischen Auffassung, der irakische Reaktor sei für den Bau von Kernwaffen bestimmt gewesen, nicht zu. Man sei bisher nicht zur endgültigen Schlußfolgerung gelangt, daß Irak die Fähigkeit zum Bau nuklearer Waffen angestrebt habe." Hermes fügte hinzu, die von Stoessel „in einer gewissen Breite angesprochene NV-Problematik stand im Mittelpunkt einer Reihe von Stellungnahmen und Fragen in beiden Ausschüssen. Senator Glenn bezeichnete den israelischen Angriff auf den irakischen Kernreaktor als ‚ersten internationalen Mißtrauensantrag' gegen das existierende NV-System. Die IAEO sei lediglich eine Informations-Sammelstelle. Jetzt sei möglicherweise eine der letzten Gelegenheiten zu versuchen, den NV-Vertrag und die IAEO-Regeln mit Zähnen auszustatten. Auch Senator Cranston betonte, daß gegenwärtige NV-System funktioniere nicht, die IAEO-Inspektionen seien inadäquat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2462; Referat 310, Bd. 135681.

174

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-3903/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. Juni 1981, 21.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1074 **Ankunft: 17. Juni 1981, 21.25 Uhr**
Citissime

Betr.: 8. Sitzung der Special Consultative Group (SCG) am 17. Juni 1981

Zur Information

I. Zusammenfassung

1) Die Sitzung der SCG am 17. Juni, die anstelle des kurz vor der Sitzung in Brüssel erkrankten Eagleburger von seinem Vertreter Gompert geleitet wurde, hat noch einmal nachdrücklich bestätigt, daß die amerikanische Regierung mit großer Gewissenhaftigkeit und Intensität amerikanisch-sowjetische Verhandlungen vorbereitet.

Diese Vorbereitungen erstrecken sich im Prozeduralen auf die Vorgespräche Haig–Dobrynin[2] und Eagleburger–Bessmertnych[3], die fortgesetzt werden.

In der Substanz bleibt das Integrated Decision Document[4] die Grundlage für die Verhandlungsvorbereitungen. Auf dieser Basis werden die Einzelheiten der amerikanischen Verhandlungsposition erarbeitet. Dabei werden relevante Entwicklungen seit Dezember 1979 berücksichtigt und in „Verfeinerungen" und Konkretisierungen ihren Niederschlag finden.

2) Die Amerikaner haben detailliert (unter Top Secret) über den Stand der im Kommuniqué von Rom[5] angekündigten Bedrohungsanalyse berichtet. (Hierzu erfolgt gesonderte Aufzeichnung der Vertreter des BMVg.)

1 Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 19. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Barker und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot verfügte.
Hat Barker am 24. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Arnot am 7. Juli 1981 vorgelegen.

2 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März, 1. April und 15. Mai 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, Dok. 95, Anm. 20, und Dok. 152, Anm. 29.

3 Am 10. Juni 1981 trafen der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, und der Gesandte an der sowjetischen Botschaft in Washington, Bessmertnych, zusammen. Gesandter Dannenbring, Washington, teilte hierzu am selben Tag mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe Eagleburger ausgeführt, „daß er von Haig beauftragt sei, mit B[essmertnych] vorbereitende Gespräche zu führen, die Haig und Gromyko bei ihrer Begegnung im September 1981 in die Lage versetzen würden, eine Vereinbarung über die Aufnahme von LRTNF-Verhandlungen noch in diesem Jahr zu treffen. Eagleburger habe unterstrichen, daß es der amerikanischen Seite mit diesem Anliegen sehr ernst sei und daß sie beabsichtige, diesen Zeitplan systematisch einzuhalten. […] B. hat diese Erklärungen aufgeschlossen und interessiert entgegengenommen. Er betonte, daß es auch der sowjetischen Seite ernst sei mit der Vorbereitung von Verhandlungen. B. habe das von Eagleburger dargelegte Ziel der Vorgespräche, nämlich der Vorbereitung eines Ministerbeschlusses zur Aufnahme von Verhandlungen, akzeptiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2357; VS-Bd. 11344 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

5 Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342.

3) Die Arbeiten an einem gemeinsamen Argumentationskatalog werden auf der nächsten Sitzung der SCG begonnen. Wir haben Verteilung der englischen Fassung unseres nationalen Argumentenkatalogs[6] zugesagt.

4) Die nächste SCG-Sitzung findet am 3. August statt.[7]

II. Im einzelnen

1) Prozedurale Vorbereitung der Verhandlungen

Über die Tatsache, daß amerikanisch-sowjetische Verhandlungen noch in diesem Jahr beginnen sollen, besteht grundsätzliches amerikanisch-sowjetisches Einverständnis, allerdings ist noch keine Vereinbarung über den genauen Termin für den Beginn solcher Verhandlungen getroffen.

Für die vorbereitenden Gespräche zwischen Eagleburger und Bessmertnych haben Amerikaner vorgeschlagen, Verfahrensfragen sowie Zeitpunkt, Ort der Verhandlungen und Verhandlungsführer der eigentlichen Verhandlungen zu bestimmen. In den vorbereitenden Gesprächen sollen außerdem eine gemeinsame Erklärung Haigs und Gromykos über den Beginn der Verhandlungen formuliert werden. Die Sowjetunion hat bisher in den bilateralen Kontakten ihre Verhandlungsbereitschaft zwar nicht ausdrücklich bestätigt, den amerikanischen Vorbereitungsansatz aber als vernünftig bezeichnet und ihre Mitarbeit zugesagt. Nach amerikanischer Auffassung will sich die Sowjetunion die Möglichkeit offenhalten, darauf hinweisen zu können, zu sofortigen Substanzverhandlungen bereit zu sein, und Verzögerungen der amerikanischen Seite anzulasten.

Die vorbereitenden Gespräche auf der Ebene Eagleburger–Bessmertnych werden Ende Juni/Anfang Juli fortgesetzt, mit weiteren Begegnungen Haig–Dobrynin ist ebenfalls zu rechnen.[8] Das abschließende Treffen Haig–Gromyko ist für den 26. September 1981 ins Auge gefaßt.[9]

6 Vgl. ASPEKTE DER FRIEDENSPOLITIK. Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses. Eine Veröffentlichung der Bundesregierung, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn 1981.

7 Zur neunten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 227.

8 Am 2. Juli 1981 fand ein weiteres Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, statt. Botschafter Hermes, Washington, berichtete dazu am 7. Juli 1981, Dobrynin habe die Frage gestellt, „ob für die Administration ein sowjetischer Truppenrückzug aus Afghanistan absolute Voraussetzung für eine Besserung der Beziehungen sei." Haig habe erwidert: „Jede Zusicherung, die die SU den USA in Richtung auf einen schrittweisen Truppenrückzug aus Afghanistan geben könne, […] würde eine positive Wirkung haben. Haig wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die USA jedoch die TNF-Frage unabhängig von den oben genannten Gesichtspunkten behandeln wollten. Ebenso beabsichtige Washington, zu gegebener Zeit mit der SU Gespräche über Getreidelieferungen aufzunehmen." Auf die Frage Dobrynins nach dem Verhältnis zwischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und SALT-Verhandlungen habe Haig erklärt: „Es handle sich nach amerikanischer Auffassung hierbei um eindeutig parallele Fragen (clearly parallel issues), die an geeigneter Stelle zusammengefügt werden müßten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2671; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 13. Juli 1981 trafen der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, und der Gesandte an der sowjetischen Botschaft in Washington erneut zusammen. Bessmertnych habe dabei die Bereitschaft erklärt, „bei Verhandlungsbeginn Dislozierung der SS-20 einzustellen". Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Ritter von Wagner vom 16. Juli 1981; VS-Bd. 11344 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Korrigiert aus: „26. September 1980".
Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

2) Substantielle Vorbereitung der Verhandlungen

a) Die amerikanische Seite hat erneut die Ernsthaftigkeit ihres Verhandlungswillens unterstrichen und darauf hingewiesen, daß sie nicht „vorläufige Gespräche", sondern echte Verhandlungen anstrebe. Deswegen seien zeitgerechte, aber auch gewissenhafte und detaillierte Vorbereitungen erforderlich.

b) Grundlage der Vorbereitungen ist das IDD[10] und seine tragenden Prinzipien. Dabei bedürfen einzelne Prinzipien nach amerikanischer Auffassung der Verfeinerung und Konkretisierung. Folgende Prinzipien gelten uneingeschränkt weiter:

– das Prinzip der Reziprozität,
– das Prinzip der Gleichheit und der gleichen De-jure-Obergrenzen für beide Seiten,
– das Prinzip, daß die Einhaltung der Vertragsvorschriften überprüfbar sein muß,
– daß die Verhandlungen ausschließlich amerikanische und sowjetische Systeme betreffen und die Systeme von Drittstaaten nicht in Betracht gezogen werden; auch sollte der Sowjetunion für Drittstaatensysteme kein Ausgleich eingeräumt werden,
– LRTNF-Verhandlungen finden im SALT-Rahmen statt,
– vertragliche Begrenzungen müssen weltweit wirken und sollen keine regionalen Untergliederungen haben,
– die Begrenzung landgestützter Mittelstreckenraketen hat in den Verhandlungen Priorität.

c) Aus dem Gespräch der Delegationsleiter der vier Stationierungsländer (B, D, I, UK) mit Eagleburger vor der Sitzung wurde deutlich, daß die Prüfung folgender Fragen noch nicht abgeschlossen ist:

– Ausschluß oder Einbeziehung von Flugzeugen,
– Konkretisierung eines schrittweisen Vorgehens.

d) Der amerikanische Vorsitzende bestätigte, daß die im Rom-Kommuniqué genannten technischen Studien zwar bei der Erstellung der amerikanischen Verhandlungsposition berücksichtigt werden, daß ihre Erarbeitung dadurch aber nicht verzögert werde.[11]

3) Bei meinen Interventionen habe ich mich an die im Schreiben Bundesministers an Bundeskanzler vom 15. Juni 1981 enthaltene Weisung gehalten.[12]

Ich habe – unterstützt von den europäischen Verbündeten – die Bedeutung unterstrichen, die wir einer engen Mitwirkung der Bündnispartner bei der Erstellung der amerikanischen Verhandlungsposition beimessen. Gleichzeitig habe ich betont, daß sich diese Mitwirkung – dem Doppelbeschluß des Bündnisses[13] entsprechend – auch auf die Verhandlungen selbst erstrecken müsse. Die ame-

10 Integrated Decision Document.
11 Zu den von der „High Level Group" (HLG) der NATO ausgearbeiteten Studien vgl. Dok. 261.
12 Für das am 10. Juni konzipierte und am 15. Juni 1981 übersandte Schreiben des Bundesministers Genscher an Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 165.
13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

rikanische Seite hat in diesem Zusammenhang die politische Bedeutung, die sie der Rolle der SCG beimißt, erneut bekräftigt.

Ich unterstrich, daß sich die Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens auch in der Ernsthaftigkeit der Konsultationsbereitschaft widerspiegele. Bei LRTNF müsse sich die Beteiligung der Bündnispartner, die ihr Land zur Stationierung der Waffen zur Verfügung stellten, intensiver gestalten als bei SALT, das in erster Linie nur die Amerikaner und die Sowjets betreffe.

Schließlich habe ich vorgeschlagen, diejenigen Elemente des Integrated Decision Documents zu identifizieren, die der weiteren Verfeinerung bedürfen, und möglichst schon auf der nächsten Sitzung der SCG zu erörtern. Dieser Vorschlag, den die Bündnispartner unterstützt haben, wurde vom amerikanischen Vorsitzenden aufgegriffen.

4) Von nahezu allen Teilnehmern wurde die Bedeutung einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit unterstrichen. In diesem Zusammenhang hat sich die SCG auch zum ersten Mal mit Aufnahme durch verschiedene Fernsehteams, u.a. das ZDF, einverstanden erklärt.

III. Auf Vorschlag verschiedener europäischer Bündnispartner wurde vereinbart, nicht nur eine weitere SCG-Sitzung vor dem Treffen Haig–Gromyko im September abzuhalten[14], sondern eine zusätzliche Sitzung für den 3. August 1981 vorzusehen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Fülle der noch zu erledigenden Arbeit wie auch das Erfordernis einer gewissen Ausgewogenheit zu der Frequenz der HLG-Sitzungen, von denen noch zwei für den Sommer geplant sind[15], für das Stattfinden dieser zusätzlichen Sitzung sprechen.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 13298 (213)

14 Zur zehnten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 16. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 259.

15 Am 30. Juni 1981 fand in Brüssel eine Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte dazu am 1. Juli 1981, es habe eine erste Erörterung der von amerikanischer Seite am 26. Juni 1981 übermittelten Entwürfe für die Studien „Threat Assessment" und „Functional Requirements of NATO's TNF" stattgefunden. Der amerikanische Delegationsleiter, der designierte Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Perle, habe den Eindruck der Entschlossenheit vermittelt, „die LRTNF-Verhandlungen systematisch und konstruktiv vorbereiten zu wollen, ohne dabei vom Doppelbeschluß bzw. I[ntegrated] D[ecision] D[ocument] abzuweichen". Hofmann legte dar, die amerikanischen Entwürfe böten keinen Anlaß „zu Verdacht, daß diese Studien den Doppelbeschluß qualifizieren oder gar aushöhlen könnten". Vgl. VS-Bd. 11344 (220); B 150, Aktenkopien 1981.
Zur Sitzung der High Level Group (HLG) der NATO am 30./31. Juli 1981 in Brüssel vgl. Dok. 227, Anm. 2.

175

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Clark

204-321.00 USA VS-NfD **18. Juni 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem stellvertretenden amerikanischen AM Clark am 18.6.1981 in Bonn (16.30 Uhr bis 17.45 Uhr)

Stellvertretender AM Clark wurde begleitet von dem Leiter der Europa-Abteilung, Eagleburger, und dem amerikanischen Geschäftsträger Woessner. Auf deutscher Seite nahm StS von Staden an dem Gespräch teil. Im Mittelpunkt des Gesprächs stand vor dem Vordergrund der Südafrika-Reise[2] Clarks ein Meinungsaustausch über die Namibia-Frage. Angesprochen wurden ferner die Lage in Polen und im Nahen Osten sowie TNF.

Im einzelnen

1) Lage im südlichen Afrika

Clark wies darauf hin, daß er in seinen Gesprächen in Südafrika klargemacht habe, daß die neue amerikanische Administration sich für die Fortführung des Prozesses um eine friedliche Lösung in Namibia verantwortlich fühle. Es gebe keinen separaten amerikanischen Lösungsplan. Die USA gingen von der Grundlage der SR-Resolution 435[3] aus. Sie stünden in enger Verbindung mit der Fünfer-Kontaktgruppe[4]. Er habe Südafrika zu größerer Flexibilität gedrängt: Es sei jetzt an der Zeit, daß Südafrika ein abschließendes Wort sage. Die USA wollten in keinster Weise an einer Verzögerung des Namibia-Prozesses teilhaben. Seine Gesprächspartner hätten dies verstanden und akzeptiert. Er, Clark, habe zweimal mit PM Botha und etwa 15 bis 20 Stunden mit AM Botha gesprochen.

In Namibia habe er etwa zwölf Stunden mit den fünf Parteien, der internen SWAPO sowie einer Reihe anderer kirchlicher und gesellschaftlicher Gruppen gesprochen. Er werde jetzt die südafrikanische Antwort mit seinen eigenen Gesprächs- und Reiseeindrücken dem Präsidenten vorlegen. Anschließend werde man mit den Mitgliedern der Kontaktgruppe weiter beraten. Clark wies darauf hin, daß er mit Mugabe ein gutes Treffen gehabt habe. Er habe ihm versichert,

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 19. Juni 1981 gefertigt und „mit der Bitte, die Billigung des Herrn Bundesministers herbeizuführen“, an das Ministerbüro geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 19. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau verfügte.
Hat Wallau am 22. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 23. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 26. Juni 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178845.

2 Der stellvertretende amerikanische Außenminister Clark hielt sich vom 10. bis 13. Juni 1981 in Südafrika auf. Anschließend führte er Gespräche in Windhuk und besuchte bis 15. Juni 1981 Simbabwe.

3 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

4 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA.

daß die USA ein Abgehen von der SR-Resolution 435 nicht beabsichtigten. Auf seine, Clarks, Frage nach der kubanischen Präsenz in Angola habe Mugabe mit dem üblichen Hinweis geantwortet, daß dies ein internes Problem Angolas sei. Er habe jedoch im späteren Verlauf der Gespräche eingeräumt, daß er keine Bedenken hätte, wenn die Kubaner zu gegebener Zeit zu ihren Familien zurückkehrten. Mugabe habe auch dem Argument zugestimmt, daß die kubanische Präsenz in Angola ein ernsthaftes Hindernis für eine Namibia-Lösung sei. Dies gelte nicht nur für die südafrikanische Haltung, sondern auch für die Auffassung der Weltöffentlichkeit. Diese sei nach der sowjetischen Invasion Afghanistans[5] im Hinblick auf ausländische Truppenpräsenz sehr sensibilisiert. Insgesamt habe er, Clark, die Gespräche mit Mugabe als sehr hilfreich empfunden. Die Gespräche seien offen und freundlich gewesen. Mugabe habe bei der Verabschiedung gebeten, Präsident Reagan seinen Dank für die amerikanische Bereitschaft zu einer 75 Mio.-Dollar-Wirtschaftshilfe zu übermitteln, und erklärt, Freunde sollten sich gegenseitig helfen. Zu Namibia habe sich Mugabe gegen eine Modifizierung der Res. 435 ausgesprochen. Er habe jedoch den Hinweis zur Kenntnis genommen, daß zwar Res. 435 die Grundlage für jede Namibia-Lösung sein müsse, daß aber die in den letzten beiden Jahren eingetretenen Veränderungen der Umstände gewisse Modifizierungen rechtfertigen könnten.

Clark erläuterte auf eine entsprechende Frage von BM seine Eindrücke über die südafrikanischen Absichten wie folgt:

Er habe seinen südafrikanischen Gesprächspartnern zugesagt, daß er die südafrikanische Antwort zunächst Präsident Reagan und AM Haig vortragen würde. Er, Clark, bäte daher um Verständnis, wenn er über die Substanz seiner Gespräche mit PM und AM Botha zunächst noch nichts sagen könne. Die Partner in der Fünfer-Gruppe würden jedoch noch vor Ende Juni hierüber unterrichtet werden. Diese Unterrichtung solle aber von AM Haig kommen.[6]

Auf eine weitere Frage von *BM*, ob die Südafrikaner die Realitäten richtig sähen, entgegnete *Clark*: SA[7] sei sich über die Realitäten der Reagan-Administration durchaus im klaren. Sie wüßten, daß die USA in der Namibia-Frage keine eigenen Wege zu gehen beabsichtigten. Er, Clark, habe darauf hingewiesen, daß man die südafrikanischen Besorgnisse, Namibia könne sich zu einem Sprungbrett für die SU entwickeln, durchaus teile. Auf der anderen Seite trügen die USA eine internationale Verantwortung für die Lösung der Namibia-Frage. Seine Gesprächspartner hätten im übrigen ihre große Besorgnis über die Entwicklung in Angola zum Ausdruck gebracht. Er, Clark, sei sich nicht darüber im klaren, ob der israelische Angriff auf den irakischen Atom-Reaktor[8] nicht auch die Südafrikaner ermutigen könnte, in Angola ähnlich vorzugehen. SA erwarte für die nächste Zeit weitere sowjetische Waffenlieferungen für Angola.

BM wies darauf hin, daß sich nach seiner Auffassung die Entwicklung in den afrikanischen und arabischen Ländern in einer entscheidenden Phase befinde.

5 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

6 Vgl. dazu das Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig vom 2. Juli 1981 an Bundesminister Genscher; Dok. 188, Anm. 30.

7 Südafrika.

8 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

Wir hätten mit unseren Bemühungen, den sowjetischen Einfluß in diesen Ländern zurückzudrängen, Erfolg gehabt. Die Rückschläge für die SU seien durch die Ereignisse in Afghanistan noch größer geworden. In Afrika habe der Westen durch die Fünfer-Namibia-Initiative weiter an Vertrauen gewonnen. Mugabe wirke zunehmend im Sinne einer verantwortlichen Haltung der Frontstaaten.[9] Auch sein Einfluß auf Machel in Richtung auf eine unabhängigere Politik sei groß. Auch in Angola gebe es Anzeichen dafür, daß die angolische Führung den Abzug der Kubaner lieber heute als morgen sähe.

Heute stelle sich für den Westen die Frage, wie diese im Prinzip günstige Entwicklung für den Westen gefördert werden könne. Vor drei Jahren habe Südafrika über Mugabe und die Patriotische Front noch dasselbe erzählt, was sie heute über Nujoma und die SWAPO erzähle. Südafrika habe damals verkündet, wenn die Terroristen Nkomo und Mugabe an die Macht kämen, würden sie der SU in Simbabwe den Weg öffnen. Das Gegenteil sei aber eingetreten. BM ging dann auf die Persönlichkeit Nujomas ein, der sich in seiner Persönlichkeit und wohl auch in seiner Unabhängigkeit von Mugabe durchaus unterscheidet. Insoweit könne es hier gewisse Probleme für die Lösung der Namibia-Frage geben. Trotzdem habe er, BM, aufgrund seiner mehrmaligen Treffen mit Nujoma[10] den Eindruck, daß dieser persönlich gewonnen habe. Wichtig sei, daß der Einfluß Mugabes auf Nujoma erheblich sei. Er, BM, begrüße daher, daß Clark in Salisbury mit Mugabe gesprochen habe. Diese amerikanischen Kontakte auf hoher Ebene seien besonders wichtig. Die südafrikanische Politik gebe vor, sie wolle die SU aus dem südlichen Afrika heraushalten. In Wirklichkeit führe die südafrikanische Position jedoch zu den gegenteiligen Folgen: Die SU könne sich keine besseren Leute als die jetzige Führung in Südafrika wünschen. Ihre absolute Unnachgiebigkeit in der Namibia-Frage könnte dazu führen, daß die gute Position des Westens in Afrika sich negativ verändere. Er, BM, sei der festen Überzeugung, daß sich das Klima im südlichen Afrika und in der Dritten Welt überhaupt zu Lasten des Westens verändern werde, wenn die Durchführung der SR-Resolution 435 nicht konsequent und ohne Verzögerung betrieben werde. Jede politische und friedliche Lösung werde sich gegen die SU auswirken. Die SU wisse, daß auch nur ein Rassenkrieg ihr die Möglichkeit gebe, in diesem Teil Afrikas Fuß zu fassen. Bezeichnend sei die Reaktion Gromykos auf die Lancaster-House-Konferenz über Simbabwe[11] gewesen: Gromyko sei im November 1979 nach Bonn gekommen.[12] Sein Hauptziel sei damals die Verhinderung das NATO-Doppelbeschlusses gewesen. Gromyko sei jedoch besonders nervös gewesen, als die Sprache auf das südliche Afrika gekommen wäre. Er habe scharfe Angriffe gegen Carrington wegen der Lancaster-House-Konferenz geführt, weil die Sowjetunion wohl zu Recht befürchtet habe, daß die Lancaster-House-Konferenz zu positiven Ergebnissen und zu einem Zurückdrängen des sowjetischen Einflus-

9 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

10 Bundesminister Genscher traf zuletzt am 26. Mai 1981 mit dem Präsidenten der SWAPO, Nujoma, zusammen. Vgl. dazu Dok. 157.

11 Zur Verfassungskonferenz für Simbabwe/Rhodesien vom 10. September bis 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London vgl. Dok. 63, Anm. 5.

12 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 21. bis 24. November 1979 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 341–344.

ses führen werde. Die SU habe damals auf Nkomo gesetzt. Gromyko habe gespürt, wie Simbabwe dem sowjetischen Einfluß entgleite.

Es sei wichtig, daß die Fünfer-Initiative bewahrt werde und daß die Fünf zusammenhielten. SA habe immer wieder, wenn auch vergeblich, auf einen Regierungswechsel in den Ländern der Fünf gehofft und setze jetzt seine ganze Hoffnung auf die neue Administration in Washington. Die amerikanische Reaktion entscheide jetzt über das Image Amerikas in Afrika. Eine klare Haltung zu Namibia auf der Grundlage von SR-Res. 435 sei die beste Antwort. Er, BM, habe in Rom ein gutes Gespräch mit AM Haig über diese Frage gehabt.[13] Es sei sicher wichtig, sich allgemeine Gedanken über Verfassungsgarantien zu machen. Der gestrige Tag der Deutschen Einheit habe ihn aber daran erinnert, daß die beste Verfassung Papier bleiben müsse, wenn – wie in der DDR – die Verfassungswirklichkeit ganz anders aussehe.

Er, BM, habe Nujoma die deutsche Bereitschaft erklärt, Namibia mit deutscher Wirtschaftshilfe zu einem blühenden Land zu machen. Einzige Bedingung sei jedoch die Zusicherung eines fairen Zusammenlebens zwischen schwarzer Mehrheit und weißer Minderheit. Wenn der Weg Mugabes in Simbabwe auch in Namibia eingeschlagen werde, so könne Namibia zu einem Musterland Afrikas werden. Eine solche Entwicklung sei eine bessere Garantie für die Weißen als noch so kunstvoll aufgeschriebene Verfassungsgarantien, für die er, BM, auch eintrete. Entscheidend sei aber, daß die friedliche Entwicklung eines unabhängigen Namibia gefördert werde. Hier könne der Westen seine ganze Stärke ausspielen. Wir sähen die weitere Entwicklung im südlichen Afrika auch in einem Zusammenhang mit der Entwicklung im Nahen Osten. Wir seien zutiefst besorgt über die Auswirkungen des israelischen Angriffs auf den irakischen Atomreaktor. Er, BM, wolle über die innere Entwicklung in Ägypten keine Spekulationen anstellen. Er sei aber über Nachrichten über die Lage der ägyptischen Armee und die Haltung der ägyptischen Öffentlichkeit besorgt. Begin habe Sadat, der ein großer Staatsmann sei, einen großen Schlag versetzt, und dies wenige Tage nach seinem Zusammentreffen mit Sadat.[14] Die hoffnungsvolle Entwicklung einer Annäherung Ägyptens an das gemäßigte arabische Lager sei durch die israelische Aktion unterbrochen worden. BM berichtete dann über seine Gesprächseindrücke während seines letzten Irak-Besuchs[15] und wies insbesondere darauf hin, daß der damalige Vizepräsident Hussein den Willen geäußert habe, die irakischen Beziehungen zu den USA und zum Westen allgemein zu verbessern. Insgesamt hätten die Beziehungen der gesamten arabischen Welt

13 Zum Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 3. Mai 1981 vgl. Dok. 128.

14 Ministerpräsident Begin und Staatspräsident Sadat trafen am 4. Juni 1981 in Sharm-el-Sheik (hebräisch: Ophira) zusammen. Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, teilte dazu am 5. Juni 1981 mit, das Treffen habe sich als „Wahlkampfspektakel" für Begin erwiesen: „Sadat bezog durch scharfe Kritik an der syrischen Präsenz im Libanon und an Präsident Assad persönlich und öffentlich […] eindeutig Position auf seiten Israels im gegenwärtigen Libanon-Konflikt – deutlicher als von den Israelis erwartet. […] Sadat beseitigte durch Verweis auf Camp David und den Friedensvertrag und -prozeß alle Zweifel über die ägyptische Position bei einem militärischen Konflikt zwischen Israel und Syrien, den er ohnehin als unwahrscheinlich bezeichnete." Vgl. den Drahtbericht Nr. 424; Referat 310, Bd. 135661.

15 Bundesminister Genscher hielt sich vom 4. bis 6. Juli 1979 in Irak auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 201 und Dok. 203.

zum Westen eine positive Entwicklung eingeschlagen. Jetzt aber gelte die gesamte Aufmerksamkeit der Araber wieder dem israelisch-arabischen Konflikt. Afghanistan beginne demgegenüber zurückzutreten. Die Einflußmöglichkeiten der SU im Nahen Osten hätten sich durch die israelische Reaktion wieder schlagartig verbessert. Dies alles sei auf dem Hintergrund westlicher Bemühungen um eine Stabilisierung der Golfregion geschehen. Wenn die beiden großen afrikanischen und arabischen Staatengruppen, die teilweise identisch seien, wegen der Namibia-Entwicklung und der israelischen Aktion im Irak enttäuscht seien, müsse befürchtet werden, daß die Länder der Dritten Welt ihr Verhältnis zum Westen neu definierten. Wir dürften der SU, die wegen ihrer imperialistischen und neokolonialistischen Politik einen historischen Rückschlag erlitten habe, keine Atempause geben. Der Westen habe zur Zeit die besseren Karten in der Dritten Welt. Auch aus diesem Grunde sei eine konsequente Fortführung der Fünfer-Initiative von entscheidender Bedeutung. Die Frontstaaten hätten sich zusammengeschlossen, um eine Art Wirtschaftsgemeinschaft zu bilden.[16] Sie seien des Namibia-Konfliktes überdrüssig und bereit, Druck auf die SWAPO auszuüben. Sie müßten aber auch das Gefühl haben, daß der Westen das Seinige tue. Eine Namibia-Lösung liege aber auch im Interesse Südafrikas. Ein prosperierendes unabhängiges Namibia werde unempfindlich für sowjetische Avancen sein. Es könnte für Südafrika ein guter Nachbar werden. Darüber hinaus gäbe eine Namibia-Lösung Südafrika Zeit, die inneren Probleme zu lösen. Es sei ermutigend, daß Mugabe erklärt habe, er werde terroristische Aktionen aus Simbabwe gegen Südafrika nicht dulden. Mugabe habe die Auffassung vertreten, Simbabwe und Namibia seien ehemalige Kolonialprobleme, während die Überwindung der Rassenschranken in SA eine innere Angelegenheit sei. Mugabe sei offenbar davon überzeugt und wolle dies auch in Simbabwe zeigen, daß eine gemischtrassige Gesellschaft auch Vorteile für die schwarze Mehrheit mit sich bringe.

Clark erwiderte, daß er die Erläuterungen von BM als sehr hilfreich ansehe; er werde sie bei seinem Bericht an den Präsidenten und AM Haig mitverwerten. Er sei zuversichtlich, daß in der Frage einer südafrikanischen Mitwirkung eine Lösung gefunden werden könne. Er, Clark, werde sich auf Wunsch von AM Haig weiter mit der Namibia-Frage befassen. Diese habe bei ihm höchste Priorität.

2) TNF-Verhandlungen

BM drückte seine große Befriedigung über den Ablauf der SCG-Sitzung in Brüssel aus.[17] Es sei gut, wenn die nächste SCG-Sitzung Anfang August stattfinde.[18] Im Hinblick auf das wohl für den 26.9. vorgesehene Treffen zwischen AM Haig und AM Gromyko überlegten wir folgendes: Bisher hätten sich die vier westlichen Außenminister aus Anlaß der VN-GV getroffen. Er, BM, wäre dankbar, wenn Clark mit AM Haig besprechen könnte, ob dieses Treffen vor oder unmittelbar nach der vorgesehenen Haig-Gromyko-Begegnung stattfinden solle.[19] Er,

16 Zu den Bemühungen der „Southern African Development Co-Ordination Conference" (SADCC) vgl. Dok. 32, Anm. 38.

17 Zur achten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 17. Juni 1981 vgl. Dok. 174.

18 Zur neunten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 3. August 1981 in Brüssel vgl. Dok. 227.

19 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen und unterrichtete die Außenminister Lord Carrington

BM, halte es im Augenblick wohl für besser, wenn das Treffen unmittelbar danach stattfinde. In der Sache seien wir uns einig. Vielleicht empfehle sich wegen der Namibia-Frage aber auch ein vorheriges Treffen?[20] Carrington, Cheysson und er, BM, würden auch mit Gromyko zusammentreffen.[21] Es sei wichtig, daß diesem gegenüber eine gemeinsame Sprache gesprochen werde.

Wir müssen uns für die nächsten Monate auf eine große sowjetische Offensive gegen TNF einstellen. Es sei daher wichtig, daß wir auch in der Öffentlichkeitsarbeit offensiv würden. Als er, BM, in der vergangenen Woche in Madrid gewesen sei[22], hätte die SU gerade ihren Rückzieher in der KAE-Frage präsentiert.[23] Er, BM, habe sich sofort dafür ausgesprochen, daß die westlichen Delegationen dies öffentlich kritisierten. Er, BM, habe in einer Reihe öffentlicher Erklärungen die Betroffenheit und die Enttäuschung der Bundesregierung zum Ausdruck gebracht. Inzwischen bestehe der Eindruck, daß die SU ihren Rückzieher wieder halb zurückgenommen habe.

Die Frage müsse weiter öffentlich behandelt werden. Bei jeder denkbaren Gelegenheit müsse die weitergehende Stationierung sowjetischer Mittelstreckenraketen öffentlich kritisiert werden. In der Ausdrucksweise dürften die westlichen Erklärungen nicht zu technokratisch, sondern sie müßten allgemein verständlich sein, unter anderem solle man bei Hinweisen auf die sowjetische Mittelstreckenbedrohung darauf hinweisen, daß diese Raketen Westeuropa bedrohen und in der Lage sind, Westeuropa zu vernichten. BM ging dann auf sein Gespräch mit Botschafter Semjonow vom 16.6. ein.[24] Semjonow habe um dieses Gespräch gebeten, um den Breschnew-Vorschlag über ein internationales wissenschaftliches Forum über die Gefahren des Atomkrieges[25] zu erläutern. Er, BM, habe Semjonow erklärt, daß eine Diskussion über die Gefahren des Atomkrieges in Deutschland schon seit langem in Gange sei. Ohne zu der Frage des vorgeschlagenen Forums Stellung zu nehmen, habe er, BM, es begrüßt, daß auch die SU jetzt die Öffentlichkeit über die Gefahren eines Atomkrieges unterrichten wolle. Die Sowjetunion könne dabei über die Gefahren informieren,

Fortsetzung Fußnote von Seite 950

(Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Genscher (Bundesrepublik) am selben Tag. Vgl. Dok. 271.

Ein weiteres Gespräch zwischen Haig und Gromyko fand am 28. September 1981 in New York statt. Vgl. dazu Dok. 281.

20 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 279.

21 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 278.

22 Bundesminister Genscher hielt sich am 11./12. Juni 1981 in Spanien auf. Zu seinem Gespräch mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo am 12. Juni 1981 in Madrid vgl. Dok. 167.

23 Zum sowjetischen Vorschlag vom 9. Juni 1981 zum Mandat einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 170, Anm. 6.

24 Themen des Gesprächs des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Botschafter Semjonow waren außerdem die Frage eines sowjetischen Generalkonsulats in München, der Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, insbesondere der geographische Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa, ferner die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme, die Ost-West-Beziehungen, die Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik, die Lage in Polen und der bevorstehende 40. Jahrestag des deutschen Angriffs auf die UdSSR. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 213, Bd. 133200.

25 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 6. März 1981 vgl. Dok. 126, Anm. 9.

die von sowjetischen Atomraketen ausgingen. Hierzu bedürften sie keiner amerikanischen Zustimmung.

Er, BM, habe darüber hinaus unsere Besorgnisse über die neuerliche sowjetische Haltung in der KAE-Frage und wegen der weitergehenden TNF-Stationierung zum Ausdruck gebracht.

Eagleburger erläuterte seine bisherigen beiden Gespräche mit dem sowjetischen Gesandten in Washington.[26] Amerikanische Seite habe darauf bestanden, daß nur prozedurale Fragen im Hinblick auf das Treffen Haig–Gromyko erörtert würden, Es sei jedoch erkennbar, daß die SU versuche, über den Umweg prozeduraler Fragen auch über die Substanz künftiger TNF-Verhandlungen zu sprechen. So habe sein sowjetischer Gesprächspartner von der Einbeziehung der Gefechtsfeldwaffen (theater nuclear forces) in Europa gesprochen. Haig und Dobrynin hätten sich inzwischen dreimal gesprochen.[27] Trotzdem werde die SU fortfahren, auf die mangelnde amerikanische Verhandlungsbereitschaft hinzuweisen.

BM wies vor dem Hintergrund dieser amerikanisch-sowjetischen Vorgespräche erneut auf die Notwendigkeit einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit hin: Es wäre sicher gut, wenn Eagleburger und Haig bei ihren nächsten Treffen stärker die öffentlichen Medien einschalten würden (Fotographien, Bildtermine). Es würde nämlich in Europa großen Eindruck machen, wenn man bildlich sehe, wie die Amerikaner mit den Sowjets über die Vorbereitung von TNF-Gesprächen redeten. Wenn man diese Kontakte bildlich der Öffentlichkeit vor Augen führen könne, werde es der SU schwer sein, sie zu leugnen. So sei es eine gute Sache gewesen, daß das Fernsehen eingeladen worden sei, über die SCG-Sitzung in Brüssel zu berichten.

Clark stimmte BM in der Frage einer besseren Einschaltung der Medien zu.

3) Lage in Polen

BM wies auf die Notwendigkeit hin, die weitere Entwicklung in Polen aufmerksam zu verfolgen. Die SU habe den Versuch unternommen, Kania und Jaruzelski zu stürzen. Hierbei sei sie gescheitert. Das Ergebnis seit der letzten ZK-Sitzung der PVAP[28] sei eine tiefe Enttäuschung für die SU. Sie müsse jetzt erkennen, daß die Mehrheiten auch auf dem polnischen Parteitag[29] für den Reformkurs günstiger sein werden, als dies bei der alten Mitgliedschaft der Fall ge-

26 Zum Gespräch des Abteilungsleiters in amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, mit dem Gesandten an der sowjetischen Botschaft in Washington, Bessmertnych, am 10. Juni 1981 vgl. Dok. 174, Anm. 3.

27 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März, 1. April und 15. Mai 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, Dok. 95, Anm. 20, und Dok. 152, Anm. 29.

28 Am 9./10. Juni 1981 fand in Warschau die 11. Plenarsitzung des ZK der PVAP statt. Für die Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 478–482 (Auszug).
Referat 214 legte am 16. Juni 1981 dar: „Das 11. Plenum hat nicht nur Moskau vor Augen geführt, daß Polen im Grunde ohne eine Führung ist, die die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung im Lande zu steuern imstande wäre. Der Tagungsablauf, die dramatische Konfrontation namentlich in der Vertrauensfrage für das Politbüro, der tiefe Zwiespalt zwischen den Parteiflügeln – alles das läßt für Polen angesichts des wachsenden sowjetischen Drucks und der bedrohlichen Wirtschaftssituation wenig Gutes erwarten." Vgl. Referat 214, Bd. 132911.

29 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt.

wesen wäre. Angesichts der gefährlichen Phase, die vor uns liege, müßten wir an unseren Prinzipien

– Bereitstellung wirtschaftlicher Hilfe,

– Nichteinmischung,

– Fortsetzung des Ost-West-Dialogs

festhalten. Der SU müsse immer wieder gezeigt werden, was sie in Polen riskiere. Es sei wichtig, daß sich der Westen in Madrid nicht unter Zeitdruck setzen lasse. Es wäre nicht gut, wenn die KSZE-Konferenz vor dem Parteitag enden würde. (*Eagleburger*: Es sei wahrscheinlich, daß die KSZE-Konferenz in jedem Falle bis weit in den Juli fortgeführt werde.) *BM* wies darauf hin, daß alles vermieden werden müsse, wodurch die Weltöffentlichkeit von den Ereignissen in Polen abgelenkt werde. Der Westen dürfe nicht noch einmal den Fehler begehen, wie 1956 (Suez[30] – Ungarn[31]). Aus diesem Grunde sei er, BM, auch über die Auswirkungen des israelischen Angriffs auf Irak und die Entwicklung im Libanon[32] zusätzlich besorgt. Entwicklungen, die die Dritte Welt mehr interessieren würden als Polen, müßten unbedingt vermieden werden.

BM wies auf seinen bevorstehenden Besuch (8. bis 10. Juli) in Bulgarien[33] hin: Er werde dort mit Schiwkow zusammentreffen. Dies sei das gleiche, als ob man unmittelbar mit Breschnew rede. Insoweit sei Schiwkow ein gutes Medium, um unsere Vorstellungen direkt an Breschnew heranzutragen. Er, BM, werde davon in der gleichen Weise Gebrauch machen, wie seinerzeit in Prag, als er mit Husák gesprochen habe.[34]

BM bat Clark um die amerikanische Einschätzung der polnischen Entwicklung noch vor seiner Bulgarien-Reise.

4) Außenpolitik der neuen französischen Regierung

BM erläuterte auf entsprechende Frage Clarks seine Eindrücke über die bisherigen Gespräche mit AM Cheysson: Wir seien über die Gespräche mit Cheysson

30 Die Suez-Krise wurde im Juli 1956 durch die von der ägyptischen Regierung betriebene Verstaatlichung des Suez-Kanals ausgelöst. Großbritannien und Frankreich griffen Anfang November 1956 in die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Israel und Ägypten ein, sahen sich aber durch den Druck sowohl der USA als auch der UdSSR, die die Möglichkeit eines Einsatzes ihrer atomaren Waffen andeutete, zum Rückzug gezwungen.

31 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

32 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 146, Anm. 16–19.
Ministerialdirektor Gorenflos übermittelte der Botschaft in Washington am 19. Juni 1981 ein Schreiben des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig zur Lage im Libanon. Darin hieß es: „‚Wir verfolgen die weitere Entwicklung im Nahen Osten mit großer Aufmerksamkeit. Mit unseren europäischen Partnern stehen wir in engem Kontakt. Die ‚Zehn' haben wiederholt die Regierungen in Jerusalem und Damaskus zur Zurückhaltung aufgefordert. Auf bilateraler Ebene sind wir in Riad, Kuwait und Abu Dhabi mit der Bitte vorstellig geworden, mäßigend auf Syrien einzuwirken. Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß Präsident Reagan Sonderbotschafter Habib gebeten hat, seine Pendel-Diplomatie fortzusetzen. Seine Mission hat zusätzliche Bedeutung erhalten, nachdem die Spannung in der Region durch den israelischen Luftangriff auf irakische Nuklearanlagen weiter gestiegen ist. Wir werden die amerikanischen Vermittlungsbemühungen weiterhin nach besten Kräften unterstützen.'" Vgl. den Drahterlaß Nr. 713; VS-Bd. 11141 (310); B 150, Aktenkopien 1981.

33 Zum Besuch des Bundesministers Genscher in Bulgarien vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

34 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

sehr befriedigt.[35] In der Frage der Ost-West-Beziehungen vertrete die neue französische Regierung eine noch klarere Haltung als Giscard. Dies gelte insbesondere für die öffentlichen Erklärungen. Cheysson habe die strikte und feste Haltung der neuen französischen Regierung gegenüber der SU nachdrücklich unterstrichen. Mitterrand habe nicht aus Wahlkampfgründen, sondern aus Überzeugung das Treffen Giscards mit Breschnew in Warschau[36] kritisiert. Es sei das strategische innenpolitische Ziel Mitterrands, die Kommunisten in ein Wählerghetto von etwa 15% zu bringen. Es sei zu hoffen, daß das Wahlergebnis es erlaube, daß Mitterrand ohne Kommunisten regiere.[37] Dies würde insbesondere für Italien wichtig sein.

Frankreich stehe fest im westlichen Lager. Cheysson habe sich hier über die französisch-amerikanischen Beziehungen außerordentlich positiv geäußert.

Auf eine entsprechende Frage Clarks wies BM darauf hin, daß die künftige französische Politik zu Afrika nicht anders sein werde als die deutsche. *Clark* erwähnte sein Gespräch mit Cheysson vom 16.6.: Cheysson habe darauf hingewiesen, daß alle Vermutungen, Frankreich halte nur noch halben Herzens an der Fünfer-Initiative zu Namibia fest, ohne jede Grundlage seien. Frankreich habe im Gegenteil ein noch eher wachsendes Interesse, die Namibia-Frage zu lösen.

StS *von Staden* wies abschließend darauf hin, daß AM Cheysson aus seiner Kommissionstätigkeit in Brüssel[38] her ausgezeichnete Afrika-Kenntnisse und gute Beziehungen zu den Führern Afrikas mitbringe.

Referat 010, Bd. 178845

35 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson am 2. Juni 1981 vgl. Dok. 159–162.

36 Staatspräsident Giscard d'Estaing führte am 19. Mai 1980 ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 154 und Dok. 159.

37 Botschafter Herbst, Paris, legte am 25. Juni 1981 zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung dar: „Der erste Wahlgang am 14. Juni hat die Sozialistische Partei (PS) mit 37% zur größten Partei des Landes gemacht und der Linken insgesamt eine klare Mehrheit von 55% gebracht. Verlierer waren innerhalb der Linken die Kommunisten, die den Sozialisten ein Viertel ihrer Wähler abgeben mußten, und auf der Rechten die beiden bisherigen Mehrheitsparteien, die zusammen nurmehr 40% der Stimmen bekamen. Bedingt durch den Multiplikatoreffekt des Mehrheitswahlrechts haben im zweiten Wahlgang am 21. Juni die Sozialisten und die mit ihr verbundenen Parteien der Linken Mitte alleine die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung erreicht. Sitzverteilung: Sozialisten 285, Kommunisten 44, Sonstige Linke 4, Linke insgesamt 333; Gaullisten 84, Giscardisten 64, Sonstige Rechte 8, Rechte insgesamt 156 (zwei Sitze noch offen). Der Staatspräsident ist also weder auf die Unterstützung durch die Kommunisten noch auf diejenige von Teilen der bürgerlichen Mehrheit abhängig. Er hat für fünf Jahre eine gesicherte Parlamentsmehrheit." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1897; Referat 202, Bd. 140660.

38 Claude Cheysson fungierte von 1973 bis 1981 als EG-Kommissar für Entwicklung und humanitäre Hilfe.

176

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

200-350.10 VS-NfD **19. Juni 1981**[1]

Zusammenfassendes Ergebnis der bisherigen Direktorenkonsultationen zum Thema Europäische Union

Das Ergebnis meiner bisherigen Gespräche mit den Politischen Direktoren Frankreichs[2], Großbritanniens[3], Italiens[4] und der Niederlande[5] läßt sich wie folgt zusammenfassen:

1) Alle Gesprächspartner haben auf unsere Vorstellungen[6] grundsätzlich positiv reagiert. Alle bejahen das Ziel, eine neue Perspektive zu eröffnen und in den Bevölkerungen den Europa-Gedanken zu beleben.

Briten und Niederländer haben Sorge, die Initiative könne zu große Hoffnungen wecken und nach Enttäuschung einen Rückschlag hervorrufen.

Italiener haben Wunsch geäußert, sich unserer Initiative anzuschließen.

2) Zur Form (Vertrag oder Akte) hat sich niemand festlegen wollen. Lord Carrington werde nur für Akte zu gewinnen sein (so Bullard).

3) Mit der Zusammenfassung des europäischen „acquis" hat niemand Schwierigkeiten. Lediglich Robin merkte auf persönlicher Basis kritisch an, daß Europäisches Parlament und Europäischer Gerichtshof hier Basis für Kompetenzerweiterung suchen und finden könnten.[7]

4) Der Gedanke, kulturelle Fragen in den intergouvernementalen Tätigkeitsbereich einer „Europäischen Union" aufzunehmen, fand Interesse. Man erwartet von uns, daß wir konkret darstellen, welche Fragen von einem Rat der für kulturelle Fragen zuständigen Minister behandelt werden sollen (hier gibt es wie bei uns innerstaatliche Zuständigkeitsprobleme).

5) Größte Schwierigkeiten machen die Einbeziehung der Sicherheitspolitik und der von uns vorgeschlagene Rat der Verteidigungsminister.

Niederländer haben sich gegen Einrichtung eines Rats der Verteidigungsminister gewendet. Er würde in der niederländischen Bevölkerung den Eindruck erwecken, als ob die Zehn in das Feld der NATO eingreifen wollten.

1 Ministerialdirektor Pfeffer leitete die Aufzeichnung am 19. Juni 1981 über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher. Dazu vermerkte er: „Italiener möchten die Initiative zusammen mit uns einbringen, Colombo am Rande des EPZ-Treffens am 22.6.1981 mit Ihnen darüber sprechen."
Hat Staden am 19. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Genscher am 20. Juni 1981 vorgelegen, der Staden um Rücksprache bat. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 200, Bd. 122716.

2 Gabriel Robin.

3 Julian L. Bullard.

4 An den Gesprächen nahm als Vertreter Italiens der stellvertretende Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Traxler, teil.

5 Kasper Willem Reinink.

6 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart; Dok. 2.
Zum Stand der Überlegungen vgl. Dok. 143.

7 Zum Gespräch am 14. Mai 1981 vgl. Dok. 143.

Die Briten sind bereit, Sicherheitspolitik im Rahmen der Zehn zu behandeln, aber auf keinen Fall Verteidigungsmaterien im engeren Sinne einzubeziehen (so Lord Carrington vor dem Oberhaus[8]).

Der französische, italienische und niederländische Verteidigungsminister sind nach Darstellung meiner Kollegen Fachminister, die sich nur mit Verteidigungsfragen im engeren Sinne beschäftigen können (Sicherheitspolitik ist Außenministern vorbehalten).

Nimmt man diese Reaktionen zusammen, bleibt für einen Rat der Verteidigungsminister keine Materie übrig.

Übrig bliebe, daß sicherheitspolitische Fragen in stärkerem Maße als bisher von den dafür zuständigen Außenministern behandelt würden.

Selbst gegen diese Lösung wehrte sich der niederländische Politische Direktor, vor allem mit folgendem Argument:

Die neutralistischen Tendenzen in den Niederlanden und in Europa würden im Zehner-Rahmen mehr Aussicht haben durchzuschlagen als im Fünfzehner-Rahmen. Der zweite Pfeiler der NATO, der uns vorschwebe, würde sich als ein verhältnismäßig schwacher Pfeiler herausstellen. Man müsse geradezu befürchten, daß die NATO-feindlichen Kräfte, z. B. in den Niederlanden, eine Europäisierung der Sicherheitspolitik mit Freude aufgreifen und forcieren würden, nur um auf diese Weise die Abkoppelung von den USA zu betreiben. Alle haben darum gebeten, diesen sensitiven Teil der Initiative nicht in der Öffentlichkeit zu behandeln, bevor man Klarheit über das Problem gewonnen habe.

Der irische Kollege hat von sich aus Referatsleiter 200[9] erklärt, Irland sei bereit, über Sicherheitsfragen zu sprechen, befinde sich aber im Augenblick in einer innenpolitisch schwierigen Lage. Das Thema müsse in Irland mit größter Vorsicht eingeführt werden.[10]

Pfeffer

Referat 200, Bd. 122716

8 Für den Wortlaut der Ausführungen des britischen Außenministers Lord Carrington vom 17. Juni 1981 vor dem britischen Oberhaus vgl. HANSARD, LORDS, Bd. 421, Sp. 647–653.

9 Immo Stabreit.

10 Staatssekretär von Staden vermerkte am 26. Juni 1981 für Ministerialdirektor Pfeffer: „Der Minister gab für die weitere Arbeit folgende Richtlinien: 1) Es ist davon auszugehen, daß die Fragen der Sicherheit nicht durch einen besonderen Rat der Verteidigungsminister, sondern von den Außenministern in geeigneter Form erörtert werden sollen. 2) Es soll anhand früherer Entwürfe (Fouchet-Plan u. ä.) geprüft werden, welche weiteren Bereiche außer Sicherheit und Kultur einbezogen werden könnten. 3) Die politischen Gesichtspunkte haben Vorrang. Die Initiative sollte so gesteuert werden, daß sie sich nicht in institutionellen Grundsatzdiskussionen festläuft." Vgl. Referat 200, Bd. 122716.

177

Botschafter von Puttkamer, Lissabon, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 266
Citissime

Aufgabe: 19. Juni 1981, 11.00 Uhr[1]
Ankunft: 19. Juni 1981, 14.36 Uhr

Betr.: Gespräch Bundeskanzler/PM Balsemão[2]

Vereinbarungsgemäß wird nachstehend eine Zusammenfassung des Gesprächs zwischen dem Bundeskanzler und dem portugiesischen Premierminister Balsemão am 15.6. in der Abfolge des Gesprächsverlaufs vorgelegt.

Bundeskanzler eröffnete die Unterhaltung mit der Feststellung, daß die bilateralen Beziehungen immer enger und enger geworden seien. Der Besuchsaustausch sei ein Beweis hierfür. Auch die Gespräche mit Präsident Eanes seien fruchtbar gewesen.[3] Die Visite von PM Balsemão sei ihm sehr willkommen.

Balsemão bedankte sich und unterstrich, daß die Bundesrepublik für Portugal einer der wichtigsten Partner sei. In seinem Land sei es nicht vergessen, daß die Bundesrepublik der erste europäische Bundesgenosse gewesen sei, der nach der Revolution[4] die Situation verstanden und Vertrauen in die portugiesische Entwicklung bewiesen habe. Die Situation in Portugal sei jetzt stabil. Auch der tragische Tod von Sá Carneiro[5] habe keine Unruhe im Gefolge gehabt. Die Portugiesen lernten Demokratie sehr schnell. Wesentliche Aufgabe der nächsten Zukunft sei, eine demokratische Verfassung zu schaffen. Dabei müßten Abstriche am semipräsidentiellen System gemacht werden. Der Revolutionsrat müsse abgeschafft werden. Hierzu sei eine Zweidrittelmehrheit notwendig. Er erwarte, daß die Sozialistische Partei letzten Endes zustimmen werde.

Balsemão bat um eine Information über die innenpolitische Situation in Deutschland.

Der Bundeskanzler äußerte sich wie folgt:

Die Situation in Deutschland sei zweifellos gespannt, aber dies eigentlich ohne Grund. Die wirtschaftliche Lage sei besser als in den meisten anderen Industrie-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 8.
Hat Vortragendem Legationsrat Rosengarten am 22. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Legationsräte I. Klasse Pauls und Raguß sowie an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Stabreit verfügte.
Hat Pauls am 23. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Raguß und Stabreit vorgelegen.

2 Ministerpräsident Pinto Balsemão hielt sich vom 14. bis 17. Juni 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Zum Besuch des Präsidenten Eanes vom 1. bis 3. Mai 1981 vgl. Dok. 123.

4 Am 25. April 1974 stürzten portugiesische Offiziere unter Führung des früheren stellvertretenden Generalstabschefs de Spínola die Regierung unter Ministerpräsident Caetano und ersetzten sie durch eine von der „Bewegung der Streitkräfte" getragene „Junta der Nationalen Errettung". In einer Regierungserklärung am folgenden Tag wurden die Grundzüge einer demokratischen Verfassung für Portugal – u. a. die Aufhebung der Zensur und die Ankündigung eines neuen Pressegesetzes, die Einführung des Streikrechts und die Zulassung politischer Parteien – dargelegt. Vgl. dazu AAPD 1974, I, Dok. 136.

5 Ministerpräsident Sá Carneiro kam am 4. Dezember 1980 bei einem Flugzeugunglück ums Leben.

staaten, die Inflationsrate überhaupt die niedrigste. Die Unzufriedenheit bei der Jugend sei aber ein wichtiger Faktor, der Einfluß auf die Gesamtstimmung im Lande habe. Zwar hätten SPD und FDP in den zurückliegenden Landtagswahlen verloren. Aber auch die Oppositionspartei habe eigentlich nicht richtig gewonnen, die Stimmen gingen an linke Gruppen verschiedenster Ausrichtung.

Die wichtigsten Faktoren für die unruhige Stimmung im Lande seien einmal das Budget für das Jahr 1982, das die Bundesregierung zwinge zu tiefgreifenden Sparmaßnahmen. Im Gefolge der Weltwirtschaftslage sei das Geld außerordentlich teuer geworden, mit einem unerträglich hohen Zinsniveau, obgleich das deutsche wiederum unter dem seiner Nachbarn und dem amerikanischen liege. Hiervon sei beispielsweise der Hausbau am meisten betroffen. Das wiederum habe zunehmende Arbeitslosigkeit im Gefolge.

Der zweite Faktor liege in dem Wettrüsten. Er müsse indessen sagen, daß die meisten Argumente, die von der sog. Friedensbewegung vorgebracht würden, nicht legitim seien. Deren Sorge sei, daß Deutschland zu einem Flugzeug- und Waffenträger für den Rest der Welt gemacht werde. Dies wolle er auch nicht. Wir hätten schon die zweitgrößte Streitmacht des Westens. Der militärische Aufwand sei zu groß. Einen Einfluß von der militärischen Seite auf die Politik gäbe es bei uns aber nicht.

Balsemão fragte nach der Einschätzung der neuen amerikanischen Administration. Der Bundeskanzler erläuterte, daß noch nicht alle Positionen der Regierung klar erkennbar seien. „Einige in den USA reden in einer Weise, die ich nicht mag."

Balsemão knüpfte an den Begriff Flugzeugträger Deutschland an und sagte, daß Portugal unter einen zunehmenden amerikanischen Druck gerate, zusätzliche militärische Fazilitäten auf den Azoren bereitzustellen. Die amerikanischen Absichten in Beja[6] seien der Bundesregierung ja bekannt. Portugal werde sich zu keinen Dingen gegenüber den Vereinigten Staaten verpflichten, die nicht mit den Alliierten in allen Einzelheiten abgestimmt seien.

Bundeskanzler stimmte zu und meinte, daß in dieser Frage auch die Bundesrepublik und Portugal sich eng konsultieren sollten. Von seinem Besuch in Washington[7] wisse er, daß Reagan über diese Detailprobleme überhaupt noch nicht informiert sei.

Balsemão fügte in diesem Zusammenhang noch hinzu, daß die Araber, die in den amerikanischen Wünschen auch Nahost-Aktivitäten eingeschlossen sähen, von Portugal vorher informiert sein wollten.

Balsemão erwähnte portugiesische Sorge über die amerikanische Politik in Südafrika. Portugal hätte sehr deutlich gemacht, daß es mit dieser Politik nicht einverstanden sei.

Hierauf erwiderte der Bundeskanzler, daß er in Washington allen geraten habe, auf Portugal zu hören, soweit die Problematik Angola–Mosambik–Namibia berührt sei.

6 Zu den Verhandlungen zwischen Portugal und den USA über Verteidigungsfragen vgl. Dok. 148, Anm. 14.

7 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

Hieran schloß sich eine weitere Erörterung der Situation in Angola und Mosambik an, bei der Balsemão die schon bekannte Einschätzung der Lage in beiden Ländern gab. Portugal habe immer deutlichere Hinweise, daß in beiden Ländern ein wachsendes Interesse zu engerer Zusammenarbeit mit Portugal bestehe, was eine Hinwendung zum Westen insgesamt bedeute. Es sei auch nicht zu übersehen, daß Mosambik mit Südafrika zusammenleben wolle und daß die ökonomischen Beziehungen immer enger würden.

[8]Balsemão regte an, daß Joint ventures (Portugal/Bundesrepublik) in diesen Ländern wirtschaftlich und politisch interessant seien. Die portugiesische Regierung würde hierzu in absehbarer Zeit konkrete Vorschläge machen.

Als nächsten Punkt brachte der Premierminister das Thema Entschädigungsfälle zur Sprache, das zu dem bekannten Ergebnis führte:

Mit Ausnahme des Falles Inter-Agro, den zu lösen die portugiesische Regierung nach wie vor bereit ist, können die übrigen Entschädigungsfälle als erledigt betrachtet werden.[9] Die beiden Regierungen werden nunmehr den Investitionsschutzvertrag den Parlamenten zur Ratifizierung zuleiten.[10] Dann werde hoffentlich das Interesse an deutschen Investitionen in Portugal wachsen. Portugiesische Regierung verspreche sich in diesem Zusammenhang von dem Besuch von Wirtschaftsminister Lambsdorff im November d. J. in Portugal einen Anstoß.[11] Nachdem abgeklärt war, daß auch die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amts dieser Linie zustimmt[12], erklärte sich der Bundeskanzler einverstanden, daß auf der anschließenden Pressekonferenz[13] PM Balsemão den geschilderten Tatbestand der Öffentlichkeit bekanntgibt.

8 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 267 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

9 Referat 512 vermerkte am 12. Juni 1981: „Die Bundesregierung hat gegenüber der portugiesischen Regierung in insgesamt elf Fällen Entschädigungsforderungen für Vermögensverluste deutscher Staatsangehöriger während der revolutionären Ereignisse in Portugal 1974/75 geltend gemacht." Fünf Fälle seien bereits abgeschlossen, in drei weiteren Fällen stünde eine abschließende Regelung kurz bevor. In zwei weiteren Fällen von Betriebsbesetzungen werde noch verhandelt. So habe etwa die Inter-Agro „3,74 Mio. DM Schadensersatz für durch Mißwirtschaft während der Besetzung des inzwischen zurückgegebenen landwirtschaftlichen Betriebes entstandene Vermögensverluste gefordert. Die portugiesische Regierung hat ein Sanierungsangebot für den praktisch ruinierten Betrieb im Wert von fünf Mio. DM vorgelegt, das sich aus einer staatlichen Beteiligung von rd 1,1 Mio. DM, einem zinsverbilligten Kredit von rd. 0,9 Mio. DM und Umschuldungserleichterungen für alte Verbindlichkeiten zusammensetzt." Vgl. Referat 203, Bd. 123287.

10 Am 16. September 1980 wurde zwischen der Bundesrepublik und Portugal ein Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen geschlossen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 57–64.

11 Bundesminister Graf Lambsdorff hielt sich vom 19. bis 22. November 1981 in Portugal auf. Am 20. November traf er mit Präsident Eanes zusammen. Botschafter von Puttkamer, Lissabon, teilte hierzu am 23. November 1981 mit, Eanes habe auch nach der Möglichkeit „von deutsch-portugiesischen Joint ventures in afrikanischen Ländern" gefragt. Lambsdorff habe in dieser Frage grundsätzliche Zustimmung signalisiert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 429; Referat 203, Bd. 123287.

12 Referat 512 informierte am 12. Juni 1981: „Wir begrüßen die sich in den letzten Wochen abzeichnende Einigung in den bisher noch nicht geregelten Entschädigungsfällen. Mit den nunmehr erzielten Fortschritten halten wir die Voraussetzungen für eine befriedigende Regelung für gegeben und sehen daher kein Hindernis mehr dafür, auf unserer Seite das Ratifikationsverfahren für den am 16. September 1980 unterzeichneten Investionsförderungsvertrag einzuleiten." Vgl. Referat 203, Bd. 123287.

13 Zur Pressekonferenz des Bundeskanzlers Schmidt und des Ministerpräsidenten Pinto Balsemão am 15. Juni 1981 vgl. den Artikel „Portugal will ein aktiver Partner sein"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 16. Juni 1981, S. 6.

Das Gespräch wandte sich kurz noch einmal der innenpolitischen Lage Portugals zu. Es stellte sich die Frage der weiteren Entwicklung der demokratischen Stabilität. Bundeskanzler wollte über die Situation in der Armee informiert werden. Balsemão drückte noch einmal seine Zuversicht aus, daß eine vernünftige Verfassungsreform denkbar sei. Die Sozialisten würden letzten Endes zustimmen. Die Situation in der Armee sei mit der in Spanien überhaupt nicht zu vergleichen.[14] Auf eine entsprechende Frage des Bundeskanzlers bestätigte er, daß Präsident Eanes, obwohl er den direkten Oberbefehl als Generalstabschef abgegeben habe[15], die Armeeführung völlig unter Kontrolle hält.

Anschließend wurde ein Blick auf die Lage in Frankreich geworfen. Balsemão unterstrich, daß der Sieg Mitterrands und seiner Partei gleichzeitig eine Absage an den Kommunismus bedeute.[16] Bundeskanzler und Bundesaußenminister schilderten ihre ersten Eindrücke, der Bundesminister die von seinem Gespräch mit Außenminister Cheysson.[17] Evident sei die feste Haltung der neuen Regierung im Ost-West-Konflikt. Frankreich stehe fest in der Allianz. Frankreich unterstütze den NATO-Doppelbeschluß, was auch für die deutsche innenpolitische Situation sehr wichtig sei. Noch nicht ganz klar sei, was die neue französische Regierung in den ökonomischen Fragen tatsächlich wolle. Dies werde man erst nach dem zweiten Parlamentswahlgang näher erfahren. Der Bundeskanzler fügte hinzu, wenn die Sozialisten ihre Wahlaussagen tatsächlich verwirklichen würden, so würde das die Inflation erheblich hochtreiben.

Das nächste Thema war die Europäische Gemeinschaft, ihre Lage und ihre Zukunft.

Bundeskanzler wertete die Situation zwar kritisch, stellte die Schwächen heraus, vor allem die Agrarstruktur, deren Veränderung wahnsinnig schwierig sei. Er bemängelte den Apparat, der viel zu groß sei, und wies auf andere Schwachstellen hin. Auf der anderen Seite sei die Abstimmung in der Außenpolitik unter den Mitgliedstaaten ein wichtiger Faktor in der Welt, der mit der Erweiterung der EG auch noch größere Bedeutung gewinnen würde.

Balsemão meinte, daß Portugal die Schwächen der EG sehr wohl kenne. Es gebe für sein Land aber keine Alternative. Die Entscheidung für Europa habe für seine Regierung aber erste Priorität. Gleichwohl wollte Portugal den Beitritt nicht zu jedem Preis. Schon bei den Verhandlungen schlage die Lage in der EG auf Portugal durch, beispielsweise in der Textilfrage.[18]

14 In Spanien kam es am 23./24. Februar 1981 zu einem Putschversuch. Vgl. dazu Dok. 87.

15 Seit 17. Februar 1981 fungierte General Nuno Viriato Tavares de Melo Egídio als Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte.

16 François Mitterrand wurde am 10. Mai 1981 zum französischen Staatspräsidenten gewählt. Zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 14. bzw. 21. Juni 1981 vgl. Dok. 175, Anm. 37.

17 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson am 2. Juni 1981 vgl. Dok. 159–162.

18 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal vgl. Dok. 135, Anm. 25.
Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 3. Juli 1981: „Bei den Beitrittsverhandlungen mit Portugal kommen wir mit der Festlegung der EG-Haltung zum Textilbereich nicht weiter, weil F darauf besteht, daß in der Übergangszeit nach dem Beitritt die bisherige Politik mengenmäßiger Beschränkungen portugiesischer Textilexporte in die Gemeinschaft beibehalten wird. Mit Rücksicht auf die damit ernsthaft berührten portugiesischen Wirtschaftsinteressen und aus grundsätzlichen Erwä-

Er wolle in die portugiesischen Parlamentswahlen von 1984 gehen entweder als der Mann, der Portugal in die EG geführt hat, oder aber, wenn es sein müsse, als der Mann, der Portugal vor der EG bewahrt hat.

Kurz wurde die Gewerkschaftssituation in Portugal gestreift. Balsemão führte aus, daß die demokratischen Gewerkschaften (UGT[19]) bisher nur im White-collar-Bereich erfolgreich seien. Der Vorstoß in den Blue-collar-Bereich sei aber erfolgreich im Gange. Er unterstrich, daß Mário Soares hier Beachtliches geleistet habe.

Die Unterhaltung wandte sich noch einmal Spanien zu. Balsemão räumte ein, daß das spanische Schicksal für Portugal noch immer offen sei. Sowohl der erfolgreiche Weg in die Demokratie wie der Rückfall in ein autoritäres Regime seien denkbar. Auf eine Frage des Bundeskanzlers bestätigte er, daß die Grenzen zu Spanien völlig offen seien und auch mangels eines effektiven portugiesischen Abwehrdienstes nicht kontrolliert werden könnten. Es gebe zwar keinen Terrorismus in Portugal, aber ein Übergreifen spanischer Aktivitäten sei nicht völlig auszuschließen. Gleichwohl unterstützte Portugal EG- und NATO-Beitritt Spaniens.[20] Bei dem letzteren habe Portugal aber ganz bestimmte Vorstellungen, beispielsweise werde es keinen spanischen Kommandeur über portugiesische Truppen akzeptieren.

Schließlich fand noch ein kurzer Meinungsaustausch über Polen statt, der nichts Neues ergab. Es bestand Übereinstimmung, daß die Lage noch nach wie vor für die übrige Welt bedrohlich sei.

Beim Mittagessen wurde noch einmal das Thema Investitionsschutzabkommen angesprochen. Der Bundeskanzler machte darauf aufmerksam, daß der Ratifizierungsprozeß im deutschen Parlament bis zum Jahresende dauere und daß es hilfreich sein könnte, wenn der portugiesische Prozeß rasch abgeschlossen werden könnte. Balsemão erklärte hierzu, daß er dies zusagen könne. Er denke, daß die Assembleia dem Gesetz noch vor der Sommerpause zustimmen werde.

Balsemão lud Bundeskanzler zu einem Gegenbesuch nach Portugal ein. Der Bundeskanzler machte deutlich, daß für offizielle Besuche im Jahre 1981 mit Sicherheit kein Raum mehr sei. Einen mit Urlaub verbundenen Privatbesuch, der auch zu einem Arbeitsgespräch genutzt werden könnte, wolle er indessen nicht ausschließen. Bei der Verabschiedung am Fahrzeug sagte der Bundeskanzler noch einmal, daß er einen Weihnachtsbesuch auf Madeira durchaus in Erwägung ziehen wolle.

[gez.] Puttkamer

Referat 200, Bd. 122670

Fortsetzung Fußnote von Seite 960

gungen (Präzedenzfall für weitere sektorale Einschränkungen, insbesondere bei Spanien), hatten wir ursprünglich diese französische Forderung abgelehnt. Anläßlich der Ratstagung am 22./23. Juni haben wir schließlich jedoch wegen Insistierens von Europaminister Chandernagor F die grundsätzliche Möglichkeit von Selbstbeschränkungen – ohne Festlegung der Einzelheiten – für eine begrenzte Zeit nach Beitritt P[ortugal]s zugestanden. Dieses weitgehende Entgegenkommen reicht F immer noch nicht aus." Vgl. Referat 410, Bd. 121928.

19 União Geral de Trabalhadores.

20 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 135, Anm. 24. Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 167, Anm. 6.

178

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Muldoon

22. Juni 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem neuseeländischen Ministerpräsidenten anläßlich eines Mittagessens im Bundeskanzleramt am 22. Juni 1981 von 13.10 bis 14.45 Uhr[2]

Teilnehmer

auf neuseeländischer Seite: MP Muldoon, Botschafter Bolt, B.V. Galvin, H.B. Hewitt;

auf deutscher Seite: Bundeskanzler, MD Gorenflos, MD von der Gablentz, VLR I Bente (als Note-taker).

BK eröffnet das Gespräch mit einer Frage nach den jetzigen Eindrücken des MP in Europa gegenüber denen, die er bei früheren Besuchen gewonnen habe.

MP betont, daß er nicht wage, ein politisches Urteil abzugeben, seine Anliegen in Europa hätten wirtschaftlichen Charakter. Im Wirtschaftsbereich aber habe er gegenüber dem Vorjahr große Unsicherheit festgestellt, und er mache sich Sorgen. Er bezweifle, daß die bevorstehenden zahlreichen internationalen Konferenzen sehr viel weiterführten.

BK sieht ihren Sinn darin, daß sie dazu beitrügen, Handelskriege und eine „beggar thy neighbour policy" zu vermeiden. Er zeichnet sodann eine große Linie der Wirtschaftslage in Europa und europäischen Ländern und erwähnt die Probleme, die durch den Beitritt Großbritanniens, Dänemarks, Irlands und Griechenlands[3] innerhalb der EG entstanden sind. Sobald die endgültige Süderweiterung durch den Beitritt Spaniens und Portugals[4] erfolgt sei, werde sich der Charakter der Gemeinschaft gegenüber der ursprünglichen Gemeinschaft der Sechs grundsätzlich geändert haben. Am besten funktioniere die EPZ, ausgerechnet jener Bereich, der in den Verträgen[5] gar nicht vorgesehen sei.

Der BK erläutert auch die finanzielle Entwicklung der Gemeinschaft, zu deren Finanzierung Deutschland ganz wesentlich beigetragen habe. Dies sei bei einem Leistungsbilanzdefizit von 30 Mrd. DM nicht mehr zu vertreten. Da 80% aller Ausgaben in den Gemeinsamen Agrarmarkt gingen, müsse dieser restrukturiert werden.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und am 23. Juni 1981 „mit der Bitte um Zustimmung" an das Bundeskanzleramt übermittelt. Vgl. das Begleitschreiben; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57; B 150, Aktenkopien 1981.

2 Ministerpräsident Muldoon besuchte die Bundesrepublik vom 21. bis 26. Juni 1981.

3 Dänemark, Großbritannien und Irland traten mit Wirkung vom 1. Januar 1973 den Europäischen Gemeinschaften bei, Griechenland mit Wirkung vom 1. Januar 1981.

4 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien bzw. Portugal vgl. Dok. 135, Anm. 24, bzw. Dok. 177, Anm. 18.

5 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

Der BK erwähnt sodann die wesentlichen politischen Probleme, denen sich Europa zur Zeit gegenübersieht. Dabei geht er insbesondere auf Polen ein und streift den Nahen Osten und die Ölproblematik.

MP bekundet sein Verständnis für die schwierige Lage der BR Deutschland, meint aber, daß die Lage Frankreichs noch schwieriger sei. Nachdem dort inzwischen Wahlen[6] stattgefunden hätten, erschiene es ihm möglich, die geplanten Agrarreformen innerhalb der EG jetzt durchzuführen. Er habe daher auch mit dem Vizepräsidenten der EG-Kommission, Ortoli, wegen des Abschlusses eines Handelsabkommens mit der Regierung Neuseelands gesprochen. Der gegenwärtige Augenblick erschiene ihm hierfür besonders geeignet. Ein solches Abkommen würde den dauernden Streit zwischen EG und Neuseeland beenden. Es sollte folgende Elemente enthalten:

– Zugang einer feststehenden Menge von neuseeländischen Agrarprodukten (er nennt ausdrücklich Butter, Schaffleisch und Käse)

  gegen

– neuseeländische Konzessionen im Bereich der EG-Exporte.

BK erwidert, er sei der Meinung gewesen, daß die Frage der neuseeländischen Agrarexporte in die EG geregelt sei (Einwurf des MP: „for twelve months yet"). Im übrigen sei im ER nie besorgt über Neuseeland gesprochen worden, allerdings sei es im Agrarrat wohl anders gewesen. Er nehme den Vorschlag zur Kenntnis.[7]

MP erwähnt, daß Präsident Mitterrand und Premierministerin Thatcher Verständnis für seine Vorschläge gezeigt haben, lediglich der britische Landwirtschaftsminister Peter Walker sei völlig ablehnend gewesen. Auf die Bitte des BK stellt der MP sodann die Lage im Pazifik dar. Neuseeland unterstütze uneingeschränkt ASEAN, auch in der Kambodscha-Frage, und unterhalte ein Bataillon in Singapur. Es werde allerdings erwogen, es in den nächsten drei Jahren abzuziehen. Im Südpazifik käme dem South Pacific Forum, dem alle elf unabhängigen Inselstaaten, Australien und Neuseeland, letzteres als Schlüsselland, angehörten, wesentliche politische Bedeutung zu. In diesem Forum würde eine gemeinsame Strategie erarbeitet. Dies sei wichtig, denn die SU habe allen Inselstaaten Offerten gemacht, und ihr Ziel sei es, dort landgestützte Basen zu erhalten und Satelliten-Überwachungsstationen einzurichten. Die Inselstaaten hätten es allerdings bisher vorgezogen, sich nicht in die Auseinandersetzung zwischen den Supermächten hineinziehen zu lassen.

In diesem Zusammenhang erwähnt der MP auch die Pacific Forum Line. Die Beträge, die die BR Deutschland für jene zwei Schiffe für Tonga und West-Samoa ausgegeben hätte, seien politisch gut investiert worden.[8] Auf einen Einwurf

6 Zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 14. bzw. 21. Juni 1981 vgl. Dok. 175, Anm. 37.

7 Am 23./24. Februar 1981 verabschiedete der EG-Rat auf der Ebene der Landwirtschaftsminister die Einfuhrregelungen für Butter aus Neuseeland. Vgl. dazu den Drahterlaß des Ministerialdirigenten Ungerer vom 9. März 1981 an die Botschaft in Rom; Referat 341, Bd. 127343.

8 Referat 341 vermerkte am 20. Mai 1980: „Die regionale Schiffahrtslinie ‚Pacific Forum Line', deren Teilhaber neun Inselstaaten und Neuseeland sind, wurde 1977 gegründet, um den spezifischen regionalen Bedürfnissen nach Frachtraum und -routen nachzukommen, den jungen Staaten Mitsprache zu ermöglichen. […] Die ‚Pacific Forum Line' hat ihren Betrieb im Mai 1978 aufgenommen, sie

des BK nennt der MP die Länder, die von der PFL angelaufen werden, und erwähnt, daß er unter anderem Korea aufgefordert habe, sich zu beteiligen. Auf den Einwurf des *BK*, die Länder der Region, vor allem Taiwan, sollten sich hier engagieren, stimmt der *MP* zu. Allerdings sollte sich Taiwan, das nur von Tonga anerkannt werde, heraushalten.

Auf die Frage des BK stellt der MP fest, daß Tonga nicht nur mit der Person des Königs[9] zu identifizieren, sondern darüber hinaus durchaus auch als eigenes staatliches Gebilde zu bezeichnen sei. Allerdings könnten sich die Verhältnisse dort ändern, wenn der gegenwärtige Kronprinz[10] seinem Vater nachfolge. Auf eine weitere Frage des BK erläutert der MP auch die neuseeländische Einschätzung der Stellung Frankreichs im Südpazifik. Seine Regierung habe eine sehr realistische Sicht der Dinge. Er habe beim französischen Staatspräsidenten[11] gegen die Atombombenversuche auf dem Mururoa-Atoll protestiert.[12] Trotz dieses Protests würden sie jedoch fortgesetzt. Neuseeland werde im übrigen wegen der vorherrschenden Winde von diesen Versuchen nicht benachteiligt. Sie würden aber ebenso abgelehnt wie von allen Regierungen der Inselstaaten.

In 20 Jahren sei mit der Unabhängigkeit aller noch abhängiger Territorien zu rechnen. Eine Ausnahme bildete allein Amerikanisch-Samoa, wo eine Protestbewegung nicht bestehe, weil die US-Regierung dort höhere Investitionen vorgenommen habe.

Neu-Kaledonien wäre heute schon unabhängig, wenn die eingeborene Bevölkerung allein zu entscheiden hätte.

Zum Abschluß des Gesprächs kam es noch zu einem Gedankenaustausch über die amerikanische Wirtschaftspolitik, bei deren Einschätzung beide Seiten im wesentlichen übereinstimmten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 57

Fortsetzung Fußnote von Seite 963

arbeitet mit gecharterten Schiffen, zu denen seit Anfang des Jahres die mit deutscher Finanzhilfe für Tonga und Westsamoa gebauten Allzweck-Containerschiffe gehören." Vgl. Referat 341, Bd. 137276.

9 Taufa'ahau Tupou IV.

10 Siaosi Tupou (Tupouto'a).

11 François Mitterrand.

12 Am 10. April 1981 führte Frankreich einen Atombombenversuch in einer Lagune des Mururoa-Atolls durch.
Am 29. Mai 1981 verkündete der französische Verteidigungsminister Hernu die vorübergehende Einstellung der Atombombenversuche. Vgl. dazu den Artikel „Mitterrand stoppt Nuklearprojekt"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 30./31. Mai 1981, S. 1 f.

179

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats Buchrucker

310-322.00 ISR/SB **22. Juni 1981**[1]

Betr.: Der israelische Luftangriff auf das Atomforschungszentrum bei Bagdad im nahostpolitischen Zusammenhang[2]

1) PM Begin hat die Zerstörung des Reaktorzentrums mit der irakischen Absicht begründet, nukleare Waffen, eine tödliche Gefahr für Israel, zu entwickeln. Diese von den meisten Israelis geteilte Befürchtung ist echt und nicht ganz neu. Die USA besaßen bereits im Herbst 1980 Hinweise auf die israelische Angriffsabsicht, erwarteten ihre Verwirklichung jedoch erst in der zweiten Hälfte 1981. Der Zeitpunkt der Aktion wurde wahrscheinlich durch wahltaktische Überlegungen[3] bestimmt, wie die Opposition Begin vorwirft. Begins aggressive Härte trägt ihm die Begeisterung vor allem der orientalischen Bevölkerungsmehrheit ein. Er konnte die zunächst vorn liegende Labour-Koalition überrunden.

Begin demonstrierte erneut, daß er auf die Karte der militärischen Überlegenheit Israels setzt. Nach angeblich fünfjährigen Versuchen, Giscard d'Estaing zur Lieferung ungefährlicherer Nukleartechnologien an Irak zu bewegen, hatte er – nach eigener Darstellung – für Verhandlungen mit Mitterrand keine Zeit mehr. Sein Optieren für gewaltsame Problembewältigung mindert die Hoffnung auf Durchsetzung des Prinzips des Gewaltverzichts in Nahost. Die Araber fühlen sich in der Annahme bestärkt, daß Israel mit friedlichen Mitteln und ohne Druck der USA nicht beizukommen ist.

2) Die trotz deutlicher Verärgerung unverrückbare Selbstverpflichtung der USA gegenüber Israel hat Begin bislang des Zwangs zu unbequemen Kompromissen enthoben. In arabischen Augen ist das amerikanische Eintreten für Israel unbedingt. König Hussein hat die arabische Ernüchterung über die USA in seinem Brief an Reagan zum Ausdruck gebracht. Er glaubt, daß die USA Ausgewogenheit aufgegeben haben.[4]

Die Beteiligung der USA an der Verurteilung des israelischen Angriffs im VN-Sicherheitsrat[5] dürfte aus dieser Sicht durch die Erklärung Botschafter Kirk-

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten Buchrucker und Schnittger konzipiert.
Hat Staatssekretär von Staden am 22. Juni 1981 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 24. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sehr gute Analyse."

2 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. auch Dok. 173.

3 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

4 Für das Schreiben des Königs Hussein vom 11. Juni 1981 an Präsident Reagan vgl. Referat 310, Bd. 135681.
Botschafter Munz, Amman, teilte dazu am 11. Juni 1981 mit: „König Husseins Brief widerspiegelte Stimmung in weiten Teilen hiesiger Bevölkerung und Öffentlichkeit, die durch Empörung, Gefühle der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins gegenüber israelischen Willkürakten gekennzeichnet ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 222; Referat 310, Bd. 135681.

5 Zur Behandlung des israelischen Angriffs auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" vom 7. Juni 1981 im VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 173, Anm. 8.

patricks, daß Israel ein geachteter Alliierter der USA sei[6], weitgehend neutralisiert worden sein.

Die Chancen Moskaus, sich mit Erfolg als Helfer der Araber auszugeben, sind entsprechend gewachsen (gegen die Gefahr der Sowjetisierung halten die Araber sich ohnehin für immun). Für den „strategischen Konsensus" der USA bleibt wenig Raum: Nicht die Sowjets, sondern die Israelis haben im Irak angegriffen.

Trotz mancher geheimer Vorbehalte gegen eine Hegemonialmacht Irak konnten die Araber sich nur erneut solidarisieren, nicht zu einer gemeinsamen Friedensstrategie, sondern gegen Israel. Die Zukunft des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags[7] wurde weiter belastet. Sadat fühlt sich düpiert. Die Ägypter argwöhnen, daß Begins Hinweis auf wichtige, aber vertrauliche Absprachen am 4.6. in Ophira[8] den Anschein der Kollusion Sadats bezweckten. Sadat wird am Primat der Rückgewinnung Sinais zwar bis April 1982 festhalten, dann aber könnte sich der schon jetzt deutliche Ärger über den Friedenspartner in größerer Distanz, also zu Lasten der erst keimenden Beziehungen niederschlagen.

3) Iraks NVV-Status[9] und sein IAEO-konformes Verhalten lassen den Vorwurf, „nukleare Proliferation auf den Schultern nationaler Verpflichtungen zur friedlichen Anwendung der Kernenergie" anzustreben (ACDA-Direktor Iklé 1975), formell nicht zu. Über Iraks tatsächliche Absichten herrschen unterschiedliche Meinungen. Nach überwiegender Auffassung (IAEO, französische Kernenergiebehörde, US Congressional Research Center u. a. m.) hätte Irak auf lange Zeit hinaus keinen nuklearen Sprengsatz bauen können.

Israel ist dem NVV nicht beigetreten und läßt für seinen Dimona-Reaktor keine IAEO-Kontrollen zu. Studien, u. a. CIA, gehen von der Existenz israelischer Kernwaffen aus. Staatspräsident Ephraim Katzir erklärte am 1.12.1974, Israel besitze „nukleares Potential".[10] Eine israelische Veröffentlichung darüber durfte im März 1980 nicht erscheinen. Begin wiederholte am 9.6.1981 die offizielle Stellungnahme, daß „Israel nicht als erster Staat Kernwaffen im Nahen Osten einführen" werde.

4) Das Halbdunkel um sein nukleares Potential nutzt Israel, weil einmal schon der bloße Verdacht, daß es existiert, arabischen Versuchen, Israel in die Knie zu zwingen, eine definitive Grenze anzeigt, es sich zum anderen jedoch nicht dem Proliferationsvorwurf auszusetzen braucht.

6 Für den Wortlaut der Äußerungen der amerikanischen VN-Botschafterin Kirkpatrick vor dem VN-Sicherheitsrat am 19. Juni 1981 in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 84 f.

7 Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes") sowie der dazugehörigen Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

8 Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat trafen am 4. Juni 1981 in Sharm-el-Sheik (hebräisch: Ophira) zusammen. Vgl. dazu Dok. 175, Anm. 14.

9 Nichtverbreitungsvertrag.
Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

10 Zur Erklärung des Präsidenten Katzir vgl. den Artikel „Israel Says It Could Build Nuclear Weapons"; THE WASHINGTON POST vom 3. Dezember 1974, S. 13.

Diese israelische Zweideutigkeit muß auf den einen oder anderen arabischen Staat jedoch als Herausforderung wirken, mit Israel nuklear gleichzuziehen. Es kann, muß aber nicht Bagdad sein. Der israelische Schlag im Irak läßt eine „nun erst recht"-Reaktion befürchten, damit die Verkürzung des Weges zur nahöstlichen nuklearen Option. Der von Israel erneut geforderten Vereinbarung über eine atomwaffenfreie Zone dürfte Begin genauso mißtrauen wie der NVV- und IAEO-Mitgliedschaft Iraks.

5) Unabhängig von der Frage einer Revision des bestehenden Systems der nuclear safeguards[11] wird die Nuklearrüstung im Nahen Osten langfristig nur dadurch zu verhindern sein, daß

– ihr Anlaß, der arabisch-israelische Konflikt, nunmehr mit Nachdruck und Vorrang beseitigt wird,
– Israel und seine Nachbarn sich klar und eindeutig zum Prinzip der Nichtverbreitung bekennen.

Begin bezeichnet Friedensverträge mit den Arabern als Voraussetzung für Israels NVV-Beitritt. Er spielt damit die absolute, nukleare Überlegenheit Israels gegen die Araber aus. Auf Basis dieser Disparität werden die Araber sich nicht an den Verhandlungstisch zwingen lassen, wohl aber zur nuklearen Aufrüstung veranlaßt sehen. Nuklearer Vorsprung kann Israel nur auf Zeit Sicherheit kaufen. Haben die Araber ihn erst eingeholt, wird totale Unsicherheit für alle die unausweichliche Folge sein.

Die in Israel geäußerte Auffassung, daß nukleare Aufrüstung in Nahost ohnehin unvermeidlich ist und ihr Abschreckungsmechanismus die regionale Stabilität sogar sichern würde (Shai Feldman in Foreign Affairs[12], Frühjahr 1981), ignoriert die für die Region typischen Unberechenbarkeiten. Sie würden noch erhöht etwa durch das Fehlen von Vorwarnzeiten und die wahrscheinlich unzulänglichen Verifikationsmöglichkeiten. Allein schon die Annahme, daß der Gegner den atomaren Angriff beabsichtigt, könnte dann den nuklearen Präventivschlag auslösen, nicht mehr nur den konventionellen wie noch am 7. Juni.

gez. Buchrucker

Referat 310, Bd. 135681

11 Zum IAEO-Sicherungssystem zur Kontrolle der Nichtkernwaffenstaaten vgl. Dok. 164, Anm. 32.

12 Korrigiert aus: „Foreign Policy".
Vgl. den Artikel von Shai FELDMAN, Peacemaking in the Middle East. The Next Step, Foreign Affairs, Bd. 59, Nr. 4 (Frühjahr 1981), S. 756–780.

180

Botschafter Herbst, Paris, an Bundesminister Genscher

114-3992/81 geheim **Aufgabe: 23. Juni 1981, 16.04 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1111 **Ankunft: 23. Juni 1981, 18.48 Uhr**

Nur für Bundesminister, Staatssekretär[2], D 2[3]

Vorschlag: Unterrichtung ChBK[4]

Betr.: Notizen zur Persönlichkeit des neuen französischen Staatschefs[5]

Zur Unterrichtung im Hinblick auf den deutsch-französischen Gipfel am 12./13. Juli[6]

Nach dem erneuten eindrucksvollen Wahlerfolg der Sozialisten am 21. Juni[7], der ihnen die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung bescherte, ist der Politiker François Mitterrand am Ziel seiner Hoffnungen und Wünsche. Er sitzt an den von seinem ärgsten Gegner, Charles de Gaulle, geschaffenen Schalthebeln der Macht im Élysée. Er kann ohne den Zwang zu politischen Allianzen eine Regierung einsetzen, die der parlamentarischen Unterstützung sicher sein kann. Er kann sich auf eine militante, durch den Wahlsieg beflügelte Partei stützen, in der es zwar Gruppierungen unterschiedlicher Tendenzen gibt, die sich aber doch mit dem Willen, Frankreich unter sozialistischen Vorzeichen zu verändern, hinter dem Banner des Präsidenten zusammenfinden dürften. Zum ersten Mal in der V. Republik stehen sich Regierung und Gewerkschaften nicht mehr feindlich gegenüber. Die Medien, die der Opposition in der Tat meist mißgünstig waren, stehen unter der Kontrolle der neuen Machthaber. Schließlich findet die neue Administration in der namhaften Pariser Tagespresse – vom konservativen „Figaro“ abgesehen – Unterstützung oder doch freundliche Duldung.

Selbst wenn die gegenwärtige Schwäche der oppositionellen Kräfte nicht andauern dürfte, ist die nunmehr deutlich werdende Machfülle des neuen Präsidenten, die mit einem sprunghaften Anwachsen seiner Popularität Hand in Hand geht, potentiell mit den Wirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten de Gaulles durchaus vergleichbar.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Feit am 29. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „02, StM, 010, StS L[autenschlager] haben Durchdruck.“
Hat Vortragendem Legationsrat Schraepler am 29. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge verfügte und handschriftlich vermerkte: „W[ieder]v[or]l[age] 202.“
Hat Dröge am 30. Juni 1981 vorgelegen.

2 Berndt von Staden.

3 Hat Ministerialdirektor Pfeffer vorgelegen.

4 Manfred Lahnstein.

5 François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten.

6 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. Dok. 198–202.

7 Zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 14. bzw. 21. Juni 1981 vgl. Dok. 175, Anm. 37.

Damit stellt sich mit aller Schärfe die Frage, wie der Staatschef Mitterrand die ihm zugefallene Macht nutzen wird. Da der Inhalt seiner künftigen Politik trotz des beständigen Hinweises auf das sozialistische Manifest vom 24. Januar 1981[8] noch weitgehend unklar ist, richtet sich das Interesse zunächst auf den Träger der Macht.

Mitterrand werden zwar von seinen alten und neuen Anhängern in beinahe beängstigendem Maß Vorschußlorbeeren gewährt. Wirklich bekannt ist der kühlreservierte, fast scheue Mann, der keine Schultern klopft und bei dem man sich ein „Genossen-Du" kaum vorstellen kann, nicht.

Aus der Frühzeit seiner politischen Laufbahn, die von einem Hauch des Geheimnisvollen umgeben ist, gilt er vielen als Opportunist. Mitterrand habe im Grunde nie etwas bewegt, aber immer gut vor dem Wind gelegen, was er sicher auch künftig tun werde. So urteilte mir gegenüber ein bedeutender französische Bankier über Mitterrand, wobei er, wie ich glaube, ein Doppeltes übersah:

Einmal den gegen Sturm und Wetter mit Zähigkeit und Zielstrebigkeit durchgekämpften Aufbau einer sozialistischen Volkspartei, die heute links von der Mitte das ist, was die Gaullisten rechts von der Mitte in den 60er Jahren für die französische Politik bedeuteten. Zum zweiten und mehr noch die geistig-moralisch-ideologische Dimension in der Persönlichkeit Mitterrands.

Über sein Saulus-Paulus-Erlebnis hat der eher scheue, Gefühle vor der Neugierde der Menge verbergende Mann kaum etwas gesagt. Daß hierbei verschüttete Glaubenskräfte des streng katholischen Jugendlichen wieder lebendig geworden sind, ist an seinem literarischen Werk – der Begriff ist mit Bedacht gewählt – abzulesen.

Dennoch ist Mitterrand – auch das zeigen seine Bücher, voran sein letztes: „Ici et maintenant"[9] – kein übereifriger Konvertit und auch kein strenggläubiger Marxist geworden. Sein in den Konturen verschwommenes Credo wurzelt in frühen sozialistischen Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, bei denen Menschenrecht, Menschenwürde und Freiheit von Not eine zentrale Rolle spielen. Daneben gibt es gefühlsmäßige Verbindungslinien zu einer spezifisch französischen Ausformung des Sozialismus, die der mystische Gang Mitterrands zum Grabe Jaurès im Panthéon, auf dem er eine rote Rose in beinahe theatralischer Symbolik niederlegte[10], freigibt.

Frankreich, seine Geschichte, seine Erde stehen im Zentrum der Sprache Mitterrands, der von ihm gebrauchten Bilder. Der Intellektuelle hält sich zugute, daß er Bäume, Blumen und Sträucher mit ihren Namen bezeichnen kann. Nicht so sehr Paris als das „ewige Frankreich" der Kleinstädte und Dörfer, der Kirch-

8 Am 26. Januar 1981 wurde in der Presse berichtet, das „Manifest der Sozialistischen Partei" befasse sich mit den Hautpthemen Frieden, Arbeitsbeschaffung, Freiheit und nationale Sicherheit Frankreichs und bilde zusammen mit 110 Vorschlägen die Wahlkampfplattform des Präsidentschaftskandidaten Mitterrand. Vgl. dazu den Artikel „Mitterrand kandidiert wieder gegen Giscard"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. Januar 1981, S. 5.

9 Vgl. FRANÇOIS MITTERRAND, Ici et maintenant, Paris 1980.
Zum Inhalt des Buches vgl. auch Dok. 162, Anm. 10.

10 Staatspräsident Mitterrand besuchte am 21. Mai 1981 das Grab des Mitbegründers der Vorgängerorganisation der Sozialistischen Partei, der Section française de l'Internationale ouvrière (SFIO), Jean Jaurès, im Panthéon in Paris. Vgl. dazu den Artikel „Jean Jaurès – Jean Moulin"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 22. Mai 1981, S. 2.

türme, die seine Wahlplakate schmückten, ist die ständige Referenz eines Mannes, der keine Fremdsprache spricht, der internationale Erfahrungen nur im frankophonen Afrika[11] und in der Sozialistischen Internationale[12] gesammelt hat.

Von diesen Quellen, die ihm offensichtlich viel bedeuten, wird sich Mitterrand auch im Élysée nicht abdrängen lassen. Er würde es aber auch, falls er es versuchte, kaum können. De Gaulle hielt zu der ihn unterstützenden Sammlungsbewegung, die übrigens eher eine Haltung zur Geschichte als eine politische Idee verkörperte, stets weiten Abstand. Mitterrand hingegen wird sich von der Partei, die ihn emporgetragen hat, auch als Herr des Élysée schwerlich lösen können. Nach dem überwältigenden Wahlerfolg werden sich die Sozialisten noch stärker als Transmissionsriemen der Wünsche der breiten Masse, aber auch im Verhältnis zu Regierung und Staatspräsident als Anreger und nötigenfalls als Mahner verstehen.

[13]Diese Verwurzelung in einem Sozialismus, den man in Frankreich vielleicht einmal Mitterrandismus nennen wird, und nicht nur die taktische Erwägung, die Sozialistische Partei über ein Abschmelzen des kommunistischen Blocks zu stärken, steht denn auch am Anfang der Konzeption der Linksunion. Diese Konzeption ist für Mitterrand eben nicht nur Erfolgsrezept, sondern auch Traum und Fernziel, das nach Verwirklichung verlangt. So gesehen ist eine Einbeziehung von Kommunisten in die Regierung[14] nur folgerichtig. Mitterrand glaubt dieses Risiko eingehen zu können, und zwar nicht nur deshalb, weil er heute über die stärkeren Bataillone verfügt. Er ist – dafür gibt es viele Anzeichen – davon überzeugt, daß er den kommunistischen Führern – lästige Gegner und selbst heute noch schwer verzichtbare Verbündete zugleich – intellektuell, vor allem aber in der politischen Taktik, turmhoch überlegen ist. Die jüngste Entwicklung muß ihn in dieser Überzeugung bestärkt und ihm so etwas wie das Gefühl des völlig selbstsicheren „Löwenbändigers" gegeben haben. Nur die Zukunft wird zeigen können, ob es, von taktischen Vorteilen des Augenblicks abgesehen, klug war, die Gitter um die KPF zu entfernen und sie so zu behandeln, als sei sie eine französische Partei wie alle anderen. Ich kann hier meine Skepsis nicht verbergen.

11 François Mitterrand war 1950/51 Minister für die französischen überseeischen Territorien.

12 1972 bis 1981 war François Mitterrand Vizepräsident der Sozialistischen Internationale.

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1114 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

14 Die KPF stellte ab 22. Juni 1981 in der Regierung des Ministerpräsidenten Mauroy vier Minister, so den Transportminister Fiterman, den Gesundheitsminister Ralite, den Minister für Berufsausbildung Rigout sowie den Minister für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreformen beim Ministerpräsidenten, Le Pors.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau notierte am 25. Juni 1981 Äußerungen des Bundesministers Genscher zu dessen Gespräch mit dem französischen Außenminister Cheysson am 23. Juni 1981: „Mitterrand hätte Kommunisten nicht aufgenommen, wenn sie ihm für eine Mehrheit erforderlich gewesen wären." Die Vertreter der KPF „müßten alle Erklärungen Mitterrands indossieren, die er seit seinem Amtsantritt abgegeben habe. Das schließe ein NATO, Doppelbeschluß, Afghanistan, Ost-West-Verhältnis. Wer von ihnen in der Sache oder verbal davon abweiche, fliege raus." Daneben „seien Vorkehrungen getroffen, daß die Kommunisten von allen Kommunikationen sensibler Art ausgeschlossen bleiben. […] Falls uns/unseren Diensten Erkenntnisse vorlägen, die Anlaß zu Bedenken einzelner der kommunistischen Regierungsmitglieder Anlaß gäben (hinsichtlich Sicherheit), sollten wir dies mitteilen – unter Einschaltung der Dienste." Vgl. Referat 010, Bd. 178841.

Ideologische Komponenten, wie sie in der Persönlichkeit Mitterrands und in seiner Politik wirksam sind, fehlten weitgehend in dem stark von der Staatsraison bestimmten Koordinatenkreuz des präsidentiellen Handelns im vergangen Septennat.[15] Sie müssen übrigens auch unter Mitterrand nicht sogleich und in allen Bereichen sehr deutlich werden, weil Taktik und Sachzwänge dies zeitweilig als inopportun oder gar bedenklich erscheinen lassen. Mitterrand wird kaum die Illusion hegen, daß die 38% der Wähler, die für seine Partei stimmten, echte Sozialisten sind. Mit seiner Politik muß er daher nicht nur seine Anhänger, sondern ebenso jene zu befriedigen suchen, die ihn und seine Partei „auf Widerruf" aus Unzufriedenheit mit dem verflossenen Regime, mit dem Wunsch nach Veränderung oder einfach in der Hoffnung auf verbesserte Lebensumstände gewählt haben. Dies zwingt den Präsidenten zu vorsichtigem Vorgehen und drängt ihn und seine Politik zu Positionen der politischen Mitte. Schließlich bleibt Mitterrand bei allem verständlichem Wunsch, sich von seinen Vorgängern durch einen von ihm geprägten Stil und mehr noch durch den Inhalt seiner Politik zu unterscheiden, in die Traditionen und in den nunmehr auch im Machtwechsel bewährten konstitutionellen Rahmen der V. Republik gestellt.

Das Spannungsverhältnis zwischen dem ideologisch Anvisierten und dem in Parteiprogrammen Geforderten einerseits und dem Machbaren andererseits dürfte weniger in der Außen- und Sicherheitspolitik als in der Gemengelage von Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlich spürbar werden. Dort wird in den kommenden Monaten und Jahren über Erfolg oder Mißerfolg des sozialistischen Experiments in Frankreich entschieden, und eben dort ist der neue Präsident stärker als anderwärts von dem Sachverstand und dem Urteil anderer abhängig.

Anders als der ENA[16]-Schüler und Polytechnicien Giscard, der vielleicht Zahlen und Wirtschaftsdaten zu sehr liebte, ist Mitterrand kein Technokrat. Er ist, natürlich „à la française", ein Bildungsbürger mit ausgesprochenem Hang zum Literarischen – er schreibt einen brillanten Stil – und zum Historischen. Eigenschaften, die auch heute Staats- und Regierungschefs nicht schlecht anstehen, die aber beim Anpacken schicksalhafter Wirtschaftsfragen, von denen die innerstaatliche Politik und die internationalen Beziehungen überwuchert werden, nicht das ideale Rüstzeug sind. Mitterrand wird mit diesem Handikap agieren und es irgendwie ausgleichen müssen. Mit dem Ausweichen in sehr grundsätzliche Entscheidungen über Richtung und Ziele von Wirtschafts- und Sozialpolitik dürfte es national wie international nicht getan sein. Mehr denn je wird an der Spitze des Staates neben dem Überblick über das Ganze gerade im Bereich des Wirtschaftlichen Einsicht, Kenntnis und vor allem die Fähigkeit zu eigenem Urteil über die Konsequenzen wirtschaftlicher und finanzpolitischer Entscheidungen verlangt.

Hier wird Mitterrand, der sich in einer ersten Phase gewiß auf den soliden, undoktrinären Wirtschaftsfachmann Delors stützen kann, aber auch von Verfechtern anderer wirtschaftspolitischer Vorstellungen innerhalb und außerhalb des

15 Staatspräsident Giscard d'Estaing amtierte von 1974 bis 1981.
16 École Nationale d'Administration.

Kabinetts bedrängt werden wird, den wohl schwierigsten Lernprozeß seines neuen Amtes zu meistern haben. Hier wird er angesichts des hohen Erwartungshorizonts der Wähler, die der Barre'schen Austeritätspolitik müde sind, auch die höchste Standfestigkeit bei der Abwehr überzogener Forderungen an die Leistungskraft der bedrängten französischen Wirtschaft zu beweisen haben.

Der hohe Wahlsieg, der die Sozialistische Partei und ihre Anhänger mit Genugtuung und Stolz erfüllen muß, die Stimmung im Lande, die zwar ruhig ist, aber doch Veränderungen erwartet, die große Zahl junger, unerfahrener Abgeordneter, die sich durch sichtbare parlamentarische Aktionen die Sporen verdienen wollen, werden es dem Präsidenten und seiner Regierung nicht leichtmachen, einen soliden und stetigen Kurs zu steuern, der das Staatsschiff Frankreich von der Scylla des Immobilismus und der Charybdis der Reformeuphorie gleichermaßen entfernt hält.

[gez.] Herbst

VS-Bd. 11089 (202)

181

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 2549 **Aufgabe: 25. Juni 1981, 17.35 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 26. Juni 1981, 00.54 Uhr**

Betr.: Wichtige Rüstungsentscheidungen der USA

I. Zusammenfassung

Bei der Durchführung des Reagan-Programms, die USA auch militärisch wieder stark zu machen, um „Frieden in Freiheit zu erhalten", steht die Administration vor schwerwiegenden Rüstungsentscheidungen. Das gilt insbesondere für die langfristige Sicherung zweier Teile der nuklearstrategischen Triade, nämlich eines modernen strategischen Bombers und landgestützter, überlebensfähiger ICBMs (MX). Hinzu kommt der Ausbau der Marine, der eine wichtige Rolle in der globalen Auseinandersetzung mit der SU zugewiesen wird.

Trotz massiver Erhöhung des Verteidigungshaushalts und einer weitgehenden Bereitschaft der amerikanischen Bevölkerung, dafür Opfer zu bringen, häufen sich kritische Stimmen bezüglich der zugrundeliegenden Strategie, der Kosten und der Auswirkungen auf die Wirtschaft.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 5.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 26. Juni 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister. Informativer Bericht."
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

Die Entscheidungen sollen in den nächsten Wochen fallen. Sie haben erhebliche Auswirkungen auf die amerikanische Innenpolitik (Budget, Wirtschaftsentwicklung, verteidigungspolitischer Konsensus), auf das Bündnis (MX-Stationierungsmethode, Lastenteilung), auf das Verhältnis zur SU (Reaktion auf amerikanisches Rüstungsprogramm). Die Entscheidungen – vor allem im nuklearstrategischen Bereich – sind zugleich Voraussetzungen für die Neuformulierung der amerikanischen SALT-Position und künftigen Rüstungskontrollpolitik einschließlich ABM.

II. Im einzelnen

1) Die USA wirtschaftlich und – darauf aufbauend – auch militärisch wieder stark zu machen, ist oberstes Ziel der Reagan-Administration. Um der sowjetischen Expansion weltweit entgegenwirken zu können, betreibt die Administration ein in Friedenszeiten einmaliges Programm der Aufrüstung. Für das Fünf-Jahres-Programm sind 1500 Milliarden Dollar vorgesehen. Sie kann sich dabei auf einen weitgehenden Konsensus in Öffentlichkeit und Kongreß stützen.

Die ersten Maßnahmen zielten vor allem auf die Stärkung der Kampfbereitschaft der konventionellen Streitkräfte. Gegenüber der Kritik, die Administration verlange – ohne grundlegende Konzeption – „von allem mehr", verteidigt sich das Pentagon mit dem Hinweis, daß man bereits so weit ins Hintertreffen geraten sei, daß in allen Bereichen aufgerüstet werden müsse. Weinberger erklärte dazu, selbst bei einer realen Steigerung von sieben Prozent jährlich könnten die USA die Lücke zum militärischen Investitionsprogramm der SU höchstens bis 1987 schließen. Wegen des Verlustes nuklearer Überlegenheit müßten die USA konventionell stark genug sein, um den Einsatz sowjetischer militärischer Macht abzuschrecken und um sich, falls Abschreckung versage, erfolgreich zu verteidigen.

Im nuklearstrategischen Bereich hat die Administration von schnellen Lösungen abgesehen. Hier stehen Entscheidungen an, die zusammen mit der Modernisierung der konventionellen Streitkräfte und dem Ausbau der Marine den bereits substantiell erhöhten Verteidigungshaushalt für mehrere Jahre mit enormen Kosten belasten, die noch nicht zu übersehen sind. Ohne den erhofften Wirtschaftsaufschwung und eine spürbare Senkung der Inflationsrate, ohne überzeugendes sicherheits- und außenpolitisches Konzept könnte der – von Weinberger selbst als „zerbrechlich" bezeichnete – Konsens für das Verteidigungsprogramm auseinanderfallen.

(Anmerkung: In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, daß Weinbergers Ablehnung der Wehrpflicht auch mit den amerikanischen Erfahrungen in den sechziger Jahren zusammenhängt: „We know what the draft did to the social fabric of this country in the 1960s.")

Den Entscheidungen über neue strategische Bomber, die MX-Stationierungsmethode und den Ausbau der Marine kommt daher erhebliche Bedeutung zu.

2) Moderne Bomber

Da Reagan die Carter-Entscheidung von 1977, den B-1-Bomber zu streichen[2],

[2] Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1" mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

im Wahlkampf heftig kritisiert hat, steht die Administration unter dem Druck des Nachweises innenpolitischer Glaubwürdigkeit.

Die Luftwaffe befürwortet den Bau eines fortentwickelten B-1, der Ende der 80er Jahre bereitstände, und gleichzeitige Entwicklung des „Stealth"-Programms (kleiner Bomber mit äußerst geringem Radarquerschnitt) für die neunziger Jahre.

Weinberger zögert wegen der hohen Kosten, die z. Zt. auf ca. 40 Mrd. Dollar für 150 B-1 geschätzt werden. Eine Alternative wäre, den B-1 fallenzulassen und das „Stealth"-Programm energisch voranzutreiben, bei dem jedoch noch erhebliche technologische Probleme zu bewältigen sind. Außerdem dürfte die dann notwendige Modernisierung und Erhaltung der Einsatzbereitschaft der überalteten B-52 – deren Piloten jünger sind als die Flugzeuge – Erhebliches kosten.

Weinberger konsultiert z. Zt. mit wichtigen Mitgliedern des Kongresses. Da die Entscheidung bereits mehrmals als unmittelbar bevorstehend angekündigt wurde, ist nicht auszuschließen, daß sie wegen des sachlichen und finanziellen Zusammenhangs gleichzeitig mit der MX-Entscheidung getroffen wird.

3) MX-landgestütztes interkontinentales Raketensystem

Die Verwundbarkeit der amerikanischen landgestützten Minutemen wird von der Administration als große Gefahr gesehen. Deshalb hat der Aufbau einer überlebensfähigen ICBM-Kapazität höchste Priorität, um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung zu erhalten und auch, um sich nicht politischer Erpressung auszusetzen. Wir können mit großer Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß ein solches System landgestützt sein wird. Dabei ist sich die Administration der Signalwirkung dieser Entscheidung für die LRTNF-Modernisierung in Europa voll bewußt. Es ist jedoch nicht mehr unbedingt mit der Stationierung aller von Carter geplanten 200 Systeme in Utah und Nevada zu rechnen, und zwar wegen der Proteste der dortigen Bevölkerung, der Umweltprobleme, Zweifeln an der Überlebensfähigkeit und der Kosten. Am 1. Juli soll die Expertenkommission, die Weinberger zum Studium der verschiedenen Stationierungsmöglichkeiten eingesetzt hatte, ihr Gutachten vorlegen. Nach in die Presse gelangten Informationen soll die Kommission u. a. folgende Vorstellungen entwickelt haben (die Aufzählung ist wahrscheinlich unvollständig; auch ist nicht klar, ob es sich um die Option oder eine Kombination von Optionen handelt):

– Entwicklung und Produktion der MX wie vorgesehen, jedoch Begrenzung der Dislozierung auf ein etwa um die Hälfte reduziertes horizontales Shelter-System in Utah und Nevada;
– Einleiten von Maßnahmen, um MX-Raketen in älteren Minutemen- und Titan-Silos in anderen Staaten unterzubringen mit dem Vorteil, die Dislozierung bereits ein Jahr früher beginnen zu können;
– Beschleunigung der Entwicklung eines ABM-Systems zum Schutz der MX;
– Entwicklung und Bau eines kleineren und leichteren Raketensystems, das in großer Zahl auf Straße und Schiene beweglich gehalten werden könnte und damit relativ unverwundbar wäre.

Weinberger ist an das Gutachten nicht gebunden. Eine Entscheidung in dieser Richtung könnte jedoch erhebliche Auswirkung auf zukünftige Rüstungskontrollpolitik haben, nämlich auf den Vertrag zur Begrenzung antiballistischer Ra-

keten[3] (dessen zweite Überprüfungskonferenz 1982 vorgesehen ist), die Gesamtzahl der unter SALT zugelassenen Systeme[4] und deren Verifizierbarkeit.

[5]4) Ausbau der Marine

Hauptinstrument, militärische Macht in entfernten, aber lebenswichtigen Gebieten zu entfalten, bleibt die Marine, bei der Überlegenheit angestrebt wird. Sie soll, nachdem sie 15 Jahre lang vernachlässigt wurde, energisch von 456 auf 600 Schiffe mit enormen Kosten ausgebaut werden, wobei die Planung noch weitgehend unklar ist. Umstritten ist insbesondere der Bau großer Flugzeugträger, die Reaktivierung alter Flugzeugträger und Schlachtschiffe (Kosten, Verwundbarkeit). Weinberger und Lehman halten jedoch daran fest, daß eine Modernisierung dieser Schiffe – ausgerüstet mit modernen Raketen und Elektronik – eine kostengünstige und schnelle Kampfkraftsteigerung ermöglicht.

Der Hinweis auf Raketen ist wichtig, da geplant wird, die Schlachtschiffe mit Cruise Missiles auszurüsten (und zwar mit konventionellen und/oder nuklearen Sprengköpfen, wobei über die jeweilige Ausstattung noch nicht entschieden ist). Solche – nuklearen – seegestützten Systeme für Landangriffe, deren Einsatzbereitschaft frühestens für 1984 vorgesehen ist, werden mit der globalen Verantwortung der USA, insbesondere im Pazifik und Indik, begründet. Rüstungskontrollpolitische Gesichtspunkte, wie Verifikation oder SALT-Obergrenzen, treten gegenüber den sicherheitspolitischen Anforderungen zurück.

5) Der Vorrang sicherheitspolitischer Notwendigkeiten vor rüstungskontrollpolitischen Gesichtspunkten wird von hochrangigen Vertretern der Administration immer wieder betont, zuletzt vom designierten ACDA-Direktor Rostow (vgl. DB 2527 vom 23.6.81).[6]

Die anstehenden Entscheidungen, insbesondere im nuklearstrategischen Bereich, sollen nach Auffassung der Administration der SU klarmachen, daß die USA entschlossen sind, die sowjetische Herausforderung anzunehmen.[7] Sobald

[3] Der am 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR abgeschlossene Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) gestattete beiden Vertragsparteien den Aufbau von je zwei Raketenabwehrstellungen mit 100 Abwehrraketen. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 14–22. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–395.

[4] Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll, vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

[5] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2550 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

[6] Botschafter Hermes, Washington, informierte über die Anhörung des designierten Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde am 22. Juni 1981 vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats: „Rostow […] verlas eine längere vorbereitete Stellungnahme, in der er in einem historischen Exkurs auf die bisherigen negativen Erfahrungen mit Rüstungskontrolle verwies, die expansive Rolle der SU betonte und insgesamt den Möglichkeiten der Rüstungskontrolle, einen Beitrag zur Sicherheitspolitik zu leisten, einen bescheidenen Platz zuwies. Besondere Aufmerksamkeit fand die Aussage Rostows, die Überprüfung der amerikanischen SALT-Position werde mindestens weitere neun Monate dauern. Noch wisse niemand, was verhandelt werden solle. Er machte aber deutlich, daß Reduzierungen erreicht werden sollten; dehalb solle anstatt von ‚SALT' von ‚START' gesprochen werden: Strategic Arms Reduction Talks." Vgl. Referat 201, Bd. 125574.

[7] Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

die sowjetische Führung von dieser amerikanischen Entschlossenheit überzeugt ist, so meint man, könne erneut sinnvoll verhandelt werden. Gleichzeitig sind diese Entscheidungen Voraussetzung dafür, daß eine umfassende strategische und rüstungskontrollpolitische Konzeption entwickelt werden kann.[8]

Weinberger hat diese Gedanken in seiner jüngsten Rede vor dem Council on Foreign Relations (vgl. DB 2464 vom 18.6.81[9]) im Schlußabsatz deutlich gemacht:

„Above all, we want to convince the Soviet leadership to join us in bringing nuclear armaments under genuine, meaningful controls. We want to be able to reduce nuclear armaments and indeed conventional armaments and work toward long-term stability for a world blessed by both peace and freedom. To do that, we must first make America strong again."

[gez.] Hermes

Referat 010, Bd. 178847

8 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „M. E. ist der Grundgedanke richtig, nicht aber die zeitliche Phasenverschiebung der Verhandlungen. Die Sowjets werden überrüsten in zwei Fällen: a) bei amerik[anischer] Resignation (70er Jahre); b) bei Furcht vor amerik. Überrüstung. Sie werden sich mäßigen, wenn die USA gleichzeitig a) Entschlossenheit zeigen, sich nicht abhängen zu lassen; b) Verhandlungsbereitschaft über Paritätssicherung bekunden."
Bundesminister Genscher vermerkte dazu handschriftlich: „r[ichtig]. Für Gespräch Burns."

9 Brigadegeneral von Ondarza, Washington, gab anhand der Rede des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vor dem „Council on Foreign Relations" am 17. Juni 1981 in New York einen Überblick über die Grundlinien der amerikanischen Sicherheitspolitik und führte dazu aus, die Rede enthalte „keine Überraschungen. Sie bestätigt bekannte Auffassungen der neuen Administration". Im Verteidigungshaushalt seien „in kürzester Zeit einige neue Schwerpunkte gesetzt worden". Langfristige strategische Grundlinien würden gegenwärtig erarbeitet: „Diese werden starken Einfluß auf die Fünf-Jahres-Planung bis 1987 haben und meiner Einschätzung nach nicht vor Spätsommer 1981 vorliegen." Vgl. Referat 201, Bd. 125574.

182

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **30. Juni 1981**[1]

Betr.: Abendessen der Regierungschefs beim ER in Luxemburg (29./30. Juni 1981)[2]

I. Wichtigstes Thema, das während ca. zwei Stunden besprochen wurde: Sicherheitsfragen (TNF)

1) Präsident Mitterrand mit klarer Konzeption. Wichtigste Elemente seiner Ausführungen:

a) Es gibt ein interkontinentales Gleichgewicht zwischen Russen und Amerikanern. Es gibt auch ein europäisches Gleichgewicht; dies ist aber gestört. Um es wiederherzustellen und ein Gegengewicht gegen SS-20 und Backfire zu schaffen, muß Pershing und Cruise Missiles disloziert werden.

b) Stationierung von Pershing stört jedoch gleichzeitig das weltweite Gleichgewicht wegen der kurzen Flugzeit (fünf Minuten).

c) Durch ein Einfrieren kann das Gleichgewicht in Europa nicht hergestellt werden, weil es dann an einem Gegengewicht zu den SS-20 fehlen würde.

d) Frankreich ist nicht Mitglied der NATO[3], billigt jedoch den Doppelbeschluß[4] und wünscht, daß er verwirklicht werde.

e) Daß die SU über Pershing beunruhigt ist, zeigt, daß der Doppelbeschluß der richtige Weg ist, um Verhandlungen herbeizuführen.

f) Präsident Reagan darf nicht zu lange mit dem Beginn der Verhandlungen zögern, sonst entsteht die Gefahr eines erneuten Kalten Krieges, und zwar zu Lasten derjenigen Staaten, die bereit zu einer Stationierung auf ihrem Territorium seien.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 30. Juni 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Lieber Herr Wallau, als Anlage übersende ich Ihnen, vorbehaltlich der endgültigen Zustimmung des Bundeskanzlers zum Inhalt, die redigierte Fassung eines Vermerks über das politische Gespräch der Staats-/Regierungschefs auf dem ER. Der Bundeskanzler bat, den Bundesminister zu unterrichten. Der Herr Bundesminister hatte in Luxemburg bereits eine Kopie des Rohentwurfs erhalten. Ich wäre dankbar, wenn Sie dieses Rohkonzept vernichten lassen könnten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 30. Juni 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Braunmühl leitete die Aufzeichnung am 1. Juli 1981 an das Büro Staatssekretäre sowie an die Ministerialdirektoren Pfeffer und Fischer mit „vom Bundeskanzleramt durchgegebenen Änderungen" weiter. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 5, 9 und 13.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 185.

3 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

2) PM Thatcher

a) Man dürfe nie aus einer Position der Schwäche mit den Sowjets verhandeln.

b) Deswegen dürften die USA gegenwärtig noch nicht mit Verhandlungen beginnen. Dazu sei es zu früh. Die USA seien noch nicht stark genug.

c) Es sei gut, daß es neben den USA noch zwei weitere europäische Nuklearmächte gebe. PM Thatcher sagte dies als Antwort auf laut gewordene Zweifel daran, daß die USA jede Bedrohung mit dem eigenen Kernwaffenpotential kontern würden, mit den sich daraus für die USA ergebenden Risiken.[5]

3) MP Jørgensen

setzte sich für eine atomwaffenfreie Zone für Nordeuropa[6] ein, die auch die Ostsee und sowjetische Territorien umfassen solle. Es sei zwar wenig wahrscheinlich, daß die SU das annehmen würde[7], jedoch sei es gut, das Angebot zu machen. (PM Thatcher hat hierauf sehr negativ reagiert.)

4) Bundeskanzler

a) nannte seine Gründe, warum er den Ausdruck TNF vermieden wissen wolle: Italien und Bundesrepublik Deutschland als Schauplatz des Krieges, der für ihre Existenz „strategische Bedeutung" habe.

b) Wenn Präsident Reagan nicht bald mit Verhandlungen beginne, könnten Regierungen in Westeuropa gefährdet werden. Die Aufnahmebereitschaft für sowjetische Propaganda in Westeuropa nehme zu.

c) NL und B[8] seien aus der gemeinsamen Front schon ausgeschert. Wenn Italien oder D, der eine oder der andere, ebenfalls noch ausscherten, dann müsse dies auch der andere tun. Die Position zum Doppelbeschluß sei jedenfalls zunehmend schwieriger zu halten, wenn nicht bald mit Verhandlungen begonnen würde. Immerhin seien seit dem Doppelbeschluß schon eineinhalb Jahre vergangen.

d) Man solle nicht glauben, daß eine konservative Regierung in D die Position besser halten könne. Vielmehr wäre es für sie noch schlimmer.[9]

5) MP Spadolini

stimmte der Argumentation des Bundeskanzlers zu. Er ist besorgt über die weitere Entwicklung in Italien und wollte dringend hierüber mit uns sprechen.

– Am Ende des Essens kurzer Meinungsaustausch Bundeskanzler/Spadolini über deutsch-italienische Konsultationen. Ergebnis: Es sei sehr schwierig, noch vor Ottawa[10] zusammenzukommen; sehr enger Terminkalender.[11] Am

5 Der Passus „mit dem … ergebenden Risiken" wurde auf Weisung des Bundeskanzleramts wie folgt geändert: „mit ihrem eigenen Kernwaffenpotential kontern würden, wegen der sich darauf für die USA möglicherweise ergebenden Risiken." Vgl. Anm. 1.

6 Zu den Vorstellungen hinsichtlich einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 20.

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, äußerte sich am 26. Juni 1981 zu einer kernwaffenfreie Zone in Europa. Vgl. dazu Dok. 183, Anm. 9.

8 Zur Diskussion in den Niederlanden und Belgien hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8 und 9.

9 Dieser Satz wurde auf Weisung des Bundeskanzleramts wie folgt geändert: „Vielmehr werde es für sie nach kurzer Zeit noch schwieriger." Vgl. Anm. 1.

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

11 Für das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 20. Juli 1981 in Montebello vgl. Dok. 211.

besten wäre es wohl, nach einem Termin in der zweiten September-Hälfte zu suchen. (AM Colombo war bei dieser Unterhaltung anwesend.)[12]

6) van Agt

Die MP van Agt und Eyskens, aktiv vor allem van Agt, zustimmend Eyskens, bestätigten, daß sie gegen starke antinukleare Bewegungen in ihren Ländern nicht mehr angehen könnten[13].

7) Eyskens

im Privatgespräch: hofft noch, vor Weihnachten durchzukommen.

8) Rallis

Klage über widersprechende Auffassungen, die aus Washington zu hören sind.

II. Mandat/Bericht der Kommission (Haushaltsstruktur – Agrarpolitik)[14]

Einig, daß man mit der Arbeit Anfang September beginnen soll. Mitterrand braucht noch etwa zwei Monate. Mit der Verhandlung sollten individuell Botschafter, in den meisten Ländern wahrscheinlich die Ständigen Vertreter, unter Aufsicht der AM beauftragt werden. Mitterrand hat sich die Benennung des französischen Beauftragten ausdrücklich noch vorbehalten. Jedoch bestand weitgehend Übereinstimmung, daß in den Monaten September/Oktober die Arbeiten am Bericht nachdrücklich vorangebracht werden sollten. Den Beauftragten (Ständigen Vertretern) können Mitarbeiter beigegeben werden, die jedoch keinen eigenen Status haben sollten.

Über die Substanz des Mandats wurde ausdrücklich nicht gesprochen, weil Mitterrand hierzu noch nicht in der Lage war.

III. Sonstige Themen

1) Auf Vorschlag von PM Thatcher bestand Übereinstimmung, daß die Gemeinschaft und nicht einzelne ihrer Mitglieder mit Japan über Handelsfragen sprechen sollen. Japan nicht cornern; Markt eröffnen.

12 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Spadolini am 11. September 1981 in Rom vgl. Dok. 252.

13 Die Wörter „angehen könnten“ wurden auf Weisung des Bundeskanzleramts gestrichen. Dafür wurde eingefügt: „aufkämen“. Vgl. Anm. 1.

14 Zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1981 vgl. Dok. 2, Anm. 4.
Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 ihren Bericht zum Mandat vor. Für den Wortlaut des Berichts sowie des Schreibens des Präsidenten der EG-Kommission, Thorn, vom selben Tag an die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 1/1981, S. 7–19 und S. 23–25. Vgl. dazu ferner BULLETIN DER EG 6/1981, S. 12–16.
Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff vermerkte am 24. Juni 1981: „Die Kommission kommt nach Analyse der Ausgabenblöcke im EG-Haushalt zu der Überzeugung, daß lediglich bei den Agrarmitteln Ausgleichsbedarf gegeben ist. Sie erkennt ausschließlich GB als ausgleichsbedürftig an. Die Mittel hierfür sollen aus dem Haushalt und hilfsweise, d. h., wenn dies im Rahmen der 1%-Grenze nicht machbar und die Grenze nicht hochzusetzen ist, durch Abschläge von den Rückflüssen finanziert werden. […] Die Kommission wendet sich – wie auch wir – gegen die Einführung ‚künstlicher Gemeinschaftspolitiken‘ zur Erreichung des Haushaltsgleichgewichts, fordert indes, daß die Ausgleichsmittel für GB ‚im Einklang mit den Gemeinschaftspolitiken‘ stehen und konvergenzverstärkend wirken. […] Ein grundsätzlicher Unterschied gegenüber dem Kompromiß vom 30.5. 1980 zum Ausgleich GBs 1980/81 liegt darin, daß nicht mehr eine Nettoplafondierung für GB, sondern eine Korrektur seines extrem großen Agrarsaldos angestrebt wird.“ Vgl. Referat 412, Bd. 122409.

2) Sehr scharfe Verurteilung Begins durch PM Thatcher. Man solle Begins Vorgehen im Irak[15] gemeinsam verurteilen.

Deutlich zurückhaltender Präsident Mitterrand. Er habe das israelische Vorgehen schon zweimal verurteilt, einmal national[16], einmal vor den VN[17], warum also erneut?

Mitterrand zeigte sich recht reserviert gegenüber der Wirksamkeit der IAEO-Kontrollen. Sowohl er als auch PM Thatcher waren der Meinung, daß Irak innerhalb von fünf Jahren mit dem vorhandenen Reaktor die Bombe hätte herstellen können. Ihn hat mißtrauisch gestimmt, daß Irak nicht bereit war, anstelle des hoch angereicherten Urans den „Caramel"-Brennstoff zu akzeptieren.[18]

PM Thatcher setzte sich dafür ein, Israel anzuhalten, sich seinerseits den NPT[19]-Kontrollen zu unterwerfen; auch hierin war Mitterrand zurückhaltender.

Bundeskanzler hatte den Eindruck, daß für Mitterrands erneut vorsichtige Haltung gegenüber Israel ein möglicher Wahlsieg von Peres ursächlich war (Chancen wurden mit 50 zu 50 genannt).[20]

3) Präsident Mitterrand und Bundeskanzler teilten persönliche Wertschätzung für Präsident Reagan, den sie übereinstimmend für einen zuverlässigen und berechenbaren Politiker halten.

4) Mitterrand zeigte sich sowohl in der Sitzung des Rates wie beim Abendessen sehr selbstsicher und klar in seinen Äußerungen.

Zeller

VS-Bd. 14097 (010)

15 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

16 Ministerpräsident Mauroy verurteilte am 8. Juni 1981 den israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak". Staatspräsident Mitterrand bekundete gleichzeitig der Familie eines französischen Technikers, der dabei ums Leben gekommen war, sein Beileid. Vgl. dazu LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Mai/Juni), S. 18–21.

17 Vgl. dazu die Äußerungen des französischen VN-Botschafters Leprette vor dem VN-Sicherheitsrat am 15. Juni 1981 in New York; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Mai/Juni), S. 34 f.

18 Am 6. April 1979 wurden die für den Irak bestimmten Reaktorkerne, die in der Nähe der französischen Stadt Toulon gelagert wurden, durch eine Sprengstoff-Explosion beschädigt. In der Folge bot die französische Regierung dem Irak an, die geplante Lieferung von hochangereichertem Uran durch „Caramel" zu ersetzen, das nur zu sieben Prozent angereichertes Uran enthielt und damit für den Bau von Atombomben untauglich war. Die irakische Regierung lehnte dieses ab. Vgl. dazu den Artikel „France: Atom Thriller"; TIME, Nr. 19 vom 7. Mai 1979, S. 14.

19 Nonproliferation Treaty.
Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

20 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt. Referat 310 notierte dazu am 1. Juli 1981, die Frage „Begin oder Peres?" sei weiterhin offen: „Beide haben angekündigt, Regierung bilden zu wollen. Aber weder Likud noch Arbeiterpartei haben eindeutigen Vorsprung, obwohl beide ihr Wahlergebnis von 1977 verbesserten. Kleine Parteien eindeutig Verlierer. Entscheidung damit verlagert von den Wählern zu den Fraktionen, vor allem den Abgeordneten der drei religiösen Parteien." Die Bildung einer Koalition werde jedoch für den amtierenden Ministerpräsidenten Begin leichter sein als für den Vorsitzenden der Arbeiterpartei, Peres. Vgl. Referat 310, Bd. 135676.

183

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4135/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 1. Juli 1981, 17.24 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2524 **Ankunft: 1. Juli 1981, 18.24 Uhr**
Citissime

Für Bundesminister und Staatssekretär[2], D 2[3]

Betr.: Gespräch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt mit Generalsekretär Breschnew am 30.6.81[4]

Bezug: DB Nr. 2514 vom 30.6.81 – Pol 321.35[5]

Zur Information

1) Das Gespräch des SPD-Vorsitzenden Brandt am 30.6. dauerte etwa zweidreiviertel Stunden. Breschnew leitete ein mit einem Vortrag von etwa einer Stunde, den er vom Blatt ablas. Darauf folgte eine Erwiderung Brandts, ebenfalls von etwa einer Stunde Dauer. Nach einer Vereinbarung mit Herrn Brandt hat mich sein Persönlicher Referent[6] über den Inhalt des Gesprächs am 30.6. aufgrund seiner Aufzeichnungen unterrichtet.

Gemäß dieser Unterrichtung hat Breschnew in seinen Ausführungen die bekannte Kritik an der angeblichen Abweichung des Westens von der Entspannung, am NATO-Beschluß[7] und an der Rolle der Bundesrepublik und des Bundeskanzlers persönlich bei seinem Zustandekommen geübt. Der Bundeskanzler habe hierbei „gründliche Arbeit geleistet". Mit ihrem bisherigen Eintreten für den NATO-Beschluß mache die Bundesregierung einen Schritt, der vom Moskauer Vertrag[8], vom Gewaltverzicht und vom Willen zur Zusammenarbeit wegführe. Er stelle sich die Frage nach dem Grund dieses Kurswechsels.

Breschnew wiederholte sowjetische Argumente zu SS-20 (ersetzen lediglich veraltete SS-4 und SS-5) und das Angebot, über Mittelstreckenwaffen einschließlich FBS und englische und französische Systeme zu verhandeln und ein quali-

1 Der Bereitschaftsdienst vermerkte am 1. Juli 1981 handschriftlich: „Min[ister]-Büro hat eine Ablichtung (s. Bereitschaftsbuch). RL 213 i. V. wurde unterrichtet."
Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 2. Juli 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot verfügte.
Hat Arnot am 3. Juli 1981 vorgelegen.

2 Berndt von Staden.

3 Franz Pfeffer.

4 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch Dok. 186. Vgl. ferner BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 9, S. 319–326.

5 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete über die Reaktion der sowjetischen Medien auf den Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR. So habe die sowjetische Nachrichtenagentur TASS die Kontakte zwischen KPdSU und SPD als „‚von gewichtiger Bedeutung sowohl für die sowjetisch-westdeutschen Beziehungen wie auch für die Stärkung des Friedens und der internationalen Sicherheit'" bezeichnet. Vgl. Referat 213, Bd. 133197.

6 Thomas Mirow.

7 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

tatives und quantitatives Moratorium zu vereinbaren. Er erwähnte auch seinen jüngsten Vorschlag, das Projekt einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa voranzubringen.[9]

Breschnew äußerte die Hoffnung, daß das Treffen mit dem Bundeskanzler in Bonn[10] „einen Schritt nach vorn" bringen werde auf der Basis des Vertrages vom 12.8.1970 und der Gemeinsamen Erklärung von 1978.[11] Möglichkeiten für eine Intensivierung der Zusammenarbeit seien vorhanden. Breschnew kritisierte die Chinapolitik der USA.[12] Zur kommenden Nord-Süd-Konferenz in Cancún[13] schloß Breschnew nicht aus, daß die SU irgendeine Form der Beteiligung finden werde.

Herr Brandt hat in seiner Erwiderung zunächst die große Sorge über die Gefährdung der Entspannung durch eine Kapitulation vor der Waffentechnik zum Ausdruck gebracht. Seine hierzu geäußerten Grundgedanken entsprechen dem Duktus seiner Tischrede[14]. Sehr deutlich wies er Breschnews Kritik an der Rolle des Bundeskanzlers beim Zustandekommen des NATO-Beschlusses zurück, indem er betonte, daß der Bundeskanzler vielmehr in seinen Gesprächen mit der sowjetischen Seite 1978 und 1980[15] alles daran gesetzt habe, unsere Besorgnis über die sowjetische Mittelstreckenrüstung klarzumachen. Insofern habe er gründlich argumentiert. Brandt bezeichnete es im Sinne einer Vermeidung von Fehlentwicklungen, auch im bilateralen Verhältnis, als vorteilhaft, wenn unser

9 Botschafter Ruth vermerkte am 2. Juli 1981: „Generalsekretär Breschnew hat in einem Interview am 26.6.1981 zur Schaffung einer KWFZ Nordeuropa in vager Form die Möglichkeit der Erörterung von Maßnahmen angedeutet, die auf das eigene, an eine solche KWFZ angrenzende Gebiet Anwendung finden könnten. Die erste offizielle Reaktion der Dänen und Norweger ist vorsichtig. Der Sowjetunion, die nicht die Einbeziehung eigener Territorien in eine KWFZ in Aussicht stellt, kommt es darauf an, die seit Jahresbeginn vor allem in Norwegen intensiv geführte Diskussion über eine KWFZ für ihre eigenen Ziele taktisch und propagandistisch zu nutzen." Vgl. VS-Bd. 11529 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 126, Anm. 5.
Bundeskanzler Schmidt führte am 24. Juni 1981 ein Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter. Semjonow erklärte, Breschnew habe ihn beauftragt, folgendes mitzuteilen: „Bei der Abwägung des Besuchstermins sei Leonid Breschnew zu dem Schluß gekommen, daß der beste Termin Ende des Jahres wäre, im November/Dezember. […] Den genauen Besuchstermin könne man im Herbst festlegen." Schmidt führte aus: „Grundsätzlich sehe er keine Schwierigkeiten für den November (im Dezember häuften sich Sitzungen und Tagungen vor der Weihnachtspause), der November sei ihm angenehm, aber der Dezember sei nicht unmöglich. […] Er stimme zu, daß das genaue Datum des Besuchs nach der Sommerpause vereinbart werden könnte." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178844.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

11 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. des Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.
Zum Besuch vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

12 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich vom 14. bis 17. Juni 1981 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 12.

13 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2. August 1981 vgl. Dok. 226.
Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

14 Für die Tischrede des SPD-Vorsitzenden Brandt anläßlich eines Essens am 30. Juni 1981 in Moskau vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 2501 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom selben Tag; Referat 213, Bd. 133197.

15 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

guter Wille nicht in Zweifel gezogen werde, indem z. B. Beschuldigungen im Zusammenhang[16] mit den Entwicklungen in Polen erhoben werden. Sowjetische Seite möge anerkennen, daß wir uns in dieser Hinsicht größte Disziplin auferlegen.

Zur amerikanischen Haltung verlasse er sich auf das, was der Bundeskanzler nach seinem Besuch in den USA[17] berichtet hat: Die US-Regierung will über eurostrategische Waffen verhandeln. Der sowjetischen Furcht vor TNF stehe unsere ebenso berechtigte Angst vor dem Aufwuchs der SS-20 gegenüber. Er habe Verständnis, daß die FBS und die französischen und britischen Potentiale aus sowjetischer Sicht in die Verhandlungen einzubeziehen seien. Ohne zu wiederholen, was im Brief der SPD vom 19.6. stand, wolle er vor allem betonen, daß von unserer Seite keine Überlegenheit angestrebt werde und die Bundesrepublik für Verhandlungen ohne Vorbedingungen sowie für eine klare Antwort eintrete, welche Waffen in die Verhandlungen einbezogen werden. Wichtig sei der politische Wille. Schon die unterschiedlichen Zahlen, die beiden Seiten vorlägen, zeigten, daß man ohne Verhandlungen nicht weiterkomme. Auch die Vereinbarung zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Partei Frankreichs habe sich für baldige Verhandlungen ausgesprochen, mit Vorrang für die[18] gefährlichsten Waffen, nämlich SS-20 und Pershing II.[19] Brandt äußerte an dieser Stelle das Interesse an der Null-Option. Diese setze voraus, daß die SU zunächst klarer macht, was aus der SS-4- und SS-5-Rakete wird und was aus Zahl und Dislozierung der SS-20.

Wenn die SS-20 die USA nicht erreiche, so sei das als Argument für uns Europäer nur in zweiter Linie interessant, da wir uns von diesem System unmittelbar bedroht fühlen. Es wäre vielleicht hilfreich für die Verhandlungen, sich zunächst auf die gefährlichen Waffen, d. h. auf die Raketen, zu konzentrieren und erst dann über Flugzeuge zu sprechen.

Brandt brachte seine Hoffnung auf ein gutes Ende der Madrider Konferenz[20] und ein Zustandekommen der KAE zum Ausdruck (Breschnew hatte Madrid nur am Rande erwähnt). Er unterstrich die Notwendigkeit, den bilateralen Beziehungen besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

In diesem Zusammenhang brachte er auch Anliegen aus dem Bereich der Familienzusammenführung zur Sprache und überreichte eine Liste von Härtefällen.

Gegen Ende des Gesprächs kam Breschnew noch einmal auf Polen zurück. Er berief sich dabei auf den Brief des ZK der KPdSU[21] und warnte vor „Einmischungen" von seiten der Bundesrepublik, wie sie sich z. B. in Bereitstellung von Vervielfältigungsmaschinen u. ä. äußerten. Hierauf erwiderte Brandt, er habe

16 Die Wörter „gezogen werde … im Zusammenhang" wurden mit Drahtbericht Nr. 2540 nachträglich übermittelt. Vgl. VS-Bd. 13279 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

18 Korrigiert aus: „Vorrang die".

19 Vgl. dazu die Gemeinsame Erklärung der Sozialistischen Partei und der KPF vom 23. Juni 1981; EUROPA-ARCHIV 1981, D 487 f.

20 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 170.

21 Für den Wortlaut des Schreibens des ZK der KPdSU vom 5. Juni 1981 an das ZK der PVAP, das am 11. Juni 1981 veröffentlicht wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 470–472.

sich hierzu auch Vorwürfe von Botschafter Semjonow anhören müssen. Er habe Semjonow gebeten, ihm konkrete Fälle zu nennen, was dieser jedoch bisher nicht getan habe. Brandt verwahrte sich nachdrücklich gegen die Unterstellung der Einmischung von seiten der Bundesrepublik.

2) Es zeigt sich aus der Unterrichtung über das Gespräch, daß die in der Tischrede Breschnews[22] an die amerikanische Adresse gerichtete Aussage zur sowjetischen Verhandlungsbereitschaft und zum Moratorium nicht etwa Ausführungen gegenüber Brandt reflektiert. Gemäß der sowjetischen Übung der jüngsten Zeit, die Auftritte Breschnews für außenpolitische Erklärungen zu nutzen, diente somit auch Breschnews Tischrede für Brandt wiederum dazu, eine Botschaft sowjetischer „Friedensbereitschaft" zu übermitteln.

Aus hiesiger Sicht schafft Breschnews Aussage zur Möglichkeit der Verhandlungsaufnahme keine Klarheit über sowjetische Position. Es hat jetzt den Anschein, als mache SU das Moratorium der Dislozierung von Mittelstreckenraketen im europäischen Teil des Landes von einer vorherigen Information der USA abhängig, ihre Mittelstreckenpotentiale in Europa „während der Verhandlungen nicht zu steigern". Wiederum bleibt offen, was darunter zu verstehen ist: Geht es nur um Dislozierung oder auch um deren Vorbereitung? Breschnew-Berater Blatow äußerte gegenüber Herrn Wischnewski, daß es sich hierbei um eine erstmals in einer offiziellen Stellungnahme erscheinende neue Position der SU handele.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13279 (213)

22 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich eines Essens für den SPD-Vorsitzenden Brandt am 30. Juni 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 124–126.

184

Botschafter Ruth an die Botschaft in Washington

221-341.32/2 KSZE/KAE/CBM-1038/81 VS-vertraulich Aufgabe: 1. Juli 1981[1]
Fernschreiben Nr. 3359 Plurez
Citissime

Betr.: KAE;
hier: Definition des geographischen Anwendungsbereichs

Bezug: DB Botschaft Washington Nr. 2603 vom 30.6.81[2]

Es wird gebeten, gegenüber amerikanischen Gesprächspartnern auf folgender Linie Stellung zu nehmen:

1) Die Frage der Definition des geographischen Geltungsbereichs für neue VBM im KAE-Mandat ist das Schlüsselproblem der Madrider Verhandlungen, von dessen befriedigender Lösung letzten Endes Erfolg oder Mißerfolg des Madrider Treffens abhängen werden. Wir begrüßen deshalb die Tatsache, daß unsere amerikanischen Verbündeten jetzt die Fortsetzung der Gespräche hierüber angeregt haben. Wir sind ebenfalls der Ansicht, daß solche Gespräche zunächst im Viererrahmen stattfinden sollten, und sprechen uns deshalb für möglichst umgehende Erörterung des Themas in diesem Kreise, zweckmäßigerweise jetzt wohl in Madrid selbst, aus.

2) Wir glauben, daß eine Rückkehr zu der ursprünglichen, im französischen Mandatstext enthaltenen Formulierung[3] nicht mehr möglich ist. Ein solcher Versuch würde auf das Unverständnis der N+N-Staaten stoßen und eine substantielle Einigung in Madrid, die wir gegenwärtig durchaus noch für möglich halten, erschweren.

Es muß uns deshalb jetzt darum gehen:

– einerseits auf der Grundlage des N+N-Vorschlags[4] (dessen Wortlaut aus der Schlußakte[5] entnommen ist und an dem schon deswegen schwer vorbeizu-

1 Durchschlag als Konzept.
Der Drahterlaß wurde von Legationssekretär von Schubert konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Joetze am 2. Juli 1981 vorgelegen.

2 Botschafter Hermes, Washington, informierte über die Bedenken der USA in Hinblick auf „die N+N-Formel und die umschreibende französische Formel". Der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, habe hierzu erklärt: „Die Einlassung auf solche Formeln könnte der Anfang eines schlüpfrigen Weges (slippery slope) sein; wenn über so etwas Grundsätzliches erst einmal verhandelt werde, bestehe die Gefahr weiterer Änderungen. Die Formel könnte der SU einen Ansatzpunkt dafür geben, die amerikanische ‚Rapid Deployment Force' gegebenenfalls einzubeziehen." Hermes hielt dazu fest: „Die amerikanische Demarche dient m.E. dazu, den Meinungsbildungsprozeß innerhalb der Administration in dem Sinne zu stärken, daß eine Isolierung der USA in Madrid vermieden wird. Am liebsten möchte Administration zur alten französischen Formel: vom Atlantik zum Ural, wie es Stoessel jetzt wieder bestätigte, zurückkehren. Das erscheint jedoch nach Einbringung der N+N-Formel kaum realisierbar." Vgl. VS-Bd. 13242 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

4 Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 13.

5 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

kommen wäre) eine Position zum geographischen Anwendungsbereich zu entwickeln, die es dem Westen mit Unterstützung der N+N-Staaten ermöglicht, die SU in dieser Frage unter Zugzwang zu setzen und die Einigung über ein KAE-Mandat voranzubringen;

– andererseits die im jetzigen N+N-Text enthaltene Zweideutigkeit zu eliminieren und die Tragweite westlichen Entgegenkommens so unmißverständlich klarzustellen, daß sie der SU auf einer Konferenz entgegengehalten werden kann.

3) Wir haben Verständnis für die amerikanischen Bedenken. Diese Bedenken haben wir bereits bisher in vollem Umfang berücksichtigt und werden dies auch weiterhin tun. Die Einheitlichkeit der westlichen Haltung in der Konferenzfrage ist unverzichtbar.

Wir glauben jedoch, daß den angesprochenen Gefahren wirksam begegnet werden kann. Hierzu erscheint uns die in Rom am 4.5. von Frankreich vorgeschlagene Formel[6] das geeignete Mittel zu sein, da sie bereits eine klare Eingrenzung der Notifizierungspflicht für Aktivitäten enthält, die im an den Kontinent angrenzenden Luft- und Seegebiet stattfinden. Wenn die Grenzen möglichen westlichen Entgegenkommens in dieser Weise eindeutig festgelegt und formuliert werden, sehen wir die Gefahr eines „Abrutschens" der Verhandlungen in Bereiche, die die Kernprinzipien unseres Konferenzkonzepts und die westlichen Sicherheitsinteressen gefährden könnten, nicht.

Mit der Formel von Rom (direkter Zusammenhang mit notifizierungspflichtigen Aktivitäten auf dem Lande) ist nach unserer Auffassung gewährleistet, daß RDF nicht erfaßt würden. Zudem müssen die einzelnen Maßnahmen auf der KAE selbst verhandelt werden und bedürfen in allen Einzelheiten des Konsenses. Dem amerikanischen Anliegen kann deshalb auf der KAE selbst zusätzlich Rechnung getragen werden.

4) Im Lichte der Entscheidung des Plenums des Madrider Treffens vom 30.6.81, Ende Juli als Zieldatum für einen positiven Abschluß der Madrider Konferenz ins Auge zu fassen[7], kommt es darauf an, daß der Westen alles daran setzt, sich selbst abschlußfähig zu machen. Dies bedeutet, daß der Westen möglichst schnell in der Lage sein muß, auch einer Situation zu begegnen, in der die SU sich bereit erklärt, die N+N-Formel ohne Abstriche zu übernehmen. Dies ist aber erst dann der Fall, wenn wir uns darüber im klaren sind, welche Haltung wir gegenüber der N+N-Formel endgültig einnehmen.[8]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11532 (221)

6 Zu der von Frankreich vorgeschlagenen Formulierung für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 125, Anm. 26.

7 Für den Beschluß der Plenarsitzung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 980 des Gesandten Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, vom 1. Juli 1981; Referat 212, Bd. 133421.

8 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. Juli 1981, der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium Gompert, habe sich „befriedigt" über die Haltung der Bundesrepublik gezeigt: „Er drückte Hoffnung aus, daß Administration sehr bald eine Entscheidung treffen werde, die in Richtung auf die Rom-Formel gehen dürfte. Konsultationen zu viert sollten darüber in Madrid stattfin-

185

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 2. Juli 1981, 16.34 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 68 Ortez

Zum Europäischen Rat in Luxemburg am 29./30. Juni 1981[2]

I. 1) Bei den Wirtschafts- und EG-Fragen behandelten die Staats- und Regierungschefs in Luxemburg vor allem vier Themenkreise:

– die wirtschaftliche, finanzielle und soziale Lage,
– das Mandat vom 30. Mai 1980[3] zur Restrukturierung der EG-Agrar- und Ausgabenpolitiken,
– die Vorbereitungen des Weltwirtschaftsgipfels in Ottawa (20./21. Juli 1981)[4],
– den Nord-Süd-Dialog.

Der 20. ER war gekennzeichnet durch die erstmalige Teilnahme eines sozialistischen Staatspräsidenten Frankreichs. Präsident Mitterrand sprach sich im sicherheitspolitischen Bereich angesichts eines sowjetischen Übergewichts bei nuklearen Mittelstreckenraketen für die Wiederherstellung des Gleichgewichts auf dem mit dem Doppelbeschluß[5] vorgezeichneten Weg aus. In der Wirtschaftspolitik betonte er stärker die Notwendigkeit einer Nachfragebelebung zur vorrangigen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und schlug vor, der Gemeinschaft eine „soziale Dimension" zu geben.[6] In abschließender Pressekonferenz unter-

Fortsetzung Fußnote von Seite 986
den, mit Experten aus den Hauptstädten. Solche Konsultationen könnten in Madrid unauffälliger durchgeführt werden als in anderen Hauptstädten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2631; VS-Bd. 13242 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Durchdruck.
Das von Referent Rowas konzipierte Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 16.

2 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 182.

3 Zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1981 vgl. Dok. 2, Anm. 4.
Die EG-Kommission legte am 24. Juni 1981 ihren Bericht zum Mandat vor. Vgl. dazu Dok. 182, Anm. 14.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Zu den Hintergründen der französischen Vorstellungen über gemeinsame Schritte der EG-Mitgliedstaaten in der Sozialpolitik („espace social") informierte Vortragender Legationsrat Graf Brockdorff am 9. Juli 1981, daß nach französischer Auffassung bei der Lösung der Arbeitsmarktprobleme im europäischen Rahmen auch ein Ausgleich der sozialpolitischen Maßnahmen erforderlich sei: „Gleichzeitig ist man sich in F bewußt, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Gemeinschaft nur aufrechterhalten werden kann, wenn die Industrie modernisiert, die Produktion an die internationale Arbeitsteilung angepaßt und die Produktivität erhöht wird. […] Die dabei erforderlich werdenden sozialen Abfederungen dürfen jedoch nicht zu Verschiebungen der Wettbewerbsfähigkeit der MS untereinander führen. Daher müssen diese – weitgehend national zu realisierenden – Maßnahmen koordiniert werden. Zwischen D und F ergebe sich folgendes Dilemma: Während D – insbesondere seit 1970 – ein vorbildliches soziales Netz aufgebaut habe, gäbe es in F in dieser Beziehung noch erheblichen Nachholbedarf. Gegenwärtig stelle sich die Frage des Abbaus einzelner sozialer Maßnahmen in D, während in F Aufbaubedarf gegeben sei. Wir müssen vermeiden, uns hier gegenseitig zu behindern. Am Ende dieser Entwicklung könne eine größere Ausgewogenheit im sozialen Bereich zwischen unseren beiden Ländern erzielt werden." Vgl. Referat 412, Bd. 130497.

strich BK seine Übereinstimmung mit Präsident Mitterrand insbesondere im Bereich der Sicherheitspolitik sowie „die Normalität und Offenheit" der Diskussion, die zum Verständnis der wechselseitigen Positionen beigetragen habe. Der ER habe damit zu seiner eigentlichen Aufgabe des ungezwungenen Meinungsaustausches zurückgefunden und vermieden, als Appellationsinstanz im Verhältnis zu den übrigen Gemeinschaftsgremien zu wirken.

2) Die Diskussion über die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft ergab die Notwendigkeit fortgesetzter Bemühungen um strukturelle Anpassungen zur Überwindung von Inflation und Arbeitslosigkeit. Investitionen insbesondere in Industriezweigen mit hohem Innovationspotential sowie auf den Gebieten der Energieeinsparung und -erzeugung kommen dabei besondere Bedeutung zu. Im Zusammenhang mit der vor allem von F vorgeschlagenen Arbeitszeitverkürzung (35-Stunden-Woche) zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde auch auf die Notwendigkeit der erforderlichen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrien und der Produktivitätssteigerung verwiesen. Eine Initiative der Kommission aufgreifend, äußerte ER seine Besorgnis über den Zustand des Binnenmarktes der EG, der durch wachsende Handelshemmnisse auch technischer und administrativer Art und Subventionen beeinträchtigt werde. Er bekannte sich mit besonderer deutscher Unterstützung zu einer konzertierten Aktion zur Stärkung und zum Ausbau des freien Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen. Angesichts der bedrohlichen Situation der Stahlindustrie sprach sich der ER auf deutsche Anregung in Ergänzung der kürzlichen Beschlüsse des Stahlrates für höhere Stahlpreise (anstelle entsprechender Subventionen)[7] aus.

3) Im Hinblick auf den bevorstehenden Ottawa-Gipfel unterstrichen die Staats- und Regierungschefs die Gefahren, die sich aus Höhe und Schwankungen der Zinssätze für die europäische Wirtschaft ergeben. Die USA sollen gedrängt werden, wenn schon nicht ihren policy-mix umgehend zu ändern, so doch alternativ die internationalen Auswirkungen[8] ihrer Geldpolitik stärker zu berücksichtigen. In Ottawa wird sich die Gemeinschaft für das reibungslose Funktionieren eines Systems des offenen Welthandels unter Einschluß der Ausfuhrstrategien und der effektiven Offenheit der Binnenmärkte (insbesondere des japanischen) einsetzen. Der Bundeskanzler forderte in diesem Zusammenhang mit allem Nachdruck die Vermeidung protektionistischer Maßnahmen und sah in der Bekämpfung dieses für das Welthandelssystems gefährlichen Trends eine wesentliche Aufgabe des Weltwirtschaftsgipfels. Gegenüber Japan solle eine gemeinschaftliche Handelspolitik – anstatt einzelstaatlicher Regelungen – gelten.

7 Zu den Bemühungen um einen Abbau der Stahlsubventionen in den EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 135, Anm. 18 und 19.
Am 24. Juni 1981 stimmte der EG-Rat auf der Ebene der Wirtschaftsminister einem Maßnahmenkatalog für die „unmittelbare und langfristige Zukunft der europäischen Stahlindustrie" zu, der sich insbesondere mit der Frage der Beihilfen für die Eisen- und Stahlindustrie sowie der Preispolitik und mengenmäßigen Produktionsbeschränkungen befaßte. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 6/1981, S. 19–22.
Vgl. dazu ferner die Erklärung des Europäischen Rats auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9.

8 Korrigiert aus: „die alternative internationalen Auswirkungen".

4) Der ER billigte einen Bericht des Ministerrates für das weitere Vorgehen im Nord-Süd-Dialog. Er bekannte sich zur Zusammenarbeit mit den EL, zur Intensivierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Interesse aller Beteiligten[9] und zum baldigen Abschluß der Vorarbeiten für die Globalen Verhandlungen[10].

5) Die kurz vor dem ER anläßlich einer Rundreise von Kommissionspräsident Thorn durch die Hauptstädte der MS auch in Bonn[11] unterbreiteten Vorschläge der Kommission zur Restrukturierung der EG-Agrar- und Ausgabenpolitiken führten in Luxemburg auf Wunsch der noch nicht ausreichend vorbereiteten neuen französischen Regierung zunächst lediglich zu einer Verfahrensdebatte. Es herrschte Übereinstimmung, daß die substantiellen Arbeiten ab September mit dem Ziel geführt werden sollen, daß der ER am 26./27. November in London[12] zu geeigneten Schlußfolgerungen gelangen kann. Die vorbereitenden Verhandlungen sollen unter der Verantwortung des Allgemeinen Rats (Außenminister) durch Botschafter (in der Regel die Ständigen EG-Vertreter bei der EG in Brüssel) geführt werden. In diesem Zusammenhang erläuterte der Bundeskanzler im Anschluß an den ER vor der Presse nochmals die deutsche Verhandlungsposition. Wir halten Anpassungen der GAP für erforderlich: Sie müssen zu Einsparungen führen, die deutlich unter dem jährlichen Anstieg der Eigeneinnahmen der Gemeinschaft liegen. Wir sehen keine Alternative zu einer Begrenzung der Finanzmittel der Gemeinschaft. Wenn es zu Korrekturen zugunsten von GB kommt, dann müßte dies auch für uns erfolgen. Wir sind weiterhin bereit, größter, jedoch nicht alleiniger unlimitierter Nettozahler zu sein. Es gibt dabei verschiedene Möglichkeiten der Begrenzung, darunter die Beibehaltung der Ein-Prozent-Grenze des Mehrwertsteuer-Abkommens[13] bei den Eigeneinnahmen für eine längere Reihe von Jahren.

6) Auf luxemburgischen Antrag bekräftigte der ER im Hinblick auf die Bemühungen des EP um einen einheitlichen Sitz seine in Maastricht getroffene Entscheidung vom 23./24. März 1981[14], den Status quo der drei vorläufigen Arbeitsorte der EG-Institutionen (Brüssel, Luxemburg und Straßburg) beizubehalten, und verwies auf die alleinige Verantwortung der Regierungen der MS für die Bestimmung des Sitzes.[15] Die Entscheidung des ER dürfte dem EP gewisse

9 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nord-Süd-Dialog auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9.

10 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

11 Bundeskanzler Schmidt traf am 25. Juni 1981 mit dem Präsidenten der EG-Kommission zusammen. Thorn führte aus: „GB sei sehr daran interessiert, recht bald einen Scheck für seine Ausgleichsforderungen zu erhalten. Demgegenüber sollten die anderen bemüht sein, nicht zu schnell das britische Problem vor die Klammer zu ziehen. Die Folge wäre, daß die anderen Fragen, so die Anpassung der Agrarpolitik und Haushaltsstrukturprobleme, auf unabsehbare Zeit hinausgeschoben würden. Letzteres käme den Briten sehr entgegen.“ Schmidt erklärte, „daß er das britische Problem keinesfalls von den anderen abtrennen wolle. Er fügte hinzu, daß die Bundesregierung einer Plafondierung des britischen Beitrages nicht zustimmen könne, ohne daß nicht auch unser Beitrag plafondiert werde.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 200, Bd. 122716.

12 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

13 Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 69, Anm. 19.

14 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. Dok. 82, Dok. 85 und Dok. 86.

15 Zur Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 69, Anm. 20.

praktische Verbesserungen seiner Arbeitsweise, einschließlich einer wieder häufigeren Durchführung seiner Sitzungen in Straßburg, nicht ohne weiteres verwehren. Der BK benutzte den ER auch, um seine Besorgnis über die Entwicklung der Beziehungen zum EP und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit ihrer Pflege zum Ausdruck zu bringen. Die Staats- und Regierungschefs gaben daraufhin ihre grundsätzliche Bereitschaft zu erkennen, künftig halbjährig als jeweilige Präsidentschaft dem EP persönlich Rede und Antwort zu stehen.

[16]II. Die Erörterung weltpolitischer Themen nahm auf dem 20. ER breiten Raum ein. Der Rat verabschiedete die von den AM auf ihrem Treffen vom 22.6. bereits gebilligte Erklärung zur Afghanistan-Frage (vgl. Ortez Nr. 62[17]) in unveränderter Form. Mit dem Vorschlag der Einberufung einer Afghanistan-Konferenz ergreifen die Zehn erneut eine weltpolitische Initiative.[18] Bereits erfolgte britische Sondierungen und Gespräche mit in Aussicht genommenen Konferenzteilnehmern (Pakistan, Indien, Iran, USA, UdSSR, China) haben insgesamt positives Bild ergeben (auch Sowjetunion offenbar nicht a limine ablehnend). Schärferes Bild wird sich jedoch erst gewinnen lassen, wenn nach jetzt erfolgter Verabschiedung der Erklärung Konferenzprojekt in eine Phase der Aktualisierung tritt. AM Carrington wird binnen kurzem nach Moskau reisen, um mit UdSSR zu konsultieren.[19] Vorschlag einer Afghanistan-Konferenz könnte Sowjetunion einen akzeptablen Ausweg aus der afghanischen Verstrickung bieten. Mindestens jedoch wird die Afghanistan-Frage auf der internationalen Tagesordnung gehalten und gerät damit nicht in Vergessenheit. Neben der gesonderten Erklärung zu Afghanistan verabschiedete der ER eine Reihe abgestimmter Presseerklärungen. Ein Passus zur Nahost-Frage hat das Ziel, den bisherigen Abschnitt der europäischen Nahost-Initiative (van der Klaauw-Mission[20]) abzuschließen und der britischen Präsidentschaft[21] ein allgemein gehaltenes Mandat zur Weiterführung zu geben, ohne jedoch – angesichts der gegenwärtig sehr unklaren Situation (Wahlen in Israel[22], US-Haltung) – in Einzelheiten zu gehen.[23] Die Zehn stellen fest, daß ihre Bemühungen, den Abschluß einer Friedensregelung im Nahen Osten zu fordern, energisch und unermüdlich fortgesetzt werden müssen. Zukünftige Präsidentschaft ließ nicht erkennen, ob bzw. wo sie in diesem Bereich Schwerpunkte zu setzen gedenkt. Der Nahost-Passus

16 Beginn des mit Drahterlaß Nr. 69 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

17 Korrigiert aus: „Nr. 64".
Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler berichtete am 25. Juni 1981 über die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22. Juni 1981 in Luxemburg: „Minister erörterten eingehend britisches Projekt einer neuerlichen Afghanistan-Initiative der Zehn. Sie billigten eine vom Europäischen Rat abzugebende Erklärung, in der die Einberufung einer internationalen Konferenz über Afghanistan vorgeschlagen wird." Vgl. Referat 012, Bd. 124418.

18 Zum britischen Vorschlag für eine Afghanistan-Konferenz vgl. Dok. 162, Anm. 17.

19 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich am 6. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 188, Anm. 14.

20 Zur Nahost-Reise des niederländischen Außenministers van der Klaauw in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident vgl. Dok. 138, besonders Anm. 9.

21 Großbritannien übernahm am 1. Juli 1981 die EG-Ratspräsidentschaft.

22 In Israel fanden am 30. Juni 1981 Parlamentswahlen statt.

23 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 6/1981, S. 10.

enthält auch auf französischen Wunsch eine kurze Erklärung zum Libanon.[24] Die Ergebnisse der Arbeit des arabischen Viererausschusses werden mit beifälligem Interesse zur Kenntnis genommen. Zu Kampuchea erinnerte der ER an frühere Stellungnahmen. Die Zehn erklären ihre Bereitschaft, zum Erfolg der vom VN-Generalsekretär[25] einberufenen internationalen Konferenz über Kampuchea beizutragen.[26] Dieser Konferenz messen sie eine große Bedeutung bei, nicht nur weil hier Parallelen zur Besetzung Afghanistans bestehen, sondern auch wegen der guten und engen Beziehungen zu den ASEAN-Staaten, die die Initiatoren dieser Konferenz sind. Mit Befriedigung wurde deshalb von der Absicht der künftigen Präsidentschaft Kenntnis genommen, sich auf dieser Konferenz durch den AM[27] vertreten zu lassen.[28] Ein kurzer Namibia-Passus versichert die Fünfer-Gruppe weiterer Unterstützung durch die Zehn.[29] Zu den Ost-West-Beziehungen (Polen, KSZE etc.) fand ein allgemeiner Gedankenaustausch statt, der jedoch nicht Aufnahme in die abgestimmte Presseerklärung fand, da insbesondere im Falle Polens das Gefühl vorherrschte, eine Erwähnung würde kontraproduzent wirken.

Steinkühler[30]

Referat 012, Bd. 124418

24 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Libanon auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 6/1981, S. 10.

25 Kurt Waldheim.

26 Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 214.

27 Lord Peter Carrington.

28 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zu Kambodscha auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 6/1981, S. 10.

29 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zu Namibia auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 6/1981, S. 11.

30 Paraphe.

186

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4187/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. Juli 1981, 17.58 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2563 **Ankunft: 3. Juli 1981, 17.10 Uhr**
Citissime nachts

Für Bundesminister, Staatssekretär, D 2[2]

Betr.: Besuch des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt in Moskau[3];
hier: Gesamtwertung der Ergebnisse

Bezug: DB Nr. 2524 vom 1.7.81[4] – Pol 321.35[5]

Zur Information

I. Der Besuch des SPD-Vorsitzenden in Moskau, von ihm selbst wiederholt als „Fact-finding-Mission" charakterisiert, erhielt durch das hohe Ansehen und Vertrauen, das Willy Brandt bei Breschnew selbst und bei der sowjetischen Bevölkerung nach wie vor genießt, in der gegenwärtigen Krisenlage eine über den Tag hinausreichende Bedeutung: Er ist in sowjetischer Sicht ein Beweis dafür, daß die Entspannung und alles, was durch den Vertrag vom 12. August 1970[6] erreicht worden ist, noch nicht begraben ist. Realpolitisch haben Sowjets, wie nicht anders zu erwarten, mit dem Besuch die Hoffnung verbunden, ihrer gegen die Nachrüstung und auf eine Schwächung der westlichen Allianz gerichteten Politik zusätzlichen Auftrieb zu geben. Ob sich ihre Hoffnungen erfüllen werden, läßt sich hier und jetzt nicht voraussagen. Sie haben versucht, und auch dies war vorauszusehen, Brandt diskret gegen die Bundesregierung einzunehmen. Dieser Versuch ist gescheitert, da Brandt sich gegen Unterstellungen, der Bundeskanzler wolle eine Nachrüstung um jeden Preis, deutlich verwahrt hat.

In den Sachgesprächen kamen bis auf die positiven Töne zur Nord-Süd-Konferenz in Cancún[7] („eine sowjetische Beteiligung in irgendeiner Form ist nicht auszuschließen") keine wirklich neuen Elemente sowjetischer Außenpolitik zutage. Die Kardinalfrage nach der sowjetischen Bereitschaft zu einer wirklichen Reduzierung ihres Mittelstreckenpotentials wurde praktisch wieder mit einem Njet beantwortet. Dagegen wurde eine Formel zum Moratorium in die Tischrede Breschnews[8] aufgenommen, die dem Westen und nicht zuletzt den „Friedens-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 6. Juli 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte Vogel und Barker verfügte.
Hat Vogel am 6. Juli 1981 und Barker am 8. Juli 1981 vorgelegen.

2 Franz Pfeffer.

3 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu auch BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 9, S. 319–326.

4 Korrigiert aus: „30.6.81".

5 Für den Drahtbericht des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vgl. Dok. 183.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

7 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2. August 1981 vgl. Dok. 226.
Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

8 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich eines Es-

kräften“ wieder eine Anregung zu allerlei Interpretationsversuchen gibt. Nach meinem Eindruck und soweit ich über den Inhalt der von Herrn Brandt geführten Gespräche informiert bin, soll die Formulierung signalisieren, daß sich der Moratoriumsvorschlag nur auf die Dislozierung selbst, nicht jedoch auf die Vorbereitung zur Dislozierung oder gar die Produktion bezieht.

Wie sowjetische Gesprächspartner Brandts im einzelnen auf die von ihm vorgetragene Vorstellung einer „Null-Lösung“ reagiert haben, vermag ich nicht zu sagen. Breschnew hat Brandt beim zweiten Zusammentreffen am 2.7.81 gesagt, er habe dem Politbüro in der Sitzung am Morgen die „Vorschläge“ Brandts zur Prüfung unterbreitet, sie würden auch dem Außenministerium und dem Verteidigungsministerium zugeleitet. Daraus ist zu schließen, daß Sowjets zumindest einem Teil der Ausführungen Brandts einen operativen Charakter geben.

II. Soweit der Botschaft aus den Unterrichtungen durch die Delegation oder aus den Pressebriefings bekanntgeworden, lassen sich die wichtigsten Gesprächsergebnisse im einzelnen wie folgt zusammenfassen:

1) Mit der Formulierung zum Moratorium in der Breschnew-Rede wird angedeutet, daß SU hinsichtlich des Beginns der Verhandlungen und der Einigung über ein Moratorium zu mehr bereit ist als bisher. Dieses wird sich schon in allernächster Zeit aus der Beobachtung der sowjetischen Medien und in Gesprächen klären lassen.

2) Die positive Formulierung zur Nord-Süd-Vorbereitungskonferenz in Cancún, in der „eine Beteiligung in irgendeiner Form“ der SU nicht ausgeschlossen wird, ist neu. Unklar bleibt allerdings, ob dies nur ein Entgegenkommen gegenüber dem Besucher oder eine wirkliche Positionsänderung bedeutet.

3) Die von Ponomarjow[9] gegebenen Voraussetzungen einer Afghanistan-Lösung entsprechen weitgehend dem Vorschlag vom 14. Mai 1980.[10] Erstmalig ist allerdings auch von der Sicherheit der sowjetisch-afghanischen Grenze die Rede gewesen.

4) In den bilateralen Beziehungen hat Breschnew klar den Doppelbeschluß[11] als dem Vertrag vom 12. August 1970 und der Gemeinsamen Erklärung von 1978[12]

Fortsetzung Fußnote von Seite 992

sens für den SPD-Vorsitzenden Brandt am 30. Juni 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 124–126.

9 Der SPD-Vorsitzende Brandt traf am 1. Juli 1981 mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Ponomarjow, zusammen. Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte dazu am 3. Juli 1981: „Zu Abrüstungsfragen wurden erneut die bekannten grundsätzlichen Beurteilungen der Mittelstreckenwaffen-Problematik ausführlich dargelegt. Gemeinsam war die Einschätzung, daß unterschiedliche Daten und Auffassungen zu LRTNF nur in Verhandlungen zu klären seien. Ponomarjow betonte das sowjetische Interesse am SALT-Prozeß. […] Zu Afghanistan legte Ponomarjow in längeren Ausführungen dar, daß eine politische Lösung folgende Voraussetzungen habe: a) Beendigung und Nichterneuerung der Intervention von Pakistan und Iran aus. Dann werde man die Truppen aus Afghanistan ‚mit Vergnügen‘ zurückziehen. b) Garantie der fortwährenden Blockfreiheit Afghanistans. c) Garantie der Sicherheit der afghanisch-sowjetischen Grenze.“ Vgl. Referat 213, Bd. 133197.

10 Am 14. Mai 1980 veröffentlichte die afghanische Regierung einen aus sieben Punkten bestehenden Plan für Verhandlungen über Entspannung und Frieden in der Region. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 496–498 (Auszug).

11 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

12 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. des Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.
Zum Besuch vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

widersprechend bezeichnet, was, soweit mir bekannt, von Brandt nicht ausdrücklich zurückgewiesen wurde.

5) Die bekannte Kritik an der mangelnden amerikanischen Verhandlungsbereitschaft wurde erweitert durch die Kritik an der Chinapolitik der USA, mit der China zu „Abenteuern" verführt werden könne. Das Trauma der Einkreisung wurde deutlich.

6) Die klare Sprache Brandts und Wischnewskis zu den auf uns gerichteten Angriffen aus der Werkstatt Samjatins haben ihre Wirkung sicherlich nicht verfehlt. Ob sich an der Medienpolitik etwas ändern wird, bleibt abzuwarten

7) Versuche der Gastgeber, insbesondere im Text der Erklärung zum Ponomarjow-Gespräch[13], eine engere Zusammenarbeit zwischen SPD und KPdSU festzuschreiben und mit dem Wort Freundschaft politisch zu operieren, waren durchsichtig, Brandt ist darauf nicht eingegangen.

III. Der Besuch bot Gelegenheit, Breschnew, Gromyko, Suslow und Ponomarjow aus der Nähe zu beobachten. Das Essen am 1.7. war in dieser Hinsicht besonders aufschlußreich. Alle deutschen Teilnehmer, am meisten der Ehrengast selbst, waren erschüttert von der Unfähigkeit Breschnews, einem Gespräch zu folgen, geschweige denn, ein solches zu führen. Auch Suslow saß fast teilnahmslos am Tisch. Die Konversation erstarb immer wieder völlig. Gromyko und Ponomarjow konzentrierten sich ihrerseits ganz auf Breschnews Reaktionen.

Der Generalsekretär ist nicht mehr der dynamische, joviale Mann, wie ihn Brandt aus den früheren siebziger Jahren kannte. Um so schwerer ist es beiden gefallen, in einer völlig veränderten menschlichen und politischen Lage den „Geist von Oreanda"[14] auf das Heute zu übertragen. Dennoch dürfte sich Breschnew den Besuch als einen Beweis dafür anrechnen, daß die von ihm mitgetragene Entspannungspolitik und damit seine Rolle als Friedenspolitiker nach wie vor lebendig ist.[15]

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13279 (213)

13 In der am 2. Juli 1981 veröffentlichten Erklärung zum Gespräch des SPD-Vorsitzenden Brandt mit dem Sekretär des ZK der KPdSU, Ponomarjow, vom Vortag hieß es: „Von beiden Seiten wurde der Begegnung zwischen L[eonid] I[ljitsch] Breschnew und W[illy] Brandt, die am 30. Juni 1981 stattfand, für die Sache des Friedens in Europa und der ganzen Welt und für die Entwicklung des beiderseitigen Verständnisses zwischen der Führung der SPD und der KPdSU ein hoher Stellenwert beigemessen." Vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 2533 des Botschafters Meyer-Landrut; Referat 213, Bd. 133197.

14 Bundeskanzler Brandt hielt sich vom 16. bis 18. September 1971 zu Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1971, II, Dok. 310, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 15. Juli 1981, er habe am 13. Juli 1981 ein Gespräch mit dem Persönlichen Referenten des SPD-Vorsitzenden, Mirow, geführt. Dieser habe erläutert, während der Unterredungen Brandts mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 30. Juni 1981 in Moskau habe die Delegation den Eindruck erhalten, „daß die Sowjets bisher noch kein Konzept für die LRTNF-Verhandlungen erarbeitet hätten. Moskau habe bis vor kurzem wohl noch gehofft, daß der Beschluß in Europa nicht verwirklicht werde, neuerdings setzt sich im Kreml jedoch die Auffassung durch, daß man mit der vollen Nachrüstung rechnen müsse, wenn es nicht gelingt, diese in Verhandlungen zu begrenzen." Vgl. Referat 010, Bd. 178847.

187

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) in Chevening

204-321.00 SO-479/81 geheim **5. Juli 1981**[1]

Italienische Frage

Lord *Carrington* bringt Gespräch auf Verstimmung Colombos.[2]

Bundesminister: Hier liegt ein ernstes Problem für Colombo. Die LRTNF-Dislozierung steht im Hintergrund. Auch der Staatspräsident Pertini ist in der Frage der Nichtbeteiligung Italiens an derartigen Treffen außerordentlich empfindlich. Pertini hat mit Giscard eine leidenschaftliche Auseinandersetzung in dieser Frage gehabt. Pertini ist ein Verfechter der NATO und des Doppelbeschlusses[3]. Wir erschwerten italienische innenpolitische Lage, wenn wir Colombo diskriminieren. Leider ist ein Dreier-Treffen zum zweiten Mal an die Öffentlichkeit gelangt.[4] Bei uns ist Vorsorge gegen „leaks" nach dem ersten Mal getroffen worden. Über künftige Treffen dieser Art wollen wir jetzt nicht sprechen, sondern darüber, wie wir Colombo helfen können.

Ich schlage vor, daß Lord Carrington auf der Rückreise von Moskau[5] in Rom Station macht.

Die beiden anderen Minister erklärten sich einverstanden.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 6. Juli 1981 gefertigt und am folgenden Tag an Staatssekretär von Staden „zur Unterrichtung" geleitet „mit dem Vorschlag, einschlägige Auszüge für D 3, D 4 und Dg 22 freizugeben".
Hat Staden am 7. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Pfeffer am 13. Juli 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „204 z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.
Für die Gespräche vgl. auch Dok. 188 und Dok. 189.

2 Botschafter Arnold, Rom, teilte am 4. Juli 1981 mit, Presseberichten zufolge habe das italienische Außenministerium das bevorstehende Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) am 5. Juli 1981 in Chevening als „ebenso schädlich wie überflüssig" bezeichnet und die Hoffnung geäußert, „daß sich in der EG nach dem Ende der Politik der Achsen nun nicht eine Politik der Direktorien entwickle". Arnold berichtete weiter: „AM Colombo unterrichtete mich gestern anläßlich einer Begegnung aus gesellschaftlichem Anlaß, daß er Botschafter Ferraris angewiesen habe, eine Demarche durchzuführen. Zur Sache äußerte sich der ansonsten für seine zurückhaltende und immer betont konziliante Ausdrucksweise bekannt AM relativ heftig und direkt. Es war unverkennbar, daß er sich auch ganz persönlich zurückgesetzt fühlt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 612; Referat 204, Bd. 123337.

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

4 Bundesminister Genscher traf am 12. Februar 1981 mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und François-Poncet (Frankreich) zusammen. Vgl. dazu Dok. 40.
Botschafter Ruhfus, London, berichtete am 19. März 1981, der Staatssekretär im britischen Außenministerium, Palliser, habe am Vortrag mitgeteilt: „Die italienische Regierung habe sich nachdrücklich bei der britischen Regierung gegen die Errichtung eines Dreier-Direktoriums gewandt." Palliser habe anklingen lassen, „daß ‚leak' für das Bekanntwerden des Treffens der drei Außenminister in Bonn gelegen habe". Vgl. den Drahtbericht Nr. 447; VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14.

Brandt-Besuch in Moskau[6]

Cheysson: Brandt hat mich angerufen. Er wollte an sich Mitterrand erreichen. Breschnew hat sich nach Mitterrands Persönlichkeit und Haltung erkundigt. Breschnew habe Brandt gesagt, er möge Mitterrand mitteilen, daß „während des Wahlkampfes seine Sympathien mit Mitterrand gewesen" seien.

Cheysson bittet Bundesminister um Bewertung der Brandt-Reise.

Bundesminister: Ich habe die Aufzeichnungen über die Besprechungen noch nicht gesehen, sondern habe nur Informationen darüber.

Brandts Eindruck zum Afghanistan-Vorschlag der Zehn[7] ist es, daß die Sowjets nicht einfach ablehnen, sondern sich mit dem Plan wohl befassen werden.

Auf sowjetischer Seite insofern ein neuer Akzent, als die Sicherheit der sowjetischen Grenzen als Teil eines Arrangements herausgehoben worden ist. Im übrigen messen Sowjets der afghanischen Teilnahme eine entscheidende Rolle bei. Gerade in diesem Punkt ist aber der Vorschlag der Zehn wohl durchdacht (zwei Phasen).

Carrington: Sowjets haben sich über meinen Besuchswunsch erfreut gezeigt. Das mag damit zusammenhängen, daß sie in diesem Besuch eine Normalisierung unserer Beziehungen sehen. Brandts Eindruck kontrastiert mit der TASS-Ablehnung[8].

Wir haben über besondere Quellen ebenfalls gehört, daß die Sowjetunion den Afghanistan-Plan nicht a priori ablehnen werde.

VS-Bd. 11118 (204)

6 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

7 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

8 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 2. Juli 1981: „Unter dem Titel ‚Wer verhindert eine Regelung?' faßt Jurij Kornilow in TASS vom 30.6.81 die Haltung der Sowjets zur derzeitigen Afghanistan-Debatte zusammen. Ausgehend von den bekannten sowjetischen Vorwürfen […] wird von ihm als ‚einzig wahrer Weg, um die Situation um Afghanistan zu regeln', die Implementierung des politischen Programms der afghanischen Regierung vom 14. Mai 1980 bezeichnet." Gegenüber einem Mitarbeiter der Botschaft der Bundesrepublik habe der sowjetische Journalist Kornilow seinen Artikel dahingehend kommentiert, „daß die Carrington-Reise nach Moskau zur Erläuterung des Afghanistan-Vorschlags ganz vergeblich sei". Ein Lösungsansatz ohne die Beteiligung Afghanistans sei für die UdSSR „nicht akzeptabel". Meyer-Landrut berichtete weiter, in einem aus Washington stammenden Bericht der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS, der in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" am 1. Juli 1981 erschienen sei, werde „die Idee einer ‚gewissen internationalen Konferenz', welche auf einem britischen Vorschlag basiere, klar abgelehnt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2538; Referat 340, Bd. 136782.

188

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) in Chevening

204-321.00 SO-479/81 geheim **5. Juli 1981**[1]

Cheysson: Die afghanische Intervention[2] wird für die Sowjetunion offenbar immer verlustreicher (Menschen und Mittel). Vielleicht wird sie sich deshalb bewegen wollen.

Lord *Carrington*: Man darf die Verluste nicht überschätzen (bisher etwa 90 Hubschrauber und einige tausend Mann).

Cheysson: Wichtig ist der demoralisierende Effekt: Die sowjetische Armee verstrickt sich immer mehr und wird mit dem Widerstand eines kleinen Landes nicht fertig.

Bundesminister: Karmal hat vor kurzem in Prag[3] zum ersten Mal zugegeben, daß die Lage militärisch sehr schwierig ist. Seitdem behandeln auch die sowjetischen Medien dieses Thema. Ich schließe daraus auf eine Beunruhigung in der sowjetischen Armee und auch in der Bevölkerung. Wenn das so ist, gibt es einen Anreiz für die Sowjetunion, aus dieser Lage herauszukommen. Einige glauben sogar, Breschnew werde nur deshalb noch gehalten, damit er die Hypothek des Rückzuges aus Afghanistan auf seine Schultern nehmen kann. Sein Gesundheitszustand scheint sehr zu schwanken. Beim Abendessen für Brandt[4] muß er geradezu teilnahmslos gewirkt haben. Gromykos Stellung wird dadurch immer stärker. Ihm kommen seine lange Zugehörigkeit zum Politbüro[5], seine Beschränkung auf die Außenpolitik, sein Herrschaftswissen, der physische Abbau Breschnews und der Wegfall Kossygins[6] zugute. Nun versucht er sich zum ersten Mal in Parteiangelegenheiten (Polen).[7] Früher machte das Suslow.

Cheysson: Wir nehmen eine harte Haltung gegenüber der Sowjetunion ein. Wir geben eine Erklärung nach der anderen ab, gerade auch über Themen, zu denen die KPF einen anderen Standpunkt vertritt. Bisher hat Moskau darauf nicht reagiert. Wir stellen auch keine sowjetische Medienaktion fest, selbst wenn wir, z. B. zu Afghanistan, uns sehr pointiert äußern. Der sowjetische Botschafter in Paris[8] hat mich schon zwei Mal besucht. Die Sowjets fühlen sich verlegen, viel-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 7. Juli 1981 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär von Staden geleitet. Vgl. dazu Dok. 187, Anm. 1.
Für die Gespräche vgl. auch Dok. 187 und Dok. 189.

2 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

3 Ministerpräsident Karmal besuchte vom 24. bis 27. Juni 1981 die ČSSR.

4 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

5 Andrej Andrejewitsch Gromyko wurde im April 1973 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

6 Ministerpräsident Kossygin trat am 23. Oktober 1980 zurück und verstarb am 18. Dezember 1980.

7 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 3. bis 5. Juli 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 193, besonders Anm. 6.

8 Stepan Wassiljewitsch Tscherwonenko.

leicht, weil die KPF ihre Linie ändern muß. Den Sowjets scheint die französische Entwicklung einigermaßen rätselhaft zu sein.

Carrington: Die Sowjets sind wahrscheinlich verlegen, weil sie Giscard gestützt haben. Nun versuchen sie, diesen Fehler gutzumachen.

Bundesminister: Ich glaube, die sowjetische Politik gegenüber der neuen französischen Regierung[9] ist noch nicht definiert. Die Sowjets brauchen dazu, wie üblich, Zeit. Sagladin[10] wird jetzt auf „fact-finding" nach Paris geschickt. Dann wird Moskau der französischen Regierung noch eine Schonzeit einräumen und zusehen, ob nicht auf mittlere Frist mehr Zusammenarbeit herauszuholen ist.

Cheysson: Ich stimme zu. Die feste Haltung Mitterrands in der Afghanistan-Frage kommt Carrington für seine Mission in Moskau zugute. Sie erinnern sich, daß ich auf Weisung Mitterrands in der Erklärung des Europäischen Rates[11] die Sprache verschärft habe.

Carrington: Ich werde den deutschen[12] und französischen Botschafter[13] nach Abschluß meiner Gespräche in Moskau unterrichten.[14]

Bundesminister: Ich bin an Ihrer ausführlichen Bewertung vor meiner Abreise nach Bulgarien[15] außerordentlich interessiert, brauchte sie noch im Laufe des Dienstag, 7.7.1981. Am Donnerstag, dem 9.7.[16], werde ich ein längeres Gespräch mit Schiwkow haben. Es ist die beste Gelegenheit, über ihn die Sowjetunion zu erreichen. Schiwkow ist ein Mann mit einer gewissen geistigen Unabhängigkeit. Er genießt gleichzeitig größtes Vertrauen in Moskau.

Carrington: Ich werde am Dienstag mit Ihnen telefonieren und am 13. Juli die Zehn beim EPZ-Treffen[17] unterrichten.

Bundesminister verabredet mit Cheysson, nach dem Essen in Schloß Ernich (deutsch-französischer Gipfel[18]) ab 15.00 Uhr mit dem Hubschrauber nach Brüssel zu fliegen.

9 François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten und ernannte am selben Tag Pierre Mauroy zum Ministerpräsidenten.

10 Korrigiert aus: „Slagadin".
Zum Gespräch des französischen Außenministers Cheysson mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Sagladin, am 11. Juli 1981 in Paris vgl. Dok. 199, Anm. 6.

11 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

12 Jürgen Ruhfus.

13 Emmanuel Jacquin de Margerie.

14 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich am 6. Juli 1981 in der UdSSR auf und traf mit seinem sowjetischen Amtskollegen Gromyko zusammen. Am gleichen Abend unterrichtete er die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in Moskau über die Ergebnisse: „Die EG-Initiative zu Afghanistan wurde von Gromyko als unrealistischer Weg für eine Afghanistan-Lösung abgelehnt. Er stimmte jedoch einem weiteren Dialog über Afghanistan, der am Rande der Vollversammlung der Vereinten Nationen stattfinden soll, zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2595 des Gesandten Huber, Moskau, vom 6. Juli 1981; Referat 213, Bd. 133205.

15 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

16 Korrigiert aus: „8.7."

17 Zum außerordentlichen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am Rande der EG-Ministerratstagung in Brüssel vgl. Dok. 199, Anm. 10.

18 Für die deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1981 vgl. Dok. 198–202.

Carrington: Ich schlage vor, in den nächsten sechs Monaten wichtige politische Fragen so zu bündeln, daß wir bei dem EPZ-Treffen alle anwesend sein und in wenigen Stunden die operativen Dinge erledigen können.

Bundesminister und *Cheysson* begrüßen diese Absicht.

Cheysson: Delors hat Ihnen zur Hilfe für Polen geschrieben.[19] Er wäre für eine baldige Antwort dankbar, um den Polen möglichst noch vor dem Parteikongreß[20] positive Mitteilung machen zu können. Vielleicht ließe sich auch etwas publizieren, wenn schon keine Details.

Carrington: Man sollte in der Tat vor dem Kongreß auf keinen Fall „Nein" sagen, aber Sie kennen ja die Zweifel einiger, ob man immer weiter Geld nach Polen hineinwerfen kann.

Bundesminister: In Bonn soll am Mittwoch, dem 8. Juli, im Kabinett entschieden werden.[21] Über die finanzpolitischen Risiken bin ich mir im klaren. Wir haben keine Sicherheit, daß die Wirtschaft Polens nach dem Parteikongreß bergauf geht. Sie ist noch nicht in die Phase der Rekonvaleszenz eingetreten.

Wir werden herausfinden müssen, was der RGW in Sofia beschlossen hat.[22] Auch der Ostblock steht vor der Frage, ob er die Hilfe für Polen politisch oder

19 In dem Schreiben vom 19. Juni 1981 an Bundesminister Graf Lambsdorff wies der französische Wirtschafts- und Finanzminister Delors darauf hin, daß Polen nach eigenen Angaben 500 Mio. Dollar benötige, um die von westlichen Staaten eröffneten Kreditlinien in Anspruch nehmen zu können. Nach Ansicht der mit dieser Frage am 1./2. Juni 1981 in Paris befaßten Experten sei eine Vereinfachung der Kreditpraxis notwendig, so etwa die Senkung des Satzes für Nahrungsmittel und Einfuhren, die mit Krediten von einer Laufzeit unter zwei Jahren finanziert würden, von 15% auf höchstens 5%, ferner eine flexiblere Handhabung der Zuweisung der verfügbaren Kreditmittel. Es sei jedoch zu befürchten, daß diese Maßnahmen alleine nicht ausreichend seien: „Il m'apparaît donc, qu'à titre tout à fait exceptionnel, nous pourrions demander à nos banques centrales d'examiner s'il leur serait possible de faciliter temporairement la trésorerie en devises de la Pologne, en agissant pour cela à travers la Banque des Règlements Internationaux (B.R.I.). Il va de soi que les négociations correspondantes devraient se dérouler confidentiellement entre la B.R.I. et la banque centrale de la Pologne. À cet effet, il pourrait être demandé à la B.R.I. d'explorer dès maintenant les modalités d'une telle intervention. Je propose que nous demandions à nos gouverneurs des banques centrales d'examiner très vite la suite qu'ils pourraient donner à cette suggestion." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1112 des Botschafters Herbst, Paris, vom 23. Juni 1981; Referat 421, Bd. 140347.

20 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

21 Bundesminister Graf Lambsdorff beantwortete das Schreiben des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Delors vom 19. Juni 1981 am 8. Juli 1981 und führte aus: „Ich habe veranlaßt, daß Ihre Anregungen für finanzielle Hilfe an Polen sehr sorgfältig geprüft worden sind. Da die Bundesbank sich nicht imstande gesehen hat, an einer Aktion der BIZ teilzunehmen, hat die Bundesregierung heute beschlossen, den Polen auf anderem Wege entgegenzukommen. Das Kabinett hat entschieden, eine erleichterte Ausnützung der bereits zugesagten Kreditbürgschaften dadurch zu ermöglichen, daß die notwendige Quote für An- und Zwischenzahlungen von 15% auf 5% abgesenkt wird. Diese Absenkung gilt bei Krediten von drei bis fünf Jahren nicht nur für Nahrungsmitteleinkäufe, sondern auch für notwendige Industriegüter und geht damit über den Pariser Vorschlag vom 2. Juni 1981 hinaus. Auf diese Weise hoffen wir, dazu beizutragen, daß Kredite im Umfang von ca. 420 Mio. DM nun abfließen können und damit der dringendste Bedarf gedeckt wird. Bei diesem außergewöhnlichen Schritt ist die Bundesregierung davon ausgegangen, daß die polnische Regierung anläßlich der Erläuterung ihrer Wünsche auf die Schwierigkeiten bei der Ausnützung der Bürgschaftszusagen aufmerksam gemacht hat." Vgl. das Fernschreiben Nr. 503 des Bundesministeriums für Wirtschaft vom selben Tag; Referat 421, Bd. 140347.

22 Vom 2. bis 4. Juli 1981 fand in Sofia die 35. Tagung des RGW statt. Vgl. dazu das Kommuniqué; EUROPA-ARCHIV 1981, D 415–420.
Botschaftsrat Bosch, Sofia, teilte am 6. Juli 1981 mit: „In internationaler Pressekonferenz des Generalsekretärs des RGW-Sekretariats, Fadejew, wurde auf entsprechende Frage geantwortet, daß

wirtschaftlich sehen muß. Carrington sollte in Moskau, ich in Sofia fragen, was auf der letzten Tagung an Wirtschaftshilfe für Polen beschlossen worden ist. Wir könnten klarmachen, daß wir nicht gegeneinander, sondern komplementär arbeiten wollen.

Wegen der strikten Arbeitsteilung im Ostblock bringt die polnische Entwicklung alle Pläne durcheinander. Der Ausfall polnischer Steinkohle-Exporte führt zum Stopp von Zulieferungen. Jaruzelski will schrittweise die Steinkohle-Exporte wiederherstellen, damit die Zulieferungen wieder in Gang kommen. Er braucht eine positive Perspektive für den Parteitag.

Carrington (an Bundesminister): Ihretwegen muß ich zur Kambodscha-Konferenz nach New York.[23] Es lohnt sich dann nicht, vor dem Ottawa-Gipfel[24] nach Europa zurückzureisen. Ich will mich am Freitag, dem 17. Juli, mit Haig treffen und mit ihm über Afghanistan und Namibia sprechen. Gibt es andere Themen?

Bundesminister: Sollten Cheysson und ich auch nach New York reisen, um mit Haig zu konferieren? Ich habe ein Namibia-Treffen der Fünf in Ottawa vorgeschlagen.[25] Es wäre gut, wenn Haig schon mit festen Vorstellungen nach Ottawa käme, die mit dem National Security Council und dem amerikanischen Präsidenten[26] abgesprochen sind. Der Präsident von Senegal, der in Nairobi[27] sehr fest, auch gegen Gaddafi, aufgetreten ist, hat mir gesagt, daß aus der Namibia-Frage große Gefahren für die gemäßigten afrikanischen Staaten erwachsen.[28] Die gemäßigten Afrikaner brauchten Fortschritte in Namibia, um ihre moderate Haltung auch in anderen Fragen bewahren zu können. Der Haig-Brief

Fortsetzung Fußnote von Seite 999

über Wirtschaftshilfe an Polen im Detail nicht gesprochen wurde, da diese vor allem im bilateralen Rahmen konkretisiert werden müßte. In Reden der Ministerpräsidenten europäischer RGW-Länder wurde polnische Frage nicht aufgegriffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 324; Referat 421, Bd. 141408.

23 Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 vgl. Dok. 214.

24 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

25 Mit Schreiben vom 30. Juni 1981 an den amerikanischen Außenminister Haig, das in ähnlicher Form auch an die Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und MacGuigan (Kanada) übermittelt wurde, schlug Bundesminister Genscher vor, am Rande des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello zu einem Gespräch über Namibia zusammenzukommen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3327 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau vom 30. Juni 1981 an die Botschaft in Washington; Referat 320, Bd. 125282.

26 Ronald W. Reagan.

27 Vom 24. bis 27. Juni 1981 fand in Nairobi die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten statt. Ministerialdirektor Gorenflos notierte dazu am 30. Juni 1981: „Insbesondere das Thema Namibia/Südafrika wurde zum Anlaß genommen, die USA zum Prügelknaben des OAE-Gipfels und die ‚Achse Pretoria-Washington' immer wieder zur Zielscheibe schneidender Kritik zu machen. Der Tadel an der Kontaktgruppe insgesamt wirkte dagegen eher gemäßigt, wobei ermutigend ist, daß die Afrikaner an der Ausführung von SR 435 festhalten und die Mitwirkung der westlichen Fünf hierbei klar bejahen. Sie sehen keine Alternative." Insgesamt sei auf der Konferenz die „Tendenz zur sachlichen Diskussion und zur Abkehr vom Radikalismus" fortgesetzt worden: „Da Tripolis als nächster Konferenzort bestimmt worden ist, müssen wir uns für 1982/83 auf eine OAE-Präsidentschaft Gaddafis einrichten. Viele fürchten davon weiteren Auftrieb für den libyschen Expansionsdrang und dessen destabilisierende Folgen für die Region." Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 138054.

28 Präsident Diouf hielt sich am 2./3. Juli 1981 in der Bundesrepublik auf und traf am 3. Juli 1981 mit Bundesminister Genscher zusammen. Ministerialdirigent Haas teilte der Botschaft in Dakar dazu am selben Tag mit, Diouf habe bezüglich der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi mitgeteilt: „Tschad-Problem sei ‚politisch' und nicht in folgenlosen verbalen Verurteilungen angegangen worden. Gefährlicher und schlauer Gaddafi habe mit Charme und Geld gearbeitet und dabei – erfolglos – auch persönlichen Kontakt zu Diouf gesucht." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3405; Referat 321, Bd. 127704.

über die Clark-Mission[29] ist nicht ermutigend.[30] Er läßt die typischen südafrikanischen Verzögerungstaktiken erkennen. Wir müssen an der UN-Resolution 435[31] festhalten, sonst entsteht großer Vertrauensschaden. Im übrigen wird die beste Verfassungsgarantie für Namibia, ähnlich wie für Simbabwe, die westliche Wirtschaftshilfe sein.

Cheysson: Ich bin sehr besorgt, daß Clark und andere sich über die gemeinsam erarbeitete Politik hinwegsetzen könnten. Das Gespräch mit Bush in Paris[32] war allerdings erfreulich. Wir haben sehr deutlich gemacht, daß interne Vorklärungen, z. B. auch zu viert – denn an der Viererzusammenarbeit will Frankreich absolut festhalten –, notwendig sind, bevor die Amerikaner irgend etwas nach außen „auf den Tisch legen". Wenn die UN-Resolution 435 nicht beachtet oder sonstige für die Schwarzafrikaner nicht akzeptable Lösungen vorgeschlagen werden, verlassen wir die Kontaktgruppe. Es kann sein, daß Haig demnächst die drei Botschafter zu einer Viererbesprechung in Washington einlädt.[33] Wir konzentrieren uns in Paris auf drei Punkte:

1) Erarbeitung einer zweiten, ergänzenden UN-Resolution über Verfassungselemente, die natürlich nicht nur für die weiße Minderheit, sondern für alle gelten müssen;

2) zusätzliche internationale Garantien für ein ungebundenes Namibia;

29 Zur Reise des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Clark vom 10. bis 13. Juni 1981 nach Südafrika vgl. Dok. 175.

30 In einem Schreiben vom 2. Juli 1981 an Bundesminister Genscher führte der amerikanische Außenminister Haig zur Reise des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Clark vom 10. bis 13. Juni 1981 nach Südafrika aus, die südafrikanische Regierung habe zwar auf einigen Gebieten Flexibilität gezeigt: „At the same time, however, there remains some ambiguity in the South African position." Er, Haig, werde daher den südafrikanischen Außenminister Botha um eine weitere Äußerung bitten. Falls diese positiv sei, sollten Arbeitsgruppen gebildet werden „to coordinate on policy principles and transitional arrangements". Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau führte dazu am 3. Juli 1981 aus: „Haig verstärkt den Eindruck, daß in Kontakten zwischen US und S[üd]a[frika] ein Rahmen abgesteckt wird, den die Kontaktgruppe später nur noch als Ausgangsbasis hinzunehmen hätte. […] Wollen wir die Namibia-Bemühungen weiter als Fünfer-Initiative darstellen, so müssen wir diese US-Unterrichtung als völlig unzulänglich bewerten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3393 an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York sowie an die Botschaften in Pretoria und Washington; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

31 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

32 Der amerikanische Vizepräsident Bush hielt sich am 24./25. Juni 1981 in Frankreich auf. Botschafter Herbst, Paris, teilte dazu am 25. Juni 1981 mit, nach Auskunft des französischen Außenministeriums habe hinsichtlich der sowjetischen Politik in Afghanistan und Polen sowie in der Frage sowjetischer Mittelstreckensysteme Übereinstimmung bestanden. Meinungsverschiedenheiten habe es bezüglich der amerikanischen Zinspolitik und der Regierungsbeteiligung der KPF gegeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1143; Referat 204, Bd. 123318.

33 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. Juli 1981, daß er am selben Tag zusammen mit den Botschaftern Henderson (Großbritannien) und Lefebvre de Laboulaye (Frankreich) ein Gespräch mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister geführt habe: „Clark unterrichtete uns über seine Reise nach Südafrika und den Stand der amerikanischen Namibia-Überlegungen. Er ging dabei kaum über das bereits Bekannte hinaus und erklärte den Mangel an substantieller Unterrichtung damit, daß die amerikanische Regierung bei der südafrikanischen Regierung im Wort dafür sei, erst über die Substanz zu sprechen, wenn sie ein volles und unzweideutiges Bild über die südafrikanischen Absichten und Vorstellungen gewonnen habe. Das sei noch nicht der Fall." Präsident Reagan und der amerikanische Außenminister Haig seien laut Clark „entschlossen, den Zusammenhalt in der Kontaktgruppe aufrechtzuerhalten, und wünschten, daß dies durch ein verständliches Mißvergnügen einiger KG-Mitglieder nicht beeinträchtigt werde". Vgl. den Drahtbericht Nr. 2715; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

3) bilaterale Diskussionen mit schwarzafrikanischen Staaten, um sicher zu sein, daß eine zweite UN-Resolution tatsächlich durchkommt.

Die USA wollen, daß etwas wegen der kubanischen Präsenz in Angola geschieht. Sie behaupten, Havanna habe positiv reagiert: Wenn Amerikaner keine Vorbedingungen stellten, seien sie, die Kubaner, bereit, sich aus Angola zurückzuziehen, sobald die Namibia-Lösung verkündet sei. Haig glaubt, ein solches kubanisches Versprechen extrahieren zu können.

Noch einmal: Wir müssen uns zu viert einigen; die Kanadier wird man schon überzeugen können.

Carrington: Ich bin sehr skeptisch wegen der Äußerungen Haigs über kubanische Versprechen. Haigs Brief klingt sehr nach Vorbedingung. Die angolanische Regierung kann ohne die Kubaner nicht überleben. Das ist auch die Ansicht des portugiesischen Außenministers[34]. Ich finde es einen Fortschritt, daß die Südafrikaner vor den Wahlen nicht auf einer geschriebenen Verfassung bestehen. Verfassungselemente sind wichtig, um eine Teilnahme des Lösungsplans durch die inneren Parteien zu erreichen.

Bundesminister: Man wird sich mit den Schwarzafrikanern nur über gewisse Verfassungsgrundsätze einigen können. Der Abzug der kubanischen Truppen wird nur möglich sein als Folge einer Namibia-Lösung. Wir müssen den Schwarzafrikanern deutlich machen, daß es in der Namibia-Frage ein Momentum gibt, damit wir auf der nächsten UN-Generalversammlung[35] nicht auf die Anklagebank gesetzt werden. Wir brauchen deshalb ein formelles Treffen der Fünf, spätestens während des Gipfels in Ottawa. Ich habe Ihnen deshalb geschrieben. Wir müssen die Tatsache möglichst bald ankündigen und ein substantielles Ergebnis erreichen (Kommuniqué).

Die Amerikaner müssen ihre Position formulieren. Das wird schwierig sein. Ich habe dem neuen amerikanischen Botschafter Burns beim Antrittsbesuch gesagt, daß gerade wegen der Regierungswechsel der Bestand unserer gemeinsamen Politik erhalten bleiben muß.[36] Beim letzten Europäischen Rat seien Mitterrand, Eyskens und Spadolini neu gewesen. Vielleicht bekämen wir demnächst eine neue Regierung in Griechenland.[37] Es gehe nicht, daß jede neue Regierung die gemeinsame Politik in Frage stelle. Das gelte auch für die Namibia-Frage. Wir müßten den USA klarmachen, was wir in Afrika gegenüber der Sowjetunion in letzter Zeit gewonnen haben.

Cheysson: Wir brauchen Besprechungen über Namibia vor Ottawa. Wir sollten in den nächsten Monaten möglichst zu einem „comprehensive approach" kom-

34 André Gonçalves Pereira.

35 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

36 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Botschafter Burns am 30. Juni 1981 wurden Fragen der Weltwirtschaft, der Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello, die innenpolitische Lage in Italien, Griechenland und der Türkei, die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften, die Persönlichkeit des Präsidenten Reagan, die Ost-West-Beziehungen, die Namibia-Frage und die EPZ erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178845.

37 In Griechenland fanden am 18. Oktober 1981 Parlamentswahlen statt.

men. Die Zeit läuft aus. Zur Kambodscha-Konferenz nach New York werde ich nicht reisen. Ich halte ein ganz vertrauliches Vierergespräch für das Beste.

Carrington: Ich werde im Namen der Drei die Amerikaner darum bitten.

Cheysson: Zur KSZE-Konferenz in Madrid: Ich hatte Haig verstanden, daß er unserer erweiterten Formel zum Anwendungsbereich der KAE[38] zustimmen könne. Nur die Zustimmung des Weißen Hauses stünde noch aus. Dann ließ er uns warten. Ich kann beide Formeln (Zusatz von Rom[39]) akzeptieren.

Bundesminister: Die USA will die Rapid Deployment Forces[40] ausgeschlossen wissen. Das wollen wir Drei auch. Ich kann ebenfalls die beiden Texte akzeptieren. Die drei Botschafter sollten sofort um ein Vierergespräch in Washington bitten. Ziel: Wir Drei drängen auf amerikanische Entscheidung. Für uns Drei sind beide Varianten der Zusatzformel von Rom akzeptabel. Beide Varianten schließen nach unserer Meinung die Einbeziehung der Rapid Deployment Forces aus.

Carrington und *Cheysson* bitten Bundesminister, im Namen der Drei gegenüber Washington vorstellig zu werden.[41]

38 Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 3. Juli 1981, der Leiter der französischen KSZE-Delegation, Martin, habe sich in der Plenarsitzung am selben Tag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen geäußert. Bereits am Vortag habe er gegenüber ihm, Rantzau, sowie den Delegationsleitern Kampelman (USA) und Wilberforce (Großbritannien) die französischen Motive erörtert: „Es gelte, der von Paris befürchteten Annahme des N+N-Textes zum Anwendungsbereich durch die Sowjets zuvorzukommen und uns unsererseits hierüber gesprächsbereit zu zeigen. Zum anderen sei zu befürchten, daß die Konferenz nicht im Juli beendet werden könne, wenn dieses Problem nun nicht endlich einer Lösung zugeführt werde. […] Deutlich klang bei Martin auch starke Irritation darüber an, daß Washington in dieser Frage immer noch keine Entscheidung getroffen habe." Rantzau führte dazu aus: „Die heutige französische Intervention muß den Osten glauben machen, daß sein hinhaltendes, auf Zeitablauf und Erosionserscheinungen im westlichen Gefüge setzendes taktisches Verhalten nunmehr Aussicht auf Erfolg eröffnet. Etwa intern bereits vorhandene östliche Konzessionsbereitschaft wird damit naturgemäß erlöschen." Der französische Alleingang habe bei verschiedenen NATO-Mitgliedstaaten Irritationen ausgelöst. Vgl. den Drahtbericht Nr. 993; Referat 212, Bd. 133421.
Für den Wortlaut der Erklärung von Martin vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 4–6.

39 Zu der von Frankreich am 4. Mai 1981 in Rom vorgeschlagenen Formulierung für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 125, Anm. 26.

40 Zur „Rapid Deployment Force" vgl. Dok. 55.

41 Ministerialdirektor Pfeffer teilte Botschafter Hermes, Washington, am 5. Juli 1981 mit: „Bundesminister bittet Sie, Stoessel folgendes mitzuteilen: Im Namen auch Cheyssons und Carringtons, mit denen BM heute gesprochen hat, schlägt er sofortige Besprechung der Amerikaner mit den drei Botschaftern in Washington zur Geltungsbereichformel KAE vor. […] Die drei Minister würden eine schnelle amerikanische Entscheidung in dieser Sache, die für den westlichen Zusammenhalt, das westliche Zusammenwirken mit den N+N-Staaten, das Einwirken auf die Sowjetunion und den Fortgang der Madrider Konferenz Schlüssel-Bedeutung hat, außerordentlich begrüßen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3411; VS-Bd. 11532 (221); B 150, Aktenkopien 1981.
Hermes berichtete am 9. Juli 1981, der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, habe ihn sowie die Botschafter Henderson (Großbritannien) und Lefebvre de Laboulaye (Frankreich) am selben Tag vom amerikanischen Einverständnis informiert, „über die vorgeschlagene Formel zum geographischen Anwendungsbereich in Madrid eine Viererabstimmung durchzuführen. Kampelman sei entsprechend angewiesen worden und sehe ein Vierergespräch am 13. Juli in Madrid vor. Kampelman werde einige Änderungen für die Formel vorschlagen, die aber nicht die Substanz beträfen. […] Die Verabschiedung für ein KAE-Mandat werde von der amerikanischen Seite mit der Einigung über ein Treffen zu Menschenrechtsfragen verbunden werden. Als westliche Rückfallposition in der KAE-Frage wurde erwähnt, daß, falls die Konferenz selbst ein Mandat nicht zu verabschieden in der Lage sei, diese Aufgabe einer Expertengruppe nach Vertagung der Madrider Konferenz Ende Juli übertragen werden könnte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2715; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

Cheysson: Nach den Wahlen Mitterrands haben wir überschwengliche libysche Botschaften bekommen. Ich habe einen libyschen Sonderbeauftragten empfangen. Er hat sogar Kredite offeriert. Er kommt am Donnerstag noch einmal nach Paris und wird dann von Cot empfangen. Cot will den Wiederaufbau der niedergebrannten französischen Botschaft[42] und einige andere bilaterale Schwierigkeiten mit ihm besprechen. Wenn es Fortschritte gibt, werden wir die Diskussion fortsetzen. Dann ist auch ein Besuch auf höherer Ebene denkbar. Wir sind da allerdings wohl noch nicht ganz so weit wie Italiener[43], Griechen und Deutsche[44]. Wir werden die Nachbarländer Libyens informieren. Ich habe noch vor diesen letzten Entwicklungen mit Haig über die libysche Frage gesprochen. Haig befürwortete bessere Beziehungen zwischen Libyen und einigen europäischen Ländern.

Ich glaube, das Schlimmste wäre eine direkte Aktion Sadats gegen Libyen.

Carrington: Unsere Freunde in Afrika sind über Libyen alarmiert. Jalloud wird zu einem Krankenhausbesuch nach London kommen. Ich habe nicht vor, ihn zu sehen.

Bundesminister: Gaddafi hat im Vorfeld von Nairobi sehr geschickt gearbeitet (Geld? Versprechungen?). Er ist auf der Konferenz glimpflich davongekommen. Behandeln wir ihn richtig? Er ist unberechenbar für uns, aber auch für die Sowjets. Er hat bisher jedem sowjetischen Versuch widerstanden, den Sowjets eine Basis (Hafen) einzuräumen. Jalloud kommt morgen oder übermorgen nach Bonn zu einem Privatbesuch. Ich werde ihn empfangen.[45] Er wollte auch den Bundeskanzler sehen. Dazu kommt es nicht. Man sollte nach meiner Ansicht Gaddafi eine Verbesserung der Beziehungen in Aussicht stellen, wenn er sich Zurückhaltung in den Beziehungen zur Sowjetunion, zum Terrorismus und zu den zentralafrikanischen Nachbarn auferlegt.

Cheysson: Carrington sollte diese übereinstimmende Meinung der Drei Haig mitteilen.

42 In der Nacht vom 26. zum 27. Januar 1980 griff ein in Libyen ausgebildetes Kommando von Exiltunesiern die tunesische Stadt Gafsa an, worauf die französische Regierung Tunesien militärische Unterstützung zukommen ließ. Am 4. Februar 1980 wurden daraufhin die französische Botschaft in Tripolis sowie das französische Konsulat in Benghasi von libyschen Demonstranten angegriffen und verwüstet. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1980, S. 217 f.

43 Zur Frage eines Besuchs von Oberst Gaddafi in Italien vgl. Dok. 125, Anm. 37.

44 Zur Frage eines Besuchs von Oberst Gaddafi in Griechenland bzw. in der Bundesrepublik vgl. Dok. 134, Anm. 23 bzw. 25.

45 Bundesminister Genscher führte am 6./7. Juli 1981 Gespräche mit dem Stellvertreter von Oberst Gaddafi. Hinsichtlich der Haltung Libyens zum internationalen Terrorismus erklärte Jalloud, „Libyen sehe sich nicht in der Lage, die internationalen Verleumdungen dementieren zu müssen. Haig und Reagan würden dem ohnehin keinen Glauben schenken. Libyen brauche von niemandem ein Führungszeugnis. Libyen hoffe, daß wenigstens die Bundesregierung die libysche Haltung zum Terrorismus im richtigen – nicht in dem falschen, von den Medien geschaffenen – Licht sehe. Libyen wünsche die Zusammenarbeit mit dem Westen, besonders mit Deutschland, um seine Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren. Wenn es aber keine andere Wahl habe, werde es selbst mit dem Teufel paktieren. Vom Westen insgesamt erhalte die libysche Politik, die auf Unabhängigkeit und Neutralität ausgerichtet sei, keine Ermutigung." Weitere Gesprächsthemen waren die bilateralen Beziehungen, auch im wirtschaftlichen Bereich, der Nahost-Konflikt, die OAU, der Europäisch-Arabische Dialog sowie die libysche Politik im Tschad. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178843.

Carrington: Könnte uns Cheysson Näheres über die Nahost-Politik Mitterrands sagen? Einige meinen, der französische Präsident sei gegen die Venedig-Erklärung der Zehn[46] , andere widersprechen.

Cheysson: Frankreich hat der Venedig-Erklärung zugestimmt und steht zu ihr. Mitterrand möchte allerdings die Venedig-Erklärung nicht als eine Verurteilung des Camp-David-Prozesses[47] lesen. Er meint, daß auch in der Zukunft Ansätze wie Camp David akzeptiert werden sollten, wenn sie zu einem umfassenden Friedensprozeß hinführen (Methode der kleinen Schritte).

Frankreich ist vielleicht bereit, über den Begriff „homeland" hinauszugehen. Es wird aber die PLO niemals als *die*[48] Repräsentanten des palästinensischen Volkes anerkennen.

Es fragt sich, ob man an „Seiten-Fortschritte" im Nahen Osten denken kann, z. B. im Libanon. Läßt sich Saudi-Arabien dazu bewegen, den libanesischen Streitkräften mehr Unterstützung zu geben?

VS-Bd. 11118 (204)

189

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) in Chevening

5. Juli 1981[1]

Treffen der drei Außenminister (D, GB, F) in Chevening am 5. Juli 1981[2];
hier: Gespräch beim Mittagessen (das vorangegangene Gespräch zeichnet D 2[3] auf)

Teilnehmer: GB: Lord Carrington, Bullard, Brian Fall; D: BM, D 2, Braunmühl, Weber; F: Cheysson (allein).

46 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

47 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

48 Hervorhebung im Original.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 6. Juli 1981 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Unter Verschluß. Von BM noch nicht gebilligt." Ferner verfügte er die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Ploetz und von Nordenskjöld sowie „Abl[ichtung] für mich" und vermerkte handschriftlich: „Durchdruck H[errn] StS von Staden (Nach dem letzten Dreiertreffen hatte BM Weisung erteilt: Durchdruck an Staatssekretär persönlich, der entscheiden müsse, welche Teile er, falls notwendig, weitergibt.)."
Hat Ploetz und Nordenskjöld am 6. Juli 1981 vorgelegen.

2 Für die Gespräche vgl. auch Dok. 187 und Dok. 188.

3 Franz Pfeffer.

1) Carringtons Besuch in Moskau[4]

Auf Frage *Carringtons*, was er, auch im Lichte der Besuchsergebnisse von Willy Brandt[5], in Moskau zu erwarten habe, führt *BM* aus: Er habe das Protokoll der Gespräche Brandts noch nicht gesehen und werde Brandt erst morgen sprechen.[6] Aufgrund der bisherigen Informationen und der Tischreden[7] sei mit folgendem zu rechnen:

a) Sowjetischer Moratoriumsvorschlag[8]: BM erläutert die Entwicklung und stellt fest, daß Breschnew jetzt das Verlangen nicht wiederholt habe, auf westlicher Seite müßten auch die Vorbereitungen für die neuen Mittelstreckenwaffen eingestellt werden. Dagegen sei auf sowjetischer Seite die Beschränkung des Moratoriums auf Europa wiederholt worden. Er sehe keine grundsätzlich neue Substanz in dem Vorschlag. Auch in der neuen Form würde dieser die sowjetische Überlegenheit zementieren und deren Ausbau jenseits des Urals ermöglichen. Dies werde den Sowjets das Interesse an einem baldigen Verhandlungsabschluß mit konstruktiven Ergebnissen nehmen. Bisher könne er sich zu dieser Frage aber nur persönlich äußern.

b) Breschnew habe Interesse an der Null-Option gezeigt. Nach unserer Auffassung sei die Null-Option wünschenswert, aber nur als beiderseitige Lösung.

c) Möglicherweise werde Gromyko die nuklearfreie Zone Nordeuropa ansprechen. Die Skandinavier hätten zu dem neuen sowjetischen Vorschlag in dieser Frage[9] bisher eine gute Position bezogen, z. B. habe Olesen sehr präzise darauf hingewiesen, daß auf skandinavischer Seite schon eine nuklearfreie Zone in Friedenszeiten bestehe und daß die Einbeziehung sowjetischen Territoriums zwar interessant sei, man dabei aber auch den Gesichtspunkt sowjetischer Mittelstreckenwaffen berücksichtigen müsse. BM findet, daß eine nuklearfreie Zone sinnvoll sein könne, wenn es nur nukleare Kurzstreckenwaffen gebe, die Lage habe sich jedoch mit der Einführung von sowjetischen Mittelstreckenwaffen von Reichweiten um 5000 km geändert. Danach habe die Einbeziehung sowjeti-

4 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14.

5 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl notierte am 6. Juli 1981, Bundesminister Genscher habe über sein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt am selben Tag mitgeteilt: „BM hat Brandt gesagt: Er habe aus den Äußerungen Willy Brandts großes Vertrauen zur Sowjetunion und Mißtrauen gegenüber den Amerikanern herausgehört. Das finde er nicht gut. Er habe weiter erklärt, der sowjetische Moratoriumsvorschlag sei auch in der neuen Form nicht akzeptabel. […] Zur Null-Option habe er gesagt, es sei gewiß richtig, immer die Null-Option als erstrebenswertes Ziel aufzustellen, allerdings müsse ganz klar sein, daß es sich um eine beiderseitige Null-Option handeln müsse. In diesem Zusammenhang wolle er offen sagen, daß er anstelle von Herrn Brandt in seiner Rede nicht von einer Korrektur von Vorrüstungen, sondern von einer Beseitigung gesprochen hätte.“ Vgl. VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich eines Essens für den SPD-Vorsitzenden Brandt am 30. Juni 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 124–126.
Für die Tischrede von Brandt vom selben Tag vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 2501 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom selben Tag; Referat 213, Bd. 133197.

8 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

9 Zu den Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Juni 1981 vgl. Dok. 183, Anm. 9.

schen Territoriums in einer Breite von einigen 100 km kaum wesentliche Bedeutung. Es sei klug, daß die Skandinavier die Frage der nuklearwaffenfreien Zone mit den Mittelstreckenwaffen verbunden hätten; um so wichtiger würde ein baldiger Verhandlungsbeginn.

d) NATO-Mitgliedschaft Spaniens[10]: Hier müsse klar sein, daß die Schlußakte die Freiheit von Bündniszusammenschlüssen zulasse.[11]

BM betont, daß die Bundesregierung erst in den nächsten Tagen ihre Position zu den sowjetischen Mitteilungen während des Brandt-Besuchs bestimmen, daß sie aber auf jeden Fall an der Bündnislinie festhalten werde.[12]

BM verweist auf sein am Samstag aufgenommenes RIAS-Interview.[13] Hier hat er betont, daß der Schlüssel bei den Mittelstreckenwaffen bei Moskau liege: Wenn Moskau abbaue, brauchten wir keine LRTNF. Wenn Moskau reduziere, könnten wir[14] den beschlossenen Nachrüstungsbetrag reduzieren. Wenn Moskau an der Bedrohung wie bisher festhalte, würden wir wie vorgesehen unsere Nachrüstung durchführen. – Dies habe er schon Gromyko gesagt.[15] Die Sowjets hätten einen Schwachpunkt in der Frage, warum sie nicht die Zeit bis 1983 nutzten, um durch Abbau ihrer Vorrüstung von den im Doppelbeschluß[16] liegenden Möglichkeiten Gebrauch[17] machen.

Carrington weist darauf hin, daß die Sowjets behaupteten, die NATO hätte 1979 bereits eine Überlegenheit besessen und brauchte daher die Nachrüstung gar nicht. *BM* sieht folgendes Gegenargument: Die Sowjets hätten schon beim Breschnew-Besuch in Bonn im Mai 1978[18], dann bei der SALT-II-Unterzeichnung

10 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 167, Anm. 6.

11 Vgl. dazu Punkt I der Prinzipienerklärung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 915.

12 Bundeskanzler Schmidt und der SPD-Vorsitzende Brandt trafen am 7. Juli 1981 zur Erörterung der Ergebnisse der Reise von Brandt vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in die UdSSR zusammen. Vgl. dazu die Erklärung des Staatssekretärs Becker, Presse- und Informationsamt, vom selben Tag; BULLETIN 1981, S. 572.
Referat 011 notierte am 13. Juli 1981, das Kabinett habe sich in seiner Sitzung am 8. Juli 1981 mit dem Besuch von Brandt befaßt: „Anschließend faßt der Bundeskanzler das Ergebnis des Meinungsumtausches im Kabinett in einer Handreichung für den Regierungssprecher zusammen." Vgl. Referat 201, Bd. 125600.
Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung im Anschluß an die Kabinettssitzung vom 8. Juli 1981 vgl. den Artikel „‚Die SS-20-Raketen in Etappen abbauen'"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 9. Juli 1981, S. 5.

13 Zu dem am 5. Juli 1981 ausgestrahlten Interview wurde in der Presse berichtet: „Genscher warnte mit Blick auf die Reise Brandts und ihrer Bewertung vor ‚voreiligem Jubel' genauso wie vor ‚voreiliger Kritik'. Man dürfe nicht übersehen, daß die sowjetische Seite bei Brandt und Wischnewski noch zusätzliche Erläuterungen angekündigt habe." Vgl. den Artikel „‚Die Entscheidung über die Nachrüstung liegt bei Moskau'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 6. Juli 1981, S. 1.

14 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld handschriftlich eingefügt: „evtl."

15 Vgl. dazu die Gespräche am 2./3. April 1981 in Moskau; Dok. 93 und Dok. 95.

16 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

17 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld handschriftlich eingefügt: „zu".

18 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143. Vgl. dazu ferner die Gemeinsame Deklaration vom 6. Mai 1978; BULLETIN 1978, S. 429 f.

in Wien im Juni 1979[19] und schließlich bei der Breschnew-Rede am 6. Oktober 1979[20] erklärt, daß in Europa bereits ein ungefähres Gleichgewicht bestehe. Seit dem Juni 1979 hätten sie aber[21] 50 % des heutigen SS-20-Bestandes erst aufgebaut. Wir hätten vor dem Wiener Gipfel zwischen Carter und Breschnew die Amerikaner gebeten, auf die Grauzonenproblematik hinzuweisen. Die Sowjets hätten nachher behauptet, die Amerikaner hätten ihnen von den Gefahren eines Ungleichgewichts in Europa nichts gesagt. Carter habe uns gegenüber später zugegeben, daß er die Frage nicht am Verhandlungstisch, wohl aber[22] im Fahrstuhl erwähnt habe. Die Sowjets meinten deshalb, daß die Frage, in der wir damals eine breite öffentliche Diskussion geführt hätten, eine typisch deutsche Marotte sei.

Cheysson erklärt sich vollständig einverstanden mit der Analyse des Ministers hinsichtlich der SS-20, auch was die beiderseitige Null-Lösung angehe. Frankreich wolle jedoch keine isolierte Diskussion über die SS-20, sondern sehe dies im Zusammenhang mit dem globalen Gleichgewicht. Cheysson drückt seine Sorge über wachsende Neutralismusströmungen in einigen westlichen Ländern aus. Zur Frage des spanischen NATO-Beitritts verweist er auf seine öffentlichen, klaren, befürwortenden Erklärungen. Diese hätten bei seinem Madrid-Besuch[23] die spanischen Sozialisten etwas peinlich berührt. González selbst sei nicht Gegner des spanischen NATO-Beitritts.

Carrington empfiehlt, nicht zu stark den Eindruck neutralistischer Strömungen in Europa zu erwecken. Einmal stimme es nicht überall, jedenfalls nicht für GB. Zum anderen würde man amerikanische Sorgen hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Europäer verstärken. Es sei besser, den Akzent darauf zu legen, daß wir für die öffentliche Unterstützung zu den notwendigen hohen Verteidigungsausgaben unsere Entschlossenheit betonten, gleichermaßen die Rüstungskontrollpolitik voranzutreiben.

BM betont in Anknüpfung an Cheyssons Bemerkung über die Isolierung der Mittelstreckenwaffenproblematik unsere Haltung zum Zusammenhang mit SALT (Cheysson: Das ist der Punkt). Trotzdem könne man LRTNF und SALT an verschiedenen Tischen betreiben, nur müsse man beides am Ende zusammenbringen. Wir brauchten einen speziellen LRTNF-Verhandlungstisch, um in diesem

19 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

20 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

21 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld handschriftlich eingefügt: „ca."

22 Korrigiert aus: „am".

23 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 12./13. Juni 1981 in Spanien auf. Für den Wortlaut seiner Äußerungen vor der Presse am 12. Juni 1981 in Madrid vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Mai/Juni), S. 29 f.

Bereich schnell mit den Verhandlungen zu beginnen, was schwer genug sei. BM verweist auf die Irritationen der[24] Eugene Rostows.[25]

BM empfiehlt, daß bei etwaigen Hinweisen Gromykos auf die FBS erwidert werden könnte: Einmal werde die Einbeziehung der FBS die Verhandlungen verlängern und komplizieren, was keiner wünschen könne, der an schnellen Ergebnissen interessiert sei. Zum anderen gebe es FBS auf beiden Seiten.

BM rechnet damit, daß Gromyko zum Thema Madrid nach der westlichen Bereitschaft fragen werde, die westlichen Gegenleistungen auf Breschnews Angebot der Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen bis zum Ural[26] zu präzisieren.

2) Verhandlungen über den spanischen EG-Beitritt[27]

Auf Carringtons Frage nach den französischen Widerständen in den Beitrittsverhandlungen[28] erläutert BM auf der Grundlage der Vorlage der Abt. 4 den Sachstand. Er bittet Cheysson, Frankreich möge sich die Sache noch einmal ansehen. Materielle Fortschritte in einem so wichtigen Gebiet wie dem der Zollunion seien von großer politischer Bedeutung. Dabei müsse man auch an die Stabilitätsfrage in Spanien denken. BM hält die französische Forderung, daß Spanien rechtzeitig die Mehrwertsteuer einführe, im Prinzip für richtig. Für Spanien sehe dies jedoch wie eine Vorbedingung aus. Wir unterstützten den Kompromißvorschlag der niederländischen Präsidentschaft, wenn wir auch in der Sache mit Frankreich einig seien. BM bittet Cheysson, der offenbar nicht orientiert ist, sich die Sache noch einmal anzusehen. *Carrington* unterstützt BM. *Cheysson* verspricht Prüfung.[29]

24 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld handschriftlich eingefügt: „Äußerungen".

25 Zur Anhörung des designierten Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 22. Juni 1981 vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats in Washington vgl. Dok. 181, Anm. 6.

26 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

27 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 135, Anm. 24.

28 Referat 203 erläuterte am 3. Juli 1981: „Die Verhandlungen über den EG-Beitritt Spaniens sind insbesondere wegen der harten Haltung von F im Verhandlungskapitel ‚Zollunion' in den letzten Monaten nicht vorangekommen. F hatte bereits seit Beginn der Sachverhandlungen mit Spanien deutliche Verzögerungstendenzen gezeigt. Bei grundsätzlicher Bejahung der Süderweiterung geht es F in den einzelnen Bereichen […] im wesentlichen darum, die negativen Auswirkungen des Beitritts Spaniens auf die französische Volkswirtschaft von vornherein einzugrenzen. F besteht auf einer Zusage Spaniens, die Mwst. bis zum Beitritt einzuführen, als Voraussetzung für ein Weiterverhandeln im Kapitel ‚Zollunion'. Wir sind mit der Mehrzahl der MS dagegen nicht bereit, ein solches Junktim zu akzeptieren." Vgl. Referat 410, Bd. 121930.

29 Am 13. Juli 1981 fand in Brüssel die achte Tagung der Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien auf Ministerebene statt. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte dazu am selben Tag mit: „Die Gem[einschaft] war wegen der Haltung von F nicht in der Lage, den Spaniern eine Erklärung in einem der Sachkapitel der Verhandlungen zu übergeben. Sie mußte sich deshalb darauf beschränken, eine allgemein gehaltene Erklärung zum Verhandlungsstand abzugeben. In der dem Ministertreffen vorangehenden Ratssitzung hatte F zudem durchgesetzt, daß darin darauf verzichtet wurde, den Spaniern konkrete Zusagen hins[ichtlich] der Fortsetzung der Verhandlungen in ihren beiden wichtigsten Kapiteln – der Zollunion und den Agrarfragen – zu machen. […] In ihrer Antwort wiesen die Spanier auf die dringende Notwendigkeit hin, eine drohende Erosion in den Beziehungen zwischen der Gem. und Spanien zu verhindern." In einer anschließenden Sitzung der EG-Mitgliedstaaten sei Frankreich „auf die politischen Risiken seiner Haltung für die Erweiterung" hingewiesen worden. Bundesminister Genscher habe erklärt, „daß es weder um eine nur

3) Kambodscha-Konferenz in New York[30]

Cheysson erklärt die Entwicklung von ASEAN als bedeutsam und betont die französische Unterstützung dafür. Die Kambodscha-Konferenz sei nützlich insofern, als sie klarstelle, daß Vietnam kein Recht habe, in Kambodscha zu sein, und daß keine vollendeten Tatsachen anerkannt werden könnten, auch nicht nach längerem Zeitablauf. Tatsächlich aber habe die Konferenz keine Erfolgsaussichten. Die UNO habe keine Chance, die Sache so zu lösen. Das sei auch die Auffassung, die Waldheim ihm selbst gesagt habe.[31] Man könne nicht weiterkommen, da die andere Seite, die Vietnamesen, nicht anwesend sei. Die ganze Kambodscha-Entwicklung sei sehr bedauerlich, da die Verstrickung in Kambodscha Vietnam in Abhängigkeit von der Sowjetunion halte, und dies könne lange dauern. Sihanouk hätte ihm vorgestern seine Vorstellungen erläutert. Danach liege die einzige Chance darin, die Gruppen von Heng Samrin und Pol Pot zusammenzubringen und allgemeine Wahlen anzusteuern. Als erstes müsse man sich um die Garantie des Neutralitätsstatus für Kambodscha[32] um Friedenstruppen der Vereinten Nationen bemühen. Prozedural müsse Indien eingeschaltet werden, besonders nach den jüngsten Anzeichen einer Verbesserung der indisch-chinesischen Beziehungen.[33]

Auch Schweden sollte beteiligt werden (großes Hilfsprogramm für Vietnam), von den ASEAN-Staaten Malaysia und Indonesien. Die Vietnamesen würden freilich dagegen sein, könnten aber vielleicht durch ein wirtschaftliches Hilfsprogramm, das sie unabhängiger machte, gewonnen werden. Den Sowjets würde der Widerstand vielleicht erschwert, wenn Indien mitmache. Das Ganze könne man nicht durch die UNO machen. Auch nicht durch direkte Verhandlungen mit den Vietnamesen. Zunächst müßten die genannten Staaten: ASEAN, Indien, Schweden miteinander sprechen. Die Sache könne Jahre dauern. Sihanouk selbst wolle seine Person nicht zum Problem machen. Bei dem Gespräch in Paris habe Sihanouk übrigens vor dem Quai vor Journalisten Cheysson für die Entscheidung gratuliert, nicht nach New York zu reisen.

Carrington weist Cheysson darauf hin, daß wir alle einer mit überwältigender Mehrheit zustande gekommenen UNO-Resolution für die Konferenz[34] zuge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1009

agrarpolitische Frage gehe noch um eine Frage der Taktik der Erweiterungsverhandlungen. Es gehe vielmehr um eine grundsätzliche politische Frage. Die Spanier brauchten in ihrer schwierigen Lage einen gewissen Verhandlungserfolg. Sonst gerate das politische Ziel der Erweiterung in Gefahr." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2956; Referat 410, Bd. 121930.

30 Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 vgl. Dok. 214.

31 Der französische Außenminister Cheysson und VN-Generalsekretär Waldheim trafen am 25. Mai 1981 in Paris zusammen. Waldheim hielt sich am 2. Juli 1981 erneut in Frankreich auf.

32 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld handschriftlich eingefügt: „und".

33 Referat 341 notierte Ende Juni 1981, der Besuch des chinesischen Außenministers Huang Hua vom 25. bis 30. Juni 1981 in Indien habe „zwar noch keinen Durchbruch, offensichtlich aber eine deutliche Klimaverbesserung erbracht. Der chinesisch-indische Grenzkonflikt, der seit dem Grenzkrieg von 1962 das Verhältnis beider zueinander vergiftet, soll nun offenbar nicht mehr ausgeklammert, sondern aktiv angegangen werden. […] Beide Seiten sind bereit, noch vor Lösung des Grenzkonflikts die bisher geringen bilateralen Beziehungen weiterzuentwickeln. Eine Entente cordiale wird daraus sicherlich so bald nicht werden, denn die politischen Auffassungen beider Seiten sind noch weit voneinander entfernt (Afghanistan, Kambodscha – indische Anerkennung des Regimes in Pnom Penh, Rolle der Sowjets)." Vgl. Referat 341, Bd. 125317.

34 Vgl. dazu die Resolution Nr. 35/6 der VN-Generalversammlung vom 22. Oktober 1980; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 193 f.

stimmt hätten. Er merkt weiter an, daß Peking immer noch auf eine vereinigte Front in Kambodscha hoffe, allerdings – wie BM einwirft – ohne Heng Samrin.

Carrington wird den Außenminister von Singapur am Dienstag in London sehen.[35] Er selbst will am Mittwoch[36] früh nach New York fliegen und am Donnerstagabend[37] nach Washington fliegen, danach am Sonntag[38] nach Ottawa. In Washington wolle er Meese sehen, den man ihm als einflußreiche Persönlichkeit im Weißen Haus empfohlen habe. (BM stimmt dem zu.) Außerdem Weinberger und Haig[39]. *Cheysson* empfiehlt darüber hinaus Finanzminister Regan.

4) Ottawa[40]

Cheysson kritisiert die Vorarbeiten, bei denen offenbar versucht würde, alles im Detail festzulegen und lange, detaillierte Kommuniqués auszuarbeiten. *Carrington* und *BM* halten derartige Kommuniqués nicht für erforderlich.

BM weist eindringlich darauf hin, daß der Gipfel in Ottawa nicht unter dem Gesichtspunkt der Lösung wirtschaftlicher Streitfragen beurteilt werden dürfte, sondern danach, ob es den wichtigsten Führern in der Welt und so unterschiedlichen Persönlichkeiten wie Reagan, Mitterrand etc. gelinge, in den wichtigsten Weltfragen Einvernehmen zu erzielen. Dazu gehörten Wirtschaftsfragen, aber auch die Nord-Süd-Problematik, das Ost-West-Verhältnis, Abrüstungs- und Sicherheitsfragen. Hierfür müsse man ein kurzes Papier haben, mit drei bis vier wirtschaftlichen Zielen auf einer Seite. Sinnlos sei dagegen, wirtschaftliche Probleme zu lösen zu versuchen, in denen verschiedene Teilnehmerstaaten unterschiedliche Strategien verfolgten, wie USA und Frankreich in der Geldpolitik oder Deutschland und Frankreich in der Beschäftigungspolitik. Es sollte bekräftigt werden, daß eine neue Form von Protektionismus vermieden werden müsse. Die Verantwortung gegenüber der Dritten Welt, die Festigkeit verbunden mit konstruktiver Verhandlungsbereitschaft im Ost-West-Verhältnis müßten zum Ausdruck kommen. Versuch, 30-seitige Papiere zusammenzustellen, die Unterschiede überkleisterten und in Wirklichkeit die Differenzen zeigten, sei nicht sinnvoll.

Auf *Cheyssons* Frage, ob er diese wichtige Aussage Mitterrand als zu erwartende Haltung des Bundeskanzlers und der Premierministerin berichten könne, bestätigt *BM*, er glaube, daß dies auch die Linie des BK sei; *Carrington* ist sicher, daß PM Thatcher keine Diskussionen wie auf einem kürzlichen Europäischen Rat[41] wünscht, auf dem jeder seine vorbereitete Erklärung ablas, statt zu diskutieren.

35 Der Außenminister von Singapur, Dhanabalan, hielt sich vom 6. bis 8. Juli 1981 in Großbritannien auf und traf am 7. Juli 1981 mit dem britischen Außenminister Lord Carrington zusammen.

36 15. Juli 1981.

37 16. Juli 1981.

38 19. Juli 1981.

39 Der britische Außenminister Lord Carrington traf am 17. Juli 1981 zu Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Washington zusammen. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu mit, nach britischen Informationen seien der Zypern-Konflikt, der Nahost-Konflikt, Afghanistan und der Besuch von Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR erörtert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2867; Referat 204, Bd. 123329.

40 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

41 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

BM betont abschließend erneut, daß dieser Gipfel eine enorme positive Wirkung haben könne, gegenüber der Sowjetunion wie im eigenen Lager, wenn man die Einigkeit in den politischen und wirtschaftlichen Grundlinien demonstriere. Er empfiehlt Carrington, bei seinem Gespräch in Washington Haig nahezulegen, daß die Amerikaner in Ottawa die amerikanische Politik erläuterten und dabei auf die außerordentlich wichtige Kontinuität der westlichen Politik auf der Grundlage des gemeinsam Erarbeiteten achte. Von Ottawa müsse ein Signal des Vertrauens und des Selbstvertrauens des Westens ausgehen.

Referat 010, Bd. 178840

190

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bertele

513-330.66 Allg.-500/81 geheim **6. Juli 1981**

Über Herrn D5[1] Herrn Staatssekretär[2]

Zur Information

Betr.: Ausreiseversuche von Deutschen aus der DDR

In den vergangenen Jahren haben mehrfach Deutsche aus der DDR unsere Auslandsvertretungen im Ostblock, insbesondere in den Ländern, in die sie aus der DDR sichtvermerksfrei einreisen konnten (Prag und Warschau), aufgesucht und gebeten, man möge sie direkt ins Bundesgebiet bringen. Sie gingen dabei von der falschen Voraussetzung aus, daß es Mittel und Wege gebe, daß sie von den Botschaften unmittelbar über die Grenze in die Bundesrepublik (z. B. von Prag aus) gebracht werden könnten. Entsprechendes gilt mutatis mutandis für die Ständige Vertretung in Berlin (Ost).[3]

Bisher sind diese „Asylfälle“ überwiegend in dem Sinne gelöst worden, daß die DDR zugesagt hat, die betreffenden Personen nach ihrer Rückkehr in die DDR und nach Stellen eines Ausreiseantrages zu einem bestimmten Zeitpunkt ausreisen zu lassen. In allen Fällen mußte auf unserer Seite das BMB, auf seiten der DDR Rechtsanwalt Vogel eingeschaltet werden. In einem Fall (Volkmann – Warschau) hat die DDR eine solche Zusage nicht gegeben. Herr Volkmann verließ daraufhin dennoch die Botschaft und wurde später verhaftet. Das BMB bemühte sich erfolgreich um seine Freilassung und Übersiedlung.

Es gibt für diese Fälle keinen im voraus vereinbarten Weg, und es gibt auch keine Lösungsgarantie. Klar ist, daß die DDR Herr des Verfahrens ist; sie entscheidet, wen sie letztlich ausreisen lassen will oder nicht. Bisher haben DDR-Bürger nach Zusage der Ausreise durch die DDR im Vertrauen auf diese Zusa-

1 Hat Ministerialdirektor Fleischhauer am 6. Juli 1981 vorgelegen.
2 Hat Staatssekretär von Staden am 7. Juli 1981 vorgelegen.
3 Zu Ausreiseversuchen über die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin vgl. Dok. 52.

ge unsere Vertretungen freiwillig wieder verlassen. In mindestens einem Falle bestand ein DDR-Deutscher darauf, daß Rechtsanwalt Vogel ihm eine entsprechende Zusage noch in der Botschaft Prag abgebe und daß (der ihm dem Namen nach bekannte) Staatssekretär Gaus ihm persönlich erkläre, daß die Vogel-Erklärung glaubwürdig sei. So sind Vogel und Gaus (getrennt) nach Prag gereist; der Fall wurde dann gelöst, der DDR-Bürger ist freiwillig zunächst in die DDR zurückgereist.

Vom Zeitpunkt des Verlassens unserer Botschaft bis zur Ausreise aus der DDR können wir die betreffenden DDR-Deutschen nicht betreuen. Sie müssen sich gegenüber Vogel verpflichten, mit niemandem, der nicht mit ausreist, über den Vorgang zu sprechen. Vogel hat (auch in meinem Beisein) immer klargemacht, daß absolute Diskretion Voraussetzung für die Realisierung der Ausreisezusage sei. Das gilt auch für die Zeit nach der Ausreise in dem Sinne weiter, daß der indirekte Weg über unsere Botschaften im Ostblock oder die Ständige Vertretung in die Bundesrepublik von dem Zeitpunkt an nicht mehr gangbar sein würde, in dem er öffentlich bekannt würde.

Dieser Vermerk beruht auf meinem Gedächtnis; Vorgänge habe ich nicht beigezogen.

Bertele

VS-Bd. 12428 (513)

191

Vortragender Legationsrat von Ploetz an Bundesminister Genscher, z. Z. Sofia

010-1883/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Juli 1981, 09.09 Uhr**
Fernschreiben Nr. 174 **Ankunft: 9. Juli 1981, 10.40 Uhr**
Citissime nachts

Bitte Herrn VLR I Dr. von Braunmühl[1] zur Vorlage bei dem Herrn Bundesminister[2] zustellen.

Washington drahtet mit Nr. 2693 vom 8.7.1981[3] wie folgt:

„Betr.: Gespräch mit dem sowjetischen Botschafter A. Dobrynin in Washington am 8. Juli 1981

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Sofia, am 9. Juli 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Braunmühl am 13. Juli 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat BM vorgelegen."

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters Hermes, Washington, vgl. VS-Bd. 11121 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

In dem heutigen Gespräch sprach Dobrynin fast ausschließlich von der sowjetischen Verhandlungsposition für TNF, und das etwa eineinhalb Stunden lang.

Dobrynin geht jetzt davon aus, daß es bis zum Ende des Jahres zu Verhandlungen kommt. Bei unserem letzten Gespräch am 29. Mai 1981 hatte er noch die Verhandlungsbereitschaft der Amerikaner stark bezweifelt.[4] Als sowjetische Verhandlungsposition für TNF nannte er als unabdingbar, daß von beiden Seiten alle nuklearen Träger einbezogen werden, die die Sowjetunion bzw. Westeuropa erreichen können.[5] Er wiederholte wieder und wieder, daß ohne die Einbeziehung der amerikanischen FBS TNF-Verhandlungen für die Sowjetunion sinnlos seien. Nach Dobrynins Einschätzung, die er am 2. Juli schon Außenminister Haig gegeben hatte[6] und jetzt wiederholte, besteht nach der sowjetischen Definition des TNF-Verhandlungsgegenstandes annähernde Gleichheit. Jeder, der rechnen könne, müsse das zugeben.

Das übrige Gespräch enthielt nichts Besonderes außer der häufigen Wiederholung der Ablehnung eines Junktims der TNF-Verhandlungen mit anderen ungelösten Problemen wie z. B. Afghanistan.

Dobrynin wird in den nächsten Tagen zum Urlaub auf die Krim fahren und erst wieder zu Beginn der VN-Vollversammlung[7] in den Vereinigten Staaten zurück sein.

Damit scheidet eine Fortsetzung der Gesprächsrunden Haig–Dobrynin[8] bis dahin aus.

Hermes“

[gez.] Ploetz

VS-Bd. 14095 (010)

4 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 29. Mai 1981, der sowjetische Botschafter Dobrynin habe in einem Gespräch am selben Tag versucht, ihn davon zu überzeugen, „daß die Amerikaner keine ernsthaften Verhandlungsabsichten hätten. Das sollten die Europäer erkennen. Für die Sowjetunion sei, wenn es schließlich zu TNF-Verhandlungen käme, der Einschluß der FBS und der britischen und französischen Nuklearwaffen unverzichtbar. Er räumte dann allerdings ein, daß die französischen Nuklearwaffen vielleicht außerhalb der Verhandlungen bleiben könnten. Die SS-20 stünden wie alle Nuklearwaffen und -träger zur Verhandlungsdisposition, soweit auch von NATO-Seite alle entsprechenden Waffen und Träger einbezogen würden. […] Auf eine Frage Dobrynins, ob ich an seiner Stelle etwas zum Konzept der TNF-Verhandlungen nach Moskau vorschlagen würde, habe ich erwidert, daß die Verhandlungen auf die nuklearen Mittelstreckenwaffen begrenzt werden müßten und daß das sowjetische Insistieren auf Einbeziehung weiterer Gegenstände von westlicher Seite als mangelnde sowjetische Verhandlungsbereitschaft gewertet werden könnte und daß ein sowjetisches Konzept nach dem Motto alles oder nichts eben zu nichts führen könnte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2219; VS-Bd. 11122 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier kündigt sich neue Falle an (vgl. auch Brandt-Reise u. gestrige Mladenow-Rede): Abbau aller nukl[earen] Träger würde das Zwischenglied aus der Triade brechen u. (i[m] S[inne] bekannter sowj[etischer] Vorschläge) das Gegengewicht gegen konventionelle Überlegenheit des WP beseitigen. Außerdem endlose Verhandlungsdauer u. Spekulieren auf Druck der Anti-Atom-Bewegung.“

6 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, vgl. Dok. 174, Anm. 8.

7 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

8 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in

192

Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, an das Auswärtige Amt

114-4287/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 810
Citissime

Aufgabe: 9. Juli 1981, 10.19 Uhr[1]
Ankunft: 9. Juli 1981, 12.19 Uhr

Betr.: Antrittsbesuch bei Politbüromitglied Axen am 7. Juli 1981, 15.00 bis 16.00 Uhr, im Gebäude des Zentralkomitees der SED

Für Hermann Axen protokollierte Seidel (MfAA), mich begleitete ORR Hennenhöfer. Die genau einstündige Unterhaltung mit dem als „Hardliner" bekannten Axen war in fünf Punkten relevant:

1) Die DDR-Führung hält an der Idee eines Treffens zwischen BK und GS Honecker fest.

2) Was eine Korrektur des erhöhten Mindestumtausches[2] anlangt, war ein positives Signal nicht wahrzunehmen.

3) Die DDR-Führung, sprich das Politbüro, will ihre Politik gegenüber der Bundesregierung augenscheinlich auch künftig an dem Honecker-Satz ausrichten, daß aus den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten nicht zusätzliche Belastungen resultieren. Die Unterhaltung mit Axen bestätigte abermals den eng begrenzten Spielraum der DDR, zugleich aber auch ihr Interesse, mit uns in Tuchfühlung zu bleiben.

4) Die Gespräche zwischen Botschafter Ruth und Botschafter Krabatsch vom MfAA[3] werden, wie Axen sagte, positiv beurteilt.

5) Die DDR habe dem Senat von Berlin Vorschläge gemacht, zu denen sich dieser nun äußern müsse, und zwar „direkt".[4]

Axen begann das Gespräch mit der Bemerkung, daß wir uns („nahe beieinandersitzend") das letzte Mal auf der KSZE-Konferenz in Helsinki[5] gesehen hätten, die ein gutes Beispiel gegeben und gute Wirkungen getan habe. Axen, der mich in einem großen Konferenzraum des ZK-Gebäudes empfing (wohl auch deshalb, weil der von Statur unscheinbare und physiognomisch wenig gewinnende SED-Mann eine solche Folie nötig zu haben glaubt), war sichtlich bemüht, eine gute

Fortsetzung Fußnote von Seite 1014
Washington, Dobrynin, am 24. März, 1. April und 15. Mai 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, Dok. 95, Anm. 20, und Dok. 152, Anm. 29.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup am 10. Juli 1981 vorgelegen.
2 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.
3 Botschafter Ruth führte am 3. Juli 1981 in Ost-Berlin Gespräche über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu Dok. 196.
4 Zu den Vorschlägen der DDR vgl. Dok. 127, Anm. 7.
5 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Atmosphäre für diese erste Begegnung herzustellen. Nicht anders als bei Gesprächen mit meinem Vorgänger[6] hielt er sich observant an die Linie des GS.

Allein seine Bemerkung, daß über die berlinpolitischen Themen (S-Bahn und Staaken) mit dem Senat „direkt" gesprochen werden müsse, zeigte, daß er die besonderen Kontakte, die ihm natürlich bekannt sind, mißbilligt und damit haargenau auf der Linie von Abrassimow liegt. Axens Gesprächsführung illustrierte dessen scharfe Intelligenz, aber auch – beim Gespräch über Polen – Möglichkeit und Bereitschaft zu größter Härte. Zugleich wünscht er sich als Rive-gauche-Typ darzustellen, der, wie neulich bei seinem England-Besuch[7], scheinbar mühelos Shakespeare zu zitieren fähig ist („den ich während meiner Haft in der NS-Diktatur intensiv gelesen habe").

Treffen BK/GS

Nachdem ich das unveränderte Interesse des Bundeskanzlers an einer Begegnung mit dem Generalsekretär bekräftigt und hinzugefügt hatte, daß wir die Begegnung, genau wie Honecker, für die Zeit nach dem Besuch des sowjetischen Generalsekretärs in Bonn[8] anvisieren, meinte Axen, daß ein solches Gespräch „auf dieser Ebene" etwas ganz Normales sei. Es müsse dieses Mal allerdings „sorgfältig, delikat, taktvoll und substantiell" vorbereitet werden. Man dürfe nicht vorher alles in der Presse lesen.[9]

Mindestumtausch

Zum Mindestumtausch habe ich darauf hingewiesen, daß wir vom 20. Jahrestag der Errichtung der Mauer nicht weit entfernt seien und daß nach Meinung vieler West-Berliner, und zwar vor allem der Arbeitnehmer, die Erhöhung des Mindestumtausches einer neuen, einer zweiten Mauer gleichgekommen sei. Die Bundesregierung wolle nicht vordergründig Junktims herstellen, doch müsse die DDR hier über Lösungen nachdenken. Auf unserer Seite werde ja auch über Petiten nachgedacht, wie sie von Honecker in Gera[10] genannt worden seien. Er möge meine Bemerkungen zum Mindestumtausch nicht als Erledigung einer Pflicht mißverstehen, als Berliner wisse ich noch besser, wie die Menschen davon bedrückt würden.

Axen ist jeder konkreten Antwort ausgewichen. Er brauche die Gründe für den Mindestumtausch nicht darzulegen, da wir von unseren britischen Verbündeten wüßten, was er in Downing Street zu diesem Thema gesagt habe. Während Axen nicht die kleinste Andeutung machte, ob und in welche Richtung das Politbüro über unsere Forderung nach einem „substantiellen" Zeichen der Korrektur denkt, habe ich von einem Konfidenten Honeckers gestern die Einschätzung gehört, daß selbst die „soziale Komponente" (Befreiung von Jugendlichen und

6 Günter Gaus.

7 Zum Besuch des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Axen, vom 15. bis 18. Juni 1981 in Großbritannien vgl. Dok. 127, Anm. 13.

8 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 183, Anm. 10.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

10 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 5.

Rentnern) weder in diesem noch im kommenden Jahr eine Chance habe. Es sei denn, daß sich die „Großwetterlage“ wider Erwarten positiv entwickele.

Deutsch-deutsche Beziehungen

Axen bekräftigte, daß für die Entwicklung der Beziehungen zu uns die „feste Linie des X. Parteitages“[11] gelte. Die Bereitschaft der Bundesregierung, das Verhältnis zwischen den beiden Staaten weiterzuentwickeln, werde von der DDR-Führung positiv beurteilt. Axen warnte davor, „daß man zu viele Dinge miteinander verkoppelt, so daß sich nichts mehr bewegt“. Jedes Thema solle am geeigneten Ort mit dem geeigneten Partner besprochen werden. Die Beziehungen sollten sich „ohne Sprünge, ohne Verzögerungen, ohne Hast, aber auch ohne Zeitverlust entwickeln, der nicht begründet werde“.

Abrüstungsfragen

Axens Bemerkungen zu dem Besuch von Botschafter Ruth bestätigten, daß der DDR die Konsultationen wichtig waren, daß sie der stets auf äußere Reputation bedachten Staatsführung gutgetan haben und deshalb auch von uns als im größeren Zusammenhang gewinnbringend angesehen werden können. Ich hielt es für richtig, Axen aus meinem wenige Tage zurückliegenden Gespräch mit BM Genscher dessen Meinung zu zitieren, daß der Meinungsaustausch über diese wichtige Thematik zwischen den beiden deutschen Staaten dann wiederaufgenommen werden solle, wenn das von der Sache her nützlich sei.

Was Axen zum Doppelbeschluß[12] zu sagen hatte, folgte der bekannten Argumentation der DDR-Führung. Ich habe Axen dargelegt, daß wir wegen der von uns als ernst empfundenen Bedrohung durch die sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenraketen am Doppelbeschluß festhalten, ohne daß wir deshalb die Sowjetunion dämonisierten. Axen äußerte Zweifel, daß Präsident Reagan auf die Argumente der Europäer zu hören bereit sei. Allerdings wolle er den amerikanischen Präsidenten ebenfalls nicht dämonisieren. Für die anstehenden Abrüstungsverhandlungen brauche man viel Geduld, Zähigkeit und eine sachliche Atmosphäre. Sie dürften sich allerdings nicht so entwickeln wie einst im Völkerbund, der den Zweiten Weltkrieg nicht habe verhindern können. Bei den Verhandlungen solle man durchaus von Tatsachen ausgehen, solle Vergleiche anstellen „und die Dinge abwägen“. Das Ergebnis von Helsinki, aber auch der Nonproliferationsvertrag[13] belegten, daß man durch geduldige Gespräche zu Ergebnissen kommen könne. Die beiden deutschen Staaten hätten durch beharrliches Reden schließlich den Grundlagenvertrag[14] und den Verkehrsvertrag[15] zustande gebracht.

11 Zum X. Parteitag der SED vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin vgl. Dok. 113, Anm. 5.

12 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

13 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 26. Mai 1972 zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Fragen des Verkehrs sowie der beigefügten Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 1450–1458.

In dieser Phase des Gespräches habe ich Axen darauf hingewiesen, daß es der Sachlichkeit von Gesprächen nicht guttue, wenn beispielsweise der BK von Mitgliedern des Politbüros (Verner) als Einpeitscher geschmäht werde.[16] Die DDR wisse doch, daß BK seinen ganzen Einfluß in unserem Bündnis zugunsten von Verhandlungen eingesetzt habe und in dieser Bemühung fortfahre. Über die Gespräche zwischen dem SPD-Vorsitzenden und dem sowjetischen Generalsekretär[17] war Axen augenscheinlich noch nicht informiert, hielt es aber für richtig, mit dem Blick auf einen künftigen Dialog zwischen den beiden Großmächten – auf eine Frage von mir – festzustellen, daß Verhandlungen nicht mit Vorbedingungen belastet sein dürften. Überhaupt vermied Axen polemische Formulierungen.

Berlin

Nachdem ich Axen darauf hingewiesen hatte, daß polemische Schläge der DDR-Presse gegen den neuen Regierenden Bürgermeister nicht sachdienlich seien und einen Politiker träfen, der in seiner Regierungserklärung Bereitschaft zu Kooperation und ein authentisches Interesse an der stetigen Verbesserung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland bzw. dem Senat bekräftigt habe[18], suchte Axen die Polemik gegen RBM von Weizsäcker eher defensiv zu rechtfertigen. Ich habe dann ausgeführt, daß wir die Bereitschaft der DDR zu Gesprächen über das Offenhalten von Staaken und über die S-Bahn begrüßten. Wünschenswert, fügte ich hinzu, sei es, wenn im inhaltlichen Zusammenhang mit dem zehnten Jahrestag des Vier-Mächte-Abkommens Gespräche über diese Themen fortgesetzt werden könnten. Axen zitierte die, wie er sich ausdrückte, „Präambel" des VMA, wonach West-Berlin nicht von der Bundesrepublik Deutschland verwaltet oder regiert werden dürfe.[19] Wenn die DDR etwas mit Herrn von Weizsäcker zu besprechen wünsche, werde sie das unmittelbar mit ihm tun.

Lage in Polen

Es lag Axen sichtlich daran, die in Ost-Berlin zirkulierenden Gerüchte (auf die ich ihn ausdrücklich ansprach) zu dementieren, wonach die SED abermals auf eine harte Linie drängt. Die Polen müßten mit ihren Problemen selber fertigwerden. Die Lage sei „kompliziert", weil sich dort antisozialistische konterrevolutionäre Kräfte betätigten. Einmischung durch die NATO werde man nicht zulassen. Polnischen Autoritäten könne auch nicht das Recht bestritten werden, gegen antisozialistische Elemente vorzugehen. Diese Axen-Formulierung ist in

16 Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Verner, erklärte am 26. Juni 1981 in der Volkskammer der DDR: „Die Verschlechterung der internationalen Großwetterlage ist geeignet, die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten negativ zu beeinflussen, zumal die BRD – führende Politiker in Bonn rühmen sich dessen sogar – bei der NATO-Hochrüstungspolitik die Rolle des Vorreiters und Einpeitschers spielt." Vgl. den Artikel „Sicherung des Friedens steht in unserem Kampf ganz obenan"; NEUES DEUTSCHLAND vom 27./28. Juni 1981, S. 6.

17 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Zu seinen Gesprächen mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 183 und Dok. 186.

18 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Freiherr von Weizsäcker, vom 2. Juli 1981 vgl. ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN, Plenarprotokolle, 9. Wahlperiode, Bd. I, S. 115–124.

19 Vgl. dazu Teil II B sowie Anlage II Absatz 1 und 2 des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971; BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 47 bzw. S. 53.

Sicht einer Information zu sehen, die ich einige Stunden später von einem Vertrauten Honeckers erhalten habe. Sie besagt, daß, weil Armee, Miliz und die den hiesigen Betriebskampfgruppen vergleichbaren Formationen nach wie vor unter Kontrolle der Kattowitzer[20] seien, die „Klärung der Lage" mit Hilfe dieser drei Instrumente vollzogen werden könne, wozu man auch nach dem Parteitag der PVAP[21] noch in der Lage sei. Axen schloß seine in der Form moderaten, in der Sache unversöhnlich harten Bemerkungen über Polen mit der Feststellung, daß Polen auf jeden Fall sozialistisch bleiben werde. Die Anmerkung, daß die Polen über das „wie" zu entscheiden hätten, habe ich nur als Façon verstanden. Schließlich, so Axen, müsse bei der Betrachtung der polnischen Lage der Zusammenhang mit dem Thema „Sicherheit und Entspannung in der Welt" berücksichtigt werden.

Zum Schluß der Unterhaltung habe ich Axen mein Beileid zum Tode von Dr. Michael Kohl[22] ausgesprochen. Axen dankte. Er werde meine Kondolenzäußerung dem Generalsekretär übermitteln.

[gez.] Bölling

VS-Bd. 13212 (210)

20 Ministerialdirigent Bräutigam gab am 10. Juli 1981 einen Überblick über verschiedene politische Gruppierung und Strömungen in Polen. So habe das sogenannte „Kattowitzer Forum" erstmals am 15. Mai 1981 getagt und eine Erklärung verabschiedet, die den „bis dahin schärfsten Angriff enthielt, der innerhalb und außerhalb Polens gegen die ‚Erneuerung' geführt worden ist". Das „Kattowitzer Forum" sei neben anderen Gruppierungen als „Sammelbecken der vom Ausschluß von der Macht, zumindest aber von Machteinbuße bedrohten orthodoxen Partei anzusehen". Vgl. Referat 214, Bd. 132912.

21 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

22 Der stellvertretende Außenminister der DDR, Kohl, verstarb am 4. Juli 1981.

193

Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-4304/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 9. Juli 1981, 18.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1186 **Ankunft: 9. Juli 1981, 18.42 Uhr**
Cito

Betr.: Lage in Polen;
hier: Sitzung des NATO-Rats am 8.7.1981

Bezug: 1) DB 1047 vom 11.6.81 – I-322 POL-2149/81 VS-v[2]
2) Erlaß vom 1.7.81 – 214-320.10 POL VS-NfD[3]

Zur Unterrichtung

I. 1) NATO-Rat befaßte sich am 8.7.81 ausführlich mit politischer, wirtschaftlicher und militärischer Lage in und um Polen vor dem 9. Außerordentlichen Parteitag der PVAP.[4] Fast alle Verbündeten (Ausnahme GRI, ISL, PTG) meldeten sich zu Wort.

2) Es bestand Übereinstimmung, daß sich die Lage trotz der derzeitigen Warnstreiks dank der geschickten Regie der Gemäßigten um Kania etwas entspannt[5] habe und mit einer Verschiebung des Parteitags oder einer militärischen Intervention der SU im Zusammenhang mit dem Parteitag nicht mehr zu rechnen sei. Der Besuch Gromykos[6] deute an, daß sich die SU mit augenblicklicher Situation abgefunden habe und Risiko und Preis einer gewaltsamen Intervention scheue, solange polnische Führung gewisse Spielregeln einhalte. Die Stellung Kanias hänge davon ab, ob er die Sanierung der katastrophalen wirtschaftlichen Lage und die Reformbewegung in den Griff bekomme. Die SU hielte sich die Option einer militärischen Option durch hohen Bereitschaftsstand und Ver-

1 Hat in Vertretung des Ministerialdirigenten Bräutigam Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron am 10. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Treskow vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte und handschriftlich vermerkte: „Uml[auf].“
Hat den Legationsräten I. Klasse Lang und Brümmer sowie Legationsrat Kröger am 10. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Keil am 17. Juli 1981 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte mit, der Ständige NATO-Rat habe in einer Sitzung im kleinsten Kreis am 9. Juni 1981 beschlossen, am 8. Juli 1981 eine Sondersitzung zur Lage in Polen abzuhalten. Wieck gab Anregungen für den Inhalt seiner Äußerungen in der Sondersitzung und bat um Weisung sowie „um laufende Unterrichtung über die aktuelle Entwicklung in Polen einschließlich der militärischen Lagefortschreibung“. Vgl. VS-Bd. 10289 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Aufzeichnungen zur Lage in Polen vor dem IX. Außerordentlichen Parteitag der PVAP vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau sowie zur sowjetischen Haltung. Für den Schrifterlaß vgl. Referat 214, Bd. 132912.

4 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

5 Die Wörter „etwas entspannt“ wurden von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Veraltet?!“

6 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich vom 3. bis 5. Juli 1981 in Polen auf. Referat 214 notierte dazu am 6. Juli 1981, es handele sich um einen „Parteibesuch“ auf Einladung des ZK der PVAP: „Besuch dürfte – nach Suslow-Besuch Ende April und KPdSU-Brief 5.6. – als erneuter Versuch angesehen werden, polnische Führung ‚zur Umkehr‘ zu bewegen.“ Vgl. Referat 214, Bd. 132912.

besserungen bei Kommunikation und Logistik weiterhin offen, nicht zuletzt, um auf Polen Druck auszuüben. Der Westen müsse sehr vorsichtig operieren.[7]

II. Im einzelnen

1) Diskussion wurde eingeleitet durch kurze Stellungnahme des Vorsitzenden des Military Committee (MC), Admiral Falls, über aktuelle militärische Lage und über Behandlung eines Antrags von SACEUR[8] über Freigabe gewisser militärischer Vorsichtsmaßnahmen (CMCM-11-81), der vom MC (und vom Rat in inoffizieller Aussprache beim Private Luncheon am 7.7.81) als verfrüht abgelehnt worden war. Britischer Ständiger Vertreter begrüßte ausdrücklich Stellungnahme des MC zu SACEUR-Antrag.

Admiral Falls betonte, daß SU jederzeit zu Intervention mit reduzierten Truppenkontingenten in der Lage sei, daß derartige Aktion jedoch unwahrscheinlich, da mit zu hohem militärischen Risiko verbunden. Bei einer massiven Intervention mit allen erforderlichen Kräften betrage die Vorwarnzeit für die NATO wahrscheinlich zwei Wochen. Frage des belgischen Ständigen Vertreters[9], ob NATO Erkenntnisse über reduzierte sowjetische Materiallieferungen an polnische Armee vorlägen, verneinte Falls.

2) Britischer Ständiger Vertreter Sir Clive Rose informierte über Gespräche Lord Carringtons in Moskau über Lage in Polen[10], die Briten Eindruck vermittelt hätten, SU könne mit Ergebnis der Delegiertenwahl zum 9. Sonderparteitag[11] der PVAP leben. Britischer Botschafter in Warschau[12] habe über Gespräch mit Dobrosielski über Gromyko-Besuch berichtet, in dem sich Dobrosielski relativ optimistisch über Ergebnis dieses Besuchs geäußert habe, was auch im Kommuniqué[13] zum Ausdruck gekommen sei. Gromyko habe sich davon überzeugen können, daß die PVAP weiterhin unter Kontrolle der Führung stehe.[14]

GB bewertete Situation dahingehend, daß sich SU Preis einer Intervention bewußt sei und nach Möglichkeit, militärischen Eingriff zu vermeiden, suche. SU sei heute bereit, eine Entwicklung zu akzeptieren, die sie vor einem Jahr niemals hingenommen hätte. Dennoch gäbe es weiterhin eine Schwelle, bei deren

7 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil.

8 Bernard W. Rogers.

9 Michel van Ussel.

10 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14.
Gesandter Huber, Moskau, teilte am 6. Juli 1981 mit, nach Auskunft Carringtons sei das Thema Polen während des Mittagessens erörtert worden: „Carrington leitete das Gespräch über Polen mit der Erwähnung des Czyrek-Besuchs in London ein. Dabei sei deutlich geworden, daß die wirtschaftliche Situation auf die politische Situation einen nicht zu unterschätzenden Einfluß habe. Gromyko räumte ein, die wirtschaftliche Situation sei in der Tat sehr schlecht. Polen benötige jetzt einige Kredite. Er glaube jedoch nicht, daß die politische Situation sich allzu schlecht darstelle." Huber berichtete weiter: „Lord Carrington hatte den Eindruck, daß eine sowjetische Intervention in Polen beim gegenwärtigen Stand der Dinge nicht bevorstehe und daß der Parteitag zum vorgesehenen Termin stattfinden werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2595; Referat 213, Bd. 133205.

11 Korrigiert aus: „3. Sonderparteitag".

12 Cynlais Morgan James.

13 Für den Wortlaut des Kommuniqués über den Besuch des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 3. bis 5. Juli 1981 in Polen vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 482–485.

14 Der Passus „PVAP weiterhin … Führung stehe" wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Aber die Führung hat sich doch geändert."

Überschreitung die SU – ungeachtet einer Begründung vor der Weltöffentlichkeit[15] – zur Intervention bereit sei. Ihre essentiellen Forderungen sind:

– Polen muß weiterhin dem WP angehören.
– Kommunikations- und Versorgungsverbindungen zwischen SU, DDR und ČSSR dürfen nicht gefährdet werden.
– Die öffentliche Ordnung darf nicht zusammenbrechen.
– PVAP muß marxistisch-leninistisch bleiben.
– Die polnische Entwicklung darf nicht auf andere WP-Verbündete übergreifen.

Sir Clive Rose regte an, die SU weiterhin über konkrete Reaktionen des Westens im Falle einer Intervention im unklaren zu lassen[16], aber gleichzeitig deutlich zu machen, daß Preis für eine Intervention hoch sein wird.

3) Französischer Ständiger Vertreter Arnaud beschäftigte sich ausführlich mit Gromyko-Besuch. Kommuniqué mache deutlich, daß SU wieder stärker Begründung für Entwicklung in Polen auf Einwirken von außen verlagere, was polnische Führung ihrerseits entlaste[17]. Taktik der SU solle der Westen mit Gelassenheit begegnen, da damit das in sowjetischen Augen kleinere Übel angeprangert werde. Die Ausführungen im Kommuniqué über Parteitag seien so konkret, daß Gewißheit über dessen Stattfinden nicht mehr in Frage gestellt werde. SU suche anscheinend Ausweg aus Sackgasse, in die sie sich mit Brief der KPdSU an Führung der PVAP[18], der im Gegensatz zu seiner Absicht Kania gestärkt habe, hinbewegt habe. Der Westen müsse jetzt jeden Eindruck vermeiden, als wolle er „ins Feuer blasen“, ohne dabei so zu tun, als wolle man Afghanistan vergessen.

4) Niederländischer Ständiger Vertreter Barkman argumentierte auf gleicher Linie wie GB und F. SU habe sich mit Parteitag abgefunden. Gromyko habe zweifellos die polnische Führung gewarnt, Dinge während des Parteitages nicht zu weit treiben zu lassen. Statt der polnischen Führung müsse erneut der Westen als Prügelknabe herhalten. Bisher habe SU im wirtschaftlichen Bereich noch nicht Druck auf die polnische Führung ausgelöst. Eine Drohung, die Wirtschaftshilfe in Zukunft einzustellen (SU habe seit August 1980 Kredit in Höhe von etwa 2,5 Mrd. Dollar in harter Währung gewährt), sei jedoch nicht auszuschließen. Reformen seien mit leerem Magen unter Umständen weniger attraktiv.

5) Norwegischer Ständiger Vertreter[19] regte an, sowjetische Haltung und Absichten in Polen-Krise ausführlicher zu untersuchen. Die führende Rolle der Kommunisten sei für SU entscheidend. Kania habe die Vorbereitungen zum Parteitag relativ erfolgreich gehandhabt.

NWG sehe in Kommuniqué zu Gromyko-Besuch auch explizit Warnung an PVAP, den sozialistischen Weg nicht zu verlassen. DDR-Medien kritisierten wei-

15 Der Passus „ungeachtet … Weltöffentlichkeit“ wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil.

16 Der Passus „SU weiterhin … unklaren zu lassen“ wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil.

17 Die Wörter „was polnische Führung ihrerseits entlaste“ wurden von Legationsrat Kröger durch Häkchen hervorgehoben.

18 Für den Wortlaut des Schreibens des ZK der KPdSU vom 5. Juni 1981 an das ZK der PVAP, das am 11. Juni 1981 veröffentlicht wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 470–472.

19 Kjeld Vibe.

terhin vornehmlich die PVAP. NWG erwarte vom 9. Sonderparteitag keine spektakulären[20] Ergebnisse.

6) Amerikanischer Ständiger Vertreter Bennett bezeichnete militärische Lage in und um Polen als relativ ruhig. Übungen auf niedriger Ebene würden jedoch fortgesetzt, um Einsatzbereitschaft zu erhöhen. Zwei sowjetische Fernmeldeeinheiten (Größe nicht spezifiziert) seien an die Grenze verlegt worden.[21]

Kania habe Parteitag weitgehend unter Kontrolle, obwohl bis zu 80 v. H. der Delegierten zum ersten Mal teilnähmen (unsere Schätzung: 70 v. H.). Gemäßigte hätten sich jedoch durchgesetzt. Die Rolle der Falken sei weiterhin ungewiß, da sie letztlich nur auf persönlichen Einsatz Kanias hin gewählt worden seien. Gromyko-Besuch habe keine Überraschungen gebracht. Die SU habe realisiert, daß es nicht so einfach sei, Kania loszuwerden. Der Brief „von Partei zu Partei" habe Kania eher geholfen statt geschadet.

Die wirtschaftliche Lage sei weiterhin katastrophal.[22] Die Industrieproduktion sei in den ersten Monaten des Jahres 1981 zwischen 13 v. H. und 15 v. H. im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Lediglich in der Landwirtschaft zeichne sich eine Verbesserung ab.[23] Polnische Regierung habe USA um Lieferung von 400 000 t Getreide für Monat September gebeten. Die jährlichen Zinsen für die Westverschuldung betrügen z. Z. 2,5 Mrd. Dollar in harter Währung[24]. Ohne weitere Hilfe von außen könne Polen seine wirtschaftlichen Probleme nicht lösen. Die westlichen Maßnahmen seien ein entscheidender Faktor, um SU von Intervention in Polen abzuschrecken.[25]

7) Die übrigen Wortmeldungen bewegten sich im Rahmen dieser Einschätzungen. Kanadischer Ständiger Vertreter[26] vertrat Auffassung, daß Mehrheit der Delegierten zum Parteitag eher rechts anzusiedeln sei. B äußerte Vermutung, daß Parteitag länger als vorgesehen dauern könnte. Türkischer Ständiger Vertreter[27] berichtete über Gespräch türkischen Außenministers mit Außenminister Chňoupek in Prag[28], aus dem hervorgehe, daß ČSSR fest mit Durchführung des Parteitages rechne.

8) Ich habe in meiner Stellungnahme auf Basis der Weisungen und laufender Berichterstattung der Botschaft Warschau und unter Bezugnahme auf einzelne Ausführungen mehrerer Botschafter argumentiert. Dabei habe ich zur Vervollständigung des Gesamtbildes der Diskussion Aspekte der enormen polnischen Wirtschaftsprobleme dargestellt. Außerdem bin ich auf die Lage in der Führung der PVAP und auf die eventuelle politische Zukunft Jaruzelskis eingegangen.

[gez.] Böcker

VS-Bd. 13315 (214)

20 Korrigiert aus: „spekulativen".
21 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil.
22 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil.
23 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil und Ausrufezeichen.
24 Der Passus „2,5 Mrd. Dollar in harter Währung" wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil.
25 Dieser Satz wurde von Legationsrat I. Klasse Lang hervorgehoben. Dazu Pfeil.
26 John Gelder Horler Halstead.
27 Osman Olçay.
28 Der türkische Außenminister Türkmen hielt sich vom 29. Juni bis 2. Juli 1981 in der ČSSR auf.

194

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-363.11/16-2393/81 geheim **10. Juli 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2] mit der Bitte um Zustimmung zu Punkt III.

Betr.: Teilnahme der Standing Naval Force Atlantic (STANAVFORLANT) der NATO unter deutscher Beteiligung an US-Manöver außerhalb des NATO-Vertragsgebiets[3]

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Wagner konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 13. und am 17. Juli 1981 erneut vorgelegen. Am 17. Juli 1981 vermerkte er handschriftlich: „R[e]g[istratur] b[itte] eine Abl[ichtung] (nur der Deckaufz[eichnung])."
Hat Bundesminister Genscher am 20. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ich frage mich, ob die Teilnahme in der Karibik politisch weise ist. Bu[ndes]K[anzler] teilt Bedenken. Deshalb mein Vorschl[a]g: Gespr[äch] BuK, BMV, AM."

2 Hat Staatssekretär von Staden am 10. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister vorgelegt. Herr Min[ister] Apel soll seinerseits heute entscheiden (voraussichtlich positiv). Wenn Min. Apel die Teilnahme als im Einklang mit den BSR-Richtlinien ansieht – was nur er beurteilen kann –, dann sollten wir keine außenpol[itischen] Einwendungen erheben."
Auf einem Begleitvermerk vermerkte Staden am 10. Juli 1981: „Zur D[irektoren]b[esprechung] am 13.7.: Ich bitte Abt. 2 vorzutragen, ob BM Apel zugestimmt hat. Wenn ja, würde ich BM vorschlagen, keine Einwendungen zu erheben. Bitte Dg 20 oder RL 201 vorwarnen, damit sie schon Feststellungen über Wochenende treffen können. Bitte AL 2 und GL 23 im BK unterrichten (201)."
Hat Ministerialdirigent Dröge am 13. Juli 1981 vorgelegen, der den Passus „Zur Db … zu erheben" mit der Ziffer 1 und den Passus „Bitte Dg 20 … (201)" mit der Ziffer 2 bezeichnete und handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte: „Dg 22 ist wegen 1) unterrichtet. Bitte um Veranlassung zu Ziff[er] 2)."
Hat Hofmann am 13. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Habe Herrn Kujat, ChBK, am 13.7. unterrichtet. Er wird seinerseits StS im BK-Amt unterrichten. Auch er hält posit[ive] Entscheidung für BSR-konform." Vgl. den Begleitvermerk vom 10. Juli 1981; VS-Bd. 10315 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Auf einem undatierten weiteren Begleitvermerk vermerkte Staden für Bundesminister Genscher: „BM Apel hat vor Urlaubsantritt nicht mehr befaßt werden können. StS Leister hat in Vertretung positiv entschieden, jedoch gebeten, zusätzlich das Einverständnis von PStS Dr. Penner einzuholen. Dies wird am Montag, 20.7., geschehen. Unter diesen Umständen empfehle ich zuzustimmen unter dem Vorbehalt, daß die Amtsleitung des BMVg die Übereinstimmung unserer Teilnahme an dem Manöver mit den BSR-Richtlinien feststellt und daß auch erst dann eine positive Mitteilung an die NATO ergeht."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 17. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 20. Juli 1981 vorgelegen, der das Wort „Penner" hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Ist geschehen."
Hat Staden am 20. Juli 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Legationssekretär Krekeler vermerkte: „B[itte] bei MB feststellen, ob diese Vorgänge zur vorgez[ogenen] Besprech[un]g bei BK gebraucht werden."
Hat Braunmühl am 22. Juli 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich für Referat 014 vermerkte: „Unter Bezugnahme auf heutiges Gespräch BM–StS v[on] St[aden]: Inzwischen bemüht sich BK-Büro um T[ermin] für Ministergespr[äch] BK, BM, Apel."
Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 23. Juli 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staden verfügte und handschriftlich vermerkte: „Unter Hinweis auf Bemerkungen BM)."
Hat Staden am 27. Juli 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte.
Hat Krekeler am 27. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl[edigt]."
Hat Pfeffer am 28. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 201 vermerkte: „Bitte Anruf."
Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 29. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Erl." Vgl. den undatierten Begleitvermerk; VS-Bd. 10315 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

Bezug: 1) NATO-Dokument IMSWM – JIQ-177-81 vom 1.7.1981[4]
2) Protokoll der 4. Sitzung des BSR am 8. Mai 1981
– ChBK 23-144 32-6/81 geh. vom 21. Mai 1981[5]

Anlg.: 2 (201-2358/81 VS-v[6], 201-1924/81 geh., 4. Ausf.[7])

I. 1) Vom 1. August bis 15. Oktober 1981 wird das seit Jahren größte US-Seemanöver „Ocean Venture" in mehreren Phasen abgehalten. Einzelschauplätze sind u. a. der Südatlantik, die Karibik, Norwegensee, Nordsee, Ostsee. „Ocean Venture" ist mit den im September 1981 stattfindenden NATO-Manövern „Magic Sword North" (Norwegensee), „Magic Sword South" (Nordsee) und „Ocean Safari" (Golf von Biskaya) verbunden.

Zusammen mit der US-Flotte nehmen an „Ocean Venture" teil:

– Der multinationale NATO-Verband STANAVFORLANT, der sich zu dieser Zeit aus Kriegsschiffen der Bundesrepublik Deutschland, Großbritanniens, Kanadas, der Niederlande und der USA zusammensetzt;
– Einheiten der NATO-Partner BR Deutschland (Nordsee und Ostsee), Belgien, Frankreich, Dänemark, Großbritannien, Kanada, Norwegen, Niederlande, Portugal;
– Einheiten der Nicht-NATO-Partner Spanien (Nordatlantik) sowie Argentinien, Brasilien, Kolumbien, Uruguay und Venezuela (Südatlantik).

2) Im Rahmen der Teilnahme von STANAVFORLANT sind auch Übungen mit der US-Flotte außerhalb des NATO-Vertragsgebiets vorgesehen (Zeitpunkt 7. bis 10. August 1981; Schauplatz Seegebiet um Vieques Island bei Puerto Rico, ca. 7 sm nördlich – 250 sm südlich des Wendekreises des Krebses). NATO-Prozedur entsprechend, bat der Alliierte Oberbefehlshaber Atlantik (SACLANT)[8] die Mitglieder des NATO-Militärausschusses am 1.7.1981 um Zustimmung zu dieser Operation (Out-of-area-deployment).

(Termin: 14. Juli 1981)

3) Die STANAVFORLANT hat bereits früher mit deutscher Beteiligung an US-Übungen in der Karibik südlich des Wendekreises des Krebses teilgenommen (1968, 1972, 1974, 1976, 1977, 1978).

4) Die NATO-Oberbefehlshaber entwickelten 1980 ein „Concept of Maritime Operations" (CONMAROPS), dem die Bundesregierung mit BSR-Beschluß am 5. Mai 1981 u. a. unter der Bedingung zugestimmt hat, daß „maritime Präsenzoperationen von NATO-Staaten außerhalb des NATO-Vertragsgebiets als Handlungen souveräner Bündnisstaaten und nicht als Bündnisaktion durchgeführt werden müssen".

Fortsetzung Fußnote von Seite 1024

3 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

4 Für das Dokument vgl. VS-Bd. 10315 (201). Vgl. Anm. 6.

5 Für das Protokoll vgl. VS-Bd. 11289 (220).

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das undatierte „Memorandum for the Secretary General, North Atlantic Treaty Organisation" (Anlage 1) vgl. VS-Bd. 10315 (201).

7 Dem Vorgang beigefügt. Für den Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 8. Mai 1981 (Anlage 2) vgl. VS-Bd. 10315 (201).

8 Harry D. Train.

5) Aus bündnispolitischen Gründen und mit Rücksicht auf den Standardcharakter der Übung hat das BMVg (Fü S III) gleichwohl dem Generalinspekteur[9] die Zustimmung zur Teilnahme von STANAVFORLANT an der US-Übung vorgeschlagen. Der deutsche Vertreter im Militärausschuß[10] soll hierzu erklären, daß die Zustimmung unter der Voraussetzung erfolge, daß die Übung mit Teilen noch im NATO-Vertragsgebiet liege und keine Nicht-NATO-Flotten einschließe. Die Zustimmung sei auf den vorliegenden Einzelfall begrenzt und habe keine präjudizierende Wirkung. In Zukunft sollten Übungen außerhalb des NATO-Bereichs auch in ihren politischen Aspekten frühzeitig konsultiert werden.

II. 1) Für deutsche Zustimmung zur Übung des NATO-Flottenverbands außerhalb des NATO-Bereichs sprechen folgende Gründe:

a) Grundgesetz-konforme bisherige Praxis (Übungstätigkeit ist kein „Einsatz" im Sinne Art. 87 a II GG[11]). Andernfalls würde die NATO den das Manöver beobachtenden Sowjets die Aufgabe einer Praxis signalisieren. Dies könnte zu einer faktischen Selbstbeschränkung auf Dauer führen.

b) Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch eine „no cost/low cost-Maßnahme" in einem besonders irritationsträchtigen Bereich. (Insbesondere wird uns bei Zustimmung der Vorwurf erspart, wir wollten Nutznießer der amerikanischen militärischen Präsenz jenseits des NATO-Bereichs ohne Bereitschaft zum „burden sharing" sein.)

2) Seit Afghanistan ist die Frage eines Operierens der Bundesmarine außerhalb des NATO-Bereichs von besonderer Sensibilität. Dies hat sich in dem zitierten BSR-Beschluß niedergeschlagen. Die Zustimmung zu der Übung von STANAVFORLANT ist mit ihm jedoch vereinbar. Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine Standardübung zur Ausbildung, also nicht um einen Einsatz zur politischen Demonstration oder gar im Zusammenhang mit einer akuten Krise.

III. Vorschlag

Wir erheben keine Einwände gegen die Absicht des BMVg, der geplanten Übung von STANAVFORLANT in Bereichen südlich des Wendekreises des Krebses unter den vom BMVg vorgesehenen Auflagen zuzustimmen.[12]

i. V. Dröge

VS-Bd. 10315 (201)

9 Jürgen Brandt.

10 Ernst-Dieter Bernhard.

11 Für den Wortlaut von Artikel 87a des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 in der Fassung vom 24. Juni 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1968, Teil I, S. 711.

12 Kapitän zur See Krancke, Bundeskanzleramt, vermerkte am 28. Juli 1981 für Bundeskanzler Schmidt: „Das Gespräch mit BM Genscher und BM Apel vom 28. Juli 1981 über die deutsche Zustimmung zum Übungseinsatz der STANAVFORLANT außerhalb des NATO-Vertragsgebietes hat zu folgendem Ergebnis geführt: 1) Die Frage der Teilnahme der STANAVFORLANT an einer Übung in der Karibik außerhalb des NATO-Vertragsgebietes hat dazu geführt, daß sich die höchste politische Ebene mit dem Gesamtmanöver ‚Ocean Venture 81' beschäftigt hat. 2) Die Bundesrepublik Deutschland stimmt dem Vorhaben zu, allerdings mit der Auflage, daß 3) die STANAVFORLANT nicht zusammen mit Schiffen von Nationen übt, die nicht dem Nordatlantischen Bündnis angehören. 4) Die deutsche Zustimmung wird mit der Feststellung verbunden, daß mit diesem Ausbildungs-

195

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl, z.Z. Varna

010-1946/81 VS-vertraulich **10. Juli 1981**[1]

Betr.: Vier-Augen-Gespräch mit AM Mladenow am 8.7.1981, 16.00 Uhr bis 18.00 Uhr[2]

GK Mahrdt teilt über das Gespräch mit:

1) Bilaterale Beziehungen

Beide Seiten würdigten die positive Entwicklung der Beziehungen und waren sich einig, daß diese intensiviert werden sollten, nicht nur im Interesse beider Länder, sondern auch im Interesse des Friedens in der Welt. BM betonte den besonderen Wert der guten deutsch-bulgarischen Beziehungen im Hinblick auf den Einfluß, den beide Staaten als zuverlässige Partner ihres jeweiligen Bündnisses auf ihre Bündnispartner hätten.

2) Mittelstreckenwaffen

Mladenow argumentierte, daß die Durchführung des NATO-Beschlusses[3] das bestehende Gleichgewicht stören werde: Die Sowjets würden dadurch gezwungen, neue Waffensysteme einzuführen. Dies würde zu einer Eskalation der Aufrüstung mit enormen Kosten führen. M. behauptete, die Pershing II würde die sowjetischen Silos für Interkontinentalraketen erreichen und damit SALT II[4] praktisch aus den Angeln heben. BM erwiderte: Diese Frage sei in der NATO behandelt worden. Um ein solches Ergebnis, durch das sich die Sowjetunion bedroht fühlen könnte, zu vermeiden, sei beschlossen worden, die Reichweite der modernisierten westlichen Mittelstreckenraketen so zu begrenzen, daß sie die sowjetischen ICBM-Silos nicht erreichen können.

BM sprach sich für eine „Null-Lösung“ auf beiden Seiten aus: Wenn die SU alle Mittelstreckenraketen, die Westeuropa bedrohten, beseitigte, werde das Bündnis keine neuen Raketen aufstellen. Wenn die Sowjets ihren Bestand in erheblichem Umfange reduzierten, könnten auch wir entsprechend dem NATO-Beschluß eine Reduzierung prüfen.

M. hielt die Einbeziehung der amerikanischen FBS in die Verhandlungen für notwendig. Er nannte Raketen auf U-Booten und Flugzeugträgern sowie Flug-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1026

vorhaben kein neuer Sachverhalt realisiert wird, die vorgesehene Verbandsübung keine Operation im eigentlichen Sinne von ‚Out-of-Area-Activities‘ darstellt.“ Vgl. VS-Bd. 10315 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien vgl. auch Dok. 197.

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

4 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

zeuge in Griechenland und Türkei. Er behauptete, daß die SS-20 das sowjetische Mittelstreckenraketen-Potential nicht vergrößert, sondern durch einen überproportionalen Abbau der SS-4 und SS-5 sogar verringert habe. BM verwies darauf, daß die SS-20 durch ihre drei Sprengköpfe dreimal soviel Ziele zerstören könne wie die SS-4 oder SS-5 und durch die Nachladbarkeit sogar neunmal so viele.

Die Minister waren sich einig, daß sie die Daten und Zahlen in diesem Gespräch nicht abschließend erörtern und die Divergenz lösen könnten. Das müsse in den vorgesehenen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen geschehen. BM betonte, daß die Zahlen auf den Tisch müßten. Es bestand Einvernehmen, daß die Verhandlungen sehr bald aufgenommen und zügig geführt werden sollten. M. äußerte Zweifel am Verhandlungswillen der USA. BM widersprach und verwies auf die laufenden Kontakte Haigs mit Dobrynin[5] und das geplante Treffen Haig-Gromyko im September.[6] M. wandte ein, daß man in den bisherigen Begegnungen in Washington nicht einmal Einvernehmen über die technische Gestaltung der Verhandlungen (Ort, Zeit, Anzahl der Teilnehmer) erreicht habe.

BM äußerte die Überzeugung, daß die Amerikaner den aufrechten und ernsthaften Willen hätten, mit der SU zu einem Abkommen zu gelangen. Davon zeuge auch der handschriftliche Brief[7], den Reagan nach dem Attentat[8] und noch unter dessen Eindruck an Breschnew geschrieben habe und in dem er den aufrichtigen Willen zur Verständigung mit der SU zum Ausdruck gebracht habe. BM habe diesen Brief – als einziger westlicher Politiker – selbst gesehen.

M. setzte sich für den sowjetischen Moratoriumsvorschlag[9] ein, der dem Westen die Freiheit lasse, weiterzuproduzieren, während die Stationierung neuer Mittelstreckenwaffen während der Verhandlungen unterbleiben müsse. BM lehnte den Moratoriumsvorschlag mit dem Bild ab: Wenn sich jemand im Wald einem anderen, der eine Pistole trage, gegenübersehe, würde er sich nicht darauf einlassen, auf eine eigene Pistole zu verzichten, während man über die gegenseitige Sicherheit spreche.

3) KSZE-Folgetreffen Madrid

Beide Seiten betonten den Wunsch, zu vernünftigen, ausgewogenen Ergebnissen zu kommen. BM hob die Bedeutung eines konkreten Mandats für eine europäische Abrüstungskonferenz hervor. Auf Frage Ms. stellte er fest, daß die europäische Abrüstungskonferenz und die Wiener Verhandlungen[10] getrennt geführt werden sollen. Auch die LRTNF-Verhandlungen sollten getrennt von SALT geführt werden, aber in die weiteren SALT-Verhandlungen einmünden.

5 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, trafen zuletzt am 2. Juli 1981 zusammen. Vgl. dazu Dok. 174, Anm. 8.

6 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

7 Während seines Aufenthaltes im Krankenhaus aufgrund des Attentats vom 30. März 1981 schrieb Präsident Reagan im April 1981 einen handschriftlichen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Den Inhalt machte er in einer Rede vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062 f.

8 Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 11.

9 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

10 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 221.

4) Sowjetunion

BM erkundigte sich nach Breschnews Gesundheitszustand. M. bezeichnete Breschnews Gesundheit als im wesentlichen gefestigt. Doch die Jahre zehrten. Man müsse eines Tages mit dem Weggang Breschnews rechnen. Die auf Frieden und Entspannung gerichtete Politik der SU werde sich jedoch nicht ändern. Allerdings würden neue Persönlichkeiten auch neue Nuancen bei der Durchführung dieser Politik bringen. Beide Minister waren sich einig, daß auch im Hinblick auf die Persönlichkeit Breschnews als eines Garanten für den Frieden der Verhandlungsprozeß unbedingt beschleunigt werden müsse.

5) Polen

Auf Bitten des Ministers berichtete M. ausführlich über die RGW-Tagung in Sofia.[11] Er merkte dazu an, daß nicht alles wie Milch und Honig fließe. Jedes Land habe eigene Interessen. Die sozialistischen Länder hätten beschlossen, Polen zu helfen. Polen sei allerdings nicht das Hauptthema gewesen. Im übrigen stellte M. fest, daß im sozialistischen Lager an keiner Stelle, zu keiner Zeit und von keiner Person eine militärische Intervention in Polen in Erwägung gezogen worden sei. Polen müsse seine Probleme allein lösen. Dies werde außerordentlich erschwert durch die katastrophale wirtschaftliche Lage. Westliche Kreise übten durch Propaganda über Rundfunkstationen und Gewerkschaften schädlichen Einfluß auf Polen aus. BM legte dar, daß wir für Wirtschaftshilfe an Polen seien, aber jegliche Einmischung strikt ablehnten. Dies sei unsere Haltung, die im Westen abgestimmt sei. M. erklärte, daß Dinge wie Besetzung von Polizei-Revieren und Krawalle nicht geduldet werden könnten. Die polnische Regierung müsse scharf durchgreifen, um Provokationen zu verhindern.

6) Amerika-Politik

Auf Bitten Ms. erläuterte BM: Es sei eine verbreitete Annahme, daß mit der neuen amerikanischen Administration die Erfahrungen der vorherigen Regierungen verlorengegangen seien. Tatsächlich aber stünden eine Reihe wichtiger Persönlichkeiten in der neuen Administration dafür, daß die gemeinsam erarbeitete Linie fortgeführt werde. Persönlichkeiten wie Haig, Stoessel, Eagleburger verfügten über eine profunde Kenntnis der politischen und militärischen Lage in Europa. Sie sorgten für Kontinuität. M. äußerte sich besorgt über Weinberger und über die mangelnden Kontakte mit den neuen Leuten in Washington.

Braunmühl

VS-Bd. 14099 (010)

11 Zur 35. Tagung des RGW vom 2. bis 4. Juli 1981 vgl. Dok. 188, Anm. 22.

196

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 10. Juli 1981, 13.18 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 70 Ortez

Zum Gespräch mit der DDR über Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung am 3.7.1981 in Berlin (Ost)

1) Am 3. Juli 1981 fand mit der DDR in Berlin (Ost) ein ganztägiger Meinungsaustausch über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle statt. Die Gespräche wurden auf unserer Seite von Botschafter Ruth geführt. Gesprächspartner auf seiten der DDR war Hauptabteilungsleiter der Abteilung Grundsatzfragen und Planung im DDR-Außenministerium, Krabatsch. Dg 22 wurde von Vizeaußenminister Neugebauer zu einem einstündigen Gespräch empfangen.[2]

2) Die Besprechungen fanden in einer sachbezogenen, insgesamt angenehmen Atmosphäre statt. Die DDR-Seite hat den Gesprächskontakt als wichtigen Beitrag zur allgemeinen Abrüstungsdiskussion zwischen Ost und West bezeichnet und stellte insbesondere die Bedeutung der beiden deutschen Staaten in diesem Zusammenhang heraus. Dg 22 betonte, daß wir den Meinungsaustausch als Kontakt in einer schwierigen Zeit begrüßten und hofften, daß er zur Versachlichung der Diskussion beitragen möge. Krabatsch stellte mit ausdrücklichem Bezug auf die Äußerungen Honeckers im Rechenschaftsbericht zum X. Parteitag[3] einen Zusammenhang zwischen Bewegung in den deutsch-deutschen Beziehungen und unserer Haltung in Abrüstungsfragen her. Wir haben nachdrücklich unterstrichen, daß insbesondere menschliche Erleichterungen für sich selbst dem Frieden dienen und nicht von Abrüstungsergebnissen abhängig gemacht werden könnten.

3) Wir hatten vorgeschlagen, vor allem aktuelle Abrüstungsfragen aus dem VN-Bereich zu behandeln. Demgegenüber legte die DDR-Seite besonderen Wert auf die Erörterung der Mittelstreckenproblematik. Dg 22 nutzte die Gelegenheit zur ausführlichen Darstellung von Philosophie und Inhalt des NATO-Doppelbeschlusses sowie des unsere Besorgnis auslösenden militärischen Kräfteverhältnisses zugunsten der SU. Er begründete ferner eingehend die Ablehnung des

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.

2 Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, teilte am 7. Juli 1981 mit, das Gespräch des Botschafters Ruth mit dem stellvertretenden Außenminister der DDR, Neugebauer, am 3. Juli 1981 habe sich vor allem auf Abrüstungsfragen im Rahmen der Vereinten Nationen konzentriert. Neugebauer habe die „Notwendigkeit von konkreten Schritten“ und die Konzentration auf das „Machbare, um eine weltweite Katastrophe zu verhindern,“ betont und sich optimistisch gezeigt, „in absehbarer Zeit“ zu Vereinbarungen über chemische Waffen zu kommen. Ferner habe Neugebauer eine Initiative der DDR in der VN-Generalversammlung zur Fortsetzung von Abrüstungsverhandlungen angekündigt und eine Beteiligung der Bundesrepublik angeregt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 800; Referat 210, Bd. 132514.

3 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 11. April 1981 in Ost-Berlin vgl. HONECKER, Reden, Bd. 8, S. 7–142, besonders S. 26–29.
Zum X. Parteitag der SED vom 11. bis 16. April 1981 in Ost-Berlin vgl. Dok. 113, Anm. 5.

sowjetischen Moratoriumsvorschlags[4] und stellte heraus, daß sich die Vereinigten Staaten mit ihren Bündnispartnern intensiv und konsequent auf den Beginn der LRTNF-Verhandlungen im Herbst[5] vorbereiten. Die DDR-Seite vertrat bekannte sowjetische Positionen, insbesondere zum Moratoriumsvorschlag Breschnews.

4) Zur KAE stellte die DDR die sowjetische „Konzession" in der geographischen Frage[6] und die Erwartung einer westlichen Kompensation heraus. Wir unterstrichen die Bedeutung einer klaren Festlegung des geographischen Anwendungsbereichs ganz Europa als Teil eines präzisen Mandats. Bei MBFR plädierte die DDR-Seite für ein erstes Abkommen ohne Dateneinigung. Bezüglich der Abrüstungsdebatte in den VN und im Genfer Abrüstungsausschuß stand die Vorbereitung der zweiten SGV für Abrüstung im Mai 1982[7] im Mittelpunkt. Wir haben kurz das westliche Arbeitspapier dazu erörtert. Der Meinungsaustausch machte unterschiedliche Akzentsetzungen klar, zeigte aber auch Möglichkeiten begrenzten Zusammenwirkens bei konsensfähigen Themen. Dg 22 bezeichnete es als notwendig, zur Erleichterung konkreter Abrüstungsschritte die militärische Transparenz zu verbessern. Er unterstrich die Bedeutung, die wir dem gemeinschaftlichen Vorgehen der Zehn und der NATO-Abstimmung beimessen.

5) Es bestand prinzipielles Einvernehmen darüber, daß die Gespräche zu einem späteren Zeitpunkt fortgesetzt werden sollten. Dg 22 hat festgestellt, daß hierüber die Außenminister sprechen könnten, falls sie sich am Rande der GV der VN treffen.[8]

Steinkühler[9]

Referat 012, Bd. 124418

4 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

5 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

6 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.
Zum sowjetischen Vorschlag vom 9. Juni 1981 zum Mandat einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 170, Anm. 6.

7 Die zweite VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4069 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 16. Juli 1982; AAPD 1982.

8 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 275.

9 Paraphe.

197

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Varna, an Staatssekretär von Staden

114-4334/81 geheim
Fernschreiben Nr. 2
Citissime

Aufgabe: 10. Juli 1981, 12.50 Uhr[1]
Ankunft: 10. Juli 1981, 14.59 Uhr

Bitte sofort Herrn StS[2] vorzulegen

Betr.: Gespräch des Herrn Bundesministers mit Staatsratsvorsitzendem Schiwkow am 9.7.1981, 12.30 bis 13.30 Uhr[3]

Nach kurzer Einleitung, in der sich Schiwkow für die vom BM überbrachten Grüße des Bundespräsidenten und Bundeskanzlers bedankt und seine Zufriedenheit über die Tatsache und über den Verlauf des BM-Besuchs geäußert hatte, konzentrierte er sich fast ausschließlich auf den Doppelbeschluß der NATO vom 12.12.1979.[4] Er nahm dazu die Tischrede des BM vom 8. Juli[5] zum Anlaß.[6]

BM betonte, daß wir aufrichtig miteinander umgehen müßten. Nur dann ließen sich die Probleme lösen, und wir wollten sie lösen. Wir kennten Schiwkows Position in seinem eigenen Land, im Warschauer Pakt und im Verhältnis zur Sowjetunion. Wir setzten deshalb große Hoffnungen auf ihn. Wir wollten die bilateralen Beziehungen absichern, damit die internationale Lage nicht auf diese Beziehungen durchschlage. Eine Reihe wichtiger Entscheidungen stünde vor uns. Wenn es gelinge, in Madrid demnächst ein ausgewogenes und substantielles Resultat und ein präzises Mandat für eine Abrüstungskonferenz in Europa zu erreichen[7], würde das eine ähnliche Bedeutung haben wie seinerzeit die Schlußakte von Helsinki[8].

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 13. Juli 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz „z[ur] K[enntnisnahme]“ verfügte.
Hat Ploetz am 14. Juli 1981 vorgelegen.

2 Berndt von Staden.

3 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien vgl. auch Dok. 195.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vgl. Dok. 5, Anm. 10.

5 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher in Sofia vgl. BULLETIN 1981, S. 575–577.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Varna, notierte am 10. Juli 1981 über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow vor dem Abendessen am 8. Juli 1981 in Sofia: „M[ladenow] beschwerte sich zunächst darüber, daß BM in seiner Tischrede Kritik übte. BM erwiderte, seine Rede enthalte konstruktive Gedanken und Beiträge dazu, wie man in den aktuellen Krisenfragen zu Lösungen kommen könne. M. widersprach und teilte mit, daß er seine Rede habe ändern müssen, um den Standpunkt seiner Seite deutlicher zu erörtern, nachdem er hierüber mit Schiwkow gesprochen habe.“ Vgl. VS-Bd. 14099 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Zu den Bemühungen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid um eine Definition des geographischen Geltungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 207.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Zweitens gehe es darum, daß Verhandlungen zur Mittelstreckenproblematik zwischen der Sowjetunion und den USA aufgenommen und intensiv und zügig geführt würden. Das sei die zentrale Aufgabe im Ost-West-Verhältnis. Der Bundeskanzler und er, der Minister, hätten sich für den Doppelbeschluß der NATO verbürgt.

Wenn es nach uns ginge, würde sich die Rüstungsschraube nicht drehen. Wir hätten zwei Jahre zum Verhandeln Zeit, bevor die erste US-Mittelstreckenrakete in Europa stationiert werde. Wir seien vom Verhandlungswillen der USA überzeugt.

Uns wäre es am liebsten, wenn man sich ganz auf Verhandlungen konzentrieren würde. Die Sowjetunion mache einen Fehler, wenn sie eine Propagandawelle gegen die Bundesrepublik Deutschland, gegen den Bundeskanzler und den Bundesminister des Auswärtigen[9] in Gang setze. Die Bundesregierung trete aus tiefer Überzeugung für die Erhaltung des Friedens ein. Wir seien davon überzeugt, daß auch Moskau verhandeln wolle.

Schiwkow äußerte sich, zum Teil in leidenschaftlicher Form, folgendermaßen:

Die Bundesrepublik Deutschland und Bulgarien gehörten zu den kleineren Ländern, aber die Bundesrepublik Deutschland sei viel bedeutender als Bulgarien. Die Entscheidung der Bundesregierung in dieser Sache sei entscheidend. Sie habe heute die größte historische Verantwortung von allen westlichen Ländern. Ihre Entscheidung sei wichtiger als die Reagans. Wer heute ein Wettrüsten in Betracht ziehe, habe keine Ahnung von den technischen Entwicklungen. Weder die USA noch die Sowjetunion könnten ein Übergewicht beanspruchen oder erzielen. Wenn die USA neue Waffen einführten, werde die Sowjetunion sofort nachziehen.

Die Lage an der Südflanke beruhe auf einem ungefähren Gleichgewicht. Wenn es in Italien zur Aufstellung von Mittelstreckenwaffen käme, würde dieses Gleichgewicht gestört. Die Sowjetunion würde sofort Gegenmaßnahmen treffen. Im Mittel- und Nordabschnitt sei es nicht anders. Wenn Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland, einem Staat, der großes Prestige und bedeutenden Einfluß habe, aufgestellt würden, ergebe das eine neue Lage. Man könne dann keinen Dialog mehr mit uns führen, da diese Raketen von den USA „gesteuert“ würden (sic). Das wäre eine prinzipielle neue strategische Entwicklung. Aus dem Umrüsten würde Wettrüsten. Die Sowjetunion würde sofort nachrüsten. „Wir brauchen Dialog, Dialog, Dialog.“ Reagan und seine Administration

9 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl, z. Z. Varna, notierte am 10. Juli 1981 über ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem bulgarischen Außenminister Mladenow vor dem Abendessen am 8. Juli 1981 in Sofia: „M[ladenow] erwähnte den Prawda-Artikel mit Angriffen auf BM (‚Die Logik des Herrn Genscher‘). Er meinte, Gromyko habe wahrscheinlich nichts von dem Besuch des Ministers in Sofia gewußt, sonst hätte er den Artikel verhindert. BM erwiderte: Er glaube, daß Gromyko ziemlich gut über alles orientiert sei.“ Vgl. VS-Bd. 14099 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 10. Juli 1981 fand in Varna ein weiteres Gespräch zwischen Genscher und Mladenow statt. Braunmühl notierte dazu: „M. brachte von sich aus erneut die Rede auf den Prawda-Artikel mit Angriffen auf BM und erklärte, die Bulgaren hätten den Sowjets gesagt, daß der Prawda-Artikel in der bulgarischen Presse nicht nachgedruckt werde. Auf die Bemerkung BMs, daß neue Prawda-Artikel dieser Art kommen könnten, stellte M. fest: Es werde keine solchen Artikel mehr geben.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178840.

strebten ein Übergewicht an. Die Sowjetunion werde nicht angreifen. Wenn sie das wollte, wäre er als erster dagegen. Aber einen Gegenschlag würde die Sowjetunion führen. Die USA müsse mit der Sowjetunion sprechen. Dies sei die wichtigste aller Fragen. Bulgarien sei sehr besorgt, aber es habe keine Furcht.[10]

Es sei ganz falsch, daß die USA nun Angriffswaffen an China lieferten.[11] Die Aufrüstung Chinas werde zu Gegenmaßnahmen der Sowjetunion führen.

BM erwiderte: Sie haben von Ihren Sorgen gesprochen. Auch wir haben Sorgen. Wer die angesammelte Zerstörungskraft auf dieser Welt kennt, kann das Streben nach Übergewicht nur für illusorisch und selbstmörderisch halten. Sie haben unterschieden zwischen Sorge und Furcht. Auch wir haben Sorge, aber keine Furcht. Niemand wird uns einschüchtern.

Alle Entscheidungen, die wir in sicherheitspolitischen Fragen fällen, gehen ausschließlich von der Überlegung aus, ob dadurch ein Krieg unwahrscheinlicher gemacht werden kann. Also sagen auch wir: Dialog, Dialog, Dialog. Wir haben die Politik von 1969 nicht begonnen, um sie 1981 zu beenden. Ohne uns gäbe es keine Schlußakte von Helsinki. Wenn es zu einer KAE kommt – ohne uns wäre sie nicht zustande gekommen.

Wir müssen uns auf das konzentrieren, was in den nächsten zwei Jahren möglich ist. So ist auch meine Rede von gestern abend zu verstehen, als eine Rede der Sorge und des Dialogs. Die beiden Großmächte müssen die Verhandlungen ernsthaft in Angriff nehmen. Keine Seite darf der anderen bösen Willen unterstellen. In zwei Jahren läßt sich intensiv verhandeln. Man müßte zu einem Ergebnis kommen können.

10 Ministerialdirigent Bräutigam gab am 13. Juli 1981 eine Einschätzung der Äußerungen des Staatsratsvorsitzenden Schiwkow gegenüber Bundesminister Genscher am 9. Juli 1981 in Sofia. Die Bundesregierung könne „nicht ausschließen, daß die Sowjetunion zumindest erwägt, die Beziehungen der Warschauer-Pakt-Staaten zur Bundesrepublik insgesamt zu überprüfen, falls es zu einer Stationierung der TNF-Waffen bei uns kommen sollte. […] Auch wenn die Sowjets ungeachtet unserer Haltung in der TNF-Frage an der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik grundsätzlich festhalten werden – was ich für wahrscheinlich halte – so sind doch negative Rückwirkungen auf unsere Beziehungen zu anderen Warschauer-Pakt-Staaten denkbar. Das gilt insbesondere für unser Verhältnis zur DDR, die ebenfalls seit einiger Zeit auf den Zusammenhang zwischen der TNF-Problematik und der weiteren Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen hinweist. Diese Mahnungen sind m. E. ernst zu nehmen. Sie bedeuten, daß die kleineren Warschauer-Pakt-Staaten mit einer erheblichen Verengung ihres politischen Spielraums gegenüber der Bundesrepublik und anderen NATO-Staaten rechnen müssen, falls es zu einer TNF-Stationierung in Westeuropa kommt. […] Hinter den Äußerungen Schiwkows könnte auch die Sorge stehen, daß aus sowjetischer Sicht erfolglose TNF-Verhandlungen einem Führungswechsel in Moskau Vorschub leisten könnten mit unabsehbaren Folgen für die weitere Gestaltung der Ost-West-Beziehungen.“ Vgl. VS-Bd. 13311 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 159, Anm. 12.
Mit Schreiben vom 22. Juni 1981 an Bundesminister Genscher teilte der amerikanische Außenminister Haig zu seinem Besuch vom 14. bis 17. Juni 1981 in der Volksrepublik China mit: „We also indicated to the Chinese that the President intends to move toward treating requests for transfer of military equipment and technology in the same manner as we do with other friendly nations with whom we do not have an adversarial relationship. I wish to make it clear that I held no specific discussions on this issue in Beijing and that no decisions have been taken in Washington to sell arms to the Chinese. Rather, it is our intention to move into this sensitive area with prudence and only after full consultation with allied governments, other foreign friends, and with our own Congress.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 757 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Bente vom 7. Juli 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11190 (341); B 150, Aktenkopien 1981.

Hiernach ging das Gespräch auf bilaterale Themen über. Schiwkow wurde ruhiger und erinnerte an seinen Besuch in der Bundesrepublik 1975[12] und an den Gegenbesuch des Herrn Bundeskanzlers im Jahre 1979[13]. Er erklärte, er habe großes Vertrauen zum Bundeskanzler und zum Bundesminister und in die gute Entwicklung der deutsch-bulgarischen Beziehungen. Er lobte das Benehmen der deutschen Touristen in Bulgarien, das sich immer schon außerordentlich vorteilhaft von dem der Polen abgehoben habe. Es sei eben doch kein Zufall, was in Polen geschehe. Der Frage des BM nach den Gründen für die Lage in Polen wich Schiwkow aus. Bei Tisch äußerte er sich zum polnischen Thema eher in entspanntem Ton.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14099 (010)

198

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand

105-54.A/81 geheim **12. Juli 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten, M. François Mitterrand, unter vier Augen am 12.7.81 um 16.00 Uhr im Bundeskanzleramt;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung erklärte sich der *Bundeskanzler* erfreut über den ersten offiziellen Besuch Mitterrands in Deutschland.[2] Mit Interesse habe er gelesen,

12 Staatsratsvorsitzender Schiwkow und der bulgarische Außenminister Mladenow besuchten die Bundesrepublik vom 24. bis 28. November 1975. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 355 und Dok. 356.

13 Bundeskanzler Schmidt besuchte Bulgarien vom 2. bis 4. Mai 1979. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 120, Dok. 122 und Dok. 124.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 14. Juli 1981 gefertigt.
Hat Bundeskanzler Schmidt vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Geheim."
Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, übermittelte die Gesprächsaufzeichnung am 27. Juli 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler bittet, den Herrn Bundesminister ‚strikt persönlich' zu unterrichten."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 27. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Minister, s[iehe] bes[onders] S. 7 bis 10." Vgl. Anm. 26 und 57.
Hat Bundesminister Genscher am 28. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 29. Juli 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.
Hat Wallau am 7. August 1981 vorgelegen.
Hat Ploetz am 10. August 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 12./13. Juli 1981 anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 199–202.

was in den Zeitungen über die Zukunft des deutsch-französischen Verhältnisses geschrieben worden sei. Mit noch größerem Interesse habe er Kenntnis von den bisherigen Äußerungen Präsident Mitterrands und einiger seiner Minister hierzu genommen. Nach den Verbrechen Hitlers und dem Zweiten Weltkrieg sei das „rapprochement" zwischen Deutschland und Frankreich die erste entscheidende Leistung gewesen. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg habe er als junger Mann schon an der Verbreitung[3] der Vorstellungen Robert Schumans und Jean Monnets mitgewirkt. Er möchte dem französischen Präsidenten auch hier in der Bundeshauptstadt nachdrücklich versichern, daß er fest damit rechnen könne und müsse, daß die Bundesregierung an der deutsch-französischen Zusammenarbeit festhalte.

Präsident *Mitterrand* dankte für diese Worte. Bereits in Paris[4] habe er Gelegenheit gehabt, dem Bundeskanzler zu schildern, daß er sich schon vor sehr langer Zeit, das heißt vor über 30 Jahren, für die deutsch-französische Versöhnung eingesetzt habe. Als junger Politiker sei er 1948 als Staatssekretär bei dem damaligen Ministerpräsidenten Robert Schuman[5] dessen engster Mitarbeiter gewesen. Dem Gedanken des europäischen Aufbaus sei er immer treu geblieben. In bezug auf die Zukunft seien in der Presse viele phantasiereiche Äußerungen verbreitet worden. Er selbst – Mitterrand – halte es für „das einfachste, sehr einfach und deutlich zu sprechen", jedesmal, wenn man es mit schwierigen politischen Problemen zu tun habe. So seien einige Experimente, die die französische Innenpolitik betreffen und deren Gründe er noch Gelegenheit haben werde zu erläutern, nicht als Beispiel für die Nachbarstaaten gedacht. Sie entsprächen jedoch der Politik, die er für Frankreich für geeignet halte. Er habe im übrigen mit Interesse vermerkt, wie der Bundeskanzler und andere führende deutsche Persönlichkeiten darauf reagiert hätten.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, es gebe einige sozialpolitische[6] Punkte, in bezug auf die er der Auffassung sei, daß Frankreich manches nachzuholen habe. Auch aus eigenem deutschen Interesse lege man großen Wert darauf, daß entsprechende Fortschritte gemacht werden.

Präsident *Mitterrand* bemerkte, daß er gerne bereit sei, einige Ausführungen zu den wirtschaftlichen Aspekten der französischen Politik zu machen. Er stelle jedoch zunächst die Frage, in welcher Reihenfolge der Bundeskanzler die anstehenden Themen besprechen wolle.

Der *Bundeskanzler* antwortete, wenn Mitterrand einverstanden sei, möchte er gerne mit weltpolitischen Fragen anfangen und insbesondere über die Ost-West-Beziehungen, militärische Fragen, die Rüstungskontrolle, Polen, die Beziehungen zu den USA sowie den Nahen Osten und Afrika sprechen. Die wirtschaftli-

3 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Verwirklichung".

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 23./24. Mai 1981 in Frankreich auf. Vgl. dazu Dok. 153 und Dok. 154.

5 Die Worte „Robert Schuman" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Deshalb sollten wir an Schumans Europa-Vorstellungen (die uns näherstehen) anknüpfen statt an de Gaulle–Fouchets."

6 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

chen Fragen könnte er später auch mit Premierminister Mauroy erörtern.[7] Falls die Zeit reiche, schlage er vor, auch ein Wort über die kulturellen Beziehungen zu sagen.

Mitterrand erklärte sich bereit, mit den weltpolitischen Fragen zu beginnen.

Der *Bundeskanzler* führte dazu aus: Mit großer Aufmerksamkeit habe er alles gelesen, was Mitterrand und sein Außenminister[8] in jüngster Zeit öffentlich zu außenpolitischen und verteidigungspolitischen Fragen geäußert hätten. Er sehe keine wesentliche Frage, die Anlaß zu einer schwierigeren Erörterung zwischen den beiden Ländern geben könne. Ganz im Gegenteil: Er spreche Mitterrand gegenüber seinen sehr herzlichen Dank für einige Erklärungen aus, die dieser in seinem jüngsten Interview im „Stern" zu den nuklearen Mittelstreckenwaffen und den Beziehungen zur Sowjetunion gemacht habe.[9] Hierauf möchte er gerne zurückkommen. Er glaube, daß es im Verhältnis zur Sowjetunion, aber auch im Verhältnis zu den USA, für Frankreich und Deutschland vorteilhaft sei, wenn diese sich je nach ihren nationalen Interessen und Möglichkeiten in der gegenwärtigen Situation auf außenpolitischem und sicherheitspolitischem Gebiet abstimmen würden. Es werde ihn – den Bundeskanzler – sehr interessieren, wie sich Mitterrand die Entwicklung der Stellung Frankreichs in den kommenden sieben Jahren und die zukünftige französische Nah- und Mittelostpolitik sowie die Afrikapolitik vorstelle.

Der Bundeskanzler führte weiter aus, er möchte gerne etwas sagen über die Schwierigkeiten der geteilten deutschen Nation und die Besonderheiten im Verhältnis zu der Sowjetunion und der DDR sowie zu einigen anderen europäischen Staaten. In bezug auf die Nord-Süd-Fragen glaube er, daß heute zwischen der Bundesregierung und der neuen französischen Regierung[10] ein größeres Maß an Einvernehmen als früher bestehe. Daher erwarte er hier keine Schwierigkeiten. Schwierigkeiten könnte es dagegen auf wirtschaftlichem Gebiet geben.

Mitterrand erklärte, daß er sehr gerne seinen Standpunkt zum militärischen Kräfteverhältnis im Rahmen der Ost-West-Beziehungen ausführlich darlege. Bereits beim Abendessen des ER in Luxemburg habe er sich dazu geäußert.[11]

7 Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, informierte am 22. Juli 1981 über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem französischen Ministerpräsidenten am 12. Juli 1981. Mauroy sei dabei ausführlich auf die neue Wirtschaftspolitik der französischen Regierung eingegangen. Schmidt und Mauroy hätten „in hoher Einschätzung der Bedeutung des EWS" übereingestimmt. Mauroy habe zudem die Wichtigkeit des „deutsch-französischen Zusammenwirkens in wirtschaftlichen Fragen" betont. Vgl. Referat 202, Bd. 140630.

8 Claude Cheysson.

9 Vgl. den Artikel „‚Die deutsch-französische Freundschaft hängt doch nicht an einer Tasse Tee'"; STERN, Nr. 29 vom 9. Juli 1981, S. 80–84.

10 François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten und ernannte am selben Tag Pierre Mauroy zum Ministerpräsidenten.

11 Für die Ausführungen des Staatspräsidenten Mitterrand während eines Abendessens anläßlich der Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182.
Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 2. Juli 1981, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Robin, habe ihm gegenüber am Vortag erklärt, „im Verteidigungsbereich halte die französische Regierung an der ‚totalen Kontinuität' fest. Die nationale Verteidigung bleibe mit der multilateralen fest verbunden. Das zeige auch die französische Unterstützung des NATO-Doppelbeschlusses." Er, Pfeffer, habe daraufhin gefragt, „wie Mitterrands Bemerkung im Europäischen Rat (Kamingespräch) zu verstehen sei, das gestörte Gleichgewicht im Mittelstreckenbereich müsse durch den NATO-Doppelbeschluß korrigiert werden, die Dislozierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa werde allerdings Störungen des globalen Gleichgewichts nach sich ziehen. Robin antwortete,

Der Bundeskanzler werde ihm verzeihen, wenn er seine Gedanken in sehr einfacher Art und Weise entwickle: Er selbst glaube an „die Macht der einfachen Gedanken“: Der erste Teil seiner Argumentation laute wie folgt: Der Friede hänge ab vom Gleichgewicht zwischen dem Westen und dem Osten, und zwar von dem weltweiten strategischen Gleichgewicht ebenso wie von dem Gleichgewicht in Europa. Die Vorstellung, daß die USA viel stärker sein könnten als Rußland, würde ihm ebensoviel Angst einflößen wie die Vorstellung, daß Rußland viel stärker sein könnte als die Vereinigten Staaten. Er werde immer an der Seite dessen zu finden sein, der das Gleichgewicht wiederherstelle. Es sei aber seines Erachtens vorzuziehen, daß der Westen gegenüber dem Osten nicht im Vorteil sei, denn „ein großes Land wie Rußland“ würde eine derartige Bedrohung nicht lange hinnehmen.

Daher müsse man, bevor man eine Politik gestalte, untersuchen, von welchen Realitäten man dabei auszugehen habe. Es stelle sich zunächst die Frage, ob ein Gleichgewicht der Kräfte bestehe oder nicht, und wenn nicht, zu wessen Gunsten. Wenn man nun diese Frage an die Amerikaner richte, erhalte man die Antwort, die USA hätten vieles nachzuholen, da sie stark im Rückstand seien. Stelle man die gleiche Frage den Sowjets, erwiderten diese, die erstere Behauptung sei nicht zutreffend, die USA seien viel stärker als Rußland. Wo liege nun die Wahrheit? Diese Wahrheit gelte es zu ermitteln, bevor man eine Politik ausarbeite.

Er – Mitterrand – habe seine militärischen Experten befragt: Diese erklärten, weltweit bestehe mehr oder weniger ein strategisches Gleichgewicht, jedoch sei das taktische Gleichgewicht in Europa zugunsten der Russen unverändert. Hieraus ziehe er die Schlußfolgerung, daß zunächst das Gleichgewicht in Europa mit den Russen wiederhergestellt werden müsse.

Eine eingehendere Analyse der Lage führe zu besorgniserregenden Schlüssen: Solange das strategische Gleichgewicht zwischen den Russen und den Amerikanern gewahrt bleibe, sei zwar ein Krieg unmöglich, falls sich jedoch im Rahmen des weltweiten Gleichgewichts das europäische Gleichgewicht verschiebe, so könnte der Moment kommen, in dem westeuropäische Länder wie Deutschland und Frankreich Opfer einer sowjetischen Aggression würden, ohne die absolute Sicherheit einer amerikanischen Intervention zu haben. Selbst wenn eine derartige Sicherheit bestünde, wisse man nicht, was im Ernstfall mit bestimmten Ländern geschehen würde. Die Lage Frankreichs und Deutschlands unterscheide sich insofern, als Deutschland über keine eigenen Nuklearwaffen verfüge[12], während Frankreich im Besitz derartiger Waffen sei.

Der *Bundeskanzler* warf ein, nicht nur könnten die genannten Länder Opfer einer sowjetischen Aggression werden, sondern sie könnten schon früher potentielle Opfer einer potentiellen sowjetischen Nötigung[13] werden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1037

er kenne die genauen Ausführungen Mitterrands bisher nicht, aber wenn die Bemerkung so gefallen sei, vermute er den gleichen Zusammenhang. Auch die Auflösung der militärischen Blöcke gehöre zum jahrelangen Bestand sozialistischer Forderungen.“ Vgl. VS-Bd. 11091 (202); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Zur Verzichtserklärung der Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 153, Anm. 37.

13 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Aggression“.

Mitterrand erwiderte, mit dieser Bemerkung habe der Bundeskanzler das vorweggenommen, was er selbst auch habe sagen wollen. Die Tatsache, daß die Russen mit SS-20, Backfire und anderen Waffensystemen aufrüsteten bis zur Überrüstung, bedeute nicht, daß sie einen Krieg auslösen möchten, denn dies würde für sie selbst zu ernste Folgen haben. Sie möchten aber mit ihrer Bedrohung auch ohne Krieg „die Ergebnisse eines siegreichen Krieges herbeiführen". Er sei sich also mit dem Bundeskanzler darin einig, daß die Sowjets mit einer Kriegsdrohung die gleichen Ergebnisse erreichen könnten wie mit einem siegreichen Krieg. Er sei davon überzeugt, daß diese Bedrohung kompensiert werden müsse. Aus diesem Grunde habe er sich für eine Nachrüstung seitens der USA ausgesprochen.

Obwohl Frankreich nicht in der NATO integriert sei[14], habe er aber für sein Land die gleichen Schlüsse gezogen. So habe er beispielsweise ein siebtes Atom-U-Boot in Auftrag gegeben.[15]

Er komme nunmehr zum zweiten Teil seiner Argumentation, die ebenso einfach sei wie der erste: Nachzurüsten (frz. s'armer) halte er aus den schon geschilderten Gründen für gut, aber er sehe eine Gefahr in einer Einstellung, die besonders in den USA verbreitet sei und sich dadurch erkläre, daß die dortige Führung über die europäischen Realitäten nicht immer sehr gut informiert sei. Er – Mitterrand – „habe kein gutes Gefühl" bei dem Gedanken, daß Deutschland über keine eigenen Kernwaffen verfügen könne, während sich auf seinem Boden die größte Konzentration derartiger Waffen befinde und die Deutschen sich infolgedessen als Opfer eines möglichen Krieges sähen. Die Amerikaner hätten kein ausgeprägtes Empfinden für diese Situation. Sie hätten den Willen nachzurüsten, um den Russen ein Gegengewicht gegenüberzustellen, könnten jedoch dabei zu weit gehen und sich schließlich weigern, mit diesen zu verhandeln. Es sei sehr schwierig, den genauen Punkt festzustellen, bis zu dem man nachrüsten müsse, um das Gleichgewicht wiederherzustellen, und dem Zeitpunkt, in dem man verhandeln müsse. Beide Teile des Beschlusses[16] seien erforderlich, es stelle sich aber die Frage, wann der geeignete Zeitpunkt für die Verhandlung gekommen sein werde. Er – Mitterrand – würde sehr gerne die Auffassung des Bundeskanzlers hierzu erfahren.[17]

Der *Bundeskanzler* erklärte sich einverstanden mit Mitterrands grundlegenden Gedanken. Zu dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis habe er folgendes hinzuzufügen: Wenn man auch davon ausgehen könne, daß im Bereich der großen interkontinentalen Waffen ein Gleichgewicht bestehe, so sei das Gleichgewicht bei den Mittelstreckenwaffen gestört, bei den konventionellen Kräften habe in Europa nie ein Gleichgewicht bestanden. Es sei wichtig, dies zu wissen. Er sei nicht[18]

14 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

15 Staatspräsident Mitterrand befürwortete am 24. Juli 1981 in L'Ile Longue den Bau eines siebten Atom-U-Boots, das 1990 in Dienst gestellt werden solle. Ein sechstes Atom-U-Boot sollte 1985 geliefert werden. Vgl. dazu die Meldung „Mitterrand spricht sich für ein siebtes Atom-U-Boot aus"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. Juli 1981, S. 1.

16 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

17 Der Passus „Es sei sehr schwierig … hierzu erfahren" wurde von Bundeskanzler Schmidt hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

18 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

überzeugt davon, daß in jedem[19] Falle eines bewaffneten Konfliktes in Europa[20] es notwendig sein würde, nukleare Waffen ins Spiel zu bringen. In den letzten 30 Jahren habe es viele Konflikte gegeben, bei denen nie nukleare Waffen eingesetzt worden seien. Auch gegen Polen würde seiner Auffassung nach nicht mit nuklearen Waffen gekämpft werden. Die Russen seien seinerzeit gegen Ungarn[21] und die Tschechoslowakei[22] ebenso wie später gegen Afghanistan[23] immer mit konventionellen Streitkräften vorgegangen.

Dies ändere nichts an den grundlegenden Vorstellungen Mitterrands zu dem weltweiten und dem europäischen Gleichgewicht. Aber früher sei man davon ausgegangen, daß das konventionelle „Untergewicht" in Europa durch ein Übergewicht an Nuklearwaffen[24] kompensiert werden könne. Diese Zeiten seien nunmehr vorbei, denn die Russen besäßen derzeit ein Übergewicht sowohl bei den konventionellen als auch bei den nuklearen Waffen.

Präsident Mitterrand stelle nun die Frage, in welchem Zeitpunkt von Washington dem russischen Übergewicht ein Gegengewicht entgegengestellt werden könne und in welchem Zeitpunkt die Verhandlungen beginnen sollten. In diesem Zusammenhang brachte der Bundeskanzler das Gespräch auf die MBFR-Verhandlungen in Wien, die schon sehr lange dauerten[25], aber bisher leider keine Fortschritte gebracht hätten. Es sei jedoch gut, daß diese Verhandlungen überhaupt stattfänden. Das gleiche gelte für die Madrider KSZE-Folgekonferenz. Er erinnerte auch an die SALT-II-Verhandlungen über interkontinentale Waffen, die sechs bis sieben Jahre gedauert hätten, deren [26]Ergebnis jedoch von der Regierung Ford nicht akzeptiert[27] worden sei, während Carter eine Neuverhandlung vorgenommen[28] habe.[29] Präsident Reagan habe dann das Ergebnis erneut abgelehnt. Dies biete nun den Russen die Gelegenheit, sich als Friedensapostel darzustellen und zu behaupten, sie hätten einen Vertrag unterzeichnet, den die Vereinigten Staaten aber offenbar nicht wollten. Man beginne in Mitteleuropa einen schlechten Eindruck zu gewinnen, da man sich in bezug auf die Mittelstreckenraketen in der gleichen Lage befinde: Seit einem Jahr seien

19 Die Wörter „in jedem" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „im".

20 Die Wörter „in Europa" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

21 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

22 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

23 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

24 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Mittelstreckenraketen".

25 Die MBFR-Verhandlungen wurden am 30. Oktober 1973 in Wien aufgenommen.

26 Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

27 Die Wörter „nicht akzeptiert" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „abgelehnt".

28 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vorgeschlagen".

29 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

die Russen bereit zu verhandeln, werde behauptet, aber Reagan sei dazu nicht in der Lage (er – BK – meine, daß Reagan tatsächlich noch[30] nicht in der Lage sei zu verhandeln, weil ihm bisher noch die[31] Konzeption fehle). Hinzu komme die Tatsache, daß Kräfte um Reagan herum nicht verhandeln wollten. Weinberger und Rostow verträten die These, daß zuerst aufgerüstet werden müsse, während Reagan zugesichert habe, daß er für Verhandlungen sei.[32]

Der Bundeskanzler verwies sodann auf einen Satz in dem jüngsten „Stern"-Interview Mitterrands, in dem dieser gesagt habe: „Ich gebe zu, daß nachgerüstet werden muß, um das Gleichgewicht wiederherzustellen. Von da an sollte dann verhandelt werden."[33] Er – BK – wisse nicht, ob es an der deutschen Übersetzung liege, die wiedergegebene Formulierung klinge jedoch so, als ob nach Auffassung Mitterrands zunächst nachgerüstet und erst später Verhandlungen über die TNF stattfinden sollten. Dies wäre das absolute Gegenteil der Auffassungen von Brandt und würde auch[34] über die Position des Bundeskanzlers [35]hinausgehen.

Mitterrand verwies darauf, daß der Bundeskanzler soeben[36] selbst erklärt habe, was er befürchte seitens der Sowjetunion, sei nicht so sehr ein Krieg als vielmehr eine Kriegsdrohung. Hier gelte für ihn – Mitterrand – das gleiche: Er meine nicht, daß, um zu verhandeln, erst im Jahre 1983 oder 1984 Pershing-Raketen aufgestellt werden müßten, meine aber, daß eine Drohung mit der Installierung von Pershing-Raketen die Sowjets veranlassen könnte, sich schon früher zu Verhandlungen bereit zu erklären. Falls die Sowjets sich bereit erklärten, bereits in diesem Oktober mit den Verhandlungen zu beginnen, so sei es klar, daß bis dahin auch nicht eine einzige der neuen Raketen vom Westen aufgestellt werden könnte, eine ernstgemeinte Androhung könnte aber die gleiche Wirkung haben wie eine spätere Aufstellung der neuen Waffensysteme selbst. Dies seien jedoch Vorstellungen, die er nicht öffentlich darlegen könne. Dadurch erkläre sich eine gewisse Widersprüchlichkeit in bezug auf seine jüngsten Äußerungen zu dem Mittelstreckenwaffenproblem.

Der *Bundeskanzler* verwies auf die öffentlich propagierte „Null-Lösung", wonach keine Mittelstreckenraketen in Europa stationiert werden sollten, in der Hoffnung, daß dann die Sowjets ihrerseits einen Teil der SS-20 abwracken würden. Er selbst meine hierzu, wenn der Westen bereit sei, bei „Null" zu bleiben, so müßte die Sowjetunion sämtliche SS-20-Raketen abwracken[37].

30 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

31 Die Wörter „bisher noch die" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „eine entsprechende".

32 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „Im Anschluß daran machte der Bundeskanzler einige Ausführungen über den jüngsten Moskaubesuch Willy Brandts."

33 Vgl. den Artikel „‚Die deutsch-französische Freundschaft hängt doch nicht an einer Tasse Tee'"; STERN, Nr. 29 vom 9. Juli 1981, S. 83.

34 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „sogar".

35 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „selbst".

36 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „vor kurzem".

37 Der Passus „bei ‚Null' … abwracken" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „auf ‚Null' zu gehen, so müßte die Sowjetunion sämtliche SS-20-Raketen abziehen".

Mitterrand bestätigte letzteren Standpunkt. Seine Experten hätten ihn darüber informiert, daß 150 SS-20 genügen würden, um das gesamte westliche Militärdispositiv zu zerstören. Eine echte Reduktion würde also erst unterhalb von[38] 150 SS-20[39] beginnen. Die Russen besäßen jedoch zwischen 200 und 220 dieser Waffensysteme. Er glaube, daß der Bundeskanzler und er selbst sich mehr oder weniger auf der gleichen Linie bewegten. Er – Mitterrand – habe es für notwendig gehalten, die Position Frankreichs deutlich zu machen, damit sich die Russen nicht zu falschen Spekulationen verleiten lassen. Er habe sich daher, auch wenn dieser Punkt Frankreich nicht direkt betreffe, einverstanden erklärt mit der Installation der Pershing-Raketen. Gleichzeitig sei er auch für Verhandlungen, sogar für sofortige Verhandlungen.

Falls die Verhandlungen jedoch nur zu einem „Einfrieren" – um sich dem russischen Sprachgebrauch anzuschließen – der bereits installierten Waffen führen sollten, würde es sich um eine sehr schlechte Verhandlungsweise handeln. Denn es würden weiterhin etwa 220 SS-20-Raketen in Reichweite Deutschlands stationiert bleiben. Erklärten sich die Russen mit Verhandlungen einverstanden, die zu einem Abzug der SS-20 führten, so wäre er sehr dafür. Es müßte sich aber um einen Abzug beträchtlichen Ausmaßes[40] handeln.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich voll und ganz einverstanden mit Mitterrands Argumentation. Im übrigen sei er selbst – BK – einer[41] der geistigen[42] Verfasser des Doppelbeschlusses. Zur Zeit sei er in seinem Land einem starken innenpolitischen Druck ausgesetzt. Die wichtigste Frage, die er Präsident Reagan in Montebello[43] stellen werde, sei die, ob er mit den Verhandlungen beginnen werde und gleichzeitig alle Vorbereitungen zur Installierung von Pershing-Raketen in Europa treffen werde.

Mitterrand bekundete sein Verständnis für die Schwierigkeiten des Bundeskanzlers.

Der *Bundeskanzler* erläuterte, die genannten Schwierigkeiten würden ihm in der Bundesrepublik fast ausschließlich von linker Seite – auch in den beiden Koalitionsparteien –[44] und kaum[45] von den Konservativen gemacht. Nach den Ergebnissen der Reise Brandts nach Moskau[46] befragt, erklärte der Bundeskanzler, die wichtigsten Punkte seien drei: Erstens, Breschnew habe klar zum Ausdruck gebracht, daß er in die TNF-Waffen auch die französischen Raketen miteinbeziehen wolle. Zweitens sei über ein „Moratorium" gesprochen worden. Da-

38 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

39 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

40 Die Wörter „Abzug beträchtlichen Ausmaßes" wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl unterschlängelt.

41 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

42 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „geistige".

43 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Vgl. dazu ferner das Gespräch der Staats- und Regierungschefs am 19. Juli 1981; Dok. 210.

44 Der Passus „– auch in den beiden Koalitionsparteien –" wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

45 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht".

46 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

zu habe Breschnew erklärt, es brauche kein Vertrag geschlossen zu werden, es genüge, daß die USA der sowjetischen Seite bei Verhandlungsbeginn versichere, keine neuen Pershing-Raketen während der Verhandlungszeit installieren zu wollen[47]. In diesem Fall würden die Russen während der Verhandlungen[48] auch keine zusätzlichen SS-20 stationieren. Dies sei seiner – BK – Auffassung nach natürlich kein Zugeständnis, sondern es würde sich nur um ein Einfrieren des bestehenden russischen Übergewichts für die Dauer der Verhandlungen[49] handeln. In einem dritten Punkt liege eine Nuance: In bezug auf das Einfrieren und das Moratorium habe Breschnew sich nur auf die Dislozierung und nicht auf deren[50] Vorbereitung bezogen.

Das wichtigste an dem Besuch sei [51]die Tatsache, daß er überhaupt stattgefunden habe und daß Brandt lange Gespräche mit Breschnew habe führen können. Dies halte er selbst – BK – für ganz gut; das Ergebnis könne jedoch nicht als Vorstufe einer einseitigen Abrüstung seitens der Sowjets gewertet werden.

Mitterrand warf ein: „Es ist das Gegenteil" (frz. „C'est le contraire!").

Der *Bundeskanzler* machte sodann einige Ausführungen über den in linksgerichteten Kreisen der Bundesrepublik herrschenden Illusionismus. Es habe sich allerdings fast nur in protestantischen und kaum in katholischen Kreisen eine Friedensbewegung im Sinne einer [52]religiösen Erweckungskampagne verbreitet. Was die politischen Parteien betreffe, so gebe es derartige Tendenzen fast nur innerhalb der SPD und der FDP.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, die katholischen Bischöfe hätten eine entgegengerichtete Stellungnahme abgegeben[53], antwortete *Mitterrand*, vielleicht sei dies der Ausgleich für das Hirtenwort der Bischöfe vor den letzten Bundestagswahlen.[54] Unter seinen Wählern und in seiner Partei gebe es sicher auch derartige Tendenzen, es hätten sich daraus aber keine größeren Friktionen ergeben. Vielleicht sei er zu idealistisch, aber er habe keine Angst vor einem Krieg. Andererseits müsse man auch verstehen, daß er sich nicht für den Standpunkt Reagans aussprechen könne.

47 Der Passus „daß die USA der sowjetischen … zu wollen" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „daß die USA der sowjetischen Seite versichere, daß sie bereit sei, Verhandlungen zu beginnen und keine neuen Pershing-Raketen installieren wollte".

48 Die Wörter „während der Verhandlungen" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

49 Die Wörter „für die Dauer der Verhandlungen" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

50 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „die".

51 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „viertens".

52 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „echten".

53 Im Anschluß an die Frühjahrsvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz vom 9. bis 12. März 1981 im Kloster Reute bei Bad Waldsee ging Kardinal Höffner am 13. März 1981 auf einer Pressekonferenz in Köln auf die „‚tragische Spannung zwischen der Forderung nach allseitiger und gleichzeitiger Abrüstung und der Bereitschaft zur Selbstverteidigung'" ein, wobei er feststellte, „daß trotz eindringlicher Mahnungen der Kirche und der Päpste der Rüstungswettlauf weltweit fortgesetzt werde". Vgl. den Artikel „Bischöfe zu Frieden und Gerechtigkeit"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. März 1981, S. 4.

54 Die Deutsche Bischofskonferenz ließ am 25. August 1980 ein Hirtenwort zur Bundestagswahl am 5. Oktober 1980 verlesen. Für den Wortlaut vgl. WORT DER DEUTSCHEN BISCHÖFE ZUR BUNDESTAGSWAHL 1980, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn 1980.

Der *Bundeskanzler* entgegnete, in Deutschland herrsche jedoch erhebliche Angst und z.T. auch mit Recht. Denn manche Deutsche stellten sich vor, daß sie[55] in einem nuklearen Krieg nur Objekt sein würden, ohne die Möglichkeit, selbst Entscheidungen zu treffen.

Mitterrand bestätigte sein Verständnis für die angsterweckende Lage der Bundesrepublik, die in der Tat keine nukleare Entscheidungsmöglichkeit besitze, aber im Ernstfall zum Schlachtfeld würde. Dies führe zwangsläufig zu psychologisch-politischen Schwierigkeiten.

Der *Bundeskanzler* erklärte hierzu, sein Land wolle nicht zum Instrument der USA werden. Sollte es in Deutschland in der gegenwärtigen Lage zu einem Regierungswechsel kommen, so würde das Land ein willfähriges Instrument der Amerikaner. Dies könne man nicht wünschen, da es nicht nur[56] für die deutsche Nation nachteilig wäre. Er sehe darin einen der Gründe für die Notwendigkeit der[57] deutsch-französischen Kooperation. Durch ein gemeinsames Vorgehen gestärkt, könnte man gegenüber einem übermächtigen Einfluß der USA besser standhalten. Stünde man als einzelner nicht so stark da, so wären die Dinge auch für Paris schwieriger.[58]

Mitterrand erklärte sich mit all diesen Ausführungen „sehr einverstanden". Er werde Reagan, wenn er ihn in den nächsten Tagen sehe[59], bitten, aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln. Wenn dieser sage, daß er zuerst nachrüsten wolle, so würde die Lage schwierig werden. Sage er, er sei einverstanden mit Verhandlungen auf neuen Grundlagen – nicht auf der von Breschnew vorgeschlagenen Basis –, und zwar noch im Jahr 1981, so sollte man ihn dazu ermutigen. Falls Breschnew glaube, daß er ohne Preis verhandeln könne im Sinne der Vorschläge, die er Brandt gegenüber gemacht habe, so sollte man dies ablehnen. Er selbst – Mitterrand – sei auch, wie Brandt, für Verhandlungen, aber man müsse den richtigen Moment abwarten. Er sei sich, wie bereits gesagt, im klaren darüber, daß es nicht leicht sei, den richtigen Zeitpunkt zu wählen. Auch unter dem Druck seiner öffentlichen Meinung werde der Bundeskanzler sicherlich nicht nachgeben, weil er das Kräftegleichgewicht im Auge habe. Es erscheine ihm wichtig, daß man sich bei der Behandlung dieser Frage einer sehr präzisen Sprache bediene.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich hiermit einverstanden und brachte dann das Gespräch auf eine Unterredung, die er vor wenigen Tagen mit dem neuen US-Botschafter in Bonn, seinem persönlichen Freund Arthur Burns, geführt habe.[60] Dabei habe er Burns einige Punkte dargelegt, mit der Bitte, dem US-Prä-

55 Der Passus „in Deutschland herrsche … daß sie" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „in Deutschland herrsche jedoch eine große Angst, und zwar mit Recht. Denn die Deutschen würden sich vorstellen, daß sie".

56 Die Wörter „nicht nur" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

57 Ende der Seite 10 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

58 Der Passus „so wären … Paris schwieriger" ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „wären die Dinge auch in Paris seiner Auffassung nach schwieriger".

59 Staatspräsident Mitterrand traf während des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello mit Präsident Reagan zusammen.

60 Im Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter Burns am 2. Juli 1981 gab Bundeskanzler Schmidt eine Einschätzung der Hintergründe der Regierungsbeteiligung der KPF sowie der Haltung des Staatspräsidenten Mitterrand zur Frage der Mittelstreckensysteme. Ferner wurden die französische

sidenten darüber zu berichten, unter anderem auch über das soeben mit Mitterrand behandelte Thema. Er habe auch auf einige Fragen des Botschafters geantwortet. Dieser habe zwei Fragen im Zusammenhang mit Frankreich gestellt. In bezug auf die erste, die Hauptfrage, habe er auf die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der französischen Politik hingewiesen, jedoch betont, als 1962 wegen der auf Kuba stationierten sowjetischen Raketen die Gefahr eines Dritten Weltkrieges unmittelbar bevorgestanden habe[61], habe Charles de Gaulle Präsident Kennedy sehr klar mitgeteilt[62], daß Frankreich zu seinen Bündnispflichten stehe.[63] Er – BK – habe Burns gebeten, Präsident Reagan zu berichten, daß nach BKs Überzeugung[64] in einer ähnlichen Lage Präsident Mitterrand ohne jeden Zweifel in gleicher Weise reagieren würde.

Präsident *Mitterrand* antwortete: „Sie haben sich nicht getäuscht" (frz. „vous ne vous êtes pas trompé"). Er danke dem Bundeskanzler für diese Erklärungen: Er versuche in der Tat, alles zu tun, um eine (eigenständige) Politik Frankreichs zu gestalten, aber wenn es um das Wesentliche (frz. „l'essentiel") gehe, werde man ihn nur in einem Lager und nicht in dem anderen finden. Für den Fall, daß jemand sagen sollte, bis auf die „Sache mit den Kommunisten" (frz. „l'histoire des communistes") sei alles klar in Frankreich, so müsse er darauf antworten, wer etwas Derartiges behaupten würde, würde die Dinge zu sehr aus der Entfernung beurteilen und nicht den Kern der besonderen Frage, um die es hier gehe, treffen. Man dürfe nicht innerpolitische Entscheidungen mit außenpolitischen Positionen vermengen. Der Bundeskanzler habe recht, wenn er erklärt habe, daß er – Mitterrand – „solidarisch mit der Allianz" sein werde, falls die Umstände dies verlangten.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, Burns habe in der Tat auch eine Frage über die Beteiligung von Kommunisten an der jetzigen französischen Regierung[65] ge-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1044

Wirtschaftspolitik, die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 in der Bundesrepublik, die weltwirtschaftliche Lage, die Situation in Polen und die bilateralen Beziehungen erörtert. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; B 2 (Referat 014), Bd. 247.

61 Am 14. Oktober 1962 stellten die USA bei Aufklärungsflügen über Kuba fest, daß auf der Insel Abschußbasen errichtet und Raketen sowjetischen Ursprungs stationiert worden waren. Am 22. Oktober verhängten die USA eine Seeblockade. Nach einem Briefwechsel zwischen Ministerpräsident Chruschtschow und Präsident Kennedy erklärte sich die UdSSR am 27. Oktober 1962 zum Abbau der Raketen bereit, der am 9. November 1962 begann. Im Gegenzug begannen die USA, in der Türkei stationierte Raketen vom Typ „Jupiter" abzuziehen. Vgl. dazu AAPD 1962, III, Dok. 408, Dok. 412, Dok. 417, Dok. 418 und Dok. 420. Vgl. ferner FRUS 1961–1963, XI, besonders S. 235–241, S. 268 f., S. 279–283, S. 285 f. und S. 564.

62 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „mitteilen lassen".

63 Staatspräsident de Gaulle erklärte am 24. Oktober 1962 im Anschluß an eine Ministerratssitzung: „Le Conseil a marqué la compréhension de la France à l'égard des inquiétudes suscitées à Washington par l'installation récente et croissante d'armes offensives soviétiques à Cuba. […] A cet égard, les engagements réciproques qui constituent l'Alliance atlantique sont et demeurent la base de la politique de la France." Vgl. DE GAULLE, Lettres 1961–1963, S. 270.

64 Die Wörter „nach BKs Überzeugung" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

65 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 180, Anm. 14.
Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), berichtete am 29. Juni 1981 über ein Gespräch mit den NATO-Botschaftern Bennett (USA) und Rose (Großbritannien) vom selben Tag zur Frage möglicher Sicherheitsvorkehrungen im Rahmen der NATO. Rose habe dabei vorgeschlagen, „ein Verfahren für Kontakte auf technischer Ebene zwischen dem Leiter des NATO-Sicherheitsdienstes und den französischen Sicherheitsbehörden zu entwickeln". Rose habe zudem die Auffassung vertreten, „daß die Einstellung von Mitarbeitern durch die kommunistischen Regierungsmitglieder ein zusätzliches Pro-

stellt. Er – BK – habe darauf geantwortet: Erstens könne man die derzeitige Lage in Frankreich nicht vergleichen mit der italienischen Lage zur Zeit der Regierung Aldo Moros, der die kommunistischen Stimmen gebraucht hätte.[66] Mauroy dagegen sei nicht auf die Stimmen der Kommunisten angewiesen. Infolgedessen zahle die Regierung Mauroy keinen zu hohen Preis dafür, daß durch die Einbeziehung von kommunistischen Ministern in das Kabinett die kommunistische Gewerkschaftsbewegung (CGT[67]) in die allgemeine Politik der Regierung und der Staatsführung eingebettet werde. Zweitens habe er hinzugefügt, er – BK – halte letzteres für eine sehr gute Politik, die es ermöglichen werde, zu einem geringen Preis den Einfluß der Kommunisten wesentlich zu senken.

Mitterrand erklärte, sein Ziel sei es, das Vertrauen der französischen Werktätigen, insbesondere der Arbeiter, zu gewinnen. Deutschland befinde sich insofern in einer anderen Lage, als es neben der SPD keine große Linkspartei gebe. Frankreich habe nicht die gleiche Chance. Er müsse versuchen, marxistische Kräfte in das sozialistische Lager herüberzuholen. Der Preis sei in der Tat nicht sehr hoch. Er würde gern noch einige weitere Ausführungen über dieses Thema machen, ziehe es im Moment jedoch vor, zu den außenpolitischen Fragen zurückzukehren.

Der *Bundeskanzler* erklärte, für ihn sei der eben besprochene Punkt durch die Ausführungen Mitterrands ausreichend klar[68].

Mitterrand fügte noch hinzu, sein Problem habe darin bestanden, einerseits die Konservativen zu schlagen und andererseits den Einfluß der Kommunisten zu dämpfen. Dies sei eine Aufgabe, die er sich bereits vor 15 Jahren gestellt habe[69]; sie sei nicht immer leicht gewesen.

Mitterrand brachte sodann das Gespräch auf die Nahost-Frage und führte dazu aus, er habe nicht viel dazu zu bemerken. Wie er bereits anläßlich des Europäischen Rats in Luxemburg gesagt habe, sei das Endziel eine globale Regelung. Dies sei aber praktisch nicht erreichbar, weil ein Teil der arabischen Länder abhängig sei von den Entscheidungen der Sowjetunion, wie zur Zeit etwa Syrien, während andere mehr auf die Freundschaft mit den USA setzten, wie Saudi-Arabien und Ägypten. Diese Teilung des arabischen Lagers mache eine globale Vereinbarung zur Erreichung des Friedens mit Israel unmöglich. Andererseits werde Begin „immer extremistischer". Eine globale Friedensregelung sei demnach vielleicht im Jahr 2000 zu erwarten. Aus diesem Grunde habe er –

Fortsetzung Fußnote von Seite 1045

blem darstellen könne. Dabei seien das Transportministerium und das Ministerium für den Öffentlichen Dienst die sensitivsten Bereiche". Er, Böcker habe in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit verweisen, „daß die Eventualfallplanung Polen, die auch den Verkehrssektor (Luft-, Schiffsverkehr) berühre, im Verkehrsministerium vorliegen könne. Falls ja, sei es schwer, dem Minister diese Unterlagen vorzuenthalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1134; VS-Bd. 11089 (202); B 150, Aktenkopien 1981.

66 Die Minderheitsregierung des Ministerpräsidenten Moro vom 10. Februar bis 29. Juli 1976 wurde im italienischen Parlament durch die KPI toleriert.

67 Confédération Générale du Travail.

68 Die Wörter „ausreichend klar" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „erledigt".

69 Bei den französischen Präsidentschaftswahlen am 5. und 19. Dezember 1965 kandidierte der Abgeordnete der Nationalversammlung, Mitterrand, gegen Staatspräsident de Gaulle als Vertreter der Union de Gauche, die auch von der KPF unterstützt wurde.

Mitterrand – sich für die Camp-David-Abkommen[70] ausgesprochen, da er darin die Möglichkeit für begrenzte Friedensregelungen sehe. Es wäre wünschenswert, wenn es zu einer Vereinbarung mit Jordanien kommen würde. Dies wäre aber nur möglich, wenn Israel Konzessionen in bezug auf die Heiligen Stätten in Jerusalem und in anderen Punkten machen würde. Er glaube nicht, daß man von Begin viel erwarten könne. Infolgedessen müsse man mit einer pragmatischen und realistischen Betrachtungsweise an die Dinge herangehen, um ein Kriegsrisiko abzuwenden.

Er – Mitterrand – habe sich bereit erklärt, vom 15. bis 20. September dieses Jahres einen ersten Besuch in Saudi-Arabien abzustatten.[71] In diesem Zusammenhang sei zu bemerken, daß bisher seine „Reputation als Freund Israels" ihm bei den arabischen Ländern keine Schwierigkeiten eingebracht habe. Die Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien seien heute besser als noch vor drei Monaten zur Zeit seines Vorgängers[72]. Er habe auch sehr gute Beziehungen zu Tunesien. Dies gelte ebenfalls für Marokko, mit dessen König[73] er in letzter Zeit im Zusammenhang mit seiner (Mitterrands) Initiative für die Organisation eines Referendums in der Westsahara-Frage[74] mehrmals telefoniert habe. Gute Beziehungen habe er auch zu Ägypten, zu Saudi-Arabien und Libyen; er habe also keine Schwierigkeiten bei der Erdölversorgung. In den ersten Tagen nach seiner Wahl sei es zwar zum Abfluß von kleineren Mengen arabischen Geldes gekommen, jedoch habe es sich ausschließlich um private und nicht um öffentliche Gelder gehandelt. Es sei auch beschlossen worden, die Boykottmaßnahmen gegen Frankreich wegen der Beziehungen zu Israel einzustellen.

Der *Bundeskanzler* führte zur Nahostfrage [75]aus, er glaube, daß der Camp-David-Prozeß[76] 1982 zu Ende gehen werde, wenn Israel den Rest der Sinai-Halbinsel an Ägypten zurückgegeben habe. Dann könnte Sadat sein Interesse an

70 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

71 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 26. bis 28. September 1981 in Saudi-Arabien auf.

72 Valéry Giscard d'Estaing.

73 Hassan II.

74 Zum Westsahara-Konflikt vgl. Dok. 3, Anm. 7.
Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 9. Juni 1981, der Generalsekretär des französischen Außenministeriums, de Leusse, habe berichtet, „König Hassan habe beschlossen, seine Saharapolitik zu ändern und im Verlauf des OAE-Gipfeltreffens in Nairobi am 26. Juni einer Volksabstimmung in der Westsahara zuzustimmen. […] Der Wunsch des marokkanischen Königs werde von Frankreich unterstützt. Die französische Regierung bitte uns um schnelle und positive Stellungnahme." Gorenflos fügte hinzu: „Wir sollten uns dem französisch-marokkanischen Wunsch nicht verschließen, aber auch jetzt vermeiden, irgendwie in den Konflikt hineingezogen zu werden." Vgl. VS-Bd. 11151 (311); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 26. Juni 1981 erklärte König Hassan II. der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi seine Bereitschaft, in der Westsahara ein „kontrolliertes Referendum" abzuhalten. Am folgenden Tag beschloß die Konferenz die Bildung eines Vorbereitungsausschusses, dem Vertreter verschiedener afrikanischer Staaten angehören sollten. Ministerialdirektor Gorenflos informierte dazu am 30. Juni 1981, daß der Ausschuß „vor dem 31. August 1981 zusammentreten soll, um in Zusammenarbeit mit allen Beteiligten (Algerien, Marokko, Mauretanien, Polisario) Details und Modalitäten des Waffenstillstandes sowie Einzelheiten der Organisation und Durchführung des Referendums festzusetzen. Für die Zeit der Vorbereitung und Durchführung des Referendums wird die OAE bei den VN die Entsendung einer Friedenstruppe beantragen." Vgl. Unterabteilung 32, Bd. 138054.

75 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „weiter".

76 Die Wörter „der Camp-David-Prozeß" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „das Camp-David-Programm".

weiteren Verhandlungen verlieren und eine größere Nähe zu Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern suchen.

Auf die Frage des BKs nach seiner Meinung hierzu, erwiderte *Mitterrand*, dies befürchte Israel, worauf der *Bundeskanzler* bekräftigte, diese Furcht sei begründet. Die USA müßten sehr darauf achten, daß Begin nicht durch weitere eigenmächtige Akte die ganze Region in Brand setze.

Hierzu bemerkte *Mitterrand*, Begin sei „irrational".

Der *Bundeskanzler* berichtete sodann über seinen letzten Besuch in Saudi-Arabien.[77] Dabei sei er nicht auf den Wunsch seiner Gastgeber nach der Lieferung von deutschen Panzern eingegangen. Zur Zeit sei dies nicht möglich. Die endgültige Entscheidung sei jedoch noch nicht getroffen. Auf die groben Verleumdungen, die Begin in letzter Zeit gegen ihn geäußert habe, habe er nicht geantwortet.[78] Jetzt strecke Begin Friedensfühler nach ihm aus, auch auf diese habe er nicht geantwortet. Ein Problem stelle sich wegen der von Gaddafi ausgestreckten Fühler, der in die Bundesrepublik eingeladen werden möchte.[79]

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob ein Besuch Gaddafis in Frankreich geplant sei, antwortete *Mitterrand*, zur Zeit sei dies nicht geplant. Glücklicherweise habe ihm Libyen ein Argument für ein Hinausschieben eines derartigen Besuchs geliefert: Die französische Botschaft in Tripolis sei überfallen und völlig ausgeplündert worden.[80] Solange sie nicht wiederhergestellt werde, sei mit einer Einladung Gaddafis nicht zu rechnen. Somit gewinne er – Mitterrand – etwas Zeit.

In bezug auf den Tschad führte Mitterrand aus, Goukouni, den neuen Präsidenten, habe er bereits in dessen Eigenschaft als Rebell kennengelernt. Er glaube, daß die vorherige französische Regierung ihn falsch eingeschätzt habe. Goukouni sei zwar nicht ein Mann mit großen Werten, er sei jedoch der Erbe der Würdenträger der aus Arabien stammenden Toubous; er sei sehr stolz und man habe ihn wohl nicht richtig zu nehmen gewußt. Goukouni würde es sehr gerne sehen, wenn Libyen sich aus dem Tschad zurückzöge.[81] Solange Frankreich jedoch dessen Gegner, Hissène Habré, mit Waffen ausrüste, um ihm eine Machtübernahme zu ermöglichen, sei natürlich nicht an einen Rückzug der Libyer zu denken. Er selbst – Mitterrand – habe die Beziehungen zum Tschad neu gestaltet und sich entschlossen, die Hauptstadt N'Djamena wiederaufzubauen.

Die Präsidenten der Elfenbeinküste und von Niger, Houphouët-Boigny und Kountché, seien bei ihm vorstellig geworden, um ihn für den Gedanken der Aufstellung einer afrikanischen Streitkraft, wie sie von der Organisation für die Afrikanische Einheit verlangt worden sei, zu gewinnen. Diese afrikanische Friedenstruppe sollte mit dem Einverständnis von Goukouni im Tschad stationiert werden. Er – Mitterrand – glaube, daß Gaddafi heute bereit wäre, über

77 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 117–119.

78 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3., 7. bzw. 10. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 131, Anm. 13, Dok. 134, Anm. 6, und Dok. 146, Anm. 23.

79 Zur Frage eines Besuchs von Oberst Gaddafi in der Bundesrepublik vgl. Dok. 134, Anm. 25.

80 Zum Angriff auf die französische Botschaft in Tripolis am 4. Februar 1980 vgl. Dok. 188, Anm. 42.

81 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 166, Anm. 4.

den Tschad in Verhandlungen einzutreten. Die Schwierigkeit mit Gaddafi sei jedoch seine Unberechenbarkeit. Zur Zeit überschütte er ihn – Mitterrand – und die französische Regierung mit Telefonanrufen und Briefen, da er unbedingt nach Frankreich eingeladen werden möchte. Es sei ihm – Mitterrand – gelungen, etwas Zeit zu gewinnen, aber er könne den Besuch nicht allzuweit hinausschieben, da er sich mit Gaddafi nicht zerstreiten möchte. Er sähe jedoch die Möglichkeit eines Ausgleichs mit Gaddafi in der Tschad-Frage, insbesondere wenn die afrikanische Friedenstruppe mit Hilfe der UNO und unter finanzieller Beteiligung Frankreichs aufgestellt werden könne.

Seit seinem Amtsantritt sei er zweimal gebeten worden, in Afrika zu vermitteln: 1) Bei einem Konflikt zwischen Kamerun und Gabun, wobei die französische Seite 1500 Personen habe evakuieren können, die sonst massakriert worden wären. 2) Vor drei bis vier Tagen habe man ihn um seine Einschaltung anläßlich eines Zwischenfalls zwischen Kamerun und Nigeria gebeten.[82] Er habe beschlossen, die französischen Truppen aus Zentralafrika nicht abzuziehen.

Sehr gute Beziehungen habe Frankreich mit Senegal, der Elfenbeinküste und Niger; eine entsprechende Entwicklung bahne sich auch für Guinea an. Insgesamt gesehen gebe seiner Auffassung nach die Lage in Westafrika keinen Anlaß zu besonderer Besorgnis.

Der *Bundeskanzler* berichtete über den jüngsten Besuch des Nachfolgers von Präsident Senghor, Abdou Diouf, in Bonn.[83] Was Gaddafi betreffe, sei er – BK – besorgt wegen der Tatsache, daß bei der jüngsten Konferenz der OAE in Nairobi[84] Gaddafi zum nächsten Vorsitzenden dieser Organisation und seine Hauptstadt Tripolis zum nächsten Konferenzort benannt worden seien. Diouf habe gesagt, dabei habe Geld eine gewisse Rolle gespielt.

Mitterrand bemerkte hierzu, alle diese Länder, besonders Niger und Kamerun, befürchteten, daß Gaddafi Staatsstreiche gegen die amtierenden Regierungen betreiben könnte.

Der *Bundeskanzler* erklärte zur Namibia-Frage, man sollte gemeinsam dafür sorgen, daß die USA auf die Linie der anderen Länder der Fünfergruppe zurückkehren. Dies erscheine ihm sehr wichtig, da die Amerikaner sich gegenüber Botha [85]zu nachgiebig gezeigt hätten.[86] *Mitterrand* verwies auf das am

82 Legationsrat I. Klasse Schröder, Jaunde, berichtete am 15. Juni 1981, das bilaterale Verhältnis zwischen Kamerun und Nigeria habe sich in den vergangenen Monaten deutlich abgekühlt: „Die Grenzzwischenfälle Ende Mai sprechen in diesem Zusammenhang eine beredte Sprache. Kamerun ist von der harten nigerianischen Haltung und der aggressiven Behandlung des Falls in der nigerianischen Presse sichtlich enttäuscht und macht sich bezüglich des zukünftigen nachbarschaftlichen Verhältnisses erhebliche Sorgen. Alles andere als zufriedenstellend sind auch die gegenwärtigen Beziehungen Kameruns zu seinen Nachbarn Gabun und Äquatorialguinea. Kamerunische Staatsangehörige in beiden Staaten waren in letzter Zeit erheblichen Repressionen ausgesetzt. Aus Gabun wurden schätzungsweise 10 000 Kameruner als Folge der antikamerunischen Ausschreitungen nach einem unglücklich verlaufenen Fußballspiel Ende Mai evakuiert." Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 407; Referat 321, Bd. 127665.

83 Zum Besuch des Präsidenten Diouf am 2./3. Juli 1981 vgl. Dok. 188, Anm. 28.
Am 3. Juli 1981 traf Diouf mit Bundeskanzler Schmidt zusammen.

84 Zur Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi vgl. Dok. 188, Anm. 27.

85 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „viel".

86 Zum Besuch des südafrikanischen Außenministers Botha am 14./15. Mai 1981 in Washington vgl. Dok. 150, Anm. 6.

Rande der Konferenz von Ottawa geplante Außenministertreffen der Fünfergruppe.[87] Bei dieser Gelegenheit könnte man auch mit Reagan sprechen.

Präsident Mitterrand betonte sodann, die meisten Sorgen mache er sich um die Ostküste Afrikas. In diesem Zusammenhang sollte man das Augenmerk besonders auf Somalia richten. Äthiopien stehe unter sowjetischem Einfluß, habe jedoch den Wunsch zum Ausdruck gebracht, mit der neuen französischen Regierung Verbindung aufzunehmen. Somalia dagegen habe sich zunächst für das kommunistische Lager entschieden, sich wegen der Ogaden-Frage[88] jedoch wieder daraus gelöst. Heute sei es von allen verlassen. Dies könnte es veranlassen, sich erneut der sowjetischen Seite zuzuwenden. Er selbst – Mitterrand – sei der Meinung, daß man Anstrengungen unternehmen sollte, um Somalia in das westliche Lager einzubinden. Ein Blick auf die Landkarte genüge, um sich klarzuwerden über die Schlüsselstellung, die dieses Land im Osten Afrikas einnehme.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich einverstanden. Die Bundesrepublik unterhalte besonders gute Beziehungen zu Somalia, auch in finanzieller Hinsicht.[89] Das Land, das der Bundesrepublik während der Schleyer-Affäre[90] sehr geholfen habe, befinde sich in einer tragischen Situation, weil das von der OAE verankerte Prinzip, wonach die jeweiligen neuen Staaten die alten Kolonialgrenzen anerkennen müßten[91], auch für den somalischen Staat gelte, es jedoch für das Ogaden-Gebiet nie genaue Grenzen gegeben habe[92]; selbst in alten Atlanten seien keine präzisen Grenzen eingezeichnet, weder für das ehemalige italienische Teilgebiet noch für das britische. Die wirtschaftlichen Verhältnisse Somalias seien sehr zerrüttet. Angesichts der Unmöglichkeit, zu einer Regelung mit Kenia zu kommen, und der Bindung zwischen Äthiopien und Moskau befinde sich Siad Barre in einer ausweglosen Lage. Er – der Bundeskanzler – meine, es sei wichtig, daß die französische Garnison in Dschibuti beibehalten werde.

87 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 216.

88 Zum Ogaden-Konflikt vgl. Dok. 138, Anm. 25

89 Zur finanziellen Unterstützung Somalias durch die Bundesrepublik vgl. Dok. 141, Anm. 16.

90 Am 13. Oktober 1977 wurde die Lufthansa-Maschine „Landshut“ auf dem Weg von Palma de Mallorca nach Frankfurt am Main von palästinensischen Terroristen entführt, um in Stuttgart-Stammheim einsitzende Mitglieder der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) sowie in der Türkei inhaftierte Mitglieder der PFLP freizupressen. Nach mehreren Zwischenstationen landete die Maschine am 17. Oktober 1977 in Mogadischu. Die somalische Regierung gestattete es schließlich Angehörigen der Sondereinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes, die Maschine in den frühen Morgenstunden des 18. Oktober 1977 zu stürmen. Während drei von vier Terroristen bei dem Einsatz getötet wurden, gelang die Befreiung aller Geiseln. Als Reaktion der RAF wurde am gleichen Tag der seit dem 5. September 1977 von RAF-Mitgliedern entführte Präsident der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Schleyer, ermordet. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 242, Dok. 284, Dok. 288–295 und Dok. 299.

91 Auf der zweiten Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 17. bis 21. Juli 1964 in Kairo wurde eine Entschließung über Grenzstreitigkeiten zwischen Staaten verabschiedet. Darin verpflichteten sich alle Mitgliedstaaten, „die bei der Erreichung der nationalen Unabhängigkeit bestehenden Grenzen zu respektieren“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 587 f.

92 Der Passus „Ogaden-Gebiet … gegeben habe“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „Ogaden-Gebiet keine genauen Grenzen gebe“.

Mitterrand bestätigte, daß er nicht an einen Rückzug dieser Truppen denke, und führte weiter aus, wenn man die Lage in anderen afrikanischen Ländern betrachte, sei zu vermerken, daß zur Zeit der sowjetische Einfluß in Angola brüchig geworden sei. Vielleicht habe er eine zu blühende Phantasie, aber er glaube, daß Neto in Moskau liquidiert worden sei.[93] Auch sein Nachfolger[94] sei dabei, sich von Moskau zu entfernen. Dagegen müsse man sehr darauf achten, daß der sowjetische Einfluß am Horn von Afrika (Äthiopien, Aden, Südjemen[95]) sich nicht weiter verbreite.

Der *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, der größte Alptraum für Riad sei, nach dem Ausbau Südjemens zu einem russischen Stützpunkt, die Gefahr einer Ausweitung des sowjetischen Einflusses von Süden auch auf[96] das übrige Arabien.

Mitterrand erwiderte, seiner Auffassung nach sei das Regime in Saudi-Arabien stärker bedroht, als man meine. Vom Süden aus könnte man in der Tat in das Land eindringen. Seit seinem Amtsantritt habe er die französische Diplomatie angewiesen, der erwähnten Region (Äthiopien, Somalia, Aden, Libyen) besondere Aufmerksamkeit zu widmen, da von dort Bedrohungen ausgingen.

Was das Nord-Süd-Problem betreffe, so sei dies ein Thema für sich. Seine – Mitterrands – Haltung hierzu sei bekannt: Frankreich habe bisher nur einen sehr bescheidenen Beitrag zur Unterstützung der Dritten Welt geleistet (0,6 Prozent des Bruttosozialprodukts); da aber die Hälfte der genannten Beträge für die ehemaligen französischen Départements und Gebiete in Übersee verwendet worden sei, würden praktisch nur 0,3 Prozent des BSP für die Dritte Welt aufgewandt. Er habe die Absicht, die Mittel zu erhöhen und damit eine Verbesserung der Lage herbeizuführen. Er halte es für unbedingt erforderlich, daß in den nächsten fünf Jahren der Warenverkehr mit der Dritten Welt sich wesentlich ausweite. Die Industrieländer sollten die Entwicklungsländer so weit unterstützen, daß diesen ein bescheidenes Wachstum ermöglicht werde. Hierzu müßten die bestehenden internationalen Institutionen umgewandelt werden, damit die Dritte Welt entsprechend ausgerüstet werden könne. Aus diesem Grunde halte er es für wichtig, daß die geplante Weltbanktochter geschaffen werde.[97] Man müßte darauf hinwirken, daß Reagan seine Position in dieser Hinsicht ändere. Wenn er seine Zustimmung für die Gründung der Energietochter gebe, brauchten keine neuen internationalen Institutionen geschaffen werden, und es wäre möglich, das Nord-Süd-Verhältnis wesentlich zu verbessern.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Bundesrepublik auch nur 0,43 Prozent des BSP für die Entwicklungshilfe aufwende und daher nicht viel besser als Frankreich dastehe. Was die Weltbanktochter betreffe, so sei er dafür, daß

93 Präsident Neto verstarb am 10. September 1979 in Moskau.

94 José Eduardo dos Santos wurde am 10. September 1979 zum Präsidenten von Angola ernannt.

95 Die Wörter „Aden“ und „Südjemen“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl durch Fragezeichen hervorgehoben.

96 Der Passus „Riad sei … auch auf“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „Riad sei der Ausbau Südjemens zu einem russischen Stützpunkt mit der Gefahr einer Ausweitung des sowjetischen Einflusses auch auf“.

97 In der Schlußerklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs wurde die Weltbank aufgefordert, die „Möglichkeit der Gründung eines neuen Tochterinstituts oder einer Fazilität zu prüfen, mit denen sie ihre Programme für die Vergabe von Darlehen zur Energiehilfe verbessern und ausbauen könnte“. Vgl. BULLETIN 1980, S. 631 f.

Frankreich und Deutschland gemeinsam vorgingen. Auch die Aufnahme des globalen Dialogs wäre im Grunde genommen kein ausreichender Fortschritt.[98] Größere Wirksamkeit könnte man erreichen, wenn Ländern wie z. B. Saudi-Arabien und anderen in der Weltbank selbst und im Internationalen Währungsfonds eine größere Rolle eingeräumt würde.

Mitterrand meinte, daß man in dieser Hinsicht bei Reagan vielleicht auf Schwierigkeiten stoßen könnte. Dieser sei wohl eher bereit, seine Zustimmung zur Schaffung einer neuen Institution zu geben. Er selbst – Mitterrand – sei auch der Auffassung, daß man den OPEC-Ländern eine bessere Position in der Weltbank und dem IWF gewähren sollte.

Der *Bundeskanzler* führte in diesem Zusammenhang aus, man müsse sehen, daß sich bei den Entwicklungsländern[99] zwei Hauptprobleme – ein langfristiges und ein mittelfristiges – stellen. Langfristig betrachtet, sei seine Hauptsorge die Bevölkerungsexplosion, besonders in Lateinamerika, aber auch in Südasien. Als Mitterrand und er in den zwanziger Jahren die Schule besucht hätten, habe es auf der Welt eine Bevölkerung von zwei Milliarden Menschen gegeben. Heute betrage die Weltbevölkerung schon über vier Milliarden, und man gehe davon aus, daß es im Jahre 2000 6,5 Milliarden Menschen gebe. Er glaube nicht, daß es möglich sei, für all diese Menschen genügend Lebensmittel, Kleider, Arbeit, Erziehungsmöglichkeiten, Ärzte und Gesundheitspflege zur Verfügung zu stellen. Seines Erachtens habe die katholische Kirche einen Kardinalfehler begangen, als sie die Werbung für die Geburtenkontrolle in Lateinamerika verboten habe. Nur zwei Regierungen hätten die Familienplanung eingeführt: Indira Gandhi und die Volksrepublik China. Die angewandten Methoden seien zwar brutal: in Indien seien sie wirkungslos geblieben, während sie in China Erfolg gehabt hätten. Einer der wesentlichen Punkte, die in Ottawa und in Cancún im Oktober[100] zur Sprache gebracht werden sollten, sei auch die Frage der Bevölkerungsexplosion.

Das mittelfristige Hauptproblem sei die Ölrechnung der Entwicklungsländer[101]. Die gesamte jährlich bisher geleistete staatliche Entwicklungshilfe Frankreichs, Deutschlands, Italiens und der anderer Industrieländer[102] zusammen entspreche ungefähr der Summe, um welche in jedem Jahr die Ölrechnung der Entwicklungsländer ansteige. Zur Zeit erscheine die Lage [103]hier hoffnungslos. Eine weitere Steigerung der Ölpreise würde die nicht Erdöl produzierenden Entwicklungsländer noch weiter in Bedrängnis stürzen. Die Industrieländer könnten dies nicht ausgleichen, sie[104] seien ja kaum in der Lage, ihre eigene Ölrech-

98 Dieser Satz ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „Auch die Aufnahme des globalen Dialogs sei im Grunde genommen nicht ausreichend."

99 Die Wörter „den Entwicklungsländern" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „der Entwicklungshilfe".

100 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

101 Die Wörter „sei die Ölrechnung der Entwicklungsländer" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „seien die Energiepreise".

102 Die Wörter „der" und „Industrie" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

103 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen: „auch".

104 Die Wörter „könnten dies nicht ausgleichen, sie" wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

nung zu zahlen. Er meine daher, daß man versuchen sollte, bei der OPEC die Einführung eines gespaltenen Erdölpreises zu erreichen, wobei den Entwicklungsländern ein wesentlich billigerer Preis eingeräumt werden sollte.

Präsident *Mitterrand* erwiderte, er glaube, daß die OPEC-Staaten in diesem Sinne mit sich reden ließen; er sei optimistisch, wenn er auch nicht sicher sei, daß sie zur Einräumung von Vergünstigungen bereit wären.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß die Erdölstaaten am Persischen Golf und Saudi-Arabien zwar nicht an eine Senkung ihrer Ölpreise dächten, aber zugesagt hätten, den in ihrer Nachbarschaft befindlichen Ländern Entwicklungshilfe zu leisten. Damit sei aber weder das Problem Siad Barres und anderer afrikanischer Staaten noch dasjenige Südamerikas, Asiens usw. gelöst. Eines seiner wichtigsten Anliegen in Cancún sei, das Bewußtsein der Welt für die Tatsache zu erwecken, daß schon die Industrieländer kaum in der Lage seien, die schnellen Ölpreiserhöhungen zu verkraften, und noch viel weniger die Entwicklungsländer.[105]

Mitterrand entgegnete, er glaube nicht an die Fatalität, sondern habe Vertrauen in den Menschen, der über die Fähigkeit verfüge, sich auch in schwierigen Situationen zu behaupten. Damit wolle er nicht besagen, daß die Lage nicht dramatisch sei; man müsse vielmehr größere Anstrengungen als bisher zur Lösung dieser Fragen unternehmen. Der Bundeskanzler habe recht, wenn er diesen Punkt zur Aufnahme in die Tagesordnung von Cancún empfehle. Er – Mitterrand – frage sich aber, ob es möglicherweise diplomatische Schwierigkeiten geben könnte, wenn dieser Punkt dort angesprochen werde. Man müsse sehr behutsam vorgehen. Vielleicht wäre es nützlich, in der kommenden Woche zunächst in Ottawa darüber zu sprechen.

Präsident Mitterrand verwies sodann darauf, daß er zu den deutsch-französischen Beziehungen eine ganze Reihe von Noten mit auf den Weg bekommen habe. Zur kulturellen Kooperation[106] erklärte er, er habe sich für die Schaffung des geplanten Studien- und Informationszentrums über das zeitgenössische Deutschland ausgesprochen. Es sollte ein Zentrum dieser Art in Paris gegründet werden mit einer Zweigstelle in Straßburg.

Der *Bundeskanzler* dankte für diese Information; er selbst habe keine konkreten Punkte, die er ansprechen möchte. Vielmehr liege es ihm am Herzen, ganz allgemein[107] zu betonen, daß es seiner Auffassung nach im beiderseitigen Interesse wünschenswert sei, die kulturelle Zusammenarbeit noch zu verbreitern. Auf beiden Seiten gebe es Defizite, auf deutscher Seite ein Defizit im Unterricht in der französischen Sprache. Als Chef der Bundesregierung habe er keinen Einfluß auf diese Entwicklung. Das Bundesparlament habe keine Jurisdiktion auf diesem Gebiet, denn „dank der Weisheit der französischen Besatzungsbehör-

105 Der Passus „daß schon … die Entwicklungsländer“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „daß die Industrieländer kaum in der Lage seien, die Ölpreiserhöhungen zu verkraften und desto weniger die Entwicklungsländer“.

106 Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing einigten sich während der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris auf eine gemeinsame Kultur-Erklärung. Diese sah u. a. die Gründung eines „Zentrums für Information und Forschung über das zeitgenössische Deutschland“ vor. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1981, S. 102 f.

107 Die Wörter „ganz allgemein“ wurden von Bundeskanzler Schmidt handschriftlich eingefügt.

den“ sei die Zuständigkeit für den kulturellen Bereich den Ländern übertragen worden. Infolgedessen hätten die Ministerpräsidenten der Länder in Fragen, die das Schulwesen betreffen, zu entscheiden. Er glaube, daß in Frankreich auch ein Defizit in der Kenntnis der modernen deutschen Literatur und der gegenwärtigen geistigen Entwicklung in Deutschland bestehe. Er selbst – der Bundeskanzler – bemühe sich bei jeder geeigneten Gelegenheit, auf die besonderen französischen Leistungen hinzuweisen. Dies tue er besonders auch anläßlich politischer Besuche in osteuropäischen Ländern, um die Zusammengehörigkeit und das Amalgam der europäischen Kultur hervorzuheben, einer Kultur, die ohne den Beitrag Frankreichs, Deutschlands, Italiens, aber auch Rußlands und Polens nicht denkbar[108] sei. Damit könne man Gegengewichte gegen die politische Teilung Europas in zwei Hälften setzen. Er versuche, in dieser Hinsicht vieles zu tun, und er finde es wichtig, daß das deutsche Volk dies wisse.

Mitterrand unterstrich auch sein Interesse an dieser Betrachtungsweise und schlug angesichts der fortgeschrittenen Zeit vor, die Fragen der Europäischen Gemeinschaft am kommenden Vormittag zu behandeln. Dies gelte ebenfalls für die Vorbereitung des Gipfels von Ottawa[109], über den möglicherweise schon während des Abendessens gesprochen werden könne.

Was den Zeitplan für die künftigen Begegnungen beträfe, so sehe er den Bundeskanzler ja bereits in Ottawa wieder.[110] Am 10. und 11. September werde er nach London fahren. Er glaube, daß der nächste deutsch-französische Gipfel für Anfang 1982 in Frankreich vorgesehen sei.[111] Er würde es sehr begrüßen, wenn er den Bundeskanzler schon vorher, etwa im Oktober oder November, zu einem privaten Besuch bei sich zu Hause empfangen könnte.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, ob Mitterrand auch einen Besuch in Moskau plane, erwiderte dieser, eine derartige Reise sei nicht vorgesehen.

108 Der Passus „Deutschlands … nicht denkbar“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „Deutschlands, aber auch Italiens und Rußlands nicht denkbar“.

109 Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, informierte am 14. Juli 1981, während der Plenarsitzung am Vortag habe Staatspräsident Mitterrand ausgeführt: „Sie, Herr Bundeskanzler, und ich sollten mit dem Druck auf die Amerikaner nicht nachlassen, damit diese von ihrer Hochzinspolitik Abstand nehmen. Weiter zu gehen, wo wir doch wissen, daß dies zu nichts führt, wäre, einen Mißerfolg für die Konferenz von Ottawa in Kauf zu nehmen. […] Ich glaube, wir können bei den Nord-Süd-Gesprächen vielleicht die Amerikaner dazu bringen, ihre Rolle etwas universaler zu sehen. Bis jetzt hat man immer das Gefühl, daß sie ihre Interessen stricto sensu sehen. […] Das gilt auch für die übermäßige Unterstützung, die die USA z. B. Südamerika, z. B. Südafrika angedeihen lassen, oder das mangelnde Interesse, das sie für eine Überarbeitung und Revision des Weltwährungssystems an den Tag legen, oder für die Aktivitäten der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds, wo mehr Zugangsmöglichkeiten geschaffen werden müssen, insbesondere eine größere Beteiligung der OPEC-Staaten und das Fehlen von Vorschlägen hinsichtlich des Ersatzes für den Einfluß des Dollar. All das zeigt doch, daß es notwendig ist, Stimmen des Westens im Westen zu erheben, am besten vereint, um diese Position leicht abzuändern, und damit sie (die USA) erkennen, daß sie eine universale Rolle zu spielen haben und daß sich ein großes Land wie Amerika nicht einfach egoistisch verhalten darf.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178841.

110 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 20. Juli 1981 in Montebello vgl. Dok. 212.

111 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 13. Januar 1982 in Frankreich auf. Für die Gespräche mit Staatspräsident Mitterrand vgl. AAPD 1982.
Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 24./25. Februar 1982 in Paris statt. Für die Gespräche Schmidts mit Mitterrand bzw. Ministerpräsident Mauroy vgl. AAPD 1982.

Der *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß er Breschnew im November erwarte, falls – wie er diesem in seinem Antwortschreiben[112] bedeutet habe – in der Zwischenzeit nichts geschehe, was den Besuch unmöglich mache.[113] Es verstehe sich von selbst, daß dies eine Anspielung auf die Lage in Polen sei. Für einen Besuch in Paris erscheine ihm der Oktober geeigneter, und er nehme eine entsprechende Einladung sehr gerne an.[114]

Das Gespräch endete um 18.00 Uhr.

VS-Bd. 14093 (010)

199

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson

202-321.90/1 SRA-512/81 geheim **12. Juli 1981**[1]

Deutsch-französischer Gipfel vom 12./13. Juli 1981[2];
hier: Gespräch Bundesminister/Cheysson in kleinem Kreis (12. Juli 1981, 16.00 bis 18.00 Uhr)

1) Afghanistan

Cheysson: Ich danke Ihnen für Ihren Brief[3], den Sie mir nach Ihrer Rückkehr aus Bulgarien[4] geschickt haben. Die Schlußfolgerung („Sowjetunion hat die Türe

112 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. Mai 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 126.

113 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 183, Anm. 10.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

114 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 7./8. Oktober 1981 in Frankreich auf. Für seine Gespräche mit Staatspräsident Mitterrand in Latche vgl. Dok. 287, Dok. 288 und Dok. 290.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 14. Juli 1981 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Ganzer Satz an 010, 014, Botschaft in Paris – für Botschafter."

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 198, Dok. 200, Dok. 201 und Dok. 202.

3 Mit Schreiben vom 11. Juli 1981, das auch an die Außenminister Lord Carrington (Großbritannien) und Haig (USA) übermittelt wurde, informierte Bundesminister Genscher über seinen Besuch vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien und führte aus, bezüglich des Vorschlags für eine internationale Afghanistan-Konferenz habe der sowjetische Außenminister Gromyko nach Ansicht des bulgarischen Außenministers Mladenow „die Tür nicht zugeschlagen". Genscher legte dar: „Mein Gesamteindruck läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: Die Bulgaren haben großes eigenes Interesse an der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen. Sie suchen deshalb auch intensivierte Beziehungen mit uns. In den großen Fragen der internationalen Politik liegen sie auf der sowjetischen Linie. Sie betonen, wie die Sowjetunion, die Notwendigkeit von Verhandlungen, besonders zwischen den beiden Großmächten. Im Ganzen haben sie versucht, trotz der schwierigen internationalen Lage einen optimistischen Grundton anzuschlagen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3539/3540 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 11. Juli 1981 an die Botschafter Herbst (Paris), Hermes (Washington) und Ruhfus (London); VS-Bd. 13311 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

nicht zugeschlagen") erscheint mir richtig. Gestern habe ich mit Sagladin[5] gesprochen.[6] Zur LRTNF-Frage erbrachte das Gespräch nichts Neues, aber ich fand seine Einlassungen zu Afghanistan einigermaßen bemerkenswert. Sie spiegelten sowjetisches Interesse an einem Status der Neutralität oder der Ungebundenheit Afghanistans. Sagladin stellte die Frage, wie man eine Garantie zustande bringen könne. Er kritisierte, daß der Europäische Rat eine internationale Konferenz vorgeschlagen habe[7], anstatt die Sache zunächst bilateral zu behandeln. Über die Abwesenheit Afghanistans in der ersten Phase des Vorschlags der Zehn hat er sich nicht beschwert. Sagladin ist zwar kein offizieller Vertreter der sowjetischen Außenpolitik, aber ein einflußreicher Mann. Er spricht übrigens vorzüglich Französisch.

Bundesminister: Er spricht auch sehr gut Deutsch. Auch Mladenow hat mir in Sofia gesagt, die Sowjets hätten die Tür nicht zugeschlagen. Für ihn war die Nichtbeteiligung der Afghanen an der ersten Phase ein wichtiger Punkt der Kritik. Vielleicht ist die sowjetische Parteimaschine, zu der Sagladin als einflußreicher und Breschnew nahestehender Mann zu rechnen ist, schon einen Schritt weiter, als die Verbündeten Moskaus wissen.

Mladenow hat sich darüber beklagt, daß die Pakistanis auf westlichen Druck hin nicht mit Afghanistan hätten sprechen dürfen. Ich habe erwidert, die islamischen Länder hätten Pakistan von solchen bilateralen Gesprächen abgeraten.

Mein Eindruck ist, daß die Sowjets den Vorschlag der Zehn auf dem Tisch liegen lassen, um bei Gelegenheit an ihm weiterarbeiten zu können.

Unsere Taktik muß es sein, den Vorschlag des Europäischen Rats zum Thema aller unserer Gespräche mit der Sowjetunion, den osteuropäischen Ländern, aber auch mit Ländern der Dritten Welt zu machen.

Cheysson: Mit dieser Anregung bin ich voll einverstanden. Wir sollten auch noch einige ungebundene Staaten von der Vernünftigkeit des Vorschlags der Zehn zu überzeugen suchen. Haben Sie etwas von den Indern gehört?

Bundesminister: Nach unserem Verständnis hat die Präsidentschaft (Großbritannien) die Aufgabe übernommen, für den Konferenzvorschlag in Drittländern zu werben. Es wäre schon viel, wenn die Inder nicht „Nein" sagen. Die Inder sind im Augenblick nervös. Die Waffenlieferungen an ihre beiden Nachbarn (China[8] und Pakistan[9]) machen ihnen Sorge.

5 Durchgehend korrigiert aus: „Slagadin".

6 Botschafter Herbst, Paris, teilte am 23. Juli 1981 mit, nach Auskunft des französischen Außenministeriums sei der stellvertretende Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Sagladin, der sich auf Einladung der KPF in Frankreich aufgehalten habe, „nach langem Drängen" am 11. Juli 1981 vom französischen Außenminister Cheysson zu einem privaten Gespräch empfangen worden. Dies sei der erste Kontakt Cheyssons mit einem sowjetischen Politiker gewesen. Neben den bilateralen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, sei vor allem die Lage in Afghanistan erörtert worden. Herbst führte dazu aus: „Der Quai hat nicht den Eindruck, daß die Sowjetunion in Afghanistan unter großem Druck steht. Sie habe ihre Truppenstärke seit langem nicht mehr verändert und auch nur geringe Verluste durch Partisanentätigkeit." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1329; Referat 213, Bd. 133210.

7 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

8 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 197, Anm. 11.

9 Zur amerikanischen Hilfe an Pakistan vgl. Dok. 113, Anm. 23.
Am 15. Juni 1981 wurde zum Abschluß eines fünftägigen Besuchs einer amerikanischen Regie-

Cheysson: Carrington wird morgen beim EPZ-Ministertreffen über Afghanistan berichten.[10] Die Briten haben einen Kommuniqué-Text vorgeschlagen.[11] Ich halte die Verabschiedung eines solchen Textes für unnötig.[12]

Bundesminister: Es wird Carrington daran liegen, die Unterstützung der übrigen Neun für seine Bemühungen zu erhalten. Diese Unterstützung sollten wir ihm geben und seine Absicht begrüßen, dieses Problem weiterzubehandeln. Außerdem sollten wir feststellen, daß die Sowjetunion zur Fortsetzung des in Moskau aufgenommenen Gesprächs[13] bereit ist.

Ich habe den Bulgaren gesagt, es gebe zwei wichtige Komplexe, durch die man die gegenwärtige internationale Lage verändern könne, nämlich eine friedliche politische Lösung für Afghanistan und ein substantieller Abschluß der KSZE mit einem präzisen Mandat für eine KAE. Fortschritte auf diesem Gebiet könnten sich auch günstig auf die LRTNF-Verhandlungen auswirken.

2) KSZE – KAE

Cheysson: Wir müssen uns darüber klarwerden, ob wir die Konferenz vor Ende Juli zu einem Ende bringen können und was wir tun wollen, wenn dies nicht möglich erscheint.

Bundesminister: Unser Delegationsleiter hat das Gefühl, daß man es vor der Sommerpause nicht mehr schaffe. Neuerdings richte sich auch die SU auf eine Unterbrechung und Fortführung im Herbst ein. Graf Rantzau ist ein sehr präziser Beobachter, und er würde selber lieber sehen, wenn vor Sommer Schluß wäre.

Wir dürfen auf keinen Fall dadurch, daß wir uns selbst unter Zeitdruck setzen, ein gutes Resultat der Konferenz gefährden. Wir wollen versuchen, bis Ende Juli zu einem Abschluß zu kommen. Wenn das nicht geht, müssen wir nach der Sommerpause weitermachen.

Die bisherige Länge der Verhandlungen war nicht zu unserem Nachteil. Ich würde mir aber große Sorgen machen, wenn es so aussähe, als ob der Westen einen Abbruch der Konferenz hervorgerufen hätte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1056

rungsdelegation in Pakistan ein auf sechs Jahre angelegtes amerikanisches Hilfsprogramm für Pakistan bekanntgegeben: „This includes a program of cash military sales during this year. It also includes a 5-year program of economic support funds, development assistance, and loans for foreign military sales – the total value of which is expected to be approximately $3 billion, subject to annual approval by the U.S. Congress. […] The United States has agreed to the sale of F-16 aircraft to Pakistan to assist Pakistan to improve its air defense capabilities; terms, timing, and numbers will be determined in a later meeting". Ferner würden in nächster Zeit dringend benötigte militärische Güter geliefert. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 83.

10 Ministerialdirigent Dröge notierte am 14. Juli 1981, auf einem außerordentlichen Treffen im Rahmen der EPZ am Rande der EG-Ministerratstagung am Vortag in Brüssel habe der britische Außenminister Lord Carrington über seinen Besuch am 6. Juli 1981 in der UdSSR sowie über die Reaktion auf den Vorschlag für eine internationale Afghanistan-Konferenz informiert: „Nach britischen Angaben haben 48 Staaten Unterstützung zugesagt (auch Generalsekretär der Islamischen Konferenz, Chatti). Initiative wird auf informellem Ministertreffen Anfang September wiederaufgenommen. In der Zwischenzeit kommen Modifikationen angesichts negativer sowjetischer Haltung nicht in Betracht. Es stellt sich die Frage der Verzahnung mit Vorgehen in der UNO. Jeder Partner wird in den kommenden Monaten bei bilateralen Kontakten mit Drittstaaten für den Vorschlag werben." Vgl. Referat 200, Bd. 119474.

11 Für den undatierten britischen Entwurf einer Afghanistan-Erklärung vgl. Referat 200, Bd. 119474.

12 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 13. Juli 1981 vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1981, S. 72.

13 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14.

Cheysson: Aber ein gewisser Zeitdruck ist fühlbar.

Bundesminister: Wir können uns überlegen, ob wir einen öffentlichen Zeitdruck selbst erzeugen wollen. Das habe ich schon einmal erfolgreich durchexerziert. Bei meinem Besuch in Madrid[14] war mir vorgetragen worden, daß der sowjetische Delegationsleiter[15] die von Breschnew konzedierte Ausdehnung bis zum Ural wieder zurückgenommen habe.[16] Ich habe daraufhin unseren Delegationsleiter sofort angewiesen, diesen Rückschritt in einer Pressekonferenz anzugreifen. Ich selbst habe mich vor der Presse in Bonn dazu geäußert.[17] Es dauerte keine 72 Stunden und die sowjetische Delegation in Madrid nahm die Sache zurück. Am Konferenztisch kann man einen solchen Druck nicht erzeugen. Man muß vielmehr öffentlich in den Medien sagen, wir hofften, daß die Zeit bis Ende Juli von der Sowjetunion genutzt werde, um zu konstruktiven Lösungen zu kommen. Dadurch erzeugt man Zeitdruck für die Sowjetunion, aber nicht gegen sich selbst.

3) Polen

Cheysson: Es war für mich sehr aufschlußreich, was Sie in Ihrem Brief nach dem Bulgarien-Besuch über Polen berichtet haben. Läßt sich noch mehr über die RGW-Hilfe[18] sagen? Die Minister Delors und Matthöfer wollen heute noch einmal wegen der westlichen Polen-Hilfe über den Brief Delors'[19] sprechen.

Bundesminister: Wir haben am vergangenen Mittwoch eine Entscheidung im Kabinett gefällt und Bürgschaften mit drei- bis fünfjähriger Laufzeit in die Reduzierung des Selbstbehalts von fünf Prozent einbezogen.[20] Wir glauben, dies ist eine wirksamere Hilfe für die Polen, als es neue Kredite wären. Damit verdreifacht sich das Kreditvolumen für die Polen. Es wäre günstig, wenn Sie eine analoge Entscheidung in Frankreich zustande brächten.

4) NATO-Doppelbeschluß

Cheysson: Gibt es in der LRTNF-Frage neue Entwicklungen? Wir haben den Eindruck, daß die Brandt-Reise nach Moskau[21] nur Nuancen zum Moratoriumsgedanken[22] hervorgebracht hat, die nicht erheblich sind. Ihr Kabinett hat sich ja dazu geäußert.[23]

14 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 11./12. Juni 1981 in Spanien vgl. Dok. 167.

15 Leonid Fjodorowitsch Iljitschow.

16 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.
Zum sowjetischen Vorschlag vom 9. Juni 1981 zum Mandat einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 170, Anm. 6.

17 Zur Weisung an Gesandten Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, sowie zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher gegenüber der Presse am 12. Juni 1981 vgl. Dok. 170.

18 Vgl. dazu die 35. Tagung des RGW vom 2. bis 4. Juli 1981 in Sofia; Dok. 188, Anm. 22.

19 Zum Schreiben des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Delors vom 19. Juni 1981 an Bundesminister Graf Lambsdorff vgl. Dok. 188, Anm. 19.

20 Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 8. Juli 1981 über Polen vgl. Dok. 188, Anm. 21.

21 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

22 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

23 Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung im Anschluß an die Kabinettssitzung vom 8. Juli 1981 vgl. den Artikel „‚Die SS-20-Raketen in Etappen abbauen'"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 9. Juli 1981, S. 5.

Bundesminister: Unsere Ablehnung des Moratoriumsvorschlags basiert auf zwei Hauptgründen und einem Hilfsgrund.

Der erste Hauptgrund lautet: Das vorhandene Übergewicht der Sowjetunion darf nicht festgeschrieben werden. Der zweite Hauptgrund: Die Sowjets sprechen nur von den in Europa stationierten Waffen; jenseits des Ural könnte die Dislozierung also weitergehen; bei der Reichweite der SS-20 erreichen uns die östlich des Ural stationierten Waffen genauso wie die westlich stationierten. Der Hilfsgrund lautet: Die Sowjetunion will uns verbieten, die technische Vorbereitung für die Dislozierung während der Verhandlungen zu treffen. Dadurch würde eine Dislozierung verzögert, wenn sich die Verhandlungen hinschleppen. Was diesen dritten Punkt angeht, so glauben einige in der SPD, daß sich die Position der Sowjets etwas geändert habe. Die Tischrede Breschnews[24] ist in diesem Punkt unklar. Auch in den nachfolgenden Gesprächen ist dieser Punkt nicht geklärt worden. Falin weicht in seinem Interview mit dem „Stern“[25] der präzisen Frage aus. Ganz unabhängig davon bleiben die zwei Hauptgründe für die Ablehnung des Moratoriums bestehen.

An dieser Stelle ist ein Dank am Platz für die französische Unterstützung des Doppelbeschlusses der NATO und für das Interview des französischen Präsidenten im „Stern“[26]. Die Haltung Frankreichs ist in der deutschen Öffentlichkeit und Presse sehr beachtet worden. Sie wird auch ihre Wirkung auf den Osten nicht verfehlt haben.

Ich habe den Bulgaren während meines Aufenthalts in Sofia gesagt, die deutsch-französische Aussöhnung sei das „europäische Wunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg. Unmittelbar nach meiner Rückkehr würde wieder ein deutsch-französischer Gipfel stattfinden, der erste mit der neuen französischen Regierung. Dieser Gipfel spiele sich fast wie eine Kabinettssitzung einer nationalen Regierung ab. Ich habe dann auch auf die Position Mitterrands zum Doppelbeschluß hingewiesen. Die deutsch-französischen Gemeinsamkeiten seien, seit die neue französische Regierung übernommen habe, in einigen Bereichen sogar noch größer geworden als in der Vergangenheit (z. B. Afrikapolitik).

Aber zurück zur LRTNF-Frage: Ich sehe keine Bewegung der Sowjets. Der Bundeskanzler hat im Fernsehen mit Recht darauf hingewiesen, daß es ungewöhnlich wäre, wenn Moskau vor den Verhandlungen mit den Amerikanern Konzessionen machen würde.[27] Nur im Westen, so füge ich hinzu, hat man die Angewohnheit, einen Teil seiner Konzessionen schon vor Verhandlungsbeginn nach außen erkennen zu lassen.

Cheysson: Wann werden die Amerikaner mit ihren Verhandlungen beginnen?

24 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich eines Essens für den SPD-Vorsitzenden Brandt am 30. Juni 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 124–126.

25 Für das Interview mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Falin, vgl. STERN, Nr. 29 vom 9. Juli 1981, S. 58–62.

26 Vgl. den Artikel „‚Die deutsch-französische Freundschaft hängt doch nicht an einer Tasse Tee‘“; STERN, Nr. 29 vom 9. Juli 1981, S. 80–84.

27 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt vgl. den Artikel „Schmidt bewertet Ergebnisse der Brandt-Reise ‚sehr positiv‘“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11./12. Juli 1981, S. 2.

Bundesminister: Der Fahrplan ist auf der NATO-Sitzung in Rom[28] sehr präzise festgelegt worden. Der formelle Beginn wird das Haig-Gromyko-Gespräch am Rande der UN-Generalversammlung sein.[29] Vor Ende 1981 müßten die eigentlichen Verhandlungen beginnen.[30]

Cheysson: Ich habe Frau Thatcher so verstanden, daß sie lieber sähe, wenn der Nachrüstungsteil des Doppelbeschlusses vor Beginn der Verhandlungen begonnen wäre.

Bundesminister: Der Fahrplan ist ganz klar. Der Doppelbeschluß läßt sich auch anders nicht verwirklichen. Sonst würden die Verhandlungen erst 1983 beginnen können, denn bis dahin wird ja keine Rakete dislozierd.

Deshalb kommt alles darauf an, daß die Vorbereitung der Dislozierung weitergeht. Nur das beeindruckt die Sowjetunion. Alle, die bei uns wanken, reduzieren den sowjetischen Verhandlungswillen.

Die Sowjetunion ist ihrer Sache nicht ganz sicher. Sie wechselt deshalb auch ständig ihre Begründungen. Jetzt sagt sie, die SS-20 ändere das Gleichgewicht überhaupt nicht.

Cheysson: Werden Sie keine Schwierigkeiten bei der Vorbereitung der Stationierung haben?

Bundesminister: Lassen Sie sich nicht täuschen. Wir haben eine breite Mehrheit im Lande, eine noch breitere im Parlament. Dennoch wird die Durchsetzung nicht leicht sein, besonders in der SPD nicht. Auf westlicher Seite argumentiert man noch zu defensiv oder technokratisch. Man müßte viel stärker den Punkt hervorheben, daß die Sowjetunion die Aufnahme der Verhandlungen durch immer weitere Aufstellung von SS-20-Raketen erschwert.

In meiner Tischrede in Sofia[31] habe ich gesagt, der Schlüssel liegt bei der Sowjetunion: Wenn sie alle ihre Mittelstreckenraketen abräumt, wird das Bündnis keine Mittelstreckenraketen aufzustellen brauchen. Wenn die Sowjets reduzieren, können wir entsprechende Reduzierungen prüfen. Wenn sie weiter dislozieren, gehen wir mit der Nachrüstung voran.

Cheysson: Unsere Position ist klar. Wir unterstützen die Ihre.

Bundesminister: Eben darüber bin ich sehr glücklich.

5) Waffenlieferungen an China

Bundesminister: Die Bulgaren haben sich sehr besorgt über Waffenlieferungen an China geäußert. Östliche Gesprächsteilnehmer bringen diesen Punkt immer häufiger vor. Sie verbinden dies meist mit düsteren Andeutungen über sowjetische Gegenmaßnahmen. Ustinow, so heißt es, werde eine Reise an die sowjetisch-chinesische Grenze unternehmen.

28 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

29 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

30 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

31 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundesministers Genscher am 8. Juli 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 575–577.

Ich glaube, die Sowjets wollen damit Unruhe in Südostasien stiften. Sie wollen den ASEAN-Ländern und Indien suggerieren, daß nicht nur die Sowjetunion, sondern auch diese Staaten durch westliche Waffenlieferungen an China bedroht werden. In Indien werden die Sowjets damit sicher gewisse Wirkungen erzielen, aber auch in den ASEAN-Ländern Sorge hervorrufen. Diese Reflexe müssen wir im Auge behalten.

Cheysson: Der chinesische Generalstabschef macht bei uns Besuch.[32] Die Lieferung von Offensivwaffen werden wir nicht mit ihm erörtern, höchstens die Lieferung von Defensivwaffen.

6) Französische Sicherheitspolitik

Bundesminister: Könnten Sie uns etwas über die künftige französische Sicherheitspolitik sagen? Sehen Sie Veränderungen voraus?

Cheysson: Für mich ist das ein neues Gebiet. Die Verteidigungspolitik der Regierung Mitterrands läßt sich auf eine kurze Formel zusammenziehen. Sie wird der de Gaulleschen Politik näher sein als der Politik Pompidous und Giscard d'Estaings. Wir werden keine nuklearen Zwischenstufen zwischen „der Artillerie und den strategischen Waffen" einziehen. Ein Gegenschlag unserer Abschreckstreitmacht soll nur ausgelöst werden, wenn wir auf unserem eigenen Boden angegriffen werden.

Bundesminister: Werden Sie die Neutronenwaffe einführen?

Cheysson: Unsere Neigung geht dahin, dies nicht zu tun. Ich sagte schon, wir werden keine Zwischenstufen einführen. Wir werden aber modernisieren. Wir werden ein bis zwei weitere strategische U-Boote bauen.

Bundesminister: Die Neutronenwaffen rechnen Sie also nicht zur Modernisierung?

Cheysson: Es sind „pilot-projects" im Gange.[33] Zur Zeit („for the time being") ist keine Produktion geplant.

Für den Fall, daß wir angegriffen würden, würde der Schlag gegen sowjetische Städte ausgelöst. Für Frankreich kommt eine Strategie der flexiblen Antwort nicht in Betracht.

Bundesminister: Das sind sehr wichtige Fragen. Sind sie schon endgültig entschieden oder warten Sie noch das Ergebnis von Studien ab?

Cheysson: Hernu wird Herrn Apel vielleicht etwas mehr dazu sagen. Die Studien sind so gut wie abgeschlossen. Unsere strategische Linie liegt mehr oder weniger fest. Das gilt rebus sic stantibus, d.h. solange wir den „gegenwärtigen Typ des nuklearen Gleichgewichts" haben.

Haig[34] hat mir zu meiner Verblüffung gesagt: „Als sich Frankreich aus der NATO-Integration[35] zurückzog, war ich sehr enttäuscht. Heute sehe ich das et-

32 Der Generalstabschef der Streitkräfte der Volksrepublik China, Yang Dezhi, hielt sich vom 7. bis 11. Juli 1981 in Frankreich auf.

33 Zur Frage der Einführung der Neutronenwaffe in Frankreich vgl. Dok. 21, Anm. 11.

34 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich vom 4. bis 7. Juni 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 11.

35 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

was anders: Die Tatsache, daß Frankreich nicht integriert ist, bedeutet ein Unsicherheitselement für die andere Seite."

Bundesminister (lachend): Wenn man das zu Ende denkt, würde die Sowjetunion am meisten dann verunsichert, wenn alle die NATO-Integration verließen.

Cheysson: Ich meine, es ist gut, daß es eine unabhängige europäische Kernwaffenmacht gibt.

Bundesminister: Das ist richtig.

Da Sie von der Unabhängigkeit Frankreichs sprechen, wie denken Sie über das sowjetische Bemühen, französische Kernwaffensysteme in die Rüstungskontrollverhandlungen einzubeziehen?

Cheysson: Wir haben öffentlich gesagt, daß wir gegen die Einbeziehung französischer Systeme sind. Was unsere Unabhängigkeit angeht, diese muß den ganzen Bereich der nuklearen Rüstung umfassen. Deshalb werden auch die Versuche im Pazifik[36] weitergehen.

Bundesminister: Es wäre wichtig, daß die französische Regierung ihren Standpunkt ganz klarmacht. Auch der französische Präsident sollte das gegenüber dem Bundeskanzler tun. Die Sowjetunion wird nämlich den Gedanken, daß die französischen und britischen Systeme einbezogen werden sollten, immer mehr ins Spiel bringen. Niemand in Deutschland darf auf diesen sowjetischen Standpunkt einschwenken. Das wäre schädlich für die deutsch-französischen Beziehungen. Hier dürfen keine zusätzlichen Probleme in der Allianz entstehen.

Cheysson: Ich werde dem Präsidenten vorschlagen, daß er mit dem BK hierüber spricht.

6) Seerechtskonferenz[37]

Cheysson: Sie wollen die Seerechtskonferenz als Tagesordnungspunkt des Ot-

36 Zu den französischen Atombombenversuchen im Mururoa-Atoll vgl. Dok. 178, Anm. 12.
Oberst i. G. Fraidel, Paris, berichtete am 5. August 1981, daß französische Verteidigungsministerium habe am Vortag bekanntgegeben, daß ein unterirdischer Atombombenversuch durchgeführt worden sei, „der der letzte einer seit Monaten geplanten Serie gewesen sei". Fraidel legte dar: „Der zunächst am 29.5. verfügte momentane Atomteststop wurde bereits am 2.6. ‚nach Studium der Dossiers und Beratung mit dem Staatspräsidenten' wieder rückgängig gemacht. […] Die Wiederaufnahme der Versuche in Mururoa kann nicht überraschen, liegt sie doch ganz auf der Linie der französischen Politik, die Nuklearstreitkräfte weiter auszubauen und mit Spitzentechnik auszurüsten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1393; Referat 201, Bd. 125557.

37 Zur Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 125, Anm. 43.
Vortragender Legationsrat Kiderlen notierte am 20. Juli 1981, Ministerialdirektor Fleischhauer habe in einer Ressortbesprechung am 15. Juli 1981 folgenden Überblick über den Stand der Verhandlungen nach Abschluß der ersten Hälfte der zehnten Sitzungsperiode am 24. April 1981 in New York gegeben: „Die gegenwärtige Lage der Konferenz werde dadurch gekennzeichnet, daß die Überprüfung der wesentlichen Ergebnisse der Konferenz durch die USA auch im August nicht weit genug fortgeschritten sein werde, um der US-Delegation eine aktive Teilnahme an der Konferenz sowie die Vorlage konkreter Verbesserungsvorschläge zu erlauben. […] Großbritannien und Japan, zunehmend auch die neue Regierung Frankreichs, träten eher für einen schnellen Abschluß der Konferenz auf der Grundlage des jetzigen Übereinkommensentwurfs ein. Die Sowjetunion sei sehr an einem baldigen Abschluß der Konferenz interessiert, wolle aber, wenn möglich, nicht auf die Teilnahme der Amerikaner verzichten. Ähnlich sei die Haltung der Gruppe der ‚77', die zwar scharfe Kritik an der amerikanischen Überprüfung hören lasse, intern jedoch häufig die realistische Ansicht vertrete, eine Konvention ohne die USA sei wenig wert." Aufgabe der Bundesrepublik müsse es sein, „den USA den Rücken freizuhalten für ihre Überprüfung und unsere Wünsche weiterhin in den Überprüfungsprozeß der Amerikaner einfließen zu lassen. Gleichzeitig müßten wir verhandlungs- und gesprächsbereit gegenüber der Dritten Welt sein." Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125407.

tawa-Gipfels[38] einführen. Die Verhandlungen haben zehn Jahre gedauert. Das Resultat ist für die Nord-Süd-Beziehungen ganz ordentlich. Die Sache sollte zum Abschluß gebracht werden, die Reagan-Administration die Überprüfung beenden. Wir können natürlich nicht mit den 77 gegen die USA gehen, aber ein Vertrag ohne die 77 wäre wertlos. Haig hat mir gesagt, er sehe nicht, wie er in Washington die Annahme durchsetzen könne, aber er versuche es.

Bundesminister: Wir sind mit dem Ergebnis der Verhandlungen nicht glücklich, sind aber Realisten und sehen die Kräfteverhältnisse. Die anderen sechs Staaten, die am Gipfel in Ottawa teilnehmen, haben lange Küsten, wir haben eine kurze Küste. Das Meeresbodenregime scheint uns zu dirigistisch. Das sehen Sie vielleicht anders. Wenn die USA neue Punkte aufbringen, werden wir vielleicht auch einige Verbesserungswünsche vorbringen. Eine zusätzliche Belastung des Nord-Süd-Verhältnisses wollen wir dabei vermeiden.

7) Namibia

Cheysson: Wir sind mit Ihrem Positionspapier[39] sehr einverstanden. Wir sind bei unseren Überlegungen zu fast den gleichen Ergebnissen gekommen. Unsere Überlegungen konzentrieren sich auf folgende Bereiche:

1) Welche Prinzipien kann man zur Res. 435[40] noch hinzufügen?

2) Wie kann man durch Gespräche außerhalb des UN-Rahmens den Konsensus fördern?

3) Wie kann man durch bilaterale Demarchen Unterstützung in den UN gewinnen?

Der kubanische Truppenabzug aus Angola darf nicht zu einer Bedingung gemacht werden. Das schließt unilaterale Erklärungen der Angolaner und „im Traumfall" der Kubaner nicht aus. Wir werden Ihnen demnächst ein französisches Papier übersenden, das auf Ihrer Linie liegt.

Bundesminister: Mir scheint, unser Positionspapier enthält Ihre Gedanken, nur die Kubaner haben wir nicht erwähnt, und zwar aus gutem Grund: Wir wollten jeden Anschein einer Vorbedingung vermeiden. Der kubanische Abzug kann sich nur im Gefolge einer Namibia-Lösung vollziehen.

38 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

39 In dem Positionspapier zur Namibia-Politik betonte die Bundesregierung die Notwendigkeit, „daß die Ausführung des westlichen Lösungsplans auf der Grundlage von SR 435 jetzt ohne weiteren Zeitverlust in Gang kommt". Ohne eine „faire Beteiligung der SWAPO wäre weder eine gerechte noch eine international akzeptable Lösung möglich. Ziel der westlichen Bemühungen muß es daher sein, sicherzustellen, daß unabhängig vom Wahlausgang angemessene Sicherheit für die Weißen in Namibia, ein friedliches Nachbarschaftsverhältnis zu Südafrika und Sachlichkeit in den gegenseitigen Beziehungen erreicht werden." Die Bundesregierung halte „einen Verhandlungsprozeß für zweckmäßig, bei dem zunächst die Kontaktgruppe schrittweise das Maximum an Konsens bei jedem der beteiligten Partner sucht und dann erst die Vereinten Nationen die abschließende Einigung in einer Konferenz herbeiführen. […] Es wird zu prüfen sein, ob geeignete Kräfte der internationalen Gemeinschaft mithelfen könne, die Einhaltung der Verfassungsvereinbarungen und sonstiger Zusagen zu gewährleisten." Ferner sei „tatkräftige und umfangreiche Hilfe zur Konsolidierung Namibias nach der Unabhängigkeit, insbesondere zum Aufbau der Wirtschaft" notwendig. Gegenüber Südafrika müsse Festigkeit gezeigt werden. Vgl. den Runderlaß Nr. 3536 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau vom 10. Juli 1981; Referat 320, Bd. 125282.

40 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

Nun stellt sich die Frage, wie wir Namibia vor und in Ottawa behandeln. In Ottawa muß ein formelles Treffen stattfinden. Haig hat diesem Vorschlag bereits telegrafisch zugestimmt.[41] Er meint, wir müßten den Italienern und Japanern sagen, sie möchten nicht beleidigt sein. Nach meiner Meinung können diese beiden Staaten gegen ein Treffen der Fünf zu Namibia nichts einwenden. Aber ich habe nichts dagegen, daß die Gastgeber (z. B. die Kanadier) Italiener und Japaner unterrichten.

Cheysson: Wir müssen das Treffen in Ottawa gut vorbereiten. Es darf nicht dazu kommen, daß Divergenzen der Fünf an die Öffentlichkeit dringen oder gar, daß wir keine Übereinstimmung erzielen.

8) Nord-Süd-Politik

Cheysson: Die französische Regierung will während des Mitterrand-Septennats eine Verdoppelung der gegenwärtigen französischen ODA[42] von jetzt 0,38 % auf 0,7 % des BSP erreichen. Das wird in der gegenwärtigen Krise nicht leicht sein.

Außerdem wollen wir in Brüssel den Vorschlag machen, das STABEX-System[43] auszudehnen auf die Exportprodukte der Lomé[44] nicht angehörenden ärmsten Entwicklungsländer. Wir wollen nicht, daß neue Agenturen errichtet werden. Die Kommission wird demnächst einen Vorschlag auf unsere Anregung hin unterbreiten. Wir haben gehört, daß die Zuständigen in Bonn interessiert sind.

Bundesminister: Ich begrüße, daß keine neue Agentur eingerichtet werden soll.

8) Ottawa-Gipfel

Bundesminister: Haben Sie schon die Erklärungsentwürfe für Ottawa[45] gesehen? Sie sind länger, als wir uns in Chevening[46] vorgenommen hatten.

41 Zum Vorschlag des Bundesministers Genscher vom 30. Juni 1981 für ein Gespräch über Namibia am Rande des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 188, Anm. 25.
In einem Schreiben vom 10. Juli 1981 bezeichnete der amerikanische Außenminister Haig den Vorschlag als „an excellent idea" und führte dazu aus: „To avoid any ill feelings on the part of our Japanese friends which could complicate the holding of a successful Summit, I suggest that you check with the Japanese to ensure that they have no objection to your proposal. It would also be desirable to do the same with our Italian friends." Vgl. den Drahterlaß Nr. 16 des Vortragenden Legationsrats von Ploetz vom 10. Juli 1981 an Genscher, z. Z. Varna; VS-Bd. 14099 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Zu den Gesprächen von Genscher mit Haig und den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und MacGuigan (Kanada) vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 216.

42 Official Development Assistance.

43 Das AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28. Februar 1975 sah die Schaffung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Staaten für bestimmte Waren vor. Dazu sollte ein Fonds unter Verwaltung der EG-Kommission mit einem Gesamtbetrag von 375 Mio. Rechnungseinheiten, verteilt auf fünf Jahresraten, eingerichtet werden. Vgl. dazu Artikel 16–18 des Abkommens; BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2323 f.
In Artikel 31 des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 war ein Fonds in Höhe von 550 Mio. Rechnungseinheiten für einen Zeitraum von fünf Jahren vorgesehen. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 974.

44 Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.
Für den Wortlaut des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

45 Vom 6. bis 8. Juli 1981 fand in Montebello ein Treffen der Persönlichen Beauftragten der Staats- und Regierungschefs zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 statt. Für

Cheysson: Der wichtigste Punkt für Ottawa ist, daß wir Reagan von der Bedeutung der Nord-Süd-Beziehungen überzeugen. Das mag für die USA ein weniger wichtiger Punkt sein, aber für Frankreich, Deutschland und Japan handelt es sich um eine ganz wichtige Angelegenheit. Wir haben den Wunsch, in Ottawa die Gründung einer Energietochter der Weltbank[47] zu diskutieren.

Ich finde die Entwürfe für ein Kommuniqué zu lang. Die Staats- und Regierungschefs wollten doch keine Vorbereitungen durch Beamte. Der große Vorteil liegt in der unmittelbaren Diskussion. Flächendeckende Kommuniqués können nur zu Leerformeln oder Juxta-Positionen führen.

Bundesminister: Ottawa muß westliche Geschlossenheit signalisieren. Wir brauchen einige klare Passagen zum Wert der Blockfreiheit, zur Nord-Süd-Politik, zur sowjetischen Aufrüstung und zur westlichen Rüstungskontrollpolitik. Wenige, vertrauensschaffende Sätze genügen, z. B. auch zu Stabilität und Beschäftigungslage und zur sozialen Stabilität als wichtigster Voraussetzung der Verteidigungsfähigkeit. Auf keinen Fall dürfen die Sieben den Versuch machen, sich durch Herausarbeitung der Unterschiede jeweils zu profilieren. Mit den USA sollten wir fair umgehen und hervorheben, was uns verbindet.

9) Verschiedenes

Cheysson: Gehen Sie nach Cancún?[48]

Bundesminister: Sicher.

Cheysson: Carrington schlägt vor, daß wir, Sie und ich und er, uns bilateral sehen.

Bundesminister: Ich komme bereits Donnerstagabend[49] an. Das wird sich einrichten lassen.[50]

Cheysson: Wie steht es mit der Kandidatur Haunschild?[51]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1064
die dort erarbeiteten Entwürfe für den wirtschaftspolitischen Teil der Abschlußerklärung sowie für eine „Nord-Süd-Erklärung" vgl. Referat 412, Bd. 130534.

46 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) am 5. Juli 1981 vgl. Dok. 187–189.

47 Zum Vorschlag der Gründung einer „Energiebank" vgl. Dok. 198, Anm. 97.

48 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2. August 1981 vgl. Dok. 226.

49 30. Juli 1981.

50 Bundesminister Genscher traf am 31. Juli 1981 in Cancún mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) zusammen. Im Mittelpunkt stand die weitere finanzielle Hilfe für Polen, besonders eine mögliche Mitgliedschaft Polens im IWF. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Ploetz, z. Z. Cancún, vom 1. August 1981; Referat 010, Bd. 178853.

51 Zu den Sondierungen der Bundesregierung bezüglich einer Kandidatur des Staatssekretärs Haunschild, Bundesministerium für Forschung und Technologie, für das Amt des IAEO-Generaldirektors vgl. Dok. 57, Anm. 18 und 19.
Ministerialdirektor Fischer teilte am 9. Juli 1981 mit, auf einer Sondersitzung des IAEO-Gouverneursrats am 6. Juli 1981 in Wien sei es in drei Wahlgängen zu einer Patt-Situation zwischen Haunschild und dem philippinischen Kandidaten Siazon gekommen. Die übrigen vier Kandidaten hätten „keine realistischen Chancen". Daher sei beschlossen worden, die Kandidatenliste neu zu eröffnen. Die Bundesregierung halte die Kandidatur Haunschilds aufrecht. Vgl. den Runderlaß Nr. 3534; Referat 431, Bd. 145717.
Vortragender Legationsrat Dahlhoff informierte am 27. August 1981, bei weiteren Abstimmungen am 24./25. August 1981 sei es erneut zu einem Patt zwischen Haunschild und Siazon gekommen. Die Bundesregierung mache nunmehr „den Weg frei für einen anderen Kandidaten […], ohne unsere Kandidatur zurückzuziehen. Dadurch soll ermöglicht werden, daß sich die westliche Gruppe auf

Bundesminister: Wir sind sehr interessiert.

Cheysson: Hat er gute Chancen?

Bundesminister: Ohne Ihre Hilfe geht nichts. Wer soll Generalsekretär der OECD[52] werden?

Cheysson: Wir haben keinen Kandidaten.

Bundesminister: Ich spreche einmal abstrakt. Es wäre gut, wenn Deutschland und Frankreich sich einig wären, daß dieser Posten mit einem großkalibrigen Mann besetzt werden muß, durch eine Figur mit politischem Gewicht und Sachverstand. Eine Versorgungs- oder Verlegenheitslösung kommt nicht in Betracht.

10) Nahost

Cheysson: Ich muß noch einmal auf Mitterrands Äußerungen beim Europäischen Rat in Luxemburg[53] zurückkommen. Als er von Camp David[54] sprach, meinte er damit die Politik kleiner Schritte, also die Methode. In Zukunft wird es wohl darauf ankommen, daß Ägypten in den Kreis der arabischen Länder zurückkehrt.

Bundesminister: Die Annäherung Ägyptens an die übrigen arabischen Staaten war bereits spürbar. Vielleicht hatte Begin mit seiner Aktion gegen den irakischen Reaktor[55] eben diese Annäherung im Auge. Warum sonst dieser Zeitpunkt unmittelbar nach seinem Treffen mit Sadat?[56] So konnten Böswillige behaupten, er wußte davon, gutwilligere Araber werden zumindest gemeint haben, ohne Sadat im Rücken hätte Begin den Schlag nicht ausgeführt. Begin hat also Sadat in den Augen der Araber diskreditiert.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1065

einen gemeinsamen Kandidaten einigt und ihn sodann einmütig unterstützt." Vgl. den Runderlaß Nr. 4356; Referat 413, Bd. 145717.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Wallau notierte am 27. August 1981 aus einem Telefonat des Bundesministers Genscher mit dem schwedischen Außenminister, Ullsten habe darüber informiert, daß Schweden durch die USA und die UdSSR auf eine Kandidatur des Staatssekretärs im schwedischen Außenministerium, Blix, angesprochen worden sei. Vgl. dazu Referat 413, Bd. 145718.

Blix wurde am 26. September 1981 auf der IAEO-Generalkonferenz in Wien zum neuen IAEO-Generaldirektor gewählt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 548 des Ministerialdirigenten Loosch, Bundesministerium für Forschung und Technologie, z. Z. Wien, vom 28. September 1981; Referat 413, Bd. 145718.

52 Ministerialdirektor Fischer erläuterte am 27. Mai 1981, der bisherige OECD-Generalsekretär van Lennep scheide am 31. März 1982 aus dem Amt. Zwar sei am 24. April 1979 sein Vertrag um fünf Jahre verlängert worden, jedoch habe van Lennep erklärt, nur zweieinhalb Jahre im Amt bleiben zu wollen. Vgl. dazu Referat 412, Bd. 130508.

Ministerialdirigent Ungerer teilte der Ständigen Vertretung bei der OECD in Paris am 8. Juli 1981 mit: „Da sich Sondierung Nachfolgefrage noch in relativ frühem Stadium befindet und gegenwärtig noch keine konsensfähige Kandidatur zu erkennen ist, müssen wir unsere Position offenhalten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 101; Referat 412, Bd. 130508.

Ministerialdirektor Fischer faßte am 22. Dezember 1981 den Stand der Sondierungen zusammen. Bislang hätten vier EG-Mitgliedstaaten Kandidaten nominiert. U. a. kandidiere Ministerialdirektorin Steeg, Bundesministerium für Wirtschaft. Weitere Staaten hätten Interesse gezeigt: „Diskutiert wird die Möglichkeit einer vorläufigen Verlängerung der Amtszeit von van Lennep. […] Eine konsensfähige Kandidatur ist unter diesen Umständen z. Z. nicht erkennbar. Auch zeichnet sich keine Tendenz für eine der Kandidaturen ab." Vgl. Referat 412, Bd. 130508.

53 Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten Mittterrand am 29./30. Juni 1981 vgl. Dok. 182.

54 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

55 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

56 Ministerpräsident Begin und Staatspräsident Sadat trafen am 4. Juni 1981 in Sharm-el-Sheik (hebräisch: Ophira) zusammen. Vgl. dazu Dok. 175, Anm. 14.

Wir tun alles für die Wiederherstellung der arabischen Einheit. Ohne sie gibt es keine umfassende friedliche Lösung.

Die Erklärung Mitterrands in Luxemburg habe ich nicht anders verstanden, als Sie sie jetzt interpretieren. Aber warum hat sich Mitterrand so kühl zur Venedig-Erklärung[57] geäußert? Die Venedig-Erklärung ist sehr realistisch, und sie ist nicht als Anti-Camp-David-Erklärung[58] entworfen, sondern als eine zeitlich und sachlich über Camp David hinausgehende Konzeption.

Cheysson: Ich habe Ihre Bemerkung zu Begin nicht ganz verstanden. Warum hätte Begin Sadat provozieren sollen?

Bundesminister: Er wollte die übrigen arabischen Staaten gegen Sadat provozieren.

Cheysson: Dann hat die Sache aber nicht gut funktioniert. Sadat hat öffentlich erklärt, daß er sich beleidigt fühle.[59] Die Iraker haben sich sehr verantwortungsvoll verhalten.

Bundesminister: Sie haben Recht, die Iraker haben große Mäßigung gezeigt. Wen schicken Sie zum irakischen Nationalfeiertag?[60] Wir haben gehört, Frankreich lasse sich durch einen Minister vertreten.

Cheysson: Ich glaube nicht. (Cheysson hat später D 2[61] mitgeteilt, daß Frankreich durch den Botschafter am Platz[62] vertreten sein werde.)

VS-Bd. 11091 (202)

57 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

58 Korrigiert aus: „Anti-David-Camp-Erklärung".

59 Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten Sadat vom 9. Juni 1981 vgl. den Artikel „Arabs Assail Raid as ‚Peak of International Terrorism'"; THE NEW YORK TIMES vom 9. Juni 1981, S. A1.

60 Botschaftsrat I. Klasse Spalcke, Bagdad, berichtete am 1. Juli 1981, mit Verbalnote vom 28. Juni 1981 habe das irakische Außenministerium zur Teilnahme an den Feierlichkeiten aus Anlaß des Jahrestags der Machtübernahme der Baath-Partei am 17. Juli 1981 eingeladen, die vom 14. bis 20. Juli 1981 stattfinden sollten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 502; Referat 311, Bd. 137712.
Botschafter Herbst, Paris, teilte am 6. Juli 1981 mit, die zuständige Abteilung im französischen Außenministerium habe dem französischen Außenminister Cheysson die Entsendung eines Regierungsmitglieds mit Ministerrang empfohlen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1229; Referat 311, Bd. 137712.
Am 10. Juli 1981 notierte Vortragender Legationsrat Umlauff, entgegen den bisherigen Informationen werde Frankreich niemanden entsenden: „Begründung: Überlastung durch Regierungserklärung Mauroy und eigenen Nationalfeiertag am 14. Juli." Vgl. Referat 311, Bd. 137712.
Am selben Tag teilte Ministerialdirektor Gorenflos der Botschaft in Bagdad mit, Bundesminister Genscher habe entschieden, daß Staatsminister Corterier die Bundesregierung vertreten werde. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 3521; Referat 311, Bd. 137712.

61 Franz Pfeffer.

62 Pierre Rocalve.

200

Gespräch des Bundespräsidenten Carstens mit Staatspräsident Mitterrand

105-55.A/81 VS-vertraulich **13. Juli 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundespräsidenten mit dem französischen Staatspräsidenten, Herrn François Mitterrand, unter vier Augen am 13. Juli 1981 um 9.00 Uhr[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Nach der Begrüßung erklärte Staatspräsident *Mitterrand*, er freue sich, den Herrn Bundespräsidenten kennenzulernen. Es sei für ihn eine „Notwendigkeit", diesen hier in Bonn aufzusuchen, aber darüber hinaus halte er gute persönliche und unmittelbare Beziehungen für die Weitergestaltung des Verhältnisses zwischen den beiden Ländern für wünschenswert. Das Schicksal habe die beiden Länder, die sich früher so stark bekämpft hätten, aufeinander zugeführt, und die Menschen seien sich nähergekommen, sie brauchten einander.

Man lebe nunmehr in einer neuen Zeit. In seiner Kindheit habe er – Mitterrand – Jean Monnet, der aus der gleichen Gegend stammte und mit seinen Eltern befreundet gewesen sei, kennengelernt; auch nach dem Krieg habe er jahrelang die Beziehung mit ihm aufrechterhalten. Monnet sei eine „große, originelle europäische Persönlichkeit" gewesen. Er selbst – Mitterrand – habe 1948 als junger Parlamentarier an dem ersten Europa-Kongreß in Den Haag teilgenommen.[3] Seit nunmehr 35 Jahren halte er an dem Europa-Gedanken fest in der Überzeugung, daß „Frankreich und Deutschland anderes zu tun hätten, als sich gegenseitig zu zerstören". In den 20 Jahren, in denen er in Frankreich zur Opposition gehört habe, habe er Deutschland nur durch persönliche Beziehungen und Privatbesuche kennengelernt, und dies sei vielleicht eine besonders günstige Art und Weise, ein Volk eingehender kennenzulernen; er sei jedoch nie in amtlicher Eigenschaft in der Bundesrepublik gewesen.

Der Herr *Bundespräsident* sprach erneut seine Genugtuung darüber aus, daß er Gelegenheit habe, den französischen Präsidenten persönlich kennenzulernen. Er beglückwünschte ihn zu dessen Wahl zum französischen Staatspräsi-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 23. Juli 1981 gefertigt und mit Schreiben des Bundespräsidenten Carstens vom 28. Juli 1981 an Bundesminister Genscher übermittelt. Dazu vermerkte Carstens: „Sehr geehrter Herr Bundesminister, zu Ihrer persönlichen Unterrichtung übersende ich Ihnen in der Anlage mit der Bitte um Rückgabe eine Dolmetscheraufzeichnung über mein Gespräch mit dem französischen Staatspräsidenten am 13. Juli 1981." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Hat Genscher vorgelegen.
Mit Schreiben vom 18. September 1981 vermerkte Genscher für Carstens: „Ich habe die Aufzeichnung mit großem Interesse gelesen. Sie enthält eine Reihe bemerkenswerter Äußerungen des französischen Präsidenten zur Deutschen Frage, zu den Perspektiven Europas und zur Nachrüstungsproblematik. Ich gebe die Aufzeichnung mit bestem Dank in der Anlage zu diesen Zeilen wieder zurück." Vgl. VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Staatspräsident Mitterrand hielt sich anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 198, Dok. 199, Dok. 201 und Dok. 202.

3 Der Europäische Kongreß fand vom 7. bis 10. Mai 1948 in Den Haag statt.

denten und zu der eindeutigen Entscheidung des französischen Volkes bei der Parlamentswahl.[4] Er selbst wirke seit über 30 Jahren an der Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen mit. In seinen Augen komme diesem Gebiet eine zentrale Bedeutung nicht nur für Deutschland und Frankreich, sondern auch für ganz Europa und bis zu einem bestimmten Grad auch für die übrige Welt zu. Es sei faszinierend zu verfolgen, wie sich die deutsch-französischen Beziehungen und der europäische Einigungsprozeß in Wechselwirkung zueinander entwickelten. Die deutsch-französische Verständigung sei auch weiterhin die Grundlage der europäischen Einigung, obwohl man dies mit Rücksicht auf die anderen Partner nach außen nicht allzu sichtbar machen sollte. Aber auch Deutschland und Frankreich kämen sich ihrerseits durch den auf der deutsch-französischen Verständigung beruhenden europäischen Einigungsprozeß näher, weil man danach trachte, bei der Behandlung der europäischen Fragen gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten.

Er selbst – der Herr Bundespräsident – habe den Wunsch, daß die beiden Länder sich regelmäßig und kontinuierlich konsultierten. Hierzu habe der Vertrag von 1963[5] eine sehr große Bedeutung, da er den institutionellen Rahmen für regelmäßige Konsultationen biete. Sehr oft sei es gelungen, gemeinsame Standpunkte zu erreichen. Er sei überzeugt, daß dies auch in der Zukunft sehr oft der Fall sein werde. Aber auch bei Fragen, in bezug auf die man sich nicht einig sei, halte er es für hilfreich, daß man sich stets bemühe, behutsam miteinander umzugehen, um zu verhindern, daß die Meinungsverschiedenheiten zu vermeidbaren Schwierigkeiten führten. Zu dieser Erkenntnis sei er aufgrund einer langen Erfahrung unter verschiedenen deutschen Regierungen gelangt, denen auf der französischen Seite ebenfalls mehrere Partner gegenübergestanden hätten. Er glaube, daß es sich um eine gute Grundlage handele. Es sei wichtig, daß man mit seinen Freunden jeweils aufrichtig spreche.

Mitterrand habe offenbar ähnliche Auffassungen. Inzwischen stehe man vor Aufgaben, die weit über den europäischen Rahmen hinausgingen. Er glaube, daß Deutschland und Frankreich gemeinsam einen großen – wenn auch nicht zu überschätzenden – Einfluß auf die Weltpolitik ausüben könnten. Dies gelte ebenso sehr für die Beziehungen zu den USA und der Sowjetunion wie auch für die Politik der Dritten Welt. Auch in dieser Hinsicht bleibe das deutsch-französische Verhältnis aus deutscher Sicht und, wie er glaube, auch aus französischer Sicht ein Kernstück des politischen Wirkens.

Mitterrand antwortete, er sei von all dem, was der Herr Bundespräsident gesagt habe, überzeugt. Von einer „Achse Paris–Bonn“ zu sprechen, wäre seiner Auffassung nach ein Fehler, und es hätte etwas Demütigendes gegenüber den acht anderen Partnern. Der Vertrag zwischen den zehn europäischen Staaten[6] beruhe ja auf dem Grundsatz der Gleichheit. Deshalb sei eine „psychologische Vorsicht“ geboten. Realistisch betrachtet, lasse sich jedoch behaupten, daß al-

4 Zu den Wahlen zur französischen Nationalversammlung am 14. bzw. 21. Juni 1981 vgl. Dok. 175, Anm. 37.

5 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

6 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

les bisher im Bereich der europäischen Einigung Erzielte auf dem guten Einverständnis zwischen der Bundesrepublik und Frankreich beruhe. Großbritannien sei zur Zeit durch die eigenen Probleme zu stark absorbiert, um die Integration zu fördern. Ohne die deutsch-französische Verständigung bliebe „Europa ohne Führung" und hätte „keine kohärente Politik". Deutschland halte schon lange treu an dem Europa-Gedanken fest. Frankreichs Haltung sei in den letzten 25 Jahren weniger konstant gewesen. De Gaulle habe gegenüber Deutschland zwar ein sehr gutes Verhältnis gepflegt, sei aber dem Europa-Gedanken nicht so nahegestanden. Für die deutsch-französische Verständigung hätten sich seine persönlichen Beziehungen zu Adenauer jedoch als „recht produktiv" erwiesen. Auch seiner – Mitterrands – Auffassung nach hänge alles von der Güte der deutsch-französischen Beziehungen ab. Die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion seien zwar Großmächte, aber was nütze es, wenn sie nicht selbst von den „Wohltaten des Friedens" überzeugt seien; wenn es nicht zu einem Krieg kommen solle, müsse man den Gedanken- und Warenaustausch pflegen und zusammenarbeiten. Er glaube, daß Deutschland und Frankreich gegenüber den beiden Großmächten durchaus eine Rolle spielen könnten, und erinnerte in diesem Zusammenhang an die japanischen Sportarten Judo und Karate, bei denen es nicht auf die jeweilige Körperkraft ankomme, sondern darauf, daß man den Gegenspieler an der richtigen Stelle treffe. Hierbei könne auch der Schwächere im Vorteil sein. Durch eine Zusammenlegung der Kräfte könnten Frankreich und Deutschland eine beträchtliche Rolle spielen.

Er glaube, daß es zwischen Deutschland und Frankreich nicht viele strittige Fragen gebe, und möchte auch nicht in entsprechende Einzelheiten eintreten. Selbst bestehende innenpolitische Unterschiede stellten seiner Auffassung nach keine große Gefahr dar, wenn man versuche, die höheren Zielsetzungen aufeinander abzustimmen. So setze die Bundesrepublik die Betonung auf die Bekämpfung der Inflation, während Frankreich den Akzent auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gesetzt habe. Das französische Volk habe es nicht weiter ertragen, bis zu zwei Millionen Arbeitslose zu zählen. Wenn die Dinge so weitergegangen wären wie bisher, hätte dies schließlich zu einer ähnlichen Situation geführt, wie sie zur Zeit in einigen englischen Städten herrsche. Er – Mitterrand – habe es mit der Realität in seinem eigenen Lande zu tun. In erster Linie gelte es, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, obwohl er selbst auch die ökonomischen Lehrmeinungen kenne, aufgrund deren man bei der Inflationsbekämpfung ansetzen sollte. Präsident Giscard d'Estaing habe wegen seines Beharrens auf dieser Doktrin einen „fast zu hohen Preis" zahlen müssen. Die „Toleranzschwelle" in Frankreich sei überstiegen worden. Vor die Frage gestellt, ob die Wirtschaftswissenschaftler eine bestimmte ökonomische Verhaltensweise für richtig hielten oder ob das Volk revoltiere, habe er sich, um seinem Land eine schlimmere Situation zu ersparen, zunächst für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entschieden. In keinem westlichen Land könne man der Jugend „die Tore schließen". Unter den zwei Millionen französischen Arbeitslosen stellten die Jugendlichen im Alter zwischen 18 bis 30 Jahren eine große Mehrheit dar. Es handele sich zum großen Teil um junge Menschen mit einem Studien- oder Lehrabschluß, die fünf bis sechs Jahre lang auf einen Arbeitsplatz warten müßten oder nicht eine ihren Qualifikationen entsprechende Arbeit finden könnten. Frankreich befinde sich an der Schwelle einer Revolte. Angesichts der Realitä-

ten komme es ihm, wie gesagt, nicht auf die Anwendung volkswirtschaftlicher Lehrmeinungen an, sondern um die Bewältigung der gegenwärtigen Schwierigkeiten. Komme man mit einer bestimmten Politik nicht voran, so müsse man „etwas anderes erfinden". In dieser Hinsicht verstehe er – Mitterrand – Präsident Reagan zur Zeit nicht gut.

Der Herr *Bundespräsident* bemerkte hierzu, in den Vereinigten Staaten spiele die Arbeitslosigkeit nicht die gleiche Rolle wie in Europa.

Präsident *Mitterrand* gab zu, daß dort eine größere Mobilität herrsche und gewisse Probleme auf einer „rassisch-sozialen" Grundlage gelöst werden könnten. Dies wäre in Frankreich nicht möglich.

Der Herr *Bundespräsident* führte hierzu aus, in Deutschland sei die Lage nicht so ernst. Unter den Arbeitslosen gebe es zwar auch hier viele Jugendliche, sie fänden jedoch meist innerhalb von sechs bis acht Monaten einen Arbeitsplatz.

Mitterrand wies darauf hin, daß in Frankreich zur Zeit 120 Milliarden Francs (?) im Jahr zur Unterstützung der Arbeitslosen aufgewandt würden.

Der Herr *Bundespräsident* wünschte Mitterrand viel Erfolg bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und brachte sodann das Gespräch auf die Lage in Deutschland. Deutschland sei bekanntlich ein geteiltes Land und ein geteiltes Volk. Eine positive Folge der Entspannungspolitik sei die Tatsache, daß die beiden Teile des Volkes enger aneinandergerückt seien: Millionen von Westdeutschen könnten in die DDR reisen, wenn auch in umgekehrter Richtung eine weit geringere Besucherzahl zu verzeichnen sei. Auch die Beziehungen zwischen den beiderseitigen Regierungen hätten sich verbessert. Er selbst habe anläßlich der Beerdigung Titos in Belgrad ein längeres Gespräch mit Honecker geführt[7], das nicht unangenehm verlaufen sei. Es hätten mehrfach Kontakte zwischen dem Bundeskanzler und der Regierung in Ost-Berlin stattgefunden. Trotzdem gebe es außerordentlich große Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands, insbesondere auch zwischen den beiderseitigen gesellschaftlichen Systemen. Auch die Haltung zu der Deutschlandfrage sei unterschiedlich. Die Bundesrepublik gehe davon aus, daß die Deutschen den Willen hätten, die Teilung trotz einer mehr als dreißigjährigen Trennung zu überwinden, während die Regierung in Ost-Berlin die These vertrete, daß die Teilung endgültig sei und man nicht mehr von einem deutschen Volk sprechen könne. Es handele sich hierbei um eine schwierige Frage, die man behutsam behandeln müsse.

Er – der Herr Bundespräsident – sei nicht bereit, seinen Standpunkt hierzu aufzugeben; er sei weiterhin davon überzeugt, daß die beiden Teile Deutschlands eines Tages wieder friedlich zusammenfinden könnten. In der Zwischenzeit könne man vieles tun. Westberlin habe in dieser Hinsicht eine bedeutsame Funktion. In diesem Zusammenhang dankte der Herr Bundespräsident Frankreich für die klare und eindeutige Haltung, die es zur Rolle Berlins eingenommen habe. Wenn Mitterrand Gelegenheit habe, einmal nach Berlin zu kommen, werde er feststellen, welch große Zuneigung die Berliner zu Frankreich empfänden, einem Land, das auch aus historischen Gründen (siehe Aufnahme der

7 Zum Gespräch am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den am 4. Mai 1980 verstorbenen Staatspräsidenten Tito vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 788.

Hugenotten durch Friedrich den Großen) in der Geschichte Berlins immer eine große Rolle gespielt habe.

Er – der Herr Bundespräsident – habe Wert darauf gelegt, Mitterrand gegenüber in großen Zügen diese Gedanken zum Ausdruck zu bringen, die er nicht öffentlich darlegen könnte.

Mitterrand erwiderte, wenn er Deutscher wäre, würde er „nicht anders argumentieren". Er würde auch darunter leiden, daß der letzte Krieg zu derartigen Folgen geführt habe. Die vorsichtige Haltung des Herrn Bundespräsidenten sei legitim, denn es handele sich bei der Deutschlandfrage in der internationalen Diskussion um ein „heißes Thema". Für die sowjetische Seite wäre eine deutsche Wiedervereinigung heute ein „Casus belli", aber das Leben entwickele sich ja mit jedem Tag weiter. Er glaube, daß sich das sowjetische Weltreich im Jahre 2000 sehr anders darstellen werde; man könne sich fragen, ob es dann überhaupt noch existiere. Möglicherweise bleibe die Sowjetunion zwar als Großmacht bestehen, aber in allen Ländern Ost- und Mitteleuropas werde der Kommunismus abgebaut werden. Breschnew, der vielleicht eher zu Kompromissen neige, sei von einem „feindlichen Clan" umringt. Er – Mitterrand – glaube, daß alle Daten des „europäischen Gleichgewichts" sich verändern werden. Dann könne möglicherweise die „Stunde der deutschen Vereinigung" kommen. Sie wäre das Ergebnis einer doppelten Konstellation: Es müßte zu einer Abschwächung der Sowjetunion und zu einem Aufstand der Bevölkerung der DDR kommen.

Er – Mitterrand – meine auch, daß es vorsichtiger wäre, derartige Gedanken nicht öffentlich darzulegen; er halte es nicht für sinnvoll, dieses Thema gegenwärtig anzuschneiden. Wenn der Herr Bundespräsident bemerke, daß es nach Auffassung der östlichen Seite ein deutsches Volk nicht mehr gebe, frage er sich, ob man dort „ideologisch schon so weit fortgeschritten" sei.

Der Herr *Bundespräsident* bestätigte, daß man in Ost-Berlin nur noch von „zwei deutschen Nationen" spreche, von denen eine „kapitalistisch" und die andere „sozialistisch" sei. Eine Entwicklung habe insofern stattgefunden, als in der Verfassung der DDR von 1949[8] noch das Ziel der deutschen Einheit verankert gewesen sei.

Mitterrand bemerkte, es bestehe offensichtlich ein Unterschied zwischen der Meinung des politischen Apparats und den Gefühlen des Volkes.

Der Herr *Bundespräsident* betonte, daß die Bindung der Deutschen in der DDR zu denen in der Bundesrepublik schon durch die in 80 Prozent des Territoriums der DDR bis nach Dresden zu empfangenden westdeutschen Fernsehübertragungen sehr stark sei. Das dortige Interesse an diesen Fernsehsendungen, die auch Berichte westdeutscher Reporter über die Lage in der DDR umfaßten, hielte die beiden Teile des deutschen Volkes zusammen. Der Wunsch, die westdeutschen Fernsehsendungen zu verfolgen, sei zum Teil so stark, daß es schwierig sein soll, Arbeiter für Betriebe, die östlich von Dresden liegen, anzuwerben, weil man dort diese Fernsehsendungen nicht mehr empfangen könne. Letzteres möge eine Anekdote sein, sei aber bezeichnend für die dortige Einstellung.

8 Korrigiert aus: „1948".
Vgl. dazu Artikel 1 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949; Dok. 37, Anm. 8.

Er – der Herr Bundespräsident – sei sich im klaren darüber, daß es sich bei der Deutschlandfrage um ein schwieriges Thema handele. Er sei mit Mitterrand der Ansicht, daß die Geschichte der Welt nicht beendet sei; man brauche einen langen Atem. Es komme der Bundesrepublik sehr darauf an, daß insbesondere Großbritannien, die USA und Frankreich die Überzeugung hätten, daß dieses Deutschland keine anderen als friedliche Absichten dabei verfolge.

Mitterrand betonte die außerordentliche, ja entscheidende Bedeutung, die das ausländische Fernsehen für ein abgekapseltes Land haben könne.

Der Herr *Bundespräsident* brachte das Gespräch auf Jean Monnet, den er oft gesehen und sehr verehrt habe. Monnet habe einen großen Beitrag zum europäischen Zusammenschluß geleistet. Er sei bei seiner Tätigkeit behutsam vorgegangen, habe jedoch das Ziel nie aus den Augen verloren. Insbesondere sei es ihm gelungen, Vertreter der verschiedenen Parteien, der Gewerkschaften und praktisch aller wichtigen Gesellschaftsgruppen um einen Tisch herum zu bringen. Diese Begegnungen bei Jean Monnet seien eine der seltenen Gelegenheiten gewesen, bei denen alle Teilnehmer sich über europapolitische Fragen einig gewesen seien. Er habe diese Treffen, an denen er in seiner damaligen Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU[9] teilgenommen habe, in sehr guter Erinnerung.

Mitterrand führte aus, seine Beziehung zu Jean Monnet gehe auf seine Kindheit zurück, die er in einem 13 km von Cognac entfernt liegenden Städtchen verbracht habe. In seinen – Mitterrands – Studienzeiten sei Monnet schon eine bedeutsame Persönlichkeit gewesen. Als junger Politiker sei er – Mitterrand – für ein Jahr lang während der ersten Regierung von Robert Schuman[10], als Staatssekretär im Ministerpräsidentenamt, dessen engster Mitarbeiter gewesen. Er habe an vielen Erörterungen über die Pläne Monnets zum Aufbau Europas teilgenommen. Der Europa-Gedanke sei seiner Auffassung nach „einer der seltenen großen Gedanken der Gegenwart".

Dieser Gedanke sei der Grundstein für die Zukunftsmöglichkeiten. Auch Gaillard stamme aus dem gleichen Heimatort. Später habe er – Mitterrand – sich von Jean Monnet gelöst, nicht wegen dessen Europapolitik, sondern wegen innerpolitischer Fragen. Die persönliche Freundschaft habe jedoch bis zum Tod Monnets[11] angehalten. Er erinnere sich noch gerne an die große Zeit der Vorbereitung des Vertrages über die Montanunion[12]. Er glaube, daß auch heute „Gedanken zur Belebung der Europäischen Gemeinschaft" – die die Tendenz habe, allzu sehr ins Administrative abzugleiten – entwickelt werden sollten. Heute stelle sich die Gemeinschaft eher als eine „Assoziation von Ländern denn als eine Einheit" (französisch: „plutôt une association de pays qu'une entité") dar. Dabei sei zu bemerken, daß England die Arbeit nicht gerade erleichtere.

Der Herr *Bundespräsident* entgegnete, es sei aber doch eine große Leistung vollbracht worden, die Harmonisierung der Außenpolitik.

9 Karl Carstens war von Mai 1973 bis Dezember 1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

10 Robert Schuman amtierte 1947/48 als Ministerpräsident.

11 Jean Monnet verstarb am 16. März 1979.

12 Für den Wortlaut des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

Mitterrand gab zu, daß auf diesem Gebiet ein gewisser Fortschritt erzielt worden sei, jedoch kehre man im wirtschaftlichen Bereich auf den Grundsatz des „chacun pour soi" zurück.

Der Herr *Bundespräsident* wies darauf hin, daß die Mitgliederzahl von Zehn bereits sehr groß sei; dadurch würden viele Probleme aufgeworfen. Allerdings meine er, daß aus politischen Gründen Spanien und Portugal[13] ebenfalls aufgenommen werden sollten.

Mitterrand erklärte, daß sich in diesem Zusammenhang für Frankreich Schwierigkeiten ergäben. In bezug auf Portugal könne er seine Zustimmung ohne weiteres geben; er unterhalte sehr gute Beziehungen zu diesem Land. Mit Spanien seien die Dinge aus wirtschaftlichen, insbesondere aus agrarpolitischen Gründen schwieriger. Man sollte versuchen, durch Vorgespräche den Weg für die späteren Vereinbarungen abzustecken. Bei den Erörterungen zu zehnt über den Beitritt Spaniens befinde sich Frankreich gegenüber den neun anderen Mitgliedstaaten – allenfalls mit Ausnahme von Italien – isoliert. Die Probleme seien „äußerst vertrackt" (französisch: „extrèmement intrigués"). Dabei handele es sich um besondere Probleme, die Frankreich und Spanien beträfen. Frankreich könne aber mit Spanien nicht getrennte Verhandlungen, z. B. über Wein, Obst und Gemüse und die Fischerei, führen. Nach dem jetzigen Stand der Dinge würde ein Beitritt Spaniens zwei südfranzösischen Regionen großen Schaden beifügen. Dies sei auf die unterschiedlichen fiskalischen Bedingungen in den beiden Ländern und auch darauf zurückzuführen, daß Frankreich eine viel größere soziale Belastung als Spanien zu tragen habe. Der „Preis für den sozialen Fortschritt" sei, daß Frankreich auf bestimmten Gebieten gegenüber Spanien weniger konkurrenzfähig sei, weil letzteres auf sozialem Gebiet nicht die gleichen Anstrengungen unternommen habe. Er – Mitterrand – habe mit Calvo-Sotelo über diese Fragen gesprochen und auch in jüngster Zeit mehrere Telefongespräche mit dem spanischen König[14] geführt. Wenn es möglich sei, sich mit Spanien zu arrangieren, sei es gut, sonst könnte für die spanische Demokratie ein Schaden daraus erwachsen.

Der Herr *Bundespräsident* erinnerte daran, daß er 1956 die deutsche Verhandlungsdelegation für den Vertrag von Rom geleitet habe. Damals habe es mit den französischen Partnern lange Diskussionen über ähnlich gelagerte Probleme gegeben, wie sie heute zwischen Frankreich und Spanien beständen. Sein damaliger französischer Gesprächspartner Marjolin habe darauf hingewiesen, daß die französische Wirtschaft durch große soziale Leistungen stärker belastet sei als die deutsche. Man habe sich daraufhin dazu entschlossen, eine salvatorische Klausel in den Vertrag aufzunehmen, die Frankreich die Möglichkeit bieten sollte, im Falle besonderer Schwierigkeiten Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Diese Klausel sei nie zur Anwendung gekommen, da sich die Entwicklung anders vollzogen habe, als man es damals vorausgesehen habe. Insbesondere seien die deutschen Sozialleistungen seither enorm gestiegen, wahrscheinlich noch über das französische Niveau hinaus. Die damals legitimen Be-

13 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien bzw. Portugal vgl. Dok. 189, Anm. 28 und 29, bzw. Dok. 177, Anm. 18.

14 Juan Carlos I.

fürchtungen der französischen Wirtschaftskreise und auch der Landwirtschaft seien dadurch ausgeräumt worden.

Mitterrand erwiderte, zur Zeit litten die französischen Weinbauern unter der Tatsache, daß große Mengen von Wein aus Italien nach Frankreich importiert würden. Es handele sich um 100 000 t Wein, eine Menge, die den derzeitigen französischen Lagerbeständen entspreche. Dies habe zu heftigen Reaktionen geführt, um so mehr, als es sich um gefälschten Wein handele. Dadurch werde es ihm – Mitterrand – nicht erleichtert, seine Zustimmung zu der EG-Weinregelung für Spanien zu geben. Die Situation sei für ihn recht schwierig, aber er glaube, sie überwinden zu können. Nach eingehenden Erörterungen werde man sich wahrscheinlich für die Einräumung einer etwa zehnjährigen Übergangszeit (französisch: „période probatoire") einigen, da man ohnehin nicht alles sofort regeln könne. Er halte aber die politische Entscheidung über den Beitritt Spaniens für sehr wichtig. Die spanische Demokratie sei noch sehr schwach, und wenn es den König nicht gäbe, würde die Armee wahrscheinlich einen Staatsstreich verüben.

Der Herr *Bundespräsident* bemerkte, man habe eine Fülle von Aufgaben vor sich. Er selbst sei von Natur aus eher ein Optimist als ein Pessimist und meine, daß vernünftige Chancen bestünden, die anstehenden Probleme zu meistern.

In Deutschland habe man zur Zeit große Schwierigkeiten auf den folgenden beiden Gebieten: dem Ausbau der Kernenergie und der Stationierung atomarer Waffen. Es sei zu einer regelrechten Gegenbewegung gekommen, deren Stärke schwer zu beurteilen sei. Auf jeden Fall handele es sich um sehr lautstarke Protestaktionen, welche die Arbeit der Regierung erschwerten. Nehme man das Parlament insgesamt, so würde man feststellen, daß in den zwei genannten Fragen eine sehr große Mehrheit hinter der Position der Regierung stehe. Die Schwierigkeiten stammten jedoch aus den eigenen Reihen der beiden Regierungsparteien. Es werde sicher noch sehr langwierige Diskussionen darüber geben.

Mitterrand hob hervor, die Bundesrepublik befinde sich in einer „paradoxen Situation": Sie sei ein großes Land, aber keine Nuklearmacht.[15] Dagegen befinde sich auf deutschem Boden eine große Konzentration von Atomwaffen. Dies sei für ein Volk schwer zu verstehen. Frankreichs Lage sei leichter: Es besitze Kernwaffen und habe keine ausländischen Truppen auf seinem Gebiet. Wenn er – Mitterrand – mit Deutschen über diese Dinge spreche, tue er es mit einer „demütigen Haltung" (französisch: „dans l'humilité"). Es sei verständlich, daß es in Deutschland eine „Woge des Neutralismus" gebe. Die Vereinigten Staaten müßten dies besser verstehen.

Die sowjetische nukleare Bewaffnung sei sehr beunruhigend. Die von den Russen stationierten SS-20-Raketen seien lebensgefährlich. Nach Auskunft seiner – Mitterrands – Experten genügten 150 dieser Raketen, um das gesamte westliche Militärdispositiv zu zerstören. Inzwischen seien aber von den Russen 220 SS-20-Raketen aufgestellt worden. Wenn Rußland bereit sei zu verhandeln,

15 Zur Verzichtserklärung der Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 153, Anm. 37.

unter Beibehaltung der bereits installierten Raketen, und von westlicher Seite auf dem Gebiet der Nachrüstung nichts geschehe, so wäre dies paradox.

Der Herr *Bundespräsident* gab einige Erläuterungen zu der „Friedensbewegung", die sich in letzter Zeit in der Bundesrepublik ausgebreitet habe: Eine größere Zahl evangelischer Pfarrer beriefen sich dabei auf die biblische Bergpredigt, aber es sei schwierig, mit der Bergpredigt Politik zu machen. In seinem persönlichen Leben sei er – der Herr Bundespräsident – allenfalls bereit, sich an diese Lehre zu halten, für die Politik sei sie jedoch nicht geeignet. Die Anhänger dieser Tendenz, insbesondere die idealistisch eingestellten Jugendlichen, möchten sofort mit der Abrüstung beginnen.

Mitterrand verwies auf die Methode der Russen. Diese erklärten zwar, sie wollten keinen Krieg, durch eine Kriegsdrohung möchten sie jedoch die gleichen Ergebnisse erzielen wie mit einem siegreichen Krieg. Er – Mitterrand – sei der Auffassung, der Westen solle in gleicher Weise wie die Russen vorgehen, d.h. mit der Installierung von Pershing-Raketen drohen. Dies könnte die Sowjets dazu bewegen, zu verhandeln. Er glaube aber, daß man den Gedanken einer Nachrüstung nicht zu früh aufgeben sollte, es sei denn, daß Breschnew etwas wirklich Neues vorschlage. Bisher sei dies nicht der Fall gewesen. Der Widerstand der Vereinigten Staaten gegen[16] seine bisherigen Vorschläge könnte ihn veranlassen, seine Zustimmung zu Verhandlungen auf einer anderen Basis zu geben. Schwierig sei es, die genaue Nahtstelle zwischen dem Moment, bis zu dem man aufrüsten soll, und dem Moment, von dem ab man verhandeln soll, zu finden. Er – Mitterrand – glaube, daß gegenwärtig dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen sei, möglicherweise komme er jedoch noch vor Ende dieses Jahres.

Der Herr *Bundespräsident* antwortete, er sei mit diesen Äußerungen Mitterrands einverstanden. Wichtig sei in dieser Frage ein gutes Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland.

Mitterrand wies darauf hin, daß ihm die derzeit in Deutschland geführte Polemik bekannt sei. Willy Brandt sei ein persönlicher Freund von ihm, der sehr gerne großen Visionen (frz.: „grandes vues") anhänge, er glaube aber, daß in der zur Debatte stehenden Frage die Dinge noch nicht genügend herangereift seien. Man dürfe nichts überstürzen.

Präsident Mitterrand verabschiedete sich von dem Herrn Bundespräsidenten um 9.45 Uhr.

VS-Bd. 14093 (010)

16 Korrigiert aus: „auf".

201

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand

105-56.A/81 **13. Juli 1981**[1]

Nur unter Verschluß

Gespräch des Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten, Herrn François Mitterrand, am 13.7.1981, um 9.50 Uhr[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Präsident *Mitterrand* führte das Gespräch mit einem Hinweis auf die bilaterale Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern ein und erklärte dazu: Der Bundeskanzler habe am Vortage die Frage nach der Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet gestellt. Er – Mitterrand – könne nunmehr bestätigen, daß in Paris und Straßburg ein Studien- und Dokumentationszentrum über das zeitgenössische Deutschland errichtet werden soll.[3]

Was die übrigen Bereiche der bilateralen Zusammenarbeit betreffe, könne er ohne Schwierigkeiten die französische Zusage über die Zusammenarbeit auf den folgenden Gebieten bestätigen: Ariane[4] – Airbus[5] – Fernseh- und Rundfunk-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat am 27. Juli 1981 gefertigt und von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 13. August 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler bittet, den Herrn Bundesminister zu unterrichten."
Hat Wallau am 14. August 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178841.

2 Staatspräsident Mitterrand hielt sich anläßlich der deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 198–200 und Dok. 202.

3 Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing einigten sich während der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris auf eine gemeinsame Kultur-Erklärung. Diese sah u. a. die Gründung eines „Zentrums für Information und Forschung über das zeitgenössische Deutschland" vor. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1981, S. 102 f.

4 Das Bundesministerium für Forschung und Technologie erläuterte am 30. November 1977, daß sich die Bundesrepublik seit 1974 an der Entwicklung der Trägerrakete vom Typ „Ariane" mit jährlich 40 Mio. DM für acht Jahre beteiligt habe. Insgesamt werde der Beitrag der Bundesrepublik bis 1981, bedingt durch Preisanpassungen, bei rund 384 Mio. DM liegen. Vgl. Referat 413, Bd. 119650. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 365.
Das Bundesministerium für Forschung und Technologie vermerkte am 24. Juni 1980, die Bundesrepublik sei der „Erklärung europäischer Regierungen über die Produktionsphase der Ariane-Träger" vom 23. Januar 1980 beigetreten. Diese sehe vor, „daß die Produktion der Ariane-Rakete durch eine Aktiengesellschaft französischen Rechts, Arianespace, mit Sitz in Frankreich durchgeführt werden soll". Vgl. Referat 413, Bd. 142056.
Am 2. Juli 1981 legte das Bundesministerium für Forschung und Technologie dar: „Die französische Weltraumbehörde (C[entre]N[ational d']E[tudes]S[patiales]) ist seit längerem für Steigerung der Einsatzmöglichkeiten des Trägers und forciert vor allem aus industriepolitischen Erwägungen dessen Weiterentwicklung. Diesem Ziel diente ein Vorschlag der CNES für ein umfassendes, auf ‚Ariane' gestütztes Weltraumsystem Solaris, der auf Anforderung des ehemaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing vorgelegt worden war. Schon aus Haushaltsgründen müssen wir diesen sich voraussichtlich fortsetzenden französischen Bestrebungen mit äußerster Zurückhaltung begegnen. […] Für kostspielige technische Zusatzentwicklungen zu immer größeren Trägersystemen (‚Ariane' 4 und 5) sehen wir auch längerfristig keinen Bedarf." Vgl. Referat 431, Bd. 142106.

5 Die Bundesrepublik und Frankreich arbeiteten seit 1969 bei der Entwicklung des „Airbus" zusammen. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 252, AAPD 1976, II, Dok. 327, und AAPD 1978, II, Dok. 367.

Satellit[6]. Es bestehe von französischer Seite auch Interesse an gemeinsamen Untersuchungen über neue Technologien im Bereich der Mikroelektronik, der Ozeanographie, der optischen Fasern u. a. m.

Er sei gerne bereit, auch ein Wort über die wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere auf dem Gebiet des Rüstungswesens, zu sagen. Danach könnte man sich der Europäischen Gemeinschaft zuwenden.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesem Themenkatalog einverstanden. Zu den bilateralen Themen habe er zwei Bemerkungen zu machen:

1) Zu Ariane:

Er sei nicht sicher, ob auf deutscher Seite tatsächlich ein Bedarf an größeren Trägerraketen des Typs Ariane 4 und 5 bestehe. Ministre Chevènement habe öffentlich seine Absicht bekundet, die „Ariane-Familie" weiterzuentwickeln. Er – Bundeskanzler – habe den deutschen Forschungsminister beauftragt, ein eingehenderes Gespräch über diesen Punkt mit seinem französischen Gesprächspartner zu führen.[7]

2) Was die nukleare Zusammenarbeit beträfe, so sehe er keine Probleme, bis auf die Tatsache, daß sowohl am Oberrhein (Fessenheim) und an der Saar (Cattenom[8]) viele Klagen über die bisher errichteten französischen Kernkraftwerke

6 Die Bundesrepublik und Frankreich schlossen am 29. April 1980 ein Abkommen über die technisch-industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Rundfunk-Satelliten. Für den Wortlaut des Abkommens und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil II, S. 50–58.
Am 2. Juli 1981 legte das Bundesministerium für Forschung und Technologie dar, das Abkommen sei am 1. Dezember 1980 in Kraft getreten. Ein Vorvertrag „zwischen dem Lenkungsausschuß und dem deutsch-französischen Industriekonsortium ‚Eurosatellite' über die Vergabe des Auftrags für die beiden Rundfunk-Satelliten" werde „in Kürze" abgeschlossen werden: „Die Verhandlungen über einen deutsch-französischen Briefwechsel, in dem beide Regierungen – wie im TV-Sat-Abkommen vereinbart – ihre Haltung im Hinblick auf die gemeinsame spätere TV-Sat-Zusammenarbeit in der industriellen Phase und den Export von Satelliten festlegen, stehen vor dem Abschluß." Vgl. Referat 431, Bd. 142106.
Am 22. September 1981 wurde durch Notenwechsel eine Vereinbarung über den gemeinsamen Export von Rundfunk-Satelliten geschlossen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1981, Teil II, S. 939.

7 Am 22. September 1981 fand ein Gespräch des Bundesministers von Bülow mit dem französischen Industrieminister Dreyfus statt. Dazu notierte das Bundesministerium für Forschung und Technologie am 30. September 1981: „Auf die Frage von BM v. Bülow nach dem Stand der französischen Überlegungen zur Entwicklung der Trägerrakete ‚Ariane' führte die französische Seite aus, daß F ein neues Konzept des Weiterentwicklungsprogramms der ‚Ariane' vorgelegt habe, bei dem ein Nutzlastspektrum von 2000 bis 4300 kg abgedeckt werden kann. […] Die Kosten des Programms werden ca. 200 Mio. RE (Preis 1980, Kurs 1981) betragen." Bülow habe „die grundsätzliche Bereitschaft" erklärt, sich an dem Weiterentwicklungsprogramm zu beteiligen „unter dem Vorbehalt einer detaillierten Prüfung der Kosten. Ferner müsse eine deutsche Beteiligung an der ‚Ariane'-Weiterentwicklung in einem ausgewogenen Verhältnis zur französischen Mitwirkung an der Entwicklung von Raumplattformen stehen. […] Minister Dreyfus begrüßte die deutsche Zusage, sich an der Weiterentwicklung der ‚Ariane' zu beteiligen. Er sei grundsätzlich mit der vorgeschlagenen ‚do ut des-Lösung' (Dreyfus wörtlich) einverstanden, allerdings dürfe die mit der ‚Ariane'-Entwicklung eingeleitete europäische Unabhängigkeit von außereuropäischen Trägern nicht beeinträchtigt werden." Vgl. Referat 431, Bd. 142106.

8 Das Bundesministerium des Innern erläuterte am 30. Juni 1981, die französische Regierung habe Ende 1979 beschlossen, am Standort Cattenom an der Mosel vier Kernkraftwerksblöcke vorzusehen: „Für die ersten beiden Blöcke (2 mal 1300 MW) sind konventionelle Anlagenteile in Bau, Baubeginn für den nuklearen Teil steht unmittelbar bevor. Für die Blöcke 3 und 4 wurde im Januar 1981 ein Antrag auf Genehmigung gestellt. […] Die französische Entscheidung hat im deutschen Grenzgebiet zu erheblicher Beunruhigung in der Öffentlichkeit und bei den Politikern (Rheinland-Pfalz, Saarland) geführt. Landesregierungen Rheinland-Pfalz und Saarland stellen sich aus politischen und

zu verzeichnen seien. Er – Bundeskanzler – rege an, daß der zuständige französische Minister im Plenum[9] über die Absichten seiner Regierung in bezug auf diese beiden Projekte berichte. Die von deutscher Seite erhobenen Klagen halte er für übertrieben, er mache sie sich nicht zu eigen; es sei aber zu erwarten, daß die Bundesregierung seitens der betroffenen Länderministerpräsidenten unter Druck gesetzt werde.

Mitterrand erwiderte, zwischen Frankreich und Deutschland seien eine Reihe von Vereinbarungen über die Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoff[10] und den Bau Schneller Brüter[11] abgeschlossen worden. Die neue französische Regierung habe die Absicht, diese Vereinbarungen zu respektieren, ohne etwas daran zu ändern. Frankreich habe ferner den Wunsch einer technischen Zusammenarbeit mit Deutschland im Hinblick auf die beschleunigte Durchführung von Projekten auf dem Gebiet der Kohlevergasung und -verflüssigung. An den bereits laufenden Projekten solle, wie gesagt, von französischer Seite nichts geändert werden.

Auf die Frage des *Bundeskanzlers*, ob Frankreich noch Kohle fördere, antwortete *Mitterrand*, zur Zeit würden jährlich 19 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, und es bestehe die Absicht, bis 1990 diese Menge auf 30 Millionen Tonnen im Jahr zu bringen. Dagegen habe die Regierung Barre beabsichtigt, die Kohleförderung auf 10 Millionen Tonnen zu senken. Er – Mitterrand – halte eine Erhöhung auf 30 Millionen Tonnen für möglich.

Was die Nuklearpolitik betreffe, habe er den Standpunkt eingenommen, zur Zeit keine neuen Kernkraftwerke zu errichten. Dagegen sollten die bereits begon-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1078

taktischen Gründen hinter derartige Bedenken und schieben den ‚Schwarzen Peter' der Bundesregierung zu". Die französische Entscheidung werfe Fragen auf hinsichtlich Sicherheit, Strahlen- und Umweltschutz. Vgl. Referat 420, Bd. 129864.

9 Für die Plenarsitzung der deutsch-französischen Konsultationen am 13. Juli 1981 vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 30. Juni 1981, Kernkraftswerksbetreiber aus der Bundesrepublik hätten mit dem französischen Wiederaufarbeitungsunternehmen „Compagnie Générale des Matières Nucléaires" (Cogema) „Verträge über die Wiederaufarbeitung von ca. 2100 t abgebrannter Brennelemente abgeschlossen. Die Wiederaufarbeitung dieser Menge soll bis 1985 abgewickelt werden. Ein wesentlicher Vorteil dieser Verträge ist es, daß die Zwischenlagerung der abgebrannten Brennelemente in Frankreich Bestandteil der Wiederaufarbeitungsverträge ist. In diesem Zusammenhang sind in der Wahlkampagne Stimmen laut geworden, die sich gegen die Wiederaufarbeitung ausländischer Brennelemente in Frankreich aus ökologischen Gründen und gegen einen Ausbau der Wiederaufarbeitungsanlage in La Hague aussprechen." Vgl. Referat 420, Bd. 129864.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget vermerkte am 19. August 1977: „Bei den deutsch-französischen Gipfelkonsultationen in Nizza am 13.2.1976 haben BM Matthöfer und der französische Minister für Industrie und Forschung eine gemeinsame Erklärung über die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der fortgeschrittenen Reaktorsysteme unterzeichnet […]. In der gemeinsamen Erklärung kommen die Minister überein, eine langfristige Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bei der Entwicklung und Markteinführung von Schnellen Natriumgekühlten Brutreaktoren (SNR) und Hochtemperaturreaktoren (HTR) zu fördern." Am 18. Mai 1976 sei zudem ein Protokoll über die Leitlinien der Durchführung der Zusammenarbeit unterzeichnet worden. Ferner seien am 5. Juli 1977 in Paris folgende Verträge unterzeichnet worden: „Forschungs- und Entwicklungsabkommen für Schnelle Natriumgekühlte Brutreaktoren zwischen dem Commisariat à l'Energie Atomique (CEA) und der Gesellschaft für Kernforschung, Karlsruhe, und der Internationalen Atomreaktorbau GmbH (Interatom), Bergisch-Gladbach. […]; Vereinbarung über die Gründung, Organisation und den Betrieb einer gemeinsamen Gesellschaft (SERENA= Société Européenne pour la Promotion des Systèmes de Réacteurs Rapides au Sodium) zwischen CEA und der Kenntnisverwertungsgesellschaft Schnelle Brutreaktoren mbH (KVG) in Bergisch-Gladbach." Vgl. Referat 413, Bd. 119676.

nenen Projekte zu Ende geführt werden. In einer zweiten Phase, „d.h. bald", wenn die derzeitigen Überlegungen abgeschlossen seien, beabsichtige er, das jetzige Kernkraftwerkprogramm auszuweiten und neue KKW zu bauen. Fessenheim sei bereits in Betrieb und Cattenom zum Teil schon beendet oder noch im Bau. Die bereits bestehenden Blöcke 1 und 2 würden natürlich nicht abgerissen, jedoch werde vorerst verzichtet, Cattenom um zwei weitere Blöcke (3 und 4) auszuweiten. Bei Projekten dieser Art könne man zwar den Weiterbau stoppen, aber nicht das bisher Errichtete wieder rückgängig machen.

Er – Mitterrand – habe sich vorgenommen, die Frage der Kernenergie psychologisch anders anzugehen als sein Vorgänger[12]: Die in der Bevölkerung verbreitete Angst vor der Kernenergie sei oft auf einen Mangel an Information zurückzuführen. Die vorherige Regierung habe der jeweiligen Bevölkerung den Bau von Kernkraftwerken aufgezwungen. Er selbst habe in Gesprächen mit Wählern und Regionalvertretern festgestellt, daß nicht alle gegen den Bau von KKW seien. Im Einvernehmen mit einer bestimmten Anzahl von Regionen seien bereits mehrere Kernkraftwerke errichtet worden. Man müsse vorher mit den jeweiligen Vertretern der Bevölkerung sprechen, um das Risiko einer Blockierung der bestehenden Vorhaben zu verhindern.

In seiner – Mitterrands – Region z.B. gebe es ein Kernkraftwerk, das ohne Protestveranstaltungen der Umweltschützer oder anderer Bevölkerungskreise errichtet worden sei. Die Bevölkerung habe sogar die Möglichkeit, an bestimmten Tagen das Kraftwerk zu besichtigen, und mache davon lebhaften Gebrauch. Er habe die Absicht, vor der Entwicklung neuer Nuklearprojekte eine entsprechende Überzeugungskampagne in der Öffentlichkeit durchzuführen.

Auf die Frage des Bundeskanzlers, wann Mitterrand mit einer derartigen Kampagne beginnen werde, antwortete dieser, er habe sie bereits eingeleitet: Es werde zunächst Verbindung mit dem Präsidenten der in Frage kommenden Region und dem Generalrat (frz. Conseil général) aufgenommen. Diese würden gefragt, ob sie ihre Zustimmung zu dem Bau eines Kernkraftwerks in ihrer Region geben würden. Selbstverständlich würden ihnen gleichzeitig auch finanzielle Vergünstigungen angeboten. Erklärten sie ihr Einverständnis, so werde die örtliche Bevölkerung konsultiert. Stimme auch diese zu, so stehe der Errichtung des KKWs nichts mehr im Wege. Man müsse bei der Auswahl der Standorte demokratisch vorgehen. In einigen Gegenden komme es zu Protestaktionen, in anderen nicht.

Schließlich meine er – Mitterrand –, daß man bei der Energiepolitik die Betonung auf die Sparmaßnahmen legen sollte. Auf dem Erdölsektor könne man viel einsparen.

Das Gespräch unter vier Augen endete um 10.20 Uhr, es wurde bis 11.15 Uhr in erweitertem Kreis unter Hinzuziehung von Premierminister Mauroy und Außenminister Cheysson sowie von BM Genscher fortgeführt.

Präsident Mitterrand berichtete den hinzugekommenen Gesprächspartnern zunächst über den Teil seines Gesprächs mit dem Bundeskanzler, der sich auf seine Werbekampagne zur Durchführung seines zivilen Nuklearprogramms bezogen hatte.

12 Valéry Giscard d'Estaing.

Was die geplanten Einsparungen betreffe, so habe Frankreich in den letzten sieben Jahren den Erdölverbrauch um 100 Millionen Tonnen eingeschränkt. Eine der nächsten Aufgaben der Europäischen Gemeinschaft sollte darin bestehen, mit Vorrang eine gemeinsame Energiepolitik zu planen unter besonderer Berücksichtigung der Sparmaßnahmen im Wohnungswesen und in der Industrie. Eine Möglichkeit, dieses Problem im Rahmen der EG anzugehen, bestünde in der Gewährung von Darlehen an Industriebetriebe, die entsprechende Sparmaßnahmen durchführen wollten.

Auf die Frage des Bundeskanzlers nach der Haltung der Kommunistischen Partei Frankreichs in diesem Punkt antwortete Mitterrand, die KPF befürworte eine derartige Energiepolitik, sogar in noch größerem Maße als die französischen Sozialisten.

Der *Bundeskanzler* bemerkte zur Frage der Energieeinsparungen, zur Zeit würden in der Bundesrepublik 18% weniger Energie (wohl: 12% weniger Öl) verbraucht als noch im Jahr 1973 vor den Ölpreiserhöhungen[13]; trotzdem sei das Bruttosozialprodukt um 18% gestiegen. Diese Energieeinsparungen seien durch ein Energiesparprogramm[14] der Art, wie es dem französischen Präsidenten vorschwebe, ermöglicht worden. Der Staat habe große Summen für Zuschüsse zu einer besseren Wärmeisolierung ausgegeben. Das Programm laufe zur Zeit noch.

Mitterrand unterstrich die Bedeutung derartiger Programme, die jedoch besonders auch auf die Industrie ausgeweitet werden sollten. Auch Frankreich habe große Anstrengungen in dieser Richtung gemacht; im vergangenen Jahr seien 24 Milliarden Francs für den genannten Zweck ausgegeben worden. Wenn dies bereits auf nationaler Ebene möglich sei, sollte ein EG-Programm, das Darlehen an ausgewählte Industrieunternehmen vorsehe, noch wirksamer sein.

Mit der Bemerkung, daß seine diesbezüglichen strategischen Vorstellungen bis in die Zeit vor zehn bis elf Jahren zurückgingen, als er Verteidigungsminister[15] gewesen sei, führte der *Bundeskanzler* zur Energiepolitik folgendes aus: Wenn Frankreich zur Zeit etwa 20 Millionen Tonnen Kohle jährlich fördere, so fördere Deutschland 85,6 Millionen Tonnen Kohle. Alle anderen Energiequellen brächten für die Bundesrepublik ein außenpolitisches Risiko mit sich. Dies gelte insbesondere auch für das Erdgas, einen Bereich, in dem die Bundesrepublik von Algerien, den Niederlanden und in Zukunft auch von Moskau[16] abhängig sein

13 Die OPEC-Mitgliedstaaten beschlossen am 16. Oktober 1973 in Kuwait eine Erhöhung der Referenzpreise für Rohöl und kündigten an, über die Preise künftig nicht mehr mit den Erdölgesellschaften zu verhandeln. Am 23. Dezember 1973 kündigten die OPEC-Mitgliedstaaten in Wien eine weitere Preiserhöhung an. Vgl. dazu den Artikel „Unter der Knute des Preisdiktats der Ölexportländer“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. Januar 1974, S. 12.

14 Zum Energieprogramm der Bundesregierung vom 26. September 1973 und den Fortschreibungen vgl. Dok. 107, Anm. 18.

15 Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung.

16 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 144, Anm. 4.
Am 9. Juli 1981 legte das Bundesministerium für Wirtschaft dar, die Verhandlungen würden intensiv geführt, da die UdSSR das Projekt noch im Fünfjahresplan einbringen wolle, der im Oktober/November 1981 verabschiedet werden solle. Zwischen den beteiligten Unternehmen aus der Bundesrepublik und der sowjetischen Seite seien noch folgende Punkte offen: „Die Konditionen für die deutschen Ausrüstungslieferungen; die Preiskonditionen für die sowjetischen Erdgaslieferungen (deutsche Haltung: keine Rohöl-Parität) und die Modalitäten des Bankenkredits (ursprünglich ange-

werde. In bezug auf das Erdöl sei die Lage ähnlich. Hierbei bestehe eine Abhängigkeit von Ländern wie Libyen, Saudi-Arabien, Abu Dhabi, Kuwait. Auch die Versorgung mit nuklearem Brennstoff sei für Deutschland mit außenpolitischen Risiken verbunden. Zur Zeit der Regierung Carter sei die Bundesrepublik in bezug auf die Uranlieferung einer eigentlichen Nötigung und Erpressung ausgesetzt worden.[17] Er – Bundeskanzler – wisse, daß Frankreich nicht so stark von Kernbrennstoffimporten aus den USA abhängig sei, da sich das Risiko auf mehrere Länder verteile. Frankreich beziehe bekanntlich auch aus mehreren afrikanischen Ländern Uran.

Man habe sich aus den genannten Erwägungen in der Bundesrepublik für den Grundsatz einer Risikostreuung entschlossen.

Bei der Primärenergie versuche man, eine größere Streuung zu erreichen, sowohl was die Bezugsländer betrifft als auch hinsichtlich der Energiequellen (Erdgas, Erdöl, Uran, Urananreicherung). Von den OPEC-Ländern gehe ein großes wirtschaftliches Risiko aus. Es seien aber auch seitens der USA Erpressungsbemühungen unternommen worden, denen weitere Erpressungsversuche durch Kanada und Australien hätten folgen sollen. Dadurch sei auch hinsichtlich der Versorgung mit Nuklearbrennstoff ein schweres Risiko entstanden. Die Deutschen seien also „gebrannte Kinder". Die Bundesregierung habe infolgedessen beschlossen, die Kohleproduktion weiter zu fördern, selbst wenn dafür enorme Subventionsgelder ausgegeben werden müßten. Der Preis für die deutsche Kohle liege heute wesentlich über dem Weltmarktpreis, weil sie wie die französische Kohle in sehr großen Tiefen abgebaut werden müsse. Sie sei daher nicht konkurrenzfähig gegenüber dem Erdöl und dem Erdgas und auch nicht gegenüber der aus Großbritannien, den USA, Polen und demnächst auch aus Australien importierten Kohle. Möglicherweise werde die deutsche Kohle aber in den nächsten Jahren wieder konkurrenzfähig gegenüber dem ausländischen Erdöl. Dann sei die Regierung bereit, die Subventionen für die Kohle entsprechend wieder abzubauen.

Mitterrand bemerkte, man dürfe in der Palette neben den traditionellen Energiequellen nicht die neuen Energiearten vergessen. Die französischen Energieeinsparungen in Erdöltonnen gemessen würden im übrigen 1985 der französischen Nuklearproduktion entsprechen. Er meine, daß man innerhalb der Gemeinschaft die Entwicklung einer gemeinsamen Energiepolitik keinesfalls vernachlässigen sollte.

Der *Bundeskanzler* bemerkte, er finde es ebenfalls skandalös, daß bisher in der EG keine gemeinsame Energiepolitik erarbeitet worden sei.

Mitterrand führte weiter aus, in Frankreich betrachte man die Kernenergie als die Hauptenergiequelle. Man versuche jedoch, die Kohleproduktion weiter zu steigern. Wenn die Voraussetzungen hierfür auch weniger gut seien, so sei doch die Kohle der einzige Energieträger, bei dem man dem Ausland gegenüber un-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1081

botener Festzins von 7,75 % p. a. wegen stark gestiegenem Zinssatz und Unsicherheit der weiteren Entwicklung Mitte März von Banken zurückgenommen). Wir sind weiterhin bereit zur Verbürgung der notwendigen Kredite zu OECD-konsensuskonformen Bedingungen (deutsches Kreditvolumen rd. 10 Mrd. DM zur Finanzierung der von deutschen Ausrüstern zu liefernden Anlagen, hiervon wären 8,5 Mrd. DM im Rahmen einer Bundesbürgschaft abzudecken)." Vgl. Referat 421, Bd. 141336.

17 Zur amerikanischen Nichtverbreitungspolitik vgl. Dok. 90, Anm. 35, und Dok. 149, Anm. 8.

abhängig sei. Er glaube nicht, daß man die Produktion über eine Menge von 30 Millionen Tonnen im Jahr hinaus steigern könne. Man sei daher für die Entwicklung neuer und erneuerbarer Energiequellen, wie die Solarenergie, Erdwärme, Biomasse usw. Bis zum Jahr 2000 hoffe Frankreich, aus diesen letzteren Energiequellen 8% des Gesamtenergiebedarfs decken zu können.

Eine Frage, die noch offen sei, sei das sowjetische Erdgasgeschäft, über das zur Zeit verhandelt werde. Er – Mitterrand – halte diese Lieferungen für nützlich. Es stelle sich jedoch die Frage, bis zu welcher Grenze man gehen könne, ohne in ein Abhängigkeitsverhältnis zur SU zu geraten. Für Frankreich liege diese Grenze bei 30% der gesamten Erdgaseinfuhren. Weitere 30% des Erdgasbedarfs führe Frankreich aus Algerien ein. Damit entstehe allerdings die Gefahr, daß man bis zu 60% des Bedarfs von den Erdgaseinfuhren aus der Sowjetunion bzw. aus dem OPEC-Land Algerien abhängig werde.

Der *Bundeskanzler* erwiderte, er halte ein derartiges Risiko nicht für beeindruckend. Während die USA beispielsweise in der Ära Carter ihre Uranlieferungsvereinbarungen nicht immer eingehalten hätten, sei die Sowjetunion stets vertragstreu geblieben. Was das Erdgas betreffe, habe man in der Bundesrepublik bereits seit mehreren Jahren für die Einfuhren aus der Sowjetunion intern eine Obergrenze von 30% der gesamten Erdgasimporte festgelegt. Man habe nie daran gedacht, mehr als 30% des Erdgasbedarfs aus der Sowjetunion zu beziehen. Zur Zeit liege die Grenze sogar darunter. Es müsse neu verhandelt werden, nachdem der Dreiecksvertrag zwischen Deutschland, der Sowjetunion und dem Iran[18] durch den Sturz des Schah[19] hinfällig geworden sei. Im übrigen stellten die aus der Sowjetunion maximal zu beziehenden 30% an Erdgas höchstens 6% des totalen Primärenergiebedarfs der Bundesrepublik dar. Insgesamt betrachtet, sei das Risiko in bezug auf die Sowjetunion also geringfügig. Viel größer sei es bei den Erdöleinfuhren aus Gaddafis Libyen, die prozentual stärker ins Gewicht fielen.

Der *Bundesaußenminister* wies darauf hin, daß die genannten 30% im übrigen sofort substituierbar seien für den Fall, daß die Lieferungen aus der Sowjetunion ausfielen. Großbritannien und Norwegen seien bereit, im Notfall einzuspringen.

Mitterrand bemerkte, man sollte „diesen Weg einschlagen" (frz. s'engager dans cette voie).

18 Botschafter von Lilienfeld, Teheran, berichtete am 12. April 1973 über ein geplantes Dreiecksgeschäft zwischen der Bundesrepublik, Iran und der UdSSR über die Lieferung von Erdgas. Die Firma Ruhrgas AG sei bereit, jährlich ca. zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas „auf etwa 20 Jahre abzunehmen. Iranisches Erdgas aus dem Saraks-Feld (Nordost-Iran) soll über Astara in das sowjetische Kaukasus-Gebiet geleitet werden, wofür Rußland Erdgas aus seinen westlichen Vorkommen an Ruhrgas liefert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; Referat 311, Bd. 104745.
In der Presse wurde berichtet, daß die Ruhrgas AG, die National Iranian Gas Company (NIGC) und die sowjetische Sojuzgazexport in Moskau ein Rahmenabkommen unterzeichnet hätten, „das auf eine Lieferung von mindestens zehn Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich an die Bundesrepublik abzielt, die einen Teil davon an Nachbarländer absetzt". Vgl. die Meldung „Teheran–Moskau–Bonn"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. April 1975, S. 14.
Nach Pressemeldungen vom 1. Dezember 1975 unterzeichneten die Vertragspartner in Teheran ein Detailabkommen. Weiter hieß es, daß zur Erfüllung eine weitere Erdgasleitung vom Iran nach Astara gebaut werden müsse. Vgl. den Artikel „In fünf Jahren kommt das erste persische Gas"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 1. Dezember 1975, S. 13.

19 Zum Umsturz in Iran vgl. Dok. 16, Anm. 9.

Er brachte dann das Gespräch erneut auf die Nützlichkeit einer auf der Ebene der Gemeinschaft zu entwickelnden echten gemeinsamen Energiepolitik. Norwegen sei seinerzeit nicht dazu bereit gewesen, während Großbritannien zugestimmt habe.

Der *Bundeskanzler* erklärte sich mit diesem Vorschlag einverstanden. Es seien bereits früher entsprechende Versuche unternommen worden. Man werde nur Erfolg haben, wenn beide Länder – Frankreich und Deutschland – sich dafür einsetzten. Es sollte auf einen Ratsbeschluß hingewirkt werden, aufgrund dessen die Kommission ein Mandat zur Entwicklung geeigneter Vorschläge erhalten sollte.

Nachdem sich *Mitterrand* mit diesem Verfahren einverstanden erklärt hatte, regte der *Bundeskanzler* an, daß die Außenminister in der Plenarsitzung über die deutsch-französische Initiative berichten sollten. Die zuständigen Fachminister könnten dann bis zur nächsten Ratssitzung einen entsprechenden Antrag formulieren.

Der *Bundeskanzler* schlug vor, im kleineren Kreis noch die Frage der Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rüstungswesens und des Rüstungsexports zu besprechen, ein Thema, das möglicherweise auch von den Verteidigungsministern[20] behandelt werde. Frankreich sei für die Bundesrepublik schon vom Volumen her der wichtigste Partner in der Rüstungskooperation. Diese Zusammenarbeit sei vor zehn bis elf Jahren, als er – Bundeskanzler – Verteidigungsminister gewesen sei, eingeleitet worden. Auf französischer Seite habe er den ehemaligen Premierminister Michel Debré als Partner gehabt. Er sei für diese Art der Rüstungskooperation eingetreten, nicht aus industriellen oder ökonomischen Gründen, sondern ausschließlich aus politischen Gründen. Er – Bundeskanzler – würde diese Zusammenarbeit gerne fortsetzen, obwohl er sich im klaren darüber sei, daß eine Gemeinschaftsproduktion nicht billiger sei, sondern eher teurer, so paradox dies auch erscheinen möge. Der Grund hierfür sei die Tatsache, daß die jeweiligen Auftraggeber Sonderwünsche anzumelden pflegten, bei deren Berücksichtigung die Produktion oft teurer und schwerfälliger werde. Beispiele einer deutsch-französischen Gemeinschaftsproduktion seien der „Alpha-Jet", der „Roland", „Milan" und andere Waffen, die alle weniger kostspielig wären, wenn man in großer Zahl französische Erzeugnisse gekauft hätte. Daneben habe man in Frankreich 20 Schnellboote, eine Anzahl von „Exocet" und „Alouettes" gekauft. In der Zukunft werde es noch schwieriger werden, wenn Frankreich ein Rüstungsexportland bleiben wolle, wie Cheysson kürzlich angekündigt habe.[21] Für die dabei erwähnten Gründe habe er Verständnis. In der Bundesrepublik werde leider die schon bisher restriktive Exportpraxis durch die besonders von Linkskräften im Parlament betriebene Agitation noch zusätzlich gefährdet. Der Bundeskanzler erläuterte sodann das bisher verfolgte Verfahren. Er – der Bundeskanzler – habe zwar kein Rezept für die zukünftige Behandlung dieses

20 Hans Apel bzw. Charles Hernu.

21 Vgl. dazu die Äußerungen des französischen Außenministers Cheysson in einem Interview in der französischen Wochenzeitschrift „Le Nouvel Observateur" vom 4. Juli 1981; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 12.
Vgl. dazu ferner die Äußerungen von Cheysson in einem Interview mit der französischen Wochenzeitschrift „Pèlerin" vom 5. Juli 1981; LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 14.

Themas; er wolle die französische Seite jedoch auf die Schwierigkeiten hinweisen, ebenso wie auf die Tatsache, daß in gemeinsamer Produktion hergestellte Waffen und Flugzeuge nicht billiger würden. Es gehe ihm nur darum, daß der französische Präsident dies in sein Bewußtsein aufnehme; eine sofortige Entscheidung erwarte er nicht. Im Herbst werde das Thema wohl erneut von dem Bundestag behandelt. In der Zwischenzeit könnte man in Paris entsprechende Überlegungen anstellen.

Mitterrand sprach die Vermutung aus, daß die beiden Verteidigungsminister sich mit diesem Thema befaßten.

Auf die Frage Mitterrands nach den zukünftigen Plänen für eine Gemeinschaftsproduktion erläuterte der *Bundeskanzler*, es gebe zwischen Frankreich und Deutschland seit elf Jahren ein generelles Regierungsabkommen, in dessen Anwendung bisher „Alpha-Jet", „Roland", „Milan", „Hot", „Argus" und andere Rüstungsgüter hergestellt worden seien. Es bestehe ein starkes französisches Interesse an einem Kampfpanzer für das Jahr 1990.[22] Ebenso für ein taktisches Kampfflugzeug für 1990.[23] Neue Produktionen seien bisher nicht beabsichtigt. Die bisherige Palette sei schon sehr breit. Sie sei von großem Interesse für die Industrie, auch unter Berücksichtigung des Beschäftigungsproblems.

Mitterrand wies darauf hin, daß er im wesentlichen an neue Bestellungen gedacht habe. Nach seinen Informationen lägen derartige Bestellungen für Kampfpanzer, See-See-Raketen und Panzerabwehrhubschrauber vor.

Auf die Bemerkung des *Bundeskanzlers*, all diese Projekte seien sehr kostspielig, entgegnete *Mitterrand*, wenn man von deutscher Seite auf die Schwierigkeiten der Finanzierung hinweise, so müsse er seinerseits hervorheben, daß eine plötzliche Einstellung der Produktion ebenfalls zu Belastungen führen würde. Aus diesem Grunde sollten die Experten möglichst bald zusammenkommen, um sich über die bereits laufenden Projekte zu unterhalten. Er verstehe die Schwierigkeiten der deutschen Seite, bitte jedoch auch um Verständnis für die französischen Schwierigkeiten.

Der *Bundeskanzler* betonte, in der Bundesrepublik sei die Rüstungsproduktion nicht nur eine Sache der Verteidigungsminister; zwei weitere Ressorts – der Außenminister und der Wirtschaftsminister (ganz zu schweigen von dem Fi-

22 Zur Frage der Entwicklung und des Baus eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 71, Anm. 16.
Am 27. Juli 1981 legte das Bundesministerium der Verteidigung dar: „Der gemeinsame Entwurf des M[emorandum]o[f]U[nderstanding] für die Phase 2 wird z. Z. überarbeitet. Die unterschriftsreife Fassung wird im IV. Quartal erwartet. Auf deutscher Seite ist vor Unterzeichnung eine Information und die Zustimmung des Verteidigungsausschusses erforderlich. […] 1) Das ursprüngliche Ziel der Phase 1, Festlegung auf ein gemeinsames Konzept, konnte nicht vollständig erreicht werden. 2) Einigung besteht über die gemeinsame Entwicklung eines Zwei-Mann-Turmes mit 120 mm Glattrohrkanone und automatischem Lader. 3) Für einen gemeinsamen Gesamtversuchsträger wird das K[ampf-]P[an]z[er]-Leopard-2-Fahrgestell verwendet. F wird zum Bereich Fahrgestell weitere Studien durchführen und sich erst mit Ende der Phase 2 (1985) auf ein Fahrgestell festlegen. Damit ist eine Parallelentwicklung nicht auszuschließen. 4) Voraussetzung für die Zusammenarbeit war gleicher Einführungstermin 1990/91. Aufgrund Rüstungsklausur, Verschiebung für GE auf 1996, können sich zusätzliche Probleme finanzieller und technischer Art ergeben (Anwendung neuer Technologien). 5) Wegen der Enge des Entwicklungstitels auf Gegenseite in den nächsten Jahren ist die Frage der Finanzierung der Phase 2 noch nicht gelöst." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1676; Referat 201, Bd. 125579.

23 Zum deutsch-britisch-französischen Projekt eines taktischen Kampfflugzeugs vgl. Dok. 71, Anm. 15.

nanzminister) – hätten ebenfalls darüber zu entscheiden. Er selbst – der Bundeskanzler – würde es am liebsten sehen, wenn etwa im September/Oktober eine kleine Gruppe von Staatssekretären aus den zuständigen Häusern sich über das Gesamtproblem (nicht etwa nur über den Panzerabwehrhubschrauber) unterhalten würde. Sie sollten einige Stunden lang eingehend die gesamte Problematik besprechen, um die Materie wirklich von allen Seiten zu durchdringen. Es gehe nicht darum, einen neuen Vertrag auszuarbeiten, sondern die verschiedenen Aspekte (den außenpolitischen, militärischen, wirtschaftlichen, industriellen) zu erörtern. Die Plenarsitzung sollte nicht mit dieser Frage belastet werden.

Ein weiterer Punkt sei das inzwischen durch den Abschluß einer Vereinbarung zwischen den beiden Ländern geregelte Problem der Zwangsrekrutierten aus Elsaß-Lothringen.[24] Oft sei diese Frage in Verbindung gebracht worden mit einem anderen noch nicht gelösten Problem, dem des Mundatwalds[25]. Auch hier seien nationale Empfindlichkeiten im Spiel.

BM *Genscher* erläuterte, daß kein eigentliches Junktim zwischen den beiden Fragen bestehe. Bei der Erörterung der Zurverfügungstellung der Mittel für die Zwangsrekrutierten könnte jedoch im Bundestag die Frage des Mundatwalds aufgeworfen werden. Darüber müßte im zuständigen parlamentarischen Ausschuß gesprochen werden.

Mitterrand riet davon ab, die beiden letzteren Fragen im Plenum zu behandeln, da ihre relativ geringere Bedeutung dies nicht erfordere. Das Problem der Zwangsrekrutierten müsse aber geregelt werden.

Der *Bundeskanzler* regte an, daß die beiden Außenminister, denen die jeweiligen Schwierigkeiten und die „miserable Vorgeschichte“ gut bekannt seien, weiter über diese Punkte beraten sollten.

Mitterrand erkundigte sich, ob man in der Frage der Zwangsrekrutierten nicht bereits „sehr fortgeschritten“ sei. Nach seinen Informationen sei die Vereinbarung bereits unterzeichnet.

Der *Bundeskanzler* bestätigte dies, wies jedoch auf die Notwendigkeit einer parlamentarischen Ratifizierung hin.

Das Gespräch im erweiterten Kreis endete um 11.15 Uhr.

Referat 010, Bd. 178841

24 Zum deutsch-französischen Abkommen vom 31. März 1981 über einen Beitrag der Bundesrepublik für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“ vgl. Dok. 74, Anm. 10.
Referat 514 erläuterte am 3. Juli 1981: „Bereits bei den für September 1981 bevorstehenden Erörterungen des Haushaltsentwurfs 1982 im Parlament wird die Bundesregierung nach französischen Zugeständnissen im Mundatwald-Problem gefragt werden. Spätestens dann wird die Bundesregierung zumindest nachweisen müssen, daß sie sich um solche Zugeständnisse auf höchster Ebene bemüht hat. […] Noch weiter kompliziert wird unser Begehren nach einer Revision des Mundatwald-Abkommens durch das vermutlich von französischer Seite zu erwartende Verlangen nach Erhöhung der Summe: Der neue französische Minister für ehemalige Kriegsteilnehmer, Jean Laurain, hat bereits während des Wahlkampfs für die Nationalversammlung mehrfach öffentlich eine Neuverhandlung des deutsch-französischen Abkommens über die Zwangsrekrutierten-Regelung gefordert. […] Falls man nicht bis zum Herbst zu einer deutsch-französischen Einigung gelange, schlage er eine innerfranzösische Entschädigungsregelung vor: Die französische Regierung solle die Zwangsrekrutierten vorab entschädigen und später von der Bundesrepublik Deutschland die verauslagte Entschädigung zurückfordern.“ Vgl. B 86 (Referat 514), Bd. 1823.

25 Zur Frage des Mundatwalds vgl. Dok. 31, Anm. 11.

202

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson

410-321.90 **13. Juli 1981**[1]

Deutsch-französischer Gipfel am 12./13.7.1981 in Bonn[2]:
Gespräch des Bundesministers mit AM Cheysson am 13. Juli vormittags (EG- und Wirtschaftsfragen)

Nach einleitenden Worten des *BM* über die von freundschaftlichem Geist getragene Unterhaltung beim gemeinsamen Essen am Vorabend und einem Meinungsaustausch über MBFR-Verhandlungen (vgl. den Gesprächsvermerk über die politischen Fragen[3]) wandte sich der Gedankenaustausch dem Wirtschaftsgipfel in Ottawa[4] zu.

AM *Cheysson* zeigte sich mit der Diskussion vom Vortag über dieses Thema zufrieden und bemerkte, daß man dieses Thema anschließend noch mit dem Bundeskanzler besprechen werde. Es stellten sich zwei Fragen:

1) In Ottawa müsse Gelegenheit zu einer offenen Diskussion über alle Fragen sein und

2) sei es wichtig, drei bis vier wesentliche Punkte, über die man sich geeinigt habe, besonders herauszustellen, da sie andernfalls in dem nach seinem Geschmack zu langen Kommuniqué[5] untergingen.

Diese Punkte sollten in dem anschließenden Gespräch mit dem Bundeskanzler festgelegt werden.

BM wies darauf hin, daß ein langes Kommuniqué auch Vorteile habe, da in dem Entwurf Annäherungen der Positionen der Gipfelländer festgehalten worden

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Wistinghausen am 14. Juli 1981 gefertigt und von Ministerialdirektor Fischer am selben Tag an das Ministerbüro geleitet mit der Bitte, sie Bundesminister Genscher „zur Billigung vorzulegen".
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 15. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) 202 zur Ablichtung, wenn Sie dieses Stück noch nicht haben. 200 war nicht bedient worden. 2) 200 zum Verbleib." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 202, Bd. 140660.

2 Zu den deutsch-französischen Konsultationen vgl. auch Dok. 198–201.

3 Im Gespräch über politische Fragen am Morgen des 13. Juli 1981 erörterten Bundesminister Genscher und der französische Außenminister Cheysson die Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello sowie die französische Militärstrategie. Genscher „erkundigte sich, ob jetzt Frankreich an den MBFR-Verhandlungen teilnehmen wolle; er habe bei MBFR stets einen inneren Vorbehalt wegen der geographischen Zone, die zur Debatte stehe. Frz. AM: Er wüßte nicht, daß sich etwas geändert hätte. Es werde bei der französischen Nicht-Teilnahme bleiben, weil sich die französischen Vorbehalte nicht geändert hätten. (Robin äußerte sich auf Wunsch des frz. AM: Frankreich sei glücklich, an diesen Verhandlungen nicht teilzunehmen.) Paris werde aber die Konferenz aufmerksam beobachten." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 202, Bd. 140660.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

5 Vom 6. bis 8. Juli 1981 fand in Montebello ein Treffen der Persönlichen Beauftragten der Staats- und Regierungschefs zur Vorbereitung des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello statt. Für die dort erarbeiteten Entwürfe für den wirtschaftspolitischen Teil der Abschlußerklärung sowie für eine „Nord-Süd-Erklärung" vgl. Referat 412, Bd. 130534.

seien, die nicht verlorengehen dürften. Man sollte aber durchaus einige wirtschaftlich und außenpolitisch wichtige Punkte akzentuieren. In Sachen der US-Hochzinspolitik[6] müsse darauf geachtet werden, daß angesichts fester amerikanischer Haltung aus Erörterung dieser Frage keine Konfrontation erwächst. Dies könne unabsehbare Folgen haben: Wir hätten Amerikaner immer zur Stabilitätspolitik aufgefordert und könnten nicht jetzt, da sie eine solche verfolgen, gegenteilige Forderungen erheben. Allerdings sei es wichtig, klar zu sehen, welche Auswirkungen diese amerikanische Politik hat, und USA darauf hinzuweisen. Washington müsse verstehen, daß in Europa die soziale und politische Stabilität ein wichtiger Teil der Verteidigungsfähigkeit sei. Die Herausforderung an Europa, im Wettkampf der Systeme zu bestehen, sei besonders groß.

AM *Cheysson* erklärte sich damit einverstanden. Allerdings müsse ein weiteres wichtiges Element hinzugefügt werden, nämlich die Verantwortung der Gipfelländer für die Stabilität der Weltwirtschaft. Dies ziele im französischen Verständnis vor allem auf die japanische Handelspolitik; außerdem sei damit die amerikanische Zins- und Wechselkurspolitik angesprochen (USA dürften nicht vergessen, daß ihre hohen Zinsen einen direkten Einfluß auf unsere Wirtschaft haben); hierzu Einwurf des BM: der richtige policy mix sei wichtig.

Die wirtschaftspolitischen Teile des Kommuniqués von Ottawa sollten sich konzentrieren auf Energie, Notwendigkeit des Nord-Süd-Dialogs (französische Regierung verspreche sich von den Globalen Verhandlungen[7] nicht allzu viel), bessere Ausnutzung der internationalen Finanzinstitutionen. Im Bereich der Außenpolitik sollte das Kommuniqué vor allem auf die dann gegebene konkrete politische Situation abstellen. Wichtig sei, daß die westlichen Positionen klar zum Ausdruck kommen.

BM: Kommuniqué von Ottawa müsse eine gewisse Unsicherheit in der Dritten Welt beseitigen und damit zu deren Beruhigung beitragen, aus diesem Grund sei ein klares Wort zur Bedeutung der Blockfreiheit erforderlich. Dies sollten sie beide bei ihrem Zusammentreffen mit AM Haig erörtern. Vgl. im übrigen Gesprächsvermerk über politische Fragen.

AM *Cheysson* präzisierte, was Ottawa für seine Regierung bedeute: Auf dem Gipfel sollten keine Entscheidungen getroffen werden („no decision-making body"), aber es müsse eine offene Diskussion geführt werden.

BM kam dann auf seine Stuttgarter Rede vom 6. Januar 1981[8] und den in ihr gemachten Vorschlag eines weiteren Schritts in Richtung auf eine Europäische Union zu sprechen. Man habe sich hierüber bereits das letzte Mal in Paris unterhalten[9]; die Meinungsbildung werde auch innerhalb der Bundesregierung fortgesetzt, die diesen Gedanken im September auf einer Klausurtagung[10] erörtern werde. Auf der anschließenden Tagung des Europäischen Rates Ende November des Jahres[11] könnten dann von deutscher Seite die Einzelheiten darge-

6 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

7 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

8 Zur Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP vgl. Dok. 2.

9 Zu den deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris vgl. Dok. 29 und Dok. 31.

10 Zur Sondersitzung des Kabinetts am 18. September 1981 vgl. Dok. 266.

11 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

legt werden. BM würde es begrüßen, wenn vor dieser Klausurtagung hierzu deutsch-französische Konsultationen auf Direktorenebene[12] stattfinden könnten. Sollte sich dabei kein Einvernehmen herstellen lassen, sei es zwecklos, diese Initiative mit großer Energie voranzutreiben.

AM *Cheysson* fragte zurück, ob BM die EPZ meine, worauf *BM* präzisierte, daß es sich um ein bißchen mehr handele; man könne Anfang September des Jahres das gesamte Feld sondieren, wobei von deutscher Seite die Herren Pfeffer und Fischer teilnehmen würden. Zuvor würden von deutscher Seite die entsprechenden Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, damit sich die französischen Partner vorbereiten können.

AM *Cheysson* begrüßte dies. Eine Diskussion über die „europäische Dimension" sei erforderlich, besonders im Bereich der industriellen Entwicklung, wobei er gewiß nicht an eine Industriepolitik denke. Man müsse aber den Unternehmen eine größere Perspektive für neue Technologien und Bewältigung der Probleme in alten Industrien eröffnen. Dabei müßten Finanzierungsmöglichkeiten durch Anleihen erwogen werden. Interessant wäre eine Diskussion über den Begriff der „espace social", auch wenn es hier einen Dissens zwischen F und D geben werde.

BM präzisierte erneut, daß mit der Stuttgarter Rede nicht nur die EPZ angesprochen worden sei.

AM *Cheysson* vertrat die Auffassung, daß man nicht mit institutionellen Fragen beginnen solle, diese vielmehr am Ende der Diskussion stehen sollten. Dann werde man auch sehen, was beispielsweise bei den bestehenden Institutionen verändert werden könnte (z. B. mehr Kompetenzen für die Kommission). Auch werde dann klarer hervortreten, was über den EG-Haushalt finanzierbar ist.

BM bat auf Vorschlag von D 4[13], die französische Seite möge uns ihre Vorstellungen ebenfalls vorher schriftlich übermitteln.

AM *Cheysson* zeigte sich außerdem an bilateralen deutsch-französischen Konsultationen über die wichtige anstehende Frage der Umstrukturierung des EG-Haushalts einschließlich Reformen der Gemeinsamen Agrarpolitik[14] inter-

12 Am 2. September 1981 fanden deutsch-französische Gespräche auf Direktorenebene zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich einer Europäischen Union statt. Vortragender Legationsrat Rosengarten notierte dazu am 4. September 1981: „Reaktion der französischen Seite war positiver als bei der ersten deutsch-französischen Konsultation am 14. Mai. Zwar ist französische Regierungsposition noch nicht festgelegt, die französische Seite ging jedoch in drei wesentlichen Punkten auf unsere Initiative ein: Beide Seiten erzielten Übereinstimmung, daß die deutsche Seite dem Quai eine Liste von sicherheitspolitischen Bereichen übermittelt, die von den Außenministern der Zehn im Unions-Rahmen behandelt werden können; die für kulturelle Fragen zuständigen Minister der Zehn sollen in einem informellen und exploratorischen Treffen Gegenstände der intergouvernementalen kulturellen Zusammenarbeit identifizierten, die von den Ministern im Rahmen der Union erörtert werden können; es soll konkretisiert werden, welche Bereiche für die Harmonisierung und Vereinheitlichung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten in Betracht kommen. Zur Form ließ die französische Seite gewisse Präferenz für eine Deklaration erkennen. Bemerkenswert war, daß die französische Seite bisher kein Junktim zwischen ihrer in Aussicht genommenen ‚relance européenne' im wirtschaftlichen und sozialen Bereich und unserer Initiative zur Europäischen Union herstellte." Vgl. Referat 200, Bd. 122717.

13 Per Fischer.

14 Vgl. dazu den Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 Dok. 182, Anm. 14.

essiert; wenn man diesen Bereich den Agrarministern überlasse, werde es kein Ergebnis geben. F ist daher sehr mit der Regelung zufrieden, daß sich ab September des Jahres eine besondere Gruppe mit dieser Frage befaßt[15], und nicht der AStV, dem es noch niemals gelungen sei, wichtige Agrarfragen an sich zu ziehen und zu entscheiden. Auf französischer Seite werde Minister Chandernagor teilnehmen, sein Vertreter sei Botschafter de Nanteuil.

BM wies darauf hin, daß D durch den Ständigen Vertreter bei den EG[16] vertreten werde. BM erklärte sich zur Aufnahme dieser Konsultationen bereit.

D 4 richtete an französische Seite die Bitte, daß in dem Kommuniqué von Ottawa auch die Seerechtskonferenz[17] erwähnt werde, wobei es nur darauf ankomme, daß die Tatsache ihrer Behandlung in Ottawa zum Ausdruck kommt, über die Substanz brauche eine Aussage nicht zu erfolgen.

BM unterstrich diese Bitte mit dem Hinweis darauf, daß dies auch aus innenpolitischen Gründen für uns von Bedeutung sei.

AM *Cheysson* ließ hierfür Verständnis erkennen, war jedoch nicht zu einer Substanzaussage im Kommuniqué bereit, da eine Annäherung an die amerikanische Position ausgeschlossen sei.[18]

Referat 202, Bd. 140660

15 Die Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Gemeinschaftspolitiken nahm am 15. September 1981 in Brüssel ihre Arbeit auf. Vgl. dazu Dok. 250, Anm. 45.

16 Gisbert Poensgen.

17 Zur Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 199, Anm. 37.

18 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1981, S. 613–616.

203

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

204-321.00 SO 506/81 VS-vertraulich **13. Juli 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Zum Problem der Konsultationen im Vierer- und Dreierrahmen

Bezug: Handschriftliche Weisung des Herrn Staatssekretärs vom 5.7.1981[4]

Anlg.: 1 (nur für Original)[5]

Zweck der Vorlage: Unterrichtung und Bitte um Zustimmung zum weiteren Vorgehen gemäß Ziffer 3

1) Das Bekanntwerden des Dreiertreffens der Außenminister am 5.7. in London[6] hat Italien erneut zum Anlaß genommen, sich entschieden gegen ein Dreier- oder Vierer-„Direktorium" unter Ausschluß Italiens zu wenden.[7]

Italien hat seit den Treffen der vier Staats- und Regierungschefs Anfang 1979 in Guadeloupe[8] stets gegen den Ausschluß Italiens von Dreier- oder Vierertreffen protestiert[9] und sich auf folgende Argumente gestützt:

– Italien vertrete einen Kurs eindeutiger NATO-Mitgliedschaft und nehme in der Frage der TNF-Stationierung eine klare Haltung ein. Der italienische Ausschluß von Dreier- oder Vierertreffen sei eine nicht hinnehmbare Zurücksetzung.
– Italien trage in der EG und in der internationalen Zusammenarbeit, insbesondere in den Ost-West-Beziehungen, eine Verantwortung, die nicht gerin-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk konzipiert.
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 14. Juli 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Dies nur vorläufige Überlegungen. Es muß noch stärker zwischen den Vierertreffen und den Dreiertreffen unterschieden werden. Bei den letzteren kommt es noch mehr auf Geheimhaltung an (keine ‚Fassade'), oder wir müssen Italien zuladen."

2 Hat Staatssekretär von Staden am 18. Juli 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

4 Staatssekretär von Staden vermerkte: „D 2: betr. ital[ienische] Beteiligung: Die letzte Entwicklung zeigt, daß wir dies (zu 3 u. 4) neu durchdenken müssen. So ist ja u. a. richtig, daß wir nur noch mit I (v[on] UK abgesehen) im Boot v. 12.12.79 sitzen! M. E. kann sich Europa weder eine – ungesicherte – Heimlichtuerei noch dauernde Reibungen mit Rom leisten. Bitte Aufzeichnung für BM. Vgl. auch: Ausführungen BM gegenüber Burns." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 13.

6 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) am 5. Juli 1981 in Chevening vgl. Dok. 187–189.

7 Zur italienischen Verstimmung über die Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) am 5. Juli 1981 in Chevening vgl. Dok. 187, Anm. 2.

8 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

9 Vgl. dazu die Demarche des italienischen Botschafters Orlandi-Contucci bei Staatssekretär van Well am 19. Dezember 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 391.

ger sei als die der drei anderen westlichen Demokratien, die sich am 5.7.[10] in London getroffen hätten (Italien zählt sich zu den vier Großen der EG).

– Das Ansehen Italiens stehe auf dem Spiel.
– Die italienische Regierung führe einen ständigen innenpolitischen Kampf gegen Neutralismus. Mit dem Ausschluß Italiens aus Dreier- oder Vierertreffen falle man der Regierung in ihrer Auseinandersetzung mit denjenigen in den Rücken, die eine sogenannte dritte Kraft fordern.
– Dreier-Treffen, wie z. B. das Dreier-Außenministertreffen am 5.7. in London, seien für Italien ebenso schädlich wie überflüssig; sie wirkten sich negativ auf NATO- und EPZ-Konsultationen aus.

Nach Berichten der Botschaft Rom hat sich auch Staatspräsident Pertini am 3.7. – in Kenntnis des Londoner Dreiertreffens – gegenüber Altbundespräsident Scheel verbittert über jedes Dreier- oder Vierer- „Direktorium" unter Ausschluß Italiens gezeigt.[11]

2) Das Problem der Viererzusammenarbeit ist insbesondere im Hinblick auf die italienische Forderung nach Erweiterung des Viererkreises im vergangenen Jahr ausführlich von den vier Politischen Direktoren[12] erörtert worden (vgl. hierzu beigefügte Aufzeichnung der Abteilung 2 vom 27. Mai 1980[13]).

Bei der Frage, welche Konsequenzen sich aus der nicht mehr gesichert erscheinenden Vertraulichkeit der Dreier- und Viereraußenministertreffen, der heftigen italienischen Reaktion auf das Londoner Dreiertreffen und aus der gebotenen Rücksichtnahme auf den italienischen Bündnispartner für die Fortführung der Dreier- und Viererzusammenarbeit ergeben, ist von folgenden Überlegungen auszugehen:

a) Die Viererzusammenarbeit hat sich in dem bisher kontinuierlich praktizierten Rahmen (Außenminister, Politische Direktoren, Washingtoner Praxis der informellen Treffen des Außenministers bzw. seines Stellvertreters mit den drei Botschaftern) für die europäisch-amerikanischen Konsultationen als unentbehrlich erwiesen.[14] An ihr sollte unbedingt festgehalten werden. Dies ist auch die Haltung der übrigen Drei. Hervorzuheben ist, daß auch Präsident Mitterrand wünscht, daß Frankreich sich weiterhin aktiv an der Viererzusammenarbeit beteiligt (so Laboulaye im Vierergespräch am 2.7. in Washington[15]).

10 Korrigiert aus: „5.6."

11 Botschafter Arnold, Rom, berichtete am 4. Juli 1981: „Im Gespräch hoben sich von dem ansonsten eher allgemeinen Tour d'horizon sehr konkret die gleich zu Beginn von Pertini initiativ und temperamentvoll vorgetragenen Ausführungen zur Thematik ‚Direktorien und Achsen' (einem der Ceterumcenseo-Themen des Präsidenten) ab. Pertini erinnerte dabei mit Verbitterung an Guadeloupe und mit von Ironie nicht freien Formulierungen an das Verhältnis Bundeskanzler – Giscard. […] Das jetzige Londoner Treffen war ihm jedoch zweifellos noch nicht bekannt. Es muß damit gerechnet werden, daß er sich nun auch zu diesem Treffen mit der ihm eigenen Autorität und Direktheit öffentlich äußert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 612; Referat 204, Bd. 123337.

12 Klaus Blech (Bundesrepublik), Julian L. Bullard (Großbritannien), Gabriel Robin (Frankreich) und George S. Vest (USA).

13 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11118 (204).
Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vgl. AAPD 1980, I, Dok. 158.

14 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]".

15 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 2. Juli 1981, der französische Botschafter Lefebvre de Laboulaye habe nach Gesprächen im französischen Außenministerium und mit Staatspräsident Mitterrand ausgeführt, dieser habe ihn „ausdrücklich darum gebeten […], seine Ansicht zu Vierer-

Anmerkung:

Italien hat uns gegenüber argumentiert, daß Frankreich und (in früheren Fällen) die USA zugesagt hätten, sich nicht mehr an Viererkonsultationen unter Ausschluß Italiens zu beteiligen.[16] Amerikanische und französische Seite haben dies stets bestritten und auch durch nachdrückliches Festhalten an der Viererzusammenarbeit widerlegt.

b) Die Probleme dieser Viererzusammenarbeit lassen sich durch Erweiterung – wie sie von Italien gewünscht wird – nicht lösen, denn es gibt keine klar definierbaren Kriterien für die Erweiterung. Auf das „italienische" Problem würde das „kanadische" und das „niederländische" und „belgische" folgen. Frühere Überlegungen, Italien dadurch entgegenzukommen, neben und getrennt von der Viererzusammenarbeit Konsultationen in einem größeren, flexibel gehaltenen Kreis u. a. auf Ad-hoc-Basis vorzusehen, sind im Viererkreis der Politischen Direktoren erörtert worden. Eine solche Praxis wurde gelegentlich in Washington durchgeführt (Treffen des amerikanischen AM bzw. seines Vertreters nicht nur mit den Drei (der Viererkonstellation), sondern mit Fünf (plus Italien und Kanada) oder Sechs (plus Italien, Kanada, Japan)). Das Verfahren hat sich jedoch nicht bewährt und ist nicht fortgesetzt worden (mangelnde Vertraulichkeit, begrenzte Thematik). Es würde das italienische Problem auch nicht lösen.

c) Die Kritik Italiens hat sich bisher stets an den sichtbaren Dreier- oder Viererkonsultationen entzündet. Die Visibilität solcher Treffen ist besonders geeignet, den Eindruck eines „Direktoriums" zu fördern und das Prestige der Nichtbeteiligten zu involvieren. Die stärksten italienischen Proteste richteten sich daher gegen das besonders in der Öffentlichkeit herausgestellte Guadeloupe-Treffen der Staats- und Regierungschefs. Auch für die Viereraußenministertreffen hat sich bisher die Vertraulichkeit nicht immer wahren lassen (so u. a. das Viereraußenministertreffen im Mai 1980 in der britischen Botschaft in Wien[17]). Für die in der Öffentlichkeit nicht wahrgenommenen Treffen der Politischen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1092

gesprächen in Washington bekannt zu machen. Präsident Mitterrand habe von den Vierergesprächen und den Abstimmungen zu viert, sei es im Kreise der Politischen Direktoren oder in der Viererrunde in Washington, erfahren und wünscht, daß Frankreich daran weiter aktiv beteiligt bleibe. Mitterrand läßt wissen, daß alle Informationen aus den Gesprächen zu viert sehr vertraulich behandelt und nur einem ausgewählten Kreis in Paris zugänglich gemacht würden. […] Mitterrand habe dann ihm, Laboulaye, gesagt, daß er immer gegen die umfangreichen und weitreichenden Befugnisse eines Präsidenten der Fünften Republik gewesen sei. Jetzt aber, selbst im Amt, sei er befriedigt, so große Vollmachten zu besitzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2635; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

16 Botschafter Arnold, Rom, teilte am 7. Juli 1981 mit, der italienische Außenminister Colombo habe ihn am Vortag gebeten, „dem Herrn Minister seine Bitte zu übermitteln, daß dieser künftig die Teilnahme an Dreiertreffen unter Ausschluß Italiens verweigere. Die gleiche Bitte habe er an die Amerikaner hinsichtlich der Vierertreffen gerichtet, nachdem nach Guadeloupe weitere Vierertreffen stattgefunden hätten. […] Im weiteren Gespräch äußerte AM Colombo, daß früher, insbesondere hinsichtlich der Vierertreffen, der Widerstand gegen eine italienische Beteiligung eindeutig von Frankreich gekommen sei. Dies sei heute jedoch nicht mehr so. AM Cheysson habe ihm bei seinem sofort nach seiner Amtsübernahme durchgeführten Besuch in Rom im Auftrage von Präsident Mitterrand gesagt, daß dies nun vorbei sei, und Mitterrand habe ihm dies am Rande des letzten ER selbst auch noch einmal gesagt. Zur Zeit scheine, sagte Colombo zögernd, das Problem in London zu liegen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 616; Referat 204, Bd. 123337.

17 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Muskie (USA) am 16. Mai 1980 vgl. AAPD 1980, I, Dok. 148.

Direktoren oder der informellen Botschaftertreffen in Washington hat sich das Problem bisher nicht gestellt.

Unter den vier Politischen Direktoren bestand ein Konsensus, daß es möglichst bei den mehr oder weniger auch von italienischer Seite akzeptierten drei jährlichen Außenminister-Vierertreffen bleiben sollte, die am Rande der beiden NATO-Ministertreffen und der VN-GV stattfinden. Weitere Viereraußenministertreffen sollten nicht von vornherein ausgeschlossen werden.[18] Ort und Zeitpunkt solcher Treffen sollten jedoch so gewählt werden, daß andere Partner sich hierdurch nicht zurückgesetzt fühlen können. Aus diesem Grunde wurde auch davon abgesehen, am Rande des Venedig-Wirtschaftsgipfels im Juni 1980[19] ein Viereraußenministertreffen durchzuführen. Aus dem gleichen Grunde wird der Gedanke eines Vierertreffens am Rande des Ottawa-Gipfels[20] nicht weiterverfolgt.[21] Die Vier sollten auch nicht zögern, ihre Treffen mit der besonderen Konsultationsverantwortung ihrer Länder zu begründen: Ohne den Eindruck zu erwecken, daß die Viereraußenministertreffen eine Fortsetzung der Berliner Vierergruppe sind (schon um zu vermeiden, daß Vierertreffen mit der Lage[22] in Berlin in Zusammenhang gebracht werden), kann darauf hingewiesen werden, daß Berlin und Deutschland als Ganzes weiterhin zentrale Ost-West-Themen bleiben: Sie beschränken sich nicht auf begrenzte Themen der Durchführung des Vier-Mächte-Abkommens[23] oder der innerdeutschen Beziehungen, sondern

18 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Keinesfalls. Der Rhythmus wird von den Notwendigkeiten diktiert."
Zu diesem Vermerk von Pfeffer notierte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]".

19 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. AAPD 1980, I, Dok. 184 und Dok. 185.

20 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.
Ministerialdirektor Pfeffer bat die Botschafter Herbst (Paris), Hermes (Washington) und Ruhfus (London) am 30. Juni 1981, im jeweiligen Außenministerium zu erklären: „Wir würden es begrüßen, wenn am Rande des Wirtschaftsgipfels Ottawa ein Vierertreffen der Außenminister stattfinden könnte. Wir sind uns hierbei angesichts des gedrängten Programms […] und der gemeinsamen Unterbringung im Château Montebello der Schwierigkeiten bewußt, ein solches Treffen zu arrangieren, insbesondere die Vertraulichkeit zu wahren." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3384; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.
Hermes berichtete am 8. Juli 1981: „Eagleburger teilte mir im Auftrag Haigs mit, daß starke Zweifel bestünden, ob ein Vierertreffen der Außenminister in Ottawa geheimgehalten werden könne. Wenn es bekannt würde, seien negative Reaktionen vor allem von Italien und Kanada mit Sicherheit zu erwarten. Dem wollte und sollte man sich nicht aussetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2703; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk teilte Herbst, Hermes und Ruhfus am 10. Juli 1981 mit, Großbritannien habe ähnliche Argumente wie die amerikanische Seite vorgebracht, und führte dazu aus: „Wir verschließen uns insbesondere seit dem Bekanntwerden des Londoner Dreiertreffens und der italienischen Reaktion diesen Argumenten nicht und beabsichtigen nicht, Vorschlag eines Viereraußenministertreffens in Montebello weiter zu verfolgen. Es wird gebeten, das dortige Außenministerium auf dem üblichen Wege entsprechend zu unterrichten." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3510; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

21 Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer durch Ausrufezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Hier war die Örtlichkeit der Hauptgrund!"
Zu diesem Vermerk von Pfeffer notierte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Nein: nicht nur!"

22 Der Passus „Viereraußenministertreffen eine … mit der Lage" wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Diese ‚Fassade' ist doch für die anderen schonend."

23 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

berühren[24] das politische Gleichgewicht zwischen Ost und West und erfordern eine besonders intensive Konsultationsbeziehung zwischen den Drei Mächten und der BR Deutschland. Es handelt sich zudem um vertragliche Verpflichtungen und entsprechende Verantwortlichkeiten. Diese Argumentation ist auch schon bisher gegenüber der italienischen Seite (u. a. von StS van Well) verwandt worden.

d) Bei dem Vorrang, den wir der Viererzusammenarbeit beimessen, sollte alles vermieden werden, was diese gefährdet, aber auch was geeignet ist, den Eindruck eines „Direktoriums" zu erwecken.

e) Dreiertreffen lassen sich nicht mit der beschriebenen, spezifischen gemeinsamen Verantwortlichkeit der Vier rechtfertigen. Es scheint, daß gerade aus diesen Gründen die italienische Reaktion auf das Londoner Dreiertreffen so heftig war.

f) Insgesamt sollte dem Mißtrauen, insbesondere Italiens, gegenüber jeder Form eines „Direktoriums" (Drei oder Vier) dadurch entgegengewirkt werden, daß NATO- und EPZ-Konsultationsmechanismen gestärkt werden (u. a. Gymnich-type-NATO-Ministertreffen, Super-restricted Session). Auch das inzwischen akzeptierte (wenn auch nicht institutionalisierte) informelle politische Gespräch auf den Wirtschaftsgipfeln kann für politische Konsultationen unter Einschluß Italiens, Kanadas und Japans genutzt werden.

3) In der Frage der Fortführung der Dreier- und Viererkonsultationen sollten wir uns in der Zukunft an folgenden Leitlinien ausrichten:

– unbedingter Vorrang und Festhalten an den Viererkonsultationen in dem bisher praktizierten Rahmen;
– Festhalten an den Vierertreffen der Politischen Direktoren und den Botschaftertreffen in Washington unter strenger Wahrung der bisher gesicherten Vertraulichkeit;
– Festhalten an den akzeptierten regelmäßigen Viereraußenministertreffen am Rande der NATO-Ministertreffen (zweimal jährlich) und am Rande der VN-GV. Weitere Viereraußenministertreffen sollten wir nicht ausschließen, aber bei der Wahl des Ortes und des Zeitpunktes sorgfältig auf die Optik achten. Größtmögliche Rücksichtnahme auf die Sensibilität unserer Partner (Italien). Wir sollten dann auch nicht zögern, notwendige Viereraußenministertreffen offensiv mit dem Hinweis auf die besonders intensiven Konsultationsbeziehungen zwischen den Drei Mächten und der BR Deutschland zu rechtfertigen.
– Der Vorrang der Viererkonsultationen sollte möglichst nicht durch weitere Konsultationen im begrenzten Rahmen (u. a. Drei), die geeignet sind, den Eindruck eines Direktoriums zu erwecken, gefährdet werden. Dadurch würden auch die Empfindlichkeiten unserer Partner (Italien) geschont werden. Falls Dreierkonsultationen von unseren Partnern vorgeschlagen werden, sollten wir die Beiladung Italiens erwägen (aber: sicherstellen, daß dies von Italien nicht als erster Schritt in Richtung Erweiterung auch des Viererkreises angesehen wird).

[24] Die Wörter „kann darauf hingewiesen werden", „beschränken sich nicht" und „sondern berühren" wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In dieser Form r[ichtig]!"

– Dreiertreffen sollten nur dann noch durchgeführt werden, falls unbedingt erforderlich und Geheimhaltung gesichert.
– Die Viererzusammenarbeit sollte weiterhin durch Stärkung der NATO- und EPZ-Konsultationsmechanismen abgesichert werden.
– Wir haben italienischen Wünschen nach stärkeren Konsultationen dadurch Rechnung getragen, daß wir seit 1978 regelmäßige Gipfeltreffen der Regierungschefs und Außenminister (zweimal jährlich) vereinbart haben. Eine intensive Nutzung dieser und weiterer bilateraler Konsultationen ist ebenfalls geeignet, die Bedeutung Italiens als wichtiger Bündnispartner zu unterstreichen und italienische Vorbehalte gegen die Viererzusammenarbeit abbauen zu helfen.

Es wird im übrigen vorgeschlagen, den Gesamtkomplex auf dem nächsten Treffen der vier Politischen Direktoren (voraussichtlich Anfang August[25]) im Sinne der dargestellten Leitlinien zu erörtern.[26]

Pfeffer

VS-Bd. 11118 (204)

204

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

Fernscheiben Nr. 2762 **Aufgabe: 13. Juli 1981, 19.48 Uhr**[1]
Cito **Ankunft: 14. Juli 1981, 05.08 Uhr**

Betr.: Sechs Monate Außenpolitik der Administration Reagan

Zur Unterrichtung

I. Am 205. Jahrestag der Erklärung der Unabhängigkeit, der vor wenigen Tagen gefeiert wurde, zeigte sich die amerikanische Nation selbstbewußt und zuversichtlich. Daran hat Reagan Anteil, denn anders als Jimmy Carter strahlt er Optimismus und Vertrauen aus. Selbstverantwortung des Bürgers und die Be-

25 Zum Gespräch der Politischen Direktoren am 9./10. August 1981 in Paris vgl. Dok. 228.

26 Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Den Dreierkomplex können wir so nicht beraten und die Vierertreffen bedürfen neuerlicher Beratung nicht."
Zu diesem Vermerk von Pfeffer notierte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]: Dann sollten die drei Direktoren eine andere Gelegenheit nehmen. Die Geheimhaltung ist entscheidend! Darüber muß gesprochen werden."

1 Das Fernschreiben wurde in drei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17 und 42.
Hat Legationssekretär Wehrmann vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „[1)] Verteiler für 2762/63/64: alle Dgs Abt 2, 3, 4, alle Referate Abt. 2+3, 402, 420, AS 50, 610, BMWi, Dok[umentation], 2) Sp[roedt], Co[hausz], W[en]d[ler] n[ach] R[ückkehr]."
Hat Legationsrat I. Klasse Sproedt am 16. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Attaché Cohausz am 17. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Legationsrat I. Klasse Wendler am 16. August 1981 vorgelegen.

grenztheit der Regierungstätigkeit sind nach Reagan amerikanische Tradition. Sie sind Leitlinien für die Innen- und Wirtschaftspolitik, auf die sich Reagan bisher konzentrierte, einesteils aus natürlicher Neigung und früherer Erfahrung, vor allem aber aufgrund der Überzeugung, daß vor einer glaubwürdigen Außen- und Sicherheitspolitik erst das eigene Haus in Ordnung gebracht werden müsse.

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und, darauf aufbauend, der militärischen Stärke ist für den Präsidenten die Voraussetzung der Erneuerung der amerikanischen Führungskraft und Weltgeltung. Mit seinem Wirtschaftsprogramm[2] (Haushaltskürzungen, beabsichtigte Steuersenkungen) sowie einer drastischen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes hat Reagan seinen Kurs markiert.

Gegenüber dieser Konzentration auf inneramerikanische Probleme erschienen Aktionen und Reaktionen der amerikanischen Außenpolitik häufig als punktuell, bisweilen widersprüchlich und einer globalen Strategie ermangelnd.

Der Präsident selbst wurde nach seiner Pressekonferenz vom 16.6.[3], in der erstmals außenpolitische Themen dominierten, wegen seiner mangelnden Vertrautheit mit außenpolitischen Themen kritisiert. Reagan hat danach sehr freimütig zugegeben: I was not very good at stating why I was not going to say anything (US News and World Report – 6.7.81[4]). In einer Rede am 7.7.81 in Chicago[5] erklärte er ausdrücklich, er halte es nicht für notwendig, im voraus detaillierte Angaben über ein Konzept zu machen, das den einzelnen außenpolitischen Schritten seiner Administration zugrunde liege. Im Grunde sei gute Außenpolitik die Anwendung des gesunden Menschenverstandes beim Umgang mit Freunden und möglichen Gegnern. Seine Administration wisse sehr wohl, wohin sie sich außenpolitisch bewege – doch könne es kontraproduzent sein, darüber eine Grundsatzrede zu halten.

Eine generelle Kritik an der amerikanischen Außenpolitik wegen mangelnder Konzeption erscheint mir so nicht berechtigt. Manche in- und ausländischen Kritiker beklagen den Mangel einer Konzeption, während sie in Wahrheit mit der erkennbaren außenpolitischen Linie nicht einverstanden sind. Die außenpolitische Grundhaltung der Administration zeichnet sich in wichtigen Elementen inzwischen durchaus deutlich ab. Woran es fehlt, ist eine klare Darstellung und ausreichende Erläuterung gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch eine präzisere Formulierung der Politik in verschiedenen Einzelbereichen.

II. Das Ergebnis der Wahl vom November 1980[6] enthält – so sieht es die Administration und der überwiegende Teil der Bevölkerung – die Erwartung einer Außenpolitik, in der die Auseinandersetzung mit den expansiven Zielsetzungen der Sowjetunion einen zentralen Platz einnimmt. So bildete seit dem Amtsantritt Reagans das Bemühen um Eindämmung (containment) des weltpolitischen Rivalen, dessen Stärke man allein auf militärischem Gebiet sieht, eine durchgehen-

2 Zum Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 15.

3 Für den Wortlaut der Ausführungen des Präsidenten Reagan in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 519–526.

4 Vgl. dazu den Artikel „‚There Haven't Been Too Many Surprises'"; US NEWS & WORLD REPORT vom 6. Juli 1981, S. 21.

5 Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 600–606.

6 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 4. November 1980 statt.

de Leitlinie. Die innenpolitisch von einem breiten Konsens getragene Erhöhung des Verteidigungsbudgets ist die sichtbarste Konsequenz dieser Haltung. Sie läßt sich auch an einer Reihe außenpolitischer Schritte ablesen: Hierher gehört etwa der Versuch, die gemäßigten Staaten des Nahen Ostens in einen gegen die Sowjetunion gerichteten „strategischen Konsens" einzubinden. Hierher gehören die als Priorität gesehene Stärkung der Allianz, aber auch das Drängen auf eine aktivere sicherheitspolitische Rolle Japans, die verstärkte Unterstützung für ASEAN, ein neuer Ansatz in der Pakistanpolitik[7], die Einleitung einer rüstungspolitischen Zusammenarbeit mit China[8], auch die betonte Berücksichtigung strategischer Interessen im Umgang mit Südafrika sowie die Besorgnis der Administration über die Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Frankreich[9] und die neue amerikanische Politik in Mittelamerika und der Karibik.

Der Präsident selbst hat mit einer Reihe kritischer Äußerungen über die Sowjetunion, ihre Führung und ihr System seine persönliche Einstellung unmißverständlich erklärt. Er hat damit die Einschätzung seiner Person und seiner Politik aus Moskauer Sicht negativ bestimmt und die notwendige Aufgabe, mit der anderen Weltmacht zu einer Verständigung zu kommen, nicht erleichtert. Er weiß sich jedoch auch in diesem emotional geprägten Antisowjetismus getragen von der Zustimmung des überwiegenden Teils der amerikanischen Öffentlichkeit. Die Administration ist, ausgehend von ihren politischen und moralischen Wertvorstellungen, nicht bereit, die Sowjetunion – abgesehen vom militärischen Bereich – als weltpolitisch gleichberechtigt anzuerkennen und ihr ein Mitspracherecht in allen Weltangelegenheiten zuzugestehen.

Die Administration zeigte trotz der scharfen verbalen Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion das Bestreben, ihre Politik nicht als Konfrontationskurs erscheinen zu lassen. Sie hat in den letzten Wochen die bilateralen Kontakte (Gespräche Haigs, Stoessels und Eagleburgers mit Dobrynin und Vertretern[10]) intensiviert. In Genf fand die Sitzung der Standing Consultative Commission (SALT I[11]) statt[12]; es gab den Versuch eines gemeinsamen Krisenmanagements

7 Zur amerikanischen Hilfe an Pakistan vgl. Dok. 199, Anm. 9.

8 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 197, Anm. 11.

9 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 198, Anm. 65.
Vgl. dazu die Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 24. Juni 1981; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 71.

10 Zu den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen vgl. Dok. 174, Anm. 3 und 8.

11 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

12 Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 14. Juli 1981 amerikanische Informationen zur Sitzung der amerikanisch-sowjetischen „Standing Consultative Commission" (SCC) vom 27. Mai bis 8. Juli 1981 in Genf: „Der erste Teil sei unter gewissen Spannungen verlaufen. Das habe darauf beruht, daß der amerikanische Delegationsleiter neu war und zu Beginn der Sitzung in einer allgemeinen – kritischen – Erklärung deutlich gemacht habe, die volle Einhaltung der Verträge sei Voraussetzung für die Fortführung des Rüstungskontrollprozesses. Die Sowjetunion habe ihrerseits etwas gereizt erwidert, daß sie alle Verträge einhalte. Nach diesem Austausch sei die Sitzung geschäftsmäßig verlaufen. […] Nach Auffassung des Gesprächspartners ist diese Frühjahrssitzung weder als Rückschritt noch als Durchbruch zu werten, sondern – trotz gewissen Zögerns auf beiden

im Libanon[13] und – nach der aus innenpolitischen Gründen erfolgten Aufhebung des Getreideembargos – Hinweise gegenüber den Sowjets, bald über die Frage künftiger Getreidelieferungen zu sprechen.[14]

Im übrigen hat die Administration im Ost-West-Verhältnis wichtige westliche Entscheidungen mitgetragen (KSZE/KAE) bzw. bestätigt (Fortführung der LRTNF-Verhandlungen). Zum bisherigen Herzstück des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses, dem Schicksal von SALT II[15] und einem Datum zur Fortführung der nuklearstrategischen Verhandlungen, hat sich die Administration offiziell noch nicht geäußert. Sie hat aber – in der Erkenntnis, daß dies durchaus im amerikanischen Interesse liegt – klargestellt, daß die bestehenden Vereinbarungen, unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit, nicht unterlaufen werden.[16]

Unverändert bleibt Afghanistan ein schweres Hindernis auf dem Wege zu einer Verbesserung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses. Solange die Sowjetunion keine Bewegung in Afghanistan zeigt, ist eine Begegnung des Präsidenten mit Breschnew nicht zu erwarten; Reagan kann nach seiner Grundüberzeugung die sowjetische Invasion nicht durch ein bilaterales Treffen „legitimieren".

Aus dem Grundsatz der Ost-West-Politik der Administration und dem Ziel, sowjetischer Machtausweitung überall in der Welt entgegenzutreten, folgt die starke Betonung sicherheitspolitischer Gesichtspunkte. So gibt es gegenüber der Carter-Administration eine deutliche Änderung bei der Waffenexportpolitik. Waffenlieferungen gelten wieder als wichtige Instrumente der Außenpolitik.

In der Europa- und NATO-Politik der Administration zeigt sich stärker als in anderen Bereichen ein erhebliches Maß an Kontinuität mit der Politik der Carter-Administration. Die Stärkung des Bündnisses ist unverändert ein vorrangiges Anliegen auch der neuen Administration. Dies hat freilich nicht verhindern können, daß die Verschlechterung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses und Unsicherheiten über amerikanische Absichten das Klima im Bündnis nicht unberührt gelassen haben. Die engen Konsultationen, an denen der neuen Ad-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1098

Seiten – als Fortsetzung der bisherigen Arbeit der SCC zu sehen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2777; VS-Bd. 11372 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

13 Zu amerikanisch-sowjetischen Kontakten über die Lage im Libanon vgl. Dok. 125, Anm. 30, und Dok. 146, Anm. 16.

14 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 sowie zu einer möglichen Erneuerung des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 20. Oktober 1975 über die Lieferung von Getreide vgl. Dok. 112, Anm. 23, und Dok. 125, Anm. 41.
Am 5. August 1981 unterzeichneten die USA und die UdSSR in Wien ein „Memorandum of Understanding", das die Verlängerung des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 20. Oktober 1975 über die Lieferung von Getreide bis zum 30. September 1982 vorsah. Für das Memorandum vgl. Referat 421, Bd. 141330.
Am 1. Oktober 1981 wurde in Moskau ein weiteres Abkommen über die Lieferung von Getreide unterzeichnet, das einen Lieferrahmen von 23 Mio. Tonnen für ein Jahr vorsah. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3917 des Botschafters Hermes, Washington, vom 2. Oktober 1981; Referat 421, Bd. 141330.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

16 Zur Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 3. März 1981 vgl. Dok. 62, Anm. 11.

ministration liegt, müssen genutzt werden, um Irritationen, die sich auch zunehmend in den Medien niederschlagen, wirksam zu begegnen.

[17]Eine wesentliche Rolle spielt dabei die deutliche Akzentverschiebung im Bereich der Rüstungskontrolle. Nach den als enttäuschend empfundenen Ergebnissen der letzten Jahre sieht man in der Rüstungskontrolle allenfalls eine mögliche Ergänzung der Sicherheitspolitik mit begrenzter Wirkung. Die Überprüfung der Rüstungskontrollpositionen ist im Gange; dies geschieht jedoch – abgesehen von der Vorbereitung der LRTNF-Verhandlungen – ohne besondere Eile. Reagan wäre an sein Wahlversprechen zu erinnern: „I would assign a high priority to strategic arms reduction." (Rede vom 19.10.80 „A strategy for peace for the 80s"[18]). Es ist in Kürze mit wichtigen Entscheidungen im nuklearstrategischen Rüstungsbereich zu rechnen (strategischer Bomber, MX).[19] Damit wird zugleich der Rahmen vorgegeben, innerhalb dessen künftige Rüstungskontrollvorschläge sinnvoll ausgearbeitet werden können. Die von Rostow genannte Neun-Monatsfrist[20] ist nicht als Aufschub, sondern als äußerstes Zieldatum für die Formulierung gemeint gewesen.

Die Anhörung des künftigen SALT-Unterhändlers General Rowny vor dem Auswärtigen Ausschuß des Senats am 9.7.1981 hat nochmals die Auffassung der Administration bestätigt, daß nur von gestärkten eigenen Positionen aus (Wiederherstellung eines „margin of safety") Verhandlungen mit der Sowjetunion mit Aussicht auf Erfolg geführt werden können. Ein Scheitern dieses Ansatzes hätte eine weitere Verstärkung der Rüstungsanstrengungen zur Folge; an einer solchen Entwicklung hätte aber – so Rowny – auch die Sowjetunion im Hinblick auf die überlegene amerikanische Wirtschaftskraft kein Interesse.

Dem Nahost-Konflikt hatte die Administration zunächst geringere Priorität eingeräumt: Sie hielt eher routinemäßig am Camp-David-Prozeß[21] fest. Der israelische Angriff auf den irakischen Nuklearreaktor[22] beleuchtete indessen

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2763 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 21. Oktober 1980 mit: „Reagan fühlte sich genötigt, am 19.10. in einer halbstündigen Ansprache sein außenpolitisches Programm darzulegen. Zu SALT erklärte er, daß er als Präsident sofort Verhandlungen über einen SALT-III-Vertrag vorbereiten werde mit dem Ziel, eine Reduzierung nuklearer Waffen herbeizuführen. […] Unklar bleibt, wie Reagan nach einem Fallenlassen von SALT II weiter verhandeln will." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3985; Referat 220, Bd. 116911.

19 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

20 Zur Anhörung des designierten Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 22. Juni 1981 vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats in Washington vgl. Dok. 181, Anm. 6.
Botschafter Ruth führte am 25. Juni 1981 dazu aus: „Aus dem Text selbst, aber auch aus der späteren Klarstellung des State Department ist ersichtlich, daß sich die von Rostow erwähnte Neun-Monatsfrist nicht auf LRTNF-Verhandlungen bezieht, sondern lediglich auf die Überprüfung des SALT- bzw. START-Komplexes. Bezüglich der Dauer dieser Überprüfung haben die Bündnispartner der USA zwar stets ihr Interesse an einer baldigen Fortsetzung des Prozesses geäußert – nicht zuletzt auch wegen der Einbettung der LRTNF-Verhandlungen in den SALT-Rahmen –, sie haben aber in keinem Fall diesem Interesse denselben Nachdruck verliehen, mit dem sie LRTNF-Verhandlungen gefordert haben. Die Inkaufnahme einer längeren Frist für die SALT-Überprüfung erhellt auch daraus, daß die europäischen Bündnispartner darauf gedrängt haben, daß LRTNF-Verhandlungen zeitlich nicht an den Abschluß der SALT-Überprüfung gekoppelt werden." Vgl. Referat 201, Bd. 125574.

21 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

22 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

schlaglichtartig, daß der amerikanischen Außenpolitik Perioden der Passivität im Nahen Osten nicht gestattet sind. Durch Anhalten der geplanten Lieferung von vier F-16 an Israel[23] und geschicktes Taktieren in den VN[24] hat die Administration bei dieser ernsten Krise den Schaden begrenzen können. Auch gelang es der Administration, in der syrisch-libanesischen Raketenkrise durch die Habib-Mission[25] zumindest bisher eine Ausweitung des Konflikts zu verhindern. Das voraussichtlich zu erwartende neue Kabinett Begins[26] stellt die Administration vor die Notwendigkeit, die bisher aufgeschobene Ausarbeitung ihrer Nahostpolitik nunmehr beschleunigt voranzutreiben. Selbst wenn es hierbei künftig einige veränderte Akzente geben sollte, wird sich unter Reagan an einer grundsätzlich pro-israelischen Politik der USA nichts ändern.

Eine weitere Folge des israelischen Angriffs auf den Reaktor in Bagdad war, daß damit auch die Nichtverbreitungspolitik[27], insbesondere im Kongreß, neue Aufmerksamkeit gefunden hat. Die Administration, die die friedliche Nutzung der Kernenergie stärker als Carter fördern möchte und der NV-Politik bisher kein besonderes Profil gegeben hat, wird diese kritische Stimme sicherlich berücksichtigen.[28]

Die Administration räumt Nord-Süd-Beziehungen eine geringere Priorität als Carter ein. Für ihre Neigung, Probleme vor allem im Ost-West-Zusammenhang zu sehen, ist die Politik gegenüber Mittelamerika und der Karibik ein Beispiel. Nach zunächst einseitiger Betonung der sicherheitspolitischen Aspekte werden

23 Zur Aussetzung der Lieferung von vier Kampfflugzeugen vom Typ „F-16“ an Israel am 10. Juni 1981 vgl. Dok. 173, Anm. 7.

24 Zur Behandlung des israelischen Angriffs auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ vom 7. Juni 1981 im VN-Sicherheitsrat vgl. Dok. 173, Anm. 8.

25 Zu den Friedensbemühungen des amerikanischen Sonderbotschafters für den Nahen Osten, Habib, vgl. Dok. 173, Anm. 10.
Am 7. Juli 1981 teilte Botschafter Hermes mit, Habib werde am selben Tag zu einer weiteren Reise aufbrechen. Bezüglich der Erfolgsaussichten habe das amerikanische Außenministerium erklärt, es sei „weder optimistisch noch pessimistisch“. Habib werde weiterhin „ohne amerikanischen Plan“ reisen, sondern lediglich die Überlegungen der einzelnen Konfliktparteien erkunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2676; Referat 310, Bd. 135690.
Botschafter Schmidt-Dornedden, Beirut, berichtete am 13. Juli 1981, es gebe im Libanon Spekulationen, „daß Habib nicht nur die Raketenkrise zwischen Israel und Syrien entschärfen will, sondern sich jetzt auch um eine längerfristige politische Lösung der innerlibanesischen Krise bemüht. Gerüchte, wonach Habib hierzu einen Plan habe, deckten sich nicht mit dem, was mir neuer hiesiger amerikanischer Botschafter zu Habib-Reise sagte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 387; Referat 310, Bd. 135690.

26 Zu den Parlamentswahlen am 30. Juni 1981 in Israel vgl. Dok. 182, Anm. 20.

27 Zur amerikanischen Nichtverbreitungspolitik vgl. Dok. 90, Anm. 35, und Dok. 149, Anm. 8.

28 Präsident Reagan gab am 16. Juli 1981 eine Erklärung zur künftigen amerikanischen Nichtverbreitungspolitik ab. Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 630 f.
Gesandter Dannenbring, Washington, stellte dazu am 31. August 1981 fest: „Eine genauere Analyse der Erklärung führt zu dem Schluß, daß die künftige nukleare Nichtverbreitungs- und Exportpolitik der USA von drei wesentlichen Elementen bestimmt werden wird: dem Festhalten an dem bisherigen Ziel der nuklearen Nichtverbreitung, einem breitgefächerten Mixtum von alten und neuen Instrumentarien zur Durchsetzung dieses Ziels und einer sehr viel stärkeren Differenzierung bei der Anwendung dieses Instrumentariums nach dem Gesichtspunkt der NV-politischen Verläßlichkeit des jeweiligen Partners. Die durchweg sehr allgemein gehaltene Erklärung läßt Spielraum für Änderungen und Schwerpunktverlagerungen. Sie sollte deshalb nicht als abschließende Formulierung der neuen amerikanischen nuklearen Nichtverbreitungs- und Exportpolitik angesehen werden. Ihre Implementierung wird nicht zuletzt von der z. Z. noch schwer abschätzbaren Haltung des amerikanischen Kongresses abhängen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 5122; Referat 431, Bd. 129510.

jedoch in jüngster Zeit wirtschaftliche und soziale Gesichtspunkte als Elemente politischer Stabilität stärker beachtet; der Caribbean Basin Plan[29], eine wesentliche Initiative der Administration, zielt in diese Richtung.

Multilaterale Institutionen werden kritisch unter die Lupe genommen; bilaterale Beziehungen, die die Berücksichtigung sicherheitspolitischer Interessen erlauben, vorgezogen. Die Administration ist dabei jedoch bestrebt, in zahlreichen Einzelfragen pragmatisch vorzugehen. Die zu erwartende Teilnahme des Präsidenten am Nord-Süd-Gipfel in Cancún[30] ist ein positiver Schritt. Allerdings wird der Widerstand gegen Globale Verhandlungen[31] bis auf weiteres, d. h. bis Cancún, bestehenbleiben.

Die amerikanische Namibiapolitik, Südafrika durch eine entgegenkommendere Haltung zu kooperativem Verhalten zu bringen, ist weitgehend im Alleingang und ohne Abstimmung mit den übrigen vier Partnern der westlichen Namibia-Initiative vorgenommen worden. Es wird – auch weil die Administration in dieser Frage unter erheblichem Druck wichtiger Senatoren steht – keine leichte Aufgabe sein, die gemeinsame Namibiapolitik wiederherzustellen.

Nach der Kontroverse um die Ernennung Lefevers[32] ist die Menschenrechtspolitik der Administration weiter unsicher. Sie bleibt jedoch ein Element der amerikanischen Außenpolitik, vorwiegend gegenüber kommunistischen Ländern, dürfte aber insgesamt differenzierter und pragmatischer gehandhabt werden als unter der vorhergehenden Administration.

III. Die Außenpolitik wird von der Administration ausgeführt, aber der Kongreß bestimmt mit, so daß das Ergebnis nicht immer vorhersehbar ist. Es kommt hinzu, daß die Akteure innerhalb der Administration, insbesondere in der Anfangsphase, verschiedentlich mit untereinander nicht abgestimmten Äußerungen hervortraten.

Innerhalb der Administration ist Haig der „principal spokesman", aber Pentagon und NSC sprechen mit. Haig hat es zwar vermocht, gegen z. T. erheblichen Widerstand konservativer Senatoren, fähige und professionelle Abteilungsleiter

29 Referat 330 erläuterte Ende Juli 1981: „Auf Einladung der amerikanischen Regierung hat am 11. und 12. Juli d. J. in Nassau eine Konferenz der Außenminister der USA, Kanadas, Mexikos und Venezuelas stattgefunden. Die Teilnehmer vereinbarten, durch exploratorische Gespräche mit den in Frage kommenden Empfängerländern Umfang und Art der Hilfsbedürftigkeit festzustellen, um ein koordiniertes Hilfsprogramm ausarbeiten zu können." Am 22. Juli 1981 habe eine amerikanische Delegation im Auswärtigen Amt erläutert, es handele sich nicht um ein ausgearbeitetes Programm, sondern um einen mit anderen Ländern und Institutionen abgestimmten „Prozeß der Hilfeleistung nach wirtschaftlichen Spielregeln ohne Auflagen (kein allgemeiner Ausschluß von Kuba, Nicaragua, Grenada). Grundlage des Systems wären in erster Linie bilaterale Abkommen zwischen den Beteiligten. Aufstockung der amerikanischen Entwicklungshilfe für die Region – 1982 ca. US-Dollar 350 bis 400 Mio." Eine Beteiligung der Europäischen Gemeinschaften würde begrüßt. Geplant sei für den Herbst 1981 eine Konferenz möglicher Geber- und Nehmerländer und verschiedener Institutionen. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 125156.

30 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

31 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

32 Am 5. Juni 1981 stimmte der Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats mit 13 zu vier Stimmen gegen die Bestätigung von Ernest W. Lefever, der für das Amt des für Menschenrechte zuständigen Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium vorgesehenen war. Dieser bat am selben Tag Präsident Reagan, seine Nominierung zurückzuziehen. Reagan folgte dieser Bitte am 16. Juni 1981. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 493.

zu bestellen. Aber Haig hat keine Machtbasis außer seinen allseits anerkannten Fähigkeiten, die sich auf langjährige Erfahrung in Fragen der Sicherheits- und Außenpolitik sowie auf intime Kenntnis der Bürokratie stützen. Er hängt vom Vertrauen des Präsidenten ab, das nicht auf jahrelanger persönlicher Beziehung, sondern allein auf Übereinstimmung in der Politik beruht. Von seiner Meinung abweichende Entscheidungen des Präsidenten (z. B. Aufhebung des Getreideembargos, Beschränkung japanischer Autoimporte[33]) hat er loyal mitgetragen. Haigs starke und dynamische Persönlichkeit macht ihn aber zugleich verletzlich. Sein Versuch, gleich bei Amtsantritt des Präsidenten seine eigene außenpolitische Allzuständigkeit festschreiben zu lassen[34], seine öffentliche Kritik an der Regelung des Vorsitzes beim Krisenmanagement (Bush statt Haig[35]), sein umstrittener Auftritt nach dem Attentat auf den Präsidenten („I am in control“[36]) haben ihm den Vorwurf eingetragen, kein „Teamplayer“ zu sein. Nach Wochen großer Zurückhaltung hat ihm die Affäre Kirkpatrick[37] erneut geschadet. Überdies hat Haig Schwierigkeiten mit der Presse. Haigs Verhältnis zu den engsten Beratern Reagans im Weißen Haus ist von Respekt, aber kaum von persönlicher Wärme geprägt. Im Hinblick hierauf spielt Haigs Stellvertreter Clark, der sich auch in substantielle außenpolitische Fragen zunehmend einschaltet, eine wichtige vermittelnde Rolle gegenüber dem Weißen Haus.

33 Zu amerikanisch-japanischen Absprachen über die Beschränkung des Exports japanischer Automobile in die USA vgl. Dok. 135, Anm. 21.

34 Botschafter Hermes, Washington, informierte am 3. Februar 1981, Präsident Reagan habe die Zuständigkeit für die Koordination der Außen- und Sicherheitspolitik festgelegt und Presseberichten zufolge seinem Nationalen Sicherheitsberater Allen übertragen: „Damit hat sich Außenminister Haig offenbar mit Vorstellungen, die er am Tage der Amtseinführung von Reagan am 20. Januar präsentiert hatte, nicht durchsetzen können: In einem Memo an den Präsidenten soll er vorgeschlagen haben, den gesamten Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik unter seiner Verantwortung zusammenzufassen.“ Die neue Struktur sei „der Versuch der Reagan-Administration, die zwischen Weißem Haus und Außenministerium inhärente Rivalität unter Kontrolle zu halten“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 865; Referat 204, Bd. 123310.

35 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. März 1981, daß Präsident Reagan am Vortag entschieden habe, den amerikanischen Vizepräsidenten Bush mit der Leitung des außenpolitischen Krisenstabes zu betrauen. Der amerikanische Außenminister Haig habe am selben Tag vor einem Unterausschuß des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des amerikanischen Repräsentantenhauses erklärt, „daß er eine mögliche Betrauung Bushs ‚ohne Enthusiasmus‘ betrachte und eine derartige Entscheidung ihn, Haig, vor eine Reihe von Problemen stellen werde“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1253; Referat 204, Bd. 123310.
Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 30. März 1981, Haig habe nach Auskunft des designierten Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, die Äußerungen getan, „ohne zu wissen, daß hierüber im Weißen Haus eine Entscheidung gefällt worden sei. […] Die Medien hätten den Vorfall über alle Proportionen aufgebauscht.“ Vgl. VS-Bd. 11117 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

36 Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 und zur Reaktion des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 90, Anm. 11 und 13.

37 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. Juli 1981: „Am Ende der Asienreise in Honolulu ließen Haigs Mitarbeiter […] gegenüber Journalisten durchblicken, daß Haig selbst in die schwierigen Verhandlungen in den Vereinten Nationen über eine Sicherheitsresolution zur Verurteilung des israelischen Angriffs auf den irakischen Atomreaktor eingegriffen habe.“ Damit sei der Eindruck entstanden, das Verhandlungsergebnis sei das Verdienst von Haig und nicht das der amerikanischen VN-Botschafterin Kirkpatrick: „Die entsprechenden Berichte haben das Weiße Haus heftig verärgert. Der Präsident selbst rief Botschafter Kirkpatrick an […] und beglückwünschte sie zu ihrem Erfolg. Nachdem Haig dem Präsidenten über seine Asienreise berichtet hatte und seinerseits öffentlich Kirkpatrick eine hervorragende Leistung bescheinigt hatte, wurde die Angelegenheit offiziell beigelegt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2710; Referat 204, Bd. 123311.

Weinberger hatte in den ersten Wochen seiner Amtszeit harte Akzente auch in der Außen- einschließlich Rüstungskontrollpolitik gesetzt. Er erfuhr dabei erhebliche Kritik in der Öffentlichkeit und hatte Meinungsverschiedenheiten mit Haig (Neutronenbombe[38], Zusammenhang Polen–LRTNF-Verhandlungen[39], kritische Sprache gegenüber den Allianzpartnern, AWACS für Saudi-Arabien[40]). In letzter Zeit hat er sich auf sein Feld, die Sicherheitspolitik, konzentriert, wo er vor schwierigen Rüstungsentscheidungen steht.

Allen, dessen Rolle als National Security Advisor im Vergleich zu seinen Vorgängern bewußt zurückgeschnitten worden war, schien dennoch zunächst an Statur zu gewinnen. Er trat in letzter Zeit durch einige Interviews an die Öffentlichkeit, wobei er mit Kritik an den Verbündeten nicht sparte. In diesen Tagen hat er jedoch ein für seine Stellung wesentliches Vorrecht, die täglichen mündlichen Lagevorträge beim Präsidenten, verloren. Als einfaches Mitglied eines mehrmals wöchentlich beim Präsidenten zusammenkommenden Gremiums, das neben Meese, Baker und Deaver den Außen- und den Verteidigungsminister sowie den CIA-Direktor[41] mit umfaßt, ist seine Rolle weiter relativiert.

Der Kongreß, der in den letzten Jahren zunehmend in den außenpolitischen Entscheidungsprozeß eingegriffen hat, ist in den ersten Monaten voll mit Budget und Wirtschaftsprogramm beschäftigt gewesen. Eine größere außen- und sicherheitspolitische Debatte hat noch nicht stattgefunden.

Der Auswärtige Ausschuß des Senats, dessen republikanische Mitglieder zum großen Teil neu sind, hat bisher keine Zeichen gesetzt (Ausnahme: Ablehnung von Lefever). Sein Vorsitzender Percy, ein gemäßigter Republikaner, steht der gegen Moskau gerichteten Eindämmungspolitik der Administration zurückhaltend gegenüber.

[42]Er befürwortet die rasche Wiederaufnahme strategischer Rüstungskontrollverhandlungen mit der SU. Auf der anderen Seite gibt es stark konservativ gefärbte Stimmen (Helms), die hinsichtlich einer harten Gangart in der Ost-West-Politik Gewicht besitzen. Bei den demnächst zur Erörterung im Kongreß anstehenden Vorhaben sind AWACS für Saudi-Arabien und die Flugzeuglieferungen an Israel, aber auch die Pakistan-Hilfe umstritten.

In dieser Situation ist der Präsident aufgerufen, gegenüber dem Kongreß Maßstäbe zu setzen und der Administration Richtlinien zu geben. Ein Kissinger, der eine Gesamtstrategie entwerfen und formulieren könnte, ist in dieser Administration nicht zu sehen. So dürften der Präsident und die Mitglieder seiner Administration, der Neigung Reagans folgend, sich vermutlich auch weiterhin darauf beschränken, überwiegend fallweise außenpolitische Bauelemente darzustellen, die sich allmählich zu einem vollständigeren Bild zusammenfügen. Zwei grundsätzliche Reden von AM Haig stehen bevor: Am 14.7. wird er vor der Foreign Policy Association in New York zu Fragen der Rüstungskontrolle spre-

38 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vgl. Dok. 31, Anm. 6.

39 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger am 2. April 1981 in Washington; Dok. 103, Anm. 4.

40 Zur amerikanischen Lieferung von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, vgl. Dok. 148, Anm. 4.

41 William Joseph Casey.

42 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2764 übermittelten dritten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

chen[43]; später in diesem Monat soll eine Rede zum Thema der Ost-West-Beziehungen folgen.[44]

[gez.] Hermes

Referat 204, Bd. 123318

205

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec in Starnberg

214-321.11 JUG VS-NfD **14. Juli 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem jugoslawischen Außenminister Vrhovec am 14.7.1981, 10.00 bis 12.00 Uhr, in Starnberg[2]

Auf deutscher Seite nahmen außer den Ministern teil: Botschafter Grabert (Belgrad), RL 214[3], VLR Bald, VLR von Nordenskjöld, LR I Ernst als Dolmetscher; auf jugoslawischer Seite: Botschafter Makić; Herr Agović, Leiter des Minister-

43 Für den Wortlaut der Rede vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 31–34. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 393–400.
Botschafter Hermes, Washington, teilte am 14. Juli 1981 mit, der amerikanische Außenminister Haig habe mit der Rede „zum ersten Mal autoritativ und umfassend die Grundlinien der Rüstungskontrollpolitik der Administration dargelegt. […] Haigs Rede enthält keine neuen Ideen oder Initiativen. Vielmehr werden die zum großen Teil bekannten Bausteine für eine realistische und nüchterne Rüstungskontrollpolitik zusammenhängend als Teil der Außen- und Sicherheitspolitik dargestellt. Nach den unterschiedlichen Stimmen wichtiger Vertreter der Administration zum Thema Rüstungskontrolle war es an der Zeit, daß der AM die Grundzüge dieser Politik klarstellt. Wie uns im State Dep[artmen]t gesagt wurde, ist diese Rede innerhalb der Administration koordiniert und auf höchster Ebene gebilligt worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2787/2788; Referat 201, Bd. 125575.

44 Vgl. dazu die Rede des amerikanischen Außenministers Haig vor der amerikanischen Anwaltskammer am 11. August 1981 in New Orleans; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2054, S. 10–13. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 557–561 (Auszug).
Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 13. August 1981, die Rede sei „eine grundlegende Orientierung für die amerikanischen Politik" und zeige erstmals „Bereitschaft zu konkreter Kooperation – unter der Voraussetzung sowjetischer Zurückhaltung". Nach sechs Monaten „harter antisowjetischer Haltung" habe die amerikanische Regierung „unmißverständliche Signale ihrer Entschlossenheit gesetzt, die es ihr nunmehr erlauben, Gesprächsbereitschaft zu zeigen". Die Rede richte sich „auch an die europäischen Verbündeten, auf die das Barometer amerikanisch-sowjetischer Beziehungen ausschlägt". Vgl. den Drahtbericht Nr. 3205; Referat 204, Bd. 123318.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 15. Juli 1981 gefertigt.
Hat Staatssekretär von Staden am 26. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Dg 21: sollte auch an Lond[on], Paris, Wash[ington], Moskau gehen. 2) L[eiter] Pl[anungsstab]: zahlreiche Anregungen für VN-Rede."
Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Noch nicht genehmigt."
Am 22. Juli 1981 übermittelte Keil nachträgliche Korrekturen. Vgl. Referat 214, Bd. 132871. Vgl. Anm. 41 und 58.

2 Der jugoslawische Außenminister Vrhovec hielt sich am 13./14. Juli 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Franz Keil.

büros; Herr Jovanović, Leiter der Politischen Abteilung Westeuropas im jugoslawischen Außenministerium; Herr Ivanji als Dolmetscher.

Nach den einleitenden Bemerkungen schlägt *BM* vor, mit den Ost-West-Beziehungen zu beginnen:

BM: Ich möchte Ihnen unsere Einschätzung der Ost-West-Beziehungen geben. Es ist unverkennbar, daß sich seit der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan[4] die Lage verändert hat. Sie ist gekennzeichnet durch höhere Spannung und eine Belastung des Ost-West-Verhältnisses. Diese Lage wird durch die Besorgnisse wegen Polen und wegen der intensiven öffentlichen Attacken in diesem Zusammenhang noch verstärkt. Dazu gibt es die Diskussion über die Mittelstreckenraketen; alles Dinge, die nicht gerade ermutigend sind. Wir haben uns natürlich überlegt, was wir dazu beitragen können, daß sich aus einer solchen Entwicklung kein Desaster ergibt. Damit ist nicht die militärische Konfrontation gemeint, denn das wäre eine Katastrophe. Wir meinen damit die Möglichkeit, daß in Frage gestellt wird, was wir in den letzten zehn Jahren erreicht haben. Wir haben uns entschlossen, eindeutig auf eine Politik des Dialogs zu setzen. Ich erinnere an den Besuch, den der Bundeskanzler und ich im letzten Sommer in Moskau abgestattet haben.[5] Ihm folgte im September der Besuch des ungarischen Außenministers Puja bei uns.[6] Im Dezember war ich in Prag[7], im März in Warschau[8], im April in Moskau[9]. Herr Brandt war gerade jetzt in Moskau.[10] Herr Breschnew wird wohl im November zu uns kommen.[11] Wir haben diese Dialog-Strategie für richtig gehalten, weil wir glauben, daß sie uns im Rahmen unserer Möglichkeiten erlaubt, die Entwicklung moderierend zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang sehen wir auch unser nachhaltiges Bemühen um einen Erfolg in Madrid. Aus diesem Grunde bin ich auch selbst nach Madrid gefahren.[12] In Madrid werden wir ganz klar und energisch auf die

4 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

5 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

6 Der ungarische Außenminister Puja besuchte die Bundesrepublik vom 10. bis 12. September 1980. Vortragender Legationsrat Boll teilte dazu am 16. September 1980 mit: „Größter Teil der in offener und freundlicher Atmosphäre verlaufenen Gespräche nahm Gedankenaustausch über internationale Fragen ein. Er wurde von beiden Seiten genutzt, ihre zum Teil konträren Auffassungen (Abrüstung und Rüstungskontrolle, KSZE, Afghanistan und Kambodscha) darzulegen, und bestätigte beiderseits das Interesse an Fortsetzung des Dialogs und des Entspannungsprozesses." Vgl. den Runderlaß Nr. 123; Referat 012, Bd. 115730.

7 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

8 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

9 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

10 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

11 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 183, Anm. 10.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

12 Bundesminister Genscher besuchte Spanien am 13. November 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 322 und Dok. 323.
Genscher hielt sich am 11./12. Juni 1981 erneut in Spanien auf. Zur Erörterung des Standes der KSZE-Folgekonferenz in Madrid mit Gesandtem Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, am 11. Juni 1981 vgl. Dok. 170.

Erteilung eines Mandats für eine europäische Abrüstungskonferenz hinwirken. Wir haben im Westen diese Strategie durchgesetzt. Der Zweck ist zu verhandeln, aber auf keinen Fall durch Zeitdruck ein gutes Ergebnis zu verhindern. Wir hoffen, daß wir in der Frage des Geltungsbereichs der vertrauensbildenden Maßnahmen in dieser Woche zu Fortschritten kommen. Wir sind unvermindert im unklaren, worauf die Sowjetunion hinauswill, wenn sie von notwendigen Gegenleistungen des Westens spricht. Wir können Europa nicht größer machen, als es ist. Wir glauben aber, wenn wir in Madrid zu guten Ergebnissen für eine Abrüstungskonferenz kommen, würde dies eine erheblich beruhigende Wirkung auf das Ost-West-Verhältnis haben.

Wir sehen im Moment keine Fortschritte bei der Konferenz in Wien[13], was wir bedauern. Wir halten unverändert an der Zahlenfrage fest.

Die zentrale Frage liegt bei den Mittelstreckenwaffen. Hier macht die Sowjetunion schwere Fehler. Sie scheint immer noch der Idee nachzulaufen, daß sie durch Propaganda-Aktivitäten die Durchführung des Nachrüstungsbeschlusses[14] verhindern kann. Man muß ganz klar sagen, und ich habe dies auch gerade in Sofia[15] gesagt, dies ist eine total illusionäre Politik. Es gibt in unserem Lande eine ganz breite, erdrückende Mehrheit für den Nachrüstungsbeschluß. Für den Deutschen Bundestag gilt dies erst recht. Ich habe gesagt, daß ich mein politisches Schicksal mit dem Nachrüstungsbeschluß verbinde.[16] Ich habe dies nicht etwa getan, weil ich sonst keine Mehrheit finde, sondern um der Sowjetunion zu zeigen, daß dies für mich keine taktische Variante ist. Die laufende weitere Aufrüstung der Sowjetunion auf diesem Gebiet verschärft die Lage. Wir lassen keinen Zweifel, wenn die Sowjetunion die Vorrüstung beseitigt, gibt es keine Nachrüstung. Sie hat den Schlüssel in der Hand. Wenn sie ihre Vorrüstung reduziert, kann unsere Nachrüstung kleiner sein. Wenn sie ihre Rüstung weiter betreibt, wird unsere Nachrüstung wie vorgesehen durchgeführt. Also kann man nur dringend raten zu verhandeln. Ich habe unserem Kollegen Gromyko am 1. April gesagt, „Sie können eine Propaganda-Aktion bei uns starten, wir bei Ihnen nicht. Tun Sie das, wenn Sie es für richtig halten. Wohl muß ich mich fragen, ob das, was Sie tun, eine günstige Beeinflussung des Ost-West-Verhältnisses ist. Natürlich werden wir uns von Ihnen nicht als eine Regierung der Aufrüstung hinstellen lassen. Dann müssen wir unsere Öffentlichkeit informieren, wie die Lage ist und wer aufrüstet." Ich hoffe, daß es im September[17] zu einer formellen Vereinbarung über Verhandlungen zwischen Haig und Gromy-

13 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 221.

14 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

15 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

16 In der Presse wurde berichtet, Bundesminister Genscher habe zur Eröffnung des FDP-Parteitags am 29. Mai 1981 in Köln erklärt: „Die Haltung in der FDP in der Sicherheitspolitik entscheide ‚über die Berechenbarkeit und Glaubwürdigkeit der FDP, ihres Vorsitzenden und des deutschen Außenministers, innen- und außenpolitisch, national und international'. […] Er bezeichnete es als legitim, daß Bundeskanzler Schmidt sein politisches Schicksal mit dem NATO-Beschluß verbunden habe, und fügte hinzu: ‚Ich tue es auch.'" Die FDP könne nicht erwarten, daß er eine andere Politik vertrete. Vgl. dazu den Artikel: „Genscher schwört FDP auf Koalitionstreue und den NATO-Doppelbeschluß ein"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 30./31. Mai 1981, S. 1.

17 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

ko kommt, damit eine Versachlichung dieses Themas eintritt. Präsident Mitterrand hat nicht nur in seinem Interview[18], sondern auch gestern[19] (13.7.) noch einmal gesagt, daß er das Gleichgewicht als durch die Sowjetunion verletzt ansieht. Er geht sogar in dieser Frage weiter als die Bundesregierung. Während wir von einer Parallele beim Doppelbeschluß sprechen, sagt er mehr oder weniger klar, eigentlich müsse man erst nachrüsten und dann verhandeln. Im Gespräch mit Herrn Brandt haben die Sowjets noch einmal ihren illusionären Vorschlag wiederholt, man müsse auch die englischen und französischen Systeme einbeziehen. Dies führt automatisch dazu, daß sie in einen zunehmenden Gegensatz zur neuen französischen Regierung kommen. Man muß wissen, daß die Regierung Mitterrand gaullistischer ist als die Regierung Giscard. Das Wahrzeichen des Gaullismus im verteidigungspolitischen Gebiet ist aber die eigene französische Atomstreitmacht. Mitterrand hat gesagt, Frankreich sei unbezweifelbar in keinem Fall damit einverstanden, daß die französische Atommacht miteinbezogen wird.

Ich habe unserem Kollegen in Sofia gesagt, es müsse ihnen doch zu denken geben, daß jetzt sogar eine Regierung, der vier kommunistische Minister angehören[20], sich hinter den Nachrüstungsbeschluß stellt. Ich könne ihm wirklich sagen, daß wir nichts lieber tun würden, als ganz zu verzichten, wenn die andere Seite es auch tun würde. Wir haben da wirklich keinen Ehrgeiz.

Für eine wichtige Frage des Ost-West-Verhältnisses halte ich auch das Verhalten der Sowjetunion in Afghanistan. Es hat eine schwere Vertrauenskrise heraufbeschworen. Ich kann nur hoffen, daß die Sowjetunion es so meint, wie Schiwkow und Mladenow mir gesagt haben, nämlich daß man die Tür nicht zugeschlagen hat. Lord Carrington hat den Vorschlag des Europäischen Rats unterbreitet.[21] Wir leiden nicht an der geistigen Verengung, die man normalerweise Autorenstolz nennt. Wir sind für jeden konstruktiven Vorschlag zur Verbesserung dieses Vorschlages dankbar, sind da ganz offen. Ich habe aus der Unterhaltung mit Mladenow den Eindruck, daß man darüber auch nachdenkt. Einen ähnlichen Eindruck hatte Cheysson, wie er mir vorgestern (12.7.) sagte, aus einer Unterhaltung mit Sagladin[22]. Man muß ganz offen sagen, daß die Festlegung auf einen blockfreien und neutralen Status eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem Status quo wäre. Ein blockfreier und neutraler Status würde der Sowjetunion die Garantie geben, daß niemand Afghanistan zur Plattform der eigenen Interessen machen kann. Wir halten ein Interesse der Sowjetunion nach Sicherheit für legitim.

Ich glaube, daß die Welt in diesem Zeitpunkt einige Zeichen der Hoffnungen braucht, die zur Vertrauensbildung beitragen, z. B.:

18 Vgl. den Artikel „‚Die deutsch-französische Freundschaft hängt doch nicht an einer Tasse Tee‘“; STERN, Nr. 29 vom 9. Juli 1981, S. 80–84.

19 Für die deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1981 vgl. Dok. 198–202.

20 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 198, Anm. 65.

21 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f.
Zur Erörterung während eines Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14.

22 Zum Gespräch des französischen Außenministers Cheysson mit dem stellvertretenden Abteilungsleiter im ZK der KPdSU, Sagladin, am 11. Juli 1981 in Paris vgl. Dok. 199, Anm. 6.

– einen erfolgreichen Abschluß in Madrid,
– eine Einsetzung einer KAE,
– die Aufnahme von Mittelstreckenverhandlungen,
– Eintritt in einen Verhandlungsprozeß über Afghanistan.

Das alles könnten Signale der Vertrauensbildung sein.

Ich möchte Ihnen noch ein Wort über den Stand unserer Beziehungen zur DDR sagen. Sie wissen, daß der Besuch des Bundeskanzlers in der DDR abgesagt werden mußte.[23] Ich gehe davon aus, daß er irgendwann nach dem Besuch von Breschnew in Bonn stattfinden wird.[24] In dieser zeitlichen Reihenfolge bringen die deutschen Staaten ihre realistische Sicht zum Ausdruck, daß nämlich ihr Verhältnis weitgehend vom Stand der Ost-West-Beziehungen abhängt. Wir haben eine Strategie gegenüber der DDR, die ich wie folgt umschreiben kann: Mit allen Kräften das Erreichte der letzten zehn Jahre bewahren. Vermeidung jeder Verschärfung, damit alle Optionen für eine bessere Ost-West-Klimalage erhalten bleiben. Es sollte nach unserer Auffassung eigentlich das Ziel der beiden deutschen Staaten sein, daß sie bei der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki[25] sozusagen den höchsten Standard erreichen. Es gibt Bereiche, in denen wir mit Ungarn, andere, in denen wir mit Polen weiter sind als mit der DDR. Am weitesten sollten wir aber mit der DDR sein: eine Art politische Meistbegünstigungsklausel.

Unsere Beziehungen werden in der DDR vom Außenministerium, bei uns vom Bundeskanzleramt wahrgenommen. Unabhängig davon gibt es multilaterale Themen, die auch das Auswärtige Amt mit der DDR wahrnimmt. Ich tue dies immer im September bei der Generalversammlung.[26] Zu Anfang haben wir uns am Rande gesehen, auf einer Bank im Gang. Dann habe ich gesagt, wir wollen zusammen essen. Dann hat mich 1979 Herr Fischer auf neutralem Boden im VN-Gebäude eingeladen. 1980 kam er in unsere Residenz.[27] Er hatte zugesagt unter der Bedingung, daß ich 1981 seiner Einladung in die DDR-Residenz fol-

23 Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

24 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

25 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

26 Bundesminister Genscher traf am 25. September 1974 in New York mit dem amtierenden Außenminister der DDR, Fischer, zusammen. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 282.
Zum Gespräch zwischen Genscher und Fischer am 25. September 1975 in New York vgl. AAPD 1975, II, Dok. 287.
Für das Gespräch am 8. Oktober 1976 in New York vgl. AAPD 1976, II, Dok. 300.
Zum Gespräch am 30. September 1977 in New York vgl. die Aufzeichnung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178692.
Zum Gespräch am 25. September 1978 in New York vgl. AAPD 1978, II, Dok. 277.

27 Bundesminister Genscher und der Außenminister der DDR, Fischer, trafen am 23. September 1980 in New York zusammen. Themen des Gesprächs waren die innerdeutschen Beziehungen, die Lage in Polen, die KSZE, amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme und der Nahost-Konflikt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Gorenflos vom 30. September 1980; Referat 230, Bd. 128006.

ge.[28] Er wollte dies wissen, bevor er meine Einladung annahm. Ich habe ihm darauf sagen lassen, daß ich dazu zwei Erklärungen abzugeben habe, durch unseren Vertreter bei den Vereinten Nationen[29]:

1) Ich nehme Ihre Einladung mit Vergnügen an.

2) Da diese Anfrage Ende August 1980 kam, habe ich daraus gesehen, daß die Führung der DDR davon ausgeht, daß wir die Wahlen[30] gewinnen und daß ich 1981 noch Außenminister sein werde.

Ich habe außerdem gegen einige Kritik der Opposition vor einigen Wochen entschieden, daß wir auch in Ost-Berlin Abrüstungsverhandlungen[31] mit der DDR abhalten wollen. Der Abrüstungsbeauftragte war dort und hat zwei Tage Konsultationen geführt.[32] Diese werden noch nicht den Weltfrieden für alle Zeiten ausbrechen lassen, aber sie waren

– ein Stück Normalität,
– ein Stück gemeinsamer Verantwortung für den Frieden,
– ein Stück Vertrauensbildung.

Ich erwähne das so ausführlich, weil es sich an dieser früher so empfindlichen Ost-West-Nahtstelle abspielt, wo sich früher die Funken entzündet haben. Wir wissen, daß wir im deutsch-deutschen Verhältnis die Großwetterlage nicht ändern können. Das Mindestziel der Regierungen in der Bundesrepublik und der DDR muß aber sein, daß nicht zusätzliche Belastungen von diesem Verhältnis ausgehen.

Vrhovec: Vielen Dank für diese ausführliche und bedeutsame Analyse des Zustandes der Welt vom Standpunkt der Ost-West-Beziehungen. Zweifelsohne liegt hier der Schlüssel für die Weltlage insgesamt. Durch eine Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen verschlechtert sich auch die Weltlage insgesamt. Allgemein philosophisch und vom Standpunkt der Nichtgebundenen gilt, da die Weltblöcke die Lage verschlechtert haben, sind sie auch verpflichtet, sie jetzt zu verbessern. Selbstverständlich ist der Rest der Welt nicht besonders mächtig, aber auch nicht ganz unwichtig. Er ist sehr daran interessiert, daß es zu einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen kommt. Da unser Land gleichzeitig zu Europa gehört, sind wir besonders interessiert, daß es zumindest in Europa zu einer Aufhellung kommt. Wir sind vollkommen einverstanden, daß die vier Punkte, die Sie anführten, die Hoffnung für eine neue Morgenröte bedeuten können. Sie drücken am unmittelbarsten die Probleme zwischen Ost und West aus, obwohl dies nicht alle Probleme sind. Aber darüber später. Ich möchte mich an Ihre Reihenfolge halten:

Ich glaube, ich kann nur wiederholen, wie groß das Ausmaß der Übereinstimmung unserer Meinungen ist.

28 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 275.

29 Rüdiger Freiherr von Wechmar.

30 Bei den Wahlen zum Bundestag am 5. Oktober 1980 erhielt die SPD 42,9 % und die FDP 10,6 % der abgegebenen Stimmen. CDU und CSU erzielten 44,5 % der Stimmen, die DKP kam auf 0,2 %. Im Bundestag kamen SPD und FDP zusammen auf 271, CDU und CSU auf 226 Mandate.

31 Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden unterschlängelt.

32 Botschafter Ruth führte am 3. Juli 1981 in Ost-Berlin Gespräche über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu Dok. 196.

Selbstverständlich gehen wir von unserer Lage außerhalb der Blöcke aus. Es müssen die Interessen Anerkennung finden, ohne daß eine der beiden großen Mächte sich in ihren militärischen Interessen bedroht fühlt und zu viel opfern muß. Was die vier Punkte angeht, die Sie erwähnten, so sind wir selbstverständlich für einen Erfolg in Madrid. Wir glauben, er wäre möglich, wenn beide Seiten etwas mehr guten Willen zeigten. Was die Europäische Abrüstungskonferenz angeht, so sind wir dafür, daß sie stattfindet. Wir meinen natürlich, sie ist nur möglich mit einer Formel, die Ost und West hinnehmen können, einer rationellen Formel, die die Hindernisse überwindet. Was die Raketensysteme in Europa angeht, so sind wir sehr besorgt über die Möglichkeit weiterer Aufrüstung. Dies ist verrückt, führt uns in den gemeinsamen Tod. Was die konkrete Situation anlangt, die Zahl und Qualität der Systeme, so haben wir keine Erkenntnisse, nur Eindrücke. Wir haben nur Prinzipien, von denen wir ausgehen. Das Gleichgewicht müßte auf einem möglichst niedrigen Niveau erhalten werden.

BM: Dies ist auch unsere Meinung.

Vrhovec: Es wäre das Beste, auf eine Null-Option hinzuwirken.

BM: Dies ist auch unser Wunsch.

Vrhovec: Daher glauben wir, daß wir in der Lage sind, einen konstruktiven Dialog in eine günstige Richtung zu führen. Wir haben das Gefühl, daß man mit der Sowjetunion reden könnte, obwohl wir die Spezifika sehen, die für die Sowjetunion gelten, auch die Propaganda, von der Sie sprechen. Ich möchte später darauf zurückkommen.

Zu Afghanistan: Wir sind absolut dahin orientiert, die Intervention der Sowjetunion zu verurteilen. Wir betonen, daß eine auswärtige Einmischung verhindert werden muß, und befürworten ein blockfreies, neutrales und selbständiges Afghanistan. Wenn wir eine politische Lösung anstreben, so bedeutet dies Annäherung an die Realitäten, ohne etwas von diesen Prinzipien zu opfern. Wir wollen eine politische Lösung, ohne die Intervention anzuerkennen. Die Lösung darf nichts beinhalten, was die Intervention gutheißt. Gleichzeitig muß man realistischerweise annehmen, daß eine Lösung der Afghanistan-Frage auch die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion berücksichtigen muß.

Man könnte in jeder dieser Fragen getrennt vorwärtsschreiten. Sie sind aber so miteinander verbunden, daß Fortschritte in einer auch die Lösung der anderen fordern würde.

Damit zurück zur ersten Frage: Wir sind voll damit einverstanden, was Sie in Ihrer Einführung gesagt haben. Madrid wird uns zeigen, ob wir vollkommen vernichten werden, was in den letzten zehn Jahren erreicht wurde, oder ob wir vorwärtsschreiten können. Sie haben einen gewissen Optimismus hinsichtlich der vertrauensbildenden Maßnahmen ausgedrückt, daß es zu Fortschritten kommt. Das ist eine angenehme Nachricht.

BM: Ich hoffe, es kommt zu Fortschritten.

Vrhovec: Wir haben die Sowjetunion, als sie mit ihrer neuen Formel aufgetreten ist[33], so verstanden, daß sie vom Westen erwartet, daß die anliegenden

33 Zum sowjetischen Vorschlag vom 9. Juni 1981 zum Mandat einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 170, Anm. 6.

Meeres- und Lufträume einbezogen werden. Nicht, daß die Sowjetunion ausdrücklich formuliert, was sie mit der neuen Formel meint. Ich glaube, man kann solche Grenzen nur in konkreten, am besten informellen, Verhandlungen festlegen. Mir scheint, Ihr Optimismus war ausgerichtet darauf, daß hier etwas geschieht. Wir haben den Eindruck, daß auf der sowjetischen Seite wie auch auf der französischen, woher der Vorschlag kam, Europa vom Atlantik bis zum Ural einzubeziehen[34], daß da Dinge mitklingen, die ein wenig Hoffnung geben. Es geht also um Luft- und Seeräume, die unmittelbar an Europa angrenzen, nicht jenseits des Atlantiks, ob dies gegenseitig annehmbar wäre, als Ausgangspunkt, von dem man weitergehen könnte. Natürlich stellt sich die weitere Frage, ob dies schon genügen könnte, uns gemeinsam zur KAE zu führen. Man könnte im Schlußdokument etwas über das Mandat dieser Konferenz sagen. Gewiß geht es um die vertrauensbildenden Maßnahmen, für die wir die bewußten Kriterien – wesentlich, verpflichtend, kontrollierbar – beachtet sehen müssen.

Es ist wesentlich festzustellen, was beide Seiten schon vorher festlegen müßten und was auf der Konferenz ausgearbeitet werden muß. Es bietet sich eine ganze Skala von Möglichkeiten an, eine erste Phase, eine zweite Phase, ein Übergang von der ersten auf die zweite Phase usw. Es wäre gut, wenn man in Madrid zu dem Schluß kommen könnte, daß die Konferenz stattfindet, daß man sich klarwird, was man unter den Grenzen der vertrauensbildenden Maßnahmen verstehen soll. Ist dies nicht möglich, so müssen wir trotzdem alle zusammen im Bewußtsein der Schwierigkeiten eines Mißerfolges der Konferenz festlegen, was das Minimum sein könnte, um die Hoffnung für Europa und die Welt aufrechtzuerhalten. Dies wäre das prinzipielle Einverständnis, daß man wenigstens auf Expertenebene weiterredet und dann der nächsten KSZE Bericht erstattet wird. Wir wären natürlich für die erste Lösung, d.h. für die Erteilung eines Mandats für die Abrüstungskonferenz. Die zweite Möglichkeit, die Minimallösung, erwähnen wir nur, weil wir nicht sicher sind, ob die erste Möglichkeit gelingt. Es wäre gut, auch Meinungen über eine Minimallösung auszutauschen.

Der polnische Parteikongreß hat inzwischen begonnen.[35] Die polnischen Ereignisse sollten also kein Hindernis mehr dafür sein, daß die Konferenz zu einem

34 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

35 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Botschafter Negwer, Warschau, stellte am 23. Juli 1981 fest, der Parteitag habe „im Hinblick auf die künftige Politik keine sensationellen Ergebnisse gebracht". Nahezu alle Delegierten hätten darin übereingestimmt, „demokratische Spielregeln durchzusetzen. Als Folge dieser Einstellung erreichten die personellen Veränderungen in ZK und Politbüro ein von niemandem erwartetes Ausmaß. Ihr Ergebnis bestätigt eine Tendenz, das pragmatische Zentrum zu stärken, die Reformer nicht zu stark werden zu lassen und den Konservativen eine deutliche, doch minimale Repräsentanz zu belassen". Von der neuen Parteiführung sei allerdings „nicht der Aufbruch zur großen Reform von Ideologie, Staat und Gesellschaft" zu erwarten. Dennoch habe der „radikale Personenwechsel in der Parteiführung in Verbindung mit der weitgehenden, kaum reversiblen Demokratisierung des Parteilebens Fakten geschaffen, die von Parteibasis und Gesellschaft offensichtlich als ein zunächst ausreichendes Minimum akzeptiert werden. […] Die Lösung der großen sozialen Probleme und die Durchführung der Opfer verlangenden Wirtschaftsreform werden ohne die konstruktive Mitarbeit der Gewerkschaft Solidarität aber nicht bewältigt werden. Hier hat der Parteitag vorhandenes Mißtrauen nicht abgebaut." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1140; Referat 214, Bd. 132895.

Ende kommt. Wir wissen nicht, ob folgendes eine Frage ist: Der Erfolg der Madrider Konferenz hängt davon ab, ob es zu einem Mandat für eine KAE kommt. Beides davon, ob sich Verbesserungen im Ost-West-Verhältnis anbahnen. Hängt es auch von Haig und Gromyko ab?

BM: Madrid nicht. Wir sind nicht daran interessiert, die Probleme zu bilateralisieren.

Vrhovec: Ich frage dies deshalb, weil meine Freunde in Madrid aus Gesprächen mit den Amerikanern geschlossen haben, daß diese abbrechen wollen bzw. bis Ende des Jahres vertagen wollen.

BM: Nicht bis Ende des Jahres. Wir meinen, wenn wir nicht bis zur Sommerpause fertig werden, daß es danach weitergehen muß. Wir erörtern im Kreis der westlichen Staaten eine Formel, zu der sich gestern die Vereinigten Staaten gegenüber den europäischen Partnern geäußert haben[36]. Das zeigt, daß auch sie weitergehen wollen.

Wenn Sie erlauben, mache ich noch eine Bemerkung zum Geltungsbereich: Wir müssen sorgfältig aufpassen, daß wir nicht in Konflikt zur Schlußakte kommen. Es darf keinen Verhandlungsimperialismus über Gebiete geben, die nicht zu Europa gehören. Wenn wir da anfangen, daran zu rütteln, kommt alles in Bewegung, was in der Schlußakte steht.

Das Leben könnte für alle erleichtert werden, wenn die Sowjetunion sagen würde, was sie im Auge hat.

Vrhovec: Sie möchten möglichst tief in den Atlantik eindringen, das ist klar. Sie möchten, daß die verschiedenen vorgeschobenen Stützpunkte einbezogen werden.

BM: Wo?

Vrhovec: Angefangen mit den U-Booten.

BM: Was machen wir denn mit den Raketen, die nach Europa zielen, aber jenseits des Urals stehen? Man muß seriös bleiben. Man kann nicht sagen, Europa wird zu Wasser ausgedehnt, aber nicht zugelassen ist eine Ausdehnung auf dem eigenen Territorium. Es ist klar, wir werden der Sowjetunion sagen, wenn Ihr 1000 km im Atlantik wollt, sagen wir 1000 km jenseits des Urals.

Vrhovec: Was begründet denn Ihren Optimismus?

BM: Ich glaube, daß auch von östlicher Seite ein gewisses Interesse an einer Abrüstungskonferenz besteht.

Vrhovec: Gewiß, in der Sowjetunion gibt es dieses Interesse.

BM: Bei uns auch. Die Sache ist nicht ausverhandelt, was den Geltungsbereich anlangt. Ich habe gestern in der EG gesagt[37], ich mache eines nicht mit: Wenn

36 Zu den Bemühungen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid um eine Definition des geographischen Geltungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 207.

37 Ministerialdirigent Dröge notierte am 14. Juli 1981, auf einem außerordentlichen Treffen im Rahmen der EPZ am Rande der EG-Ministerratstagung am Vortag in Brüssel sei das weitere Vorgehen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid erörtert worden: „Ziel bleibt, noch vor Ende Juli zu einem ausgewogenen Schlußdokument (einschließlich befriedigenden Mandats für KAE) zu kommen. Neue amerikanische Formulierung zu geographischer Zone eröffnet Möglichkeit schneller Fortschritte in den kommenden Wochen. Falls es nicht zu einer Einigung vor Ende der Sommerpause kommt,

wir bis zum 31.7. in Madrid kein Ergebnis haben, sage ich nicht, die Konferenz ist gescheitert, solange man[38] nach den Ferien weitermacht.

Vrhovec: Wann sollte sie fortgesetzt werden? Soll man festlegen, wann?

BM: Auf jeden Fall. Sonst wäre es eine Vertagung sine die. Wir Deutschen sind einfache Menschen. Unser Delegationsleiter[39] hat mit einem Monat Urlaub genug.

(Botschafter Grabert verlangt sechs Wochen.)

Also gut, sechs Wochen.

Vrhovec: Das ist die Botschafter-Gewerkschaft.

Von der Schlußakte sind schon 90% abgehakt. 10% sind allerdings das Wesentliche, einige Fragen der Prinzipien und der Implementierung. Es wäre gut, wenn dort möglichst wenig Propaganda stattfände. Beim Korb Menschenrechte und Information sollte man Dinge ansprechen, ohne die andere Seite auf die Anklagebank zu bringen. Wichtig ist, daß man in Madrid tatsächlich weitermacht. Wir bringen Madrid auch mit dem gegenseitigen Vertrauen zwischen Staaten, mit den Rechten der Nationen und nationaler Minderheiten in Verbindung, mit der Frage der Verhinderung des Terrorismus. Vom Boden eines Landes gegen ein anderes. Es wäre wichtig, hinsichtlich der Prinzipien hervorzuheben, was die Entspannung gebracht hat und was man weiter tun sollte. Die Entspannung darf nicht als Kapitulation aufgefaßt werden. Ich fürchte, es gibt in den Vereinigten Staaten solche Stimmen. Ich hoffe, daß man einsieht, was man anrichten kann mit einer solchen Auffassung. Ich glaube, hinsichtlich des Follow-up müßte man sich ausdrücklich zum Ort und Zeitpunkt des nächsten Treffens äußern.

BM: Ich bin sehr dafür, ich möchte das ausdrücklich unterstützen. Wir sind für eine Fortsetzung des KSZE-Prozesses. Ort und Zeit müßten festgelegt werden. Haben Sie etwas im Auge? Belgrad[40] ist doch nicht schon wieder dran.

Vrhovec: Was den Zeitpunkt angeht, so gibt es schon eine Gewohnheit, ein gewisses Intervall. Hinsichtlich des Ortes sind wir vollkommen offen.

BM: Man muß im Zusammenhang mit dem Ort denken, daß es in Europa auch eine Abrüstungskonferenz geben soll.

Vrhovec: Deshalb könnte man sich so entscheiden, daß ein Gleichgewicht erzielt wird.

BM: Wir hätten auch keine Bedenken, schon den übernächsten Ort festzulegen, wenn das die Dinge erleichtern sollte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1113

sollte im Herbst Konferenz weitergeführt werden. PK wird am 16./17.7. Einzelheiten weiteren taktischen Vorgehens festlegen. Der Westen muß alles vermeiden, was nach einem Abbruch der Konferenz aussieht. Konferenz übt auch weiterhin ihre Schutzschirmfunktion für Polen aus." Vgl. Referat 200, Bd. 119474.

38 Korrigiert aus: „solange, daß man".

39 Amtierender Leiter der Delegation der Bundesrepublik auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid war Detlev Graf zu Rantzau.

40 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

Vrhovec: Ich möchte noch etwas zu den Raketen in Europa bemerken: Ich sagte, daß wir wenig darüber wissen. Wir sind auch nicht in der Lage, die großen Unterschiede zwischen den Zahlen, die genannt werden, einzuschätzen.

BM: Ähnlich hat sich AM Mladenow in Sofia geäußert. Ich habe ihm gesagt, spüren Sie, wenn Sie als enger Verbündeter der Sowjetunion nicht Bescheid wissen, daß etwas nicht stimmt. Ich werde auf der kommenden GV der VN[41], dies sage ich mit großem Ernst, über die Transparenz von Rüstungsentscheidungen sprechen.[42] Man kann zu dem Nachrüstungsbeschluß der NATO stehen, wie man will. Eines muß man aber klar sehen. Wir haben 1979 ein ganzes Jahr lang öffentlich Nachrüstung diskutiert, wir haben öffentlich über die 572 Systeme entschieden, sowohl Pershing wie Cruise Missile. Jeder kennt die Reichweite und die Marschgeschwindigkeit von Pershing und Cruise Missile. Die Sowjetunion hat bis zur Stunde über die Reichweite, die Sprengkraft, die Zahl der stationierten und die Zahl der demnächst zu stationierenden sich nicht geäußert. Man kann als Kommunist sagen, daß die westlichen Systeme total verrottet, korrumpiert sind. Ich will Kommunisten nicht überzeugen. Mir genügt es, daß ich weiß, daß es anders ist. Aber eines kann niemand bestreiten. Die Offenheit und Öffentlichkeit unserer westlichen Gesellschaften ist eine Garantie für den potentiellen Gegner, daß er nicht mit Rüstungsentscheidungen überrascht wird. Dies ist eine große vertrauensbildende Maßnahme. Ich habe unserem Freund Gromyko gesagt, wie wäre die Weltgeschichte anders verlaufen, wenn es in der Sowjetunion eine öffentliche Diskussion über die Qualität und Quantität der SS-20 gegeben hätte. Wir hätten schon 1973/74, als die Entscheidungen in der Sowjetunion fielen, Verhandlungen aufnehmen können.

Vrhovec: Ja. Ich wollte noch eine Erklärung abgeben. Sie haben es aber schon gesagt. Es ist ein großer Unterschied, ob eine Erklärung von einem Mitglied des Bündnisses abgegeben wird oder von einem Blockfreien. Man kann uns nicht manipulieren. Wir haben wirklich keine Angaben. Wir sind dafür, daß eine echte Kontrolle, daß eine Garantie gewährleistet wird. Es wäre wichtig, daß etwas geschieht, nicht nur vom militärischen, sondern auch vom politischen Standpunkt. Es hat mir sehr gefallen, was Sie zu den vertrauensbildenden Maßnahmen gesagt haben.

Ich wollte laut vor Ihnen nachdenken. Es ist schwer zu erwarten, daß die Sowjetunion ihre Werbungsaktionen stoppt. Es ist ein Faktum, sie wird damit fortfahren. Inwieweit dies ein Gegenteil von fair play ist …

BM: Da sind wir nicht empfindlich und nicht verwöhnt …

Vrhovec: Wir haben nur Angst, daß dies zu einem Propagandakrieg entartet.

BM: Das habe ich Gromyko auch gesagt.

Vrhovec: Ich bin mir einerseits bewußt, daß sie fortfahren werden mit der Propaganda, habe aber andererseits wirklich den Eindruck, daß die Sowjetunion Gespräche über Abrüstung wünscht. Sie haben das Gefühl, daß sie bedroht sind.

41 Der Passus „Ich werde bei der kommenden GV der VN“ wurde von Vortragendem Legationsrat Keil durch Vermerk vom 22. Juli 1981 nachträglich eingefügt. Vorher lautete er: „Ich werde bei der Sowjetunion“. Vgl. Anm. 1.

42 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 23. September 1981 in New York vgl. BULLETIN 1981, S. 737–742.

Sie sind überzeugt davon, daß die Vereinigten Staaten sie niederdrücken wollen und dazu ihr wirtschaftliches Potential, das gewaltig ist, ausnützen wollen. Im übrigen sind wir auch ein Opfer Ihrer Propaganda geworden, weil auch wir den Eindruck haben, daß die Sowjetunion mit der SS-20 im Vorteil ist.

BM: Das ist keine Propaganda von uns. Wir haben jetzt klassische Zeugen aus dem Lager des Weltkommunismus: die KPF.

Vrhovec: Da haben wir ein gutes Argument.

BM: Das sind nicht einmal Euro-Kommunisten à la Berlinguer.

Vrhovec: Nicht Euro-Kommunisten, das sind waschechte moskautreue Kommunisten.

Wir haben wirklich den Eindruck, daß die Sowjetunion den Rüstungswettlauf gern unterbrechen würde. Wir werden sehen, wenn die Verhandlungen anfangen.

BM: Ja, jetzt ist da gar nichts zu machen.

Vrhovec: Noch eine Frage. Da hätte ich gern Ihren Kommentar. Es besteht der Eindruck, daß Herr Brandt in seiner Pressekonferenz[43] ein gewisses Wohlwollen gegenüber dem Vorschlag gezeigt hat, den Breschnew in seinem Toast[44] formuliert hat. Ich habe den Eindruck, Herr Brandt hat gesagt, durch den Vorschlag Breschnews sei der Moratoriumsvorschlag[45] verbessert worden.

BM: Ich will Ihnen den Vorschlag erläutern: In seiner Rede vor dem Parteikongreß[46] hat Breschnew gesagt, die Sowjetunion werde vor Verhandlungsbeginn und für die Dauer der Verhandlungen in Europa nicht weiter stationieren und auch keine Vorbereitungen treffen, wenn der Westen das gleiche tue. Wir haben drei Gründe genannt, warum dies nicht akzeptabel ist:

1) Wenn man darauf eingeht, werden die Verhandlungen 100 Jahre dauern, weil die Sowjetunion Überlegenheit hat und deshalb ihr Interesse wegfällt, zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen. An diesem tragenden Argument hat sich durch die Rede Breschnews beim Brandt-Besuch in Moskau nichts geändert.

2) Wir haben gesagt, Ihr wollt in Europa nicht stationieren. Heißt das, Ihr wollt weiterhin hinter dem Ural stationieren? Bei einer Reichweite von 4500 km macht es der Sowjetunion nichts aus, auch dann kann man noch bis Lissabon

43 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 2. Juli 1981, der SPD-Vorsitzende Brandt habe in einer Pressekonferenz am selben Tag ausgeführt: „Seine besondere Aufmerksamkeit in der Tischrede Breschnews habe der Passus hinsichtlich der Möglichkeit erregt, den Verhandlungsprozeß, insbesondere zu den Mittelstreckenraketen, in Gang zu bringen. Er bezeichnete diesen Teil als den ‚akutesten der Rede'. […] Zur Frage des Moratoriumsvorschlages der SU habe es eine Klärung gegeben. Einzelheiten sowie neue Details wolle er jedoch erst mit der Bundesregierung erörtern." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2537; Referat 213, Bd. 133197.

44 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich eines Essens für den SPD-Vorsitzenden Brandt am 30. Juni 1981 in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 124–126.

45 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

46 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

schießen. Auch hieran hat sich durch die neue Breschnew-Rede nichts geändert.

3) Dann wird gesagt, das war das Hilfsargument, solle auch die Vorbereitung der Stationierung verboten werden. Das läuft darauf hinaus, daß wir nicht einmal Abschußrampen bauen dürften. An dieser Stelle ist in der Rede Breschnews eine Formulierung, aus der man schließen kann, aber nicht muß, daß Sie[47] diesen weniger wichtigen Hinderungsgrund ausräumen wollen. Inzwischen ist aber diese Frage durch die Erklärung einer Agentur und ein Interview Falins in negativem Sinne entschieden worden. Herr Brandt hat in der Tat gesagt, dies sei eine Sache, die man aufklären müsse. Es ist falsch interpretiert worden, was er in Moskau gesagt hat. Er sagte, wenn ich Amerikaner wäre, würde ich in Moskau fragen. Herr Brandt hat außerdem in Moskau eine Reihe von Fragen zurückgelassen, und Breschnew hat das Außen- und Verteidigungsministerium mit der Prüfung beauftragt. Eine Antwort soll in zwei bis drei Wochen kommen. Es war wohl das Interesse von Herrn Brandt[48] zu sagen, hier könnte etwas in Bewegung sein. Aber er hat nicht gesagt, damit ist der Vorschlag annehmbar. Ich glaube, der Bundeskanzler hat recht; er hat am Freitag im Fernsehen gesagt, es wäre doch überraschend, wenn die Sowjetunion wenige Wochen vor der Aufnahme von Verhandlungen schon in deren Vorfeld einen Teil ihrer Positionen räumen würde.[49] Es wäre schon ein Vorteil, wenn man bei der Aufnahme vereinbaren könnte, daß die Sowjetunion nicht weiter geht, und wir würden unsere Zahlen nicht erhöhen. Es steht doch fest, das, was wir vorhaben, ist niedriger als das, was die Sowjetunion hat. Zum Verständnis: Wir wollen Gleichgewicht haben, aber was wir in Aussicht genommen haben, die 572 Systeme, ist nicht das Gleichgewicht, das ist mit Abstand weniger. Wir haben aber gesagt, diese Zahl von Systemen reicht aus, um eine große Abschreckungswirkung auf die Sowjetunion auszuüben, daß sie auch ihre übergewichtige Zahl nicht einsetzen wird. Im Grunde steht ja hinter unserer Konzeption ein Denkansatz wie hinter der Force de frappe. Die Franzosen sagen auch, sie sind bei weitem nicht so stark wie die Russen, aber mit den strategischen Waffen, die sie haben, in der Sowjetunion ebenso viel vernichten wie die Sowjetunion in Frankreich.[50] Wichtig ist zu beachten, daß die westliche Strategie keine Kriegsgewinnstrategie ist, sondern eine Kriegsverhinderungsstrategie. Daher lautet die Fragestellung bei der Rüstungsentscheidung nicht, kann man damit den Krieg gewinnen, sondern kann man damit die andere Seite abschrecken, einen Krieg zu beginnen?

Vrhovec fragt, ob es die 572 Systeme schon gibt.

BM: Nein, die würden ja erst kommen. Ich sage Ihnen deutlich, wenn die Russen morgen sagen, wir bauen die SS-20 ab, gibt es keine Nachrüstung, kein einziges System.

Vrhovec: Es wäre richtig, wenn die Sowjetunion erklärte, daß ihr jetziger Zustand der maximale ist und daß der Westen sagen würde …

47 Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich geändert in: „sie".

48 Korrigiert aus: „Breschnew".

49 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt vgl. den Artikel „Schmidt bewertet Ergebnisse der Brandt-Reise ‚sehr positiv'"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 11./12. Juli 1981, S. 2.

50 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

BM: Das ist absolut falsch, das wäre ja das sowjetische Moratorium.

Ich wollte Sie noch über zwei Themen informieren:

1) Am 20./21. Juli ist in Ottawa der Weltwirtschaftsgipfel.[51] Ich habe beantragt, daß im Anschluß daran eine Konferenz der fünf Außenminister der Namibia-Initiative zusammentritt.[52] Wir müssen Südafrika zeigen, daß unsere Geduld zu Ende ist.

2) Was Kambodscha angeht, so muß man die jetzt stattfindende Konferenz ernst nehmen.[53] Hier könnte Vertrauensbildung stattfinden, wenn auch der Osten darauf einginge. Wir werden in der EG durch Lord Carrington vertreten, der am 15.7. sprechen wird.

Vrhovec: Es ist für mich sehr bedeutungsvoll, was Sie mir über die Namibia-Initiative sagen. Dies ist ein wesentliches Moment im breiteren Weltgeschehen, auch eine Angelegenheit, in der der Westen außerhalb der Konfrontation mit dem Osten Schritte unternehmen könnte. Es könnte hier Vertrauen zwischen dem Westen und der Dritten Welt geschaffen werden. Sie wissen, daß dieses Vertrauen jetzt geringer ist. Die Afrikaner haben das Gefühl, daß der Westen nicht zu ihnen steht.

In letzter Zeit hat sich die Lage ein wenig verbessert. Es gab Augenblicke, in denen man dachte, daß die USA einen Bürgerkrieg wie in Angola reaktivieren wollen. Die südafrikanische Konzeption ist simpel und sinnlos. Sie sehen nur eine kommunistische Verschwörung.

BM: Sie sehen sie nicht, sie spiegeln sie nur vor.

Vrhovec: Der Westen hat seine Interessen auf eine sehr altmodische Art wahrgenommen. Die Befreiung der afrikanischen Länder dürfte nicht so vor sich gehen, daß der eine oder andere Block hineinkommt. So denken auch die Afrikaner. Es hängt vom Westen ab, ob sie in dieser Meinung bestärkt werden oder ob sie zu einer Position des anderen Blockes gemacht werden. Wir haben nicht viel Zeit. Ich möchte Ihnen sagen, Angola wollte keineswegs Satellit irgendeines anderen Landes werden. Nujoma ist keineswegs, wie Südafrika behauptet, ein schwarzer Teufel, ein Marxist-Leninist. Nujoma wird um so selbständiger sein, je mehr man seine Unabhängigkeit unterstützt.

BM: Sie brauchen mich nicht zu überzeugen. Nujoma hat mich besucht.[54] Ich komme mir schon so vor, als wäre ich ein SWAPO-Botschafter.

Vrhovec: Nujoma hat natürlich manche wirklich scharfe öffentliche Rede gehalten.

BM: Das müssen Sie auch bei Arafat sehen. Ich habe Herrn Clark[55] gesagt, ich

51 Zum Weltwirtschaftsgipfel in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

52 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 216.

53 Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 214.

54 Zum Besuch des Präsidenten der SWAPO, Nujoma, vom 25. bis 27. Mai 1981 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 157.

55 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem stellvertretenden amerikanischen Außenminister Clark am 18. Juni 1981 vgl. Dok. 175.

hätte ein gutes Gespräch mit Mugabe[56] gehabt. Vor drei Jahren hätten die Südafrikaner dieselben schlechten Geschichten über Mugabe erzählt, die sie jetzt über Nujoma verbreiten.

Vrhovec: Ja. Seinerzeit hat mir ein Engländer gesagt, Mugabe sei kein Marxist-Leninist, sondern ein frei denkender, unabhängiger Mensch. Es freut mich, daß Sie mir das erzählt haben.

Zu Kambodscha. Wir sind positiv, aber nicht glücklich über das timing der Konferenz. Wir haben unsere Freunde von ASEAN aufmerksam gemacht, es sei besser, nicht auf die Konferenz zu gehen, weil sie dort eine schwerere Position hätten als in der Generalversammlung. Jetzt muß man sie zu einem Ende bringen. Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß China sehr mißtrauisch ist.

BM: Warum?

Vrhovec: Die Chinesen meinen, das ASEAN-Konzept bedeute die Liquidierung der Befreiungsbewegung. Die Chinesen haben sich viel Zeit genommen, mich überzeugen zu wollen[57], daß die Befreiungsbewegung liquidiert und die vietnamesische Besatzung verewigt wird. Wir haben zu den ASEAN-Staaten gesagt, wir haben kein Interesse, eine Bewegung wie die von Pol Pot zu erhalten, aber die völkerrechtliche Legalität des Demokratischen Kampuchea muß erhalten werden, darf nicht durch eine Invasion bedroht werden. Im Westen wird der Fehler begangen, daß die Frage der Legalität mit der Frage der Existenz Pol Pots verbunden wird; eine solche Verbindung stößt auch bei den Blockfreien auf Kritik.[58]

Referat 214, Bd. 132871

56 Bundesminister Genscher traf am 18. April 1980 in Salisbury mit Ministerpräsident Mugabe zusammen. Themen waren die Aufnahme diplomatischer Beziehungen sowie Entwicklungshilfe durch die Bundesrepublik. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 320, Bd. 125207.

57 Der jugoslawische Außenminister Vrhovec hielt sich vom 29. Mai bis 2. Juni 1981 in der Volksrepublik China auf.

58 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Keil durch Vermerk vom 22. Juli 1981 nachträglich eingefügt. Vorher lautete er: „Im Westen wird der Fehler begangen, daß er die Frage der Legalität mit der Existenzfrage verbindet, was auch bei den Blockfreien eine Rolle spielt." Vgl. Anm. 1.

206

Deutsch-kanadisches Regierungsgespräch in Ottawa

17. Juli 1981[1]

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit PM Trudeau am 17.7.1981 (10.30 bis 12.00 Uhr) in Ottawa[2]

An dem Gespräch nahmen teil

a) von kanadischer Seite:

Stellvertretender PM und Finanzminister MacEachen; Industrie- und Handelsminister Gray; Außenminister MacGuigan; Staatsminister für Handel Lumley; StS Pitfield, Privy Council; StS Osbaldeston, Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung; StS Cohen, Ministerium für Energie und Bodenschätze; StS Gotlieb, Außenministerium; Assistant UStS Marchand, Außenministerium; Mr. Fowler, Director, Außenministerium; Botschafter Goldschlag;

b) von deutscher Seite:

Botschafter Strätling, StS Becker, MD Heick, MD Pfeffer, VLR I Bruns, VLR I Höynck, VLR I Schenk.

Premierminister *Trudeau* (PM) schlug mit Einverständnis des Herrn Bundeskanzlers (BK) vor, sich im Delegationsgespräch vor allem mit bilateralen Fragen und während des Arbeitsessens[3] mit Fragen des Wirtschaftsgipfels[4] zu befassen.

1) Deutsch-kanadische Wirtschaftsbeziehungen; Kanadische Investitionspolitik

PM: Für die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen gebe es noch große Entwicklungsmöglichkeiten. Soweit es gewisse Mißverständnisse über die kanadische Wirtschafts- und Investitionspolitik geben sollte, müsse man freimütig darüber sprechen. Das kanadische Volk und die kanadische Regierung seien sich der großen Bedeutung der BR Deutschland als verläßlicher Wirtschaftspartner sehr

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk, z. Z. Ottawa, gefertigt.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 16. bis 22. Juli 1981 in Kanada auf.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, z. Z. Montebello, notierte am 19. Juli 1981, Ministerpräsident Trudeau habe während eines Arbeitsessens mit Bundeskanzler Schmidt am 17. Juli 1981 in Ottawa „mehrfach und eindringlich" dafür plädiert, „daß kein ‚öffentlichkeitswirksamer' Versuch unternommen werde, Präsident Reagan zu isolieren. Eine Isolierung des amerikanischen Präsidenten könne zur Folge haben, daß die Bereitschaft der USA zu Konsultationen beeinträchtigt werde. […] BK wies darauf hin, daß er keineswegs die Absicht habe, Präsident Reagan zu isolieren. Er werde aber nach Abschluß des Gipfels bei seiner Rückkehr nach Bonn ernste Maßnahmen treffen müssen, und er werde nicht verschweigen, daß zu der schwierigen Finanzlage die Politik der USA beigetragen habe." Schmidt habe erklärt: „Er gehe davon aus, daß man auch ausführlich über Ost-West-Fragen sprechen würde. Wir seien bereit, die amerikanische Führung in diesen Fragen zu akzeptieren. Das fordere aber eine klare Definition, was die USA wollten." Schmidt habe ferner die Themen Protektionismus und Luftsicherheit angesprochen und dargelegt, „daß die Weltwirtschaftsgipfel hinsichtlich ihres Umfangs und der in die Gipfel gesetzten Erwartungen reduziert werden sollten. […] Er sei im Grunde für Treffen der Chefs nur mit jeweils einem Dolmetscher, der dann auch Notizen machen könne." Vgl. Referat 010, Bd. 178843.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

bewußt. Der kanadische Investitionsbedarf für die nächste Dekade belaufe sich auf mehrere hundert Milliarden Dollar. Für die nächsten 15 Jahre rechne man mit Investitionen in der Größenordnung von etwa 500 Mrd. Dollar. Dieser Betrag könne durchaus die Billionen-Grenze erreichen. Obwohl Kanada eine der höchsten Sparraten habe, werde ausländisches Kapital notwendig sein. Er sei daher froh, daß sich die deutschen Investitionen seit 1977 verdreifacht hätten. Er wolle ganz deutlich machen: Es treffe nicht zu, daß die FIRA[5] ausländische Investitionen in Kanada verhindere. Die Aufgabe der FIRA bestehe darin, festzustellen, ob alle Investitionen „of significant benefit for Canada" seien. Im Hinblick auf deutsche Investitionsanträge könne von Diskriminierung schon deswegen nicht die Rede sein, weil 96% aller Anträge genehmigt worden seien. Der Durchschnitt der Genehmigungen für ausländische Investitionen liege bei 91%. Kanada wisse, daß deutsche Investoren zuverlässige Partner seien. Es gebe viele Bereiche (u. a. Forstwirtschaft, Bodenschätze, Energie, Manufaktur), in denen deutsche Investitionen und Beteiligungen willkommen seien.

Der deutsch-kanadische Handel habe sich in den letzten Jahren positiv entwikkelt. Aber auch hier gebe es noch große Entwicklungsmöglichkeiten. PM erläuterte in diesem Zusammenhang kanadische Enttäuschung über EG-Praktiken, die im Widerspruch zum freien Welthandel stünden. Dies gelte insbesondere für die Gemeinsame Agrarpolitik und die Subventionierung landwirtschaftlicher EG-Exporte. Diese Subventionspraxis stehe im Widerspruch zu dem, was die Europäer über die Notwendigkeit des freien Welthandels und der Arbeitsteilung sagten (BK stimmte dem zu).

Das Fischereiabkommen Kanada–EG[6] sei ein für Kanada und wohl auch für die BR Deutschland nützliches Abkommen, leider schienen die Chancen seiner Verwirklichung gering. Die von der EG gesetzten Bedingungen für seine Ausführung seien geeignet, auch den letzten Nutzen für Kanada zu beseitigen.[7]

BK stimmte PM in der Einschätzung der großen Entwicklungsmöglichkeiten für die bilateralen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu. Was die Frage ausländischer Investitionen in Kanada angehe, so verstehe er den Zweck und die Notwendigkeit der FIRA. Die europäischen Besorgnisse über die Praxis der FIRA müsse man aber ernst nehmen. Aus Gesprächen mit deutschen Unternehmern, die ihm über ihre Erfahrungen in Kanada berichtet hätten, habe er entnommen, daß gewisse Klagen über die Genehmigungspraxis der FIRA nicht

5 Foreign Investment Review Agency.

6 Zu den Bemühungen um eine Inkraftsetzung des am 29. November 1980 paraphierten Fischereirahmenabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada vgl. Dok. 85.
Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erläuterte am 29. Juni 1981, das Inkrafttreten werde weiterhin von Großbritannien blockiert: „Junktim internes Regime; VK-Marktbedenken wohl nur vorgeschoben)." Für die Bundesrepublik sei der größte Teil der jährlichen Fangquoten vorgesehen; das Abkommen sei daher „vital". Als Gegenleistung solle Kanada Zollkonzessionen erhalten. Vgl. Referat 411, Bd. 131258.

7 Am 27. Juli 1981 fand in Brüssel eine EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschafts- bzw. Fischereiminister statt. Bundesminister Ertl notierte dazu am 29. Juli 1981: „Einem erneuten Versuch, das Kanada-Abkommen in Kraft zu setzen, widersetzte sich unverändert Großbritannien." Vgl. Referat 411, Bd. 131256.
Das Fischereiabkommen zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Kanada wurde am 29. Dezember 1981 gebilligt. Für den Wortlaut des Abkommens und des dazugehörigen Briefwechsels vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 379 vom 31. Dezember 1981, S. 54–63.

völlig grundlos zu sein schienen. Die Bundesrepublik habe viele Möglichkeiten, im Ausland zu investieren. Er, BK, würde es sehr begrüßen, wenn ein großer Teil dieser Investitionen in das befreundete Kanada ginge. Aus Gesprächen mit deutschen Unternehmern wisse er, daß das kanadische Investitionsklima jedoch nicht allzu günstig eingeschätzt werde. Es habe sich für die Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft in Kanada ungünstig ausgewirkt, daß z. B. Investitionsvorhaben von Wolff von Amerongen, der Präsident des DIHT sei, und des Generaldirektors von Mannesmann, Overbeck, in Kanada nicht genehmigt worden seien. Gerade diese beiden Persönlichkeiten seien für die Meinungsbildung der deutschen Wirtschaft sehr wichtig. Es komme darauf an, nach Mitteln und Wegen zu suchen, wie das Meinungsbild über das Investitionsklima in Kanada verbessert werden könne: Er denke an engere Kontakte zum BDI. Vielleicht könnten auch engere Beziehungen zwischen den Gewerkschaften nützlich sein. Er, BK, habe nicht die Absicht, die kanadische Investitionsgesetzgebung oder die Praxis der FIRA zu kritisieren. Es komme hier vor allem darauf an, die deutsche Industrie von den guten Investitionsmöglichkeiten in Kanada zu überzeugen.

PM kam auf die Genehmigungsrate von 96% zurück, die zeige, daß Kanada ausländischen Investitionen gegenüber keinesfalls negativ eingestellt sei. Man müsse aber auch Verständnis für den kanadischen Wunsch haben, sich eine gewisse Kontrolle über ausländische Unternehmen im Lande zu sichern. Dies gelte insbesondere für die Tätigkeit der multinationalen Unternehmen.

Lumley wies auf den Besuch einer BDI-Delegation unter Führung ihres Präsidenten Rodenstock im Jahre 1979 in Kanada hin.[8] Er habe mit der Delegation, aber auch mit dem Vorstand von Krauss-Maffei, ausführlich gesprochen. Er tue sein Bestes, die deutsche Industrie mit den kanadischen Investitionsbedingungen vertraut zu machen, gebe aber zu, daß die Kanadier nicht die besten Propagandisten (communicators) seien. Einige Joint-ventures in den letzten fünf Monaten (u. a. mit Krauss-Maffei) hätten mit dazu beigetragen, gewisse deutsche Besorgnisse zu beseitigen.

MacGuigan wies auf den kürzlichen Besuch des Vizepräsidenten der EG-Kommission, Haferkamp,[9] hin, mit dem die Möglichkeit eines europäisch-kanadischen Wirtschaftsseminars unter Beteiligung von Ministern besprochen worden sei.

BK begrüßte diese Art des Meinungsaustausches und der gegenseitigen Information.

Im weiteren Gespräch wurden die unterschiedlichen Organisationsstrukturen und Zielsetzungen der europäischen und kanadischen Gewerkschaften angesprochen. *PM* wies darauf hin, daß die europäischen Gewerkschaften eher bereit seien, auch politische und wirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen, während die kanadischen Gewerkschaften oft ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl versuchten, ihre Ziele durchzusetzen. Schon aus diesem Grunde begrüße er en-

8 Vom 16. bis 22. September 1979 hielt sich eine Delegation des BDI unter Leitung des BDI-Vorsitzenden Rodenstock in Kanada auf.

9 Der Vizepräsident der EG-Kommission, Haferkamp, besuchte Kanada vom 6. bis 10. Juli 1981. Themen seiner Gespräche waren die kanadische Politik auf den Gebieten Energie und Investitionen sowie die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaften zu Kanada, insbesondere im Fischereibereich sowie bei EURATOM. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7-8/1981, S. 68.

gere Kontakte zwischen dem kanadischen Labour Congress und dem deutschen DGB. (*MacEachen*: Der frühere Vorsitzende der kanadischen Gewerkschaften, Joe Morris, sei Mitglied der Brandt-Kommission[10] gewesen.)

BK unterstrich, daß sich im Vergleich zu den übrigen europäischen Gewerkschaften die deutschen Gewerkschaften besonders verantwortungsbewußt verhalten und im Ergebnis die höchste Steigerung der Reallöhne und Sozialleistungen erreicht hätten. Auf die gemeinsame europäische Agrarpolitik zurückkommend, erläuterte BK die Notwendigkeit, aber auch die Schwierigkeiten einer GAP-Reform. Es könne nur hilfreich sein, wenn sich Kanada öffentlich – schon auf dem Wirtschaftsgipfel – kritisch zur GAP und ihren negativen Konsequenzen für den freien Welthandel äußern würde.

2) NV-Politik/IAEO-Kandidaturfrage

PM meinte, daß in der Frage kanadischer Uranlieferungen an EURATOM durch das jetzt mit EURATOM abgeschlossene, allerdings noch ratifizierungsbedürftige Abkommen[11] frühere Schwierigkeiten beseitigt worden seien.

BK wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Nuklearmächte im NV-Vertrag die Verpflichtung übernommen hätten, den ungehinderten Zugang der Nicht-Nuklearwaffenstaaten zur friedlichen Nutzung der Kernenergie zu garantieren.[12] Die BR Deutschland habe alle ihre nuklearen Aktivitäten der Kontrolle der IAEO unterworfen. Irak habe als Unterzeichner des NV-Vertrages seine Anlagen ebenfalls der IAEO unterworfen, die bei ihren Inspektionen keine Verstöße gegen den NV-Vertrag entdeckt habe. Er, BK, habe daher den israelischen Angriff auf den irakischen Reaktor[13] verurteilt, nicht nur wegen sei-

10 Die „Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen" („Nord-Süd-Kommission") trat vom 9. bis 11. Dezember 1977 auf Schloß Gymnich zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Vgl. dazu BRANDT, Berliner Ausgabe, Bd. 8, S. 209–213.
Der Vorsitzende der Kommission, Brandt, legte VN-Generalsekretär Waldheim am 12. Februar 1980 einen Abschlußbericht vor. Vgl. dazu „Das Überleben sichern: gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission", Köln 1980.

11 EURATOM und Kanada schlossen am 6. Oktober 1959 ein Abkommen über Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie. Für den Wortlaut des Abkommens und des dazugehörigen Briefwechsels vgl. UNTS, Bd. 475, S. 187–231.
Dieses Abkommen wurde infolge strengerer kanadischer Vorschriften über die Ausfuhr von Nuklearmaterial durch einen Briefwechsel vom 16. Januar 1978 geändert. Diesem beigefügt war als Anhang C eine Interimsvereinbarung über Anreicherung, Wiederaufarbeitung und anschließende Lagerung von Kernmaterial, die bis Ende 1980 durch eine dauerhafte Vereinbarung ersetzt werden sollte. Andernfalls sollte die Interimsvereinbarung verlängert werden. Für den Wortlaut vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 65 vom 8. März 1978, S. 16–32.
Am 22. Juli 1981 legte Ministerialdirektor Fischer dar: „In Verhandlungen EURATOM/Kanada über die Vereinbarung von Bedingungen über die Hochanreicherung, über die Wiederaufarbeitung von abgebrannten Brennelementen und über die Lagerung von hochangereichertem Uran und von Plutonium aus Uran kanadischen Ursprungs wurde am 24.6.1981 ein Entwurf eines entsprechenden Briefwechsels erstellt. Der Gemeinschaft geht es darum, in diesen Punkten kanadische Mitsprache (prior consent) in der Praxis für den EURATOM-Bereich auszuschließen. Das uns vor wenigen Tagen zugegangene Verhandlungsergebnis, das noch der näheren Prüfung bedarf, scheint den Belangen der Gemeinschaft zu entsprechen. Fortsetzung der Verhandlungen EURATOM/Kanada ist für Oktober 1981 vorgesehen." Vgl. Referat 431, Bd. 145657.
Für den am 18. Dezember 1981 unterzeichneten Briefwechsel vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 27 vom 4. Februar 1982, S. 25–30.

12 Vgl. dazu Artikel IV des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 789 f.

13 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

ner negativen Auswirkungen auf die Lage im Nahen Osten insgesamt, sondern auch, weil hierdurch die Autorität der IAEO untergraben worden sei. Es sei wichtig, daß die IAEO als Institution gestärkt und gestützt werde. Diese Überlegungen sollten auch bei der Frage der Nachfolge für den jetzigen IAEO-Generaldirektor Eklund[14] im Auge behalten werden. Es gebe eine deutsche und eine philippinische Kandidatur für die Nachfolge. Der deutsche Kandidat sei ein sehr erfahrener Beamter, der sich in der NV-Materie gut auskenne. Alle Mitglieder der IAEO müßten sich an die im NV-Vertrag festgelegten Sicherungen und Kontrollen halten. Die gleichen Maßstäbe müßten auch für die Nichtmitglieder des NV-Vertrages gelten. Ein weiterer Ausbau der Nuklearenergie werde notwendig sein; dies führe dazu, daß die Energiepolitik künftig noch stärker umstritten sein werde. BK erläuterte in diesem Zusammenhang die deutsche Energiesituation: Bemühungen, die deutsche Kohle trotz ihres hohen Preises als einzige Energiequelle zu erhalten, Rückgang unseres Ölverbrauchs und unsere Bemühungen um Diversifizierung unserer Energieeinfuhren. Der Rückgang des Ölverbrauches sei eine Folge der Preiserhöhungen, die unmittelbar an den deutschen Verbraucher weitergegeben worden seien. Die enormen Profite der überwiegend amerikanischen Ölmultis seien allerdings ein Ärgernis. Man verstehe daher die FIRA, wenn sie die Tätigkeit dieser Firmen in Kanada unter Kontrolle halten wolle. In der Bundesrepublik Deutschland seien nur die Shell und die BP als Töchter nicht-amerikanischer Mutterfirmen tätig. Die einzige deutsche Firma sei die VEBA, ein Bundesunternehmen. Er, BK, habe seinerzeit mitgewirkt, aus der VEBA ein nationales Energieunternehmen zu machen. Falls Kanada der VEBA und ihrem Tochterunternehmen, der DEMINEX, helfen könne, so wäre dies sicher eine gute Sache.

Botschafter *Strätling* ergänzte mit dem Hinweis, daß die VEBA vor kurzem einen Antrag auf Genehmigung eines Joint-venture mit einer kanadischen Firma im Bereich der Schwerölexploration und -produktion in der Provinz Alberta gestellt habe.[15]

Gray erklärte, daß er die Hinweise des Bundeskanzlers und des Botschafters zur VEBA mit Interesse zur Kenntnis nehme und sie besonders notiert habe. *PM* kam auf die Frage der Nichtverbreitung und der Uran-Lieferungen zurück: Kanada sei sehr zufrieden, daß in dem Abkommen mit EURATOM eine Übereinstimmung über die Anwendung von full scope safeguards erreicht worden sei. Kanada sei allerdings der Auffassung, daß die IAEO safeguards nicht ausreichten, denn jedes Mitgliedsland könne unter Einhaltung einer bestimmten Frist seine Mitgliedschaft kündigen, ohne daß Sanktionen gegen vertragswidriges Verhalten bestünden.

14 Zur Kandidatur des Staatssekretärs Haunschild, Bundesministerium für Forschung und Technologie, für das Amt des IAEO-Generaldirektors vgl. Dok. 199, Anm. 51.

15 Botschafter Strätling, Ottawa, teilte am 12. Juni 1981 mit: „Mit Ausnahme der bei der Urangewinnung beteiligten deutschen Gesellschaften ist die deutsche Energiewirtschaft (Kohle, Erdöl, Erdgas) über Sondierungen in Kanada noch nicht hinausgekommen. Erste Ansätze für eine Zusammenarbeit werden auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Kooperation (BMFT) sichtbar: […] Aktive und finanzielle Beteiligung an Forschungsarbeiten und Studien kanadischer Universitäten betr. die Alberta-Ölsände (VEBA-Öl AG). Verhandlungen über Beteiligung an Pilot-Projekt zur Förderung von Schweröl in der Provinz Alberta (VEBA-Öl, Unterstützung BMFT).“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 187/189; Referat 431, Bd. 129497.

Unter Hinweis auf das Argentinien-Geschäft[16] müsse vermieden werden, daß sich der Wettbewerb bei Nuklearreaktoren über die safeguards vollziehe. Der Grund für den Zuschlag Argentiniens an die KWU habe offenbar in den niedrigeren deutschen Safeguards-Erfordernissen gelegen.

Auf dem Venedig-Gipfel[17] habe man sich für den Ausbau der Nuklearenergie eingesetzt, obwohl man sich darüber klargewesen sei, daß in allen Gipfelländern eine starke Opposition gegen die Nuklearenergie bestehe. Um die Handlungsfreiheit der Regierungen in dieser Frage zu erhalten, müsse Übereinstimmung in der Safeguards-Frage erreicht werden. Für die kanadische Regierung sei es wichtig, daß man der Bevölkerung versichern könne, der Verkauf von Nuklearreaktoren ins Ausland erfolge nur bei der Zusicherung strenger Kontrollen und Sicherungen.

BK sprach sich dafür aus, im multilateralen Rahmen (Londoner Suppliers' Club[18] und die Wiener IAEO) eine Einigung über die erforderlichen Sicherungen (safeguards) für den Export von Nuklearreaktoren zu erreichen. Dies sei ein Weg, um Schwierigkeiten bei der bilateralen Durchsetzung derartiger Sicherungen und Kontrollen zu vermeiden.

BK regt in diesem Zusammenhang an, zu prüfen, ob eine Zusammenarbeit zwischen KWU und entsprechenden kanadischen Firmen im Bereich des Exports von Nuklearreaktoren für Drittländer möglich sei.

MacGuigan wies darauf hin, daß nach kanadischen Auffassungen die Regeln des Londoner Suppliers' Club nicht ausreichten. Kanada würde eine Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf eine Verschärfung dieser Regeln begrüßen. Wie schon vorher PM, argumentierte MacGuigan, daß das Argentinien-Geschäft offenbar für Kanada verlorengegangen sei, weil die Bundesrepublik Deutschland und die Schweiz sich mit niedrigeren Sicherheitsbedingungen zufriedengegeben hätten.

BK kam dann auf die Bedeutung des Nuklearreaktor-Exports für die Bundesrepublik Deutschland als exportorientiertes Land zu sprechen. Es sei lebenswichtig, daß die Bundesrepublik an der Spitze des technologischen Fortschritts bleibe. Wenn sie den nuklearen Reaktorbau aufgebe, so verzichte sie auf ihren Rang als fortgeschrittene Industrienation.

3) Kanadische Energiepolitik: deutsch-kanadische Zusammenarbeit im Energiebereich

PM erläuterte auf eine Frage des Bundeskanzlers die kanadische Energiepolitik, insbesondere die Auseinandersetzungen der Bundesregierung mit der Provinz Alberta: Im Kern gehe es hierbei weniger um das Ausmaß einer Preiserhöhung, sondern um die Frage, wie hoch der Anteil der Bundesregierung (Steu-

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Rouget teilte der Botschaft in Buenos Aires am 20. Februar 1979 mit, daß Argentinien im Rahmen seines Kernenergieprogramms die Lieferung von Technologie für den Bau einer Schwerwasserproduktionsanlage bzw. der Lieferung von Schwerem Wasser ausgeschrieben habe. Neben Kanada gehöre die Kraftwerkunion (KWU) zu den Anbietern. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 842; Referat 413, Bd. 123724.
Ministerialdirektor Lautenschlager notierte am 26. Oktober 1979, daß Argentinien der KWU den Zuschlag für die Lieferung des Kernkraftwerks Atucha II erteilt habe. Vgl. dazu Referat 413, Bd. 129349.

17 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. AAPD 1980, I, Dok. 184 und Dok. 185.

18 Zum Zusammenschluß der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie („Suppliers' Group") vgl. Dok. 57, Anm. 21.

ern, Abgaben) an den Preiserhöhungen sein solle. Kanada werde wegen seiner niedrigen Inlandsenergiepreise kritisiert. Die Preisvorschläge der Bundesregierung an Alberta würden aber langfristig einer Anpassung der kanadischen Inlandsölpreise an das Weltmarktniveau gleichkommen. Derzeit seien die Abgaben auf Alberta-Öl wie folgt verteilt: 45% Provinz Alberta, 45% Ölgesellschaften, 10% Bundesregierung. Die Bundesregierung sei nach einer Erhöhung des kanadischen Ölpreises auf größere Einnahmen angewiesen: Dies sei eine Frage des innerkanadischen Lastenausgleichs zugunsten der energiearmen Provinzen. Es müsse vermieden werden, daß sich die großen Unterschiede zwischen armen und reichen kanadischen Provinzen negativ auf den Zusammenhalt des kanadischen Staatsverbandes auswirkten. Auf eine entsprechende Frage von BK: Die Ölmultis seien frei, ihre kanadischen Gewinne entweder zu reinvestieren oder zu transferieren. Kanada bemühe sich, durch hohe steuerliche Anreize das Kapital im Lande zu behalten. Falls eine Einigung zwischen der Bundesregierung und der Provinz Alberta nicht erreichbar sei, so müsse eine politische Lösung gesucht werden.

Die Verfassung gebe zwar der Bundesregierung weitreichende Befugnisse, u. a. die Möglichkeit der Landenteignung, falls dies im kanadischen Interesse liege. Eine andere Frage sei jedoch, ob und wie diese verfassungsmäßigen Rechte durchgesetzt werden könnten. Dies sei eine politische Frage.

MacGuigan ergänzte mit dem Hinweis, daß sich Alberta den im National Energy Program (NEP) vorgesehenen Preiserhöhungen widersetzt habe, indem es die Ölproduktion vermindert habe. Dies wiederum habe zu einer Erhöhung kanadischer Ölimporte geführt. Dies sei für Kanada eine sehr unerfreuliche Lage. Auf eine Frage von BK nach den Aussichten künftiger kanadischer Erdgasexporte erwiderte MacGuigan, daß solche Aussichten durchaus bestünden. Für die Genehmigung solcher Exporte spielten Kriterien wie Energieüberschuß Kanadas, Preis und öffentliches Interesse eine Rolle. Kanada verfüge über große Erdgasreserven in der Arktis und vor der Ostküste.

BK erläuterte mit einem Hinweis auf das diskutierte Erdgas-Röhren-Geschäft mit der SU[19] unser Interesse, die Energie-, insbesondere die Erdgaseinfuhren, so weit wie möglich zu diversifizieren. Dabei könne auch Kanada eine Rolle spielen. Dies gelte insbesondere für die Zeit Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre.

Gray unterstrich das kanadische Interesse, insbesondere im Energiebereich, auf „Joint-venture"-Basis die Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen zu

19 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 201, Anm. 16.
Das Bundesministerium für Wirtschaft legte am 15. Juli 1981 dar: „Den Verhandlungen über das neue Erdgasprojekt mit der UdSSR liegt jetzt ein neues Konzept zugrunde: Die beiden Parallel-Leitungen zu je 28 Mrd. Kubikmeter Kapazität werden in zwei Zeitphasen mit einem Zeitabstand von zwei bis drei Jahren aufgeteilt. Für die definitive Vereinbarung der zweiten Phase, die frühestens 1986/87 (realistischer 1988/89) fertiggestellt wird, kann damit die weitere Zinsentwicklung abgewartet werden. Außerdem soll das Röhrengeschäft abgetrennt und wie bisher im Rahmen noch zu vereinbarender Jahresverträge abgewickelt werden." In einer letzten Verhandlungsrunde vom 2. bis 8. Juli 1981 in Paris hätten verschiedene westeuropäische Staaten konkreter und verbindlicher als bisher ihre Mengenwünsche formuliert, so etwa aus der Bundesrepublik die Ruhrgas AG mit einer Menge von 12 Mrd. Kubikmeter pro Jahr. Bislang seien keine Preisvereinbarungen erzielt worden. Vgl. Referat 421, Bd. 141336.

verstärken. Die technischen Schwierigkeiten zur Exploration und Förderung der arktischen Erdgasreserven schienen derzeit noch sehr groß.

Cohen unterstrich, daß Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre durchaus sehr gute Aussichten für kanadische Erdgasexporte bestünden. Derzeit sei es jedoch noch zu früh, hierzu konkrete Aussagen zu machen. Die Höhe der Erdgasreserven sei nicht genau bekannt. Man sei auf Schätzungen angewiesen.

Darüber hinaus gebe es Förderungs- und Transportprobleme, für die man entsprechende Technologien noch nicht besitze. Insgesamt werde Kanada wohl nur in geringem Maße den deutschen Erdgasimportbedarf decken können.

BK unterstrich das deutsche Interesse an einer technologischen Zusammenarbeit mit Kanada in diesem Bereich. Botschafter *Goldschlag* und Botschafter *Strätling* ergänzten mit dem Hinweis auf entsprechende Sondierungen von Ruhrgas und Ruhrkohle.[20]

BK unterstrich abschließend, er nehme aus dem Gespräch den Eindruck mit, daß im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit weniger die Probleme als die großen noch nicht ausgeschöpften Entwicklungsmöglichkeiten im Vordergrund stünden. Die Bundesregierung werde sich für eine Stärkung der deutsch-kanadischen Kooperation in diesem Bereich einsetzen.

PM begrüßte dies und meinte, vielleicht brauche man ein „gigantisches" deutsch-kanadisches Gemeinschaftsprojekt, das mit Deutschland identifiziert werde und von dem neue Impulse für eine Intensivierung der deutsch-kanadischen wirtschaftlichen Kooperation ausgehen könnten.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 58

[20] Die Botschaft in Ottawa informierte am 19. Juni 1981, Vertreter der Ruhrgas AG hätten Ende Mai/Anfang Juni 1981 in Kanada Sondierungsgespräche über die Lieferung von Erdgas aus Kanada in die Bundesrepublik geführt: „Eine evtl. spätere Betätigung oder Beteiligung in Kanada an Exploration, Produktion und Tankertransport wurde von den Ruhrgas-Vertretern nicht völlig ausgeschlossen." Die Mitarbeiter der an den Gesprächen beteiligten kanadischen Ministerien hätten erklärt, die kanadische Regierung „stehe einem Energieexport nach Europa weder positiv noch negativ gegenüber, sie sei insofern neutral. Die kanadische Energiepolitik sei noch nicht endgültig formuliert, sie befinde sich in einem Entwicklungsprozeß, der noch nicht abgeschlossen sei und in dessen Verlauf noch zahlreiche Entscheidungen zu treffen seien". Vgl. die Anlage zum Schriftbericht Nr. 497 des Botschafters Strätling, Ottawa, vom 19. Juni 1981; Referat 405, Bd. 126890.

207

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.14 FRA-KAE-1150/81 VS-vertraulich **17. Juli 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung und Billigung

Betr.: KAE;
hier: Verhandlungsstand und weiteres westliches Vorgehen

I. Verhandlungsstand

1) Mit der Einbringung des neuen amerikanischen Vorschlags zum geographischen Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen[3] hat der Westen die Initiative zu konkreten Verhandlungen über die Schlüsselfrage des KSZE-Folgetreffens übernommen.[4] Ob das amerikanische Angebot in seiner jetzigen Form ausreicht, um noch vor Ende Juli Einigung über ein KAE-Mandat und damit über ein ausgewogenes Schlußdokument zu erzielen, erscheint ungewiß.

2) Die SU hat ihre Vorstellungen zur Definition des geographischen Anwendungsbereichs in der vergangenen Woche verdeutlicht und sich dabei – nach dem doppelten Rückschritt im Zusammenhang mit der Tiflis-Rede Breschnews[5] – wieder sichtbar auf Vorstellungen des Westens und der N+N-Staaten zubewegt.

Iljitschow erklärte am 7. Juli die sowjetische Bereitschaft, auf der Basis des N+N-Vorschlags[6] in konkrete Verhandlungen über die Definition des Anwen-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 22. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „221."

2 Hat Staatssekretär von Staden am 17. Juli 1981 vorgelegen.

3 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „covering the whole continent of Europe and, as far as adjoining sea area and air space is concerned, the activities of forces operating there insofar as these activities are an integral part of notifiable activities on the continent."

4 Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 16. Juli 1981, in einem Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, am selben Tag habe der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, einen amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen übergeben und dazu ausgeführt: „Die USA knüpften an die Einbringung der Formel die Erwartung, daß sie nicht nur die Verabschiedung des KAE-Mandats, sondern im Rahmen eines Pakets auch die Lösung der übrigen offenen Kernfragen der Madrider Verhandlungen möglich machen werde." Nach Informationen Kampelmans habe dieser anschließend „die übrigen Elemente des angestrebten package deals" erläutert: „Nach einer kurzen Beratung mit seinen Begleitern habe I[ljitschow] geantwortet, die Formel sei nicht nützlich und für den Abschluß der Verhandlungen über ein Schlußdokument nicht förderlich. I. sei nicht im einzelnen auf den Wortlaut der Formel eingegangen und habe, ohne sie ausdrücklich zurückzuweisen, mit Nachdruck bemängelt, daß sie den sowjetischen Forderungen nach Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit nicht Rechnung trage. Auf die Paket-Lösung als solche sei I. nicht eingegangen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1046; Referat 212, Bd. 133421.

5 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 22. Mai 1981 in Tiflis vgl. Dok. 170, Anm. 6.

6 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „a set of measures to build confidence and security covering the whole of Europe with the adjoining sea area and air space."
Zum Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 95, Anm. 13.

dungsbereichs einzutreten und eine Lösung im Bereich der Abgrenzung der „an Europa angrenzenden Meeresgebiete“ zu suchen.[7] Aus einem Gespräch unseres Delegationsleiters mit dem stellvertretenden sowjetischen Delegationsleiter Kondraschow am 9. Juli ging hervor, daß die SU an eine geographische – nicht wie der Westen an eine funktionale – Abgrenzung denkt; dabei soll der Satzteil „adjoining sea area and air space“ im N+N-Text „deskriptiv“ so ergänzt werden, daß dem Erfordernis der Gegenseitigkeit, Ausgewogenheit und Gleichheit Rechnung getragen wird. Diese Frage sei für die SU ein politisches Problem und nicht eine Frage der militärischen Sicherheit; die SU könne keine Vereinbarung hinnehmen, die den Eindruck erwecke, als habe sie eine Leistung erbringen müssen, der von seiten der USA nichts Gleichwertiges gegenüberstehe (Kondraschow).[8]

Bei westlicher Bereitschaft zu einem entsprechenden Schritt könne die Lösung in Madrid gefunden werden. Da es sich um eine komplizierte Frage handle, könne man in Madrid eine Formulierung suchen, die die Konturen des Anwendungsbereichs umreiße und die Vereinbarung einschließe, diese Formulierung auf der Konferenz mit konkreten geographischen Begriffen auszufüllen. Iljitschow hielt sich aber auch – unter Berufung auf die bisherigen sowjetischen Vorschläge – die Option offen, die Frage des Anwendungsbereichs insgesamt erst auf der Konferenz selbst zu regeln.

3) Wenn die sowjetischen Erklärungen auch keine eindeutigen Rückschlüsse auf die Verhandlungsposition der SU für die Endrunde zulassen, sind doch drei Erklärungen möglich:

7 Die KSZE-Delegation in Madrid übermittelte am 7. Juli 1981 die Äußerungen des Leiters der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, während einer Plenarsitzung am selben Tag und führte dazu aus: „Iljitschows Ausführungen sind in verschiedener Weise auslegbar. Ganz allgemein gesehen, geht die sowjetische Delegation hiermit aber von der bis heute von ihr eingenommenen Haltung ab, daß der N+N-Text zum geographischen Geltungsbereich für sie unannehmbar sei, indem Iljitschow seine Bereitschaft zu einer Diskussion auf ihrer Grundlage ausdrückt, wobei er insbesondere die Definition von ‚adjacent sea areas and air space‘ als bedeutsam hervorhebt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1004; Referat 212, Bd. 133421.
Am 9. Juli 1981 teilte Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, aus einer Sitzung der Delegationsleiter der NATO-Mitgliedstaaten und Spaniens vom selben Tag mit, eine gemeinsame Analyse habe ergeben, die Rede Iljitschows sei „absichtlich vieldeutig und läßt der SU alle Optionen offen. […] Iljitschow nannte als Kernproblem der Verhandlungen über den Anwendungsbereich die Berücksichtigung der Grundsätze der Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit sowie der Gleichheit von Rechten und Pflichten; diese Grundsätze enthalten Postulate, die sich durchweg an die Adresse der USA richten und den mit den USA gleichrangigen Status der SU gewährleisten sollen.“ Im Unterschied zu früheren Äußerungen habe Iljitschow nicht mehr die „Forderung nach einer westlichen Gegenleistung“ in den Mittelpunkt gestellt, „was als Abschwächung dieser Forderungen verstanden werden kann“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1015; Referat 212, Bd. 133421.

8 Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, berichtete am 10. Juli 1981 über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation. Kondraschow habe erklärt: „Die geographisch genaue Festlegung des Geltungsbereichs nach Kilometern, Breiten- und Längengraden könne auf der KAE selbst erfolgen. Wenn der Westen darauf bestehe, könne man das auch auf dem Madrider Treffen tun, was jedoch sicherlich zwei bis drei Monate beanspruchen würde. […] Kondraschow machte ganz deutlich, daß die sowjetische Seite an einem umgehenden Beginn tatsächlicher Verhandlungen zu dieser Frage stark interessiert ist. Eine Einigung auf der Basis einer ‚deskriptiven‘ Formulierung hält er durchaus noch im Juli für möglich. Sollte der Westen sich hierauf nicht einlassen, müßten die Verhandlungen eben länger dauern. In diesem Fall sei die SU für eine Sommerpause von Ende Juli bis etwa Mitte Oktober. Eine längere Unterbrechung – von etwa einem Jahr – schloß K[ondraschow] kategorisch aus.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1018; Referat 212, Bd. 133421.

a) Die SU ist entschlossen, die Definition des geographischen Anwendungsbereichs hinreichend offenzuhalten, um auf der Konferenz selbst noch „entsprechende Ausweitung auf westlicher Seite" fordern zu können. Die SU hätte es dann in der Hand, unter Berufung auf eine nach ihrer Auffassung unzureichende westliche Gegenleistung ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Ausdehnung des Anwendungsbereichs auf ihr gesamtes europäisches Territorium zurückzunehmen. Die sowjetische Bewegung in der geographischen Frage wäre dann als Scheinmanöver zur Verbesserung der taktischen Position insbesondere im Hinblick auf ein Scheitern der Konferenz zu erklären.

b) Die SU ist bereits entschlossen, den von ihr erwarteten Preis in der geographischen Frage zu zahlen, und wartet nur noch auf eine westliche Geste, die ihr ein Minimum an Gesichtswahrung erlaubt.

c) Die sowjetische Entscheidung ist noch nicht gefallen und wird nicht nur vom Interesse an der Einberufung einer Konferenz bestimmt, sondern auch davon, ob die westliche Gegenleistung zur Einbeziehung des europäischen Territoriums der SU diesen Preis in politischer und militärischer Sicht der sowjetischen Führung rechtfertigt.

Die Hypothese a) ist nicht sehr wahrscheinlich, da die SU keinen Zweifel hegen kann, daß im Hinblick auf die geschlossene westliche Haltung in dieser Kernfrage ohne präzises Substanzmandat keine Konferenz zustande kommt, für die nach wie vor ein starkes sowjetisches Interesse unterstellt werden kann. Wir haben uns stets auf b) als Arbeitshypothese eingestellt und sehen auch angesichts des jüngsten sowjetischen Verhaltens in Madrid wenig Grund, davon abzurükken. Allerdings könnte die Diskrepanz zwischen b) und c), zumindest soweit sich Rückwirkungen auf das sowjetische Vorgehen in Madrid ergeben, in dem Maße an Bedeutung verlieren, in dem sich die SU nicht mehr unter Zeitdruck fühlt. Wenn die SU mit der Einberufung einer Konferenz weniger Eile hat, als der Westen bisher annahm, wird sie jedenfalls vor einer von ihr akzeptierten Sommerunterbrechung für ihre Zustimmung zur eindeutigen Definition des gesamteuropäischen Anwendungsbereichs vom Westen voraussichtlich mehr als eine minimale Geste der Gesichtswahrung verlangen.

In der Tat liegen neuerdings Anhaltspunkte dafür vor, daß die SU wieder auf Zeit spielt, sei es, weil sie auf Erosion der westlichen Verhandlungsposition setzt, oder weil sie Konzessionen im KAE-Bereich in Zusammenhang mit den gegenwärtig noch nicht verhandlungsreifen Komplexen LRTNF und Afghanistan stellen will.

4) Für die westliche Verhandlungsführung ergibt sich einerseits die Notwendigkeit, eine Einigung möglichst bis Ende Juli anzustreben. Die allgemeinen politischen Rahmenbedingungen dürften nach einer Sommerunterbrechung eher ungünstiger sein. Die Schutzfunktion eines sich erfolglos dahinschleppenden Folgetreffens für Polen erscheint zumindest zweifelhaft, während ein erfolgreicher Abschluß in Madrid mit operativem KAE-Mandat die sowjetische Hemmschwelle beträchtlich erhöhen könnte.

Andererseits wird der Westen, wenn er vor Ende Juli abschließen will, die von Iljitschow und Kondraschow präzisierten sowjetischen Vorstellungen für eine ausgewogene Lösung in der Endrunde berücksichtigen, wenn auch nicht wörtlich nehmen müssen. Die SU ist gegenüber dem Westen in der Konferenzfrage

grundsätzlich immer noch in einer Demandeur-Position und wird zudem schon mit Rücksicht auf ihre gegenwärtige Friedens- und Entspannungskampagne gegen die Nachrüstung den Eindruck eines destruktiven Verhandlungspartners vermeiden müssen. In dieser Hinsicht wird sie sich vor allem an der Einschätzung ihrer Haltung durch die N+N-Staaten orientieren, denen damit eine wichtige Schiedsfunktion zukommt.

Der Westen wird deshalb sein Vorgehen letztlich auch daran ausrichten müssen, ob es unter Berücksichtigung sowjetischer Vorstellungen geeignet erscheint, die Zustimmung dieser Staaten zu finden. Die bisherigen Erfahrungen in Madrid sind in dieser Hinsicht ermutigend: Geschlossenes, auf vernünftige Argumente gegründetes westliches Auftreten hat seine Wirkung auf die Neutralen nie verfehlt.

II. Weiteres Vorgehen

1) Nachdem der amerikanische Vorschlag zur Definition des geographischen Anwendungsbereichs mit förmlicher Zustimmung des NATO-Rats[9] in Madrid eingeführt worden ist, muß sich der Westen darauf konzentrieren, diesen Vorschlag geschlossen und mit Entschiedenheit zu vertreten. Auch diejenigen Bündnispartner, die, wie wir, zunächst weiter gehen wollten als die Amerikaner, müssen ihre Bedenken zurückstellen und vermeiden, nach außen irgendwelche Rückfallpositionen zu erkennen zu geben.

Bei der Präsentation des Vorschlags sollten seine konstruktiven Aspekte so herausgestellt werden, daß die SU die Formel als den von ihr geforderten Schritt des Westens interpretieren und sie als westliche Konzession verbuchen kann, wenn es ihr um gesichtswahrende Lösung geht. Hierzu sollte insbesondere auf die Möglichkeiten verwiesen werden, die die funktionale Abgrenzung für die Einbeziehung militärischer Bewegungen aus Nordamerika in den europäischen Raum hinein eröffnet. Konkrete Einzelmaßnahmen dürfen allerdings nicht Gegenstand von Erörterungen in Madrid sein. Es wird allein Aufgabe einer KAE

9 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte am 15. Juli 1981: „Der NATO-Rat behandelte in seiner Sitzung mit beschränktem Teilnehmerkreis am 15.7. erneut den amerikanischen Vorschlag zum geographischen Anwendungsbereich der KAE-cbms. Alle Verbündeten konnten der amerikanischen Formel zustimmen, einige mit gewissen Erläuterungen." Verschiedene Teilnehmer hätten die Frage einer Rückfallposition auf die Formel „the whole of Europe" gebracht. Der amerikanische NATO-Botschafter Bennett habe jedoch erklärt, „daß die amerikanische Regierung derzeit eine Rückfallposition ablehne, da sie die westliche Haltung in dieser Frage schwächen würde". Wieck führte dazu aus: „Wir haben den Amerikanern außerhalb der Sitzung bilateral gesagt, daß wir davon ausgehen, daß sich die Amerikaner an die in Madrid bilateral gemachte Zusicherung halten werden, daß im Falle der Nichtdurchsetzbarkeit der amerikanischen Formel auf den alten Ausdruck ‚the whole of Europe' zurückgegriffen werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1222; VS-Bd. 13242 (212); B 150, Aktenkopien 1981.
Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, teilte am 16. Juli 1981 mit: „Bei der Besprechung der Delegationsleiter der NATO dankte Botschafter Kampelman heute vormittag für die schnelle Reaktion und rasche Zustimmung der übrigen alliierten Regierungen zur neuen Zonen-Formel. K[ampelman] betonte unter bezug auf die gestrige Diskussion im NATO-Rat, daß die USA Rückfallpositionen nicht in Betracht zögen. Mit der Einbringung der Zonen-Formel strebten die USA eine Paket-Lösung auch für die noch ausstehenden übrigen Kernfragen an (Symposium über Menschenrechte, Aussage über Helsinki-Monitoren und Religionsfreiheit, Ergebnisse bei den Themen Radiostörungen und Nicht-Ausweisung von Journalisten, Expertentreffen über Familienzusammenführung, angemessen früher Termin des nächsten Folgetreffens). Die USA gingen davon aus, daß alle westlichen Delegationen die Formel und den Willen zu einer derartigen Paket-Lösung unterstützten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1046; Referat 212, Bd. 133421.

sein, auf der Grundlage des Konsensprinzips über alle von den Teilnehmerstaaten vorgeschlagenen Maßnahmen und deren Parameter zu entscheiden.

2) Falls die Zustimmung der N+N-Staaten an der Formulierung „the whole continent of Europe" scheitern sollte, wird die amerikanische Delegation in Madrid zur gegebenen Zeit von der Rückfallposition Gebrauch machen, auf die sie sich uns gegenüber intern festgelegt hat, und die ursprüngliche Formulierung „the whole of Europe" aus dem N+N-Text akzeptieren. Über den taktisch richtigen Zeitpunkt sollte ausschließlich im engsten Kreise der Verbündeten in Madrid abgestimmt werden.

Damit würden die USA akzeptieren, daß nicht nur Inselstaaten, die KSZE-Teilnehmer sind, in den geographischen Anwendungsbereich von VBM fallen, sondern auch solche von Teilnehmerstaaten abhängige Inselterritorien, die geographisch zu Europa zu rechnen sind. Hierbei könnte es in einem für die USA wichtigen Einzelfall zu erheblichen Abgrenzungsschwierigkeiten kommen: Die Azoren (US-Stützpunkt Lajes) sind Teil portugiesischen Hoheitsgebiets, dürften aber geographisch nicht zu Europa gezählt werden. Die SU wird voraussichtlich eine abweichende Auffassung vertreten. Portugal selbst könnte die Klarstellung des nichteuropäischen Charakters der Azoren im Hinblick auf regionale separatistische Tendenzen schwerfallen.

3) Für die Endphase der Verhandlungen ist als weitere Rückfallposition eine Ergänzung der funktionalen Abgrenzungsformel durch eine geographische denkbar: So könnte in der jetzt eingeführten amerikanischen Formulierung bei „activities of forces operating there" das „there" präzisiert werden durch den 24. Längengrad West, der die Westküste Islands markiert:

„covering the whole continent of Europe and, as far as adjoining sea area and air space is concerned, the activities of forces operating East of 24° WOG[10], insofar as these activities are an integral part of notifiable activities on the continent."

Dieser Schritt käme dem sowjetischen Wunsch nach geographischer Abgrenzung des „adjoining sea area and air space" und nach „deskriptiver Ergänzung" dieses Satzteils des N+N-Textes weit entgegen und würde der sowjetischen Kritik an der funktionalen Abgrenzungsformel als zu restriktiv (Michailow) zumindest optisch Rechnung tragen. Trotzdem würde es sich letztlich um eine Scheinkonzession handeln, solange die funktionale Formel aufrechterhalten wird. Denn wenn nur solche militärischen Aktivitäten auf See erfaßt werden können, die integraler Bestandteil militärischer Aktivitäten auf europäischem Territorium sind, ist dem westlichen Anliegen nach Ausschluß reiner Marineaktivitäten, von dem Amerikaner und Franzosen unter keinen denkbaren Umständen abgehen werden, Rechnung getragen. Soweit aber militärische Aktivitäten auf See oder dem Luftraum darüber Teil notifizierungspflichtiger Aktivitäten auf europäischem Territorium sind (z. B. Reforger[11]), kommt es auf die Frage, in welchem geographischen Raum außerhalb Europas die entsprechenden Bewegungen erfaßt werden, weder militärisch noch politisch entscheidend an.

10 West of Greenwich.
11 Return of forces to Germany.

Dennoch wirft dieser Gedanke, der noch nicht im Bündnis zur Diskussion gestellt wurde, Probleme auf. So könnte die Frage einvernehmlicher Abgrenzung auch nach Norden und Süden schwierig werden und der sowjetischen Forderung Auftrieb geben, die genaue Abgrenzung des Anwendungsbereichs auf die Konferenz selbst zu verschieben. Die USA hätten erneut Schwierigkeiten mit den Azoren, obgleich derjenige Teil der Inselgruppe, auf dem der Stützpunkt Lajes liegt, außerhalb des beschriebenen Seegebiets liegt. Vor allem aber bestünde die Gefahr der Definition eines Seebereichs, die zwar im jetzigen Verhandlungszusammenhang unschädlich wäre, vom Osten aber möglicherweise bei künftigen Anlässen zu seinem Vorteil genutzt werden könnte.

Es erscheint deshalb ratsam, die Erörterung des Gedankens im Bündnis einstweilen zurückzustellen. Es muß der Entscheidung unserer Delegation überlassen sein, den taktisch richtigen Zeitpunkt für seine Erörterung und ggfs. kurzfristige Einführung zu bestimmen. Ein erfolgreicher Abschluß in Madrid setzt ohnehin voraus, daß die westlichen Delegationen in der letzten intensiven Verhandlungsphase ihre Geschlossenheit wahren und in der Lage sein werden, unter Festhalten an den westlichen Kernpositionen ein Maximum taktischer Flexibilität zu entwickeln.

4) Die Durchsetzung der westlichen Position zum geographischen Anwendungsbereich von VBM wird im übrigen auch von dem Junktim abhängen, das die USA zwischen ihrer Zustimmung zum KAE-Mandat und sowjetischen Konzessionen im Bereich der Menschenrechte, der menschlichen Kontakte und der Information hergestellt haben. Wenn die sehr ehrgeizigen amerikanischen Zielvorstellungen auf diesen Gebieten ohne Abstriche aufrechterhalten werden sollten, dürfte mit sowjetischer Bereitschaft zu ernsthaften Verhandlungen über ein KAE-Mandat kaum zu rechnen sein. Umgekehrt sollten die Amerikaner erkennen, daß sie ohne Flexibilität in den Fragen des Mandats die Durchsetzung ihrer Forderungen in den für sie wichtigen anderen Bereichen der Schlußakte erschweren.

Das „Schlußpaket“, das Kampelman im Gespräch mit Iljitschow am 16. Juli definiert hat, berührt auch wesentliche deutsche Interessen – nicht nur allgemein politische und unser Interesse am Zustandekommen der KAE, sondern auch spezifische Interessen namentlich im deutsch-deutschen Bereich (Journalistenausweisung, Expertentreffen über Familienzusammenführung).[12] Unsere Dele-

12 Am 19. Juli 1981 teilte Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, mit, der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, habe die Delegationsleiter der NATO-Mitgliedstaaten soeben über ein Gespräch mit dem Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Iljitschow, am 17. Juli 1981 unterrichtet, in dem dieser folgenden Text übergeben habe: „Confidence und security building measures will cover the whole of Europe with adjoining sea (ocean) areas of a corresponding width and air space, and also, if this corresponds to the substance of these measures, the non-European participating States, with the understanding that these provisions will be concretized at the conference on a balanced and reciprocal basis, with regard to the equality of rights and obligations of all CSCE participating States and the commitments assumed in accordance with the Final Act.“ Rantzau teilte weiter mit, Iljitschow habe erklärt, „daß die westliche Formel zur Zone für die SU keine Verhandlungsgrundlage sein könne und auch folgende vier Punkte des westlichen Verhandlungspakets völlig unannehmbar seien: Symposium über Menschenrechte, Expertentreffen über Familienzusammenführung, Thema Radiostörungen sowie Nichtausweisung von Journalisten.“ Die Sitzungsteilnehmer hätten übereingestimmt, „daß der sowjetische Text zur Zone völlig unrealistisch sei […] Die nunmehr geforderte geographische Ausdehnung gehe weit über das bisher von der

gation wird sich deshalb an den innerwestlichen Konsultationen und den Verhandlungen über dieses „Schlußpaket“ aktiv beteiligen. Eine entsprechende Weisung ist in Vorbereitung und wird Ihnen vor Abgang vorgelegt werden.[13]

i.V. Ruth

VS-Bd. 11443 (221)

208

Vortragender Legationsrat Simon an die Botschaft in Rom

203-321.11 ITA VS-NfD **Aufgabe: 17. Juli 1981, 23.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 217
Citissime

Betr.: Deutsch-italienische Außenminister-Konsultationen

1) Bei AM-Konsultationen, die am 16.7. in Wohnung des Herrn BM in freundschaftlicher und gelöster Atmosphäre stattfanden, wurden folgende Themen besprochen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1133
SU angedeutete hinaus (ein Streifen des nordamerikanischen Kontinents wird erfaßt) und sprenge damit den Bezugsrahmen Europa.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1055; Referat 212, Bd. 133421.
Am 20. Juli 1981 teilte Rantzau mit, die USA hätten am selben Tag ihren Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen offiziell eingebracht: „Die SU lehnte diesen Vorschlag kompromißlos ab und legte ihrerseits einen Gegenvorschlag vor […]. Unterstützt von praktisch gleichlautenden und vorbereiteten Beiträgen der anderen östlichen Delegationen stellte die SU ihren Vorschlag als schlußaktenkonformen Kompromiß dar, der insbesondere die Prinzipien der Gegenseitigkeit und Ausgewogenheit berücksichtige. In der anschließenden Diskussion wies der Westen den östlichen Vorschlag als unannehmbar zurück und stellte fest, daß mit diesem Vorschlag das auf Europa bezogene Konzept der Schlußakte aus den Angeln gehoben werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1058; Referat 212, Bd. 133421.

13 Ministerialdirigent Bräutigam übermittelte der KSZE-Delegation in Madrid am 21. Juli 1981 eine Weisung zu dem von amerikanischer Seite vorgesehenen „Schlußpaket“, die nachrichtlich an die Botschaft in Ottawa „für Delegation BK z. Hd. VLR I Höynck, für Delegation BM z. Hd. MD Dr. Pfeffer“ weitergeleitet wurde. Darin wurde erklärt, die Bundesrepublik habe „erhebliches allgemeinpolitisches Interesse an der Weiterführung des KSZE-Prozesses, […] erhebliches rüstungskontrollpolitisches Interesse am Zustandekommen einer KAE, […] erhebliches Interesse an einigen Einzelthemen des von Kampelman geschnürten Pakets“. Daher müsse die Bundesregierung darauf drängen, „bei der weiteren Behandlung aller das Schlußpaket angehenden Fragen rechtzeitig konsultiert“ zu werden und „nach außen sichtbar im Verhandlungsprozeß eingeschaltet“ zu bleiben. Der Inhalt des „Pakets“ des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, finde „grundsätzliche Billigung“ der Bundesregierung: „Es wird gebeten, die amerikanischen Zielsetzungen allgemein zu unterstützen, jedoch Aussagen zu vermeiden, durch die das Paket in seinem Gesamtumfang für nicht mehr negotiabel erklärt würde. […] Bei einer evtl. notwendig werdenden Auswahl zwischen Einzelpunkten des Pakets wären die wesentlichen Kriterien: die Interessenlage der einzelnen Teilnehmerstaaten, Überwindbarkeit östlichen Widerstands.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3728; Referat 212, Bd. 133437.

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 17. Juli 1981 vorgelegen.

a) Bulgarien-Reise des Herrn BM[2]

BM führte aus, daß Bulgaren sich nur zurückhaltend über Ergebnisse RGW-Tagung[3] geäußert hätten, obwohl diese unmittelbar davor stattgefunden habe. Bulgaren hätten kritisch, aber nicht „gefährlich kritisch" zu Polen gesprochen. Mladenow habe auf Feststellung insistiert: In Sachen Afghanistan[4] seien die Türen noch nicht zugeschlagen, man müsse die Erklärung Gromykos genau lesen. Gesamteindruck: Bulgarien sei sich bewußt, daß Verschlechterung Ost-West-Beziehungen auch Bulgarien treffe.

b) NATO-Doppelbeschluß

AM Colombo: SU sei dabei, eine Kampagne mit Tenor zu lancieren, es gebe keine nukleare Überlegenheit der SU. Sie tue alles, um Modernisierung zu verhindern. (BM stimmte zu.) NATO-Bemühungen, sowjetischer Propaganda entgegenzutreten, seien ungenügend. Colombo fragte nach „wirklicher Bedeutung" des Brandt-Besuchs[5]. Was sei Unterschied zwischen Moratorium[6] und dem, was Breschnew Brandt gesagt habe? Was sei Bedeutung des Sozialistentreffens in Bonn?[7] BM ging auf Vorgeschichte sowjetischer Einladung an Brandt ein, machte deutlich, daß die beiden Hauptgründe gegen sowjetischen Moratoriumsvorschlag – unveränderte Überlegenheit der SU während der Verhandlungen, Beschränkung Moratoriums auf Europa – nach wie vor fortbestünden. Er würde es begrüßen, wenn es zu einer Null-Option komme. Sowjetische Reaktionen auf Null-Option-Gedanken zeigten, daß es richtig sei, wenn der Westen Moskau immer wieder Null-Option vorhalte. Damit werde klar, wo Schlüssel zur Beseitigung Mittelstreckenraketenfrage liege, nämlich in Moskau.

c) Mitterrand-Besuch[8]

Schwerpunkt: Mitterrands Aussage zur Nachrüstung.

d) Haig-Rede vom 14.7.[9], nach der US/SU-Verhandlungen Mitte November/Dezember beginnen könnten.

2 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 8. bis 11. Juli 1981 in Bulgarien vgl. Dok. 195 und Dok. 197.

3 Zur 35. Tagung des RGW vom 2. bis 4. Juli 1981 in Sofia vgl. Dok. 188, Anm. 22.

4 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f.
Zur Erörterung während eines Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14.

5 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

6 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

7 Am 15./16. Juli 1981 fand eine Tagung der Sozialistischen Internationale statt. In der Presse wurde dazu berichtet, Themen seien der Besuch des SPD-Vorsitzenden Brandt vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR gewesen, insbesondere die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, über ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen, ferner die Frage der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa sowie die Lage in El Salvador und Nicaragua. Vgl. dazu den Artikel „‚Die Debatte über die kernwaffenfreie Zone ist eine Seifenblase'"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 17. Juli 1981, S. 1 f.

8 Für die deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1981 vgl. Dok. 198–202.

9 Zur Rede des amerikanischen Außenministers Haig in New York vgl. Dok. 204, Anm. 43.

e) Ottawa[10]

BM: Wir sollten alle Anstrengungen machen, daß Ottawa zum Signal westlicher Geschlossenheit in Politik und Wirtschaft werde. Neben Kommuniqué[11] müßten klare Thesen, die Gemeinsamkeiten unterstrichen, veröffentlicht werden. Dies sei auch französische Meinung. Colombo ging auf seine Sorgen bezüglich möglicher Konfrontation Europa–USA ein (US-Inflationsbekämpfung durch Hochzinspolitik[12], Nord-Süd-Verhältnis). Wenn US-Präsident[13] in Ottawa auch kaum etwas sagen könne, was er nicht schon im Kongreß gesagt habe, so könne man doch von Amerikanern verlangen, daß sie den Eindruck geben, es bleibe nicht unbeachtet, was die Europäer zu sagen hätten. Er wolle daher am 17. oder 18.[14] Botschaft an Haig in diesem Sinne senden. Er wäre dankbar, wenn auch wir dies tun könnten.

f) Namibia

Einigkeit, daß Weg der Fünfer-Gruppe[15] fortzusetzen sei und daß etwa abweichende US-Politik, die noch nicht durchschaubar sei, viele Sympathien bei den gemäßigten Staaten kosten könnte, die auf Fortsetzung bisherigen Weges drängen würden.

g) Europa

Colombo trug seine Überlegungen zur Europäischen Union vor. Es hänge vom Inhalt seiner und der Partnerstaaten Überlegungen ab, ob man zusammen oder jeder für sich seine Ideen lanciere, ob Vertrag oder gemeinsame Erklärung anzustreben sei. Colombos Stand der Überlegungen: Europäischer Rat müsse nach wie vor mit Charakteristik des Motors der europäischen Einigung ausgestattet sein. AM-Rat müsse ein „generaler" (Einwurf BM: und zentraler) Rat sein, bei dem EPZ beheimatet sei. EPZ müsse in allen Aspekten der internationalen Politik vertieft werden. In einigen ausgewählten Bereichen könne obligatorische Konsultation eingeführt werden, etwa da, wo nicht alle EPZ-Teilnehmer vertreten seien (Beispiel: Ottawa), oder auch da, wo es besonders wünschenswert sei, daß Europa mit einer Stimme spräche (UN). Dabei sei er – angesichts Erfahrungen mit Luxemburger Kompromiß von 1966[16] – vorsichtig bezüglich Frage, ob von Konsensprinzip abgegangen werden könne (so daß also auch eine bloße

10 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

11 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1981, S. 613–616.

12 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

13 Ronald W. Reagan.

14 Korrigiert aus: „daher 17. oder 18."

15 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA.

16 Korrigiert aus: „65".
Am 14. Januar 1962 legte der EWG-Ministerrat in Brüssel den Beginn der zweiten Stufe der Vorbereitung für den Gemeinsamen Markt rückwirkend auf den 1. Januar 1962 fest; die dritte Stufe sollte am 1. Januar 1966 beginnen. Entscheidungen, die den Gemeinsamen Markt betrafen, sollten dann nur noch durch Mehrheitsbeschluß gefaßt werden. Vgl. dazu AAPD 1962, I, Dok. 21.
In der Folge der EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30. Juni 1965 in Paris lehnte Frankreich das Prinzip der Mehrheitsentscheidungen ab und verfolgte eine „Politik des leeren Stuhls". Die Krise konnte auf der EWG-Ministerratstagung am 28./29. Januar 1966 in Luxemburg durch einen Kompromiß beigelegt werden, der vorsah, daß sich die EWG-Mitgliedstaaten zunächst bemühen sollten, Lösungen einvernehmlich zu finden, und erst nach Ablauf einer „angemessenen Frist" Mehrheitsbeschlüsse getroffen werden könnten. Vgl. dazu AAPD 1966, I, Dok. 25.

Mehrheitsentscheidung Haltung für alle MS verbindlich festlegen könne). BM: In solcher Regelung könnte, wer immer Bedenken dagegen habe, auch Vorteil einer „goldenen Brücke" (was außenpolitische Verpflichtungen eines MS gegenüber Dritten angehe) sehen.

Zu Thema „Sicherheit", das Colombo anschnitt, sagte BM, es gebe starken Widerstand in einigen Mitgliedstaaten (nicht bei uns) gegen einen Rat der Verteidigungsminister. Man könne aber in der EPZ über „Sicherheit minus dem rein militärischen Bereich" sprechen. So wie man jetzt bereits über KSZE dort spreche, könne man auch über MBFR oder Sicherheit der Energieversorgung in gleicher Weise sprechen. Sicherheit sei Begriff von großer Breite und Tragweite. Es gebe Fülle von Themen, über die man, ohne reine Militärpolitik zu berühren, sprechen könne. Dem würden auch die Gegner eines Rats der Verteidigungsminister zustimmen können.

Colombo: Einzubeziehen seien auch Kultur, Erziehung und vielleicht auch die Forschung in Themenbereich einer Europäischen Union. C. wies dabei auf zwei Schwierigkeiten hin: erstens Gebiete abzustecken, zweitens Verschiedenheit unserer Einrichtungen (zentralistische – Italien – und föderalistische – Bundesrepublik Deutschland – Struktur).

Darüber hinaus biete sich Koordinierung der Wirtschaftspolitiken als politisches Thema für eine Europäische Union an: Man müsse für die Wirtschaftspolitik bestimme Prinzipien festlegen, die dann verbindlich seien (Beispiele: Festsetzung einer Toleranzgrenze für Inflationsrate und Haushaltsdefizite, Koordinierung der Lohnpolitik). Durch Vielzahl solcher Regeln könne man sich allmählich gemeinsamem Währungssystem nähern. Koordinierung der Wirtschaftsstrategien solle in Grenzen auf einigen Gebieten erfolgen, aber es dürfe sich nicht nur um Referenzpunkte handeln.

C. setzte sich für obligatorische Anwendung von ausgewählten Beschlüssen des EP in MS ein.

h) BM zu „Europa"-Vorstellungen Colombos

Er habe mit Interesse und Sympathie Ausführungen über Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und EP zugehört. Es gehe nun darum, wie die Dinge voranzubringen seien. Er habe Franzosen gesagt: Bei einem der nächsten inoffiziellen AM-Treffen könne man darüber sprechen. Anfang September könnten wir die Punkte Colombos geprüft haben. Dann könnten BM und C. erneut darüber sprechen.[17]

BM brachte sodann seine Sorgen über Agrar- und Finanzpolitik zum Ausdruck. An Ein-Prozent-Grenze Mehrwertsteuer[18] müsse man festhalten. Dies sei sehr wichtig für uns. (Colombo dagegen: Man müsse an Ein-Prozent-Satz rütteln, nicht wegen der Landwirtschaft, sondern wegen anderer Fragen und Erweiterung.[19]) Unsere Nettozahlungen dürften nicht ins Unendliche wachsen. Sie würden dadurch erschwert, daß wohlhabende Mitgliedstaaten Nettoempfänger sei-

17 Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Colombo trafen am 11. September 1981 in Rom zusammen. Vgl. Dok. 253.

18 Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 69, Anm. 19.

19 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal bzw. Spanien vgl. Dok. 177, Anm. 18, bzw. Dok. 189, Anm. 28 und 29.

en. Man müsse einen Mechanismus einführen mit der Wirkung einer „Plafondierung". Colombo sagte dazu, daß die italienische Stellungnahme sich noch auf die Wiederholung von allgemeinen Erklärungen beschränke. Sicherlich müsse man Änderungen in der Agrarpolitik ernsthaft prüfen, vor allem im Sinne einer Verlangsamung des automatischen Anstiegs der Ausgaben. Dabei sei gleichgewichtige Behandlung der nördlichen und der Mittelmeerländer nötig. Er habe keine Einwendungen gegen Plafondierung nach unten und nach oben, wenn sie verbunden würde mit dem Prinzip der finanziellen Solidarität.

i) BM unterrichtete Colombo auf dessen Wunsch über Jalloud-Besuch.[20]

k) Naher Osten

BM, auf entsprechende Frage Colombos: Frankreich werde nicht mehr die Lokomotive in der Nahostpolitik sein.

Colombo: Französische Erklärungen hätten Verwirrung in Italien ausgelöst.

l) Kommunistische Beteiligung an französischer Regierung[21]

BM: BK und er haben öffentliche Meinung beeinflußt durch Erklärung, wir sähen darin kein Problem.[22] Mitterrand selbst habe gesagt: Kommunistische Regierungsbeteiligung sei weniger für Frankreich als für andere Länder aktuell. Colombo hierzu: Bis jetzt gebe es keine Konsequenzen aus dem Eintritt von Kommunisten in die französische Regierung. Italienische Kommunisten sprächen heute nicht mehr von Regierungsbeteiligung als vielmehr von Alternativen. Das wäre anders gewesen, wenn Frankreich Entscheidung zwei Jahre früher gefällt hätte.

2) Dreistündiges, sehr freundschaftlich geführtes Gespräch ergab in fast allen wesentlichen Punkten übereinstimmende italienisch-deutsche Auffassung. Dreiertreffen in London[23] wurde von Colombo nur im Zusammenhang mit gemeinsamer Presseerklärung der Minister[24] angesprochen: Er müsse hier den üblichen Vorbehalt gegen diesen Typ von Treffen einlegen.

Simon[25]

Referat 203, Bd. 123281

20 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem Stellvertreter von Oberst Gaddafi, Jalloud, am 6./7. Juli 1981 vgl. Dok. 188, Anm. 45.

21 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 198, Anm. 65.

22 Staatssekretär Becker, Presse- und Informationsamt, erklärte am 24. Juni 1981 zur Frage möglicher Sicherheitsrisiken infolge der Regierungsbeteiligung der KPF: „1. hat die französische Regierung der Bundesregierung mitgeteilt, daß ein solches Risiko nicht entstehen wird. 2. ist Frankreich […] ja nicht Mitglied der militärischen Organisation der NATO, und von daher verringert sich der sensitive Bereich etwas, ohne daß er dadurch auf Null geschrumpft ist. 3. bitte ich Sie, beim Gesamtumfang der Kabinettsmitglieder eine gewisse Differenzierung vorzunehmen, was die jeweilige Kompetenz der Minister und StS betrifft. Die Bundesregierung sieht hier keine Gefährdung." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 7. Juli 1981; VS-Bd. 10285 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

23 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) am 5. Juli 1981 in Chevening vgl. Dok. 187–189.

24 Zu den Mitteilungen an die Presse vgl. den Artikel „Genscher und Colombo: Festhalten am NATO-Doppelbeschluß"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 18./19. Juli 1981, S. 5.

25 Paraphe.

209

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Montebello

19. Juli 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan am 19. Juli 1981 von 17.00 Uhr bis 18.00 Uhr in Montebello[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: die Außenminister Haig und Genscher, die Finanzminister Regan und Matthöfer, Ed Meese und AL 2[3].

Reagan hofft, daß der Gipfel mit einer Note des Optimismus enden werde. Sein Optimismus gründet sich auf die Entwicklung der US-Wirtschaft. Schon vor Ingangsetzung des Erneuerungsprogramms[4] plant z. B. eine Stahl-Firma Investitionen in Höhe von 3,5 Mrd. $.

Bundeskanzler: Hier liegt der Unterschied zwischen den USA und Europa, wo die Stahlindustrie bei Preisen von 25% unter den Amerikanern unter Kosten verkaufen muß mit entsprechenden wirtschaftlichen Folgen: Verlust von Arbeitsplätzen, Arbeitslosigkeit, Subventionen und Tendenzen zum Protektionismus. Die notwendige Restrukturierung (mehr Qualitäts- als Massenstahl) stößt sich an den hohen Zinsen. Hohe Zinsen sind auch ein Grund für die Flaute im Baugewerbe, die sich negativ auf die Stahlnachfrage auswirkt. Diese Entwicklung wird sich in Europa noch einige Zeit fortsetzen.

Folgen der hohen Zinsen

Bundeskanzler möchte die Wirtschaftspolitik des Präsidenten nicht kritisieren, aber sein Verständnis für die unerwünschten Folgen der hohen Zinsen in Amerika[5] für die europäische Wirtschaftsentwicklung wecken. Die hohen Zinsen drosseln die wirtschaftliche Aktivität. Sie begrenzen den Manövrierraum der Zentralbanken bei der wirtschaftlich notwendigen Herabsetzung der Zinssätze. Wir werden deshalb ein Programm scharfer Haushaltskürzungen in Gang setzen, um die Kreditaufnahme des Staates zu reduzieren. Der Grund hierfür liegt darin, daß wir unsere Wirtschaft nicht von der amerikanischen abkoppeln können. Wir müssen die hohen amerikanischen Zinsen auch öffentlich als Grund für die harten Maßnahmen nennen, die wir zu ergreifen haben.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, z. Z. Montebello, am 20. Juli 1981 gefertigt und am 24. Juli 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau mit dem Hinweis übermittelt, daß die Gesprächsaufzeichnung von Bundeskanzler Schmidt gebilligt sei.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 24. Juli 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178845.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 16. bis 22. Juli 1981 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Kanada auf. Für das deutsch-kanadische Regierungsgespräch am 17. Juli 1981 in Ottawa vgl. Dok. 206. Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Für weitere Gespräche von Schmidt am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 210, Dok. 211, Dok. 212 und Dok. 215.

3 Otto von der Gablentz.

4 Zum Wirtschaftsprogramm des Präsidenten Reagan vom 18. Februar 1981 vgl. Dok. 38, Anm. 15.

5 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

Reagan: Die hohen Zinsen sind nicht Teil unseres wirtschaftlichen Programms. Wir haben sie von der letzten Regierung geerbt. Sie treffen auch die amerikanische Wirtschaft, wie z. B. der Bankrott von 800 Automobilhändlern zeigt. Die Fed[6] betreibt eine von der Regierung unabhängige monetäre Politik. Wir glauben, daß die hohen Zinsen Ergebnis der Inflation sind und nicht ihre Ursache. Unser Ziel ist, die Inflation zu reduzieren. Die Erwartung einer einstelligen Inflationsrate wird die Zinssätze in den nächsten Monaten herunterbringen.

Bundeskanzler sieht für das nächste Jahr angesichts der Kongreß-Teilwahlen[7] die Gefahr einer Stop-and-go-Politik. Er unterstreicht noch einmal, daß er die amerikanische Wirtschaftspolitik nicht kritisieren möchte, aber Verständnis für die ernsten Folgen dieser Politik für Europa wecken möchte.

Regan bezieht sich auf die Kritik des Kanzlers an einer mangelnden Fiskalpolitik in Washington. Er erläutert die amerikanischen Haushaltskürzungen und den Willen der Regierung, das Haushaltswachstum einzugrenzen. Auf Einwand des Bundeskanzlers, daß der Erfolg der Haushaltspolitik auch von den Steuersenkungen abhängt, die nach seiner Ansicht möglichst spät und möglichst gering ausfallen sollten, meint er, daß die Steuersenkungen über eine Stimulierung der Wirtschaftsaktivität nicht zu einer Senkung der Staatseinnahmen führen werden.

Bundeskanzler hat keine Schwierigkeit, eine solche Entwicklung als Möglichkeit ins Auge zu fassen. Vor allem bei der Größe des amerikanischen Marktes und der starken Position der USA als Marktführer. Er bittet aber nochmals, die schlimmen Folgen der amerikanischen Hochzinsen auf die Wirtschaft der Partner zu verstehen.

Reagan betont, daß es ihm darauf ankommt, die eingebauten Steuererhöhungen zu vermindern. Die neuen Steuersenkungen sollen Kapazitäten für Investition und Schaffung neuer Arbeitsplätze freisetzen.

Bundeskanzler: Auch wir haben mit dem Problem eingebauter Steuererhöhungen zu tun und haben daher die Steuern zum 1. Januar in einer Höhe von 1% des BSP gesenkt.

Regan sieht auch die Folgen der amerikanischen Hochzinsen für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Der hohe Dollar-Kurs hat zu einer Erhöhung der Ölpreise geführt. Die Amerikaner werden die hohen Zinsen so früh wie möglich herabbringen, können aber jetzt nicht die erfolgreich begonnene Wirtschaftspolitik aufgeben.

Matthöfer wendet ein, daß man Inflation nicht allein durch hohe Zinsen bekämpfen kann, vor allem, wenn es in der Wirtschaft eingebaute Inflationsfaktoren gibt.

Bundeskanzler erläutert, daß wir unsere Inflationsrate durch einen entsprechenden policy-mix niedriger gehalten haben als die meisten anderen Staaten, obwohl auch wir es wie die Amerikaner in der Geldpolitik mit einer unabhängigen Bundesbank zu tun haben.

6 Federal Reserve.

7 Am 2. November 1982 fanden in den USA Gouverneurswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

Regan betont, daß die Amerikaner bei ihrer deflatorischen Politik nicht nur auf der Geldpolitik aufbauen, sondern mit Haushaltskürzungen Fiskalpolitik betreiben, die Wirtschaft von den Fesseln der Reglementierung befreien (deregulation) und die Wirtschaftsaktivität durch Steuersenkungen stimulieren.

Bundeskanzler weist auf die Erfordernisse der Teilwahlen zum Kongreß im nächsten Jahr hin. Er selbst würde nicht von einer deflatorischen Politik sprechen, da bei uns die Leute dann an die 30er Jahre denken. PM Thatcher setzt sich mit allen Mitteln für die Inflationsbekämpfung ein mit dem Ergebnis, daß sie die ererbte Inflationsrate nicht hat senken können, wohl aber inzwischen drei Millionen Arbeitslose im Land hat.

Reagan erläutert, daß 1974 die Politik größerer Regierungsausgaben nicht zur Stimulierung der Wirtschaft geführt, sondern gleichzeitig Inflation, Rezession und Arbeitslosigkeit erhöht habe. Er setzt sich daher für das Gegenteil einer Politik größerer Regierungsausgaben ein und möchte den von Carter übernommenen Haushaltsentwurf um 40 Mrd. $ kürzen. Steuersenkungen sollen die Anreize für Investitionen schaffen.

Bundeskanzler hofft, daß Reagan recht behält. Er muß sich aber bewußt sein, daß die hohen Zinsen einer der Gründe der Arbeitslosigkeit in Europa sind und daß dies jeder in Europa weiß. Wenn diese Entwicklung so weitergeht, ist mit großen wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten in Europa zu rechnen, die den sozialen Zusammenhalt auf eine harte Probe stellen. Auf Einwand Reagans, daß die hohen Zinssätze nicht erst mit seiner Regierung begonnen haben, weist er auf Darlegungen z. B. von Under Secretary Sprinkel hin (*Regan*: He has been muzzled).

Bundeskanzler: Auf Einwand Regans, daß der hohe Dollar-Kurs die europäischen Exporte fördert, meint er, daß Währungsabwertungen zunächst unangenehme Folgen in hohen Preisen, in diesem Fall vor allem im Ölpreis, zeitigen und sich die Vorteile erst später herausstellen.

Reagan: Er betont, daß traditionelle Keynesianische Rezepte nicht weiterhelfen. Zur Illustration des Optimismus berichtete er über die Geschichte eines Psychiaters, der von einem Vater beauftragt wird, seine beiden Söhne vom Pessimismus bzw. Optimismus zu heilen. Der Pessimist wird in ein Zimmer mit herrlichstem Spielzeug geführt, worauf er nur seine Angst zeigt, dies alles wieder zu verlieren.

Der Optimist wird in einen Stall mit Pferdemist geführt, worauf er beginnt aufzuräumen und nach dem Pony zu suchen, das irgendwo unter dem Dung versteckt sein muß.

Entwicklung in Frankreich

Bundeskanzler dankt für die ermutigende und für uns bestätigende Botschaft des Präsidenten.[8] Er dankt Meese für das Gespräch, das er und Haig mit dem

8 In dem Schreiben vom 17. Juli 1981 an Bundeskanzler Schmidt legte Präsident Reagan dar: „Regarding France, while I can understand Mitterrand's rationale for bringing communists into his Government, I am less sanguine than you about the prospect for success. But whatever the domestic political rationale, this step does pose serious security questions for the Alliance. […] I believe a careful review should be conducted at NATO to ensure that classified information of the Alliance will not be compromised. […] Our goal should be to strengthen France's desire to work actively for the common defense, not weaken it through highly visible punitive action." Weitere Themen waren der Beginn

Chef BK am 18.7.1981[9] in Washington geführt haben.[10] Er wiederholt sein Vertrauen, daß man sich in allen Fragen der westlichen Allianz auf Mitterrand voll verlassen kann. Wie er bereits Botschafter Burns[11] sagte, sei er sicher, daß sich Mitterrand im Krisenfall wie de Gaulle in der Kuba-Raketenfrage[12] verhalten werde. Mitterrand habe ihm dies ausdrücklich bei den Konsultationen in Bonn[13] bestätigt. Auch in den Ost-West-Beziehungen ist Mitterrand ein voll verläßlicher Partner. Es zeigt sich auch, daß er nicht von den Kommunisten in der Regierung[14] beeinflußt wird. Zur Hereinnahme der Kommunisten hatte er gute Gründe. Er hat Aussicht, ihre Wählerstärke in den nächsten Jahren auf die Hälfte zu reduzieren. Er wird den Franzosen und seinen Partnern in seiner Politik zeigen, daß er nicht von den Kommunisten abhängt. Gewisse Sorgen und Zweifel bleiben allerdings in bezug auf die französische Wirtschaftspolitik.

Gas-Röhren-Geschäft[15]

Reagan spricht das geplante Gas-Röhren-Geschäft an und bittet, einen Abschluß so lange zurückzustellen, bis die amerikanische Regierung ein neues Energieprogramm vorgelegt hat. In diesem Programm soll auch die nukleare Komponente wieder hergestellt werden. In diesem Zusammenhang sollte auch eine Alternative zur Gasversorgung aus Sibirien entwickelt werden, damit die europäischen Verbündeten nicht unter taktischen Druck der Sowjetunion geraten können.

Bundeskanzler hält auf diese Frage eine lange Antwort für erforderlich:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1141

der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme und die amerikanische Wirtschaftspolitik. Vgl. den Drahterlaß Nr. 822 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 28. Juli 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11110 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Korrigiert aus: „17.7.1981".

10 Ministerialdirektor Fischer, z. Z. Montebello, notierte am 19. Juli 1981 für Bundesminister Genscher, daß am selben Tag nachmittags eine Besprechung der Delegation der Bundesrepublik bei Bundeskanzler Schmidt stattgefunden habe, in der dieser über ein Gespräch „Meese-Lahnstein, das am 18. Juli 1981 in Washington teilweise in Anwesenheit von AM Haig stattfand", berichtet habe: „Dabei soll die amerikanische Seite sehr stark um Vertrauen der Bundesregierung und des Bundeskanzlers in ihre Politik geworben haben. Insbesondere sei mehrfach versichert worden, daß die amerikanische Seite zu Verhandlungen mit der SU zum Doppelbeschluß bereit sei, Reagan jedoch nicht ‚pushed around' werden wolle. Auf die Frage, wer die amerikanische Außenpolitik letztlich bestimme, habe Meese geantwortet und auf Haig weisend gesagt, er sei ‚the principal articulator' der Politik Reagans, und wir sollten seine Äußerungen als die Linie Reagans akzeptieren. Zur Frage der außenpolitischen Konzeption habe Meese gesagt, die Administration werde kaum einen ‚grand design' im Stile Kissingers hinlegen, Reagan liege eher eine pragmatische Entwicklung außenpolitischer Themen." Vgl. Referat 412, Bd. 122385.

11 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Botschafter Burns am 2. Juli 1981 vgl. Dok. 198, Anm. 60.

12 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 198, Anm. 61.

13 Für die deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1981 vgl. Dok. 198–202.

14 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 208, Anm. 22.

15 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 206, Anm. 19.
Referat 421 notierte am 30. Juli 1981: „Die Deutsche Bank hat am 24. Juli 1981 vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Konsortialpartner eine Rahmenkreditvereinbarung über die Finanzierung von Ausrüstungslieferungen bis zu 4 Mrd. DM (ursprünglich geplantes Volumen war 10 Mrd. DM) abgeschlossen. Laufzeit zehn Jahre, Zinssatz gegenüber UdSSR 7,8 %, wobei jedoch die Differenz etwa zur Hälfte des Kreditrahmens durch Rediskont bei der Deutschen Bundesbank (z. Z. 9,6 %) bzw. dem Marktzins in den Preisen der deutschen Lieferungen untergebracht werden muß (also keine staatliche Zinssubvention!). UdSSR muß 15 % des Lieferwerts anzahlen. Einzelne Liefergeschäfte noch nicht abgeschlossen; auch bei Erdgaspreis steht Einigung noch aus." Vgl. Referat 421, Bd. 141336.

1) Unser Handel mit der Sowjetunion ist kleiner als der mit der Schweiz. Wir beziehen vor allem Rohstoffe und liefern Maschinen. Aus geographischen Gründen sind bestimmte Teile unserer Industrie auf den sowjetischen Markt orientiert.

2) Wir haben die Erfahrung gemacht, daß wir den menschlichen Kontakt mit 17 Millionen Deutschen in der DDR nur in dem Maße erhalten und entwickeln können, wie der Wirtschaftsaustausch funktioniert.

3) Wir brauchen das Erdgas. Unsere einzige eigene Energiequelle ist die außerordentlich teure deutsche Kohle. Mit unserer Exportabhängigkeit im Energiebereich haben wir im Verhältnis zur OPEC, aber auch im Verhältnis zu USA und Kanada (bei der Versorgung mit Uranium[16]) schlechte Erfahrungen gemacht. Das gilt auch für die Versorgung mit Erdgas durch westliche Partner, die OPEC-ähnliche Preise verlangen.

4) In unserer schwierigen Lage müssen wir die Risiken der Energieversorgung diversifizieren. Um[17] uns nicht politischem Druck auszusetzen, haben wir unsere Abhängigkeit vom sowjetischen Erdgas auf maximal 30%, d.h. 5% unseres Primär-Energiebedarfs, begrenzt. (*Matthöfer* ergänzt, daß im Krisenfall der Ausfall von 30% vom vorhandenen Europäischen Verbund aufgefangen werden kann.)

Haig präzisiert, daß die USA um einen Aufschub des Gas-Röhren-Geschäfts von etwa vier bis sechs Monaten bittet. In dieser Zeit möchte sie mit den europäischen Partnern über verläßlichere Alternativen der Erdgasversorgung sprechen. Die USA macht sich Sorge um die Abhängigkeit der europäischen Partner von der Sowjetunion und darüber, daß wesentliche wichtige Ressourcen der Sowjetunion zugute kommen in einer Zeit, in der sie den Druck ihrer verfehlten Außenpolitik spüren sollte.

Bundeskanzler betont, daß es für den Westen vorteilhaft wäre, wenn der Sowjetunion durch Entwicklung ihrer Energiequellen in Sibirien eine Alternative für ein mögliches Vordringen in die Ölgebiete des Nahen Ostens eröffnet werde. (Reagan wirft ein, daß sich die Sowjetunion hierdurch von einem Vordringen in Nahost zum Nachteil der westlichen Stellung in der Region nicht abhalten lassen würde.)

Beim Gas-Röhren-Geschäft geht es auch um Aufträge für unsere Industrie, die nicht woanders herkommen können. Wir hängen für mehr als ein Viertel unseres BSP vom Export ab, die Amerikaner nur zu weniger als einem Zehntel.

Er ist interessiert an den in Aussicht gestellten amerikanischen Vorstellungen, da wir auch in Zukunft noch mehr Erdgas benötigen werden.

Reagan betont, daß neue Erdgasquellen erforscht und erschlossen werden sollen. Der Kohleexport soll technisch modernisiert werden.

Bundeskanzler erläutert die deutsche Kohlepolitik und gibt zu, daß sie, um eigene Energiequellen zu erhalten, auf gewisse protektionistische Elemente nicht verzichten kann.

16 Zur amerikanischen Nichtverbreitungspolitik vgl. Dok. 90, Anm. 35, und Dok. 149, Anm. 8. Vgl. ferner die Erklärung des Präsidenten Reagan vom 16. Juli 1981; Dok. 204, Anm. 28.

17 Korrigiert aus: „Uns nicht".

Nahost

Bundeskanzler betont seine Sorge über die Lage im Nahen Osten. Begin und Gaddafi (der erschreckenderweise zum OAE-Vorsitzenden gewählt wurde[18]) können offenbar von keiner Seite wirklich beeinflußt werden. Die Politik Begins und Gaddafis kann nur dazu beitragen, den Einfluß der Sowjetunion in der arabischen Welt zu vergrößern. Die Saudis teilen diese Sorge. Da wir nicht in der besten Lage sind, die israelische Politik offen zu kritisieren, bittet er, daß Reagan dieser Frage seine besondere Aufmerksamkeit widmet.

Reagan betont, daß er sich auch über diese Lage sorgt. Habib trifft Begin, um einen Waffenstillstand zu arrangieren.[19]

Haig hält einen baldigen Waffenstillstand für erforderlich. Die USA wird daher ihre Gespräche mit den vier arabischen Staaten fortsetzen. Das Ziel muß sein, eine Pufferzone zwischen Israel und den kriegführenden Kräften im Libanon zu schaffen durch Verstärkung der VN-Friedenstruppen, Unterstützung aller Partner für einen Waffenstillstand und die Bemühungen der vier arabischen Staaten.

Referat 010, Bd. 178845

210

Gespräch der Staats- und Regierungschefs in Montebello

19. Juli 1981[1]

Gespräch beim Abendessen der Staats- und Regierungschefs in Montebello am Sonntag, dem 19. Juli 1981[2]

Aus dem fast dreistündigen Gespräch sind folgende Punkte festzuhalten:

Präsident *Reagan*: Wir wollen Rüstungskontrollverhandlungen mit der Sowjetunion. Wir wollen nicht nur Rüstungsbegrenzung, sondern tatsächliche, verifizierbare Rüstungsreduktion. Diese Verhandlungen können nicht isoliert gesehen werden von den Entwicklungen z. B. in Angola, Äthiopien und Afghanistan.

18 Vgl. dazu die Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi; Dok. 188, Anm. 27.

19 Zur Lage im Libanon vgl. Dok. 219.

1 Ablichtung.
Hat Verwaltungsangestelltem Bruns, Bundeskanzleramt, z. Z. Ottawa, am 20. Juli 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 212 des Bundeskanzleramts verfügte und handschriftlich vermerkte: „Nur unter Verschluß!"

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 16. bis 22. Juli 1981 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Kanada auf. Für das deutsch-kanadische Regierungsgespräch am 17. Juli 1981 in Ottawa vgl. Dok. 206.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.
Für weitere Gespräche von Schmidt am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 209, Dok. 211, Dok. 212 und Dok. 215.

In diesen Zusammenhang gehört auch unsere Handelspolitik gegenüber dem Osten.

Präsident *Mitterrand* lädt zum nächsten Wirtschaftsgipfel im kommenden Jahr nach Frankreich ein.[3] Dies wird zuerst von BK, dem japanischen PM, dann von allen akzeptiert.

PM *Suzuki* macht längere Ausführungen allgemeiner Art, die auf die Feststellung hinauslaufen, daß die Notwendigkeit zur engeren Zusammenarbeit bestehe, zu der Japan bereit sei.

Präsident *Reagan*: Die Sowjetunion hält sich nicht an die in Helsinki[4] übernommenen Verpflichtungen, z. B. hinsichtlich der Ausreisemöglichkeiten. Es sei notwendig, daß die SU versteht, daß die USA ihre gegenwärtige Unterlegenheit überwinden und durch Rüstung wieder Stärke zurückgewinnen werde. Andernfalls wäre die SU nicht bereit, ihre Rüstung zu verringern und zu verhandeln.

PM *Thatcher* betont die Notwendigkeit der Verhandlungen und bittet BK um seine Beurteilung der Lage.

BK: 1) Es bestehen indirekte Bedrohungen aus den Ost-West-Spannungen im Nahen Osten; Begin und Gaddafi machen, was sie wollen, mit der möglichen Folge der Öffnung einer Reihe von arabischen Staaten für die Einflußnahme der Sowjetunion, wie im Irak und Iran. Dies ist die Folge politischer Vakuen. Gefahren dieser Art haben auch für Pakistan bestanden. Akut besteht heute Gefahr für Nordjemen, Sudan, Somalia und für Staaten in Zentralamerika. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, politische Vakuen nicht entstehen zu lassen, damit nicht noch weitere Staaten der Dritten Welt in den Ost-West-Konflikt hineingezogen werden.

2) Direkte Auswirkungen der Ost-West-Spannungen

Die Verzögerung der Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung erlaubt es der Sowjetunion, sich in Europa als Friedensmacher darzustellen. Notwendig ist es, das militärische Gleichgewicht zu erreichen. Auf dieser Grundlage streben wir einen Dialog mit der SU an. Wir haben 500 000 ausgebildete Soldaten, die wir innerhalb von fünf Tagen auf eine Stärke von 1,2 Millionen gedienter Wehrpflichtiger steigern können. Der Dialog ist notwendig, damit für 16 Millionen Deutsche in der DDR die Kommunikation erhalten bleibt. Aus dem gleichen Grunde werden wir nicht den Handel mit der SU aufgeben; er liegt uns nahe, außerdem aus historischen und geographischen Gründen.

3) Zur Einschätzung der sowjetischen Absichten

BK beschreibt verschiedene Strömungen in der sowjetischen Führung. Suslow denke z. B. anders als Breschnew. Die sowjetische Führung hat Angst vor einem Krieg. Minderwertigkeitskomplexe, der Drang zur Kompensation und die „Gleichheitsobsession" im Verhältnis zu den USA bilden eine gefährliche Mi-

[3] Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 63/64 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 11. Juni 1982; AAPD 1982.

[4] In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

schung, die zu imperialer Politik führt. In der sowjetischen Führung ist es Breschnew, der die Politik am stärksten an der Erhaltung des Friedens orientiert.

4) Zur gestellten Frage nach der Pazifismusdiskussion in Europa

Der Begriff trifft eigentlich nicht zu. Tendenzen dieser Art hat es schon immer gegeben. Sie spielen im wesentlichen eine Rolle in Staaten, die selbst nicht über eigene Atomwaffen verfügen. In diesen Staaten gibt es viele Menschen, die befürchten, im Falle einer nuklearen Drohung zu Geiseln der Atommächte zu werden. BK würde den Terminus Theater Nuclear Forces (TNF) nicht übernehmen. Es handelt sich um Waffen, die unser Volk auslöschen können, deshalb „eurostrategische" Waffen. Psychologische Entwicklung verlangt nach baldigen Verhandlungen (starke Zustimmung von Mitterrand). Die Regierungen dürfen sich aber von dem „Friedensfeldzug" nicht beeinflussen lassen (Zustimmung Spadolinis).

Schlußbemerkung BK: Er sei gegen Zielsetzung „Superiorität" im militärischen Bereich. Die Führung der SU werde das nicht akzeptieren, sondern im Rüstungswettlauf das eigene Volk eher leiden lassen. Er sei aber ebenso gegen Unterlegenheit des Westens. Die SU sei dabei, den Propagandakrieg in Europa zu gewinnen (ähnliche Einschätzung durch den Parteivorsitzenden der NDP Kanadas[5]: „The Russians talk peace, we are talking rockets."), wenn ernsthafte Verhandlungen über eurostrategische Waffen nicht alsbald beginnen.

Präsident *Reagan* macht einen Hinweis auf die Änderung der Politik der USA im Verhältnis zu seinem Vorgänger[6].

Dazu *BK*: Bei einem Konvoi von 15 Schiffen kann nicht mit jedem Wechsel eines Kapitäns auf einem Schiff der gesamte Konvoi einen neuen Kurs einschlagen müssen; das ist gefährlich, da die SU jahrelang den gleichen Kurs hält (Zustimmung Mitterrand).

Präsident *Mitterrand* (auf Aufforderung BK):

1) Frankreich unterstützt eindeutig die Bündnispolitik gegenüber der Sowjetunion. (Diesen Teil trägt Mitterrand mit großem Ernst vor und offensichtlich mit der Hoffnung auf Eindruck bei Präsident Reagan. Ich[7] weiß nicht, ob Reagan diese Ausführungen voll verstanden hat.)

2) (An Reagan gewandt): Die Bevölkerung der nicht-nuklearen Staaten Europas hält[8] Verhandlungen über eurostrategische Waffen noch im Herbst dieses Jahres für unbedingt notwendig.

PM *Spadolini* stimmt BK zu. Die SPI[9] sei durch Koalitionsabreden auf den NATO-Doppelbeschluß festgelegt. Verhandlungen sollten so bald wie möglich beginnen. Sie seien auch notwendig für seine Koalitionsregierung im Verhältnis zur KPI.

Präsident *Reagan* antwortet auf die Frage Mitterrands nach dem militärischen Stärkeverhältnis der USA zur Sowjetunion: Wir haben keine Gleichheit, wir

5 Vorsitzender der „New Democratic Party" war John Edward Broadbent.
6 James E. Carter.
7 Helmut Schmidt.
8 Korrigiert aus: „haben".
9 Sozialistische Partei Italiens.

haben Unterlegenheit; wir sind unterlegen bei „manpower und tanks“. Wir haben keine Two-Ocean-Navy mehr. Dies alles stellt sich dar als Ergebnis der amerikanischen Vernachlässigung und der sowjetischen Zielstrebigkeit. Schon Lenin habe gesagt: Die Kommunisten müßten erst Europa, Asien und dann Südamerika unter ihren Einfluß bringen, die USA fielen ihnen dann schließlich auch zu.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 58

211

Deutsch-italienisches Regierungsgespräch in Montebello

20. Juli 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem italienischen Ministerpräsidenten Spadolini beim Frühstück in Montebello am 20. Juli 1981 von 8.30 Uhr bis 9.30 Uhr[2]

Am Gespräch nahmen die Außenminister Genscher und Colombo teil. Als Notetaker Berlinguer und AL 2[3].

Bundeskanzler hebt einleitend einige Punkte aus dem abendlichen Gespräch der Regierungschefs vom 19. Juli hervor:

– Mitterrand lädt zum achten Gipfeltreffen nach Frankreich ein.[4] Alle Regierungschefs akzeptieren und sind sich einig, die Zahl der Delegationsmitglieder zu reduzieren.

– Mitterrand stellt völlig klar, daß er zu seinen Bündnispflichten stehen wird und den Doppelbeschluß der NATO[5] unterstützt.

– Zum Doppelbeschluß liegen Italien und Deutschland völlig auf der gleichen Linie. Die Italiener wollen baldige TNF-Verhandlungen auch aus dem Grunde, der KPI und der sowjetischen Propaganda den Wind aus den Segeln zu

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 24. Juli 1981 gefertigt und am selben Tag mit dem Hinweis an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt, daß die Gesprächsaufzeichnung noch nicht von Bundeskanzler Schmidt gebilligt sei.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 27. Juli 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178842.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 16. bis 22. Juli 1981 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Kanada auf. Für das deutsch-kanadische Regierungsgespräch am 17. Juli 1981 in Ottawa vgl. Dok. 206. Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Für weitere Gespräche von Schmidt am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 209, Dok. 210, Dok. 212 und Dok. 215.

3 Otto von der Gablentz.

4 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 63/64 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 11. Juni 1982; AAPD 1982.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

nehmen. Auch Mitterrand betont, daß es mit Rücksicht auf die besondere psychologisch-politische Lage in den europäischen Nichtnuklearstaaten möglichst bald zu Verhandlungen kommen muß. Für SALT-Verhandlungen scheint er die Zeit für noch nicht gekommen zu halten. Reagan unterstreicht noch einmal seinen Willen zu Verhandlungen, nicht nur zur Rüstungsbegrenzung, sondern auch zur Abrüstung. Er kritisiert Carters SALT-Politik. Er hebt die Menschenrechtsverletzungen der SU auch seit der Schlußakte von Helsinki[6] hervor.

– MP Thatcher bemüht sich offenbar, auf einer Linie mit den anderen Europäern zu argumentieren. MP Suzuki betont seinen Willen zu Einvernehmen und Kooperation mit den westlichen Demokratien.
– BK betont die Gefahr, die von Begin und Gaddafi für die Stabilität im Nahen Osten ausgeht.

  BK betont auf Frage Colombos, daß er sich im bilateralen Gespräch mit Reagan deutlich für den Abschluß des Gas-Röhren-Geschäfts[7] ausgesprochen habe.
– BK betont, daß der Konvoi der westlichen Schiffe nicht bei jeder Neuwahl eines Kapitäns seinen Kurs wechseln könne.

Nahost

Colombo gewinnt aus Haigs Äußerungen im Kreis der Außenminister zu Nahost den Eindruck von Unsicherheit und Verwirrung. Die Sieben müssen etwas zu Libanon und auch zu Südafrika sagen, auch wenn die USA nicht bereit sind, auf Israelis und Südafrikaner Druck auszuüben. Er zeigt sich beeindruckt von der Mitteilung Haigs, daß Israel stark genug sei, sechs Monate einen Krieg zu führen, ohne auf neue Waffenlieferungen angewiesen zu sein.

Genscher berichtet, daß Carrington für eine Verurteilung der Israelis eintritt, was Haig allerdings unmöglich zu sein scheint, obwohl er sich persönlich sehr besorgt geäußert habe. Frankreich habe sich zurückgehalten.

Colombo warnt vor der Gefahr, daß der Westen die arabische Welt gegen sich mobilisiert.

Südliches Afrika

Genscher sieht Namibia unter demselben Vorzeichen. Im Kreis der fünf Außenminister[8] hat er sich dafür eingesetzt, daß alle fünf Regierungen an die vereinbarte Namibiapolitik gebunden bleiben, während Haig eine neue Regierung als nicht verpflichtet betrachtet. Ein interner US-Vorschlag – eine Namibia-Lösung mit dem Rückzug der Kubaner aus Angola zu verknüpfen – wurde von den übrigen Vier abgelehnt, da dies ein Ende der Namibia-Initiative bedeutete und ganz Schwarzafrika gegen die Fünf aufbringen würde. Wenn sich wegen der Politik Israels und der Politik Südafrikas die Staaten des Nahen Ostens und

6 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

7 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 209, Anm. 15.

8 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 216.

Schwarzafrikas gegen den Westen stellten, wäre dies der größte Sieg der Sowjetunion, gegen den kein westliches Rüstungsprogramm helfen könne.

Doppelbeschluß

Bundeskanzler antwortet auf Frage Colombos, daß Reagan den Zeitplan für LRTNF-Verhandlungen mit Nachdruck bestätigt habe. Er fragt, ob der Westen bei der Vorbereitung seiner Verhandlungsposition genügend Fortschritte mache.

Genscher meint, daß bis Ende Oktober/Anfang November die westliche Verhandlungsposition festliegen werde. Die Verhandlungsziele müssen noch formuliert werden. Die SCG muß sich auch mit der sogenannten Null-Option auseinandersetzen, die Colombo als ebenso gültig wie theoretisch bezeichnet. Sollte es nicht möglich sein, das Verhandlungsmandat im Oktober fertigzustellen, so werde er namens der Stationierungsländer die Einberufung eines Ministertreffens verlangen.

Europafragen

Colombo setzt sich dafür ein, den Gedanken eines politischen Europa mit neuem Leben zu erfüllen. Man dürfe nicht nur wirtschaftliche, sondern müsse auch institutionelle Ziele verfolgen.

Bundeskanzler ist gerne bereit, an jeder Initiative mit dieser Tendenz mitzuwirken, wenn er auch nicht ganz klar sieht, was wir tun können. Er ist aber gerne bereit zu lernen. Die Deutschen werden mitarbeiten. Die deutsche Haltung wird zur Zeit von den finanziellen Schwierigkeiten überschattet. Ein EG-Beitrag von 13 Mrd. DM jährlich stellt eine enorme Bürde für die Zahlungsbilanz dar. Er hofft, daß die Italiener verstehen werden, wenn wir zögern, zusätzlichen EG-Ausgaben zuzustimmen. Aber auf institutionellem und allgemeinem politischen Gebiet wollen wir sicherlich Initiativen stützen, die Erfolg versprechen.

Genscher hält es für besonders wichtig, die außenpolitische Stimme Europas zu organisieren. Die Zusammenarbeit mit den USA ist auf längere Sicht nur zu sichern, wenn die europäische Identität gestärkt wird.

Colombo stimmt zu und betont, daß wir gemeinsam eine Lösung für eine angemessene Verteilung im Rahmen der Agrarpolitik finden müssen. Bei der Lösung des englischen Problems muß eine Höchstgrenze für die Vor- und Nachteile gefunden werden, die ein Land aus der EG zieht.[9] Er bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß das für alle EG-Staaten gelten muß. Auf dieser Grundlage sollten die Mitgliedstaaten sich auf allgemeine Grundsätze ihrer Wirtschaftspolitik einigen (Inflationsraten, Zahlungsbilanzfragen, Geldpolitik) als Voraussetzung für eine engere währungspolitische Zusammenarbeit. Man muß sich auf gewisse automatische Konsequenzen einigen. Wenn ein Land z. B. über seine vereinbarte Inflationsrate hinausgeht, muß es gezwungen sein, eine Gesundungspolitik einzuleiten.

Bundeskanzler findet den Gedanken bestechend. Allerdings werde der „kranke Staat" – wie Spadolini sagte – nur dann den Ratschlag zur Gesundung befolgen, wenn die Ärzte ihm auch Medizin, d. h. Kredite, zur Verfügung stellen

9 Vgl. dazu den Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981; Dok. 182, Anm. 14.

können. Dafür sei es nötig, das EWS auszuweiten auf Großbritannien und einen Teil der Währungsreserven der Mitgliedstaaten in einen EWF[10] einzuführen. Dafür werde es nicht nur Probleme mit den Zentralbanken geben, sondern auch mit den Regierungen. (Spadolini: Man kann sie nach einer gewissen Zeit überzeugen.) Er fragt, ob man nicht auf dem Gebiet der EPZ, zur Zeit erfolgreichster Teil europäischer Zusammenarbeit, etwas tun kann, um den Völkern den Fortbestand der Idee des politischen Europa deutlich zu machen.

Weiteres Vorgehen in Montebello

Bundeskanzler betont auf Fragen Colombos nach der Nord-Süd-Politik, daß er notfalls bereit wäre, in dieser Frage auch eine Sechs-zu-Eins-Politik gegen die USA nach außen erkennbar werden zu lassen. Bei der amerikanischen Geldpolitik sollte man es allerdings nicht darauf ankommen lassen. Reagan und Regan sind fest davon überzeugt, daß ihre Politik zum Erfolg führt. Er ist davon noch nicht überzeugt. Er fürchtet vielmehr, daß nach dem nächsten Frühjahr die Arbeitslosigkeit die Regierung im Hinblick auf die Kongreßwahlen im Herbst[11] zu einer Stop-and-go-Politik bringen wird.

Er stimmt Colombo zu, daß den Amerikanern sehr deutlich die Konsequenzen ihrer Wirtschaftspolitik auf ihre europäischen Partner vor Augen geführt werden müssen.

Spadolini meint, daß man die Kritik an der amerikanischen Politik nicht allein Mitterrand überlassen darf.

Deutsch-italienische Konsultationen

Spadolini lädt den Bundeskanzler zu Konsultationen so bald wie möglich, möglichst bis Mitte September, nach Rom ein.[12] Auf Frage des Bundeskanzlers schlägt er vor, daß außer den Außenministern auch noch die Wirtschafts- und Finanzminister teilnehmen. Wegen der verschiedenartigen Zuständigkeiten wird Italien außer dem Außenminister drei weitere Minister hinzuziehen.

Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß man die Absicht der Konsultationen im September schon jetzt öffentlich ankündigen sollte.[13]

Auf Frage des Bundeskanzlers zeigt er sich nur allzu einverstanden mit einem kurzen Besuch des Bundeskanzlers beim Papst.[14] Der Papst erholt sich leider etwas langsamer[15], als man ursprünglich gehofft hatte.

Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß man bei Gelegenheit der Konsultationen auch ein Abendessen ins Auge faßt, das sich auch in den Medien niederschlägt.

10 Europäischer Währungsfonds.

11 Am 2. November 1982 fanden in den USA Gouverneurswahlen, Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

12 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 11./12. September 1981 in Italien auf. Vgl. dazu Dok. 252 und Dok. 253.

13 Vgl. dazu die am 13. August 1981 veröffentlichte Erklärung des Presse- und Informationsamts; BULLETIN 1981, S. 644.

14 Bundeskanzler Schmidt und Papst Johannes Paul II. trafen am 12. September 1981 in Castelgandolfo zusammen. Vgl. dazu Dok. 252, Anm. 2.

15 Zum Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 vgl. Dok. 142.

Polen

Colombo stellt fest, daß sich die Lage in Polen nach dem Parteitag[16] politisch stabilisiert hat.

Bundeskanzler meint, daß es für die SU schwierig sein werde, bei diesem Wahlergebnis zu sagen, daß der Warschauer Pakt gefährdet werde.

Genscher hält die Wahl zum Politbüro für politisch sehr weise.

Kommunistische Regierungsbeteiligung in Frankreich[17]

Bundeskanzler unterstreicht auf Frage Colombos, daß die französische Regierung nicht auf die KP-Stimmen im Parlament angewiesen ist, die kommunistischen Minister also entlassen kann, ohne eine Regierungskrise heraufzubeschwören. Die Beteiligung der Kommunisten ist ein offensichtlicher Versuch, die starken kommunistischen Gewerkschaften in ihrer möglichen Agitation gegen die Regierung zu bremsen. Das kann zu einer Entwicklung führen, in deren Verlauf die KPF die Hälfte ihrer traditionellen Wählerstimmen einbüßt. Dafür nehmen Mitterrand und Mauroy in Kauf, daß die USA und andere Partner unter Umständen spitze Fragen stellen. Das Ergebnis des Experiments bleibt abzuwarten. Er stimmt ebenso wie Genscher Colombo zu, der es für erstaunlich hält, daß Marchais unter solchen Bedingungen einer kommunistischen Regierungsbeteiligung zugestimmt habe.

Genscher berichtet, daß sich Mitterrand durchaus dessen bewußt sei, daß er mit seiner Politik unter Umständen gewisse Probleme für andere europäische Regierungen schaffe.

Referat 010, Bd. 178842

16 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

17 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 208, Anm. 22.

212

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Montebello

105-A./81 **20. Juli 1981**[1]

Nur unter Verschluß

Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand am 20. Juli 1981 um 12.30 Uhr im Château Montebello[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Präsident *Mitterrand* wies eingangs darauf hin, daß er mit dem BK seine Eindrücke über Punkte wie z. B. COCOM, GATT und die amerikanische Hochzinspolitik[3] austauschen möchte. Was die hohen Zinsen betreffe, glaube er nicht, daß bei den Amerikanern viel zu erreichen sei.

Der *BK* teilte diese Auffassung, betonte jedoch, daß man den USA gegenüber aber seine Meinung zum Ausdruck bringen sollte, damit sie wenigstens „ein schlechtes Gewissen" bekämen.

Auf die COCOM-Frage[4] angesprochen, erläuterte der BK:

1) Die Bundesregierung sei bereit, in COCOM über bestimmte Verschärfungen der Konditionen zu verhandeln.

2) Die von den USA in letzter Zeit innerhalb von COCOM geäußerte Kritik sei geeignet, den deutschen Osthandel zu beeinträchtigen. Er habe Reagan gegenüber deutlich zum Ausdruck gebracht, daß er den Gedanken einer Beeinträchtigung ablehne: Der deutsche Rußland-Handel werde seit Generationen – schon vor der Gründung der Sowjetunion – betrieben.

3) Ein Minimum an Handelsvolumen mit der Sowjetunion, Polen und der DDR sei aufgrund der gemachten Erfahrungen der einzige Faktor, dem ein Mindestmaß an Beziehungen menschlicher Art zu den 16 Millionen Deutschen in der DDR und der einen Million Deutschen in der Sowjetunion, mit der Zustimmung der beiden Regierungen, zu verdanken sei. Dies alles habe er am Vortage Reagan in Gegenwart von Haig, Meese und Regan deutlich gesagt.

4) Er – BK – weigere sich, sich durch die Amerikaner von dem Erdgas-Röhren-Geschäft[5] abbringen zu lassen. Seit Jahren habe die Bundesregierung aus-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Bouverat, z. Z. Montebello, gefertigt und von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 13. August 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler bittet, den Herrn Bundesminister zu unterrichten."
Hat Wallau am 14. August 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178841.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 16. bis 22. Juli 1981 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Kanada auf. Für das deutsch-kanadische Regierungsgespräch am 17. Juli 1981 in Ottawa vgl. Dok. 206.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.
Für weitere Gespräche von Schmidt am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 209, Dok. 210, Dok. 211 und Dok. 215.

3 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

4 Zur Erörterung einer Verschärfung der COCOM-Bestimmungen vgl. Dok. 169, Anm. 8.

5 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 209, Anm. 15.

drücklich eine Obergrenze für die Erdgasimporte aus der SU festgelegt, und zwar dürften diese nicht mehr als 30% der gesamten Erdgasimporte der Bundesrepublik betragen. Etwaige Lieferungsmängel könnte das europäische Erdgasnetz seiner Auffassung nach verkraften. Im übrigen stelle diese Höchstgrenze von 30% nur 5,5% des gesamten Primärenergiebedarfs – einschließlich der Kohle, des Erdöls, des Uraniums und der erneuerbaren Energien – dar. Er habe ganz klargemacht, daß er sich keine Vorschriften von den Amerikanern machen lasse.

Er habe außerdem noch nie erlebt, daß die Russen einen Vertrag nicht eingehalten hätten, wohl aber, daß die USA z.B. unter Carter einen Liefervertrag über Nuklearbrennstoffe für die deutschen Kernkraftwerke verletzt hätten.[6]

Mitterrand bemerkte, auch Frankreich habe die gleiche Höchstgrenze wie die Bundesrepublik festgelegt. Die entsprechenden 30% betrügen 4,5% des gesamten französischen Energiebedarfs.

Reagan habe auch Frankreich von dem Erdgasgeschäft abgeraten und gesagt, die USA seien bereit, diesem Land andere Energiearten wie Kohle zu liefern. Er, Mitterrand, habe geantwortet, wenn diese Energiearten zum gleichen Preis wie das russische Erdgas geliefert würden, könnte ihn dies interessieren; er werde jedoch trotzdem Erdgas aus der SU beziehen.

Mitterrand meinte, daß noch „lebhafte Pressionen" seitens der USA zu erwarten seien. Er habe sich überhaupt gewundert, daß die Amerikaner diese Frage gestellt hätten. Dem Sinne nach habe er in gleicher Weise wie der BK darauf geantwortet, wenn auch vielleicht nicht in so schroffer, kategorischer Form wie dieser.

Der *BK* sagte, er habe das Gefühl – und bittet Mitterrand, dies gegebenenfalls zu bestätigen –, daß beide in der Tendenz eine gleich negative Antwort in der Erdgasfrage gegeben hätten. Was den Grund für die Fragestellung seitens von Reagan betreffe, glaube er, daß dieser in der nach dem Abendessen vom Vortage zum Ausdruck gekommenen antisowjetischen Ideologie liege. Reagan habe sogar den vor über 50 Jahren verstorbenen Lenin bemüht, um die derzeitige Politik der Sowjetunion zu erklären. Er, BK, glaube, daß Reagan sehr einfache Vorstellungen über die Sowjetunion und der von dieser ausgehenden Gefahr habe.

Mitterrand bestätigte, er habe sich Reagan gegenüber in dieser Frage weniger kategorisch als der BK ausgedrückt, seine Antwort liege jedoch auf der gleichen Linie. Besonders aufgefallen seien ihm auch die Äußerungen Reagans über den Kommunismus und die Kirche. Insbesondere sei er – Mitterrand – „zusammengezuckt", als Reagan die IRA als marxistisch bezeichnet habe. Er, Mitterrand, werde noch nähere Informationen über diese Bewegung einholen, sie erscheine ihm aber eher als eine Mischung zwischen einer „katholischen Ablehnung, einer sozialrevolutionären Strömung und nationalistischer Gesinnung".

BK bemerkte, Frau Thatcher habe an dieser Stelle die Frage eingeworfen: „und Gaddafi?"

Der Bundeskanzler erklärte, seiner Ansicht nach sollte Reagan mit den europäischen Realitäten konfrontiert werden. Er hielte es für sehr wünschenswert,

6 Zur amerikanischen Nichtverbreitungspolitik vgl. Dok. 90, Anm. 35, und Dok. 149, Anm. 8.

wenn der amerikanische Präsident im kommenden Jahr Frankreich, Belgien, Deutschland und vielleicht noch zwei andere europäische Länder besuchen würde.[7] Einen entsprechenden Gedanken habe er Reagan im Mai in Washington[8] unterbreitet, wobei er jedoch mehr die politische Notwendigkeit unterstrichen habe. Reagan habe damals keine Antwort gegeben. Gesprächsweise habe er – BK – gehört, Mitterrand habe Reagan eingeladen. Wie habe dieser geantwortet?

Mitterrand erwiderte, er habe keine derartige Anregung gegenüber Reagan gemacht. Er halte den Vorschlag des BKs zwar für einen „guten Gedanken", habe jedoch selbst nicht daran gedacht.

Mitterrand brachte sodann das Gespräch zurück auf die COCOM-Frage und erklärte sich bereit, darüber zu verhandeln. Die Zehner-Gemeinschaft sollte jedoch noch vorher über die zur Debatte stehenden Fragen sprechen. Er sei etwas „alarmiert" gewesen, als er festgestellt habe, daß in der Liste von Erzeugnissen, die nach Auffassung der USA verboten oder kontingentiert werden sollten, all die Produkte aufgeführt gewesen seien, die Frankreich verkaufe (und für die Frankreich den Amerikanern die Märkte abgejagt habe). Dies habe ihm einen „Floh ins Ohr" gesetzt.

Der *BK* wiederholte, daß er bereit sei, über diese Frage zu sprechen, aber gegenüber dem Gedanken, sich von den Amerikanern Einschränkungen vornehmen zu lassen, sei er reserviert: insbesondere, wenn es sich um ein Land wie die USA handele, das aus nationalem Egoismus riesige Getreidemengen nach Rußland liefere.[9] Die Bundesrepublik wolle im Rußlandgeschäft bleiben, und er werde dies ganz klar zum Ausdruck bringen. Im übrigen stelle das Volumen des Handelsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der SU nur ein Zehntel des Handelsvolumens mit Frankreich dar. Quantitativ sei diese Menge geringfügig, sie sei jedoch für die erwähnten menschlichen Beziehungen von Bedeutung. Eine weitere „sehr sensible Komponente", die in den USA nicht verstanden werde, sei die Tatsache, daß 30% der Urananreicherung im Lohnverfahren in der SU vorgenommen werde.

Präsident *Mitterrand* führte sodann aus, er fände es schade, wenn in dem Abschlußkommuniqué des Gipfels von Montebello[10] kein Hinweis auf die Erklärung von Venedig[11] und Jamaika[12] über die Notwendigkeit, die Wechselkurs-

7 Präsident Reagan besuchte vom 2. bis 7. Juni 1982 Frankreich, am 7. Juni 1982 Italien und vom 7. bis 9. Juni 1982 Großbritannien.
Vom 9. bis 11. Juni 1982 hielt er sich anläßlich der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt am 9. Juni 1982 vgl. AAPD 1982.
Zur NATO-Ratstagung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer und des Botschafters Wieck, z. Z. Bonn, vom 11. Juni 1982; AAPD 1982.

8 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

9 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

10 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1981, S. 613–616.

11 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1980, S. 629–633.

12 Am 28./29. Dezember 1978 fand auf Jamaika ein informelles Treffen von sieben Staats- und Regierungschefs statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 401.

schwankungen zu begrenzen, aufgenommen würde. In dem Kommuniqué von Venedig habe man es sogar ausdrücklich begrüßt, daß die Wechselkursfluktuationen reduziert werden sollten.

Der *BK* erwiderte, wenn Mitterrand einen diesbezüglichen Vorschlag mache, werde er nachziehen.

Mitterrand bekräftigte, daß ihm die Position der USA als sehr „vereinfachend" (frz. simpliste) erscheine. Die Amerikaner hätten eine Reihe von Punkten vorgebracht, ohne ein „echtes Leadership" zu zeigen. Hinter den von ihnen z.T. unzusammenhängend vorgebrachten Punkten stehe keine „allgemeine Idee", oder noch genauer gesagt: Ihrer „negativen allgemeinen Idee" eines „Blockes" gegen die SU entspreche keine „positive allgemeine Idee".

Abschließend dankte Mitterrand dem BK dafür, daß dieser ihn zu einem Meinungsaustausch aufgesucht habe. Er werde während der Konferenz mit Ausnahme eines Treffens mit Spadolini um 19.00 Uhr keine weiteren Gespräche dieser Art führen.

Der *Bundeskanzler* dankte seinerseits insbesondere für die Hilfe, die er von Mitterrand nach dem Abendessen vom Vortage in bezug auf die besondere Lage Italiens und der Bundesrepublik erfahren habe. Er begrüßte die Tatsache, daß die Einladung Mitterrands, den nächsten Weltwirtschaftsgipfel in Paris abzuhalten, angenommen worden sei.[13] In diesem Zusammenhang sei noch folgendes zu bemerken: Leider sei seit dem Londoner Gipfel[14] die Gewohnheit eingeführt worden, die jeweilige EG-Präsidentschaftsmacht zum Gipfel einzuladen. Bisher habe man erreicht, daß diese Gipfel jeweils während der französischen, britischen, deutschen und italienischen EG-Präsidentschaft abgehalten worden seien.[15] Im kommenden Jahr werde leider keines dieser vier Länder die Präsidentschaft innehaben, sondern die Niederlande und ein weiteres Land wie Belgien oder Dänemark.[16] Er, BK, weise Mitterrand nur auf das entstehende Problem hin, das natürlich nicht in Montebello entschieden werden müsse. Er halte es für ausreichend, wenn die Gemeinschaft durch den Kommissionspräsidenten Thorn vertreten werde.

Mitterrand teilte die Auffassung des BK und bemerkte, auch er finde, daß man die Teilnehmerzahl nicht auf neun bringen sollte, acht Teilnehmer erschienen ihm bereits mehr als ausreichend.

Referat 010, Bd. 178841

13 Der Weltwirtschaftsgipfel fand vom 4. bis 6. Juni 1982 in Versailles statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 63/64 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 11. Juni 1982; AAPD 1982.

14 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 7./8. Mai 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 111, Dok. 112 und Dok. 114.

15 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 in Bonn vgl. AAPD 1978, II, Dok. 225.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. AAPD 1979, II, Dok. 198.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. AAPD 1980, I, Dok. 184 und Dok. 185.

16 Belgien übernahm am 1. Januar 1982 die EG-Ratspräsidentschaft, Dänemark ab 1. Juli 1982.

213

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-411.10-2532/81 VS-vertraulich **20. Juli 1981**[1]

Herrn D 2[2]

Betr.: Überprüfung der rüstungsexportpolitischen Grundsätze der Bundesregierung[3]

I. Vorbemerkung

Mit großer Sorge verfolge ich den Verlauf der Überprüfung der Export-Richtlinien. Treibendes Motiv bei D 4[4] ist dabei offenbar weniger das deutsche nationale Interesse als eine ideologisch geprägte Aversion gegen Waffen schlechthin. Daher ergreift D 4 (gegen Empfehlungen seiner eigenen Abteilung) jede Möglichkeit, den Überprüfungsprozeß zu einer weiteren Restriktion zu nutzen. Die möglichen Konsequenzen dessen für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, die Fähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zur Eigenbewaffnung und für die Leistungsbilanz sind so gravierend, daß ich empfehle, Herrn Staatssekretär von Staden auf die Angelegenheit aufmerksam zu machen, obwohl Abteilung 2 strenggenommen nur für den Rüstungskooperationsaspekt zuständig ist.

II. Prozeduraler Sachstand

Da die dafür im Frühjahr eingesetzten Parteiausschüsse von SPD und FDP bisher außerstande waren, Entwürfe für neue Export-Rili[5] zu liefern, wird dies nun doch unabhängig davon von den Ressorts betrieben (AA, BMWi, BMVg i.V.[6] mit BK-Amt).

Ein Entwurf des BMWi[7], dessen Rüstungskooperationsteil mit dem BMVg abgestimmt ist, wurde am 14. Juli 1981 in einer Hausbesprechung diskutiert. (Teilnehmer: D 4, D 3[8], D 5[9], RL 201, RL 300[10], RL 422[11], Vertreter von 02)

1 Hat Amtsrat Clajus am 25. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Attaché von Kummer am 10. August 1981 vorgelegen.

2 An dieser Stelle wurde von Attaché von Kummer handschriftlich eingefügt: „n[ach] R[ückkehr].“
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 22. Juli 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eilt: 201: Bitte Vorlage der bisher geltenden Richtlinien und des neuen Entwurfes. [D] 4 muß gesagt werden, daß wir Bespr[echung] mit Dir[ektoren] 2+3 für notwendig halten (so auch StS). Sodann Vorbesprechung mit Dg 20 und Ihnen.“

3 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2.
Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 91, Anm. 17.

4 Per Fischer.

5 Exportrichtlinien.

6 In Verbindung.

7 Für den Entwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 12. Juni 1981 über „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ bzw. vom 22. Juni 1981 für eine Neufassung des sogenannten „Flächenpapiers“ vom 2. Februar 1977 vgl. VS-Bd. 10372 (201).

8 Walter Gorenflos.

9 Carl-August Fleischhauer.

10 Sabine Vollmar.

11 Gerhard Henze.

Dabei setzten sich die Abteilungen 2/3/5 in mehrerer Hinsicht vorläufig gegen D 4 durch. Manches blieb strittig.[12] Auf einer weiteren Hausbesprechung vor Ende Juli (Termin steht aus) sollen die Änderungswünsche des Auswärtigen Amts abschließend beraten werden.

III. Zur Sache

1) Beschlossene Verbesserungen

In der nächsten Hausbesprechung gilt es seitens Abteilung 2, vor allem an folgendem festzuhalten, was auf meinen Vorschlag vorläufig akzeptiert wurde:

a) Der Gesichtspunkt der Sicherstellung der Rohstoff- und Energieversorgung bleibt ausdrücklich erhalten (Abschnitt II. 1. und II. 2.2 b).

b) Der Begriff „Spannungsgebiet" sollte so restriktiv wie möglich definiert werden. (Vorläufig aufgrund Vorschlag 201 als Fußnote zu II. 2.2 akzeptiert: „Länder in Spannungsgebieten sind Staaten, zwischen denen eine akute Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht.")

c) Formeln, wonach bestimmte Exporte dritter Staaten der Bundesrepublik Deutschland „politisch zugerechnet werden könnten", sind zu streichen (Abschnitt I. 2.1 b und I. 2.2 b).

d) Für den Export von mit uns koproduzierten Rüstungsgütern durch das Partnerland soll es kein Zustimmungs-, sondern (nach Modell deutsch-französischer KPz[13]) nur ein Konsultationsverfahren mit Einspruchsmöglichkeit geben. (Vorläufig aufgrund Vorschlag von 201 für I. 2.1 b akzeptiert: „Zweckmäßigerweise sollte ein Konsultationsverfahren vereinbart werden, das der Bundesregierung – nach Befassung des BSR – die Möglichkeit gibt, Einsprüche geltend zu machen.")

2) Offengebliebene Probleme

In der Hausbesprechung gilt es, noch folgende Hauptfragen in unserem Sinne zu lösen:

a) Der Rili-Entwurf schließt unsere Zustimmung zum Export koproduzierter Rüstungsgüter an befreundete Staaten dann aus, wenn sie eine Aggression befürchten müssen (I. 2.1 c). Dies würde bedeuten, daß wir uns nicht nur weiterhin[14] weigern, in einer solchen Situation durch Herstellung des friedenssichernden Gleichgewichts die Aggression zu verhindern. Wir würden künftig auch denen (USA, F, UK) in den Arm fallen wollen, die in solchen Fällen bisher geholfen haben.

12 Ministerialdirektor Fischer übermittelte den Ministerialdirektoren Pfeffer, Gorenflos, Fleischhauer und Hansen am 24. Juli 1981 „den in der Hausbesprechung vom 14. Juli 1981 erörterten BMWi-Entwurf mit den besprochenen Änderungsvorschlägen" sowie eine Liste mit Anmerkungen, die „die in der Hausbesprechung erörterten Änderungsvorschläge des AA mit Erläuterungen" enthielt. Dazu vermerkte er: „Die abgesprochenen Änderungsvorschläge sollen dem AA als Grundlage für die weiteren Gespräche mit den Häusern BMWi, BMVg und ChBK dienen. Vorherige Unterrichtung der Hausleitung durch gemeinsame Vorlage ist vorgesehen." Fischer schlug vor, sich bis spätestens 10. August 1981 abzustimmen. Vgl. VS-Bd. 10372 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

13 Zur Frage der Entwicklung und des Baus eines deutsch-französischen Kampfpanzers vgl. Dok. 201, Anm. 22.

14 An dieser Stelle wurde von Attaché von Kummer handschriftlich eingefügt: „selbst".

Dies könnte längerfristig dazu führen, daß die deutsche Industrie ihre Kooperationsfähigkeit verliert, weil unsere Partner die mit Kooperation verbundenen exportpolitischen Fesseln, Verzögerungen und Scherereien vermeiden möchten.

Am 14. Juli wies ich darauf hin, daß diese Haltung in seltsamem Kontrast zur Philosophie der Nachrüstung steht. Für uns selbst bejahen wir die friedenserhaltende Funktion des militärischen Gleichgewichts, für unsere Freunde in der Dritten Welt ziehen wir andere Konsequenzen.

Vorschlag: Streichung des zweiten Anstrichs von I. 2.1 c.

Dabei Hinweis, daß der Bundeskanzler selbst als „Gesichtspunkt Nr. 6" die Sicherung des regionalen Gleichgewichts zu erwägen bat.

b) Der Rili-Entwurf macht in zweierlei Hinsicht den Versuch, sozusagen auf „Kaltem Wege" die einschlägige Gesetzgebung (KWKG und AWG[15]) zu verschärfen.

(i) Dies wird in II. 1., Absatz 2, hinsichtlich des Exports „kriegswaffennaher" sonstiger Rüstungsgüter versucht, indem man die fakultativen Versagungsgründe des AWG zu obligatorischen macht.

M. E. handelt es sich dabei um ein schon rechtlich bedenkliches Verfahren, nämlich um Ermessensmißbrauch (Entscheidung, von Ermessen generell keinen Gebrauch zu machen).

Vorschlag: Streichen des Absatzes. Dafür lakonische Feststellung, daß dieser „Export gemäß AWG abgewickelt wird".

(ii) Noch gravierender ist es, daß man dabei den maßgeblichen Begriff des AWG („sonstige Rüstungsgüter", also solche, die keine Kriegswaffen i. e. S.[16] sind) im Richtlinienweg auf sog. „kriegswaffennahe" Güter ausdehnen möchte. Zu diesem Zweck möchte D 4 als Fußnote 3 zu I. 1. folgende Definition einfügen:

„Waffen (?), die in ihrer politischen Bewertung (!) wie Kriegswaffen anzusehen sind, jedoch aufgrund der Definition der Kriegswaffenliste nicht zum Bereich der Kriegswaffen gehören." (D 4 versteht darunter z. B. Schulflugzeuge, Hubschrauber und bestimmte Werkzeugmaschinen.)

Die Konsequenz dessen liegt nahe:

– Der Export gemäß AWG würde generell eingeengt (obligatorisch statt fakultativ).
– Das AWG würde auf Güter ausgedehnt, die zu Waffen umfunktioniert werden können. Was aber könnte nicht so mißbraucht werden? Und warum sollten wir uns das zurechnen lassen? Dieser „Trick" der Gesetzesänderung durch Subsumtion gesetzesfremder Tatbestände ist letztlich unabgrenzbar. Könnte man noch Blechdosen exportieren, aus denen man Dolche schmieden kann?

Vorschlag:

– Mit großer Insistenz darauf bestehen, daß der Begriff „kriegswaffennahe Rüstungsgüter" gestrichen wird (I. 1.1., letzter Absatz auf Seite 2, und II. 1., zweiter Absatz);

15 Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450.
Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

16 Im eigentlichen Sinne.

– Weigerung, die Definition dafür aufnehmen zu lassen (Seite 2 unten);
– Widerspruch gegen Richtlinie zur Verschärfung des AWG (II. 1., zweiter Absatz).

IV. Hausbesprechung

Die nächste Hausbesprechung sollte – eventuell nach Vorbesprechung bei Herrn Staatssekretär von Staden – möglichst von Herrn D 2 oder Herrn Dg 20[17] persönlich wahrgenommen werden[18], unterstützt im Falle meiner Urlaubsabwesenheit von VLR Kreusel. 201 hält die Vorgänge dazu bereit. Sie sind derzeit zu verwirrend, um beigefügt zu werden.[19]

Hofmann

VS-Bd. 10372 (201)

214

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 20. Juli 1981, 18.26 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 83 Ortez

Zur Internationalen Kampuchea-Konferenz (IKK) der VN in New York vom 13. bis 17.7.1981

I. Überblick

Die auf Betreiben der ASEAN-Staaten durchgesetzte und von dem österreichischen AM Pahr geleitete Internationale Kampuchea-Konferenz (IKK) der VN, an der 78 Staaten und neun weitere als Beobachter teilnahmen (abwesend u. a. Vietnam, Ostblock), endete am 17. Juli nach sehr intensiven Verhandlungen mit der Annahme im Konsens von zwei internationalen Dokumenten:

– einer „Kampuchea-Deklaration“[2] mit einem auf der Grundlage der Res. 35/6 der 35. GV[3] weiter konkretisierten Friedensplan mit u. a. folgenden Hauptele-

17 Heinz Dröge.

18 Der Passus „Die nächste … wahrgenommen werden“ wurde von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Frau W[ipperfeld]: Für wann angesetzt?“

19 An dieser Stelle vermerkte Amtsrat Clajus handschriftlich: „Abt[eilung] 4 fertigt z. Z. e[inen] neuen E[ntwurf], der dem Ergebnis der Hausbesprechung v[om] 14.7. Rechnung tragen soll. E[ine] neue Hausbesprechung ist noch nicht anberaumt.“

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Legationsrat I. Klasse Kaul konzipiert, der handschriftlich vermerkte: „340 hat mitgezeichnet, siehe Konzept.“

2 Für den Wortlaut der „Kampuchea-Deklaration“ vgl. UN MONTHLY CHRONICLE, September/Oktober 1981, S. 37–39.

3 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/6 der VN-Generalversammlung vom 22. Oktober 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 193 f.

menten: Waffenstillstandsabkommen, Abzug aller fremden Truppen unter VN-Aufsicht, geeignete Vorkehrungen und Maßnahmen zur Sicherung freier Wahlen unter VN-Aufsicht, durch die das kampucheanische Volk sein Selbstbestimmungsrecht ausübt; internationale Verpflichtungen, vor allem der fünf ständigen SR-Mitglieder[4] und der Staaten der Region, die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität Kampucheas als eines ungebundenen und neutralen Staates zu respektieren.

– Durch einen „Kampuchea-Beschluß“[5] wurde ein „Kampuchea-Ad-hoc-Ausschuß“ gebildet, der als intersessionales Arbeitsorgan der als „open-ended“ konzipierten IKK die Lösung der Kampuchea-Frage weiter vorantreiben soll. Zugleich wurden Einzelheiten der weiteren Behandlung der Kampuchea-Frage durch die nächste VN-Generalversammlung[6] festgelegt.

Die Zehn gaben durch AM Lord Carrington eine gemeinsame Erklärung ab. Wir haben unsere Position zur Kampuchea-Frage in einer nationalen Erklärung[7] bekräftigt und die ASEAN-Staaten nachdrücklich unterstützt. Wir haben dabei insbesondere die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte (Pol Pot!) für das kambodschanische Volk als zentrale Forderungen herausgestellt (Wortlaut vgl. Info-Funk Meldung 1507–1061 E 1 und 2).

II. Zu den Beschlüssen

Entscheidendes Kennzeichen der „Kampuchea-Deklaration“ ist das erkennbar faire, auch die legitimen Interessen Vietnams berücksichtigende Lösungskonzept. Dies entspricht dem von ASEAN konsequent vertretenen und von uns unterstützten Ansatz, die Tür für Vietnam offen zu halten und ihm die Option für ein späteres Hinzutreten zu dem durch die IKK eingeleiteten Friedensprozeß zu erleichtern. Zugleich dürfte dieser Ansatz die Isolierung Vietnams und der ihm verbündeten SU noch verstärken, falls sie sich dem durch die IKK unterbreiteten Angebot zu einer Verhandlungslösung weiterhin entziehen.

Die Kampuchea-Deklaration der IKK ist auch das Ergebnis eines intensiven Verhandlungsprozesses zwischen ASEAN und China. Während ASEAN von Anfang an bedacht war, die legitimen Interessen Vietnams anzuerkennen, ging es China vor allem darum, Vietnam durch die IKK auch propagandistisch massiv ins Abseits zu drängen. Schlüsselfrage dieses – wenn auch begrenzten – Konfliktes war der ASEAN-Vorschlag der Entwaffnung aller kampucheanischen Fraktionen einschließlich des „Democratic Kampuchea“ (Pol Pot) und der Bildung einer Interimsregierung. Beiden Forderungen widersetzte sich China anfänglich heftig. Der jetzt gefundene Kompromiß, daß „geeignete Vorkehrungen und Maßnahmen die Abhaltung freier Wahlen sichern“ sollen, wird beiden Seiten gerecht und läßt auch hinreichend Spielraum für eventuelle Verhandlun-

4 Frankreich, Großbritannien, UdSSR, USA und Volksrepublik China.

5 Für die am 17. Juli 1981 verabschiedete Resolution 1 (I) vgl. die Anlage 2 zum Drahtbericht Nr. 1550/1551 des Botschafters van Well, New York (VN) vom selben Tag; Referat 340, Bd. 127375.

6 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

7 Für den Wortlaut der Erklärung des Botschafters van Well, New York (VN), vom 15. Juli 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 584 f.

gen mit Vietnam. Das auch von uns mitgetragene ASEAN-Anliegen – Absicherung gegen eine gewaltsame Machtergreifung insbesondere Pol Pots – konnte erreicht werden, wobei China beachtliche Flexibilität bewies.

Von großer praktischer Bedeutung ist auch die Errichtung des Kampuchea-Ausschusses, der unter der Leitung des geschickt agierenden Konferenzpräsidenten AM Pahr die weiteren Friedensbemühungen in der Kampuchea-Frage vorantreiben soll. Der Ausschuß mit voraussichtlich ca. 15 Mitgliedern vor allem aus Blockfreien und Neutralen wird als Arbeitsorgan der IKK fungieren. Bereits feststehende Mitglieder: Japan, Malaysia, Nigeria, Senegal, Sri Lanka, Sudan und Thailand.

III. Bewertung

Mit der in demonstrativer Geschlossenheit erfolgten Verabschiedung von zwei substantiellen Dokumenten hat die IKK ihre wesentlichen Zielsetzungen erreicht. Die auch von westlichen Medien verschiedentlich vertretene Ansicht, die IKK sei von vornherein zum Mißerfolg verurteilt, weil die Hauptbeteiligten der anderen Seite – Vietnam und die SU – fernblieben, ist oberflächlich. Bei der IKK, deren Erfolgschancen auch die ASEAN-Länder als treibende Kraft realistisch beurteilten, ging es vor allem darum, den notwendigen politischen Druck auf Vietnam und die SU aufrechtzuerhalten und weiterhin nachdrücklich auf eine Lösung des Kampuchea-Problems zu drängen. Dieses Ziel ist mit der bei der IKK erreichten Mobilisierung einer für die Weltöffentlichkeit repräsentativen Gemeinschaft von 78 Staaten für ein auch den westlichen Gesamtinteressen entsprechendes Lösungskonzept für die Kampuchea-Frage voll erreicht worden. Das internationale Momentum für eine Lösung des Kampuchea-Konflikts wurde verstärkt. Zugleich wurde die Tür für ein Einlenken Vietnams bewußt offen gehalten.

Der erfolgreiche Abschluß der IKK ist vor allem ein Verdienst der ASEAN-Staaten, deren sorgfältige und umfassende Vorbereitung und Koordinierungsarbeit sie erneut als wichtige politische Kraft mit besonderen Fähigkeiten zum selbständigen Krisenmanagement ausgewiesen hat. Dieser Erfolg wäre nicht möglich gewesen ohne das aktive und ASEAN unterstützende Engagement von über 50 BF-Staaten[8] aller Regionen der DW, welche bei der IKK für die in Kampuchea verletzten, für die BF zugleich zentralen Prinzipien der Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und territorialen Integrität eintraten. Schlüsselländer der BF wie etwa Nigeria[9], Jugoslawien[10], aber auch Pakistan[11], wider-

8 Blockfreie Staaten.

9 Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 14. Juli 1981 über die Debatte am selben Tag: „Nigerianischer Sprecher bezeichnete sein Land als Freund sowohl Vietnams als auch Kampucheas, das keiner Lösung zustimmen werde, die eines der Länder benachteiligen werde." Van Well berichtete weiter: „Ungeachtet dieser verbalen Wahrung eines neutralen Standpunktes fiel aber nigerianische Verurteilung der vietnamesischen Invasion und Besetzung Kampucheas recht deutlich aus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1515, Referat 340, Bd. 127375.

10 Zur jugoslawischen Stellungnahme am 15. Juli 1981 teilte Botschafter van Well, New York (VN), am selben Tag mit: „Jugoslawische Erklärung stellte ganz auf Bedeutung der Einhaltung der Prinzipien der B[lock]f[reien]-Bewegung ab und hob Rolle der VN bei friedenserhaltenden Initiativen und Verhandlungen hervor. Grundvoraussetzung für Frieden in SOA[sien] sei Respektierung des BF-Status von KA[m]b[odscha]. Als Aufgaben der IKK wurden die Formulierung der Prinzipien einer dauerhaften Verhandlungslösung, die Vorbereitung ihrer Implementierung sowie die Schaffung

legten mit ihren Beiträgen die beiden Thesen Vietnams und des Ostens, daß die KAB-Frage[12] lediglich die Region SOA[13] angehe und die IKK das Ergebnis einer sino-amerikanischen Verschwörung zu einem Propaganda-Tribunal sei, zu dem die teilnehmenden Staaten der DW mißbraucht würden. Ihre aktive Rolle unter der dynamischen Führung der ASEAN-Staaten ließ die DW als dominierende Kraft der IKK erscheinen. Damit war die IKK zugleich ein bedeutsames Novum in der Geschichte der VN: Zum ersten Mal hat eine starke DW-Gruppierung unter der Führung von ASEAN eine große politische VN-Konferenz erzwungen, deren Stoßrichtung sich eindeutig auch gegen den Ostblock richtete.

Durch den erfolgreichen Abschluß der IKK wird auch das westliche Vorgehen bestätigt: Für uns ging es darum, ASEAN bei der Durchsetzung seines Konzeptes nachdrücklich zu unterstützen, zugleich aber den Eindruck zu starker Ost-West-Akzente zu vermeiden.

Die im wesentlichen von ASEAN festgelegten Vorgaben der IKK dürften auch die Kampuchea-Debatte der 36. GV nachhaltig beeinflussen. Wir werden die ASEAN-Staaten bei der von ihnen angestrebten Indossierung der Ergebnisse der IKK durch die GV erneut unterstützen.

Steinkühler[14]

Referat 012, Bd. 124417

Fortsetzung Fußnote von Seite 1161

günstiger Verhandlungsbedingungen bezeichnet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1530; Referat 340, Bd. 127375.

11 Botschafter van Well, New York (VN), informierte am 16. Juli 1981 über die Ausführungen des pakistanischen Außenministers vom selben Tag: „Agha Shahi verurteilte nachdrücklich vietnamesische Invasion KA[m]b[odscha]s und stellte auch Zusammenhang zwischen Lage KABs und Afghanistans her. Er forderte Vietnam auf, seine Position zu überdenken und sich der Konferenz anzuschließen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1538; Referat 340, Bd. 127375.

12 Kambodscha-Frage.

13 Südostasien.

14 Paraphe.

215

Aufzeichnung des Bundeskanzlers Schmidt, z.Z. Montebello

Geheim **20. Juli 1981**[1]

Stichworte über Gespräche bei Tisch am Montagabend, 20. Juli 1981[2]

1) Ausführlicher Gedankenaustausch über Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten

PM Thatcher richtete heftige Angriffe gegen Begin und seine Politik. Unter Hinweis auf seine terroristische Vergangenheit sagte sie, nur weil er Premierminister geworden sei[3], könne sie diesem Mann die Hand geben. Ähnlich äußerte sie sich zu Shamir.

Präsident Reagans Äußerungen ließen erkennen, daß für ihn die jüdische Wählerschaft in USA der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die amerikanische Politik gegenüber Israel ist. Seine Äußerungen zur Person Begins, zum Libanon und zu Syrien waren klar und eindeutig, aber wenig differenziert.

Auch Präsident Mitterrand äußerte sich sehr kritisch über Begin; dabei floß auch Kritik an der Behandlung Israels durch die USA ein, da Begin durch Washington nicht genug gebremst werde. In Paris wird offenbar überlegt, dem Libanon zu helfen, wobei man sich über die Modalitäten noch nicht im klaren ist.

2) Mehrfach berührte das Gespräch die Bedeutung der nuklearen Waffen in der Region. Reagans Ausführungen ließen ein gewisses Verständnis für das israelische Vorgehen gegenüber irakischer Nuklearanlage[4] erkennen. Dabei wurde nicht deutlich, ob dem Präsidenten die politische Tragweite des Angriffs auf Bagdad sowie der damit verbundenen massiven Verletzung saudi-arabischen Luftraums deutlich ist.

Mitterrand ließ erkennen, daß es irakisch-französische Kontakte über eine Wiederherstellung oder Neulieferung der irakischen Anlage gibt. Möglicherweise denkt man in Paris an eine modernere Technologie, die einen Mißbrauch zur Herstellung von Atomwaffen erschwere. Möglichkeiten bestehen hier wohl im Zusammenhang mit der Verwendung von „Caramel" (yellow cake).

Präsident Reagan behauptete, er sei zu der Frage, ob Israel über Kernwaffen verfüge, nicht unterrichtet. Ein anderer Teilnehmer meinte, jeder denke, Israel verfüge über solche Waffen, aber niemand habe sie gezählt.

1 Ablichtung.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 16. bis 22. Juli 1981 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels in Kanada auf. Für das deutsch-kanadische Regierungsgespräch am 17. Juli 1981 in Ottawa vgl. Dok. 206.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Für weitere Gespräche von Schmidt am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 209, Dok. 210, Dok. 211 und Dok. 212.

3 Menachem Begin amtierte seit Juni 1977 als Ministerpräsident.

4 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

3) Es fand ein kurzer Meinungsaustausch über Namibia/Angola statt. Die entscheidenden Gespräche zu diesem Thema wurden jedoch von den Außenministern geführt.[5]

[Schmidt][6]

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 58

216

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau

320-381.40 Allg./SB-679/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 22. Juli 1981, 11.54 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3735 Plurez
Citissime

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf;
hier: AM-Gespräche in Ottawa am 19. bis 21. Juli 1981[2]

Nur zur eigenen Unterrichtung

USA wollen weitere Schritte zur Namibia-Lösung – auch gegenüber SA[3] – im Fünfer-Verband unternehmen. Die Fünf sind sich einig, daß ein gemeinsames Konzept für vertrauensbildende Maßnahmen ausgearbeitet und dann mit SA und FLS[4] konsultiert werden soll und daß Fortschritte nur möglich sind, wenn SA sich für den Fall der Erfüllung klar zu umreißender Bedingungen zu einem festen Zeitraum verpflichtet. SR 435[5] bleibt die Grundlage der Lösung. USA wollen jedoch SA-Wunsch nach erheblicher Herabsetzung der UNTAG-Truppenzahl entsprechen.

US-Position, daß Namibia-Lösung mit Kubaner-Rückzug aus Angola Hand in Hand gehen müsse, hat sich verhärtet. Reagan-Administration besteht unabhängig von SA-Haltung auf Kubaner-Rückzug als Preis für militärischen SA-Rückzug aus Namibia. BM hat entschieden abgelehnt, Kubaner-Abzug direkt

5 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 216.

6 Vermuteter Verfasser der nicht unterzeichneten Aufzeichnung.

1 Durchdruck.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau verfügte die Weiterleitung an Legationsrat Hansen.
Hat Hansen am 23. Juli 1981 vorgelegen.
Hat laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats von Nordenskjöld vom 23. Juli 1981 Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 22. Juli 1981 anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello in Kanada auf. Vgl. dazu Dok. 218 und Dok. 220.

3 Südafrika.

4 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

5 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

oder indirekt zur Bedingung für SR-435-Ausführung zu machen. Er hat zugleich klargestellt, daß für uns die Entfernung der Kubaner aus Afrika ein wichtiges Anliegen westlicher Politik ist und daß es zu unseren Hauptmotiven bei der Namibia-Initiative gehört, Angola durch die Ausführung des westlichen Lösungsplans von der Kubaner-Präsenz unabhängiger zu machen.

In Ottawa haben über Namibia beraten:

– am 19. Juli mittags BM, Haig und Cheysson,
– am 19. Juli mittags Crocker und RL 320[6],
– am 19. Juli abends die fünf AM[7],
– am 20. Juli abends Crocker, Lapointe, Derek Day, Gueguinou, RL 320,
– am 21. Juli morgens die fünf AM.

Im einzelnen:

1) Ergebnisse der Kontakte US–SA

In Ottawa haben die Amerikaner nicht die erwartete volle Aufklärung über die Clark-Mission[8] und die späteren Absprachen mit SA geliefert. Auf Insistieren der Vier versprachen sie, bei dem für 30. Juli geplanten KG-Treffen in Paris ein Papier über den Sachstand aus ihrer Sicht vorzulegen.[9] Wir kennen den Inhalt der von Haig im Schreiben an BM vom 6. Juli[10] erwähnten SA-Klarstellungen nicht. Haig sagte, SA wolle höchstens 1000 UNTAG-Militärs (worauf sogar Crokker überrascht reagierte), „Parallelität" von Kubaner-Rückzug aus Angola und SA-Abzug aus Namibia, unparteiische VN-Haltung, Unterstützung seitens der Fünf für SA-Position zu Walvis Bay nach Unabhängigkeit. Crocker meinte gegenüber RL 320, SA-Hauptanliegen seien schwer definierbar. Bei jeder neuen

6 Hans-Joachim Vergau.

7 Lord Peter Carrington (Großbritannien), Claude Cheysson (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Alexander M. Haig (USA) und Mark MacGuigan (Kanada).

8 Zur Reise des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Clark vom 10. bis 13. Juni 1981 nach Südafrika vgl. Dok. 175.
Zur Unterrichtung durch den amerikanischen Außenminister Haig mit Schreiben vom 2. Juli 1981 an Bundesminister Genscher vgl. Dok. 188, Anm. 30.

9 Ministerialdirigent Haas, z. Z. Paris, teilte am 31. Juli 1981 mit, die USA hätten am Vortag ein Papier über ihre Kontakte mit Südafrika zwischen Mai und Juli 1981 vorgelegt, das eine „zusammenfassende, aber vollständige" Darstellung der Gesprächsergebnisse enthalte: „Diese böten ausreichende Grundlage, Namibia-Initiative fortzusetzen." Einigkeit bestehe darüber, daß die Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 fortgelte, „ausgenommen der Zahl der UNTAG-Truppen", ferner darüber, daß bei den Verfassungsprinzipien die Internen Parteien (IP) zu konsultieren seien, sowie darüber, daß „Garantien durch Drittstaaten nicht ausschlaggebend, vielleicht aber nützlich seien", und daß ein Zeitplan vorzusehen sei, „nach dem SA im März 1982 einen Implementierungsbeginn vor Ende 1982 zusagen sollte". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1363; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

10 In dem Schreiben führte der amerikanische Außenminister Haig zum Stand der Gespräche zwischen den USA und Südafrika aus: „The question of international guarantees of Namibia's status and its ultimate constitution is of less concern to Pretoria than before. […] On Walvis Bay, they accept that its status and their claims cannot be an element of a settlement package. We find apparent consensus among the South Africans and several internal parties (including the DTA) that constitutional principles or guidelines should be agreed upon prior to an election […]. The South Africans continue in their grave concern over the Cuban military presence in Angola. […] As soon as we have further clarification of the South African position, we will ask the Contact Group to join us again in assessing the process." Vgl. den Drahterlaß Nr. 3459 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau vom 7. Juli 1981 an die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York und die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

SA-Stellungnahme würden neue Forderungen sichtbar. Im wesentlichen kreise aber alles um erstens „Angola" und zweitens „an honorable withdrawal from Namibia". Angola sei Sicherheitsanliegen der Militärs, „honorable" bedeute, die Politik Pretorias dürfe nicht als gescheitert erscheinen (wie z. B. in Simbabwe), jedenfalls müsse SA sagen können, es seien alle erdenklichen Vorkehrungen für einen fairen „Übergangsprozeß" getroffen. (Crocker spricht am 27.7. im State Department mit Gurirab.[11])

2) Kubaner

Haig betonte mehrmals mit Nachdruck, für Washington habe die Entfernung der Kubaner als Korrektur eines folgenschweren SU-Einbruchs ins südliche Afrika höchste Priorität. US hätten SA zwar klargemacht, KG lehne dies als Vorbedingung für SR-435-Ausführung ab. Es sei aber – unabhängig von SA-Meinung – feste US-Position, daß hier ein „empirical link" bestehe, was bedeute, daß der Kubaner-Rückzug aus Angola zum SA-Rückzug aus Namibia „parallel" erfolgen müsse. Es wurde deutlich, daß Washington vor allem hierin den Sinn dafür sieht, SA zu einer Namibialösung zu drängen. Haig meinte, es lohne sich, nicht nur bei Angola für dieses Quidproquo zu werben, sondern auch Moskau darauf anzusprechen.

BM lehnte eine derartige Verbindung der Namibia-Initiative mit dem Bemühen um Ausschaltung des SU-Einflusses in Angola ab und blieb dabei, daß die beiden Fragen von den Fünf wie bisher getrennt behandelt werden müssen.

BM erklärte, der Namibia-Plan, wie er sei, das heißt ohne ein Junktim zum Rückzug der Kubaner aus Angola, bleibe die Politik der Bundesregierung aufgrund entsprechender Beschlüsse, die dem Parlament bekannt seien. Er möchte mit aller Klarheit feststellen, daß die Bundesregierung nicht die Absicht habe, diese Position in Zukunft zu ändern. BM verwahrte sich gegen Andeutungen von Haig, frühere US-Engagements im Rahmen der Fünf seien durch Administrationswechsel überholt. Stelle man ein solches Junktim her (worauf SA erst durch US gekommen sei), so werde man im Ergebnis Verbleib der Kubaner in Angola und verlängerten Krieg um Namibia erreichen. US-Position führe in eine Sackgasse. Dergleichen komme als Fünferpolitik nicht in Betracht. Dagegen sei Hoffnung, durch SR-435-Ausführung Bedingungen für Kubaner-Abzug zu verbessern, nicht unrealistisch.

BM betonte zugleich, daß Bekämpfung des östlichen Einflusses in Afrika fundamentales Interesse westlicher Politik sei. Getrennt von Namibia-Initiative seien wir bereit, auch sonstige Wege zur baldigen Kubaner-Entfernung aus Angola zu explorieren. Da Haig hierzu nichts weiteres vorschlug, empfahl BM, diese Frage solle in der ersten Augustwoche von den Politischen Direktoren der Fünf in London[12] konsultiert werden. Dem stimmten die anderen zu.

11 Das Gespräch des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker, mit dem Beobachter der SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York, Gurirab, fand am 24. Juli 1981 in Washington statt. Vortragender Legationsrat Holl notierte am 4. August 1981, das Gespräch sei der erste Kontakt der neuen amerikanischen Regierung mit einem führenden Vertreter der SWAPO gewesen. Amerikanischen Informationen zufolge habe Gurirab die Verhandlungsbereitschaft der SWAPO betont, sich jedoch zu Gesprächen über Verfassungsfragen skeptisch geäußert. Vgl. dazu Referat 320, Bd. 125283.

12 Zum Treffen der Abteilungsleiter Bullard (Großbritannien), Eagleburger (USA), Pfeffer (Bundesrepublik), Robin (Frankreich) und Taylor (Kanada) am 4. August 1981 in Paris vgl. Dok. 232.

Carrington gab sich gegenüber US-Position ratlos. Erstmals mache ihm US-bottom-line mehr Sorgen als SA-bottom-line. Könne er auf Fragen im Parlament noch mit gutem Gewissen sagen, Kubaner-Abzug sei keine Bedingung? Wie sollen die Fünf das Gespräch mit den Afrikanern fortsetzen? Sie müßten doch anbieten, daß bei Annahme von Verfassungsgarantien und ähnlichen Zusicherungen SA-Zustimmung zu SR-435-Ausführung sicher sei. Man könne weder die Bedingung des Kubaner-Abzugs von vornherein auf den Tisch legen noch sie etwa später überraschend nachschieben. Derek Day meinte, SR 435 sei das Pferd, der Kubaner-Abzug der Karren.

Cheysson schloß nicht aus, daß man von Angola – vielleicht auch von Kuba oder gar der SU – eine einseitige Zusicherung im voraus erhalten könne, wonach im Falle der SR-435-Ausführung die Kubaner Angola verlassen würden. Hier wie auch in anderen Punkten betr. Namibia schien auch ihm das volle Ausmaß der Schwierigkeiten noch nicht bewußt zu sein. Übereinstimmend mit BM war er immerhin dagegen, Kubaner-Abzug als Bedingung für SR-435-Ausführung anzuerkennen.

Die Kanadier ließen zwar Sympathie mit unserer Position erkennen, hielten sich aber zurück.

Die Minister stimmten überein, daß hinsichtlich des Kubaner-Themas im Zusammenhang mit der Namibia-Initiative strenge Wahrung der Vertraulichkeit notwendig ist.

3) UNTAG-Truppen

US scheinen SA Herabsetzung der Obergrenze von 7500 schon zugesagt zu haben.

BM lehnt dies als unnötige und gefährliche Änderung von SR 435 ab. Diesbezügliche SA-Sorgen könnten auch auf andere Weise berücksichtigt werden.

F stimmt uns zu. GB meint dagegen, die Zahl stehe immerhin nicht im Text des westlichen Plans (was BM angesichts 435 für irrelevant hält). KAN meint, Zahl müsse jedenfalls hoch genug bleiben, um UNTAG-Rolle glaubwürdig zu erhalten.

4) Weiteres Vorgehen

Die fünf Minister waren sich einig, daß die KG bis zum nächsten AM-Treffen (im September in New York[13]) ein Konzept für vertrauensbildende Maßnahmen (Zusicherung von Verfassungsgarantien, aber auch von Blockfreiheit und Nichtzulassung fremder Truppen) erarbeitet haben sollte. Einigung hierüber mit den beteiligten Parteien sollte nach Haig innerhalb der nächsten zwei bis drei Monate herbeigeführt werden.

Vergau[14]

VS-Bd. 11167 (320)

13 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 24. September 1981 vgl. Dok. 279.

14 Paraphe.

217

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4530/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 23. Juli 1981, 17.56 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2863 **Ankunft: 23. Juli 1981, 17.29 Uhr**

Betr.: Das Verhältnis USA – Europa in der sowjetischen Westpolitik

Zur Information

1.1) Der außenpolitische Kurs der SU, Westeuropa gegen die USA auszuspielen, wird zunehmend deutlicher. Das ständige sowjetische Argument, man wolle keinen Keil zwischen die USA und Europa treiben, wird um so unglaubwürdiger, je offener die SU die vorhandenen Spannungen und Meinungsverschiedenheiten ausnutzt.

Vor dem Hintergrund einer von den Sowjets erwarteten zunehmenden Konfrontation mit den USA und einer daraus resultierenden verengten militärstrategischen Betrachtungsweise des Verhältnisses zu den USA gewinnt das Verhältnis der SU zu Westeuropa besondere Bedeutung: Aus sowjetischer Sicht ist es ganz entscheidend, in der jetzigen Lage die Tür zu Westeuropa offen zu halten, um nicht den schon vorhandenen Schwierigkeiten (Polen, Afghanistan, China, SALT-Nichtratifizierung[2]) die Konfrontation mit den westeuropäischen Ländern hinzuzufügen.

1.2) Diese Politik wird zweigleisig betrieben. Zwar betont man die Gesprächsbereitschaft mit den westeuropäischen Regierungen (Breschnew-Besuch[3]), zeigt sich im Formellen aufgeschlossen, wenn europäische Regierungsvertreter nach Moskau kommen, und verweigert gleichzeitig jedes sachliche Entgegenkommen (Lord Carrington als letztes Beispiel[4]). Andererseits wird eine intensive, gegen diese Regierung gerichtete Politik über die „Massen" betrieben, d. h., der Versuch unternommen, die Politik der Regierungen durch die jeweils eigene Bevölkerung zu beeinflussen und auf diesem Wege der eigenen Politik genehme Entscheidungen (Aufhebung des NATO-Doppelbeschlusses) zu erzwingen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 27. Juli 1981 vorgelegen, der die Wiedervorlage verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 6. August 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ges[ehen]."
Hat Arnot am 7. September 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vogel und Vortragenden Legationsrat Barker verfügte.
Hat Vogel am 2. September 1981 erneut vorgelegen.
Hat Barker am 15. September 1981 vorgelegen.

2 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

3 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 183, Anm. 10.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

4 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14, und Dok. 193, Anm. 10.

2) Die sowjetische Argumentation, mit der Westeuropa derzeit umworben wird, stellt auf vier wichtige Aspekte ab, die alle mit der LRTNF-Problematik verbunden sind:

2.1) Verleumdung der USA

Die stereotype Behauptung, die USA wollten keine Verhandlungen zu LRTNF und zu SALT, steht im Widerspruch zum tatsächlichen Stand der Gespräche in Washington.

Solche und weitere Unterstellungen (Europa als Geisel der USA, Betrug an den Verbündeten durch SALT-Nichtratifizierung) richten sich in erster Linie an die europäische Öffentlichkeit.

2.2) Zusammenarbeit mit europäischen Sozialdemokraten

Die Fortsetzung der Entspannungspolitik in Europa und das gemeinsame Interesse an der Abrüstung stehen im Vordergrund eines klaren Angebots an die europäischen Sozialdemokraten, mit der SU enger zusammenzuarbeiten. Der Besuch Brandts[5] und die noch vorsichtige Umwerbung Mitterrands, der Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Skandinavien[6] zielen in diese Richtung.

2.3) Die Sowjetunion als europäische Macht

Sowjets empfehlen sich als Mitgarant der europäischen Sicherheit und fordern mit dem Dogma, daß die Sicherheit jedes europäischen Landes mit der der SU untrennbar verbunden ist, gleichzeitig ein Mitspracherecht in allen die Sicherheit Europas betreffenden Fragen.

2.4) Sowjetunion als zuverlässiger Partner

Je mehr wirtschaftliche und politische Spannungen zwischen Washington und den europäischen Hauptstädten sichtbar werden, um so mehr empfiehlt sich SU als zuverlässiger Partner für Handel und politische Zusammenarbeit. Ottawa[7] dient ihr insofern als Musterbeispiel für westliche interne Schwierigkeiten.

3) Diese Sicht der Möglichkeiten sowjetischer Europapolitik, wie sie sich aus jüngsten öffentlichen Äußerungen Sagladins und anderer ZK-Verantwortlicher deduzieren läßt, erlaubt folgende Prognose: Sowjets werden das Schwergewicht ihrer Westpolitik auf Europa verlagern, dabei allerdings in erster Linie auf die Öffentlichkeit einwirken. Sie tun dies nicht nur, um den Doppelbeschluß zu Fall zu bringen, sondern auch, um die negativen Folgen der sich abzeichnenden, lang anhaltenden Konfrontation mit den USA einzudämmen.

4) Von den oben aufgeführten Elementen der sowjetischen Argumentation sind besonders interessant die jüngsten Aussagen zur Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie einerseits und der Rolle der SU als Mitgarant der europäischen Sicherheit andererseits. Beide Gedanken wurden von Sagladin in Beiträgen nach dem Brandt-Besuch geäußert („Nowoje Wremja“ Nr. 28/81[8], „Prawda“ vom

5 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

6 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Juni 1981 für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 183, Anm. 9.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

8 Vgl. dazu den Artikel von Boris Wesnin: „Ein Besuch von positiver Bedeutung“; NEUE ZEIT 1981, Nr. 28, S. 7–9.

23.7.81[9] und „Moscow News“ Nr. 29/81[10]). Sie sind zu sehen in Verbindung mit einem von Generalstabschef Ogarkow im letzten Heft (Nr. 10/81) des „Kommunist“ veröffentlichten Beitrag[11], der nach einer sehr negativen Bewertung der gesamten amerikanischen Sowjetunionpolitik – einer Art Abgesang auf SALT – der weiteren Stärkung der sowjetischen Verteidigungsbereitschaft das Wort redet. Damit rückt er in der Betrachtung des Verhältnisses zu den USA vom Konzept der friedlichen Koexistenz ab und stellt rein militärstrategische Überlegungen in den Vordergrund. Vom Krieg moderner Prägung ist auffällig oft die Rede.

5.1) Äußerungen wie die Sagladins und Ogarkows geben im großen und ganzen die Sicht wieder, wie sie für die führenden Experten in Moskau derzeit kennzeichnend ist: Während man sich gegenüber Amerika trotz der damit verbundenen Opfer auf eine längere militärstrategische Konfrontation einrichtet, versucht man, in Europa durch „Friedensappelle“ und eine Politik der ausgestreckten Hand gegenüber den sozialdemokratischen Führern die Bindungen an die USA zu lockern. Das Selbstverständnis der SU als eine europäische Großmacht, ohne deren Mitwirkung und auf deren Kosten kein europäisches Land seine Sicherheit garantieren kann, spielt dabei eine wichtige Rolle. Bezogen auf die Bundesrepublik hat Sagladin dies so ausgedrückt: „Die sowjetische Seite schlägt eine andere Methode der Garantie der Sicherheit der BRD und aller europäischen Länder vor, die Methode der Verhandlungen der Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation.“

5.2) Die durch die Allianz gegebenen Bindungen zwischen den USA und Westeuropa werden als solche sicherlich gesehen und einkalkuliert. Es besteht jedoch der Eindruck, als versuche man, zwischen einer NATO/USA und einer NATO/Europa zu differenzieren. Dies kommt allein schon in der im Zusammenhang mit TNF ständig gemachten Unterscheidung zwischen den USA und ihren Partnern zum Ausdruck.

5.3) Das „sozialistische“ Frankreich wird in Zukunft in dieser Hinsicht eine besondere Rolle für die SU spielen, wobei jetzt allerdings noch nicht feststeht, wie man eine Regierung mit kommunistischer Beteiligung[12] beurteilen soll, deren Chef sich für die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa einsetzt. Mitterrands Aussagen hierzu sind bisher nur indirekt aus der „Humanité“ wiedergegeben und nicht kommentiert worden.

6) Die Betonung der Bedeutung einer neuen „Antikriegs-Front“ der europäischen Kommunisten, Sozialdemokraten und linken Kräfte unter Führung der KPdSU, wie sie von Sagladin propagiert wird, läßt erwarten, daß die sowjetische Außenpolitik in Europa vor allem auf dem zweiten Gleis der „progressiven Öffentlichkeit“ stattfindet.

Für die Bundesrepublik bedeutet das weiterhin kräftige Unterstützung der DKP, die schon im Rahmen der Antiraketen-Bewegung durch den Ponomarjow-

9 Vgl. dazu den Artikel von V. Sagladin: „Kommunisty i mir“; PRAVDA vom 23. Juli 1981, S. 4 f.

10 Vgl. dazu den Artikel von Wadim Walentinowitsch Sagladin: „Talks – And Immediately!“, MOSCOW NEWS, Nr. 29 vom 19. Juli 1981, S. 7.

11 Vgl. dazu den Artikel von N. Ogarkov: „Na straže mirnogo truda“; KOMMUNIST 1981, Nr. 10, S. 80–91.

12 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 208, Anm. 22.

Besuch[13] stark aufgewertet wurde. Sowjets werden weiterhin versuchen, über die Öffentlichkeit die Regierungsbeziehungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. Verständnis für sich daraus ergebende mögliche innere politische Konsequenzen ist von ihnen nicht zu erwarten. Dies würde ihren von der Ideologie verstellten Horizont übersteigen. Um so wichtiger scheint mir, alle „progressiven" Aktivitäten der SU bei uns genau im Auge zu behalten und klar einzugrenzen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13280 (213)

218

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 24. Juli 1981, 17.11 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 85 Ortez

Zum Ottawa-Wirtschaftsgipfel (19. bis 21.7.1981)[2];
hier: Politischer Teil

I. Allgemeine Wertung

1) Schwerpunkt des Ottawa-Gipfels lag auf Wirtschaftsfragen. Politischer Gedankenaustausch nahm dennoch erheblichen Raum ein. Die Thematik ergibt sich aus den beiden Erklärungen:

– Zusammenfassung des Vorsitzenden zu politischen Fragen (Chairman's Summary)[3]

– Sonder-Gipfel-Erklärung über Terrorismus[4] (s. Infofunk: 1082 E/1,2–1083 e/o–1085 3E/1 bis 7–2207, 1086 e/o–2207–1089 e/o–2307).

2) Informeller Gedankenaustausch über weltpolitische Fragen war besonders lohnend und fruchtbar:

– Teil des gegenseitigen Kennenlernens der Grundpositionen,

13 Der Sekretär des ZK der KPdSU, Ponomarjow, besuchte anläßlich des VI. Parteitags der DKP vom 28. bis 31. Mai 1981 in Hannover vom 28. Mai bis 4. Juni 1981 die Bundesrepublik und traf am 2. Juni 1981 mit Bundesminister Genscher zusammen. Neben den bilateralen Beziehungen und der KSZE wurden die Ost-West-Beziehungen erörtert, insbesondere die Frage von Mittelstreckensystemen in Europa. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178844.

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. auch Dok. 220.
Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 209, Dok. 210, Dok. 211, Dok. 212 und Dok. 215.

3 Für den Wortlaut der Erklärung des Ministerpräsidenten Trudeau vom 20. Juli 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 616 f.

4 Für den Wortlaut der Erklärung über den Terrorismus vom 20. Juli 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 617 f.

– Weltpolitische Rahmenbedingungen der Wirtschaftsprobleme,
– Übereinstimmung der Beurteilung internationaler Spannungen und Krisen.

Angesichts der erstmaligen Teilnahme mehrerer Staats- und Regierungschefs sowie AM und der teilweise unterschiedlichen Positionen war gutes persönliches Einvernehmen, Stärkung des gegenseitigen Vertrauens und die Bereitschaft zu gegenseitiger Rücksichtnahme kein meßbares, aber wichtigstes Ergebnis.

3) Gipfel eröffnet gute Aussichten für künftige Kooperation. Auch PM Suzuki hat Japan stark auf Kooperation festgelegt. Signal der Solidarität, Zusammenarbeit und Verantwortung.

4) Hervorragende außenpolitische Kooperation zwischen uns und Frankreich:

U. a. klares Engagement Mitterrands für baldige Aufnahme von TNF-Verhandlungen, Unterstützung unserer Position in Frage des Ost-Handels und in Frage Gleichgewicht: Betonung eindeutiger Bündnistreue Frankreichs.

5) Stetigkeit und Verläßlichkeit der amerikanischen außenpolitischen Linie bestätigt. Erstes Auftreten Präsident Reagans auf internationaler Bühne war von großer psychologischer Bedeutung und hat dem Präsidenten persönlich viele Sympathien eingetragen.

II. Schwerpunkte, wie sie sich aus der Zusammenfassung des Vorsitzenden zu politischen Fragen und der Terrorismus-Erklärung ergeben:

1) West-Ost-Beziehungen

Einigkeit über Gleichgewicht, Mäßigung, Bereitschaft zu Dialog und Kooperation. In Frage der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen haben wir unsere Auffassung deutlich machen können.

Zwei klare Appelle an die SU:

– Afghanistan: Anknüpfend an Venedig-Forderung[5] nach Abzug sowjetischer Truppen und Selbstbestimmung für afghanisches Volk, „das einen Befreiungskrieg führt". Zu internationalen Bemühungen um politische Lösung gehört vor allem auch der Konferenzvorschlag des ER von Luxemburg[6].
– KSZE: Gemeinsamer Wille, Forum der Ost-West-Zusammenarbeit aufrechtzuerhalten und greifbare Fortschritte zu erreichen, insbesondere KAE sowie im Bereich der Menschenrechte.
– Polen: Keine spezifische Behandlung, aber übereinstimmendes Urteil, daß Parteitag[7] Schritt zur Lösung polnischer Probleme durch Polen, Ausdruck politischer Mäßigung und Beitrag zur politischen Stabilisierung der Lage ist.

2) Rüstungskontrollpolitik

Zusätzlich zum Bekenntnis zur Rüstungskontrolle und Abrüstung als Teil unserer Sicherheitspolitik erneute klare Bestätigung, daß USA ernsthafte LRTNF-

5 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu Afghanistan vgl. BULLETIN 1980, S. 633 f.

6 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

7 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

Verhandlungen nach Zeitplan von Rom[8] (Haig/Gromyko Ende September[9], Verhandlungen etwa November[10]) suchen.

3) Dritte-Welt-Politik

Übereinstimmung über Prinzipien (Unabhängigkeit und echte Ungebundenheit der Länder der Dritten Welt) bestimmt politischen Rahmen der Zusammenarbeit. Anerkennung der Prinzipien auch Test für Glaubwürdigkeit westlicher Beiträge zur friedlichen Konfliktlösung.

4) Spannungs- und Konfliktherde

– Nahost nahm in der Diskussion einen breiten Raum ein: starkes Engagement für libanesisches Volk. Forderung, Zurückhaltung zu üben und insbesondere auf Vergeltung zu verzichten, die nur zur Eskalation führt. In den Gesprächen wurde die Sorge deutlich, daß Fortsetzung einer Politik der Gewalt die für uns lebenswichtige Region destabilisiert, den Einfluß gemäßigter und verantwortlicher Staaten schwächt und die Region sowjetischem Einfluß öffnet.
– Namibia: Fortsetzung der Fünfer-Initiative für international annehmbare Lösung auf Grundlage SR-Resolution 435[11]. Die fünf AM vereinbarten am Rande[12] Fortsetzung der Gespräche bei der VN-Generalversammlung[13] in New York.[14]

5) In den zwei spezifischen Bereichen Fortsetzung der Arbeiten früherer Gipfel

– Flüchtlinge: Nicht nur humanitäre Hilfe, sondern Beseitigung der Ursachen, daher politischer Appell zur Vermeidung neuer Flüchtlingsströme.
– Terrorismus: Verwirklichung der Bonner Gipfelerklärung zu Flugzeugentführungen[15] mit Sanktionspassus (Afghanistan).
– Verwirklichung der Erklärung von Venedig zur Geiselnahme diplomatischen Personals.[16]

Steinkühler[17]

Referat 012, Bd. 124417

8 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

9 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

10 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

11 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

12 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 216.

13 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

14 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 24. September 1981 vgl. Dok. 279.

15 Für den Wortlaut der am Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zu Flugzeugentführungen vgl. BULLETIN 1978, S. 766.

16 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig teilnehmenden Staats- und Regierungschefs zur Frage der Geiselnahme diplomatischen Personals vgl. BULLETIN 1980, S. 634.

17 Paraphe.

219

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler

310-322.00 LIA/SB **27. Juli 1981**[1]

Betr.: De-facto-Waffenstillstand im Libanon-Konflikt

Nach zweiwöchiger Kampftätigkeit zwischen Israel und den Palästinensern, die am 10. Juli d.J. begann und mit dem Luftangriff auf Beirut und Raketenangriffen auf israelische Grenzstädte ihren Höhepunkt fand, trat am 24. Juli Waffenruhe ein. Doch auf beiden Seiten herrscht große Skepsis, ob die Waffenruhe anhalten wird.

Israel machte die Waffenzufuhr an die PLO aus Libyen, Syrien und WP-Staaten und die Palästinenser die Absicht Israels, die PLO-Strukturen im Libanon militärisch zu zerschlagen, für die entstandene Krise verantwortlich.

1) Die PLO stimmte am Abend des 23.7., Israel am 27.7. einem einstweiligen De-facto-Waffenstillstand zu, durch den nach der Formulierung Habibs „alle feindseligen militärischen Aktionen in beiden Richtungen zwischen libanesischem und israelischem Territorium enden". Das Verschweigen der Kombattanten, Israel, PLO und ihre libanesischen Verbündeten, trägt der gegenseitigen Nichtanerkennung Rechnung.

Der Konsens beider Seiten über die Waffenruhe und die damit verbundenen Bedingungen wurde von Habib in direkten Verhandlungen mit Israel und in indirekten Kontakten mit der PLO über die VN und Saudi-Arabien erzielt. Die Fiktion, daß zwischen den Parteien keine direkten oder indirekten Verhandlungen stattfanden, wurde dadurch gewahrt, daß die Zustimmung von PLO und Israel an verschiedene Adressaten, die VN und Habib, gingen.

2) Die Details des Vereinbarten sind amtlich noch nicht bekannt. Inoffiziell heißt es, daß – über die Feuereinstellung hinaus – Israel

- die Duldung der Aufklärungsflüge über libanesischem Territorium ausbedungen hat (was Arafat am 25.7. nach außen hin ablehnte),
- dem Wiederaufbau zerstörter Brücken im Südlibanon zustimmt, sofern die PLO sie nicht zur Dislozierung schwerer Waffen benutzt, und
- derartige Dislozierung in keinem Falle duldet.

Unklar ist insbesondere, ob auch die syrischen Truppen und ihre Luftabwehrraketen unter die Waffenruhe fallen („alle feindseligen militärischen Aktionen").

3) Die einstweilige Waffenruhe ist prekär. Jede Seite macht ihr eigenes Wohlverhalten von dem der anderen abhängig. Die Gefahr besteht, daß sich opponierende Guerillas nicht an Arafats Weisungen halten und Israel neuen Vor-

[1] Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler und Vortragendem Legationsrat Schnittger konzipiert.
Hat Staatssekretär von Staden am 27. Juli 1981 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 1. August 1981 vorgelegen.

wand zum Eingreifen geben, womit Stabschef Eitan rechnet. Arafat mußte am 26.7. die von Libyen unterstützte kleine PFLP-General Command von Hawatmeh wegen ihrer Übertretungen der Waffenruhe in der Pufferzone Haddads zurechtweisen. Die PFLP-GC hat die Waffenruhevereinbarung zurückgewiesen und fortgesetzte Angriffe auf Israel und die christlichen Milizen im Südlibanon angekündigt. Arafat selbst erklärte, daß die PLO zwar die Waffenruhe an der israelisch-libanesischen Grenze einhalten, aber ihren Kampf in den besetzten Gebieten fortsetzen wolle. Major Haddad stellt in jedem Falle einen Unsicherheitsfaktor dar, aktiv und passiv.

4) Die PLO hat einen Punktesieg zu verzeichnen. Intern und nach außen hat sie durch passables Abschneiden gegen Israel, das indessen nicht alle Machtmittel einsetzte, ihre Legitimationsansprüche untermauert und beweisen können, daß sie als nahöstlicher Faktor nicht ignoriert werden kann. Sie ist einer Anerkennung als kriegführende Partei nahegekommen. Arafat erwartet folglich (25.7.), daß die USA ihre Haltung ihr gegenüber an diesem „Wendepunkt" revidieren. Sein Einlenken veranlaßte AM Haig am 24.7. (CBS-Interview), von „einem Maß an Mäßigung und Verantwortungsbewußtsein auf allen Seiten", implizit also auch bei der PLO, zu sprechen.[2] Arafat wird das Image erhöhter Respektabilität zu fördern trachten.

Begin mußte sich dementsprechend von Peres vorhalten lassen, der PLO durch seine Libanonpolitik zum Punktegewinn verholfen zu haben. Rabin hatte zuvor erklärt, daß die Palästinenser als politischer Faktor nicht mehr durch Krieg zu eliminieren seien.

Eine noch bedeutsamere Erkenntnis für Israel ist, daß es keinen Blankoscheck der USA besitzt, daß vor allem die Rückendeckung durch Judentum und Öffentlichkeit der USA gefährdet ist, wenn es amerikanische Moralvorstellungen, wie im Falle des Angriffs auf Beirut, allzu offensichtlich ignoriert (Schindler, Squadron). Das erlaubte der Administration, Druck auf Israel auszuüben (F-16-Liefersperre[3], Kritik Weinbergers und Clarks[4]), auch wenn sie diesen Ein-

2 Für den Wortlaut des Interviews vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2054, S. 58 f.

3 Zur Aussetzung der Lieferung von vier Kampfflugzeugen vom Typ „F-16" an Israel am 10. Juni 1981 vgl. Dok. 173, Anm. 7.
Am 20. Juli 1981 gab der amerikanische Außenminister Haig auf einer Pressekonferenz in Ottawa bekannt, daß angesichts der Lage im Libanon die Lieferung weiterer Kampfflugzeuge vom Typ „F-16" an Israel ausgesetzt worden sei. Vgl. dazu DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2053, S. 81 f.

4 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 23. Juli 1981 mit: „Von den hiesigen Medien wird die gestern von Verteidigungsminister Weinberger und dem stellv[ertretenden] AM Clark an den jüngsten Aktionen des israelischen PM Begin öffentlich geübte Kritik groß herausgestellt. Weinberger wird aus einem Fernsehinterview mit der Bemerkung zitiert, der Kurs Begins könne derzeit wirklich nicht als gemäßigt bezeichnet werden; eine gewisse Mäßigung sei gegenwärtig jedoch wesentlich. […] Clark habe bei einem Frühstück mit Journalisten die Haltung der Administration gegenüber Begin mit ‚Enttäuschung' und ‚Verlegenheit' gekennzeichnet, hervorgerufen vor allem durch den Angriff auf Wohngebiete in Beirut, der unmittelbar nach den Gesprächen McFarlanes in Israel stattgefunden habe. Die USA seien auf das Äußerste bemüht, ihre historische Verpflichtung für die Sicherheit Israels zu erfüllen. Begin mache es ihnen jedoch ohne Zweifel schwer, Israel zu unterstützen, insbesondere in der F-16-Frage. Die Verpflichtung der USA gelte nicht Begin, sondern der Nation, die er vertrete." Hermes berichtete weiter: „Die soeben bekanntgewordenen heutigen Erklärungen des Sprechers des State Departments, daß es keine Krise in den Beziehungen Washingtons zu Begin gebe, diese vielmehr eng und freundschaftlich wie immer seien, und des Sprechers

druck semantisch abzuschwächen suchte. Begin blieb keine Wahl, als sich zu fügen.

Die USA erzielten einen Vermittlungserfolg, den sie der diskreten Verhandlungsführung Habibs, den Exzessen Begins, flankierender Hilfe der VN und Saudi-Arabiens und wohl auch dem Streben Arafats nach Anerkennung gleichermaßen verdanken. Die Erfahrung, sich gegen das bislang unantastbare Israel durchgesetzt zu haben, könnte einen Durchbruch darstellen, auch wenn an der Grundlage der Beziehungen USA–Israel sicherlich nicht gerüttelt wird.

Des weiteren hat sich erneut die ausschlaggebende Rolle der USA in Nahost erwiesen, während die Sowjets diesmal völlig aus dem Spiel blieben.

Für Libanon haben sich, wie das Ergebnis der Viererverhandlungen am 26.7. zeigte, verbesserte Chancen der Befriedung ergeben.

5) Die PLO wird sich bemühen, ihren „Sieg“ in Anerkennungsdruck umzumünzen. Es ist nicht auszuschließen, daß sie, jedenfalls Arafats „Mainstream“, wie die arabischen Staaten nach 1973 glaubt, sich von der verbesserten Position aus gewisse Konzessionsbereitschaft gegenüber Israel leisten zu können. Das Wagnis, sie beim Wort zu nehmen, dürfte in Israel jedoch eine andere Regierung als die Begins voraussetzen. Begin dürfte eher bestrebt sein, die Scharte bei passender, von radikalen Guerillas gebotener Gelegenheit gründlich auszuwetzen und den Statusanspruch der PLO ad absurdum zu führen.

6) Festzuhalten bleibt,

1) daß die Waffenruhe zerbrechlich ist und es jetzt darauf ankommt, daß beide Seiten sich daran halten,

2) daß es nach der erfolgreichen Vermittlung der USA im Interesse einer größeren Stabilität in der ganzen Region gilt, auf der Grundlage der getroffenen Vereinbarung nunmehr ohne Verzug die politische Lösung in Angriff zu nehmen.

Fiedler

Referat 310, Bd. 135691

Fortsetzung Fußnote von Seite 1175

des Verteidigungsministeriums, Weinberger habe bei seiner Kritik nicht Begin, sondern die Politik Israels insgesamt gemeint, lassen Spekulationen über einen Umschwung in der amerikanischen Nahost- und Israelpolitik vorerst als müßig erscheinen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2933; Referat 310, Bd. 135691.

220

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 27. Juli 1981, 15.40 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 86 Ortez

Zum Wirtschaftsgipfel in Ottawa/Montebello am 20./21.7.1981[2] – wirtschaftlicher Teil

I. Allgemeines

1) Thematik

Ottawa-Gipfel war – wie bisher (sechs voraufgegangene Treffen: Rambouillet, Puerto Rico, London, Bonn, Tokio, Venedig[3]) – überwiegend weltwirtschaftlichen Problemen gewidmet. Im Vordergrund standen:

– Weltwirtschafts- und Währungsfragen im Zusammenhang mit US-Wirtschaftspolitik (Auswirkungen auf Weltwirtschaft, insbesondere Zinsfrage, erratische Zinsschwankungen, Wechselkurse, Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit);
– Welthandelsprobleme (zunehmende protektionistische Tendenzen im nichttarifären Bereich);
– Nord-Süd-Beziehungen (insbesondere Frage der Globalen Verhandlungen[4]).

Energiethema, das voraufgegangene Gipfeltreffen in Tokio und Venedig als Folge zweiter Ölpreiswelle beherrscht hatte, trat diesmal mehr in Hintergrund. Ferner kamen – in diesem Kreise zum ersten Mal – Fragen der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen zur Sprache.

2) Ablauf

Konferenz fand in betont informeller und entspannter Atmosphäre statt, die durch Abgeschiedenheit und kanadisch-ländlichen Stil des Konferenzortes (Château Montebello, etwa 60 km von Ottawa entfernt) sowie durch zwangloses Protokoll kanadischer Gastgeber begünstigt wurde. Diskussionen brachten in streitigen Fragen unterschiedliche Positionen deutlich zum Ausdruck, waren aber zugleich von Bemühen um gegenseitiges Verständnis geprägt.

1 Durchdruck.
Der von Referent Rowas konzipierte Runderlaß wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.

2 Zum Weltwirtschaftsgipfel vgl. auch Dok. 218.
Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt am Rande des Weltwirtschaftsgipfels vgl. Dok. 209, Dok. 210, Dok. 211, Dok. 212 und Dok. 215.

3 Zum Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17. November 1975 auf Schloß Rambouillet vgl. AAPD 1975, II, Dok. 346 und Dok. 348–350.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 27./28. Juni 1976 in San Juan vgl. AAPD 1976, I, Dok. 208.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 7./8. Mai 1977 in London vgl. AAPD 1977, I, Dok. 111, Dok. 112 und Dok. 114.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 16./17. Juli 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 225.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 28./29. Juni 1979 in Tokio vgl. AAPD 1979, II, Dok. 198.
Zum Weltwirtschaftsgipfel am 22./23. Juni 1980 in Venedig vgl. AAPD 1980, I, Dok. 184 und Dok. 185.

4 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

Konferenz wurde – wie in vergangenen Jahren – mit gemeinsamer Erklärung[5] abgeschlossen (s. Informationsfunk vom 22.7.1981).

3) Gesamtwertung

Ergebnis des Gipfeltreffens entspricht unseren Erwartungen. Es hat seine Aufgabe erfüllt, nämlich

– Gelegenheit zu intensiver Aussprache über aktuelle wirtschafts-, sozial- und entwicklungspolitische Probleme zu geben,
– deutlich zu machen, daß Gipfelländer (zusammen 80 Prozent des Welt-BSP) sich gemeinsamer Verantwortung und gegenseitiger Abhängigkeit bei Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme bewußt sind,
– persönliche Kontakte zwischen Gipfelteilnehmern herzustellen (neue Teilnehmer: Reagan, Mitterrand, Suzuki, Spadolini und Thorn) bzw. zu vertiefen.

Die Bedeutung des Ottawa-Gipfels sehen wir in der Bekräftigung der Solidarität der Gipfelländer auch angesichts großer und in ihren politischen und sozialen Auswirkungen tiefgreifender wirtschaftlicher Probleme, mit denen sie konfrontiert sind. Sie kommt – unbeschadet teilweise unterschiedlicher Auffassungen im Methodischen – in der Übereinstimmung in wesentlichen Zielsetzungen, der Bereitschaft zu Kooperation und enger Konsultation und nicht zuletzt in der Anerkennung der Notwendigkeit zum Ausdruck, die Auswirkungen eigenen wirtschaftspolitischen Verhaltens auf andere zu berücksichtigen (Ziffer 1 der Ottawa-Erklärung).

Die Präsidenten Reagan und Mitterrand, die zum ersten Mal zusammentrafen, setzten mit ihren gegensätzlichen politischen Ausgangspositionen starke Akzente. Beide trugen aber durch ihr Bemühen um die Herstellung eines vertrauensvollen persönlichen Verhältnisses, das der Auseinandersetzung in der Sache zugute kam, wesentlich zum Erfolg des Gipfels bei. Wenngleich Differenzen in einzelnen behandelten Fragen fortbestehen (insbesondere Zinsniveau in USA[6], Globale Verhandlungen, Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen), erwies sich die Einrichtung des Wirtschaftsgipfels erneut als wirkungsvolles Instrument einer – im Rahmen des Möglichen – abgestimmten Meinungsbildung in wichtigen weltwirtschaftlichen Fragen. Sie findet ihren Niederschlag in der Abschlußerklärung, die auf intensiven vorbereitenden Diskussionen im Kreise der Persönlichen Beauftragten beruht und daher Ergebnis eines Klärungsprozesses ist, von dem ein starker Zwang zur Annäherung oder Überbrückung unterschiedlicher Positionen ausgeht. Auf diesem Wege – gerade durch deutschen Beitrag – erreichte Fortschritte sehen wir vor allem im Bereich der Nord-Süd-Problematik.

II. Ergebnisse im einzelnen

1) Weltwirtschafts- und Währungsfragen

Aussprache konzentrierte sich auf Auswirkungen der US-Wirtschaftspolitik (insbesondere Zinshöhe und -schwankungen, Wechselkurse) auf die Wirtschaft anderer Länder. Zielsetzung amerikanischer Anti-Inflationspolitik wurde allgemein positiv gewürdigt. Indessen wurde Sorge über empfindliche Rückwir-

5 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1981, S. 613–616.

6 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

kungen in anderen Volkswirtschaften deutlich artikuliert. USA brachten Verständnis hierfür und – auch im eigenen Interesse – Hoffnung zum Ausdruck, daß Inflationsbewältigung baldige Zinssenkung erlauben werde.

Im Ergebnis aus unserer Sicht wesentlich:

– Anerkennung der Gleichrangigkeit der Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit (Ziffer 4 der Ottawa-Erklärung),
– Betonung der „Notwendigkeit eines Wandels" (Wachstums- und Gewinnerwartungen, Beziehungen und Methoden zwischen den Sozialpartnern, Industriestruktur, Energieverbrauch u. a.),
– Notwendigkeit einer Reduzierung der Haushaltsdefizite durch Beschränkung der Staatsausgaben und Wünschbarkeit einer Verstetigung der Zins- und Wechselkursentwicklung.

2) Beziehungen zu den Entwicklungsländern

Neben Auswirkungen US-Wirtschaftspolitik auf Weltwirtschaft Schwerpunktthema des Ottawa-Gipfels. Hervorhebung der Bedeutung dieser Problematik und Einvernehmen über grundsätzliche Orientierungen (Ziffer 9 bis 20 der Ottawa-Erklärung) sind ein wichtiges Ergebnis des Gipfeltreffens.

Für uns sind vor allem folgende, mit wesentlichen Grundsätzen unserer Entwicklungspolitik übereinstimmende Aussagen von Bedeutung:

– Unterstützung der Stabilität, Unabhängigkeit und echten Blockfreiheit der EL sowie Bekräftigung der Verpflichtung zur Zusammenarbeit angesichts wachsender Interdependenz.
– Gemeinsames Interesse von IL und EL an voller Integration der EL in die Weltwirtschaft.
– Festhalten an substantiellen – und in vielen Fällen steigenden – EL-Leistungen unter Konzentration auf ärmere EL.
– Förderung privatwirtschaftlicher Maßnahmen als wichtige Ergänzung öffentlicher EH.
– Forderung verstärkter Leistungen der SU und ihrer Partner ohne Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Empfänger.
– Unter Betonung der Mitverantwortung ölexportierender Länder für EL Bereitschaft zu verstärkter Zusammenarbeit bei Finanzierung in der Dritten Welt, insbesondere im Energiebereich einschließlich der in der Weltbank diskutierten Modelle.
– Stärkere Unterstützung internationaler Bemühungen zur Entschärfung des Problems des Bevölkerungswachstums.

In der – kritischen – Frage der Aufnahme Globaler Verhandlungen brachte Ottawa nach unserer Einschätzung einen Fortschritt. USA zwar weiterhin zurückhaltend, jetzt aber im Prinzip mit der Fortführung der Vorbereitungen für die Globalen Verhandlungen einverstanden. Allerdings bestehen noch keine genauen zeitlichen Vorstellungen.

Wir begrüßen auch die positive Aussage zum Gipfeltreffen in Cancún[7] (Ziffer 11 der Ottawa-Erklärung).

7 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

3) Handel

Auch dieses Thema fand – in engem Zusammenhang mit Wirtschafts- und Währungsproblemen – wegen zunehmender protektionistischer Gefahren, vor allem im nicht-tarifären Bereich, besondere Aufmerksamkeit. Staats- und Regierungschefs erneuerten einmütig Bekenntnis zu offenem Welthandelssystem und wiederholten Verurteilung des Protektionismus. Sie befürworteten weitere Behandlung von Handelsfragen in multilateralem Rahmen (GATT und OECD), insbesondere auch die Abhaltung eines GATT-Ministertreffens im Jahre 1982.[8]

[9]Indirekte Erwähnung Japan-Problematik (im Entwurf der Abschlußerklärung: Zusammenarbeit zur Vermeidung von Handelsstörungen durch Konzentration von Exporten auf einzelne Märkte und Sektoren) wurde nach harten Verhandlungen, insbesondere mit Japan, in Forderung nach maximaler Offenhaltung der Märkte „im Geiste der Gegenseitigkeit" abgeschwächt (Ziffer 26 der Ottawa-Erklärung).

4) Energie

Das Energie-Kapitel in der Schlußerklärung bekräftigt im wesentlichen die in Venedig für dieses Jahrzehnt festgelegte Strategie. Hervorzuheben ist das erneute entschiedene Eintreten aller Gipfelstaaten für die Kernenergie und eine stärkere Ausnutzung der Kohleressourcen. Das wiederholte Kooperationsangebot an die ölexportierenden Länder geht auf unsere Initiative zurück.

5) Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Die Aussprache hierüber machte die unterschiedlichen Voraussetzungen und die Auffassungsunterschiede in dieser Frage zwischen USA einerseits und uns sowie unseren Partnerländern andererseits deutlich.

BK verwies auf besondere deutsche Situation im Ost-West-Handel (geteiltes Land, Notwendigkeit der Steigerung der Kontakte und Kommunikation mit osteuropäischen Staaten) und erinnerte an schlechte Erfahrungen mit früheren Embargomaßnahmen (Olympia-Boykott[10], Afghanistan[11]- und Iran-Sanktionen[12], Aufhebung des Weizenembargos[13]). USA wünschten dagegen Konsultation und Abstimmung nicht nur über Ausfuhr strategischer Güter und Technologie in die SU[14], sondern auch über Rohstoffbezüge aus Ostblockländern, die zu Abhängigkeiten führen könnten.

Wir erklärten uns mit Konsultation (voraussichtlich noch im Herbst d.J. im COCOM-Rahmen[15]) über die Ausfuhr strategischer Güter und „darauf bezogener Technologie" bereit, lehnten jedoch im Einvernehmen mit den meisten an-

8 Vom 24. bis 29. November 1982 fand in Genf eine Ministerkonferenz im Rahmen des GATT statt.

9 Beginn des mit Runderlaß Nr. 87 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

10 Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vom 19. Juli bis 3. August 1980 durch die Bundesrepublik und die USA vgl. Dok. 141, Anm. 13, und Dok. 163, Anm. 25.

11 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR vgl. Dok. 29, Anm. 10.

12 Zu den amerikanischen wirtschaftlichen Sanktionen gegen Iran vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Zu den Sanktionen der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 8, Anm. 5.

13 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

14 Korrigiert aus: „Technologie der SU".

15 Zur Erörterung einer Verschärfung der COCOM-Bestimmungen vgl. Dok. 169, Anm. 8.

deren Partnerländern Einführung neuer Abstimmungsmechanismen über Rohstoffbezüge ab.

Europäisch-sowjetisches Erdgas-Geschäft[16], das in der Presseberichterstattung über den Ottawa-Gipfel stark herausgestellt wurde, war nicht Gegenstand der Gipfelgespräche, sondern lediglich eines bilateralen deutsch-amerikanischen Treffens vor Beginn der Konferenz. Auch hierbei kamen bekannte Standpunkte zum Ausdruck.

Steinkühler[17]

Referat 012, Bd. 124417

221

Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-4611/81 geheim **Aufgabe: 28. Juli 1981, 17.41 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 408 **Ankunft: 28. Juli 1981, 19.01 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 100/81

Betr.: MBFR;
hier: Abschlußbericht der 24. Runde

Zur Information

I. Zusammenfassung und Bewertung

Die 24. Runde, die am 14.5.81 begann und am 23.7.81 zu Ende ging, sah die Wiener Verhandlungen in fast völliger Stagnation. Gab es Bewegung, verlief sie fast nur im Kreise. Offen trat zutage, daß MBFR – nach dem internationalen Umschwung seit Afghanistan und insbesondere durch die TNF- und KSZE-Problematik in den Hintergrund gedrängt – abseits von der Hauptströmung des Ost-West-Geschehens dahintreibt. Für den Westen wirkte außerdem die unabgeschlossene Überprüfung der Rüstungskontrollpolitik in den USA hemmend, für den Osten die geringe Aussicht auf Gewinn, den er angesichts der Stimmung im Westen von weiteren Konzessionen bei MBFR erwarten kann. Ferner dürfte die unübersichtliche Lage in Polen die Sowjets weiter zu Vorsicht veranlaßt haben. In dieser Lage hieß die Devise für beide Seiten: abwarten.

Beide Seiten beschränkten sich daher auf die Wiederholung von Positionen bzw. von Kritik an den Gegenpositionen. Der Osten übte außerdem häufige Po-

16 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 209, Anm. 15.
17 Paraphe.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 11.
Hat Vortragendem Legationsrat Pöhlmann am 29. Juli 1981 vorgelegen.

lemik an angeblichen Motiven des Westens für die Verzögerung von Verhandlungsergebnissen. Während die östliche Argumentation in der voraufgegangenen Runde[2] immerhin ein paar neue Überlegungen enthielt, blieb sie diesmal steril. Der Westen suchte durch die Erörterung spezifischer Fragen und östlicherseits ausgedrückter Besorgnisse wenigstens einige neue Elemente in die Verhandlungen zu bringen, so durch Behandlung der Funktion individueller begleitender Maßnahmen oder durch Eingehen auf die östliche Kritik an der westlichen Manöverpraxis.

Der einzige Verhandlungsschritt bestand in dem am 23.7.81 offiziell eingeführten westlichen Gegenvorschlag[3] zu dem am 24.3.81 vorgetragenen Gedanken Tarassows, der Westen solle seine detaillierten Daten über die östlichen Streitkräfte zum Zweck der Kommentierung und Korrektur durch den Osten vorlegen.[4]

Dieser zeitlich gut terminierte westliche Datenvorschlag, zu dem sich der Osten in ersten Reaktionen sehr zurückhaltend äußerte, könnte in der nächsten Runde[5] in die Datendiskussion etwas Bewegung bringen. Er vermag aber die Verhandlungen selbst nicht aus ihrer Erstarrung zu lösen. Die Überlegung, daß der anhaltende Stillstand der Verhandlungen auf die Dauer zu deren Verfall führen kann, läßt sich nach dieser Runde nicht mehr von der Hand weisen. Anstelle des Dialogs mit dem Osten könnte ein Schlagabtausch treten, der die „Kanalfunktion" der Verhandlungen zerstört. Der westliche Zusammenhalt in Wien war schon während dieser Runde durch tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten zur Verhandlungstaktik beeinträchtigt. Auch wenn es generell gesehen für rüstungskontrollpolitisches Entgegenkommen gegenüber dem Osten nicht an der Zeit sein mag, sollte der Westen die Möglichkeit baldiger begrenzter Verhandlungsschritte prüfen, wenn er das Wiener Forum lebensfähig erhalten will.

II. Verhandlungsgeschehen während der 24. Runde

1) Der Westen konzentrierte sich neben dem Datenproblem auf verschiedene Einzelfragen seiner Vorschläge vom Dezember 1979[6], zu denen er prinzipielles

2 Die 23. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 29. Januar bis 9. April 1981 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 105.

3 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete am 23. Juli 1981 über eine informelle Sitzung am 21. Juli 1981: „Im letzten Informal der 24. Runde präsentierte der Westen seinen neuen Vorschlag für die prozedurale Fortsetzung der Datendiskussion und für eine beiderseitige Vorlage weiter aufgefächerter Daten für das sowjetische Landstreitkräftepersonal. Über die Grundzüge des Vorschlags war Tarassow, der Übung entsprechend, von Dean vorab unterrichtet worden. Der Osten stellte eine Vielzahl von Fragen, die in ihrer allgemeinen Tendenz das Zurückbleiben des Vorschlags hinter dem östlichen Gedanken vom 24.3.81 hervorhoben, äußerte sich jedoch über den Vorschlag nicht bewertend und erklärte die östliche Bereitschaft, ihn während der Verhandlungspause zu prüfen. Insgesamt schien der Osten in einer gewissen Verlegenheit, daß der Westen entgegen ursprünglichen östlichen Erwartungen doch auf den Gedanken vom 24.3.81 eingegangen ist, und unsicher, welchen Kurs er hinsichtlich des westlichen Vorschlags – auch den eigenen Hauptstädten gegenüber – einschlagen soll." Vgl. den Drahtbericht Nr. 398/399; VS-Bd. 10450 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Zu den Äußerungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, vgl. Dok. 105, Anm. 11.

5 Die 25. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 24. September bis 10. Dezember 1981 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 372.

6 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

östliches Entgegenkommen zu erreichen suchte, so etwa Ausnahmeregelungen bei den Höchststärken, Gewährleistung der Flankensicherheit oder individuelle begleitende Maßnahmen. Der Osten hielt demgegenüber starr an allen bisherigen Grund- und Einzelpositionen fest. Er erklärte, für ihn sei Verhandlungsgrundlage, daß ein ungefährer militärischer Gleichstand beider Seiten bestehe, daß erhebliche Verschiebungen im innerwestlichen militärischen Kräfteverhältnis auch künftig nicht stattfinden sollten und daß der geographische Anwendungsbereich für AM[7] durch das 1973 vereinbarte Reduzierungsgebiet[8] festgelegt sei. Als Einzelpositionen stellte er sein Konzept für ein datenloses Phase-I-Abkommen, seine drei essentiellen Forderungen für eine Verknüpfung (Einfrieren zwischen den Phasen, vertragliche Verpflichtungen der Westeuropäer in Phase I zu annähernd proportionalen Phase-II-Reduzierungen, Vereinbarung eines Mechanismus gemäß der östlichen 50-Prozent-Klausel) sowie bei AM die Ablehnung aller auf direkte Beobachtung zielenden Maßnahmen in den Vordergrund. Die Belebung einiger zeitweilig vernachlässigter Punkte des östlichen Programms (Forderung nach Waffenreduzierungen und nach speziellen Höchststärken für Luftstreitkräftepersonal) hatte möglicherweise verhandlungstaktische Gründe. Für den Fall westlicher Konzessionen deutete der Osten Flexibilität hinsichtlich der Form der Phase-I-Reduzierungen sowie hinsichtlich einer Ausnahmeregelung bei den Höchststärken an, letzteres z. B. bei westlichem Eingehen auf den während der Runde erstmals spezifizierten östlichen Vorschlag für die Begrenzung militärischer Manöver auf 40 000 bis 50 000 Mann.

Hinsichtlich der Weiterentwicklung der Verhandlungen vertrat der Osten nachdrücklich den Standpunkt, nach seinen 1980 gemachten Schritten[9] sei nunmehr der Westen am Zuge. Der Osten werde sich erst weiterbewegen, nachdem der Westen vergleichbare Verhandlungsschritte getan habe. In diesem Zusammenhang erklärte er speziell zur Datenfrage (zuletzt Tarassow bilateral gegenüber Dean am 21.7.81[10]), der Osten sei zu einem entscheidenden Beitrag in der Datendiskussion nur dann bereit, wenn der Westen zuvor in Form von – auf östliche Anliegen eingehenden – Verhandlungsschritten unzweideutig zum Ausdruck bringe, daß er ein erstes Abkommen ernsthaft wolle. Eine Einzeldiskussion von AM machte der Osten auch weiterhin von der ausdrücklichen Auf-

7 Associated measures.

8 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

9 Vgl. dazu die Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli bzw. 13. November 1980; AAPD 1980, II, Dok. 209 und Dok. 321.

10 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 30. Juli 1981 mit: „Aus dem Bilateral des US-D[elegations]l[eiters] Dean mit dem sowjetischen DL Tarassow vom 21.7.81 ist […] berichtenswert: Dean stellte zunächst fest, daß die internationale Lage einen ungünstigen Effekt auf Rüstungskontrollverhandlungen ausübe. Das Afghanistan-Problem überschatte die Ost-West-Beziehungen, und es würde eine wohltuende Wirkung auf unsere Verhandlungen haben, wenn ein Fortschritt in Richtung auf eine Lösung dieses Problems gemacht werde. […] Tarassow erwiderte darauf, er stimme zu, daß die internationale Lage gefährlich und kompliziert sei. Aber die SU sei der Auffassung, daß hierfür andere Gründe ursächlich seien als die, die von Dean bezüglich Afghanistan dargelegt worden seien, nämlich der US-Plan zur Dislozierung neuer TNF in Westeuropa und die US-Unterstützung für aggressive Aktionen Israels.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 414; VS-Bd. 11472 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

gabe der westlichen Forderung nach Ausdehnung des geographischen Anwendungsbereichs für Maßnahmen 1 und 2 abhängig.

2) Die Datendiskussion wurde vom Osten völlig blockiert, da er darauf bestand, daß Fortschritte – in Form „östlicher Korrekturen westlicher Schätzfehler" – nur bei westlichem Eingehen auf den Tarassow-Gedanken vom 24.3.81 möglich seien. Der westliche Gegenvorschlag vom 23.7.81 geht auf den Tarassow-Gedanken in zwei wesentlichen Aspekten ein: Einmal ist der Westen zur Vorlage weiterer „roter Daten", und zwar gegebenenfalls auch ohne gleichzeitige Vorlage der östlichen Gegenzahlen, bereit, zweitens greift er die östliche Bereitschaft zu „numerischen Korrekturen" auf. Unterschiede zu dem östlichen Gedanken bestehen in der Beschränkung auf die sowjetischen Landstreitkräfte und im Angebot der Vorlage von zehn die sowjetischen Einheiten in Gruppen zusammenfassenden Datenelementen statt der vom Osten gewünschten Vorlage von Daten für alle einzelnen östlichen Einheiten. Der Westen offeriert für den Datenvergleich zwei Alternativen, nämlich entweder gleichzeitige Vorlage sämtlicher Elemente durch beide Seiten oder einseitige Vorlage von einem Einzelelement durch den Westen, das der Osten anschließend kommentiert. In der zweiten Alternative wird der Westen zum nächsten Datenschritt erst übergehen, nachdem der Osten die westliche Zahl bestätigt oder eine andere genannt hat und eine mögliche Diskrepanz „voll erörtert" worden ist. In seiner Präsentation hat der Westen den experimentellen Charakter des Gegenvorschlags betont und seine Bereitschaft erklärt, bei positiven Ergebnissen eine weitere Auffächerung für die sowjetischen Landstreitkräfte sowie die Vorlage anderer detaillierter Daten über die östlichen Streitkräfte zu prüfen.

[11]III. Ausblick auf die 25. Runde

1) Bei im wesentlichen gleichbleibender Gesamtlage zwischen Ost und West dürfte sich die 25. Runde von der abgelaufenen nur insofern unterscheiden, als der westliche Datenvorschlag die Basis längerer Diskussionen mit dem Osten sein wird. Abgesehen von der erklärten Bereitschaft zur Prüfung hat der Osten als vorläufigen Eindruck geäußert, dieser Vorschlag unterscheide sich kaum von der bisherigen westlichen Datenposition und gehe auf wichtige Elemente des Gedankens vom 24.3.81 nicht ein. Der Osten hat außerdem einen eigenen entscheidenden Beitrag zur Lösung der Datenfrage von westlichen Konzessionen an östliche Anliegen abhängig gemacht. Er dürfte sich aber darüber im klaren sein, daß die völlige Ablehnung eine letzte geringe Chance für Bewegung in Wien zerstören würde. Daß der Westen sich auf datenlose Abkommen einlassen könnte, halten selbst östliche Delegierte – wie sie bilateral zugeben – nicht mehr für möglich. Deshalb ist zwar eine zunächst zögernde östliche Haltung einschließlich starker Kritik an dem Vorschlag und die Wiederholung der bekannten östlichen Datenpositionen wahrscheinlich, weniger jedoch die völlige Ablehnung des Vorschlags durch den Osten. Möglich erscheint ein Gegenvorschlag.

Somit wahrt der westliche Vorschlag die Chance auf Fortsetzung des langwierigen Prozesses einer allmählichen Erosion der sowjetischen militärischen Ge-

[11] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 409 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

heimniskrämerei, zu dem MBFR bisher nicht unwesentlich beigetragen hat. Doch selbst wenn der Osten ihn ohne Alternative ablehnen sollte, hätte der Vorschlag vom 23.7.81 das Verdienst, die Glaubwürdigkeit des Westens in der zentralen Frage der Daten vor der Öffentlichkeit neu gestärkt zu haben.

2) Im übrigen wird die Stagnation nach aller Voraussicht anhalten. Zwar läßt sich ein als generelles politisches Signal gemeinter sowjetischer MBFR-Schritt aus Gründen, die mit MBFR nichts zu tun haben, für die Zukunft nicht völlig ausschließen. Für einen solchen Schritt gibt es derzeit aber keinerlei Anzeichen, vielmehr räumen die außerhalb Wiens abgegebenen rüstungskontrollpolitischen Erklärungen des Ostens MBFR nur einen geringen Stellenwert ein. Spezifisch hat sich Tarassow Dean gegenüber am 21.7.81 dahin geäußert, die weitere östliche Anwesenheit in Wien trotz des Ausbleibens irgendwelcher Fortschritte beweise, daß der Osten die Verhandlungen am Leben erhalten wolle. Jedoch entwickle sich das Urteil Moskaus über die Verhandlungen immer mehr ins Negative. Insbesondere sehe Moskau in der Aufrechterhaltung der Kanalfunktion der Verhandlungen keinen Selbstzweck. Der Osten wolle nach wie vor konkrete Verhandlungsergebnisse, selbst wenn erstes Abkommen nach Lage der Dinge nur bescheiden sein könne.

Angesichts dieses östlichen Zurückhaltens läßt sich Bewegung in Wien wohl nur von einem neuen Verhandlungsschritt des Westens erwarten.

IV. Funktion der Verhandlungen aus Wiener Sicht und Rolle der AHG

1) Die Stagnation der Verhandlungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen haben die AHG in letzter Zeit wiederholt beschäftigt. Während eine solche Stagnation für institutionalisierte Abrüstungsgremien wie z. B. den VN-Abrüstungsausschuß keine unmittelbare Gefährdung bedeutet, bedeutet sie für MBFR als ein auf Verhandlungsergebnisse angelegtes Forum, daß anhaltender Stillstand allmählich Verfall bewirkt. Die AHG sah sich damit vor die neue Aufgabe gestellt, statt an Verhandlungsfortschritten orientierter taktischer Fragen sich mit dem Problem des Überlebens des MBFR-Forums selbst beschäftigen zu müssen. Dies geschieht zu einer Zeit, in der sich rüstungskontrollpolitisches Interesse im Westen auf zwei andere Foren konzentriert, nämlich die TNF-Verhandlungen wegen der dort zur Behandlung kommenden, zur Zeit zwischen Ost und West im Vordergrund stehenden Waffen und die KSZE/KAE, namentlich wegen der Frage des größeren geographischen Raums. In diesem Zusammenhang blieb in der AHG nicht unbemerkt, daß jüngste rüstungskontrollpolitische Grundsatzäußerungen im Westen (z. B. Haigs[12] oder des britischen Staatsministers Hurd) MBFR nicht einmal mehr erwähnen. Die vorherrschende Meinung der AHG wurde deshalb von Dean dahin zusammengefaßt, daß MBFR in einer Reihe westlicher Länder „praktisch vergessen" sei.

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten bestehen in der Frage, wie die AHG auf diese Lage reagieren solle. Nach einer starken Ansicht (insbesondere Dean auf persönlicher Basis, NL und BE) sollte der Westen nicht durch sein Verhalten zu einem Verfall von MBFR beitragen, damit die Kanalfunktion dieser Verhandlungen in eine Zeit hinübergerettet werden kann, in der das Interesse an

12 Zur Rede des amerikanischen Außenministers Haig vor der „Foreign Policy Association" am 14. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 204, Anm. 43.

ihnen im Hinblick auf ihre spezifische Aufgabenstellung und ihren Block-zu-Block-Charakter wieder auflebt. So weit wie irgend möglich will diese Ansicht MBFR von äußeren Entwicklungen abschotten und östliche Polemik ignorieren. Eine etwa gleich starke Gegenmeinung (insbesondere UK, IT und wir) erwartet, der Osten würde ein solches Verhalten als Schwäche mißdeuten. Der Westen könne außerdem nicht schweigend hinnehmen, daß der Osten seit 1979 MBFR zunehmend als Propagandaforum mißbrauche, und müsse seine Zurückhaltung in Wien auch durch Hinweise auf die äußeren Entwicklungen erläutern, die sein Verhalten wesentlich bestimmen. Diese Gruppe tritt ferner dafür ein, MBFR als ein zusätzliches Element für westliches Krisenmanagement zu nutzen. Ein kürzlicher Versuch in dieser Richtung, mit dem in Wien die Afghanistan-Initiative der EG[13] unterstützt werden sollte, scheiterte jedoch am Widerstand von BE und NL (vgl. hierzu besonderen Bericht[14]).

2) Die Frage, welchen dieser beiden Wege die AHG einschlagen solle, führte schon während der vergangenen Runde zu häufigen, nicht ohne persönliche Schärfen geführten internen Auseinandersetzungen. Namentlich der niederländische DL[15] de Vos, der in der AHG wiederholt die seiner Ansicht nach enttäuschende Haltung verschiedener westlicher Regierungen zu MBFR kritisierte, wandte sich gegen eine harte Sprache gegenüber dem Osten und jede Bezugnahme auf äußere Entwicklungen. Da ein Konsens wieder an ihm scheiterte, konnte sich der Westen gegenüber dem Osten oder vor der Presse allenfalls mit blassen Formulierungen zur Wehr setzen. Als eklatantestes Beispiel für den Widersinn dieser Haltung sei erwähnt, daß de Vos die von uns gewünschte Aufnahme eines Passus aus dem NATO-Kommuniqué vom 5.5.81[16] in unsere Plenarerklärung[17] blockierte, nach der nach westlicher Auffassung „Rüstungskontrollverhandlungen nur in einem internationalen Klima des Vertrauens zu fruchtbaren Ergebnissen führen" könnten. Diesen Passus zitierte dann der Osten selbst einige Tage später in einer eigenen Erklärung. Dean hielt sich übrigens in diesen Auseinandersetzungen wie auch sonst stark zurück.

Der durch die Stagnation bedingte Verlust an Zusammenhalt in der AHG ist neu. Er wirft sehr ernste Probleme auf, weil er vor den Augen des Ostens Differenzen zwischen den einzelnen westlichen Teilnehmern zutage treten läßt. Auch

13 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

14 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), teilte am 30. Juli 1981 mit, der Versuch, „in der westlichen Plenarerklärung vom 23.7.81 zum Abschluß der 24. Runde einen Passus unterzubringen, mit dem die EG-Initiative unterstützt werden sollte", sei am Widerstand Belgiens und der Niederlande gescheitert. Als Begründung sei von diesen Delegationen angeführt worden, daß „a) das Thema Afghanistan nicht zu den MBFR-Verhandlungen gehöre, b) die AHG als Instrument des Krisenmanagements in dieser Frage zu wenig Sachverstand besitze, c) ein Einvernehmen der Zehn, die Angelegenheit durch die AHG in den Wiener Verhandlungen zur Sprache zu bringen, nicht vorliege, jedenfalls keine dahingehenden Weisungen erteilt worden seien". Vgl. den Drahtbericht Nr. 414; VS-Bd. 11472 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

15 Delegationsleiter.

16 Vgl. dazu Ziffer 9 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 341.

17 Für die Erklärung des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), vom 29. Mai 1981 vgl. Referat 221, Bd. 123132.

dieser Aspekt sollte daher in die Prüfung der Frage eines baldigen westlichen Verhandlungsschritts einbezogen werden.

[gez.] Jung

VS-Bd. 11472 (221)

222

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.73/10 LRTNF-1235/81 VS-vertraulich **29. Juli 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister vorgelegt

Zweck der Vorlage: zur Information und mit der Bitte um Billigung des beabsichtigten Vorgehens; zur Vorbereitung Ihres Gesprächs mit Eagleburger[3] und Haig[4]

Vorschlag:

1) Den Gedanken einer Sondersitzung der an der LRTNF-Entscheidung[5] beteiligten Außenminister Ende Oktober zur Bekräftigung des Verhandlungsmandats in die Diskussion mit den Amerikanern einzubringen.

2) Die Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit zur Vorbereitung

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 7. August 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner vorgelegen, der handschriftlich für Botschafter Ruth vermerkte: „Vorlage ist nicht gebilligt. 010 (v. Ploetz) bittet, in zehn Tagen zu prüfen, ob Vorlage dann noch vorgelegt werden soll. W[ieder]v[orlage] 17.8." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11353 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 29. Juli 1981 vorgelegen.

3 Bundesminister Genscher traf am 30. Juli 1981 in Washington mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium zusammen. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am 31. Juli 1981 mit, Eagleburger habe ausgeführt: „Aufgrund seiner Vorgespräche mit Bessmertnych habe er den Eindruck, daß die Sowjets eine äußerst harte Diskussion über die Frage der einzubeziehenden Systeme führen würden. Die Sowjets würden auf der Einbeziehung von FBS sowie der britischen und französischen Systeme bestehen. Als Datum des Verhandlungsbeginns habe Bessmertnych den 17. November vorgeschlagen. Die amerikanische Seite neige jedoch dazu, die Verhandlungen erst ein bis zwei Wochen später, aber noch im November zu beginnen." Genscher habe ausgeführt: „Die USA würden nach seiner Meinung besser taktieren, wenn sie den 17. November als zu spät bezeichnen und den Sowjets einen früheren Termin vorschlagen würden. Nichts beeindrucke die Sowjets mehr als die Erklärung, daß der Schlüssel für die Nachrüstung in Moskau liege." Genscher habe „mit Nachdruck" erklärt, „daß die Öffentlichkeit mehr als bisher über die SCG-Sitzungen unterrichtet werden sollte, damit die westlichen Bemühungen um Vorbereitung der Verhandlungen sichtbar würden. […] E[agleburger] stimmte der Anregung verstärkter Veröffentlichung der SCG-Arbeit zu." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3042/3043; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 1. August 1981 in Cancún vgl. Dok. 225.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

und Begleitung der Verhandlungen anzuregen und dazu folgende Schritte vorzusehen:

a) Gespräch Botschafter Ruth mit Eagleburger am 3.8.1981[6];

b) vertrauliches und informelles deutsch-amerikanisch-britisch-italienisches Gespräch Ende August/Anfang September[7];

c) danach Einführung in die Special Consultative Group und Synchronisierung mit den Vorarbeiten zur Verabschiedung des Verhandlungsmandats.

Betr.: LRTNF;
hier: Vorbereitung der Verhandlungen

I. Vorbemerkungen

1) Es ist davon auszugehen, daß die öffentliche Auseinandersetzung über die Implementierung des Doppelbeschlusses der NATO auf absehbare Zeit anhalten wird. Dabei wird es wesentlich darauf ankommen, die Position der NATO glaubwürdig und öffentlich wirksam zu präsentieren. Es stellt sich daher die Frage, welche Inhalte der westlichen Position sich für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit besonders eignen. In vorbereitenden bilateralen Gesprächen mit Vertretern der Vereinigten Staaten und insbesondere der anderen Stationierungsländer werden wir die Möglichkeit prüfen, ob ein Konzept für die öffentliche Präsentation entwickelt werden kann, das auf der westlichen Verhandlungsposition beruht, aber gleichzeitig stärker auf die östliche Agitation und die Erwartungen der eigenen Öffentlichkeit einzugehen in der Lage ist.

2) Bei der Entwicklung eines solchen Konzepts ist folgendes zu bedenken:

a) Sowohl die Vereinigten Staaten als auch die Sowjetunion werden darauf bestehen, daß die Vertraulichkeit der Verhandlungen über LRTNF gewahrt wird. Ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit wird daher stärker von allgemeinen Zielsetzungen als von konkreten Details der Verhandlungsvorschläge ausgehen müssen.

b) Die öffentlichen Bedürfnisse in den Vereinigten Staaten und Europa sind nach der Übernahme der amerikanischen Regierung durch Präsident Reagan noch unterschiedlicher, als sie es vorher schon waren. Es wird deshalb erforderlich sein, die Amerikaner für ein offensives Öffentlichkeitskonzept erst noch zu gewinnen, das europäischen Anforderungen gerecht wird. Gleichzeitig muß vermieden werden, den Skeptikern in den Vereinigten Staaten Anlaß zu Kritik zu geben.

6 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 3. August 1981 über ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium am Vortag. Eagleburger habe den Vorschlag eines Gesprächs zwischen der Bundesrepublik, Großbritannien, Italien und den USA zur Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit zur Vorbereitung der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckensysteme als „sehr hilfreich" bezeichnet und einen Termin etwa Mitte September 1981 vorgeschlagen. Ruth berichtete weiter, britische und italienische Vertreter hätten sich gleichfalls zustimmend geäußert: „Wie ebenfalls vorgesehen, habe ich gegenüber Eagleburger den Gedanken einer Sondersitzung der an der LRTNF-Entscheidung beteiligten Außenminister Ende Oktober angesprochen, deren Ziel die Bekräftigung des Verhandlungsmandats sein soll. Eagleburger wird diesen Gedanken Außenminister Haig vortragen und uns bilateral unterrichten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1313; VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Zum Gespräch zwischen Vertretern Belgiens, der Bundesrepublik, Großbritanniens, Italiens und der USA am 27. August 1981 vgl. Dok. 245.

c) Von besonderer Bedeutung ist in den Vereinigten Staaten das Verifikationsproblem. Für die Amerikaner wird hier die Frage entschieden, ob es sich um nützliche und politisch vertretbare Rüstungskontrolle handelt. Bei der Entwicklung eines Konzepts für die öffentliche Präsentation muß diesem Element Rechnung getragen werden. Dies entspricht im übrigen unseren eigenen Interessen.

d) Ein Konzept für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit wird gesondert von der Verhandlungsposition entwickelt werden müssen. Seine substantiellen Inhalte müssen jedoch naturgemäß mit der eigentlichen Verhandlungsposition übereinstimmen. Das bedeutet, daß ein solches Konzept erst zusammen mit der Festlegung der Verhandlungsvorschläge formalisiert werden kann und daß es außerdem der Anpassung an den Verhandlungsgang bedarf.

3) Ein Konzept für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit sollte zunächst bilateral vorbesprochen und dann von der Special Consultative Group ausgearbeitet werden.

4) Die Notwendigkeit, ein solches Konzept auszuarbeiten, bedeutet nicht, daß nicht schon jetzt bestimmte, festliegende Elemente der westlichen Verhandlungsposition national in der Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden könnten.

II. Stand der Vorbereitungen auf die Verhandlungen

1) Substantiell

a) Folgende prinzipielle Festlegungen des Integrierten Entscheidungsdokuments vom 12.12.1979[8] gelten weiter:

- Reziprozität;
- Verhandlungsziel sind de jure gleiche Obergrenzen für beide Seiten;
- die NATO ist bereit, ihren Bedarf an LRTNF entsprechend den konkreten Verhandlungsergebnissen anzupassen;
- Priorität hat die Begrenzung landgestützter Mittelstreckenraketen großer Reichweiten;
- die Begrenzungen sollen sich auf sowjetische und amerikanische Systeme beschränken;
- Priorität haben globale Begrenzungen, um abkoppelnde Wirkung einer eurostrategischen Balance zu vermeiden;
- über LRTNF-Begrenzungen wird im Rahmen von SALT verhandelt;
- Ergebnisse müssen verifizierbar sein.

b) Die noch offenen Punkte in der westlichen Position, die der Verfeinerung und Weiterentwicklung dienen, beziehen sich vor allem auf folgendes:

- Ausarbeitung des schrittweisen Vorgehens;
- Konkretisierung der globalen Begrenzung;
- Ausschluß oder Einbeziehung von Flugzeugen (mit zunehmender amerikanischer Abneigung gegen Einbeziehung von Flugzeugen);
- Behandlung von Raketen kurzer Reichweiten.

[8] Für das „Integrated Decision Document“ der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

c) Parallel zu der Vorbereitung der Verhandlungsposition laufen die beiden in Rom[9] beschlossenen Studien über

– Bedrohungssituation,

– technische LRTNF-Erfordernisse.

Es ist beabsichtigt, daß diese Studien vor Verhandlungsbeginn abgeschlossen werden.[10] Sie sind jedoch nicht Voraussetzung für den Verhandlungsbeginn.

2) Prozedurale Vorbereitung

(1) Die SCG trifft sich am 3.8.1981 zu ihrer nächsten Sitzung.[11] Wir erwarten eine weitere SCG-Beratung vor dem Treffen Haig–Gromyko.[12]

(2) Das Treffen Haig–Gromyko wird um den 26.9. am Rande der Generalversammlung der VN[13] stattfinden.[14]

(3) Zwischen dem 15.11. und 15.12. sollen die eigentlichen Verhandlungen beginnen.[15]

(4) Vor dem förmlichen Verhandlungsbeginn wäre es zweckmäßig, wenn durch eine Konferenz der Außenminister, die den Doppelbeschluß mittragen, die westliche Verhandlungsposition politisch bekräftigt und der Verhandlungsbeginn wirksam in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht werden könnte. Als Zeitpunkt für eine solche Konferenz der Außenminister käme die zweite Hälfte Oktober in Frage.

III. Elemente der westlichen Position, die sich für eine offensive Öffentlichkeitsarbeit eignen

Ein Konzept für eine offensive westliche Öffentlichkeitsarbeit könnte sich auf folgende Elemente der westlichen Position stützen:

1) Verantwortungsbewußter und aus rüstungskontrollpolitischer Sicht progressiver Inhalt des Doppelbeschlusses

– umfassende Transparenz der NATO-Entscheidung;

– Bekanntgabe des Modernisierungsumfangs und des Zeitpunkts des Stationierungsbeginns;

– Entscheidung im Zusammenhang mit dem Doppelbeschluß, 1000 Sprengköpfe abzuziehen[16] und die 572 neuen Systeme im reduzierten Umfang unterzubringen;

– Verbindung der Modernisierungsentscheidung mit dem NATO-Verhandlungsvorschlag. Damit gleichzeitige Schaffung des Instruments zur Begrenzung

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

10 Zu den von der „High Level Group" (HLG) der NATO ausgearbeiteten Studien vgl. Dok. 261.

11 Zur neunten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 227.

12 Zur zehnten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 16. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 259.

13 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

14 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

15 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

16 Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129.

des in Frage stehenden Waffensystems beider Seiten und zur Vermeidung eines TNF-Rüstungswettlaufs.

2) Die westliche Analyse des Kräfteverhältnisses

Sie widerlegt die sowjetische Behauptung eines bestehenden Gleichgewichts im Mittelstreckenbereich. Der Westen könnte die Forderung eines konkreten Datenvergleichs ins Spiel bringen. Erforderlich sind einheitliche und ausreichend detaillierte Darstellungen für die Öffentlichkeitsarbeit.

3) Konzentration auf landgestützte Raketen großer Reichweiten

Die Sowjetunion hat mit ihrer Agitation gegen die Stationierung von Pershing und Cruise Missiles in Europa die Bedeutung dieser Systeme selbst hochgespielt. Dies sollte jetzt genutzt werden, um die Sowjetunion zu drängen, im Interesse einer überschaubaren Verhandlungsführung der Konzentration auf landgestützte Raketensysteme großer Reichweiten zuzustimmen.

4) Das Prinzip der Gleichheit und das Verhandlungsziele de jure gleicher Obergrenzen für beide Seiten

Diese Zielsetzung entspricht dem bei SALT und MBFR anerkannten rüstungskontrollpolitischen Prinzip der Parität. Die Sowjetunion sollte aufgefordert werden, dieses Prinzip auch für die landgestützten Mittelstreckenraketen anzuwenden. Als konsequente Anwendung dieses Prinzips könnte ein Gegenargument gegen den sowjetischen Moratoriumsvorschlag[17] entwickelt werden. Der Westen könnte erklären, daß er im Sinne seines Verhandlungsvorschlags bereit ist, das durch den sowjetischen LRTNF-Bestand markierte Potential nicht zu überschreiten, und daß er bereit ist, diese Zusicherung auch auf reduzierte sowjetische Bestände zu erstrecken. Die Sowjetunion könnte aufgefordert werden, im Interesse der Erleichterung der Verhandlungen ihren Bestand nicht weiter zu erhöhen, vielmehr durch eine nachprüfbare Reduzierung dieses Bestandes die Aussichten auf konkrete Verhandlungsergebnisse und auf Begrenzung auf möglichst niedrigem Niveau zu verbessern.

5) Null-Option als denkbare Konsequenz des westlichen Verhandlungsvorschlags

Die Null-Option wäre die konsequente Anwendung der westlichen Bereitschaft, gleiche Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau zu vereinbaren. Sie entspricht daher logisch der westlichen Verhandlungsposition, auch wenn sie angesichts der sowjetischen Vorrüstung im Integrierten Entscheidungsdokument als „äußerst unwahrscheinlich" bezeichnet wurde.

Da die Null-Option schon jetzt Teil der öffentlichen Diskussion ist, wird es zweckmäßig sein, sie in ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit einzubauen, in dem Sinne, daß die Null-Option der Idealfall für die Verwirklichung des westlichen Verhandlungsansatzes wäre. Hierfür eignet sich die Formulierung des Regierungssprechers nach der Kabinettsitzung vom 8.7.1981: „Zur sogenannten Null-Option geht die Bundesregierung davon aus, daß sie sich auf die Systeme beider Seiten bezieht. Ihre Verwirklichung würde daher die Beseitigung der die Staaten der Allianz bedrohenden sowjetischen Vorrüstung im Mittel-

17 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

streckenbereich voraussetzen“.[18] Bei der Erarbeitung einer abgestimmten Position zur Null-Option wird zu berücksichtigen sein:

– daß die Amerikaner vermutlich Bedenken haben werden,
– europäische Verbündete (besonders die Niederlande) die Null-Option als Versuch betrachten werden, die Stationierung von LRTNF auf dem eigenen Gebiet unnötig zu machen, auch wenn die Sowjetunion nicht entsprechend verpflichtet wird,
– daß die Null-Option mit der Forderung verbunden sein muß, die Verhandlungen auf landgestützte Mittelstreckenraketen zu konzentrieren,
– daß sie die großen Reichweiten der SS-5 und SS-20 in Rechnung stellt und sich nicht nur auf Europa bezieht.

6) Bei der Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit ist schließlich zu prüfen, wie der Gedanke der Verifikation zur Geltung gebracht werden kann. Dieser Punkt ist besonders wichtig, weil damit der von der Sowjetunion verschuldete Mangel an Transparenz hervorgehoben werden kann.

IV. Vorbereitung der Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit

Es wird vorgeschlagen, daß wir die Diskussion über die Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit einleiten und folgende Stufen vorsehen:

1) Gespräch Botschafter Ruth mit Eagleburger am 3.8. (vor der SCG-Sitzung).

2) Vorschlag eines vertraulichen und informellen Vierertreffens in der Bundesrepublik Deutschland vor der nächsten SCG-Sitzung (Ende August/Anfang September).

3) Einführung des Themas in die SCG-Diskussion mit der Zielsetzung, eine gemeinschaftliche Position zu entwickeln.

4) Einbeziehung des Ergebnisses dieser Diskussion in die Tagung der Außenminister zum Thema LRTNF.

Ruth

VS-Bd. 11353 (220)

18 Für die Erklärung des Staatssekretärs Becker, Presse- und Informationsamt, vgl. den Artikel „‚Die SS-20-Raketen in Etappen abbauen‘“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 9. Juli 1981, S. 5.

223

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4637/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 30. Juli 1981, 18.07 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2972 **Ankunft: 30. Juli 1981, 17.09 Uhr**
Citissime

Betr.: Die Rolle des KSZE-Prozesses in der sowjetischen Außenpolitik;
hier: Betrachtungen vor der Sommerpause in Madrid

Bezug: laufende Konferenzberichterstattung Madrid

Zur Information

1) Schenkt man den Ausführungen des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow Glauben, von dem die jüngsten ausführlichen Äußerungen zur sowjetischen Außenpolitik stammen[2], so stehen weitere Schritte zur Festigung des Friedens in Europa obenan in der Liste sowjetischer Prioritäten. Er begründet das damit, daß die Erhöhung von Spannungen in Europa besonders gefährlich ist[3], weil sich hier die Blöcke unmittelbar gegenüberstehen. Deshalb, so Ustinow, hat die SU die Ausweitung des Anwendungsgebiets für vertrauensbildende Maßnahmen bis zum Ural vorgeschlagen.[4] Sie erwartet als Gegenleistung eine entsprechende Ausdehnung auf westlicher Seite, weil Europa nicht nur das Festland, sondern auch die „nahegelegenen Wasserflächen" und den entsprechenden Luftraum umfasse. Lange genug hat es gedauert, bis sich die Militärs zu einer solchen Präzisierung der erhofften Gegenleistungen bereitgefunden haben. Sicherlich ein Erfolg der Hartnäckigkeit des Westens in Madrid.

Ustinows Hervorhebung der Bedeutung Europas als gefahrenträchtigstes Konfliktgebiet entspricht sicherlich den langfristigen sowjetischen Einschätzungen: Die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, die bekanntlich in der sowjetischen Außenpolitik immer noch eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, lehren die Führung gerade heute, sich nicht auch noch mit den Europäern in eine Konfliktsituation einzulassen. Vielmehr kommt es darauf an, das Lager des potentiellen Gegners möglichst aufzuspalten. Deshalb die verstärkten Anstrengungen, die USA und Europa auch im Rahmen der KSZE auseinanderzubringen und sich den Europäern als Entspannungspartner anzubieten.

1 Hat Staatssekretär von Staden am 3. August 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer und Botschafter Ruth verfügte und handschriftlich vermerkte: „Sehr bemerkenswerte Analyse."
Hat in Vertretung von Ruth Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil vorgelegen, der bezüglich der Weiterleitung an Pfeffer handschriftlich vermerkte: „n[ach] R[ückkehr] (10.8.)."
Hat Ruth am 7. August 1981 vorgelegen, der Referat 221 um Rücksprache bat.

2 Vgl. dazu den Artikel des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda" vom 25. Juli 1981; EUROPA-ARCHIV 1981, D 552–557 (Auszug).

3 Korrigiert aus: „sind".

4 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.
Vgl. dazu ferner den am 17. Juli 1981 inoffiziell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 12.

2) Bezogen auf die so unvermittelt vertagte Folgekonferenz in Madrid[5] bedeutet dies, daß Sowjets eine Gratwanderung zwischen „europapolitisch" motivierter Konzessionsbereitschaft und großmachtpolitisch bedingter Härte machen mußten. Dabei kam es verschiedentlich zu Überraschungen – selbst für den sowjetischen Delegationsleiter. Eine davon ist die Bekundung der Bereitschaft, die CBM bis zum Ural auszudehnen, eine andere, die vom Westen erwartete Gegenleistung überhaupt zu präzisieren.

Gesprächen in Moskau ist zu entnehmen, daß man – wie wir – gern eine Vertagung vermieden und eine Einigung über ein Schlußdokument herbeigeführt hätte. Zwar wird die Verantwortung für die Vertagung jetzt von Iljitschow und sicherlich bald auch von den entsprechenden Kommentatoren „einigen westlichen Delegationen" bzw. den USA angelastet. Ich habe jedoch den Eindruck, daß man in Moskau über eine Atempause nicht unzufrieden ist. Durch die Ereignisse in Polen und Afghanistan und durch die Verschärfung der sowjetisch-amerikanischen Konfrontation lief Madrid in sowjetischer Sicht Gefahr, zum Nebenschauplatz bzw. zum bloßen Forum sowjetisch-amerikanischen Streits zu werden. Auch hatten Sowjets ganz offensichtlich Schwierigkeiten bei der Koordination der für die vitalen KSZE-Fragen zuständigen Führungsgremien. Es ist daher nicht erstaunlich, daß Madrid in den letzten Wochen in der außenpolitischen Medienkommentierung kaum eine Rolle gespielt hat und sich sowjetische Gesprächspartner immer nur sehr allgemein äußerten.

3) Die Sommerpause wird Sowjets Gelegenheit geben, ihre Position insbesondere hinsichtlich des Mandats für die KAE einschließlich der vom Westen geforderten Gegenleistungen zu konsolidieren. Ustinows Beitrag hat gezeigt, daß hierbei die Militärs ein gewichtiges Wort mitzureden haben. In jedem Fall dürfte sowjetische Zonenformel eher eine Maximalforderung sein, von der man bei weiteren Gesprächen Abstriche machen kann. Die Taktik scheint nach wie vor darin zu bestehen, den Westen mit Erläuterungen der wirklich geforderten geographischen Ausdehnung bis zur KAE selbst hinzuhalten. Es wird den Sowjets klarzumachen sein, daß sie mit dieser Taktik keinen Erfolg haben werden.

4) Was die von der Madrider Konferenz geleistete Arbeit in den einzelnen Körben[6] betrifft, so ist in Moskau hierzu zu hören, daß man doch schon einen Großteil der Formulierungen für das Schlußdokument gefunden habe, insofern der westliche Vorwurf, die SU und ihre Verbündeten seien nicht flexibel, nicht zutreffen könne. Selbstverständlich entspricht diese Argumentation nicht den Tatsachen: Sie reflektiert weder das tatsächliche, bisher abgestimmte Ergebnis

5 Gesandter Graf zu Rantzau, z. Z. Madrid, teilte am 24. Juli 1981 mit, in der Plenarsitzung am selben Tag sei beschlossen worden, die KSZE-Folgekonferenz ab 28. Juli bis 27. Oktober 1981 zu vertagen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1080; Referat 212, Bd. 133421.

6 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler gab am 3. August 1981 einen Überblick über die bisherigen Ergebnisse der KSZE-Folgekonferenz in Madrid: „Vorläufige Einigung (die unter Vorbehalt des Gesamtergebnisses steht) wurde erzielt über umfangreiche und angesichts der politischen Großwetterlage durchaus beachtliche Texte, insbesondere bei menschlichen Kontakten, Wirtschaft und Kultur. […] In Korb I wurde Text über die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die Empfehlung der Abhaltung von bilateralen Menschenrechts-round-table-Treffen vereinbart. Verhandlungen in Korb II (Wirtschaft, Wissenschaft, Umwelt) im wesentlichen abgeschlossen […]. Schon jetzt läßt sich sagen: Madrid hat bessere Arbeit als Belgrad geleistet. Über 70 Prozent der Konferenzmaterie sind verhandelt." Vgl. den Runderlaß Nr. 89/90; Referat 012, Bd. 124417.

von Madrid noch vor allem die Realität der Implementierung von Helsinki[7] in der SU. Hier ist bei allen wesentlichen Bereichen (Familienzusammenführung, Behandlung der Journalisten, Lebensbedingungen für Ausländer allgemein, Verbreitung von Informationen, westliche Sender, sowjetische Dissidenten) eher Rückschritt festzustellen. Zudem bringt die mit der Kriegspsychose arbeitende Propaganda mit sich, daß die alten Gespenster wiederauferstehen: ausländische Spione und Diversanten, imperialistische Propaganda, ideologische Subversion etc. Dies ist kein fruchtbarer Boden für mehr Vertrauen, mehr Austausch, mehr Zusammenarbeit.

Dies schließt allerdings nicht aus, daß Sowjets aus allgemein politischen Rücksichten und zur Erhaltung eines Minimums an Prestige bereit sein werden, nach Beendigung der Sommerpause Formulierungen zuzustimmen, mit denen sie uns entgegenkommen. In jedem Fall gehe ich davon aus, daß die KSZE-Politik in der für Sowjets derzeit sehr schwierigen außenpolitischen Lage eher wieder an Bedeutung gewinnen wird.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 11408 (221)

224

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua in Cancún

31. Juli 1981[1]

Teilnehmer: Vize-AM Pu Shouchang; Ständiger Vertreter der VR China bei den VN[2]; Dolmetscher; VLR Bald, VLR Siebourg als Dolmetscher.

Das Gespräch dauerte von 9.45 Uhr bis 10.10 Uhr und fand in der Suite des BM statt.[3]

1) Nord-Süd-Treffen Cancún

AM fragt nach deutschem Ansatz, insbesondere mit Blick auf Globalverhandlungen.[4]

BM begrüßt zunächst chinesische Teilnahme, in der er Beweis dafür sieht, daß

7 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz, z. Z. Cancún, gefertigt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Durchdruck StS L[autenschlager] u. Botsch[after] Sulimma mit Vermerk: von BM noch nicht genehmigt."

2 Ling Qing.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 30. Juli bis 4. August 1981 anläßlich der Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2. August 1981 in Mexiko auf. Vgl. dazu auch Dok. 225 und Dok. 226.

4 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

China auch in diesem Bereich seine internationale Verantwortung wahrnehmen will. Er weist auf sein Eintreten (bei Wiener Vorkonferenzen[5]) für Einladung an China hin.

BM sieht Bedeutung des Cancún-Gipfels[6] in der Möglichkeit zu einem Meinungsaustausch, der frei ist von Begrenzungen durch Tagesordnung und Immobilität großer Konferenzen. Er begrüßt US-Teilnahme, die deutlich macht, daß USA auch unter neuer Administration an Lösung der großen Fragen teilnehmen will. Er stellt fest, daß Ottawa-Gipfel[7] nicht – wie von einigen G-77-Ländern befürchtet – zu Verhärtung der Haltung der dort anwesenden Cancún-Teilnehmer geführt hat. Im Gegenteil: Diese Länder werden mit sehr konstruktiver Haltung nach Cancún gehen.

Zu Globalverhandlungen bemerkt BM, daß sie für uns zu den wichtigsten Nord-Süd-Verhandlungsebenen gehören. Cancún-Gipfel soll nach unserer Meinung positives Klima für sie schaffen: Offener Meinungsaustausch wird ohne Zweifel zu besserem Verständnis und Kennenlernen der gegenseitigen Positionen führen. Dies sollte ermöglichen, in Globalverhandlungen substantielle Ergebnisse zu erzielen.

Auf Frage *AMs*, ob unter dem TOP Entwicklung und Zusammenarbeit in Cancún spezielle Aspekte zur Sprache kommen sollen, erwidert *BM*, wir wünschen einen vertieften Meinungsaustausch über die weltwirtschaftliche Lage, Energiefragen und Bevölkerungsfragen, vor allem im Zusammenhang mit Ernährungsproblem.

AM stellt fest, daß es unterschiedliche Ansätze gibt. Er hält es für wünschenswert, umfassende Diskussion zu führen und gewisse Verständigung zu erreichen, wobei unter der Überschrift Entwicklung und Zusammenarbeit vier oder fünf spezifische Fragen behandelt werden können. Dies alles soll den Globalverhandlungen einen kräftigen Impuls geben.

BM bezeichnet die Formulierung „gewisse Verständigung" als zutreffend: Sie soll erreicht werden und nicht Verträge. Erst in den Globalen Verhandlungen soll über förmliche Vereinbarungen gesprochen werden.

BM begrüßt konstruktive Tendenz, die von New Yorker Treffen der an Cancún teilnehmenden EL ausgeht. Hiervon wie von Ottawa sind positive Impulse zu erwarten.

BM unterstreicht: Cancún-Gipfel wie Globale Verhandlungen stellen für uns wichtigen Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Welt mit besonderer Berücksichtigung der Probleme der EL dar. Sie sind auch Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung der EL. Diese ist für uns Voraussetzung für Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts der Völker der DW, einer echten Politik der Selbständigkeit und Blockfreiheit. In diesem Sinn erwarten wir vom Gipfel wichtigen Beitrag zur Stärkung der Option der Blockfreiheit, von der stabilisierende Wirkung für die Welt ausgeht.

5 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 7./8. November 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 324. Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13. März 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 21.

6 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

7 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

AM stimmt dem in vollem Umfang zu. Er hofft, daß es zu Verständigung über Lösungsansätze bei unmittelbaren Problemen (Vize-AM definiert diese als: Hilfe für LLDC und von Energiepreiserhöhungen am härtesten betroffene EL, Ernährungs- und Landwirtschaftsprobleme sowie Bevölkerungsproblem) und hierüber bei langfristigen Problemen kommt. Er begrüßt Formulierung des Ottawa-Kommuniqués[8] zu LLDC. Hier liegt auch für China der Akzent.

Vize-AM bezeichnet diese Formulierung, vor allem im Vergleich zu früheren Erklärungen einiger Teilnehmerländer, als ermutigend. Unter Hinweis auf bestimmte qualifizierende Sätze fragt er, ob USA an Globalverhandlungen teilnehmen werden. Er betont, daß EL bei sonst vielfach unterschiedlichen Auffassungen in der Entschlossenheit übereinstimmen, Globalverhandlungen bald anzufangen. Wenn dies nicht in Cancún bewirkt werden kann, werden sie äußerst enttäuscht sein.

BM zeigt Verständnis hierfür und verweist auf klare deutsche Position. Bundesregierung setzt ihren – allerdings begrenzten – Einfluß für baldigen Beginn der Globalverhandlungen ein. Wir setzen uns für Nord-Süd-Gipfel so stark ein, weil wir positive Impulse geben wollen. In bezug auf US-Haltung äußert sich BM hoffnungsvoll, zumal Fortschritte in US-Haltung festgestellt werden können.

AM rechnet nicht mit Teilnahme der SU und hält Einschätzung Brandts[9] für unzutreffend.

Auf erneute Frage nach Gipfel-Thematik stellt *BM* fest, daß alle Teilnehmer insofern volle Freiheit haben.

Auf chinesische Frage, wie Zeit zwischen AM-Treffen und Gipfel genutzt werden kann (Expertentreffen? nationale Papiere?) erläutert BM, für uns ist substantielle Diskussion wichtig, nicht die Erörterung von Kommuniqués.

Die *Chinesen* vertiefen prozedurale Fragen im weiteren Gespräch. Sie meinen, daß Vorsitzender des Gipfels[10] zum Abschluß Ergebnisse zusammenfassen kann und daß Vorlage nationaler Positionspapiere und ihre Erörterung durch nationale Experten die Identifizierung von Übereinstimmung erleichtern kann.

BM wiederholt mehrfach, daß für uns freie Aussprache am Konferenztisch der Hauptpunkt ist. Wir wollen nicht, daß Staats- und Regierungschefs zusammenkommen, nachdem Resultat ihrer Diskussion schon vorher festgelegt wurde. Er unterstreicht die große Verantwortung der Teilnehmer an Cancún-Gipfel. Die Hoffnung vieler Länder knüpft sich an ihn.

8 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1981, S. 613–616.

9 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 2. Juli 1981, der SPD-Vorsitzende Brandt habe in einem Vortrag vor dem Institut für Weltwirtschaft und Internationale Fragen am Vortag in Moskau zu einer Teilnahme der UdSSR an der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún erklärt, „Breschnew habe ihm gegenüber geäußert, die SU sei zwar nicht für die Resultate des Kolonialismus verantwortlich, die sowj[etische] Seite sei jedoch zu dem Schluß gekommen, daß sie in irgendeiner Form an dem Treffen in Mexiko teilnehmen sollte“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2539; Referat 213, Bd. 133197.
Zum Besuch von Brandt vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 183 und Dok. 186.

10 José López Portillo y Pacheco und Pierre Elliott Trudeau.

Auf Frage stellt *AM* fest, daß über chinesischen Gipfelteilnehmer nach AM-Konferenz entschieden wird; er vermutet, daß PM China vertreten wird.[11]

2) Internationale Fragen

a) Indisch-chinesische Beziehungen

Auf Frage BMs erläutert AM unter Hinweis auf jüngsten Indien-Besuch.[12] Beide Seiten hoffen auf Entwicklung der Beziehungen. In Grenzfrage[13] sind beide Seiten weit voneinander entfernt. Chinesen wollen Paketlösung, Indien fordert chinesische Konzessionen. Gespräche werden auf Beamtenebene im September oder Oktober in Peking fortgesetzt.[14]

b) Amerikanisch-chinesische Beziehungen

AM bezeichnet US-Politik gegenüber Taiwan als wichtigste Frage. Washington sieht Taiwan immer noch als unabhängige politische Einheit, deren internationalen Status es aufwerten will. Dies ist ein fundamentales Hindernis für Entwicklung der Beziehungen zur Volksrepublik. Waffenverkäufe an Taiwan[15] stellen Einmischung in innerchinesische Angelegenheiten dar. Chinesische Antwort hierauf kann nicht ausbleiben. AM verweist in diesem Zusammenhang auf chinesische Reaktion gegenüber niederländischem U-Boot-Verkauf an Taiwan.[16]

11 Die Delegation der Volksrepublik China auf der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún wurde von Ministerpräsident Zhao Ziyang geleitet.

12 Zum Besuch des chinesischen Außenministers Huang Hua vom 25. bis 30. Juni 1981 in Indien vgl. Dok. 189, Anm. 33.

13 Zum chinesisch-indischen Grenzkonflikt vgl. Dok. 57, Anm. 11.

14 Botschafter Schödel, Peking, teilte am 16. Oktober 1981 mit: „Chinesisch-indische Beziehungen stagnieren. Noch immer ist kein Termin für Aufnahme Grenzverhandlungen in Peking in Sicht. Beide Seiten, so Gesprächspartner in der indischen Botschaft, warten offenbar auf Vorschläge der Gegenseite. Keine Seite will als Demandeur erscheinen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2120; Referat 341, Bd. 125317.

15 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 25. Juni 1981, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums sei die Frage der amerikanischen Beziehungen zur Republik China (Taiwan) der „stärkste amerikanisch-chinesische Meinungsunterschied" beim Besuch des amerikanischen Außenministers Haig vom 14. bis 17. Juni 1981 in der Volksrepublik China gewesen: „Während die VR China grundsätzlich jede Waffenlieferung an Taiwan als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ablehnte, hielten die USA es für unklug und unmöglich, Waffenverkäufe an Taiwan abrupt einzustellen. Man habe den Chinesen jedoch erklärt, eventuelle Waffenlieferungen an Taiwan mit Vorsicht und Zurückhaltung auf der Grundlage des Bedarfs Taiwans und entsprechend dem Niveau der Spannung in der Straße von Taiwan handhaben zu wollen. Das Niveau dieser Spannung sei gegenwärtig so niedrig wie nie zuvor. Die USA glaubten nicht, daß ihre Kontakte mit Taiwan ein Hindernis für eine eventuelle Übereinkunft zwischen der VR China und Taiwan darstellten. Man habe der VR China jedoch klargemacht, daß die USA keine Maklerrolle zwischen der VR China und Taiwan spielen wollten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2552; Unterabteilung 34, Bd. 125315.

16 Botschafter Fischer, Den Haag, informierte am 20. Januar 1981: „Hiesige chinesische Botschaft hat gestern n[ieder]l[ändischem] Außenministerium Note übergeben, worin gefordert wird, diplomatische Beziehungen von Botschafterebene auf Ebene Geschäftsträger herabzustufen. Chinesische Forderung ist Folge Beschlusses nl. Regierung vom vergangenen Freitag, Genehmigung zur Lieferung von zwei U-Booten an Taiwan nicht rückgängig zu machen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 22; Referat 341, Bd. 125317.
Am 28. Februar 1981 berichtete Botschaftsrat I. Klasse Fischer-Dieskau, Peking, die chinesische Regierung habe am Vortag gegenüber der niederländischen Botschaft in einer Note angekündigt: „Sofortige Rückberufung des chinesischen Botschafters in Den Haag; Ersuchen an die niederländische Regierung, ihren Botschafter in China zurückzurufen; chinesische Forderung, die diplomatischen Beziehungen auf die Ebene eines Büros unter Leitung eines Geschäftsträgers herabzustufen; Vorschlag, über Fragen im Zusammenhang mit der Herabstufung so bald wie möglich Verhandlungen aufzunehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 295; Referat 341, Bd. 125317.

BM verweist auf unser Interesse an guten chinesisch-amerikanischen Beziehungen und hofft, daß indisch-chinesische Probleme überwunden werden können. Er bezeichnet dies als wichtig für die Stabilität in der Welt.

Die Ottawa-Teilnehmer haben tiefe Besorgnis über Bedrohung der internationalen Sicherheit und Stabilität zum Ausdruck gebracht. BM glaubt, daß nur Zurückhaltung in den internationalen Beziehungen zur Lösung der anstehenden Fragen (Kambodscha, Afghanistan, Namibia und Nahost) führen kann.

c) Amerikanisch-sowjetische Beziehungen

BM begrüßt bevorstehendes Gespräch Haig–Gromyko.[17] Wir sind interessiert, daß USA und SU über alle internationalen Fragen sprechen. Besonders sind wir interessiert, daß Verhandlungen über Mittelstreckenraketen vereinbart werden. BM begrüßt Eintreten Reagans für diese Verhandlungen. Es kommt darauf an, daß auch SU in konstruktivem Geist zu Verhandlungen kommt.

Auf Frage *AMs*, ob Verhandlungen Dislozierungsbeschluß[18] berühren, erklärte *BM*: Der Schlüssel liegt allein in Moskau. Wird Vorrüstung beseitigt, entfällt Notwendigkeit für Nachrüstung.

Auf Hinweis AMs auf geänderte französische Haltung erklärt BM: In der Sache hat sich nichts geändert, aber Bereitschaft zur öffentlichen Bekundung.

d) KSZE/KAE

BM erläutert Stand des KSZE-Folgetreffens in Madrid und Bemühungen um Mandat für KAE. Fortsetzung im Oktober. Wir sehen im KSZE-Prozeß und Verabredung einer KAE mit vertrauensbildenden Maßnahmen im Raum zwischen Atlantik und Ural ein Kernstück unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Wir wollen mit unseren Verbündeten die Verhandlungspause nutzen, um SU zu überzeugen, daß Ausdehnung der CBM auf gesamten europäischen Teil der SU dringend geboten ist, um Hoffnungen der Völker auf Vertrauensbildung zu erfüllen.

Auf chinesische Frage bezeichnet BM sowjetischen Vorschlag auf Erstreckung von CBM auch auf USA und Kanada[19] als nicht durch Schlußakte von Helsinki[20] gedeckt.

e) Polen

Beiderseitige Beurteilung der Lage stimmt überein. Direkte militärische Intervention ist nach Auffassung von *AM* letzter Ausweg für SU. Sie hofft jetzt, daß gegen Kania eingestellte Kräfte sich durchsetzen und Führung übernehmen können. Bei ihnen handelt es sich um örtliche Komitees (z. B. Kattowitz-Komitee[21]) und Einzelpersönlichkeiten im Führungsbereich.

17 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

18 Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 5, Anm. 10.

19 Zu dem am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 207, Anm. 12.

20 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

21 Zum „Kattowitzer Forum" vgl. Dok. 192, Anm. 20.

Vize-AM stellt fest, daß SU Polen nicht optimal bei wirtschaftlichen Reformen hilft. Er hält Verschlechterung der Lage bis Jahresende für möglich. *BM* erläutert unsere Hilfe.[22]

f) Chinesisch-sowjetische Beziehungen

Auf Frage bezeichnet sie *AM* als unverändert kühl. Auf Zwischenfrage BMs, ob „cool but not hostile" geht AM nicht ein. SU verfolgt ihren vertrauten Doppelansatz: kritische Äußerungen der Propaganda bei gleichzeitigen Versuchen, im vertraulichen Gespräch durch Angebote, z. B. von Darlehen und Technologie, auf Verbesserung der Beziehungen hinzuwirken. China lehnt ab, es fällt auf diesen alten Trick nicht herein.

g) Chinesische Innenpolitik

AM erläutert, daß sich alles in ruhigen Bahnen entwickelt. Landwirtschaft hat erheblich höhere Wachstumsraten als andere Sektoren, Schwerindustrie wird zum ersten Mal überholt. Dies ist beabsichtigt, Schwerindustrie muß restrukturiert werden. Nach Durchführung des Fünfjahresplanes (bis 1985/86) ist mit erheblicher Verbesserung der Lage zu rechnen.

Engpässe gibt es besonders in den Bereichen Energie, Transport und Kommunikation. Für zusätzliche Investitionen braucht China ausländisches Kapital.[23] Er hofft auf bessere Kreditbedingungen in diesem Bereich. Thema wurde mit BM Graf Lambsdorff besprochen[24] und wird auch bei China-Besuch des BM im Herbst[25] aufgenommen.

BM schließt mit der Feststellung, daß er sich auf diesen Besuch freut.

Referat 010, Bd. 178840

22 Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 8. Juli 1981 über Polen vgl. Dok. 188, Anm. 21.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Bente vermerkte am 12. März 1981, die chinesische Regierung habe in den vergangenen Monaten eine Reihe fest vereinbarter und zum Teil weit fortgeschrittener Anlagegeschäfte annulliert. Für die Bundesrepublik belaufe sich der Gesamtwert der annullierten Projekte auf ca. 2 Mrd. DM. Ursache sei offenbar, daß zu viele zu teure Projekte eingeleitet worden seien. Vgl. dazu Referat 341, Bd. 125326.
Am 30. März 1981 ergänzte Referat 341, die chinesische Regierung versuche, einige der Projekte noch zu retten, um Schadensersatzforderungen zu entgegen. Dazu schlage sie zum einen Jointventures, zum anderen verbilligte Kredite vor, was auf Kapitalhilfe der Bundesrepublik hinauslaufe. Vgl. dazu Referat 341, Bd. 125326.

24 Vortragender Legationsrat I. Klasse Reichenbaum notierte am 8. April 1981: „Der chinesische Vizepremier Gu Mu hat in seinem Gespräch mit BM Lambsdorff am 4.4.1981 im Zusammenhang mit der Rettung stornierter Großprojekte auch die Frage nach Kapitalhilfe gestellt. BM Lambsdorff hat darauf u. a. erwidert, neue Zusagen könnten nur dann gemacht werden, wenn zusätzliche Mittel vorhanden seien. Wir hätten grundsätzlich die Absicht zu helfen. […] In einer Besprechung bei Frau Steeg/BMWi am 7.4. wurde gegenüber dem chinesischen Gesandten die Äußerung BM Lambsdorffs korrigierend im Sinne der bisherigen Haltung der Bundesregierung interpretiert, d. h., F[inanzielle]Z[usammenarbeit] kommt vorerst nicht in Betracht." Vgl. Referat 341, Bd. 125326.
Am 2. Juni 1981 legte das Bundesministerium für Wirtschaft dar: „Die Bundesregierung hat der chinesischen Seite von Anfang an sehr deutlich gemacht, daß die Stornierungen die Beziehungen zwischen den betroffenen Firmen und China und nicht die der Bundesregierung zu China betreffen. Deshalb hat die Bundesregierung die deutschen Unternehmen und die chinesische Seite gebeten, die Probleme in Verhandlungen einvernehmlich zu lösen." Ferner sei der chinesischen Regierung erklärt worden, eine „Umstellung auf Kreditfinanzierung" könne „nur auf kommerziellem Weg durch die Unternehmen und ihre Geschäftsbanken erfolgen". Vgl. Referat 341, Bd. 125326.

25 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

225

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Cancún

010-2169/81 VS-vertraulich **1. August 1981**[1]

Gespräch BM mit AM Haig am 1.8.1981 in Cancún[2]

Teilnehmer: Mr. Adams, Büro Haig; Frau Siebourg, Dolmetscherin.

(Das Gespräch fand im Rahmen eines Mittagessens auf Einladung von AM Haig statt und dauerte von 13.45 Uhr bis 14.50 Uhr.)

1) Nord-Süd-Konferenz

BM erläutert letzte Phase der Morgen-Sitzung, bei der AM Haig abwesend war: Wir können saudi-arabischem Vorschlag für Teilnahme Waldheims zustimmen und haben keine Einwendungen dagegen, daß die Themen jeweils durch einen Vertreter von Nord und Süd eingeführt werden.

Haig äußert Bedenken, weil er hier eine Konfrontation Nord–Süd vorprogrammiert sieht. Diese zu vermeiden, hält er für äußerst wichtig: Bisheriger Verlauf des AM-Treffens ermutigt ihn, daß auch Süden diese Auffassung teilt. Er hält es für besser, daß jeder Regierungs- oder Staatschef zu jedem gewünschten Thema sprechen kann, daß Redezeit aber auf zehn Minuten begrenzt wird. Er will in diesem Sinne Vorschlag einbringen. Im übrigen hält er mexikanischen Vorschlag für vernünftig.

2) Polen

Haig erwähnt, daß er Thema heute morgen mit Carrington erörtert hat und dessen Sorge teilt, daß man bei Fortsetzung jetzigen Verfahrens Geld in ein Faß ohne Boden schüttet. Er hält Zeitpunkt für gekommen, professionelle Analyse darüber durchzuführen, was Polen tun und wohin dies führt.

Haig äußert ferner die Sorge, daß der Westen eine sowjetische Machtübernahme finanziert:

Als Indizien hierfür erwähnt er das Einrücken von Militärs in Regierungs- und Verwaltungspositionen und fragt, ob sie nicht mehr Werkzeuge Moskaus als Polen sind.

BM hält seine Überzeugung entgegen, daß sie Polen sind und daß ihre Rekrutierung als Versuch Jaruzelskis zu werten ist, die Reformen mit Vertrauten aus der Armee fortzusetzen. Er verweist auf seine Warschauer Gespräche im März[3]. Sie vermittelten ihm den Eindruck, daß Jaruzelski es als patriotische Pflicht empfindet, die Reform zu stärken, und daß er hiermit sein persönliches Schicksal verbindet. Alles, was jetzt über das Hereinnehmen der Armee auf unterer

[1] Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz, z. Z. Cancún, gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 12. August 1981 vorgelegen. Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

[2] Bundesminister Genscher hielt sich vom 30. Juli bis 4. August 1981 anläßlich der Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2. August 1981 in Mexiko auf. Vgl. dazu auch Dok. 224 und Dok. 226.

[3] Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

und mittlerer Verwaltungsebene zu hören ist, deutet auf Bemühungen hin sicherzustellen, daß nicht extreme Kreise in[4] Sicherheitsapparat oder Partei das Sagen bekommen.

Nach Auffassung BMs müssen Polen jetzt zum IWF-Beitritt[5] bewegt werden, gleichzeitig muß die Zeit bis dahin überbrückt werden.

Haig hofft, daß Analyse BMs zutrifft: Jagielski hinterließ in Washington[6] Eindruck eines starken Nationalisten. Haig ist besorgt, daß sein Nachfolger[7] stärker östlich orientiert oder nicht kompetent ist.

Bei IWF-Beitritt sieht Haig zwei Probleme:

– Erfüllung der Verpflichtungen durch Polen,

– lange Dauer des Beitrittverfahrens.

BM meint, daß man es verkürzen kann.

Bei Analyse sowjetischer Interessenlage weist BM darauf hin, daß SU auf Mißerfolg der jetzigen Führung hofft, damit möglichst aus Polen heraus die Ablösung der jetzigen Regierung gefordert wird. Es soll bewiesen werden, daß der Reformkurs der Bevölkerung keine Vorteile bringt.

Das westliche Interesse verlangt daher, daß wir helfen, die schwierige Zeit nach dem Parteitag[8] zu überbrücken und wirtschaftliche Hilfe zu leisten, die Polen von seinen strukturellen Problemen befreit, damit es kein Faß ohne Boden wird.

Haig beharrt darauf, daß sorgfältige Prüfung notwendig ist. Nach seiner Meinung wirft der Hintergrund Jaruzelskis Fragen auf, weil er sehr eng mit den Sowjets verbunden war. Es gibt Leute, die befürchten, daß er einen Rahmen schafft, in dem es sehr schnell zur Umkehrung kommt.

Haig schließt nicht aus, daß die westliche Haltung davon unberührt bleibt, sie muß dann aber damit rechnen,

– daß Sowjets nicht im notwendigen und möglichen Umfang Hilfe leisten,

– daß die westliche Hilfe um so größer sein muß.

Er bemängelt, daß der Westen sich bisher auf Verhütung einer sowjetischen Intervention konzentriert, nicht aber die wirklichen Vorgänge in Polen analysiert hat.

BM schließt Thema mit der Feststellung ab, daß Jaruzelski beim Parteitag die höchste Stimmenzahl erzielte, also auch von den Reformern gewählt wurde.

3) Allgemeines Ost-West-Verhältnis

BM stellt fest, daß Reagans Brief an BK[9] ausgesprochen hilfreich war und beweist, welch große publizistische Wirkung eine – zum richtigen Zeitpunkt ergriffene – westliche Initiative haben kann.

4 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „als“.

5 Zu einer möglichen Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 81, Anm. 7 und 8.

6 Der polnische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Jagielski hielt sich vom 1. bis 5. April 1981 in den USA auf.

7 Am 31. Juli 1981 wurde Mieczysław Jagielski durch Janusz Obodowski als polnischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident abgelöst.

8 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

9 Zum Schreiben vom 17. Juli 1981 vgl. Dok. 209, Anm. 8.

BM hält Zeitpunkt für gekommen für offensive öffentliche Auseinandersetzung mit der Sowjetunion: Der Westen muß Erwartungen äußern, was die SU tun muß, damit sie in einer schwierigen internationalen Lage zu Stabilität und Vertrauensbildung beiträgt. Offensiv definiert BM: nicht aggressiv, sondern das Gegenteil von reaktiv.

Der Westen soll sagen: Wir erwarten im Herbst 1981 Zeichen des guten Willens und der Verantwortung von der SU.

Das heißt:

a) positive Reaktion auf EG-Initiative zu Afghanistan[10],

b) positive Haltung bei Fortsetzung in Madrid zu KAE und Ausdehnung der vertrauensbildenden Maßnahmen auf die ganze europäische SU[11],

c) konstruktive Haltung zu TNF-Verhandlungen unter Vermeidung ihrer Komplizierung durch Erweiterung der Verhandlungsmaterie und Fortsetzung der Vorrüstung.

Der Öffentlichkeit soll damit deutlich gemacht werden, daß der Schlüssel für Schritte, durch die den Menschen viele Sorgen genommen werden können, in Moskau liegt.

Haig hält es ebenfalls für wesentlich, in die Offensive zu gehen. Er hält es für wichtig zu unterscheiden:

– was unsere wirklichen Ziele sind und
– wie wir sie öffentlich darstellen unter Berücksichtigung der psychologischen Situation in unseren Ländern.

Haig hält sowjetisches Vorgehen in Afrika und der westlichen Hemisphäre für größte Gefahr.

Bei Afghanistan erwartet er größte Flexibilität: Sowjets diskutieren schon seine „Vietnamisierung", weil sie sich lösen wollen. Der Westen soll ihnen hier nicht helfen, sondern sich auf die Dinge konzentrieren, die wirklich schmerzen. Dies sind die Stellvertreter-Aktivitäten, die die größte Wirkung erzeugen in der Dritten Welt, aber auch in unseren eigenen öffentlichen Meinungen.

Rüstungskontrolle sieht Haig als eine eigene Kategorie, die auf eigenen Beinen steht. Hier müssen wir die Offensive ergreifen und nach einem höheren Niveau streben, und zwar bei der Vertrauensbildung und nicht im Sinne der Abrüstung. Haig hält bevorstehende Gespräche mit Gromyko[12] für sehr wichtig für künftiges Offensiv-Konzept.

BM hält entgegen, daß Afghanistan das Symbol der Nichteinhaltung des Grundsatzes der Mäßigung ist. Wenn SU diese Last abwirft, wird dies niemals ein Sieg für sie sein, sondern eine schwere Niederlage. BM bezweifelt, daß SU sich bald zurückzieht, zumal der Status vor der kommunistischen Machtergreifung

10 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f.Vgl. dazu ferner Dok. 185.

11 Zu den Bemühungen auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid um eine Definition des geographischen Geltungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 207.

12 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

nicht wiederherstellbar ist. BM verweist ferner auf bedeutende psychologische Auswirkungen, die Rückzug aus Afghanistan, das heißt Preisgeben eines Gebietes, in dem Weltrevolution Fuß gefaßt hat, auf Osteuropa haben würde.

Haig stimmt zu, wendet aber ein, daß SU ihren Rückzug so strukturieren wird, daß diese negativen Wirkungen vermieden werden. Er bezieht sich dabei auf seine Gespräche mit Dobrynin[13] und auf nachrichtendienstliche Quellen.

Haig äußert die Sorge, daß Rückzug zu Wiederbelebung einer Atmosphäre der Entspannung führen könnte. Er bekennt sich zur Entspannung unter der Voraussetzung, daß es sich nicht um eine Einbahnstraße handelt. Er verweist auf nachrichtendienstliche Quellen, wonach der Kreml die Entspannung in den letzten fünf Jahren bewußt mißbraucht hat.

BM bezweifelt die Richtigkeit dieser Analyse und sieht in der polnischen Entwicklung einen schweren Rückschlag für die SU, der ohne die Helsinki-Konferenz[14] undenkbar wäre. Er sagt voraus, daß der Status der osteuropäischen Länder am Ende dieses Jahrhunderts völlig verändert sein wird.

BM räumt ein, daß der Westen in der Zeit der Entspannung[15] Nachteile hinnehmen mußte. Hier handelte es sich aber um eigene westliche Fehler, wofür das Ausbleiben einer Reaktion auf Angola und das Nachlassen der Verteidigungsanstrengungen auch in den USA, nicht in der Bundesrepublik, klassische Beispiele sind.

Haig weist auf den Unterschied zwischen Wirklichkeit und Perzeption der Entspannung hin. In den USA wird die Beziehung zur SU in einem anderen Licht gesehen als früher:

Eine Wiederholung von Angola muß vermieden werden. Haig hält es deshalb für nötig, die Offensive sorgfältig zu planen. Die Prüfung in Washington dauert an. Im Herbst soll man sich dann unter den Verbündeten zusammensetzen.

Zur Rüstungskontrolle äußert sich Haig schon jetzt positiv, bezüglich der KSZE hält er die westliche Position für gut. Der Westen muß sie nur besser und lautstärker vertreten.

Im Hinblick auf die Stellvertreter-Aktivitäten erkennt Haig Differenzen zwischen den Positionen der USA und der Verbündeten, auch zwischen den USA und der Dritten Welt. Er sieht voraus, daß die USA nicht viel länger zuwarten können. Sie werden wohl allein tätig werden. Die Bundesregierung werde laufend unterrichtet.

Die amerikanische Sorge konzentriert sich auf Mittelamerika. Kuba hat in diesem Jahr mehr sowjetische Waffen erhalten als je in einem Jahr seit 1962 und schon doppelt soviel wie 1980.

BM entgegnet, daß es wichtig sei[16], zu differenzieren:

13 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, trafen zuletzt am 2. Juli 1981 zusammen. Vgl. dazu Dok. 174, Anm. 8.

14 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

15 Die Wörter „in der Zeit der Entspannung" wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

16 Die Wörter „entgegnet, daß es wichtig sei" wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hält es für wichtig".

Sowjetische Waffenexporte nach Kuba sind eine Angelegenheit, die die USA mit Moskau aufnehmen müssen.

Davon zu trennen ist die Verwendung der Waffen durch Kuba in Mittelamerika. Nach unserem Eindruck haben sich kubanische Aktivitäten deutlich reduziert.

Haig räumt dies ein, die Reduzierung war aber – weil USA inkonsequenterweise in der Kampagne nachließen – nur vorläufig, jetzt steigen Aktivitäten wieder an.

Haig versichert erneut[17], daß er die Bundesregierung eingehend und laufend informieren wird.

4) Zypern[18]

Haig kündigt amerikanische Zypern-Initiative an, nachdem Türkei und Griechenland sich auf amerikanischen Druck[19] hin bewegt haben und auch GS Waldheim sehr kooperativ war. In diesem Stadium hält Haig deutsche Hilfe in Türkei für außerordentlich wichtig.

BM erläutert Stand des Verfahrens bei uns.[20]

17 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

18 Zum Stand des Zypern-Konflikts informierte Botschafter Jelonek, New York (VN), am 23. Juni 1981, da die Volksgruppengespräche „an einem toten Punkt angelangt" seien, habe der Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für Zypern, Gobbi, „bestimmte Vorstellungen zur Lösung der konstitutionellen und territorialen Fragen entwickelt". Gobbi denke an die Schaffung eines „Bundesrats" nach schweizerischem Vorbild sowie von zwei Kammern nach dem Muster des Grundgesetzes der Bundesrepublik, „wobei zwei Drittel der Ämter und Mandate von den Zypern-Griechen und ein Drittel von den Zypern-Türken zu besetzen seien". Hinsichtlich der territorialen Neuordnung sei Gobbi der Ansicht, daß wegen des Flüchtlingsproblems der zypern-griechische Teil um „wenigstens 10 Prozent" erweitert werden solle. Dieser Zuwachs „sollte sich mit 3,2 Prozent aus der gegenwärtigen Pufferzone und mit 6,8 Prozent aus dem türkisch besetzten Gebiet zusammensetzen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1389; Referat 203, Bd. 123303.
Ministerialdirektor Pfeffer legte am 24. Juli 1981 dar, die Bundesregierung sei sich mit Frankreich, Großbritannien, Italien und den USA einig, „daß die Zeit bis zu den griechischen Wahlen verhältnismäßig gute Chancen für Lösungsversuche bietet. Der Bundesminister hat in diesem Sinne am 17. Juli einen Brief an Außenminister Haig zur Zypern-Frage geschrieben […]. Die Türken wollen nach allem, was sie uns, Amerikanern und Engländern gesagt haben, bis zum 5. August 1981 mit einem Territorialplan herauskommen. Griechen bezweifeln dies. Was die Vermittlungsbemühungen der UNO angeht, so scheint Generalsekretär Waldheim den Unterhändler Gobbi eher zurückzuhalten. Das wird mit der Kandidatur Waldheims für eine Wiederwahl und den Einflüssen seiner Umgebung in Verbindung stehen." Vgl. Referat 203, Bd. 123304.

19 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 5. August 1981 über ein Treffen mit den Abteilungsleitern im britischen bzw. amerikanischen Außenministerium, Bullard bzw. Eagleburger, sowie dem stellvertretenden Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Dupont, am Vortag in Paris: „Eagleburger äußerte sich zuversichtlich über das Ausmaß der türkischen Vorschläge. Die USA seien in Athen und Nikosia vorstellig geworden und hätten die Erwartung ausgedrückt, daß die Griechen-Zyprioten und die Griechen mit Bedacht und Vernunft auf die türkischen Vorschläge reagierten. Es bestehe nämlich die Gefahr, daß Kyprianou sehr schnell Positionen beziehe, von denen er später schwer wieder abrücken könne. Die Griechen hätten in Athen die Möglichkeit angedeutet, die türkischen Vorschläge zu unterstützen." Vgl. VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Zur Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe für die Türkei vgl. Dok. 134, Anm. 16 und 17.
Zur Behandlung im Bundestag am 5. Juni 1981 vgl. Dok. 168, Anm. 2.
Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 27. Juli 1981, Bundesminister Genscher habe dem türkischen Botschafter Halefoglu am 1. Juli 1981 mitgeteilt: „Es sei zu erwarten, daß der Bundestag in der letzten Juliwoche zu einer Sondersitzung zusammentrete. Die Bundesregierung werde sich bemühen zu erreichen, daß die Gelegenheit genutzt werde, die zuständigen parlamentarischen Ausschüsse über die Türkeihilfe beraten zu lassen." Pfeffer legte dar, die Sondersitzung finde nunmehr jedoch aus Termingründen nicht statt: „Damit stehen wir vor der Entscheidung, die abschließende parlamentarische Behandlung der Türkeihilfe auf einen Zeitpunkt nach Beginn der neuen Sitzungsperiode im September zu verschieben." Vgl. Referat 203, Bd. 123300.

Haig nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, daß Partei-[21] und Fraktionsvorsitzende[22] der Regierungsparteien sich verpflichtet haben, Türkeihilfe in der ersten Sitzungswoche im September in den drei zuständigen Ausschüssen zu behandeln und ihr zuzustimmen.[23]

VS-Bd. 14096 (010)

226

Staatssekretär Lautenschlager, z. Z. Cancún, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 17 **Aufgabe: 2. August 1981, 17.00 Uhr**[1]
Citissime **Ankunft: 3. August 1981, 06.03 Uhr**

Betr.: drittes AM-Treffen zur Vorbereitung des Nord-Süd-Gipfels von Cancún, Mexiko, am 1./2.8.1981[2]

I. An dem dritten AM-Vorbereitungstreffen nahmen neben BM Genscher – mit Ausnahme Algeriens – die AM aller Staaten teil, die auch auf dem Gipfeltreffen in Cancún am 22./23.10.1981[3] sein werden:

Lateinamerika: Mexiko[4], Brasilien[5], Venezuela[6], Guyana[7].

Afrika: Nigeria[8], Tansania[9], Elfenbeinküste[10], Algerien.

Asien: Saudi-Arabien[11], Indien[12], Bangladesch[13], Philippinen[14], China[15].

21 Willy Brandt (SPD) und Hans-Dietrich Genscher (FDP).

22 Wolfgang Mischnick (FDP) und Herbert Wehner (SPD).

23 Zur Behandlung der Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe für die Türkei im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, im Haushaltsausschuß und im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages am 9. September 1981 vgl. Dok. 253, Anm. 35.

1 Hat Legationssekretär Keßler am 8. August 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Graf Brockdorff und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Heinichen „n[ach] R[ückkehr] z[ur] K[enntnis]“ verfügte.
Hat Heinichen vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 30. Juli bis 4. August 1981 anläßlich der Nord-Süd-Außenministerkonferenz in Mexiko auf. Vgl. dazu auch Dok. 224 und Dok. 225.

3 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz vgl. Dok. 315.

4 Jorge Castañeda y Álvarez de la Rosa.

5 Ramiro Elysio Saraiva Guerreiro.

6 José Alberto Zambrano Velasco.

7 Rashleigh E. Jackson.

8 Ishaya Audu.

9 Salim Ahmed Salim.

10 Siméon Aké.

11 Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud.

12 P.V. Narasimha Rao.

13 Mohammed Shamsul Huq.

14 Carlos P. Romulo.

15 Huang Hua.

IL: USA[16], Kanada[17], Frankreich[18], GB[19], Japan[20], Schweden[21], Österreich[22], BR Deutschland.

Außerdem Jugoslawien[23]. Algerien war durch seinen Handelsminister[24] vertreten.

Das Treffen stand wie bisher unter dem Doppelvorsitz der AM von Mexiko und Österreich.

Die wesentlichsten Entscheidungen konnten bereits am ersten Tag getroffen werden. Die Sitzung am 2.8. diente der Überprüfung dieser Ergebnisse.

Das Klima der Konferenz war durchweg gut und vertrauensvoll, obwohl einige Fragen durchaus kontrovers erörtert wurden. Es wurde jedoch insgesamt zügig verhandelt und Einigung über alle Fragen der Vorbereitung des Gipfeltreffens erreicht.

Dabei konnte im wesentlichen das bestätigt werden, was die elf AM bei ihren zwei vorangegangenen Treffen in Wien im November 1980[25] und März 1981[26] festgelegt hatten.

Im einzelnen:

1) Charakter des Gipfels

Das Gipfeltreffen, das unter dem gemeinsamen Vorsitz von Präsident López Portillo und BK Kreisky stehen wird, wird informell sein, seine Erörterungen sollen politischer Natur sein. Es wird keine der in den VN üblichen Generaldebatten mit langen vorbereiteten Reden geben, die Teilnehmer können jedoch ein allgemeines Statement abgeben, falls sie dies wünschen. Die Dauer solcher etwaiger Statements ist auf amerikanischen Vorschlag auf zehn Minuten begrenzt worden.

Die beiden Vorsitzenden werden die Diskussion durch ihre Leitung strukturieren.

Die Idee, die zu behandelnden Themen durch einen Vertreter des Nordens und des Südens einführen zu lassen, wurde im Interesse der freien Diskussion aufgegeben.

Die Teilnehmer haben das Recht, vor der Konferenz Hintergrundpapiere einzureichen. Dagegen wurde auf die Erarbeitung eines Abschlußkommuniqués oder sonstiger gemeinsamer Papiere ausdrücklich verzichtet.

Der französische Vorschlag, die Möglichkeit zu schriftlichen Festlegungen einzelner Ergebnispunkte dennoch vorzusehen, fand keine Mehrheit.

16 Alexander M. Haig.
17 Mark MacGuigan.
18 Claude Cheysson.
19 Lord Peter Carrington.
20 Sunao Sonoda.
21 Ola Ullsten.
22 Willibald Pahr.
23 Josip Vrhovec.
24 Abdelaziz Khellef.
25 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 7./8. November 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 324.
26 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13. März 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 21.

Im übrigen wurde die Beschreibung des Charakters des Gipfeltreffens, wie er auf den beiden ersten AM-Treffen festgelegt und in dem Einladungsschreiben an die Staats- und Regierungschefs[27] ausgeführt ist, bestätigt (z. B. keine Verhandlungen, Meinungsaustausch über wichtige Fragen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, keine TO).

Die früher erörterte Idee der Einsetzung von persönlichen Beauftragten, die den Gipfel weiter vorbereiten könnten, wurde nicht behandelt.

Das sogenannte mexikanische Papier[28] spielte in der Konferenz keine Rolle.

2) Der zuletzt im März 1981 von den elf AM in Wien beschlossene Teilnehmerkreis, der jetzt in Cancún vertreten war, wurde stillschweigend bestätigt. Die Frage der Teilnahme der SU[29] wurde ebensowenig erörtert wie die Zulassung von Beobachtern.

Es bestand aber Einigkeit, daß VN-GS Waldheim als „besonderer Gast" eingeladen werden soll, damit er aus der Sicht der VN zu weltwirtschaftlichen und Weltentwicklungsfragen Ausführungen macht, darunter auch zum Stand und den Aussichten der Globalen Verhandlungen[30].

Es wurde beschlossen, daß bei der Gipfelkonferenz jede Delegation vier (statt bisher drei) Mitglieder im Saal haben dürfe, wobei Staats- oder Regierungschefs und AM am runden Tisch Platz nehmen, die beiden anderen Delegationsmitglieder in der zweiten Reihe.

3) Themen für den Gipfel

Als allgemeines Thema und als Rahmen für die Diskussion wurde die „Zukunft der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und die Wiederbelebung der Weltwirtschaft" vorgesehen. Dabei sollen einbezogen werden Gebiete wie

– Ernährungssicherung und landwirtschaftlich Entwicklung,
– Rohstoffe, Handel und Industrialisierung,
– Energie,
– Währung und Finanzen[31].

Als Beschluß der AM wurde in das Pressekommuniqué ausdrücklich aufgenommen, daß die Teilnehmer weitere Fragen behandeln können, falls sie das wünschen.[32]

Auf der Konferenz wurde auch der japanische Gedanke positiv aufgenommen, daß die Staats- oder Regierungschefs den Vorsitzenden vorher mitteilen kön-

27 Für das Einladungsschreiben des Präsidenten López Portillo und des Bundeskanzlers Kreisky vom 30. April 1981 zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Unterabteilung 33, Bd. 125157.

28 Im Mai 1981 legte Mexiko den Teilnehmern der Nord-Süd-Außenministerkonferenz ein Papier mit dem Titel „Framework for the Discussions at the Meeting" vor. Vgl. dazu Referat 412, Bd. 122391.

29 Zur Diskussion um die Teilnahme der UdSSR an der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 95, Anm. 39, und Dok. 224, Anm. 9.

30 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 29, Anm. 17.

31 Die Wörter „Währung und Finanzen" wurden von Legationssekretär Keßler hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

32 Für das Pressekommuniqué zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2. August 1981 Cancún vgl. Referat 412, Bd. 122391.

nen, welche Themen sie ansprechen wollen. Diese Information soll es den Vorsitzenden erleichtern, die Strukturierung der Diskussion vorzubereiten.

4) Verhältnis des Gipfels zu den Globalen Verhandlungen

Das Drängen, der Gipfel solle den Weg freimachen zur Eröffnung der Globalen Verhandlungen, war das Leitmotiv der Erklärungen fast aller AM.

Entsprechend den Vorstellungen von BM Genscher bestand sofort Einigkeit, daß der Gipfel vor allem der Vertrauensbildung dienen und dazu beitragen soll, das Klima in den Nord-Süd-Beziehungen zu verbessern. Der Gedanke, daß dies die weiteren Arbeiten an den Globalen Verhandlungen und ihren Beginn ermöglichen wird, wurde von allen AM, abgesehen von den USA und bei Zurückhaltung von GB, als Hoffnung zum Ausdruck gebracht.

Algerien vertrat seine traditionelle Haltung, die den Gipfel ausschließlich unter den Gesichtspunkten der Globalen Verhandlungen sieht. Chinesischer AM Huang Hua setzte sich für möglichst baldige Globale Verhandlungen ein.

Besonderen Eindruck machte der saudi-arabische AM, Prinz Saud al-Faisal. Er sprach sich mit Nachdruck dafür aus, daß der Weg zu den Globalen Verhandlungen als Folge des Gipfels frei werden müsse. Er sagte, man sollte nicht glauben, daß die bisherigen Bemühungen um die Globalen Verhandlungen fruchtlos gewesen seien. Es habe Fortschritte gegeben. Jetzt solle man nicht von neuem beginnen, sondern dort fortfahren, wo man aufgehört habe. Man brauche aber den politischen Willen hierzu. Er warnte in einer zweiten Erklärung davor, mit dem Gipfel den Eindruck zu erwecken, wir wollten die Globalen Verhandlungen „umgehen".

AM Haig hatte zunächst auf den Vorbehalt von Präsident Reagan im Antwortschreiben an López Portillo zu der Frage des Verhältnisses Gipfel–Globale Verhandlungen hingewiesen. Am Ende stimmte er ohne Vorbehalt dem Vorschlag zu, die im Einladungsschreiben enthaltene Formulierung in das gemeinsame Pressekommuniqué aufzunehmen, wonach es zwar keinen formalen „link" zwischen Gipfel und Globalen Verhandlungen gibt, es aber ein wichtiges Ziel des Gipfels ist, die Einigung über das Zustandekommen der Globalen Verhandlungen zu erleichtern.[33]

5) Über ein Follow-up des Gipfels wurde nicht gesprochen.

II. BM Genscher zeigte sich in einem Gespräch mit der Presse[34] mit Ablauf und Ergebnis dieses AM-Treffens sehr zufrieden. Er sagte, es habe sich gezeigt, daß der neue Ansatz, der für diese Art von Treffen gewählt worden sei, fruchtbar ist. Wir seien zuversichtlich, daß sich dieser Geist auch auf dem Gipfel, der in seiner Natur einzigartig sei, fortsetzen werde.

Mit diesen Ergebnissen des dritten AM-Treffens haben wir das von uns angestrebte Ziel, dem Gipfel ein Höchstmaß von Informalität zu sichern, erreicht. Damit ist die Voraussetzung für eine fruchtbare Diskussion der Staats- und Re-

33 Der Passus „wichtiges Ziel … zu erleichtern" wurde von Legationssekretär Keßler hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

34 In der Presse wurde berichtet: „‚Die Sache hat sich gelohnt, was man nicht von jeder Konferenz behaupten kann,' meinte Genscher." Vgl. den Artikel „Gute Grundlage für den Nord-Süd-Gipfel"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 3. August 1981, S. 7.

gierungschefs gegeben. Die Überlegungen, die bei den ersten beiden Wiener AM-Treffen angestrebt wurden, konnten auch von den neuen Mitgliedern dieses AM-Treffens akzeptiert werden.

AM Haig brachte gegenüber der Presse ebenfalls seine positive Bewertung der Konferenz zum Ausdruck.[35]

Neben dem Eintreten für die Globalen Verhandlungen war auffallend, welche Bedeutung die EL dem Wirtschaftsgipfel von Ottawa[36] beimaßen[37] (der kanadische AM wurde ausdrücklich gebeten, einen Bericht über Ottawa abzugeben). In das Pressekommuniqué wurde ein Hinweis aufgenommen, daß die AM-Konferenz die Schlußerklärung des Gipfels von Ottawa[38] positiv bewerte („a positive appraisal was made").

Alle AM waren um Kompromisse bemüht. Dabei verdienen besondere Erwähnung der nigerianische AM, aber auch die AM von Tansania und der Elfenbeinküste.

III. Das Pressekommuniqué und das Papier über das Verfahren der Gipfelkonferenz[39] werden von Delegation mitgebracht.

Falls AM-Treffen in Cancún im Bundeskabinett angesprochen werden soll, müßte Abteilung 4 auf der Basis dieses Berichts Sprechzettel für AA-Vertreter vorbereiten.

[gez.] Lautenschlager

Referat 412, Bd. 122391

35 Für die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Haig gegenüber der Presse vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2054, S. 34.

36 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

37 Der Passus „Bedeutung die EL … beimaßen" wurde von Legationssekretär Keßler hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

38 Für den Wortlaut der Erklärung der am Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello teilnehmenden Staats- und Regierungschefs vgl. BULLETIN 1981, S. 613–616.

39 Für das Papier der Nord-Süd-Außenministerkonferenz vom 2. August 1981 über das Verfahren der Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Referat 412, Bd. 122391.

227

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-4703/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1314
Citissime

Aufgabe: 3. August 1981, 19.15 Uhr[1]
Ankunft: 3. August 1981, 20.11 Uhr

Betr.: 9. Sitzung der Special Consultative Group (SCG) am 3. August 1981

Zur Unterrichtung

I. Die 9. Sitzung der SCG am 3. August 1981, die vom amerikanischen Vorsitzenden Eagleburger geleitet wurde, schloß sich unmittelbar an die Sitzung der High Level Group (HLG) (30./31. Juli 1981)[2] an. Die Parallelität der Konsultationen über Nachrüstung und Rüstungskontrolle verdeutlichte noch einmal die abgestimmte und gleichzeitige Durchführung beider Elemente des Doppelbeschlusses[3]. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die von den Amerikanern verteilte Bedrohungsanalyse[4] und das Papier über die technischen Erfordernisse bei den TNF[5], die Frage künftiger sowjetischer Verhandlungsführung sowie die LRTNF-Öffentlichkeitsarbeit. (Dieser Diskussion lag ein amerikanisches Papier und der deutsche Argumentationskatalog zugrunde.)

Die nächste SCG-Sitzung wird am 14. September 1981 in Washington stattfinden.[6] Die Amerikaner werden rechtzeitig vorher ihre Vorstellungen zur Verfeinerung der Verhandlungsposition unter den Bündnispartner zirkulieren.[7]

Mit dem Treffen Haig/Gromyko wird jetzt für den 23. September gerechnet. Die beiden Außenminister werden sich vermutlich um den 28. September ein zweites Mal treffen.[8] Für die Zeit zwischen dem Treffen Haig/Gromyko und dem Beginn der Verhandlungen nach dem 15. November[9] wird sich die SCG erneut treffen[10].

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 4. August 1981 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), notierte am 1. August 1981, die High Level Group (HLG) der NATO habe in Brüssel „ihre Beratung über die Studien zur Bedrohung und zu den TNF-Functional Requirements (FR)“ fortgesetzt: „Über den Status der Studien (Entscheidungsdokument für die Minister, Bericht des Vorsitzenden?) besteht noch Unklarheit.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1309; VS-Bd. 10332 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

4 Für den amerikanischen Entwurf „HLG Threat Assessment Paper“ vom 29. Juli 1981 vgl. VS-Bd. 11353 (220).

5 Für das undatierte amerikanische Papier „Preliminary Draft of TNF Functional Requirements Study“ vgl. VS-Bd. 11353 (220).

6 Die zehnte Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO fand am 16. September 1981 in Brüssel statt. Vgl. dazu Dok. 259.

7 Zur überarbeiteten amerikanischen Verhandlungsposition zu den Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 257.

8 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

9 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

10 Zur elften Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 26. Oktober 1981 in Brüssel vgl. Dok. 307.
Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 20. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 333.

Die SCG-Sitzung fand in sehr guter Atmosphäre statt. Die Bündnispartner gewannen die Überzeugung, daß die Amerikaner mit großem Ernst und Nachdruck an der Vorbereitung der Verhandlungen arbeiten.

II. Im einzelnen

1) Eagleburger betonte einleitend, Haig persönlich habe ausdrücklich Weisung erteilt, die Verbündeten vor und während künftiger Verhandlungen eng und umfassend zu beteiligen („we want your views and we shall take them into account").

Ich wies hierzu auf die Äußerung des Bundesministers aus Mexiko hin, wonach das Gespräch Genscher/Haig[11] die Ernsthaftigkeit der Verhandlungsvorbereitungen bestätigt habe. Die Konsultationsintensität bewirke, daß die Verhandlungen als ein gemeinsames Unternehmen verstanden werden, das es schwieriger mache, Keile zwischen die Bündnispartner zu treiben. Das Entscheidungsdokument der Allianz (IDD)[12] biete sowohl eine Basis für die Verhandlungsposition wie für die Präsentation der westlichen Haltung in der Öffentlichkeit.

Eagleburger warnte vor zu optimistischen Erwartungen bezüglich eines baldigen Verhandlungsergebnisses. Seine Gespräche mit Bessmertnych hätten ergeben, daß die SU zu Verhandlungsbeginn, wie zu erwarten, die Frage der einzubeziehenden Systeme aufwerfen werde.[13] Angesichts der sowjetischen FBS-Forderung sei dabei mit schwierigen und möglicherweise langwierigen Erörterungen zu rechnen.

Zum Moratorium wurde von europäischer Seite betont, daß derartige sowjetische Vorschläge[14] sich weiter wiederholen dürften. Sie könnten, trotz aller Unbestimmtheit, zunehmend Elemente enthalten, die in der Öffentlichkeit attraktiv wirkten.

2) Der Vorsitzende der HLG, Perle, stellte die in seiner Gruppe behandelten Papiere über die Bedrohungsanalyse und über die technischen TNF-Erfordernisse vor und berichtete über die HLG-Diskussion (vergleiche hierzu HLG-Bericht). Er sagte zu, vor allem auch das politische Rational des Verhandlungsteiles des Doppelbeschlusses deutlicher herauszustellen.

Ich gab unserer Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Bedrohungsanalyse die Schlußfolgerungen des IDD nicht nur bezüglich des Rüstungskontrollelements, sondern auch bezüglich des Modernisierungsteils bestätige. Man solle im übrigen die politischen Ziele des Doppelbeschlusses – Stabilität und De-jure-Gleichheit auf möglichst niedriger Ebene und Verringerung der Bedrohung – deutlicher herausstellen. Eine Überbetonung der Bedrohung bringe keine zusätzliche Unterstützung des Doppelbeschlusses, sondern könne eher die Angstpropaganda seiner Gegner fördern.

11 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 1. August 1981 in Cancún vgl. Dok. 225.

12 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

13 Zu den Gesprächen des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, mit dem Gesandten an der sowjetischen Botschaft in Washington, Bessmertnych, am 10. Juni bzw. 13. Juli 1981 vgl. Dok. 174, Anm. 3 und 8.

14 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

3) Der Leiter der Abteilung „Politico-Military Affairs“ im State Department, Burt, führte ein amerikanisches Papier über die sowjetische Gleichgewichtsbehauptung und ihre Zurückweisung ein (Soviet Claims on the TNF-Balance[15]). Die sowjetische Propaganda- und Verhandlungsposition ginge von der Behauptung aus, ein Gleichgewicht zwischen beiden Seiten bestehe bereits. So begründe sie die Forderung nach Rückgängigmachung des Doppelbeschlusses. Es gelte, anhand des Kräftevergleichs die Unhaltbarkeit der sowjetischen Gleichgewichtsbehauptung nachzuweisen.

Ich betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit, die einseitige sowjetische FBS-Forderung zurückzuweisen, die Gründe für die westliche Position herauszustellen und dabei zunächst die von beiden Seiten als am bedrohlichsten empfundenen Systeme in die Verhandlungen einzubeziehen. Es müsse verdeutlicht werden, daß die Einbeziehung z. B. von Flugzeugen die Verhandlungen außerordentlich erschweren würde. Die Konzentration auf landgestützte Raketen sei daher eine Konsequenz der Ernsthaftigkeit des westlichen Verhandlungswillens. Burt ergänzte dazu, daß es Verhandlungsaufgabe sei, den Sowjets klarzumachen, wie unvorteilhaft es für sie selbst sei, andere Systeme als landgestützte Mittelstreckenraketen einzubeziehen, weil der Kräftevergleich bei Berücksichtigung von vergleichbaren Flugzeugen beider Seiten die sowjetische Überlegenheit im Mittelstreckenbereich nicht entlasten, aber die Verhandlungen erheblich komplizieren würde.

4) Bei der Diskussion der LRTNF-Öffentlichkeitsarbeit, der ein amerikanisches Papier und der deutsche Argumentationskatalog zugrunde lag, wurde beschlossen, eine in der gesamten NATO verteilbare Kurzfassung herzustellen. Kanada hat die Redaktion übernommen.

5) Die nächste Sitzung der SCG wird am 14. September in Washington stattfinden. Die Amerikaner haben uns zugesagt, ihr Papier über die amerikanischen Vorstellungen für die Verhandlungen möglichst nicht später als zwei Wochen vor diesem Treffen unter den Bündnispartnern zu zirkulieren. Es ist davon auszugehen, daß auf der Sitzung des 14. September die Schlußdiskussion über die westliche Verhandlungsposition auf der Grundlage des Entscheidungsdokuments vom 12. Dezember 1979 und der dann vorliegenden amerikanischen Überlegungen beginnt.

6) Die Amerikaner hoffen, mit den Sowjets bis 23. September ein Statement für die Unterrichtung der Öffentlichkeit über den Verhandlungsbeginn zu erarbeiten.[16] Bei dem Gespräch Haig/Gromyko soll es noch nicht um Substanzfragen gehen, sondern um verfahrensmäßige Entscheidungen. Außenminister Haig wolle die Gelegenheit nutzen, um das bestehende unausgewogene Kräfteverhältnis im Mittelstreckenbereich darzustellen.

7) Eagleburger hat in einem Hintergrundgespräch über die Ergebnisse der heu-

15 Für das amerikanische Non-paper „Soviet Claims on TNF-Balance“ vom 29. Juli 1981 vgl. VS-Bd. 11402 (220).

16 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

tigen Sitzung unterrichtet. Im Anschluß daran hatte ich ein ergänzendes Gespräch mit den deutschen Journalisten.

General Tandecki hat mitgezeichnet.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 14109 (010)

228

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

214-320.10 POL-02/81 streng geheim **9./10. August 1981**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: Polen;
hier: Viererkonsultationen der Politischen Direktoren in Paris am 7.8.1981[2]

Bezug: Kurzaufzeichnung vom 8.8.1981[3] und beigefügtes Positionspapier „Poland“[4]

1) Ich habe vor Beginn der Pariser Sitzung mit den Herren Eagleburger, Dupont und Fergusson (Robin und Bullard sind auf Urlaub) einzeln vorab gesprochen und folgendes ausgeführt: Es komme darauf an, für Polen „prioritär kurzfristig“ weitere Wirtschaftshilfe lockerzumachen. Unsere politische Analyse müsse auf dieses Ziel hin advokatorisch angelegt werden.

Eine längerfristige Prognose zur polnischen Entwicklung sei zwar höchst wünschenswert, wegen der Vielzahl unbekannter und unvorhersehbarer Faktoren aber außerordentlich schwierig.

1 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. August 1981 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „9.8.1981“.

3 Korrigiert aus: „9.8.1981“.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Schenk vermerkte: „Die ganztätige Konsultation der vier Politischen und der vier Wirtschaftsdirektoren über Polen gemäß Auftrag der Außenminister von Cancún (2.8.1981) hat am 7.8.1981 in Paris stattgefunden. Die gemeinsam erarbeitete politische Analyse liegt bei. Der wirtschaftliche Bericht konnte von dem französischen Vorsitz bei Konferenzende noch nicht in Reinschrift gefertigt werden. Die Franzosen haben zugesagt, ihn im Laufe des Tages (8.8.) fernschriftlich zuzustellen. Der Bericht enthält eine Rekapitulation der internationalen wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen zugunsten Polens, analysiert die gegenwärtige wirtschaftliche Situation des Landes und stellt als die beiden höchsten Prioritäten die sofortige Liquiditätshilfe (F kündigte Beteiligung von 100 bis 125 Mio. Dollar an, die USA blieben bis auf weiteres bei ihrer ablehnenden Haltung, GB verhielt sich abwartend-skeptisch, wir erklärten, Bundesregierung prüfe weiter unsere Beteiligung) sowie weitere Lebensmittelhilfe heraus. Die Regierungen werden aufgefordert, im Rahmen dieser Prioritäten, Entscheidungen zu treffen. Gemeinsame detaillierte Bewertung folgt.“ Vgl. VS-Bd. 12315; B 150, Aktenkopien 1981.
Die Aufzeichnung von Schenk lag am 8. August 1981 Bundesminister Genscher vor, der handschriftlich vermerkte: „Die Vorlage ist ‚streng geheim‘ einzustufen.“ Vgl. VS-Bd. 12315; B 150, Aktenkopien 1981.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 12315.

Wegen der historischen und strategischen Größenordnung des polnischen Experiments sei jede D-Mark, jeder Dollar, jeder Franc, jedes Pfund in Polen politisch und sicherheitspolitisch hervorragend investiert.

Den Wirtschaftsdirektoren[5] werde es, was eine langfristige Einschätzung der polnischen Wirtschaftsentwicklung angehe, ähnlich gehen wie uns mit der politischen Langzeitprognose. Sie würden damit kaum zurechtkommen können, zumal politische und wirtschaftspolitische Faktoren ineinandergriffen und die Unbekannten in den beiden Gleichungen sich gegenseitig potenzierten. Auch sei es vielleicht besser, gar nicht erst den Versuch zu unternehmen, eine Gesamtsumme für die Sanierung der polnischen Wirtschaftssituation zu schätzen, da eine – ökonomisch wahrscheinlich abschreckend hohe – Summe die Extrahierung in unseren Ländern intern außerordentlich erschweren könnte. Je mehr ich darüber nachdächte, desto besser schiene es mir, von „westlicher Geberhand in den polnischen Mund" zu leben.

Eagleburger stimmte diesen Ausführungen sofort zu, Dupont schließlich auch, Fergusson war zögerlich: Carrington wolle das politische und vor allem wirtschaftliche Langzeitrisiko kennen. Als ich ihm sagte, daß wir es alle gerne kennten, aber am 8. August nicht damit fertig werden könnten und nicht die wirtschaftliche Hilfe aufhalten dürften, stellte Fergusson ebenfalls seine Bedenken zurück.

2) Vor diesem Hintergrund haben wir den ursprünglichen französischen Entwurf über „Die politische Situation in Polen auf kurze und lange Sicht" erörtert und verändert, besonders die Ziffer I „Why is the Polish experiment important to the West" vorgeschaltet.

Bei der Beratung dieses Teils habe ich darauf hingewiesen, daß wir mit diesem Papier äußerst vorsichtig umgehen müßten. Es dürfe keinesfalls nach außen gelangen.

Meine drei Kollegen verstanden diese Bemerkung zunächst nicht: Ob ich die Analyse in I für falsch hielte? Ich habe erwidert, gerade weil ich die Thesen in I für richtig hielte und sie schon im frühesten Stadium der polnischen (R)Evolution, wie aus dem NATO-Rat und dem SPC aktenkundig sei, vertreten hätte, sei ich besorgt, daß ein Bekanntwerden dieses Papiers uns im Ost-West-Verhältnis und innerwestlich Schwierigkeiten bereiten würde.

In einer Sitzungspause habe ich vor allem Eagleburger, in kürzerer Form Dupont und Fergusson, unter vier Augen auseinandergesetzt, welche Brisanz in den Thesen steckt (Gleichgewichtsveränderung, Schwächung der Sowjetunion, Proliferation). Vielleicht bedeute dies den Anfang vom Ende des Kommunismus. Aber nichts sei sicher, auch die Zeiträume der Evolutionen seien es nicht. Die Maxime könnte deshalb nur lauten: „toujours y penser, jamais en parler". In der Bundesrepublik Deutschland gebe es bereits Stimmen, die meinten, man brauche nicht mehr nachzurüsten, da die Sowjetunion durch die Entwicklung in Polen (und auch durch das Engagement in Afghanistan) so geschwächt werde, daß sich das Gleichgewicht neu und tiefer einpendeln müsse.

5 Zur Sitzung der Abteilungsleiter Lord Bridges (Großbritannien), Fischer (Bundesrepublik), Hormats (USA) und Paye (Frankreich) am 7. August 1981 in Paris vgl. Dok. 229.

Nehme man noch den künftigen Beitritt Spaniens zur NATO[6] hinzu[7], so werde den Sowjets, ihren Helfern, freiwilligen und unfreiwilligen Mitläufern die Argumentation leichtgemacht. Unsere Argumentation laufe gerade umgekehrt: Der Doppelbeschluß[8] soll das durch die Sowjetunion veränderte Gleichgewicht wiederherstellen; ein NATO-Beitritt Spaniens verändert die Balance wegen der bereits bestehenden spanisch-amerikanischen Zusammenarbeit nicht. Über die sicherheitspolitischen Konsequenzen der polnischen Entwicklung sollte man auf westlicher Seite am besten schweigen.

3) Der handschriftliche Vermerk des Herrn Bundesministers, das Positionspapier müsse „Streng Geheim" gestellt werden, hat, wie ich annehme, ähnliche Überlegungen zum Anlaß. Das Papier ist sofort in allen Exemplaren eingezogen und „Streng Geheim" gestellt worden.

Ich habe Eagleburger, Dupont und Fergusson fernmündlich über den Vermerk des Ministers unterrichtet. Alle haben zugesagt, das Papier werde mit äußerster Diskretion behandelt und sehr hoch eingestuft werden.

Pfeffer

VS-Bd. 12315

229

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

421-410.20 POL-793/81 geheim **10. August 1981**[1]

Betr.: Viererkonsultationen über Polen in Paris am 7.8.1981[2];
hier: Bewertung des Ergebnisses der Sitzung der vier Wirtschaftsdirektoren[3]

Anlg.: 1[4]

6 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 167, Anm. 6.

7 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Inzwischen ließe sich auch die Produktion und Lagerung der Neutronenwaffe in den USA nennen."

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Sieger und Vortragendem Legationsrat Dassel konzipiert und von Ministerialdirektor Fischer am 10. August 1981 an Staatssekretär von Staden und Bundesminister Genscher geleitet. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10390 (421); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, dem stellvertretende Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Dupont, und dem Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium, Fergusson, vgl. Dok. 228.

3 Lord Thomas Bridges (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Robert David Hormats (USA) und Jean-Claude Paye (Frankreich).

4 Dem Vorgang beigefügt. Für den Bericht vgl. den Drahtbericht Nr. 1411/1412 des Gesandten Mühlen, Paris, vom 8. August 1981; VS-Bd. 10390 (421); B 150, Aktenkopien 1981.

I. 1) Der beigefügte Bericht der vier Wirtschaftsdirektoren stellt aufgrund der Analyse der wirtschaftlichen Lage und der Zahlungsbilanzsituation Polens fest, daß das Land prioritär zusätzliche Liquiditätshilfe und weitere Nahrungsmittellieferungen[5] benötigt.

2) In der Frage der von Polen erbetenen kurzfristigen Liquiditätshilfe in Höhe von 500 bis 700 Mio. Dollar[6] ergibt sich bisher folgendes Bild:

– Frankreich ist bereit, zu der von Wirtschafts- und Finanzminister Delors vorgeschlagenen Aktion von Zentralbankkrediten[7], die durch die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich koordiniert werden sollten, mit 100 bis 125 Mio. Dollar beizutragen.
– Dänemark, Norwegen und die Schweiz haben sich ebenfalls für eine Beteiligung an einer solchen Aktion ausgesprochen, ohne allerdings bisher Angaben über die Höhe ihrer beabsichtigten Liquiditätshilfe zu machen.
– Großbritannien prüft nach wie vor Möglichkeiten einer Beteiligung. Britischer Vertreter bei den Konsultationen vermittelte jedoch Eindruck abwartender skeptischer Haltung.
– Die Vereinigten Staaten blieben trotz unserer eindringlichen Vorstellungen zunächst bei ihrer ablehnenden Haltung und verwiesen auf jüngste US-Lebensmittellieferungen an Polen (72 Mio. Dollar für Milchprodukte und 60 Mio. Dollar für Mais). US-Vertreter wies erneut darauf hin, daß Liquiditätshilfe in den USA Entscheidung des Kongresses voraussetze. Im privaten Gespräch am Rande des Treffens deutete US-Vertreter jedoch an, daß US-Regierung evtl. Angelegenheit am Ende des Haushaltsjahres (Restmittel) nochmals aufnehmen werde.
– Wir erklärten, daß die Bundesregierung zusätzlicher Liquiditätshilfe für Polen große Bedeutung zumesse und z. Z. Möglichkeiten einer Beteiligung an multilateraler Aktion prüfe.

3) Die Gruppe hielt zusammenfassend fest, daß die Regierungen prüfen werden, welche und ob zusätzliche, angemessene und rasche Maßnahmen weiterer

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil notierte am 6. August 1981, daß er „nachdrücklich" dafür plädiere, „Polen durch eine schnell wirkende weitere Nahrungsmittellieferung zu helfen. Die Demonstrationen der vergangenen Tage in Warschau und in anderen Orten Polens haben vollends deutlich gemacht, wie schmal der Manövrierraum der polnischen Regierung zur Durchsetzung der Wirtschaftsreformen geworden ist. Es ist eine explosive Situation entstanden; es besteht die Gefahr, daß Zwischenfälle größere Unruhen auslösen könnten. Die Befriedigung des unmittelbaren Nahrungsmittelbedarfs der Bevölkerung müßte in dieser Lage beruhigend wirken." Vgl. VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 1. August 1981 mit, daß der polnische Außenminister Czyrek ihn am selben Abend habe sprechen wollen: „Nach Rücksprache mit Fachleuten bestätigte er hohe Priorität der Liquiditätshilfe in Höhe von 500 bis 700 Mio. US-Dollar, befristet bis Jahresende. Ohne diese Hilfe sei selbst die Einhaltung der gegenüber der Pariser Runde und den westlichen Banken abgegebenen polnischen Exportschätzungen fraglich. Es handele sich hier um eine Mindestvoraussetzung der 1982 beginnenden Wirtschaftsreform. Zur Linderung der Versorgungskrise sei neben der Lieferung von Fleisch auch die von Zucker dringlich. Zucker werde nicht nur für die Bevölkerung, sondern auch für die Honigproduktion benötigt. Da man einer normalen Zukkerrübenernte entgegensehe, könne Polen Zuckerlieferungen eventuell später sogar in Zucker zurückerstatten. Im übrigen sei jede Form der Lieferung und der Kreditierung, auch Zahlung in Złoty, akzeptabel." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1188; VS-Bd. 14105 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Vgl. dazu das Schreiben des französischen Wirtschafts- und Finanzministers Delors vom 19. Juni 1981 an Bundesminister Graf Lambsdorff; Dok. 188, Anm. 19.

Hilfe für Polen unter Berücksichtigung einer angemessenen Lastenbeteiligung unter den beteiligten westlichen Ländern getroffen werden sollten.

4) Übereinstimmung bestand ferner, daß das vorhandene Potential der polnischen Wirtschaft sowie die nunmehr offenbar anlaufenden wirtschaftlichen Reformmaßnahmen und eine Zurverfügungstellung zusätzlicher Kredite die Bedingungen für eine mittelfristige wirtschaftliche Erholung Polens schaffen könnten, wenn diesbezüglich auch keine absolute Sicherheit besteht.

II. Ergebnis der Konsultationen stellt Maximum des gegenwärtig im Rahmen der Vier Erreichbaren dar.

Von Bedeutung gemeinsamer Hinweis auf höchste Priorität weiterer Liquiditäts- und Nahrungsmittelhilfe für Polen.

Es ist beabsichtigt, die Meinungsäußerung der Vier nunmehr in Kabinett und Ressortberatungen einzubringen.

[Fischer][8]

VS-Bd. 10390 (421)

230

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 10. August 1981, 11.26 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 92 Ortez

Zum deutschen Beitrag im Genfer Abrüstungsausschuß zum „Umfassenden Abrüstungsprogramm“

1) Als Diskussionsbeitrag zu den im Genfer Abrüstungsausschuß (CD) laufenden Arbeiten haben wir am 6.8.1981 gemeinsam mit Australien, Belgien, Großbritannien und Japan Gesamtentwurf zum „Umfassenden Abrüstungsprogramm“ (CPD[2]) vorgelegt.[3] Europäische Partner und Verbündete haben an Vorarbeiten mitgewirkt. Botschafter Ruth hat das Papier im CD-Plenum erläutert[4] (s. Info-Funk 1019 – 0608 und 1020 e 1/3 – 0608).

8 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.

2 Comprehensive Program of Disarmament.

3 Für den Wortlaut des Gesamtentwurfs eines Umfassenden Abrüstungsprogramms vom 31. Juli 1981 vgl. DOKUMENTATION, Bd. XIX, S. 396–404.

4 Für den Wortlaut der Rede des Botschafters Ruth vor dem Abrüstungsausschuß am 6. August 1981 in Genf vgl. DOKUMENTATION, Bd. XIX, S. 603–606.

2) Erarbeitung eines CPD ist auf Drängen der Ungebundenen 1978 von der ersten Abrüstungs-SGV der VN[5] beschlossen worden (Schlußdokument[6] § 109). CD erhielt Auftrag, das „Programm" bis zur zweiten Abrüstungs-SGV (Mai/Juni 1982)[7] fertigzustellen. Arbeiten in Genf laufen in besonderer Arbeitsgruppe unter Vorsitz Botschafter García Robles (Mexiko). Wir haben dieses besondere Anliegen der Ungebundenen von Anfang an durch konkrete Beiträge unterstützt, auch wenn wir inhaltlich teils abweichende Vorstellungen haben.

3) Unser Beitrag (Arbeitspapier Dokument CD 205) faßt in Gesamtentwurf unsere Vorstellungen eines möglichen CPD zusammen. Text geht vom Schlußdokument der ersten Abrüstungs-SGV aus und ist auf Konsensfähigkeit hin angelegt.

4) Der Nutzen eines „Umfassenden Abrüstungsprogramms" liegt darin, daß es einen konzeptionellen Rahmen für alle Abrüstungsverhandlungen schafft und damit wichtige Vorarbeit für solche Verhandlungen leistet. Freilich kann es Fortschritte nicht ersetzen, die nur durch konkrete Verhandlungen zu erreichen sind. Solches Programm muß zugleich zukunftsweisend und realistisch sein.

Neben den eigentlichen Maßnahmen der Rüstungskontrolle und Abrüstung sind flankierende Maßnahmen besonders wichtig, die der Vertrauensbildung dienen und die Transparenz militärischer Potentiale fördern. Eckstein aller Maßnahmen muß eine wirksame und praktikable Regelung der Verifikation sein.

CPD definiert Ziele und beschreibt allgemeine Grundsätze und Schwerpunkte. Es gibt eine Zusammenschau aller Instrumente der Rüstungskontroll- und Abrüstungspolitik und es verzeichnet konkrete Maßnahmen, die fortgeführt oder in Angriff genommen werden müssen.

5) Wir stimmen den Ungebundenen zu, daß das CPD konkrete Maßnahmen ins Auge fassen sollte. Die wichtigsten sollten einer ersten Phase zugeordnet werden. Wir sind einverstanden, die Fortschritte bei der Durchführung des CPD in periodischen Abständen einer Überprüfung zu unterziehen (reviews). Deren Zweck: Zwischenbilanz und neue Impulse.

Dagegen halten wir die Vorstellung der Ungebundenen für unrealistisch, für die Ergebnisse konkreter Abrüstungsverhandlungen feste Termine setzen zu wollen. Wann einzelne Schritte wirklich vollzogen werden, kann sich nur aus solchen Verhandlungen selbst ergeben.

6) Mit unserem Beitrag wollen wir im Vorfeld der zweiten Abrüstungs-SGV für glaubwürdige Ansätze der Rüstungskontrolle und Abrüstung werben. Es lag uns daran, unsere Unterstützung für die Arbeit im Genfer Abrüstungsausschuß und in den VN durch einen konkreten Beitrag zu dokumentieren, unsere Rolle im CD zu festigen und den Ausschuß stärker in das Blickfeld der Öffentlichkeit

5 Die erste VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 23. Mai bis 30. Juni 1978 in New York statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 212.

6 Für den Wortlaut des Schlußdokuments der VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung vom 30. Juni 1978 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1978, S. 411–439. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 520–542.

7 Die zweite VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4069 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 16. Juli 1982; AAPD 1982.

zu rücken. Daher haben wir die Bedeutung der Rüstungskontrollverhandlungen zwischen Ost und West auch für die weltweite Stabilität unterstrichen und gleichzeitig die zunehmende sicherheitspolitische Interdependenz aller Regionen herausgestellt. Entwurf eines „Umfassenden Abrüstungsprogramms" ist für uns auch ein Beitrag zur Intensivierung des Nord-Süd-Dialogs im sicherheitspolitischen Bereich.

Steinkühler[8]

Referat 012, Bd. 124417

231

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-371.85/55-1299/81 geheim **11. August 1981**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister vorgelegt

Betr.: Neutronenwaffe[2];
hier: amerikanische Demarche

Anlg.: 1[3]

Die amerikanische Botschaft hat mich heute auf eigenen Wunsch aufgesucht, und zwar unter Bezugnahme auf die Pressemitteilung, daß der Bundesminister Botschafter Ruth beauftragt habe, im Zusammenhang mit der Neutronen-

8 Paraphe.

1 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 11. August 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Nach Ihrer Entscheidung sollte auch Chef BK u. BMVg unterrichtet werden. M. E. sollten wir eine kontroverse öffentliche Diskussion mit den Amerikanern zu vermeiden suchen."

2 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 7. August 1981 mit, er sei am selben Tag vom amerikanischen Außenministerium informiert worden, „daß Präsident Reagan vor einigen Tagen die Entscheidung getroffen habe, die einzelnen Bestandteile des Neutronensprengkopfes zusammenzufügen und in den Vereinigten Staaten zu lagern. […] Das State Department betonte, daß es sich um eine Produktionsentscheidung handle, die auch nach dem Verständnis der Verbündeten allein Sache der US-Regierung sei. Die Frage der Stationierung sei damit in keiner Weise berührt. Es gebe auch für die Stationierung keinerlei Pläne. Die Stationierung würde, wie mehrfach zugesichert, selbstverständlich zunächst zum Gegenstand von Konsultationen gemacht werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3133; VS-Bd. 10338 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 9. August 1981 berichtete Dannenbring, ein Sprecher des amerikanischen Präsidialamtes habe am Vortag „auf Anfragen von Journalisten" die Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe bestätigt: „Es gab jedoch keine offizielle Erklärung; die Bestätigung erfolgte, weil die Tatsache der Entscheidung an die Presse (Leslie Gelb – New York Times) gelangt war. […] Wie uns im Pentagon gesagt wurde, werde dort eine Presseerklärung für Montag, den 10. August, vorbereitet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3134; Referat 201, Bd. 125607.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für eine Abschrift der Demarche der amerikanischen Botschaft vom 11. August 1981 vgl. VS-Bd. 11429 (221).

waffe und der sowjetischen Panzerüberlegenheit rüstungskontrollpolitische Positionen auszuarbeiten.[4]

Die Botschaft war angewiesen, uns darauf hinzuweisen, daß die amerikanische Regierung jede Überlegung hinsichtlich Rüstungskontroll-Initiativen zur Neutronenwaffe für äußerst verfrüht halte. Die amerikanische Regierung wolle eine öffentliche Kontroverse mit uns vermeiden. Deshalb bitte sie, daß der Sprecher der Bundesregierung[5] und andere Beamte jede weitere öffentliche Stellungnahme zu den Möglichkeiten von Rüstungskontrolle bezüglich der Neutronenwaffen vermeiden mögen. Jede zusätzliche Kommentierung werde die amerikanische Regierung zwingen, öffentlich ihre Meinung zu äußern, daß sie solche Überlegungen für verfrüht halte.

Ich habe als vorläufige Reaktion gesagt, daß der amerikanischen Regierung bekannt sei, welche wichtige Rolle die Rüstungskontrolle als Bestandteil der westlichen Sicherheitspolitik für die Bundesregierung spiele. Dies sei auch in der gegenwärtigen Diskussion nach der Produktionsentscheidung des amerikanischen Präsidenten[6] deutlich gemacht worden. Uns sei natürlich klar, daß die Produktionsentscheidung amerikanische Sache sei. Das Thema Neutronenwaffe sei jedoch in der Welt, und wir hielten es für geboten, über die rüstungskontrollpolitische Bedeutung des Systems Neutronenwaffe nachzudenken. Wir beabsichtigten damit, auch eine zusätzliche Belastung der LRTNF-Diskussion zu verhindern, indem wir das Problem Neutronenwaffe als spezifisches Rüstungskontrollproblem herausstellten. Wir rechneten deshalb mit dem Verständnis der amerikanischen Regierung für unsere Haltung in dieser Frage und hofften unsererseits auf zurückhaltende öffentliche Kommentierung. Im übrigen sei es selbstverständlich, daß unsere Überlegungen zunächst bilateral mit den Vereinigten Staaten erörtert würden.

Ich bitte um Weisung, ob Dr. Rühl ohne Bezugnahme auf die amerikanische Demarche gesagt werden soll, daß er bei Anfragen[7] nach dem Stand unserer rüstungskontrollpolitischen Überlegungen darauf hinweisen soll, daß sich der Auftrag des Ministers auf die Prüfung der rüstungskontrollpolitischen Bedeutung des Systems Neutronenwaffe bezieht und daß seine Erledigung in Angriff genommen worden ist.[8]

Ruth

VS-Bd. 11429 (221)

4 Bundesminister Genscher gab am 10. August 1981 eine Pressemitteilung heraus, in der es hieß: „Bundesminister Genscher hat den Abrüstungsbeauftragten der Bundesregierung, Botschafter Ruth, beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie im Rahmen des Bündnisses Positionen erarbeitet werden können, um die Neutronenwaffen und die sowjetische Panzerüberlegenheit sowie die sowjetischen chemischen Waffen rüstungskontrollpolitisch zu erfassen. […] Unser Ziel ist ein stabiles militärisches Gleichgewicht zwischen Ost und West auf möglichst niedrigem Niveau und die weltweite Stärkung der militärischen Sicherheit und Stabilität durch konkrete Abrüstungsvereinbarungen." Vgl. den Runderlaß Nr. 4080 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 10. August 1981; Referat 201, Bd. 125607.

5 Kurt Becker.

6 Ronald W. Reagan.

7 Die Wörter „ohne Bezugnahme", „amerikanische Demarche" und „bei Anfragen" wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „M. E. nur auf echte Anfragen."

8 Zu dem Passus „seine Erledigung … worden ist" vermerkte Staatssekretär Lautenschlager handschriftlich: „mit der Prüfung begonnen worden ist". Ferner vermerkte er handschriftlich: „P. S.: Viel-

232

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer

320-381.40 Allg/SB-775/81 VS-vertraulich **12. August 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Entscheidung

Betr.: Namibia-Initiative der Fünf;
hier: Unser weiteres Vorgehen

Anlg.: 5[3]

Vorschlag: Billigung der Entscheidungskriterien für unser weiteres Vorgehen (Ziffer V dieser Vorlage) und einer Botschaft an AM Haig (Anlage 2[4]).

I. 1) Der amerikanische Geschäftsträger, Mr. York, hat am 11. August dem Staatssekretär eine von AM Haig selbst redigierte mündliche Botschaft an Sie vorgetragen (Wortlaut der Botschaft in Anlage 1[5]). Wir wissen, daß Mr. York ursprünglich angewiesen war, die Botschaft Ihnen persönlich zu übermitteln.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1221

leicht könnte dabei auch erwähnt werden, daß die Prüfung sich auch auf die Frage bezieht, ob u. inwieweit das neue System in die rüstungskontrollpol[itische] Diskussion einbezogen werden kann. (Um den Amerikanern etwas entgegenzukommen.)"
Am 12. August 1981 informierte Botschafter Ruth die Botschaft in Washington über die Demarche der amerikanischen Botschaft vom Vortag und ergänzte: „Stellvertretender Regierungssprecher Dr. Rühl wurde am 12.8. gebeten, ohne Bezugnahme auf die amerikanische Demarche auf eventuelle Anfragen nach dem Stand unserer rüstungskontrollpolitischen Überlegungen darauf hinzuweisen, daß sich der Auftrag des Ministers auf die Prüfung der rüstungskontrollpolitischen Bedeutung des Systems Neutronenwaffen, insbesondere unter Berücksichtigung der sowjetischen Panzerüberlegenheit, beziehe und daß mit der Prüfung begonnen worden sei." Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 11432 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 12. August 1981 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 12. August 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Bundesminister Genscher vermerkte: „Diese Vorlage ist das Ergebnis einer eingehenden Besprechung mit Dg 32. Sie informiert über den letzten Stand der Entwicklung u. schlägt in Ziffer V u. in der vorgesehenen Botschaft von Ihnen an AM Haig eine allgemeine Orientierung für unser Verhalten vor. Operative Entscheidungen sollen erst auf der AM-Konferenz der Fünf in New York im Sept[ember] fallen. Schlüsselfrage bleibt, ob, in welcher Form u. ggf. in welchem zeitlichen Rahmen eine Verbindung zur ‚Kubaner-Frage' ins Auge gefaßt werden kann oder nicht. Ihre Weisungen auf dieser Vorlage wären auch die Grundlage für die Gesprächsführung, sollten die AM der Frontlinienstaaten Ende Aug[ust]/Anf[ang] Sept[ember] tatsächlich auch nach Bonn kommen." Am selben Tag ergänzte Lautenschlager mit der Angabe „19.00 [Uhr]" handschriftlich: „P. S.: Soeben geht das Schreiben AM Cheysson an AM Haig ein, das ich beifüge."

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 4, 5, 9, 12 und 15.

4 Dem Vorgang beigefügt. In dem Entwurf einer Mitteilung des Bundesministers Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig hieß es: „Wie Sie wissen, halte ich einen kubanischen Rückzug (withdrawal) aus Angola für ebenso dringlich wie Sie. Ich fürchte aber nach wie vor, daß die Forderung nach einem Parallelismus zwischen kubanischen Bewegungen einerseits und dem Eintreffen von UNTAG und südafrikanischen Bewegungen andererseits uns unserem gemeinsamen Ziel nicht näherbringen wird. Wir würden es vielmehr der angolanischen Regierung erschweren, die kubanischen Truppen nach Hause zu schicken, und dies um so mehr, als wir von ihr eine tiefgreifende innen- und außenpolitische Neuorientierung verlangen. Und dies würde es den Kubanern und Sowjets erleichtern, eine Verhandlungslösung für Namibia, die ihren Interessen zuwiderläuft, zu blockieren." Vgl. VS-Bd. 11167 (320), B 150, Aktenkopien 1981.

5 Dem Vorgang beigefügt. Der amerikanische Gesandte York trug eine Mitteilung des amerikanischen Außenministers vor, in der es u. a. hieß: „[Haig] was disappointed to hear that little was accomplished

2) Haigs Mitteilung bestätigt, daß die Amerikaner (mit den Südafrikanern) einen Parallelismus zwischen einem kubanischen Rückzug aus Angola und der Implementierung der SR 435[6] für unabdingbar halten und diese Konzeption von den übrigen Vier mitgetragen sehen wollen.

Die Botschaft knüpft an die Treffen der Afrika- und der Politischen Direktoren in Paris[7] an.

II. 1) Diese Treffen brachten keine Annäherung, wohl aber eine Klärung und damit auch eine Verhärtung der in Montebello eingenommenen Positionen zur Kubaner-Frage[8].

Die schriftliche amerikanische Zusammenfassung (Anlage 3[9]) der amerikanisch-südafrikanischen Gesprächsergebnisse, die in Paris verteilt wurde und für uns die maßgebliche Darstellung der amerikanischen und südafrikanischen Absichten ist, bekräftigt, daß

– ein Kubaner-Rückzug und seine Synchronisierung mit dem Rückzug südafrikanischer Truppen aus Namibia für Pretoria und für Washington (auch in eigener Sicht) der Schlüssel zur Lösung der Namibia-Frage ist;
– Washington mit Pretoria einen Drei-Phasen-Verhandlungsprozeß vorbesprochen hat. Danach soll in der ersten Phase (beginnend mit der Fünfer-Demarche in Pretoria) in drei bis vier Monaten Einigung unter allen Beteiligten – vorbehaltlich einer Gesamteinigung – über die Verfassungsprinzipien erzielt werden. In einer anschließenden zweiten Phase ähnlicher Dauer soll man sich über Zahl, Stationierung und Zusammensetzung der UNTAG-Truppen einigen. In der dritten Phase – beginnend im März 1982 mit der Festsetzung eines Implementierungsbeginns von SR 435 vor Ende 1982 und endend mit der Unabhängigkeit Namibias – soll der Rückzug kubanischer Truppen einsetzen;
– jedenfalls die Südafrikaner, vermutlich aber auch die Amerikaner, im Rahmen einer nationalen Versöhnungspolitik in Angola einen Platz für Savimbi in Luanda anstreben (vgl. S. 2 unten der Anlage 3).

Fortsetzung Fußnote von Seite 1222

on the Angolan track of our joint efforts. Haig believes that hope for a Namibia settlement rests on creating conditions of confidence and enhanced security for South Africa as they face difficult decisions. South Africa's position on the need for coordinated movement on the Cuban troop issue is absolutely clear. Both Reagan and Haig are persuaded that we cannot pressure Pretoria to settle, except on the basis of a parallel process in Angola. […] At a minimum we will need to start with a diplomatic line that will not signal a division in the Western ranks and thus may lead to disaster." Vgl. VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

7 Zur Sitzung der für Afrika zuständigen Abteilungsleiter der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA am 30./31. Juli 1981 in Paris vgl. Dok. 216, Anm. 9.
Zur Sitzung der Abteilungsleiter Bullard (Großbritannien), Eagleburger (USA), Pfeffer (Bundesrepublik), Robin (Frankreichs) und Taylor (Kanada) am 4. August 1981 in Paris vgl. den Drahtbericht Nr. 1388 von Pfeffer vom 4. August 1981; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Zu den Gesprächen des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 216.

9 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11167 (320).

Gegenüber Montebello wurde aber auch klarer, daß die Amerikaner

– den Zeitfaktor sehr ernst nehmen. Die amerikanische Absicht, mit gehörigem Nachdruck auch in Pretoria den Entscheidungs- und Verhandlungsprozeß zu beschleunigen, war offenkundig. Der mit den Südafrikanern vorbesprochene Zeitrahmen ist ein Gewinn für die Fünf;
– bei der Definition des Begriffs „Rückzug" (withdrawal) der Kubaner flexibel sind. „We need some movement" (Eagleburger);
– zwar führen, aber nicht ohne die übrigen Vier vorgehen wollen.

2) Eine reinliche Trennung der Namibia-Initiative vom Kubaner-Rückzug erwies sich bei den Pariser Treffen als nicht möglich. Den Politischen Direktoren schlugen wir – anknüpfend an das Gespräch des Bundesministers mit Eagleburger in Washington[10] – vor, das Kubaner-Problem getrennt und ohne Bezugnahme auf Namibia mit einer arbeitsteiligen Strategie der Fünf anzugehen. Die Amerikaner, aber auch die anderen Drei meinten, daß ein solcher Versuch, vor allem bei Demarchen in afrikanischen Hauptstädten, sehr schnell wieder bei der Namibia-Frage landen würde.

Die Amerikaner machten bei beiden Treffen überdeutlich, daß sie – bei aller Bereitschaft zu Formelkompromissen – in der dritten Phase ihres Verhandlungskonzepts eine im einzelnen noch auszuhandelnde Parallelität zwischen südafrikanischem und kubanischem Truppenrückzug wünschen. Ebenso deutlich machten sie, daß sie in dieser Frage von ihren Partnern zwar keinen Schulterschluß verlangen (weil sie ohnehin vorausmarschieren wollen), wohl aber solidarischen Flankenschutz. Wenn dieser aber versagt und damit die amerikanische Politik (bei den Schwarzafrikaner) unglaubwürdig würde, bedeute dies – so die Amerikaner – das Ende ihres Engagements und damit der Namibia-Initiative.

Wir hatten nicht den Eindruck, daß Crocker und Eagleburger bluffen wollten.

3) Die Franzosen, Kanadier und Briten (in dieser Reihenfolge) teilten in der Sache unsere ernsten Vorbehalte gegen die amerikanische Junktim-Konzeption, ließen uns in der Argumentation aber vorausgehen. Die Briten, Kanadier und Franzosen (in dieser Reihenfolge) ließen zugleich implicite (und in bilateralen Gesprächen auch ausdrücklich) erkennen, daß sie die amerikanische Haltung vorläufig nicht für weiter aufweichbar halten und mindestens zu taktischem Entgegenkommen sowie zu einem gewissen Flankenschutz bereit sind.

III. Haigs Mitteilung an Sie liegt ganz auf der Linie der Interventionen Crokkers und Eagleburgers in Paris. Neu in der Formulierung, aber nicht in der Tendenz, ist Haigs Feststellung, daß er Uneinigkeit unter den Fünf in der Angola-(Kubaner-)Frage für mindestens ebenso schädlich hält wie eine andauernde Pattsituation in Namibia.

10 Bundesminister Genscher traf den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 30. Juli 1981. Genscher erläuterte bezüglich des Treffens der Politischen Direktoren am 4. August 1981 in Paris, „daß nach seiner Ansicht das Treffen der Entwicklung einer westlichen Strategie dienen solle, wie man die Kubaner veranlassen könnte, Afrika zu verlassen. […] Dabei könne man an eine Arbeitsteilung der vier Regierungen denken, indem man abstimme, wer mit welchen afrikanischen Staaten spreche und womit Kuba ein Anreiz zum Rückzug geboten werden könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3042/3043 des Botschafters Hermes, Washington, vom 31. Juli 1981; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

IV. Zu den zwei Papieren, die in Paris auf den Tisch gelegt wurden und zu denen wir uns möglichst bald – spätestens aber bei dem Ministertreffen in New York[11] – erklären müßten, ist festzustellen:

1) Amerikanischer Entwurf einer Demarche namens der Fünf in Pretoria (Anlage 4[12])

Die Amerikaner führten – nachdem die Vier darauf bestanden hatten, die Geschäftsgrundlage für das weitere Vorgehen zuerst mit Südafrika zu klären – den Erstentwurf des Papiers (siehe Anlage zu DB 1373[13]) am 31.7. ein und stellten uns am 5.8. einen revidierten Entwurf[14] zu.

Wir haben uns – unter einem Generalvorbehalt – an den Diskussionen des Erstentwurfs beteiligt. Unsere Änderungsvorschläge wurden mit einer Ausnahme berücksichtigt.

– Der erste Absatz des Papiers kann und wird (trotz der zugefügten Worte „concerning Namibia“) von den Südafrikanern und Amerikanern als stillschweigende Hinnahme ihrer bilateralen Sondierungsergebnisse einschließlich des Junktims mit einem Kubaner-Rückzug (siehe amerikanische Darstellung dieses Ergebnisses auf Seite 5 der Anlage 3) verstanden werden.
– Der zweite Absatz ist gegenüber dem Erstentwurf entscheidend verbessert, da die Amerikaner nunmehr auf unseren Vorschlag eine Lösung der UNTAG-Truppen-Frage im Rahmen – und nicht in Abänderung – der SR 435 vorsehen. Dafür haben die Amerikaner eine Bezugnahme auf ihr Phasenkonzept eingefügt.
– Der dritte Absatz war in Paris unkontrovers, da sich eine Konsultierung der Internen Parteien zu den Verfassungsprinzipien von selbst versteht und die Feststellung, daß keine Partei ein Vetorecht besitzt, nichts daran ändert, daß ohne Zustimmung der SWAPO nichts läuft.
– Der vierte Absatz ist unproblematisch.
– Der fünfte Absatz (Walvis Bay) enthält Zündstoff, ist aber unvermeidlich, wenn man den Südafrikanern die Tür zur störenden Einführung dieser Frage nicht ganz öffnen will.
– Der letzte Satz des sechsten Absatzes wurde von uns in Paris kritisiert, weil er die Fünf gegenüber Südafrika in einer verhandlungsprozeduralen Frage festlegt, bevor die Afrikaner konsultiert sind. Die Amerikaner haben ihre Pariser Zusage nicht eingehalten, diesen Satz in dem Sinn umzuformulieren, daß die Fünf die schwarzafrikanische Zustimmung zum vorgesehenen Drei-Phasen-Konzept erwirken wollen.

Die Amerikaner sagten uns, daß die Südafrikaner in ihrer Antwort auf die Demarche den Kubaner-Rückzug ansprechen würden. Dann spätestens stelle sich die Frage einer abgestimmten Haltung der Fünf hierzu.

11 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 24. September 1981 vgl. Dok. 279.

12 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11167 (320).

13 Für den Drahtbericht Nr. 1373/1374 des Ministerialdirigenten Haas, z. Z. Paris, vom 31. Juli 1981 vgl. VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

14 Für den amerikanischen Entwurf vom 5. August 1981 für eine Demarche der Namibia-Kontaktgruppe vgl. Referat 320, Bd. 125283.

2) Britischer Entwurf einer gemeinsamen Sprachregelung zur Kubaner-Frage (Anlage 5[15])

Nachdem die Amerikaner den Kubaner-Rückzug mit Südafrika schon besprochen haben und bald bei den Angolanern anhängig machen wollen – dieser zweite Schritt wurde von den Briten wegen der Glaubwürdigkeit der Fünf („wir müssen den Angolanern reinen Wein einschenken") und von den Kanadiern wegen des bevorstehenden Besuchs von Trudeau bei Nyerere[16] befürwortet –, schlugen die Briten beim Treffen der Politischen Direktoren eine gemeinsame Sprachregelung zum Gebrauch in Luanda und ggf. auch anderswo vor.

Gegen diesen Entwurf haben wir einen Generalvorbehalt eingelegt, weil er Flankenschutz für das amerikanische Junktim-Konzept bedeutet. Unser Urteil über diesen Entwurf hängt fast ausschließlich davon ab, ob und wie weit wir das amerikanische Junktim-Konzept mittragen können.

Auf unser spezifisches Problem, wegen der angolanischen Ablehnung der Berlin-Klausel keine EH-Abkommen[17] mit Angola schließen zu können, haben wir in Paris hingewiesen.

3) Die Franzosen haben inzwischen das amerikanische Papier akzeptiert. Die Briten haben Washington gebeten, dem Papier zwei Fragen hinzuzufügen, nämlich

– ob die von Südafrika genannten Bedingungen tatsächlich und unwiderruflich die „bottom-line" darstellen;
– ob die bisher erzielten Übereinstimmungen zwischen den Amerikanern und Südafrikanern gültig bleiben.

Die Kanadier werden den Briten oder Franzosen folgen.

Zum britischen Papier haben sich die Franzosen – und soweit wir wissen auch die Kanadier – bisher nicht erklärt. Wir müssen aber davon ausgehen, daß für die Amerikaner wesentliche Abstriche von dieser „Sprachregelung" zur Kubaner-Frage nicht annehmbar wären.

V. Bei unserem weiteren Vorgehen sollten wir uns an den folgenden Entscheidungskriterien ausrichten:

1) Eine Verhandlungslösung für Namibia ist nur möglich, wenn sich die Amerikaner voll engagieren, weil sich sonst die Südafrikaner nicht bewegen werden. Zum amerikanischen Engagement muß das der übrigen Vier treten, weil sonst die Schwarzafrikaner nicht mitziehen werden.

15 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11167 (320).
Für den britischen Entwurf vom 4. August 1981 für eine gemeinsame Sprachregelung vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 1388 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Paris, vom selben Tag; VS-Bd. 11118 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

16 Ministerpräsident Trudeau hielt sich vom 8. bis 12. August 1981 in Kenia auf und reiste im Anschluß weiter nach Tansania.

17 Zum Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Angola vgl. Dok. 141, Anm. 27.
Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, berichtete am 15. Juli 1981, in den Verhandlungen über Rahmenabkommen zur Finanziellen und Technischen Zusammenarbeit stehe Angola „offensichtlich unter erheblichem Druck von östlicher Seite, die Land-Berlin-Klausel nicht in Verträge mit uns aufzunehmen. Es ist aber sehr an einem Zustandekommen der Verträge interessiert, weil es unsere Hilfe braucht. Es scheint das letzte Wort bisher nicht gesprochen zu sein." Vgl. den Schriftbericht Nr. 313; Referat 320, Bd. 127717.

2) Die Amerikaner bluffen nicht, wenn sie aus innenpolitischen Gründen und in der Absicht, den Südafrikanern einen gesichtswahrenden Rückzug aus Namibia zu ermöglichen, einen Parallelismus zwischen der Implementierung von SR 435 und einer Absetzbewegung der Kubaner aus Angola fordern.

3) Diese amerikanische Haltung, die hinter ihrer Ausgangsposition zurückbleibt, den Kubaner-Abzug zur Vorbedingung einer Namibia-Lösung zu machen, wird sich vermutlich vorerst nicht nennenswert aufweichen lassen.

4) Die übrigen Drei[18] teilen unsere grundsätzlichen Bedenken, neigen aber sehr deutlich zu taktischer Flexibilität.

5) Die zwei theoretisch denkbaren extremen Optionen – entweder volles Einschwenken auf den amerikanischen Kurs oder Zurückziehen aus der Fünfer-Initiative – kommen für uns nicht in Betracht.

– Die erste extreme Option würde uns einen Kurs mitfahren lassen, der nach unserer Überzeugung nicht zum Ziel führt und unseren Kredit bei den Schwarzafrikanern ebenso wie unsere innenpolitische Glaubwürdigkeit gefährden würde.
– Die zweite Option brächte uns kurz- und vielleicht mittelfristigen Beifall der Schwarzafrikaner ein, würde aber unser Verhältnis zu den Amerikanern (und möglicherweise zu den übrigen Drei) strapazieren und zu einem Stillstand oder Ende der Namibia-Initiative und des amerikanischen Engagements für sie führen.

6) Wir müssen so taktieren, daß wir einerseits das amerikanische Engagement in der Namibia-Frage erhalten und andererseits unser Vertrauenskapital bei den Schwarzafrikanern (und SWAPO) nicht gefährden.

7) Unser weiteres Vorgehen wird vor allem davon abhängen, wie weit wir die Amerikaner doch noch überzeugen können.

Eine Antwort Haigs auf Ihre Botschaft (Anlage 2) könnte uns dafür Hinweise geben.[19]

Limmer

VS-Bd. 11167 (320)

18 Die Wörter „übrigen Drei“ wurden von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Siehe aber den soeben eingegangenen Brief von AM Cheysson.“

19 Ministerialdirigent Limmer notierte am 14. August 1981, der Entwurf einer Antwort des Bundesministers Genscher auf die Mitteilung des amerikanischen Außenministers Haig vom 11. August 1981 bedürfe der Ergänzung, da „AM Haig am 13.8.1981 in einem Schreiben an Bundesminister die amerikanische Haltung zur Junktim-Frage (Namibia-Lösung – Kubaner-Abzug) erneut dargelegt und die US-Demarche vom 11.8.1981 in einigen Punkten präzisiert“ habe. Vgl. VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.
Genscher antwortete am 31. August 1981 auf die Mitteilung und das Schreiben Haigs vom 11. bzw. 13. August 1981: „Der kubanische Rückzug darf, wie Sie mit Recht bemerken, keine Vorbedingung für eine Namibia-Lösung darstellen. Dabei halte ich natürlich den kubanischen Rückzug aus Angola für ebenso dringlich wie Sie. Jeder einzelne von uns sollte das den afrikanischen Staaten gegenüber, die ihrerseits an einem Kubaner-Rückzug interessiert sind, in geeigneter Form zum Ausdruck bringen. […] Die Zeit bis zu unseren Gesprächen in New York sollten wir zum weiteren Meinungsaustausch in der KG nutzen. Ich hielte es für wenig nützlich, wenn wir bis zur Einigung in den von Ihnen genannten Grundsatzfragen alle übrigen Bemühungen einstellten.“ Vgl. die Anlage 2 zum Runderlaß Nr. 4380 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau vom 31. August 1981; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

233

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer

310-310.10 **14. August 1981**[1]

Betr.: Saudischer Acht-Punkte-Plan zur Lösung des Nahost-Konflikts und saudisch-amerikanische Beziehungen

Anlg.: Text laut Asharq al-Awsat, London, 8.8.81 (Arbeitsübersetzung)[2]

I. Kronprinz Fahd von Saudi-Arabien hat am 8.8.1981 durch die saudische Presseagentur und in der gleichzeitig in London, Djidda und Riad erscheinenden Zeitung „Asharq al-Awsat" ein Interview mit Grundsätzen für die Lösung des Nahost-Konflikts verbreiten lassen[3], die in der Ausgabe vom 10.8. „Plan" genannt werden. Seine Vorschläge deuten auf einen geänderten Denkprozeß in den gemäßigten arabischen Ländern hin. Israel wird hier nicht mehr als Fremdkörper, der verschwinden muß, betrachtet. Saudi-Arabien hat bei Erfüllung seiner Forderungen in der Palästinenserfrage indirekt seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, Israel anzuerkennen und mit ihm Frieden zu schließen.

Manche Beobachter der nahöstlichen Szene glauben, eine Wende zum Besseren erkennen zu können: Die Waffenruhe an der israelisch-libanesischen Grenze besteht fort[4], die sog. Raketenkrise zwischen Israel und Syrien[5] scheint abgewendet geworden zu sein, die Normalisierung zwischen Ägypten und Israel macht Fortschritte, und nun folgt die Veröffentlichung eines Friedensplanes.

Eine nähere Prüfung ergibt jedoch, daß sich in der Kernfrage des Konflikts, dem israelisch-palästinensischen Verhältnis, nichts bewegt hat.

Sadat hat – ohne erkennbaren Erfolg – seinen amerikanischen Gesprächspartnern die Gefahren klarzumachen versucht, die aus einer anhaltenden Ignorierung der Palästinenserproblematik erwachsen. Darüber hinaus tritt der 1977 von Sadat eingeleitete Friedensprozeß[6] weiterhin auf der Stelle.

Wenn die Richtlinien der neuen israelischen Regierung vom 5.8.[7] verwirklicht

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler und Vortragendem Legationsrat Schnittger konzipiert und von Ministerialdirigent Limmer mit Begleitvermerk vom 14. August 1981 über Staatssekretär Lautenschlager an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Kenntnisnahme" geleitet. Ferner verfügte Limmer die Weiterleitung an Referat 012 „mit der Bitte um Aufnahme in den ‚Blauen Dienst'".
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. August 1981 vorgelegen, der zu einer Aufnahme in den „Blauen Dienst" handschriftlich vermerkte „evtl. nach Billigung durch den Minister".
Hat Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 26. August 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 310 vermerkte: „BM mit Aufn[ahme] in ‚Blauen Dienst' einverstanden." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 310, Bd. 135662.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die Übersetzung vom 10. August 1981 vgl. Referat 310, Bd. 135662.

3 Für den Wortlaut des Interviews vom 7. August 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 521–523 (Auszug).

4 Zum Waffenstillstand im Libanon-Konflikt vgl. Dok. 219.

5 Zur Krise zwischen Israel und Syrien vgl. Dok. 146, Anm. 16–19.

6 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Sadat vor dem israelischen Parlament am 10. November 1977 in Jerusalem; EUROPA-ARCHIV 1978, D 106 f.

7 Zu den Parlamentswahlen am 30. Juni 1981 in Israel vgl. Dok. 182, Anm. 20.
Die am 4. August 1981 gebildete Regierung unter Ministerpräsident Begin gab am 5. August 1981 die Richtlinien ihrer Politik bekannt. Botschaftsrat I. Klasse Sikora, Tel Aviv, informierte am sel-

werden, so wird diese nach Ablauf der Autonomie-Übergangsphase Souveränitätsansprüche auf die besetzten Gebiete geltend machen.

Unter „voller Autonomie“ für die Bewohner Westjordanlandes und des Gaza-Streifens, wie es die Rahmenvereinbarung von Camp David[8] vorschreibt, versteht Begin „weder Souveränität noch Selbstbestimmung“ der palästinensischen Bevölkerung und schon gar nicht die Vorstufe zur Errichtung eines palästinensischen Staates. Dagegen fordert der saudische Friedensplan in der Palästinenserfrage das genaue Gegenteil. Die Forderungen stehen sich wie eh und je unversöhnlich gegenüber.

II. 1) Kronprinz Fahd hat in seinem Acht-Punkte-Plan Grundsätze für eine Lösung des Nahost-Konflikts aufgelistet. Er verweist darauf, daß sie nicht seine „Erfindung“ seien, sondern auf Entschließungen der VN beruhten. Er hat folgendes vorgeschlagen:

– Rückzug Israels aus allen besetzten Gebieten, einschließlich des arabischen Jerusalem,
– die Auflösung der israelischen Siedlungen in den seit 1967 besetzten Gebieten,
– die Garantie freier Religionsausübung an den heiligen Stätten,
– die Bestätigung der Rechte der Palästinenser und Entschädigung für diejenigen, die nicht zurückkehren wollen,
– die Unterstellung des Westjordanlandes und des Gaza-Streifens unter die Überwachung der VN für eine Übergangszeit von wenigen Monaten,
– die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt,
– die Bestätigung des Rechtes der Staaten der Region auf ihre Existenz in Frieden,
– schließlich die Garantie der VN oder einiger ihrer Mitglieder für die Durchführung dieser Grundsätze.

Diese Grundsätze enthalten in der Tat keine neuen Elemente. Sie sind seit längerem Teil der allgemeinen internationalen Diskussion und haben ihren Ausdruck in zahlreichen Resolutionen, Dokumenten und Kommuniqués gefunden.

2) Arabische Führer haben es bisher vermieden, ihre Vorstellungen zur Lösung des Nahost-Konflikts zusammenfassend und öffentlich darzulegen. Sie beschränkten sich in der Regel auf die ständige Wiederholung der arabischen Rechte oder lehnten Israel überhaupt ab.

Ausnahmen waren Bourguiba und Sadat.

Bourguiba kritisierte 1965[9] offen die Politik der Arabischen Liga gegenüber Israel und befürwortete ein flexibleres Vorgehen. Er rief die Araber auf, end-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1228

ben Tag über die Auffassung der israelischen Regierung, nach der „unter keinen Umständen […] die in Camp David gefundene Lösung zur Schaffung eines palästinensischen Staates auf dem Gebiet des ‚westlichen Eretz Israel‘ führen“ würde: „Nach Ablauf der in den C[amp-]D[avid]-Vereinbarungen vorgesehenen Übergangsperiode werde Israel seinen Anspruch auf diese Gebiete erheben und ‚act to realize its rights of sovereignty‘.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 593; Referat 310, Bd. 135676.

8 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

9 Korrigiert aus: „1956“.
Präsident Bourguiba stellte im Februar/März 1965 auf einer Reise durch mehrere Länder des Nahen Ostens seine Vorschläge zu einer friedlichen Lösung der Palästina-Frage vor. In einem Schrei-

lich das Schlachtfeld zu räumen und mit Israel auf der Grundlage des VN-Teilungsplanes[10] zu verhandeln (sog. Bourguiba-Plan). Dieser Plan trug ihm seinerzeit heftige Attacken Nassers und anderer Araber ein.[11]

Sadat, der die Alles-oder-Nichts-Politik Nassers zugunsten der Politik der kleinen Schritte aufgab und die Politik des Wünschbaren durch die Politik des Machbaren ersetzte, zeigte, daß der Dialog mit Israel nicht mehr undenkbar ist.

Wenn Kronprinz Fahd nunmehr einen weiteren Lösungsvorschlag vorlegt, so ist dies um so bemerkenswerter, als die saudische Führung sich selten über die Grundlinien ihrer Politik geäußert hat, die – zumindest nach außen – oft als reaktiv erscheint. Seine Bedeutung erhält der Plan dadurch, daß er von einem gemäßigten arabischen Land vom Gewicht Saudi-Arabiens unterbreitet wird und daß Kronprinz Fahd seine Macht und seinen Einfluß unter den Arabern und in der Weltpolitik dahinterstellt. Fahd hat in seinen politischen Gesprächen seit Jahren für einen gemäßigten Nahost-Frieden geworben (vgl. Gespräch Fahds mit dem Bundeskanzler während seines Besuches in Saudi-Arabien vom 27. bis 29.4.1981[12]). Neu ist, daß er damit zum ersten Mal an die Öffentlichkeit getreten ist. Dies zeugt von einem gewachsenen Selbstbewußtsein der saudischen Führung. Nach den zähen und erfolgreichen Bemühungen um eine Waffenruhe an der israelisch-libanesischen Grenze fühlt sie sich stärker denn je. Es könnte der Beginn einer aktiveren Nahostpolitik Saudi-Arabiens sein.

III. Interview und Plan bilden ein einheitliches Ganzes. Die sorgfältig redigierten Äußerungen des Kronprinzen enthalten teilweise klare Aussagen, daneben jedoch auch Stellungnahmen, die sich an verschiedene Adressaten wenden und daher mehrfache Deutungen zulassen. Positive Elemente wechseln mit bekannten Positionen und harter Kritik an der Nahostpolitik der USA ab.

1) Im einzelnen ist positiv hervorzuheben:

– Fahd rückt von der Politik der Konfrontation mit Israel ab und läßt die Bereitschaft erkennen, das Nahost-Problem einer politischen Lösung näherzubringen.
– Nachdem bisher weitgehend eine negative Haltung die arabische Politik bestimmte, die in den „Drei Nein“ von Khartum 1967[13]: kein Friede, keine Verhandlungen, keine Anerkennung gipfelte, zeigt Fahd eine durchdachte und in sich geschlossene Alternative auf.
– Er spricht nicht mehr, wie noch vor einem Jahr, vom „Dschihad“[14], sondern in dem Kernpunkt seines Vorschlags (Ziffer 7) von der „Bestätigung des Rechts

Fortsetzung Fußnote von Seite 1229

ben vom 27. April 1965 an Präsident Nasser legte Bourguiba seine Haltung dar. Für den Wortlaut des Schreibens vgl. EUROPA-ARCHIV 1965, D 322–325.

10 Am 29. November 1947 stimmte die VN-Generalversammlung einer Teilung Palästinas zu. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 181 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. 1, S. 322–343.

11 Vgl. dazu die Erklärungen des Rats der Regierungschefs der arabischen Staaten auf seinen Tagungen am 28./29. April 1965 und vom 26. bis 30. Mai 1965 in Kairo; EUROPA-ARCHIV 1965, D 332.

12 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.

13 Vgl. dazu die Erklärung der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten auf ihrer Konferenz vom 29. August bis 1. September 1967; EUROPA-ARCHIV 1969, D 577 f.

14 Der saudi-arabische Kronprinz Fahd erklärte am 13. August 1980, „after having usurped the entire Palestinian territory in addition to other Arab lands, Israel declares all of Jerusalem as its unified and eternal capital […]. At this juncture, we ought to ask: ‚What has moderation achieved? […] Is not the Arab and Muslim call for a long and persistent Holy War the only answer to this Zionist religious

der Staaten der Region auf Existenz in Frieden". Dies impliziert die Bereitschaft, Israels Existenz anzuerkennen und mit dem jüdischen Staat Frieden zu schließen, und zwar innerhalb der Grenzen von 1967. Damit haben die Saudis mit einem Tabu gebrochen, das über 33 Jahre hinweg den israelisch-arabischen Konflikt gekennzeichnet hat. Diese konstruktive Haltung wird ihre Wirkung nicht verfehlen.

2) Fahds Zugeständnis stehen die bekannten arabischen Forderungen: Rückzug, Beseitigung der Siedlungen, Rückkehrrecht der Flüchtlinge oder Entschädigung, Errichtung eines palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt gegenüber, die Israel kategorisch und unversöhnlich ablehnt. Dies haben die Richtlinien der Regierung Begin vom 5.8.1981 noch einmal mit aller Klarheit bestätigt.

3) Ebenso indirekt wie die Anerkennung Israels spricht Fahd das Problem der Anerkennung der PLO an. Bemerkenswert ist, daß die PLO in den acht Punkten nicht erwähnt wird, sondern in etwas distanzierter Form in seinem Interview. Auch fehlt der seit dem Rabater Gipfel 1974[15] aufgestellte arabische Glaubenssatz, daß die PLO einziger und legitimer Vertreter der Palästinenser ist. Für Fahd ist die PLO nichts anderes als eine „Realität", die zu ignorieren Entwicklungen wie in Angola, Äthiopien und Afghanistan heraufbeschwören würde. Zu beachten ist die in dieser Bemerkung enthaltene antisowjetische Tendenz. Um seinen Plan schmackhafter zu machen, wird seine Forderung nach Anerkennung der PLO durch die USA eher indirekt erhoben, indem Fahd sie „internationalen Kreisen" nachsagt und auf das Medien-Echo verweist.

4) Die USA sind Hauptadressat Fahds. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die amerikanische Nahostpolitik bilden den zweiten Schwerpunkt seines Interviews. Der Kronprinz ist sich völlig darüber klar, daß seine Bemühungen um den Nahost-Frieden davon abhängen, daß er die USA für sich gewinnt. So verbindet er Lob für die schnelle und effektive Zusammenarbeit der USA mit Saudi-Arabien bei der Herbeiführung der Waffenruhe in der Libanon-Krise mit scharfer Kritik an Washington wegen seiner Nahostpolitik. Der prinzipielle Gegensatz zwischen den beiden Staaten, den man nicht leichtnehmen soll, betrifft die Frage der Palästinenser. Es sei bedauerlich, daß die USA immer noch an Camp David festhielten, das sich als Fehlschlag erwiesen habe. Er rief die USA zu einer radikalen Änderung ihrer Nahostpolitik auf. Dieser Appell ist die eigentliche Botschaft an Präsident Reagan. Die Vorwürfe gegen Reagan werden allerdings dadurch etwas relativiert, daß sie sich gegen alle Administrationen wenden.

Anders als die Radikalen der Ablehnungsfront fordert Fahd jedoch nicht zur Rückgängigmachung der Camp-David-Vereinbarungen auf, die Ägypten mit der Aufhebung des Friedensvertrages auch den erneuten Verlust des Sinai bringen müßte. Vorwürfe gegen Ägypten oder Präsident Sadat, auch der des „Sepa-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1230

and racist arrogance? […]'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 633 des Botschafters Vestring, Djidda, vom 18. August 1980; Referat 311, Bd. 137650.

15 Vgl. dazu die Erklärung und die Resolution über Palästina der Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29. Oktober 1974; EUROPA-ARCHIV 1975, D 614–616.

ratfriedens", fehlen. Daraus ergibt sich, daß sich Fahds Kritik auf den palästinensischen Camp-David-Rahmen beschränkt.

Neu an der Darstellung Fahds ist nicht nur die genaue und offene Umschreibung einer Nahost-Lösung, sondern auch die Warnung an Washington, die besagt, daß nach Ansicht Riads die Camp-David-Lösung aufgegeben und durch eine ganz andere Politik des Druckes und Verzicht auf unbeschränkte Unterstützung Israels abgelöst werden müßte. Saudi-Arabien zieht an sich eine stille Diplomatie vor. Die Tatsache, daß Fahd mit einer eindeutigen Verurteilung der USA an die Öffentlichkeit tritt, zeigt an, wie sehr die amerikanischen Versuche, Saudi-Arabien zu einer „strategischen Zusammenarbeit" gegen die SU zu drängen, ohne den israelisch-arabischen Konflikt vorher lösen zu wollen, Riad irritieren.

5) Westeuropa ist hilfsweise, d.h. erst an zweiter Stelle, aufgerufen, seiner Verantwortung für die Lösung des Nahost-Konflikts nachzukommen. Er fordert die Europäer auf, ihre Aktivität auf den Nahen Osten und zugleich auf die USA auszurichten. Dies entspricht der allgemeinen arabischen Auffassung, daß Europas Einfluß in Nahost, sprich: auf Israel, gering ist, anders als der der USA, von deren Finanzleistung Israel abhängig ist. Fahd versucht nicht, Europa und die USA auseinanderzudividieren. Vielmehr stellt er die USA als Hauptpartner im Atlantischen Bündnis und Führungsmacht der „Freien Welt" heraus.

6) Fahds Interview ist so „ausgewogen", wie es das im arabischen Kontext nur sein kann. Es enthält nicht nur Forderungen, sondern auch die Bereitschaft, eine Gegenleistung zu erbringen. Saudi-Arabien muß allerdings Rücksichten nehmen: auf Syrien, das Fahd in der Libanon-Krise „brüderlich" zum Wohlverhalten mahnte; auf die PLO, die die innere Stabilität des Königreichs bedrohen könnte. Auch angesichts des israelischen Verhaltens während der letzten Monate wäre eine noch deutlichere Demonstration arabischer Bereitschaft eines Interessenausgleichs mit Israel schwerlich vertretbar.

7) Die Schwäche von Fahds Plan liegt darin, daß er keinen Weg zu seiner praktischen Verwirklichung aufzeigt. Dieses ständige arabische Defizit, das bisher nur Sadat überwunden hat, bleibt damit bestehen. Andererseits ist das arabische – übrigens auch von Kissinger vertretene – Argument nicht von der Hand zu weisen, daß israelische militärische Übermacht das zur aussichtsreichen Verhandlung wesentliche Gleichgewicht der Partner nicht zuläßt und das maßgebliche Eingreifen der USA, die für das Ungleichgewicht zugunsten Israels verantwortlich sind, deshalb unerläßlich ist. Aus dieser Sicht kann nur amerikanischer „Druck" auf Israel den Friedensprozeß in Gang halten, während umgekehrt die unbeschränkte Unterstützung Israels als „Druck" auf die Araber empfunden wird. Andererseits muß man sich fragen, ob saudischer „Druck" auf die USA das erwünschte Ergebnis erzielt, amerikanischer „Druck" auf Israel nicht schnell an seine Grenzen stößt und die VN die ihr von Fahd zugedachte Rolle spielen können, so daß letztendlich kein Weg an Verhandlungen und Kompromissen vorbeiführt. Jeder andere Kurs hat, wie die Entwicklung zeigt, nur zur weiteren Verfestigung des Status quo durch die Israelis geführt.

8) Der Zeitpunkt für das Interview Fahds war mit Bedacht gewählt: es sollte der Vorbereitung seiner Reise nach Washington im Verlaufe der Besuchsserie

(Sadat[16], Begin[17], Hussein[18]) und der günstigen Einstimmung des Kongresses für die Genehmigung der AWACS- und F-15-Käufe[19] dienen.

IV. Die Reaktionen fielen unterschiedlich und insgesamt recht verhalten aus.

Die USA reagierten kühl („weitgehend eine Bestätigung von bereits bekannten saudischen Positionen und SR-Resolutionen“[20]). Gleichgültig, wie die USA schließlich den „aus den Camp-David-Vereinbarungen herrührenden Verhandlungsprozeß“ (so Reagan laut Haig)[21] fortsetzen werden, können sie es nicht zulassen, daß dem Prozeß die Grundlage entzogen wird.

Sadat hat den Plan spontan als alten Hut abgetan. Allerdings ist der einzige Punkt, den er ausdrücklich zurückwies, die Feststellung des Kronprinzen, Camp David habe sich als Fehlschlag erwiesen, während er sich im übrigen mit den Saudis über die Notwendigkeit eines Dialogs zwischen Palästinensern/PLO und Israel einig ist. Für Sadat hat die Rückgabe des Rest-Sinai bis zum 26.4. 1982 vorrangige Bedeutung, die er auf keinen Fall gefährden will.

In Israel hat der Plan Unsicherheit geschaffen. Während einige Kabinettsmitglieder in Abwesenheit von Begin von einem „Wendepunkt“ sprachen, hat AM Shamir den Vorschlag entschieden zurückgewiesen, da er auf die Zerstörung des Staates Israel hinauslaufe. Die Regierung sorgt sich offenbar über die größer werdende Rolle Saudi-Arabiens in der arabischen Welt und fürchtet seinen Einfluß auf die amerikanische Politik. Einige Oppositionsabgeordnete äußerten sich demgegenüber zurückhaltend positiv, da er Elemente der Anerkennung des Staates Israel enthalte.

Die Arabische Liga hat eine lauwarme Erklärung abgegeben, die unter Wiederholung der bekannten arabischen Positionen auf die Anerkennung des Existenzrechts aller Staaten der Region nur indirekt Bezug nimmt („internationale Legalität“). Die arabischen Regierungen haben den Plan entweder als Alternative zu Camp David begrüßt oder sich nicht dazu geäußert.

16 Präsident Sadat hielt sich vom 4. bis 9. August 1981 in den USA auf.

17 Ministerpräsident Begin hielt sich vom 8. bis 11. September 1981 in den USA auf.

18 König Hussein besuchte die USA vom 1. bis 5. November 1981.

19 Zur amerikanischen Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ „F-15“ und Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, vgl. Dok. 148, Anm. 4. Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 6. August 1981: „Präsident Reagan hat am 5.8.1981 in Briefen an die Führer der Republikanischen und Demokratischen Partei in beiden Häusern des Kongresses erneut seine Entschlossenheit unterstrichen, den geplanten Verkauf von AWACS-Flugzeugen an Saudi-Arabien voranzutreiben. […] Unmittelbar vor Reagan hatten in den letzten Tagen sowohl AM Haig als auch Verteidigungsminister Weinberger öffentlich die Entschlossenheit der Administration bekräftigt, an dem AWACS-Geschäft mit Saudi-Arabien festzuhalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3104; Referat 422, Bd. 124243.
Am 25. August 1981 berichtete Dannenbring: „Wie seit einiger Zeit erwartet, hat die Administration am 24.8. dem Kongreß gegenüber ihre Absicht erklärt, Saudi-Arabien militärische Ausrüstungen für den Luftwaffenbereich in einem Gesamtwert von 8,5 Mrd. Dollar zu liefern (kontroverser Punkt in erster Linie: fünf AWACS-Flugzeuge).“ Vgl. dem Drahtbericht Nr. 3371; Referat 422, Bd. 124243.

20 Zu den Äußerungen des Sprechers des amerikanischen Außenministeriums, Fischer, auf einer Pressekonferenz am 11. August 1981 vgl. den Drahtbericht Nr. 3183 des Gesandten Dannenbring, Washington, vom 12. August 1981; Referat 310, Bd. 135662.

21 Vgl. dazu die Ausführungen des amerikanischen Außenministers Haig auf der Pressekonferenz vom 6. August 1981 anläßlich des Besuchs des Präsidenten Sadat vom 4. bis 9. August 1981 in den USA; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2054, S. 54.

Die PLO hat sich zunächst nicht oder widersprüchlich geäußert. Sie hat offenbar Schwierigkeiten, zu einer gemeinsamen Linie zu kommen. Der Plan ist erst zehn Tage nach Veröffentlichung von Arafat begrüßt worden. Gleichzeitig hat er aber hinzugefügt, er habe wenig Hoffnung, daß die Vorschläge von Israel oder den USA in Erwägung gezogen würden. Zuvor hatte das Mitglied des ZK der al-Fatah, Abu Sharar, erklärt, einer der Hauptpunkte stehe in offenem Widerspruch zu dem vom PNC[22] angenommenen und auf den arabischen Gipfeltreffen gebilligten politischen Programm der Palästinenser (vgl. auch Kaddumi-Interview mit „Stern" Nr. 32: „Wir werden es Israel nie erlauben, in Frieden zu leben ... und niemals anerkennen"[23]). Die radikalen Splittergruppen wie PFLP[24] und DFLP[25] haben die Fahd-Äußerungen klar abgelehnt.

Die britische Präsidentschaft hat den Plan in einer ersten Stellungnahme mit der Maßgabe positiv aufgenommen, daß er die Diskussion über einen Verhandlungsfrieden belebe, der auf die Gewährleistung von Frieden und Sicherheit für alle Staaten und Völker in der Region abziele.

AM Cheysson erklärte, daß der Plan von sehr großer Bedeutung sei.

V. Wir haben den Vorschlag Fahds in einer ersten Wertung am 10.8. (Anlage[26]) vorsichtig begrüßt. Zwar läßt er die Aufzeigung eines Weges vermissen, wie er in die Tat umgesetzt werden kann. Auch können wir nicht alle Wertungen nachvollziehen. Insbesondere müssen wir jeden Eindruck vermeiden, als wollten wir den begonnenen Friedensprozeß unterlaufen oder stören. Vorsicht gebietet auch die Überlegung, daß Lob von außerarabischer Seite kontraproduktiv wirken kann. Zweifelsohne enthält der Vorschlag in der Substanz jedoch positive Elemente. Wir werden ihn mit unseren europäischen Partnern sorgfältig ausloten. Die Wende vom Dschihad zur Bereitschaft, die Sicherheit Israels in das Lösungskonzept einzubeziehen, ist ein wichtiger Ansatzpunkt, den man nicht ungenützt lassen sollte.

[Limmer][27]

Referat 310, Bd. 135662

22 Palestinian National Council.
23 Vgl. den Artikel „‚Wir gönnen Israel keine Sicherheit'"; STERN, Nr. 32 vom 30. Juli 1981, S. 112.
24 Popular Front for the Liberation of Palestine.
25 Democratic Front for the Liberation of Palestine.
26 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vgl. Referat 310, Bd. 135662.
27 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

234

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek in Bad Reichenhall

18. August 1981[1]

Gespräch zwischen BM Genscher und dem polnischen AM Czyrek am 18.8.1981 von 11.45 Uhr bis 13.00 Uhr im Hotel Axelmannstein in Bad Reichenhall[2]

Weitere Teilnehmer: polnischer Geschäftsträger Wojtkowski, Direktor im Außenministerium, Korczewski, Sekretär Piegant; D 4[3], VLR I Wallau, VLR Bald.

BM wies zu Beginn des Delegationsgesprächs darauf hin, daß vorheriges eineinhalbstündiges Vier-Augen-Gespräch in bester Atmosphäre verlaufen sei, bedingt durch langjähriges Vertrauensverhältnis. Besprochen wurde Entwicklung in Polen und bei uns, Ost-West-Verhältnis sowie weitere Themen. Delegationsgespräch solle Fragen westlicher Hilfe bei Überwindung wirtschaftlicher Probleme Polens gewidmet sein.

BM legte dar, er habe Czyrek über kürzliche Kabinettsdebatte[4] unterrichtet sowie über bevorstehendes Ministergespräch unter BK-Vorsitz am 1.9.81. Dabei werde über aktuelle Aktivitäten hinaus wichtig sein, was längerfristig geschehen könne, um polnische Wirtschaft zu stabilisieren. Polnische Führung möge dabei erwägen, ob nicht eigenes Interesse an IWF-Beitritt[5] bestünde. Dies schaffe bessere Voraussetzungen für langfristige Konsolidierung und erleichtere Entscheidungen der Regierungen. IWF könne als unabhängiges, nicht politisches Organ Voraussetzungen für wirtschaftliche Entwicklung nennen; diese Tätigkeit spiele sich selbstverständlich nur im Rahmen der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse ab.

Czyrek legte Wert auf zwei grundsätzliche Feststellungen:

– Polen wolle seine wirtschaftlichen Probleme nur im Rahmen der vorhandenen Beziehungen zum Osten und zum Westen lösen.

– Nach Verabschiedung des Stabilisierungsprogrammes und der Wirtschaftsreformen auf der Grundlage der Parteitagsbeschlüsse[6] stünde die langfristige Perspektive polnischer Entwicklung nunmehr fest. Polen erwarte von seinen Partnern, daß sie ihrerseits ebenfalls langfristige Regelungen treffen.

Als Einzelprobleme nannte er:

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Fischer am 19. August 1981 gefertigt und an das Ministerbüro „m[it] d[er] B[itte] um Entscheidung des Herrn Bundesministers“ geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 20. August 1981 vorgelegen.

2 Zum Besuch des polnischen Außenministers Czyrek am 18. August 1981 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 236.

3 Per Fischer.

4 Zu den Beschlüssen des Kabinetts vom 8. Juli 1981 über Polen vgl. Dok. 188, Anm. 21.

5 Zu einer möglichen Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 81, Anm. 7 und 8.

6 Zum IX. Außerordentlichen Parteitag der PVAP vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau vgl. Dok. 205, Anm. 35.

a) Umschuldung verbürgter Schulden

Czyrek drückte Hoffnung auf baldigen Abschluß bilateralen Abkommens[7] zur Umschuldung staatlich verbürgter Schulden für 1981 aus, ohne auf Einzelheiten einzugehen. Für die Jahre 1982/83 solle längerfristige Regelung angestrebt werden.

b) Umschuldung nicht verbürgter Schulden

Privatbanken stellten schärfere Bedingungen als Regierungen, was Polen aus Präzedenzgründen nicht machen könne. Außerdem stelle die Forderung, fällige Zinsen in Höhe von 700 bis 800 Mio. Dollar zu zahlen, Polen vor große Probleme. Es sei auch inakzeptabel, daß Privatbanken Bedingungen stellten, die über übliche Forderungen des IWF hinausgingen. Polen werde allerdings Verhandlungen keineswegs blockieren, sondern weiterhin Lösungen suchen.

c) IWF

Polen sei nicht grundsätzlich gegen Mitgliedschaft im IWF, selbst wenn Unterschiedlichkeit im Wirtschaftssystem und Zugehörigkeit zu COMECON Probleme aufwirft. Entwicklung in Polen verlange ohnehin weitere Klärung. Czyrek begrüßte Feststellung des BM, daß IWF wirtschaftliches System Polens honorieren werde.

d) Laufende Versorgungsprobleme

Czyrek wies auf Bedarf polnischer Industrie an Halbwaren und Rohstoffen hin, die zur Aufrechterhaltung industrieller Produktion und Exportumfangs unerläßlich seien. Polen gewährte Handelskredite aus den verschiedenen westlichen Ländern würden voraussichtlich bei gewissen Änderungen je nach Bedürfnissen bis zum Jahresende ausreichen. Dabei entsprächen die Polen eingeräumten Handelskredite in den einzelnen Staaten jeweils deren eigenen Exportinteressen, was Polen zu ständigen Anpassungen zwinge.

Versorgungslage in Lebensmitteln habe sich gebessert aufgrund der Ernteaussichten, insbesondere gelte dies für Zucker. Bei anderen Artikeln wie Fleisch, Fett und Milchprodukten sei Lage schwieriger. Könne im Anschluß an zweite Tranche EG-Lebensmittelhilfe[8] eine dritte Tranche aufgelegt werden? Falls ja, würde Polen auf üblichem Wege Spezifikation einreichen.

7 Vom 10. bis 13. August 1981 fanden in Warschau Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Polen über eine bilaterale Schuldenregelung statt. Regierungsdirektorin Schlitzberger, Bundesministerium der Finanzen, z. Z. Warschau, berichtete, es sei „über die meisten Bestimmungen des vorgesehenen Abkommens Einigkeit erzielt" worden. Offengeblieben seien die folgenden Punkte: „Einbeziehung des KfW-Sonderkredits von 1975 […]. Anrechnung von 120 Mio. DM aus Kohlekrediten (ausbezahlt Januar 1981) auf Umschuldung als bridging financing […]. Zinsen: deutsche Forderung: 13,5 Prozent, Polen bereit zu 13 Prozent für ein Jahr, danach variabler Zinssatz. […] Polnische Seite ist nur bereit, Zusagen bezüglich reibungsloser technischer Abwicklung des Transfers der in die Umschuldung einbezogenen Forderungen zu übernehmen. Sie ist jedoch nicht bereit zuzusagen, daß für den deutschen Exporteur die Durchführung des Geschäftes auf der Liefer- und Leistungsseite künftig durch polnische Maßnahmen (z. B. Importbeschränkungen) nicht erschwert wird. […] Polnische Seite ist bislang nicht zu Verpflichtung bereit, für unverbürgte polnische Schulden entsprechende Regelung zu suchen." Es sei geplant, eine neue Verhandlungsrunde Ende August durchzuführen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1265 vom 14. August 1981; Referat 422, Bd. 121354.

8 Zur Frage von Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaften an Polen vgl. Dok. 85, Anm. 13.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Randermann legte am 13. Mai 1981 dar, auf polnische Bitte sei am 7. Mai 1981 der „Verbilligung von Ergänzungslieferungen im Rahmen der zweiten Tranche im

e) Facharbeiter

Angesichts wirtschaftlicher Engpässe könne Polen Dienstleistungen anbieten, z.B. freiwerdende Facharbeiter zu vorübergehendem Einsatz. In diesem Zusammenhang erwähnte Czyrek deutsch-polnisches Abkommen über Facharbeiter-Einsatz[9]. Polnische Facharbeiter stünden auch für Projekte in Drittländern zur Verfügung, ohne daß Polen an diesen Projekten ansonsten beteiligt zu sein brauchte. Polen wolle hierdurch keineswegs Arbeitslosigkeit in westlichen Ländern erhöhen, sehe jedoch Möglichkeit für Verbesserung Zahlungsbilanz.

f) Liquiditätshilfe

Czyrek stellte sie als dringendstes Bedürfnis dar; sie habe ungeheure Bedeutung. Notwendige Mindesthöhe 500 Mio. Dollar.

Abschließend stellte Czyrek die weitgehenden Änderungen dar, die sich durch die Wirtschaftsreform 1982 ergeben: Größere Selbstverwaltung, Mitbestimmung und Selbständigkeit der Betriebe. Betriebe müßten zur Rentabilitätsrechnung übergehen, Staatshandelsmonopol wird gelockert. Betriebe, die schon mit ausländischen Firmen zusammenarbeiten, würden sich dabei leichter tun, für andere könne es Übergangsschwierigkeiten geben. Czyrek bat um Verständnis.

Im Auftrag des BM legte *D4* in Beantwortung dar, daß die deutsche Politik insgesamt gegenüber Polen langfristig die Fortsetzung der Erneuerung zum Ziel habe, auf wirtschaftlichem Gebiet eine langfristige Perspektive aber erst dann möglich sei, wenn Stabilisierungsprogramm und Wirtschaftsreform sich als tragfähig erweisen. Einzige Instanz, die dies in unvoreingenommener Form prüfen und bescheinigen könne, sei IWF. Diese Institution ginge selbstverständlich von den jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen der Mitgliedsstaaten aus; sie umfasse ja auch Staaten sehr verschiedener Strukturen.

Sie müsse sicherstellen, daß die von ihr gegebenen Mittel nutzbringend angewendet würden, weshalb die Konditionalität unerläßlich sei.

Zur Umschuldung der staatlich verbürgten Kredite drückte D4 die Zuversicht aus, daß in bevorstehender zweiter Verhandlungsrunde beiderseitig akzeptabler Abschluß gefunden würde. Langfristige Regelungen seien ursprünglich von uns unterstützt worden. IWF-Beitritt könnte sich auch dabei positiv auswirken. Für Umschuldung unverbürgter Kredite wies D4 darauf hin, daß Privatbanken gerade deshalb Bedingungen stellten, die über den üblichen IWF-Rahmen hinausgingen, weil Polen nicht IWF-Mitglied sei. Polnische Kreditwürdigkeit würde durch Beitritt außerordentlich gewinnen. Von Privatbanken gewünschte Zinszahlungen in der Höhe von 500 bis 700 Mio. Dollar könnten letzten Endes nur über Refinanzierung seitens der gleichen Banken erbracht werden.

Es sei positiv zu werten, daß die vorhandenen Bürgschaften bis zum Jahresende ausreichen dürften, da neue Einräumungen unter gegenwärtigen Bedingun-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1236

Werte von 135 Mio. DM" entsprochen worden. Der Gesamtwarenwert der Lieferungen belaufe sich auf 1,1 Milliarde DM. Vgl. Referat 411, Bd. 131171.

9 Für den Wortlaut der Vereinbarung vom 23. August 1979 zwischen der Bundesrepublik und Polen über Vereinfachungen für die Beschäftigung entsandter Arbeitnehmer im Rahmen wirtschaftlicher Kooperation vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 1165.

gen praktisch unmöglich wären. Auch eine dritte Tranche der EG-Lebensmittelhilfe sei kaum zu verwirklichen.

Bei der Entscheidung über Liquiditätshilfe stelle sich im Kreis unseres Verbündeten im Zusammenhang mit Lastenverteilung immer wieder Frage nach Leistungen der SU und osteuropäischer Staaten. D4 bat um Übermittlung eindeutiger Zahlen.

BM fragte Czyrek, an welchen Lebensmitteln die Polen ab welchem Zeitpunkt den dringendsten Bedarf haben würden.

Czyrek nannte Fleisch, Butter, Schmalz und sonstige Fette, die im vierten Quartal geliefert werden müßten. Polen werde sich überlegen, nur den dringendsten Bedarf in einigen wenigen Sparten in der Hoffnung zu nennen, daß EG hierfür Zusage erteilen könne.

BM stellte zusammenfassend fest, man müsse in Polen sehen, daß es für alle westlichen Staaten sehr schwierig werde, weitere Hilfen zu mobilisieren, solange Stabilisierungsperspektive nicht erkennbar sei. Gerade deshalb könne der IWF hilfreich sein. Er bat Czyrek deshalb, der polnischen Führung diese Anregung als unseren Beitrag zur Stabilisierung im Sinne der von Polen selbst gewollten langfristigen Perspektive darzulegen. Ministergespräch werde sich mit Situation und insbesondere dringendstem Wunsch nach Liquiditätshilfe befassen. Er hoffe auf positive Entscheidung. Falls D sich neben F beteilige, werde dies sicherlich nicht Eindruck in London und Washington verfehlen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit sei wichtiges Element deutsch-polnischer Beziehungen. Sie diene allgemeinem politischen Ziel der Ost-West-Stabilisierung. Jeder Rückschlag in dieser Stabilisierung treffe zuerst das polnische und das deutsche Volk.

Czyrek stimmte zu. Er äußerte abschließend die Bitte, daß deutsch-polnische Gemischte Regierungskommission noch im Jahre 1981 tagt. Es wurde vereinbart, daß neuer polnischer Vorsitzender zunächst zu Besuch bei BM Graf Lambsdorff nach Bonn kommt[10], wobei Weiteres besprochen werden könne. Czyrek drückte ebenfalls Hoffnung auf baldigen Besuch von BM Matthöfer in Warschau aus.

Referat 010, Bd. 178853

10 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 14. Oktober 1981 über den polnischen Vorsitz in der Gemischten Regierungskommission: „Wie von gewöhnlich gut unterrichteter polnischer Seite zu erfahren ist, wird neuer Planungschef, Prof[essor] Madej, Vorsitz der deutsch-polnischen Wirtschaftskommission, den frühere Planungschefs Kisiel und Wrzaszczyk innehatten, nicht wieder übernehmen. Als neuer Vorsitzender ist Vizepremier Jedynak vorgesehen, der im inneren Kabinett für den gesamten Bereich der Industrie zuständig ist. Ob angesichts innenpolitischer Schwierigkeiten, die auch Jedynaks Arbeitspensum stark belasten, in diesem Jahr noch eine Tagung Gemischter Kommission zustande kommen kann, hielt polnischer Gesprächspartner für fraglich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1536; Referat 421, Bd. 141261.

235

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.73/10 LRTNF-1315/81 VS-vertraulich **18. August 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister vorgelegt.

Betr.: LRTNF;
hier: Gespräch mit Dr. Eppler (MdL)

I. 1) Am 14. August hatte ich wie vorgesehen ein Gespräch mit Dr. Eppler über LRTNF.

Dr. Eppler und ich kennen uns seit unserer Schulzeit. Allerdings haben wir uns seit etwa zehn Jahren nicht mehr gesehen. Das Gespräch fand in angenehmer Atmosphäre statt. Es war ein kontroverser Gedankenaustausch unter Freunden.

2) Ich hatte Gelegenheit, Herrn Eppler die Position der Bundesregierung und des Bündnisses vor allen Dingen zu folgenden Fragen darzulegen:

– Vorbereitung auf die Verhandlungen
– Ernsthaftigkeit des amerikanischen Verhandlungswillens
– Prinzipien der westlichen Verhandlungsposition
– Kräfteverhältnis
– sowjetische Verhandlungsposition
– Entwicklung des LRTNF-Problems.

3) Das Gespräch fand in Vorbereitung des Besuchs von Herrn Eppler in Moskau[3] statt. Er rechnet damit, dort Falin und Sagladin zu treffen.

4) Es war naturgemäß nicht damit zu rechnen, daß Herr Eppler seine bekannte LRTNF-Position modifizieren würde. Wichtig scheint es mir jedoch zu sein, daß die Gelegenheit bestand, ihn in einer sachlichen Diskussion mit den Elementen der westlichen Position und mit den Realitäten vertraut zu machen.

5) Zur weiteren Vorbereitung auf den Besuch in Moskau habe ich Herrn Eppler einschlägiges Informationsmaterial überlassen.

II. Inhaltliche Position von Herrn Eppler

1) E. geht davon aus, daß der Westen der Sowjetunion im nuklearen Bereich überlegen ist. Insbesondere führt er den technologischen amerikanischen Vorsprung an, der nach seiner Meinung in erster Linie für das nukleare Wettrüsten verantwortlich sei. Alle waffentechnologischen Erneuerungen seien von den Vereinigten Staaten ausgegangen.

[1] Botschafter Ruth vermerkte zu seiner Aufzeichnung handschriftlich: „Aufzeichnung wurde nur im Original mit einer Kopie für D 2 persönlich hergestellt."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Wallau am 20. August 1981 vorgelegen.

[2] Hat Staatssekretär Lautenschlager am 20. August 1981 vorgelegen.

[3] Der SPD-Landtagsabgeordnete Eppler hielt sich vom 20. bis 23. August 1981 in der UdSSR auf.

(In dieser Frage bezieht sich E. auf Oberbürgermeister Lafontaine als Kronzeugen, der seine Kritik am Doppelbeschluß[4] vor allem mit der technologischen Innovationsfähigkeit und -bereitschaft der Amerikaner begründet.)

2) Die SS-20 sei keine Modernisierung im Sinne der westlichen Nachrüstung, sondern lediglich der notwendige Austausch veralteter Systeme durch qualitativ nicht wesentlich verschiedene neue.

3) Die Sowjetunion sei weltweit und im eigenen Machtbereich in einer schwierigen Lage. Sie fühle sich selbst besonders verwundbar und unsicher. In dieser Situation dürfe der Westen nicht durch Rüstungsentscheidungen zusätzliche Bedrohungsgefühle provozieren.

4) Das Hauptanliegen von E. ist dementsprechend nicht der Abbau der sowjetischen Mittelstreckenrüstung, sondern die Verhinderung der Verwirklichung der westlichen Nachrüstung.

5) E. lehnt in Übereinstimmung damit auch den westlichen Verhandlungsansatz mit dem Ziel der Herstellung de jure gleicher Obergrenzen für die landgestützten Systeme ab.

6) Auch die Null-Option, die einen Abbau der sowjetischen Systeme auf Null fordere, sei für die Sowjetunion unzumutbar. Sie verlange, daß die Sowjetunion im Vergleich zu 1962 mit einem Minus an nuklearen Fähigkeiten aus Verhandlungen hervorgehe. Das Kräfteverhältnis, wie es seit 1962 entstanden sei, gewährleiste Sicherheit.

7) Den Einwand, die Sowjetunion habe Ende der 60er Jahre und in den 70er Jahren die Vereinigten Staaten im interkontinentalstrategischen Bereich eingeholt (Kodifizierung durch paritätische Obergrenzen bei SALT) und sich im Mittelstreckenbereich eine destabilisierende Überlegenheit geschaffen, läßt E. nicht gelten. In Übereinstimmung mit Lafontaine behauptet E.,

– die Amerikaner besäßen eine Erstschlagsfähigkeit, und zwar insbesondere wegen der Überlegenheit bei den U-Booten und schweren Bombern (dies widerspricht allen Einschätzungen der Fachleute);
– auch im Bereich der ICBM seien die Amerikaner überlegen, und zwar wegen der größeren Treffgenauigkeit;
– die Amerikaner entwickelten einzeln steuerbare Raketensprengköpfe: Dies sei ein weiteres Beispiel für die amerikanische technologische Überlegenheit.

8) Angesichts der bei Flugzeugen und U-Booten bestehenden amerikanischen Überlegenheit sei es nicht zulässig, die SS-20 als Potential für politische Erpressung zu bezeichnen. Nach Auffassung Epplers zeige auch die sowjetische Praxis, daß eine Erpressung nicht beabsichtigt sei.

9) E. ist der Auffassung, daß es für die Sowjetunion unzumutbar sei, über die Begrenzung von Mittelstreckensystemen zu verhandeln, während gleichzeitig die Vorbereitungen für die Stationierung der neuen amerikanischen Waffen oder gar die Stationierung selbst weitergehen. Aus diesem Grunde halte er es für absolut notwendig, daß der Westen ein Moratorium in dem Sinne akzeptiere,

[4] Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

wie die Sowjetunion dies vorgeschlagen hat.[5] Er gehe davon aus, daß es beim SPD-Parteitag im nächsten Jahr[6] ohne eine solche Bereitschaft zur ernsthaften Prüfung und zu Verhandlungen über ein Moratorium große Schwierigkeiten geben werde.

10) An die Adresse der Amerikaner wird der Vorwurf gerichtet, mit zunehmender Distanz zum Ende des Zweiten Weltkrieges von einer Kriegsverhütungsstrategie zu einer Kriegsführungsstrategie als Grundlage der Abschreckung überzugehen. Die amerikanische Politik werde daher zunehmend unberechenbar. Dazu gehöre auch die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Amerikaner. Es sei deshalb notwendig, daß die Europäer durch ihre Gegnerschaft zum Doppelbeschluß die Amerikaner an den Verhandlungstisch zwingen.

Ruth

VS-Bd. 11353 (220)

236

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Wallau

VS-vertraulich **19. August 1981**[1]

Unter Verschluß

Vermerk (von BM noch nicht gebilligt.)

BM unterrichtete über sein rund zweistündiges Vier-Augen-Gespräch mit AM Czyrek wie folgt[2]:

AM C. habe über das Treffen Kanias mit Breschnew auf der Krim[3] berichtet. Dieses Treffen sei für die polnische Seite im großen und ganzen zufriedenstellend gewesen. AM C. habe den Eindruck vermittelt, daß die SU mit dem 9. PVAP-Parteitag[4] zufrieden sei. Die SU erwarte aber, daß aus einer Verwirklichung

5 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

6 Der Parteitag der SPD fand vom 19. bis 23. April 1982 in München statt.

1 Ablichtung.
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 20. August 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Bräutigam und Referat 214 verfügte .
Hat Bräutigam am 20. August 1981 vorgelegen.
Ferner handschriftlicher Vermerk: „Weisung MB: bitte VS-v".

2 Das Vier-Augen-Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek fand am 18. August 1981 in Bad Reichenhall statt. Für ein weiteres Gespräch am selben Tag vgl. Dok. 234.

3 Der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Kania, und Ministerpräsident Jaruzelski trafen am 14. August 1981 mit Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, zusammen. Vgl. dazu POLISH CRISIS 1980–1981, S. 342–347.

4 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

der Beschlüsse eine Konsolidierung in Polen eintrete. Auf Frage BMs habe AM C. erwidert, daß sich seine Information über das Treffen auf der Krim auf Unterrichtung durch MP Jaruzelski stütze. Für Dienstag, 18.8., erwarte Czyrek eine Bewertung durch das Politbüro.

AM C. habe sich dann mit der Lage in Polen insgesamt befaßt. Mit Bezug auf die „Solidarität" sei es so, daß im September ein Kongreß mit Wahlen stattfinde.[5] Für den Monat Oktober seien Gespräche über das Programm der „Solidarität" angesetzt.[6] Die polnische Führung sehe in der Absage von Streiks durch die „Solidarität" und in ihrem Aufruf, freiwillig an einigen Samstagen zu arbeiten, konstruktive Schritte; diese mögen auch eine Reaktion darauf sein, daß das polnische Volk nicht ohne Zweifel sei, ob die Aktionen der „Solidarität" den Konsolidierungsprozeß nicht erschwerten. AM C. habe sich zuversichtlich dahingehend geäußert, daß Wałęsa sich durchsetze. Dieser sei für Mäßigung. Dies alles würde nicht bedeuten, daß es in der nächsten Zukunft auf beiden Seiten nicht noch zu scharfen Erklärungen komme. Diese seien zur beiderseitigen Gesichtswahrung gedacht.

AM C. habe weiter ausgeführt, die Partei habe sich innerlich relativ schnell gefangen. Die jetzt gewählten Funktionäre seien selbstbewußter und hätten mehr Autorität. So hätten sich die Vorgänger nicht mehr in die Betriebe gewagt; die Neuen beträten sie wieder. Der Parteitag habe eine bis nach unten hin durchgehende radikale Veränderung mit sich gebracht. Die Neuen seien frei von den Belastungen der Vergangenheit. Die neuen Mitglieder im Politbüro würden von Kania besonders ermuntert. Sie seien eine Bereicherung für das Politbüro, weil mit ihnen gesunder Menschenverstand seinen Einzug gefunden habe.

AM C. habe sich sodann nach der westlichen Haltung erkundigt; er habe gefragt, ob die deutsche Seite Hilfe leisten könne, wie es insgesamt mit der westlichen Hilfsbereitschaft stehe und schließlich, wie sich die amerikanische Politik im Ost-West-Verhältnis verhalte.

BM: Der deutschen Seite gehe es um die gesamtpolitische Stabilisierung. Wir hätten kein Interesse an Kaltem Krieg. Wir wünschten keine Verschärfung in Polen. BM habe auf das für den 1.9. vorgesehene Chefgespräch zu Polen hingewiesen und die Hoffnung auf eine positive Entscheidung zum Ausdruck gebracht. BM habe sodann AM C. erläutert, welche Bedeutung einem polnischen Beitritt zum IWF[7] zukomme.

Zur westlichen Haltung habe er die insgesamt vorhandene Bereitschaft zur Hilfe betont; besonders würde dem deutschen und französischen Beispiel gefolgt werden.

BM habe die Ehrlichkeit des amerikanischen Verhandlungswillens unterstrichen; er sei von dem Brief Präsident Reagans an Breschnew[8] beeindruckt; er

5 Zur ersten Phase des ersten Kongresses der Gewerkschaft „Solidarność" vom 5. bis 10. September 1981 in Danzig vgl. Dok. 256, Anm. 19.

6 Zur zweiten Phase des ersten Kongresses der Gewerkschaft „Solidarność" vom 26. September bis 7. Oktober 1981 in Danzig vgl. Dok. 274, Anm. 9.

7 Zu einer möglichen Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 81, Anm. 7 und 8.

8 Während seines Aufenthaltes im Krankenhaus aufgrund des Attentats vom 30. März 1981 schrieb Präsident Reagan im April 1981 einen handschriftlichen Brief an den Generalsekretär des ZK der

bitte, den amerikanischen Willen zur Zusammenarbeit nicht zu unterschätzen. BM habe geschildert, daß die SU in den letzten Jahren Fehler begangen habe; so habe sie auf die Zurückstellung der amerikanischen Neutronenwaffen-Produktion 1978[9] falsch reagiert; dieser Verzicht und der Verzicht auf den Bau des B-1-Bombers[10] seien nicht ein Zeichen von Schwäche gewesen. Die Besetzung Afghanistans[11] habe BM als weiteren Fehler bezeichnet, und sicherlich sei auch ein Fehler gewesen, daß die SU nicht am Nord-Süd-Gipfel teilnehme[12]; BM habe sich für die sowjetische Teilnahme eingesetzt. Schließlich sei es eine besondere sowjetische Fehleinschätzung zu glauben, die SU könne die Europäer von den USA trennen; vielleicht überbewerte die SU im Westen vorhandene Friedensbewegungen. Der Doppelbeschluß[13] werde durchgeführt, so wie er beschlossen sei. Es liege ausschließlich bei der SU, ob die bevorstehenden Verhandlungen zu konkreten Ergebnissen führen. Wir würden alles tun, um die internationale Lage nicht zu belasten. Aus Interesse an einer Verbesserung des Verhältnisses zur DDR habe er, BM, gerade einen Grundsatzartikel zur Deutschlandpolitik[14] geschrieben. Auf seine Veranlassung hin habe Botschafter Ruth in Ost-Berlin Abrüstungskonsultationen[15] durchgeführt. Nun liege es bei der SU, sich zu bewegen.

Das Thema KAE und vertrauensbildende Maßnahmen sei ebenfalls angesprochen worden.

BM habe weiter berichtet, er sei in Washington gefragt worden, warum nach seiner Beurteilung Jagielski[16] abgelöst worden sei. J. hätte in Washington[17] einen guten Eindruck hinterlassen, so daß man sich dort frage, ob mit der Ablösung eine Kursänderung verbunden sei. BM habe hierauf erwidert, daß nach seiner Beurteilung der Kurs von Generalsekretär Kania und MP Jaruzelski be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1242

KPdSU, Breschnew. Den Inhalt machte er in einer Rede vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, Reagan 1981, S. 1062 f.

9 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 12, Anm. 23.

10 Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1" mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.

11 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

12 Zur Diskussion um die Teilnahme der UdSSR an der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 226.

13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

14 Bundesminister Genscher veröffentlichte am 10. August 1981 in seiner Eigenschaft als FDP-Vorsitzender im Pressedienst der FDP einen Beitrag mit dem Titel „Deutschlandpolitik als Europäische Friedenspolitik", in dem er ausführte: „Die deutsch-deutschen Beziehungen sollten für künftige weitergehende Fortschritte und Entwicklungen – wann immer und wo immer die Ost-West-Rahmenbedingungen das zulassen – offengehalten und nicht durch Maximalforderungen belastet werden. Das verpflichtet beide deutsche Staaten zur Zurückhaltung im Umgang miteinander, und es verpflichtet sie auch dazu, unerfüllbare Forderungen, wie sie in der Geraer Rede des SED-Generalsekretärs im Oktober 1980 gegenüber der Bundesrepublik Deutschland erhoben worden sind, nicht zu verfolgen. […] Beide Staaten sollten es als gemeinsames Ziel ansehen, bei der Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki in allen ihren Teilen im Vergleich mit den anderen Unterzeichnerstaaten die größten Fortschritte zu erzielen." Vgl. Referat 013, Bd. 179043.

15 Botschafter Ruth führte am 3. Juli 1981 Gespräche über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu Dok. 196.

16 Am 31. Juli 1981 wurde Mieczysław Jagielski durch Janusz Obodowski als polnischer Erster Stellvertretender Ministerpräsident abgelöst.

17 Der polnische Erste Stellvertretende Ministerpräsident Jagielski hielt sich vom 1. bis 5. April 1981 in den USA auf.

stimmend sei. Er, BM, frage sich in diesem Zusammenhang, ob es nicht insgesamt zweckmäßiger wäre, wenn die Herren Kania und Jaruzelski mehr Kontakt zu Repräsentanten anderer Staaten suchten. AM Czyrek sei bekannt; seine Wahl in das Zentralkomitee[18] sei begrüßt worden. Weniger bekannt jedoch sei die übrige polnische Führung.

AM C. habe sich für diese Anregung besonders bedankt, weil er sie selbst schon vorgeschlagen habe. Er wolle sich jetzt auf den Gedanken BMs besonders berufen.

Wallau

VS-Bd. 13335 (214)

237

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-4957/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 21. August 1981, 13.20 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3298 **Ankunft: 21. August 1981, 13.13 Uhr**

Betr.: Sowjetische Außenpolitik;
hier: sowjetische These von angeblich wachsender Kriegsgefahr

Bezug: DB Nr. 3079 vom 7.8.1981, Pol 372 VS-v[2]

Zur Information

I. Gehört zum Standardrepertoire hiesiger Äußerungen die Behauptung, die internationale Lage habe sich „verschärft“ oder „kompliziert“, so propagieren die Sowjets seit einiger Zeit zusätzlich die These, daß aufgrund der Politik des We-

18 Der polnische Außenminister Czyrek wurde auf dem IX. Außerordentlichen Parteitag der PVAP in Warschau vom 14. bis 20. Juli 1981 in das Zentralkomitee gewählt.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 21. August 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Derix am 24. August 1981 vorgelegen.

2 Mit Blick auf Äußerungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, gegenüber dem Leiter der amerikanischen MBFR-Delegation, Dean, am 22. Juli 1981 in Wien legte Gesandter Huber, Moskau, dar: „Den Westen in der jetzigen Situation vor Verhärtung der eigenen Politik zu warnen, ist für die Sowjets relativ risikolos, da die Drohung eher allgemein und auf mittlere Sicht formuliert ist. Im günstigsten Fall könnte damit die Furcht der Europäer vor einem Abbruch der Entspannung durch die Sowjets angestachelt werden, um sie konzessionsgeneigter zu machen und etwaige Differenzen mit den USA zu vertiefen.“ Es sei unwahrscheinlich, daß die „härtere Haltung“ einen Abbruch der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, eine „schärfere Gangart uns gegenüber und bei Berlin betreffenden Problemen“ oder „ein Anziehen der Zügel im eigenen Machtbereich“ nach sich ziehen würde, da „dies eine Politik der Selbstisolierung und Autarkie in Europa, möglicherweise – aber nicht zwangsläufig – gekoppelt mit einer größeren Risiko- und Konfrontationsbereitschaft in der Dritten Welt“ bedeuten würde. „Eine solche Politik ist zwar nicht von vorneherein auszuschließen, dürfte aber wegen der damit verbundenen Kosten nur als letzter Ausweg in Betracht kommen, wenn die sowjetische Führung zur Annahme gelangt, daß aus normalen Ost-West-Beziehungen kein Gewinn mehr zu ziehen sei.“ Vgl. VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

stens, insbesondere der USA, eine „erhöhte Kriegsgefahr“ bestünde. Beispiele finden sich u. a. in

(1) der Rede Tschernenkos vom 22.4.[3],

(2) der Rede Breschnews in Kiew vom 9.5.[4] (dort war von einer ernsthaften Bedrohung des Friedens die Rede),

(3) der Ansprache Ponomarjows auf dem Parteitag der DKP am 30.5.[5],

(4) der Botschaft des Obersten Sowjets an die Parlamente und Völker vom 23.6.[6]

In der sowjetischen Publizistik findet diese Behauptung laufend Niederschlag. Die Äußerung Tarassows gegenüber Dean in Wien ist also kein Novum (zur allgemeinen Bewertung der Ausführungen Tarassows vgl. Bezugs-DB).

In jüngster Zeit hat am deutlichsten der erste Stellvertretende Verteidigungsminister und sowjetische Generalstabschef Ogarkow in seinem Artikel im theoretischen Organ der KPdSU „Kommunist“[7] die sowjetische These von der Existenz einer Kriegsgefahr begründet. Weitere Argumente finden sich auch in dem Artikel von Marschall Ustinow in der Prawda vom 25.7.[8] Demnach behaupten die Sowjets:

1) Solange der Imperialismus existiert, solange gibt es die Gefahr eines Krieges, da er die Hauptquelle der Kriegsgefahr ist (Ogarkow).

2) Auf Befehl Washingtons hat der Westen einen „Global-Angriff“ auf den Sozialismus entfesselt (Ogarkow).

3) Die USA betreiben den Bruch der mit der Sowjetunion geschlossenen Vereinbarungen, insbesondere der Vereinbarung über die Verhinderung eines Nuklearkrieges[9]. Damit betreiben die USA praktisch eine Politik, die die Welt an den Rand des Krieges führt (Ogarkow).

4) Rüstungsmaßnahmen des Westens sind direkte Kriegsvorbereitungen, sie stellen die materielle Vorbereitung eines neuen Weltkrieges dar (Ogarkow).

5) Die weltpolitische Strategie der USA zielt auf Provokation und Diversion gegen die sozialistischen Staaten, die Entwicklungsländer und die nationalen Be-

3 Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU, Tschernenko, anläßlich des 111. Geburtstages Wladimir Iljitsch Lenins in Moskau, vgl. Konstantin TSCHERNENKO, Ausgewählte Reden und Aufsätze 1981–1984, Berlin [Ost] 1985, S. 17–22.

4 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich der Einweihung der Mahn- und Gedenkstätte „Ukrainisches Staatsmuseum zur Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges 1941–1945“ vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 9, S. 71–76.

5 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 1. Juni 1981, der Sekretär des ZK der KPdSU, Ponomarjow, habe bei seiner Rede in Hannover „mit ‚Antwortmaßnahmen‘ einschließlich der Vernichtung von TNF-Startplätzen durch sowjetische Raketen“ gedroht und „bewußt eine Kriegs- wenn nicht gar Weltuntergangsstimmung“ verbreitet. „Das Risiko einer radikalen Verschlechterung der Beziehungen, wie sie die öffentliche Behandlung des Raketenthemas darstellt, wird damit in Kauf genommen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2136; VS-Bd. 13235 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Für den Wortlaut des „Appells des Obersten Sowjets der UdSSR ‚An die Parlamente und Völker der Welt‘“ vgl. NEUES DEUTSCHLAND vom 24. Juni 1981, S. 1.

7 Vgl. dazu den Artikel von N. Ogarkov: „Na straže mirnogo truda“; KOMMUNIST 1981, Nr. 10, S. 80–91.

8 Vgl. dazu den Artikel des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow in der sowjetischen Tageszeitung „Prawda“ vom 25. Juli 1981; EUROPA-ARCHIV 1981, D 552–557 (Auszug).

9 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juni 1973 zwischen den USA und der UdSSR zur Verhinderung eines Atomkriegs vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 69 (1973), S. 160 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 418 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 204.

freiungsbewegungen sowie auf die Schaffung neuer militärischer Aufmarschgebiete und Stützpunkte (Ogarkow).

6) Die Strategie der USA, in jeder Weltgegend militärische Gewalt einsetzen zu können, ist die Hauptquelle der Kriegsgefahr (Ustinow).

Alle diese Argumente gehören, in unterschiedlicher Formulierung, zum Standardrepertoire der sowjetischen Medien bei ihrem Bemühen, den Westen für die Verschlechterung der internationalen Lage verantwortlich zu machen.

II. Zur Interpretation des sowjetischen Geredes von einer angeblich „wachsenden Kriegsgefahr" ist folgendes zu sagen:

1) In dem von einem ausgeprägten Freund-Feind-Denken bestimmten Weltbild der Sowjets (historische Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Sozialismus) bedeutet eine Zunahme der Spannungen im Ost-West-Verhältnis automatisch, daß die Kriegsgefahr wächst.

2) Die Dramatisierung dieser Spannungen soll psychologisch auf die Öffentlichkeit des Westens einwirken, Angst erzeugen und so einen günstigen Nährboden für „Friedensbewegungen" gegen die Politik der westlichen Regierungen schaffen. Der westlichen Öffentlichkeit soll suggeriert werden, daß sie nur die Wahl zwischen einer angeblich kriegsfördernden Konfrontationspolitik und einem Eingehen auf die „Friedenspolitik" der UdSSR hat. Sie ist damit ein offensives Instrument sowjetischer Politik.

Die Möglichkeit, objektiv bestehende Interessengegensätze in auf die Sache selbst bezogenen Verhandlungen, die nicht nur mit Wortgeklingel arbeiten, notfalls im Rahmen eines diplomatisch kanalisierten und kontrollierten Konflikts auszutragen, soll als rationale Alternative aus dem Bewußtsein ausgeschaltet werden.

3) Die UdSSR hat derzeit in Ost-West-Verhandlungen nur wenig an konfliktlösender oder -begrenzender Substanz einzubringen. In den Krisenpunkten Afghanistan, Kambodscha hat sie eine eher unflexible Position. Um so stärker ist sie deshalb in ihrer Präsentation darauf angewiesen, die eigene Politik mit einem flächendeckenden Feuerwerk von „Initiativen" als „Kampf für den Frieden" zu etikettieren und das, was eigentlich selbstverständlicher Ausgangspunkt jeder Politik sein sollte, die Erhaltung des Friedens, als große außenpolitische Leistung hinzustellen. Diese angebliche Leistung läßt sich um so glaubwürdiger anpreisen, je intensiver man zuvor das Gespenst der Kriegsgefahr an die Wand gemalt hat.

4) Eine weitere Funktion der Beschwörung von Kriegsgefahr ist, die eigene Bevölkerung zu jenen Leistungen und Entbehrungen zu motivieren und zu mobilisieren, die nötig sein dürften, um eine neue weltpolitische und vor allem rüstungspolitische Konfrontation mit den USA zu bestehen. Auf diese Weise können auch die ohnehin bereits bestehenden Versorgungsschwierigkeiten propagandistisch überdeckt werden, die als Folge der bevorstehenden dritten Mißernte in einer Reihe und der chronischen Mängel der sowjetischen Volkswirtschaft auch weiterhin die Bevölkerung belasten werden. Das Aufrühren eines latenten Chauvinismus („das Vaterland ist in Gefahr") soll eine Diskussion über Sinn und Zweck neuer Opfer für die sowjetische Weltmachtrolle im Keim ersticken. Damit ist zugleich zugegeben, daß Ideologie allein diese Mobilisierung nicht leistet.

[10]5) Nicht zuletzt dürfte sich jedoch hinter den sowjetischen Warnungen auch eine echte Sorge verbergen. Im Unterschied zum Kalten Krieg nach 1945 befindet sich die UdSSR in einer exponierteren Lage, in die sie sich dank ihrer Expansion in der Dritten Welt und dank ihres verbissenen Strebens nach Gleichberechtigung mit den USA selbst manövriert hat. Sie hat sich gewissermaßen selbst dazu verpflichtet, einer von ihr als illegitim empfundenen Herausforderung der USA in der Dritten Welt nicht auszuweichen, eine Wiederholung etwa des Szenarios der Kuba-Krise von 1962[11] nicht zuzulassen.

Die emphatische Ablehnung einer amerikanischen „Gendarmenfunktion", die Leugnung vitaler amerikanischer Interessen im Raum zwischen Mittelmeer und Fernem Osten, das Insistieren darauf, daß der „Angriff des Imperialismus auf die nationalen Befreiungsbewegungen" ein wesentlicher Faktor bei der Verschärfung der internationalen Lage sei, verbunden mit der Bekräftigung „internationaler Solidarität" der SU mit eben diesen Befreiungsbewegungen, die beharrliche Wiederholung der These, daß das Kräfteverhältnis sich gewandelt habe und der Gang der Weltgeschichte nicht zurückgedreht werden könne, all dies muß auch für die Sowjets selbst die Frage aufwerfen, ob sie es sich leisten könnten, bei einer Machtprobe in der Dritten Welt „zu kneifen". Dies gilt insbesondere für jene Regionen, in denen die Sowjets eigene Sicherheitsinteressen geltend machen (Nah- und Mittelost) oder wo es um die Sicherung des Bestandes der sozialistischen Staatengemeinschaft geht (Indochina, aber auch Kuba). Es dürfte kein Zufall sein, daß Tarassow die Gefahr eines Konflikts nicht in Europa, sondern in der Dritten Welt sieht. Hier hat die sowjetische Politik der letzten Jahre ein früher nicht vorhandenes Element der Unsicherheit geschaffen, das zweifellos auch den Sowjets zu denken gibt, selbst wenn sie sich nicht in der Lage sehen, ihre Politik zu ändern. Man fragt sich manchmal, ob sie nicht die Konfrontation mit den USA in der Dritten Welt, zumindest in Asien, als ähnlich schicksalhaft empfinden wie die Großmächte den Zusammenprall ihrer Interessen auf dem Balkan in den Jahren vor 1914.

III. Aus hiesiger Sicht sollten wir die apokalyptischen Kriegsbeschwörungen der Sowjets nicht schweigend zur Kenntnis nehmen, sondern ihnen mit einer energischen Richtigstellung auf möglichst autoritativer Ebene entgegentreten. Dabei könnte auf folgender Linie argumentiert werden:

1) Die unleugbare Verschlechterung des Ost-West-Verhältnisses wird hervorgerufen durch

(1) systembedingte politische Meinungsverschiedenheiten über Charakter und Formen der Koexistenz zwischen West und Ost,

(2) Versuche, das militärische Kräfteverhältnis, sei es global, sei es sektoral, zu eigenen Gunsten zu ändern,

(3) Nichtbeachtung der zwischen West und Ost allgemein und insbesondere von den Unterzeichnern der Schlußakte von Helsinki[12] anerkannten Grundsätze des Verzichts auf Gewalt oder auf Androhung von Gewalt.

10 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3299 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

11 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 198, Anm. 61.

12 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

2) Alle diese Konflikte entspringen objektiven Auffassungs- und Interessengegensätzen, mit denen beide Seiten leben müssen. Sie sind aber auch alle mit friedlichen, diplomatischen Mitteln lösbar oder zumindest begrenzbar, keiner beschwört zwangsläufig die Gefahr eines bewaffneten globalen Konflikts zwischen Ost und West herauf. Wer unter diesen Umständen Kriegsgefahr an die Wand malt, erweckt Zweifel in sein eigenes Verantwortungsgefühl und in seine eigene Bereitschaft zur friedlichen Konfliktlösung.

3) Der Westen hat sich an die vorstehenden Grundsätze des Gewaltverzichts gehalten und gedenkt, dies auch in Zukunft zu tun, was man von der SU leider nicht durchweg behaupten kann. Wenn die sowjetische Seite wider besseres Wissen in ihrer Propaganda die angeblich vom Westen ausgehende Kriegsgefahr zu einem zentralen Thema macht, muß sie sich die Frage gefallen lassen, welche politischen Absichten dahinterstehen, insbesondere ob sie damit mögliche westliche Reaktionen auf eine weitere militärische Expansion ihrerseits neutralisieren will.

4) Wer die Gegenseite verteufelt, muß sich Zweifel an der Aufrichtigkeit seiner Bereitschaft zum Dialog gefallen lassen. Dies gilt um so mehr, als der Westen seinerseits keine Möglichkeit hat, seine Auffassung der Dinge in der sowjetischen Öffentlichkeit bekanntzumachen.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 13215 (210)

238

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Rallis in Athen

21. August 1981[1]

Besuch des Herrn Bundesministers in Griechenland vom 21. bis 22. August 1981;
hier: Gespräch mit Ministerpräsident Rallis vom 21.8. (13.40 bis 14.10 Uhr)

MP *Rallis*: Mit Interesse habe ich gelesen, was Sie zur Zypern-Frage soeben vor der Presse erklärt haben.[2] Der Dialog hat mit dem türkisch-zypriotischen

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 26. August 1981 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher erklärte am 20. August 1981 in einem Interview mit der griechischen Zeitung „Akropolis“: „Mit Erleichterung stelle ich fest, daß mit der Vorlage eines konkreten Verhandlungspakets durch die türkisch-zyprische Seite in die Volksgruppengespräche jetzt Bewegung gekommen zu sein scheint. Mag der Inhalt des Pakets auch hinter den Erwartungen mancher noch zurückbleiben, so vertraue ich doch darauf, daß die Parteien ihre Chance erkennen und alsbald in ernsthafte Verhandlungen eintreten. […] Die Bundesregierung wird alles unterstützen, was geeignet ist, den Ausgleich zwischen den betroffenen Parteien herbeizuführen und eine einvernehmliche, die Teilung überwindende Lösung zu finden. Ich glaube Grund zu haben, gerade jetzt einer friedlichen und zufriedenstellenden Entwicklung mit neuem Optimismus entgegenzusehen.“ Für das Interview vgl. Referat 013, Bd. 179043.

Vorschlag[3] nicht allzu gut begonnen. Vielleicht können Sie helfen. Nun muß man dazu sagen, daß der Dialog zwischen den beiden Kommunen auf Zypern stattfindet, ohne Einwirkung von uns. Es bleibt aber unser Wunsch, daß dieser Dialog ernsthaft geführt wird. Es kann nämlich durchaus sein, daß er die griechisch-türkischen Beziehungen beeinflußt.

In letzter Zeit hatten wir von verschiedenen Seiten die Information bekommen, daß die türkischen Zyprioten ernsthafte Vorschläge machen würden. Carrington z. B., den ich Ende Juli in London[4] getroffen habe, hat mir bei dieser Gelegenheit versichert, daß der türkisch-zypriotische Territorialvorschlag sich um die 30 % bewegen würde. Um so größer war unsere Enttäuschung, als uns der Vorschlag vom 5. August bekannt wurde. Trotzdem haben wir den griechischen Zyprioten den Rat gegeben, den Dialog nicht zu unterbrechen und die Gespräche fortzusetzen. Ich hoffe, daß die Regierung von Zypern diesem Rat folgen wird.

Diese Gespräche können sich nicht länger als bis November hinziehen. Wenn bis dahin keine Lösung in Aussicht ist, muß sich die Regierung von Zypern an die UNO wenden. Deshalb müssen alle diejenigen, die sich für die Fortsetzung des Dialogs interessieren, sich darum bemühen, daß die türkischen Zyprioten ihren Vorschlag aufbessern, damit sich Zypern nicht an die UNO zu wenden braucht.

Es ist richtig, daß ein solcher Schritt der Regierung von Zypern bei der UNO keine spektakulären Ergebnisse mit sich bringen würde. Aber wir müssen verstehen, daß sie dem Druck einer Minorität (8 %) ausgesetzt ist, nämlich der Flüchtlinge, die in ihre Heimat zurückwollen. Also noch einmal: Wenn der Dialog nicht bis zum November in eine interessante Phase eintritt, wird der Regierung von Zypern nichts übrigbleiben, als zur UNO zu gehen, und das Schiffswrack des Dialogs wird auf dem Meer dahintreiben.

Die gegenwärtige Konstellation ist für den Dialog besonders geeignet. Die kommunistische Partei auf Zypern, die bei den letzten Wahlen[5] ein Drittel der Stimmen auf sich vereint hat, macht im Augenblick keinerlei Schwierigkeiten. Auch sie scheint ausgleichsbereit. Es läßt sich nicht voraussehen, ob das so bleibt. Schon in drei bis vier Monaten mag das anders sein. Wir müssen diese Gelegenheit unbedingt beim Schopfe ergreifen.

Ich habe kein anderes Thema zu besprechen, möchte allerdings noch anfügen, daß die griechisch-türkischen Beziehungen z. Zt. ausgezeichnet sind. Ich habe

3 Die türkische Volksgruppe auf Zypern legte am 5. August 1981 einen Vorschlag zur Lösung des Zypern-Konflikts vor. Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte dazu am 12. August 1981, dieser enthalte „als wesentliches Novum einen Territorialvorschlag auf Landkarten, der nach ersten Einschätzungen von Gobbi und GB auf äußerster Grenze der von griechischer Seite als noch verhandlungsfähig erklärten 32 % liegen soll; einen schon im Dezember 1980 präsentierten, unveränderten Verfassungsentwurf, der paritätische Besetzung der Staatsorgane und Bizonalität vorsieht, jedoch als negotiabel bezeichnet wurde; eine Bindungsklausel, wonach der Territorialvorschlag nur gelten soll, wenn eine abschließende Übereinkunft über die Verfassungsfrage und die angesprochenen Sicherheitsregelungen getroffen wird". Vgl. Referat 203, Bd. 123303.

4 Ministerpräsident Rallis hielt sich anläßlich der Trauung des britischen Kronprinzen Charles mit Lady Diana Spencer am 29. Juli 1981 in Großbritannien auf.

5 Am 24. Mai 1981 fanden auf Zypern Parlamentswahlen statt. Vgl. dazu Dok. 134, Anm. 14.

die Zypern-Frage nur deshalb angeschnitten, weil es im Interesse aller liegt, eine helfende Hand zu reichen. Jetzt ist die Zeit, die Situation zu verbessern.

BM: Wir sind uns der großen und aktuellen Bedeutung des Zypern- und Ägäis-Problems bewußt. Wir sehen beide Probleme nicht nur als griechische Probleme an, und zwar aus folgenden Gründen:

1) Wir sind mit Griechenland und der Türkei befreundet.

2) Wir sind mit Griechenland Mitglied der Europäischen Gemeinschaft, und die Sorgen eines Mitgliedslandes sind auch unsere Sorgen. Es sind die Sorgen aller Mitgliedstaaten.

3) Griechenland und die Türkei sind Mitgliedstaaten des westlichen Verteidigungsbündnisses. Wir sind es auch, und auch aus diesem Grunde sind Ihre Sorgen die unseren.

Das Zypern-Problem ist kein fernes, sondern ein uns bedrückendes Problem. Wir haben die Hoffnung, daß die derzeitige türkische Regierung, die weniger Rücksicht auf die türkische öffentliche Meinung zu nehmen braucht wie ihre Vorgängerregierungen, den Dialog wünscht und fortsetzt.

Niemals steht am Anfang einer Verhandlung der endgültige Vorschlag der verhandelnden Seiten. Die zyprischen Verhandlungen werden sicher schwer werden. Aber auch wir haben Hoffnungen wegen der gegenwärtigen Konstellation. Und dies nicht nur wegen der Haltung der zypriotischen Kommunisten. Für eine gewisse Zeit war es gut, daß sich die Leidenschaften auf Zypern abkühlen konnten. Das ist geschehen, und auch diese Tatsache gehört zur günstigen Konstellation. Man darf aber nicht länger warten, sonst kann aus der Abkühlung die Erstarrung der Fronten werden.

Ich hoffe, daß es Ansatzpunkte im türkisch-zypriotischen Vorschlag gibt. Wir haben den Türken immer wieder gesagt, daß sie ihr eigenes Interesse richtig sehen müssen. Es könne ihnen nicht gleichgültig sein, was im Nachbarland geschehe.

Wie schätzen Sie die Lage in der Ägäis ein?

Rallis: Die Ägäis-Fragen können im Augenblick nicht erörtert werden, weil wir am 18. Oktober aller Voraussicht nach in Griechenland wählen werden.[6]

Welcher Fortschritt auch immer im griechisch-türkischen Verhältnis zu verzeichnen sein wird, wenn es keinen Fortschritt in der Zypern-Frage gibt, bleibt die Gefahr, daß die Beziehungen zwischen Ankara und Athen von einem Tag auf den anderen in die Luft gesprengt werden. Ich habe stets versucht, mit den Türken gute Beziehungen zu haben, als Außenminister und als Regierungschef[7]. Mitsotakis hat in London den türkischen Ministerpräsidenten[8] gesehen (Anmerkung: am Rande der britischen Hochzeit[9]). Das Gespräch war offen und freundlich.

6 In Griechenland fanden am 18. Oktober 1981 Parlamentswahlen statt.

7 Georgios Rallis war vom 10. Mai 1978 bis 10. Mai 1980 griechischer Außenminister, im Anschluß bis 21. Oktober 1981 Ministerpräsident.

8 Bülent Ulusu.

9 Gesandter von Alten, London, berichtete am 3. August 1981 über die Trauung des britischen Kronprinzen Charles mit Lady Diana Spencer am 29. Juli 1981 in London: „Die Bedeutung des Ereignisses fand ihre Bestätigung in der eindrucksvollen Bereitschaft der geladenen ausländischen Staats-

Wir haben z. Zt. allerdings auch eine zusätzliche Schwierigkeit: Die Tatsache, daß in der Türkei ein Militärregime an der Macht ist, schafft in Griechenland innenpolitische Probleme.

BM: Wie bei uns.

Rallis: Es schafft Probleme auch in Großbritannien. Trotzdem glaube ich, daß Griechenlands Kommentare zu dieser derzeitigen türkischen Regierung so milde und freundlich wie möglich waren, milder und freundlicher als die anderer Staaten.

Zum Festlandsockel, dem schwierigsten Streitpunkt, müssen die Türken verstehen, daß es die beste Lösung wäre, den Karamanlis-Vorschlag von 1975 (Schiedsgericht oder Internationaler Gerichtshof[10]) anzunehmen.

Als vor etwa sechs Monaten der Generalsekretär des türkischen Außenministeriums[11] hier war, haben Mitsotakis und ich ihm gesagt, man brauche vielleicht die Frage erst dann vor den Internationalen Gerichtshof oder ein Schiedsgericht zu bringen, wenn das internationale Seerecht zu festen Formen gekommen sei. Das gebe den Türken eine „phantastische Frist" von fünf Jahren.

Mitsotakis: Ich werde Türkmen in New York sehen und auch auf unserer Ebene den Dialog fortsetzen, und zwar in der Ägäis-Frage und zu Zypern.

BM: Wie schätzen Sie die Entwicklung in der Türkei ein?

Rallis: Ganz günstig. Übrigens macht auch Andreas (Anmerkung: Papandreou) wegen Zypern keine Schwierigkeiten, die ihm auf Zypern nahestehende Partei allerdings macht sie. Wir haben noch drei Monate Zeit.

Mitsotakis: Ich habe mich ein ganzes Jahr bemüht, den Boden auf der Insel für den Ausgleich vorzubereiten und einen Konsensus herzustellen. Ich bin dabei sehr weit gegangen. Nur Lyssarides, der über 8% der Stimmen verfügt, macht nicht mit. Aber er hat keine Möglichkeit, den Dialog zu unterbrechen. Ich finde es erstaunlich, wie maßvoll die griechischen Zyprioten auf den türkisch-zypriotischen Vorschlag vom 5. August reagiert haben, trotz der großen Enttäuschung, die ihnen dieser Vorschlag bereitet haben muß. Dieser Vorschlag ist übrigens unterbreitet worden einen Tag, nachdem ich Zypern verlassen hatte und trotz meiner Bitte, die Vorlage um mindestens eine Woche aufzuschieben. Aber die türkischen Zyprioten wollten ihren enttäuschenden Vorschlag wohl möglichst rasch und im unmittelbaren Anschluß an meinen Besuch loswerden. Ich war der erste griechische Außenminister, der nach Zypern gereist ist, um den Boden für eine Lösung vorzubereiten. Ein zweites Mal dürfen sie das nicht mit mir machen.

BM: Ich wünsche Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Politik Glück und Erfolg.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1250

oberhäupter, der Einladung der britischen Königin zu den Feierlichkeiten Folge zu leisten. […] Angesichts wachsender sozialer Spannungen, die sich in jüngster Zeit in gewaltsamen Unruhen in zahlreichen britischen Städten ausdrückten, angesichts zunehmender Rassenkonflikte und einer alarmierenden wirtschaftlichen Entwicklung mit nahezu drei Millionen Arbeitslosen stellte sich die britische Monarchie erneut als stabilisierende Kraft dar, die in der Lage ist, diese Belastungen aus der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu verdrängen." Vgl. den Schriftbericht Nr. 2708; Referat 204, Bd. 123330.

10 Zum Vorschlag der griechischen Regierung vom 27. Januar 1975, den Internationalen Gerichtshof zur Klärung der Ägäis-Frage anzurufen, vgl. Dok. 134, Anm. 13.

11 Kamuran Gürün.

Teilnehmer: Bundesminister Genscher; Botschafter Sigrist; MD Pfeffer; MD Fischer; Außenminister Mitsotakis; Botschafter Phrydas, Politischer Direktor; Botschafter Tsamados.

Referat 203, Bd. 123278

239

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.41-4/81 streng geheim **24. August 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3] zur Unterrichtung und Billigung von III.

Betr.: Neutronenwaffe; Rechtslage[4];
hier: Zustimmungsbedürfnis zur Lagerung im Bundesgebiet

Anlg.: 3[5]

I. Sachstand

Die Entscheidung Reagans über die Produktion der Neutronenwaffe vom 6.8.81[6] hat in der Öffentlichkeit die Frage aufgeworfen, ob die Stationierung dieser Waffe im Bundesgebiet (oder die Stationierung anderer Atomwaffen) deutscher Zustimmung bedürfe.

Diese Frage ist aufgrund von Gutachten der Rechtsabteilungen des AA und des BMVg, ergänzt jedoch um bei Ref. 201 befindliche, streng geheim eingestufte Unterlagen, wie folgt zu beurteilen:

1) Ausgangsrechtslage

a) Grundlage der Stationierung von Streitkräften der drei westlichen Atommächte in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor der [7]Deutschlandver-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 25. September 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 5 hat am 25.9. auf Weisung StS v[on] S[taden] Einsicht genommen. StM C[orterier] hat auf Weisung BM/StS von 201 Copie erhalten."

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 25. August 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Lage der Dinge ist die unter III. gegebene Empfehlung politisch vernünftig. (Im übrigen sollte gelten: ‚Wo kein Kläger ist, ist kein Richter' oder auch: ‚volenti non fit iniuria'.)"

3 Hat Bundesminister Genscher am 28. August 1981 vorgelegen, der Staatssekretär Lautenschlager und Ministerialdirektor Pfeffer um Rücksprache bat.
Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 2. Oktober 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Nach Auskunft von H[errn] Wallau ist Rücksprache erledigt."

4 Dieses Wort wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

5 Dem Vorgang teilweise beigefügt. Vgl. Anm. 14.

6 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

7 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „sog[enannte]".

trag vom 26.5.1952 (BGBl. 1955 II 305), Art. 4 Abs. 2, i.V.[8] mit dem [9]Aufenthaltsvertrag vom 23.10.1954 (BGBl. 1955 II 252), Art. 1.

Danach dürfen diese Mächte „Streitkräfte der … gleichen Effektivstärke wie zur Zeit des Inkrafttretens" dieser Abkommen in der Bundesrepublik stationieren.

b) Maßgeblicher Begriff im aktuellen Zusammenhang ist die Frage, was unter „Streitkräften" zu verstehen ist, ob sie nämlich ohne weiteres mit jeder verfügbaren[10] Waffe ohne weiteres ausgerüstet werden dürfen.

Hierzu vertrat die Rechtsabteilung des AA am 30.7.1960 folgende (heute extrem wirkende) Ansicht: Der Deutschlandvertrag beziehe sich lediglich auf die Stationierung von Streitkräften, nicht jedoch etwa auf ihre Ausrüstung und Waffen. Daher seien die Alliierten „in der Wahl der den Stationierungskräften beizugebenden Waffen völlig frei, können daher, sofern sie es für politisch zumutbar halten, ihren Stationierungsstreitkräften Atomwaffen … beigeben, ohne die Bundesregierung zu konsultieren oder gar ihre Einwilligung zu erbitten". (Aufz. 507-88.13/0-60/60 vom 26.7.60[11] str. geh.[12], auch von der Politischen Abteilung übernommen: 301-81-32-68/60 str. geh. vom 30.7.1960[13])[14]

An dieser Rechtsauffassung hielt die Rechtsabteilung 1969 [15]nur noch mit folgender Einschränkung fest: Zwar unterlägen die alliierten Streitkräfte gemäß Deutschland- und Aufenthaltsvertrag „keinerlei Beschränkungen hinsichtlich der Waffen, mit denen sie ausgestattet sind". Allerdings könne aus zwischenzeitlichen Entwicklungen „wahrscheinlich deduziert werden, daß die Bundesregierung der Lagerung … förmlich zustimmen muß". (Aufz. der Abt. II vom 28.10.1969 str. geh.).

8 In Verbindung.

9 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „sog[enannten]".

10 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „zeitgenössischen".

11 Korrigiert aus: „27.7.60"

12 Für die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Schwörbel vgl. VS-Bd. 13750 (201); B 150, Aktenkopien 1960.

13 Für das Schreiben des Legationsrats Dietrich vom 30. Juli 1960 an Oberst i.G. Betram, Bundesministerium der Verteidigung vgl. VS-Bd. 13750 (201); B 150, Aktenkopien 1960.

14 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „So noch Prof. Tomuschat am 14.8.81."
Am 14. August 1981 nahm der Professor für öffentliches Recht an der Universität Bonn, Tomuschat, im Deutschen Fernsehen Stellung zur Auslegung des im Deutschlandvertrag in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vereinbarten Rechts der Drei Mächte, in der Bundesrepublik „Streitkräfte der gleichen Nationalität und Effektivität" wie zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrags zu stationieren. Demnach dürfe der Begriff der „Effektivität" „natürlich nicht festgeschrieben sein auf den Stand des Jahres 1955. Die Alliierten müssen die Möglichkeit haben, die Ausrüstung ihrer Truppen der waffentechnologischen Entwicklung anzupassen. Wenn man meint, daß Effektivstärke lediglich die Kopfzahl der Truppen umfaßt, dann würde die Folgerung lauten, daß die Frage der Bewaffnung vom Vertrag, von den beiden Vertragswerken überhaupt nicht geregelt ist." Dies würde dann bedeuten, „daß die Entscheidung über Ausrüstung und Bewaffnung der Truppen allein Sache des jeweiligen Truppenentsendestaates ist". Angesichts der bisherigen Vertragspraxis glaube er ferner, es sei „eine Selbstverständlichkeit, daß bei solch einschneidenden Entscheidungen eine Konsultation erfolgen muß. Es sind Probleme, die die Bundesrepublik existentiell berühren. Das Bündnis ist so eng, daß eigentlich kein Vertragspartner allein handeln kann, ohne sich mit dem anderen abzustimmen." Vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 24. August 1981; VS-Bd. 13752 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

15 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „schon".

Bei diesen Entwicklungen wurde vor allem an Paragraphen 20 und 21 des NATO-Kommuniqués vom 19.12.1957[16] gedacht; denn anläßlich der damals in Paris entschiedenen Einführung amerikanischer Nuklearwaffen in das Bündnis zur Verteidigung Europas (Paragraph 20) war in Paragraph 21 festgestellt worden:

„The deployment of these stocks and missiles and arrangements for their use will accordingly be decided in conformity with NATO defence plans and in agreement with the states directly concerned."

Damit stand[17] fest, daß wir der Einführung von Nuklearwaffen zugestimmt hatten und die Details mit uns auszuhandeln waren.[18]

2) Fortentwickelte Rechtslage

a) Angesichts der von den drei Alliierten seither verfolgten Praxis kann dahingestellt bleiben, ob das zitierte NATO-Kommuniqué – zumal [19]der Form nach (nicht unterzeichnetes Kommuniqué versus ratifizierter Vertrag) von minderem Rang – als eine spätere „lex generalis" Vorrang vor der früheren lex specialis (Deutschland- und Aufenthaltsvertrag) beanspruchen kann.

Diese Praxis stützt sich vor allem auf folgende Vorgänge ab:

(i) USA

Zur Implementierung des NATO-Beschlusses von 1957 unterzeichnete BMVg Strauß mit Mr. Thatcher[20] am 27.3.1959 ein deutsch-amerikanisches Abkommen über die Lagerung nuklearer Waffen in der Bundesrepublik Deutschland (BMVg VR II 4-AZ 10-51/Tgb.Nr. 10/59 str. geh. = AA 301-363-34/Tgb.Nr. 51/60 str. geh.)[21]. Darin wurde „in Übereinstimmung mit den Art. 20 und 21 des NATO-Kommuniqués vom 19.12.1957 … und in Übereinstimmung mit der an SACEUR gerichteten Erklärung der Bundesregierung, daß sie für die Bedürfnisse der gemeinsamen Verteidigung die Anlage von Teilen des Vorrats an Atomwaffen in der Bundesrepublik für erforderlich hält, die von den Vereinigten Staaten … bereitzustellen sind", vereinbart, daß die Lagerung (Ort und Anzahl der zu lagernden Waffen) „im Einvernehmen" mit SACEUR, den militärischen Behörden Deutschlands und den Vereinigten Staaten festgelegt wird.[22]

16 Für den Wortlaut von Ziffer 20 und 21 des Kommuniqués der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedsstaaten vom 16. bis 19. Dezember 1957 in Paris vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1949–1974, S. 113 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1958, S. 10474.

17 Die Wörter „Damit stand" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Allerdings stand damit nur".

18 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „Die Frage nach dem Zustimmungsbedürfnis war allenfalls inzidenter damit angesprochen worden." Vgl. Anm. 30.

19 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „als".

20 Die Wörter „Mr. Thatcher" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „(Vertreter des Pentagon)".

21 Für das deutsch-amerikanische Abkommen vgl. VS-Bd. 13750 (201).

22 Ministerialdirektor von Etzdorf notierte am 14. Juni 1960 zu dem Abkommen: „Eine Mitwirkung der Bundesregierung oder ein ausdrückliches Genehmigungserfordernis für die Verträge über die Lagerung von Atomwaffen für Truppen dritter Staaten auf dem Gebiet der Bundesrepublik ist in dem […] Abkommen vom 27. März d. J. offensichtlich nicht vorgesehen." Vgl. VS-Bd. 13570 (201); B 150, Aktenkopien 1960.

(ii) UK

Die Briten hatten uns zunächst am 29.8.1969 lediglich angekündigt, daß sie mit Verlegung von „Buccaneer"-Bombern erstmals eigene Atomwaffen auf Bundesgebiet stationieren wollten.[23]

Auf Betreiben des AA kam es darüber jedoch am 19.3.1971 zwischen BK Brandt und PM Heath zu einem Briefwechsel mit „Memorandum of Understanding" (201-Tgb.Nr. 22/71 str. geh.)[24]. In beiden Dokumenten wird ausdrücklich festgestellt, daß die Bundesregierung der vorgesehenen Lagerung zustimmt (agrees to). Heath schrieb: „I am glad to know that the Federal Republic agrees to the proposed storage."

(iii) Frankreich

Im Vorfeld einer möglichen Stationierung der „Pluton" im Bundesgebiet darauf angesprochen, waren sich sowohl BMVg Schmidt und sein Kollege Debré am 23.10.1970[25] als auch AM Scheel und sein Kollege Schumann am 23.6.1972[26] darüber einig geworden, daß deutsche Zustimmung erforderlich sein würde.[27]

Der BSR beschloß denn auch am 20.1.1972, die deutsche Zustimmung zu einer „Pluton"-Stationierung nur bei Erfüllung bestimmter Bedingungen zu geben.

b) Aus diesen Entwicklungen läßt sich [28]schließen, daß ein deutsches Zustimmungserfordernis hinsichtlich der Stationierung jeder Atomwaffe inzwischen von F und GB[29] bejaht wird.

Hinsichtlich der USA ist dieses Anerkenntnis hinsichtlich der rechtlichen (nicht der politischen) Lage weniger deutlich, da die Vertragsaussagen weniger prin-

23 Die Frage der Stationierung von Flugzeugen vom Typ „Buccaneer" wurde in einem Gespräch des Bundesministers Schmidt mit dem britischen Verteidigungsminister Healey am 3. November 1969 erörtert. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 346.

24 Für die Schreiben vom 17. bzw. 18. März 1971 sowie das „Vereinbarte Memorandum", die am 19. März 1971 von Bundesminister Ehmke und dem britischen Botschafter Jackling ausgetauscht wurden, vgl. VS-Bd. 13751 (201).

25 Der französische Verteidigungsminister Debré hielt sich am 22./23. Oktober 1970 in der Bundesrepublik auf. Zum Gespräch mit Bundesminister Schmidt 1970 am 23. Oktober 1970 vgl. AAPD 1970, III, Dok. 562.

26 Ministerialdirigent Simon teilte den Botschaften in London, Paris und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 27. Juni 1972 mit: „Am 22. Juni unterrichtete französischer Botschafter den Herrn Bundesminister über französische Absicht, die Erste französische Armee mit taktischen Atomwaffen (Pluton) auszurüsten. Da nur ein Teil der Ersten Armee in der Bundesrepublik liege, jedoch beschlossen worden sei, die französischen taktischen Atomwaffen in Frankreich zu stationieren, sei es erforderlich, einen geringfügigen Teil der französischen Truppen aus der Bundesrepublik abzuziehen." Im Gespräch mit dem französischen Außenminister Schumann am 23. Juni 1972 habe Bundesminister Scheel für die Unterrichtung gedankt, „gegen die französischen Absichten keine grundsätzlichen Bedenken geäußert und vorgeschlagen, daß die beiden Verteidigungsminister sich daraus ergebende Fragen erörtern". Schumann habe zu erkennen gegeben, „die Verlegung erfolge deshalb, weil Frankreich davon ausgehe, daß Pluton auf deutschem Boden nur auf der Basis einer ‚Zwei-Schlüssel-Regelung' stationiert werden dürfe. (Mit dieser Antwort dürfte Schumann beabsichtigt haben, das wirkliche französische Motiv –Vermeidung einer Einbindung des französischen Nuklearpotentials in die NATO – zu verschleiern." Vgl. den Drahterlaß Nr. 2732; VS-Bd. 13752 (201); B 150, Aktenkopien 1972.
Zum Gespräch zwischen Scheel und Schumann am 23. Juni 1972 vgl. auch AAPD 1972, II, Dok. 184.

27 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „ebenso wie Frankreich dies für sein eigenes Territorium hinsichtlich amerikanischer Atomwaffen beansprucht hatte."

28 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „jedenfalls hinsichtlich Großbritannien und Frankreich".

29 Die Wörter „F und GB" wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

zipiell sind, also sich mehr mit den Details der bereits beschlossenen Stationierung[30] durch uns befassen.

Bei der Interpretation des Vertrages von 1959 fällt negativ ins Gewicht, daß die USA seither mit allen anderen Verbündeten, die Streitkräfte in der Bundesrepublik unterhalten, Verträge über die Lagerung amerikanischer Atomwaffen im Bundesgebiet für den Bedarf dieser Verbündeten abgeschlossen haben, ohne je unsere Zustimmung dafür einzuholen. (Seit 1960 war es allerdings üblich, daß wir uns zumindest um rechtzeitige Unterrichtung über den Wortlaut solcher Verträge bemühten.)

Daraus muß geschlossen werden, daß die USA im Prinzip der Ansicht sein könnten, die Grundsatzentscheidung zur Duldung von amerikanischen Atomwaffen auf dem Bundesgebiet sei – wenn nicht aus Deutschlandvertrag herleitbar – jedenfalls 1957 in Paris ein für allemal gefallen.

Allerdings sind die Administration Carter und Reagan jedenfalls hinsichtlich der ER-Waffe (1977/78 und 1981) und der LRTNF-Modernisierung stets davon ausgegangen, daß die Stationierung dieser Waffen bei uns ohne deutsche Zustimmung nicht in Frage komme.

II. Bewertung

1) Vor dem unter I. geschilderten Hintergrund ist es vertretbar zu argumentieren, daß

– aus Deutschlandvertrag/Aufenthaltsvertrag sich jedenfalls heute keine Berechtigung der drei Nuklearmächte herleiten läßt, andere als konventionelle Waffen ohne unsere Zustimmung in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren; dies müsse zumindest für neuartige Waffensysteme („Qualitätssprung“) gelten;
– anderslautende frühere Rechtsansichten und Praktiken sowohl durch unsere gewachsene Souveränität[31] wie durch die Praxis der Nuklearmächte (bei den USA hinsichtlich ERW und LRTNF) überholt sind.

2) Es empfiehlt sich gleichwohl nicht, bei Erörterung der Stationierung von ERW und LRTNF ohne Not derartige Rechtsausführungen zu machen, sondern eher auf die politische Wirklichkeit abzustellen:[32]

– Zum einen wäre sonst nicht auszuschließen, daß die USA sich zu einer rechtswahrenden Erwiderung provoziert sehen würden. (Gesandter York machte mich am 21.8. auf diese Gefahr aufmerksam.)
– Zum anderen könnte dies den Einstieg in die unerwünschte Diskussion über das deutsche Zustimmungsbedürfnis zum Einsatz von Atomwaffen unnötig fördern.

30 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „als inzidenter auch mit der Vorfrage der Genehmigungsbedürftigkeit“.
Dazu vermerkte Pfeffer handschriftlich: „Vgl. S. 2 unten.“ Vgl. Anm. 18.

31 Die Wörter „unsere gewachsene Souveränität“ wurden von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „unser gewachsenes Souveränitätsbewußtsein“.

32 Zu diesem Absatz vermerkte Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich: „Das wird man sehen müssen.“

III. Empfehlung

Daher wird empfohlen, sich nach außen, wenn möglich, auf die Aussage zu beschränken, daß zwischen den USA und der Bundesregierung darüber Einigkeit besteht, daß die Stationierung von Waffensystemen wie Pershing II, Cruise Missiles und ERW deutsche Zustimmung voraussetzt.

Diese Aufzeichnung ist von Abt. 5 nicht mitgezeichnet („need to know": die Tatsache der streng geheimen Verträge ist nur Abt. 2 bekannt). Wie sich aus den Anlagen ergibt, teilen Abt. 5 und die Rechtsabteilung des BMVg die Schlußfolgerungen dieser Aufzeichnung.

Pfeffer

VS-Bd. 13752 (201)

240

Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, an das Auswärtige Amt

114-5022/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 222
Cito

Aufgabe: 26. August 1981, 09.37 Uhr[1]
Ankunft: 26. August 1981, 12.59 Uhr

Betr.: SA[2]-Militäraktionen gegen Angola;
hier: Einschätzung der Lage aus hiesiger Sicht

Bezug: 1) DB 219 vom 25.8.81 – Pol 322.00 SUA[3] –
2) DB Pretoria 120 vom 25.8.81 – Pol 322 NAM VS-NfD[4] –

Mit der Bitte um Weisung

1) Das Eindringen südafrikanischer Bodenverbände mit Panzerunterstützung und die Ausweitung der Militäraktionen aus der Luft kamen nicht überraschend.[5] Angola versuchte lange, angesichts zur Zeit in Luanda stattfindender

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau am 26. August 1981 vorgelegen.

2 Südafrika.

3 Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, berichtete: „Aus angolanischer Sicht steht ‚Angriff großen Ausmaßes', der Rückgriff auf Hilfe von dritter Seite (Art. 51 VN-Charta) rechtfertige, kurz bevor. Es wird von angolanischer Seite nicht nur von VN-Generalsekretär, sondern auch von westlichen Ländern Einwirken auf S[üd]A[frika] und öffentliche Verurteilung erwartet." Vgl. Referat 320, Bd. 127716.

4 Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, berichtete, es deute „vieles darauf hin, daß eine größere s[üd]a[frikanische] Militäroperation gegen Angola unmittelbar bevorsteht oder bereits angelaufen ist". Vgl. Referat 320, Bd. 125283.

5 Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte am 1. September 1981: „Am 23.8.1981 hat Südafrika unter Einsatz erheblicher Truppenverbände mit ausgedehnter Militäraktion auf angolanischem Gebiet begonnen. Aktion richtete sich in erster Linie gegen SWAPO und SWAPO-Basen im angolanischen Hinterland." Dabei sei es auch zu Kämpfen mit der regulären angolanischen Armee gekommen: „Kämpfe mit kubanischen Verbänden wurden nicht bekannt." Vgl. Referat 320, Bd. 127716.

Zentralafrikanischer Spiele[6] Ruhe zu bewahren. Alle Anzeichen von Süden wie von Norden deuteten jedoch auf einen Angriff der Südafrikaner hin, gleich durch welche Motivation er begründet gewesen sein mag. Ob der Aufmarsch der Südafrikaner sich nur gegen SWAPO richtete, ob er durch die Anwesenheit kubanischer Truppen auf der angolanischen Seite oder umgekehrt die Konzentration von Kubanern durch die Vorbereitung einer SA-Offensive begründet war, ist im Augenblick nicht so entscheidend. Bedrohlich wird die Lage aber dadurch, daß der bisher auf Angola und SWAPO einerseits, SA und UNITA andererseits begrenzte Konflikt zu einem Konflikt unter Beteiligung zusätzlicher Mächte werden könnte, zu einem wirklichen „Stellvertreterkrieg". Diese Perspektive hatte Innenminister Kito bereits vor einem halben Jahr aufgezeichnet (DB 31 vom 24.2.81 – Pol 381.42[7] – und Bericht 185 vom 8.4.81 – Pol 381.42 VS-NfD[8]).

Die größte Gefahr besteht darin, daß das Geschehen den Händen der angolanischen Führung, die bisher gegen östliche Widerstände in der Namibia-Initiative mit dem Westen kooperierte, völlig entgleitet.

Die Botschaft stimmt zwar nicht mit der Meinung überein, die z. B. in der portugiesischen Botschaft vertreten wird, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden nur in Moskau fällt. Gelingt es jedoch nicht, den jetzt sich ausdehnenden Konflikt einzudämmen, u. U. durch Einwirken auf Pretoria direkt oder über den Umweg Washington, dann kann dieser Fall eintreten.

Die Warnungen der Angolaner und der SWAPO, sie würden im äußersten Notfall Hilfe von Dritten beanspruchen, sind ernst zu nehmen. Von Angola wird dies mit Art. 51 VN-Charta[9] begründet, SWAPO könnte sich möglicherweise auf Notwehrrecht und „Freiheitskampf" berufen.

Die verschiedenen Appelle von angolanischer und SWAPO-Seite an uns sind ernstgemeint. Man schreibt uns wegen unserer Interessenlage nach wie vor eine „besondere Rolle" im Namibia-Konflikt zu. F traut man in diesem Zusammenhang nicht genügend Einfluß zu, GB mißtraut man wegen seinen engen verwandtschaftlichen Bindungen an US. Deshalb sind auch z. B. die ins Einzelne gehenden Hinweise von SWAPO (Garoeb) an eine Adresse gerichtet, von der man sich Hilfe erhofft.

6 Die zweiten Zentralafrikanischen Spiele fanden vom 20. bis 30. August 1981 in Luanda statt.

7 Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, berichtete, der angolanische Innenminister Kito „beschwor die Gefahr eines ‚Dritten Weltkrieges', in dem Angola, ohne es zu wollen, auf einer Seite stehen könnte […]. Er weiß sehr gut, daß Angola zu schwach ist, um Auseinandersetzung mit S[üd]A[frika] zu führen und schien deshalb vor sowjetischem und kubanischem Eingreifen warnen zu wollen. Zugleich signalisierte er deutlich Kooperationsbereitschaft mit dem Westen und versuchte den Unabhängigkeitsdrang der Angolaner herauszustellen." Vgl. VS-Bd. 11165 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Botschafter Dunker, Luanda, berichtete über ein Gespräch mit dem angolanischen Innenminister Kito, dieser habe zur Sicherheitslage Angolas erklärt: „Die MPLA-Führungsspitze richte sich jetzt darauf ein, daß Reagan-Administration trotz aller Verhandlungsbeteuerungen nichts anderes wolle, als mit Hilfe jetzt schon feststellbarer Söldner (vor allem Engländer) in den Reihen der UNITA und massiver amerikanisch-südafrikanischer logistischer Hilfe einen Teil angolanischen Gebietes für die UNITA und FNLA zurückzuerobern, um aus dieser Position der Stärke Abzug der Kubaner zu erzwingen und UNITA an angolanischer Regierung zu beteiligen. Diese Rechnung werde nicht aufgehen. Im übrigen seien die heutigen Entscheidungen der angolanischen Politik nicht von der Präsenz der Kubaner oder gar der Sowjets abhängig." Vgl. Referat 320, Bd. 127714.

9 Für den Wortlaut von Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464 f.

Die Wertung der Botschaft in DB 177 vom 7.7.81 – Pol 381.40 VS-v[10] – hat nach wie vor Gültigkeit.

2) Innenminister und Politbüromitglied Alexandre Rodrigues (Kito), Spezialist für Namibia und Sicherheitsfragen, hat seit längerem beantragten Gesprächstermin für Montag, 31.8., gewährt (noch einmal zu bestätigen). Botschaft wäre dankbar für eine Weisung[11], falls Innenminister Kito über das bisher Bekannte hinaus neue Mitteilungen gemacht werden können.

[gez.] Cuntz

VS-Bd. 11168 (320)

241

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 26. August 1981, 14.46 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 96 Ortez

Zur VN-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen (Nairobi, 10. bis 21. August 1981)

1) Auf Beschluß der 33. GV der Vereinten Nationen[2] fand nach zweijährigen Vorbereitungsarbeiten die VN-Konferenz über „New and Renewable Sources of Energy (NRSE)“ in Nairobi statt. Zu diesen Energiequellen zählen: Geothermik, Windenergie, Meeresenergie, Ölschiefer, Teersand, Solarenergie, Biomasse, Holz, Holzkohle, Wasserkraft, Torf und tierische Zugkraft. Mit Ausnahme einiger kleinerer Staaten nahmen alle VN-Mitgliedstaaten sowie als Beobachter mit Rederecht VN-Sonderorganisationen sowie fachspezifische, regionale und andere Organisationen (auch PLO) teil. Die Konferenz wurde in der EG unter aktiver deutscher Beteiligung vorbereitet, die Mitgliedstaaten der EG traten in allen Fragen geschlossen auf und wurden auf der Konferenz ausschließlich durch Präsidentschaft (GB)[3] vertreten. Die anderen westlichen Industrieländer

10 Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, wies darauf hin, „daß Angola weiterhin zu beachtlichen Zugeständnissen zur Lösung der Namibia-Frage selbst und zur konstruktiven Beeinflussung von SWAPO bereit sein dürfte, sofern nicht vom Ausland der – vorherige – Abzug der Kubaner von Angola sowie eine Verständigung MPLA – UNITA verlangt wird. Hier erkennt Angola keinen ‚Link‘ an. Mit einem von R[epublik]S[üd]A[frika] unabhängigen Namibia erhofft sich MPLA-Regierung allmählich ‚Austrocknung‘ der UNITA-‚Rebellen‘ mangels Nachschub aus Namibia und endlich Frieden im Lande. Nur dann wäre MPLA-Regierung gegebenenfalls bereit, UNITA-Angolaner friedlich in den Staatsverband zu reintegrieren.“ Vgl. VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Erl[edigt]“.

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.

2 Vgl. dazu die Resolution Nr. 33/148 der VN-Generalversammlung vom 20. Dezember 1978; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVII, S. 362 f.

3 Großbritannien übernahm am 1. Juli 1981 die EG-Ratspräsidentschaft.

richteten sich weitgehend an den Sachpositionen der EG-Staaten aus. Dieses trifft eingeschränkt auch für die USA zu.

Obwohl bei der Vorbereitung und während der Konferenz selbst bekannte Forderungen der EL aus dem Nord-Süd-Bereich (besonders Technologie- und Finanztransfer) in den Vordergrund traten, war die Konferenz grundsätzlich doch von allseitiger Kooperationsbereitschaft geprägt. Am Konferenzende stand die einvernehmliche Verabschiedung des „Aktionsprogrammes von Nairobi“[4], das den Rahmen für eine vertiefte internationale Zusammenarbeit bei den in Rede stehenden Energiequellen absteckt. Dazu gehören institutionelle und finanzielle Fragen sowie Maßnahmen zu den Bereichen Ressourcenerfassung und Energieplanung, Technologietransfer, Forschung, Entwicklung und Demonstration, Informationsausfluß, Erziehung und Ausbildung.

2) Konferenzergebnisse

a) Die im Teil für prioritäre und besondere Maßnahmen des Aktionsprogramms ausgesprochenen Empfehlungen bieten gute Ansätze für nationale, regionale und internationale Anstrengungen bei übergreifenden Aufgaben (z. B. Forschung, Entwicklung und Demonstration) sowie in Schwerpunktbereichen (z. B. rural energy). Besondere Bedeutung wird der Lösung des Feuerholzproblems beigemessen.

b) Im finanziellen Teil hielten die EL ihre ursprüngliche Forderung nach neuen Fonds und Festlegung finanzieller Ziele (targets) nicht mehr aufrecht. Die schließlich akzeptierte Formulierung zur Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel (additionality) beruht auf einem von uns entwickelten Ansatz: Zusätzlichkeit als Ergebnis weltweiter, alle Bereiche umfassender Anstrengungen, Effizienzverbesserung und Schwerpunktverschiebung in bestehenden Programmen des VN-Systems. Weiterhin empfiehlt das Aktionsprogramm, falls erforderlich, Konsultationstreffen zwischen potentiellen Gebern und interessierten Empfängerländern zu erwägen.

Die z. Zt. diskutierte Neugründung einer Energietochter der Weltbank[5] als neues Finanzierungsinstrument wurde begrüßt, lediglich die USA legten Vorbehalt ein.

c) Im institutionellen Teil besteht Einigkeit über die Einrichtung eines für alle VN-Mitgliedstaaten offenen, zwischenstaatlichen Ausschusses. Die westlichen IL befürworten den ECOSOC-Ausschuß für natürliche Hilfsquellen mit offener Mitgliedschaft. Die G 77 bestehen dagegen auf einem neuen Ausschuß. Die endgültige Entscheidung wurde der 37. GV[6] übertragen, zwischenzeitlich soll ein nach dem Muster des Vorbereitungsausschusses gebildetes Gremium entsprechende Vorschläge ausarbeiten und den sofortigen Beginn der Durchführung des Aktionsprogramms überwachen.

4 Für den Wortlaut des „Nairobi Programme of Action for the Development and Utilization of New and Renewable Sources of Energy“ vgl. UNITED NATIONS CONFERENCE ON NEW AND RENEWABLE SOURCES OF ENERGY, S. 1–36.

5 Zum Vorschlag der Gründung einer „Energiebank“ vgl. Dok. 198, Anm. 97.

6 Die 37. VN-Generalversammlung fand vom 21. September bis 21. Dezember 1982 statt und wurde vom 10. bis 13. Mai 1983 fortgesetzt.

d) Resolutionen betreffend israelischen Reaktorangriff[7], israelischen Kanalbau[8], Technologietransfer[9] und Namibia[10] wurden bei Enthaltungen der EG und aller westlichen IL angenommen. In Stimmerklärungen begründeten westliche IL ihre Enthaltungen damit, daß Resolutionen sich auf Anliegen bezogen, die nicht Gegenstand dieser Konferenz seien.

3) Bewertung (auch als Elemente in gelegentlichen Gesprächen mit Vertretern der Gastregierungen zu verwenden):

(1) Wir sind mit dem Konferenzergebnis und der im wesentlichen sachlichen Atmosphäre der Konferenz zufrieden.

(2) Ausschlaggebend dafür war die sachorientierte Vorbereitung, aber auch die auf Kooperationsbereitschaft angelegte Arbeit des Konferenzsekretärs Iglesias (Uruguay) und der G 77 mit ihrem Sprecher Pérez-Guerrero (Venezuela).

(3) Der im Aktionsprogramm niedergelegte Rahmen entspricht unseren entwicklungspolitischen Grundlinien und bestätigt die prioritäre Rolle, die wir dem Energiesektor bereits in unserer entwicklungspolitischen und wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit zugewiesen haben.

(4) Wir begrüßen, daß die Konferenz neben den Bemühungen der internationalen Gemeinschaft gleichgewichtig die Bedeutung der nationalen Anstrengungen und Verantwortung auf diesem Gebiet unterstreicht.

(5) Der Verlauf der Konferenz ist ein Beweis dafür, daß das schwierige Energiethema in den VN sinnvoll erörtert werden kann. Die Konferenz hat damit auch Signale für den Nord-Süd-Gipfel in Cancún[11] sowie die in Aussicht genommenen Globalen Verhandlungen der VN[12] gesetzt, auf dem nach unserer Auffassung Energie eines der prioritären Themen sein muß.

Boll[13]

Referat 012, Bd. 124417

7 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak“ am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.
Resolution Nr. 2 zum „Right of nations to develop and control non-fossil energy resources“ verurteilte „the Israeli aggression against Iraq's Nuclear Research“. Vgl. UNITED NATIONS CONFERENCE ON NEW AND RENEWABLE SOURCES OF ENERGY, S. 38.

8 Resolution Nr. 3 über „Aggression against natural energy resources“ verurteilte Israel „for its Mediterranean-Dead Sea Canal project as it is an aggression against legitimate national rights of the Palestinian people and their occupied land“. Vgl. UNITED NATIONS CONFERENCE ON NEW AND RENEWABLE SOURCES OF ENERGY, S. 39.

9 Entscheidung Nr. 2 zum „Right of countries to transfer of technology“ stellte fest: „The Conference agrees that it is the sovereign right of all countries, particularly the developing countries, to explore, acquire and obtain the transfer of technology relating to all kinds of new and renewable sources of energy, and to use and control it without political constraints or fear of aggression from any other State Member of the United Nations.“ Vgl. UNITED NATIONS CONFERENCE ON NEW AND RENEWABLE SOURCES OF ENERGY, S. 43.

10 In Resolution Nr. 4 über „New and renewable sources of energy in Namibia“ hieß es: „The United Nations Conference on New and Renewable Sources of Energy […] 1) Strongly condemns the plunder and illegal exploitation of Namibian energy resources by the South African regime and multinational corporations; 2) Deplores all South African military activities in Namibia and Angola which are having serious ecological consequences, thereby limiting the future capacity of the peoples of Namibia and Angola to develop to the full their potential for the new and renewable sources of energy […].“ Vgl. UNITED NATIONS CONFERENCE ON NEW AND RENEWABLE SOURCES OF ENERGY, S. 39 f.

11 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

12 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 226.

13 Paraphe.

242

Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Brundtland in Staur Gård

VS-vertraulich **28./29. August 1981**[1]

Vermerk über die Gespräche des Bundeskanzlers mit dem norwegischen Ministerpräsidenten Frau Brundtland am 28. August 1981 von 14.20 bis 17.00 Uhr und am 29. August 1981 von 9.30 bis 10.30 Uhr in Staur Gård

An den Gesprächen nahmen teil: Herr Brundtland, StS Bucher-Johannessen, AL 2[2].

Gespräch am Nachmittag des 28. August

Das Gespräch schloß an die Unterhaltung beim Mittagessen an, in deren Mittelpunkt die europäisch-amerikanischen Beziehungen standen. Der *Bundeskanzler* berichtete über seine Reise nach Saudi-Arabien[3] und das Weltwirtschaftstreffen in Montebello[4]. Er ging in dem Zusammenhang auf Fragen der Weltölversorgung ein, hob die herausragende Rolle Saudi-Arabiens als bedeutendster Ölproduzent und größter Gläubiger hervor und wies auf die sich abzeichnenden Auswirkungen der Diversifizierung der Energieversorgung und der Verminderung der Ölabhängigkeit hin. Frau *Brundtland* erläuterte die innenpolitische Bedeutung der drei miteinander verknüpften sicherheitspolitischen Problemkreise NATO-Doppelbeschluß, Neutronenwaffe, kernwaffenfreie Zone Nordeuropa (KWFZ)[5].

Neutronenwaffe

Bundeskanzler merkt zur amerikanischen Produktionsentscheidung[6] an, daß es sich im Grunde nicht um eine neue Entscheidung, sondern nur um eine öffentliche Bekanntmachung dessen handelt, was bereits unter Carter mit der Produktion der Einzelteile entschieden war. Er bewertet die offensichtlich von Weinberger betriebene Veröffentlichung der Entscheidung im wesentlichen als einen weiteren Schritt in der psychologischen Auseinandersetzung zwischen den USA und der SU.

Auf den Hinweis, daß seine Stellungnahmen im Gespräch mit Nowottny und Appel in Skandinavien[7] als Befürwortung der Neutronenwaffe in der skandi-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 31. August 1981 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau mit dem Hinweis übermittelt, daß sie von Bundeskanzler Schmidt noch nicht genehmigt sei.
Hat Wallau am 1. September 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Otto von der Gablentz.

3 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 117–119.

4 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

5 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Juni 1981 für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 183, Anm. 9.

6 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

7 Botschafter Balser, Oslo, informierte am 31. August 1981, die norwegische Nachrichtenagentur

navischen Presse präsentiert worden seien, erläutert er noch einmal seine Position:

1) Er sieht keine Notwendigkeit, die Schlußfolgerungen zu ändern oder zu ergänzen, die die Bundesregierung 1978 nach einer intensiven Prüfung gezogen hat:

– Die Entscheidung über die Produktion der Neutronenwaffe muß den Nuklearstaaten überlassen bleiben. Die Deutschen möchten weder daran teilnehmen noch einen solchen Eindruck erwecken.
– Nach einer etwaigen Produktionsentscheidung sollte die Frage der ER-Waffen[8] in die Rüstungsbegrenzungsverhandlungen zwischen Ost und West eingeführt werden.
– Die Bundesregierung würde die Frage einer Stationierung auf der Grundlage einer einstimmigen Bündnisentscheidung erwägen, wenn die Rüstungsbegrenzungsverhandlungen kein Ergebnis bringen und ER-Waffen auch in anderen nicht-nuklearen Bündnisländern stationiert würden.

Er fügt aus der Sicht von 1981 hinzu, daß er gegenwärtig keine Notwendigkeit für die Stationierung von ER-Waffen in Europa sieht.

Der Gedanke einer Einführung von ER-Waffen geht auf Brzezinski und Brown zurück. Die Bundesregierung hat den Gedanken zögernd akzeptiert, nur um zu erfahren, daß Carter seine Meinung drei Tage vor der geplanten NATO-Entscheidung änderte.[9] Die USA blieben dann auch nach dem Besuch BM Genschers[10] dabei, die Entscheidung zu verschieben, beschlossen aber gleichzeitig die Produktion von Teilen.

ER-Waffen sind in ihrer Wirkung nicht ganz so zerstörerisch wie andere Nuklearwaffen. Wie fast alle Waffen können sie sowohl zur Verteidigung wie zum Angriff benutzt werden. Ihre Einführung ist ein weiterer technologischer Schritt im Rüstungswettlauf, den die Sowjetunion sicherlich auch nachvollziehen wird, wenn sie es nicht bereits getan hat. Sie haben keine besondere moralische Qualität, können aber dazu beitragen, die Nuklearschwelle zu senken.

Er erläutert auf Fragen von Frau Brundtland, daß die Gefahr einer Senkung der Nuklearschwelle in den letzten Jahrzehnten ständig gewachsen sei und weiter wachsen werde. Zu Beginn der 50er Jahre habe das amerikanische Nuklearmonopol den amerikanischen Gedanken eines nuklearen Stolperdrahts – nukleare Antwort auf einen Angriff durch die weit überlegenen konventionellen Kräfte der Sowjets – gerechtfertigt. Als man erkennen mußte, daß eine rein nukleare Antwort nicht mehr glaubwürdig sei, mußte man die Deutschen wiederbewaffnen, um Soldaten in Mitteleuropa zu haben. Er sieht die Gefahr, daß die noch gültige strategische Doktrin, nach der auch ein konventioneller Angriff mit Nuklearwaffen beantwortet werden kann, langsam in den Hintergrund treten wird. Notwendig sind daher nicht so sehr „kapitalistische“ Taktiken der Ant-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1262

NTB habe im Vorfeld des Besuchs von Bundeskanzler Schmidt berichtet, daß dieser in einem Interview mit den Fernsehjournalisten Appel und Nowottny seine „Zustimmung“ zur Neutronenwaffe bekundet habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 211; Referat 204, Bd. 123333.

8 Enhanced Radiation-Waffen.

9 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 12, Anm. 23.

10 Bundesminister Genscher hielt sich am 4. April 1978 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 95–97 und Dok. 99–102.

wort mit immer höher entwickelten Waffen als vielmehr Soldaten, Motivation, Ausbildung und erst dann ihre Ausrüstung mit Waffen. Die eigentliche Schwäche der USA besteht darin, daß ihr noch der Mut zur Wiedereinführung der Wehrpflicht[11] fehlt. Sie ist bereits overcommitted im Verhältnis zu Zahl und Qualität ihrer Soldaten. Die Rapid Deployment Force[12] macht wenig Sinn, wenn die USA nicht mehr Soldaten aufstellen können.

Auf Frage von Frau Brundtland erläutert er, daß er bereits 1979 seine politische Zukunft mit der Zustimmung seiner Partei zum Doppelbeschluß der NATO verbunden hat.[13] Auf Frau Brundtlands Feststellung, daß die amerikanische Neutronenentscheidung die ohnehin schwierige Diskussion über LRTNF wesentlich erschwert habe, meint er, daß die USA mit ihrer Entscheidung den Leuten neuen Aufwind gegeben habe, die aus einer im Grunde pessimistischen Lebensanschauung heraus immer neue Gefahren an die Wand malen.

Er wird seinerseits seinen ganzen Einfluß nutzen, um auf sinnvolle und ernsthafte Rüstungsbegrenzungsverhandlungen der beiden Großmächte zu drängen. Sein Einfluß in Washington hängt natürlich auch von der inneren politischen Lage in Deutschland ab und dem Zusammenhalt der Koalition. Im Herbst wird die Lage voraussichtlich stabiler aussehen, als dies heute den Anschein habe. Er wird sicherlich die größten Anstrengungen unternehmen und hat daher seine politische Zukunft mit der Durchführung beider Teile des Doppelbeschlusses verknüpft.[14] Er wird nicht so schnell aufgeben. Die große Schwierigkeit besteht darin, einerseits über jeden Verdacht erhaben zu sein, Moskau nachzugeben, und andererseits sein eigenes Land und die nicht-nuklearen Staaten Europas nicht jeder Art amerikanischer Politik ausliefern zu können.

Kernwaffenfreie Zone

Bundeskanzler erläutert auf Frage von Frau Brundtland seine Haltung. Militärisch und strategisch sieht er nicht, welche zusätzliche Sicherheit die Skandinavier sich von einer KWFZ versprechen können. Sie bleiben unter sowjetischem Druck mit militärischen Mitteln, wenn nicht die Sowjetunion ein gleichwertiges Gebiet in eine KWFZ einbringt und glaubwürdige Garantien abgibt, daß sie niemals Nuklearwaffen aus anderen Teilen der Sowjetunion gegen skandinavische Länder einsetzen wird. Eine mit der SU vereinbarte KWFZ wird überdies die skandinavischen NATO-Mitglieder ihren NATO-Partnern entfremden und damit deren Bereitschaft mindern, ihnen im Ernstfall beizustehen.

Diese strategischen Folgen sind von der Sowjetunion sicherlich beabsichtigt. Sie wird kaum bereit sein, die oben genannten Bedingungen zu erfüllen. Für

11 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

12 Zur „Rapid Deployment Force" vgl. Dok. 55.

13 In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt habe vor dem SPD-Parteirat in Berlin (West) am 3. Dezember 1979 im Zusammenhang mit der Modernisierung der Mittelstreckensysteme auf einem „rüstungsfreundlichen Votum" bestanden und ein „west-östliches Gleichgewicht der Vernichtungswaffen" als Voraussetzung für die Entspannungspolitik bezeichnet: „Nachdem er sich hierauf festgelegt hat, ist es nicht übertrieben, wenn Schmidt prophezeit, daß eine Zustimmungsverweigerung durch den Parteitag sofort eine Regierungskrise in Bonn bewirken würde, deren Folgen er als Kanzler dann nicht zu tragen bereit sei." Vgl. den Artikel „Der Kanzler zeigt Profil als Kämpfer"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 5. Dezember 1979, S. 3.

14 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 16. Mai 1981 in Recklinghausen bzw. am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen; Dok. 153, Anm. 35.

sie ist der Gedanke der KWFZ vielmehr eine Propagandawaffe zur inneren Schwächung der Atlantischen Allianz. Die skandinavischen Länder haben die Chance, den Spieß umzudrehen und die Sowjetunion zu fragen, ob sie ein gleichwertiges Territorium in eine KWFZ einbeziehen will und was sie auch in ihrem eigenen Territorium mit den Nuklearwaffen zu tun gedenkt, die die skandinavischen Länder erreichen können.

Unter dem Gesichtspunkt der deutschen Interessen ist er gegen eine KWFZ. Sie könnte Deutschland als den wesentlichen Träger von Nuklearwaffen in Europa isolieren, was weder das deutsche Volk noch irgendeine deutsche Regierung auf Dauer akzeptieren kann. Überdies öffnet die Diskussion über eine KWFZ der „Friedensbewegung" in Deutschland eine neue Spielwiese. Was wäre die NATO mit einer nuklearwaffenfreien Zone in Deutschland? Der Neutralismus würde sich auf ganz Westeuropa ausdehnen, wenn alle Nuklearwaffen auf Frankreich oder Großbritannien konzentriert oder gegen den Willen der Deutschen in Deutschland stationiert würden.

Da Frau Brundtland die Diskussion über eine KWFZ nicht vermeiden kann, möchte er, falls sie zustimmt, vor der Presse[15] folgende Argumente benutzen:

– Die Sicherheit Norwegens hängt ebenso wie die Deutschlands von der Allianz ab. Kein Allianzmitglied ist frei, separat mit der SU über Dinge zu sprechen oder zu verhandeln, die in den Zuständigkeitsbereich der Allianz fallen.
– Was ist die sowjetische Gegenleistung bei der Einbeziehung eigenen Territoriums? Was tut die SU mit den Raketen, die Skandinavien erreichen? Oder will die SU lediglich Staaten außerhalb ihres eigenen Bündnisbereichs in eine KWFZ einbeziehen?

Frau *Brundtland* betont, daß sie diese Argumente bereits benutzt hat. Die Einbeziehung eines gleichwertigen sowjetischen Gebiets hilft im übrigen nicht gegen die SS-20, die weiter östlich in der Sowjetunion stationiert sind. Sie kann aber den Gedanken einer KWFZ nicht grundsätzlich ablehnen, da er von allen norwegischen Parteien im Grundsatz bejaht wird. Um die politische Diskussion einzugrenzen, besteht sie darauf, daß über eine KWFZ innerhalb der Allianz beraten werden muß und daß den TNF-Verhandlungen Priorität zukommt.

Die Entscheidung über die Neutronenbombe hat die Diskussion wieder aufgewühlt, die sich gerade beruhigte. Die norwegische Regierung hat sich – wie 1978 im Konsens mit allen anderen politischen Parteien und mit Dänemark – gegen die Produktion der Neutronenwaffe ausgesprochen. Diese Haltung entspricht dem faktisch nuklearfreien Status Norwegens. Im Juli ging die Diskussion darum, daß Norwegen nicht ohne NATO-Beratung über eine KWFZ diskutieren solle. Frydenlund wurde in dieser Frage in Washington[16] sehr hart angenommen[17]. Kurz darauf traf die USA die Produktionsentscheidung über die Neutronenwaffe, ohne ihrerseits Konsultationen mit den NATO-Partnern zu

15 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt vor der Presse vgl. den Artikel „Kanzler warnt Europa vor absurder Angst"; DIE WELT vom 31. August 1981, S. 4.
16 Der norwegische Außenminister Frydenlund hielt sich am 14. Juli 1981 in den USA auf.
17 So in der Vorlage.

führen. Das führt zu einer wachsenden Entfremdung der norwegischen Öffentlichkeit von den USA.

Bundeskanzler meint, daß die USA aus diesem Vorgang ihre Lehren ziehen sollten. Er sieht Anzeichen dafür, daß die drei Nuklearstaaten in der NATO enger zusammenrücken und sich in den Nicht-Nuklearstaaten eine allgemeine Angst ausbreitet, die auf dem Gefühl beruht, im Falle eines Nuklearkrieges im eigenen Land nicht mitsprechen zu können. Es ist eine traurige Entwicklung, wenn man heute feststellen muß, daß wegen psychologischer Fehler zweier amerikanischer Regierungen zum ersten Mal seit Jahrzehnten die sowjetische Propaganda politische Erfolge in Westeuropa erzielt.

Zusammenarbeit in Westeuropa

Frau *Brundtland* fragt nach der Entwicklung der EPZ und nach BM Genschers Vorschlägen für ihre Verstärkung und für eine Europäische Union.[18]

Bundeskanzler hält die von BM Genscher und seinen Kollegen erreichte effiziente außenpolitische Zusammenarbeit in der EPZ für eine der wichtigsten Entwicklungen der Europapolitik. Damit Norwegen und Österreich nicht vom dauernden Informationsfluß unter den EG-Staaten abgeschnitten werden[19], bemüht sich die Bundesregierung ebenso wie er selbst um einen möglichst häufigen außenpolitischen Gedankenaustausch mit diesen Ländern. Gerade weil er der politischen Zusammenarbeit in Europa besondere Bedeutung beimißt, ist er skeptisch gegenüber Vorschlägen für ihre Institutionalisierung, da er fruchtlose Diskussionen über institutionelle Fragen fürchtet.

Er hat das Gefühl, daß sich, ausgehend von der Nuklearfrage und sich ausbreitend auf das ganze Feld der Strategie und Sicherheitspolitik, unter den Nuklearstaaten der Allianz eine gegenseitige Verständigung anbahnt, die enger ist als je seit der Kuba-Raketenkrise[20]. Das mag etwas mit Mitterrand zu tun haben, der die Kommunisten in die Regierung aufgenommen hat[21], um ihren innenpolitischen Einfluß zu reduzieren, und nun um so mehr auf eine antisowjetische Linie und eine enge Allianz mit den USA Wert legen muß. Ob Mitterrand ein noch besserer Verbündeter der USA werden wird als Giscard, der sei-

18 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart; Dok. 2.
Bundesminister Genscher veröffentlichte am 13. August 1981 in seiner Eigenschaft als FDP-Vorsitzender im Pressedienst der FDP eine neue Europa-Initiative mit dem Titel „Europäische Union – jetzt“, mit der er an den Vorstoß vom Januar 1981 anknüpfte: „Heute besteht in Europa ein Nachholbedarf an politischer Einigung: Die Zehner-Gemeinschaft verfügt in ihrer gegenwärtigen Verbindung von über- und zwischenstaatlichen Elementen über kein kohärentes und umfassendes Instrumentarium, um den großen Herausforderungen unserer Zeit […] ausreichend begegnen zu können.“ Genscher forderte daher ein „einheitliches politisches Leitungszentrum“ bei einer „Koppelung föderaler und konföderaler Elemente […]. Europäische Gemeinschaft, Europäische Politische Zusammenarbeit und Europäischer Rat werden in eine neue vertragliche Form gegossen oder politisch verbindlich in einer Akte zusammengefaßt […].“ Außerdem „sollte ernsthaft erwogen werden, einen Rat für sicherheitspolitische Fragen sowie einen Rat für kulturelle Zusammenarbeit zu schaffen. […] Als weitere Ziele der Europäischen Union kommen in Frage: eine Harmonisierung und Vereinheitlichung der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten sowie eine Abstimmung in Fragen der inneren Sicherheit. […] Die Befugnisse des Europäischen Parlaments müssen verstärkt berücksichtigt und entwickelt werden.“ Vgl. Referat 013, Bd. 179043.

19 Korrigiert aus: „wird“.

20 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 198, Anm. 61.

21 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 208, Anm. 22.

nerseits der beste Verbündete der USA in Frankreich seit dem Kriege war, wird von der Entwicklung der persönlichen Beziehungen zwischen Mitterrand und Reagan abhängen. Ein weiterer Anreiz für Mitterrand zur Zusammenarbeit mit Reagan liegt in ihrer gemeinsamen Präferenz für Israel. Die größten Differenzen wird es auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik geben. Es wird Mitterrand kaum gelingen, Frankreich von oben bis unten umzustülpen. Mit ihrer Verstaatlichungspolitik schafft sich die neue französische Regierung nur noch zusätzliche Probleme.[22]

Die deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich nach Amtsantritt Mitterrands gut angelassen. Ihre eigentliche Bewährung wird kommen, falls eines Tages ein sozialistischer Präsident einem konservativen Bundeskanzler gegenüberstehen sollte. Eine offene Frage für alle Europäer bleibt die künftige Rolle Großbritanniens. Er betont auf Frage, daß er nicht erwartet, daß PM Thatcher mit Problemen wie drei Millionen Arbeitslosen fertigwerden wird, die im Grunde durch überholte Vorstellungen von Gewerkschaften und Unternehmern geschaffen worden sind.

Ost-West-Beziehungen und Skandinavien

Frau *Brundtland* erläutert auf Fragen des Bundeskanzlers, daß Kultusminister Førde sich in Moskau vor allem nach der Begegnung Brandt/Breschnew[23] einem Gespräch über die KWFZ nicht entziehen konnte. Sie wird wohl auch bei einem bevorstehenden Besuch des sowjetischen Kultusministers[24] in Norwegen eine gewisse Rolle spielen. Norwegen wird aber dafür sorgen, sich nicht in Separatverhandlungen mit der Sowjetunion hineinziehen zu lassen.

Sie stimmt der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß die SU den Gedanken weiterverfolgen und auf den verschiedensten Wegen die öffentliche Diskussion hierüber am Leben erhalten wird.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob sich die Finnen jemals dafür entschuldigt haben, daß sie sich in dieser Frage zum Werkzeug sowjetischer Propaganda gemacht haben, meint sie, daß das indirekt geschehen sei. Im Gespräch mit Koivisto[25] hat sie das klare Gefühl gehabt, daß er ihr im Grunde zustimmt. Auf weitere Frage des Bundeskanzlers betont sie, daß der Gedanke des „nordischen Gleichgewichts" nicht nur gelegentlich dazu führt, daß skandinavische Politiker manchmal anders sprechen als ihre westlichen Partner, sondern vor allem von Norwegen und Dänemark dazu genutzt wird, einen allzu großen sowjetischen Druck von Finnland abzuwenden. Die Finnen zeigen ganz deutlich, daß sie nach gewissen Dingen nicht gefragt werden wollen und auch nicht möchten, daß man gewissen finnischen Erklärungen eine zu große Bedeutung beimißt.

22 Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 8. Juli 1981, Ministerpräsident Mauroy habe im wirtschaftspolitischen Teil seiner Regierungserklärung vom selben Tag die Verstaatlichung verschiedener Unternehmen angekündigt. Dies betreffe vor allem die Banken, aber auch weitere Unternehmen aus den Bereichen Rüstungsindustrie, Stahlindustrie, Energie und chemischer Industrie. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1248; Referat 202, Bd. 140660.

23 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

24 Pjotr Nilowitsch Demitschew.

25 Ministerpräsidentin Brundtland hielt sich am 1. Juni 1981 in Finnland auf.

Nord-Süd-Fragen

Bundeskanzler erläutert auf Fragen den Stand der Vorbereitungen für Cancún[26]. Er begrüßt die Gelegenheit für ein informelles Gespräch der Regierungschefs und äußert sich zurückhaltend gegenüber konkreten Ergebnissen der Gespräche.

Sowjetunion

Bundeskanzler gibt auf Frage Frau Brundtlands seine Eindrücke vom politischen Willensbildungsprozeß und der Entwicklung in der SU wieder. Während man aus dem schnellen Wechsel der politischen Führung schließen kann, daß die amerikanische Öffentlichkeit den politischen Wechsel der Kontinuität, der Vorhersehbarkeit und der Effizienz vorzieht, ist schwer festzustellen, was die sowjetische Öffentlichkeit fordert. Breschnew ist im Gespräch mehrfach auf die Schwierigkeiten zu sprechen gekommen, die die Vorbereitung von Entscheidungen des Politbüros bereitet. Er meinte sogar, der Bundeskanzler sei in Bonn weit mächtiger als er selbst in Moskau. Er hat daher Breschnew vor seinem Moskau-Besuch 1980[27] gebeten, mit den Mitgliedern des Politbüros zusammenzutreffen. Er hat zwölf der 16 Mitglieder kennengelernt. Sie haben z. B. auf die sehr offene Tischrede des Bundeskanzlers[28] verschieden reagiert. Suslow legte empört den Kopfhörer beiseite. Breschnew hielt ein Treffen des Politbüros für erforderlich, bevor er am nächsten Morgen der deutschen Delegation die sowjetische Bereitschaft zu LRTNF-Verhandlungen mitteilte.

Wenn Breschnew und seine engen Freunde abtreten, werden andere folgen. Es wird wieder schwer werden zu sagen, was sie wirklich antreibt. Sicherlich werden sie mit enormen Wirtschafts- und Strukturproblemen zu kämpfen haben. Aber ihre schwersten Probleme werden z. B. die hohe Geburtsrate der asiatischen Völker der SU sein und der Druck der Chinesen. Erst in zweiter Linie folgen dann die internen Wirtschaftsprobleme und erst danach die Außenpolitik. Wahrscheinlich werden die neuen Führer in der Sowjetunion von internationalen Dingen noch weniger verstehen als neu antretende amerikanische Regierungen. Sie werden sich auch nicht immer auf das „lebende Archiv" Gromyko verlassen können. Wir müssen daher damit rechnen, daß die SU für ihre internationale Umwelt eher gefährlicher sein wird als bisher, weil Leute ohne internationale Erfahrung an die Spitze kommen.

Auf Hinweis Frau Brundtlands auf Kennans Thesen über eine gewisse moralische Unruhe auch in der SU betont er, daß es immerhin bemerkenswert ist, daß die SU trotz aller ihrer inneren Schwächen zunächst die geopolitische Arrondierung in Afghanistan durchgesetzt und die Stellung der USA in Westeuropa wirksam geschwächt hat.

Ohne Afghanistan hätte man mit einer offenen sowjetischen Intervention in Polen rechnen müssen. Das scheint die SU zur Zeit nicht anzustreben, hält sich aber alle verschiedenen Möglichkeiten der Intervention weiterhin offen.

26 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

27 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

28 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 30. Juni 1980 in Moskau vgl. BULLETIN 1980, S. 661–664.

Es hat den Anschein, daß die forcierte Aufrüstung der SU nicht im einzelnen von Breschnew kontrolliert werden konnte. Sie scheint das Werk der Militärs und der Ideologen zu sein, unter denen Suslow – er wirkt wie ein asketischer Ordenspriester – eine besondere Rolle spielt.

Fortsetzung des Gesprächs am 29. August von 9.20 bis 10.30 Uhr

Deutsch-norwegische bilaterale Zusammenarbeit

Das Gespräch wurde auf Grundlage eines kurzen Berichts von AL 2 und Bucher-Johannessen über die teilweise unterschiedliche Bewertung des Standes der Zusammenarbeit durch die zuständigen Regierungsstellen in beiden Ländern geführt.

1) Energiepolitische Zusammenarbeit

Frau *Brundtland* erläutert, daß die Vergabe von Konzessionen zur Ölexploration[29] intensiv im norwegischen Kabinett beraten werde. Dabei entscheiden die Norweger auch nach dem Maßstab, ob die Ölgesellschaften fähig sind, neue Technologie einzubringen. Nach norwegischem Eindruck ist DEMINEX dabei angemessen berücksichtigt worden. Das Konzept der Norweger ist, ihre Energievorräte zu nutzen, um ihre technologische und industrielle Basis zu erweitern.

Bundeskanzler unterstreicht nachdrücklich sein großes Interesse, den Norwegern beim Aufbau ihrer technologischen und industriellen Basis nach Möglichkeit zu helfen. Er setzt sich aus politischen Gründen für eine Entwicklung, Erweiterung und Vertiefung der deutsch-norwegischen Zusammenarbeit ein.

Im Falle der DEMINEX, die nach deutschem Eindruck bei der Konzessionsvergabe nicht zufriedenstellend berücksichtigt wurde, rät er zu einem direkten Kontakt zwischen der norwegischen Regierung und dem VEBA-Chef von Bennigsen-Foerder. Nur die VEBA verfügt über die ganze Breite der wirtschaftlichen Möglichkeiten, an denen Norwegen interessiert ist.

Bundeskanzler und Frau *Brundtland* vereinbaren direkte Gespräche zwischen Herrn von Bennigsen-Foerder und dem norwegischen Industrieminister Finn Kristensen.

2) Technologische Zusammenarbeit

Bundeskanzler sagt zu, BM von Bülow für seine Gespräche in Norwegen[30] im November über die norwegische Sorge zu unterrichten, daß sich die Verwirklichung der von der gemeinsamen Arbeitsgruppe identifizierten Projekte an den

29 Der Staatssekretär im norwegischen Öl- und Energieministerium, Norvik, hielt sich am 28./29. Juli 1981 in der Bundesrepublik auf. In einem Gespräch Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, am 29. Juli 1981 erklärte er: „Aus Gründen der deutsch-norwegischen Wirtschaftskooperation wolle Norwegen auch deutsche Ölgesellschaften beteiligen. DEMINEX, die man vom reinen Ölaspekt her nicht brauchte, habe deshalb mit die meisten Konzessionen erhalten. Mit der deutsch-norwegischen Industrie- und Forschungszusammenarbeit sei man ‚reasonably satisfied', mehr Fortschritt sei wünschenswert. 5 % Beteiligung für DEMINEX in der sechsten Runde sei deshalb ‚fair', auch im Vergleich zu anderen Gesellschaften. Man würde D[EMINE]X auch künftig gern mehr geben, wenn Fortschritte in der Kooperation dies rechtfertigten." Würzen erwiderte darauf: „Die norwegische Seite sollte VEBA/DEMINEX überzeugen, daß 5 % für die Zukunft nicht das letzte Wort sei. DX sei unsere einzige nationale Ölgesellschaft, VEBA das größte deutsche Unternehmen, das eng verbunden sei mit 30 bis 40 Großfirmen, die wir für die Industriekooperation brauchten. Enttäuschung würde auf diese durchschlagen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 420; Bd. 129952.

30 Bundesminister von Bülow traf den norwegischen Industrieminister Bratz am 9. November 1981 in Norwegen.

deutschen Haushaltskürzungen stoßen könnte. Er erläutert, daß der BMFT seine Entscheidungen nach den anstehenden Haushaltsberatungen im Kabinett fällen wird.

3) Industrielle Zusammenarbeit

Bundeskanzler erläutert die begrenzten Einwirkungsmöglichkeiten der Bundesregierung in diesem Bereich. Der Workshop vom Januar 1981 hat aber auch das große Interesse der deutschen Industriekreise an der Zusammenarbeit gezeigt.

4) Rüstungskooperation

Der Bundeskanzler legt angesichts verschiedener Pressespekulationen dar, daß BM Apel an der Vereinbarung im Bereich des U-Boot-Baus[31] festhalten wird, die er wesentlich auch aus politischen Gründen abgeschlossen hat. Die deutsche Seite erwartet natürlich auch eine fristgerechte Einhaltung der norwegischen Verpflichtungen.

Er betont abschließend noch einmal die große politische Bedeutung der bilateralen Kooperation in diesen vier Bereichen. Er wird die zuständigen Minister in der nächsten Kabinettssitzung bitten, mit ihren norwegischen Kollegen ständigen Kontakt zu halten.

Innerdeutsche Beziehungen

Bundeskanzler betont, daß es bisher noch nicht zu einem Besuchsaustausch zwischen ihm und Honecker gekommen ist. Sein Besuch in der DDR war zweimal geplant. Anfang 1980 wurde er von Honecker wegen Afghanistan und den Auswirkungen auf das Ost-West-Verhältnis verschoben.[32] 1980[33] hatte Honecker nach dem Besuch des Bundeskanzlers in Moskau grünes Licht für einen Bundeskanzler-Besuch erhalten. Diesmal mußte der Bundeskanzler ihn wegen der Ereignisse in Polen verschieben.[34] Wir haben jetzt, ohne viel darüber zu reden,

31 Am 27. März 1979 unterzeichneten die Bundesrepublik und Norwegen ein Abkommen über Rüstungszusammenarbeit, welches auch Industriezusammenarbeit beim U-Boot-Bau vorsah. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 30. Juli 1980; Referat 422, Bd. 124236.
Am 27. August 1981 wurde in der Presse berichtet: „Nachdem sich der ursprüngliche Plan zerschlagen hat, ein gemeinsames Boot für die 90er Jahre als Ersatz für die dann veralteten Typen 206 einzuführen, möchte Norwegen nun acht U-Boote der Klasse 210 in der Bundesrepublik bauen lassen. Dafür aber will Oslo die von der deutschen Firma ‚Krupp-Atlas' entwickelte Technologie für ein Führungs- und Waffeneinsatzsystem erhalten, was Bonn auch zugesagt hat. Die Bundesregierung erhofft sich im Gegenzug Schürfrechte im norwegischen Nordsee-Ölgebiet. Während die deutsche Industrie das Führungssystem praktisch ‚aus dem Stand heraus' bauen könnte, gerät der für die Kooperation vorgesehene norwegische Staatskonzern ‚Kongsberg Waffenfabrik' immer mehr in Zeitverzug. In Oslo sprach man von 18 Monaten Verzögerung, in deutschen Fachkreisen inzwischen sogar von 50. Das würde das Projekt enorm verteuern. Eine für den Frühsommer dieses Jahres geplante Regierungsvereinbarung mußte daher bereits verschoben werden." Vgl. den Artikel „Kanzler Schmidt auf Nordland-Reise"; KIELER NACHRICHTEN vom 27. August 1981, S. 4.

32 Vortragender Legationsrat I. Klasse Ellerkmann informierte am 1. Februar 1980, das für Anfang 1980 ins Auge gefaßte Arbeitstreffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, sei einvernehmlich auf einen späteren Termin im selben Jahr verschoben worden: „Die DDR-Regierung hat die Bundesregierung wissen lassen, daß sie in Anbetracht der gegenwärtigen internationalen Lage davon absehen möchte, den Termin für das Treffen jetzt festzulegen." Vgl. den Runderlaß Nr. 10; Referat 012, Bd. 115729.

33 Korrigiert aus: „1981".

34 Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

ein drittes Mal die Vorbereitung für einen solchen Besuch aufgenommen.[35] Der Besuch wird wohl keine sehr greifbaren Ergebnisse bringen, da wir die allgemeine Lage in Zentraleuropa nicht ändern können. Als einziges Ergebnis kann man sich eine gewisse Verbesserung des Klimas versprechen.

Er hofft, daß unsere Freunde in Europa ihre eventuell geplanten Besuche in der DDR bis nach dem ersten Treffen der deutschen Regierungschefs verschieben werden.

Die Entwicklung in Polen hat die DDR erschreckt. Einmal wirtschaftlich, da sie finanzielle Opfer für Polen bringen muß, und zum anderen muß sie den Bazillus der Freiheit fürchten. Ihr politischer Manövrierraum ist weit begrenzter als der ihrer Kollegen in anderen osteuropäischen Staaten. Ohne die 250 000 Mann sowjetischer Truppen gäbe es in Ost-Berlin keine kommunistische Herrschaft. Mit ihrer Hilfe allerdings fällt es Ost-Berlin leicht, unter den im Verhältnis zu den Polen viel disziplinierteren Deutschen die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die politische Führung der DDR kennt ihre Schwächen und zeigt daher klare Anzeichen von Minderwertigkeitskomplexen. Sie möchte ihr internationales Standing durch Besuchsdiplomatie verbessern. Einen gewissen Erfolg scheint Honecker in Tokio[36] erzielt zu haben. Man darf nicht verkennen, daß in der DDR Sozialdemokraten, wenn sie zu ihren Überzeugungen stehen, mit Gefängnis rechnen müssen. Außerdem ist nicht recht einzusehen, was westliche Staaten durch einen Besuchsaustausch mit der DDR gewinnen könnten. Nach kommunistischen Maßstäben ist die wirtschaftliche Leistung der DDR beachtlich. Falls Mittag eines Tages nach Norwegen kommen möchte, so lohnt es sich, mit ihm zu sprechen. Das gilt nicht für Propagandisten vom Schlage Axen.

Frau *Brundtland* berichtet, daß sie sich bereits als stellvertretende Vorsitzende ihrer Partei gegenüber Besuchseinladungen der DDR sehr zurückgehalten hat. Die norwegische Regierung wird keinen Besuch ihres Regierungschefs vor einem Treffen des Bundeskanzlers mit Honecker erwägen.

Umweltfragen

Bundeskanzler erläutert unsere Maßnahmen zur Begrenzung der Schwefeldioxydemissionen, die allerdings nur wenig zu den sauren Niederschlägen in Norwegen beitragen: strikte Richtlinien für unsere konventionellen Kraftwerke, Unterzeichnung der ECE-Konvention[37], für die Einleitung des Ratifizierungsverfahrens für Oktober 1981 geplant ist.

Frau *Brundtland* erläutert ihren Anteil als Umweltministerin[38] beim Zustandekommen der ECE-Konvention und begrüßt den deutschen Beitritt.

VS-Bd. 14093 (010)

35 Vgl. dazu das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 24. Juli 1981 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker; BONN UND OST-BERLIN, S. 580 f. Vgl. dazu ferner Dok. 244.
Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

36 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vom 26. bis 31. Mai 1981 in Japan vgl. Dok. 164, Anm. 18.

37 Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 374–382.

38 Gro Harlem Brundtland war von 1974 bis 1979 norwegische Umweltministerin.

243

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen auf Schloß Marienborg

VS-vertraulich **29. August 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem dänischen Ministerpräsidenten Jørgensen am 29. August 1981 in Schloß Marienborg von 15.15 bis 17.20 Uhr

Bundeskanzler gibt in einer einleitenden Bemerkung eine positive Bewertung seiner Gespräche in Norwegen.[2] Frau Brundtland habe den Eindruck einer vernünftigen, realistischen und zuverlässigen Politikerin hinterlassen. Wenn die Wahlen[3] zu einem Regierungswechsel führen, sei insgesamt kein wesentlicher Wandel der norwegischen Außen- und Sicherheitspolitik zu erwarten. (*Jørgensen*: Außen- und Sicherheitspolitik würde gleichbleiben.)

Kernwaffenfreie Zone[4]

Bundeskanzler betont auf Frage Jørgensens, daß Frau Brundtland in dieser Frage vernünftig und realistisch denkt. Aber in ihrer Partei gibt es gewisse Illusionen. Er hat im Gespräch in Norwegen betont:

– Die Deutschen können an einer KWFZ um sie herum nicht interessiert sein. Deutschland würde dann leicht zum einzigen Kernwaffenträger.
– Bündnissolidarität verlangt, daß in dieser Frage kein Bündnispartner separat mit den Russen verhandeln kann.
– Die Sowjets sollten gefragt werden, welches gleichwertige Territorium sie einbringen und was sie mit eurostrategischen Waffen zu tun gedenken, die skandinavischen Boden erreichen können.
– Die Nichtnuklearstaaten unter den Unterzeichnern des NV-Vertrags[5] haben einen Rechtsanspruch gegenüber den Nuklearmächten auf Verringerung der Atomwaffen. Supermächte wie die SU haben daher kein Recht, von anderen Staaten, die keinerlei Absicht haben, Atomwaffen zu erwerben, einseitig belastende Maßnahmen gegen Atomwaffen zu ergreifen.[6] Sie sollten statt dessen lieber ihre eigene Verpflichtung einhalten.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 31. August 1981 gefertigt und am folgenden Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Wallau mit dem Hinweis übermittelt, daß sie von Bundeskanzler Schmidt noch nicht genehmigt sei.
Hat Wallau am 1. September 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsidentin Brundtland am 28./29. August 1981 in Staur Gård vgl. Dok. 242.

3 Die Parlamentswahlen in Norwegen fanden am 14. September 1981 statt. Am 14. Oktober 1981 übernahm Kåre Willoch das Amt des Ministerpräsidenten.

4 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Juni 1981 für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 183, Anm. 9.

5 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

6 So in der Vorlage.

Jørgensen betont, daß er sich wie auch Frau Brundtland der öffentlichen Diskussion dieser Frage stellen muß. Er stimmt mit Frau Brundtland darin überein, daß man sie in einem weiteren europäischen Zusammenhang sehen muß.

Verteidigungsbeitrag

Bundeskanzler erläutert auf Fragen Jørgensens Grundfragen der Abschreckungsstrategie. Er hält es für eine sehr gefährliche Entwicklung, daß die Amerikaner heute ihren europäischen Verbündeten mehr Furcht einzuflößen scheinen als den Sowjets. Manche Europäer scheinen der SU einen größeren Verhandlungswillen zuzubilligen als den USA.

Er legt auf Fragen dar, daß es keine NATO-Verpflichtung zur jährlichen dreiprozentigen realen Erhöhung der Verteidigungsausgaben gibt, sondern nur eine Bemühensklausel. Man einigte sich hierauf 1977[7], als alle NATO-Mitglieder noch von einem Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent ausgingen. Unter den wesentlich verschlechterten wirtschaftlichen Bedingungen werden 1982 die deutschen Verteidigungsausgaben im selben Ausmaß steigen wie der Gesamthaushalt, das heißt 4,2%.

Jørgensen erläutert den Verteidigungsvergleich der dänischen Parteien.[8] Er hofft, daß er in den nächsten Wochen auch die Unterstützung seiner Partei für diese vernünftige Lösung erhalten wird.

Haushalts- und Finanzfragen

Jørgensen erläutert das dänische System einer weitgehenden Indexierung der Haushaltsausgaben. Auf dem Arbeitsmarkt gibt es erste Entwicklungen, sich von Indexierungen freizumachen.

Bundeskanzler warnt vor den Gefahren einer Indexierung. Er erläutert das deutsche System jährlicher Lohnverhandlungen der Sozialpartner. Wir haben lediglich ein verhältnismäßig flexibles System der Indexierung bei der Festlegung der Sozialrenten.

Jørgensen legt dar, daß auch in Dänemark die Reallöhne nach Steuerabzug sinken. Es ist daher eine wichtige Aufgabe, den Arbeitsmarkt ruhig zu halten und inoffizielle Streiks zu vermeiden. Die dänische Inflationsrate beträgt zur Zeit etwa 12%, das Zahlungsbilanzdefizit etwa 13 Mrd. Kronen mit sinkender Tendenz. Ein verhältnismäßig hohes Haushaltsdefizit, das wegen des guten Kreditstandings Dänemarks noch zu vernünftigen Zinsen (er erwähnt 9%) mit ausländischem Geld zu finanzieren ist, erscheint ihm unvermeidlich.

Bundeskanzler betont, daß hohe Haushaltsdefizite besonders in den USA der wesentlichste Grund für die hohen Zinssätze sind, unter denen die Welt leidet.

7 Korrigiert aus: „1978".
Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

8 Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, berichtete am 1. September 1981: „Ein weiterer Grund für Spannungen innerhalb der S[ozialdemokratischen]P[artei]D[änemar]k[s] war der am 12. August 1981 von ihr mit den Konservativen, der Venstre sowie den Zentrumsdemokraten und Christlicher Volkspartei nach über einjährigen Verhandlungen eingegangene ‚Verteidigungsausgleich', auf Grund dessen in den Jahren 1982 bis 1984 der dänische Verteidigungshaushalt – über den Inflationsindex hinaus – um insgesamt 369 dkr (= ca. 117 Mio. DM) aufgestockt wird, was einer realen Steigerung von knapp 2% entspricht." Allerdings sei mit Widerstand gegen diesen Kompromiß in der SPDk zu rechnen. Vgl. den Schriftbericht Nr. 760; Referat 204, Bd. 123321.

Sie verhindern Investitionen, die zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig sind. Auch die USA müssen den Zinssatz[9] senken, wenn sie die Arbeitslosigkeit reduzieren wollen. Das kann zu einer Umkehr der Wirtschaftspolitik führen. Aber unsere Wirtschaft wird dann eineinhalb Jahre unter den hohen Zinssätzen der Amerikaner gelitten haben.

Er hatte zunächst angenommen, daß Reagans Wirtschaftspolitik erfolgreich sein könne, weil Reagan dem amerikanischen Volke neue Selbstachtung gegeben hat. Es wird aber jetzt immer klarer, daß das Vertrauen in den Mann nicht zu höheren Investitionen führt. Der Dow-Jones-Index fällt und die Arbeitslosigkeit wächst. Im nächsten Frühjahr wird die US-Regierung wahrscheinlich im Hinblick auf die Kongreßwahlen[10] etwas gegen die Arbeitslosigkeit unternehmen müssen. Bis dahin kann in Europa viel passieren, z. B. dreieinhalb Mio. Arbeitslose in Großbritannien und zweieinhalb Mio. in Frankreich. Wir könnten gegen Ende des Winters in eine psychologische Lage geraten, die der zu Beginn der 30er Jahre ähnelt.

Auf Jørgensens Frage, was wir tun können, erwägt er die Möglichkeit einer größeren währungspolitischen Unabhängigkeit Europas von den USA mit Hilfe des EWS. Das würde allerdings eine strikte Kontrolle des transatlantischen Kapitalverkehrs voraussetzen, die wir nicht wünschen und die kaum zu bewerkstelligen ist, solange nicht Großbritannien Mitglied des EWS ist. Auf Jørgensens Frage, ob nicht Mitterrands Wirtschaftspolitik zur Grundlage der gemeinsamen Wirtschaftspolitik der Europäer werden könnte, legt er dar, daß sich Frankreich wegen der strikten Haushaltspolitik Barres ein hohes Haushaltsdefizit leisten kann. Aber mit öffentlichen Geldern läßt sich nicht alles machen. Die extrem hohen Zinssätze verhindern die Schaffung von Arbeitsplätzen durch die private Industrie. Er verspricht sich von dieser Politik der Schaffung von Arbeitsplätzen keinen dauernden Erfolg. Für Deutschland jedenfalls kommt ein solches Konzept nicht in Frage.

Auf die Bemerkung Jørgensens, daß des Kanzlers währungspolitische Erwägungen den Überlegungen nahekommen, die Delors gerade in Kopenhagen angestellt hat[11], betont er, daß er seinerseits keine Vorschläge in diese Richtung machen wolle. Delors ist sicherlich der nüchternste Kopf unter Mitterrands Wirtschaftsberatern. Er würde Delors' Urteil über die Lage in Frankreich akzeptieren, aber nicht sein Urteil über die Lage in anderen EG-Staaten. Unter den europäischen Ländern ist die Wirtschaftsentwicklung in Italien am schwersten zu

9 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

10 Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

11 In der Presse wurde berichtet, der französische Wirtschafts- und Finanzminister Delors habe während seines Aufenthalts am 29. August 1981 in Dänemark einen Plan „zur Trennung des europäischen Zinsniveaus vom überhöhten amerikanischen" vorgeschlagen: „Es handelt sich um ein internes und externes System von Zinssätzen. Die Devisenausländer (zum Beispiel die Besitzer von Petro-Dollars aus dem Nahen Osten) würden auf ihren in Mark, französischen Francs oder anderen europäischen Währungen gebildeten Konten weiterhin relativ hohe Zinsen erhalten, die den US-Sätzen entsprechen. Die Inländer bekämen einen geringeren Zins, müßten aber auch weniger für Kredite bezahlen. Damit soll ausländisches Geld in Europa gehalten werden, während die Wirtschaft mit billigem Kapital versorgt werden könnte." Vgl. den Artikel „Bonn: Delors-Plan ist Utopie"; FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 1. September 1981, S. 5.

verstehen. Auf Jørgensens Bemerkung, sie sei wohl hoffnungslos, bietet er ihm die Wette an, daß die Italiener in den nächsten drei Jahren die Briten im Pro-Kopf-Einkommen übertroffen haben werden.

EG-Fragen

Jørgensen berichtet von seiner Begegnung mit Michael Foot anläßlich des Treffens von Sozialdemokraten aus Skandinavien und Benelux[12]. Er machte den Eindruck eines Menschen aus einer anderen Welt. Jedenfalls in Dänemark gibt es den Klassenkampf nicht, den Foot kämpft.

Er hat Foot klargemacht, daß ein Austritt Großbritanniens aus der EG nicht nur für Großbritannien, sondern auch z. B. für Dänemark schwere Probleme aufwirft. Er selbst werde darum kämpfen, daß Dänemark in der EG bleibt und nicht Großbritannien folgt. Foot schien hierüber sehr erstaunt zu sein. Er glaubt – wie der Bundeskanzler eingeworfen hat – tatsächlich, daß die EG die Wurzel allen wirtschaftlichen Übels sei. Er war ganz erschüttert, als die Dänen ihm sagten, daß er nationalistisch denke. Insgesamt macht er den Eindruck eines Mannes, der im Grunde gar nicht an die Macht kommen will, sondern sich viel wohler fühlt in der Opposition.

Bundeskanzler erläutert seine Position in der gegenwärtigen Auseinandersetzung über EG-Finanzstruktur und Agrarpolitik. Die Bundesregierung könne einen weiteren Anstieg der deutschen Nettoleistungen, die 1981 bereits 6,5 Mrd. DM betragen werden, nicht zulassen. Deutschland sei bereit, weiterhin der größte Nettozahler zu sein. Er werde aber mit großer Entschiedenheit dafür sorgen, daß der Anstieg der Nettoleistungen gestoppt wird.

Großbritanniens Anspruch auf Reduzierung der Nettoleistungen[13] war berechtigt. Die reicheren EG-Länder sollten Nettozahler-Positionen hinnehmen. Er wird nicht Dänemark und die Niederlande zu Nettozahlungen auffordern. Er wiederholt aber, daß wir den Anstieg der Nettoleistungen nicht mehr verkraften können.

Wenn es wirtschaftlich unausweichlich ist, den Anstieg der Verteidigungsausgaben auf den Anstieg des Gesamthaushalts zu beschränken – das könnte real ein Negativwachstum sein –, dann ist es unmöglich, einen wesentlich höheren realen Anstieg unserer EG-Leistungen zuzulassen.

Jørgensen setzt sich für die Aufrechterhaltung der Grundprinzipien der GAP ein. Ihr Ziel muß bleiben, die fortgeschrittensten Teile der europäischen Landwirtschaft zu unterstützen. (Der Bundeskanzler ist sich dessen nicht so ganz sicher.)

12 Am 27./28. August 1981 traf sich die sogenannte „Skandilux"-Gruppe, ein Zusammenschluß von Sozialdemokraten aus Belgien, Dänemark, Luxemburg, den Niederlanden und Norwegen in Kopenhagen. In der Presse wurde hierzu berichtet: „Im Mittelpunkt der Erörterungen, zu denen als Beobachter auch der SPD-Abrüstungspolitiker Bahr und der britische Labour-Vorsitzende Foot eingeladen worden sind, soll der von den meisten dieser Parteien heftig kritisierte Beschluß des amerikanischen Präsidenten Reagan stehen, mit der Herstellung von Neutronenwaffen zu beginnen." Vgl. den Artikel „Die ‚Skandilux'-Gruppe berät über die Neutronenwaffe"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. August 1981, S. 1.

13 Zur vorläufigen Regelung der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt auf der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 2, Anm. 4.

Er sieht die Landwirtschaftspolitik als wichtigen Bestandteil des ganzen EG-Systems. Wenn sich die Lage für die Landwirtschaft für Dänemark verschlechtert, wird es andere Maßnahmen, z. B. auf dem Gebiet des Handels, ergreifen müssen.

Bundeskanzler versteht, worauf Jørgensen anspielt. Er betont erneut, daß es ihm vor allem darum geht, daß der deutsche EG-Beitrag begrenzt wird. Was in einem solchen finanziellen Rahmen mit der Landwirtschaftspolitik geschehen soll, ist zunächst erst mal Sache der Kommission.

Jørgensen hofft, in diesen Fragen mit der Bundesregierung in Kontakt zu bleiben. Er deutet an, daß sich Dänemark vielleicht zu weiteren Änderungen in der Agrarpolitik bereit erklären könnte. Er betont, daß es sich für Dänemark um eine außerordentlich gefährliche Lage handelt.

Auf Frage des Bundeskanzlers räumt er ein, daß seine Partei nicht mehr auf die Stimmen der Bauern rechnen kann.

Bundeskanzler: Für uns wird die Begrenzung der deutschen Nettoleistungen zu einer nationalen Frage. Die Arbeitslosen und z. B. entlassene Stahlarbeiter können nicht verstehen, warum sie nichts aus der EG erhalten und warum wir Nettoleistungen in der Höhe von 6,5 Mrd. DM jährlich für einen EG-Haushalt leisten, der zu 70% der Landwirtschaft zugute kommt. Man wird die Frage stellen, warum die EG nur den Bauern und nicht den Industriearbeitern zugute kommt.

Es geht ihm nicht in erster Linie darum, die Lage in der Landwirtschaft zu verändern, als vielmehr darum, sein eigenes Land vor immer höheren Nettoleistungen zu bewahren. Auf Frage Jørgensens betont er, daß er hierüber weder mit MP Thatcher noch mit Präsident Mitterrand gesprochen habe. Er möchte auch im EG-Rat nicht als enger Verbündeter von MP Thatcher erscheinen, schon um nicht in die Nähe britischer Haltungen zur EG gerückt zu werden.

Auf Jørgensens Wunsch eingehend, in diesen Fragen mit der Bundesregierung in Kontakt zu bleiben, stimmt er zu, daß Dänen und Deutsche wenn nötig bilateral miteinander Kontakt halten sollten, möglichst diejenigen, die an den Beratungen in Brüssel beteiligt sind.

Grönland

Jørgensen erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß ihm vor zwei Tagen der Führer der sozialdemokratischen Partei Grönlands[14] den Wunsch nach dem Austritt Grönlands aus der EG erläutert habe.[15] Er habe dabei betont, daß dies nicht die Bande zu Dänemark lockern solle.

Für diesen Wunsch der Grönländer gibt es keinerlei wirtschaftlichen oder rationalen Grund, sondern allein das allgemeine Gefühl, daß Brüssel viel zu weit

14 Jonathan Motzfeldt.

15 Botschafter Jestaedt, Kopenhagen, berichtete am 1. September 1981: „Mit einer von der dänischen Delegation auf der Tagung des AStV am 21. Mai 1981 abgegebenen ‚Erklärung' wurden die übrigen EG-Partner von den Austrittsabsichten Grönlands erstmals amtlich unterrichtet. Der Termin für ein konsultatives Referendum über weitere EG-Mitgliedschaft wurde inzwischen auf 23. Februar 1982 festgesetzt. […] Der Insel-Regierung schwebt nach ihren eigenen Bekundungen ein Assoziierungsverhältnis zur EG vor." Vgl. den Schriftbericht Nr. 760; Referat 204, Bd. 123321.

weg sei. Schon vor der 1979[16] eingeführten Home Rule haben sich die Grönländer im Referendum mehrheitlich gegen den EG-Beitritt ausgesprochen.[17]

Er wird sich weiter darum bemühen, den Grönländern die wirtschaftlichen Vorteile der EG-Mitgliedschaft darzulegen. Für die 40 000 Grönländer ist das größte Problem die Fischerei. Sie fischen nur in den eigenen Wirtschaftsgewässern und fragen sich, warum auch deutsche, norwegische und dänische Fischer dort fischen. Wenn es ernst wird, kann auch Dänemark nicht viel dazu unternehmen, einen EG-Austritt Grönlands zu vermeiden. Zur Zeit bemühen sich die Dänen, den Grönländern darzulegen, daß sie für diesen Fall von der EG keine bevorzugte Behandlung z. B. parallel zum Lomé-Abkommen[18] erwarten können.

Konferenz der nordischen Außenminister am 2. September[19]

Jørgensen betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Konferenz der Abstimmung für die VN-Generalversammlung[20] dienen soll. Er erwartet keine neuen Entscheidungen zum Beispiel zur Frage einer KWFZ.

Beziehungen zu USA und Frankreich

Bundeskanzler berichtet auf Bitte Jørgensens von seinen persönlichen Eindrücken in Washington[21] und in Montebello[22]. Er betont die Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit der neuen Administration. Es wird aber noch einige Zeit dauern, bis sie – außer Haig – die Lage in Europa wirklich verstehen.

In Ottawa haben sowohl Reagan wie auch Mitterrand einen sehr guten Eindruck hinterlassen.[23] Die enge deutsch-französische Zusammenarbeit hat sich

16 Korrigiert aus: „1980".
Nach einer Volksabstimmung vom 17. Januar 1979 wurde zum 1. Mai 1979 die Einführung der grönländischen Selbstverwaltung beschlossen. Ministerialdirigent Dröge legte am 6. März 1981 dar: „Nach dem Selbstverwaltungsgesetz (die dänische Krone wird durch einen Gouverneur vertreten) fallen die Außen-, Währungs- und Verteidigungspolitik nach wie vor in die Zuständigkeit der Reichsbehörden. Abweichend hiervon erfuhr die prinzipielle Frage der grönländischen EG-Mitgliedschaft insofern eine Sonderregelung, als Ministerpräsident Jørgensen bereits 1977 den Grönländern zugesagt hatte, daß seine Regierung ein grönländisches Veto gegen die Europäische Gemeinschaft nach Einführung der Selbstverwaltung analog der Regelung für die Färöer-Inselgruppe akzeptieren würde." Vgl. Referat 204, Bd. 123321.

17 Während sich Dänemark 1972 mehrheitlich in einer Volksabstimmung für einen EG-Beitritt aussprach, stimmten 70,8 Prozent der Grönländer dagegen. Ministerialdirigent Dröge erläuterte am 6. März 1981: „Da Grönland zum Zeitpunkt der Volksabstimmung über den EG-Beitritt über ein solches Autonomiestatut noch nicht verfügte, wurden die Grönländer gegen ihren Willen 1973 Mitglied der EG innerhalb des dänischen Staatenverbandes." Vgl. Referat 204, Bd. 123321.

18 Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.
Für den Wortlaut des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

19 Der Nordische Rat tagte am 2./3. September 1981 in Kopenhagen.

20 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

21 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 148–152.

22 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

23 Vgl. dazu das deutsch-amerikanische Regierungsgespräch am 19. Juli 1981 in Montebello; Dok. 209.
Vgl. dazu ferner das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 20. Juli 1981 in Montebello; Dok. 210.
Vgl. dazu außerdem die Abendessen der Staats- und Regierungschefs am 19. bzw. 20. Juli 1981; Dok. 210 bzw. Dok. 215.

auch hier wiederum bewährt. Mitterrand hat vor allem beeindruckt durch seine klaren Aussagen zum Ost-West-Verhältnis und zur Sicherheit.

Er erinnert Jørgensen daran, daß er sich auf Jørgensens Bitte Giscard gegenüber für bessere Kontakte Frankreichs mit Dänemark verwandt hatte, und ist bereit, dies erneut zu tun, wenn es hilfreich ist.

Das Gespräch endet mit einem kurzen Meinungsaustausch über die bevorstehende Pressekonferenz[24].

VS-Bd. 14092 (010)

244

Aufzeichnung des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin

Geheim **31. August 1981**[1]

Betr.: Gespräch mit Generalsekretär Erich Honecker am 31. August 1981

Vermerk:

Der GS empfing mich heute um 12.00 Uhr zum ersten Male zu einem authentischen Vier-Augen-Gespräch. Er überreichte mir die Antwort auf den Brief des Herrn Bundeskanzlers vom 24. Juli 1981[2] und fügte hinzu, daß er sich, seit das Schreiben des BK durch mich am 31.7.1981 an Nier übergeben worden sei, „etwas überlegt" und darüber auch mit seinen Freunden gesprochen habe.

Eigentliches Ergebnis des Gesprächs mit Honecker, das eine Stunde und 15 Minuten dauerte und in seinem Arbeitszimmer im Gebäude des ZK stattfand:

1) Honecker wünschte abermals dem Eindruck der Stagnation in den Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten entgegenzuwirken.

2) Er präsentierte sich wiederum als Chefanwalt sowjetischer Abrüstungsvorstellungen.

24 In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt habe auf der Pressekonferenz in Kopenhagen erklärt, „eine Stationierung von Neutronenwaffen auf deutschem Boden setze einen gemeinsamen NATO-Beschluß und die Bereitschaft anderer Bündnispartner voraus, diese Waffen ebenfalls aufzustellen. Jørgensen wiederholte seine Ansicht, derzufolge der Reagan-Beschluß zur Produktion der Neutronenwaffe verfehlt und zum falschen Zeitpunkt gefaßt worden sei." Vgl. den Artikel „Schmidt: Angst ein schlechter Ratgeber"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 31. August 1981, S. 6.

1 Die Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, am 1. September 1981 an Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, sowie an die Bundesminister Genscher und Franke übermittelt.
Hat Genscher am 2. September 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Für den Wortlaut des Schreibens des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 580 f.
Für den Wortlaut des Antwortschreibens des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 582–584.

3) An dem Plan eines Treffens mit dem Herrn Bundeskanzler[3] hält er fest, ist heute aber nicht willens und wohl auch nicht fähig, substantielle Zugeständnisse an uns anzudeuten. Korrekturen beim Mindestumtausch[4] hat er nicht als grundsätzlich unmöglich dargestellt, doch weisen alle Bemerkungen zu dem für uns bedeutsamen Thema darauf hin, daß er heute faktisch über keinerlei Bewegungsspielraum verfügt.

4) Augenscheinlich setzt Honecker, zumal nach seinem Krim-Gespräch mit GS Breschnew[5], auf eine verstärkte Einwirkung des Bundeskanzlers auf die Reagan-Administration.

5) Der GS scheint ernstlich zu glauben, daß der Doppelbeschluß[6] durch oppositionelle Gruppierungen innerhalb und außerhalb der SPD zu Fall gebracht werden kann.

Einleitend versicherte der GS, daß es sein Wunsch sei, „fruchtbare Gespräche" mit uns herbeizuführen. Allein die Tatsache seiner Antwort werde sich, so hoffe er, günstig auf die Beziehungen zwischen uns auswirken.

Im ersten Teil unserer Unterhaltung beschrieb Honecker unter Verzicht auf die bei öffentlichen Reden üblichen agitatorischen Phrasen seine Sorgen vor einer Entwicklung der internationalen Lage, „die uns an den Rand eines Krieges" führen könnte. Er vertrat getreulich die sowjetische Version, daß die neue amerikanische Regierung durch ihr Streben nach militärischer Überlegenheit den Frieden gefährde. Solche Überlegenheit sei zwar eine Illusion, doch eine Politik, die sich Superiorität zum Ziel setzt, sei von größter Gefährlichkeit („die entscheidenden Dinge lauten heute Krieg oder Frieden"). Die Politik der Entspannung müsse durch konkrete Abrüstungsmaßnahmen ergänzt werden, die gleiche Sicherheit für alle schaffen sollten. Sonst würden wir unkontrollierbaren Entwicklungen ausgeliefert. Warum spreche der Kanzler jetzt von Angst-Propaganda[7], da er doch zu Beginn des Jahres selbst Angst vor einem dritten Weltkrieg geäußert habe. Er glaube den Bundeskanzler nach einigen Begegnungen[8] und zahlreichen Telefonaten so gut zu kennen, daß er ihm sein ernsthaftes Bemühen glaube, einen Beitrag zur Entspannung und gegen eine weitere Zuspitzung der Gegensätze zu leisten. Honecker: „Denn die trifft doch in erster Linie die Deutschen. Ich habe selber zwei Weltkriege erlebt. Nach einem Nuklearkrieg

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 365 und Dok. 368.

4 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

5 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, traf den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 3. August 1981. Für das Gespräch vgl. RISSE IM BRUDERBUND, S. 198–231.

6 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

7 In der Presse wurde über die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 30. August 1981 in Kopenhagen berichtet: „‚Es gibt zuviel Angst in Europa', sagt der Bundeskanzler den dänischen Journalisten, die ihn nach der atomaren Bewaffnung fragen. ‚Man kann sich soviel Angst machen, daß man die Angst für die Realität hält.' Und als habe er sich nicht deutlich genug ausgedrückt, fügt er nochmals hinzu: ‚Man kann halt Katastrophen dadurch auslösen, daß man Angst verbreitet.'" Vgl. den Artikel „Des Kanzlers Unruhe und Gelassenheit"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 31. August 1981, S. 3.

8 Bundeskanzler Schmidt führte am 30. Juli und 1. August 1975 in Helsinki Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker. Vgl. AAPD 1975, II, Dok. 230 bzw. Dok. 236.
Anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito traf Schmidt Honecker am 8. Mai 1980 in Belgrad. Für das Gespräch vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

bleibt von uns nichts übrig." Er wolle ganz offen sagen, daß wir leicht in den Abgrund eines neuen Weltkrieges stolpern könnten. Er kam dann auf die Neutronenwaffe[9] zu sprechen, die ja nur einen Sinn habe, wenn sie in Westeuropa stationiert werde.

Noch einmal kam Honecker auf die Reagan-Administration zurück. Er bemühte sich um Differenzierung und meinte, daß „die Umgebung Reagans mit Leuten bestückt sei, die es mit der militärischen Überlegenheit ernst meinen". Freilich müsse man bezweifeln, ob diese Leute, ohne daß es in den USA zu erheblichen Spannungen komme, den Verteidigungshaushalt zu Lasten des Sozialbudgets tatsächlich in dem von ihnen angestrebten Maße aufstocken könnten. Jedenfalls sei die Politik der Amerikaner unberechenbar geworden. Die Sowjetunion dagegen habe den ernsten Willen, alle Fragen auf dem Verhandlungsweg zu besprechen, nicht aus einer Position der Schwäche, sondern mit dem Ziel, eine Vernichtung der Menschheit zu verhindern. Honecker berief sich auf den ehrlichen Verhandlungswillen von Breschnew.

Dann wandte sich der GS dem Inhalt des BK-Briefes zu. Wichtig sei, daß ein Gespräch zwischen ihnen tatsächlich ohne Vorbedingungen geführt werde. Man müsse über alle Fragen sprechen können, die beide Seiten für wichtig hielten, sowohl über bilaterale als auch multilaterale Themen. Die internationalen Probleme dürften auf keinen Fall ausgeklammert werden. Wichtig sei schon die Tatsache, „daß wir uns treffen". Was die „Ausgestaltung" anlange, so müsse man sich darüber natürlich Gedanken machen. Bei der Vorbereitung müsse klar sein, daß sich beide Seiten darauf konzentrierten, das „Erreichte zu bewahren und auszubauen". Alle Möglichkeiten sollten genutzt werden, die Beziehungen weiter zu normalisieren. Hier habe ich in längeren Ausführungen klargemacht, daß die DDR-Staatsführung nicht glauben möge, daß wir die Erhöhung des Mindestumtausches als durch Zeitablauf kuriert ansehen. Hier müsse etwas geschehen, was in Wahrheit doch auch dem Ansehen der DDR guttun könne. Das Erreichte sei wahrlich nicht zu unterschätzen, fügte ich hinzu, aber die Kommunikation zwischen den Bürgern in beiden deutschen Staaten verlangte von uns weitere Anstrengungen beim Reiseverkehr und anderen Fragen, die den Menschen helfen müßten. Honecker antwortete, daß er sich zum Thema Mindestumtausch nicht in der Lage sähe, mir etwas anderes zu sagen als bei unserer letzten Begegnung[10].

Wir lebten in einer Welt, in der währungspolitische Probleme alle Staaten belasteten. Alle Regierungen hätten mit Preissteigerungen zu tun, und es sei für ihn sehr schwer, die Frage des Mindestumtausches aufzugreifen. Wie bereits bei einem früheren Gespräch verwies er auf die Einführung einer Mindestumtauschrate durch die Volksrepublik Polen. Wiederum gab er zu verstehen (wie schon bei unserem Gespräch am 18. März 1981), daß es „bei uns Leute gibt, die mit 30 Mark Mindestumtausch liebäugeln". Er erwähnte in diesem Kontext zwei ZDF-Journalisten, die neulich mit illegal getauschter Mark der DDR in Dresden (bei

9 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

10 Zum Gespräch des Staatssekretärs Bölling, Ost-Berlin, mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 18. März 1981 vgl. Dok. 76 und 77.

der Veranstaltung der Ökumene[11]) vorübergehend festgenommen worden seien. Abermals beklagte sich der GS darüber, daß unsere Wechselstuben die Mark der DDR weit unter ihrem Wert manipulierten. Der Besucherverkehr könne sich nicht auf Kosten der DDR vollziehen. Er wolle anerkennen, daß es viele ehrliche „BRD-Bürger" gäbe, die bei ihren Besuchen korrekt tauschten, „aber es gibt eben leider auch andere".

Der GS kam dann auf den bevorstehenden zehnte Jahrestag des Vier-Mächte-Abkommens[12] zu sprechen, mit dessen Hilfe es gelungen sei, die Lage in Berlin zu stabilisieren. Das Abkommen sei sowohl von uns als auch von der DDR wesentlich gefördert worden. Wörtlich: „Ohne unseren Beitrag wäre es nicht zustande gekommen". Er selbst habe Tage und Nächte mit Abrassimow und Gromyko zusammengesessen, damit etwas Positives zustande gebracht werde.

Nachdem Honecker abermals den Gedanken paraphrasiert hatte, daß wir das Erreichte sichern müßten, bilanzierte er in positiver Weise die Erfolge, die beide deutschen Staaten bei der Verbesserung der Kommunikation hätten erzielen können („auch wenn Sie manches anders haben möchten"). Er sprach hier von dem Nutzen des innerdeutschen Handels („den wir nicht verniedlichen wollen"). Er erwähnte die Autobahn Berlin–Helmstedt[13] und die Nordautobahn[14], aber auch die verbesserten Telefonverbindungen. In diesem Zusammenhang gab er zu erkennen, daß ihm die verengten finanzwirtschaftlichen Möglichkeiten der Bundesregierung bekannt seien. Mit ähnlichen Problemen habe es die DDR zu tun. In der ganzen sozialistischen Welt laufe nicht alles so, wie man es sich wünsche. Doch ungeachtet der die allgemeine Lage charakterisierenden Spannungen, sollten beide Seiten um eine Normalisierung bemüht bleiben. Die Politik der Vernunft müsse die Oberhand behalten. Hier erwähnte Honecker das „Zeit-Interview" meines Vorgängers[15], in dem es einen „rationellen Kern" gegeben habe. Man müsse bei uns in der BRD endlich dahin kommen, die DDR als einen unabhängigen, souveränen Staat wirklich anzuerkennen, dessen Ordnung sich von der unseren unterscheide und der einem anderen Bündnissystem an-

11 Vom 16. bis 26. August 1981 tagte in Dresden der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen.

12 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

13 Am 19. Dezember 1975 wurden Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR über Verbesserungen der Verkehrswege von und nach Berlin (West) beschlossen. Diese sahen unter anderem die Grunderneuerung bzw. den Ausbau der Autobahn Helmstedt–Berlin vor, wofür die Bundesrepublik sich zu Zahlungen in Höhe von 259,5 Millionen DM verpflichtete. Für den Wortlaut der Vereinbarungen vgl. BULLETIN 1975, S. 1433 f. Zu den Verhandlungen vgl. AAPD 1975, II, Dok. 386.

14 Die Bundesrepublik und die DDR trafen am 16. November 1978 eine Reihe von Vereinbarungen zu Verkehrsfragen und zum Zahlungsverkehr. Sie sahen unter anderem den Bau einer Autobahn von Berlin nach Hamburg vor, wofür die Bundesrepublik 1,2 Milliarden DM bereitstellen sollte. Für den Wortlaut der Vereinbarungen vgl. BULLETIN 1978, S. 1247 f. Vgl. dazu auch AAPD 1978, II, Dok. 347.

15 Günter Gaus sagte am 30. Januar 1981 in einem Interview: „Für mich ist die DDR nach sehr kurzer Zeit zuallererst ein – souveräner – deutscher Staat gewesen, und dieser Eindruck hat sich im Laufe der Jahre erheblich verstärkt. […] Wir haben für unabsehbare Zeit von dem Faktum zweier unabhängiger deutscher Staaten auszugehen und wir können dieses Faktum in seinen zum Teil tragischen Folgen nur mildern, wenn wir es wirklich als Faktum nehmen. […] Im Grunde haben wir bei uns die DDR innerlich noch nicht anerkannt. Wir führen – sogar zunehmend wieder – Schattenboxkämpfe aus zurückliegenden Zeiten auf." Vgl. das Interview „Die Elbe – ein deutscher Strom, nicht Deutschlands Grenze"; DIE ZEIT, Nr. 6 vom 30. Januar 1981, S. 3.

gehöre. Wie schon bei früheren Gesprächen mit mir nannte er das Thema Staatsbürgerschaft[16] und Erfassungsstelle Salzgitter[17] und erwähnte als dritten Punkt den manipulativen Wechselkurs zu Lasten der DDR-Währung. Er wolle diese Themen aber auch nicht in den Vordergrund stellen, nur müsse sich die Bundesregierung hier einmal „einen Ruck geben". Von besonderer Wichtigkeit bleibe die Anerkennung der DDR als Völkerrechtssubjekt und die „Personalhoheit". In diesem Zusammenhang beklagte sich der GS darüber, daß viele Journalisten die DDR als innenpolitischen Gegner und nicht als einen souveränen Staat betrachteten und auch so schrieben.

Auf den Inhalt einer Begegnung mit BK zurückkommend, meinte er, daß man sich über alle diese Themen offen austauschen könne. Nur dürfe es nicht so aussehen, daß allein die BRD etwas gebe und die DDR sich auf Nehmen beschränke. Das Prinzip des Gebens und Nehmens müsse auf politischem, ökonomischem und kulturellem Feld gelten. Er merkte an, daß nach seiner Einschätzung der Kulturaustausch auch ohne ein entsprechendes Abkommen gut laufe. Beim Sport allerdings seien die Beziehungen weniger gut. An dieser Stelle polemisierte er gegen DSB[18]-Präsident Willi Weyer, meinte schließlich aber, daß man auch die Sportbeziehungen irgendwann wieder in Ordnung bringen könne. In einer Art Resümee wiederholte er das Argument, wir müßten verhindern, daß internationale Probleme auf unsere Beziehungen durchschlagen. Ein Treffen zwischen ihm und BK werde durch das Resultat des Breschnew-Besuchs in Bonn[19] beeinflußt, aber auch von der Herstellung eines Verhandlungsdialogs zwischen der Sowjetunion und der Reagan-Administration („davon hängt vieles ab"). Seit dem für August des vergangenen Jahres geplanten Treffen am Werbellinsee[20] habe sich die Lage negativ verändert. „Wenn wir zusammentreffen, werden wir nicht als Taubstumme zusammenkommen." Resümierend sagte Honecker, daß der Briefwechsel in seinen Augen „ein Schritt nach vorn sei".

Bölling

VS-Bd. 14092 (010)

16 Zur Debatte um eine Staatsangehörigkeit der DDR vgl. Dok. 18, Anm. 10 und 11.

17 Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 18, Anm. 9.

18 Deutscher Sportbund.

19 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 183, Anm. 10.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot bat Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, am 27. August 1981, im sowjetischen Außenministerium als mögliche Termine den 19./20. November, den 23./24. November und den 30. November/1. Dezember 1981 vorzuschlagen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4349; Referat 213, Bd. 133182.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

20 Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

245

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.73/10 LRTNF-1355/81 geheim **31. August 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Vorbereitung der LRTNF-Verhandlungen;
hier: Vertrauliches informelles Fünfer-Gespräch am 27.8.81 zur Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit

Anlg.: 1) Teilnehmerliste[3]
2) Arbeitspapier 220-1273I/81 VS-vertraulich[4]

I. Auf unsere Anregung fand am 27. August im Gästehaus am Kiefernweg ein ganztägiges Fünfer-Gespräch zur Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit zur Vorbereitung und Begleitung der LRTNF-Verhandlungen statt.

Teilnehmer waren auf amerikanischer Seite David Gompert (Deputy Assistant Secretary), Stellvertreter von L. Eagleburger, die Vertreter Belgiens[5], Italiens[6] und Großbritanniens[7] in der SCG; auf unserer Seite Botschafter Ruth, General Tandecki und RL 220[8] (Teilnehmerliste s. Anlage 1). Die Teilnehmer waren sich einig, die Tatsache des Treffens nicht über den Fünfer-Rahmen hinaus bekanntwerden zu lassen.

1) Konzept für Öffentlichkeitsarbeit

Wir hatten die an der Implementierung des Doppelbeschlusses[9] schon jetzt beteiligten Bündnispartner zu dieser Besprechung nach Bonn eingeladen, um zur Vorbereitung der Erörterungen in der SCG die Grundzüge einer öffentlichen Präsentation zu erarbeiten, die, von der westlichen Verhandlungsposition ausgehend, dazu geeignet sein soll, die westliche Verhandlungsposition überzeugend darstellen und der östlichen Agitation begegnen zu können.

Anhand eines von uns eingebrachten Arbeitspapiers (Anlage 2) wurde weitgehend Übereinstimmung über die Grundlinie einer künftigen öffentlichen Argumentation erzielt. Dabei betonten wir die Notwendigkeit, vor Beginn der Verhandlungen in überzeugender Weise die gemeinsame Unterstützung der Bünd-

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 3. September 1981 vorgelegen.
Hat Ministerialdirigent Wallau am 4. September 1981 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 2. September 1981 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Teilnehmerliste vgl. VS-Bd. 11353 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für das Non-paper „Preparation of LRTNF Negotiations“ vgl. VS-Bd. 11353 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Juan Cassiers.

6 Corrado Taliani und Luigi Calligaris.

7 David Gillmore und Michael Legge.

8 Klaus-Jürgen Citron.

9 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

nispartner für die westliche Verhandlungsposition herauszustellen, um der SU die Hoffnung zu nehmen, die Allianz in dieser Frage spalten zu können.

Die Bündnispartner stimmten unseren Überlegungen weitgehend zu. Sie äußerten jedoch erhebliche Bedenken gegen den in unserem Papier aufgenommenen Gedanken, an die SU zu appellieren, ihren SS-20-Bestand nicht weiter zu erhöhen, vielmehr durch eine nachprüfbare Reduzierung die Aussichten auf konkrete Verhandlungsergebnisse zu verbessern. Die Allianz riskiere mit solchen Aufforderungen, daß die SU sich eines Tages zu einem Stopp und evtl. sogar einer begrenzten Reduzierung bereit finde und der Westen dann solche fast wertlosen Leistungen anerkennen müsse. Statt dessen müsse der Westen fordern, daß die SU sich in den Verhandlungen zu Reduzierungen bereit finde, und herausstellen, daß der Westen willens sei, de jure gleiche Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau zu vereinbaren. Dies solle auch die Form sein, in die der Gedanke eines beiderseitigen Null-Ergebnisses förmlich gefaßt werden könne. (Über Einzelheiten der erörterten Öffentlichkeitsstrategie unterrichtet Abschnitt II.)

2) Verhandlungsposition

Die Gespräche zeigten, daß die amerikanische Administration ihre Verhandlungsposition für die im November beginnenden Verhandlungen[10] noch nicht in allen Einzelheiten festgelegt hat. Wir haben daher die Gelegenheit genutzt, unsere Überlegungen zu wichtigen Elementen des westlichen Verhandlungskonzepts vorzutragen. Wir werden auch bei den vorgesehenen nächsten Sitzungen der SCG am 16.9[11] und im Oktober[12] die Möglichkeit nutzen, auf die Ausgestaltung dieser Verhandlungsposition Einfluß zu nehmen.

3) Außenministertreffen

Ich habe den Gedanken einer Sondersitzung der am Doppelbeschluß beteiligten Außenminister Ende Oktober zur Bekräftigung des Verhandlungsmandats in bilateralen Gesprächen auch den Vertretern Großbritanniens, Belgiens und Italiens erläutert, nachdem ich Eagleburger bereits am Rande der letzten SCG-Sitzung[13] informiert hatte. Während der belgische und italienische Delegationsleiter unsere Gedanken voll unterstützten, der britische Vertreter eine Prüfung in London in Aussicht stellte, zeigte sich der Stellvertreter von Eagleburger zurückhaltend, da offenbar noch keine Stellungnahme von AM Haig eingeholt worden ist.

Die Amerikaner hoffen, uns noch vor dem Gespräch des Herrn Bundesministers mit AM Haig am 14.9.[14] eine erste Reaktion Haigs zukommen lassen zu können.

10 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

11 Zur zehnten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 259.

12 Zur elften Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 26. Oktober 1981 in Brüssel vgl. Dok. 307.

13 Zur neunten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 3. August 1981 in Brüssel vgl. Dok. 227.
Zum Gespräch des Botschafters Ruth mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 2. August 1981 in Brüssel vgl. Dok. 222, Anm. 6.

14 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig vgl. Dok. 256.

4) Vorläufiger Zeitplan für das weitere Vorgehen

16.9.	10. Sitzung der SCG Erörterung der von den USA zugesagten Arbeitspapiere über die Verhandlungsposition Einführung unseres Vorschlages, ein Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit zu erstellen
23. und 29.9.	Gespräche Haig/Gromyko[15]
evtl. Anfang Oktober	Neues Fünfer-Gespräch zur Fortschreibung des Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit[16]
1. Hälfte Oktober	Nächste Sitzung der SCG Einigung über die Verhandlungsposition und die Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit vor und während der Verhandlungen
20./21.10.	NPG-Ministertreffen[17] Im Kommuniqué sollte auf die bevorstehenden Verhandlungen Bezug genommen werden.
evtl. Ende Oktober/Anfang November	Öffentliche Bekanntgabe der westlichen Zielvorstellungen für die bevorstehenden Verhandlungen (evtl. bei einem AM-Treffen, falls dieser Vorschlag im Bündnis Zustimmung findet).
2. Hälfte November	Beginn der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf

II. Erarbeitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit

Unsere Initiative für die Einberufung des Treffens und die Vorlage des Arbeitspapiers (Anlage 2) wurde allgemein begrüßt.

Es herrschte Übereinstimmung, daß die Allianz ihr Verhandlungskonzept aktiv in den Medien vertreten müsse, um zu verhindern, daß die SU in der westlichen Öffentlichkeit Unterstützung für ihre Propagandathesen findet. Dabei müsse man davon ausgehen, daß Moskau zwar wie bisher die Verhandlungen vertraulich behandeln wird, sich jedoch nicht davon abhalten lassen werde, das westliche Verhandlungskonzept öffentlich zu diffamieren.

Das westliche Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit müsse die wichtigsten Zielvorstellungen der Verhandlungsposition in knappen verständlichen Formulierungen zusammenfassen, u. a.

– Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts (Datenpräsentation),
– Sicherung der Stabilität zwischen West und Ost,
– Vermeidung einer Abkoppelung Europas (strategische Einheit der Allianz),

15 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

16 Zum zweiten Gespräch zwischen Vertretern Belgiens, der Bundesrepublik, Großbritanniens, Italiens und der USA am 13. Oktober 1981 in London vgl. Dok. 298.

17 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Gleneagles vgl. Dok. 304. Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 135–138.

– Betonung der auf Friedensbewahrung und Rüstungsbegrenzung zielenden Konzeption des Doppelbeschlusses,
– Herausstellung der Transparenz westlicher Entscheidungen,
– Plädoyer für Verifikation und Vertrauensbildung.

Es müsse ferner Vorsorge getroffen werden, daß die Allianz auch während der Verhandlungen in der Lage bleibe, auf neue Entwicklungen rechtzeitig zu reagieren.

Die Geschlossenheit der westlichen Argumentation müsse gewahrt bleiben, um zu vermeiden, daß unterschiedliche Äußerungen einzelner Bündnispartner die öffentliche Debatte der anderen Regierungen erschweren.

Im einzelnen konzentrierte sich die Erörterung auf folgende Themen unseres Arbeitspapiers:

1) Darstellung des Kräftevergleichs

Es herrschte Einvernehmen, daß die Bündnispartner der östlichen Desinformationskampagne intensiver als bisher entgegentreten müssen. Dabei dürfe sich die westliche Datenpräsentation nicht auf die landgestützten Mittelstreckensysteme beschränken, sondern müsse herausstellen, daß auch bei Einrechnung von Flugzeugen die SU überlegen bleibe.

Der Westen könne überzeugend darlegen, daß die SU schon 1975[18] und wiederum 1978[19] und 1979[20] behauptet habe, es bestehe ein Gleichgewicht zwischen West und Ost, auch bei den Mittelstreckensystemen. Dies habe Moskau nicht davon abgehalten, ihr SS-20-Potential kontinuierlich auszubauen.

2) Konzentration auf amerikanische und sowjetische landgestützte Mittelstrekkenraketen und schrittweises Vorgehen (phased approach)

– Es wurde deutlich, daß die Argumentation in dieser Frage weitgehend von der noch ausstehenden Festlegung der Verhandlungsposition abhängt.
– Sollte sich die Allianz – wie zu erwarten – auf eine Konzentration der Verhandlungen in der ersten Phase auf die landgestützten Raketen einigen, könnte überzeugend dargelegt werden, daß es im Interesse einer überschaubaren Verhandlungsführung liegt, zunächst die Systeme zu begrenzen, die für beide Seiten am bedrohlichsten sind.

  Wir betonten die Notwendigkeit, flexibel zu argumentieren und eine spätere Erweiterung des Verhandlungsgegenstandes nicht auszuschließen. Dem werde der Gedanke eines schrittweisen Vorgehens gerecht.
– Es bestand Einvernehmen, daß die sowjetische Forderung nach einseitiger Berücksichtigung amerikanischer FBS westeuropäische Sicherheitsinteressen vernachlässige und daher unannehmbar sei.

18 Botschafter Sahm, Moskau, berichtete am 8. Februar 1975, das Mitglied des Obersten Sowjet, Arbatow, habe erklärt, es „bestehe asymmetrische Symmetrie. Die verschiedenen Komponenten ergäben zusammen Gleichgewicht". Vgl. den Drahtbericht Nr. 422; Referat 203, Bd. 112767.

19 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, erklärte während seines Besuchs vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik in einem Gespräch mit der Wochenzeitung „Vorwärts", daß NATO und Warschauer Pakt in Mitteleuropa „über annähernd gleich starke Streitkräfte" verfügten. Vgl. den Artikel „Entspannungspolitik muß sich bewähren"; VORWÄRTS, Nr. 18 vom 4. Mai 1978, S. 17 f. Zum Besuch vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

20 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in Ost-Berlin vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

– Eine Berücksichtigung von Mittelstreckenflugzeugen beider Seiten – entweder in späteren Verhandlungen oder durch Nichtumgehungsvereinbarungen – wird in Washington noch geprüft.
– Großbritannien erklärte sich bereit, eine Argumentation vorzulegen, warum eine Einbeziehung britischer und französischer Systeme nicht zu rechtfertigen sei. (Briten betonen daß die U-Boote, die wichtigsten Abschreckungspotentiale beider Staaten, zum interkontinentalstrategischen Bereich gehören.)

3) Verhandlungsziel: de jure gleiche Obergrenzen für beide Seiten

Es herrschte Einvernehmen, die SU aufzufordern, das bei SALT und MBFR anerkannte rüstungskontrollpolitische Prinzip der Parität auch bei den LRTNF-Verhandlungen anzuerkennen.

Die offensive Betonung des Paritätskonzepts sei auch als Gegenargument gegen sowjetische Moratoriumsvorschläge[21] geeignet; dabei könnte die Allianz erklären, daß sie bereit sei, den Umfang des globalen sowjetischen Bestandes an landgestützten nuklearen Raketensprengköpfen nicht zu überschreiten – ja, ihn so weit zu senken, wie die SU bereit sei, ihr Arsenal zu reduzieren.

US und UK äußerten sich dagegen kritisch zu der in unserem Papier enthaltenen Aufforderung an die SU, den Aufbau ihres SS-20-Potentials einzustellen und durch einen Abbau die Verhandlungschancen zu verbessern. Sie warnten vor den psychologischen Wirkungen in der Öffentlichkeit, falls die SU diesen Forderungen eines Tages entspreche.

4) Die Null-Option als denkbare Konsequenz des westlichen Verhandlungsvorschlages

Wir plädierten dafür, die Null-Option in das Konzept für die Öffentlichkeitsarbeitarbeit einzubauen, da sie schon jetzt Teil der allgemeinen Debatte in Europa ist.

Amerikaner und Briten sprachen die Sorge aus, daß die westliche Verhandlungsposition durch die förmlich erhobene Forderung nach einer für die Sowjets mit Sicherheit inakzeptablen Null-Option (Null für beide Seiten) unglaubwürdig werde. Es bestehe die Gefahr, daß man falsche Erwartungen wecke, die notwendigerweise enttäuscht würden und die Verhandlungen unnötig belasten müßten. Insbesondere müsse berücksichtigt werden, daß die Implementierung der Nachrüstung ab 1983 als Gefährdung eines formal vorgeschlagenen Verhandlungsziels „Null-Lösung“ interpretiert werden könne.

Angesichts dieser Bedenken wurde folgende mögliche Stellungnahme skizziert:

– Verhandlungsziel sind de jure gleiche Obergrenzen.
– Die Allianz strebt an, de jure gleiche Obergrenzen auf möglichst niedrigem Niveau zu vereinbaren.
– Angesichts der sowjetischen Vorrüstung wird die Höhe dieser de jure gleichen Obergrenzen durch die sowjetische Reduzierungsbereitschaft bestimmt. Die Allianz ist bereit, die Obergrenzen für ihren Nachrüstungsbedarf auf das Maß zu senken, das die Sowjetunion durch eigene Reduzierungen zu erreichen bereit ist.

21 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

Die vorgesehene Formulierung könnte in eine öffentliche Erklärung der Allianz über ihre Verhandlungsposition aufgenommen werden. Damit würde der Sowjetunion eine Null-Lösung nicht förmlich vorgeschlagen. Die Erklärung der Allianz würde das Null-Ergebnis als Verhandlungsziel nicht ausdrücklich erwähnen, aber deutlich werden lassen, daß ein solches Ergebnis allein von der sowjetischen Reduzierungsbereitschaft abhängt.

Eine solche Formulierung der Allianzposition würde es den einzelnen Bündnispartnern für ihre nationalen Erfordernisse erlauben, ein Null-Ergebnis als denkbare Konsequenz des westlichen Verhandlungsvorschlags und als „Idealergebnis" darzustellen. Dabei sollte allerdings nicht verschwiegen werden, daß gegen dieses Null-Ergebnis sowohl die sowjetische Vorrüstung als auch die bisherige Verhandlungserfahrung sprechen.

5) Notwendigkeit globaler Begrenzungen

Die Alliierten stimmten mit uns überein, daß es vor allem auch angesichts des auf Europa begrenzten sowjetischen Verhandlungsansatzes notwendig sei, den globalen Ansatz des Verhandlungskonzepts der Allianz zu betonen. Die hauptsächliche Begründung hierfür liegt in der Notwendigkeit, jedes Risiko einer rüstungskontrollpolitischen Abkoppelung der LRTNF von der interkontinentalstrategischen Ebene zu vermeiden.

Es wurde namentlich von den Amerikanern darauf hingewiesen, daß Einzelheiten der westlichen Verhandlungsposition, wie die Frage der Kombination von globalen Höchststärken mit Begrenzungen für die Systeme, welche die Staaten der Allianz erreichen können, in der Öffentlichkeit nicht von vornherein erörtert werden müssen.

6) Verifikation

Die Teilnehmer stimmten überein, daß es im westlichen Interesse liege, in der öffentlichen Diskussion auf das Erfordernis angemessener Verifikation hinzuweisen, weil damit auf die von der SU bisher verweigerte Transparenz hingewiesen werden könne.

Die Amerikaner stellten klar, daß sie im Interesse der Glaubwürdigkeit auf Verfikationsvereinbarungen bestehen müßten, jedoch nur auf solchen, die für das angestrebte Abkommen notwendig seien.

7) Allianzstrategie

Wir haben deutlich gemacht, daß der Präsentation der Allianzstrategie der „flexiblen Antwort"[22] große Bedeutung für die Öffentlichkeitsarbeit zukomme. Generalmajor Tandecki wies auf die Notwendigkeit hin, in öffentlichen Äußerungen klarzumachen, daß für die Allianz Nuklearwaffen Waffen der Abschrekkung und nicht der Kriegsführung seien.

Ruth

VS-Bd. 11353 (220)

[22] Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 20, Anm. 20.

246

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.14 HNS/USA-2945I/81 VS-vertraulich **1. September 1981**

Betr.: Stoessel-Demarche[1]

1) Am 1. September 1981 übergab Staatssekretär Lautenschlager dem amerikanischen Geschäftsträger Woessner die Antwort auf die Stoessel-Demarche.[2] Dabei führte er folgendes sinngemäß aus:

– Die Beantwortung der Demarche, die ja erst Anfang des Jahres vom BMVg dem Auswärtigen Amt weitergeleitet wurde, hat Zeit in Anspruch genommen, weil ihre acht Punkte die Beteiligung vieler Ressorts notwendig machten. Jeder Punkt ist sehr gründlich geprüft worden. Die vorliegende Antwort ist allerseits auf oberster Ebene gebilligt worden. Die Bedeutung der Angelegenheit für die Pflege der deutsch-amerikanischen Beziehungen war uns bewußt.
– Die Bundesregierung legt großen Wert darauf, daß sich die amerikanischen Soldaten und ihre Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland wohlfühlen. Wir sind daher weiterhin zu enger Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung auf der Grundlage der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen bereit, um Verbesserungen zu erreichen, wo immer dies möglich ist.
– Die von AM Haig gegebene Klarstellung, wonach die amerikanische Regierung Lösungen im Rahmen des NATO-Truppenstatuts[3] anstrebt, also weder

1 Zur Demarche des amerikanischen Botschafters Stoessel vom 4. November 1980 sowie insbesondere zum Host Nation Support vgl. Dok. 45.

2 Ministerialdirektor Pfeffer legte Staatssekretär Lautenschlager die Antwort der Bundesregierung am 26. August 1981 vor. Dazu informierte er, daß das Aide-mémoire außer von Bundesminister Genscher auch von den Bundeministerien des Innern, der Finanzen, für Wirtschaft und der Verteidigung sowie vom Bundeskanzleramt „auf Minister- bzw. Staatssekretärebene“ gebilligt worden sei: „Da Botschafter Burns voraussichtlich erst Mitte September 1981 aus dem Urlaub zurückkehren wird, schlage ich angesichts der ohnehin schon eingetretenen Verzögerungen vor, daß Sie den amerikanischen Geschäftsträger Woessner zu sich bitten und ihm das anliegende Aide-mémoire nebst Höflichkeitsübersetzung übergeben.“ Vgl. VS-Bd. 13021 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann erläuterte dazu am 29. September 1981: „Kernstück der Antwort ist die positive deutsche Haltung zur Verwirklichung des an erster Stelle des Stoessel-Papiers genannten WHNS-Projekts, das auch nach Auffassung der Bundesregierung unmittelbar zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses beitragen würde. Zu den Punkten 2 bis 8 des Stoessel-Papiers, bei denen es ganz überwiegend um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der US-Streitkräfte geht, hat sich die Bundesregierung zu weiterer enger Zusammenarbeit mit der amerikanischen Regierung auf der Grundlage der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen bereit erklärt, um Verbesserungen zu erreichen, wo immer dies möglich ist.“ Zur bilateralen Erörterung der Punkte, bei denen aus Sicht der Bundesregierung Aussicht auf Ergebnisse bestehe, benenne das Aide-mémoire die dafür zuständigen Ressorts. Die Bildung einer gemischten Kommission halte sie dagegen für nicht erforderlich. Vgl. VS-Bd. 10321 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Für das Aide-mémoire der Bundesregierung vgl. Referat 201, Bd. 125595.

3 Für den Wortlaut des Abkommens vom 19. Juni 1951 zwischen den Parteien des NATO-Vertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut) und für die Zusatzvereinbarungen vom 3. August 1959 zu diesem Abkommen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1190–1385.

einen neuen Devisenausgleich[4] noch Regelungen wünscht, die Ansprüche anderer Stationierungsmächte präjudizieren, waren hilfreich.[5] Die Bundesregierung ist bereit, Gespräche auf dieser Grundlage fortzusetzen mit dem Ziel, zu konkreten Lösungen zu kommen.

– Für die meisten Punkte des Stoessel-Papiers liegt die sachliche Zuständigkeit jedoch bekanntlich nicht beim Auswärtigen Amt, sondern beim BMF oder BMVg. Wir haben in unserer Antwort die jeweils zuständigen Gesprächspartner benannt, um die Weiterverfolgung der angesprochenen Fragen, wo dies möglich, zu erleichtern.
– Was die Behandlung der Thematik des Stoessel-Papiers in der Öffentlichkeit angeht, so empfiehlt sich weiterhin Diskretion. Öffentliche Diskussionen sind weder der Sache noch den deutsch-amerikanischen Beziehungen förderlich. Wir würden daher auf Anfrage lediglich die Übergabe der deutschen Antwort und unsere Bereitschaft zur Fortsetzung der Gespräche auf der Grundlage der bestehenden vertraglichen Vereinbarungen bestätigen. Allerdings kommen wir nicht umhin, auf ihren Wunsch die zuständigen Ausschüsse des Deutschen Bundestags über den Inhalt der Antwort zu unterrichten.

2) Woessner antwortet wie folgt:

– Memorandum wird noch heute Washington übermittelt. Es wird mit größter Aufmerksamkeit geprüft werden. Ob es beim Gespräch BM/Haig am 13. September 1981 eine Rolle spielen wird, läßt sich jetzt nicht beurteilen.[6]
– Die jetzige Administration mißt der Angelegenheit ebenso große Bedeutung bei wie die vorausgegangene.
– Es verwundert angesichts der Komplexität nicht, daß die Beantwortung viel Zeit in Anspruch nahm. In Washington braucht die Prüfung ähnlicher Themen ebenfalls viel Zeit.
– Wir stimmen darin überein, daß in diesem Zusammenhang Irritationen zwischen unseren beiden Staaten vermieden werden sollten und auch deswegen die Angelegenheit weiterhin diskret behandelt werden sollte.[7]

Wilfried Hofmann

VS-Bd. 10321 (201)

4 Zum deutsch-amerikanischen Devisenausgleich sowie zur abschließenden Regelung vom Juli 1976 vgl. Dok. 42, Anm. 3.

5 Mit Schreiben vom 20. Juli 1981 an Bundesminister Genscher stellte der amerikanische Außenminister Haig fest: „The new U.S. Administration has reviewed and endorsed the importance of all eight Issues. However, recognizing your concerns about avoiding the perception of an additional ‚offset' and creating precedents for the other Sending Powers, we have concluded that we should focus our attention upon those Issues which are most likely to be achieved in the relatively near term. Therefore, we propose that we concentrate on Issues 2 (Master Restationing Plan), 3 (Familiy Housing), and 7 (Contracting for Base Support). We would seek to build three new brigade-sized casernes in the 1980's coincident with the sale of some existing casernes. […] Of course, whatever we undertake will be done within the framework of the current Status of Forces Agreement." Vgl. Anlage 3 zum Drahterlaß Nr. 844 des Ministerialdirigenten Dröge vom 3. August 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 10321 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 13./14. September 1981 vgl. Dok. 255 und Dok. 256.

7 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 3. September 1981, daß das am 1. September 1981 übergebene Aide-mémoire der Bundesregierung im amerikanischen Außenministerium mit

247

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5134/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. September 1981, 15.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1417 **Ankunft: 3. September 1981, 19.21 Uhr**

Betr.: Grundsatzfragen der Allianzpolitik und Tendenzen in der amerikanischen Sicherheitspolitik

I. Bei den Vorbereitungen in den Arbeitsgremien der NATO, im DPC und Rat bis hin zur NPG im Oktober[2] und den Ministerkonferenzen im Dezember[3] sind drei grundlegende Aspekte als bestimmend für unsere Handlungsalternativen zu berücksichtigen:

1) Die SU baut nach wie vor ihr erhebliches Potential zu Lande, zur See und in der Luft nuklear und konventionell weiter aus und modernisiert alle Teilstreitkräfte.

2) Die USA treffen Entscheidungen, die ebenfalls auf Erhöhung ihrer Rüstung und Modernisierung mit erheblichen Mitteln hinauslaufen, wobei der Schwerpunkt auf das Nuklearpotential und die Kräfte gelegt zu werden scheint, die den globalen Kräfteansatz (power projection) der USA verbessern. Sie gleichen damit z.T. aus, was in der Zeit nach Vietnam vernachlässigt worden ist, bzw. führen weiter, was bereits vorbereitet worden war (u.a. B-1[4], Neutronenwaffe[5]),

Fortsetzung Fußnote von Seite 1290
einer gewissen Enttäuschung zur Kenntnis genommen worden sei, „insbesondere über die nach Auffassung des Gesprächspartners unbefriedigende deutsche Reaktion auf Punkt 2". Zur Verbesserung der Kommunikation zwischen beiden Regierungen werde es weiterhin für notwendig erachtet, entweder Sonderbeauftragte zu benennen oder einen gemischten Ausschuß einzusetzen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3505; VS-Bd. 10321 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 8. September 1981 teilte Dannenbring ergänzend mit, daß auch das amerikanische Verteidigungsministerium von der Antwort der Bundesregierung enttäuscht sei: „Die Tatsache, daß wir der Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe nicht zugestimmt haben, wird allerdings übereinstimmend als größte Sorge angesprochen. […] General Groves wertete unsere Antwort als klare Absage auf die Bitte, zumindest Gespräche zu denen aus Sicht des Pentagon vorrangigen Punkten der Stoessel-Demarche – außer Punkt 1 – zu eröffnen. […] Groves befürchtet, daß die ablehnende Haltung der Bundesregierung zu einer harschen Reaktion im Kongreß führen werde nach dem Motto, wenn die Bundesrepublik uns nicht helfen will, warum sollen wir dann der Bundesrepublik helfen? Diese Reaktion könnte z.B. die Modernisierung der amerikanischen Streitkräfte in der Bundesrepublik gefährden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3548; VS-Bd. 10321 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Schenk vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „November".
Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles vgl. Dok. 304.

3 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8. Dezember 1981 sowie zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351 bzw. Dok. 356–362.

4 Präsident Carter teilte am 30. Juni 1977 auf einer Pressekonferenz in Washington den Verzicht auf die Produktion des Bombers vom Typ „B-1" mit. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, CARTER 1977, S. 1197–1200.
Am 17. August 1981 trat der amerikanische Nationale Sicherheitsrat zu einer Sitzung in Los Angeles zusammen, um über die Modernisierung der amerikanischen strategischen Streitkräfte zu beraten. Nach Informationen der Botschaft in Washington waren sich die Teilnehmer darin einig, die Produktion des Bombers vom Typ „B-1" wiederaufzunehmen, bis zu einem späteren Zeitpunkt mit

Projekte, die auch die europäischen Verbündeten als notwendig angesehen hatten.

3) Die europäischen Verbündeten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland fallen durch ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber ihren ursprünglichen Vorhaben und Zusagen für das Bündnis mit ihrer tatsächlichen Leistung ab.

II. 1) Die internationale Situation, die erkennbar Spannungen aufweist, wird weiter kompliziert durch die Entwicklungen in Polen wie durch die pazifistischen Bewegungen bei uns und in einigen anderen Ländern.

In einer solchen Situation mit zentrifugalen Tendenzen bedarf es der besonderen Aufmerksamkeit der Bundesregierung, ihren politischen Spielraum im Bündnis zu bewahren und die nationalen Sicherheitsinteressen, zu denen eine möglichst vertrauensvolle Partnerschaft mit den USA gehört, durch das Bündnis zu gewährleisten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß unsere Interessen wesentlich eher gefährdet werden können als die der USA.

2) In diesem Kontext kommt der Kooperation zwischen der amerikanischen Administration und der Bundesregierung im nationalen wie im Bündnisinteresse überragende Bedeutung zu. In den ersten siebeneinhalb Monaten der Regierung Reagan kam es zu einer Reihe von Irritationen durch zumindest mißverständliche Aussagen und Entscheidungen, die die Interessen der europäischen Verbündeten, insbesondere unsere, berührten.

3) Im Nachhinein muß man wohl diese Vorgänge unter der erklärten Absicht der USA subsumieren, gegenüber der Sowjetunion verlorengegangenes politisches und militärisches Terrain wiederzugewinnen.

Solche Bemühungen, verlorenes Terrain zu gewinnen, sollten wir prinzipiell positiv einschätzen, wenn uns die Art und Weise der Umsetzung dieser Absicht auch nicht in jedem Falle befriedigen kann. Doch wird es wichtig sein zu erreichen, daß die USA in der Rüstungskontrollpolitik sowie in der konstruktiven Gestaltung des West-Ost-Verhältnisses nicht nur Konzepte taktischen Charakters sehen. Entscheidend für das deutsch-amerikanische Verhältnis wird sein, daß wir den USA nicht den Eindruck vermitteln, wir wollten durch das Bündnis zwar unsere Sicherheitsinteressen gewährleistet bekommen, seien jedoch nicht bereit, den Beitrag zu erbringen, der notwendig ist, auch die Allianz handlungsfähig zu halten, und das heißt, auch den amerikanischen Sicherheitsinteressen genüge zu tun. Die Allianz muß auch in Zukunft so zugeschnitten bleiben, daß sie die Sicherheitsinteressen aller Mitgliedstaaten innerhalb des Bündnisgebietes und im Rahmen einer gemeinsamen Risikobeteiligung befriedigen kann. Von uns wird es daher auch abhängen, ob das Bündnis funktioniert und

Fortsetzung Fußnote von Seite 1291

dem Bau des in Entwicklung befindlichen Bombers vom Typ „Stealth" begonnen werden könne. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3350 des Gesandten Dannenbring vom 21. August 1981; Referat 201, Bd. 125576.

Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 über den Bau von 100 Bombern vom Typ „B-1" vgl. Dok. 285.

5 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978, auf den Bau der Neutronenwaffe zu verzichten, vgl. Dok. 12, Anm. 23.

Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

welchen Wert die Vereinigten Staaten dem Bündnis im Rahmen ihrer globalen Politik in Zukunft einräumen.

4) Es geht nicht darum, alles gutzuheißen, was die USA in das Bündnis einbringen. Es gehört sicherlich zu unseren Pflichten als einer der wichtigsten europäischen Mitgliedstaaten an der Nahtstelle zwischen NATO und Warschauer Pakt, Vorstellungen und Entscheidungen der USA auf ihre Wirkung im und für das Bündnis kritisch zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen. Dabei werden wir in den meisten Fällen die übrigen europäischen Partner hinter uns haben, auch wenn das nicht immer ausgesprochen wird: Als Anwalt der Allianz werden wir wegen unseres Gewichts und unserer geographischen Situation auf die Unterstützung der übrigen europäischen Partner gegenüber den USA rechnen können. Unser Spielraum wird sich jedoch in dem Maße einengen, wie wir unseren Beitrag für die gemeinsame Verteidigung einschließlich der Bereitschaft zur Risikoübernahme vernachlässigen.

Die sichtbare Verzahnung der Bündnis-Verteidigungsvorkehrungen auf deutschem Boden wird nur dann weiterhin aufrechtzuerhalten sein, wenn wir nicht an Leistungsbereitschaft und Entschlossenheit zur Verteidigung nachlassen. Angesichts der bekannten Schwachstellen im militärischen Bereich kann ein Abgehen von realen Zuwachsraten in den Verteidigungsanstrengungen bei uns aus bündnispolitischen Gründen nicht ohne schwerwiegende Folgen bleiben.

5) Auch der Frage der vereinbarten Bündnisstrategie kommt ein hohes Maß an Bedeutung zu. Mehr als alle anderen müssen wir aus bündnispolitischen wie nationalen Interessen dafür Sorge tragen, daß die in der MC-14/3[6] niedergelegte Strategie nicht verwässert, sondern aufrechterhalten wird, also Grundlage der Struktur der Streitkräfte und ihrer Bewaffnung bleibt bzw. wird. Anzeichen für Veränderungen, die in amerikanischen Entscheidungen gesehen werden könnten, sollten aus nationalem und europäischem Interesse, aber auch aus Gründen der zukünftigen Funktionsfähigkeit des Bündnisses, Gegenstand der Erörterung mit den übrigen Bündnispartnern und insbesondere mit den USA sein. Im Sinne dieser Notwendigkeit schlage ich vor zu prüfen, ob es nützlich sein könnte, beim bevorstehenden Besuch des amerikanischen Außenministers in Bonn[7] sowie bei Gelegenheit der kommenden Ministerkonferenz im Zusammenhang mit der Einschätzung der Implementierung der Bündnisstrategie auf die Bedeutung des Konzeptes der Kriegsverhinderung durch Abschreckung (d. h. insbesondere auch Wiederherstellung der Abschreckung durch Eskalation mit politischem Ziel, wenn die bisherige Abschreckung versagt hat) einzugehen. Die Verdeutlichung der ungebrochenen Gültigkeit dieser Vorstellungen und ihrer Anerkennung durch alle NATO-Partner, einschließlich USA, könnte vorbeugend Mißdeutungen in unserer Öffentlichkeit, aber auch in der anderer europäischer Partner, und zugleich Zweifeln an amerikanischen Zukunftsvorstellungen begegnen, die in Ansätzen bereits erkennbar geworden sind. Hier meine ich die Frage, ob die USA nicht auf dem Wege seien, die NATO-Doktrin in Richtung einer „Kriegführungsstrategie“ zu verändern.

6 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 20, Anm. 20.

7 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 13./14. September 1981 vgl. Dok. 255 und Dok. 256.

Es läßt sich eine Reihe von Beispielen anführen, die zwar z.T. durchaus im Rahmen der gültigen NATO-Strategie angesiedelt werden können, aber insofern doppeldeutig sind, als sie der Vermutung Nahrung liefern könnten, die USA beschritten den Weg der Strategie-Veränderung. Ich nenne hier:

(1) Äußerungen von General Rogers über zeitgleichen Angriff der ersten und zweiten strategischen Staffel des Warschauer Pakts (SHAPEX 1981).

(2) Wiederholte Aussagen der Reagan-Administration, man müsse sich rüsten, um auch einen längeren Krieg durchstehen zu können.[8]

(3) Ankündigungen des Pentagon, man werde mit erheblichen Mitteln die Rüstungsindustrie in die Lage versetzen, sich innerhalb kurzer Zeit auf Kriegsproduktion umzustellen.[9]

(4) Vorstellungen der US-Army über ein „Integrated Battlefield Concept" (TRADOC-Pamphlet 525-5).[10]

(5) Forderungen, die konventionelle Komponente der Triade auszubauen. (Hier wird nicht verkannt, daß es sich hier, bis zu einem gewissen Grad, um eine berechtigte Forderung im Rahmen der Strategie der flexible response handelt.)

(6) Überlegungen und Forderungen, eine offensive C-Kampffähigkeit der NATO in Europa zu entwickeln (u.a. von General Rogers).[11]

(7) Tendenzen im Zusammenhang mit der laufenden HLG-Arbeit wie

– Stärkung der Bedeutung TNF innerhalb des Triadenverbunds,
– Hervorhebung der „direct defense" gegenüber der „deliberate escalation" sowie
– Hervorheben der militärischen Effizienz von nuklearen Waffen unter Vernachlässigung ihres politischen Charakters.

(8) Bemerkungen von Weinberger in Verbindung mit der jüngsten Entscheidung über die Neutronenwaffe.[12]

8 Am 18. Juni 1981 berichtete Brigadegeneral Ondarza, Washington, über Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger und des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministeriums, Iklé. Hinsichtlich der konventionellen Kriegführung hätten sie sich folgendermaßen geäußert: „Die Vorbereitung auf einen ‚prolonged, major conventional war' ist mit dem Verlust der nuklearen Überlegenheit schon vor etwa 20 Jahren dringend erforderlich. Hierzu müssen die Kriegsvorräte verbessert werden: a) drastische Erhöhung der Bevorratung von Betriebsstoff und rüstungsrelevanten Rohstoffen; b) Rüstungsindustrie muß im Spannungsfall ‚massively' ihre Kapazitäten erweitern können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2464; Referat 201, Bd. 125574.
Ähnlich äußerte sich Weinberger am 14. Juli 1981 vor der National Security Affairs Conference in Washington. Für die Rede vgl. Referat 201, Bd. 125575.

9 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger am 5. Mai 1981 vor der Vereinigung amerikanischer Zeitungsverleger in Chicago; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2052, S. 47 f.

10 Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte am 4. September 1981 Informationen über den Begriff des „Integrated Battlefield", der Teil des „Training and Doctrine Command (TRADOC)" der amerikanischen Streitkräfte war: „Das Integrierte Gefechtsfeld (‚Integrated Battlefield') ist der Begriff, mit dem ein Gefechtsfeld beschrieben wird, auf dem einseitig oder beiderseitig Streitkräfte entweder atomare oder chemische oder konventionelle Munition oder eine Kombination dieser Munitionsarten eingesetzt haben oder einsetzen können. Die Begriffsbestimmung wurde vor kurzem erweitert und schließt jetzt auch elektronische und sogen[annte] Teilchenstrahlwaffen ein." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3527; Referat 201, Bd. 125577.

11 Zum amerikanischen Vorhaben hinsichtlich der Weiterentwicklung chemischer Waffen vgl. Dok. 62, Anm. 34 und 35.

12 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger führte am 10. August 1981 in einer Pressekonferenz in Washington aus, daß die USA bereits mit der Produktion der Neutronenwaffe begon-

III. In den amerikanischen Teilstreitkräften, besonders im Heer, wird die Ansicht vertreten, nur eine „Kriegführungsstrategie“ sei als Antwort auf die globale sowjetische Bedrohung adäquat und erfolgversprechend: D.h., wenn die Abschreckung versagt hat, soll der Krieg nicht so schnell wie möglich durch Wiederherstellung der Abschreckung beendet, sondern ohne Rücksicht auf das Ausmaß des Krieges ein militärischer Sieg erzwungen werden. Diese Ansicht steht im Widerspruch zur gültigen NATO-Strategie, wenn auch diese Strategie für den Fall des Versagens der „deliberate escalation“ (früher Abbruch des Krieges zu akzeptablen Bedingungen, d.h. Wiederherstellung des Status quo ante) mit der „general nuclear response“ als letzte Drohung ein extremes Kriegführungselement enthält und verlangt. Eine solche Ansicht von führenden Angehörigen der US-Teilstreitkräfte wird durch allgemeine programmatische Erklärungen der Administration, die USA „stark“ zu machen, und eine entsprechende Haltung des „mainstream“ der amerikanischen Öffentlichkeit bestärkt werden können und das Konzept von flexible response und „deliberate escalation“ zur Wiederherstellung der Abschreckung stärker aus amerikanischem Denken und Planen verdrängen können. Bereits jetzt können wir eine solche Verdrängung feststellen, wenn es um Verbesserungen des militärischen Bündnispotentials geht, die eigentlich über eine sicherlich notwendige Steigerung der militärischen Effizienz und der Einsetzbarkeit hinaus die Abschreckung glaubwürdiger machen sollen, die aber primär an rein militärischen Kriterien gemessen werden.

[13]Andererseits hat die bisherige erfolgreiche Sicherung des Friedens vor dem Hintergrund der „undenkbaren“ Perspektive einer allgemeinen nuklearen Auseinandersetzung zwischen den Supermächten dazu geführt, daß in weiten Teilen der europäischen Bevölkerung schrittweise die Einsicht verlorenging, daß Abschreckung nur glaubwürdig ist, wenn der angedrohte Einsatz von Nuklearwaffen im Krieg in den Augen des potentiellen Angreifers wahrscheinlich ist. Insofern besteht eine besondere Anfälligkeit, auch die im Sinne der gültigen Strategie notwendigen Verbesserungen von Waffen als Hinwendung zu einer reinen Kriegführungsstrategie zu interpretieren und sich illusorisch der Vorstellung eines wegen „Undenkbarkeit“ eines Krieges zuverlässigen und gesicherten Friedens hinzugeben. Dem Einwirken auf die amerikanische Regierung zugunsten einer wieder glaubwürdig gemachten Kriegsverhütung durch Abschreckung muß eine Einwirkung auf unsere informierte Öffentlichkeit entsprechen, die Voraussetzungen, unter denen der Frieden erhalten werden kann, ständig und intensiver als bisher ins Bewußtsein zu bringen.

IV. Ich fasse meine Empfehlungen wie folgt zusammen:

1) Zur Stützung unserer Stellung und unseres Einflusses im Bündnis muß der Verteidigungshaushalt zur Befriedigung unabweisbarer Aufgaben auch beim Nullwachstum oder Minuswachstum unserer Volkswirtschaft real anwachsen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1294

nen hätten und demnächst in der Lage seien, sie innerhalb weniger Stunden außerhalb der USA zu stationieren. Ferner erklärte er, daß die Neutronenwaffe im Falle einer Bedrohung der USA oder ihrer Verbündeten durch feindliche Panzerstreitkräfte zum Einsatz kommen könne. Vgl. den Artikel. „U.S. Already Making Neutron Warheads“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 12. August 1981, S. 1.

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1418 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

2) Hochrangige politische Gespräche sollten mit der amerikanischen Regierung sowie bei der Herbstministertagung mit dem Ziel geführt werden, eine Bestätigung der Kriegverhinderungspolitik durch angemessen starke und wirkungsvolle Bekräftigung der gemeinsamen Strategie (MC-14/3) vorzunehmen.

3) In einem noch zu klärenden zeitlichen Abstand zu den NATO-Ministertagungen sollte in einer umfassenden außen- und sicherheitspolitischen Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag die Begründung von 1) und 2) verdeutlicht werden.

4) Die aufgezeichneten Tendenzen in amerikanischen Teilstreitkräften eignen sich meines Erachtens besonders für eine Erörterung mit AM Haig bei dessen Besuch beim Bundesminister am 13.9.1981.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11125 (204)

248

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5136/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 3. September 1981, 18.05 Uhr**
Fernschreiben Nr. 1420 **Ankunft: 3. September 1981, 20.03 Uhr**
Citissime

Betr.: NATO-Beitritt Spaniens[1];
hier: Stellung Spaniens zur nuklearen Frage

Bezug: DE 4422 vom 1.9.1981 – 201-360.90 SPA VS-NfD[2]

I. 1) Zu den im Bezugs-Drahterlaß behandelten Fragen der Durchführung eines spanischen Beitritts werde ich in einer grundsätzlichen Ausführung gesondert berichten.[3]

1 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 167, Anm. 6.

2 Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit, daß „Einzelheiten der spanischen NATO-Mitgliedschaft (z. B. Stellenbesetzung, Kommandostruktur, Unterstellung von Streitkräften, Infrastruktur- und Finanzierungsschlüssel) – also auch Stationierungsfragen – nach Beitritt Spaniens unter seiner Beteiligung als gleichberechtigtes Mitglied im Konsens geregelt werden. Dem spanischen Beitritt vorgeschaltete, über die vereinbarten Kontakte hinausgehende Konsultationen in beschränktem Kreis von NATO-Partnern werden daher nicht für zweckmäßig gehalten. Sie wären auch bündnispolitisch nicht unbedenklich." Die Bundesregierung halte ferner daran fest, „daß Spanien dem NATO-Vertrag in seiner geltenden Fassung beitreten sollte, so daß zwar die Kanarischen Inseln, nicht aber Ceuta und Melilla, Vertragsgebiet würden". Vgl. Referat 201, Bd. 125570.

3 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), nahm am 3. September 1981 Stellung zu den Folgen eines NATO-Beitritts Spaniens für die Kommandostruktur und Aufgabenteilung des Bündnisses, und zu Fragen einer Nutzung des spanischen Territoriums für die operativen und strategischen Planungen, insbesondere die Stationierung von Nuklearwaffen. Er äußerte sich ferner zur Einbeziehung Spaniens in das Infrastrukturprogramm der NATO sowie in die militärischen und zivilen Haushal-

2) Zur Frage des Zeitpunkts von Vorgesprächen und Verhandlungen über die Regelungen der einzelnen Gebiete der spanischen Mitgliedschaft hat die Allianz immer die Auffassung vertreten, daß über die Einzelheiten der spanischen Mitgliedschaft zwischen den Verbündeten und Spanien erst nach der Erteilung der Beitrittseinladung verhandelt werden muß.

Ich bestätige, daß eine frühere formelle Befassung des Rates mit diesen Fragen nicht angestrebt wird.

Wir können aber nicht die Tatsache ignorieren, daß die Bündnismitglieder, die durch den NATO-Beitritt Spaniens besonders berührt werden (neben uns insbesondere USA, GB, F, PORT, IT), eigene Vorstellungen entwickeln und in informellen und vorläufigen Kontakten untereinander Einzelheiten der späteren spanischen Mitgliedschaft vorbesprechen. Dabei könnten sich Weichenstellungen ergeben, die unseren Vorstellungen zuwiderlaufen. Wir sollten daher in der Lage und bereit sein, unsere Schwerpunkte und Interessen zunächst intern zu definieren, um sie ggfs. mit einzelnen anderen Verbündeten vertraulich zu erörtern. Es ist auch davon auszugehen, daß im NATO-Bereich Listen mit den zu entscheidenden Fragen aufgestellt werden.

II. Die Frage der Haltung Spaniens zur eigenen Rolle bei den nuklearen Fragen des Bündnisses (vgl. Ziffer 3 der Bezugsweisung[4]) scheint mir so wichtig zu sein, daß ich dazu vorab Stellung nehmen möchte:

1) Über den in der Bezugsweisung erwähnten rechtlichen Aspekt, der nicht anfechtbar ist, und den innenpolitisch-spanischen Aspekt hinaus handelt es sich nach meiner Auffassung hier um eine Frage von erheblichen politischen und sicherheitspolitischen Ausmaßen.

2) Wenn die spanische Seite (vgl. Berichterstattung über die Interview-Äußerungen des spanischen Außenministers in der FAZ vom 2.9.1981[5]) erklärt, „daß auf keinen Fall in Spanien Atomwaffen gelagert werden, auch nicht, wenn es der NATO beitrete“, so wird hier der Anschein (besonders in der Öffentlichkeit) einer Vorbedingung erweckt. Die Konformität dieser „Bedingung“ mit dem NATO-Vertrag[6] kann zwar nicht in Frage gestellt werden. Diese „Bedingung“ liefe aber auf eine Sonderregelung hinaus, die vorab und ohne Konsultation mit den Verbündeten beansprucht wird. Ein solches Vorgehen wäre ungewöhnlich. Es entspräche auch nicht unserer Auffassung (vgl. Bezugsweisung), daß wir alle relevanten Einzelheiten nach dem NATO-Beitritt Spaniens unter seiner

Fortsetzung Fußnote von Seite 1296

te und zur rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1423/1424; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Ziffer 3 des Drahterlasses Nr. 4422 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 1. September 1981 an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel lautete: „Durch den NATO-Vertrag und spätere Bündnisarrangements wird keinerlei generelle Verpflichtung zur Beteiligung an der nuklearen Verteidigung des Bündnisses impliziert (vgl. hier Artikel 21 des NATO-Kommuniqués von Paris vom 19.12. 1957). Insoweit ist auch die Haltung Dänemarks und Norwegens vertragskonform. Daher entfällt für Spanien die Notwendigkeit, sich in dieser Hinsicht vor dem NATO-Beitritt zu erklären. Wir gehen davon aus, daß dies der spanischen Regierung auch die innenpolitische Behandlung des NATO-Beitritts erleichtert.“ Vgl. Referat 201, Bd. 125570.

5 Zu den Äußerungen des spanischen Außenministers Pérez-Llorca vgl. den Artikel „Neue Krise in Spaniens Regierungspartei“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 2. September 1981, S. 1.

6 Für den Wortlaut des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 289–292.

Beteiligung als gleichberechtigtes Mitglied im Konsens klären wollen. Wir sollten daher Spanien weder durch unser Verhalten noch durch unser Stillschweigen ermutigen, sich vorab, insbesondere durch parlamentarische Beschlüsse oder Regierungserklärungen und Äußerungen von Regierungssprechern, in einer solchen Richtung festzulegen.

Meines Erachtens sollte noch rechtzeitig vor der für Ende September 1981 vorgesehenen Cortes-Debatte über den NATO-Beitritt Spaniens[7] mit einzelnen Verbündeten vertraulich erörtert werden, wie die spanische Regierung darauf hingewiesen werden könnte, daß eine solche Feststellung unterbleiben sollte, weil sie das Bündnis zusätzlichen Belastungen aussetzen würde. Dies sollte m. E. auch und vor allem von seiten der amerikanischen Regierung und auch durch NATO-Generalsekretär Luns geschehen.

3) Nach meiner Auffassung könnten die politischen und strategischen Auswirkungen einer politisch festgelegten Sonderrolle Spaniens in der Frage der nuklearen Verteidigung für das Bündnis äußerst schädlich sein:

(1) Eine Sonderrolle Spaniens im Bündnis könnte die Situation, in der sich die Bundesrepublik Deutschland und andere Verbündete bei der Durchführung des Doppelbeschlusses[8] in seinen beiden Teilen befinden, erheblich erschweren. Der innenpolitische Druck gegen die Modernisierung könnte sich beträchtlich verstärken. Von dem von der Bundesregierung entwickelten Grundsatz einer möglichst breiten Streuung der Risikoteilung durch Stationierung in möglichst vielen Mitgliedsländern würde abgewichen, wenn ein neu eintretender Staat die Aufnahme von Kernwaffen von vornherein einseitig ablehnen kann.

(2) Hinsichtlich der Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland überhaupt (Lagerung von 6000 nuklearen Sprengköpfen) könnte es zusätzliche Schwierigkeiten geben. Entsprechendes gilt für unsere Bedingungen für die Lagerung von Neutronenwaffen auf dem Territorium der Bundesrepublik (keine Singularisierung).[9] Länder mit starken antinuklear eingestellten Bevölkerungsteilen wie die Niederlande und Belgien gerieten ebenfalls unter Druck und könnten auch eine politisch etablierte Atomwaffenfreiheit

7 Am 8. Oktober 1981 beschloß der Auswärtige Ausschuß des spanischen Parlaments mit 19 gegen 14 Stimmen, die Regierung zu ermächtigen, den Beitritt Spaniens zur NATO zu erklären. Dazu berichtete Gesandter Lewalter, Madrid, am 9. Oktober 1981, daß die Entschließung u. a. folgende Punkte enthalte: „Bei der Konkretisierung der spa[nischen] Mitwirkung in der Verteidigungsstruktur der Allianz soll der Forderung Rechnung getragen werden, die Sicherheit des ganzen spa. Territoriums auf der Halbinsel wie außerhalb derselben zu garantieren. Die Wiedererlangung der Souveränität über Gibraltar ist von grundlegender Bedeutung. […] Die Regierung solle in den dem NATO-Beitritt folgenden Verhandlungen keine Verpflichtungen übernehmen, die die Lagerung oder Dislozierung von Nuklearwaffen der Allianz auf spa. Gebiet implizieren. Jede spätere Entscheidung in dieser Angelegenheit bedürfe vorheriger Ermächtigung durch das Parlament.“ Lewalter teilte ferner mit: „Wann das Plenum des Abgeordnetenhauses über das NATO-Thema debattieren wird, steht noch nicht fest.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1384; Referat 201, Bd. 125570.

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

9 Am 20. Januar 1978 beschloß der Bundessicherheitsrat, daß die Bundesregierung einer Lagerung von Neutronenwaffen auf ihrem Territorium unter der Voraussetzung zustimmen könne, daß nicht innerhalb von zwei Jahren nach einer amerikanischen Produktionsentscheidung Rüstungskontrollverhandlungen mit der UdSSR eine Dislozierung überflüssig machen und die Waffen dann nicht nur auf ihrem Territorium stationiert würden. Staatssekretär van Well unterrichtete am 30. Januar 1978 den stellvertretenden Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Aaron, von dieser Entscheidung. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 23.

verlangen. Im Endeffekt würden wir uns durch eine wie immer geartete Rücksichtnahme auf die spanische innenpolitische Behandlung des NATO-Beitritts eigene innenpolitische Schwierigkeiten eintauschen.

(3) Ein entsprechender spanischer Schritt und die Duldung durch die Verbündeten könnten zumindest indirekt Bestrebungen hinsichtlich einer (mit der SU vereinbarten) atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa[10] Auftrieb geben und die nordeuropäischen Verbündeten für sowjetische Einmischungsversuche anfälliger machen. Während bei Dänemark und Norwegen wegen der besonderen Situation des gesamten nordeuropäischen Raumes das Verlangen nach Ausschluß der Stationierung nuklearer Waffen im Frieden immerhin noch verständlich ist, würde sich ein solches Verlangen für Spanien in der Tiefe des südwesteuropäischen Raumes selbst im Ansatz nicht rechtfertigen lassen.

(4) Die Bedeutung des Eintritts Spaniens in das Bündnis liegt, von den politischen Wirkungen abgesehen, im wesentlichen in dem hohen strategischen Wert der Iberischen Halbinsel für die Verteidigung Europas und als Plattform für Logistik auch im nuklearen Bereich. Es wäre, auch in diesem Zusammenhang gesehen, schädlich, wenn Spanien eine nukleare politische Sonderrolle in Anspruch nehmen könnte.

(5) Eine faktische Atomwaffenfreiheit Spaniens würde wahrscheinlich auf den restlichen iberischen Raum übergreifen, also möglicherweise ähnliche Bestrebungen Portugals heraufbeschwören.

III. Zusammenfassend stelle ich fest:

1) Spanien würde sich durch einen Eintritt in das Bündnis zu politischen Sonderregelungen die Mitgliedschaft in einer dadurch möglicherweise geschwächten Allianz einkaufen. Dies kann weder im Interesse Spaniens noch im Interesse der Verbündeten liegen. Insbesondere würde die Bereitschaft zur Risikoteilung, die eine der Grundlagen der Allianz darstellt, erheblich geschwächt.

2) Durch die schon öffentlich gemachten spanischen Erklärungen hat sich der Zug in Richtung auf eine parlamentarisch verhärtete Position Spaniens bereits in Bewegung gesetzt. Es ist nach meiner Auffassung hohe Zeit, diesem Trend entgegenzuwirken.

3) Ich schlage vor, das Problem noch vor der für Ende September 1981 vorgesehenen Cortes-Debatte über den spanischen Beitritt mit einzelnen Verbündeten vertraulich zu erörtern und die spanische Regierung darauf hinzuweisen, daß eine vorzeitige und einseitige politische Festlegung in dieser Frage für das Bündnis nicht wünschenswert ist.[11]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11101 (203)

10 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Juni 1981 für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa; Dok.183, Anm. 9.

11 Am 7. September 1981 wies Ministerialdirektor Pfeffer die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel an, aufgrund der von Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), „mit dankenswerter Klarheit dargelegten möglichen politisch-psychologischen Weiterungen“ eines NATO-Beitritts Spaniens „gegenüber Bennett und Generalsekretär Luns anzuregen, daß die spanische Regierung auf geeignetem Wege gebeten wird, vor NATO-Beitritt weitere Festlegungen hinsichtlich Stationierung nukle-

249

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

422-411.10 BSR/SH 841/81 geheim **4. September 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Zur Unterrichtung

Betr.: Neufassung der Grundsätze für Rüstungsexport

Anlg.: 2 (Anlage 1 nur bei Original)

Der BSR beschloß am 1.4.1981, daß eine Arbeitsgruppe unter Vorsitz des BMWi und Beteiligung von ChBK, AA und BMVg die Politischen Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 16. Juni 1971[2] überarbeiten soll. Dabei sollen die vom Bundeskanzler in der Zusammenfassung der Diskussion aufgeführten elf Gesichtspunkte (Anl. 1) berücksichtigt werden (die im folgenden in Klammern gesetzten arabischen Ziffern beziehen sich auf die „Gesichtspunkte").

I. 1) Nach Ressortgesprächen hat das BMWi den Entwurf einer Neufassung vorgelegt.[3] Die Stellungnahme des AA wurde in zwei Hausbesprechungen[4], von denen die zweite unter Leitung von StS Lautenschlager stand, und nach zahlreichen Rücksprachen, auch mit StS von Staden, erarbeitet.[5] Sie führte zu dem als Anl. 2 beigefügten Entwurf.

Zwischen den Ressorts besteht Einvernehmen darüber, daß es sich bei allen im jetzigen Stadium eingebrachten Entwürfen nur um – die Leitung der jeweiligen Häuser nicht bindende – Arbeitspapiere handelt. Dieses Verfahren erscheint

Fortsetzung Fußnote von Seite 1299

arer Waffen auf spanischem Boden zu vermeiden". Vgl. den Drahterlaß Nr. 4520; VS-Bd. 10291 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

Wieck informierte am 11. September 1981, daß er NATO-Generalsekretär Luns und den amerikanischen NATO-Botschafter Bennett „über unsere Sorgen bezüglich spanischer amtlicher Erklärungen zum künftigen nuklearen Status Spaniens im Sinne eines kernwaffenfreien Spaniens unterrichtet und angeregt [habe], daß der Generalsekretär gegenüber dem spanischen Botschafter und die amerikanische Regierung gegenüber der spanischen Regierung offiziell darauf drängen mögen, von solchen Erklärungen Abstand zu nehmen." Wieck fuhr fort: „Generalsekretär Luns sagte mir zu, daß er den spanischen Botschafter bei nächster Gelegenheit ansprechen werde. Botschafter Bennett erwiderte, daß er seine Regierung unterrichten werde." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1469; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Henze konzipiert.

2 Zu den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" vgl. AAPD 1971, I, Dok. 83.

3 Für den Entwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 12. Juni 1981 über „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" bzw. vom 22. Juni 1981 für eine Neufassung des sogenannten „Flächenpapiers" vom 2. Februar 1977 vgl. VS-Bd. 10372 (201).

4 Zur Hausbesprechung am 14. Juli 1981 vgl. Dok. 213.

5 Am 21. August 1981 übermittelte Ministerialdirektor Fischer den Ministerialdirektoren Pfeffer, Gorenflos, Fleischhauer und Hansen eine erste Neufassung des Entwurfs des Bundesministeriums für Wirtschaft über „Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern". Vgl. dazu VS-Bd. 10403 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

zweckmäßig, um die für die zur Erstellung eines gemeinsamen Vorschlags der Arbeitsgruppe erforderliche Flexibilität zu bewahren. Die vorliegende Aufzeichnung wird Ihnen daher zur Unterrichtung über den Stand der Überlegungen im Hause und in der Arbeitsgruppe vorgelegt. Sobald ein gemeinsamer Vorschlag auf Arbeitsebene fertiggestellt sein wird, erfolgt erneute Vorlage.

2) Die auf der Grundlage des BMWi-Entwurfs erstellte Neufassung des AA berücksichtigt auch seit 1971 ergangene BSR-Beschlüsse einschließlich des sog. Flächenpapiers von 1977[6], das wesentliche Ergänzungen der Grundsätze enthält, sowie die bisher entwickelte Praxis.

a) Der Entwurf hält an der restriktiven Rüstungsexportpolitik fest (3). Exporte von Kriegswaffen in Länder außerhalb der NATO sollen weiterhin nur genehmigt werden, wenn besondere politische Erwägungen – vorrangig außen- und sicherheitspolitische Gesichtspunkte – dafür sprechen (Abschnitt II des Entwurfs).

Entsprechend dem Flächenpapier werden kriegswaffennahe sonstige Rüstungsgüter (Anlagen und Unterlagen zur Herstellung von Waffen und Munition) besonders erwähnt. Ihre Ausfuhr wird nur genehmigt, wenn das friedliche Zusammenleben der Völker oder die auswärtigen Beziehungen der BR Deutschland dadurch nicht gestört werden. Die Ressorts waren sich darin einig, daß mit dieser Bestimmung eine gefährliche Lücke in den bisherigen Grundsätzen geschlossen würde, die darin bestand, daß die Ausfuhr von Kriegswaffen einem wesentlich strengeren Verfahren unterworfen war als diejenige von Anlagen und Unterlagen zur Herstellung der gleichen Waffen. Die Schließung dieser Lükke dürfte zugleich die innenpolitische Durchsetzung der im Abschnitt „Lieferungen in Spannungsgebiete“ neu vorgesehenen Ausnahmemöglichkeit (s.u.) erleichtern.

Mit Fortführung der restriktiven Rüstungsexportpolitik wird sichergestellt, daß keine besonderen, exportorientierten Rüstungskapazitäten aufgebaut werden (10).

b) Es wurde besonders sorgfältig geprüft, ob der Begriff „Spannungsgebiet“ noch zureichende Kriterien für Kriegswaffenlieferungen gibt (4). Dabei setzte sich bei allen in der Arbeitsgruppe vertretenen Ressorts ebenso wie beim Bundeskanzler der Eindruck durch, daß auf ihn nicht verzichtet werden dürfte. An dem Gedanken, grundsätzlich keine Waffen in Gebiete zu liefern, in denen Konflikte ausgetragen werden oder drohen, sollte schon deshalb festgehalten werden, weil er unserer generellen, auf Erhaltung des Friedens gerichteten Politik entspricht, die auch unser Verhältnis zu den Ländern der Dritten Welt bestimmt. Vor allem aber wird eine Aufgabe des Begriffs „Spannungsgebiet“ von der in- und ausländischen Öffentlichkeit als Verzicht auf eine restriktive Rüstungsexportpolitik mißverstanden werden und damit zu unnötigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit führen. Auch hat die ressortinterne Diskussion keinen Begriff zutage fördern können, der an die Stelle des „Spannungsgebiets“ treten könnte.

Um jedoch der Möglichkeit Rechnung zu tragen, daß in Ausnahmefällen aus sicherheits- und/oder bündnispolitischen Gründen ein erhebliches Interesse an

6 Zum sogenannten „Flächenpapier“ vom 2. Februar 1977 vgl. AAPD 1977, I, Dok. 16.

der Erhaltung oder Wiederherstellung des Gleichgewichts in Spannungsgebieten besteht und dazu die Lieferung von Kriegswaffen oder kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern erforderlich sein kann, sieht die Neufassung vor, daß der BSR bei Vorliegen dieser klar begrenzten Voraussetzungen Ausnahmen von dem Grundsatz der Nichtlieferung in Spannungsgebiete beschließen kann (6) (Ziffer II 2).

Diese Entscheidungen müssen eingehend begründet sein, um den Einzelfall-Charakter deutlich zu machen und eine Berufung auf sie für andere Fälle auszuschließen (7).

c) Die Neufassung erlaubt die Berücksichtigung der Energie- und Rohstoffversorgung bei den Entscheidungen (5). Beide Gesichtspunkte können unter den Begriff „sicherheitspolitisch" bei Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern in Länder außerhalb der NATO und in Spannungsgebiete subsumiert und entsprechend berücksichtigt werden (vgl. Äußerung des Bundeskanzlers im Fernsehinterview vom 30.4.81: „Daß unsere Sicherheit bedroht würde, falls durch militärische Konflikte der Ölzufluß nach Europa abgeschnitten würde, das ist ganz deutlich"[7]). Gegen die ausdrückliche Erwähnung der Energie- und Rohstoffversorgung, wie sie das BMWi in seinem Entwurf vorsieht, bestehen hingegen erhebliche Bedenken. Einmal könnte eine ausdrückliche Erwähnung von Vertretern der Bundestagsfraktionen als eine gezielte Textänderung im Hinblick auf Saudi-Arabien[8] mißverstanden werden; das könnte die Diskussion unnötig belasten. Zum anderen ist nicht auszuschließen, daß die Neufassung der Grundsätze angesichts des großen öffentlichen Interesses später bekannt wird (auch die zur Zeit geltenden Grundsätze wurden in einer Fachzeitschrift veröffentlicht[9]). Dabei könnte die ausdrückliche Erwähnung der Energie- und Rohstoffversorgung auch die Interpretation hervorrufen, als ob wir Lieferungen im Sinne eines Gegengeschäfts „Öl gegen Waffen" ins Auge faßten oder eine „Kanonenboot-Politik" zur Sicherung wirtschaftlicher Interessen betreiben wollten. Wir müssen damit rechnen, daß andere Länder dieses Argument gegen uns in der Dritten Welt nutzen werden. Außerdem könnte ein deutlicher Hinweis auf die Energiesicherung auch Länder der Dritten Welt (z. B. Libyen) veranlassen, Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik anzustreben.

7 Für den Wortlaut der Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt in der Sendung „Die Fernsehdiskussion" in der ARD vgl. BULLETIN 1981, S. 343.

8 Zur möglichen Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 117–119.
Am 1. Juli 1981 beschäftigte sich der Bundessicherheitsrat mit dem britischen Wunsch, Feldhaubitzen aus deutsch-britischer Koproduktion nach Saudi-Arabien zu liefern. Ministerialdirektor Fischer vermerkte dazu am 17. September 1981, daß der Bundessicherheitsrat eine Lieferung aus deutschen Beständen oder deutscher Endfertigung abgelehnt habe und vor seiner Zustimmung zur Lieferung der Waffen aus britischer Endfertigung noch einmal hinsichtlich der Vertragsdetails befaßt werden wolle. Nachdem Großbritannien nun bestätigt habe, daß mit Saudi-Arabien eine Endverbleibsklausel vereinbart worden sei, wonach „das gelieferte Material für den ausschließlichen Gebrauch durch die saudischen Streitkräfte bestimmt" sei und dessen Aufstellung „ausschließlich den saudischen Stellen" obliege, solle dem Bundessicherheitsrat für seine nächste Sitzung vorgeschlagen werden, „gegen die Lieferung aus britischer Endfertigung keine Bedenken geltend zu machen, ohne daß sich hieraus eine präjudizierende Wirkung für die Grundsatzdebatte ergeben darf." Vgl. VS-Bd. 10406 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Vgl. dazu WEHRDIENST, Nr. 614/1977 vom 13. Juni 1977, Beilage.

Um dem Wunsch des BMWi jedoch Rechnung zu tragen und auch für spätere Diskussionen Zweifel darüber auszuschließen, daß Sicherheitspolitik die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung einschließen kann, sollte bei der Verabschiedung der neuen Grundsätze durch den BSR ein entsprechender ausdrücklicher Vermerk in das Protokoll der BSR-Sitzung aufgenommen werden.

d) Bei der Koproduktion auf der Grundlage von Regierungsvereinbarungen soll durch entsprechende Vereinbarung sichergestellt werden, daß bei Exporten durch das Partnerland Konsultationen verlangt werden können, aber nicht zwingend vorgeschrieben sind (Ziffer I 2.1 c)). Das entspricht der bisher im Verhältnis zu Frankreich geltenden Regelung[10] und räumt der Bundesregierung die im Hinblick auf unser politisches Interesse an Koproduktion erforderliche Flexibilität ein (8).

Bei Firmenkooperationen ohne Regierungsvereinbarungen soll angestrebt werden, daß Exporte von Kriegswaffen nur mit Zustimmung der Bundesregierung erfolgen, wenn der deutsche Anteil erheblich und damit deutlich erkennbar ist (Ziffer II 2.2). Wie weit diese Forderung durchsetzbar ist, muß offen bleiben.

e) Bei der Lieferung von Kriegswaffen sollen in Zukunft amtliche Endverbleibserklärungen verlangt werden. Auch bei kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern sind zur Sicherung des Endverbleibs strenge Maßstäbe anzulegen (9) (Ziffer II 3).

2) Da die Neufassung nur materielle Grundsätze enthält, wurde davon abgesehen, Verfahrensregeln, vor allem zur Unterrichtung des Bundestags über Rüstungsexportentscheidungen des BSR, aufzunehmen (11). Hierzu ist noch eine Diskussion zwischen den Ressorts erforderlich. Bisher ist für die Unterrichtung der Auswärtige Ausschuß vorgesehen; in Betracht käme auch ein Unterausschuß (z. B. für Abrüstung). Offen ist auch noch der Umfang der Unterrichtung. Sie wird von dem zu unterrichtenden Gremium abhängen. Die Unterrichtung sollte durch das BMWi erfolgen, da es das für Genehmigungen federführende Ressort ist, ggf. mit Beteiligung des AA.

II. Die Neufassung mit den Änderungsvorschlägen des AA soll auf einer Ressortbesprechung am 7.9.1981 erläutert werden.[11] In einer weiteren Ressortbesprechung, möglichst noch im September, soll dann versucht werden, eine gemeinsame Vorlage für den BSR zu erarbeiten.[12]

Auf der Ressortbesprechung ist auch das weitere Verfahren bei der Behandlung der Grundsätze zu klären. Zunächst sollte dem BSR der Entwurf mit einer Begründung zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Falls keine Bedenken geltend gemacht werden, könnte der Entwurf dann den Arbeitskreisen der bei-

10 Vgl. dazu Artikel 2 der Regierungsvereinbarung vom 7. Februar 1972 zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder; Dok. 24, Anm. 11.

11 Zur Ressortbesprechung vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 8. September 1981; VS-Bd. 11604 (02); B 150, Aktenkopien 1981. Für Auszüge vgl. Anm. 25, 27 und 28.

12 Am 15. Oktober 1981 notierte Ministerialdirigent Ungerer, daß die Ressorts im Lichte der Sitzung des Bundessicherheitsrats am 2. Oktober 1981 weitgehende Einigung über die noch ausstehenden Fragen hätten erzielen können, und legte die Neufassung des Entwurfs vor. Vgl. dazu VS-Bd. 10404 (422); B 150, Aktenkopien 1981. Für einen Auszug vgl. Anm. 29.

den Koalitionsfraktionen und dem Vorsitzenden der CDU-Bundestagsfraktion[13] zugeleitet werden.

Nach Gesprächen mit den Fraktionen[14], soweit sie erforderlich werden, wird der Entwurf dann dem BSR zur Verabschiedung vorgelegt. Sie sollte spätestens im Dezember d. J. erfolgen.[15]

D 2[16], D 3[17], D 5[18] und LPl[19] haben mitgezeichnet.

Per Fischer[20]

[Anlage 1]

[…][21]

Anlage 2

Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern

(BMWi-Entwurf in redaktioneller Neufassung mit Änderungsvorschlägen des AA)

In dem Bestreben,

im Rahmen der internationalen und gesetzlichen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland

den Export von Rüstungsgütern am Sicherheitsbedürfnis und außenpolitischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren,

durch seine Begrenzung und Kontrolle einen Beitrag zur Sicherung des Friedens in der Welt zu leisten

und dementsprechend auch auf Beschlüsse internationaler Institutionen grundsätzlich Rücksicht zu nehmen, die eine Beschränkung des internationalen Waffenhandels unter Abrüstungsgesichtspunkten anstreben,

in Fortsetzung ihrer bewährten restriktiven Rüstungsexportpolitik

13 Helmut Kohl.

14 Am 30. Oktober 1981 berichtete Ministerialdirektor Fischer über eine gemeinsame Sitzung der beiden Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktionen von SPD und FDP: „Während die Arbeitsgruppe der FDP-Fraktion noch keine Beschlüsse gefaßt hat, erläuterte MdB Bahr die Haltung der Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion. Ein wesentlicher Unterschied zu der von den Ressorts auf Arbeitsebene formulierten Neufassung der Grundsätze für den Rüstungsexport besteht in der Haltung bei Kriegswaffenexporten in Länder, die nicht der NATO angehören oder NATO-Ländern vergleichbar sind. Die SPD-Arbeitsgruppe hält den Begriff ‚Spannungsgebiet' als Abgrenzungskriterium für untauglich. Sie möchte nicht mehr zwischen Ländern in Spannungsgebieten und anderen Nicht-NATO-Ländern unterscheiden, sondern Kriegwaffenausfuhren in Nicht-NATO-Länder allgemein nur noch zulassen, wenn sie aus nationalen, sicherheits- und bündnispolitischen Gründen erfolgen. In der Diskussion machte MdB Bahr klar, daß hierunter unter Umständen auch die Sicherung der Energie- oder Rohstoffversorgung fallen kann." Vgl. VS-Bd. 10404 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

15 Der Bundessicherheitsrat verabschiedete die Grundsätze für den Rüstungsexport am 28. April 1982. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 309–311. Vgl. dazu ferner die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 26. April 1982; AAPD 1982.

16 Franz Pfeffer.

17 Walter Gorenflos.

18 Carl-August Fleischhauer.

19 Nils Hansen.

20 Paraphe.

21 Dem Vorgang nicht beigefügt.

hat die Bundesregierung folgende Grundsätze für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern beschlossen:

I. NATO-Länder

(Geltungsbereich des NATO-Vertrags, Artikel 6[22])

1) Direktexporte

Der Export von Kriegswaffen[23] und sonstigen Rüstungsgütern[24] hat sich an der Erhaltung der Verteidigungskraft des Bündnisses und damit an dem Verteidigungsinteresse der Bundesrepublik Deutschland zu orientieren.

Er ist grundsätzlich nicht zu beschränken, es sei denn, daß aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist.

Der Endverbleib der Rüstungsgüter im NATO-Bereich ist glaubhaft zu machen. Soweit besondere Umstände des Einzelfalls dies nahelegen, sind zusätzliche Nachweise zu verlangen.

Wenn zu erwarten ist, daß Kriegswaffen, gegen deren Ausfuhr in ein Land außerhalb des NATO-Vertragsgebiets außenpolitische Bedenken möglich sind, exportiert werden, ist anzustreben, daß diese nur mit dem schriftlichen Einverständnis der Bundesregierung aus dem NATO-Vertragsgebiet verbracht werden dürfen. Das gleiche gilt für kriegswaffennahe Rüstungsgüter.[25]

2) Kooperation

2.1) Kooperationen, die Gegenstand von Regierungsvereinbarungen sind

a) Verhältnis zwischen Rüstungskooperation und Rüstungsexportpolitik

Die Bundesregierung wird wie bisher dem Kooperationsinteresse grundsätzlich Vorrang einräumen, ohne auf Einwirkungsmöglichkeiten bei Exportvorhaben von Kooperationspartnern zu verzichten.

b) Genehmigungsverfahren (KWKG/AWG[26]) für die deutschen Zulieferungen

22 Für den Wortlaut von Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

23 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „In der Kriegswaffenliste (Anlage zum KWKG) aufgeführte Waffen (komplette Waffen sowie als Waffen gesondert erfaßte Teile).

24 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Waren des Abschnitts A in Teil I der Ausfuhrliste – Anlage zur A[ußen]w[irtschafts]v[erordnung] – mit Ausnahme der Kriegswaffen."

25 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Anlagen und Unterlagen zur Herstellung von Waffen und Munition gemäß Nr. 0018 des Abschnitts A in Teil I der Ausfuhrliste – Anlage zur A[ußen]w[irtschafts]v[erordnung]."
In der Ressortbesprechung am 7. September 1981 schlug das Bundesministerium für Wirtschaft vor, diesen Absatz wie folgt umzuformulieren: „Bei Kriegswaffen ist anzustreben, daß diese nur mit dem schriftlichen Einverständnis der Bundesregierung aus dem NATO-Vertragsgebiet verbracht werden dürfen, wenn konkrete Hinweise bestehen, daß sie in Länder weiterexportiert werden, gegen deren Belieferung mit diesen Rüstungsgütern sicherheits- oder außenpolitische Bedenken bestehen." Ministerialdirektor Fischer bemerkte dazu am folgenden Tag: „Diese Formulierung stellt, einem Wunsch von ChBK entsprechend, etwas stärker auf das Land ab, in das die Kriegswaffen reexportiert werden könnten, während die vom AA vorgeschlagene Formulierung mehr auf die Art der Kriegswaffe abhebt. Aus hiesiger Sicht ist auch die Formulierung des BMWi annehmbar." Vgl. VS-Bd. 11604 (02); B 150, Aktenkopien 1981.

26 Für den Wortlaut des Ausführungsgesetzes vom 20. April 1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 444–450.
Für den Wortlaut des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28. April 1961 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil I, S. 481–495.

Für deutsche Zulieferungen von Teilen (Einzelteilen oder Baugruppen), die Kriegswaffen oder sonstige Rüstungsgüter sind, ist das Kooperationspartnerland ausfuhrrechtlich Käufer- und Verbrauchsland und, soweit es sich um als Kriegswaffen eingestufte Teile handelt, auch Endverbleibsland. Wenn diese Teile durch festen Einbau in das Waffensystem integriert werden, begründet die Verarbeitung im Partnerland ausfuhrrechtlich einen neuen Warenursprung.

Solchen Zulieferungen stehen keine zwingenden deutschen Rechtsvorschriften entgegen.

c) Konsultationen über Exportvorhaben des Kooperationspartners

Es ist anzustreben, daß die exportpolitischen Konsequenzen vor Vereinbarung einer Kooperation gemeinsam geprüft werden.

In jedem Fall behält sich die Bundesregierung zur Durchsetzung ihrer rüstungsexportpolitischen Ziele vor, bestimmten Exportvorhaben des Kooperationspartners im Konsultationswege entgegenzutreten. Deshalb ist bei allen neu abzuschließenden Kooperationsvereinbarungen für den Fall des Exports durch das Partnerland grundsätzlich ein Konsultationsverfahren zu vereinbaren, das der Bundesregierung die Möglichkeit gibt, Einwendungen geltend zu machen.

Bei Exporten von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, bei denen deutsche Zulieferungen Verwendung finden, prüfen AA, BMVg und BMWi unter Beteiligung des ChBK, ob im konkreten Einzelfall die Voraussetzungen für die Einleitung von Konsultationen vorliegen. Einwendungen der Bundesregierung gegen die Verwendung deutscher Zulieferungen kommen – nach BSR-Befassung – vor allem in folgenden Fällen in Betracht:

– Exporte in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind,
– Exporte in Länder, in denen ein Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen unmittelbar bevorsteht,
– Exporte, durch die unverzichtbare Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik gefährdet werden,
– Exporte, welche die auswärtigen Beziehungen zu Drittländern erheblich belasten würden.

2.2) Andere Kooperationen

Für die Zusammenarbeit zwischen Rüstungsfirmen in verschiedenen NATO-Ländern, die nicht Gegenstand von Regierungsvereinbarungen ist, sind Zulieferungen, entsprechend der Direktlieferung in diese Länder, grundsätzlich nicht zu beschränken. Wenn die Zulieferung nach Umfang oder Bedeutung ein wesentlicher Bestandteil des Endproduktes ist und damit ein Zusammenhang mit der Produktion in der Bundesrepublik Deutschland klar ersichtlich ist, sollte angestrebt werden, daß der Export des Endprodukts in Länder außerhalb des Geltungsbereichs des NATO-Vertrags nur mit Zustimmung der Bundesregierung erfolgt.[27]

[27] Das Bundesministerium für Wirtschaft legte in der Ressortbesprechung am 7. September 1981 folgende Neufassung dieses Satzes vor: „Dies gilt, solange nicht zu besorgen ist, daß Exporte von Kriegswaffen und kriegswaffennahen Rüstungsgütern, bei denen deutsche Zulieferungen Verwendung finden, in Länder weiterexportiert werden, gegen deren Belieferung mit diesen Rüstungsgütern außenpolitische Bedenken bestehen. Deshalb sind, auch wenn Endverbleibsland der Zulieferungen ein NATO-Land ist, bei Exporten des Endprodukts aus dem Partnerland, die politisch auch der

II. Nicht-NATO-Länder

Der Export von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern in Länder außerhalb des Atlantischen Verteidigungsbündnisses soll weiterhin grundsätzlich eingeschränkt bleiben. Er soll insbesondere nicht zum Aufbau zusätzlicher, exportspezifischer Rüstungskapazitäten führen.

1) Allgemeine Regelung

Keine Lieferung von Kriegswaffen (nach KWKG und AWG genehmigungspflichtig), es sei denn, daß aufgrund besonderer politischer Erwägungen Ausnahmen allgemeiner Art oder für Einzelfälle festgelegt werden. Besondere politische Erwägungen sind vorrangig außen- und sicherheitspolitische Gesichtspunkte.

Für den Export kriegswaffennaher sonstiger Rüstungsgüter (nur nach AWG genehmigungspflichtig) werden Genehmigungen nur erteilt, soweit die im Rahmen der Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts zu schützenden Belange der Sicherheit, des friedlichen Zusammenlebens der Völker oder der auswärtigen Beziehungen nicht gefährdet sind. Es ist davon auszugehen, daß diese Schutzzwecke das volkswirtschaftliche Interesse im Sinne von § 3 Abs. 1 AWG überwiegen.[28]

2) Länder in Spannungsgebieten

Länder in Spannungsgebieten sind Staaten, die sich in einer bewaffneten Auseinandersetzung befinden oder bei denen eine akute Gefahr für den Ausbruch bewaffneter Auseinandersetzungen besteht.

Die Lieferung von Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern darf nicht zu einer Erhöhung bestehender Spannungen beitragen. Lieferungen an Länder in Spannungsgebieten scheiden deshalb grundsätzlich aus. Der BSR kann eingehend begründete Ausnahmen von diesem Grundsatz beschließen. Ausnahmen können vorliegen, wenn übergeordnete sicherheits- und/oder bündnispolitische Gründe eindeutig dafür sprechen, durch einen Beitrag das regionale Gleichgewicht zu fördern, somit Spannungen abzubauen und den Frieden zu sichern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1306

Bundesrepublik Deutschland zugerechnet werden könnten, Zusicherungen hinsichtlich des Endverbleibs der mit deutschen Zulieferungen gefertigten Kriegswaffen anzustreben." Dazu notierte Ministerialdirektor Fischer am 8. September 1981: „Die Formulierung hat den Nachteil der größeren Länge. Einig waren sich die Ressorts darüber, daß es darauf ankommt, ob die deutsche Mitwirkung bei ihrer Herstellung so wesentlich ist, daß die Kriegswaffe als deutsches Produkt oder Kooperations-Produkt erscheint." Vgl. VS-Bd. 11604 (02); B 150, Aktenkopien 1981.

28 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 8. September 1981, daß das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Wirtschaft und das Bundesministerium der Verteidigung in der Ressortbesprechung am Vortag „einen Hinweis auf innere Unruhen" gewünscht hätten: „Sie sind bereit, auf den Begriff ‚innere Spannungen' zu verzichten und den Hinweis auch nicht unter den Abschnitt ‚Länder in Spannungsgebieten', sondern in die ‚Allgemeinen Regelungen für Nicht-NATO-Länder' (Ziffer II.1) aufzunehmen. Das BMWi schlägt mit Zustimmung der anderen Ressorts folgenden Absatz am Ende von Ziffer II.1) vor: ‚Gewalttätige Auseinandersetzungen in einem Empfängerland, die zugleich auch das friedliche Zusammenleben der Völker gefährden oder die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten erheblich stören, sind im Rahmen der Schutzzwecke des KWKG und des AWG zu beachten.'" Fischer legte dar: „Aus hiesiger Sicht erscheint der Vorschlag annehmbar, zumal der Zusammenhang mit dem ‚Spannungsgebiet' nicht mehr besteht und die Formulierung Raum für Flexibilität läßt." Vgl. VS-Bd. 11604 (02); B 150, Aktenkopien 1981.

Es muß hinreichende Sicherheit bestehen, daß die Kriegswaffen und kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgüter nur zur Verteidigung des Empfängerlandes oder der betreffenden Region bestimmt sind.

Das AA prüft jeweils im Einzelfall, ob es sich bei dem betreffenden Empfängerland um ein Land in einem Spannungsgebiet handelt.

Für den Export der übrigen sonstigen Rüstungsgüter (nur nach AWG genehmigungspflichtig) werden Genehmigungen erteilt, soweit die Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts nicht entgegenstehen.

3) Endverbleibsregelung

Lieferungen von Kriegswaffen dürfen nur bei Vorliegen von amtlichen Endverbleibserklärungen genehmigt werden. Auch bei der Sicherung des Endverbleibs von kriegswaffennahen sonstigen Rüstungsgütern sind strenge Maßstäbe anzulegen.

Bei Vergabe von Lizenzen, bei Exporten von Fertigungsunterlagen oder Anlagen zur Herstellung von Kriegswaffen sind Endverbleibsregelungen für die betreffenden Produkte anzustreben.

III. Länder der Länderliste C

In Länder der Länderliste C (Abschnitt II der Anlage zum Außenwirtschaftsgesetz) dürfen keine Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter geliefert werden. Ausnahmen sind nur mit Zustimmung aller COCOM-Mitglieder möglich.[29]

VS-Bd. 10403 (422)

29 Am 15. Oktober 1981 vermerkte Ministerialdirigent Ungerer, daß in einer weiteren Ressortbesprechung Einigung über eine Neufassung des Entwurfs habe erzielt werden können: „a) Bei der Kooperation zwischen Rüstungsproduzenten auf privater Basis (II.2.2) sieht der Text jetzt für die Bundesregierung bei dem Export durch den ausländischen Kooperationspartner Einwirkungsmöglichkeiten vor, die denen bei einer Kooperation auf der Grundlage von Regierungsabkommen entsprechen (Konsultationen mit der Regierung des Kooperationslandes). Als ultima ratio kann auch die Genehmigung für Zulieferungen versagt werden. b) Hinzugefügt wurde eine Regelung für die Produkte aus Lizenzproduktionen sowie Produkte aus von deutschen Firmen gelieferten Anlagen. Sie entspricht der Regelung für Nicht-NATO-Länder; danach soll eine Endverbleibsregelung für die Produkte angestrebt werden." Am Ende des Abschnitts II.1) sei folgender Passus über „innere Konflikte" eingefügt worden: „Gewalttätige Auseinandersetzungen in einem Empfängerland, die zugleich auch das friedliche Zusammenleben der Völker oder die auswärtigen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten erheblich stören, sind im Rahmen der Schutzzwecke des KWKG und AWG zu beachten." Dieser Passus sei jedoch in Klammern gesetzt worden, „weil nach der BSR-Sitzung am 2.10.1981 offen ist, ob er in die Grundsätze oder nur in das BSR-Protokoll bei Verabschiedung der Grundsätze aufgenommen werden soll". Vgl. VS-Bd. 10404 (422); B 150, Aktenkopien 1981.

250

Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Brocket Hall

5./6. September 1981[1]

Gymnich-type-Treffen[2] der EG-AM in Brocket Hall am 5. und 6. September 1981

Außenpolitischer Teil

Zentralamerika

AM *Cheysson* legte dar, wie der Passus über El Salvador im anläßlich seines Mexiko-Besuchs veröffentlichten französisch-mexikanischen Kommuniqué zustande gekommen sei (wonach die internen politischen Kräfte das salvadorianische Problem lösen sollten).[3] Er bezeichnete diese Erklärung als – entgegen ursprünglichem mexikanischem Wunsch nach gemeinsamer Aktion in VN – juristisch ohne Bedeutung.

AM Cheysson betonte, Grundprinzip französischer Außenpolitik sei, keine Aktion allein und ohne die Partner durchzuführen. Er regte nachdrücklich an, eine gemeinsame Linie gegenüber den zentralamerikanischen Staaten zu entwikkeln.

Leitgedanke: Vermeidung einer Überlagerung regionaler Probleme durch Ost-West-Konflikt.

Wesensmerkmale einer gemeinschaftlichen Haltung:

– Abraten von derzeitigem Wettrüsten gegeneinander;
– Aufforderung, gemeinsame Politik zu entwickeln, und Unterstützung solcher Bestrebungen;
– zügige gemeinschaftliche Reaktion, sobald zentralamerikanische Staaten sich gemeinsam an EG wenden (jedoch keine Einbeziehung in Lomé-Abkommen[4]).

Von mehreren Seiten (NL, I, GB) wurde französischer Alleingang und die Implizierung der MS durch Passus in Erklärung kritisiert.

BM unterstützte den Gedanken einer zügigen Entwicklung gemeinschaftlicher Haltung gegenüber Zentralamerika, insbesondere in Anbetracht europäischer sicherheitspolitischer Interessen.

GB[5] gab zu bedenken, zentralamerikanische Staaten seien so unterschiedlich,

1 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Zu den informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ („Gymnich-type"-Treffen) vgl. Dok. 69, Anm. 4.

3 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 30./31. Juli 1981 in Mexiko auf. Für den Wortlaut der am 28. August 1981 veröffentlichten Erklärung zu El Salvador vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 53.

4 Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.
Für den Wortlaut des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

5 Lord Peter Carrington.

daß Entwicklung einheitlicher Haltung ihnen gegenüber nahezu unmöglich sei; ferner liege die Region vor der Haustür der USA, welche hier also sensitiven Bereich sähen.[6]

Nach erneuter Betonung durch F der Dringlichkeit einer gemeinsamen Haltung schlug GB vor, Politische Direktoren mit der Frage zu befassen, ob bereits Grundzüge gemeinsamer Linie entwickelt werden könnten oder ob vorerst die Dinge belassen werden müßten, wie sie sind.

Afghanistan

GB: Da dieses Thema in GV[7] anstehe, müsse gemeinsamer approach entwickelt werden. Angesichts europäischer Initiative[8] habe SU bei Afghanistan auf Veröffentlichung eigener Initiative[9] hingewirkt, welche jedoch nicht sehr weit gehe, europäische Vorstellungen aber jedenfalls zurückweise.

AM Agha Shahi habe den Wunsch, in GV eine Resolution einzubringen, die nach seiner Vorstellung von derselben Zahl von Staaten angenommen werden solle wie die vorjährige[10]. Dies bedeute, eine entsprechend akzeptable Fassung müsse gefunden werden.

Er (GB) rege an, vor GV Vorteile europäischer Initiative erneut darzulegen und sodann in bilateralen Gesprächen mit SU Gromyko auf seine konkreten Ein-

6 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 10. September 1981, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums habe der französische Außenminister Cheysson den amerikanischen Außenminister Haig am 27. August 1981 telefonisch über die bevorstehende Veröffentlichung der französisch-mexikanischen Erklärung zu El Salvador unterichtet: „Das State Department habe noch am gleichen Tage den Text der Erklärung erhalten. Dies bedeute, daß praktisch keine nennenswerte Vorausunterrichtung erfolgt sei. Haig sei sowohl über das Verfahren wie über die Substanz der Erklärung stark verärgert gewesen. Er habe Cheysson in einem Brief vom 1.9.1981 mitgeteilt, daß er über die Erklärung ‚schockiert' sei. […] Die Erklärung werde nicht einer Lösung der Krise dienen, sondern eine Lösung wahrscheinlich verhindern. Cheysson hat auf dieses Schreiben nicht geantwortet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3574; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

8 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

9 Am 24. August 1981 veröffentlichte die afghanische Regierung einen Acht-Punkte-Plan zur Lösung des Afghanistan-Konflikts. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 618–621.
Botschaftsrat Bauch, Kabul, informierte dazu, daß sich die afghanische Regierung zu dreiseitigen Verhandlungen mit Pakistan und Iran bereit erkläre unter Beteiligung von VN-Generalsekretär Waldheim oder eines Vertreters. Zeitgleich könnten multilaterale Verhandlungen über internationale Garantien für eine Friedensregelung stattfinden. Schließlich enthalte die Erklärung „erste Umrisse" eines Zeitplans für den Abzug der sowjetischen Truppen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 184 vom 25. August 1981; Referat 230, Bd. 128018.
Referat 230 kam am 28. August 1981 zu dem Schluss: „Insgesamt handelt es sich um eine verbrämte (nach Ansicht der USA: ‚plumpe') Neuauflage der Vorschläge Kabuls vom Mai 1980, mit denen durch gewisse Modifikationen der Eindruck erheblicher Flexibilität geweckt werden soll." Vgl. Referat 230, Bd. 128018.

10 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980, die von 111 VN-Mitgliedstaaten angenommen wurde, vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 607 f.
Botschafter van Well, New York (VN), übermittelte am 14. September 1981 den pakistanischen Entwurf für eine Resolution der VN-Generalversammlung. Dazu teilte er mit, daß der Text „nahezu völlig identisch mit Vorjahresresolution 35/37" sei. Einziger Unterschied sei, daß der Entwurf VN-Generalsekretär Waldheim nun ein „ausdrückliches Mandat zur Fortsetzung seiner ‚guten Dienste' gibt, während 35/37 lediglich diesbezügliche Hoffnung zum Ausdruck brachte und dabei Ernennung eines Sonderbeauftragten ansprach". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1896; Referat 230, Bd. 128018.

wendungen sowie auf die ihm (Gromyko) vorschwebenden Abänderungen „festzunageln".

F: Wenn einerseits der Gedanke einer internationalen Behandlung des Themas allseits Zustimmung finde, so werde der Gedanke der Beteiligung aller afghanischen Kräfte an einer Konferenz auf Widerstand stoßen. Dies sei jedoch unabdingbare Forderung aus europäischer Sicht, an der nichts geändert werden dürfe.

BM regt hieran anknüpfend an, in allen bilateralen Gesprächen mit Vertretern des WP in NY[11] einheitliche Linie zu verfolgen und sich gegenseitig über Verlauf zu informieren. Ziel: Darlegung der europäischen Erwartungen an Verhalten östlicher Seite, wozu östliches Eigeninteresse an Verbesserung der Beziehungen als Argument anklingen könne.

Polen

BM berichtete über Czyrek-Besuch[12] sowie über hiesige Vorstellungen zu Breschnew-Besuch in Bonn[13] und deutsch-deutscher Begegnung[14].

GB fügte an, das wirtschaftliche Problem Polens sei offensichtlich unabsehbar groß, und unter diesen Voraussetzungen sei es schwer vorstellbar, wie Finanzminister zu weiteren Leistungen gewonnen werden könnten.

F gab zu bedenken, Polen werde unter allen Umständen Mitglied des WP bleiben. Gelinge es, die internen Veränderungen in eine lebbare Struktur und stabilisierte Form zu bringen, so wäre dies eine grundlegende Veränderung in der Geschichte des Kommunismus.

Präsident *Thorn* regte an, innerhalb Gemeinschaft eine Art „task force" zu bilden, mit deren Hilfe Hilfsmaßnahmen im gegebenen Fall besser und schneller koordiniert werden könnten, als dies in Vergangenheit gelang. Diesem Gedanken wurde zugestimmt.

Somalia/Horn von Afrika

AM *Colombo* berichtete über seine Reise nach Somalia.[15]

Präsident Barre müsse auf die Notwendigkeit eines Waffenstillstands hingewiesen werden.[16] Jedoch seien nach Waffenstillstand alsbald umfassende Hilfsmaßnahmen erforderlich (für Flüchtlinge).

11 New York.

12 Zum Besuch des polnischen Außenministers Czyrek am 18. August 1981 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 234 und Dok. 236.

13 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Anm. 19.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

14 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

15 Der italienische Außenminister Colombo hielt sich vom 3. bis 6. August 1981 in Somalia auf.

16 Zum Ogaden-Konflikt vgl. Dok. 138, Anm. 25.
Ministerialdirektor Gorenflos informierte dazu am 16. Oktober 1981: „Die Konfliktlage […] ist – abgesehen von einer fast völligen Einstellung militärischer Aktionen zwischen Äthiopien und Somalia – im wesentlichen unverändert geblieben. Der Status quo der äthiopisch-somalischen Konfrontation dauert fort, Kompromißbereitschaft der einen ist nur unter den für die jeweils andere Konfliktpartei nicht annehmbaren (Vor-) Bedingungen zu erkennen, eine politische Lösung des Horn-Konflikts zeichnet sich – auch auf Grund offensichtlicher, hemmender Einflußnahme der SU auf Äthiopien – gegenwärtig nicht ab." Vgl. Referat 320, Bd. 127719.

Es sei seines Erachtens sinnvoll, umgehend Vorstellungen über mögliche Grenzziehung und Vereinbarungen über Minderheitenrechte auszuarbeiten.

Dieser Gedanke wurde insbesondere von *F* unterstützend weiter ausgeführt.

Nahost

GB: Die Desillusionierung der arabischen Staaten über Stagnieren europäischer Initiative und Erklärung von Venedig[17] drohe sich bei fortgesetzter Inaktivität zu verstärken. Die derzeitige Lage aber (Wiederwahl Begins[18], nicht abgeschlossener Meinungsbildungsprozeß in USA, ägyptisches Stillhalten bis zu einem Abzug Israels aus Sinai[19]) lasse Europäer in wenig günstiger Position stehen. Aussicht auf erfolgreiche Lösung gebe es nur durch Verhandlungen unter Einschluß der PLO, welche im Gegenzug zu ihrer Anerkennung durch Israel das Existenzrecht Israels anerkennen müsse. Dabei erwarte man nicht von PLO, ihre Karte (der Anerkennung Israels) auszuspielen, vielmehr solle man sie ermuntern, diese Karte sozusagen hochzuhalten und vorzuzeigen als die dann abzulegende, wenn Israel seine Karte gespielt haben werde.

Wenn es gelinge, diese Schritte zu fördern, so könne eine Lösung in absehbarer Zeit herbeigeführt werden.

AM *Cheysson* berichtete über seine Nahost-Reise und die Positionen der Gesprächspartner.[20] Er betonte dabei, daß gerade wegen der guten Beziehungen seiner Partei zu Israel, die man durchaus zu bewahren gewillt sei, die französische Regierung es sich habe angelegen sein lassen, ihn umgehend in eine Reihe arabischer Staaten zu entsenden. Er sei im übrigen dort von allen Gesprächspartnern zu baldigem Besuch Israels aufgefordert worden.

Auch AM Cheysson unterstrich Tatsache derzeitigen Stagnierens, wies aber gleichzeitig Elemente des Fortschritts nach. So sei z. B. Faktum der Anerkennung Israels heute nirgendwo mehr ein Problem. Angesichts derzeitiger Konstellation bleibe vorerst nur eines zu tun: Die Prinzipien aus der Erklärung von Venedig – die ja allgemeingültigen, unteilbaren Werten und Normen entsprächen – den Betroffenen, insbesondere Israel, immer wieder darzulegen und zu erläutern (nämlich „la force ne fait pas le droit", also Unzulässigkeit gewaltsamer Eroberung und fortgesetzter Besetzung von Gebieten, Selbstbestimmungsrecht aller Völker, Recht aller Völker auf Heimat). Alle Möglichkeiten eines Vorankommens müßten genutzt und gefördert werden. Entgegen der arabischen Auffassung, daß 1977 mit der Vereinbarung Vance/Gromyko[21] ein Höhepunkt positiver Aussichten erreicht war, dieser jedoch ungenutzt verstreichen lassen worden sei, könne heute auf gute Chancen bei Austausch erwähnter Spielkarten hingewiesen werden.

17 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

18 Zu den Parlamentswahlen am 30. Juni 1981 in Israel bzw. zur Regierungsbildung am 4. August 1981 vgl. Dok. 182, Anm. 20, bzw. Dok. 233, Anm. 7.

19 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

20 Der französische Außenminister Cheysson besuchte am 28./29. August 1981 Jordanien, am 29./30. August 1981 den Libanon und am 30./31. August 1981 Syrien.

21 Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Vance und des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 20. Mai 1977 vgl. Dok. 38, Anm. 48.

Zypern

AM *Mitsotakis* erläuterte derzeitigen Stand und betonte nachdrücklich die Notwendigkeit, Türkei auf erforderliche Konzessionsbereitschaft hinzuweisen. Darunter sei insbesondere ein Nachgeben in Territorialfrage zu verstehen: Während vorliegende türkische Vorschläge[22] die Einbehaltung von 40% des zyprischen Gebiets bedeuteten und damit enttäuschend und unannehmbar seien, könne man sich griechischerseits eine Lösung im Kompromißwege vorstellen, die einen Prozentsatz von über 27 und unter 30 vorsehe.

Libyen

AM *Colombo* berichtete über die innere Lage Libyens.

F ergänzte, seines Erachtens sei amerikanische Taktik weniger an die Adresse Libyens gerichtet gewesen[23] als vielmehr an die Adresse aller ähnlich denkenden Staaten, um Machtposition darzutun und auf diesem Wege deutlich werden zu lassen, daß niemand, auch nicht SU, einen Finger zum Gegenzug rühren würde.

Was immer man von solcher Taktik halten möge (der er persönlich große Bedenken entgegenbringe) – sie habe in der Tat eben diese Wirkung gezeitigt, nämlich allseitiges Stillhalten.

Es bestand einhellig die Auffassung, Gaddafi dürfe nicht in die Isolierung getrieben werden, der Dialog mit ihm müsse gepflegt werden.

Südliches Afrika

GB erläuterte Stand der Dinge in Kontaktgruppe[24] und nach südafrikanischem Vorgehen in Angola[25].

F ergänzte, Zielvorstellung seiner Regierung sei, Namibia die Möglichkeit zu Nicht-Gebundenen-Status zu eröffnen, dies insbesondere auch durch Hilfsmaßnahmen nach Erlangen der Unabhängigkeit. Möglicherweise werde dies eine gleiche Option für Angola eröffnen.

F (zu späterem Zeitpunkt, nach Erhalt eines Telegramms aus Luanda): Nach § 51 des kubanisch-angolanischen Vertrages könne Kuba gebeten werden, di-

22 Zu den Vorschlägen der türkischen Volksgruppe auf Zypern vom 5. August 1981 vgl. Dok. 238, Anm. 3.

23 Vgl. dazu den Zwischenfall im Golf von Syrte am 19. August 1981; Dok. 252, Anm. 30.

24 Die Namibia-Kontaktgruppe verabschiedete am 4. September 1981 in Washington ad referendum den Text einer Demarche bei der südafrikanischen Regierung. Darin sprach sie sich für eine Verwirklichung der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 aus „within the time frame agreed between the S[outh]A[frican]G[overnment] and U[nited]S[tates]G[overnment], i.e., establishment of an implementation date by March 1982 with implementation to begin before the end of 1982". Die südafrikanischen Bedenken hinsichtlich der Größe und Zusammensetzung einer VN-Friedenstruppe (UNTAG) könnten in Verhandlungen ausgeräumt werden. Ferner sollten alle namibischen Parteien konsultiert und an der Vereinbarung von Verfassungsprinzipien beteiligt werden. Keine Partei solle bei der Durchführung des Lösungsplans ein Vetorecht erhalten. Dafür sollten Maßnahmen ergriffen werden, um eine unparteiliche Durchführung der Verhandlungen zu gewährleisten. Schließlich hieß es: „We recognize, as the SAG must as well, that the settlement of the Namibia problem […] can contribute significantly to the enhancement of stability and peaceful development in the region." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3528 des Gesandten Dannenbring, Washington, vom 4. September 1981; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 12. September 1981 übergab Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, der südafrikanischen Regierung den Text der Demarche. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 152 vom selben Tag; Referat 320, Bd. 125283.

25 Zur südafrikanischen Militäraktion gegen Angola vgl. Dok. 240.

rekt gegen die südafrikanischen Truppen vorzugehen.[26] Derzeit befänden sich die kubanischen Truppen 200 km von südafrikanischen Truppen entfernt. Angola wolle laut Information des französischen Botschafters[27] keine solche Bewegung der kubanischen Einheiten, es könne sich jedoch u. U. gezwungen sehen, die im Vertrag eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Diese Sachlage bedeute, daß Südafrika nur um so dringender aufgefordert werden müsse, sich zurückzuziehen; derzeit gebe es noch keine Anzeichen für einen beschlossenen Rückzug.

Westsahara

AM *Cheysson* berichtete: F begrüße die Initiative des marokkanischen Königs bei OAE. In Nairobi sei aufgrund dieser Demarche eine Entschließung angenommen worden.[28] Wenngleich die Fassungen der Entschließung von Staat zu Staat offensichtlich variierten (es einer erstaunlichen neuen völkerrechtlichen Praxis zu entsprechen scheine, die einzelnen Staaten den Inhalt einer Resolution individuell ausführen zu lassen, wobei aber der Erfolg möglicherweise die Qualität dieses neuartigen Verfahrens ausmache), so seien die Auffassungen einhellig über Sinn und über Faktum allseitiger Annahme des Papiers.

Kurze Zeit später habe er sowohl Algerien wie Marokko[29] besucht und an beiden Orten bestätigt gefunden: „they mean business". König Hassan habe sein Engagement für die Sache damit erklärt, daß seine Autorität auf dem Spiel stehe. Der algerische Staatspräsident[30] habe stark durchblicken lassen, als eine wie große Gefahr für die Region er es empfinde, sollte die Autorität des Königs hiermit de facto auf dem Spiel stehen. Marokko sei ernsthaft an zügigem Voranschreiten interessiert; das Referendum könne alsbald abgehalten werden. Beide Staaten – Algerien und Marokko – hätten sich in bezug auf Mauretanien besorgt gezeigt, vornehmlich wegen der Absichten Gaddafis in Richtung Mauretanien; letzteres als Staat zu erhalten, sei aber im allgemeinen Interesse.

KSZE

Es wurde die Frage erörtert, ob die Madrider Konferenz[31] bis Weihnachten beendet werden könne oder solle.

BM warnte vor einer Festlegung auf einen Zeitpunkt, da Annahme des Anwendungsgebiets von VBM (Atlantik bis Ural) durch SU unabdingbar sei und man sich nicht die Lage begeben dürfe, die Konferenz etwa abzubrechen oder zu verlassen, ohne dies erreicht zu haben. Es zeichnete sich Übereinstimmung mit diesen Überlegungen ab.

26 Während des Besuchs des Präsidenten Neto vom 22. bis 29. Juli 1976 in Kuba unterzeichneten beide Seiten u. a. ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der MPLA und der Kommunistischen Partei Kubas. Im Kommuniqué über den Besuch erklärte sich Kuba bereit, Angola „im Falle einer erneuten Intervention von außen" beizustehen. Vgl. dazu den Schriftbericht Nr. 291 des Botschafters Haak, Havanna, vom 5. August 1976; Referat 300, Bd. 103642.

27 Jacques Posier.

28 Zur Behandlung des Westsahara-Konflikts auf der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27. Juni 1981 vgl. Dok. 198, Anm. 74.

29 Der französische Außenminister Cheysson besuchte Algerien am 8./9. August 1981 und Marokko vom 9. bis 11. August 1981.

30 Chadli Bendjedid.

31 Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nahm ihre Arbeit am 27. Oktober 1981 wieder auf. Vgl. dazu Dok. 251.

AM *Nothomb* legte dar, die Kandidatur von Brüssel für nächste Folgekonferenz werde aufrechterhalten[32] – zumal Partner B hierzu ermutigt hätten –, dabei sei B bereit, diese Kandidatur auch zum Verhandlungsgegenstand im Gegenzug zur Einigung auf einen Ort für die KAE werden zu lassen.

Gemeinschaftsthemen

Sitz der Institutionen des Parlaments

AM *Flesch* informierte über die luxemburgische Anrufung des Haager Gerichtshofs gegen die Entscheidung des Parlaments vom 7.7.1981.[33] Befassung des Gerichtshofs gründe sich auf § 38 EGKS-Vertrag[34], der Berufung gegen Entscheidungen des Parlaments und Vorgehen einzelnen Staates vorsehe.

Gründe für Berufungsklage:

– Eingreifen des Parlaments in Angelegenheiten, die laut Verträgen den Regierungen vorbehalten seien;
– Unzulässigkeit einer Substitution;
– Unzulässigkeit einer Umgehung der erforderlichen Einstimmigkeit.

Es gehe Luxemburg um die Grundsätze; die materiellen Gesichtspunkte träten dahinter zurück.

Den Rechtsspruch des Gerichtshofs werde L anerkennen und auch im Fall des Unterliegens keinen Streit, keine Feindseligkeit gegenüber Parlament aufkommen lassen.

Verbesserung der EPZ-Strukturen[35]

GB: Erörterung zur Vorbereitung des Rats, wo erst Entscheidungen gefällt werden könnten.

Papier der Präsidentschaft – Teil I

Ziffer 10 (A)[36]

32 Zu den Vorschlägen für den Tagungsort einer weiteren KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 138, Anm. 4.

33 Zur Frage des Sitzes der Organe der Europäischen Gemeinschaften vgl. Dok. 85 und Dok. 185.
Das Europäische Parlament forderte in einer Entschließung vom 7. Juli 1981 die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten dazu auf, „endlich einen einheitlichen Sitz für die Organe der Gemeinschaften zu bestimmen". Bis zu einer endgültigen Festlegung werde das Parlament die Plenarsitzungen in Straßburg und die Sitzungen der Ausschüsse und Fraktionen „in der Regel" in Brüssel abhalten. Vgl. BULLETIN DER EG 7-8/1981, S. 75.
Die luxemburgische Regierung entschied am 4. August 1981, beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Entschließung einzulegen: „Luxemburg will mit dieser Klage die gerichtliche Annullierung der vom EP angenommenen Resolution zur Sitzfrage herbeiführen. Es wirft dem EP dabei Überschreitung seiner in den EG-Verträgen festgelegten Befugnisse vor." Vgl. den Drahtbericht Nr. 127 des Botschafters Knackstedt, Luxemburg, vom 6. August 1981; Referat 410, Bd. 130358.

34 Für den Wortlaut von Artikel 38 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 456.

35 Zur Reform der EPZ-Strukturen vgl. Dok. 138, besonders Anm. 30 und 31.

36 In Teil I Ziffer 10 A des Entwurfs vom 16. Juli 1981 für einen Bericht der EG-Ratspräsidentschaft über die „Verbesserung der Politischen Zusammenarbeit" wurde zur Unterstützung der EG-Ratspräsidentschaft die Schaffung eines ihr unterstehenden Stabes vorgeschlagen. Dies könne auf drei Arten geschehen: „a) Das gegenwärtige System beizubehalten, jedoch die Möglichkeit längerer Abordnungen von Personal aus vorausgegangenen und nachfolgenden Präsidentschaften vorzusehen. […] b) Einen kleinen Stab von Beamten zu schaffen, der unter mehreren Präsidentschaften arbeitet; jeder Beamte würde dabei mindestens eineinhalb Jahre bleiben. […] c) Einen Stab auf höherer Ebene zu schaffen. Er unterstünde dem Politischen Direktor der Präsidentschaft". „ Vgl. Referat 010, Bd. 178846.

Übereinstimmung nur für Option a) erzielbar, wobei an Personal aus zwei vorherigen und einer nachfolgenden Präsidentschaft gedacht wird.

Präsident *Thorn* verwies auf Notwendigkeit, Kommission an allen Arbeiten auf allen Ebenen (einschließlich zusätzlich zu heutiger Praxis bei Politischen Direktoren und Korrespondenten) zu beteiligen.

Diesem Gedanken wurde allgemein zugestimmt.

Vizepräsidentschaft (Ziffer 10 (B))[37]

Es wurde beschlossen, eine Vizepräsidentschaft nicht zu formalisieren (auch nicht in der Bezeichnung), es jedoch jedem Präsidenten freizustellen, seinen Vorgänger oder Nachfolger um Fortführung bereits eingeleiteter Arbeiten oder Übernahme bestimmter Aufgaben zu bitten.

Beziehungen zum Europäischen Parlament (Ziffer 12)[38]

Absätze in eckigen Klammern:

IT stimmt Streichung der zweiten Variante zu; somit läßt *F* Klammer für vorausgehenden Absatz entfallen.

Verfahren im Krisenfall (Ziffer 14)[39]

Einberufung auf Wunsch dreier (nicht eines) MS.

Teil II

Ziffer 4[40]: Einigung auf Absätze i) und ii), zu iii) werden Politische Direktoren gebeten werden, eine nähere Qualifizierung auszuarbeiten. Grundgedanke soll

37 In Teil I Ziffer 10 B des Entwurfs vom 16. Juli 1981 für einen Bericht der EG-Ratspräsidentschaft über die „Verbesserung der Politischen Zusammenarbeit" wurde vorgeschlagen, zur Unterstützung des amtierenden EG-Ratspräsidenten „den scheidenden oder kommenden Präsidenten zum Vizepräsidenten" zu ernennen: „Er könnte mit konkreten Aufgaben betraut werden, z. B. mit der Beantwortung von Fragen im Europäischen Parlament und Besuchen in Drittländern im Namen der Zehn." Vgl. Referat 010, Bd. 178846.

38 In Teil I Ziffer 12 des Entwurfs vom 16. Juli 1981 für einen Bericht der EG-Ratspräsidentschaft über die „Verbesserung der Politischen Zusammenarbeit" wurden bezüglich des Ausbaus der Beziehungen zwischen EG-Ratspräsidentschaft bzw. EG-Ministerrat und Europäischem Parlament zwei Varianten vorgeschlagen. Variante 1 lautete: „Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit, die Verbindungen mit dem direkt gewählten Parlament zu stärken, sollen die Zehn (auf Vorschlag des Politischen Komitees) bei Beratungen, Kommuniqués und Erklärungen der Zehn und bei Eröffnungsansprachen der Minister in Kolloquien mit dem Politischen Ausschuß des Parlaments häufigere Bezugnahmen auf Entschließungen des Parlaments ins Auge fassen." Variante 2 lautete: „Es sollte ein Verfahren festgelegt werden, das mit qualifizierter Mehrheit verabschiedete Entschließungen zu politischen Themen im Rahmen der Kolloquien mit dem Politischen Ausschuß des Europäischen Parlaments systematisch zu prüfen erlaubt." Vgl. Referat 010, Bd. 178846.

39 In Teil I Ziffer 14 des Entwurfs vom 16. Juli 1981 für einen Bericht der EG-Ratspräsidentschaft über die „Verbesserung der Politischen Zusammenarbeit" wurde ausgeführt: „Das Politische Komitee oder im Bedarfsfall eine Ministerrunde wird auf Ersuchen von (einem Mitgliedstaat/drei Mitgliedstaaten) innerhalb von 48 Stunden zusammentreten. Dasselbe Verfahren soll in Drittländern auf der Ebene der Missionschefs angewandt werden. Die Reaktionsfähigkeit der Zehn in einem Notfall ließe sich weiter verbessern, indem Arbeitsgruppen aufgefordert werden, die mögliche Entwicklung einer Lage zu analysieren und eine Reihe möglicher Reaktionen der Zehn vorzubereiten." Vgl. Referat 010, Bd. 178846.

40 Teil II Ziffer 4 des Entwurfs vom 16. Juli 1981 für einen Bericht der EG-Ratspräsidentschaft über die „Verbesserung der Politischen Zusammenarbeit": „Falls die Minister bereit sind, die Verpflichtung zur Politischen Zusammenarbeit zu stärken, könnten sie einen neuen Text mit einigen oder allen der folgenden Bestandteile verabschieden wollen: i) Eine Verpflichtung, bei allen wichtigen nationalen Erklärungen zur Außenpolitik in angemessener Weise auf die gemeinsamen Positionen der Zehn Bezug zu nehmen; ii) eine Vereinbarung, daß die Mitgliedstaaten bei allen Konsultationen zwischen den Zehn die Ansichten der Partner und das erwünschte Ziel einer gemeinsamen Position

gemeinschaftliche Konsultation in Vorbereitung internationaler Konferenzen sein (z. B. Wirtschaftsgipfel).

Kulturelle Zusammenarbeit

Es wurde beschlossen, den Rat der Kulturminister abzuwarten, bevor über Einbeziehung von Kulturpolitik in EPZ Näheres beschlossen werden könne. Insbesondere gelte es, den Inhalt kulturpolitischer Zusammenarbeit abzustecken, bevor man hierzu grundsätzliche Beschlüsse treffe.

Sicherheit

Einigung auf erste Alternative unter Ziffer 11.[41]

Europäische Union

BM verhieß Vorlage deutschen Papiers, sobald in Klausurtagung endgültige Abstimmung erfolgt sei.[42]

Mandat[43]

GB erklärte, nach seiner Vorstellung werde man den Nachmittag des bevorstehenden AM-Rats (14.9.)[44] den Fragen des Mandats widmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1316

berücksichtigen; iii) eine Verpflichtung, die Partner immer (‚nicht im Grundsatz') zu konsultieren, bevor Positionen endgültig festgelegt oder nationale Initiativen ergriffen werden; iv) eine Vereinbarung, daß Konsultationen zwischen den Zehn allen anderen internationalen Konsultationen, an denen einer der Zehn beteiligt ist, vorausgehen sollen; v) eine Vereinbarung, daß ein gemeinsames Vorgehen das Hauptziel der Politischen Zusammenarbeit ist (nicht ‚wo es möglich und wünschenswert erscheint')." Vgl. Referat 010, Bd. 178846.

41 In Teil II Abschnitt c) des Entwurfs vom 16. Juli 1981 für einen Bericht der EG-Ratspräsidentschaft über die „Verbesserung der Politischen Zusammenarbeit" wurden die Möglichkeiten erörtert, die EPZ auf Sicherheitsfragen auszuweiten. Ziffer 11 lautete: „Die Möglichkeiten für das künftige Vorgehen müssen von der Art der Zielsetzung abhängen; unter anderem sind zu nennen: zumindest eine Weisung an die Politischen Direktoren, das flexible und pragmatische Vorgehen beizubehalten, das es ermöglicht hat, wichtige Fragen im Grenzbereich von Politik und Verteidigung […] zu erörtern; Verabschiedung eines neuen Textes, der der Politischen Zusammenarbeit förmlich eine Zuständigkeit gibt, auch ‚Sicherheitsfragen' oder ‚politisch-militärische Fragen' entweder mit oder ohne die Schaffung einer neuen Arbeitsgruppe zu erörtern; am anderen Extrem beispielsweise die Schaffung einer neuen Struktur der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit unter Beteiligung der Verteidigungsminister und ihres Personals im Einklang mit den für die Innenminister im TREVI-System verabschiedeten Grundzügen." Vgl. Referat 010, Bd. 178846
Zur Billigung des Papiers über die Reform der EPZ durch die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 13. Oktober 1981 in London vgl. Dok. 299.

42 Zur Sondersitzung des Kabinetts am 18. September 1981 vgl. Dok. 266.

43 Zum Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 182, Anm. 14.

44 Der EG-Ministerrat erörterte am 14. September 1981 in Brüssel den Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 über das Mandat vom 30.Mai 1980. Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler informierte dazu am 17. September 1981: „Erste Stellungnahmen der Außenminister zum Bericht der Kommission ergaben als überwiegende Meinung, daß Gemeinschaft gefestigt und vertieft aus der Mandatsdiskussion hervorgehen müsse; die gemeinsame Agrarpolitik zwar grundsätzlich unangetastet bleiben, in Einzelheiten aber modernisiert, reformiert, rationalisiert werden müsse. Dagegen nahmen viele Delegationen noch keine klare Haltung zu gerechterer Lastenverteilung im Rahmen des EG-Haushaltes ein. Für Kommission und acht Delegationen ist Ausbau bestehender und Einführung neuer Gemeinschaftspolitiken mindestens gleichwertig mit der Erzielung von Ersparnissen aus der Reform der GAP. Alle Delegationen traten für rasche Klärung der anstehenden Fragen ein. […] StM Corterier trug unsere Haltung mit Nachdruck insbesondere zur Restrukturierung der GAP wie auch zu den Finanzfragen vor. Für uns könne nur eine Regelung Zustimmung finden, die eine Korrektur unseres unangemessen hohen Beitrags vorsehen würde." Vgl. den Runderlaß Nr. 99; Referat 012, Bd. 124417.

Am folgenden Tag, 15.9., könne dann die Arbeitsgruppe im Lichte der Rats-Aussprache tagen.[45] Die Ständigen Vertreter würden sich noch vorher hiermit befassen. Jedenfalls solle Mandats-Beratung bis Ende 1981 abgeschlossen sein.

Referat 010, Bd. 178846

251

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam

212-341.74/0 VS-NfD **11. September 1981**[1]
221-372.14 FRA/KAE VS-NfD

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Madrider KSZE-Folgetreffen, einschließlich KAE;
hier: Bewertung des Standes in der Sommerpause[4] und Perspektiven

Anlg.: 2[5]

Zweck der Vorlage: Zur Information und Billigung der Linie unter VI. und VII.

Kurzfassung[6]

I. Verhandlungen werden am 27. Oktober 1981 wiederaufgenommen.

II. Rund 70% der Verhandlungsmaterie unter Vorbehalt des Gesamtergebnisses abgeschlossen. Bei KAE-Mandat hat westliches KAE-Konzept im Vorder-

45 Die Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Gemeinschaftspolitiken nahm am 15. September 1981 in Brüssel ihre Arbeit auf. Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), berichtete dazu am folgenden Tag, daß Frankreich „den Ausbau der EG-Politiken als gleichwertigen oder gar vorrangigen Bestandteil der Mandatsdiskussion neben GAP und Haushaltsfrage ansehe. […] Ihm folgten in erster Linie I, aber auch mit Einschränkungen die sechs kleineren Partner. Lediglich GB und D warnten vor einer Verlagerung der Schwerpunkte und erinnerten an die Vordringlichkeit der Hauptaufgabe des Mandats, hierbei unterstützt von Kom[missions]-Präs[ident] Thorn, der […] eine klare Entscheidung der Regierungen verlangte, ob man vom ursprünglichen Thema Budget weg zu einer EG-Registrierungserklärung ‚mit allem Drum und Dran' kommen wolle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3497; Referat 412, Bd. 122410.

1 Die Aufzeichnung wurde von den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Joetze und Holik und Legationsrat I. Klasse Dobbelstein konzipiert.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 13. September 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 27. September 1981 vorgelegen.

4 Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 24. Juli 1981 vgl. Dok. 223, Anm. 5.

5 Dem Vorgang beigefügt. Anlage 1 war eine Auflistung der auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bislang erzielten vorläufigen Ergebnisse. Anlage 2 war der Drahtbericht Nr. 2901 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 27. Juli 1981, mit dem ein Artikel des sowjetischen Verteidigungsministers Ustinow vom 25. Juli 1981 in der Tageszeitung „Prawda" übermittelt wurde. Vgl. Referat 212, Bd. 133407.

6 Ministerialdirigent Bräutigam legte gleichzeitig eine Langfassung seiner Aufzeichnung vor. Vgl. Referat 212, Bd. 133407.

grund gestanden (dank westlicher Geschlossenheit und guter Zusammenarbeit mit den N+N-Staaten).

III. Qualitativ ausgewogenes und substantielles Schlußdokument (KAE-Mandat, Fortschritte in der menschlichen Entspannungsdimension, nächstes Folgetreffen) bleibt realistisches Verhandlungsziel. Aber: Ohne KAE-Mandat ist Verabschiedung der übrigen Texte nicht sehr wahrscheinlich.

IV. Offenes Schlüsselproblem ist Geltungsbereich VBM in KAE-Mandat:

1) Westen hat N+N-Formel[7] funktional präzisiert (d. h. gesamter europäischer Kontinent, Einbeziehung angrenzender Seegebiete und Lufträume, sofern integraler Bestandteil von Landaktivitäten[8]). SU dagegen: ganz Europa mit angrenzenden Seegebieten entsprechender Weite und Lufträumen sowie Ausdehnung auf nichteuropäische teilnehmende Staaten, wenn es den Maßnahmen entspricht.[9]

2) Haltung der SU

a) Zwei extreme Interpretationen in westlicher Diskussion:

aa) Breschnews Angebot, VBMs auf gesamten europäischen Teil der SU auszudehnen[10] – unter Bedingung eines entsprechenden Schrittes auch des Westens –, war ein Scheinangebot.

Bewertung: Gewisse Widerstände in Moskau durchaus möglich, aber Interesse der SU an Abrüstungskonferenz und Ebene der Erklärung sprechen gegen Scheinangebot.

bb) SU wird letztlich westliche Bedingungen zum KAE-Mandat akzeptieren.

Bewertung: Dagegen spricht mehrfach von der SU geforderter entsprechender westlicher Schritt (für SU Prestige- und Gleichheitsproblem mit USA).

b) Wahrscheinlich liegt derzeitige Position der SU zwischen aa) und bb):

SU ist bereit, auf KAE über VBMs auch auf ihrem europäischen Territorium zu verhandeln, wenn Westen seinen funktionalen Ansatz zurücknimmt. Zwar bleibt unklar, wie weit SU Wasserflächen und Luftraum nach Westen ausdehnen will, aber an die Einbeziehung des nordamerikanischen Kontinents dürfte sie nicht mehr denken.

3) Westliche und östliche Positionen sind derzeit unvereinbar. Änderung der westlichen Position unwahrscheinlich, da vor allem USA zu Substanzkonzessionen nicht bereit sind. Nicht viel mehr Bereitschaft bei GB und F.

V. Möglichkeit einer Positionsänderung der SU:

SU wahrscheinlich noch nicht endgültig festgelegt; nicht ausgeschlossen, daß sie noch weiter auf den Westen zugeht, z. B. wegen Interesses an Abrüstungskon-

7 Für den Vorschlag der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31. März 1981 für ein abschließendes Dokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 121.

8 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 3.

9 Zu dem am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 207, Anm. 12.

10 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

ferenz und Abrüstungspropaganda. Möglich aber auch: SU will Schuld am Scheitern des Projekts den USA zuschieben. Taktischer Zusammenhang zu LRTNF-Verhandlungen dürfte bis Mitte Dezember nicht bestehen.

VI. Operative Schlußfolgerungen für westliche Strategie:

Westen sollte durch Standfestigkeit, Geschlossenheit und flexible Verhandlungsführung SU positiv beeinflussen (Öffentlichkeitswirkung, Einwirkung auf Breschnew Ende November in Bonn[11]). Elemente westlicher Flexibilität sollten sein:

a) Westen sollte trotz Widerständen der USA (Überzeugungsarbeit!) wieder den Begriff „Europa" statt „Kontinent" einfügen (sonst Zurückgehen hinter Schlußakte[12]).

b) Neuerliche Implementierungskritik (Interesse einiger westlicher Partner) nur kurz, um KAE-Verhandlungen nicht zu stören.

c) Flexibilität zum amerikanischen „Paket".[13] Aus Bündnissolidarität Unterstützung eines Expertentreffens über Menschenrechte (aber ohne Schlußdokument und konzentriert auf konzeptionelle Fragen statt auf Einzelfälle).

VII. Westliche Alternativen, falls KAE-Mandat vor der Weihnachtspause scheitert:

1) Weiterverhandeln (unsere Haltung), da bessere Chancen 1982 durchaus möglich. Dagegen aber haben sich bereits Verbündete[14] und N+N-Staaten geäußert.

2) Vertagung um ein bis zwei Jahre: dafür sind Franzosen und Österreicher[15].

3) Beendigung des Treffens und Einberufung Expertentreffen zu KAE: von USA unter der Bedingung favorisiert, daß bisherige Texte plus Menschenrechts-

11 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

12 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

13 Zu dem von amerikanischer Seite vorgesehenen „Schlußpaket" für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 207, Anm. 4, 9 und 13.

14 Am 26. August 1981 fanden Gespräche zwischen Vertretern der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA über das weitere Vorgehen bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid statt. Botschafter Ruth informierte dazu am 1. September 1981: „Nach amerikanischer Auffassung bietet das Herbsttreffen die letzte Chance, ein substantielles Schlußdokument zu erreichen. Wenn der Osten bis Anfang Dezember nicht einlenke, müsse das Treffen zum Abschluß gebracht werden. […] F und GB teilten in der Sache die US-Position, hielten aber aus taktischen Gründen ein differenziertes Vorgehen für angebracht. Einerseits dürfe der Westen nicht den Eindruck unbegrenzter Verhandlungsbereitschaft erwecken, wenn er die SU unter Druck zum Einlenken setzen wolle. Andererseits würde er sich bei zu früher Ankündigung eines Zeitlimits dem Vorwurf destruktiver Verhandlungsführung aussetzen. Wir bekräftigten unsere vom Bundesminister wiederholt dargelegte Absicht, die Verhandlungen beharrlich und erfolgsorientiert fortzusetzen, ohne uns unter Zeitdruck setzen zu lassen." Vgl. VS-Bd. 11443 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

15 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze vermerkte am 11. September 1981, der Leiter der österreichischen KSZE-Delegation, Ceska, habe ihm mitgeteilt, daß, wenn es bis zum 17. Dezember noch nicht zu einer Einigung über das Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa gekommen sei, über „das weitere Schicksal des Madrider Treffens" nachgedacht werden müsse: „Ceska warnte vor einem ‚Dahinsiechen' des Treffens. Er habe intern für diesen Fall eine längere Vertagung und in der Zwischenzeit zwei Expertentreffen (eines über Menschenrechte und III. Korb, insbesondere Information, und eines über KAE) vorgeschlagen. Sein Minister habe aber entschieden, darüber solle nicht nachgedacht werden, sonst wäre dies eine ‚self-fulfilling prophecy'." Vgl. Referat 221, Bd. 123118.

veranstaltung in Madrid verabschiedet werden, keine Grundsatzentscheidung für KAE erfolgt und eigentliche VBM-Verhandlungen auf dem Expertentreffen ausgeschlossen werden.[16] Für SU Menschenrechtstreffen wohl nur als Quidproquo für KAE, nicht aber für KAE-Expertentreffen möglich. Insofern ist Variante „Vertagung von Madrid plus KAE-Expertentreffen" wahrscheinlich keine geeignete Zwischenlösung.

4) Beendigung Madrid mit Festlegung auf nächstes Folgetreffen: SU dürfte Zustimmung zu bisherigen Texten verweigern, d.h. nur Schlußdokument wie in Belgrad[17] denkbar.

5) Einseitiger Abbruch Madrid: gelegentlich im Westen gefordert, von uns stets abgelehnt (Dialogpolitik).

Wir sollten uns dagegen wenden, daß Frage der Beendigung bzw. Vertagung des Treffens Diskussion im Westen dominiert („self-fulfilling prophecy"). Verschiebung dieses Problems mindestens bis Breschnew-Besuch in Bonn.

i.V. Bräutigam

Referat 212, Bd. 133407

16 Die amerikanische Botschaft übergab am 20. August 1981 ein Non-paper zur nächsten Verhandlungsphase der KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Zum Inhalt führte Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze am 21. August 1981 aus, daß die amerikanische Regierung als Ziel „ein ausgewogenes und substantielles Schlußdokument und die Erhaltung des KSZE-Prozesses" anstrebe: „Wenn der Osten allerdings bis Anfang Dezember nicht einlenke, wäre es besser, aktive Verhandlungen abzubrechen, als ein nutzloses Treffen weiterzuführen. Dann sollte mit Hilfe der Neutralen ein KAE-Expertentreffen als Zwischenlösung propagiert werden. […] Falls bis Mitte Dezember dahingehend nichts erreicht worden sei, dann solle der Westen ein reines Prozedurschlußdokument vorschlagen (Ort und Datum des nächsten Folgetreffens), das aus taktischen Gründen von den Neutralen einzubringen wäre." Vgl. VS-Bd. 13239 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Für den Wortlaut des abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad vom 8. März 1978 vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 246–248.

252

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Spadolini in Rom

VS-vertraulich **11. September 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit MP Spadolini am 11. September 1981 von 16.40 bis 19.20 Uhr im Palazzo Chigi[2]

Beim Gespräch anwesend: die Botschafter Ferraris und Arnold, der außenpolitische Berater Berlinguer, AL 2[3].

Um 19.00 Uhr traten die Außenminister Colombo und Genscher mit ihren Politischen Direktoren Pfeffer und Bottai hinzu.

Deutsch-italienische Beziehungen

Spadolini heißt den Bundeskanzler herzlich willkommen. Er begrüßt den regelmäßigen Meinungsaustausch, dem angesichts der engen deutsch-italienischen Beziehungen besondere Bedeutung zukommt. Er betrachtet es als eine glückliche Fügung, schon jetzt kurz nach den ersten beiden Begegnungen beim Europäischen Rat[4] und beim Weltwirtschaftsgipfel[5] die Gelegenheit zu erhalten, auch die persönlichen Beziehungen zum Bundeskanzler im Geiste der Freundschaft und der hohen Wertschätzung zu vertiefen.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 14. September 1981 gefertigt und am folgenden Tag an Ministerialdirigent Wallau mit dem Hinweis übermittelt, daß sie von Bundeskanzler Schmidt noch nicht genehmigt sei.
Hat Wallau am 15. September 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 11./12. September 1981 in Italien auf. Zu den deutsch-italienischen Gesprächen vgl. auch Dok. 253.
Am 12. September 1981 führte Schmidt in Rom ein Gespräch mit Staatspräsident Pertini, in dessen Mittelpunkt die amerikanische Europapolitik, die Rolle Italiens im Mittelmeerraum und die italienische Innenpolitik standen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, vom 15. September 1981; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1981.
Am selben Tag traf er mit Papst Johannes Paul II. in Castelgandolfo zusammen. Dazu vermerkte Zeller am 15. September 1981, daß nach Auskunft des Bundeskanzlers außer der Ökumene zwischen den katholischen und evangelischen Konfessionen über das Verhältnis von Laizität und Kommunismus gesprochen worden sei. Für den Papst „stünden die ideologischen Aspekte des Kommunismus im Vordergrund, sehr viel stärker jedenfalls als die machtpolitischen. Er spreche daher auch vornehmlich vom Marxismus." Zu Polen notiere Johannes Paul II. „sehr sorgfältig alle Entwicklungen". Der Äußerung von Schmidt, „daß die Kirche den Polen sagen müsse, daß auch gearbeitet werden müsse", habe er zugestimmt, „aber hinzugefügt, daß die Arbeiter auch die Früchte ihrer Arbeit sehen wollten". Johannes Paul II. schätze den Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarność", Wałęsa, sehr als Person, habe jedoch auch „von Kräften in der Solidarität berichtet, die er nicht sehr positiv bewerten könne". Vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 58; B 150, Aktenkopien 1981.

3 Otto von der Gablentz.

4 Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

5 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Vgl. dazu ferner das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 22. Juni 1981 in Montebello; Dok. 211.
Vgl. dazu außerdem die Abendessen der Staats- und Regierungschefs am 19. bzw. 20. Juli 1981; Dok. 210 bzw. Dok. 215.

Bundeskanzler begrüßt auch seinerseits die Gelegenheit zur Vertiefung der persönlichen Beziehungen. Er hatte mit allen italienischen Regierungschefs, die er kennenlernte, ein besonders gutes Verhältnis. Er erwähnt Rumor, Moro, Andreotti, Cossiga und freut sich, jetzt mit MP Spadolini zum Wohle beider Länder und der gemeinsamen Interessen auch persönlich eng zusammenzuarbeiten. Er hat dem Ministerpräsidenten bereits im Auto gesagt, daß Kultur und Geschichte Deutschlands von Italien weit mehr geprägt wurden als umgekehrt. In der Gegenwart finden sich unsere Länder in vielem in gleicher Lage und mit ähnlichen Interessen: Als nicht-nukleare Staaten brauchen beide das Bündnis, da sie sich nicht allein des sowjetischen Drucks erwehren können. Sie brauchen auch als Mächte, die sich vor und während des letzten Weltkrieges nicht mit Ruhm bedeckt haben, Freunde in der Welt. Das gilt allerdings sehr viel mehr für Deutschland, das sicher bis zum Ende des Jahrhunderts mit dem Makel von Auschwitz behaftet bleiben wird. Wir haben es auch als geteiltes Land schwerer und freuen uns besonders über die Freundschaft zwischen unseren Völkern. Italienische und deutsche Politik haben dazu beigetragen, daß die Völker sich nähergekommen sind. Die Politiker müssen, wie sie es im Verhältnis Deutschlands zu Frankreich und Deutschlands zu Polen getan haben, mit gutem Beispiel vorangehen.

Spadolini freut sich über die anerkennenden Worte, die der Bundeskanzler über die Zusammenarbeit mit seinen Vorgängern gefunden hat. Er betont die geschichtlichen Parallelen und die Gemeinsamkeit der Probleme, vor denen heute beide Völker stehen. Die Erfahrung des Faschismus und Nationalsozialismus hat beide Völker auch in Schmerz und Sühne vereint. Aus der Ablehnung dieser Vergangenheit entstand die Freundschaft in Europa, für die Namen wie de Gasperi und Sforza stehen.

Eurostrategische Waffen, Neutronenwaffe

Spadolini betont, daß er sich bereits als Generalsekretär der RPI[6] mit der „Linie Schmidt“ zum NATO-Doppelbeschluß identifiziert habe und diese Haltung jetzt als Ministerpräsident nicht revidieren werde. Er habe sich damals am Zustandekommen einer positiven italienischen Haltung beteiligt und auch auf die PSI einen entsprechenden Druck ausgeübt.

Nach der Rückkehr von Ottawa hat er Anfang August den Standort für die Stationierung der Marschflugkörper Comiso bekanntgegeben. Es gab eine gewisse Polemik der Kommunisten, die aber auch nicht zu scharf ausfiel.[7] Die Lage

6 Republikanische Partei Italiens.
Giovanni Spadolini war seit September 1979 Parteisekretär der „Partito Repubblicano Italiano“ (PRI).

7 Gesandter Ruyter, Rom, informierte am 10. August 1981: „Nach der letzten Kabinettssitzung vor der Sommerpause am 6.8. gab die ital[ienische] Regierung in den Abendstunden des 7.8. den Cruise-Missile-Dislozierungsort bekannt: der Flughafen Magliocco bei Comiso in der Provinz Ragusa (Sizilien). Der Flughafen besteht aus einer 1200 m langen Landebahn, die im Zweiten Weltkrieg gebaut wurde und seit 1972 nicht mehr in Betrieb ist. Die Gegend wird von überwiegend die DC wählenden Bauern bewohnt. […] Der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Dislozierungsorts wurde offensichtlich mit Rücksicht auf die Sommerpause gewählt, da in dieser Zeit die ital. Bevölkerung sich für politische Entscheidungen nicht mehr interessiert und jede Polemik leerlaufen muß. […] Die Koalitionsparteien stellten sich hinter die Entscheidung der ital. Regierung, während der PCI und die Radikalen, wie bei der parlamentarischen Abstimmung bei dem Doppelbeschluß im Dezember 1979, die Entscheidung kritisierten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 713; Referat 201, Bd. 125561.

wäre allerdings völlig anders gewesen, wenn die Produktionsentscheidung der Amerikaner für die Neutronenwaffe nicht einen Tag später, sondern einen Tag früher bekanntgeworden wäre.[8] Zur Neutronenwaffe hat die italienische Regierung praktisch dieselbe Haltung eingenommen wie die deutsche. Es ist eine ausschließlich amerikanische Entscheidung, die nicht vorher mit den Verbündeten konsultiert wurde.

Bundeskanzler betont, daß er den Ausdruck LRTNF nicht ins Deutsche übertragen kann und will. Er spricht lieber von eurostrategischen Waffen, da die SS-20 das italienische und das deutsche Volk ausradieren können. Von „Theater"-Waffen zu sprechen, wirkt auf uns wie ein krampfhafter Versuch, die Angelegenheit zu verharmlosen.

Er berichtet zur Geschichte des Doppelbeschlusses, daß er bereits zur Zeit von Wladiwostok[9] Kissinger und Ford, die er beide als wirkliche persönliche Freunde betrachtet, den Vorwurf gemacht habe, daß sie in die Entwürfe für SALT II weder die SS-20 noch den Backfire eingeschlossen haben. Ford hat dann, obwohl er zugab, daß er diese Frage eigentlich regeln müßte, sie nicht mehr vor den Präsidentenwahlen 1976[10] behandeln können. Carter machte dann gleich zwei Fehler: Er distanzierte sich vom SALT-II-Entwurf und ließ wiederum die eurostrategischen Waffen außer Betracht, da sie die USA nicht erreichen. Als Brzezinski auf Vorhaltungen des Bundeskanzlers, daß die europäischen Staaten vom wachsenden SS-20-Potential der Sowjets bedroht werden, nicht reagierte, hat er 1977 in seinem Vortrag vor dem IISS[11] die USA öffentlich aufgerufen, diese Frage zu regeln. Das führte dazu, daß die USA Anfang 1979 den Vorschlag machten, unabhängig von SALT II Pershing II und Marschflugkörper in Europa zu stationieren als Gegengewicht zur SS-20.[12]

Im Mai 1978 hat er Breschnew bei dessen Bonn-Besuch nicht verschwiegen, daß es nach seinem Eindruck zu einer amerikanischen Nachrüstung im Gebiet der eurostrategischen Waffen kommen muß und daß der Bundeskanzler eine solche verlangt. Breschnew hat dann gemeinsam mit ihm eine Erklärung unterschrieben, in der sehr nachdrücklich vom ungefähren Gleichgewicht die Rede war.[13] Beide Partner wußten, daß diese Erklärung auf die Mittelstreckenwaffen gezielt war. Gleichwohl hat die Sowjetunion das Tempo ihrer Rüstung beibehalten und sogar noch gesteigert. Breschnew ist heute klar, daß er sein Wort gegenüber dem Bundeskanzler nicht honoriert hat.

8 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

9 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

10 Die Präsidentschaftswahlen in den USA fanden am 2. November 1976 statt.

11 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt am 28. Oktober 1977 vor dem International Institute for Strategic Studies in London vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

12 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

13 Zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

Anfang 1979 wollten die USA Pershing und Marschflugkörper in Europa aufstellen, Giscard war dafür, Callaghan dagegen, der nur zustimmen wollte, falls Rüstungskontrollverhandlungen fehlschlagen. Schließlich haben Giscard und der Bundeskanzler den sog. Doppelbeschluß durchgesetzt, der später in der NATO gefaßt wurde. Er berichtet diese Details unter Hinweis auf die besondere Vertraulichkeit, um zu zeigen, wie stark er selbst am Zustandekommen der beiden Teile des Doppelbeschlusses beteiligt war, an den er sich persönlich besonders gebunden fühlt. Er hat seiner eigenen Partei vor zwei Jahren gesagt, daß er zurücktreten werde, wenn sie die Zustimmung verweigert.[14] Er hat gleichzeitig den USA gesagt, daß er zurücktreten werde, wenn sie die Rüstungskontrollverhandlungen nicht ernsthaft führen. Falls das nötig werden solle, werde er nicht verfehlen, die Welt den Grund für seinen Rücktritt wissen zu lassen. Das ist auch Reagan und Haig bekannt. Er wird Haig, dem er in allen diesen Dingen vertraut und der in der gegenwärtigen Administration am meisten von Europa versteht, am Sonntag abend noch einmal den Anspruch Deutschlands deutlich machen, nicht nur bei Beginn der LRTNF-Verhandlungen, sondern kontinuierlich während deren Verlauf konsultiert zu werden.[15] Er vermutet, daß Italien die gleichen Interessen wie wir hat. Bis vor wenigen Tagen hat die USA gezögert, ihr Verhandlungskonzept zu konsultieren, weil sie es selbst noch nicht genau vorbereitet hat. Aber da bereits am 23. September die Gespräche Haig/Gromyko beginnen[16], kommt die USA jetzt unter Zeitdruck.

Innenpolitisch sind wir wahrscheinlich in einer schwierigeren Lage als Italien. Die innenpolitische Opposition gegen die Stationierung ist vor allem deswegen so groß, weil in Deutschland bereits etwa 6000 amerikanische Nuklearwaffen stationiert sind und weil eine intensive sowjetische Propagandakampagne die Angst schürt. In den Reihen dieser Opposition gegen die Stationierung befinden sich viele ehrliche Menschen, insbesondere aus beiden Kirchen, die Lenin zynisch nützliche Idioten genannt hätte. In der Lage war es außerordentlich unerwünscht, daß die USA die Produktion von Neutronenwaffen ankündigten. Die italienischen Erklärungen hierzu stimmen mit den deutschen überein. Aber die völlige Abwesenheit des Gefühls der Amerikaner für die europäischen Empfindlichkeiten, die sich zumindest im Zeitpunkt der Bekanntgabe manifestierte, bestätigt ihn darin, daß die Europäer und Amerikaner sehr viel miteinander reden müssen, damit kein Unglück geschieht.

Es gab überhaupt keinen Grund, uns Europäer mit der Neutronenwaffe zu erschrecken. Die großen Gesten, vor allem aus einem amerikanischen Ministerium, können den grotesken Erfolg haben, daß die Europäer zu glauben beginnen, die SU sei friedliebender als die USA. Das alles wird um so schlimmer, wenn man selbst kurze Zeit danach Kürzungen im Verteidigungshaushalt ankündigen muß, weil man sich offenbar übernommen hat.[17]

14 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 3. Dezember 1979 vor dem SPD-Parteirat in Berlin (West); Dok. 242, Anm. 13.

15 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 13./14. September 1981 in der Bundesrepublik auf. Für das deutsch-amerikanische Regierungsgespräch am 13. September 1981 vgl. Dok. 255.

16 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

17 Zur beabsichtigten Kürzung des amerikanischen Verteidigungshaushalts vgl. Dok. 255, Anm. 58.

Er betont sein großes Vertrauen auf den amerikanischen Präsidenten, seine Stetigkeit und seine persönliche Glaubwürdigkeit.

Spadolini schätzt diese offene Darlegung außerordentlich und sichert volle Diskretion zu als Politiker und als Historiker.

Die italienische Regierung mußte in den Zeiten, als die KPI in die parlamentarische Mehrheit eingebunden werden mußte, sehr vorsichtig taktieren und gerade in Nuklearfragen immer wieder die positiven Aspekte der Entspannung unterstreichen. Erst als die PSI sich von ihrer Rücksichtnahme auf die KPI freimachte, konnte die italienische Regierung auch offen ihre völlige Übereinstimmung mit der deutschen in diesen Fragen erklären. Er stimmt daher der Analyse des Bundeskanzlers voll zu. Leider sind sich die USA nicht immer der Tatsache bewußt, daß es sich für Europa um eurostrategische Waffen handelt.

Er erinnert daran, daß der Bundeskanzler zu Zeiten Carters sich zumindest nicht von vornherein gegen die Neutronenwaffe ausgesprochen hatte, bis Carter dann plötzlich seine Meinung änderte.[18] Die Ankündigung der Produktion der Neutronenwaffe im August mußte besonders unangenehm überraschen, weil Reagan beim ausführlichen sicherheitspolitischen Gespräch der Regierungschefs in Montebello keinen Hinweis gegeben hatte und weil den Amerikanern bewußt sein mußte, daß die Europäer – unter anderem er selbst als Generalsekretär der PRI – im März 1981 das Dementi Haigs zu den Ankündigungen aus dem Pentagon zur Neutronenwaffe[19] ausdrücklich begrüßt hatten.

Bundeskanzler vermutet, daß die Ankündigung nach einem längeren Streit innerhalb der Administration vom Pentagon betrieben wurde.

Spadolini betont, daß die Neutronenwaffe die Diskussion über die Nuklearwaffen wieder hochgespielt habe, nachdem es in den letzten Jahren gelungen war, die LRTNF-Diskussion zu beruhigen und die kommunistische Opposition in dieser Frage schachmatt zu setzen. Von katholischer Seite wird jetzt die besondere moralische Fragwürdigkeit einer Waffe herausgestellt, die Menschen tötet, ohne Material zu zerstören. Mit der Ankündigung des Stationierungsorts Comiso kurz vor der Produktionsentscheidung über die Neutronenwaffe hat die italienische Regierung einfach Glück gehabt, Glück, das den Regierenden nach Machiavelli ja auch als Tugend zugerechnet werden sollte. (Bundeskanzler: Die italienische Tugend ist von den Amerikanern schlecht belohnt worden, die einfach kein Gefühl für europäische Empfindlichkeiten haben.) In dieser Lage liegt es im allergrößten Interesse Italiens, mit dafür zu sorgen, daß es so bald wie möglich zu umfassenden Rüstungskontrollverhandlungen kommt. Diese Haltung, die er bereits in Ottawa eingenommen hat, wird jetzt durch die Notwendigkeit, der Anti-Nuklear-Opposition der KPI und aus katholischen Kreisen zu begegnen, noch drängender.

Bundeskanzler: Italien und Deutschland haben wie andere nicht-nukleare Staaten einen Anspruch aus dem NV-Vertrag an die Nuklearmächte unter den

18 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978, vgl. Dok. 12, Anm. 23.
19 Zu den Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger vgl. Dok. 31, Anm. 6.

Unterzeichnerstaaten auf Verminderung des nuklearen Waffenpotentials.[20] Er wird bei jeder Gelegenheit diesen Anspruch herausstellen.

Spadolini: Deutschland und Italien haben hier völlig parallele Interessen. Sie sollen auch gemeinsame und parallele Anstrengungen gegenüber den USA unternehmen. Er bittet den Bundeskanzler, diese Haltung auch in seinem Namen dem amerikanischen Außenminister am Sonntag abend deutlich klarzumachen. Er hat den Eindruck, daß in dieser Frage „die amerikanischen Zeiten länger sind als unsere".

Bundeskanzler meint, daß wir es seit einiger Zeit mit amerikanischen Präsidenten zu tun haben, die nach ihrem Amtsantritt längere Zeit brauchen, um sich mit der internationalen Politik vertraut zu machen.

Er erläutert, daß wir auch intern die Standorte für die LRTNF-Stationierung festgelegt haben, die wir aber nicht öffentlich bekanntgeben werden, um nicht auch die Standorte der in den letzten 25 Jahren stationierten Nuklearwaffen bekanntgeben zu müssen.[21] Er betont, daß wir sehr an einem gleichzeitigen Beginn der Vorbereitungsarbeiten für die Stationierung in Italien, Großbritannien und bei uns interessiert sind. Er ist besorgt über die Lage in den Niederlanden, wo die PVDA in der neuen Regierung[22] eine positive Stationierungsentscheidung nicht erlaubt.[23] Das wird sich auf jede belgische Regierung auswirken. Das könnte auch negative Auswirkungen auf die Lage in Deutschland haben, insbesondere wenn die Presse dann feststellen sollte, daß die Vorberei-

20 Vgl. dazu Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968; BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

21 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 27. Juli 1981 zum Stand der Vorbereitungen für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in der Bundesrepublik: „1) Die Vorbereitungen zur Implementierung der LRTNF-Modernisierung in der BR Deutschland (ab Ende 1983 bis 1985: 108 Pershing-II-Raketen, 1986 bis 1987: 96 Marschflugkörper) verlaufen planmäßig. Die Pershing II wird an den US Pershing-I a-Standorten stationiert. Diese Entscheidung ist öffentlich bekannt. 3) Die Standort-Entscheidung für die GLCMs ist geheim." Vgl. VS-Bd. 10332 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

22 Die Parlamentswahlen in den Niederlanden fanden am 26. Mai 1981 statt. Vgl. dazu Dok. 125, Anm. 20.
Am 11. September 1981 wurde die neue Regierungskoalition aus Vertretern der Christdemokraten (CDA), der Partei der Arbeit (PVDA) und der Demokraten '66 unter Ministerpräsident van Agt vereidigt.

23 Zur Diskussion in den Niederlanden hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8.
Botschafter Fischer, Den Haag, berichtete am 27. Juli 1981, daß die amerikanische Botschaft bei Ministerpräsident van Agt wegen des von Vertretern der drei an einer möglichen Regierungskoalition beteiligten Parteien ausgearbeiteten Entwurfs eines Regierungsprogramms vorstellig geworden sei, das einen Punkt über die „Verschiebung der Entscheidung über die Stationierung von LRTNF in den Niederlanden" enthalte. Van Agt habe geantwortet, „daß diese Haltung auch für ihn nicht annehmbar sei (unacceptable and unconceivable). Der Ministerpräsident führte weiter aus, daß er seiner Partei […] erklärt habe, dann persönlich nicht mehr zur Verfügung zu stehen, da er von der Notwendigkeit des Nachrüstungsbeschlusses überzeugt sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 307; VS-Bd. 10332 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 19. August 1981 vermerkte Legationsrat I. Klasse Erath, daß der niederländische Botschafter van Vloten Botschafter Ruth die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung dargelegt habe: „Verhältnis zwischen drei potentiellen Koalitionsparteien sei mehr als schlecht. Entscheidung für oder gegen LRTNF-Dislozierung sei offen und hänge sehr stark von dem westlichen ‚arms approach' ab. E[nhanced]R[adiation]W[eapon]-Entscheidung habe nicht geholfen." Vgl. VS-Bd. 11353 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

tungsarbeiten zur Stationierung in Italien, Großbritannien und Deutschland etwa nicht gleichzeitig beginnen. Die wirtschaftliche Lage ist schlecht. Die allgemeine Unzufriedenheit könnte sich ein Ventil in der Opposition gegen die Stationierung suchen. Er regt an, die Verteidigungsminister[24] zu bitten, sich evtl. am Rande der kommenden NATO-Treffen mit dem Ziel abzustimmen, die Vorbereitungsarbeiten gleichzeitig zu beginnen.

Sowjetunion

Bundeskanzler antwortet auf die Frage Spadolinis, welche Beweise er für den Verhandlungswillen der Sowjets habe, er habe keine Beweise. Er sei sich aber sicher, daß die SU ernsthaft an Rüstungskontrollverhandlungen im Mittelstrekkenbereich interessiert ist, weil ihr mit Recht die kurzen Flugzeiten der Pershing II große Sorge bereiten. Die fünf bis sechs Minuten Flugzeit erlauben keine eindeutige Identifizierung und keinen effektiven Gegenschlag. Die SU müßte daher einen Zweitschlag mit Interkontinentalraketen gegen die USA mit einer Flugzeit von etwa 20 Minuten erwägen. Dadurch kommt die SU in einen strategischen Nachteil. Diese Überlegungen waren der Kern der Ausführungen Gromykos, Ustinows und Ogarkows vor einem Jahr in Moskau.[25] Diese tiefe Beunruhigung der Sowjetunion ist eine Bestätigung für den Doppelbeschluß. Die SU hat ein Interesse zu verhandeln. Allerdings ist nicht sicher, wie realistisch und in welchem Tempo auf beiden Seiten verhandelt wird. Ein Taub er und ein Stummer können lange miteinander verhandeln. Aber daß die SU verhandeln wolle, weil sie müsse, davon war er stets überzeugt. Und die Amerikaner ihrerseits müssen verhandeln, weil sie sonst die Unterstützung ihrer Verbündeten verlieren könnten.

Spadolini erwähnt, daß sein Freund Cossiga meint, die SU werde nicht ernsthaft verhandeln, bis sich die Lage in Polen normalisiert habe.

Bundeskanzler weist auf den Besuch Breschnews in Bonn im November hin.[26] Breschnew werde sicherlich den Versuch unternehmen, die Deutschen für den sowjetischen Standpunkt zu gewinnen. Er muß, nach inzwischen fünf Gesprächen mit dem Bundeskanzler[27], wissen, daß er die Deutschen nicht von den USA abspalten kann. Aber er strebt wohl auch an, daß der Bundeskanzler die USA von der Ernsthaftigkeit der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft überzeugt. Der Besuch birgt auch Risiken für Breschnew.

Ein öffentlicher Fehlschlag schwächt seine Stellung im Politbüro, wo er sicherlich keine eindeutige Zustimmung für seine Deutschland-Reise findet. Die Tat-

24 Hans Apel und Lelio Lagorio.

25 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

26 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

27 Vor dem Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik und dem Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR trafen beide während des Besuchs von Breschnew vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik zusammen. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 18–20.
Vom 28. bis 30. Oktober 1974 führte Schmidt mit Breschnew Gespräche in Moskau. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311, Dok. 314, Dok. 315 und Dok. 321.
Schmidt und Breschnew trafen sich ferner am 31. Juli 1975 anläßlich der KSZE-Schlußkonferenz in Helsinki. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 234.

sache, daß er diese Reise unternimmt, zeigt, daß er wirklich verhandeln will. Unter den führenden Mitgliedern des Politbüros erscheint er dem Bundeskanzler als ein „Russe mit Herz", an dessen Willen zur Verhinderung eines weiteren schrecklichen Krieges nicht zu zweifeln ist.

Polen

Bundeskanzler will auf Frage Spadolinis weder eine optimistische noch eine pessimistische Prognose zur Entwicklung in Polen geben. Die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Eingriffs ist heute genauso groß wie vor einem Jahr. Er ist nicht sicher, ob sich das bewundernswert tapfere und opferbereite polnische Volk – Eigenschaften, die in der Vergangenheit bis zur Sinnlosigkeit gesteigert wurden – über die Gefahren der Lage wirklich im klaren ist.

Er hat den Eindruck, daß drei politische Kräfte auf Vernunft drängen: Die Kirche (deren Primas allerdings noch nicht die Autorität Wyszyńskis haben kann[28]), die Regierungsspitze mit Kania und Jaruzelski und die Spitze der Solidarität mit Wałęsa. Er ist besorgt, daß die sowjetischen militärischen Gesten[29] nicht nur den Polen die gefährliche Lage klarmachen, sondern auch einen Zwang auf ihre Urheber ausüben, ihre Drohungen wahr zu machen.

Er stimmt der Bemerkung Spadolinis zu, daß im Moment wohl auch die Sowjets nicht wissen, ob und wie sie eingreifen sollen.

Die Angst der anderen osteuropäischen Regierungen vor einem Übergreifen des polnischen Bazillus ist inzwischen wegen des offensichtlichen wirtschaftlichen Versagens in Polen erheblich zurückgegangen.

Spadolini berichtet in dem Zusammenhang, daß kommunistische Gewerkschaftsführer wie Lama sehr erschüttert von der polnischen Wirtschaftsmisere aus Polen zurückgekehrt sind.

28 Nachfolger des am 28. Mai 1981 verstorbenen Kardinals Wysziński als Erzbischof von Gnesen und Warschau und neuer Primas von Polen wurde am 7. Juli 1981 der bisherige Bischof von Ermland, Glemp. Botschaftsrat I. Klasse Schmitt, Rom (Vatikan), übermittelte dazu am 8. August 1981 Informationen, wonach Glemp für Papst Johannes Paul II. „die erforderliche Kontinität in der gegenwärtigen politisch schwierigen Phase Polens am zuverlässigsten gewährleisten könne" und „wiederholt zur Mäßigung aufgerufen habe." Da er erst kurze Zeit das Bischofsamt bekleide, habe er sich ferner „noch nach keiner Seite hin festlegen müssen" und gelte als „unbelastet". Im Vatikan sei weiter zu hören gewesen, daß Glemp „an der Abfassung von Predigten des früheren Primas, die Grundsatzfragen zwischen Staat und Kirche berührten, entscheidend beteiligt gewesen" sei: „Bezeichnenderweise wurde wörtlich ergänzt: ‚Der eigentliche Primas von Polen sitzt in Rom'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 88; Referat 204, Bd. 132953.

29 Zum Manöver „Sojuz 81" des Warschauer Pakts vom 17. März bis 7. April 1981 vgl. Dok. 78, Anm. 42 und 43.
Vom 4. bis 12. September 1981 führte die UdSSR in der Weißrussischen Republik sowie im Ostseeraum das Manöver „Sapad 81" durch. Dazu übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 9. September 1981 Informationen des Militärausschusses der NATO, wonach mindestens 100 000 Soldaten teilgenommen hätten. Der Vertreter des Internationalen Militärstabes der NATO habe ergänzend ausgeführt: „Die übenden sowjetischen Verbände in den westlichen Militärbezirken der Sowjetunion seien im Zustand hoher Kampfbereitschaft. Es handle sich um das größte Manöver, das die SU nach dem Zweiten Weltkrieg durchführe, auch um ein Manöver mit dem bisher größten Anteil an amphibischen Einheiten. Hinsichtlich der taktischen und politischen Zielsetzung des Manövers lasse sich schwer eine Aussage machen. Jedoch könne davon ausgegangen werden, daß trotz Dementis ein starkes Element politischer Druckausübung gegen die polnische Bevölkerung enthalten sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1453; VS-Bd. 13287 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

Libyen

Spadolini sieht die amerikanische Reaktion auf den Zwischenfall im Golf von Syrte[30] als Teil der Politik Reagans, das weltweite amerikanische Prestige wiederherzustellen. Ihn habe die besorgniserregende Genugtuung der öffentlichen Meinung in den USA beunruhigt. Außerdem habe die USA vor einem weiteren Eindringen der SU über Libyen in Afrika warnen und einen konkreten Beweis für ihre Unterstützung Sadats liefern wollen. Bei Gaddafis Verhalten ist allerdings stets ein theatralisches Element miteinzubeziehen. (BK: Gaddafi ist weder für den Westen noch auch für die SU berechenbar.) Er weist auf die verhältnismäßig vorsichtige Reaktion der SU hin.

Auf Frage des Bundeskanzlers hält er es für schwierig, an eine Einladung Gaddafis nach Rom[31] zu denken. Auch Mitterrand denkt so. Wie der BK hält er es für besorgniserregend, daß es Gaddafi fertiggebracht hat, zum Präsidenten der OAE gewählt zu werden.[32]

Malta

Spadolini meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß Mintoff nicht unter dem Druck Gaddafis handelt. Aber wie Makarios spielt er jeden gegen jeden zu seinem eigenen Vorteil aus. (BK: Sind beide Nachkommen der Phönizier?) Italien hat gute Beziehungen mit Malta. Der Verteidigungsminister war gerade da. Mintoff zeigt sich beunruhigt über Gaddafis Drohungen. Obwohl er kein Vertrauen auf Mintoff hat, ist dieser jedenfalls kein Instrument Gaddafis. (Nachdem die italienische Presse am nächsten Morgen die angebliche deutsche Unterstützung für Maltas Neutralität groß herausgestellt hatte[33], betont der Bun-

30 Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), übermittelte am 19. August 1981 Informationen des amerikanischen NATO-Botschafters Bennett, wonach am Morgen des 19. August 1981 zwei libysche Flugzeuge „zwei amerikanische Träger-Flugzeuge vom Typ F-14 (vom Flugzeugträger Nimitz) der im Bereich der Großen Syrte übenden amerikanischen Sechsten Flotte mit Luft-Luft-Raketen angegriffen" hätten und in Gegenwehr „durch die F-14 mit Sidewinder-Raketen abgeschossen worden" seien: „Die amerikanische Übung vom 18. und 19. August 1981 sei durch die USA am 12. bzw. am 14. August 1981 international angekündigt worden. Es habe sich um eine routinemäßige Übung gehandelt." Bennett habe mehrfach betont, „der Zwischenfall habe sich in internationalen Gewässern ungefähr 60 Seemeilen von der libyschen Küstenlinie (nach allen drei Richtungen) entfernt ereignet. Die US-Streitkräfte würden deshalb in Selbstverteidigung handeln, falls es zu weiteren Zwischenfällen käme (‚will fire back if fired upon under peacetime rules of engagement')." Die USA hätten „über die belgische Botschaft, die die amerikanischen Interessen in Libyen vertritt, wegen des Zwischenfalls protestiert". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1365; VS-Bd. 11159 (311); B 150, Aktenkopien 1981.

31 Zur Frage eines Besuchs von Oberst Gaddafi in Italien vgl. Dok. 125, Anm. 37.

32 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi; Dok. 188, Anm. 27.

33 Am 15. September 1980 schlossen Italien und Malta mit einem Notenwechsel ein Abkommen, in dem sich Malta zur Neutralität verpflichtete. Im Gegenzug übernahm Italien Konsultations- und Beistandsverpflichtungen und erklärte sich zu Finanzleistungen bereit, darunter die Zahlung von 12 Mio. Dollar jährlich für die Dauer von fünf Jahren. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 898 des Botschafters Arnold, Rom, vom 16. September 1980; Referat 203, Bd. 115903.
Am 29. Juli 1981 übermittelte der italienische Botschafter Ferraris die Bitte seiner Regierung, daß die Bundesregierung die Neutralität von Malta in Form einer öffentlichen Erklärung, einer Verbalnote oder einer Mitteilung an den VN-Generalsekretär „formell zur Kenntnis" nehme. Dazu stellte Ministerialdirektor Pfeffer am 26. August 1981 fest: „In Übereinstimmung mit unseren Partnern in der EG bewerten wir das maltesisch-italienische Vertragswerk positiv, sehen in ihm einen Beitrag zu Stabilität und Festigung des Friedens in dieser Region des Mittelmeers […] und sind bereit, die Neutralität Maltas zu respektieren, sehen uns allerdings nicht in der Lage, etwaige Garantien oder sonstige [...] Verpflichtungen gegenüber Malta zu übernehmen." Vgl. Referat 203, Bd. 123295.
Arnold berichtete am 18. September 1981 über Meldungen in der italienischen Presse, wonach Bun-

deskanzler in einem kurzen Gespräch beim Frühstück am 12. September, daß die Bundesregierung die Neutralität Maltas respektieren werde, aber keine zusätzliche wirtschaftliche Hilfe zur Verfügung stellen könne.)[34]

Mittelmeer

Bundeskanzler bittet Spadolini um eine Bewertung der politischen Unsicherheiten im Mittelmeerraum. Ein Überblick über die Lage in Portugal, Spanien, Griechenland, Zypern, die Türkei, den Nahen Osten und Libyen zeigt, daß letzten Endes nur Frankreich und Italien unter den Mittelmeeranrainern eine zuverlässige stabilisierende Rolle spielen können. Er betont dabei sein Vertrauen auf den spanischen König[35] und seine Anerkennung für die Rolle der türkischen Militärregierung bei der Wiederherstellung der notwendigsten inneren Ordnung.[36]

Spadolini zeigt sich besonders besorgt über Spanien. Der Übergang vom Faschismus zur Demokratie war zu schnell. Die Ursachen des Faschismus sind noch nicht voll überwunden. Er zweifelt, ob der König einem zweiten Staatsstreich[37] Widerstand entgegensetzen kann. Daher sollten die Europäer alle Anstrengungen unternehmen, Spanien entgegenzukommen. Die Festigung der spanischen Demokratie wird auch die Lage in Portugal günstig beeinflussen. Die Entwicklung in Griechenland macht ihm Sorge, da sie auch von Karamanlis nicht kontrolliert werden kann. (*BK*: Er hat Eigenschaften Ihres hervorragenden Präsidenten Pertini. *Spadolini*: Auch solche de Gaulles.) Sadat braucht zur Festigung seiner Position einen Erfolg mit den Verhandlungen mit Israel, der aber kaum zu erwarten ist. Insgesamt beurteilt er die Lage im Mittelmeerraum ebenso besorgt wie der Bundeskanzler. Italien möchte seine Position im Mittelmeerraum verstärken, um als Element der Stabilität zu wirken. Er fürchtet weitere militärische Gesten Gaddafis, die verteidigungslose Länder im Mittelmeerraum in Gefahr bringen können. Er fragt, ob die USA versucht sein könnten, die weltpolitische Scharte in Libyen auszuwetzen, die ihnen im Iran[38] zugefügt wurde.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1330

deskanzler Schmidt und Ministerpräsident Spadolini über die Neutralität von Malta gesprochen hätten. So habe etwa die Tageszeitung „La Repubblica" in ihrer Ausgabe vom 12. September 1981 gemeldet, daß die Bundesregierung das Interesse bekundet habe, „sich den ital[ienischen] Garantien für die Neutralität Maltas anzuschließen". Nach Berichten der Tageszeitung „Il Tempo" werde sogar „an einem ‚Beitritt' Bonns zu den Verträgen zwischen La Valletta und Rom" gearbeitet. Vgl. den Drahtbericht Nr. 857; Referat 203, Bd. 123295.

34 Ministerialdirigent Dröge teilte den Botschaften in Rom und Valletta am 17. September 1981 mit: „Bundesregierung ist nach wie vor nicht bereit, italienischem Beispiel zu folgen und Garantieerklärung für Neutralität Maltas verbunden mit militärischer Beistandszusage und finanzieller Hilfe abzugeben. Bundeskanzler hat in Rom derartige Zusagen nicht gemacht. Italienische Pressemeldungen hierüber sind nicht richtig. Bundeskanzler hat jedoch entsprechend der Position der Bundesregierung sowohl Ministerpräsident Spadolini wie auf Befragen von Journalisten gesagt, die Bundesregierung werde Maltas Neutralität respektieren." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4730; Referat 203, Bd. 123295.

35 Juan Carlos I.

36 Zum Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 vgl. Dok. 6, besonders Anm. 2.

37 In Spanien kam es am 23./24. Februar 1981 zu einem Putschversuch. Vgl. dazu Dok. 87.

38 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

Frankreich

Spadolini betont die besondere Bedeutung der guten Beziehungen Italiens zu Frankreich und seine gute persönliche Beziehung zu Mitterrand, der ein großer Freund Präsident Pertinis und der Stadt Florenz ist. Er selbst kennt ihn seit 25 Jahren, als Mitterrand über Lorenzo il Magnifico arbeitete. Außerdem kommt er aus einer Partei, die auch einmal so klein war wie die PRI.

Er fragt besorgt, ob dieses gute Verhältnis jetzt durch den Weinkrieg in der EG[39] in Frage gestellt wird. Er selbst setzt sich für eine Politik der Mäßigung und für eine Lösung durch Brüssel ein. Aber inzwischen ist ein Schatten auch auf die bilateralen Beziehungen gefallen. Die französische Antwort nach Monaten großer Geduld von seiten der Italiener ist unbefriedigend. Mauroy hat Zusicherungen gegeben, die er später nicht einhalten konnte.

Bundeskanzler berichtet, daß seine Bekanntschaft mit Mitterrand vor zehn Jahren bei einem Treffen der SI in Dänemark mit einer Auseinandersetzung über das Zusammengehen von Sozialdemokraten und Kommunisten begann. Inzwischen können Mitterrand und er recht gut miteinander umgehen.

Im außenpolitischen Bereich macht ihm eine gewisse Sorge, daß Mitterrand sich offenbar als Gegengewicht zur Aufnahme kommunistischer Minister[40] gegenüber der SU im Ton viel schärfer zeigt als Giscard, der in der Sache auch ganz fest war. Das könnte gewisse Kreise in Amerika zu einer Politik der großen Gesten gegenüber der SU ermutigen.

Spadolini hatte in Montebello fast den Eindruck, als ob sich Mitterrand hierdurch bei den USA für die kommunistischen Minister entschuldigen wollte. Er habe ihn scherzhaft einen Machiavellisten genannt und hinzugefügt, daß dies in Italien kein Tadel, sondern ein Lob sei. Er betont, daß Mitterrand allerdings stets den Kommunismus bekämpft und gegenüber der SU außerordentlich kritisch gewesen ist.

Bundeskanzler setzt große Erwartungen in die Zusammenarbeit mit Frankreich. Er ist sehr glücklich, daß er mit seiner persönlichen Zusammenarbeit mit Giscard und jetzt auch mit Mitterrand zu der erfreulichen deutsch-französischen Partnerschaft beitragen kann. Er selbst ist als Anglophiler aufgewachsen, hat sich aber im Laufe eines politischen Lebens immer stärker den Einflüssen aus Frankreich und Italien geöffnet. Sie sind historisch verwurzelt und weisen in die Zukunft.

Spadolini betont die grundlegende Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit für das europäische Gleichgewicht.

39 Nachdem die Einfuhren des preislich günstigeren italienischen Tafelweins nach Frankreich im ersten Halbjahr 1981 stark angestiegen waren, kam es zu Protesten französischer Weinbauern. Die französische Regierung stoppte daher die Einfuhr und beschlagnahmte den Wein an den Zolleinfuhrstellen. Ministerialdirektor Fischer vermerkte dazu am 3. September 1981: „Nach wie vor befinden sich im französischen Hafen Sète mehr als 500 000 Hektoliter Importwein aus Italien unter Zollverschluß. Als Begründung hatte F ursprünglich das Fehlen vollständiger Zollpapiere angeführt, inzwischen aber zu erkennen gegeben, den beschlagnahmten italienischen Wein auf keinen Fall zum Import nach F freizugeben." Ein Vermittlungsversuch der EG-Kommission, den italienischen Wein mit Finanzmitteln der EG privat einzulagern, um den französischen Markt zu entlasten, sei am Einspruch Frankreichs gescheitert. Vgl. Referat 411, Bd. 131248.

40 Zur Regierungsbeteiligung der KPF vgl. Dok. 208, Anm. 22.

Wirtschaftspolitik

Spadolini fürchtet inflationäre Impulse der französischen Wirtschaftspolitik für Italien und äußert sich sehr anerkennend über die deutschen Maßnahmen zur Eindämmung des Haushaltsdefizits.[41]

Bundeskanzler weist auf die innenpolitischen Schwierigkeiten der Haushaltskürzungen hin, die für Bund und Länder zusammen etwa 1% des Sozialprodukts ausmachen. Weitere Kürzungen sind nicht zu verantworten, weil die Zeichen der Weltwirtschaft auf Depression stehen. Die amerikanischen Zinsen erzwingen auch in Europa Zinsen, die die Investitionen insbesondere der kleineren und mittleren Betriebe verhindern. Der Realzins ist vielleicht bei uns mit 14 bis 15% Zinsen und 6% Inflationsrate noch am höchsten.

Spadolini möchte in einem Jahr eine Inflationsrate von 16% erreichen. Sie ist von März bis August von 21 auf 19% zurückgegangen. Über die scala mobile[42] möchte er mit den Gewerkschaften sprechen. Sie müssen zwischen scala mobile oder Lohnerhöhung wählen. Die kommunistischen Kräfte möchten an der scala mobile festhalten, während die anderen für deren Abschaffung und Lohnerhöhungen eintreten. Die Regierung sollte nicht in Tarifverhandlungen[43] eingreifen. Sie sollte indirekte Mittel – Steuern, Preise, Investitionsanreize und (wie der Bundeskanzler vorschlug) moralische Überzeugung – einsetzen. Die modernen Staatsmänner sollten häufiger auf das Instrument der klassischen griechischen Staatsmänner wie Perikles – die moralische Überzeugung – zurückgreifen.

Bundeskanzler hält es für richtig, den Sozialpartnern die Verantwortung für die Lohnabschlüsse nicht abzunehmen. Wir haben den großen Vorteil vernünftiger Gewerkschaften, die nach den Erfahrungen der Weimarer Republik als Einheitsgewerkschaft organisiert sind. Sie sind unabhängig, wenn auch Sozialdemokraten in ihrer Führung eine große Rolle spielen. Wenn die Gewerkschaften z.B. 7% verlangen, dann weiß jeder, daß sie nicht unter etwa 5% abschließen werden. Sie können daher auch, wenn es die wirtschaftliche Lage verlangt, unter der Inflationsrate abschließen, wie es z.B. die Gewerkschaft für öffentliche Dienste im März getan hat.

Gas-Röhren-Geschäft[44]

Bundeskanzler betont auf Hinweis Spadolinis auf Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der SU, daß die verschiedenen westeuropäischen Partner nur gemeinsam abschließen können. Wir lassen die Verhandlungen ganz in der Hand der Unternehmen. (Spadolini: Wenn wir nur das Gleiche machen könn-

41 Die Bundesregierung beschloß am 2./3. September 1981 den Entwurf zum Haushalt 1982 und Maßnahmen zum Finanzplan 1981 bis 1985. Vorgesehen waren neben Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung und Strukturhilfen etwa für die Mikroelektronik solche zur Steigerung der Einnahmen bzw. zur Kürzung der Ausgaben. Geplant waren u.a. die Anhebung von Verbrauchssteuern (Tabak, Schaumwein und Alkohol) und Kürzungen im öffentlichen Dienst, beim Kinder- und Wohngeld, bei der Ausbildungsförderung, in der Landwirtschaft und beim Straßenbau. Ferner sollten einige Steuervergünstigungen für Unternehmen und bei der allgemeinen Lohn- und Einkommensteuer wegfallen. Vgl. dazu BULLETIN 1981, S. 661–676.

42 Der Begriff „scala mobile“ bezeichnete in Italien eine Koppelung der Löhne an die Inflation.

43 Korrigiert aus: „nicht Tarifverhandlungen“.

44 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 209, Anm. 15.

ten!)[45] Er habe aus Wirtschaftskreisen gehört, daß die italienischen Preise, weil sie angeblich subventioniert seien, zu billig sind.

In diesem Bereich müssen die europäischen Partner eine amerikanische Einmischung deutlich und wirksam zurückweisen. In Montebello hat Reagan den ernsthaften Versuch gemacht, uns bilateral zu beeinflussen.[46]

Spadolini wiederholt, daß sich die Regierungschefs der westeuropäischen Partner in Luxemburg einig waren, an dem Geschäft festzuhalten.

Bericht der Außenminister

Genscher berichtet, daß man über die Vorbereitung des EG-Rats am Montag[47] gesprochen habe. Die Bundesregierung wird sich noch im September eine abschließende Meinung zum Bericht der Kommission[48] und zu ihren Vorstellungen über eine Europäische Union bilden.

Die jüngste Demarche der SU zum NATO-Beitritt Spaniens[49] wird eher als Pflichtübung denn als Ankündigung einer weitergehenden Aktion gewertet. Auch die Sowjets sollten Interesse an einer Mitwirkung Spaniens in der NATO haben, verglichen mit den nur zweiseitigen Bindungen Spaniens an die USA.[50]

45 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 18. September 1981, daß die italienische Regierung den Wunsch geäußert habe, mit hochrangigen Vertretern aus der Bundesrepublik, Belgien, Frankreich und den Niederlanden zusammenzukommen, um den Stand des Erdgas-Röhren-Geschäfts zu besprechen: „Die italienische Initiative ist der Endpunkt mehrmonatiger italienischer Befürchtungen, von uns nicht ausreichend informiert worden zu sein. […] Sie akzeptierten nicht, daß unsere Firmen unabhängig von der Bundesregierung verhandeln, und vermuten anderes dahinter." Vgl. Referat 421, Bd. 141336.

46 Vgl. dazu das deutsch-amerikanische Regierungsgespräch am 19. Juli 1981 in Montebello; Dok. 209.

47 Zur EG-Ministerratstagung am 14. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 250, Anm. 44.

48 Zum Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 182, Anm. 14.

49 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 248.
Am 8. September 1981 meldete Botschafter Lahn, Madrid, daß die sowjetische Botschaft am Vorabend im spanischen Außenministerium ein Memorandum übergeben habe, in dem die UdSSR gegen den geplanten NATO-Beitritt Spaniens Stellung nehme. Darin werde ausgeführt, daß ein solcher Schritt den sowjetischen Bemühungen „um eine Auflösung der politisch-militärischen Zusammenschlüsse und als ersten Schritt hierzu um die Auflösung ihrer militärischen Organisationen" entgegengesetzt und auch gegen die Ziele der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 gerichtet sei: „Der Eintritt Spaniens in den Atlantik-Pakt wäre auch ein gewisser Nachteil für alles, was auf dem europäischen Kontinent dem Bestreben nach Entspannung und friedlicher Zusammenarbeit zwischen Staaten mit verschiedenen Gesellschaftsordnungen dient. In vielfacher Hinsicht würde eine völlig neue Situation entstehen, nicht nur in Europa, sondern auch in den Grenzgebieten am Atlantischen Ozean und am Mittelmeer." Ein NATO-Beitritt Spaniens werde nicht ohne Einfluß auf die bilateralen Beziehungen zur UdSSR bleiben. Lahn teilte ferner mit, daß das Memorandum noch am selben Abend „zu später Stunde an die sowjetische Botschaft zurückgeleitet worden war". Der spanische Außenminister Pérez-Llorca habe dazu ausgeführt, „daß man mit der Zurückweisung des Memorandums jede Einmischung von seiten der Sowjets oder ihrer Bundesgenossen abschneiden und eine Diskussion mit dem Ostblock über diese Frage gar nicht erst aufkommen lassen wolle". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1234; VS-Bd. 11102 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

50 Zu den Verhandlungen zwischen Spanien und den USA über ein bilaterales Stützpunktabkommen vgl. Dok. 148, Anm. 15.
Oberst i. G. Eichele, Madrid, teilte am 31. August 1981 mit, es zeichne sich ab, „daß bis zum Auslaufen des Vertrags am 21.9.81 keine Einigung über eine Neufassung erzielt werden kann. […] Die spanische Regierung beabsichtigt daher, bei den Cortes eine Verlängerung des bestehenden Vertrages um sieben Monate zu beantragen, um inzwischen den NATO-Beitritt zu vollziehen, den neuen Vertrag dann unter den Bedingungen eines NATO-Mitglieds abzuschließen. Parallel dazu wird an einem zweiten Vertragstext gearbeitet, welcher bei Nichtzustandekommen der NATO-Mitgliedschaft anzuwenden wäre. […] Die Opposition widersetzt sich sowohl der Verlängerung als auch der Verknüpfung der bilateralen

In einem breiten Meinungsaustausch über Polen spielte die Beschwerde Czyreks eine Rolle, der Westen dürfe seine Hilfeleistungen nicht vom Ausbleiben sowjetischer Intervention oder innerer Repression abhängig machen. Wollte er damit innere Repression ankündigen oder dialektisch auf eine solche Gefahr hinweisen? Er zeigte sich über die Bemerkung eines DDR-Vertreters in Bonn besorgt, die Polen brauchten jetzt eine polnische Militärdiktatur.

Beim Haig-Besuch in Berlin und Bonn wird die LRTNF-Frage im Mittelpunkt stehen. Man werde auch über die Gefahr eines Antiamerikanismus in Europa sprechen. Er teilt die Einschätzung Bahrs, daß die DDR-Führung offensichtlich die Bedeutung der sog. Friedensbewegung überschätzt.[51] Ihr sollte ein realistisches Bild vermittelt werden, um Fehleinschätzungen zu verhindern.

Zur Frage einer möglichen italienischen Beteiligung an einer internationalen Streitmacht im Sinai[52] rät er, die Frage auch danach zu entscheiden, was sie für die Stellung Sadats bedeutet.

Die Außenminister haben außerdem über den Breschnew-Besuch in Bonn, Namibia, Zypern und Libyen gesprochen.

Colombo ergänzt, daß der italienische Botschafter in Moskau[53] von Gromyko die Zusicherung erhalten habe, daß es kein Geheimabkommen mit Libyen gibt und auch in absehbarer Zeit nicht geben wird. Insgesamt habe er in gemäßigter Sprache über die USA gesprochen und seine Wertschätzung für die italienische und deutsche Politik ausgedrückt. (*Bundeskanzler*: Gemeinsam mit Italien können wir dieses Lob vertragen. *Genscher*: Weder bei Waffen noch beim Lob der SU Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland.)

EG-Fragen

Bundeskanzler möchte auf die weitere Entwicklung der EG zurückkommen, über die das Bundeskabinett in einer Klausurtagung[54] nachdenken wird.

Der italienisch-französische Weinkrieg ist nur eines von vielen Beispielen dafür, wie unter dem Druck verschlechterter ökonomischer Verhältnisse die Regierungen sich verleiten lassen können zu Maßnahmen des Protektionismus, Egoismus, der beggar-thy-neighbour policy, der Verletzung der EG-Regeln. Die Versuchung zum Protektionismus wird in diesem Winter wachsen, der voraussicht-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1334

Vertragsverhandlungen mit dem NATO-Beitritt." Vgl. den Einzelbericht Nr. 47/81; Referat 201, Bd. 125570.

51 Vgl. dazu die Gespräche des SPD-Abgeordneten Bahr am 4./5. September 1981 in Ost-Berlin; Dok. 253, Anm. 6.

52 Zum Stand der Verhandlungen über die im ägyptisch-israelischen Friedensvertrag vom 26. März 1979 vorgesehene multinationale Friedenstruppe (MNF) für den Sinai vgl. Dok. 152, Anm. 25.
Am 3. August 1981 unterzeichneten die USA, Ägypten und Israel ein Protokoll über die Errichtung einer Multinationalen Truppe und Beobachtergruppe im Sinai. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2054, S. 44 f.
Am 9. September 1981 übermittelte Botschafter Arnold den Wunsch der italienischen Regierung, mit der Bundesregierung über die Beteiligung an der Truppe zu sprechen: „Es sei entschieden, daß das Kommando von einem norwegischen General mit einem kleinen Stab übernommen werde und daß Großbritannien Kommunikationsmittel beisteuere. Von amerikanischer Seite habe man gehört, daß die Bundesrepublik zur Stellung von Ärzten aufgefordert worden sei; da Italien hinsichtlich seiner Beteiligung noch nicht festgelegt sei, interessiere unsere Auffassung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 810; Referat 201, Bd. 125561.

53 Giovanni Migliuolo.

54 Zur Sondersitzung des Kabinetts am 18. September 1981 vgl. Dok. 253, Anm. 30, und Dok. 266.

lich die höchste Arbeitslosigkeit seit Bestehen der EG bringen wird. Die Regierungen werden unter innenpolitischen Druck kommen, ihre Entwicklung auf Kosten der EG-Partner zu sichern. In Großbritannien wird die Lage voraussichtlich besonders kritisch werden. Daher wird die britische Regierung mit besonders großem Nachdruck die ihr einmal zugebilligte Sonderregelung bei der EG-Finanzierung aufgreifen und ihre Verlängerung verlangen. Sie wird damit voraussichtlich Erfolg haben.

Er möchte aus Gründen der Fairneß wie gegenüber MP Jørgensen[55] auch der italienischen Regierung gegenüber eine persönliche Bemerkung über unsere voraussehbare Haltung machen:

– Wir sind auch in Zukunft zu Nettotransferleistung an die EG bereit,
– wir sind auch bereit, den höchsten Nettotransfer zu erbringen,
– wir werden notfalls auch allein einen Nettotransfer erbringen,
– aber die Nettotransferleistung muß ihre Grenzen haben.

Die Belastung der deutschen Zahlungsbilanz durch EG-Beiträge – insgesamt 13 Mrd. DM, Nettotransfer 6,5 Mrd. DM – schlägt bei einem Zahlungsbilanzdefizit von fast 30 Mrd. DM schwer zu Buch. Wir müssen große Anstrengungen unternehmen, das Zahlungsbilanzdefizit zu verringern, und können nicht zulassen, daß diese Bemühungen durch steigende EG-Nettotransferleistungen konterkariert werden. Wir müssen daher die Lage korrigieren, und unsere Partner in der EG dürfen nicht erwarten, daß unsere Nettotransferleistungen unlimitiert steigen können. Er sagt dies, ohne Zahlen zu nennen. Er weist darauf hin, daß wir an der 1%-MWSt-Obergrenze festhalten.[56]

Nebenbemerkung: Die EG-Nettotransferleistungen gehen zu Lasten unseres Zentralhaushalts und schwächen die Position der Zentralregierung im Verhältnis zu den Ländern.

Genscher weist darauf hin, daß wir mit sehr weitgehenden Vorstellungen der französischen Regierung für eine europäische Sozialpolitik konfrontiert werden.[57]

Colombo schließt daraus, daß die EG-Partner also eine Reihe von miteinander im Widerspruch stehenden Problemen gleichzeitig zu lösen haben. Daß Deutschland nicht unbegrenzt Nettozahler sein will, ist eine vernünftige Position, die man respektieren muß. Auch das britische Problem muß gelöst werden. Zur Beibehaltung der 1%-Klausel ist zu fragen, wieweit damit die neuen Aufgaben der EG zu vereinen sind. Um die 1%-Grenze aufrechtzuerhalten, muß die Gemeinsame Agrarpolitik geändert werden. Er schlägt vor, die Gesamtheit dieser Probleme auf den Tisch des Rates zu legen. (*Bundeskanzler*: Ich halte das für richtig.)

VS-Bd. 14093 (010)

55 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Jørgensen am 29. August 1981 auf Schloß Marienborg vgl. Dok. 243.

56 Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 69, Anm. 19.

57 Zu den französischen Vorstellungen über gemeinsame Schritte der EG-Mitgliedstaaten in der Sozialpolitik („espace social") vgl. Dok. 185, Anm. 6.

253

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom

203-321.10 ITA-668/81 VS-vertraulich **11. September 1981**[1]

Deutsch-italienische Gipfelkonsultationen am 11. September 1981[2];
hier: Niederschrift über das Gespräch Bundesminister mit Außenminister Colombo nachmittags (16.45 bis 18.30 Uhr)

(Kurzes Vier-Augen-Gespräch vorweg; nach Beiziehung der Politischen Direktoren):

Colombo: Der sowjetische Geschäftsträger hat sich vor kurzem ganz dringend bei mir angemeldet, da er eine persönliche Botschaft Gromykos zu übergeben habe.

Bei seinem Besuch stellte sich heraus, daß er den Auftrag hatte, von der italienischen Regierung in ultimativer Form zu verlangen, daß sie den Beitritt Spaniens zur NATO zurückweise.[3] Der Beitritt Spaniens zur NATO werde das Gleichgewicht verändern, das ohnehin schon gestört sei. Auch das Klima der Ost-West-Beziehungen würde weiter belastet. Italien solle Nein sagen. Haben die Sowjets auch bei Ihnen demarchiert?

Bundesminister: Der sowjetische Botschafter war bei mir und hat sich im gleichen Sinn geäußert.[4] Ich habe ihn gefragt, ob die Sowjets den gleichen Schritt auch bei den übrigen Verbündeten unternähmen, was er bejahte.[5]

Ich habe ihm folgendes erwidert:

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 14. September 1981 gefertigt und am selben Tag an Staatssekretär von Staden geleitet.
Hat Staden am 19. September 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11098 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 11./12. September 1981 in Italien auf. Zu den deutsch-italienischen Gesprächen vgl. auch Dok. 252.

3 Vgl. dazu das sowjetische Memorandum vom 7. September 1981 an die spanische Regierung; Dok. 252, Anm. 49.

4 Der sowjetische Botschafter Semjonow wurde am 9. September 1981 bei Bundesminister Genscher vorstellig, um den Inhalt des Memorandums vom 7. September 1981 an die spanische Regierung vorzutragen. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot informierte am selben Tag, Semojonow habe ferner ausgeführt, daß die UdSSR hoffe, die Bundesregierung werde „diese Darlegungen – die ausschließlich von Sorge um Sicherheit, Entspannung und Senkung der Konfrontation in Europa diktiert seien, was ja auch erklärtes Ziel der Bundesregierung sei – mit Verständnis" aufnehmen. Vgl. den Drahterlaß an die Botschaften in Madrid, Moskau und Washington sowie an die Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel; Referat 201, Bd. 125570.

5 Am 11. September 1981 informierte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), daß er den Ständigen NATO-Rat über die Demarche des sowjetischen Botschafters Semjonow vom 9. September 1981 in Kenntnis gesetzt habe. Im Anschluß hätten die Vertreter Belgiens, Großbritanniens, Luxemburgs und Norwegens mitgeteilt, daß die sowjetische Regierung auch bei ihren Regierungen in derselben Angelegenheit vorgesprochen habe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1464; Referat 201, Bd. 125570.
Vortragender Legationsrat Seibert vermerkte am 14. September 1981, daß die sowjetische Botschaft in Washington am 9. September 1981 den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, über das Memorandum vom 7. September 1981 an die spanische Regierung unterrichtet habe. Dieser habe den Schritt als „Einmischung in Angelegenheiten der NATO und Spaniens" zurückgewiesen. Vgl. Referat 201, Bd. 125570.

Wir hätten die Frage zusammen mit unseren Verbündeten sorgfältig erwogen. Es handele sich um eine souveräne Entscheidung der spanischen Regierung. Niemand könne anstelle Spaniens handeln. Im übrigen sei die Atlantische Allianz ein Bündnis des Friedens. Der Beitritt Spaniens zu diesem Friedensbündnis werde also den Frieden noch sicherer machen.

Colombo: Ich habe folgendes gesagt:

Erstens, es handele sich um eine souveräne spanische Entscheidung.

Zweitens, die spanische Demokratie werde im Inneren von Kräften der reaktionären Rechten bedroht; die Spanier seien der Meinung, daß der NATO-Beitritt die spanische Demokratie stabilisiere, also sei es auch im Interesse der Sowjetunion, daß Spanien der Atlantischen Allianz beiträte.

Drittens, für die Sowjets sei es sicher besser, wenn Spanien nicht isoliert oder nur in einer Sonderallianz mit der USA bliebe, sondern in ein Bündnis demokratischer Staaten eingebunden werde.

Der Geschäftsträger hat darauf nichts mehr erwidert, sondern nur erklärt, er werde diese Antwort berichten.

Bundesminister: Wie beurteilen Sie die sowjetischen Demarchen? Ist das eine Pflichtübung oder mehr?

Colombo: Es ist wohl eine Pflichtübung, aber vielleicht auch mehr. Ich halte es für möglich, daß sich die Sowjetunion einen „Kredit" bei den Verhandlungen verschaffen möchte.

Bundesminister: Das kann gut sein. Die Sowjetunion weiß, daß für die Ausweitung des Warschauer Pakts keine Chance besteht. Deshalb will sie den Mitgliederbestand der NATO festschreiben. Daß sich am Gleichgewicht faktisch nichts ändert, weiß sie.

Ich würde gern einige Bemerkungen über unsere Beziehungen zur DDR machen. Ich stütze mich dabei auf die normale Berichterstattung unserer Ständigen Vertretung, aber auch auf ein Gespräch, das ich mit dem Ständigen Vertreter der DDR in Bonn, Moldt, in der letzten Woche gehabt habe, und auf mein Gespräch mit dem Abgeordneten Bahr von heute morgen. Bahr war in Ost-Berlin und hat mit Honecker und Axen gesprochen.[6]

6 Der SPD-Abgeordnete Bahr hielt sich am 4./5. September 1981 in Ost-Berlin auf. Im Mittelpunkt der Gespräche mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, und dem Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Axen, standen Fragen der Rüstungskontrolle und Sicherheitspolitik. Dazu berichtete Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, am 5. September 1981, daß Honecker sich gegen den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 gewandt habe: „Der GS kommentierte sehr ausführlich und mit offener Genugtuung die Friedensbewegung in der Bundesrepublik und gab unmißverständlich zu erkennen, daß die DDR mit dieser Bewegung recht konkrete Hoffnung im Sinne eines zunehmenden Drucks auf die Bundesrepublik Deutschland verbindet. […] MdB Bahr korrigierte nachdrücklich Honeckers auch vom Wunschdenken beflügelte Darstellung der Friedensbewegung bei uns. Es sei eine Illusion der kommunistischen Seite, den Doppelbeschluß kippen zu können. Der Doppelbeschluß sei notwendig, wesentlich, um auf diesem Weg zu substantiellen Verhandlungen zu gelangen. […] Bahr: ‚Wir kriegen nichts, außer durch und in den Bündnissen'." Axen habe festgestellt, „daß eine ‚weitere Anhäufung von Massenvernichtungsmitteln auf dem Territorium der Bundesrepublik Deutschland die Normalisierung der Beziehung zwischen den beiden deutschen Staaten und die heute erreichten Schritte gefährden' könne. Von Bahr befragt, ob das eine Drohung sei, antwortete Axen am Nachmittag, die Drohung seien die amerikanischen Raketen. Die DDR wolle uns nicht drohen." Die bilateralen Beziehungen seien aber „nicht von der internationalen Lage abzukoppeln". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1080/1081; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

Beim Besuch Honeckers auf der Krim[7] ist es offensichtlich zu einem sehr ausführlichen Gespräch mit Breschnew gekommen. Auch in der öffentlichen Darstellung haben die Sowjets dieses Treffen gegenüber den Treffen Breschnews mit anderen Außenministern des Warschauer Pakts hervorgehoben. Offenbar hat Honecker auf der Krim die sowjetische Zustimmung für ein Treffen mit dem Bundeskanzler in der DDR erhalten. Moskau will Ost-Berlin, wie es scheint, eine Sonderrolle zuweisen bei der Beeinflussung unserer Haltung zum Doppelbeschluß.[8]

Honecker und Axen haben gegenüber Bahr und Moldt hat mir gegenüber zum Ausdruck gebracht, die Führung der DDR wolle den Stand der erreichten Zusammenarbeit mit uns erhalten. Sie fügen hinzu: Es gibt noch viele weitere Möglichkeiten, aber alles hängt von der allgemeinen politischen Entwicklung und der Haltung der Bundesregierung in wichtigen internationalen Fragen ab. Sie sagen: Das ist keine Drohung; aber sie deuten an, daß dies Bedingungen seien.

Bahr und ich haben den Eindruck, daß man in Ostberlin die Bedeutung der Friedensbewegung überschätzt. Wir müssen aufpassen, daß die DDR keine falschen Schlüsse zieht. Ich werde deshalb in New York Herrn Fischer, dem Außenminister der DDR, dies sehr deutlich machen.[9]

Breschnew kommt Ende November in die Bundesrepublik Deutschland.[10] Wir wollen diesen Besuch nutzen, um ihm eine Reihe von gemeinsamen Positionen, in Abstimmung mit unseren Freunden, nahezubringen.

Colombo: Das ist sehr wichtig. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß Breschnew ein Datum für den Besuch gegeben hat? Welche Ziele verfolgt er mit diesem Besuch?

Bundesminister: Abgesehen von den allgemeinen sowjetischen Zielsetzungen: uns in Abrüstungsfragen zu beeinflussen.

Colombo: Ich wiederhole noch einmal, für wie außerordentlich wichtig ich es halte, daß Sie so vorgehen, wie es vor Ihrem letzten Besuch in Moskau[11] geschehen ist, daß Sie nämlich Ihre Haltung zuerst mit den Verbündeten abstimmen. Dann weiß die Sowjetunion, daß wir eine abgestimmte Haltung haben. Das

7 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen am 3. August 1981 auf der Krim zusammen. Für das Gespräch vgl. RISSE IM BRUDERBUND, S. 198-231.

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

9 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1981 vgl. Dok. 275.

10 Zur Planung eines Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der Bundesrepublik vgl. Dok. 244, Anm. 19.
Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel am 4. September 1981 mit: „Das sowjetische Außenministerium hat der Botschaft Moskau am 31.8.81 mitgeteilt, daß Breschnew dem von uns vorgeschlagenen Termin 23. und 24.11.81 für einen Besuch in der BR Deutschland zugestimmt hat. […] Der Termin ist jedoch in Bonn durch ein leak – auf welchem Wege, ist unbekannt – an die Öffentlichkeit gelangt, bevor an die sowjetische Seite wegen einer Absprache über die Terminbekanntgabe herangetreten werden konnte. Wir beabsichtigen, der sowjetischen Seite trotz dieses leaks vorzuschlagen, zu gegebener Zeit (etwa Mitte Oktober) eine abgestimmte Terminankündigung herauszugeben. Bis dahin wird das Auswärtige Amt den genauen Besuchstermin auf Anfrage nicht bestätigen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4491; Referat 213, Bd. 133182.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

11 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

gilt vor allem für diejenigen europäischen Länder, die mit der LRTNF-Modernisierung einverstanden sind. Wir müssen mit einer Stimme sprechen.

Ich habe übrigens eine Einladung in die DDR. Ich habe bisher immer verschoben, um die Pläne der Bundesregierung nicht zu stören.

Bundesminister: Ich danke Ihnen für die Unterrichtung. Es ist in der Tat wichtig, daß sich die DDR darüber im klaren ist, daß wir eng zusammenarbeiten.

Colombo: Ich möchte mir Rat bei Ihnen holen wegen einer eventuellen Teilnahme Italiens an der multinationalen Streitkraft für den Sinai.[12] Der amerikanische Botschafter[13] hat mich heute morgen aufgesucht, um auf italienische Beteiligung zu drängen. In einigen Tagen wird er meine Antwort haben wollen. Wir hätten keine Probleme, wenn es sich um eine UNO-Streitmacht handelte. Nun müssen wir zwei Hauptüberlegungen gegeneinander stellen: Wenn sich ein europäisches Land an dieser multinationalen Streitmacht beteiligt, wird dies die arabische Welt irritieren; dies könnte die Aussichten der Zehn mindern, einen Beitrag zur Lösung der Nahost-Frage zu leisten. Auf der anderen Seite fällt es schwer, den USA Nein zu sagen, da dies als Mangel an Solidarität interpretiert würde. Eine positive Entscheidung wäre parlamentarisch eher durchzubringen, wenn es noch andere europäische Teilnehmer gäbe. Ich habe gehört, auch die Bundesrepublik Deutschland sei zur Teilnahme aufgefordert worden.

Bundesminister: Davon weiß ich nichts. Ich glaube auch nicht, daß uns jemand überhaupt fragen wird, weil jedermann weiß, daß wir nicht teilnehmen können. Rechtslage und politische Position lassen einen Einsatz deutscher Soldaten außerhalb der NATO nicht zu.[14]

Colombo: Welches ist Ihr Ratschlag für Italien?

Bundesminister: An Ihrer Stelle würde ich nicht allein von den Europäern teilnehmen. Selbst dann ist die Entscheidung schwer genug.

Wen hat man noch gefragt?

(Nach kurzer Diskussion, die kein ganz klares Bild der Anforderungen und Ablehnungen ergibt:)

Man muß auch noch folgenden Punkt sehen: Wenn niemand Einheiten für die Streitmacht zur Verfügung stellt, kann der Camp-David-Vertrag[15] nicht durchgeführt werden. Und das wäre schlimm, vor allem für die Stellung Sadats.

Colombo: Unsere beiden Politischen Direktoren haben, wie ich von Bottai höre, ein sehr positives Gespräch über die Europa-Initiative geführt.[16] Ich sehe eine

12 Zur geplanten multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 252, Anm. 52.

13 Maxwell M. Rabb.

14 Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. Dok. 100.

15 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

16 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 10. September 1981, daß er den Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Bottai, im Anschluß an die Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 8./9. September 1981 in London gesprochen habe. Bottai habe daran erinnert, daß Bundesminister Genscher und der italienische Außenminister Colombo übereingekommen seien, „demnächst in einer Art Klausur ihre europäischen Initiativen aufeinander abzustimmen oder sogar eine gemeinsame Initiative vorzubereiten". Er habe ferner den Entwurf für eine italienische Initiative übergeben. Im Vergleich zur Initiative der Bundesregierung enthalte sie auch einen wirtschaftlichen Teil. Vgl. Referat 010, Bd. 178846.
Für die „Vorschläge der italienischen Regierung zur Europäischen Union" vom 1. September 1981, einschließlich des „Entwurfs einer Erklärung" vgl. die Anlage 2 zur Aufzeichnung des Ministerial-

groß angelegte Übereinstimmung unserer Ansichten. Nun müssen wir sehen, wie wir diese Zusammenarbeit konkret weiterentwickeln wollen. Wir haben unsere Ausarbeitung, die Herr Bottai Herrn Pfeffer übergeben hat, verfeinert. Wir haben noch nichts veröffentlicht und deshalb in Italien noch keine Diskussion in Gang gesetzt. Wir wollen warten, wie diese Parallel-Aktion mit Ihnen gestartet werden soll.[17]

Bundesminister: Die Direktoren sollen sich noch einmal treffen.[18] Dann würde ich gern für einige Stunden erneut nach Rom kommen.[19] Die Initiative entfaltet schon ihre Wirkung. Der Osten interessiert sich sehr. Heute haben mich zehn amerikanische Führer jüdischer Organisationen besucht. Normalerweise sind ihre Themen der Neofaschismus, die PLO und das deutsch-israelische Verhältnis. Heute nichts davon. Sie haben sich eine gute Stunde nur über die europäische Einigung mit mir unterhalten.[20]

Colombo: Waren sie positiv?

Bundesminister: Im Prinzip ja. Unausgesprochen klang nur die Frage an, was dies für das europäisch-amerikanische Verhältnis bedeute. Und ich habe gesagt, dies bedeute eine Stärkung der NATO und eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen.

Colombo: Ein Element muß noch näher geklärt werden. Wir wollen die Diskussion über Sicherheit erweitern. Das ist ein ambivalenter Begriff.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1340

direktors Fleischhauer sowie der Ministerialdirigenten Dröge und Ungerer vom 24. September 1981; Referat 200, Bd. 122718. Für einen Auszug vgl. Anm. 21.

17 Am 24. September 1981 legten die Abteilungen 2, 4 und 5 einen „konsolidierten Entwurf" für eine Europäische Akte vor. Ministerialdirektor Fleischhauer und die Ministerialdirigenten Dröge und Ungerer führten dazu aus: „Der Entwurf setzt einen Rahmen für einen evolutiven Prozeß in Richtung auf die Europäische Union und hält damit künftige Entwicklungen offen." Er enthalte „in zentralen Punkten" Vorschläge des italienischen Papiers vom 1. September 1981: „Im einzelnen sind hier zu nennen: Die Erleichterung von Entscheidungen des Europäischen Rats und der Ministerräte durch Stimmenthaltung und Mehrheitsentscheidungen […], die Festlegung eines festen Zeitraums (drei Jahre) bis zur Überprüfung der Europäischen Akte mit dem Ziel der Ausarbeitung eines Vertrages […], die ausdrückliche Begründung der Zuständigkeit des EPZ-Außenministerrats für die Abstimmung in sicherheitspolitischen Fragen […]. In diesem Zusammenhang Übernahme ital[ienischen] Vorschlags, daß jeweils nach Notwendigkeit Außenministerrat ‚auch in anderer Zusammensetzung' tagen kann […]. Französischen Einwänden gegen unseren ursprünglichen Vorschlag, einen ‚Rat für sicherheitspolitische Fragen' zu schaffen, sind wir entgegengekommen und haben diesen Gedanken zurückgestellt. […] Ferner ist zu berücksichtigen, daß durch die Entscheidung des Kabinetts und die Berücksichtigung der Einwände einiger Partner zwei Kernstücke – Vertragsform und Rat der Verteidigungsminister bzw. Rat für sicherheitspolitische Fragen – entfallen sind." Vgl. Referat 200, Bd. 122718.

18 Zum Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer mit dem Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Bottai, am 30. September 1981 in Rom vgl. Dok. 282, Anm. 4.

19 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo am 3. Oktober 1981 in Rom vgl. Dok. 282.

20 Am 11. September 1981 empfing Bundesminister Genscher Vertreter des „American Jewish Committee". Dabei erläuterte Genscher seinen Vorschlag für eine Europäische Union: „In der Vergangenheit habe Europa Fortschritte gemacht, weil Männer mit dem Mut zur Zukunft sich der europäischen Sache angenommen hätten. Heute bestehe die Gefahr für Europa, buchhalterisch verspielt zu werden und sich in Diskussionen über Preise, Subventionen und Agrarpolitik zu erschöpfen." Dagegen biete das Ziel einer europäischen Identität die Chance, „weil damit eine große freiheitliche Idee die Völker Europas beschäftigen werde. Dies sei wichtig für die Selbstbehauptung der freien Welt. Das Gefühl europäischer Zusammengehörigkeit sei heute hinter dem Eisernen Vorhang stärker als bei den Wohlstandsbürgern Westeuropas. Er, BM, komme aus der DDR, und er kenne dort viele Leute. Bei seinen Besuchen in der DDR spüre er dieses Zusammengehörigkeitsgefühl." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 200, Bd. 122717.

(Minister Colombo expliziert sodann eine Abgrenzung im Sinne der Fußnote des von Bottai übergebenen Papiers.[21])

Wenn wir an die eigentliche Verteidigungsmaterie herankommen, sehe ich Probleme, vielleicht weniger mit Frankreich, aber z. B. mit Irland und auch mit der NATO.

Bundesminister: Ich war in Brocket Hall[22] überrascht über die Sensibilität des irischen Außenministers[23], als wir die Verbesserung der EPZ-Strukturen besprachen. Das habe ich noch bei keinem seiner Vorgänger erlebt.

Wenn die irische Lage so ist, wie er sie darstellt, wird die Ausweitung der Sicherheitsdiskussion in der EPZ sehr erschwert. Im bilateralen Gespräch hat er mir auf Anfrage gesagt, es sei fast ein Teil der irischen Staatsräson, daß sich Irland in der Vergangenheit aus allem herausgehalten habe. Die Iren seien stolz darauf, nicht mit Großbritannien Krieg gegen Deutschland geführt zu haben. Ich habe ihm erwidert, die Zeiten hätten sich geändert.

Aber zurück zu Ihrer Frage. Was ist Sicherheitspolitik? Ich glaube, Sicherheitspolitik umschließt alles, mit Ausnahme des spezifisch Militärischen: also politische Absichten, Wirtschafts- und Rüstungspotentiale, aber nicht die Streitkräfte. Wir dürfen keine Reminiszenzen an den EVG-Plan[24] erwecken. Das wäre tödlich für unsere Initiative.

Colombo: Da haben Sie völlig recht.

Bundesminister: Wenn wir uns um die europäische Identität bemühen, produzieren wir gleichzeitig ein Serum gegen den Neutralismus.

Colombo: Das ist richtig. Aber einige sind gegen dieses Serum immun. Das sind diejenigen, die europäische Pläne machen, um den Neutralismus zu fördern.

Bundesminister: Denken Sie an Spinelli?

Colombo: Ja.

21 Im italienischen „Entwurf einer ‚Erklärung'" vom 1. September 1981 wurde in einer Fußnote der Begriff „Sicherheit" erklärt: „Unter Sicherheit im Sinne dieses Schriftstücks ist die Gesamtheit der Fragen zu verstehen, die die Sicherheit eines Landes, aus einer umfassenden politischen Sicht bewertet, in irgendeiner Weise berühren (also militärische und strategische Fragen, aber auch wirtschaftliche Fragen, Fragen der industriellen Struktur und der handelspolitischen Abhängigkeit usw.). Verteidigung hingegen ist alles, was den militärischen Schutz der Interessen eines Landes betrifft; sie ist somit ein bedeutender, aber nicht ausschließlicher Aspekt seiner Sicherheit. Nach diesem Argumentationsschema fällt die Bewertung des Vorhandenseins einer östlichen Bedrohung für Italien in den Bereich der Sicherheit. Die Festlegung der ‚Görzer Schwelle' wäre hingegen ein verteidigungspolitischer Aspekt." Vgl. die Anlage 2 zur Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fleischhauer sowie der Ministerialdirigenten Dröge und Ungerer vom 24. September 1981; Referat 200, Bd. 122718.

22 Zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 5./6. September 1981 vgl. Dok. 250.

23 John Kelly.

24 Der Vorschlag zur Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation wurde am 24. Oktober 1950 von Ministerpräsident Pleven vor der französischen Nationalversammlung erläutert. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. JOURNAL OFFICIEL. ASSEMBLÉE NATIONALE 1950, S. 7118 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1950, S. 3518–3520. Vgl. dazu auch AAPD 1949/50, Dok. 134, Dok. 136 und Dok. 142.
Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wurde am 27. Mai 1952 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1954, Teil II, S. 343–424.
Die französische Nationalversammlung beschloß am 30. August 1954 die unbefristete Vertagung der Beratungen über den EVG-Vertrag, was der Ablehnung der Ratifizierung gleichkam und das Scheitern der EVG bedeutete. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6916 f. Vgl. dazu auch BDFD, I, S. 455 f.

Bundesminister: Er wollte mich schon dreimal sprechen. Ich will aber nicht, daß dadurch, daß ich ihn empfange, unsere Initiative in ein falsches Licht gerät.

Colombo: Ich weiß, warum er zu Ihnen kommen will. Sein Petitum wäre – und das hat er auch von mir gefordert –, daß die Regierungen keine Initiativen unternehmen, damit er mit seiner Initiative[25] herauskommen kann.

Bundesminister: Es gibt Leute in unseren Ländern, die den Antiamerikanismus zu ermutigen versuchen, ganz bewußt. Das sind wenige.

Colombo: Bei uns sind es viele.

Bundesminister: Außer diesen gibt es Potentiale, die für antiamerikanische Ideen empfänglich und sehr viel größer sind. Man findet sie links und rechts. Dann gibt es Leute, die an sich nichts gegen die USA haben, aber unter Minderwertigkeitskomplexen leiden. Es mag sein, daß im Laufe der Jahre dieser Minderwertigkeitskomplex der Europäer eher noch zunehmen wird. Ich glaube, die europäischen Völker haben noch nicht verkraftet, daß sie weltpolitisch durch die USA und die Sowjetunion abgelöst worden sind. Ein kraftvolles Europa würde die Minderwertigkeitsgefühle vieler mit einem Federstrich beseitigen. Dann würde, bei den Gutwilligen, kein Zweifel mehr bestehen: Unser Platz ist an der Seite der USA.

Ist es nicht merkwürdig, daß der Antiamerikanismus parallel zum Stillstand in Europa entsteht?

Sie haben das Glück gehabt, die großen Europäer selbst zu kennen. Fast müssen wir uns schämen, daß uns ihr Mut und ihr Weitblick fehlen. Ich sage voraus: Ein starkes Westeuropa hätte eine enorme psychologische Wirkung auf Osteuropa.

Colombo: Ich teile Ihre Meinung. Im Grunde ist die große Perspektive in der Entwicklung seit dem Weggang Adenauers, de Gasperis und Schumans und schließlich noch Monnets verlorengegangen.

Bundesminister: Ein vereinigtes Europa würde die NATO stärken. Die Langzeitwirkung auf die Osteuropäer könnte das Ende des Warschauer Pakts bedeuten. Ein vereinigtes freies Europa würde eine gewaltige Dynamik weit über Europa hinaus entfalten. Das würde nicht abrupt geschehen. Die Welt, gerade auch die Dritte Welt, würde in positivem Sinn verändert.

Die Gründerväter wollten die Türe schließen nach einer schrecklichen Vergangenheit. Da sind wir stehengeblieben. Unsere Aufgabe ist es, die Tür für eine bessere Welt aufzuschließen.

Sie, lieber Freund, sind der Einzige, der in seiner Person die Kontinuität zu den Gründungsvätern verkörpert. Ich bin der einzige unter den Außenministern der Zehn, der durch seine Geburt etwas mitbringt vom anderen Teil Europas. Das müssen wir zusammenlegen.

25 Zur Entschließung des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 69, Anm. 24.
Das Europäische Parlament verabschiedete am 9. Juli 1981 in Straßburg eine Entschließung, die auf eine Initiative des sogenannten „Krokodil-Clubs“ unter Leitung des italienischen Abgeordneten Spinelli zurückging. Beschlossen wurde die Einsetzung eines „ständigen institutionellen Ausschusses […], der Änderungen der bestehenden Verträge ausarbeiten soll“. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7/8 1981, S. 73 f. Für den Wortlaut der Entschließung vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 234 vom 14. September 1981, S. 48 f.

Colombo: Sie haben recht. Ein starkes Europa wird eine große Anziehungskraft für die osteuropäischen Länder entwickeln. Auf lange Sicht wird der Warschauer Pakt sich desintegrieren.

Wollen die Briten diese Richtung mit einschlagen?

Bundesminister: Die britische Presse kritisiert, daß sich die Regierung bisher zu sehr zurückgehalten habe. Es gibt eine ganze Reihe Briten, die hoffen, auf diese Weise den Europa-Pessimismus zu überwinden. In einem Europa der Haushaltsprobleme werden sie sich nicht lange glücklich fühlen.

Colombo: Aber die Briten sind Kaufleute.

Bundesminister: Die Briten haben Handel und Politik immer näher beieinander gesehen als wir Deutschen, und zu Recht.

Colombo: Teilen Sie meine Meinung, daß Frankreich jetzt aufgeschlossener für die europäische Einigung ist?

Bundesminister: Die neue französische Regierung wird im Wirtschaftsbereich und in der Sozialpolitik zulegen wollen.

Colombo: In dirigistischer Richtung?

Bundesminister: Sicher, aber es wird Dinge geben, die vernünftig sind.

Es war ein Fehler der ersten 20 Jahre, daß die Regionalpolitik nicht wirklich realisiert worden ist. Es wäre in diesen Jahren leichter gewesen, Wirtschaftsgerechtigkeit herzustellen. Dann hätten wir heute bessere Instrumente.

Colombo: Ja, wir haben die guten Jahre vorbeigehen lassen.

Noch eine weitere Frage. Können Sie sich an meine Gedanken erinnern zum Mandat[26], die ich Ihnen und dem Bundeskanzler in Ottawa erläutert habe?[27] Haben Sie inzwischen über die Sache nachdenken können? Am[28] Montag werden wir uns in der Ratssitzung[29] damit wieder beschäftigen müssen.

Bundesminister: Die Bundesregierung wird noch im September dieses Problem in einer Klausurtagung mitberaten.[30] Am kommenden Montag werden wir uns deshalb Zurückhaltung auferlegen müssen.

Colombo: Wie wird sich die Namibia-Debatte in den VN entwickeln?

In drei Tagen kommt Jorge, der angolanische Außenminister, nach Rom.

26 Zum Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 182, Anm. 14.

27 Vgl. dazu das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 20. Juli 1981 in Montebello; Dok. 211.

28 Korrigiert aus: „Ab“.

29 Zur EG-Ministerratstagung am 14. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 250, Anm. 44.

30 Zur Sondersitzung des Kabinetts am 18. September 1981 vgl. Dok. 266.
Das Kabinett bestätigte ferner seine Entscheidung, „daß die Mehrwertsteuerabführungen an die EG 1% der Bemessungsgrundlage nicht übersteigen dürfen. Das Kabinett erzielt Einvernehmen, daß die Bundesregierung in den Verhandlungen über Korrekturen der Ausgabenstruktur der Gemeinschaft auf einem eigenen Ausgleichsanspruch bestehen und eine spürbare und angemessene Entlastung des deutschen Nettobeitrags anstreben wird. Der Staatssekretärausschuß für Europafragen wird beauftragt, die zur Wahl stehenden Modelle zur Senkung des deutschen Nettobeitrags insbesondere im Hinblick auf ihre Belastungen für die anderen EG-Mitgliedstaaten und unter Berücksichtigung der Vorschläge unserer Partnerländer sowie des Gangs der Verhandlungen zu prüfen und dem Kabinett zu berichten. Zur Gemeinsamen Agrarpolitik stimmt das Kabinett darin überein, diese Fragen nach dem Vorliegen der für Ende Oktober 1981 angekündigten Kommissionsvorschläge erneut zu erörtern.“ Vgl. den Auszug aus dem Kurzprotokoll; Referat 200, Bd. 122718.

Bundesminister: Er kommt am Mittwoch auch nach Bonn.[31]

Colombo: Ich schlage vor, daß wir uns über die Ergebnisse der Unterredungen fernmündlich gegenseitig unterrichten.

Bundesminister: Ich sehe diesem Besuch mit Gelassenheit entgegen, nicht aber der Generalversammlung der Vereinten Nationen.[32]

Der Eindruck verdichtet sich, daß die Südafrikaner ihre Truppen nicht aus Angola zurückziehen wollen.

Ich sehe am 13./14. September den amerikanischen Außenminister.[33] Das wird ein wichtiger Punkt unserer Unterhaltung sein.

Colombo: Noch ein Wort zu Zypern. Rolandis hat mich besucht. Er hat uns darum gebeten darauf hinzuwirken, daß die türkischen Zyprioten ihr territoriales Angebot[34] verbessern. Nicht nur ihr territoriales, sondern auch das Verfassungsangebot sei nicht akzeptabel.

Bundesminister: Wir haben gestern wegen der Türkeihilfe die Zustimmung der zuständigen Ausschüsse des Bundestages erreicht.[35] Ich habe anschließend den türkischen Botschafter zu mir gebeten und ihm das Ergebnis mitgeteilt und einige Erwartungen an die türkische Regierung damit verknüpft.[36]

Ich möchte bald nach Ankara reisen.[37] Dann werde ich die türkische Führung mit Nachdruck bitten, die Zypern-Frage lösen zu helfen. Die türkische Regierung müßte interessiert sein, daß der gegenwärtigen griechischen Regierung ein Erfolg beschert wird, und wer anders als die gegenwärtige türkische Regierung kann eine Zypern-Lösung zu Hause verkraften? Ich habe mich übrigens

31 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister Jorge am 16. September 1981 vgl. Dok. 258.

32 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

33 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 13./14. September 1981 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher vgl. Dok. 255 und Dok. 256.

34 Zu den Vorschlägen der türkischen Volksgruppe auf Zypern vom 5. August 1981 vgl. Dok. 238, Anm. 3.

35 Zur Verteidigungs- und Wirtschaftshilfe der Bundesrepublik für die Türkei vgl. Dok. 225, Anm. 20. Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, der Haushaltsausschuß und der Auswärtige Ausschuß des Bundestags stimmten am 9. September 1981 den Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei über Verteidigungshilfe und über finanzielle Zusammenarbeit zu. Sie sahen eine Unterstützung der türkischen Streitkräfte in Höhe von 130 Mio. DM sowie Wirtschaftshilfe in Höhe von 460 Mio. DM vor. Die Abkommen wurden am 15. September 1981 von Bundesminister Genscher und dem türkischen Botschafter Halefoglu unterzeichnet. Vgl. dazu das Pressekommuniqué; Referat 420, Bd. 124290. Vgl. dazu ferner die Äußerungen von Genscher anläßlich der Unterzeichnung; BULLETIN 1981, S. 727.

36 Bundesminister Genscher unterrichtete den türkischen Botschafter Halefoglu am 10. September 1981 über die Zustimmung der Ausschüsse des Bundestages vom Vortag zu den bilateralen Abkommen über Verteidigungshilfe und finanzielle Zusammenarbeit. Genscher „wies dabei auf die in den Ausschüssen ausgedrückte Erwartung hin, daß der Prozeß der Liberalisierung, der sich jetzt in der Türkei abzeichne, fortschreite. […] Bei seinem Besuch in Griechenland habe er auch über das griechisch-türkische Verhältnis gesprochen. Danach sowie nach Gesprächen mit seinen EG-Kollegen und aufgrund unserer eigenen Meinungsbildung bitte er den Botschafter, seinem Außenminister zu übermitteln, ob es nicht gut wäre, wenn weitergehende Vorschläge hinsichtlich der Territorialfrage in Zypern gemacht werden könnten." Vgl. den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Simon vom 14. September 1981; Referat 420, Bd. 124290.

37 Bundesminister Genscher besuchte die Türkei am 5./6. November 1981. Vgl. dazu Dok. 316 und Dok. 320.

in Athen mit Papandreou unterhalten.[38] Ich hatte nicht den Eindruck, den Oppositionschef vor mir zu haben. Er hat sich zur Europäischen Gemeinschaft und zur Atlantischen Allianz gemäßigt geäußert.

Colombo: Wird das so bleiben?

Bundesminister: Das kann man nicht wissen.

Die nächste Frage, die ich stellen möchte, stelle ich auch wegen Ihrer guten Beziehungen zum Vatikan. Was hören Sie über Polen?

Colombo: Vom Vatikan einmal abgesehen, ich habe hier vor mir einen Bericht unseres Botschafters in Warschau[39] über ein Gespräch mit Außenminister Czyrek. Nach diesem Bericht hat Czyrek ausgeführt, die katholische Kirche in Polen sei in jüngerer Zeit weniger vorsichtig als bisher. Deshalb handele auch Solidarität in jüngster Zeit weniger vorsichtig.

Bundesminister: Ich weiß nicht, ob die Haltung der Kirche in Polen weniger vorsichtig geworden ist oder ob der neue Primas Glemp noch nicht die Autorität Wyszyńskis besitzt.[40]

Colombo: Ich neige mehr der zweiten Auslegung zu. Aber zurück zu der Unterhaltung Czyreks mit unserem Botschafter in Warschau. In diesem Gespräch hat Czyrek die Möglichkeit einer inneren Repression erwähnt, falls die Situation unerträglich werde. Czyrek hat die westeuropäischen Länder kritisiert, weil sie ihre wirtschaftliche Hilfe davon abhängig machten, daß die Sowjetunion nicht militärisch interveniere, und auch davon, daß intern keine Repression stattfinde.

Bundesminister: Das klingt so, als ob die Polen vor der Alternative stünden: entweder sowjetische Intervention oder Repression innen.

Ich war vor kurzem bei dem Ständigen Vertreter der DDR in Bonn zu Gast als Parteivorsitzender. Das Gespräch behandelte auch Polen. Moldt, kein bedeutender Mann, machte lange Ausführungen mehr propagandistischer Natur. Sein Stellvertreter[41], der eigentliche Politruk, sagte mir danach leise: Lassen wir mal alles Rankenwerk beiseite. Polen braucht für eine gewisse Zeit eine Militärdiktatur.

Ich erwähne dies, weil sich diese Bemerkung mit den Äußerungen Czyreks gegenüber Ihrem Botschafter zusammenfügen läßt. Das sind ursprünglich sicher

38 Bundesminister Genscher hielt sich am 21./22. August 1981 in Griechenland auf. Vgl. dazu Dok. 238. Am 21. August 1981 traf er mit dem Vorsitzenden der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) zusammen. Papandreou führte u. a. aus: „Heute sei GR Mitglied der EG, und seine Wirtschaft müsse sich im dortigen rauheren Klima behaupten, dem es sich sozusagen vaterlos ausgesetzt sehe. Bekanntlich sei seine Partei seinerzeit gegen den Beitritt gewesen, und zwar eben weil der Zeitpunkt aus rein wirtschaftlichen Erwägungen als zu früh erachtet worden sei. So hoffe er, der die Problematik vermutlich ja ererben werde, daß während der 25 Jahre Übergangszeit GR besondere Behandlung zugestanden werde. […] Nach seiner Zukunftsvision müsse Europa in der Tat ganz Europa umfassen, wobei er auf lange Sicht dabei Osteuropa einschließe. […] Insofern ein stärkerer Zusammenschluß Westeuropas für die Erreichung dieses Fernziels kein Hindernis, sondern vielmehr ein Vehikel darstelle, trete er auch für diesen ein." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 203, Bd. 123278.

39 Marco Favale.

40 Zur Ernennung des Bischofs von Ermland, Glemp, zum Primas von Polen vgl. Dok. 252, Anm. 28.

41 Hans Schindler.

keine polnischen Erwägungen, sondern solche der sowjetischen „Freunde". Alles hängt nun vom Ministerpräsidenten ab. Die Armee tut, was er sagt. Jaruzelski ist in erster Linie Pole, ein polnischer Patriot. Das war auch die Meinung von Kardinal Wyszyński.

Colombo: Was bedeutet das für diese Situation? Wird er dem sowjetischen Druck widerstehen?

Bundesminister: Er wird vor der Frage stehen, ob er gegen eine sowjetische Intervention Widerstand leisten soll, was letzten Endes aussichtslos wäre, oder ob er intern einschreiten muß.

Colombo: Was denken Sie über die Entwicklung in Ägypten? Was bedeuten die Festnahmen?[42] Wir haben kein sicheres Urteil und sind beunruhigt.

Bundesminister: Ich teile Ihre Sorge. Sadat ist ein großer Mann. Sein Partner Begin ist für die große Stunde zu klein.

Ich habe an das Schicksal Sadats gedacht, als ich Ihnen nicht abgeraten habe, sich an der militärischen Streitmacht im Sinai zu beteiligen. Normalerweise hätte ich das getan. Wenn die Streitmacht nicht zustande kommt, könnte dies der Anfang vom Ende Sadats sein.

Colombo: Wird die Welle von Verhaftungen nicht eine Welle von Opposition erzeugen?

Bundesminister: Ich hoffe, es handelt sich nicht um eine Opposition des Landes, sondern von Zirkeln in der Hauptstadt.

Zum Abschluß überreichte *Colombo* dem Bundesminister ein Memorandum zum italienischen Anti-Panzer-Hubschrauber A-129. Der *Bundesminister* verspricht, daß wir uns die Sache ansehen würden.

VS-Bd. 11098 (203)

42 Botschaftsrat I. Klasse Richter, Kairo, berichtete am 4. September 1981, daß am Vortag 553 Personen, insbesondere Angehörige der „Moslembruderschaft", verhaftet worden seien: „Entgegen den Ankündigungen der Regierung sind es keineswegs nur religiöse Fanatiker, sondern zu einem großen Teil führende Mitglieder der im Parlament vertretenen ‚Socialist Labour Party' und der marxistisch-nasseristischen ‚Progressive Unionist Party' von Khalid Mohieddin. Weiterhin wurden sechs Zeitungen verboten, darunter ‚Al-Shaab' von der ‚Socialist Labour Party'. Wie angekündigt, hat das Regime einen Anlaß gefunden, um einen Schlag gegen die fundamentalistischen Gruppen (bes[onders] Moslembruderschaft) mit harten Maßnahmen gegen die linke Opposition zu verbinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1364; Referat 320, Bd. 135667.

254

Botschafter Diesel, Prag, an das Auswärtige Amt

114-5280/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. September 1981, 11.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 811 **Ankunft: 14. September 1981, 10.01 Uhr**

Betr.: NATO-Expertentreffen zu Sowjetunion und Osteuropa vom 20. bis 23.10.1981;
hier: Tschechoslowakei

Bezug: DE Nr. 3943 vom 3.8.1981 – VS-v Plurez[2]

I. Innenpolitik

1) Die polnische Entwicklung wirkte sich unverkennbar auch in weiterer Verhärtung der Haltung des Regimes gegenüber den cs.[3] Bürgerrechtlern aus. Ein schwerer Schlag traf die Charta 77 mit der Verhaftung von rund 30 aktiven Anhängern Anfang Mai, von denen 18 unter Anklage der subversiven Tätigkeit in Verbindung mit dem Ausland gestellt wurden und ihren Prozeß erwarten.[4] Mit welcher Brutalität das Regime die Charta-Bewegung zu liquidieren sucht, zeigt das Urteil gegen Sprecher Rudolf Battěk, der allen Solidaritätsbekundungen aus dem In- und Ausland zum Trotz im Juli wegen angeblicher Subversion zu 7,5 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt wurde.[5] Die cs. Führung dürfte aus den polnischen Ereignissen die Lehre gezogen haben, daß alle ähnlichen Tendenzen in der ČSSR im Keime erstickt werden müssen, selbst wenn sie im Ansatz keine Gefahr darzustellen scheinen, dazu gehört in erster Linie die Bürgerrechtsbewegung. Die Möglichkeit, daß die polnischen Ereignisse jeden-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil bat die Botschaften in Belgrad, Budapest, Bukarest, Prag, Sofia und Warschau sowie die Ständige Vertretung in Ost-Berlin, Beiträge für einen Bericht zu verfassen, den der Internationale Stab der NATO für ein geplantes NATO-Expertentreffen zur Situation in der UdSSR und in Osteuropa anfertigte. Für den am 31. Juli 1981 konzipierten Runderlaß vgl. VS-Bd. 13308 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Tschechoslowakisch.

4 Am 6. Mai 1981 meldete Botschafter Diesel, Prag: „Ts[chechos]l[owakischer] Sicherheitsdienst hat am 6.5.81 zu neuem Schlag gegen Bürgerrechtsbewegung ausgeholt und bisher bestehendes Kommunikationsnetz zu ausländischen Kontaktpersonen offenbar zerrissen. Zahlreiche Prager Bürgerrechtler […] wurden verhaftet und ihre Wohnungen stundenlang durchsucht. Umfang der Aktion ist noch nicht genau zu übersehen, ist aber offenbar erheblich und erstreckt sich auch auf Brünn und Bratislava." Vgl. den Drahtbericht Nr. 392; Referat 214, Bd. 139619.
Diesel übermittelte am 21. Juli 1981 ergänzende Informationen: „Unter Prager Bürgerrechtlern hat sich nach umfangreicher Verhaftungsaktion vom 6. Mai 1981 Furcht und Resignation breitgemacht. Einige räumen unumwunden ein, daß massiver Schlag gegen aktiven Kern Bewegung nicht nur gelähmt, sondern praktisch ‚manövrierunfähig' gemacht habe. Zwar arbeite man in kleinen Gruppen weiter (z. B. Ausschuß zur Verteidigung ungerecht Verfolgter), aber Kontakt mit den vielen Helfern und Gleichgesinnten im Ausland sei abgerissen. Nicht nur dringend benötigte materielle Unterstützung in Form von Geld, Gütern und Büchern bleibe aus, sondern auch notwendiges Echo auf eigene Überlegungen und Hoffnungen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 646; Referat 214, Bd. 139619.

5 Der Soziologe und Mitunterzeichner der „Charta 77", Battěk, wurde im Juni 1980 verhaftet und nach einem zweitägigen Prozeß unter Ausschluß der Öffentlichkeit am 28. Juli 1981 wegen „subversiver Tätigkeit" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu siebeneinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. dazu den Artikel „Exemplarische Strafe für ČSSR-Bürgerrechtler"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 30. Juli 1981, S. 1.

falls gegenwärtig eine entsprechende Entwicklung in der ČSSR auslösen könnten, ist allerdings als gering einzuschätzen. Wenn zu Beginn von den Reformbestrebungen in Polen eine gewisse Wirkung ausgegangen sein mag, so wirkt die jetzige Lage in Polen auf die breite Bevölkerung der ČSSR eher abschreckend. Diese Haltung wird von der offiziellen Berichterstattung und Propaganda möglichst gefördert.

2) Herausragende Ereignisse in der ČSSR waren im zurückliegenden Halbjahr der 16. Parteikongreß der KPČ[6] und die „Wahlen" zu den Vertretungskörperschaften aller Stufen[7]. Beide, mit einem Höchstmaß an politischer Agitation umgebene Veranstaltungen standen vor dem Hintergrund der polnischen Krise ganz im Zeichen demonstrativer Einheit und Geschlossenheit von Partei und Gesellschaft. Mit der Bestätigung praktisch der gesamten Parteispitze unterstrich der Kongreß die Kontinuität der Politik der „Normalisierung", mit der man den aus dem Nachbarland Polen drohenden Gefahren trotzen will. Reformimpulse blieben aus, Kritik an Mängeln und Rückständen in der Wirtschaft waren als Ventil bestehender Unzufriedenheit Teil der Kongreßregie.

3) Die Wahlen zu den Parlamenten von Föderation und Teilrepubliken hatten bei der Neubildung der Regierungen im Juni personelle Veränderungen in wirtschaftspolitisch wichtigen Positionen zur Folge. Gleichzeitig wurde die Ablösung des für Wirtschaftsfragen zuständigen ZK-Sekretär Kempný durch Jakeš (bisher Landwirtschaft) und das Nachrücken Pitras in das Sekretariat (Landwirtschaft) bekanntgegeben. Diese Veränderungen an der Parteispitze, die Abberufung von zwei für die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland zuständigen Vizepremiers und die Neubesetzung der wichtigen Posten von Planungschef und Außenhandelsminister[8] machten deutlich, daß das Regime Sündenböcke für die Stagnation der cs. Wirtschaft benötigt. Mit der Berufung erfahrener Praktiker in die Schlüsselpositionen scheint die Phalanx ökonomisch geschulter Pragmatiker in der Regierung Štrougal verstärkt worden zu sein. Andererseits stellt das Aufrücken Jakeš' und Pitras im Parteisekretariat eine Stärkung des dogmatischen Parteiflügels dar, der seit Ausbruch der Polen-Krise allenthalben an Boden gewonnen hat.

6 Der XVI. Parteitag der KPČ fand vom 6. bis 10. April 1981 in Prag statt. Vgl. dazu Dok. 108, Anm. 9.

7 Am 5./6. Juni 1981 fanden in der ČSSR Wahlen zum Bundesparlament (Volkskammer und Kammer der Nationen) statt. Ferner wurden die Nationalräte (Landtage) sowie die Mitglieder der Nationalausschüsse in den Bezirken, Kreisen und Gemeinden gewählt. Zu den Ergebnissen teilte Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Prag, mit: „Wahlbeteiligung: 99,51%. Für die Kandidaten der Nationalen Front (Einheitsliste) zur Bundesversammlung: 99,96%; zum tschechischen Nationalrat: 99,96%; zum slowakischen Nationalrat: 99,98%. Alle Kandidaten für die Nationalausschüsse wurden gewählt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 511 vom 9. Juni 1981; Referat 214, Bd. 139618.

8 Zu den Umbesetzungen in der tschechoslowakischen Regierung nach den Wahlen zum Bundesparlament am 5./6. Juni 1981 informierte Botschaftsrat I. Klasse Gehl, Prag, am 23. Juni 1981, daß die tschechoslowakischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Zahradník und Šimon abgelöst worden seien: „Die Ablösung des blassen und häufig kränkelnden Planungschefs Hůla (der aber Vizepremier blieb) war bereits seit langem von Prager Beobachtern vorausgesagt worden". Entgegen der Erwartung sei der bisherige Präsident der tschechoslowakischen Staatsbank, Potáč, zu seinem Nachfolger bestimmt worden: „Nicht unerwartet dagegen kam der Wechsel auf dem Posten des Außenhandelsministers, den der – vor allem für seinen exzessiven Rumgenuß bekannte – seit 1970 amtierende Andrej Barčák verlor. […] Sein Nachfolger, der bisherige Industrieminister der tschechischen Teilrepublik, Bohumil Urban, gilt als energischer und versierter Wirtschaftsfachmann". Vgl. den Schriftbericht Nr. 852; Referat 214, Bd. 139617.

II. Außen- und Sicherheitspolitik

1) Die Außenpolitik der Tschechoslowakei verharrte im Zustand völliger Unterordnung unter die außenpolitischen Zielvorstellungen der Sowjetunion. Die polnischen Ereignisse verstärkten dieses Bedürfnis nach Anlehnung an Moskau: Die tschechoslowakische Führung verdankt nach wie vor Existenz und Legitimation dem sowjetischen Einmarsch vom August 1968.[9] Die Möglichkeit, daß sich der Reformkurs in Polen durchsetzen und bewähren könnte, rührt an die Grundlagen der eigenen Daseinsberechtigung. Folglich wird die Bedeutung der Sowjetunion als Ordnungsmacht in der sozialistischen Gemeinschaft gerade auch im Verhältnis zu Polen beschworen. Die Konsequenzen aus der Lage in Polen – die internen Abwehrmaßnahmen sowie die verschärfte Verfolgung der eigenen Dissidenten – genießen Priorität gegenüber den Bemühungen, die Beziehungen zu den westlichen Nachbarstaaten zu verbessern. Die tschechoslowakische Führung hat dabei sogar in Kauf genommen, daß als Folge der verschärften Verfolgung der Bürgerrechtler und der damit zusammenhängenden Affäre Hodic[10] der Husák-Besuch in Österreich Anfang Oktober 1981 verschoben wurde.[11]

2) Die bisher stärkste erkennbare Auswirkung der Polenereignisse auf die Streitkräfte der ČSSR war die Beteiligung am Aufbau einer Drohkulisse, wobei der Schwerpunkt in den letzten Monaten des Jahres 1980 lag.

Insbesondere wurde zeitweilig der Bereitschaftsstand der CVA (cs. Volksarmee) erhöht. Demonstrative Truppenbewegungen in dem Grenzraum zu Polen fanden statt. Einzelne Truppenabteile blieben länger als gewöhnlich auf Übungsplätzen in Ostböhmen. In Presse und Rundfunk wurden häufiger als normal gemeinsame Übungen von WP-Streitkräften unter Einbeziehung der CVA erwähnt.

3) Seit Anfang dieses Jahres ist jedoch – von Verlautbarungen über gemeinsame Übungstätigkeit abgesehen – die konkret feststellbare Beteiligung der CVA an der Drohkulisse stark vermindert worden: Ein erhöhter Bereitschaftsstand ist nicht mehr erkennbar, die Übungstätigkeit – verglichen mit den Jahren vor 1980 – normal. Der Grund hierfür mag u. a. sein, daß die Beteiligung an der

9 Am 20./21. August 1968 intervenierten Truppen des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

10 Tschechoslowakische Medien gaben am 2. Juli 1981 bekannt, daß ein Mitarbeiter des Geheimdienstes in die ČSSR zurückgekehrt sei. Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, informierte dazu am 9. Juli 1981, daß es sich dabei um den österreichischen Staatsbürger Josef Hodic gehandelt habe. Dieser sei „spätestens seit 1970 systematisch" aufgebaut worden. Nach Unterzeichnung der „Charta 77" und anschließend „wohl genehmigter Ausreise nach Österreich" habe er dort 1979 die Staatsbürgerschaft erhalten und sei als Experte für die UdSSR im „Institut für Internationale Politik" in Laxenburg tätig gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 371; Referat 214, Bd. 139658.
Am 16. Juli 1981 informierte Botschafter Diesel, Prag, über eine Pressekonferenz vom Vortag, auf der Hodic über „verräterische Aktivitäten" tschechoslowakischer Emigranten berichtet habe, die dem „Westen als verläßliche Kämpfer gegen Sozialismus" dienten. Sie fänden „in amerikanischen und westeuropäischen Instituten umfangreiches Betätigungsfeld". Namentlich habe Hodic die Friedrich-Ebert-Stiftung genannt. Vgl. den Drahtbericht Nr. 633; Referat 214, Bd. 139658.

11 Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, teilte am 9. September 1981 mit, daß das österreichische Außenministerium am Vortag die Verschiebung des für Anfang Oktober geplanten Staatsbesuchs von Präsident Husák „auf einen noch nicht bestimmten Termin, frühestens 1982," mitgeteilt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 472; Referat 214, Bd. 139652.

Drohkulisse, vor allem nach den Belastungen durch Truppenparaden und Spartakiade im ersten Halbjahr 1980, das Ausbildungsprogramm der CVA erheblich beeinträchtigt hat mit entsprechenden Auswirkungen auf die Einsatzbereitschaft dieser Wehrpflichtarmee.

Es ist zu vermuten, daß derzeit der Schwerpunkt der Auswirkungen der Polen-Krise auf die CVA bei der politisch-ideologischen Arbeit nach innen liegt, mit dem Ziel, die Streitkräfte psychologisch auf eine Auseinandersetzung mit den Reformkräften in Polen – in welcher Form auch immer – vorzubereiten.

III. Wirtschaft

Die Auswirkungen der polnischen Krise auf den Handelsaustausch zwischen Polen und der ČSSR waren bisher geringer, als vermutet werden könnte. Im Jahr 1980 war der Warenaustausch zwischen beiden Staaten in etwa ausgeglichen und höher als im Vorjahr 1979. Bei Fortsetzung des Trends der ersten fünf Monate des Jahres 1981 wäre allerdings ein etwa 20 v.H. geringerer Warenaustausch als im Vorjahr zu erwarten. Polnische und cs. Kreise sind aber in der Zwischenzeit wieder wesentlich optimistischer. Man erwartet nach einem Warenaustausch von 1,5 Mrd. Rubel im Jahr 1980 für 1981 einen Handel von 1,47 Mrd. Rubel (ČTK[12] vom 3.9.1981).

Einschneidende Verminderung im Warenaustausch ist allerdings die Reduktion der polnischen Kohlelieferungen an die ČSSR von jährlich 2,2 Mio. t auf 1,2 Mio. t, die die ČSSR angesichts der schwierigen Situation im Kohlebergbau besonders stark treffen dürfte.

Die ČSSR achtet mehr als in der Vergangenheit auf einen Ausgleich ihrer globalen Handelsbilanz. Bereits 1980 war die Handelsbilanz deutlich gegenüber dem Vorjahr reduziert. Im Jahr 1981 hat sie bisher eine ausgeglichene globale Handelsbilanz. Nach den vorliegenden Statistiken (bis Ende Mai 1981) hat die ČSSR bisher Polen keinen Warenkredit gewährt. Sie achtet weiterhin strikt auf einen Ausgleich der bilateralen Handelsbilanz mit Polen. Falls die ČSSR trotzdem einen größeren Kredit aufnehmen sollte, womit wegen eines in der zweiten Jahreshälfte zu[13] erwartenden Handelsbilanzdefizits zu rechnen ist, dürfte sie wegen der Polen-Ereignisse auf eine deutliche Zurückhaltung der Banken stoßen. Auch wenn ihre Kreditwürdigkeit nicht bezweifelt wird, dürften ihre Zinskosten deutlich höher als in der Vergangenheit sein (d.h. Aufschlag auf Libor-Satz[14]).

[gez.] Diesel

VS-Bd. 13308 (214)

12 Československá Tisková Kancelář.

13 Korrigiert aus: „Jahreshälfte wegen des dann zu“.

14 Die London Interbank Offered Rate (Libor) war der täglich festgelegte Zinssatz, zu dem sich Banken gegenseitig Geld ohne weitere Sicherheiten für einen kurzen Zeitraum leihen konnten. Sie bildete wiederum die Grundlage für die Berechnung zahlreicher kurzfristiger Kredit- und Geldmarktgeschäfte.

255

Deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch

Geheim **13. September 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem amerikanischen Außenminister Haig während des Abendessens im Bungalow am 13. September 1981 von 20.00 Uhr bis 23.00 Uhr[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer:

BM Genscher, die Botschafter Burns und Hermes, Unterstaatssekretär Eagleburger, AL 2[3].

Amerikanische Wirtschaftspolitik

Bundeskanzler unterstreicht einleitend seine Sorgen über die Auswirkungen der amerikanischen supply side economics und hofft auf Anpassungen, da sich die hohen Zinssätze[4] zerstörerisch auf die Wirtschaftsentwicklung in anderen Ländern auswirken.

Burns betont die laufenden Anpassungen der ursprünglichen Wirtschaftspolitik an die Erfordernisse der wirtschaftlichen Lage. Er sieht die negativen Folgen der amerikanischen Hochzinsen für Europa, aber auch die Haushaltsdefizite und inflationären Entwicklungen in Europa, die ihrerseits die Zinsen hochtreiben. Auf Hinweis des Bundeskanzlers auf die geringe deutsche Inflationsrate zeigt er sich beunruhigt über die letzte Entwicklung auch in Deutschland. Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß ein sinkender Dollarkurs auch zur Senkung der Zinssätze in der Bundesrepublik[5] beitragen wird.

Bundeskanzler weist auf die günstige Zahlungsbilanzentwicklung der jüngsten Zeit hin. Seine eigentliche Sorge gilt kurzfristig nicht der deutschen Wirtschaft, die von einem Rückgang des Dollarkurses auch Vorteile haben wird, sondern der Auswirkung auf die Wirtschaft der anderen westlichen Staaten. Er erläutert die Haushaltskürzungen, die in Bund und Ländern die Größenordnung von 1% des BSP erreichen.[6] Diese Größenordnung wird auch im Bundestag nicht verändert werden.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 14. September 1981 gefertigt und am folgenden Tag an Ministerialdirigent Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat den Vermerk noch nicht gebilligt."
Hat Wallau am 15. September 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 21. September 1981 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck mit, daß Bundeskanzler Schmidt die Gesprächsaufzeichnung genehmigt habe, und übermittelte nachträgliche Korrekturen. Vgl. das Schreiben an Wallau; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 5 und 18.

2 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 13./14. September 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 256.

3 Otto von der Gablentz.

4 Zur amerikanischen Zinspolitik vgl. Dok. 146, Anm. 9.

5 Die Wörter „in der Bundesrepublik" wurden auf Weisung des Bundeskanzleramts nachträglich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

6 Zu den beabsichtigten Kürzungen im Entwurf für den Haushalt 1982 vgl. Dok. 252, Anm. 41.

Nahost

Haig berichtet, daß der Besuch Begins[7] ordentlich abgelaufen sei ohne wesentliche Pannen. Er hat Begin gegenüber vor allem auf schnellen und erfolgreichen Autonomie-Verhandlungen bestanden. Wenn es nicht zu einer Regelung vor dem israelischen Rückzug aus dem Sinai im April kommt, würde Sadat in eine schwierige Lage geraten.

Auf Bemerkung des Bundeskanzlers, er mache sich ernste Sorgen über die Lage Sadats, meint er, daß Begin sich dieser Lage bewußt sei. Er sei sich aber nicht sicher, wie sensibel Begin darauf reagieren werde.

Die Autonomie-Verhandlungen beginnen erneut am 23./24. September in Ägypten.[8] Die USA werden sich nur dann beteiligen, wenn man sich auf eine Tagesordnung einigt, die auf Erfolge innerhalb von drei Monaten abzielt. Die Hauptprobleme ergeben sich weiterhin im Zusammenhang mit den gesetzgebenden Versammlungen in der Westbank und Gaza.

Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß die Zeit drängt, betont er, daß Israelis und Ägypter aus verschiedenen Gründen an einem Erfolg der Verhandlungen bis zum Frühjahr interessiert sind. Die Israelis wissen, daß die Amerikaner auf dem israelischen Rückzug vom Sinai zum vereinbarten Zeitpunkt bestehen werden. Wenn es bis dahin keine Autonomie-Lösung gibt, wird Sadat sich in der Nahost-Frage den anderen arabischen Staaten anschließen müssen.

Kronprinz Fahd hat ihm am Samstag das saudische Interesse an einem Verhandlungserfolg um Sadats willen erläutert[9], und das trotz des saudischen Acht-Punkte-Plans[10]. Die Saudis waren bei der Friedenssuche im Libanon außerordentlich hilfreich.[11] Sie haben praktisch alles getan, worum die Amerikaner sie gebeten haben. Fahd hat sich auch im gestrigen Gespräch zur Nahost-Frage außerordentlich gemäßigt gezeigt.

Bundeskanzler geht auf eine Bemerkung Haigs ein, wonach auch AM Saud diese Haltung teile, obwohl er früher auch an einer Beziehung mit der Sowjetunion interessiert zu sein schien. Er würde anstelle der Saudis bei engsten Beziehungen zum Westen auch an einer Verbindung mit der Sowjetunion interessiert sein, schon um nicht nur auf Informationen vom Westen über die Sowjetunion angewiesen zu sein.

7 Ministerpräsident Begin hielt sich vom 8. bis 11. September 1981 in den USA auf.

8 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete im Rahmen des Camp-David-Prozesses vgl. Dok. 3, Anm. 5.
Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat kamen am 25./26. August 1981 in Alexandria überein, die Verhandlungen wiederaufzunehmen. Vgl. dazu den Artikel „Autonomiegespräche gehen weiter“; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 27. August 1981, S. 1.
Die erste Runde fand am 23./24. September 1981 unter Leitung des ägyptischen Außenministers Ali und des israelischen Innenministers Burg in Kairo statt. Sie einigten sich darauf, die Gespräche ab dem 21. Oktober 1981 auf Expertenebene fortzusetzen: „Aus einer gemeinsamen Erklärung ergibt sich, daß weitergehende Einigungen ausgeblieben sind. Selbst eine verbindliche Tagesordnung scheint nicht zustande gekommen zu sein.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1480 des Botschafters Hille, Kairo, vom 25. September 1981; Referat 310, Bd. 135662.

9 Der amerikanische Außenminister Haig und der saudi-arabische Kronprinz Fahd trafen am 12. September 1981 in Marbella zusammen.

10 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

11 Zum Waffenstillstand im Libanon-Konflikt vgl. Dok. 219.

Haig betont die Sorge der Saudis über das jüngste Abkommen Libyen/Jemen/Äthiopien[12], das sie gegen sich und (Einwurf Genschers) Ägypten gerichtet sehen.

Die größte Gefahr im Nahen Osten geht zur Zeit von der Lage im Libanon aus. Die Israelis sind darauf vorbereitet, in den Südlibanon einzufallen, um die PLO zu vertreiben. Israelische Behauptungen über schwere Waffen im Südlibanon in Händen der PLO konnten von den Amerikanern nicht bestätigt werden. Sharons Darlegungen in Washington[13] deuten darauf hin, daß die Israelis nach einem Vorwand zum Eingreifen suchen könnten.

Er hat den Israelis eindringlich dargelegt, daß ein solches Eingreifen eine Katastrophe für den ganzen Friedensprozeß wäre und die gemeinsamen amerikanisch-saudischen Bemühungen zunichte machen würde. Immerhin haben sich die Israelis bereitgefunden, bei ihren Unternehmungen keine amerikanischen Waffen zu benutzen. Aber er fürchtet, daß neue terroristische Übergriffe der PLO den Israelis die Gelegenheit zum Eingreifen geben können.

Auf Frage des Bundeskanzlers, ob die Israelis die Rückgabe des Sinai verzögern könnten, meint er, daß sie wohl kaum mehr hinter ihre Zusage zurück könnten, obwohl sie es sicherlich bedauerten. Die Amerikaner werden ihrerseits mit Nachdruck auf Einhaltung der Verpflichtungen drängen.

Auf Frage des Bundeskanzlers berichtet er, daß der Bau der zwei Ersatzflughäfen gute Fortschritte mache, aber für die USA immer teurer werde.

Bundeskanzler betont, daß er auf die unqualifizierbaren Bemerkungen Begins über ihn selbst, über Kreisky und Giscard[14] nicht geantwortet habe und auch nicht antworten werde. Begin verliert nicht nur selbst Freunde, sondern zerstört auch Freundschaften für Israel, da die öffentliche Meinung nicht klar zwischen dem Ministerpräsidenten und seinem Land unterscheidet. Begins Bemerkungen sind daher eine äußerst gefährliche Angelegenheit für Israel. Symptomatisch hierfür war die Tatsache, daß er bei seinem letzten Betriebsbesuch zum ersten Mal anti-israelischen Äußerungen von Arbeitern nachdrücklich entgegenzutreten hatte.

Haig möchte Begins törichte Bemerkungen, für die er eigentlich viel zu intelligent ist, mit dem Wahlkampf erklären.[15] In Washington jedenfalls sei Begin

12 Am 19. August 1981 unterzeichneten Oberst Gaddafi, Ministerpräsident Nasser Mohammed und der Vorsitzende des äthiopischen Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats, Mengistu Haile Mariam, in Aden ein Abkommen über Freundschaft und Zusammenarbeit. Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit informierte dazu am 29. September 1981: „Neben umfassender politischer, wirtschaftlicher und militärischer Zusammenarbeit […], beinhaltet der Vertrag eine automatische militärische Beistandsklausel und die Absicht, die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten auszubauen. […] Der Vertrag ist die Reaktion der radikalen, scharf antiamerikanischen Staaten der Region auf den Ausbau der amerikanischen militärischen Präsenz im östlichen Mittelmeer und im Indik und auf die beabsichtigte strategische Zusammenarbeit mit Israel sowie mit Ägypten, Saudi-Arabien und Sudan. Als Allianz von Ohnmächtigen besitzt der Vertrag relativ wenig Gewicht. Er zeigt aber, daß die amerikanische Politik kritische Staaten weiter antagonisiert, solidarisiert und der Sowjetunion öffnet." Vgl. Referat 311, Bd. 137686.

13 Der israelische Verteidigungsminister Sharon hielt sich vom 8. bis 11. September 1981 als Mitglied der Delegation des Ministerpräsidenten Begin in den USA auf.

14 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3. bzw. 7. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing vgl. Dok. 131, Anm. 13, bzw. Dok. 134, Anm. 6.

15 Zu den Parlamentswahlen am 30. Juni 1981 in Israel bzw. zur Regierungsbildung am 4. August 1981 vgl. Dok. 182, Anm. 20, bzw. Dok. 233, Anm. 7.

ruhig und vernünftig aufgetreten. Der Präsident sei mit Begin gut ausgekommen. Die wesentlichen Anliegen der amerikanischen Politik gegenüber Israel sind: ein militärisches Eingreifen in Israel zu verhindern[16] und die erste Phase der Autonomie-Verhandlungen innerhalb von zwei Monaten abzuschließen.

Er betont noch einmal die positive Rolle der Saudis. Wenn sich die Lage der Araber unter dem Einfluß der Saudis spürbar verbessert, so wird das auch der Glaubwürdigkeit der saudischen Politik unter den Arabern zugute kommen.

Bundeskanzler meint, daß gewisse Akzentunterschiede zwischen der europäischen und amerikanischen Nahostpolitik bestehen bleiben. Die ursprünglich sehr pro-israelische Haltung Mitterrands hat inzwischen – wohl auch wegen der Ausfälle Begins – einer ausgewogenen Haltung der neuen französischen Regierung Platz gemacht. Er weist auf die Begegnung Cheysson/Arafat[17] hin.

Haig: Begin hat sich auch selbst Schaden zugefügt im Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft in den USA, die allerdings im Ernstfall hinter ihm stehen wird.

Bundeskanzler betont, daß Israel in seiner Lage viele Kriege gewinnen, aber sich nicht leisten kann, auch nur einen zu verlieren. Keiner seiner Freunde in Israel, z. B. Dajan, Weizman oder Peres, wäre bereit, die enormen Risiken auf sich zu nehmen, die Begins Politik für sein Land mit sich bringt. Als engagierter Freund Israels muß er das mit großer Sorge feststellen.

Er macht sich ebenfalls große Sorge um seinen Freund Sadat. Wenn er sich jetzt nicht zurückzieht, so deswegen, weil er seinen Posten nicht in einer Krise verlassen kann. Wenn seine Stellung erschüttert ist, wird es in Ägypten keinen Führer von diesem Format und dieser Verantwortungsbereitschaft[18] mehr geben. (*Haig* stimmt der Bewertung zu.)

Genscher weist darauf hin, daß das auch für die verantwortlichen Führungen in Saudi-Arabien und Jordanien gilt, die sich kaum länger werden halten können, wenn Israel die günstige Konstellation, daß es in den wichtigsten arabischen Ländern gemäßigte Führer gibt, nicht nutzt.

Bundeskanzler hält es für einen der Fehler des Camp-David-Abkommens, zu glauben, daß man die Nahost-Frage lösen könne, ohne der Sowjetunion zumindest zum Ende des Prozesses eine gesichtswahrende Beteiligung in Aussicht zu stellen. Die Sowjetunion wird sonst, wenn sie aus einem Land vertrieben wird, sofort in einem anderen wieder auftauchen. Es geht nicht darum, der Sowjetunion Einfluß im Nahen Osten zu geben, sondern ihr bei der Gesichtswahrung zu helfen.

Genscher weist in dem Zusammenhang auf die gemeinsame Nahost-Erklärung Gromyko/Vance[19] hin.

16 So in der Vorlage.

17 Der französische Außenminister Cheysson traf am 30. August 1981 in Beirut mit dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, zusammen.

18 Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzleramts nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Verantwortung". Vgl. Anm. 1.

19 Zur Erklärung des amerikanischen Außenministers Vance und des sowjetischen Außenministers Gromyko vom 20. Mai 1977 vgl. Dok. 38, Anm. 48.

Haig betont noch einmal, daß ihm daran liegt, dem Bundeskanzler einen vollständigen Bericht über den Besuch Begins zu geben, der gewisse Zeichen der Hoffnung ergeben habe.

Die Auseinandersetzung mit dem Kongreß über die AWACS-Lieferung nach Saudi-Arabien[20] wird sehr hart werden. Aber der Präsident ist entschieden, die Lieferung durchzusetzen. Im Gegensatz zum saudischen Wunsch nach Panzerlieferungen aus Deutschland[21] gibt es in dieser Frage eine Verpflichtung der amerikanischen Regierung.

Auf Frage des Bundeskanzlers nach der wirtschaftlichen Lage in Israel meint er, daß man die Reformansätze vor den Wahlen aufgegeben habe. Daraufhin kam es zu einer wilden Inflation. Jetzt versucht man u. a. Weltmärkte für israelische Waffen zu finden, z. B. in China, Lateinamerika und auch im Iran.

Burns wirft ein, daß die Israelis ihre Wirtschaft miserabel gemanaged haben: hoher Konsum und geringe Investition. Er erinnert den Bundeskanzler an seine Bemühungen als Finanzminister[22], den Israelis über die Fed[23] auch deutsche Finanzhilfe zukommen zu lassen. Er hat dieses Bemühen, das leider von der Fed nicht aufgegriffen werden konnte, stets als konkretes Zeichen für das tiefe Engagement des Bundeskanzlers für Israel aufgefaßt.

Die Ausfälle Begins gegen den Bundeskanzler sind in jeder Hinsicht unentschuldbar. Aber das beste ist sicherlich, keine persönliche Betroffenheit spüren zu lassen.

Haig sieht die Aussicht für Israel sehr düster. Neben der wirtschaftlichen Misere deutet sich ein Wandel in der Bevölkerungszusammensetzung an, der den Charakter des Staates verändern wird. Auf israelische Bitten, jüdische Emigranten aus der Sowjetunion zu zwingen, nach Israel zu gehen, kann die USA nicht eingehen.

Bundeskanzler betont noch einmal, daß Kronprinz Fahd als Regierungschef und später auch als König eine gemäßigte Politik betreiben wird. Er hat ihm in Riad[24] glaubwürdig versichert, daß er als Saudi die Intelligenz der Israelis und ihre Fähigkeiten als wichtigen positiven Faktor der Entwicklung im Nahen Osten betrachtet.[25] Der Westen hat jeden Grund, diese günstige Konstellation zu nutzen. Sogar öffentlich läßt Fahd seine wirkliche Einstellung zu Israel durchschimmern. Es war ein großer Fehler, die Saudis – ebenso wie die Jorda-

20 Zur amerikanischen Lieferung von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstetet waren, vgl. Dok. 233, Anm. 19.
Botschafter Ruhfus, London, übermittelte am 18. September 1981 folgende Äußerungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger gegenüber der britischen Tageszeitung „The Times" vom selben Tag: „AWACS-Lieferung an Saudi-Arabien sei Teil amerikanischer Strategie, Region trotz israelischer Opposition vor sowjetischer Intervention zu schützen. Falls Kongreß Lieferung verhindere, würden Saudis britische Nimrods kaufen. Aufgabe der RDF wie derjenigen von AWACS sei Offenhaltung des Zugangs zu Ölfeldern. Falls sich SU, die demnächst Öleinfuhrland werde, dann zu ‚some unconventional means of gaining access to the oil fields' entschließe, müsse man sich dagegen verteidigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1394; Referat 201, Bd. 125577.

21 Zur Frage einer Lieferung von Panzern an Saudi-Arabien vgl. Dok. 53.

22 Helmut Schmidt war von 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen.

23 Federal Reserve.

24 Korrigiert aus: „Bonn".

25 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 27. bis 29. April 1981 in Saudi-Arabien auf. Vgl. dazu Dok. 117– 119.

nier – aus dem Camp-David-Prozeß herauszuhalten, sie nicht einmal vorab zu informieren. Das Vorgehen Carters verletzte ihr Ehrgefühl und zwang sie in Opposition.

Haig bestätigt, daß auch nach seiner Auffassung Saudis und wohl auch Jordanier zur Mitwirkung am Camp-David-Prozeß hätten bewegt werden können.

Eurostrategische Waffen

Haig erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß er am 23. und 28. September zweimal mit Gromyko zusammentreffen wird.[26] Man hat eine informelle Tagesordnung vereinbart. Zu den LRTNF-Verhandlungen will man Termin und Ort festlegen. Die Sowjets möchten in Genf verhandeln, wogegen die USA keine Bedenken haben.[27] Über das amerikanische Verhandlungskonzept wird in einigen Tagen in der SCG gesprochen.[28] Die USA streben vergleichbare Reduzierungen vergleichbarer landgestützter Systeme an. Gegen den sowjetischen Wunsch nach Ausweitung der Verhandlungsgegenstände wenden sich vor allem die Franzosen, die in Washington letzte Woche auf dem Ausschluß ihrer Systeme bestanden, da sie strategischer Natur seien.

Bundeskanzler wirft ein, daß er nicht von „Theater"-Waffen sprechen werde und auch den Gebrauch solcher Ausdrücke öffentlich kritisiere. Er muß den Eindruck wecken, als wolle man Waffen, die Deutschland und seine Nachbarländer auslöschen können, semantisch verharmlosen.

Haig berichtet, daß im Entwurf einer amerikanisch-sowjetischen Pressemitteilung die Waffen umschrieben werden (was die USA TNF und die SU Mittelstrekkenwaffen nennen).

Er bestätigt auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Verhandlungen in Genf Ende November beginnen und voraussichtlich nach einer Weihnachtspause im Januar wiederaufgenommen werden sollen.[29]

Auch er hält es wegen der Wirkung auf die öffentliche Meinung in Europa für politisch notwendig, eine öffentlich erkennbare ernsthafte Verhandlungskrise vor etwa Ostern 1982[30] nach Möglichkeit zu vermeiden. Er stimmt dem Bun-

26 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York vgl. Dok. 271 und Dok. 281.

27 Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte am 10. September 1981 Informationen des amerikanischen Nationalen Sicherheitsrats. Danach stehe Genf als Verhandlungsort trotz Bedenken des amerikanischen Verteidigungsministeriums „so gut wie fest": „Besonders im Verteidigungsministerium stehe man unter erheblichem Zeitdruck, um die für die Verhandlungseröffnung erforderlichen Papiere rechtzeitig fertigstellen zu können. Man neige daher dazu, den Verhandlungsbeginn in die erste Dezemberhälfte zu legen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3578; VS-Bd. 11345 (220); B 150, Aktenkopien 1981.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte dazu am 11. September 1981: „Eine Verschiebung des Verhandlungsbeginns auf Dezember würde der SU zusätzlich Gelegenheit bieten, in der Öffentlichkeit erneut zu behaupten, Washington wolle gar nicht ernsthaft verhandeln. Das Jahr 1981 sei durch Schuld der USA fast ganz für Verhandlungen verloren. Es wird angeregt, daß der Bundesminister AM Haig gegenüber für einen möglichst frühzeitigen offiziellen Verhandlungsbeginn plädiert, d. h. in der am 16.11. beginnenden Woche." Vgl. VS-Bd. 11345 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

28 Zur zehnten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 16. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 259.

29 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

30 11./12. April 1982.

deskanzler und Genscher zu, daß Beginn und Verlauf der Verhandlungen ein sichtbares Profil in der Öffentlichkeit haben und von einer abgestimmten Öffentlichkeitsarbeit der Verbündeten begleitet werden müssen. Das darf natürlich nicht den Gang der Verhandlung hinter verschlossenen Türen beeinträchtigen.

Bundeskanzler berichtet unter Hinweis auf seine Erfahrungen in Pressekonferenzen in Norwegen und Dänemark[31] über den Zustand der öffentlichen und veröffentlichten Meinung. Es ist grotesk, daß sich in einem Land, das gar keine Stationierung zuläßt, die Meinung festzufressen scheint, als sei die Sowjetunion, nicht aber die USA, an Rüstungskontrollverhandlungen interessiert. Er unterstreicht daher nachdrücklich die Bemerkung Genschers, daß die LRTNF-Verhandlungen vor Beginn und während ihres Verlaufs von einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden müssen. Die Amerikaner müssen nicht nur die europäischen Regierungen von ihrem Verhandlungswillen überzeugen, sondern auch die europäische öffentliche Meinung.

Er regt an, in die internen deutschen Überlegungen für eine solche Öffentlichkeitsarbeit[32] so bald wie möglich auch den Regierungssprecher[33] einzubeziehen.

Er betont, daß allerdings eine auch noch so gute Öffentlichkeitsarbeit durch plötzliche Entscheidungen wie die über die Produktion der Neutronenwaffe[34] in Frage gestellt werden kann, deren zerstörerische Folgen er auch in Skandinaven und Italien[35] erlebt hat.

Haig betont, daß er sich gestern vor der Presse sehr kritisch zum Zeitpunkt dieser Entscheidung geäußert hat.

Bundeskanzler fragt nach dem Zusammenhang zwischen ER[36]-Waffen und LRTNF unter dem Gesichtspunkt der Rüstungskontrolle und der militärischen Strategie. Sicherlich könne man ER-Gefechtsköpfe in verhältnismäßig kurzer Zeit auch für den Gebrauch als Mittelstreckenwaffen umrüsten.

Haig wendet ein, daß ER-Gefechtsköpfe spezifisch für den Gebrauch als taktische Nuklearwaffe konzipiert wurden. Einem Einsatz als Mittelstreckenwaffen stehen Kosten-Nutzen-Erwägungen entgegen.

Bundeskanzler erwähnt Erwägungen in der amerikanischen Armee über das sog. „integrated battlefield“ und fragt, ob sich hierin Änderungen der geltenden NATO-Strategie abzeichnen.[37] Eines der stärksten Argumente der Protestbewegung ist, daß die ER-Waffen die nukleare Schwelle senken. Er erinnert dar-

31 Bundeskanzler Schmidt besuchte am 28./29. August 1981 Norwegen und am 30. August 1981 Dänemark. Vgl. dazu Dok. 242 und Dok. 243.

32 Zur Vorbereitung eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit den amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme vgl. Dok. 245.

33 Kurt Becker.

34 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

35 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich am 11./12. September 1981 in Italien auf. Vgl. dazu Dok. 252 und Dok. 253.

36 Enhanced Radiation.

37 Zum amerikanischen „Integrated Battlefield Concept“ vgl. Dok. 247, Anm. 10.

an, daß er sich bereits als Verteidigungsminister gegen eine Verlegung von sog. Atom-Minen (ADM) auf deutschem Boden ausgesprochen hat.[38]

Haig betont, daß nur Waffen, die auch benutzt werden können, ihren Abschreckungswert haben und daher nuklearen Krieg verhindern können.

Er bestätigt auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß dies natürlich eine ausreichende und glaubwürdige konventionelle Verteidigung voraussetzt.

Bundeskanzler erinnert daran, daß er sich stets dafür eingesetzt hat, bei Übungen im Bündnis ein Funktionieren der Abschreckung anzunehmen. Es scheint aber den Militärs schwerzufallen, Übungen ohne Einbeziehung eines nuklearen Schlagabtausches zu konzipieren.

Er hat Weinberger gesagt, daß die amerikanische Haltung überzeugender wäre, wenn die USA die Wehrpflicht wieder einführen.[39] Denn was wir brauchen, sind in erster Linie Soldaten. Die Bundeswehr, die innerhalb von 48 Stunden 1,2 Millionen gut ausgebildete und ausgerüstete Soldaten mobilisieren kann, ist hierauf eingestellt. Er weist darauf hin, daß die anstehende US-Entscheidung über die MX[40] Rückwirkungen auf unser Land haben wird, in dem auf einem Territorium von der Größe Utahs fast so viel Nuklearsprengköpfe stationiert sind wie in den ganzen USA. Und das in einem zehnmal dichter besiedelten Land.

Haig hofft, daß eine Entscheidung über die MX in der nächsten Woche fallen wird. Er versichert, daß ein angemessener Teil landgestützt sein wird.

Berlin-Besuch

Bundeskanzler dankt AM Haig im Namen der Bundesregierung und der deutschen Nation für den Besuch in Berlin und bittet ihn, auch dem Präsidenten zu übermitteln, wie sehr wir die Anwesenheit Haigs und seine Rede in Berlin geschätzt haben.[41]

Er erinnert in diesem Zusammenhang an Reagans Berlin-Besuch 1978[42], den er als charakteristisch für das Engagement des Präsidenten und seine Haltung für Berlin bezeichnet.

Er erinnert an seine Äußerungen vor dem Kabinett sowie die Äußerungen AM Genschers und Willy Brandts im Bundestag, in denen die Demonstrationen in

38 In der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 8./9. Juni 1970 in Venedig erklärte Bundesminister Schmidt, wegen der dichten Besiedlung der Bundesrepublik müßten besonders strenge Vorbedingungen zum Einsatz von „Atomic Demolition Mines" erfüllt sein. Ein durchgehender ADM-Gürtel an der innerdeutschen Grenze komme politisch nicht in Betracht. Vgl. dazu AAPD 1970, II, Dok. 260.

39 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 21. Mai 1981 in Washington; Dok. 148.

40 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 über den Bau von 100 landgestützten MX-Raketen vgl. Dok. 285.

41 Der amerikanische Außenministers Haig besuchte am 13. September 1981 Berlin (West) und hielt eine Rede vor der Berliner Pressekonferenz. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2056, S. 44–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 505–510.

42 Korrigiert aus: „1979".
Der ehemalige Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien, Reagan, hielt sich am 29./30. November 1978 in Bonn auf, reiste am 30. November 1978 nach Berlin (West) und am 1. Dezember 1978 nach München, wo er bis zum 2. Dezember 1978 blieb.

Berlin[43] nachdrücklich verurteilt wurden.[44] Er hätte selbst hierzu noch einmal vor dem Bundestag gesprochen, wenn nicht das mangelnde Niveau der Oppositionsbeteiligung ein Auftreten des Bundeskanzlers selbst verboten hätte. Er hat aber öffentlich wissen lassen, daß er die Meinungen AM Genschers und Willy Brandts voll teilt.

Zu den Reaktionen der öffentlichen Meinung in Europa möchte er sagen, daß der Vietnam-Komplex heute keine Rolle mehr spielt. Was dagegen eine Rolle spielt, sind politische Gesten, die vor allem als verbale Kraftakte empfunden werden. Sicher gibt es einen gewissen Antiamerikanismus in kleinen Kreisen, die in Deutschland politisch praktisch keine Rolle spielen. In den Protesten kommt nie die Meinung der überwältigenden Mehrheit zum Ausdruck, die sich zu einer engen deutsch-amerikanischen Freundschaft bekennt. Wenn keine schwerwiegenden psychologischen Fehler gemacht werden, wird von der deutschen öffentlichen Meinung keine Gefahr für die deutsch-amerikanischen Beziehungen ausgehen. Dasselbe gilt selbstverständlich für die Regierung.

Er bittet, diese etwas förmlicher als im informellen Gespräch sonst üblich formulierten Bemerkungen Präsident Reagan zu übermitteln.

Einladung an Präsident Reagan

Bundeskanzler: Er würde es begrüßen, wenn der Präsident nach seiner Einarbeitungszeit eine Europa-Reise ins Auge faßt. Er möchte daher den Präsidenten noch einmal förmlich einladen – er hatte diese Einladung bereits in Washington ausgesprochen[45] –, Deutschland zu einem Zeitpunkt seiner Wahl zu besuchen. Wir sind uns darüber im klaren, daß der Präsident die Reise nach Deutschland mit Besuchen in anderen Ländern verbinden wird. Er betont, daß Präsident Reagan sicherlich am besten und am glaubwürdigsten der europäischen Öffentlichkeit die Gedanken und Ziele seiner Politik darlegen kann.

Haig weist darauf hin, daß er seit dem Treffen in Montebello[46] Pläne für eine ausgedehntere Europa-Reise des Präsidenten erwägt. Dabei sollten – neben Bonn – auch Rom, London, Brüssel und Den Haag besucht werden. Er wird sich für einen Termin für Februar, spätestens März 1982 einsetzen. (BM Genscher unterstützt diese Zeitplanung.)[47]

43 Während des Aufenthalts des amerikanischen Außenministers Haig am 13. September 1981 in Berlin (West) kam es zu einer Demonstration, an der etwa 30 000 bis 40 000 Personen teilnahmen. Dazu wurde in der Presse berichtet: „Erst nach Abschluß der Demonstration versuchten rund eintausend Personen, von denen die meisten vermummt waren, die Bannmeile um das Schöneberger Rathaus zu durchbrechen, wo sich der amerikanische Außenminister nach einem Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker und im Beisein von Außenminister Genscher in das Goldene Buch eintragen wollte. Es entwickelte sich eine Straßenschlacht mit der Polizei, die bis zum Nachmittag etwa einhundert Gewalttäter festnahm." Vgl. den Artikel „Haig: Die Demokratie kann nicht überleben ohne die Bereitschaft zu ihrer Verteidigung"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 14. September 1981, S. 1.

44 Für die Äußerungen des SPD-Vorsitzenden Brandt und des Bundesministers Genscher am 10. September 1981 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 119, S. 2752 und S. 2765 f.

45 Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan am 21. bzw. 22. Mai 1981; Dok. 146 und Dok. 151.

46 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

47 Präsident Reagan besuchte die Bundesrepublik vom 9. bis 11. Juni 1982. Für die Gespräche mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt am 9. Juni 1982 vgl. AAPD 1982.

Er berichtet, daß der Präsident ihm gesagt habe, daß er grundsätzlich gerne kommen würde.

Er stimmt der Anregung Genschers zu, daß der Plan eines Besuchs in Bonn – wenn nötig noch ohne Terminierung – noch vor dem Breschnew-Besuch in Bonn[48] angekündigt werden sollte.

Bundeskanzler weist auf die Möglichkeit hin, daß er auf dem Fluge nach Cancún[49] für ein Gespräch mit dem Präsidenten nach Washington kommen kann. Er möchte sich nicht selbst einladen, aber betonen, daß er am Nachmittag des 21. oder evtl. auch früher für ein Gespräch zur Verfügung steht. Ein solcher Besuch könnte für die amerikanische Öffentlichkeit nützlich sein, die sicherlich vor dem Breschnew-Besuch in Bonn wieder mit allerhand Geschichten gefüttert wird. Er wird jedenfalls nützlich sein, um möglichen sowjetischen Illusionen über deutsch-amerikanische Beziehungen vor dem Breschnew-Besuch deutlich entgegenzutreten.

Artikel in der amerikanischen Presse mit der Tendenz, Kohl wäre für die Amerikaner der bessere Bundeskanzler als Helmut Schmidt, beunruhigen ihn nicht. Falls allerdings solche Äußerungen aus Kreisen der Regierung kämen, sollte man sich daran erinnern, daß er auch in der amerikanischen Öffentlichkeit und im amerikanischen Fernsehen wirkungsvoll zurückschlagen könne.

Haig hält es für unmöglich, daß solche Tendenzen in der amerikanischen Regierung vertreten werden. Er selbst würde hart zurückschlagen, wenn er so etwas spüren sollte.

LRTNF-Verhandlungen

Bundeskanzler bittet Haig, für sein bevorstehendes Gespräch mit Gromyko in das westliche Verhandlungskonzept auch die sog. Null-Option aufzunehmen.

Haig greift den Hinweis Genschers auf, daß er sich positiv im Fernsehinterview dazu geäußert habe.[50] Die Null-Option darf keinesfalls vernachlässigt und keinesfalls aus dem Verhandlungskonzept ausgeschlossen werden. Sie ist eine sehr wünschenswerte Option für den Westen. (*Bundeskanzler* ergänzt: wenn alle SS-20 verschrottet werden, sofern sie nicht als Gegengewicht zu China oder französischen Mittelstreckenwaffen gerechtfertigt werden können.)

SALT und West-Ost-Beziehungen

Haig äußert sich auf Frage des Bundeskanzlers skeptisch, ob das von Rostow vor dem Auswärtigen Ausschuß genannte Datum eines Verhandlungsbeginns

48 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

49 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

50 Bundesminister Genscher und der amerikanische Außenminister Haig gaben am 13. September 1981 der Sendung „Bonner Perspektiven" des ZDF ein Interview, in dessen Mittelpunkt die amerikanische Verteidigungspolitik und der NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 standen. Auf die Frage, was die UdSSR tun müsse, damit es zu einer „Null-Option" komme und die NATO nicht nachrüsten müsse, antwortete Haig u. a., daß die NATO gemeinsam die „Doppellösung" erarbeitet habe, „einerseits etwa 536 neue Systeme auf westeuropäischem Boden und im Luftraum aufzustellen" und sich andererseits „um entsprechende Vermindung zu bemühen". Die USA wollten „in Rüstungskontrollgespräche mit der Sowjetunion vor Ablauf dieses Jahres eintreten mit dem konkreten Ziel einer Verminderung. Aber wir können dies nicht tun, solange man nicht weiß, daß wir beabsichtigen, falls es an sowjetischer Zusammenarbeit fehlt, die vereinbarte Dislozierung auch durchzuführen." Vgl. Referat 013, Bd. 179044.

zu Beginn des nächsten Jahres[51] eingehalten werden kann. Der gegenwärtige Stand der Vorbereitung rechtfertigt nicht eine solche Terminerwartung. Auch von seinem Gespräch mit Gromyko erwartet er sich keine Beschleunigung. Er faßt eine Serie von Außenministertreffen ins Auge, in denen sich hoffentlich ein vernünftiger Dialog entwickelt.

Dabei wird die Frage eines sowjetischen Truppenrückzugs aus Afghanistan weniger eine Rolle spielen als die Frage eines Rückzugs kubanischer Truppen aus Angola und Lateinamerika. Die Sowjets haben auf die Haltung der Amerikaner im Grundsatz nicht negativ reagiert. Offen ist allerdings, ob sie damit lediglich zu einer Spaltung zwischen den USA und Europa beitragen wollen oder wirklich auf die Probleme eingehen.

Bundeskanzler meint, daß die Sowjetunion weniger denn je weiß, was die USA wirklich wollen. Auf Frage von Burns bezeichnet er das als eine negative Entwicklung, da sich Verdacht einstellt, wenn man die Absichten nicht erkennen kann. Die Sowjets sollten die Amerikaner besser verstehen. Die Amerikaner ihrerseits wissen weniger über die Absichten der sowjetischen Politik als in den späten 60er und in den 70er Jahren. Damals wußten beide Seiten voneinander eher, worüber man sich verständigen konnte und was man ausklammern mußte.

Er zeigt Verständnis für die unwillige sowjetische Reaktion. Um das künftige sowjetische Handeln etwas besser zu verstehen, traf er auf seine Bitte im letzten Jahr mit den Mitgliedern des Politbüros zusammen[52], einer Gruppe älterer Herren mit einem Durchschnittsalter von 70. Seine Absicht, die Leute kennenzulernen, die eines Tages Breschnew nachfolgen werden, ließ sich allerdings auf diese Weise nicht verwirklichen. Osteuropäische Führer wie Kádár oder Honekker fürchten sich offensichtlich vor einem Machtwechsel in Moskau. Ihre Position hängt von Breschnew und seinen Mitarbeitern ab. Mit den Entscheidungen des letzten Parteikongresses[53] hat das alte Team in Moskau Zeit gewonnen.

Haig: Ihm liegt daran, den Bundeskanzler über sein ständiges Gespräch mit Dobrynin zu unterrichten. Er steht mit ihm seit Februar in Kontakt[54], erörtert sehr spezifische Probleme und hat auf diesem Wege die Sowjets stets davon unterrichtet, was nötig ist, um den Dialog der Großmächte in Gang zu bringen. Die vom Kanzler beschworene Lage der 70er Jahre hat er selbst intensiv im Weißen Haus miterlebt. Die Schwierigkeiten für den Beginn des Dialogs der Großmächte liegen vor allem bei der SU und nicht nur bei den angeblich so wenig verständnisvollen USA. Die Sowjets schulden Antworten auf eine ganze Reihe von Fragen, die sich besonders auf die kubanische Anwesenheit in Angola und in der westlichen Hemisphäre beziehen, Gebieten, die sicher nicht zu den traditio-

51 Zur Anhörung des designierten Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 22. Juni 1981 vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats in Washington vgl. Dok. 181, Anm. 6.

52 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

53 Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

54 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Botschafter in Washington, Dobrynin, am 24. März, 1. April, 15. Mai und 2. Juli 1981 vgl. Dok. 93, Anm. 19, Dok. 95, Anm. 20, Dok. 152, Anm. 29, und Dok. 174, Anm. 8.

nellen sowjetischen Interessensphären gehören. Wenn die Kubaner sich nicht zurückziehen, werden die USA handeln müssen. Mit ihrer Anwesenheit in Afghanistan und in Äthiopien müssen die Sowjets selber fertigwerden.

Bundeskanzler wendet ein, daß Dobrynins Berichte nach 18jähriger Botschafterzeit in Washington[55] in Moskau sicherlich auch dem Verdacht begegnen, er sehe die Lage schon mit amerikanischen Augen. Außerdem entscheidet stets Gromyko, was er von diesen Berichten an die oberste Führungsspitze weiterleitet. Er gibt daher den privaten Rat, Kanäle für die private Kommunikation zu öffnen, die nicht von Gromykos Gnade abhängen. Breschnews direkter Einfluß kann für die Verhandlungen unter den Großmächten entscheidend sein.

Haig und *Eagleburger* berichten, daß sie auch in Jugoslawien eine wachsende Nervosität festgestellt haben.[56] Miniç hat sich sehr kritisch über die Russen, aber auch sehr besorgt geäußert. Der Westen solle seine Stärke wiederherstellen, aber nicht zu weit dabei gehen. Die Jugoslawen glauben, daß sich die Sowjets und die Kubaner in der blockfreien Welt isoliert haben. Sie drängen die Amerikaner, gegenüber der blockfreien Welt eine konstruktive Rolle zu spielen. Er selbst hat leider hierbei Probleme zu Hause, wie auch die Vorbereitung auf Cancún zeigt.

Cancún

Bundeskanzler rät dem amerikanischen Präsidenten, sich in Cancún auf die persönlichen Gespräche und Kontakte mit den Führern der Dritten Welt zu konzentrieren. Die Verhandlungen im Sitzungssaal selbst sind demgegenüber weniger wichtig.

Polen

Bundeskanzler bestätigt den Eindruck, den Haig aus Jugoslawien mitbrachte, daß die Lage in Polen in Europa zur Zeit ernster beurteilt wird als zuvor. Dies war auch der Eindruck des Papstes[57], der über die Lage in Polen hervorragend unterrichtet ist.

Wirtschafts- und Haushaltsfragen

Bundeskanzler unterstreicht noch einmal, daß wir trotz gewisser kurzfristiger Vorteile für die Deutschen durch ein Absinken des Dollarkurses in erster Linie an einem Erfolg der amerikanischen Wirtschaftspolitik interessiert sind. Er begrüßt daher die gegenwärtigen amerikanischen Bemühungen um Haushaltskürzungen.

Burns betont, daß die amerikanische Regierung am Ziel eines Haushaltsausgleichs 1984 festhält und die auf dem Wege dahin notwendigen Entscheidungen für das Finanzjahr 1982 vorbereitet. Er hat es begrüßt, daß der Bundeskanzler die Probleme deutlich in Ottawa angesprochen hat.

Auf Einwurf des Bundeskanzlers, daß ein wirtschaftlicher Mißerfolg im kommenden Winter Auslöser für eine Weltdepression sein könnte, erläutert er, daß die amerikanische Wirtschaftspolitik auf eine Begrenzung des Geldmengen-

55 Anatolij Fjordorowisch Dobrynin war seit März 1962 sowjetischer Botschafter in Washington.

56 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 12./13. September 1981 in Jugoslawien auf.

57 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Papst Johannes Paul II. am 12. September 1981 in Castelgandolfo; Dok. 252, Anm. 2.

wachstums abzielt und die hohen Zinssätze kein Ziel, sondern nur ein Nebenprodukt sind.

Bundeskanzler möchte nicht über Friedman'sche Theorien streiten. Er erinnert daran, daß er sich als Finanzminister für die Aufstellung jährlicher Geldmengenziele eingesetzt hat. Seine eigene Erfahrung zeigt, daß erfolgreiche Inflationsbekämpfung nicht notwendigerweise zu so hohen Zinssätzen führt. Er sieht die Gefahr, daß die Europäer jedenfalls den Amerikanern die hohen Zinssätze anlasten. Die amerikanische Haushaltspolitik muß dem entgegenwirken.

Haig wirft ein, daß die Hauptlast für 1982 notwendige Haushaltskürzungen weniger bei den Verteidigungsausgaben (etwa 2 Mrd. Dollar weniger) als bei den anderen Programmen liegen wird.

Bundeskanzler erinnert daran, daß er bereits Richard Allen auf seine Frage, ob Kürzungen im Verteidigungshaushalt[58] das Vertrauen der Alliierten auf die USA beeinträchtigen würden, mit einem klaren Nein geantwortet habe.[59] Die eigentliche Gefahr besteht darin, daß die Sowjets solche Kürzungen als Zeichen amerikanischer Schwäche mißverstehen können, d. h. als Diskrepanz zwischen vorhergehenden Reden und nachfolgendem Handeln.

Haig berichtet, daß er dem Präsidenten gesagt habe, die Administration habe dieses Problem durch ihre eigene Rhetorik geschaffen. Allen hat die Reaktion des Bundeskanzlers im Weißen Haus berichtet.

Bundeskanzler weist Haig auf die Amerika-Reise Dr. Vogels vom 26. bis 29. Oktober hin und regt an, ihn zu einem Gespräch zu empfangen, was *Haig* gerne zusagt.

Bundeskanzler bittet zum Ende des Gesprächs, dem Präsidenten seine persönlichen Grüße zu übermitteln und ihn in erster Linie über die Eindrücke des Bundeskanzlers von der politisch-psychologischen Lage in Europa zu unterrichten. Er denkt hierbei an die Eindrücke, die er in Norwegen und Kopenhagen erhalten hat. Er betont, daß er die Vorstellungen Haigs für eine wirksamere Präsentation der amerikanischen Politik in der europäischen Öffentlichkeit mit Erleichterung aufgenommen habe.

VS-Bd. 14096 (010)

58 Am 12. September 1981 wurde in Washington die Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Kürzungen im amerikanischen Verteidigungshaushalt der nächsten fünf Jahre bekanntgegeben. Dazu berichtete Gesandter Dannenbring, Washington, am 14. September 1981, daß die Ausgaben „1982 um 2 Mrd. Dollar, die Planzahlen für 1983 um 5 Mrd. Dollar und die Planzahlen für 1984 um 6 Mrd. Dollar an tatsächlichen Ausgaben (outlays) reduziert werden. Die Planung für 1985 und 1986 soll unberührt bleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3640; Referat 201, Bd. 125577.

59 Bundeskanzler Schmidt führte am 4. September 1981 ein Gespräch mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten. Allen berichtete über Absichten der amerikanischen Regierung, die Verteidigungsausgaben zu kürzen: „Haig, Weinberger und er sehen darin große Gefahren. Sie fürchten unter anderem, daß eine Kürzung der Verteidigungsausgaben das Vertrauen der Alliierten auf die amerikanische Politik der ‚marginal safety' beeinträchtigen kann. Bundeskanzler hält diese Sorge für unberechtigt. Die europäischen Verbündeten haben das volle Zutrauen, daß die USA das Notwendige tun, um das militärische Gleichgewicht zu erhalten oder wo nötig herzustellen. In dem Bereich, der ihn beunruhigte, bei den Mittelstreckenwaffen, geschieht das ja bereits." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

256

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig

204-321.11 USA-676/81 VS-vertraulich **14. September 1981**[1]

Besuch des amerikanischen Außenministers in Bonn[2];
Gespräch mit dem Bundesminister am 14. September 1981 – 11.30 bis 13.00 Uhr[3]

Außenminister *Haig*: Der Bundeskanzler hat gestern das Thema des Integrated Battlefield Concept[4] angesprochen. Ich bin kein Experte in dieser Materie. Es handelt sich um eine technische Diskussion in der amerikanischen Armee. Sie hat nichts zu tun mit einer Änderung der NATO-Strategie. Es wäre auch ganz falsch, eine Diskussion über die NATO-Strategie in Gang zu bringen. Sie brächte gerade in unserer augenblicklichen Lage mit dem Doppelbeschluß[5] nur Unruhe. Die Neutronenwaffe hat mit dieser Sache auch nichts zu tun. Die Doktrin der flexiblen Antwort[6] steht fest.

Bundesminister: Der Bundeskanzler hat gestern abend die Sache wohl deshalb angesprochen, weil in der Bundesrepublik Deutschland das Problem der Senkung der nuklearen Schwelle besonders umstritten ist.

Außenminister *Haig*: Zu den Ost-West-Beziehungen: Die US-Regierung hat sich in der letzten Zeit sehr deutlich zu einer ganzen Reihe von Gebieten der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen geäußert. Dabei haben wir mit Anreiz und Druck gearbeitet. Wir haben den Wunsch, unsere Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Die Sowjets erzählen allen Besuchern in Moskau, selbst amerikanischen Senatoren, sie verstünden die amerikanische Politik nicht (mehr). Ich nehme den Sowjets diese Linie nicht vollkommen ab, gebe allerdings ein bißchen zu viel Rhetorik auf unserer Seite zu. So hat z. B. unsere amerikanische Presse über meine gestrige Rede in Berlin (13.9.)[7] eigentlich nur den Punkt der Härte gegenüber der Sowjetunion herausgehoben und nicht die eigentliche „message".

Das Problem für Präsident Reagan ist folgendes: Die Wähler, die ihn ins Amt gebracht haben, wünschen, daß er erfolgreicher mit der Sowjetunion umgeht als seine Vorgänger. Wenn Reagan diese seine Wähler enttäuscht, verliert er sie.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gefertigt.

2 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 13./14. September 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 255.

3 An dem Gespräch nahmen außerdem teil: Botschafter Hermes, Washington, Ministerialdirektor Pfeffer, Vortragender Legationsrat I. Klasse Weber sowie der amerikanische Botschafter Burns und der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger.

4 Zum amerikanischen „Integrated Battlefield Concept" vgl. Dok. 247, Anm. 10.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 20, Anm. 20.

7 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig vor der Berliner Pressekonferenz vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2056, S. 44–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 505–510.

Reagan ist bereit, Breschnew zu treffen, die Handelsbeziehungen mit der Sowjetunion zu verbessern, echte Rüstungskontrollverhandlungen mit ihr zu führen. Dafür muß man Mindestanforderungen an die Sowjetunion stellen, ohne indessen die Sowjetunion zu demütigen. Wenn wir geduldig sind, werden wir auf lange Sicht einen konstruktiven Dialog mit Moskau haben, einen besseren Dialog als in der Vergangenheit, einen Dialog, der nicht in die Irre führt, sondern konsequent ist.

Die Treffen mit Gromyko im September[8] haben große Bedeutung. Ich erwarte keinen Durchbruch, und man sollte deshalb die Erwartungen nicht zu hoch setzen. In meiner Unterhaltung mit Dobrynin habe ich zwei Hauptsorgenbereiche erwähnt: die sowjetische Aufrüstung und den Mittleren Osten. Die Sowjets wollen in den Friedensprozeß wieder eingeschaltet werden. Wir versuchen, eine neue Beziehung mit Pakistan herzustellen. Der Präsident hat akzeptiert, daß wir sechs F-16 in diesem Jahr liefern.[9] Damit irritieren wir die Sowjetunion, aber wenn wir nicht liefern, wird das Risiko in diesem Gebiet noch größer. Wir müßten sogar mit einem Regierungswechsel in Pakistan rechnen. (Auf eine Zwischenfrage des Bundesministers:) Es gibt Kreise in Pakistan, welche die Bindungen an die USA nicht gerne wollen. Der pakistanische Außenminister[10] ist besorgt. Schließlich wird Gromyko sich bei mir beschweren wegen unserer eventuellen Waffenlieferungen an China.[11] Ich werde „ihn beruhigen, ohne das Spiel mit ihm abzukarten".

Bundesminister: Von diesen Ihren Gesprächen gehen Signalwirkungen an die Sowjetunion, aber auch an die öffentliche Meinung in der ganzen Welt. Ich finde die Regie mit zwei Treffen sehr gut. Für die Sowjetunion wird die amerikanische Rüstungspolitik zentrales Thema sein. Die sowjetische Führung, die mit Fünf-Jahres-Plänen arbeitet, ist sehr unbeweglich. Sie hat Mühe, ihre Pläne zu ändern.

Wenn Sie den Sowjets darlegen, welche Nachteile eine Fortsetzung der gegenwärtigen sowjetischen Politik haben wird und welche Vorteile eine Änderung zur Mäßigung hin haben würde, dann wird das auf sie Eindruck machen.

Ihren Gedanken, nach Moskau zu reisen, finde ich gut. Ich würde das an Ihrer Stelle anbieten. In Moskau haben Sie die Möglichkeit, nicht nur mit Gromyko, sondern auch mit anderen zu sprechen. Der Bundeskanzler hat gestern abend zwei Mal daraufhingewiesen, daß man nie sicher wisse, was Gromyko Breschnew berichtet. Es gibt auch eine Rivalität zwischen dem sowjetischen Außen-

8 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

9 Zur amerikanisch-pakistanischen Vereinbarung vom 15. Juni 1981 über Militär- und Wirtschaftshilfe vgl. Dok. 199, Anm. 9.
Botschafter Terfloth, Islamabad, teilte am 13. September 1981 mit, daß während eines Besuchs des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Buckley, eine Einigung darüber erzielt worden sei, „bereits im ersten Jahr der Laufzeit des Übereinkommens, also in den nächsten zwölf Monaten, sechs bis acht F-16-Abfangjäger vorweg" zu liefern: „Was sich die pakistanische Führung davon erhofft, ist nicht in erster Linie die Stärkung der militärischen Schlagkraft, sondern ein weithin sichtbares politisches Zeichen sowohl an die indische als auch an die sowjetisch-afghanische Adresse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 540; Referat 340, Bd. 127042.

10 Agha Shahi.

11 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 197, Anm. 11.

ministerium und dem Parteiapparat. Schon deshalb wäre es richtig, daß Sie reisen.

Ich würde auch empfehlen, daß Präsident Reagan den Briefwechsel mit Breschnew fortsetzt. Persönliche Botschaften wirken auf Breschnew. Man sollte zwar nicht den Inhalt dieser Botschaften, aber doch die Tatsache, daß sie geschrieben werden, veröffentlichen. Das hat einen psychologisch guten Effekt auf unsere Bevölkerungen.

Breschnew wird die Bundesrepublik Deutschland im November besuchen.[12] Dieser Besuch muß in allen Aspekten richtig eingeschätzt werden. Wir haben die Möglichkeit, die deutschen Positionen in aller Klarheit darzulegen. Breschnew erhält die Möglichkeit, die deutsche Szene für seine Zwecke zu beeinflussen. Dem müssen wir entgegenwirken. Deshalb ist der Besuch keine leichte Sache. Der Bundeskanzler will deshalb die deutschen Positionen mit den Verbündeten und besonders mit den Vereinigten Staaten konsultieren und koordinieren.

Ich fürchte im Augenblick, daß Moskau die Bedeutung der Friedensbewegung überschätzt. Da halte ich mit aller Kraft gegen und werde das auch in New York tun.[13] Es gibt keinen Zweifel, daß beim Besuch Honeckers auf der Krim[14] Honecker von den Sowjets den Auftrag bekommen hat, mit seiner deutsch-deutschen Politik in unseren Raum hineinzuwirken. Er hat vielleicht sogar einen gewissen Spielraum für Vereinbarungen erhalten.

Auch aus diesen Gründen begrüßen wir es, daß Sie im September Ihre Gespräche mit Gromyko führen und daß am 30. November die eigentlichen LRTNF-Verhandlungen mit den Sowjets aufgenommen werden sollen.[15]

Was Madrid angeht, so müssen wir sehr achtgeben, daß die westlichen Staaten auch in der nächsten Phase[16] zusammenhalten. Das gilt besonders für den geographischen Anwendungsbereich der KAE. Je näher es auf Weihnachten zugehen wird, desto größer wird der Druck sein, abzuschließen. Wir dürfen da nicht auf abschüssige Bahnen geraten.

Zur Diskussion über ein Enddatum: Ich vertrete, wie Sie wissen, folgenden Standpunkt: Wir sollten nicht vom Verhandlungstisch aufstehen, keinen Zeitdruck für uns selbst schaffen, der nachher zu faulen Kompromissen Anlaß gäbe.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur LRTNF-Diskussion sagen. Ihre Ausführungen in unserem gemeinsamen Fernsehinterview am 13. September[17] werden sehr gut beurteilt. Heute sehen wir wieder gemeinsam die Presse. Da wird

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

13 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anlässlich der VN-Generalversammlung in New York auf. Zum Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1981 vgl. Dok. 278.

14 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen am 3. August 1981 auf der Krim zusammen. Für das Gespräch vgl. RISSE IM BRUDERBUND, S. 198-231.

15 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

16 Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nahm ihre Arbeit am 27. Oktober 1981 wieder auf. Vgl. dazu Dok. 251.

17 Zum Interview des Bundesministers Genscher und des amerikanischen Außenministers Haig vgl. Dok. 255, Anm. 50.

wieder die Frage nach der sog. Null-Option gestellt werden.[18] Was heißt Null-Option? Im Verständnis der Russen: keine westliche Nachrüstung. In unserem Verständnis: Null-Plafond auf beiden Seiten, also nicht nur Dislozierung der SS-20 hinter den Ural, sondern wegen der Reichweite dieser Waffe: Verschrottung der SS-20.

Ich vermute, daß der Kreml sich mit der Null-Option auseinandersetzt. Die Forderung, diese Option zu verwirklichen, ist nämlich für Moskau sehr gefährlich, weil sie jedem einleuchtet. Moskau will sicher nicht, daß sich die Diskussion auf die echte Null-Option konzentriert. Sie wird versuchen, die Diskussion auf ihre eigene Schein-Null-Option hinzulenken.

Wenn der Bundeskanzler und ich hierüber sprechen, benutzen wir immer die Formel: im Idealfall die Null-Option. Dieser Idealfall schließt die sowjetische Bereitschaft zur Verschrottung aller SS-20 ein. Wenn der Idealfall nicht eintritt, ist die Verantwortlichkeit für sein Nicht-Eintreten klar. Dann kommt es zur Implementierung des Doppelbeschlusses in beiden Teilen: Wir werden dann nachrüsten ohne Verzögerung und gemäß den Verhandlungsresultaten. Falls es zu keinen Verhandlungsresultaten kommt, werden wir ganz nachrüsten.

Nun muß man zugeben, daß einige unserer eigenen Leute die Null-Option im Westen und eine gewisse Reduzierung der SS-20 im Osten akzeptieren. Diesem Verhalten trete ich entschieden entgegen.

Wir haben im Flugzeug schon über Polen gesprochen. Wir sind uns darüber einig, daß Polen eine ungeheure ökonomische Last für die Sowjetunion bedeutet. Auch politisch ist das Geschehen, wie immer es ausgeht, eine gewaltige Last zum sowjetischen Nachteil. Das beeinflußt die Meinung Moskaus sehr stark.

Czyrek hat einem westlichen Botschafter in Warschau vor einigen Tagen gesagt, es bereite der polnischen Führung Schwierigkeiten, daß die westlichen Hilfeleistungen an Polen immer mit zwei Forderungen verbunden werden: daß nämlich keine Intervention von außen stattfindet, aber auch keine Repressionsmaßnahmen im Innern vorgenommen werden. Wir wissen nicht, ob das eine Ankündigung der inneren Repression oder ein versteckter Hilferuf war.

Haig: Ich teile Ihre Meinung über die tiefe Wirkung der polnischen Ereignisse auf die sowjetische Führung. Diese Wirkung ist im Augenblick sicher besonders stark. Wir neigen dazu anzunehmen, daß Solidarität mit ihren jüngsten Forderungen und Aktivitäten[19] die Situation so verschärft hat, daß wir mit der

18 Der amerikanische Außenminister Haig antwortete am 14. September 1981 vor der Presse auf die Frage nach der Haltung der amerikanischen Regierung zur sogenannten „Null-Option“: „I think that it is premature to get too definitive on this subject, because sometimes the terminology itself means different things to different people on either side of the demarcation line. But I think I can affirm that we have not rejected this zero-option proposal, and under ideal conditions such a proposal might be very worthy of exploration and consideration.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2056, S. 50.

19 Vom 5. bis 10. September 1981 fand in Danzig die erste Phase des ersten Kongresses der Gewerkschaft „Solidarność“ statt. Die Delegierten berieten über Fragen der Organisation und Programmatik der Gewerkschaft. In einer Reihe von Resolutionen forderten sie u. a. eine von der Nationalen Einheitsfront unabhängige Aufstellung von Kandidaten bei Wahlen, die Selbstverwaltung von Schulen und Hochschulen, Zugang zu den Massenmedien sowie die freie Wahl des Aufenthalts- und Arbeitsorts im In- und Ausland. In einem vorläufigen Sieben-Punkte-Katalog forderten sie ferner die „Verbesserung der Lebensmittelversorgung durch Kontrolle der Produktion, Verteilung und Preise“, die Einführung der „authentischen Selbstverwaltung“ für die polnische Wirtschaft, Infor-

baldigen Einführung des Ausnahmezustandes rechnen müssen (martial law). Die polnische Führung sieht sich wahrscheinlich zunehmendem Druck von seiten der Sowjetunion und von Solidarität ausgesetzt. Einige polnische Militärs, die zur sowjetischen Fraktion gehören, könnten den Versuch unternehmen, eine polnische Militärdiktatur zu errichten. Wenn es zu einem großen Blutvergießen käme, würden sie die Sowjets ins Land rufen.

Bundesminister: Sprechen Sie von hochrangigen sowjetfreundlichen polnischen Offizieren?

Haig: Ja.

Bundesminister: Die in der Sowjetunion ausgebildet worden sind?

Haig: Ja.

Was tun wir im Falle der internen polnischen Repression? Wir sollten eine solche Aktion scharf verurteilen, aber wir müssen auch Vorsicht anwenden, damit nicht wegen unserer Haltung Blutvergießen entsteht oder wir als diejenigen dargestellt werden, die das Blutvergießen und womöglich die sowjetische Intervention hervorgerufen haben. Der Ausnahmezustand könnte noch in dieser Woche verkündet werden.

Eagleburger: Vielleicht warten die Sowjets noch, bis der zweite Teil des Kongresses von Solidarität abgeschlossen ist.[20]

Burns: Sind nicht die ökonomischen Kosten eines Eingreifens für die Sowjets prohibitiv?

Eagleburger: Der jugoslawische Außenminister[21] hat mir soeben bei unserem Besuch in Belgrad[22] gesagt, am schlimmsten sei für die sowjetische Seite der Aufruf von Solidarität an die Gewerkschaften der übrigen Länder des Warschauer Paktes.[23]

Bundesminister: Schon beim NATO-Ministertreffen[24] habe ich darauf hingewiesen, daß es Grenzlinien gibt, deren Überschreitung die Sowjetunion nicht zulassen wird:

1) den Austritt Polens aus dem Warschauer Pakt,

2) das Infragestellen der führenden Rolle der Kommunistischen Partei Polens,

3) das Übergreifen der polnischen Entwicklung auf andere Staaten des Warschauer Paktes.

Die jüngsten Forderungen von Solidarität gehen in die Richtung des zweiten und dritten Punktes. Im Dezember 1980 haben wir im NATO-Rat die Eventual-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1368

mationsfreiheit, freie Wahlen, Gleichheit vor dem Gesetz, die Freilassung politischer Gefangener, den Schutz der Umwelt, eine bessere Gesundheitsversorgung sowie ausreichend Kohle für Bevölkerung und Industrie. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1393 des Gesandten König, Warschau, vom 11. September 1981; Referat 214, Bd. 132912.

20 Zur zweiten Phase des ersten Kongresses der Gewerkschaft „Solidarność“ vom 26. September bis 7. Oktober 1981 in Danzig vgl. Dok. 274, Anm. 9.

21 Josip Vrhovec.

22 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, begleitete den amerikanischen Außenminister Haig bei dessen Besuch am 12./13. September 1981 in Jugoslawien.

23 Für den Wortlaut der „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas“ der Gewerkschaft „Solidarność“ vom 9. September 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 103.

24 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

planung besprochen.[25] Die amerikanische Vorgänger-Regierung hatte hierzu riesige Kataloge zur Hand. Ich habe damals betont, daß die Ereignisse doch immer anders verlaufen. Das beste wäre deshalb die sofortige Zusammenrufung einer Außenministerkonferenz, um politische Entscheidungen zu treffen. Wir sollten jetzt überlegen, ob die Einführung des Ausnahmezustandes eine Gelegenheit für ein Außenministertreffen wäre.

Haig: Ich teile Ihre Meinung, daß die Ausarbeitung der Maßnahmen-Kataloge ganz nützlich für die Kohäsion des Bündnisses ist, aber vielleicht nicht so sehr das Resultat. Vielleicht ist ein Außenministertreffen bei Einführung des Ausnahmezustandes tatsächlich eine gute Idee.

Wegen Cancún[26] möchte ich noch Ihren Rat erbitten.

Wir haben viele Vorarbeiten geleistet, aber noch keine amerikanische Position. In der amerikanischen Bürokratie gibt es große Schwierigkeiten. Mit dem Präsidenten haben wir weniger Schwierigkeiten, aber er möchte sich auch nicht den Vorwurf zu großer Flexibilität zuziehen und womöglich eine neue Diskussion über die Globalen Verhandlungen in und mit der Bürokratie auslösen.[27]

Welche Linie raten Sie mir?

Bundesminister: Ich werde in Cancún die gleiche Linie fahren wie bisher. Der Dialog dort ist kein Ersatz für Globale Verhandlungen. Cancún hat einen Hauptzweck, nämlich die Zusammenarbeit der Vernünftigen auf beiden Seiten zu fördern. Das ist ein Modell. Ich fand es z. B. interessant, wie sich Algerien betragen hat.

Werden die Vereinigten Staaten die Abwesenheit der Sowjetunion kritisieren? Ich neige dazu, das zu tun. Das macht auf die Länder der Dritten Welt Eindruck.

Haig: Wir haben am Samstag abend[28] mit den Jugoslawen darüber gesprochen. Die Jugoslawen meinen, die sowjetische und kubanische Haltung schade ihnen in der Dritten Welt. Das Argument, die imperialistischen früheren Kolonialmächte müßten den Schaden wiedergutmachen, den sie verursacht hätten, zieht nicht mehr.

Die kubanische Abwesenheit sollten wir nicht bedauern.

25 Zur Erörterung der Lage in Polen auf der NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363.

26 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

27 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 226.
Gesandter Dannenbring, Washington, informierte am 1. September 1981, daß sich die ablehnende Haltung der USA gegenüber dem Konzept von Globalen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen „eher verstärkt“ habe: „Lediglich die für Länder der Dritten Welt zuständigen politischen Regionalabteilungen des State Department treten noch dafür ein, […] die übrigen beteiligten Ressorts lehnen sie entschieden ab. Der Präsident selbst hat sich noch nicht abschließend festgelegt, doch soll auch er zu einer ablehnenden Haltung neigen.“ Als Gründe hierfür würden genannt, daß eine globale Diskussion der Entwicklungshilfe zu einer Polarisierung der Gegensätze führe und der unterschiedlichen Situation in der Dritten Welt nicht gerecht würde. Eine solche Diskussion tendiere ferner „zur Überbetonung des Ressourcentransfers vom Norden zum Süden als Allheilmittel“ und vernachlässige die Ölpreispolitik der OPEC als einen wesentlichen Grund für die Entwicklungsprobleme. Schließlich bildeten die Vereinten Nationen kein Forum „für eine differenzierte Behandlung der komplexen Entwicklungsprobleme, da sie die Emotionalisierung und Ideologisierung der Debatte“ begünstigten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3444; Referat 412, Bd. 122391.

28 Korrigiert aus: „Freitag abend“.
12. September 1981.

Bundesminister: Sicher nicht. Die Kubaner sollten ausgeschlossen bleiben. Alle Ungebundenen sind darüber glücklich.

Haig: Vielleicht sollten nicht gerade die Vereinigten Staaten die Abwesenheit der Sowjets bedauern?

Bundesminister: Nicht Sie und nicht in Cancún. Ich möchte noch einmal unterstreichen, was der Bundeskanzler Ihnen gesagt hat: Präsident Reagan sollte sich viel Zeit nehmen, um möglichst alle Staats- und Regierungschefs der Dritten Welt zu sprechen. Sie müssen auf Bildern mit ihm erscheinen. Er wird sie mit seinem Charme gewinnen.

Noch ein Wort zu Polen: In Bad Reichenhall[29] habe ich Czyrek gesagt, es sei problematisch, daß niemand im Westen Kania und Jaruzelski persönlich kenne. Sie sollten sich im Westen vorstellen. Das hätte einen doppelten Effekt: Sie würden schwerer angreifbar durch die Sowjetunion, und sie lernten westliches Denken besser kennen, und die westlichen Führer lernten ihr Denken besser kennen. Czyrek erwiderte, er habe das beiden Herren auch schon vorgeschlagen und sei dankbar dafür, diese Ermutigung von meiner Seite berichten zu können. Ich schlage vor, daß auch Sie eine solche Ermutigung aussprechen.

Kania und Jaruzelski haben keine Auslandserfahrung und sind verlegen gegenüber westlichen Gesprächspartnern.

Haig: Ich danke Ihnen für diese gute Anregung.

VS-Bd. 11110 (204)

257

Aufzeichnung des Referats 220

220-370.73/10 LRTNF-1435/81 geheim **14. September 1981**[1]

Betr.: Amerikanische TNF-Verhandlungsposition;
hier: Deutsche Stellungnahme

Der Entwurf der amerikanischen Verhandlungsposition[2] beruht auf dem im Bündnis erarbeiteten Integrated Decision Document (IDD)[3], das dem Allianzbeschluß vom 12.12.1979[4] zugrunde lag. Der amerikanische Verhandlungsansatz,

29 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 18. August 1981 vgl. Dok. 234 und Dok. 236.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert.

2 Für das undatierte Papier „Status Report for the SCG: The US Position on an Approach to TNF Arms Control Negotiations" vgl. VS-Bd. 11345 (220).

3 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

der die bisherigen SCG-Arbeitsergebnisse in Rechnung stellt und die beiden von der NATO-Ministerratstagung in Rom im Mai d. J.[5] in Auftrag gegebenen Studien (Bedrohungsanalyse und Studie über technische Erfordernisse der NATO-TNF)[6] berücksichtigt, ist als Ausgangsposition aus unserer Sicht durchaus zufriedenstellend und entspricht sehr weitgehend der vom Bundessicherheitsrat gebilligten Haltung (BSR vom 20. September 1979[7]).

Im Folgenden werden die wesentlichen Elemente des amerikanischen Verhandlungskonzepts dargelegt (jeweils a)), die Position der Bundesregierung dazu erläutert und auf die Punkte hingewiesen, bei denen noch keine vollständige Übereinstimmung mit den Auffassungen der amerikanischen Seite bestehen (jeweils b)).

1) Allgemeine Grundsätze (Ziffer II des US-Papiers)

a) Amerikanische Position

Die Amerikaner beabsichtigen, zu Beginn der Verhandlungen allgemeine Rüstungskontrollgrundsätze wie

– Gleichheit der Begrenzungen,
– globaler Charakter der Begrenzungen,
– Ausschluß von Drittstaatensystemen,
– strenge und bindende Verifikationskriterien und -verfahren

als übergeordnete Prinzipien in die Verhandlungen einzuführen. Diese Grundsätze sollen nach amerikanischer Ansicht nicht nur für ein erstes Abkommen, sondern auch für spätere Verhandlungsphasen maßgeblich sein.

b) Unsere Position

– Nach unserer Auffassung könnte es nützlich sein, zu Beginn der schwierigen Verhandlungen Einigung über einige allgemeine Prinzipien zu erzielen.
– Aus unserer Sicht könnte die Aufzählung allerdings um wenigstens zwei weitere Grundsätze ergänzt werden:
  – Einbettung der LRTNF-Verhandlungen in den SALT-Prozeß. Dieser Grundsatz ist sowohl innerhalb der Allianz wie auch im Ost-West-Verhältnis weitgehend unstrittig; allerdings hängt die Einpassung der LRTNF-Verhandlungen in den SALT-Rahmen vom Fortgang des SALT-Prozesses ab, der weder inhaltlich noch zeitlich festgelegt ist. Deshalb hat die Bundesregierung im Einvernehmen mit ihren europäischen Bündnispartnern darauf hingewirkt, daß LRTNF-Verhandlungen unter Wahrung des SALT-Rahmens, aber unabhängig von der SALT-Überprüfung und ihrem Abschluß, beginnen können.

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

6 Zu den von der „High Level Group" (HLG) der NATO ausgearbeiteten Studien vgl. Dok. 261.

7 Der Bundessicherheitsrat billigte am 20. September 1979 einen Bericht der „Special Group" der NATO, der u. a. „zwölf Prinzipien, die als Richtlinien für die Verfolgung rüstungskontrollpolitischer Ziele dienen sollen," enthielt. Vgl. die „Beschlußvorlage des Bundesministers des Auswärtigen" vom 14. September 1979; VS-Bd. 14080 (010); B 150, Aktenkopien 1979.
Bundeskanzler Schmidt informierte am 21. September 1979 Präsident Carter über die Ergebnisse der Sitzung des Bundessicherheitsrats am Vortag. Vgl. AAPD 1979, II, Dok. 274.

– Grundsatz der Reziprozität. Die Anerkennung dieses Grundsatzes würde es später erleichtern, vergleichbare Systeme beider Seiten in die Verhandlungen und späteren Begrenzungen einzubeziehen.

2) Erfassung von Kurzstreckensystemen (Ziffer III des amerikanischen Papiers)

a) Amerikanische Position

In Übereinstimmung mit dem IDD und der Studie über die technischen TNF-Erfordernisse, welche die HLG im Auftrag der NATO-Ministerkonferenz in Rom entworfen hat, stellt der amerikanische Verhandlungsansatz als prioritäres Verhandlungsziel die Begrenzung der sowjetischen landgestützten Mittelstreckenraketen heraus. Gleichzeitig wird jedoch auf die Umgehungsmöglichkeiten derartiger Begrenzung hingewiesen und gefordert, daß in diesem Zusammenhang auch Raketen kürzerer Reichweite und Flugzeuge zu berücksichtigen sind. Vor allem die Einbindung der Kurzstreckenraketen in einem ersten Abkommen (constraining) wird als notwendig angesehen, um den Aufbau einer neuen Bedrohung zu vermeiden.

Das amerikanische Papier läßt offen, in welcher Weise die Erfassung der Kurzstreckensysteme und evtl. auch der Flugzeuge (siehe Ziffer 3) erfolgen soll.

b) Unsere Position

Der amerikanische Ansatz gewährleistet die in der Allianz vereinbarte flexible, schrittweise Verhandlungsführung. Dies entspricht unseren Vorstellungen, welche in den vom BSR am 20.9.1979 gebilligten Prinzipien des SG-Berichts niedergelegt worden sind.

Aufgrund unserer geographischen Lage würde für uns die nukleare Bedrohung erst dann entscheidend gemindert werden, wenn ein stabiles Gleichgewicht aller nuklearen Trägermittel auf möglichst niedrigem Niveau hergestellt würde. Ein so umfassender Ansatz würde jedoch die Verhandlungen so komplizieren, daß Verhandlungsergebnisse in absehbarer Zeit nicht erreichbar wären.

Deshalb haben wir uns in der SCG – in Übereinstimmung mit dem Allianzansatz des schrittweisen Vorgehens – für kollaterale Einschränkungen für Systeme kürzerer Reichweite eingesetzt. Wir sollten auch weiterhin darauf hinwirken, daß die genannten Kurzstreckensysteme nicht als gleichwertige Verhandlungsgegenstände wie die landgestützten Mittelstreckenraketen verhandelt und begrenzt werden. Auch die Einbindung der Kurzstreckenraketen sollte, zumindest in der ersten Phase, durch kollaterale Einschränkungen erfolgen.

3) Schrittweises Vorgehen, Behandlung der Flugzeuge

a) Amerikanische Position (Ziffer IV des US-Papiers)

Bemerkenswert ist die amerikanische Bereitschaft, in den Verhandlungen auch über Begrenzungen für Flugzeuge zu sprechen. Hierzu enthält das amerikanische Papier zwei sich ergänzende Ansätze:

– Zunächst die Bereitschaft, der SU eine Zusage zu geben, in einer folgenden Phase auch über Flugzeuge zu verhandeln und dabei klarzumachen, daß Begrenzungen für den Backfire-Bomber in den Verhandlungen über interkontinentale Systeme angestrebt würden.
– Bereitschaft, schon in der ersten Phase über die Vergleichbarkeit und die Zahlen der in Frage kommenden Flugzeugtypen zu sprechen und so zu dokumen-

tieren, daß die prinzipielle Bereitschaft über die Begrenzung in einer zweiten Phase zu verhandeln, ernstgemeint ist.

Das amerikanische Papier läßt offen, über welche ihrer Flugzeuge die amerikanische Regierung zu verhandeln bereit sein könnte.

b) Unsere Position

Wir haben sowohl innerhalb der SCG wie bilateral bei den Amerikanern darauf gedrängt, in dieser Frage eine flexible Verhandlungsposition zu entwickeln und nicht von vornherein die Einbeziehung von Flugzeugen auszuschließen. Der amerikanische Ansatz entspricht jetzt weitgehend den Vorstellungen der Bundesregierung, wie sie in der Gemeinsamen BSR-Vorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung für die Sitzung am 4.2.1981 niedergelegt wurden (s. Anl. 2[8]).

Bei der öffentlichen Präsentation der Verhandlungsposition wird es darauf ankommen zu zeigen, daß der Westen flexibel und zu erfolgsorientierten Verhandlungen entschlossen ist.

4) Hauptelemente der Verhandlungsposition (Ziffer V des amerikanischen Papiers)

In diesem Abschnitt sind die wichtigsten Elemente des amerikanischen Verhandlungsvorschlags zusammengestellt:

a) Möglichst niedrige weltweite gleiche Obergrenzen für Mittelstreckenwaffen (TNF)

b) Unsere Position

Diese Formulierung entspricht weitgehend unseren Vorstellungen, die wir in den letzten Konsultationen vorgetragen haben. Sie stellt ein beachtliches Eingehen der Administration auf europäische Wünsche dar. Damit läßt sich in der Öffentlichkeit deutlich machen, daß es der Allianz nicht isoliert um Nachrüstung, sondern vorrangig um möglichst niedrige Obergrenzen gemäß dem auch bei SALT vereinbarten Grundsatz der Gleichheit geht. Angesichts der sowjeti-

8 Dem Vorgang beigefügt. In der Gemeinsamen Vorlage des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidigung hieß es: „a) Das vom Bündnis vereinbarte schrittweise Vorgehen in den Verhandlungen über LRTNF wird der Kompliziertheit des Verhandlungsgegenstandes gerecht und entspricht unserem Interesse an aussichtsreichen Verhandlungen. Es sollte daher beibehalten werden. b) Die Konzentration auf die Begrenzung landgestützter Mittelstreckenflugkörper – auf sowjetischer Seite die SS-20 unter Einbeziehung der SS-4 und SS-5, auf westlicher Seite der vorgesehenen Pershing II und GLCM – sollte nicht infrage gestellt werden. c) Bei einer Begrenzung zusätzlicher amerikanischer Systeme müssen die vergleichbaren sowjetischen Systeme ebenfalls begrenzt werden (Reziprozität). Eine einseitige Einbeziehung amerikanischer ‚FBS' ist nicht annehmbar. d) Das Prinzip der De-jure-Gleichheit gilt auch im Falle einer Ausweitung des Verhandlungsgegenstandes. e) Die Frage des geographischen Geltungsbereichs ist bei einer Ausweitung des Verhandlungsgegenstandes sorgfältig zu prüfen. Dabei haben wir aus Gründen der strategischen Koppelung eine starke Präferenz für globale Regelungen, evtl. mit zusätzlichen nachgeordneten, regional bezogenen Absprachen. Eine generelle Regionalisierung, wie sie von der Sowjetunion angestrebt wird, entspricht nicht den Sicherheitsinteressen des Bündnisses und muß vermieden werden. f) Die Auswirkungen einer Einbeziehung weiterer Systeme auf die Glaubwürdigkeit der Bündnisstrategie und – wie im Falle der nuklear- und konventionell einsetzbaren Dual-capable-Flugzeuge – auf die konventionelle Kampfkraft müßte im Bündnis sorgfältig geprüft werden. g) Ein förmlicher Anstoß zur Erörterung der Möglichkeit einer Ausweitung des Verhandlungsgegenstandes sollte – wenn überhaupt – von den Vereinigten Staaten ausgehen." Vgl. die Anlage zum Entwurf des Schreibens des Bundesministers Genscher vom 10. September 1981 an Bundeskanzler Schmidt; VS-Bd. 11345 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

schen Vorrüstung lassen sich niedrige Obergrenzen nur erzielen, wenn die SU bereit ist, entsprechend zu reduzieren.

Für die europäischen Bündnispartner ist das „Idealziel" der Null-Lösung wegen seiner politischen Bedeutung unverzichtbar.

a) Equal rights and equal ceilings

b) Unsere Position

In der Formulierung „equal rights and equal ceilings" dürfte der Begriff der „de jure gleichen Obergrenzen" enthalten sein. Diese Formel, die dem Westen die Freiheit läßt, die vertraglich fixierten Obergrenzen auszufüllen oder darunter zu bleiben, ist für uns unverzichtbar.

a) Weltweite Begrenzungen

b) Unsere Position

Der weltweite Ansatz für Begrenzungen geht auf unser Drängen zurück und entspricht dem SALT-Rahmen, in dem die Verhandlungen geführt werden. Die Erwähnung von besonderen Restriktionen entspricht unseren Interessen, um zusätzlich die Zahl der Systeme, die Europa erreichen können, auf einem möglichst niedrigen Niveau begrenzen zu können.

(Die SU wird voraussichtlich – wenigstens zunächst – auf einem regionalen Ansatz („systems in Europe") beharren.)

a) Begrenzung nur sowjetischer und amerikanischer Systeme

b) Unsere Position

Diese Position entspricht sowohl dem SALT-Ansatz wie den Forderungen des IDD. Eine Einbeziehung von Drittstaatensystemen in die Verhandlungen liegt nicht in unserem Interesse. Dies gilt nicht nur für Flugzeuge, sondern auch im Hinblick auf die beabsichtigte Einbindung von Kurzstreckensystemen durch begleitende Maßnahmen. Bei Aufgabe des strikt bilateralen Verhandlungsrahmens wäre nicht mehr auszuschließen, daß die SU die Einbeziehung nicht amerikanischer Flugzeuge und die „deutscher" Pershing in die Verhandlungen fordern würde.

Mit sowjetischer Insistenz in der Frage der Drittstaatensysteme ist zu rechnen, obwohl seinerzeit, anläßlich des BK/BM-Besuches in Moskau im Sommer 1980, Gromyko auf entsprechende Frage des BK bestätigte, daß auch die sowjetische Seite nicht an eine Begrenzung der Drittstaatensysteme im Rahmen der LRTNF-Verhandlungen denke.[9] Die Allianz wird allerdings prüfen müssen, wie sie langfristig auf zu erwartende sowjetische Forderungen nach Kompensation für die französischen und britischen Systeme reagieren soll.

a) Zählkriterium „warheads"

b) Unsere Position

Als Zähl- und Begrenzungsmethode hat sich die NATO mit unserem Einverständnis im IDD auf „warheads on launchers" festgelegt. Das amerikanische Verhandlungskonzept nennt aber nur „warheads" und verlangt die Einbeziehung von „refire missiles". Dies könnte eine andere Zählweise bedeuten und wahr-

9 Vgl. dazu das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau; AAPD 1980, II, Dok. 193.

scheinlich auch eine Diskussion über das Vorhandensein westlicher Nachladesysteme hervorrufen. Diese Frage bedarf der Klärung auf der kommenden SCG-Sitzung.[10]

Bei den Sowjets ist eine einheitliche Linie hierzu nicht erkennbar. Die Frage wird im Zusammenhang mit dem Prinzip der gleichen Obergrenzen behandelt und gelöst werden müssen.

a) Verifikation so streng wie notwendig, auch weitergehend als National Technical Means (NTM)

b) Unsere Position

Das Maß an Verifizierbarkeit, das für TNF-Begrenzungen notwendig und ausreichend sein wird, ist von der Festlegung des endgültigen Verhandlungsgegenstandes abhängig und muß im Rahmen des Bündnisses noch definiert werden. Die Forderung nach Verifizierungsmaßnahmen über NTM hinaus wird gewiß Verhandlungsschwierigkeiten bereiten. Dies gilt insbesondere dann, wenn Nachladekapazitäten in die Verifizierung einbezogen werden sollen.

Da der Grundsatz der Reziprozität auch hier Anwendung finden wird, werden die Forderungen an die andere Seite nach Duldung von Verifizierungsmaßnahmen mitbestimmt von der amerikanischen Bereitschaft, für die eigenen Systeme entsprechende Maßnahmen hinzunehmen.

Dieser Punkt bedarf noch der Klärung in der Allianz. Unser Interesse wird sein sicherzustellen, daß es nicht zu überzogenen Verifikationsforderungen kommt, die den Verhandlungsverlauf in unakzeptabler Weise hemmen.

a) Forderung nach Vorlage sowjetischer Daten

b) Unsere Position

Diese Forderung entspricht der SALT-Tradition und wird die Sowjets nicht überraschen.

Uns muß es darauf ankommen, darauf zu achten, daß sich im TNF-Kontext keine endlose Datendiskussion entwickelt. Die Gefahr ist allerdings geringer als bei MBFR, da die Mittelstreckenwaffen überschaubarer und kontrollierbarer sind als etwa die Verhandlungsgegenstände in Wien.

VS-Bd. 11345 (220)

10 Zur zehnten Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 16. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 259.

258

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister Jorge

105-A.69/81 **16. September 1981**[1]

Zweites Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundesministers des Auswärtigen mit dem Außenminister der Volksrepublik Angola, Herrn Paulo Teixeira Jorge, am 16.9.1981 um 16 Uhr[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

BM bemerkte einleitend, daß die Initiative der Kontaktgruppe mit großer Energie fortgeführt werde.[3] Er riet dem angolanischen AM im Interesse der Sache, den Amerikanern mitzuteilen, daß die Kubaner nicht in Angola bleiben müßten, wenn Namibia unabhängig wird. Dies sei, wie erwähnt, wichtig für die Meinungsbildung nicht nur in den USA, sondern auch in anderen Ländern, wie z. B. in der Bundesrepublik Deutschland.

Der *angolanische AM* sagte, dies sei den Amerikanern mehrfach, zuletzt anläßlich des Besuchs von Unterstaatssekretär Crocker, deutlich gemacht worden.

Zur Erläuterung der kubanischen Präsenz in Angola führte der angolanische AM folgende Gründe an: die doppelte Invasion des Landes – einen Monat nach der Unabhängigkeit[4] – durch reguläre Truppen von Südafrika und Zaire mit dem Ziel, die MPLA zu zerschlagen. Man verfüge über Hinweise darauf, daß die USA die erwähnten Staaten zu diesem Schritt ermutigt hätten. In jedem Falle sei weder von den USA noch von den westlichen Staaten auch nur ein Finger gerührt worden. Die FNLA habe damals Zaire um Unterstützung gebeten, die UNITA Südafrika. Die USA seien also in gewissem Maße dafür verantwortlich, daß sich die angolanische Regierung gezwungen gesehen habe, ihre Freunde, die

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrätin I. Klasse Eichhorn am 17. September 1981 gefertigt.

2 Der angolanische Außenminister Jorge hielt sich vom 15. bis 19. September 1981 in der Bundesrepublik auf. Ein erstes Gespräch mit Bundesminister Genscher fand am 16. September 1981, 8.00 Uhr, statt. Darin erklärte Jorge u. a., „die führenden Politiker Angolas von Präsident Agostino Neto bis zu Präsident José Eduardo dos Santos und auch er selbst hätten mehrmals deutlich erklärt, wenn Namibia unabhängig sei und die Bedrohung durch südafrikanische Angriffe aufhöre, würden die kubanischen Genossen sicherlich in ihre Heimat zurückkehren. Es gehe allein darum, ob man den Worten der angolanischen Führung Glauben schenke oder nicht. Diese halte jedoch üblicherweise Wort und erfülle ihre Verpflichtungen." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178840.
Am Vormittag des 17. September 1981 übergab Jorge Bundeskanzler Schmidt eine Mitteilung von Präsident dos Santos, die „auf die Lage im südlichen Afrika eingeht und eine Würdigung der Haltung der Bundesrepublik Deutschland in der Namibia-Frage enthält". Schmidt faßte die Haltung der Bundesrepublik zu Namibia zusammen: „klare Ablehnung der südafrikanischen Apartheitspolitik; eine klare Befürwortung der Unabhängigkeit Namibias; aber auch eine klare Forderung nach Abzug aller nicht-afrikanischen Truppen aus dieser Region". Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178840.

3 Zur Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA vgl. Dok. 232 sowie Dok. 250, Anm. 24.

4 Nach dem Abzug der letzten portugiesischen Truppen am 10. November 1975 riefen einen Tag später die MPLA die „Volksrepublik Angola" und die FNLA gemeinsam mit der UNITA die „Volksdemokratische Republik Angola" aus. Vgl. dazu AAPD 1975, II, Dok. 345.

sie während des bewaffneten Kampfes unterstützt hatten, ebenfalls um Hilfe zu ersuchen. Auf diesen Hilferuf habe aber nicht nur Kuba geantwortet, sondern auch afrikanische Länder.

Es sei nicht begreiflich, daß die kubanische Präsenz in Angola Besorgnis hervorrufe, die Anwesenheit französischer und amerikanischer Truppen in Ländern, die nicht von Aggression bedroht seien, dagegen nicht. Auch Herrn Crocker habe man gefragt, warum die USA ihre Truppen aus anderen Ländern nicht abzögen.

Nach dem Verhältnis Angola–Zaire befragt, erklärte der angolanische AM, die Beziehungen seien in der Vergangenheit sehr schwierig, geradezu schlecht gewesen. Präsident Neto habe Schritte zur Normalisierung dieser Beziehungen unternommen, wozu die Aufnahme diplomatischer Beziehungen gehört habe.[5] Derzeit sei das Verhältnis völlig normal. Es bestünden auch Wirtschaftskontakte zwischen beiden Ländern. Dieser Zustand ergebe sich aus der von Angola verfolgten Politik der guten Nachbarschaft. Natürlich seien beide Länder in ihrer politischen und ideologischen Ausrichtung grundverschieden, was jedoch kein Hindernis für die Entwicklung bilateraler Beziehungen darstelle, zumal Angola für das Prinzip der Nichteinmischung eintrete.

BM erklärte, es bestehe ein Interesse daran, daß die afrikanischen Staaten zu einer Verständigung gelangten und ihre Kräfte nicht in Konflikten aufrieben.

Der *angolanische AM* erkundigte sich nach dem Treffen der Kontaktgruppe am 24.9.[6] Ihn interessierten vor allem die Orientierungslinien, die BM für dieses Treffen vorsehe, zumal er der Lösung des Problems bereits große Anstrengungen gewidmet habe.

BM erwiderte, das dritte Außenministertreffen in diesem Jahr[7] komme wie die anderen auf deutschen Wunsch zustande. Er sei bemüht, gemeinsam mit der neuen amerikanischen Administration die Initiative fortzusetzen. Dazu sei in erster Linie wichtig festzustellen, daß die SR-Resolution 435[8] weiterhin als Grundlage gelte, was in Rom und Ottawa ebenfalls bestätigt worden sei und nun in New York bekräftigt werden solle. Sein Ziel sei es, in New York darüber zu sprechen, wie die Verzögerungstaktik der Südafrikaner überwunden werden könne, damit diese endlich die notwendigen Schritte auf der Grundlage der Resolution 435 unternähmen. Was dies betreffe, hätten die Amerikaner, vor allem auch beim Besuch von Herrn Clark in Südafrika[9], erheblichen Druck auf die Südafrikaner ausgeübt.

Der *angolanische AM* äußerte die Befürchtung, daß die USA beabsichtigten, die

5 Angola und Zaire nahmen am 29. Juli 1978 diplomatische Beziehungen auf.

6 Zum Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 279.

7 Die Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) trafen am 3. Mai 1981 in Rom und vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello zusammen. Vgl. dazu Dok. 128 und Dok. 216.

8 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

9 Zur Reise des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Clark vom 10. bis 13. Juni 1981 nach Südafrika vgl. Dok. 175.

Resolution 435 zu ändern und einige neue Klauseln in sie aufzunehmen, deren Tragweite der angolanischen Regierung nicht bekannt sei.

BM antwortete, es bestehe nicht die Absicht, die Res. 435 zu ändern. Es wäre jedoch begrüßenswert, wenn die SWAPO erklären würde, daß man bestimmten Prinzipien der UN-Charta[10] bei Ausarbeitung der Verfassung eines unabhängigen Namibia Rechnung tragen werde.

Unter Hinweis auf das Gespräch mit BM Offergeld am folgenden Tag[11] erwähnte der *angolanische AM* die Möglichkeit einer Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Prozeß des nationalen Wiederaufbaus in Angola in einer Form, die bilateral noch zu definieren sei, möglicherweise auch durch eine Sonderhilfe wegen der im Süden Angolas herrschenden Notsituation.

Auf die Frage des *BM*, wieviele südafrikanische Soldaten derzeit noch in Angola seien[12], antwortete der *angolanische AM*, vor ungefähr einer Woche habe sich die Zahl auf 11000 belaufen. Vor seiner Abreise habe ihm der Verteidigungsminister seines Landes[13] mitgeteilt, daß die angolanischen Truppen dabei seien, Terrain zurückzugewinnen, vielleicht sogar die Hauptstadt der Provinz Cunene zurückzuerobern.[14]

Dies sei eine vertrauliche Mitteilung. Aufgrund des Widerstands der angolanischen Streitkräfte, insbesondere der Bodentruppen, sei es den Südafrikanern nicht gelungen, noch weiter vorzurücken. Ihre Übermacht bestehe lediglich bei den Luftstreitkräften, die unter dem falschen Vorwand des Angriffs auf SWAPO-Basen angolanische Ortschaften zerstört hätten. Einige südafrikanische Landstreitkräfte hätten Angola bereits verlassen, über präzise aktuelle Daten verfüge er nicht. Der angolanische AM unterstrich, daß bei den heftigen Kämpfen zwischen südafrikanischen und angolanischen Truppen Kubaner nicht beteiligt gewesen seien.

BM bezeichnete dies als eine weise Entscheidung der Regierungen in Luanda

10 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

11 Botschafter Dunker, z. Z. Bonn, notierte am 22. September 1981, daß der angolanische Außenminister Jorge gegenüber Bundesminister Offergeld sein Interesse an einer Kooperation in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Gesundheit und Außenhandel vorgetragen habe. Hinsichtlich der Einbeziehung von Berlin (West) in entsprechende Abkommen erkenne Angola „das Recht auf konsularische Hilfe der Bundesrepublik für Berliner Bürger an". Angola „halte jedoch den Ausdruck ‚Land Berlin' für nicht gerechtfertigt, da Berlin nicht Teil der Bundesrepublik Deutschland sei". Offergeld habe sich mit Gesprächen auf Delegationsebene einverstanden erklärt. Angola müsse jedoch „für unser nationales Anliegen hinsichtlich der besonderen Problematik von West-Berlin Verständnis haben. Bundesrepublik Deutschland habe mit über 100 Ländern TZ-Abkommen abgeschlossen, ohne daß die Frage West-Berlins entscheidendes Hemmnis gewesen sei." Vgl. Referat 320, Bd. 127715.

12 Zur südafrikanischen Militäraktion gegen Angola vgl. Dok. 240.

13 Pedro Maria Tonha.

14 Am 22. September 1981 gab das angolanische Verteidigungsministerium bekannt, daß die angolanischen Streitkräfte die Städte Ondjiva, Mongua und Ksangongo „wieder ‚eingenommen' hätten, daß jedoch S[üd]A[frika]-Truppen nach wie vor Teile der Cunene-Provinz besetzt hielten und mit Aufklärungsflügen und Bombardierungen fortführen". Legationsrat I. Klasse Cuntz, Luanda, übermittelte dazu am 23. September 1981 die Einschätzung, daß die Erklärung „rechtzeitig und offensichtlich gezielt vor morgigem Ministertreffen der KG" herausgegeben worden sei: „Nach dem Besuch von AM Jorge in Bonn setzt man große Hoffnungen in Frankreich und Bundesrepublik Deutschland, um Rad zu eigenen Gunsten herumwerfen zu können. Angriffe auf uns bleiben in letzter Zeit völlig aus." Vgl. den Drahtbericht Nr. 280; Referat 320, Bd. 127716.

und Havanna. Diese Meinung habe er auch im Kabinett zum Ausdruck gebracht.[15]

Das Gespräch endete gegen 17 Uhr.

Referat 010, Bd. 178840

259

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-5355/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1499
Citissime

Aufgabe: 16. September 1981, 21.00 Uhr[1]
Ankunft: 16. September 1981, 21.26 Uhr

Betr.: 10. Sitzung der Special Consultative Group (SCG) am 16. September 1981

Zur Unterrichtung

I. Die 10. Sitzung der SCG am 16. September 1981, die vom amerikanischen Vorsitzenden Eagleburger geleitet wurde, war der Erörterung des jüngsten Entwurfs der amerikanischen Verhandlungsposition[2] gewidmet. Dabei trat die nahezu einhellige Unterstützung dieser Position durch die Verbündeten zutage. Die amerikanische Seite nahm die Stellungnahmen der SCG-Mitglieder zur Kenntnis und sagte Berücksichtigung im weiteren Verlauf der Vorbereitung auf den Verhandlungsbeginn zu.

Ich habe das im Fünfer-Rahmen Ende August in Bonn[3] vorerörterte Papier über die öffentliche Präsentation der westlichen Verhandlungslinien[4] zirkuliert und um Stellungnahmen bis zur nächsten SCG-Sitzung gebeten.

15 Das Kabinett beschäftigte sich am 2. September 1981 mit der südafrikanischen Militäraktion in Angola: „Die Bundesregierung betrachtet die Militäraktion als unakzeptabel und verurteilt das Vorgehen Südafrikas. In der Sache wird der französische Standpunkt geteilt, wie er sich im Abstimmungsverhalten Frankreichs im UN-Sicherheitsrat ausdrückt. Die Bundesregierung bleibt um ein einheitliches Vorgehen der fünf an der Namibia-Initiative beteiligten westlichen Staaten bemüht." Vgl. die Aufzeichnung des Referats 011; Referat 320, Bd. 127716.

1 Hat Staatssekretär von Staden am 17. September 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Botschafter Ruth vermerkte: „Wie steht es mit unseren Überlegungen zur Verifikation. Das ist ja in concreto eine schwierige zweischneidige Frage (MBFR!). Wir müssen darauf achten, uns nicht in eine falsche Position zu manövrieren oder manövrieren zu lassen."
Hat in Vertretung von Ruth Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arz von Straussenburg am 21. September 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen.

2 Zum amerikanischen Papier „Status Report for the SCG: The US Position on an Approach to TNF Arms Control Negotiations" vgl. Dok. 257.

3 Zum Gespräch zwischen Vertretern Belgiens, der Bundesrepublik, Großbritanniens, Italiens und der USA am 27. August 1981 vgl. Dok. 245.

4 Für das Papier „Public Posture on LRTNF-Negotiations" vom 15. September 1981 vgl. Referat 220, Bd. 123109.
Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete am 16. September 1981, er habe zu dem Papier ausgeführt,

Die nächste SCG-Sitzung ist für den 26. Oktober in Brüssel vorgesehen.[5]

II. Im einzelnen

1) In allgemeinen Stellungnahmen aller SCG-Mitglieder wurden der umfassende Charakter und die Klarheit des amerikanischen Entwurfs einer Verhandlungsposition gewürdigt.

Es wurde seine enge Anlehnung an das am 12.12.1979 gebilligte Integrated Decision Document (IDD)[6] ebenso hervorgehoben wie die Bereitschaft der Amerikaner, in dem Verhandlungsansatz die bisherige Arbeit der SCG und insbesondere Vorstellungen der Europäer zu berücksichtigen. Die zeitgerechte Vorlage des Entwurfs und seine Flexibilität, wie sie in der Übernahme des schrittweisen Ansatzes zum Ausdruck kommt, wurden besonders unterstrichen.

2) Auf der Grundlage des Schreibens des Ministers an den Bundeskanzler vom 10. September 1981[7] habe ich ausführlich zu den Einzelpunkten des amerikanischen Papiers Stellung genommen. Im Anschluß an die im amerikanischen Papier enthaltene Aufzählung von Prinzipien, die sich zur Diskussion im Verhandlungsrahmen eignen, habe ich vorgeschlagen, auch die Grundsätze der Reziprozität und der Einordnung der TNF-Verhandlungen in den SALT-Rahmen zu berücksichtigen. Außerdem habe ich angeregt zu prüfen, ob nicht der Versuch eines grundsätzlichen Einvernehmens über diese Prinzipien mit der anderen Seite unternommen werden sollte.

Im Zusammenhang mit den Systemen kürzerer Reichweite betonte ich die Notwendigkeit, darüber nicht die prioritäre Aufgabe der Begrenzung der landgestützten Mittelstreckenraketen aus dem Auge zu verlieren. Aus unserer Sicht sollten die Systeme kürzerer Reichweite durch kollaterale Beschränkungen erfaßt werden.

Der dem amerikanischen Papier zugrundeliegende globale Begrenzungsansatz wurde von allen Sprechern unterstützt. Ich habe, wie andere SCG-Mitglieder, auf das Erfordernis hingewiesen, diesen Ansatz durch Dislozierungsbeschränkungen für den Raum zu ergänzen, aus dem die Allianz durch sowjetische Systeme unmittelbar bedroht werden kann.

3) Unter Bezugnahme auf die Bonner Ausführungen von AM Haig zum Null-Ergebnis[8] habe ich dafür plädiert, dieses Ergebnis als für den Idealfall denkbare Konsequenz offensiv darzustellen. Dieser Gedanke wurde von den meisten Sprechern unterstützt. Insbesondere UK, I und B warnten davor, falsche Erwar-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1380

„daß es angesichts der Intensität der öffentlichen Diskussion erforderlich sein werde, daß sich die Allianz die Möglichkeit schaffe, ihre Verhandlungsposition überzeugend und aktiv darzustellen. Der Entwicklung eines solchen Konzepts diene unser Beitrag. Wir stellten uns vor, daß nach Abstimmung in der SCG ein entsprechendes Dokument verabschiedet und der öffentlichen Diskussion in den einzelnen Bündnisstaaten zugrundegelegt werden solle." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1497; VS-Bd. 11345 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Zur elften Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO vgl. Dok. 307.

6 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

7 Für den Entwurf des Schreibens vgl. VS-Bd. 11345 (220); B 150, Aktenkopien 1981.
Vgl. dazu die inhaltsgleiche Aufzeichnung des Referats 220 vom 14. September 1981; Dok. 257.

8 Vgl. dazu die Äußerungen des amerikanischen Außenministers Haig am 14. September 1981 vor der Presse; Dok. 256, Anm. 18.

tungen in der Öffentlichkeit zu wecken. Die amerikanischen Vertreter stellten sich hinter den Gedanken einer offensiven und präzisen Darstellung des Null-Ziels in der Öffentlichkeit. Ich regte an, die Parameter der Erreichung des Null-Ziels als Ergebnis von Verhandlungen zu präzisieren. Dabei müsse klar werden, daß der Westen gleiche Obergrenzen auf dem niedrigstmöglichen Niveau anstrebt und daß die Erreichung eines Null-Ergebnisses ausschließlich von der sowjetischen Bereitschaft abhängt, ihre Potentiale auf Null zu reduzieren.

4) Drittstaatensysteme

GB wies auf seine schon 1979 festgelegte Position hin. Die auf britischen Unterseebooten stationierten Raketen seien als zentral-strategische Systeme zu betrachten. Sie sollten durch das Risiko eines Schlages gegen gegnerische Entscheidungszentren abschreckend wirken. Über sie könne im Rahmen von LRTNF-Verhandlungen nicht gesprochen werden. Ebensowenig könne eine Kompensation für diese Waffen ins Auge gefaßt werden. Dies sei die eindeutige und feste britische Position. Hierzu gebe es keine Flexibilität. Die Position sei auch bereits 1979 innerhalb der Allianz durch die Minister gebilligt worden.

Im übrigen zeige die SU dadurch, daß sie die Poseidon-Rakete nicht mehr bei den westlichen Systemen zähle, eine gewisse Bewegung in Richtung auf die Allianzposition in dieser Frage.

GB kündigte an, ein Papier zu dieser Frage werde noch vor der nächsten SCG-Sitzung zirkuliert werden. US unterstützten diese Position uneingeschränkt.

GB appellierte an die Verbündeten, in ihren Tabellen und Statistiken zur LRTNF-Bilanz Drittländersysteme nicht aufzuführen, und bezog sich dabei auch auf unseren hier verteilten Kommentar zum Semjonow-Papier.[9] Ich erwiderte darauf, wenn die Drittstaatensysteme in unserer Stellungnahme zum Semjonow-Papier aufgeführt seien, so sei das im Zusammenhang mit der sowjetischen Behauptung eines bereits bestehenden Gleichgewichts geschehen.

III. Reaktionen der USA auf Fragen und Kommentare der SCG-Mitglieder

1) Zu den bevorstehenden Gesprächen Haig/Gromyko[10] stellte US fest, Haig habe nicht die Absicht, in Verhandlungen einzutreten. Ziel der Gespräche sei eine öffentliche Erklärung über den Beginn der Verhandlungen. Die Verbünde-

9 Am 26. August 1981 übergab der sowjetische Botschafter Semjonow Bundesminister Genscher ein Papier mit einer Gegenüberstellung der Waffensysteme von NATO und Warschauer Pakt im Mittelstreckenbereich. Dazu legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron am 31. August 1981 eine Analyse vor, in der es hieß: „Hauptthema des sowjetischen Papiers ist die Darlegung der sowjetischen These vom bereits bestehenden annähernden militärischen Gleichgewicht im Mittelstreckenbereich (‚annähernde Parität von ca. 1000 Trägern auf beiden Seiten'). […] Neu an diesem Papier ist lediglich, daß die SU erstmals in einem offiziellen Dokument im einzelnen auch die Waffensysteme nennt, die sie auf ihrer Seite dem Mittelstreckenbereich zuordnet, allerdings ohne Zahlen für die einzelnen Systeme zu nennen. Hier deutet sich möglicherweise ein Umdenkungsprozeß der SU an. […] Für uns von Bedeutung ist ferner, daß im Gegensatz zu früheren sowjetischen Darstellungen […] die SACEUR assignierten Poseidon-Gefechtsköpfe nicht erwähnt werden. (Dafür taucht allerdings plötzlich der britische Jagdbomber Buccaneer auf, der nach westlicher Auffassung aufgrund seiner begrenzten Reichweite nicht als Mittelstreckensystem gerechnet wird)." Citron kam zu dem Schluß: „Selbst wenn man sich auf die im sowjetischen Papier genannten Waffensysteme beschränken würde, käme man noch zu einem sowjetischen Übergewicht von 346 Trägern von Mittelstreckenwaffen." Vgl. Referat 220, Bd. 123109.

10 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

ten würden möglichst schnell über den Verlauf der Gespräche unterrichtet werden.

2) Zu der Anregung von DK, in dem US-Papier klarzustellen, daß militärische Überlegenheit nicht angestrebt werde, erklärte US, Verhandlungen mit der Sowjetunion über allgemeine Prinzipien dieser Art würden verzögernd wirken. Im übrigen sollten die US, was ihre Motive betreffe, nicht auf die gleiche Ebene wie die Sowjetunion gestellt werden.

3) Zu den einzubeziehenden Systemen wiederholten US, der Schwerpunkt müsse auf den SS-20 liegen. Dazu kämen drei weitere Problemgruppen:

– SS-4 und SS-5,
– Kurzstreckensysteme (SS-12, SS-22, SS-23),
– Nachladekapazität.

Diese Probleme müßten jedes für sich behandelt werden. SS-4 und SS-5 seien in die Obergrenze einzubeziehen. Bei den Kurzstreckensystemen gebe es eine Skala von denkbaren Möglichkeiten, die von collateral restraints bis zu einer zahlenmäßigen Obergrenze reiche. Dazu habe man noch keine feste Position. Die Regelung der Nachladekapazität stelle schwere Verifikationsprobleme, die weiter geprüft werden müßten. Auf die Behandlung dieses Problems könne nicht verzichtet werden. Amerikanischerseits habe man zur Kenntnis genommen, daß sich die Bündnispartner für die gesonderte Lösung des Kurzstreckenproblems ausgesprochen haben.

4) Verifikation sei von zentraler Bedeutung. Sie sei schwieriger als bei den zentralen Systemen. Die Bereitschaft der Sowjets, auf cooperative measures einzugehen, sei ein Test für ihren Verhandlungswillen.

In Erläuterung ihres globalen Ansatzes führten die US aus, sie wollten vermeiden, daß sich eine zusätzliche Bedrohung für ihre chinesischen Freunde und japanischen Verbündeten ergebe. Die Möglichkeiten für zusätzliche Beschränkungen von Systemen, die auf das NATO-Territorium gerichtet seien, werde weiter geprüft. Dabei müsse der Eindruck einer eurostrategischen Sonderregelung und Abkoppelung vermieden werden. US machten deutlich, daß ihre Position zu diesen Fragen noch weiterentwickelt werden muß.

5) Zum weiteren Verfahren regte ich an, die Möglichkeiten zusätzlicher schriftlicher Anmerkungen der Verbündeten zu dem amerikanischen Papier offenzuhalten. Ich schlug weiterhin vor, das US-Papier angesichts der allgemeinen Zustimmung in seiner Struktur und Substanz zu erhalten, aber Einzelaussagen im Lichte der Anmerkungen der Verbündeten, wenn erforderlich, zu modifizieren. Das betreffe im wesentlichen Paragraph V des Papiers. Weitergehende Detailaussagen könnten in Anlagen oder Zusatzpapieren gemacht werden. Amerikaner haben zugesagt, alle Anregungen sorgfältig zu prüfen.

Als Termin für die nächste Sitzung der SCG schlugen USA den 26. Oktober 1981 vor.

IV. SCG hat sich darauf geeinigt, gegenüber der Presse festzuhalten, daß

– heutige Diskussion auf der Grundlage eines amerikanischen Papiers für die Verhandlungen geführt wurde,
– dieses Papier auf dem Entscheidungsdokument vom 12.12.79 und auf den bisherigen Erörterungen der SCG basiert,

– die heutige Diskussion das bestehende hohe Maß an Übereinstimmung unter den Bündnispartnern und die Qualität des Abstimmungsprozesses deutlich gemacht habe,
– die Ernsthaftigkeit und Zügigkeit der Verhandlungsvorbereitungen durch die Vereinigten Staaten und ihre Bündnispartner unterstrichen habe.

Auf dieser Linie habe ich im Anschluß an die Sitzung ein Hintergrundgespräch mit deutschen Journalisten geführt.

V. Konzept für die Öffentlichkeitsarbeit: Hierzu ergeht gesonderter DB.[11]

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11402 (220)

260

Gesandter Dannenbring, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5361/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3694
Cito

Aufgabe: 16. September 1981, 21.05 Uhr[1]
Ankunft: 17. September 1981, 03.29 Uhr

Betr.: Die amerikanische Truppenpräsenz in Europa

Bezug: 1) DE Nr. 4649 vom 14.9.81 – 221-372.14 USA-1440/81 VS-v[2]
2) DB Nr. 3649 vom 15.9.1981 – Pol 372.00 VS-v

Zur Unterrichtung auf Weisung

1) Der etablierte Grundkonsens, an der amerikanischen Militärpräsenz in Europa in ihrer gegenwärtigen Form festzuhalten, hat in der amerikanischen Politik auch weiterhin Geltung. Dies gilt sowohl für die Regierung Reagan im engeren Sinn als auch für eine breite Mehrheit in beiden Häusern des amerikanischen Kongresses. Diesem Konsens liegt die in Washington nach wie vor lebendige Überzeugung zugrunde, daß die globale Rolle der Vereinigten Staaten in der Auseinandersetzung mit der – militärisch immer stärker gewordenen – Sowjetunion nur unter Beibehaltung der gegenwärtigen amerikanischen Präsenz in Europa zu bewahren sein wird. Europa kommt in dieser globalen amerikanischen Sicht nach wie vor der erste Rang unter den gegenüber der SU zu vertei-

11 Für den Drahtbericht Nr. 1497 des Botschafters Ruth, z. Z. Brüssel, vom 16. September 1981 vgl. VS-Bd. 11345 (220); B 150, Aktenkopien 1981. Für einen Auszug vgl. Anm. 4.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik bat die Botschaft in Washington um Stellungnahme zu der von der MBFR-Delegation in Wien aufgeworfenen „Frage der sich angeblich längerfristig abzeichnenden Tendenz der neuen Administration, die amerikanische Truppenpräsenz in Europa zu schwächen. Gibt es bereits konkrete Anhaltspunkte dafür, eine solche Tendenz zu identifizieren?“ Vgl. VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

digenden Regionen zu. Der militärischen, politisch-psychologischen und symbolischen Bedeutung der Truppenpräsenz in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland ist man sich in diesem Zusammenhang in Washington voll bewußt.

2) Wenn dennoch von verschiedener Seite die Frage nach einer Wiederbelebung von Mansfield-Ideen[3] aufgeworfen wird, so ist dies aus unserer Sicht weniger auf eine etwa stärker auf den Pazifik ausgerichtete „kalifornische" Politik Reagans oder gar auf mangelnde Kenntnis europäischer Verhältnisse zurückzuführen. Der letztere Gesichtspunkt erscheint angesichts der relativ großen Zahl mit Europa und Deutschland bestens vertrauter Führungspersönlichkeiten sowohl im Weißen Haus (u. a. Richard Allen, General Schweitzer) und im State Department (u. a. Haig, Stoessel, Eagleburger) kaum überzeugend. Auch die führenden Militärs im Pentagon kennen die europäische Verteidigungsproblematik sehr gut.

Vielmehr sind für ein erneutes Auftauchen derartiger Gedanken mehrere zum Teil ineinander übergreifende Faktoren verantwortlich zu machen:

a) An erster Stelle nenne ich die in Washington weiter um sich greifende Erkenntnis, daß die in den kommenden Jahren geplanten Verteidigungsausgaben mit den nach jüngsten Projektionen zu erwartenden Einnahmen nicht zu finanzieren sein werden. Für den Fall weiterer Streichungen des Verteidigungsausgabenprogramms, der weithin für möglich gehalten wird, werden wichtige Stimmen in Washington für die Beibehaltung der nuklearen Programme und den Aufbau einer weltweiten Einsatzfähigkeit (RDF[4]) notfalls auch zu Lasten der konventionellen Streitkräfte plädieren. Dabei spricht man uns gegenüber durchaus offen über die Option, auch die Truppenstärke in Deutschland in eventuelle Einsparmaßnahmen einzubeziehen.

b) Für die weitere Entwicklung dieser amerikanischen Überlegungen dürfte unsere Reaktion auf die Stoessel-Demarche[5] von erheblicher Bedeutung sein. Unsere Gesprächspartner betonen, daß die Stoessel-Demarche das Angebot einer langfristigen Verteidigungszusammenarbeit enthält. Enttäuschungen über unsere Reaktion werden – besonders im Kongreß – denjenigen Stimmen Auftrieb geben, die schon jetzt einen höheren Verteidigungsbeitrag der europäischen Verbündeten fordern.

c) Ein weiterer Gesichtspunkt ergibt sich aus der in der amerikanischen „defense community" verbreiteten Auffassung, daß die Abschreckung nur aufgrund einer verbesserten Fähigkeit zur Kriegsführung (war fighting capability) glaubwürdig bleiben kann (vgl. dazu DB Brüssel NATO 1417 vom 3.9.1981 – II-

3 Senator Mansfield brachte am 31. August 1966 erstmals eine Resolution im amerikanischen Senat ein, in der eine Reduzierung der in Europa stationierten amerikanischen Truppen verlangt wurde. Für den Wortlaut vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 112, Teil 16, S. 21442, bzw. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 115, Teil 27, S. 36149.
In den folgenden Jahren wiederholte Mansfield regelmäßig seine Forderung. Am 9. Mai 1975 wurde in der Presse berichtet, daß der Senator erstmals seit 1966 keine Entschließung zur Reduzierung der amerikanischen Streitkräfte in Europa einbringen werde. Vgl. dazu den Artikel „Stimmung gegen Isolationismus wächst im amerikanischen Kongreß"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 9. Mai 1975, S. 1.

4 Zur „Rapid Deployment Force" vgl. Dok. 55.

5 Vgl. dazu das am 1. September 1981 übergebene Aide-mémoire der Bundesregierung; Dok. 246.

363.11-1.1[6]). Von Vertretern dieser Doktrin ist etwa folgender Gedankengang zu hören: Der Versuch, die konventionelle Verteidigungsfähigkeit der Allianz durch das LTDP[7] und andere Maßnahmen nachhaltig zu stärken, sei angesichts der wirtschaftlichen Probleme in den europäischen Allianz-Mitgliedstaaten zum Scheitern verurteilt. Die – theoretisch offene und von uns nie hinreichend beantwortete – Frage, ob die Abschreckung in Europa vorwiegend mit konventionellen oder nuklearen Mitteln bewirkt werden kann, stelle sich deshalb nicht mehr. Sie müsse zugunsten einer Stärkung der nuklearen Option beantwortet werden. Gesprächspartner wie Senator Nunn weisen darauf hin, daß es insoweit an einer abgestimmten und kohärenten Bündnisstrategie fehle: Einerseits erscheine eine deutliche Stärkung der konventionellen Komponente erforderlich, um die nukleare Schwelle zu heben und damit die Abschrekkung glaubwürdiger zu machen, andererseits gebe es in Washington – insbesondere im Falle weiterer Budgetkürzungen – eine erkennbare Priorität für die Nuklearprogramme, einschließlich Neutronenwaffe.

d) Der Hinweis, auch die RDF-Dislozierung trage zur Schwächung der konventionellen US-Präsenz in Europa bei (DB 470 aus Wien vom 8.9.1981 – 372.14 USA-268/81 VS-v[8]), erscheint mir hingegen in dieser Form nicht stichhaltig zu sein. Richtig daran ist, daß die Carter-Doktrin[9] mit ihrer Forderung nach dem Aufbau einer amerikanischen Fähigkeit zur Machtprojektion im Persischen Golf die Tendenz in sich birgt, dem Golf im Verhältnis zu Europa Gleichrangigkeit in der amerikanischen Verteidigungspolitik einzuräumen. Andererseits ist man sich in Washington sehr wohl bewußt, daß sich eine Alternative Europa oder Golf in Wirklichkeit nicht stellt, sondern daß eine effektive Projektion der US-Militärmacht im Golf die Aufrechterhaltung, wenn nicht sogar den Ausbau der Präsenz in Europa, schon aus logistischen Gründen zwingend voraussetzt.

e) In der Diskussion dieser Gesamtproblematik in den amerikanischen Medien, in der Öffentlichkeit und im Kongreß würden schließlich auch die sich in jüngster Zeit häufenden Meldungen über terroristische und sonstige gewalttätige Zwischenfälle bei den amerikanischen Truppen in Deutschland[10] zu berück-

6 Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 247.

7 Zum Langfristigen Verteidigungsprogramm der NATO vgl. Dok. 55, Anm. 6.

8 Botschafter Jung, Wien (MBFR-Delegation), berichtete über ein Gespräch mit dem Mitglied der amerikanischen MBFR-Delegation, Blaker. Nach dessen Einschätzung bestehe in der amerikanischen Regierung die Tendenz, langfristig die Präsenz ihrer Streitkräfte in Europa zurückzufahren: „Im Unterschied zur Mansfield-Zeit sei es heute die Administration, die in diesem Sinne den Ton angebe. Es sei für ihn bei seinem kürzlichen Aufenthalt in Washington bestürzend gewesen zu sehen, wie wenig Kenntnis die jetzige Führung, die von kalifornischem Denken geprägt und pazifisch ausgerichtet sei, von Europa besitze. Haig sei eine Ausnahme, der jedoch von der Umgebung Reagans sehr mißtrauisch angesehen werde. Ein weiteres auf Schwächung der amerikanischen Präsenz in Europa gerichtetes Element sei die Rapid Deployment Force. Zu den sowjetischen Schwachstellen, an denen diese Truppe in Krisenfällen aktiv werden solle, gehöre Europa sicherlich nicht." Vgl. VS-Bd. 11451 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Zur „Carter-Doktrin" vgl. Dok. 16, Anm. 10.

10 Am 31. August 1981 explodierte in Ramstein bei Kaiserslautern vor dem Hauptquartier der amerikanischen Luftstreitkräfte in Europa eine Autobombe. Bei dem Anschlag wurden 20 Personen verletzt. Vgl. dazu den Artikel „Bombenanschlag auf US-Base in Ramstein – Terroristen?"; DIE WELT vom 1. September 1981, S. 1.
Am 15. September 1981 wurde in Heidelberg auf den Oberbefehlshaber der amerikanischen Landstreitkräfte in Europa ein Anschlag verübt. Dabei wurde der Wagen von General Kroesen, der da-

sichtigen sein. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund des sich in den USA verstärkenden Eindrucks wachsender antiamerikanischer Strömungen in der BR Deutschland.

3) Für sich allein betrachtet, dürfte keiner der vorgenannten Gesichtspunkte hinreichen, um eine ernstzunehmende Neigung der Administration zur Reduzierung ihrer militärischen Präsenz in Europa zu belegen. Im Verbund hingegen können die geschilderten Umstände durchaus zu einer Wiederbelebung der Diskussion über den Rückzug von US-Truppen aus Europa führen. Die Intensität und der Verlauf einer solchen Diskussion hängen wesentlich von der weiteren Gestaltung der amerikanisch-europäischen Beziehungen und von internationalen Faktoren – z. B. Polen, Naher und Mittlerer Osten, Rüstungskontrollpolitik – ab und sind daher schwer vorherzusehen.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 11124 (204)

261

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-363.31-3163/81 geheim **18. September 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2] mit der Bitte um Zustimmung zu den beigefügten Studien

Betr.: Studien der HLG: „Bedrohungsanalyse“ und „Technische Erfordernisse der TNF der NATO“

Anlg.: 2 (nur Original)[3]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1386

bei leicht verletzt wurde, mit einer Panzerfaust beschossen. Zu dem Anschlag bekannte sich ein „Kommando Gudrun Ensslin“ der „Rote Armee Fraktion“. Vgl. dazu die Artikel „Anschlag auf den US-General schockiert die Bundesrepublik“ und „Attentat von langer Hand geplant“; DIE WELT vom 16. September 1981, S. 1, und 17. September 1981, S. 1.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann und Legationsrat I. Klasse Bolewski konzipiert.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 24. September 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Unter der Voraussetzung, daß d[ie] Exec[utive] Summaries den Inhalt decken und korrekt zusammenfassen: einv[erstanden]. Eine Einschrä[nk]ung muß ich bei Ex[ecutive] Sum[mary] d[es] Berichts über Funct[ional] Req[uirements] 4 a) 3. Anstrich machen, weil ich dieses Argument im Sinne einer Optimierung mil[itärischer] Sicherheit nicht als relevant anerkennen kann. Da diese Frage im Gesamtzusammenhang und im Hinblick auf den Zweck der Studien jetzt keine entscheidende Bedeutung hat, trete ich Ziffer II.2 dieser Aufzeichnung bei.“

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Studien der „High Level Group“ (HLG) der NATO „Threat Assessment“ und „NATO's Theater Nuclear Forces Functional Requirements“ vom September 1981 vgl. VS-Bd. 10336 (201).

I. Sachverhalt

1) Das Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrats vom 5. Mai 1981[4] in Rom enthielt in Paragraph 12 Absatz 2 folgenden Auftrag:

„Diese Verbündeten begrüßten die Absicht der Vereinigten Staaten, noch vor Ende dieses Jahres innerhalb des SALT-Rahmens in Verhandlungen mit der Sowjetunion über TNF-Rüstungskontrolle einzutreten. Der amerikanische Außenminister beabsichtigt, den Zeitpunkt und die Verfahren für diese Verhandlungen mit Außenminister Gromyko im September am Rande der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu erörtern.[5] Diese Verhandlungen werden sich auf eine auf den neuesten Stand gebrachte Bedrohungsanalyse der Allianz und eine Studie über die technischen Erfordernisse der TNF der NATO stützen, die im Rahmen der besonderen Konsultationsgruppe und der Hochrangigen Gruppe vorrangig erstellt werden soll."[6]

Die NATO-Verteidigungsminister stimmten diesem Vorgehen in ihrem Kommuniqué vom 13. Mai 1981 zu:

„In diesem Zusammenhang begrüßten die Minister die Absicht der Vereinigten Staaten, noch vor Ende dieses Jahres innerhalb des SALT-Rahmens in Verhandlungen mit der Sowjetunion über TNF-Rüstungskontrolle einzutreten, wie in Rom erklärt wurde, und billigten Pläne, wonach die besondere Konsultativgruppe und die Hochrangige Gruppe vordringlich die vereinbarten Studien durchführen sollen."[7]

2) Die High Level Group (HLG) der NPG, in der das Auswärtige Amt jeweils durch Dg 20[8] als stellvertretender Delegationsleiter vertreten war, erarbeitete diese Studien in fünf Sitzungen. Sie wurden am 15. September 1981 ad referendum verabschiedet.[9] Nach Zustimmung der Regierungen – aufgrund Vorlage des BMVg in der BSR-Sitzung am 2.10.1981[10] – sollen sie Gegenstand der nächsten NPG-Ministerkonferenz (20./21.10.1981)[11] sein. Die Zustimmung durch den Herrn Staatssekretär soll das BMVg in die Lage versetzen, die BSR-Vorlage als mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt zu bezeichnen.

II. Wichtige Aussagen der Studien

1) Bedrohungsanalyse

Die Bedrohungsanalyse betrachtet das gesamte Spektrum der WP-Bedrohung und damit der Interdependenz zwischen den verschiedenen konventionellen und nuklearen Waffensystemen. Seit 1965 betreibe die Sowjetunion eine um-

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

5 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

6 Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 28. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342.

7 Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 32. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 354.
Vgl. dazu ferner Dok. 139 und Dok. 140.

8 Heinz Dröge.

9 Zu den Sitzungen der „High Level Group" (HLG) der NATO am 13./14. Mai, 30. Juni und 30./31. Juli 1981 in Brüssel vgl. Dok. 129, Anm. 15, Dok. 174, Anm. 15, und Dok. 227, Anm. 2.

10 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 2. Oktober 1981 vgl. Dok. 304, Anm. 17.

11 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Gleneagles vgl. Dok. 304.

fassende Erweiterung und Modernisierung aller ihrer militärischen Kräfte. Dieser Trend werde trotz wirtschaftlicher, demographischer und Energieprobleme anhalten. Die Sowjetunion betrachte den Gebrauch militärischer Macht nicht nur als ein Mittel der Politik und räume daher den militärischen Anforderungen zur Unterstützung ihrer offensiven Militärdoktrin Vorrang ein. Die sowjetische Militärdoktrin betone die Fähigkeit, eine kriegerische Auseinandersetzung auf allen Stufen – vom konventionellen bis zum nuklearstrategischen Bereich – führen zu können. Die zur Durchführung dieser Militärdoktrin entwickelten Waffensysteme stellten eine ernste Bedrohung der NATO im allgemeinen und der eurostrategischen Kräfte der NATO im besonderen dar, da die sowjetische Strategie die frühzeitige Neutralisierung der Nuklearstreitkräfte der NATO betont.

Zum Verständnis von Art und Umfang dieser Bedrohung beinhaltet diese Studie detaillierte Angaben, insbesondere

– zu sowjetischen Verteidigungsausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt,
– zur Entwicklung der sowjetischen Militärdoktrin sowie
– zur qualitativen und quantitativen Entwicklung der sowjetischen nuklearen und konventionellen Streitkräfte, dabei werden besonders die sowjetischen TNF-Potentiale (SRTNF, MRTNF und LRTNF) berücksichtigt.

2) Studie über die technischen Erfordernisse der TNF der NATO

Ziel dieser Studie war es,

– die waffentechnischen Erfordernisse zu identifizieren, die zur Erfüllung der den TNF-Systemen in der NATO-Strategie zugewiesenen Aufgaben erforderlich sind,
– die Fähigkeit der gegenwärtigen und zukünftigen TNF-Systeme der NATO zur Erfüllung dieser Anforderungen zu bewerten und
– dies mit dem Integrated Decision Document vom 12. Dezember 1979[12] in Übereinstimmung zu bringen, das dem LRTNF-Doppelbeschluß[13] zugrunde lag.

Ausgehend von der NATO-Doktrin der Abschreckung mittels der Strategie der flexiblen Reaktion[14] werden den TNF-Systemen wie bisher folgende Aufgaben zugeordnet:

– Abschreckung eines konventionellen Angriffs,
– Abschreckung eines nuklearen Angriffs,
– Bindeglied zwischen konventionellen und nuklear-strategischen Streitkräften der NATO.

Im Rahmen der Abschreckung und Verteidigung erfüllen die NATO-TNF-Systeme sowohl politische als auch militärische Aufgaben.

12 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.
13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
14 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 20, Anm. 20.

III. Bewertung

1) Bedrohungsanalyse

Die Analyse der sowjetischen Bedrohung enthält in konzentrierter Form zutreffende Aussagen über Umfang und Qualität aller wesentlichen Faktoren im konventionellen wie im nuklearen Bereich. Sie stützt sich weitestgehend auf die jüngste Fassung des von den G2-Spezialisten der NATO gemeinsam erstellten Dokuments MC-161 (Warsaw Pact Strength and Capabilities) und entspricht somit auch unseren Erkenntnissen. Die Bedrohungsanalyse beinhaltet also auch keine neue Bewertung; sie dient als speziell für die LRTNF-Verhandlungen aufbereitete Arbeitsgrundlage.

2) Studie über die technischen Erfordernisse der TNF der NATO

Die Studie über die technischen Erfordernisse der TNF der NATO lehnt sich so eng an das Integrated Decision Document vom 12. Dezember 1979 an, daß es seiner Bestätigung gleichkommt. Es enthält weder Forderungen nach Erhöhung der Verteidigungausgaben noch nach der Entwicklung neuer spezifischer nuklearer Systeme. Die Studie präjudiziert in ihren Schlußfolgerungen auch nicht unsere Haltung zur LRTNF-Rüstungskontrolle. Den deutschen Interessen konnte somit unter Einbindung der Amerikaner voll Rechnung getragen werden.

3) Beiden HLG-Studien, an denen sowohl das Auswärtige Amt als auch das BMVg mitgewirkt haben, kann daher uneingeschränkt zugestimmt werden.

Dröge

VS-Bd. 10336 (201)

262

Ministerialdirigent Bräutigam an Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. New York

214-320.10 POL-2218/81 geheim **Aufgabe: 20. September 1981, 17.49 Uhr**
Fernschreiben Nr. 4772 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Polen;
hier: Britisches Papier vom 18.9. zur Frage westlicher Reaktion bei Verhängung Ausnahmezustandes

Bezug: DB Washington geheim Nr. 3742/3743/3744 vom[1]

Bitte D2 sofort vorlegen.

[1] Unvollständiger Satz in der Vorlage.
Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Washington, berichtete am 19. September 1981 über die Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA vom Vortag. Themen waren u.a. die Vorbereitung des Gesprächs der Außenminister Lord

Zu den Erörterungen der vier Politischen Direktoren[2] in Washington und dem von Bullard übergebenen Papier[3] wird wie folgt Stellung genommen:

I. Allgemein

1) Auch wir haben Hinweise erhalten, die darauf hindeuten, daß sich die polnische Führung unter massivem sowjetischem Druck (Erklärung der sowjetischen Führung vom 17.9.[4] an die PVAP und die polnische Regierung[5]) darauf vorbereitet, den Ausnahmezustand zu verhängen.[6] Dabei ist aber noch nicht zu erkennen, welche konkreten Maßnahmen der Ausnahmezustand unmittelbar zur Folge haben würde (z. B. Verbot der Solidarität als solcher oder der Fortsetzung des Solidaritätskongresses[7]; Verhaftung führender Mitglieder bzw. Berater der Solidarität; Dienstverpflichtung von Arbeitern; verschärfte Zensurmaßnahmen). Denkbar ist, daß die polnische Führung[8] nach [9]Verhängung des Ausnahmezustandes tiefgreifende Maßnahmen zunächst noch zurückstellt und Bemühungen unter Vermittlung der Kirche um einen nationalen Konsensus zur Überwindung des akuten Konflikts intensiviert werden. Wir halten einen solchen Versuch trotz der inzwischen eingetretenen Verhärtung beider Seiten nicht für aussichtslos. Ein anderer Verlauf ist jedoch gleichfalls denkbar[10], nämlich die Ankündigung eines landesweiten Streiks, dessen Durchführung dann zu einer schweren Konfrontation der Arbeiterschaft mit den polnischen Sicherheitskräften und dem Militär und zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen könnte.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1390

Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Haig (USA) am 23. September 1981 in New York, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme sowie die Krisen in Polen, Afghanistan, Zypern und im Nahen Osten. Vgl. dazu VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Jacques Andréani (Frankreich), Julian L. Bullard (Großbritannien), Lawrence S. Eagleburger (USA) und Franz Pfeffer (Bundesrepublik).

3 Für das am 18. September 1981 in Washington vorgelegte britische Papier „How should the West react if the Polish authorities declare a state of emergency" vgl. die Anlage 4 zum Drahtbericht Nr. 3742/3743/3744 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Washington, vom 19. September 1981; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981. Für Auszüge vgl. Anm. 19, 23 und 24.

4 Korrigiert aus: „18.9."

5 Für den Wortlaut der Erklärung des ZK der KPdSU und der sowjetischen Regierung vom 17. September 1981 an das ZK der PVAP und die polnische Regierung vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 105 f.

6 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, nahm am 16. September 1981 Stellung zu Meldungen, wonach „ein militärischer Aufmarsch der Sowjets an den polnischen Grenzen in Gang gesetzt worden ist. […] Aus ihrer Sicht darf es keine Kompromisse und keine politischen Konzessionen mehr gegenüber einer Führung von ‚Solidarität' geben, die sich zum Werkzeug ‚konterrevolutionärer Kräfte' gemacht hat. Die Sowjets erwarten, daß die polnische Führung dabei notfalls auch eine innenpolitische Kraftprobe in Kauf nimmt. Ein sowjetischer Aufmarsch an der polnischen Grenze könnte also durchaus die Funktion haben, der polnischen Führung noch vor der zweiten Etappe des Solidaritäts-Kongresses die erforderliche ‚Rückendeckung' für eine Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft zu geben, mit der Möglichkeit, selbst in Aktion zu treten, falls die polnischen Sicherheitskräfte sich als unzuverlässig erweisen oder bürgerkriegsartige Zustände eintreten sollten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3712; VS-Bd. 13283 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Zum ersten Kongreß der Gewerkschaft „Solidarność" vom 5. bis 10. September 1981 in Danzig, der vom 26. September bis 7. Oktober 1981 fortgesetzt wurde, vgl. Dok. 256, Anm. 19, und Dok. 274, Anm. 9.

8 Die Wörter „die polnische Führung" wurden von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

9 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär von Staden gestrichen: „einer".

10 Die Wörter „gleichfalls denkbar" wurden von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ebenso gut möglich".

2) Nach unserer Auffassung muß sich die westliche Reaktion an dem konkreten Verlauf der Krise ausrichten. Das Ziel muß weiterhin sein, alle innerpolnischen Bemühungen um eine Entschärfung des akuten Konflikts auch nach Verhängung des Ausnahmezustandes zu erleichtern und alles zu unterlassen, was das Risiko einer Intervention von außen noch erhöhen würde. Solange in Polen die Kompromißmöglichkeiten noch nicht völlig erschöpft sind, sollte sich der Westen darauf konzentrieren, die polnische Führung vor den Folgen einer gewaltsamen Repression und die sowjetische, unter Betonung des Nichteinmischungsprinzips, vor denen einer Intervention[11] zu warnen und sie zur Mäßigung aufzurufen. Eine Diskussion westlicher Sanktionen (die durch Indiskretionen bekanntwerden könnten) würde in diesem heiklen und möglicherweise für alle Beteiligten noch nicht kalkulierbaren[12] Stadium die Eskalationsgefahr weiter erhöhen. Wir neigen deshalb dazu, daß der Ständige NATO-Rat erst bei einer dramatischen Verschärfung mit einer Prüfung konkreter Maßnahmen aus dem vorliegenden Katalog der Eventualfallplanung[13] beauftragt werden sollte. Um eine Dramatisierung zu vermeiden, sollten auch die NATO-Außenminister bei einer Verhängung des Ausnahmezustands noch nicht zusammentreten.

3) Gerade angesichts der jetzigen Zuspitzung bleibt es unverändert wichtig, daß die Wirtschaftshilfe für Polen ungeachtet der finanziellen Schwierigkeiten in westlichen Ländern fortgesetzt wird. Eine abwartende Haltung der westlichen Seite könnte den fatalen Eindruck erwecken, daß der Westen der bisherigen polnischen Politik der Erneuerung und Reform keine Chancen mehr einräumt. Ein solches Verhalten könnte mit dazu beitragen, daß die polnische Führung die Lage für aussichtslos hält und keine Alternative mehr zu einer gewaltsamen Redressierung der Situation sieht. Unsere eigenen Haushaltsschwierigkeiten sollten daher Bekundungen der fortbestehenden Bereitschaft der westlichen Staaten, nach Möglichkeiten für Hilfe zu suchen[14], nicht im Wege stehen.

II. Bemerkungen zu Einzelpunkten des britischen Papiers

1) Wir stimmen dem durch Zurückhaltung und Ausgewogenheit gekennzeichneten britischen Papier grundsätzlich zu. Insbesondere unterstützen wir die allgemeine Linie, auch nach Verhängung des Ausnahmezustands die Bemühungen um eine politische Lösung des Konflikts nicht zu erschweren und – jedenfalls zunächst – auf die sowjetische Seite in nicht-öffentlicher Form einzuwirken. Eine öffentliche Verurteilung der massiven sowjetischen Einwirkung[15] wä-

11 Der Passus „die polnische Führung … einer Intervention“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs von Staden zurück. Voher lautete er: „unter Betonung des Nichteinmischungsprinzips die polnische und die sowjetische Führung vor den unabsehbaren Folgen einer gewaltsamen Repression“.

12 Der Passus „und möglicherweise … nicht kalkulierbaren“ wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

13 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 67.

14 Der Passus „nach Möglichkeiten … zu suchen“ wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

15 Der Passus „auf die sowjetische Seite … sowjetischen Einwirkung“ ging auf Streichungen und handschriftliche Einfügungen des Staatssekretärs von Staden zurück. Vorher lautete er: „von einer öffentlichen und direkten Verurteilung der massiven sowjetischen Einwirkung auf Polen abzusehen. Eine solche Verurteilung“.

re, wenn der Vorgang isoliert betrachtet würde, zwar angemessen, könnte in[16] der Sowjetunion aber in diesem Stadium erhöhter Sensibilisierung[17] als schwere Herausforderung empfunden[18] werden, die ihr den Verzicht auf eine direkte Intervention eher erschweren würde. Wir halten es auch für wichtig, daß in diesem Stadium nicht dem Eindruck eines Ost-West-Konflikts über Polen Vorschub geleistet wird.

2) Die in dem britischen Papier skizzierte öffentliche Erklärung[19] müßte im Falle von schwerwiegenden Eingriffen der polnischen Behörden wahrscheinlich ergänzt werden. Insbesondere dürfte dann ein Aufruf zur Mäßigung an alle Beteiligten des Konflikts notwendig sein.

Sollte es zu massiver Gewaltanwendung durch die polnische Führung oder zu einer großen Verhaftungswelle kommen, müßte zusätzlich auf die Notwendigkeit der Einhaltung der KSZE-Schlußakte[20] und ggf. auch der VN-Menschenrechtskonventionen[21] hingewiesen werden.

3) Wir befürworten bei Verhängung des Ausnahmezustands ein Zusammentreten des Ständigen NATO-Rats mit dem Auftrag, fortlaufend die Lage zu prüfen und Informationen der Mitgliedstaaten auszutauschen. Eine Prüfung von etwaigen Gegenmaßnahmen (abgesehen von Warnungen) sollte dagegen[22] erst bei einer weiteren wesentlichen Verschärfung der Situation erwogen werden.

Öffentliche Erklärungen des Ständigen NATO-Rats können nur aufgrund von Weisungen aus den Hauptstädten in Betracht kommen.

4) Wir unterstützen koordinierte Demarchen der westlichen Botschafter in Warschau mit dem Ziel, die polnische Führung zu größtmöglicher Zurückhaltung zu

16 Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „von".

17 Die Wörter „in diesem Stadium erhöhter Sensibilisierung" wurden von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

18 Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „verstanden".

19 Das am 18. September 1981 in Washington vorgelegte britische Papier enthielt folgende Richtlinien für öffentliche Stellungnahmen westlicher Regierungen: „a) New situation whose implications will need to be urgently assessed. b) West has close ties with Poland and keen interest in outcome of present period of trial for Polish people. c) West has given substantial economic help of various kinds in recent months, and other requests are under consideration. d) Necessary contacts are being urgently established with Polish authorities. e) Urgent consultations being arranged among those concerned in the West. f) More than ever essential that Poland be allowed to solve her own problems without outside interference." Vgl. die Anlage 4 zum Drahtbericht Nr. 3742/3743/3744 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Washington, vom 19. September 1981; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

21 Vgl. dazu die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" vom 10. Dezember 1948; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. II, S. 135–141.
Vgl. dazu auch den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966; UNTS, Bd. 993, S. 3–106. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1570–1582.
Vgl. dazu ferner den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966; UNTS, Bd. 999, S. 171–346. Für den deutschen Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1534–1555.

22 Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden handschriftlich eingefügt.

veranlassen.[23] Dabei sollte sich die Gesprächsführung entsprechend den britischen Vorstellungen an eine Linie halten, die nicht im Widerspruch zum Nichteinmischungsprinzip steht.

5) Wir sind wie die Briten der Auffassung, daß gegenüber der sowjetischen Seite in vertraulichen Kontakten eine schärfere Sprache angebracht ist.[24] Zentraler Punkt der westlichen Argumentation muß die strikte Einhaltung des Nichteinmischungsprinzips sein. Gleichzeitig sollte den Sowjets aber deutlich gemacht werden, daß der Westen die polnische Situation nicht zu seinem Vorteil auszunutzen versucht und aus seiner Sicht die politischen Rahmenbedingungen des Ost-West-Verhältnisses nicht berührt sind. Der in dem britischen Papier enthaltene Begriff der „legitimen Interessen der Sowjetunion" könnte allerdings bei sowjetischen Gesprächspartnern zu Fehlinterpretation der westlichen Haltung führen. Er sollte deshalb vermieden werden.

D 4[25] stimmt der allgemeinen Linie des britischen Papiers wie auch den spezifisch wirtschaftlichen Punkten zu.

Der Erlaß hat dem Staatssekretär[26] vorgelegen.

Bräutigam[27]

VS-Bd. 13316 (214)

23 In dem am 18. September 1981 in Washington vorgelegten britischen Papier wurde angeregt: „Western ambassadors in Warsaw should make urgent local arrangements (singly, in groups or through representative) to see Polish Foreign Minister or other appropriate minister(s). They should […] draw his attention to the obvious connexion between the continued provision of Western help and the political as well as the economic situation in Poland and ask for the fullest and most authoritative statement of the Polish government's attitude and intentions, ideally also reaching agreement with the Poles on what would be said publicly." Vgl. die Anlage 4 zum Drahtbericht Nr. 3742/3743/3744 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Washington, vom 19. September 1981; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

24 Die britische Regierung schlug in dem am 18. September 1981 in Washington unterbreiteten Papier vor: „In private contacts with the Soviet Union, Western representatives would make a firm statement about the importance of non-interference, as the central plank of their respresentations. They would also take the line that the West has no wish to exploit the situation to damage the legitimate interests of the Soviet Union and trusts that the converse is also the case." Vgl. die Anlage 4 zum Drahtbericht Nr. 3742/3743/3744 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. Washington, vom 19. September 1981; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

25 Per Fischer.

26 Hat Staatssekretär von Staden am 20. September 1981 vorgelegen.

27 Paraphe.

263

Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1964 **Aufgabe: 21. September 1981, 20.35 Uhr**[1]
Ankunft: 22. September 1981, 02.52 Uhr

Betr.: Treffen Bundesministers mit ASEAN-Außenministern[2]

Bundesminister traf heute mit Außenministern der Philippinen[3], Singapurs[4] und Indonesiens[5] sowie den VN-Botschaftern von Malaysia[6] und Thailand[7] zu Arbeitsfrühstück zusammen (Außenminister von Thailand[8] und Malaysia[9] waren noch nicht verfügbar).

Schwerpunkte des mehr als einstündigen Gesprächs waren Kambodscha-Problem, Ost-West-Beziehungen und Nord-Süd-Dialog.

1) Zur Kambodscha-Frage berichteten die ASEAN-Außenminister über Bemühungen zur Bildung einer United Front. Sihanouk sei weiterhin sehr populär. Behauptung der Khmer Rouge, über 30 000 Untergrundkämpfer zu verfügen, sei unwahrscheinlich. Denn mit einer Truppe in dieser Stärke könne man sehr viel mehr bewirken, als dies in Kambodscha der Fall sei. Nachdem Khmer Rouge bei den Gesprächen in Singapur[10] Flexibilität gezeigt hätten, habe sich kurz darauf ihre Haltung wieder verhärtet. ASEAN-Staaten würden jedoch weiterhin auf Zusammenfassung aller Widerstandsgruppen drängen. Man müsse eine breitere Basis in Kambodscha selbst haben, als die international mit Recht in Verruf geratenen Khmer Rouge sie bieten, um damit auch für internationale Bemühungen einen Bezugspunkt zu haben.

Außenminister begrüßten jüngsten Abstimmungserfolg in der Sitzfrage.[11] Ab-

1 Hat Ministerialdirigent Wallau am 22. September 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.
Hat Braunmühl am 22. September 1981 vorgelegen.

2 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt: „21.9."
Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Carlos P. Romulo.

4 Suppiah Dhanabalan.

5 Mochtar Kusumaatmadja.

6 Zainal Abidin bin Sulong.

7 Birabhongse Kesemsri.

8 Siddhi Savetsila.

9 Tun Mohammed Ghazali bin Shafie.

10 Am 14. September 1981 informierte Referat 340: „[B]ei einem ersten Treffen der drei Khmer-Widerstandsgruppen und ihrer Führer Prinz Sihanouk, Khieu Samphan (‚Democratic Kampuchea') und Son Sann (K[hmer]P[eople's]N[ational]L[iberation]F[ront], früherer MP) unter maßgeblicher Einflußnahme von Singapur wurde am 4.9.1981 in Singapur eine Grundsatzvereinbarung unterzeichnet, die u. a. eine Koalitionsregierung des Demokratischen Kambodscha für den Befreiungskampf vorsieht. Damit sind Ansätze für eine Image-Verbesserung des ‚Democratic Kampuchea' und günstige Vorzeichen auch für die Erhaltung seines VN-Sitzrechtes geschaffen worden." Vgl. Referat 230, Bd. 128034.

11 Referat 340 vermerkte am 14. September 1981: „Vor der Kampuchea-Debatte der 36. GV wird voraussichtlich erneut die Frage des VN-Sitzrechtes des ‚Democratic Kampuchea' (früheres Pol-Pot-

stimmung habe Isolierung der Sowjetunion und Vietnams bestätigt. Man hoffe, daß es Außenminister Pahr als Konferenzvorsitzendem gelinge, Vietnam doch noch an den Verhandlungstisch zu bringen.[12] ASEAN-Außenminister dankten für Unterstützung durch Bundesrepublik und die Zehn.

2) Auf Bitten der ASEAN-Außenminister legte Bundesminister seine Einschätzung der Ost-West-Lage dar und erläuterte insbesondere Lage in Polen. Sowjetisches Eingreifen würde internationale Lage tiefgreifend verändern. Dies müsse sich auch auf Entwicklungsländer auswirken. Er appelliere deshalb an ASEAN-Minister, ihre Sorge über Entwicklung auch den Sowjets nahezubringen.

3) ASEAN-Minister äußerten Sorgen über Meinungsverschiedenheiten innerhalb der NATO, insbesondere zwischen Europäern und USA. Ablehnung der Neutronenbombe, Demonstrationen gegen Haig[13] seien in ihren Ländern mit Besorgnis registriert worden.

Bundesminister betonte, daß der Grundkonsens zwischen USA und Europa unberührt sei. Man müsse die aufgetretenen Probleme in der richtigen Proportion sehen. Wichtige Ursache sei Regierungs- und Richtungswechsel in USA in vierjährigem Rhythmus, während in der Bundesrepublik z. B. seit zwölf Jahren dieselbe Regierung mit großer sachlicher und personeller Kontinuität arbeite. Durch Wechsel bedingte Schwankungen amerikanischer Politik führten bei Europäern zu Irritationen. Bundesminister erläuterte dies am Beispiel Neutronenbombe. Außenminister Romulo sagte, Europa habe in den letzten 20 Jahren größeres Eigengewicht gewonnen. Die USA müßten dies begreifen.

4) Nord-Süd-Dialog. Romulo sagte, es sei ihm nur unter großen Anstrengungen gelungen, Präsident Marcos zur Teilnahme in Cancún[14] zu bewegen. Man habe in der Dritten Welt den Eindruck, daß es den Industriestaaten nicht wirklich um Lösung der Probleme gehe, sondern daß man sich nur um Kosmetik bemühe. Entwicklungsländer erwarteten von den Industriestaaten in Cancún

Fortsetzung Fußnote von Seite 1395

Regime) aktuell werden. Dabei dürfte die ‚credentials'-Frage zunächst im Beglaubigungsausschuß behandelt werden. Die ASEAN-Staaten halten aus den bereits in den letzten beiden Jahren ausschlaggebenden grundsätzlichen Erwägungen am Sitzrecht des ‚Democratic Kampuchea' fest, das bei der 35. GV durch eine klare Mehrheit (74 Ja, 35 Nein, 32 E[nthaltungen]) bestätigt wurde. […] Vor diesem Hintergrund wollen wir auch in der 36. GV wie 1980 zusammen mit der Mehrheit der EG-Partner (außer F, IRL, NL: bei 35. GV Enthaltung) für die ASEAN-Position und das Sitzrecht des ‚Democratic Kampuchea' eintreten und damit bekräftigen, daß wir das von Vietnam mit Waffengewalt geschaffene fait accompli nicht hinnehmen." Dabei solle erneut deutlich gemacht werden, „daß unsere Haltung keine Anerkennung des früheren Pol-Pot-Regimes bedeutet, daß wir die Greueltaten des Regimes verurteilen und eine erneute Übernahme der Regierungsgewalt durch die dafür Verantwortlichen für uns nicht akzeptabel ist." Vgl. Referat 230, Bd. 128034.
Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 18. September 1981, daß die VN-Generalversammlung am selben Tag „durch Annahme des Berichts Beglaubigungsausschusses auch Beglaubigungsschreiben des D[emocratic]K[ampuchea]" anerkannt habe: „Die der Annahme des Berichts vorausgehende Abstimmung über Zusatzantrag von 14 im wesentlichen sozialistischen Staaten (Ausnahme Indien), der Beglaubigungsschreiben DKs von Zustimmung ausnehmen wollte, brachte mit 77 Nein-Stimmen bei 37 Ja-Stimmen und 31 Enthaltungen erneut östliche Abstimmungsniederlage." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1949; Referat 230, Bd. 128034.

12 Zur Einrichtung eines „Kampuchea-Ausschusses" unter Leitung des österreichischen Außenministers Pahr durch die VN-Konferenz über Kambodscha am 17. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 214.

13 Zur Demonstration beim Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 13. September 1981 in Berlin (West) vgl. Dok. 255, Anm. 43.

14 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

einen Durchbruch in die Richtung auf die Global Negotiations.[15] Wenn nicht bald überzeugende Fortschritte erreicht würden, würde dies West-Süd-Beziehung gefährden. Seit 1979 hätten die Beziehungen der Dritten Welt zu den kommunistischen Staaten an Qualität verloren. Nun drohe aber ein Rückschlag in den Beziehungen zum Westen, insbesondere als Folge der Haltung der neuen amerikanischen Administration in wichtigen Fragen wie Namibia, Seerecht, Nord-Süd-Dialog. Romulo gab zu, daß Dritte Welt im Nord-Süd-Gespräch zu hohe Forderungen erhoben und diese konfrontativ verfolgt habe. Wenn Dritte Welt jetzt sachlicher und maßvoller argumentiere, so sei dies kein Grund für den Westen, wieder in Untätigkeit zu verfallen.

ASEAN-Außenminister begrüßten Gedanken Bundesministers, auf Londoner Treffen EG/ASEAN am 13./14. Oktober[16] Nord-Süd-Dialog besondere Aufmerksamkeit zu geben. Vom Londoner Treffen müsse ein unüberhörbares Signal für Cancún ausgehen.

[gez.] Gorenflos

Referat 010, Bd. 178848

264

Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1965 **Aufgabe: 21. September 1981, 21.30 Uhr**[1]
Ankunft: 22. September 1981, 03.29 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister mit pakistanischem Außenminister

AM Agha Shahi suchte am 21.9. Bundesminister zu etwa dreiviertelstündigem Gespräch auf.[2] Im Mittelpunkt stand Afghanistan-Frage und im Zusammenhang damit gegenwärtige Entwicklung der sowjetischen Politik.

Agha Shahi wies auf anhaltenden und wachsenden afghanischen Widerstand hin, dessen Erfolge zu Unrecht von den Indern bezweifelt würden. Karmal sei in Afghanistan selbst praktisch gescheitert. Um so mehr versuche er jetzt, diplomatisch aktiv zu werden. Die Karmal-Vorschläge vom August[3] ließen eine gewisse Flexibilität erkennen.

15 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 256, Anm. 27.

16 Zur dritten Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 300.

1 Hat Ministerialdirigent Wallau am 22. September 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.
Hat Braunmühl am 22. September 1981 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Zum Acht-Punkte-Plan der afghanischen Regierung vom 24. August 1981 vgl. Dok. 250, Anm. 9.

Für Pakistan stelle sich die Frage, ob Sowjetunion bereit sei, sich zu bewegen. Firjubin habe in Islamabad gesagt, wenn die Führer der drei unmittelbar beteiligten Länder sich um Lösung bemühten, werde SU dies unterstützen.[4] Da es in Iran praktisch keine handlungsfähige Regierung gebe[5], seien Dreiergespräche schon deshalb nicht möglich. Pakistan sei jedoch bereit, über den Generalsekretär der VN[6] Gespräche über Substanzfragen zu führen. Dabei handle es sich nur um prozedurales Entgegenkommen, in der Sache sei pakistanische Haltung unverändert. Agha Shahi bat Bundesminister, gegenüber Gromyko pakistanisches Interesse an Verhandlungslösung zu betonen.[7] Auf Frage des Bundesministers sagte Agha Shahi, es gebe keinen Gegensatz zur europäischen Initiative[8], diese müsse gegebenenfalls der Entwicklung angepaßt werden. Grundsätzliche pakistanische Bereitschaft zu Dreiergesprächen ändere nichts daran, daß Pakistan nach wie vor Anerkennung des Karmal-Regimes entschieden ablehne. Man müsse aber einen Weg finden, um zu Sachverhandlungen mit der Sowjetunion zu kommen.

Auf Frage Agha Shahis nach unserer Einschätzung der sowjetischen Haltung in Afghanistan gab Bundesminister Bewertung sowjetischer Politik. Sowjetunion habe Entwicklung in Afghanistan falsch eingeschätzt. Sie sei jetzt in Gefahr, auch Entwicklung in Europa falsch zu bewerten. Sie überschätze Bedeutung der Demonstrationen usw. und der Meinungsverschiedenheiten zwischen Europa und USA.

Der europäisch-amerikanische Grundkonsens in allen wichtigen Fragen sei unberührt, Zusammenarbeit mit USA sei ausgezeichnet.

Sowjetunion müsse erkennen, daß es ihr in mehr als drei Jahrzehnten nicht gelungen sei, die Völker Osteuropas für sich zu gewinnen (Beispiel Polen). Polnische Probleme könnten sowjetisches Interesse an Entlastung in der Afghanistan-Frage fördern. Sowjets seien auch an Abrüstungsverhandlungen interessiert. Man dürfe Sowjets aber nicht in eine Situation bringen, in der sie Verhandlungen von vornherein für aussichtslos halten. Dann können sie sich zu grundsätzlicher Revision ihrer bisher immer noch zumindest auf begrenzte Zusammenarbeit und Fortführung der Entspannung gerichteten Politik gezwungen sehen. Sowjetische Haltung gegenüber Polen zeige, daß Sowjetunion immer noch daran interessiert sei, Konfrontation zu vermeiden. Sowjetische Politik sei auf langfristige Entwicklung ihrer großen Ressourcen (Sibirien usw.) angelegt. Diese Politik könne durch verstärkten Rüstungswettlauf gefährdet werden. In dieser La-

4 Der sowjetische Stellvertretende Außenminister Firjubin hielt sich vom 24. bis 26. August 1981 in Islamabad auf. Zu den Gesprächen übermittelte Pressereferent Rosiny, Islamabad, am folgenden Tag Informationen des pakistanischen Außenministers. Shahi habe erklärt, daß sich Pakistan „weiterhin weigere, mit Kabul ‚face to face' zu verhandeln. […] Das Flüchtlingsproblem, so habe er Firjubin empfohlen, solle im Verlauf getrennter Gespräche der AM Pakistans und Afghanistans mit dem VN-Generalsekretär in New York behandelt werden. Überhaupt stimme Pakistan allen Verhandlungen mit Kabul zu, solange sie indirekt geführt werden, die VN also als Vermittler dazwischengeschaltet bleiben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 510; Referat 340, Bd. 127042.

5 Zur Entwicklung in Iran vgl. Dok. 277, Anm. 7.

6 Kurt Waldheim.

7 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1981 in New York über Afghanistan; Dok. 278, Anm. 26.

8 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

ge müsse man gegenüber der Sowjetunion fest bleiben, aber zugleich Möglichkeiten politischer Lösungen anbieten. Aus der Interessenlage der Sowjetunion ergebe sich, daß SU auch in Afghanistan[9] an einer politischen Lösung interessiert sei, zumal sie durch ihr Engagement in Kambodscha, Afrika und Kuba weiteren hohen Belastungen ausgesetzt sei.

Agha Shahi bat Bundesminister, den USA nahezubringen, daß es Pakistans Position in der Dritten Welt und gegenüber der Sowjetunion abträglich sei, wenn USA versuchten, Pakistan ebenso wie Israel in einen strategischen Konsens einzubeziehen. Bundesminister sagte dies zu.[10] Er erläuterte unsere positive Einschätzung der Blockfreiheit, die jetzt auch von den Amerikanern geteilt werde.

[gez.] Gorenflos

Referat 010, Bd. 178848

265

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in New York

D 2/204-321.00 SO-726/81 geheim **22. September 1981**[1]

Gespräch während des Frühstücks zwischen Bundesminister Genscher und Außenminister Haig am 22. September[2] in New York (8.30 bis 9.45 Uhr)[3]

Haig: Crocker hat eine sehr konstruktive Unterhaltung mit den Südafrikanern geführt über den three-phase-approach.[4] Er nimmt an, daß die Südafrikaner unseren Brief[5] befriedigend beantworten werden. Sie erkennten an, daß die USA ein offenes Spiel mit ihnen spielten, und sie wollten ebenso antworten. Das

9 Korrigiert aus: „Pakistan".

10 Zur Übermittlung an den amerikanischen Außenminister Haig vgl. Dok. 265.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, gefertigt.

2 Korrigiert aus: „21. September".

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

4 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, führte am 21. September 1981 in Zürich Gespräche mit dem Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium, Fourie, über die Lösung des Namibia-Konflikts. Am 23. September 1981 berichtete Botschafter van Well, New York (VN), daß nach Informationen von Crocker die Demarche der Namibia-Kontaktgruppe vom 12. September 1981 und die mögliche Antwort der südafrikanischen Regierung Thema des Gesprächs gewesen seien. Danach habe Südafrika Zusicherungen gewünscht zum Phasen-Konzept und zum Verhältnis der Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 „zu möglichen Änderungen bei UNTAG". Ferner habe Südafrika die „große Bedeutung (great concern) der Frage kubanischer Präsenz in Angola betont. USA habe gegenüber S[üd]A[frika] unterstrichen, daß hierin keine Bedingung gesehen werden dürfe. […] Fragen des Monitoring in Angola, der SWAPO-Basen in Namibia seien […] nicht aufgeworfen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1996; Referat 320, Bd. 125283.

5 Zur Demarche der Namibia-Kontaktgruppe vom 12. September 1981 vgl. Dok. 250, Anm. 24.

Vertrauen Pretorias sei wieder größer geworden. Staatssekretär[6] wolle zurücktreten, wenn das Kabinett seine Linie nicht akzeptiere. In der Phase drei müsse die kubanische Präsenz in Angola gleichzeitig gelöst werden. Die amerikanische Seite habe ausdrücklich gesagt, dies sei auch eine amerikanische Position, aber nicht notwendigerweise eine Position der Fünf.[7] Die Fünf stimmten aber in der generellen Zielsetzung überein. Die USA seien der Meinung, daß „Zug um Zug geliefert" werden müsse.

Ich hoffe, daß die Südafrikaner vor dem Treffen der Fünf am 24. September[8] ihre schriftliche Antwort gegeben haben.[9]

Bundesminister: Wie steht es mit dem Zeitplan?

Haig: Wir haben ihn, was die Phase drei angeht, noch nicht spezifizieren können. Darüber müssen wir uns rasch intern klarwerden.

Wir sollten zu gegebener Zeit, auch was unsere Vorstellungen gegenüber der Sowjetunion und Kuba angeht, „nach außen gehen". Wir müssen sie als Modifizierung der Sicherheits-Resolution 435[10] darstellen. Aber noch ist diese Zeit nicht gekommen. Zunächst müssen wir mit Angolanern, Kubanern und den Sowjets sprechen. Die Fünf werden bald schwierige Entscheidungen fällen müssen.

Bundesminister: Wir müssen zunächst sehen, wie die Antwort der Südafrikaner ausfällt. Ich befürchte, ohne klaren Zeitrahmen wird das enttäuschend. Für die Afrikaner ist der Zeitrahmen entscheidend. Wir dürfen nicht unglaubwürdig werden. Die Afrikaner haben mit großer Geduld angesehen, was in Angola geschehen ist.[11]

Der angolanische Außenminister hat mir bei seinem Besuch am 16. September in Bonn[12] gesagt, vom Augenblick der Unabhängigkeit Namibias an gäbe es keinen Grund mehr für das Verbleiben der Kubaner in Angola. Die Kontroverse erinnert mich an Henne und Ei. Die einen sagen: Erst müssen die Kubaner aus

6 Bernardus Gerhardus Fourie.

7 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. New York, berichtete am 19. September 1981, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, habe in einer Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA bestätigt, daß letztere weiterhin auf einem parallelen Abzug kubanischer Truppen aus Angola und südafrikanischer Truppen aus Namibia bestünden: „Obwohl USA wiederholten, Kubaner-Abzug sei nicht ‚precondition', bleibt kein Zweifel, daß in der Phase der tatsächlichen 435-Ausführung ein Do ut Des gelten soll. […] Wir haben gefragt, was USA für den Fall vorsähen, daß sich ‚paralleler' Kubaner-Abzug als unerreichbar erweise. Ob Pretoria dann seinerseits am Status quo festhalten dürfe oder ob dann trotzdem Druck in Richtung auf SR 435-Ausführung ausgeübt werden solle. Crocker meinte, ein S[üd]A[frika]-Veto solle vermieden werden, und die Verknüpfung der beiden Probleme müsse unter US-Kontrolle bleiben. Es blieb aber unklar, wie. F brachte entschiedene Ablehnung der Verknüpfung der beiden Probleme zum Ausdruck und löste damit US-Unwillen und erneuten Vorwurf des Abweichens von angeblichem Montebello-Konsens der Fünf aus. In zurückhaltender Form ließen auch die anderen Drei ihre Bedenken erkennbar werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1950; VS-Bd. 11168 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Zum Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) in New York vgl. Dok. 279.

9 Zur Antwort der südafrikanischen Regierung vom 23. September 1981 vgl. Dok. 279, Anm. 4.

10 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

11 Zur südafrikanischen Militäraktion gegen Angola vgl. Dok. 240.

12 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister Jorge vgl. Dok. 258.

Angola verschwinden, dann kann Namibia unabhängig werden, und wir sagen: Es ist umgekehrt.

Haig: Die USA suchen den Kompromiß dazwischen, nämlich durch Gleichzeitigkeit. Ich habe mit dem mexikanischen Außenminister[13] über diese Frage gesprochen. Er will mit Castro reden, der nervös sein soll. Auch wegen der Probleme in unserer eigenen Hemisphäre ist für uns die Reihenfolge Unabhängigkeit Namibias, dann Abzug der Kubaner aus Angola nicht akzeptabel. Der mexikanische Außenminister glaubt, ein solcher Kompromiß sei möglich. Ich traue solchen Versicherungen nicht. Aber vielleicht lassen sich die beiden Ziele, voneinander separiert, gleichzeitig erreichen.

Hat Jorge im Gespräch mit Ihnen die Frage der nationalen Versöhnung angeschnitten? Er ist wohl der Meinung, daß die nationale Versöhnung erst nach der Unabhängigkeit Namibias zustande kommen kann?

Die Angolaner haben den Jugoslawen gesagt, von denen ich diese Mitteilung habe, daß dann die Beteiligung der Minderheiten an der Macht in Frage kommt.

Bundesminister: Ich sehe keine andere Möglichkeit.

Haig: Ich hoffe auf ein gutes Fünfer-Treffen. Carrington, mit dem ich gerade gesprochen habe, ist skeptisch. Die Südafrikaner hielten uns hin. Ich habe erwidert, wir müßten die Südafrikaner ähnlich wie die Israelis behandeln, die wir schließlich auch konkret zum Abzug aus dem Sinai bringen.

Bundesminister: Ich teile Carringtons Skepsis.

Wie planen Sie Ihre Gespräche mit Gromyko?[14] Ich habe den Brief des Präsidenten an Breschnew vom 21. September gelesen.[15] Gibt er die Gesprächslinie im wesentlichen wieder?

Haig: Ja. (Lachend:) Es wird ein brüderliches Gespräch werden.

Bundesminister: Gestern habe ich den ungarischen Außenminister Puja gesprochen. Ich habe ihm gesagt, wir seien sehr besorgt wegen des Drucks der drei Nachbarstaaten auf die Führung Polens. Er hat diese Bemerkung nicht zurück-

13 Jorge Castañeda y Álvarez de la Rosa.

14 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

15 Für das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 21. September 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Referat 213, Bd. 133226.
Dazu informierte Ministerialdirigent Dröge am 23. September 1981, daß Reagan seine Bereitschaft zu einem Rüstungskontrolldialog, insbesondere zu „Verhandlungen über ein kohärentes System von verifizierbaren und militärisch signifikanten Verpflichtungen zur europäischen Sicherheit" erkläre. Ferner sei er bereit, „zusammen mit den Verbündeten und anderen betroffenen Staaten Konfliktlösungen durch Verhandlungen anzustreben". Zugleich werfe Reagan der UdSSR vor, „durch den direkten oder indirekten Gebrauch von Gewalt in regionalen Konflikten" und durch ihre militärische Aufrüstung für die gegenwärtige internationale Lage verantwortlich zu sein. Er weise sie auf „ernsthafte Konsequenzen" im Falle einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens hin und fordere sie auf, bei einer Lösung der Afghanistan-Krise mitzuwirken, auf einen Abzug vietnamesischer Truppen aus Kambodscha zu drängen und sich in ihrem „politischen Verhalten" zu mäßigen. Dröge meinte abschließend: „Der Duktus des Schreibens ist streckenweise hart und nicht argumentativ und geht nicht auf den Dialogpartner ein. Das Schreiben konfrontiert die SU vielmehr mit der amerikanischen Position und knüpft daran die Aufforderung, die SU möge ihr Verhalten ändern. Es kann damit kaum als Brücke für einen amerikanisch-sowjetischen Dialog dienen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4867 an Bundesminister Genscher, z. Z. New York; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

gewiesen.[16] Im Brief Ihres Präsidenten an Breschnew vom 21. September heißt es, es sei Sache Polens, über sein eigenes Schicksal zu bestimmen. Das sagen wir auch. Aber was wir beanstanden müssen, ist der Druck der Sowjetunion auf die polnische Führung. Man muß diese beiden Dinge klar auseinanderhalten, weil es gut möglich ist, daß eine „polnische Lösung" stattfindet, die nicht aus polnischem, sondern sowjetischem Antrieb erfolgt. Diese Erkenntnis wird sehr wichtig sein für die eventuellen westlichen Reaktionen.

Wie weit sind Sie in der Sache einer amerikanisch-sowjetischen Erklärung zur Aufnahme der Verhandlungen über Mittelstreckenraketen gediehen?[17]

Haig: Die NATO-Diskussionen laufen gut. Wir sehen das Problem global und nicht auf Europa beschränkt. Wir streben gleiche Plafonds vergleichbarer LRTNF-Systeme an.

Bundesminister: Sagten Sie LRTNF? Das LR ist doch in Ihrem Sprachgebrauch inzwischen gefallen?

Haig: Sie haben recht. Ich spreche lieber von Mittelstreckenwaffen.

Bundesminister: Im Brief Ihres Präsidenten an Breschnew vom 21. September ist mir der Satz aufgefallen „the meetings this month between our Foreign Ministers will, I assume, set the time and place for negotiations between our two countries on what we term ‚theater nuclear forces'".

Mir scheint, daß der Präsident hier eine gewisse Öffnung anzeigt. Wenn er von Waffen spricht, „die wir als TNF bezeichnen", dann mag man daraus schließen, daß die USA an diesem Begriff nicht unbedingt festhalten wollen. Wir sind mit Ihnen einig, daß wir einen globalen, nicht regionalen Ansatz brauchen. Der Ausdruck TNF deutet sprachlich aber gerade auf einen regionalen Ansatz hin. Eine regionale Begrenzung dieser Waffen wäre das Gefährlichste überhaupt. Ich würde die Bezeichnung „strategische Waffen mittlerer Reichweite" benutzen.

Es sind doch folgende sowjetische Vorschläge zu erwarten:

– Dislozierung der SS-20 östlich des Urals und
– Berücksichtigung sowjetischer Sicherheitsinteressen außerhalb Europas (China).

Für den Westen ist der globale Ansatz unverzichtbar. Ist es dann wirklich geschickt, von „theater nuclear forces" zu sprechen?

16 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, teilte am 21. September 1981 mit, Bundesminister Genscher habe gegenüber dem ungarischen Außenminister Puja am selben Tag erklärt, daß sich die Bundesregierung „größte Sorgen um Polen" mache: „Er betonte erneut den Grundsatz, daß Polen seine Probleme selbst lösen müsse. Niemand dürfe sich einmischen. Minister Puja stimmte zu, daß Polen seine Probleme selbst lösen müsse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1968; Referat 010, Bd. 178848.

17 Botschafter Ruth teilte der Botschaft in Washington am 17. September 1981 mit, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, in der Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am Vortag in Brüssel folgende Informationen über das geplante Treffen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko gegeben habe: „1) Es sind zwei Treffen, und zwar am 23. und 28. September, vorgesehen. 2) Auf amerikanischer Seite hofft man, den Beschluß zum Beginn der LRTNF-Verhandlungen schon beim ersten Treffen formalisieren zu können. Eine sowjetische Zustimmung hierzu gebe es allerdings noch nicht, und eine Befassung auf dem zweiten Treffen könne nicht ausgeschlossen werden. 3) Beim letzten Treffen Eagleburger/Bessmertnych in Washington sei der sowjetischen Seite der amerikanische Entwurf einer Mitteilung über den Beginn der Verhandlungen übergeben worden. Der Text werde gegenwärtig in Moskau geprüft." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4708; VS-Bd. 11345 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

Haig: Ich verstehe Ihre Überlegungen gut. Ich beginne selbst, von Mittelstreckenwaffen zu sprechen, aber wir können die Terminologie nicht von einem auf den anderen Tag umstellen. Da bedarf es einer gewissen Evolution, sonst beißen wir uns in Semantik fest.

Bundesminister: Ich bin Ihnen dankbar für die Flexibilität. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie eine ausgedehnte Terminologie-Diskussion mit den Sowjets vermeiden wollen.

Glauben Sie, schon bei dem ersten oder erst beim zweiten Treffen mit Gromyko eine Einigung über die gemeinsame Erklärung erzielen zu können?

Haig: Wir wissen das nicht. Wir befürchten, daß Gromyko mit dem Gefühl in die Diskussion geht, daß der Druck aus Europa die USA in eine Demandeur-Rolle drängt. Wir wollen nicht, daß Gromyko einer solchen Illusion zum Opfer fällt. Gromyko wird mich deshalb entspannt finden: Das ist die beste Methode, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Es ist jedenfalls auffällig, daß die Sowjets bei dem Austausch der Erklärungs-Entwürfe sehr langsam schalten.

Bundesminister: Zielen nun die USA auf die Verabschiedung der Erklärung beim ersten oder zweiten Treffen ab?

Haig: Wir sind auf beides vorbereitet. Wir versuchen, die Erklärung schon beim ersten Treffen zu verabschieden und wollen den „public record" insofern auch klar etablieren.

Ich erwarte eine lange Eingangserklärung von Gromyko. Ich werde sie nicht im einzelnen beantworten, sondern unsere eigenen Ansichten vortragen. Sonst gibt es einen sterilen Dialog.

Bundesminister: Wer hat den ersten Zug?

Haig: Die Sowjetunion. (Auf Frage von Botschafter Hermes:) Wir erwarten, daß Gromyko die Frage der FBS anschneidet. Ich werde die Diskussion darüber ablehnen. Ich gehe überhaupt nicht ins Sachdetail. Wir wollen nur einig werden über Zeit, Ort –

Bundesminister: – und Thematik. Das scheint mir die richtige Taktik.

Haig: Wir wollen auch keine Differenzen aus diesen Gesprächen nach außen hervorheben. Wir wollen sehr vorsichtig vorangehen. Wir werden dabei die europäischen Schwierigkeiten im Auge behalten.

Bundesminister: Welche weiteren Themen werden Sie gegenüber Gromyko ansprechen?

Ich nehme an: Afghanistan, Mäßigung überall in der Welt, die Abrüstungskonferenz[18].

Haig: Noch zu TNF: Man hat mir vorgetragen, daß ein Sprecher der SPD sich zur Null-Option in dem Sinne geäußert habe, sie laufe auf eine totale Verschrottung der SS-20 hinaus. Diese Äußerung hat mich sehr beruhigt.

Bundesminister: Ein Regierungssprecher hat erklärt, die Null-Option bedeute auf östlicher Seite die totale Verschrottung der SS-20. Bevor ich im Bundestag

18 Zur Frage einer Konferenz über Abrüstung in Europa im Rahmen der KSZE vgl. Dok. 251.

zu diesem Thema Stellung genommen habe[19], habe ich mich durch ein Gespräch mit dem Bundeskanzler auf der Regierungsbank vergewissert, daß er ebenfalls dieser Ansicht ist. Ich werde diese Ansicht der Bundesregierung zur Null-Option in meiner morgigen Rede vor der UN-Generalversammlung vortragen.[20]

Haig: Das ist ausgezeichnet.

Bundesminister: Die Null-Option (westliche Version) ist für die östliche Seite sehr unangenehm. Puja war gestern ihr gegenüber vollkommen hilflos.[21] Ich habe ihm folgendes dargelegt: Breschnew habe 1978 erklärt, es bestehe ein Gleichgewicht.[22] Dieses Gleichgewicht sei, so müßten wir feststellen, durch die nachträgliche Dislozierung der SS-20 gefährlich gestört worden. Nun müsse der Status quo wiederhergestellt werden. Das gehe am besten durch die Verschrottung der SS-20.

Ich denke, Sie werden auch über die KAE und über die Frage der Mäßigung in den internationalen Beziehungen sprechen? (Eagleburger weist auf den Brief Reagans vom 21. September hin.)

Wie entwickelt sich die Nahost-Problematik? Wie groß sind Ihre Schwierigkeiten mit den AWACS-Lieferungen an Saudi-Arabien?[23]

Haig: Es gibt ein ermutigendes Moment in diesem „Meer von Schwierigkeiten": Israel und Ägypten haben sich über einen Zeitplan für die Autonomie-Verhandlungen geeinigt.[24] Die Verhandlungen sollen in drei bis vier Monaten abgeschlossen sein. Wir haben sie hart bedrängt.

Carrington hat mir über ein Gespräch zwischen MP Thatcher und dem saudi-arabischen Kronprinzen berichtet. Danach hat sich Fahd gegenüber Thatcher etwas anders geäußert, als mir gegenüber[25], nämlich in folgendem Sinne: Die Saudis seien Gegner der Autonomie-Verhandlungen. Sie drängten deshalb die Europäer dazu, mit ihren Initiativen (besonders Einbeziehung der PLO) voranzumachen.

Diese Diskrepanz beunruhigt mich. Sie entspricht allerdings früheren Gesprächsmustern.

19 Bundesminister Genscher führte am 17. September 1981 vor dem Bundestag aus: „Muß es nicht unser Ziel sein […], zu erreichen, daß die Sowjetunion […] ihre schon stationierten Raketen beseitigt und verschrottet, um damit eine beiderseitige Null-Option […] möglich zu machen?" Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 119, S. 2937.

20 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 23. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1981, S. 737–742.

21 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, teilte am 21. September 1981 mit, Bundesminister Genscher habe gegenüber dem ungarischen Außenminister Puja am selben Tag erklärt, die Bundesregierung befürworte „die Null-Option auf beiden Seiten: keine SS-20, keine westliche Nachrüstung". Puja habe erwidert, „er verstehe nicht, weshalb die amerikanische Seite im Gegensatz zu 1978 heute von einem Ungleichgewicht ausgehe. Er äußerte Skepsis bezüglich der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft und die Befürchtung, daß neue amerikanische Rüstungen lediglich zu weiteren sowjetischen führten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1968; Referat 010, Bd. 178848.

22 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, während seines Besuchs vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik; Dok. 245, Anm. 19.

23 Zur amerikanischen Lieferung von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstetet waren, vgl. Dok. 255, Anm. 20.

24 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 255, Anm. 8.

25 Der amerikanische Außenminister Haig und der saudi-arabische Kronprinz Fahd trafen am 12. September 1981 in Marbella zusammen.

In Wirklichkeit wollen die Saudis offenbar, daß wir die Autonomie-Verhandlungen fördern, obwohl sie sie nicht lieben. Dabei leitet sie vor allem der Gedanke, daß Sadat überleben muß.

Wenn die Administration mit der AWACS-Lieferung an Saudi-Arabien im Senat unterliegt, wird das ernste – vielleicht nicht fatale – Rückwirkungen auf unser Verhältnis zu Saudi-Arabien haben. Meine große Sorge gilt Libanon. Als ich Begin hier in New York gesehen habe[26], war AWACS, entgegen den Zeitungsmeldungen, nicht der entscheidende Punkt. Ich habe ihm vielmehr mit der äußersten Deutlichkeit sagen müssen, daß jede israelische Bewegung in den Libanon hinein unakzeptabel sei. Begin hatte sich in seinen Gesprächen in Washington dazu taub gestellt. Ich habe deshalb das Gespräch zu diesem Punkt mit größter Deutlichkeit geführt.

Die Möglichkeit eines erneuten Konflikts im Libanon[27] ist groß. Die Situation ist außerordentlich komplex. Die Fraktionen sind unberechenbar. Fahd hält eine Zurückdämmung der syrischen Dislozierung für möglich. Sie ist für Israel vital. Es gibt aber eine Hauptbefürchtung: Wenn aus den anstehenden Wahlen[28] Libanon als eine syrische Marionette hervorgeht, wird Israel dies, so Begin, als Casus belli ansehen. Es gibt nur eine Alternative, damit es nicht dazu kommt: entweder die Syrer gehen zurück oder die Wahlen werden verschoben.

Die Israelis scheinen bereit zu sein, die Unterstützung der Christen einzustellen. Dann sollen wir dafür einspringen. Es fragt sich, ob der Kongreß das zuläßt.

Es gibt ein weiteres großes Risiko: Offenbar fließt der PLO ein Strom neuer Waffen zu. Unter dem Schirm des Waffenstillstandes erstarkt die PLO. Ich bekomme zu dieser Frage fast täglich Berichte von Begin, der die Entwicklung mit Argus-Augen beobachtet. Wenn das so weitergeht, wird eine israelische Aktion wahrscheinlicher. Aus diesen Gründen verstärken sich auch die Spannungen bei uns wegen der AWACS-Lieferungen an Saudi-Arabien. Wir beobachten das Aufflackern antisemitischer Gefühle, die wir auf keinen Fall zulassen dürfen.

Bundesminister: Eine neue militärische Aktion Israels würde die Lage, auch für Israel selbst, nur erschweren. Die Bombardierung des irakischen Reaktors[29] war in ihren Ausstrahlungen schlimm genug.

Was die Gespräche Fahds mit Mrs. Thatcher und Ihnen angeht, so sehe ich in ihnen keinen Widerspruch. Im Gespräch mit Ihnen ging es Fahd um die kurzfristige taktische Frage, Sadat durch Abwicklung des Camp-David-Abkommens[30] (politisch) am Leben zu erhalten. Im Gespräch mit Mrs. Thatcher, als der gegenwärtigen Präsidentin der Zehn, ging es um die strategische Frage einer Friedenslösung im Nahen Osten.

26 Ministerpräsident Begin hielt sich vom 8. bis 11. September 1981 in den USA auf.

27 Zum Waffenstillstand im Libanon-Konflikt vgl. Dok. 219.

28 Botschaftsrat Altenburg, Beirut, informierte am 30. September 1981, ab Juni 1982 stehe die Wahl eines neuen Präsidenten an: „Mehr denn je werden bei der kommenden Wahl Pressionen von allen Seiten erwartet, wobei die Syrer und ihre Freunde, gestützt auf die Anwesenheit syrischer Truppen, entschlossen zu sein scheinen, ihre Vorstellungen durchzusetzen. Infolge der Bemühungen anderer Kräfte wird das Parlament aber nicht irgendeinen syrischen Quisling wählen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 548; Referat 310, Bd. 135691.

29 Zum israelischen Angriff auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 vgl. Dok. 173 und Dok. 179.

30 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

Die strategische Partnerschaft USA–Israel[31] bringt Schwierigkeiten für die islamischen Länder mit sich. Ich denke z. B. an Pakistan. Die Pakistanis werden Waffen von den USA kaufen. Sie wollen aber nicht genannt werden als Mitglieder einer israelisch-amerikanisch-pakistanischen strategischen Partnerschaft.[32]

Haig: Ich stimme Ihnen zu. Pakistan hat unser Waffenlieferungsangebot angenommen.[33] Wir haben auch mit Islamabad über die Nichtverbreitung gesprochen. Wir haben gesagt, daß, falls Pakistan nicht mit der IAEO kooperiere, das Waffenlieferungsangebot im Senat in Gefahr gerate.

Wir haben auch versucht, die Inder zu beruhigen, allerdings ohne allzu großen Erfolg.

Zurück zu Gromyko: Ich werde Afghanistan und Kambodscha ansprechen und beide Themen mit Nachdruck behandeln, aber nicht mit überwältigendem Nachdruck.

Ich werde noch stärker auf die kubanische Frage abheben, vor allem die kubanische Präsenz in Angola und die kubanischen Aktivitäten in der westlichen Hemisphäre.

Was das kubanische Problem angeht, so kann aus ihm eine erhebliche Eskalation in den internationalen Beziehungen entstehen. Wenn wir den gegenwärtigen Trend nicht umzukehren in der Lage sind, wird sich das Buschfeuer auf Nicaragua, El Salvador, Costa Rica und Honduras ausdehnen. Unsere Zeit ist begrenzt.

Es mag sein, daß wir zu verantwortungsvoller Aktion gezwungen werden.

Bundesminister: Ich verstehe doch richtig, daß Ihr Übereinkommen mit der Sowjetunion aus dem Jahre 1962[34] unberührt bleibt?

Haig: Ja.

Bundesminister: Auch an Polen müssen wir in diesem Zusammenhang denken. Ich vergesse nie das Jahr 1956, die Verbindung des Ungarn-Aufstandes[35] mit der Suez-Aktion[36].

Haig: Wir sind uns dessen voll bewußt.

Bundesminister: Ich werde auch das Jahr 1962 nie vergessen und die Koppe-

31 Beim Besuch des Ministerpräsidenten Begin vom 8. bis 11. September 1981 in den USA einigten sich beide Seiten über eine „strategische Zusammenarbeit“ auf militärischem Gebiet. Nach Auskunft des israelischen Verteidigungsministers Sharon solle sie „gemeinsame Luft- und Seemanöver, […] US-Benutzung der israel[ischen] militär-industriellen Infrastruktur gegen Bezahlung sowie Lagerung von US-Waffen und medizinischer Ausrüstung in Israel“ umfassen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 681 des Botschafters Hansen, Tel Aviv, vom 17. September 1981; Referat 310, Bd. 135682.

32 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem pakistanischen Außenminister Agha Shahi am 21. September 1981 in New York; Dok. 264.

33 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan vgl. Dok. 256, Anm. 9.
Am 6. Oktober 1981 berichtete Botschafter Hermes, Washington, nach Auskunft des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, sei die amerikanische Regierung „auf große Schwierigkeiten im Senat gestoßen, hauptsächlich wegen der hergestellten Verbindung mit einer Klärung der pakistanischen Nuklearpläne. Stoessel erklärte, daß Präsident Zia immer wieder versichert habe, daß Pakistan keine Atombombe bauen wolle.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3993; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

34 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 198, Anm. 61.

35 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

36 Zur Suez-Krise vgl. Dok. 175, Anm. 30.

lung des sowjetischen Abzugs aus Kuba mit dem Abzug amerikanischer Raketen aus der Türkei und Italien.

Haig: Ich werde dieses Jahr auch nicht vergessen. Ich habe als Major im Generalstab über diese Koppelung eine Aufzeichnung geschrieben. Mein Vorgesetzter hat mir bedeutet, die Sache ginge mich nichts an. Wir werden diesen Fehler nicht wiederholen. Wir werden Bonn nicht für Havanna ausliefern.

Bundesminister: Im internationalen Schach darf der zentralamerikanische Bauer nicht gegen Europa gesetzt werden.

Haig: Der mexikanische Präsident Portillo hat Reagan gesehen[37] und wegen des französisch-mexikanischen Kommuniqués[38] um Verzeihung gebeten. Er habe keine Ahnung vom Zusammenspiel der beiden Außenminister gehabt.

Bundesminister: Und von Frau Castañedas Mitwirkung?

Haig: Portillo hat sich sehr für den Caribbean Basin Plan[39] ausgesprochen. Er wünscht eine neue Partnerschaft mit den USA und enge Zusammenarbeit in Cancún.[40]

Sie sehen: Das Schlechte bringt manches Gute hervor.

Bundesminister: Wir treten sehr für einen regionalen Zusammenschluß mit massiver Wirtschaftshilfe ein. Dabei kann die Europäische Gemeinschaft eine wichtige Rolle spielen. Wir haben das Beispiel der Zusammenarbeit mit ASEAN.[41] Das ist die beste Methode, den kubanischen Einfluß in der westlichen Hemisphäre auszuhebeln.

Eagleburger: Es kommt allerdings darauf an, daß die Hilfe der Regierungen an Regierungen und nicht an andere Kräfte, z. B. an Ungo, gegeben wird.

Bundesminister: Ich werde in meiner Rede morgen sagen, es komme darauf an, sich von den Kräften der Gewalt zu lösen.

Haig: Wir haben gerade auch für unsere Gespräche mit europäischen Sozialdemokraten folgende drei Bedingungen ausgearbeitet:

1) Ungo muß der Anwendung von Gewalt abschwören.

2) Er muß der friedlichen Vorbereitung freier Wahlen zustimmen.

3) Es darf implizite keine Anerkennung der Guerillas geben (die nicht identisch mit Ungos Bewegung sind).

Gestern hat Reagan mit Duarte gesprochen.[42] Duarte besteht sogar nur auf der ersten der drei Bedingungen. Er hat erklärt, daß er zu Diskussionen bereit sei.

37 Präsident Reagan und Ministerpräsident López-Portillo trafen am 17./18. September 1981 anläßlich der Eröffnung der „Gerald R. Ford Presidential Museum and Library" in Grand Rapids, Michigan, zusammen.

38 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 30./31. Juli 1981 in Mexiko auf. Für den Wortlaut der am 28. August 1981 veröffentlichten Erklärung zu El Salvador vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 53. Vgl. dazu ferner Dok. 250, Anm. 6.

39 Zum geplanten Entwicklungsprogramm für die karibische Region (Caribbean Basin Development) vgl. Dok. 204, Anm. 29.

40 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

41 Vgl. dazu die dritte Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 13./14. Oktober 1981 in London; Dok. 300.

42 Ministerpräsident Duarte hielt sich vom 19. September bis 1. Oktober 1981 zu einem privaten Besuch in den USA auf und traf am 21. September 1981 mit Präsident Reagan zusammen.

Bundesminister: Das ist eine interessante Entwicklung.

Anfang Oktober werde ich nach China reisen.[43] Können Sie mir eine Lageeinschätzung geben?

Haig: Die Chinesen sind etwas nervös. Im Grunde sind die amerikanisch-chinesischen Beziehungen gut. Mein Besuch in Peking war erfolgreich.[44] Es bleibt allerdings der Verdacht in Peking gegen uns bestehen, daß wir nur deshalb Waffen an Peking verkaufen, um besonders weitentwickelte Waffen an Taiwan verkaufen zu können.[45] Einige törichte Leute in der Administration verstärken diesen Verdacht. Die Demokraten riechen den Braten und bereiten sich darauf vor, in der Präsidentschaftskampagne 1984[46] den Republikanern vorwerfen zu können, daß sie die amerikanisch-chinesischen Beziehungen haben „sauer werden lassen".

Die Chinesen haben den Besuch ihres Generalstabschefs[47] in den USA zurückgestellt.

Die Politik der amerikanischen Regierung ist klar: Wie bieten Peking Waffen an. Wir verhalten uns gegenüber Taiwan außerordentlich vorsichtig.

Es gibt auch Spannungen zwischen China und den ASEAN-Staaten, besonders Indonesien und Malaysia. Das hat mit der Kambodscha-Konferenz[48] zu tun. Wir versuchen, diesen Spannungen entgegenzuwirken.

Bei Ihrer China-Reise können Sie uns helfen: Versichern Sie den Chinesen, daß es der amerikanischen Regierung darauf ankommt, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen zu stärken. Wir wollen ihnen keine Falle wegen Taiwan stellen.

Bundesminister: Die Chinesen sollten mehr tun, um die Regierungen der ASEAN-Länder in der Kambodscha-Frage zu unterstützen.

Haig: Die Chinesen sind auch in der UNO schwierig, wie uns Waldheim sagt.

Bundesminister: Sie sprechen heute beim Mittagessen mit Waldheim? Sicher auch über seine Kandidatur?[49]

Haig: Ja.

43 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

44 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich vom 14. bis 17. Juni 1981 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu Dok. 159, Anm. 12.

45 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 197, Anm. 11.
Zur Lieferung amerikanischer Waffen an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 224, Anm. 15.

46 Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 6. November 1984 statt.

47 Yang Dezhi.

48 Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 214.

49 Referat 230 vermerkte am 14. September 1981: „Die zweite fünfjährige Amtszeit von GS Waldheim endet am 31.12. d. J. Die Neuwahl des GS steht auf der Tagesordnung der 36. GV. Nach Art. 97 der VN-Charta wird der GS auf Empfehlung des SR von der GV ernannt. Die Amtszeit des GS ist in der Charta nicht geregelt. Als Praxis hat sich eine fünfjährige Amtszeit entwickelt. Der SR spielt bei der Ernennung des GS die entscheidende Rolle. Seine Empfehlung an die GV bedarf der Mehrheit von neun Stimmen, einschließlich der fünf ständigen SR-Mitglieder (Veto-Recht). In der bisherigen Praxis wurde die Besetzung des GS-Postens stets unter Führung der ständigen SR-Mitglieder, insbesondere der USA und SU, ausgehandelt." Als Kandidaten stünden bislang der amtierende VN-Generalsekretär Waldheim und der einstimmig von der OAU nominierte tansanische Außenminister Salim zur Wahl. Vgl. Referat 230, Bd. 121035.

Bundesminister: Der Westen wäre nicht intelligent, wenn er Waldheim nicht unterstützen würde. Der nächste Generalsekretär wird kein Europäer, sondern ein Mann der Dritten Welt sein. Der übernächste wird im Zweifel von einem kommunistischen Land gestellt. Diesen Augenblick möchte ich so lange wie möglich hinausschieben.

Haig: Wir möchten Waldheim ruhig ein wenig zappeln lassen, damit er wegen Zypern mehr tut.[50] Er sollte sich schneller bewegen. Er zeigt aber großes Geschick darin, dies nicht zu tun. Jetzt arbeitet er mit dem Argument, man solle bis nach den griechischen Wahlen am 18. Oktober warten. Wir, die Briten und Sie, sehen das gerade andersherum.

Bundesminister: Ich habe Waldheim am vergangenen Sonntag folgendes gesagt: Die griechische Regierung braucht einen Erfolg in Zypern. Nur so ist die Regierung Rallis zu retten.[51] Ich werde das heute auch Türkmen erklären.[52]

Haig: Sie haben mit der Unterschrift unter die beiden Abkommen für die Türkei das Ihre getan.[53] Sie können jetzt etwas von der Türkei fordern.

Was empfehlen Sie zu Polen? Ich sehe gleich Czyrek.

Bundesminister: Sie sollten ihm sagen, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes eine schwierige Lage schaffen würde. Man wisse nicht, wo das ende. Jeder müsse annehmen, daß dieser Schritt auf sowjetischen Druck hin erfolgt sei.

50 Die amerikanische Botschaft übermittelte dem Auswärtigen Amt im September 1981 ein Non-paper zur Haltung der USA in der Zypern-Frage. „The key – now – is prompt and vigorous UN action (solidly backed by all elements including the UN Secretariat) to introduce the ideas (proposals) Gobbi has developed and discussed with both sides into the Intercommunal Talks, as a basis for bridging differences and negotiating a final settlement. […] For maximum impact, Waldheim should personally launch and endorse the ideas with Kyprianou and Denktash. […] U.S. and key Western European countries should indicate high-level support for UN action to UN, the parties on Cyprus, and Athens and Ankara." Vgl. den Runderlaß Nr. 4725 der Vortragenden Legationsrätin I. Klasse Steffler vom 17. September 1981; VS-Bd. 11096 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

51 In dem Gespräch mit Bundesminister Genscher am 20. September 1981 in New York erläuterte VN-Generalsekretär Waldheim „die jüngste Entwicklung der Volksgruppen-Gespräche über Zypern. Er werde demnächst ein Gespräch mit Rolandis führen. Dieser habe ihn dringend gebeten, vor diesem Gespräch nicht die ‚neuen Ideen' seines Beauftragten Gobbi einzubringen. Offensichtlich hätten die Zypern-Griechen mit diesen neuen Vorstellungen größere Schwierigkeiten und wollten vermeiden, dem VN-GS eine Ablehnung zu übermitteln. Auch Denktasch habe ihm jetzt mitgeteilt, er solle zunächst noch nicht die neuen Ideen formell unterbreiten, sondern darüber zunächst informelle Sondierungen mit den beiden Volksgruppen führen. Die Amerikaner bedrängten ihn sehr, schnellstens tätig zu werden. Wenn sie glaubten, noch vor den griechischen Wahlen am 18.10. positive Wirkungen zu erzeugen, so halte er dies nicht für möglich." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1955 des Botschafters van Well, New York (VN), vom 21. September 1981; Referat 010, Bd. 178848.

52 Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, teilte am 23. September 1981 mit, daß Bundesminister Genscher den türkischen Außenminister am Vortag auf die Parlamentswahlen am 18. Oktober 1981 in Griechenland hingewiesen habe. Türkmen habe geantwortet, daß die Vorschläge der türkischen Volksgruppe auf Zypern vom 5. August 1981 „nach sorgfältiger Prüfung" gemacht worden seien: „Noch stärkeres Drängen würde in der Türkei innenpolitische Probleme aufwerfen. Man sei so weit gegangen wie möglich. Dies sei nicht geschehen, um die griechische Innenpolitik zu beeinflußen. Wenn jedoch die Entwicklung in der Zypern-Frage incidenter dazu beitrage, eine zum Ausgleich bereite Regierung in Griechenland im Amt zu halten, sei dies um so besser." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1983; Referat 010, Bd. 178848.

53 Zu den Abkommen vom 15. September 1981 zwischen der Bundesrepublik und der Türkei über Verteidigungshilfe und über finanzielle Zusammenarbeit vgl. Dok. 253, Anm. 35.

Ich habe es für eine qualitativ ganz neue Verschärfung der Lage angesehen, daß die Sowjetunion neuerdings den Vorwurf gegen die polnische Regierung und die polnische Parteiführung erhebt, diese hätten sich geweigert, gegen die antisowjetische Kampagne von Solidarität einzuschreiten.[54]

Haig: Schließlich wollte ich Sie bitten, das Gas-Röhren-Geschäft[55] anzuhalten, bis unser Team mit Alternativ-Vorschlägen bei Ihnen Gehör gefunden hat.

Bundesminister: Die deutsch-sowjetische Kommission tagt zur Zeit in der Sowjetunion.[56] Sie müssen auch folgendes sehen: Die Aufhebung des Getreideembargos[57] ist als Signal dafür verstanden worden, daß der Weg zu Handel und Kooperation wieder frei ist. Wir sollten die alternativen Lösungen miteinander diskutieren. Wir werden auch ohne diese Lösungen nicht von der Sowjetunion abhängig, aber mit derartigen Lösungen werden wir noch besser daran sein.

VS-Bd. 11119 (204)

54 Vgl. dazu die Erklärung des ZK der KPdSU und der sowjetischen Regierung vom 17. September 1981 an das ZK der PVAP und die polnische Regierung; EUROPA-ARCHIV 1982, D 105 f.

55 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 209, Anm. 15.

56 Auf der zehnten Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit vom 24. bis 28. September 1981 in Moskau und Nowosibirsk sprach die Delegation der Bundesrepublik unter Bundesminister Graf Lambsdorff auch über das Erdgas-Röhren-Geschäft. Dazu teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger der Botschaft in Washington am 30. September 1981 mit: „Sowjets wollen anscheinend diese Verhandlungen bis Breschnew-Besuch zum Abschluß bringen, aber unter Hinweis auf gesamteuropäischen Charakter dieses Projekts offensichtlich nicht unter Druck geraten (Frage des Gaspreises). Chancen deutscher industrieller Beteiligung durch ungünstige Preislage (Zinsfaktor) gedrückt. Nach Abschluß Japaner über Lieferung von acht Kompressoren im Wert von ca. 1 Mrd. DM und Rohrlegemaschinen im Wert von ca. 340 Mio. DM ist anschließend Generalkontrakt Mannesmann/französische Firma Creusot-Loire über Teil des Rohrgeschäfts und Turbinen unter Beteiligung AEG (ca. 700 Mio. DM) abgeschlossen worden." Die Bundesregierung habe in den Gesprächen auf einer Einbeziehung von Berlin (West) bestanden. Nach langen Verhandlungen habe die UdSSR zugestimmt, im Protokoll zu erklären, daß sie „prinzipiell keine Einwendungen gegen die Lieferung von Gas auch nach Berlin (West)" habe und „diese Frage unter Berücksichtigung der zu ihr gehörenden Aspekte prüfen" werde. Vgl. den Drahterlaß Nr. 1068; Referat 421, Bd. 141312.

57 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

266

Runderlaß des Staatssekretärs von Staden

200-350-10 VS-NfD **Aufgabe: 22. September 1981, 20.15 Uhr**[1]
410-420-05 VS-NfD
501-420.05 VS-NfD
Fernschreiben Nr. 4830 Plurez
Citissime nachts

Betr.: Deutsche Initiative zur EU[2];
hier: Ergebnis der Sondersitzung des Bundeskabinetts am 18.9.1981

Bezug: Teilrunderlaß vom 27.8.1981 200-350.10, 410-420.05, 501-420.05[3]

1) Bundeskabinett hat am 18.9.1981 die Grundlinien der deutschen Europapolitik erörtert. Bundeskabinett hat dabei die Regierungserklärung am 24.11.1980 bekräftigt, wonach „Erhaltung und Ausbau der Europäischen Gemeinschaft eine zentrale Aufgabe unserer Politik bleibt, die das Ziel der Europäischen Union nicht aus dem Auge verliert".[4]

Bundeskabinett stimmte darin überein, daß es vorrangiges deutsches Interesse ist, die Europäische Gemeinschaft als Faktor des weltpolitischen Gleichgewichts zu erhalten und zu stärken. Daher kommt der außen- und sicherheitspolitischen Abstimmung unter den Mitgliedstaaten der EG besondere Bedeutung zu. Nur eine starke Europäische Gemeinschaft kann ihrer Verantwortung als Partner der Vereinigten Staaten gegenüber der Dritten Welt und in den Ost-West-Beziehungen gerecht werden.

BM des Auswärtigen hat dem Kabinett seine europapolitische Initiative dargelegt. Das Bundeskabinett hat ihn ermächtigt, mit den EG-Partnern über eine politische Grundsatzerklärung zur Europäischen Union zu verhandeln. Durch diese Erklärung sollen die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Politische Zusammenarbeit unter dem Dach des Europäischen Rats zusammenge-

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse von Kyaw und den Vortragenden Legationsräten Rosengarten und Schürmann konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Dröge am 22. September 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Mitzeichnung RL 410 u[nd] 501 auf Konzept."
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 22. September 1981 vorgelegen.

2 Zur Initiative des Bundesministers Genscher für eine Europäische Union vgl. Dok. 242, Anm. 18, und Dok. 253, Anm. 17.

3 Ministerialdirektor Pfeffer übermittelte den Beitrag des Bundesministers Genscher „Europäische Union – jetzt!" vom 13. August 1981. Er bat die Vertretungen, sich in Gesprächen „auf das Grundsatzpapier des Herrn Bundesministers zu beziehen […] und das Papier den Regierungen der Gastländer zugänglich zu machen. […] Der Inhalt des Artikels gibt Überlegungen wieder, die auf Weisung des Herrn Bundesministers von einer Arbeitsgruppe der Abteilungen 2, 4 und 5 (Referate 200, 410, 501) erarbeitet und vom Bundesminister gebilligt worden sind. Es ist beabsichtigt, nach Zustimmung durch das Bundeskabinett (Klausurtagung der Bundesregierung zu Fragen der Europäischen Union und der EG) unsere Vorschläge (Entwürfe eines ‚Vertrages über die Europäische Union' und einer ‚Europäischen Akte') voraussichtlich beim 21. Europäischen Rat am 26./27. November offiziell unseren EG-Partnern zu übermitteln." Vgl. den Runderlaß; Referat 200, Bd. 122717.

4 Für die Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 117, S. 27.

fügt werden. Die sicherheitspolitische Abstimmung und die kulturelle Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten sollen in den Unionsrahmen einbezogen werden.

2) Elemente der deutschen Initiative

2.1) Die deutschen Vorschläge zielen auf die Zusammenfügung und die Zusammenarbeit der bereits vorhandenen europäischen Realitäten, also der Gemeinschaften, der Politischen Zusammenarbeit, des Europäischen Rats und des Europäischen Parlaments. Hierfür soll ein flexibler Rahmen in Form einer gemeinsamen Grundsatzerklärung mit einem hohen Grad politischer Verbindlichkeit, „Europäische Akte", geschaffen werden, die der schrittweisen Verwirklichung der Europäischen Union dient.

Kernstück der Union bleiben die Europäischen Gemeinschaften, die in ihrer Substanz nicht berührt, deren Stärkung und Weiterentwicklung jedoch ausdrücklich als Unionsziele postuliert werden. Die Europäische Politische Zusammenarbeit würde durch die Europäische Akte erstmals eine institutionelle Grundlage erhalten.

2.2) Im Gefüge der Europäischen Union sollen die Entscheidungsstrukturen von Europäischer Gemeinschaft und Europäischer Politischer Zusammenarbeit unter der Verantwortung des Europäischen Rats als oberstem politischen Lenkungsorgan für beide Bereiche zusammengeführt werden. Er hat die Kompetenz, für alle Fragen aus Bereichen der Union verbindliche Beschlüsse zu fassen und Leitlinien festzulegen, wobei er jeweils auf der Grundlage der für die Gemeinschaften und für die Politische Zusammenarbeit maßgebenden Bestimmungen und Verfahren handelt. Dem Rat der Außenminister wird auf seiner Ebene die Koordinierungsfunktion zwischen Gemeinschaften und EPZ zugewiesen, eine bereits heute von ihm faktisch weitgehend wahrgenommene Zuständigkeit. Neben dem Außenministerrat sind Organ der Union auch die Fachministerräte der Gemeinschaft und die Ministerräte, die – wie Justiz- und Innenminister der Zehn bzw. Neun bereits in der Vergangenheit – im Rahmen intergouvernementaler Zusammenarbeit zusammentreten. Die Stellung der Kommission bleibt unberührt, der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (Europäischer Gerichtshof) könnte zusätzliche Aufgabe erhalten.

2.3) Die Stärkung der Stellung des Europäischen Parlaments als eines zentralen Forums europäischer Bewußtseinsbildung wird nicht zuletzt im Hinblick auf entsprechende jüngste Forderungen der Parlamentarier[5] besonders berücksichtigt. Es wird im einzelnen zu überlegen sein, wie das EP künftig stärker am politischen Meinungsbildungsprozeß in pragmatischer Weise beteiligt werden kann.

2.4) Als wichtige neue Bereiche werden die kulturelle Zusammenarbeit der hierfür zuständigen Minister der Mitgliedstaaten und die Abstimmung sicher-

5 Zur Entschließung des Europäischen Parlaments vom 9. Juli 1981 vgl. Dok. 253, Anm. 25.
Am selben Tag verabschiedete das Europäische Parlament in Straßburg ferner Entschließungen zur Vertiefung der Beziehungen mit den nationalen Parlamenten, zur Verbesserung des Informationsaustauschs und der Konsultationen mit dem EG-Ministerrat sowie zum Recht auf gesetzgeberische Initiative und zur Rolle des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsverfahren der Europäischen Gemeinschaften, ferner eine Entschließung zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit. Für den Wortlaut der Entschließungen vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. C 234 vom 14. September 1981, S. 52–60 bzw. S. 64–70.

heitspolitischer Fragen in den Rahmen der Europäischen Union einbezogen. Im Bereich der kulturellen Zusammenarbeit würde es um diejenigen Fragen gehen, die außerhalb der – begrenzten – Sachzuständigkeiten der Gemeinschaft intergouvernemental behandelt werden können. Im Bereich der Sicherheitspolitik ist zunächst an eine Fortführung und Intensivierung der bereits in der Politischen Zusammenarbeit bestehenden Abstimmung von politischen – nicht militärischen – Sicherheitsaspekten gedacht. Die Schaffung eines Rats der Verteidigungsminister ist – auch wegen unterschiedlicher Zuständigkeiten – bei einigen unserer Partner und ihren daraus resultierenden Bedenken nicht beabsichtigt. Als weitere Ziele der Europäischen Union kommen in Betracht:

– eine Harmonisierung und Vereinheitlichung weiterer Bereiche der Gesetzgebung der Mitgliedstaaten,
– eine Abstimmung in Fragen der inneren Sicherheit.

In beiden Bereichen gibt es bereits seit 1971/76 eine Zusammenarbeit der Justizminister[6] bzw. der Innenminister (TREVI[7]), deren Bedeutung zunimmt. Jedoch erscheint eine institutionelle Festschreibung zur Zeit noch verfrüht und eher eine pragmatische Intensivierung dieser Zusammenarbeit angebracht.

3) Zum Hintergrund der deutschen Initiative wird auf den Grundsatzartikel Bundesministers „Europäische Union – jetzt“ vom 13.8.1981 (s. Bezugserlaß) verwiesen.

4) Botschafter werden gebeten, beginnend möglichst schon Mittwoch, 23.9.1981, dortige Presse in Hintergrundgesprächen über Kabinettsentscheidung sowie Elemente deutscher Initiative zu unterrichten und dabei deutsche Motive darzulegen.

5) Ergänzender Drahterlaß über Unterrichtung hier akkreditierter Journalisten aus EG-Staaten durch StS Lautenschlager, der zur dortigen zusätzlichen Unterrichtung verwendet werden kann, folgt so rasch wie möglich. Botschafter der EG-Staaten werden von mir am 23.9.1981 über Kabinettsentscheidung und Initiative Bundesministers unterrichtet.[8]

[gez.] Staden

Referat 200, Bd. 122718

6 Der EG-Rat auf der Ebene der Justizminister trat erstmals am 3. Juni 1971 zusammen. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 7/1971, S. 9–13.
Weitere Treffen fanden am 26. November 1974 und am 9. Oktober 1978 statt. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1974, S. 8–11, bzw. BULLETIN DER EG 10/1978, S. 11–16.
Auf Beschluß des Europäischen Rats vom 12./13. Juli 1976 trat am 17. November 1976 in Den Haag erstmals eine Arbeitsgruppe der Justizminister der EG-Mitgliedstaaten zusammen, um über ein Abkommen zur Auslieferung von Terroristen zu beraten. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 17.

7 Die Innenminister der EG-Mitgliedstaaten verabschiedeten am 29. Juni 1976 in Luxemburg eine Resolution, in der sie eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen des Informationsaustauschs, der Terrorismusbekämpfung, des Austauschs von Polizeibeamten, der Polizeiausbildung, zum Schutz des zivilen Luftverkehrs sowie beim Zivil- und Katastrophenschutz vereinbarten. Für die Resolution vgl. Referat 200, Bd. 108890.

8 Staatssekretär von Staden unterrichtete die Botschafter der EG-Mitgliedstaaten über den Stand der Initiative des Bundesministers Genscher für eine Europäische Union. Er machte insbesondere Ausführungen zu den Vorstellungen über eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit. Analog zum KSZE-Prozeß könnten Fragen erörtert werden, „die politische und sicherheitspolitische Aspekte aufweisen, ohne daß dabei der militärisch-strategische Bereich berührt wird“, z. B. die Entwicklung in Iran, in Afghanistan und im Nahen Osten, aber auch in Osteuropa. Ferner sei die kulturelle Zusam-

267

Ministerialdirektor Gorenflos, z.Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1971 **Aufgabe: 22. September 1981, 14.15 Uhr**[1]
Ankunft: 22. September 1981, 20.56 Uhr

Betr.: Gespräch des BM mit argentinischem AM Camilión[2]

BM erkundigt sich nach Einschätzung der Lage in Lateinamerika.

Minister Camilión legt dar, daß man in Mittelamerika zwischen zwei Problemen unterscheiden müsse:

1) Dem Grundproblem politisch-sozial rückständiger Strukturen und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit sozialen Wandels.

2) Dem aktuellen Problem des Kampfes um die Macht zwischen verschiedenen politischen Gruppen.

Der gesamte Demokratisierungsprozeß in Lateinamerika werde von der mangelnden Stabilität in Mittelamerika negativ beeinflußt. Nach seiner Meinung werde sich die Erfahrung mit Kuba wiederholen, d.h., es werde zu einer Radikalisierung von links und rechts kommen. El Salvador sei ein Testfall für ganz Mittelamerika. Durch die Entwicklung in Nicaragua sei bereits eine Verschlechterung der Lage zu verzeichnen.

(Auf Frage des BM, ob er die Hoffnung in bezug auf Nicaragua aufgegeben habe:) Er glaube, daß die Entwicklung dort schwer umgekehrt werden könne. Dies könnte nur durch eine sehr konsequente Politik seitens der Vereinigten Staaten und Europas geschehen. Die Mitglieder des Direktoriums[3] hätten sich weit voneinander entfernt. Die Vereinigten Staaten beabsichtigten, Assistant Secretary Enders wieder nach Nicaragua zu entsenden.[4] Argentinien beurteile jedoch die Möglichkeiten einer Einflußnahme in Nicaragua skeptisch.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1413
menarbeit von besonderer Bedeutung, „weil sie zur Bildung europäischen Bewußtseins beiträgt". Einen festen Zeitplan habe die Bundesregierung nicht: „Allerdings glauben wir, daß die Verabschiedung einer politisch verbindlichen europäischen Akte schneller und leichter erreicht werden kann als ein Vertrag, der in den Parlamenten ratifiziert werden müßte. Wir meinen, daß die Europäische Akte parallel zur Behandlung der EG-Strukturfragen erörtert werden sollte. Eine spätere Revision bejahen wir in der Perspektive der Gründung der Europäischen Union. Jetzt soll mit der Europäischen Akte der Rahmen geschaffen werden, in dem die Europäische Union schrittweise verwirklicht werden kann. Der Weg bleibt offen für einen Vertrag über die Europäische Union." Vgl. den Runderlaß Nr. 4869 des Ministerialdirigenten Dröge vom 23. September 1981; Referat 200, Bd. 122718.

1 Hat Ministerialdirigent Wallau am 22. September 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.
Hat Braunmühl am 24. September 1981 vorgelegen.

2 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt: „am 21.9."
Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Rafael Córdova Rivas, Daniel Ortega Saavedra und Sergio Ramírez Mercado.

4 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Enders, hielt sich am 11./12. August 1981 in Nicaragua auf. Über das Ergebnis informierte der amerikanische Außenminister Haig Bundes-

Sowohl in Nicaragua wie anderswo komme es auf ernsthafte diplomatische Initiativen an, nicht etwa auf militärische. In El Salvador werde politisch die Lage z. Z. einigermaßen stabil gehalten, obwohl sie militärisch in eine Sackgasse geraten sei. Diese Situation könne nur durch Wahlen aufgebrochen werden. Argentinien leiste deshalb El Salvador Hilfe, obwohl es selbst wirtschaftlich nicht in einer rosigen Lage sei.

Auf Frage des BM zu Kuba führt Minister Camilión aus, daß Kuba militärisch stabil sei und eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten nicht in Betracht komme. Man müsse mit Kuba als Faktor rechnen, so wie es sei. Dies sei jedoch vor einer amerikanisch-sowjetischen Übereinkunft schwierig.

Die Frage des BM, wie man Kuba die Vorteile politischer Zurückhaltung deutlich machen könne, bezeichnet Minister Camilión als interessant und in der diplomatischen Welt viel gestellt.

Argentinien unterhalte zu Kuba korrekte Beziehungen auf der Basis gegenseitiger Nichteinmischung. Allerdings sei Argentinien besorgt, daß Kuba seine Interventionspolitik auf Lateinamerika ausdehnen könnte, z. B. auf Guyana. Der brasilianische Präsident[5] habe deshalb vorgeschlagen, die Normalisierung der Beziehungen mit Kuba von einem entsprechenden kubanischen Verzicht abhängig zu machen. Festzustellen sei, daß Kuba zu einem Faktor der Radikalisierung werden könne, solange die Frage nicht von den Vereinigten Staaten aufgegriffen werde, die bisher nur das Problem der Raketenbasis sähen. Dies sei auch Ursprung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und Mexiko.

BM stellt unter Zustimmung von Minister Camilión fest, es entspreche auch unserer Einschätzung, daß die Frage unter Einbeziehung der SU behandelt werden müsse.

Minister Camilión führt weiter aus, Argentinien wolle an multilateralen Beziehungen in Mittelamerika ohne Diskriminierung mitwirken. Argentinien werde vielleicht aufgrund der geographischen Entfernung mit weniger Mißtrauen begegnet.

Dies spiele auch eine Rolle bei dem argentinischen Wunsch nach guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und Westeuropa.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1414

minister Genscher mit Schreiben vom 24. August 1981: „At the meeting, Ambassador Enders stressed that for the United States, the primary source of concern has been the continued transit across Nicaragua of arms and other war material destined for the Marxist-Leninist guerrillas in El Salvador. Commandante Ortega did not deny the existence of this traffic while disclaiming responsibility for it. Ambassador Enders also emphasized the unacceptability of the expansion in the number of armed forces in Nicaragua itself, and of the acquisition by the Sandinistas of modern offensive weapons out of all proportion to the defensive needs of that country or to any supposed external threat. He pointed out that Nicaragua now poses a real threat to its neighbors." Vgl. den Drahterlaß Nr. 930 des Ministerialdirigenten Limmer vom 28. August 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1981.

Am 3. Oktober 1981 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit, dem amerikanischen Außenministerium zufolge werde ein weiterer Besuch von Enders, wenn überhaupt, „Ende Oktober/Anfang November stattfinden. Die entscheidenden Kriterien, an die die USA eine positive Entwicklung der beiderseitigen Beziehungen knüpfen, nämlich Einstellung des Waffentransfers nach El Salvador und Verzicht auf eine in amerikanischer Sicht durch nichts zu rechtfertigende Aufrüstung, erforderten ihrer Natur nach längere Fristen, bevor man sich auf der Grundlage neuer Tatsachen erneut treffen könne." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3927; VS-Bd. 11177 (331); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Jõao Baptista de Oliveira Figueiredo.

BM frage nach Problem Beagle-Kanal.[6]

Minister Camilión erwidert, man solle nichts überstürzen und auf dem eingeschlagenen Wege der Verbesserung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Staaten und den beiderseitigen Streitkräften weitergehen. Auf diese Weise würde man allmählich dahin gelangen, es als ein Problem zu betrachten, mit dem man leben könne.

BM spricht den Brief an, den der Bundeskanzler in diesem Monat an den argentinischen Präsidenten geschrieben habe.[7] Er möchte die Aufmerksamkeit seines argentinischen Kollegen auf dieses Problem lenken. Wir hätten den Wunsch, dieses Problem zu überwinden, damit wir die Zusammenarbeit mit Argentinien so entwickeln könnten, wie es unseren Wünschen und der Bedeutung des Landes entspreche.

Camilión erwidert, es sei wichtig, das Problem im Zusammenhang der argentinischen Gesamtentwicklung zu sehen. Argentinien wolle den Demokratisierungsprozeß fortsetzen. Unter diesem Gesichtspunkt lasse sich das Problem besser einordnen.

Argentinien wolle die Fälle individuell prüfen. Bei einigen seien Gerichtsverfahren anhängig. Argentinien habe die schreckliche Erfahrung des Terrorismus. Man wisse, daß es noch Inhaftierungen ohne Prozeß gebe. Die Hälfte dieser Fälle solle noch in diesem Jahr gelöst werden. In anderen Fällen seien die in Frage stehenden Personen so gefährlich, daß man sie auf keinen Fall freilassen werde. Er erläutert die im Rahmen des Demokratisierungsprozesses vorgesehenen weiteren Schritte hinsichtlich Pressefreiheit, Zulassung politischer Parteien und politischer Betätigungsmöglichkeit.[8] Nach Verabschiedung dieser Gesetzgebung

6 Legationsrat I. Klasse Gröning vermerkte am 26. Januar 1979: „Der argentinisch-chilenische Grenzstreit (Beagle-Kanal-Konflikt) ist seit über 100 Jahren ungelöst und immer wieder Ursache für Auseinandersetzungen zwischen beiden Ländern. [...] Der britische Schiedsspruch von 1977 bestätigte die Ansprüche Chiles. Argentinien erklärte den Schiedsspruch für null und nichtig.“ Durch eine Vermittlungsaktion des Heiligen Stuhls habe Papst Johannes Paul II. beide Seiten am 8. Januar 1979 zu einem Gewaltverzicht und zur Wiederaufnahme von Verhandlungen bewegen können. Vgl. Referat 330, Bd. 116001.
In Gesprächen vom 7. bis 9. September 1981 beim Heiligen Stuhl in Rom trug der argentinische Außenminister Camilión den Wunsch vor, neben den Verhandlungen über eine Beilegung des Konflikts um den Beagle-Kanal weitere Gespräche u. a. über die Festlegung der Grenze zwischen Argentinien und Chile sowie über Zoll- und Handelsfragen zu führen. Botschafter Verbeek, Buenos Aires, übermittelte am 15. Oktober 1981 dazu die Einschätzung, „daß Argentinien in der Beagle-Frage auf Zeit spielt. Die Militärregierung möchte sich wegen ihrer durch die Wirtschaftskrise ohnehin sehr geschwächten innenpolitischen Stellung in der öffentlichen Meinung des Landes keine weiteren Probleme schaffen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1900; Referat 330, Bd. 125137.

7 Mit Schreiben vom 4. September 1981 an Präsident Viola bat Bundeskanzler Schmidt um Aufklärung über das Schicksal deutscher Staatsangehöriger, „die in Argentinien inhaftiert oder unter ungeklärten Umständen verschwunden sind. […] Ich habe mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß unter Ihrem Vorgänger vier der inhaftierten Deutschen freigelassen wurden und daß nach Ihrer Amtsübernahme ein weiterer Deutscher aus der Haft vorzeitig entlassen wurde. Ich würde es begrüßen, wenn sich eine Möglichkeit fände, auch in den übrigen Haftfällen eine Verkürzung oder Beendigung der Haftzeit zu erreichen.“ Vgl. Referat 330, Bd. 125065.

8 Botschafter Verbeek, Buenos Aires, informierte am 5. November 1981, daß Präsident Viola den „politischen Dialog“ mit den Parteien nach monatelanger Unterbrechung am 25. August 1981 wiederaufgenommen habe: „Die Gesprächswilligen auf Regierungs- und Parteienseite im ‚Politischen Dialog‘ sehen sich dem Widerstand ihrer ‚Falken‘ gegenüber, das Vielparteiengespräch wird durch die Gegensätze zwischen und unter seinen Teilnehmern behindert. […] Die Militärs schließen eine zivile Präsidentschaft nach Ablauf der Amtszeit Violas aus und verlängern damit den von ihnen eingeleiteten ‚Prozeß der nationalen Erneuerung‘ zumindest bis 1987.“ Die Parteien hätten gefordert, Wah-

müßten die Probleme der in Frage stehenden Personen gelöst werden, aber so, daß die Militärs nicht gleich wieder nervös würden. Man könne eine entsprechende Entwicklung unterstützen. In diesem Zusammenhang sei ein kontinuierlicher politischer Dialog mit unserem Lande wichtig.

[gez.] Gorenflos

Referat 010, Bd. 178848

268

Ministerialdirektor Gorenflos, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1980 **Aufgabe: 22. September 1981, 20.37 Uhr**[1]
Ankunft: 23. September 1981, 02.51 Uhr

Betr.: Gespräch Bundesminister mit israelischem Außenminister[2]

AM Shamir suchte heute BM zu einem etwa halbstündigen Gespräch auf, das in angenehmer und entspannter Atmosphäre geführt wurde.

Auf Frage des BM bezeichnete Shamir die israelischen Gespräche in Washington[3] und Alexandria[4] als sehr erfolgreich. Die USA würden weiter am Friedensprozeß teilnehmen.

Die Lage in Ägypten bewertete Shamir trotz bestehender Schwierigkeiten als stabil. Man halte Sadat für stark genug, um sich weiter zu behaupten. Die Normalisierung der Beziehungen mit Israel gehe, wenn auch unter Schwierigkeiten, weiter. Er machte deutlich, daß Israel zur Freigabe des restlichen Sinai-Gebiets entschlossen sei. Man wolle jedoch, daß bis zum 24. April 1982 alle Probleme gelöst seien.

Auf Frage des BM sagte Shamir, der Reiseverkehr zwischen Israel und Ägypten entwickele sich einseitig. Es würden sehr viel weniger Israelis nach Ägyp-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1416
len für 1984 vorzubereiten: „Gleichwohl wird von Regierung und Parteipolitikern letztlich vorsichtig taktiert und werden Konfrontationen vermieden, die in der gegenwärtigen wirschaftlich-sozialen Situation für beide Teile unberechenbare Folgen haben könnten." Vgl. den Schriftbericht Nr. 2021; Referat 330, Bd. 125050.

1 Hat Ministerialdirigent Wallau am 23. September 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl verfügte.
Hat Braunmühl am 24. September 1981 vorgelegen.

2 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt: „am 22.9."
Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Ministerpräsident Begin hielt sich vom 8. bis 11. September 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 265, Anm. 31.

4 Zu den ägyptisch-israelischen Gesprächen am 25./26. August 1981 vgl. Dok. 255, Anm. 8.

ten reisen als umgekehrt. Dies habe verschiedene, leicht erklärbare Gründe (z. B. Ägypter reisten ohnehin sehr viel weniger).[5] Es sei jedoch auch erkennbar, daß die ägyptischen Behörden bremsten.

Auf erneute Einladung zum Besuch Israels sagte BM, er wolle im Frühjahr 1982 kommen.[6] Er wies auf Terminverpflichtungen in diesem Herbst hin, wie China[7], Cancún[8] usw.

Auf Hinweis Shamirs zur bevorstehenden Abstimmung in der IAEO bestätigte BM, daß wir im Einklang mit unserer bisher verfolgten grundsätzlichen Politik gegen einen Beschluß zum Ausschluß oder zur Suspension Israels stimmen würden.[9] Zu der Bemerkung Shamirs, es könne auch zum Entzug der wissenschaftlichen und technischen Förderung kommen, äußerte sich BM nicht.

Auf Frage des BM zum Libanon gab Shamir das bekannte israelische Lagebild wieder. Man bemühe sich um eine Lösung zusammen mit USA, die sehr aktiv seien.

Die Rolle Saudi-Arabiens bezeichnete Shamir weiterhin als sehr negativ. Die Saudis übten Druck auf andere Staaten aus. Sie setzten rücksichtslos ihre großen finanziellen Möglichkeiten ein, um Israel zu schaden.

Shamir dankte BM für seine Bemühungen, die Spanier zur Normalisierung der Beziehungen mit Israel zu veranlassen.[10] Bisher sei jedoch keine Veränderung

5 So in der Vorlage.

6 An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt: „AM Shamir nahm dies mit Befriedigung zur Kenntnis."
Bundesminister Genscher hielt sich vom 2. bis 4. Juni 1982 in Israel auf. Für das Gespräch mit dem israelischen Außenminister Shamir am 3. Juni 1982 in Tel Aviv vgl. AAPD 1982.
Zu den Gesprächen mit dem Vorsitzenden der israelischen Arbeiterpartei, Peres, und dem ehemaligen israelischen Außenminister Eban am 3. Juni 1982 in Jerusalem vgl. den Drahterlaß Nr. 117 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Fiedler vom 4. Juni 1982 an die Botschaft in Tel Aviv; AAPD 1982.
Zum Gespräch mit Ministerpräsident Begin am 3. Juni 1982 vgl. den Drahtbericht Nr. 462/463 des Botschafters Hansen, Tel Aviv, vom 4. Juni 1982; AAPD 1982.

7 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

8 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 23. Oktober 1981 anläßlich der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún auf. Vgl. dazu Dok. 315.

9 Am 12. Juni 1981 beschloß der IAEO-Gouverneursrat in Wien, auf der am 21. September 1981 beginnenden Generalkonferenz über die Folgen des israelischen Angriffs auf die irakische Nuklearanlage „Osirak" am 7. Juni 1981 zu beraten und u. a. eine Suspendierung der IAEO-Mitgliedschaft Israels zu erwägen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Rouget vom 18. August 1981; Referat 431, Bd. 145708.
Rouget informierte die Ständige Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York am 9. Oktober 1981: „In der XXV. Generalkonferenz der IAEO war am 26.9.81 auf Antrag von 18 zumeist islamischen Staaten der G[ruppe der] 77 mit 51 zu acht bei 27 Enthaltungen und vier abwesenden Delegationen u. a. beschlossen worden, ‚to consider at its 26th regular session the suspension of Israel from the exercise of the privileges and rights of membership if by that time it has not complied with the provisions of Security Council Resolution 487 of 19 June 1981.' Bei dieser Abstimmung hatten sich die Zehn der Stimme enthalten." Am selben Tag habe der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, der Botschaft in Washington die „große Bestürzung seiner Regierung über das Stimmverhalten der Zehn" übermittelt. Diese hätten „mit ihrem geschlossenen Stimmverhalten die USA vor ein fait accompli gestellt […]. Die grundsätzlichen Aspekte des Vorgangs bereiteten Sorgen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 827; Referat 431, Bd. 145705.

10 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem spanischen Außenminister Pérez-Llorca am 11. Juni 1981 in Madrid vgl. Dok. 167, Anm. 2.

der spanischen Haltung zu erkennen. BM wies auf die gegenwärtige Belastung Spaniens mit anderen Problemen hin. Nach seiner Einschätzung werde Spanien jedoch schließlich auf den Weg kommen.

Auf Hinweis Shamirs, daß sich mit dem spanischen EG-Beitritt[11] auch für Israel Probleme ergeben werden, sagte BM, die Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft werde durch den Beitritt neuer Staaten nicht verändert, Israel könne unbesorgt sein.

Auf Frage BM sagte Shamir, Jordanien versuche durch seine verstärkten Kontakte mit der SU, Druck auf die Amerikaner auszuüben. Dasselbe gelte für Kuwait.

Auf Frage BM sagte Shamir, SU habe die Auswanderung russischer Juden fast vollständig gestoppt. 1980 seien noch 20000 herausgekommen, dagegen 1981 starker Rückgang. Von 2 Mio. Juden in der SU hätten 400000 die Ausreise beantragt. Anträge seien noch unerledigt.

Auf Bitte Shamirs schilderte BM Stand der deutsch-deutschen Beziehungen und gab ein Bild der gegenwärtigen ernsten Lage in Polen.

[gez.] Gorenflos

Referat 010, Bd. 178848

11 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 189, besonders Anm. 29.
Am 14. September 1981 berichtete Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), daß der EG-Ministerrat Fortschritte hinsichtlich eines spanischen EG-Beitritts habe erzielen können, „da es gelang, die Kap[itel] Zollunion und Landwirtschaft grundsätzl[ich] voranzubringen. F verzichtete dabei darauf, aus der span[ischen] Zusage, die MWSt ab Beitritt einzuführen, weiterhin eine Vorbedingung für den bloßen Beginn der Substanzverhandlungen im Kap. Zollunion zu machen. Es erklärte sich auch damit einverstanden, daß die Spanier in absehbarer Zeit, d. h. parallel zu den gemeinschaftsinternen Verhandlungen über das ‚Mandat', eine Erklärung der Gem[einschaft] in Kap. Landwirtschaft erhalten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3472; Referat 410, Bd. 130426.

269

Botschafter van Well, New York (VN), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1988 **Aufgabe: 23. September 1981, 18.01 Uhr**[1]
Ankunft: 24. September 1981, 00.16 Uhr

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf;
hier: BM-Treffen mit OAE-Delegation und FLS[2] am 21.9.1981 in New York[3]

Am ersten Tag seiner New Yorker Gespräche hatte BM einen in Umfang und Besetzung ungewöhnlichen Afrika-Termin in Form eines mittags in der Residenz gegebenen Arbeitsessens für Vertreter der OAE-Delegation, die im August Bonn besucht hatte[4], und der FLS. Es erschienen OAE-GS Kodjo, AM Jorge, AM Salim und die VN-Botschafter von Angola[5], Sambia[6], Simbabwe[7], Botsuana[8], Mosambik[9], Nigeria[10], Ruanda[11], Kenia[12] und Algerien[13]. Anwesend waren auch GV-Präsident von Wechmar, Botschafter van Well, D 3[14] und RL 320[15].

Wir gaben folgenden Sachstand zur Namibia-Frage: Nach der durch die Schuld der Südafrikaner gescheiterten Genfer Konferenz vom Januar 1981[16] sei es

1 Hat Ministerialdirigent Haas am 24. September 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Gorenflos verfügte.

2 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

3 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

4 Am 26. August 1981 hielt sich eine Delegation der OAU unter Leitung des kenianischen Außenministers Ouko zu Gesprächen mit Bundesminister Genscher in der Bundesrepublik auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau teilte dazu am selben Tag mit: „Ouko, der als Sprecher der Gruppe nicht nur protokollarisch, sondern auch argumentativ hervortrat, legte in sehr abgewogener Form Haltung der OAU dar. Delegation unternehme keine ‚Konfrontationsmission', sondern solle afrikanische Besorgnis über andauernde illegale Okkupation Namibias durch S[üd]A[frika] vortragen. Ouko bekräftigte mehrfach, SR 435 müsse alleinige Grundlage Lösungsplans bleiben. […] Breiten Raum nahm sodann der Gedankenaustausch über eine etwaige Ergänzung von SR 435 durch Verfassungsgarantien ein." Nachdem Ouko und der simbabwische Außenminister Mangwende „die Notwendigkeit derartiger Ergänzungen mehrfach abgelehnt hatten, erklärte Ouko auf Frage BM, was es denn die Afrikaner koste, wenn in Namibia die Einhaltung der Prinzipien der VN-Charta garantiert werde, Namibia werde als unabhängiges Land und VN-MS ohnehin diese Charta befolgen. Es sei indes vorstellbar, daß die afrikanischen Staaten die ‚Hoffnung' oder ‚Erwartung' äußerten, ein unabhängiges Namibia werde sich diesen Prinzipien verpflichtet fühlen." Vgl. den Runderlaß Nr. 4334; Referat 320, Bd. 138055.

5 Elísio de Figueiredo.

6 Paul J. F. Lusaka.

7 Elleck K. Mashingaidze.

8 Legwaila Joseph Legwaila.

9 José Carlos Lobo.

10 Alhaji Yusuff Maitama-Sule.

11 Juvénal Renzaho.

12 Charles Gatere Maina.

13 Mohammed Bedjaoui.

14 Walter Gorenflos.

15 Hans-Joachim Vergau.

16 Zur Namibia-Konferenz vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf vgl. Dok. 14, Anm. 4.

unsere vordringliche und, wie sich erwies, recht schwierige Aufgabe gewesen, an der Wiedereinsetzung der KG unter erheblich veränderten Bedingungen und an einer Sachposition der Fünf mitzuwirken, die wir im Lichte unserer eigenen Überzeugungen und unseres gezeigten Engagements vor jedermann verantworten könnten. Auf unsere Initiative sei es im Mai in Rom erstmals wieder zum Zusammentritt der fünf AM gekommen, und hier sowie verstärkt im Juli in Montebello (Ottawa-Gipfel) hätten die Fünf ihr Festhalten an SR-435[17]-Ausführung bestätigt.[18] Die Konsultationen mit der afrikanischen Seite seien in den letzten Monaten weniger intensiv gewesen als früher, da die FLS und SWAPO uns nachdrücklich klargemacht hätten, daß sie zu weiteren Beratungen über die Bedingungen der 435-Ausführung erst bereit sein würden, nachdem Südafrika sich zu einem festen Zeitrahmen bindend verpflichtet habe. Dieser Standpunkt habe uns überzeugt. Die Fünf seien deshalb jetzt dabei, von Südafrika die Garantie eines solchen Zeitrahmens zu erhalten[19], wobei SA[20] abschließend und genügend konkret die Anliegen definieren müsse, die noch Voraussetzung der Anwendung des Zeitrahmens sein sollten. Ziel der Fünf sei möglichst baldiger Beginn der SR-435-Ausführung, jedenfalls noch im Jahre 1982. Inzwischen sei die KG nicht untätig. Wir wüßten, zu welchen drei Gebieten die noch verbleibenden SA-Anliegen gehörten: Verfassungsprinzipien, Gestaltung von UNTAG, unparteiische VN-Haltung. Wir hätten intern Vorschläge zu Lösungen in diesen Problemkreisen beraten. Sobald die SA-Garantie für den Zeitrahmen vorliegen werde, könnten die FLS, Nigeria und SWAPO mit der Aufnahme unverzüglicher Konsultationen durch die Fünf rechnen.

Die Afrikaner gaben sich – deutlicher als erwartet – mit dieser Darstellung zufrieden. Besonders BM-Hinweis auf teilweise mühselige und viel Geduld erfordernde Argumentation mit US-Seite schien Verständnis zu wecken. Niemand erhob prinzipielle Einwände gegen eine Vereinbarung von Verfassungsgrundsätzen, und Jorge sowie Salim erwähnten ausdrücklich, daß die Offenheit wesentlicher Aspekte von UNTAG und der VN-Behandlung von SWAPO während des Übergangsprozesses allen stets bewußt gewesen sei.

Beunruhigt zeigten sich mehrere Gesprächspartner (insbesondere Kodjo) durch verzerrte Meldungen aus SA-Quelle über das Zürich-Treffen Crocker–Fourie.[21] Wir korrigierten die Fehlinformationen, insbesondere zum Status des Zürich-Treffens, zum Zeitrahmen und zu UNTAG, und versicherten erneut, daß die afrikanische Seite in keinem wesentlichen Bereich vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürfe, sondern ihren Einfluß als vollwertiger Partner behalten werde.

17 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

18 Die Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) trafen am 3. Mai 1981 in Rom und vom 19. bis 21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello zusammen. Vgl. dazu Dok. 128 und Dok. 216.

19 Zur Demarche der Namibia-Kontaktgruppe vom 12. September 1981 vgl. Dok. 250, Anm. 24. Zur Antwort der südafrikanischen Regierung vom 23. September 1981 vgl. Dok. 279, Anm. 4.

20 Südafrika.

21 Zum Gespräch des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker, mit dem Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium, Fourie, am 21. September 1981 vgl. Dok. 265, Anm. 4.

Die Frage der Kubaner-Präsenz in Angola wurde nicht angesprochen. (Wir hören jedoch von Kanada, daß Jorge im Gespräch mit kanadischem AM[22] Feststellung wiederholt habe, Namibia-Lösung werde mit Sicherheit Kubaner-Rückzug nach sich ziehen, MPLA könne mit UNITA dann allein fertigwerden. Über Frage, ob einige Kubaner nicht schon während Übergangsphase abziehen könnten, habe Luanda „noch nicht nachgedacht". Das Thema scheint jedenfalls nicht tabu zu sein.)

Wertung

Die auffallende Manifestation der Wertschätzung des BM für die Namibia-Gesprächspartner unter den Afrikanern hat sich gelohnt. Die Afrikaner bleiben in der Sache skeptisch, insbesondere gegenüber Washington, vielfache spätere Kommentare am Rande der GV zeigten uns aber, daß sie an der Aufrichtigkeit unserer Informationen und unseres SR-435-Engagements nicht zweifeln und sich ernstgenommen fühlen. Durch ihre Langfristigkeit und konsequente Präsentation hat die Namibiapolitik des BM uns eine Glaubwürdigkeit eingebracht, die dazu führt, daß wir in Kritik an dem und Mißtrauen gegen das US-Verhalten kaum einbezogen werden. Zugleich jedoch blicken die Afrikaner weiter erwartungsvoll auf Bonn, und wir müssen sehen, daß bei zu drastischen Enttäuschungen, wer immer sie verursacht, doch die Gefahr tiefgreifender Belastungen auch unserer Beziehungen gegeben ist.

VN-Botschafter von Ruanda, der zusammen mit OAE-Delegation Bonn besucht hatte, versicherte nachdrücklich, alle Delegierten hätten einmütig BM-Gastfreundlichkeit und Gespräch in Bonn mit weitem Abstand besser als in den anderen vier Hauptstädten bewertet.

[gez.] van Well

Referat 010, Bd. 178848

22 Mark MacGuigan.

270

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5475/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 23. September 1981, 20.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3793 **Ankunft: 24. September 1981, 02.51 Uhr**

Betr.: Besuch des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages, 21. bis 24.9.81;
hier: Fortsetzung des Gesprächs mit Sicherheitsberater Richard Allen

Bezug: DB 3762 vom 22.9.81 – Pol 322.00 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

Die Mitglieder des Unterausschusses führten heute, 23.9., wie gestern vereinbart, ein weiteres Gespräch mit Richard Allen, das etwa 75 Minuten dauerte. Allen wies zu Beginn nochmals auf die Gefahr hin, daß durch antiamerikanische Töne in Europa die Haltung der amerikanischen Öffentlichkeit und des Kongresses negativ beeinflußt werden könnte. Er appellierte an die deutsche Seite, gegen Erscheinungen des Antiamerikanismus, die sich in Wort oder Tat manifestierten, vorzugehen.

Allen informierte die deutschen Gesprächspartner darüber, daß der Präsident in etwa zwei Wochen seine Entscheidung über die MX-Rakete treffen werde.[3] Es handele sich dabei um ein Entscheidungspaket, dessen verschiedene Teile AM Haig bei seinem kürzlichen Besuch in Bonn dem BK erläutert habe.[4] Er selbst könne zum Inhalt der Entscheidungen gegenwärtig noch keine näheren Angaben machen.

1 Hat Staatssekretär von Staden am 24. September 1981 vorgelegen.
Hat Botschafter Ruth am 26. September 1981 vorgelegen.

2 Botschafter Hermes, Washington, berichtete über das erste Gespräch der Abgeordneten Bahr (SPD), Jung (FDP), Jungmann (SPD), Todenhöfer (CDU) und Weiskirch (CDU) mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Allen, am 22. September 1981 in Washington. Zur Haltung der Öffentlichkeit und der SPD zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 habe Bahr erläutert, „daß er persönlich keinen Zweifel daran habe, daß die Durchführung des Doppelbeschlusses auch weiterhin von einer klaren Mehrheit bejaht werde. Er müsse jedoch darauf hinweisen, daß die unerwartete amerikanische Neutronenwaffen-Entscheidung die öffentliche Debatte erschwert habe. Er, Bahr, hielte es deshalb für gut, wenn eine öffentliche Erörterung des Neutronenwaffenthemas künftig unterbliebe.“ Allen habe dem zugestimmt und bedauert, „daß durch ein vorzeitiges ‚leak‘ die von der Administration beabsichtigte Konsultation mit den Verbündeten nicht mehr zustande gekommen sei. […] Auf den anschließend von MdB Todenhöfer vorgebrachten Gesichtspunkt, daß die USA künftig im Interesse einer wirkungsvolleren Darstellung der sicherheitspolitischen Notwendigkeiten eine offensivere Informationspolitik führen sollten, ging Allen zustimmend ein. […] Die Administration erkenne klar, daß man in diesem Bereich bisher versagt habe.“ Allen erklärte ferner, daß er in „Äußerungen eines wirklichen Antiamerikanismus […], wie sie gelegentlich in der europäischen Öffentlichkeit laut würden“, eine Gefahr sehe: „Solche Äußerungen könnten die Stimmungslage, insbesondere auch im Kongreß, negativ beeinflussen und die notwendige öffentliche und parlamentarische Unterstützung für ein aktives Engagement der USA in Europa beeinträchtigen.“ Vgl. VS-Bd. 11120 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 über den Bau von 100 landgestützten MX-Raketen vgl. Dok. 285.

4 Zum Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 13./14. September 1981 vgl. Dok. 255 und Dok. 256.

Bahr betonte in seiner Erwiderung die Einheit des Bündnisses. Neben dem deutschen Sicherheitsinteresse gebe es auch das eigene Interesse der USA, in Europa präsent zu bleiben. Grundlage der Schlußakte von Helsinki[5] sei das allgemeine Anerkenntnis, daß keine Regelung in Europa ohne die USA getroffen werden könne. Die Präsenz der USA in Europa bleibe für die BR Deutschland, ebenso wie für andere europäische Länder, die politische Basis.

Allen, darin unterstützt von seinem Mitarbeiter Dennis Blair, griff anschließend das Argument auf, daß, wenn die USA sich für eine Seestützung der MX-Rakete entscheiden würden, es noch schwerer sein werde, in Europa die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles zu Lande durchzusetzen. Das Bündnis beruhe auf einer Teilung des nuklearen Risikos. Die USA trügen schon jetzt ihren vollen Anteil hieran.[6] Die gemeinsame Verteidigung fordere von allen Bündnispartnern die Bereitschaft, dieses Risiko weiterhin mitzutragen und nicht einfach ganz oder teilweise auf andere abzuwälzen.

Das Gespräch wandte sich sodann aufgrund einer Frage von MdB Todenhöfer dem Problem der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Abschreckung in Europa zu. Todenhöfer wies darauf hin, daß es Teile der Öffentlichkeit in Europa gebe, die bezweifelten, daß die USA bei einem auf Europa begrenzten Angriff ihre strategischen Systeme einsetzen würden. Allen erwiderte hierauf dezidiert, daß ein auf Europa begrenzter Angriff ein gänzlich unrealistisches Szenario darstelle. Die USA stünden fest zum Bündnis mit ihren europäischen Partnern. Falls es zu einem bewaffneten Angriff in Europa komme, sei die Lage in jedem Fall so, daß dann auch für die USA die Notwendigkeit zu militärischem Eingreifen gegeben sei. Er, Allen, könne sagen, daß dies auch die Auffassung des Präsidenten sei. Um so wichtiger sei es, daß in Europa Zweifel an der Glaubwürdigkeit des amerikanischen Engagements verstummten. Auch hierzu bat Allen um die Mithilfe der politischen Kräfte in Deutschland.

Auf die Frage von Todenhöfer, ob die USA nicht eingehenderes, für die öffentliche Argumentation geeignetes Material über die militärische Bedrohung durch die SU zur Verfügung stellen könnten, wies Allen auf eine in Kürze erscheinende Sammlung von Fakten und Zahlen hin.[7] Das erste Exemplar liege gerade dem Präsidenten vor, der selbst großen Wert auf verstärkte Informationsarbeit lege.

5 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

6 Der Passus „Das Bündnis beruhe … Anteil hieran“ wurde von Staatssekretär von Staden durch Kreuz hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer, Botschafter Ruth und Referat 204: „X ist nicht gut u[nd] eine Folge der schiefen Begründung der Landstationierung mit risk sharing. Wir tragen auch schon ohne LRTNF einen überproportionalen Anteil am Risiko. Ich hätte gern ein Argumentationspapier dazu. Wir können darüber demnächst nach der D[irektoren]B[esprechung] sprechen.“

7 Das amerikanische Verteidigungsministerium gab am 29. September 1981 eine Dokumentation mit Informationen zum Stand des sowjetischen Rüstungspotentials heraus. Vgl. DEPARTMENT OF DEFENSE, Soviet Military Power, Washington 1981.
Zu der Dokumentation vermerkte Ministerialdirigent Dröge am 2. Oktober 1981: „Neu und bedeutsam ist die Feststellung, daß die SS-20 seit Januar 1981 beschleunigt dislociert wird. Auf den schon in Bau befindlichen Basen werden weitere 65 Abschußgestelle dislociert werden. Die Amerikaner rechnen mit der Dislozierung von ungefähr zusätzlichen 100 bis 150 Abschußgestellen bis zum Abschluß des Dislozierungsprogrammes.“ Ferner stelle die Dokumentation fest, „daß die Sowjets in den 70er Jahren den technologischen Vorsprung der USA in allen wichtigen Grundlagengebieten praktisch aufgeholt haben (z. B. elektrisch-optische Sensoren, Führungs- und Navigationssysteme, Hydroaku-

Bahr ging nochmals auf die Frage der Glaubwürdigkeit der amerikanischen Schutzgarantie ein. Diese Glaubwürdigkeit hänge, wie Berlin beweise, nicht allein von der Zahl der amerikanischen Truppen ab. Vielmehr gehe es um das Gesamtrisiko, das die SU einkalkulieren müsse. Worauf es ankomme sei, dieses Risiko für die andere Seite unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Vermindere oder beseitige man es, komme dies einer Einladung an die andere Seite gleich. Im übrigen würde jeder Krieg in Europa voraussichtlich das Ende beider Teile Deutschlands bedeuten. Schon diese Überlegung allein erkläre, weshalb in der deutschen Öffentlichkeit alle Schritte in Richtung auf Verhinderung[8] einer bewaffneten Auseinandersetzung so große Aufmerksamkeit fünden.

Allen wies auf die Verantwortung bei öffentlichen Äußerungen zu diesem Themenkomplex hin. Er erwähnte die früheren Äußerungen von MdB Bahr zur Neutronenwaffe als ein Beispiel für die nachhaltige Wirkung, die öffentliche Erklärungen in diesem sensitiven Bereich haben können. Die damaligen Äußerungen von Bahr („Perversionen des menschlichen Denkens“[9]) hätten dazu geführt, daß eine rationale Debatte über den militärischen Nutzen der Neutronenwaffen kaum noch hätte geführt werden können. Allen ging dann kurz auf den SALT-Komplex ein. In Europa sei SALT z. T. eine Ideologie, wenn nicht gar eine Religion geworden. Reagans Auffassungen zu SALT seien in der Wahlkampfzeit verzerrt dargestellt worden. Dem Präsidenten sei es immer um eine echte und verifizierbare Reduzierung der Arsenale gegangen. Aus diesem Grunde hätten z. B. die Republikaner, auch er, Allen, selbst, die Carter-Administration bei ihren anfänglichen Bemühungen um „deep cuts“ unterstützt. Vor diesem Hintergrund seien die Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Verhandlungsabsichten des Präsidenten doppelt irritierend; sie schädigten die gemeinsamen Bemühungen um substantielle Verhandlungen. Breschnew werde bei seinem kommenden Besuch in Bonn[10] mit Sicherheit versuchen, dieses Thema zu nutzen, um die BR Deutschland und die USA auseinanderzudividieren. Dieser Besuch sei insofern weit über den engeren deutsch-sowjetischen Rahmen hinaus von Bedeutung.

Bahr bezweifelte in seiner Erwiderung, daß Breschnew ernsthaft glaube, die Bundesrepublik und die USA trennen zu können. Die sowjetische Führung habe auch immer wieder deutlich gemacht, daß sie ein Interesse an der Existenz der Allianzsysteme habe, da sie die Weltlage stabilisierten. Was SALT II[11] be-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1424

stik, Optik- und Antriebstechnik). Auf anderen Gebieten haben sie die USA überholt (z. B. bei Hochleistungs-Lasern, Radiofrequenztechnik). Ein technologischer Vorsprung der USA ist noch vorhanden auf den Gebieten Mikroelektronik, Computertechnologie und Triebwerksbau.“ Dröge kam zu dem Schluß: „Die amerikanische Dokumentation ist trotz gewisser Mängel geeignet, die öffentliche Diskussion über sicherheitspolitische Fragen mit Fakten anzureichern und schon von daher zu ihrer Versachlichung beizutragen. Sie ist außerdem geeignet, die Sowjetunion zu veranlassen, sich mit den dargestellten Fakten in der Sache auseinanderzusetzen. Wir sollten diesen Ansatz zu offensiver Argumentation nutzen. Unser Ziel sollte es sein, der Sowjetunion zu erschweren, sich als Friedensmacht zu gerieren und die westliche sicherheitspolitische Diskussion in ihrem Sinne zu beeinflussen.“ Vgl. VS-Bd. 10294 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Korrigiert aus: „Verminderung“.

9 Vgl. dazu Egon BAHR, Ist die Menschheit verrückt geworden?, in: Vorwärts, Nr. 29 vom 21. Juli 1977, S. 4.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPART-

treffe, so habe die deutsche Seite in dieser Frage die frühere Administration auf deren Bitte unterstützt. Es sei auch gegenüber unserer Öffentlichkeit nicht einfach, nun erklären zu müssen, daß dieser Vertrag entgegen den Beteuerungen einer amerikanischen Regierung nicht den amerikanischen und den westlichen Sicherheitsinteressen entspreche.

Allen erklärte hierauf, daß es der republikanischen Seite noch unter Carter darauf angekommen sei, SALT II im Senat behandeln zu lassen. Dies vor allem, um eine grundsätzliche strategische Debatte vor der Öffentlichkeit führen zu können. Er, Allen, sei im übrigen fest davon überzeugt, daß SALT II auch ohne die sowjetische Invasion Afghanistans[12] keine Mehrheit im Senat gefunden hätte. Er wolle der deutschen Seite noch eine weitere Bitte vortragen:

Es sei schädlich, der Administration Streben nach militärischer Überlegenheit zu unterstellen. Dies entspreche nicht der Politik des Präsidenten. Die Parteiplattform vom Juli 1980, die das Wort „Überlegenheit" enthalte, sei lediglich eine Empfehlung gewesen.[13] Das Wort sei danach nie wieder in eine offizielle Stellungnahme aufgenommen worden. Worum es der Administration gehe, sei nicht Überlegenheit, sondern ein genügender „margin of safety".

Das Gespräch wandte sich anschließend dem Einfluß der Medien auf die gegenseitige Perzeption beider Seiten zu. Die amerikanischen und deutschen Gesprächspartner waren sich im Urteil einig, daß Randgruppen und deren Bestrebungen einen weit überproportionalen Anteil an der Medienberichterstattung erhalten. Dies veranlaßte Allen zu der Anregung, über ein Forum nachzudenken, in dem über die beiderseitigen Perzeptionen Gespräche und ggf. gemeinsame klärende Strategien entwickelt werden könnten. 1982 werde für die Allianz ein kritisches Jahr sein. Wenn es nicht gelinge, das Bündnis mit neuen Impulsen zu versehen, würden sich zunehmend ernste Spannungen zeigen. Die Administration werde daran arbeiten, gerade auch in den die Allianz betreffenden grundsätzlichen Fragen einen überparteilichen Konsensus im Lande zu erreichen. Er, Allen, hoffe und wünsche, daß solche überparteilichen Anstrengungen auch in der BR Deutschland und in anderen europäischen Ländern gemacht würden.[14]

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11291 (220)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1425

MENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

12 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

13 Im Abschnitt „Defense strategy" des Wahlprogramms der Republikanischen Partei vom 15. Juli 1980 hieß es: „The foreign policy of the United States should reflect a national strategy of peace through strength. The general principles and goals of this strategy would be: […] To achieve overall military and technological superiority over the Soviet Union". Vgl. http://www.presidency.ucsb.edu/platforms.php.

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Neukirchen vermerkte am 8. Oktober 1981, daß der CDU-Abgeordnete Weiskirch die Bitte geäußert habe, ihm die Berichte der Botschaft Washington zugänglich zu machen. Am 30. September 1981 habe auch der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Barzel, den Wunsch geäußert, sie dem Ausschuß zur Verfügung zu stellen. Er, Neukirchen, halte die vertraulichen Berichte für eine Weitergabe nicht geeignet: „Das Interesse an den Berichten dürfte […] in dem Bedürfnis begründet sein, die Berichterstattung der Botschaft auf ihre Richtigkeit zu überprüfen oder die Botschaft zum Schiedsrichter für den Fall zu machen, daß es in-

271

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Haig (USA) in New York

204-321.00 SO-713/81 geheim **23. September 1981**[1]

Viereressen am 23.9.1981 in New York[2]

Haig: Mein heutiges, etwa viereinhalbstündiges Gespräch mit Gromyko läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

Gromyko erklärte, in Moskau herrsche Konfusion über die Politik Reagans. Die SU wünsche, mit den USA zusammenzuarbeiten. Gromyko hat mich gefragt, wie wir das am besten in die Wege leiten könnten.

Sein Ton war während des ganzen Gesprächs gemäßigt. Ich möchte die Unterhaltung als offen und geschäftsmäßig bezeichnen. Wir haben eine gemeinsame Erklärung über die Aufnahme der Verhandlungen über Mittelstreckenraketen verabschiedet, die morgen früh veröffentlicht werden wird (Eagleburger verteilt den Text).[3]

Die Thematik der Gespräche ist im letzten Teil des ersten Abschnittes umschrieben, weil Gromyko auf der regionalen Form „in Europa“ und ich auf dem globalen Ansatz beharrt hatten.

Die gewählte Formel ist ein Kompromiß; sie erfaßt die landgestützten Mittelstreckenraketen, läßt aber die Einbeziehung anderer Waffenarten offen.

Wir haben sehr lange über Afghanistan gesprochen. Gromyko beschwerte sich über die terroristischen Aktionen aus Pakistan. Es sei paradox, so Gromyko, aber die amerikanische Politik halte die sowjetischen Truppen in Afghanistan fest, obwohl die sowjetische Führung sie lieber von dort zurückziehen würde.

Ich hatte das Gefühl, die Sowjets würden am liebsten mit uns zusammen eine kondominiale Lösung ausarbeiten. Sie stellen sich offenbar eine Art amerikani-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1426

nerhalb der Reisegruppe Meinungsverschiedenheiten gibt. Beidem müssen wir schon aus folgenden Gründen kritisch gegenüberstehen: Das Augenmerk der Botschaft ist primär auf die Wiedergabe der amerikanischen Äußerungen gerichtet und nicht eines möglichen Meinungsspektrums auf deutscher Seite. Mangelnde Vollständigkeit in dieser Hinsicht könnte jedoch als Parteinahme (Wertung, Gewichtung durch Weglassung) mißverstanden werden.“ Vgl. VS-Bd. 11291 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

Mit Schreiben vom 15. Oktober 1981 an Barzel bat Bundesminister Genscher um Verständnis, „daß ich von einer Weitergabe der diesbezüglichen zusätzlichen Berichte absehen möchte, um zu vermeiden, daß die Botschaft – und damit die Exekutive – in einer Angelegenheit zum Zeugen bzw. Schiedsrichter gemacht wird, die Sache des Parlaments ist und m.E. auch bleiben sollte“. Vgl. VS-Bd. 11291 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 29. September 1981 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

scher Garantie dafür vor, daß keine Grenzüberschreitungen nach Afghanistan hinein mehr erfolgen; an dem Arrangement würden die Supermächte, Afghanistan und Pakistan beteiligt.

Ich habe erwidert, daß die USA die UN-Resolutionen[4] und den Plan der Zehn[5] unterstützten. Das afghanische Volk müsse sein Schicksal selber bestimmen. Wenn die sowjetischen Truppen zurückgezogen würden, würde das jetzige Regime keine 24 Stunden überleben.

Ich habe Gromyko zu überzeugen versucht, daß die amerikanische Politik nicht durch die Anschauungen allein des Präsidenten bestimmt wird, sondern daß diese Politik von der großen Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung getragen werde. Die Amerikaner hätten den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion seit mindestens sechs Jahren die Détente pervertiert habe. Ich erinnerte an die Prinzipien, die sorgfältig ausgearbeitet waren.[6] Die Einmischungen in Angola, Äthiopien, Mittelamerika, die Intervention in Afghanistan und die gewaltige sowjetische Aufrüstung hätten die amerikanische Bevölkerung zu dem Schluß geführt, daß die SU die Grundsätze der Reziprozität und Mäßigung nicht beachte. Das habe große Sorgen in den USA hervorgerufen.

Gromyko hat die Frage gestellt, ob die USA etwa die Lieferungen von Waffen in Drittländer zur Selbstverteidigung für illegitim halte. (Haig hierzu später auf Frage Carringtons: Dies war wohl eine rhetorische Frage. Gromyko ging es offenbar darum, das Prinzip zu etablieren.) Ich habe geantwortet, im Prinzip nein, aber es komme sehr darauf an: Wenn die Waffen geliefert würden in Gebiete, in denen die SU geschichtlich nichts zu suchen habe, so beanstandeten wir diese Lieferungen in der Tat. Ich habe in diesem Zusammenhang den Fehler gemacht, von Einflußzonen zu sprechen, habe mich aber sofort korrigiert. Gromyko war zur Festlegung solcher Zonen bereit! Ich habe hinzugefügt, daß die Entwicklung in Drittländern friedlich und ohne Blutvergießen verlaufen müsse. Ich habe dann noch einmal auf die Einmischungen in Afrika und die Aktivitäten Kubas hingewiesen.

Gromyko hat erwidert, daß wir das Namibia-Problem lösen müßten. Ich habe ihm gesagt, daß die SU dabei helfen könne. Die Kubaner müßten aus Angola verschwinden, und zwar nicht erst nach der Unabhängigkeit Namibias, denn Versicherungen, der Abzug werde nach der Unabhängigkeit Namibias erfolgen, trauen wir nicht. Gromyko hat diese Forderung nicht zurückgewiesen. Ich habe noch einmal gefragt, ob die SU einen Einfluß in Südafrika suche, den sie nie gehabt habe. Gromyko hat dies verneint. Er garantierte, daß die SU nicht in Südafrika sein wolle, sie habe dort keine Interessen. Er war bereit, dies zu be-

4 Für den Wortlaut der Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der VN-Generalversammlung vom 14. Januar 1980 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Series I, Bd. XVIII, S. 470 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 161 f.
Für den Wortlaut der Resolution Nr. 35/37 der VN-Generalversammlung vom 20. November 1980 zu Afghanistan vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 197. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 607 f.

5 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

6 Vgl. dazu die Grundsatzerklärung über amerikanisch-sowjetische Beziehungen vom 29. Mai 1972; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 66 (1972), S. 898 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 289–291.

schwören. Gromyko hat dies in einer Weise gesagt, die mich von der Aufrichtigkeit der Aussage überzeugt hat. Sein Ton blieb auch bei diesem Teil der Unterhaltung gemäßigt. Er brachte die Bereitschaft zum Ausdruck, auch das Rüstungswachstum zu besprechen. Er hat sich nicht über SALT beklagt.

In der Plenarsitzung haben wir über die Erklärung verhandelt, die Ihnen vorliegt. Ich habe aus taktischen Gründen nicht auf Verabschiedung der Erklärung schon während der ersten Sitzung gedrängt. Ich habe gelassen anheimgestellt, wir könnten durchaus auch eine Veröffentlichung erst nach dem zweiten Treffen oder zu einem noch späteren Zeitpunkt vorsehen. Gromyko sagte daraufhin sofort, er ziehe Einigung schon heute vor. Es gab Entwürfe von beiden Seiten. Wir Amerikaner wollten in der Erklärung von der Absicht wesentlicher Reduzierungen sprechen, aber Gromyko weigerte sich. Er wäre bereit gewesen, statt einer gemeinsamen zwei separate Erklärungen abzugeben, d.h., er sah sie sehr im Hinblick auf ihre Wertung in der Öffentlichkeit. Ich war nicht bereit dazu. Schließlich einigten wir uns auf das Papier, das Ihnen vorliegt. Wir werden uns am 28.9. wieder treffen.[7] Ich habe den Eindruck, daß die SU wirklich beunruhigt ist.

Ob das in erster Linie an den Ereignissen in Polen liegt? Gromyko vermied das Thema, aber ich habe es aufgebracht. Ich habe erklärt, daß die Ost-West-Beziehungen einen wesentlichen Rückschlag erleiden würden, wenn es zu einer direkten oder indirekten Aktion (interference) in Polen käme. Ich habe mich gegen den Vorwurf der Einmischung, den Gromyko in seiner UNO-Rede vorgebracht hatte[8], verwahrt. Gromyko hat das nicht zurückgewiesen.

Wir müssen das polnische Problem sehr genau weiter beobachten und in diesem Kreise, wie in der Vergangenheit, eng zusammenarbeiten. Das schwierigste Szenario wäre die innerpolnische Repression, Verhängung des Ausnahmezustandes. Von Czyrek gewann ich den Eindruck, daß Maßnahmen bei den Exporten befürchtet werden.[9]

Cheysson: Die Sowjetunion ist durch Afghanistan und Polen in Schwierigkeiten.

Haig: Das ist richtig. Außerdem ist sie besorgt über die amerikanische Verteidigungspolitik.

Carrington: Wünscht die SU die Verhandlungen über Mittelstreckenraketen, weil sie unter Druck ist?

Haig: Ich glaube ja. Da kommen viele Faktoren zusammen. Taktisch haben wir, wie ich glaube, richtig gearbeitet. Wenn wir uns sehr scharf gezeigt hätten, wäre Gromyko sicher schwieriger gewesen. Moskau hat Gefühl für Macht, aber auch ein Gespür für die Meinungsdivergenzen zwischen den Europäern und uns. Offenbar hat Moskau das Bedürfnis, seine Beziehungen mit uns zu verbessern, und zwar nicht wegen der öffentlichen Meinung, sondern um der Sache willen.

7 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York vgl. Dok. 281.

8 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 22. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 88–95. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 635–640 (Auszug).

9 Der amerikanische Außenminister Haig und der polnische Außenminister Czyrek trafen am 22. September 1981 in New York zusammen.

Carrington, *Bundesminister* und *Cheysson*: Warum?

Haig: Da kann man nur spekulieren. Die SU ist sicher beschwert durch Polen, Afghanistan und durch wirtschaftliche Probleme. Außerdem will sie die USA von ihren Rüstungsanstrengungen wegbringen.

Cheysson: Was bedeutet wirtschaftliche Schwierigkeiten? Ist die SU nicht mehr in der Lage, ihre Rüstungsanstrengungen zu finanzieren?

Haig: Die Sowjets wissen wohl, daß sie im letzten nicht mit uns konkurrieren können. Sie haben ihre Fähigkeiten im militärischen Bereich bereits optimiert, um mit uns Schritt zu halten. Ich weiß von einem Augenzeugen, der seit 20 Jahren jährlich die SU bereist, daß die Menschen jetzt wieder in riesigen Schlangen stehen müssen und daß sie ihrem Ärger auf offener Straße freien Lauf lassen. Sie haben genug Geld, aber es gibt nichts zu kaufen. Die SU trägt eben zu große ökonomische Lasten wegen Vietnam, Kambodscha, Kuba, der kubanischen Abenteuer in Afrika und schließlich wegen Polen. Die sowjetische Getreideernte ist in diesem Jahr sehr schlecht.

Bundesminister: Will die SU die Mittelstreckenraketen tatsächlich ernsthaft verhandeln? Ich meine vor 1983? Oder hofft sie, daß die Europäer doch noch zusammenbrechen? Sie wird darauf hinarbeiten. Das ist die größte Gefahr, die uns droht.

Carrington: Genauso sehe ich das auch. Sie wird es mit allen Mitteln versuchen, es muß verhindert werden.

Bundesminister: Dadurch werden die Verhandlungen der USA nicht erleichtert.

Cheysson: Ich stimme Hans-Dietrich und Peter zu.

Bundesminister: Haben Sie den Eindruck, daß die SU bereit ist, außerhalb des Rüstungskontrollbereichs mit Ihnen zusammenzuarbeiten, z. B. in der Frage der kubanischen Präsenz in Angola?

Haig: Es ist zu früh, das zu sagen. Sie wies allerdings meine klaren Feststellungen nicht zurück. Daraus ziehe ich den Schluß: Sie will eine Verbesserung der Beziehungen, gleichgültig wie. Gromyko wies nicht einmal meine Behauptung zurück, die SU habe die Entspannung ausgenutzt.

Carrington: Ich glaube, Sie haben Gromyko sehr „auf dem falschen Fuß" erwischt. Reagans gemäßigter Brief vom 21. September[10] und Ihre gemäßigte Rede vor der UN[11] haben Ihnen im Kontrast zu Gromykos Rede vor der UNO einen Vorteil verschafft. Gromyko hatte dies sicher nicht erwartet, sondern eine Konfrontation im Stil des Kalten Krieges.

Haig: Mag sein.

Was Afghanistan angeht, stimme ich nicht zu, daß SU wegen Afghanistan in Verlegenheit (embarrassed) ist. Dazu sind ihre Probleme dort noch nicht groß genug. Sie will vielmehr signalisieren, daß sie zu einer Lösung kommen möchte. Ich habe das Gefühl, daß die SU zu einer kondominialen Lösung kommen

10 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 265, Anm. 15.

11 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 21. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 54–58. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 630–635 (Auszug).

will. Das mag mit ihren Schwierigkeiten in Polen zusammenhängen. Mit amerikanisch-sowjetischen Lösungen will sie vielleicht auch Keile zwischen uns vier treiben.

Cheysson: Ich glaube, die SU ist sehr in Verlegenheit. Es gibt für die SU keinen Sieg, keinen Ausweg in Afghanistan. Die Sowjets sitzen fest, wie Frankreich und die USA in Vietnam festgesessen haben. Sie fühlen sich nicht moralisch im Unrecht. Sie wissen einfach nicht, wie sie aus der Sache herauskommen sollen. Afghanistan und Polen sind Moskaus größte Sorgen. Für die französische Öffentlichkeit sind beides Themen von größter Sensibilität.

Haig: Afghanistan ist keine übermäßig große materielle Last für die SU, aber ihr internationales Ansehen wird durch Afghanistan stark beeinträchtigt. Ich habe zu Gromyko gesagt: „Sie sind doch ein Dialektiker. Wer hat das von Ihnen beschriebene ‚Paradoxon' geschaffen? Die Sowjetunion selbst!"

Ich glaube, es gibt eine Verbindung zwischen dem afghanischen und polnischen Problem. Polen und Afghanistan isolieren die SU ideologisch. Nicht von ungefähr haben mir viele Vertreter der Dritten Welt nach meiner UNO-Rede besonders herzlich gratuliert. Das war in der Vergangenheit nicht so.

Carrington: Sie haben zweimal von kondominialen Lösungen gesprochen. Wir hören das nicht besonders gern.

Haig: Die Sowjets würden das sehr gern haben, sie wollten die Welt für die nächsten 30 Jahre aufteilen. Ich habe auf die kondominialen Andeutungen Gromykos sehr negativ reagiert.

Insgesamt brachte das Gespräch für mich übrigens keine Überraschung. Höchstens, daß ich Gromyko noch moderierter und weniger selbstbewußt gefunden habe als erwartet. Auch weniger angriffslustig als früher. Ihr Ziel ist, die Beziehungen zu verbessern oder zumindest den Eindruck zu erwecken, daß sie dies versuchen. Die Sowjets scheinen größere Probleme zu haben denn je.

Bundesminister: Haben Sie sich schon auf die Thematik für das Treffen am 28. September geeinigt ?

Haig: Nein, aber ich denke, Gromyko will über strategische Waffen reden, über regionale Probleme, z. B. Kuba, die westliche Hemisphäre, wahrscheinlich über Polen und über bilaterale Themen, z. B. über auslaufende Meeresabkommen, Konsularsachen und vermutlich auch Handelsfragen. Er erwartet auch eingehendere US-Äußerungen zu Polen.

Bundesminister: Hat Gromyko Ihnen den Vorwurf gemacht, in Polen zu intervenieren ?

Haig: Er hat meinen Bemerkungen, daß die Polen ihre eigene schwierige Lage selbst meistern und daß sich niemand in Polen einmischen dürfe, nicht widersprochen. Er bestritt nie, daß die USA in bezug auf Polen sehr zurückhaltend (modest) waren.

Ich habe auch die Frage der Anwendung von Mykotoxinen in Asien aufgebracht.[12] Gromyko hat darauf mit keinem Wort geantwortet. Er weiß, daß wir die Informationen haben. Wir werden sie den Vereinten Nationen übergeben.

12 Seit 1976 drangen Berichte über den Einsatz chemischer Kampfstoffe in Kambodscha an die Öffentlichkeit. In der Folgezeit sammelte die amerikanische Regierung entsprechende Dokumente und

BM: Könnte es das Ergebnis Ihrer beiden Gespräche sein, daß sie Kanäle etablieren, so daß man Probleme lösen kann ?

Haig: Zu früh, dies zu sagen. Wenn die sowjetischen Antworten gut sind, wäre eine baldige Erweiterung der Gespräche denkbar.

BM: Heißt es, daß Sie zur Fortsetzung der Gespräche mit Gromyko in die SU reisen?

Haig: Ja.[13]

Welchen Eindruck hatten Sie von der Gromyko-Rede vor der UNO? War sie aggressiv oder defensiv?

Cheysson: Ich meine, es war die Antwort auf Ihre Berlin-Rede.[14]

Bundesminister: Es war eine Rede der aggressiven Verteidigung.

Haig: Das scheint mir die richtige Formulierung. Wahrscheinlich hatte Gromyko keine Zeit mehr, seine Rede umzuschreiben.

Bundesminister: Seine Rede war vom Politbüro genehmigt. Da läßt sich so schnell nichts ändern.

Haig: Der Zusammenhalt der Vier ist jetzt von ganz besonderer Bedeutung.

Die Jugoslawen haben mir bei meinem Besuch in Belgrad[15] übrigens gesagt, wir sollten auf keinen Fall unser Verteidigungsbudget kürzen.

Carrington: Aber das haben Sie doch getan.[16]

Haig: Nein. Im Augenblick politisieren wir absichtlich diese Frage. Was der Kongreß tun wird, bleibt abzuwarten, da steht uns sicher noch eine Schlacht bevor. Ich bin davon überzeugt, daß wir solide 7% mehr im Verteidigungsbudget haben werden. Es gibt bei einem absoluten Zuwachs von 30 Milliarden Dollar etwas Luft. Wenn wir auf das Verteidigungsbudget-Niveau Carters zurückfallen würden, wäre das verheerend.

Im ersten Gespräch mit Gromyko ist übrigens das Thema KSZE–KAE nicht erwähnt worden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1431

Augenzeugenberichte, die sie 1980 den Vereinten Nationen übergab. Nach Informationen der USA waren die UdSSR, Vietnam und Laos beteiligt. Vgl. dazu den Artikel „Einsatz chemischer Kampfstoffe in Südostasien?"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 17. September 1981, S. 3. Vortragender Legationsrat I. Klasse Arz von Straussenburg erläuterte dazu am 17. September 1981: „Zur Klärung der Meldungen über angebliche C-Waffen-Einsätze in Afghanistan und Indochina" habe die VN-Generalversammlung die Einsetzung einer Untersuchungskommission gefordert: „Die Kommission (Mitglieder: Peru, Ägypten, Kenia, Philippinen, dazu ein französischer Berater), wird der 36. Generalversammlung einen Zwischenbericht vorlegen […], der es nicht ausschließt, daß C-Waffen tatsächlich eingesetzt worden sind. Die Kommission hält weitere Untersuchungen am Ort für notwendig. Der Westen wird daher um eine Mandatsverlängerung durch die 36. Generalversammlung bemüht sein, zumal die USA […] mitgeteilt haben, daß ihnen nunmehr neues Material über den Einsatz von C- (und B-)Waffen in Indochina vorliegt." Vgl. Referat 222, Bd. 124541.

13 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

14 Der amerikanische Außenministers Haig besuchte am 13. September 1981 Berlin (West) und hielt eine Rede vor der Berliner Pressekonferenz. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2056, S. 44–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 505–510.

15 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 12./13. September 1981 in Jugoslawien auf.

16 Zur beabsichtigten Kürzung des amerikanischen Verteidigungshaushalts vgl. Dok. 255, Anm. 58.

Bundesminister: Dann wird es sicher am 28.9. aufkommen?

Haig: Wahrscheinlich.

Wir müssen dabei parallele Forderungen an die SU stellen: die Annahme unserer Geltungsbereichsformel[17] und Fortschritte in den Menschenrechtsfragen[18]. Das ist für uns ein innenpolitisches Problem. Wir müssen beide Bereiche im Gleichgewicht halten. Ich werde Gromyko erläutern, warum wir das Wort „continent" in der Geltungsbereichsklausel eingesetzt haben. Wir vier wissen ja, daß die Sowjets unsere Fähigkeit zum rapid deployment in anderen Gegenden, z. B. Nahost, Afrika, beeinträchtigen wollen. Die USA wollen sich hier keinen Beschränkungen durch CBM unterwerfen.

Wenn gewährleistet ist, daß eben diese Fähigkeit nicht beeinträchtigt werden darf, dann könnten wir daran denken, das Wort „continent" fallenzulassen. Diese Bereitschaft darf aber unter keinen Umständen an die Sowjetunion signalisiert werden.

Damit sind alle einverstanden.

Wenn man zur Einsetzung der KAE kommt, sollte man auch ein Forum für MR[19] (Expertengruppe) einsetzen.

BM: Manchmal klingt es so, als sei die Annahme der westlichen Geltungsbereichsformel eine Konzession des Westens an den Osten. In Wirklichkeit ist dies doch eine Konzession des Ostens an den Westen. Die Verbesserung in Menschenrechtsfragen wäre ebenfalls eine Konzession des Ostens an den Westen.

Haig: Wir haben ein innenpolitisches Problem. Carter hat die Menschenrechtsproblematik stark in den Vordergrund seiner Politik gestellt. Wir hatten Schwierigkeiten, das europäische Konzept einer KAE anzunehmen. Wenn wir in Madrid mit einer KAE, aber ohne Fortschritte auf dem Gebiet der Menschenrechte, ankommen, verlieren wir den Konsens in Washington und sehen uns einer Opposition der Neuen Rechten mit der Jewish Vote gegenüber, die von den Zeitungen unterstützt wird.

Eagleburger: Bei jedem Hearing im Kongreß werden wir beschuldigt, bei der KAE mit der SU gemeinsame Sache zu machen und bei den Menschenrechten aufzugeben. Das gilt als unmoralisch. Die Juden sind sehr antisowjetisch. Sie sehen jede Rüstungskontrollverhandlung als Konzession an die SU an. An die Reagan-Administration stellen sie besonders hohe Anforderungen. Wir müssen MR-Fragen aus der Schußlinie halten.

BM: Warum gehört die Jewish Vote dazu ? Hat das mit der Auswanderung aus der SU nach Israel zu tun?

Haig: Nicht nur, sondern auch mit dem Eintreten der Juden für das Prinzip der Menschenrechte. Das hat tiefe psychologische und philosophische Gründe.

17 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 3.

18 Vgl. dazu das von amerikanischer Seite vorgesehene „Schlußpaket" für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid; Dok. 207, Anm. 4, 9 und 13.

19 Menschenrechte.

Carrington: Wir sind nicht gerade begeistert, daß Sie so an die Sache herangehen. Wenn Sie in beiden Bereichen (KAE und Menschenrechte) etwas herausholen können, versuchen Sie es. Wenn es nicht geht, geht es eben nicht. Aber die Verbindung des wirklich nicht Zusammengehörigen ist nicht günstig.

Haig: Das ist wahr, aber unsere innenpolitische Situation ist eine Realität. Außerdem sind beide Forderungen gerechtfertigt. Ich gebe Ihnen zu, ich habe der KSZE skeptisch gegenübergestanden und eher Vorteile für die östliche als für die westliche Seite von ihr erwartet. Aber heute sehe ich die Dinge anders, nicht zuletzt wegen der Entwicklung in Polen. Ich meine, wir sollten in beiden Bereichen nicht weich werden.

Carrington widerspricht.

BM: Ich verstehe Ihre Gesichtspunkte. Aber ist es nicht unsere Aufgabe, die eigene Öffentlichkeit zu überzeugen? Es war schwierig, Ihren Vorgänger[20] dazu zu bringen, die Sowjetunion in die Zone der vertrauensbildenden Maßnahmen der Schlußakte von Helsinki[21] einzubeziehen. Dann haben wir die 250-km-Zone bekommen. Jetzt ist für die KAE-Zone ganz Europa vorgesehen, die Sowjetunion bis zum Ural. Das ist eine Konzession des Ostens an den Westen, eine wichtige Konzession auch deshalb, weil die Reduzierungszone von MBFR[22] zu schmal geraten ist. Diese zu schmale Reduzierungszone von MBFR war damals eine Konzession des Westens an den Osten. Um dieses Handicap auszugleichen, brauchen wir die KAE. Wenn diese Frage nun mit Forderungen auf dem Gebiet der Menschenrechte verknüpft wird, wird das in Europa niemand verstehen.

Haig: Wir wollen versuchen, beide Forderungen durchzubringen. Wenn wir das nicht schaffen, müssen wir uns von Neuem beraten.

Carrington: Ich sehe die Gefahr, daß wir bei der KAE Wesentliches kaputtmachen und zusätzlich zu diesem Schaden auch noch bei MR nichts erreichen!

Haig: Wir sollten es versuchen. Bis dahin müssen wir absolut einheitlich auftreten. Meinungsnuancen dürfen auf keinen Fall nach außen oder an die Sowjetunion dringen, sonst haben wir mit diesem Versuch keine Chance, und es wäre ein innenpolitischer Rückschlag in den USA zu befürchten. Ich brauche Ihre Unterstützung (management help). Wir hätten dann nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch in der Administration Opposition gegen die KAE.

Cheysson: Was heißt das praktisch?

Eagleburger: Das bedeutet als Rückfallposition ein Expertentreffen über Menschenrechte.

Haig: Zu Polen: Wir befürchten, daß es zur Verhängung des Ausnahmezustandes (martial law) kommen könnte. Das Szenario einer innenpolitischen Repression macht uns Kopfzerbrechen.

Cheysson: Dann ist die Wirtschaftshilfe sogar noch dringender.

20 Henry A. Kissinger.

21 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

22 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

Haig: Die Polen können wirtschaftlich bis zum Ende des Jahres durchhalten, nach allem, was wir gemeinsam für sie getan haben.

BM: Ist die polnische Führung stark genug, den Ausnahmezustand, das Kriegsrecht zu praktizieren? Wenn sie damit anfängt, wird sie bald Hilfe von außen brauchen, und weil sie das weiß, wird sie wahrscheinlich davor zurückschrecken.

Haig: Ich habe Czyrek gestern folgendes gesagt: Wenn die polnische Führung den Ausnahmezustand verhängen sollte, wäre alles, was wir für Polen getan haben und was wir für Polen planen, in Gefahr.

Carrington: Die Sowjets warten nur darauf, die Polen auseinanderfallen zu sehen. Wenn ich Czyrek wäre, würde ich die Lage als fast hoffnungslos ansehen.

Cheysson: Ich bin kein Pole. Auf unserer Seite sieht sich die Sache so an: Wenn etwas in Polen geschieht, wird das französische Volk wie ein Block reagieren, die Gaullisten, die Gewerkschaften, die Sozialisten und die Kommunisten. Sie werden kein Verständnis haben, wenn wir nicht handeln.

BM: Noch einmal: Wie lange würden die Sowjets mit dem Eingreifen warten? Nicht lange. Dann würde es zum Blutvergießen kommen. Wenn Ausnahmezustand verhängt ist, dann ist bürgerkriegsähnliche Situation die Folge. Dann müssen die Sowjets eingreifen. Die staatliche Autorität ist nicht stark genug, einen Bürgerkrieg durchzustehen.

Carrington: Auf wessen Seite stehen wir dann?

Haig: Das ist in der Tat die entscheidende Frage. Aus der Antwort ergibt sich der Rest.

Carrington: Der öffentlichen Meinung wegen stünden wir auf der Seite der Solidarität, vom Verstand her vielleicht auf seiten der polnischen Regierung.

BM: Die Regierung hält nur drei Tage. Ehe wir gewählt haben, sind die Russen schon da. Und dann ist klar, wo wir stehen.

Carrington: Aber die Sowjetunion greift ja nicht notwendigerweise so schnell ein. Wenn sie es tut, ist es klar, wo wir stehen. Aber vorher?

BM: Ich glaube, sie muß eingreifen. Wenn sie es nicht tut, gewinnt Solidarität. Aus sowjetischer Sicht darf Solidarität nicht gewinnen, und deshalb ist es für Moskau besser, früh einzugreifen, damit dieser Sieg nicht klar wird und die Niederschlagung noch schwieriger.

Haig: Wir sehen uns also drei Fragen gegenüber:

1) Was tun wir von heute an bis zu einer eventuellen Verhängung des Ausnahmezustandes? Ich kann Ihnen eine Teilantwort für die USA geben: Wir drängen die Kirche, einen mäßigenden Einfluß auf Solidarität auszuüben.

2) Was tun wir nach Verhängung des Ausnahmezustandes bis zum möglichen Eingreifen der Sowjetunion? In dieser Zeit müßten wir sehr klar auf die Sowjetunion einwirken, gleichzeitig aber Vorsicht walten lassen, damit die Sowjetunion nicht zum Eingreifen gereizt wird.

3) Was tun wir nach einem sowjetischen Eingreifen? Dann haben wir keine Wahl. Diese Antwort ist verhältnismäßig klar. Wir haben unsere Planungen dafür.[23]

[23] Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 67.

BM: Wir haben in Mittel- und Osteuropa drei Aufstände erlebt: 1953 in der DDR[24], 1956 in Ungarn[25], 1968 in der ČSSR[26]. In allen drei Fällen waren die örtlichen Behörden nicht in der Lage, den Aufstand niederzuschlagen. Das haben vielmehr die Sowjets besorgt. Die Vorstellung, daß die polnische Führung mit einem Aufstand in Polen fertigwerden würde, ist eine Illusion. Die Sowjetunion kann nicht zulassen, daß Solidarität gewinnt. Sie darf auch nicht erst kommen, wenn Solidarität bereits gewonnen hat. Deshalb wird die polnische Führung nicht das Risiko eingehen wollen, den Ausnahmezustand zu verhängen. Aus diesem Grunde kritisiert die SU in der jüngsten Botschaft neben Solidarität auch Regierung und Partei.[27]

Carrington: Dann ist die Frage verhältnismäßig unproblematisch. Alle unsere Sympathien gelten der Solidarität. Aber wenn Solidarität aus dem Ruder läuft und von der Regierung Repressionsmaßnahmen ergriffen werden müßten, dann hätte es etwas für sich, der Regierung zu helfen. Das wäre ein schwieriger Fall, denn unsere Bevölkerungen würden für Solidarität eintreten. Unsere Regierungen würden die Kontrolle über die öffentliche Meinung verlieren und von den öffentlichen Meinungen in eine bestimmte Richtung gedrängt werden.

Haig: Ich stimme Genscher zu. Mein Gespräch mit polnischem AM vermittelte den Eindruck, daß Solidarität immer deutlichere Ausschläge macht und Disziplinmangel zeigt. Die polnische Regierung steht unter sowjetischem Druck, sie zu disziplinieren. Der polnische MP[28] schickte mir eine private Botschaft (von Soldat zu Soldat), aus der ich schließe, daß wir es mit einer von Peter beschriebenen Situation zu tun bekommen könnten. Wir müssen zwischen heute und Samstag[29] aktiver werden. Ich möchte noch einmal vorschlagen, daß wir in der ersten Phase alle Verbindungen zur Kirche ausnützen, um auf Solidarität mäßigend einzuwirken.

Cheysson: Die französische öffentliche Meinung wird, wenn auf Solidarität geschossen wird, außer Kontrolle geraten.

BM: Bei uns auch.

Cheysson: Was tun wir, bevor etwas passiert? Ich kenne die Finanzprobleme. Aber: Wir müssen zur Unterstützung bereit sein. In der zweiten Phase haben wir sehr ernste Probleme. In der dritten Phase nicht vorstellbar, wie unsere Öffentlichkeit dann reagiert. „I beg you, beg you, let us be in contact immediately on the telephone. I am sorry to be so emotional. I had to tell you!"

BM: Auch die Gewerkschaften, die z. B. beim Kongreß von Solidarität[30] vertreten sind, könnten moderierend wirken.

24 Am 16./17. Juni 1953 kam es in Ost-Berlin zu Demonstrationen von Arbeitern, die sich zu einem Volksaufstand in der DDR ausweiteten. Vgl. dazu AAPD 1953, I, Dok. 187, Dok. 190 und Dok. 191.

25 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

26 Am 20./21. August 1968 intervenierten Streitkräfte des Warschauer Pakts in der ČSSR. Vgl. dazu AAPD 1968, II, Dok. 261–263 und Dok. 273.

27 Für den Wortlaut der Erklärung des ZK der KPdSU und der sowjetischen Regierung vom 17. September 1981 an das ZK der PVAP und die polnische Regierung vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 105 f.

28 Wojciech Jaruzelski.

29 26. September 1981.

30 Zum ersten Kongreß der Gewerkschaft „Solidarność" vom 5. bis 10. September 1981 in Danzig, der

Carrington: Czyrek hat davon gesprochen. Für den deutschen Gewerkschaftsvertreter hat er allerdings keinen Respekt gezeigt.

Haig: Auch unseren Gewerkschaftsvertretern hat man für den zweiten Teil des Kongresses die Visa verweigert.

Vielleicht geht die zweite Phase tatsächlich, wenn Hans-Dietrich recht hat, so schnell vorbei, daß wir nichts tun können.

Carrington: Vielleicht geht sie so schnell nicht vorbei, und selbst ein paar Tage müßten wir nützen.

Haig: Sollten wir uns sofort treffen?

BM: Ja. Im Dezember haben wir uns in Brüssel geeinigt, sofort ein Ministertreffen abzuhalten.[31]

Cheysson: Ich mache am 8. Oktober einen offiziellen Besuch in Polen.[32]

Haig: Ob nun die zweite Phase lang oder kurz ist: Wir müssen öffentlich zeigen, daß wir die Lage äußerst ernst einschätzen. Das ist vielleicht ein Mittel, das zur Zurücknahme des Kriegsrechts führt, und vielleicht auch die beste Methode gegen das Eintreten der Phase 3. Öffentliche Erklärungen und Einladungen könnten etwas ausrichten.

Carrington: Was könnten wir erklären?

Haig: Daß die Dinge eine sehr ernste Wendung genommen hätten, daß es darum gehe, die faktische Lage festzustellen, daß die Einstellung der Hilfeleistungen ins Auge gefaßt werden müsse und daß wir mit den Verbündeten konsultieren, um einen gemeinsamen Standpunkt zu beziehen.

Cheysson: Frankreich hat jetzt eine sozialistische Regierung mit starker Mehrheit. Diese Regierung ist fest davon überzeugt, daß das polnische Experiment nicht zermalmt werden darf. Frankreich würde, wenn das geschähe, irrational reagieren. Diese Frage würde die Leute mehr aufregen als die SS-20. Meine Herren, Sie können das gar nicht überschätzen. Es handelt sich um eine tiefe Gemütsstimmung, nachdem die heutige Mehrheit der Linken in Frankreich 23 Jahre auf den Sieg gewartet hat.

Carrington: Die britische Nation würde ähnlich geschlossen reagieren. Mit dem Sozialismus hat das nichts zu tun.

BM: Das Gleiche gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Haig: In den USA auch.

Cheysson: Auch Afghanistan geht den Franzosen nicht so nahe wie Polen. Ich meine, die Sowjetunion steckt da ziemlich in der Tinte.

Es besteht Einvernehmen, daß sofortige Konsultationen bei Eintritt in Phase 2 stattfinden.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1436

vom 26. September bis 7. Oktober 1981 fortgesetzt wurde, vgl. Dok. 256, Anm. 19, und Dok. 274, Anm. 9.

31 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

32 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 8./9. Oktober 1981 in Polen auf.

Haig: Sadat hat bekanntgegeben, daß er sowjetische Waffen an die Carter-Administration verkauft hat, die wir an die Afghanen lieferten.[33] Ich glaube, wir müssen hier in New York die Frage Afghanistan sehr hart spielen. Es muß eine starke Erklärung mit einer großen Mehrheit zustande kommen.[34]

(Anschließend referierte Haig über den Besuch Begins in Washington, wie im Gespräch Bundesminister/Haig vom 22.9.[35])

Haig: Wer im Libanon helfen kann, sollte das tun. Frankreichs Rolle ist sehr nützlich. Ich hoffe, der Tod des französischen Botschafters in Beirut[36] ist nicht ein Preis für diese Hilfe. Gromyko hat übrigens beim Gespräch mit mir nicht darauf gedrängt, daß die SU wieder in den Nahost-Prozeß eingeschaltet werden müsse, wie dies Dobrynin früher getan hat. Beide Seiten mißtrauen den Sowjets sehr. Was die multilaterale Streitmacht für den Sinai[37] angeht, so haben die Ägypter die Franzosen, wir die Briten und Italiener angesprochen. Wir müssen Zeit gewinnen. Zunächst muß der Sinai wieder ganz in die Hand Ägyptens kommen.

In der Zypern-Frage sollten wir Waldheim drängen, der immer neue Entschuldigungen hat. Die Zeit für eine Zypern-Lösung war nie so gut wie jetzt. Wir können den Generalsekretär wegen seiner Wiederwahl[38] ruhig ein bißchen zappeln lassen.

Carrington: Ich habe mit Rolandis gesprochen. Kyprianou will offenbar keine Zypern-Lösung. Rolandis hielte es für richtig, daß Gobbi sein crash program[39]

33 Am 22. September 1981 gab Präsident Sadat in einem Interview mit dem amerikanischen Fernsehsender NBC bekannt, daß die amerikanische Regierung seit der sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 in Ägypten sowjetische Waffen kaufe und sie an die afghanischen Widerstandsgruppen weiterleite. In der Presse wurde dazu weiter berichtet, daß Sadat folgende Einzelheiten mitgeteilt habe: „Kurz nach dem Einmarsch in Afghanistan sei er von den USA angesprochen worden, und der Waffentransport habe von Kairo zu den Afghanen mit amerikanischen Flugzeugen begonnen. Bei den Waffen handle es sich um sowjetische Produkte, die Ägypten vor dem Nahostkrieg des Jahres 1973 erhalten habe, als zur Sowjetunion freundschaftliche Beziehungen bestanden hätten." Er habe angekündigt, daß die Lieferungen fortgesetzt würden: „Ich werde damit fortfahren, bis die Afghanen die Sowjets in ihrem Land los sind." Vgl. den Artikel „Sadat über Waffenhilfe an afghanische Partisanen"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 25. September 1981, S. 2.

34 Zu einer möglichen Resolution der VN-Generalversammlung über Afghanistan vgl. Dok. 250, Anm. 10. Zur Afghanistan-Debatte der VN-Generalversammlung vom 16. bis 18. November 1981 vgl. Dok. 326, Anm. 42.

35 Korrigiert aus: „21.9."
Ministerpräsident Begin hielt sich vom 8. bis 11. September 1981 in den USA auf. Vgl. dazu Dok. 265, Anm. 31.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 22. September 1981 in New York vgl. Dok. 265.

36 Am 4. September 1981 wurde in Beirut der französische Botschafter Delamare auf der Fahrt in der die muslimischen von den christlichen Wohngebieten trennenden sogenannten „grünen Grenze" erschossen. Vgl. dazu den Artikel „Frankreichs Botschafter in Beirut ermordet"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 6./7. September 1981, S. 1.

37 Zur geplanten multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 252, Anm. 52.

38 Zur anstehenden Wahl des VN-Generalsekretärs vgl. Dok. 265, Anm. 49.

39 Zu den Überlegungen des Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs für Zypern, Gobbi, vgl. Dok. 225, Anm. 18.
In der Folge der Vorschläge der türkischen Volksgruppe auf Zypern vom 5. August 1981 kam es nicht zur Vorlage eines Vermittlungsangebots durch Gobbi. Am 9. September 1981 legte die griechische Volksgruppe auf Zypern einen neuen Vorschlag vor, der gegenüber einem Vorschlag vom 8. Oktober 1980 modifizierte Zahlen für die Zusammensetzung der Verfassungsorgane unterbreitete und

vorlegt. Wenn Papandreou gewänne[40], würde der Gobbi-Plan zu Bruch gehen. Wer weiß, ob Papandreou nach einem Wahlsieg sich nicht gemäßigter zeigen würde? Mit einem crash program könnte man die interkommunalen Gespräche auch so ruinieren.

Haig: Zweifellos wäre es falsch, bis zum 18. Oktober, also den griechischen Wahlen, zu warten. Die Beteiligten sollten rasch arbeiten. Es wäre ein großer Vorteil, wenn die gegenwärtige griechische Regierung wiedergewählt würde. Papandreou ist unzuverlässig. Man muß die Möglichkeiten jetzt beim Schopf ergreifen. Wir sollten Waldheim unter schweren Druck setzen.

Zu Namibia möchte ich noch sagen: Wir haben bei den Schwarzafrikanern wegen unserer kubanischen Präsenz in Angola[41] nicht die Revolution erzeugt, die viele erwartet hatten. Ich warte auf Applaus.

Zu AWACS[42]

Carrington: Es wäre eine absolute Katastrophe, wenn es nicht läuft.

Haig: Mit einigem Theater wird es laufen.

(Kurzer Ausblick auf Ministertreffen der Kontaktgruppe am 24.9.[43])

Haig kündigt an, daß Präsident Reagan vor Cancún[44] noch eine programmatische Rede halten wird.

Nächstes Vierertreffen am Vorabend des Brüsseler NATO-Treffens; Gastgeber F.[45]

Ende: 23.05 h.

VS-Bd. 14099 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1438

die Bereitschaft erklärte, über die seinerzeit vorgelegten territorialen Maßnahmen zu verhandeln. Botschaftsrat Ohlraun, Nikosia, teilte dazu mit: „Gobbi bezeichnete mir gegenüber neue Vorschläge als ‚bescheidenen Fortschritt'. Er werde nicht zugelassen, daß sich die Verhandlungen wieder festfahren. Dazu wolle er in absehbarer Zeit eigene Vorstellungen einbringen, an denen er noch arbeite." Vgl. den Drahtbericht Nr. 129 vom 11. September 1981; Referat 203, Bd. 123303.

40 Bei den Parlamentswahlen am 18. Oktober 1981 in Griechenland errang die Panhellenische Sozialistische Bewegung 48,06% der Stimmen (172 Sitze), die Neue Demokratie 35,86% (115 Sitze) und die Kommunistische Partei 10,92% (11 Sitze).

41 So in der Vorlage.

42 Zur amerikanischen Lieferung von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstetet waren, an Saudi-Arabien vgl. Dok. 255, Anm. 20.

43 Zum Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) in New York vgl. Dok. 279.

44 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

45 Für das Gespräch der Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Genscher (Bundesrepublik) und Haig (USA) am 9. Dezember 1981 vgl. Dok. 353.
Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 vgl. Dok. 356–362.

272

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-vertraulich **24. September 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Bundeskanzler Kreisky am Dienstag, dem 22. September 1981, ab 17.45 Uhr[2]

In einem ersten Teil des Gesprächs waren außerdem anwesend:

StS Becker, Dr. Petritsch vom Kabinett des österreichischen Bundeskanzlers, MDg Dr. Zeller als Note-taker.

Sie eröffneten mit einem Kompliment an die österreichische Wirtschaft.

BK Kreisky entgegnete, daß auch Österreich Probleme habe. Die Bundesregierung werde für Bankrotte verantwortlich gemacht. Es treffe aber zu, daß die Arbeitslosigkeit niedrig sei; auch das Haushaltsdefizit halte sich in Grenzen.

Sie teilten mit, daß unser Haushaltsdefizit[3] 26 Mrd. DM betrage[4], das sei weniger als 2% des BSP, ein geringerer Prozentsatz als im Jahre 1975. Laut BK Kreisky beträgt das Defizit im österreichischen Haushalt 60 Mrd. Schilling und sei damit kleiner als das Schwedens, das 60 Mrd. Kronen betrage.

Auf Ihre Frage, warum die österreichische Inflationsrate so niedrig liege, entgegnete BK Kreisky, daß die Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft relativ erfolgreich gewesen sei. Damit habe sich die Wirtschaft seines Landes auf Veränderungen einstellen können. Selbstverständlich habe sich der steigende Dollarkurs sehr nachteilig für die Leistungsbilanz des Landes ausgewirkt.

Sie fügten hinzu, daß dies für alle gelte.

BK Kreisky berichtete, daß Österreich eine ziemlich gute Bilanz zu den Ölländern habe; das Defizit (Handel/Leistung?) betrage 800 Mio. Dollar. Die Haushaltslage Österreichs sei weder brillant noch dramatisch.

Sie meinten, daß sie von Bonn aus gesehen gut sei. Sie fragten sodann nach Kreiskys Beurteilung der Lage der US-Wirtschaft.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 24. September 1981 an Ministerialdirigent Wallau übermittelt. Dazu teilte er mit: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt."
Hat Wallau am 25. September 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 11090 (202); B 150, Aktenkopien 1981.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte am 2. Oktober 1981, daß das Bundeskanzleramt Änderungen des Bundeskanzlers Schmidt übermittelt habe. Vgl. VS-Bd. 11090 (202); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 3, 4, 9, 10, 27, 28, 30 und 33.

2 Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, teilte am 24. September 1981 zu dem Gespräch mit: „Bundeskanzler traf am 22.9.81 mit BK Kreisky in dessen Wiener Haus zu viereinhalbstündigem vertraulichen Gespräch zusammen. Vorher sprach er eine St[un]d[e] mit Kardinal König, der am Vortag von kirchlichen Feierlichkeiten aus der DDR zurückgekommen war. Beide BK unterbrachen ihre Beratungen für gemeinsame Pr[esse]-Konferenz. Die Unterredungen fanden unter vier Augen statt, nur an erster Stunde mit Kreisky nahmen StS Becker und MDg Zeller teil." Vgl. den Drahtbericht Nr. 503; Referat 203, Bd. 140556.

3 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt eingefügt: „1982". Vgl. Anm. 1.

4 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt eingefügt: „werde". Vgl. Anm. 1.

BK Kreiskys Meinung ist es, daß die USA alle Voraussetzungen hätten, um eine Ära der Prosperität einzuleiten. Seiner Meinung nach müsse die US-Regierung bei einer Modernisierung der Stahlindustrie ansetzen. Sie sei nur zu 60% ausgelastet und im übrigen sehr unmodern. Mit einer solchen Industrie können die USA, auch bei voller Auslastung, ihre rüstungspolitischen Pläne nicht verwirklichen. Auch bei einer Modernisierung bestünde noch Importbedarf an Stahl.

Des weiteren sollten die USA ihre Kohlevorkommen, die größten der Welt, ausbauen. Die USA wollten, daß wir uns von Erdgas-Lieferungen (aus dem Osten) unabhängig machten. Sie könnten uns mit Kohlelieferungen dabei helfen. Österreich besitze in den USA zwei Kohlegruben. Dennoch könnten sie aus den USA keine Kohle beziehen, weil die US-Häfen überfüllt seien. Die USA müßten mithin ihre Häfen ausbauen.

Sie warfen ein, daß der Kohlepreis sich am Preis für Erdgas orientieren werde. Im übrigen hätten Sie im Sommer, in Ottawa, Präsident Reagan erläutert, warum wir an dem Erdgas-Geschäft mit der Sowjetunion[5] festhalten würden.[6] Wir wollten diversifizieren, um die Risiken zu verteilen.

BK Kreisky fügte hinzu, daß auch in Österreich die Röhrenwerke ausgebaut würden.

Auf die USA zurückkommend, schloß er seine einleitenden Ausführungen zu diesem Punkt mit der Bemerkung ab, daß es nicht genüge, auf die Ergebnisse makro-ökonomischer Steuerung zu warten.

Sie befürchten ein Steigen der Arbeitslosigkeit im Winter, in den USA auf 9%, in GB vielleicht auf 12%.

BK Kreisky meinte, daß dies nicht so sein müsse.

Die USA könnten auch ihre Flotte ausbauen; dies habe er dem Kommandanten der Sechsten US-Flotte geraten. Dafür spreche auch die Überlegung, daß die USA im Nahen Osten nichts ausrichten könnten, wenn sie dort nicht eine Politik der Präsenz betrieben.

Das Gespräch berührte sodann die Herkunft und den geistigen Zuschnitt der Berater des US-Präsidenten, die Rolle der jüdischen Gruppe in den USA, Präsident Reagans Haltung zu Israel. (Kreisky: Kein Präsident der USA hat Israel so sehr bewundert wie Reagan.)

Auf die wirtschaftliche Thematik zurückkommend, gaben Sie eine geraffte Bewertung der US-Wirtschaftspolitik.

Deutschland und Österreich gehe es im Augenblick relativ gut. Grund dafür sei auch die Entwicklung des US-Wechselkurses. Jedoch lebten auch wir nicht auf einer wirtschaftlichen Insel. Wenn, wie zu erwarten, die Arbeitslosenrate in F, in GB, Italien, Kanada und den USA ansteige, so bestehe die akute Gefahr einer Verstärkung protektionistischer Tendenzen.

BK Kreisky stimmte grundsätzlich zu. Der Angelpunkt wäre eine Trendwende in den USA. BK Kreisky kam erneut auf seine Vorschläge sektoraler Anstöße bei Kohle, Schiffbau, Stahl zurück.

5 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 265, Anm. 56.

6 Vgl. dazu das deutsch-amerikanische Regierungsgespräch am 19. Juli 1981 in Montebello; Dok. 209.

Sie entgegneten, daß Ihrer Einschätzung nach eine unmittelbare Trendwende nicht bevorstehe. Hierzu müsse der politische Druck sich verstärken; dies werde frühestens geschehen, wenn die amerikanischen Senatoren an ihre Wiederwahl Ende 1982[7] dächten. Es stelle sich die Frage, ob es dann nicht schon etwas zu spät sei.

Sie erläuterten sodann Ihre Ottawa-These zu den verschiedenen wirtschaftspolitischen Konzepten, die sich zur Zeit in der Welt gegenüberstehen (F/USA/GB, wir).[8]

Die USA betreiben keine rein monetaristische Politik wie in GB. Monetaristisch sei die Politik der Federal Reserve Bank; die Administration betreibe deficit spending unter einem neuen Siegel[9].

BK Kreisky bemerkte, ein Geheimnis des österreichischen wirtschaftlichen Erfolges sei, daß Rückstände in der Infrastruktur rechtzeitig behoben worden seien. Besondere Bedeutung für ein kleines Land wie Österreich habe der Ausbau der Berufsschulen gehabt. Damit habe man einen Teil der Jugendarbeitslosigkeit auffangen können und stelle der Wirtschaft gleichzeitig besser ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung.

Er fragte Sie nach den Schwachstellen in der deutschen Wirtschaft und nach Plänen, sie zu beheben.

Sie erläuterten, daß im Augenblick der schwächste Punkt bei uns der Wohnungsbau sei. Der echte Bedarf sei zwar so gut wie gedeckt, dennoch gebe es Wohnungsnot, weil es durch geschützte Mieten zu einer Zurückhaltung beim Angebot komme. Hier gebe es im Augenblick jedoch keine Vorhaben.

Ein weiteres Problemfeld sei die Überalterung der Industrien in den traditionellen Industriebereichen von der Ruhr bis nach Bremen. Dort seien die Sektoren Stahl, Kohle, Schiffbau und Textil angesiedelt. In diesen Sektoren werde produziert, was auch andere produzieren könnten. Bei Stahl gehe es darum, die Produktion von Spezialstählen zu fördern.

Die modernen Industriezweige bei uns, Elektronik, Luft- und Raumfahrt etc., seien südlich der Main-Linie angesiedelt. Hier gebe es auch kaum Arbeitslosigkeit, während in Städten wie Dortmund und Essen[10] die Arbeitslosenrate auf 8 bis 9% gestiegen sei. Dies sei sehr problematisch bei einer starken Konzentration der arbeitenden Bevölkerung wie im Ruhrgebiet.

BK Kreisky bestätigte, daß in Österreich eine ähnliche Lage in der Steiermark herrsche. Die Regierung habe jedoch mit Erfolg eine antizyklische Politik praktizieren können.

Sie entgegneten, daß dies bei uns bis zum Herbst 1980 ebenfalls mit Erfolg praktiziert werden konnte.

Bundeskanzler Kreisky und Sie schlossen diesen Teil des Gesprächs mit einigen Bemerkungen zu den Folgen der Hochzinspolitik ab. Durch sie würden die Res-

7 Am 2. November 1982 fanden in den USA Wahlen zum Repräsentantenhaus und Teilwahlen zum Senat statt.

8 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

9 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er ein: „Etikett". Vgl. Anm. 1.

10 Die Wörter „wie Dortmund und Essen" wurden von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er ein: „der Ruhr". Vgl. Anm. 1.

sourcen von der Industrie abgezogen (Investitionen nicht lohnend) und auf den Bankenapparat abgeleitet. BK Kreisky bekräftigte erneut, daß der Schlüssel für die weitere Entwicklung in den USA liege und daß die USA alle Voraussetzungen für einen raschen Aufschwung hätten.

Sie erwähnten sodann Ihren Besuch in Italien.[11]

BK Kreisky bemerkte hierzu, es gebe kein Land, das Österreich geographisch so nahe liege, politisch jedoch so fernstehe. In 30 Jahren sei nicht ein einziger italienischer Ministerpräsident nach Österreich gekommen und seiner Erinnerung nach auch kein Außenminister.

Sie fragten, ob wir dies den Italienern sagen sollten.

BK Kreisky zweifelte, ob dies viel nützen würde. Österreich unterhalte gute Kontakte zu den Vertretern italienischer Regionen, so z. B. des Trentino. Hier gebe es gute Beziehungen und ein friktionsfreies Verhältnis. Die Beziehungen zur italienischen Zentralregierung seien jedoch nahezu null.

Sie berichteten von Ihrem Gespräch mit Präsident Pertini und von Ihrer Hochachtung für ihn.[12]

Auch BK Kreisky will ihn besuchen. Er kenne Craxi, wenn auch wenig, und hatte Saragat gekannt.

Auf Ihre Frage nach dem Stand der Wirtschaftsbeziehungen Österreichs zu Italien entgegnete BK Kreisky, daß er umfangreich, jedoch problematisch sei. Österreich exportiere Fleisch und Holz, kaufe jedoch komplizierte Industriegüter. Die terms of trade seien für Österreich sehr wenig vorteilhaft. Österreich exportiere auch Stahl, werde jedoch hierbei von italienischen Produzenten im Preis unterboten.

Auf Ihre Frage bezifferte BK Kreisky die österreichische Stahlproduktion mit viereinhalb Mio. Tonnen jährlich, gegenüber 800 000 t unter der Ersten Republik.

Sie nannten die Ziffern für uns.

Sie berichteten sodann, daß Ihrem Eindruck nach die jetzige Regierung in Italien sehr gelassen vorangehe. Die wirtschaftliche Lage scheine sie nicht über Gebühr zu beunruhigen; Wirtschaftsfragen hätten in Ihren Gesprächen mit dem italienischen Ministerpräsidenten[13] dieses Mal kaum eine Rolle gespielt. Die italienische Politik mache einen ruhigen und vernünftigen Eindruck.

Frankreich sei ebenfalls ruhig. Man müsse sich allerdings fragen, welche Richtung es in der Wirtschaftspolitik einschlage.

BK Kreisky bezweifelte, ob es richtig war, alle Banken zu verstaatlichen.[14] Seiner Meinung nach müsse einem staatlichen Sektor ein mindestens ebenso großer privater gegenüberstehen.

11 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 11./12. September anläßlich der deutsch-italienischen Regierungsgespräche in Rom auf. Vgl. dazu Dok. 252.

12 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Pertini am 12. September 1981 in Rom vgl. Dok. 252, Anm. 2.

13 Giovanni Spadolini.

14 Zur Ankündigung des Ministerpräsidenten Mauroy vom 8. Juli 1981 zu Verstaatlichungsmaßnahmen vgl. Dok. 242, Anm. 22.
Die französische Regierung entschied am 9. September 1981, u. a. 36 Privat- und zwei Investitions-

Sie fügten hinzu, daß es wahrscheinlich besser gewesen wäre, wenn sich der französische Staat durch eine Kapitalerhöhung bei den Banken lediglich einen Anteil und damit Einfluß auf die Kreditpolitik gesichert hätte. Die jetzige Verstaatlichung ändere gründlich die Struktur des Bankenapparates. Das könne weder den Banken noch letztlich der französischen Wirtschaft guttun.

BK Kreisky berichtete davon, daß Franzosen nach Österreich kämen und fragten, wie die Österreicher es gemacht hätten. Er könne dazu nur sagen, daß er heute keine Verstaatlichungen mehr vornehmen würde; sie gingen auf die besondere Lage nach dem Kriege zurück (deutsches Vermögen). Im Bankensektor habe die österreichische Regierung sogar fremde Banken hereingeholt, um die eigenen Banken vor weiterer Bürokratisierung zu bewahren.

Sie fragten, was BK Kreisky, der Mitterrand ja gut kenne, von seinem wirtschaftlichen Sachverstand hielte.

BK Kreisky warf ein – soweit man ihn kennen kann. Seiner Einschätzung nach sei Delors gut, auch wohl Fabius. Bei Mitterrand sei er sich nicht ganz sicher, ob ihn wirtschaftliche Fragen überhaupt interessierten. Im Grunde sei er ein sehr konservativer Mensch.

Sie erinnerten an frühere Begegnungen mit Mitterrand im Rahmen der Sozialistischen Internationale.

BK Kreisky glaubt, daß er ein gutes Verhältnis zu ihm habe.

Sie bemerkten, daß dies auch für Sie gelte, dennoch sei es schwierig vorauszusagen, was mit der französischen Wirtschaft geschehen werde. Es gebe auch Spannungen innerhalb der französischen Regierungsmannschaft.

BK Kreisky betonte, indem er sich auf ein kürzliches Gespräch mit Mitterrand bezog, daß dieser Ihnen gegenüber sehr positiv eingestellt sei. Er wolle mit der Bundesrepublik Deutschland konstruktive Politik machen und sei überzeugt, daß auf Ihrer Seite eine entsprechende Haltung bestehe. Kreisky wolle Ihnen dies so wiedergeben, weil er den Eindruck hatte, daß Mitterrand diese Bemerkungen gemacht habe, damit sie weitergegeben würden.

Sie erwiderten mit Nachdruck, was Mitterrand über die Beziehungen zu Ihnen gesagt habe, gelte umgekehrt auch für Sie. Frankreichs Rolle in Europa, in der Welt, Deutschlands Rolle in Europa, in der Welt, werde stärker, wenn wir uns aufeinander stützten. Dabei wüßten wir sehr genau, daß der Status Frankreichs ein anderer sei als der unsere. Über das reine Zweckmäßigkeitsdenken hinaus sei jedoch die Förderung der deutsch-französischen Beziehungen eine geschichtliche Aufgabe. Sie hänge auch nicht nur von den Beziehungen einzelner Personen ab, sondern sei zu einer Angelegenheit der Völker geworden.

Trotzdem seien Sie über mögliche Entwicklungen in der französischen Wirtschaft beunruhigt. Wir könnten in der Bundesrepublik Deutschland nicht Frankreich zu Gefallen Inflation machen. Und doch könnte es über Währungsinterventionen dazu kommen. Sie fügten hinzu, daß Frankreich recht geschickt

Fortsetzung Fußnote von Seite 1443

banken mit zusammen etwa 95 % der französischen Bankeinlagen zu verstaatlichen. Vgl. dazu den Artikel „Frankreich verstaatlicht fünf Konzerne und 38 Banken“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 11. September 1981, S. 1 f.

durch Kontrolle seinen Devisenmarkt vor allzu erratischen Entwicklungen habe abschirmen können.

Auf die Lage in GB übergehend, findet BK Kreisky recht kritische Worte zum Zustand der Labour Party. Sie habe in wichtigen historischen Momenten versagt. Vom Abtritt MacDonalds[15] bis zum Regierungsantritt von Clement Attlee[16] sei sie bedeutungslos gewesen. Mit Bevin habe sie eine große starke Persönlichkeit hervorgebracht. Auch der Zustand der Gewerkschaften in GB sei besorgniserregend.

Sie stimmten grundsätzlich zu und ergänzten, daß auch das britische Management nicht sehr überzeugend sei.

Kreisky bedauerte, daß GB sich politisch so schwer in die Lage anderer hineindenken könne, und dies trotz des hohen intellektuellen Standards in GB und einer vorzüglichen Presse. Seiner Einschätzung nach hat GB die Folgen des Zerfalls des Empire noch nicht überwunden. Dieses Ereignis habe GB ebenso hart betroffen wie der Zerfall der Monarchie Österreich. Um mit einem solchen Ereignis fertigzuwerden, brauche man eine Generation.

Sie hofften, daß GB an seinem europäischen Engagement festhalte. Die Versuchung sei jedoch enorm, alle Schuld an den Übeln bei Europa zu suchen.

BK Kreisky entgegnete, daß bei einem Regierungsantritt von Labour der Austritt GBs aus der EG sicher sei.

Auf den Zustand der Gemeinschaft eingehend, bemerkten Sie, daß die rasch aufeinanderfolgenden Erweiterungen[17] der EG nicht gutgetan hätten. Zu viele Staaten seien zu schnell hinzugekommen oder würden noch hinzutreten. Die Gemeinschaft werde dadurch zu heterogen; die Bindungen seien nicht stark genug, um Grundlage für eine wirkliche Politik der Solidarität zu sein. Sie führten dies im einzelnen aus unter Hinweis auf die britische Politik in der Haushaltsfrage, den Status Irlands im Bündnis, die spezifische Lage Frankreichs und GBs als Nuklearmächte, das unterschiedliche Engagement der Mitgliedstaaten der EG in weltpolitischen Fragen. Wir könnten uns glücklich schätzen, wenn die Gemeinschaft in ihrem bisherigen Zustand erhalten werden könnte.

BK Kreisky widersprach; dies sei eine zu pessimistische Sicht. Aus österreichischer Sicht sei die EG sehr beeindruckend. Ihr habe es Europa zu verdanken, daß es nicht zu einem Wiederaufleben der Autarkiepolitik gekommen sei. Auch auf währungspolitischem Gebiet habe sie durch das EWS sehr viel Gutes bewirkt.

Sie berichteten von der Bemerkung eines Gesprächspartners, der Ihnen die Frage gestellt habe, ob es nicht zu einem Schwinden politischer Vitalität in Europa gekommen sei.

15 James Ramsay MacDonald trat am 7. Juni 1935 vom Amt des Premierministers zurück.

16 Clement Attlee übernahm am 26. Juli 1945 das Amt des Premierministers.

17 Dänemark, Großbritannien und Irland traten den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973 bei, Griechenland mit Wirkung vom 1. Januar 1981.
Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 177, Anm. 18, bzw. Dok. 268, Anm. 11.

Dem widersprach BK Kreisky energisch, er sei viel optimistischer. Seiner Meinung nach könnten Frankreich und Deutschland viel miteinander tun, um der Gemeinschaft neue Vorstellungen und Ziele zu geben.

Sie reagierten etwas skeptisch.

BK Kreisky berichtete sodann davon, daß die US-Regierung nunmehr den Dialog mit Vertretern der Sozialistischen Internationale suche, so z. B. in der Frage El Salvador. Er bemerkte sodann, daß, Truman ausgenommen, die europäischen Regierungen stets sehr gute Erfahrungen mit republikanischen Präsidenten gemacht hätten. Ein kürzliches Beispiel sei Nixon. Er hege gute Erwartungen bezüglich Reagans. Ein halbes Jahr sei für eine Persönlichkeit in seinem Alter keine sehr lange Zeit, um Politik zu formulieren.

Sie berichteten von Ihren sehr guten persönlichen Eindrücken aus den Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten.[18]

Es folgte ein kurzer Meinungsaustausch zum Doppelbeschluß.[19] Sie würdigten die Position Ihres Gesprächspartners als richtig und klar und berichteten von Ihrem kürzlichen Gespräch mit AM Haig.[20]

BK Kreisky wollte diesen Gesprächsteil mit einer kurzen Bemerkung zum einzigen bilateralen Problem zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich beschließen, nämlich der Frage des Weiterbaus des Rhein-Main-Donau-Kanals.[21] Er könne sich durchaus vorstellen, daß Österreich das Gespräch mit Bayern suche, das ähnliche Interessen verfolge wie Österreich. Ein solches Gespräch wolle er jedoch nicht aufnehmen. Er wolle Ihnen jedoch sehr deutlich das Interesse Österreichs an einem Weiterbau des Kanals vor Augen stellen.

Sie entgegneten, daß Sie nicht die Meinung des Verkehrsministers[22] teilten. Es bleibe freilich die Frage der Finanzierung.

BK Kreisky könnte sich die Lösung über eine Finanzierungsgesellschaft vorstellen, an der auch Österreich beteiligt wäre.

Sie bezeichneten sich als einen grundsätzlichen Gegner von Kanälen. Auch könne der Bau des Rhein-Main-Donau-Kanals politische Kosten verursachen, die wir im Augenblick noch nicht übersehen könnten. Man habe an diesem Projekt jedoch schon so lange gebaut, daß man den Bau jetzt nicht abrupt einstellen könne. Sie wollten diese Frage bei Ihrer Rückkehr erneut überprüfen.

Im übrigen verweise ich auf den VS-vertraulich-Bericht der Botschaft Wien (beigefügt).[23]

18 Bundeskanzler Schmidt und Präsident Reagan trafen am 21./22. Mai 1981 in Washington sowie anläßlich des Weltwirtschaftsgipfels am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello zusammen. Vgl. dazu Dok. 146 und Dok. 151 bzw. Dok. 209, Dok. 210, Dok. 215, Dok. 218 und Dok. 220.

19 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

20 Zum deutsch-amerikanischen Regierungsgespräch am 13. September 1981 vgl. Dok. 255.

21 Mit dem Duisburger Vertrag vom 16. September 1966 trafen die Bundesrepublik und der Freistaat Bayern Vereinbarungen über den Bau des Main-Donau-Kanals zwischen Nürnberg und Regensburg. Das Teilstück bis Straubing sollte bis 1981 und die anschließende Strecke bis Vilshofen bis 1989 fertiggestellt werden. Wegen der „angespannten Finanzlage“ verzögerten sich die Bauarbeiten jedoch. Im Gespräch am 8. Juli 1976 in Wien bot Bundeskanzler Kreisky Bundeskanzler Schmidt an, zu den Baukosten beizutragen. Vgl. dazu AAPD 1976, II, Dok. 221.

22 Volker Hauff.

23 Dem Vorgang beigefügt. Graf von Podewils-Dürniz, Wien, übermittelte am 23. September 1981 Informationen des Bundeskanzlers Schmidt aus dessen Gespräch mit Bundeskanzler Kreisky am

Sie berichteten abschließend zu diesem Gesprächsteil von dem Brief, den Präsident Reagan an GS Breschnew geschrieben hat.[24]

Zum Gespräch beim Abendessen, strikt unter vier Augen, machten Sie die folgenden Angaben:

BK Kreisky unterhalte gute diskrete Kontakte zu Osteuropa, insbesondere auch zu Gesprächspartnern aus der Sowjetunion. Er habe Ihnen berichtet, daß die Angst der Russen vor den Deutschen weiterhin tief sitze, auch 30 Jahre nach dem Krieg. Die Sorge über eine Stationierung von Pershing bei uns sei groß. Er glaube, daß den Sowjets an einem Erfolg der Rüstungsbegrenzungsverhandlungen gelegen sei. Sie würden dafür voraussichtlich auch den Preis eines Abzugs der SS-20 aus dem europäischen Teil der Sowjetunion zahlen.

Kreisky empfahl, GS Breschnew bei seinem Besuch[25] deutlich zu machen, daß uns an der Aufrechterhaltung der guten Beziehungen zur Sowjetunion sehr gelegen sei. Die Sowjets sollten uns dies erleichtern, indem sie die SS-20 abzögen. Andernfalls würden wir zum Hauptschauplatz einer Polarisation werden, was wir nicht wollten.

Sie sprachen über die Unsicherheiten bei einem Personenwechsel in der SU; über die Folgen seien keine Aussagen möglich.

Sie stimmten mit BK Kreisky darin überein, daß es für die Sowjets schwer sei zu erkennen, was Reagan wirklich wolle.

BK Kreisky äußerte sich besorgt über die inneren Verhältnisse in Jugoslawien.[26] Die Sowjets schürten dort Unruhe. Am liebsten wäre ihnen ein Zerfall in Teilgebiete.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1446

Vortag in Wien. Dieser habe „sehr nachdrücklich das überragende wirtschaftliche Interesse Österreichs“ an einer Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals „in fünf bis sechs Jahren“ bekundet. Schmidt habe erwidert, „im Gegensatz zu anderen Meinungen in Bonn komme für ihn eine Einstellung des Baus nicht in Betracht – und zwar aus der Rücksicht auf Österreich, obschon er sich ansonsten keinen Gewinn für die Bundesrepublik verspreche.“ Podewils-Dürniz fuhr fort: „Der H[err] BK hat auf die nach heutigen Kosten noch zu verausgabende Investitionssumme von 1,75 Mrd. DM hingewiesen. Nach der für 1982 vorgesehenen anteiligen Rate von 80 Mio. DM im Bundeshaushalt würden in den folgenden Jahren 60 und 55 Mio. DM anfallen, was eine sehr lange Restbauzeit ergäbe. Angesichts der gegenwärtigen Haushaltslage sei eine Aufstockung dieser Beträge schwierig. Kreisky bot daraufhin eine Beteiligung an den Baukosten der bayerischen Teilstrecke an. Der H. BK hat Prüfung dieses Vorschlages zugesagt, nach der Kreisky sich schriftlich mit etwaigen Verfahrensvorschlägen äußern würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 498; VS-Bd. 11090 (202); B 150, Aktenkopien 1981.

24 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 265, Anm. 15.

25 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

26 Botschafter Grabert, Belgrad, berichtete am 5. August 1981: „Jugoslawien wird sich im Verlauf der nächsten zehn Monate in einer Zone von Turbulenzen befinden, die durch drei Faktorenbündel gekennzeichnet sind: Wirtschaftslage, Kosovo-Problem und durch Parlaments- und Parteiwahlen zu erwartende weitgehende Personalveränderungen in den Führungsgremien von Bund und Republiken. Dabei wird jugoslawisches Gemeinwesen um so heftiger von den Turbulenzen ergriffen werden, als sich diese Faktoren zeitlich nicht nur einfach überlagern, sondern auch gegenseitig beeinflussen und ineinanderschieben. Als Folge dieses Ineinandergreifens weitere Stärkung partikulärer Interessenpositionen zu befürchten, die von Bundesexekutivrat, Staatspräsidium oder ZK-Präsidium nicht mehr als gemeinsames Interesse vermittelt werden können. Somit ist abzusehen, daß wichtige Entscheidungen, insbesondere im Wirtschaftsbereich, verzögert, verschoben oder gar nicht gefaßt werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 328; Referat 214, Bd. 132868.

Ihre[27] augenblickliche Erfahrung[28] mit Polen sei dramatisch; das könne, auch später noch, Folgen haben.

Kreisky berichtete, daß Honecker sich sehr Ihren Besuch wünsche.[29] Einziges Motiv sei die Festigung seiner Stellung vor der eigenen Bevölkerung. Er[30] sei bereit, dafür auch einen Preis zu zahlen, wenn ihm dies rechtzeitig und in richtiger Weise nahegebracht[31] werde.

BK Kreisky ist sehr zufrieden, daß er die OPEC nach Wien bringen konnte.[32] Er sieht die Vertreter der OPEC-Staaten sehr diskret, wann immer sie nach Wien kommen. Er hat vorzügliche Personalkenntnisse in diesem Bereich.

Begin werde nach Kreiskys Einschätzung zunehmend an Gewicht verlieren. Sharon sei der Mann der Zukunft. Kreisky habe eine sehr hohe Meinung von Dajan, eine gute von Weizmann.

BK Kreisky hat Ihnen berichtet, daß er die politischen Voraussetzungen für die Lieferung von[33] Panzern nach Saudi-Arabien und Argentinien[34] geschaffen hat.

BK Kreisky wird Ihnen seine Vorstellungen zu Cancún[35] schriftlich übermitteln.

[gez.] Dr. Zeller

VS-Bd. 11090 (202)

27 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er ein: „Die". Vgl. Anm. 1.

28 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt eingefügt: „der Sowjets". Vgl. Anm. 1.

29 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

30 Dieses Wort wurde von Bundeskanzler Schmidt gestrichen. Dafür fügte er ein: „Kreisky meinte, Honecker". Vgl. Anm. 1.

31 Korrigiert aus: „nachgebracht".

32 Seit 1965 befand sich der Sitz der OPEC in Wien.

33 An dieser Stelle wurde von Bundeskanzler Schmidt eingefügt: „österreichischen". Vgl. Anm. 1.

34 Botschafter Graf von Podewils-Dürniz, Wien, berichtete am 24. Juni 1981, daß die österreichische Regierung ihr Einverständnis für die Lieferung von 57 Panzern vom Typ „Kürassier" nach Argentinien gegeben habe: „Bundeskanzler Kreisky hatte sich massiv für den Panzerexport eingesetzt und damit jeglichen Widerspruch bereits im Keime erstickt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 894; Referat 201, Bd. 125565.

35 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

273

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.20/30-1516/81 VS-vertraulich **24. September 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Zustimmung zur Weiterleitung an den Herrn Bundeskanzler

Betr.: MBFR;
hier: Verhandlungsstand und Überlegungen zum weiteren Vorgehen

Bezug: Schreiben des Herrn Bundeskanzlers vom 10. September 1981[3]

I. Verhandlungsstand

1) Die sich bereits zum Beginn des Jahres abzeichnende Stagnation der Wiener MBFR-Verhandlungen hat sich im Frühjahr und Sommer verstärkt fortgesetzt. Die letzten beiden Verhandlungsrunden[4] brachten kaum noch Bewegung. Beide Seiten beschränkten sich im wesentlichen darauf, ihre Positionen zu wiederholen und zu erläutern und die Gegenpositionen zu kritisieren.

– Der Westen konzentrierte sich auf seinen Vorschlag vom Dezember 1979[5] für ein vereinfachtes Phase-I-Abkommen. Er stellte insbesondere die Notwendigkeit einer Lösung der Datenfrage und seinen Paketvorschlag für begleitende Maßnahmen in den Mittelpunkt.
– Der Osten, der sich mit seinen Verhandlungsschritten vom 10.7. und 13.11. 1980[6] auf den vom Westen vorgeschlagenen Rahmen eines vereinfachten Phase-I-Abkommens zubewegt hatte, blockierte konkrete Fortschritte in diese Richtung durch seine These, ein solches Abkommen könne ohne Dateneinigung abgeschlossen werden. Er beharrte auf seinen Forderungen für eine Verknüpfung der Phasen (Freeze auch ohne Dateneinigung, vertragliche Verpflichtung der Westeuropäer in Phase I zu annähernd proportionalen Reduzierungen in Phase II) und für einen Höchststärkenmechanismus nach Phase II auf der Grundlage der 50%-Klausel. Im übrigen blieb er bei seiner Ablehnung aller auf direkte Beobachtung am Ort zielenden begleitenden Maßnahmen und lehnte die Erstreckung der Maßnahmen 1 und 2 (Notifizierung

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik, Botschaftsrat I. Klasse Hartmann und Vortragendem Legationsrat Pöhlmann konzipiert.

2 Berndt von Staden.

3 Bundeskanzler Schmidt bat Bundesminister Genscher um eine „kurze Analyse zum Stand der MBFR-Verhandlungen“ sowie um „Überlegungen zum weiteren Vorgehen“. Die Aufzeichnung solle auch darauf eingehen, „ob und welche Möglichkeiten Sie für die Bundesregierung sehen, durch Vorschläge im Rahmen der NATO die westliche Verhandlungsposition so auszubauen, daß ein Fortschritt der Verhandlungen ermöglicht wird“. Vgl. Referat 221, Bd. 123122.

4 Die 23. und 24. Runde der MBFR-Verhandlungen fanden vom 29. Januar bis 9. April bzw. vom 14. Mai bis 23. Juli 1981 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 105 und Dok. 221.

5 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

6 Zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli bzw. 13. November 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 209 und Dok. 321.

militärischer Aktivitäten und Einladung von Beobachtern hierzu) auf sowjetisches Territorium kategorisch ab.

2) Der einzige Verhandlungsschritt der Sommerrunde bestand in dem am 23.7. 1981 eingeführten westlichen Gegenvorschlag[7] zu dem am 24.3.1981 vorgetragenen Gedanken Tarassows, der Westen solle seine detaillierten Daten über die östlichen Streitkräfte zum Zweck der Kommentierung und Korrektur durch den Osten vorlegen[8]. Der westliche Vorschlag greift diesen Gedanken auf, beschränkt sich jedoch zunächst auf die sowjetischen Landstreitkräfte und auf zehn die sowjetischen Einheiten in Gruppen zusammenfassende Datenelemente. Der Westen bietet für den Datenvergleich zwei Alternativen an, nämlich entweder die gleichzeitige Vorlage aller Elemente durch beide Seiten oder die schrittweise Vorlage von Einzelelementen durch den Westen, die der Osten anschließend kommentiert. Bei der Präsentation dieses Vorschlags hat der Westen dessen Versuchscharakter herausgestellt und seine Bereitschaft erklärt, bei positivem Ergebnis eine weitere Auffächerung für die sowjetischen Landstreitkräfte sowie die Vorlage detaillierter Daten über die Streitkräfte anderer östlicher Teilnehmer zu prüfen.

Dieser westliche Vorschlag, zu dem sich der Osten bisher nur zurückhaltend äußerte, könnte in der am 24. September beginnenden 25. Verhandlungsrunde zu einer Belebung der Datendiskussion führen. Er dürfte jedoch nicht ausreichen, die Verhandlungen insgesamt aus ihrer Erstarrung zu lösen.

3) Für den Stillstand der Verhandlungen lassen sich plausible Gründe anführen, die mit der veränderten politischen Gesamtsituation zu tun haben. Hierzu gehört

- die Verschlechterung der Ost-Beziehungen und insbesondere der Beziehungen zwischen den Supermächten nach Afghanistan;
- die Unsicherheit über die weitere politische Entwicklung in Polen, die auch der Sowjetunion Zurückhaltung gegenüber der Begrenzung ihrer militärischen Präsenz in Mitteleuropa auf dem Verhandlungswege nahelegen dürfte;
- die noch nicht abgeschlossene Überprüfung der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik;
- und schließlich das starke öffentliche Interesse im Westen an Verhandlungen über LRTNF und KAE, das MBFR in den Hintergrund drängte.

Der gegenwärtige Zustand der Ost-West-Beziehungen rechtfertigt kaum die Erwartung politischer Impulse, welche die in einer Reihe von Schlüsselfragen festgefahrenen Verhandlungen vorwärtsbringen könnte. Eher besteht die Gefahr, daß die Erschöpfung der Verhandlungsmaterie in der gegenwärtigen internationalen Lage einen Verfall der Verhandlungen bewirken könnte, bei dem der Schlagabtausch zwischen Ost und West den militärischen, politischen und rüstungskontrollpolitischen Dialog ersetzt.

4) Vor diesem Hintergrund müssen sich Überlegungen zum weiteren Vorgehen in Wien zunächst darauf konzentrieren, den Verhandlungsprozeß lebensfähig

7 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 221, Anm. 3.

8 Zu den Ausführungen des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Tarassow, vgl. Dok. 105, Anm. 11.

zu erhalten, auch solange ein Durchbruch zu Verhandlungsergebnissen nicht zu erzielen ist. Dabei kann es nur um die Weiterentwicklung westlicher Positionen auf der Basis unveränderter Zielsetzungen und Verhandlungsansätze gehen.

Wir sollten jedoch gleichzeitig prüfen, ob die westlichen Zielsetzungen und Verhandlungsansätze in Wien einer Anpassung an veränderte politische und militärische Rahmenbedingungen bedürfen.

II. Zum weiteren Vorgehen in den nächsten beiden Verhandlungsrunden[9]

1) Unter verhandlungstaktischen Gesichtspunkten ist der Westen in Wien insofern am Zuge, als er zu den beiden östlichen Verhandlungsschritten von 1980 bisher keine Gegenvorschläge vorgelegt hat, wie dies dem in Wien üblichen Verhandlungsmuster entsprechen würde. Der Osten hat das Ausbleiben einer westlichen Substanzantwort in den Verhandlungen und in ihrer propagandistischen Begleitung heftig kritisiert und eigene weitere Verhandlungsbeiträge von vorherigen Schritten des Westens abhängig gemacht.

2) Im wesentlichen geht es um die Stellungnahme zu folgenden östlichen Vorschlägen:

a) Festlegung der Reduzierungsquoten für Phase I auf 13 000 amerikanische und 20 000 sowjetische Soldaten (westlicher Vorschlag vom Dezember 1979: 13 000/30 000) unter Verzicht auf die bisherige sowjetische Forderung nach Anrechnung der von Breschnew im Oktober 1979 angekündigten einseitigen sowjetischen Abzüge.[10] (Der Westen erklärte sich im Oktober 1980 lediglich bereit, seine Position in der Frage des Umfangs von Phase-I-Reduzierungen nach einer Einigung über sowjetische und amerikanische Daten zu überprüfen.[11])

b) Bereitschaft, im Anschluß an Reduzierungen in Phase II einen Mechanismus für die Einhaltung der übereinstimmenden kollektiven Höchststärke zu schaffen, der sicherstellt, daß die Streitkräfte eines einzelnen Teilnehmers 50 % der kombinierten kollektiven Höchststärke im Raum der Reduzierungen nicht übersteigen. (Die Ad-hoc-Gruppe wurde im Oktober 1980 lediglich ermächtigt, auf östliche Fragen festzustellen, daß dieser Vorschlag nicht von unmittelbarer Relevanz für ein Phase-I-Abkommen ist.[12])

c) Falls der Westen diesen beiden Vorschlägen zustimmt, Bereitschaft des Ostens, in einem Phase-I-Abkommen eine Nichterhöhungsvereinbarung auf kol-

9 Die 25. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 24. September bis 10. Dezember 1981 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 372.
Die 26. Runde fand vom 28. Januar bis 8. April 1982 statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 164 des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vom 8. April 1982; AAPD 1982.

10 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 95, Anm. 27.

11 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten nahmen am 9. Oktober 1980 zu den Vorschlägen der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 Stellung. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 372.

12 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „C-M (80) 47 vom 2.9.1981, Footnote 2: With regard to the East's proposal – that after Phase II reductions being completed no direct participant should have more than 50 % of the 900 000 man combined common collective ceiling of ground and air force personnel in the area of reductions – the Ad-hoc-Group may, when required, state that it is not of immediate relevance of a Phase I Agreement and will be referred to at a later stage since it concerns the nature of manpower ceilings in Phase II which have to be in conformity with the collectivity principle, as has been repeatedly stated in the past by Western negotiators in Vienna."

lektiver Basis abzuschließen, der die jeweils eigenen offiziellen Daten beider Seiten zugrunde liegen sollen, als Alternative würde eine beiderseitige nichtnumerische Verpflichtung angeboten.

d) Verzicht auf einen besonderen Mechanismus (d.h. 50%-Regelung) zur Einhaltung des Freeze zwischen den Phasen; dafür aber die Erwartung – erläutert als „Gentlemen's Understanding", nicht aber Bedingung –, daß das jeweilige interne Stärkeverhältnis zwischen den direkten Teilnehmern auf beiden Seiten im Raum der Reduzierungen für die Dauer des Freeze zwischen den Phasen nicht ernsthaft verändert wird.

3) Zum weiteren westlichen Vorgehen im Hinblick auf diese östlichen Vorschläge haben wir bereits zu Beginn des Jahres Vorstellungen entwickelt (vgl. Vorlage vom 9.1.1981, 221-372.20/3-12/81 VS-v[13]), deren Einführung in das Bündnis jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt in Abstimmung mit den USA erfolgen sollte. Die Amerikaner haben sich bisher im Hinblick auf die nichtabgeschlossene Überprüfung ihrer Gesamtposition zur Rüstungskontrolle nicht in der Lage gesehen, irgendwelche weiterführenden Schritte bei MBFR in Betracht zu ziehen.

Die bevorstehenden Gespräche mit Rostow in Bonn[14] werden Gelegenheit bieten, die amerikanische Unterstützung für einen begrenzten westlichen Verhandlungsschritt zu gewinnen, der auf die o.a. Punkte eingeht und in Verbindung mit dem am Ende der letzten Runde eingebrachten westlichen Gegenvorschlag zur Datendiskussion geeignet wäre, das fortbestehende westliche Interesse an MBFR zu unterstreichen.

Ein solches Signal wäre wichtig,

- um die Kanalfunktion der Verhandlungen in eine Zeit hinüberzuretten, in der das Interesse an ihnen im Hinblick auf ihren spezifischen Charakter und Aufgabenstellung wieder auflebt;
- um die Geschlossenheit des Bündnisses bei MBFR zu wahren;
- um auch gegenüber der Öffentlichkeit deutlich zu machen, daß Ausbleiben der Fortschritte bei MBFR nicht auf mangelndes westliches Engagement zurückzuführen sind;
- um vor dem Hintergrund der öffentlichen Diskussion über den Doppelbeschluß der NATO[15] das[16] rüstungskontrollpolitische Engagement des Westens zu unterstreichen;
- um in einer für die Zukunft der Ost-West-Beziehungen wichtigen Phase fortgesetzte Bereitschaft zum Dialog zu zeigen (Breschnew-Besuch[17]).

13 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Blech vgl. VS-Bd. 11496 (221); B 150, Aktenkopien 1981.
Für die Endfassung vom 5. März 1981 vgl. Dok. 59.

14 Zum Besuch des Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 4. bis 9. Oktober 1981 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 284 und Dok. 295.

15 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

16 Korrigiert aus: „NATO und das".

17 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

4) Von der Substanz her sind einem westlichen Verhandlungsschritt gegenwärtig allerdings enge Grenzen gesetzt. Ein MBFR-Abkommen ist in absehbarer Zukunft nicht zu erreichen. Solange die politischen Rahmenbedingungen einen Durchbruch unwahrscheinlich machen und solange keine Aussicht auf östliche Bewegung in der Datenfrage besteht, dürfen westliche Konzessionen in anderen Substanzfragen nicht verschenkt werden.

Unter diesen Gesichtspunkten kommen gegenwärtig folgende Möglichkeiten in Betracht:

a) Präzisierende Weiterentwicklung der westlichen Antwort auf den östlichen Vorschlag vom Juli 1980 zum Reduzierungsumfang in Phase I: Der Westen könnte einem Reduzierungsverhältnis 13 000 zu 20 000 unter der Bedingung zustimmen, daß eine Dateneinigung über die sowjetischen Landstreitkräfte vorliegt und ergibt, daß 20 000 sowjetische Soldaten abgezogen und nicht wieder ersetzt worden sind.

b) Vertagung der westlichen Stellungnahme auf die vom Osten vorgeschlagene 50 %-Höchststärkeregelung ebenso wie der vom Westen vorgeschlagenen Festlegung nationaler Höchststärken für die Sowjetunion und die USA auf Phase-II-Verhandlungen. Der Eindruck einer Bereitschaft, später auf die 50 %-Regelung einzugehen, darf dabei nicht entstehen.

c) Konkretisierung der im westlichen Vorschlag vom Dezember 1979 bereits angebotenen Goodwill-Erklärung[18] unter der Voraussetzung einer Einigung über amerikanische und sowjetische Daten. Diese im Wortlaut noch näher festzulegende Erklärung müßte hinter einer Nichterhöhungsverpflichtung deutlich zurückbleiben.

d) Eingehen auf das vom Osten vorgeschlagene „Gentlemen's Understanding" zu den Kräfterelationen auf beiden Seiten zwischen den Phasen im Sinne des Kollektivitätsprinzips; dem Osten könnte mitgeteilt werden, daß

- über Veränderungen der Kräfterelation innerhalb des Bündnisses nach westlicher Auffassung vom Bündnis autonom entschieden wird,
- die westlichen direkten Teilnehmer eine bündnisinterne Regelung anstreben, wonach alle beteiligten Bündnispartner ihre Verteidigungsbeiträge auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der westlichen Gesamtstärke während der Laufzeit eines Phase-I-Abkommens nicht unerfüllt lassen werden,
- der Westen alle Entscheidungen, die die Kräfterelation innerhalb des Bündnisses berühren, auf üblichem Wege publik machen wird.

5) Mit Schritt a) würde der Westen eher optisch als substantiell über seine bisherige, dem Osten im Oktober 1980 mitgeteilte Position hinausgehen: Grundsätzliche Zustimmung zu sowjetischen Phase-I-Reduzierungen von 20 000 Mann unter dem Vorbehalt entsprechender Dateneinigung, statt nur Prüfung dieser Frage nach Vorliegen der Dateneinigung für Phase I. Gleichwohl hat der Osten

18 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Dokument C-M (79) (Revised) vom 11.12.1979, Ziffer 6 b: In connection with an interim Phase I Agreement on US and Soviet reductions and with agreement on associated measures, all direct Western participants would express their expectation that each side would refrain from actions with regard to the overall level of air and ground force manpower in the area of reductions which would run counter to the objective of the negotiations to establish parity in the form of a combined common collective ceiling based on agreed data."

in Wien verschiedentlich sein Interesse an einer entsprechenden Präzisierung der westlichen Haltung zu verstehen gegeben.

Die Schritte b) und d) waren bereits Teil der Vorschläge, die zu Beginn des Jahres grundsätzliche Zustimmung des Herrn Bundesministers gefunden haben.

Dagegen erschien uns der unter c) bezeichnete Schritt damals als ein zu weitgehendes westliches Zugeständnis, weil ihn der Osten möglicherweise als auf einen Freeze gerichtete politische Absichtserklärung und als Abrücken des Westens von der Forderung nach einer Gesamtdateneinigung als Voraussetzung für eine Nichterhöhung interpretieren könnte. Inzwischen haben sich in dieser Frage jedoch neue Aspekte ergeben:

– Der vom Westen mit einem Gegenvorschlag beantwortete Datenvorschlag Tarassows läßt darauf schließen, daß es im östlichen Lager möglicherweise neue Denkansätze zur Datendiskussion gibt. Es kommt daher für den Westen darauf an, für den Osten den Anreiz zu einer Dateneinigung zu verstärken und so einer weiteren Verhärtung der bisher auf datenlose Abkommen gerichteten östlichen Tendenzen entgegenzuwirken.
– Der Westen hat sich bisher zu einer kollektiven Nichterhöhungsvereinbarung zwischen den Phasen unter der Voraussetzung bereit erklärt, daß Einigung über die Daten aller MBFR-Teilnehmer erzielt wird.[19] Inzwischen hat sich infolge der Ereignisse in Polen die Bedeutung der Daten für nichtsowjetische Streitkräfte, unter denen die polnischen das einzige größere Hindernis für eine Gesamteinigung darstellen, vermindert. Nach einer Dateneinigung über die sowjetischen Streitkräfte wäre eine anschließende Dateneinigung über die nichtsowjetischen östlichen Streitkräfte wahrscheinlich ein lösbares Problem.
– Die Einigung über sowjetische Daten wäre deshalb ein so wichtiger Durchbruch in Richtung auf eine Gesamtdateneinigung, daß unter dieser Voraussetzung eine Konkretisierung der Goodwill-Erklärung ins Auge gefaßt werden sollte. Dabei müßte klargestellt bleiben, daß eine Nichterhöhungsvereinbarung nach wie vor an die Voraussetzungen des westlichen Vorschlags für ein Interims-Phase-I-Abkommen gebunden bleibt, d. h. an eine Einigung über die Daten aller Landstreitkräfte der direkten Teilnehmer im Raum der Reduzierungen.

Die unter a) bis d) bezeichneten Maßnahmen wären als Paket ein gemäß der gegebenen Zielsetzung ausreichend gewichtiger westlicher Verhandlungsschritt.

III. Überlegungen auf längere Sicht

1) Daß die MBFR-Verhandlungen auch ohne greifbare Ergebnisse bereits bisher vielfältig stabilisierende Wirkungen sowohl im Ost-West-Verhältnis als auch für das westliche Bündnis erbracht haben, steht außer Zweifel. Auch sollte die politische Bedeutung der Tatsache nicht unterbewertet werden, daß sich beide Seiten im Verlauf des Verhandlungsprozesses in wichtigen strukturellen Fragen stetig angenähert haben. Parität und Kollektivität, die der Osten bei MBFR

19 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Dokument C-M (79) (Revised) vom 11.12.1979, Ziffer 6 b: Once a Phase I Agreement has entered into force and agreement has been reached on overall data covering all direct participants, Western direct participants would be prepared to accept a collective commitment not to increase the overall numerical level of their ground force manpower in the area of reductions."

grundsätzlich akzeptiert hat, sind sicherheitspolitische Kernprinzipien, die für das westliche Bündnis über den rüstungskontrollpolitischen Bereich hinaus essentiell sind.

2) Die fast achtjährigen Verhandlungen haben aber auch die Hindernisse deutlich gemacht, die konkreten Ergebnissen entgegenstehen. Auf längere Sicht werden die Chancen für ein MBFR-Ergebnis, das den Sicherheitserfordernissen des Bündnisses Rechnung trägt, im wesentlichen davon abhängen, wie sich die Interessenlage auf beiden Seiten im Hinblick auf die Verhandlungen fortentwickelt. Dabei werden – von der allgemeinen Entwicklung der Beziehungen zwischen Westen und Osten und insbesondere zwischen den Großmächten abgesehen – unter anderem folgende Faktoren eine Rolle spielen:

a) der Stellenwert, den die Vereinigten Staaten im Rahmen ihrer globalen militärischen Interessenlage und unter Umständen mit Rücksicht auf innenpolitische Tendenzen (Mansfieldismus[20]) ihrer Militärpräsenz in Europa zumessen werden;

b) die entsprechende Interessenlage der Sowjetunion, insbesondere im Licht der Entwicklung im Innern (Nachfolge Breschnews) und in ihrem europäischen Vorfeld (Polen) sowie ihrer Beziehungen mit dem Westen und mit China;

c) Entwicklung der Verhandlungen im SALT- und TNF-Bereich, bei möglicher Tendenz auf amerikanischer Seite, ein „linkage“ zwischen paritätischen Begrenzungen im nuklearen Bereich mit dem Abbau der Disparitäten im konventionellen Bereich herzustellen;

d) Einigung über ein Mandat für eine Konferenz über Abrüstung in Europa im KSZE-Rahmen und ggf. Verlauf und Ergebnisse einer ersten, möglicherweise auch zweiten Konferenzphase;

e) Auswirkungen der Entwicklungen im Haushalts- und Personalbereich (Geburtenrückgang) auf die Verteidigungsplanung; vor allem im letzten Bereich wird die Bundeswehr schon auf mittlere Sicht besonders betroffen sein.

3) Welche Schlußfolgerungen im Wege der vorausschauenden Planung aus diesen Entwicklungen für den westlichen Verhandlungsansatz in Wien gezogen werden müssen, kann im Bündnis erst erörtert werden, wenn die USA nach Abschluß der Überprüfung ihres rüstungskontrollpolitischen Gesamtkonzepts sich dazu in der Lage sehen werden. Hiermit ist nicht vor Jahresende zu rechnen.

Auch in dieser Hinsicht werden jedoch die bevorstehenden Gespräche mit Rostow Gelegenheit bieten, unsere Überlegungen rechtzeitig in den amerikanischen Meinungsbildungsprozeß einfließen zu lassen. Darüber hinaus wird der Meinungsaustausch mit den Amerikanern wichtige Aufschlüsse für die Behandlung des MBFR-Themas mit Breschnew in Bonn geben.

Unsere eigenen langfristigen Überlegungen sollten sich an folgenden Richtpunkten orientieren:

20 Zu den vom amerikanischen Senator Mansfield eingebrachten Resolutionen betreffend die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa vgl. Dok. 260, Anm. 4.

a) Unser politisches Interesse an der Erhaltung des MBFR-Forums für den multilateralen Dialog zwischen den Bündnissystemen steht außer Zweifel, die Alternative, Aufgabe der Verhandlungen, deshalb für uns nicht zur Diskussion.

Auch die Variante der Umwandlung von MBFR in eine Art „Standing Security Commission" lehnen wir ab. Zum einen wäre das Forum ohne Verhandlungsaufgabe oder zumindest ohne beiderseitig anerkannte Gesamtdatenbasis (wie sie der amerikanisch-sowjetischen Standing Commission bei SALT[21] zur Verfügung steht) und Verifikationsmechanismen nicht lebensfähig. Zum anderen ließe sich aufgrund der bisherigen Verhandlungsgeschichte von MBFR die Tendenz zu einem kollektiven Sicherheitsorgan mit besonderer Blickrichtung und damit Begrenzung auf Mitteleuropa nicht ausschließen.

b) Auch eine KAE wäre, falls Einigung über ihr Mandat erzielt werden sollte, keine Alternative, sondern eine Ergänzung des Verhandlungsansatzes von MBFR.

– Eine KAE kann den institutionalisierten Dialog zwischen den Bündnissystemen nicht ersetzen. Eine übermäßige Konzentration der Verhandlungen über Sicherheit in Europa auf das Forum der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten könnte zu ihrer Loslösung von den Fragen des militärischen Kräfteverhältnisses führen. Eine KAE bedürfte daher als sicherheitspolitisches Korrektiv eines Verhandlungsforums, in dem das westliche Bündnis die ihm aufgrund der realen Lage in Europa zukommende Rolle spielt.
– Andererseits würde eine KAE auf der Grundlage des westlichen Mandatvorschlags[22] einen wirksamen Beitrag zur Stabilisierung der militärischen Lage in gesamteuropäischem Maßstab leisten, der MBFR entlasten und dessen fehlerhaften Ansatz, den engen geographischen Raum[23], relativieren könnte. Insbesondere für die im Raum der Reduzierungen gelegenen MBFR-Teilnehmer würde die Zustimmung zu Absprachen in diesem Verhandlungsrahmen erleichtert, wenn militärische Potentiale, die von außen in den Raum einwirken, anderweitig erfaßt werden könnten.

Im Falle der Einigung über ein KAE-Mandat werden wir uns deshalb vor der Aufgabe sehen, beide Fora in ein Gesamtkonzept des rüstungskontrollpolischen Managements für Europa einzuordnen, das längerfristig die Ziele militärische Transparenz, Vertrauensbildung und Rüstungsbegrenzung und -verminderung aus dem engen MBFR-Raum heraus in einen größeren Rahmen überleiten und damit auch evolutionäre neue Ansätze für MBFR zulassen könnte.

Dabei könnte zunächst bei MBFR bereits dadurch Entlastung erzielt werden, daß diejenigen begleitenden Maßnahmen des westlichen Paketvorschlags, die vertrauensbildenden Charakter tragen und deshalb nach westlicher Auffassung in einem über den Raum der Reduzierungen hinausgehenden Bereich

21 Vgl. dazu die Sitzung der amerikanisch-sowjetischen „Standing Consultative Commission" (SCC) vom 27. Mai bis 8. Juli 1981 in Genf; Dok. 204, Anm. 12.

22 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 3.

23 Im Schlußkommuniqué der MBFR-Explorationsgespräche vom 31. Januar bis 28. Juni 1973 in Wien wurde Mitteleuropa als Reduzierungsraum festgelegt. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 514. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 207.

Anwendung finden müssen (vgl. oben Ziffer I.2)), aus den MBFR-Verhandlungen herausgelöst und in beiderseitigem Einvernehmen zur Verhandlung in den KAE-Rahmen überwiesen würden. Die Sowjetunion hat die detaillierte Diskussion des westlichen Paketvorschlags bisher in erster Linie mit der Begründung verweigert, die vom Westen geforderte Ausdehnung dieser Maßnahmen verstoße gegen die vereinbarten MBFR-Verhandlungsgrundlagen.

c) Übereinstimmende kollektive Höchststärken beim Personal der Landstreitkräfte im Raum der Reduzierungen müssen der zentrale Verhandlungsgegenstand bei MBFR bleiben. Nur mit dieser Zielsetzung ist die Begrenzung eines sicherheitspolitischen Arrangements zwischen den Bündnissystemen auf Mitteleuropa sinnvoll und vertretbar. Die Verschiebung des Verhandlungschwerpunkts auf begleitende Maßnahmen oder auf Material- bzw. Strukturparameter würde das Risiko der Entstehung einer Rüstungskontrollzone in Mitteleuropa mit besonderem sicherheitspolitischem Status der darin gelegenen Länder vergrößern.

Beiderseitige Reduzierungen und Begrenzungen in dem vom Westen angestrebten Umfang könnten wegen der ungünstigen Entwicklung im Haushalts- und Personalbereich der Streitkräfte für uns auch von wachsender militärischer Bedeutung sein. Andererseits ist nicht auszuschließen, daß die Erwartung einseitiger westlicher Verminderungen für den Osten auch den Anreiz für Zugeständnisse bei MBFR schmälert.

d) Herstellung und Aufrechterhaltung übereinstimmender kollektiver Höchststärken erfordern eine einvernehmlich geklärte Datenbasis und ausreichende Möglichkeiten der Verifikation. Die bisherige Haltung des Ostens in der Datenfrage läßt die Chancen für eine Einigung über die Ausgangsdaten gering erscheinen. Bei der Verifikation schließt die Ad-hoc-Gruppe trotz der negativen Reaktion auf den westlichen Paketvorschlag für begleitende Maßnahmen auf längere Sicht östliche Flexibilität nicht aus.

Vor diesem Hintergrund sollte der Westen der Durchsetzung seiner Vorstellung zur Verifikation besonderes Gewicht beimessen. Für die Datendiskussion könnte in diesem Zusammenhang als alternativer Ansatz geprüft werden, das Schwergewicht von der Klärung der Zählweise der umstrittenen Ausgangsdaten auf die Einigung über Strukturelemente der Streitkräfte als verifizierbare Zählgrundlage zur Hochrechnung der Streitkräfte zu verlegen. Unverzichtbarer Teil eines solchen Datenansatzes wären stringente Verifikationsmaßnahmen, um durch jederzeitige Überprüfungsmöglichkeit der einzelnen Bausteine eventuelle falsche Angaben aufdecken zu können.

Die Durchführbarkeit eines derartigen Ansatzes wird gegenwärtig zwischen dem Auswärtigen Amt und BMVg mit dem Ziel geprüft, zu gegebener Zeit in einen Gedankenaustausch mit unseren engsten Bündnispartnern einzutreten.

e) Bei der Kollektivität stehen über gemeinsame westliche Sicherheitsinteressen hinaus vitale deutsche Interessen auf dem Spiel. Es muß sichergestellt bleiben, daß das Bündnis über Fragen der Organisation seiner Verteidigung unterhalb von eventuellen Gesamtobergrenzen autonom entscheiden kann.

Die Lösung des Kollektivitätsproblems wird Einsicht auf beiden Seiten voraussetzen, daß in Wien das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West Ver-

handlungsgegenstand ist, die Kräfterelation innerhalb des Bündnisses dagegen ausschließlich dessen Sache bleibt. Für dieses interne Verhältnis sind Regeln denkbar und wünschbar – allerdings nicht unter dem Gesichtspunkt der gegenseitigen Beschränkung, sondern der Sicherstellung der kollektiven Verteidigungsfähigkeit im Bündnis. Wenn alle Bündnispartner ihre Beiträge zur gemeinsamen Verteidigung erbringen, kann aufgrund der gemeinsamen Gesamtobergrenze eine radikale Verschiebung der Kräfterelationen im Bündnis nicht eintreten.

Ein erster Einstieg in diese Gedankenführung wäre der unter Ziffer II 4 d) erwogene Vorschlag, auf das vom Osten vorgeschlagene „Gentlemen's Understanding" zu den Kräfterelationen auf beiden Seiten zwischen den Phasen im Sinne des Kollektivitätsprinzips einzugehen. Die östliche Reaktion könnte für die weiteren Verhandlungen von großer Bedeutung sein. Der Osten muß erkennen, daß unser eigenes außen- und verteidigungspolitisches Interesse daran, daß sich die Balance innerhalb des Bündnisses nicht verschiebt, eine verläßlichere Gewähr für Stabilität darstellt als vertragliche Regelungen zwischen Ost und West, die wir im MBFR-Rahmen nicht akzeptieren können.

Diese Vorlage ist mit dem BMVg abgestimmt.

Ruth[24]

VS-Bd. 11500 (221)

274

Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

114-5491/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 24. September 1981, 13.13 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2011 **Ankunft: 24. September 1981, 19.38 Uhr**

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit dem polnischen Außenminister Czyrek[2]

BM erkundigt sich, wie es Kania und Jaruzelski geht. AM Czyrek weist darauf hin, daß er seit neun Tagen unterwegs ist (Besuch in Kuba – Tagung der Interparlamentarischen Union[3] –, Mexiko).

[24] Paraphe vom 26. September 1981.

[1] Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. September 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Wallau verfügte.
Hat Wallau am 25. September 1981 vorgelegen.

[2] An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich eingefügt: „am 23.9."
Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

[3] Der polnische Außenminister Czyrek hielt sich vom 14. bis 16. September 1981 anläßlich der 68. Konferenz der Interparlamentarischen Union vom 15. bis 23. September in Kuba auf.

BM fragt nach dem Appell Olszowskis zur nationalen Einheit.[4]

Czyrek erwidert, dieser sei im Politbüro zuständig für Fragen der nationalen Front. Dieser Appell repräsentiere die Auffassung des Politbüros insgesamt.

Er sei dem BM eine Erklärung dafür schuldig, daß er bei dem Treffen in Bad Reichenhall[5] die Lage in Polen zu optimistisch dargestellt habe.

Man habe das Maß der Radikalisierung auf dem Kongreß der Solidarität[6] nicht vorausgesehen. Es seien Grenzen überschritten worden, die die Prinzipien der polnischen Außenpolitik in Frage stellten. Es seien Botschaften an andere sozialistische Staaten gerichtet worden[7], die als „Export von Konterrevolution" dargestellt würden. Die Folge seien entsprechende Proteste der Sowjetunion[8] und anderer Staaten gewesen. Im innenpolitischen Bereich habe die Haltung der Solidarität Fragen aufgeworfen, die das ganze polnische Volk beträfen. Das Parlament werde herausgefordert, wenn die Gewerkschaft Solidarität erkläre, falls ihre Vorlage nicht angenommen werde, würde sie ein Referendum organisieren. Partei und Regierung in Polen seien weiterhin zur Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften bereit, jedoch unter der Voraussetzung, daß Solidarität die Möglichkeit dazu schaffe.

Man habe auch mit der Kirche gesprochen. Jetzt warte man ab, welche Beschlüsse auf dem zweiten Teil des Kongresses der Solidarität gefaßt würden.[9] Die Beschlüsse des ersten Teils seien überraschend gekommen, weil sie Fragen betroffen hätten, die nicht auf der Tagesordnung standen.

Auf Frage des BM antwortet Czyrek, daß Wałęsa sich um eine mäßigende Rolle bemüht habe, jedoch in letzter Zeit auf einer demagogischen Welle geschwommen sei, vielleicht aus taktischen Gründen.

4 Am 22. September 1981 rief das Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Olszowski, in einer Rede im Fernsehen zur Bildung einer „nationalen Plattform" der gesellschaftlichen Kräfte in Polen auf: „Wir appellieren an alle patriotisch gesinnten Kräfte, an der nationalen Einheitsfront, der Front der Verständigung und Zusammenarbeit, teilzunehmen, um deren neuen Inhalt zu schaffen und damit eine dauerhafte Plattform ehrlicher, nationaler Zusammenarbeit für das Wohl des sozialistischen Staates aufzubauen." Zugleich betonte er, daß vom Bündnis und von der Zusammenarbeit mit der UdSSR Polens „unabhängige Existenz in gesicherten Grenzen" abhänge. Es müsse klargestellt werden, daß Versuche, die polnisch-sowjetische Freundschaft zu untergraben, geahndet würden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1455 des Botschafters Negwer, Warschau, vom 23. September 1981; Referat 204, Bd. 132912.

5 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 18. August 1981 vgl. Dok. 234 und Dok. 236.

6 Zur ersten Phase des ersten Kongresses der Gewerkschaft „Solidarność" vom 5. bis 10. September 1981 in Danzig vgl. Dok. 256, Anm. 19.

7 Vgl. dazu die „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas" der Gewerkschaft „Solidarność" vom 9. September 1981; EUROPA-ARCHIV 1982, D 103.

8 Vgl. dazu die Erklärung des ZK der KPdSU und der sowjetischen Regierung vom 17. September 1981 an das ZK der PVAP und die polnische Regierung; EUROPA-ARCHIV 1982, D 105 f.

9 Die zweite Phase des ersten Kongresses der Gewerkschaft „Solidarność" fand vom 26. September bis 7. Oktober 1981 in Danzig statt. Die Delegierten wählten Lech Wałęsa erneut zum Vorsitzenden des Präsidiums und billigten das Grundsatzprogramm der Gewerkschaft. Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 8. Oktober 1981 zu den Wahlen der Landeskommission: „In der Landeskommission (LK) ist nach ersten Schätzungen in Entsprechung zu dem antiintellektuellen, basisdemokratischen und populistischen Trend, der den Solidarność-Kongreß geprägt hat, diese Richtung stärker repräsentiert als die pragmatische Linie." Das Grundsatzprogramm enthalte ein „staats- und gesellschaftspolitisches Konzept der ‚selbstverwalteten Republik'". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1522; Referat 214, Bd. 132912.
Für den Wortlaut des Grundsatzprogramms vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 106–114.

Er bestätigt ebenfalls auf Frage, daß sich das Fehlen der Autorität Wyszyńskis bemerkbar mache. Sein Nachfolger[10] müsse ähnliche Autorität erst noch gewinnen.

Zur Gesamtbeurteilung der Situation erklärt Czyrek, er sei weiterhin optimistisch.

Die Veröffentlichung der sowjetischen Erklärung sei bewußt erfolgt, damit die polnische Öffentlichkeit die Konsequenzen der Entwicklung erkennen könne.

Zur Beurteilung der internationalen Lage verweist Czyrek darauf, daß der sowjetische Außenminister eine starke Rede (vor der GV) gehalten habe[11], in der jedoch gleichzeitig die Bereitschaft zum Dialog deutlich geworden sei. Was ihm Sorge bereite, sei, daß die amerikanische Politik nach wie vor nicht klar formuliert sei.

Bundesminister erklärt, die US-Politik sei sicher nicht in allen Aspekten formuliert, jedoch in den Grundzügen. Mit der Zustimmung zur KAE[12] und zu Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen habe die amerikanische Regierung zu zwei wichtigen Fragen ihre Gesprächsbereitschaft erklärt. Falsch wäre es, wenn die sowjetische Seite glaube, sie könne durch innenpolitische Stimmungsmache in Europa die Durchführung des Doppelbeschlusses[13] vermeiden. Dies gehe nur am Verhandlungstisch. Wir wünschten uns rasche und konkrete Ergebnisse. Wir ließen uns nicht aushebeln.

BM unterstreicht noch einmal, wir beobachteten genau, was in Polen geschehe, und legten Gewicht darauf, daß das in Helsinki Vereinbarte[14] ernstgenommen werde.

Er betont, daß seine Gespräche mit anderen Außenministern in New York gezeigt hätten, wie wichtig gerade in der jetzigen Lage das persönliche Vertrauen sei, das Außenminister Czyrek überall genieße. Es sei deshalb sehr weise vom Politbüro, daß im Amt des Außenministers noch keine Veränderung vorgenommen worden sei.

Auf Frage von Außenminister Czyrek erklärt Bundesminister, er sei im ganzen optimistisch hinsichtlich der Ost-West-Beziehungen, falls Moskau keine Fehler mache. Auf Frage von Czyrek, ob Washington keine Fehler mache, erwidert BM, niemand sei fehlerlos. Der Grundkurs sei in Washington jedoch richtig eingestellt.

Zu bilateralen Fragen sprach Außenminister Czyrek von sich aus die Verweigerung eines Visums für den Vertreter des DGB zum Kongreß der Solidarität an. Er wolle der sicherlich beabsichtigten Demarche des Bundesministers zu-

10 Józef Glemp.

11 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 22. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 88–95. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 635–640 (Auszug).

12 Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, vom 16. Februar 1981; Dok. 50, Anm. 24.

13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

14 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

vorkommen. Die Verweigerung sei erfolgt, weil die von diesem Vertreter gehaltene Rede geeignet gewesen sei, Emotionen anzuheizen. Sie sei eine Einmischung in innere polnische Angelegenheiten gewesen.

Bundesminister Genscher[15] erwidert, es sei nicht die Rede von generellen Verweigerungen, sondern es gehe nur um diesen speziellen Fall. Die gehaltene Rede entspreche nach seiner Kenntnis im übrigen nicht der vom DGB eingenommen Linie.

Czyrek weist darauf hin, er sei in den bilateralen Beziehungen leider gezwungen, auf die Dringlichkeit der wirtschaftlichen Probleme hinzuweisen. Leider verspäte sich alles, worauf man gehofft habe.[16]

Bundesminister unterstreicht seinerseits noch einmal die Bedeutung eines polnischen Beitritts zum IWF[17] und erkundigt sich, ob bereits Schritte in dieser Richtung eingeleitet worden seien.

Außenminister Czyrek erwidert, Schritte wohl, aber noch keine Beschlüsse. Er habe Schwierigkeiten mit den wirtschaftlichen Ressorts. Diese handelten auch in anderen Fragen politisch kurzsichtig, indem sie Bitten um benötigte Lebensmittellieferungen oder Kredite gleichzeitig an verschiedene Adressaten, z. B. die EG und an die Amerikaner, richteten, was fälschlich zu einer Addierung und zu erschreckenden Summen führe.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 14099 (010)

15 Korrigiert aus: „Bundesminister Czyrek".

16 Zum polnischen Wunsch nach Krediten vgl. Dok. 229, Anm. 6.
Vom 27. bis 29. Oktober 1981 tagten in Warschau Vertreter der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Österreichs und der USA mit einer polnischen Delegation sowie Beobachtern IWF, um über eine multilaterale Schuldenregelung zu beraten. Dazu teilte Gesandter König, Warschau, am 29. Oktober 1981 mit: „Polen beziffert die restliche Finanzierungslücke 1981 auf mindestens 1 Mrd. US-Dollar. Wichtigste Position ist die Zinszahlung von 0,5 Mrd. US-Dollar an private westliche Banken. […] Nachdem mit Ergebnis der Delors-Initiative nicht mehr gerechnet wird, hat Polen für 1981 nachdrücklich bilaterale Überbrückungskredite und neue Exportkredite gefordert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1624; Referat 421, Bd. 140347.

17 Zu einer möglichen Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 81, Anm. 7 und 8.

275

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, in New York

210-321.00 VS-NfD **24. September 1981**[1]

Gespräch Bundesminister mit dem Außenminister der DDR, Fischer, beim Mittagessen am 24.9.1981[2]

Fischer: Ich freue mich, daß wir uns erneut treffen. Wir haben in den Winkeln von Korridoren begonnen. Jetzt treffen wir uns zum Essen in der DDR-Vertretung. Das ist ein Fortschritt.

Bundesminister: Ich möchte anknüpfen an die Passage meiner Rede vor der UNO-Generalversammlung vom 23.9.1981 über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten und ihre besondere Verantwortung für den Frieden.[3] Es ist wesentlich, daß wir unsere Beziehungen entwickeln, gerade um zu zeigen, daß dies trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme möglich ist. Das ist auch für die Staaten, die uns umgeben, gut.

Fischer: Leider ist festzustellen, daß seit dem Doppelbeschluß der NATO von 1979[4] und der Produktion der Neutronenwaffen[5] – und von der Produktion zur Stationierung in Europa ist nur ein Schritt – sich unsere Umwelt verändert hat. Die Haltung der Bundesregierung hat im Positiven, aber auch im Negativen besonderes Gewicht. Deshalb ist die Führung der DDR über das Engagement der Bundesregierung in diesen Fragen besorgt.

Bundesminister: Bei dem gut verlaufenen Besuch Breschnews in Bonn im Jahre 1978[6] ist eine wichtige gemeinsame Erklärung veröffentlicht worden. In dieser Erklärung hat die sowjetische Seite ein bestehendes ungefähres Gleichgewicht zugegeben.[7] Wir haben der sowjetischen Seite klar gesagt, daß ein Ungleichgewicht entstünde, wenn die Dislozierung der SS-20 fortgesetzt werde. Die Dislozierung ist dennoch weitergegangen. Das ist ein Fehler der Sowjetunion gewesen. Sie hat die Lage nicht richtig eingeschätzt. Das westliche Bündnis ist zu einer Reaktion gezwungen worden. Die USA haben in den siebziger Jahren ihre Verteidigungsanstrengungen zurückgefahren. Der Osten hat dies nicht honoriert.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 29. September 1981 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 23. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York; BULLETIN 1981, S. 739 f.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

5 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

7 Vgl. dazu Ziffer III der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik; BULLETIN 1978, S. 429 f.

Aber seit gestern, seit der amerikanisch-sowjetischen Vereinbarung über die Aufnahme von Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen[8], sieht die Situation viel hoffnungsvoller aus. Aus der Thematik der gestrigen Erklärung ist herauszulesen, daß diejenigen Nuklearwaffen in die Verhandlungen einbezogen werden, die bereits in Genf zwischen den USA und der SU besprochen worden sind[9], aber daß eben auch andere Waffen einbezogen werden können. Das ist ein guter Ansatz, obwohl die Konzentration sicher auf den landgestützten Mittelstrekkenraketen liegen wird.

Wir hoffen auf ein vernünftiges Ergebnis in Madrid.[10] Die Einsetzung einer KAE ist eine vertrauensbildende Maßnahme in sich.

Fischer: Es wäre gut, wenn man bald in Madrid zu einem Ende käme, sonst wird alles zerredet. Die Frage ist, ob die USA hinter der Fassade der Haig-Gromyko-Gespräche[11] und der Konferenz in Madrid in Wahrheit nicht etwas anderes betreiben. Der Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Allen, habe vergangenen Montag[12] im Sheraton-Hotel eine Rede vor Offizieren gehalten, in der er ein ungefähres militärisches Gleichgewicht zugegeben, dann aber die Überlegenheit der USA gefordert hat, um aus einer Position der Stärke verhandeln zu können. Wenn das die amerikanische Strategie sein sollte, wäre die Sorge der DDR begründet. Auch die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander würden beeinträchtigt. Diese Beziehungen können sich nicht im Schatten von Raketen entwickeln. Die Stimme der Bundesregierung müsse sich eindeutiger erheben, nicht zugunsten des Doppelbeschlusses und der Neutronenwaffen, sondern im Sinne der Schlußakte von Helsinki[13]. Jede gute Geste auf Ihrer Seite wird bei uns ein entsprechendes Echo finden.

Bundesminister: Das gilt für beide Seiten. Ich weiß nicht, welche Rede Allens Sie meinen. Die amerikanische Regierung stellt das ungefähre Gleichgewicht der interkontinentalen strategischen Waffen nicht in Frage. Die eurostrategischen Waffen sind gemeint. Dieses spezifische Ungleichgewicht macht uns Sorge, aber natürlich auch die sowjetische Überlegenheit im konventionellen Bereich. Vertrauensbildende Maßnahmen würden beruhigend wirken. Am Anfang stehen VBMs. Nicht in allen Abrüstungsbereichen sind gleichzeitig Fortschritte möglich. Die objektiven Zahlen der Streitkräfte vermischen sich leicht mit dem Mißtrauen gegenüber Absichten. Ich habe deshalb in meiner Rede gestern vier Grundsätze für Abrüstungsverhandlungen herausgehoben:

8 Vgl. dazu das Kommuniqué vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

9 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

10 Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nahm ihre Arbeit am 27. Oktober 1981 wieder auf. Vgl. dazu Dok. 251.

11 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

12 21. September 1981.

13 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

1) Ausgewogenheit,

2) Offenheit,

3) Nachprüfbarkeit,

4) Vertrauensbildung.

Sehen Sie sich diese Punkte einmal genau an. Es wäre nicht schlecht, wenn Sie und wir diese Prinzipien weiter ausarbeiten würden. Wir können die Paktsysteme nicht verändern, aber die Konsultationen unserer Abrüstungsexperten[14] waren gut.

Fischer: Ja.

Bundesminister: Vielleicht können Sie ein Stück mitgehen. Sie brauchen ja nicht mit uns zu sagen, daß die Sowjetunion Überlegenheit habe. Darüber machen wir uns allerdings große Sorgen. Wir sind für die beiderseitige Null-Option. Wenn das nicht gelingt, müssen wir schrittweise vorwärtskommen. Im Doppelbeschluß gibt es ja einen – auf unseren Vorschlag eingefügten – Passus, worauf die Nachrüstung gemäß dem Verhandlungsergebnis reduziert werden kann.

Fischer: Sie wollen offenbar von der Überlegenheit der SU ausgehen. Wir gehen von den Tatsachen aus. Mr. Allen weiß, was er vor Offizieren sagt. Der Westen sollte nicht unter dem Vorwand einer sowjetischen Überlegenheit rüsten. Wir sehen die Ursache der verschärften Lage in den NATO-Beschlüssen. Die Gefahren, die aus einer Verwirklichung erwachsen, sollten Sie vermeiden, auch im Interesse der deutsch-deutschen Beziehungen. In unseren Beziehungen wird es immer ein gewisses Auf und Ab geben. Das ist verständlich. Unsere Beziehungen sind ja auch von den Beziehungen zu anderen abhängig. Vielleicht werden Sie sagen, daß ich mich mit dem Folgenden an den Bundesminister Franke halten soll. Das werde ich aber nicht tun. Für die Außenpolitik sind Sie als mein Kollege zuständig. Wir haben keine maximalen Forderungen. Beide Staaten erkennen sich als Völkerrechtssubjekte an. Die logische Folgerung wäre, daß wir die noch offenen Fragen unseres Verhältnisses zueinander zusammen lösen, zu unserem beiderseitigen Nutzen und zum Wohl unserer Umwelt.

Bundesminister: Breschnew hat bei unserem Gespräch über die Mittelstrekkenraketen, das ähnlich verlief wie das Gespräch mit Ihnen, sich zu Gromyko gebeugt und ihm gesagt, die Experten sollten sich die Stärkeverhältnisse ansehen.[15] Diese Frage könne man nicht in einem Gespräch lösen.

Diese Frage gehört wirklich in Verhandlungen. Wir haben die Verhandlungslinie der USA mit vorbereitet. Auf unseren Vorschlag ist die SCG gegründet worden, die den Doppelbeschluß vorbereitet hat und die jetzt die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen begleiten wird.[16]

Der Briefwechsel zwischen Reagan und Breschnew ist zu begrüßen. Ich habe

14 Botschafter Ruth führte am 3. Juli 1981 in Ost-Berlin Gespräche über Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle. Vgl. dazu Dok. 196.

15 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 3. April 1981 in Moskau; Dok. 96.

16 Die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten beschlossen am 12. Dezember 1979 in Brüssel die Gründung einer „Special Consultative Group“ (SCG), die am 25. Januar 1980 erstmals zusammentrat. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 373, und AAPD 1980, I, Dok. 28.
Zur zehnten Sitzung am 16. September 1981 in Brüssel vgl. Dok. 259.

den handschriftlichen Brief Reagans an Breschnew, den Reagan kurz nach dem Attentat geschrieben hat, gelesen.[17] Reagan zeigt darin großen Verständigungswillen. Es ist gut, daß sich Haig und Gromyko schon am 28.9. zu einem zweiten Treffen begegnen. Wir hoffen auch, daß der Besuch Breschnews in Bonn[18] uns weiterbringt. Dann wird sich das Treffen des Bundeskanzlers mit Honecker anschließen.[19]

Fischer: Warum sind Sie eigentlich ein Gegner des Moratoriums?[20] Ich kenne schon Ihre Antwort: Das Moratorium schreibe die Dinge fest. Welches ist Ihr wirklicher Grund?

Bundesminister: Sie haben den wirklichen Grund genannt, die Festschreibung der sowjetischen Überlegenheit. Wir haben ein Moratorium, ein einseitiges westliches Moratorium, das seit 1977 bis 1983 läuft. Wenn die andere Seite diesem unserem Beispiel gefolgt wäre, wären wir alle viel besser dran.

Fischer: Ein einseitiges bestehendes Moratorium? Sie haben doch den Doppelbeschluß gefaßt. Der sowjetische Vorschlag sieht vor, daß auf beiden Seiten nichts geschieht. Dadurch würde ein besseres Verhandlungsklima und Ruhe bewirkt. Sie haben in Abwesenheit des Bundeskanzlers sich spontan gegen den Moratoriumsvorschlag gestellt. Der Bundeskanzler ist dann, nach anfänglich etwas abweichender Linie, gefolgt.[21]

Bundesminister: Die Bundesregierung hatte bereits eine klare Linie zum Moratorium. Diese Haltung brauchte nur in Erinnerung gerufen werden. Wenn Sie sagen, daß auf beiden Seiten nichts geschehen solle, vergessen Sie, daß auf einer Seite bereits etwas geschehen ist. Jetzt kommt es darauf an, bis zur Aufstellung der ersten Pershing II, und das ist erst in zwei Jahren, die Zeit nicht ungenutzt vorbeigehen zu lassen. Dabei wäre es eine Illusion anzunehmen, daß die Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland es nicht zur Verwirklichung des Doppelbeschlusses kommen läßt.

Fischer: Die Zweijahresfrist ist äußerst bedenklich. Am guten Willen der Sowjetunion fehlt es nicht. Breschnew hat viele Panzer und Soldaten abgezogen.[22] Der Westen hat nicht positiv reagiert.

Bundesminister: Die Amerikaner haben 1000 nukleare Sprengköpfe aus Europa abgezogen.[23] Das ist viel.

17 Zum Attentat auf Präsident Reagan am 30. März 1981 vgl. Dok. 90, Anm. 11.
Während seines Aufenthaltes im Krankenhaus aufgrund des Attentats schrieb Reagan im April 1981 einen handschriftlichen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Den Inhalt machte er in einer Rede vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, Reagan 1981, S. 1062 f.

18 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

19 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

20 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

21 Vgl. dazu die Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981; Dok. 61, Anm. 10.
Vgl. dazu ferner die Erklärung des Bundesministers Genscher vom 3. März 1981; Dok. 66, Anm. 12.

22 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; Dok. 95, Anm. 27.

23 Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129.

Sie haben von der komplizierten internationalen Lage gesprochen. Das ist der Grund, weshalb wir jetzt nicht regeln können, was wir bei Abschluß des Grundlagenvertrages[24] nicht regeln konnten. Ich bin deshalb dafür, praktische Dinge anzugehen. Wir sitzen in der UNO, in Madrid und in Wien[25] zusammen.

Fischer: Man hat von der „Deutschstunde am East River" gesprochen. Gemeint ist, daß Sie und ich unsere Standpunkte vor der UNO darlegen. Ich meine, soweit unsere Darlegungen nicht die internationale Gemeinschaft interessieren, sollten wir das lassen.

Bundesminister: Wir sollten unsere Standpunkte immer darlegen. Das gehört zur Berechenbarkeit unserer Politik.

Fischer: Dann müssen wir die Reden weiterhin so halten wie bisher. Aber warum sollten wir die Dinge nicht vorwärtszubringen versuchen? Das verstehe ich nicht. Schließlich werden wir älter. Staatsgrenze, Staatsbürger und manches Anachronistische ist da abzuräumen. Von der Erfassungsstelle Salzgitter[26] will ich erst gar nicht sprechen.

Bundesminister: Soll ich aufzählen, was mir einfällt?

Fischer: Wenn ich Besuche im Ausland mache, werden Ihre Botschafter immer sehr eifrig und spüren allem nach, was ich tue.

Bundesminister: Fühlen Sie sich behindert?

Fischer: Nein, denn wir räumen die Hindernisse aus dem Weg, aber ich finde das auffällig und kann das nur als Einmischung betrachten.

Bundesminister: Das erstaunt mich, wir haben da eine ganz präzise Praxis. Aber ich bin ein objektiver Mensch. Mir passiert das auch. Die DDR sieht offenbar auch dies und jenes, was ich im Ausland tue, nicht gern. Dann machen Dritte Bemerkungen mir gegenüber, von denen ich nun wieder nicht weiß, ob sie ganz uneigennützig gemacht werden. Aber das alles würde ich niemals überbewerten. Wir wollen uns doch gegenseitig keine Schwierigkeiten machen und uns auf praktische Fragen konzentrieren.

Wie sehen Sie die Lage bei Ihrem östlichen Nachbarn?

Fischer: Sie haben doch mit Czyrek gesprochen![27]

Bundesminister: Von ihm habe ich seine Einschätzung, von Ihnen möchte ich die Ihre.

Fischer: Die Situation ist äußerst schwierig. Sie wird durch Ihre Medien nicht einfacher. Sie versuchen, Solidarität zu ermutigen. Solidarität hat sich in unsere Angelegenheiten gemischt, durch den Appell an die Arbeiter anderer sozialistischer Länder.[28] Solidarität kämpft um die Macht. Wir sind mit der Volksrepublik Polen befreundet und verbündet. Wir versuchen zu helfen. Wir versuchen,

24 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f.

25 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 273.

26 Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 18, Anm. 9.

27 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 23. September 1981 in New York vgl. Dok. 274.

28 Für den Wortlaut der „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas" der Gewerkschaft „Solidarność" vom 9. September 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 103.

die Versorgungsschwierigkeiten zu lindern. Bei einem Produktionsausfall von 25% ist das sehr schwierig. Solidarität unterminiert den Staat, diskreditiert seine Organe und tut das ganz bewußt. Das ist sehr besorgniserregend. Polen ist ein Faktor, der im Gleichgewicht der Kräfte seinen Platz hatte. Der Westen muß aufhören, Solidarität von außen zu animieren und zu unterstützen, sonst wird die Lage noch bedenklicher.

Bundesminister: Ich nehme mir kein Urteil heraus über das Verhältnis zwischen polnischer Parteiführung, polnischer Regierung und Solidarität. Es ist natürlich, daß unsere Medien über die polnische Entwicklung berichten. Wir mischen uns nicht ein. Wir haben nicht die Absicht, etwas in Gang zu setzen. Alle Staaten müssen beachten, daß Polen über sein Schicksal selbst entscheiden muß. Wir hoffen, daß sich aus der polnischen Entwicklung nichts ergibt, was die Ost-West-Beziehungen erschweren würde. Es gibt keine Erklärung der Bundesregierung, die Anlaß gäbe, Anstoß zu nehmen. Die Regierungen einiger sozialistischer Länder haben uns das ausdrücklich bestätigt.

Fischer: Ich bitte in Betracht zu ziehen, daß wir durch viele Fäden mit Polen verknüpft sind. Gromyko hat das vor der UNO für uns alle zum Ausdruck gebracht.[29] Ich werde dasselbe vor der UNO nicht wiederholen, aber Sie sollten daraus nicht den Schluß ziehen, daß wir anderer Meinung sind.[30]

Bundesminister: Auf die Idee wäre ich auch nie gekommen.

Fischer: Ich habe mit Kollegen aus Ihrem Bündnis gesprochen. Die polnische Frage interessiert offenbar sehr. Nun werden Sie mich nach den Auswirkungen der polnischen Entwicklung auf die DDR fragen.

Bundesminister: Nein, das tue ich gerade nicht.

Fischer: Der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Das sind alles Schäume.

Spanien ist Ihr nächstes Reiseziel?[31] Wohin fahren Sie noch?

Bundesminister: Nach Cancún[32] und in drei lateinamerikanische Länder. Ich führe gerne auch im nächsten Jahr zu den Händel-Festspielen nach Halle.[33]

Fischer: Ich lade Sie ein. In der Form, die Sie wünschen.

Bundesminister: Welche Reisen haben Sie vor?

29 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 22. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 88–95. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 635–640 (Auszug).

30 Für den Wortlaut der Rede des Stellvertretenden Außenministers der DDR, Fischer, am 25. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 241–244.

31 Bundesminister Genscher begleitete Bundespräsidenten Carstens bei dessen Besuch vom 28. September bis 2. Oktober 1981 in Spanien. Am 30. September 1981 berichtete Botschafter Lahn, Madrid, Genscher habe mit Ministerpräsident Calvo-Sotelo u. a. über die Lage in Spanien und die Initiative für eine Europäische Union gesprochen. Zur Frage eines NATO-Beitritts Spaniens habe Calvo-Sotelo die Überzeugung geäußert, „daß sich im Kongreß etwa 190 Abgeordnete dafür und nur 160 dagegen aussprechen würden. Die Opposition der Sozialisten sei nicht so ernstgemeint, wie sie sich nach außen darstellt." Genscher habe erwidert, „daß Spanien seine Entscheidung aus der eigenen Interessenlage heraus treffen müsse. Dabei sei auch die gegenwärtige weltpolitische Lage zu berücksichtigen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1351; Referat 200, Bd. 122670.

32 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 23. Oktober 1981 anläßlich der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Mexiko auf. Vgl. dazu Dok. 315.

33 Die 31. Händel-Festspiele der DDR fanden vom 11. bis 15. Juni 1982 in Halle an der Saale statt.

Fischer: Ich müßte nach Asien. Aber vielleicht läßt sich das aufschieben. Hier in New York kann man ja auch manches abgelten.

Referat 210, Bd. 132433

276

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem kubanischen Außenminister Malmierca in New York

24. September 1981[1]

Der kubanische Außenminister suchte den Bundesminister zu einem halbstündigen Gespräch in seiner Suite auf.[2]

BM sagte einleitend, er habe sich in den letzten Tagen viel mit Kuba befaßt, und zwar im Zusammenhang mit der Fortführung der Namibia-Initiative. Kuba könne einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Namibia-Frage leisten, wenn es seine Erklärungen wahr mache, daß die kubanischen Streitkräfte in Angola nicht mehr erforderlich seien, sobald Südafrika seine Truppen aus Namibia zurückziehe.

Kubanischer AM: Er sehe keinen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der kubanischen Präsenz in Angola und der Namibia-Frage.

BM: Aber andere.

AM: Das ist deren Problem. Angola habe Beweise für die Bedrohung seiner Souveränität, die kubanische Präsenz diene der Verteidigung dieser Souveränität. Davon unabhängig, sehe Kuba auch die Unabhängigkeit Namibias für sehr wichtig an; sie diene der Befriedung des ganzen südlichen Afrikas.

BM: Er hätte es nicht für aufrichtig gehalten, nur mit dem Außenminister von Angola[3] und nicht mit dem Außenminister von Kuba über die kubanische Präsenz in Angola zu sprechen.

Zur Lage in Zentralamerika sagte der *kubanische AM* auf Frage des BM: Es gehe um einen Machtkampf, der schon seit über 50 Jahren im Gang sei. Er finde erst dann sein Ende, wenn alle Staaten ihre volle Unabhängigkeit erlangt hätten. Er fürchte eine militärische Intervention in El Salvador, aber auch in Nicaragua und Guatemala. Es müsse alles getan werden, um eine US-Intervention in Mittelamerika zu verhindern. Kuba unterstütze den Kampf des Volkes von El

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Gorenflos am 30. September 1981 gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister Jorge am 16. September 1981 vgl. Dok. 258.

Salvador und unterhalte seit Jahren Beziehungen zu den freiheitsliebenden Kräften in diesem Land. Es gebe jedoch keine kubanischen Soldaten in El Salvador. Kuba sei sehr vorsichtig und wolle sich nicht dort engagieren, wo die USA engagiert seien. Die USA unterstützten dagegen die kubanische Konterrevolution. Militärische Intervention der USA wäre schlecht, nicht nur in El Salvador, auch in Nicaragua und Guatemala.

BM: Ist nicht geplant.

AM: Doch.

BM: Halten Sie sich an das, was ich in meiner Rede[4] gesagt habe.

[*Kubanischer AM*:] Wenn die USA die Atombombe hätten, möchte Kuba jedenfalls das Recht haben, Atombomben zu haben. Es habe allerdings keine Atombomben und wolle sie auch nicht haben.

BM: Wir haben auf Atombomben verzichtet[5], obwohl die SU, unser Nachbar, Atombomben habe.

Kubanischer AM: Kuba verzichtet auf nichts! Es habe materiell nicht die Möglichkeit, den Revolutionären in El Salvador zu helfen. Das Beste wäre eine politische Lösung. Natürlich wünsche Kuba einen Sieg der FDR[6].

BM: Sie gehen zu weit. Ich halte mich zurück.

Auf Frage, wann er nach Kuba komme, sagte BM: „Das wird Wirklichkeit werden. Ich möchte einmal Ihren Staatschef[7] kennenlernen."

Kubanischer AM: Wir würden uns sehr freuen über Ihren Besuch in Havanna.

Das Gespräch fand in einer sehr gelockerten, offenen Atmosphäre statt.

Referat 010, Bd. 178848

4 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 23. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1981, S. 737–742.

5 Zur Verzichtserklärung der Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 153, Anm. 37.

6 Frente Democrático Revolucionario.

7 Fidel Castro Ruz.

277

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem irakischen Außenminister Hammadi in New York

24. September 1981[1]

Das Gespräch fand am Rande eines Empfangs des Präsidenten der 36. GV[2] und des VN-GS[3] im Gebäude der Vereinten Nationen statt. Es dauerte von 19.30 bis 20.00 Uhr.[4]

Auf irakischer Seite waren ein Mitarbeiter des AM und ein Mitglied der irakischen VN-Vertretung anwesend, auf deutscher Seite VLR I Weber als Dolmetscher und VLR Dr. v. Ploetz.

1) Iranisch-irakischer Krieg[5]

Auf einleitende Frage des BM nach dem Stand des iranisch-irakischen Kriegs stellte *AM* fest: Der Krieg sei statisch, es tue sich wenig. Die Aktivitäten der iranischen Luftwaffe ließen nach, die Verluste seien hoch. Bani Sadr solle offenbar gegenüber dem Ausland und der iranischen Öffentlichkeit als Sündenbock dafür herhalten, daß Teheran bisher keinen Sieg erzielen konnte.

Die Supermächte wollten neutral bleiben. Irak habe zunächst Sorge gehabt, daß die USA – mit Rücksicht auf die Geiseln[6] – Waffen an Iran liefern könnten. Jetzt habe man Gewißheit: Es würden Waffen aus Israel nach Iran geliefert werden. Haig, den er hierauf angesprochen habe, habe betont, daß es sich nicht um amerikanische Waffen handele.

2) Innere Lage im Iran[7]

Auf Frage BMs erläuterte AM, daß innere Lage im Iran zunehmend schlechter werde.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 28. September 1981 gefertigt.

2 Ismat Kittani.

3 Kurt Waldheim.

4 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

5 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 155, Anm. 8.
Botschafter Holzheimer, Bagdad, zog am 24. September 1981 eine Zwischenbilanz des ersten Kriegsjahres. Danach habe es zwar in den vergangenen Wochen erneut Angriffe der iranischen Streitkräfte gegeben, dies könne aber „nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich nach den irakischen Anfangserfolgen militärisch in einem Jahr nicht viel geändert hat. […] Mit der Komplizierung der inneren Lage in Iran, die einerseits eine willkommene Schwächung der Strukturen verhieß, ging auf der anderen Seite der Wegfall jeden Ansprech- und Verhandlungspartners einher, so daß alle Hoffnungen auf eine alleine mögliche politische Lösung des Konfliktes gegenwärtig für den Irak auf dem Nullpunkt stehen. […] So stellt sich zum ersten Jahrestag des Krieges die Frage, wieviel schlechter es noch werden muß, ehe es besser wird; für den Irak wie den Iran.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 648; Referat 311, Bd. 137668.

6 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 15.

7 Mit Dekret vom 10. Juni 1981 entzog Ayatollah Khomeini Präsident Bani Sadr den Oberbefehl über die iranischen Streitkräfte; am 21. Juni 1981 entließ er ihn aus dem Amt des Präsidenten. Am 29. Juli 1981 verließ Bani Sadr Iran und flog nach Paris. Dazu vermerkte Referat 311 am 27. August 1981, daß nun die Islamische Republik Partei (IRP), die Volksmudschaheddin und die Armee die beherrschenden

Bei den Streitkräften habe heute die religiöse Führung mehr Einfluß denn je, sie rede auch bei militärtaktischen Entscheidungen mit.

Die Tudeh-Partei halte sich außerhalb des internen Konflikts, offensichtlich wolle sie Eindruck erwecken, nicht gefährlich zu sein. Langfristig wolle sie aber an die Macht, im Augenblick halte die SU aber diesbezüglichen Bestrebungen gegen.

AM hielt es für möglich, daß das Militär die Macht im Iran übernimmt, wenn die Lage schlechter wird, und zwar noch vor Khomeinis Abtritt und mit dessen Billigung. Als möglichen neuen Ministerpräsidenten für diesen Fall nannte AM Herrn Fallahi.

3) Innere Lage des Irak

AM: Stabil. Keine Änderung. Je früher der Krieg zu Ende gehe, desto besser, aber man sei auch darauf eingestellt, weiter zu warten.

4) Beziehungen zur SU

Auf Frage BMs bezeichnete AM die Beziehungen zur SU als normal.

5) Europäische Nahostpolitik

Mit Hinweis darauf, daß jetzt alle relevanten Wahlen vorbei seien, andererseits im Nahen Osten eine Krise näher sei als früher, fragte AM nach dem nächsten Schritt der Europäer in der Nahostpolitik.

BM stellte fest, daß weitere Entwicklung des Libanon uns allergrößte Sorge mache. Ihr widmeten wir deshalb auch vorrangig unsere Aufmerksamkeit.

Was die Nahost-Frage insgesamt angehe, hofften wir, daß die Gespräche des saudischen Kronprinzen[8] und des jordanischen Königs[9] in Washington die amerikanische Führung davon überzeugen würden, daß jetzt mehr geschehen müsse, als in Camp David[10] vorgesehen, und daß die von den Europäern eingenommene Position die einzig mögliche sei. Dies erläuternd verwies BM auf die Erklärung von Venedig[11] als Basis des weiteren Vorgehens.

AM bezeichnete dies als vernünftig und plausibel. Auf seine Frage nach dem direkten europäischen Beitrag stellte *BM* fest, wir wollten den EAD, und zwar wie von uns vorgeschlagen, auf Ministerebene weiterführen.[12] (Zum Zeitpunkt

Fortsetzung Fußnote von Seite 1470

Kräfte in Iran bildeten, während die Tudeh-Partei sowie gemäßigte Kräfte an Bedeutung verloren hätten: „Die IRP konsolidiert ihre Stellung in einer Weise, die ihr den Besitz der Macht auch dann zu sichern verspricht, wenn ihr das Charisma Khomeinis nicht mehr zur Verfügung steht. […] Seit der Absetzung Bani Sadrs sind die Volksmudschaheddin zum eigentlichen Gegenspieler der IRP geworden. Da Bürgertum und Kaufmannschaft ihnen mißtrauen, geht ihr Einfluß, trotz des Paktes mit Bani Sadr, zurück. [...] Die Armee ist zur Zeit ein politisches Neutrum mit einer wahrscheinlich überwiegend loyalen Basis und einem politisch handlungsunfähigen Offizierskorps.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137672.

8 Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud.

9 König Hussein hielt sich am 2./3. November 1981 in den USA auf.

10 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

11 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

12 Zur Verschiebung einer Außenministerkonferenz im Rahmen des Europäisch-Arabischen Dialogs vgl. Dok. 113, Anm. 29.
Am 8./9. September 1981 befaßte sich das Politische Komitee im Rahmen der EPZ in London mit

äußerte sich BM nicht.) BM unterstrich die Rolle der USA, da sie – wenn überhaupt jemand – auf Begin Einfluß hätten.

6) Bilaterale Beziehungen

Auf Frage AMs stellte BM fest, die Beziehungen seien gut, wir würden sie aber gern ausbauen. BM unterstrich unser Interesse am Irak und seiner weiteren Entwicklung und stellte fest, daß er keinen Grund sehe, der uns am weiteren Ausbau der Beziehungen hindern könne.

AM stimmte diesen Ausführungen zu und machte sich insbesondere die letzte Feststellung zueigen.

Unter Bezugnahme auf Gespräche mit dem deutschen Botschafter in Bagdad[13] erklärte AM dann, daß die Erklärung aus Anlaß der Freilassung von fünf entführten Deutschen[14] Bezugnahmen enthalten habe, die besser vermieden worden wären.[15]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1471

der Frage einer Außenministerkonferenz: „Präsidentschaft äußerte Skepsis hinsichtlich der Aussichten für Ministerkonferenz im Rahmen des EAD noch unter britischem Vorsitz. Für Stagnation ist arabische Seite verantwortlich, wobei nicht klar, ob aus administrativen oder politischen Gründen (evtl. Erkenntnis der ‚rejection front states', daß Ministerkonferenz und Gemeinsame Erklärung ein gewisses Entgegenkommen ihrerseits erforderlich machen)." Vgl. den Runderlaß Nr. 4610/4611 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit vom 10. September 1981; VS-Bd. 11079 (200); B 150, Aktenkopien 1981.

13 Hermann Holzheimer.

14 Am 13. Mai bzw. in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni 1981 wurden fünf Mitarbeiter von Firmen aus der Bundesrepublik in der Nähe von Kirkuk entführt. Am 15. Juni 1981 bekannte sich eine „Patriotische Union Kurdistans" (PUK) in einem Schreiben an die Nachrichtenagentur „dpa" zu den Entführungen und forderte u. a. die Freilassung von 27 zum Tode verurteilter Kurden, die Einstellung von Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Irak und eine Entschädigung in Höhe von 5 Mio. DM „für Angehörige von mit deutschen Waffen getöteten Kurden". Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos vom 16. Juni 1981; Referat 311, Bd. 137665.
Bundesminister Genscher wandte sich mit Schreiben vom 3. Juli 1981 an den irakischen Außenminister Hammadi und verurteilte das Vorgehen der Entführer als „durch nichts zu rechtfertigenden Rechtsbruch". Er bat die irakische Regierung darum, „alle denkbaren Anstrengungen zu unternehmen, die hier hilfreich sein könnten". Vgl. VS-Bd. 11156 (311); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 23. Juli 1981 ließen die Entführer eine Geisel frei. Ministerialdirektor Gorenflos vermerkte dazu am 29. Juli 1981, daß die Bundesregierung weiterhin nicht auf deren Forderungen eingehen solle. Sie könne sich aber stattdessen zu humanitären Leistungen bereit erklären, so etwa eine Arzneimittelspende, die Pflege erkrankter Kurden in der Bundesrepublik und Stipendien für kurdische Studenten, sowie Kontakte zwischen kurdischen Persönlichkeiten in Europa und Bundestagsabgeordneten herstellen. Vgl. dazu Referat 311, Bd. 137665.
Nachdem kurdische Vertreter in Gesprächen mit der Botschaft der Bundesrepublik in Teheran ihre Bereitschaft erklärt hatten, die Vorschläge anzunehmen, kamen am 19. August 1981 die vier übrigen Entführten frei. In einer am 21. August 1981 veröffentlichten Erklärung begrüßte es Genscher, „daß sich die kurdische Seite den vom Auswärtigen Amt beharrlich vorgetragenen Argumenten nicht verschlossen hat, die Entführung Unbeteiligter sei nicht akzeptabel und diene der kurdischen Sache nicht. Die Kurden haben die Deutschen in ihrem Lager gut behandelt; die Freilassung erfolgte unkompliziert. Damit sind die Kurden den Sympathien gerecht geworden, die sie in der deutschen Bevölkerung genießen." Er sei der Überzeugung, daß politische Anliegen nicht mit Gewalt durchgesetzt werden dürfen. Die Bundesregierung ist daher auch auf die von den Entführern gestellten Forderungen nicht eingegangen. […] Die Bundesregierung ist bereit, Hilfe rein humanitären Charakters für die kurdische Bevölkerung zur Verfügung zu stellen." Vgl. Referat 311, Bd. 137666.

15 Botschafter Holzheimer, Bagdad, berichtete am 15. September 1981, daß das irakische Außenministerium gegen die Erklärung des Bundesministers Genscher vom 21. August 1981 protestiert habe: „Aus irakischer Sicht seien die Passagen ‚Damit sind die Kurden den Sympathien gerecht geworden, die sie in der deutschen Bevölkerung genießen' und ‚Die Bundesregierung ist bereit, Hilfe rein humanitären Charakters für die kurdische Bevölkerung zur Verfügung zu stellen' Ausdruck einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Außerdem gebe die Bundesregierung zu, auf die Forderungen der Entführer eingegangen zu sein. Sollte sie hierzu nichts mehr unternehmen,

BM erwiderte, es seien deutsche Staatsbürger entführt worden. Die irakische Seite habe zu helfen versucht, dies sei ihr aber nicht möglich gewesen. Wir hätten dafür Verständnis, da wir auch schon in ähnlicher Lage gewesen seien. Alles in allem seien wir froh, daß die Deutschen sich auf freiem Fuß befänden. Dazu hätten wir eine Erklärung abgegeben. BM bat, diese Erklärung in dem dargestellten Zusammenhang zu nehmen und sie nicht überzubewerten.

AM äußerte Verständnis für unsere Sorgen, stellte aber fest, daß irakische Seite sich des Ausgangs der Angelegenheit sicher gewesen sei und dies auch unserem Botschafter gesagt habe.

Dem Terrorismus solle man nicht nachgeben. AM schloß diesen Gesprächspunkt mit der Feststellung ab, er sei mit der Antwort des BM zufrieden.

BM äußerte seinerseits Verständnis dafür, daß AM die Angelegenheit angesprochen habe. Er stimmte zu, daß es damit sein Bewenden haben solle.

7) Fall Petross[16]

BM stellte fest, er wolle sich nicht in die Angelegenheiten des Irak einmischen. Frau Petross, die deutsche Staatsangehörige sei, habe sich an ihn gewandt. Er bitte den AM, den Fall mit den zuständigen Behörden aufzunehmen und darauf hinzuwirken, daß Petross möglichst bald zu seiner Familie zurückkehren könne.

AM zeigte sich über den Fall unterrichtet. Petross sei ein irakischer Staatsangehöriger, der aus einem sehr guten Grund verhaftet worden sei. Wenn er unschuldig sei, werde er freigesetzt. Das wolle er ausdrücklich versichern. AM sagte zu, auf ein schnelles Verfahren hinzuwirken.[17]

8) Sonstige internationale Fragen

Nach einem kurzen Meinungsaustausch über die Nahostpolitik der neuen französischen Regierung erklärte AM zu den amerikanisch-irakischen Beziehungen: Er verstehe die US-Politik nicht und zweifle, ob es eine solche Politik gebe. Die Rolle der USA in der Nahost-Region sei völlig falsch konzipiert. Es sei ein

Fortsetzung Fußnote von Seite 1472

„so müsse und werde dies eine ‚Umkehrung der Beziehung' zur Folge haben, und das in mühsamer Arbeit Erreichte werde zunichte gemacht". Vgl. den Drahtbericht Nr. 661; Referat 311, Bd. 137666.

16 Am 11. Juli 1981 wurde der irakische Staatsangehörige und Mitarbeiter des Presse- und Informationsamts, Petross, bei der Ankunft auf dem Flughafen in Bagdad verhaftet. Botschafter Holzheimer, Bagdad, teilte am 21. August 1981 mit, daß nach Auskunft des irakischen Außenministeriums „die Vorwürfe gegen Petross dahin lauteten, er habe mit einer Irak feindlichen Macht, nämlich Israel, geheimdienstlich zusammengearbeitet". Vgl. den Drahtbericht Nr. 615; Referat 311, Bd. 137663.
Botschafter Freiherr von Wechmar, New York (VN), notierte am 23. September 1981, daß er die Angelegenheit mit dem amtierenden Präsidenten der VN-Generalversammlung, Kittani, aufgenommen habe. Dieser habe darauf verwiesen, daß die für den Fall zuständige Instanz „der mit Sicherheitsaufgaben im Irak beauftragte Halbbruder des Staatspräsidenten" sei: „Das Außenministerium habe in dieser Angelegenheit weder etwas zu sagen noch Kenntnis über Hintergründe und Details." Er empfehle, „daß der BM bei seiner Begegnung mit dem irakischen AM am Rande des Empfangs von VN-GS und GV-Präsident diesen Fall aufgreift. Mehr als ein ‚Merkposten' werde dabei allerdings nicht herauskommen können, da, wie gesagt, der irakische AM keinen Einfluß habe." Vgl. die Aufzeichnung; Referat 311, Bd. 137663.

17 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlagintweit notierte am 3. November 1981, daß es zum Fall des in Irak inhaftierten Mitarbeiters des Presse- und Informationsamts, Petross, keine neue Entwicklung gebe: „Referat 311 hält neue Schritte gegenüber der irakischen Seite, auch auf der Parteiebene SPD – Baath-Partei, zur Zeit nicht für zweckmäßig. Das irakische Untersuchungsverfahren gegen Petross ist noch nicht abgeschlossen. Die Iraker werden sich von diesem Verfahren nicht abbringen lassen." Vgl. Referat 311, Bd. 137663.

schwerer Fehler anzunehmen, daß die Araber die Bedrohung durch die SU als Hauptgefahr ansähen. Eine solche fehlgeleitete Politik könne nur den Einfluß der SU vergrößern! Insgesamt deuteten die Zeichen mehr in eine negative als in eine positive Richtung.

Referat 010, Bd. 178848

278

Botschafter Ruth, z. Z. New York, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 25. September 1981, 17.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2043 **Ankunft: 26. September 1981, 00.09 Uhr**

Betr.: Besuch des Bundesministers in New York[2];
hier: Gespräch mit AM Gromyko

Im Anschluß an Kurzunterrichtung vom 24.9.[3] wird nachfolgend ausführlicher Gesprächsvermerk übermittelt. Der Vermerk ist durch BM gebilligt.

An dem zweistündigen Gespräch nahmen auf sowjetischer Seite neben Gromyko Botschafter Dobrynin, Kornienko und Terechow teil. Bundesminister wurde von Botschafter van Well, MD Pfeffer, Botschafter Ruth und Dolmetscher Weiß begleitet.

Im einzelnen

1) Sowjetisch-amerikanische Verhandlungen über LRTNF

BM unterstrich Bedeutung, die wir Haig-Gromyko-Gespräch und Einigung auf Verhandlungsarbeiten beimessen.[4] Es komme jetzt darauf an, daß zügig verhandelt werde. Wir hofften auf baldige konkrete Ergebnisse. Wir seien entschlossen, uns in NATO-Beratungsgruppe[5] wie bei der Vorbereitung so auch bei der Durchführung der Verhandlungen intensiv zu beteiligen. BM unterstrich, daß Politik der Bundesregierung von breiter Mehrheit unterstützt werde. Der Teil, der das Recht auf Kritik und Demonstration glaube wahrnehmen zu müssen, bilde eine Minderheit. Unsere Politik entspreche dem Willen der breiten Mehrheit und sei darum kontinuierlich und berechenbar.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 19. bis 25. September 1981 anläßlich der VN-Generalversammlung in New York auf.

3 Für den Drahtbericht Nr. 2032 des Botschafters Ruth, z. Z. New York, vom 25. September 1981 vgl. Referat 010, Bd. 178848.

4 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

5 Zur „Special Consultative Group" (SCG) der NATO vgl. Dok. 275, Anm. 16.

Gromyko bestätigte, daß er ein gutes Gespräch gehabt habe, und erwähnte, daß gemeinsame Erklärung[6] Schritt in richtige Richtung sei. Gespräche über Fragen dieser Tragweite seien einziger Weg zu ihrer Regelung. Er sei hinsichtlich möglicher Verhandlungsergebnisse nicht pessimistisch, wenn er auch über amerikanische Haltung in Genf noch keine Klarheit habe. Man müsse geduldig sein und gemeinsam nach gangbaren Wegen suchen. SU wolle „reines Gewissen" behalten und Entspannung in Europa verbessern.

Über Substanz sei nicht gesprochen worden. Es seien im übrigen noch viele Fragen mit Haig zu erörtern, nicht nur aus dem Bereich der nuklearen Waffen. Dazu biete das zweite Gespräch am 28.9. Gelegenheit.

BM begrüßte, daß weiteres Gespräch mit Haig vorgesehen ist. Gromyko werde spüren, daß Wille der USA zur Zusammenarbeit mit SU aufrichtig ist und daß auf dieser Grundhaltung praktische Politik aufgebaut werden könne. Dies unterstreiche auch der kürzliche Brief Reagans an Breschnew.[7]

Was die Verhandlungen in Genf angehe, sei das Verhandlungsziel klar. Es heiße Begrenzung und Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau. Es sei unser Interesse, einen Nullstand auf beiden Seiten herbeizuführen.

Gromyko griff in langer zusammenhängender Ausführung Datenproblem und Moratoriumsvorschlag[8] auf. Die NATO kritisiere sowjetische Rüstungsentwicklung. Diese sei aber Konsequenz „ruckartiger" Waffenentwicklung der NATO. Es bestehe eine eineinhalbfache westliche Überlegenheit im Nuklearbereich. Amerikanische Daten seien falsch. Das Moratorium sei ein Vorschlag, um die Verhandlungen zu erleichtern.

BM widersprach der Datendarstellung Gromykos und erinnerte daran, Breschnew habe in Moskau vorgeschlagen, Kräfteverhältnis am Verhandlungstisch zu klären.[9] Gromyko stimmte zu, daß dies notwendig sei. Er wolle jetzt keinen Datendisput führen.

Moratorium sei nach gründlicher Prüfung vom Westen abgelehnt worden, weil es Ungleichheit festschreiben würde.[10] BM erinnerte an deutsch-sowjetische Erklärung von 1978 („ungefähre Gleichheit und Parität reichen zur Verteidigung aus").[11] SU habe ihr Übergewicht mit SS-20 seither weiter ausgebaut.

Gromyko meinte, die angeschnittenen Fragen könnten in diesem Gespräch nicht gelöst werden. Das müsse jetzt in Verhandlungen geschehen. BM stimmte zu.

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

7 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 21. September 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 265, Anm. 15.

8 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

9 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 3. April 1981; Dok. 96.

10 Vgl. dazu die Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 10.
Zur Einschätzung der NATO-Mitgliedstaaten bezüglich des Vorschlags des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 92.

11 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

Es sei deutlich geworden, daß Bundesrepublik Deutschland und SU zu Daten und Moratorium unterschiedliche Positionen hätten. Übereinstimmung bestehe aber in der Frage, daß Verhandlungen nötig seien. Er wolle aber wiederholen, was er schon mehrfach gesagt habe: Ein Stopp sowjetischer SS-20-Vermehrung hätte Verhandlungen erleichtert.

2) SALT

Hierzu kritisierte Gromyko die Tatsache des Ausbleibens konkreten Angebots zur Wiederaufnahme von amerikanischen Verhandlungen.[12] Dies sei nicht auf technische Probleme, sondern auf politische Entscheidungen zurückzuführen. Es sei Ausdruck der Bereitschaft, Wettrüsten zu betreiben. Indirekt kritisierte Gromyko amerikanische Linkage-Philosophie.

BM erinnerte an amerikanische Gesprächsbereitschaft und verwies insbesondere auf kürzlichen Brief Präsident Reagans an GS Breschnew.

3) KSZE/KAE

BM gab unserer Sorge darüber Ausdruck, daß wir im Sommer die Arbeit noch nicht abschließen konnten.[13] Jetzt müsse man konstruktiv ans Werk gehen. 70 Prozent der Arbeit sei bereits getan. Wichtig sei ein konkretes Mandat für die KAE. Eine Einigung darauf könne die Lage günstig beeinflussen und auch positiv auf amerikanisch-sowjetische Verhandlungen wirken.

Gromyko: SU wolle raschen und positiven Abschluß der Konferenz. Zwei Probleme stünden noch an:

a) Frage der Zone für vertrauensbildende Maßnahmen. Der Westen habe bisher den erwarteten Schritt nach sowjetischer Konzession in der Geographie[14] nicht getan. Hier müsse man bedenken, daß es drei Elemente gebe, die sich für einen westlichen Schritt eigneten: neben dem Land das Wasser und die Luft. Der Westen solle wählen und jetzt einen Vorschlag unterbreiten.

b) Frage der Menschenrechte: Dieses Problem werde von USA zur Streitfrage gemacht. Westliche Vorschläge seien weder mit Staatensouveränität noch mit Helsinki[15] vereinbar. Er hoffe, daß der Westen in dieser Frage bald realistischer sähe. BM: Zum Problem des Anwendungsbereiches müsse man feststellen, daß die Schlußakte eindeutig in ganz Europa gelte. Die SU habe ihre Erwartung einer Gegenleistung nicht präzisiert, gleichwohl habe der Westen im Jahr einen konstruktiven Vorschlag[16] gemacht.

Die Frage der Menschen sei uns sehr wichtig. Er glaube, daß ein gutes Ergebnis möglich sei.

12 So in der Vorlage.

13 Zur Vertagung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid am 24. Juli 1981 vgl. Dok. 223, Anm. 5.

14 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; Dok. 56.
Vgl. dazu ferner den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 12.

15 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

16 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 3.

[17]4) Breschnew-Besuch[18]

Gromyko: Der Breschnew-Besuch in Bonn könne zu einem Markstein in den Beziehungen zwischen beiden Staaten werden. Breschnew bereite sich intensiv auf Gespräche mit Bundeskanzler, BM u. a. vor.

BM unterstrich Bedeutung, die wir Breschnew-Besuch beimessen. Er werde auch bei uns gründlich vorbereitet. Es sei zu überlegen, ob nicht wie beim letzten Besuch Breschnews in Bonn[19] der Staatssekretär des AA[20] zu Gesprächen zur Verfügung stehen solle. Auf Frage Gromykos sagte Minister, daß man hierüber über Themen und Erwartungen des Besuchs sprechen könne. Diese Vorbereitung solle drei bis vier Wochen vor dem Besuch stattfinden.[21]

Gromyko erwiderte, daß er den Vorschlag prüfen und uns eine Mitteilung zukommen lassen werde. Er fragte, ob ein Dokument ausgetauscht werden solle. BM meinte, daß dies, wenn es sich als sinnvoll erweisen werde, nicht ausgeschlossen zu werden brauche.

Gromyko wies auf die besondere Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen auch im Zusammenhang des Breschnew-Besuchs hin. Wirtschaftsbeziehungen seien immer wesentlich gewesen. Man müsse überlegen, wie sie zu einem Teil des Besuchs gemacht werden könnten.

5) Deutsch-sowjetische Beziehungen

Gromyko knüpfte an Rede Bundesministers vor GV an.[22] SU habe die Rede beachtet. Wichtig sei der Gedanke der Kontinuität des Entspannungsprozesses, den BM unterstrichen habe. Die SU schätze die konstruktiven Teile, es gebe aber auch andere.

Gromyko betonte, er wisse hoch zu schätzen, was wir in unseren beiderseitigen Beziehungen erreicht hätten. Es sei ein weiter Weg zurückgelegt worden. Man müsse verantwortlich an die Weiterentwicklung herangehen. Man könne natürlich diese Beziehungen unterschiedlich einschätzen, aber nach sowjetischer Ansicht sei es klar, daß SU und die Bundesrepublik Deutschland über den Charakter ihrer Beziehungen selbst entscheiden. Es bestehe keine Absicht, durch sie die Beziehungen zu anderen zu sprengen oder sie zu Lasten anderer zu entwickeln.

Für Breschnew bestehe die Bedeutung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und kenne ihr Gewicht von Verhandlungen und Dialog in Euro-

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2044 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

19 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

20 Berndt von Staden.

21 Staatssekretär von Staden reiste am 30. Oktober 1981 zur Vorbereitung des Besuchs des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik nach Moskau. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 6100 vom 30. Oktober und Nr. 6101/6102/6103 vom 31. Oktober 1981; Referat 213, Bd. 133184.

22 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 23. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1981, S. 737–742.

pa.[23] Er habe sich nachhaltig über das Gute in den deutsch-sowjetischen Beziehungen geäußert.

BM bestätigte Bedeutung deutsch-sowjetischer Beziehungen. Daß dieses Verhältnis nicht zu Lasten von Beziehungen zu anderen Staaten gehen dürfe, sei ein gutes Wort. Für das Ost-West-Verhältnis seien diese Beziehungen von großer Bedeutung.

Wir seien keine Abenteurer. Wir seien geschichtsbewußt und machten realistische Politik. Wir bemühten uns, auch für andere Bereiche wie die kommenden Verhandlungen in Genf[24], positiv zu wirken.

Wir hofften, daß der Besuch im November ein Beitrag zu kontinuierlichen deutsch-sowjetischen Beziehungen und zu einer Verbesserung der Ost-West-Beziehung werde. Er gebe Gelegenheit, Meinungen über bestehende Probleme auszutauschen. Unsere Beziehung muß sich auf den gegenseitigen Respekt und auf den Grundsatz der Mäßigung in einer interdependenten Welt gründen. Der Besuch Breschnews könne auch für die amerikanisch-sowjetischen Gespräche von Bedeutung sein und einen Beitrag zur Klimaverbesserung zwischen Ost und West leisten.

6) Polen

BM berichtete, daß er mit AM Fischer gesprochen habe.[25] Es sei ein gutes Gespräch gewesen. Dabei habe er auch über Polen gesprochen und Wunsch geäußert, daß die VR Polen ihre Probleme selbst löse. Jeder Unterzeichnerstaat von Helsinki müsse sich zurückhalten. Gromyko erwiderte, es sei gut, daß BM Fischer gesprochen habe, und wichtig, daß Bundesrepublik Deutschland und DDR ihre jeweilige Politik verstünde. Zu Polen äußerte sich Gromyko nicht.

7) Bericht zu Afghanistan folgt gesondert.[26]

[gez.] Ruth

Referat 010, Bd. 178848

23 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

24 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

25 Für das Gespräch am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 275.

26 Am 25. September 1981 übermittelte Ministerialdirektor Pfeffer auf dem Rückflug von New York einen Bericht über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister vom Vortag über Afghanistan: „Gromyko stellte fest, daß SU ein unabhängiges und blockfreies Afghanistan wünsche. Von Pakistan (und Iran) gehe jedoch fortdauernde Intervention aus. Die Folge seien unerträgliche Akte des Terrorismus gegen die einheimische Bevölkerung. Wenn Pakistan und USA sowjetischen Truppenabzug aus Afghanistan tatsächlich wünschten, würden sie Intervention unterbinden. Solange diese Situation andauere, könne auch VN-GS nichts bewirken, und die sowjetischen Truppen würden sich auf längere Anwesenheit einrichten müssen. BM erwiderte, wir wünschten blockfreies und unabhängiges Afghanistan ohne sowjetische Truppen. Die afghanische Bevölkerung sollte über ihre Geschicke und ihre Regierung selbst entscheiden. In diesem Sinne sei EG-Vorschlag gemacht worden, in dieselbe Richtung gehe auch Vorschlag der Konferenz islamischer Staaten. Gromyko bezeichnete EG-Vorschlag als unrealistisch, da man über das Schicksal Afghanistans nicht ohne Beteiligung der Afghanen entscheiden könne. Der Schlüssel zur Lösung sei Beendigung der Intervention und Garantie der Unabhängigkeit Afghanistans.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1; Referat 010, Bd. 178848.

279

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau

320-381.40 NAM-941/81 geheim **Aufgabe: 28. September 1981, 10.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4917 Plurez
Cito

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf;
hier: Treffen der fünf AM[2] am 24.9. in New York

Nur zur internen Unterrichtung unserer Botschaften

Die AM der Fünf sind bei ihrem Namibia-Treffen vom 24.9.1981 in der US-Mission in New York der US-Empfehlung gefolgt, die SA[3]-Antwort auf die letzte Fünfer-Botschaft[4] als zwar nicht voll befriedigende, aber doch ausreichende Grundlage hinzunehmen, um unverzüglich Verhandlungen der Fünf mit den Namibia-Partnern über die noch offenen Fragen einzuleiten. SA scheint Beschränkung auf Fragenkreise Verfassungsprinzipien, UNTAG-Gestaltung und unparteiisches VN-Verhalten akzeptiert zu haben. Die fünf AM haben KG-Entwurf für Verfassungsprinzipien[5] akzeptiert. Entgegen Forderung der Fünf legt SA sich nach außen noch nicht auf Zeitrahmen unter Bedingung der Lösung der drei Probleme fest, sondern verlangt Lösung vorab. Die Fünf halten an Ziel des 435-Starts[6] noch 1982 fest.

1 Durchdruck.

2 Lord Peter Carrington (Großbritannien), Claude Cheysson (Frankreich), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik), Alexander M. Haig (USA) und Mark MacGuigan (Kanada).

3 Südafrika.

4 Zur Demarche der Namibia-Kontaktgruppe vom 12. September 1981 vgl. Dok. 250, Anm. 24.
Der südafrikanische Außenminister Botha beantwortete die Demarche am 23. September 1981. Dazu informierte Botschafter Eickhoff, z. Z. Kapstadt, am selben Tag, die südafrikanische Regierung bestätige, daß die Mitteilung „das zwischen S[üd]A[frika] und US erreichte Einverständnis wiedergebe". Die südafrikanische Regierung nehme zugleich aber eine Reihe interpretativer Einschränkungen vor. So mache sie den von der Kontaktgruppe angegebenen „Festlegungstermin vom vorausgegangenen erfolgreichen Abschluß der Phasen eins und zwei abhängig". Sie erneuere ferner ihre Vorbehalte zur Stärke, Stationierung und Zusammensetzung der UNTAG und weise darauf hin, daß die Ablehnung eines Vetorechts auch auf die SWAPO Anwendung finden müsse. Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; Referat 320, Bd. 125283.

5 Die Namibia-Kontaktgruppe billigte am 17. September 1981 in Washington den Entwurf „Principles Concerning the Constituent Assembly and the Constitution for an Independent Namibia". Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3724 des Ministerialdirigenten Haas, z. Z. Washington, vom 18. September 1981; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981. Für Auszüge vgl. Anm. 9–11.
Am 18. September 1981 übermittelte Ministerialdirektor Gorenflos der Botschaft in Washington seine Bedenken, „ob das Ergebnis der KG-Beratungen in seiner jetzigen Form operativ bei den Frontstaaten usw. eingebracht werden kann. Bei der Begegnung BM mit OAE-Delegation in Bonn (26.8.) haben die Afrikaner trotz einer im übrigen sehr besonnenen und abgewogenen Darstellung ihres Standpunktes zu Namibia sich hinsichtlich unserer Überlegungen, SR 435 durch Verfassungselemente zu ergänzen, mit starker Zurückhaltung geäußert. Es wurde nicht erkennbar, daß die Afrikaner derzeit bereit sein könnten, den Souveränitätsraum eines künftigen Namibia durch formelle Bedingungen in Verfassungsfragen a priori einengen zu lassen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 4750; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

SA besitzen US-Zusicherung, Kubaner-Abzug aus Angola parallel mit SA-Truppenabzug aus Namibia herbeizuführen.[7] Wegen Bedenken der anderen Vier, wobei wir sehr kritische Haltung einnehmen, bleibt dies einvernehmlich außerhalb der gemeinsamen Fünferpolitik. Wir lassen den Meinungsunterschied (nicht im Endziel, aber hinsichtlich „Parallelismus") außerhalb des Fünfer-Rahmens nicht in Erscheinung treten. Wir versuchen im Gegenteil, unterstützend zu wirken, indem wir auf das auch uns sehr wichtige Ziel der Kubaner-Entfernung mit aus unserer Sicht angemessen erscheinenden Mitteln hinarbeiten.

Im einzelnen

1) Am 12.9. hatten die Fünf schriftlich von SA Bestätigung erbeten, daß die drei Problemkreise die verbleibenden SA-Anliegen umschreiben und daß SA unter Voraussetzung angemessener Lösungen zusagt: „establishment of an implementation date by March 1982 with implementation to begin before the end of 1982". US/SA hatten Phasenkonzept vorgezeichnet: 1) Verfassungsprinzipien, 2) UNTAG plus unparteiische VN-Haltung, 3) 435-Ausführung (parallel mit Kubaner-Abzug). SA hat am 23.9. u. a. geantwortet: „The date for determining the implementation date presupposes that phases 1 and 2 would have been successfully concluded at that stage." Dies hat Fourie gegenüber Crocker in Zürich[8] verbindlich dahin interpretiert, SA werde sich auch hinsichtlich des Märzdatums nur festlegen, wenn die beiden Phasen vorher erledigt sind. Haig meinte, gegenüber den Fünf liege gleichwohl ein glaubwürdiges SA-Engagement vor. Er zeigte sich unbeirrbar entschlossen, auf dieser Basis weiterzumachen.

SA-Antwort enthält darüber hinaus zahlreiche teils nebelhafte Interpretationen, die KG noch zu schaffen machen werden.

2) Ein bei vorangegangenem KG-Hauptstädtevertreter-Treffen in Washington erstellter Entwurf „Principles concerning the Constituent Assembly and the Constitution for an Independent Namibia" wurde von den fünf AM nach Entscheidung über die noch offene Frage der qualifizierten Mehrheit voll gutgeheißen. (A 2[9] wird ersetzt durch: „The Constituent Assembly will formulate the Constitution for an independent Namibia in accordance with the principles in part B below and adopt the Constitution as a whole with a two-thirds majority of its members." A 3[10] entfällt. Satz 2 in B 2[11] wird ersetzt durch: „It may be

7 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 22. September 1981 in New York; Dok. 265.

8 Zum Gespräch des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Crocker, mit dem Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium, Fourie, am 21. September 1981 vgl. Dok. 265, Anm. 4.

9 Abschnitt A Ziffer 2 des Entwurfs der Namibia-Kontaktgruppe vom 17. September 1981 über Verfassungsprinzipien für Namibia lautete: „In formulating the Constitution for an independent Namibia, the Constituent Assembly will take decisions in respect of the Constitutional principles in part B below by a (two-thirds) (special) majority of all its members. The decision on the adoption of the Constitution as a whole will be taken by the same majority of all its members." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3724 des Ministerialdirigenten Haas, z. Z. Washington, vom 18. September 1981; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Abschnitt A Ziffer 3 des Entwurfs der Namibia-Kontaktgruppe vom 17. September 1981 über Verfassungsprinzipien für Namibia: „The Constituent Assembly will formulate the Constitution for an

amended only by a designated process.“) Die Prinzipien betreffen im wesentlichen Demokratie, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte.

Noch im Oktober 1981 soll eine KG-Expertenmission in SA (u. Namibia?), FLS[12], Niger und bei SWAPO auf Einigung über Prinzipien hinarbeiten. Bis dahin soll der Inhalt des KG-Papiers strikt geheimgehalten werden.[13]

Vor Start der Mission soll KG Waldheim unterrichten.

3) Die Fünf waren sich einig, daß zur Vertrauensbildung auch eine Absicherung der Blockfreiheit und der Nichtzulassung fremder militärischer Aktivitäten gehört. Form entsprechender Vereinbarung bleibt noch offen (nicht Teil der Verfassung). Zunächst auch hierzu strikte Geheimhaltung.

4) Haig berichtete, er habe Gromyko am 23.9. erklärt, Kubaner seien Hindernis einer Namibia-Lösung. Er wolle Gespräch am 29.9. fortsetzen.[14] Gromyko habe betont, SU habe „no interest in and no desire for a military presence in Africa“. (Souveräne) Kubaner seien mit Angola einig, daß sie nach Namibia-Lösung abziehen könnten. Haig zu den Vier: Darauf können US sich nicht verlassen. US würden Problem auch mit Havanna aufnehmen. Jorge habe US über Belgrad wissen lassen, Angola wolle US-EH, zur geeigneten Zeit Kubaner-Abzug, nationale Versöhnung. Auf Frage, wie Jorge sich dazu in Bonn geäußert habe, BM: „Wie Gromyko.“[15] Carrington: Statt Dritte einzuschalten und Rätsel über Parallelismus aufzugeben, wäre es für US ergiebiger, endlich selbst mit Jorge zu sprechen. Cheysson legte deutlich Wert auf Betonung aktiver Frankreich-Rolle, ohne Neues beitragen zu können. Jorge sei in Paris flexibel gewesen.[16] F halte für möglich, von Luanda vor 435-Ausführung eine Erklärung zu erhalten, daß Kubaner danach abziehen würden. Nach kanadischem Eindruck ist Diskussion über Drei-Phasen-Konzept mit Jorge nicht ausgeschlossen.

Haig betonte, daß SA jetzt „so kooperativ“ sei, beruhe ausschließlich auf dem „linkage“. „Simultaner“ Abzug bedeute: „Der erste SA-Soldat geht nur gleichzeitig mit dem ersten Kubaner, der letzte nur gleichzeitig mit dem letzten. Zug um Zug. Das muß garantiert sein.“ Insofern sei bei Druckausübung wegen Zeit-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1480

independent Namibia in accordance with the principles in part B below.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3724 des Ministerialdirigenten Haas, z. Z. Washington, vom 18. September 1981; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Abschnitt B Ziffer 2 des Entwurfs der Namibia-Kontaktgruppe vom 17. September 1981 über Verfassungsprinzipien für Namibia: „The Constitution will be the supreme law of the state. It may be amended only by a (two thirds) (special) majority of either the legislature or the votes cast in a popular referendum.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 3724 des Ministerialdirigenten Haas, z. Z. Washington, vom 18. September 1981; VS-Bd. 11167 (320); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

13 Zwischen dem 25. Oktober und 6. November 1981 hielt sich eine Expertenkommission der Namibia-Kontaktgruppe in Lagos, Luanda, Kapstadt, Windhuk, Salisbury, Maputo, Lusaka, Daressalam und Nairobi auf. Zu den Gesprächen in Lagos vgl. Dok. 303, Anm. 9.

14 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in New York vgl. Dok. 271 und Dok. 281.

15 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister Jorge am 16. September 1981 vgl. Dok. 258.

16 Der kubanische Außenminister Jorge hielt sich am 15. September 1981 in Paris auf.

rahmens Vorsicht geboten, um nicht Angola bei Phase 3 terminlich in Verlegenheit zu bringen (sic).

Die Vier ließen Skepsis gegenüber verbindlichem „linkage“ durchblicken. BM unterstrich Ablehnung durch rhetorische Frage, ob nicht „Parallelismus“ auch beim Abstand der beiderseitigen Truppen von der Grenze nützlich wäre. US ziehen die Konsequenzen, daß das „linkage“ keine Fünfer-Sache ist, erwarten aber, daß die Vier individuell alles tun, um US-Bemühungen zu unterstützen.

Wertung

1) Wir halten Fortgang der Namibia-Initiative für notwendig, was nur mit US-Beteiligung Sinn hat. Daher wäre es nicht zweckmäßig, sich wegen milderer US-Anforderung an SA-Zeitrahmengarantie und wegen US-“linkage“ auf Dauer querzulegen. Es entspräche auch weder unseren Erfahrungen noch unserer stets flexiblen und undogmatischen[17] Haltung bei dieser Initiative, wollten wir uns eine sichere Voraussicht des Scheiterns des US-Konzepts anmaßen.

2) Reagan-Administration ist bisher zu keinerlei Härte gegenüber SA bereit, sondern will Preis für SA unwiderstehlich machen. Unabhängig von SA-Wünschen hat Kubaner-Entfernung für Washington Priorität.

3) Nach langer Phase der internen Konzertation treten die Fünf jetzt in einen neuen Abschnitt gemeinsamen operativen Vorgehens. Wir haben keinen Zweifel, daß vertrauensbildende Maßnahmen unseren Zielen dienen können.

Vergau[18]

VS-Bd. 11167 (320)

17 Korrigiert aus: „indomatisch“.
18 Paraphe.

280

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5598/81 geheim **Aufgabe: 30. September 1981, 20.05 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 3875 **Ankunft: 1. Oktober 1981, 01.20 Uhr**

Betr.: Niederländische Haltung zur NATO-Nachrüstung;
hier: Amerikanisches Vorgehen;

Bezug: DE 4932 vom 29.9.1981 – 201-363.31-3264I/81 geheim[2]

Zur Unterrichtung

1) In Washington verfolgt man die niederländische TNF-Diskussion mit höchster Sorge. Wie uns im State Department gesagt wird, haben sich die amerikanischen Befürchtungen weiter verstärkt, die Niederländer würden von der TNF-Position des Bündnisses abrücken wollen.

Botschafter Dyess hat, wie uns im State Department mit der Bitte um absolute Vertraulichkeit gesagt wird, am 28.9. bereits mehrere Gespräche im Zusammenhang mit der Demarche geführt, darunter sowohl mit van der Stoel wie auch mit van Agt. Die holländischen Gesprächspartner hätten Dyess bestätigt, daß die niederländische Regierung in der Tat im Begriffe sei, von der TNF-Position des Bündnisses abzurücken, wie sie zuletzt im NATO-Kommuniqué von Rom im Mai 1981[3] bekräftigt worden war. Van Agt habe Dyess gesagt, er halte diese Entwicklung für „disgraceful", könne aber nichts dagegen unternehmen.

2) Aus Washingtoner Sicht ist in dieser Angelegenheit schon deshalb Eile geboten, weil der erste Test einer weiteren Bekräftigung der TNF-Haltung des Bündnisses bereits am 20./21.10. bei der NPG-Tagung erfolgen wird.[4] Es wird befürchtet, daß eine niederländische Weigerung, eine Bekräftigung der früheren Beschlüsse mitzutragen, entweder dazu führen müßte, daß der TNF-Komplex aus dem NPG-Kommuniqué ausgeklammert werden müsse oder aber daß in dem Kommuniqué eine abweichende Haltung der Niederlande zum Ausdruck gebracht würde. Beide Alternativen hält man hier für verhängnisvoll, insbesondere angesichts des dann unmittelbar bevorstehenden Beginns der TNF-Verhandlungen in Genf.[5] Ein Gesprächspartner im State Department meinte,

1 Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 2. Oktober 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann nach Rückkehr am 6. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat Seibert übermittelte der Botschaft in Den Haag den Text einer Demarche des amerikanischen Botschafters in Den Haag, Dyess, bei der niederländischen Regierung. Der Anlaß seien Meldungen, wonach es die Niederlande in Erwägung zögen, den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 künftig nicht mehr in Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung zu bestätigen. Dyess habe im niederländischen Außenministerium zum Ausdruck gebracht, daß die USA über diese Haltung „schockiert" seien, sollten die Meldungen zutreffen: „In our view, such a position is altogether incompatible with the Netherlands' obligations as a member of the alliance, as well as its professed interest in genuine arms control." Für den am 28. September 1981 konzipierten Drahterlaß vgl. VS-Bd. 11354 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342.

4 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO in Gleneagles vgl. Dok. 304.

5 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

wenn es nicht gelingen sollte, die Niederländer zur Rückkehr zur gemeinsamen NATO-Position zu bewegen, so könne dies den Zerfall („unravelling") der TNF-Modernisierung, aber auch der Hoffnungen auf eine erfolgversprechende Ausgangsposition für die Genfer Verhandlungen bedeuten.

3) AM Haig und Eagleburger, die sich bis heute früh noch in New York aufhielten, lassen sich über die niederländische Entwicklung in allen Einzelheiten unterrichten. Haig messe dieser Frage so große Bedeutung bei, daß erwogen werde, Eagleburger in den nächsten Tagen zu Gesprächen nach Den Haag zu entsenden.

Gesprächspartner im State Department äußerten die Hoffnung, daß auch von Bonn aus alle Möglichkeiten ausgeschöpft würden, um auf Regierungs- und Parteiebene auf die Meinungsbildung in Den Haag einzuwirken.[6] Mit derselben Bitte habe man sich an die Briten gewandt.

4) Für Unterrichtung über unser Vorgehen in dieser Frage wäre ich dankbar.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 10333 (201)

6 Am 2. Oktober 1981 informierte Botschafter Fischer, Den Haag, Botschaftsrat I. Klasse Meincke habe im niederländischen Außenministerium vorgetragen, „daß man in Bonn wie in anderen Hauptstädten des Bündnisses die Entwicklung in den NL mit Aufmerksamkeit und Besorgnis verfolge, zumal diese Entwicklung Rückwirkungen auf das gesamte Bündnis haben könne". Der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, van Vloten, habe erwidert, daß sowohl Ministerpräsident van Agt als auch der niederländische Außenminister van der Stoel und der niederländische Verteidigungsminister van Mierlo der NATO sehr positiv gegenüberständen: „Alle drei seien sich auch der sowjetischen Bedrohung durch die SS-20-Raketen bewußt. Gleichwohl sehe er im Augenblick keine Lösung des Problems. Es werde aufgrund der politischen Konstellation in den NL nach den Wahlen im Mai dieses Jahres keine positive Entscheidung geben, aber auch keine negative. Die einzige Möglichkeit sei, die für Dezember 1981 vorgesehene Entscheidung zu vertragen und dadurch Zeit zu gewinnen. […] Der Frage nach der Reaktion der n[ieder]l[ändischen] Regierung auf die amerikanische Demarche wich van Vloten zunächst aus. Er meinte, daß er offiziell nichts von einer solchen Demarche wisse, die auch geheim bleiben müsse. Falls es sie jedoch gegeben haben sollte, so sei er nicht unbedingt von ihrer Nützlichkeit überzeugt. Jeder Druck von außen könne im jetzigen Zeitpunkt kontraproduzent wirken." Vgl. den Drahtbericht Nr. 449; VS-Bd. 11090 (202); B 150, Aktenkopien 1981.

281

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-5659/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 3940
Citissime

Aufgabe: 2. Oktober 1981, 21.05 Uhr[1]
Ankunft: 3. Oktober 1981, 02.40 Uhr

Bitte am 3. Oktober morgens vorzulegen

Betr.: Gespräche Haig–Gromyko am 23.[2] und 28. September in New York

Eagleburger unterrichtete heute die NATO-Botschafter und den Botschafter Spaniens[3] über die obigen Gespräche. Er wies darauf hin, daß voraussichtlich Anfang nächster Woche auch eine NATO-Unterrichtung[4] erfolgen werde.

Die Gespräche hätten insgesamt neun Stunden gedauert, davon etwa sieben Stunden nur in Begleitung jeweils eines Dolmetschers.

Haig habe mit den Gesprächen drei Absichten verfolgt:

1) Einen vollständigen Überblick über die amerikanischen Grundpositionen in der Außenpolitik zu geben, in der Hoffnung, der Bericht werde Breschnew und das sowjetische Politbüro erreichen.

Haig habe in dreifacher Hinsicht die amerikanischen Besorgnisse und Anliegen unmißverständlich vorbringen wollen:

a) Die Vereinigten Staaten erwarteten von der Sowjetunion Zurückhaltung in allen Fragen der globalen Politik, die die Interessen der Vereinigten Staaten oder die Auslösung von krisenhaften Entwicklungen beträfen.

b) Die Vereinigten Staaten erwarteten, daß die Sowjetunion ihr internationales Verhalten nach anerkannten internationalen Regeln ausrichte.

c) Die Vereinigten Staaten seien über die militärische Aufrüstung der Sowjetunion sehr besorgt.

2) Ein nächstes Treffen auf Außenministerebene mit dem Ziel der Fortsetzung eines umfassenden geostrategischen und geopolitischen Dialogs zu vereinbaren.

Dies sei mit der Vereinbarung, sich Anfang 1982 (Januar oder Februar) in Genf erneut zu treffen, geschehen.[5] Die Schweiz habe ihr Einverständnis zu diesem Treffen heute gegeben.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 5. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Zum Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko vgl. auch Dok. 271.

3 José Lladó Fernández-Urrutia.

4 Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), berichtete am 5. Oktober 1981 von der Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag über die Gespräche des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. und 28. September 1981 in New York. Von amerikanischer Seite sei eine „umfassende mündliche Darstellung" gegeben worden, „die in den Details und weitgehend auch im Wortlaut der […] Unterrichtung der NATO-Botschafter durch Eagleburger in Washington am 2. Oktober" entsprochen habe. Eine Aussprache habe nicht stattgefunden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1595; VS-Bd. 11122 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom

3) Den Beginn der TNF-Verhandlungen formell zu vereinbaren.

Dies sei bereits im ersten Gespräch am 23. September geschehen.[6]

Verlauf der Gespräche

Beim ersten Treffen am 23. September habe Haig Gromyko gebeten, mit einer Darstellung der sowjetischen Standpunkte zu beginnen. Gromyko habe das in ausführlicher Weise getan. Als Kern der sowjetischen Darstellung habe sich herausgeschält, daß die Sowjetunion Anerkennung und Respekt für ihren Status als Weltmacht und für ihr legitimes Recht, ihre außenpolitischen Interessen zu verfolgen, fordere.

Gromyko habe den Vereinigten Staaten vorgeworfen, eine großangelegte Kampagne zur Einschüchterung des amerikanischen Volkes wegen angeblicher Absichten der Sowjetunion zu führen. Gromyko sei im Zweiergespräch hart, aber nicht polemisch und durchaus zurückhaltend in der Wahl seiner Worte gewesen, ganz anders als in seiner Rede vor den Vereinten Nationen[7].

Haig habe ausführlich dargelegt, daß die sowjetische Politik der letzten Zeit es an Zurückhaltung in internationalen Angelegenheiten völlig habe fehlen lassen. Erst dieses sowjetische Verhalten habe die in den Vereinigten Staaten vorhandene Zustimmung zur Entspannung beendet und auch zur Wahl des gegenwärtigen Präsidenten beigetragen.

An dem gegenwärtigen Stand der bilateralen Beziehungen seien die sowjetische Verwicklung in kritischen Weltgegenden und die militärische Aufrüstung der Sowjetunion in erster Linie schuld. Präsident Reagan wünsche aber weder eine Konfrontation noch ein Wettrüsten. Er wünsche einen Dialog mit der Sowjetunion und erwarte nicht, daß in diesem Dialog die Sowjetunion für sie demütigende Lösungen akzeptiere.

Präsident Reagan gehe an die Rüstungskontrollverhandlungen mit gutem Willen und in der Erwartung heran, daß der Grundsatz der Reziprozität anerkannt werde.

Haig habe dann die TNF-Verhandlungen, SALT und das Thema der biologisch-chemischen Waffen sowie kurz die KSZE in Madrid angesprochen.

Zu TNF

Dieses Thema sei später im Delegationskreis fortgeführt worden, wobei sich Gromyko einer entschieden schärferen und abweisenden Sprache bedient habe als in dem Gespräch zu zweit. Bei der Textformulierung über die Vereinbarung der TNF-Verhandlungen habe die Sowjetunion den geographischen Bereich des Verhandlungsgegenstandes mit „in Europe“ bezeichnen wollen, wobei offensichtlich

Fortsetzung Fußnote von Seite 1485

27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

6 Vgl. dazu das Kommuniqué vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.
Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

7 Für den Wortlaut der Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko am 22. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meeting, S. 88–95. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 635–640 (Auszug).

Waffen, die jenseits des Urals in der Sowjetunion stationiert worden seien oder stationiert würden, in die Gespräche nicht einbezogen werden sollten.

Haig habe diese geographische Beschränkung abgelehnt, aber auch seine Vorschläge, hinsichtlich der Waffen die Ausdrücke „global" und „verifizierbar" zu gebrauchen, nicht durchsetzen können.

Gromyko bediente sich wiederholt des bekannten Ausdrucks „equal security" und „equality" bei der Kennzeichnung des Verhandlungsziels.

Haig habe klargemacht, daß die Vereinigten Staaten Waffensysteme ihrer Alliierten nicht in die Verhandlungen einbeziehen und sich dieselben auch nicht im Wege der Kompensation zurechnen lassen würden.

Haig habe auf den Rahmen SALT für die TNF-Verhandlungen hingewiesen. Gromyko habe diese Bezugnahme abgelehnt. Eagleburgers Vermutung ging dahin, daß dies auf der sowjetischen Befürchtung beruhte, die Amerikaner wollten mit einer solchen Bezugnahme SALT-Verhandlungen auf unbestimmte Zeit verzögern.

Gromyko habe, wie erwartet, auf der Einbeziehung der FBS bestanden. Eagleburger gab Haigs Ansicht wieder, daß die Sowjets in dieser Frage insistieren würden und daher voraussichtlich mit der Lösung der Frage, über welche Systeme schließlich verhandelt werde, viel Zeit vergehen würde.

Gromyko habe die bekannte sowjetische Ansicht bekräftigt, daß alle Waffensysteme, die die Sowjetunion erreichen könnten, in die Verhandlungen einbezogen werden müßten. Haig habe gegenüber Gromyko keinen Zweifel gelassen, daß die Vereinigten Staaten die Verwundbarkeit ihrer europäischen Alliierten durch sowjetische Waffen genauso einschätzten wie die Verwundbarkeit der Vereinigten Staaten selbst.

Eagleburger erwähnte ohne Bezug auf die Haig–Gromyko-Gespräche, daß man sich unter den Alliierten schon verständigt habe, die FBS in einer zweiten Phase auf der Grundlage der Reziprozität in die Verhandlungen einbeziehen zu lassen.

Zu SALT

Haig habe versichert, daß SALT II keine Chance habe, vom Senat bestätigt zu werden[8], wegen der dem Vertrag innewohnenden Mängel und wegen des sowjetischen Verhaltens.

Gromyko habe die Ansicht geäußert, daß SALT II nicht tot sei, aber Haigs Vorschlag zugestimmt, Verhandlungen über strategische Waffen in der ersten Hälfte 1982 aufzunehmen (Eagleburger sprach an anderer Stelle von Mitte 82).

Zu biologisch-chemischen Waffen

Haig habe Gromyko aufgefordert, sich an der Untersuchung der behaupteten

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–48. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

sowjetischen Verletzungen der Konvention über biologisch-chemische Waffen[9] zu beteiligen.[10] Gromyko habe darauf nicht geantwortet.

Zu KSZE

Haig habe das Interesse der Vereinigten Staaten bekräftigt, einen baldigen befriedigenden Abschluß der KSZE-Konferenz in Madrid herbeizuführen. Gromyko sei auch hierzu einen Kommentar schuldig geblieben.

Gromyko habe das amerikanische linkage-Konzept heftig angegriffen. Es führe nach seiner Ansicht nur dazu, daß sich keine guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion entwickeln könnten, solange nicht die Sowjetunion auf die Verfolgung einer selbständigen Außenpolitik verzichtet habe.

Dem habe Haig widersprochen und dargelegt, daß kein Verzicht von der Sowjetunion verlangt, sondern nur Zurückhaltung und normales Verhalten in internationalen Angelegenheiten erwartet werde. Haig habe dann auf Instabilität und kritische Entwicklungen in Teilen der Welt hingewiesen, für die die Sowjetunion Verantwortung trage, entweder durch eigenes Handeln oder durch nachdrückliche Unterstützung des Handelns anderer. Haig habe die Beispiele Kuba, Libyen und Vietnam genannt. Außerdem habe Haig wiederholt, daß jede äußere Einmischung (external interference) in Polen schwerwiegende Konsequenzen für das bilaterale Verhältnis haben müßte.

Zu Polen habe sich Gromyko nicht geäußert. Eagleburger erwähnte, daß Haig in dem Gespräch mit Czyrek[11] von der äußeren Einmischung und von der internen Repression auf Geheiß einer auswärtigen Macht gesprochen habe. Gegenüber Gromyko habe Haig nur von der äußeren Einmischung gesprochen.

[12]Zu Kuba habe er auf den Vorwurf, die Sowjetunion versorge das Land mit Rüstungen, die in keinem Fall mehr als lediglich defensiv betrachtet werden könnten, geantwortet, daß Kuba kein aggressives Land sei und die Sowjetunion nur seine Verteidigungsfähigkeit unterstütze.

Haig habe erklärt, daß die kubanischen Truppen und die ständigen Reserven eine Million Mann zählten. Das seien mehr, als ihm, Haig, als Oberkommandierendem der NATO unterstellt gewesen seien.[13]

Die Vereinigten Staaten machten auch die Sowjetunion für die kubanischen Aktivitäten in Zentralamerika indirekt mitverantwortlich, da diese nur durch die sowjetischen Waffenlieferungen überhaupt ermöglicht worden seien.

9 Für den Wortlaut des Genfer Protokolls vom 17. Juni 1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege vgl. REICHSGESETZBLATT 1929, Teil II, S. 173–177.
Für den Wortlaut des Übereinkommens vom 10. April 1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen vgl. UNTS, Bd. 1015, S. 164–241.

10 Zur Einsetzung einer Kommission durch die VN-Generalversammlung mit dem Auftrag, Meldungen über den Einsatz chemischer und bakteriologischer Waffen in Asien zu untersuchen, vgl. Dok. 271, Anm. 12.

11 Der amerikanische Außenminister Haig und der polnische Außenminister Czyrek trafen am 22. September 1981 in New York zusammen.

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 3941 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Alexander M. Haig war von 1974 bis 1979 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR).

Haig habe zu Namibia gesagt, daß die Vereinigten Staaten eine Lösung für dieses Land auf der politischen Grundlage der Blockfreiheit verfolgten. In dem Augenblick, in dem die Kubaner Angola verließen, würden auch die Südafrikaner Namibia verlassen. Gromyko habe darauf geantwortet, daß das Problem der kubanischen Präsenz in Angola verschwinden würde, wenn die Vereinigten Staaten Südafrika in seine Schranken verwiesen und Namibia zur Unabhängigkeit verhülfen. Im übrigen gebe es keine sowjetischen Pläne oder Absichten in Südafrika.

Zu Pakistan und Iran

Haig habe die Sowjetunion vor Bedrohungen Pakistans und Irans gewarnt. Gromyko habe die pakistanische Politik intransigent genannt und als Ursache dafür die amerikanische Waffenofferten[14] angeführt. Im übrigen habe die Sowjetunion auch im Persischen Golf keine Absichten oder Pläne (no design).

Zu Afghanistan

Haig habe als Ziele der amerikanischen Politik Afghanistans Unabhängigkeit und Blockfreiheit und die Beendigung der äußeren Einmischung genannt. Gromyko habe sich hinsichtlich einer Lösung nicht völlig abweisend verhalten und erklärt, die Sowjetunion sei hier nicht Petent. Wenn die Vereinigten Staaten ihre Aggression gegen Afghanistan von Pakistan aus beendeten, würde alles leichter werden. Die innere Lage Afghanistans habe Gromyko als irreversibel bezeichnet.

Haig habe den Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion nach einer Lösung suche, aber noch nicht genau wisse, wie sie aussehen solle.

Zu China

China sei immer wieder in den Gesprächen vorgekommen, und Haig habe den festen Eindruck gewonnen, daß die Sowjetunion nach wie vor mit dem politischen Problem Chinas nicht fertigwerde.

Gromyko habe das Thema von sich aus wiederholt angesprochen und die gegenwärtige chinesische Politik die einer von Natur aus militärischen Macht genannt. Wenn die Vereinigten Staaten im militärischen Bereich mit China zusammenarbeiteten[15], betrachtete die Sowjetunion dies als feindliches Verhalten ihr gegenüber. Haig habe erwidert, daß die Vereinigten Staaten keinen Grund sehen, mit China keine normalen Beziehungen zu unterhalten. Es handele sich immerhin um eine Milliarde Menschen. Diese Beziehungen seien nicht Ausdruck der Feindschaft gegen die Sowjetunion, und die Vereinigten Staaten würden die Beziehungen so fortsetzen, wie sie es für richtig hielten.

Eagleburger resümierte dann Haigs Gesamteindruck:

Die Erörterung der Themen Afghanistan und Polen sei Gromyko sichtbar unangenehm gewesen.

Das Thema Mittlerer Osten sei zur amerikanischen Überraschung von den Sowjets überhaupt nicht angesprochen worden, und Haig hätte von sich aus dazu

14 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan vgl. Dok. 265, Anm. 33.

15 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 197, Anm. 11.

keinen Anlaß gesehen. Ebensowenig sei Berlin von der einen oder anderen Seite erwähnt worden.

Gromyko habe den Eindruck vermittelt, daß die Sowjetunion, was ihre Analyse der amerikanischen Politik angehe, sich fast in die Enge getrieben fühle. Sie sei sich nicht vollkommen gewiß, was eigentlich Reagans Politik sei, und sie habe auch keine Vorstellungen darüber, wie sich die bilateralen Beziehungen weiterentwickeln könnten.

Während Haig im Grunde die Tagesordnung bestimmt und die Erörterungen geostrategischer und geopolitischer Fragen in den Mittelpunkt gestellt habe, habe Gromyko spezifische Fragen, besonders solche der Rüstungskontrolle, in den Vordergrund gestellt und den Gesprächsansatz von Haig nicht aufgenommen.

Gromyko habe von sich aus das Problem des bilateralen Handels aufgeworfen, worauf Haig geantwortet habe, dessen Entwicklung hänge vom Stand der allgemeinen Beziehungen ab.

Eagleburger nannte als amerikanisches Ziel des nächsten Gesprächs Haig–Gromyko Anfang 1982 die Fortsetzung der Erörterungen der geopolitischen und geostrategischen Themen sowie der Themen Kuba, Afghanistan und Vietnam.

Eagleburger bat dann um einen Beitrag der Alliierten zu einer guten Fortsetzung der sowjetisch-amerikanischen Gespräche.

Die Alliierten sollten:

1) ihre geschlossene Solidarität in der TNF-Frage bekunden,

2) die NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember in Brüssel[16] unter dem genannten Aspekt sorgfältig vorbereiten.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11122 (204)

16 Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 357–362.

282

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom

200-350.10 VS-NfD **3. Oktober 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung

Europäische Initiative[3];
hier: Niederschrift über die Konsultation Bundesminister und Außenminister Colombo vom 3.10.1981 in Rom

Genscher (nach Begrüßung durch Colombo): Unsere heutige Begegnung ist von großer Bedeutung. Wir sind uns einig, daß die europäische Initiative unseren Ländern einen neuen Impuls geben muß. Die beiden Direktoren haben gute Vorarbeit geleistet.[4] Wir sollten uns konzentriert an die Arbeit machen. Diese Arbeit ist von außerordentlicher Tragweite für unser gemeinsames Schicksal.

Colombo: Ich teile Ihre Meinung. Ich habe mich soeben im Parlament zu diesen Fragen geäußert und übrigens auch zu den Verhandlungen über Mittelstrekkenraketen.[5] Mir scheint, in beiden Gebieten fahren unsere Regierungen die gleichen Linien.

Genscher: Ich habe über Ihre Debatte im Parlament gelesen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie sich so positiv geäußert haben. Wir könnten gut anknüpfen

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 4. Oktober 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Rosengarten am 13. Oktober 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Herrn Dg 20, 2) Herrn D 2 n[ach] R[ückkehr] (Verteilung ist erfolgt)."
Hat Ministerialdirigent Dröge am 14. Oktober 1981 vorgelegen.
Hat Pfeffer erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 11. Oktober 1981 vorgelegen.

3 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union nach der Sitzung des Kabinetts am 18. September 1981 vgl. Dok. 266, besonders Anm. 8.

4 Das Gespräch des Ministerialdirektors Pfeffer mit dem Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Bottai, fand am 30. September 1981 in Rom statt. Die Vortragenden Legationsräte I. Klasse Stabreit und von Kyaw vermerkten dazu am 1. Oktober 1981: „Vorbehaltlich der Zustimmung durch Außenminister Colombo und ungeachtet denkbarer Einwände gegen Einzelpunkte […] ist die italienische Seite bereit, unseren Vorschlag mitzutragen. Der italienische Wunsch, wir sollten die Initiative gemeinsam einbringen, läßt auf ein starkes politisches Interesse schließen, das uns Herr Bottai in vorsichtiger und diplomatischer Form bestätigte. […] Die italienische Seite sieht, daß wir aus dem italienischen Entwurf die wesentlichen Elemente, die die Zusammenführung der EG-Staaten betreffen, übernommen haben. […] Nicht von uns übernommen wurden diejenigen Teile des italienischen Entwurfs, die Fragen der wirtschaftlichen Integration betreffen. […] Die Italiener glauben, daß parallel zu unserer auf die politische Zusammenführung gerichteten Initiative auch die Verhandlungen über die Lösung der schwierigen Gemeinschaftsfragen eines politischen Impulses bedürfen." So wollten „die Italiener eine Erklärung, in der sich die zehn EG-Staaten darauf rückbesinnen, welches die Grundsätze und Ziele des EG-Vertrages im wirtschaftlichen Bereich waren und sind." Vgl. Referat 200, Bd. 122719.

5 Gesandter Ruyter, Rom, berichtete am 5. Oktober 1981, die „am 1.10.1981 begonnene Parlamentsdebatte zur ital[ienischen] Außenpolitik ist am 2.10.1981 mit einem knappen Abstimmungssieg der Regierungsparteien (geheime Abstimmung) zu Ende gegangen. […] Die außenpolitische Debatte war seit August 1981 von den Oppositionsparteien zu den Themen Stationierung der Mittelstreckenwaffen und Neutronen-Bombe gefordert worden. Die Regierungsparteien hielten es jedoch für zweckmäßig, die Debatte auf die gesamte ital. Außenpolitik zu erweitern, um die Themen Stationierung der Mittelstreckenwaffen und Neutronen-Bombe in den Hintergrund treten zu lassen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 929; Referat 203, Bd. 123283.

an die Annäherung, die unsere Politischen Direktoren bereits erzielt haben. Am 18.9.1981 hat eine Sondersitzung des Kabinetts in Bonn stattgefunden. Dabei stand der Entwurf einer Europäischen Akte im Zentrum der Erörterung. Die Bundesregierung hat mich ermächtigt, über diesen Entwurf Verhandlungen mit unseren Partnern aufzunehmen.

Über unser heutiges Treffen habe ich lange mit dem Bundeskanzler gesprochen. Wir hatten am Dienstag[6] eine Aussprache über eine Reihe außenpolitischer Fragen unter vier Augen. Dabei haben wir sowohl die Europäische Akte wie Ihren wirtschaftlichen Text[7] beraten.

Wir haben die Europäische Akte überarbeitet und eine Reihe Ihrer Vorstellungen übernommen, um Ihnen die Miteinbringerschaft zu erleichtern.[8]

Die Passage über die Atlantische Allianz[9] haben wir noch nicht geändert, aber wir sind uns einig, daß diese Passage noch einmal unter die Lupe genommen werden muß.

Wir müssen auf Irland, das nicht zur NATO gehört, Rücksicht nehmen.

Aber der Passus ist für die anderen auch wichtig. Wir müßten eine geeignetere Formulierung finden.

Wie beurteilen Sie den Entwurf einer Europäischen Akte in seiner neuen Fassung?

Sie sind übrigens der einzige, der von unseren Partnern den Text in seiner Hand hat.

Colombo: Ich möchte mich zunächst über den Passus der NATO äußern. Es ist ja nicht ganz leicht, das Gebiet der Sicherheitspolitik in seinen Grenzen abzustecken. Wir haben das mit unserer Fußnote[10] versucht. Durch den Definitionsmangel entsteht das politische Problem. Es entsteht nicht nur für Irland, sondern auch in geringerem Maße für Frankreich, das nicht an der Integration der NATO teilhat[11]. Vielleicht kann man das Problem folgendermaßen lösen:

Alle „Zehn" nehmen an der Sicherheitsdiskussion teil. Wir müssen es wohl den Iren überlassen, ob sie mitdiskutieren, schweigen oder im einen oder anderen Falle nicht teilnehmen. Wichtig ist, daß die übrigen Neun ihre Ansichten auch über solche Fragen harmonisieren, die in der NATO beraten werden.

Genscher: Ich schlage vor, daß die Politischen Direktoren sich eine bessere Formulierung ausdenken.

6 29. September 1981.

7 Für den Entwurf vom 1. September 1981 „Vorschläge der italienischen Regierung zur Europäischen Union" vgl. Referat 200, Bd. 122718. Für einen Auszug vgl. Anm. 17.

8 Zum Entwurf der Abteilungen 2, 4 und 5 vom 24. September 1981 für eine Europäische Akte vgl. Dok. 253, Anm. 17.
Für weitere Auszüge aus dem Entwurf vgl. Anm. 9, 12 und 15.

9 Ziffer 5 des zweiten Teils („Institutionen") des Entwurfs vom 24. September 1981 für eine Europäische Akte lautete: „Der regelmäßige Meinungsaustausch über sicherheitspolitische Fragen soll es den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Haltung unter Berücksichtigung der Standpunkte der Partner zu harmonisieren und dadurch zugleich zur Stärkung des Atlantischen Bündnisses beizutragen. Bei diesen Beratungen kann der Rat je nach der Notwendigkeit, Fragen von gemeinsamem Interesse zu vertiefen, auch in anderer Besetzung tagen." Vgl. Referat 200, Bd. 122718.

10 Zur Erklärung des Begriffs „Sicherheit" im italienischen Entwurf vom 1. September 1981 vgl. Dok. 253, Anm. 21.

11 Frankreich schied am 1. Juli 1966 aus der militärischen Integration der NATO aus.

Colombo: Wir haben auch gewisse Schwierigkeiten mit Ihrer Formulierung über die innere Sicherheit in der Europäischen Akte.[12] Ist hier im wesentlichen nur an die Bekämpfung des Terrorismus gedacht? Wenn an eine gegenseitige Stabilisierung der Demokratien gedacht wäre, so würde das bei uns auf einen sehr empfindlichen Punkt treffen und nicht gehen.

Ich habe deshalb hierzu einen besonderen Formulierungsvorschlag gemacht.[13]

Genscher: Der deutsche Text ist eindeutig. Danach könnte man die innenpolitische Befürchtung, die Sie hegen, nicht haben. Es kommt wohl darauf an, daß die italienische Übersetzung angepaßt wird. Vielleicht müssen wir aber auch zu einer leichten Umformulierung kommen, damit keine Mißverständnisse entstehen. Falls eine Definition nötig ist, so können wir sie in die erläuternden Papiere setzen, die wir ohnehin für Sicherheit und Kultur brauchen.

Colombo: Einverstanden. Man kann die Frage in einem Annex erläutern. Man muß das aber auch in der Akte selbst klarer ausdrücken.

Ich möchte nun noch ein anderes wichtiges Problem ansprechen. Wie drängen wir am besten den Luxemburger Kompromiß[14] etwas zurück? Ich bin einer der Väter dieses Kompromisses. Er war damals nötig. Ich habe ihn zusammen mit Couve ausgearbeitet. Aber noch heute lassen mich die Skrupel nicht los. Können wir uns nicht näher an eine Mehrheitsprozedur heranarbeiten? In Ihrem Text ist nur die Stimmenthaltung erwähnt.

(Auf Frage des Bundesministers): Ich meine sowohl die Ziffer 2 wie die Ziffer 8 Ihres Entwurfs.[15] Ich finde, die Inanspruchnahme des „vitalen Interesses" sollte nur in Ausnahmefällen in Frage kommen. Sie müßte jeweils begründet werden.

Genscher: In Ziffer 2 muß man wohl unterscheiden zwischen der Annahme der Europäischen Akte, die nur im Konsens vorstellbar ist.

Für die normale Tätigkeit könnte man Ziffer 2 an Ziffer 8 angleichen, dabei aber auch daran denken, beide Ziffern klarer zu fassen.

Colombo: Ich stimme, was die Unterscheidung in diese zwei Kategorien angeht, zu. Vielleicht sollte man auch versuchen, das „vitale Interesse" zu objektivieren

12 Im Entwurf vom 24. September 1981 für eine Europäische Akte wurde als Ziel einer verstärkten politischen Zusammenarbeit „eine Abstimmung in Fragen der inneren Sicherheit zur Wahrung der demokratischen Rechtsordnung in den Mitgliedstaaten" genannt. Vgl. Referat 200, Bd. 122718.

13 Der italienische Außenminister Colombo übergab Bundesminister Genscher am 3. Oktober 1981 eine Aufstellung von Anmerkungen zum Entwurf der Bundesregierung vom 24. September 1981 für eine Europäische Akte. Danach sollte mit Blick auf die innere Sicherheit als Ziel einer verstärkten politischen Zusammenarbeit genannt werden: „eine Stärkung und Erweiterung der Tätigkeiten, die die Mitgliedstaaten gemeinsam ausüben, um im abgestimmten Vorgehen den internationalen Problemen der öffentlichen Ordnung, den schweren Gewalttätigkeiten, dem Terrorismus und allgemein der grenzüberschreitenden Kriminalität zu begegnen". Vgl. Referat 200, Bd. 122719.

14 Zum „Luxemburger Kompromiß" vom 28./29. Januar 1966 vgl. Dok. 208, Anm. 16.

15 In Ziffer 2 des zweiten Teils („Institutionen") des Entwurfs vom 24. September 1981 für eine Europäische Akte hieß es u. a.: „Beschlüsse und Leitlinien zur Verwirklichung der Europäischen Union bedürfen der Einstimmigkeit des Europäischen Rates. Die Stimmenthaltung eines oder mehrerer Mitgliedstaaten steht der Beschlußfassung nicht entgegen." Ziffer 8 lautete: „Der Anwendung der in den Verträgen von Paris und Rom vorgesehenen Abstimmungsverfahren kommt im Hinblick auf die notwendige Verbesserung der Entscheidungsprozesse und damit der Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaften eine wesentliche Bedeutung zu. Die Mitgliedstaaten werden die Beschlußfassung auch dadurch erleichtern, daß sie sich öfter zur Stimmenthaltung entschließen. Die Berufung eines Mitgliedstaates auf ‚sehr wichtige Interessen' sollte nur in Ausnahmefällen erfolgen und jeweils begründet werden." Vgl. Referat 200, Bd. 122718.

und dies nicht den Einzelstaaten überlassen. Wir müssen die Berufung auf das „vitale Interesse“ qualitativ eingrenzen und damit quantitativ beschränken.

Nach längerer Diskussion formulierten die beiden Minister folgende vorläufige Textvorschläge für Ziffern 2 und 8:

„Die Mitgliedstaaten werden jede Möglichkeit nutzen, um die Beschlußfassung zu erleichtern.

Das kann auch dadurch geschehen, daß ein Mitgliedstaat seine Bedenken gegen eine Entscheidung nur durch Stimmenthaltung zum Ausdruck bringt und die Entscheidung passieren läßt.

Ein Mitgliedstaat, der unter Berufung auf sein vitales Interesse eine Konsens-Entscheidung verhindert, muß das schriftlich und konkret begründen.

Wenn ein Mitgliedstaat sich gegen eine konsensfähige Entscheidung auf sein vitales Interesse beruft, wird die Entscheidung bis zur nächsten Ratstagung suspendiert.

Wenn der betreffende Mitgliedstaat sich bei der nächsten Ratssitzung nicht erneut auf sein vitales Interesse beruft, kommt die Entscheidung zustande.“

Genscher: Diese Wiederholungsprozedur gibt dem betreffenden Mitgliedstaat die Möglichkeit, sein „Veto“ zurückzuziehen. Es gibt anderen die Gelegenheit, Stellung zu nehmen. Auch das Europäische Parlament kann mit seiner Kritik einsetzen. Vielleicht findet eine Diskussion darüber in den Medien statt. Dadurch wird die Hemmschwelle gegen eine willkürliche Inanspruchnahme der nationalen Interessen erhöht. Bagatellsachen werden eher durchgehen. Es wird ein starker Zwang in Richtung Konsens ausgeübt. Es wird dem einen oder anderen nicht angenehm sein, sein Veto zweimal geltend zu machen.

Colombo: Ich finde diesen Gedanken interessant. Das vitale Interesse wird dadurch einer Diskussion unterworfen. Das ist ein Schritt vorwärts. Das wird zu einer gewissen Disziplinierung führen.

Genscher: Ich glaube, weiter wird man nicht gehen können, denn wenn andere über das vitale Interesse eines Staates auf dem Weg der Objektivierung mitentscheiden, ist im letzten der Durchbruch zur Mehrheitsentscheidung da.

Colombo: Zum Verhältnis Europäisches Parlament/Kommission:

Nach Artikel 144 des EG-Vertrages kann der Kommission mit Zweidrittelmehrheit das Mißtrauen ausgesprochen werden.[16] Warum sollten wir jetzt nicht die Vertrauensabstimmung zur Investitur der Kommission einführen?

Genscher: Ich glaube, das geht nicht. Der Vertrag müßte geändert werden. Es geht aber auch aus politischen Gründen nicht. Es gibt einen Unterschied zwischen der Kommission und einer nationalen Regierung. Eine nationale Regierung muß sich auf das Vertrauen des Parlaments stützen können. Die Kommission ist nicht Repräsentant bestimmter politischer Mehrheiten im Europäischen Parlament. Wenn man die Vertrauensabstimmung einführen würde, käme u. U. keine Kommission zustande.

16 Für den Wortlaut von Artikel 144 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 860.

Selbst wenn nur ein Kommissar einer negativen Mehrheit nicht gefiele, wäre die Gefahr der Lähmung gegeben. Ich glaube, Vertrauensvotum und Mißtrauensvotum sind ganz verschiedene Dinge. Ich würde davon abraten, diesen Gedanken weiterzuverfolgen.

Colombo: In der Tat, wir müssen darüber nachdenken.

Noch einmal zurück zu den sicherheitspolitischen Überlegungen. Die Politischen Direktoren sollten versuchen, etwas über die Definierung der europäischen Interessen niederzuschreiben.

(Colombo zählte sodann die weiteren italienischen Änderungen und Zusatz-Vorschläge auf. *Bundesminister* versprach Prüfung.)

Colombo: Nun sollten wir uns wohl dem Wirtschaftstext zuwenden. (Colombo verlas Seite 4 des italienischen Papiers „Wirtschaft und Währung“[17] und knüpfte an die Gedanken an, die er dem Bundeskanzler und dem Bundesminister in Ottawa[18] erläutert habe. Man müsse gegen die im Währungsbereich undisziplinierten Mitgliedstaaten, z. B. Italien und Großbritannien, vorgehen).

Genscher: Auch wir sind an Verbesserungen im Wirtschaftsbereich interessiert. Wir stehen Ihren Überlegungen im Prinzip positiv gegenüber. Aber wie konkret oder wie allgemein sollten wir das formulieren? Gerade das muß ich noch einmal mit der Bundesregierung abstimmen. Sollten wir getrennt vorgehen? Wie wird die Akzeptanz der übrigen Regierungen dadurch beeinflußt? Wir sollten keine unnötigen Hürden aufbauen. (Bundesminister übergibt sodann den von D 4 i. V.[19] entworfenen und vom Staatssekretär[20] genehmigten deutschen Text zur gleichen Materie.[21])

Colombo (nach Durchsicht): Ihr Text ist in der Tat sehr viel genereller. Der Hauptunterschied ist, daß Sie keine bindenden Wirkungen zugestehen. Unsere Fachleute sollten die beiden Texte noch einmal prüfen. Die Europäische Gemeinschaft kann nicht untätig bleiben gegenüber den Undisziplinierten. Wir sind wie eine Familie, und einzelne dürfen die anderen nicht anstecken.

Genscher: Wir müssen darüber ganz offen in unseren Regierungen sprechen. Ich bin, auch im Wirtschaftsbereich, für möglichst proeuropäische Lösungen. In den Ressorts gibt es manches Mißtrauen. Was wird uns Frankreich vorschlagen?

17 Im Abschnitt „Wirtschaft und Währung“ der „Vorschläge der italienischen Regierung zur Europäischen Union“ vom 1. September 1981 wurde u. a. festgestellt: „Voraussetzung der Union ist das Erzielen weiterer Fortschritte auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration Europas.“ Dabei sei die Einführung des Europäischen Währungssystems positiv zu bewerten, aber nicht ausreichend: „Die Schwierigkeiten beim Übergang zur institutionellen Phase des EWS […] sind auf die unzureichenden Bemühungen um eine tatsächliche Konvergenz der Volkswirtschaften der Mitgliedsländer zurückzuführen. […] Die Mitgliedsländer stellen sich daher das dringliche Ziel, sich um eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen und finanziellen Solidarität der Gemeinschaft in der Perspektive der Wirtschafts- und Währungsunion zu bemühen, und verpflichten sich, im Rahmen des EWS bindende Richtlinien in bezug auf die Ergebnisse der wichtigsten Wirtschaftspolitiken […] zu erlassen.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122718.

18 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220. Für das deutsch-italienische Regierungsgespräch am 20. Juni 1981 in Montebello vgl. Dok. 211.

19 Werner Ungerer.

20 Werner Lautenschlager.

21 Für das Papier „Deutscher Textentwurf (des AA) zu Fragen der wirtschaftlichen Integration“ vom 1. Oktober 1981 vgl. Referat 200, Bd. 122719.

Auf diesem Gebiet sind noch manche Vorarbeiten in den eigenen Regierungen und im bilateralen Verhältnis zu leisten.

Colombo: Wie prozedieren wir weiter? Arbeiten wir mit einem gemeinsamen Vorschlag oder zwei getrennten? Ich bin offen für Ihre Anregungen. Es kommt darauf an, was besser ist. Ich glaube allerdings, daß wir uns zu der Wirtschaftsfrage äußern müssen. Wenn wir es nicht täten, liefen wir das Risiko, durch eine Europäische Akte einen politischen Sprung nach vorne zu machen und die EG-Seite im Schatten zu lassen. Dann würde es Widerstände in unserer Regierung, in den Parlamenten, in der Öffentlichkeit und bei unseren Partnern geben.

Genscher: Ich fasse noch einmal unsere positiven Übereinstimmungen zusammen: Wir wollen beide eine Initiative auf eine Europäische Union hin ergreifen. Wir haben in der Substanz keine Meinungsverschiedenheiten. Mein Gefühl sagt mir, wir sollten gemeinsam vorlegen, es sei denn, wir stoßen noch auf unüberwindliche Schwierigkeiten im Detail. Welche Methode ist effizienter gegenüber den anderen Acht?

Alles spricht dafür, daß wir zwei gemeinsam vorgehen. Wir gehören zu den Gründungsländern. Es gibt nur einen einzigen Grund, nicht so zu verfahren: die Gefühle unserer Partner. Ich folge Ihnen, Emilio, als dem Erfahreneren auf diesem Gebiet auf der Stelle.

Colombo: Die Reaktion der anderen ist schwer abzuschätzen. Man kann ihnen sagen, daß wir zwei Initiativen, die spontan parallel entstanden sind, besprochen haben. Niemand kann uns da Vorwürfe machen. Wir haben auch mit anderen gesprochen, sie haben nicht wirklich geantwortet.

Wie machen wir den anderen die Annahme am leichtesten? Ich habe keine sichere Meinung dazu.

Genscher: Wir müssen wohl die Präsidentschaft[22] informieren. Ich fühle mich zu spezifischer Konsultation gegenüber den Franzosen verpflichtet wegen des Elysée-Vertrags[23].

Ich möchte unsere heutige Diskussion am liebsten so zusammenfassen:

Italien und Deutschland halten es für notwendig, die Europäische Union zu schaffen. Die beiden Außenminister haben die Vorstellungen der beiden Regierungen erörtert und festgestellt, daß sie in Zielen und Substanz weitgehend übereinstimmen. Wegen der genauen inhaltlichen Fixierung der beabsichtigten Europäischen Akte werden die Politischen Direktoren der beiden Außenministerien zusammentreffen.[24] Beide Regierungen werden gemeinsam an die anderen Mitgliedstaaten herantreten, um mit ihnen über das Ziel einer Europäischen Union zu verhandeln. Die Frage, ob dabei ein gemeinsamer deutsch-italie-

22 Großbritannien übernahm am 1. Juli 1981 die EG-Ratspräsidentschaft.

23 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

24 Am 6./7. Oktober 1981 trafen Ministerialdirektor Pfeffer und der Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium, Bottai, zu weiteren Gesprächen über eine Europäische Akte in London zusammen. Zur Vorbereitung legte Referat 200 am 5. Oktober 1981 eine Stellungnahme zu den Bundesminister Genscher am 3. Oktober 1981 übergebenen italienischen Änderungsvorschlägen zum Entwurf der Bundesregierung vom 24. September 1981 für eine Europäische Akte vor. Vgl. Referat 200, Bd. 122719.

nischer Entwurf oder zwei in der Substanz ähnliche Entwürfe vorgelegt werden, werden wir zu einem späteren Zeitpunkt entscheiden.

Vielleicht könnten wir beide einen Brief schreiben und die deutschen und italienischen Vorschläge beifügen. Ich wäre da ganz flexibel. Vielleicht sollten unsere Regierungen entscheiden, ob wir zwei Texte oder einen Text schicken. Wir sollten uns da noch ein bißchen umhören.

Jedenfalls sollten Bottai und Pfeffer die britischen Botschafter (als Präsidentschaft) in Rom[25] und Bonn[26] unterrichten. Nach meiner Rückkehr aus China[27] werde ich mich mit Cheysson[28] treffen. Der Bundeskanzler wird am 7./8.10. Mitterrand sehen[29] und den Fortgang unserer Bemühungen mitteilen; wir seien mit Italienern im Gespräch.

Colombo: Ich bin einverstanden. Jeder spricht mit seiner Regierung. Dann entscheiden wir, ob wir ein oder zwei Dokumente versenden werden.

Genscher: Wir sollten uns jetzt darauf einigen, was wir der Öffentlichkeit sagen. Ich werde außerdem das Parlament unterrichten. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses[30] hat mich schon gemahnt.

Anschließend formulierten die beiden Minister die beiden Kommuniqué-Texte über die europäische Initiative und die Mittelstreckenwaffen.[31]

Referat 200, Bd. 122719

25 Ronald Arculus.

26 John L. Taylor.

27 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

28 Am 7. Oktober 1981 vermerkte Vortragender Legationsrat Rosengarten, Bundesminister Genscher habe entschieden, „daß der Text der Europäischen Akte AM Cheysson noch vor dem Zusammentreffen beider Minister am Rande des EPZ-Ministertreffens in London am 13.10. übermittelt werden“ solle. Rosengarten fuhr fort: „Mit MB bin ich übereingekommen, wegen eventueller Bedenken, da Ressorts noch nicht mit italienischen Änderungswünschen befaßt wurden und erst 15.10. zustimmen können, dem Text Beschriftung ‚Stand 9. Oktober 1981‘ voranzusetzen. Ferner sollte Botschaft französische Seite evtl. schriftlich darauf hinweisen, daß es sich um einen vorläufigen Text des AA handelt, der noch der endgültigen Abstimmung in der Bundesregierung bedarf.“ Vgl. Referat 200, Bd. 122719.
Genscher und der französische Außenminister Cheysson trafen am Rande der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13. Oktober 1981 in London zusammen. Vgl. dazu Dok. 296.

29 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt am 7./8. Oktober 1981 in Latche vgl. Dok. 287, Dok. 288 und Dok. 290.

30 Rainer Barzel.

31 Für die beiden Kommuniqués vom 3. Oktober 1981 vgl. Referat 200, Bd. 122719.

283

Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua in Peking

341-321.11 CHN VS-NfD **5./6. Oktober 1981**[1]

Protokoll über das Gespräch zwischen dem Vizekanzler und Bundesminister des Auswärtigen und dem Chinesischen Vizeministerpräsidenten und Außenminister Huang Hua am 5. und 6. Oktober 1981 in Peking[2]

Anwesenheit: auf deutscher Seite: der Bundesminister, Botschafter Schödel, MD Dr. Gorenflos, MDg Wallau, VLR I von Bredow, VLR I Bente, VLR Dr. von Ploetz, Dolmetscher Hendrischke;

auf chinesischer Seite: Vizeministerpräsident und Außenminister Huang Hua, Vizeaußenminister Song Zhiguang, Referatsleiter Wang Baolun, Stellvertretender Protokollchef Wang Zhen, Stellvertretender Protokollchef Tang Longhi, Dolmetscher und weitere chinesische Beamte.

Außenminister eröffnet das Gespräch mit freundlichen Worten der Begrüßung und einem Hinweis auf das umfangreiche Reiseprogramm des Bundesministers der letzten Tage[3]. Angesichts der Weltlage, die durch Spannungen gekennzeichnet sei, hätten beide Seiten zu vielen Weltproblemen die Meinungen auszutauschen. Dieser Austausch werde in Gesprächen noch mit anderen Regierungsmitgliedern erweitert[4], und am Ende stände sicherlich ein sehr erfolgreicher Besuch. In Mexiko hätten beide Minister sich unter anderem über die wichtige Stel-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung mit dem maschinenschriftlichen Vermerk: „Bisher vom Bundesminister noch nicht genehmigt!“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Bente gefertigt und am 15. Oktober 1981 über Staatssekretär von Staden Bundesminister Genscher zugeleitet. Dazu vermerkte Bente: „In der Anlage werden die Gesprächsvermerke über die Gespräche mit dem Ministerpräsidenten Zhao Ziyang und dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Huang Hua vorgelegt. Der Gesprächsvermerk mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses folgt.“
Hat Staatssekretär von Staden am 19. Oktober 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 2. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 341 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Verteilung b[itte] vornehmen mit Vermerk, daß von BM noch nicht genehmigt.“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 341, Bd. 125305.

2 Bundesminister Genscher besuchte die Volksrepublik China vom 5. bis 7. Oktober 1981. Für das Gespräch mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Deng Xiaoping, am 7. Oktober 1981 in Peking vgl. Dok. 286.

3 Bundesminister Genscher legte auf der Reise in die Volksrepublik China am 4. Oktober 1981 einen Zwischenaufenthalt in Katar ein. Zu den von Genscher geführten Gesprächen mit Regierungsmitgliedern, in deren Mittelpunkt die Lage im Nahen und Mittleren Osten sowie die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen standen, vgl. den Drahtbericht Nr. 115 des Botschafters Mez, Doha, vom 6. Oktober 1981; Referat 311, Bd. 137681.

4 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Zhao Ziyang am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 286, Anm. 7.
Am selben Tag traf Genscher mit dem Zweiten Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, Wei Guoqing, zusammen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 010, Bd. 178855.
Gleichfalls am 6. Oktober 1981 führte Genscher ein Gespräch mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Leiter der Import-Export-Kommission, Gu Mu. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2021 des Botschafters Schödel, Peking, vom 8. Oktober 1981; Referat 010, Bd. 178855.

lung der Länder der Dritten Welt und der VR China unterhalten.[5] Es sei notwendig, von „strategischer Höhe aus" zu entscheiden, wie unsere weiteren Beziehungen zu entwickeln seien. Einige Punkte seien schon erörtert worden; dies sollte jetzt fortgesetzt werden.

Bundesminister bedankt sich für Begrüßung und stellt fest, daß sein Besuch in eine spannungsreiche Zeit fällt; dies gebe ihm sein besonderes Gewicht. Beide Seiten ständen in einem laufenden Gedankenaustausch, zuletzt sei in Cancún miteinander gesprochen worden. Der Bundesminister meint, daß es wichtig sei, den Gedankenaustausch mit dem Ost-West-Verhältnis zu beginnen.

Seit seinem letzten Besuch[6] habe sich die EG erweitert[7], und in Zukunft kämen noch zwei weitere Länder, Spanien und Portugal, hinzu[8]. Die weltwirtschaftliche Entwicklung habe die Mitgliedsstaaten der EG berührt und beeinträchtigt. Soeben sei eine wichtige Entscheidung, nämlich die Veränderung der Wechselkurse[9], getroffen worden. Diese Entscheidung zeige, daß wir in Solidarität die Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Entwicklung in Grenzen halten wollen. Anfang dieses Jahres hätte er den Vorschlag unterbreitet, im europäischen Einigungsprozeß einen wichtigen Schritt zu tun und die Europäische Union zu schaffen.[10] Dieser Vorschlag sei inzwischen Politik der Bundesregierung geworden, über ihn stünden die MS der Gemeinschaft in Verhandlungen.[11] Die Bundesregierung wolle, daß Europa in der internationalen Politik die Rolle spiele, die ihm nach seiner Bevölkerungszahl, seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und seiner Geschichte zukomme. Europa dürfe sich nicht nur als Wirtschaftsgemeinschaft begreifen. Deswegen müsse es auch seine politische Zusammenarbeit in den auswärtigen Beziehungen vertiefen, sie auf die Sicherheitspolitik ausdehnen und auch eine kulturelle Zusammenarbeit zur Steigerung der europäischen Identität in Angriff nehmen. Die Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg habe gezeigt, daß Europa immer dann näher zusammenrücke, wenn die äußere Bedrohung wachse. Wenn man die Entwicklung seit 1980 überblikke, dann müsse man feststellen, daß wir wie „aufgeregte Hühner" reagiert hätten. Heute seien wir jedoch entschlossen, Schritte zu ergreifen, um Europa eine neue Qualität zu geben. Er sei vorgestern in Rom gewesen. Dort habe er fest-

5 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem chinesischen Außenminister Huang Hua am 31. Juli 1981 in Cancún vgl. Dok. 224.

6 Bundesminister Genscher hielt sich vom 12. bis 15. Oktober 1977 in der Volksrepublik China auf. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 285.

7 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

8 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 177, Anm. 18, bzw. Dok. 268, Anm. 11.

9 Zu den Anpassungen der Wechselkurse im EWS am 4. Oktober 1981 wurde in der Presse berichtet, daß es die Bundesrepublik und Frankreich für notwendig erachtet hätten, „die veränderten Wirtschaftsbedingungen in den festgelegten Wechselkursen zum Ausdruck zu bringen. Die relativ hohe Aufwertung der D-Mark um 5,5 Prozent und die bescheidene Abwertung des französischen Franc um nur drei Prozent" sei allerdings „als Überraschung" aufgenommen worden. Zudem seien die Kurse des belgischen Franc, des niederländischen Gulden und der italienischen Lira angepaßt worden. Vgl. den Artikel: „Mühsamer Kompromiß im Währungsverbund"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 5. Oktober 1981, S. 13.

10 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart; Dok. 2.

11 Vgl. dazu die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13. Oktober 1981 in London; Dok. 299.

stellen können, daß sein Freund Colombo diese Politik mit den Deutschen vorantreiben wolle.[12] Er erwähne dies aus Sympathie zu den italienischen Freunden, aber auch, weil beide Länder eine übereinstimmende Sicherheitspolitik verfolgen. Deutschland und Italien seien bereit, Mittelstreckenraketen (MSR) aufzustellen, um der Bedrohung entgegenzutreten und die Abschreckung gegen die SS-20 wiederherzustellen.

Neben den sicherheits- und außenpolitischen sollen auch finanzielle und agrarpolitische Probleme in Angriff genommen werden, um Europa zu stärken. Die Bundesregierung wolle Europa daher in drei Richtungen festigen und ausbauen:

– Erweiterung um die Staaten, die Mitglieder werden wollen.
– Steigerung der wirtschaftlichen und finanziellen Kraft der Gemeinschaft, um Probleme zu überwinden, die sie zur Zeit belasten.
– Erweiterung der Handlungsfähigkeit Europas durch Ausdehnung der Zusammenarbeit auf neue Gebiete: sicherheitspolitische und kulturelle, aber auch rechtspolitische und innenpolitische Bereiche.

Wenn sich Europa zu diesen Schritten entschlösse, dann beweist es seine Bereitschaft, seinen Beitrag zur Stabilität der Welt zu leisten.

Die Bundesrepublik Deutschland nehme auch im Bündnis mit Europa, Amerika und Kanada eine wichtige Stellung ein. Deutschland, Italien und Großbritannien trügen dazu bei, daß Europa seine Abschreckung gegen die sowjetische Mittelstreckenbedrohung aufbauen und verstärken könne. Mit Befriedigung stellten wir fest, daß Frankreich unter Präsident Mitterrand sich seiner Bedeutung für die Sicherheit voll bewußt sei und uns in unserer Haltung unterstütze. Die Bundesrepublik Deutschland hätte dafür gesorgt, daß der Doppelbeschluß[13] gefaßt wurde. Der erste Teil sehe vor: Pershing-II-Raketen würden in Deutschland, CM in Deutschland, Italien und Großbritannien aufgestellt. Der zweite Teil des Beschlusses sei das Verhandlungsangebot. Darüber haben Außenminister Haig und Außenminister Gromyko in New York[14] mit dem Ergebnis gesprochen, daß Ende November Verhandlungen in Genf aufgenommen würden[15]. Diese Verhandlungen würden vom Westen mit dem Ziel verfolgt, daß auf beiden Seiten keine MSR sein würden. Das setze voraus Vernichtung aller MSR durch die SU. Der Schlüssel liege somit nicht auf westlicher Seite, sondern in Moskau. Der Westen sei entschlossen, global über die MSR zu verhandeln. Die Sowjetunion möchte dies hingegen auf europäischer Ebene tun, sie schlage daher vor, nur über solche MSR zu sprechen, die im europäischen Teil der SU stationiert seien. Dies sei nicht annehmbar, denn die SS-20 hätten eine Reichweite von 4000 km. Das bedeute, daß sie unabhängig davon, ob sie sich im westlichen oder im östlichen Teil der Sowjetunion befinden, Westeuropa immer erreichen könnten. Die vorgesehenen westlichen MSR hingegen könnten die SS-20 in der östlichen SU nicht erreichen. Die SS-20 könne neben Europa

12 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo am 3. Oktober 1981 in Rom vgl. Dok. 282.

13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

14 Zu den Gesprächen des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. und 28. September 1981 in New York vgl. Dok. 271 und Dok. 281.

15 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

auch Nahost, Teile Afrikas sowie Pakistan, Indien und China, aber auch die USA – wenn auch nur einen kleinen Teil davon – erreichen. Außerdem seien diese Raketen nicht nur militärische, sondern auch bedeutende politische und psychologische Waffen, die das Sicherheitsbewußtsein Westeuropas, großer Teile Afrikas und Asiens von den USA abkoppeln sollen. Er sei davon überzeugt, daß nur die Entschlossenheit der USA und Westeuropas den Weg zu realistischen Verhandlungen mit dem Ziel der Reduzierung auf ein möglichst niedriges Niveau eröffnen könne. Wir seien der Meinung, daß die Festigkeit, mit der die Westeuropäer diesen Doppelbeschluß durchsetzen werden, ein Prüfstein sei für den Selbstbehauptungswillen der Westeuropäer. Daher nähmen er und BK den Doppelbeschluß so ernst.

Es laufe zur Zeit eine gewaltige Propagandawelle der SU über unser Land und andere Länder. Sie hätte eine gewisse Wirkung. Aber es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß wir uns deswegen von den Zielen unserer Politik abbringen ließen. Wir hielten es für angebracht, mit allen sehr offen hierüber zu reden. Deswegen habe er auch Gromyko[16] gesagt, er solle sich nicht täuschen lassen. Es ließen sich jetzt vielleicht viele Menschen beeindrucken, aber auf die Mehrheit, die sich nicht beeindrucken ließe, stütze sich unsere Politik. Wir würden dies auch Breschnew sagen, der im November nach Deutschland komme.[17]

Eine weitere Verhandlungsform solle die KAE sein, über deren Einsetzung bei der KSZE-Folgekonferenz gesprochen werde, die jetzt wieder ihre Arbeit aufnehme[18]. Bei der KAE solle über vertrauensbildende Maßnahmen für ganz Europa gesprochen werden. Dabei liege der Ton auf ganz Europa, das heißt vom Atlantik bis zum Ural. Generalsekretär Breschnew habe sich auf dem letzten Parteitag der KPdSU hierzu positiv geäußert.[19] Breschnew fordere jetzt westliche Gegenleistungen, die von sowjetischer Seite bisher nicht spezifiziert worden seien. Man könne nicht mehr als Europa einbeziehen. Man solle aber auch nicht weniger einbeziehen. Wir sähen durchaus Möglichkeiten für die Einführung solcher Maßnahmen in Europa. Es zeige sich, daß die Schlußakte von Helsinki[20] durchaus Wege eröffne, unsere Interessen ins Spiel zu bringen, und daß die SU große Schwierigkeiten habe, ihnen entgegenzutreten.

Was die westliche Verteidigungspolitik insgesamt anbelange, werde man abwarten müssen, welche abschließenden Entscheidungen von den USA getroffen würden. Die SU wäre am meisten von der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den USA[21] beeindruckt. Dies hätten wir auch den amerikanischen Freunden gesagt.[22] Die SU sei mit den konventionellen Streitkräften dem Westen of-

16 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 278.

17 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

18 Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 24. Juli 1981 vertagt. Am 27. Oktober 1981 nahm sie ihre Arbeit wieder auf. Vgl. dazu Dok. 251.

19 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

20 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

21 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

22 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Verteidigungsminister Weinberger am 21. Mai 1981 in Washington; Dok. 148.

fenbar jetzt schon in wichtigen Bereichen überlegen. Im Falle der Not würde sich diese Überlegenheit noch steigern. Sie könnte nämlich auf ausgebildete Reservisten zurückgreifen. Auch wir und Frankreich könnten dies und andere europäische Staaten, aber nicht die Engländer und die Amerikaner. Für das Ost-West-Verhältnis und die Sicherheit in der Dritten Welt werde es entscheidend sein, zu einer Verständigung zu kommen und die SU davon zu überzeugen, daß ihr Streben nach Überlegenheit und ihre Expansionspolitik nicht hingenommen würden. Afghanistan könne hier als Beispiel dienen. Er habe dies vor den Vereinten Nationen gesagt[23] und werde diese Politik bei Gesprächen in allen Staaten der Welt vertreten. Die USA und die europäischen Partner redeten mit der SU in der gleichen Weise. Er habe in New York dafür gesorgt, daß dort eine westliche Gesprächslinie abgestimmt worden sei.

Der Minister sagte sodann ein Wort zur Position der Bundesrepublik Deutschland im Ost-West-Verhältnis. Wir seien ein geteiltes Land und hätten die Interessen der ganzen Nation wahrzunehmen. Deshalb seien wir auch in besonderer Weise an der Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses interessiert. Dies hätte uns aber nicht zu der Illusion verleitet, wir könnten diese Verbesserung auf Kosten unserer Sicherheit erreichen. Dies erkläre auch, warum wir unter den europäischen Staaten den stärksten Verteidigungsbeitrag leisteten und warum wir trotz stärksten sowjetischen Drucks bereit seien, der Stationierung von MSR zuzustimmen. Dies erkläre auch, warum die Bundesrepublik Deutschland das Gebiet sei, auf dem die meisten Atomwaffen überhaupt gelagert seien. Wir verbänden also absolute Festigkeit mit dem Willen zur Entspannung und Zusammenarbeit. Dazu gehörten aber immer zwei.

Die Lage in Europa werde noch durch andere Elemente belastet. Es könne nicht ausbleiben, daß in einer Zeit, in der die Entwicklung zu stärkerer Betonung des Selbstbestimmungsrechts gehe, die SU immer mehr in Widerspruch zu Ländern gerate, die sie beherrsche oder bedrohe. Hier liege der Schlüssel zum Verständnis der politischen Entwicklung und der Schlüssel für das Verhältnis der Dritten Welt gegenüber der SU. Es liege im Interesse des Weltfriedens, der SU durch Mut, Klarheit und Festigkeit, aber auch durch Verhandlungsbereitschaft deutlich zu machen, was eine Fortsetzung imperialistischer Politik bedeute, aber auch, welche Vorteile sie von der Zusammenarbeit erwarten könne. Eine solche Politik liege im Interesse des Weltfriedens.

Außenminister: Was den ersten Punkt anbelangt, nämlich die Europäische Union, so bewundern wir Ihre Bemühungen um die Förderung des Zusammenschlusses. Welches sind die Probleme, und wie beurteilen Sie die Aussichten?

Bundesminister: Es gibt drei Elemente: Die Erweiterung durch den Beitritt Spaniens und Portugals – sie wird stattfinden. Dieser Beitritt schafft Probleme für Frankreich und Italien, weil Spanien[24], aber auch Portugal[25], ähnliche Agrar-

23 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 23. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. BULLETIN 1981, S. 737–742.

24 Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), berichtete am 12. Oktober 1981, die „Gruppe Beitritt Spaniens" habe sich am selben Tag mit dem „Erklärungsentwurf zur Landwirtschaft" befaßt: „Diskussion war mühselig und konnte nicht abgeschlossen werden. Es zeigte sich, daß F auch bei Nebensächlichkeiten Schwierigkeiten macht und damit rasche Fortschritte verhindert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3896; Referat 410, Bd. 130426.
Vortragender Legationsrat I. Klasse von Kyaw wies am 15. Oktober 1981 darauf hin, daß auch die

strukturen wie Frankreich und Italien aufweisen; die französischen und italienischen Bedenken sind aber zu überwinden. Ich sollte hinzufügen, daß Spanien in den nächsten Wochen seinen Beitrittsantrag zur NATO stellen wird.[26] Die SU hat versucht, Druck auf Spanien, aber auch auf andere Mitgliedstaaten der NATO, auszuüben.[27] Wir haben gesagt: Die Schlußakte von Helsinki erlaubt den Beitritt zu regionalen Verteidigungsbündnissen, dazu stehen wir.

Zweites Element: Die Wirtschafts- und Finanzprobleme: Hier wird sich zeigen, daß der Zwang zum gemeinsamen Handeln auch die schwierigsten Probleme überwinden kann. In Großbritannien, wo die Labour Party den Austritt aus der EG angekündigt hat[28], zeigt sich, daß die tatsächliche Grundstimmung im Lande eine andere ist. Die von Labour abgespaltene Sozialdemokratische Partei, die für ein Verbleiben in der EG eintritt, hat große Sympathien in der Öffentlichkeit gewonnen.

Drittes Element: Die Europäische Union: Hier kommt es sehr auf die Haltung Frankreichs an. Ich hoffe, daß Frankreich in der Union Möglichkeiten erkennt, seinen internationalen Einfluß zu verstärken. Es gibt politische Kräfte in Europa, die einer solchen weitergehenden Einigung mit Skepsis gegenüberstehen. Auch die SU beobachtet diese Entwicklung mit allergrößten Vorbehalten.

Ein besonderes Problem bildet Irland; es ist kein NATO-Mitglied. Deshalb gibt es Probleme mit der gemeinsamen Sicherheitspolitik der zukünftigen Europäischen Union. Die Iren haben keine neutralistischen Gründe, sondern ihre Gründe sind historisch bedingt. Im Ersten Weltkrieg gelang es Irland, seine Unabhängigkeit zu erlangen, und im Zweiten Weltkrieg, durch Nicht-Eintritt in den Krieg gegen uns, sie zu behaupten. In Fortsetzung dieses Denkens ist Irland auch nicht Mitglied der NATO geworden. Es muß jetzt davon überzeugt werden, daß sein

Fortsetzung Fußnote von Seite 1502

Frage einer Beschränkung spanischer Textilexporte in die Europäischen Gemeinschaften und das „Kalenderproblem", nämlich die Anpassung von „Zeitraum und Rhythmus" des Zollabbaus zwischen den Europäischen Gemeinschaften und Spanien sowie der „Angleichung des spanischen Außenzolltarifs an den G[emeinsamen] Z[oll]t[arif]", noch ungeklärt seien. Vgl. Referat 410, Bd. 130426.

25 Am 17. September 1981 teilte Gesandter Trumpf, Brüssel (EG), zum Stand der Beitrittsverhandlungen mit Portugal mit, daß die Vorschläge der EG-Kommission zum Kapitel Landwirtschaft geprüft worden seien: „F beteiligte sich an der Diskussion praktisch nicht. F begründete dies damit, daß es bekanntlich in der derzeitigen Verhandlungsphase jede Erklärung in diesem Kap[itel] ablehne, die zu Übergangsmaßnahmen Stellung nimmt." Es komme zunächst darauf an, „sich auf eine Beschreibung der wichtigsten ökonomischen Probleme bei der Integration der port[ugiesischen] Landwirtschaft zu beschränken. Diese Probleme ergäben sich in drei Bereichen, beim Außenhandel PTGs mit Agrarprodukten, bei der Störung des Marktgleichgewichts bei bestimmten Produkten der erweiterten Gem[einschaft], z. B. bei einigen Mittel[meer]agrarprodukten, insbesondere aber bei Mais und Soja […], und schließlich bei den besonderen Schwierigkeiten, die sich aus der strukturellen Unterentwicklung der port. Landwirtschaft für die Agrarstrukturpolitik der Gem. ergäben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3537; Referat 410, Bd. 121928.

26 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 248.

27 Vgl. dazu das sowjetische Memorandum vom 7. September 1981 an die spanische Regierung; Dok. 252, Anm. 49.
Zu sowjetischen Demarchen bei der Bundesregierung sowie gegenüber weiteren NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 253, Anm. 4 und 5.

28 Die britische Labour Party stimmte auf ihrem Parteitag vom 27. September bis 2. Oktober 1981 in Brighton neben den Forderungen nach einer „alternativen sozialistischen Wirtschaftstrategie" und „unilateraler britischer Nuklearabrüstung" auch dem Antrag auf Austritt aus den Europäischen Gemeinschaften zu. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1478 des Botschafters Ruhfus, London, vom 2. Oktober 1981; Referat 204, Bd. 123325.

aktiver Beitrag zur Europäischen Union in der Tradition seines politischen Denkens liegt.

Die Dritte Welt, Afrika und Asien, setzen eine große Hoffnung darauf, daß Europa eine größere Rolle spielt. Dies kann es aber nur, wenn man unseren Vorschlägen folgt. Ich bin optimistisch und werde mich für diesen Kampf wappnen, indem ich auf unsere chinesischen Freunde, ihren langen Atem und ihre Beharrlichkeit blicke.

Außenminister: Auf unserer Seite gibt es in bezug auf die Europäische Union keine Probleme. Wir wünschen, daß Europa sich zusammenschließt und erstarkt. Europa sollte in der internationalen Politik eine noch größere Rolle spielen. Infolge der Veränderung der Kräfteverhältnisse sind die USA alleine nicht mehr in der Lage, das Gleichgewicht zu erhalten. Es ist daher erforderlich, daß Europa sich zusammenschließt und gemeinsam mit den USA sowie Japan, China und Ländern der Dritten Welt für die Erhaltung des Friedens arbeitet. Ich danke für die systematischen und folgerichtigen Ausführungen. Es wird gewiß Schwierigkeiten und Hindernisse bei der Erreichung Ihres Zieles geben. Ich denke da z. B. an atomwaffenfreie Zonen in Nordeuropa.[29] Die SU könnte versuchen, Zwiespalt zwischen Europa und die USA zu säen.

Bundesminister: Nicht nur zwischen USA und Europa, sondern auch zwischen die europäischen Länder untereinander. Man versucht, die Bundesrepublik und Italien in eine singuläre Rolle zu drängen und zwischen Staaten zu unterscheiden, die Nuklearwaffen wollen, und solchen, die sie nicht wollen.

Ich bin übrigens für atomwaffenfreie Zonen, und zwar nicht nur solche, die stationierungsfreie Gebiete umfassen, sondern auch solche, in die man nicht mit Atomwaffen hineinschießen kann.

Außenminister: Wir sind für die globale atomwaffenfreie Zone. Darin sind wir uns wohl einig. Wie schätzen Sie den strategischen Trend der SU in den 80er Jahren ein? Unsere Ansicht: Die SU versucht weiterhin, auf Umwegen Europa einzukreisen. Die Stoßrichtung der SU geht hauptsächlich gegen den Süden und vor allem den Nahen Osten, den Persischen Golf und Indochina. Sie versucht aber auch, in alle Länder (karibischer Raum, Europa) hineinzudrängen, wenn sie eine Lücke erkennt. Aber die Hauptrichtung geht nach Süden.

Bundesminister: Ich bin einverstanden, was Europa anbelangt, dies ist die Konsequenz der Existenz der NATO. Ich bin besorgt, was Mittelamerika anbelangt. Dort scheint die SU den Versuch zu unternehmen, ein Erpressungspotential gegen die USA zu schaffen. Das ist nicht ungefährlich. Denken Sie an den Raketensprung Chruschtschows nach Kuba.[30] Der Preis für die Rücknahme der MSR in Kuba war der Abzug der US-MSR aus der Türkei und Italien. So entstand die heutige Lücke bei den MSR in Europa. Deswegen beobachteten wir die Situation in Mittelamerika mit großem Mißtrauen.

Außenminister: Wie ist die Lage an der südlichen Front? Innenpolitisch ist dieses Gebiet unruhig. Es verfügt über ein nur schwaches Verteidigungspotential.

29 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Juni 1981 für eine kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa; Dok. 183, Anm. 9.
Zu den norwegischen Vorstellungen vgl. Dok. 242.

30 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 198, Anm. 61.

Im Iran ist Unruhe. Es besteht der Konflikt zwischen Iran und Irak[31] und Konfrontationen zwischen arabischen Ländern und Israel. All dies schafft eine günstige Lage für die sowjetische Südstrategie.

Bundesminister: Ich teile Ihre Meinung, daß die Nahost-Frage von allergrößter Bedeutung für die Entscheidung ist, ob die SU ihren Einfluß ausüben kann oder nicht.

Außenminister: Im Nahen Osten besteht die einseitige Parteinahme der USA für Israel. Israel kann dadurch seine Politik der Expansion und Konfrontation mit den arabischen Ländern fortsetzen. Dies führt dazu, daß die arabischen Länder an der Bekämpfung des sowjetischen Hegemonismus gehindert werden.

Die chinesische Haltung zu Afghanistan und Kampuchea und zu den dortigen Widerstandsbewegungen ist von der „gesamtstrategischen Lage" zu betrachten. Wir sollten mit aller Kraft den bewaffneten Widerstand in Afghanistan und Kampuchea unterstützen, um ein weiteres Vordringen der SU zu verhindern. Nur so wird es möglich sein, einen Krieg hinauszuzögern und einen langjährigen Frieden zu sichern. In diesem Zusammenhang ist der Vorschlag der EG einer Zwei-Phasen-Konferenz für Afghanistan[32] zu sehen. Dieser Vorschlag bedarf substantieller Ergänzungen. Erst dann wird er dazu beitragen, den Druck auf die SU aufrechtzuerhalten, und es wird ihr nicht gelingen, die Aufmerksamkeit von Afghanistan abzulenken.

Haben Sie noch weitergehende Vorstellungen zu diesem Vorschlag?

Bundesminister: Er zielt darauf, Aufmerksamkeit in vielfältiger Form auf Afghanistan zu lenken. Deswegen ist der EG-Vorschlag wichtig. Wir dürfen nicht zulassen, daß Afghanistan in Vergessenheit gerät, wie das in vielen anderen Fällen geschehen ist. Uns würde interessieren, welche Möglichkeiten China für eine politische Lösung in Afghanistan sieht.

Außenminister: Der Vorschlag von Lord Carrington und der EG enthält keine klaren Forderungen nach Abzug der sowjetischen Truppen. Jede politische Lösung setzt aber den Abzug voraus, um die Unabhängigkeit, Integrität und Neutralität Afghanistans zu gewährleisten.

Bundesminister: Wie schätzen Sie die Stimmungslage bei den Nachbarn ein?

Außenminister: Die Lage in Afghanistan ist besser als erwartet. Die Widerstandstätigkeit hat sich ausgedehnt.

Bundesminister: Gibt es eine breitere Unterstützung durch die Bevölkerung?

Außenminister: Weil sich die Widerstandsbewegung auf verschiedene Gruppen verteilt, gibt es eine breite Unterstützung.

Bundesminister: Die Pluralität des Widerstandes wäre dann also seine Stärke und nicht seine Schwäche?

Außenminister: Seine Stärke und Schwäche zugleich. Unter den gegebenen Umständen wird sich allerdings ein Trend zum Zusammenschluß entwickeln. Ich möchte es nochmals bekräftigen, Afghanistan muß von der Gesamtlage her beurteilt werden. Erst dann kann man die innere Lage richtig einschätzen.

31 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 277, Anm. 5.

32 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

Bundesminister: Ich stimme dem zu.

Außenminister: Die SU hat 80 000 Mann entsandt. Denen ist es bisher nicht gelungen, festen Fuß im Lande zu fassen. In Kampuchea hat Vietnam 200 000 Mann stationiert. Ob diese Zahl stimmt, kann man noch bezweifeln. Dennoch konnte der Widerstand nicht erstickt werden. Er hat sich vielmehr ausgedehnt. Die Vietnamesen sind auf große Schwierigkeiten gestoßen. Afghanistan und Kampuchea bilden eine große Bürde für die SU. In Osteuropa bindet Polen starke Kräfte der SU und hat eine erhebliche Binnenwirkung in der SU selbst. Die Länder der Dritten Welt haben das wahre Antlitz der SU erkannt, und der Widerstand dieser Länder gegen den sowjetischen Expansionismus wächst. Nehmen wir Mittelamerika als Beispiel. Die Stellungnahme der lateinamerikanischen Länder zur mexikanisch-französischen Erklärung über El Salvador[33] richtet sich gegen die SU. Die Erkenntnisse der Dritten Welt über die Politik der SU haben sich vertieft. Es entwickelt sich die Tendenz dieser Länder, sich gegen sowjetischen Einfluß zusammenzuschließen. Deswegen sind Afghanistan und Kampuchea die erste Frontlinie im Kampf gegen den Expansionismus der SU. Wir sollten diesen Fragen daher große Beachtung schenken. Es wäre nicht realistisch, den Widerstand dort zu schwächen. In der Nahost-Frage hat China Westeuropa ermutigt, seine eigene Rolle zu spielen. Wir bewundern die diesbezüglichen Erklärungen von Luxemburg[34] und Venedig[35].

Bundesminister: Europa mußte einen weiten Weg bis zur Erklärung von Venedig zurücklegen. Der Ständige Deutsche Vertreter in New York hat sich bereits 1974 zum Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser bekannt.[36] Es hat lange gedauert, bis wir unsere Partner davon überzeugen konnten, daß es keine Lösung des Nahost-Problems geben kann, ohne das Selbstbestimmungsrecht den Palästinensern zu gewähren. Es ist die Schlüsselfrage des Nahen Ostens.

Genauso wichtig ist die Erklärung von Venedig, wonach die PLO am Verhandlungsprozeß beteiligt werden muß. Alles andere ist Illusion. Wir messen der Aktivierung des Europäisch-Arabischen Dialogs große Bedeutung zu. Ich hatte 1974 unsere Partner davon zu überzeugen, daß der europäisch-arabische Dialog eine gute Sache sei. Vor eineinhalb Jahren habe ich vorgeschlagen, den Dialog auf Ministerebene zu führen, um das politische Gewicht zu unterstreichen. Ich hoffe, daß die Bedenken hiergegen in Europa überwunden werden können.[37]

33 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 30./31. Juli 1981 in Mexiko auf. Für den Wortlaut der am 28. August 1981 veröffentlichten Erklärung zu El Salvador vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (Juli/August), S. 53. Vgl. dazu ferner Dok. 250, Anm. 6.

34 Für den Wortlaut der Erklärung im Anschluß an die Tagung des Europäischen Rats am 1./2. Dezember 1980 in Luxemburg vgl. BULLETIN DER EG 12/1980, S. 10 f.

35 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f.

36 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

37 Zum Europäisch-Arabischen Dialog, insbesondere zur Frage einer Außenministerkonferenz, vgl. Dok. 277, Anm. 12.
Am 21. Oktober 1981 teilte Ministerialdirigent Montfort den Botschaften in Kairo und Tunis mit: „1) Die Europäische Koordinierungsgruppe im EAD hat sich am 15. Oktober in London mit dem Stand der Vorbereitungen der Außenministerkonferenz und der gegenüber den Arabern einzunehmenden Haltung befaßt. Auf arabischer Seite war im Sommer eine für Anfang Juli vorgesehene Sitzung der Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der AM-Konferenz vertagt worden. Beide Sei-

Der Vorschlag des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd ist ein wichtiger und konstruktiver Beitrag.[38] Wir identifizieren uns nicht in allen Teilen mit ihm, aber er weist, wie Venedig, den Weg zu einer realistischen Lösung. Saudi-Arabien spielt eine konstruktive und wichtige Rolle in der internationalen Politik und im arabischen Lager, und dies nicht nur wegen seines Öls, sondern als stabilisierender Faktor von zunehmendem Gewicht.

Sie werden demnächst Herrn Arafat empfangen?

Außenminister: Er wird am 7. Oktober eintreffen.[39] Es wird sein zweiter Besuch sein.

Bundesminister: Ich sehe, ich komme öfter. Es ist wichtig, ihm deutlich zu machen, daß eine realistische Lösung des Nahost-Konflikts beides bedeutet: Anerkennung des Existenzrechts Israels und Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes.

Außenminister: Tatsächlich, wenn auch nicht in öffentlicher Erklärung, hat er die Bereitschaft bekundet, Israel anzuerkennen, wenn eine gegenseitige Anerkennung erfolge.

Bundesminister: Es wäre wichtig, wenn er dies auch öffentlich täte. Er würde dadurch gar nichts verlieren, denn die Anerkennung Israels wäre verbunden mit der Anerkennung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechts. Er könnte damit die öffentliche Meinung in positiv beeinflussen.[40]

Außenminister: Die westeuropäischen Länder sollten eine noch größere und eine positivere Rolle spielen, z. B. sollten sie der PLO unter Führung von Arafat Unterstützung gewähren und ihn politisch anerkennen. Sie sollten auch die USA überreden, ihre einseitige Entscheidung für Israel zu überprüfen.

Bundesminister: Wenn es zum Europäisch-Arabischen Dialog auf Ministerebene kommen sollte, wird ein Vertreter der PLO mit am Tisch sitzen.

Ende der ersten Gesprächsrunde

6.10.1981 – Zweite Gesprächsrunde

Außenminister: Im September[41] hat in Singapur eine Konferenz der drei Widerstandsgruppen stattgefunden: Demokratisches Kampuchea (DK), Son Sann und Prinz Sihanouk.[42]

Sie haben vereinbart, eine Einheitsfront und Koalitionsregierung gegen die vietnamesischen Aggressoren zu bilden. Er handelt sich um eine Absichtserklä-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1506

ten wollen sich jetzt am 27./28. Oktober in London treffen. Damit werden nach über zweimonatiger Pause die vorbereitenden Gespräche über eine gemeinsame Außenministerkonferenz fortgesetzt. 2) Es bestand Einigkeit, daß die AM-Konferenz nicht zu dem ursprünglich für Anfang November 1981 anvisierten Zeitpunkt stattfinden kann. Aufgrund der arabischen Zurückhaltung wäre die Vorbereitung ungenügend. Die Europäer wären aber bereit, noch vor Jahresende eine Konferenz ins Auge zu fassen, wenn bis dahin ausreichende Fortschritte erzielt werden. Dies erscheint derzeit allerdings wenig wahrscheinlich." Vgl. den Drahterlaß; Referat 200, Bd. 119475.

38 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

39 Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der PLO, Arafat, hielt sich vom 7. bis 10. Oktober 1981 in der Volksrepublik China auf.

40 Satz so in der Vorlage.

41 Korrigiert aus: „Juni".

42 Zur Zusammenarbeit von drei Oppositionsgruppen in Kambodscha vgl. Dok. 263, Anm. 10.

rung. Auf dieser Grundlage haben Vertreter der drei Seiten in Bangkok einen Sonderausschuß gebildet, in dem der Zusammenschluß beraten wird. Es hat schon einige Sitzungen gegeben, bei denen erste Fortschritte erzielt worden sind. Es bestehen aber immer noch erhebliche Differenzen. Der Vertreter des DK und der Vertreter Sihanouks sind sich einig, daß keine der drei Parteien eine dominierende Stellung einnehmen soll. Dieser Auffassung stimmte der Vertreter von Son Sann nicht zu.

Vertreter des DK und Sihanouk waren sich einig, daß die Koalitionsregierung paritätisch zusammengesetzt werden soll, während Son Sann Ansprüche auf das Amt des Ministerpräsidenten, des Vizeministerpräsidenten und die Hauptministerien erhebt. Bei wichtigen Fragen sollen alle drei Seiten durch Konsultationen Einigkeit erzielen. Auch in diesem Punkt sind das DK und Sihanouk einig, lediglich Son Sann hat Vorbehalte.

Was die Reorganisierung des kampucheanischen Parlaments anbelangt, so besteht die Auffassung, daß alle drei Seiten die gleiche Anzahl von Abgeordneten entsenden, um sodann die Regierung zu bilden. Diskussionen haben noch nicht stattgefunden.

Insgesamt kann man sagen, daß Fortschritte erzielt worden sind, aber immer noch bestehen auch Differenzen. Die ASEAN-Länder sind bereit, auf Son Sann dahingehend einzuwirken, daß eine Einigung erzielt wird. Ein wesentlicher umstrittener Punkt ist die Frage, ob Son Sann Kampuchea in der VN-Vollversammlung vertreten soll.[43] Das DK ist der Auffassung, daß die Entsendung eines Vertreters erst nach Bildung der Koalitionsregierung entschieden werden soll, da andernfalls nicht klar ist, von wem er beauftragt worden ist und wer ihm das Beglaubigungsschreiben erteilt hat. Diese Frage wird zur Zeit diskutiert. Sowohl Son Sann als auch Sihanouk wünschen militärische und finanzielle Hilfe, um ihre bewaffneten Kräfte zu erweitern. Sie erhoffen Hilfe von den USA, ASEAN, Europa und China. Die bewaffneten Kräfte Son Sanns belaufen sich auf 1000 Mann und befinden sich an der thailändisch-kambodschanischen Grenze. Sie haben bisher am Kampf nicht teilgenommen. Die bewaffneten Streitkräfte Sihanouks sind noch geringer. China vertritt die Auffassung und diskutiert hierüber mit den ASEAN-Ländern, daß neben den bewaffneten Streitkräften des DK auch die anderen gestärkt werden sollten, um am Kampf teilzunehmen. China hat Son Sann und Sihanouk bereits Waffen geliefert und finanzielle Hilfe zur Verfügung gestellt. Die Thai-Regierung wünscht selbstverständlich nicht, daß diese Tatsachen bekanntwerden.

Das Hauptproblem ist zur Zeit Son Sann. Er hofft, daß sich die USA, Japan und Westeuropa an der Hilfe für den Widerstand beteiligen. Über die Einsatzbereiche der Streitkräfte aller drei Gruppen wird diskutiert. Es ist wichtig, daß ihre bewaffneten Kräfte gegen Vietnam kämpfen, und es sollte verhindert werden, daß sie sich untereinander bekämpfen.

Die Thai-Regierung hat engen Kontakt mit allen drei Gruppen. Sie ist der Auffassung, daß Fortschritte erzielt wurden, und hofft auf eine baldige endgültige Einigung. Der Thai-Ministerpräsident hält sich zur Zeit in den USA auf und wird

43 Zur Frage der Vertretung Kambodschas in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 263, Anm. 11.

mit der US-Regierung über die Kampuchea-Frage sprechen.[44] Die Thai-Regierung hofft, daß noch während des USA-Besuches eine Einigung erzielt wird. Aber es bleibt das größte Problem bestehen, daß nach Son Sanns Überzeugung seine Elemente eine dominierende Stellung einnehmen sollen.

Die vietnamesische Seite beharrt darauf, daß die Lage in Kampuchea irreversibel ist. Sie hat einen Dialog zwischen Indochina und ASEAN vorgeschlagen. Es verlangt von Thailand, daß es die Unterstützung DKs einstellt, und hat viele Truppenteile an der kampucheanisch-thailändischen Grenze stationiert, um Druck auf Thailand auszuüben. Vietnam und Laos unterstützen die bewaffneten Kräfte der KP Thailands und die dort vorhandene laotische Minderheit. Das vietnamesische Ziel ist, Thailand zu zwingen, die Unterstützung des Widerstandes in Kampuchea einzustellen und Grenze zwischen Thailand und Kampuchea zu sperren. Für den Fall, daß dies geschieht, hat Vietnam versprochen, einen Teil seiner Truppen von der thailändisch-kampucheanischen Grenze abzuziehen.

China ist der Auffassung, daß die Entwicklung der Lage in Kampuchea günstig verläuft. Die Streitkräfte DKs sind die einzig effektiven Kräfte. Beim Zusammenschluß der drei Gruppen sollten die DK-Streitkräfte nicht geschwächt oder ausgeschlossen oder gar überhaupt beseitigt werden. Dies würde nämlich Vietnam erleichtern, die Okkupation zu konsolidieren und ganz Südostasien zu bedrohen.

China beurteilt die Lage in Kampuchea unter gesamtstrategischen Aspekten. Es hat nicht die Absicht, eine pro-chinesische Regierung einzusetzen oder eine Einflußsphäre zu bilden. Der Vorschlag, auch die anderen beiden Elemente zu stärken, ist von China zuerst gemacht worden, und Sihanouk und Son Sann haben bereits Waffen erhalten. Nach Abzug der vietnamesischen Truppen sollten ohne Einmischung von außen freie Wahlen stattfinden. China wird die Entscheidung des Wahlausganges ebenso respektieren wie das spätere politische Regime.

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Vietnam sind strategischer Natur. Es ist nicht möglich, Vietnam durch wirtschaftliche Unterstützung von der Sowjetunion zu trennen. Dies wäre ein gefährlicher Gedanke. Während des Viet/US-Krieges hat China 20 Mrd. US-$ gewährt, davon 60% für Rüstungsmaterial und 40% Zivilgüter. Die Hilfe war kostenlos, außerdem wurde noch Kapitalhilfe zur Verfügung gestellt. All dies auf Kosten des eigenen Lebensstandards. In jenen Jahren hat China auch Truppenteile nach Vietnam entsandt, und zwar Luftabwehr und Pioniere, insgesamt etwa 300000 Mann. Diese Kräfte hatten die Luftabwehr der Städte im Hinterland und den freien Straßenverkehr zu gewährleisten. Nach dem Kriege sind alle Kräfte zurückgezogen worden. Was die Projekthilfe beim Wiederaufbau des Landes anbelangt, so hatten wir insgesamt 300 Projekte fertiggestellt. Als Vietnam den Plan einer großen indochinesischen[45] Föderation verwirklichen wollte, konnten wir diesen Plan nicht unterstützen. Kein sozialistisches Land hat das Recht, hegemonistische Pläne

44 Ministerpräsident Prem Tinsulanonda hielt sich vom 3. bis 10. Oktober 1981 in den USA auf. Am 6. Oktober 1981 traf er mit Präsident Reagan zusammen.

45 Korrigiert aus: „indonesischen".

zu verwirklichen. Die regierende Clique wandte sich daraufhin an die Sowjetunion, um von dort Hilfe zu erhalten.

Seit 1973 hat Vietnam mit antichinesischer Propaganda begonnen und Provokationen an der Grenze[46] verübt. Die Folge war die Verschlechterung der Beziehungen. Vietnam hat sechs Inseln der Nansha- (Paracelsus-) Gruppe besetzt und territoriale Forderungen an eine weitere Inselgruppe gestellt und darüber hinaus bewaffnete Provokationen verübt.[47] Dennoch hat die chinesische Unterstützung bis 1978 gedauert. Erst als unsere Ermahnungen ohne Wirkung blieben, haben wir die Unterstützung eingestellt.

Vietnam ist in Wirklichkeit eine Basis der Sowjetunion für die sowjetische Süd-West-Strategie. Es hat die früheren amerikanischen Marinebasen und Luftwaffenstützpunkte der Sowjetunion zur Verfügung gestellt. Deswegen betrachten wir die Beziehungen zwischen Vietnam und der SU als strategische Beziehungen. Wir sind der Ansicht, daß der Druck auf Vietnam, und zwar politischer, diplomatischer und wirtschaftlicher, und der Widerstand in Kampuchea aufrechterhalten werden müssen, nur so kann man Hanoi an den Verhandlungstisch zwingen.

Die ASEAN-Länder haben in der Kampuchea-Frage keine einheitliche Meinung. Nach Auffassung von Indonesien und Malaysia geht die Hauptgefahr nicht von der SU und Vietnam, sondern von China aus. Deswegen möchten sie die Widerstandskraft des Demokratischen Kampuchea beseitigen und treten dafür ein, die Lage in Kampuchea anzuerkennen, um es auf diese Weise zu einer Pufferzone zu machen und schließlich auf ihre Seite herüberzuziehen. Wir haben die Regierung dieser Länder darauf hingewiesen, daß dies eine falsche Einschätzung der Lage sei. Wenn man dabei bliebe, hätte dies schwerwiegende Folgen, nicht in erster Linie für China, sondern für die ASEAN-Länder. Sie wären gefährdet.

Wenn es der Sowjetunion gelingt, ihre Position in Indochina zu festigen, dann wird sie ihre Expansion weiter nach Südostasien ausdehnen. Wenn es ihr gelingen sollte, eines Tages die Malakka-Straße abzuschneiden, wird dies nicht für China gefährlich werden, sondern für Japan und andere asiatische Länder.

46 Zum chinesisch-vietnamesischen Grenzkonflikt vgl. Dok. 164, Anm. 5.
Am 24. August 1981 berichtete Botschafter Schödel, Peking, unter Bezug auf chinesische Informationen, es sei zu erneuten Gefechten an der chinesisch-vietnamesischen Grenze gekommen. Dies sei, so Schödel, seit „den hitzigen Grenzauseinandersetzungen von Ende Mai bis Mitte Juli […] wieder die erste Meldung über militärische Aktivitäten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1501; Referat 341, Bd. 125317.

47 Dazu erläuterte das Bundesministerium der Verteidigung am 28. August 1980: „Die VR China beansprucht die Souveränität über alle Inseln im Südchinesischen Meer und stützt diesen Anspruch auf weit in die Geschichte zurückreichende Argumente." Zu den Spratley-Inseln (Chinesisch: Nansha) wurde ausgeführt: „Die Spratley-Inselgruppe war die ganzen vergangenen 28 Jahre hindurch ein Streitobjekt zwischen der VR China, der Republik China (Taiwan), Vietnam und den Philippinen. […] Zu Beginn des Jahres 1974 besetzten dann südvietnamesische Truppen sieben der beanspruchten Inseln, von denen sie aber kurz vor Beendigung des Vietnam-Krieges durch Streitkräfte Nordvietnams vertrieben wurden. Heute halten die Vietnamesen drei Inseln besetzt." Zu der gleichfalls umstrittenen Gruppe der Paracelsus-Inseln (Chinesisch: Xisha) wurde dargelegt, daß dort die Volksrepublik China „Stützpunkte sowohl für die Marine als auch für die Fischereiflotte" eingerichtet habe. Daraus resultierende militärische Auseinandersetzungen mit Truppen aus der Republik Vietnam (Südvietnam) habe die Volksrepublik China 1974 für sich entschieden. Vgl. Unterabteilung 34, Bd. 113012.

Um freundschaftliche Beziehungen mit den Ländern Südostasiens zu unterhalten, hat China stets eine behutsame Politik verfolgt, vor allem in der Frage der Auslandschinesen und in der Frage der Beziehungen zu den kommunistischen Parteien dieser Länder. Der Ministerpräsident hat die Philippinen, Malaysia und Singapur besucht[48] und den Standpunkt Chinas erläutert. Bereits in den 50er Jahren hat sie ihre Politik gegenüber den Auslandschinesen festgelegt und ihnen empfohlen, die Staatsangehörigkeit ihrer Gastländer anzunehmen. Doppelstaater sind der chinesischen Regierung unerwünscht.

Die Beziehungen zu den kommunistischen Parteien in Südostasien sind schon während des Zweiten Weltkrieges im Kampf gegen die japanischen Aggressoren hergestellt worden. Es gab früher in China Sendestationen der kommunistischen Parteien Malaysias und Thailands. Ihre Tätigkeiten sind eingestellt worden. Heute sind die Beziehungen Chinas zu den kommunistischen Parteien nur politischen und moralischen Charakters. Wir mischen uns weder in die inneren Angelegenheiten ihrer Heimatländer noch in die Politik der Parteien ein. Die Behandlung dieser Parteien ist Sache der jeweiligen Regierungen.

Indonesien und Malaysia haben China unterstellt, es unterstütze die subversive Tätigkeit dieser Parteien. Sie haben den Abbruch der Beziehungen zu diesen Parteien gefordert. Diese Forderung ist unbegründet. China ist ein kommunistisch geführtes Land. Eine solche Forderung an China zu stellen, widerspricht auch der allgemeinen Praxis. Der Abbruch der politisch-moralischen Beziehungen wäre nicht nur unvernünftig, sondern auch schädlich. Er würde der SU Gelegenheit geben, erneut einzugreifen.

Die Bundesrepublik Deutschland unterhält gute Beziehungen zu den ASEAN-Ländern. China hofft, daß sie die gesamte strategische Lage in Erwägung zieht und daß sie die ASEAN-Länder dahingehend beeinflußt, daß auch diese Länder von der gesamten strategischen Lage ausgehen.

Bundesminister dankt für die ausführliche Darstellung. Wir messen Ihrer Einschätzung besonderes Gewicht zu, deswegen habe ich gefragt. Was Kambodscha anbelangt, so sind wir an einem unabhängigen und blockfreien Kambodscha ohne fremde Besetzung interessiert, das sein Selbstbestimmungsrecht ausüben kann und seine territoriale Unversehrtheit bewahrt. Wir halten es für eine positive Entwicklung, daß die Vereinigte Front gebildet worden ist, und wir unterstützen diese Entwicklung. Wir glauben auch, daß ihre Bildung zu noch stärkerer Unterstützung des demokratischen Kampucheas in den Vereinten Nationen geführt hat. Die Roten Khmer bleiben international ein Problem. Es müssen alle Kräfte zusammengefaßt werden. Sie sollten sich nicht über die zukünftige Regierung streiten, bevor sie überhaupt die Möglichkeit haben, eine solche Regierung zu bilden.

Wir begrüßen die Position der VR China bezüglich ihres Verhältnisses zu einem künftigen unabhängigen Kampuchea und ihre Absicht, dort keine Einflußsphäre zu schaffen und jedes Wahlergebnis zu akzeptieren. Was das Verhältnis Vietnam/Sowjetunion anbelangt, so ist hier gewiß das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es wird der Tag kommen, an dem das vietnamesische Volk und auch

48 Ministerpräsident Zhao Ziyang besuchte die Philippinen vom 6. bis 9. August 1981 und Malaysia vom 9. bis 11. August 1981. Anschließend hielt er sich bis 14. August 1981 in Singapur auf.

vielleicht seine Regierung erkennen, daß ein unabhängiger Kurs den friedlichen Aufbau des Landes begünstigt. Ganz gewiß würde eine solche Entwicklung nicht gefördert, wenn man Kambodscha Vietnam überließe. Im Gegenteil, es würde als Belohnung einer imperialistischen Politik verstanden werden und neuen Appetit auslösen.

Ich danke Ihnen auch für Ihre Stellungnahme über das Verhältnis ASEAN/China. ASEAN ist ein wichtiger regionaler Zusammenschluß. Er spielt eine wichtige stabilisierende Rolle in der Region. Wir sind der festen Überzeugung, daß auf lange Sicht mittlere und kleinere Staaten ihre Unabhängigkeit durch Zusammenschluß besser behaupten können und dadurch zur Stabilisierung der internationalen Lage beitragen. Die EG ist im Grunde nichts anderes als ein solcher regionaler Zusammenschluß, auch wenn man bedenkt, daß die Qualität eine andere ist als die des ASEAN-Zusammenschlusses. Insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die ASEAN die ersten zehn Jahre eher im Schlafzustand verbracht hat.

Ich habe mich sehr für die Zusammenarbeit Europa/ASEAN eingesetzt, und dieses mit Erfolg. Diese Zusammenarbeit hat sehr zur Entwicklung von ASEAN beigetragen. Am 13. und 14. Oktober werden wir in London mit den ASEAN-Außenministern zusammentreffen.[49] Deswegen ist alles, was Sie gesagt haben, für mich besonders wertvoll. Ich habe es als wohltuend empfunden, daß Sie auch so offen über ihr Verhältnis zu diesen Ländern und über das Verhältnis zu den kommunistischen Parteien und den Minderheiten gesprochen haben.

Wir Deutschen sind Mitteleuropäer und wissen aus der Geschichte Europas, daß das Minderheitenproblem zu Unrecht, Instabilität und Krieg geführt hat. Deswegen ist es gewiß eine weise Entscheidung Ihrer Regierung, zu der Sie die Auslandschinesen in der Staatsangehörigkeitsfrage aufgefordert haben. Man kann nicht auf zwei Schultern tragen. Wir sind verglichen mit China allenfalls ein mittelgroßes Land, wenn nicht gar ein kleines. Unsere Nachbarn sind im Verhältnis zu uns noch kleiner als ASEAN im Verhältnis zu Ihnen. Unsere östlichen Nachbarvölker hatten immer besondere Sorgen wegen ihrer deutschen Minderheiten – dies im Blick auf den großen deutschen Nachbarn. Ihre Minderheitsposition ist klar, und ich möchte Ihnen den freundschaftlichen Rat geben: Sie können diese Haltung gar nicht oft genug öffentlich wiederholen, um dadurch die Selbstsicherheit Indonesiens und Malaysias zu stärken. (AM stimmt zu.)

Sie werden sicher auch Ihren Nachbarn in ASEAN sagen, daß Sie die kommunistischen Parteien dort nicht der SU allein überlassen wollen.

Außenminister: Wie z. B. in Thailand, wo ein Teil der kommunistischen Parteien mit Vietnam gegen Thailand zusammenarbeitet. Wir behandeln unsere Beziehungen zu diesen Parteien sehr behutsam, um die staatlichen Beziehungen nicht zu beeinträchtigen. Aber wir werden uns nicht wie Vietnam in den südostasiatischen Ländern verhalten, d. h. Lügen verbreiten und leere Versprechungen machen.

Vielleicht sollten wir uns jetzt dem Nord-Süd-Dialog und Cancún zuwenden.

49 Zur dritten Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 13./14. Oktober 1981 in London vgl. Dok. 300.

Außenminister: Ich habe Ihre Rede vor der VN-Vollversammlung studiert und auch die Erklärungen, die der frühere Präsident der VN-Vollversammlung, von Wechmar, zu diesem Thema abgegeben hat.

In der Vorbereitungskonferenz der Außenminister in Cancún[50] habe ich in meiner Rede darauf hingewiesen, daß die Nord-Süd-Beziehungen nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine politische Frage seien. Wenn der Nord-Süd-Dialog schlecht geführt wird, erhält die Sowjetunion eine Chance, und es kommt zu ungünstigen Auswirkungen auf die Stabilität in der Welt. Wenn die USA auf der kommenden Konferenz eine flexiblere Haltung einnimmt, dann ist es möglich, positive Ergebnisse zu erreichen.

Wir hoffen sehr, daß auf der Konferenz in Cancún[51] in der Prozedurfrage über die Globalen Verhandlungen Fortschritte erzielt werden, damit diese bald beginnen können. Zur Zeit herrscht leider ein Zustand der Stagnation in bezug auf Prozedur und Tagesordnung. Dabei ist ein wichtiges Problem das Verhältnis der Globalen Verhandlungen zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank.[52] Wie man dieses Problem aus der Sackgasse führen kann, haben wir uns überlegt:

1) Die Globalen Verhandlungen dürfen nicht die Befugnisse und Rechte dieser internationalen Spitzenorganisation beeinträchtigen.

2) Es darf nicht zugelassen werden, daß der Verhandlungsstoff und die Tagesordnung der Globalen Verhandlungen durch IWF und Weltbank eingeschränkt werden.

3) Die langfristigen Ziele der Verhandlungen dürfen nicht durch kurzfristige Ziele verhindert werden.

4) Zunächst kommt es darauf an, von allen wesentlichen Punkten einige auszuwählen, und wenn hierüber keine Einigung erzielt werden kann, sollten sie bei den Verhandlungen ausgelassen werden.

Sie, Herr Bundesminister, haben gesagt, man sollte die Hindernisse auf dem Weg zu Globalen Verhandlungen ausräumen. Wir möchten gerne hierzu Ihre Meinung hören.

Konkrete Projekte kann man vielleicht nach folgenden Prinzipien auswählen:

1) Projekte, die den Entwicklungsländern nutzen.

50 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2. August 1981 vgl. Dok. 226.

51 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

52 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 256, Anm. 27.
Am 6. Oktober 1981 führte Referat 402 aus: „Die Diskussion in den letzten Monaten hat gezeigt, daß die EL, aber auch die meisten westlichen IL, den Erfolg des Nord-Süd-Gipfels in Cancún letztlich allein daran messen, welchen Fortschritt er im Hinblick auf die Globalen Verhandlungen bringt. Es ist daher mit starkem Druck – in erster Linie auf die USA – zugunsten der Globalen Verhandlungen zu rechnen." Die Bundesregierung habe „versucht, in Gesprächen mit Mexiko und anderen Teilnehmerstaaten dem entgegenzuwirken, u. a. mit dem Hinweis, erst konkrete Behandlung von substantiellen Fragen könne das Klima schaffen, die Wiederaufnahme der Vorbereitung der Globalen Verhandlungen erfolgreich anzusprechen". So sei die Bundesrepublik daran interessiert, daß „die Kompetenzen von IWF, Weltbank und GATT ungeschmälert erhalten bleiben" und „Einigkeit besteht, daß ein Thema wie die Indexierung von Rohstoffpreisen aus den Globalen Verhandlungen herausgehalten werden soll". Unter dieser Voraussetzung könnten die Vorbereitung zu den Globalen Verhandlungen wiederaufgenommen und diese selbst „möglichst bald" begonnen werden. Vgl. Referat 412, Bd. 122391.

2) Projekte, mit denen die meisten Länder einverstanden sind.

3) Projekte, die mit einer Lösung langfristiger Probleme im Zusammenhang stehen.

Wenn hierüber Einigung erzielt wird, dann müßte diese im Bericht der Ko-Präsidenten[53] aufgenommen werden, um dadurch einen positiven Anstoß für die Globalen Verhandlungen zu geben. Sie haben vorgeschlagen, bei der Weltbank ein Energieorgan einzurichten.[54] Die USA sind dagegen, auch manche OPEC-Länder. Wie wollen Sie diesen Vorschlag realisieren? Außerdem interessiert uns, welche konkrete Vorstellungen Ihr Land zu Fragen der Energie, zu Fragen der Getreidewirtschaft, des Handels und der Rohstoffe einnimmt.

Ob Cancún erfolgreich sein wird, hängt stark von den USA ab. Glauben Sie, daß die USA eine flexiblere Haltung einnehmen werden? Wie ist Ihre Meinung? Wir hoffen, daß der Bundeskanzler seinen Einfluß auf die amerikanische Seite und insbesondere Präsident Reagan ausüben wird. Einige hohe Beamte in den Vereinigten Staaten haben angemerkt, daß es freie Märkte, aber keine kostenfreien Mittagessen geben sollte. Solche Gefühle müssen die Länder der Dritten Welt verletzen und die Beziehungen zur Dritten Welt und unseren gemeinsamen Kampf gegen die Sowjetunion belasten.

Bundesminister: Wir gehören zu jenen Ländern, die Cancún in Gang gesetzt und vorbereitet haben. Wir sind für die Konferenz, weil wir glauben, daß der Nord-Süd-Dialog neue Impulse benötigt. Die Konferenz muß nach unserer Meinung auf hoher Ebene stattfinden, die Anzahl der Teilnehmer muß ihre Handlungsfähigkeit erlauben. Als Realisten wissen wir, daß das Risiko besteht, daß die Konferenz zu viele Erwartungen erzeugen kann, die dann nicht erfüllt werden. Wir sehen den Nord-Süd-Dialog als einen Beitrag zur Stabilität und zur Friedenssicherung. Nord-Süd-Politik ist Weltfriedenspolitik. Die Nord-Süd-Frage ist die soziale Frage der Welt, die der Nord-Süd-Dialog bis zum Ende des Jahrtausends schrittweise lösen soll.

Die Bundesregierung ist befriedigt, daß China der Einladung nach Cancún Folge leisten wird. Wir hätten es begrüßt, wenn auch die Sowjetunion gekommen wäre. Denn dadurch wäre gezeigt worden, daß es sich um eine Konferenz handelt, die alle Staaten betrifft, da es um das Überleben der Menschheit geht. Das Zögern der Sowjetunion zeigt, daß sie noch immer keine endgültige Position zum Nord-Süd-Dialog bezogen hat.

Außenminister: Ich stimme dieser Auffassung zu.

Bundesminister: Die Sowjetunion möchte überall mitreden, aber keine Mitverantwortung für die Menschheit tragen. Die USA waren nicht von Anfang an entschlossen, daran teilzunehmen. Es ist nicht zuletzt unserem Einfluß zuzuschreiben, daß sie sich zur Teilnahme entschlossen haben. Dies ist aus mehreren Gründen positiv:

Zunächst aus einem Grund, der nicht unmittelbar mit dem Thema Cancún etwas zu tun hat: Die Konferenz wird dem amerikanischen Präsidenten die Möglichkeit geben, hervorragende Repräsentanten der Dritten Welt zu treffen. Wir

53 José López Portillo y Pacheco und Pierre Elliott Trudeau.

54 Zum Vorschlag der Gründung einer „Energiebank“ vgl. Dok. 198, Anm. 97.

erwarten, daß diese Begegnung größere Aufgeschlossenheit zu den Blockfreien und Staaten der Dritten Welt erzielen wird. Manche Vertreter der Dritten Welt werden auch ihre Vorurteile gegenüber den USA abbauen. Für die Nord-Süd-Problematik ist als positiv zu bewerten, daß Außenminister Haig dem Thema in seiner Rede vor den Vereinten Nationen breiten, ja zentralen Raum eingeräumt hat.[55] Nicht alles, was er gesagt hat, wird den Staaten der Dritten Welt wie Musik in den Ohren klingen. Wichtig aber ist, daß er dieses Thema überhaupt angesprochen und ihm breiten Raum gegeben hat.

Es wird in Cancún im wesentlichen vier Themen geben:

1) Aufnahme und Fortsetzung der Globalen Verhandlungen. Cancún soll hierfür ein Startschuß sein. Ich habe entschieden, noch einen Brief an Außenminister Haig zu richten und zu bitten, daß man bei den Vorbereitungen für Cancún in Washington die Tür für Globale Verhandlungen öffnet.[56]

2) Strategie für eine Ernährungsstabilisierung. Befriedigung der Grundbedürfnisse der Dritten Welt (möglichst aus eigener Produktion, dies wäre auch beschäftigungspolitisch wichtig) wäre auch für die Unabhängigkeit der DW-Staaten wichtig.

3) Entwicklung einer Energiestrategie

Wir haben vom Außenminister Saudi-Arabiens[57] ein positives Signal erhalten. Dies ist einer der Gründe, weswegen ich die saudi-arabische Politik als verantwortungsbewußt qualifiziert habe. Wir müssen abwarten, wie andere Ölländer reagieren werden.

Außenminister: Wie ist die Haltung Saudi-Arabiens zur Weltbank-Energietochter?

Bundesminister: Bisher liegt keine Antwort vor, aber die Bereitschaft, überhaupt zu diskutieren, ist als positiv zu bewerten, wenn man die bisherige Haltung anderer OPEC-Länder betrachtet.

4) Institutionelle Fragen: Das schwierigste Kapitel sind die institutionellen Fragen. Ich verstehe den Wunsch der Drittwelt-Länder nach starkem Einfluß und Beteiligung in Institutionen, die sich mit Finanzfragen beschäftigen. Andererseits muß gesehen werden, daß diejenigen, die die Mittel aufbringen, auch ein gewichtiges Wort mitreden wollen bei der Verwendung dieser Mittel. Die Bereitschaft, Mittel bereitzustellen, könnte reduziert werden, wenn die Forderungen nach institutionellen Einflüssen zu stark werden. Ich glaube, daß unsere

55 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 21. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meeting, S. 54–58. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 630–635 (Auszug).

56 Mit Schreiben vom 9. Oktober 1981 teilte Bundesminister Genscher dem amerikanischen Außenminister Haig mit, daß ihn die bevorstehende Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún „mit einer gewissen Sorge“ hinsichtlich der Zukunft der Globalen Verhandlungen erfülle: „Meine Gespräche und sonstigen Informationen, vor allem aus der Dritten Welt, zeigen mir, daß die Teilnehmer am Treffen mit hohen Erwartungen nach Cancún gehen werden: Sie hoffen, daß es dem amerikanischen Präsidenten möglich sein wird, eine Entscheidung zugunsten einer erneuten Mitarbeit an den Globalen Verhandlungen und möglichst auch an dem Projekt einer Weltbanktochter für Energie zu treffen.“ Die Bundesregierung teile diese Hoffnung und würde deshalb eine amerikanische Entscheidung für eine Teilnahme an den Globalen Verhandlungen „außerordentlich begrüßen“. Vgl. Referat 010, Bd. 178849.

57 Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud.

Freunde aus der DW sich in dieser Frage zurückhalten und vorzugsweise ihre Aufmerksamkeit auf die ersten drei Themen konzentrieren, auf einen Durchbruch bei den Globalen Verhandlungen und Fortschritte bei den Ernährungs- und Energiefragen. Dann wäre Cancún ein großer Erfolg.

Außenminister: Auf seiten der USA hat offenbar der Präsident und die Administration das Gewicht des Kapitals und der freien Marktwirtschaft, aber nicht der Globalen Verhandlungen betont.

Bundesminister: Deswegen schreibe ich den Brief. Bitte unterschätzen Sie nicht die Bedeutung des privaten Kapitals für Investitionen in der Dritten Welt. Wenn die USA vom freien Welthandel sprechen, beinhaltet das die Ablehnung[58] des Protektionismus. Die Entwicklungsländer sind darauf angewiesen, daß sie in den Industrieländern außer Rohstoffen mehr und mehr Halb- und Fertigfabrikate verkaufen können. Das aber schafft Strukturprobleme in den Industrieländern. Es wäre gefährlich, wenn diese mit der Schließung ihrer Märkte antworten würden. Gerade aus diesem Grund treten auch wir nachdrücklich für die Beibehaltung eines offenen und freien Welthandels ein.

Außenminister: Ich habe vorhin betont, daß der Nord-Süd-Dialog nicht nur ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Problem behandelt. Er berührt die Stabilität der Welt und die Sicherung des Weltfriedens. Nur wenn die Nord-Süd-Beziehungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils hergestellt werden, kann der Frieden gesichert werden. In bezug auf die alte Weltwirtschaftsordnung müssen Maßnahmen ergriffen werden, um sie zu reformieren, Schritt für Schritt. Schenkt man diesem Problem keine Beachtung, dann werden die Industrieländer eines Tages gezwungen sein, sich einer chaotischen Lage entgegenzustellen. In Cancún habe ich mit dem französischen Außenminister[59] gesprochen. Er ist der Meinung gewesen, daß man der Sowjetunion ein Geschenk auf silberner Schale überreichen würde, sollte die Konferenz scheitern.

Bundesminister: Ich teile voll Ihre Einschätzung der Cancún-Konferenz. Bei allen Teilnehmern muß das Gefühl dafür gestärkt werden, daß Regelungen nur dann möglich sind, wenn die Verhandlungen nach dem Prinzip der Gleichberechtigung und des allseitigen Vorteils geführt werden.

Der chinesische *Außenminister* stimmt dieser Auffassung noch einmal ausdrücklich zu und geht sodann zur Behandlung bilateraler Fragen über.

Außenminister: Ich bin einverstanden mit dem Prinzip der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils. Lassen Sie uns nun über die bilateralen Beziehungen sprechen. Dank gemeinsamer Bemühungen haben sie sich gut entwikkelt. Es wurden substantielle Fortschritte, einschließlich bei den gegenseitigen Besuchen, erzielt. Das gegenseitige Verständnis wurde gefördert und die Entwicklung der freundschaftlichen Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel weit entwickelt. Das Volumen und die Zuwachsraten haben die Handelsbeziehungen mit anderen westeuropäischen Ländern übertroffen. Der Austausch im Bereich von Wissenschaft und Kultur mehrt sich von Jahr zu Jahr und hat Erfolge zu verzeichnen.

58 Korrigiert aus: „Ablebung".
59 Claude Cheysson.

Bei Ihrem letzten China-Besuch haben wir eine Liste über durchzuführende kulturelle Projekte ausgetauscht.[60] Es sind 160 Projekte realisiert und erfolgreich abgewickelt worden. Wir schenken dieser Entwicklung große Bedeutung. Wir waren nicht mit allen zufrieden.

Was die weiteren Beziehungen anbelangt, so betrachten wir sie nicht nur von bilateraler, sondern von gesamtstrategischer Höhe.

Wir schätzen die wichtige Rolle der Bundesrepublik Deutschland in den internationalen Beziehungen sehr. Wir sind bereit, sie allseitig zu erweitern: im Bereich der politischen Konsultationen, Wirtschaft und Handel und in Kultur und Wissenschaft.

China verfolgt eine Wirtschaftspolitik der Readjustierung. Anfängliche Erfolge sind zu verzeichnen; infolge der Regulierung der Volkswirtschaft können wir nicht umhin, bei manchen Projekten Veränderungen hinzunehmen. Langfristig werden die Wirtschaftsbeziehungen nach erfolgreicher Regulierung auf soliderer Basis bestehen. Neue Projekte werden sich ergeben. Die zweite Runde der Verhandlungen für ein Investitionsförderungsabkommen wird bald beginnen, und wir hoffen auf einen baldigen erfolgreichen Abschluß.[61] Ihr Land hat seit diesem Jahr technische Entwicklungshilfe gewährt.[62] Diese spielt bei der Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit eine positive Rolle. China wird sich seinerseits bemühen, seine Leistungen zu verbessern und damit Ihre technische Hilfe noch mehr zur Geltung zu bringen. Wenn Ihr Land im Rahmen der Entwicklungshilfe auch eine Kapitalhilfe in Erwägung ziehen würde, würde diese die bilateralen Beziehungen stärken und beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes helfen.[63] Wir ergänzen uns im wirtschaftlichen Bereich. Wir sind zuversichtlich über die Entwicklung in unserem Land. Zur Zeit führt China die Readjustierung durch. Wir mußten manches Projekt zurückstellen, kommen aber unseren Verpflichtungen nach.

60 Bundesminister Genscher und der chinesische Außenminister Huang Hua tauschten am 13. Oktober 1977 Programmlisten für den deutsch-chinesischen Kulturaustausch 1977/1978 aus. Für die Programmliste vgl. die Anlage zum Rundschreiben des Vortragenden Legationsrats Laub vom 18. Oktober 1977; Referat 303, Bd. 103179.

61 Zum Stand der Verhandlungen über ein Investitionsförderungsabkommen wies Referat 422 darauf hin, daß im März 1981 bei Gesprächen in Peking „erhebliche Fortschritte erzielt" worden seien: „Insbesondere versicherte die chinesische Delegation, daß sie feste und klare Garantien für ausländische Investitionen geben und die internationalen Regeln und Gepflogenheiten beachten wolle. Gravierende Meinungsverschiedenheiten bestehen u. a. noch in der Frage der Enteignung und Entschädigung […]. Kontrovers ist ferner das Transferproblem. Die chinesische Seite will die Überweisung von Gewinnen und Liquidationserlösen ins Ausland nur nach Maßgabe der chinesischen Devisenvorschriften zulassen. Die übrigen Vertragsprobleme gelten als konsensusfähig. Die Verhandlungen werden voraussichtlich Mitte Oktober fortgesetzt." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 341, Bd. 125305.

62 Referat 400 führte dazu aus, daß in der Rahmenplanung 1981 15 Mio. DM für Technische Zusammenarbeit (TZ) mit der Volksrepublik China vorgesehen seien: „Dieser Ansatz wird 1982 wiederholt. Bis zum Abschluß des z. Zt. verhandelten TZ-Rahmenabkommens werden die geplanten TZ-Projekte (Föderung des Patentwesens, Maßnahmen zur optimalen Verwendung von Düngemitteln, Forschungsvorhaben Agrarökonomie) so weit wie möglich vorbereitet. Die Zusammenarbeit bei Aus- und Fortbildungsmaßnahmen läuft bereits an. Das Auswärtige Amt stellt daneben erhebliche Mittel aus dem Kulturtitel für Universitätsförderung und Stipendien zur Verfügung." Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 341, Bd. 125305.

63 Zum Wunsch der Volksrepublik China nach Kapitalhilfe vgl. Dok. 224, Anm. 23 und 24.

In manchen Kreisen werden über die innere Lage in China ungünstige und aggressive Berichte veröffentlicht. Dadurch wird seine internationale Stellung herabgesetzt. Diese bringen aber auch Vorteile, denn die Berichte ermutigen uns, uns zusammenzuschließen und den wirtschaftlichen Aufbau voranzubringen. Wir hoffen, daß beide Länder von einem strategischen Standpunkt aus die Frage ernsthaft prüfen werden, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu verstärken. Was die Kapitalhilfe anbelangt, so habe ich schon beim letzten Besuch diese Frage gestellt.[64]

Bundesminister: Wir sind am Ausbau unserer Beziehungen so breit wie möglich interessiert. Wir möchten die wirtschaftlichen Beziehungen langfristig gestalten. Dazu gehört, daß die Wirtschafts- und Wissenschaftsvertreter noch mehr über die künftigen Schwerpunkte in der Entwicklung Ihres Landes erfahren. Die Zusammenarbeit im wissenschaftlichen Bereich betrachten wir als sehr positiv. Wir hoffen, daß weitere Fortschritte erzielt werden.

Ebenso halten wir die kulturelle Zusammenarbeit für sehr wichtig.[65] Die Verhandlungen über den Investitionsförderungsvertrag sind von großer Bedeutung. Wir hoffen, daß die Bemühungen zur Annäherung der Standpunkte möglichst noch in diesem Monat fortgesetzt werden.

Was die entwicklungspolitische Zusammenarbeit anbelangt, so haben wir uns für die Aufnahme Chinas auf die DAC-Liste eingesetzt.[66] Wir sollten jetzt unsere Verhandlungen zum Abschluß unseres TZ-Rahmenabkommens zu Ende führen. Nutzen Sie auch die DEG-Gesellschaft[67].

In bezug auf die finanzielle Zusammenarbeit kennen Sie unsere Haushaltsschwierigkeiten. Wir haben es sehr gewürdigt, daß Sie die finanzielle Zusammenarbeit nicht zu Lasten anderer Entwicklungsländer beginnen wollen. Ich hoffe, daß der Tag nicht fern ist, an dem wir auch zu einer solchen Zusammenarbeit kommen werden. Verhandlungen über das Doppelbesteuerungsabkommen

64 Der chinesische Außenminister Huang Hua hielt sich am 19./20. Juni 1980 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 181.
Referat 400 erläuterte dazu: „Für die finanzielle Zusammenarbeit (FZ) konnte dagegen noch keine positive Aussage gemacht werden, obwohl die Chinesen wiederholt den Wunsch nach günstigen Krediten vorgetragen haben. Wegen der angespannten Haushaltslage und sinkendem Volumen der verfügbaren FZ-Verpflichtungsermächtigungen wäre FZ an China nur zu Lasten der übrigen EL denkbar." Für die undatierte Aufzeichnung vgl. Referat 341, Bd. 125305.

65 In einer undatierten Aufzeichnung legte Referat 610 zu den Kulturbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Volksrepublik China dar: „Schwerpunkt der kulturellen Beziehungen bilden Wissenschaftsaustausch und Sprachförderung. […] Die deutliche Unausgewogenheit zwischen dem deutschen und dem chinesischen Angebot im Wissenschaftsbereich hat sich jedoch trotz unserer Bemühungen in den letzten Jahren nicht verbessert." Mittlerweile drohten sogar Rückschritte: „Der chinesische Entwurf für das Programm 1982/83 sieht die Streichung der ein- bis dreimonatigen wissenschaftlichen Studienaufenthalte vor […]. Auch im Bereich der Förderung der deutschen Sprache lehnt der chines[ische] Entwurf mehrere deutsche Vorschläge ab. Diese Einschränkungen beruhen offenbar auf einer politisch-ideologisch motivierten Verhärtung des Kultur- und Geisteslebens der VR China in letzter Zeit, die auch dazu führt, die Kontakte mit dem westlichen Ausland, wenn auch nicht zu unterbinden, so doch stärker zu kontrollieren." Schwierigkeiten gebe es auch im Bereich Kunst, so etwa bei Ausstellungen oder Filmwochen. Vgl. Referat 341, Bd. 125305.

66 Referat 400 merkte dazu an, daß die Volkssrepublik China „am 18.12.1979 vom D[evelopment] A[ssistance] C[ommittee] als Entwicklungsland (EL) anerkannt" worden sei. Vgl. die undatierte Aufzeichnung; Referat 341, Bd. 125305.

67 Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft).

sollten in diesem Monat zustande kommen.[68] Wenn tatsächlich alle diese Verhandlungen in diesem Monat sattfinden werden, dann wird es ein deutsch-chinesischer Monat sein.

Außenminister stimmt dieser Auffassung zu und übermittelt eine Einladung des Herrn Ministerpräsidenten an den Bundeskanzler zum Frühstück am 23. Oktober 1981 in Cancún. Daran soll u. a. teilnehmen: die englische Premierministerin Frau Thatcher, der kanadische Ministerpräsident Trudeau und der österreichische Bundeskanzler[69]. Er bittet um Prüfung, ob diese Einladung angenommen werden kann.

Referat 341, Bd. 125305

284

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow

VS-vertraulich **6. Oktober 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem ACDA-Direktor Eugene W. Rostow am 6. Oktober 1981 von 17.20 bis 18.30 Uhr im Bundeskanzleramt[2]

Bei dem Gespräch waren außerdem anwesend: Botschafter Burns, BR Lissfeld, ein ACDA-Mitarbeiter, MD von der Gablentz.

68 In einer undatierten Aufzeichnung erläuterte Referat 511, daß vom 19. bis 23. Oktober 1981 in Peking die „erste Verhandlungsrunde über ein allgemeines Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China stattfinden" werde: „Aufgrund der am 7./8. und 12. Februar 1980 in Bonn geführten Verhandlungen wurde durch Notenwechsel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China vom 27.2./14.3.1980 festgestellt, daß die Einkünfte und Vermögenswerte der Luftverkehrsunternehmen des einen Staates im jeweils anderen Staat unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit nicht besteuert werden." Vgl. Referat 341, Bd. 125305.

69 Bruno Kreisky.

1 Durchdruck.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 14. Oktober 1981 gefertigt und am Folgetag an Ministerialdirigent Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz: „Hiermit übersende ich den vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk über sein Gespräch mit ACDA-Direktor Rostow am 6. Oktober 1981 zur Unterrichtung des Bundesministers."
Hat Wallau am 15. Oktober 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14098 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Mit Schreiben vom 22. Oktober 1981 an Wallau übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, Korrekturen des Bundeskanzlers Schmidt. Vgl. VS-Bd. 14098 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 18 und 22.

2 Zum Aufenthalt des Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, vom 4. bis 9. Oktober 1981 in der Bundesrepublik vgl. auch Dok. 295.

Rostow eröffnet das Gespräch mit der Frage, was die Amerikaner bei den Rüstungskontrollverhandlungen tun können, um zu helfen. Sein Besuch in Deutschland dient vor allem dazu, mehr über die besonderen europäischen Empfindlichkeiten auf diesem Gebiet zu erfahren.

Bundeskanzler begrüßt die Haltung Rostows, die in seiner Frage zum Ausdruck kommt. Leider waren Äußerungen aus den Vereinigten Staaten bisher vor allem in Nordeuropa weniger hilfreich. Zu seiner großen Erleichterung ist die Lage in diesem Bereich in Italien einfacher. In Teilen Europas ist das Mißverständnis verbreitet, daß die USA in Wirklichkeit nicht Gleichgewicht, sondern Übergewicht anstreben. Das ist eine Fehlinterpretation, die sich auf Wahlkampfäußerungen und Einzelaussagen danach stützt und von einigen deutschen und anderen europäischen Medien verstärkt wurde.

Ihm selbst hat der Präsident bei dem ersten Treffen kurz nach der Wahl[3] voll von seinem Verhandlungswillen überzeugt. Er hat auch bei jeder Gelegenheit wiederholt, daß er an dieser Überzeugung festhält. Das war angesichts manch anderer Stimmen aus Washington nicht immer einfach. Er ist daher dankbar, daß jetzt die Verhandlungen beginnen werden.[4] Die sog. TNF sind für uns strategische Waffen, die unsere ganze Nation auslöschen können. Im historischen Rückblick war es zunächst schwierig für ihn, die USA zu überzeugen, etwas gegen den Aufbau der sowjetischen Mittelstreckenwaffen zu tun. Man sagte sogar, es gehe ihn nichts an. Er entschloß sich daher, in seinem Vortrag vor dem IISS in London 1977[5] die Sache an die Öffentlichkeit zu bringen. Während des Jahres 1978 verstanden dann die Amerikaner, daß sie etwas tun mußten. Beim Vierergipfel in Guadeloupe[6] wurde dann der Gedanke des Doppelbeschlusses[7] geboren, den er dann in einem harten Kampf innerhalb seiner eigenen Partei beim Berliner Parteitag[8] mit einer Mehrheit von vier zu eins trotz Breschnews Moratoriumsvorschlag[9] durchgesetzt hat. Er hatte bereits damals den Gedanken, nach Moskau zu fahren und Breschnew von der Notwendigkeit von LRTNF-Verhandlungen zu überzeugen. Davon hat ihn auch der sowjetische Einmarsch in Afghanistan[10] nicht abgehalten, nach dem wir übrigens zusammen nur mit Monaco und Norwegen volle Solidarität mit den amerikanischen Sportlern ge-

3 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 18. bis 21. November 1980 in den USA auf. Am 20. November 1980 führte er ein Gespräch mit dem designierten Präsidenten Reagan. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 337.

4 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

5 Bundeskanzler Schmidt hielt am 28. Oktober 1977 in London einen Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

6 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

7 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

8 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt vor dem SPD-Parteirat am 3. Dezember 1979 in Berlin (West); Dok. 242, Anm. 13.
Der Bundesparteitag der SPD fand vom 3. bis 7. Dezember 1979 in Berlin (West) statt. Für den Wortlaut des dort angenommenen Antrags des SPD-Parteivorstands zur Friedens- und Sicherheitspolitik vgl. PARTEITAG DER SPD 1979, Bd. 2, S. 1228–1244.

9 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

10 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

zeigt haben, als uns Carter mit seinem Gedanken überraschte, die Beziehungen zur SU zu kappen und die Olympischen Spiele zu boykottieren.[11] Von seiner Begegnung mit Breschnew in Moskau im Sommer 1980[12] brachte er dann die sowjetische Verhandlungsbereitschaft mit. Jetzt im Jahre 1981 hat er sich öffentlich festgelegt, daß er zurücktreten wird, wenn die Amerikaner nicht ernsthaft und erfolgsorientiert verhandeln.[13] In der Zwischenzeit hat sich in Westeuropa eine Opposition gegen den Doppelbeschluß formiert, die auch die europäisch-amerikanischen Beziehungen und die Allianz berührt. Er hat Breschnew ausdrücklich vor der Hoffnung gewarnt, daß die SU auf diese Weise den NATO-Beschluß aushöhlen könne.

Er bittet, Präsident Reagan zu übermitteln, daß die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen für uns von vitaler Bedeutung sind. Wir werden an unserer bisherigen Linie festhalten: militärisches Gleichgewicht, Abschreckungsfähigkeit. Wir werden unseren Teil dazu beitragen. Aber auf der Grundlage dieses Gleichgewichts möchten wir Zusammenarbeit mit dem Osten. Auf der Oberfläche des Staates Oregon leben bei uns 62 Millionen Menschen. Die Amerikaner würden nicht daran denken, auf ihrem eigenen Territorium 6000 Nuklearwaffen in einer so dicht bevölkerten Gegend zu stationieren. Wir akzeptieren das. Man muß in Washington aber auch die Sensibilitäten unserer Bevölkerung verstehen, die weit gerechtfertigter erscheinen als die Probleme der Umweltschützer in Utah und Nevada, über die man sich in Washington den Kopf zerbricht. Das hat alles nichts mit Antiamerikanismus zu tun. Die Amerikaner können den Europäern am meisten helfen, wenn sie jetzt zügig und am Erfolg orientiert verhandeln.

Die sowjetische Propaganda versucht, diese Situation auszunutzen und den Deutschen Angst zu machen. Die Amerikaner sollten ihrerseits nicht zu dieser Angst beitragen. Wenn sie die Unterstützung der öffentlichen Meinung in den nicht-nuklearen Ländern Europas verlieren, wäre das für die ganze westliche Allianz ein strategischer Verlust. Die Öffentlichkeit in Frankreich und Großbritannien ist der subtilen politischen Erpressung aus dem Osten weniger ausgesetzt, weil beide Staaten eigene Nuklearwaffen besitzen.

Auf Einwurf Rostows, daß SALT II zur Entkopplung Amerikas und Europas geführt hätte, meint er, daß bei den Europäern sich unglücklicherweise der Eindruck festgesetzt hat, daß drei amerikanische Präsidenten einen Vertrag verhandelt und unterzeichnet haben, der nun schließlich doch nicht von den Amerikanern ratifiziert wird.[14]

11 Zum Boykott der Olympischen Sommerspiele in Moskau vom 19. Juli bis 3. August 1980 durch die Bundesrepublik und die USA vgl. Dok. 141, Anm. 13, und Dok. 163, Anm. 25.

12 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

13 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 16. Mai 1981 in Recklinghausen bzw. am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen; Dok. 153, Anm. 35.

14 Die zweite Phase der Gespräche zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) begann am 21. November 1972 und erstreckte sich über die Amtszeiten der Präsidenten Nixon, Ford und Carter. Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, unterzeichneten den Vertrag über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) am 18. Juni 1979 in Wien. Für den Wortlaut des Vertrags und der dazugehörigen Dokumente vgl.

Rostow: Ziel der Verhandlungen muß sein, gleiche Abschreckung für beide Seiten zu sichern und die SU daran zu hindern, mit nuklearer Drohung politisch zu erpressen. Er erläutert auf Frage des Bundeskanzlers, daß die ACDA 1961 gegründet wurde, direkt dem Präsidenten untersteht, dem sie auch Vorschläge unterbreitet, die sie auch nach Billigung ausführt. Sie arbeitet natürlich eng mit den Ministerien und den Joint Chiefs of Staff zusammen.

Er hofft, daß die amerikanische Verhandlungslinie für START Anfang 1982 fertig ist und daß Expertenbesprechungen spätestens im März beginnen können.[15] Sie werden parallel zu den LRTNF-Verhandlungen in Genf stattfinden, für die man ja auch den SALT-Zusammenhang wahren möchte. Die Amerikaner sind entschlossen, Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau zu erreichen. Es könnte sich auf die Verhandlungen auswirken, daß die Sowjets wegen der gegenwärtigen Lage in Polen Interesse haben könnten, ihre Beziehungen mit dem Westen zu stabilisieren.

Er berichtet, daß ihn die deutsche Botschaft in Washington ermutigt habe, zu intensiven Gesprächen nach Bonn zu kommen. Er führt viele Gespräche, spricht heute Abend vor der Gesellschaft für Auswärtige Politik und tritt im Fernsehen auf.[16]

Er hat bereits erste Sachgespräche mit den Sowjets, dem sowjetischen Gesandten Bessmertnych geführt. Dabei ging es um Datenfrage und Verifikation.

Zum neuen amerikanischen Rüstungsprogramm[17] betont er, daß man das landgestützte Bein der Abschreckung voll aufrechterhalte, obwohl Weinberger es als obsolet bezeichnete.

Bundeskanzler: Dann wären auch die Pershing II obsolet. Eine Aufgabe der[18] Landstützung der MX hätte das Ende des Doppelbeschlusses bedeutet. Eine sol-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1521

DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

15 Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen.

16 Der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, hielt am 6. Oktober 1981 bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik einen Vortrag zum Thema „Rüstungskontrolle in den Achtziger Jahren – Probleme und Vorstellungen". Vgl. Referat 220, Bd. 123100. Am Vormittag desselben Tages gab er dem Fernsehjournalisten Lueg ein Interview, das am Abend in der ARD-Sendung „Tagesthemen" ausgestrahlt wurde. Vgl. dazu das Besuchsprogramm; Referat 220, Bd. 123100.

Am 15. Oktober 1981 teilte Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron den Botschaften in Moskau und Washington sowie der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel mit: „Der Besuch Rostows hat in den hiesigen Medien keinen sehr großen Niederschlag gefunden. Dies ist nicht auf mangelndes Interesse zurückzuführen, sondern darauf, daß die deutschen Medien sich im außenpolitischen Bereich in erster Linie mit den Ergebnissen in Ägypten und im innenpolitischen Bereich mit der großen ‚Friedensdemonstration' und den sich darumrankenden Kontroversen befaßten. […] Das Interesse an der Rede Rostows in der DGAP war sehr groß. Er hatte ca. 350 Zuhörer, die seine Ausführungen – soweit feststellbar – positiv aufnahmen. Allerdings war das Presseecho darauf wegen der genannten Gründe gering." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5296; Referat 220, Bd. 123100.

17 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

18 Die Wörter „Aufgabe der" wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt nachträglich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

che Entscheidung würde ihn zu einer heftigen Auseinandersetzung mit der amerikanischen Regierung zwingen. Er würde sie nicht hinnehmen.

Rostow: Diese Haltung ist in Washington voll verstanden und bei der Rüstungsentscheidung berücksichtigt worden. Weinberger sieht vor allem die Frage der Verwundbarkeit, während er selbst meint, daß es mehr auf die Anzahl der Raketen ankommt.

Bundeskanzler: Er wird an den Entscheidungen der NATO festhalten. Sie sollten aber auch nicht geändert werden. (Rostow: Wir werden sie nicht ändern.) Er betont, daß das Ziel seiner Bemerkungen ist, zu einer größeren Sensibilität für die psychologische Lage in Europa beizutragen. (Rostow: Es geht nicht so sehr um nukleare Kriegführung wie um nukleare Erpressung.)

Er meint, daß man stärker als bisher über den Abzug obsoleter nuklearer Waffen nachdenken und nicht vor den angeblichen Schwierigkeiten zurückschrecken sollte, sie zu deaktivieren. Weil er darauf bestand, haben die Amerikaner 1000 Sprengköpfe abgezogen[19], dies aber leider nicht politisch ausgenutzt.

Er wird Breschnew bei seinem Besuch in Bonn[20] seine Enttäuschung nicht verhehlen, daß die SU trotz der Vereinbarung eines ungefähren Gleichgewichts 1978 im Mittelstreckenbereich[21] verstärkt weitergerüstet hat. Er wird ihm auch sagen, daß die Sowjets keine Chance haben werden, ihn über den Nachrüstungsbeschluß zu Fall zu bringen. Er möchte ihn davon überzeugen, daß die USA Frieden wünschen und ernsthaft verhandeln wollen und bereit sind, das Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau als heute zu suchen. Breschnew selbst ist nach seiner Meinung wohl das friedfertigste unter den Politbüromitgliedern, aber er ist alt und krank. Die neue Garde wird aus der innenpolitischen Parteikarriere kommen und kennt mit Ausnahme von Gromyko und Ponomarjow die Welt außerhalb der SU nicht.[22] Die Amerikaner dürfen daher jetzt keine Zeit vergeuden. Bis 1980 haben die Sowjets Zeit vergeudet, dann während eines Jahres die Amerikaner. Sie müssen jetzt beginnen. Wenn sie nicht die Unterstützung vieler Europäer verlieren wollen, dürfen sie nicht den Eindruck erwecken, als hätten sie endlos Zeit.

Die Skandinavier finden es schwierig, ihrer Öffentlichkeit die Probleme einer nuklearfreien Zone[23] klarzumachen. Er selbst hat sehr deutlich gesagt, daß wir an keiner nuklearfreien Zone interessiert sein können, da schon die Diskussion dazu beiträgt, die Bundesrepublik in eine Sonderposition als Hauptzielscheibe politischer Nötigung zu treiben.

19 Die USA begannen im Frühjahr 1980 mit dem im NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 angekündigten Abzug von 1000 nuklearen Gefechtsköpfen. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 129.

20 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

21 Vgl. dazu die Gemeinsame Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. das Kommuniqué anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik; BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.
Zum Besuch vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

22 Dieser Satz wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Die neue Garde wird mit Ausnahme von Gromyko und Ponomarjow aus der Parteikarriere kommen und kennt die Welt außerhalb der SU nicht." Vgl. Anm. 1.

23 Zu den Vorstellungen hinsichtlich einer kernwaffenfreien Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 242.

Rostow erläutert auf Frage des Bundeskanzlers nach der besonderen Betonung der Verifikationsfrage, daß er dem Rat eines führenden Beamten der Carter-Administration gefolgt sei, vor eigentlichen Verhandlungen mit den Russen Gespräche zu suchen. Er hat diese Gespräche daher bereits im August aufgenommen. Dabei rückt die Frage der Verifikation in den Mittelpunkt. Die nationalen Verifikationsmittel sind eine gute Sache, können aber keine Aufklärung z. B. über Gewicht, Zerstörungskraft und Anzahl der Sprengköpfe zum Nachladen geben. Sie müssen daher durch „kooperative Maßnahmen der Verifikation" ergänzt werden bei all den Waffen, die sonst nicht voll erkannt werden können. Das gilt natürlich besonders für chemische und biologische Waffen.

Auf Bemerkung des Bundeskanzlers, daß er seinerseits nicht daran interessiert ist, sowjetische Inspektionsgruppen bei uns zu sehen, meint er, daß dafür auch keine sehr große Gefahr bestehe.

Bundeskanzler: Worauf es wirklich bei den Verhandlungen ankommt, sind die Raketen. Sollte es wirklich zu einem nuklearen Schlagaustausch kommen, ist schwer vorzustellen, daß es nach dem ersten Abschuß noch zu einem zweiten kommt. Man sollte daher die Anforderungen an die Verifikation nicht zu hoch schrauben, sondern sich vor allem für die Raketen, ihre Mobilität, ihren dreifachen Sprengkopf und ihre Reichweite interessieren. (Rostow: Wir werden wegen der Verifikation die Verhandlungen nicht hinauszögern.)

Er fügt eine Schlußbemerkung zur Neutronenwaffe[24] an: Bitte erschweren Sie unsere Lage nicht, indem Sie zu viel über die Neutronenwaffe reden. Nach seinem eigenen Urteil sieht er in den nächsten Jahren keine Chance, daß er – was immer er auch in der Sache denkt – seine Zustimmung zu einer Stationierung von Neutronenwaffen geben kann.

VS-Bd. 14098 (010)

24 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

285

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Citron

220-371.80 SALT-1601/81 VS-vertraulich **6. Oktober 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Entscheidungen Präsident Reagans über die Modernisierung der strategischen Rüstung[4];
hier: Auswirkungen auf die SALT-Vereinbarungen[5]

1) Die o. a. Entscheidungen Präsident Reagans, über welche die Bundesregierung vorab durch eine Botschaft von AM Haig an den Herrn Bundesminister vom 2. Oktober[6] unterrichtet wurde, sieht folgende fünf Maßnahmenbündel vor:

a) Entwicklung und Produktion von mindestens 100 landgestützten MX-Raketen, die in die vorhandenen (und für diesen Zweck umzubauenden) Festbunker der Titan- oder Minuteman-II-Raketen dislozíert werden (weitere Entscheidungen im Raketenbereich sind für 1984 geplant).

b) Beschleunigte Entwicklung und Dislozierung seegestützter Trident-II/D5-Raketen. Produktion von „Trident"-Unterseebooten der „Ohio"-Klasse (ein Boot pro Jahr). Dazu Dislozierungen von nuklearen Cruise Missiles auf vorhandenen Unterseebooten.

c) Produktion des B-1-Bombers sowie Modernisierung der bestehenden B-52-Bomber durch Ausstattung mit Cruise Missiles.

d) Verbesserung der Luftabwehr gegen Bomberangriffe, verstärkte Forschungen auf dem Gebiet der Raketen-Abwehrsysteme (ABM), Verbesserung des Zivilschutzes.

e) Modernisierung des Kontroll- und Kommandosystems der strategischen Streitkräfte.

2) Die Auswirkungen der nun getroffenen Entscheidungen auf die SALT-Vereinbarungen und den SALT-Prozeß im allgemeinen können wie folgt zusammengefaßt werden:

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Attaché Bruns konzipiert.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 8. Oktober 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 11. Oktober 1981 vorgelegen.

4 Präsident Reagan kündigte am 2. Oktober 1981 auf einer Pressekonferenz in Washington ein Programm an „to revitalize our strategic forces and maintain America's ability to keep the peace well into the next century". Für den Wortlaut vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 878–880.

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

6 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 14096 (010).

a) Der SALT-II-Vertrag, an den sich beide Seiten trotz ausstehender Ratifikation stillschweigend halten, ist befristet; er sollte nur bis zum 31. Dezember 1985 gelten. Die neuen Systeme werden, mit Ausnahme der Cruise Missiles (1984), erst nach diesem Datum in Dienst gestellt werden (MX: 1986, B-1: 1986, Trident-II/D5: 1989).

Der SALT-II-Vertrag wird demnach von den jetzigen Rüstungsentscheidungen während seiner gesamten Geltungsdauer nicht berührt.

b) Selbst wenn die Programme noch während der Laufzeit des SALT-II-Vertrages verwirklicht werden könnten, wäre die nun gewählte Dislozierungsmethode der MX-Raketen vertragskonform. Artikel IV.9 erlaubt die Erprobung und Dislozierung einer neuen „leichten" ICBM. Die MX-Rakete fällt als „leichte" ICBM unter diese Bestimmung. Die gewählte Dislozierungsmethode (in bereits bestehende „Titan"- bzw. „Minuteman-II"-Silos) beachtet zusätzlich die Bestimmung des Artikels IV.1, der die Vertragsparteien verpflichtet, keine zusätzlichen ortsfesten Silos zu errichten (das ursprünglich als Dislozierungsmethode vorgesehene „Rennbahn-System" mit seinen 4600 neuen Abschußsilos hätte nur mit Mühe als vertragskonform verteidigt werden können).

c) Auch die in Artikel III und IV des SALT-II-Vertrages festgelegten numerischen Höchstgrenzen für die einzelnen strategischen Systeme würden durch die neuen Entscheidungen nicht überschritten.

– Für alle strategischen Systeme (Träger) sieht der Vertrag eine Gesamthöchststärke von 2250 vor. Da die MX in bereits bestehende Silos dislozíert werden (und dadurch für jede neue MX eine alte „Titan"-bzw. „Minuteman"-Rakete ausgemustert würde), erhöht sich die Gesamtzahl der z. Z. 2048 amerikanischen Systeme nicht.
– Für alle „gemirvten" land- und seegestützten Systeme (ICBMs und SLBMs) besteht eine vertragliche Höchstgrenze von 1200. Durch die Dislozierung der MX wird die Gesamtzahl der „gemirvten" Systeme erhöht, da die „gemirvten" MX „nicht-gemirvte" „Titan"- bzw. „Minuteman-II"-Raketen ersetzen. Bei der vorgesehenen Dislozierung von 100 MX erhöht sich die Zahl der „gemirvten" Systeme von augenblicklich 1046 auf 1146 und bleibt damit unterhalb der SALT-II-Höchstgrenze von 1200. Die USA könnten also innerhalb der geltenden SALT-II-Bestimmungen bis zu 154 MX-Raketen dislozieren.
– Für „gemirvte" landgestützte Systeme allein besteht schließlich im SALT-II-Vertrag eine Höchstgrenze von 820. Da die USA bisher nur 550 „gemirvte" landgestützte Systeme (die „Minuteman-III") dislozíert haben, bleibt man nach Addition der 100 neuen MX-Raketen auch hier unterhalb der erlaubten Höchstgrenze.
– Das bisher Gesagte behält allerdings nur dann Gültigkeit, wenn durch die ebenfalls beschlossene Einführung der seegestützten Trident-II/D5 die Zahl der seegestützten Systeme nicht wesentlich erhöht wird.

  In der Tat ist die SALT-II-Höchstgrenze für „gemirvte" land- und seegestützte Systeme (1200) bei Dislozierung von 100 MX-Raketen, also von 100 zusätzlichen „gemirvten" Systemen, nahezu erreicht (1146). Die Einführung neuer Trident-II/D5-Raketen über die Zahl von 54 Systemen hinaus müßte also – um im SALT-II-Rahmen zu bleiben – mit der ohnehin vorgesehenen Deakti-

vierung bestehender Systeme (und zwar der ebenfalls „gemirvten" „Poseidon"-Raketen) einhergehen.

– Die Entscheidung über die Produktion des B-1-Bombers (100 Stück) schafft bezüglich der Einhaltung der SALT-II-Bestimmungen ebenfalls keine zusätzlichen Probleme. SALT II erlaubt die Gesamtzahl von 2250 Systemen (der augenblickliche Stand bei den amerikanischen Systemen ist 1054 ICBMs, 656 SLBMs und 338 schwere Bomber (B-52)).

  Für schwere Bomber bleibt nach Abzug der Ist-Zahlen für ICBMs und SLBMs (1700) eine erlaubte Zahl von 550 übrig. Die USA können also im SALT-II-Rahmen neben den vorhandenen 338 B-52, von denen ohnehin manche nicht einsatzfähig sind, maximal 212 B-1 in Dienst stellen. Erst bei Überschreitungen dieser Zahl müßte für jede zusätzliche B-1 eine B-52 ausgemustert werden.

d) Die ebenfalls beschlossene Dislozierung von Cruise Missiles auf U-Booten und Flugzeugen (B-52) kann nicht als Verletzung des dem SALT-II-Vertrag beigefügten Protokolls (Artikel II.1) bezeichnet werden, da sie erst nach dem Ablauftermin des Protokolls (31. Dezember 1981) erfolgen würde.

Dabei muß allerdings damit gerechnet werden, daß die SU bei künftigen SALT-Verhandlungen auf Vereinbarungen für SLCM bestehen wird.

e) Schließlich könnten die beschlossenen verstärkten Forschungsanstrengungen im Bereich der ABM-Systeme eine neue Entwicklung einleiten. Allerdings würde erst die Dislozierung eines ABM-Systems außerhalb des erlaubten Dislozierungsgebietes um die ICBM-Silos in Nord-Dakota eine Änderung des im SALT-Rahmen geschlossenen ABM-Vertrages von 1972[7] erforderlich machen. Entwicklung und Erprobung von ABM-Systemen in bestimmten Gebieten bliebe jedoch erlaubt.

Sollte sich die amerikanische Regierung für die Entwicklung eines ABM-Systems entscheiden, müßte sie bei der für 1982 vorgesehenen Überprüfungskonferenz eine Vertragsänderung durchsetzen.

3) Wertung

Die Entscheidungen Präsident Reagans über die Modernisierung der amerikanischen strategischen „Triade" weist in mehreren Punkten (Beginn der Inbetriebnahme der neuen Systeme erst nach Ablauf des SALT-II-Vertrages, Einhaltung der SALT-II-Höchstgrenzen bei „gemirvten" ICBMs, Dislozierung der MX in bereits bestehende Silos) darauf hin, daß die USA sich auch weiterhin weitgehend am SALT-Rahmen orientieren. Dies zeigt, daß auch die Reagan-Administration, ohne es ausdrücklich zu betonen, den SALT-Rahmen weiterhin beachtet.

[7] Am 26. Mai 1972 unterzeichneten Präsident Nixon und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in Moskau einen Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag) und ein Interimsabkommen über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 392–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen zu den Verträgen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

Die auch gegen die Kritik wichtiger Interessengruppen getroffenen Entscheidungen stellen somit ein politisches Signal dar: Die USA streben keine strategischen Überlegenheit an, sondern die Aufrechterhaltung eines stabilen strategischen Gleichgewichts „auf dem niedrigsten Niveau, das für die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts notwendig ist“. Dies kommt auch in der erwähnten Botschaft AM Haigs an den Herrn Bundesminister zum Ausdruck. Die amerikanische Seite signalisiert dazu ihr Interesse an Abrüstung und Rüstungskontrolle gerade auch im SALT-Bereich. Gleichzeitig macht sie deutlich, daß ohne die beschlossenen strategischen Modernisierungsentscheidungen für die SU kein Anreiz bestehen würde, in ernsthafte und auf tatsächliche Reduzierungen ausgerichtete Verhandlungen einzutreten.

Es ist noch nicht vorherzusehen, wie die SU die Entscheidungen Präsident Reagans bewerten wird. Auf jeden Fall wird sie auch weiterhin versuchen, propagandistisch gegen die amerikanische Rüstungspolitik vorzugehen mit dem Ziel (vor allem im Hinblick auf die LRTNF-Problematik), Divergenzen zwischen den USA und Westeuropa zu schaffen bzw. zu verstärken.

Im übrigen wird ihre Kritik in Zukunft wohl weniger auf das eigentliche MX-System als vielmehr auf die in Bombern und U-Booten zu dislozierenden Cruise Missiles abzielen. Aber auch die SU wird sich der Einsicht nicht entziehen können, daß die im nächsten Frühjahr beginnenden neuen SALT- (bzw. START-) Verhandlungen[8] durch die jetzigen amerikanischen Entscheidungen nicht erschwert worden sind. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß auch nach Abschluß des SALT-II-Vertrages Ende 1985 (und während des gesamten START-Verhandlungszeitraums möglicherweise über 1985 hinaus) die SALT-II-Vereinbarungen von den beiden Großmächten als Ausgangspunkt und Rahmen akzeptiert werden.

Citron

VS-Bd. 11389 (220)

8 Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen.

286

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Stellvertretenden Vorsitzenden der KPCh, Deng Xiaoping, in Peking

7. Oktober 1981[1]

Unter Verschluß – (von BM noch nicht gebilligt!)

Vermerk über Gespräch des Bundesministers mit Deng Xiaoping am 7. Oktober 1981 in Peking[2]

Teilnehmer auf chinesischer Seite: Außenminister Hua, Stellvertretender AM Song, Leiter Westeuropaabteilung, Wang.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Botschafter Schödel, MD Dr. Gorenflos, MDg Wallau.

Nach einleitenden Begrüßungsworten erwähnt *Deng*, er treffe BM zum ersten Mal. *BM* übermittelt die Grüße BKs, der gerne an sein Treffen mit Deng[3] zurückdenke, und erwähnt die kürzliche Zusammenkunft mit Altbundespräsident Scheel[4]. Die Frage *Dengs*, seit wann er in Peking sei, beantwortet *BM* mit dem Hinweis, daß dies nur ein kurzer, aber intensiver und produktiver Besuch sei. *Deng* geht auf die Gespräche BMs mit AM Hua ein. Zu vielen internationalen Fragen hätten beide die gleiche Meinung vertreten. Das sei wichtig. Seit Aufnahme der diplomatischen Beziehungen[5] hätte sich das deutsch-chinesische Verhältnis gut entwickelt. Auch die gegenseitige wirtschaftliche Zusammenarbeit stehe nicht schlecht, auch wenn auf chinesischer Seite Mängel zu verzeichnen seien. Diese Mängel seien hauptsächlich auf die unzureichende Erfahrung der chinesischen Wirtschaftsführung zurückzuführen; sie seien dafür heranzuziehen, daß das Vertrauen ein wenig beeinträchtigt sei. Insgesamt jedoch sei die Zusammenarbeit gut.

Nach *BM* entspricht diese Einzellösung auch unserer Einschätzung. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen war eine richtige Entscheidung. Beide Länder ergänzen sich gut und können viel geben. Für uns sei es wichtig, bei diesem Besuch die mittel- und langfristigen Perspektiven kennenzulernen, weil diese es unserer[6] Wirtschaft erleichtern, sich auf eine mittelfristige und langfristige Entwicklung einzustellen. Im außenpolitischen Bereich könne er, BM,

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Wallau am 9. Oktober 1981 gefertigt. Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 13. Oktober und Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 14. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher besuchte die Volksrepublik China vom 5. bis 7. Oktober 1981. Vgl. dazu auch Dok. 283.

3 Bundeskanzler Schmidt führte am 31. Oktober 1975 in Peking ein Gespräch mit dem chinesischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping. Vgl. AAPD 1975, II, Dok. 326.

4 Der ehemalige Bundespräsident Scheel hielt sich vom 27. April bis 8. Mai 1981 in der Volksrepublik China auf.

5 Die Bundesrepublik und die Volksrepublik China nahmen am 11. Oktober 1972 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1972, III, Dok. 328.

6 Korrigiert aus: „diese unsere Wirtschaft“.

wie Herr Deng gleiche Beurteilung in wichtigen internationalen Fragen feststellen. Diese mache die Gespräche lohnend.

Deng äußert Überzeugung, daß die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern auf allen Gebieten auch in Zukunft sich ständig entwickeln werde. China sei dabei, langfristige Pläne auszuarbeiten. Darüber habe BM sich ja mit dem Ministerpräsidenten[7] unterhalten. Was ihn, Deng, persönlich angehe, so bewegten ihn zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit folgende beiden Gebiete:

– Technologietransfer und

– Joint venture.

Es sollten die Möglichkeiten auf diesen beiden Gebieten geprüft werden. Sie würden den Bereich der Zusammenarbeit noch reicher gestalten. Deng wiederholte, daß in der Vergangenheit wegen mangelnder Erfahrung Fehler gemacht wurden, derentwegen das Vertrauen etwas beeinträchtigt worden sei. So habe China beispielsweise komplette Anlagen eingeführt, ohne sie bezahlen zu können oder ohne diese Anlagen komplettieren zu können.[8] Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Grundlage Chinas, angesichts der Größe des Landes und angesichts der großen Bevölkerungszahl werden die wirtschaftlichen Probleme Chinas nicht allein schon dadurch gelöst, daß einige Anlagen eingeführt werden; oder, um ein anderes Beispiel zu nehmen, der chinesische Luftschutz ist nicht dadurch schon erreicht, daß ein paar Flugzeuge oder FLA-Waffen[9] eingeführt werden; so nütze es der chinesischen Luftverteidigung auch wenig, wenn China ein paar hundert F-15-Maschinen aus den USA bezögen.[10] Für China sei es daher wichtig, Technologie einzuführen und selbst zu produzieren. China sei bereit, eine Menge kompletter Anlagen einzuführen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Hauptsache aber sei die Technik sowohl für den militärischen Sektor als auch für das Zivilwesen. China habe auf allen Gebieten etwas geschaffen, eine bestimmte Grundlage gelegt, ist aber in der Technologie zurückgeblieben.

BM sieht hier Anknüpfungspunkte dafür, wie sich die beiden Länder ergänzen können. Nach deutscher Einschätzung sei die Entwicklungsstrategie, die für China vorgesehen sei, richtig, nämlich Ernährung sichern und Konzentration auf den Aufbau eigener Produktionskapazitäten. In diesem Zusammenhang sei auch der Aufbau der eigenen Infrastruktur von entscheidender Bedeutung. Was die

7 Im Gespräch mit dem chinesischen Ministerpräsidenten am 6. Oktober 1981 in Peking zeigte sich Bundesminister Genscher interessiert an der chinesischen Wirtschaftspolitik. Zhao Ziyang erläuterte daraufhin: „Wir sind dabei, den nächsten Fünf-Jahres-Plan auszuarbeiten. Wir erwarten in diesem Zeitraum kein hohes Wachstumstempo. Mit Sicherheit wird es aber höher sein als in diesem Jahr und in der Vergangenheit. In den darauffolgenden fünf Jahren werden wir dann mit größerer Kraft daran arbeiten, Strukturveränderungen in der Industrie und in der Landwirtschaft herbeizuführen. Es wird insgesamt auch eine Systemveränderung geben." Die Schwerpunkte des nächsten Fünf-Jahres-Planes seien: „1) Entwicklung der Konsumgüterindustrie und Umstellung der Schwerindustrie, 2) technische Umgestaltung der bestehenden Betriebe, 3) Energieerschließung und Energiepolitik, 4) Infrastruktur." Zhao Ziyang gab der Hoffnung Ausdruck, „daß beide Länder bei der Umgestaltung der chinesischen Industrie, Erneuerung der Anlagen, der Energieerschließung, der Infrastruktur zusammenarbeiten werden. Wir können auch die technische Zusammenarbeit weiterentwickeln." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178855.

8 Zur Stornierung von Großprojekten durch die chinesische Regierung vgl. Dok. 224, Anm. 23 und 24.

9 Flugabwehr-Waffen.

10 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 197, Anm. 11.

vergangene und die gegenwärtige Zusammenarbeit angehe, so sei es im Interesse des beiderseitigen Vertrauens wichtig, daß die abgeschlossenen Verträge, wenn auch nicht zeitgerecht, so doch in ihrer Substanz erhalten bleiben. Daher seien die Wirtschaftsinformationen, die ihm, BM, der Ministerpräsident gegeben habe, besonders wichtig. Die deutsche Seite sei am Technologietransfer interessiert und auf Joint venture vorbereitet; hier liege eine wichtige Aufgabe für die gemeinsame Wirtschaftskommission. Unsere Unternehmen seien darüber hinaus bereit und interessiert, Führungskräfte und Fachkräfte der mittleren und unteren Ebene bei sich auszubilden; auf diese Weise würde Know-how vermittelt. Sobald die chinesische Seite ihre Entscheidungen getroffen habe, biete der Fünf-Jahres-Plan die Möglichkeit, die Zusammenarbeit auf eine langfristige Basis zu stellen.

Zwar sei nichts miteinander genau vergleichbar, dennoch aber hätten wir nach dem Zweiten Weltkrieg Erfahrungen beim Wiederaufbau eines außerordentlich stark zerstörten Landes gesammelt. Der Wiederaufbau vollzog sich unter zusätzlich ungünstigen Umständen dadurch, daß Millionen von Flüchtlingen aufgenommen und untergebracht werden mußten. Auf diese Weise hätten wir eine Fülle von Aufgaben bis hin zum Neuaufbau zerstörter Infrastruktur erfolgreich gelöst. Vor diesem Hintergrund könne es also auch einen Meinungsaustausch über organisatorische Fragen geben.

Deng erwiderte, deutsche Produkte hätten einen guten Ruf in China. Nach der großen Erdbebenkatastrophe[11] hätten von den vielen eingeführten Maschinen allein die deutschen Erzeugnisse einwandfrei gearbeitet. Dies sei der Grund dafür, daß die chinesischen Stellen sehr an der Einführung deutscher Erzeugnisse interessiert seien. Man könne sich auch überlegen, Projekte unterschiedlicher Größe anzupacken; bei mittelgroßen oder kleinen Projekten sei auch das Risiko geringer.

BM: Gerade für mittelgroße und kleine Projekte stünden flexible und anpassungsfähige mittlere und Kleinunternehmen in Deutschland zur Verfügung. Diesen sei daran gelegen, an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilzunehmen.

Deng begrüßte dies; die chinesische Führung habe sich für die 80er Jahre insbesondere die folgenden drei Aufgaben vorgenommen:

– Bekämpfung von Hegemonie und Erhaltung des Weltfriedens,
– Rückkehr von Taiwan in die Heimat und damit Wiederherstellung der Einheit des Heimatlandes,
– mit „reinem Herzen“ den Aufbau des Landes vorzunehmen, Produktionskräfte zu entwickeln und die Rückständigkeit Chinas zu beseitigen.

Unter diesen drei Aufgaben sei die eigene Wirtschaftsentwicklung die entscheidendste. Wenn China seine Volkswirtschaft weiter entwickelt habe, werde es von größerem Vorteil für den Weltfrieden sein. Jetzt sei China wirtschaftlich noch rückständig, und manche schauten ob dieser Rückständigkeit auf China herab; die Russen seien bemüht, die Zurückgebliebenen zu tyrannisieren.

11 Am 28. Juli 1976 ereignete sich in der nordchinesischen Provinz Hopei das „seit Jahren schwerste Erdbeben“, das vor allem das dichtbesiedelte Schwerindustrie- und Kohlerevier um die Stadt Tangschan traf und eine „unabschätzbare Zahl von Opfern“ forderte. Vgl. den Artikel „Wenn Schlangen erwachen“; DER SPIEGEL Nr. 32 vom 2. August 1976, S. 72.

Auch für die Wiederherstellung der Einheit des Heimatlandes, für die Rückkehr Taiwans in die Heimat, sei es wichtig, daß die Volksrepublik China sich selbst stark mache. Ein starkes China werde das Ziel der Wiedervereinigung eher erreichen. In den letzten Tagen habe China einen Neun-Punkte-Vorschlag ausgearbeitet; die taiwanesische „Behörde" habe diese Vorschläge abgelehnt.[12] Neben der „Behörde" Taiwans, die die Vorschläge abgelehnt habe, gebe es aber auch noch die 18 Millionen Einwohner Taiwans. Die chinesischen Vorschläge sind gerecht und legitim und könnten von jedermann akzeptiert werden; so habe zum Beispiel die Presse in Hongkong geschrieben, daß Taiwan bei Annahme der Neun Punkte mehr gewinnen als verlieren würde. Natürlich wisse Peking, daß es zunächst darauf ankomme, Kontakte zu eröffnen; bestünden Kontakte, könnten Details erörtert werden. In ersten Reaktionen habe Taiwan solche Kontakte abgelehnt. Man dürfe aber nicht ungeduldig sein. Man stünde am Anfang der 80er Jahre, und man sei sich in Peking bewußt, daß die Wiedervereinigung Chinas nicht in ein oder zwei Jahren erreicht werden könnte. Da man wisse, daß man sich selbst nicht nütze, wenn man unannehmbare Bedingungen setze, hätte Peking realistische, gerechte und allen vernünftig erscheinende Bedingungen erarbeitet. Dabei habe man versucht, sich selbst in die Lage Taiwans zu versetzen, und man habe versucht, sich vorzustellen, wie man es an Taiwans Stelle machen würde. Die Wiederherstellung der Einheit Chinas brauche noch Zeit, aber wahrscheinlich kürzere Zeit als die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands. Deng erkundigte sich hier nach der Meinung BMs.

BM begrüßt es, daß versucht worden sei, sich auch in die Lage des anderen zu versetzen. Es gebe keinen Zweifel, daß die Spaltung Europas, die auch die Spaltung Deutschlands sei, von der Bevölkerung Europas und natürlich von den Deutschen als unnatürlich empfunden werde. Die Teilung Europas und Deutschlands sei ein anachronistischer Zustand, der sich nur mit großem militärischem Aufwand aufrechterhalten lasse. Auf einer Seite wüchsen in der EG die zehn, bald die zwölf Staaten immer mehr zusammen.

Auf der anderen Seite führe die Trennungslinie quer durch Deutschland. Die geschichtliche Entwicklung sei klar: Sie stellt nicht auf Vertiefung von Trennung ab, sondern auf Zusammenführung. Wenn man den Frieden wahren wolle, müsse man viel Geduld haben; je mehr man von der eigenen Sache überzeugt sei, desto geduldiger und gelassener könne man sein. Er, BM, trage etwas das deutsche Problem und die deutsche Teilung in der eigenen Brust; er sei drüben geboren und habe bis 1953 im anderen Teil Deutschlands gelebt.

Deng ergänzt, chinesische Führung habe seit Jahren immer wieder betont, daß eine gespaltene Nation schließlich vereinigt werde; dies entspricht geschichtli-

12 Botschafter Schödel, Peking, berichtete am 30. September 1981: „Neue Initiative Pekings für Wiedervereinigungsdialog mit Taipeh wurde heute, am Vorabend des Nationalfeiertags, mit großer publizistischer Aufmachung gestartet." In einer Sondersendung „aller Rundfunkstationen des Landes" sei eine „Neun-Punkte-Erklärung mit Verhandlungsvorschlägen" verbreitet worden. Zu diesen gehörten „Gespräche der KPCh mit der Kuomintang, […] Zusicherung eines hohen Grades von Autonomie (‚special administrative region') und Beibehaltung eigener Streitkräfte" sowie „keine Veränderung des bestehenden sozio-ökonomischen Systems und Fortführung selbständiger wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen Taiwans mit ausländischen Staaten". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1932; Referat 341, Bd. 142750.
Am 2. Oktober 1981 teilte Schödel ergänzend mit: „Nur wenige Stunden nach dem Gesprächsangebot erfolgte die Absage aus Taipeh." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1967; Referat 341, Bd. 142750.

cher Entwicklung und ist unabhängig vom Willen einzelner. Da China Geduld hat, könne die Wiedervereinigung, auf die schon 32 Jahre gewartet werde, notfalls zehn oder noch mehr Jahre warten, wenn es nicht gelingt, die Wiedervereinigung in den 80er Jahren zu erreichen. Eines Tages werde es eine Lösung geben. Dies gelte auch für die Wiedervereinigung der beiden Staaten in Deutschland.

Die Chinesen hätten stets versucht, die USA davon zu überzeugen, daß sie die Rückkehr Taiwans fördern möchten; zu Korea hätte Peking die Bildung einer Konföderation vorgeschlagen. All dieses würde niemandem schaden, aber würde die Lage im Nordosten Asiens stabilisieren.

BM erwidert, die Amerikaner seien aufrichtig an der Entwicklung ihres Verhältnisses mit China interessiert. Sie seien nicht darauf aus, Peking in Taiwan eine Falle zu stellen.

Deng: Zwischen China und den USA gäbe es hauptsächlich nur diese eine Streitfrage, im übrigen keine großen Probleme. Sie hätten in Peking zur Kenntnis genommen, daß die Administration Reagan seit Amtsantritt die Taiwan-Frage verhältnismäßig behutsam angegangen ist.

BM ergänzt, er gehe davon aus, daß dies auch so bliebe.

Deng meint, er sei sich nicht sicher, daß die Amerikaner eines Tages etwas tun könnten, was zu einer Explosion führen könnte, zum Beispiel den Verkauf von Waffen an Taiwan.[13] Man habe den Amerikanern deutlich gesagt, daß die Chinesen dieses nicht schlucken würden.

BM erwidert, er glaube, daß die amerikanische Äußerung, China in Taiwan keine Falle stellen zu wollen, aufrichtig gemeint sei.

Deng hofft dies. Tatsächlich sei die Entwicklung des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses von strategischer Bedeutung.

Zum Nahen Osten: Sadat sei einem Attentat zum Opfer gefallen.[14] Zur Nahost-Frage hätten die Chinesen den Amerikanern immer wieder gesagt, ihre Nahostpolitik der Unterstützung von drei Millionen Israelis 120 Millionen Arabern gegenüber sei keine kluge Politik. Während seines Besuchs in den USA[15] habe er in Gesprächen mit Präsident Carter, an denen auch Außenminister Hua teilgenommen habe, gesagt, die USA mögen doch ihren Einfluß auf Israel ausüben; natürlich sei unvorstellbar, Israel als Staat zu liquidieren. Die Existenz Israels müsse gesichert werden. Aber erst nach Rückgabe besetzter arabischer Gebiete und nach Gründung eines eigenen palästinensischen Staates werde die arabische Welt eines Tages prowestlich oder, wenn nicht pro-USA, so doch proeuropäisch werden.

BM berichtet über den EAD und seinen Vorschlag, das nächste Treffen auf Ministerebene abzuhalten.[16] Europa und der Nahe Osten seien benachbarte Regionen, die zusammengehörten, die ein gemeinsames Schicksal hätten. Seit

13 Zur Lieferung amerikanischer Waffen an die Republik China (Taiwan) vgl. Dok. 224, Anm. 15.

14 Zur Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 289.

15 Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Deng Xiaoping hielt sich vom 29. Januar bis 4. Februar 1979 in den USA auf. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 37.

16 Zum Europäisch-Arabischen Dialog, insbesondere zur Frage einer Außenministerkonferenz, vgl. Dok. 283, Anm. 37.

1974 vertrete die Bundesregierung die Ansicht, daß die Palästinenser ihr Selbstbestimmungsrecht verwirklichen müssen.[17] Er teile Dengs Meinung, daß eine Regelung der Nahost-Frage nur auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser für eine dauernde Friedensordnung möglich ist und es erlaubt, daß sich die Aufmerksamkeit der Araber auf die wirklichen Probleme richtet. Die acht Punkte Saudi-Arabiens, die auch das Existenzrecht Israels anerkennen, seien ein konstruktiver Schritt.[18] Dahinter stehe die saudische Absicht, durch schnelle Lösung des Konflikts die inneren Kräfte der Araber auf die Bedrohung, die aus anderer Richtung kommt, zu richten. Wir seien jetzt konzentriert, Europa voranzubringen. Wir seien der Meinung, dies sei in schwieriger internationaler Lage ein wichtiger Schritt nach vorne. Wir täten dies

1) durch die Lösung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme Europas,

2) durch die Erweiterung Europas um Portugal und Spanien[19] und

3) mit dem deutschen Vorschlag einer Europäischen Union, die unseren Partnern gerade nahegebracht wird und die eine gemeinsame europäische Außenpolitik zum Ziel hat, ebenso wie eine Politik der gemeinsamen äußeren und inneren Sicherheit[20];

mit der kulturellen Zusammenarbeit wünschen wir Stärkung der europäischen Identität und damit einen wichtigen Beitrag nicht nur für Europa, sondern auch für die Stabilität in der Welt; Europa komme damit die Rolle in der Welt zu, die seiner Kraft und Entwicklung entspricht.

Deng unterstreicht, daß die chinesische Führung sich über jeden vorwärtsgerichteten Schritt Europas freue, der der Stärkung und dem Zusammenschluß Europas diene. Es sei die chinesische Auffassung, daß die sowjetische Strategie unverändert auf Europa, einschließlich des Nahen Ostens, ausgerichtet ist. Man glaube daher in Peking, daß ein Zusammenschluß Europas für die Eindämmung des sowjetischen Expansionismus von größter Bedeutung ist. Wir hätten einen gemeinsamen Gegner. Dieser Gegner strebe die Vorherrschaft in der Welt an. Wenn dieser Gegner China kontrolliere, so habe er damit noch nicht die Vorherrschaft in der Welt; kontrolliere dieser Gegner aber Europa, dann sei es ihm möglich, die Vorherrschaft in der Welt zu erreichen.

Nach *BM* geht die Entwicklung wohl in eine andere Richtung. In der Dritten Welt sei der Wille zu Unabhängigkeit immer stärker. So gesehen, habe die Sowjetunion mit ihrer Intervention in Afghanistan[21] einen schweren politisch-strategischen, nicht nur militärisch-strategischen Fehler gemacht. In der Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit und inneren Stabilität liege eine wichtige Garantie für die Stabilität in der Welt. Unsere Politik sei darauf ausgerichtet, mit Festigkeit und im Bündnis mit den USA darauf hinzuweisen, daß es ein Risiko sei, Europa anzugreifen, daß es aber auch unsere Politik sei, die

17 Vgl. dazu die Erklärung des Botschafters Freiherr von Wechmar, New York (VN), vor der VN-Generalversammlung am 19. November 1974; UN GENERAL ASSEMBLY, 29th Session, Plenary Meetings, S. 969 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 339.

18 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

19 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 283, Anm. 24 und 25.

20 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 282.

21 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

SU zu überzeugen, daß Zusammenarbeit mit Europa für sie auch Vorteile bringe. Als geteiltes Land seien wir nicht an Spannungen, sondern am Abbau von Spannungen interessiert. Wir seien bereit, mit der SU über alles zu verhandeln, auch über Abrüstungsfragen, aber auf der Basis des Gleichgewichts, das wir auf möglichst niedrigem Niveau der Rüstungen wünschen. Es liege bei der SU, diesen Weg zu gehen. Wir seien bereit, die eigene bittere Erfahrung der SU zu erkennen und ihre Sorgen zu beherzigen. Wichtig sei aber, immer bereit zu sein, das für die eigene Sicherheit Notwendige zu tun.

Deng erwidert, Peking sei nicht gegen Verhandlungen schlechthin. Verhandlungen sollten aber die Ergebnisse zeitigen, die sich die Menschen wünschen. Nach drei Runden amerikanisch-sowjetischer SALT-Verhandlungen[22] folge nun die vierte Runde[23]. Als Ergebnis jeder Runde ginge die sowjetisch-militärische Aufrüstung immer schneller voran.

BM erwiderte, es komme darauf an, aus welcher Position heraus man verhandele. Aus einer Position der Unterlegenheit zu verhandeln, sei gefährlich, aus einer Position der Gleichberechtigung richtig. Wir trügen in Europa das Hauptgewicht der westlichen Verteidigung, nicht nur wegen der geographischen Lage, sondern wegen der Stärke unserer Armee und weil auf unserem Boden die größte Anzahl amerikanischer Kernwaffen gelagert sei. Wir forderten unsere europäischen Bündnispartner immer wieder auf, wie wir selbst ihren Verteidigungsbeitrag zu leisten. Das sowjetische Interesse an Deutschland beruhe auf der Tatsache, daß wir in Westeuropa die Hauptstütze der Verteidigung sind. Dieses sowjetische Interesse könne angenehm sein – er bezeichne dies als Süßspeise –, könne aber auch in Gestalt von Drohungen unangenehm sein. Beides beeindrucke uns nicht, da wir Realisten seien.

Deng: Die SU wolle Europa mit dem Mittel des „Nicht-Krieges“ an sich reißen.

Referat 010, Bd. 178855

22 Nach Vorgesprächen vom 17. November bis 22. Dezember 1969 in Helsinki begannen am 16. April 1970 in Wien Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT), die mit der Unterzeichnung des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 endeten. Für den Wortlaut vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Seit 21. November 1972 fand die zweite Phase der Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT II) statt. Diese führten am 18. Juni 1979 zur Unterzeichnung des Vertrags über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

23 Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen.

287

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche

VS-vertraulich **7. Oktober 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 7. Oktober 1981 von 18.45 bis 20.15 Uhr in Latche[2]

Anwesend: M. Védrine, AL 2[3], zwei Dolmetscherinnen.

Mitterrand erläutert einleitend auf Frage des Bundeskanzlers die 200jährige Gerüstkonstruktion seines Arbeits-Bungalows (La Bergerie). Er freut sich besonders, den Bundeskanzler in seinem eigenen Haus zu empfangen. Unter den vielen Gesprächsthemen, die sich aus weltpolitischen Entwicklungen und bilateralen Beziehungen ergeben, sollte man sich auf die wesentlichen konzentrieren, da man sonst – was ihm im übrigen sehr angenehm wäre – mindestens acht Tage miteinander reden müßte.

Bundeskanzler dankt für die Einladung in das Privathaus Mitterrands. Es ist hier sehr viel gemütlicher als im Elysée. Er fühlt sich sehr wohl. Er begrüßt die ausgedehnte Gelegenheit zu einem persönlichen Meinungsaustausch. Er stimmt einer Andeutung Mitterrands zu, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten, Regierungen, Völkern und der politischen Öffentlichkeit in beiden Ländern noch ausgebaut und verbessert werden können. Er möchte darauf im Laufe des Gesprächs zurückkommen. Insbesondere der weitere Ausbau der kulturellen Beziehungen liegt ihm am Herzen. Er regt an, die Gesprächsthemen von außen nach innen zu ordnen: Ost-West-Beziehungen, Mittelmeer und Nahost, Nord–Süd, Europa, bilateral.

Ost-West-Beziehungen

Mitterrand erläutert, daß Reagans Rüstungsprogramm[4] sowie sein Schreiben

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 12. Oktober 1981 gefertigt und am selben Tag an Ministerialdirigent Wallau übermittelt. Dazu vermerkte er: „Lieber Herr Wallau, hiermit übersende ich Ihnen zur Unterrichtung des Bundesministers die vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerke über seine Gespräche mit Präsident Mitterrand in Latche am 7./8. Oktober. Der Bundeskanzler bittet, insbesondere die folgenden Abreden mit Präsident Mitterrand weiterzuverfolgen: deutsch-französische Gespräche über Polen-Hilfe; deutsch-französische Gespräche mit dem Ziel, zur Erarbeitung eines Nord-Süd-Konzepts der EG und anderer westlicher Staaten wie Kanada, Schweden und Österreich, für die Globalverhandlungen beizutragen; Prüfung von Vereinbarkeit und eventueller Verbindung unserer Vorstellungen zur Europäischen Union mit dem französischen relance-Gedanken (das dem Bundeskanzler übergebene Memorandum wurde am 9. Oktober StM Corterier übermittelt); Intensivierung der bilateralen Kulturbeziehungen."
Hat Wallau am 12. Oktober 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Bundesminister Genscher am 14. Oktober 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 7./8. Oktober 1981 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 288 und Dok. 290.

3 Otto von der Gablentz.

4 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

an Breschnew[5] die Chance bergen, die Ost-West-Beziehungen auf eine neue Grundlage zu stellen. Die amerikanischen Rüstungsentscheidungen werden die SU ab 1985 in eine Position der Unterlegenheit drängen. Das muß jetzt auch den Sowjets klar sein. Auf dieser Grundlage und ohne ihre Rüstungsproduktion zu unterbrechen, müssen sich jetzt die Amerikaner mit den Sowjets an den Verhandlungstisch setzen. Die USA haben mit ihrem Rüstungsprogramm richtig gehandelt. Sie würden einen Fehler begehen, wenn sie jetzt nicht verhandelten, ebenso wie sie einen Fehler gemacht hätten, wenn sie vorher Rüstungsbegrenzungsverhandlungen gesucht hätten, da dann die Verhandlungen zu nichts geführt hätten. Er wird daher Reagan bei seinem Treffen in Yorktown am 19. Oktober[6] drängen, den Sowjets gegenüber flexibler zu sein.

Bundeskanzler stimmt den Schlußfolgerungen Mitterrands voll und ganz zu.

Seine Erfahrungen aus zehnjähriger Beschäftigung mit strategischen Problemen und aus zwölf Jahren als Verteidigungsminister (und Befehlshaber der deutschen Streitkräfte)[7] sowie als Bundeskanzler, seine persönlichen Erlebnisse mit fast allen amerikanischen Verteidigungsministern während dieser Zeit haben ihn gelehrt, daß die USA sehr leicht von einem Extrem ins andere fallen. Das bringt große Gefahren für die Konsistenz des Bündnisses mit sich. Je nach dem innenpolitischen Verhältnis des Präsidenten zum Kongreß oder je nach außenpolitischer Lage haben amerikanische Regierungen behauptet, sie seien unterlegen und sie – und mehr noch ihre Alliierten – müßten aufrüsten. Kennedy erfand z. B. eine Raketenlücke, die es nicht gab.[8] Zu anderen Zeiten wird für den Rückzug amerikanischer Truppen aus Europa plädiert, wofür der ehemalige Senator Mansfield zur Symbolfigur wurde.[9] In den letzten Jahren haben wir erlebt, daß drei amerikanische Präsidenten[10] über SALT II verhan-

5 Zum Schreiben des Präsidenten Reagan vom 21. September 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 265, Anm. 15.

6 Staatspräsident Mitterrand nahm an den Feierlichkeiten anläßlich des 200. Jahrestages der Kapitulation britischer Truppen bei Yorktown teil. Botschafter Hermes, Washington, erläuterte dazu, Frankreich sei seit einem Jahr bemüht gewesen, „Yorktown 1981 zu einem großen und symbolischen Ereignis zeitloser amerikanisch-französischer Verbundenheit“ zu machen: „Die Einladung von Präsident Mitterrand, die eher einer Selbsteinladung gleichkam, war kein Staatsbesuch, sondern wurde als Privatbesuch bezeichnet. […] Mitterrand machte es mit seiner fast starren Haltung, der unbeweglichen Miene, dem ausschließlichen Gebrauch der französischen Sprache (während Präsident Reagan etliche französische Sätze versuchte) den Amerikanern nicht leicht, Wärme zu entwickeln. Mitterrand erweckte zuweilen den Eindruck, General de Gaulle imitieren zu wollen, ohne jedoch irgendeine Wirkung bervorbringen zu können, die der natürlichen und selbstverständlichen Würde General de Gaulles entsprochen hätte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4240; Referat 204, Bd. 123312.

7 Helmut Schmidt war von 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung.

8 Am 14. August 1958 erklärte der amerikanische Senator Kennedy vor dem Senat: „We are rapidly approaching that dangerous period which General Gavin and others have called the ‚gap‘ or the ‚missile-lag period‘ – a period, in the words of General Gavin, ‚in which our own offensive and defensive missile capabilities will lag so far behind those of the Soviets as to place us in a position of great peril‘.“ Vgl. CONGRESSIONAL RECORD, Bd. 104, Teil 14, S. 17569 f.
Im Wahlkampf um das Amt des amerikanischen Präsidenten wiederholte Kennedy am 18. Oktober 1960 die Forderung nach „crash programs on the ultimate weapons […], which will eventually close the missile gap“. Vgl. http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=74096.
Am 8. Februar 1961 erklärte Präsident Kennedy vor der Presse unter Hinweis auf eine noch nicht abgeschlossene Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums, „it would be premature to reach a judgment as to whether there is a gap or not a gap“. Vgl. PUBLIC PAPERS, KENNEDY 1961, S. 68.

9 Zu den vom amerikanischen Senator Mansfield eingebrachten Resolutionen betreffend die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa vgl. Dok. 260, Anm. 4.

10 Richard M. Nixon, Gerald R. Ford, James E. Carter.

delten, schließlich den Vertrag unterschrieben und dann wieder verworfen haben.[11]

Bundeskanzler stimmt noch einmal voll zu, daß die USA jetzt nach ihren Rüstungsentscheidungen in Verhandlungen auf die Russen zugehen müssen. Er ist überzeugt, daß Reagan das auch will. Aber es steht viel auf dem Spiel. Das Verhalten der letzten drei amerikanischen Regierungen ist für die Sowjets schwer zu deuten. Breschnew ist tief verunsichert. Es ist gefährlich, wenn die Weltmächte die Politik des anderen nicht verstehen. Noch beunruhigender ist es, daß auch viele Menschen in Westeuropa und in Skandinavien die amerikanische Politik nicht verstehen.

Er stimmt Mitterrands Einwurf zu, daß dies auch für Frankreich gelten würde, wenn Frankreich keine Nuklearwaffen hätte. Es gilt daher auch weniger für Großbritannien, wenngleich es nicht die Qualität der nuklearen Bewaffnung Frankreichs erreicht hat. Aber alle nichtnuklearen Staaten in Westeuropa neigen zur Beunruhigung über die Zielsetzungen der amerikanischen Politik. Er selbst findet sich in der schwierigsten politischen Lage der letzten sieben Jahre, weil Teile seiner eigenen Partei der gegenwärtigen amerikanischen Führung kein ausreichendes Vertrauen schenken. Zu viele Deutsche stehen unter dem Eindruck, daß die USA mehr rüsten als notwendig, daß sie kein Gleichgewicht, sondern Übergewicht wollen. Sie glauben außerdem, daß ihr außerordentlich dicht besiedeltes Territorium, auf dem schon jetzt etwa 6000 Nuklearwaffen unter Verfügungsgewalt einer anderen Regierung stationiert sind, als Träger immer größerer zusätzlicher Mengen amerikanischer Nuklearwaffen mißbraucht werden soll. Protestkundgebungen, wie die am nächsten Wochenende in Bonn[12], werden von verschiedensten Kräften, evangelischen Christen, Kommunisten, fellow travellers und Sozialisten gemeinsam organisiert.

Er hat daher aus außen- wie innenpolitischen Gründen zwei Interessen zu vertreten: 1) daß Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung zwischen den Großmächten bald zustande kommen und daß sie ernsthaft mit dem Ziel geführt werden, zu einem stabilen Gleichgewicht nuklearer Waffen auf möglichst niedrigem Niveau zu kommen. Seit dem Doppelbeschluß[13] sind leider bereits zwei Jahre vergeudet worden. 2) Die Massierung nuklearer Waffen auf deutschem Gebiet sollte erheblich verringert werden.

11 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

12 In der Presse wurde gemeldet, daß am 10. Oktober 1981 etwa 250 000 Personen im Hofgarten in Bonn demonstrierten: „Die von der ‚Aktion Sühnezeichen' und der ‚Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden' veranstaltete Demonstration war mit etwa einer Viertelmillion Teilnehmern die größte Kundgebung dieser Art seit Bestehen der Bundesrepublik. Den Aufruf der beiden evangelischen Organisationen hatten fast tausend Verbände und Vereinigungen unterzeichnet, darunter viele Jugendorganisationen beider Kirchen, die Jungsozialisten, Jungdemokraten sowie die DKP und eine Reihe von ihrer moskauorientierten Politik folgenden Organisationen." Als Redner seien „die SPD-Politiker Eppler und Albertz, das FDP-Mitglied Borm, Heinrich Böll, Frau Ranke-Heinemann, Petra Kelly von den Grünen sowie eine Reihe ‚Friedensgruppen'" aufgetreten. Vgl. den Artikel „Veranstalter der Bonner ‚Friedens'-Kundgebung versichern: Wir fangen erst an"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 12. Oktober 1981, S. 1.

13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

Die gegenwärtige amerikanische Regierung versteht das nicht, muß es erst noch lernen. AM Haig ist der einzige, der die Lage in Europa aus eigener Erfahrung kennt.[14] Man darf im Lob für ihn nicht zu weit gehen, da man sonst seiner Stellung in Washington schaden kann. Weinberger versteht die Lage noch nicht. Reagan bemüht sich, sie zu verstehen. Er setzt großes Vertrauen in die Person Reagan.

Bundeskanzler stellt zusammenfassend fest, daß er den Schlußfolgerungen Mitterrands voll zustimmt. Es ist richtig, daß die USA nunmehr ihre Rüstungsabsichten – auch wenn wir sie intern nicht ohne Kritik betrachten – öffentlich dargelegt haben. Es ist auch richtig, daß nun auf dieser Grundlage zielstrebig verhandelt werden muß. Wenn in Deutschland der Eindruck entstünde, daß die Verhandlungen nicht ernsthaft und mit dem Ziel konkreter Ergebnisse geführt werden, kann es zu einem Vertrauensrutsch kommen, der das Mißtrauen gegen die Amerikaner wegen Vietnam noch erheblich übersteigen würde.

Er möchte als persönliche Bemerkung hinzufügen: Er war insgesamt etwa 50 Mal in den USA. Er kennt das Land gut und hat die meisten Führer in beiden Parteien in dieser Zeit kennengelernt. Er fühlt sich den Amerikanern sehr verbunden. Aber ohne enge Allianz mit Frankreich würde er sich dem Wechsel amerikanischer Präsidenten, die keine ausreichende Erfahrung haben, zu sehr ausgeliefert fühlen. Für ihn ist daher die betonte Anlehnung der Bundesregierung an Frankreich – wie sie von Adenauer gegenüber de Gaulle betrieben wurde und wie er sie mit Giscard fortgesetzt hat – eine Notwendigkeit für Deutschland, nicht nur im Verhältnis zu den USA, sondern auch im Verhältnis zu der SU.

Mitterrand knüpft an die Schlußfolgerung des Kanzlers an und erläutert, daß sich seine Bemerkungen, beim deutsch-französischen Verhältnis könnte es sich nicht um eine Achse, sondern nur um privilegierte Beziehungen handeln, auf die Lage in der EG bezogen sowie auf die Befürchtungen der kleineren EG-Partner vor einem deutsch-französischen Kondominium. Er möchte kein Mißverständnis aufkommen lassen: Auch er ist für besonders enge deutsch-französische Beziehungen, auch im Rahmen der EG. Ein gutes Einvernehmen und eine auch öffentlich in Erscheinung tretende Solidarität ist für die Westeuropäer der einzige Weg, nicht zum Spielball der Amerikaner oder – noch viel schlimmer – der Sowjetunion zu werden. Er ist zu allen Gesten und Worten in dieser Richtung bereit.

Er hat es stets für sehr oberflächlich gehalten zu meinen, daß seine persönlichen Beziehungen zum Bundeskanzler weniger intim sein müßten, weil sie nicht die gleiche Sprache sprächen. Seit seiner ersten Begegnung mit dem Bundeskanzler in Paris[15] und beim Europäischen Rat in Luxemburg[16] weiß er, daß sie die gleiche Sprache der Wünsche und der Interessen ihrer Völker sprechen und daß eine ernsthafte Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich zur europäischen Wirklichkeit gehört. Er versichert, daß seine Absicht in dieselbe

14 Alexander M. Haig war von 1974 bis 1979 Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR).

15 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt am 23./24. Mai 1981 in Frankreich vgl. Dok. 153 und Dok. 154.

16 Korrigiert aus: „Brüssel".
Zur Tagung des Europäischen Rats am 29./30. Juni 1981 vgl. Dok. 182 und Dok. 185.

Richtung geht wie die des Bundeskanzlers. Er möchte sich im heutigen Gespräch auch auf die Positionen vorbereiten, die er Reagan am 19. Oktober präsentieren möchte. Er stimmt dem Urteil des Bundeskanzlers über Reagan zu. Er ist kein Mann der großen Worte oder großer Allgemeinbildung. Er hat einfache Ideen und ein von Kalifornien geprägtes Lebensbild. Aber er hat gesunden Menschenverstand, gute Absichten und ist mehr vom Temperament als vom Intellekt her aufgeschlossen. (BK: zuverlässig, stetig, kalkulierbar.) Allerdings ist noch nicht klar, mit welcher Autorität er seine Regierungsmannschaft zusammenhält, deren einzelne Mitglieder in den Bereichen der Verteidigung und Wirtschaft nicht die gleiche Sprache sprechen.

Das Urteil des Kanzlers entspricht dem seinen. Man muß die Direktkontakte mit Reagan vermehren, damit er mit eigenen Ohren das Urteil und die Positionen der Europäer hört. Daß sie in vielem nicht mit denen der Amerikaner übereinstimmen, springt ins Auge. Für Carter hatte er Sympathie, kritisierte aber die mangelnde Kohärenz seiner Diplomatie und Sicherheitspolitik.

Es war gut, daß Reagan dem Eindruck der psychologischen und vielleicht auch militärischen Unterlegenheit der Amerikaner entgegengewirkt und ihnen mehr Selbstvertrauen eingeflößt hat. Deutschland und Frankreich können den amerikanischen Falken um so glaubhafter zum Einhalten raten, je mehr sie dem amerikanischen Rüstungsprogramm zustimmen und zeigen, daß sie nicht das Risiko einer Schwäche gegenüber der SU akzeptieren wollen. Er fragt, welche Chancen der Bundeskanzler den Rüstungskontrollverhandlungen gibt. Ist Breschnew zu ernsten Verhandlungen bereit? Er glaubt, daß die SU nur dann ernsthaft verhandeln wird, wenn sie gezwungen ist. Die letzten Entscheidungen Reagans werden sie dazu zwingen.

Bundeskanzler hält Breschnew für einen russischen Charakter wie in den russischen Romanen. Er ist mißtrauisch gegenüber allem Fremden und von überströmender Gastfreundschaft. Er kann diszipliniert sein, aber auch emotional. Er hat im Zweiten Weltkrieg viel gelitten und hat aufgrund seiner damaligen Erlebnisse vor nichts mehr Angst als einem neuen Krieg. Er ist physisch verbraucht, medizinisch älter, als es seinem Alter entspricht, von begrenzter Arbeitskraft. Die anderen Mitglieder des Politbüros haben daher heute eine freiere Hand, obwohl sie Breschnew weiterhin brauchen, um seine Autorität nach außen vorweisen zu können. Von den anderen Mitgliedern der sowjetischen Führungsmannschaft schätzt er Tichonow, der allerdings nichts von Außenpolitik versteht. Gromyko wird eine große Rolle spielen, solange er lebt. Ustinow spielt sicherlich eine große Rolle bei allen strategischen Entscheidungen, auch bei der Abrüstung. Nach seinem Eindruck sind Breschnew und Tichonow die friedliebendsten Mitglieder im Politbüro. Breschnew will sicherlich ernsthaft verhandeln, aber es fragt sich, wie lange er lebt und verhandlungsfähig bleibt. Er hat ein menschliches Vertrauen auf Breschnew, wenngleich man seinen russischen Charakter in Rechnung stellen muß. Wenn es der Westen aber nur mit Suslow und Gromyko zu tun hat, wird es schwieriger werden.

Mitterrand berichtet, daß er 1975 einmal für eineinhalb Stunden Breschnew gesprochen hat.[17] Er war sehr freundschaftlich und hat seine Friedensliebe

17 Der Erste Sekretär der französischen Sozialistischen Partei, Mitterrand, hielt sich vom 23. bis 26. April 1975 in der UdSSR auf.

erläutert. Als er auf Breschnews Frage: „Glauben Sie mir?“ nuanciert antwortete: „Ja, ich wünsche lebhaft, ihnen glauben zu können“, meinte er entrüstet – wohl unter Hinweis auf ein russisches Sprichwort –, dies sei so, als habe er ihm die Hosenträger abgeschnitten.

Er glaubt wie der Bundeskanzler, daß auch die Sowjets ernsthaft verhandeln werden, wenn es die USA tun. Wenn die USA nicht ernsthaft verhandeln, wird die öffentliche Meinung in Europa anfangen, den Russen recht zu geben. (BK: sehr richtig und wichtig.) Auf Einwurf des Bundeskanzlers (Das müssen Sie Reagan erleben lassen!) betont er, daß er Reagan sagen wird, auch Frankreich sei nur gegen Ansteckung neutralistischer Tendenzen geschützt, weil es sich sicher fühlt. Wenn sich die Franzosen nicht mehr geschützt fühlten, hätten sie denselben Reflex wie die Deutschen.

Vor zwei Monaten hat er betont, daß die Amerikaner in Sicherheitsfragen Farbe bekennen müssen. Sie haben es jetzt getan. Sie müssen nun – ohne sich hinter Afghanistan oder anderen Fragen zu verschanzen – verhandeln. Auch in diesen internationalen Fragen muß der Westen auf seinen Positionen bestehen, darf sie aber nicht zu Vorbedingungen von Rüstungskontrollverhandlungen machen. Er wird Reagan diese Meinung darlegen und würde es begrüßen, wenn der Bundeskanzler es auch tut. Er ist auch zu einer gemeinsamen deutsch-französischen Erklärung oder zu abgestimmten parallelen Erklärungen bereit. (BK dankt ausdrücklich für diese Bereitschaft.)

Er sieht ein besonderes Problem in der Stationierung der Pershing II. Wenn er am Doppelbeschluß teilgenommen hätte, hätte er die P II akzeptiert, aber mit dem Hintergedanken, damit im wesentlichen die SU zu Verhandlungen zu zwingen, nicht, sie zu stationieren. Denn das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West ist heute auch ein Zeitverhältnis („rapport de forces“ und „rapport de temps“). Wer den anderen schneller treffen kann, ist stärker. Mit den Pershing II in Deutschland können die USA Moskau schneller erreichen als die SU New York. Sie drehen damit das Kräfteverhältnis um. Er versteht, daß die Sowjets das nicht akzeptieren, hält es aber für eine nützliche Drohung, um sie zum Verhandeln zu zwingen.

Bundeskanzler erinnert daran, daß die Sowjets mit dem Aufbau der Mittelstreckenraketen begonnen haben. Mit der SS-20 haben sie gegenüber Westeuropa, aber auch allen Mittelmeerstaaten und dem Nahen Osten, ein großes Potential aufgebaut, das wesentlich größer ist als das der geplanten Pershing II gegenüber der SU. Er nimmt nicht an, daß die bislang 250 Raketen auf Rampen, mobil und mit je drei Sprengköpfen, davon 175 auf Europa gerichtet, abgeschossen werden sollen. Aber er fürchtet, daß die Nachfolger Breschnews der Versuchung erliegen werden, sie als politisches Pressionsmittel einzusetzen. Er selbst möchte keine Pershing II in Deutschland haben, setzt sich daher für eine beiderseitige Null-Option ein. Aber er muß als Gegenleistung verlangen, daß auch die SU die auf Europa gerichteten SS-20 abzieht.

Mitterrand stimmt zu. Betont aber noch einmal, daß die P II für die SU eine stärkere Bedrohung darstellen als die SS-20 für die USA (BK: nicht aber für uns). Man muß daher zunächst die Voraussetzungen für Verhandlungen schaffen, d. h. dafür sorgen, daß man gefürchtet wird, und dann Verhandlungen führen und abrüsten.

Bundeskanzler stimmt zu. Zur Zeit gibt es in der amerikanischen Administration allerdings nur Haig, der im Ernst davon redet, die Verhandlungen so zu führen, daß man im Ergebnis keine P II zu stationieren braucht. Er kennt unsere europäischen psychologischen und politischen Notwendigkeiten. Wenn Mitterrand mit Reagan spricht, wird er im Ergebnis die Position Haigs bestätigen. Andere Kräfte in Washington wollen P II stationieren und nicht zu einer Null-Lösung gedrängt werden.

Mitterrand: Da die P-II-Stationierung erst für 1983 vorgesehen ist, muß jetzt so schnell wie möglich verhandelt werden. Die SU darf jetzt keinen Zweifel mehr haben, daß sie ab Ende 1983 die Pershing II und ab 1986 einen Trend zur Unterlegenheit gegenüber den USA zu fürchten hat.

Bundeskanzler: Gleichzeitig wird die SU in Westeuropa mit bewußter oder unbewußter Unterstützung durch die ganze Linke einen psychologischen Kampf gegen die Stationierung weiterführen, der zur Zersetzung der Entschlußkraft der Regierungen führen kann. Viele unserer Freunde haben keine Ahnung, daß sie sich in Wirklichkeit zu Instrumenten der sowjetischen Politik machen.

Mitterrand fragt, ob nicht einige politische Kräfte in Amerika machiavellistisch darauf setzen, daß die gegenwärtigen Entwicklungen in Deutschland die Position des Bundeskanzlers aushöhlen, dessen Nachfolger dann nicht mehr aus der SPD kommen würde.

Bundeskanzler: Reagan weiß, daß er zurücktreten wird, falls die USA nicht ernsthaft und erfolgsorientiert verhandeln. Die idealistischen Pazifisten in seiner Partei wissen gleichfalls, daß er zurücktreten wird, wenn sie ihn an der Verwirklichung des Doppelbeschlusses hindern.[18] Er ist überzeugt, daß sich jedenfalls Reagan das machiavellistische Kalkül auf einen Regierungswechsel in Deutschland nicht zueigen macht. Er vermutet, daß man sich über einen Kanzlerrücktritt in Deutschland keine Sorgen zu machen braucht.

Mitterrand erinnert daran, daß de Gaulles Strategie und die Angriffe des linken Flügels auf ihn 1968[19] seinen nach Öffentlichkeitsumfragen möglichen Sieg verhindert und damit den Machtwechsel um 13 Jahre verschoben haben.[20]

Bundeskanzler erinnert an Frankreichs Stellung als Garantiemacht in Berlin, dessen innere Entwicklung uns Sorgen macht. Die an sich sehr zu begrüßende Zuwanderung junger Leute hat einen unerfreulichen Grund: Sie wollen sich der Wehrpflicht und dem Ersatzdienst entziehen. In Berlin hat sich daher eine

18 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 16. Mai 1981 in Recklinghausen bzw. am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen; Dok. 153, Anm. 35.

19 Korrigiert aus: „1969".

20 Nach schweren Auseinandersetzungen zwischen Studenten und der Polizei beschlossen die französischen Gewerkschaften am 10. Mai 1968 einen Generalstreik. Am 30. Mai 1968 wurde die Nationalversammlung aufgelöst, am 23. und 30. Juni 1968 fanden Neuwahlen statt, bei denen die Gaullisten die absolute Mehrheit erlangten. Gesandter Limbourg, Paris, teilte dazu am 2. Juli 1968 mit: „Die großen politischen Formationen der französischen Linken haben in der Maikrise ein Bild der inneren Zerrissenheit und Entschlußlosigkeit geboten. […] Die übereilte Aktion Mitterrands vom 28. Mai, sein Vorschlag, daß Mendès France Ministerpräsident einer ‚provisorischen Regierung' werden, er selbst aber für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren sollte, haben in weiten Kreisen, auch auf der Linken, den Eindruck hervorgerufen, daß hier vor allem persönlicher Ehrgeiz sprach." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1540; B 24 (Referat I A 3), Bd. 617.

wachsende Minderheit gebildet, die in totaler Opposition zum Staat leicht kommunistischer Propaganda zum Opfer fällt. Die DDR hat kurzfristig vor einer solchen Entwicklung Angst, da sie, wie auch aus Polen, Ansteckungsgefahr fürchtet. Langfristig kommt ihr aber diese Entwicklung sehr gelegen, da sie die innere Stärke West-Berlins aushöhlen kann.

Es ist nicht zu übersehen, daß den Deutschen in beiden deutschen Staaten fehlt, was alle anderen Europäer besitzen: Die Geborgenheit in einem Nationalstaat. Das macht sie auch anfälliger für Angst. Er bemüht sich, ebenso wie Willy Brandt vor ihm, einen Teil dieses Mankos durch Herstellung möglichst normaler Beziehungen zur DDR auszugleichen, damit die Leute reisen können. Etwa die Hälfte der Mitglieder des Bundeskabinetts kommen ursprünglich aus Orten östlich des Bundesgebiets. Die Führung der DDR weiß das und läßt sich jedes kleine Zugeständnis im Reiseverkehr hoch bezahlen. Für Ungarn und Tschechen ist es viel leichter, in die Bundesrepublik zu reisen, als für Deutsche aus der DDR, die nicht das Pensionsalter erreicht haben oder linientreue Funktionäre sind. Er möchte hierauf hinweisen, weil er weiß, daß es im Westen und auch in Frankreich die Sorge gibt, daß die Deutschen versucht sein könnten, ihr nationales Problem durch Herstellung einer neutralistischen Umgebung in Zentraleuropa zu lösen. Diese Befürchtung ist gegenstandslos. Er sieht gewisse Gefahren in dem Manko an nationaler Geborgenheit in Deutschland, aber keine in Richtung auf neutralistische Haltungen oder bewußte Öffnung gegenüber der DDR. Solche Entwicklungen sind auch dann nicht zu befürchten, wenn er in absehbarer Zeit Honecker besuchen wird.[21] Der Besuch wird kurz sein, nicht sehr herzlich. Er verspricht sich davon im wesentlichen, ein Beispiel für den Besucherverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten zu setzen. Honecker wird auf finanzielle Zugeständnisse aussein und vielleicht bereit sein, sich gewisse Reiseerleichterungen abhandeln zu lassen, die er dann wieder nach zwei Jahren zurücknimmt. Nach der Erhöhung des Mindestumtauschs im letzten Jahr[22] ist der Besucherverkehr um etwa die Hälfte zurückgegangen. Es geht ihm also weniger um irgendwelche sicher nicht sehr dauerhaften Ergebnisse als vielmehr um die vitale Notwendigkeit, die Verbindung nicht abreißen zu lassen. Kein deutscher Politiker denkt im Ernst an eine konkrete Möglichkeit der Wiedervereinigung noch in diesem Jahrhundert.

Er ruft diese Tatsachen in Erinnerung, um zu sagen, daß auch das Fehlen nationaler Geborgenheit im Nationalstaat die Deutschen von den Franzosen unterscheidet. Wir sind außerdem keine Nuklearmacht und wollen es auch nicht werden.[23] Wir sind nicht nur in bezug auf Berlin, sondern auch in bezug auf unsere militärische Sicherheit von den Garantien anderer abhängig. Wir sind wegen unserer Vergangenheit moralisch verwundbar. Wir bleiben auch seelisch verwundbar wegen der Zerrissenheit unseres Landes. Alles, was wir in dieser Lage zur Erleichterung der Beziehungen mit dem Osten tun, darf nicht

21 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

22 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

23 Zur Verzichtserklärung der Bundesrepublik auf der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 28. September bis 3. Oktober 1954 vgl. Dok. 153, Anm. 37.

zu dem schweren Irrtum verleiten, als ob wir mit dem Gedanken an ein kommunistisches oder neutralistisches Deutschland spielen könnten.

Mitterrand meint zur Wiedervereinigung, daß bis dahin sicherlich noch einige Zeit verstreichen wird. Sie liegt aber in der Logik der Geschichte, was ihn im übrigen nicht schockiert. Die objektiven und subjektiven Tatsachen, die ihr heute entgegenstehen – vor allem die Existenz des sowjetischen Imperiums –, könnten sich eines Tages schneller verändern, als man heute denkt.

VS-Bd. 14093 (010)

288

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche

VS-vertraulich **7. Oktober 1981**[1]

Zweites Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 7.10.1981, 22.00 Uhr bis 23.45 Uhr[2]

Präsident (P.) und *Bundeskanzler* (BK) sprechen über Verfahren in der weiteren Diskussion von sicherheitspolitischen Problemen, die insbesondere bilateral relevant sind.[3]

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, am 13. Oktober 1981 gefertigt und am Folgetag von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, an Ministerialdirigent Wallau übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz: „Lieber Herr Wallau, hiermit übersende ich Ihnen im Anschluß an mein Schreiben vom 12. Oktober einen weiteren vom Bundeskanzler noch nicht genehmigten Vermerk (des ChBK) über seine Gespräche mit Präsident Mitterrand am 7./8. Oktober 1981 in Latche."
Hat Wallau am 14. Oktober 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Hat Genscher vorgelegen.
Hat Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 10. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Genscher vermerkte: „Eine Äußerung Mitterrands über die Nicht-Anrechenbarkeit der franz[ösischen] Nukl[ear]-Systeme ist tatsächlich nicht nachweisbar, obwohl dies uns sonst auf allen Ebenen als feste franz. Position dargelegt wurde. Was sich hinter dem 1. Abs. des Prot[okolls] v. ChBK (das ich bisher nicht kannte) verbirgt, läßt ähnliche Vermutungen aufkommen wie das nicht vorhandene Protokoll über Lázár."
Der Passus „ist tatsächlich nicht … dargelegt wurde" des Vermerks von Braunmühl wurde von Genscher hervorgehoben. Dazu vermerkte dieser handschriftlich: „r[ichtig]". Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 7./8. Oktober 1981 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 287 und Dok. 290.

3 Am 9. Oktober 1981 vermerkte Staatssekretär von Staden für Bundesminister Genscher: „1) Herr von der Gablentz teilt mir mit, daß sich Präsident Mitterrand dem Bundeskanzler gegenüber zu den Verhandlungen über Nuklearmittelstreckenwaffen u. a. in folgendem Sinne geäußert habe: Die Pershing II bereitet ihm Sorge. Es wäre wünschenswert, wenn man besonders im Bezug auf dieses Waffensystem auf eine Null-Lösung hinauskäme. Im übrigen habe der französische Staatspräsident eine ‚gemeinsame Erklärung zu gegebener Zeit' angeboten, da dies der richtige Moment sei,

Mittelmeer und Nahost

BK bittet zunächst P. um dessen Einschätzung der Lage. *Präsident* weist eingangs darauf hin, daß aus französischer Sicht insbesondere der Bereich des westlichen Mittelmeeres von Interesse sei; nicht aus Zufall seien gerade dort die französischen Streitkräfte präsent.

Israel

P. unterstreicht die Notwendigkeit einer Politik, die das Existenzrecht Israels sichert. Er werde deshalb mit niemandem reden, der Israel vernichten wolle. Hier weist er insbesondere auf Libyen hin. P. berichtet über ein Gespräch mit Bürgermeistern von der Westbank, deren harte antiisraelische Haltung ihn betroffen gemacht habe. Man müsse sehen, daß von den antiisraelischen Extremisten derzeit nur Gaddafi eine klare Sprache spreche.

Nach einer beiderseits positiven Würdigung von Präsident Chadli, mit dem P. Anfang Dezember reden wird[4], geht P. auf die aus seiner Sicht sehr beunruhigende Lage in Syrien[5] ein. Dabei sei allerdings zu sehen, daß Assad keinesfalls im Dienst der SU agiere, sondern dieselbe für taktischen Spielraum nutze. Die Lage sei also eine ganz andere als z. B. in Äthiopien oder im Südjemen. Wenn allerdings Israel zu kriegerisch vorgehe, werde Syrien an die Seite der SU getrieben, wovor insbesondere Saudi-Arabien Angst habe. Auf absehbare Zeit werde Syrien den Libanon nicht verlassen, wobei auch ein entsprechender sowjetischer Ratschlag eine Rolle zu spielen scheine (Druck auf Israel und die Palästinenser). Was Saudi-Arabien angehe, so müsse die Gesamtlage als fragil bezeichnet werden, einige Prinzen seien unruhig. Auch hier spielten die Palästinenser mit ihrem nicht wegzudiskutierenden Einfluß auf die öffentliche Meinung Saudi-Arabiens eine aktive und zersetzende Rolle. P. berichtet, daß es Verhandlungen zwischen Saudi-Arabien und Arafat gegeben habe, bei denen es um die politische Unterstützung des Fahd-Planes[6] gegen erhebliche Finanzzuwendungen für Propagandazwecke gegangen sei. Saudi-Arabien wolle einen gemäßigten Palästinenserstaat, der einerseits revolutionär sei und andererseits die Rückkehr der Palästinenser aus Saudi-Arabien in ihre angestammte Heimat ermöglicht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1544

die Abrüstungsverhandlungen mit voller Energie voranzutreiben." Staden führte dazu aus: „Die Mitteilung ist bemerkenswert und kann Anlaß zur Besorgnis geben. Offensichtlich spielt sich der Widerstand gegen die Nachrüstung auch anderweitig auf die Pershing II ein, auf die sich ja auch die sowjetische Agitation (kurze Vorwarnzeit) konzentriert. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Waffe allein auf dem Boden der Bundesrepublik stationiert werden soll und daß die Stationierung unseres Kontingents von Cruise Missiles erst 1986 beginnt. Meines Erachtens kann die Gefahr nicht ausgeschlossen werden, daß der Versuch einer Konzentration auf Pershing II sich mit Bestrebungen verbindet, eine endgültige Entscheidung über den Umfang der Nachrüstung auf 1986 zu verschieben." Vgl. VS-Bd. 14098 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 30. November bis 1. Dezember 1981 in Algerien auf.

5 Zur Lage in Syrien vgl. Dok. 47, Anm. 13.
Botschafter Peckert, Damaskus, resümierte am 30. Oktober 1981 die innenpolitische Entwicklung Syriens der vergangenen sechs Monate: „Das Regime kämpft mit Hilfe der alawitischen Sicherheitskräfte, gestützt von der Armee, ums blanke Überleben. Es bedient sich dabei aller geeigneten Mittel ohne jegliche Bedenken." Insbesondere sei Damaskus „Schauplatz der offensichtlich nicht geschwächten Schlagkraft der nach wie vor unsichtbaren aktiven Gegner des Regimes", die „vom Einzelterror der Erschießung von Protagonisten des Regimes zum Massenterror" übergegangen seien. Vgl. den Schriftbericht Nr. 662; Referat 310, Bd. 135698.

6 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

BK und Präsident würdigen die große Persönlichkeit von Kronprinz Fahd und die Kühnheit seines Friedensplanes, der ja u. a. für einige Zeit ein entmilitarisiertes „Palästina“ ins Kalkül einbeziehe. P. berichtet, daß Fahd so weit gegangen sei, deutlich Verständnis für die Freundschaft Frankreichs zu Israel zu zeigen. In der Jerusalem-Frage sei er allerdings bei seinem Besuch in Riad[7] überall auf eine harte Haltung gestoßen (Wächter der Heiligen Stätten). Auf verschiedenen Kanälen habe er, der Präsident, den Israelis eine positive Einstellung gegenüber dem Fahd-Plan angeraten, selbst wenn man gegen einzelne Punkte deutlich Bedenken haben könne. Der Vorteil dieses Plans liege darin, daß er eine Gesamtbehandlung einschließlich einer Behandlung über Grenzkorrekturen erlaubt. Er werde persönlich Anfang Februar Israel einen offiziellen Besuch abstatten.[8] Bei seinem Besuch in Riad habe er auch gespürt, daß die Saudis mit Sadat wieder ins Gespräch kommen wollen. Möglicherweise sei dies mit Mubarak[9] sogar leichter, da dieser das Abkommen von Camp David[10] nicht unterzeichnet habe. Man müsse allerdings sehen, daß M. noch nicht die gleiche Autorität in Ägypten habe. Große Sorge bereite ihm Jordanien, das eine immer stärker pro-palästinensische Haltung an den Tag lege. Zwischen Jordanien und Saudi-Arabien gebe es einen erheblichen Unterschied. Saudi-Arabien sei gegen eine voll ausgebildete Selbstbestimmung der Palästinenser, weil sie Arafat an der Spitze eines Palästinenserstaates sehen wollen. Genau umgekehrt verhalte es sich in Jordanien. Was Frankreich angehe, so werde Frankreich im Nahost-Konflikt keine Vermittlerrolle übernehmen, weil das scheitern müsse. Auch Vorschläge zur Regelung des Nahost-Konflikts sollten nur gemacht werden, wenn es sich wirklich lohne. P. gibt sodann seine Einschätzung der Lage im Tschad[11], bei der er ein bemerkenswertes Verständnis für die Position von Goukouni an den Tag legt. Er habe G. französische Hilfe zugesagt, da er davon ausgehe, daß man so am besten den Differenzierungsprozeß zwischen G. und Gaddafi fördern könne. Die französische Position im Tschad sei insgesamt nicht schlecht, zumal er G. seit langer Zeit auch persönlich kenne. Man könne hoffen, über den o. a. Differenzierungsprozeß allmählich die Libyer aus dem Lande zu bringen. Auch aus Libyen gebe es durchaus interessante Signale. Gaddafi scheine ein Minimum an Westbeziehungen aufrechterhalten zu wollen. Vor diesem Hintergrund kämen ständig libysche Emissäre nach Paris. Er könne sich im übrigen nicht vorstellen, daß sich ein integralistischer Muselmane auf Dauer mit der SU verbünden könne. Für die Zwischenzeit jedoch bleibe Gaddafi außerordentlich gefährlich.

7 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 26. bis 28. September 1981 in Saudi-Arabien auf.

8 Staatspräsident Mitterrand hielt sich vom 3. bis 5. März 1982 in Israel auf.

9 Zur Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 289.

10 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

11 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 166, Anm. 4.
Am 6. Oktober 1981 berichtete Botschaftsrat Erck, Tripolis, über eine Rede Oberst Gaddafis in der er „erstmals vor libyscher Öffentlichkeit zugegeben“ habe, „daß kriegerische Auseinandersetzungen im Tschad weitergehen und Spannungen zwischen libyschen Truppen im Tschad“ und dem Sudan bestünden: „Scharfe Formulierungen in Rede deuten darauf hin, daß libysche Führung über Entwicklung im Tschad sehr besorgt ist.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 559; Referat 311, Bd. 137686.
Am 25. November 1981 stellte Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler zur Lage im Tschad fest, die „Libyer zögen sich langsam von N'Djamena und der östlichen Grenze bis zur Mitte zurück. N'Djamena sei geräumt. Die Libyer würden aber wohl den Aouzou-Streifen behalten.“ Vgl. Referat 31, Bd. 135647.

BK unterstreicht, daß er die Lagebeurteilung des Präsidenten weitestgehend teile. Was Gaddafi angehe, so verabreden BK und Präsident, daß sie eventuelle Veränderungen ihrer Haltung zu Libyen vorher miteinander konsultieren. BK legt seine persönliche und auch politische Haltung für Israel dar. Er sei seit langer Zeit ein überzeugter Anhänger des israelischen Staates. In diesem Zusammenhang erinnert BK an seine Bemühungen in den Jahren 1972/1973 auf militärischem und finanziellem Gebiet. Was Saudi-Arabien angehe, so bestehe zusätzlich zu dem von P. bereits erwähnten Element das große Risiko, daß die USA über die Verweigerung der AWACS-Flugzeuge Riad erneut tief enttäuschen könnten.[12] Den Prozeß von Camp David sieht BK mit folgenden Fehlern behaftet:

a) Die USA habe Saudi-Arabien und ihre anderen arabischen Freunde nicht konsultiert. Dies habe es diesem Staat unmöglich gemacht, dem Camp-David-Prozeß zuzustimmen und gleichzeitig ihr Gesicht zu wahren.

b) Der Camp-David-Prozeß habe zur Isolierung Sadats geführt, der sich möglicherweise auch überschätzt habe. Hinzu komme jetzt noch der Umstand, daß Mubarak in sehr große Fußstapfen treten müsse. Vor diesem Hintergrund werde es wohl nicht möglich sein, über Camp David einen umfassenden Frieden zustande zu bringen.

c) Ohne eine irgendwie geartete Beteiligung der SU im Friedensprozeß gehe nichts. Möglicherweise könne die hierfür notwendige Balance zwischen USA und SU durch das direkte Gespräch zwischen Reagan und Breschnew gefördert werden. Die Europäer oder gar ein europäischer Staat könnten, auch da stimme er mit P. überein, derzeit keine friedensstiftende Rolle spielen. BK erläutert sein Verhältnis zu Begin. B. habe ihn in einer Weise beleidigt[13], die er nur deshalb hingenommen habe, weil er sich den besonderen Verhältnissen zwischen Deutschen und Juden voll bewußt sei. BK bittet P., Begin dies bei seinem Besuch in Israel deutlich zu sagen. Bei Begin spiele im übrigen die nukleare Komponente in dessen militärischem Denken eine zu große Rolle.

Afrika (Namibia)

BK unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die Fünfer-Gruppe[14] voll funktionsfähig zu halten und sich einer maximalistischen Politik der USA zu wider-

12 Zur amerikanischen Lieferung von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, an Saudi-Arabien vgl. Dok. 255, Anm. 20.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 9. Oktober 1981: „Der Auswärtige Ausschuß des Repräsentantenhauses hat am 7.10.1981 mit 28 zu acht Stimmen eine das Saudi-Arabien-Geschäft ablehnende Resolution beschlossen". Nun setze die amerikanische Regierung „mit umso größerem Nachdruck […] ihre Überzeugungsanstrengungen in Richtung Senat" fort: „Sie sieht sich durch die Ereignisse von Kairo in der Richtigkeit und Notwendigkeit der AWACS-Lieferungen an Saudi-Arabien bestärkt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4044; Referat 311, Bd. 137698.
Am 14. bzw. 15. Oktober 1981 stimmten das amerikanische Repräsentantenhaus bzw. der Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats „gegen die Absicht der Administration zur Lieferung der F-15-Zusatzausrüstung einschließlich der AWACS-Flugzeuge an Saudi-Arabien". Hermes teilte mit, die Abstimmung im Plenum des Senats, die bislang für den 21. Oktober 1981 vorgesehen war, solle nun verschoben werden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4116 vom 15. Oktober 1981; Referat 311, Bd. 137698.
Zur Abstimmung im amerikanischen Senat am 29. Oktober 1981 vgl. Dok. 310, Anm. 38.

13 Zu den Äußerungen des Ministerpräsidenten Begin vom 3., 7. bzw. 10. Mai 1981 über Bundeskanzler Schmidt vgl. Dok. 131, Anm. 13, Dok. 134, Anm. 6, und Dok. 146, Anm. 23.

14 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA.

setzen, falls dies notwendig sei. Man müsse anerkennen, daß die Unabhängigkeit von Namibia die Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung auch in Angola sei. Umgekehrt werde daraus kein Schuh.

Präsident weist darauf hin, daß in Afrika, aber auch in anderen Teilen der Welt, die Militärhilfe der SU eine sehr viel höhere Bedeutung habe als die Wirtschaftshilfe. Auch aus diesem Grunde gebe es in den betreffenden Ländern immer wieder Kritik an Moskau. So sei bei den Führenden immer wieder der Wille zu spüren, sich von der SU sehr viel deutlicher zu lösen. Er werde in dieser Woche noch Santos in Paris[15] treffen. Wenn es mittelfristig gelänge, die Libyer im Tschad und die Kubaner in Angola loszuwerden, dann sei politisch für den Westen viel geschafft. Dem stimmt *BK* nachdrücklich zu. Beide stimmen überein, Präsident Arap Moi nach Möglichkeit zu stützen und trotz aller internen Schwierigkeiten Somalia keinesfalls in den Hintergrund der Aufmerksamkeit treten zu lassen.

Lateinamerika

Präsident und *BK* stimmen darin überein, daß man sich hier kein vereinfachtes Bild von der inneren Entwicklung in vielen lateinamerikanischen Staaten machen darf, so wie dies in Washington leider immer wieder passiere. Ferner sei die sehr positive Rolle der EG in Lateinamerika (insbesondere AASM[16]) nach Möglichkeit zu stärken.

Präsident stellt fest, daß demgegenüber seit jeher die USA bei ihrer Einschätzung der lateinamerikanischen Entwicklung immer wieder den gleichen Fehler begingen. Sie ließen sich in ihrem Lateinamerika-Bild viel zu sehr durch die Interessenlage der großen US-Konzerne beeinflussen. Beide tauschen ihre Auffassung über die Entwicklung in Chile aus, wobei *BK* insbesondere auf die spezifisch deutschen Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Verkauf von zwei deutschen U-Booten[17] hinweist.

Papst[18], katholische Kirche

BK fragt P. nach seiner Einschätzung der Entwicklung in der katholischen Kirche. *Präsident* bekräftigt, daß ihm an einer geregelten Beziehung zum Vatikan gelegen sei. Beide sind sich darin einig, daß es z. B. in der Nord-Süd-Problematik notwendig werden könne, konservative Kreise in der Kurie zu überspielen und den Papst direkt anzusprechen. *BK* unterstreicht die Einstellung des Papstes zur Nord-Süd-Problematik in positiver Weise, weist jedoch darauf hin, daß Papst und katholische Kirche insofern einen historischen Fehler begingen, als sie kein in die Zukunft weisendes bevölkerungspolitisches Konzept entwickelten. Auf die Notwendigkeit eines derartigen Konzepts werde er auch in Cancún[19] hinweisen.

15 Präsident dos Santos hielt sich am 14./15. Oktober 1981 in Frankreich auf.

16 Aus der 1963 begründeten Zusammenarbeit der EWG mit den Assoziierten Afrikanischen Staaten und Madagaskar (AASM) entwickelte sich die Zusammenarbeit mit den AKP-Staaten, die am 28. Februar 1975 im AKP-EWG-Abkommen von Lomé ihre vertragliche Grundlage erhielt.

17 Zur geplanten Lieferung von zwei U-Booten an Chile vgl. Dok. 12, Anm. 12.

18 Johannes Paul II.

19 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

Dann kommt es zu einem Meinungsaustausch über die Konferenz von Cancún. *BK* und *Präsident* beschließen, diesen Meinungsaustausch am folgenden Tage fortzusetzen.

VS-Bd. 14093 (010)

289

Botschafter Hille, Kairo, an Bundesminister Genscher

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1571
Citissime nachts

Aufgabe: 8. Oktober 1981, 03.00 Uhr
Ankunft: 8. Oktober 1981, 07.18 Uhr

Für Bundesminister[1] – Bitte bei Dienstbeginn vorlegen

Betr.: Besuch Bundesministers bei designiertem ägyptische Präsidenten Hosni Mubarak am 7.10.1981[2]

Zur Unterrichtung

1) Bundesminister Genscher unterbrach seinen Rückflug von Peking[3] in Kairo und wurde von Vizepräsident Mubarak von 23.35 Uhr bis 00.15 Uhr zum Gespräch empfangen. An der Unterredung nahmen stellvertretender PM und AM Kamal Hassan Ali, Botschafter Hille und VLR I Weber als Dolmetscher teil. BM eröffnete das Gespräch mit Ausdruck Beileids und betonte, daß in dieser Lage die Freunde treu zu Ägypten und zur ägyptischen Regierung stünden. Die Freunde seien[4] die EG-Staaten und die USA.

Anschließend bat er um Einschätzung der Lage und um Hinweis, was die Freunde jetzt für Ägypten tun könnten. Mubarak dankte für Ausdruck der Teilnahme, die man von einem Deutschen und insbesondere dem BM erwarte. Die Ägypter seien sehr betroffen, aber es sei Schicksal. Die vier Attentäter gehörten

1 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Am 6. Oktober 1981 wurde auf Präsident Sadat während einer Militärparade in Kairo ein Attentat verübt. Vortragender Legationsrat von Nordenskjöld notierte am selben Tag eine telefonische Mitteilung des Botschafters Hille, Kairo, von 19.20 Uhr. Danach habe „Vizepräsident Mubarak […] soeben im Fernsehen den Tod Präsident Sadats bekanntgegeben. Laut Verfassung sei der Sprecher der Versammlung, Abu Taleb, für 60 Tage amtierender Präsident. Vizepräsident Mubarak bleibe Vizepräsident und werde Oberbefehlshaber der Streitkräfte, ein Amt, das bisher der Staatspräsident selbst innegehabt habe. Der neue Präsident habe ein Dekret unterzeichnet, nach dem ab heute für ein Jahr der Ausnahmezustand gelte. Das Parlament werde morgen früh zu einer Sondersitzung zusammentreten. Es müsse innerhalb von 60 Tagen einen neuen Präsidenten wählen. Das Staatsbegräbnis fände am Samstag statt." Vgl. Referat 010, Bd. 178840.

3 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

4 Die Wörter „Die Freunde seien" wurden von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Zu den Freunden gehörten".

nicht der Armee an. Anführer sei ein fanatischer Offizier gewesen. Ägyptische Regierung werde über Hintergründe eine Erklärung abgeben.[5]

Die Lage im Lande sei völlig ruhig. Das Volk stehe unter einem Schock. Der Übergang der Macht habe sich in verfassungsmäßigen Formen abgespielt. Er habe die Designierung durch das Parlament angenommen.[6] Am Dienstag werde ein Referendum durchgeführt[7], am Mittwoch werde er eine Rede halten[8]. Er werde die bisherige Linie fortsetzen. Es werde keine Abweichung, keinen Wechsel geben. Das nächste Verhandlungsdatum mit den Israelis werde eingehalten.[9] Alle Verpflichtungen würden beachtet werden.

Er sei zusammen mit Präsident Sadat dem Friedensgespräch verpflichtet. Er kenne alle Details des CD-Abkommens und des Friedensvertrages.[10]

BM stimmte zu, daß Einhaltung der verfassungsmäßigen Formen und der Zeitpläne in und außerhalb Ägyptens beruhigend wirken werde. Mubaraks Erfahrungen in internationalen Missionen würden Lage erleichtern.

Er erwähnte heute eingegangenen Brief von Reagan[11], dessen Einschätzung der Lage mit unserer übereinstimme. So sei jetzt wichtig, daß die Freunde Ägyp-

5 Am 28. Oktober 1981 teilte Botschafter Hille, Kairo, mit: „Alle Medien berichten laufend und ausführlich über Fahndungs- und Verhaftungserfolge der ägyptischen Sicherheitsorgane […]. Wieweit es der Regierung gelingen wird, in ihrer Konsolidierungsphase die radikalen, extremen Islamfundamentalisten (die in der offiziellen Sprachregelung ausschließlich als islamfeindliche Terroristen bezeichnet werden) unter Kontrolle zu bringen, kann gegenwärtig noch nicht beurteilt werden. Die historischen Erfahrungen lassen jedoch Zweifel angezeigt erscheinen: Die gut organisierte Moslembruderschaft hat in den mehr als 50 Jahren seit ihrer Gründung in Ägypten alle Säuberungen und jahrelanges Untergrunddasein gut überstanden. […] Durch Veröffentlichung von Geständnissen der bisher verhafteten Anführer der Attentäter zeichnet die Regierung der ägyptischen und Weltöffentlichkeit ein deutliches Schreckensbild dessen auf, was zu erwarten gewesen wäre, hätten die Attentäter größeren Erfolg gehabt: Nach Beseitigung der gesamten Führungselite und nach Auslösung größerer gewalttätiger Unruhen im ganzen Lande […] hätten die Terroristen eine islamische Republik im Stile Khomeinis errichten wollen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1818; Referat 310, Bd. 135666.

6 Am 6. Oktober 1981 wurde der ägyptische Vizepräsident Mubarak dem Parlament als Kandidat für das Amt des Präsidenten vorgeschlagen. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 650 des Ministerialdirigenten Montfort an Bundesminister Genscher, z. Z. Peking, vom selben Tag; Referat 310, Bd. 135666.

7 Am 14. Oktober 1981 teilte Botschafter Hille, Kairo, zur Volksabstimmung vom Vortag mit: „Bei einer Wahlbeteiligung von 81 Prozent der eingetragenen Wähler hätten 98,46 Prozent der Abstimmenden für Hosni Mubarak als neuen Präsidenten gestimmt.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1625; Referat 310, Bd. 135666.

8 Zur Regierungserklärung des ägyptischen Präsidenten vom 14. Oktober 1981 berichtete Botschafter Hille, Kairo, am Folgetag, Mubarak habe „bei allen Hörern einen guten Eindruck“ hinterlassen: „klar, fest und ohne falsches Pathos“. Zur Außenpolitik habe Mubarak betont, „das ägyptische Volk sei entschlossener als je, auf dem Weg des Friedens fortzuschreiten. Alle Verträge würden eingehalten und die israelischen ‚Partner‘ insoweit beruhigt.“ Hille fuhr fort: „Das bisherige Kabinett und alle Gouverneure wurden ohne Änderung in den Ämtern bestätigt. Mubarak bleibt somit wie Sadat auch Ministerpräsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1632; Referat 310, Bd. 135666.

9 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 255, Anm. 8.
Die Verhandlungen wurden vom 22. bis 27. Oktober 1981 in Tel Aviv auf Expertenebene fortgesetzt. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 58.

10 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelte Bundesminister Genscher, der sich auf dem Flug von Peking nach Kairo befand, am 7. Oktober 1981 den Text eines Schreibens des Präsidenten Reagan an Bundeskanzler Schmidt. Darin führte Reagan aus: „From all present indications, Vice President Mubarak and his key advisors have the situation under solid control […]. We can be sure the Middle East will abound with rumors about the implications of the change in leadership in Cairo for Egypt's policies. I believe we have a mutual interest in dampening down

tens zeigten, wie sie zu diesem Lande stehen. Er werde die europäischen Partner und die USA von Mubaraks Ausführungen unterrichten[12], und Ägypten werde bald öffentliche Reaktionen erhalten, die Vertrauen des Westens ausdrücken. BM fragte sodann nach Reaktion der arabischen Staaten.

Mubarak erwiderte, er nehme eine Wait-and-see-Haltung ein. Gaddafi habe sehr feindselig reagiert, die Gruppierungen (der PLO?) im Libanon ebenso, aber die Bevölkerung sei betrübt.

Ali wirft ein, die irakische Reaktion habe ihn schockiert. Die Iraker hätten schmutzige Worte verwendet.

Mubarak ergänzt: Und das, obwohl Ägypten mit Irak eben einen Vertrag über Lieferung von Munition in Höhe von 240 Mio. Dollar abgeschlossen habe und Ägypten dem Irak Ausbildung in verschiedenen Bereichen gewähre.

Auf Fragen fügte er hinzu, daß Saudi-Arabien auf sehr niedriger Ebene eine Beileidsbekundung geschickt habe. Die VAE bedauerten, hätten sich aber offiziell nicht geäußert. Mengistu habe sich ins Kondolenzbuch der Botschaft eingetragen. Die anderen afrikanischen Länder verhielten sich wie üblich. Man kenne ihre Art. TASS[13] habe behauptet, die ägyptische Streitkräfte hätten Sadat satt gehabt, deshalb hätten sie ihn umgebracht.

Libyen, Syrien, Irak und die SU meinten, in Ägypten koche der Volkszorn. Sie behaupteten, 100 Offiziere seien entlassen worden. Dies sei unwahr. Sogar Belgrad habe sich dieser Linie angeschlossen, während Bukarest sich still verhalte. Rumänien[14] habe viel Handel mit Libyen.

Auf weitere Frage des BM bestätigte er, daß die Attentäter aus eigenem Antrieb handelten und die Streitkräfte nicht hinter ihnen standen.

Gaddafi habe erklärt, künftig gebe es keine Spannungen mehr zwischen dem libyschen und dem ägyptischen Volk.

Er werde ab Mittwoch die Grenze wieder öffnen. Deshalb nehme er, Mubarak, die Wait-and-see-Haltung ein.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1550

this speculation and in reinforcing the elements of stability in the area while the new leadership in Cairo is established in accordance with Egypt's constitutional processes. I know you will join me in supporting Egypt as its new leaders work to preserve and advance President Sadat's policies of peace, stability and friendship for the West." Vgl. Drahterlaß Nr. 9; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Mit Drahterlaß Nr. 1097 vom 8. Oktober 1981 informierte Bundesminister Genscher die Botschaft in Washington über sein Gespräch mit dem designierten Präsidenten Mubarak am 7. Oktober 1981. Für diesen und für die gleichlautenden Drahterlasse an die Botschaften in Athen, Brüssel, Den Haag, Dublin, Kopenhagen, London, Luxemburg, Paris und Rom vom selben Tag vgl. Referat 010, Bd. 178840.

13 Vortragender Legationsrat Vogel resümierte am 12. Oktober 1981 die sowjetische Reaktion auf die Ermordung des Präsidenten Sadat: „Offiziell hat sich die SU zum Tode Sadats noch nicht geäußert. Aus zwei Indizien darf allerdings auf die sowjetische Befriedigung über das Attentat geschlossen werden. In Medienberichten, die an die westliche Öffentlichkeit adressiert sind, heißt es: ‚Dieser Anschlag wird von Beobachtern mit der Tatsache in Zusammenhang gebracht, daß die Ägypter mit Sadats Außen- und Innenpolitik und insbesondere mit dem Abschluß eines Friedensvertrages mit dem israelischen Aggressor und mit der militärischen Zusammenarbeit mit den USA sehr unzufrieden sind.' Bei dem Beileidstelegramm hat sich die sowjetische Führung auf das protokollarisch Unumgängliche beschränkt." Vgl. VS-Bd. 13280 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

14 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Jugoslawien".

BM fragte nun nach Ablauf der Beisetzung und Teilnahme anderer Länder.

Mubarak zählte auf: USA: Haig, Carter, Nixon, Ford, Kissinger; UK: Prinz Charles; Italien: Präsident Pertini; Marokko: der PM[15]; Frankreich habe sich noch nicht entschieden, ebenso Tunesien; Sudan: Präsident Nimeiri; Oman; Prinz Fahd.

Der Trauerzug beginne um 12.00 Uhr auf dem Platz der Militärparade, wo das Attentat erfolgt sei.[16]

BM erwähnte abschließend den Schock, den die ganze Welt über Tod Sadats empfinde und der auch bei seinen Besprechungen in Peking spürbar geworden sei. Er wünschte Mubarak Kraft für seine schwere Aufgabe und versicherte nochmals, daß die befreundeten Staaten jetzt an seiner Seite stehen.

Mubarak dankte und äußerte Befriedigung über den Besuch.

2) Mubarak und AM Ali ließen eine bemerkenswerte Gelassenheit über die Ermordung Sadats erkennen. Dies mag sich aus der islamischen Religiosität erklären.

Das Gespräch mit Mubarak verlief etwas mühsam, weil er sich alle Äußerungen abfragen ließ und von sich aus spontan wenig beitrug. Im Vergleich zu den Unterhaltungen mit Sadat ein deutlicher Niveauabfall. Allerdings sah Mubarak müde aus. Er war erst am Montag abend von seiner Reise in die USA[17] zurückgekommen.

An positiven Aussagen über seine politische Linie gab es nur die Versicherung, daß Sadats Politik fortgesetzt werde. Aber bereits die Wait-and-see-Haltung gegenüber den arabischen Ländern, Libyen eingeschlossen, deutet die Möglichkeit späterer Kurskorrekturen an.

Nach Beendigung der Unterredung sagte mir AM Ali: „The visit helped us a lot."

[gez.] Hille

Referat 010, Bd. 178840

15 Mohammed Maâti Bouabid.
16 Zur Trauerfeier für Präsident Sadat am 10. Oktober 1981 vgl. Dok. 293.
17 Der ägyptische Vizepräsident Mubarak hielt sich vom 1. bis 4. Oktober 1981 in den USA auf.

290

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand in Latche

VS-vertraulich **8. Oktober 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand am 8. Oktober 1981 von 9.50 bis 13.15 Uhr[2]

Generalsekretär Bérégovoy, Staatssekretär Lahnstein, M. Védrine, MD von der Gablentz sowie zwei Dolmetscherinnen.

Polen

Bundeskanzler erläutert, daß die Bundesregierung ihre finanziellen Leistungen für Polen – in zwölf Monaten über eine Mrd. DM – nicht mehr in diesem Umfange fortsetzen kann. Die Leistungen erreichen etwa ein Viertel unserer Entwicklungshilfeleistungen. Wir werden wie bisher jeden Eindruck einer ideologischen Einmischung in die innerpolnischen Auseinandersetzungen vermeiden, um anderen keinen Vorwand für ein Eingreifen zu bieten. So hat er z. B. auf den DGB-Vorsitzenden Vetter eingewirkt, mit Einladungen an Wałęsa vorsichtig zu sein. Er betont, daß auch die Sowjets und die Osteuropäer sehr über die Sach- und Finanzleistungen stöhnen, die sie für Polen zu erbringen haben. Auf Mitterrands Einwurf, daß die Polen anfangen müssen zu arbeiten und daß auch die französischen Hilfemöglichkeiten sich erschöpfen, betont er, daß wir angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit an die Stabilität unserer eigenen Gesellschaft denken müssen, auch um später überhaupt einmal wieder helfen zu können.

Er stimmt dem Vorschlag Mitterrands zu, daß die Außenminister die Frage der Polen-Hilfe gemeinsam prüfen sollten, und bittet, dazu auch die beiden Finanzminister hinzuzuziehen.

Mitterrand: Je schlechter es den Polen im Innern geht, desto schlechter stehen sie da gegenüber der SU. Wenn die Verhandlungen zwischen West und Ost beginnen, wird sich auch eine gewaltsame Lösung in Polen eher aufschieben lassen. (*BK*: Weil dann im Osten auch jene Kräfte Oberhand gewinnen, die vor einem gewaltsamen Eingreifen warnen.)

Mitterrand meint, daß das Mißtrauen der Sowjets gegenüber Kania für sowjetische Entscheidungen gegenüber Polen wesentlicher ist als das gegenüber Wałęsa. Er meint wie der Bundeskanzler, daß die Sowjets größeres Vertrauen auf Jaruzelski setzen als auf Kania, und betont, daß auch wir Interesse daran haben, daß sich die kommunistische Partei in Polen halten kann. (*BK*: Das sieht selbst die katholische Kirche und der Papst[3].)

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 12. Oktober 1981 gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 287, Anm. 1.

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich am 7./8. Oktober 1981 in Frankreich auf. Vgl. dazu auch Dok. 287 und Dok. 288.

3 Johannes Paul II.

Nord-Süd-Fragen und Dritte Welt

Mitterrand setzt sich auf Frage des Bundeskanzlers für einen baldigen Beginn der Globalverhandlungen[4] ein. Wenn man sich hierüber nicht einigen kann, wird Cancún[5] scheitern. Statt der Gespräche wird es dann nur gegenseitige Forderungen und Anschuldigungen geben.

Bundeskanzler betont, daß Reagan in Cancún nicht isoliert werden sollte. Nach drei Monaten Globalverhandlungen werden wir wahrscheinlich sehen, daß die große Rederei unter dem Dach der VN zu keinen Ergebnissen führt. Wir haben dann nur taktisch den Zusammenstoß zwischen Nord und Süd aufgeschoben. Strategisch ist der Westen in der Nord-Süd-Frage ohne jedes klare Konzept und ohne jede Führung. Die USA können auf dem Gebiet keine Führungsrolle spielen. Die EG tut es nicht. Man erschöpft sich in Lippenbekenntnissen, wobei der eine realistischer, der andere idealistischer argumentiert.

Er ist nicht bereit, den IWF zur Fabrik internationalen Papiergeldes werden zu lassen oder die Weltbank zu einem Instrument weiterer Inflationierung. Die Welt leidet unter Inflation (und nicht unter Geldmangel) sowie unter strukturellen Fehlern, die bei den Globalverhandlungen nicht ins Blickfeld treten. Dazu gehört die Bevölkerungsexplosion, die falsche Vorstellung der EL und der IL, daß man bestimmte Entwicklungsstufen überspringen und gleich die Stufe der Industrialisierung erklimmen kann, sowie die Tatsache, daß vor allem die EL von den OPEC-Preiserhöhungen[6] getroffen werden und sie nicht verkraften können.

Er regt an, daß die Bundesregierung und Frankreich in den nächsten Monaten darauf hinarbeiten sollten, daß die Europäische Gemeinschaft im Nord-Süd-Dialog eine Führungsrolle übernimmt. Sie sollte die EL den klaren Willen zur Hilfe spüren lassen und gleichzeitig Positionen entwickeln, die die reale Lage der Menschen in den EL verbessern, statt nur Positionen für den Verhandlungstisch vorzubereiten, die den Menschen nicht zugute kommen. Die politische Führung in diesem Bereich muß von Europa ausgehen, dessen Staaten die intensivste Erfahrung im Umgang mit den Entwicklungsländern haben. Die EG selbst hat große Leistungen vollbracht. Sie könnte die Führungsrolle übernehmen, wenn wir uns das zutrauen.

Mitterrand: Wenn Cancún kein Ergebnis hat, wird die Konferenz selbst zu einem politischen Fehler. Wenn man nach Cancún geht, muß man einen Erfolg anstreben. Zu den Globalverhandlungen müssen die IL fordern, daß sie wirklich global sind, d. h. nicht nur den Interessen und Vorstellungen der EL, sondern auch denen der IL entsprechen einschließlich der Diskussion der Bevölkerungs-

4 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 283, Anm. 52 und 56.

5 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

6 Vgl. dazu die Beschlüsse der Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten am 15./16. Dezember 1980 in Bali; Dok. 38, Anm. 9.
Eine außerordentliche Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten vom 17. bis 21. August 1981 in Genf ging ergebnislos zu Ende. Ministerialdirektor Fischer stellte dazu am 25. August 1981 fest: „Es bleibt demnach für die OPEC insgesamt bei den Beschlüssen der 60. ordentlichen OPEC-Konferenz in Genf vom 25./26. Mai 1981, die die Preisbeschlüsse der Bali-Konferenz (Dezember 1980) – Richtwerte von 36 US-Dollar bis 41 US-Dollar pro Faß – bestätigt hatte". Vgl. Referat 405, Bd. 126883. Zur außerordentlichen Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten am 29. Oktober 1981 in Genf vgl. Dok. 310, Anm. 15.

probleme und der Forderungen der wirtschaftlichen Vernunft bei der Entwicklungshilfe. Die Globalverhandlungen müssen auch die Probleme und Interessen der westlichen Länder berücksichtigen. Er möchte den EL sagen: Wenn ihr Globalverhandlungen wollt, nennt eure Vorstellungen: Industrialisierung, Liquidität, stabile Rohstoffpreise. Wir sagen dann, was das Wort global für die IL bedeutet: vernünftige Finanzpolitik, vernünftige Abwicklung der Entwicklungshilfe, keine künstliche Geldvermehrung, kontrollierte demographische[7] Entwicklung.

Die EG-Entwicklungshilfe hat in Afrika große Erfolge erzielt. Seine afrikanischen Gesprächspartner berichten, daß ihnen praktisch nur Europa wirtschaftliche Hilfe zuteil werden läßt. Dabei nutzen sie noch nicht einmal, wie Cheysson immer wieder erfahren hat, alle Möglichkeiten der EG-Hilfe aus. Eine gemeinsame Konzeption der EG-Staaten und eine EG-Führungsrolle sollte von dem ausgehen, was die EG in Afrika erreicht hat. Deutschland hat z. B. durch die Friedrich-Ebert-Stiftung, die zu einem Faktor des Fortschritts geworden ist, besondere Erfahrungen in Lateinamerika. Wir sind insgesamt in Europa in einer guten Lage, eine Führungsrolle im Nord-Süd-Dialog zu übernehmen, können aber natürlich nicht alles finanzieren.

Globalverhandlungen sind also nur dann global, wenn sie den Erfordernissen der IL entsprechen. Man kann nicht alles auf einmal regeln, sondern nur konkrete Probleme in klarem Rahmen anpacken, wobei dann auch die USA mitmachen könnten. Wenn sich die Haltung der USA gegenüber Europa bereits geändert hat, so kann sie es auch gegenüber der Dritten Welt tun. Weltbankpräsident Clausen spricht sich zwar weiter gegen eine Energietochter[8], aber nicht gegen eine Energiepolitik aus.

Er sieht ein besonderes Problem darin, daß der Preis bestimmter Rohstoffe in der Praxis, wie z. B. bei Kakao oder Kaffee, nicht vom Markt abhängt, sondern von der Spekulation einer ganz kleinen Zahl von Spekulanten in London. Die IL sollten sich daher der Forderung der EL nach Begrenzung der Preisfluktuationen nicht entziehen. Es ist absurd, wenn die Elfenbeinküste jeden Morgen darum beten muß, daß den Brasilianern die Kaffee-Ernte erfriert. Aber so ist das Gesetz der Spekulation.

Bundeskanzler unterscheidet zwei zeitliche Phasen. 1) In Cancún kann man sich verbal relativ weitgehend öffnen und gleichzeitig darauf hinweisen, daß auch die Interessen und Konzepte der IL in Globalen Verhandlungen zur Sprache kommen müssen. 2) Für die Globalen Verhandlungen selbst könnte die EG ein Konzept entwickeln, das auch die von Mitterrand vorgetragenen Gedanken einbezieht. Die EG-Staaten sollten dabei mit anderen westlichen Ländern zusammenarbeiten, wie z. B. mit Schweden, Österreich oder Kanada unter Trudeau, einem außerordentlich fähigen Mann mit besonderen Erfahrungen im Nord-Süd-Bereich. (Mitterrand meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß er sich vielleicht mit Trudeau besser verstehen werde als Giscard, der diesem zu ähnlich war.)

7 Korrigiert aus: „geographische".
8 Zum Vorschlag der Gründung einer „Energiebank" vgl. Dok. 198, Anm. 97.

Die EG muß an dieses Konzept nicht mit der Haltung einer karitativen Hilfeleistung, sondern der wirtschaftlich-finanziellen Kalkulation herangehen. Sie muß zeigen, daß sie ihre Märkte für die Produkte der EL bereits weit geöffnet hat. Sie muß jetzt aufpassen, daß sich das in der Praxis nicht auf die Produkte der Schwellenländer Hongkong, Südkorea oder Singapur beschränkt, sondern sich vor allem auch auf Afrika, Indien und Lateinamerika erstreckt.

Mitterrand stimmt diesen Gedanken voll zu. In Cancún wird es sicherlich zunächst einmal eine große Serie von Reden geben. Die Freude am Wort ist nicht zu bremsen. Wir werden uns den Globalverhandlungen gegenüber sehr aufgeschlossen zeigen, aber betonen, daß global auch Einschluß unserer Interessen und Konzepte bedeutet. Danach sollten die EG-Mitgliedstaaten, z. B. beim Europäischen Rat in London[9] oder später auf einer besonderen Konferenz im nächsten Jahr, dieses Thema aufnehmen und ein europäisches Konzept zu entwickeln suchen. Andere Länder mit besonderer Erfahrung, zunächst Spanien und Portugal, dann aber auch Kanada, sollten in die Arbeiten einbezogen werden.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß die früher auch von Cheysson als Kommissar[10] vertretene Tendenz, EG-Entwicklungshilfe möglichst auf kommunitärem Wege zu leisten, ein politisches Problem aufwirft. Für multilaterale Hilfe geht der Empfängerstaat weder politische Verpflichtungen ein, noch entwickelt er ein Gefühl der Dankbarkeit wie z. B. gegenüber der SU für ihre bilaterale Militärhilfe. Die Hilfe Frankreichs dagegen wird politisch ernstgenommen. Daher sollte das Konzept in der EG gemeinsam entwickelt werden, aber die Durchführung sollte, soweit technisch möglich, bei den einzelnen Staaten liegen, damit der potentielle politische Einfluß nicht verschenkt wird.

Mitterrand teilt voll und ganz die Auffassung des Bundeskanzlers. Cheysson sieht als französischer Außenminister die Tatsachen auch so, wie sie der Bundeskanzler beschrieben hat. Für die frankophonen Staaten Afrikas ist die bilaterale Hilfe Frankreichs eine wesentliche politische Realität. Die EG sollte allerdings nicht nur ein Instrument zur Verstärkung des Einflusses der einzelnen EG-Mitgliedstaaten in den Ländern der Dritten Welt werden.

Bundeskanzler: Als Deutsche haben wir da keine Rivalitätsgefühle. Gewisse Hilfen wie über das Abkommen von Lomé[11] oder zusätzliches Kapital der Weltbank müssen auch in Zukunft multilateral gegeben werden. Für Europa wird Afrika der wichtigste Schwerpunkt bleiben. Global gesehen ist Lateinamerika von gleicher Bedeutung, das zu einem Weltkrisenherd vom Ausmaß des Nahen Ostens werden könnte. Die USA scheinen hier nicht genügend Fingerspitzengefühl zu entwickeln. Eine EG-Orientierung für die Politik gegenüber Latein- und Zentralamerika könnte daher nützlich sein.

9 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

10 Claude Cheysson war von 1973 bis 1981 als Mitglied der EG-Kommission zuständig für Entwicklungspolitik, Haushalt und Finanzkontrolle.

11 Für den Wortlaut des AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 28. Februar 1975 sowie der Zusatzprotokolle und der am 11. Juli 1975 in Brüssel unterzeichneten internen Abkommen über Maßnahmen zur Durchführung des Abkommens und über die Finanzierung und Verwaltung der Hilfe der Gemeinschaft vgl. BUNDESGESETZBLATT 1975, Teil II, S. 2318–2417.
Für den Wortlaut des Zweiten AKP-EWG-Abkommens von Lomé vom 31. Oktober 1979 und der dazugehörigen Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 966–1080.

Mitterrand ist völlig einverstanden. Zur Haltung der Lateinamerikaner gegenüber den USA berichtet er als Anekdote, daß mexikanische Gesprächspartner die Hauptfront zwischen Westen und Süden an der mexikanisch–nordamerikanischen Grenze sehen und bereits von einer säkularen Rückwanderung von Süden nach Norden sprechen, die der prähistorischen Besiedlung des amerikanischen Kontinents von Norden nach Süden entspreche.

Er vereinbart mit dem Bundeskanzler, daß die zuständigen deutschen und französischen Minister – AA, BMWi, BMF, BMZ – zunächst über diesen Fragenkomplex sprechen sollten, der dann im EG-Kreis erörtert werden sollte. Danach sollten auch Kanada, Österreich und Schweden in die Ausarbeitung eines Nord-Süd-Konzepts einbezogen werden.

EG-Fragen

Bundeskanzler berichtet, daß er von Anfang an Anhänger der Ideen Monnets und Schumans war. Diese Grundhaltung hat sich nicht verändert, sondern nur vertieft. Damals gab es allerdings nicht die Idee einer Gemeinschaft mit zwölf Mitgliedstaaten, sondern nur die einer Gemeinschaft gleichsam als Ring um Deutschland und Frankreich. Die geographische Ausweitung dieses Konzepts hat die EG nicht gestärkt. Die erste[12] und auch die zweite Erweiterungsrunde[13] sind ebenso wie die Assoziationsverträge insbesondere mit der Türkei[14] viel zu früh gekommen. Wir laden immer mehr wirtschaftliche Verantwortung für wirtschaftlich immer schwächere Länder auf uns, ohne die ausreichenden Mittel zu besitzen, dieser Verantwortung gerecht zu werden. Die zweite Erweiterungsrunde ist allerdings nicht mehr rückgängig zu machen, da es vor allem um die Stärkung der Demokratie in Griechenland, Spanien und Portugal geht. Wir müssen uns daher auf ein muddle through einstellen.

In der Sechser-Gemeinschaft konnte die EG zu kommunitären Lösungen tendieren, die in einer Zwölfer-Gemeinschaft nicht mehr durchführbar sind. Giscards Konzept einer EG à deux vitesses konnte nicht funktionieren, weil es einige Mitglieder vor den Kopf stößt und den Vorwand für einen britischen Austritt geben könnte. Wir müssen uns aber heute darauf einstellen, daß die EG in der Praxis zu einem wesentlich lockereren Verband geworden ist, als er z. B. Hallstein vorschwebte.

Mitterrand: Delors benutzte den besseren Begriff eines Europa à géométrie variable. Das entspricht der Realität, da gemeinsame technologische Leistungen von verschiedenen Ländern der EG ohne große Gemeinschaftssystematik erbracht werden können. Solche flexible Zusammenarbeit unter den interessierten Staaten sollte möglich sein, wobei gleichzeitig der kommunitäre Rahmen für kommunitäre Probleme erhalten bleiben muß.

Er betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß Frau Thatcher davon ausgeht, daß nur sie Großbritannien in Europa halten kann. Bei den bilateralen Ge-

12 Dänemark, Großbritannien und Irland traten den Europäischen Gemeinschaften mit Wirkung vom 1. Januar 1973 bei.

13 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei. Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 283, Anm. 24 und 25.

14 Die Türkei und die EWG schlossen am 12. September 1963 ein Assoziationsabkommen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1964, Teil II, S. 510–549.

sprächen[15] hat man sich auf die Prüfung einer Reihe gemeinsamer Projekte geeinigt, z. B. einen Kanaltunnel, der erstaunlicherweise von Großbritannien vorgeschlagen wurde. Man faßt ihn nur für Eisenbahnen ins Auge, wofür die neue französische Schnellverbindung nach Lyon (280 km/Std. im Schnitt) von großer Bedeutung sein kann. Man hofft auf gemeinsame Unternehmungen wie die Concorde[16], aber rentabler. Den Briten, die mehr Geld in Grundlagenforschung investieren als die anderen Europäer, wird klar, daß ihr Markt für ihre großen Entwicklungen zu klein ist. Sie suchen daher nach gemeinsamen Projekten. PM Thatcher hat den Franzosen z. B. ihre Exklusivität bei der Satelliten-Zusammenarbeit vorgeworfen[17] und einen gemeinschaftlichen Satelliten angeregt.

Bundeskanzler hat nichts gegen eine britische Beteiligung, meint aber, daß ein solcher Wunsch noch nicht viel über die zuverlässige Haltung der Briten gegenüber der EG aussagt. Es ist fraglich, wie lange sich die Konservativen noch an der Regierung halten können. Man kann nur hoffen, daß es dann zu einer Regierung aus der Mitte heraus unter Führung von Jenkins oder Shirley Williams kommt, die auch mit den britischen Gewerkschaften kooperieren kann.

Mitterrand betont, daß PM Thatcher im Grunde keine kommunitäre Haltung zeigt. Sie besteht auf der Regel des juste retour, die auf eine Leugnung der Gemeinschaft hinausläuft. Sie mildert ihre Haltung ab, indem sie sagt, daß die Regel nur zwischen den großen drei Partnern, nicht aber gegenüber den ärmeren wie Irland oder den Mittelmeerländern praktiziert werden soll. In der Finanzierungsfrage[18] wird man Großbritannien auch 1982 entgegenkommen müssen. Das kann man allerdings nicht zur Regel machen, da es dann morgen kein Europa mehr geben wird.

Bundeskanzler sieht das nicht so eindeutig. Die Finanzierungsansprüche beruhen nicht auf den Verträgen, sondern auf Ratsbeschlüssen, die in Übereinstimmung mit den Römischen Verträgen[19] geändert werden können. Die Gründungsväter haben sich nicht vorgestellt, daß zwei Länder per Saldo die alleinigen Finanziers der EG sein sollen. Es ist möglich, daß Italien schon in einigen Jahren ein höheres Pro-Kopf-Einkommen haben wird als Großbritannien. Es ist daher zutiefst ungerecht, Großbritannien mit so hohen Finanzleistungen zu belasten. PM Thatchers Verhalten hat die objektiv notwendige Minderung der britischen Finanzlasten schwieriger gemacht, die dann durch Ratsbeschluß durchgeführt wurde. Es wird objektiv auch in Zukunft nötig werden, Großbritannien beim Netto-Saldo entgegenzukommen. Dagegen ist nicht einzusehen, warum die Niederlande, Dänemark und Belgien mit weit höherem Lebensstandard hohe Nettoempfänger bleiben sollen.

15 Staatspräsident Mitterrand hielt sich am 10./11. September 1981 in Großbritannien auf.

16 Am 29. November 1962 unterzeichneten Frankreich und Großbritannien einen Vertrag über den Bau eines Überschall-Verkehrsflugzeugs vom Typ „Concorde“. Die ersten Probeflüge fanden 1969, die ersten kommerziellen Flüge 1976 statt.

17 Zur deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Rundfunk-Satelliten vgl. Dok. 201, Anm. 6.

18 Zur vorläufigen Regelung der Frage des britischen Beitrags zum EG-Haushalt auf der EG-Ministerratstagung am 29./30. Mai 1980 in Brüssel vgl. Dok. 2, Anm. 4.

19 Für den Wortlaut der Römischen Verträge vom 25. März 1957 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 756–1223.

Die Bundesregierung ist auch weiterhin bereit, Nettozahler – auch größter – zu bleiben. Sie kann aber auf Dauer nicht unlimitierter Nettozahler bleiben. Wir durchlaufen zur Zeit die tiefste Wachstumsrezession mit der höchsten Arbeitslosigkeit seit dem Kriege. Dabei muß die besondere Empfindlichkeit der Deutschen gegenüber der Arbeitslosigkeit in Rechnung gestellt werden. Bei einer Arbeitslosenrate in Höhe der französischen wäre er kaum mehr Bundeskanzler, da dann der Konflikt zwischen zwei Freunden und Verbündeten, der Bundesregierung und dem DGB, unausweichlich geworden wäre. Der DGB setzt sich für ein Arbeitsbeschaffungsprogramm ein, das die Bundesregierung nicht finanzieren kann. Wenn sie über die Nettoleistungen an die EG in Höhe von 6,5 Mrd. frei verfügen könnte, könnte sie ein solches Programm ohne Inflation, ohne Zinserhöhung und mit nur geringem Einfluß auf die Importe auf die Beine und den DGB zufriedenstellen.

Er ist als Wirtschaftler zutiefst überzeugt von der Notwendigkeit, die Inflation nicht nur anzuhalten, sondern zu dämpfen. Er wird nichts tun, was zu Lasten des Geldwertes geht und die Arbeitslosigkeit dann in zwei Jahren in um so größere Höhe treibt. Daher kann auch die finanzielle Leistungsfähigkeit nach außen nicht mehr gesteigert werden. Eine schrumpfende Wirtschaft kann nicht ohne noch stärkere Reduzierung der Masseneinkommen steigende Realleistungen nach außen erbringen. Wir müssen daher für absehbare Zeit an der 1%-Mehrwertsteuer-Grenze[20] festhalten und geeignete Lösungen zur Begrenzung unserer Nettofinanzleistungen finden.

Er sieht die Wirtschaftslage Europas schwarz, weil er die Entwicklung in Nordamerika skeptisch beurteilt. Ein Fehlschlag der Reaganschen Wirtschaftspolitik könnte die Weltrezession zu einer Weltdepression werden lassen. Die USA bleiben die économie dominante trotz ihrer relativ geringen Verzahnung mit der Weltwirtschaft. Japan und die EG können eine solche Rolle vielleicht im Jahre 2000 wahrnehmen. Aber gegenwärtig hängt die Weltwirtschaft von den USA ab, die z. B. eine neunprozentige Arbeitslosigkeit ertragen können, die in Europa längst zu sozialen und politischen Umwälzungen geführt hätte. Ein Fehlschlag der Reaganschen Wirtschaftspolitik erscheint ihm ziemlich sicher, wenn es nicht im Februar und März zu neuen wirtschaftspolitischen Korrekturen in den USA kommt.

Er hat die Idee Delors' für eine größere Unabhängigkeit einer europäischen monetären Zone mit großem Interesse verfolgt, versteht und billigt die Motive, hat aber größte Zweifel an ihrer Durchführbarkeit, weil Wirtschafts-, Steuer-, Defizitpolitik ebenso wie die grundlegenden wirtschaftspsychologischen Tatsachen in den EG-Ländern nicht dieselben sind. Die Deutschen reagieren allergisch auf Inflation und Arbeitslosigkeit, die Franzosen scheinen da gelassener zu sein. Ihr Budget ist gesünder. Sie sind eher an regulative Eingriffe gewöhnt und nehmen an ihren inflationistischen Auswirkungen weniger Anstoß. Wir würden in Deutschland einen Volksaufstand bekommen, wenn wir die ungeheuren Ausgaben z. B. für Auslandsreisen (40 Mrd. DM) beschränken wollten. Wir müssen daher einen mittleren Weg gehen und die Stabilisierung des Geldwerts durch eine Mischung von zurückhaltender Defizitpolitik und moralischer Über-

[20] Zur Finanzierung des EG-Haushalts aus Mehrwertsteuereinnahmen vgl. Dok. 69, Anm. 19.

redung zur Zurückhaltung bei den Einkommen sowie durch monetäre Politik suchen, die zur Zeit von der unabhängigen Bundesbank übertrieben restriktiv gehandhabt wird. Der Erfolg ist eine starke Konzentration auf den Export. Die Hoffnung auf eine Exportbelebung stimuliert auch die binnenwirtschaftliche Nachfrage und führt zur besseren Ausnutzung vorhandener industrieller Kapazitäten. Eine leichte Verbesserung der Arbeitslosigkeit wird sich wohl erst Ende 1982 einstellen. Wir werden uns also zunächst mit der schwierigsten wirtschaftlichen Entwicklung in den letzten 30 Jahren auseinanderzusetzen haben.

Mitterrands Weg ist ein anderer. Er hofft, daß er erfolgreich sein wird. Aber offensichtlich sind die wirtschaftlichen Mittel, die Frankreich gestern[21] und die wir vor sechs Wochen[22] beschlossen haben, nicht auf einen Nenner zu bringen. So kommt es unvermeidlich zu einem Test der Kohäsionsfähigkeit der EG. Mit der Kursanpassung vom letzten Wochenende[23] hat die EG diesen Test bestanden und ein Signal der Hoffnung für die nächste Zeit gesetzt.

Mitterrand betont, daß die französische Politik der deutschen nicht so widerspricht, wie es den Anschein haben könnte. Er muß zunächst das wirtschaftspolitische Erbe – 14% Inflation, eine gegenüber 1978 verdoppelte Arbeitslosigkeit – bewältigen. Eine Politik, die das hervorbrachte, konnte nicht richtig sein. Er mußte daher auf gemäßigtes Wachstum setzen und einen neuen Importstoß vermeiden. Frankreich muß weiter wie andere Länder für seine Öleinfuhren bezahlen. Er versucht nicht nur den Konsum, sondern vor allem auch die Investitionen zu beleben, um die Inflationsrate unter 10% zu drücken. Entgegen den Barreschen Erwartungen wurden höhere Profite nicht reinvestiert. Er sucht jetzt auf dem Wege über Vereinbarungen mit den Gewerkschaften eine Produktivitätssteigerung. Er bemüht sich um eine Reduzierung des Haushaltsdefizits, das gestern auf 95 Mrd. FF begrenzt wurde. Dazu kommen Preiskontrollen bei Nahrungsmitteln und eine Einkommenspolitik in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, von der er sich eine Begrenzung des Lohnanstiegs auf die Preissteigerungsrate verspricht. Auf Hinweis des Bundeskanzlers, daß bei uns reale Lohnsenkungen und entsprechende Entwicklungen bei den Renten hingenommen wurden, hält er das für Frankreich für unmöglich. Ihm ist klar, daß er die Einlösung der Wahlversprechen auf sieben Jahre verteilen muß. Aber bereits jetzt ist allerhand geschehen, was auch die Öffentlichkeit verstehen sollte.

Er bemüht sich um die Reduzierung des Defizits bei den Soziallasten von 32 Mrd. FF auf weniger als 10 Mrd. Die Staatsquote des BIP[24] von etwa 42% (je 18% Steuern und Soziallasten, 6,5% Gemeinden) sollte gehalten werden. Not-

21 In der Presse wurde gemeldet, die französische Regierung habe am 7. Oktober 1981 verschiedene Maßnahmen zur Absicherung der am 4. Oktober 1981 durchgeführten Abwertung des französischen Franc beschlossen. So seien z. B. die „Importeursspannen (jeweils nominell) für drei Monate sowie die privaten Dienstleistungstarife für sechs Monate auf ihrem Stand vom 3. Oktober blokkiert", die Preise für eine Reihe von Lebensmitteln, darunter Brot und Milch, reglementiert und der „Preisanstieg für industrielle Erzeugnisse auf eine Jahresrate von acht Prozent" begrenzt worden. Die französische Regierung wolle auf diese Weise „den Preisanstieg reduzieren, mit dem Ziel, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes und so seine Leistungsbilanz zu verbessern". Vgl. den Artikel „Inflationsbekämpfung wird größer geschrieben"; DIE WELT vom 8. Oktober 1981, S. 12.

22 Zu den beabsichtigten Kürzungen im Entwurf für den Haushalt 1982 vgl. Dok. 252, Anm. 41.

23 Zu den Leitkurs-Anpassungen im Europäischen Währungssystem vom 4. Oktober 1981 vgl. Dok. 283, Anm. 9.

24 Bruttoinlandsprodukt.

falls müssen die Sozialbeiträge erhöht oder die Soziallasten in ihrer Struktur verändert werden. Auf Frage des Bundeskanzlers bestätigt er, daß auch Subventionen für die Eisenbahn und andere defizitäre öffentliche Betriebe in das Gesamtdefizit eingerechnet werden. Er erläutert auf weitere Fragen, daß bei der letzten Anleihe nur 30% (normal: 50%) von der Nationalbank und anderen Institutionen übernommen zu werden brauchten. Zinsrate 16,5% auf fünf Jahre (Realzins 2,5%).

Er hält zusammenfassend fest, daß Frankreich eine striktere Wirtschaftspolitik betreibt, als es der Anschein (und auch die Propaganda) wahrhaben wollen.

Zwischenbemerkung: Nach einer halbstündigen Unterbrechung von 12.00 bis 12.30 Uhr wird das Gespräch über Europafragen wiederaufgenommen.

Mitterrand möchte zur Europapolitik festhalten:

- Er ist völlig damit einverstanden, daß Deutsche und Franzosen vor den Beratungen im Zehnerkreis mit Gesprächen über die Agrarpolitik beginnen, damit sie voneinander wissen, wohin sie gehen. Er hat Verständnis für die deutschen Bedenken gegen übertriebene Agrarausgaben.[25]
- Er betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß er auch weiter an der 1%-Mehrwertsteuer festhalten wird. Falls er in dieser Frage seine Haltung ändert, wird er den Bundeskanzler vorher unterrichten.
- Er übergibt dem Bundeskanzler eine Kopie der Vorschläge zur relance, die Europaminister Chandernagor dem Kabinett vorgelegt und die erst nächste Woche beraten und veröffentlicht werden sollen.[26] Auf Frage des Bundeskanzlers meint er, daß er sich die Billigung der Vorschläge noch vorbehält, aber wahrscheinlich den meisten zustimmen könne. Er will den Bundeskanzler vorab informieren, damit er diese Vorstellungen nicht aus der Zeitung erfährt. Die beiden Regierungen sollten sich bei allen Initiativen in Europafragen vorher gegenseitig unterrichten.
- Er betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß es ihm bei der relance vor allem darum geht, der EG wieder ihre politische Dimension zurückzugeben. Ohne sie wird Europa bald keine Bedeutung mehr haben für die neue Generation.

Bundeskanzler weist auf den deutschen Gedanken hin, der bereits von den Außenministern erörtert wurde, unter dem Stichwort Europäische Union[27] die tatsächlich funktionierenden Aktivitäten in einer Erklärung zusammenzufassen. Es geht z. B. darum, die außerhalb der EG-Verträge gut funktionierende EPZ ins europäische Bewußtsein zu heben. Er hätte nichts dagegen, diese Gedanken mit den französischen Vorstellungen einer relance zu verbinden, wenn sie politisch zu kombinieren sind.

25 Zur Haltung der Bundesregierung zu einer Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vgl. Dok. 250, Anm. 44, und Dok. 253, Anm. 30.
Zur Erörterung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf der EG-Ministerratstagung am 16./17. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 331, Anm. 20.

26 Satz so in der Vorlage.
Für den Wortlaut des von der französischen Regierung am 13. Oktober 1981 vorgelegten „Memorandums über die Fortentwicklung der Gemeinschaft“ vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 104–113.

27 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 282.

Mitterrand meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß PM Thatcher aufgrund ihres proamerikanischen Reflexes einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik distanziert gegenübersteht. Nach seiner Ansicht sollte es verhältnismäßig einfach sein, z. B. zu Afghanistan, Nahost (mit einigen Änderungen), Afrika, Lateinamerika, Namibia und auch zur Rüstungskontrollpolitik (vielleicht mit Ausnahme von GB) im Rahmen der Ost-West-Beziehungen gemeinsame europäische Politiken zu definieren, um zu zeigen, daß wir auf dem richtigen politischen Wege sind.

Bundeskanzler kommt auf die Mandatsdiskussion[28] zurück, von der Mitterrand gesagt hat, daß wir uns dort nicht einig sind. Es muß nicht so bleiben. Zur 1%-Grenze hat z. B. Mitterrand auf Frage seine Position klargestellt, die ihn sehr befriedigt.

Zur Nettozahler-Position regt er baldige Gespräche zwischen den Ministern Matthöfer und Delors an. Es wäre nicht gut, wenn französischer Präsident und deutscher Bundeskanzler beim Europäischen Rat nicht mehr abgestimmt aufträten. Wie in der Vergangenheit sollte es vor dem Europäischen Rat keinen Streit zwischen Deutschland und Frankreich geben. Ihm liegt daher daran, daß Delors dem Präsidenten genau die deutschen finanziellen Möglichkeiten und Grenzen vortragen kann, um zu verstehen, was wir voneinander erwarten können. Die Gespräche sollten so rechtzeitig stattfinden, daß er eventuell noch in Cancún mit Mitterrand darüber sprechen kann. Jedenfalls sollten Generalsekretär und Chef BK hierzu Kontakt halten.

Mitterrand hält solche Gespräche für unbedingt erforderlich. Er stimmt Lahnsteins Einwurf zu, daß man unnötigen Streit über Probleme vermeiden sollte, die – z. B. in Ermangelung rechtzeitiger Kommissionsvorschläge – auf dem ER in London doch nicht zu lösen sind.

Mitterrand berichtet, daß sich PM Thatcher in diesen Fragen als große Intimfreundin Deutschlands gegeben hat. In etwas beunruhigender Bescheidenheit hat sie die Nettozahler-Position als Problem der Deutschen dargestellt, die mit ihren Forderungen recht haben.

Bundeskanzler: Ihm kommt es darauf an, daß die deutschen Nettobeiträge nicht unbegrenzt steigen. Er will sich nicht darauf festlegen, welche Konsequenzen daraus für die GAP gezogen werden.

Mitterrand: Für die Franzosen bleibt GAP Schwerpunkt der europäischen Konstruktion, wenngleich nicht der einzige Aspekt. Die Franzosen sind hier demandeur.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß auch Frankreich weit über die GAP hinaus in hohem Maße von den Vorteilen des Binnenmarkts profitiert hat: Von 1958 bis 1980 stiegen die deutschen Exporte in die EG-Staaten um das 21-fache (von 3,0 auf 62,8 Mrd. ECU), die französischen um das 27-fache (von 1,4 auf 38,2 Mrd. ECU). Er stimmt Mitterrand zu, daß diese Zahlen von den Ministern bzw. Generalsekretär/Chef BK geprüft werden sollten.

28 Zum Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 182, Anm. 14.

Mitterrand berichtet auf Frage des Bundeskanzlers, daß die Mehrheit der Franzosen eine Erweiterung der EG um Portugal und Spanien befürwortet. Im Süden sieht man in ihnen vor allem Konkurrenten in Landwirtschaft und Fischerei. Im industriellen Bereich werden sie weniger als Konkurrenten betrachtet. In den Grenzregionen aber gehen die Emotionen so hoch, daß Frankreich dem Beitritt nicht zustimmen kann, ehe nicht eine Reihe von Problemen beim Wein, Obst und Gemüse einschließlich der Auswirkungen der Überschüsse anderer Produkte gelöst werden. Die Verhandlungen werden sehr hart und nicht vor Ablauf einiger Jahre beendet werden. Politisch befürwortet er den Beitritt als Beitrag zur Stärkung der Demokratie in Spanien, sieht aber auch mit Unruhe, daß jede Ausdehnung der EG ihren Zusammenhalt schwächt.

Bundeskanzler hat spanischen Gesprächspartnern gesagt, daß eine sehr lange Übergangszeit auch im Interesse der spanischen Industrie liegt. Sie könnte auch das französische Problem politisch abfedern. Wir sollten also die Verhandlungen führen im klaren Bewußtsein, daß wir zu einigen Problemen Übergangszeiten von acht bis zwölf Jahren brauchen, die man benutzen muß, um die in den Verhandlungen gefundenen Lösungen schrittweise zu verwirklichen. Der Beitritt sollte nicht aufgeschoben werden, damit die Spanier spüren, daß sie politisch akzeptiert sind. Insgesamt hat aber auch Deutschland kein Sonderinteresse, Spanien oder andere europäische Staaten an die EG anzufügen.

Mitterrand möchte nicht in Verhandlungen hineingezogen werden, in denen Frankreich immer nur nein sagen muß. Er sucht daher das vorherige Gespräch mit Spanien, das bisher nicht stattgefunden hat.

Spanien und Portugal

Mitterrand berichtet, daß die polizeiliche Koordination bei der Bekämpfung des baskischen Terrorismus Fortschritte macht. Es gibt immer noch Komplizenschaft unter den Basken beiderseits der Grenze. Aber Frankreich ist kein Refugium für Terroristen.

Er hat mit Calvo-Sotelo[29] und mit González gesprochen. Die Beziehungen sind besser, aber noch nicht gut. Er bemüht sich, die Hypothek langer Jahre schlechter Beziehungen abzutragen. Giscard hatte sich zunächst positiv, vor den Wahlen[30] dann aber negativ zum spanischen Beitritt geäußert. Sein Verhältnis zum spanischen König[31] war gut, aber nicht frei von Irritation, da Giscard zu sehr als erfahrener Ratgeber auftrat. Darauf spielte der König an, als er ihm nach der Wahl in einem Telefongespräch sagte, er hoffe, nicht zu viele Ratschläge zu bekommen. (BK: Der König ist ein sehr zuverlässiger und standfester Charakter, den er sehr respektiert.)

Auf Frage des Bundeskanzlers meint er, daß Portugal politisch stets wenig stabil war und auch bleiben werde. Es würde zur Stabilität beitragen, wenn sich Eanes mit Soares[32] arrangieren könnte.

29 Ministerpräsident Calvo-Sotelo hielt sich am 2. Juli 1981 in Frankreich auf.

30 In Frankreich fanden am 26. April bzw. 10. Mai 1981 Präsidentschaftswahlen statt.

31 Juan Carlos I.

32 Die Wörter „Eanes mit Soares“ wurden von Bundesminister Genscher unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

Bundeskanzler: Wenn diese Koalition schon vor fünf Jahren zustande gekommen wäre, wäre Sá Carneiro nie so groß geworden.[33] Er selbst ist etwas enttäuscht von der andauernden politischen Instabilität in Portugal. Wir haben den demokratischen Parteien wesentlich geholfen, als seinerzeit alles auf der Kippe stand[34]. Man sollte weiterhin Spanien und Portugal bei der Stabilisierung der innenpolitischen Lage helfen. Beide Länder haben starke kommunistische Parteien und können von Moskau aus infiltriert und beeinflußt werden. Die Stärkung der Demokratien in beiden Ländern liegt auch im Interesse einer Konsolidierung des Ost-West-Verhältnisses.

Deutsch-französische Kulturbeziehungen

Mitterrand setzt sich mit Nachdruck für demonstrative gemeinsame deutsch-französische Aktivitäten bei der kulturellen Zusammenarbeit ein. Er ist bereit, hierfür zusätzliche Mittel aus dem wesentlich aufgestockten Haushalt des Kulturministeriums einzusetzen. Er wird sich für das deutsch-französische Center an der Pariser Universität[35] und ein deutsch-französisches Institut in Grenoble einsetzen. Er möchte bestehende Hemmnisse, z. B. beim Gedanken einer Hartung-Stiftung[36], abbauen und bildende Künstler, in denen sich beide Kulturkreise verbinden, angemessen herausstellen. Er möchte Gelegenheiten, Feiern sehen, in denen sich ein gemeinsamer Geist deutscher und französischer Intellektueller und Künstler manifestiert.

Bundeskanzler stimmt Mitterrand von ganzem Herzen zu. Eine Betonung der deutsch-französischen Gemeinsamkeiten heute sollte auch das Bewußtsein der kulturellen Gemeinsamkeiten der Vergangenheit schärfen. Er befürwortet den Plan einer Hartung-Stiftung, der nach Möglichkeit verwirklicht werden sollte, solange der Künstler noch lebt. Man sollte die Bedeutung des deutsch-französischen Jugendwerks – dem u. a. seine eigene Tochter[37] den Zugang zum französischen Sprachraum verdankt – noch stärker herausstellen. Er setzt sich erneut für die Einrichtung eines deutsch-französischen Kulturkanals beim TV-

33 Dieser Satz wurde von Bundesminister Genscher durch Ausrufezeichen hervorgehoben.

34 Korrigiert aus: „bestand".
Zur Revolution am 25. April 1974 in Portugal vgl. Dok. 177, Anm. 4.

35 Bundeskanzler Schmidt und Staatspräsident Giscard d'Estaing einigten sich während der deutsch-französischen Konsultationen am 5./6. Februar 1981 in Paris auf eine gemeinsame Kultur-Erklärung. Diese sah u. a. die Gründung eines „Zentrums für Information und Forschung über das zeitgenössische Deutschland" vor. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. BULLETIN 1981, S. 102 f.

36 Vortragender Legationsrat I. Klasse Sell erläuterte dazu am 28. Januar 1981: „Der bekannte, in Antibes lebende Maler Hans Hartung hat [...] seine Bereitschaft zu erkennen gegeben, sein gesamtes künstlerisches und sonstiges Vermögen sowie das seiner Frau in eine deutsch-französische Hans-Hartung-Stiftung einzubringen, die nach französischem Recht mit Sitz in Antibes errichtet werden soll. […] Hans Hartung hat die Bundesregierung gebeten, sich mit der französischen Seite wegen der Verwirklichung des Vorhabens in Verbindung zu setzen. Die Bundesregierung schätzt aufgrund einer ersten Prüfung des Vorschlags, daß die deutsche und die französische Seite je DM 200 000 jährlich für die Unterhaltung des Hartung-Museums aufbringen müßten." Vgl. Referat 602, Bd. 155263.
Zum Projekt einer Hans-Hartung-Stiftung fand am 10. Juli 1981 im Auswärtigen Amt eine Besprechung unter der Leitung von Ministerialdirigent Witte statt, an der auch der Leiter der Staatlichen Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen, Schmalenbach, teilnahm. Dieser führte aus, den Eheleuten Hartung „schwebe vor, daß ihr Haus in Antibes zu einem Museum umgestaltet wird, in dem das von ihnen nachgelassene Werk und die von ihnen hinterlassenen Sammlungen (Sammlung González; Einzelstücke z. B. von Picasso, Chagall und Miró) ausgestellt werden." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Sell vom 21. Juli 1981; Referat 602, Bd. 155263.

37 Susanne Schmidt.

Satelliten-Projekt ein. Pariser Theater und deutsche Opern sollten jeweils den Bürgern des anderen Landes direkt zugänglich sein. Die Bedeutung der französischen Literatur sollte den Deutschen ins Bewußtsein gehoben werden. Die Bedeutung paralleler kultureller Entwicklungen in beiden Ländern kam sehr eindrucksvoll in der Ausstellung Paris–Berlin[38] zum Ausdruck. Ohne den fortwährenden Einfluß aus Frankreich wäre die künstlerische, literarische und geistige Entwicklung Deutschlands völlig anders verlaufen. Wir sind uns dessen nicht immer völlig bewußt, weil manches durch Kriege und Animositäten überlagert wurde. Die historische kulturelle Gemeinsamkeit muß erneut begreifbar gemacht werden.

Er weist auf die Probleme hin, die unser föderales System für die Koordinierung auswärtiger Kulturbeziehungen mit sich bringt. Aber wir können auch außerhalb der Verwaltung Beispiele setzen. Er ist bereit, seinen Einfluß auf die Industrie, z. B. zugunsten einer Hartung-Stiftung, einzusetzen. Er wird alle seine Möglichkeiten nutzen, da er ein außerordentliches Interesse hat, die Deutschen erleben zu lassen, wieviel sie Frankreich verdanken. Er regt an, bei den nächsten deutsch-französischen Konsultationen in Deutschland[39] eine repräsentative Opern- oder Theateraufführung einzuplanen.

Mitterrand betont, daß Kultusminister Jack Lang ein Mann ist, der von Ideen überkocht. Er wird ihn und Wissenschaftsminister Savary bitten, Vorschläge vorzulegen. Viel wird davon abhängen, daß der französische Präsident und der deutsche Bundeskanzler selbst bei jeder Gelegenheit ihr Interesse bekunden.

Bundeskanzler wird auf deutscher Seite den BM für Wissenschaft und Bildung[40], den Beauftragten der Kultusministerkonferenz[41] und den Koordinator[42] bitten, sich dieser neuen Möglichkeiten bei der kulturellen Zusammenarbeit sofort anzunehmen.

Er dankt Mitterrand für die Gastfreundschaft in seinem privaten Hause und betont, daß sich der informelle Rahmen außerordentlich positiv auf die fruchtbaren Gespräche ausgewirkt hat. Er lädt Präsident und Madame Mitterrand zu einem ähnlichen privaten Treffen in sein Haus in Hamburg für das späte Frühjahr 1982 ein.[43]

VS-Bd. 14093 (010)

38 Zur Ausstellung „Paris–Berlin", die vom 12. Juli bis 6. November 1978 im „Centre National d'Art et de Culture Georges Pompidou" in Paris gezeigt wurde, stellte Botschafter Herbst, Paris, am 16. Januar 1979 fest, daß sie „die umfassendste und wichtigste bis heute gezeigte Übersicht über die Kunst Deutschlands im ersten Drittel dieses Jahrhunderts" gewesen sei: „Sie war darüber hinaus das herausragende Ereignis der an kulturellen Veranstaltungen überreichen französischen Hauptstadt des Jahres 1978." Vgl. den Schriftbericht Nr. 233; Referat 602, Bd. 155263.

39 Die deutsch-französischen Konsultationen fanden am 21./22. Oktober 1982 statt. Vgl. dazu die Gespräche des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Mauroy bzw. des Bundesministers Genscher mit dem französischen Außenminister Cheysson sowie die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vom 22. Oktober 1982; AAPD 1982.

40 Björn Engholm.

41 Bernhard Vogel.

42 Paul Frank.

43 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 14. Mai 1982 in Hamburg vgl. AAPD 1982.

291

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl

010-2812/81 VS-vertraulich **8. Oktober 1981**[1]

Betr.: Gespräch BM mit dem NL-Außenminister van der Stoel am 8. Oktober 1981 – 13 bis 15 Uhr

Das Gespräch wurde unter vier Augen geführt. BM hielt darüber fest:

1) BM hat unsere Europa-Initiative[2] erläutert. S. hat dies sehr positiv aufgenommen.

2) Zu Nahost ergab sich, daß die Niederländer wie wir der Auffassung sind, daß Israel sich jetzt bewegen müsse. Die EG müsse aktiv werden.

3) NATO-Beitritt Spaniens[3]: S. sieht große Probleme für die Ratifizierung im NL-Parlament voraus. Er werde versuchen, die Probleme durch eine Art „Demokratie-chapeau" zu überwinden, der sich auf alle Bündnismitglieder beziehen solle, aber für Spanien gemeint sei. S. verwies auf den Präzedenzfall einer entsprechenden Erklärung beim EG-Beitritt Griechenlands[4]. BM meinte dazu, daß dies nicht leicht sein werde wegen der Türkei.

S. berichtete, er habe dem spanischen Außenminister[5] gesagt: Die niederländische Zustimmung zum spanischen NATO-Beitritt würde erleichtert, wenn Spanien dem Nichtverbreitungsvertrag[6] beitrete. S. bat für diese Haltung um Unterstützung. BM erwiderte: Er könne Spanien dies aus der Sache heraus nicht empfehlen, da er bereits die Unterstützung für den spanischen Beitritt zugesagt habe und jetzt nicht Gründe nachschieben könne. Er könne nur eine Empfehlung geben, um den Niederländern die Sache zu erleichtern.

4) Doppelbeschluß[7]

S. teilte mit, man werde bis Ende des Jahres nicht in der Lage sein, dem Beschluß zuzustimmen.[8] Es gebe sogar Kräfte, die bis Ende des Jahres eine ne-

1 Vortragender Legationsrat I. Klasse von Braunmühl vermerkte handschriftlich: „Von BM noch nicht genehmigt."
Hat Ministerialdirigent Wallau am 8. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 282.

3 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 248.

4 Griechenland trat mit Wirkung vom 1. Januar 1981 den Europäischen Gemeinschaften bei.

5 José Pedro Peréz-Llorca y Rodrigo.

6 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

7 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

8 Zur niederländischen Haltung zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 248.
Der amerikanische Botschafter Burns übergab am 6. Oktober 1981 ein Schreiben an Bundesminister Genscher mit einer Mitteilung des amerikanischen Außenministers Haig. Darin hieß es u. a.: „It is essential to impress on the Dutch that the consequences of the course they are contemplating will be felt far beyond the Netherlands and will be extremely damaging to the credibility of the Alliance. […] The Secretary therefore requests that you communicate your concern to van der Stoel." Vgl. den Drahterlaß Nr. 638 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl vom 6. Oktober 1981 an Bundesminister Genscher, z. Z. Peking; VS-Bd. 14098 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

gative Entscheidung zu erreichen wünschten. Er hoffe, dies abwehren zu können. S. bat um Mitwirkung, daß von dem NATO-Kommuniqué (NPG 20./21.10.?)[9] keine Schwierigkeiten ausgingen. S. fragte, ob man nicht sagen könne, der Beschluß sei notwendig, damit die Verhandlungen laufen könnten. BM machte dagegen Bedenken geltend. Nach unserer Auffassung sei der Beschluß auch notwendig im Hinblick auf die Nachrüstung. Dies sei das Thema einer innenpolitischen Diskussion.

BM bat, in den Niederlanden die Bundesrepublik Deutschland nicht in eine singuläre Position zu bringen. Wir könnten nicht in der EG der größte Nettozahler sein und in der NATO alle Risiken übernehmen.

5) BM schnitt das Thema der Breda-Häftlinge[10] an. S. sagte, die Sache sei weiter emotional belastet. Wenn sich jedoch neue gesundheitliche Probleme ergäben, würde er sich einschalten und für eine Freilassung eintreten. Dies sei auch die Meinung des alten und neuen Justizministers[11].

6) KSZE Madrid:

S. teilte unsere Meinung, daß wir uns nicht unter Zeitdruck setzen dürften, so wünschenswert es wäre, schnell fertig zu werden. Dieser Gesichtspunkt gelte vor allem auch wegen Polen. S. teilte mit, daß er die NL-Delegation angewiesen habe, die deutsche Position in dieser Frage zu unterstützen. Auch S. äußerte Bedenken gegen ein Junktim zwischen Menschenrechtstagung und KAE[12]. Beide Minister waren sich einig, daß man die Menschenrechtspolitik unterstützen müsse, damit aber nicht die vom Westen gewünschten vertrauensbildenden Maßnahmen aushebeln dürfe.

Braunmühl

VS-Bd. 14093 (010)

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles vgl. Dok. 304.
Für den Wortlaut des Kommuniqués vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 135–138.

10 Referat 202 führte am 20. Juli 1981 zu den seit 1945 in Breda Inhaftierten aus. „Die Freilassung bzw. Begnadigung der beiden verbliebenen Kriegsverurteilten von Breda (Fischer, Jg. 1901, Aus der Fünten, Jg. 1909, der dritte, Kotalla, Jg. 1908, starb 1979 in der Haft) scheiterte bisher an dem der Regierung von der Krone zugestandenen faktischen Vetorecht." Vgl. Referat 203, Bd. 140585.

11 Am 26. Mai 1981 fanden Parlamentswahlen in den Niederlanden statt. Justizminister im alten und im neuen Kabinett des Ministerpräsidenten van Agt war Job de Ruiter.

12 Vgl. dazu das von amerikanischer Seite vorgesehene „Schlußpaket" für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid; Dok. 207, Anm. 4, 9 und 13.

292

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Mussawi

311-320.10 IRN **8. Oktober 1981**[1]

Teilnehmer: von iranischer Seite: Außenminister Mussawi[2], Botschafter Navab, ein Beamter des iranischen Außenministeriums, ein iranischer Dolmetscher; von deutscher Seite: Herr Bundesminister, VLR I Schlagintweit, VLR von Ploetz, VLR Bald.

Bundesminister begrüßte den Außenminister, sprach ihm seine Glückwünsche zum heutigen islamischen Feiertag aus und bat ihn, über die Entwicklung im Iran zu berichten.

Mussawi: Wir wissen, daß Europa und die USA gemeinsame Interessen verbinden. Unsere Beziehungen zu der Bundesrepublik unterscheiden sich von denen zu den USA. Ich würde gerne wissen, wieweit Ihre Beziehungen zu den USA das Verhältnis zu uns beeinträchtigen.

Die iranische Revolution wird im Westen vielfach falsch verstanden. Die iranische Revolution ist keine Besonderheit Irans, sondern ein allgemeines Phänomen (der Region). Zwei Tage vor dem Attentat auf Sadat[3] habe ich CBS ein Interview gegeben, in dem ich sagte, daß die islamische Revolution auch in Ägypten zu einer Explosion führt. Als sich das bewahrheitete, wurde das Interview nur ausschnittsweise gezeigt und dazu gesagt, ich hätte mich getäuscht, die Ermordung Sadats sei nur eine militärische Angelegenheit gewesen. Dies zeigt, wie falsch Vorgänge in unserer Weltgegend gedeutet werden.

Eine Einmischung des Westens in innere Fragen der Region könnte zu noch größeren Gefahren führen. Z. B. sagte Präsident Reagan, er würde nicht zulassen, daß Saudi-Arabien das gleiche Schicksal erleidet wie das Schah-Regime.[4] Allein die Tatsache, daß so etwas gesagt wird, beweist, wie falsch die Dinge gesehen werden.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schlagintweit am 8. Oktober 1981 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 15. Oktober 1981 vorlegen, der die Weiterleitung an Referat 311 verfügte und handschriftlich vermerkte: „Verteilung kann vorgen[ommen] werden mit dem Vorbehalt, daß BM den Vermerk noch nicht genehmigt hat." Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178842.

2 Der iranische Außenminister Mussawi hielt sich auf der Rückreise von New York in der Bundesrepublik auf.

3 Zur Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 289.

4 Zum Sturz des Schah Reza Pahlevi am 16. Januar 1979 vgl. Dok. 16, Anm. 9.
In einer Pressekonferenz am 1. Oktober 1981 wurde Präsident Reagan die Frage gestellt: „Given the fact that when the Shah fell, the United States lost much top secret military equipment in Iran […] can you now guarantee the Congress and the people of the United States that the AWACS system, if it's sold to the Saudis, will not compromise American security, or would not fall into the wrong hands?" Reagan antwortete: „I don't believe that it'll fall into enemy hands, but it would not compromise our security even if it had. […] And Iran – I have to say that Saudi Arabia, we will not permit to be an Iran." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 870 f.

Die Attentate, durch die in Iran viele Staatsmänner getötet wurden[5], würden unter normalen Umständen jede Ordnung zerstören. Bei uns aber steht das Volk immer noch zur Revolution. Man darf nicht glauben, daß man eine Revolution zerstört, wenn man einzelne Menschen tötet.

BM: Mein Land ist der Ansicht, daß jedes Volk das Recht auf seine eigene Ordnung hat und daß niemand sich in fremde Angelegenheiten einmischen darf; daran halten wir uns sorgfältig. Wir haben die Gewalttaten in Ihrem Lande bedauert, wie wir jeden Akt der Gewalt bedauern. Es wäre aber unaufrichtig, wenn ich nicht hinzufügen würde, daß wir, als ein Land, das die Todesstrafe abgeschafft hat und in den VN auf ihre Ächtung hinwirkt, verschweigen würden, daß wir die Todesurteile in Ihrem Lande[6] bedauern.

Zu unseren Beziehungen zu Iran:

Iran kann selbst entscheiden, wie sie sich gestalten. Wir sind Ihrer Revolution ohne jeden Vorbehalt entgegengetreten. Wenn Sie gute Beziehungen haben wollen, werden Sie gute Beziehungen haben. Wollen Sie das nicht, wird dies nicht der Fall sein.

Mussawi: Von Ihrem Botschafter habe ich den Satz gehört: Wir glauben, daß Ihre Revolution nach dem Willen des Volkes zustande gekommen ist.[7] Wenn jedes Land so denken würde, hätten wir keine Schwierigkeiten.

BM: Das ist die Position der Bundesrepublik Deutschland.

Mussawi: Aufgrund dieses Satzes sind wir sehr optimistisch für die Zukunft unserer Beziehungen auf der Grundlage des Prinzips der Nichteinmischung und unseres Grundsatzes „weder Ost noch West“. Wir wollen uns auf keine Großmacht stützen. Deutschland und Iran haben vieles gemeinsam. Unsere Beziehungen haben Tradition. Ihre Technologie kann uns nützen. Es gibt wirtschaftliche Aspekte; sie sollten aber nicht zur Abhängigkeit führen.

BM: Wir wollen nichts anderes als Gleichberechtigung.

Mussawi: Was die Todesurteile anbelangt, muß man die Unterschiede der Rechtsordnungen und Weltanschauungen berücksichtigen. Wir haben oft Gewalttaten von Ländern des Westens in der Dritten Welt beobachtet.

Ich wäre dankbar für Ihre Ansichten über den Mittleren Osten. Das gilt allgemein für die politische Lage wie auch für Ihre Ansicht zu den „Fundamentalisten und Fanatikern“.

5 Am 5. November 1981 stellte Referat 311 zur Lage in Iran fest, daß oppositionelle Gruppen nicht in der Lage zu sein schienen, die Regierung zu stürzen: „Zahlreiche den Mudschaheddin zugeschriebene Attentate“ hätten aber deren „personelle Substanz merklich ausgehöhlt und dadurch verstärkte Repression gegen Regimegegner […] ausgelöst“. Vgl. Referat 311, Bd. 137672.

6 Referat 311 vermerkte, daß in Iran seit der Absetzung des Präsidenten Bani Sadr am 21. Juni 1981 ca. 1800 Hinrichtungen stattgefunden hätten. Die „laufende tägliche Hinrichtungsrate“ betrage ca. 30 Personen. Vgl. die Aufzeichnung vom 5. November 1981; Referat 311, Bd. 137672.

7 Botschafter Petersen, Teheran, führte am 16. September 1981 vor der deutsch-iranischen Industrie- und Handelskammer in Teheran aus: „Die islamische Revolution, die als eine echte Revolution von der Masse des iranischen Volkes gewollt und getragen worden ist, hat unser Gastland entscheidend verändert. […] Die Regierung eines Landes, die in Übereinstimmung mit den Wünschen und den Bedürfnissen der großen Masse des eigenen Volkes handelt und daran ihre Politik ausrichtet, ist ein guter Partner für ein anderes Land, weil er ein sicherer Partner ist. Dies gilt auch für das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Iran.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137673.

BM: Dies ist nicht mein Sprachgebrauch.

Was ich über das Selbstbestimmungsrecht gesagt habe, gilt auch für das palästinensische Volk.

Mussawi: Wir begrüßen diese Meinung. Es würde viele Probleme lösen, wenn alle westlichen Staaten so denken würden.

BM: Wir hoffen, daß der Krieg mit Irak[8] bald beendet wird. Dies gilt auch für den Krieg, den die SU gegen Afghanistan führt. Wir wünschen den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens ein Leben in Selbständigkeit und Unabhängigkeit unter Verwirklichung ihrer vollen Selbstbestimmung. Wenn die Völker dieser Region eine fundamentalistische Ordnung haben wollen, so ist das ihre Sache. Wenn sie dies nicht wollen, auch.

Mussawi: Wir begrüßen diese Ansicht. Man trifft sie leider nicht bei allen Staatsmännern in Europa an.

BM: Ich weiß nicht, wie oft Sie in Europa sind. Ich würde es begrüßen, wenn wir uns ausführlicher unterhalten könnten. Ich möchte Ihnen auch empfehlen, andere europäische Hauptstädte zu besuchen, um Ihre Ziele und Vorstellungen zu erläutern und um Europa besser kennenzulernen.

Mussawi: Wir wollen nicht die Türen unseres Landes zumachen, aber wir haben auf unseren Universitäten das westliche System ausreichend studiert.

BM: Man kann nie genug wissen. Wenn man sich selbst kennenlernen will, muß man sich bemühen, auch die anderen besser zu erkennen.

Lassen Sie mich wissen, wann Sie wieder in Europa sind, ich würde mich gerne ausführlich mit Ihnen unterhalten.

Mussawi: Ich danke Ihnen sehr.

Ende 15.45 Uhr.

Referat 010, Bd. 178842

8 Zum irakisch-iranischen Krieg vgl. Dok. 277, Anm. 5.

293

Botschafter Hille, Kairo, an das Auswärtige Amt

VS-NfD
Fernschreiben Nr. 1597
Citissime

Aufgabe: 10. Oktober 1981, 17.45 Uhr[1]
Ankunft: 10. Oktober 1981, 17.56 Uhr

Beteiligung erbeten: Bundesminister

Betr.: Trauerfeier für Präsident Sadat[2]
hier: Gespräch mit designiertem ägyptischem Präsidenten Hosni Mubarak am 10.10.1981 in Kairo

Zur Unterrichtung

Unmittelbar im Anschluß an Trauerfeier[3] empfing Vizepräsident Mubarak in seinem Amtssitz die Herren Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister des Auswärtigen. Außerdem waren Botschafter Hille und VLR I Weber anwesend. Die Unterredung dauerte von 13.40 bis 14.10 Uhr.

BPräs.[4] eröffnete Gespräch mit Ausdruck des Beileids. Sadat sei in Deutschland bewundert worden. Wir vertrauten darauf, daß Ägypten unter Führung Mubaraks die Friedenspolitik fortsetzen werde. Unser Land stehe Ägypten dabei zur Seite. Er sprach Einladung an Mubarak aus, Bundesrepublik zu besuchen, sobald es ihm passe.[5]

Mubarak dankte. Er kenne unsere Gefühle für Sadat und Ägypten. Es sei Sadat gewesen, der ihn gelehrt habe, für Deutschland Zuneigung zu empfinden. Sadat habe noch einen Besuch in der Bundesrepublik beabsichtigt, zu dem es nun nicht mehr gekommen sei. Die Ägypter liebten Deutschland und die Deutschen.

BK fragt, ob Mubarak schon PM Begin getroffen habe.

Mubarak bejaht, er habe ihn 15 Minuten lang gesprochen und ihm versichert, daß Ägypten die bisherige Linie fortsetzen werde, wie sie in Sharm-el-Sheikh und Alexandria abgesprochen wurde.[6] Am 25. Oktober werde die nächste Sit-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Fiedler am 11. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Zur Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 289.

3 Zur Teilnahme an der Trauerfeier für Präsident Sadat am 10. Oktober 1981 teilte Botschafter Hille, Kairo, mit, „66 Staaten und drei multi- bzw. internationale Organisationen" seien durch Delegationen vertreten gewesen: „Die Bevölkerung war durch eine kleinere bestellte Menschenmenge mit Spruchbändern vertreten, die durch Sicherheitskräfte in Distanz vom Trauerzug gehalten wurde." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1725 vom 14. Oktober 1981; Referat 310, Bd. 135666.

4 Bundespräsident.

5 Präsident Mubarak hielt sich am 7./8. Februar 1982 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am 7. Februar 1982 vgl. AAPD 1982.
Ein weiterer Besuch fand vom 13. bis 15. Dezember 1982 statt. Für das Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Mubarak am 14. Dezember 1982 vgl. AAPD 1982.

6 Ministerpräsident Begin und Präsident Sadat trafen am 4. Juni 1981 in Sharm-el-Sheik (hebräisch: Ophira) zusammen. Vgl. dazu Dok. 175, Anm. 14.
Am 25./26. August 1981 kamen Begin und Sadat in Alexandria überein, die Verhandlungen über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete wiederaufzunehmen. Zur ersten Runde am 23./24. September 1981 in Kairo vgl. Dok. 255, Anm. 8.

zung des ägyptisch-israelischen Militärausschusses über die Räumung des Sinai wie vorgesehen stattfinden.[7]

Frage des BK, ob Begin positiv reagiert habe, bejaht Mubarak, ebenso die Frage, ob das Datum des 25.4.1982 (Räumung Rest-Sinais) erwähnt worden sei.

BK führt aus, wenn ägyptische Regierung in gegenwärtiger schwieriger Lage Unterstützung benötige, so sei unsere Regierung bereit zu helfen „in any form that you might deem fit and desirable". Wir seien auch gern bereit, mit anderen europäischen Regierungen darüber zu sprechen.

In diesem Zusammenhang erscheine ihm wichtig, daß man in Washington einen schärferen Sinn für die Dringlichkeit der Nahost-Dinge entwickle.

Auf Frage Mubaraks präzisierte BK, er meine dies ganz allgemein, ohne Bezug auf Mubaraks jüngsten Besuch in Washington[8].

Sodann fragte der BK nach Ägyptens Verhältnis zu den anderen arabischen Ländern.

Mubarak führt aus, selbst Sadat habe keinen Haß empfunden. Von Saudi-Arabien habe man einige Mitteilungen auf niedriger Ebene empfangen. Aber zur heutigen Trauerfeier hätten die Saudis niemanden geschickt, und deshalb sei auch der marokkanische PM[9] nicht gekommen, obwohl er ursprünglich seine Teilnahme angekündigt hatte.

Mubarak meint, daß sich das Verhältnis zu den Arabern nach April verändern werde. Selbst Gaddafi habe ja schon Sadat Mitteilungen zukommen lassen, und gestern habe sein Luftwaffenchef versucht, Mubarak anzurufen. Er habe aber die Annahme des Gespräches verweigert. Gaddafi habe verbreitet, er rechne damit, daß er, Mubarak, die Politik Sadats ändern werde. Dann würde er, Gaddafi, auch zu Besuch nach Ägypten kommen. Aber der könne ihm gestohlen bleiben.

Auf Frage des BK, wieso Gaddafi eigentlich Präsident der OAU[10] geworden sei, meint Mubarak, Geld habe eine Rolle gespielt. Selbst der Generalsekretär der OAU, Kodjo, habe Gaddafi Dank dafür gesagt, daß er den Tschad[11] „gerettet" habe.

BK fragt, ob er Mubarak von sich aus einen Rat geben dürfe. Er finde es bemerkenswert, daß Präsident Mitterrand zu der Trauerfeier gekommen sei. Er habe Mitterrand soeben zwei Tage lang gesprochen[12] und meine, es wäre nützlich, wenn Mubarak auf ihn zugehe und mit ihm spreche und die Lage schildere. Mitterrand sei im Begriff, seine Ansichten über den Mittleren Osten zu ändern, günstiger zu gestalten.

Mubarak erwiderte, daß er Präsident Mitterrand noch heute treffen werde.

7 Vom 25. bis 27. Oktober 1981 hielt sich der ägyptische Außenminister Ali in Israel auf.

8 Der ägyptische Vizepräsident Mubarak hielt sich vom 1. bis 4. Oktober 1981 in Washington auf.

9 Mohammed Maâti Bouabid.

10 Vgl. dazu die Beschlüsse der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27. Juni 1981 in Nairobi; Dok. 188, Anm. 27.

11 Zum Tschad-Konflikt vgl. Dok. 288, Anm. 11.

12 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 7./8. Oktober 1981 in Latche vgl. Dok. 287, Dok. 288 und Dok. 290.

BK ergänzt, daß er viel Einfluß auf die frankophonen Afrikaner habe.

BPräs. beendet die Unterredung mit guten Wünschen für die große Aufgabe Mubaraks und für Ägypten.

[gez.] Hille

Referat 310, Bd. 135666

294

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-5826/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 12. Oktober 1981, 07.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5022 **Ankunft: 12. Oktober 1981, 08.07 Uhr**

Betr.: Besuch von GS Breschnew in Bonn[2];
hier: sowjetische Absichten und Zielsetzungen

Zur Unterrichtung

I. Ungeachtet der Unwägbarkeiten, die sich für die sowjetische Führung aus der sich verschlechternden Lage in Polen und aus dem zunehmend gespannten Verhältnis zu den USA ergeben mußten, hat Breschnew bereits im April sein Interesse an einem Besuch in Bonn noch in diesem Jahr bekundet.[3] Wir wissen auch, daß Sowjets diesen Besuch durchaus auch schon früher im Jahr gern gesehen hätten. Bei der Festlegung des Termins schließlich zeigten sie ein großes Maß an Flexibilität.

Wenn sie jetzt den Eindruck zu erwecken versuchen, als bedeute das Besuchsvorhaben ein Entgegenkommen uns gegenüber, so entspricht das zwar bekannter sowjetischer „Gipfel-Taktik“, kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sich Sowjets in dreierlei Hinsicht in einer nicht zu übersehenden Demandeur-Position befinden:

1) Der Besuch muß nach innen und nach außen den Beweis für die Vitalität sowjetischer Gipfel-Diplomatie und Entspannungspolitik gegenüber dem Westen erbringen.

2) Der Besuch muß genutzt werden, um von Bonn aus den Gegnern der Nachrüstung in Westeuropa mit hochrangiger Bekundung sowjetischer Friedenslie-

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 12. Oktober 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Gerz verfügte.
Hat Gerz am 16. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

3 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 3. April 1981 in Moskau; Dok. 96.

be politisch und moralisch unter die Arme zu greifen, letztlich also den Beschluß vom Dezember 1979[4] weiter zu unterlaufen.

3) Breschnews persönliches Prestige soll eingesetzt werden, um die von ihm selbst immer schon favorisierte engere wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik voranzubringen.

Alle drei Aspekte der sowjetischen Motivation sind Zeichen der Schwäche, nicht der Stärke. Diese Schwäche hat sich nach innen und nach außen in Folge der Entwicklungen nach Afghanistan[5], nach dem NATO-Beschluß, nach dem Schock der Politik Reagans und vor allem nach dem Sturz Giereks[6] und den weitreichenden politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Aktivität von Solidarność immer sichtbarer manifestiert. Die erneute Mißernte verengt den außenpolitischen Spielraum weiterhin. In dieser äußerst unbequemen Lage ist die Bundesregierung bei der starren Haltung der gegenwärtigen britischen Regierung und nach dem Wechsel in Paris[7] derzeit der einzige westliche Partner, mit dem Moskau – zwar kontrovers, aber offen – den politischen Dialog fortsetzen kann, ja fortsetzen muß. Dabei kennt die Führung ihre Bonner Gegenüber, und es gibt eine solide, von beiden Seiten als verpflichtend angesehene vertragliche Basis für die bilateralen Beziehungen. Wie wichtig dies in der sowjetischen Optik ist, zeigen die deutlichen Bemühungen, mit den USA wieder zu einem Einverständnis über die Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zu gelangen.

II. Betrachtet man diese sowjetische Interessenlage, dann hat die deutsche Seite keinen Grund, sich von sowjetischen Großmachtallüren beeindrucken zu lassen, besonders wenn sich diese in Drohungen oder Anspielungen auf die Friedensbewegung äußern. Diese und weitere Register werden zweifellos in Breschnews Vorträgen und vorgefertigten Erwiderungen gezogen und von Gromyko begleitet werden. Auch mit massiver Kritik an der US-Administration ist wieder zu rechnen. Die zeitliche Nähe des Besuchs zu den Genfer Verhandlungen[8] wirkt sich dabei eher zum Nachteil als zum Vorteil der Sowjets aus. Sie beraubt sie der Möglichkeit, bei dieser Gelegenheit mit einer spektakulären Neuformulierung ihrer Position herauszukommen.

Aus meiner Sicht stellt weniger die sowjetische Anti-TNF-Offensive in den Gesprächen mit Breschnew als vielmehr die dem Besuch vorausgehende Kampagne in unserer Öffentlichkeit die eigentliche Herausforderung dar. Die Sowjets haben den Aufmarsch der 250 000 in Bonn[9] mit großer Genugtuung registriert. Sie werden, das läßt sich auch an dem zwischen Ponomarjow und Mies in Moskau vereinbarten Aktionsprogramm der DKP ablesen, in den kommenden Wochen nichts unversucht lassen, diese Aktionen in politische Münze für den Breschnew-Besuch zu verwandeln.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
5 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.
6 Zur Ablösung der Ersten Sekretärs des ZK der PVAP, Gierek, am 5. September 1980 vgl. Dok. 1, Anm. 2.
7 François Mitterrand übernahm am 21. Mai 1981 das Amt des französischen Staatspräsidenten.
8 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.
9 Zur Demonstration am 10. Oktober 1981 im Hofgarten in Bonn vgl. Dok. 287, Anm. 12.

III. Näher betrachtet, lassen sich die oben genannten sowjetischen Hauptmotive wie folgt beschreiben:

1) Fortsetzung der Gipfel- und Entspannungspolitik

Die Politik der Entspannung war und ist eng mit der Person Breschnews verbunden. Sein propagiertes Prestige als Friedenspolitiker stünde auf dem Spiel, wenn man offen eingestehen müßte, daß diese Außenpolitik praktisch gescheitert wäre. So nimmt er die für ihn auch bei sichtbar besserem Gesundheitszustand immer noch sehr anstrengende Reise auf sich, um dem eigenen Volk und aller Welt zu zeigen, daß die sowjetische Friedens- bzw. Koexistenzpolitik trotz der Konfrontation mit den USA weiter funktioniert. Dabei spielt es keine Rolle, daß die sowjetischen Medien die Bundesrepublik und ihre politische Führung, insbesondere aber ihre Rolle beim Zustandekommen des NATO-Beschlusses, mit Dauerkritik überziehen und dabei auch nicht vor den abgegriffensten Klischees zurückschrecken. Nur langsam wird jetzt das Bemühen spürbar, dem bevorstehenden Ereignis auch durch entgegenkommendere Töne Rechnung zu tragen. Allerdings werden die Kommentatoren auch nicht versäumen, die Bundesrepublik als an diesem Besuch überaus interessiert darzustellen.

Entscheidend für die Sowjets ist auch, daß sie mit dem Besuch ein Stück Isolierung abbauen, wie sie sich nach Afghanistan auch in der Besuchsdiplomatie gegenüber dem Westen zwangsläufig ergeben hat. Immerhin ist dies der erste Breschnew-Besuch in einem westlichen Land nach der Afghanistan-Intervention.

2) Stärkung der Nachrüstungsgegner

Es liegt auf der Hand, daß der Besuch Breschnews dazu genutzt werden soll, den Nachrüstungsgegnern aller Couleur den Rücken zu stärken. Seine publizistische Behandlung, nicht nur durch die Medien des Ostblocks, wird Möglichkeit genug bieten, die sowjetische Friedenspolitik noch einmal zu bekräftigen. Wichtiger noch ist der erhoffte Effekt der Stärkung des Prestiges der DKP und der bekannten Frontorganisationen in der Bundesrepublik. Während bei früheren Besuchen die DKP sich lediglich als jubelnde Gefolgschaft darstellte, kann sie jetzt mit einem auch von anderen Gruppen geteilten ernsthaften Anliegen auftreten, wenn der Generalsekretär in Bonn zu Gast ist.

Da es sich erklärtermaßen um einen Arbeitsbesuch handelt, sollte um jeden Preis von einem Fernsehauftritt Breschnews abgesehen werden. Dies sollte sich, zumindest Sowjets gegenüber, mit dem Argument der Gegenseitigkeit bewerkstelligen lassen. Breschnew sollte auf keinen Fall die Möglichkeit erhalten, von Bonn aus eine Friedensbotschaft auszustrahlen, die notwendigerweise antiamerikanische Untertöne haben wird.

3) Engere Zusammenarbeit

Mangels politischem Dokument wird der geplanten Unterzeichnung der Gas-Röhren-Kontrakte[10] auch optisch eine große Bedeutung gegeben. Ich rechne

10 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 265, Anm. 56.
Zum Verhandlungsstand führte Referat 421 am 10. November 1981 aus: „Ob es schon anläßlich des Breschnew-Besuchs zur Unterzeichnung des Vertrages kommt, hängt von der – sich abzeichnenden – endgültigen Einigung über den Gaspreis ab. Wir bemühen uns, über den Vertrag der Ruhrgas mit der sowjetischen Seite die Einbeziehung Berlins im Rahmen einer Option auf Gaslieferungen zu erreichen. […] Die Bundesregierung hat gegenüber der Sowjetunion kein Junktim zwischen dem

damit, daß der Generalsekretär auch noch weitere Projekte für die Zusammenarbeit anbieten wird. Von einer Vereinbarung über die engere Zusammenarbeit der Bundesländer und Unionsrepubliken ist die Rede gewesen. Ich habe den Eindruck, Sowjets suchen förmlich nach einem für die feierliche Unterschrift geeigneten Dokument.

Wenn auch der Bereich der wirtschaftlichen und technologischen Zusammenarbeit durch die zehnte Kommissionssitzung[11] weitgehend abgedeckt wurde, ist eine neue sowjetische Initiative zur spektakulären Erweiterung der Zusammenarbeit nicht auszuschließen, sei es auch nur als Test, inwieweit die Bundesrepublik zur Substitution amerikanischer Kontrakte bereit und in der Lage ist. Insofern kommt es besonders darauf an, in der Vorbereitungsphase zu eruieren, welche Projekte Sowjets anläßlich des Besuchs zur Sprache bringen möchten.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 11122 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1575

Zustandekommen des Erdgas-Geschäfts und der Einbeziehung Berlins hergestellt." Dennoch wolle sie sich „bei einer unbefriedigenden Berlin-Regelung eine Verschiebung der Unterzeichnung vorbehalten". Vgl. Referat 213, Bd. 133249.

11 Die zehnte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand vom 24. bis 28. September 1981 in Moskau und Nowosibirsk statt. Vortragender Legationsrat I. Klasse Sieger teilte der Botschaft in Washington dazu am 30. September 1981 mit, neben dem geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft sei eine mögliche Zusammenarbeit im Bereich der Kohleveredlung „in sehr allgemeiner Form" angesprochen worden: „Seit mehreren Jahren bestehen zwischen deutschen Firmen und der sowjetischen Seite Kontakte zu der Frage eine Kohlehydrierungsprojektes zur Nutzung der sowjetischen Kohlevorkommen in Ost-Sibirien (drei Mio. t/a[nnum] Benzin). Jedoch haben die Gespräche noch nicht zu konkreten Abmachungen geführt." Zu der von sowjetischer Seite gewünschten wissenschaftlich-technologischen Zusammenarbeit „über den industriellen Bereich hinaus" habe die Delegation der Bundesregierung „auf das Fehlen entsprechenden Regierungsabkommens (unter Einbeziehung Berlins und seines Forschungspotentials)" hingewiesen, „das einer Kooperation insbesondere für den staatlichen Bereich entgegensteht". Vgl. den Drahterlaß Nr. 1068; Referat 421, Bd. 141312.

295

Runderlaß des Botschafters Ruth

220-370.70 USA-1640/81 VS-vertraulich Aufgabe: 12. Oktober 1981, 18.01 Uhr[1]
Fernschreiben Nr. 5219 Plurez

Betr.: Besuch des Direktors der amerikanischen Abrüstungsbehörde ACDA in Bonn 4. bis 9. Oktober 1981

I. 1) Der Direktor der amerikanischen Abrüstungsbehörde ACDA, Professor Eugene Rostow, hat im Rahmen einer Europareise, die ihn auch nach Brüssel[2] und London[3] führte, Bonn vom 4. bis 9. Oktober 1981 besucht. Seine offizielle Begleitung bestand aus Assistant Director for Public Affairs Lehman und Assistant Director for International Security Affairs Dr. Timbie. Außerdem war R. von seiner Frau[4] begleitet.

2) R. führte eingehende Gespräche mit dem Bundeskanzler[5], dem Bundesaußenminister[6], dem StM im AA[7] und mit StS von Staden[8]. Zusätzlich fanden drei Konsultationsrunden mit Botschafter Ruth statt[9], an denen auch Vertreter des BMVg teilnahmen. R. hat ferner auf Einladung von MdB Bahr an einer Sitzung des BT-Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle[10] teilgenommen und stand darüber hinaus interessierten Abgeordneten bei Zusammentreffen unter Leitung von Vizepräsidentin Frau Renger für Fragen und Antworten zur Verfügung.[11] Im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Auswär-

1 Durchdruck.
Der von Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipierte Runderlaß wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 19.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron vorgelegen.

2 Der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, hielt sich am 28./29. September 1981 in Belgien auf und nahm am 28. September 1981 an einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats teil. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1564 des Botschaftsrats I. Klasse Roßbach, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 11313 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, traf am 4. Oktober 1981 aus London kommend in Bonn ein und flog am 9. Oktober 1981 nach London ab.

4 Edna B. Rostow.

5 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 284.

6 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 8. Oktober 1981 vgl. VS-Bd. 11314 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Das Gespräch mit Staatsminister Corterier fand am 6. Oktober 1981 statt.

8 Das Gespräch des Staatssekretärs von Staden mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, fand am 6. Oktober 1981 statt. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14098 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Die Gespräche des Botschafters Ruth mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, fanden am 5., 7. und 8. Oktober 1981 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung von Ruth vom 8. Oktober 1981; Referat 220, Bd. 123100.

10 Zur Sitzung des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle mit dem Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 7. Oktober 1981 vgl. das Kurzprotokoll; Referat 220, Bd. 123100.

11 Am 8. Oktober 1981 traf der Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, zunächst mit dem CDU-Abgeordneten Mertes und anschließend mit weiteren Mitgliedern des Bundestags zusammen. Vgl. das Besuchsprogramm; Referat 220, Bd. 123100.

tige Politik hielt R. ein Referat über „Rüstungskontrolle in den achtziger Jahren". ARD und ZDF haben je ein Interview mit Rostow ausgestrahlt.[12]

Zu einem privaten Besuch wurde das Ehepaar R. vom Bundespräsidenten und Frau Dr. Carstens empfangen.[13] Der BK erläuterte R. gegenüber die innenpolitische Debatte über Sicherheitsfragen.

3) In den Fachgesprächen wurden alle Bereiche der Rüstungskontrolle behandelt, die Mittelstreckenthematik bildete jedoch einen deutlichen Schwerpunkt. Dabei ging es weniger darum, neue Erkenntnisse von R. zu gewinnen, sondern ihm die Problematik aus deutscher Sicht zu verdeutlichen. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Demonstration[14] wurde stets von beiden Seiten die Bedeutung unterstrichen, die einer abgestimmten und offensiv zu führenden Öffentlichkeitsarbeit zuzumessen ist. R. hat in seinen öffentlichen Erklärungen dieser Notwendigkeit in sehr hilfreicher Weise Rechnung getragen. Er stimmte der deutschen Auffassung zu, daß nicht nur vor den Verhandlungen, sondern auch während deren Verlauf eine sorgfältige Öffentlichkeitsstrategie betrieben werden müsse, bei Wahrung der Vertraulichkeit über Verhandlungseinzelheiten.

Durch alle Gespräche, die durchweg in guter Atmosphäre geführt wurden, zog sich als roter Faden die Betonung der Notwendigkeit enger, vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen den USA und ihren europäischen Bündnispartnern, wobei den Konsultationsinstrumenten in der Allianz, aber auch vertrauensvoller bilateraler Abstimmung große Bedeutung zugemessen wurde.

4) Wertung: Die Offenheit der Gespräche ist ein Reflex der vertrauensvollen Beziehungen und des guten persönlichen Verhältnisses zwischen den Gesprächspartnern. Vor dem Hintergrund der lebhaften innenpolitischen Diskussion in Parlament und Öffentlichkeit kam es uns darauf an, Rostow, der neben State Department und Pentagon maßgeblich an der Formulierung der amerikanischen Rüstungskontrollpolitik beteiligt ist, mit unseren spezifischen Anliegen noch besser vertraut zu machen. Dank der Intensität und der Vielfalt der Kontakte dürfte dies erreicht worden sein. Im aktuellen Bereich der Mittelstreckenverhandlungen haben wir die im Bündnis bereits eingebrachte Position der Bundesregierung weiter verfolgt und verdeutlicht.

II. In den einzelnen Teilbereichen werden die einschlägigen Äußerungen Rostows und seiner Mitarbeiter wie folgt zusammengefaßt.

1) Mittelstreckenproblematik

a) (Gegenüber BM): Die SU verfolge das doppelte Ziel, Europa von Amerika zu trennen sowie die Nachrüstung zum Scheitern zu bringen. (Gegenüber DGAP): Für die SU sei Westeuropa ein Faustpfand im geopolitischen Spiel. Wenn Westeuropa in den sowjetischen Machtsog einbezogen werden könne, würden aus sowjetischer Sicht auch Japan und China die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen, und die USA würden isoliert, belagert und machtlos zurückbleiben.

12 Zum Vortrag des Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, am 6. Oktober 1981 vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und zu seinem Auftritt im Fernsehen vgl. Dok. 284, Anm. 16.

13 Das private Treffen fand am 5. Oktober 1981 statt. Botschafter Ruth vermerkte dazu, daß Bundespräsident Carstens „Rostows Schüler in Yale" gewesen sei. Vgl. die Aufzeichnung vom 17. August 1981; Referat 220, Bd. 123100.

14 Zur Demonstration am 10. Oktober 1981 im Hofgarten in Bonn vgl. Dok. 287, Anm. 12.

b) Zu den Verhandlungsaussichten[15] (gegenüber BM):

Er sei nicht übertrieben optimistisch, halte es aber für möglich, daß die Lage in Polen eine zusätzliche Chance biete, weil die SU deshalb an mehr Stabilität interessiert sei. (Gegenüber Abgeordneten): Die amerikanische Seite werde kein Abkommen um seiner selbst willen schließen. Es werde vermutlich für eine geraume Zeit wenig Fortschritte in den Verhandlungen geben, dennoch beurteile er (R.) die Chancen, zu einer Übereinkunft zu kommen, die mit westlichen Sicherheitsinteressen vereinbar sei, als „fair".

c) Zu den ersten Verhandlungsschritten (gegenüber D 22[16]): Eingangs werde man die eigene Verhandlungsposition in Grundzügen darlegen. Dann werde man die eigenen Daten präsentieren und von den Sowjets ihre Datenpräsentation verlangen (werde aber weiterverhandeln, auch wenn SU diesem Verlangen nicht nachkomme). Gleichzeitig werde man das Verifikationsproblem zur Diskussion stellen. Die USA legten Wert auf die frühzeitige Behandlung der Datenfrage und der Verifikation. Diese Themen seien integraler Bestandteil der Verhandlungen.

d) Verifikation (gegenüber Abgeordneten): Es zeige sich, daß angesichts der geringeren physischen Ausmaße der Waffensysteme und aufgrund ihrer Mobilität „national technical means" für die Verifikation nicht ausreichten. Es müßten „cooperative measures" hinzutreten, die abgestellt seien auf die zu verifizierenden Systeme. Der sowjetische Vorwurf, die amerikanische Seite wolle mittels Verifikationsforderungen die Verhandlungen verzögern, sei unbegründet. Ohne Verifikation könne es kein wirksames Rüstungskontrollabkommen geben. Dies anerkenne – wenn auch mit Einschränkungen – selbst Moskau.

e) Zum geographischen Anwendungsbereich (gegenüber BM): R. bestätigt BMs Forderung, am globalen Verhandlungsansatz festzuhalten. (Gegenüber Abgeordneten): Der globale Verhandlungsansatz ergebe sich aus der Reichweite der Waffen, er sei technologisch bedingt. Der Regionalisierungsversuch der Sowjets sei ein leicht durchschaubarer statistischer Trick.

f) Zur Zahl- und Begrenzungseinheit (gegenüber D 22): Man habe erkannt, daß das Zählkriterium „dislozierte Abschußvorrichtung" (deployed launcher) der jetzigen Situation allein nicht mehr gerecht werde. Man müsse in einem Begrenzungsabkommen auch für die Nachladekapazität eine Lösung finden. Wir haben darauf hingewiesen, daß bei LRTNF das Kriterium warheads on launchers erhalten werden müsse.

g) Zum Null-Ergebnis (gegenüber DGAP): Die Null-Lösung sei die mathematische Konsequenz des westlichen Ansatzes, Begrenzungen für beide Seiten auf einem möglichst niedrigen Niveau anzustreben. Man solle jedoch keine übertriebenen Hoffnungen darauf setzen. (Gegenüber BM): Er verhehle nicht, daß er der Null-Lösung keine große Chance gebe. (Gegenüber D 22): Anerkennung, daß in der öffentlichen Präsentation das westliche Konzept der Null-Lösung ein geeignetes Gegenargument gegen östliche Moratoriumsvorschläge[17] sei.

15 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

16 Friedrich Ruth.

17 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

h) Zur Frage Land-/Seestützung (gegenüber BM): Die Landstützung der LRTNF sei darauf gerichtet, ein Abkoppeln Europas von den USA zu verhindern. (Gegenüber DGAP): Landstützung habe den Vorteil sichtbarer Abschreckung. (Gegenüber Abgeordneten): Das Bündnis habe sich nach sorgfältiger Prüfung der Frage zu Recht (Kopplung, Sichtbarkeit) zur Landstützung entschlossen.[18] Eine Änderung des Beschlusses jetzt würde den Eindruck westlichen Zurückweichens vor östlichem Druck erwecken und wäre für die Verhandlungen verheerend.

i) Zum SALT-Zusammenhang (gegenüber D 22): Man könne SALT (bzw. START) und LRTNF nicht voneinander trennen. Sowjetische ICBMs könnten gegen westeuropäische Ziele eingesetzt werden, Backfire und u. U. SS-20 könnten unter bestimmten Bedingungen auch die USA erreichen. Die Vorstellung eines auf Europa begrenzten, von den zentralstrategischen Potentialen isolierten „TNF-Gleichgewichts" sei eine Illusion. TNF-Verhandlungen könnten zwar hilfreiche Ergebnisse zeitigen, die Sicherheit Europas werde letztlich aber durch den amerikanischen zentralstrategischen Schutzschirm garantiert. TNF seien Bindeglieder für die zentralstrategische Garantie. Dies berühre nicht den TNF-Verhandlungsbeginn. (Gegenüber DGAP): Ohne den grundsätzlichen konzeptionellen Zusammenhang in Frage zu stellen, seien begrenzte LRTNF-Übereinkünfte denkbar, die in sich selbst einen Wert darstellten, [19]auch wenn START noch zu keinen Ergebnissen geführt habe.

j) Zur Frage des „linkage" (gegenüber D 22 und DGAP): Es gebe keine Vorbedingungen für den Beginn der Verhandlungen. Die USA warteten nicht die Nachrüstungsmaßnahmen ab. Es gebe keine politischen Bedingungen, wie etwa den sowjetischen Rückzug aus Afghanistan. Es gebe jedoch bestimmte politische Ereignisse, die ein faktisches politisches linkage darstellen und Rüstungskontrollverhandlungen undenkbar machen würden.

2) SALT/START

a) Neue amerikanische Rüstungsentscheidungen[20] (gegenüber Abgeordneten): Die neuen strategischen Programme würden die Verhandlungen nicht negativ beeinflussen. Auch hielten sie sich im Rahmen der SALT-II-Höchstgrenzen.[21] Die USA würden auch weiterhin nichts unternehmen, was dem Vertrag zuwiderlaufe, solange sich die SU ebenso verhalte. Europäische Überlegungen hätten für die Entscheidung des Präsidenten[22] für die Stationierungsart der MX eine wichtige Rolle gespielt.

b) Zum START-Verhandlungsbeginn: Die Gespräche hätten bereits im August durch informelle Kontakte über Fragen der Verifikation begonnen. Die andere Seite sei bis jetzt eine Antwort schuldig geblieben. Washington werde im Früh-

18 Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 5, Anm. 10.

19 Beginn des mit Runderlaß Nr. 5220 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

20 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–48. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

22 Ronald W. Reagan.

jahr zur Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit sein.[23] Die Notwendigkeit, sich auf die LRTNF-Gespräche vorzubereiten, habe auch die SALT-Vorarbeiten beschleunigt.

c) Zum Verhandlungskonzept: Er gehe davon aus, daß die USA ein vernünftiges und auch der europäischen Öffentlichkeit erklärbares Verhandlungskonzept vorlegen werden.

Etwa 60 Prozent des alten SALT-Vertrages bleibe erhalten. Man wolle vom ursprünglichen Text ausgehen und Anpassungen vornehmen, insbesondere bei der Zählmethode. Man wolle Reduzierungen auf ein niedrigeres Niveau (deeper cuts) vorschlagen als seinerzeit Vance 1977.[24] (Dazu Dr. Timbie): Eine genaue Definition des „deep cuts"-Konzepts sei bisher noch nicht erfolgt. Man sei dabei, auch Reduzierungen um 20 oder 30 Prozent durchzudenken.

d) Zahl- und Begrenzungskriterium für START (Timbie im Expertengespräch[25]): Es bestehe Tendenz, neben bisherigem Parameter „launcher" gleichzeitig weitere Parameter, vor allem „Wurfgewicht oder Vernichtungskraft" („throwweight" bzw. „destruction power"), einzuführen. Der Grund dafür sei, daß SU den bisherigen Vorsprung der USA bei Gefechtsköpfen (GK) nahezu eingeholt habe (derzeit 10 000 GK für US, 9000 GK für SU), so daß schon aus verhandlungstaktischen Gründen Einführung Parameters „Wurfgewicht", bei dem SU den USA überlegen sei, sinnvoll erscheine. Dies um so mehr, da US im Begriff seien, ihre Überlegenheit auch bei „Treffgenauigkeit" zu verlieren.

3) MBFR

Rostow erklärte, die Administration hoffe, die Überprüfung gegen Ende des Jahres abzuschließen. Man könne bei den Wiener Gesprächen nicht mit baldigen Ergebnissen rechnen, da die SU angesichts der Lage in Polen ihre Truppen in der DDR kaum reduzieren werde. Der StS machte deutlich, daß die Bemühungen um konkrete Verhandlungsergebnisse fortgesetzt werden müssen.

R. gegenüber DGAP: Die USA arbeiteten hart, um bei MBFR Erfolge zu erzielen.

4) Nichtverbreitung

Zu Art. VI NVV[26] (gegenüber D 22, der die Bedeutung des Art. VI für die Glaubwürdigkeit von NV und Abrüstungspolitik hervorhob): US-Administration messe der Nichtverbreitung große Bedeutung bei. Der KWS[27]-Status sei kein Privileg, sondern eine Bürde. Alle Vertragsparteien – seien sie NKWS[28] oder KWS – hätten das gleiche sicherheitspolitische Interesse, daß die Zahl der KWS

23 Am 29. Juni 1982 wurden in Genf die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verminderung strategischer Rüstungen (START) aufgenommen.

24 Zu den Vorschlägen, die der amerikanische Außenminister Vance bei seinem Aufenthalt vom 27. bis 30. März 1977 in der UdSSR dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, unterbreitete, vgl. AAPD 1977, I, Dok. 82.

25 Der Abteilungsleiter in der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Timbie, traf am 5. Oktober 1981 in einer Abfolge von Gesprächen mit Botschafter Ruth, den Vortragenden Legationsräten I. Klasse Citron und Holik sowie Oberst Heydrich, Bundesministerium der Verteidigung, zusammen. Vgl. dazu Referat 220, Bd. 123100.

26 Nichtverbreitungsvertrag.
Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

27 Kernwaffenstaat.

28 Nicht-Kernwaffenstaaten.

nicht wachse. Art. VI NVV sei in diesem Sinne nicht als „Gegenleistung" der KWS an die NKWS anzusehen. Die Haltung von Ländern, die dem NVV nicht angehören, wie Brasilien und Indien, sei kein Interpretationsproblem des Art. VI, den diese allenfalls als Alibi benutzen, sondern beruhe auf unterschiedlichen politischen Bestrebungen dieser Länder. Es sei eine Illusion zu glauben, daß diese durch stärkere Anstrengungen zur Implementierung des Art. VI für den NVV zu gewinnen seien. Mit diesen Ländern gelte es, Nichtverbreitungspolitik in direkter Diplomatie zu betreiben (z. B. mit Argentinien und Brasilien im Rahmen des Tlatelolco-Vertrages[29]).

5) Mitarbeit in den VN

(Gegenüber D 22, der die politische Bedeutung einer konstruktiven Mitarbeit in den VN hervorhob): Man nehme die VN-Debatte ernst und wolle sich nicht auf eine rein defensive Haltung beschränken. Er (R.) werde selbst die amerikanische Erklärung in der Generaldebatte des Ersten Ausschusses abgeben[30], er werde uns vorher Gelegenheit geben, zu seinem Entwurf Stellung zu nehmen.

6) Umfassendes Abrüstungsprogramm (CPD[31])

(Gegenüber D 22 auf dessen Hinweis, daß der von uns im August im CD vorgelegte Entwurf eines CPD[32] starkes öffentliches Interesse in der Bundesrepublik Deutschland hervorgerufen habe): Den allgemeinen Ansatz des CPD beurteile man sehr positiv. Abweichungen im einzelnen seien vielleicht möglich. Wichtig sei, die zentralen politischen Probleme im Auge zu behalten. (Dazu Timbie): Die noch andauernde Überprüfung der amerikanischen Position werde so rechtzeitig abgeschlossen sein, daß man zur zweiten AbrSGV[33] eine Haltung auch zum CPD habe.

7) Umfassender Teststopp (CTB)[34]

(Gegenüber D 22): Die US beabsichtigen, den amerikanisch-sowjetischen Schwellenvertrag von 1974[35] und den Vertrag über friedliche Kernsprengungen von 1976[36] zu ratifizieren, in der Hoffnung, daß damit der Druck auf einen CTB

29 Für den Wortlaut des Vertrags vom 14. Februar 1967 über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco) vgl. UNTS, Bd. 634, S. 281–423. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1967, D 152–165.

30 Für den Wortlaut der Rede des Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, vor dem Ersten Ausschuß der VN-Generalversammlung am 21. Oktober 1981 in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2057, S. 68–72.

31 Comprehensive Program of Disarmament.

32 Zum Entwurf eines Umfassenden Abrüstungsprogramms vom 31. Juli 1981 vgl. Dok. 230.

33 Abrüstungs-Sondergeneralversammlung.
Die zweite VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4069 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 16. Juli 1982; AAPD 1982.

34 Zu den Verhandlungen zwischen Großbritannien, der UdSSR und den USA über ein umfassendes Teststoppabkommen (CTB) vgl. Dok. 95, Anm. 23.

35 Für den Wortlaut des Abkommens vom 3. Juli 1974 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche sowie des dazugehörigen Protokolls vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 217 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1974, D 364–367. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 197 und Dok. 200.

36 Für den Wortlaut des amerikanisch-sowjetischen Abkommens vom 28. Mai 1976 über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit zugehörigem Protokoll vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 74 (1976), S. 802–812. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 539–542.

nachlasse. Ein umfassender Teststopp komme allenfalls als langfristiges Ziel in Betracht, wenn sich die Verifikationsmethoden weiter verfeinert hätten. Derzeit sei ein CTB praktisch unverifizierbar.

Ob die Einsetzung einer CTB-Arbeitsgruppe im Genfer Abrüstungsausschuß (CD) im Lichte dieser Erkenntnisse taktisch klug wäre, werde noch geprüft. Man habe aber Zweifel. Man unterliege einer Selbsttäuschung, wenn man glaube, auf Länder wie Irak oder Brasilien NV-politischen Einfluß ausüben zu können, indem man eine CTB-AG konzediere.

(Demgegenüber forderte D 22, die USA sollte einen solchen Schritt in Richtung auf eine Multilateralisierung der CTB-Diskussion unternehmen, um international nicht in die Defensive zu geraten. Auch die Senkung der 150 kt-Schwelle des Schwellenvertrages wäre ein Fortschritt.)

8) C-Waffen

(Gegenüber D 22): CW seien ein wichtigeres und dringlicheres Thema als CTB. Er hoffe, daß Überprüfung Komplexes in Washington bis Jahresende abgeschlossen sei. Die in Aussicht genommene CW-Modernisierung[37] (Binärwaffen) durch US stehe Wiederaufnahme der CW-Verbotsdiskussion nicht im Wege. (Demgegenüber legte D 22 unseren Verifikationsansatz bei CW dar, drängte auf Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen[38] und befürwortete Mandatserweiterung für CW-AG des CD[39].)

Ruth[40]

VS-Bd. 11314 (220)

37 Zum amerikanischen Vorhaben hinsichtlich der Weiterentwicklung chemischer Waffen vgl. Dok. 62, Anm. 34 und 35.

38 Zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über ein Verbot chemischer Waffen vgl. Dok. 95, Anm. 22.

39 Zu den Bemühungen um ein Verbot der Herstellung und Lagerung chemischer Waffen führte Referat 222 am 1. September 1981 aus, daß die im Rahmen des Abrüstungsausschusses (CD) in Genf 1980 gebildete Arbeitsgruppe „‚C-Waffen-Verbot' […] mit altem Mandat (Auflistung der in einem CW-Verbotsabkommen zu regelnden Materie) nunmehr unter schwedischem Vorsitz" arbeite: „Mehrere Ungebundene fordern ein erweitertes Mandat. Im Bündnis und in der EPZ besteht Einverständnis darüber, daß ein neues Mandat nicht nötig ist, solange die bilateralen Verhandlungen nicht wieder in Gang gekommen sind. (SU ist gleichfalls gegen neues Mandat)." Vgl. Referat 222, Bd. 123143.

40 Paraphe.

296

Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London

105-79.A/81 **13. Oktober 1981**[1]

Gespräch der zehn AM auf Anregung des BM am Rande des EPZ-Rats in London am 13.10.1981[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

1) Cancún[3]

BM regte kurzen Meinungsaustausch zum Nord-Süd-Gipfel an. Seines Erachtens eröffne Cancún eine Chance und berge zugleich Risiken. Die DW-Staaten erwarteten von Cancún ein Signal für den Beginn der Globalverhandlungen[4] wie auch gewisse Signalwirkung für die Bereiche der Energie-, Ernährungs-, Währungspolitik. Insoweit könne D diesen Vorstellungen entgegenkommen.

Es gebe aber auch Überlegungen zu einem Follow-up des N-S-Gipfels. Er gehe davon aus, daß westliche Staaten sich in dieser Frage zurückhalten könnten, da einige andere Teilnehmer, insbesondere Mexiko, sich ohnehin gegen die Vorstellung von Folgekonferenzen aussprechen würden, und zwar aus Sorge, der Westen könne Entscheidungen zu vertagen trachten und diese Gipfelbegegnung zu einem Verschiebebahnhof reduzieren.

Abschließend forderte BM die nicht an Cancún teilnehmenden MS[5] auf, ggfs. Anregungen zur Beachtung mit auf den Weg zu geben.

F: Auch F betrachte Institutionalisierung und Einrichtung von Folgekonferenzen als gefährlich.

Französisches Anliegen sei, Konferenz sich nicht an simplen Fragen festhalten zu lassen. Cancún müsse einem doppelten Ziel gerecht werden: besseres gegenseitiges Kennenlernen im Meinungsaustausch über Nord-Süd-Problematik und Vermeidung der Frustration, die bei Ausbleiben eines dort vereinbarten – noch so begrenzten – Programms entstehen würde.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 16. Oktober 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."
Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 16. Oktober 1981 von Ploetz an Ministerialdirigent Wallau geleitet. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Verteiler? Cancún ist heute umgesetzt worden. EU bestätigt gültige Linie. (Rosengarten ist mdl. unterr[ichtet])." Ploetz schlug vor, dem Büro Staatssekretäre einen Durchdruck zuzuleiten. Weiterhin verfügte er die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl.
Hat Wallau am 16. Oktober 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ja."
Hat Braunmühl am 30. Oktober 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 010, Bd. 178846.

2 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. auch Dok. 299.

3 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

4 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 283, Anm. 52 und 56.

5 Von den EG-Mitgliedstaaten nahmen Belgien, Dänemark, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg und die Niederlande nicht an der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún teil.

Der Beitrag des französischen Präsidenten[6] gehe folgerichtig nicht auf spezifische Probleme ein, sondern stelle direkte Fragen. Ein eineinhalbseitiges Memorandum sei den Teilnehmerstaaten bereits zugegangen. An dessen Ende werden zwei Fragen aufgeworfen:

1) Kann vor Ende derzeitiger VN-GV[7] versucht werden, über Globale Verhandlungen in VN-Rahmen Beschluß zu fassen?

2) Sollte Weltbank autorisiert werden, massiv in Energiebereich zu investieren, wobei Einkünfte in eine Energieagentur[8] fließen würden?

Reaktionen auf Memorandum seien sehr positiv seitens DW, aber auch, insbesondere zum zweiten Punkt, recht positiv seitens US.

GB: Anläßlich der Commonwealth-Konferenz in Melbourne[9] habe Gespräch unter den sieben an Cancún teilnehmenden Commonwealth-Staaten[10] erwiesen, daß diese – und darunter vornehmlich DW-Staaten – äußerst unterschiedliche Auffassungen von Definition „Globalverhandlungen" hegten. So sehe Frau Gandhi in ihnen z. B. einen etwa fünf Jahre währenden Prozeß; Guyana dagegen halte nichts von der Sache überhaupt.

US übrigens stießen sich an[11] dem Wort „negotiations", das nach ihrem Sprachgebrauch Ziel und Ergebnis einer abschließenden gemeinsamen Lösung impliziere. AM Haig habe ihm (Lord Carrington) allerdings in Kairo[12] gesagt, möglicherweise werde sich in Cancún zur Überraschung der Europäer herausstellen, daß ihnen US in ihren Positionen durchaus voraus seien. Unklar sei geblieben, ob sich diese Bemerkung auf Globalverhandlungen oder auf Energieagentur bezogen habe, vermutlich eher auf letztere.

I: AM Colombo erklärte sein Einverständnis mit dargelegten Auffassungen zu Globalverhandlungen und Energieagentur, legte aber stärksten italienischen Vorbehalt gegen ein Cancún-Follow-up ein.

2) Europäische Union

BM unterrichtete die Partner „der guten Ordnung halber" über Meinungsaustausch mit italienischer Seite über gegenseitige Vorstellungen und Ausarbeitungen zur Europäischen Union.[13] Der Meinungsaustausch habe insbesondere der Frage gedient, ob Übereinstimmung so weit gehe, gemeinsame italienisch-deutsche Initiative – natürlich im Rahmen umfassender europäischer Zusammenarbeit – zu entwickeln.

6 François Mitterrand.

7 Die 36. VN-Generalversammlung fand vom 15. September bis 18. Dezember 1981 statt und wurde vom 16. bis 29. März sowie am 18. April und 20. September 1982 fortgesetzt.

8 Zum Vorschlag der Gründung einer „Energiebank" vgl. Dok. 198, Anm. 97.

9 Das Treffen der Staats- und Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten fand vom 30. September bis 7. Oktober 1981 statt.

10 Bangladesch, Großbritannien, Guyana, Indien, Kanada, Nigeria und Tansania.

11 Korrigiert aus: „stießen an".

12 Die Außenminister Lord Carrington (Großbritannien) und Haig (USA) nahmen an der Trauerfeier für Präsident Sadat am 10. Oktober 1981 in Kairo teil.

13 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo am 3. Oktober 1981 in Rom; Dok. 282.

Sobald innerhalb des Bundeskabinetts letzte Abstimmung auch über italienische Vorstellungen erfolgt sei, werde er (BM) der britischen Präsidentschaft das Papier formell zuleiten.[14]

AM *Colombo* bekräftigte, zwischen deutschen und italienischen Vorstellungen gebe es eine Reihe gemeinsamer Elemente. Auch italienische Regierung müsse aber abschließende Abstimmung noch vornehmen.

Zum vorgestellten Verfahren erläuterte *BM*: Das Papier werde allen MS-Regierungen schriftlich alsbald zugeleitet, so daß dann bei bevorstehendem AM-Rat[15] zusätzliche Erläuterungen gegeben werden könnten. Eine Aussprache bei kommendem ER[16] sei verfrüht, jedoch könne ER die Angelegenheit den AM zur Beratung zuweisen.

AM *Cheysson* fügte an, auch F denke an Vorlage eines Papiers, das jedoch weniger ehrgeizig sei, vielmehr nur konkrete und praktische Vorschläge enthalte, die im Laufe der kommenden Monate oder gar Jahre in den entsprechenden Gremien untersucht werden könnten.[17]

Referat 010, Bd. 178846

14 Mit Schreiben vom 6. bzw. 12. November 1981 legten die Bundesregierung und die italienische Regierung den übrigen EG-Mitgliedstaaten Entwürfe einer „Europäischen Akte“ sowie einer „Erklärung zur wirtschaftlichen Integration“ vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1981, S. 10 f. sowie S. 99–104.

15 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 332.

16 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

17 Vgl. dazu das von der französischen Regierung am 13. Oktober 1981 vorgelegte „Memorandum über die Fortentwicklung der Gemeinschaft“; BULLETIN DER EG 11/1981, S. 104–113.

297

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats von Ploetz

010-2864/81 VS-vertraulich **13. Oktober 1981**[1]

Vermerk (Von BM noch nicht gebilligt)

Betr.: Gespräch BM und AM Vrhovec am 12.10.1981 in Ljubljana[2]

1) Ost-West-Verhältnis

BM gibt unter Anknüpfung an letzten Meinungsaustausch mit jugoslawischem AM in Starnberg[3] seine Einschätzung des Ost-West-Verhältnisses:

a) Deutsch-sowjetisches Verhältnis

Vor dem Hintergrund des bevorstehenden Beginns der Mittelstreckenverhandlungen[4] und der Tatsache, daß sich das KSZE-Folgetreffen vermutlich in einer entscheidenden Phase befinden wird, messen wir Breschnew-Besuch[5] außergewöhnliche Bedeutung bei. Wir werden auch über weitere wirtschaftliche Zusammenarbeit sprechen im beiderseitigen Bewußtsein, daß sie auch ein politisch stabilisierender Faktor ist.

b) Mittelstreckenverhandlungen

Wir sind über Vereinbarung der Aufnahme von Verhandlungen sehr befriedigt. Inzwischen ist deutlich geworden, daß der Westen auf eine beiderseitige Null-Lösung, d. h. beiderseitigen Verzicht auf Mittelstreckenraketen, zielt.

Dieses Ergebnis wäre für uns das beste. Wir machen uns allerdings keine Illusionen.

Die besondere Qualität einer Null-Lösung wird bisher nicht voll gewürdigt. Sie würde bedeuten, daß erstmals im Ost-West-Verhältnis bestimmte Nuklearwaffen verbannt würden. Der hierin liegende enorme qualitative Fortschritt wird durch Vergleich mit bisherigen SALT-Vereinbarungen[6] deutlich.

1 Vortragender Legationsrat von Ploetz vermerkte handschriftlich: „Teiln[ehmer] auf d[eu]t[scher] Seite: Botsch[after] Grabert, VLR Bald, LR I Ernst als Dolm[etscher]."

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 12./13. Oktober 1981 in Jugoslawien auf. Vortragender Legationsrat von Ploetz vermerkte am 14. Oktober 1981: „Nach Abschluß der Gespräche verständigten sich die beiden Minister auf eine gemeinsame Linie für die Äußerungen ihrer Pressesprecher. Auf jugoslawischen Wunsch wurde dabei auch folgende Formulierung zu dem (im Gespräch nicht behandelten) Terrorismusproblem vorgesehen: ‚Die beiden Minister wiesen auf die Zunahme des Terrorismus in der Welt hin, ein Problem, das sich auf der Tagesordnung der Vereinten Nationen und anderer internationaler Gremien befindet. In diesem Zusammenhang bekräftigte Bundesminister Genscher die Entschlossenheit der Bundesregierung, auch keinen antijugoslawischen Terrorismus zuzulassen.' Der jugoslawische Vorschlag für die Formulierung des zweiten Satzes hatte zunächst gelautet: ‚In diesem Zusammenhang brachte Minister Genscher die Entschlossenheit der Bundesregierung zum Ausdruck, keine antijugoslawischen Aktivitäten zuzulassen.'" Vgl. VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

3 Bundesminister Genscher und der jugoslawische Außenminister Vrhovec trafen am 13./14. Juli 1981 in München und Starnberg zusammen. Für das Gespräch am 14. Juli 1981 in Starnberg vgl. Dok. 205.

4 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

6 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR

c) KSZE-Folgetreffen

Wir halten Einsetzung einer KAE für außerordentlich wichtig und hoffen auf endgültige Verständigung, daß die VBM vom Atlantik bis zum Ural gelten sollen.

Wir hoffen mit allen Partnern auf ein positives Ergebnis vor Weihnachten. Wenn wir vor die Alternative gestellt werden, vor Weihnachten ohne Ergebnis abzubrechen oder danach fortzusetzen, entscheiden wir uns für letzteres. Wir dürfen im Augenblick keinen Rückschlag im Ost-West-Verhältnis riskieren – auch mit Rücksicht auf Polen.

Diese Frage wird bei dem morgigen EPZ-Treffen in London[7] eine wichtige Rolle spielen.

d) Deutsch-deutsches Verhältnis

Ich habe dieser Frage in meiner New Yorker Rede[8] besonders breiten Raum gegeben. Mein Gespräch mit AM Fischer[9] war intensiver und von anderer Qualität als frühere Gespräche.

Dahinter steht der Wille der Bundesregierung, im Verhältnis zur DDR alle möglichen Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zu unternehmen. Unser Minimal-Ziel ist dabei zu verhindern, daß negative Impulse vom deutsch-deutschen Verhältnis auf das Ost-West-Verhältnis ausgehen.

Unser Maximal-Ziel besteht darin, daß sogar positive Impulse auf das Ost-West-Verhältnis ausgehen.

Wir sind dabei Realisten und sehen die Beschränkungen durch Einbettung in Pakt-Systeme:

Der Langsamere bestimmt das Tempo, Geleitzug-Prinzip.

Wir würden gern sehen, wenn wir bei der Durchführung der Schlußakte von Helsinki[10] das höchste Niveau mit der DDR erreichen könnten.

Auch im Hinblick auf den in Aussicht genommenen Besuch des Bundeskanzlers in der DDR, an dem diese sehr interessiert ist, ist Breschnew-Besuch wichtig. DDR gab zu verstehen, daß Bundeskanzler-Besuch erst danach stattfinden kann. Ich könnte mir vorstellen, daß er sehr bald danach stattfinden wird.[11]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1587

über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

7 Zur Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13. Oktober 1981 vgl. Dok. 296 und Dok. 299.

8 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 23. September 1981 vor der VN-Generalversammlung vgl. BULLETIN 1981, S. 737–742.

9 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 275.

10 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

11 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

e) Verhältnis USA/SU

Parallel hierzu gehen wir davon aus, daß die USA auf vielen Gebieten die Zusammenarbeit mit der SU suchen werden.

AM stimmt dieser Beurteilung zu: Jugoslawische Seite ist nach Gesprächen mit Gromyko und Haig[12] zu denselben Schlußfolgerungen gekommen.

(a) Mittelstreckenverhandlungen

Die Null-Option wäre gut, wenn sie realistisch wäre. Sie würde in der Tat einen qualitativen Durchbruch darstellen und auf andere Bereiche positiv ausstrahlen.

Die Ausgangspositionen beider Seiten sind allerdings grundverschieden, und beide wollen ihren Vorteil wahren.

Gromyko war in New York sehr bemüht, die Weinberger-Publikation[13] mit Angaben und Illustrationen zu entkräften (auf Rückfrage BMs präzisiert AM: mit Angaben).

Gromyko sprach von Kernwaffen in dieser Welt und führte dabei nicht nur US-Systeme, sondern auch die Potentiale anderer Staaten, einschließlich Chinas, auf. Hierzu stellte er fest:

Der Westen muß sie miteinbeziehen.

Gromyko nannte keine konkreten Zahlen, er sprach von Systemen und Typen und wollte dartun, daß die SU nicht im Vorteil ist.

AM und BM stimmen überein, daß Publikationen wie die des US-Verteidigungsministeriums geeignet sind, die Transparenz zu erhöhen, und räumten ein, daß hieran ein allseitiges Interesse bestehe.

(b) KSZE-Folgetreffen

AM: Zu den geographischen Parametern habe ich Gromyko gesagt, daß der Westen östliche Vorschläge erwartet. Gromyko beharrte darauf, der Westen sei am Zug, zur Ausdehnung von VBM in den Atlantik hinein Vorschläge zu machen. Die Einbeziehung der Territorialgewässer allein bezeichnete er aber als unseriöse Überlegung. Nach meinem Eindruck war Gromyko an Festlegung einer Formel interessiert.

In der Gruppe der Neutralen und Ungebundenen sind wir zu der Auffassung gelangt, das habe ich Gromyko auch gesagt, daß ein Rahmen für eine Lösung dieser Frage gefunden werden muß. Wir haben uns im N+N-Kreis auf drei Punkte verständigt:

– Wir wollen keine neue Implementierungsdebatte, sie würde nur zu neuen Schwierigkeiten führen,
– wir wollen keinen definitiven Schlußtermin, andererseits muß unendliches Weiterverhandeln vermieden werden,
– ausgehend vom Begriff Europa, seinen Anrainer-Meeren und Lufträumen muß nach einer Formel gesucht werden, die annehmbare Parameter enthält.

12 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich am 12./13. September 1981 in Jugoslawien auf.
13 Zur Dokumentation „Soviet Military Power“ des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 29. September 1981 vgl. Dok. 270, Anm. 7.

Ich gewann den Eindruck, daß Gromyko der Überlegung nicht ablehnend gegenübersteht, die letzte Präzisierung der KAE-Vorbereitungsgruppe zu überlassen, sofern die Phase vom Vorbereitungstreffen zur eigentlichen Konferenz nicht zu lang ist.

BM: Die konkreten Parameter Europas sind durch den Geltungsbereich der Schlußakte klar definiert. (Auf Zwischenfrage bestätigt BM, daß dies die britischen Inseln einschließt.) Jetzt wird über Ausdehnung dieses Geltungsbereichs nach einer Seite gesprochen. Es wäre logisch, sie nach beiden Seiten auszudehnen, wenn man sie ausdehnen will. Wir sind mit der Schlußakte zufrieden. Ein Problem liegt in der Frage, ob nur Bewegungen in den Raum der VBM hinein erfaßt werden, Bewegungen (See- und Lufttransporte) in andere Richtung aber nicht betroffen werden, selbst wenn sie den Raum berühren.

Ein weiteres komplizierendes Element:

Sollen beispielsweise US-U-Boote mit Nuklearwaffen (die nach SALT II zulässig sind) bei Einfahrt in die von den Sowjets in Aussicht genommene Atlantik-Zone meldepflichtig sein, entsprechende sowjetische U-Boote vor der US-Küste aber nicht?

Wir haben die Sorge, daß eine Komplizierung der Materie der Mittelstreckenverhandlungen und bei der KAE sowie Überschneidung zwischen beiden Bereichen das Erzielen von Ergebnissen hier wie dort noch schwieriger machen wird. Bis zur Implementierung des Rüstungsteiles des NATO-Beschlusses[14] sind nur noch etwa zwei Jahre!

AM stimmt zu und unterstreicht Notwendigkeit, eine Formel zu finden, die die Vereinbarung einer befriedigenden und präzisen Formel während der KAE-Vorbereitungsphase garantiert.

BM hält entgegen, daß es besser wäre, die konkrete Formel jetzt zu finden. Er erwähnt, daß er EPZ-Kollegen zu erwägen geben wird, Madrider Folgetreffen durch Außenminister selbst abzuschließen. Er verweist auf die Erklärung seiner Bereitschaft hierzu in seiner Eröffnungsrede in Madrid.[15] Er unterstreicht die besondere Bedeutung, die die erstmalige Einsetzung einer Abrüstungskonferenz in Europa haben würde.

AM ist bereit, BM zu unterstützen, und glaubt, daß auch die anderen N+N-Staaten positiv reagieren werden: Diese Gruppe will allerdings nicht initiativ werden. Wir sollten nicht auf ein Gesprächsergebnis Haig/Gromyko warten, sondern versuchen, den Knoten in Madrid selbst zu lösen.

BM stimmt zu und hebt Bedeutung hervor, die bevorstehendem Gespräch mit Gromyko in Bonn hierfür zukommt.

Die Minister vereinbaren, daß die jugoslawische Seite BM vor dem Breschnew-Besuch noch einmal über ihre Überlegungen und Lagebeurteilung hierzu unterrichtet.

14 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

15 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher bei der KSZE-Folgekonferenz am 13. November 1980 in Madrid vgl. BULLETIN 1980, S. 1019–1023

2) Polen

Übereinstimmung, daß die generelle Einschätzung seit Starnberg unverändert ist.

3) Sowjetunion

AM sieht Unterschiede im Auftreten führender sowjetischer Persönlichkeiten in der Öffentlichkeit. Er glaubt, daß Breschnews Politik Fortschritte macht in den auf Détente abzielenden Bereichen Polen (Absehen von Intervention) und KAE. Neben Breschnew sieht er Gromyko und Tschernenko als Vertreter dieser Politik. Das Schweigen anderer Gruppen hält er für auffällig. AM glaubt, daß sowjetische Haltung zu Polen und die Politik gegenüber USA Gegenstand intensiver Diskussionen der sowjetischen Führung war: Es ist wichtig, jetzt nicht die falsche Seite zu stärken!

BM unterstreicht, daß wir auch deshalb dem Breschnew-Besuch so große Bedeutung beimessen.

4) Cancún[16]

AM ist besorgt, daß USA dem Beginn von Globalen Verhandlungen nicht zustimmen könnten. Er begrüßt BM-Brief an AM Haig[17], an dessen Einsicht und positiver Einstellung er nicht zweifelt, dessen Durchsetzungsvermögen im Weißen Haus in dieser wichtigen, mit wirtschaftspolitischen Grundvorstellungen der neuen Administration eng zusammenhängenden Frage er aber für begrenzt hält: Ein Scheitern von Cancún wird zu größerem Mißtrauen der Blockfreien gegen den Westen führen und einen ernsten Rückschlag darstellen.

BM erläutert unsere Haltung, bewertet Haig-Rede vor Generalversammlung[18] positiv und verweist auf noch vor dem Gipfel stattfindende Gespräche Mitterrands[19] (und möglicherweise des BK) mit Reagan.

AM erwähnt, daß Gromyko zu Cancún dieselbe Haltung vertreten hat wie Breschnew gegenüber Brandt[20]. Als neues Argument fügte er hinzu, die Sowjets verzichteten auch auf Teilnahme, um nicht noch ein weiteres Konfrontationsfeld mit dem Westen zu öffnen!

5) China, Südostasien

BM berichtet über seinen Besuch.[21] Meinungsaustausch über Lage in Kambodscha und chinesische Haltung hierzu ergibt übereinstimmende Einschätzung. BM erwähnt starke Konzentration von Deng und Huang Hua auf das Verhältnis zu Taiwan, das die VR China offenbar durch intensive Anstrengungen in den nächsten Jahren an den Verhandlungstisch bringen will.

16 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

17 Zum Schreiben vom 9. Oktober 1981 vgl. Dok. 283, Anm. 56.

18 Für den Wortlaut der Rede des amerikanischen Außenministers Haig am 21. September 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meeting, S. 54–58. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 630–635 (Auszug).

19 Zum Aufenthalt des Staatspräsidenten Mitterrand vom 17. bis 19. Oktober 1981 in den USA vgl. Dok. 287, Anm. 6.

20 Der SPD-Vorsitzende Brandt hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1981 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 183 und Dok. 186.

21 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

AM registrierte bei seinem China-Besuch vor drei Monaten[22] kein derart akutes Interesse an Taiwan. Er stimmt Einschätzung BMs zu, weil die VR China Taiwan aus politischen Gründen (integraler Teil) und aus pragmatischen Gründen (hochentwickelte Technologie) braucht. Beide Minister glauben, daß Zusicherungen für Bestand inneren Systems von Taiwan aus diesen Gründen glaubhaft erscheinen.

6) Afghanistan

BM: Ein sowjetischer Rückzug gegen die Garantie, daß niemand in Afghanistan Einfluß sucht, würde SU viele Vorteile gleichzeitig bringen. Nach meinem Eindruck will SU jetzt zunächst sicherstellen, daß es zwischen Pakistan und den USA nicht zu militärischer Zusammenarbeit kommt.[23] Pakistan braucht auch weniger Waffen als Hilfe zum Ausbau seiner Infrastruktur.

7) Namibia

AM fragt nach Stand der Fünfer-Überlegungen und bittet, ihm, wenn möglich, das Fünfer-Konzept zur Kenntnisnahme zuzuleiten.

BM erläutert Ergebnis New Yorker Fünfer-Treffens.[24]

8) Spanischer NATO-Beitritt[25]

Beim Abendessen spricht AM NATO-Beitritt Spaniens an: Sie nehmen Spanien im Dezember auf?

BM: Wenn es will.

AM: Die Regierung will.

BM: Das Parlament auch.

BM erläutert die Gründe, aus denen er spanische NATO-Mitgliedschaft als Verbesserung gegenüber Status quo ansieht, der auf bilateralem spanisch-amerikanischem Verteidigungsabkommen[26] beruht.

AM: Dies sagte mir auch spanischer Außenminister[27] in New York. Wir sind nicht glücklich, wenn die militärischen Bündnisse zunehmen.

BM: Der sowjetische Botschafter war in dieser Sache bei mir.[28] Ich habe ihn gefragt, warum er Spanien ein Recht verweigern will, das die SU 1954 selbst für

22 Der jugoslawische Außenminister Vrhovec hielt sich vom 29. Mai bis 2. Juni 1981 in der Volksrepublik China auf.

23 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan vgl. Dok. 265, Anm. 33.

24 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und MacGuigan (Kanada) am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 279.

25 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 248.

26 Für den Wortlaut des amerikanisch-spanischen Abkommens vom 24. Januar 1976 über Freundschaft und Zusammenarbeit und der dazugehörigen Dokumente vgl. UNTS, Bd. 1030, S. 118–211. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1976, D 604–611 (Auszug).
Zu den Verhandlungen zwischen Spanien und den USA über ein bilaterales Stützpunktabkommen vgl. Dok. 252, Anm. 50.

27 José Pedro Peréz-Llorca y Rodrigo.

28 Zur Demarche des sowjetischen Botschafters Semjonow bei Bundesminister Genscher am 9. September 1981 vgl. Dok. 253, Anm. 4.

sich beanspruchte.[29] BM verweist auf diesbezügliche Äußerungen Bulganins 1954 in Genf.

9) Berlin-Klausel[30]

Die Minister erörtern das Thema am Rande des Empfangs am 12.10. von Botschafter Grabert und schließen die Erörterung auf der Fahrt zum Flughafen am 13.10. ab mit folgendem Ergebnis:

a) Deutscher Botschafter richtet vorgesehenen Brief an jugoslawische Seite,

b) diese antwortet hierauf mit einem Brief folgenden Inhalts:

„Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom …, in dem es heißt: … Das nehmen wir zur Kenntnis."[31]

Ploetz

VS-Bd. 14093 (010)

29 In einer Note vom 31. März 1954 an die amerikanische, britische und französische Regierung führte die sowjetische Regierung aus: „Es ist vollkommen klar, daß die ‚Organisation des Nordatlantikpakts' unter entsprechenden Bedingungen ihren aggressiven Charakter verlieren könnte, wenn alle Großmächte, die zur Antihitlerkoalition gehörten, an ihr teilnehmen würden. Geleitet von den unabänderlichen Prinzipien ihrer friedlichen Außenpolitik und im Bestreben, die Spannung in den internationalen Beziehungen zu mildern, erklärt sich die Sowjetregierung daher bereit, gemeinsam mit den interessierten Regierungen die Frage der Beteiligung der Sowjetunion am Nordatlantikpakt zu erörtern." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6534.

30 Referat 501 erläuterte dazu am 9. Oktober 1981: „Alle (rund 25) mit Jugoslawien abgeschlossenen Abkommen enthalten die Standard-Berlin-Klausel (Bezeichnung: ‚Land Berlin'). Der jugoslawische AM hatte dem Herrn Bundesminister am 16.8.1979 in Zagreb zugesichert, daß die jugoslawische Seite in der Berlin-Frage wie bisher verfahren werde. […] Gleichwohl macht die jugoslawische Seite seit einiger Zeit bei Aufnahme der Standard-Berlin-Klausel in den zwei z. Zt. anstehenden Verträgen Schwierigkeiten." Bei diesen Verträgen, einem Doppelbesteuerungsabkommen und einem Investitionsförderungsvertrag, wolle Jugoslawien „die Praxis generell dahin ändern, daß entweder Berlin (West) als Begriff eingeführt wird oder daß die Standard-Berlin-Klausel mit jugoslawischen Erklärungen zur Bezeichnung ‚Land Berlin' versehen werden." Am 5./6. Oktober 1981 habe in Belgrad ein „Berlingespräch" des Ministerialdirigenten Bertele und des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup mit dem Abteilungsleiter im jugolawischen Außenministerium, Melovski, stattgefunden, in dem sich die Vertreter der Bundesregierung „nicht mit der Abgabe jugoslawischer Erklärungen zur Standard-Berlin-Klausel einverstanden erklären" konnten: „Die präjudiziellen Nachteile einer Modifizierung unserer Standardklausel durch Zusatzerklärungen des Vertragspartners wären erheblich. Etwaige Konzessionen an Jugoslawien als Schlüsselland im Verhältnis zur ungebundenen Welt würden auf unsere ganze Vertragspraxis durchschlagen." Vgl. Referat 214, Bd. 132877.

31 Am 9. November 1981 berichtete Botschafter Grabert, Belgrad, daß „der in Ljubljana mit AM Vrhovec vereinbarte Briefaustausch in Sachen Berlin-Klausel stattgefunden" habe. Der jugoslawische Außenminister Vrhovec habe ihm ein Schreiben mit folgendem Wortlaut gegeben: „Herr Botschafter, ich bestätige den Empfang Ihres Schreibens vom 5. November 1981, das folgenden Wortlaut hat: ‚Herr Minister, ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu bestätigen, daß sich die Bezeichnung ‚Land Berlin' in Verträgen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien auf Berlin (West) bezieht […].' Ich teile Ihnen mit, daß meine Regierung von Ihrem Schreiben Kenntnis genommen hat. […] gez. Josip Vrhovec." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1436; Referat 214, Bd. 132877.

298

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.73/10 LRTNF-1682/81 geheim **15. Oktober 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Information und mit der Bitte, dem in Ziffer 4 vorgeschlagenen Vorgehen zuzustimmen

Betr.: Vorbereitung der LRTNF-Verhandlungen;
hier: Zweites vertrauliches Fünfer-Gespräch am 13.10.1981 zur Erarbeitung der Verhandlungsposition und eines Konzepts für die Öffentlichkeitsarbeit

Bezug: 1) Vorlage vom 31.8.1981 – 220-1355/81 geheim[3]
2) Vorlage vom 14.10.1981[4] – 220-1676/81 VS-vertr.[5]
(wird gleichzeitig vorgelegt)

Anlg.: 1 (220-1669/81 geheim)[6]

1) Im Anschluß an das erste Fünfer-Gespräch in Bonn am 27.8. fand auf britische Einladung am 13.10. ein weiteres vertrauliches Gespräch statt, an dem auf amerikanischer Seite David Gompert (Deputy Assistant Secretary), Stellvertreter von L. Eagleburger, die Vertreter Belgiens, Italiens und Großbritanniens in der SCG, auf unserer Seite Botschafter Ruth und RL 220[7] teilnahmen.

Ein weiteres Treffen ist für November in Rom vorgesehen. Die Gesprächsrunden sollen weiterhin sehr vertraulich behandelt werden.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron konzipiert.
Hat Ministerialdirigent Bräutigam am 19. Oktober 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Pfeffer vorgelegen.

2 Berndt von Staden.

3 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. Dok. 245.

4 Korrigiert aus: „15.10.1981“.

5 Botschafter Ruth legte dar, daß er sich bei dem Gespräch am 13. Oktober 1981 in London dafür eingesetzt habe, „in die vom Bündnis erarbeitete Verhandlungsposition zusätzlich das Verhandlungsziel ‚Null-Ergebnis‘ auf beiden Seiten einzufügen. […] Damit würde deutlich gemacht, daß es allein an der sowjetischen Reduzierungsbereitschaft liegt, ob es gelinge, bei landgestützten Raketen ein Null-Ergebnis auf beiden Seiten zu erzielen.“ Von amerikanischer und britischer Seite sei gegen diesen Vorschlag eingewendet worden, durch „die Präsentation eines Verhandlungsziels ‚Null-Ergebnis‘ lege sich der Westen auch vor seiner eigenen Öffentlichkeit fest“. Weiterhin werde die „Durchführung der Ende 1983 voraussichtlich doch nötig werdenden Stationierung der ersten LRTNF […] in der Öffentlichkeit als Gefährdung eines vom Westen angestrebten Null-Ergebnisses verurteilt werden“, und die „SU werde wahrscheinlich weder Ja noch Nein zu einer Null-Lösung sagen, sondern sich möglicherweise des Null-Konzepts bemächtigen und Null für alle Nuklearwaffen (K[ern]W[affen]F[reie] Z[one]) in Europa fordern, was für den Westen nicht akzeptabel sei.“ Vgl. VS-Bd. 11346 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Non-paper „Public Document on TNF Arms Control“ vgl. VS-Bd. 10334 (201).

7 Klaus Jürgen Citron.

2) Folgende Themen standen im Mittelpunkt der Erörterungen:
- Erarbeitung eines zur Veröffentlichung bestimmten Papiers mit den wichtigsten Elementen der westlichen Verhandlungsposition,
- Zeitplan und Verfahren für die Öffentlichkeitsarbeit zu Beginn und während der Verhandlungen,
- Formulierung einzelner Verhandlungsziele,
  - Null-Lösung,
  - de jure gleiche Obergrenzen,
  - Zählkriterium „warheads on launchers“,
  - globale Begrenzungen und besondere regionale Restriktionen.

  Diese Verhandlungsziele wurden im Zusammenhang mit dem für die Öffentlichkeit bestimmten Papier erörtert.
- Behandlung von Drittstaatensystemen,
- Konsultationspraxis während der Verhandlungen.

3) Öffentlichkeitsstrategie

Amerikanischer Delegationsleiter begrüßte die auf unsere Anregung zurückgehende Bemühung um eine gemeinsame Öffentlichkeitsstrategie und führte den in der Anlage beigefügten ersten Entwurf eines zur Publikation bestimmten Papiers ein, das die westlichen Verhandlungsziele zusammenfaßt.

Er verwies ferner auf das den SCG-Mitgliedern zugegangene Papier über die sowjetische Bedrohung[8], das in der SCG auf seine Verwendbarkeit in der Öffentlichkeit geprüft werden soll, und kündigte zusätzliche Datentabellen an.

Es wurde vereinbart, daß die britische Delegation bei der Überarbeitung[9] des amerikanischen Papiers die Überlegungen der Teilnehmer berücksichtigen soll. Dabei wurde vor allem von Belgien und uns dafür plädiert, das Papier stärker politisch zu konzipieren und auf die koppelnde und friedenssichernde Bedeutung des Doppelbeschlusses[10] hinzuweisen.

Wir haben vor allem folgende Anregungen vorgebracht:
- Ablösung des Terminus TNF durch andere Formulierungen, z. B. nukleare Mittelstreckenwaffen (intermediate range nuclear weapons).

  Die USA-Vertreter erklärten sich bereit, den Vorschlag zu prüfen, wiesen allerdings auf die Tatsache hin, daß der Terminus überall derart eingebürgert sei, daß durchgängiger Ersatz nicht leicht sein werde. (Formel: „medium range“ sei bereits durch die Systeme mit einer Reichweite von 150 bis 1500 km besetzt, daher sei allenfalls „intermediate range“ denkbar.)
- Positive Präsentation des Verhandlungsziels „Null-Ergebnis“ für beide Seiten (s. besondere Vorlage vom 14.10.81 – 220-1676/81 VS-vertr.).
- „De jure“ gleiche Obergrenzen:
  Es wurde vereinbart, eine allgemein verbindliche Formulierung zu suchen,

8 Für die undatierte amerikanische Aufzeichnung „The Soviet/Warsaw Pact Military Threat to NATO“ vgl. VS-Bd. 11402 (220).

9 Korrigiert aus: „Übersetzung“.

10 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

welche unserer Forderung entspricht, deutlich zu machen, daß sich der Westen das Recht vorbehält, bis zu einer vertraglich vereinbarten Obergrenze aufzufüllen oder darunter zu bleiben.

– Festhalten am Zählkriterium „warheads on launchers“:
US erklärten, daß von uns angeregte kollaterale Beschränkung der Nachladekapazität nicht leicht zu verhandeln sein werde. Es bestand Einvernehmen, daß es genügen würde, in der Öffentlichkeit davon zu sprechen, daß es der Allianz darum gehe, die „deliverable warheads“ beider Seiten zu begrenzen.

– Globale Begrenzungen und besondere regionale Restriktionen:
Es bestand Einvernehmen, daß in der Öffentlichkeit unter Hinweis auf die Reichweite der SS-20 der globale Ansatz besonders herausgestellt werden müsse, auch um auf die Schwächen des auf Europa begrenzten sowjetischen Konzepts aufmerksam zu machen. Gleichzeitig könne deutlich gemacht werden, daß für andere Systeme, u. a. solche kürzerer Reichweite, regionale Begrenzungen sinnvoll sein könnten, um die Bedrohung für Europa zu vermindern.

4) Zeitplan und Verfahren für die Öffentlichkeitsarbeit

Es wurde Einvernehmen erzielt, daß die beste Gelegenheit, die Verhandlungsziele der Allianz öffentlich darzulegen, die Herbsttagung der NATO im Dezember[11] sei.

Das vorbereitete Papier könne bei der Tagung der Außenminister veröffentlicht und damit manifestiert werden, daß die Bündnispartner die US-Position voll unterstützen. Wir setzten uns ferner dafür ein, bei der Novembersitzung der SCG[12] (ggf. im Zusammenhang mit einer NATO-Ratssitzung) die wichtigsten Elemente der westlichen Verhandlungsposition bekanntzugeben, um schon vor den Genfer Gesprächen die Verhandlungsbereitschaft der Allianz deutlich zu machen.

Dabei komme es darauf an, die Journalisten mehr als bisher davon zu überzeugen, daß die westliche Konzeption vernünftig ist. Man könne auch darlegen, daß nicht alle Details der westlichen Verhandlungsposition in der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden könnten.

Es wurde vereinbart, die Zustimmung der Regierungen zu diesem Verfahren einzuholen und die Vorschläge dann in die nächste SCG[13] einzuführen.

5) Behandlung von Drittstaatensystemen

Diese Frage wurde anhand eines von britischer Seite vorbereiteten Arbeitspapiers erörtert. Die englische Seite wies darauf hin, daß die britischen und französischen U-Boote zum interkontinentalstrategischen Bereich gehören und daher allenfalls bei START-Verhandlungen von sowjetischer Seite angesprochen werden können. Amerikanischer Delegationsleiter erklärte, daß Moskau auch bei SALT nicht auf einer Einbeziehung oder Kompensation für Drittstaatensysteme bestanden habe. Die französischen und britischen Mittelstreckenflugzeuge

11 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 357–362.

12 Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 20. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 333.

13 Zur elften Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 26. Oktober 1981 vgl. Dok. 307.

und 18 Raketen seien im übrigen zahlenmäßig begrenzt und berechtigten Moskau nicht zu Kompensationsforderungen.

Wir haben dafür plädiert, den Ausschluß von Drittstaatensystemen nicht als Grundsatzfrage in den Vordergrund zu stellen, um der SU keinen Anlaß zur Blockierung zu geben. Es wurde vereinbart, eine gemeinsame Argumentation für die Öffentlichkeit zu erarbeiten.

6) Konsultationspraxis während der Verhandlungen

Die amerikanische Seite sagte zu, daß die Bündnispartner während der Genfer Verhandlungen regelmäßig (etwa einmal pro Woche) schriftlich über den Stand der Gespräche vertraulich unterrichten würden.

Die SCG werde wie bisher etwa alle zwei Monate zusammentreffen, um die Verhandlungen zu begleiten, die Sacharbeit fortzuführen und die Öffentlichkeitsarbeit zu koordinieren.

gez. Dr. Ruth

VS-Bd. 10334 (201)

299

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Boll

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 15. Oktober 1981, 11.51 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 110 Ortez

Zum 43. EPZ-Ministertreffen in London

1) Am 13.10.1981 fand in London das 43. EPZ-Außenministertreffen statt. Die Minister befaßten sich in der Hauptsache mit den Themen Reform der EPZ-Strukturen, Naher Osten und Ost–West-Fragen (insbesondere KSZE).

2) Zur Frage einer Straffung und Intensivierung lag den Ministern ein Papier vor, an dem seit November 1980 (Erteilung des Mandats an das PK) gearbeitet worden war.[2] Dieses Papier, das Auslandsvertretungen mit ausführlichem Begleiterlaß[3] zugeleitet wird, bringt Fortschritte insbesondere in folgenden Bereichen:

1 Durchdruck.

2 Zur Beauftragung des Politischen Komitees durch die Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4. November 1980 in Luxemburg, einen Bericht zur Verbesserung der Strukturen der EPZ zu erarbeiten, vgl. Dok. 138, Anm. 30.
Für den Wortlaut des Berichts vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht) vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19.

3 Mit Schrifterlaß vom 16. Oktober 1981 übermittelte Ministerialdirigent Dröge allen diplomatischen und konsularischen Vertretungen den Bericht vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht). Vgl. Referat 200, Bd. 122745.

(1) Verstärkung der Konsultationsverpflichtung (im Hinblick auf Kopenhagener Bericht[4], dessen Einschränkung, daß sich Partner zu allen wichtigen Fragen der Außenpolitik nur „im Grundsatz" zu Konsultationen verpflichten, bevor nationale Haltung festgelegt wird, wegfällt).

(2) Erstmalige Erwähnung von Sicherheitsfragen als Gegenstand der EPZ („wichtige außenpolitische Fragen, die die politischen Aspekte der Sicherheit berühren").

(3) Eine Verstärkung der Zusammenarbeit der Vertreter der Zehn in Drittstaaten, aber auch der Zehn insgesamt mit Drittstaaten.

(4) Eine Verbesserung der Zusammenarbeit mit dem Parlament (intensivere Berücksichtigung von Parlamentsresolutionen durch die Zehn, Auftreten des Vorsitzenden des Europäischen Rates vor den EP nach Sitzung des ER).

(5) Einrichtung eines Krisenmechanismus: Auf Wunsch von drei Mitgliedstaaten Zusammentreten des PK oder der Außenminister binnen 48 Stunden.

Dokument, das sich gut in Initiative BM zu einer „Europäischen Union"[5] einfügt, stellt insgesamt keinen „Sprung nach vorn" dar, bringt aber doch spürbare Fortschritte.

3) Minister erörterten eingehend Lage im Nahen Osten nach Ermordung Präsident Sadats.[6] Es bestand Einigkeit, daß Auswirkungen des Todes von Sadat innerhalb Ägyptens und einiger Nachbarländer nur schwer und endgültig jedenfalls erst in einigen Monaten abgeschätzt werden können. Die Zehn wollen Ägypten diplomatisch und wirtschaftlich unterstützen, um Konsolidierung neuer Führung[7] zu fördern. BM wies darauf hin, daß hierfür nicht zuletzt auch vollständige Durchführung ägyptisch-israelischen Friedensvertrages[8] (Rückgabe Sinai) und Fortschritte in den Autonomie-Gesprächen[9] notwendig seien. Hier halte Israel den Schlüssel in der Hand. Schwerpunkt muß jetzt auf verstärkten diplomatischen Bemühungen liegen, Problem in allen seinen Aspekten einer gerechteren Lösung zuzuführen.

Die Zehn werden ihre Aktivität verstärkt fortsetzen. Neben ihrem Konzept vertrauensbildender Maßnahmen, das mit allen Beteiligten (einschließlich USA) ausgelotet werden soll, wird Fahrplan als weiterer positiver Ansatz gesehen.

4 Für den Wortlaut des Berichts vom 23. Juli 1973 über die Europäische Politische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außenpolitik (Kopenhagener Bericht) vgl. EUROPA-ARCHIV 1973, D 515–522. Vgl. dazu ferner AAPD 1973, II, Dok. 229.

5 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 296.

6 Zur Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 289.

7 Zur Regierungsübernahme durch den ägyptischen Vizepräsidenten Mubarak vgl. Dok. 289, Anm. 7 und 8.

8 Für den Wortlaut des Friedensvertrags vom 26. März 1979 zwischen Ägypten und Israel, einschließlich einer gemeinsamen Auslegung zu vier Vertragsartikeln und der Anhänge („agreed minutes") sowie der dazugehörigen Briefe, vgl. UNTS, Bd. 1136, S. 100–235. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 235–252. Vgl. dazu ferner AAPD 1979, I, Dok. 86 und Dok. 98.

9 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 255, Anm. 8.
Die Verhandlungen wurden vom 22. bis 27. Oktober 1981 in Tel Aviv auf Expertenebene fortgesetzt. Vgl. dazu Dok. 314, Anm. 58.

Reise Lord Carringtons nach Saudi-Arabien Anfang November[10] soll hier weitere Klärung bringen.

Die Präsidentschaft[11] vertrat erneut die Auffassung, die Europäer müßten versuchen, PLO zu bedingter Anerkennung der Existenz Israels zu veranlassen, um Situation zu deblockieren.

4) Ost-West-Fragen

Minister erörterten Lage in Polen. Zur KSZE bestand Einigkeit, daß es möglich sein müsse, bis Weihnachten ausgewogenes und zufriedenstellendes Ergebnis zu erzielen. Zentrale Bedeutung kommt dabei französischem KAE-Vorschlag[12] zu. Hier sollte es Sowjetunion angesichts sich jetzt anbahnender Verhandlungslage möglich sein, zuzustimmen. In der Frage der Menschenrechte enthält bisheriges Verhandlungsergebnis Fortschritte. Weitere Fortschritte sollen angestrebt werden. Die Zehn wollen die Lage Anfang Dezember erneut prüfen und dann über ihre weitere Taktik entscheiden. Bundesminister wies nachdrücklich darauf hin, daß wir gleichfalls baldiges Ergebnis wünschen, uns jedoch bei Verzögerungstaktik der Sowjetunion nicht zu einem Abbruch der Konferenz veranlaßt sehen sollten.

Minister sprachen auch über die Bedeutung der am 30. November zwischen den USA und der UdSSR über LRTNF beginnenden Gespräche[13] sowie von SALT für das Ost-West-Verhältnis in Europa. Präsidentschaft wurde ermächtigt, in einer Erklärung gegenüber der Presse zu erklären, daß die Zehn die Aufnahme dieser Gespräche begrüßen und sich von ihnen positive Ergebnisse erhofften.

Boll[14]

Referat 012, Bd. 124417

10 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident vom 3. bis 5. November 1981 in Saudi-Arabien auf.

11 Großbritannien hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1981 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

12 Zum französischen Vorschlag vom 9. Dezember 1980 für eine Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 7, Anm. 11.

13 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

14 Paraphe.

300

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach

340-323.42 ASEAN/EG **15. Oktober 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 5303 Plurez Cito **Aufgabe: 16. Oktober 1981, 11.02 Uhr**

Betr.: EG-ASEAN-Ministertreffen am 13./14. Oktober 1981 in London

1) Drittes EG-ASEAN-Ministertreffen (nach Brüssel 1978[2] und Kuala Lumpur 1980[3]) bestätigte, daß die Zusammenarbeit eine Qualität erreicht hat, die in dieser nachhaltigen und vertrauensvollen Form zwischen westlichen Industrieländern und Dritte-Welt-Staaten unvergleichbar ist. Beide Seiten haben unterstrichen, daß sie in einer politisch und wirtschaftlich unsicheren, gefährlichen Zeit ihrem Zusammengehen erhebliche Bedeutung beimessen.

ASEAN haben unmittelbar nach Ministertreffen ihre Gespräche bei der EG-Kommission in Brüssel fortgesetzt.[4] Hieran schließt sich ebenfalls in Brüssel ein Treffen des Kooperationsrates im Rahmen des EG-ASEAN-Kooperationsabkommens an.[5]

2) Schwerpunkt in London war Kambodscha. Weiter wurden Afghanistan, die Wirtschaftsbeziehungen EG/ASEAN sowie der Nahe Osten und der Nord-Süd-Dialog behandelt.

3) Zu Kambodscha

In Rollenverteilung trugen die ASEAN-Minister eingehend die aktuellen Probleme vor:

– Strategie in Vereinten Nationen[6]

1 Durchdruck.
Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 15. und am 19. Oktober 1981 erneut vorgelegen.

2 Die erste Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand am 20./21. November 1978 statt. Vgl. dazu AAPD 1978, II, Dok. 353.

3 Die zweite Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten fand vom 6. bis 8. März 1980 statt. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 84.

4 Am 15. Oktober 1981 fand eine inoffizielle Sitzung zwischen der EG-Kommission und Vertretern der ASEAN-Mitgliedstaaten statt. Beide Seiten bekräftigten, daß sie an liberalen Handelsbeziehungen festhalten und mit dem Ziel des Ausbaus ihres Warenverkehrs in internationalen Gremien zusammenarbeiten wollten. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1981, S. 62.

5 Für den Wortlaut des Kooperationsabkommens vom 7. März 1980 zwischen der EWG und den ASEAN-Mitgliedstaaten vgl. AMTSBLATT DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN, Nr. L 144 vom 10. Juni 1980, S. 2–8.
Die zweite Tagung des Kooperationsausschusses EWG–ASEAN fand am 19./20. Oktober 1981 statt. Gegenstand der Gespräche waren die Schaffung eines Handelsrats, Rohstoff-Fragen und die Zusammenarbeit bei der Ausbildung. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1981, S. 62.

6 Zur Frage der Vertretung Kambodschas in den Vereinten Nationen vgl. Dok. 263, Anm. 11.
Die VN-Generalversammlung billigte am 21. Oktober 1981 eine von den ASEAN-Staaten eingebrachte Resolution zu Kambodscha. Darin wurden der Abzug fremder Truppen, die Wiederherstellung und Bewahrung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität Kambodschas sowie die Verpflichtung aller Staaten zur Nichteinmischung als wichtigste Elemente einer Lösung der Kambodscha-Frage bezeichnet. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 36/5 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 241 f.

– Einigung des Widerstandes[7]
– Flüchtlingsfragen[8]
– Sowjetisch-vietnamesisches Vorgehen.

Sie richteten einen dringenden Appell an die Europäer, den mit der Internationalen Kambodscha-Konferenz[9] eingeleiteten Verhandlungsprozeß mitzutragen (z. B. durch Mitgliedschaft im intersessionalen Ad-hoc-Komitee, welches Verhandlungen vorantreiben soll). Sie wiesen darauf hin, daß der Konferenzvorsitzende, der österreichische AM Pahr, noch im November nach Hanoi reisen wird, um zu versuchen, Vietnam für eine Mitarbeit zu gewinnen.

Sie warben um Unterstützung der demokratischen Komponente innerhalb der neugebildeten Koalition des kambodschanischen Widerstandes und insbesondere für die Person Son Sanns. Singapurischer AM[10] verwies darauf, daß die demokratischen Partner in der sich bildenden fragilen Koalition mit den Roten Khmer dringend der Stützung bedürften, um nicht in einer Art Volksfront unterzugehen. Rote Khmer blieben bereits hinter ihren ursprünglichen Zusagen zurück, möglicherweise, da sie und China den positiven Ausgang der VN-Abstimmung in der Sitzfrage falsch interpretierten.

Mehrere europäische AM, darunter Minister Cheysson und Minister Colombo, unterstrichen ihre fortbestehenden Bedenken wegen einer Unterstützung der Roten Khmer, selbst in einer Koalition mit Persönlichkeiten wie Son Sann und Sihanouk. Europäische Öffentlichkeit habe die Neigung, auch eine solche Koalition mit den Roten Khmer gleichzusetzen. Auch bestünden Zweifel, ob sich die Roten Khmer einbinden ließen. AM Cheysson meinte, wenn man die Herrschaft Chinas und Pol Pots in Kambodscha vermeiden solle, gehe dies nur über Verhandlungen mit Hanoi unter Einschluß Heng Samrins. Er äußerte Zweifel an der IKK[11] als aussichtsreichem, weiterführendem Prozeß. Auch andere Wege müßten beschritten werden.

ASEAN-Minister deuteten an, daß auch Heng Samrin in eine künftige Lösung in Kambodscha einbezogen werden könnte. Einstweilen gelte es aber, Widerstand auf verbreiterte Basis zu stellen.

AM Romulo forderte Europäer auf, in die Zukunft zu schauen, um die von den Sowjets betriebene Indochina-Föderation zu verhindern. ASEAN sei nicht gegen Vietnam, jedoch solle dieses zunächst ein Zeichen setzen.

7 Zur Zusammenarbeit von drei Oppositionsgruppen in Kambodscha vgl. Dok. 263, Anm. 10.

8 Referat 301 vermerkte am 7. Oktober 1981 zur Flüchtlingsfrage in Südostasien, daß nach dem Höhepunkt 1979 und 1980 die Zahl der Flüchtlinge aus Vietnam „deutlich zurückgegangen“ sei. Insgesamt befänden sich derzeit noch ca. 340 000 Flüchtlinge in den Aufnahmelagern der südostasiatischen Region: „Seit Mitte 1975 fanden insgesamt ca. 768 000 Indochinaflüchtlinge Aufnahme in ca. 30 Staaten.“ Die Bundesrepublik habe „insgesamt 28 500 Aufnahmeplätze bereitgestellt, von denen in der Vergangenheit ein großer Teil für Großgruppen, sog[enannte] Garantiefälle und Familienzusammenführungen vergeben wurden. Derzeit sind 20 098 Personen ins Bundesgebiet eingereist.“ Vgl. Referat 340, Bd. 127392.

9 Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 214.

10 Suppiah Dhanabalan.

11 Internationale Kambodscha-Konferenz.

Bundesminister berichtete aus Peking[12], daß Chinesen weiterhin auf Pol Pot setzten und andere Kräfte der Koalition nicht hoch einschätzten. Es stelle sich die Frage, wie man das Dilemma auflöse, wonach Pol Pot über Guerillas verfüge, Son Sann über die internationale Reputation und Heng Samrin über die vietnamesische Unterstützung. Zwei davon seien Stellvertreter für andere Großmächte. Eine Lösung müßte für alle akzeptabel sein.

4) Zu Afghanistan berichtete Lord Carrington über seine Gespräche mit Gromyko[13], die kein Zeichen sowjetischen Einlenkens erbracht hätten. Sowjetische Belastungen in Afghanistan seien noch nicht gravierend genug. Sowjets rechneten damit, daß die Weltöffentlichkeit sich mit ihrem Vorgehen abfinden würde. Es bestand Einvernehmen darüber, der sowjetischen Propaganda, wo immer möglich, weiter entgegenzutreten.

5) Zu Wirtschaftsfragen trugen die ASEAN-Minister ihre Sorgen und Anliegen vor, auf die Kommissionsmitglied Haferkamp antwortete. Trotz schlechter Weltwirtschaftslage seien Fortschritte in den Beziehungen EG/ASEAN gemacht worden. Der Handel habe sich seit 1973 (Ölkrise) vervierfacht, er bringe gegenwärtig eine Milliarde Dollar Überschuß zugunsten ASEANs. Die Diskussion wurde angesichts der bevorstehenden Gespräche in Brüssel nicht vertieft, jedoch waren die eindringlichen Appelle der ASEAN-Minister, insbesondere Singapurs, protektionistischem Druck nicht nachzugeben, bemerkenswert. Zum Weltwirtschaftsgipfel in Cancún[14] hat AM Romulo, Philippinen, in einer stark beachteten Intervention dargelegt, die Dritte-Welt-Staaten gingen nach Cancún ohne rigide Positionen und nicht in der Absicht, die Konfrontation zu suchen. Vielmehr sehe er in Cancún die erste Gelegenheit für die Staaten der Dritten Welt, von den Regierungschefs der Industriestaaten persönlich angehört zu werden.

6) Zum Nahost-Thema wies Lord Carrington auf seine bevorstehende Reise nach Saudi-Arabien[15] und den positiv zu bewertenden Acht-Punkte-Plan des saudischen Kronprinzen Fahd[16] hin.

Pfetten[17]

Referat 340, Bd. 127392

12 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

13 Zum Besuch des britischen Außenministers Lord Carrington am 6. Juli 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 188, Anm. 14.

14 In Cancún fand am 22./23. Oktober 1981 die Nord-Süd-Gipfelkonferenz statt. Vgl. dazu Dok. 315.

15 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt sich in seiner Eigenschaft als amtierender EG-Ratspräsident vom 3. bis 5. November 1981 in Saudi-Arabien auf.

16 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

17 Paraphe vom 16. Oktober 1981.

301

Gesandter Böcker, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-5940/81 geheim **Aufgabe: 16. Oktober 1981, 21.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1694 **Ankunft: 16. Oktober 1981, 21.22 Uhr**

Betr.: Rapid Deployment Force[2];
hier: Unterrichtung des NATO-Rats durch Undersecretary of Defense Iklé

Bezug: DB 1616 VS-NfD vom 7.10.1981

Zur Unterrichtung

1) Am 16.10.1981 unterrichteten die USA durch Iklé den NATO-Rat über ihre strategischen Planungen für Südwestasien und insbesondere über Rapid Deployment Force. Sie erfüllten damit eine Zusage Weinbergers von der letzten Frühjahrssitzung des DPC.[3]

2) Das Briefing behandelte in erster Linie die militärischen Aspekte, die keine wesentlichen neuen Erkenntnisse brachten, und in einem zweiten Teil Forderungen an die Verbündeten. Die amerikanische Erkenntnis, daß es über rein militärische Planungen und Maßnahmen hinaus von entscheidender Bedeutung sei, die Stabilität in der Region durch politische, diplomatische und ökonomische Maßnahmen zu erhöhen und abzusichern, findet zwar auch Erwähnung. In der Diskussion schwächte Iklé diesen Punkt allerdings ab, indem er sich ganz auf die Gefahr möglicher sowjetischer Operationen konzentrierte, die in keinem Zusammenhang mit Konflikten im Mittleren Osten, namentlich dem arabisch-israelischen Konflikt, ständen.

3) Als wichtigste Punkte sind zu nennen:

a) Die Verknüpfung wirtschaftlicher, diplomatischer und militärischer Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit in Südwestasien.

b) Bemühungen, die westliche Abhängigkeit von Öl aus dieser Region zu reduzieren.

c) Strategische Ziele sind:

(1) Erhaltung des Friedens und der Stabilität in der Region,

(2) Abschreckung einer direkten sowjetischen Aggression,

(3) Verteidigung gegen einen Angriff, wenn die Abschreckung versagt.

d) Die Bedeutung einer Lösung des arabisch-israelischen Konflikts, insbesondere die Notwendigkeit, nach Sadats Tod[4] den Friedensprozeß zu beschleunigen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 19. Oktober 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann nach Rückkehr am 22. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Zur „Rapid Deployment Force“ vgl. Dok. 55.

3 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13. Mai 1981 in Brüssel vgl. Dok. 139 und Dok. 140.

4 Zur Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 289.

4) Um eine direkte sowjetische Intervention zu verhindern, halten die USA es für erforderlich, westliche Kräfte so schnell in die Region zu bringen, daß die Sowjets sich einem erhöhten Risiko ausgesetzt sehen, bevor sie selbst die Region erreichen: „To deter a major Soviet invasion, our forces must reach defensible territory before the Soviets do. If we can occupy these defensive positions first, the Soviets cannot create an accomplished fact by seizing key positions with small airborne forces." Dazu bedürfen die USA der Unterstützung ihrer Verbündeten, z. B. durch Überflugrechte, und der Staaten der Region, z. B. durch Einsatzbasen. (Das beschriebene Szenario eines RDF-Einsatzes wurde nicht erläutert.)

5) Die RDF, für deren Aufstellung in diesem Jahr über vier Milliarden US-Dollar ausgegeben werden sollen, ist wesentlich von See- und Lufttransport und der Vorauseinlagerung von Material (auf Schiffen) abhängig. Darüber hinaus haben die USA ihre maritime Präsenz im Indischen Ozean erhöht und halten größere Manöver in der Region (Ägypten)[5] ab.

6) Die USA erwarten Beiträge von ihren europäischen Verbündeten wie:

a) verstärkte See- und Luftpräsenz,

b) Verstärkung militärischer Besuche und gemeinsamer Übungen mit den Regionalstaaten,

c) verstärkte Wirtschaftshilfe,

d) Überflugrechte und Nachtankmöglichkeiten,

e) Gestellung von Großraumflugzeugen und Seetransport-Kapazität,

f) Verstärkung der Verteidigungsfähigkeiten im NATO-Gebiet[6].

7) Ein Einsatz der RDF im vorgesehenen Rahmen würde nicht nur die direkte Kampfkraft der NATO in Europa beeinträchtigen, sondern auch die Kampfunterstützungsfähigkeit wesentlich beeinträchtigen (zusätzlicher Bedarf von 50 000 bis 75 000 Mann).

8) Die USA bekräftigten ihre NATO-Verpflichtungen, zehn Divisionen innerhalb von zehn Tagen zur Verfügung zu stellen unter der Voraussetzung, daß die Verbündeten ihre Infrastrukturleistungen und den Host Nation Support[7] erhöhen.

5 Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 14. Oktober 1981, nach Auskunft des amerikanischen Verteidigungsministeriums werde vom 9. November bis 6. Dezember 1981 das Manöver „Bright Star" als amerikanisch-ägyptische Übung abgehalten. Zeitgleich seien unter der gleichen Bezeichnung Übungen zur Landung amerikanischer Streitkräfte in Oman, Somalia und im Sudan vorgesehen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4091; Referat 201, Bd. 125577.

6 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

7 Zum Host Nation Support vgl. Dok. 246.
Ministerialdirigent Dröge vermerkte am 14. Oktober 1981: „Auf Grundlage des zustimmenden BSR-Beschlusses vom 8. Mai 1981 finden seit Juli 1981 deutsch-amerikanische Verhandlungen über eine WHNS-Rahmenvereinbarung statt, für die auf unserer Seite federführend das BMVg zuständig ist. […] Gegen einen vom BMVg ausgearbeiteten und mit der US-Seite bereits weitgehend abgestimmten Entwurf […] hat das BMF Bedenken erhoben. Zwar erkennt auch das BMF die politische Notwendigkeit einer WHNS-Vereinbarung grundsätzlich an, widersetzt sich jedoch zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus fiskalischen Gründen jeder Aussage zur Finanzierung." Dröge sprach sich dafür aus, gegenüber dem Bundesministerium der Finanzen darauf hinzuweisen, daß eine „Blockierung der Vertragsverhandlungen, die von der deutschen Seite ausginge", von den USA „als Rückzieher gewertet" würde und daher „beträchtlichen Schaden für das deutsch-amerikanische Verhältnis insgesamt bringen" könne. Vgl. VS-Bd. 10321 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

Weiter wird als Bedingung die Erfüllung der Afghanistan Phase-II-Maßnahmen[8] gefordert.

9) Darüber hinaus forderten die USA als zusätzliche Kompensationsmaßnahmen:

a) Die Fortsetzung der von Weinberger vorgeschlagenen Studie zur Verstärkung der Kampfunterstützungsfähigkeit.

b) Überprüfung der einzelnen Länder, ihrer See- und Lufttransportkapazitäten für die NATO.

c) Erhöhung der Infrastrukturzahlungen für die Einlagerung von Kriegsmaterial und Munition sowie für Reparatur- und Instandsetzungseinrichtungen.

d) Verschiedene Initiativen für die einzelnen NATO-Befehlsbereiche (Central Region: Zusätzliche Reserve-Landstreitkräfte und Erhöhung der Munitionsbevorratung sowie der Einsatzraten für Kampfflugzeuge).

e) Intensive Diskussion in den verschiedenen NATO-Foren über die Möglichkeit von Out-of-area-Einsätzen.[9]

10) Die USA erwarten auf der Dezember-Sitzung des DPC[10], daß die Verteidigungsminister substantielle Erklärungen über die Bedeutung der Unterstützung von Out-of-area-Einsätzen durch politische und militärische Maßnahmen abgeben. Auch hier war die Reaktion Iklés zu der Frage zurückhaltend, ob nicht die Außenminister in den Vordergrund stellen sollten:

– die Sowjets vor weiterem Vordringen – wie in Afghanistan – in der Dritten Welt zu warnen (Iklé: Diese Warnung erfordere, daß zunächst die militärische Einsatzfähigkeit der RDF gegeben sei);
– die mit dem Nahost-Konflikt verbundenen Probleme energisch einer Lösung näherzubringen, um den Sowjets die Möglichkeit der Ausnutzung der bestehenden Spannungen zu erschweren und um so die Notwendigkeit militärischer Lösungen zu reduzieren. Hier zeigte sich erneut, daß Iklé die Gesamtproblematik in erster Linie unter militärischem Aspekt betrachtet. Der Wortlaut des sehr ausführlichen Berichts Iklés folgt mit Kurier.[11]

[gez.] Böcker

VS-Bd. 10294 (201)

8 Auf Initiative der USA beschloß der Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 14. April 1980 in Brüssel, eine Arbeitsgruppe damit zu beauftragen, im Lichte der durch die sowjetische Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 eingetretenen Lage kurzfristige (Phase I) und langfristige (Phase II) Maßnahmen zur Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit der NATO-Mitgliedstaaten und zur Stabilisierung anderer Weltregionen zu erarbeiten. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 545 des Botschafters Pauls, Brüssel (NATO), vom selben Tag; VS-Bd. 10311 (201); B 150, Aktenkopien 1980.
Am 9. Dezember 1980 verabschiedete das DPC das Dokument DPC/D (80) 21 über Maßnahmen zur Phase II. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1858 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 10. Dezember 1980; VS-Bd. 10304 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr vgl. Dok. 100.

10 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.

11 Für die Erklärung des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, vor dem Ständigen NATO-Rat am 16. Oktober 1981 in Brüssel vgl. VS-Bd. 10296 (201). Vgl. dazu ferner Dok. 313 und Dok. 317.

302

Botschafter Hermes, Washington, an Bundesminister Genscher

114-5941/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 4157
Citissime

Aufgabe: 16. Oktober 1981, 21.05 Uhr[1]
Ankunft: 17. Oktober 1981, 02.47 Uhr

Am 17. Oktober 1981 Bundesminister und Staatssekretär[2] vorzulegen

Betr.: Gespräch von Präsident Reagan mit dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Kohl, in Washington am 16. Oktober 1981[3]

An dem etwa 40minütigen Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite noch Außenminister Haig und Sicherheitsberater Allen, auf deutscher Seite der Abgeordnete Dr. Mertes und ich teil.

Präsident Reagan, der am Tage zuvor in Philadelphia eine Rede zur Nord-Süd-Problematik gehalten hatte[4], erkundigte sich zu Anfang des Gesprächs nach den Vorstellungen von Dr. Kohl zu Cancún.[5] Der Präsident erwähnte, daß der Wunsch bestehe, im Rahmen der Vereinten Nationen globale Organisationen (global organizations) zu schaffen, die weitgehende Einwirkungsmöglichkeiten zum Zwecke einer Verteilung des Reichtums der Welt übernehmen sollten. Die amerikanische Vorstellung sei anders. Es komme darauf an, den Prozeß der Selbsthilfe in Gang zu setzen und Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

Dr. Kohl antwortete, daß der Grundsatz der Selbsthilfe auch seinen Vorstellungen entspreche und der Grundsatz der Verteilung des Reichtums einem sozialistischen Prinzip entspringe. Dr. Kohl befürwortete ein starkes Engagement der Vereinigten Staaten in Weltangelegenheiten. Dabei sollten sich die Vereinigten Staaten, gerade bei der jungen Generation, auf die moralischen Traditionen und Kräfte Amerikas berufen. Er stehe mit seinen politischen Freunden an der Seite der Vereinigten Staaten. Das sei Sache des Verstandes, aber noch mehr Sache des Herzens. So wichtig es sei, z. B. den NATO-Doppelbeschluß aus strategischen und militärischen Gründen zu erklären, noch wichtiger und entscheidend sei, daß die Vereinigten Staaten in erster Linie von den Zielen und Idealen als den Grundlagen der Politik und in zweiter Linie erst von den Waffen sprächen. So wie Präsident Reagan es geschafft habe, die Mehrheit des amerikanischen Volkes für sich zu aktivieren, so solle der Präsident auch seine Überzeugungskraft in Europa einsetzen. Die große Mehrheit der Europäer werde ihm zustimmen.

Unter Hinweis auf die Demonstrationen anläßlich des Haig-Besuchs in Berlin[6] meinte Dr. Kohl, es habe sich dort nur um eine Minderheit gehandelt. Er, Kohl,

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Neukirchen am 19. Oktober 1981 vorgelegen.
2 Berndt von Staden.
3 Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Kohl, hielt sich vom 12. bis 19. Oktober 1981 in den USA auf.
4 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 15. Oktober 1981 vor dem World Affairs Council in Philadelphia vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 937–943.
5 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.
6 Zur Demonstration beim Besuch des amerikanischen Außenministers Haig am 13. September 1981 in Berlin (West) vgl. Dok. 255, Anm. 43.

werde sein Äußerstes tun, um die öffentliche Meinung für die Freundschaft mit Amerika zu mobilisieren. Dr. Kohl wiederholte verschiedentlich im Laufe des Gesprächs, daß die Verbundenheit und das Bündnis mit den Vereinigten Staaten in erster Linie auf gemeinsamen Werten und Vorstellungen von Rechtsstaatlichkeit und Freiheit beruhe und es erst in zweiter Linie auf Waffen ankomme.

Präsident Reagan gab zu, daß die Vereinigten Staaten in der Darstellung ihrer Politik nicht immer auf der Höhe gewesen seien. Sie hätten einer lautstarken Minderheit nicht genügend an Überzeugungskraft entgegengesetzt. Aber auch in den Vereinigten Staaten sei es so wie in Europa, daß eine lärmende Minderheit für ihre Ansichten größere Aufmerksamkeit in den Medien fände als die Mehrheit.

Dr. Kohl erwähnte, daß es vor einiger Zeit in Frankfurt eine Demonstration von etwa 20000 Teilnehmern gegen ihn gegeben habe, weil er sich sehr klar für den Präsidenten von El Salvador, Napoleon Duarte, verwandt habe. Er hoffe, daß die Vereinigten Staaten Duarte weiter unterstützen würden.

Präsident Reagan erwähnte, daß er Duarte kürzlich im Weißen Haus empfangen habe.[7] Duarte sei wirklich in einer fast verzweifelten Lage, aber auch die übrigen zentralamerikanischen Länder seien von der Sowjetunion als Ansatzpunkte ihrer Politik ausgewählt worden.

Präsident Reagan erkundigte sich dann nach den öffentlichen Auswirkungen und politischen Folgen der Demonstration gegen den NATO-Modernisierungsbeschluß.[8]

Dr. Kohl hielt die Auswirkungen für erheblich. Seit sich mit der Wahl Präsident Reagans die politische Situation stark geändert habe und die Vereinigten Staaten wieder eine aktive politische Rolle übernommen hätten, sei es ganz natürlich gewesen, daß sich die Gegner der Vereinigten Staaten organisierten. Nachdem diese Gegner Amerikas sähen, wie entschlossen Präsident Reagan seine innenpolitischen Probleme angehe, rechneten sie, und vor allem die Sowjetunion, damit, daß sie nur noch wenige Jahre hätten, den Neutralismus in Europa zu fördern. Der NATO-Beschluß vom Dezember 1979 sei der Kristallisationspunkt der gegen die amerikanische Bündnispolitik gerichteten Bestrebungen.

Dr. Kohl bezog sich auf ein zuvor geführtes Gespräch mit den außenpolitischen Redakteuren der Washington Post, in dem er gefragt worden sei, ob es auch ohne die Präsidentschaft Reagans derartige Demonstrationen in Europa geben würde. Er habe darauf geantwortet, daß es sie vielleicht nicht heute oder morgen und vielleicht auch nicht in dieser Form gegeben hätte, daß aber mit Demonstrationen dieser Art hätte gerechnet werden müssen, und zwar mit dem NATO-Doppelbeschluß, den das Bündnis schließlich unter Präsident Carter schon getroffen hätte.

Es seien jetzt weitere ähnliche Demonstrationen bis Weihnachten 1981 in Paris, Amsterdam und Brüssel geplant.[9]

7 Präsident Reagan und Präsident Duarte trafen am 21. September 1981 in Washington zusammen.

8 Zur Demonstration am 10. Oktober 1981 im Hofgarten in Bonn vgl. Dok. 287, Anm. 12.

9 Demonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 fanden am 24. Oktober in London und Rom sowie am 25. Oktober 1981 in Brüssel und Paris statt.
Zur Demonstration am 21. November 1981 in Amsterdam vgl. Dok. 345, Anm. 37.

Unter den Teilnehmern an derartigen Demonstrationen unterschied Dr. Kohl, wie schon mehrfach in Washington, drei Gruppen. Die erste Gruppe bestehe aus ernsthaften, achtenswerten Leuten, die häufig religiös motiviert seien und die Lehren der Bergpredigt auf die Gesellschaft übertrügen. Die zweite Gruppe sei sehr diffus und bestehe aus den „Grünen", Atomgegnern jeder nuklearen Verwendungsart, Anhängern des einfachen Lebens und anderen, die Realitäten nicht zur Kenntnis nehmen wollten und viel Lebensangst hätten. Es sei immer zu berücksichtigen, daß 60 Prozent aller lebenden Deutschen erst nach Hitler geboren worden seien.

Auch mit der zweiten Gruppe müsse man die Auseinandersetzung führen, mit Überzeugung, aber auch mit Autorität. Zur dritten Gruppe rechne er Agenten Moskaus in der Form von bewußten Agenten oder „nützlichen Idioten". Die DKP habe nur 60000 Mitglieder in der Bundesrepublik Deutschland und nur 0,4 Prozent der Stimmen bei der letzten Bundestagswahl[10] erreicht. Trotzdem werde sie von Moskau über die DDR mit jährlich 40 Mio. DM unterstützt.

Er wolle Präsident Reagan sagen, daß, solange in der Bundesrepublik Deutschland noch Flüchtlinge der Nachkriegszeit und deren Abkömmlinge lebten, solange es die persönlichen Schicksale aus der Teilung Deutschlands und der Teilung Berlins durch die Berliner Mauer gebe und solange so viele Westdeutsche mit Ostdeutschen familiäre und freundschaftliche Beziehungen hätten, würde der Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland keine Chance haben. Erst kürzlich hätten wieder einige Deutsche aus der DDR freigekauft werden müssen. Pro Kind sei der Freikaufpreis DM 55000 gewesen.

Die Sowjetunion verfolge gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und Europa eine Politik des Zuckerbrots und der Peitsche. Gromyko habe ihn gefragt, wieso er sich so kurzsichtig auf die Vereinigten Staaten verlasse. Es würde ihm dann nicht anders ergehen als Südvietnam. Die Sowjetunion winke als Zuckerbrot mit etwas mehr deutscher Einheit und wirtschaftlichen Vorteilen. Im Grunde gehe es wieder um die alte Auseinandersetzung unter Adenauer, ob die Deutschen Einheit über Freiheit stellen. So wie sich Adenauer für den Vorrang der Freiheit[11] entschieden habe, würden sich auch die Deutschen jetzt für die Freiheit entscheiden. Einige Intellektuelle könnten da anderer Ansicht sein, sie würden aber nie eine Mehrheit gewinnen können.

Präsident Reagan verwies auf einen Ausspruch von Präsident Jefferson: „Wenn ein schwieriger Fall einem pflügenden Bauern oder einem Professor vorgelegt werde, werde in neun von zehn Fällen der Bauer die Sache richtig entscheiden, da der einfache Bauer noch von niemandem in seinem gesunden Urteil irregeführt worden sei."[12]

Präsident Reagan stellte dann die gleiche Frage, die er schon dem Bundeskanz-

10 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

11 Korrigiert aus: „für im Vorrang der Freiheit".

12 In einem Brief an seinen Neffen Peter Carr schrieb Thomas Jefferson am 10. August 1787 aus Paris: „State a moral case to a ploughman & a professor. The former will decide it as well, & often better than the latter, because he has not been led astray by artificial rules." Vgl. Thomas JEFFERSON, Writings, New York 1984, S. 902.

ler am 20. November 1980 gestellt hatte[13], wie die Deutschen in der DDR und Ost-Berlin sich bei freier Wahl entscheiden würden.

Dr. Kohl erwähnte seine häufigen privaten Reisen in die DDR, die es ihm aus dieser Anschauung ermöglichten, auch ein persönliches Urteil abzugeben. Bei freien Wahlen würde die SED höchstens acht Prozent der Stimmen bekommen. Über 70 Prozent der Deutschen in der DDR sähen das westdeutsche Fernsehen, seien über die Vorgänge im Westen gut informiert und hätten daher klare Ansichten und Vorstellungen. Allerdings gelte wohl für die Mehrheit der Deutschen in der DDR, daß sie sich den Lebensverhältnissen angepaßt und sich für längere Zeit resignierend mit ihnen abgefunden hätten. Bei vielen Deutschen in der DDR finde man auch eine durchaus kritische Einstellung gegenüber manchen Erscheinungen und Entwicklungen im Westen, vor allem dem Vorrang von gutem Leben und materiellen Gütern.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11120 (204)

303

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Shagari in Cancún

105-88.A/81 **21. Oktober 1981**[1]

Gespräch BM mit Präsident Shagari, Nigeria, in Cancún am 21.10.1981;
hier: Dolmetscheraufzeichnung

Präsident *Shagari* erklärte einleitend, seine Delegation verbinde mit bevorstehendem Gipfel[2] die Hoffnung auf eine allgemeine Verständigung darauf, Globalverhandlungen[3] aufzunehmen. Gelänge dies nicht, stünden sie, die DW-Teilnehmer, beschämt der G 77 gegenüber.

In seiner Erklärung[4] werde er sich auf die Ernährungsproblematik konzentrieren, während Algerien – im Namen der DW – Akzent auf Energiefragen legen

13 Zum Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem designierten Präsidenten Reagan in Washington vgl. AAPD 1980, II, Dok. 337.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragender Legationsrätin Siebourg am 27. Oktober 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 27. Oktober 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 23. Oktober 1981 anläßlich der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún auf. Vgl. dazu Dok. 315.

3 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 283, Anm. 52 und 56.

4 Für die Rede des Präsidenten Shagari am 22. Oktober 1981 in Cancún vgl. Unterabteilung 34, Bd. 141075.

werde. Seine Vorstellungen würden sich dabei auf der Linie des Brandt-Berichts[5] bewegen.

Auf der vorjährigen OAU-Sitzung in Lagos sei ein Aktionsplan verabschiedet worden.[6] Diesen durchzuführen, sei jedoch ohne Hilfe des Nordens nicht möglich. Afrika brauche nicht nur Nahrungsmittelhilfe, sondern auch technische Hilfe zur Erhöhung der Nahrungsmittelproduktion und zur Intensivierung der Forschung in diesem Bereich, um das Ziel der Selbstversorgung zu erreichen. Ohne Lösung dieses Problems könne insgesamt keine Entwicklung vonstatten gehen.

BM bekräftigte, es entspreche auch deutscher Auffassung, die Nahrungsmittelproduktion zu intensivieren und die Nahrungsmittelhilfe nicht als langfristige Lösung zu betrachten.

Shagari erklärte, diese Notwendigkeit erhelle sich schon allein aus den Zahlen: Derzeit werde für Nahrungsmittelimporte ebensoviel Geld aufgewandt wie für Energieimporte, nämlich 20 Mrd. Dollar jährlich.

Im Energiebereich gelte es vor allem, die Ölpreise zu stabilisieren. Dies sei das Bemühen innerhalb OPEC. Zugleich müsse die Zusammenarbeit zwischen Verbrauchern und Produzenten, einschließlich OPEC, im Sinne einer Zweibahnstraße verbessert werden, insbesondere zugunsten der LLDC. Dabei sei nicht an Preissenkungen seitens OPEC, vielmehr an Gewährung von soft loans gedacht.

BM legte dar: D werde in seinen Konferenzbeiträgen[7] sowohl auf Nahrungsmittelhilfe wie auf Energiestrategie eingehen, insbesondere aber klarmachen, daß von der Konferenz grünes Licht für Globalverhandlungen gegeben werden müsse.

Shagari warf ein, er fürchte, US werde dem entgegenstehen.

BM entgegnete, seines Erachtens seien US mit offener Position nach Cancún gekommen, so daß es gelte, sie zu einer Bewegung zu überzeugen. Er betrachte Gelegenheit für Präsident Reagan, hier Staats- und Regierungschefs der DW kennenzulernen und anzuhören, als eine gute Voraussetzung für einen freien Dialog und die Vertiefung gegenseitigen Verständnisses.

Zur Situation in Afrika führte *Shagari* aus: Neben den Problemen Armut und Elend fühle Afrika sich zunehmend und von allen Seiten in seiner Sicherheit bedroht, insbesondere durch Südafrika in seiner Unnachgiebigkeit sowie von kommunistischer Seite und deren Agenten. Diese beiden Kräfte versuchten, die afrikanischen Regierungen zu destabilisieren. Ohne Stabilität aber gebe es kei-

5 Vgl. dazu „Das Überleben sichern: gemeinsame Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer. Bericht der Nord-Süd-Kommission“, Köln 1980.

6 Am 28./29. April 1980 fand in Lagos eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten statt. Ministerialdirektor Meyer-Landrut notierte dazu am 21. Mai 1980: „Gemäß der ‚Schlußakte von Lagos‘ wollen die OAU-Staaten in einer ersten Phase bis 1990 eine Reihe regionaler Wirtschaftsgemeinschaften schaffen, um dann in der zweiten Phase bis zum Jahr 2000 die vollkommene wirtschaftliche Integration Afrikas herbeizuführen.“ Es sei ein Aktionsplan beschlossen worden, „durch den der innerafrikanische Handel, die regionale Zusammenarbeit und eine koordinierte Entwicklung in Nahrungsmittelproduktion, Energieerzeugung, Industrialisierung und Verkehr gefördert werden sollen“. Vgl. Referat 320, Bd. 125244.

7 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher am 22. Oktober 1981 in Cancún; BULLETIN 1981, S. 829 f.

nen Fortschritt überhaupt. Afrika wolle auch nicht Szene der Austragung des Ost-West-Gegensatzes werden. Europa scheine aber diesen Aspekten nicht genügend Aufmerksamkeit zu schenken. Um so aktiver handelten die Agenten des Kommunismus; so z. B. Gaddafi, der von SU benutzt werde, vermutlich ohne daß er selbst, verblendet durch seine Ideologie, sich dessen bewußt sei, ein bloßes Werkzeug zu sein.

In Äthiopien – wie in so vielen vergleichbaren Fällen – sei die derzeitige Entwicklung letztlich dem Westen anzulasten. Der Westen halte sich zu oft einfach draußen, gerade wenn man Hilfe benötige, oder aber er setze auf das falsche Pferd. Jetzt stünden die Dinge am Horn von Afrika sehr schlecht. Somalia müsse bewegt werden, den Grenzstreit[8] beizulegen. Schon strecke Gaddafi seine Fühler nach Äthiopien aus, obwohl es dort bereits eine starke kubanische Präsenz gebe. Und auch hier tue der Westen nichts.

Auf die Frage *BMs*, was der Westen tun könne, der hierbei auf afrikanischen Rat angewiesen sei, erwiderte *Shagari*: Den Freunden müsse geholfen werden. Somalia habe brennende Probleme, werde aber hängengelassen. Eine Lösung könne auch er nicht anbieten, jedenfalls aber gelte es, die befreundeten Staaten nicht zu vernachlässigen. Es übersteige die Fähigkeiten der armen DW-Staaten, sich zugleich nach außen zu schützen und „den eigenen Magen zu schützen". Ein bedrohtes Land bedürfe also besonders der materiellen Hilfe durch Freunde, in Form von soft loans oder Ausrüstung. Aber entsprechende Ersuchen stießen zumeist auf große Schwierigkeiten, und damit könne bestenfalls auf längere Sicht Hilfe erhofft werden, nicht aber gemäß kurzfristigem Bedarf.

AM *Audu* ergänzte: Im Fall Äthiopiens sehe auch er nicht, was der Westen derzeit tun könne; die SU habe das Land zu fest im Griff. Die äthiopische Führungsschicht sei diesem Zugriff gegenüber hilflos. Im Fall Somalia dagegen sei die Frage wohl, inwieweit und wie rasch eine Zuckerbrot-und-Peitsche-Taktik Somalia zur Lösung des Grenzproblems bewegen könne, das derzeit jegliche Entwicklung hemme.

In bezug auf Südafrika führte *BM* aus, daß nunmehr die Fünf, einschließlich US, starken Druck auf die südafrikanische Regierung im Sinne einer Namibia-Lösung ausübten. Dabei versuche man, Südafrika klarzumachen, die derzeitige Situation könne nur der SU nützen.

Shagari entgegnete, Nigeria sehe dem Besuch der KG entgegen und hoffe auf gute Ergebnisse.[9] Große Sorge hätten die Angriffe Südafrikas auf Frontlinienstaaten[10] bereitet.[11]

8 Zum Ogaden-Konflikt vgl. Dok. 250, Anm. 16.

9 Zum Beschluß zur Entsendung einer Expertenkommission ins südliche Afrika vgl. Dok. 279.
Die Expertenkommission begann ihre Gespräche am 25./26. Oktober 1981 in Nigeria. Botschafter Oldenkott, Lagos, teilte dazu mit: „Shagaris Hauptanliegen an die Mission war, auf einen früheren Beginn der Implementierung von SR-Res[olution] 435 hinzuwirken. Er forderte wiederholt einen Beginn bis spätestens Mitte 1982. Verfassungspapier und Statuspapier wurden ohne erhebliche Kritik zur Kenntnis genommen. Die Atmosphäre war freundlich. […] Der Kubanerrückzug aus Angola wurde nicht angesprochen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 588 vom 26. Oktober 1981; Referat 320, Bd. 125284.

10 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

11 Zur südafrikanischen Militäraktion gegen Angola vgl. Dok. 240.
Sambischen Presseberichten zufolge führten südafrikanische Truppen mit vier gepanzerten Fahr-

AM *Audu* fügte an, laut heute erhaltener Information verkaufe US der SAR[12] angereichertes Uran, obwohl letztere dem NV-Vertrag[13] nicht beigetreten sei. Es werde lediglich über bilaterale Sicherungsmaßnahmen verhandelt. Ein solches Verhalten bestätige naturgemäß SAR in ihrem Verhalten und ermutige zugleich die SU.

BM stimmte dem zu. Auf seine Frage nach Abzug kubanischer Truppen aus Angola nach Unabhängigkeit Namibias erklärte *Shagari*, man habe auf diesen Abzug schon zu früherem Zeitpunkt gehofft, jedoch habe der Angriff auf Angola den Abzug verzögert. Afrikanische Staaten übten Druck auf Angola im Sinne des kubanischen Abzugs aus und hätten darüber hinaus Ersetzung durch afrikanische Truppen angeboten. Letzteres sei bereits konkret erörtert worden, als der Angriff auf Angola diesen Plan zunichte machte.

BM betonte, wie weise Angola gehandelt habe, die kubanischen Truppen in den Kasernen zu belassen. SAR habe sehr gehofft, auf Kubaner zu stoßen. Afrikanischer Druck auf Angola, kubanische Truppen nach Hause zu schicken, sei ein wichtiger Faktor.

Shagari wiederholte, dies geschehe sehr nachhaltig, aber als man eben erfolgreich zu sein glaubte, habe Südafrika angegriffen.

BM wies darauf hin, wie wichtig es sei, Präsident Reagan wissen zu lassen, daß Afrikaner solchen Druck ausüben. D und EG hätten der US-Administration immer wieder klarzumachen versucht, die südafrikanische Regierung handele letztlich zum Vorteil der SU und deren Verbündeter. Afrika müsse diese Zusammenhänge auch seinerseits erklären und Reagan klarmachen, man bedürfe der US-Hilfe, Südafrikas Haltung zu ändern.

Shagari sagte dies zu. Abschließend äußerte er seine Genugtuung über den guten Stand der deutsch-nigerianischen Beziehungen.

Das Gespräch dauerte etwa 45 Minuten.

Referat 010, Bd. 178849

Fortsetzung Fußnote von Seite 1611

zeugen und vier Kampfflugzeugen am 9. September 1981 einen Angriff auf zivile und militärische Ziele im Süden Sambias aus. Vgl. dazu den Artikel „Sambisch-südafrikanischer Grenzzwischenfall"; NEUE ZÜRCHER ZEITUNG, Fernausgabe vom 13./14. September 1981, S. 2.

12 Südafrikanische Republik.

13 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

304

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Hofmann

201-363.21-3615/81 geheim **22. Oktober 1981**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister zur Unterrichtung

Betr.: 30. Ministerkonferenz der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles (Schottland);
hier: Verlauf und Ergebnisse

Anlg.: 1 (Kommuniqué in deutscher Fassung)[2]

I. Zusammenfassung

1) Wichtigste Tagungsthemen waren wie üblich

a) das amerikanische Briefing über nuklear-strategische Entwicklungen, das diesmal ausschließlich Reagans Rüstungsprogramm[3] gewidmet war (vgl. dazu II. 1); die Neutronenwaffe spielte auf der Tagung keinerlei Rolle;

b) der Stand der Implementierung des LRTNF-Doppelbeschlusses[4] (vgl. dazu II. 2).

In diesem Zusammenhang kam es in der NPG erstmals zu einer eingehenden Diskussion des Phänomens „Friedensbewegung" (vgl. dazu II. 3) sowie der „Null-Option" als Verhandlungsziel (vgl. II. 4).

c) Weinberger benutzte die Gelegenheit, wie folgt für alle Teilnehmer befriedigend auf die Frage einzugehen, ob Reagan in seinem kürzlichen Interview[5] von der Regionalisierbarkeit eines Nuklearkriegs ausgegangen sei:

Reagans ungeschminkte Äußerungen hätten, zumal im Zusammenhang gesehen, keine Beunruhigung auslösen dürfen, da sie sich im Rahmen der gültigen NATO-Strategie gehalten und konzeptionell nichts Neues gebracht hätten. Insbesondere habe Reagan doch auf die Frage nach der Begrenzbarkeit eines Nuklearkriegs zunächst geantwortet: „I honestly don't know", und dann das frie-

1 Hat Staatssekretär von Staden am 23. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 34–36. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 135–138. Für Auszüge vgl. Anm. 20 und 25.

3 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

4 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

5 Präsident Reagan führte am 16. Oktober 1981 vor Pressevertretern in Washington auf die Frage, ob es in einem Konflikt mit der UdSSR zu einem begrenzten Einsatz von Atomwaffen kommen könnte aus: „I don't honestly know." Zwar werde überall auf der Welt an Waffen zur Verteidigung gegen strategische Nuklearwaffen gearbeitet: „But except in this one, the only defense is, ‚Well, if you shoot yours, we'll shoot ours.' And if you still had that kind of a stalemate, I could see where you could have the exchange of tactical weapons against troops in the field without it bringing either one of the major powers to pushing the button." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 956 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 598.

denserhaltende Funktionieren der Doktrin der flexiblen Antwort[6] – Abschreckung auf jeder Ebene – erläutert. Wenn Reagan durchaus hypothetisch angedeutet habe, daß bei einem nuklearen Einsatz in Europa nicht automatisch „auf den Knopf gedrückt" würde, habe er nur die oberste Eskalationsstufe, nämlich den umfassenden strategischen Vernichtungsschlag, gemeint.

Weinberger bemerkte abschließend, die von Reagans Interview ausgelöste Aufregung illustriere, wie schwierig es bereits geworden sei, das Wort „nuklear" auch nur in den Mund zu nehmen, ohne Aufregung auszulösen.

2) Bilaterale Fragen

a) BM Apel erörterte ohne Fortschritte in der Sache, aber in gelöster Atmosphäre, mit Weinberger die offenen Finanzierungsprobleme des NATO-Infrastrukturprogramms.[7] (Es geht darum, auf der DPC-Herbstministerkonferenz[8] eine erneute deutsch-amerikanische Auseinandersetzung zu vermeiden.)

b) Auf die Stornierungen bei der „Roland"-Beschaffung angesprochen, versicherte Weinberger, er hoffe, noch einige Systeme mehr beschaffen zu können, als derzeit von uns noch erwartet.[9] BM Apel drang darauf, angesichts der entstandenen Lage um so mehr die angebahnte amerikanische Beschaffung des „Alpha-Jets" zu verwirklichen.[10] (Der BMVg kündigte Weinberger hierzu ein Schreiben an.)

6 Zur Strategie der „flexible response" vgl. Dok. 20, Anm. 20.

7 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 140.
Am 9. Oktober 1981 vermerkte Referat 201, daß die NATO-Oberkommandos unter Hinweis auf das „amerikanische Konzept der raschen Verstärkung der Land- und Luftstreitkräfte" weitere Mittel forderten. Konkret wünschten die USA, die Tranche für 1982 auf 2,11 Mrd. DM festzulegen, was eine Erhöhung des Gesamtprogramms bedeute, da die dann für die Jahre 1983 und 1984 fehlenden Mittel ausgeglichen werden müssten. Ferner solle die „Mid-term Review" auf Dezember 1981 vorverlegt werden, um die Aufstockung frühzeitig beschließen zu können. Schließlich solle der Infrastrukturausschuß der NATO „für die Ministersitzung im Dezember 1981 die Notwendigkeit zusätzlicher Mittel" prüfen. Demgegenüber halte die Bundesregierung „an der vereinbarten Höhe von 8,5 Mrd. DM für das Fünf-Jahres-Programm fest" und lehne auch eine Vorverlegung der „Mid-term Review" ab: „Wir haben Anfang September im NATO-Infrastrukturausschuß erklärt, daß für uns nur eine Festsetzung der Tranche 1982 auf 1,09 Mrd. DM (= 130 Mio. IAU) in Betracht kommen kann. Der gewünschten Untersuchung des NATO-Infrastrukturausschusses können wir nicht zustimmen, da sie die Bereitstellung zusätzlicher Mittel präjudizieren würde." Vgl. Referat 201, Bd. 125614.

8 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.

9 Das Bundesministerium der Verteidigung informierte am 9. Oktober 1981, daß die Bundesrepublik und Frankreich 1975 mit den USA eine Vereinbarung über den Nachbau des Waffensystems vom Typ „Roland" geschlossen hätten. Inzwischen habe jedoch das amerikanische Verteidigungsministerium dem amerikanischen Kongreß einen Verzicht auf „Roland" vorgeschlagen. Dies sei „als schwerer Rückschlag in den europäischen Bemühungen zu werten, mit den USA in einen transatlantischen Rüstungsdialog, somit weg von der bisherigen ‚Einbahnstraße' zu kommen. […] Außerdem gehen der deutschen und französischen Industrie je etwa zur Hälfte Lizenzgebühren in Höhe von rund 124 Mio. DM verloren." Vgl. Referat 010, Bd. 178847.

10 Am 12. Oktober 1981 vermerkte das Bundesministerium der Verteidigung: „Die US-Navy steht in einem Auswahlprozeß für einen fortgeschrittenen Jet-Trainer (VTX), der in der zweiten Hälfte der 80er Jahre in einer Stückzahl von ca. 300 bis 400 eingeführt werden soll. Die Firma Lockheed/USA bietet in Zusammenarbeit mit den Firmen Dassault/Frankreich und Dornier einen für die US-Navy-Bedürfnisse modifizierten Alpha-Jet an." Als weiterer Bewerber biete Großbritannien den Verkauf von Kampfflugzeugen vom Typ „Hawk" an. Vgl. Referat 010, Bd. 178847.
Diplomingenieur Schwalber, Washington, teilte am 19. November 1981 mit, die amerikanischen Streitkräfte hätten sich für „Hawk" entschieden. Damit hätten sie den „finanziellen Restriktionen Rechnung getragen; fachlich ist die Entscheidung jedoch nur schwer verständlich". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4683; Referat 010, Bd. 178847.

c) Aus deutsch-amerikanischen und deutsch-italienischen Kontakten ging mit hohem Grad an Wahrscheinlichkeit hervor, daß auch Italien – entgegen Behauptungen Lagorios vor dem Parlament[11] – gegenüber amerikanischen nuklearen Systemen keine Veto-Möglichkeit im Sinne eines „Zwei-Schlüssel-Systems" besitzt.

3) Bedauerlicherweise fand sich schon ein zweites Mal kein Partnerstaat, der zur Ausrichtung der nächsten NPG-Ministerkonferenz im Frühjahr 1982 bereit wäre und sich dadurch mit der nuklearen Verteidigung im Bündnis sichtbar identifizieren würde. Festlegung von Ort und Zeitpunkt des 31. Treffens wurden daher offengehalten.[12]

II. Im einzelnen

1) a) Reagans nuklearstrategisches Rüstungsprogramm bezeichnete Weinberger als das umfassendste seit Eisenhower. Der amerikanische Nachholbedarf zur Sicherung einer unverwundbaren Abschreckung sei als Folge der sowjetischen Hochrüstung, aber auch amerikanischer Nachlässigkeit, so groß geworden, daß er erst Anfang der 90er Jahre zu decken sei. W. wies auf einem Schaubild nach, daß die USA seit 1962 nur zwölf, die SU jedoch 38 neue strategische Systeme eingeführt hat und 1985 die Fähigkeit zur Zerstörung von 4000 gehärteten Zielen (1970: 500) erworben haben wird. Der eingetretene Zeitverlust – beim B-1-Bomber z. B. neun Jahre – sei frustrierend und erzwinge Übergangsrüstungen wie die Modernisierung der alten B-52 und die Installierung einiger MX in existierenden Silos.

b) Hinsichtlich der künftigen Waffengeneration machte W. zusätzliche Angaben:

(i) MX: Als künftige Stationierungsoptionen werde nicht Seestationierung, sondern nur

– Luftstationierung,
– Schutz von ICBM-Stellungen durch Raketenabwehr (BMD[13]) sowie
– fixe Landstationierung: sehr tiefe Silos oder Dislozierung am Südrand von Tafelgebirgen (Mesas)

untersucht.

(ii) Bomber: Schon der modifizierte B-1-Bomber habe – obwohl er größer als der B-52 ist – von vorne nur noch einen Radarquerschnitt von 1 qm (B-52: 100 qm). Der „Stealth"-Bomber werde noch weniger verwundbar werden.

11 Der italienische Verteidigungsminister Lagorio führte in der Sitzung des Verteidigungsausschusses des italienischen Parlaments am 30. September 1981 zur beabsichtigten Stationierung amerikanischer Mittelstreckensysteme in Comiso aus, daß Italien im Gegensatz zur Bundesrepublik „nicht auf das Recht des sog. Zweiten Schlüssels verzichtet. Dieses Recht, das sich aus den bilateralen ital[ienisch]-amerikanischen Beziehungen ergibt, impliziert, wenn überhaupt die Basis fertiggestellt und die Cruise-Raketen installiert werden, daß auch nicht eine Rakete von ital. Gebiet ohne die vorherige Zustimmung der ital. Behörden abgeschossen werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 938 des Gesandten Ruyter, Rom, vom 7. Oktober 1981; Referat 201, Bd. 125561.

12 Die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO fand am 23./24. März 1982 in Colorado Springs statt. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1001 des Botschafters Wieck, z. Z. Boeing 707, vom 25. März 1982; AAPD 1982.

13 Ballistic Missile Defense.

(iii) U-Boote: Die „Ohio“ der „Trident“-Klasse sei noch schneller und leiser als konzipiert geworden. Ihr Geräuschpegel liege um 15 Dezibel unter dem der „Poseidon“-Boote.

(iv) Marschflugkörper: Die Ausstattung von B-52, B-1 und von bisher konventionellen amerikanischen U-Booten mit nuklearen SLCM habe als Maßnahme zur Herstellung einer weltweit einsetzbaren „strategischen Reserve“ mit der LRTNF-Modernisierung nichts zu tun. Landgestützte LRTNF seien in Europa nicht zu ersetzen, da nur von ihnen die Perzeption der Verkoppelung sicher ausgehe.

Die USA stärkten im übrigen sämtliche Komponenten der strategischen Triade und bauten damit auch die landgestützten ICBM-Komponenten weiter aus.

Das Cruise-Missiles-Programm sei letztlich jetzt und so beschlossen worden, weil es keine schnellere Möglichkeit gab, die gefährdete Zweitschlagsfähigkeit der USA wieder zumindest vorübergehend herzustellen.

2) Stand der Implementierung des Doppelbeschlusses vom 12.12.1979

a) LRTNF-Modernisierung

(i) Weinberger bestätigte, daß sich Entwicklung und Erprobung der Pershing II und GLCM im zeitlich vorgesehenen Rahmen hielten. 1982 werde ein begrenzter, Mitte 1983 der umfängliche Produktionsauftrag erteilt werden.

(ii) Nott (UK), BM Apel – aber auch Swaelen (B) – erklärten, die infrastrukturellen Vorkehrungen für die LRTNF-Dislozierung in ihren Ländern verliefen planmäßig.

(iii) Lagorio (I) meinte, die Lage am GLCM-Dislozierungsort Comiso auf Sizilien sei „unter Kontrolle“. Zwistigkeiten in der Allianz vergrößerten jedoch die innenpolitischen Schwierigkeiten bei Durchsetzung der Modernisierung auch in Italien.

(iv) Van Mierlo (NL) erklärte, die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung gehe vom Doppelbeschluß als einer Gegebenheit und als Basis der LRTNF-Verhandlungen aus. Angesichts des niederländischen Sondervotums zum Doppelbeschluß[14] sei vor Jahresende von keiner Regierung in Den Haag eine Entscheidung über den Beitritt zum Dislozierungsprogramm zu erwarten, da die LRTNF-Verhandlungen dann kaum erst begonnen haben würden.

In diesem Zusammenhang verwahrte sich van Mierlo gegen den Begriff „Hollanditis“. (Er bestätigte in der folgenden Schilderung der innenpolitischen Situation der Niederlande jedoch diejenigen Symptome, die mit diesem Begriff üblicherweise verknüpft werden.)[15]

14 Zur Diskussion in den Niederlanden hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8, und Dok. 291, besonders Anm. 8.

15 Fregattenkapitän Hammer, Den Haag, berichtete am 29. Oktober 1981, zwar sei am 16./17. Oktober 1981 die Regierung von Ministerpräsident van Agt aufgrund eines Konflikts um die Wirtschaftspolitik zurückgetreten, der niederländische Verteidigungsminister van Mierlo habe seine Teilnahme an der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles jedoch damit begründet, „daß er mithelfen wolle, den NATO-Partnern und vor allem den Vereinigten Staaten die Ernsthaftigkeit der Kernwaffendiskussion in den Niederlanden zu verdeutlichen und das verzerrte Bild der Niederlande zu korrigieren“. Zwar sei er ohne Mandat, er wolle jedoch „seinen Einfluß geltend machen, um die Kernwaffendiskussion von den vereinfachen-

b) LRTNF-Verhandlungen

(i) Die abgeschlossenen Studien der HLG (Bedrohungsanalyse; Studie der technischen Erfordernisse der TNF)[16] sowie die Arbeit der SCG wurden ohne Einzelaussprache so zur Kenntnis genommen, wie dies dem Beschluß des BSR vom 2.10.1981[17] entsprach. Damit wurden die auftraggebenden Außenminister (Kommuniqué von Rom, Paragraph 12[18]) hinsichtlich der endgültigen Verabschiedung nicht präjudiziert; auch werde den Studien kein dem IDD[19] vergleichbarer Status gegeben (vgl. Anlage, S. 5, Abs. 1 und 2[20]). BM Apel bemerkte hierzu mehrfach, Grundlage beider Schienen des Doppelbeschlusses bleibe dieses Integrated Decision Document vom 17.12.1979.

ii) Lagorio sah in der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft den Beweis, daß der Doppelbeschluß seinen Zweck erfülle. Auch von Reagans Programm der Stärkung der zentralstrategischen Streitkräfte könne daher erwartet werden, daß es die Sowjets an den Verhandlungstisch zur Neuverhandlung von SALT II[21] bringe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1616

den Klischees ‚Hollanditis, Neutralismus, Pazifismus, Antiamerikanismus' zu befreien". Vgl. den Schriftbericht Nr. 68; Referat 201, Bd. 125596.

16 Zu den von der „High Level Group" (HLG) der NATO ausgearbeiteten Studien vgl. Dok. 261.

17 Botschafter Ruth faßte am 2. Oktober 1981 die Ergebnisse der Sitzung des Bundessicherheitsrats vom selben Tag zusammen: „1) Behandlung der Verhandlungsprinzipien: Bundeskanzler hat keine Bedenken, daß diese Prinzipien am Beginn der Verhandlungen dargestellt werden, soweit sie Grundsätze und Kriterien aufzeigen. Sie sollten jedoch nicht zu einem Verhandlungsgegenstand gemacht werden, da der Versuch der Einigung leicht zu einer Verhärtung der Fronten führen könnte. […] 2) Warheads on Launchers: Es liegt in unserem Interesse, die alte Fassung ‚warheads on launchers' wiederherzustellen. Das Refire-Problem muß gesondert geregelt werden. 3) Globale Obergrenzen: Bundeskanzler hält globale Obergrenzen angesichts der Reichweiten der SS-20 für sinnvoll. […] Bundesminister hat die Notwendigkeit der globalen Obergrenzen bei der SS-20 nachdrücklich dargestellt. Er wies darauf hin, daß für den Fall von Reichweitenbegrenzungen für die SS-20 die Erfordernisse der Verifikation geprüft werden müssen. Jetzt kommt es darauf an, am Beschluß von 1979 festzuhalten. 4) De jure gleiche Obergrenzen: Bundeskanzler, Bundesminister und Bundesminister der Verteidigung: Festhalten an dem Begriff de jure gleiche Obergrenzen. 5) Zur Null-Lösung: Dem Begriff Null-Lösung ist der Vorzug zu geben. Es muß klargestellt werden, daß die Null-Lösung auf beiden Seiten gilt. Diese beiderseitige Null-Lösung soll als Verhandlungsziel klar angesprochen werden. 6) Moratorium: Bundeskanzler bittet, eine klare und plausible Begründung für die Ablehnung des Moratoriums auszuarbeiten. 7) Die Entwicklung einer Öffentlichkeitsstrategie ist von größter Bedeutung. Es ist wichtig, daß die innenpolitische Landschaft berücksichtigt wird. […] 8) Begleitung der Verhandlungen: Bundeskanzler ist der Auffassung, daß die SCG sich nicht nur alle drei Monate treffen soll. Zwischen den Sitzungen der SCG muß Kontakt zur amerikanischen Delegation in Genf sichergestellt werden." Vgl. VS-Bd. 11289 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

18 Für den Wortlaut von Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342.

19 Für das „Integrated Decision Document" der NATO vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

20 Korrigiert aus: „Anlage, S. 5, Abs. 2 und 3".
Die entsprechenden Absätze des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles lauteten: „Diese Studien stellen eine auf den neuesten Stand gebrachte Bedrohungsanalyse der Allianz und eine Untersuchung der technischen Erfordernisse der TNF der NATO dar. Die Minister stimmten überein, daß diese Studien den von den NATO-Ministern auf ihren Mai-Sitzungen gestellten Anforderungen entsprechen, und brachten zum Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten sich auf diese Papiere als einen bedeutenden und wesentlichen Beitrag zur Grundlage für die anstehenden Verhandlungen mit der Sowjetunion über TNF-Rüstungskontrolle stützen können." Vgl. VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

21 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPART-

(iii) Angesichts amerikanischer Vorbehalte (vgl. II. 4 b) sprachen sich BM Apel, Lagorio und van Mierlo dafür aus, die „Null-Option" mit Rücksicht auf die Öffentlichkeitswirkung als eine Ideallösung im Kommuniqué zu erwähnen. BM Apel machte jedoch darauf aufmerksam, daß ohne Fortsetzung der Modernisierungsbemühungen keine Chance bestehe, diesem Ziel auch nur nahezukommen. Dem stimmte Swaelen mit der Bemerkung zu: „Ganz gleich, wieviel guten Willen, Geschick und Diplomatie man aufbringt, dies kann ein militärisches Gleichgewicht nicht ersetzen."

Weinberger erwiderte, Präsident Reagan strebe ernsthaft danach, Gleichgewicht „auf möglichst niedriger Ebene" herzustellen. Die Genfer Verhandlungen[22] würden sich jedoch schwierig und langwierig gestalten. Sie müßten de facto (und nicht nur perzeptionell) zu „absolut und vollständig verifizierbaren" Rüstungsverminderungen führen.

(iv) BM Apel erklärte es als notwendig, daß auch die NPG die LRTNF-Verhandlungen eng verfolge. Der Doppelbeschluß habe zwar zwei Schienen, diene aber einer Politik. Mit dieser Zielsetzung wurde das Mandat der HLG bestätigt, weiterhin zu prüfen, wie sich die TNF künftig zusammensetzen sollen. Im Zusammenhang mit der SCG soll sie bei der Prüfung sich anbahnender oder vorgeschlagener Verhandlungsergebnisse beratend tätig sein.

3) Öffentlichkeitsarbeit

(i) GS Luns verwies eingangs auf die vorbildliche sicherheitspolitische Öffentlichkeitsarbeit in der BR Deutschland. Die nützliche amerikanische Broschüre „Soviet Military Power"[23] werde möglichst noch vor Ende 1981 durch den im Bündnis erstellten Streitkräftevergleich ergänzt.

(ii) Nott meinte, neutral wirkende Veröffentlichungen wie diejenigen des IISS[24] genössen größere Glaubwürdigkeit in der kritischen Öffentlichkeit. Angesichts der Rolle, welche Verifikation bei den LRTNF-Verhandlungen spielen werde, sei es angebracht, auch die Öffentlichkeit mit der Bedeutung dieses Kriteriums als „Schlüssel zum Erfolg" schon jetzt vertraut zu machen.

Überhaupt sei es angesichts der Entwicklung der „Friedensbewegung" nicht mehr erfolgversprechend, in nuklearen Fragen mit „low profile" diskret vorzugehen. Die Regierungen müßten sich offen dem Kampf um die öffentliche Meinung stellen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1617

MENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

22 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

23 Zur Dokumentation „Soviet Military Power" des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 29. September 1981 vgl. Dok. 270, Anm. 7.

24 Die Wörter „wie diejenigen des IISS" wurden von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Warum gibt es sie nicht auf deutsch?"
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte dazu am 10. November 1981: „Eine integrale deutsche Übersetzung des jährlich erscheinenden militärischen Kräfteverhältnisses des IISS gibt es hiesigen Wissens nicht." Zusammenfassungen fänden sich sowohl in der Tagespresse als auch in den militärtechnischen Zeitschriften: „In der sicherheitspolitischen Fachdiskussion wird jedoch zumeist das englische Original benutzt, das auch in Deutschland allgemein bekannt ist und benutzt wird." Vgl. VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Der aktuelle Bericht des IISS wurde im Herbst 1981 veröffentlicht. Vgl. dazu THE INTERNATIONAL INSTITUTE FOR STRATEGIC STUDIES, The Military Balance 1981–1982, London 1981.

(iii) Van Mierlo warnte davor, die „Friedensbewegung“ als „links“ oder gar sowjethörig abzutun.

(iv) Swaelen berichtete, daß sich das niederländische Phänomen inzwischen in Belgien reproduziere, obwohl die Parlamentsmehrheit weiterhin zum Doppelbeschluß stehe. Die Sozialistische Partei gehe inzwischen auch hier so weit, ihre Regierungsbeteiligung von der Nichtstationierung von GLCM in Belgien abhängig zu machen. Der frühere Konsens über Sicherheits- und Europapolitik in Belgien sei zerbrochen. Die Regierung versuche, mit einer noch 1981 erscheinenden Broschüre „La Belgique et la Paix“ gegen diese Strömung anzugehen.

4) Bei der Kommuniqué-Diskussion spielte auf Ministerebene lediglich die taktische Frage eine Rolle, ob – wie es schließlich geschah – die „Null-Option“ öffentlich als Verhandlungsziel bezeichnet werden solle (vgl. Anlage, S. 5, vorletzter Abschnitt[25]).

a) Dem hatten sich zunächst Weinberger und Nott mit der Begründung widersetzt,

– die „Null-Option“ sei mit dem Rationale der LRTNF-Modernisierung unvereinbar und auch aus der Entscheidungsgrundlage des Doppelbeschlusses (IDD) nicht herzuleiten (Nott);
– im Bündnis sei noch nicht geprüft bzw. definiert worden, was unter „Null-Option“ zu verstehen sei (Nott);
– der Öffentlichkeit würden damit falsche Hoffnungen gemacht (Nott);
– es sei unpassend und kontraproduktiv, in einem Kommuniqué Verhandlungspositionen bekanntzugeben, bevor die – im übrigen von den USA und nicht von der NPG – zu führenden Verhandlungen überhaupt begonnen haben (Weinberger).[26]

b) Für die sich durchsetzende Gegenmeinung sprachen sich vor allem die Verteidigungsminister von D, NL und NO[27] mit folgenden Argumenten aus:

– Die „Null-Option“ liege ohnedies bereits auf dem Tisch. Taktisch könne es also nur ein Nachteil sein, dies nicht in Geschlossenheit zum Ausdruck zu bringen.

25 Korrigiert aus: „Anlage, S. 5, letzter Abschnitt“.
Der entsprechende Absatz des Kommuniqués der Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles lautete: „Die Minister unterstützten in vollem Umfang die erklärte Absicht der Vereinigten Staaten, innerhalb des SALT-Rahmens vergleichbare und verifizierbare Vereinbarungen über TNF auf dem niedrigsten erzielbaren Niveau zu erreichen. Auf der Grundlage von Gegenseitigkeit bleibt das Null-Niveau eine mögliche Lösung unter idealen Bedingungen. Sie forderten die Sowjetunion auf, der Absichtserklärung entsprechend ‚keine Mühe zu scheuen, um eine angemessene Vereinbarung zu erzielen‘.“ Vgl. VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

26 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 21. Oktober 1981, daß er im amerikanischen Außenministerium einen Entwurf über die „Null-Option“ übergeben habe, der im Verhandlungspapier für die amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme Verwendung finden sollte. Der Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium, Gompert, habe Prüfung des Entwurfs zugesagt und betont, „daß im State Department volles Verständnis für die Bedeutung bestehe, die wir im Zusammenhang mit der öffentlichen Debatte um den Doppelbeschluß der Erwähnung der Null-Option beimäßen“. Gompert habe jedoch darauf hingewiesen, daß die amerikanische Regierung bisher noch keine Entscheidung über eine etwaige Verwendung der „Null-Option“ getroffen habe: „Der Entscheidungsprozeß zu dieser Frage innerhalb der Administration sei schwierig.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4209; VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

27 Thorvald Stoltenberg.

– Nichts beweise in der Öffentlichkeit besser, wer die Notwendigkeit der Nachrüstung verursacht hat und an wem die Nichtdislozierung der Pershing II und GLCM schließlich scheitern werde.

c) Weinberger (und damit auch Nott) lenkte schließlich mit der Beteuerung ein, auch die USA hätten in der Sache gegen die „Null-Lösung" – „a splendid result!" – nichts einzuwenden und legten die Verhandlungen darauf an[28]. Es sei lediglich unklug, dies schon vor Verhandlungsbeginn zu veröffentlichen.

III. Insgesamt verlief die Konferenz problemloser als befürchtet. Dazu trug vor allem die Bereitschaft Weinbergers und van Mierlos[29] bei, NATO-Solidarität letztlich stets Vorrang zu geben.

Wilfried Hofmann

VS-Bd. 10334 (201)

305

Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, z. Z. Cancún, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 22. Oktober 1981, 20.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4 **Ankunft: 23. Oktober 1981, 07.47 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch des Bundesministers mit Präsident Reagan am 22.10.1981 in Cancún[2]

Gespräch in der Suite Reagans von 16.45 Uhr bis 17.05 Uhr (OZ) verlief sehr freundschaftlich (anwesend: Haig, Reagan, Allen; BM Offergeld, StS Lautenschlager, Frau Siebourg und ich). BM übermittelt Grüße des Bundeskanzlers,

28 Korrigiert aus: „ab".

29 Am 23. Oktober 1981 vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann, daß der niederländische Verteidigungsminister van Mierlo in einem Rundfunkinterview behauptet habe, auf sein Betreiben sei „mit Unterstützung der Deutschen" eine von den USA gewünschte „erneute Bekräftigung" des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 nicht in das Kommuniqué aufgenommen worden. Diese Behauptung van Mierlos stelle „einen ernsten Vertrauensbruch" dar und sei irreführend. Zwar treffe es zu, „daß die im Entwurf unter Absatz 9 ursprünglich enthaltene Formel ‚Ministers confirmed the 1979 dual-track decision' auf Vorschlag van Mierlos gestrichen wurde. Sowohl BM Apel wie der amerikanische, britische und kanadische Verteidigungsminister hatten dem jedoch mit der Bemerkung zugestimmt, daß es unnötig sei, in zwei aufeinanderfolgenden Sätzen den Doppelbeschluß zweimal zu erwähnen". Im übrigen, so Hofmann, werde die Gültigkeit des Doppelbeschlusses im Kommuniqué von Gleneagles „mehrfach bestätigt". Vgl. VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Hat Ministerialdirigent Wallau am 23. Oktober 1981 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich vom 21. bis 23. Oktober 1981 anläßlich der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún auf. Vgl. dazu auch Dok. 315.

die Reagan mit seinen guten Wünschen zur Genesung[3] erwidert. Er erinnert an die Einladung des Bundeskanzlers an Reagan, Deutschland zu Beginn des Frühjahrs zu besuchen.

BM betont einleitend, daß der Bundeskanzler vor allem im Hinblick auf den Breschnew-Besuch[4] gern mit Reagan gesprochen hätte. Wir sehen Besuch Breschnews als Teil des Dialogs, den der Präsident, sein Freund AM Haig und wir parallel und abgestimmt mit der SU führen. Wir möchten dabei die Bereitschaft zum Dialog und den Willen der USA zu Rüstungskontrollverhandlungen herausstellen, aber auch die eigenen Anstrengungen zur Herstellung des militärischen Gleichgewichts, d. h. die Durchführung des Doppelbeschlusses[5] in seinen beiden Teilen.

Reagan kommt von sich aus auf seine angeblichen Äußerungen zu einem Nuklearkrieg in Europa zu sprechen.[6] Er hofft, daß sich die Aufregung über das, was er angeblich gesagt haben soll, inzwischen gelegt hat. Es handelt sich um eine völlige Verzerrung aus dem Zusammenhang gerissener Worte. Er hat in Wirklichkeit nichts gesagt, was nicht der gemeinsamen NATO-Linie entspricht. BM betont, daß er bereits beim gestrigen Gespräch mit Reagan für die Bundesregierung klargemacht hat, daß Reagans Erklärung auf dem Flug nach Cancún[7] jeden Zweifel ausschließt. Sie liegt auf einer Linie mit der gestrigen Erklärung des Bundeskanzlers vor dem Kabinett. Er hält es für wichtig, der SU bei allen Kontakten klarzumachen, daß sie nicht zwischen Europa und den USA wählen kann, weil beide auf einer Seite stehen, sondern nur zwischen Dialog und Kooperation mit dem Westen und einer Konfrontation, in der wir uns gezwungen sehen, das für unsere Sicherheit Notwendige zu tun. Reagan stimmt ausdrücklich zu.

BM weist, wie auch Reagan, die SU stets auf die notwendige Zurückhaltung in den internationalen Beziehungen hin, z. B. in Afghanistan oder Nahost. Er hält die Abstimmung der Verhandlungslinie für Genf[8] für sehr wichtig und begrüßt es, daß sich die NPG für das Idealziel einer Null-Lösung ausspricht.[9] Wir brau-

3 Bundeskanzler Schmidt wurde am 12. Oktober 1981 in das Bundeswehrkrankenhaus nach Koblenz gebracht, wo ihm am folgenden Tag ein Herzschrittmacher eingesetzt wurde. Zuvor war er mehrfach bewußtlos und von den Ärzten wiederbelebt worden. In der Presse hieß es weiter: „Abgesagt wurde inzwischen die Teilnahme des Kanzlers an der Nord-Süd-Konferenz im mexikanischen Cancún. Der Kanzler habe sich von den Ärzten überzeugen lassen, daß ein Klimawechsel vermieden werden sollte […]. Zum Nord-Süd-Gipfel wird Vizekanzler Genscher reisen." Vgl. den Artikel „Schwebte Schmidt vor der Operation in Lebensgefahr?"; DIE WELT vom 15. Oktober 1981, S. 1 und S. 3.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Zu den Ausführungen des Präsidenten Reagan am 16. Oktober 1981 vor Pressevertretern in Washington vgl. Dok. 304, Anm. 5.

7 Am 21. Oktober 1981 nahm Präsident Reagan Stellung zu sowjetischen Erklärungen, wonach die USA zur Führung eines Nuklearkriegs bereit seien. Er bekräftigte die Strategie der „flexible response" und führte aus: „The suggestion that the United States could even consider fighting a nuclear war at Europe's expense is an outright deception. The essence of U.S. nuclear strategy is that no aggressor should believe that the use of nuclear weapons in Europe could reasonably be limited to Europe." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 979.

8 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

9 Zur Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles vgl. Dok. 304.

chen diesen Ansatz, um in Europa die Verantwortung klarzustellen und zu zeigen, daß der Schlüssel zur Abrüstung nicht in Washington liegt, sondern in Moskau. Reagan betont die amerikanische Absicht, die SU letztlich zu kontrollierter Rüstungsreduktion auf beiden Seiten zu bringen und dann zu Begrenzung und Abrüstung im nuklearstrategischen Bereich überzugehen. Der jüngste Beschluß zur Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit[10] kann die SU dazu bringen, jetzt ernsthaft zu verhandeln. BM erinnert daran, daß Reagan bereits bei der ersten Begegnung nach seiner Wahl[11] betont hatte, er werde keine Anstrengungen am Verhandlungstisch scheuen, um Rüstungsverminderungen zu erreichen. Wir sollten auch die Madrider Verhandlungen über eine KAE[12] nutzen, um die europäische Öffentlichkeit zu überzeugen, daß wir kein Wettrüsten wollen, aber auch keine Überlegenheit der anderen Seite akzeptieren, sondern ein Gleichgewicht anstreben.

Reagan fragt nach den Friedensdemonstrationen.[13] Sind sie den amerikanischen vergleichbar? Sind sie von einem harten Kern manipuliert? Sollte man den Demonstranten Fahrkarten nach Moskau kaufen, damit sie dort demonstrieren? BM erwidert, daß man einigen Karten kaufen könnte, aber andere politisch-psychologische Tatsachen eines Landes mit der höchsten Konzentration nuklearer Waffen repräsentieren. Daher ist es sehr wichtig, der Öffentlichkeit unseren Einsatz für Rüstungskontrolle glaubwürdig zu machen, ihr zu zeigen, daß es nicht wir, sondern die SU sind, die sich ein militärisches Übergewicht verschaffen wollen. Er sagt in politischen Versammlungen, daß wir nicht durch amerikanische Waffen bedroht werden, die es noch gar nicht gibt, sondern durch sowjetische, die auf uns gerichtet sind.

[gez.] Gablentz

Referat 010, Bd. 178849

10 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

11 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 9. März 1981 in Washington; Dok. 64.

12 Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nahm ihre Arbeit am 27. Oktober 1981 wieder auf. Vgl. dazu Dok. 251.

13 Zur Demonstration am 10. Oktober 1981 im Hofgarten in Bonn vgl. Dok. 287, Anm. 12.

306

Gesandter Huber, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-6037/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 23. Oktober 1981, 13.49 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5256 **Ankunft: 23. Oktober 1981, 18.11 Uhr**

Beteiligung erbeten: 213 (Botschafter Meyer-Landrut vorzulegen[2])

Betr.: Sowjetische Vorbereitungen auf LRTNF-Verhandlungen

Bezug: DE Nr. 5285 vom 15.10.1981, 220-370.73 10 LRTNF VS-NfD[3]

Zur Unterrichtung

1) Betrachtet man die Vorgeschichte bis zur Einigung zwischen Haig und Gromyko auf den Verhandlungstermin vom 30.11.1981[4] einerseits und die seither veröffentlichten offiziellen und offiziösen sowjetischen Stellungnahmen zur amerikanischen LRTNF-Position andererseits, so sind die Aussichten für eine baldige Annäherung in dieser für das Ost-West-Verhältnis heute so vitalen Frage nicht sonderlich gut. Selbstverständlich setzen Sowjets alles daran, auch nach Vereinbarung des Verhandlungstermins ihr Pulver trocken zu halten. Sie wollen als Großmacht nicht den Eindruck erwecken, als seien sie etwa mehr an einem baldigen Erfolg interessiert als die Gegenseite.

Wie die sowjetischen Positionen konkret aussehen, war zuletzt in dem Prawda-Beitrag des in erster Linie zuständigen Verteidigungsministers Ustinow vom 25.7.81[5] nachzulesen:

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 27. Oktober 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lesenswert."

2 Hat Botschafter Meyer-Landrut, z. Z. Bonn, vorgelegen.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron bat die Botschaft in Moskau mit Blick auf die am 30. November 1981 in Genf beginnenden amerikanisch-sowjetischen Gespräche über Mittelstreckensysteme um Auskunft darüber, „wie die SU sich auf die Verhandlungen vorbereitet und mit welcher Einstellung man rechnen muß". Insbesondere solle zu folgenden Fragen Stellung genommen werden: 1) „Gibt es Hinweise auf die Ausarbeitung einer langfristig angelegten Verhandlungsstrategie?"; 2) „Gibt es eine Abstimmung mit den WP-Verbündeten?"; 3) „Überwiegt das Interesse, während der Verhandlungen die europäische Öffentlichkeit zu beeinflussen, oder erkennt man die Notwendigkeit, diesen Gesprächsbeginn mit den USA nicht durch ein Übermaß an Propaganda zu gefährden?"; 4) „Wird man Verhandlungserfolgen, welche die eigene Rüstungsbelastung langfristig mindern können, mehr Bedeutung einräumen als der Chance, die NATO durch Unterminierung des Doppelbeschlusses zu schwächen?"; 5) „Wie stark ist das Interesse, mit den USA auch bei SALT zu Vereinbarungen zu kommen und als gleichberechtigter Partner der USA zu verhandeln […]?"; 6) „Wird man damit rechnen können, daß sich Moskau an die Vertraulichkeit der Verhandlungen hält?"; 7) „Wie wird die Propaganda gesteuert, welche die Verhandlungen begleitet?"; 8) „Wird man den mit der deutschen innenpolitischen Szene wohl vertrauten Botschafter Kwizinskij auch für Hintergrundgespräche mit Journalisten einsetzen oder diese Aufgaben eher anderen Mitgliedern der Delegation überlassen?"; 9) „Muß mit einem neuen sowjetischen ‚Angebot' bei Breschnews Bonn-Besuch im November gerechnet werden, oder wird Moskau seine Eröffnungszüge für die Verhandlungen aufsparen?". Vgl. Referat 220, Bd. 123109.

4 Vgl. dazu das Kommuniqué vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

5 Für den Wortlaut des Artikels vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 552–557 (Auszug).

Auf der Basis des Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit ist für die Sowjetunion die Einbeziehung der FBS in die Verhandlungen unverzichtbar, eine Reduzierung der SS-20 – und dies hat auch Breschnew noch nach dem Haig-Gromyko-Treffen[6] bekräftigt – kommt nur in Frage, wenn die NATO auf die Nachrüstung zu verzichten bereit ist. Die so viel zitierte Null-Lösung bedeutet für die SU nicht mehr und nicht weniger als den Verzicht des Westens auf die Nachrüstung. Die Möglichkeit einer Null-Lösung auf sowjetischer Seite ist, soweit der Botschaft bekannt, weder öffentlich noch im Gespräch von sowjetischer Seite auch nur erwähnt worden.[7]

Diese für die kommenden Verhandlungen wenig ermutigende sowjetische Position, wie sie sowohl in den hiesigen Medien als auch gegenüber prominenten Gesprächspartnern ständig wiederholt wird, läßt natürlich keine Rückschlüsse auf die tatsächlichen sowjetischen Verhandlungsvorbereitungen noch auf die längerfristige Strategie zu. Hier sind wir weitgehend auf die Analyse der politischen und militärischen Interessenlage angewiesen, da jeder Versuch, hierzu von Gesprächspartnern etwas zu erfahren, mit dem Argument vom amerikanischen Überlegenheitsstreben und der sowjetischen Unschuld abgeblockt wird.

2) Die Analyse der sowjetischen Lagebeurteilung bei TNF muß erstens davon ausgehen, daß Sowjets durch beschleunigten weiteren Ausbau des SS-20-Potentials einerseits und durch von ihnen zusätzlich überschätzten Widerstand gegen die Nachrüstung in der westeuropäischen Öffentlichkeit andererseits ihre Ausgangsposition positiv beurteilen.

Zweitens ist vorauszusetzen, daß Sowjets die Verhandlungen benutzen werden, um sich die Gültigkeit des von ihnen als ganz zentral wichtig angesehenen Prinzips der Gleichheit und gleichen Sicherheit bestätigen zu lassen. In dieser Hinsicht ist ihnen LRTNF nur die Vorstufe für die Wiederaufnahme der Gespräche über die zentralstrategischen Systeme, die aus ihrer Sicht nur auf der Grundlage dieses Prinzips stattfinden können.

Drittens muß angenommen werden, daß Sowjets sich durch die tatsächliche Implementierung des Nachrüstungsteils des Doppelbeschlusses[8] wirklich bedroht oder genauer in ihrer langfristigen strategischen Planung gestört fühlen. Diese Tatsache muß in den Verhandlungen als wesentlicher Trumpf auf amerikanischer Seite ins Spiel gebracht werden.

3) Vor diesem Hintergrund und auf der Grundlage hiesigen Wissensstandes lassen sich die gestellten Fragen wie folgt beantworten:

Ad 1) So langfristig wie die bisherige Abwehrstrategie gegen den NATO-Beschluß dürfte auch die TNF-Verhandlungsstrategie angelegt sein. Die zu erwartende direkte Involvierung der sowjetischen Militärhierarchie wird zusätzlich dazu beitragen, daß Kwizinskij auf der ihm vorgegebenen Linie äußerst lange und hartnäckig operieren muß, bis von den Militärs neue Positionen erhältlich

6 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

7 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot handschriftlich: „Doch: Samjatin/Falin mit v[on] St[aden].“

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

sind. Die Verhandlungsstrategie dürfte deshalb ähnlich aussehen wie bei SALT, und viel wird davon abhängen, wer Kwizinski als Militärexperte beigegeben wird.

Ad 2) Es ist nicht damit zu rechnen, daß Sowjets ihre Verhandlungsstrategie vorher mit den Verbündeten konsultieren. Die schnelle Umsetzung sowjetischer Sprachregelungen in solche der Bruderländer bietet jedoch Möglichkeiten genug, falls nötig, die Verhandlungen mit der notwendigen konzertierten Propaganda zu begleiten.

Ad 3) Es entspricht nicht sowjetischer Praxis, laufende Verhandlungen durch allzu ausführliche Behandlung in den Medien zu belasten. Diese Praxis wird man auch bei LRTNF befolgen, solange nicht die Gegenseite mit Lageberichten an die Öffentlichkeit geht. Schon in der Vergangenheit war festzustellen, daß Sowjets erst auf amerikanische Erklärungen hin in der Öffentlichkeit reagierten.

Ad 4) Angestrebt wird sicherlich beides: Beseitigung des Nachrüstungsbeschlusses und damit Reduzierung der eigenen Rüstungsbelastung in der Zukunft. Sowjets wissen, daß sie dafür einen Preis zu zahlen haben. Dies dürfte in Moskau ganz nüchtern beurteilt werden. Die Bereitschaft hierzu wird um so größer sein, je mehr das in der letzten Zeit angewachsene Mißtrauen gegenüber langfristigen amerikanischen Absichten abgebaut werden kann.

Ad 5) Sowjets haben immer wieder ihr großes Interesse an der Fortsetzung des SALT-Prozesses bekundet und klar zum Ausdruck gebracht, daß sie damit rechnen, „das Erreichte zu bewahren“, sprich die wesentlichen Elemente des unterzeichneten SALT-II-Vertrages[9] zu retten. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß der ungezeichnete Prawda-Beitrag vom 18.10.1981[10] (zum Pentagon-Weißbuch über die sowjetische militärische Stärke[11]) SALT wieder ganz deutlich ins Spiel bringt und die TNF-Problematik eher am Rande behandelt. Auch hinsichtlich der sowjetischen Daten berufen sich offizielle Stellungnahmen immer wieder auf die SALT-Verhandlungen und lassen vermuten, daß man bei einem neuen SALT-Anlauf auch über sowjetische Potentiale Auskunft zu geben bereit ist.

Ad 6) Sowjets werden auf Vertraulichkeit großen Wert legen, werden aber ihr Verhalten auch von dem der anderen Seite abhängig machen.

9 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

10 Vgl. den Artikel „Bol'šaja lož' Vašingtona“; PRAVDA vom 18.10.1981, S. 4.
Gesandter Huber, Moskau, teilte am 18. Oktober 1981 mit, der Artikel bezweifele nicht die in der amerikanischen Dokumentation „Soviet Military Power“ vom 29. September 1981 enthaltenen Angaben über die sowjetischen Streitkräfte, sondern kritisiere lediglich, daß keine Zahlen über die Streitkräftestärke der NATO enthalten seien. Der Artikel verkünde „nicht Drohungen, sondern besteht auf Recht der SU auf Parität, beteuert ihren Friedens- und Verhandlungswillen, leugnet, daß SU-Außenpolitik auf ‚Revolutionsexport‘ und SU-Militärdoktrin auf Erstschlag abzielen. Dies bedeutet eine für sowjetische Verhältnisse beachtliche Defensivhaltung.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5141; Referat 213, Bd. 133175.

11 Zur Dokumentation „Soviet Military Power“ des amerikanischen Verteidigungsministeriums vom 29. September 1981 vgl. Dok. 270, Anm. 7.

Ad 7) Die propagandistische Behandlung wird auch weiterhin bei Samjatin und seiner ZK-Abteilung für Internationale Information ressortieren und die ganze Skala sowjetischer Möglichkeiten vom TASS-Bericht über den Beitrag in „Sowjetunion heute“ bzw. „Nowosti Berlin“ bis hin zum ungezeichneten Prawda-Artikel einsetzen. Die Vorgaben hierfür dürften allerdings mit dem militärischen Bereich abzustimmen sein, weshalb sie, wie auch jetzt zu beobachten, monatelang unverändert bleiben (seit dem Ustinow-Artikel hat es zur TNF praktisch keine neue Sprachregelung mehr gegeben).

Ad 8) Beide Möglichkeiten werden Sowjets optimal nutzen.

Ad 9) Beim Besuch Breschnews dürfte mit einer neuen Formulierung sowjetischer Verhandlungs- und Friedensbereitschaft zu rechnen sein. Daß man allerdings wenige Tage vor Beginn der Verhandlungen noch einen neuen substantiellen Vorschlag macht, der von bisher schon bekannten Vorschlägen abweicht und echte sowjetische Konzessionen enthält, ist aus hiesiger Sicht unwahrscheinlich. Sowjets sind in erster Linie daran interessiert, die westeuropäische Friedensbewegung von Bonn aus mit entsprechenden Bekundungen ihrer friedlichen Absichten zu beeindrucken.[12]

[gez.] Huber

VS-Bd. 13295 (213)

12 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 2. November 1981, daß er die Bewertung der Botschaft Moskau teile, jedoch nicht ausschließe, „daß die SU bei dem Besuch Breschnews in Bonn ihr langfristiges Friedenskonzept in der Öffentlichkeit darlegen und dabei auch – allerdings unspezifiziert – weitgehende Konzessionsbereitschaft andeuten wird“. So seien vor allem die sogenannte „Null-Lösung“ und der sowjetische Vorschlag, ein Moratorium für die Mittelstreckensysteme zu vereinbaren, Themen, die sie „für ihre Propagandazwecke“ nutzen könnte. Denkbar seien z. B. die Einbeziehung aller FBS in Europa in eine „Null-Lösung“ oder die Forderung nach einer „Null-Lösung“ für alle Nuklearwaffen in Europa; auch sei der Moratoriumsvorschlag „durch wenige Retouchen und ohne Aufgabe ihres eigentlichen Ziels“ so weiterzuentwickeln, daß er „für ein unkritisches westliches Publikum sehr viel attraktiver als die bisherigen wäre“. Vgl. VS-Bd. 11309 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

307

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-6063/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. Oktober 1981, 20.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1742 **Ankunft: 26. Oktober 1981, 21.22 Uhr**

Betr.: 11. Sitzung der Special Consultative Group (SCG) am 26. Oktober 1981

Zur Unterrichtung

I. 1) Die 11. Sitzung der Special Consultative Group – die erste nach der Haig-Gromyko-Einigung[2] und die vorletzte vor Verhandlungsbeginn am 30.11.[3] – wurde wie üblich vom amerikanischen Vorsitzenden Eagleburger geleitet. Sie war geprägt von dem allseitigen Bemühen, die noch offenen Punkte in der Verhandlungsposition der Allianz zu klären und den Amerikanern als westlichem Verhandlungsführer zu ermöglichen, mit der Unterstützung des gesamten Bündnisses von einer von allen mitgetragenen Position aus in die Verhandlungen mit den Sowjets in Genf zu gehen.

2) In seinen einleitenden Bemerkungen unterstrich Eagleburger nochmals die amerikanische Bereitschaft, auf europäische Belange einzugehen. Allerdings sei nunmehr erforderlich, daß sowjetische Verdächtigungen, die Amerikaner wollten gar nicht ernsthaft verhandeln, von allen Bündnispartnern nachdrücklich zurückgewiesen würden. Aus amerikanischer Sicht gebe es keinen Unterschied zwischen amerikanischer Sicherheit und Bündnissicherheit. Beides sei unlösbar verknüpft. In den Gesprächen mit Gromyko[4] sei es die sowjetische Seite gewesen, die konstruktive amerikanische Vorschläge – Einbettung im SALT-Rahmen, globale Verhandlungen – abgelehnt habe. Es sei zu befürchten, daß die Sowjets mit der aus den letztjährigen Vorgesprächen[5] bekannten Maximalposition in die Verhandlungen gingen.

3) Verschiedene Details der amerikanischen Verhandlungsposition seien in Washington noch nicht abschließend geklärt. Dies beruhe zum Teil darauf, daß diese Details mit der noch nicht endgültig überprüften SALT-Position in Einklang stehen müßten.

4) Ich unterstützte den amerikanischen Vorsitzenden in seiner Forderung, sowjetische Verdächtigungen hinsichtlich amerikanischer Ernsthaftigkeit bei der Vorbereitung der Verhandlungen einhellig zurückzuweisen. Der Vorwurf, man

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 28. Oktober 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Lesenswert."

2 Vgl. dazu das Kommuniqué vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

3 Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356 und Dok. 380.

4 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

5 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.

wolle gar nicht ernsthaft verhandeln, der nie haltbar war, sei seit der Haig-Gromyko-Einigung gegenstandslos.[6] Ich verwies auf die beachtliche amerikanische Bereitschaft, in nur in der NATO möglicher offener Weise mit den Bündnispartnern zu konsultieren und ihre Anliegen in der eigenen Haltung zu berücksichtigen.

II. Im einzelnen

1) Zur Frage der Einbeziehung der SS-4/SS-5

Ich habe festgestellt, daß neben der Bedrohung durch die SS-20 die Bedrohung durch die SS-4 und SS-5 nicht übersehen werden könne. Andererseits sei zu bedenken, daß schon aufgrund der unterschiedlichen Qualität eine unterschiedliche Behandlung der SS-4 und SS-5 einerseits und der SS-20 andererseits geboten erscheine. Auch das Integrated Decision Document[7] habe diesem Unterschied Rechnung getragen. Unsere Präferenz sei, beiderseits gleiche Obergrenzen für die SS-20, Pershing II und GLCM und ein Auslaufenlassen (retirement) für die SS-4 und SS-5 zu vereinbaren. Meiner Argumentation schlossen sich die meisten Delegationen an. Die Niederländer betonten die größere Glaubwürdigkeit einer differenzierten Position, die Briten hoben den Vorteil der leichteren Verhandelbarkeit hervor.

Die amerikanische Delegation – unterstützt von Italien und Griechenland (sic!) – unterstrich zwar die einhellige Meinung, daß die älteren sowjetischen Raketen in den Verhandlungen berücksichtigt werden müssen und daß es das Ziel der Allianz sei, die von ihnen ausgehende Bedrohung ganz zu beseitigen. Gleichzeitig vertrat sie die Meinung, daß dieses Ziel am ehesten durch eine Einbeziehung der SS-4 und SS-5 in eine Gesamtobergrenze für alle weitreichenden Mittelstreckenraketen erreicht werden könne.

Die amerikanische Seite sagte zu, unsere Gegenargumente, die für eine methodische Trennung SS-4/SS-5 einerseits und SS-20 andererseits sowohl aus militärischen wie aus politischen Gründen sprechen, aber zum gleichen Ergebnis führen wie die gemeinsame Obergrenze, in Washington erneut zu prüfen.

2) Zur Frage der Raketen kürzerer Reichweite (SS-12, SS-22, SS-X-23)

Ich verwies auf das IDD, das die vertragliche Berücksichtigung der Raketen kürzerer Reichweite in begleitenden Nebenabsprachen (collateral constraints) vorsieht. Eine solche Behandlung trage auch der Tatsache Rechnung, daß die Überprüfung der Frage, welche Rückwirkungen, z. B. auf westliche Systeme kürzerer Reichweite, eine völlige Einbeziehung dieser Raketen in die Verhandlungen und Obergrenzen haben würde, noch nicht abgeschlossen ist. Zusätzlich machte ich auf die Gefahr aufmerksam, daß über die Systeme kürzerer Reichweite dem sowjetischen Hang zur Regionalisierung der Verhandlungen unfreiwillig Vorschub geleistet werden könnte.

Ich wurde in meiner Auffassung vor allem von den Briten unterstützt, die darauf hinwiesen, daß mit einer gleichwerten Behandlung der Systeme kürzerer

6 Zum Passus „Ich unterstützte … Haig-Gromyko-Einigung gegenstandslos“ vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot handschriftlich: „BK-Rede.“

7 Für das „Integrated Decision Document“ (IDD) der NATO vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

Reichweite auch die Einbeziehung von Flugzeugen mit geringerem Kampfradius von den Sowjets aufgebracht werden könnte und schwieriger zu kontern wäre.

Von beiden Flankenstaaten Türkei und Norwegen wurde auf die besondere Bedeutung der Raketen kürzerer Reichweite für ihre Länder hingewiesen. Es bestand Einvernehmen, daß die Systeme kürzerer Reichweite durch begleitende Nebenabsprachen erfaßt werden müssen, um zu vermeiden, daß Begrenzungen für Mittelstreckenraketen durch den Ausbau der Systeme kürzerer Reichweite umgangen werden können. Als beste Methode hierfür wurde eine Kombination von zahlenmäßigen Begrenzungen mit geographischen Beschränkungen ins Auge gefaßt.

Die amerikanische Seite sagte zu, diese Überlegungen bei der Festlegung ihrer Position berücksichtigen zu wollen. Sie wies zusätzlich auf das besondere Verifikationsproblem hin, dessen Lösung immer schwieriger werde, je kleiner und beweglicher die Waffen sind, die überprüft werden müssen.[8]

3) Zur Frage der Erfassung der Nachladefähigkeit

Diese Frage wurde von den meisten Delegationen in engem Zusammenhang mit dem Problem der Zähl- und Begrenzungsmethode „warheads on launchers" gesehen. Dabei kam es in erster Linie darauf an, dieses im IDD durch Ministerbeschluß festgelegte Zählkriterium zu erhalten und die Lösung des Nachladeproblems diesem Ziel unterzuordnen.

Entsprechend argumentierten Briten und wir für ein generelles Verbot eines Nachladepotentials, das es den Amerikanern erleichtern würde, das Zählkriterium „warheads on launchers" unangetastet zu lassen. Als zusätzliches Argument wurde eingeführt, daß nur ein allgemeines Nachladeverbot einigermaßen zuverlässig verifizierbar wäre, jedenfalls eher als nur eine zahlenmäßige Beschränkung des Nachladepotentials. Die Briten wiesen zusätzlich auf den für die Öffentlichkeitsarbeit[9] wichtigen Aspekt hin, daß das sowjetische Nachladepotential eine Kriegsführungsqualität besitze, für deren Beseitigung der Westen in den Verhandlungen eintrete.

Die amerikanische Seite schloß sich dieser Argumentation an. Innerhalb der SCG bestand Einvernehmen, daß das Verbot von Nachladekapazitäten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Zählkriteriums „warheads on launchers" angestrebt werden sollte, allerdings verwies Eagleburger darauf, daß die Überlegungen in Washington hierzu noch nicht abgeschlossen seien. Ich habe jedoch

8 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Häkchen hervorgehoben.

9 Die „Special Consultative Group" (SCG) der NATO erörterte am 26. Oktober 1981 in Brüssel auch die Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Dazu informierte Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, am selben Tag: „Es standen drei Arbeitspapiere zur Diskussion: 1) eine für die Öffentlichkeitsarbeit verwertbare Fassung der HLG-Bedrohungsanalyse; 2) eine amerikanische Stellungnahme zur sowjetischen Behauptung, es bestehe in Europa ein Gleichgewicht bei den Mittelstreckensystemen; 3) ein während der Sitzung von den Amerikanern zirkuliertes Papier über die öffentliche Präsentation der amerikanischen Verhandlungsposition in den Genfer LRTNF-Verhandlungen. Es bestand Übereinstimmung, daß die Papiere zu 1) und 2) in der vorliegenden Form noch nicht freigegeben werden sollen, da sie noch weiterer Überarbeitung bedürfen. […] Zum dritten Papier konnten wegen der Kürze der Vorbereitungszeit nur wenige sehr allgemeine Kommentare abgegeben werden. Eagleburger bat um schriftliche Stellungnahmen bis zur nächsten SCG-Sitzung. Es ist daran gedacht, dieses Papier dann anläßlich des Beginns der Genfer Verhandlungen für die Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1743; VS-Bd. 13295 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

den Eindruck, daß sich die von uns und den meisten Bündnispartnern bevorzugte Position durchsetzen wird.[10]

General Tandecki hat mitgezeichnet.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 13295 (213)

308

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Ministerpräsident Lázár

VS-vertraulich **27. Oktober 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Lázár am 27. Oktober 1981 von 11.00 bis 13.15 Uhr[2]

Am ersten Teil des Gesprächs nahmen BM Genscher und StS Nagy sowie AL 2[3] teil, zum zweiten Teil traten StS von Staden (für BM Genscher), Außenhandelsminister Véress sowie die Botschafter Kövári und Dencker hinzu.

Bundeskanzler heißt MP Lázár herzlich willkommen. Er freut sich über die persönliche Begegnung sowie darüber, einen engen Mitarbeiter des von ihm sehr verehrten Ersten Sekretärs Kádár in Bonn begrüßen zu dürfen. Volk und Staat Ungarns sowie die ungarische Politik erfreuen sich in Deutschland großer Sym-

10 Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, teilte am 26. Oktober 1981 ergänzend mit, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, in der Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am selben Tag eine Erklärung zur „Null-Option" abgegeben habe. Eagleburger habe hinsichtlich der Formel im Kommuniqué über die Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21. Oktober 1981 in Gleneagles eine Klärung des Begriffs „unter idealen Bedingungen" für notwendig gehalten. Nach langer Diskussion habe Eagleburger folgende Formulierung vorgeschlagen: „There was firm support for the basic negotiating objectives of equal, verifiable and global limitations on land-based missiles. The Alliance favors reductions to the lowest possible level. As the NPG communiqué last week made clear, this could include the possibility of a zero level outcome on TNF missiles under ideal circumstances and on a basis of reciprocity. This would involve zero on both sides including the dismantling and destruction of all relevant Soviet TNF missiles on a global basis. The details of the zero level outcome will obviously depend on the details of our overall negotiating approach now under discussion within the Alliance." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1740; VS-Bd. 13295 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 28. Oktober 1981 an Ministerialdirigent Wallau mit dem Hinweis übermittelt, daß sie von Bundeskanzler Schmidt noch nicht genehmigt sei. Ferner bat er, „Doppel dieses Vermerks StS von Staden noch vor seiner Moskau-Reise vorzulegen".
Hat Legationsrat Kröger am 30. Oktober 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Treskow und Vortragenden Legationsrat I. Klasse Keil verfügte.
Hat Treskow am 30. Oktober und Keil nach Rückkehr am 5. November 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 13347 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Ministerpräsident Lázár hielt sich vom 27. bis 29. Oktober 1981 in der Bundesrepublik auf.

3 Otto von der Gablentz.

pathie. Er erinnert sich gerne der offenen und freundschaftlichen Gespräche in Budapest vor zwei Jahren[4] und möchte den Gesprächsfaden von damals wiederaufnehmen.

Lázár dankt für den freundlichen Empfang und übermittelt die Grüße des Ersten Sekretärs Kádár sowie die der anderen Regierungsmitglieder, die vor zwei Jahren dem Bundeskanzler begegneten. Auch er sucht das Gespräch als Fortsetzung der besonders angenehmen Begegnung von Budapest – obwohl in der Welt inzwischen manches anders lief, als man es damals dachte. Man kann aber heute aufbauen auf der sehr erfreulichen Entwicklung der bilateralen Beziehungen, die dem gemeinsamen Kommuniqué[5] nach dem Budapester Besuch entspricht. Er hofft, daß auch dieser Besuch, für den er keine spezifischen Anliegen mitgebracht hat, ein Schritt zur Fortentwicklung der bilateralen Beziehungen sein wird.

Bundeskanzler bittet, die Grüße von Kádár und auch von Puja zu erwidern, und erkundigt sich nach Kádárs Befinden. (Lázár: Mit 69 Jahren arbeitet K. viel, ist diszipliniert, aber liebt das Leben.)

Er glaube nicht zu übertreiben, wenn man feststellt, daß es seit dem Besuch in Budapest vor allem auf zwei Gebieten krisenhafte Entwicklungen gegeben hat:

1) Die wirtschaftliche Entwicklung der Welt verläuft unbefriedigend im Westen, im Osten und in der Dritten Welt. Er wäre sehr daran interessiert, ein Urteil aus ungarischer Sicht zu bekommen, und ist bereit, die Lage mit deutschen Augen zu schildern.

2) Zwischen Washington und Moskau ist es zu einer krisenhaften Entwicklung gekommen. Ihn beunruhigt diese Krise im gegenseitigen Verstehen zwischen den beiden Führungsmächten der Welt. Das Politbüro weiß weder Reagan noch seine Politik richtig einzuschätzen. Reagan und seine Regierung verstehen nicht die Interessen der SU und ihre Vorstellungen. Wir bemühen uns – obwohl wir eindeutig zum westlichen Lager gehören –, beide Seiten dahin zu beeinflussen, daß sie sich gegenseitig besser verstehen können. Er legt daher auch großen Wert auf den Besuch Breschnews in Bonn.[6]

Bei Breschnews Besuch in Bonn wird sich die Gelegenheit bieten zu einer weiteren Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen. Aber vor allem möchte er Breschnew zwei Dinge sagen und eine Frage stellen:

1) Er möchte erläutern, daß Reagan tatsächlich ernsthafte Verhandlungen will. Er wird wiederholen, wie sehr ein geteiltes Volk wie die Deutschen auf gegenseitige Rüstungskontrolle Wert lege und auf einer Fortführung dieser Politik beharren werde. Er wird Breschnew ermutigen, sein persönliches Vertrauen auf den Verhandlungswillen des Präsidenten zu setzen.

2) Er wird auch deutlich machen, daß wir über das Andauern der militärischen Präsenz der SU in Afghanistan enttäuscht sind und daß wir enttäuscht und be-

4 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn auf. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 251 und Dok. 255.

5 Für den Wortlaut des Kommuniqués über den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 4. bis 6. September 1979 in Ungarn vgl. BULLETIN 1979, S. 957–959.

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

unruhigt sind über die stetige Verschiebung des militärischen Gleichgewichts in Europa durch das Übergewicht sowjetischer nuklearer Mittelstreckenraketen.

3) Außerdem wird er Breschnew nach seiner Beurteilung der Entwicklungen in Polen und im Nahen Osten fragen.

Abschließend möchte er hervorheben, daß die Bemühungen um ein Gleichgewicht der militärischen Fähigkeiten und der Abschreckungsfähigkeiten auf möglichst niedrigem Niveau zu der Entspannungspolitik gehören, die wir nicht aufgeben, sondern die wir vertiefen und fortsetzen wollen. Aber Gleichgewicht heißt auch, daß wir Deutsche unsere Beiträge zum westlichen Gewicht leisten wie bisher, damit sich die Gewichte beider Seiten die Waage halten. Das haben wir während der ganzen Zeit der Entspannungspolitik getan und werden es auch in Zukunft tun. Zur Fortsetzung der Entspannungspolitik gehört nach unserer Auffassung auch Zurückhaltung, Mäßigung, der Wille zur Kooperation. Das gilt auch für die kleineren Weltmächte wie Ungarn oder Deutschland. Wir haben weniger Handlungsfreiheit als die Großen, aber auch ein gewisses Gewicht. Wir werden das auch in Zukunft zur Geltung bringen, bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, der kulturellen und bei den internationalen Konferenzen wie zum Beispiel in Madrid.[7]

Lázár dankt und betont, daß die aufgeworfenen Fragen auch für Ungarn von größter Bedeutung sind. Er erinnert daran, daß der Bundeskanzler bei seinen Gesprächen in Budapest die gegenseitige Berechenbarkeit der Politik als unverzichtbar bezeichnet hatte. Als Kenner der internen Lage des Warschauer Pakts und als jemand, der den politischen Willen der SU beurteilen kann, möchte er sagen, daß es auf sowjetischer Seite kein Streben nach Überlegenheit gibt. Auch er bezweifelt nicht, daß es in der USA Kräfte gibt, die sich bedroht fühlen. Sie haben dafür allerdings keine vernünftige Grundlage.

Bundeskanzler betont, daß er sich persönlich beunruhigt fühlt durch das Übergewicht sowjetischer Mittelstreckenwaffen, das sich Woche für Woche vergrößert. Auch er hält Breschnew für einen friedliebenden Menschen, aber diese Waffen stehen auch möglichen Nachfolgern zur Verfügung.

Lázár weist darauf hin, daß sich die SU ihrerseits leider noch bedroht fühlen muß. Dazu trägt die Nichtunterzeichnung von SALT II[8] bei, ebenso wie die Erklärungen verantwortlicher amerikanischer und NATO-Politiker über den sogenannten margin of safety. Was der Bundeskanzler als Anwachsen der sowjetischen Raketenbedrohung bezeichnet, ist in Wirklichkeit lediglich eine Modernisierung vorhandener Waffen. Im Westen selbst behauptet die eine Hälfte der Experten, daß ein Gleichgewicht besteht, die andere, daß man es erst herzustellen hat. Nach seiner eigenen Auffassung muß man das militärische Gleichgewicht global betrachten und nicht eine einzelne Position herausgreifen, bei der immer der eine oder der andere überlegen sein wird.

7 Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nahm ihre Arbeit am 27. Oktober 1981 wieder auf. Vgl. dazu Dok. 251.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

Er gibt ehrlich zu, daß die sozialistischen Länder an der Verhandlungsbereitschaft der USA zweifeln. Die Sowjetunion hat immer wieder Vorschläge unterbreitet, während die USA nichts dergleichen tat. Auch er hält einen konstruktiven Dialog zwischen den Großmächten für notwendig, der das Ergebnis haben sollte, das der Bundeskanzler skizzierte. Aber die sozialistischen Länder fragen sich, wie oft sie noch ihre Verhandlungsbereitschaft betonen und konkret durch Vorschläge unterstreichen müssen, damit sie zum Ziele kommen. Man kann nur hoffen, daß jetzt an der Schwelle des Ereignisses endlich etwas passiert. Man kann natürlich bei der gegenwärtigen Weltlage stets Gründe für Ablehnung von Verhandlungen finden. Die sozialistischen Staaten haben die Sorge, ob die USA wirklich echte Verhandlungsbereitschaft aufbringt. Auch besteht die Gefahr, daß sie aus einer Position der Überlegenheit verhandeln könnte. Die sozialistischen Staaten sind zu Opfern bereit, wenn es um die Aufrechterhaltung des bestehenden Gleichgewichts geht. Sie werden aber nicht auf historische Errungenschaften verzichten.

Er stimmt im übrigen den Ausführungen des Bundeskanzlers zu, die auch weitgehend seinen Vorstellungen entsprechen. Für die sozialistischen Länder einschließlich der SU kann er erklären, daß sie für die Erhaltung der Entspannung eintreten und ein militärisches Gleichgewicht auf niedrigerem Niveau.

Er stimmt der Feststellung des Bundeskanzlers zu, wonach auch die Wirtschaftsbeziehungen und die Zusammenarbeit in allen Bereichen wesentlicher Teil der Entspannungspolitik sind. Die Gespräche Gromyko/Haig[9], die am 30.11. beginnenden Verhandlungen[10] sowie der Besuch Breschnews in Bonn sind alles Teile dieses Prozesses. Mißverständnisse können geklärt werden. Man kann bei den Gesprächen und Abrüstungsverhandlungen vorankommen, wenn man die Absicht dazu hat. Die SU wird ihre friedliche Absicht betonen und damit einen Beitrag zur Friedenspolitik leisten.

Er bekräftigt, wie hoch die ungarische Regierung die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in Europa und ihren großen Beitrag zur Normalisierung und Entspannung einschätzt. Ungarn wird seinerseits alles ihm Mögliche tun, hierzu beizutragen.

Bundeskanzler möchte die ungarische Regierung und deren Freunde wissen lassen, daß auch er die Nichtratifizierung von SALT II bedauert. Der Fehler geht auf Präsident Carter zurück. Aber genauso schlimm ist es, daß die Sowjetunion immer noch ihre Truppen in Afghanistan stehen hat. Wir müssen leider erleben, daß auch Großmächte politische Fehler machen. Er warnt davor, die psychologischen Auswirkungen der sowjetischen Truppenpräsenz in Afghanistan zu unterschätzen.

Für seine Person möchte er ganz eindringlich sagen, daß er sein eigenes Land für politisch bedroht hält durch die sowjetischen Mittelstreckenraketen. BM Genscher und er haben daher öffentlich und im Gespräch mit den Alliierten die Forderung vertreten, daß Mittelstreckenraketen auf beiden Seiten auf Null re-

9 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

10 Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356 und Dok. 380.

duziert werden. Die Mittelstreckenwaffen der SU bedrohen uns mit völliger Vernichtung, sie richten sich nicht gegen die USA.

Er versteht völlig, daß die SU über westliche Mittelstreckenwaffen besorgt ist, die noch aufgestellt werden sollen. Er bittet aber auch die SU zu verstehen, daß wir uns schon heute von den in der SU bereits aufgestellten Waffen politisch bedroht fühlen. Er wiederholt noch einmal sein großes Vertrauen in den Friedenswillen Leonid Breschnews. Aber kein politischer Führer kann ewig leben.

Lázár unterstreicht, daß die SALT-Ratifikation vor Afghanistan hätte stattfinden sollen. Die Unterlassung der Ratifizierung ist Ausdruck einer klaren politischen Absicht. Mit ihrer Entscheidung, Truppen nach Afghanistan zu entsenden, entsprach die Sowjetunion dagegen lediglich kurzfristig einem Hilfeersuchen einer befreundeten Regierung. Die Lage in der Region, in der sehr unterschiedliche politische Kräfte tätig sind, führte dazu, daß Afghanistan um Hilfe ersuchen mußte, wofür es überdies auch noch vertragliche Grundlagen[11] gab.

Er zeigt Verständnis für das Gefühl des Bundeskanzlers, durch Mittelstreckenraketen gefährdet zu sein. Er wird die Worte des Bundeskanzlers nicht vergessen. Aber man kann das militärische Gleichgewicht nicht nur in den Einzelbereichen definieren. Die Stärke der SU liegt zum Beispiel in erster Linie bei den Landstreitkräften, die der USA bei den Seestreitkräften. Aus der Überlegenheit in einem Teilbereich kann man noch nicht auf eine Gesamtüberlegenheit schließen. Charakteristisch für die Haltung beider Seiten ist bereits der Wortgebrauch: Der WP hält das Kräftegleichgewicht für gegeben und betont, daß es aufrechterhalten werden muß. Der Westen hält es für gestört und möchte es wiederherstellen.

Die SU ist nach seiner Meinung bereit, die Mittelstreckenraketen zu reduzieren. Er kann aber nicht sagen, wo die Grenze dafür liegen wird.

Er würdigt die Bemerkung des Bundeskanzlers über den Friedenswillen und die Person Leonid Breschnews. Die Entspannung hängt aber nicht an der Person. Er erinnert daran, daß der Prozeß der Entspannung unter Chruschtschow begonnen hat. Sicher sind Chruschtschow und Breschnew sehr unterschiedliche Personen. Aber beide haben die sowjetische Politik der friedlichen Koexistenz zum Ausdruck gebracht.

Er betont, daß sich Breschnew guter Gesundheit erfreut. (Er klopft mit der linken Hand von unten an den Tisch, weil die Ungarn trotz ihrer Ideologie nicht frei von Aberglauben sind. Auf Frage des Bundeskanzlers nach dem Unterschied zwischen Ideologie und Aberglaube meint er: Aberglaube schadet niemandem.)

Auf Bitte des Bundeskanzlers um Bewertung der wirtschaftlichen Lage Europas aus ungarischer Sicht meint er, daß es krankhafte Erscheinungen sowohl in Ost- wie in Westeuropa gibt. Er ist überzeugt, daß der Schlüssel zur Lösung auch dieser Probleme in der Entspannungspolitik liegt. Die Zeit des schnellen Wachstums in den sozialistischen Ländern fällt mit der Entspannungsperiode

11 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.
Zur Begründung berief sich die sowjetische Regierung u. a. auf den Vertrag vom 5. Dezember 1978 zwischen der UdSSR und Afghanistan über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit Vgl. dazu die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS vom 24. Dezember 1979; EUROPA-ARCHIV 1980, D 134.

zusammen. Im Augenblick müssen sich Ost und West an die krisenhafte Entwicklung in der Weltwirtschaft anpassen. Je enger sie zusammenarbeiten, desto eher werden sie die Probleme überwinden. Die ungarische Wirtschaftsführung stellt jedenfalls stark auf die bessere Zusammenarbeit ab. Da allerdings Spannungen in der Weltpolitik nur schwer und langsam aufzulösen sind, richten sich die Ungarn auch wirtschaftlich auf eine längere Periode von Schwierigkeiten ein.

Bundeskanzler stimmt zu, daß wir uns der Weltwirtschaftsentwicklung anpassen müssen, hält aber die letzte Bemerkung doch für zu pessimistisch. Sicher werden die Energiepreise noch weiter steigen. Ein Teil der westlichen Industrieländer hat den Fehler gemacht, die höheren Energiepreise durch Geldvermehrung auszugleichen. In Großbritannien und den USA macht man jetzt den Fehler, die Inflation mit brachialen Mitteln zu bekämpfen, die wiederum zu einer schlimmen Arbeitslosigkeit führen. Auch wir bekämpfen die Inflation, aber gehen dabei maßvoller vor. Aber auch wir müssen uns mit der Tatsache abfinden, daß wir mehr Mittel für die Energieversorgung aufzuwenden haben. Insofern sind Ost- und Westeuropa in der gleichen Lage. Auch was Osteuropa angeht, kommen spezifische wirtschaftspolitische Fehler zum Beispiel in Polen hinzu. Wir haben ungeheuere Anstrengungen gemacht, Polen finanziell zu helfen. Unsere Möglichkeiten für weitere wirtschaftliche Hilfe sind allerdings jetzt erschöpft. Das hat nichts mit den inneren polnischen Verhältnissen zu tun. Wir haben zu Zeiten Giereks und Kanias geholfen, und unsere freundschaftliche Einstellung zu Polen ändert sich nicht unter Jaruzelski. Wir wünschen nichts mehr, als daß Polen seinen inneren Frieden findet und die polnische Wirtschaft wieder in Gang kommt.

Er stimmt Lázár zu, daß eine Verbreiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für beide Seiten nur nützlich sein kann. Nach seinem Eindruck hat die ungarische Volkswirtschaft besser abgeschnitten als die der anderen RGW-Länder. Das liegt wohl auch an der befriedigenden inneren Entwicklung in Ungarn.

Soweit er sieht, haben wir keine bilateralen wirtschaftlichen Probleme miteinander. Wir versuchen unsere Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, was uns allerdings frühestens Ende 1982 gelingen wird. 1981 werden wir eine reale Schrumpfung von 1% hinnehmen müssen. Für 1982 hoffen wir auf ein Wachstum von 1%. Die aufsteigende Tendenz wird sich schon in der ersten Jahreshälfte zeigen, aber erst in der zweiten durchsetzen. Allerdings wird uns 1982 die Arbeitslosigkeit hohe zusätzliche Finanzlasten aufbürden, so daß wir mit außerordentlicher finanzwirtschaftlicher Knappheit rechnen müssen.

Lázár möchte noch während des Gesprächs im engeren Kreis auf das große ungarische Interesse hinweisen, an die Erdgasleitung aus Sibirien[12] angeschlossen

12 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 294, Anm. 10.
Botschafter Dencker, Budapest, informierte am 20. Oktober 1981, daß der Staatssekretär im ungarischen Industrieministerium, Juhász, ihn auf das Erdgas-Röhren-Geschäft angesprochen habe: „Ungarische Regierung hoffe weiterhin, daß in Y-Form zu bauende Gasleitung auch ungarisches Gebiet berührt. Aber selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, möchte Ungarn sein Interesse an Lieferungen von Kompressoren und anderen Aggregaten für Gasförderung ausdrücklich anmelden." Dencker fuhr fort: „Juhász ließ erkennen, daß seine Regierung sich für das Wiederingangsetzen dieses Projektes erhebliche Hoffnungen wegen des bevorstehenden Breschnew-Besuches in Bonn mache." Vgl. den Drahtbericht Nr. 304; Referat 214, Bd. 139486.

zu werden. Man hat Experten-Gespräche geführt. Man hofft, damit die Grundlage für den Aufbau neuer Industrien legen zu können. Die Möglichkeit, in Ungarn sechs Milliarden Kubikmeter (evtl. zehn Milliarden) Gas als Vorrat zu lagern, trägt zur Sicherung einer kontinuierlichen Lieferung bei. In die bestehende Kooperation käme so ein neues Element von Vertrauen und Langfristigkeit.[13]

Bundeskanzler betont unser großes Interesse an der erfolgreichen Unternehmenskooperation mit Ungarn. Die Zahl der Kooperationsvorhaben mit Ungarn steht an der Spitze unserer Kooperation mit osteuropäischen Staaten. Wir haben gute Erfahrungen gemacht.[14]

Er nimmt Kenntnis vom ungarischen Interesse am Anschluß an die Sibirien-Gasleitung. Über die Linienführung der Leitung wird man wahrscheinlich mit Moskau sprechen müssen. Er regt an, diesen Punkt im morgigen Gespräch der Wirtschaftsminister[15] zu vertiefen.

Fortsetzung des Gesprächs im erweiterten Kreis

Bundeskanzler berichtet kurz, daß man sich über die weltpolitische Lage, die Ost-West-Beziehungen, den Besuch Breschnews unterhalten habe, und fragt nach dem ungarischen Urteil über die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Polen.

Lázár möchte einleitend betonen, welche große Bedeutung die Ungarn der Madrider Nachfolgekonferenz beimessen. Sie sehen die Möglichkeit für einen erfolgreichen Abschluß. Er würdigt die konstruktive Rolle der Bundesregierung und hofft, daß auch sie ihren Einfluß für einen erfolgreichen Abschluß einsetzt.

Zur Entwicklung in Polen meint er, daß es sich um eine Gesellschaftskrise handelt, deren Ursachen in der inneren polnischen Entwicklung liegen. Die Polen müssen daher die Lage analysieren. Die RGW-Länder sind interessiert, daß der Analyse jetzt ein Programm folgt. Die Polen können die Situation nur aus eigener Kraft ohne Einmischung von außen lösen.

Als Meinung aller sozialistischen Staaten trägt er vor: Die Lösung der Situation hängt nun von den Polen selbst ab. Wir wollen, daß die Polen selbst ihre Probleme lösen, aber die Lage hat sich in letzter Zeit nicht verbessert. Er hat noch im Flugzeug mit seinen Mitarbeitern darüber gesprochen, was getan werden kann, um im Rahmen der Tatsachen, ohne Veränderung der Gesellschaftsform und ohne die Mitgliedschaft im WP in Frage zu stellen, die krisenhafte Entwicklung unter Kontrolle zu bekommen. Er kann nicht voraussagen, wann die Polen erkennen, daß sie handeln müssen. Er ist aber überzeugt, daß sie es

13 Am 15. September 1981 teilte die Botschaft in Budapest mit: „Bei Erdgas wäre Ungarn in der Lage, den Bedarf von etwa 10 Mrd. Kubikmeter überwiegend aus eigener Produktion zu decken. Der optimale Stand der heimischen Erdgasgewinnung liegt jedoch bei nur etwa 6 bis 6,5 Mrd. Kubikmeter p. a.; in dieser Höhe soll die Förderung auch in der Planperiode 1981 bis 85 aufrechterhalten werden. Die Differenz wird aus Importen aus der Sowjetunion (2,9 Mrd. Kubikmeter, Orenburger Erdgasfernleitungssystem ‚Sojus' und das Verbundsystem ‚Brüderlichkeit', dessen Kapazität in diesem Jahr erweitert werden soll) und aus Rumänien (2 Mrd. Kubikmeter) gedeckt." Vgl. den Schriftbericht Nr. 805; Referat 421, Bd. 141391.

14 Am 12. Oktober 1981 notierte Referat 421, daß nach ungarischen Angaben die Zahl der abgeschlossenen und noch in Kraft befindlichen Kooperationsverträge auf 358 angestiegen seien: „Damit steht Ungarn als Kooperationspartner der deutschen Wirtschaft mit Abstand an der Spitze aller osteuropäischen Staatshandelsländer." Vgl. Referat 421, Bd. 141387.

15 Otto Graf Lambsdorff und Péter Véress.

erkennen werden. Die innere Logik der Entwicklung zwingt sie dazu, die Kräfte zu entlarven, die die Krise verschärfen.

Die sozialistischen Länder stellen umfangreiche wirtschaftliche Hilfe zur Verfügung. Aber auch für sie gibt es Grenzen der Hilfeleistung. Ein Volk von 36 Millionen kann nicht von außen gestützt werden. Ungarn fühlt sich den Polen nicht nur vertraglich, sondern auch gefühlsmäßig verbunden und wird daher nach Möglichkeiten zur Überwindung der Krise Hilfe leisten. Er betont auf Frage des Bundeskanzlers, daß die katholische Kirche jetzt nicht mehr die volle hilfreiche Rolle spielt wie zu Zeiten Wyszyńskis. Sie bemüht sich zwar, die extremen Kräfte zurückzuhalten, die auf eine Anarchie zusteuern. Unter den sozialistischen Staaten scheint sich so etwas wie eine Rollenverteilung zu ergeben. Für die Ungarn könnte die Beziehung der ungarischen Gewerkschaften zur Solidarität wichtig sein, in der sich eine innere Polarisierung abzeichnet. Es bleibt zu hoffen, daß die vernünftigen Kräfte in Polen selbst nicht nur die politischen, sondern auch die wirtschaftlichen Folgen einer verlängerten Krisensituation erkennen, die sich auch in anderen Staaten bemerkbar macht, die mit Polen wirtschaftlich eng verbunden sind.

Bundeskanzler: Auch wir spüren, daß die Polen ihre Verträge nicht mehr erfüllen können.

Zur deutschen Haltung zu Polen erläutert er, daß die Polen neben den Juden an erster Stelle unter den Völkern stehen, denen zu Hitlers Zeiten schlimmstes Unrecht zugefügt wurde. Wir haben zwar keine Verantwortung für Hitlers Taten, aber dafür, daß das deutsche Volk die richtigen Schlußfolgerungen aus ihnen zieht. Das gibt uns eine besondere Verantwortung für die Beziehung zu Polen. Sein erster Besuch in Polen lag Jahre vor dem Beginn der Entspannungspolitik, bereits Mitte der 60er Jahre.[16] Wir halten uns gegenwärtig zurück, um zu verhindern, daß freundschaftliche Gesten aus Bonn von dritter Seite fehlinterpretiert werden als Einmischung in die inneren Angelegenheiten.

Er begrüßt es, daß Lázár als gemeinsame Haltung der RGW-Staaten herausstellte, die Polen müßten selbst Lösungen für ihre Probleme finden. So denken auch wir. Er hofft, daß die polnischen Entwicklungen keinen Anlaß geben werden zur Einmischung.

Er selbst ist tief beunruhigt über das Schicksal dieses Nachbarvolkes. Die Polen haben es auch in den vergangenen Jahrhunderten schwerer gehabt als andere, das Gleichgewicht zwischen Freiheitswillen und vernünftiger Organisation von Staat und Wirtschaft zu finden. In den Polen steckt ein etwas größeres Stück Anarchie als in den anderen Europäern. Wir verfolgen die Entwicklung mit ganz großer Anteilnahme und wünschen nichts sehnlicher, als daß es den Polen gelingen möge, ihre Probleme selbst zu lösen. Vielleicht hat in Polen in den letzten 20 Jahren ein Mann wie Kádár gefehlt. Er selbst hatte mehrfach das Gefühl, als ob Gierek ein solcher Mann sein könnte. Aber er hat selbst miterlebt, daß Gierek die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht überschaute. Er hat ihn angesichts der riesenhaften Werftbauten in Danzig und der Industrieanlagen von Nova Huta gefragt, womit Gierek dies bezahlen wolle. Gierek be-

16 Helmut Schmidt lernte Polen erstmals im Sommer 1966 auf einer Urlaubsreise von Nürnberg über Prag nach Moskau und Leningrad kennen. Vgl. dazu SCHMIDT, Nachbarn, S. 486 f.

rief sich auf die vollen Auftragsbücher. Er hatte kein Verständnis für seine Gegenfrage, ob ihm klar sei, daß die Aufträge aus dem RGW-Bereich kommen und er die Kredite in harter Westwährung zu bezahlen habe.[17] Er fügt hinzu, daß er Gierek als einen bescheidenen und ehrlichen Menschen kennengelernt hat und sehr hofft, daß ihm nichts zustößt.

Als Schlußfolgerung aus der verfehlten Wirtschaftspolitik der Ära Gierek hält er fest, daß die polnische Führung der Zeit die internationalen wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht genügend verstand. Auch Gierek schien zu glauben, daß er vom Westen Kredite erhalten könne, die er praktisch nicht zurückzuzahlen brauche. Der polnischen Führung fehlte ein kontinuierlicher Gedankenaustausch und Kontakt mit westlichen Wirtschaftsführern. Die Sowjetunion hat das nicht im selben Maße nötig. Sie könnte, auch wenn sie es nicht tut, eine autarke Volkswirtschaft aufbauen. Polen, Ungarn, Jugoslawen und Deutsche können das nicht. Diese Staaten sind auf weltweiten Austausch in hohem Maße angewiesen. Die politische Führung dieser Staaten muß daher die wirtschaftlichen Verhaltensweisen und Fähigkeiten der anderen besser kennen, als das in Polen der Fall ist. Ein Besuch wie der Lázárs in Bonn ist ein Mittel für solche notwendigen Kontakte. Aber auch Einrichtungen wie der IWF dienen demselben Ziel. Er hat daher stets jugoslawischen und polnischen Gesprächspartnern geraten, diese internationalen Instrumente zu nutzen. Im übrigen wäre es wahrscheinlich auch für die Sowjetunion kein Fehler, diese Kontaktmöglichkeiten besser zu nutzen. Sie würde manches in der Welt besser verstehen. Er hält es zum Beispiel für einen schweren Fehler, daß der RGW in der letzten Woche in Cancún beim Gespräch der politischen Führer dreier wichtiger Staatengruppen gefehlt hat.[18] Wie soll die Welt verstehen, was wirklich in den Köpfen der sowjetischen Führer vorgeht, wenn die Führer bei solchen Gelegenheiten nicht präsent sind? Wie können die RGW-Staaten verstehen, was in unseren Köpfen vorgeht, wenn sie sich nicht informell mit den Führern der anderen Gruppierungen unterhalten können? Reagan zum Beispiel hat 21 Delegationsführer gesprochen. Auch er hätte, wenn ihn nicht eine kleine Herzoperation daran gehindert hätte[19], mit 21 politischen Führern aus aller Welt gesprochen. Breschnew oder Kádár hätten mit dem größten Interesse all dieser politischen Führer an einem Gespräch mit ihnen rechnen können.

Wir haben über die Notwendigkeit der Fortsetzung der Entspannung gesprochen. Wir sind uns einig, daß man mehr Vertrauen herstellen muß zwischen Ost und West und besonders zwischen Moskau und Washington. Das alles würde sehr erleichtert werden, wenn nicht durch diese Selbstisolierung der RGW-Staaten die persönlichen und menschlichen Kontakte so selten wären. Offizielle Besuche sind stets eine große Staatsaktion. Er wäre besser, wenn man sich regelmäßiger und selbstverständlicher treffen könnte.

Auch als Norddeutscher, der den Traditionen in Süd- und Südosteuropa etwas ferner steht, ist er sich der kulturellen Gemeinsamkeiten mit Polen und Un-

17 Das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Ersten Sekretär des ZK der PVAP, Gierek, fand im Rahmen seines Besuchs vom 21. bis 25. November 1977 in Polen statt. Vgl. dazu SCHMIDT, Nachbarn, S. 482. Vgl. dazu ferner AAPD 1977, II, Dok. 330 und Dok. 334.

18 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315.

19 Zur Erkrankung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. Dok. 305, Anm. 3.

garn in den letzten tausend Jahren voll bewußt. Er weiß, was wir zum Beispiel auf dem Felde der Musik den Ungarn verdanken. Wir haben klare Vorstellungen von der europäischen Kultur, die sich auf der gegenseitigen Befruchtung der verschiedenen Völker Europas entwickelt hat. Wir wollen diese gemeinsame Grundlage nicht auseinanderdividieren, sondern sie ausweiten, auch auf den wirtschaftlichen und politischen Bereich.

Lázár dankt für diese ausführlichen Erläuterungen des Bundeskanzlers, die für ihn von besonderem Interesse sind. Er möchte nur noch kurz auf zwei Dinge hinweisen:

– Ungarn ist an den Beziehungen EG/RGW sehr interessiert, wenn auch noch nicht alle Voraussetzungen für gute Wirtschaftskontakte hergestellt sind. Man wird ein positives Ergebnis erzielen, auch wenn es viel Zeit kostet.[20]
– Ungarn sucht, wie auch die anderen kleineren Staaten im sozialistischen Bereich, nach Wegen und Möglichkeiten, ihren Bewegungsspielraum für die Kooperation zu erweitern, auch im finanziellen Bereich.

Zu den Ausführungen des Bundeskanzlers meint er, daß wir nicht zufrieden sein sollten mit dem bereits Erreichten. Wir sollten in allen Bereichen, der Kooperation, dem Handel, der Zusammenarbeit in dritten Staaten, im kulturellen Bereich und bei den menschlichen Beziehungen auf Fortschritte drängen. Seine Mitarbeiter werden in diesem Geiste mit ihren deutschen Gesprächspartnern sprechen. Er erwähnt in diesem Zusammenhang die Otto-Modersohn-Ausstellung, die im September ihre Pforten geschlossen hat.[21] Er ist sich dabei der freundschaftlichen Beziehungen des Bundeskanzlers zum Maler und seinem Sohne[22] bewußt.

Bundeskanzler würde es begrüßen, wenn alle deutschen Touristen in Ungarn auch eine klare Vorstellung von Budapest bekommen, für ihn eine der schönsten und erhabensten europäischen Metropolen.

Lázár betont noch einmal, daß man alle Beziehungen weiterentwickeln muß und nicht beim Erreichten Halt machen darf. Er hat sich als Jäger darüber gefreut, daß es ein Deutscher war, der vor kurzem einen Preis für das stärkste Hirschgeweih in Ungarn erhielt.

Er dankt dem Bundeskanzler anschließend für das offene und wichtige Gespräch. Er versichert, daß das Programm des Besuchs in allem den ungarischen Vorstellungen entspricht.

VS-Bd. 13347 (214)

20 Vortragender Legationsrat van Edig vermerkte am 13. Oktober 1981, daß Ungarn an vertraglichen Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften zwar interessiert sei: „Allerdings halten die Ungarn den wirtschaftlichen Gewinn der Rumänen aus deren Handelsabkommen mit der Gemeinschaft für vollkommen unbefriedigend. Sie betonen deshalb, daß sie warten könnten, bis die EG mehr bietet. Der Abschluß eines Rahmenabkommens zwischen EG und RGW würde den Ausbau der Vertragsbeziehungen zwischen Ungarn und der Gemeinschaft nach ungarischer Auffassung erleichtern. Bisher ist es neben einem Arrangement im Stahlbereich nur zum Abschluß eines Textilabkommens gekommen, das 1978 paraphiert und im Juli dieses Jahres von Ungarn unterzeichnet wurde." Vgl. Referat 421, Bd. 141387.

21 Vom 31. Juli bis 27. September 1981 fand im Szépmüvészeti Múzeum in Budapest die Ausstellung „Otto Modersohn 1865–1943" statt.

22 Christian Modersohn.

309

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

331-322.00 NIC/ELS **27. Oktober 1981**

Über Herrn Staatssekretär[1] Herrn Bundesminister[2] zur Unterrichtung auf Weisung und mit der Bitte um Zustimmung zu Schlußfolgerungen unter Punkt 5

Kurzfassung liegt bei.[3]

Betr.: Radikalisierung in Nicaragua und Auswirkungen auf El Salvador

Bezug: Weisung von StS vom 14.10.81 auf DB Nr. 186 aus Managua vom 12.10.81[4]

1) Zwei Grundsatzreden der Brüder Ortega, die sich als maßgebliche sandinistische Führer Nicaraguas zunehmend profilieren, erregten internationales Aufsehen wegen ihres deutlichen Bekenntnisses zu einem totalitären Marxismus-Leninismus und ihrer polemischen Aggressivität gegen die USA. Teilweise werden die Reden als weitere – und vielleicht entscheidende – Radikalisierung auf dem Wege der Sandinisten zu einem volksdemokratisch-kommunistischen System gewertet. Für andere bedeuten sie nur die Klarstellung der tatsächlichen sandinistischen Zielsetzung durch Verzicht auf bisherige taktische Camouflage.

2) Verteidigungsminister und Oberkommandierender der Streitkräfte und Milizen, Humberto Ortega, stellte am 25.8.81 vor militärischen Führungskräften folgende Grundkonzeptionen heraus (vgl. Anlage 1[5]):

2.1) Sandinismus und Marxismus-Leninismus werden als identisch und „unauflöslich miteinander verbunden“ dargestellt.

1 Hat Staatssekretär von Staden am 31. Oktober 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „M. E. ist die hier vorgeschlagene Begrenzung unserer Hilfe ein erster Mindestschritt, dem bald weitergehende werden folgen müssen. Ich halte es für eine Illusion anzunehmen, daß wir das Regime von N[icaragua] auf seinem Wege aufhalten können.“

2 Hat Bundesminister Genscher am 2. November 1981 vorgelegen.
Hat Ministerialdirektor Gorenflos am 3. November 1981 erneut vorgelegen, der die Wörter „erster Mindestschritt“ des handschriftlichen Vermerks des Staatssekretärs von Staden hervorhob und handschriftlich vermerkte: „Ja.“
Hat Ministerialdirigent Limmer und Vortragendem Legationsrat Wolf am 4. November 1981 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Referat 331, Bd. 127448.

4 Botschafter Haak, Managua, übermittelte Auszüge aus einer Rede des nicaraguanischen Verteidigungsministers Ortega vor Führungskräften des „sandinistischen Volksheeres“ am 25. August 1981, die in einer Publikation der nicaraguanischen Streitkräfte veröffentlicht worden sei: „Rede umreißt Grundlinien politischer Konzeption des FSLN deutlicher, als dies in öffentlichen Verlautbarungen zu geschehen pflegt. Motto auf der Titelseite: ‚Hauptaufgabe des Volkes ist es, sich militärisch auf Verteidigung der Macht vorzubereiten.‘“ Staatssekretär von Staden vermerkte auf dem Drahtbericht am 14. Oktober 1981 handschriftlich für Ministerialdirektor Limmer: „Bitte Aufzeichnung für Bundesminister. Die Oppos[ition] in E[l] Salv[ador] nimmt die gleiche Halt[un]g ein.“ Vgl. Referat 331, Bd. 127448.

5 Dem Vorgang beigefügt war die deutsche Übersetzung von Auszügen aus der Rede des nicaraguanischen Verteidigungsministers Ortega vor Führungskräften des „sandinistischen Volksheeres“ am 25. August 1981. Vgl. Referat 331, Bd. 127448.

2.2) Der Sandinismus beansprucht Alleinherrschaft; freie Wahlen gibt es nicht: „Wir werden niemals über die Macht diskutieren."

2.3) Die Kräfte, die zwar die Revolution gegen Somoza[6] mitgetragen haben, sich aber nicht dem Sandinismus unterwerfen, werden als konterrevolutionär und als mit dem Yankee-Imperialismus eng verbunden abgestempelt: so die „vaterlandsverkäuferische Bourgeoisie", die „Robelo-Gruppen" (politische Parteien), der „reaktionäre Klerus", die einzige unabhängige Zeitung „La Prensa".

2.4) Von den Angehörigen der sandinistischen Armee wird eine ideologische Klarsicht und Festigung gefordert, die sie in die Lage versetzt, die richtige Ideologie zu propagieren und gegen Einflüsse falscher Ideologen gefeit zu sein.

2.5) Hauptaufgabe des Volkes ist es, sich militärisch auf die Verteidigung der Macht vorzubereiten.

3) Daniel Ortega, der als Koordinator der Junta unter den neuen machtausübenden Revolutionskommandanten eine Sonderstellung innehat, nutzte seine Rede vor der 36. VN-GV[7] zu kaum zu übertreffenden polemischen Angriffen gegen die USA („vielfache Aggressionen, Einmischung und Invasionen") und zur Interessen-Identifizierung mit den linksrevolutionären Kräften in El Salvador.

3.1) Die USA hatten in diesem August durch den Lateinamerika-Unterstaatssekretär Enders ihre Hauptgravamina für eine Versachlichung und Normalisierung der Beziehungen genannt:

– Einstellung der militärischen Unterstützung der Guerilla in Nachbarländern, besonders El Salvador,
– Begrenzung der eigenen Aufrüstung in für die Verteidigung notwendigen Grenzen,
– Unterlassung aggressiver Polemik gegeneinander.[8]

Ohne die Zeit bis zum zweiten vereinbarten Treffen abzuwarten, setzten die Sandinisten ihre militärische Unterstützung der Guerilla in El Salvador verstärkt fort, rüsteten mit Hilfe direkter Waffenlieferungen aus der SU weiter auf und trieben die Polemik gegen die USA vor dem Weltforum der VN auf die Spitze. Deutlicher wurde eine Großmacht durch einen benachbarten Kleinstaat kaum je provoziert.

3.2) Ungewöhnlich war die Übernahme der Erklärung einer revolutionären Oppositionsfront eines Drittstaates in die Rede vor der VN-GV. Hiermit demonstrierte Daniel Ortega international die Identifizierung mit der Guerilla El Salvadors, zu dem nach wie vor diplomatische Beziehungen bestehen. Die umgekehrte Identifizierung der linksrevolutionären FDR/FMLN[9] El Salvadors mit der sich offen zum Marxismus-Leninismus bekennenden sandinistischen Füh-

6 Zur Revolution in Nicaragua am 17. Juli 1979 vgl. Dok. 11, Anm. 9.

7 Für den Wortlaut der Rede des Koordinators der nicaraguanischen Regierungsjunta, Ortega, am 7. Oktober 1981 vor der VN-Generalversammlung in New York vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 597–603.

8 Vgl. dazu die Ergebnisse des Besuchs des Abteilungsleiters im amerikanischen Außenministerium, Enders, am 11./12. August 1981 in Nicaragua; Dok. 267, Anm. 4.

9 Frente Democrático Revolucionario/Frente Farabundo Martí de Liberación National.

rung Nicaraguas wurde durch gemeinsames Auftreten des FDR-Vorsitzenden Ungo mit der nicaraguanischen VN-Delegation betont.

4) Zur Frage, warum die Sandinisten gerade jetzt jegliche Rücksichtnahme gegenüber der Weltöffentlichkeit hintanstellen zugunsten des Bekenntnisses zum internationalisierten revolutionären Kampf gegen den US-Imperialismus und gegen demokratische Reformpolitik, gibt es bisher nur Spekulationen. Profilierungsbedürfnis, interner Machtkampf, weitere Einschüchterung der innenpolitischen Opposition oder Einflußnahme des kommunistischen Lagers können die Gründe sein. Jedenfalls sind Zweifel erlaubt, ob eine Radikalisierung des Sandinismus nach innen und außen im Interesse dieser Kräfte selbst liegen kann oder vielleicht nur der Strategie Kubas und der SU dient.

Die jüngsten Informationen aus Nicaragua bestätigen die Fortsetzung der harten Linie gegenüber der internen Opposition: Festnahme mehrerer Vertreter des Unternehmer-Verbandes COSEP[10] als Reaktion auf deren Kritik an der sandinistischen Führung und Verhinderung der Reise mehrerer Repräsentanten oppositioneller Gruppierungen nach Europa (vgl. Anlage 2[11]).

5) Für die Bundesregierung ist eine Überprüfung ihrer Haltung gegenüber dem sandinistischen Regime angebracht. Eine Überreaktion von deutscher Seite wäre jedoch unbegründet. So entscheidend ist die tatsächliche Veränderung nicht. Nach vielen, dem AA seit langem vorliegenden Informationen einschließlich der authentischen Äußerungen der führenden Vertreter aller nicht zum Sandinismus zählenden, in unseren Augen den Pluralismus ausmachenden Kräfte (Parteien, Kirche, Unternehmer und „La Prensa“) muß als Tatsache gelten, daß die Träger der Macht in Nicaragua, die neun Revolutions-Kommandanten[12], ein volksdemokratisches System mit enger Anlehnung an Kuba und an das kommunistische Lager anstreben. Ein gleich wichtiges Faktum war für unsere Beurteilung jedoch, daß ein wachsender Teil des nicaraguanischen Volkes mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung sich ebenso unzufrieden zeigte wie mit der überstarken kubanischen Präsenz im Lande und daß die Sandinisten – wenn vielleicht auch nur aus taktischen Gründen – diesen Strömungen glaubten Rechnung tragen zu müssen, den Pluralismus nicht völlig beseitigten und die Verbindungen zum Westen in einem Mindestumfang aufrechterhielten.

10 Consejo Superior de la Empresa Privada.

11 Dem Vorgang beigefügt. Ministerialdirigent Limmer zog am 27. Oktober 1981 eine Bilanz der innenpolitischen Entwicklung in Nicaragua seit der Revolution am 17. Juli 1979. Sie habe zur „schrittweisen Beseitigung des Pluralismus, zur als unwiderruflich erklärten Machtkonzentration beim harten Kern der kommunistisch orientierten Sandinisten und zur nahezu bedingungslosen Ausrichtung der Außenpolitik an den Interessen Kubas und des Ostblocks“ geführt. Vgl. Referat 231, Bd. 127448.

12 Botschafter Haak, Managua, informierte am 13. März 1981, daß die Frente Sandinista de Liberación National (FSLN) die führende Kraft der nicaraguanischen Regierung darstelle. Zwei Drittel der Mitglieder von dessen Führungsgremium („Dirección Nacional“) mit dem Titel „Comandante de la Revolución“ hätten mittlerweile Schlüsselpositionen in der Regierung eingenommen: „Der ‚Dirección Nacional‘ des FSLN gehören an: Comandantes de la Revolución Bayardo Arce Castaño, Tomás Borge Martínez, Luis Carrión, Daniel Ortega Saavedra, Humberto Ortega Saavedra, René Nuñez Téllez, Henry Ruiz, Victor Tirado López, Jaime Wheelock Román.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 172; Referat 231, Bd. 127453.

Unsere Verbündeten neigen schon seit einiger Zeit zunehmend dazu, Nicaragua abzuschreiben. Auch in der deutschen Öffentlichkeit werden die skeptischen Stimmen zur Entwicklung in Nicaragua immer zahlreicher. SPD und FES, die seit der Zeit vor dem Sieg gegen Somoza die Sandinisten unterstützten, um sie zu Pluralismus im Innern und Ungebundenheit im Äußern zu beeinflussen, verfolgen die totalitären, undemokratischen Tendenzen in Nicaragua mit großer Sorge und haben dies in ihren Kontakten zu den Sandinisten zunehmend deutlich zum Ausdruck gebracht.

Die Bundesregierung hat Nicaragua seit dem Sturz Somozas Wirtschaftshilfe gewährt, die in Umfang und Konditionen über das Übliche weit hinausgeht. Wir haben hierbei jedes westliche Land deutlich übertroffen. Es empfiehlt sich, trotz der besorgniserregenden Entwicklung unsere entwicklungspolitische Zusammenarbeit solange fortzuführen, bis sie uns von den Sandinisten durch endgültige Schaffung totalitärer Tatsachen unmöglich gemacht wird. Die exzeptionelle Sonderbehandlung wie bisher ist jedoch nicht mehr gerechtfertigt. Richtig ist es, das BMZ in seiner Tendenz zu bestärken, die FZ und TZ für Nicaragua auf ähnliche Grundlagen zu stellen wie gegenüber anderen Empfängerländern. Außerdem erscheint es wichtig, entsprechend dem Wunsch der demokratischen Oppositionskräfte in Nicaragua vorrangig Projekte zu finanzieren, die dem Volk und der demokratischen Entwicklung Nicaraguas zugute kommen und nicht Budgetmittel zur Finanzierung der Aufrüstung und des Revolutionsexports freisetzen.

In unseren politischen Kontakten mit den Führern Nicaraguas müssen wir unsere Sorge über den eingeschlagenen Weg klar aussprechen und vor den Folgen eines völligen Einschwenkens auf die Linie Kubas und Moskaus warnen. Valable Gesprächspartner hierfür sind aber nur die maßgeblichen Kommandanten der Revolution.

6) Die offene gegenseitige Identifizierung der Sandinisten und der revolutionären Oppositionsfront in El Salvador macht deutlich, welches die Konsequenzen eines Sieges der FDR/FMLN in El Salvador für die Entwicklung in Zentralamerika wären: Ein sich ausbreitender Revolutionsherd in unmittelbarer Nähe der westlichen Führungsmacht. Die Opposition gegen Somoza wurde von allen Gruppierungen des politisch-wirtschaftlichen Spektrums Nicaraguas geführt. Im Lauf von zwei Jahren haben die sich am Beispiel Kubas ausrichtenden sandinistischen Führer alle nicht-konformen pluralistischen Kräfte weitgehend ausgespielt und lassen deutlich einen totalitären Machtanspruch erkennen. Die linksrevolutionäre Front in El Salvador wird schon jetzt von bewaffneten extremistisch und totalitär ausgerichteten Kräften bestimmt, die sich noch dazu, anders als seinerzeit die Sandinisten, überwiegend auf terroristische Aktionen und Sabotageakte gegen die wirtschaftliche Infrastruktur konzentrieren. Bei einem Sieg der FMLN/FDR wäre eine zweijährige Schonfrist für die den Pluralismus ausmachenden Kräfte kaum zu erwarten.

Gorenflos

Referat 331, Bd. 127448

310

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd

VS-vertraulich **28. Oktober 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Kronprinz Fahd beim Arbeitsessen am 28. Oktober 1981 von 13.30 bis 15.30 Uhr im Bungalow

Am Arbeitsessen nahmen teil:

Die Bundesminister Genscher und Matthöfer, AM Saud al-Faisal, Wirtschafts- und Finanzminister Aba al-Khail, Geschäftsträger Motabbakani, Chef BK[2], AL 2[3], Dr. Hajjaj als Dolmetscher[4].

Bundeskanzler freut sich herzlich, daß der Kronprinz seine Rückreise zum Besuch in Bonn unterbrochen hat.[5] Er freut sich um so mehr, als er sehr bedauert hatte, den Kronprinzen nicht in Cancún[6] sprechen zu können. Der Besuch ist ein Zeichen der Freundschaft zwischen den Staaten und auch ihrer persönlichen Freundschaft. Er dankt dem Kronprinzen auch im Namen der Kollegen und heißt ihn sowie seine Begleiter herzlich willkommen.

Er fragt nach der saudischen Bewertung des Gipfeltreffens in Cancún, der Entwicklung der Weltwirtschaft in den kommenden 12 bis 18 Monaten, der Lage im Nahen und Mittleren Osten. Zum letzten Punkt weist er darauf hin, daß die Bundesregierung die acht Punkte Fahds[7] sehr gewürdigt und begrüßt hat.

Fahd bedauert, den Kanzler nicht in Cancún getroffen zu haben, und er freut sich sehr, ihn jetzt in so gutem Gesundheitszustand zu treffen. Er hat sich gefreut, in Cancún mit BM Genscher sprechen zu können, der nicht nur sein Nachbar während der Konferenz war, sondern der auch eine besonders wichtige Rol-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, gefertigt und am 29. Oktober 1981 an Ministerialdirigent Wallau mit dem Hinweis übermittelt, daß sie von Bundeskanzler Schmidt noch nicht genehmigt sei.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 29. Oktober 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 30. Oktober 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14095 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 2. November 1981 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Franke, Bundeskanzleramt, Änderungen des Bundeskanzlers Schmidt. Vgl. VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 2, 4, 9, 13, 16, 19–21, 28, 30–32 und 34–36.

2 Manfred Lahnstein.
Die Wörter „Chef BK" wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Vgl. Anm. 1.

3 Otto von der Gablentz.

4 Die Wörter „als Dolmetscher" wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Vgl. Anm. 1.

5 Der saudi-arabische Kronprinz Fahd hielt sich am 28. Oktober 1981 in der Bundesrepublik auf.

6 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.
Zur Erkrankung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. Dok. 305, Anm. 3.

7 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

le beim Zustandekommen der Kompromißlösung über die Globalverhandlungen[8] gespielt hat.

Wenn das Ergebnis auch nicht den Erwartungen aller EL entsprechen wird, so ist die Einigung unter den politischen Führern der drei[9] Staatengruppen grundsätzlich positiv zu werten. Die Konferenz war ein Schritt in die richtige Richtung. Es kommt jetzt darauf an, die Ergebnisse der Konferenz, auch wenn sie nicht schriftlich fixiert werden konnten[10], in die Tat umzusetzen. Saudi-Arabien wird sich dafür einsetzen, daß die EL die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Nur so kann ihre weitere Entwicklung und ihre Unabhängigkeit gesichert werden. Sonst würden diese Staaten in den Sog der sowjetischen Propaganda geraten, die ein Instrument der bekannten imperialistischen Politik der SU bleibt.

Saudi-Arabien ist in diesem Rahmen sowie auf dem Wege über internationale Fonds, eigene nationale Fonds oder direkte Hilfe bereit, den EL die notwendige Hilfe zukommen zu lassen. Es zahlt zur Zeit bereits jährlich vier Milliarden Dollar, d. h. 40% der gesamten OPEC-Hilfe, an die EL.

Bundeskanzler: Er bedauert, daß BM Genscher in der heutigen Kabinettsitzung nicht über Cancún hat berichten können, da man den ganzen Vormittag mit der Lösung unserer akuten Haushaltsfragen verbringen mußte.[11] In unserem Haushaltsentwurf[12] ist viel gekürzt worden, aber nicht die Entwicklungshilfe, die[13] sich der Höhe nach mit der saudischen nicht messen kann.

Fahd hofft, daß Cancún zu greifbaren Ergebnissen führen wird und die Teilnehmer ihre Verpflichtungen, auch wenn sie nicht niedergeschrieben wurden, einhalten werden. Er legt großen Wert auf Konsultationen und engen Gedankenaustausch mit der Bundesregierung, da beide Staaten bei ihrer Entwicklungshilfe keine politischen Ziele verfolgen außer Hilfe zur Entwicklung und zur Wahrung der Unabhängigkeit.

Zur Lage in der Weltwirtschaft möchte er, da er nicht Wirtschaftswissenschaftler ist, seine Vorstellungen zur Ölpreis-Entwicklung erläutern. Man kann auf diesem Gebiet keine stabile Lage erwarten, weil auch die Industriegüterpreise

8 Zur Einigung über einen Text zu den Globalen Verhandlungen für die Erklärung der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 315, Anm. 27.

9 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt gestrichen: „großen". Vgl. Anm. 1.

10 Die Ergebnisse der Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 in Cancún wurden von Präsident López Portillo und Ministerpräsident Trudeau am 24. Oktober 1981 bekanntgegeben. Für den Wortlaut des Berichts vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 94–98.

11 Am 26. Oktober 1981 einigten sich führende Vertreter von SPD und FDP in einem Koalitionsgespräch darauf, die gegenüber dem Entwurf des Haushalts 1982 durch Mehrbelastungen und voraussichtliche Steuermindereinnahmen entstandene Finanzierungslücke von ca. 7,8 Mrd. DM überwiegend durch Gewinne der Bundesbank sowie Kürzungen in Höhe von 1 Mrd. DM auszugleichen. Vgl. dazu den Artikel „Die Koalition kürzt nur eine Milliarde"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. Oktober 1981, S. 1.
Das Kabinett billigte am 28. Oktober 1981 die Maßnahmen, nahm jedoch einige der vorgesehenen Kürzungen, etwa bei der Ausbildungsförderung und im Verteidigungshaushalt, zurück. Vgl. dazu den Artikel „Neue Kompromisse zum Haushaltskompromiß"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 29. Oktober 1981, S. 1.

12 Zu den beabsichtigten Kürzungen im Entwurf für den Haushalt 1982 vgl. Dok. 252, Anm. 41.

13 Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzlers eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „auch wenn sie". Vgl. Anm. 1.

steigen. Der jahrelange Kampf der Saudis gegen die Ölpreiserhöhung ist bekannt.[14] Saudi-Arabien wird bei der bevorstehenden OPEC-Tagung ein Einfrieren des Ölpreises für zwei Jahre zu erreichen suchen.[15] In den zwei Jahren muß man dann versuchen, zu einer gewissen Stabilisierung der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu gelangen. Ob Saudi-Arabien sein Ziel erreicht, hängt nicht nur von ihm ab. Es muß sich mit den anderen OPEC-Staaten abstimmen. Außerdem wäre wesentlich, daß die IL parallel dazu die Preissteigerungen[16] für die Industriegüter reduzieren. Das würde auch die Position Saudi-Arabiens im OPEC-Lager stärken. Sonst ist zu befürchten, daß steigende Industriepreise zur automatischen Erhöhung der Ölpreise führen und umgekehrt.

Die Industrieländer müssen sich nicht nur mit den ständigen Lohnforderungen der Arbeiter auseinandersetzen, sondern auch damit, daß in einigen Ländern wie zum Beispiel in Großbritannien die Motivation zur Arbeit und zur Übernahme von Verantwortung für die gesamte Gemeinschaft verlorengeht.

Die Ermordung Sadats[17] hat ihn sehr getroffen. Mubarak verfügt über Fähigkeit und Flexibilität, das Staatsschiff zu steuern. Er wird hoffentlich in der Lage sein, die innenpolitischen Probleme zu meistern. Die Ermordung Sadats war vermutlich nicht nur das Werk von Einzelgängern. Die Täter wurden von außen mit Geld und Ideen unterstützt. Die Vorgänge in Assiud zeigen, daß die Dinge im Innern komplizierter liegen.[18] Die Saudis verfolgen die Entwicklung in Ägypten mit größtem Interesse. Eine politische Veränderung in Ägypten liegt weder im Interesse der Welt noch in dem der Araber, da sie nur zu größerem kommunistischem Einfluß führen kann oder[19] zu einem moslemischen Extre-

14 Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, informierte am 26. Oktober 1981, Saudi-Arabien verfolge „eine maßvolle Preispolitik, weil es – selbst eng mit westlicher Wirtschaft und Währung verflochten – die wirtschaftlichen und politischen Folgen von zu großen Preissprüngen fürchtet. Auch hat es eine Steigerung der Öleinnahmen weniger nötig als die volkreichen OPEC-Mitglieder. Im Zusammenhang mit der von ihm verfolgten Langzeitstrategie strebt es vielmehr eine Formel für zukünftige Preissteigerungen an, die die Entwicklung der Industriegüterpreise sowie Wechselkursfluktuationen einfängt und darüber hinaus reale Preisanhebungen vorsieht, die sich an der Entwicklung des BSP in den Industriestaaten orientieren." Vgl. den Schriftbericht Nr. 701; Referat 311, Bd. 137696.

15 Am 29. Oktober 1981 fand in Genf eine außerordentliche Ministerkonferenz der OPEC-Mitgliedstaaten statt, auf der der Preis für ein Barrel Rohöl der Marke „Crude Arabian Light" auf 34 Dollar für die Zeit bis Ende 1982 festgelegt wurde. Ferner wurde „eine Reihe von Parametern (Qualität, Schwefelgehalt, Transportkosten) bestimmt, welche die Berechnungen von Aufschlägen auf den Richtpreis ermöglichen sollen". Hinsichtlich der Produktionshöhe „wurde Übereinkunft erzielt, die Gesamtproduktion der OPEC-Staaten auf bisheriger Höhe beizubehalten. Unterhalb dieses Plafonds werden jedoch Umschichtungen akzeptiert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1929 des Gesandten Lang, Genf (Internationale Organisationen), vom 30. Oktober 1981; Referat 405, Bd. 126883.

16 Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Preise". Vgl. Anm. 1.

17 Zur Ermordung des Präsidenten Sadat am 6. Oktober 1981 vgl. Dok. 289.

18 Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 9. Oktober 1981, daß es am Vortag „in der 600 km südlich von Kairo liegenden Stadt Assiud zu bewaffneten Überfällen moslemischer Fundamentalisten auf das lokale Quartier des Sicherheitsdienstes, das Polizeikommissariat und auf Polizisten vor einer Moschee" gekommen sei, bei denen 13 Personen getötet worden seien. Hille legte weiter dar: „Assiud mit 40 Prozent Kopten war stets ein Ort der religiösen Spannungen. Die Moslembruderschaft und ihr Universitätsableger waren dort seit langem besonders stark. […] Wie im Anschluß an die Maßnahmen Sadats vom 3.9.1981 vorhergesagt, ist die Moslembruderschaft bestens vorbereitet in den Untergrund gegangen. Ihre Gewaltbereitschaft ist durch die Maßnahmen der Regierung gestiegen und die Kontrolle über sie erschwert worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1590; Referat 310, Bd. 135666.

19 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt gestrichen: „gar". Vgl. Anm. 1.

mismus wie dem Khomeinis. Ägypten ist mehrheitlich ein islamischer Staat. Einige Kräfte (Islam und Christen)[20] mißbrauchen die Religion zu politischen Zwecken. Islam und Christentum sind aber im Grunde tolerante Religionen und verbieten es uns[21] zu töten.

Er unterstreicht noch einmal, daß den Saudis die Stabilität Ägyptens am Herzen liegt. Sie glauben, daß Mubarak die inneren Probleme lösen kann, wenn sie nicht doch tiefer verwurzelt sein sollten, als man jetzt annimmt. Ägypten braucht dabei die Unterstützung der USA und Westeuropas. Beide müssen auf Israel Druck ausüben, damit Mubarak durch rechtzeitige Rückgabe des letzten Teils des Sinai seine politische Stellung auch unter den Arabern festigen kann. Das ist um so notwendiger, als er sich von Anfang an zur Fortführung des Camp-David-Prozesses[22] bekannt hat. Israel darf dem neuen Präsidenten nicht durch Verzögerung oder Verhinderung der Rückgabe neue Probleme schaffen.

Nach dieser Stellungnahme zu den vom Kanzler genannten drei Punkten betont er, daß er und seine Mitarbeiter auch über alle anderen den Kanzler interessierenden Fragen offen sprechen wollen. Dies ist eine Beratung unter Freunden.

Bundeskanzler dankt dem Kronprinzen. BM Genscher und er sind völlig einverstanden mit dem, was er vorgetragen hat. Wir sind uns auch der besonders herausgehobenen verantwortungsbewußten Rolle Saudi-Arabiens in der Ölpolitik, bei der Entwicklungshilfe und in der internationalen Finanzpolitik völlig bewußt.

Die Bemerkungen des Kronprinzen über die Industriepreise sind leider wahr. Ihr Anstieg ist eine Folge der Inflation, die von den verantwortlichen Politikern nicht früh genug bekämpft wurde. Wir haben uns sehr bemüht, die Preise zu dämpfen, auch unter Inkaufnahme von Arbeitslosigkeit und von realen Lohnsenkungen. Wir werden das auch noch eine gewisse Zeit in Kauf nehmen müssen. Er bittet BM Genscher, über unsere Beurteilung von Cancún und seine Verwirklichung zu sprechen.

Genscher betont, daß in Cancún ein neues Gespräch zwischen den drei Ländergruppen entstanden ist. Allen war bewußt, daß ein Scheitern nicht nur einen Rückschlag im Nord-Süd-Verhältnis bedeutet hätte, sondern auch einen Triumph für die Sowjetunion, die in einer Reihe sehr nervöser Pressekommentare ihre Unzufriedenheit über das Zustandekommen dieses Gipfels zum Ausdruck gebracht hat.

In der Substanz war wichtig, daß sich die Diskussion auf Ernährungs- und Energiefragen konzentrierte. Er würdigt die Bereitschaft der Saudis, am Energiedialog mitzuwirken und sich für eine Energietochter der Weltbank einzusetzen.[23] Sie ist wichtig, damit die EL ihre eigenen Energiequellen voll nutzen können. Die Zustimmung der USA und die Tatsache, daß Reagan mit allen Delegations-

20 Die Wörter „(Islam und Christen)“ wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Vgl. Anm. 1.

21 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt gestrichen: „zum Beispiel“. Vgl. Anm. 1.

22 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

23 Zum Vorschlag der Gründung einer „Energiebank“ vgl. Dok. 198, Anm. 97.

führern gesprochen hat, tragen zu einem neuen Verhältnis der USA zur Dritten Welt bei, das sich auch auf die Weltpolitik positiv auswirken wird. Insgesamt hat der Gipfel von Cancún das gebracht, was man bei realistischer Einschätzung erwarten konnte. Es kommt jetzt darauf an, daß in jeder der drei Ländergruppen verwirklicht wird, was man gemeinsam erarbeitet hat. Wir werden das in der EG tun und dabei an einem Strang mit Frankreich ziehen, aber auch mit Großbritannien auf der Grundlage dessen, was MP Thatcher in Cancún gesagt hat.[24]

Wir sind wie die Saudis überzeugt, daß man Mubarak helfen muß. Erst wenn er nach dem Friedensvertrag den Rest des Sinai zurückerhält, ist seine Bewegungsfreiheit zur Wiederannäherung an die übrigen Araber wiederhergestellt. Er erinnert daran, daß er bereits in Cancún die Verbindung dieser Frage mit der Teilnahme von Westeuropäern an der Friedenstruppe[25] betont hat. Die Europäer, die zur Teilnahme eingeladen wurden, müssen mithelfen, damit Israel keinen Vorwand erhält, aus dem Vertrag auszusteigen.[26] Diese Teilnahme bedeutet nicht eine Änderung der europäischen Position zum Camp-David-Prozeß. Es geht nur darum, daß Begin keine Ausflucht erhält, die Rückgabe zu verzögern oder zu verhindern.[27]

Matthöfer berichtet über unsere Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten im eigenen Land. Das Kabinett hat sich heute morgen mit den finanziellen Folgen der deutlich schlechteren Wirtschaftseinschätzung für 1982 befassen müssen. Wir rechnen statt mit 2,5% nur noch mit 1% realem Wachstum und einer Arbeitslosigkeit von 1,6 Mio. statt 1,4. Wir werden neben Japan mit 4,5% die niedrigste Preissteigerungs-Rate aller IL erreichen. Das wird die Ausfuhr stärken, die allerdings in Deutschland nicht nur vom Preis, sondern auch von der Qualität und Lieferzuverlässigkeit abhängt.

24 Für die Rede der Premierministerin Thatcher am 23. Oktober 1981 in Cancún vgl. Unterabteilung 34, Bd. 141075.

25 Zur geplanten multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 252, Anm. 52.

26 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit teilte Staatsminister Corterier, z. Z. Brüssel, am 26. Oktober 1981 mit, daß Bundesminister Genscher die Frage einer „Multinational Force and Observers" (MFO) für den Sinai am 22. Oktober 1981 am Rande der Nord-Süd-Gipfelkonferenz in Cancún mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien) und Cheysson (Frankreich) besprochen habe. Genscher habe zugesagt, daß die Bundesregierung „für den Fall, daß GB, F, I sich zur Teilnahme an MFO entschließen sollten, sich für eine begleitende Zehner-Erklärung, deren Text von der Präsidentschaft noch vorzubereiten ist, einsetzen würde." Stabreit fuhr fort: „Die Zehn haben ein elementares Interesse an der Festigung der Position Präsident Mubaraks und der termingerechten Abwicklung des ägyptisch-israelischen Friedensvertrags einschließlich Räumung Restsinai April 1982. Die Räumung hat die Aufstellung der o. a. Streitmacht zur Voraussetzung." Vgl. den Drahterlaß Nr. 44; VS-Bd. 11080 (200); B 150, Aktenkopien 1981.

27 Am 5. November 1981 nahm Botschafter Freiherr von Stein, Djidda, Stellung zu den Äußerungen des Bundesministers Genscher: „1) Saudis begrüßen jede Aktion, die Rückgabe besetzten arabischen Territoriums durch Israel förderlich ist. Sie teilen auch die Auffassung des Herrn BM, daß Mubarak seine Bewegungsfreiheit zur Wiederannäherung an die übrigen Araber erst durch und nach Räumung des restlichen Sinai zurückerhält. Sie werden deshalb von sich aus nichts unternehmen, um die Beteiligung der Europäer an der Friedenstruppe zu inhibieren. 2) Da die Saudis aber den Standpunkt der Mehrheit der arab[ischen] Staaten, wonach die Teilnahme an der Friedenstruppe als aktive Beteiligung am Camp-David-Prozeß ausgelegt werden müsse, nicht ignorieren können, sehen sie sich nicht in der Lage, diese Teilnahme auch nach außen hin zu billigen." Vertreter der amerikanischen und britischen Botschaften in Djidda seien vom saudi-arabischen Außenministerium deshalb „dringend" gebeten worden, „von jeder offiziellen Anfrage zur saudischen Haltung abzusehen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 835; VS-Bd. 11140 (310); B 150, Aktenkopien 1981.

Die voraussehbare starke Reduzierung unseres Leistungsbilanzdefizits wird ihre positiven Auswirkungen auf den Wechselkurs der D-Mark haben. Wir hoffen, daß es nicht zu erratischen Fluktuationen des Wechselkurses kommt, daß aber die D-Mark gegenüber dem Dollar den verlorenen Boden wiedergewinnt und daß es zu einem stabilen realistischen Wechselkurs kommt, der für den Dollar etwa unterhalb dem jetzigen DM-Gegenwert liegt.

Bundeskanzler zeigt sich besorgt über die wirtschaftliche Entwicklung in den USA. Arbeitslosigkeit und Preise werden steigen, die Zinsen voraussichtlich nicht rechtzeitig gesenkt. Es muß unser Bestreben sein im nächsten Jahr, uns von dieser negativen Entwicklung so weit wie möglich abzukoppeln. Das kann nur teilweise gelingen, weil u. a.[28] die britische und französische Entwicklung mit hohen Haushaltsdefiziten, der Preis- und Zinsentwicklung ebenfalls zu Besorgnissen Anlaß gibt.

Er möchte gerne noch auf die Bemerkungen des Kronprinzen über die Sowjetunion eingehen, denen er in der Tendenz zustimmt. GS Breschnew wird im nächsten Monat Bonn besuchen.[29] Eins der Hauptthemen wird sein unser außerordentliches Interesse an der Reduzierung nuklearstrategischer Waffen, die europäische Ziele bedrohen. Mit ihren mobilen, mit Dreifach-Sprengköpfen versehenen SS-20 hat die SU ein großes Übergewicht erreicht. Er wird GS Breschnew sagen, daß wir uns im Bündnis dafür einsetzen werden, daß diese Art von eurostrategischen Waffen auf Null reduziert werden sollen. Ebenso wie die Westeuropäer werden auch die Anrainer des Mittelmeers und die Staaten des Nahen und Mittleren Ostens von diesen Raketen politisch bedroht. Daher sollte die SU nicht nur von den Westeuropäern, sondern auch von den anderen Staaten, die durch diese 3000 bis 4000 Kilometer weit reichenden Raketen bedroht werden, publizistisch und psychologisch unter Druck gesetzt werden. Seine Sorge ist weniger, daß ein Nachfolger Breschnews auf den Abschußknopf drücken könnte, sondern daß es mit Hilfe dieser Waffen zu einer politischen Nötigung ausgesuchter Staaten kommen kann.

Fahd betont, daß der Westen das Gleichgewicht der Kräfte wiederherstellen muß, wenn die SU nicht auf die logische Forderung nach Reduzierung dieser Waffen eingeht. Auch er ist allerdings der Auffassung, daß eine Reduzierung der sowjetischen Raketen besser wäre.

Bundeskanzler betont, daß wir bereit sind, amerikanische Mittelstreckenraketen bei uns zu stationieren, falls die Sowjetunion nicht zu einer Reduzierung bereit ist. Dagegen gibt es verständlichen Widerstand der Bevölkerung in unserem Lande, in dem schon heute mehr als 5000 amerikanische Nuklear-Sprengköpfe stationiert sind, die zwar keineswegs[30] so weit reichen wie die SS-20, aber doch[31] 5000 Ziele für sowjetische Nuklearwaffen darstellen. Nirgendwo auf der Welt gibt es eine so hohe Konzentration von Nuklearwaffen wie in un-

28 Die Wörter „u. a." wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Vgl. Anm. 1.

29 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

30 Die Wörter „zwar keineswegs" wurden auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nicht". Vgl. Anm. 1.

31 Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „zumindest". Vgl. Anm. 1.

serem kleinen Lande. Wir ertragen das und werden das auch in Zukunft ertragen. Aber wir wünschen[32], daß auf beiden Seiten Ernst gemacht wird mit der Reduzierung. Denn dieser Zustand macht unserem Volk seelische Beschwerden.

Er betont auf Frage Fahds, ob die Sowjetunion die Überlegenheit, die sie im Bereich der eurostrategischen Waffen erreicht hat, auch auf andere Bereiche erstrecken wird, daß die SU dieses Ziel schon aus ökonomischen Gründen gegenüber der USA nicht erreichen wird. Ein Rüstungswettlauf wird, wenn es ums Geld geht, stets von der USA gewonnen werden. Aber man muß auch den geographischen Faktor berücksichtigen. Mit ihrer konventionellen Überlegenheit im Herzen Europas hat die SU bereits eine Überlegenheit in der Region. Ähnliches gilt für die Regionen südlich der Sowjetunion von Europa bis Südostasien.

Er weist auf das hohe Lebensalter der politischen Führer in der SU hin. Sie werden in den nächsten Jahren von Personen abgelöst werden, die wir nicht kennen und die die weltpolitischen Instrumente eines Weltimperiums in die Hand bekommen, obwohl sie nicht auf diese Aufgabe vorbereitet sind, mit der sie bisher noch nichts zu tun gehabt haben.

Fahd fragt, ob sich die USA mit der Rolle eines bloßen Zuschauers begnügen wird, wenn die SU ihre eurostrategischen Waffen gegen Westeuropa einsetzt. Er hält es für unwahrscheinlich, da sie wissen müssen, daß sie dann die nächsten unmittelbaren Opfer sind.

Bundeskanzler weist darauf hin, daß die jüngsten, nicht sehr sorgfältig abgewogenen Bemerkungen Präsident Reagans zu dieser Frage auf unser Betreiben sofort in dem Sinne interpretiert wurden[33], den Fahd ansprach. Die eigentliche Gefahr liegt nicht darin, daß die SU tatsächlich militärischen Gebrauch von den eurostrategischen Waffen macht – dann können wir uns auf den amerikanischen Beistand verlassen –, sondern darin, daß die SU einem einzelnen Land in subtiler Weise einen solchen Waffeneinsatz androht, ohne daß es wirklich dazu kommt. Auf Fahds Bemerkung, daß es für den bedrohten Staat dann nur die Möglichkeit gibt, seine Freunde um tatsächliche Hilfe zu bitten oder zu kapitulieren, betont er, daß wir daher auch an einer engen und unverbrüchlichen Freundschaft mit der USA festhalten, damit kein sowjetischer Führer auf die Idee kommen kann, solche Drohungen auszusprechen.

Genscher weist darauf hin, daß 300 000 amerikanische Soldaten in Deutschland diesen Beistand mit ihrem Leben garantieren. Die eigentliche Gefahr sieht er für die Gebiete, in denen die SU sich eine Machtausweitung ohne direktes militärisches Risiko leisten kann, wie zum Beispiel in Afghanistan. Unsere ganze Strategie der Abschreckung zielt auf die Verhinderung eines Krieges, darauf, der SU zu sagen, daß sich ein Krieg für sie nicht lohnen kann.

Fahd stimmt zu und bemerkt, daß die SU dann aber genau wissen muß, wo sie die objektiven Interessen des Westens berührt. Es gibt dabei bestimmte Gebie-

32 Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „würden es sehr gerne sehen". Vgl. Anm. 1.

33 Vgl. dazu die Ausführungen des Präsidenten Reagan am 16. Oktober 1981 vor Pressevertretern in Washington; Dok. 304, Anm. 5.
Vgl. dazu ferner seine Äußerungen am 21. Oktober 1981; Dok. 305, Anm. 7.

te, wo die Interessenlage des Westens nicht so eindeutig definiert ist wie in Westeuropa. Hinzu kommt, daß die amerikanischen Präsidenten im Gegensatz zu europäischen Regierungschefs auch ohne gründliche weltpolitische Erfahrung ihr Amt antreten können. Sie finden oft erst nach zweijähriger Amtszeit wirklichen Zugang zum Verständnis außenpolitischer Fragen und schrecken dann oft vor entsprechendem Handeln zurück, weil sie sich schon Gedanken über Neuwahlen machen.

(Bundeskanzler: Sie haben den Nagel auf den Kopf getroffen.)

Er hat selbst diese Erfahrung mit allen amerikanischen Präsidenten von Nixon bis Reagan gemacht. Er hofft, daß Reagan jetzt schneller zum Verständnis der weltpolitischen Lage finden wird.

Bundeskanzler glaubt, daß Reagan schneller zu diesem Verständnis finden wird als zum Beispiel Carter. Er hat mit Ford gute Erfahrungen gemacht.

Fahd: Auch er hat ein Gefühl der Bewunderung für Reagan entwickelt und war sehr beeindruckt von seinem offenen und flexiblen Auftreten in Cancún. Für seinen Vorgänger gilt das arabische Sprichwort: Er hat weder den Freunden geholfen noch den Feinden geschadet.

Bundeskanzler: BM Genscher und er bemühen sich, in der sozial-liberalen Regierungskoalition seit zwölf Jahren für alle Freunde berechenbar zu handeln und keinen mit Meinungsänderungen zu überraschen. Das gilt auch für mögliche Gegner wie die Sowjetunion. Im Verhältnis zu Saudi-Arabien haben wir das Gefühl, einander gut zu kennen und die Grundlinien der Politik des anderen voraussehen zu können. Es gibt andere Länder in der Region, von denen wir das nicht sagen können, zum Beispiel auch Israel. Wir haben auch in Israel Freunde, aber die offizielle[34] Politik ist für uns nicht in derselben Weise voraussehbar. Daher legen wir so großen Wert auf die Ratschläge, die er vorhin vom Kronprinzen erbeten hat. Wir sind uns einig, daß wir Mubarak helfen müssen, seine Politik der Rückgewinnung des gesamten Sinai zum Erfolg zu führen und damit auch den arabischen Staaten die Chance zu geben, wieder näher aneinanderzurücken. So hat er die Auffassung des Kronprinzen verstanden. So jedenfalls ist die unsere.

Fahd geht auf eine Bemerkung des Bundeskanzlers ein und betont, daß er an der Politik Sadats [35]auszusetzen hatte[36], daß er sie geführt hat, ohne sich mit seinen arabischen Brüdern abzustimmen. Er kennt Mubarak sehr gut und wünscht ihm jeden Erfolg. Wenn es zur Rückgabe des Restes des Sinai kommt, sieht er die Möglichkeit, daß Mubarak dann konstruktive Vorstellungen zur Wiederherstellung der arabischen Einheit entwickelt.

Bundeskanzler versichert dem Kronprinzen, daß er in Bonn bei der ganzen Bundesregierung mit sehr großer Aufmerksamkeit für alles rechnen kann, was er mit uns beraten, besprechen und was er uns raten möchte. Wir hoffen unserer-

34 Der Passus „auch in Israel … die offizielle“ ging auf Änderungen des Bundeskanzlers Schmidt zurück. Vorher lautete er: „in der Region auch andere Freunde, deren“. Vgl. Anm. 1.

35 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt gestrichen: „nur“. Vgl. Anm. 1.

36 Dieses Wort wurde auf Weisung des Bundeskanzlers Schmidt eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „hat“. Vgl. Anm. 1.

seits, daß auch wir immer Gelegenheit haben werden, bei den Saudis anzufragen. Das gute Zusammenspiel mit Riad hat ihm selbst sehr geholfen, die Welt besser zu verstehen und unsere deutsche Rolle besser zu spielen.

Fahd dankt dem Bundeskanzler und unterstreicht, wie glücklich er ist, hier in Bonn mit Freunden zusammenzutreffen. Das gute Verhältnis zwischen den beiden Staaten hat keinen vorübergehenden, sondern einen dauernden Charakter. Das gegenseitige Vertrauen und die große Offenheit füreinander sollte nicht nur für die bilateralen Beziehungen, sondern auch für das weltpolitische Handeln der Saudis und der Deutschen nutzbar gemacht werden.

Als letzten Punkt möchte er, weil die Presse häufig darüber spricht, die Frage der Waffenlieferungen anschneiden. Er möchte wiederholen, was er dem Bundeskanzler bereits in Riad[37] gesagt hat: Es wird die bilateralen Beziehungen nicht stören, wenn es nicht zu einer entsprechenden positiven Entscheidung kommt. Das saudische Interesse an Waffenlieferungen bleibt bestehen für den Fall, daß sich die Umstände ändern. Er möchte aber die Bundesregierung in keiner Weise in Verlegenheit bringen.

Bundeskanzler versichert, daß sich BM Genscher und er selbst große Mühe geben, zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Unser Problem ist nicht mit dem der AWACS-Lieferung durch die USA[38] zu vergleichen. Es besteht darin, daß der Bundestag grundsätzlich keine Waffenlieferungen außerhalb des NATO-Bereichs zulassen möchte. Wir bemühen uns, Lieferungen nach Abwägung aller politischen Interessen auch außerhalb des NATO-Bereichs in engen Grenzen möglich zu machen.[39] Es geht um eine generelle politische Linie, nicht nur um die Lieferungen nach Saudi-Arabien. Es hat auch nichts mit dem besonderen Problem Israels zu tun. Er ist dem Kronprinzen sehr dankbar für das Verständnis, das er zum Ausdruck gebracht hat. Die Außenminister sollen, wie in Cancún besprochen, in dieser Frage Verbindung halten.

Er bittet, König Khalid seine herzlichen Grüße zu übermitteln. Er hat mit Freude gelesen, daß der König inzwischen das Krankenhaus hat verlassen können, weil die Untersuchung gute Ergebnisse gehabt hat.

Fahd übermittelt dem Bundeskanzler herzliche Grüße des Königs, mit dem er gestern Abend telefoniert hat. Er bestätigt die guten Nachrichten über das Befinden des Königs. Er dankt dem Bundeskanzler für die freundschaftliche Begegnung und betont noch einmal, daß er sich über jede Gelegenheit für ein erneutes Zusammentreffen, sei es in Deutschland oder in Saudi-Arabien, freuen wird.

37 Vgl. dazu das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem saudi-arabischen Kronprinzen Fahd am 28. April 1981; Dok. 119.

38 Zur amerikanischen Lieferung von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, an Saudi-Arabien vgl. Dok. 288, Anm. 12.
Der amerikanische Senat billigte die Lieferung am 29. Oktober 1981 mit 52 gegen 48 Stimmen. Dazu berichtete Botschafter Hermes am selben Tag: „Damit ist der Weg für die Administration zur weiteren Durchführung des Saudi-Arabien-Geschäfts frei, da nach dem negativen Votum des Repräsentantenhauses vom 14.10.81 nur eine ebenfalls ablehnende Stellungnahme des Senats die Verkaufsabsicht der Administration hätte blockieren können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4326; Referat 311, Bd. 137698.

39 Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 249.

Bundeskanzler und *Fahd* vereinbaren, daß sie selbst, die Außenminister und übrigen Mitglieder des Kabinetts miteinander engen Kontakt halten wollen.

VS-Bd. 14095 (010)

311

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlingensiepen

640-650.10-70/81 VS-vertraulich **28. Oktober 1981**

Herrn Staatssekretär[1]

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Rolle und Auffassungen der deutschen Gewerkschaften im Ost-West-Verhältnis

Bezug: Aufzeichnung vom 17. November 1980 – 640-650.10 POL[2]

Anlg.: 1[3]

Kurzfassung siehe Stellzettel!

1) Die Quellen

Die nachstehenden Ausführungen beruhen auf Gesprächen mit hochrangigen Gewerkschaftsfunktionären des DGB, der IG Metall und der ÖTV, die jeweils mit ost- und sicherheitspolitischen Fragen befaßt sind.

2) Die Ost-West-Strategie des DGB

Seit den Zeiten Konrad Adenauers und Hans Böcklers hat der DGB der Bundesregierung mit seinen Außenbeziehungen nie größere Schwierigkeiten gemacht. Man war im Gespräch. Seit 1969 vollzieht sich die Ost-West-Strategie des DGB und seiner Einzelgewerkschaften, voran der IG Metall, im wesentlichen analog der Ost- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung. Der DGB hat diese Politik immer mittragen und unterstützen wollen, übrigens auch die Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Dies führte im europäischen und internationalen Bereich, genauer gesagt im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB)

1 Hat Staatssekretär von Staden am 28. Oktober 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Zunächst StS L[autenschlager], erst dann b[itte] w[eiterleiten]."
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. Oktober 1981 vorgelegen.
Hat Staden am 31. Oktober 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sollte auch an unsere Botschaften in den RGW-Ländern in Europa gehen."
Hat Ministerialdirigent Bräutigam am 13. November 1981 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Schlingensiepen legte eine Aufzeichnung über „Die polnische Gewerkschaftsbewegung, ihre gesellschaftspolitischen Auswirkungen und ihre Bedeutung für die Gewerkschaftsbeziehungen in Gesamteuropa" vor. Vgl. Referat 640, Bd. 134248.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Kurzfassung der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schlingensiepen vgl. VS-Bd. 12450 (604); B 150, Aktenkopien 1981.

und dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), in denen der DGB die stärkste Kraft ist, dazu, daß die dortigen Mitgliedsverbände ebenfalls auf seine Linie eingestimmt werden konnten, manchmal bis hin zur eurokommunistischen italienischen CGIL[4].

3) Die Kontakte zu Ostblockgewerkschaften

Im Verfolg dieser politischen Linie hat der DGB Anfang bis Mitte der 70er Jahre Kontakt mit den offiziellen Gewerkschaftsverbänden in den WP-Staaten aufgenommen. Man wußte, daß auch in den staatlich gelenkten Gewerkschaften der Ostblockstaaten im Verborgenen echte gewerkschaftliche Traditionen fortlebten und gewerkschaftliche Interessen verborgen sind, zumal auch diese Organisationen rudimentär immer echte Gewerkschaftsfunktionen wahrgenommen haben. Der DGB nahm diese Verbindung auf, um gewisse, naturgemäß nur sehr begrenzte Einwirkungsmöglichkeiten im Ostblock zu gewinnen, um dort den Boden für den Kampf der Arbeiter für „Mitbestimmung zu verbessern helfen“ (so ein höherer IG Metall-Funktionär). Es geht dem DGB aber auch um Wirtschaftsförderung und damit um Arbeitsplätze. Dabei blieben sich der DGB und auch der IBFG sowie ihre Mitgliedgewerkschaften darüber klar und zogen ihre politischen Schlußfolgerungen daraus, daß sie von den staatlich gelenkten Gewerkschaften im Ostblock ideologisch getrennt sind. Deshalb haben sie gemeinsame Friedensappelle, Resolutionen zur Sicherheitsfrage, aber auch zu sozialen und sonstigen politischen Fragen, bisher immer abgelehnt.

4) Zur Gewerkschaftsideologie des Ostblocks

Für die Gewerkschaften im kommunistischen Machtbereich ist die marxistische Doktrin verbindlich, nach der eine kommunistische Partei Vorhut der Arbeiterklasse ist. Sie befindet sich im Besitz der Heilswahrheiten, ihrer Macht haben sich daher alle anderen gesellschaftlichen Kräfte, also auch die Gewerkschaften, zu fügen. Nach dieser Doktrin fällt also das Interesse der Kommunistischen Partei als Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen.

Die Ostblockgewerkschaften können Arbeitnehmerinteressen nur so lange vertreten, wie es der sie beherrschende Arbeitgeber, die KP, zuläßt.

5) Die Ostblockgewerkschaften in der Sicht des DGB

Das Verhältnis von kommunistischer Partei und Arbeitnehmerschaft im Ostblock wird im DGB und in der demokratischen westeuropäischen Gewerkschaftsbewegung als (verschleierter) Klassengegensatz angesehen, der etwa dem Verhältnis von „Arbeit und Kapital“ im europäischen Frühkapitalismus Mitte des 19. Jahrhunderts entspricht. Herr Loderer äußerte sich einmal im Blick auf Polen und Osteuropa zu dem Unterzeichneten: „Als Gewerkschafter sind wir dafür, daß die Arbeitnehmer sich auf die Dauer überall die gleichen Rechte erkämpfen, die wir heute, nach 100 Jahren, besitzen. Wir können auf die osteuropäischen Gewerkschaften nur wenig einwirken, die Mitbestimmung können sich die Gewerkschaften im kommunistischen Machtbereich und in der Dritten Welt nur selbst erkämpfen. Wir können nur fördern, wo es bereits eigene Initiativen gibt.“ Mitbestimmung ist hier im weitesten Sinne gemeint, nicht nur arbeitsrechtlich, sondern auch als Besitz der Menschenrechte und als politische

4 Confederazione Generale Italiana del Lavoro.

Mitsprache. Im Falle Polen haben die deutschen Gewerkschaften bewiesen, daß sie, wenn es zum Schwur kommt, auch nach dieser Maxime verfahren und freiheitliche Gewerkschaftskräfte im Ostblock unterstützen. So hat sich zuletzt der DGB-Vorsitzende Vetter bei seinem Moskau-Besuch[5] gegenüber seinen sowjetischen Kollegen deutlich für die Solidarność eingesetzt.

6) DGB und Solidarność

Das Problem Solidarność ist natürlich ein erschwerendes Moment in den Ostblockbeziehungen des DGB. Daß die Solidarność den Primat der KP bestreitet, ist für den Kommunismus ihr eigentlicher Sündenfall. Der Aufstand gegen dieses Postulat gibt den Aktivitäten der polnischen Gewerkschaftsbewegung erst den Charakter einer politischen Revolution.

Es ist undenkbar, daß dieses von Intellektuellen und Arbeiterschaft in den anderen kommunistischen Staaten nicht erkannt wird. Da auch dort die postulierte Einheit zwischen Arbeiterklasse und Partei die Quelle von politischer Unterdrückung und wirtschaftlichen Mißständen ist, wird das polnische Beispiel kaum ganz ohne langfristige Auswirkungen bleiben, zumal wenn es nicht gelingen sollte, die Bewegung zu unterdrücken. Die nervöse Reaktion der kommunistischen Eliten zeigt, daß sie ihre Macht seit 35 Jahren noch nie so nachhaltig bedroht gesehen haben wie durch diese polnische Revolution. Für die Entwicklung des europäischen Kontinents erscheint dies nach den Verhandlungen der Supermächte das wichtigste Faktum. Selbst wenn Solidarność durch eine sowjetische Invasion oder eine wirtschaftliche Katastrophe scheitern sollte, haben die polnischen Vorgänge Verrottung, Korruption und Schwäche kommunistischer Eliten für jedermann erwiesen. Für den DGB und die ihm befreundeten Organisationen entsteht also das – vielleicht noch nicht voll erkannte – Problem, daß er freundschaftliche Beziehungen zu einer Organisation unterhält, die erklärtermaßen die „sozialistische" Gesellschaft ihres Staates, nämlich Polens, verändern will und die mit ihrem Schreiben an die Arbeiter der übrigen WP-Staaten[6] offen erklärt hat, daß sie diese Veränderung nicht auf Polen beschränkt sehen will. Seit Herbst 1980 hat der DGB vorsichtig und ohne propagandistische Töne der Solidarność geholfen, laut einem Gewährsmann mehr als die übrigen europäischen demokratischen Gewerkschaftsbünde zusammen. Der DGB will diese Hilfe verstärken. Der DGB gibt sich dabei keinen Illusionen hin und glaubt nicht, daß das polnische Beispiel auch in absehbarer Zeit in

[5] Der DGB-Vorsitzende Vetter hielt sich vom 11. bis 13. Oktober 1981 auf Einladung des sowjetischen Gewerkschaftsverbandes in der UdSSR auf. Am 13. Oktober 1981 führte Vetter ein Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU. Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, teilte dazu am selben Tag mit, Breschnew habe in längeren Ausführungen fast ausschließlich die „sowjetische Friedenspolitik" behandelt: „Die Themen Polen, KSZE und andere Fragen der Dritten Welt oder des Nord-Süd-Kontextes wurden nicht behandelt und auch später nicht angesprochen." Vetter habe nach eigenem Bekunden Breschnew verdeutlicht, „daß die sowjetische Einflußnahme auf die ‚Friedensbewegung' in der Bundesrepublik Deutschland und die Versuche, die Bundesrepublik zu einem Abrücken von ihrem Bündnispartner USA zu veranlassen, die innen- und außenpolitische Position der Bundesregierung schwächen. Das aber könne auch nicht im Interesse der SU sein. Auf diesen Hinweis sei keine deutliche Reaktion erfolgt." Der DGB-Vorsitzende habe sich ferner für eine Beschleunigung der Familienzusammenführung ausgesprochen: „Hierzu gab es eine Reaktion Breschnews, die von Herrn Vetter als Anweisung an seine Umgebung verstanden wurde, diese Frage in positivem Sinne weiterzubehandeln." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5067; Referat 604, Bd. 130674.

[6] Für den Wortlaut der „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas" der Gewerkschaft „Solidarność" vom 9. September 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 103.

anderen Ostblockländern Schule machen könnte. Die Zustände in den einzelnen Ländern seien zu verkrustet und die Gewalt des Polizeistaates zu allgegenwärtig, als daß man auf Wandel hoffen könne. Lediglich in Ungarn lägen die Dinge anders.

Dort gibt es seit Jahren gewisse gewerkschaftliche Mitbestimmung, und die Gewerkschaften sind nicht mehr nur „Transmissionsriemen" der Staatspartei, sondern verfügen z. B. über erheblichen Einfluß in der Wirtschaftspolitik. Der Vorsitzende der Dachgewerkschaft, Gáspár Sándor, ist noch aus der ungarischen sozialdemokratischen Partei hervorgegangen und verhehlt diese Tradition vor westlichen Kollegen nicht. Die ungarischen Sozialverhältnisse sind – trotz eindeutiger Machtverhältnisse – soweit liberalisiert, daß die dortigen Gewerkschaften genügend Möglichkeiten zu einer echten Gewerkschaftstätigkeit haben und schon von daher den polnischen Weg ablehnen. Als einzige Gewerkschaften im Ostblock weichen die ungarischen andererseits bloßen Kontakten zu Solidarność bisher nicht aus.

Wenn der DGB keine Entwicklungsmöglichkeiten im Ostblock außerhalb Polens sieht, so ist aber zu fragen, ob diese Sicht der Dinge, für die allerdings die meisten Indizien sprechen, nicht doch zu starr ist. Schließlich pflegte der DGB kurz vor der Entstehung von Solidarność noch die Beziehungen zu den staatskonformen Branchengewerkschaften und sah trotz enger Kontakte die stürmische Entwicklung der polnischen gesellschaftspolitischen Verhältnisse so wenig voraus wie andere auch. Immerhin will der DGB auf alle gesellschaftspolitischen Möglichkeiten im Ostblock gerüstet sein.

7) Die Wałęsa-Einladung[7]

Von dem Wałęsa-Besuch erhofft sich der DGB unter anderem, daß die Solidarność ihre bisher „höchst lückenhaften Kenntnisse über die Bundesrepublik Deutschland und ihre Gewerkschaften" aufbessert. Es gebe Ressentiments, die darauf zurückgingen, daß „Gierek so gute Kontakte zum deutschen Staat" gehabt habe. Außerdem glaubten die Polen, die deutschen Gewerkschaften glichen den alten, mit dem Staat verfilzten polnischen Branchengewerkschaften, weil es auch hier Gewerkschafter gebe, die Minister seien. Eine Begegnung Wałęsas mit der Bundesregierung hält der DGB deshalb nicht unbedingt für wünschenswert. Dieses, obwohl er sich sagen müßte, daß Begegnungen mit westlichen Staatsmännern Wałęsas Stellung im Ostblock u. U. auch stärken könnte. Er würde sich gegen entsprechende Wünsche der Bundesregierung wohl kaum sperren.

8) Der DGB und Moskau

Ob die freundschaftliche Beziehung zu Solidarność die kollegialen Verbindungen des DGB zu den staatsloyalen Gewerkschaften der übrigen WP-Staaten stören wird, ist bisher nicht zu erkennen. Der DGB-Vorsitzende Vetter wurde

[7] Gesandter König, Warschau, berichtete am 28. Oktober 1981, daß sich seit dem 25. Oktober 1981 eine Delegation der Gewerkschaft „Solidarność" auf Einladung des DGB in der Bundesrepublik aufhalte. Vorgesehen waren Gespräche mit dem DGB-Vorsitzenden Vetter, in deren Verlauf auch ein Besuch des Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarność", Wałęsa, thematisiert werden solle. Auf dem Programm stünden ferner Unterredungen mit Vertretern der IG Bergbau und der IG Metall sowie ein Besuch beim Deutschlandfunk und im ehemaligen Konzentrationslager Dachau. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1611; Referat 214, Bd. 132912.

jedenfalls in der Sowjetunion mit allen Ehren empfangen und konnte im Gespräch mit seinem sowjetischen Kollegen Schibajew deutlich und unwidersprochen vor einer Invasion Polens warnen. Daß Breschnew Vetter empfing, zeigt, daß die Sowjets die deutschen Gewerkschaften für eine starke politische Kraft halten, mit der man rechnen muß. Es geht ihnen dabei nicht um die deutsch-polnischen, sondern die deutsch-sowjetischen Beziehungen.

Der Empfang bei Breschnew war von Vetter erbeten worden. Daß er zustande kam (Breschnew hat vorher keine ausländischen Gewerkschaftsführer empfangen), hängt sicher auch damit zusammen, daß einige Tage früher in Bonn die sogenannte Friedensdemonstration stattfand[8] und die Sowjets eine Geste machen wollten.

Wie auch die Rührigkeit der DKP im Gewerkschaftsbereich zeigt, erhoffen sich die Sowjets auf lange Sicht Einfluß auf die deutsche Gewerkschaftsbewegung, wobei gewisse radikale Unterströmungen, etwa bei der GEW oder einzelnen Vertretern des mittleren Managements, derartige Erwartungen nähren könnten.

9) Die Strategie in den internationalen Verbänden

Im ganzen gesehen, hat die demokratische Gewerkschaftsbewegung in Europa, und nicht zuletzt in der Bundesrepublik Deutschland, seit Kriegsende in der Ost-West-Auseinandersetzung eine loyale und stabilisierende Rolle für die Demokratie gespielt, die dazu beigetragen hat, den kommunistischen Einfluß auf die Arbeitnehmer Westeuropas zu schwächen.

Der DGB ist in den internationalen Gewerkschaftszusammenschlüssen wie EGB und IBFG besonders prinzipientreu und hat maßgeblich dazu beigetragen, sie vor kommunistischen Einflüssen zu bewahren. Bisher konnte er sich beispielsweise erfolgreich der Aufnahme kommunistisch beherrschter Verbände widersetzen, lediglich die Aufnahme der italienischen CGIL in den EGB ließ er zu, wegen ihrer betont eurokommunistischen und gegen die Sowjets und den Weltgewerkschaftsbund eingestellten Linie.

Kontakte: ja, gemeinsame Aktionen: nein, so heißt die Devise gegenüber der nationalen und internationalen kommunistischen Gewerkschaftsbewegung, was bedeutet, daß etwa von der sowjetischen Seite vorgeschlagene Kongresse oder Seminare über Friedenssicherung, Abrüstung etc. stets mit der Begründung abgelehnt wurden, dafür fehle die gemeinsame ideologische Basis. Mit Wałęsa scheint man dagegen eine gemeinsame Basis zu haben.

Zur Zeit bereitet die IV. Konferenz europäischer Gewerkschaften, eine für November geplante Veranstaltung im Rahmen der ILO[9], dem DGB Probleme, weil die Sowjets dort eine „alleuropäische Friedensresolution“ verabschieden lassen wollen. Der DGB beabsichtigt, um dieses zu verhindern, einen Entwurf zu zirkulieren, der u. a. den sowjetischen Rückzug aus Afghanistan fordert, um so den sowjetischen Plan zum Scheitern zu bringen.[10]

Außer der Abgrenzungspolitik in den internationalen Verbänden ist der DGB auch offensiv gegen kommunistische Gewerkschaftsmonopole vorgegangen, und

8 Zur Demonstration am 10. Oktober 1981 im Hofgarten in Bonn vgl. Dok. 287, Anm. 12.

9 International Labour Organization.

10 Der IV. Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) fand vom 19. bis 23. April 1982 in Den Haag statt.

zwar hauptsächlich in Spanien und Portugal. In beiden Ländern hatte die KP die Diktatur fast als einzige Widerstandsgruppierung organisatorisch unversehrt überstanden und konnte deshalb zunächst konkurrenzlos die Gewerkschaftsbewegung im eigenen Sinne wiederaufbauen. Der DGB, gestützt auf die Friedrich-Ebert-Stiftung, hat maßgeblichen Anteil am Aufbau einer demokratischen Gewerkschaftsbewegung in beiden Ländern, die den kommunistischen Einfluß zu einem guten Teil zurückdrängen konnte.

10) Zur künftigen Entwicklung der DGB-Strategie

Die Ostblockstrategie der Gewerkschaftsführung ist an der Basis ziemlich unbestritten, weil sie der weitverbreiteten Grundstimmung entspricht. Auch die Radikalen bekämpfen sie nicht, wenn man davon absieht, daß DKP-nahe Gewerkschafter gelegentlich dubiose gemeinsame Erklärungen in Osteuropa abgeben.

Parteigänger der kommunistischen Weltbewegung und DKP-Mitglieder sind etwa in der GEW zu finden, besonders in deren Hamburger und Berliner Sektionen, ferner in den Gewerkschaften Handel, Banken und Versicherungen sowie Holz und Papier. Die IG-Metall hat eine ziemlich kleine, aber auch sehr lautstarke radikale Minderheit, deren Vertreter teilweise im mittleren Management Einfluß haben und auf künftige Führungspositionen hoffen. Nicht nur die trotzkistischen Kräfte suchen aber Kontakt zu Solidarność und sehen diese als Verwirklichung ihrer Träume von Basis-Demokratie an, sondern auch die DKP-nahen Gewerkschafter, aus welchen Motiven auch immer. Dieses wird keine Auswirkungen haben, solange die heutige Führungsschicht der 60jährigen vom Schlage der Loderer, Kluncker und Vetter das Heft in der Hand haben. Die Herren Kluncker und Loderer betonen, daß sie das Dritte Reich erlebt haben, deshalb seither Gegner jeder wie auch gefärbten Diktatur sind, und daß der freiheitliche Verfassungsstaat nicht aufs Spiel gesetzt werden darf.

Die innenpolitische Linie des DGB, für die die Begriffe Tarifpartnerschaft und Mitbestimmung innerhalb des marktwirtschaftlichen Systems stehen und die daraus resultiert, daß sich die Gewerkschaften als staatserhaltende loyale Gesellschaftskraft der Bundesrepublik Deutschland verstehen, ist die Voraussetzung für die außenpolitische Strategie, die sich folgerichtig aus ihr ergibt.

Vorbedingung für die demokratische Haltung im Ausland ist also der innenpolitische Konsens. Wenn dieser auf irgendeine Weise gefährdet würde, hätte das auch Rückwirkungen auf die internationale Strategie. In der Führung des DGB und vielen Einzelgewerkschaften steht in den nächsten Jahren ein Generationswechsel bevor, von dem manche Gewerkschaftsexperten einen Linksruck erwarten. Unter diesem Vorzeichen könnte eine wachsende Wirtschaftskrise, vor allem aber steigende Arbeitslosenzahlen, die deutschen Gewerkschaften vielleicht bestimmen, ihre bisher an der Marktwirtschaft orientierten Auffassungen zu überdenken.

Zwar würden steigende Arbeitslosenzahlen die Gewerkschaften schwächen, da bei sinkendem Beschäftigungsangebot die Streikbereitschaft erfahrungsgemäß sinkt. Gerade das könnte aber wieder bisher latente radikale Strömungen fördern. Eine Radikalisierung der DGB-Gewerkschaften würde aber ihre innen- und außenpolitischen Vorstellungen verändern und damit auch dem Ostblock Einwirkungsmöglichkeiten schaffen, die er heute nicht hat.

Vermutlich werden aber auch in der Krise den Gewerkschaften genügend Widerstandskräfte bleiben, vor allem dann, wenn Staat und Parteien und andere gesellschaftliche Gruppen weiterhin engen Kontakt zu ihnen halten.

Die zukünftige Haltung der Gewerkschaften im Inland und gegenüber dem Ausland wird sicher auch davon beeinflußt werden, ob dieser Kontakt weiter so gepflegt wird wie bisher.

Schlingensiepen

VS-Bd. 12450 (604)

312

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu in Bukarest

29. Oktober 1981[1]

Vermerk über Gespräch BM mit rumänischem Präsidenten Ceauşescu am 29.10. 1981 um 11.30 Uhr OZ in Bukarest[2]

Teilnehmer: MDg Wallau; Frau Wachner (Dolmetscherin); AM Andrei; Dolmetscher Georgescu.

Nach einleitender Begrüßung bittet *Ceauşescu* zunächst BM, das Wort zu ergreifen. *BM* knüpft an den Meinungsaustausch der Präsidenten an.[3] Für uns stünde in diesem Zeitpunkt im Mittelpunkt unserer Bemühungen, darauf hinzuwirken, daß die verschiedenen Möglichkeiten eines Meinungsaustausches und der Verhandlungen zwischen West und Ost intensiv und verantwortungsvoll geführt würden. Unter diesem Aspekt messen wir diesem Staatsbesuch und den hier geführten Gesprächen große Bedeutung zu. Er glaube, daß jetzt die Konferenz in Madrid[4] unserer größten Aufmerksamkeit bedürfe. Bis Weihnachten verbliebe wenig Zeit; es sei jetzt jeder Tag zu nutzen zur Erzielung brauchbarer Verhandlungsergebnisse. Der Erfolg der Konferenz werde nicht zuletzt an der Einsetzung einer KAE gemessen werden. Die KAE mit dem Ziel, CBMs

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Wallau am 30. Oktober 1981 gefertigt. Dazu vermerkte er: „Von BM noch nicht gebilligt."

2 Bundesminister Genscher begleitete am 29./30. Oktober 1981 Bundespräsident Carstens bei dessen Besuch vom 26. bis 30. Oktober 1981 in Rumänien.

3 Bundespräsident Carstens und Präsident Ceauşescu führten am Abend des 26. Oktober 1981 ein Gespräch im Kreis der Delegationen sowie anschließend ein Vier-Augen-Gespräch. Am Vormittag des Folgetages fand ein weiteres Vier-Augen-Gespräch statt. Carstens und Ceauşescu führten darüber hinaus am 29. Oktober 1981 abends eine dritte Unterredung in Anwesenheit des Bundesministers Genscher und des rumänischen Außenministers Andrei sowie am 30. Oktober 1981 ein abschließendes Vier-Augen-Gespräch, gefolgt von einer Plenarsitzung. Für die Gesprächsprotokolle vgl. Referat 010, Bd. 178853.

4 Die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nahm ihre Arbeit am 27. Oktober 1981 wieder auf. Vgl. dazu Dok. 251.

in ganz Europa zu vereinbaren, werde eine völlig neue Qualität der West-Ost-Beziehungen schaffen. Er, BM, habe an der Eröffnung der Konferenz teilgenommen.[5] Nicht alle westlichen Staaten seien damals durch ihre Außenminister vertreten gewesen. Er zöge auch, falls notwendig, in Erwägung, noch einmal nach Madrid zu gehen. Er hoffe, die Konferenz besser beurteilen zu können, wenn Breschnew nach Bonn gekommen sei[6], aber er erhoffe sich schon jetzt von den Unterhaltungen hier mit dem Herrn Präsidenten und dem Herrn Außenminister Aufschluß darüber, ob eine Einigung möglich sein werde. Unter den vielen Gremien, in denen über Abrüstung und Rüstungskontrolle verhandelt werde, ragten im Augenblick zwei heraus: Über das eine sei soeben gesprochen worden. Das zweite seien die bevorstehenden Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen.[7] Über dieses Thema habe er am Rande der Generalversammlung in New York intensiv mit den Außenministern Haig[8] und Gromyko[9] gesprochen und es auch jetzt in Cancún erneut mit Präsident Reagan und Außenminister Haig[10] erörtert. BM schilderte sodann seine zahlreichen Begegnungen mit Präsident Reagan in Cancún. Aus den dabei geführten vielstündigen Gesprächen habe er den Eindruck gewonnen, daß die US-Administration an die Mittelstreckenverhandlungen mit großem Ernst herangehe. Er habe mit Reagan auch lange über den einen seiner Briefe an Breschnew gesprochen, einen ganz speziellen Brief, den Reagan kurz nach seiner Entlassung aus dem Hospital handschriftlich an Breschnew gerichtet habe.[11] Er, BM, habe seinerzeit den Brief in Fotokopie etwa am Tage seiner Übergabe gesehen. Es sei ein sehr persönlicher Brief gewesen, der anknüpfte an eine Begegnung Reagans mit Breschnew in Kalifornien, als Reagan dort noch Gouverneur war und Breschnew mit dem damaligen Präsidenten Nixon Kalifornien besuchte.[12] Reagan erinnerte in dem Brief daran, daß er seinerzeit Breschnew und Nixon gesagt habe, daß sie eine große Verantwortung trügen für die Zukunft der Welt. Breschnew habe damals Reagans beide Hände ergriffen und versprochen, alles zur Herstellung des Friedens zu tun. Hieran anknüpfend, habe Reagan ein sehr persönliches Angebot der Zusammenarbeit unterbreitet. BM sei nicht sicher, und man werde dieses auch im Gespräch mit Breschnew in Bonn aufgreifen, ob die sowjetische Reaktion auf diesen Brief so war, wie sie hätte sein sollen, denn es sei ein außerordentlicher Vorgang, daß ein amerikanischer Präsident sich in

5 Bundesminister Genscher besuchte Spanien am 13. November 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 322 und Dok. 323.

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

7 Die INF-Verhandlungen in Genf begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

8 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 22. September 1981 vgl. Dok. 265.

9 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 24. September 1981 vgl. Dok. 278.

10 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan und dem amerikanischen Außenminister Haig am 22. Oktober 1981 in Cancún vgl. Dok. 305.

11 Während seines Aufenthaltes im Krankenhaus aufgrund des Attentats vom 30. März 1981 schrieb Präsident Reagan im April 1981 einen handschriftlichen Brief an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew. Den Inhalt machte er in einer Rede vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington bekannt. Vgl. dazu PUBLIC PAPERS, Reagan 1981, S. 1062 f.

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 26. Juni 1973 in den USA auf.

einem mehrseitigen persönlichen Handschreiben an den ersten Mann der Sowjetunion wende. Wir seien daran interessiert, daß mehr als nur eine Korrespondenz zustande käme; wir würden uns eine Begegnung der zwei wünschen. Reagan habe das ernsthafte Ziel, Stabilität in der Welt zu schaffen. Wir als Europäer hätten das Ziel, daß das gelingt. Rumänen wie Deutsche wohnten in einem Bereich, wo sich zwei Bündnissysteme gegenüberstehen; unser Bedarf an militärischen Kraftproben sei gedeckt.

Bei den Mittelstreckenverhandlungen verfolgten wir das Ziel einer Null-Lösung, d. h. Beseitigung der sowjetischen Mittelstreckenraketen und Verzicht auf Raketenaufstellung im Westen. Uns und der Welt wollten wir ersparen, daß wir nachrüsten müssen; uns wollten wir ersparen, daß die sowjetischen Mittelstrekkenraketen uns bedrohen. Es gehe uns dabei aber auch noch um etwas Grundsätzliches, nämlich zu sehen, daß in einem bestimmten Waffenbereich es möglich sei, eine Begrenzung zu schaffen, um den Rüstungsprozeß umzukehren. Wenn dies einmal in einem bestimmten Waffenbereich gelinge, könne es zu einer Initialzündung werden für wirkliche Abrüstung in der Welt. Inzwischen ist die Null-Lösung zum gemeinsamen Verhandlungsziel des Westens geworden. Wir würden darüber breit mit Breschnew sprechen, auch wenn wir selbst nicht Verhandlungsführer seien. Natürlich werde sowjetische Seite sagen, daß nur modernisiert werde, eigentlich kein Übergewicht bestehe und im Falle der Reduzierung die SS-20 hinter den Ural verlegt werden würde. Hierzu wolle er, BM, folgendes ausführen:

Bei dem Besuch Breschnews 1978 in Bonn sei eine gemeinsame Erklärung abgegeben worden.[13] Diese Erklärung mit starkem politischen Inhalt war kein Kommuniqué, sondern das Ergebnis wochenlanger vorangegangener Verhandlungen. Er selbst habe die letzten Entscheidungen und Formulierungen mit dem damaligen sowjetischen Botschafter Falin in seiner Wohnung vorgenommen. Damals sei es um die Frage des Gleichgewichts gegangen. Zu der Zeit war das sowjetische Übergewicht bei den Mittelstreckenraketen schon bekannt, aber die Aufstellung der SS-20 habe gerade erst begonnen. Alles, was seither zusätzlich stationiert worden sei, habe das damals nicht ganz vorhandene Gleichgewicht zum Nachteil des Westens verschlechtert. Wir hätten uns damals mit dem Ungleichgewicht, wie es bestand, abgefunden. Aber als die Sowjetunion immer weiter rüstete, hätten wir die Nachrüstung beschließen müssen.[14] Er, BM, glaube, daß das sowjetische Verhalten ein schwerer Fehler sei.

Die Reichweite der SS-20-Rakete betrage rund 4500 km. Das bedeute, daß ihr Rückzug hinter den Ural nicht ausreiche. Die Raketen seien zu vernichten. Immer mehr außereuropäische Länder würden sich der Gefahr bewußt, die ihnen aus der Reichweite der Rakete erwachse. Seiner, BMs, Meinung nach stünden wir heute an einem Wendepunkt der West-Ost-Beziehungen. So besorgniserregend die Lage auf der einen Seite sei, so groß seien andererseits die Möglichkeiten, die Tendenz umzukehren. Deshalb sollten die kleineren Länder in den jeweiligen Lagern darauf hinarbeiten, daß es zu dieser Umkehr in der Tendenz

13 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.
Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f.

14 Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 5, Anm. 10.

komme. Hier sei er der Meinung, daß die Einsetzung einer KAE in Madrid und ehrliche und energische Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen Signale setzen könnten, die eine solche Umkehr einleiteten. Deutscherseits bestünde hier Hoffnung, in Präsident Ceauşescu einen „Verbündeten anderer Art" zu haben, weil wir wüßten, daß er mit zu denen gehöre, die bemüht seien, diese Vereinbarungen zustande zu bringen. Jeder könne auf seinem Platz im jeweiligen Bündnis viel tun; dies um so mehr, als nach seiner, BMs, Auffassung, die bilateralen Beziehungen dafür gute und vertrauensvolle Grundlage bildeten.

Ceauşescu dankte für die Darlegungen BMs. Auch er wolle seine Ausführungen in einem internationalen und bilateralen Teil aufnehmen. Ceauşescu erinnert daran, daß in dreieinhalb Monaten sich der Tag der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zum 15. Male jähre.[15] Rumänischerseits würden die Beziehungen zu Deutschland als recht gut eingestuft. Es gebe aber noch mehr zu tun, um diese Beziehungen noch besser und fruchtbarer zu gestalten.

Ceauşescu sieht die Konfrontation von zwei sich widersprechenden Tendenzen. Er glaube, die Tendenz, die Spannungsabbau wolle, herrsche vor. Die Kräfte aber, die verstärkt Aufrüstung verlangten, die nach einer Aufteilung von Interessenzonen trachteten, seien jedoch stark. Diese Tendenz würde nur zu Spannungsaufbau führen. Die Politik der Entspannung müsse wiederaufgenommen werden, für Zusammenarbeit müsse eingetreten werden, um die Unabhängigkeit der Völker zu achten und um Einmischung in innere Angelegenheiten auszuschalten, um Aufrüstung zu stoppen und um reale Lösungen zu finden. Dies gelte auch für eine neue Weltwirtschaftsordnung. Auch für Rumänien sei die Lage in Europa das Wichtigste. Hier stünden sich die beiden Militärblöcke gegenüber, hier seien die meisten militärischen Mittel konzentriert, einschließlich der Kernwaffen. Ihm schiene die gegenwärtige Konfrontation weniger zwischen den beiden Blöcken als zwischen den beiden Führern der beiden Blöcke zu herrschen. Es müsse alles daran gesetzt werden, um eine Politik im Sinne der Schlußakte von Helsinki[16] zu schaffen. In diesem Sinne würde auch rumänischerseits der Konferenz von Madrid besondere Aufmerksamkeit beigemessen. Einige, wenn auch nicht sehr bedeutsame Fortschritte, habe es auf dieser Konferenz bereits gegeben. Das wesentliche Ergebnis jedoch, die Einberufung einer KAE, sei noch nicht erreicht.

Er glaube, das sowjetische Angebot zur geographischen Erstreckung[17] sei ein sehr entgegenkommender sowjetischer Schritt gewesen. Es sei klar, daß die SU nichts angeboten habe, ohne Gegenleistungen zu verlangen. Diese Frage gehöre aber nicht nach Madrid, sondern müsse der eigentliche Gegenstand der Abrüstungskonferenz und der vertrauensbildenden Maßnahmen dieser Konferenz sein. In Madrid könnten nur allgemeine Prinzipien und die Einberufung der

15 Die Bundesrepublik und Rumänien nahmen am 31. Januar 1967 diplomatische Beziehungen auf. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 39.

16 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

17 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; Dok. 56.
Vgl. dazu ferner den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 12.

Konferenz beschlossen werden; der Konferenz selbst müsse überlassen bleiben, konkrete Maßnahmen zu erarbeiten. Der Schwerpunkt müsse auf die Einberufung dieser Konferenz gelegt werden, um dann die vertrauensbildenden Maßnahmen anpacken zu können und konkrete Maßnahmen der Abrüstung sowohl für Kernwaffen als auch für klassische Waffen vorzusehen.

Die Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen müßten die Aufstellung dieser Waffen stoppen und ihren Rückzug erfassen. Mit Rückzug meine er natürlich Beseitigung dieser Raketen. Dies sei ein Problem, das die europäischen Länder angehe. Deshalb sollten diese darauf bestehen, daß sie an den Verhandlungen teilnehmen, wenigstens als Beobachter, besser so, daß sie Gelegenheit haben, ihre Standpunkte vortragen zu können. Da die Mittelstreckenraketen die USA überhaupt nicht und nur einen Teil der Sowjetunion erreichten, sei er der Meinung, daß Präsident Reagan die Meinung der amerikanischen Militärs teile, daß es einen auf Europa begrenzten Atomkrieg geben könnte.[18] Die europäischen Länder müßten hiergegen größere Verantwortung übernehmen, und wenn er in diesem Zusammenhang von Europa spreche, meine er das ganze Europa, nicht das in Blöcke geteilte Europa. Alle europäischen Länder hätten das gleiche Interesse an einem erfolgreichen Verlauf der Mittelstreckenraketen-Verhandlungen. Es müßte ferner die Produktion der Neutronenbombe aufgehalten werden, dies sowohl auf sowjetischer als auch auf amerikanischer Seite.[19] Aus all diesen Gründen sei auch Rumänien für das Zustandekommen dieser Verhandlungen, aber Rumänien sei interessiert, einen Weg zu finden, um in der einen oder anderen Form in den Verhandlungen präsent zu sein und einen Beitrag leisten zu können. Dies sei eine Angelegenheit Europas, und diese Angelegenheit könne nicht ohne Europa diskutiert werden. Diese Probleme seien den Amerikanern und den Sowjets nicht zu überlassen. Sicher seien Abkommen zwischen ihnen wichtig, aber sie könnten die Europäer nicht aus der Verantwortung entlassen, daß Vereinbarungen nicht zu Lasten der einen oder anderen Seite abgeschlossen würden. Mit großer Sympathie beobachte Rumänien daher das, was in Westeuropa vor sich gehe. In Rumänien interpretiere man die Friedensbewegung nicht so wie in der westeuropäischen Presse. Hier sehe man in ihnen nicht neutralistische Tendenzen, sondern eine sich erhebende Friedensbewegung von Menschen, die nicht neutral sein wollten, sondern die sich bewußt seien, daß sie eine Politik nicht wünschten, die weder pazifistisch noch neutral ist. Man denke auch in Rumänien daran, die hiesigen Organisationen zu ermutigen, ähnliche Massenbewegungen zustande zu bringen.

In Wien[20] gäbe es sicherlich auch noch Probleme. Aus dem Kreis der Vorschläge der einen oder anderen Seite müsse man zu konkreten Maßnahmen übergehen. Diese wären ein Beitrag zur Vertrauensbildung. Es gehe nicht um 5000 Mann mehr oder weniger, es sei nicht so sehr ein Problem der Über- oder Unterlegenheit; hier gehe es mehr um politische als um militärische Fragen. Rumänien habe im Bündnis diese seine Meinung zum Ausdruck gebracht und sie auch

18 Vgl. dazu die Ausführungen des Präsidenten Reagan am 16. Oktober 1981 vor Pressevertretern in Washington; Dok. 304, Anm. 5.
Vgl. dazu ferner seine Äußerungen am 21. Oktober 1981; Dok. 305, Anm. 7.

19 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

20 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 273.

der SU gegenüber vertreten, vielleicht könne auch Deutschland mehr tun, um diesen Teufelskreis zu überwinden. Das Abkommen in Wien hätte mehr politische Bedeutung und würde mehr Vertrauen schaffen, als daß es von militärischem Wert sei.

Konzentration auf diesen Themenbereich könnte eine neue Kursorientierung in Europa initiieren, wobei die Einbeziehung der USA zu einem für die ganze Welt positiven Ergebnis führen würde. Sicher gebe es auch noch die allgemeine Abrüstung, über die mehr nachgedacht werden müsse. Auch eine neue Weltwirtschaftsordnung werfe schwierige Fragen auf. Er wisse, daß BM in Cancún gewesen sei, er habe das Kommuniqué von Cancún[21] gelesen und dabei festgestellt, daß die Teilnehmer sehr optimistisch gewesen seien. Er sei zu Cancún nicht optimistisch, er wolle die Teilnehmer jedoch nicht verärgern. Er meine aber, man brauche hier keine Deklarationen, sondern konkrete Handlungen. Einige Teilnehmer hätten Konkretes vorgeschlagen, sie seien aber nur angehört worden. Sicher, auch dieses sei wichtig. Die sich vergrößernde Kluft zwischen Arm und Reich stärke die Instabilität in der Welt. Daher sei er von dem Ergebnis von Cancún nicht begeistert. Er erwarte konkrete Unterstützung für die Entwicklungsländer zur Sicherung der Ernährungsbasis, aber auch zur Sicherung der Energieversorgung, der Infrastruktur und eines angemessenen Preisniveaus. Für all diese Fragen sei eine Lösung nicht gefunden worden; die Probleme seien nicht einmal richtig angesprochen worden. Um diese Probleme zu lösen, seien erhebliche Mittel notwendig. Der mexikanische Präsident[22] habe von einem Beitrag von 200 Mrd. Dollar für ein Jahrzehnt gesprochen. Diese Zahl sei nicht unrealistisch, sondern eher das Minimum, dessen es bedürfe, um reale Ergebnisse zu erzielen. Es stelle sich die Frage, woher diese Mittel zu nehmen seien. Es gehe um 25 bis 30 Milliarden jährlich. Rumänien habe vorgeschlagen, sich der 500 Milliarden Dollar, die die Aufrüstung verschlinge, zu bedienen.[23] Würde man die Rüstungsausgaben nur um 10% verringern, hätte man bereits 50 Milliarden pro Jahr. Nur der Hälfte davon bedürften die Entwicklungsländer. Auf diese Weise könnten in zehn Jahren die 200 Milliarden Dollar sogar überboten werden. Die andere Hälfte könnte für die sozialen Fragen und die wirtschaftliche Belebung in den entsprechenden Ländern herangezogen werden. Hierdurch würde auch das Problem der Arbeitslosigkeit bekämpft, und das Zinsniveau könnte gesenkt werden. Rumänien habe im IWF und in den VN vorgeschlagen, für Zinsen eine Höchstgrenze auszugeben, so wie es in der Vergangenheit schon einmal der Fall gewesen war bei 8% Zinshöhe.[24] Dies würde

21 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.
Für den Wortlaut des Berichts des Präsidenten López Portillo und des Ministerpräsidenten Trudeau vom 24. Oktober 1981 über die Ergebnisse der Konferenz vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 94–98.

22 José López Portillo y Pacheco.

23 Am 24. September 1981 erinnerte der rumänische Außenminister Andrei in der VN-Generalversammlung in New York daran, daß Rumänien in der Abrüstungskommission in Genf den Vorschlag unterbreitet habe, Prinzipien zur Regelung der Verteidigungsausgaben zu vereinbaren: „In our view, the formulation and adoption of such principles as soon as possible would facilitate the negotiation of specific agreements to reduce military budgets. The Romanian Government believes that it would be a particularly positive step if at this session an understanding were reached on the freezing of military expenditures at the 1981 level." Vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 200.

24 Der rumänische Außenminister Andrei schlug am 24. September 1981 in der VN-Generalversammlung in New York vor, die Zinsraten auf dem Kapitalmarkt auf 8% zu begrenzen. Für die Entwick-

denen, die Kapital besitzen, noch genügend Gewinn verschaffen, aber denen, die sich Kapital ausleihen müßten, auch die Nutzung des Kapitals ermöglichen. Geld produziere nur dann, wenn es in den Wirtschaftskreislauf investiert werde. Von hohen Zinsen allein könne niemand leben. Sie würden die Wirtschaftstätigkeit desorganisieren. Keine Gesellschaft könne 18 bis 20% Zinsen zahlen und dabei noch Gewinn erwirtschaften.

Ceauşescu fuhr fort: Es müßte auch mehr für den Nahen Osten unternommen werden. Dies beinhalte auch die Lösung des Palästinenser-Problems. Hier käme den westlichen Ländern eine bedeutende Rolle zu. Sie sollten nicht unbedingt die amerikanische Politik wiederholen. Eine Lösung des Nahost-Problems liege auch im westlichen Interesse und im Interesse Israels. Die Räumung des Sinai müsse zu Ende geführt werden. Für die vielen noch offenen Fragen sei der gegenwärtige Zeitpunkt günstig. Günstige Augenblicke jedoch verstrichen leicht. Ähnliches gelte für Afghanistan. Dort bedürfe es einer politischen Lösung für den Rückzug der Sowjets. Dieser sei unabhängig von der gesellschaftlichen Ordnung innerhalb Afghanistans, denn die Revolution in Afghanistan habe vor dem sowjetischen Einmarsch stattgefunden.[25] Der sowjetische Einmarsch sei ein Fehler gewesen.

Ceauşescu griff noch einmal die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Deutschland auf. Dies sei geschehen, als die Lage insgesamt gespannt gewesen sei. Damals wollten die übrigen sozialistischen Staaten in kein Verhältnis mit Deutschland eintreten. Rumänien habe damals als Frontdurchbrecher gewirkt. Der Durchbruch sei so breit gewesen, daß bis heute alle sozialistischen Staaten, einschließlich der DDR, gefolgt seien.

BM ging in seiner Erwiderung auf Ceauşescus Äußerungen zur Rolle Europas ein. Der nationale Freiheitswille in den Staaten der Dritten Welt habe zu einer historischen Entwicklung geführt, die, wie auch in Europa, Unabhängigkeit und Selbstbestimmung fordere. Offensichtlich sei die Zeit zu Ende, in der große Mächte Vorherrschaft über andere ausüben könnten. Manche hätten dieses schon gelernt, andere müßten dieses noch lernen. In diese Zeit falle eine stärkere Identitätsfindung Europas. Wir hätten eine Zeit schwerer Auseinandersetzungen hinter uns. Für uns sei heute die europäische Realität etwas, wo wir uns alle wiederfinden könnten. Dies habe nichts mit dem politischen System zu tun, nichts mit dem Paktsystem. Wir hätten in Westeuropa die Europäische Gemeinschaft gegründet, die anfänglich zu stark ökonomisch angelegt gewesen sei. Heute werde sie sich zunehmend ihrer politischen und kulturellen Identität bewußt. Er, BM, habe zum Jahresanfang den Vorschlag zu einer Europäischen Union unterbreitet.[26] Die Entwicklung in einem Teil Europas ändere nichts am Gemeinschaftsempfinden mit den anderen europäischen Völkern.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1664

lungsländer sollte ein Zinssatz von maximal 5% gelten, für die am wenigsten entwickelten Staaten sollten zinslose Kredite oder solche mit höchstens 2 bis 3% Zinsen ermöglicht werden. Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 201.

25 Zum Staatsstreich am 27. April 1978 in Afghanistan vgl. Dok. 28, Anm. 9.
Zur sowjetischen Intervention am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

26 Vgl. dazu die Rede des Bundesministers Genscher auf dem Dreikönigstreffen der FDP am 6. Januar 1981 in Stuttgart; Dok. 2.

So wie die internationale Politik seit Ende des Zweiten Weltkrieges vornehmlich von zwei Großmächten geprägt wurde, so richtig ist es auch, daß Europa in seiner neuen Identität in den kommenden 20 Jahren eine zunehmende Rolle spielen werde. Ceauşescu habe auf die großen Rüstungslasten verwiesen. Er teile diese Sorge. Wolle man sie mildern, müßte man mehr voneinander wissen. Deutscherseits sei in Genf ein präziser Vorschlag für mehr Transparenz über Rüstungsaufwendungen, militärische Planungen und militärische Anstrengungen vorgelegt worden.[27] Er schlage vor, daß der deutsche Abrüstungsbeauftragte[28] sich mit seinem rumänischen Gegenüber zusammensetze, um zu sehen, wo hier Bereiche der Übereinstimmung seien.

Ceauşescu ergänzt, man sollte Gruppen bilden, seien es parlamentarische, seien es andere, die sich mit den Problemen der Entwicklung befaßten. Diese sollten sich mit Maßnahmen befassen, die erforderlich seien, um das Niveau der Rüstungen zu ermitteln und Abrüstung zu betreiben.

BM spricht von Instrumenten, die man benötige, um abrüsten zu können. Das gehe in jedem Kreis. Wenn der Präsident einverstanden sei, sollten zunächst die Abrüstungsbeauftragten sich zusammensetzen. Dann könne man sehen, was gemeinsam unternommen werden kann, in welchem Kreis und wie.

Ceauşescu stimmt zu.[29]

BM kommt auf die KAE zu sprechen. Es sei richtig, über den Inhalt der VBM erst auf der Konferenz zu sprechen. Aber ehe man beginne, müsse man wissen, worüber man spreche. Dazu gehöre, für welches Gebiet die CBMs gelten sollten. Diese Frage sei jetzt zu beantworten. Sonst erhielte man eine Konferenz, die fünf Jahre erörtere, welche Gebiete zu Europa gehören. Dies würde das Vertrauen der Menschen in den gemeinsamen Willen zur Abrüstung zerstören. Der Westen habe in Madrid eine Formel[30] präsentiert, die er bitte, noch einmal genau anzuschauen, weil sie Aspekte zur Einbeziehung der Küstenzone und des Luftraums enthalte. Dies sei ein realistischer Vorschlag gewesen.

Zu den Mittelstreckenverhandlungen habe er die deutsche Auffassung dargelegt. Zur Neutronenwaffe wolle er noch ein Wort sagen, da sie von Ceauşescu erwähnt worden sei. Auf der westlichen Seite herrsche Besorgnis über die enorme Panzerüberlegenheit der Sowjetunion. Wir hätten ihr, ganz offen gesagt, nichts Entsprechendes entgegenzustellen. Für diesen Fall sei die Neutronenwaf-

27 Zum Entwurf eines Umfassenden Abrüstungsprogramms vom 31. Juli 1981 vgl. Dok. 230.

28 Friedrich Ruth.

29 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 1. Dezember 1981, daß Rumänien sich vor allem in den Vereinten Nationen für eine prozentuale Kürzung der Verteidigungsausgaben einsetze: „Die vom Westen initiierten Bemühungen, Militärausgaben verschiedener Staaten zunächst einmal transparent und vergleichbar zu machen, hat Rumänien begrenzt unterstützt […]. Rumänien ist bereit, die Frage der Transparenz und Vergleichbarkeit im Rahmen von Verhandlungen über die Reduzierung von Militärausgaben mitzubehandeln. Es lehnt eine Vorab-Klärung dieser Fragen ab, wie sie der Westen für unerläßlich hält." Fischer fuhr fort: „Das bilaterale Gespräch über diese Fragen fortzusetzen, ist nützlich, auch wenn die beiderseitigen Positionen bereits weitgehend ausgelotet sind. Für uns bietet ein solches Gespräch Gelegenheit, Rumänien erneut zu drängen, die Bemühungen der VN um Transparenz und Vergleichbarkeit auch praktisch zu unterstützen. Auf unserer Seite besteht jedoch kein Anlaß zu besonderer Eile." Vgl. Referat 223, Bd. 124587.

30 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 3.

fe entwickelt und in den Vereinigten Staaten vorhanden, wenn sie produziert worden sei. Die Bundesregierung arbeite an einem Vorschlag, wie die Neutronenwaffe in Rüstungskontrollverhandlungen eingebracht werden könnte.[31] Neben Madrid und neben den Mittelstreckenverhandlungen wollten wir einen Weg finden, wie die Stationierung der Neutronenwaffe in Europa vermieden werden könne und wie man uns die Sorge nehmen könne vor der großen sowjetischen Panzerüberlegenheit. Hierzu gebe es im westlichen Bündnis noch keine gemeinsame Position. Es dränge im Augenblick auch nicht, weil die Stationierung der Neutronenwaffe in Westeuropa nicht zur Debatte stehe: Wir wollten einer solchen Entwicklung zuvorkommen. Daher werde man auch hier auf die SU zugehen müssen.

Im Zusammenhang mit den Mittelstreckenverhandlungen gebe es im westlichen Bündnis eine Abrüstungsgruppe[32], die uns die Möglichkeit gebe, auf die Verhandlungsführung der Amerikaner Einfluß zu nehmen. Auch wir hätten die Frage geprüft, ob nicht mehr Länder teilnehmen sollten als nur die beiden Großmächte. Dies hätte aber nach unserer Auffassung zu einer Komplizierung geführt, dies um so mehr, als wir die Waffen, um die es geht, nicht besäßen. Das Schlimme an der SS-20 sei – und daran führe kein Weg vorbei –, daß sie so konstruiert sei, daß sie Westeuropa erreichen könne, nicht aber die USA.

Die Sowjetunion hätte sich sagen müssen, daß wir dieses nicht unbeantwortet lassen könnten. Aber dieses gehöre an den Verhandlungstisch.

Ceauşescus Ausführungen zur Lage im Nahen Osten stimme er weitgehend zu. Befriedigt habe ihn besonders die Aussage zum Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes, zum Existenzrecht Israels und besonders Ceauşescus Haltung zur Räumung des Sinai. Er habe in Cancún mit den saudi-arabischen Freunden gesprochen. Hier stelle sich ein Problem. Der Abzug der Israelis würde sich nur bei Einsatz einer Friedenstruppe für den Sinai vollziehen. F, GB, I und NL seien zur Teilnahme eingeladen worden. Er, BM, habe den Freunden gera-

31 Vgl. dazu die Pressemitteilung des Bundesministers Genscher vom 10. August 1981; Dok. 231, Anm. 4.
Am 30. September 1981 äußerte sich Botschafter Ruth zur Einbringung der Neutronenwaffe in Abrüstungsverhandlungen. Als mögliche Angebote führte er einen generellen, einen auf ganz Europa oder auf einen Reduzierungsraum innerhalb Europas beschränkten Stationierungsverzicht an. Dabei sei wie bei MBFR „eine Art von Rüstungskontrollzone mit besonderem Status“ für die Bundesrepublik nicht zu akzeptieren. Ferner könne über einen zeitlich befristeten oder unbefristeten Verzicht gesprochen werden. Schließlich sei denkbar, in Verhandlungen über die Sprengköpfe der Neutronenwaffe auch bereits in Europa lagernde „klassische“ Nuklearsprengköpfe (etwa Raketen vom Typ „Lance“) einzubeziehen und bei einer Lösung beide Systeme zu kombinieren. Als sowjetische Gegenleistungen kämen eine Verminderung der Panzertruppen in Betracht, ferner Maßnahmen bei den nuklearen Gefechtsfeldwaffen (SS-21/23) oder die Einbeziehung sowjetischer Chemiewaffen, da „nicht nur Neutronenwaffen spezifisch gegen Menschen wirken, sondern erst recht chemische Waffen“. Abschließend gab Ruth zu bedenken, daß jede Rüstungskontrollvereinbarung über die Neutronenwaffe „flankierende“, d. h. vertrauensbildende Maßnahmen, einschließen müsse. Als Forum kämen amerikanisch-sowjetische Verhandlungen in Betracht und, insofern über die Stationierung in Europa gesprochen würde, die multilaterale Ebene, auf der in Erweiterung des MBFR-Raums auch die bisher nur indirekt beteiligten Staaten teilnehmen müßten. Vgl. VS-Bd. 11432 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

32 Die Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten beschlossen am 12. Dezember 1979 in Brüssel die Gründung einer „Special Consultative Group“ (SCG), die am 25. Januar 1980 erstmals zusammentrat. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 373, und AAPD 1980, I, Dok. 28.
Zur elften Sitzung am 26. Oktober 1981 in Brüssel vgl. Dok. 307.

ten, diese Einladung anzunehmen[33], weil es wichtig sei, die Voraussetzungen zu schaffen für den Abzug der Israelis, und dieses würden wir auch öffentlich erklären. Unsere Freunde seien besorgt, daß ihre Teilnahme sie der Kritik der arabischen Staaten aussetze. Wir hätten unseren saudischen Freunden gesagt, daß die Teilnahme der europäischen Länder nichts mit unserer Haltung zum Nahost-Konflikt oder dem Camp David-Prozeß[34] zu tun habe. Wir wollten nur möglich machen, daß der Friedensprozeß zwischen Israel und Ägypten abgeschlossen werde. Er, BM, habe Sadat für einen großen Mann gehalten. Aber er wolle auch nicht verschweigen, daß er für Mubarak, den er seit Jahren kenne, die allergrößte Wertschätzung hege. Man müsse ihm helfen, alle Teile ägyptischen Bodens an Ägypten zurückzubringen. Die Stabilität Ägyptens sei ein wichtiger Faktor für den Frieden in Nahost und damit auch für den Frieden in Europa. Er bitte den Präsidenten, bei seinen Gesprächen mit arabischen Freunden um Verständnis für eine britische, italienische, französische und niederländische Teilnahme an der Friedenstruppe zu werben.

Die Konferenz von Cancún hätten wir von Anfang an unterstützt; wir gehörten zu ihren Gründungsvätern. Er, BM, habe sich in Wien bei den Außenministertreffen[35] für eine Einladung an die Sowjetunion und andere sozialistische Länder ausgesprochen. Wenn er für die SU zu entscheiden gehabt hätte, wäre er nach Cancún gekommen. Hier handele es sich um eine Frage weltpolitischer Verantwortung. China habe in sehr verantwortungsvoller Weise teilgenommen. In Cancún sei ein wirklich neuer Geist der Zusammenarbeit vorhanden gewesen. Wie vom Präsidenten erwähnt, sei in Cancún Priorität für Errichtung einer Ernährungsgrundlage für die Entwicklungsländer festgelegt worden. Diese sei die Urvoraussetzung für jede innere Stabilisierung eines Landes und damit seiner Unabhängigkeit. Jetzt komme es darauf an, daß alle ihre nationalen Entwicklungspläne darauf ausrichteten und die Industrieländer den Entwicklungsländern dabei hülfen. Das Gleiche gelte für die Energie. Die Globalverhandlungen[36], mit deren Beginn er bald rechne, würden eine klare Vertrauensbasis schaffen. Frau Gandhi habe in Cancún in eindrucksvoller Weise auf die Interdependenz von Nord und Süd verwiesen.[37] Er, BM, habe ausgeführt, daß Hilfe für die Dritte Welt nicht nur Finanzhilfe bedeute, sondern die Bereitschaft, die Länder der Dritten Welt als gleichberechtigte Wirtschaftspartner anzusehen.[38] Das sei Friedensaufgabe. Frieden sei nur zu wahren, wenn es in der Dritten Welt zu keiner Explosion wegen Hungersnot oder Verzweiflung käme.

Ceauşescu verweist auf eine Vielzahl gemeinsamer Ansichten. Diese müßten Grundlage sein, um gemeinsam zu einer Lösung der Probleme zu kommen.

33 Zur geplanten multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 252, Anm. 52, und Dok. 310, Anm. 26.

34 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

35 Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 7./8. November 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 324. Zur Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13. März 1981 vgl. Dok. 61, Anm. 21.

36 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 283, Anm. 52 und 56.

37 Für den Wortlaut der Rede der Ministerpräsidentin Gandhi am 22. Oktober 1981 in Cancún vgl. GANDHI, Reden, S. 196–201.

38 Für den Wortlaut der Rede des Bundesministers Genscher am 22. Oktober 1981 in Cancún vgl. BULLETIN 1981, S. 829 f.

BM stimmt zu. Die Bundesregierung sei daran interessiert, daß es bei der Entwicklung der Dritten Welt Zusammenarbeit geben könne zwischen den Staaten der westlichen Welt mit denen des Warschauer Pakts bzw. denen des COMECON. Höchste Gefahr für die Entwicklung in der Dritten Welt sei die Übertragung des Ost-West-Gegensatzes.

Ceauşescu: Vielleicht könne man demnächst überlegen, ob es zu einer diesbezüglichen Vereinbarung zwischen EG und COMECON kommen könne.

BM stimmt zu. Beauftragte der rumänischen und deutschen Seite sollten über gemeinsame Vorstellungen sprechen und beraten, wie diese in die beiden Wirtschaftsbündnisse eingeführt werden könnten.

Ceauşescu stimmt zu. Er hält dies für eine Aufgabe der Außenministerien.

Ceauşescu geht zu bilateralen Fragen über und bezeichnet das gegenwärtige Niveau der Beziehungen als nicht zufriedenstellend. Die Handelsbilanz sei ungleich geworden.[39] Zwar habe es einen Überschuß in der Handelsbilanz gegeben, doch reiche dieser nicht aus, um die finanziellen Belastungen auszugleichen. Rumänien habe Interesse, mehr zu verkaufen, um Kredite besser zurückzuzahlen und um weitere Kredite erhalten zu können. Rumänien lege es darauf an, alle Kräfte anzustrengen für eine ausgewogene Handelsbilanz, um auf Kredite nicht mehr zurückgreifen zu müssen. Die Zinsbelastung bei Krediten sei zu groß geworden.[40] Deutsche Firmen verwiesen bei ihren Beziehungen zu Rumänien darauf, daß sie seitens der Bundesregierung größere Unterstützung erwarteten. Es sei für sie schwer, bei einem normalen Kreditzins von 18% Geschäfte zu machen. Das vor rund vier Jahren abgeschlossene Grundsatzabkommen[41] habe in der Praxis nichts erreicht. In diesem Zusammenhang stelle sich

39 Botschaftsrat I. Klasse Bensch, Bukarest, informierte am 16. April 1981 über den Stand der deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen: „Der bilaterale Warenaustausch hat sich trotz einiger Schwankungen in den letzten zehn Jahren verdreifacht. […] 1980 verzeichnete das Außenhandelsvolumen nach deutschen Statistiken einen Rückgang von 10,9% auf 3217 Mio. DM; die deutschen Bezüge fielen um 2,3%, die deutschen Lieferungen sogar um 17,9%. […] Der Rückgang dürfte seine Ursache neben konjunkturellen Gründen in dem Bestreben Rumäniens haben, sein Handelsbilanzdefizit gegenüber der Bundesrepublik Deutschland abzubauen (1977: 416 Mio. DM; 1976: 555 Mio. DM; 1979: 347 Mio. DM; 1980: nur noch 29 Mio. DM)." Vgl. den Schriftbericht Nr. 537; Referat 214, Bd. 139558.

40 Ministerialdirektor Pfeffer informierte die Botschaft in Bukarest am 29. Oktober 1981 darüber, daß der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, ihn und die Abteilungsleiter Bullard (Großbritannien) und Andréani (Frankreich) am Vortag davon in Kenntnis gesetzt habe, daß der rumänische Außenminister Andrei „um einen Kredit von einer Milliarde US-Dollar und um 200 Mio. Kredit (Commodity Credit Corporation)" gebeten habe. Eagleburger habe demgegenüber nur 65 Mio. Dollar im Rahmen der Commodity Credit Corporation zu 18% Zinsen in Aussicht gestellt. Dies habe Andrei abgelehnt und statt dessen um Unterstützung des rumänischen Wunsches ersucht, 400 Mio. Dollar aus nicht genutzten Ziehungsrechten des IWF zu bekommen. Pfeffer teilte weiter mit, daß Eagleburger und Bullard einen allgemeinen Vertrauensverlust der Banken gegenüber den RGW-Mitgliedstaaten konstatiert und auf die geringe Bereitschaft hingewiesen hätten, diesen noch Geld zu leihen. Er, Pfeffer, habe darauf aufmerksam gemacht, daß der Westen es, zusammen mit den Wirtschaftshilfen für Polen und Jugoslawien, „nun schon mit der Hilfe für drei notleidende Wirtschaften in Osteuropa zu tun hätten. Es stelle sich die Frage der Priorität. Aus der Diskussion schälte sich die übereinstimmende Meinung heraus, daß Polen Vorrang habe, weil dort politisch am meisten auf dem Spiel steht." Vgl. den Drahterlaß Nr. 5553; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

41 Die Bundesrepublik und Rumänien schlossen am 29. Juni 1973 ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit und am 12. Oktober 1979 ein Abkommen über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 1351 f., bzw. BUNDESGESETZBLATT 1980, Teil II, S. 1158–1166.

auch die Frage nach gemeinsamer Zusammenarbeit in Drittländern. Auch Rumänien habe einige Objekte in Entwicklungsländern, die zum Teil erfolgversprechend seien. Ceauşescu erwähnt Ägypten, Kongo, Angola, Guinea und Mosambik. Eine Teilnahme Deutschlands an rumänischen Projekten in Entwicklungsländern wäre bedeutsam für die Entwicklung eines solchen Landes, hätte aber auch politischen Charakter. Ferner wäre es vielleicht auch möglich, über eine Erhöhung des Kreditfonds zu sprechen. Auch hierüber sei schon gesprochen worden. Schließlich sei Rumänien interessiert an einer Steigerung deutscher Investitionen in Rumänien.

Rumänien sei Entwicklungsland. Dieser Status sei von Deutschland, aber auch von der EG anerkannt. Über diese Fragen habe er, Ceauşescu, auch schon mit dem Bundespräsidenten gesprochen.[42] Er wisse um dessen begrenzte Befugnisse; diese hinderten den Bundespräsidenten aber nicht, seinen Einfluß nach seiner Rückkehr aus Rumänien in Wirtschaftskreisen geltend zu machen. Der Gegenwart BMs werde jetzt eine wichtige Rolle beigemessen, um schon jetzt zu konkreten Lösungen zu gelangen und den Staatsbesuch mit positiven Ergebnissen abzuschließen. So bitte er zu überlegen, ob die deutsche Seite interessiert sei, sich bei der Verwirklichung einer Fährverbindung zwischen Rumänien und der Türkei zu beteiligen. Durch die Fährverbindung würden die Verkehrswege bis in die Golfregion verkürzt. Rumänien stünde hierüber mit der Türkei in Verbindung. Ein Abkommen werde wahrscheinlich noch in diesem Jahr unterzeichnet. Ferner sei geplant, nach Fertigstellung des Schwarzmeer-Donau-Kanals am Schwarzen Meer einen Hafen zu bauen. In ihm seien Teile für europäische Länder reserviert, die wünschten, an dem Hafenprojekt teilzunehmen. Der Hafen sollte Freihafen werden. Ferner stünde Rumänien mit der Türkei in Verhandlungen über Ausbau der Verkehrs-Infrastruktur. Er, Ceauşescu, wolle jetzt hier nicht in Einzelheiten gehen.

BM verweist auf die Äußerungen des Bundespräsidenten, der schon gesagt habe, daß wir am wirtschaftlichen Ausbau interessiert seien. Er begrüße es, daß der Bundespräsident seine große persönliche Autorität einsetzen wolle bei der deutschen Wirtschaft. Präsident Ceauşescu habe verschiedene Sektoren für eine Verbesserung der Zusammenarbeit erwähnt. Zur Drittland-Kooperation würde BM glauben, daß sich am ehesten eine Ausweitung unter den jetzt gegebe-

42 Im Gespräch am 26. Oktober 1981 äußerte Präsident Ceauşescu den Wunsch nach Kooperationsprojekten auf dritten Märkten in Staaten, „in denen die Bundesrepublik Entwicklungshilfe oder Kredite mit kleinen Zinsen gibt, um auf diese Weise Rumänien zu beteiligen, z. B. mit der Lieferung von Erzeugnissen. […] Sie haben das System der Hermes-Garantien. Sie haben auch ein Ministerium, das sich mit den Entwicklungsländern beschäftigt.“ Carstens verwies dagegen auf die unterschiedlichen Wirtschaftssysteme beider Staaten: „Wir haben grundsätzlich keine Möglichkeiten, zinsverbilligte Kredite zu geben. Es ist klar, daß die gegenwärtigen hohen Zinsen ungünstig sind. C[eauşescu]: Sie haben doch diese Möglichkeit. Wir haben darüber gesprochen, Rumänien ist ein Entwicklungsland. Sie und auch die EG-Länder haben das anerkannt. Es gibt also die Möglichkeit, solche Investitionen in Rumänien günstig zu finanzieren. B[undes]Pr[äsident]: Verehrter Herr Präsident, ob Rumänien ein Entwicklungsland ist, wage ich aus Respekt vor Ihren Leistungen zu bezweifeln. Es gibt da doch bestimmte Kriterien, ein minimales Pro-Kopf-Einkommen; Rumänien liegt weit über diesem Pro-Kopf-Einkommen. […] Ich muß allerdings darauf hinweisen, daß ich als Bundespräsident bei meiner konstitutionellen Position für alle Regierungsakte die Gegenzeichnung der Bundesregierung benötige. Ich kann nichts allein entscheiden. Dies hindert mich allerdings überhaupt nicht, mich dieser Themen anzunehmen. Dies werde ich tun.“ Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 010, Bd. 178853.

nen Bedingungen erreichen ließe. Er frage sich, ob der Ideenreichtum der damit befaßten Stellen immer groß genug sei.

Er werde sich intensiv darum bemühen. Zur Ausweitung von Investitionen in Rumänien: Hier sehe er eine wichtige Aufgabe. Er sei interessiert, daß Rumänien wirtschaftlich stabil sei. Dies sei ein Motiv, das zu dem volkswirtschaftlichen Interesse nach Investitionen hinzukomme.

Dieses stünde auch im Interesse derer, die sich in Rumänien als Deutsche verstünden. Hierüber sei schon gesprochen worden. Das deutsche Kreditgebaren sei hier bekannt. Er sehe ein, daß das gegenwärtige Zinsniveau für Rumänien absolut inakzeptabel sei. Dies treffe übrigens auch für deutsche Investoren zu. Der Grund für BMs späteres Eintreffen in Rumänien habe darin gelegen, daß in der Regierung eine sehr schwierige Aufgabe habe bewältigt werden müssen. Der Haushalt habe um 8 Milliarden DM ausgeglichen werden müssen.[43] Es werde tief in die sozialen Leistungen eingegriffen, um dies zu erreichen. Wir täten dies, weil dadurch die Vertrauensbasis in den deutschen Markt gestärkt würde und die Bundesregierung sicher sei, daß die Bundesbank den Zinssatz zunehmend zurücknehmen könnte. Er sehe voraus, daß es in Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 82 zu einem signifikanten wirtschaftlichen Aufschwung komme. Dann sei es auch für deutsche Investoren wieder einfacher, in Rumänien tätig zu werden. Die Erschließung neuer Verkehrswege in den Mittleren und Nahen Osten werde er gern mit seinem zuständigen Kabinettkollegen aufnehmen.

Er, BM, bitte den Präsidenten, zu glauben, daß deutscherseits alles getan werde, was zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen geschehen könne. Er könne sicher sein, daß wir die Beziehungen zu Rumänien nicht sähen wie die Beziehungen zu irgendeinem Land. Er, BM, wolle hier auch nichts versprechen, was er später nicht einhalten könne. In Würdigung dieses Staatsbesuchs würden der Bundespräsident und er selbst noch einmal überlegen, welche Wege begangen werden könnten. Es stehe allerdings fest, daß staatliche Zinssubventionen nicht in Frage kommen könnten. Es sei ihm klar, daß Ceauşescu auf den Kreditrahmen verweisen werde. In diesem Zusammenhang hoffe er auf eine signifikante Veränderung der Zinssituation im allgemeinen 1982. Was die Abnahme rumänischer Produkte auch für eine ausgeglichene Handelsbilanz angehe, so sei Deutschland in Westeuropa das Land, das seinen Markt am weitesten geöffnet habe. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Rumänien seien bei uns ein Politikum von hohem Rang.

Ceauşescu verweist auf die Gelegenheit der Außenminister-Gespräche heute nachmittag, die er gern dazu genutzt sehen wollte, konkrete Lösungen anzusprechen.[44]

BM erklärt sich damit einverstanden, aber es sei unrealistisch und entspreche nicht dem Geist der Beziehungen, wenn er leere Versprechungen machen würde.

Referat 010, Bd. 178853

43 Zur Frage der Deckung des Haushalts 1982 vgl. Dok. 310, Anm. 11.

44 Im Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem rumänischen Außenminister Andrei am 29. Oktober 1981 in Bukarest unterbreitete der Berater des rumänischen Präsidenten, Pungan, Vorschlä-

313

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6140/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 29. Oktober 1981, 18.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 4346 **Ankunft: 30. Oktober 1981, 00.34 Uhr**

Betr.: Die Sicherheit der Golfregion und die Rolle der Allianz;
hier: Iklé-Vortrag vor dem NATO-Rat am 16.10.81[2]

Zur Unterrichtung

I. Wie wir auf Arbeitsebene hören, wird im State Department dem von Iklé am 16.10.81 vorgetragenen amerikanischen Positionspapier[3] grundlegende Bedeutung beigemessen.

Das Papier stelle zunächst eine Lageanalyse und eine Beschreibung der Voraussetzungen dar, die für einen effektiven Einsatz der RDF in der Golfregion aus amerikanischer Sicht zu schaffen sind. Insoweit enthalte das Papier keine grundsätzlich neuen Elemente.

Hinsichtlich der von den Verbündeten erwarteten Beiträge stelle das Papier hingegen eine Weiterentwicklung des Prinzips der Arbeitsteilung dar. Die Administration habe sich die Auffassung zu eigen gemacht, daß das bisherige Verständnis dieses Prinzips weder amerikanischen Interessen hinreichend Rechnung trage noch den Abschreckungsverbund des Bündnisses, der auch außerhalb des Bündnisgebiets[4] existieren müsse, gegenüber der SU hinreichend darstelle. Mehr als von „division of labor“ wolle man künftig stärker von „sharing of tasks“[5] sprechen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1671
ge zur Verbesserung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Referat 010, Bd. 178853.
Pungan übergab am folgenden Tag ein Aide-mémoire mit Angaben zu den rumänischen Wünschen. Danach war ein Kredit in Höhe von einer Milliarde DM mit einer Laufzeit von vier bis fünf Jahren zu Zinsbedingungen analog denen eines Entwicklungslandes notwendig, um ausstehende Zahlungen für Importe aus der Bundesrepublik zu begleichen. Ein weiterer Wunsch betraf die Bedingungen für eine vereinbarte Hermes-Garantie über eine Milliarde DM, die Rumänien auch zur Finanzierung von Rohstoffen und Halbprodukten aus der Bundesrepublik verwenden wollte. Als Möglichkeiten für Investitionen aus der Bundesrepublik wurden genannt: ein Industrievorhaben in Temeswar (400 bis 500 Mio. DM), die Beteiligung an der geplanten Fährverbindung zwischen Rumänien und der Türkei und am Bau einer Hafenanlage an der Mündung des Schwarzmeer-Donau-Kanals sowie gemeinsame Projekte in Drittstaaten. Vgl. dazu Referat 010, Bd. 178853.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 2. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann und Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.
Hat Hofmann am 2. November 1981 vorgelegen.
Hat Seibert am 3. November 1981 vorgelegen.

2 Korrigiert aus: „17.10.81“.
Zu den Äußerungen des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, vgl. Dok. 301.

3 Für die Erklärung des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, vor dem Ständigen NATO-Rat am 16. Oktober 1981 in Brüssel vgl. VS-Bd. 10296 (201).

4 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

5 Die Wörter „sharing of tasks“ wurden von Vortragendem Legationsrat Boden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Semantischer Trick?“

Im Kern bedeute dies eine amerikanische Forderung nach nicht nur stärkerer ergänzender, sondern stärkerer unmittelbarer Beteiligung der Verbündeten an den für einen möglichen Einsatz in der Golfregion vorzusehenden Maßnahmen.

Die Endfassung des Papiers sei erst nach langen internen Auseinandersetzungen zwischen State Department und Pentagon zustande gekommen.

In der zuständigen Abteilung des State Department ist man der Auffassung, daß die darin angesprochenen politisch-diplomatischen Fragen, insbesondere zum Thema „sharing of tasks", gegenüber den vom Pentagon forcierten militärischen und logistischen Aspekten etwas in den Hintergrund gedrängt worden sind. Auf Arbeitsebene sei man daher bestrebt, den Verbündeten in nächster Zeit auf hoher politischer Ebene das modifizierte Konzept der „sharing of tasks" für die Sicherung der Golfregion noch einmal zu erläutern.

II. Im einzelnen

1) Die in dem Iklé-Papier unter dem Stichwort „allied cooperation" angeführten Anforderungen an die Alliierten richteten sich grundsätzlich an sämtliche Allianz-Mitglieder. Man verkenne im State Department dabei nicht, daß gewisse Punkte, wie z. B. die Aufrechterhaltung einer eigenen militärischen Präsenz in der Region, zweckmäßigerweise vor allem von bestimmten, dafür besonders disponierten Verbündeten aufzugreifen seien. Es handle sich dabei auch keineswegs um durchweg neue Vorstellungen, sondern um eine Kombination von bekannten Forderungen an die Verbündeten (z. B. Wartime Host Nation Support[6]) mit neuen spezifischen Fragestellungen.

2) Hinsichtlich des Punktes „Überflug- und Landerechte" erwarte die Administration keinen Blankoscheck von seiten der betroffenen Alliierten. Vielmehr sei es das Hauptanliegen, zu einem Modus zu gelangen, der im Ernstfalle zu einem Minimum an politischen Reibungsflächen führen würde.

3) Hinsichtlich der Füllung der durch einen RDF-Einsatz in Europa möglicherweise entstehenden Lücken sei man nicht der Auffassung, daß u. U. abzuziehende US-Einheiten unbedingt im Verhältnis eins zu eins durch alliierte Verbände zu ersetzen wären. Es gehe vielmehr darum, bei einem RDF-Einsatz im Nahen Osten grundsätzlich die Einsatzfähigkeit der NATO-Verbände in Europa zu erhalten und gleichzeitig dem Osten die Entschlossenheit der NATO zu dokumentieren, auch die gemeinsamen Interessen im Persischen Golf gemeinsam zu verteidigen.

4) Die von Iklé geknüpfte Verbindung zwischen der amerikanischen Zusage, zehn Divisionen innerhalb von zehn Tagen der NATO zur Verfügung zu stellen, mit der Forderung nach stärkeren alliierten Beiträgen in den Bereichen Infrastruktur und „Host Nation Support" wird im State Department nicht als eine Konditionalisierung[7] des unverändert weitergeltenden amerikanischen commitment gewertet. Es gehe der Administration vielmehr darum, den Alliierten vor Augen zu führen, daß die zugesagte Zuführung dieser Einheiten nur

6 Zum Host Nation Support vgl. Dok. 301, Anm. 7.

7 Der Passus „von Iklé geknüpfte … alliierten Beiträgen" sowie die Wörter „Infrastruktur", „Host Nation Support", „nicht" und „Konditionalisierung" wurden von Vortragendem Legationsrat Boden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Damit wird WHNS eng an das RDF-Konzept angeschlossen."

dann implementierbar und sinnvoll sei, wenn auf europäischer Seite die entsprechenden praktischen Voraussetzungen für die Aufnahme dieser Einheiten tatsächlich vorhanden seien. Der Gesprächspartner wollte jedoch nicht ausschließen, daß die Formulierung in dem Iklé-Papier absichtlich so gewählt worden sei, daß sie als eine Konditionalisierung der amerikanischen Zusage interpretiert werden kann.

5) Über das weitere prozedurale Vorgehen gibt es im State Department noch keine schlüssigen Vorstellungen. Angesichts der Bedeutung, die dieser Frage beigemessen wird, ist man daran interessiert, die erforderlichen Allianzberatungen und bilateralen Gespräche ohne Aufschub vorzunehmen. Zunächst, so sagt man uns, werde das Thema wohl beim DPC[8] und bei der Herbst-Ministertagung der NATO im Dezember[9] auf die Tagesordnung gelangen.

III. Die Administration verfolgt nach unserem Eindruck mit der Modifizierung des Prinzips der Arbeitsteilung („improved division of labor") ein doppeltes Ziel:

– Eine Demonstration geschlossenen und gemeinsamen alliierten Vorgehens in der Frage der militärischen Sicherung des Persischen Golfes wird als Voraussetzung einer glaubwürdigen und kohärenten Strategie mit dem Ziel, die SU von einem Übergriff im Mittleren Osten abzuschrecken, gewertet;
– um diesen Verbund darzustellen, wird es für unerläßlich gehalten, eine Beteiligung der Verbündeten nicht nur mittelbar, also etwa in der Form der Wirtschaftshilfe an Staaten der Region, sondern unmittelbar, d. h. möglichst durch die Bereitstellung eigener militärischer oder mindestens logistischer Mittel, zu fordern.

IV. Für eine Unterrichtung über den Stand unserer Überlegungen zu dem Iklé-Papier wäre ich dankbar. Die Botschaft wird auch ihrerseits den amerikanischen Vorstellungen weiter nachgehen.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 10294 (201)

8 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

314

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk

204-321.00 SO-809/81 geheim **30. Oktober 1981**[1]

Betr.: Vierertreffen der Politischen Direktoren am 28. Oktober 1981 in Bonn;
hier: Hauptergebnisse

I. Breschnew-Besuch in Bonn[2]

D2 hat, wie mit dem Herrn Staatssekretär[3] besprochen, Besuchsvorbereitungen skizziert.

Interesse der Drei konzentrierte sich auf zwei Punkte: auf unser Verhalten im Falle sowjetischer „Surprisen" und auf die Frage, ob und ggfs. in welcher Form das Erdgas-Röhren-Geschäft[4] unterzeichnet werden würde.

Zum ersten Punkt hat D2 ausgeführt, daß mit überraschenden Vorschlägen gerechnet werden müsse. Wenn eine Überraschung schon im Vorfeld des Besuchs erkennbar würde, könnten wir uns noch vor dem Besuch mit den Verbündeten beraten. Wenn, was wahrscheinlicher sei, Breschnew während des Besuchs einen überraschenden Vorschlag mache, komme es darauf an, ob es sich um einen auf Anhieb als unakzeptabel erkennbaren oder um einen interessanten Vorschlag handele. Einen Vorschlag der ersten Kategorie würden Bundeskanzler und Bundesminister argumentativ ablehnen. Im zweiten Fall könnten sie dar-

1 Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer am 30. Oktober 1981 an Staatssekretär von Staden geleitet. Dazu teilte er mit: „Ein Gesprächsvermerk über die wirtschaftliche Lage Rumäniens und rumänische Kreditwünsche ist bereits vorab fernschriftlich dem Herrn Bundesminister nach Bukarest übermittelt worden". Vgl. dazu Dok. 312, Anm. 40.
Hat Staden am 1. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Pfeffer vermerkte: „Sehr gute Aufzeichnung. Bemerkungen." Vgl. Anm. 5, 7, 9, 10, 13, 16, 20, 23, 26, 28 und 34.
Hat Pfeffer am 3. November 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Sofort RL 204 i.V. in die Hand. Bemerkungen des Herrn StS auf schnellstem Wege an Arbeitseinheiten z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]."
Hat Vortragendem Legationsrat Gerz vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigent Dröge verfügte.
Hat Dröge am 11. November 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

3 Berndt von Staden.

4 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 294, Anm. 10.
Ministerialdirigent Matthias informierte die Botschaft in Washington am 6. November 1981 über die Gespräche mit der amerikanischen Regierung am 4./5. November 1981: „Die Amerikaner stellten die Besorgnis heraus, daß ein spektakulärer Abschluß des Vertrages anläßlich des Breschnew-Besuches nachteilige Auswirkungen im Senat und in der öffentlichen Meinung haben werde, die nicht im Verhältnis zu dem eigentlichen Problem stehen würden." Matthias stellte weiter fest: „Die Reaktionen der Amerikaner lassen vermuten, daß die erneute eingehende Darlegung der deutschen Versorgungslage und unserer Politik der Diversifizierung der Bezugsquellen ihren Erwartungen entsprach. Nicht minder deutlich als unsere Entschlossenheit, an dem Erdgasgeschäft festzuhalten, kam unsere Bereitschaft zu einer noch stärkeren Energiekooperation mit den USA und anderen westlichen Partnern zum Ausdruck. Zu letzterer blieben die Amerikaner allerdings so vage, daß sie schon deshalb nicht ernstlich annehmen konnten, wir würden auf ihren Vorschlag eines ‚Moratoriums' eingehen." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1230; VS-Bd. 10375 (405); B 150, Aktenkopien 1981.

auf hinweisen, daß man nachdenken und mit den Verbündeten konsultieren müsse.[5]

Diese Ausführungen wurden mit großer Befriedigung aufgenommen.

Zum Erdgas-Röhren-Geschäft erklärte D2, es sei nicht sicher, ob Ruhrgas bis zum Besuch Breschnews mit den Verhandlungen fertig werde. Ruhrgas, die auch im Namen der übrigen beteiligten europäischen Gesellschaften verhandele, wolle sich wegen des Breschnew-Besuchs nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Der Gaspreis sei noch offen. Sicher hätten die Sowjets ein großes, auch optisches, Interesse daran, während des Besuchs zu unterzeichnen. Auf westlicher Seite werde Ruhrgas, auf sowjetischer wahrscheinlich ein Minister unterzeichnen.

Nach Erörterung der deutschen und der sowjetischen Ziele im Zusammenhang mit diesem Besuch erwähnte Eagleburger, daß man vor den Haig-Gromyko-Begegnungen am Rande der UNO-Generalversammlung[6] im State Department alle Gesprächs-Eventualitäten durchgespielt habe, bei der ein amerikanisches Team die Rolle der sowjetischen Seite übernommen habe.[7] Diese Übungen seien durch den tatsächlichen Ablauf der Haig-Gromyko-Gespräche in verblüffender Weise bestätigt worden. Eagleburger teilte mit, daß nächster Termin für SCG am 20.11.[8] („also noch vor dem Breschnew-Besuch in Bonn") liegen werde.[9]

Bullard wird (als nächster Gastgeber) noch unter den Vier die Frage sondieren, ob im Zusammenhang mit Eagleburgers nächster Europareise (SCG) das nächste Vierertreffen der Politischen Direktoren am 19.11. in London stattfinden kann.[10]

II. Fortsetzung der Haig-Gromyko-Gespräche

Eagleburger bemerkte, daß sich die Viererabstimmung vor den Haig-Gromyko-Gesprächen als sehr nützlich erwiesen habe. Haig plane ein weiteres Gespräch mit Gromyko für Anfang 1982.[11] USA wünschten Viererabstimmung auch vor dieser nächsten Runde. Sie könne am 9. Dezember (Vorabend des NATO-Ministertreffens) stattfinden.[12] Vielleicht sei danach eine weitere Abklärung im Viererkreis zwischen dem 9.12.1981 und dem nächsten Treffen Haig–Gromyko wünschenswert oder sogar erforderlich.[13]

5 Der Passus „Einen Vorschlag … konsultieren müsse" wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr r[ichtig]." Vgl. Anm. 1.

6 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

7 Der Passus „im State Department … übernommen habe" wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „So weit brauchen wir nicht zu gehen. Ich bitte aber UA 22, eine Aufzeichnung über mögliche Surprisen vorzulegen und die dann substantiell [und] prozedural richtige Reaktion." Vgl. Anm. 1.

8 Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 333.

9 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Sehr gut." Vgl. Anm. 1.

10 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „Wäre sehr gut." Vgl. Anm. 1.

11 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Großbritannien) und Haig (USA) am 9. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 353.

13 Der Passus „9.12.1981 und … sogar erforderlich" wurde von Staatssekretär von Staden hervorge-

III. KSZE – KAE

Wie schon im Vorgespräch mit D 22[14] zeigte Eagleburger keine Bewegung in der Frage der Geltungsbereichsformel.[15] Er erklärte, er werde sich dafür einsetzen, daß USA von sich aus keine Definition des Geltungsbereichs anstreben werde. Er gab zu, daß entweder die SU oder N+N-Staaten in Madrid in Kürze eine solche Klarstellung verlangen werden. Für diesen Fall, so Eagleburger, werde die USA erklären müssen, daß es sich nur um die Territorialgewässer handeln könne. Der funktionale Ansatz ohne geographische Fixierung berge das Risiko, daß die Notifizierungen bis auf die Bewegungsausgangspunkte, d.h. Punkte auf dem amerikanischen Kontinent, bezogen werden müßten.

D 2 hat den Eindruck, daß wir in diesem Stadium den Amerikanern zwar weitere Überlegungen zu den Vorteilen des funktionalen Ansatzes an die Hand geben sollten, ohne sie jedoch festlegen zu wollen. Es mag immerhin sein, daß die amerikanische Seite (wahrscheinlich nur nach heftiger interner Auseinandersetzung) doch noch eine gewisse Flexibilität für das Schlußpaket entwickelt, aus taktischen Gründen aber eine solche Bewegung bis zum letzten Augenblick gegenüber niemandem erkennen lassen will, um die Gefahr einer Indiskretion so klein wie möglich zu halten.[16]

IV. TNF

Die Diskussion bewegte sich um die Null-Lösung, die Friedensbewegung und weitere Möglichkeiten, die Öffentlichkeitsarbeit der Regierungen zu verbessern und zu koordinieren. Unser Bestreben, das Null-Resultat als ideale Zielvorstellung in den Vordergrund zu rücken, stieß vor allem bei Andréani und Bullard auf die bekannten Bedenken. Eagleburger kam D 2, der unsere Auffassung darlegte, mit der Bemerkung zu Hilfe, daß sich die amerikanische Seite mit den notwendigen caveats der deutschen Taktik angeschlossen habe.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1676

hoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sicher! Das Treffen wird wohl erst im Februar sein." Vgl. Anm. 1.

14 Friedrich Ruth.

15 Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 23. Oktober 1981 Informationen des Mitarbeiters im amerikanischen Außenministerium, Gompert, über die amerikanische Haltung zum Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa. Er, Gompert, „wolle keinen Zweifel daran lassen, daß die amerikanische Seite seit Helsinki unter ‚adjoining sea area' die Territorialgewässer verstehe. Dieses amerikanische Verständnis sei 1975 auch den westlichen Verbündeten mitgeteilt worden. Auf unsere Frage, ob diese Position auch den Sowjets bekannt sei, erwiderte Gompert, daß man damals die Sowjets formlos darüber unterrichtet habe, die übrigens auch ihrerseits die gleiche Position eingenommen hätten. Unter diesen Voraussetzungen könne die US-Seite eine rein funktionale Interpretation der Gebietsklausel nicht akzeptieren. Man lege jedoch Wert darauf, eine öffentliche Auseinandersetzung über diesen zwischen den Verbündeten bestehenden Interpretationsunterschied zu vermeiden. Nur wenn durch entsprechende Erklärungen der Verbündeten der Eindruck erweckt würde, daß die Definition der ‚adjoining sea area' über die Territorialgewässer hinausreiche, dann würden die USA gezwungen sein, dem zu widersprechen und ihre Position klarzustellen. Mit Sicherheit würden die USA nicht bereit sein, über die nach ihrem Verständnis bestehenden Verpflichtungen der Schlußakte hinaus Notifizierungen für den Bereich außerhalb der Territorialgewässer vorzunehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4269; VS-Bd. 13242 (212); B 150, Aktenkopien 1981.

16 Zu diesem Absatz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „R[ichtig]: So will D 22 in Wash[ington] auch vorgehen. Ich bitte 22 aber um Vorlage einer analytischen Aufzeichnung für Substanz d[er] Frage, wenn es die nicht schon gibt." Vgl. Anm. 1.
Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 5. November 1981 vgl. Dok. 318.

Aus dem Vergleich der Friedensdemonstrationen ist folgendes festzuhalten: In Brüssel[17] sind offenbar auch Forderungen an den Osten in stärkerem Maße geltend gemacht worden. Die Pariser Veranstaltung[18] war quantitativ begrenzt (30 000 Teilnehmer) und erkennbar nur von der kommunistischen Seite organisiert. Dazu Andréani: Die Kommunistische Partei Frankreichs sei offenbar dabei, außen- und vor allem sicherheitspolitisch wieder mehr und mehr auf die Moskauer Linie einzuschwenken, während sie innenpolitisch Mitterrand weiter unterstütze.

Für die Öffentlichkeitsarbeit wurden folgende Punkte herausgestellt:

– Amerikanisches Ziel, bei SALT echte Reduzierungen zu erreichen, sollte stärker herausgestellt werden.
– Hinweis auf die schweren sowjetischen Interkontinentalraketen und deren Sprengkraft: nichts Vergleichbares auf US-Seite; Sowjetunion nicht zu Begrenzungen bereit (so Andréani).
– Westliche Politiker sollten in ihren Reden stärker das Friedensthema betonen (Hinweis Bullards auf Rede Carringtons in Luxemburg[19]). State Department will Präsident Reagan einen entsprechenden Redevorschlag vorlegen.[20]
– Differenzierte Betrachtung der sogenannten Friedensbewegung (Zusammenfluß ganz verschiedener Motive). Proportionen richtig sehen und darstellen (Minderheit).

Eagleburger wies auf die Schwierigkeiten hin, das NATO-Weißbuch[21] bis zur NATO-Ministertagung im Dezember in ansprechender Form präsentieren zu können. Wahrscheinlich würde bis dahin nur ein hektographierter Text den Ministern zur Billigung vorliegen. Die öffentlichkeitswirksame gedruckte Ausgabe werde sich vielleicht bis Februar 1982 verzögern.[22] D 2 plädierte dafür, sorgsam darauf zu achten, daß die verschiedenen Veröffentlichungen Widersprüche, auch scheinbare, vermeiden.[23]

17 Am 25. Oktober 1981 fand in Brüssel eine Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 statt.

18 In Paris hatten die KPF und die Gewerkschaft Confédération générale du travail (CGT) für den 25. Oktober 1981 zu einer Demonstration gegen den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 aufgerufen.

19 Der britische Außenminister Lord Carrington hielt am 27. Oktober 1981 in Luxemburg die Winston Churchill Memorial Lecture. Darin verwies er auf die Gefahren von Forderungen nach einer einseitigen nuklearen Abrüstung hin: „The many honest people in Europe who oppose nuclear weapons and those in my country who advocate unilateral disarmament, are mistaken because of one fundamental fact; what they are suggesting would make war more likely". An die Demonstranten gewandt, fuhr er fort: „Please be careful that your agitation does not unintentionally serve the purposes of the Soviet Union, for under that system it is quite certain that you would never be allowed to speak and act as you do today". Vgl. den Artikel „Carrington gives stern warning to unilateralists"; THE TIMES vom 28. Oktober 1981, S. 7.

20 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr r[ichtig]". Vgl. Anm. 1.

21 Zur NATO-Studie „Kräftevergleich NATO und Warschauer Pakt" vgl. Dok. 351.

22 Vgl. KRÄFTEVERGLEICH NATO UND WARSCHAUER PAKT. Amtliche Übersetzung des NATO-Dokuments aus dem Englischen, hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, [Bonn] 1982.

23 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Wo kann man ansetzen, um zu beschleunigen?" Vgl. Anm. 1.

V. Polen

1) Zur Lagebeurteilung nach Übernahme der Parteiführung durch Jaruzelski[24] und nach Einsatz von Armee-Einheiten[25]

Kania hat schon seit einiger Zeit das Vertrauen der SU verloren. Jaruzelski ist für die SU erträglich. Er ist vielleicht der letzte Mann vor der Konfrontationslinie. Allgemeiner Eindruck: Jaruzelski will keine Konfrontation, er will unterhalb der Linie der polnischen Selbst-Repression operieren. Er scheint die Armee in einer Form einzusetzen, die sie als Helfer der Bevölkerung (Lebensmittelversorgung) kennzeichnet.

Andréani hielt es für möglich, daß Jaruzelski in nicht allzu langer Zeit das Feld an einen Hardliner (Olszowski oder Grabski) werde räumen müssen.

Die Frage von D2, ob der Einsatz der Armee die wirtschaftliche Lage bessern könne (nicht nur Verteilung, sondern auch Produktion durch Abschreckung von Streiks) wurde von Bullard und Eagleburger skeptisch beurteilt.

Bullard erwähnte, die Bevölkerung verliere Vertrauen in die Währung. Die Bauern begännen, ihre Produkte zurückzuhalten.[26]

Bullard äußerte die Befürchtung, daß der Einsatz des Militärs ein erster Schritt zum faktischen Ausnahmezustand sei. Czyrek habe sich gegenüber dem britischen Botschafter[27] am 26.10.1981 verhältnismäßig pessimistisch geäußert. Das sei um so auffallender, als er bisher[28] eher Gelassenheit gezeigt habe. Czyrek habe auf die ernste Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage hingewiesen. Solidarität habe auf alle Vorschläge negativ reagiert. Die nächsten Tage seien „von entscheidender Bedeutung."

24 Am 18. Oktober 1981 trat der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Kania zurück. Am selben Tag wählte das Zentralkomitee Ministerpräsident Jaruzelski zum Nachfolger. Botschafter Negwer, Warschau, gab am 20. Oktober 1981 dazu folgende Einschätzung: „Das IV. ZK-Plenum war Schauplatz eines offenen Aufstandes einer Koalition von Orthodoxen und Apparat gegen den bisherigen Verständigungs- und Kompromißkurs der Parteiführung. Dabei zeigte sich, daß Frustration und Wut in der Partei von den Gemäßigten kaum noch zu bremsen ist, da ihre mangelnde Geschlossenheit und Zivilcourage der Überlegenheit des Parteiapparats gegenwärtig wenig entgegenzusetzen hat. […] Andererseits zeigt die Wahl Jaruzelskis, der Kanias Kurs mitgetragen hat und fortzuführen gedenkt, daß diese Negativkoalition keine praktikable Alternative aufzuzeigen vermag." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1571; Referat 214, Bd. 132912.

25 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 5. November 1981, daß in Polen seit zwei Wochen militärische Sondereinheiten als „Bevollmächtigte der Regierung" tätig seien: „Ihre Aufgabe soll vor allem in der organisatorischen Hilfestellung und der Verteilungskontrolle liegen. Ihr Einsatzgebiet sind über 2000 ländliche Gemeinden. Bis jetzt sind sie nach den Beobachtungen befreundeter Militärattachés noch wenig öffentlich in Erscheinung getreten. […] Nach bisherigem Eindruck sind die Einsatzgruppen vornehmlich ein Acte de Présence der Regierung in den ländlichen Gebieten, mit dem die Aktivität der Regierung in der Krisenbekämpfung vor Ort demonstriert, der Forderung der Gewerkschaft Solidarität begegnet und zugleich auch ein Gegengewicht zu deren Kontrollmissionen geschaffen werden soll. Für den Aufbau einer Militäradministration erscheinen sie von der Aufgabenzuweisung her und nach den Berichten über ihre Ausübung nicht bestimmt, wenngleich eine derartige Zweckbestimmung im Notstandsfall möglich wäre." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1650; Referat 214, Bd. 132192.

26 Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das tun sie seit langem." Vgl. Anm. 1.

27 Cynlais Morgan James.

28 Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Nein, Czyrek gibt sich schon seit Wochen pessimistisch." Vgl. Anm. 1.

2) Eagleburger berichtete von seiner Reise nach Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien. In Ungarn, Rumänien und Bulgarien habe man in schon auffälliger Weise betont, die Polen müßten ihre Probleme selber lösen. Rumänen hätten erklärt, sie würden bei einer eventuellen Intervention des Warschauer Pakts gegen Polen nicht mitmachen. Die Jugoslawen seien außerordentlich pessimistisch. Sie glaubten, daß die polnische Selbst-Repression komme und die sowjetische Intervention nach sich ziehen werde. Polen-Kenner des State Departments glaubten dies nicht. Die Ungarn hätten sich besonders rational und abgewogen zur polnischen Frage geäußert. Zur Ansteckungsgefahr hätten die Rumänen betont, Polen sei ein Fall sui generis wegen der historischen polnisch-russischen und polnisch-sowjetischen Beziehungen. Rumänen hätten den polnisch-sowjetischen Krieg[29] nach dem Ersten Weltkrieg und Katyn[30] besonders erwähnt.

3) Die Diskussion der vier Direktoren konzentrierte sich sodann auf die Frage, welche politischen Möglichkeiten der Westen hat, um auf die Situation einzuwirken. Die Besuche Wałęsas in westlichen Hauptstädten wurden als besondere Ansatzpunkte untersucht.

Andréani teilte mit, daß die polnische Regierung keinerlei Bedenken gegen das Treffen Cheysson mit Wałęsa in Warschau[31] und die Begegnung mit Mauroy in Paris[32] geäußert habe. Nach Eagleburger steht ein Wałęsa-Besuch in Washington im November oder Dezember bevor.[33] Wałęsa werde von den Gewerkschaften eingeladen und sicher von Außenminister Haig, wahrscheinlich auch von Prä-

29 Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs kam es vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs in Rußland und der Bildung eines polnischen Nationalstaats zu einem Krieg zwischen Sowjetrußland und Polen wegen der noch nicht geregelten Grenzfrage. Nachdem Einheiten der Roten Armee im Sommer 1920 bis nach Warschau vorgedrungen waren, konnte die polnische Armee sie in der Folgezeit zurückdrängen und ihrerseits in einer Gegenoffensive bis nach Litauen und nach Weißrußland vordringen. Angesichts der drohenden militärischen Niederlage und des fortdauernden Bürgerkriegs im Inneren sah sich Sowjetrußland gezwungen, im Frieden von Riga am 18. März 1921 Gebietsabtretungen an Polen zuzustimmen.

30 Am 5. März 1940 beschloß das Politbüro des ZK der KPdSU auf Vorschlag des Volkskommissars des Inneren, Berija, polnische Offiziere sowie Angehörige der Polizei und Intellektuelle in Rußland, der Ukraine und Weißrußland zu exekutieren. In der Folge töteten Angehörige der sowjetischen Geheimpolizei NKWD mehr als 20 000 Polen, darunter im Wald bei Katyn ca. 4400 polnische Offiziere eines nahegelegenen Kriegsgefangenenlagers. Nach der Entdeckung der Gräber 1943 durch Einheiten der Wehrmacht brachen die polnische Exilregierung in London und die UdSSR ihre Beziehungen ab. In der Folgezeit bestritt die UdSSR eine Beteiligung und beschuldigte die Wehrmacht, die Erschießungen durchgeführt zu haben. Erst im Kommuniqué über die Gespräche des Präsidenten Gorbatschow und des Staatsratsvorsitzenden Jaruzelski vom 11. bis 14. April 1990 in Moskau wurde die sowjetische Verantwortung für die Hinrichtungen bei Katyn und an anderen Orten festgestellt.

31 Der französische Außenminister Cheysson hielt sich am 8./9. Oktober 1981 in Polen auf und führte am 9. Oktober 1981 in der französischen Botschaft in Warschau ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarność“, Wałęsa.

32 Der Vorsitzende der Gewerkschaft „Solidarność“, Wałęsa, hielt sich vom 16. bis 21. Oktober 1981 in Frankreich auf. Am 23. Oktober 1981 übermittelte Gesandter Mühlen, Paris, Informationen des französischen Außenministeriums: „Über die Gespräche Wałęsas mit dem französischen Premierminister Mauroy und dem Pariser Bürgermeister und Oppositionsführer Chirac am 20.10.1981 heißt es, es seien vor allem Wirtschaftsfragen besprochen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1995; Referat 214, Bd. 132912.

33 Am 31. Oktober 1981 wurde in der Presse bekannt, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft „Solidarność“, Wałęsa, den geplanten Besuch in den USA wegen der innenpolitischen Entwicklung in Polen absagen müsse. Vgl. den Artikel „Poland's Premier Warns Of Action to End Strikes“; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 31. Oktober/1. November 1981, S. 1.

sident Reagan, empfangen werden. Dies werde sich schon aus innenpolitischen Gründen ergeben. Diese Besuche böten die Chance, Wałęsa zur Mäßigung anzuhalten. Es sei wichtig, daß Wałęsa von allen diesen Besuchen zurückkomme und den hardlinern in der Solidarität die gleiche Botschaft mitbringen könne. Die Botschaft laute: „Wir wollen Euch helfen, aber Ihr müßt Mäßigung zeigen. Unsere Hilfe hat Grenzen, auch finanzielle. Solidarität kann nicht alles im Vertrauen darauf unternehmen, daß die USA die Rechnung bezahlen."[34]

Bullard erklärte, daß auch auf Einladung britischer Gewerkschaften mit einem London-Besuch Wałęsas gerechnet werde. Die polnische Regierung habe bereits den Wink gegeben, man möge bei der Wahrnehmung Wałęsas nicht übertreiben.

Er habe das Gefühl, hier sei Wahrnehmung durch MP Thatcher gemeint.

Eagleburger bestätigte einen ähnlichen Hinweis an die amerikanische Adresse.

D 2 hat mitgeteilt, daß auch der DGB in Verbindung mit Solidarität stehe und eine Einladung ins Auge gefaßt habe.[35]

4) Zur Wirtschaftshilfe erklärte Eagleburger, er werde für ein Hilfspaket 1982 in Höhe von etwa 800 Mio. Dollar für Polen eintreten. Zum großen Teil werde es sich um Nahrungsmittellieferungen handeln. Das State Department werde versuchen, eine Gesetzesänderung zu erreichen, damit die Nahrungsmittel nicht in harter Währung, sondern in polnischer Währung bezahlt werden können. Hohe amerikanische Finanzhilfe sei angesichts des Widerstandes der Treasury, des Budget Office und des Kongresses sehr unwahrscheinlich.

Bullard machte den Vorschlag, für das Jahr 1982 eine engere Verbindung zwischen den task forces der Banken und der Regierungen herzustellen. Außerdem schlug er vor, daß sich die Wirtschaftsdirektoren der Vier[36] in 10 bis 14 Tagen treffen, um eine aktuelle Lagebeurteilung zu machen und die Möglichkeiten weiterer Hilfe zu untersuchen.

Eagleburger erklärte, er habe nichts gegen den Versuch der Lagebeurteilung, aber zur Hilfe für 1982 werde die amerikanische Seite noch nichts sagen können. Zunächst bedürfe es einer präsidentiellen Entscheidung. Die Hauptschwierigkeit sei in der Administration zu überwinden. Die Unterstützung des Kongresses werde im Zweifel keine allzu großen Schwierigkeiten machen. Frankreich ist bereit, zu einer Sitzung der vier Wirtschaftsdirektoren einzuladen.

VI. Wirtschaftslage Jugoslawiens

Ausgangspunkt der Diskussion war die Besorgnis, daß die jugoslawische Wirtschaft wieder stärker vom Handel der Sowjetunion in osteuropäischen Staaten abhängig ist (nach unseren Zahlen etwa 50 % Osthandel, 20 % Westhandel). D 2 stellte die Frage, wie auf lange Sicht die politischen Auswirkungen dieses Trends einzuschätzen seien:

34 Der Passus „Wir wollen euch … Rechnung bezahlen" wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sehr r[ichtig]. Sind wir über die Gespräche von Solid[arność] in Düss[eldorf] unterichtet?" Vgl. Anm. 1.

35 Zum Besuch einer Delegation der Gewerkschaft „Solidarność" in der Bundesrepublik und zu einer Einladung an dessen Vorsitzenden Wałęsa durch den DGB vgl. Dok. 311, Anm. 7.

36 R. M. Evans (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Robert D. Hormats (USA) und Jean-Claude Paye (Frankreich).

Eagleburger bezeichnete dies als eine potentielle Gefahr. Er sei indessen optimistischer als das State Department. Die Jugoslawen seien zäh und sie würden länger aushalten als andere; der Antisowjetismus sei seit Titos Tod[37] eher angestiegen. Die Stimmung für die Erneuerung in Polen sei positiv. Jugoslawen seien davon überzeugt, daß die Sowjetunion im Kosovo die Hand im Spiel gehabt habe. Die Wirtschaftstechnokraten in Jugoslawien seien fähige Leute. Die jetzigen Schwierigkeiten resultierten aus Fehlern der End-Zeit Titos. Damals und in der Übergangszeit nach seinem Tode hätten dringende Entscheidungen nicht getroffen werden können. Die Jugoslawen brauchten 800 Mio. Dollar Kredit in harter Währung. Sie wollten auf keinen Fall eine Umschuldung. Größtes Problem sei die Inflationsrate von 40%. Er glaube dennoch, daß die Jugoslawen sich weitgehend selber helfen könnten.

VII. Griechenland–Türkei–Zypern

1) Aus der Diskussion ergab sich: Niemand rechnet mit dramatischen Schritten Papandreous[38] in der Frage der griechischen NATO-Zugehörigkeit[39] oder der amerikanischen Basen[40]. Eagleburger vermutete unter Hinweis auf ein Interview Papandreous in „Issues and Answers"[41], daß Papandreou in der Basenfrage sehr vorsichtig vorgehen werde. Papandreou werde voraussichtlich in den Verhandlungen mit den USA stärkere griechische Kontrollen und die Schließung einiger weniger Basen verlangen. Insgesamt rechne man auf amerikanischer Seite mit schwierigen Verhandlungen (wahrscheinliches Ergebnis: höhere Kosten und begrenzte Benutzungsrechte).

Bullard rechnet damit, daß die Griechen eine NATO-Zusicherung anstreben, die griechische Ostgrenze gegen die Türkei zu verteidigen.

37 Staatspräsident Tito verstarb am 4. Mai 1980 in Ljubljana.

38 Bei den Parlamentswahlen am 18. Oktober 1981 in Griechenland errang die Panhellenische Sozialistische Bewegung 48,06% der Stimmen (172 Sitze), die Neue Demokratie 35,86% (115 Sitze) und die Kommunistische Partei 10,92% (11 Sitze). Die neue griechische Regierung unter Ministerpräsident Papandreou trat am 21. Oktober 1981 ihr Amt an.

39 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 23. Oktober 1981 über den Antrittsbesuch des neuen griechischen NATO-Botschafters. Sekeris habe sich „gedämpft optimistisch bezüglich der Allianzpolitik der neuen griechischen Regierung" gezeigt: „Er erwartet jedoch weitergehende Forderungen bei den noch ausstehenden Durchführungsvereinbarungen über die grundsätzlich vollzogene Reintegration Griechenlands in die militärische Struktur der Allianz. Er meinte, die neue Regierung brauche Zeit, um sich in die Besonderheiten der Bündnispolitik einzuarbeiten und um ein sicheres Urteil für das zu entwickeln, was im Rahmen des Bündnisses erreicht werden kann und womit das Bündnis nicht befrachtet werden darf." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1724; VS-Bd. 10285 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

40 Referat 201 vermerkte am 4. November 1981: „Bei den in Griechenland unterhaltenen militärischen Installationen der USA handelt es sich um die Hellenikon Luftwaffenbasis (Athen), den Flottenstützpunkt Souda Bay (Kreta), die Marine-Nachrichtenstation Nea Makri, den Luftwaffenverbindungsstützpunkt Heraklion." Im Wahlkampf habe der neue Ministerpräsident Papandreou den Abbau amerikanischer Stützpunkte gefordert, sich jedoch inzwischen zu Verhandlungen bereit erklärt. Dabei gehe es Papandreou „neben einer Garantie der griechischen Grenzen" hinsichtlich der amerikanischen Stützpunkte darum, „ihre Nutzung zu befristen und eine umfassende Information und Kontrolle über sie zu erhalten, um verhindern zu können, daß von griechischen Basen aus militärische Operationen gegen dritte Staaten ausgehen, zu denen gute Beziehungen bestehen, und daß von den Basen gesammelte Informationen an die Türkei gelangen". Vgl. Referat 203, Bd. 123279.

41 Für das Interview des Ministerpräsidenten Papandreou mit dem amerikanischen Fernsehsender ABC am 25. Oktober 1981 vgl. Referat 201, Bd. 125558.

2) Nach Andréani gibt es bisher zwischen PASOK[42] und der französischen Sozialistischen Partei kaum Beziehungen, wohl aber persönliche Kontakte Mitterrand/Papandreou. Dies hänge auch damit zusammen, daß PASOK erst spät der Sozialistischen Internationale beigetreten sei.

3) D 2 hat die Frage aufgeworfen, ob mit griechischem Widerstand gegenüber einem spanischen NATO-Beitritt[43] zu rechnen sei. Die Möglichkeit wurde nicht ausgeschlossen, die Diskussion ergab jedoch keine konkreten Anhaltspunkte für entsprechende griechische Absichten. Andréani wies darauf hin, daß Papandreou in der Vergangenheit mit dem falschen Argument der Balance-Verschiebung gearbeitet habe.

4) Im Hinblick auf die jüngste innenpolitische Entwicklung in der Türkei (Parteiverbot[44], Ecevit-Prozeß[45]) bestand Übereinstimmung, daß gegenüber den türkischen Militärs jede Gelegenheit genutzt werden müsse, um auf die negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf unsere Öffentlichkeiten und die Bereitschaft zu weiterer Hilfe hinzuweisen.

D 2 wies auf die Reise BMs am 5./6. November nach Ankara hin, die unter schwierigen Voraussetzungen stattfinde.[46] AM Haig wird – so Eagleburger – möglicherweise nach der NATO-Ministertagung im Dezember nach Athen und Ankara reisen.[47]

5) Die Chancen einer Zypern-Lösung werden nach dem Wahlsieg Papandreous von Eagleburger, Andréani und Bullard pessimistisch beurteilt. (Bullard: The window of opportunity has narrowed sharply.) Es bestand jedoch Übereinstimmung, daß die Vier ihre Bemühungen, bei den Beteiligten auf Fortschritte in der Zypern-Frage zu drängen, fortsetzen sollten.

42 Panellinio Sosialistiko Kinima.

43 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 248.
Am 30. Oktober 1981 informierte Botschafter Lewalter, Madrid, daß das spanische Abgeordnetenhaus am Vortag „mit 186 gegen 146 Stimmen bei keiner Enthaltung die Entschließung über den NATO-Beitritt gebilligt“ habe, die „jetzt noch vom Senat beraten werden“ müsse. Zusammen mit dieser Entscheidung sei „der Entwurf einer Rahmenentschließung gebilligt“ worden: „Danach ist die Regierung u. a. gehalten, ohne Befassung des Parlaments keine Verpflichtungen zur Stationierung von Kernwaffen einzugehen, weitestgehenden Schutz für gesamtes spanisches Territorium (Ceuta, Melilla) zu erzielen, der Wiedererlangung spa[nischer] Souveränität über Gibraltar grundlegende Bedeutung beizumessen und die Verhandlungen mit der EG parallel zu den Verhandlungen innerhalb der Allianz zu beschleunigen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1442; Referat 201, Bd. 125570.

44 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler notierte am 21. Oktober 1981: „Mit Gesetz vom 16.10. wurden in der Türkei alle Parteien aufgelöst und ihr Vermögen konfisziert. In einer Fernsehansprache vom gleichen Abend begründete General Evren die Maßnahmen mit dem ‚Selbstverschulden‘ der Parteien. Sie hätten mit dem Ausland Verbindung aufgenommen und auf diese Weise versucht, Druck auf die türkische Regierung auszuüben.“ Vgl. Referat 203, Bd. 123296.

45 Am 27. Oktober 1981 notierte Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler, daß gegen den früheren Ministerpräsidenten Ecevit wegen Äußerungen in den Jahren 1975 und 1976 gegen die damalige Regierung Anklage erhoben worden sei. Die Staatsanwaltschaft habe eine Gefängnisstrafe zwischen vier und 26 Jahren gefordert. In einem weiteren Verfahren werde Ecevit wegen einer Presseerklärung vom 20. Oktober 1981 der Prozeß gemacht, in der er gegen das Parteienverbot vom 16. Oktober 1981 Stellung genommen habe. Vgl. dazu Referat 203, Bd. 123297.

46 Zum Besuch des Bundesministers Genscher am 5./6. November 1981 in der Türkei vgl. Dok. 316 und Dok. 320.

47 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich vom 13. bis 15. Mai 1982 in der Türkei und am 15./16. Mai 1982 in Griechenland auf.

VIII. Malta

Bullard wies auf die jüngsten sowjetisch-maltesischen Abkommen hin.[48] Nach britischer Auffassung lasse sich aus einem Abkommen eine maltesische Konsultationsverpflichtung gegenüber der SU herauslesen. UK habe in der NATO einen Meinungsaustausch über diese Frage angeregt.[49] Bullard schloß weitereichende sowjetische Pläne auf Malta nicht aus. Eagleburger stimmte dem mit dem Hinweis zu, daß der neue sowjetische Botschafter den Namen eines bekannten KGB-Agenten trage.[50] Bullard und Eagleburger hielten den Ausgang der nächsten Präsidentschaftswahlen in Malta[51] für offen, falls die Wahlen nicht manipuliert würden. Bullard erwähnte britische Überlegungen, Commonwealth-Wahlbeobachter nach Malta zu entsenden.

IX. Naher Osten

Aus einer Lageeinschätzung des Nahost-Abteilungsleiters im State Department, Veliotes, der zeitweilig zu dem Vierertreffen hinzustieß, werden die wichtigsten Punkte festgehalten:

1) Auf Frage D2: „Die strategische Zusammenarbeit" habe als Schlagwort eine Bedeutung erhalten, die ihr nicht zukomme. Amerikanische Überlegungen gingen auf arabische Befürchtungen zurück, die seit Angola und verstärkt nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan[52] gegenüber den USA vorgebracht worden seien, daß die USA nicht in der Lage oder gewillt seien, sowjetischer Expansion entgegenzutreten. Die bisherigen Ergebnisse der strategischen Zusammenarbeit seien recht bescheiden. Es handele sich im wesentlichen um:

– Verkauf von fünf AWACS-Flugzeugen (der inzwischen vom Senat gebilligt wurde[53]) an Saudi-Arabien. Hierdurch werde der Schutz der Golfregion (Abfangung feindlicher Flugzeuge bereits über dem Golf) und der saudi-nordjemenitischen Grenze gewährleistet. An letzterem läge den Saudis besonders (einer der drei F-15-Flugplätze befindet sich an der Nordjemengrenze);
– ein Fünfjahresprogramm mit Pakistan[54];

48 Am 8. Oktober 1981 unterzeichneten Malta und die UdSSR ein Abkommen, das aus einem sowjetischen und einem inhaltsgleichen maltesischen Aide-mémoire sowie einem Kommuniqué bestand. Ministerialdirigent Bräutigam erläuterte dazu am 19. Oktober 1981, daß sich die UdSSR u. a. dazu verpflichte, die Neutralität Maltas zu unterstützen und nicht zu versuchen, „Malta in eine politisch-militärische Allianz zu ziehen". Ferner habe sie sich zu Konsultationen „bei Fragen beiderseitigen Interesses einschließlich der Neutralität Maltas und bei Friedensgefährdung" bereiterklärt. Vgl. Referat 203, Bd. 123295.
Für den Wortlaut des Abkommens vgl. UNTS, Bd. 1256, S. 216–218.

49 Der Politische Ausschuß auf Gesandtenebene beschäftigte sich am 10. November 1981 mit dem sowjetisch-maltesischen Abkommen vom 8. Oktober 1981. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 13. November 1981, es habe Übereinstimmung darüber bestanden, daß die Vereinbarung „Anlaß zur Besorgnis gibt, weil sie, insbesondere durch die vereinbarte sowjetisch-maltesische Konsultationspraxis 1) die maltesische Neutralität, die beide Großmächte auf gleicher Distanz halten wollte, relativiert; 2) die Gefahr besteht, daß der SU damit ein Mitspracherecht in Mittelmeerfragen zuwächst." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1855; Referat 203, Bd. 123295.

50 Viktor Nikolajewitsch Smirnow.

51 Die Parlamentswahlen in Malta fanden am 12. Dezember 1981 statt.

52 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

53 Zur Billigung des Verkaufs von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, an Saudi-Arabien durch den amerikanischen Senat am 28. Oktober 1981 vgl. Dok. 310, Anm. 38.

54 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan vgl. Dok. 265, Anm. 33.

– gemeinsame Manöver und Bau von Stützpunktfazilitäten in Ägypten[55] und in geringerem Maße Einräumung von Fazilitäten in Kenia und Somalia[56];
– die strategische Zusammenarbeit mit Israel[57] sei mehr oder weniger begrenzt auf das östliche Mittelmeer (Marinemanöver und Depots von Nicht-combat-Gütern).

Veliotes unterstrich, daß das amerikanische Konzept einer strategischen Zusammenarbeit mit gemäßigten arabischen Staaten kein Ersatz für eine Friedenslösung sei. Die USA seien sich darüber im klaren, daß zur Stabilisierung der Region beides – Lösung des Nahost-Konflikts und strategische Zusammenarbeit – notwendig seien. AM Haig habe immer diese Auffassung vertreten. Allerdings habe man dies in Teilen der Administration wohl aus Unerfahrenheit nicht immer so gesehen.

2) Veliotes wies auf amerikanische Bereitschaft hin, sich aktiv in die Autonomie-Verhandlungen[58] einzuschalten. AM Haig habe die Bedeutung der Autonomie-Verhandlungen für den Friedensprozeß stets sehr hoch eingeschätzt. Präsident Reagan habe sich wegen seiner innen- und wirtschaftspolitischen Prioritäten erst später mit der Frage intensiver befassen können. Palästinenser-Frage und das Wahlrecht für die Araber in Ost-Jerusalem blieben besonders kritische Streitpunkte. In die Palästinenser-Frage scheine durch ägyptische Kontakte mit den Palästinensern, aber auch durch israelisches Entgegenkommen (Rückkehr exilierter palästinensischer Bürgermeister), etwas Bewegung zu kommen. USA hätten sich gegenüber Begin mit Entschiedenheit gegen die israelische Siedlungspolitik gewandt, die die Glaubwürdigkeit Begins in den Friedensverhandlungen in Frage stelle. Begin habe die entschiedene amerikanische Haltung mit Überraschung zur Kenntnis genommen, da er noch frühere positive Äußerungen des Präsidenten zur Siedlungspolitik in Erinnerung gehabt habe.

3) USA gehen davon aus, daß Israel den Sinai bis zum 25. April 1982 räumen werde, trotz Widerstandes der extremen israelischen Rechten und latent vorhandener israelischer Nervosität über eine mögliche ägyptisch-arabische Annäherung und gelegentliche Besorgnis über Ausmaß amerikanisch-ägyptischer Zusammenarbeit. USA messen dem Zustandekommen der Sinai-Friedenstruppe[59] höchste Priorität bei: denn ohne israelischen Sinai-Rückzug keine Friedenslösung.

55 Vgl. dazu den Ausbau des Flugplatzes von Ras Banas; Dok. 106, Anm. 11.
Zum Manöver „Bright Star“ vgl. Dok. 301, Anm. 5.

56 Zur militärischen Zusammenarbeit der USA mit Kenia und Somalia vgl. Dok. 95, Anm. 50.

57 Zur Vereinbarung zwischen den USA und Israel über eine „strategische Zusammenarbeit“ auf militärischem Gebiet vgl. Dok. 265, Anm. 31.

58 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 255, Anm. 8.
Die Verhandlungen wurden vom 22. bis 27. Oktober 1981 in Tel Aviv auf Expertenebene fortgesetzt. Botschafter Hansen, Tel Aviv, teilte dazu am 22. Oktober 1981 mit, daß auf der Tagesordnung „die ‚etwa 15‘ wichtigeren und strittigeren Themen (wie Sicherheit, Land- und Wasserrechte, Befugnisse des Verwaltungsrates, Einbeziehung der Ostjerusalemer)“ stünden, die „bei der letzten Verhandlungsrunde in Kairo vor einem Monat als vorrangig ausgewählt wurden“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 760; Referat 310, Bd. 135663.

59 Zur geplanten multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 252, Anm. 52, und Dok. 310, Anm. 26.

4) Auf Frage D2: USA sehen im Fahd-Plan[60] durchaus positive Elemente (erstmalige Erwähnung Israels und Bereitschaft, Existenz aller Staaten der Region anzuerkennen, Bereitschaft zum Frieden). Der Plan komme, was die Saudis privat stets gesagt hätten, einer saudischen De-facto-Anerkennung Israels sehr nahe. Nicht akzeptieren könnten die USA, daß in dem Plan Ergebnisse der Verhandlungen vorweggenommen würden. Dies gelte insbesondere für die Maximalforderung nach einem palästinensischen Staat in den Grenzen von 1967. USA würden es bedauern, wenn auf dem nächsten Gipfel der Arabischen Liga der Fahd-Plan – womit allerdings kaum zu rechnen sei – akzeptiert würde.[61] Eine solche Festschreibung werde spätere Verhandlungen und Änderungen eher erschweren.

5) Lage im Libanon wird von Veliotes als sehr gefährlich eingestuft. Die Möglichkeit, daß eine syrische Marionette als nächster libanesischer Präsident gewählt[62] werde, wird nicht ausgeschlossen. Dies würde zum Bürgerkrieg mit den Christen führen. Es sei auch zu befürchten, daß ein solcher von Syrien abhängiger Präsident ein Sicherheitsabkommen mit Syrien schließen würde. Entscheidend sei, die Wahlen ohne syrische militärische Kontrolle und Beeinflussung durchzuführen. Man stehe hierüber mit den Saudis in Verbindung (saudische Kontingente für die arabische Streitmacht, Geld). Vorrangiges Ziel sei, einen Rückzug der Syrer aus dem größten Teil Beiruts zu erreichen und die libanesische Armee zu stärken.

X. Airbus-Lieferung an Libyen

Bullard wandte sich mit Entschiedenheit gegen Versuche des amerikanischen Handelsministeriums, Druck auf britische Firmen auszuüben, keine Ersatzteile (mit amerikanischen Anteilen) an Libyen zu liefern. Bullard, unterstützt von Andréani, wandte sich auch gegen amerikanischen Druck, die Lieferung der an Libyen verkauften Airbusse zu verhindern, indem man androhe, die Zulieferung amerikanischer Teile zu sperren. D2 hat gemäß Vorlage der Abteilung 4[63] darauf hingewiesen, daß bei Abwägung des Für und Wider die Gründe für eine Lieferung des Airbus an Libyen überwögen. Auf Bullards, Andréanis und Pfef-

60 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

61 Zur Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 25. November 1981 in Fes vgl. Dok. 331, Anm. 9.

62 Zu den für 1982 anstehenden Wahlen im Libanon vgl. Dok. 265, Anm. 28.

63 Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 27. Oktober 1981: „Airbus-Industries hat mit der libyschen Luftfahrtgesellschaft einen Vertrag über die Lieferung von sechs Airbus A-300 und vier Airbus A-310 geschlossen. Der Airbus A-300 soll mit amerikanischen Triebwerken ausgerüstet und von Juni 1982 bis Januar 1984 ausgeliefert werden. Die amerikanische Regierung bittet, die Lieferungen nicht durchzuführen, weil Libyen Zivilflugzeuge zum Transport von Soldaten und militärischem Material in den Tschad benutzt. Sie erwägt, die Zulieferung der amerikanischen Triebwerke zu versagen. […] Mögliche amerikanische Irritationen und die destabilisierende Wirkung Libyens in Schwarzafrika sprechen gegen die Flugzeuglieferung. Argumente dafür sind unser Bemühen um normale Beziehungen mit Libyen, die späte Auslieferung sowie die französische und britische Entscheidung, die Lieferung durchzuführen. Eine negative Entscheidung bei uns könnte die Kooperationsbereitschaft der beiden Partnerländer bei anderen technischen Großprojekten beeinträchtigen.“ Fischer schlug vor, „a) keiner Hermes-Deckung für einen Exportkredit zuzustimmen, b) der Sammelausfuhrgenehmigung für Ersatzteile zuzustimmen, c) der amerikanischen Seite gemeinsam mit Großbritannien und Frankreich auf politischer Ebene die Argumente für die Durchführung der Lieferung zu erläutern und ggf. in Washington gemeinsam wegen der Zulieferung der Triebwerke zu demarchieren.“ Vgl. Referat 311, Bd. 137685.

fers Bitte nach Überprüfung der amerikanischen Haltung sagte Eagleburger zu, dies weiterzugeben. Die Entscheidung über Zulieferungen zu den für Libyen bestimmten Airbussen sei eine interministerielle Angelegenheit. Das State Department werde sich allerdings unter Berücksichtigung des Standes der amerikanisch-libyschen Beziehungen und der libyschen Aktivitäten[64] (u. a. jüngste Morddrohung gegen amerikanischen Botschafter in Rom[65]) gegen eine Freigabe amerikanischer Zulieferungen für die für Libyen bestimmten Airbusse aussprechen.

XI. Nordjemen

Eagleburger, Andréani und Bullard stimmten mit der Analyse und den Vorschlägen des von Abteilung 3 erarbeiteten Nordjemen-Arbeitspapiers (das den Drei früher übergeben worden war) überein, das Bullard als ausgezeichnet qualifizierte. Es bestand Übereinstimmung, daß die Überwindung saudischen Mißtrauens gegenüber Nordjemen eine wesentliche Voraussetzung für eine Stabilisierung des Nordjemen sei. Veliotes wies darauf hin, daß es Anzeichen für ein saudisches Umdenken in dieser Frage gebe („a glimmer of light"). Unser Vorschlag, Experten der Vier sollten sich mit der Lage in Nord- und Südjemen und den Möglichkeiten der Intensivierung unserer Beziehungen zu diesen Ländern befassen, fand nach einiger Debatte Zustimmung. Andréani stimmte auf persönlicher Basis zu, er wird offizielle französische Haltung zu dem Vorschlag noch übermitteln.

XII. Iran

Unsere eher pessimistische Einschätzung der inneren Lage Irans, insbesondere der Sicherheitslage, wurde insbesondere von Veliotes, Bullard und Andréani nur mit Einschränkung geteilt. Nach ihrer Auffassung ist die innere Stabilität Irans zwar fragil, sie habe sich zumindest für den Augenblick aber geringfügig verbessert. Bei der Einschätzung Irans müsse man – so insbesondere Andréani – bedenken, daß der revolutionäre Prozeß noch in vollem Gange sei. Im Hinblick auf die sowjetische Haltung schälte sich die Meinung heraus, daß die SU im Augenblick glaube, daß es ihren Interessen am besten diene, wenn sie auf der revolutionären Woge schwimme. Eine Invasion werde von der SU wohl nur für den Extremfall eines totalen iranischen Zusammenbruchs ins Auge gefaßt, und auch dann nur, wenn sie ohne großes Risiko durchgeführt werden könne.

Es bestand Übereinstimmung, daß es derzeit vor allem darauf ankomme, alle möglichen Kontakte (auch durch Dritte: insbesondere Türken, Pakistanis) auszunutzen. UK sind – so Bullard – bereit, Rüstungsgüter an den Iran (aber auch

64 Botschafter Hermes, Washington, übermittelte am 23. Oktober 1981 Informationen des amerikanischen Außenministeriums, wonach „die Administration, vor allem AM Haig selbst, auf Gaddafi als ‚Bête noire' der Völkergemeinschaft fixiert sei". Die amerikanische Regierung werde „ihre harte Linie gegen Gaddafi fortsetzen und sie eher noch verstärken". Aber auch Libyen habe seinerseits nichts dazu beigetragen, „den USA die auch von den Europäern empfohlene Offenhaltung von Kommunikationskanälen zu erleichtern". So habe die amerikanische Regierung „glaubhafte Hinweise, die die Richtigkeit einer vor kurzem in ‚Newsweek' veröffentlichten Meldung bestätigten, daß libysche Stellen mit Wissen Gaddafis einen Anschlag auf den amerikanischen Botschafter in Rom geplant hätten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4227; Referat 311, Bd. 137686.

65 Maxwell M. Rabb.

an den Irak) zu liefern. Veliotes unterstrich die amerikanische Neutralität im iranisch-irakischen Konflikt (keine Waffenlieferungen).

D 2 hat über Begegnung BM – iranischer AM referiert.[66]

XIII. Friedenszone Indischer Ozean[67]

Eagleburger trug ohne Nachdruck amerikanische ablehnende Haltung zur Arbeit des Ad-hoc-Ausschusses FZIO der VN und des FZIO-Konzepts der Ungebundenen von 1971 vor. D 2 hat anhand unseres Argumentationspapiers, das wir als Non-paper allen Dreien übergeben haben[68], unsere Haltung erläutert und USA um größere Flexibilität ersucht, um auf laufender GV doch noch eine Konsens-Resolution zu erreichen, die Kohäsion der Verbündeten zu erhalten, das Feld nicht den Radikalen zu räumen und weiter mit Geduld auf die moderierten N+N einzuwirken.[69]

XIV. Sowjetische Freundschaftsverträge mit Dritte-Welt-Staaten

Eagleburger übergab amerikanisches Arbeitspapier als Reaktion auf unser Arbeitspapier zur Frage der sowjetischen Freundschaftsverträge mit Dritte-Welt-Staaten, die wir bei einem früheren Treffen den Drei übergeben hatten.

XV. Gesicherte Fernsprechverbindung zwischen den Außenministerien

D 2 hat in einem Vier-Augen-Gespräch gegenüber Eagleburger den Wunsch des Herrn Bundesministers nach einer direkten, gesicherten Fernsprechverbindung mit AM Haig vorgetragen und anhand des Sprechzettels unser Interesse

66 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem iranischen Außenminister Mussawi am 8. Oktober 1981 vgl. Dok. 292.

67 Zur „Friedenszone Indischer Ozean“ (FZIO) vgl. Dok. 50, Anm. 26.
Am 1. September 1981 stellte Referat 222 fest, daß sich der Ad-hoc-Ausschuß der Vereinten Nationen zur Schaffung einer FZIO auch in seiner letzten Sitzungsperiode vom 17. bis 28. August 1981 weder auf eine Resolution noch auf einen Bericht an die VN-Generalversammlung habe einigen können. Als Grund hierfür könne u. a. angeführt werden, daß die jeweiligen Staatengruppen jeweils Maximalpositionen vertreten hätten: „Die N[on]A[ligned] werden vom Osten unterstützt, der mit stetig wachsender Polemik erstens versuchte, die USA überhaupt zu isolieren, […] zweitens die Gruppe der elf westlichen Ausschußmitglieder (G 11) zu spalten.“ Ferner habe die „unflexible Haltung der USA […] zu einer Solidarisierung auch der gemäßigten NA mit den Radikalen“ geführt. Vgl. Referat 222, Bd. 124554.

68 In dem Non-paper vom 21. Oktober 1981 machte die Bundesregierung auf das bei einigen Blockfreien erkennbare Verständnis für die Haltung der westlichen Staatengruppe (G 11) im Ad-hoc-Ausschuß der Vereinten Nationen zur Schaffung einer „Friedenszone Indischer Ozean“ aufmerksam: „It is therefore our view that the Conference idea should not be rejected as such by the West, but it should be linked with the caveats which are essential for the West. […] While admitting that the present compromise formula is not ideal, its acceptance by the West, however, would give us a good chance to make our own ideas better understood during next year's session of the ad-hoc-committee and would enable us to elaborate further on the need for a new I[ndian]O[cean]Z[one of]P[eace] concept.“ Vgl. Referat 222, Bd. 124554.

69 Am 6. November 1981 teilten die USA in der westlichen Staatengruppe (G 11) des Ad-hoc-Ausschusses der Vereinten Nationen über die Schaffung einer „Friedenszone Indischer Ozean“ mit, daß sie dem Resolutionsentwurf unter folgenden Voraussetzung zustimmen könnten: „die Abgabe ausreichender Erklärungen oder Sinnerklärungen, die die westliche Interpretation des endgültigen Res[olutions]-Textes niederlegen, und klarer Hinweis in diesen Erklärungen, daß Mandat des Ausschusses substantiell erweitert werden müsse, und Bereitschaft der Elf, dieses Anliegen in den nächsten Sitzungen des Ad-hoc-Ausschusses weiterzuverfolgen. Sofern es nicht möglich sei, bisheriges Mandat des Ausschusses ausreichend zu erweitern und insbesondere eine Abkehr von rein militär-politischen Aspekten zu erreichen, würden USA voraussichtlich Mitte des nächsten Jahres den Ad-hoc-Ausschuß verlassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2792; Referat 222, Bd. 124555.

an einem STU[70]-2-Gerät unterstrichen. Eagleburger sagte zu, gegenüber der NSA[71] die Lieferung eines STU-2-Gerätes an uns zu befürworten: AM Haig werde sehr interessiert sein, eine schnelle, sichere Verbindung zu BM zu haben.

Bullard wies im Viererkreis auf bevorstehende technische Kontakte zwischen UK und den Drei hin. Hierbei solle das britische Gerät „Brahms" erläutert und – wie früher bereits angekündigt – als Geschenk übergeben werden.[72]

Schenk

VS-Bd. 11119 (204)

70 Secure Telephone Unit.

71 National Security Agency.

72 Vortragender Legationsrat I. Klasse Giesecke vermerkte am 14. September 1981, daß sich bei der Einführung von elektronischen Sprachverschlüsselungsgeräten für die NATO das amerikanische System gegenüber dem britischen durchgesetzt habe. Nun schlage die britische Regierung für die Herstellung einer gesicherten Fernsprechverbindung zwischen den Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und den USA ihr Gerät „Brahms" vor. Es soll „beim bevorstehenden Treffen der Politischen Direktoren der Vier von Lord Carrington den übrigen Außenministern der zur Vierergruppe gehörenden Nationen in Form eines Geschenks […] angeboten werden". Giesecke meinte dazu, daß das britische System keine Zulassung der zuständigen NATO-Stelle für Kommunikationssicherheit besitze. Ferner müsse darauf hingewiesen werden, „daß wegen des mobilen Charakters von Brahms kein Chef/Sekretärbetrieb vorgesehen ist. Dies bedeutet, daß der Sprecher das Gerät selbst bedienen muß". Schließlich sei auch kein Gegensprechen möglich, sondern ausschließlich „mit Drucktaste gesteuertes abwechselndes Sprechen und Hören". Giesecke fuhr fort: „Nach den Erfahrungen von Referat 114 ist bisher bei Benutzern auf höchster politischer Ebene keine Bereitschaft vorhanden gewesen, Sprachschlüsselgeräte mit derartigen Betriebsbedingungen zu benutzen." Vgl. VS-Bd. 11119 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

315

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 2. November 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 115 Ortez

Zum Nord-Süd-Gipfeltreffen in Cancún am 22./23.10.1981

1) Am 22./23.10.1981 fand in Cancún das Nord-Süd-Gipfeltreffen über „Zusammenarbeit und Entwicklung" statt. Es waren dort die Staats- und Regierungschefs folgender Staaten vertreten:

USA[2], Kanada[3], Großbritannien[4], Frankreich[5], Japan[6], Schweden[7], Jugoslawien[8], Indien[9], Philippinen[10], Saudi-Arabien[11], Tansania[12], Nigeria[13], Algerien[14], Mexiko[15], Venezuela[16], Guyana[17], China[18].

Verhindert waren und einen Vertreter hatten entsandt die Staats- und Regierungschefs aus Österreich[19], Brasilien[20], Elfenbeinküste[21] und Bangladesch[22]. Anstelle des erkrankten Bundeskanzlers[23] war die Bundesrepublik Deutschland durch den Vizekanzler und Bundesaußenminister vertreten, der von Bundesminister Offergeld und Staatssekretär Lautenschlager begleitet wurde (Infofunk 1134 D/O – 2610).

Den Vorsitz führten der mexikanische Staatspräsident López Portillo und – anstelle des erkrankten Bundeskanzlers Kreisky – der kanadische Premiermini-

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.
2 Ronald W. Reagan.
3 Pierre Elliott Trudeau.
4 Margaret Thatcher.
5 François Mitterrand.
6 Zenko Suzuki.
7 Thorbjörn Fälldin.
8 Für Jugoslawien nahm der Vorsitzende des Staatspräsidiums, Kraigher, teil.
9 Indira Gandhi.
10 Ferdinand E. Marcos.
11 Für Saudi-Arabien nahm Kronprinz Fahd teil.
12 Julius Nyerere.
13 Shehu Shagari.
14 Chadli Bendjedid.
15 José López Portillo y Pacheco.
16 Luis Herrera Campíns.
17 Forbes Burnham.
18 Zhao Ziyang.
19 Für Österreich nahm Außenminister Pahr teil.
20 Anstelle des erkrankten Präsidenten Figueiredo und des amtierenden Präsidenten Chaves nahm der brasilianische Außenminister Saraiva Guerreiro teil.
21 Anstelle von Präsident Houphouët-Boigny nahm der ivorische Außenminister Aké teil.
22 Für Bangladesch nahm Ministerpräsident Rahman teil.
23 Zur Erkrankung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. Dok. 305, Anm. 3.

ster Trudeau, die am Ende eine ausführliche Zusammenfassung der Erörterungen des Treffens vorlegten.[24]

2) Bereits die vorbereiteten kurzen Eingangserklärungen der Teilnehmer setzten die Akzente für das Treffen:

– Wille zur Kooperation auf der Grundlage gegenseitigen Interesses,
– Entschlossenheit, einen erfolgreichen Gipfelverlauf zu sichern,
– Bereitschaft zu Globalen Verhandlungen[25] (von den USA allerdings mit Kautelen verknüpft[26]).

Nach den Eingangserklärungen befaßte sich das Treffen in insgesamt drei mehrstündigen Sitzungen mit den Bereichen:

a) Ernährung

Es bestand allgemeine Übereinstimmung, daß in den EL Anreize zur Steigerung der Agrarproduktion nötig seien. Lebhafte Diskussion ergab zwei Schlußfolgerungen:

– IL sollten EL vorrangig bei der Erstellung von nationalen Ernährungsstrategien helfen,
– Hilfe der IL solle prioritär zugunsten der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion erfolgen, notfalls auch zu Lasten der Hilfe in anderen Bereichen.

b) Handel, Rohstoffe, Energie und Finanzen

Übereinstimmend wurde ein globaler Ansatz bei diesen Problemen für erforderlich gehalten. Die insgesamt sachliche Erörterung ließ bei Währungs- und Finanzfragen alte Frontstellungen anklingen. Im Handelsbereich zeigte sich Einvernehmen in Fragen wie z. B. Wiederbelebung der Weltwirtschaft, Verurteilung von Protektionismus, Notwendigkeit der Marktöffnung zugunsten der EL.

c) Globale Verhandlungen

In Einzelgesprächen und sodann in kleineren Gruppen (insbesondere zwischen USA, Venezuela und uns[27]) gelang es, einen für alle akzeptablen Text zu finden. Hierin kommt zum Ausdruck, daß ein Konsens wünschbar ist, die Globalen Verhandlungen in den VN auf einer Basis zu beginnen, die allseitig akzeptiert wird und Aussichten für wirklichen Fortschritt bietet. Gleichzeitig wurde der

24 Für den Wortlaut des Berichts des Präsidenten López Portillo und des Ministerpräsidenten Trudeau vom 24. Oktober 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 94–98.

25 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 283, Anm. 52 und 56.

26 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 22. Oktober 1981 in Cancún vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 980–982.

27 Botschafter Sulimma, z. Z. Cancún, berichtete am 23. Oktober 1981, im Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan, dem amerikanischen Außenminister Haig und dem aus Venezuela stammenden Vorsitzenden der Gruppe der 77, Pérez-Guerrero, sei folgender Text zu den Globalen Verhandlungen erarbeitet worden: „The heads of State and Government confirmed the desirability of supporting at the UN a consensus to launch global negotiations on a basis to be mutually agreed and in circumstances offering the prospect of meaningful progress. Some countries insisted that the competence of the specialized agencies should not be affected." Sulimma berichtete weiter: „Der Vorschlag, man sollte dem Text hinzufügen, daß die Bemühungen um die Globalen Verhandlungen ‚a sense of urgency' haben sollten, wurde von allen (auch Präsident Reagan) akzeptiert. Der obige Wortlaut wurde aber nicht mehr ausdrücklich verändert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 9999; Unterabteilung 34, Bd. 141075.
Für den Passus des Berichts des Präsidenten López Portillo und des Ministerpräsidenten Trudeau vom 24. Oktober 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 96.

Wunsch einiger Länder (ohne sie zu nennen) festgehalten, daß die Kompetenzen der Sonderorganisationen nicht beeinträchtigt werden sollten.

Der zunächst von den USA verfolgte Gedanke, anstelle von Globalen Verhandlungen durch Benennung von Persönlichen Beauftragten der 22 Teilnehmerstaaten zunächst informelle Verhandlungen aufnehmen zu lassen, wurde in der Schlußphase von Präsident Reagan selbst fallengelassen. Die Möglichkeit weiterer Gipfeltreffen wurde nicht besprochen.

3) Die deutsche Delegation ist mit zwei Zielen in dieses Treffen gegangen, die nach unserer Auffassung beide erreicht werden konnten:

– Die Diskussion in den Sachfragen hat eine Annäherung der Standpunkte zwischen EL und Il gezeigt, die EL haben ihrerseits ein erfreuliches Maß an Kooperationsbereitschaft gezeigt.
– Am Ende waren sich alle Teilnehmer einig, daß die Vorbereitungen zur Aufnahme der Globalen Verhandlungen in den VN fortgesetzt werden sollen.

Unsere Auffassung, wonach im Nord-Süd-Dialog den Bereichen Ernährung und Energie besondere Bedeutung zukommt und Maßnahmen in diesen Bereichen prioritär sind, wurde von allen anderen geteilt, konkrete Maßnahmen wurden dabei in den Vordergrund gestellt. Zwar wurde die Schaffung einer Energietochter der Weltbank[28] nicht allgemein anerkannt, jedoch enthielten sich die USA ausdrücklicher negativer Stellungnahmen, während OPEC-Mitglieder wie Algerien und, besonders wichtig, Saudi-Arabien sich ausdrücklich dafür aussprachen. In unserem Sinne ist es auch, daß der mexikanische Vorschlag eines Weltenergiedialogs[29] allgemein begrüßt und Ansätze zu seiner Realisierung eingeleitet wurden.

Der Gipfel hat die Vertrauensgrundlage geschaffen, mit neuem Elan den Nord-Süd-Dialog fortzuführen. Dieser Dialog hat nunmehr unstreitig die besondere Bedeutung, die ihm neben den großen Themen wie Abrüstung und internationale Zusammenarbeit zukommt. Die SU hat sich durch ihr Fernbleiben diskreditiert.

Besondere Aufmerksamkeit verdient der Konsens über die Fortsetzung der Vorbereitung der Globalen Verhandlungen aus der Sicht unserer Beziehungen zu den Ländern der Dritten Welt.

Hier ist das von uns gewünschte positive Signal weitgehend dank des persönlichen Einsatzes des Bundesministers gesetzt worden. Ganz auf der Basis unserer Vorstellungen wird ihnen ihr Platz im System der VN zugewiesen, wobei wir auf die Wahrung der Kompetenzen der Sonderorganisationen Wert gelegt haben. Besonders erfreulich erscheint, daß dies gelang, ohne die USA zu isolieren, die sich so zur Kontinuität bei den Bemühungen um die Globalen Verhandlungen bekannt haben.

Unsere positive Einschätzung des Gipfeltreffens wird von den anderen Teilnehmern, vor allem den USA, weitgehend geteilt.

28 Zum Vorschlag der Gründung einer „Energiebank“ vgl. Dok. 198, Anm. 97.

29 Präsident López-Portillo regte am 27. September 1979 vor der VN-Generalversammlung in New York die Bildung eines Weltenergieforums im Rahmen der Vereinten Nationen an. Vgl. dazu UN GENERAL ASSEMBLY, 34th Session, Plenary Meetings, S. 199–203.

4) Bei Gesprächen über den Ausgang des Gipfeltreffens in Cancún sollte neben der oben gegebenen Wertung folgende Linie vertreten werden:

Nach unserer Meinung ist es nun die gemeinsame Aufgabe aller VN-Mitglieder, im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten und damit auch unter Berücksichtigung der Vorstellungen der USA einen Dialog zu erreichen, der zu konkreten Ergebnissen führt. Der amerikanische Präsident hat – zieht man seine Ausgangsposition in Betracht – einen bemerkenswerten Schritt in Richtung auf die VN und die Globalen Verhandlungen getan. Besonders wichtig ist die Vorbereitung konkreter Ergebnisse, bei denen die Interessen der EL, aber auch diejenigen der IL, zu berücksichtigen sind. Dieser Gedanke kommt bereits in der Resolution 34/138 zu den Globalen Verhandlungen[30] zum Ausdruck: Sie sollen zur Lösung internationaler Wirtschaftsprobleme beitragen. Materiell sollten dabei die in Cancún gesetzten Schwerpunkte wie Ernährung, Energie und Handel Berücksichtigung finden, ebenso wie die Tatsache, daß der in Cancún erörterte Bereich der Währungsfragen kontrovers geblieben ist. Hier muß man besonders vorsichtig vorgehen und auf unrealistische Forderungen verzichten.

In New York werden jetzt bilaterale Gespräche zwischen VN-Botschaften über die weitere Vorbereitung der Globalen Verhandlungen stattfinden. Eventuell wird es auf Initiative des GV-Präsidenten Kittani zur Bildung einer informellen Gruppe kommen. Wir sind bereit, aktiv mitzuarbeiten und einen positiven Beitrag zu leisten.

Gegenüber den Gastregierungen, die in Cancún vertreten waren, sollte darauf hingewiesen werden, daß die Teilnehmer am Gipfel besondere Verantwortung zur Erzielung eines Konsensus über die Aufnahme der Globalen Verhandlungen tragen. Jedoch sind wir nicht der Ansicht, daß der Kreis der 22 ein privilegierter, verfestigter Kreis sei. Als Teilnehmer von Cancún sollten wir vielmehr den „Geist von Cancún“ – gegenseitiges Vertrauen und Verständigungsbereitschaft – an unsere anderen Partner weitergeben, in welchen Gruppierungen auch immer.

Steinkühler[31]

Referat 012, Bd. 124417

30 Für den Wortlaut von Resolution Nr. 34/138 der VN-Generalversammlung vom 14. Dezember 1979 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XVIII, S. 229.

31 Paraphe.

316

Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Evren in Ankara

010-3110/81 VS-vertraulich **5. November 1981**[1]

Gespräch BM mit Staatsoberhaupt der Republik Türkei, General Kenan Evren, am 5.11.1981, 16.30 bis 18.15 Uhr[2];

an dem Gespräch nahmen außerdem teil: türkischer AM Türkmen, Dolmetscher Bülent Eryavuz (Botschaft), Ehrenbegleiter Atakan (türkisches Außenministerium) und Unterzeichneter[3] als Note-taker.

General *Evren* begann Gespräch nach Begrüßung mit Hinweis, er wolle nicht diplomatisch sprechen, denn er sei kein Diplomat. *BM* erwiderte, er werde dies auch nicht tun.

Evren fuhr mit einer längeren zusammenfassenden Ausführung fort: Ausgehend von der Frage, was aus der Türkei geworden wäre, wenn das Militär nicht interveniert hätte[4], zeigte er die aus seiner Sicht möglichen Alternativen auf: entweder Bürgerkrieg oder eine der extremen Gruppen – und dies hätte wegen ihrer besseren Organisation nur eine Linksgruppe sein können – hätte die Türkei aus der westlichen Gemeinschaft herausgebrochen. Für diese Analyse sprächen drei Fakten: zum ersten die Menge der sichergestellten Waffen, zum zweiten die Anzahl der erkannten Terroristen und zum dritten die sichergestellten Dokumente. Im übrigen würden immer noch neue Terroristengruppen aufgespürt und neue Waffen sichergestellt. Die Zahl der sichergestellten Infanteriewaffen beliefe sich bisher auf 736 000. Es seien jedoch nicht nur Handfeuerwaffen sichergestellt worden, sondern auch Flugabwehrwaffen und Mörser.

Evren erklärte, die türkische Regierung sei sich darüber im klaren, wie sensibel und empfindlich die deutsche Öffentlichkeit gegenüber Militärregierungen eingestellt sei. Man wisse auch, was das deutsche Volk während des Zweiten Weltkrieges habe erdulden müssen. Es sei nun einmal so, daß heutzutage Militärregierungen gegenüber keine freundlichen Gefühle erwartet werden könnten. Als Begründung dafür, daß das türkische Volk ihn, General Evren, seine Kollegen und sein Programm unterstütze, brachte Evren einen Vergleich mit einem Fußballspiel: Das Volk applaudiere, solange die Mannschaft gut spiele. Sobald sich das Blatt wende, werde das Volk beginnen, mit Steinen zu werfen. Die heutige Unterstützung resultiere aus dem Erleben und Erdulden des türkischen Volkes vor dem 12. September.

Evren sprach dann das Problem der nach Deutschland geflüchteten Terroristen an: Bei allem Verständnis für die deutschen Empfindlichkeiten könne es die

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Nordenskjöld am 9. November 1981 gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Durchdruck 203 am 10.11.“
Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher hielt sich am 5./6. November 1981 in der Türkei auf. Vgl. dazu auch Dok. 320.

3 Fritjof von Nordenskjöld.

4 Zum Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 vgl. Dok. 6, besonders Anm. 2.

türkische Regierung nicht hinnehmen, daß diese Leute die Beziehungen zwischen beiden Ländern vergifteten.

Zur Rolle der Türkei in der NATO stellte Evren die rhetorische Frage, wie es sich für die NATO ausgewirkt hätte, wenn das Militär die Operation vom 12. September nicht durchgeführt und die Türkei aus der westlichen Gemeinschaft herausgebrochen worden wäre.[5] Die türkische Regierung sei stets entschlossen gewesen, auch die Interessen der westlichen Gemeinschaft zu wahren.

Evren nahm dann ausführlich zur Frage der Rückkehr zur Demokratie Stellung: Seit seiner ersten Erklärung nach der Intervention[6] habe er immer wieder mit Nachdruck erklärt, daß die Türkei unbedingt zur Demokratie zurückkehren müsse. Evren stellte in diesem Zusammenhang die Frage, ob man annehme, die Türkei hätte die EG mit dem Angebot der Vertragserfüllung[7] angesprochen, wenn sie nicht das Ziel der Redemokratisierung verfolgen würde? Zur Frage des Zeitpunktes der Wiedereinführung der Demokratie sagte Evren, die neue türkische Regierung habe bisher alle Versprechen gehalten und wolle nicht in eine Lage kommen, dies einmal nicht zu tun. Andererseits sei die Beratende Versammlung gerade erst zusammengetreten.[8] Sie habe noch nicht einmal eine Geschäftsordnung. Sobald sie wirklich zu arbeiten begänne, könne man ihr Arbeitstempo abschätzen. Es werde dann wohl möglich sein, in der ersten Hälfte 1982 einen Termin für die Wahlen bekanntzugeben. Die Regierung sei entschlossen, diese Erklärung in möglichst naher Zukunft abzugeben.

Zur Frage, wie die neue Verfassung aussehen werde, sagte Evren, sie werde auf jeden Fall auf ein freies demokratisches Mehrparteiensystem abstellen. Er wies dann darauf hin, daß zwar alle Staaten der westlichen Welt auf der Grundlage demokratischer Verfassungen regiert würden, aber ihre Wahlsysteme unterschiedlich und auch ihre Parteiensysteme nicht immer die gleichen seien. Die türkische Regierung würde sich aus den verschiedenen Ländern das für die türkischen Bedürfnisse Geeignete aussuchen.

Zurückkommend auf den Zeitpunkt der Wiedereinführung der Demokratie, meinte Evren, daß nach der ersten Intervention am 27. Mai 1960[9] Fehler ge-

5 So in der Vorlage.

6 Zur Rede des Generalstabschefs der türkischen Streitkräfte, Evren, am 12. September 1980 vgl. den Artikel „Jetzt herrscht die Armee in der Türkei. Demirel und Ecevit festgesetzt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. September 1980, S. 1.

7 Am 5. Juni 1981 fand in Brüssel eine Tagung des Assoziationsrats EWG/Türkei auf Botschafterebene statt. Dazu wurde mitgeteilt: „Bei dieser Gelegenheit zog der Vertreter der Türkei eine Bilanz der politischen und wirtschaftlichen Lage seines Landes […]; er verwies insbesondere auf den Beschluß seiner Regierung vom 25. März dieses Jahres, auf nationaler Ebene die Vorbereitungen zu beschleunigen und zu ergänzen, damit die Türkei bei Wiederherstellung der parlamentarischen Regierungsform ihren Antrag auf Beitritt zur Gemeinschaft stellen kann. Zu diesem Zweck ist die türkische Regierung entschlossen, erneut ihren im Abkommen von Ankara und im Zusatzprotokoll niedergelegten Verpflichtungen im Bereich der Zollunion nachzukommen." Vgl. BULLETIN DER EG 6/1981, S. 67.

8 Botschafter Oncken, Ankara, teilte am 23. Oktober 1981 mit, daß am selben Tag die Beratende Versammlung zur Erarbeitung einer neuen türkischen Verfassung eröffnet worden sei: „Veranstaltung machte gelenkten Eindruck. Rede Evrens lief auf Einweisung hinaus. […] Evrens Auseinandersetzung mit den ehemaligen Parteien und sein – mit besonders starkem Applaus bedachter – einen kritischen Unterton tragender Appell an den Westen zeigen seine Sensibilisierung in diesen Fragen. Voll befriedigen werden seine Aussagen nicht. Immerhin ist mit dem heutigen Tage ein Schritt getan." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1411; Referat 203, Bd. 123296.

9 Am 27. Mai 1960 wurde Ministerpräsident Menderes vom Militär gestürzt.

macht worden seien. Damals habe man die Redemokratisierung zu schnell durchgeführt und auch die Verfassung[10] zu schnell verabschiedet. Was man danach erlebt habe, sei die Folge dieser Eile gewesen.

Evren setzte sich dann mit der Frage auseinander, warum man die bestehenden Parteien aufgelöst habe[11], wenn man an die Wiedereinführung eines Mehrparteiensystems denke. Die türkische Regierung habe ein Jahr dem Treiben der bisherigen Parteien zugesehen und dann festgestellt, daß die unfruchtbaren Streitigkeiten und unversöhnlichen Rivalitäten fortbestünden. Man habe die Parteien gebeten, sich ruhig zu verhalten und auf die neue Verfassung zu warten. Die bisherigen Parteien seien aber untereinander so verfeindet, daß sie – wenn man sie weiter zugelassen hätte – ihre alten Streitigkeiten fortsetzen würden. Evren gab hier einen historischen Rückblick auf den Parteienstreit:

Eine Partei behaupte, die Partei Atatürks zu sein. Die Ziele Atatürks zu vertreten, behaupteten im übrigen alle Parteien. Sie leiteten hieraus das Recht ab, ewig existieren zu dürfen. Der Nachfolger Atatürks, sein engster Mitarbeiter Inönü, sei gezwungen gewesen, aus seiner Partei auszutreten. Die Führer der alten Parteien seien immer noch mit den alten Fehlern behaftet. Evren wies darauf hin, daß er unter Ecevit Stabschef geworden sei[12] und mit diesem gut zusammengearbeitet habe, bis Ecevit zehn Leute aus anderen Parteien zur Gründung einer Koalitionsregierung hereingenommen hätte. Damit hätten Machenschaften begonnen, die zu einer Verunsicherung der Bevölkerung und zum Beginn des Terrors geführt hätten. In dieser Zeit habe ihm, Evren, die Gerechtigkeitspartei Leute geschickt, die ihm gesagt hätten, so gehe es nicht, die Zehn müssen rausgeworfen werden. Die Gerechtigkeitspartei würde dann mit der Volkspartei eine Koalition eingehen. Er sei damals gerade aus den USA zurückgekehrt, als Ecevit bei einer Abstimmung im Parlament weniger als 226 Stimmen, d. h. weniger als die absolute Mehrheit, bekommen hätte. Er habe ihm damals gesagt, daß die einzige Lösung in einer großen Koalition mit der Gerechtigkeitspartei läge. Ecevit habe hierauf nur gelacht. Seine Regierung habe bald darauf zurücktreten und der Gerechtigkeitspartei das Feld überlassen müssen.[13] Dies habe jedoch keine Veränderung der Lage gebracht. Der Terror habe sich vielmehr gesteigert. Daraufhin habe Ecevit ihm Unterhändler mit dem Vorschlag einer großen Koalition gesandt. Er habe diesen Wunsch Demirel überbringen lassen, aber dieser habe ihm gesagt, es gäbe eine verfassungsmäßige Regierung, und die würde auch regieren. Wie könne man bei einem solchen Verhalten an die Aufrichtigkeit der Parteipolitiker glauben? Er sei schließlich zu der Überzeugung gekommen, daß man die alten Parteien nicht weiter regieren lassen könne. Evren stellte hier die Frage, ob man sich unter solchen Umständen dem Ausland beugen oder versuchen solle, eine Lösung im Interesse des eigenen Landes zu finden. Man wisse, daß die alten Parteien versucht hätten, über ihre Gesinnungsgenossen im Ausland Druck auf die jetzige Regierung auszu-

10 Für den Wortlaut der türkischen Verfassung vom 27. Mai 1961 vgl. VERFASSUNGEN EUROPAS, S. 561–611.

11 Zur Auflösung der Parteien in der Türkei am 16. Oktober 1981 vgl. Dok. 314, Anm. 44.

12 Kenan Evren übernahm im März 1978 das Amt des Generalstabschefs der türkischen Streitkräfte.

13 Der seit 5. Januar 1978 amtierende Ministerpräsident Ecevit trat am 15. Oktober 1979 zurück. Der Vorsitzende der Gerechtigkeitspartei, Demirel, wurde am 12. November 1979 zum Ministerpräsidenten ernannt.

üben. Man werde ein demokratisches Mehrparteiensystem einführen, aber nicht mit den alten Parteien.

Als nächstes Thema sprach Evren den Vorwurf der Folterungen an: Die Regierung sei gegen Folterungen. Er habe immer gesagt, daß dies kein Mittel sei, um zu regieren. Leider gäbe es subalterne Beamte, die sich zu Folterungen hinreißen ließen. Sie würden schwer bestraft. Nach einem Spiegel-Interview solle er einmal gesagt haben, in der Türkei werde immer gefoltert.[14] Dies sei eine Verfälschung. Er habe seinerzeit erklärt, daß bei jedem Regierungswechsel behauptet worden sei, die abgewählte Regierung habe foltern lassen.

An dieser Stelle kam Evren erneut darauf zu sprechen, daß alle türkischen Regierungen großen Wert auf die Mitgliedschaft im westlichen Bündnis gelegt und sich bemüht hätten, dieses zu festigen. Dies gelte auch für die gegenwärtige Regierung.

Zur Reaktion des Auslandes auf die Verhältnisse der Türkei erklärte Evren, die negativen Urteile des Auslandes seien den Türken bekannt. An sich erwarte man jedoch von den westlichen Freunden, daß sie Verständnis für die türkischen Probleme aufbrächten. Dieses Verständnis habe man von den westlichen Regierungen auch immer erfahren, von manchen Parlamentariern dieser Länder könne er dasselbe jedoch nicht sagen. Es läge an BM und ihm, die Ziele dieser Parlamentarier zu vereiteln.

Zur Wirtschaftslage führte Evren aus, er gehe davon aus, daß BM wisse, daß sie katastrophal sei, aber auch, daß sich seit einem Jahr positive Entwicklungen vollzogen hätten. Hierbei habe selbstverständlich die Hilfe der westlichen Freunde eine große Rolle gespielt. Allerdings werde die türkische Regierung etwa zwei Jahre brauchen, bis die Inflation richtig unter Kontrolle gebracht und die Wirtschaft auf eine feste Grundlage gestellt worden sei. Die Freunde der Türkei müßten in diesen zwei Jahren die türkische Regierung – und zwar jede türkische Regierung – weiter unterstützen, und dies, obwohl ein Teil der Freunde selbst Schwierigkeiten habe. Evren verwies auf das türkische Sprichwort: Der Reiche gibt aus der Tasche, der Arme aus dem Herzen! Wenn die Deutschen jetzt ihre Hilfe aufrechterhalten würden, würde das türkische Volk sehen, daß sie aus dem Herzen gäben. Daran würde sich die echte Freundschaft zeigen.

Zum Punkt Militärhilfe[15] wies Evren auf die große Zahl türkischer Soldaten unter Waffen hin, die nur gehalten werden könne, wenn der Westen seine Rüstungshilfe fortsetzt. Andernfalls sei man gezwungen zu reduzieren. Die Aufrechterhaltung einer starken Armee sei im übrigen der wirkliche Grund für die negative Wirtschaftsentwicklung. Eine Verminderung der Armee würde lediglich dem starken Nachbarn im Norden nützen.

Evren schnitt dann von sich aus die Verurteilung Ecevits[16] an: Auch er sei darüber sehr deprimiert gewesen, Ecevit sei schließlich eineinhalb Jahre sein Mi-

14 Vgl. dazu den Artikel „‚In diesem Land wurde immer gefoltert‘“; DER SPIEGEL, Nr. 43 vom 19. Oktober 1981, S. 169–174.

15 Zu den Abkommen vom 15. September 1981 zwischen der Bundesrepublik und der Türkei über Verteidigungshilfe und über finanzielle Zusammenarbeit vgl. Dok. 253, Anm. 35.

16 Zur Anklage gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit vgl. Dok. 314, Anm. 45.
Botschafter Oncken, Ankara, berichtete am 3. November 1981, der ehemalige Ministerpräsident Ecevit sei am selben Tag vom Militärgericht Ankara zu einer Freiheitsstrafe von vier Monaten ver-

nisterpräsident gewesen. Er sei mit dem Urteil nicht einverstanden. Er habe nach dem 12. September gesagt, daß die Rivalitäten aufhören müßten, damit man sich der Hauptaufgabe, nämlich der Regenerierung des Volkes, widmen könne. Die Parteien hätten sich jedoch nicht daran gehalten. Da sie selber nicht in Erscheinung hätten treten können, hätten sie sich über ihnen nahestehende Presseorgane bekämpft. Mit dem Beschluß 52 hätte die Regierung versucht, die Lage zu entspannen und die Streitereien zu unterbinden. Aber Ecevit habe dem Beschluß zuwidergehandelt und in der westlichen Presse Erklärungen abgegeben. Der Staatsanwalt habe ihn von Rechts wegen anklagen müssen. Ein autonomes Gericht habe ihn zu vier Monaten verurteilt. Er versichere, daß er bisher nicht die leiseste Andeutung gegenüber irgendeinem Gericht oder Staatsanwaltschaft, sich in einer bestimmten Weise zu verhalten, gemacht habe. Die türkischen Gerichte seien autonom und entschieden in vielen Dingen in einer Weise, die der Regierung nicht gefiele. Hätte Ecevit den Beschluß nicht verletzt, sondern etwa einen Verkehrsunfall mit tödlichem Ausgang verschuldet, wäre es das gleiche gewesen: Er hätte eine Gesetzesverletzung begangen. Für die Gerichte gebe es da keinen Unterschied. Er sei tief betrübt über die Angelegenheit, aber was könne er tun? Vielleicht habe Ecevit auch nur so gehandelt, um den Märtyrer zu spielen. Es gebe Leute, die so denken würden.

Evren stellte dann fest, daß es noch eine Reihe weiterer Probleme gäbe. Dazu gehöre die Auslieferung von Terroristen.[17] Eine für beide Seiten befriedigende Lösung sei bisher nicht gefunden worden. Vielleicht könnten die Juristen beider Länder zur Erarbeitung einer stichhaltigen Lösung zusammenkommen. Ob es jedoch eine solche Lösung gäbe, wisse er nicht. Die türkische Regierung könne keine Erklärung dahingehend abgeben, daß jemand nicht zum Tode verurteilt und hingerichtet werde. Die türkischen Gesetze sähen diese Strafe vor. Ob sie durch die zuständigen Gerichte verhängt würde, könne die Regierung vorher nicht wissen. Ebensowenig, ob das Parlament eine verhängte Todesstrafe aufhebe oder nicht. BM könne davon überzeugt sein, daß sich sämtliche noch in Freiheit befindlichen Terroristen inzwischen in Deutschland aufhalten wür-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1697

urteilt worden. Nach Recherchen der Botschaft der Bundesrepublik sei das Urteil noch nicht rechtskräftig, sondern könne innerhalb eines Monats verschärft oder abgemildert werden. Ecevit befinde sich noch auf freiem Fuß. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1481; Referat 203, Bd. 123296.

17 Referat 511 erläuterte am 27. Oktober 1981: „Der Bundesregierung liegen derzeit mehrere türkische Auslieferungsersuchen vor, in denen im Fall der Bewilligung zumindest die Möglichkeit der Verhängung der Todesstrafe droht. Bei den Verfolgten handelt es sich teilweise um Personen, denen von türkischer Seite terroristische Aktivitäten zur Last gelegt werden." Die Bundesregierung habe von der türkischen Regierung „verbindliche Zusicherungen über die Nichtverhängung, jedenfalls aber die Nichtvollstreckung der Todesstrafe erbeten. […] Die von der Türkei daraufhin abgegebenen Erklärungen, bei dem türkischen Gnadenträger (jetzt Nationaler Sicherheitsrat) auf eine Nichtvollstreckung einer eventuell verhängten Todesstrafe hinzuwirken, genügen uns nicht." Seit Juli 1981 hätten zur Klärung des Problems mehrere Demarchen der Botschaft der Bundesrepublik im türkischen Außen- sowie im Justizministerium stattgefunden, ferner Gespräche mit der türkischen Botschaft in Bonn. Die türkische Seite prüfe derzeit, „ob sie im Wege einer Gesetzesinitiative die innerstaatlichen Voraussetzungen dafür schaffen kann, daß eine verbindliche Zusicherung über die Nichtvollstreckung der Todesstrafe bereits vor Urteilserlaß erteilt werden kann". Für die Zeit ab Dezember 1981 sei zu erwarten, daß einige Oberlandesgerichte in der Bundesrepublik „die gegen mutmaßliche türkische Terroristen verhängte Auslieferungshaft" nicht verlängern werden. Eine etwaige Freilassung dieser Personen würde sich jedoch negativ auf die bilateralen Beziehungen auswirken. Vgl. Referat 203, Bd. 123299.

den. In der Türkei hätte die Regierung inzwischen eine Säuberung durchgeführt, leider sei ihr Arm jedoch nicht so lang, dies auch in der Bundesrepublik tun zu können. Hierüber ärgere man sich, sei jedoch vor allem über die Gefahr beunruhigt, die von den Exilterroristen für die Türkei ausgehe.

Zum Visumszwang[18] äußerte sich Evren nur kurz, indem er Verständnis für diese Maßnahme im Hinblick auf die Zuwanderung türkischer Terroristen zeigte, sich jedoch dennoch dafür aussprach, den Visumszwang wieder aufzuheben.

BM dankte Evren für die sehr offene Art der Darstellung. Er sei als Freund der Türkei gekommen, aber auch in großer Sorge.

BM leitete seine Erwiderung mit dem Hinweis ein, daß er für das Problem des Terrorismus und seiner Bekämpfung – wie für alle Probleme der inneren Sicherheit – großes Verständnis habe, da er mehr als vier Jahre – von 1969 bis 1974 – Innenminister seines Landes gewesen sei. Die Entwicklung vor dem September 1980 habe man natürlich in der Bundesrepublik mit großer Sorge gesehen. Zum einen, weil beide Länder wirklich eine alte Freundschaft verbinde, aber auch, weil eineinhalb Millionen Türken unter den Deutschen lebten. West-Berlin sei die drittgrößte türkische Stadt. Nicht zuletzt aber auch deshalb, weil es der Bundesregierung nicht gleichgültig sei, was bei den Bündnispartnern vorgehe. Die gemeinsame Sicherheit werde in Mitteleuropa und in der Türkei verteidigt.

BM erklärte, daß die Maßnahme des[19] türkischen Militärs in der Bundesrepublik nicht gerade jubelnd begrüßt, aber auf ein gewisses Verständnis gestoßen sei. Man wisse in Deutschland, daß die Rolle des Militärs in der Türkei immer eine andere gewesen sei als in anderen Ländern. Die Diktatur in Deutschland in den Jahren 1933 bis 1945 sei keine Militärdiktatur, sondern eine faschistische Diktatur gewesen. Viele tapfere Soldaten seien am Galgen gestorben, weil sie die Hand gegen Hitler erhoben hätten.

BM wies darauf hin, daß die deutschen Sorgen und insbesondere die Sorgen aller Parteien des Bundestages eigentlich in eine andere Richtung gingen: Zwar habe man Verständnis dafür, daß der Terrorismus bekämpft werden müsse, und man erkenne auch, daß die Maßnahmen der Regierung Wirkung gezeigt hätten. Die erste Frage bei uns sei jedoch darauf gerichtet, ob und wann man in der Türkei zur Demokratie zurückkehre. So habe die Mitteilung des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung[20] – „in zwei Jahren" – allergrößte Sorge ausgelöst. Er wolle Evren bestärken, ermutigen, sehr herzlich bitten, so früh wie möglich im nächsten Jahr den Zeitpunkt für die Wahlen bekanntzugeben und anzukündigen, daß diese Wahlen so früh wie möglich stattfinden würden.

BM erinnerte daran, daß auch in unserem Lande nach dem Zusammenbruch eine neue Verfassung habe geschaffen werden müssen. Dies sei damals in weni-

18 Die Bundesregierung beschloß am 25. Juni 1980 eine allgemeine Sichtvermerkspflicht für die Einreise türkischer Staatsangehöriger in die Bundesrepublik mit Wirkung vom 1. Oktober 1980. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 188.

19 Die Wörter „Maßnahme des" wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Übernahme der Regierung durch das".

20 Mahmut Sadi Irmak.

gen Monaten geschehen, und schon wenige Monate später hätten Wahlen stattgefunden.[21] Deshalb werde es sehr wichtig sein, beide Termine im Auge zu haben: So früh wie möglich Bekanntgabe des Wahltermins und so früh wie möglich Durchführung der Wahlen. Dieser Zeitplan werde im Ausland eine beruhigende Wirkung haben, insbesondere, wenn die Wahlen noch im nächsten Jahr stattfinden würden.

BM ging dann auf das Problem der Folterungen ein und gab Evren die Empfehlung, falls Übergriffe vorkämen und bestraft würden, dies bekanntzumachen.

BM wies eindringlich darauf hin, daß in der deutschen Öffentlichkeit das Verhältnis der türkischen Militärregierung zu den demokratischen Parteien, den Parteiführern, den Gewerkschaften und zur Pressefreiheit eine große Rolle spiele. Die Auflösung der Parteien sei bei uns nicht verstanden worden. Man verstünde zwar, daß der Terrorismus bekämpft werden müsse. Ein Zusammenhang sei jedoch nicht erkennbar. Für unser Parlament sei die Frage der Betätigung der Parteien und ihrer Führer, das Problem der Ausreiseverbote, die Zahl der Häftlinge, die Dauer der Haft von großer Bedeutung. Der Deutsche Bundestag habe am 3. Juni d. J. in einer von allen im Bundestag vertretenen Parteien getragenen Entschließung die Erwartung zum Ausdruck gebracht, daß die türkische Staatsführung in allen diesen Punkten positive Entscheidungen treffe.[22]

Zur Verurteilung Ecevits führte BM aus, es möge ja so sein, daß die türkischen Gerichte nicht anders entscheiden könnten, aber schließlich käme es auf das Gesetz an, aufgrund dessen sie entschieden. Er wolle Evren sehr herzlich bitten, als jemand, der wünsche, daß nichts kaputtgehe zwischen unseren befreundeten Ländern, nicht zuzulassen, daß Ecevit ins Gefängnis komme. Evren möge Ecevit amnestieren, begnadigen oder die Strafe aussetzen, was immer die türkischen Gesetze zuließen. BM wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Rapporteur für die Türkei im Europarat, Herr von Hassel, ihn noch an diesem Tage in einem Fernschreiben beschworen habe, diese Gedanken vorzutragen. Dies gelte auch für die anderen Parteien.

BM erläuterte sodann die Behandlung der Wirtschaftshilfe im Bundestag[23]: Mit der Fortsetzung habe es Probleme gegeben, er habe sich in dieser Sache sehr stark engagiert und sozusagen gewisse Bürgschaften übernommen. Seinerzeit habe er die Zustimmung der zuständigen Ausschüsse bekommen, inzwischen habe einer dieser Ausschüsse jedoch einstimmig einen negativen Beschluß für die Zeit danach gefaßt. Diese kritische Entwicklung gäbe es nicht nur bei uns. Gestern abend sei Herrn Thorn bei ihm gewesen, der das Problem im Verhältnis zu anderen europäischen Ländern genauso sehe.

21 Am 1. September 1948 trat der Parlamentarische Rat zusammen. Nach der Unterzeichnung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 fanden am 14. August 1949 die ersten Wahlen zum Bundestag statt.

22 Zum Entschließungsantrag aller Fraktionen des Bundestags vgl. Dok. 168, besonders Anm. 2.

23 Vortragender Legationsrat I. Klasse Vogeler notierte am 10. November 1981: „Der BT-Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) hat am 21.10.1981 unter dem Eindruck beunruhigender Meldungen aus der Türkei einstimmig beschlossen, dem Haushaltsausschuß zu empfehlen, die Türkeihilfetitel im Haushalt des BMZ mit ‚qualifizierten Sperren' zu versehen, mit der Maßgabe, daß Hilfe an die Türkei bis zur Erfüllung der vom Bundestag im Juni 1981 formulierten Erwartungen nicht geleistet werden dürfe und die Aufhebung dieser Sperre der Zustimmung beider Ausschüsse bedürfe." Vgl. Referat 010, Bd. 178844.

BM schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß er nicht gekommen sei, um sich in die inneren Angelegenheiten der Türkei einzumischen, aber sehr froh wäre, wenn er Ankara ermutigt verlassen könnte.

Obwohl die vorgesehene Zeit bereits weit überschritten war, ging *Evren* erneut auf die angeschnittenen Themen ein: Auf die von BM aufgeworfene Frage, was das Parteiverbot mit dem Terrorismus zu tun habe, antwortete Evren, daß der Terror seinerzeit solche Ausmaße habe annehmen können, habe daran gelegen, daß die Parteien sich nicht einigen konnten, die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrors zu treffen. Die jeweilige Opposition habe sogar Freude am Terrorismus gehabt, weil dieser der jeweiligen Regierung Schwierigkeiten bereitet habe und sich daraus die Möglichkeit ergeben konnte, die Regierung zu stürzen.

Auch die schlechte Lage der Wirtschaft beruhe auf dem Verhalten der Parteien. Sie hätten es so weit getrieben, daß sie die türkischen Gastarbeiter im Ausland dahingehend zu beeinflussen versuchten, keine Überweisung in die Türkei vorzunehmen, um der jeweiligen Regierung wirtschaftliche Probleme in noch größerem Maße zu verschaffen. Außerdem unterstützten sie die Bildung rechts- und linksextremistischer Gruppen im Ausland.

Dies seien die Gründe, warum die türkische Regierung die Parteien verboten und das Ausreiseverbot erlassen hätte.

Evren berichtete, Ecevit sei in die Bundesrepublik[24], nach Indien und zur PLO eingeladen worden. Da die türkische Regierung ihm untersagt hatte, in der Türkei politische Reden zu halten, stand zu befürchten, daß er dies im Ausland tun würde, wenn er dazu die Gelegenheit hätte. Auch Çaglayangil habe ins Ausland reisen und England und die ČSSR besuchen wollen. Er habe ihm die Ausreisegenehmigung sofort erteilt. Wenn Ecevit sich an ihn mit dem Versprechen gewandt hätte, er werde keine Reden im Ausland halten, hätte er ihn auch herausgelassen. Er sei jedoch sicher gewesen, daß Ecevit Reden halten wollte und deshalb auch nicht zu ihm gekommen sei. Seine Freunde in Deutschland hätten ihn sicherlich mit großem Pomp empfangen.

Auf die Bitte *BMs*, alles zu tun, um eine Inhaftierung Ecevits zu verhindern, erwiderte *Evren*, er könne nichts versprechen. Nur der Kommandant des Ausnahmezustandes könne innerhalb einer bestimmten Frist Berufung einlegen. Er habe bisher nicht mit diesem gesprochen, werde ihn jedoch heute einbestellen und ihn fragen, ob er Berufung eingelegt habe. Evren wiederholte, daß er

24 Vortragende Legationsrätin I. Klasse Steffler notierte am 16. April 1981, gegen den ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit sei ein Verbot der Ausreise aus der Türkei erlassen worden: „Er hatte um ihre Genehmigung im Zusammenhang mit einer Einladung der Sozialistischen Internationale und der Hamburger Universität zu einem Vortrag nachgesucht." Vgl. Referat 203, Bd. 123296.
Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Botschaft in Ankara am 28. April 1981 mit, Ecevit habe außerdem eine Einladung der Universität Hamburg zur Übernahme einer Gastprofessur erhalten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 115; Referat 203, Bd. 123296.
Am 2. Juni 1981 berichtete Botschafter Oncken, Ankara, Ecevit habe gegenüber Gesandtem von Hassell erklärt, „er könne sich nicht für längere Zeit aus Ankara entfernen, da er hier eine Zeitschrift leite. Die ihm angebotene Gastprofessur könne er daher leider nicht annehmen. Für einen Vortrag wäre er jedoch gern nach Hamburg gereist. […] Da ihm die Ausreise aber nicht gestattet werde, seien Reisepläne hinfällig." Vgl. den Drahtbericht Nr. 714; Referat 203, Bd. 123296.

Ecevit nicht einsperren wolle. In der Türkei gebe es ein Sprichwort: Wer einem einmal eine Tasse angeboten hat, in dessen Schuld bleibt man lange.

BM erwiderte, Evren solle den Fall nutzen, um ein Zeichen zu setzen, die zweite Gelegenheit, um ein solches Zeichen zu setzen, könne mit der Bekanntgabe, daß Wahlen stattfinden würden, genutzt werden. Hierauf wies *Evren* erneut auf den Termin erste Hälfte 1982 hin.

BM fuhr fort, daß es in der Politik darauf ankomme, die richtigen Signale zur richtigen Zeit zu setzen. Die Bekanntgabe eines Wahltermins noch für[25] 1982 wäre das richtige Signal. Er wies Evren erneut auf die Bedeutung der gemeinsamen Entschließung des Bundestages hin, die die politischen Realitäten im Bundestag – und nicht nur dort – widerspiegele.

Zu den türkischen Auslieferungsbegehren wies BM darauf hin, daß die juristischen Probleme nicht nur mit der Türkei bestünden. Es gäbe Länder, die zusicherten, daß es kein Todesurteil geben würde, andere Länder würden zwar diese Zusicherung nicht geben können, dafür aber zusichern, daß anschließend eine Begnadigung zu lebenslanger Freiheitsstrafe erfolge. Vielleicht sollte man einmal diese Lösung überprüfen.

Evren erwiderte darauf, daß nach den türkischen Gesetzen nur das Parlament das Recht auf Umwandlung habe. Die Regierung könne daher keine Garantien geben, da es sonst heißen würde, sie versuchte, das Parlament zu beeinflussen. Bisher seien die Urteile dem Nationalen Sicherheitsrat zur Bestätigung vorgelegt worden, jetzt gingen sie an die Verfassungsgebende Versammlung und dann an den Nationalen Sicherheitsrat als letzte Instanz.

Zum Abschluß des Gesprächs bekräftigten *Evren* und *BM* den Wunsch, über die angesprochenen Themen weiter im Kontakt zu bleiben. *Evren* bat BM, die Veröffentlichung der Dinge, die er ihm zur Bestimmung des Wahltages gesagt habe, ihm – Evren – zu überlassen. Zum einen werde in der Öffentlichkeit sowieso schon der Vorwurf erhoben, wichtige Nachrichten erfahre man nur aus der ausländischen Presse, und außerdem könnten entsprechende Äußerungen BMs dahingehend mißbraucht werden, daß man sage: „Genscher habe Druck ausgeübt".

Bei der anschließenden kurzen Diskussion über die türkischen Zeitvorstellungen wies Evren darauf hin, daß die Ausführungen des Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung dessen persönliche Meinung darstellten und das Parlament nicht binden würden. Er gab zu erkennen, daß er nichts dagegen einzuwenden habe, wenn BM auch öffentlich[26] von weniger als zwei Jahren ausginge.

Das Gespräch endete mit dem Austausch längerer Abschiedsworte in betont freundlicher Atmosphäre.

VS-Bd. 14095 (010)

25 Dieses Wort wurde von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.
26 Die Wörter „auch öffentlich" wurden von Bundesminister Genscher handschriftlich eingefügt.

317

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Dröge

201-360.90 USA-3802/81 geheim **5. November 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung, auch im Hinblick auf Ihre Ausführung in DB[3] vom 6.11. Vgl. dazu Ziffer I. 4)[4]

Betr.: Rapid Deployment Force (RDF)-Konzept;
hier: Zusammenhang u. a. mit Wartime Host Nation Support (WHNS)

Anlg.: 1 (Iklé-Vortrag, Tgb.-Nr. 3620/81 geh.)[5]

I. Sachstand

1) Wie sich zuletzt aus Iklés Vortrag im NATO-Rat am 16.10.81 ergab, arbeitet die Administration Reagan zügig an der konzeptionellen, logistischen und streitkräfteplanerischen Verwirklichung der RDF weiter. Das derzeit laufende Manöver „Bright Star" im Nahen und Mittleren Osten[6] ist Teil davon.

2) Intern umstritten war in den USA bisher die Aufgabenstellung der RDF:

– Soll sie – wie von Jeffrey Record vorgeschlagen und von Carters Administration bevorzugt – nur begrenzte militärische Fähigkeiten zur lokalen Stabilisierung und als „trip-wire" haben?
– Oder soll sie – wie von den Joint Chiefs bevorzugt – den USA die Fähigkeit verleihen, notfalls einen zweiten Kriegsschauplatz wo auch immer zu bestreiten?

Wie sich inzwischen herausschält, dürfte sich eine realitätsbezogene Zwischenlösung ergeben, nämlich eine RDF, die

– nicht nur symbolische Bedeutung, sondern echte militärische Abschreckungswirkung hat,

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 9. November 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 27. November 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 201 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Boden am 1. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Hofmann verfügte.
Hat Hofmann am 1. Dezember 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Seibert verfügte.
Hat Seibert am 3. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 8. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Herrn Bundesminister z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme] vorgelegt, insb[esondere] S. 4." Vgl. Anm. 15.

3 Direktorenbesprechung.

4 Der Passus „auch im … Ziffer I. 4)" wurde von Ministerialdirigent Dröge handschriftlich eingefügt.

5 Dem Vorgang beigefügt. Für die Erklärung des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, vor dem Ständigen NATO-Rat am 16. Oktober 1981 in Brüssel vgl. VS-Bd. 10296 (201).
Zu den Äußerungen von Iklé vgl. auch Dok. 301 und Dok. 313.

6 Zum Manöver „Bright Star" vgl. Dok. 301, Anm. 5.

– konkret zur Stabilisierung der Golfregion, aber nicht zur Bekämpfung einer massiven sowjetischen Offensive gegen Randstaaten der SU, etwa den Iran, ausgelegt ist.

3) Neu an Iklés Darlegungen, die von Weinberger auf der DPC-Ministerkonferenz ergänzt werden sollen (8./9.12.)[7], war, daß er die NATO-Partner in diesem spezifischen Zusammenhang dazu aufforderte, durch Verstärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit im NATO-Gebiet[8] u. a. folgende „Kompensationen" vorzusehen:

– zusätzliche Reserveeinheiten in die Streitkräfteplanung 1983 bis 1988 einzustellen,
– die Munitionsbevorratung zu erhöhen,
– höhere NATO-Infrastrukturmittel zu bewilligen.

Dies begründete Iklé damit, daß ein Einsatz der RDF die direkte Kampfkraft der NATO in Europa sowie die Unterstützung aus den USA (reinforcement) beeinträchtigen würde.

Die USA hielten an ihren Zusagen, zehn Divisionen zusätzlich zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung (vgl. S. 13 der Anl.) aufrecht[9], daß die Verbündeten ihre Leistungen für HNS und Infrastruktur erhöhten.

Damit wurde ein unmittelbarer Bezug hergestellt zwischen NATO-Verteidigungsplan und „out of area activities" sowie – zumindest mittelbar – zwischen RDF und WHNS.

4) GS Luns versuchte, diese amerikanischen Vorschläge im Wege des „silent procedure" zu operationalisieren: Der Rat sollte

– die USA-Vorschläge, insbesondere die Konsequenzen der RDF für die NATO-Infrastruktur, formal zur Kenntnis nehmen,
– die NATO-Oberbefehlshaber mit einer Kurzstudie über die Auswirkungen des RDF-Konzepts auf die NATO-Verteidigungsplanung beauftragen.

Aus den unter 3) genannten Gründen und um Präjudizierung von kostenträchtigen Folgeentscheidungen zu vermeiden, wurde das „silent procedure" (durch Italien) unterbrochen. (BMVg hatte im Einvernehmen mit Abt. 2 Weisung erteilt, dies notfalls[10] selbst zu tun.)

Botschafter Wieck wurde anschließend angewiesen, bei weiteren Diskussionen der Problematik keine nationale Stellungnahme abzugeben; Festlegung der deutschen Haltung dürfe BSR-Entscheidung voraussetzen.

II. 1) Iklés Vorschlag geht von dem Bündniskonzept aus, wonach eine Stabilisierung der Golfregion für alle NATO-Partner von vitaler Bedeutung ist, NATO-gemeinsame Aktionen „out of area" jedoch nicht in Frage kommen.

Vgl. NATO-Kommuniqué von Rom vom 5.5.81, Paragraph 7, letzter Absatz:

7 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.

8 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

9 So in der Vorlage.

10 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat von Ploetz handschriftlich: „Wieck unterbrach auch seinerseits ‚silent procedure', vgl. beil[iegenden] DB, Gründe hierfür sind noch nicht bekannt."

„Mehrere Verbündete sind fähig oder zum Erwerb der Fähigkeit entschlossen, vor Aggressionen abzuschrecken und Staaten, die dies wünschen, bei der Abwehr der Bedrohung ihrer Sicherheit und Unabhängigkeit beizustehen."[11]

Schon bisher war klar, daß von denjenigen NATO-Partnern, die selbst keine militärische Präsenz im Golfgebiet aufrechterhalten können, neben politischem Engagement und finanziellen Aufwendungen zur Stabilisierung der Region auch logistische Unterstützung militärischer Natur (vor allem Transitgenehmigung) erwartet wurde.

Daß die RDF-Planung außerdem kompensatorische Verteidigungsmaßnahmen auf seiten dieser NATO-Partner, also auch der BR Deutschland, erforderlich machen kann, wurde im Bündnis ebenfalls bereits anerkannt.

Vgl. DPC-Kommuniqué vom 13.5.81, Paragraph 10:

„10. Recognizing that nations not responding to situations outside NATO's boundaries may need to assume additional tasks within the NATO area, national defence planning should make provisions towards compensating for changes in the availability of forces committed to NATO because of diversion or tasking on a national basis to carry out operations outside NATO's boundaries in support of the vital interests of Allied countries."[12]

2) Neu an Iklés Vortrag ist somit nur, daß er

– konkrete Maßnahmen einer kompensatorischen NATO-Verteidigungsplanung nannte,
– im RDF-Zusammenhang eine Beziehung zwischen der Verfügbarkeit amerikanischer Verstärkungskräfte sowie Projekten des WHNS und des NATO-Infrastrukturprogramms[13] herstellte.

Wie Botschaft Washington am 29.10. feststellte, möchte das State Department letzteres jedoch nicht als eine „Konditionalisierung" interpretiert wissen. In der Tat kann Iklé in dem Sinne ausgelegt werden, daß Washington lediglich an den Grundsatz der Lasten- und Rollenteilung erinnern wollte (mehr Leistung im NATO-Gebiet für diejenigen, die militärisch weniger „out of area" leisten.)

Iklé kann jedoch auch in dem anderen Sinne gedeutet werden, daß Washington in Europa eingelagertes US-Material und amerikanische „NATO-Einheiten" konsequenter als bisher in die RDF-Planung einbezieht („dual purpose"-WHNS-forces?)[14]. Es liegt auf der Hand, daß sich daraus bei uns intern zusätzliche Widerstände gegen die Verwirklichung des WHNS-Projekts ergeben können.

Dies wäre nicht nur für die Entwicklung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses zu bedauern, sondern könnte bewirken, daß wir wegen konzeptioneller Ambiguitäten eine Stärkung der Verteidigungskraft im Mittelabschnitt der NATO auf Dauer vereiteln. Anzustreben bleibt daher, das WHNS-Projekt zu ver-

11 Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 26. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 341.

12 Für den Wortlaut vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 32. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 353 f.

13 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 304, Anm. 7.

14 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Oder ‚different purpose'? Wir zahlen für Verstärkung der Verteidigung Europas, u. es wird benutzt für Operationen im Golf?"

wirklichen (d.h., die „hardware“ zu beschaffen) und parallel dazu auf die „software“, nämlich konzeptionellen Grundlagen zur Bewältigung einer Doppelkrise, in unserem Sinne einzuwirken. Andernfalls würden wir wegen eines nur möglichen Nachteils einen sicheren Nachteil in Kauf nehmen.

Wir sollten daher so weit wie möglich auch künftig WHNS und RDF in der Behandlung auseinanderhalten.[15]

Dröge

VS-Bd. 10296 (201)

318

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-341.32/2 KAE-CBM-1830/81 geheim **5. November 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2] zur Unterrichtung

Betr.: KAE;
hier: funktionaler Ansatz zur Geltungsbereichsfrage

Bezug: Ihr Randvermerk auf Gesprächsprotokoll D 2[3] über Gespräch mit Alliierten[4]

Die westliche Position in der für Madrid zentralen Frage des geographischen Anwendungsbereichs vertrauensbildender Maßnahmen muß drei Voraussetzungen erfüllen:

– Sie muß als konstruktive Verhandlungsposition nach innen und außen gleichermaßen glaubwürdig vertreten werden können,
– im Gesamtzusammenhang des Mandats die Durchsetzung der westlichen Verhandlungsziele im Hinblick auf eine KAE gewährleisten,
– vor allem aber auch mit den Erfordernissen der gemeinsamen westlichen Sicherheit vereinbar sein.

Die von den USA in Madrid am 20. Juli vorgeschlagene Formel[5] entspricht nur dann allen drei Erfordernissen, wenn jede geographische Definition des Begriffs

15 Der Passus „Iklé kann jedoch auch … Behandlung auseinanderhalten“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Vgl. Anm. 2.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik konzipiert.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 8. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Botschafter Ruth verfügte.

3 Franz Pfeffer.

4 Für den handschriftlichen Vermerk des Staatssekretärs von Staden auf der Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schenk vom 30. Oktober 1981 vgl. Dok. 314, Anm. 16.

5 Für den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 207, Anm. 3.

„angrenzendes Seegebiet und Luftraum“ vermieden wird. Jedes Eingehen auf die sowjetische Forderung nach Festlegung einer maritimen Zone wäre mit den gemeinsamen Sicherheitsinteressen des Bündnisses nicht vereinbar. Bei Gleichsetzung des „angrenzenden Seegebiets“ mit „Territorialgewässern“ (gegenwärtige amerikanische Position) hätte der Westen im Hinblick auf die ersten beiden Erfordernisse erhebliche Probleme.

1) Zur Präsentation in Madrid

Wir stimmen mit den USA darin überein, daß der Westen keine „Gegenleistung“ für die sowjetische Bereitschaft schuldet[6], das Anwendungsgebiet für vertrauensbildende Maßnahmen bis zum Ural auszudehnen[7]. Der Westen darf aber auch gegenüber der Regelung der Schlußakte[8] nicht weniger anbieten[9], wenn er der SU keine unschätzbaren Propagandavorteile bieten will. Die amerikanische Position läuft auf ein solches Minus hinaus (vgl. Vorlage vom 2. Nov., gleiches Az., geh., Tgb-Nr. 1807/81[10]) und wird deshalb der Bedeutung nicht gerecht, die den Bemühungen um ein KAE-Mandat vor dem Hintergrund der gegenwärtigen politischen Situation in Europa zukommt. Der funktionale Ansatz, wie wir ihn verstehen, stellt gegenüber der Regelung der Schlußakte, wie die USA sie verstehen, kein Plus dar, sondern ein Aliud: die vernünftigere Lösung im objektiven Sinne der Schlußakte – und insofern ein konstruktiver Schritt vorwärts –, aber auch im Sinne unserer eigenen Interessen.

a) Wenn von Europa als Bezugsrahmen der Schlußakte ausgegangen wird, muß bei der Definition des geographischen Anwendungsbereichs ein grundlegender Unterschied gemacht werden zwischen den Territorien der Teilnehmerstaaten in Europa und den Meeresbereichen um Europa herum. Der geographische Ansatz taugt nur für ersteres und erlaubt jedenfalls insofern eine eindeutige Abgrenzung, als Staatsgebiet der Teilnehmerstaaten auf europäischem Festland sowie die europäischen Inselstaaten betroffen sind, die KSZE-Teilnehmer sind. Schwieriger ist der geographische Ansatz bereits bei der Einbeziehung von Inseln, die zum Staatsgebiet von Teilnehmerstaaten gehören, aber entfernt vom

6 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

7 Vgl. dazu den Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; Dok. 56.
Vgl. dazu ferner den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 12.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

9 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

10 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik erläuterte: „Die gegenwärtige amerikanische Auffassung, wonach ‚adjoining sea area‘ gleichzusetzen ist mit Territorialgewässern, findet in der Verhandlungsgeschichte der Schlußakte keinen Niederschlag. Die USA selbst haben […] keine entsprechende Erklärung abgegeben. Der Kommentar der Neun bezieht die Territorialgewässer der Teilnehmerstaaten sogar ausdrücklich in den Begriff ‚Territorium in Europa‘ ein, so daß nach dieser Auffassung das angrenzende Seegebiet nur außerhalb der Territorialgewässer liegen konnte. […] Selbst wenn ‚angrenzendes Seegebiet‘ im Sinne der Schlußakte als Territorialgewässer verstanden werden müßte, wäre die Kombination einer so verstandenen zonalen Abgrenzung des Anwendungsbereichs für vertrauensbildende Maßnahmen mit der vom Westen in Madrid vorgeschlagenen funktionalen Abgrenzung […] ein Schritt hinter die Schlußakte zurück. […] Wenn der funktionale Ansatz nicht als Rückschritt gegenüber der Schlußakte erscheinen soll, darf deshalb das ‚angrenzende Seegebiet‘ im westlichen Mandatsvorschlag nicht mit Territorialgewässern gleichgesetzt werden.“ Vgl. VS-Bd. 11532 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

Kontinent liegen; hier muß die Abgrenzung im Zweifel durch die betreffenden Teilnehmerstaaten entschieden werden.

b) Der geographische Ansatz versagt, wenn es um die Einbeziehung militärischer Aktivitäten geht, die im Seebereich und Luftraum außerhalb des europäischen Festlandes stattfinden. Weder geographische noch völkerrechtliche Kriterien machen die Abgrenzung einer Meereszone möglich, die Europa zuzurechnen wäre. Vor allem lassen sich Meeresgebiete außerhalb der Territorialgewässer – res nullius im Sinne des Völkerrechts – nicht auf die gleiche Weise der Jurisdiktion einer KAE unterwerfen wie Hoheitsgebiete der Teilnehmerstaaten. Diese können sinnvollerweise nur die Aktivitäten ihrer nationalen Streitkräfte, die in internationalen Gewässern stattfinden, verhandelten Beschränkungen unterwerfen. Für die Frage, inwieweit solche Aktivitäten auf einer KAE berücksichtigt werden sollen, ist aber die geographische Entfernung, in der sie von Europa stattfinden, schon im Hinblick auf die Mobilität von Schiffen und Flugzeugen wenig relevant. Wichtiger ist ihr funktionaler Zusammenhang mit der Sicherheit in Europa als eigentlicher Bezugsrahmen der Schlußakte.

c) Die westliche Formel bietet einen präzisen Maßstab zur Herstellung eines funktionalen Zusammenhangs, indem sie darauf abstellt, ob militärische Aktivitäten im angrenzenden Seegebiet und Luftraum integraler Bestandteil meldepflichtiger Aktivitäten auf dem Kontinent sind. Der Westen stellt damit das sowjetische Interesse an der Behandlung militärischer Aktivitäten „im europäischen NATO-Bereich über den Kontinentalrand Europas hinaus“ (Breschnew im Spiegel-Interview[11]) so weit in Rechnung, wie das mit seinen legitimen Sicherheitsinteressen und dem europäischen Bezugsrahmen der Schlußakte vereinbar ist. Er kommt damit auch denjenigen neutralen und ungebundenen Teilnehmerstaaten entgegen, die eigene Interessen an Verhandlungen über maritime VBM auf einer KAE haben. Ihrer Stimme wird in der Schlußphase wachsendes Gewicht zukommen, da sie die SU für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen als „Zeugen“ braucht, wenn sie dem Westen die Verantwortung anlasten will.

2) Zur Eignung i. S. westlicher Verhandlungsziele

a) Die SU ist bemüht, die Verhandlungen um ein KAE-Mandat unter Berufung auf die vom Westen geforderte „Gegenleistung“ auf die Nebenfrage der Ausdehnung einer Meereszone westlich Europas zu konzentrieren, um eine Festlegung in der eigentlichen Kernfrage, der Einbeziehung ihres gesamten Territoriums in Europa, zu umgehen. Der Westen kann dieses taktische Ausweichmanöver dadurch konterkarieren und die Kernfrage wieder in den Mittelpunkt rücken, wenn er im Hinblick auf angrenzendes Seegebiet die Ausdehnungsfrage durch einen geographisch neutralen Ansatz vom Tisch bringt.

b) Mit der Gleichsetzung des „angrenzenden Seegebiets“ mit Territorialgewässern würde der Westen den zonalen Ansatz wieder einführen und sich damit in Madrid auf die gleiche Diskussionsebene begeben wie der Osten. Damit wäre er in einer schlechten Position gegenüber Forderungen des Ostens und aus dem

11 Für das Interview mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „‚Versetzen Sie sich mal in unsere Lage …‘“; DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 34–63.

N+N-Lager, die äußerst begrenzte westliche Zone unter dem Gesichtspunkt der Gegenleistung zu der von Breschnew zugestandenen Erweiterung im Osten auszudehnen.

c) Mit einem Eingehen auf Territorialgewässer würde sich der Westen auf eine möglicherweise veränderliche Größe einlassen, zumal die Mehrheit der europäischen Teilnehmerstaaten bereits jetzt Territorialgewässer über drei Seemeilen hinaus beansprucht und die Langküsten-Staaten in der Seerechtskonferenz[12] bemüht sind, den maritimen Nutzungsbereich weit über die 12-Seemeilen-Zone hinaus auszudehnen. Hinzu kommt die Tendenz einiger Teilnehmerstaaten, bei der Zeichnung von Basislinien, von denen aus die Breite der Territorialgewässer gemessen wird, großzügig zu verfahren.

d) Mit der Forderung nach einem präzisen Verhandlungsmandat, das den Anwendungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen in Europa eindeutig festlegt, verfolgt der Westen das vorrangige Ziel, den europäischen Teil der SU erstmals in Rüstungskontrollverhandlungen einzubinden. Der SU darf kein Ansatz geboten werden, auf einer KAE ihre Zustimmung zum gesamteuropäischen Anwendungsbereich mit der Begründung zurückzunehmen, der Westen habe im Hinblick auf die Einbeziehung militärischer Aktivitäten im angrenzenden Seegebiet nicht die „entsprechende Bereitschaft" gezeigt. Aus dem Mandat darf deshalb kein Anspruch abzuleiten sein, auf der Konferenz vertrauensbildende Maßnahmen mit einem für den Westen – oder auch nur für einzelne Bündnispartner – unannehmbaren geographischen Anwendungsbereich außerhalb Europas zu behandeln. Diesem Erfordernis trägt der funktionale Ansatz der westlichen Formel, der den prinzipiellen Unterschied zwischen dem europäischen Territorium der Teilnehmerstaaten und dem angrenzenden Seegebiet deutlich macht, hinreichend Rechnung. Ein Mandat auf dieser Grundlage beläßt den westlichen Teilnehmern auf einer KAE alle Möglichkeiten, bei vorgeschlagenen Maßnahmen im Hinblick auf Aktivitäten im angrenzenden Seegebiet und Luftraum den Konsens zu unerwünschten geographischen Parametern zu verweigern (s. u. Ziffer 3b)).

e) Wenn die Frage der geographischen Definition des „angrenzenden Seegebiets" in Madrid offenbleibt, darf der Westen – oder auch nur die USA – allerdings auch auf der Konferenz selbst nicht mit dem Argument operieren, militärische Aktivitäten könnten nur innerhalb der Territorialgewässer zulässiger Verhand-

12 Zur Dritten VN-Seerechtskonferenz vgl. Dok. 199, Anm. 37.
Vom 3. bis 28. August 1981 fand in Genf die zweite Hälfte der zehnten Sitzungsperiode statt. Arbeitsstab 50 legte dazu am 8. September 1981 dar: „Die Konferenz konnte die Sitzfragen und das dornige, seit 1973 verhandelte Problem der Abgrenzung benachbarter Meereszonen abschließen […]. Wir können die Session als relativen Erfolg verbuchen, weil es gelang, eine Konfrontation zwischen der Gruppe der 77 und den westlichen Tiefseebergbaustaaten zu vermeiden, gewisse Verhandlungsspielräume für das Tiefseebergbauregime neu zu eröffnen und den Sitz des Seegerichtshofs für Hamburg zu gewinnen." Insgesamt habe sich durch zahlreiche Sondierungsgespräche am Rande der Verhandlungen „die Wahrscheinlichkeit verringert, daß die USA die Konferenz mit überzogenen Forderungen konfrontieren und/oder verlassen werden. Wie allerdings die für Ende des Jahres vorgesehene Entscheidung von Präsident Reagan ausfallen wird, ist angesichts der sehr kritischen Haltung des amerikanischen Senats nach wie vor ungewiß. Sollten die USA sich für die weitere Beteiligung an der Konferenz entscheiden, dann ist auf der nächsten Session mit schwierigen und riskanten Verhandlungen vor allem des Tiefseebergbauregimes zu rechnen." Vgl. Arbeitsstab 50, Bd. 125408.

lungsgegenstand sein. Denn damit würde es sich nachträglich den zonalen Ansatz im denkbar engsten Maßstab zu eigen machen, den prinzipiellen Unterschied zwischen dem europäischen Territorium der Teilnehmerstaaten und angrenzendem Seegebiet in seiner Bedeutung relativieren und es der SU damit erleichtern, ein Junktim zwischen der Einbeziehung ihres gesamten europäischen Territoriums einerseits und einer Meereszone andererseits herzustellen.

Daraus folgt die Dringlichkeit einer Klärung der unterschiedlichen Positionen zwischen Amerikanern und Europäern in dieser Substanzfrage. Die Verschweigung der gegenwärtigen amerikanischen Interpretation in Madrid im Sinne der im Viererrahmen vereinbarten Sprachregelung kann nur eine Übergangslösung sein. Falls die USA von ihrer Interpretation nicht abzubringen wären, müßte sie in Madrid so klargestellt werden, daß dies der SU auf einer Konferenz entgegengehalten werden kann. Damit müßte allerdings die bereits dargelegte Verschlechterung der westlichen Verhandlungsposition für Madrid in Kauf genommen werden.

3) Zur Vereinbarkeit mit westlichen Sicherheitsinteressen

a) Die Entstehung einer besonderen Rüstungskontrollzone in dem Europa vorgelagerten Meeresbereich ist in jeder geographischen Dimension wegen der besonderen Abhängigkeit der NATO von Kräftezuführungen von außerhalb Europas und von maritimen Aktivitäten mit dem gemeinsamen Sicherheitsinteresse der amerikanischen und europäischen NATO-Partner unvereinbar. Für die Koppelung der Verteidigungspotentiale Westeuropas und Nordamerikas ist das Bündnis auf die freie Nutzung des Atlantiks angewiesen. Wie auch in anderen Bereichen der Rüstungskontrolle müssen auch sowjetische Bemühungen, diesen Verbund aufzulösen, entschieden abgewehrt werden. Unter diesem Gesichtspunkt würde ein Mandat auf der Grundlage des westlichen Vorschlags dem Westen ein hinreichendes Instrument an die Hand geben, um den Verhandlungsprozeß im Sinne seiner Interessen zu steuern. Der funktionale Ansatz macht insbesondere den prinzipiellen Unterschied zwischen dem Territorium der Teilnehmerstaaten in Europa und angrenzenden Meeresgebieten deutlich und die Festlegung einer maritimen Zone überflüssig.

b) Es trifft zu, daß die Parameter für eine evtl. Erfassung militärischer Aktivitäten im angrenzenden Seegebiet, soweit sie überhaupt unter die funktionale Abgrenzung fallen, erst auf der Konferenz selbst zu entscheiden sein werden. Z.B. bleibt offen, ob bei Bewegungen von Nordamerika nach Europa die Bemessung der Notifizierungsfrist abstellen sollte auf die Einschiffung in Nordamerika, auf die Ankunft auf europäischem Territorium oder am Zielpunkt. Hier würde sich aus einem Mandat, wie es uns vorschwebt, keine für die SU günstige Präjudizierung der im Konsens zu treffenden Entscheidung der Konferenzteilnehmer ergeben (s.o. Ziffer 2d)); d.h., die SU könnte eine evtl. Forderung, auf die Einschiffung abzustellen und u.U. auch den Ort der Einschiffung zu notifizieren (vgl. Eagleburgers Befürchtungen im Viererkreise), nicht auf das Mandat abstützen.

c) Daß es eine Fülle denkbarer Parameter für vertrauensbildende Maßnahmen gibt, die unter Berücksichtigung westlicher Sicherheitsinteressen nicht akzeptabel sind, trifft nicht nur im Hinblick auf maritime Aktivitäten zu. Die einein-

halbjährige Diskussion über das im Bündnis ausgearbeitete VBM-Paket[13] hat gezeigt, daß fast alle denkbaren Maßnahmen auch bei militärischen Aktivitäten zu Lande für den Westen nur unter ganz bestimmten Parametern annehmbar sind.

d) Wir sollten auch die extensiven geographischen Vorschläge der SU zum KAE-Mandat nicht unbedingt als Hinweis dafür nehmen, daß die SU auf einer KAE eine maximale Einbeziehung maritimer Aktivitäten anstreben wird. Dagegen sprechen vor allem die bekannten militärischen Interessen der SU im Eismeer, im Weißen Meer, in der Ostsee und im Schwarzen Meer. Auch im Hinblick auf Bewegungen in den europäischen Raum und erst recht aus ihm heraus kann eine gewisse „negative Reziprozität" unterstellt werden. Wir halten es insgesamt für keine realistische Erwartung, daß der Westen auf einer KAE in erster Linie sowjetische Vorschläge abwehren muß, die auf zu weitgehende Einschränkung militärischer Flexibilität in irgendeinem Bereich der Streitkräfte abzielen. Bei Berücksichtigung des sowjetischen Gesamtkonzepts für die Konferenz ist wahrscheinlicher, daß die SU das Schwergewicht eher auf Vorschläge deklaratorischen als militärisch signifikanten Charakters legen wird.

e) Ob der Verhandlungsprozeß auf einer KAE im Sinne westlicher Zielsetzungen und ohne Beeinträchtigung westlicher Interessen zu steuern sein wird, wird somit in erster Linie von einer westlichen Verhandlungsstrategie abhängen, die vom Instrument der Konsensbedürftigkeit richtigen Gebrauch macht. Hierfür wird es engster Abstimmung der Position im Bündnis und auf allen Stufen des Verhandlungsprozesses bedürfen, wie dies auch in Madrid der Fall war. Das KAE-Mandat wird dabei ein wichtiges Instrument gemeinsamer westlicher Verhandlungsführung sein, kann uns aber nicht gegen alle Risiken von vornherein wasserdicht absichern.

Ruth

VS-Bd. 11532 (221)

13 Zu dem am 8. Dezember 1980 vom Ständigen NATO-Rat verabschiedeten Paket vertrauensbildender Maßnahmen vgl. Dok. 17, Anm. 11.

319

Botschafter Ramisch, Neu Delhi, an das Auswärtige Amt

114-6276/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 6. November 1981, 13.10 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 945 **Ankunft: 6. November 1981, 12.19 Uhr**

Betr.: Indisch-pakistanische Beziehungen;
hier: Überlegungen zu einer militärischen Aktion Indiens gegen Pakistan

Zur Unterrichtung

I. Weder in indischen noch pakistanischen Augen ist ein weiterer Krieg zwischen beiden Ländern eine unwahrscheinliche Hypothese. Durch Äußerungen von Politikern und Militärs sowie eine anhaltende Diskussion in den Massenmedien gewinnt er den Anschein der realen Möglichkeit.

1) Der kürzlich von Neu Delhi abgereiste amerikanische Geschäftsträger hat am Tage vor seinem Abflug in einem Hintergrundgespräch mit amerikanischen Journalisten die Möglichkeit eines indisch-pakistanischen Krieges innerhalb der nächsten zwei Jahre als größer als 50:50 für einen Konflikt bezeichnet. Der Krieg würde wahrscheinlich eher von Indien ausgehen.

2) Die hiesige sowjetische Botschaft teilt in diplomatischen Kreisen gezielt – unter anderem auch uns – mit, Indien sei zu einem Schlag gegen Pakistan bereit (gewesen), hiervon aber durch sowjetisches Einwirken abgerückt.

3) MP Frau Gandhi stellte nach Rückkehr aus Cancún[2] fest, Pakistan handele widersprüchlich, wenn es sich auf einen Krieg vorbereite, jedoch vom Abschluß eines Nichtkriegs- bzw. Nichtangriffspaktes spreche.

4) Aus hiesigen pakistanischen Quellen stammt die von anderer Seite bestätigte Meldung, die indischen Führungsstäbe hätten einen militärischen Schlag gegen Pakistan unter dem Vorzeichen, ihn gegenüber der politischen Führung ggfs. zu befürworten, durchgespielt. Das Votum sei negativ ausgefallen.

II. Ein indisches militärisches Vorgehen gegen Pakistan wäre in vier Varianten denkbar:

1) Nach Raum, Zeit, Art und Umfang des Waffeneinsatzes unbegrenzter Krieg, mit dem politischen Ziel der Besetzung des gesamten pakistanischen Staatsgebiets und dem militärischen Ziel der Zerschlagung der pakistanischen Streitkräfte.

2) Begrenzter Krieg

a) Räumlich begrenzter Konflikt mit dem Ziel der Ausschaltung/Zerstörung pakistanischer Nukleareinrichtungen sowie militärischer Einrichtungen durch Einsatz der indischen Luftstreitkräfte unter gleichzeitigem Vordringen der Landstreitkräfte bis zu einer Tiefe von ca. 150 km mit dem Ziel der Zerstörung und

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 3.
Hat Vortragendem Legationsrat Bürger am 6. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach „z[ur] K[enntnis]“ verfügte.

2 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

Inbesitznahme des sich im Grenzraum befindlichen pakistanischen Verteidigungspotentials.

b) Räumlich auf Kaschmir begrenzter Konflikt mit dem Ziel, sich den pakistanisch besetzten Teil einzugliedern.

c) Angriff der indischen Luftstreitkräfte auf Nukleareinrichtungen Pakistans mit dem Ziel, diese auszuschalten. Aktionen gegen pakistanische Luftstützpunkte in dem zum Erreichen des Ziels notwendigen Umfang.

III. 1) Sowohl ein unbegrenzter wie ein auf Kaschmir beschränkter Krieg sind unwahrscheinlich. Beides hätte Indien bereits in der Vergangenheit offengestanden. In den letzten zwölf Monaten ist keine Entwicklung eingetreten, die die damit anvisierten Kriegsziele erforderlich gemacht hätte.

2) Ein räumlich begrenzter Konflikt oder ein Schlag der Luftstreitkräfte gegen pakistanische Nukleareinrichtungen trügen gegenwärtigen indischen Befürchtungen hinsichtlich des Nachbarn Rechnung.

a) Indien ist fest davon überzeugt, daß Pakistan Nuklearwaffen entwickelt. Geeignete Träger wären adaptierte F-16-Flugzeuge. Nach indischen Schätzungen wird Pakistan frühestens 1983, spätestens 1985 eine unerwünschte nuclear strike capability besitzen. Militärisch würde sie – abgesehen von ihrem Bedrohungspotential – die Relativierung der indischen Überlegenheit bei der konventionellen Rüstung und damit die Herstellung eines faktischen militärischen Gleichgewichts bedeuten.

Politisch würde der indische Handlungsspielraum gegenüber Pakistan eingeschränkt. Die von Indien angestrebte unangefochtene Vormachtstellung in Südasien wäre bei einem nuklear gerüsteten Pakistan kaum zu verwirklichen. Schließlich würde sich Indien gezwungen sehen, eigene Nuklearwaffen zu entwickeln.

b) Der räumlich begrenzte Konflikt hätte im Erfolgsfall den Vorteil, daß mit dem Vorstoß zu Lande ein Kernstück Pakistans in indische Hände fiele, was den Sturz des Militärregimes herbeiführen und die Etablierung einer Indien genehmen Regierung ermöglichen könnte. Auf jeden Fall würde die Gefahr verringert, daß Pakistan seinerseits militärische Aktionen nach Indien hineintragen könnte.

c) Der größte Vorteil eines gegen pakistanische Nukleareinrichtungen geführten Schlages der indischen Luftstreitkräfte läge in der Begrenztheit der Aktion und der Schnelligkeit, mit der sie durchgeführt werden könnte. Pakistanische und ausländische Reaktionen müßten vor dem Hintergrund eines fait accompli erfolgen, was erfahrungsgemäß deren Art und Ausmaß begrenzt.

IV. 1) Indien wäre z. Zt. in der Lage, jede der aufgezeichneten Konfliktmöglichkeiten militärisch erfolgreich durchzuführen.

2) Eine bewaffnete Aktion gegen Pakistan würde innenpolitisch kaum Schwierigkeiten mit sich bringen. Sie würde von solchen Schwierigkeiten eher ablenken. Ein Krieg wäre zwar nicht populär, träfe bei der Bevölkerung aufgrund des gegenüber Pakistan bestehenden Mißtrauens und der nicht abreißenden öffentlichen Diskussionen über die von Pakistan ausgehende Bedrohung jedoch auf Verständnis. Das Ausmaß der Kritik bei Oppositionsparteien bliebe in Grenzen. Die indischen Moslems würden sich überwiegend passiv verhalten.

[3]V. 1) Gegen eine militärische Aktion spricht die in indischen Regierungskreisen weitverbreitete Beurteilung, das Militärregime Zias habe aufgrund seiner innenpolitischen Schwäche keine lange Überlebensdauer mehr. Die Erwartung seines Zusammenbruchs im Laufe der kommenden drei Jahre wird mit der Hoffnung verknüpft, daß eine andere Regierung für Indien weniger problematisch sein und u. a. das pakistanische nukleare Waffenprogramm aufgeben würde.

Indien wie auch die Sowjetunion könnten ohne offenen Krieg durch subversive Aktionen innerhalb Pakistans (Belutschistan, Pathanengebiet) und Kollusion mit oppositionellen Kräften die Destabilisierung und letzten Endes den Sturz des Zia-Regimes betreiben.

2) Gegen militärische Aktionen, die neben der Ausschaltung der pakistanischen Nukleareinrichtungen die Besetzung pakistanischen Territoriums zum Ziel hätten, sprechen zusätzlich folgende Gründe:

a) Wegen der weltweiten Auswirkungen müßte ein militärischer Einsatz die Zustimmung der Sowjetunion, zumindest deren wohlwollende Duldung haben. Dies gilt insbesondere für größere Aktionen. In den Augen des Westens und der islamischen Welt, überwiegend auch bei den Blockfreien, würde das indische Vorgehen als Ergebnis eines indisch-sowjetischen Zusammengehens gewertet werden. Das Ost-West-Verhältnis würde einen neuen Tiefpunkt erreichen. Der Bereitschaft der Vereinigten Staaten zum Dialog mit der Sowjetunion wäre – und dies nicht nur im Rüstungskontrollbereich – erneut der Boden entzogen. Weltweit sähe sich die sowjetische Außenpolitik neben Afghanistan, Kampuchea und der schwelenden Polen-Krise einer weiteren Belastung ausgesetzt. Es ist schwer vorstellbar, daß die Sowjetunion diese Entwicklung wegen einer Aktion, die bei der gegenwärtigen Situation überwiegend im indischen Interesse läge, hinzunehmen bereit wäre. Dementsprechend könnte der eingangs erwähnte sowjetische Versuch, die Inder zurückzuhalten, eine reale Komponente haben.

b) Der am stärksten abschreckend wirkende Faktor dürfte die in indischen Augen unkalkulierbare Reaktion der Vereinigten Staaten sein. Der Reagan-Administration wird – abgesehen von einer direkten militärischen Aktion gegen Indien – alles zugetraut:

- Sofortiges Einfliegen amerikanischer Luftlandetruppen nach Pakistan, die aktiv würden, wenn sie von indischer Seite angegriffen würden. Da die indische Seite hiervor zurückschrecken würde, könnten sich die Amerikaner zwischen Inder und Pakistanis schieben.
- Überaus harter Druck der Vereinigten Staaten auf ihre Alliierten und die multilateralen Geberorganisationen, die wirtschaftliche, entwicklungspolitische und finanzielle Zusammenarbeit mit Indien einzustellen. Behinderung der kommerziellen Geldmärkte für Indien. Die Folgen für das indische Entwicklungsprogramm wären enorm. Ein Einspringen der Sowjetunion oder ihrer Alliierten könnte allenfalls Symbolcharakter haben.
- Verhängen einer Seeblockade über Indien.

Deswegen würde ein von amerikanischer Seite spekulativ gedachtes indisches Kriegsspiel, nämlich die Zerstörung der auf Pakistan ausgerichteten amerika-

[3] Beginn des mit Drahtbericht Nr. 946 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

nischen Politik in Südasien und im Golf, ins Gegenteil verkehrt und ein erneutes und verstärktes amerikanisches Engagement herausgefordert.

c) Indien müßte mit der sofortigen Einstellung der Öllieferung aus islamischen Staaten rechnen. Hiervon betroffen wären ca. 60 Prozent der indischen Erdöleinfuhr. Die Möglichkeit von Ersatzlieferungen wäre so gut wie ausgeschlossen.

3) Ohne entscheidenden Einfluß auf indische Überlegungen dürften die erwarteten Reaktionen Chinas, Japans sowie der Dritten Welt, bis zu einem gewissen Grade auch Westeuropas, sein.

a) Ein Eingreifen Chinas zugunsten Pakistans gilt als praktisch ausgeschlossen. Der Rückschlag im bilateralen Verhältnis würde Indien wieder in den Zustand zurückversetzen, mit dem es 20 Jahre lang hat leben können.

b) Die Verärgerung und Enttäuschung in der Dritten Welt würden hingenommen werden.

c) Konkrete militärische Maßnahmen seitens Westeuropas und Japans würden nur in dem Umfang erwartet werden, wie sie von den Vereinigten Staaten bei ihren Alliierten angemahnt und durchgesetzt werden könnten. Politische Reaktionen dieser Länder würden als hinnehmbar eingestuft werden. Andererseits träfen einschneidende Maßnahmen Westeuropas auf wirtschaftlichem Gebiet Indien empfindlich. Die EG sind der mit Abstand wichtigste Handelspartner Indiens.

VI. 1) Realisierbar zu einem für Indien annehmbaren politischen und wirtschaftlichen Preis erscheint allenfalls der auf die pakistanischen nuklearen Einrichtungen begrenzte Schlag der indischen Luftstreitkräfte. Gegen ihn spricht:

a) Die Reaktion der Vereinigten Staaten ist nicht überschaubar. Die indische Beurteilung der Reagan-Administration spricht eher dafür, daß die Vereinigten Staaten versuchen würden, Indien auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiet zu strafen. Die Intensivierung der pakistanisch-amerikanischen Zusammenarbeit im militärischen Bereich und bei Fragen der regionalen Sicherheitspolitik müßte erwartet werden.

b) Indien hat wiederholt erklärt, daß es keine Nuklearwaffen entwickeln wolle. Aus verklausulierten Äußerungen geht hervor, daß Indien sich die nukleare Option für den Fall offenhält, daß Nuklearwaffen in den Subkontinent Eingang fänden. Diese Position schließt die Hinnahme einer nuklearen Bewaffnung Pakistans aus[4].

c) Die Erfahrung zeigt, daß limitierte Präventivschläge zur Verhinderung einer bestimmten Entwicklung letztlich nur verzögernde Wirkung haben. So würde Pakistan zwar in der Entwicklung von Nuklearwaffen zurückgeworfen werden, seine Anstrengungen anschließend jedoch verstärken. Indien sähe sich wahrscheinlich schneller als erwartet vor die Frage gestellt, ob es erneut militärisch intervenieren solle. Die Aussichten, dies wiederum in Form eines Schlages der Luftstreitkräfte durchführen zu können, werden dann wahrscheinlich geringer, weil Pakistan die Lehre aus der ersten Aktion gezogen hätte.

VII. Hinsichtlich der weiteren Entwicklung des indisch-pakistanischen Verhältnisses breitet sich hier z. Zt. eher Pessimismus aus. Auch besonnene und nüch-

4 Korrigiert aus: „ein“.

tern urteilende Inder befürchten, daß die Beziehungen zwischen beiden Ländern sich noch verschlechtern werden. Falls diese Entwicklung eintritt, stellt sich die Frage, welchen Stellenwert die gegen eine militärische Aktion Indiens gegen Pakistan sprechenden rationalen Überlegungen behalten.[5]

[gez.] Ramisch

VS-Bd. 11183 (340)

320

Botschafter Oncken, Ankara, an das Auswärtige Amt

VS-NfD **Aufgabe: 9. November 1981, 09.32 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 1521 **Ankunft: 9. November 1981, 08.40 Uhr**
Citissime

Betr.: Besuch Bundesminister in Ankara 5./6.11.1981[2];
hier: Wertung

Bezug: DB Nr. 1520 vom 8.11.1981[3]

Zur Unterrichtung

5 Ministerialdirektor Gorenflos legte am 13. November 1981 zum Drahtbericht Nr. 945 des Botschafters Ramisch, Neu Delhi, vom 6. November 1981 für Bundesminister Genscher dar: „Dem Ergebnis des Berichtes […] ist beizupflichten. […] Die von der Bo[tschaft] gegebene Begründung erscheint schlüssig. Es ist jedoch folgendes einschränkend anzumerken: 1) Die im Bericht angezogenen Hinweise stammen aus amerikanischen bzw. sowjetischen Quellen. Sie reflektieren einerseits US-Besorgnis über die indische Hegemonialpolitik auf dem Subkontinent, die ein Gleichziehen Pakistans im Nuklearbereich nicht hinzunehmen vermag und die sich einer US-Einflußnahme entzieht, andererseits den sowjetischen Nervenkrieg gegen Pakistan, der das Land vermittels einer gezielten Kampagne unter Druck zu setzen versucht und dabei nicht scheut, Informationen der erwähnten Art auszustreuen. 2) Es ist nicht zu verkennen, daß die indische Politik unter Frau Gandhi auch emotionale Züge trägt. Abenteuerliche Tendenzen sind uns jedoch bisher nicht entgegengetreten. Leider hat die israelische Handlungsweise in Irak allerdings einen Präzedenzfall geschaffen, der weiterwirken könnte.“ Indien bleibe „zweitgrößtes Moslemland der Erde“ und müsse „auch hierauf national wie international Rücksicht nehmen. Für die These, daß Indien zu einem begrenzten Schlag (‚surgical strike‘) auf pakistanische Nuklearanlagen bereit sein könnte, spricht die Zurückweisung pakist[anischer] Angebote eines Nichtangriffspaktes durch Frau Gandhi; insbesondere aber, daß durch ein pakistanisches nukleares Gleichziehen sich die militärische Überlegenheit Indiens auf dem Subkontinent tatsächlich in Zukunft stark relativieren würde.“ Vgl. VS-Bd. 11183 (340); B 150, Aktenkopien 1981.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Simon vorgelegen.

2 Zum Besuch vgl. auch Dok. 316.

3 Botschafter Oncken, Ankara, berichtete über verschiedene Gespräche des Bundesministers Genscher am 6. November 1981. Im Gespräch mit dem türkischen Außenminister Türkmen seien überwiegend außenpolitische Themen erörtert worden, so etwa die KSZE, insbesondere der geographische Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen, die Lage in Ägypten sowie in Iran. Ferner habe Genscher mit dem Präsidenten der türkischen Beratenden Versammlung, Irmak, über die Frage einer Rückkehr der Türkei zur Demokratie gesprochen. Weitere Gespräche hätten mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Demirel und dem ehemaligen türkischen Außenminister Çaglayangil stattgefunden. Vgl. Referat 203, Bd. 123299.

I. Wertung der Kontakte

1) Am 5./6.11.1981 hielt sich BM Genscher für 23 Stunden zu offiziellem Besuch in Ankara auf. Zu Verlauf der Gespräche mit Regierung und ehemaligen Politikern verweise ich auf bereits vorliegende einschlägige Berichterstattung.

2) Kontakte mit Regime

a) BM sah vor allem General Evren, dann MP Ulusu[4], schließlich (bei Abendessen von AM Türkmen) GS im NSR[5], Viersterne-General Ürug (Tischnachbar). Schwerpunkt Gespräche lag bei innertürkischen Fragen. Unser Standpunkt bezüglich Parteienauflösung[6], Zeitpunkt der Redemokratisierung, Verurteilung Ecevit[7] wurde unmißverständlich zum Ausdruck gebracht.

b) Gesprächsklima war durchweg sachlich. Keine Mißtöne. Türkische Empfindlichkeiten wurden – im Unterschied zu Delegationsbesuchen – nicht spürbar: Sie haben sich, soweit erkennbar, bis zur Stunde nicht konkretisiert. Dabei sprach BM erheblich deutlicher als andere Besucher. Wenn dies reibungslos vor sich ging, dann wohl auch deshalb, weil er im Unterschied zu anderen Besuchern staatliche Potenz verkörperte. Regime wurde mit konkreten Eventualitäten konfrontiert, nicht mit Mahnungen, die für Generäle eher akademisch wirkten und daher irritierten. Bei seinen Gesprächen stand Frage Redemokratisierung und Behandlung Politiker im Vordergrund.

c) In Sicht der Botschaft traten bei Unterhaltung zutage

– guter Wille und offene Gesprächsführung der Regimeträger;
– gleichzeitig durch militärische Erziehung vorprogrammierte Einseitigkeiten der geistigen Struktur: Perfektionismus, Formalismus, fehlende Flexibilität. Als eigentlicher Sündenfall des Regimes schälte sich die Parteienauflösung heraus, weniger die für das Regime-Ansehen gleich schädliche Verurteilung Ecevits durch ein zweifellos unabhängiges Gericht (das freilich aufgrund regimeseitiger Gesetzesregelung, mit der sich das Regime selbst in Zugzwänge brachte), auch nicht die Rede von Präsident Verfassunggebender Versammlung, Irmak, über Zweijahresfrist bis Verfassungsreferendum – diese Torheit herrührend ausgerechnet von dem einzigen namhaften ehemaligen Politiker in der Versammlung. Mein Eindruck: Der 77jährige Irmak stellt keine politische Potenz dar. Es reicht nicht mehr bei ihm.

d) Spürbar wurden die weit herausragende Rolle Evrens und sein Sinn für überzeugende Darstellung seiner Anliegen. Er war gut vorbereitet und nahm sich Zeit. Verdienstvoll das einseitige Bemühen von AM Türkmen um Ausgleiche.

4 Das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Ministerpräsident Ulusu fand am 5. November 1981 statt. Botschafter Oncken, Ankara, teilte dazu am 7. November 1981 mit, Themen seien die bilateralen Beziehungen gewesen, ferner die Politik der UdSSR gegenüber der Türkei, die türkische Innenpolitik, insbesondere die Frage einer Rückkehr zur Demokratie und die Verurteilung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit am 3. November 1981. Diesbezüglich habe Genscher erklärt: „Sollte Ecevit ins Gefängnis gehen, so habe dies unabsehbare Folgen. ‚Ich muß Ihnen das sagen, Herr Ministerpräsident.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1516; Referat 203, Bd. 123299.

5 Nationaler Sicherheitsrat.

6 Zur Auflösung der Parteien in der Türkei am 16. Oktober 1981 vgl. Dok. 314, Anm. 44.

7 Zur Verurteilung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit am 3. November 1981 vgl. Dok. 316, Anm. 16.

e) Unabhängig von Differenzpunkten gab es auch Übereinstimmungen, so bezüglich

– Notwendigkeit, die traditionell gute deutsch-türkische Beziehung in ihrer Substanz zu erhalten,
– Notwendigkeit der Bekämpfung des Terrorismus und Wissen um seine Lenkung von außen,
– weitgehend Übereinstimmung bei Behandlung gemeinsam interessierender außenpolitischer Themen. Bedeutung dieses Punktes sollte nicht unterschätzt werden.

3) Kontakte mit ehemaligen Politikern

a) Der Besuch trug dazu bei, uns die Vertrauensposition bei Parteien und Politikern zu erhalten. Dies mag unserer künftigen Stellung bei Rückkehr zur Demokratie zugute kommen. In Gesprächen[8] fiel auf:

– Verschärfung der Tonart gegen das Regime;
– volle Billigung der BM-Reise und gleichzeitig die Bejahung weiterer Hilfeleistung für die Türkei;
– die Sorge vor Entfremdung von Armee und Nation. Diese spiele den Kommunisten in die Hände.
– Beschwerde über angeblich zu positive Regime-Bewertung durch einzelne Europäer und USA.

b) Andererseits wurde auch dieses Mal – zumindest bei der protokollarisch schwierigen Vorbereitung der BM-Begegnung – klar, daß Politiker wenig oder nicht hinzugelernt haben. Innerlich/emotional maßen sowohl Demirel als auch Ecevit beiderseitiger Rivalität weiter größere Bedeutung bei als Herstellung gemeinsamer Position gegenüber Regime. Es erscheint fraglich, ob hier angesichts ihrer Charaktere eine dauerhafte Quadratur des Kreises gelingen kann. Auffallend bei Demirel eine Tendenz, die Wahrheit zu korrigieren (z.B. die Vermeidbarkeit der militärischen Machtübernahme oder die Behauptung, er könne auf 20 bis 25 Mio. Wähler zählen. Bei letzten Wahlen 1977[9] erhielt seine Partei 5468202 Stimmen). Bei Begegnung mit Ecevit[10], der nach allgemeinem Ein-

8 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Simon handschriftlich: „ehemaliger Politiker".

9 Die Wahlen zum türkischen Parlament fanden am 5. Juni 1977 statt.

10 Bundesminister Genscher traf am 5. November 1981 in Ankara mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit zusammen. Dieser erklärte: „Nach seinem Eindruck wollten Militärs nicht eigentlich zur Demokratie zurückkehren. Sie benutzten das Vehikel bestehender Paragraphen, so z.B. den Paragraphen 52, für ihre Zielsetzungen. Am Ende – so stehe zu befürchten – solle eine Art gelenkter Demokratie stehen. BM erwähnte vertraulich, nach seinem Gefühl werde man nicht so weit gehen, ihn (Ecevit) zu verhaften." Ecevit erklärte, er plädiere „stark für Wahrung der Kontakte mit den Militärs und der derzeitigen Regierung. Das Band zwischen Europa und der Türkei sei die gemeinsame Verpflichtung auf demokratische Werte. Dies Band zu durchschneiden, bedeute Abtrennung der Türkei von Europa. Die geopolitische Situation der Türkei aber lasse ihrer politischen Linie wenig Spielraum. Die Türkei sei auf Europa angewiesen. […] Es dürfe sich auch nicht die Auffassung breitmachen, für die Türkei reiche eine Demokratie ‚bon pour l'Orient'. Möglicherweise entspreche letzteres zwar amerikanischen Vorstellungen. Um so mehr bitte er Europa, an der Notwendigkeit der Rückkehr zu vollgültiger Demokratie in der Türkei festzuhalten und diese Vorstellungen nicht müde zu werden, den Militärs darzutun." Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14095 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

druck über Antritt Haftstrafe aus Gründen Image-Pflege nicht unglücklich wäre, war ich nicht anwesend.

II. 1) Deutsch-türkisches Verhältnis bleibt auch nach dem Besuch in Schwebezustand. Entlastung ist aber dadurch gegeben, daß BM der erste westliche Außenminister war, der seit 12.9.1980[11] nach Ankara kam, d.h.: Wir haben eine hier verletzende Besuchsquarantäne durchbrochen. TAM[12] hat Genugtuung hierüber US-Botschafter Strausz-Hupé deutlich zum Ausdruck gebracht. Der Botschaft gegenüber stellten Journalisten durchweg fest, daß man sich im TAM über Besuchsablauf positiv geäußert habe, in diesem Sinn auch hohe Beamte des TAM zu mir. Dies schließt naturgemäß nicht aus, daß Vorbehalte fortbestehen, bei Regime und ggfs. auch bei anderen, die – im anatolischen Elfenbeinturm befindlich – bei ausländischer Einschaltung seismographisch reagieren. Für unser Ansehen ist bedeutsam, daß wir nach kürzlichen Fehlleistungen des Regimes klare Linie demonstrierten. Methode der offenen An- und Aussprache dürfte auch in Zukunft die richtige sein.

2) Das eigentlich positive Politikum liegt bei Faktum, daß niemand mehr behaupten kann, den hier Regierenden sei nicht reiner Wein eingeschenkt worden, und daß diese die Botschaft des BM schluckten. Viel hängt von Behandlung des Falles Ecevit ab. Sollte dieser Haft antreten, muß dies Eindruck erwecken, daß Vorhaltungen[13] BM keine Berücksichtigung fanden. Der Effekt würde eine positive Wirkung des Besuchs zumindest bei uns weitgehend überschatten.

3) Aber auch bei Aussetzen Haftstrafe könnten Schwierigkeiten wieder auftauchen. Sie ergeben sich weniger aus (in westlicher Sicht) finsteren Absichten der Generäle – ich halte jemanden wie Evren bei allen Einseitigkeiten für einen Ehrenmann – als aus der Infrastruktur des Systems und aus den natürlichen Grenzen, die dem Anpassungsvermögen und der Elastizität der Militärs gesetzt zu sein scheinen. Die Beziehung bleibt daher nicht problemfrei.[14]

4) Was Reaktion auf BM selbst angeht, wurde hier positiv vermerkt, daß sich der BM bei aller Offenheit gegenüber türkischer Öffentlichkeit zurückhielt und damit dem Regime prestigebedingte Zugzwänge ersparte.

11 Zum Militärputsch in der Türkei am 12. September 1980 vgl. Dok. 6, besonders Anm. 2.

12 Türkisches Außenministerium.

13 Korrigiert aus: „Vorbehaltungen".

14 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl teilte Botschafter Oncken, Ankara, am 23. November 1981 mit: „Bei der Abendveranstaltung im Ministerkomitee des Europarats am 18. November 1981 teilte AM Türkmen, der Tischnachbar des Ministers war, diesem folgendes zum Fall Ecevit mit: Der Kommandant des Ausnahmezustandes habe kein Rechtsmittel eingelegt. […] Man werde aber einen Weg finden, damit Ecevit nicht ins Gefängnis müsse. Evren habe ihn gebeten, BM dies zu sagen. BM erwiderte: Türkmen möge Evren sagen: Unter türkischen Verhältnissen sei dieses Verfahren vielleicht zu verstehen. Bei uns würde es aber schwer verstanden, daß das Strafurteil bestehen bleibe. Jedenfalls sei es wichtig, die Inhaftierung auszusetzen. Er bitte, einen Weg zu finden." Vgl. den Drahterlaß Nr. 404; Referat 203, Bd. 123302.
Oncken teilte am selben Tag mit, der türkische Außenminister Türkmen habe ihm gegenüber am 21. November 1981 erklärt, daß es aus juristischen Gründen keine Möglichkeit einer Ausnahmeregelung für den ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit gebe. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1601; Referat 203, Bd. 123302.
Am 4. Dezember 1981 berichtete Oncken: „Pressemeldungen zufolge hat Ministerpräsident a.D. Ecevit Haftstrafe am 3.12.1981 in Ankara angetreten. Ihm sei besonderer Raum neben Krankenstation des Gefängnisses zugewiesen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1675; Referat 203, Bd. 123302.

5) Zusammenfassung

Positive Effekte liegen bei

– persönlicher Kontaktherstellung zu Regime,
– Unterrichtung des Regimes über unsere Schwierigkeiten,
– Kontakterhaltung mit Opposition,
– Herstellung eines politisch ausgewogenen Geschäftsverkehrs.

In Sicht der Botschaft ist Entscheidung, Reise wie geplant durchzuführen, richtig gewesen und in jeder Hinsicht vertretbar – dies übrigens auch vor Hintergrund möglicher negativer Entwicklung im Fall Ecevit. Wir haben dann den (bedauerlichen) Gewinn zusätzlicher Klarheit. Das hiesige Regime wird sich dann Illusionen über unsere Haltung nicht mehr hingeben können. Von welcher Seite man auch die Problematik der Reise betrachtet – die Dinge lägen allemal unübersichtlicher, wäre sie nicht angetreten worden.

[gez.] Oncken

Referat 203, Bd. 123299

321

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Seitz

VS-NfD **10. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Minister

Betr.: Außen- und deutschlandpolitische Tendenzen in der sog. Friedensbewegung

Mit der nachfolgenden Aufzeichnung legt der Planungsstab eine erste Bestandsaufnahme bisher erkennbarer außen- und deutschlandpolitischer Tendenzen der sog. Friedensbewegung vor.

Kurzfassung (zugleich Zusammenfassung)

1) Die sogenannte Friedensbewegung, soweit sie nicht von den Gewerkschaften und den Parteien des Deutschen Bundestages getragen ist, hat ihre Hauptstoßrichtung gegen das Wettrüsten und in diesem Zusammenhang gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß[3], der als Anstoß zu einer weiteren Drehung an der Rüstungsspirale betrachtet wird. Obwohl diese Bewegung noch kein gemeinsames

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Angestelltem Schollwer konzipiert.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 12. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Vortragenden Legationsrat I. Klasse Seitz vermerkte: „Eine sehr verdienstvolle analytische Betrachtung, der ich – mit ein paar Einschränkungen – zustimme."

3 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

außen- und deutschlandpolitisches Programm eint, ist der Trend zu einem prinzipiellen Überdenken aller bisher gültigen nationalen und internationalen Positionen stark. Die Anhänger dieser Bewegung zeichnet vor allem die Neigung aus, die in Ost und West gängigen Denkstrukturen in Frage zu stellen, die bisherigen Spielregeln der internationalen Politik nicht länger als nützlich bzw. akzeptabel anzuerkennen. Ein spezifisches Lebensgefühl beherrscht diese Menschen, die sich eine neue Welt bauen wollen, ohne Wettrüsten und Feindbilder, ohne Bedrohungsängste und Machtpolitik. So wie die „Grünen" von der Sehnsucht nach Wiederherstellung einer heilen Welt mit einer gesunden Ökologie beherrscht werden, so träumen die Anhänger der Friedensbewegung von einem Planeten Erde, auf dem es allüberall friedlich und human zugeht. Ihr Idealismus verführt sie zwangsläufig dazu, auf überaus komplizierte, schwierige Fragen unserer modernen Welt die denkbar einfachsten Antworten zu geben – das macht vor allem ihre Faszination aus, die sie speziell auf junge Menschen ausübt. Nicht Realismus, sondern Utopie, nicht Pragmatismus, sondern Glaube ist in diesen Kreisen gefragt. William Borm hat das Lebensgefühl dieser Menschen m. E. zutreffend geschildert, wenn er am 10. Oktober auf dem Bonner Hofgarten[4] erklärte, es sei der Realismus der Friedensbewegung, unablässig für eine Utopie zu kämpfen.

2) Der gemeinsame Nenner, auf den sich die Anhänger der Friedenspolitik geeinigt haben, ist das Nein zur NATO-Nachrüstung. Zusätzliche Aussagen in Richtung auf eine Neutralisierung Deutschlands und/oder Europas, Forderungen nach Herstellung atomwaffenfreier Zonen in Europa oder nach einer neuen Deutschlandpolitik tauchten bisher nur vereinzelt auf, mit unterschiedlichen Akzenten und zumeist auch noch nicht endgültig ausformuliert. Dabei wurden – wie auf der Bonner Massendemonstration – gelegentlich auch diffuse nationalistische Töne laut[5] (Bundesrepublik – „ein besetztes Land"), die im Widerspruch zu jenen neogaullistischen Tendenzen zu stehen scheinen, die der Friedensbewegung nahestehende Publizisten wie Peter Bender mit ihrer Parole von der Europäisierung Europas[6] verfolgen. Denn nicht nur amerikanische Truppen sind bekanntlich auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert.

3) Eine verbreitete Tendenz in dieser Bewegung ist ein emotionaler „Antiamerikanismus". Er richtet sich zwar nicht gegen das amerikanische Volk, sondern vor allem gegen die Reagan-Administration, doch weisen Slogans wie der vom „besetzten Land" darauf hin, daß die Abneigung wohl nicht allein der jetzigen amerikanischen Regierung, sondern der Politik der USA seit dem Zweiten Weltkrieg überhaupt gilt. Nur so ist auch die in der Friedensbewegung festzustellende Neigung zu verstehen, die USA mit der UdSSR gleichzusetzen, als imperiale, den Frieden störende Macht.

4) Von den Kritikern der Friedensbewegung bisher zu wenig beachtet ist die Tatsache, daß sich nicht nur die USA, sondern – wenn auch bisher wohl noch in geringerem Maße – die UdSSR durch die damit verbundene Entwicklung beun-

4 Zur Demonstration am 10. Oktober 1981 im Hofgarten in Bonn vgl. Dok. 287, Anm. 12.

5 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „In Wahrheit eher ‚antiamerikanische' in einer indirekten Form."

6 Vgl. Peter BENDER, Das Ende des ideologischen Zeitalters. Die Europäisierung Europas, Berlin 1981.

ruhigt fühlen. Bekanntgewordene Abwehrmaßnahmen der DDR gegen bestimmte Trends in der westlichen Friedensbewegung deuten darauf hin, daß diese für die geschlossenen Gesellschaften des Ostens nicht ohne Brisanz sind. Und in der Tat: In den nachfolgenden Punkten stimmen schon heute Amerikaner und Russen bei der Beurteilung der Friedensbewegung weitgehend überein:

– Beide Supermächte wehren sich gegen die Gleichsetzung von USA und UdSSR bzw. umgekehrt.
– Beide Supermächte fürchten pazifistische Tendenzen im eigenen Lager, da sie die Verteidigungsbereitschaft schwächen.
– Beide Supermächte sind gegen atomwaffenfreie Zonen in Europa zum gegenwärtigen Zeitpunkt und unter den bisher von der Friedensbewegung genannten Bedingungen. Auch Breschnew machte sich in seinem jüngsten Spiegel-Interview[7] die Forderung nach solchen Zonen in Mitteleuropa nicht zu eigen.

Diese Übereinstimmungen führen zu folgenden Schlußfolgerungen:

a) Die Friedensbewegung ist keine ausschließlich sowjetischen Interessen nützliche Entwicklung in Westeuropa; sie könnte, wegen ihrer blockübergreifenden, antiimperialistischen Tendenzen – langfristig gesehen – den Ambitionen Moskaus sogar mehr schaden als denen Washingtons.[8]

b) Sobald die beiden Supermächte sich der gemeinsamen Gefährdung ihrer weltweiten[9] Interessen durch diese Bewegung bewußt werden, könnte diese Erkenntnis mit dazu beitragen, eine Wiederannäherung von USA und UdSSR zu beschleunigen.[10]

5) Ein anderes Problem stellt die Auswirkung der Friedensbewegung mit ihren blockübergreifenden Intentionen auf die weitere Entwicklung der deutschen Frage und unsere Deutschlandpolitik des friedlichen Nebeneinanders zweier deutscher Staaten dar. Der sogenannte linke Neutralismus, wie er sich z. T. auf der Bonner Kundgebung artikulierte, dürfte, sofern er eine breitere Basis findet, nach Lage der Dinge eine Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten nicht gerade erleichtern, sondern die Berührungsängste der DDR noch verstärken.[11] Wie er ja auch dazu beitragen würde, die Bundesrepublik im Westen mehr und mehr zu isolieren.

Auf der anderen Seite ergibt sich vielleicht die Möglichkeit, die Friedensbewegung für unsere deutschlandpolitischen Interessen ggfs. insoweit zu nutzen, als wir der DDR klarmachen, daß nur durch deutliche Fortschritte in den deutschdeutschen Beziehungen im Rahmen der abgeschlossenen Verträge Vorstellun-

7 Für das Interview mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „‚Versetzen Sie sich mal in unsere Lage …‘“; DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 34–63.

8 Der Passus „gesehen … Washingtons“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Das halte ich für stark überzogen. Hier werden die Repressionsmöglichkeiten im Osten weit unterschätzt.“

9 Dieses Wort wurde von Staatssekretär von Staden unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

10 Der Passus „Wiederannäherung … beschleunigen“ wurde von Staatssekretär von Staden unterschlängelt. Dazu Fragezeichen.

11 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]“.

gen und Entwicklungen in beiden Teilen Deutschlands (vgl. S. 6 bis 8[12]) die Spitze abgebrochen werden könnte, die für die gesamteuropäische Zusammenarbeit angesichts der bestehenden machtpolitischen Verhältnisse und europäischen Interessenlage gefährlich werden dürften.[13]

6) Ganz allgemein ergibt sich aus der bisherigen Entwicklung der Friedensbewegung die Notwendigkeit, in der Auseinandersetzung mit dieser Bewegung und ihren politischen Absichten zukünftig stärker Bereiche anzusprechen, die über den Streit um den NATO-Nachrüstungsbeschluß hinausgehen. Da es fraglich ist, ob diese Bewegung spurlos wieder verschwinden wird, sobald das für sie heute noch zentrale Problem (Nachrüstung) so oder so ausgestanden ist[14], wären die Politiker gut beraten, sich rechtzeitig den anderen Themen zuzuwenden, mit denen sich diese Menschen mehr und mehr zu beschäftigen scheinen: Neutralismus z. B. oder Disengagement, atomwaffenfreie Zonen etwa oder eine neue Deutschlandpolitik. Hierzu Argumente vorzubereiten, wäre nicht weniger wichtig, als Broschüren über die Mittelstreckenproblematik zu veröffentlichen.[15]

Einen Ansatz bietet der Gedanke einer europäischen Friedensordnung, wie er jüngst in der Wiener Europa-Rede des Herrn Ministers vorgebracht worden ist.

Eine Langfassung ist beigefügt.[16]

Seitz

Referat 02, Bd. 178476

12 Auf den Seiten 6 bis 8 der Langfassung befaßte sich Vortragender Legationsrat I. Klasse Seitz mit Vorstellungen der „Gesamtdeutschen Friedensinitiative", deren Unterzeichner, u. a. der in der DDR lebende Chemiker und Publizist Havemann, sich für eine Neutralisierung der Bundesrepublik und der DDR ausgesprochen hätten. Vgl. dazu Referat 02, Bd. 178476.

13 Der Passus „Fortschritte … dürften" wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „So weit können wir m. E. nicht gehen."

14 Zu dem Passus „Da es … ausgestanden ist" vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]".

15 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]".

16 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. Anm. 12.

322

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.03-1865/81 geheim **12. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister zur Information vorgelegt

Betr.: Sitzung des Bundessicherheitsrats am 11.11.81[3];
hier: Mündlicher Vortrag des AA zum einzigen Tagesordnungspunkt: „Sachstand und aktuelle Fragen der Vorbereitung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen“;
amerikanische Verhandlungsposition.

I. Auf Weisung des Bundesministers trug ich den gegenwärtigen Stand der Vorbereitungen auf die Verhandlungen vor. Meinem Vortrag lag die erneut als Anlage beigefügte Kurzfassung[4] unserer Vorlage vom 9. November 1981[5] zugrunde.

Aus den Bemerkungen, die der Bundeskanzler während meines Vortrags machte, halte ich folgendes fest:

1) Der Bundeskanzler hält es für wichtig, daß die Bündnisposition vor dem Breschnew-Besuch[6] festgelegt ist. Das heißt, er unterstützt unsere Bemühungen darum, den nächsten SCG-Termin auf den 20. November anzusetzen.[7] Wir sind angewiesen, uns in Washington um möglichst frühzeitige Überlassung des amerikanischen Papiers[8] zu bemühen. Falls dieses Papier rechtzeitig eingeht,

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 13. November 1981 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 13. November 1981 vorgelegen.

3 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats vgl. auch Dok. 328.

4 Dem Vorgang beigefügt. Botschafter Ruth vermerkte am 10. November 1981: „Es wird vorgeschlagen, daß der Bundessicherheitsrat den deutschen Vertreter bei der SCG ermächtigt, folgender Verhandlungsposition zuzustimmen: 1) Ziel der Verhandlungen sind gleiche, globale Obergrenzen bei den landgestützten Mittelstreckenraketen auf möglichst niedrigem Niveau. […] 2) Das Verhandlungsziel ist im Idealfall die Null-Lösung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. Das bedeutet, daß die relevanten Systeme auf sowjetischer Seite vollständig beseitigt würden. Die Parameter der Null-Lösung richten sich nach den Parametern des Verhandlungsziels gleicher globaler Obergrenzen. Es wird nicht ausgeschlossen, daß die Null-Lösung schrittweise erreicht wird.“ Die Verhandlungen sollten im Rahmen von SALT als schrittweiser Prozeß stattfinden: „Ziel der Verhandlungen in der ersten Phase ist auf sowjetischer Seite die Reduzierung der Mittelstreckenraketen SS-4 und SS-5 sowie der modernen SS-20. […] Die sowjetischen Raketen kürzerer Reichweite müssen in geeigneter Weise erfaßt werden, um zu verhindern, daß Verhandlungsergebnisse bei den weitreichenden Mittelstreckenraketen unterlaufen oder umgangen werden.“ Ferner sollten französische und britische Systeme nicht in die Verhandlungen einbezogen werden. Künftige Verhandlungen sollten „angemessen verifizierbar sein“. Ferner werde erwartet, „daß die Sowjetunion Zahlen für die auf ihrer Seite zu begrenzenden Systeme zur Verfügung stellt“. Vgl. VS-Bd. 11289 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Korrigiert aus: „10. November 1981“.
Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 9. November 1981 vgl. VS-Bd. 11289 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

7 Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 333.

8 Botschafter Hermes, Washington, teilte am 13. November 1981 mit: „Der National Security Council hat am 12.11. auf Kabinettsebene über die amerikanische Verhandlungsposition in großen Zügen entschieden. Interministerielle Arbeitsgruppen tagen am 13.11., um diese Beschlüsse auszufüllen und in konkrete Verhandlungspositionen umzusetzen. […] Amerikaner beabsichtigen, der SCG vier Papie-

soll versucht werden, vor dem 20. November ein Gespräch Bundeskanzler/Bundesminister herbeizuführen.

2) Für den Fall, daß dieser Fahrplan nicht eingehalten werden kann, hat der Bundesminister vorgeschlagen, eine Besprechung nach dem Kabinett am 26. November abzuhalten.

3) Der Bundeskanzler bemerkte, daß die Obergrenzen sich nicht nur auf die bereits identifizierbaren Systeme beziehen dürfen, sondern künftige Entwicklungen wie etwa landgestützte Cruise Missiles der SU einbeziehen müssen. In diesem Zusammenhang wird das BMVg beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten die Sowjetunion im Bereich der Air-launched Cruise Missiles hat.

4) Es soll darauf hingewiesen werden, daß wir bis Ende 1983 ein konkretes Verhandlungsergebnis wollen. Der Bundeskanzler wird Breschnew deutlich machen, daß ohne ein solches Ergebnis wie vorgesehen dislozierte werden wird. Der Bundeskanzler erwartet, daß die Vereinigten Staaten die Bedeutung des Zeitelements erkennen (vgl. hierzu besondere Aufzeichnung[9]).

5) Das primäre Ziel der Verhandlungen müsse die Null-Lösung sein. Es sei nicht nur eine ideale Möglichkeit.

6) Wichtig sei die Konzentration auf LRTNF in einer ersten Phase. Dabei müsse allerdings sichergestellt werden, daß die Systeme kürzerer Reichweiten (SS-12 und SS-22) in geeigneter Weise erfaßt werden. Der Bundesminister wies darauf hin, daß bei etwaigen geographischen Dislozierungsbeschränkungen im europäischen Teil der Sowjetunion und in Osteuropa der Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa kein Vorschub geleistet wird.

7) Die SS-4 und SS-5 als ältere Systeme sollen separat, aber angekoppelt verhandelt werden. Je integraler die SS-4 und SS-5 einbezogen würden, desto schwieriger werde die Null-Lösung.

8) Der Bundeskanzler begrüße die amerikanische Tendenz, die Bezeichnung TNF durch INF (Intermediate Nuclear Forces) abzulösen. Es wird festgestellt, daß die Übersetzung von INF Mittelstreckensysteme sei.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1724

re vorzulegen, an denen noch gearbeitet wird. Es handelt sich um die US-Verhandlungsposition, den Entwurf eines Berichts der SCG an die Minister, eine überarbeitete Fassung der TNF-Arms-Control Public Presentation und Soviet Claims on the TNF-balance." Das amerikanische Außenministerium sei bemüht, diese Papiere „so schnell wie möglich (frühestens 16.11. abends)" zu übermitteln. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4608; VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.
Zur Unterrichtung der Bundesregierung durch den Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am 17. November 1981 sowie zum anschließenden Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Bundesminister Genscher vgl. Dok. 329.

9 Botschafter Ruth notierte am 11. November 1981, er habe Bundeskanzler Schmidt nach der Sitzung des Bundessicherheitsrats am selben Tag auf die von diesem dargelegte Vorgehensweise angesprochen: „Der Bundeskanzler hat nach meinem Verständnis diesen Punkt wie folgt klargestellt: 1) Er wolle Breschnew folgendes sagen: a) Es liege an der Sowjetunion, ob ein konkretes Verhandlungsergebnis bis zum Jahre 1983 erreicht werde. Nur ein konkretes Ergebnis mit gleichen Begrenzungen auf niedrigem Niveau werde sich auf den vorgesehenen Stationierungsumfang auswirken. b) Nur mit der Null-Lösung auf beiden Seiten werde ein Ergebnis erreicht, das eine Dislozierung auf westlicher Seite überflüssig mache. c) Ohne ein konkretes Ergebnis im Sommer 1983 werde auf westlicher Seite ab Ende 1983 wie vorgesehen dislozierte werden. 2) Den Amerikanern solle gesagt werden (Ruth-Eagleburger), daß der Bundeskanzler dies Breschnew sagen wolle und daß ihm daran liege, daß diese Aussage in den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungskontakten nicht desavouiert werde." Vgl. VS-Bd. 11289 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

Regierungssprecher Becker meldete wegen der Auswirkungen auf Flugzeuge kürzerer Reichweiten Bedenken gegen diese Bezeichnung an.

9) Zum Breschnew-Besuch wurde vor allem die Frage diskutiert, ob mit dramatischen Vorschlägen der Sowjetunion im Moratoriumsbereich zu rechnen sei. Der Bundesminister wies auf die besondere Behandlung des Moratoriumsgedankens im sowjetischen Kommuniqué-Entwurf[10] hin. Der Bundeskanzler berichtete von einer ihm bekanntgewordenen Überlegung, daß man vorschlagen könne, den Stand von 1978 wiederherzustellen.

Ich berichtete über unsere Haltung zum Moratorium und stellte Argumente gegen das Moratorium dar.

Der Bundeskanzler sagte, er werde, falls der Moratoriumsgedanke zur Sprache komme, feststellen,

– es sei schon 1979 erfunden worden[11],
– es stelle keine seriöse Verhandlungsbasis dar,
– der Moratoriumsvorschlag sei Propaganda.

Der Bundeskanzler hält es für wahrscheinlich, daß dieses Thema eine wichtige Rolle spielt, und bittet, daß er und der Bundesminister übereinstimmende Sprechzettel mit Hintergrundargumenten erhalten. Dieser Sprechzettel soll auch auf mögliche Varianten des Moratoriums eingehen.

Bundesminister Schmude plädierte dafür, daß wir Moratoriumsangebote der Sowjetunion sorgfältig prüfen.

Der Bundesminister stellte fest, daß auf westlicher Seite bis 1983 ein De-facto-Moratorium bestehe. Dies habe er Gromyko gesagt.[12] Die Antwort auf den sowjetischen Moratoriumsvorschlag müsse der Hinweis auf die Chance sein, in den Verhandlungen die Null-Lösung zu erreichen.

l0) Der Bundeskanzler stellte die Frage, welche Gründe dafür sprechen, daß die Sowjetunion etwas Positives erreichen wolle, und nannte folgende Gründe:

– Sie wolle zeigen, daß sie ernsthaft zu reden bereit ist,
– sie wolle den Friedenswillen der Sowjetunion deutlich machen,
– der sentimentale Zug in der Person Breschnews dürfe nicht unterschätzt werden.

10 In einem am 20. Oktober 1981 in Moskau übergebenen sowjetischen Entwurf für ein Kommuniqué zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik hieß es: „Die Seiten sind der Meinung, daß es die Schaffung eines Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau auf dem Gebiet der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa ermöglichen würde, die Kriegsgefahr erheblich abzuschwächen. […] In diesem Zusammenhang wurde auch der von der Sowjetunion eingebrachte Vorschlag eines Moratoriums für die Dislozierung neuer nuklearer Mittelstreckenraketen der Länder der NATO und der UdSSR in Europa erörtert." Vgl. die Synopse des Referats 213 vom 12. November 1981; Referat 213, Bd. 133182.
In einem weiteren sowjetischen Entwurf vom 11. November 1981 hieß es: „Beide Seiten sind der Meinung, daß die Erlangung eines Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau bei nuklearen Mittelstrekkenwaffen in Europa eine wesentliche Minderung der Kriegsgefahr ermöglichen würde. […] In diesem Zusammenhang wurde auch der Vorschlag der Sowjetunion über ein Moratorium bei der Stationierung neuer Nuklearraketenwaffen mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR in Europa erörtert." Vgl. die Synopse des Referats 213 vom 12. November 1981; Referat 213, Bd. 133182.

11 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

12 Vgl. dazu die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 2./3. April 1981 in Moskau; Dok. 93 und Dok. 95.

II. Der Bundeskanzler faßte die Diskussion des BSR wie folgt zusammen:

1) Ein weiterer BSR solle vor der Herbstsitzung der NATO-Minister[13] stattfinden.

2) Die Frage der Terminologie (INF) solle geklärt werden.

3) Die erste Phase solle sich auf landgestützte LRTNF konzentrieren, wobei SS-4 und SS-5 nicht das gleiche Gewicht hätten. Sie sollten separat, aber angekoppelt behandelt werden.

4) Es wird empfohlen, die erste Phase nicht zu überlasten, weil sonst die Aussicht auf ein Ergebnis vor Ende 1983 geringer werde. Im Dezember 1983 werde ohne konkretes Ergebnis die Stationierung wie geplant beginnen.

5) Die beiderseitige Null-Lösung müsse als Ziel angesprochen werden, nicht als eine mögliche Lösung.

6) Bundesminister und Bundeskanzler sollen für Breschnew das gleiche Papier haben.

7) Der Bundeskanzler legt Wert auf eine Aussage der Vereinigten Staaten zur Bereitschaft, zügig und mit Blick auf 1983 zu verhandeln.

8) Die Null-Lösung sei konkreter herauszuarbeiten.

9) Breschnew müsse gesagt werden, daß wir nicht über Kernwaffen verfügten und auch nicht über sie verhandelten, daß wir von ihnen und von Verhandlungsergebnissen jedoch unmittelbar betroffen seien.

l0) In den Gesprächen werde nichts gesagt, was die Verhandlungen stören könnte. Es dürfe kein Zweifel entstehen an der Geschlossenheit der Bündnispartner und der westlichen Verhandlungsposition.

11) Es dürfe kein Zweifel daran entstehen, daß am Ende 1983 wie vorgesehen disloziert wird, wenn kein konkretes Ergebnis vorliegt (vgl. hierzu besondere Aufzeichnung).

12) Die Parteivorsitzenden[14] und Kabinettsmitglieder, die mit Breschnew sprechen, sollen eine unkompliziertere Fassung des Rüstungskontrollteils der Gesprächsunterlagen für den Breschnew-Besuch erhalten.

Ruth

VS-Bd. 11289 (220)

13 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

14 Zu den Gesprächen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, mit den Parteivorsitzenden Brandt (SPD), Genscher (FDP), Kohl (CDU) und Strauß (CSU) am 24. November 1981 vgl. Dok. 338, Anm. 3.

323

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

413-491.09 NO-1076I/81 geheim **13. November 1981**[1]

Herrn Staatssekretär[2]

Betr.: Amerikanische Initiative für Konsultationen über Nuklearexporte in den Nahen Osten

Anlg.: 1[3]

Zweck der Vorlage: Zur Unterrichtung[4]

I. 1) Am 10.11.1981 hat Angehöriger hiesiger amerikanischer Botschaft das als Anlage beigefügte Non-paper übergeben.

2) Bei Übergabe wurde auf folgendes hingewiesen:

– Diese Unterlage sei den am Weltwirtschaftsgipfel[5] beteiligten sieben Regierungen übergeben worden.
– Washington habe sich für einen bilateralen Konsultationsmechanismus entschieden, da eine Einberufung der Londoner „Suppliers' Group"[6] politisch wie auch taktisch inopportun sei: Eine Erörterung der Frage von Nuklearexporten in den Nahen Osten sei zwangsläufig auch mit einer allgemeinpolitischen Bewertung der Region verbunden.
– Der amerikanischen Seite sei an einer baldigen Aufnahme der Konsultationen gelegen.

II. 1) Das amerikanische Non-paper mißt möglichen Nuklearexporten in die Nahost-Region – ohne hierbei die NV-politische Bedeutung anderer Regionen zu relativieren – eine politisch vorrangige Bedeutung bei und stellt fest, daß es unzweckmäßig wäre, wenn diese Problematik von verantwortlichen Lieferländern auf einer Ad-hoc-Basis angegangen werden würde. Daher Vorschlag: Herbeiführung eines Konsenses über Leitlinien für Nuklearexporte in den Nahen Osten, der von jeder der sieben Regierungen als nationale Exportpolitik angenommen werden könnte. Nach Herbeiführung eines Konsenses unter den am

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rouget und Legationsrat I. Klasse Heinsberg konzipiert.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 19. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 4/Dg 41, 413 b[itte] R[ücksprache]."
Hat Ministerialdirektor Fischer erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Frl. Schuster b. T[ermin] festlegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Rouget am 30. November 1981 erneut vorgelegen, der zur Bitte um Rücksprache mit Ministerialdirigent Ungerer handschriftlich vermerkte: „N[ach] R[ückkehr]." Ferner vermerkte er handschriftlich: „Hat am 23.XI. stattgefunden."

3 Dem Vorgang beigefügt. Für das amerikanische Papier „Consultation on Middle East Nuclear Export Policy" vom 10. November 1981 vgl. VS-Bd. 10381 (413).

4 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Lautenschlager hervorgehoben.
Dazu vermerkte Ministerialdirektor Fischer am 26. November 1981 handschriftlich: „Erl[edigt]."

5 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

6 Zum Zusammenschluß der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie („Suppliers' Group") vgl. Dok. 57, Anm. 21.

Weltwirtschaftsgipfel teilnehmenden Ländern Einbeziehung von weiteren Lieferländern in eine Erörterung über eine einheitliche Nuklearexportpolitik gegenüber dem Nahen Osten.

2) Die von den Amerikanern ins Auge gefaßten Elemente lassen sich in zwei Kategorien einteilen:

a) Verbotselemente

– keine Zusammenarbeit im Bereich der Wiederaufarbeitung, Anreicherung, der Schwerwasser-Produktion, des Umgangs mit Plutonium, der Rezyklierung sowie der Gewinnung von Uran- oder Plutonium-Metall (Waffengrädigkeit);
– keine Lieferung von mit Natururan betriebenen Forschungsreaktoren sowie besondere Zurückhaltung im Hinblick auf Großforschungsreaktoren;
– kein Export von Plutonium oder hochangereichertem Uran;
– Verbot der Anreicherung von geliefertem Material. Hierunter fallen zwei Fälle:
  – Verbot der Anreicherung gelieferten Natururans. Ziel des Verbots: im Rahmen des Möglichen eine in eigener Regie entwickelte oder von dritter Seite erworbene Anreicherungsanlage zu blockieren.
  – Verbot der weiteren Anreicherung von geliefertem angereichertem Uran. Dies könnte dann der Fall sein, wenn ein Land über eine Anreicherungsanlage verfügt und darüber hinaus in der Lage ist, diese Anlage durch technische Modifikationen für Hochanreicherung zu benutzen.
– Verbot der Wiederaufarbeitung von gelieferten Brennelementen oder von Brennelementen, die in gelieferten Reaktoren bestrahlt worden sind.

Ziel dieses Verbots:

Sowohl bei der Anreicherung wie bei der Wiederaufarbeitung geht es den USA darum, den Zugang zu waffengrädigem Material zu inhibieren. Wenn es schon nicht gelingen sollte, qua Exportpolitik der Lieferländer den Aufbau eines technischen Potentials in der Region des Nahen Ostens völlig zu verhindern, dann zumindest im Rahmen des Möglichen Blockierung einer in eigener Regie oder von dritter Seite gelieferten Anreicherungs- oder Wiederaufarbeitungsanlage: darum Verbot und nicht mehr Kontrolle.

b) Weitere restriktive Exportauflagen:

– Aufnahme einer Bestimmung in Kooperationsverträge des Inhalts, daß abgebrannte Brennelemente außerhalb der Region gelagert werden, unter Einbeziehung der Option des Lieferlandes auf Rückforderung der abgebrannten Brennelemente.
– Abschluß neuer wichtiger Lieferverträge nur mit Ländern, die sich rechtsverbindlich verpflichtet haben, alle gegenwärtigen und künftigen Aktivitäten den Kontrollen der IAEO zu unterstellen (NPT[7]-like fullscope safeguards). Unklar ist hier der Begriff „wichtige neue Lieferverträge“ (significant new supply commitments).

7 Nonproliferation Treaty.
Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

– Bestätigung der Anwendung von GOV 1621[8] – Kontrolle des spaltbaren Materials, solange es vorhanden ist – in Lieferverträgen einschließlich einer entsprechenden contingency-Klausel, die die Anwendung von fallback-safeguards von seiten der IAEO oder bilateral vorsieht.

III. Bewertung

1) Die Verbotselemente halten sich im Rahmen der Tendenz der Londoner Richtlinien:

Der gesamte sensitive Bereich, dessen exportpolitische Anwendung nach den Londoner Richtlinien in das Ermessen der Lieferländer gestellt wird, wird für den Fall der Nahost-Region mandatorisch im Sinne eines Exportverbotes behandelt; insofern eine partielle Festschreibung des Nuclear Non-Proliferation Act of 1978.[9] Der Bereich des Exports von Wiederaufarbeitungstechnologien und -anlagen ist durch unsere Erklärung von 1977, die ein Verbot „bis auf weiteres" vorsieht[10], erfaßt.

2) Die unter „weitere restriktive Exportauflagen" angeführten Fälle gehen über die Londoner Richtlinien hinaus:

– Verpflichtung des Empfängerlandes, der Lagerung abgebrannter Brennelemente außerhalb der Region zuzustimmen, einschließlich der Anerkennung der Option des Lieferlandes auf Rückforderung dieser abgebrannten Brennelemente.
  Also: Innerhalb der Nahost-Region sollen keine abgebrannten Brennelemente gelagert werden.
  Anmerkung:
  Diese Regelung geht über das amerikanisch-ägyptische Kooperationsabkommen[11] hinaus: Nur im Falle von „exceptional circumstances of concern from a non-proliferation standpoint" können die Parteien die Lagerung abgebrannter Brennelemente in einem Drittland vereinbaren oder auch in den USA selbst, falls diese hierzu bereit sind.
– Bindung der Zusammenarbeit an NPT-like fullscope safeguards.
– Rückgriff auf IAEO- oder bilaterale fallback-safeguards unter Einbeziehung von GOV 1621.

3) Bemerkenswert ist, daß der Export von Leistungsreaktoren bei Wahrung der Verbotselemente sowie der weiteren restriktiven Exportauflagen nicht ausgeschlossen ist.

IV. Weiteres Vorgehen

1) Wie die hiesige US-Botschaft uns mitteilte, beabsichtigt das State Department, die Konsultationen in Kürze aufzunehmen. Bei dieser Sachlage sollten

8 Vgl. dazu das Memorandum „The Formulation of Certain Provisions in Agreements under the Agency's Safeguards System (1965, as Provisionally Extended in 1966 and 1968)" vom 20. August 1973; IAEA, BOARD OF GOVERNORS, OFFICIAL RECORDS, GOV/1621.

9 Zu dem am 10. März 1978 in Kraft getretenen „Nuclear Non-Proliferation Act of 1978" vgl. Dok. 90, Anm. 35.

10 Für den Wortlaut der Erklärung der Bundesregierung zur Nuklearexportpolitik vom 17. Juni 1977 vgl. BULLETIN 1977, S. 613.

11 Für den Wortlaut des Abkommens vom 29. Juni 1981 zwischen Ägypten und den USA über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie vgl. UNTS, Bd. 1529, S. 144–198.

wir unsere Botschaft Washington bitten, der amerikanischen Seite mitzuteilen, daß wir anläßlich dieser Konsultationen die Libyen-Angelegenheit[12] besprechen möchten.

2) Es stellt sich hier ein prozedurales Problem, das nicht ohne sachliche Auswirkungen bleiben könnte. Die USA beabsichtigen, die in dem Non-paper enthaltenen Überlegungen bilateral mit den jeweiligen am Weltwirtschaftsgipfel beteiligten Ländern zu konsultieren, d. h., bei diesem Verfahren ist nicht gewährleistet, daß wir ein einigermaßen lückenloses Bild der Position der anderen erhalten. Wichtig wäre daher für uns, auf der Grundlage des US-Papiers und vor Eintritt in Konsultationen mit den USA zunächst mit Frankreich und ggf. mit Italien zu sprechen; beide Länder sind in einem besonderen Maße nuklearpolitisch im Nahen Osten engagiert (Irak).[13]

Per Fischer

VS-Bd. 10381 (413)

12 Ministerialdirektor Fischer erläuterte am 30. Oktober 1981: „Die Firma Uhde, Dortmund, hat Anfang Oktober 1981 einen Antrag auf Erteilung einer Ausfuhrgenehmigung für die Lieferung einer Anlage zur Gewinnung von Schwerem Wasser gestellt (Auftragswert 120 Mio. DM). Die Firma ist zwar an der Lieferung dieser Anlage nicht sonderlich interessiert, engagiert sich aber, da die Vergabe weiterer Aufträge libyscherseits an die Lieferung dieser Anlage gekoppelt worden ist". Fischer legte dazu dar: „Eine Ablehnung des Antrags der Firma Uhde würde bedeuten, daß wir zum ersten Mal einer Partei des NV-Vertrages – im nicht-sensitiven Bereich – die Kooperation verweigern bzw. NV-Parteien der gleichen Region unterschiedlich behandeln: Zusammenarbeit mit Ägypten, aber nicht mit Libyen." Ferner sei Libyen „seit Februar 1981 verschiedentlich an unsere Botschaft Tripolis wie auch an die KWU mit der Frage herangetreten, ob die Bundesregierung eine Exportgenehmigung für die Lieferung eines KKW an Libyen erteilen würde. KWU hat – unserem Wunsch entsprechend – bis jetzt die Angelegenheit dilatorisch behandelt, ohne jedoch die Kontakte zur libyschen Seite abreißen zu lassen. Im Rahmen verschiedener Gespräche auf Arbeitsebene mit der hiesigen US-Botschaft und mit Vertretern des State Department in Bonn haben wir – ohne Bezug auf einen konkreten Fall – die theoretische Frage aufgeworfen, wie die USA sich zur Lieferung eines KKW an Libyen stellen würden." Die USA hätten eine eigene nukleare Zusammenarbeit mit Libyen zwar abgelehnt, „haben uns aber gleichzeitig eine schriftliche Stellungnahme mit folgenden NV-politischen Parametern zukommen lassen: Konsultationen mit den USA; zusätzliche über safeguards hinausgehende weitere Sicherungsmaßnahmen […]; fallback safeguards; Rücknahme abgebrannter Brennelemente. Diese in bezug auf Libyen außergewöhnlich positive Reaktion der USA bedarf einer sorgfältigen Prüfung hinsichtlich ihrer politischen Belastbarkeit." Zur Klärung dieser Fragen seien Gespräche mit der amerikanischen Regierung „zweckmäßig". Vgl. Referat 431, Bd. 129500.

13 Ministerialdirektor Fischer übermittelte der Botschaft in Washington am 25. November 1981 das amerikanische Papier „Consultation on Middle East Nuclear Export Policy" vom 10. November 1981 und bat zur Vorbereitung von Gesprächen mit den USA um einen Bericht darüber, „welchen politischen Status dieses Non-paper hat, d. h., von welcher Ebene im State Department dieses Papier ausgeht bzw. von welcher Stelle es gebilligt worden ist". Vgl. den Drahterlaß Nr. 1292; VS-Bd. 10381 (413); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 9. Dezember 1981 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums sei das amerikanische Non-paper vom 10. November 1981 „auf hoher politischer Ebene" vom Außenministerium, dem Energieministerium, der „Nuclear Regulatory Commission" und dem Nationalen Sicherheitsrat gebilligt. Hauptziel sei es, „zur politischen Stabilisierung der Nahost-Region beizutragen. Die Vorschläge sind daher bewußt auf die nukleare Exportpolitik gegenüber Staaten dieser Region begrenzt worden. Es ist nicht beabsichtigt, diese Politik auch auf Staaten anderer Regionen zu übertragen. In zweiter Linie sollen die Vorschläge wohl auch dazu dienen, ein politisches Gegengewicht zur flexibleren nuklearen Exportpolitik gegenüber NV-politisch zuverlässigeren Staaten und Regionen zu schaffen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4969, VS-Bd. 10381 (413); B 150, Aktenkopien 1981.
Die Gespräche mit den USA über Nuklearexporte fanden am 22. Januar 1982 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vom 1. Februar 1982; AAPD 1982.

324

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit NATO-Generalsekretär Luns

VS-vertraulich **14. November 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit NATO-Generalsekretär Luns am 14. November 1981 von 10.30 Uhr bis 11.30 Uhr im Bungalow[2]

Weitere Gesprächsteilnehmer: Kabinettschef van Campen, Botschafter Wieck, MD Pfeffer, MD von der Gablentz.

Luns dankt dem Bundeskanzler für die Gelegenheit des Gesprächs direkt vor seiner Abreise nach Washington, wo er mit Haig vor den Herbsttagungen der NATO[3] vor allem über die Stimmung in Europa, über den spanischen NATO-Beitritt[4] und andere Allianzfragen sprechen will.

Bundeskanzler: Die Stimmung in Europa ist nicht gut. Für die US-Administration sind jetzt folgende Botschaften am wichtigsten:

– Washington muß aufhören, die Europäer zu verunsichern durch widersprüchliche Äußerungen zu vitalen Fragen des Bündnisses und durch den Eindruck interner Streitereien.
– Washington muß dafür sorgen, daß es nicht durch eine konfuse Wirtschaftspolitik die Weltrezession zu einer Weltdepression macht. Die USA müssen sich darüber im klaren sein, daß ihre Wirtschaftspolitik nicht Innenpolitik ist, sondern gleichzeitig Weltwirtschaftspolitik. Nur ein Überschußland kann autonome Zinspolitik betreiben. Alle Defizitländer sind auf die Zinsführerschaft der USA angewiesen. Daß wir mit geringeren Zinsen auskommen als zum Beispiel die Franzosen oder die Italiener, ist ein Zeichen für das Vertrauen auf die deutsche Wirtschaftskraft.

Die Japaner stehen noch besser da. Es besteht die Gefahr, daß die Zeitungen schon in einigen Monaten fragen werden, ob wir wieder bei der Situation von 1931 angelangt sind.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 16. November 1981 gefertigt und am selben Tag „zur Unterrichtung des Bundesministers“ an Ministerialdirigent Wallau mit dem Hinweis übermittelt, daß die Gesprächsaufzeichnung noch nicht von Bundeskanzler Schmidt genehmigt sei.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 16. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher und Vortragenden Legationsrat von Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 17. November 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Zum Gespräch vgl. auch Dok. 325.

3 Zur Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 7. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 350.
Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.
Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

4 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 314, Anm. 43.

Die USA müssen sehen, daß ihr hohes Staatsdefizit in Verbindung mit den hohen Zinsen zur Arbeitslosigkeit führt und damit das soziale Gleichgewicht gefährdet. Hier liegt für die USA die eigentliche strategische Aufgabe auch im Verhältnis zur Sowjetunion. Die Diskussionen über Manöver im Nahen Osten[5] oder die Nuklearstrategie[6] verlieren an Bedeutung, wenn Europa in einer Arbeitslosigkeit von über 10% versinkt. Dies zuzulassen, wäre ein strategischer Fehler von weit größerer Bedeutung als alles, was auf der Tagesordnung der NATO steht.

Die USA müssen verstehen, daß sie heute eine weit größere Verantwortung für das Schicksal der Weltwirtschaft tragen als in den 30er Jahren. Ihr Kapitalmarkt spielt wegen seiner Größe eine ungeheure Rolle für die wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung und daher auch für die politische Widerstandsfähigkeit der Europäer. Wir können nicht darauf bauen, daß die Sowjetunion weiterhin U-Boote an die Küsten der europäischen Staaten schickt.

Luns dankt für diese deutliche Darlegung der wirtschaftlichen Zusammenhänge, die leider in der NATO nicht so deutlich diskutiert werden. Mit 10 bis 15% Arbeitslosigkeit können niederländische und belgische Regierungen nur schwer die Widerstände gegen die Stationierung überwinden.

Bundeskanzler hat in diesem Herbst mehrfach nicht öffentlich gesagt, daß ein amerikanisches Haushaltsdefizit von jetzt 85 bis 100 Mrd. Dollar gleichzeitig mit der restriktiven deflationären Geldpolitik der Fed[7] zu einer extrem hohen Arbeitslosigkeit führen muß. Die Diskussion über Stockmans Äußerungen[8] ist

5 Zum Manöver „Bright Star" vgl. Dok. 301, Anm. 5.

6 Zur Debatte über die amerikanische Nuklearstrategie vgl. Dok. 304, Anm. 5, und Dok. 305, Anm. 7. Am 4. November 1981 teilte Botschafter Hermes, Washington, mit, der amerikanische Außenminister Haig habe sich vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats zu Strategiefragen geäußert: „Auf die Frage nach der Möglichkeit einer Begrenzung nuklearer Konflikte auf Europa antwortete Haig mit dem Hinweis, die Konfliktbegrenzung sei schon immer das Ziel der NATO-Doktrin gewesen, deshalb schließe die Nukleardoktrin der NATO sogar den rein demonstrativen Einsatz von Nuklearwaffen ein, um den Gegner von der Eskalation abzuschrecken. […] Auf die Frage nach der Gewinnbarkeit eines Nuklearkriegs antwortete AM Haig, es handele sich dabei um eine ‚no win proposition'." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4443; Referat 201, Bd. 125578.
Staatssekretär Lautenschlager teilte der Botschaft in Washington am 11. November 1981 mit: „In seiner gestrigen Pressekonferenz wiederholte Reagan die von ihm bereits am 16. Oktober getroffene Feststellung, wonach das Überschreiten der nuklearen Schwelle auf dem Gefechtsfeld nicht automatisch zum Holocaust führen muß. Zur Frage des möglichen demonstrativen Einsatzes von Nuklearwaffen räumte Reagan ein, daß es hierüber einige noch nicht ganz ausgeräumte Verwirrung gebe." Lautenschlager bat Hermes im Auftrag des Bundesministers Genscher, Haig „unverzüglich" darauf aufmerksam zu machen, „daß es die um sich greifende sicherheitspolitische Diskussion im Bündnis (Stichwort: Friedensbewegung) negativ beflügelt, wenn fortlaufend Szenarien der nuklearen Kriegführung öffentlich angesprochen werden. Dadurch werde zusätzlich Angst geweckt und die Diskussion von der Sicherung des Friedens durch Abschreckung auf die Frage abgelenkt, was bei Versagen der Abschreckung geschehe. Dies sei Wasser auf die Mühle der Gegner der LRTNF-Modernisierung." Daher meine die Bundesregierung, „daß wir uns derzeit auf beiden Seiten so weit wie möglich mit öffentlichen Erläuterungen der NATO-Strategie zurückhalten sollten". Vgl. den Drahterlaß Nr. 5799; Referat 201, Bd. 125590.

7 Federal Reserve.

8 Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 13. November 1981: „Die Veröffentlichung eines Artikels in der Dezember-Ausgabe der Monatszeitschrift ‚The Atlantic' mit kritischen Äußerungen von Budget-Direktor Stockman hat hier erhebliches Aufsehen erregt und ein ungünstiges Licht auf die Wirtschaftspolitik des Präsidenten geworfen. In dem Artikel wird über Gespräche berichtet, die Stockman im Laufe des Jahres mit William Greider, einem Mitarbeiter der Washington Post, geführt hat und in denen er wiederholt schwere Zweifel an der Richtigkeit und der Durchführbarkeit des Reaganschen Wirtschaftsprogramms äußerte." Hermes teilte weiter mit: „Nach einem Gespräch mit

nur ein äußerer Ausdruck der inneren Krise. Die Amerikaner beginnen zu begreifen, daß die beiden genannten Linien ihrer Wirtschaftspolitik im Widerspruch stehen. Sie haben aber noch nicht begriffen, daß die Weltwirtschaft auf dem Spiele steht. Sie können sich nicht vorstellen, welche Bedeutung eine Zinserhöhung von nur 1% in den USA für die ganze Welt hat. Wir hatten noch nie in diesem Jahrhundert eine Rezession mit gleichzeitigen Höchstzinsen. Das ist nicht das Ergebnis eines bösen Willens, sondern des Unvermögens, des Unwissens und der mangelnden Koordination zwischen Regierung und Fed. Das hohe Staatsdefizit macht das Geld so teuer, daß sich nur der Staat die Kreditaufnahme leisten kann. Für private Schuldner ist der hohe Zinssatz zu riskant. Im Ergebnis absorbiert der Staat das verfügbare Kapital, und die Wirtschaft und die Privaten halten sich zurück.

Er betont, daß er mit den inneren Problemen wie der sogenannten Friedensbewegung und dem Widerstand gegen die Nachrüstung in Deutschland allein fertigwerden kann. Er kann aber nicht allein eine Wirtschaftskrise meistern, die eine Weltwirtschaftskrise ist. Von dieser Wirtschaftskrise wird inzwischen auch der Ostblock voll getroffen. Die polnische Krise, die in einem Jahr das polnische BSP um ein Viertel gesenkt hat, verschärft die Lage. Rumänien und zunehmend auch die ČSSR, an vierter Stelle auch die DDR, stehen vor einem sehr schlimmen Winter. Ungarn und Bulgarien geht es besser. Das alles bedeutet eine schwere wirtschaftliche Belastung auch für die Sowjetunion, die sich aber weit mehr als wir auf die Leidensfähigkeit ihrer Bevölkerung verlassen kann.

Er betont auf Frage von Luns, daß er weder die britische noch die französische Wirtschaftspolitik kritisieren möchte. Wir werden weiter einen Mittelkurs steuern zwischen den extremen wirtschaftlichen Orientierungen dieser Länder.

Luns berichtet, daß er in öffentlichen Vorträgen in den Niederlanden und auch in Cambridge auf die verheerenden Auswirkungen der widersprüchlichen Signale aus Washington, insbesondere zu den Nuklearwaffen, gestoßen ist. Er selbst bemühte sich darzulegen, daß trotz aller widersprüchlichen Äußerungen der politischen Führer zur Nuklearfrage die amerikanische Politik in der Substanz unverändert ist.

Bundeskanzler: Man kann die Politik nicht von den politischen Führern trennen. Die Zweifel in der europäischen Öffentlichkeit wachsen. Das gilt – vielleicht mit Ausnahme Frankreichs – für alle europäischen NATO-Staaten und für alle politischen Richtungen.

Er möchte die amerikanischen Führer nicht im einzelnen kritisieren. Er bittet insbesondere, Haig von ihm auszurichten, daß sich die Bundesregierung als solche sorgfältig gehütet hat, die widersprüchlichen Äußerungen aus Washington zu kommentieren. Aber es gab in unserer Öffentlichkeit von links und rechts vernichtende Kommentare. Die Regierung wird sich auch weiterhin zurückhalten, weil zu viel auf dem Spiel steht. Er wird also keine Kritik vom Bundeskanzler oder von der Bundesregierung hören. Er selbst bleibt von den redlichen

Fortsetzung Fußnote von Seite 1733

dem Präsidenten am 12.11., in dem er seinen Rücktritt anbot, den der Präsident jedoch nicht annahm, bezeichnete Stockman in einer Pressekonferenz seine Gespräche als unbedachtes loses Gerede." Hermes führte aus, es könne „kein Zweifel daran bestehen, daß durch diese Affäre die Wirksamkeit und zum Teil die Glaubwürdigkeit der Reaganschen Wirtschaftspolitik in Frage gestellt wird". Vgl. den Drahtbericht Nr. 4605; Referat 420, Bd. 130012.

Bemühungen Reagans und Haigs um die gemeinsame Sicherheit überzeugt. Aber es ist schwierig, dem Mann in der Straße ein Gefühl dafür zu vermitteln, daß er zwischen der Politik und den Äußerungen der politischen Führer unterscheiden sollte.

Luns betont, daß in allen NATO-Ländern die Öffentlichkeit mehr Angst hat vor dem Kriege als vor fünf Jahren, wofür es an sich objektiv keine Gründe gibt.

Bundeskanzler: Die Kriegsangst in Deutschland ist, wie Meinungsumfragen beweisen, nicht größer geworden. Was größer geworden ist, ist eine nur psychologisch zu erklärende Neigung derer, die Angst haben, darüber auch öffentlich zu reden. Während es früher als Tugend galt, nicht über seine eigene Angst zu reden, ist es heute – vielleicht nach dem Vorbild gewisser psychologischer Gruppentherapien – Mode geworden, seine Angst öffentlich zu bekennen.

Er bittet den Generalsekretär, bei seinen Gesprächen in Washington folgende Punkte herauszustellen:

1) Wenn die Verhandlungen in Genf keine Erfolge bringen, wird ab Dezember 1983 stationiert. Er hat damit sein eigenes politisches Schicksal verknüpft.[9] Er wird Breschnew[10] – inzwischen wohl zum fünften Mal – sagen, daß er sich hierüber nicht täuschen soll und sich auch nicht von seiner eigenen Propaganda täuschen lassen soll. Auch bei einem Regierungswechsel in Deutschland ist nichts anderes zu erwarten.

Zur Erläuterung dieses Punktes betont er, daß er in Wirklichkeit nicht gerne eine solche Stationierung sehen würde. Leider kennt die gegenwärtige amerikanische Regierung nicht die Geschichte des Doppelbeschlusses. Die ganze TNF-Problematik wäre nicht aufgekommen, wenn nicht drei amerikanische Präsidenten – Nixon, Ford und Carter – in den SALT-Verhandlungen[11] den Kardinalfehler gemacht hätten, die auf Europa gerichteten SS-20 und Backfire nicht in die Verhandlungen einzuschließen. Er hat die Amerikaner – zunächst Nixon über Kissinger und dann seinen Freund Ford – darauf hingewiesen, daß dies nicht möglich ist. In Wladiwostok[12] haben dann die Amerikaner ein SALT-Abkommen abgelehnt mit der Begründung, der Backfire sei nicht eingeschlossen. Der wirkliche Grund war allerdings nicht die Sorge um die Sicherheit der Westeuropäer, sondern die Furcht vor einer Ablehnung durch den Senat. Carter hat zunächst den Wunsch des Bundeskanzlers nach Einbeziehung der SS-20 vom Tisch gewischt. Schließlich hat er Anfang 1979 in Guadeloupe[13] vorgeschlagen, amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa zu stationieren. Callaghan hat

9 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 16. Mai 1981 in Recklinghausen bzw. am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen; Dok. 153, Anm. 35.

10 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

11 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. Dok. 286, Anm. 22.

12 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

13 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

vor einer Stationierung verhandeln wollen. Giscard und er haben dann praktisch den Doppelbeschluß konzipiert, weil sie davon ausgingen, daß die SU nur dann ernsthaft über eine Rüstungsbegrenzung verhandeln wird, wenn sie vom festen westlichen Willen zu einer Nachrüstung überzeugt ist. Drei Monate später in Wien beim Abschluß von SALT II[14] hat Carter – wohl unter dem Einfluß Brzezinskis – kein Wort über die Mittelstreckenwaffen und den Doppelbeschluß verloren. Kein Wunder, daß die Sowjets dem Bundeskanzler entgegenhielten, daß die Amerikaner die von ihm behauptete Gefahr für Westeuropa mit keinem Wort erwähnt hatten. Im Dezember 1979 kam es dann zum Doppelbeschluß[15], nachdem Breschnew Anfang Oktober 1979 versucht hatte, ihn durch sein Moratoriumsangebot von Ost-Berlin[16] abzuwenden.

Er erinnert daran, daß sich vier kontinentaleuropäische[17] Nicht-Nuklearstaaten im Doppelbeschluß zur Stationierung bereit erklärten.[18] Er wird beim Europäischen Rat in London[19] darauf hinweisen, daß es nicht angeht, daß wir hohe Nettobeiträge an die EG zahlen zugunsten von Ländern, die sich ihrer Leistungen für die gemeinsame Sicherheit entziehen.

Luns hat der niederländischen Regierung das deutsche Beispiel wiederholt vorgetragen. Er hält es für möglich, daß die USA dazu beitragen können, die Belgier zur Zustimmung zur Stationierung zu bewegen und damit die Niederländer zu isolieren.

Bundeskanzler erläutert, daß er dann im Juni/Juli 1980 als einziger westlicher Regierungschef Breschnew auf diese Zusammenhänge hingewiesen und auf Rüstungsbegrenzungsverhandlungen gedrängt hat.[20] Breschnew kannte also die Bedeutung der Rüstungsbegrenzungsverhandlungen. Die Frage hat auch bei den deutschen Bundestagswahlen[21] eine erhebliche Rolle gespielt. Anfang 1981 übernahm dann ein neuer amerikanischer Präsident, der sich vorher öffentlich gegen Rüstungsbegrenzungsverhandlungen ausgesprochen hatte, die Regierung.

14 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

15 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

16 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

17 Korrigiert aus: „kontinentalstrategische".

18 Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, übermittelte am 16. November 1981 „einen kurzen Zusatzvermerk zur persönlichen Unterrichtung des Bundesministers" über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit NATO-Generalsekretär Luns am 14. November 1981. Darin hieß es: „Der Bundeskanzler erinnert daran, daß er bei der Beschlußfassung über den Doppelbeschluß eine Bedingung für die Stationierung in Deutschland genannt hat, von der er auch nicht abgeht und die er auch nicht abschwächt: Außer uns müssen mindestens noch zwei weitere nicht-nukleare europäische NATO-Partner der Stationierung zustimmen. Der niederländische Regierungschef ist sich dessen voll bewußt. Er betont auf Frage von Luns, daß er dies auch so den Amerikanern übermitteln sollte: Außer uns muß noch ein weiterer Staat im zentralen Bereich Europas – nicht nur Italien in seiner besonderen geostrategischen Lage am Rande Europas – stationieren." Vgl. VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Vgl. dazu auch Dok. 327.

19 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

20 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

21 Die Wahlen zum Bundestag fanden am 5. Oktober 1980 statt.

Luns berichtet, daß er bereits im April[22] den Amerikanern gesagt habe, wenn sie nicht verhandeln, werden sie die Europäer gegen sich haben. Weinberger habe damals noch davon gesprochen, Rußland zu strafen. Er hat dann den Amerikanern gesagt, daß sie dann auch kein Getreide liefern dürften[23] und die Wehrpflicht[24] wieder einführen müßten. Das mag mitgeholfen haben, die Amerikaner langsam umzustimmen.

2) *Bundeskanzler* weist darauf hin, daß die Verhandlungen nun endlich beginnen, nachdem die ersten zwei Jahre seit dem Doppelbeschluß vertan wurden, das erste Jahr wegen der Sowjets, das zweite wegen der Amerikaner. Das bedeutet, daß jetzt nur noch drei halbe Jahre für einen Erfolg der Verhandlungen zur Verfügung stehen. Er wird Breschnew und seinen Begleitern hier in Bonn klarmachen, daß die SU in diesem Zeitraum mit den SS-20 auf Null gehen muß, wenn sie die Stationierung vermeiden möchte. Hierüber darf bei der Sowjetunion kein Zweifel entstehen. Aber auch den Amerikanern muß deutlich gemacht werden, daß nur noch anderthalb Jahre zur Verfügung stehen, nachdem zwei volle Jahre vergeudet wurden. Sie müssen wissen, daß sie den Verteidigungswillen in Europa psychologisch aushöhlen, wenn sie den Eindruck zulassen, daß sie wiederum Zeit vergeuden, die Verhandlungen nicht ernsthaft führen und auf Zeitgewinn spielen, um die Stationierung durchzusetzen. Dann werden die Sowjets die Auseinandersetzung um die psychologische Situation in Europa gewinnen.

3) Zum Breschnew-Besuch erläutert er, daß Breschnew wohl im wesentlichen drei Motive für seinen Bonn-Besuch hat:

a) Er möchte vom Bundeskanzler, den er für einen redlichen Gegner hält, hören, was der Westen und insbesondere die Amerikaner denken. Er selbst wird also die Zielsetzungen der Amerikaner zu interpretieren haben. Er stellt sich vor, daß es in der Tat für die Sowjets schwierig ist zu verstehen, daß drei amerikanische Präsidenten SALT verhandelt, aber nicht ratifiziert[25] haben, der vierte Präsident eine Ratifizierung ablehnt und sich dann nach neun Monaten zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen bereit erklärt. Außerdem haben die Sowjets offensichtlich Angst vor der Pershing II. Er selbst wird Breschnew Absichten und Zielsetzungen der Amerikaner wohl etwas klarer und eindeutiger interpretieren müssen, als sie wirklich sind. Er wird die Gefahr einer zu überzeugenden Darstellung der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft dabei in Kauf nehmen.

b) Breschnew wird sich selbst und die Sowjetunion als Friedensapostel darstellen. Das wird für uns nicht sehr angenehm sein, aber wir müssen es in Kauf nehmen, weil das erste Motiv wichtig ist und wir es nutzen müssen.

c) Breschnew wird die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen verstärken wollen. Das wollen auch wir. Dabei lassen wir uns nicht von außen hereinreden.

22 Zum Besuch des NATO-Generalsekretärs Luns vom 13. bis 16. April 1981 in den USA vgl. Dok. 104, Anm. 6.

23 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

24 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

25 Zur Aussetzung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 13, Anm. 27.

Über den Breschnew-Besuch wird am 25./26. der NATO-Rat und der Europäische Rat in London informiert. Ein hochrangiger Vertreter der Bundesregierung wird nach Washington reisen und Präsident Reagan unterrichten.[26] Er selbst wird Gelegenheit haben, Reagan einige Wochen danach persönlich von seinen Eindrücken zu berichten.[27]

Luns dankt dem Bundeskanzler, daß er so deutlich und klar gesprochen hat.

Er möchte in Washington auch über Spaniens NATO-Beitrag sprechen. Er wird sich dabei eindeutig gegen eine einseitige Erklärung Spaniens aussprechen, keine Nuklearwaffen auf seinem Territorium zu dulden. Er hat mit den Spaniern eine Formel ausgearbeitet, wonach sie in den Cortes erklären können, daß kein NATO-Partner die Absicht geäußert habe, Nuklearwaffen in Spanien zu stationieren. Die Frage sei erst dann zu entscheiden, wenn sie sich wirklich stellt.

Die Spanier und auch die Amerikaner scheinen jetzt die Bedeutung der Frage eingesehen zu haben. Eine einseitige spanische Erklärung werde sich zunächst auf Griechenland, dann aber wohl auch auf eine spätere italienische Regierung auswirken.

Bundeskanzler stimmt Luns zu. Wenn die USA bei dieser Gelegenheit zulassen, daß neu beitretende NATO-Partner einseitig ihre Nuklearfreiheit erklären, kommt diese Problematik eines Tages auch auf die Deutschen zu. Er regt an, auch den spanischen König[28] auf die Bedeutung dieser Frage aufmerksam zu machen.

Luns möchte zum Abschluß noch auf das Infrastrukturprogramm der NATO[29] zu sprechen kommen.

Bundeskanzler erläutert, daß es für die Verteidigung der europäischen NATO-Partner in erster Linie auf die Soldaten, dann auf ihre Motivation und ihre Ausbildung und erst in vierter Reihe auf das Geld zur Ausrüstung ankommt. Forderungen nach mehr Geld durch die Amerikaner müssen mit der Gegenforderung nach Einführung der Wehrpflicht und nach Überwindung der damit verbundenen politischen Schwierigkeiten, insbesondere mit der Jugend, beantwortet werden.

Luns hält es für eine Schwächung der NATO, wenn die USA in übertriebener Weise von der Schwäche des Westens sprechen, der der SU nichts entgegenzusetzen habe. Die Sowjets fürchten nach wie vor zunächst die deutsche Bundeswehr, dann die amerikanische Armee wegen ihrer ungeheuren Materialüberlegenheit und dann die Türken wegen ihrer Bereitschaft zu kämpfen.

Er stimmt dem Bundeskanzler zu, daß die Sowjets noch erheblichen Respekt vor unseren konventionellen Fähigkeiten haben, und zitiert zustimmend einen

26 Staatssekretär von Staden informierte am 26. November 1981 den Ständigen NATO-Rat in Brüssel bzw. am 27. November 1981 den amerikanischen Außenminister Haig über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 345.

27 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf. Für seine Gespräche mit Präsident Reagan am 5. Januar 1982 vgl. AAPD 1982.

28 Juan Carlos I.

29 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 304, Anm. 7.

niederländischen General, der öffentlich erklärt, man solle nicht vergessen, daß es den Sowjets trotz ihrer konventionellen Überlegenheit außerordentlich schwerfallen wird, einen konventionellen Krieg in Europa zu gewinnen.

Die Nuklearwaffen der Allianz dienen lediglich der Abschreckung zur Wahrung des Friedens. Keiner weiß, wie ein nuklearer Krieg ausgehen wird.

Bundeskanzler bittet abschließend den Generalsekretär, seinen amerikanischen Gesprächspartnern zur Frage der widersprüchlichen Äußerungen zur Strategie zu sagen: Sie brauchen nur zu betonen, daß die NATO-Strategie unverändert weitergehe und daß die Unsicherheit der Sowjets über die mögliche Reaktion der NATO ein wichtiges Element dieser Strategie ist. Daher ist es nicht unsere Sache, der Sowjetunion öffentlich zu sagen, was wir im Kriegsfall tun werden und wie wir auf einen sowjetischen Angriff reagieren werden. Wir sind jedenfalls zu sehr unterschiedlichen Reaktionen auf sowjetische Angriffe fähig.

Er bittet außerdem, Al Haig seine Grüße zu übermitteln (und selbstverständlich auch Präsident Reagan, falls Luns ihn sieht). Haig soll wissen, daß der Bundeskanzler unverändert seinem Urteil und seiner Politik Vertrauen schenkt.[30]

VS-Bd. 14097 (010)

30 NATO-Generalsekretär Luns hielt sich am 16./17. November 1981 in den USA auf. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am 18. November 1981 mit, nach Auskunft des amerikanischen Außenministeriums sei der Besuch „insgesamt sehr harmonisch verlaufen und könne als Erfolg gewertet werden". Im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush habe die Friedensbewegung gestanden. Gegenüber den Ministern Haig und Weinberger habe Luns über sein Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am 14. November 1981 berichtet. Haig habe „auf die unmittelbar bevorstehende Rede Präsident Reagans zur Verteidigungs- und Rüstungskontrollpolitik (18.11.81) hingewiesen; er, Haig, sei sich über die Notwendigkeit, auf die europäische Kritik richtig zu reagieren, völlig im klaren. Die Wirtschaftsprobleme der Verbündeten würden in Washington richtig gesehen; es stünde zu hoffen, daß das langsame Absinken des Zinsniveaus in den USA sich positiv auf die europäischen Geldmärkte auswirken würde". Ferner habe Luns über die Äußerungen von Schmidt zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik sowie zum Infrastrukturprogramm der NATO informiert. Weitere Gesprächsthemen seien der NATO-Beitritt Spaniens und die amerikanisch-griechischen Beziehungen gewesen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4673; VS-Bd. 10302 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

325

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-362.12-3912I/81 VS-vertraulich **14. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] dem Herrn Bundesminister

Betr.: Gespräch des Herrn Bundeskanzlers mit dem Generalsekretär der NATO, Luns, am 14. November 1981 (10.30 Uhr bis 11.40 Uhr)[3]

Der Herr Bundeskanzler hat am 14. November 1981 den Generalsekretär der NATO, Luns, zu einem etwa einstündigen Gespräch empfangen.

I. Die Botschaft des Bundeskanzlers für Washington[4]

Der Bundeskanzler hat in sehr energischen Ausführungen Herrn Luns im Kern folgende Botschaft für Washington mitgegeben:

1) Strategische Bedeutung der amerikanischen Wirtschaftspolitik

Es sei eine strategische Aufgabe der amerikanischen Regierung, ihre Wirtschaftspolitik in eine richtige, kohärente Bahn zu lenken. Die augenblickliche Linie sei falsch: Die Staatsverschuldung werde höher ausfallen als zur Zeit Carters. Man rechne bereits mit einem Defizit von bis zu einer Milliarde Dollar[5] für 1982. Die autonome Federal Reserve versuche, durch eine restriktive Geldpolitik gegenzusteuern. Die dadurch in die Höhe getriebenen Zinsen seien prohibitiv für den privaten Bereich und hemmten Neu-Investitionen.[6] Nur der Staat wage bei einer solchen Zinshöhe, weitere Kredite aufzunehmen, und schöpfe dadurch alle Liquidität ab. Diese in sich ungereimte Wirtschaftspolitik führe zu hoher Arbeitslosigkeit. Das sei schlimm genug für die USA, aber noch viel verheerender für Europa, auf das die amerikanische Wirtschaftspolitik in voller Wucht durchschlage. Immer weiter ansteigende Arbeitslosigkeit in Europa schwäche die soziale und schließlich auch die politische Widerstandskraft der europäischen Verbündeten. Deren Widerstandsfähigkeit sei aber gerade jetzt und in den beiden nächsten Jahren wegen der Durchsetzung des Doppelbeschlusses[7] gegenüber der Sowjetunion von strategischer Bedeutung. Neben diesem Problem verblaßten alle Verteidigungsfragen im engeren Sinne, die zur Zeit in der Allianz beraten würden. Einige sprächen bereits davon, daß wir uns in einer dem Jahre 1931 vergleichbaren Situation befänden.

1 Durchdruck.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann vorgelegen.

2 Berndt von Staden.

3 Weitere Teilnehmer waren der Kabinettschef des NATO-Generalsekretärs, van Campen, Botschafter Wieck, z. Z. Bonn, Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, und Ministerialdirektor Pfeffer. Für das Gespräch vgl. auch Dok. 324.

4 Zum Besuch des NATO-Generalsekretärs Luns am 16./17. November 1981 in den USA vgl. Dok. 324, Anm. 30.

5 Zu den Worten „1 Mrd. Dollar“ vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann handschriftlich: „100 Milliarden Dollar“.

6 Korrigiert aus: „und hemmten machten Neu-Investitionen“.

7 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

2) Amerikanische Erklärungen zu Sicherheitsfragen

Die widersprüchlichen Erklärungen von Mitgliedern der amerikanischen Administration zu Sicherheitsfragen verwirrten die europäische öffentliche Meinung. Die Bundesregierung halte sich völlig zurück[8], sie kritisiere das diffuse Bild Washingtons nicht, aber die Medien kommentierten, über das ganze Spektrum hinweg, in beißender Form. Auch bei deutschen Politikern aller Parteien wüchsen die Zweifel. Amerikanische Widersprüche, auf dem offenen Markt vorgetragen, erschwerten den europäischen Regierungen das Geschäft und erleichterten es der Sowjetunion. Dem müsse ein Ende gesetzt werden. Öffentlich sollte folgendes erklärt werden:

Die NATO-Doktrin[9] habe sich nicht verändert und werde sich nicht verändern. Hauptsache sei die Abschreckung. Um den potentiellen Gegner über mögliche Reaktionen im unklaren zu lassen, könne man keine Einzelheiten mitteilen.

3) Zum NATO-Doppelbeschluß

Nach weit ausholenden Betrachtungen über die Vorgeschichte des NATO-Doppelbeschlusses erklärte der Bundeskanzler folgendes:

Wenn die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über Mittelstreckenraketen nicht zum gewünschten Erfolg führten, müsse ab Ende 1983 dislociert werden. Die Bereitschaft der Bundesregierung dazu sei an die Bedingung geknüpft, daß außer der Bundesrepublik Deutschland zwei weitere Nicht-Kernwaffen-Staaten[10] sich an der Dislozierung beteiligen. Die Amerikaner müßten an diese Bedingung erinnert werden.

Auf die Bemerkung von Luns, diese Bedingung der Bundesregierung sei ihm neu, er habe bisher geglaubt, für die Bundesregierung reiche es aus, daß Großbritannien und Italien die Dislozierung zulassen, antwortete der Bundeskanzler: Großbritannien als Kernwaffenstaat sei in einer anderen Lage als wir. Von den Nicht-Kernwaffen-Staaten liege Italien an der Peripherie. Belgien und die Niederlande müßten zum Mitmachen „vergewaltigt“ werden. Die Bundesrepublik Deutschland könne in Mitteleuropa nicht alleiniges Stationierungsland sein.[11]

Auf die Frage van Campens, ob tatsächlich Belgien und die Niederlande nach Auffassung der Bundesregierung mitmachen müßten, wiederholte der Bundeskanzler, außer der Bundesrepublik Deutschland müßten zwei weitere Nicht-Kernwaffen-Staaten mitdislozieren, welche, sei ihm gleichgültig.[12]

8 Der Passus „Die Bundesregierung … zurück“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

9 Zur Strategie der „flexible response“ vgl. Dok. 20, Anm. 20.

10 Die Wörter „zwei weitere Nicht-Kernwaffen-Staaten“ wurden von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann unterschlängelt. Dazu Ausrufezeichen.

11 Der Passus „Bemerkung von Luns … alleiniges Stationierungsland sein“ wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „D. h. also zwei nicht-nukleare mitteleuropäische Partnerstaaten?“

12 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 14. November 1981: „Im Anschluß an den Besuch des Generalsekretärs der NATO, Luns, setzte der Bundeskanzler das Gespräch mit Botschafter Wieck, MD von der Gablentz und mir noch eine Zeit lang fort. Auf meine Bemerkung, daß Luns durch die Ausführungen des Bundeskanzlers über die Bedingung für die eventuelle Dislozierung von Mittelstrekkenraketen (Bundesrepublik und zwei Nicht-Kernwaffen-Staaten) offenbar überrascht gewesen sei, erklärte der Bundeskanzler, er hoffe, Belgien werde ‚in seinem desolaten Zustand alles mit sich ma-

Er bitte Luns, seinen amerikanischen Gesprächspartnern vor Augen zu führen, daß für die Verhandlungen nur noch „drei halbe Jahre“, nämlich bis zum September 1983, zur Verfügung stünden und daß diese Zeit mit Energie genutzt werden müsse. Seit dem Doppelbeschluß von 1979 sei ein Jahr durch die Sowjetunion, ein weiteres durch die USA verlorengegangen. Er bitte, Washington drastisch zu sagen, was eine Dislozierung für Europa psychologisch bedeuten würde. Die USA dürften deshalb nicht glauben, wie bei SALT II während dreier Präsidentschaften[13] verhandeln zu können, etwa in der Absicht, Zeit zu gewinnen.

Er, der Bundeskanzler, werde, was die eventuelle Dislozierung angehe, Ende 1983 handeln, wenn seine Bedingungen erfüllt würden. Er habe sein politisches Schicksal mit dem Doppelbeschluß verknüpft.[14]

4) Zum Breschnew-Besuch in Bonn[15]

Er werde, so fuhr der Bundeskanzler fort, Breschnew bei dessen Besuch in Bonn sagen, daß stationiert werden müsse, wenn die Verhandlungen nicht zum Erfolg führten. Er werde Breschnew gegenüber die innere Bedingung nicht erwähnen.

Breschnew habe für seinen Besuch in Bonn offenbar drei Hauptmotive:

(1) Breschnew möchte vom Bundeskanzler, „den er für einen ehrlichen Gegner halte“, wissen, was die USA wirklich vorhaben. Er, der Bundeskanzler, werde die amerikanischen Absichten interpretieren, „klarer, als ich sie im Augenblick selbst erkenne“.

(2) Breschnew will die Sowjetunion als große Friedensmacht darstellen.

Wegen dieses Effekts würden innenpolitische Gegner den Bundeskanzler kritisieren. Das müsse er in Kauf nehmen.

(3) Breschnew wolle die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen voranbringen. Das wollten wir auch. Wir ließen uns hier von den Amerikanern nicht hereinreden.

Sofort nach Abreise Breschnews werde ein hoher Beamter zur Unterrichtung nach Washington reisen. Auch den NATO-Rat würden wir sofort informieren.[16]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1741

chen‘ lassen. Meine Frage, wie die Ernsthaftigkeit des sowjetischen Verhandlungswillens bei TNF (Friedensdemonstrationen in Europa; Datum Ende 1983) einzuschätzen sei, meinte der Bundeskanzler, nach seiner Ansicht werde die sowjetische Führung die Friedensdemonstrationen nicht überschätzen und rechtzeitig zu Lösungen kommen wollen. Wahrscheinlich werde sie eine Kombination aus Reduzierung und Dislozierung der SS-20 gegen Nicht-Dislozierung auf westlicher Seite anbieten. Ich habe schließlich angeregt, ein Auge auf die Frage zu halten, ob die Sowjetunion durch die Verschlechterung der ökonomischen Situation im Ostblock (Polen, aber auch Rumänien, ČSSR, vielleicht demnächst DDR, UdSSR selbst) und die Lasten gegenüber Kuba und Vietnam stärker auf den Weg von Rüstungskontrollvereinbarungen gebracht werde. Der Bundeskanzler meinte, er glaube nicht an eine solche Wirkung auf kurze Frist, zumal das sowjetische Volk leidensfähig sei. Auf mittlere Entfernung könnte etwas daran sein.“ Vgl. VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

13 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. Dok. 286, Anm. 22.

14 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 16. Mai 1981 in Recklinghausen bzw. am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen; Dok. 153, Anm. 35.

15 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

16 Staatssekretär von Staden informierte am 26. November 1981 den Ständigen NATO-Rat in Brüssel bzw. am 27. November 1981 den amerikanischen Außenminister Haig über den Besuch des General-

Der Bundeskanzler selbst wolle den Europäischen Rat am 26./27. November 1981[17] ins Bild setzen.

II. NATO-Beitritt Spaniens[18]; finanzielle Fragen

Luns brachte das Thema des spanischen NATO-Beitritts auf und bemerkte dazu, es müsse vermieden werden, daß Spanien nach Beitritt einseitig seine Denuklearisierung erkläre.

Der Bundeskanzler erwiderte, die USA dürften dies in der Tat nicht zulassen, sonst wäre der nächste Papandreou, das übernächste Land Italien (nach Spadolini), und eines Tages werde die Bundesrepublik das gleiche wollen.

Er empfehle, mit König Juan Carlos zu sprechen. Der König habe in Spanien den größten Einfluß.

Zu den finanziellen Forderungen der USA an die Verbündeten betonte der Bundeskanzler unsere Leistungen (Wehrpflicht-Armee; zur Zeit Bemühungen um den Wartime Host Nation Support). Man müsse Washington immer wieder klarzumachen suchen, daß es falsch sei, die Schwächen der Europäer öffentlich hervorzukehren, und daß es richtig wäre, wenn die USA zur Wehrpflicht[19] zurückkehrten.

Pfeffer[20]

VS-Bd. 10334 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1742
sekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 345.

17 Zur Tagung des Europäischen Rats in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

18 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 314, Anm. 43.

19 Zum Ende der Wehrpflicht in den USA vgl. Dok. 44, Anm. 19.

20 Paraphe.

326

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao

340-321.11 INI **16. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung.

Besuch des indischen AM Rao am 16.11.1981 in Bonn[3];
hier: Gesprächsvermerk

BM begrüßt es, mit dem Gast den intensivierten Meinungsaustausch, wie er in Delhi[4] beschlossen worden sei, fortsetzen zu können.

AM *Rao* benannte als wichtigstes Gesprächsthema die Gipfelkonferenz von Cancún[5] und stellte die Frage nach unserer Beurteilung. Frau Gandhi habe das Treffen als hoffnungsvolles Zeichen und einen Schritt voran bezeichnet.

BM: Es habe sich gelohnt, das mit dem Treffen verbundene Risiko einzugehen. Man habe dazugelernt und die Möglichkeit zu der Begegnung gut genutzt. Wichtig war insbesondere, daß sich die USA mit den Absichten, Konzepten und Ideen der DW-Länder vertraut machen konnten und umgekehrt. PM Frau Gandhi habe eine bedeutsame Rolle gespielt und mit ihrem Vortrag über die Interdependenz[6] alle Teilnehmer sehr beeindruckt. Ihre Darlegungen über die Notwendigkeit, die Interessen der anderen jeweils zu berücksichtigen, über Entwicklungsstrategien, Methoden und Erfahrungen seien besonders wichtig gewesen, weil Indien alle Stufen und Phasen der Entwicklung durchschreite und insofern bereits über Einsichten verfüge, wie man mit den Problemen fertigzuwerden vermöge. Es gelte nun in der jeweiligen Gruppe, der man zugehörig sei, den „Geist von Cancún“ an die Nichtteilnehmerstaaten weiterzugeben. Man müsse das Mißtrauen der Nichtteilnehmer verstehen und ihre Bedenken möglichst schnell zu überwinden trachten. Es gelte, sie dafür zu gewinnen, die Globalen Verhandlungen[7] baldmöglichst in Gang zu bringen. Dies sei die zentrale Frage.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Freiherr von Pfetten-Arnbach am 17. November 1981 gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat Jansen am 24. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über BStS RL 340: Vermerk kann mit dem Vorbehalt der Billigung durch BM verteilt werden.“
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 25. November 1981 vorgelegen.
Hat Pfetten-Arnbach erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „V[or]z[immer]: Bitte auf zu verteilenden Ex[emplaren] vermerken: ‚Vom BM noch nicht gebilligt.‘“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 340, Bd. 127090.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 19. November 1981 vorgelegen.

3 Der indische Außenminister Rao hielt sich vom 15. bis 17. November 1981 in der Bundesrepublik auf.

4 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem indischen Außenminister Rao am 5. März 1981; Dok. 57.

5 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

6 Für den Wortlaut der Rede der Ministerpräsidentin Gandhi am 22. Oktober 1981 in Cancún vgl. GANDHI, Reden, S. 196–201.

7 Zu den Globalen Verhandlungen vgl. Dok. 315, besonders Anm. 27.
Die VN-Generalversammlung befaßte sich am 4./5. November 1981 mit dem Thema und verabschiedete am 9. Dezember 1981 eine Resolution, in der die VN-Mitgliedstaaten aufgefordert wurden,

Wir hätten den Eindruck, daß jetzt die hauptsächlichen Schwierigkeiten darin bestünden, in der Gruppe der 77 zu einer einheitlichen Haltung zu gelangen.

AM *Rao*: Es sei notwendig gewesen, miteinander zu sprechen. Das erklärte Ziel waren keine Verhandlungen, keine Konferenzdokumente, sondern das „meeting of minds". Der persönliche Kontakt habe dazu geführt, daß man sich besser verstehe, und hierin sei das Treffen erfolgreich verlaufen. Jetzt gelte es, die Ergebnisse in den VN-Bereich zurückzuspielen. Lord Carrington habe ihm erklärt, daß man dort wieder am Ausgangspunkt angelangt sei und nicht weiterkomme. Man dürfe es nicht zulassen, daß der erfolgreiche Anlauf steckenbleibe oder man gar wieder zurückfalle. Es sei an der Zeit, sich damit zu beschäftigen, was im VN-Rahmen geschehen müsse, damit nichts von dem gewonnenen Impetus verlorengehe.

D4[8] trug vor, daß man im VN-Rahmen gegenüber Cancún nicht weitergekommen sei. Dies beziehe sich besonders auf die Modalitäten, unter denen die Globalen Verhandlungen anlaufen sollten. Die EG-Länder seien von der Diskussion enttäuscht. Die Gruppe der 77 sei in ihren Diskussionsbeiträgen von größter Härte und verhalte sich kritisch gegenüber den Ergebnissen des Gipfels. Damit schienen sich die schlimmsten Befürchtungen der USA zu bewahrheiten, die man sich noch soeben in Cancún zu zerstreuen bemüht hatte. Man gebe damit denjenigen amerikanischen Kräften neuen Auftrieb, die von Beginn an gegen ein amerikanisches Entgegenkommen eingestellt waren.

Die USA würden vor allem dann abseits stehen, wenn wir nicht in der Lage seien darzutun, daß die Rolle der Sonderorganisationen in vollem Umfang erhalten bliebe. Wenn uns dies nicht gelänge, würde die Diskussion keinen Schritt vorwärtsgehen. Indiens Rolle sei in diesem Zusammenhang sehr wichtig. Wenn Indien seinen Einfluß bei der Gruppe der 77 geltend machen könnte, könnte man dort mit mehr Verständnis und Entgegenkommen rechnen. Indien müsse ein Interesse daran haben, die „agencies" zu erhalten, da es selbst von ihnen, wie das jüngste Beispiel IWF[9] zeige, vorteilhaften Gebrauch mache. Wenn wir jetzt keine Übereinkunft in dieser Frage erzielten, dann seien die Aussichten in der Tat düster.

BM führte dazu aus, bei Reisen in andere Industrieländer sei allenthalben die Frage gestellt worden, ob es richtig sei, Hilfe weiterhin über multilaterale Institutionen zu leiten. Bei diesen Gesprächspartnern frage man sich, ob es unter den

Fortsetzung Fußnote von Seite 1744

unverzüglich im Rahmen von Globalen Verhandlungen in Überlegungen zum Umbau der Weltwirtschaftsbeziehungen einzutreten. Für den Wortlaut der Resolution Nr. 36/102 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 305 f.

Am 18. Dezember 1981 entschied die VN-Generalversammlung, den Tagesordnungspunkt nicht weiterzubehandeln und im Laufe ihrer nächsten Sitzungsperiode wiederaufzunehmen. Vgl. dazu YEARBOOK OF THE UNITED NATIONS 1981, S. 380.

8 Per Fischer.

9 Referat 340 erläuterte am 12. November 1981, der Exekutivausschuß des IWF habe Indien am 9. November 1981 einen Kredit über insgesamt 5 Mrd. SZR bewilligt, der in drei Tranchen ausgezahlt werden solle. Es handele sich um den „bisher größten Kredit in der Geschichte des IWF". Im Gegenzug habe Indien ein Drei-Jahres-Wirtschaftsprogramm vorgelegt, dessen Kernstück ein umfangreiches Investitionsprogramm sei. Die Bundesrepublik und die USA seien zwar über die Kredithöhe und den Charakter des indischen Wirtschaftsprogramms besorgt, hätten letztlich jedoch zugestimmt. Vgl. Referat 340, Bd. 127090.

obwaltenden Umständen nicht besser sei, die Hilfe bilateral zu geben. Hiergegen hätten wir allerdings Bedenken, weil hieraus leicht neue Abhängigkeiten entstehen könnten. E-Hilfe[10] dürfe kein Instrument der bilateralen Beziehungen und der nationalen Außenpolitik werden. Bilaterale und multilaterale Hilfe müßten Hand in Hand gehen. Deshalb dürfe man die Strukturen der multilateralen Institutionen nicht aushöhlen. Wenn man sie auf diese Weise einer Auszehrung unterwerfe, dann entstehe ein Trend, der weder für IL noch EL Gutes verspreche. In dieser Erwägung wurde in Cancún in das Abschlußdokument der Satz über die „specialized agencies" eingefügt.[11] Auch wenn diese Aussage nur als einseitiges Statement einiger Teilnehmer in das Dokument aufgenommen wurde, so war sie zumindest innerlich von allen Teilnehmern akzeptiert. Ein einziger Teilnehmer habe die Besorgnis geäußert, daß man hiermit im VN-Bereich innerhalb der Gruppe der 77 Kritik auf sich ziehen würde. Darum habe man, trotz Einigkeit in der Sache, aus psychologischen Gründen den Passus nur als einseitige Erwartung der Industrieländer formuliert. Es handle sich hier um ein Beispiel, wie nahe man sich im Grunde gekommen sei und wie bedeutsam es nun wäre, diese Übereinstimmung zu bewahren.

AM *Rao* erklärte, aus seiner Erfahrung mit dem „committee of the whole" könne er sagen, daß dort die Rolle der Sonderorganisationen durchaus anerkannt werde. Es gebe niemanden in der Gruppe der 77, der ihnen ihre Rolle absprechen würde. Es sei dort deutlich gemacht worden, daß die Globalverhandlungen nicht ihrem ungestörten Funktionieren im Wege stehen sollten. Sie leisten[12] einen nützlichen Beitrag. Er werde die Frage jedoch aufnehmen und prüfen. Er erkenne an, daß es sich hier um ein wesentliches Problem handle.

D 4 warf ein, daß in der Tat zwar jedermann anerkannt habe, daß sie eine Rolle spielen sollten. Es handle sich jedoch um das Problem, welche Rolle ihnen zugedacht sei. In der Gruppe der 77 habe sich die Meinung herausgebildet, daß ihre Ergebnisse vom „committee of the whole" geändert oder umgeworfen werden könnten. Es könne jedoch von uns nicht akzeptiert werden, daß ihre Kompetenz von einem zentralen Organ eingeschränkt würde. Ihre Autonomie werde auf diese Weise beseitigt. Ihre Funktion als fachlich kompetenter, von bilateralem Verhältnis unbeeinflußte Agentur[13] sei unverzichtbar.

AM *Rao* bezeichnete es als eine Frage der Formulierung und Koordinierung, wie man dieses Problem löse. Wichtig sei es, Flexibilität zu bewahren und Starrheit zu vermeiden. Wenn alles im vorhinein festgelegt und vorformuliert würde, werde man nicht weiterkommen. Man werde die Freunde in der Gruppe der 77 hierauf hinweisen. Auf keiner Seite sollten extreme Positionen wie Autonomie einerseits und alle Macht einem Zentralorgan andererseits eingenommen werden.

10 Entwicklungs-Hilfe.

11 Für den Passus des Berichts des Präsidenten López Portillo und des Ministerpräsidenten Trudeau vom 24. Oktober 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 96.

12 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „leisteten".

13 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „Agenturen".

D 4 antwortete, daß es gerade das Fehlen einer klaren Einigung in dieser Frage sei, das[14] das Fortschreiten der Verhandlungen verhindere. Der Verhandlungsprozeß werde nicht beginnen, solange hier keine klaren Verhältnisse herrschten, die sich aus einem Geben und Nehmen entwickeln müßten.

AM *Rao* unterstrich, daß Indien nicht die Kompetenz des IWF bestreite. Der IWF sollte in seinen Aussagen nicht überstimmt werden können („overruled").

BM sagte hierzu, in den Industrieländern spiele das Verständnis eine Rolle, welches wir gewissen Institutionen entgegenbrächten. Ein Beispiel sei die Notenbank, welche die Zinshöhe bestimme. Hierauf habe die Regierung keinen Einfluß. In der Vergangenheit haben[15] diese Institutionen genügend Flexibilität entwickelt, sich veränderten Umständen anzupassen. Darauf beruhe das Vertrauen, welches sie genießen.

Diejenigen, die in Cancún anwesend waren, wüßten, daß es nicht leicht war, den Beschluß über den Beginn der Globalverhandlung herbeizuführen. Es war schwierig, die USA so weit zu bringen. Wenn wir Erfolg haben wollen, müßten Indien und wir zusammen daran arbeiten, die Mitarbeit der USA zu erhalten.

AM *Rao* wiederholte, daß keine starren Positionen eingenommen werden dürften. Er hielte das Problem nicht für unüberwindlich, denn er glaube, daß es möglich sein sollte, die Argumente beider Seiten in Einklang zu bringen. Er sagte zu, daß man in dieser Frage miteinander im Gespräch bleiben werde.

BM fragte, wo nach indischer Auffassung die „global negotiations" stattfinden sollten, in New York oder in Genf?

AM *Rao* ließ eine Präferenz für New York erkennen. Da sie sich jedoch über einen längeren Zeitraum erstrecken würden, könnte man auch an einen Wechsel des Verhandlungsortes denken.

D 4 sprach sich für Genf aus, wo eine bessere Arbeitsatmosphäre herrsche.

AM *Rao* stellte dann die Frage nach dem Beginn. Sei es realistisch zu glauben, daß sie in den nächsten Monaten beginnen könnten?

D 4 bedauerte, daß es hierzu noch keinen Konsensus gebe. Die Gefahr bestehe, daß die Probleme hin und her geschoben würden und daß nichts geschehe, wenn nicht Länder wie Indien ihren Einfluß geltend machten.

AM *Rao* unterstrich die Schwierigkeiten, die dem entgegenstünden. Die Gruppe der 77 setze sich bekanntermaßen in Wirklichkeit aus weit über 100 Staaten zusammen, die indischer Einflußnahme nicht allzeit zugänglich seien.

BM unterstrich, wie wichtig er es erachte, dem klarem Willen der beiden Regierungen Ausdruck zu verleihen, bald mit den Verhandlungen zu beginnen, und zu unterstreichen, welche politische Bedeutung dem von uns beigemessen werde.

AM *Rao* drückte seine Zustimmung hierzu aus und leitete die Diskussion sodann auf die Ost-West-Beziehungen über, wobei er den bevorstehenden Breschnew-Besuch[16] erwähnte.

14 Korrigiert aus: „die".

15 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „hätten".

16 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

BM stellte vorab die Frage nach den indischen Eindrücken wegen der Wahl des neuen VN-Generalsekretärs.[17]

AM *Rao* drückte sein Bedauern über die Dauer der Wahlprozedur aus; das Prestige der VN sei in Gefahr. Nach indischen Eindrücken sei eine Pattsituation entstanden. Sobald sich diese Erkenntnis im Sicherheitsrat durchgesetzt habe, werde voraussichtlich ein dritter Kandidat aus Lateinamerika eingeführt und gewählt werden.

BM meinte, nach seiner Schätzung sei das Veto gegen Waldheim von China ausgegangen. Auch das andere ständige SR-Mitglied, welches ein Veto gegen Salim eingelegt habe, sei bekannt. Jedoch hätten anscheinend auch die Staaten der Dritten Welt keine einheitliche Haltung.

AM *Rao* erwähnte die Namen Ramphal, den Argentinier de Rozas und den Peruaner Pérez de Cuéllar. Schließlich verwies er auf einen noch nicht namentlich genannten mexikanischen Kandidaten, wobei es sich um den mexikanischen AM[18] handeln könne, dem er Chancen zu geben schien.[19]

BM leitete Gespräch auf Europa über. Es habe zwei wichtige Entwicklungen im Ost-West-Verhältnis gegeben, die in einem engen inneren Zusammenhang zueinander stünden. Dabei handle es sich einmal um die KSZE-Folgekonferenz in Madrid. Der erste Versuch in Belgrad[20] sei kein Erfolg, aber auch kein Fehlschlag gewesen, denn man habe sich damals immerhin auf eine zweite Folgekonferenz einigen können. Dies sei für uns wichtig, weil wir uns die KSZE als einen kontinuierlichen Prozeß vorstellten; die Helsinki-Schlußakte[21] dürfe in

17 Zur anstehenden Wahl des VN-Generalsekretärs vgl. Dok. 265, Anm. 49.
Botschafter van Well, New York (VN), teilte am 27. Oktober 1981 mit: „SR führte am 27.10. die ersten vier Wahlgänge durch. Keiner der beiden Kandidaten, Waldheim und Salim, wurde gewählt. Der amtierende VN-GS Waldheim konnte zwar in allen vier Wahlgängen die nach Art. 27 Abs. 3 erforderliche Mindestzahl von neun Stimmen auf sich vereinigen, scheiterte aber jeweils an einem Veto. Der Gegenkandidat, tansanischer AM Salim, erreichte in den ersten beiden Wahlgängen ebenfalls das erforderliche Quorum, sah sich aber auch einem Veto ausgesetzt." Van Well erläuterte, das Veto gegen VN-Generalsekretär Waldheim stamme vermutlich von der Volksrepublik China, während die USA offenbar ihr Veto gegen den tansanischen Außenminister Salim eingelegt hätten. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2542; Referat 230, Bd. 121035.
Am 28. Oktober 1981 berichtete van Well, auch in zwei weiteren Wahlgängen hätten die Volksrepublik China bzw. die USA ihr Veto gegen jeweils einen der beiden Kandidaten eingelegt: „Ein für die Lagebeurteilung relevantes neues Element besteht darin, daß der Ständige Vertreter Perus den Vorsitzenden des SR (de Piniés, Spanien) offiziell davon unterrichtete, daß Peru, falls der SR sich auf keinen der beiden jetzigen Kandidaten einigen könnte, Pérez de Cuéllar vorschlage. Gleiche bedingte Kandidaturen liegen von Ramphal (Guyana) und de Rozas (Argentinien) vor." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2582; Referat 230, Bd. 121035.
Am 4. November 1981 informierte van Well, zwei weitere Abstimmungen am selben Tag hätten ein ähnliches Bild wie die bisherigen Abstimmungen ergeben. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2740; Referat 230, Bd. 121035.

18 Jorge Castañeda y Álvarez.

19 Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 17. November 1981, am selben Tag hätten acht weitere Wahlgänge stattgefunden. Zwar habe VN-Generalsekretär Waldheim jedes Mal das erforderliche Quorum erreicht, sei jedoch am Veto der Volksrepublik China gescheitert. Salim habe nur in den ersten beiden Wahlgängen überhaupt das Quorum erreicht; zudem hätten die USA in allen Wahlgängen ihr Veto gegen ihn eingelegt. Die Wahlprozedur sei nunmehr unterbrochen worden, um informelle Gespräche führen zu können. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3044; Referat 230, Bd. 121035.

20 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

21 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

unserer Sicht keine Eintagsfliege bleiben. Wir bemühten uns daher um einen Follow-up. Er habe zu den AM gehört, die in Madrid gesprochen haben.[22] Nicht alle AM hätten dies getan: keiner aus dem Ostblock, einige aus dem EG-Raum, wohl aber sämtliche AM der neutralen und blockfreien Staaten. Die N+N-Staaten zeigten eine konstruktive Einstellung, und wir arbeiteten eng mit ihnen zusammen. Fortschritte seien in Madrid erzielt worden. 70% der Arbeiten für das Schlußdokument seien erledigt. Gegenwärtig diskutierten wir, allerdings indem wir auf der Stelle träten, über das Mandat für eine europäische Abrüstungskonferenz. Diese Konferenz hielten wir deswegen für besonders bedeutsam, weil auf ihr vertrauensbildende Maßnahmen zwischen Ost und West beraten würden. Insofern wäre bereits die Einsetzung einer solchen Konferenz in sich als vertrauensbildende Maßnahme ein Erfolg. Sie müsse allerdings das gesamte europäische Territorium der SU bis zum Ural fassen. Die SU habe sich lange geweigert, VBM hinzunehmen. Hoffnungsvolle Zeichen seien in der Rede Breschnews im Februar vor dem Parteikongreß der KPdSU[23] enthalten gewesen. Damals dachten wir, man könne nunmehr vorangehen. Inzwischen habe die SU die Forderung erhoben, den Geltungsbereich von VBM auch nach Westen in den Atlantischen Ozean hinein auszudehnen.[24] Dies werfe eine Fülle von komplexen Problemen auf, darunter die Frage, ob die Hohe See überhaupt zum Geltungsbereich eines Abkommens gehören könne und ob damit nicht die KSZE über ihren Vertragsbereich hinaus erweitert werde. Dies werde ein wichtiger Gesprächsgegenstand bei dem Breschnew-Besuch sein.

Das zweite Thema seien die Besonderheiten des deutsch-sowjetischen Verhältnisses. Unsere geographische Lage, unsere Position in EG und Atlantischer Allianz sowie unsere Geschichte haben es so gewollt, daß das deutsch-sowjetische Verhältnis ein zentraler Punkt für die Ost-West-Beziehungen insgesamt ist. Die KSZE wäre nicht möglich gewesen ohne die Ostverträge.[25] Wir seien uns unserer besonderen Verantwortung bewußt und versuchten, das Verhältnis zur SU in jeder Weise zu entwickeln. Jedoch bestehe eine Abhängigkeit von der internationalen Lage und dem Ost-West-Verhältnis. In der schwierigen Zeit seit der sowjetischen Invasion in Afghanistan[26] haben wir mehrere Begegnungen mit

22 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher auf der KSZE-Folgekonferenz am 13. November 1980 in Madrid vgl. BULLETIN 1980, S. 1019–1023.

23 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

24 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 12.

25 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

26 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

der sowjetischen Führung gehabt.[27] Die Begegnung mit Breschnew sei Teil dieses Dialogs. [28]Die beiden Begegnungen Haigs mit Gromyko[29] hätten den Weg für die Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen geebnet, die im November 1981 beginnen werden.[30]

AM *Rao* drückte die Hoffnung aus, daß für dieses Problem eine Lösung gefunden werden könnte.

BM führte hierzu aus: Wir hätten im Westen Einverständnis erzielt, welches die Ziele sein sollten. Diese Ziele seien weit gesteckt. Wir fühlten uns ernsthaft bedroht durch den raschen Aufwuchs der modernen, beweglichen und mehrfach bestückten SS-20-Raketen. Wir würden den Vorschlag unterbreiten, auf beiden Seiten auf alle Mittelstreckenwaffen zu verzichten. Andernfalls müßten wir das Gleichgewicht durch die Aufstellung eigener Systeme wiederherstellen. Bei gänzlicher Abschaffung der sowjetischen Raketen könnten wir auf die Nachrüstung verzichten. Wir nennen es die Null-Lösung. Der Schlüssel hierzu liege nicht in Bonn oder Washington, sondern in Moskau. Unser Vorschlag ist aufrichtig gemeint; werde er nicht angenommen, so müßten wir im Herbst 1983 mit der Aufstellung eigener Mittelstreckenwaffen im Westen beginnen. Wir hofften, daß er ernstgenommen werde.

Wir würden auch über die Wirtschaft sprechen. Das Erdgas-Röhren-Geschäft[31] ist der klassische Ausdruck der beidseitigen Interessenlage. Die beiden Wirtschaften seien komplementär. Hierbei gehe es um eine langfristige Kooperation, die weit in das 21. Jahrhundert hineinreiche. Hierauf habe auch Breschnew hingewiesen. Allerdings müsse man klar sagen, daß solche langfristige Zusammenarbeit auch die Lösung anderer politischer Probleme bringen müsse. Es gehe uns darum, ein Wettrüsten zu verhindern. Beide Seiten sollten auf den Besitz der Mittelstreckensysteme verzichten, indem die einen abschaffen und die anderen nicht erwerben und nicht aufstellen. Es sei der Geburtsfehler der SALT-Verträge[32] gewesen, daß damals die USA die Überlegenheit besaßen und die SU

27 Am 16. Mai 1980 fand ein Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Wien statt. Vgl. AAPD 1980, I, Dok. 151.
Bundeskanzler Schmidt und Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.
Ein weiteres Gespräch zwischen Genscher und Gromyko fand am 24. September 1980 in New York statt. Vgl. AAPD 1980, II, Dok. 281.
Zum Besuch von Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.
Zum Gespräch zwischen Genscher und Gromyko am 24. September 1981 in New York vgl. Dok. 278.

28 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationrat Jansen handschriftlich ein: „Sowie".

29 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

30 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

31 Zum geplanten Erdgas-Röhren-Geschäft vgl. Dok. 314, Anm. 4.

32 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

möglichst rasch gleichziehen wollte. Diesen Fehler sollte man nicht wiederholen, sondern anstelle auf ein möglichst niedriges Niveau dringen.

Man müsse auch die Entwicklung an den Rändern der SU in Betracht ziehen. Sie habe in Afghanistan einen schweren Fehler begangen. Aber nicht nur dort habe sie sich eine Suppe eingebrockt. Sie habe auch Schwierigkeiten in Polen. Es gehe darum, das Völkerrechtsgebot der Nichteinmischung und die entsprechenden Bestimmungen der KSZE-Schlußakte einzuhalten.

Die Lage in Polen sei ökonomisch nahezu hoffnungslos. Politisch sei sie dadurch charakterisiert, daß sich drei Personen mit hohem Verantwortungsbewußtsein zur Bewältigung der Schwierigkeiten zusammengefunden hätten: Jaruzelski, Wałęsa und der Erzbischof[33]. Bei näherer Analyse stelle sich heraus, daß nur einer dieser drei einen intakten Apparat hinter sich habe, nämlich der Erzbischof, während die anderen beiden Probleme mit Partei, Staatsapparat und der Gewerkschaft Solidarität hätten. Es gehe darum, die Bemühungen dieser Männer zu unterstützen. Wir täten dies durch äußerste Zurückhaltung und wirtschaftliche Hilfe bis an den Rand unserer Leistungsfähigkeit. Andere sollten ähnliches tun. Die Lage im Ostblock sei generell durch schlechte Wirtschaftslage gekennzeichnet. Rumänien, die ČSSR und andere seien in Schwierigkeiten. Dies gehe zurück auf die überhöhten Rüstungsausgaben. Ceauşescu habe vorgeschlagen, alle Militärausgaben im Jahr um 10% zu kürzen.[34] Dies wäre ein guter Vorschlag, wenn tatsächlich auch von allen eine Offenlegung aller Ausgaben für militärische Zwecke erfolgte. Leider hätten sich in das entsprechende VN-Register[35], wo diese Angaben niedergelegt werden sollten, ganze 18 Staaten eingetragen, darunter auch wir.

Wir wollen in Europa eine konstruktive Rolle der friedlichen Entwicklung spielen. Die Europäer haben ihren Bedarf an Konflikten auf alle Zeiten gestillt. Wir sollten ein Kontinent der Friedensinitiativen werden.

Der Bundeskanzler werde Anfang 1982 die DDR besuchen[36], um auch dort nach Wegen zu suchen, die die Spannungen in Ost und West abbauen helfen.

AM *Rao* bekräftigte, daß Rüstungsausgaben die Entwicklung beeinträchtigten. Er verwies auf die Wechselwirkung zwischen Entwicklung und Rüstung, wobei bei Mehrausgaben für Rüstung das Auftreten von Spannungen die unvermeidliche Folge sei. Indien unterstütze jede Bemühung, die darauf gerichtet ist, diese Militärausgaben zu senken. Indien erkläre sich mit unserem Herangehen an das Problem einverstanden. Diejenigen, die ihre Rüstungsausgaben erhöhten, sollten sich dies zu Herzen nehmen.

33 Józef Glemp.

34 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu am 29. Oktober 1981 in Bukarest; Dok. 312, besonders Anm. 23.

35 Mit Resolution Nr. 35/142 B der VN-Generalversammlung vom 12. Dezember 1980 wurden alle VN-Mitgliedstaaten aufgefordert, dem VN-Generalsekretär jährlich einen Bericht über ihre Militärausgaben zu übermitteln. Für den Wortlaut der Resolution vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 238 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 256 f.
Diese Aufforderung wurde mit Resolution Nr. 36/82 B der VN-Generalversammlung vom 9. Dezember 1981 bekräftigt. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 281 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 241 f.

36 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

Übergehend auf die Situation auf dem Subkontinent, nannte er die Lage dort statisch. Indien bereite sich vor, eine Delegation zu Grenzgesprächen nach China zu entsenden.[37] Man hoffe, hier die verhärtete Lage auftauen zu können. Doch dürfe man keine spektakulären Ergebnisse erwarten. Zunächst gelte es, die Position der beiden Seiten jeweils genau zu verstehen, erst danach könne man vorangehen.[38] Jedoch seien die indisch-chinesischen Beziehungen ein bedeutsamer Faktor in der politischen Konstellation der Region. Er erkundigte sich nach den Erfahrungen des BM aus seinem kürzlichen Besuch in China.[39]

BM erkundigte sich zunächst nach dem Urteil des Gastes über die Lage in Afghanistan und Kambodscha. Hinsichtlich der chinesisch-indischen Beziehungen sei jeder Schritt aufrichtig zu begrüßen, der die Beziehungen zwischen China und Indien verbessere. Von einer solchen Verbesserung würden beide Staaten und die ganze Menschheit Gewinn ziehen. Er wolle ihn zu Fortschritten ermutigen.

Über China führte BM aus, daß nach seinen Eindrücken die chinesische Führung eine realistische Bilanz der Entwicklung gezogen habe. Daraus ergebe sich, daß sie sich für längere Zeit voll auf die Entwicklung ihres Landes konzentrieren wolle und die Rückschläge der Kulturrevolution zu überwinden trachte. Die Produktion entspreche weder der Größe des Landes noch der Bevölkerung. Man könne es nur begrüßen, daß sich China jetzt auf seine innere Entwicklung konzentriere, denn jedes Land, das sich seiner inneren Entwicklung widme, sei ein guter Partner. Umgekehrt seien solche Länder, die von inneren Schwierigkeiten durch äußere Aktionen ablenken wollten, für ihre Nachbarn eher bedrohlich.

Daraus ergebe sich, daß die Chinesen keine internationalen Spannungen wünschten. Diesen Wunsch teilten sie mit uns und sicherlich auch Indien. Sie würden in Zukunft ihrer nationalen Frage, dem Verhältnis zu Taiwan, viel Aufmerksamkeit schenken. Dies werde jedoch auf diplomatischem und propagandistischem, nicht jedoch auf militärischem Gebiet geschehen. Diese Ziele seien zu begrüßen, da sie insgesamt zur Stabilität in der Region beitrügen. Es wäre gut, wenn ein anderes Land, das ebenfalls einen langjährigen Kriegszustand beendete, sich auch auf seine inneren Probleme des Wiederaufbaus konzentrierte, anstatt Abenteuer zu suchen. Er meine damit Vietnam. Dies bringe ihn auch auf die Kambodscha-Frage. Wie schätze der Gast die politische Rolle Chinas hier ein?

AM *Rao*: Aus einer langen Erfahrung heraus mache die indische Führung keine Voraussage über Entwicklung in China. Man wisse nicht genau, was dort vorgehe, es bestünden Widersprüche. Man könne jedoch sagen, daß ein umfangreicher Wandel stattfinde. Ob dieser ein Produkt innerer Gärung sei oder auf Weisung der Führung geschehe, sei nicht auszumachen. Man versuche jedoch, zu

37 Zu den geplanten chinesisch-indischen Grenzgesprächen vgl. Dok. 224, Anm. 14.

38 Gesandter Nölle, Peking, teilte am 16. Dezember 1981 mit, eine erste Runde chinesisch-indischer „Grenz- und Normalisierungsgespräche" habe vom 10. bis 14. Dezember 1981 in Peking stattgefunden. Über den Inhalt hätten beide Seiten zunächst Stillschweigen bewahrt, jedoch das positive Verhandlungsklima hervorgehoben: „Ein Gewinn für Peking liegt bereits in der Bereitschaft Indiens zu Normalisierungsgesprächen – bei vorläufiger Aufrechterhaltung des für China günstigen gegenwärtigen territorialen Status quo." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2558; Referat 341, Bd. 125317.

39 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

einer Normalisierung zu kommen, die über die Grenzfrage hinaus auch die Kulturbeziehungen umfasse.

Zu Afghanistan sei der EG-Vorschlag[40] noch stets auf dem Tisch. Lord Carrington habe ihm, Rao, die Auskunft gegeben, daß die Zeit dafür noch nicht reif sei. Die SU sei noch nicht bereit, darauf einzugehen. Auch Indien bevorzuge den Dialog, auch wenn noch kein Fortschritt erzielt worden sei. Zunächst müsse[41] jetzt das jährliche Ritual der VN-Resolution über sich ergehen lassen.[42] Erst dann könne man weitersehen.

Zur Kambodscha-Frage erklärte er, daß nach indischer Auffassung alle ASEAN-Staaten inzwischen ihre eigenen Analysen gefertigt hätten. Die IKK[43] habe nicht weitergeführt. Er sehe voraus, daß auch die ASEAN-Staaten erkennen würden, daß eine regionale Lösung den einzig gangbaren Weg darstelle. In Kürze werde sich nach Vietnam der malaysische Außenminister[44] begeben, um in Hanoi Lösungsmöglichkeiten zu explorieren.

BM erklärte, wir seien der Auffassung, die ASEAN-Staaten hätten eine wichtige Rolle in der Region zu spielen. Wir erkennen sie als einen Faktor der Stabilität an. Deshalb haben wir bei allen Initiativen die ASEAN-Position unterstützt. Lösungen müßten aus der Region kommen.

AM *Rao* erwähnte, daß auf dem Subkontinent eine weitere regionale Gliederung im Entstehen begriffen sei, Indien, Pakistan, Bangladesch, Sri Lanka und Nepal hätten sich zusammengetan, um gemeinschaftlich ihre Probleme zu untersuchen.[45] Indien beabsichtige, an dieser Gruppierung mitzuarbeiten und sie weiterzuentwickeln. Die Malediven seien Ort des nächsten Treffens.[46] Die Mitglied-

40 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

41 Unvollständiger Satz in der Vorlage.
An dieser Stelle wurde von Vortragendem Legationsrat Jansen handschriftlich eingefügt: „SU".

42 Vortragender Legationsrat I. Klasse Steinkühler teilte am 20. November 1981 mit: „Intensive Afghanistan-Debatte der 36. GV (55 Wortmeldungen) endete am 18.11. mit der Annahme eines von über 40 Blockfreien miteingebrachten Resolutionsentwurfs islamischer Staaten, mit der die SU erneut zum sofortigen Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan aufgefordert und die dringende Notwendigkeit einer politischen Lösung nachdrücklich unterstrichen wird. […] Diesjährige Afghanistan-Debatte vermittelte damit insgesamt noch stärker den Eindruck einer Auseinandersetzung zwischen Dritter Welt und Osten, bei der sich der Westen entsprechend der auch von uns konsequent vertretenen Linie darauf konzentrierte, die islamischen Staaten und die Blockfreien nachdrücklich zu unterstützen. […] Die im Abstimmungsergebnis dokumentierte sowjetische Isolierung unterstreicht, in welche Sackgasse sich die sowjetische Afghanistan-Politik gegenüber der internationalen Gemeinschaft manövriert hat." Vgl. den Runderlaß; Referat 213, Bd. 133205.
Für den Wortlaut der von der VN-Generalversammlung am 18. November 1981 verabschiedeten Resolution Nr. 36/34 über Afghanistan vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 245 f.

43 Internationale Kambodscha-Konferenz.
Zur VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17. Juli 1981 in New York vgl. Dok. 214.

44 Tun Mohammed Ghazali bin Shafie.

45 Zur Zusammenarbeit südasiatischer Staaten vgl. Dok. 131, Anm. 15.
Referat 340 notierte am 12. November 1981: „Konferenz der Staatssekretäre von Bangladesch, Bhutan, Indien, Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka vom 2. bis 4.11.1981 in Kathmandu erbrachte Ausweitung des Themenkatalogs um die Bereiche Transport, Post, Technologie. Eine Institutionalisierung der südasiatischen Zusammenarbeit wird von Pakistan ebenso wie Konferenz auf Ministerebene abgelehnt, von Indien dagegen indirekt befürwortet […]. Für das Frühjahr 1982 ist weiteres Staatssekretärstreffen vorgesehen, ein Ministertreffen soll bis Ende 82 folgen." Vgl. Referat 340, Bd. 127090.

46 Das nächste Treffen der Staatssekretäre der Außenministerien südasiatischer Staaten fand vom 7. bis 9. August 1982 in Islamabad statt.

staaten hätten sich die Problembereiche aufgeteilt und würden in eigener Verantwortung Studien hierzu vorlegen.

BM erklärte, wir in der EG hätten die längste Erfahrung mit einem regionalen Zusammenschluß. Wir ermutigten daher Gruppierungen wie die ASEAN, den Rat der Golfstaaten, die entstehende Formation in Südasien, in Lateinamerika und Afrika zur Bildung von „Großinseln" der Stabilität. Es handle sich um den richtigen Weg. Auch habe sich herausgestellt, daß auch große und kleine Staaten zusammenarbeiten könnten, wenn die Gleichheit gewahrt bliebe. Es könne durchaus eine gleiche Wahrnehmung der Interessen erfolgen, wenn nur alle es wollten.

Als bilaterale Themen sprach AM *Rao* Pläne an, in New Delhi eine Straße nach dem deutschen Indologen Max Müller zu benennen. Er drückte dann den Dank der indischen Regierung für die Unterstützung aus, die die Bundesrepublik IWF bei der indischen Anleihe gegeben habe. Anerkennung und Dank drückte Rao auch für die Hilfe aus, die die Bundesrepublik beim Erwerb des Kanzleigebäudes der indischen Botschaft in Bonn gewährt habe. Allerdings sei noch der Erwerb von zusätzlichem Gelände des Bundes erforderlich. Schließlich erwähnte er noch die Khalistan-Bewegung und bat, deren Mitgliedern nach Möglichkeit kein Asyl zu gewähren.[47] *BM* bat darum, Schlepperorganisationen, die indische Arbeitssuchende ohne Sichtvermerke nach Deutschland zu bringen suchten, das Handwerk zu legen. Dies wurde von AM *Rao* zugesagt.

Das Gespräch endete nach zwei Stunden.

Referat 340, Bd. 127090

47 Referat 510 erläuterte am 24. November 1981: „Die Forderung nach einem unabhängigen Sikh-Staat oder Sikh-Homeland ist zwar so alt wie die Republik Indien, die Khalistan-Bewegung (Khalistan = Land der Sikhs oder Khalsas) hat aber erst seit April 1981 in dem nordwestindischen Unionsstaat Punjab neuen Auftrieb erfahren." So sei es zu Gewaltakten gegen die Hindu-Minderheit im Punjab gekommen, ferner zu einer gescheiterten Flugzeugentführung und Zusammenstößen mit der Polizei. Die Organisation habe auch Aktivitäten im Ausland für die „Republik Khalistan" entfaltet, u. a. in der Bundesrepublik, etwa durch die Herstellung von Pässen, Stempeln, Banknoten u. ä: „Die Anhängerschaft der Khalistan-Idee scheint sich vorwiegend aus Auslands-Sikhs in Großbritannien, Kanada und den USA zu rekrutieren. In Indien hatte die Bewegung bislang keine tragfähige Basis. Hinter der Forderung nach einem unabhängigen Khalistan sind als Motiv nicht nur politisch-religiöser Fanatismus einer kleinen Minderheit von Sikhs, sondern auch die sehr mundanen wirtschaftlichen Interessen von einschlägigen Reise- und Arbeitsvermittlungsagenturen bzw. Schlepperorganisationen zu vermuten." Vgl. die Anlage zum Schreiben an die Bundesministerien des Innern bzw. der Justiz; Referat 340, Bd. 127086.

327

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

201-363.31-3950/81 geheim **17. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister mit dem Vorschlag, diese Angelegenheit in einem Vier-Augen-Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler zu klären.

Betr.: LRTNF-Modernisierung;
hier: Nicht-Singularisierung der BR Deutschland

Bezug: 1) Aufz. von D 2 vom 14.11.1981 – 201-362.12-3912I/81 VS-v – über Gespräch BK/GS Luns am 14.11.1981 (liegt bei[2])
2) Vermerk des BK-Amts vom 16.11.1981 – 010-3163/81 VS-v (liegt bei[3])

I. BK Schmidt überraschte GS Luns mit der[4] Feststellung, die LRTNF-Dislozierung in der BR Deutschland sei an die Bedingung geknüpft, daß zwei weitere nicht-nukleare europäische NATO-Staaten sich an der Dislozierung beteiligten. Nachdem der BK dies zunächst noch weiter, nämlich auf „mitteleuropäische" Staaten wie B und NL, eingeengt hatte, erklärte er schließlich, welche anderen Nichtnuklearen sich beteiligten, sei ihm gleichgültig. (Diese Äußerung ist im Vermerk des BK-Amts über dieses Gespräch[5] nicht festgehalten.)

II. 1) Wie sich aus der Anlage ergibt, entspricht diese Einlassung weder der internen Beschlußlage noch der im Bündnis. Die deutschen Vertreter bei den einschlägigen Sitzungen von NATO-Gremien (Rat, DPC, NPG, HLG, SCG) haben m. W. auch nie in diesem Sinne nach außen oder innen argumentiert.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann konzipiert.
Hat Staatssekretär von Staden am 19. November 1981 vorgelegen.
Hat Bundesminister Genscher am 20. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Die Besorgnisse der Vorlage teile ich in vollem Umfang."
Hat Amtsrat Kusnezow am 23. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Über H[errn] StS u. H. D 2/Dg 20 H. RL 201."
Hat Staden am 23. November 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Pfeffer verfügte und auf einem Begleitvermerk handschriftlich vermerkte: „Auch wir (wie BK – D 22 war zugegen) sollten prüfen, was der BK amerikanischen Partnern, z. B. Carter, i[n] d[er] Vergangenheit dazu gesagt hat." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10334 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 24. November 1981 vorgelegen.
Hat Pfeffer am 25. November 1981 erneut vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „201 z[ur] w[eiteren] V[eranlassung]: Sofort gemäß mündlicher Weisung des StS: BK-Ausführungen gegenüber US-Politikern nachforschen in Zusammenarbeit 201-204-MB-Tandecki. Ergebnis durch FS noch morgen an StS v[on] St[aden]. D 22 muß mitzeichnen. Dg 20, den ich unterrichtet habe, koordiniert. RL 204 habe ich ebenfalls noch erreicht."
Hat Hofmann am 26. November 1981 erneut vorgelegen.

2 Dem Vorgang beigefügt. Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 325

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 10334 (201).
Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. Dok. 324.

4 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „fundamental neuen".

5 An dieser Stelle wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gestrichen: „bisher".

2) Die Beschlußlage stellt sich gemäß Anlage wie folgt dar:

a) nach innen:

Der BSR traf keinerlei Entscheidung zur Präzisierung des Begriffs „Singularisierung", also auch nicht in der vom BK vorgenommenen restriktiven Weise.

b) nach außen:

Die Bundesrepublik stimmte dem Doppelbeschluß[6] vorbehaltlos zu, obwohl in diesem Zeitpunkt nur die Beteiligung von UK und IT, also nur eines nichtnuklearen Partners, feststand.

Entsprechend stimmten wir inzwischen auch der Vorbereitung der LRTNF-Dislozierung im Bundesgebiet zu, obwohl B und NL[7] weiterhin ihre Entscheidung über die Beteiligung ausgesetzt lassen.

Daraus schlossen unsere Bündnispartner zu Recht, daß uns die Beteiligung eines Nichtnuklearen letztlich genüge.

3) Von seiten vor allem der Briten wurden wir am Rande der HLG bzw. NPG wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß es verständlich sei, daß wir mit Hilfe des Nichtsingularisierungsprinzips eine möglichst große Beteiligung zu erzielen suchten.

Letztlich dürfe aber kein Staat Entscheidungen zur Gewährleistung seiner Sicherheit von Dritten abhängig machen. Um eine solche Entscheidung handele es sich aber, da wir davon ausgingen, daß der NATO ohne LRTNF-Modernisierung die Abkoppelung vom US-strategischen Potential (und damit die Regionalisierbarkeit eines nuklearen Krieges) drohe.

Da die LRTNF-Modernisierung das sowjetische Erpressungspotential ja gerade neutralisieren solle, sei auch nicht ganz einsichtig, weshalb wir bei „Singularisierung" auf dem Kontinent trotz LRTNF Erpreßbarkeit befürchteten.

III. Vor diesem Hintergrund ist es hiesigen Erachtens auch dann bedenklich, den Singularisierungsbegriff nachträglich einschränkender zu interpretieren, wenn dies nur aus taktischen Gründen geschieht, nämlich um z. B. über den in Belgien residierenden Niederländer Luns Druck auf B und NL auszuüben; denn es muß damit gerechnet werden, daß die ultimative Forderung der Beteiligung von B oder NL an der LRTNF-Dislozierung (als Conditio sine qua non der deutschen Beteiligung) auch in den USA und in der SU bekannt würde. (Luns könnte auch die Äußerungen des BK zur Singularisierung als Teil der für Haig und Reagan[8] bestimmten „Botschaft" verstanden haben.) Dies hätte folgende Konsequenzen:

a) In den USA könnte man diesen Teil der „Botschaft" als Beginn des Abrückens der Bundesregierung vom Doppelbeschluß werten. Das Stellen unerfüllbarer Bedingungen könnte in Washington als Vorbereitung auf ein evtl. innenpolitisch erzwungenes Nein zum Modernisierungsteil des Beschlusses mißverstanden werden.

6 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

7 Zur Diskussion in den Niederlanden hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8, und Dok. 291, besonders Anm. 8.

8 Zum Besuch des NATO-Generalsekretärs Luns am 16./17. November 1981 in den USA vgl. Dok. 324, Anm. 30.

b) Falls die SU von der Bedingung erführe, wären wahrscheinlich die Chancen der Genfer LRTNF-Verhandlungen beeinträchtigt (Zweifel an der Entschlossenheit der Bundesregierung, am Doppelbeschluß so wie gefaßt festzuhalten).

Pfeffer

Generalmajor Tandecki hat soeben von MD von der Gablentz den Sachverhalt erfahren. Herr Tandecki will noch heute eine gleichgerichtete Aufzeichnung Herrn BM Apel vorlegen (Ziel: Chefgespräch).[9]

Anlage

14.12.1978 – 16. Sitzung des BSR

BK Schmidt führt unter „Haltung zur TNF-Modernisierung" aus:

„c) Die Modalitäten unserer Teilhabe dürften die BR Deutschland innerhalb des Bündnisses nicht in eine isolierte Stellung bringen.

d) Die BR Deutschland dürfte als Folge ihrer Teilhabe nicht isoliert durch die Sowjetunion erpreßbar werden." (Ergebnisprotokoll vom 19.12.1978 – 014-StS-1454/78 geh.)

Welche und wie viele andere Partner sich beteiligen müßten, blieb offen.[10]

10.5.1979 – Vorlage des BMVg über „TNF-Modernisierung" zur 17. Sitzung des BSR

S. 8 f.: „Es wird darauf ankommen, die bereits im Bündnis dargelegte Position, daß keine Singularisierung der BR Deutschland eintreten darf, zu präzisieren.

Festzulegen ist:

– Ist eine ausschließliche Beteiligung der Nuklearmacht Großbritannien ausreichend?
– Müssen sich ein oder mehrere europäische Nicht-Nuklearstaaten beteiligen?
– Der Beteiligung welcher Nationen messen wir entscheidende Bedeutung bei?" (Fü S III 1 vom 10.5.1979 – 201-360.04/2-1258/79 geh.)

Der 17. BSR nahm diese Vorlage lediglich zur Kenntnis.[11]

13.6.1979 – 18. Sitzung des BSR

Der BSR beschloß „Leitlinien" für die deutsche HLG-Delegation.[12] Darin heißt es unter 6.:

9 Dieser Absatz wurde von Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich eingefügt.

10 Botschafter Ruth notierte am 15. Dezember 1978 zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am Vortag: „Zur Frage der TNF-Modernisierung wurde auf die veränderte Haltung der Niederlande hingewiesen. Der Bundeskanzler stellte fest, daß es erforderlich sei, in der Allianz drei Punkte deutlich zu machen: Wenn eine Stärkung und Modernisierung der TNF aus militärischen Gründen erforderlich sei, sei er bereit, dies durchzusetzen. Neudislozierungen dürften nicht bei uns allein stattfinden. Wir wollten in dieser Frage keine Sonderrolle spielen. Der Bundeskanzler unterstrich, daß dies seine Haltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt sei." Vgl. VS-Bd. 11286 (220); B 150, Aktenkopien 1978.

11 Die Sitzung des Bundessicherheitsrats fand am 14. Mai 1979 statt. Am 19. Mai 1979 informierte Bundeskanzler Schmidt Präsident Carter über die Ergebnisse. Für das Schreiben vgl. AAPD 1979, I, Dok. 147.

12 Für die „Leitlinien für die deutsche Delegation bei der High Level Group (HLG) und der Special Group (SG)" vgl. die Anlage zur Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 15. Juni 1979; VS-Bd. 11287 (220); B 150, Aktenkopien 1979.

„Eine endgültige Entscheidung über die von der Bundesregierung zu stellende Minimalforderung der Dislozierungsbeteiligung weiterer Bündnispartner wird erst nach Beendigung der Bündnisberatung zu dieser Frage erfolgen." (Ergebnisbeschlüsse vom 18.6.1979 – 201-Tgb.-Nr. 1591/79 geheim[13])

20.9.1979 – 19. Sitzung des BSR[14]

Der BSR ging noch davon aus, daß es zur Beteiligung von vier europäischen Bündnispartnern (D, UK, IT, B) kommen werde. Die Beteiligung von NL galt als unwahrscheinlich.

In einer Vorlage des BMVg wurde daher festgestellt:

S. 6: „Insoweit ergeben sich für die Beteiligung der BR Deutschland keine Bedenken." (Fü S III 1 – 201-Tgb. 2318/79 geh.)[15]

Ein Beschluß zur Präzisierung des Begriffs „Singularisierung" wurde nicht gefaßt. „Der BK stellte abschließend fest, daß mehr als das bisher in HLG und SG Erreichte nicht zu erwarten gewesen wäre. Beides müsse nun gemeinsam beschlossen werden." (Ergebnisprotokoll vom 25.9.1979 – 201-Tgb.-Nr. 2553/79 geh., Ziffer 9)[16]

24.10.1979 – 20. Sitzung des BSR

Der BSR befaßt sich mit dem Entwurf des „Integrated Decision Document" und dem dazugehörigen HLG-Bericht (NPG/D(79) 4), die Gegenstand des Doppelbeschlusses am 12.12.1979 werden sollen. In Ziffer 24 des HLG-Berichts heißt es zu „Participation" lediglich: „The HLG recommended the broadest possible Alliance consensus and participation in the deployment of new LRTNF systems."

Das Ergebnisprotokoll hält in Ziffer 3 fest: „Im BSR herrscht Übereinstimmung, daß Botschafter Pauls dem Dokument (scil. Integrated Decision Document mit HLG-Bericht) in seiner gegenwärtigen Fassung zustimmen kann." (Protokoll vom 29.10.1979 – 201-362.04/2-3955/81 geheim)[17]

12.12.1979 – Gemeinsame Sitzung der AM und Verteidigungsminister in Brüssel

Der Doppelbeschluß wurde unter vorbehaltloser Zustimmung durch uns gefaßt, obwohl B und NL hinsichtlich der Entscheidung über ihre Beteiligung an der Dislozierung aufschiebende Vorbehalte machten. (PO/79/138 vom 17.12.1979 – NATO Secret – Annexe I und II)

VS-Bd. 10334 (201)

13 Für die am 18. Juni 1979 übermittelten Ergebnisbeschlüsse der Sitzung des Bundessicherheitsrats vom 13. Juni 1979 vgl. VS-Bd. 14079 (010).

14 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. September 1979 vgl. Dok. 257, Anm. 7.

15 Für die undatierte Aufzeichnung des Bundesministeriums der Verteidigung, die am 19. September 1979 im Auswärtigen Amt einging, vgl. VS-Bd. 10466 (201).

16 Für das Ergebnisprotokoll vom 25. September 1979 zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 20. September 1979 vgl. VS-Bd. 14079 (010).

17 Für das Ergebnisprotokoll vom 29. Oktober 1979 zur Sitzung des Bundessicherheitsrats am 24. Oktober 1979 vgl. VS-Bd. 10272 (201).

328

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.03-1884/81 geheim **17. November 1981**

Herrn Staatssekretär[1]

Betr.: Bundessicherheitsrat am 11. November[2];
hier: Wartime Host Nation Support (WHNS)[3]

Der Bundesminister der Verteidigung trug das Thema vor. Er unterstrich, daß mit der Bereitschaft, das Rahmenabkommen zum WHNS[4] zu unterzeichnen, keine finanziellen Belastungen für das Jahr 1982 entstünden. Für das Jahr 1983 sei mit 50 Mio. DM zu rechnen, für 1984 werde der erforderliche Betrag auszuhandeln sein. Der Bundeskanzler stellte (im Blick auf die vorhergehende Diskussion über die Frage NATO-Infrastruktur[5]) fest, daß wir nicht überall nein sagen könnten und daß die beiden Minister nochmals über das Problem sprechen sollten.

Nach weiterer Diskussion, in der die Bedeutung des Rahmenabkommens für die deutsch-amerikanischen Beziehungen hervorgehoben und die fehlenden finanziellen Konsequenzen für das Jahr 1982 erläutert wurden, faßte Bundesminister Apel die Diskussion wie folgt zusammen: Das BMVg teilt den Amerikanern mit, daß wir bereit sind, das Rahmenabkommen zu unterzeichnen, wobei mitgeteilt wird, daß die Unterzeichnung unter der Bedingung erfolgt, daß 1983 nicht mehr als 50 Mio. DM aufzubringen sein werden. Die Frage, wie dieser Betrag in dem Plafond unterzubringen sei, bleibe offen.

Der Bundesminister der Finanzen[6] hat dem nicht widersprochen. Er hat sich nicht geäußert und nach meinem Eindruck auch nicht zu erkennen gegeben, daß er gegen dieses Verfahren Bedenken hätte.

Der Bundesminister war zu dieser Zeit nicht mehr im BSR, da er nach Abschluß

1 Hat Staatssekretär von Staden am 20. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 2/201 bitte das amtl[iche] Protokoll unter Zuhilfenahme dieses Vermerks prüfen u. mich unterrichtet halten, wie BMVg weiter prozediert."
Hat Ministerialdirektor Pfeffer am 23. November 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 25. November 1981 vorgelegen.

2 Zur Sitzung des Bundessicherheitsrats vgl. auch Dok. 322.

3 Zum Host Nation Support vgl. Dok. 301, Anm. 7.
Referat 201 notierte am 29. Oktober 1981: „Die letzte Runde der deutsch-amerikanischen Verhandlungen hat am 28./29.10.1981 in Bonn stattgefunden (zwischen Pentagon und BMVg unter Teilnahme des AA). Als Ergebnis liegt nunmehr ein abgestimmter Abkommensentwurf vor. […] Auf Arbeitsebene bisher nicht ausgeräumt werden konnten Einwendungen des BMF gegen den vom BMVg ausgearbeiteten Entwurf. Zwar erkennt das BMF die Notwendigkeit einer WHNS-Vereinbarung für die Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich an, jedoch macht es Vorbehalte gegen die vorgesehene Finanzierungsregelung geltend." Vgl. VS-Bd. 10321 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Für den Entwurf vom 28. Oktober 1981 für ein deutsch-amerikanisches Rahmenabkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg vgl. VS-Bd. 10321 (201).

5 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 304, Anm. 7.

6 Hans Matthöfer.

der Diskussion über Mittelstreckenproblematik und Breschnew-Besuch[7] in den Auswärtigen Ausschuß mußte.[8]

Ruth

VS-Bd. 10321 (201)

329

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.73/10 INF-1894/81 VS-vertraulich **17. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: INF-Verhandlungen;
hier: Präsentation der amerikanischen Verhandlungsposition durch Unterstaatssekretär Eagleburger

Am 17. November wurde Unterstaatssekretär Eagleburger vom Bundesminister zu einem 45minütigen Gespräch (Frühstück) empfangen. Eagleburger war von Botschafter Burns und Gesandtem Woessner begleitet. Auf deutscher Seite nahmen außer dem Minister Botschafter Ruth, VLR I von Braunmühl und VLR I Weber als Dolmetscher teil.

Eagleburger übergab dem Minister den in der Anlage beigefügten Brief von Außenminister Haig.[3] Er unterrichtete den Minister über die in Washington vom Präsidenten gebilligte Verhandlungsposition. Er teilte mit, daß auf der Grundlage einer NSC-Debatte vom 12.11. der Präsident am 16.11. diese Position gebilligt hat.[4]

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

8 Referat 201 vermerkte am 25. November 1981, daß das Bundesministerium der Verteidigung am 16. November 1981 den USA die Bereitschaft der Bundesregierung übermittelt habe, die WHNS-Vereinbarung „in nächster Zeit" zu unterzeichnen: „Das BMVg möchte mit dem ausgearbeiteten WHNS-Rahmenabkommen zunächst die zuständigen Bundestagsausschüsse befassen. Die Unterzeichnung – durch Vertreter des Auswärtigen Amts und der US-Botschaft – könnte Anfang 1982 stattfinden." Vgl. Referat 201, Bd. 125595.
Das deutsch-amerikanische Rahmenabkommen über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krise oder Krieg wurde am 15. April 1982 unterzeichnet. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 451–454.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 17. November 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 21. November 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 17. November 1981 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für das Schreiben vom 16. November 1981 vgl. VS-Bd. 11346 (220).

4 Vgl. dazu die „National Security Decision Directive No. 15"; http://www.fas.org/irp/offdocs/nsdd/nsdd-015.htm.

I. Eagleburger teilte folgendes mit:

1) Die zur Verhandlung anstehenden Waffensysteme werden in Zukunft als Intermediate Nuclear Forces (INF) bezeichnet. Diese Bezeichnung löst die alte Formel TNF (Theater Nuclear Forces) ab.

2) Am Nachmittag des 17.11. werden in Brüssel die Außenminister Großbritanniens, Italiens, Belgiens und der Niederlande unterrichtet.[5] Die übrigen Teilnehmer am Doppelbeschluß[6], die aber nicht Stationierungsländer sind, werden heute in Washington unterrichtet.

3) Die Vereinigten Staaten seien der Auffassung, daß die Konsultationen mit den Bündnispartnern außerordentlich nützlich waren und daß viel erreicht worden ist.

4) Die in der SCG erarbeiteten Positionen blieben gültig:

– Bestätigung des Doppelbeschlusses von 1979,
– Verhandlungen als schrittweiser Prozeß,
– Konzentration auf landgestützte INF-Raketen,
– Begrenzungen gelten global,
– verhandelt wird nur über amerikanische und sowjetische Systeme,
– Verhandlungsergebnisse müssen angemessen verifizierbar sein,
– Verhandlungsziel ist Gleichheit der Rechte und Begrenzungen.

5) Nach der letzten SCG-Sitzung[7] waren folgende Punkte noch offen:

– Welche Höhe sollen die Begrenzungen haben, d. h. Verankerung der Null-Lösung in der Verhandlungsposition?
– Welche Systeme sollen begrenzt werden und wie sollen sie begrenzt werden?

Eagleburger teilte mit, daß die amerikanische Entscheidung sich stark an den Wünschen der Alliierten orientiere und insbesondere die von uns vorgebrachten Positionen berücksichtige:

a) Die Vereinigten Staaten schlagen vor: Abwrackung der SS-20-Raketen und Außerdienststellung der SS-4 und SS-5.

b) Verzicht auf die Dislozierung von Pershing II und landgestützten Cruise Missiles.

c) Konzentration auf weitreichende INF-Raketen. Raketen kürzerer Reichweite (SS-12, SS-22 und SS-X-23) sollen durch kollaterale Begrenzungen erfaßt werden.

6) Eagleburger unterstrich, daß der Präsident seine Regierung dazu verpflichtet hat, jede denkbare Anstrengung zu machen, um zu einem Verhandlungsergebnis zu kommen.

5 Die Außenminister Lord Carrington (Großbritannien), Colombo (Italien), Nothomb (Belgien) und van der Stoel (Niederlande) hielten sich anläßlich der Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in Belgien auf. Vgl. dazu Dok. 332.

6 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

7 Zur elften Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 26. Oktober 1981 in Brüssel vgl. Dok. 307.

Zur Erläuterung der amerikanischen Verhandlungstaktik hinsichtlich der Null-Lösung stellte Eagleburger vertraulich und nicht nach außen verwendbar folgendes fest:

– „We will negotiate in good faith. We will hear out the Soviets and discuss with them in earnest the substance of our approach and theirs.
– If we conclude later that the goal of eliminating the SS-20s and retirement of the SS-4s and SS-5s and our programme is unattainable we will naturally have to consider whether to pursue a less ideal outcome.
– We will of course consult closely with you on the Soviet reaction and would reach a conclusion to adjust our position only after full consultations."

Eagleburger unterstrich, daß dem Präsidenten sehr daran gelegen sei, daß diese künftige Rückfallposition nicht nach außen dringt, um den Vorschlag der Null-Lösung nicht zu entwerten.

7) Präsident Reagan beabsichtige, am Mittwoch eine Fernsehansprache zu halten, die spezifisch an Europa gerichtet sein werde.[8] Dabei werde der Präsident

– das Verhandlungsziel im Blick auf die INF-Verhandlungen darstellen (Null-Lösung),
– den Moratoriumsvorschlag[9] ablehnen,
– die engen Konsultationen auf der Grundlage des Doppelbeschlusses von 1979 hervorheben.

Der Präsident hoffe, damit einen Beitrag zur Steuerung der Diskussion in Europa leisten und unterstreichen zu können, daß die Vereinigten Staaten an wirklicher Rüstungskontrolle interessiert sind. Die Wirksamkeit der Botschaft des Präsidenten werde zweifellos unterstrichen, wenn die europäischen Bündnispartner die Ansichten des Präsidenten nachdrücklich befürworten könnten. Auf Bitte von Botschafter Ruth sagte Eagleburger zu, sich darum zu bemühen, daß wir eine Vorauskopie der Rede des amerikanischen Präsidenten erhalten.

8 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington, die im Fernsehen und Rundfunk übertragen wurde, vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1062–1067. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 654–660.
Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am selben Tag mit, die Rede sei „dazu bestimmt, der sowjetischen Friedens- und Rüstungskontrollpropaganda, insbesondere kurz vor dem Breschnew-Besuch in Bonn, ein einfaches und klares Konzept entgegenzustellen. […] Mit der für die Öffentlichkeit überraschenden Indossierung der Null-Lösung ergreift die Administration die rüstungskontrollpolitische Initiative und dürfte die SU in die Defensive bringen. Wenn auch die Erfolgschancen hier skeptisch beurteilt werden, bedeutet die Übernahme der Verhandlungslinie durch den Präsidenten einen Sieg des State Department. […] Der Vorschlag, auf die TNF-Modernisierung ganz zu verzichten, falls die SU die SS-20 abbaut und die SS-4 und SS-5 außer Dienst stellt, ist – verglichen mit der Haltung noch vor einigen Wochen – eine in der Tat historische Wende, die nicht zuletzt auf europäischen Einfluß zurückzuführen ist. […] Die Tatsache, daß Reagan persönlich die Wiederaufnahme von Verhandlungen über Verminderung strategischer Systeme ankündigt, verstärkt die Glaubwürdigkeit des Zusammenhangs zwischen TNF und SALT (SALT framework). […] Reagan übernimmt programmatisch die von Rostow geprägte griffige Abkürzung ‚START' für ‚Strategic Arms Reduction Talks'." Ferner habe Reagan „die Reduzierung der konventionellen Kräfte in Europa und die Beschneidung des Potentials für Überraschungsangriffe" vorgeschlagen und eine Konferenz für Abrüstung in Europa gefordert. Vgl. den Drahtbericht Nr. 4674; Referat 201, Bd. 125604.

9 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

8) Die nächste Sitzung der SCG sei für Freitag, 20.11., angesetzt.[10] Dabei werde die Position im Detail erörtert. Eagleburger hoffe, die dabei zugrundeliegenden amerikanischen Papiere uns innerhalb der nächsten beiden Tage zur Verfügung stellen zu können.[11]

9) Auf Anfrage bestätigte Eagleburger, daß enge Konsultationen nicht nur im normalen Rahmen (SCG und bilateral) stattfinden werden, sondern daß, wie zwischen Eagleburger und Ruth abgesprochen, vertrauliche Kontakte mit der Delegation in Genf stattfinden sollen. Diese Kontakte sollen jeweils über die amerikanische Botschaft eingeleitet werden und etwa alle drei Wochen stattfinden.

II. Bundesminister dankt für die Mitteilungen Eagleburgers. Es sei bedeutsam, daß wir einen so intensiven Meinungsaustausch gehabt haben. Er habe in der Öffentlichkeit festgestellt und wiederhole dies, daß wir noch nie zuvor eine so enge Vorabstimmung mit den Vereinigten Staaten über eine Verhandlungsposition gehabt haben.

Die Aufnahme der Null-Lösung sei nach unserer Meinung besonders geeignet sicherzustellen, daß öffentlich deutlich wird, wer die Verantwortung trage, wenn es zur Dislozierung von Pershing II und GLCMs kommen sollte. Es sei damit zu rechnen, daß dies den Osten in große Argumentationsschwierigkeiten bringen werde.

Der Bundesminister habe am Sonntag in einem Interview festgestellt, daß wir beim Besuch Breschnews[12] Auskunft darüber erhoffen, ob die Sowjetunion bereit ist, ihren Widerstand gegen den Verzicht auf ihre Vorrüstung im Bereich der Mittelstreckenraketen aufzugeben.[13] Wenn sie dazu bereit wäre, würde damit eine große Last von uns genommen. Wir seien entschlossen, gemeinsam zu

10 Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO in Brüssel vgl. Dok. 333.

11 Botschafter Ruth notierte am 18. November 1981: „Die amerikanische Botschaft hat uns heute die Dokumente übergeben, die den abschließenden Beratungen der Special Consultative Group am 20.11. zugrunde liegen werden. Dabei handelt es sich um den Entwurf eines Fortschrittsberichts über die Arbeit der SCG seit der NATO-Frühjahrstagung in Rom und zwei Anlagen: Anlage 1: die amerikanische Verhandlungsposition für INF-Rüstungskontrolle, Anlage 2: das Papier für die Öffentlichkeitsarbeit. Das für die abschließenden Beratungen der SCG entscheidende Dokument ist das Papier über die amerikanische Verhandlungsposition (Anl. 1 zum Fortschrittsbericht). Ein Billigungsbedarf besteht lediglich für dieses Papier. Die Elemente in dieser Verhandlungsposition entsprechen den Vorträgen im BSR vom 2. Oktober und 11. November; den von Unterstaatssekretär Eagleburger übermittelten und dem Bundeskanzler am 17.11. vorgetragenen amerikanischen Positionen zu den drei offenen Punkten Null-Lösung, Behandlung der SS-4 und 5, Behandlung der Raketen kürzerer Reichweiten." Vgl. VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

13 In einem Interview für die Sendung „Bonner Perspektiven" des ZDF am 15. November 1981 führte Bundesminister Genscher aus: „Wir wollen mit diesem Besuch beitragen, unseren ernsthaften Willen zur Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu unterstreichen, unseren Willen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung verständlich zu machen und vor allen Dingen die sowjetische Seite zu gewinnen für den Vorschlag des Westens, bei den Mittelstreckenraketen zu der sog. Null-Lösung zu kommen, d. h. zum Verzicht auf Mittelstreckenraketen in West und Ost. […] Wenn die Sowjetunion ja sagt zum Verzicht auf Mittelstreckenraketen, so würde damit eine schwere Sorge von den Menschen in Europa genommen werden." Auf die Frage „Halten Sie es für realistisch, daß die Sowjetunion ihre SS-20 verschrottet?" erklärte Genscher: „Wir müssen alles tun, um sie davon zu überzeugen, daß sie damit dem Ost-West-Verhältnis und den internationalen Abrüstungsbemühungen eine neue Qualität verleihen könnte." Vgl. die „Mitteilung für die Presse Nr. 1130 B/81"; Referat 013, Bd. 179044.

zeigen, daß der Schlüssel für die Möglichkeit, zu Null zu kommen, nicht in Bonn oder Washington, sondern in Moskau liege. Es komme jetzt darauf an, daß eine Tür geöffnet werde.

Es sei wichtig, daß der Präsident morgen die Position öffentlich deutlich mache. Dies werde seinen Eindruck sicher nicht verfehlen. Er hoffe auch, daß gegen Ende dieser Woche der Termin für das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Präsidenten bekanntgegeben werden könne.[14] Es müsse klar sein, daß es ein Irrtum wäre, wenn Besucher glaubten, die Alliierten trennen zu können.

Auf der Grundlage der amerikanischen Position könne gesagt werden, daß, falls es bis Sommer 1983 kein Ergebnis gebe, wie vorgesehen stationiert werde. Die amerikanische Position widerlege den Vorwurf mangelnder Verhandlungs- und Reduzierungsbereitschaft.

III. 1) Zur Frage der öffentlichen Behandlung des Besuchs Eagleburgers beim Bundesminister vertrat Eagleburger die Auffassung, daß er es vorziehe, wenn vor der Rede des Präsidenten nichts in die Presse käme. Es wurde jedoch Einigung darüber erzielt, daß der deutsche Pressesprecher sagen solle, daß Eagleburger im Auswärtigen Amt Bundesminister Genscher gesprochen hat und daß das Gespräch dem Ziel letzter Konsultationen über die amerikanische Verhandlungsposition in Genf gedient habe.

2) Botschafter Burns unterstrich im Zusammenhang mit der Frage der Öffentlichkeitsarbeit, daß zu wünschen sei, daß die Europäer der Darlegung des amerikanischen Präsidenten über die westliche Verhandlungsposition „enthusiastische Unterstützung“ zuteil werden lassen mögen.

IV. Der Bundesminister unterrichtete anschließend in Begleitung von Botschafter Ruth den Bundeskanzler vor der Kabinettssitzung[15] über die von Eagleburger übermittelte amerikanische Position. Der Minister bat Botschafter Ruth, die wesentlichen Elemente kurz darzustellen. R. erläuterte die amerikanische Position zu den noch offenen Punkten:

– Null-Lösung einschließlich dem globalen Charakter der Begrenzungen,
– Behandlung von SS-4 und SS-5 und SS-20,
– Behandlung der Raketen kürzerer Reichweiten sowie zu der
– Absicht des Präsidenten, in einer Fernsehansprache zum Thema der Verhandlungen Stellung zu nehmen.

Der Bundeskanzler stellte folgendes fest:

1) Es liege ihm im Zusammenhang mit der Fernsehansprache des Präsidenten

14 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 4. bis 6. Januar 1982 in den USA auf. Für seine Gespräche mit Präsident Reagan am 5. Januar 1982 vgl. AAPD 1982.

15 Referat 011 vermerkte am 24. November 1981, Bundesminister Genscher habe das Kabinett am 17. November 1981 über das Gespräch mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, am selben Tag informiert. Bundeskanzler Schmidt habe darauf hingewiesen, „daß die Bundesregierung die am 30.11.1981 beginnende Konferenz in Genf in doppelter Weise als deutschen Erfolg ansehen könne. Nicht nur das Zustandekommen überhaupt, sondern auch der jetzt vorliegende westliche Verhandlungsvorschlag mit dem Ziel einer beiderseitigen Null-Lösung seien wesentlich auf ihre Einwirkung zurückzuführen. Es komme jetzt darauf an, daß die Verhandlungen sich nicht festfahren. Deshalb müsse in Gesprächen mit Breschnew auf eine Annäherung der unterschiedlichen Ausgangspositionen der USA und der Sowjetunion hingewirkt werden.“ Vgl. VS-Bd. 10335 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

daran, daß der Präsident von seinem Brief[16] Kenntnis habe. (Botschafter Ruth hat dies Eagleburger und Botschafter Burns mitgeteilt. Sie sind davon überzeugt, daß der Präsident den Brief bereits kennt, werden aber die Äußerung des Bundeskanzlers weitergeben.)

2) Zur Rede des Präsidenten könne er erst Stellung nehmen, wenn er die Rede kenne. Wenn sie die Null-Lösung enthalte, sei er bereit zu sagen,

– daß dies die von uns vertretene Position sei,
– daß wir dankbar sind, daß sie von den Vereinigten Staaten zum Verhandlungsvorschlag für die erste Phase gemacht worden ist.[17]

3) Der Bundeskanzler ist mit der ihm vorgetragenen Position einverstanden. Als Fußnote bezeichnete er die Bemerkung, daß über die Frage der Globalität später gesprochen werden müsse.

4) Die vertrauliche amerikanische Äußerung zur Null-Lösung sei hilfreich.

5) Der Bundesminister erwähnte, daß er vorgeschlagen habe, den Gesprächstermin Bundeskanzler/Präsident Reagan vom 5. Januar Ende der Woche bekanntzugeben.

6) Bundeskanzler und Bundesminister stimmten überein, daß der Regierungssprecher sagen solle, Unterstaatssekretär Eagleburger sei von Bundesminister Genscher im Auswärtigen Amt empfangen worden. Die Gespräche hätten dem Ziel gedient,

– letzte Konsultationen über die amerikanische Verhandlungsposition für Genf zu führen,
– dem deutschen Informationswunsch im Blick auf den Besuch Generalsekretär Breschnews zu entsprechen.

16 In dem Schreiben vom 15. November 1981 an Präsident Reagan führte Bundeskanzler Schmidt mit Blick auf den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik aus, er, Schmidt, werde die Entschlossenheit der NATO und der Bundesrepublik zur Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 betonen: „As is their public propaganda, the Soviets will probably attempt in the talks to call into question your Government's will for negotiations and readiness for dialogue. I shall strongly reject such doubts both in the talks and publicly." Schmidt sprach sich für ein Gespräch zwischen Reagan und Breschnew aus: „I feel that we must not leave unexploited the opportunities afforded by a personal meeting of the responsible leaders concerned. […] I shall counter Soviet doubts about the West's willingness to negotiate and Soviet illusions that the so-called peace movement in Western Europe can be exploited in order to undermine the Western resolve to modernize its weapons, if necessary." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1585 des Bundeskanzleramts vom selben Tag; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

17 In der Presse wurde berichtet, Bundeskanzler Schmidt habe sich während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Premierministerin Thatcher am 18. November 1981 „tief befriedigt" darüber geäußert, „daß mit der Rede Reagans sich bestätigt habe, was er seit dessen Wahl gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und ausländischen Besuchern viele Male wiederholt habe, nämlich den starken Willen des amerikanischen Präsidenten, über Rüstungsbeschränkungen zu verhandeln unter der Voraussetzung, daß dadurch militärisches Gleichgewicht erhalten und stabilisiert werde. In diesem Vertrauen fühle er sich umfassend bestätigt. Schmidt hob hervor, daß die Darlegung der amerikanischen Friedensstrategie besonders sorgfältig eingehe auf die strategische, politische und psychologische Lage in Europa. ‚Ich bin dafür sehr dankbar', bekannte der Kanzler in seltener Offenheit." Die Aussagen Reagans seien „Ausdruck dessen, ‚was wir Deutschen uns gewünscht haben und wünschen'." Vgl. den Artikel „Schmidt und Frau Thatcher begrüßen die Initiative Reagans"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 19. November 1981, S. 1.

7) Bundeskanzler und Bundesminister waren sich einig, daß Botschafter Ruth am 20.11. in der SCG der von Eagleburger dargestellten Position zustimmen kann.

V. 1) Der Brief Haigs an den Bundesminister bestätigt die mündlichen Erläuterungen Eagleburgers. Er enthält insbesondere Sachaussagen zu zwei Punkten der Verhandlungsposition:

– Die beiderseitige Null-Lösung wird in der ersten Verhandlungsrunde der sowjetischen Seite konkret vorgeschlagen: Wenn die SS-20 abgewrackt und die SS-4/SS-5 außer Dienst gestellt werden, werden die Pläne für die Dislozierung der GLCM und Pershing II aufgegeben.
– Für Raketen kürzerer Reichweite werden getrennte Beschränkungen angestrebt, d. h., sie fallen nicht unter gemeinsame Begrenzungen mit den Mittelstreckenraketen.

Beide Punkte sind Anliegen, die wir wiederholt, zuletzt bei meinen Gesprächen in Washington[18], vorgebracht haben. Beide Lösungen, wie sie im Haig-Brief dargelegt werden, entsprechen unseren Vorstellungen. Die Formulierung der Null-Lösung im Brief Haigs läßt offen, wie bei einer sowjetischen Ablehnung dieses Vorschlags prozediert werden soll. Hierzu nimmt die unter Ziffer I. 6 zitierte Äußerung Stellung. Die darin zum Ausdruck kommende Flexibilität entspricht ebenfalls unseren Vorstellungen.

2) Die Tatsache, daß Präsident Reagan in einer politischen Erklärung die Verhandlungsposition erläutern wird, ist ein wichtiger Schritt für die öffentliche Präsentation der Verhandlungen, den wir für unsere Öffentlichkeitsarbeit optimal nutzen sollten.[19]

Ruth

VS-Bd. 11346 (220)

18 Botschafter Ruth hielt sich am 4./5. November 1981 in den USA auf. Über sein Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 5. November 1981 in Washington berichtete er am selben Tag: „AM Haig erinnerte an sein Gespräch in Cancún, bei dem ihm BM Genscher dargelegt hatte, daß es darauf ankomme, eine Null-Lösung vorrangig auf die SS-20 zu konzentrieren. Ich führte aus, daß die SS-20 in der Tat für uns die bedrohlichsten Waffen seien, die deswegen auf Null gebracht werden sollten, daß wir jedoch auch eine Außerdienststellung (retirement) der SS-4 und 5 anstrebten. AM Haig äußerte sich interessiert zu unserem Ansatz, betonte allerdings, daß auch die Außerdienststellung der SS-4 und 5 in einer künftigen Vereinbarung niedergelegt werden müsse." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4458; VS-Bd. 11125 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

19 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron vermerkte am 20. November 1981: „MD von der Gablentz unterrichtete Dr. Ruth am Spätnachmittag des 19.XI., daß der BK wegen der Fülle anderer Verpflichtungen nur Zeit hatte, die Zusammenfassung der Verhandlungsposition zu lesen, nicht jedoch das amerikanische Papier mit der letzten Fassung der Verhandlungsposition (US negotiating approach). […] Auf die Frage von D 22, ob der Herr BK im übrigen damit einverstanden sei, daß D 22 in der Sitzung der SCG am 20. XI. den Konsens über die amerikanische Verhandlungsposition mittrage", habe Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, erklärt, diese Frage müsse nach seiner Meinung von Bundesminister Genscher entschieden werden. Botschafter Ruth habe daraufhin telefonisch bei Genscher folgende Weisung eingeholt: „D 22 wird ermächtigt, der amerikanischen Verhandlungsposition für die erste Verhandlungsphase zuzustimmen." Dazu sei auf die Berücksichtigung der Nachladekapazität und das Anstreben eines konkreten Verhandlungsergebnisses vor Ende 1983 hinzuweisen. Vgl. VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

330

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Premierministerin Thatcher

VS-NfD **18. November 1981**[1]

Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit PM Thatcher am 18.11.1981 von 9.10 Uhr bis 10.15 Uhr[2]

Als Note-taker: C. Whitmore, AL 2[3].

Nach einem einleitenden persönlichen Gedankenaustausch konzentriert sich das Gespräch auf Breschnew-Besuch in Bonn.[4]

Bundeskanzler schildert auf Frage PM Thatchers seinen persönlichen Eindruck von Breschnew. Er ist sicher ein alter kranker Mann, aber einer der wenigen vertrauenswürdigen Führer in der sowjetischen Hierarchie. Er entspricht seinem Bild eines russischen Charakters, das wir uns aus den großen russischen Romanen gebildet haben. Er kann sentimental sein, aber auch durchtrieben und zu harter Reaktion fähig. Nach sechs Treffen[5] hat er eine persönliche Sympathie für ihn entwickelt. Sein Friedenswunsch ist aufrichtig. Er hat tiefe Angst vor einem neuen Krieg. Er kommt immer wieder auf seine eigenen Kriegserfahrungen zurück. Für sich selbst hat er sicherlich keinen großen Ehrgeiz mehr. Allerdings muß man fragen, wie weit sein Einfluß unter den Mitgliedern des Politbüros reicht, die ihn offensichtlich mittragen, wohl um von seiner

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 19. November 1981 gefertigt und am Folgetag von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“
Hat Braunmühl am 20. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 21. November 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178841.
Ministerialdirigent Zeller übermittelte am 25. November 1981 Korrekturen. Vgl. dazu das Schreiben an Braunmühl; Referat 010, Bd. 178841. Vgl. Anm. 23, 24 und 27.

2 Premierministerin Thatcher hielt sich anläßlich der deutsch-britischen Konsultationen in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 331.

3 Otto von der Gablentz.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

5 Bundesminister Schmidt traf während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik mit Breschnew zusammen. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 18–20.
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Für die Gespräche mit Breschnew vgl. AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311, Dok. 314 und Dok. 315.
Für das deutsch-sowjetische Regierungsgespräch am 31. Juli 1975 in Helsinki vgl. AAPD 1975, II, Dok. 234.
Breschnew besuchte die Bundesrepublik vom 4. bis 7. Mai 1978. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.
Eine weitere Begegnung fand am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den am 4. Mai 1980 verstorbenen Staatspräsidenten Tito statt. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 125.
Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

Popularität zu profitieren und den Kampf um die Nachfolge hinauszuschieben. Er ist überzeugt, daß man sich noch nicht über die Nachfolge geeinigt hat.

Zur Bemerkung PM Thatchers, daß die Sowjets sicherlich etwas über die Haltung erfahren wollen, mit der der Westen in die Genfer Verhandlungen[6] eintritt, meint er, den Sowjets falle es offensichtlich schwer, den Westen zu verstehen. Sie haben mit drei amerikanischen Präsidenten[7] über SALT verhandelt, ohne zu einer Ratifikation zu kommen[8]. Der vierte hat im Wahlkampf zunächst SALT abgelehnt und zeigt sich jetzt erst nach einem Amtsjahr bereit, über den ganzen Komplex neu zu verhandeln. Wahrscheinlich halten die Sowjets das für einen Teil einer durchtriebenen Strategie mit dem Ziel, so zu tun, als verhandele man, um in Wirklichkeit aufzurüsten.

PM *Thatcher* sieht in der Begegnung mit Breschnew eine Chance, der SU die westliche Haltung und das westliche System zu erklären. Die Sowjets verstehen die inneren Probleme einer Demokratie nicht, insbesondere die neueren Tendenzen in allen Parlamenten, die außenpolitische Handlungsfreiheit der Regierungen einzugrenzen. Macmillan hat sich noch darauf verlassen können, daß Verträge, die er ausgehandelt hat, auch von seiner Mehrheit im Parlament unterstützt werden. Heute gibt es immer mehr junge Berufspolitiker ohne andere Berufserfahrungen im Parlament, die auch in diesen Fragen nicht mehr der Fraktionsführung folgen.

Bundeskanzler stimmt zu. Die Sowjets können allerdings auch unsere Pressefreiheit nicht verstehen. Sie haben eine Vorliebe für Kontinuität bei ihren westlichen Partnern und haben daher zum Beispiel auch auf Giscard und nicht Mitterrand gesetzt. Jeder schnelle Wandel ist ihnen unverständlich. Die Vorgänge im Westen verwirren sie. Gromyko versteht diese Dinge noch am besten. Aber er ist erst seit etwa drei Jahren im Politbüro.[9] Er bestätigt auf Frage PM Thatchers, daß Ustinow eine beeindruckende Persönlichkeit ist, selbstsicher, gut in der Präsentation, ein guter Fachmann, ein Mann, der eine gute Figur unter den führenden NATO-Generälen machen würde. Ustinow und Ogarkow waren so selbstsicher, daß sie mit großer Mäßigung sprechen konnten.

Auf Frage PM Thatchers, ob sie auch bereit sind, ein Sicherheitsbedürfnis des Westens anzuerkennen, und ob sie sich Sorgen machen über die steigenden Kosten der modernen Rüstung, antwortet er:

Sie machen sich offensichtlich nur Sorgen über ihre eigene Sicherheit, das heißt über westliche Systeme wie die Pershing II und die GLCMs. Die SS-20 bedrohen ja auch keine sowjetischen Städte. Er kann sich vorstellen, daß die SU für die Nichtstationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckensysteme einen gewissen Preis zu entrichten bereit ist.

Auf Frage PM Thatchers, ob die sowjetischen Militärs eine wirkliche Null-Lösung zulassen könnten, hält er dies für unwahrscheinlich. Sie werden es für

6 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

7 Richard M. Nixon, Gerald R. Ford, James E. Carter.

8 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. Dok. 286, Anm. 22.
Zur Aussetzung der Ratifizierung des SALT-II-Vertrags vom 18. Juni 1979 vgl. Dok. 13, Anm. 27.

9 Andrej Andrejewitsch Gromyko wurde im April 1973 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU.

kaum zumutbar halten und auf die chinesischen Raketen und die französischen landgestützten Raketen verweisen. Sie werden sagen, daß man ihnen eine gewisse Anzahl von SS-20 als Gegengewicht gegen die chinesischen Raketen lassen müsse. Er stimmt PM Thatcher zu, daß die SU eine übertriebene, aber dennoch reale Angst vor China hat. Dazu hat Mao beigetragen, der alle sowjetischen Führer außer Stalin als Verräter bezeichnete, aber auch Hua, der sich in Bonn[10] in seiner ruhigen Art recht deutlich der chinesischen Fähigkeit rühmte, Moskau zu zerstören. Daher betrachten die Sowjets wohl auch die Wiederaufnahme der Beziehungen der USA mit China[11] als den schlimmsten Schlag. Er stimmt der Bemerkung PM Thatchers zu, daß der Westen dies daher als wichtigen Teil seines Gleichgewichts betrachten könne.

BK hat den Eindruck, daß Breschnew ihn als einen redlichen und offenen Gegner schätzt. Er und seine Mitarbeiter werden daher zuhören, wenn er ihnen die Position des Westens erläutert. Er wird ihnen sagen, daß wir uns durch die 250 SS-20-Raketen bedroht fühlen. Die Sowjets sollten nicht auf die Friedensbewegung setzen. Jede vorstellbare Regierung in Bonn wird am Doppelbeschluß[12] festhalten. Die Sowjets müssen daher mit der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa rechnen, falls nicht bis Ende Sommer 1983 ein Verhandlungsergebnis eine solche Stationierung überflüssig macht. Er wird Breschnew zu einem persönlichen Treffen mit Präsident Reagan zuraten.

Ein Ausbau der bilateralen Beziehungen liegt im gegenseitigen Interesse. Der Wirtschaftsaustausch mit der Sowjetunion ist immer noch ein ziemlich kleiner Teil unseres gesamten Wirtschaftsaustauschs. Aber er ist wichtig, nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen, sondern auch, um die Kontaktmöglichkeiten zu verstärken.

Sicherlich wird die SU den Breschnew-Besuch auch im Sinne ihrer Friedenspropaganda nutzen wollen. Dieses Risiko ist in Kauf zu nehmen. Wir können dem nur entgegenwirken, indem wir unseren Standpunkt in den Gesprächen und zum Beispiel in der Tischrede[13] in voller Offenheit darlegen.

Insgesamt rechnen wir also mit dem Versuch eines alten Herrn, seinen Beitrag zur Stabilisierung des Friedens zu leisten – natürlich nach seinen Vorstellungen.

Über das Ergebnis wird er den ER in London[14] unterrichten und einen hohen Beamten nach Washington entsenden[15].

10 Ministerpräsident Hua Guofeng und der chinesische Außenminister Huang Hua besuchten die Bundesrepublik vom 21. bis 28. Oktober 1979. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 301, Dok. 304 und Dok. 305.

11 Die USA und die Volksrepublik China gaben am 15./16. Dezember 1978 in einem gemeinsamen Kommuniqué die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum 1. Januar 1979 bekannt. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2022, S. 25. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 76 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1978, II, Dok. 395.

12 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

13 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt anläßlich eines Abendessens für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 963–966.

14 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

15 Staatssekretär von Staden informierte am 27. November 1981 den amerikanischen Außenminister Haig über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 345.

Der Bundeskanzler betont auf Frage PM Thatchers, daß Breschnew in der Frage des SS-20-Aufwuchses ihm gegenüber ein schlechtes Gewissen haben könne. Nach einer langen Unterhaltung über die Gefahren eines fortgesetzten SS-20-Aufbaus hat er sich 1978 in der Gemeinsamen Erklärung zum ungefähren Gleichgewicht bekannt.[16] Er hat den damaligen Zustand als ungefähres Gleichgewicht bezeichnet. Er hat tatsächlich sich nicht an das von ihm genannte Gleichgewicht gehalten. Es mag sein, daß das Politbüro die politischen Auswirkungen auf die Ost-West-Beziehungen der Maßnahmen nicht verstanden hat, die ihm die Militärs als normale Modernisierung (SS-20 statt SS-4 und SS-5) präsentieren.

PM *Thatcher* würde auch ein Treffen Breschnews mit Reagan begrüßen, der ein völlig anderer Mensch ist, als ihn die sowjetische Propaganda präsentiert.

Bundeskanzler erläutert die negativen Auswirkungen der widersprüchlichen Äußerungen führender amerikanischer Politiker über die Nuklearstrategie[17] auf die deutsche Öffentlichkeit. Er appelliert an PM Thatcher, ihre Beziehungen zu Washington zu nutzen, um auf die negativen Auswirkungen solcher Stellungnahmen auf das Vertrauen der Europäer zu ihren amerikanischen Verbünden hinzuweisen.

Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftspolitik

Die Affäre Stockman[18] hat ihn noch tiefer beunruhigt. Man durfte nicht Steuererleichterungen einführen ohne entsprechende Haushaltskürzungen. Das Ergebnis kann nur ein riesiges Haushaltsdefizit sein. Man spricht bereits von 100 Milliarden Dollar. Der Kampf gegen die Inflation kann nicht allein der Fed[19] überlassen werden, sonst saugt der Staat den Kapitalmarkt leer auf Kosten der Privatwirtschaft, die sich die hohen Zinsen nicht leisten kann. Es wird nicht mehr investiert, und die Arbeitslosigkeit steigt. Wenn Washington diesen wirtschaftspolitischen Kurs nicht ändert, läuft es Gefahr, eine Weltrezession zu einer Großdepression werden zu lassen. PM *Thatcher* betont, daß auch Großbritannien unter den hohen Zinsen zu leiden hat. Es hängt ebenso wie die anderen europäischen Länder vom amerikanischen Kapitalmarkt ab.

Bundeskanzler erläutert auf Frage PM Thatchers, daß nur der eine autonome Zinspolitik betreiben kann, der kein Zahlungsbilanzdefizit zu finanzieren hat. Daher konnte Deutschland in den späten 60er Jahren – mit dem Geld aus der eigenen Volkswirtschaft – keine keynesianische Wirtschaftspolitik betreiben, um die Wirtschaft anzukurbeln. Heute müssen die Defizitländer der Zinsführerschaft der USA folgen. Die USA scheinen noch nicht zu verstehen, daß sie die führende Wirtschaft in der Welt sind und daß daher ihre Wirtschaftspolitik nicht nur die eigene Wirtschaft, sondern das Schicksal der Weltwirtschaft bestimmt.

16 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. des Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.

17 Zur Debatte über die amerikanische Nuklearstrategie vgl. Dok. 324, Anm. 6.

18 Zu den Äußerungen des Leiters des amerikanischen Verwaltungs- und Haushaltsamts, Stockman, vgl. Dok. 324, Anm. 8.

19 Federal Reserve.

PM *Thatcher* sieht dieselben Gefahren. Sie erinnert daran, daß Reagan und Regan in Montebello[20] noch gehofft hatten, die Zinssätze herabzudrücken.

Bundeskanzler betont noch einmal, daß die zur Zeit sinkenden Zinssätze wieder hochgehen werden, wenn ein Haushaltsdefizit von 90 oder 100 Milliarden Dollar gedeckt werden muß.

Nahost

PM *Thatcher* ist sehr besorgt über die Lage im Nahen Osten. Sie hatte gehofft, daß Reagan mehr politischen Manövrierraum hätte. Begin scheint, indem er sich nach außen immer mehr Feinde schafft, im Innern nur Stimmen zu gewinnen.

Ihre Hauptsorge gilt dem Rückzug der israelischen Truppen aus dem Sinai. Wir müssen alle dafür sorgen, daß er wie vorgesehen stattfinden kann. Auf Frage des Bundeskanzlers, ob sie die gemeinsamen Manöver „Bright Star“[21] hierbei für hilfreich hält, meint sie, ein solches Vorgehen sei eben Teil der Philosophie der amerikanischen Regierung. Nach ihrer Meinung sind häufige Militärübungen nicht das, was im Nahen Osten in erster Linie gebraucht wird. Die gegenwärtige Lage im Nahen Osten lädt praktisch die Sowjetunion ein, ihren Einfluß auszudehnen.

Bundeskanzler hält es für einen Fehler, daß man in Camp David[22] nicht die Tür für die Sowjetunion offen gelassen hat, sich dem Friedensprozeß am Ende anzuschließen. Man hat nicht nur die gemäßigten Araber, sondern auch die Sowjetunion vor den Kopf gestoßen[23]. Es muß den Saudis sehr hoch angerechnet werden, daß sie in dieser Lage ihre praktische Zusammenarbeit mit Ägypten nicht[24] eingestellt haben.

PM *Thatcher*: König Hussein meinte im gestrigen Gespräch, daß Mubarak sich so schnell wie möglich von den künstlichen Autonomie-Gesprächen[25] zurückziehen sollte. Ein intensives Engagement in dieser Frage höhlt seine Stellung im eigenen Lande und in der arabischen Welt aus. Zu Hussein selbst meint sie,

20 Zum Weltwirtschaftsgipfel am 20./21. Juli 1981 in Ottawa und Montebello vgl. Dok. 218 und Dok. 220.

21 Zum Manöver „Bright Star“ vgl. Dok. 301, Anm. 5.

22 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

23 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „geschlagen“. Vgl. Anm. 1.

24 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „nie“. Vgl. Anm. 1.

25 Zu den Verhandlungen zwischen Ägypten und Israel über eine Autonomie der palästinensischen Gebiete vgl. Dok. 314, Anm. 58.
Botschafter Hille, Kairo, teilte am 13. November 1981 mit, eine weitere Verhandlungsrunde auf Ministerebene am 11./12. November 1981 sei „ohne jeglichen Fortschritt zu Ende“ gegangen: „Ein Datum für ein neues Ministertreffen wurde nicht festgesetzt. Die Experten wurden aufgefordert, weiterzuverhandeln. […] AM Kamal Hassan Ali verlas gestern abend ein kurzes gemeinsames Kommuniqué, in dem von der fortdauernden Verpflichtung Ägyptens, Israels und der USA auf die Camp-David-Vereinbarungen als dem einzigen vereinbarten und somit gangbaren Weg zum N[ah-]O[st-]Frieden die Rede ist. Gleichzeitig wird von einem ‚Graben‘ gesprochen, der Ägypten u. Israel hinsichtlich der ‚Strukturen der Autonomie‘ trennt. Auf eine Zusatzfrage ergänzte Ali, es gebe ‚wesentliche Meinungsunterschiede‘ zwischen Ägypten und Israel.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1831; Referat 310, Bd. 135663.
Am 19. November 1981 berichtete Hille, auch eine weitere Verhandlungsrunde auf Experteneben, die am Vortag in Kairo beendet worden sei, habe „keine Fortschritte“ erbracht. Die nächste Verhandlungsrunde sei vom 2. bis 10. Dezember 1981 in Tel Aviv geplant. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1862; Referat 310, Bd. 135663.

daß er weiterhin sehr geschickt taktiere. Die Sowjets haben versucht, ihn durch einen großen Empfang in Moskau[26] zu beeindrucken. Er bleibt aber dem Westen gegenüber loyal.

Bundeskanzler teilt dieses Urteil. Aber es erscheint ihm doch bezeichnend, daß auch ein Mann wie Hussein es für richtig hält, sich jetzt um eine freundschaftliche Beziehung mit der Sowjetunion zu bemühen.

PM *Thatcher*: Die arabische Welt ist von den USA enttäuscht. Diese Enttäuschung wird sich vertiefen, wenn es den USA nicht gelingt, über den Camp David-Prozeß hinaus Schritte auf eine umfassende Friedensregelung zu tun.

Auf Frage des Bundeskanzlers betont sie die Stabilität des saudi-arabischen Regierungssystems, seine „eingebaute Weisheit" und seine Fähigkeit, Fühler in alle Teile der Gesellschaft auszustrecken.

Bundeskanzler zeigt sich beeindruckt von der Würde und Mäßigung der saudischen Führung. Aber als Staat ist Saudi-Arabien ein verhältnismäßig verwundbares Gebilde. Er kann sich den Nahen Osten ohne den Einfluß der gegenwärtigen saudischen Führungsschicht schwer vorstellen. Wer hätte dann noch die Großherzigkeit, trotz offizieller Ablehnung von Camp David z. B. den Ägyptern unter der Hand zu helfen? Er hält es für eine wesentliche Aufgabe, den Ägyptern nach der Rückgabe des Rest-Sinais zu helfen, wieder in die Arabische Liga hineinzukommen. (PM Thatcher: und sich nicht für eine künstliche Autonomie-Regelung der Westbank zu verschleißen.)

Begin wird sich dabei von einem schwachen Mann in Ägypten nicht beeindrukken lassen. BK[27] selbst hält viel von Mubarak, den er vor sechs Jahren zum ersten Mal als Oberbefehlshaber der Luftwaffe traf. Er zeigt sich betroffen von den Nachrichten über die Distanzierung von Sadat und seiner Familie in Ägypten.[28] Sadat ist für ihn einer der ganz großen politischen Führer, für den er große Bewunderung empfindet. Sadat und auf israelischer Seite Dajan waren die einzigen charismatischen Führer in der Region, die leider nicht als Führer ihrer jeweiligen Völker zusammenkommen konnten. Wer immer den Bedürfnissen des ägyptischen Volkes entgegenkommen will, muß eine enge Beziehung zum einzigen Finanzier in dieser Gegend halten, nämlich zu Saudi-Arabien.

Referat 010, Bd. 178841

26 König Hussein hielt sich vom 26. bis 29. Mai 1981 in der UdSSR auf.

27 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Er". Vgl. Anm. 1.

28 Botschafter Hille, Kairo, berichtete am 9. November 1981 über ein Gespräch mit Präsident Mubarak am 4. November 1981. Dieser habe, „nur für BK und BM bestimmt und streng vertraulich" ausgeführt, „die Aktion der moslemischen Extremisten gegen Sadat und sein Regime sei als Ausfluß (outlet) von Unzufriedenheit zu betrachten". Die „unlauteren Geldgeschäfte (corruption) der Familie Sadat" hätten den moslemischen Kräften zusätzliches Material geliefert: „Dieser Vorwurf betreffe Sadats Bruder und auch Frau Sadat mit den Geschäften, die sie zum Teil in aller Öffentlichkeit betrieb, letztlich aber die ganze Familie." Hille führte dazu aus: „Bei der Suche nach einer Erklärung für die befremdliche Handlungsweise Mubaraks, diese peinlichen Informationen dem BK und BM zu übermitteln, gelange ich zu folgender Auffassung: Mubarak rechnet damit, daß der Vorwurf der finanziellen Unlauterkeit der Familie Sadat eher oder später auch in der westlichen Presse auftauchen wird. […] Mubarak legt Wert darauf, sich selbst in diesem Zusammenhang als völlig sauber darzustellen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1795; VS-Bd. 11141 (310); B 150, Aktenkopien 1981.

331

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

VS-NfD **19. November 1981**[1]

Vermerk über Ihr[2] Gespräch mit PM Thatcher unter Beteiligung der Außenminister aus Anlaß der zehnten deutsch-britischen Konsultationen am Mittwoch, den 18. November 1981[3]

Außerdem waren anwesend: Botschafter Taylor, Botschafter Ruhfus, Private Secretary M. Alexander, MDg Dr. Zeller als Note-taker.

Gesprächsdauer: ca. zwei Stunden

1) Sie und PM Thatcher gaben ihr Einverständnis zu der aus Anlaß der zehnten deutsch-britischen Konsultationen zu veröffentlichenden gemeinsamen Presseerklärung.[4] Die Erklärung sei nützlich. Beide Botschafter verwiesen auf die für die zukünftige Zusammenarbeit wichtigen Elemente der Erklärung, Botschafter Ruhfus insbesondere auf die Bedeutung einer besseren Zusammenarbeit bei den Medien.

2) AM Carrington berichtet von den Gesprächsthemen der Außenminister im vorangegangenen Vier-Augen-Gespräch: Breschnew-Besuch[5], europäisch-amerikanische Beziehungen, EU-Vorschlag[6], Nahost.

3) AM Carrington berichtet vom griechischen Widerstand gegen eine Erklärung der Zehn zur Beteiligung vier europäischer Staaten an der Sinai-Truppe.[7] Der

1 Ablichtung.
Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 20. November 1981 „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl. Dazu vermerkte er: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt. Der Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch wird nachgereicht, sobald er vorliegt.“
Hat Braunmühl am 20. November 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 23. November 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an die Vortragenden Legationsräte von Ploetz und Jansen verfügte.
Hat Ploetz am 23. und Jansen am 24. November 1981 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178841.
Ministerialdirigent Zeller übermittelte am 25. November 1981 Korrekturen. Vgl. dazu das Schreiben an Braunmühl; Referat 010, Bd. 178841. Vgl. Anm. 23, 24, 27, 34 und 42.

2 Helmut Schmidt.

3 Zu den deutsch-britischen Konsultationen vgl. auch Dok. 330.

4 Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1981, S. 937 f.

5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

6 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 296.

7 Zur geplanten multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 252, Anm. 52, und Dok. 310, Anm. 26.
Vortragender Legationsrat Buchrucker teilte am 17. November 1981 mit, in der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 10./11. November 1981 in London habe sich Griechenland nicht in der Lage gesehen, seine Zustimmung zu einer Erklärung der EG-Mitgliedstaaten bezüglich einer europäischen Beteiligung an der multinationalen Friedenstruppe für den Sinai zu erteilen. Als Begründung sei ausgeführt worden, es gehe Griechenland darum, „die Beziehungen auch zu den Ländern, die Camp David ablehnten, intakt zu halten“. Vgl. den Runderlaß Nr. 5930; VS-Bd. 11144 (310); B 150, Aktenkopien 1981.
Frankreich, Großbritannien, Italien und die Niederlande teilten Ägypten, Israel und den USA am

Gedanke sei aber in der Welt und damit politisch wirksam. Es gebe auch Widerstände aus den USA. Frankreich wolle seinerseits die Venedig-Erklärung[8] ausdrücklich erwähnt wissen.

Die britische Regierung habe Mitterrand bitten lassen, auf Papandreou im Sinne der jetzt gefundenen Kompromißformel einzuwirken (keine ausdrückliche Erwähnung der Venedig-Erklärung). Er selbst habe mit Eagleburger gesprochen, der AM Haig hierzu vortragen wolle.

Carrington erläutert sodann die verschiedenen Dokumente (Briefe der Vier, Zehner-Erklärung, nationale Erklärungen). Er rät davon ab, den Text zu neunt zu verabschieden (EPZ!). Zu einem späteren Zeitpunkt des Gesprächs nimmt AM Carrington das Thema wieder auf mit der fragenden Bitte an BM Genscher, ob wir eine Möglichkeit sähen, mit MP Papandreou und evtl. Paris Verbindung aufzunehmen, um doch eine rasche Verabschiedung der Texte zu erreichen. Es werde erwartet, daß auf der Konferenz der Arabischen Liga in Fes[9] die extremen Araber gegen die europäische Beteiligung an der Friedenstruppe Stellung nehmen würden. Das könnte unsere Position erschweren. Es sei daher besser, jetzt zu einem formellen Abschluß zu gelangen. BM Genscher führte während des Gesprächs ein Telefonat mit Prof. Ehmke, um der Bitte AM Carringtons nachzukommen.

4) Sie fragten, welche Haltung Papandreou nach Einschätzung der PM auf dem ER[10] einnehmen werde. Nach der Wahlkampagne[11] sei er jetzt mit der politischen Wirklichkeit konfrontiert.

AM Carrington glaubt, daß Papandreou noch Zeit brauche. In EG-Fragen wolle er auf irgendeine Neuverhandlung hinaus; BM Genscher fügt hinzu: eine Sonderstellung Griechenlands. PM Thatcher wäre über griechische Sonderwünsche zum Regional- und Sozialfonds nicht überrascht.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1773

23. November 1981 mit, daß sie sich an der multinationalen Friedenstruppe für den Sinai beteiligen würden. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1981 (November/Dezember), S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 527.
Am selben Tag wurde eine Erklärung der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten veröffentlicht, wonach die Beteiligung der vier Staaten dem von den Europäischen Gemeinschaften mehrfach geäußerten Willen entspreche, „jeden Schritt in Richtung auf eine globale Friedenslösung im Nahen Osten auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung des Rechts auf Existenz und Sicherheit aller Staaten der Region sowie der Notwendigkeit, dem palästinensischen Volk in vollem Maße die Ausübung seines Rechts auf Selbstbestimmung zu ermöglichen, nach Kräften zu unterstützen". Vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 67.

8 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

9 Am 25. November 1981 begann in Fes eine Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga, die noch am selben Tag unterbrochen wurde. Vortragender Legationsrat I. Klasse Fiedler vermerkte am 3. Dezember 1981, sie sei „nach heftigen Auseinandersetzungen um den ‚Acht-Punkte-Plan' von Kronprinz Fahd gescheitert. Zum ersten Mal seit der Gründung der Arabischen Liga vor 36 Jahren ist eine arabische Gipfelkonferenz mit einem solchen Eklat zu Ende gegangen. […] Dank dem erneut bewiesenen taktischen Geschick von König Hassan wurde die Konferenz nicht abgebrochen, sondern – laut Hassan – bis Juni 1982 verschoben." Vgl. Unterabteilung 31, Bd. 135645.

10 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

11 Nach den Parlamentswahlen in Griechenland am 18. Oktober 1981 wurde am 21. Oktober 1981 eine neue Regierung unter Ministerpräsident Papandreou vereidigt.

Die britische Seite vermutet außerdem sehr stark, daß Papandreou die Basenverträge mit den USA[12] zumindest revidieren wolle. Die Türkei würde dadurch an Gewicht gewinnen.

Sie fragten, ob Papandreou nicht deutlich gemacht werden könne, daß er den Interessen seinen Landes mit dieser Haltung schade.

In der Zypern-Frage befürchtet PM Thatcher eine Verhärtung des griechischen Standpunktes, während Lord Carrington feststellt, daß sich Papandreous Verhalten zu den Volksgruppengesprächen[13] zum Positiven geändert habe.

5) Zum Ablauf des kommenden Europäischen Rates bemerkte PM Thatcher, daß die Mandatsfragen[14] zu einem ziemlich frühen Zeitpunkt zu behandeln seien. Es wird vereinbart, daß nach dem Abendessen die AM zu den Regierungschefs hinzutreten sollen.

PM Thatcher befürchtet, daß DK, NL und B wegen ihrer innenpolitischen Lage auf dem ER wenig handlungsfähig sein würden.

Die Frage der Tagesordnung des ER wird zu einem späteren Zeitpunkt des Gesprächs wiederaufgenommen.

6) Sie unterrichten PM Thatcher, daß Sie in der Mandatsdiskussion auf die von DK, NL und B übernommenen Bündnisverpflichtungen (Doppelbeschluß[15]) hinweisen würden. Dies sei ein wichtiger Teil der europäischen Solidarität. Sie äußerten sich dann zur Frage der Singularisierung der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage.[16]

7) PM Thatcher beklagt die geringen Fortschritte beim Mandat. Verschiebe man die Entscheidung, so seien schwierige Räte im nächsten Jahr zu befürchten. Ein in dieser Frage erfolgloser ER werde auch schädliche Rückwirkungen auf die öffentlichen Meinungen in den europäischen Ländern haben. Sie wolle dies vermeiden. In allen drei Teilen des Kommissionsberichts[17] (allgemeine Politiken I., Agrar II., Haushaltsfinanzierung III.) müßten gleichermaßen Fortschritte

12 Zu den amerikanischen Militärstützpunkten in Griechenland vgl. Dok. 314, Anm. 40.

13 Zu den Gesprächen zwischen der griechischen bzw. türkischen Volksgruppe auf Zypern vgl. Dok. 271, Anm. 39.
Botschafter Landau, Nikosia, teilte am 20. Oktober 1981 mit, die Gespräche seien am 16. Oktober 1981 wiederaufgenommen worden: „Tagesordnung wurde beibehalten, Sachdiskussion über einzelne Punkte gab es jedoch nicht. Der laut VN-Kommuniqué ‚freimütige Meinungsaustausch' bestand im wesentlichen aus gegenseitigen Vorwürfen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 151; Referat 203, Bd. 123303. Zu einem weiteren Gespräch am 18. November 1981 teilte Botschafter van Well, New York (VN), am 24. November 1981 mit, der Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für Zypern, Gobbi, habe ein sogenanntes „Evaluierungspapier" eingebracht: „Das Papier enthält nicht mehr, im Unterschied zu früheren, mündlich vorgetragenen Fassungen, kontroverse Punkte wie rotierende Präsidentschaft, Entscheidungsverfahren im Bundesrat und in den beiden Kammern der Legislative, die auf Wunsch Kyprianous weggelassen wurden. […] Die nächste Sitzung sei für den 2. Dezember 1981 vorgesehen. Dort würde vermutlich das weitere Verfahren erörtert." Vgl. den Schriftbericht Nr. 1705; Referat 203, Bd. 123303.

14 Zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 2, Anm. 4.

15 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

16 Zur Problematik einer „Singularisierung" der Bundesrepublik in bezug auf die Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 327.

17 Zum Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 182, Anm. 14.

gemacht werden. Bis jetzt seien aber diese Fragen sehr wenig vertieft behandelt worden. AM Carrington fügt hinzu, daß die Kommission tätig werden müsse.

Er berichtet sodann vom Verlauf des EG-Rats (16./17. November 1981[18]), auf dem niemand die Mandatsfrage wirklich angepackt habe. Alle hätten im Grunde nur die seit dem Sommer bekannten Positionen wiederholt. Am 19. November 1981 wolle man es noch einmal versuchen.[19]

Teil I. sei im wesentlichen problemlos, die eigentlichen Schwierigkeiten liegen bei II. (Agrar) und III. (Haushalt). Am schwierigsten seien die Agrarfragen.[20] Hierüber sei die Gemeinschaft gespalten. Einige Mitglieder wollten Plafonds für den Anstieg der Agrarkosten einziehen – so insbesondere GB, D, und NL –, absolute Gegner dieses Gedankens seien F, IT, IRL und Griechenland. Bei den Mittelmeerprodukten hätten IT, F und Griechenland Forderungen angemeldet. Sie fühlten sich bislang schlecht behandelt. Wir seien strikt gegen eine Ausweitung in diesem Bereich. Bei Milch wolle die Hälfte der MS die kleinen Betriebe aus sozialen Gründen bevorzugen, die andere Hälfte sei dagegen. Beim Haushalt sei der britische Anspruch von allen, der deutsche von einigen anerkannt. F wolle nicht mehr als im letzten Jahr zahlen und die Entlastung für GB auslaufen lassen. Außerdem mache es Zugeständnisse bei III. von Fortschritten bei II. abhängig.

18 Referat 412 legte am 18. November 1981 dar, die EG-Ministerratstagung am 16./17. November 1981 in Brüssel habe „keine nennenswerte Annäherung der Standpunkte erbracht. Es war allerdings auch kaum ein besseres Ergebnis zu erwarten. Angesichts der engen Verhandlungsmargen jeder Delegation und der Interdependenz der drei volets des Mandats hatte jeder das Interesse, die ihm zur Verfügung stehende Kompromißmasse möglichst weitgehend bis zur Paketlösung beim ER aufzuheben. […] Der Vorsitz erklärte nach dem Beichtstuhlverfahren, daß in Teil I Kompromisse in Aussicht stehen. Im Agrarsektor (Teil II) gäbe es allerdings noch sehr unterschiedliche (sich gegenseitig ausschließende) Positionen." Referat 412 vermerkte weiter: „Obgleich in Teil III eine Annäherung der Standpunkte nicht zu erwarten war, hat es für uns im Budgetbereich einen tatsächlichen politischen Fortschritt gegeben: Der Präs[ident] d. Kom[mission] hat im Rat anerkannt, daß es ein Problem für uns gibt, das er als ein politisches Problem qualifiziert. Außer DK und NL haben alle MS beim Beichtstuhlverfahren diese Tatsache anerkannt." Vgl. Referat 412, Bd. 122412.

19 Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), teilte am 19. November 1981 mit: „Rat hat heute vormittag (im engsten Rahmen) in letzter Sitzung vor Europäischem Rat (ER) in London den Entwurf vom 12.11. 1981 der Schlußfolgerungen des Vorsitzenden der Mandatsgruppe noch einmal behandelt. Ziel des Vorsitzenden (AM Lord Carrington) war es, wenigstens zu einigen der wichtigen Fragen, die offenstehen […], eine einvernehmliche Formulierung zu finden. Dies ist heute nicht erreicht worden. Es gab nur geringfügige Annäherungen. Einmal waren Del[egationen] nicht gewillt, Verhandlungspositionen aufzugeben und Kompromißmöglichkeiten erkennen zu lassen. Zum anderen haben F und IT wiederum erklärt, daß ihnen die ganze Richtung des Entwurfs nicht paßt, weil dieser zu wenig auf ihre Grundforderungen einginge. […] Vorsitz wird einen neuen Entwurf der Schlußfolgerungen erstellen, der den Del. ‚zwischen Montag, 23.11., und Mittwoch, 25.11.' zugehen soll. Dabei wird Vorsitz versuchen, eine mittlere Linie zu fahren, so daß wir mit einigen neuen und für uns zum Teil nicht günstigen Formulierungen zu rechnen haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4503; Referat 412, Bd. 122412.

20 Zur Erörterung der Gemeinsamen Agrarpolitik auf der EG-Ministerratstagung am 16./17. November 1981 in Brüssel berichtete Botschafter Poensgen, Brüssel (EG), am 17. November 1981: „Im Agrarteil war F (Europaminister Chandernargor) besonders schwierig. Er ging mehrfach so weit, das Ende des Gemeinsamen Marktes anzudrohen, wenn die GAP durch eine Kombination von exzessiven Sparmaßnahmen, fehlendem Außenschutz und mangelhafter Stützung des Einkommens vor allem der kleinen Produzenten zum Einsturz gebracht werde. […] Unser Anliegen, einen deutlich geringeren Anstieg bei den Agrarausgaben als bei den eigenen Einnahmen festzuschreiben, soll in der Neufassung des Textes eine wichtige Rolle spielen, obwohl eine Mehrzahl der Mitgliedstaaten noch nicht bereit ist, so weit zu gehen. Als Provokation wurde allerdings unsere Formulierung bezeichnet, daß der Anstieg der Preise unter der Steigerungsrate der Produktionskosten zu halten sei." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4443; Referat 411, Bd. 131235.

Sie wiesen darauf hin, daß wir nicht mehr zahlen könnten. Sie erläuterten unsere Haushalts- und Zahlungsbilanzlage. Eine unbegrenzte deutsche Zahlerposition werde den Zusammenhalt der Gemeinschaft gefährden.

PM Thatcher bemerkt, daß Präsident Thorn der Meinung sei, wir sollten nicht mehr als bisher zu zahlen haben.

Wenn es nicht gelinge, zu einem detaillierten Ergebnis zu kommen, wolle man sich auf Grundsätze (guidelines) zurückziehen. Man müsse sich fragen, ob es dann wenigstens gelingen würde, für die weitere Arbeit nützliche guidelines zu erhalten. Sie fürchtet dänische, holländische und belgische Passivität. AM Carrington sieht vor allem eine griechische Absenz in der Sache voraus.

Sie stimmen mit PM Thatcher überein, daß die möglichen Eigeneinnahmen weniger rasch voll ausgeschöpft worden seien als erwartet. Grund: Annäherung der europäischen Agrarpreise an den Weltmarkt. PM Thatcher fügt hinzu, daß eben deshalb die Bereitschaft, zu einem Abschluß zu gelangen, gering sei. Akute Zwänge würden erst bei den nächsten Agrarpreisverhandlungen entstehen und dann, wenn im nächsten Jahr über die britische Entlastung wirklich entschieden werden müsse.

Sie sieht eine sehr kritische Presse zum Rat voraus, was der EG schaden müsse. Sie wolle jedenfalls alles tun, daß es zu keinem unharmonischen Verlauf des Rats komme.

AM Carrington bestätigt, daß in Brüssel kein Erfolgszwang spürbar gewesen sei und daher Erfolgsaussichten gering eingeschätzt werden müßten. Der Bundeskanzler solle auf dem ER auf die Dringlichkeit, die Probleme zu lösen, verweisen.

Sie wollen auf dem ER zum Mandat sehr moderat, sehr kurz, aber sehr klar in der Sache sprechen.

PM Thatcher unterstützt Carringtons Appell an den Bundeskanzler. Sie fragt nach unseren Modellvorstellungen.

Sie verweisen auf die Finanzminister.[21]

Lord Carrington sieht im Ergebnis in guidelines den einzigen Ausweg.

8) Ihrer Einschätzung nach haben die Mandatsfragen wenigstens bei unserer Öffentlichkeit zur Zeit einen viel geringeren Stellenwert als der Breschnew-Besuch, Abrüstungsfragen, die Beziehung Europa/USA und vor allem die Wirtschaftslage.

PM Thatcher stimmt Ihnen insoweit zu, als auch für GB die Lage der eigenen Wirtschaft, der Einfluß anderer Wirtschaftspolitiken auf Europa, die Kernwaffen-Frage dominierende Probleme seien.

Nord-Süd-Fragen seien nach dem Erfolg von Cancún[22] zunächst weniger akut.

9) Sie bemerkten, daß unsere öffentliche Meinung vom ER vor allem auch eine Stellungnahme zu wirtschaftlichen Fragen erwarten könne. Die Bevölkerung finde sich mit der gegenwärtigen Lage nicht ab. Erinnerungen an die frühen 30er Jahre könnten hochkommen. Jedenfalls habe es seit Kriegsende keine vergleich-

21 Hans Matthöfer und Geoffrey Howe.
22 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

bar schlechte konjunkturelle Lage gegeben. Hohe Zinssätze und Arbeitslosigkeit seien die Probleme.

PM Thatcher wirft ein, daß die Arbeitslosenrate in GB auch deshalb so viel höher sei als bei uns, weil es in GB keine Wehrpflicht und auch keine Lehrlingsausbildung gebe. Auch sei die Lage der Arbeitslosen materiell bei uns günstiger als in GB. Die Jugendarbeitslosigkeit habe erhebliche Rückwirkungen auf die gesamte Bevölkerung, nicht nur auf die Jugendlichen selbst. Sie sehe einen Ausweg in der Verlängerung der Ausbildung der Jugendlichen und damit in einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit. Sie entgegneten, daß der Wehrdienst kein probates Mittel zur Lösung der Jugendarbeitslosigkeit sei; das Problem werde nur um eine kurze Frist hinausgeschoben.

Sie bemerken sodann, daß, wenn auch[23] die deutschen Gewerkschaften nach radikalen Lösungen verlangen würden, es bald[24] keine gemäßigten Gewerkschaften in Europa mehr geben werde. Sie befürchteten auch ein Anwachsen kommunistischer Gruppierungen.

Der Schlüssel für die Lösung dieser Frage liege vor allem in Washington. Sie erörterten sodann mit PM Thatcher die amerikanische Wirtschaftspolitik und ihre Folgen auf uns, ein Thema, auf das Sie in anderen Zusammenhängen mehrfach während des Gespräches zurückkamen. (Dabei behandelten Sie den Dollar-Wechselkurs; PM berichtet von der breiten Zustimmung zu Reagans Wirtschaftspolitik, die sie bei ihrem Besuch im Frühjahr in Washington[25] vorgefunden habe.)

Die Wirtschaftskrise kann Ihrer Einschätzung nach strategische Auswirkungen im Ost-West-Verhältnis haben. Aus wirtschaftlicher und sozialer Instabilität könne auch politische Instabilität folgen, eine Lage, die von der Sowjetunion ausgenutzt werden könne. Die Sowjetunion selbst könne ihrer Bevölkerung sehr viel mehr zumuten.

Sie äußern sich sodann zur wirtschaftlichen Lage in einigen europäischen Ländern – Italien zeige sich als recht widerstandsfähig (britische Seite stimmt zu) – und in Osteuropa. An Polen würden wir dieses Jahr insgesamt ca. 1 Milliarde DM Hilfe leisten, nächstes Jahr voraussichtlich 600 Mio. DM. Hier haben wir eine Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht.

Das Gespräch kam sodann auf die Höhe der realen Zinssätze: Sie bemerkten, daß 3%, 4%, 5% real insbesondere in der Rezession unverantwortlich hohe Zinssätze seien. Man müsse bis vor den Zweiten Weltkrieg, ja vor den Ersten Weltkrieg zurückgehen, um solch hohe Zinssätze zu finden. In Rezessionszeiten dürfe der reale Zinssatz nicht über 1,5% liegen. PM stimmt zu. In den letzten Rezessionen hätten sich die Zinssätze unter der Inflationsrate befunden.

Sie befürchten zunehmenden Protektionismusdruck in allen unseren Ländern.

Sie gaben sodann einen Überblick über die Krisensektoren in unserer Wirtschaft, insbesondere bei Stahl und im Baugewerbe. Sie erwähnten 10000 Bank-

23 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

24 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

25 Zum Besuch der Premierministerin Thatcher und des britischen Außenministers Lord Carrington vom 25. bis 28. Februar 1981 in den USA vgl. Dok. 29, Anm. 19, Dok. 63, Anm. 7, und Dok. 72, Anm. 10.

rotte im letzten Jahr. Sie zogen daraus Folgerungen für die europäische Wirtschaft.

PM beklagt die zu hohe Ausleihrate der britischen Banken. Mit 10,5 Millionen Pfund[26] (5 bis 6% des BSP) sei Großbritanniens öffentlicher Kreditbedarf geringer als der unsere. Sie beziffern den Kreditbedarf des Bundes für das nächste Jahr auf 27 Milliarden DM, den von Bund[27], Gemeinden und Ländern auf ca. 50 Milliarden DM.

Sie fügen hinzu, daß eine Reduzierung der Sozialleistungen zu erheblichen Schwierigkeiten führen würde, und fragten, wie man in einer solchen Lage daran denken könne, die Verteidigungshaushalte zu erhöhen.

10) PM Thatcher erkundigt sich nach der deutschen Haltung zum „Tornado"-Export.[28] Exporte würden dem Projekt guttun. Sie äußern sich hierauf sehr zurückhaltend zu Rüstungskooperationen überhaupt, durch die die Kosten um 60 bis 100% erhöht würden. Sie erläutern, daß die Stimmung bei uns sehr gegen Rüstungsexporte in Nicht-NATO-Länder sei. Sie wollten keine AWACS-Debatte[29] bei uns riskieren.

11) PM würde einen Europa-Besuch Präsident Reagans für sehr vorteilhaft halten. Sie stimmen nachdrücklich zu.[30] Sie hätten Präsident Reagan eingeladen. Er müsse unsere Schwierigkeiten aus eigener Anschauung kennenlernen. Sie berichten von Ihrem Brief an Präsident Reagan[31] und Ihren Plänen zur Jahreswende.[32]

PM erläutert am Beispiel von Cancún die Haltung des Präsidenten und der Administration.

12) Auf Frage von PM Thatcher berichten Sie von Latche.[33]

13) Carrington erwähnt, daß F die Gemeinschaftsanleihen auf den doppelten Betrag erhöhen wolle. Sie meinten, daß man hier vielleicht etwas nachgeben könne, aber nicht in diesem Umfang.

14) Sie begrüßen die beabsichtigten Beitritte Ungarns und Polens[34] zum IWF.[35]

26 So in der Vorlage.

27 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Vgl. Anm. 1.

28 Vgl. dazu das jordanische Interesse am Erwerb von Kampfflugzeugen vom Typ „Tornado"; Dok. 158.

29 Zur Billigung des Verkaufs von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, an Saudi-Arabien durch den amerikanischen Senat am 28. Oktober 1981 vgl. Dok. 310, Anm. 38.

30 Präsident Reagan besuchte vom 2. bis 7. Juni 1982 Frankreich, am 7. Juni 1982 Italien, vom 7. bis 9. Juni 1982 Großbritannien.
Vom 9. bis 11. Juni 1982 hielt er sich in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt am 9. Juni 1982 vgl. AAPD 1982.

31 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 15. November 1981 an Präsident Reagan vgl. Dok. 329, Anm. 16.

32 Bundeskanzler Schmidt verbrachte seinen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in Florida und führte vom 4. bis 6. Januar 1981 Gespräche in Washington.

33 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 7./8. Oktober 1981 in Latche vgl. Dok. 287, Dok. 288 und Dok. 290.

34 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Rumäniens". Vgl. Anm. 1.

35 Zu einer möglichen Mitgliedschaft Polens im IWF vgl. Dok. 81, Anm. 7 und 8.
Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 6. November 1981: „Ungarn hat die Mitgliedschaft in IWF

Die SU habe offenbar eingesehen, daß sie die Defizite dieser Länder nicht mehr finanzieren könne. Für Polen sei es ohnehin vielleicht schon zu spät.

15) Am Beispiel des Ende der 50er Jahre bestehenden internationalen Kreises von Verteidigungsexperten verschiedenster Provenienz erläuterten Sie die Bedeutung eines solchen Kreises. Uns fehle heute etwas Entsprechendes für Wirtschaft und Finanzen. Es wäre dringend notwendig, daß sich ausgewiesene Talente aus allen Bereichen träfen, um sich mit den Fragen von morgen zu beschäftigen und dabei auch durchaus unkonventionell zu denken. Sie tauschten einige Gedanken zu Personen und möglicher Zusammensetzung eines solchen Kreises aus, ohne zu konkludieren.

16) Lord Carrington berichtet über einige Aspekte des aktuellen britisch-amerikanischen Verhältnisses. Zu den Reaktionen in GB selbst bemerkt er, daß dort eine Generation herangewachsen sei, die nicht automatisch den Amerikanern zunächst einmal recht gebe. Er berichtete über Umfrageergebnisse.

Sie berichten über die ebenfalls durch Umfragen ausgewiesene fortgeltende breite Unterstützung bei uns für das Bündnis mit den USA, wobei sie hinzufügen, daß manche amerikanische Äußerungen bei uns nicht gut verstanden würden.

17) PM Thatcher fragt, was auf die Tagesordnung des ER kommen müsse, wenn das Mandat, wie zu erwarten, etwas in den Hintergrund trete. Gewiß der Breschnew-Besuch und allgemeine Ost-West Fragen, gewiß auch das Weltwirtschaftsthema. Lord Carrington hält es für unerläßlich, daß der ER sich zu Nahost äußert.

Ihrer Meinung nach müssen die Schlußfolgerungen des ER zu Ost-West-Fragen auch eine klare positive Stellungnahme zum Beginn der Genfer Verhandlungen[36] enthalten, evtl. auch eine positive Würdigung der Ansprache von Präsident Reagan[37] und der amerikanischen Verhandlungsbereitschaft. Sie glauben, daß auch die Iren einer solchen Stellungnahme zustimmen würden, wie Sie überhaupt meinen, daß die irische Haltung zur NATO recht positiv sei. Lord Carrington entgegnet dem, daß die irische Neutralität doch weiterhin ein gewichtiger Teil der irischen Außenpolitik sei; das werde sich auch beim EU-Vorschlag zeigen, der ebenfalls auf dem ER zu behandeln sei. BM Genscher erwähnt KSZE, KAE und Abrüstung. Sie fügten Gleichgewicht und SALT hinzu; auch die Fortsetzung des SALT-Prozesses müsse der Europäische Rat begrüßen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1779

und Weltbank beantragt. Es ist nach Rumänien das zweite Land des Sowjetblocks, das diesen Schritt unternimmt […] Polen wird in der zweiten Novemberwoche Verhandlungen mit dem IWF aufnehmen, die voraussichtlich ebenfalls zur Stellung eines Beitrittsantrags führen werden. Sofern beide Länder bereit sind, die sich aus der Mitgliedschaft ergebenden Verpflichtungen zu übernehmen (insbesondere auch Offenlegung gegenüber dem IWF ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse), steht ihrer Aufnahme nichts entgegen." Im Falle Polens müsse „mittelfristig mit einer nicht unerheblichen Inanspruchnahme des IWF gerechnet werden: Die polnische Seite ließ informell Interesse an einer Quote entsprechend der spanischen (900 Mio. Dollar) erkennen." Außenpolitisch seien der ungarische Beitrittsantrag sowie die polnische Entscheidung, Verhandlungen mit dem IWF aufzunehmen, „zu begrüßen, da hierdurch Möglichkeiten einer erweiterten wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesen Ländern und im Falle Polens zumindest mittelfristig einer außenwirtschaftlichen Konsolidierung eröffnet werden. Zugleich würde der Beitritt und die Mitarbeit einzelner RGW-Länder beim IWF die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Eigenständigkeit dieser Länder stärken." Vgl. Referat 412, Bd. 130470.

36 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

37 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

Lord Carrington befürwortet, daß der ER dem spanischen Wunsch nach einer positiven Stellungnahme zum spanischen und portugiesischen Beitritt[38] nachkommen solle. Man könne hier akzeptable Formulierungen finden. F wolle dem bis jetzt allerdings nur zustimmen, wenn es zu Fortschritten bei den Mittelmeerprodukten komme.

18) Sie erkundigen sich, welche Rolle Gibraltar[39] beim spanischen NATO-Beitritt[40] spiele. Lord Carrington erläutert die Sachlage. Für GB sei die Öffnung der Grenzen, die man wünsche, keine Bedingung für eine Unterstützung des spanischen NATO-Beitritts. Jedoch habe GB die Spanier darauf aufmerksam gemacht, daß Spanien nicht der Gemeinschaft beitreten könne, ohne die Grenzen zu öffnen; das wäre vertragswidrig. Unter diesen Umständen sei es besser, wenn Spanien die Grenzen öffne im Augenblick, in dem es der NATO beitrete. PM Thatcher verwies auf die Bestimmungen des Vertrags von Utrecht, wonach Gibraltar spanisch würde, wenn es nicht mehr britisch sei.[41] Dies schließe eine Lösung aus, wonach Gibraltar unabhängig würde.

PMs Einschätzung nach werden die Spanier die Grenzen öffnen, wenn sie den Mut dazu haben.

19) Sie wollen nicht zum Wirtschaftsthema auf dem ER einleiten[42]. PM Thatcher bemerkt, daß die Kommission wie üblich ein Papier vorlegen werde.

Sie erkundigen sich nach der Bedeutung der französischen Relance-Vorschläge.[43]

Lord Carrington bemerkt hierzu, daß F aus der verengten Diskussion um den EG-Haushalt herauskommen und die Diskussion durch neue Gedanken erweitern wollte. Bei näherem Hinsehen habe sich, die Vorschläge im sozialen Bereich ausgenommen, weniger ergeben als ursprünglich erwartet.

Sie stellten die Frage, ob man dem Gedanken einer gemeinsamen Verkürzung der Wochenarbeitszeit in ganz Europa nähertreten könne, wobei es Ihnen darum gehe, daß für 35 Stunden Arbeit nicht der Lohn für 39 bezahlt würde. Wenn

38 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 177, Anm. 18, Dok. 268, Anm. 11, und Dok. 283, Anm. 24 und 25.
Am 26. Oktober 1981 fand in Luxemburg die neunte Tagung der Beitrittsverhandlungen mit Spanien auf Ministerebene statt. Botschafter Poensgen, z. Z. Luxemburg, teilte am selben Tag mit, die spanische Seite habe erklärt: „Spanien schenke Reformbestrebungen der Gemeinschaft, eigene interne Probleme zu lösen, größte Aufmerksamkeit. Allerdings dürften diese Arbeiten nicht getrennt von Beitrittsverhandlungen unternommen werden. Vielmehr sei paralleles Arbeiten erforderlich. Gerade jetzt sei starker Impuls in den Beitrittsverhandlungen nötig.“ Die durch die Europäischen Gemeinschaften übergebenen Erklärungen zur Landwirtschaft und der Zollunion gäben aus spanischer Sicht Anlaß zur Hoffnung. Vgl. den Drahtbericht Nr. 166; Referat 410, Bd. 130426.
Am Folgetag fand in Luxemburg die fünfte Tagung der Beitrittsverhandlungen mit Portugal auf Ministerebene statt. Themen waren soziale Angelegenheiten, die Zollunion sowie der freie Warenverkehr im gewerblichen Sektor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 10/1981.

39 Zum Status von Gibraltar vgl. Dok. 111, Anm. 20, 26 und 27.

40 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 314, Anm. 43.

41 Vgl. dazu Artikel X des Vertrags vom 13. Juli 1713 zwischen Großbritannien und Spanien über Frieden und Freundschaft; CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 28, S. 330 f.

42 Dieses Wort wurde auf Weisung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt, nachträglich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „konkludieren“. Vgl. Anm. 1.

43 Für den Wortlaut des von der französischen Regierung am 13. Oktober 1981 vorgelegten „Memorandums über die Fortentwicklung der Gemeinschaft“ vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 104–113.

man aber in ganz Europa tatsächlich nur 35 Stunden bezahle, so könne es allenfalls dadurch zu Konkurrenznachteilen gegenüber Singapur, Korea, Taiwan etc. kommen, nicht innerhalb Europas. Sie vermuten, daß die Gewerkschaften in ganz Europa sehr auf diese Gedanken eingehen könnten.

PM Thatcher hält eine solche Arbeitszeitverkürzung für sehr schädlich.

Sie meinen dagegen, daß die Auswirkungen durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden könnten. Jedenfalls könne dieses Thema nächstes Jahr auf uns zukommen. PM Thatcher zweifelt, ob eine Arbeitszeitverkürzung zu mehr Arbeitsplätzen führen werde. Sie bejahen dies und bemerken erneut, daß Wettbewerbsnachteile bei einem gesamteuropäischen Vorgehen nicht innerhalb Europas, sondern allenfalls gegenüber industriellen Schwellenländern in der Dritten Welt und gegenüber den USA auftreten könnten. Sie könnten aber aufgefangen werden.

PM Thatcher wünscht die britischen Unternehmer nicht zusätzlich zu belasten. Eine solche Belastung werde aber eintreten, auch wenn es nicht zu Lohnerhöhungen komme (gleicher Lohn für 35 wie für 39 Stunden). Die Schaffung neuer Arbeitsplätze bringe neue Kosten mit sich.

Sie ergänzen, daß Sie einen solchen Vorschlag nicht einbringen würden, jedoch anregen, hierüber nachzudenken.

20) Sie stellten die Frage, ob ein Treffen deutscher Unternehmer und Gewerkschafter mit britischen Unternehmern und Gewerkschaftern möglich und nützlich sein könne, insbesondere auch für GB.

PM Thatcher nannte in diesem Zusammenhang als mögliches Forum Wilton Park, Botschafter Taylor die Deutsch-Britische Stiftung[44]. PM Thatcher stimmt zu, daß ein solches Treffen in der Tat nützlich wäre. Schwierig sei es nur, unter den britischen Gewerkschaftern ausgewiesene Wirtschaftswissenschaftler zu finden.

Es wurde sodann erörtert, wer zu einem solchen Treffen einladen, wer das Treffen finanzieren könne, insbesondere die Reisekosten. Botschafter Ruhfus brachte in diesem Zusammenhang auch die Bundesanstalt für Arbeit ins Gespräch. Die Gesprächstendenz war jedoch eher, das Treffen in GB zu veranstalten. Eine feste Verabredung wurde hierzu nicht getroffen.

Sie erwähnen in diesem Zusammenhang den Einfluß, den einzelne geniale Persönlichkeiten in schwierigen Lagen haben könnten. Es sei u. a. auch eine der wichtigsten Aufgaben, nach solchen Talenten zu suchen.

Zeller

Referat 010, Bd. 178841

44 Mit Abkommen vom 2. März 1973 zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien wurde die Deutsch-Britische Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft gegründet. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 554–556.

332

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stabreit

200-350.10 VS-NfD **20. November 1981**[1]

Betr.: 44. EPZ-Ministertreffen in Brüssel am 17.11.1981;
hier: Europäische Union

Das 44. EPZ-Ministertreffen am 17. November 1981 begann mit einem Exposé des Bundesministers über Motive, Inhalt und Ziele deutsch-italienischer Initiative zur Europäischen Union (Europäische Akte).[2] Der Bundesminister erläuterte u. a., Ziel der Initiative sei es, den inneren Zusammenhalt der Gemeinschaft, aber auch die Handlungsfähigkeit des Zehner-Europa, nach außen zu stärken. Er wies darauf hin, daß innere Probleme, aber auch der Ernst der äußeren Lage, eine Neubesinnung auf die Zielsetzung der Bemühungen im europäischen Raum notwendig machten. Drittstaaten setzten große Erwartungen in die Rolle der Gemeinschaft in der Welt. Es sei deshalb notwendig, wirksame Entscheidungsstrukturen zu schaffen sowie einen entwicklungsfähigen Rahmen für die Europäische Union zu suchen. Einen solchen Rahmen legten die Bundesrepublik Deutschland und Italien nunmehr mit der Europäischen Akte vor.

Nach Erläuterung der Einzelheiten des deutschen Vorschlags wies der Bundesminister darauf hin, das Zusammengehen der deutschen und italienischen Regierung ergebe sich aus der Tatsache, daß beide Regierungen zur gleichen Zeit zu dem Schluß gekommen seien, Europa benötige Fortschritte. Er bitte um wohlwollende und konstruktive Prüfung der Vorschläge und um Einverständnis mit ihrer Vorlage an den Europäischen Rat[3], der die Dokumente (einschließlich des italienischen Dokumentes, dessen Erläuterung der Bundesminister Herrn Colombo überließ) an die Außenminister zur weiteren Behandlung zurückverweisen solle.

Außenminister Colombo ging eingangs auf das Ziel einer Europäischen Union ein, auf das sich die Staats- und Regierungschefs 1972 für das Jahr 1980 festgelegt hätten.[4] Trotz mancher Fortschritte sei es nicht dazu gekommen. 1981 sei

1 Ablichtung.
Hat Staatssekretär von Staden am 21. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte: „Sehr aufschlußreich!"
Hat Pfeffer am 24. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 200 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat Rosengarten am 25. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Stabreit verfügte.
Hat Stabreit am 25. November 1981 erneut vorgelegen.

2 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 296.
Mit Schreiben vom 6. bzw. 12. November 1981 legten die Bundesregierung und die italienische Regierung den übrigen EG-Mitgliedstaaten Entwürfe einer „Europäischen Akte" sowie einer „Erklärung zur wirtschaftlichen Integration" vor. Vgl. dazu BULLETIN DER EG 11/1981, S. 10 f. sowie S. 99–104.

3 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

4 Vgl. dazu Ziffer 7 der Präambel sowie Ziffer 16 der Erklärung der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten- und -Beitrittsstaaten am 19./20. Oktober 1972 in Paris; EUROPA-ARCHIV 1972, D 503 bzw. D 508. Vgl. dazu ferner AAPD 1972, III, Dok. 344.

dann wieder eine Diskussion darüber aufgebrochen, wie man diesem Ziele näherkommen könne. Wer die Atmosphäre im Rat am 16.11.[5] erlebt habe, der begreife, daß Europa eine weitergehende Zielsetzung („ein Mehr an gemeinsamer Seele") benötige, um wirtschaftliche Kompromisse wie die jetzt von uns geforderten zu ermöglichen. AM Colombo wies die Unterstellung, die Entwürfe seien vorgelegt worden, um ökonomische Probleme auf den zweiten Rang zu verweisen, als gänzlich unbegründet zurück. Die Gemeinschaft bleibe das Fundament Europas. Als weiteren Grund für das Vorgehen beider Regierungen verwies Colombo auf die internationale Lage, die eine Handlungsfähigkeit Europas erfordere.

In seinen Ausführungen zu den Einzelheiten der Akte räumte Herr Colombo dem „Hauptorgan der Gemeinschaft", dem Ministerrat, dem Europäischen Parlament und der Kommission, die künftig zu allen Verfahren der politischen Zusammenarbeit herangezogen werden solle, besonderen Raum ein. Als wichtig bezeichnete er u. a. eine Stärkung des Vorsitzes in den Gemeinschaften.

Insgesamt gesehen, müsse alles getan werden, um den europäischen Institutionen und europäischem Handeln eine größere Kohärenz zu verschaffen. AM Colombo schloß mit den Worten, daß – unabhängig voneinander – die deutsche und die italienische Regierung die gleichen Überlegungen angestellt hätten. Man habe sich dazu entschlossen, gemeinsam vorzugehen, und leiste damit den Partnern einen Dienst. Es sei zu hoffen, daß diese gemeinsame Bemühung von Erfolg gekrönt sei.

Außenminister Olesen sprach seinen „herzlichen Dank" für die Entwürfe aus. Er bedauere es, daß der Bundesminister am Vortage nicht an der Ratssitzung habe teilnehmen können. Dort sei es um lebensnahe Probleme gegangen. Die Gemeinschaften stünden vor sehr schweren Problemen. Es sei am Tage zuvor dem Vorsitz nicht möglich gewesen, Schlußfolgerungen zu formulieren. In keiner Frage (Haushalt, Agrarfragen etc.) habe man sich näherkommen können.

Die dänische Regierung habe ihre positive Haltung in bezug auf die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Gemeinschaft zum Ausdruck gebracht. Die Gemeinschaft werde jedoch nach den Ergebnissen, nicht nach den Zielsetzungen, beurteilt. Der von AM Colombo beschworene „neue Geist" sei sehr schön, aber dieser neue Geist müsse zuallererst in dem Willen, zu Ergebnissen zu gelangen, seinen Ausdruck finden. Deshalb sei die Reihenfolge der Faktoren nicht unwichtig, ja sogar sehr wichtig; wenn man sich im EG-Rat nicht einigen könne, werde man vor großen Schwierigkeiten stehen. Die Bevölkerung könne dann nur allzu leicht zu dem Schluß kommen, daß man „Luftschlösser" baue, weil man mit den praktischen Problemen nicht fertigwerde.

Was die EPZ anbetreffe, sei mit dem Londoner Bericht[6] ein guter Ausgangspunkt zur weiteren Entwicklung gewonnen. Dänemark sei im Hinblick auf die Politische Zusammenarbeit sehr einverstanden mit dem deutsch-italienischen Entwurf. Es gebe einen Bedarf, die europäische Stimme neben der der Supermächte im internationalen Konzert zu Gehör zu bringen. Die vorliegenden Ent-

5 Zur EG-Ministerratstagung am 16./17. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 331, Anm. 18 und 20.

6 Für den Wortlaut des Berichts vom 13. Oktober 1981 über die Europäische Politische Zusammenarbeit (Londoner Bericht) vgl. BULLETIN DER EG, Beilage 3/1981, S. 15–19.

würfe enthielten jedoch Teile, die Dänemark nicht akzeptieren könne. Außenminister Olesen verwies auf die Gefahr, daß hier eine große Bürokratie aufgebaut werde („zu groß, schwerfällig, undurchsichtig"). Im gleichen Zusammenhang erwähnte er die Rolle des Europäischen Parlamentes. Äußerst skeptisch sei Dänemark im Hinblick auf die Behandlung von Sicherheitsfragen. Sicher, man diskutiere bereits Fragen wie die von Afghanistan, der KSZE etc., aber die Verteidigungspolitik habe in der EG nichts zu suchen. Es gebe weitere Bereiche, hinsichtlich derer er sehr skeptisch sei. Wichtig sei, daß nun eine Diskussion in Gang gekommen sei. Dafür verdienten die Autoren der Entwürfe Dank. Die Beurteilung werde ausschließlich nach den Endergebnissen erfolgen.

Die Entwürfe seien ihm erst vor wenigen Tagen vorgelegt worden. Er wolle dieses Verfahren nicht kritisieren, aber vielleicht wäre es besser gewesen, wenn man erst einmal informell die „Temperatur genommen hätte". Was er hier sage, seien einige Anmerkungen. Man werde jedoch auch öffentlich Stellung beziehen müssen.

Außenminister Nothomb begrüßte die Initiative uneingeschränkt. Er wies darauf hin, daß Belgien traditionell auf eine gleichgewichtige Entwicklung des kommunautairen und des außerkommunautairen Bereiches Wert gelegt habe. Es sei deshalb gut, daß auch ein französisches Projekt[7] auf dem Tisch liege. Im Ganzen handele es sich um „excellentes propositions".

Madame Flesch schloß sich dem Dank für die geleistete Arbeit an. Sie wies darauf hin, daß nunmehr drei Projekte auf dem Tisch lägen (Mandat[8], „relance" und Europäische Akte), was Rückschlüsse auf den schlechten Zustand der EG erlaube. In einer solchen Lage sei jede Initiative wichtig. Luxemburg sei bereit, insbesondere die Initiative des Bundesministers und AM Colombos sorgfältig zu prüfen.

Außenminister Cheysson schloß sich dem Dank von Madame Flesch an. Er dankte Frau Flesch insbesondere dafür, daß sie das französische Projekt einer relance erwähnt habe. Nach Auffassung Frankreichs „nous avons besoin de valoriser l'idée européenne". Es müsse aber eine Kohärenz in den sich ergänzenden Methodenansätzen der verschiedenen Memoranda geben. Politische Fortschritte könne es nur geben, wenn in der EG Zeichen der Solidarität gesetzt würden. Andererseits werde es auch im kommunautairen Bereich keine Fortschritte ohne eine neue „Vision Europas" geben. Frankreich habe zu den vorgelegten Entwürfen zahlreiche Fragen: Stünden die vorgeschlagenen Räte außerhalb des Vertrages? Was heiße „in verschiedener Besetzung"? Welche Rechtsqualität habe die Akte?

Was das weitere Procedere anbetreffe, so handele es sich bei den Entwürfen um eine Mischung von intergouvernementaler und kommunautairer Materie. Frankreich schlage deshalb die Gründung einer Ad-hoc-Gruppe zu ihrer Prüfung vor.

7 Für den Wortlaut des von der französischen Regierung am 13. Oktober 1981 vorgelegten „Memorandums über die Fortentwicklung der Gemeinschaft" vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 104–113.

8 Zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 2, Anm. 4.
Zum Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 zum Mandat des EG-Ministerrats vom 30. Mai 1980 vgl. Dok. 182, Anm. 14.

Der griechische Außenminister[9] bezeichnete die Entwürfe als „sehr wichtig". Sie befaßten sich mit großen Problemen, und es sei ganz natürlich, daß sich „unser Interesse ihnen zuwende".

Ihre politische Bedeutung sei so groß, daß er mit einer Unterbreitung an den Europäischen Rat einverstanden sei, der dann über das weitere Verfahren entscheiden solle. Er sei auch mit dem weiteren Verfahrensvorschlag von Außenminister Cheysson einverstanden. Innerhalb der Ad-hoc-Gruppe werde dann Gelegenheit sein, detaillierte Auffassungen zum Ausdruck zu bringen.

Der niederländische Außenminister[10] erklärte, es sei traditionell der Standpunkt der Niederlande gewesen, daß jeder Schritt willkommen sei, der uns näher an Europa heranbringe. In diesem Geist werde man die Entwürfe prüfen.

Die Niederlande fänden es gut und richtig, daß die Angelegenheit auf die Tagesordnung des Europäischen Rates gesetzt werde. Man dürfe aber die weiteren Perspektiven nicht aus dem Auge verlieren. Die kommenden Tage würden dazu Gelegenheit geben.

Der irische Außenminister erläuterte, die irische Regierung teile die Auffassung, daß Ziel Europas die Europäische Union sei. Eine solche würde allen Europäern Fortschritte bringen. Aber deshalb sei es besonders wichtig, daß „the approach is the right one". Deshalb müsse man sehr genau über das Vorgehen (procedure) nachdenken, da man Rückschläge nicht riskieren dürfe. Vorbehaltlich dessen, was er noch im folgenden zu sagen habe, scheine ihm das vorgeschlagene Verfahren (Vorlage an den Europäischen Rat) „suitable".

Er wolle folgende Bemerkungen machen:

a) Die Vorschläge schienen viel Materie zu enthalten, die über die bestehenden Verpflichtungen hinausgehe. Sollte darüber in den vorhandenen Strukturen verhandelt werden?

b) Die rechtliche Natur der Akte sei nicht klar. Deshalb sei es nicht richtig, bereits jetzt über die Prozedur zu entscheiden. Die irische Regierung müsse diese Frage noch einmal genau prüfen.

c) Es stelle sich die Frage der Prioritäten. Herr Dooge ging hier auf die Mandatsfrage ein. Die in den Verträgen eingegangenen Verpflichtungen seien „the basic foundation of European unity". „Konkrete und sichtbare Fortschritte müßten in diesem Bereich den politischen Überbau rechtfertigen und abstützen (underpin!)". Mehr Zeit sei notwendig, um die Entwürfe zu studieren, bevor der deutschen und italienischen Regierung eine Antwort gegeben werden könne. Seine Regierung habe ihre Haltung jedenfalls noch nicht festgelegt. Sie sei „sympathetic" und werde in diesem Geiste die Entwürfe prüfen.

Die Kommission (Kommissionär Natali) beglückwünschte die Autoren zu ihren Entwürfen, die sie begrüße. Insbesondere begrüße sie, daß im Text unterstrichen werde, daß die Gemeinschaften die Grundlage des Europäischen Einigungswerkes seien. Sie biete ihre Zusammenarbeit an.

9 Ioannis Charalambopoulos.
10 Max van der Stoel.

Lord Carrington schloß die Diskussion, indem er zunächst in nationaler Eigenschaft erklärte, er begrüße die Entwürfe, die wertvolle Dokumente seien, welche das Vereinigte Königreich mit großer Aufmerksamkeit prüfen wolle.

In Zusammenarbeit mit der Kommission werde man über das weitere Verfahren Vorschläge ausarbeiten und Frau Thatcher unterbreiten, die sie dann dem Europäischen Rat vorlegen werde.

Stabreit

Referat 200, Bd. 122721

333

Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-6501/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 1910
Citissime

Aufgabe: 20. November 1981, 20.45 Uhr
Ankunft: 20. November 1981, 21.41 Uhr

Betr.: 12. Sitzung der Special Consultative Group (SCG) am 20. November 1981

Bezug: DB Nr. 1904 vom 20.11.1981 – I-371.80/31-4397/81 VS-v[1]

Zur Unterrichtung

I. 1) Kurz vor Beginn der INF-Verhandlungen am 30.11.81 in Genf kam der Sitzung der Special Consultative Group am 20.11.1981 besondere Bedeutung zu. Die Sitzung unter Vorsitz von Eagleburger verabschiedete den Fortschrittsbericht der SCG an die Minister, dem als Anlage die amerikanische Position für die Verhandlungen zur Begrenzung der amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen beigefügt ist. Diese Sitzung verlief harmonisch und war ge-

[1] Botschafter Ruth, z. Z. Brüssel, berichtete über ein Abendessen der Teilnehmer der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am Vorabend: „Ich habe nachdrücklich ausgeführt, daß es erforderlich sei klarzustellen, daß die Vereinigten Staaten entschlossen sind, in der kürzestmöglichen Zeit ein konkretes Verhandlungsergebnis zu erzielen. Dabei schlug ich vor, als Zeitrahmen ‚bis 1983' ausdrücklich zu nennen. Es ist gelungen, grundsätzliche Einigung dazu auf einen von mir vorgeschlagenen Text zu erzielen, der heute, 20.11., vom Sprecher der NATO verwandt werden soll. Die Erwähnung des Datums 1983 scheiterte am Widerspruch des niederländischen Vertreters. […] Ich stellte fest, daß in der US-Verhandlungsposition nur vom Zählkriterium ‚warheads', nicht von ‚warheads on launchers' die Rede ist, und daß das Refire-Problem integral behandelt werde. Nach unserer Auffassung müsse das alte Zählkriterium hergestellt werden, wenn es um die Vereinbarung von Obergrenzen über Null gehe. Andernfalls sei eine Begrenzungsvereinbarung nicht verifizierbar. Eagleburger erwiderte sofort, daß der Verzicht auf ‚warheads on launchers' vorläufig und allein Konsequenz der Entscheidung für die Null-Lösung sei. Bei einer Veränderung des angestrebten Verhandlungsergebnisses werde die alte Situation hergestellt, in der das vereinbarte Zählkriterium ‚warheads on launchers' angewandt werde, verbunden mit dem Ziel eines vereinbarten separaten Verzichts auf Nachladekapazitäten. Das Kriterium ‚warheads' sei gewählt worden, um die Ernsthaftigkeit des Vorschlags Null-Lösung konsistent und überzeugend darstellen zu können." Vgl. VS-Bd. 11402 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

prägt vom Willen der Verbündeten, die amerikanische Verhandlungsposition für Genf nach innen und außen zu stärken.

2) Es wurde letzte Hand an die vier von den Amerikanern zirkulierten Papiere[2] gelegt. Insbesondere das Papier über die Verhandlungsposition und der Bericht des Vorsitzenden an die Minister wurden noch in einigen Punkten überarbeitet. Unseren Vorschlägen wurde dabei weitgehend Rechnung getragen. Das amerikanische Papier zur Öffentlichkeitsarbeit soll den Hauptstädten als Hintergrundmaterial für ihre Informationspolitik zur Verfügung gestellt werden. Das US-Papier zu den sowjetischen Behauptungen eines INF-Gleichgewichts wurde hier überarbeitet und der Presse übergeben.[3]

3) Am Nachmittag tagten die SCG-PermReps[4] des NATO-Rats, um in einer Erklärung die Bedeutung der SCG-Arbeit und des Beginns von INF-Verhandlungen zu würdigen. Über die Ergebnisse der Sitzung folgt gesonderter Bericht.[5]

II. Im einzelnen

1) Eagleburger eröffnete die Sitzung mit allgemeinen Bemerkungen zum amerikanischen Verhandlungsansatz und einer kurzen Vorstellung der vier Arbeitspapiere. Er betonte, daß das amerikanische Verhandlungspapier sich auf das Integrierte Entscheidungsdokument vom 12.12.79[6] gründe und mit diesem voll vereinbar sei. Er erläuterte kurz die neue Terminologie INF (Intermediate-range Nuclear Forces). Die Änderung sei mit Rücksicht auf europäische Wünsche erfolgt und ersetzte die bisherige Bezeichnung Theater Nuclear Forces (TNF). Die Begriffsänderung sei auch im Zusammenhang mit dem globalen Ansatz zu sehen.

Eagleburger ging kurz auf die Rede von Präsident Reagan[7] ein und erläuterte noch einmal die dort erarbeitete Ausformulierung der Null-Lösung (keine Dislozierung der 572 NATO-Systeme, wenn die SU ihrerseits die SS-20 verschrottet und die SS-4/SS-5 außer Dienst stellt (retire). Die Umgehung eines solchen Abkommens durch Systeme kürzerer Reichweite (SS-12/22, SS-X-23) müsse verhindert werden. Dies solle durch besondere Beschränkungen außerhalb der Begrenzungen für weitreichende INF geschehen. Bezüglich des Zählkriteriums

2 Zu den am 18. November 1981 übergebenen amerikanischen Papieren vgl. Dok. 329, Anm. 11.

3 Vgl. dazu die Erklärung des amerikanischen Außenministeriums vom 20. November 1981; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2058, S. 31. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 660.

4 SCG-Permanent Representatives.

5 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 20. November 1981: „In einer Sitzung der Ständigen Vertreter derjenigen Verbündeten, die in der Special Consultative Group (SCG) vertreten sind, am 20.11.1981 wurde die Position für die am 30.11.1981 in Genf beginnenden INF-Verhandlungen abschließend beraten und einstimmig verabschiedet. Dabei stimmten die Ständigen Vertreter einer Erklärung zu, die von der SCG auf der Basis eines deutschen Entwurfs erarbeitet worden war. […] Im Anschluß an diese Sitzung der Ständigen Vertreter erläuterten der stellvertretende NATO-Generalsekretär Da Rin im Auftrag der Ständigen Vertreter und Botschafter Eagleburger für die SCG gegenüber der Presse die Allianzerklärung sowie die amerikanische Verhandlungsposition. […] In der Sitzung, in der die 14 Ständigen Vertreter sprachen, wurde die Geschlossenheit der Allianz im Hinblick auf die amerikanische Verhandlungsposition deutlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1911; Referat 201, Bd. 125605.

6 Für das „Integrated Decision Document“ (IDD) der NATO vom 12. Dezember 1979 vgl. VS-Bd. 10571 (201). Vgl. dazu ferner AAPD 1979, II, Dok. 321 und Dok. 351.

7 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

„warheads“ nahm Eagleburger meine entsprechende Bitte vom Vorabend auf und erläuterte, daß dies auf die Null-Lösung abgestellt sei. Für andere Ansätze gelte die IDD-Formel „warheads on launchers“.

2) Ich habe Eagleburger gedankt und auf die Bedeutung der Erklärung des amerikanischen Präsidenten für das Bündnis hingewiesen. Die Konsultationen auf der Grundlage des Doppelbeschlusses[8] zeugten von der Fähigkeit der Allianz, zu schwierigen Fragen eine gemeinsame Verhandlungsposition zu erarbeiten. Ich habe besonders anerkannt, daß die Amerikaner unseren Argumenten stets aufgeschlossen zugehört und sie weitgehend berücksichtigt haben. Der Verhandlungsansatz Null-Lösung unterstreiche das ernsthafte commitment der Vereinigten Staaten und der Bündnispartner zu Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Zur Substanz der vorliegenden Dokumente äußerte ich mich wie folgt:

a) Nach Auffassung der Bundesregierung werde die amerikanische Verhandlungsposition erheblich an Überzeugungskraft gewinnen, wenn deutlich gemacht werde, daß wir nicht nur einen substantiellen Abrüstungsschritt anstrebten, sondern daß die Vereinigten Staaten mit Unterstützung der Bündnispartner entschlossen sind, in der kürzestmöglichen Zeit ein konkretes Verhandlungsergebnis zu erreichen. Es liege im gemeinsamen westlichen Interesse, wenn wir uns bemühten, unsere Bereitschaft deutlich zu machen, ein konkretes Verhandlungsergebnis der ersten Phase schon bis 1983 zu erreichen. Es sei dann der Sowjetunion erkennbar anzulasten, wenn dieses Ziel nicht erreicht werde. (Dieser Gedanke ist in der von mir formulierten Fassung (vgl. DB Nr. 1904 vom 20.11.81 AZ. I-371.80/31-4397/81 VS-v) in die Erklärung[9] des Stellvertretenden Generalsekretärs der NATO[10] eingegangen.)

b) Ich stellte auch im SCG-Plenum unsere Auffassung dar, daß es notwendig sei, die Zählweise „warheads on launchers“ beizubehalten, wenn der Verhandlungsgang verlange, daß über gleiche Obergrenzen oberhalb Null gesprochen werde.

Ich dankte Eagleburger für die von ihm gegebene Klarstellung. Außerdem wies ich darauf hin, daß in den bisherigen SCG-Positionen das Problem der Nachladefähigkeit (refire) durch besondere Absprache, und zwar durch Verbot der Nachladekapazität (ban on refire), gelöst werden sollte. Nur bei einer globalen Null-Lösung sei der Verzicht auf besondere Behandlung der Refires vertretbar. Eagleburger bestätigte die Weitergeltung der bisherigen Bündnisposition in dieser Frage außerhalb der Null-Lösung. Sie ist im Fortschrittsbericht, Kap. II, vorletzter Absatz, enthalten.

c) Ich schlug vor, daß die Papiere für Öffentlichkeitsarbeit und die Widerlegung der sowjetischen Behauptung eines bestehenden Mittelstreckengleichgewichts in Europa vorläufig nicht förmlich vereinbart werden sollten. Vielmehr sollten sie als Hintergrundmaterial den Regierungen zur freien Verwendung zur Ver-

8 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

9 Für den Wortlaut der Erklärung der Ständigen Vertreter der NATO-Mitgliedstaaten im Anschluß an die Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 20. November 1981 in Brüssel vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 138.

10 Eric Da Rin.

fügung stehen, aber sicherstellen, daß im Bündnis auf der gleichen Grundlage argumentiert werde.

3) Fast alle Delegationen, vor allem Briten und Italiener, schlossen sich meinen Ausführungen an.

Italiener baten um klarere Begrenzung des neuen Begriffs INF auf ausschließlich LRTNF, da sonst Verwirrung entstehen könne. Die Rolle der SCG in künftigen Verhandlungen müsse außerdem im SCG-Chairman's Report klarer definiert werden.

Der britische Vertreter betonte, daß die Null-Lösung nicht zum rüstungskontrollpolitischen Prinzip bei allen Verhandlungen über Nuklearwaffen werden dürfe, da sonst die Allianzstrategie gefährdet sei. Im übrigen unterstützte er meine Bemerkungen zur Notwendigkeit rascher Verhandlungsergebnisse durch schrittweises Vorgehen. Auf britischen, allgemein unterstützten Vorschlag wurde in dem Kapitel „scope of negotiations in a first phase" der letzte Absatz geändert. Statt „sea based systems will be excluded from the negotiations. This includes missiles and aircraft deployed on surface ships or submarines" heißt es jetzt „sea based systems will be excluded".

Niederländer sprach sich dafür aus, die Null-Lösung als Endziel eines länger andauernden Verhandlungsprozesses darzustellen und nicht als eine Alles-oder-Nichts-Option, die bei Zurückweisung durch die Sowjetunion fallengelassen werde.

Eagleburger warnte im Blick auf die niederländische Intervention eindringlich davor, jetzt in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als bereite man bereits Rückfallpositionen vor. Ein solcher Eindruck würde die Verhandlungsposition zur Null-Lösung von vornherein gefährden.

4) Zusammenfassung

(1) Eagleburger reagierte grundsätzlich positiv auf Änderungsvorschläge und Klarstellungswünsche der Bündnispartner. Er setzte damit bis zum Schluß der Vorbereitungsarbeit die kooperative amerikanische Grundhaltung fort.

(2) Der überarbeitete Progress Report mit den Anlagen wird in der überarbeiteten Form in Bonn vorgelegt.

(3) Das Public Posture Paper fand nur teilweise Zustimmung und soll daher nicht als abgestimmtes SCG-Papier veröffentlicht werden. Den Regierungen steht es frei, auf das Papier bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit zurückzugreifen. Die wichtigsten Passagen sollen im INF-Teil des Dezember-Kommuniqués[11] Verwendung finden.

(4) Soviet Claims on the INF-Balance

Dieses Papier wurde überarbeitet und für die Öffentlichkeitsarbeit als Hintergrundpapier freigegeben.

11 Vgl. dazu Ziffer 4 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel sowie die Ministererklärung vom 11. Dezember 1981 über INF-Modernisierung und Rüstungskontrolle; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 38 f. bzw. S. 43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 152 f. bzw. D 154 f.

5) Zukünftige Arbeit der SCG

Die SCG wird auch nach Beginn der Genfer Verhandlungen ihre Konsultationspraxis fortsetzen. Ich habe auf die politische Bedeutung dieser Konsultationen hingewiesen und die Amerikaner gebeten, die SCG möglichst häufig und regelmäßig einzuberufen. Die SCG-Mitglieder werden sich das nächste Mal am Rande der NATO-Ministertagung am 10./11.12.[12] zur Beratung des INF-Teils des Kommuniqués treffen. Bei diesem informellen Treffen besteht Gelegenheit, den nächsten Termin festzulegen.

Die an der SCG beteiligten Regierungen sollen im übrigen regelmäßig auch auf diplomatischem Wege über den Fortgang der Verhandlungen unterrichtet werden. Darüber hinaus werden Nitze oder Glitman auch den NATO-Rat in regelmäßigen Abständen unterrichten. Eine erste Unterrichtung ist für Mitte Dezember nach Abschluß der ersten Verhandlungsrunde vorgesehen.[13] (Vereinbarte bilaterale deutsch-amerikanische Kontakte bleiben von der allgemeinen Regelung unberührt.)

[gez.] Ruth

VS-Bd. 11402 (220)

334

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew

213-321.10 SOW-2740/81 VS-vertraulich **23. November 1981**[1]

Erstes Delegationsgespräch des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Breschnew am Montag, 23. November 1981, von 11.00 bis 14.00 Uhr[2]

Anwesend auf seiten des Bundeskanzlers: BM Genscher, BM Graf Lambsdorff, StS Becker, StS von Staden, Botschafter Meyer-Landrut, MD von der Gablentz,

12 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

13 Zur Unterrichtung des Ständigen NATO-Rats am 18. Dezember 1981 vgl. Dok. 380.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 23. November 1981 gefertigt und am selben Tag „zur Unterrichtung" an Staatssekretär von Staden geleitet. Dazu vermerkte Arnot: „In der Anlage lege ich den Gesprächsvermerk über das Delegationsgespräch am Vormittag des 23. November vor, das sicherheits- und rüstungspolitischen Themen und Fragen der internationalen Politik gewidmet war. Die Ausführungen Breschnews stellen eine wörtliche Übersetzung seines Sprechzettels dar, den Breschnews außenpolitischer Berater Blatow MD von der Gablentz überließ. Die Wiedergabe der Ausführungen des Bundeskanzlers ist mit dem Bundeskanzleramt abgestimmt. Das Bundeskanzleramt hat ein Vorab-Exemplar des Gesprächsvermerks erhalten, um die Zustimmung des Bundeskanzlers herbeizuführen."
Hat Staden laut Vermerk des Vortragenden Legationsrats von Butler vom 26. November 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13277 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu auch Dok. 335–340.

MD Pfeffer, Botschafter Ruth, VLR I Arnot, VLR I Höynck, Dolmetscher Weiß, Dolmetscher Scheel.

Auf sowjetischer Seite: Außenminister Gromyko, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, Archipow, Alexandrow, Blatow, Samjatin, Kowaljow, Bondarenko, Makarow, Tscherwow, Frau Doroschina, zwei Dolmetscher (Smirnow/Kurpakow).

Bundeskanzler: Sehr geehrter Herr Generalsekretär, sehr geehrter Herr Gromyko, sehr geehrter Herr Archipow, meine Damen, meine Herren. Im Namen der Bundesregierung und des deutschen Volkes möchte ich Sie in Bonn sehr herzlich willkommen heißen. Wir messen diesem Besuch, Ihrem dritten Besuch hier in Bonn[3], eine große Bedeutung bei. Es ist in den vielen Gesprächen, die wir im Laufe der letzten Jahre hatten, und in den noch zahlreicheren Gesprächen der Herren Genscher und Gromyko zweierlei sichtbar geworden: Zum einen, auf mancherlei Gebieten sind wir verschiedener Auffassung und haben verschiedene Interessen; zum anderen haben wir aber ein übergeordnetes Interesse an der Sicherung des Friedens und der Zusammenarbeit.

Seit über einem Jahrzehnt gibt es ein System von Vereinbarungen und Abmachungen zwischen uns, und wir haben uns bemüht, die Felder der Zusammenarbeit auszuweiten. Wir sind uns dabei bewußt, daß Sie eine Großmacht vertreten und wir einen Staat mittlerer Bedeutung.

Gleichwohl haben wir immer sehr offen miteinander gesprochen. In verschiedenen Eigenschaften war ich wohl fünf oder sechs Mal in meinem Leben in Moskau.[4] Zum ersten Mal war Herr Semjonow mein Gesprächspartner, der inzwischen Ihr Botschafter in Bonn ist.

Ich darf Ihnen sagen, daß ich seit dem Zweiten Weltkrieg es immer nicht nur als Sache der Vernunft, sondern des Herzens empfand, daß Deutsche und Russen, daß wir und die Sowjetunion, zusammenarbeiten sollen im Interesse des Friedens.

Sie befinden sich hier im Kabinettssaal, wo jeden Mittwoch die Kabinettssitzungen stattfinden. Der Generalsekretär nimmt den Platz ein, auf dem üblicherweise der Bundesminister der Finanzen[5] sitzt; Herr Gromyko sitzt auf dem Platz des Grafen Lambsdorff.

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 18. bis 22. Mai 1973. Vgl. dazu AAPD 1973, II, Dok. 145–152.
Ein weiterer Besuch fand vom 4. bis 7. Mai 1978 statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

4 Als SPD-Abgeordneter hielt sich Helmut Schmidt im Rahmen einer Urlaubsreise nach Aufenthalten in der ČSSR und Polen vom 25. Juli bis 6. August 1966 in der UdSSR auf und führte u. a. Gespräche mit dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Semjonow. Vgl. dazu SCHMIDT, Menschen, S. 22 und 25.
Als SPD-Fraktionsvorsitzender besuchte Schmidt die UdSSR erneut vom 20. bis 22. August 1969. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 288.
Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 28. bis 31. Oktober 1974 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1974, II, Dok. 309, Dok. 311 und Dok. 313–315.
Am 25. Juni 1979 führte Schmidt ein Gespräch mit Ministerpräsident Kossygin und dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 188.
Schmidt hielt sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 erneut in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

5 Hans Matthöfer.

Ich möchte auf die Bilder aufmerksam machen. Hier und im ganzen Haus befinden sich Bilder von solchen Malern, die die Nazis verfolgt haben, die sie für entartet erklärt haben. Es befindet sich darunter auch ein Maler russischer Herkunft: Jawlensky, auch er wurde von Hitler verfolgt.

Der Name Hitlers führt mich dazu, nochmals zu erwähnen, daß ich Ihren Besuch nicht nur sehe als eine Sache der Vernunft, sondern als eine Sache des Herzens. Der erste Vorsitzende meiner Partei nach dem Kriege[6] hat gesagt, wir müssen alles tun, damit die Schrecken der Vergangenheit sich nie wiederholen. Deswegen sind Sie jetzt zum dritten Mal in Bonn; ich begrüße Sie sehr herzlich!

(Ende der Einleitung des Bundeskanzlers um 11.09 Uhr.)

GS *Breschnew* begann seine Erwiderung mit einem Dank an den Bundeskanzler für alles das, was er gesagt habe. Er fuhr dann fort, indem er anhand eines vorbereiteten Sprechzettels (den Blatow anschließend MD von der Gablentz, Bundeskanzleramt, überließ) folgendes vortrug:

„In meinem eigenen Namen wie im Namen der mit mir gekommenen Genossen möchte ich zu allererst Sie, Herr Bundeskanzler, Herrn Genscher und die anderen hier anwesenden Kollegen und engsten Mitarbeiter von Ihnen begrüßen und meiner Genugtuung über die Tatsache dieses Zusammentreffens Ausdruck geben.

Wir haben immer Gesprächsstoff füreinander, besonders in einer so komplizierten und alarmierenden Zeit, wie sie die Welt jetzt erlebt.

Vor wenigen Tagen haben Sie, Herr Bundeskanzler, in einer Ihrer öffentlichen Erklärungen gesagt, daß Sie die Sowjetunion nicht als Feind, sondern als Nachbarn und Partner betrachten und hoffen, daß die Zusammenarbeit mit ihr sich in Zukunft weiter festigt. Diese Worte bin ich meinerseits zu hundert Prozent zu unterschreiben bereit insofern, als es unsere Einstellung zur Bundesrepublik Deutschland betrifft.

Genau in diesem Geist des gegenseitigen Respekts, der guten Nachbarschaft und Partnerschaft möchte ich auch meine Unterredungen mit Ihnen führen. Natürlich setzt dies auch vollkommene Offenheit voraus und die Bereitschaft, direkt und ohne Umschweife von dem zu sprechen, was heute jede unserer Seiten beunruhigt, die Bereitschaft, gemeinsam, gewissenhaft und unvoreingenommen einen Ausweg aus der bestehenden komplizierten Situation zu suchen.

Ich möchte vorschlagen, den Meinungsaustausch mit den internationalen Problemen zu beginnen, mit den wichtigsten und grundsätzlichsten Fragen der Friedenssicherung, der Abrüstung, der Entspannung. Bei der nächsten Unterredung könnten wir uns dann auf Fragen unserer bilateralen Beziehungen konzentrieren.

Haben Sie keine Einwände? Dann wollen wir so verfahren.

Es ist schwerlich zu ignorieren, in welchem Dilemma sich jetzt unsere unruhige Welt, und Europa wohl im besonderen Maße, befindet. Entweder wird der Rüstungswettlauf die Länder und Völker unausweichlich erdrosseln und die Gefahr eines Krieges uns zum Greifen naherücken – oder es wird gelingen, diese

6 Kurt Schumacher.

Entwicklung anzuhalten und den Fluß des internationalen Lebens in das Bett der Entspannung zurückzulenken.

Sie sind sicher auch der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß eines der akutesten Probleme, das alle Europäer beunruhigt, die Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa ist.

Ich will nicht im einzelnen auf die Entstehungsgeschichte dieser Frage eingehen oder die Kette der Ereignisse wiedergeben, die zum Entstehen der gegenwärtigen Situation geführt haben. Hier haben wir unterschiedliche Standpunkte. Aber eins will ich offen aussprechen: Es ist gerade der NATO-Beschluß[7] über die zusätzliche Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa, der dem ganzen Problem seine jetzige Schärfe verliehen hat.

Es ist ja eine Tatsache, daß die Aufstellung von zusätzlich rund 600 amerikanischen Mittelstreckenraketen in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern das jetzt vorhandene ungefähre Kräftegleichgewicht der Seiten auf grundlegende Weise zerstören würde. Für die Sowjetunion entstünde eine akute Gefahr von strategischer Bedeutung, und dies müßte uns zwingen, dementsprechende, nicht weniger ernsthafte Antwortmaßnahmen zu ergreifen.

Die neuen amerikanischen Waffen, um die es geht, sind Offensivwaffen, wie Sie ja selbst seinerzeit zutreffend bemerkt haben, Herr Bundeskanzler. Sie wären auf die Lebenszentren der UdSSR und ihrer Verbündeten gerichtet, und die Verfügungsgewalt über diese Waffen läge nicht in Ihrer Hand, Herr Bundeskanzler, und nicht in den Händen Ihrer westeuropäischen Nachbarn und Verbündeten. Sie läge in den Händen derer, die heute fast täglich mit (milde ausgedrückt) unverantwortlichen Erklärungen über die Entfesselung eines ‚begrenzten' Nuklearkrieges in Europa[8] an die Öffentlichkeit treten, wobei sie einen nuklearen Erstschlag für denkbar halten, und dergleichen mehr. Worauf in einer solchen Lage die Sowjetunion vorbereitet sein muß, ist nicht schwer zu verstehen.

Kann irgend jemand ernsthaft denken, daß dies im Endergebnis die Sicherheit Westeuropas festigen oder die Gefahr eines Nuklearkrieges in Europa reduzieren würde?

Die Repräsentanten der BRD haben wiederholt erklärt, daß von deutschem Boden niemals eine Gefahr für Frieden und Sicherheit der benachbarten Völker ausgehen wird. Wir haben diese Haltung mit Vertrauen aufgenommen. Aber wie vereinbart sich das mit der Bereitschaft, das Territorium der Bundesrepublik in eine Abschußrampe für die amerikanischen Raketen zu verwandeln, die zu Schlägen gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder bestimmt sind?

Es ist unschwer verständlich, daß das Erscheinen dieser Waffen auf dem Territorium der BRD und anderer westeuropäischer Staaten unser Vertrauen zu ihnen ernsthaft untergraben und eine Lage schaffen würde, aus der die unvermeidlichen Konsequenzen zu ziehen wären. Und wir möchten sie nicht ziehen, das sage ich Ihnen ganz offen. Wir sind dafür, daß sich die Beziehungen zwischen UdSSR und BRD in einer ganz anderen Richtung entwickeln.

7 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
8 Zur Debatte über die amerikanische Nuklearstrategie vgl. Dok. 324, Anm. 6.

Deshalb wird von der Haltung, die die Regierung der BRD zu all diesen Fragen letztlich einnimmt, sehr viel abhängen.

Lassen Sie uns doch versuchen, Herr Bundeskanzler, uns jetzt auf das Wesentliche zu konzentrieren: wie sich die Gefahr, die Europa droht, abwenden läßt.

In der Gemeinsamen Deklaration vom Mai 1978[9] haben wir beide festgestellt, daß annähernde Gleichheit und Parität für Verteidigungszwecke ausreichen. Wir sind auch jetzt noch der Auffassung, daß dieser Ansatzpunkt voll und ganz gerechtfertigt ist und weiter gelten soll. Dies ist der einzige Weg zu einem für alle annehmbaren Ausweg aus der Lage. Was nottut, ist nur, daß dies auch in Washington begriffen wird.

In genau einer Woche beginnen in Genf sowjetisch-amerikanische Verhandlungen.[10] Die Sowjetunion ist dabei unmittelbar beteiligt. Die BRD mittelbar, würde ich sagen. Auf jeden Fall ist sie keineswegs ein unbeteiligter Beobachter, denn seine neuen Raketen will Washington hauptsächlich auf ihrem Boden stationieren.

Es ist gut, daß die Verhandlungen beginnen. Aber wir haben, offen gesagt, keine Gewißheit, daß die andere Seite sie mit jenem Maß an Sachlichkeit, Ausgewogenheit und Verantwortung für ein produktives Ergebnis führen wird, welches die Lage erfordert. Das Verhalten der Amerikaner macht uns mißtrauisch.

Das, was sich ‚Doppel'-Beschluß der NATO nennt, wird allen Anzeichen nach in Washington einseitiger ausgelegt als von einigen europäischen NATO-Mitgliedern.

Wir hören jetzt von vielen Seiten, daß der NATO-Beschluß über die Raketenstationierung nur dann durchgeführt wird, wenn die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen nicht zu einer Vereinbarung führen. Aber die Amerikaner können schließlich vorsätzlich so prozedieren, daß es keine gibt.

Und es gibt bereits viele Anzeichen dafür, daß sie diese Haltung einzunehmen gedenken.

Ich fürchte, sie sind stärker daran interessiert, ihre Raketen um jeden Preis in Westeuropa zu stationieren, als eine ausgewogene Vereinbarung zu erreichen. Deshalb ist nicht auszuschließen, daß sie sich bemühen werden, die Verhandlungen so lange hinauszuzögern, bis der von ihnen selbst festgesetzte Termin für die Stationierung der Raketen heranrückt.

Ich will jetzt nicht in die Einzelheiten der bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen gehen, aber doch hier einige Erwägungen aussprechen, die vermutlich auch für die BRD von Bedeutung sind.

Vor allem zum Moratorium[11], das für die Dauer der Verhandlungen bis zum Abschluß eines ständigen Vertrages gelten würde. Im Westen – und wohl vor allem bei der Regierung der BRD[12] – hat man diesen Vorschlag sehr kühl auf-

9 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. des Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.

10 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

11 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

12 Vgl. dazu die Erklärung der Bundesregierung vom 25. Februar 1981; Dok. 61, Anm. 10.

genommen. Dabei hat er nur ein Ziel: den Verhandlungen zu nützen. Das Moratorium würde ganz einfach bedeuten, daß beide Seiten für die Dauer der Verhandlungen ihre nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa auf demjenigen quantitativen und qualitativen Stand belassen, auf dem sie jetzt sind, und sich auf die Suche nach Wegen zu einer Reduzierung des Niveaus der Konfrontation begeben. Es ist ja wohl klar, daß diese Suche erschwert ist, wenn die daran Beteiligten gleichzeitig eine fieberhafte Aufstockung ihrer jeweiligen Rüstungen betreiben.

Jetzt führen wir in Ergänzung und Weiterentwicklung dieses unseres Vorschlags ein neues wesentliches Element ein. Hierüber sprechen wir erstmalig. Wenn eine Vereinbarung über ein Moratorium vorliegt, wird die Sowjetunion bereit sein, nicht nur Anzahl und Qualität ihrer Raketen einzufrieren. Als Akt des guten Willens wären wir bereit, einseitig eine weitere Reduzierung der Anzahl unserer Mittelstreckenwaffen im europäischen Teil der UdSSR vorzunehmen. Auf diese Weise werden wir gleichsam im Wege der Vorleistung den Fortschritt zu derjenigen niedrigeren Zahl einleiten, über die sich die Seiten in Genf einigen können. Ich möchte hoffen, daß diese Bekundung unseres guten Willens in Bonn wie in Washington gebührend gewürdigt wird.

Was die Verhandlungen selbst betrifft, so werden wir auf ihnen nicht nur eine Begrenzung, sondern auch eine wesentliche Reduzierung der Mittelstreckenwaffen anstreben.

In welchen Dimensionen sich eine solche Reduzierung konkret verwirklichen lassen könnte, ist Gegenstand der Verhandlungen. Aber ich will schon jetzt sagen, daß es sich nach unserer Auffassung um eine Reduzierung der Mittelstrekkenwaffen nicht um Zehner-, sondern um Hunderter-Einheiten, um mehrere hundert Einheiten handeln kann. So beträchtliche Reduzierungen könnte man schrittweise durchführen, denn dies würde Zeit brauchen. Die Zeitschritte könnte man so ausbalancieren, daß für keine der Seiten ein Nachteil entstünde, sondern das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit zum Zuge käme.

Wir hoffen, daß dieses unser Vorgehen bei Ihnen auf Verständnis trifft und daß das Wort und der Einfluß der BRD auf eine für die Verhandlungen günstige Richtung – zu ihrem erfolgreichen Abschluß – hinwirken.

Selbstverständlich werden wir im Verlauf der Verhandlungen auch die Existenz der englischen und französischen Mittelstreckenwaffen zu berücksichtigen haben. Man muß nicht notwendigerweise deren Reduzierung anstreben, aber ihre Existenz muß bei der Gesamtbilanz unbedingt berücksichtigt werden. Schließlich ist allgemein bekannt, daß sie auf uns gerichtet sind.

Übrigens steht diese Frage in direktem Zusammenhang mit dem rechten Verständnis der Konzeption der sogenannten ‚Null-Variante' bei der Lösung des Problems nuklearer Mittelstreckenwaffen in Europa. Dieser Terminus wird ziemlich oft gebraucht, aber sehr verschieden interpretiert.

Bekanntlich ist gerade jetzt, im Vorfeld der Genfer Verhandlungen, Reagan mit seiner Variante an die Öffentlichkeit getreten.[13]

13 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington; Dok. 329, Anm. 8.

Der Vorschlag der Amerikaner ist höchst eigenartig. Äußerlich geht er sozusagen in anständiger Gewandung einher: Da soll es also in Europa weder amerikanische noch sowjetische Mittelstreckenraketen geben; die USA werden dafür in Europa von der Stationierung von etwas absehen, was da noch gar nicht stationiert ist: ihre neuen Raketen, und die Sowjetunion soll dafür alle ihre Mittelstreckenraketen liquidieren.

Nur daß Reagan dabei aus unerfindlichen Gründen ‚vergißt', daß es in Europa und den es umgebenden Gewässern schon lange Hunderte von Trägerwaffen – Flugzeuge mit nuklearen Bomben, see- und landgestützte Raketen – gibt, die den USA oder ihren NATO-Verbündeten gehören und auf die UdSSR und ihre Verbündeten gerichtet sind.

Mir fällt in diesem Zusammenhang ein, daß erst kürzlich eine angesehene Zeitschrift in der BRD sehr eindringlich berichtete, wie sorgfältig diese Waffen auf die größten Städte der UdSSR gerichtet sind und wie eine einzige Rakete eine Großstadt vernichten kann.

Und dabei haben USA und NATO bereits jetzt, wie ich des öfteren gesagt habe, einen Vorsprung bei diesen Waffen, wenn man in Sprengladungen rechnet. Und dazu keinen geringen Vorsprung: nämlich das Anderthalbfache.

Außerordentlich bedeutsam ist auch die Tatsache, daß die sowjetischen Mittelstreckenwaffen in Europa nicht in der Lage sind, das Territorium der USA zu erreichen, während alle NATO-Mittelstreckenwaffen Schläge auf das Territorium der UdSSR durchführen können.

Und all das sollen wir außer acht lassen, uns selber sollen wir schutzlos lassen? Wir sollen uns praktisch einseitig abrüsten?

Nicht wahr, Herr Schmidt, kein seriöser Politiker kann annehmen, daß ein solcher Vorschlag gemacht wird, um Einigung zu erzielen. Auch Sie, denke ich, nehmen das nicht an. Es sieht eher danach aus, daß er zum Zwecke der Vereitelung einer möglichen Vereinbarung gemacht wurde.

Mit einem Wort: Für einen Erfolg bei den bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen ist es notwendig, daß die USA auf ihnen eine wirklich realistische Position einnehmen. Und hierzu können in nicht geringem Maße die Verbündeten der USA und vor allem die BRD beitragen.

Wenn das Ziel sein soll, Europa überhaupt von allen, für einen Einsatz gegen Europäer bestimmten Kernwaffen – sofort oder schrittweise – zu befreien, sind wir dafür. Zur Erreichung eines solchen Ziels sind wir aktiv beizutragen bereit.

Einige Worte über das Problem der Begrenzung strategischer Waffen.

Wir sind bereit, die Verhandlungen über diese Frage unverzüglich fortzusetzen mit dem Ziel, beiderseitig annehmbare Vereinbarungen über die Begrenzung strategischer Waffen zu finden, natürlich unter Beibehaltung all des Positiven, was bisher auf diesem Gebiet erreicht wurde. Die Regierung der USA dagegen möchte den SALT-II-Vertrag[14], wie es aussieht, am liebsten völlig abschreiben

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

und hat es mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen ganz und gar nicht eilig.

Im Zusammenhang mit der Situation bei SALT geben uns, wie ich offen sagen möchte, die in USA zu hörenden Erklärungen zu denken, wonach die Vereinigten Staaten der militärisch stärkste Staat im Verhältnis zu jeder anderen Macht sein wollen. Und wir urteilen nicht nur nach Worten, sondern auch nach Taten. Es trägt nicht zu einer Verbesserung der Aussichten für die Begrenzung strategischer Rüstungen bei, daß die Regierung der USA offen auf eine Anfachung militärischer Vorbereitungen, auf jene Militärprogramme von ganz unerhörten Maßstäben setzt, mit denen sich die Washingtoner Administration derzeit hervortut.[15]

All dies ist ein ebenso aussichtsloser wie gefährlicher Kurs. Selbstverständlich wird die Sowjetunion eine Störung des in der Welt bestehenden militärischen Gleichgewichts nicht zulassen. Unser Volk ist standfest. Wenn es erforderlich wird, wird es alles Nötige unternehmen, um die Versuche der USA zur Erlangung militärischer Überlegenheit zu vereiteln.

Ich denke, wenn die SALT-Verhandlungen endlich beginnen und die USA echtes Interesse bekunden, dann ist es durchaus möglich, eine beiderseitig annehmbare Vereinbarung zu erzielen. Dafür müssen sich beide Seiten an das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit halten und alle ihre strategische Situation bestimmenden Faktoren in Rechnung stellen.

Jetzt zur Neutronenwaffe. Wir haben darüber bereits 1978 gesprochen, aber jetzt hat die Administration der USA beschlossen, mit ihrer Produktion in vollem Umfang zu beginnen.[16]

Offen gesagt, haben sich die Westeuropäer, darunter auch die BRD, als Taufpaten dieses außerordentlich gefährlichen Schritts der USA erwiesen. Denn die Regierung der BRD hat sich weder 1978 noch jetzt gegen die Stationierung von Neutronenwaffen auf ihrem Territorium ausgesprochen.

[17]Die akute Gefahr dieser Waffe sehen wir darin, daß sie die nukleare Schwelle senkt und das Risiko der Entfesselung eines nuklearen Konflikts steigert. Völlig klar ist auch, daß es sich um eine Offensivwaffe handelt. Sie als Defensivwaffe sehen zu wollen, würde bedeuten, ihren Einsatz gegen die eigene Bevölkerung von vornherein einzuplanen. Übrigens ist es möglich, daß die amerikanischen Strategen und Politiker in dieser Hinsicht die Bevölkerung Europas anders betrachten.

Nicht wir haben das Problem der Neutronenwaffe geschaffen. Aber nun, da es besteht, muß man sich mit ihm befassen. Die Produktion einer analogen Waffe aufzunehmen, ist für uns kein Problem. Aber wir schlagen einen anderen Weg vor: daß man sich auf der Grundlage der Gegenseitigkeit über den Verzicht auf diese Waffe verständigt.

15 Zur Entscheidung des Präsidenten Reagan vom 2. Oktober 1981 für eine Modernisierung der strategischen Rüstung vgl. Dok. 285.

16 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

17 Beginn der Seite 13 der Vorlage. Vgl. Anm. 38.

Für uns wäre es nützlich zu wissen, welche Haltung die Regierung der BRD zu diesem Vorschlag hat, und wie ganz allgemein ihre weiteren Absichten in bezug auf die Neutronenwaffe aussehen.

Jetzt einige Worte über das Madrider Treffen.

Wir beide, Herr Bundeskanzler, haben persönlich unsere Unterschriften unter die Schlußakte von Helsinki[18] gesetzt. Wenn ich mich recht erinnere, dann begann die Unterzeichnungsprozedur ja mit Ihnen. Die Führer vieler Länder sagten damals, hiermit sei eine solide Grundlage für eine friedliche Entwicklung Europas auf Jahrzehnte hinaus gelegt.

In der internationalen Politik wie im Leben ist es so, daß die eine nützliche und gute Sache eine andere hervorbringt. Auf dem Madrider Treffen, so scheint es, kann man sich über eine so nützliche und gute Sache wie die Einberufung einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa einigen.[19]

Im Grunde genommen braucht man nur noch das Haupthindernis, die Bestimmung des Anwendungsbereichs für die zukünftigen vertrauensbildenden Maßnahmen, zu beseitigen. Die Sowjetunion ist, wie ich sagen würde, sehr großzügig an diese Frage herangegangen. Wir haben unsere Bereitschaft erklärt, die vertrauensbildenden Maßnahmen auf das gesamte europäische Territorium der UdSSR, bis zum Ural, zu erstrecken.[20] Natürlich unter der Bedingung eines entsprechenden Gegenschritts auf westlicher Seite. Wie dieser Schritt konkret aussehen soll, das zu sagen haben wir den westlichen Ländern selber überlassen. Wir wollten es damit unseren Partnern erleichtern, einen gleichwertigen Vorschlag zu finden.

Aber da man nun einmal von uns so beharrlich fordert, daß wir unsere Meinung äußern, möchte ich erläutern, daß es nach unserer Auffassung um ganz Europa – Festland und Inseln – mit den angrenzenden See-(Ozean) Gebieten in entsprechender Breite und dem Luftraum gehen muß, um jenen Teil des Atlantischen Ozeans, der an Europa angrenzt.[21] Wir meinen nicht das Territorium der USA oder Kanadas. Die Grenzen der See-(Ozean) Gebiete und des Luftraums könnte man auf der Konferenz selbst konkretisieren. Denn das wird ja vom Inhalt der vertrauensbildenden Maßnahmen abhängen, über die man sich verständigen wird.

Es ist klar, daß nicht die Ufer- und Territorialgewässer gemeint sind, wo man höchstens sitzen und angeln kann. Wenn man ernsthaft über die militärischen Aktivitäten von Staaten in Seegebieten und Lufträumen redet, muß auch das Maß ihrer Bestimmung hier adäquat sein.

Kurz zu West-Berlin. In letzter Zeit haben sich die Leidenschaften darum gewissermaßen etwas gelegt, und das ist gut so. Es ist wichtig, daß das Vierseiti-

18 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

19 Ende der Seite 13 der Vorlage. Vgl. Anm. 38.

20 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

21 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 12.

ge Abkommen[22] normal funktioniert und daß es keine Versuche gibt, es auf seine Festigkeit zu testen.

Zum Abschluß meiner Darlegungen zur europäischen und Abrüstungs-Thematik möchte ich noch folgendes sagen:

Die Beunruhigung und Empörung der Europäer, wenn sie Erklärungen über die Möglichkeit der Entfesselung eines Nuklearkrieges und seiner ‚Begrenzung' auf Europa vernehmen, sind mir zutiefst begreiflich. Scheint Ihnen nicht auch, Herr Bundeskanzler, daß diese Doktrin des sogenannten begrenzten Nuklearkrieges, der Plan zur Stationierung neuer Arten von Raketen in Westeuropa und die Produktion der Neutronenwaffe Glieder ein und derselben Kette sind, die für Europa nichts Gutes verheißen?

Bitte verstehen Sie mich richtig. Ich möchte mich keineswegs in die Beziehungen der BRD zu dritten Ländern einmischen. Jeder hat seine eigenen Verbündeten und Freunde. Aber es steht zu hoffen, daß unsere Gedanken sich parallel bewegen, wo es um die höchsten Interessen unserer Länder, um den höchsten Wert der Menschheit: den Frieden geht.

Im Zusammenhang mit dem, was ich soeben gesagt habe, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den von der Sowjetunion auf der laufenden Tagung der VN-Generalversammlung eingebrachten Vorschlag lenken.[23] Sie sind sicher mit ihm vertraut. Sein Kern besteht darin, den Ersteinsatz von Nuklearwaffen zum schwersten Verbrechen gegen die Menschheit zu erklären. Ich meine, daß die Weltlage die Annahme eines solchen Vorschlages besonders aktuell macht.

Geschichte und Geographie haben es so gefügt, daß Europa das gemeinsame Haus sowohl für die Völker unserer beiden Staaten wie für andere Völker, die diesen Teil der Welt bevölkern, war, ist und bleiben wird. Wir alle waren Nachbarn schon vor der Entdeckung Amerikas. Aber diese Nachbarschaft hat nicht nur freundliche Gefühle erzeugt, sondern auch Feindschaft. Wieviel Blut ist auf dem Boden Europas vergossen worden, wieviel Metallgeklirr hat Europa gehört, von welchen Kriegsbränden ist es verbrannt worden!

Ich erwähne dies nicht nur deshalb, weil ich vom ersten bis zum letzten Tag an den Fronten des grausamsten aller Kriege, des Zweiten Weltkriegs, gestanden habe. Ich möchte unterstreichen, daß es endlich an der Zeit ist zu begreifen, daß Nachbarn lernen können und lernen müssen, in guter Nachbarschaft zu leben. Man muß alles Mögliche und Unmögliche tun, um sowohl das eigene Haus als auch unser gemeinsames Haus – Europa – vor neuen, noch furchtbareren Tragödien zu bewahren.

Jetzt würde ich gern, wenn Sie nichts dagegen haben, auf einige Probleme eingehen, die die Lage in anderen Regionen der Welt betreffen.

22 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

23 Der Vorschlag einer Erklärung, in der der Ersteinsatz von Kernwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit bezeichnet werden sollte, wurde vom sowjetischen Außenminister Gromyko in seiner Rede vor der VN-Generalversammlung am 22. September 1981 in New York unterbreitet. Für seine Ausführungen vgl. UN GENERAL ASSEMBLY, 36th Session, Plenary Meetings, S. 93. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 637 f.

Es gibt eine ganze Menge Spannungsherde auf unserem Planeten. Sie werden leider nicht weniger.

Zunächst zum Nahen Osten. Das Geschäft von Camp David[24] hat den Arabern keinen Frieden und keine Ruhe gebracht – übrigens auch Israel nicht. Schlimmer noch: Die Lage im Nahen Osten kompliziert sich weiter und wird immer gefährlicher.

Die von Washington proklamierte ‚strategische Zusammenarbeit' mit Israel[25] hat bei den Arabern Empörung hervorgerufen. Dies ist besonders verständlich, wenn man die frechen aggressiven Akte der Israelis gegen den Libanon und den Irak und jetzt auch noch ihre Ausfälle gegenüber Saudi-Arabien in Rechnung stellt. Die massierten militärischen Demonstrationen der USA in und um Ägypten[26] sind eine grobe Einmischung in die Angelegenheiten arabischer Staaten sowie eine Provokation gegenüber einer Reihe von Ländern, die diesem Gebiet benachbart sind, einschließlich der Sowjetunion.

Washington möchte seine Soldaten im Nahen Osten stationieren, in erster Linie auf dem Sinai. Und wer weiß nicht, daß amerikanische Soldaten mit Leichtigkeit dahin gehen, wohin sie können, aber nur schwer wieder weggehen! Mit einem Wort: Es wird zusätzliches feuergefährliches Material in die Region des Nahen Ostens gebracht, die sowieso schon mit potentiellem Sprengstoff übervoll ist.

All dies macht es, wie mir scheint, besonders erforderlich, die Suche nach einer wahrhaft gerechten und dauerhaften Friedensregelung im Nahen Osten zu aktivieren. Das ist jetzt, wenn Sie so wollen, eine Frage der allgemeinen Sicherheit.

Welche Haltung die Länder Westeuropas einschließlich der BRD einnehmen, ist uns bekannt. Offen gesagt, hat diese Haltung etwas von dem Versuch, das Unvereinbare zu vereinbaren: dem Aggressor und den Opfern der Aggression zu gefallen, das Geschäft von Camp David und eine allgemeine Regelung zu begrüßen. Aber Ihre Haltung ist ja wohl noch nicht endgültig ausgearbeitet?

Unsere Haltung kennen Sie sicher genau. Sie ist von uns mehrfach und absolut konsequent dargelegt worden. Die Grundsätze einer Regelung, für die wir eintreten, sehen keine Belohnung für den Aggressor vor, aber vermindern auch niemandes Sicherheit und Rechte – weder der Palästinenser noch Israels noch von irgend jemand sonst.

Die von uns vorgeschlagene Methode einer Regelung – im Rahmen einer internationalen Konferenz mit breiter Beteiligung aller interessierten Seiten[27] –

24 Zum Camp-David-Prozeß vgl. Dok. 3, Anm. 5.

25 Zur Vereinbarung zwischen den USA und Israel über eine „strategische Zusammenarbeit" auf militärischem Gebiet vgl. Dok. 265, Anm. 31.
Am 30. November 1981 unterzeichneten die Verteidigungsminister Sharon (Israel) und Weinberger (USA) ein „Memorandum of Understanding". In diesem wurde eine Bedrohung der Nahost-Region durch die UdSSR konstatiert. Um dieser zu begegnen, war eine militärische Zusammenarbeit vorgesehen, etwa durch gemeinsame Manöver. Gebildet wurden ein Koordinationsrat sowie Arbeitsgruppen, die sich mit der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung, beim Waffenkauf sowie mit Infrastrukturmaßnahmen und der Bevorratung von Rüstungsmaterial befassen sollten. Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2058, S. 45 f.

26 Zum Manöver „Bright Star" vgl. Dok. 301, Anm. 5.

27 Vgl. dazu die Äußerungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 739.

ermöglicht es nach unserer Auffassung, die ausgewogenste und dauerhafteste Lösung zu finden.

Übrigens zeugen die Ereignisse der letzten Zeit (z. B. die Erwägungen Saudi-Arabiens mit ihren letzten Präzisierungen[28]) davon, daß eine immer größere Zahl von Ländern sich der Suche nach einer realistischen Lösung anschließt.

Ein weiterer nützlicher und stabilisierender Faktor könnte sicher auch eine Vereinbarung über die Schaffung einer kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten werden – in einer für die Länder dieser Region annehmbaren Form. Unsere beiden Länder haben, wenn ich es recht verstehe, im letzten Jahr in der UNO eine wohlwollende Haltung gegenüber dieser Idee eingenommen.[29] Vielleicht lohnt es sich, die Bemühungen in dieser Richtung fortzusetzen?

Ich denke, es wäre nützlich, unsere Haltung zu Afghanistan zu erläutern. Offen gesagt, die Haltung des Westens zur Erzielung einer politischen Regelung setzt uns etwas in Erstaunen. Vielleicht klingt das paradox, aber es sieht so aus, als ob der Westen einen Abzug des sowjetischen Militärkontingents aus Afghanistan nicht wünscht. Jedenfalls spricht dafür die von Washington offen zugegebene Versorgung der afghanischen Konterrevolutionäre, die sich in Pakistan eingenistet haben, mit Waffen.[30]

Es ist schwer zu verstehen, warum Pakistan weiterhin den in verschiedenen Varianten angebotenen Gesprächen mit der DRA[31] ausweicht.

Meiner Ansicht nach weiß man im Westen schlecht Bescheid über die Vorschläge zu einer politischen Lösung, die die Regierung Afghanistans am 24. August d. J.[32] gemacht hat. Oder man will nicht Bescheid wissen. Dabei würde es sich lohnen, sie sorgfältig zu studieren.

In westlichen Ländern, darunter auch in der BRD, geht man für den Blockfreien-Status Afghanistans auf die Barrikaden. Aber warum muß man eine offene Tür einrennen? Afghanistan erklärt selbst, daß es ein blockfreies Land ist und dies zu bleiben gedenkt. Die Sowjetunion ist ebenfalls dafür.

Wenn die militärischen Einfälle und andere Formen der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans eingestellt werden und garantiert wird, daß sie nicht wiederaufgenommen werden, dann werden in Abstimmung mit der afghanischen Seite das Verfahren und die Termine – anders gesagt: der Zeitplan für den Abzug unserer Truppen – festgelegt. Um diesen ganzen Prozeß zu beschleunigen, muß in erster Linie Pakistan veranlaßt werden, eine realistische und konstruktive Haltung einzunehmen. Dazu könnte wohl auch die BRD ihr Scherflein beisteuern.

Buchstäblich nur zwei Worte zum Persischen Golf: Wir setzen nicht zum Sprung dahin an. Andere sind ja schon dahin gesprungen und haben allem Anschein nach keine Neigung, wieder wegzugehen. Wir dagegen haben unsere Vor-

28 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

29 Mit Resolution Nr. 35/147 vom 12. Dezember 1980 forderte die VN-Generalversammlung zum wiederholten Male die Einrichtung einer kernwaffenfreien Zone im Nahen Osten. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XIX, S. 245.

30 Zu Waffenlieferungen an afghanische Widerstandsgruppen vgl. Dok. 271, Anm. 33.

31 Demokratische Republik Afghanistan.

32 Zu den Vorschlägen der afghanischen Regierung vom 24. August 1981 vgl. Dok. 250, Anm. 9.

schläge über den Weg zur Normalisierung der Lage in diesem Gebiet ohne Einbuße für irgend jemandes Interessen und mit Gewinn für den Weltfrieden dargelegt.[33] Und wir möchten gern, daß diese Vorschläge, die wir Ihnen übergeben haben, vom Westen ernsthaft, ohne propagandistische Winkelzüge und Ausflüchte, geprüft werden.

Südostasien. Die Spannung dort wird von äußeren Kräften aufrechterhalten, die die Hoffnung immer noch nicht aufgegeben haben, die Regierung der Volksrepublik Kampuchea stürzen und Druck auf Vietnam ausüben zu können. Aber es ist nun wirklich an der Zeit, solche Spekulationen aufzugeben. Das Volk von Kampuchea hat seine Wahl getroffen, es wird weder die blutbefleckten Henker Pol Pots noch eine Museumsfigur wie Sihanouk wieder bei sich aufnehmen.

Wenn man die Länder Südostasiens nur in Ruhe ließe, wären sie durchaus in der Lage, ihre Probleme zu lösen.

Wir hatten schon mehrere Male einen Meinungsaustausch über China und seine Politik. Vielleicht hat ja Herr Genscher, der sich vor kurzem in Peking aufhielt[34], irgendwelche Nuancen mitbekommen. Bei uns jedenfalls bleiben die bisherigen Vorstellungen von den für die Interessen des Friedens gefährlichen hegemonistischen Bestrebungen Chinas auf der internationalen Bühne bestehen. Entspannung, Abrüstung und Frieden sind nach wie vor Worte, gegen die die chinesische Führung allergisch ist. Dies stellen wir beim Vorgehen des Westens zur Umrüstung der VR China in Rechnung.

Einen der kochenden Spannungsherde stellt der Süden Afrikas dar. Unter dem Schutz der USA stranguliert das rassistische Regime in Pretoria Namibia und beraubt die afrikanische Bevölkerung seines eigenen Landes elementarer Menschen- und Bürgerrechte. Die SAR[35] hat die Volksrepublik Angola angegriffen[36], eine Aggression verübt.

Mit gutem Zureden lassen sich Rassisten nicht zur Vernunft bringen. Offensichtlich muß man vor allem das aggressive Vorgehen der SAR gegen ihre afrikanischen Nachbarstaaten vereiteln. Man muß den unverzüglichen und vollständigen Abzug der Truppen und der Verwaltung der SAR aus Namibia erreichen. Die volle Herrschaftsgewalt in diesem Lande muß seinem Volk und dessen rechtmäßigen Vertretern in Gestalt der SWAPO übertragen werden.

Die Lage in Mittelamerika wird weiter angeheizt. Die USA geben sich Mühe, die Befreiungsbewegung mal im einen, mal im anderen Land dieser Region zu zerschlagen. Gegen Kuba werden Intrigen gesponnen. In böser Absicht werden Erfindungen über kubanische Aktivitäten verbreitet und von Drohungen aus Washington begleitet. Erst kürzlich sahen wir uns gezwungen, den Amerikanern

33 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 10. Dezember 1980 in Neu Delhi; Dok. 28, Anm. 14.
Vgl. dazu ferner seine Ausführungen auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 746 f.

34 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 5. bis 7. Oktober 1981 in der Volksrepublik China vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

35 Südafrikanische Republik.

36 Zur südafrikanischen Militäraktion gegen Angola vgl. Dok. 240.

wegen solcher Drohungen die passende Antwort zu erteilen und sie nachdrücklich daran zu erinnern, daß Kuba unser Freund ist.[37]

Washington verhehlt seine Feindseligkeit auch gegenüber dem revolutionären Regime in Nicaragua nicht, sondern unterstützt vielmehr auf alle erdenkliche Weise die Greueltaten der regierenden Junta in El Salvador und versucht, dem salvadorianischen Volk seinen Willen zu diktieren.

Aber das Erfordernis einer politischen Lösung für die Situation in El Salvador wird immer offenkundiger. Die Sowjetunion hat Verständnis für die Bestrebungen, die sich auf eine Beendigung des Blutvergießens in diesem Lande richten und auf die Erlangung einer gerechten Regelung, welche den Hoffnungen und Wünschen des salvadorianischen Volkes entspricht.

Probleme gibt es viele in der Welt, alle kann man nicht erwähnen. Aber auf die wichtigsten und aktuellsten Fragen bin ich wohl eingegangen. Ich will so schließen, wie ich angefangen habe: Daß alle Anstrengungen unternommen werden, um zu einem gegenseitigen Verständnis zu finden, den Frieden in Europa zu festigen, den Weltfrieden zu festigen ungeachtet aller Unterschiede in den ideologischen und sozialen Systemen, das halten wir für die einzig richtige und verläßliche Politik. Und wir rechnen für diesen Kurs auf Verständnis bei unseren westdeutschen Partnern."

Damit beendete Breschnew die Verlesung seines Sprechzettels. Während seines Vortrags hatte er mehrfach sich durch Rückfragen bei seinen Begleitern vergewissert, ob seine Aussprache deutlich genug sei und ob er seine Sache gut mache; beides wurde ihm regelmäßig von AM Gromyko bestätigt. Auch nach Beendigung seiner Darlegungen schloß er mit einer entsprechenden Frage an AM Gromyko, die dieser bejahte.

An der Stelle, wo Breschnew davon sprach (Seite 13[38]), auch für die SU wäre die Produktion der Neutronenwaffe unproblematisch, unterbrach er für einen Exkurs „außerhalb des Protokolls": Ein afrikanischer Staatsmann, der neulich zu Besuch in Moskau war, habe ihm gesagt, wenn die USA die Neutronenwaffe produzierten, würde auch die Sowjetunion dies tun müssen.

AM *Gromyko* ergänzte: Die Afrikaner geben uns richtige Ratschläge.

(Nach kurzer Pause wird die Sitzung um 12.55 Uhr fortgesetzt.)

Bundeskanzler: Zunächst möchte ich Ihnen für den sehr weitgespannten Überblick danken, der entsprechend den weltpolitischen Interessen der Sowjetunion die ganze Welt in den Blick gezogen hat. Besonders begrüßen möchte ich ein

37 Am 10. November 1981 wurde in der Presse berichtet: „Das sowjetische Parteizentralorgan ‚Prawda' hat am Montag warnend auf ‚gefährliche Folgen' hingewiesen, die ein ‚aggressives Vorgehen' gegen Kuba für die Vereinigten Staaten hätte. Der amerikanische Außenminister Haig habe vor kurzem in drohendem Ton deutlich gemacht, daß die Vereinigten Staaten ‚Strafaktionen' gegen Kuba vorbereiteten, schrieb das Blatt. Washington solle sich jedoch darüber im klaren sein, daß sich Kuba als Mitglied der sozialistischen Staatengemeinschaft auf die Hilfe und Unterstützung der sozialistischen Staaten und der ‚gesamten fortschrittlichen Menschheit' verlassen könne. Der sowjetische Verteidigungsminister Ustinow hatte schon in der letzten Woche mit ebenfalls nicht näher bezeichneten Folgen für den Fall gedroht, daß die Vereinigten Staaten gegen Kuba vorgehen sollten." Vgl. den Artikel „Moskau warnt Washington vor ‚Aggression' gegen Kuba"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. November 1981, S. 3.

38 Vgl. Anm. 17 und 19.

Wort in Ihren letzten Sätzen, mit dem Sie uns als Partner angesprochen haben. So sehen wir das auch; wir sind Partner in der Bewahrung des Friedens.

Sie haben eine Reihe von Krisengebieten in der Welt angesprochen. Zunächst zum Mittleren Osten. Wir haben mit den arabischen Staaten und mit Israel diplomatische Beziehungen, und in den allermeisten Fällen sind es gute Beziehungen. Es ist notwendig, daß die Sinai-Halbinsel voll an Ägypten zurückgegeben wird. Andererseits haben wir kürzlich einige Elemente im sogenannten Fahd-Plan positiv begrüßt.

Was Sie gesagt haben zum südlichen Afrika, zur Apartheid, zu Namibia findet unsere volle Zustimmung. Wie Sie wissen, bemühen wir uns gemeinsam mit Frankreich, Großbritannien, Kanada und den USA, einen Weg zur Herstellung voller Souveränität und Selbstbestimmung Namibias zu finden.[39] Wir wären Ihnen für Unterstützung unserer Bemühungen sehr dankbar.

In Südostasien haben wir keine eigenen Interessen. Mit großer Besorgnis verfolgen wir die unendlichen Leiden der Völker in dieser Region. Schon bisher haben wir mehr Flüchtlinge von dort, als wir eigentlich verkraften können.

Auch aus Afghanistan sind drei Millionen Menschen, ein Fünftel der Gesamtbevölkerung, geflüchtet. Manche sind in Deutschland angekommen. Ich möchte offen sagen, daß das Fortbestehen der militärischen Präsenz der Sowjetunion in Afghanistan das Vertrauen in die sowjetische Politik gefährdet. Der Vorschlag des Europas der Zehn[40] für eine Konferenz in zwei Phasen sollte den Weg zur politischen Lösung ebnen. Dieser Vorschlag sollte auf Ihrer Seite noch einmal geprüft werden.

(Breschnew wendet sich fragend an Gromyko wegen der Zehner-Initiative; Gromyko macht eine vage Bemerkung zur Beschreibung dieser Initiative.)

Nach unserer Auffassung muß für Afghanistan dasselbe gelten wie für die von Ihnen genannten Staaten in Mittelamerika. Es handelt sich um die Prinzipien der Nichteinmischung, der vollen Achtung der Souveränität, es handelt sich darum, daß keine Präsenz fremder Truppen stattfindet.

Sie haben China erwähnt und seine Verteidigungsrüstung. Ich will die Normalität unserer Beziehungen zu China hervorheben. Wir liefern an China keine Waffen. Wir liefern überhaupt keine Waffen an jemand außerhalb unseres eigenen Bündnisses.

Zu den großen Gefahren, die die Lage in der Welt gegenwärtig kennzeichnen, gehört die Weltwirtschaftskrise. Nicht nur in den Entwicklungsländern, auch Nordamerika, auch Westeuropa, auch Osteuropa hat sie voll erfaßt. Gestern im Auto[41] haben Sie gesagt, daß man sich in wirtschaftlichen Schwierigkeiten ge-

39 Zur Namibia-Initiative vgl. Dok. 367.

40 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

41 Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, notierte am 23. November 1981, nach Informationen des Bundeskanzlers Schmidt sei bei dessen Gespräch mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, während der Fahrt vom Flughafen Köln-Bonn nach Schloß Gymnich sowie auf Schloß Gymnich am Vortag die Atmosphäre „sehr angenehm" gewesen: „Breschnew verstand Reagan nicht und traute ihm nicht. […] Breschnew betonte, daß er sich mit Gromyko einig sei, daß von allen amerikanischen Präsidenten, die er erlebt habe, Nixon der beste gewesen sei. Er

genseitig helfen muß. Ich unterstreiche das. Es gilt bilateral, aber es gilt auch multilateral.

Alexandrow: So daß man auch auf multilateraler Ebene etwas tun muß!

BK: Ja! Die Hilfe für die Entwicklungsländer möchte ich ausdrücklich einbeziehen. Auch die Zusammenarbeit bei der Überwindung der Energieknappheit. Ich habe schon Herrn Gromyko gesagt, daß es mir leid getan habe, daß sich die Sowjetunion nicht an Cancún[42] beteiligt habe. Für spätere Gelegenheiten sollten Sie prüfen, ob es Ihre Interessen nicht gebieten, sich bei solchen Gelegenheiten nicht zu isolieren.

(Auf Frage Breschnews, worum es sich handele, erwidert Gromyko, es gehe um das kürzliche Treffen in Mexiko.)

Im bilateralen Bereich sind wir mit der energiepolitischen Zusammenarbeit durchaus zufrieden; wie überhaupt mit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wir wollen diese in Zukunft weiter ausbauen. Die Anwesenheit von Herrn Archipow und von Graf Lambsdorff betrachte ich dafür als ein äußeres Zeichen.

Sie haben früher den Vorschlag für eine europäische Energiekonferenz gemacht.[43] Ich halte das nach wie vor für sehr erwägenswert.

Sie haben den Hauptteil Ihrer Zeit auf die Frage der Abrüstung in Europa verwendet, ich möchte gerne antworten.

Sie haben den Doppelbeschluß erwähnt, der ab Ende 1983 zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenwaffen führen wird, wenn nicht bis dahin eine Einigung zustande kommt. Sie fühlen sich bedroht. Ich verstehe das sehr gut. Wir verstehen das deshalb so gut, weil auch wir uns seit 1977 in zunehmender Weise von sowjetischen Mittelstreckenraketen bedroht fühlen. Wir beide haben darüber gesprochen 1978 in Bonn, 1980 in Moskau, 1979 fand ein Gespräch mit Kossygin und Gromyko statt, und die Herren Genscher und Gromyko haben noch häufiger darüber gesprochen. Unsere Besorgnis muß Ihnen geläufig sein.

Ich habe verstanden, daß es Ihnen Schwierigkeiten macht, die amerikanische Politik auf diesem Felde zu verstehen. In Amerika hat es im Laufe der letzten zehn Jahre dreimal einen Präsidentenwechsel gegeben. Über strategische Waffen ist in dieser Zeit viele Male gesprochen worden. Bei Ihnen waren immer Sie und Herr Gromyko beteiligt. Auf US-Seite waren es vier Präsidenten: Nixon, Ford, Carter, Reagan. Sie sollten Präsident Reagan zu verstehen trachten als jemand, der weltpolitisch Nixon außerordentlich nahesteht. Nixons zweiter Sicherheitsberater Haig ist heute Außenminister von Reagan.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1805

hat den Vietnam-Krieg beendet, SALT I unterzeichnet und hätte noch viel Gutes tun können, wenn Watergate nicht gewesen wäre. […] Breschnew stimmte der Bemerkung des Bundeskanzlers zu, daß sich die weltwirtschaftliche Krise auch auf den Ostblock auswirkt, zum Beispiel Polen, Rumänien und die ČSSR. Er wollte aber Polen als Sonderfall sehen und schien dabei der Feststellung des Bundeskanzlers zuzustimmen, daß die Kirche in Polen eine mäßigende Rolle spielt. Zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten im Osten wie im Westen meinte er, daß man sich eben wie zum Beispiel durch das Gas-Röhren-Geschäft gegenseitig helfen müsse." Vgl. VS-Bd. 14101 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

42 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

43 Zur sowjetischen Initiative für eine gesamteuropäische Energiekonferenz vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Der vierfache Wechsel in Amerika, der mit der dortigen Verfassung[44] zusammenhängt, hat leider eine Verlangsamung des SALT-Prozesses mit sich gebracht. Wir Deutschen haben das genauso bedauert wie Sie. Darüber hinaus war es wahrscheinlich ein Fehler, daß in den SALT-Prozeß von Anfang an strategische Mittelstreckenwaffen nicht eingeschlossen wurden. Ich habe das Ford, Carter und Reagan gegenüber immer kritisch hervorgehoben. Was Reagan angeht, so bin ich überzeugt, daß dieser Präsident SALT wiederaufnehmen und zum guten Ende führen wird.

Ich bin auch überzeugt, daß er die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen für Europa mit Ernst führen wird. Sie haben gesagt, wir Deutschen seien nur mittelbar betroffen. Das ist zutreffend. Aber wir üben starken Einfluß aus. Das haben wir bisher getan; wir wollen es auch in Zukunft tun. Wir würden in diesem Zusammenhang niemals eine Verhandlungsstrategie akzeptieren, die zur Überlegenheit führen sollte. Wir haben Gleichgewicht, oder wie Sie sagen, gleiche Sicherheit, zum Prinzip unserer Politik gemacht – und das schon vor über zehn Jahren.

Sie haben vom sowjetischen Moratoriumsvorschlag gesprochen. Als wir beide zum ersten Mal über diese Probleme sprachen, hatte die Sowjetunion weniger als 50 Pionierraketen, die wir SS-20 nennen, jede mit drei Sprengköpfen. Das heißt, Sie hatten weniger als 150 Sprengköpfe auf SS-20, die Sie Pionier nennen. Heute gibt es über 250 SS-20 mit über 750 Sprengköpfen. Wir wissen, daß diese Sprengköpfe gerichtet sind auf diese Stadt, auf die Nachbarstadt Köln, auf meine Heimatstadt Hamburg und auf viele andere Städte in der Bundesrepublik und auf andere Ziele in Europa.

(Die Ausführungen des Bundeskanzlers werden durch ein längeres Zwiegespräch zwischen Breschnew und Gromyko unterbrochen.)

Deswegen wird ein Moratorium uns nicht befriedigen können. Es würde den bestehenden bedrohlichen Zustand festschreiben und würde nicht zu der von Ihnen mit Recht erwähnten Null-Variante führen können. Seit dem Doppelbeschluß vor zwei Jahren haben wir sowohl Ihnen gegenüber als auch gegenüber den USA und gegenüber unseren westlichen Partnern immer wieder auf Verhandlungen gedrängt. Wir sind sehr zufrieden, daß sie am nächsten Montag in Genf beginnen werden. Mit demselben freundschaftlichen Nachdruck drängen wir Sie, wie unsere amerikanischen Freunde, die Zeit zu nutzen. Nach meinen Berechnungen stehen knapp zwei Jahre zur Verfügung; sonst beginnt Ende 1983 bei uns und anderen westeuropäischen Staaten die Stationierung amerikanischer Raketen mittlerer Reichweite.

In einigen Zeitungen habe ich Spekulationen darüber gesehen, ob sich bei einem Regierungswechsel in Bonn diese Lage ändern werde. Sie müssen ganz sicher sein, daß jede Bundesregierung sich so verhalten wird. Im übrigen – zu einem solchen Regierungswechsel wird es nicht kommen.

Sie haben aus der Gemeinsamen Erklärung vom Mai 1978 die einvernehmlich gefundene Formel über annähernde Gleichheit und Parität erwähnt. Mit Ihnen halte ich die damalige Formel auch heute für eine notwendige Formel. Nach der

44 Für den Wortlaut der amerikanischen Verfassung vom 17. September 1787 in der Fassung vom 10. Februar 1967 vgl. CONSTITUTIONS OF NATIONS, IV, S. 1195–1214.

damaligen Erklärung hat die sowjetische Seite festgestellt, es bestehe ein ungefähres Gleichgewicht. Wir haben widersprochen, weil wir uns damals schon unter dem Druck der schon begonnenen Aufrüstung mit SS-20 befanden. Aber Sie werden wohl zustimmen, daß seit Mai 1978 die Zahl sowjetischer nuklearer Sprengköpfe auf Mittelstreckenraketen sich deutlich verändert, nämlich erhöht hat.

Sie haben auch richtig gesagt, daß Sie zukünftig amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa als strategische Bedrohung Ihres Landes ansehen.

(Breschnew: Diese Waffen werden eine Reichweite haben, die über die Hälfte des Territoriums der Sowjetunion treffen kann. Hierzu zusätzliche Bemerkungen Gromykos.)

Jedenfalls den europäischen Teil der Sowjetunion können sie erreichen. Genauso haben wir immer sowjetische Mittelstreckenwaffen als strategische Bedrohung für uns empfunden.

Ich möchte ein sehr persönliches Wort hinzufügen: Ich habe nie gedacht, daß Sie jemals auf den Druckknopf drücken werden. Aber die Existenz Ihrer strategischen Raketen, die uns vollständig auslöschen könnten, ist ein politisches Pressionsmittel, das schlimme Auswirkungen haben könnte. Deswegen setzen wir uns, wie Sie sagen, für die Null-Variante aus voller innerer Überzeugung ein. Das soll für verschiedene Waffen im Westen gelten – für verschiedene Waffen im Osten. Übrigens auch für verschiedene Mittelstreckenwaffen, die bei Ihnen gegenwärtig fabriziert werden, Waffen, die 500 und 900 km weit schießen können.

Wir setzen uns dafür ein, daß in der ersten Phase in den Genfer Verhandlungen Einigkeit über eine Null-Variante für bodengestützte Mittelstreckenwaffen erzielt wird.

(Breschnew: Wie ist das zu verstehen? Sollen wir alle Raketen bei uns wegräumen?)

Wenn Sie wünschen, daß es im Westen keine Raketen gibt, sollten Sie alle Ihre Raketen wegräumen. Ihr Konkurrent ist die Weltmacht Amerika. Warum sollen wir mit Ihren Mittelstreckenwaffen strategisch bedroht sein?

(Breschnew zu Gromyko: Dann sollen wohl bleiben die englischen und französischen Mittelstreckenwaffen, die Flugzeugträger und die Mittelstreckenbomber. Gromyko bestätigt dies gegenüber Breschnew.)

Es ist nötig, sich über die übrigen Mittelstreckenwaffen in Genf ebenfalls zu unterhalten.

(Gromyko zu Breschnew: Sie erkennen an, daß es auch andere Waffen gibt, die berücksichtigt werden müssen.)

Ich glaube, daß bei Flugzeugen und bei trägergestützten Waffen eine annähernde Parität und Gleichheit ausgehandelt werden sollte und ausgehandelt werden könnte.

Zu den U-Booten oder seegestützten Waffen ist mein Eindruck, daß sie in SALT zu verhandeln sind. Das ist Sache der beiden Großen. Herr Gromyko hat früher mir gegenüber gesagt, daß englische und französische U-Boote bei SALT zu verhandeln seien. Das ist nicht mein Gebiet; dazu will ich mich nicht äußern.

Mir scheint, wenn ich Ihre Skepsis gegenüber der Rede Präsident Reagans verstehe, daß die USA ähnlich wie Sie bei Ihrem eigenen Interview im „Spiegel“[45] davon ausgegangen sind, daß dies Eröffnungspositionen sind. Sie haben heute zu erkennen gegeben, daß Sie von Eröffnungspositionen auch zu Kompromißpositionen kommen wollen. Ich unterstelle dasselbe für die US-Administration. Mir ist klar, daß die US-Seite auch nicht akzeptieren kann, was Sie im „Spiegel“-Interview gesagt haben. Um so wichtiger ist es, daß man sich in Richtung auf Kompromisse zubewegt. So habe ich Ihre Bereitschaft zur einseitigen Verringerung sowjetischer Mittelstreckenwaffen in Europa verstanden. Wir Deutschen werden jede Reduktion begrüßen. Wir machen allerdings auf das Reichweitenproblem der Pionierraketen aufmerksam, diese beträgt 4000 km und mehr, so daß sie auch von jenseits des Ural nach hier schießen können.

Wir setzen uns ein für die Null-Variante bei bodengestützten Mittelstreckenwaffen und für Reduktionen bei Gleichgewicht bei luftgestützten Mittelstrekkenwaffen und bei seegestützten Waffen.

Die Neutronenwaffe ist gegenwärtig nicht aktuell; es ist kein drängendes Problem. Ich gehe davon aus, daß Sie solche Waffen auch produzieren können. Ich gehe ferner davon aus, daß sie sowohl für Verteidigungs- als auch für Angriffszwecke verwendet werden könnten. Ich gebe Ihnen Recht, solche Waffen können die nukleare Schwelle gefährlich absenken. Das gilt für alle taktischen Atomwaffen, auch für atomare Artillerie. Die Gefahr einer Überschreitung der Atomschwelle ist dann am kleinsten, wenn auch die konventionellen Kräfte im Gleichgewicht sind; d.h., wenn sich niemand durch konventionelles Ungleichgewicht zur Eskalation in den nuklearen Bereich gezwungen sehen kann.

Ich sage das alles als Vertreter eines Staates, der sich im Nichtverbreitungsvertrag[46] festgelegt hat, keine nuklearen Waffen zu besitzen; eines Staates, der fest entschlossen ist, sich an diese Verpflichtung zu halten. Aus dem gleichen Vertrag richten wir auch den Anspruch an die Nuklearmächte, daß sie ihre nukleare Rüstung verringern.

In diesem Zusammenhang einen Satz zum jüngsten Vorschlag, den die Sowjetunion in den Vereinten Nationen eingebracht hat. Wir glauben, daß man das allgemeine Gewaltverbot im Sinne der Charta der Vereinten Nationen[47] nicht verwässern sollte.

Sie haben, sehr verehrter Herr Breschnew, auch von Madrid gesprochen. In Madrid ist bisher recht gute Arbeit geleistet worden. Aber es fehlt noch ein letztes Stück. Madrid fußt auf der allgemein anerkannten Charta von Helsinki. Helsinki hat nicht von Seegebieten gesprochen, wohl aber von Europa. Ich bin kein Fachmann auf diesem Gebiet, aber ich verstehe, daß die Festlegung des Anwendungsbereichs für vertrauensbildende Maßnahmen gegenwärtig noch nicht gelungen ist. Mir scheint, daß eine Einigung möglich sein müßte, wenn beide Seiten aufeinander zugehen.

45 Für das Interview mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „‚Versetzen Sie sich mal in unsere Lage …‘“; DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 34–63.

46 Für den Wortlaut des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 785–793.

47 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an Verhandlungen erinnern, die sich festgefahren zu haben scheinen, nämlich die Verhandlungen über beiderseitige, gleichzeitige Verminderung der konventionellen Truppen in Europa.[48]

(Gromyko: Die Wiener Verhandlungen.)

Starke konventionelle Überlegenheit bei Truppen- und Panzermassen, die die Sowjetunion hat, ist einer der Gründe für die Schwierigkeiten bei allen diesen Verhandlungen.

Ich habe gerne gehört, was Sie über West-Berlin gesagt haben. Ich stimme dem ganz zu.

Ich möchte gerne mit einem Satz hinweisen auf die Zahl der Deutschen, die hier ihre angestammte Heimat suchen; die Zahl der Ausreisen hat sehr abgenommen. Vielleicht werde ich darauf im Gespräch im kleinsten Kreise nochmals zurückkommen.

Am Schluß haben Sie darüber gesprochen, daß wir in Europa in einem gemeinsamen Haus leben. Das ist ganz bestimmt richtig. Es gilt politisch; es gilt auch kulturell.

Wir haben seit Ende des Zweiten Weltkrieges die längste Friedensperiode in diesem Jahrhundert. Ich hoffe sehr, daß es Ihnen, anderen und uns gelingen wird, friedlich bis an die Grenze des nächsten Jahrhunderts zu gelangen und die Grundlagen dafür zu legen, daß Europa auch im nächsten Jahrhundert friedlich sein wird.

Ich spüre Ihren inneren Willen zum Frieden und ich hoffe, daß Sie unseren inneren Willen zum Frieden spüren.

Ich habe Reagan gesagt, der Leonid Iljitsch Breschnew will den Frieden; er will keinen Krieg. Ich möchte Ihnen sagen, der Reagan will auch den Frieden. Er hat Genscher und mir gesagt, ich will verhandeln, verhandeln und verhandeln, um zur Rüstungsbegrenzung zu gelangen. Ich würde Ihnen das nicht sagen, wenn ich nicht innerlich davon überzeugt wäre. Sie kennen mich inzwischen seit einer Reihe von Jahren. Ich habe Ihnen noch nie ein unwahres Wort gesagt.

Ich möchte Ihnen jetzt einen Brief übergeben, den ein mir unbekannter Deutscher geschrieben hat. Gestern schrieb er, daß sein Vater vor 40 Jahren im Krieg gegen Rußland gefallen sei. Es ist ein rührender Brief, ein Brief der Hoffnung auf Frieden ausdrückt. Er heißt Sie herzlich willkommen in unserem Land. Er hat ein rotes Herz dazu gemalt. Offensichtlich hat er es ernst gemeint, so wie ich es auch ernst meine.

Abschließend fand ein kurzer Meinungsaustausch zwischen dem Bundeskanzler, Breschnew und Gromyko darüber statt, wann das Gespräch am Nachmittag fortgesetzt werden sollte. Nach einem von Gromyko aufgenommenen Vorschlag sagte Breschnew, man könne um 18.00 oder um 18.30 Uhr wieder zusammen kommen. Man einigte sich auf 18.00 Uhr.

VS-Bd. 13277 (213)

48 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 372.

335

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

213-321.10 SOW-2799/81 VS-vertraulich **23. November 1981**[1]

Gespräch von Bundesminister Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko anläßlich eines Mittagessens am 23. November 1981 im Gästehaus Kiefernweg[2]

Bundesminister *Genscher* eröffnete das Gespräch mit der Frage, welche Eindrücke Außenminister Gromyko in seinen Gesprächen mit dem amerikanischen Außenminister in New York[3] zum Thema INF bekommen habe.

Gromyko: Wir haben hauptsächlich über Prozeduren gesprochen. Außenminister Haig war nicht bereit, auf die Substanz der Verhandlungen einzugehen.

Bundesminister: In der Atlantischen Allianz besteht eine besondere Gruppe zur Vorbereitung der INF-Verhandlungen.[4] Die Bundesregierung ist dort durch den Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Ruth, vertreten. In dieser Gruppe wird auch die weitere enge Abstimmung zwischen den Verbündeten während der Verhandlungen stattfinden. Wir sind an zügigen Verhandlungen interessiert. Aus der jüngsten Rede von Präsident Reagan[5] werden Sie, Herr Außenminister, auch entnommen haben, daß die SALT-Gespräche möglichst bald wiederaufgenommen werden sollen. In diesem Bereich strebt die amerikanische Regierung Reduzierungen an, um ein niedrigeres Niveau zu erreichen. Daraus erklärt sich die neue Bezeichnung START.

Gromyko: Das sind alles Worte, nicht Taten. Was Präsident Reagan vorgetragen hat, ist nach unserer Auffassung keine Basis für eine Vereinbarung über Waffen mittlerer Reichweite. Bei den strategischen Waffen kann es nach unserer Meinung nur noch um eine zahlenmäßige Formel gehen. Mit Präsident Carter haben wir über eine Begrenzung Verhandlungen geführt.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Bräutigam am 26. November 1981 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Bräutigam: „Ich weise darauf hin, daß infolge einer teilweise stark verkürzten Übersetzung manche Ausführungen Gromykos nur summarisch wiedergegeben sein mögen.“
Hat Staatssekretär Lautenschlager am 27. November 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 27. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „B[üro]St[aats-]Se[kretäre]: Kann mit Vorbehalt, daß Billigung durch BM noch aussteht, verteilt werden.“
Hat Staden am 2. Dezember 1981 vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 13277 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Besuch vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 334 und Dok. 336–340.

3 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

4 Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group“ (SCG) der NATO am 20. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 333.

5 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

Auch SALT I[6] hatte nur eine solche Bedeutung. Aber diese war erheblich. SALT II[7] ist von der neuen amerikanischen Administration praktisch getötet worden. Wäre der Vertrag in Kraft getreten, hätte er noch größere Bedeutung gehabt als der vorangehende. Dieser Vertrag enthielt auch wesentliche Elemente einer Reduzierung. Die jüngste Rede von Präsident Reagan besagt in dieser Hinsicht gar nichts.

Bundesminister: Wir halten es für wichtig, daß sich die beiden Supermächte Anfang 1982 an einen Tisch setzen und über diesen Komplex ihre Gespräche wiederaufnehmen.[8]

Gromyko stimmt zu. Es ist besser, Kontakte zu pflegen, als nichts zu tun.

Bundesminister: Wir unterstützen alle diese Kontakte.

Gromyko: Wir sind bereit, alles zu behandeln. Aber wir haben Zweifel, ob die Amerikaner zu ernsthaften Verhandlungen bereit sind. Mir ist nicht verständlich, was Sie, Herr Außenminister, an dem jüngsten Vorschlag von Präsident Reagan zu den Mittelstreckenraketen gut finden. Ebenso wie Präsident Reagan hat auch der Bundeskanzler nicht erwähnt, daß die Sowjetunion Verbündete in Europa hat. Die vorhandenen Waffen der Sowjetunion dienen dazu, alle unsere Verbündeten zu decken. Sie, Herr Außenminister, argumentieren, daß die sowjetischen Raketen auf Ziele in der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind. Dabei übersehen Sie, daß die schon vorhandenen amerikanischen Systeme in Europa die Sowjetunion und das Gebiet unserer Verbündeten erreichen.

Bundesminister: Die Amerikaner haben in den sechziger Jahren ihre Mittelstreckenraketen aus der Türkei abgezogen.[9] Der Bundeskanzler hat bereits darauf hingewiesen, daß der Aufwuchs der SS-20 die Lage quantitativ und qualitativ verändert. Unser Vorschlag geht dahin, daß beide Seiten auf landgestützte Mittelstreckenraketen verzichten sollten.

Gromyko: Unsere Verbündeten im Warschauer Pakt befinden sich in der gleichen Lage wie die Bundesrepublik. Beide Blöcke sind in der gleichen Lage. Aber es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen SU und USA. Die amerikanischen Mittelstreckenwaffen erreichen die Sowjetunion, während die sowjetischen Mittelstreckenwaffen die Vereinigten Staaten nicht erreichen können. Daher sind diese amerikanischen Waffen gleichbedeutend mit strategischen Waffen.

6 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Vgl. dazu auch die vereinbarten und einseitigen Interpretationen; DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 67 (1972), S. 11–14. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 398–404.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

8 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

9 Zum Abzug amerikanischer Raketen vom Typ „Jupiter“ aus der Türkei vgl. Dok. 198, Anm. 61.

Bundesminister: Wie ich bereits Generalsekretär Breschnew bei meinem Besuch in Moskau im April d. J.[10] gesagt habe, leben wir in der Bundesrepublik Deutschland. Die neuen sowjetischen Mittelstreckenwaffen sind auf uns gerichtet. Daher unser Interesse, daß beide Seiten auf Mittelstreckenraketen verzichten.

Gromyko: Präsident Reagan sprach von landgestützten Raketen. Ich frage mich, was mit den Nuklearwaffen tragenden Flugzeugen und den U-Booten geschehen soll. Mir kommt das alles wie Jonglieren vor.

Bundesminister: Sie schätzen die Haltung der Amerikaner falsch ein. Ich hatte während der Konferenz in Cancún[11] Gelegenheit, Präsident Reagan gut kennenzulernen.[12] Er war bei mehreren Essen mein Tischnachbar.

Gromyko: Ich kenne den Präsidenten nur flüchtig.

Bundesminister: Sie hätten eben nach Cancún kommen sollen. Ich hätte dann zwar nicht neben Präsident Reagan gesessen. Aber wegen einer guten Sache hätte ich gern darauf verzichtet.

Gromyko: Die Rede, die Präsident Reagan in Cancún gehalten hat[13], wirkte wie eine Hymne auf die wirtschaftsimperialistische Expansion, auf den kapitalistischen Wirtschaftsexpansionismus.

Bundesminister: Bei meinem Besuch in Moskau hatten Sie mir gesagt, daß die Teilnahme der Sowjetunion an der Konferenz von Cancún keine leichte Frage sei. Damals hatte ich den Eindruck, daß sich die sowjetische Regierung noch nicht endgültig entschieden hatte, wenn auch die Bedenken gegen eine Teilnahme größer schienen.

Gromyko: Sie haben ein feines Gespür.

Bundesminister: Was hat den Ausschlag dafür gegeben, daß Sie nicht teilgenommen haben?

Gromyko: Es gibt keine gemeinsame Sprache, überhaupt nichts Gemeinsames zwischen den kapitalistischen Teilnehmern und uns. Deren Hauptcredo ist die Stärkung des kapitalistischen Systems. Wir lehnen das ab. Die Länder der Dritten Welt müssen selbst entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Wir sind für strikte Nichteinmischung in dieser Frage. Die Amerikaner wollen doch nur, daß die Politik zu einer Stärkung ihrer privatwirtschaftlichen Interessen beiträgt.

Bundesminister: Der amerikanische Präsident war nur ein Teilnehmer von 22. Wenn Sie Differenzen mit den Amerikanern haben, so reicht das als Begründung für eine Nichtteilnahme kaum aus. Was mich in Cancún beeindruckt hat, war, daß verschiedene Länder sich über einige grundsätzliche Fragen verständigen konnten, z. B. über Bemühungen zur Verbesserung der Ernährungssituation in der Welt. Wir jedenfalls hätten eine Teilnahme der Sowjetunion sehr begrüßt.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

11 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

12 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 22. Oktober 1981 vgl. Dok. 305.

13 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan am 22. Oktober 1981 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 980–982.

Gromyko: Die Wahrheit ist, daß die Sowjetunion auf bilateraler Basis substantielle Hilfe an die Entwicklungsländer leistet. Allerdings zwingen wir niemandem etwas auf. Wir geben auch keine Ratschläge. Unsere Auffassung ist, daß die Frage der inneren Entwicklung dieser Länder ihre eigene Angelegenheit ist. Das bezieht sich auch auf die wirtschaftlichen Fragen. Ich sage noch einmal, wir waren befremdet über die Rede von Präsident Reagan. Sie war ein Credo auf den wirtschaftlichen Kapitalismus. Es genügt nicht, einfach mit der Hand auf den Tisch zu hauen.

Bundesminister: Das war in Cancún nicht so. Sie haben auch in dieser Hinsicht eine falsche Vorstellung von der amerikanischen Politik.

Gromyko: Wir haben das wie andere verstanden. Viele Teilnehmer der Konferenz waren nicht zufrieden. Die armen Länder haben keine einzige Mark von Cancún mit nach Hause gebracht.

Ich möchte jetzt noch einmal auf das Problem der Mittelstreckenwaffen zurückkommen. Wir haben uns mit den Amerikanern über den Beginn der Verhandlungen verständigt.[14] Aber ich sage offen, wir haben Angst, daß sie die Sache in die Länge ziehen werden, bis der NATO-Beschluß[15] durchgeführt werden soll. Sie werden dann sagen, wir haben uns nicht verständigt, und darum sind wir jetzt dafür, daß alle Raketen wie geplant stationiert werden. Wir haben die amerikanische Position so verstanden, daß sie jedenfalls für die Stationierung der Raketen sind. Die sowjetische Seite wäre froh, wenn die Bundesrepublik Deutschland einen nüchternen Blick auf den Fortgang der Verhandlungen werfen würde. Sie sollten an die mögliche Dauer denken, auch mit dem Blick auf ein Moratorium[16] und die Verringerung von bestimmten Waffen. Man muß an die Dinge vernünftig herangehen und sich nicht auf Formeln stützen. Formeln können nicht verbergen, was ist. Sie können nur für einige Zeit die Öffentlichkeit irreführen.

Bundesminister: Der Bundeskanzler hat sich zur Frage eines Moratoriums schon geäußert und dabei auf das Problem hingewiesen, das wir in der Festschreibung sowjetischer Überlegenheit sehen. Wegen der Reichweite der SS-20-Raketen hat er die Verwendung des Begriffs „Europa“ bei dem Komplex Mittelstreckenraketen vermieden. Der Vorschlag von Reduzierungen in Europa ist schon nach dem sowjetischen Vorschlag vom 6. Oktober 1979[17] erörtert worden. Aber natürlich ist es so, daß ein Stationierungsstopp auf der östlichen Seite die Genfer Verhandlungen erleichtern würde, zumal auf westlicher Seite bis 1983 gar nichts geschehen wird.

Wir setzen uns für eine zügige und konstruktive Verhandlungsführung ein. Nach den Gesprächen mit unseren Verbündeten haben wir keinen Zweifel, daß die amerikanische Delegation die Verhandlungen so führen wird, wie es in unserem Bündnis abgesprochen ist. Für uns ist der 30. November ein bedeutungs-

14 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

15 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

16 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

17 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296.

voller Tag. Wir wünschen, daß man später sagen kann, daß an diesem Tag die erste Seite eines neuen Kapitels aufgeschlagen worden ist.

Herr Außenminister, ich habe darauf verzichtet, eine Tischrede zu halten, weil dies kein offizielles Essen ist. Aber ich möchte zum Ausdruck bringen, daß die Gespräche und Begegnungen während des Besuchs sehr bedeutungsvoll sind. Erlauben Sie mir, mein Glas zu erheben und darauf zu trinken, daß dieser Besuch ein wichtiger Schritt für die deutsch-sowjetischen Beziehungen und für den Frieden in Europa wird.

Gromyko: Ich möchte Ihren Toast erwidern und auf eine gute Nachbarschaft unserer beiden Staaten trinken. Ich wünsche mir, daß dieser Besuch und unsere Verhandlungen nützlich sein werden.

VS-Bd. 13277 (213)

336

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew

Geheim **23. November 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Breschnew am 23. November 1981 von 18.00 bis 19.35 Uhr im Eichensaal des Schlosses Gymnich[2]

Anwesend: Die außenpolitischen Berater Alexandrow und Blatow, MD von der Gablentz, als Dolmetscher W. Smirnow und VLR Weiß.

Breschnew (liest ab): Sehr geehrter Herr Schmidt, wir sprechen öfter miteinander. Ich habe mit keinem westlichen Staatsmann so oft gesprochen wie mit Ihnen. Wir klammern die grundsätzlichen Probleme nicht aus. Wir konzentrieren

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 24. November 1981 gefertigt und am selben Tag an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Gablentz: „Lieber Herr von Braunmühl, als Anlage übersende ich Ihnen zur Unterrichtung des Bundesministers den vom Bundeskanzler noch nicht gebilligten Vermerk seines Vier-Augen-Gesprächs mit Generalsekretär Breschnew vom 23. November 1981. VLR I Arnot hat eine Kopie vorab erhalten.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14101 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Hat Braunmühl am 24. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Genscher am 26. November 1981 vorgelegen.
Am 7. Dezember 1981 übermittelte Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, Braunmühl „zwei neugefaßte Seiten zu dem Vermerk über das Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Breschnew vom 23. November 1981. Ich bitte, die entsprechenden Seiten auszutauschen.“ Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14101 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 27 und 30.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu auch Dok. 334, Dok. 335 und Dok. 337–340.

uns auf die Kernfragen. Das ist nicht zufällig so. Es entspricht dem realen Gewicht unserer beiden Länder. Aber für mich ist auch Ihre persönliche Einschätzung der Ereignisse von großer Bedeutung.

Wir haben uns kennengelernt und können daher direkt und offen über die Probleme sprechen. Das ist besonders wichtig in dem gegenwärtig nicht einfachen Zustand unserer Welt.

Ich beginne mit einer delikaten Frage, nämlich nach Ihrer Meinung über die Reagan-Administration. Ich selbst habe es mir zur Gewohnheit gemacht, über Leute nicht nach irgendwelchen Vorurteilen zu urteilen, sondern nach Tatsachen. Ich bemühe mich, meine Emotionen im Hintergrund zu lassen, auch wenn es mir – ehrlich gesagt – nicht leichtfällt.

Ich habe mit vielen amerikanischen Präsidenten sprechen können. Es fällt mir schwer, Präsident Reagan mit den anderen zu vergleichen. Er selbst und seine Administration benehmen sich so herausfordernd, ja übermütig. Ich persönlich kenne ihn nicht. Ich bin ihm einmal kurz in Kalifornien begegnet.[3] Aber wenn ich nach seinen Erklärungen und Handlungen urteile, müssen meine Eindrükke kompliziert und insgesamt nicht günstig sein. Sie erscheinen eher als Reflex eines Antikommunismus als einer rationalen Politik. Auch seine Berater sind keine Leckerbissen.

Man sagt mir, ich solle abwarten. Mit der Zeit und mit den Umständen wird sich auch Washington ändern. Das mag sein. Aber zu welchem Preis? Ein so großer Staat wie die USA kann sich nicht so benehmen, ohne daß seine Haltung eine Kettenreaktion in der Welt in Gang setzt. Welch ein Staat, der von uns verlangt, daß wir auf alle Überraschungen gefaßt sein müssen.

Handlungen der USA schaffen heute nicht nur komplizierte, sondern auch sehr gefährliche Situationen, und nicht nur für die, mit denen die USA eine Konfrontation sucht. Es wäre ein unverzeihlicher Fehler, die erklärte Zielsetzung der USA in Richtung auf Gewalt einschließlich nuklearer Waffen nur als Propaganda abzutun. Ich kann mich nicht entsinnen, daß jemand die SU mit solchem Zynismus behandelte oder daß solche militärischen Programme aufgebaut wurden, die auf den Zusammenstoß mit uns abzielen, wie es jetzt in Washington Mode geworden ist.

Wir haben leider den Eindruck, daß die Verbündeten der USA – einschließlich der Bundesregierung – nicht genügend Anstrengungen unternehmen, um auf den Kurs der USA einzuwirken und auf eine nüchternere Vorstellung der gegenwärtigen Welt und der Rolle Amerikas in der Welt. Gerade in den Fragen, die Krieg und Frieden berühren, sollte Westeuropa sich nicht mit der untergeordneten Rolle begnügen, sondern die eigene Stimme erheben. Frankreich und Deutschland zum Beispiel haben in Sachen Entspannung mit ihrer eigenständigen Politik wesentliche Erfolge erzielt.

Ich möchte nochmals betonen, daß wir keineswegs die Absicht haben, die Interessen der USA zu ignorieren oder militärische Überlegenheit anzustreben. Wir können aber auch nicht zulassen, daß man uns mit Füßen tritt. Wir fordern,

[3] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 18. bis 26. Juni 1973 in den USA auf.

daß man nicht nur auf uns, sondern auch auf unsere Verbündeten Rücksicht nimmt.

Die Sowjetunion hat beim letzten Parteitag[4] ihre Bereitschaft erklärt, den Dialog mit Europa und den USA aufzunehmen, um die internationalen Beziehungen wieder in normale Bahnen zu lenken und den Frieden zu festigen.

In unseren Gesprächen spielt die Frage der nuklearen Mittel mittlerer Reichweite eine zentrale Rolle, obwohl es sich um amerikanische Raketen handelt. Ich muß offen sagen, daß dieses Problem in nicht geringem Maße auch von Ihnen persönlich geschaffen wurde. Sie haben es sozusagen wachsen lassen. Das Problem ist leider nicht ohne Ihre Beteiligung in gefährlicher Weise aufgeblasen worden.

Raketen mittlerer Reichweite stehen bei uns seit über 20 Jahren. Sie waren die Antwort auf die FBS der Amerikaner in Westeuropa. Keiner hat unser Recht auf eine solche Antwort bezweifelt, bis man dann mit der künstlichen Dramatisierung der Mittelstreckenfragen begann. Die SU hat seit langem und nachdrücklich vorgeschlagen, auch die Frage der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa in die Verhandlungen aufzunehmen. Die USA sind der Diskussion ausgewichen. Die gegenwärtige Modernisierung der sowjetischen Mittelstrekkenraketen hat die Lage für die Bundesrepublik Deutschland in keiner Weise verändert. Die Reichweiten und die Ziele – es sind nur militärische Objekte – haben sich nicht geändert. Wenn man die SS-20 jetzt zu einer Superwaffe macht, trägt man dazu bei, Europa an die amerikanische Strategie des Erstschlags anzukoppeln.

Ich habe aber nicht die Absicht, Vorwürfe über Dinge zu machen, die der Vergangenheit angehören. Ich erinnere nur daran, weil heute auf der Bundesregierung ein großer Teil der Verantwortung lastet, dafür zu sorgen, daß nicht etwas geschieht, was nicht wiedergutzumachen ist. Wenn amerikanische Raketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland stationiert werden, kommt es zu einer Verschlechterung der gesamten Lage in Europa, die sich auch auf die bilateralen Beziehungen auswirken wird. Ich sage das, ohne etwas zu verbergen. Daher sollten wir uns doch ernsthaft überlegen, wie wir die Lage hier verbessern können. Wir sind zu einer Vereinbarung bereit, die die Zahl der Nuklearwaffen um einige hundert Einheiten verringert. Natürlich nur auf der Grundlage des Prinzips der Gleichheit und der gleichen Sicherheit, das heißt, die Reduzierung darf keinem einen Vorteil bringen, weder global noch regional. Das Gleichgewicht der Kräfte muß aufs Genaueste austariert werden.

Die Null-Variante, über die so viel geredet wird, ist schwer in der gegenwärtigen Situation zu verwirklichen. Man braucht aber für beide Seiten annehmbare Kompromisse, um die Lage zu entspannen und das Leben in Europa ruhiger zu machen. Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, im Bereich der Mittelstrekkenwaffen über das hinauszugehen, was die FBS und die englischen und französischen Potentiale ausbalancieren kann. Wenn sich die Zahl der die Sowjetunion bedrohenden Mittelstreckenwaffen verringert, dann können sich auch

[4] Der XXVI. Parteitag der KPdSU fand vom 23. Februar bis 3. März 1981 in Moskau statt. Vgl. dazu Dok. 78, Anm. 20.

unsere Raketen verringern. Somit hängt von der NATO das Niveau der ausbalancierten Rüstung auf beiden Seiten ab.

Schlimm wäre es, wenn die bevorstehenden Genfer Verhandlungen[5] so ähnlich wie die Wiener Verhandlungen[6] verlaufen, die sich schon seit mehreren Jahren im Leerlauf im Kreis drehen. Trotz großer sowjetischer Bemühungen, die Grundlage für einen Kompromiß zu finden, gab es keine Bereitschaft dafür im Westen. Als eigentliche Bremse der Wiener Verhandlungen erscheint mir der scholastische Streit über die Art und Weise, wie die Soldaten zu zählen sind. Es erscheint mir daher sinnvoll, militärische Fachleute[7] der beiden Länder zu beauftragen, außerhalb des Wiener Rahmens diese Fragen ruhig und offen zu behandeln. Vielleicht finden sie so eine annehmbare Lösung.

Sie verstehen, Herr Bundeskanzler, daß wir mit dritten Ländern normalerweise nicht über Polen sprechen. Aber bei der besonderen Vertraulichkeit dieses Gesprächs möchte ich es nicht umgehen. Unsere Position bleibt, was wir auch öffentlich gesagt haben. Es wäre Zeitvergeudung, dahinter verborgene Motive zu suchen. Das sozialistische Polen ist ein Freund und ein Verbündeter der UdSSR. Wir werden Polen nicht im Stich lassen. Das sozialistische Polen ist Bestandteil der Nachkriegsgestalt Europas. Seinen Bestand zu erschüttern, wäre ein Anschlag auf die sozialistische Gemeinschaft und auf den Bestand der Sowjetunion. Wir können das nicht zulassen. Die Führung der PVAP und die Regierung versuchen alles, um mit den Kräften Polens selbst die Krise zu überwinden. Dabei können sie natürlich auf die volle sowjetische Unterstützung rechnen.

Das Haupthindernis sind die extremistischen Kräfte, die die existierende Gesellschaftsordnung in Frage stellen. Ihr Ziel ist, das Land in Chaos und Anarchie zu führen. Hierbei inspirieren sie sich und werden aufgehetzt durch gewisse Kreise in den USA und auch in anderen westlichen Staaten. Mir ist natürlich die Erklärung der Bundesregierung bekannt, daß sie sich nicht einmischt. Diese vernünftige Einstellung muß aber in der Praxis auch eingehalten werden. Das gelingt offenbar nicht immer ganz. Eine Normalisierung der Lage in Polen liegt aber im Interesse aller Staaten des Kontinents, wenn man nicht auf Konfrontation, sondern auf gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit aus ist.

Über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR hat mich Honecker vertraulich informiert. Er hat berichtet, daß er beabsichtigt, mit dem Bundeskanzler zusammenzukommen.[8] Wir sind für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR. Daher begrüßen wir das in Aussicht genommene Treffen. Allerdings ist es schwierig, den Gedanken von sich zu weisen, daß die Bundesregierung selbst Hindernisse für diese Beziehungen aufbaut, indem sie versucht, sie in das Korsett irgendwelcher besonderen Beziehungen zu zwingen. Nach Meinung der DDR sollten keine aussichtlosen Versuche unternommen werden, die Beziehungen anders zu regeln,

5 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

6 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 372.

7 Die Wörter „militärische Fachleute“ wurden von Bundesminister Genscher hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

8 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

als es international üblich ist. Alles andere ist politischer Ballast, den man schnell über Bord werfen sollte.

Abschließend möchte ich der Regierung unter Ihrer Kanzlerschaft und der Koalition, die sie trägt, vollen Erfolg wünschen. Unsere politische Sympathie liegt auf Ihrer Seite, weil wir die Kontinuität der friedlichen Zusammenarbeit suchen und diese Zusammenarbeit im Interesse beider Staaten liegt und keinem schadet.

Schließlich noch eins: Sie haben die Frage der Ausreise sowjetischer Staatsbürger deutschen Ursprungs erwähnt. Die Entscheidung über den Ausreiseantrag ist natürlich eine Frage der inneren Zuständigkeit der sowjetischen Behörden. Anträge sowjetischer Bürger, die ausreisen wollen, werden bei uns wohlwollend geprüft. Aber es ist unrealistisch zu erwarten, daß die Sowjetunion sich auf irgendwelche Quoten festlegen läßt und dadurch vielleicht noch die Ausreise anreizt. Wenn hierüber viel Lärm gemacht wird, wirkt das nicht zugunsten der Sache. Wenn berechtigte Gründe vorliegen, wird die Ausreise genehmigt. Bis zum 20. November dieses Jahres sind 2977 Personen ausgereist oder haben ihre Ausreise genehmigt bekommen. Seit 1957 sind mehr als 68000 Personen ausgereist. (In Abweichung vom Manuskript fügt Breschnew bestätigend hinzu: Wir werden auch künftig so verfahren, daß wir Anträge genehmigen für Personen, die berechtigte Gründe haben.)

Bundeskanzler: Ich bin dankbar für die vertrauensvolle Offenheit. Ich habe seit vielen Jahren Vertrauen in Ihre Person.

Ich habe Präsident Reagan viermal getroffen, zweimal, ehe er im Amt war, und seit Amtsantritt zweimal ausführlich in Washington und in Ottawa.[9] Bei den ersten Treffen war deutlich, daß ihm die Probleme der internationalen Politik noch nicht vertraut waren. Er betrachtet die Welt noch mit den Augen eines Gouverneurs.[10] Viele seiner Äußerungen im Wahlkampf und insbesondere Äußerungen seiner Mitarbeiter haben mir nicht gefallen. Seitdem hat er sich mit wesentlichen Problemen vertraut gemacht und auch viel unter dem Einfluß der europäischen Verbündeten gelernt. Was ich heute morgen in der Delegationssitzung gesagt habe, ist meine innere Überzeugung. Unter der Last der weltstrategischen und der weltpolitischen Verantwortung hat sich die Regierung Reagan zu einer sehr verantwortungsbewußten und verantwortungsvollen Regierung entfaltet.

9 Der ehemalige Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien, Reagan, traf am 30. November 1978 zu einem Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt zusammen. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100(56), Bd. 47; B 150, Aktenkopien 1978.
Vom 19. bis 24. Juli 1979 befand sich Schmidt zu einem Privataufenthalt in den USA. Bei dieser Gelegenheit traf er „im informellen Rahmen“ mit Reagan zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schneppen, New York (German Information Center), vom 8. Dezember 1980; Referat 204, Bd. 115940.
Ferner fand am 20. November 1980 in Washington ein Gespräch statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 337.
Schmidt hielt sich vom 20. bis 23. Mai 1981 erneut in den USA auf. Zu den Gesprächen mit Reagan am 21./22. Mai 1981 vgl. Dok. 146 und Dok. 151.
Am 19. Juli 1981 fand ein deutsch-amerikanisches Regierungsgespräch in Montebello statt. Vgl. Dok. 209.

10 Ronald W. Reagan war von 1967 bis 1975 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien.

Ich habe verstanden, daß Sie sich Präsident Nixon zurückwünschen. Ich möchte Ihnen sagen, daß ich mir jedenfalls nicht Carter zurückwünsche, sondern mich mit Reagan sicherer fühle. Was Sie vielleicht als Zynismus empfunden haben, war mangelnde Übersicht und Urteilskraft, die aber beide inzwischen sehr schnell gewachsen sind. Ich hoffe sehr, daß Sie sich mit Präsident Reagan im nächsten Jahr treffen werden, vielleicht in der zweiten Hälfte. Sie werden einen Mann treffen, fast in Ihrem Alter, der keinen persönlichen Ehrgeiz mehr hat, der sicherlich kein Kriegstreiber ist und auch erkennen wird, daß Sie keiner sind. Es werden sich bei einem solchen Treffen zwei lebenserfahrene Männer gegenüberstehen, die sich von ihrer Lebenserfahrung her verstehen werden, ohne daß sie alle Zahlen kennen oder auf den Tisch legen müssen. Wenn ich mir als Vertreter eines mittleren Staates einen Rat erlauben kann, so ist es der, die USA nicht öffentlich zu stark anzugreifen. Das schlägt auf das Vertrauen zurück, das man Ihnen in der Welt entgegenbringt. Ich selbst habe Reagan beim letzten Treffen gesagt: Ihre Berater können über die SU sagen, was sie wollen. Ich kenne Leonid Breschnew und weiß, daß dieser Mann den Frieden will.

Ich werde Präsident Reagan informieren über das, was aus unseren Gesprächen weiterzugeben ist.[11] Ich werde auch Gelegenheit haben, ihm nach Weihnachten persönlich zu berichten.[12] Auch auf diesem Wege wird die Bundesregierung ihren Einfluß in Washington geltend machen. Der Einfluß aus Bonn geht übrigens in ähnliche Richtung wie der aus Paris und London. Vor unserem heutigen Treffen habe ich mich übrigens auch mit Mitterrand[13] und PM Thatcher[14] abgestimmt.

Zur Frage der Mittelstreckenwaffen und des Doppelbeschlusses möchte ich darauf hinweisen, daß Carter im Januar 1979 Callaghan, Giscard und mich mit dem Vorschlag überrascht hat, amerikanische Raketen nach Westeuropa zu bringen.[15] Die drei Europäer haben dies nur unter der Bedingung akzeptiert, daß der Sowjetunion gleichzeitig ein ernsthaftes Verhandlungsangebot über Mittelstreckenraketen übermittelt wird. Diese Absprache führte dann zum sogenannten Doppelbeschluß vom Dezember 1979.[16]

Ich habe mein politisches Schicksal öffentlich mit der ernsthaften Durchführung beider Teile des Doppelbeschlusses verknüpft.[17] Auch ich habe im achten Amtsjahr als Bundeskanzler – länger als jeder Bundeskanzler außer Adenauer – nichts mehr zu gewinnen. Wenn ich den Eindruck gewinnen sollte, daß die USA oder auch die SU nicht ernsthaft verhandeln wollen, werde ich schließlich zu-

11 Vgl. dazu das Telefongespräch am 25. November 1981; Dok. 342.

12 Bundeskanzler Schmidt führte am 5. Januar 1982 in Washington zwei Gespräche mit Präsident Reagan. Vgl. AAPD 1982.

13 Für die Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterrand am 7./8. Oktober 1981 in Latche vgl. Dok. 287, Dok. 288 und Dok. 290.

14 Zu den deutsch-britischen Konsultationen am 18. November 1981 vgl. Dok. 330 und Dok. 331.

15 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

16 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

17 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 16. Mai 1981 in Recklinghausen bzw. am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen; Dok. 153, Anm. 35.

rücktreten und das auch öffentlich unter Hinweis auf den wahren Grund des Rücktritts herausstellen.

Breschnew unterbricht: Für die Sowjetunion kann ich sagen, daß wir ernsthaft verhandeln wollen.

Bundeskanzler: Sie haben gesagt, daß seit 20 Jahren kein Vorwurf gegen die sowjetischen Mittelstreckenraketen erhoben wurde. Das trifft für die 60er und die erste Hälfte der 70er Jahre zu. Nach der Kuba-Krise[18] hatte Kennedy die amerikanischen Mittelstreckenraketen aus der Türkei, Italien und aus Großbritannien entfernt, und keiner nahm in Europa Anstoß daran, daß die SU mit den SS-4 und SS-5 praktisch ein Monopol an Mittelstreckenraketen hatte. Das lag daran, weil damals die USA die Überlegenheit bei den strategischen Waffen besaßen, wodurch ein Gesamtgleichgewicht hergestellt wurde. Mit SALT I und den Verhandlungen über SALT II[19] aber näherte man sich der Parität bei den strategischen Waffen. Es kam aber nicht gleichzeitig zu einer Einigung über die Mittelstreckenwaffen, insbesondere die SS-20 und den Backfire. Deswegen hat auch Ford in Wladiwostok[20] SALT II nicht finalisiert, obwohl das an sich möglich gewesen wäre.

Als wir 1978 zum letzten Mal in diesem Zimmer über dieses Thema sprachen, hielten Sie ein ungefähres Gleichgewicht für erreicht.[21] Seitdem ist die Zahl der sowjetischen Mittelstreckenraketen ungefähr gleich geblieben, die Zahl der Sprengköpfe aber nahm von etwa 700 auf 1100 zu.

Ich bin tief überzeugt, daß Sie ebensowenig auf den nuklearen Druckknopf drücken werden wie Reagan. Ich halte auch nicht viel von den Doktrinen über Erstschlag oder Zweitschlag. Aber das politisch-psychologische Risiko für Europa durch den Zuwachs der Sprengköpfe, die auf Westeuropa gerichtet sind, muß ich leider sehr hoch veranschlagen.

Sie haben gesagt, daß es zu einer schlagartigen Verschlechterung der Lage in Europa kommen wird, wenn die amerikanischen Raketen in Europa stationiert werden. Das fürchte ich genauso. Gerade deswegen setze ich mich für die Null-Variante ein und dafür, daß dann hier keine Raketen mehr stationiert zu werden brauchen, die Ihr Territorium erreichen. Ich stimme Ihnen zu, daß eine Reduzierung der übrigen FBS keiner Seite einen Vorteil bringen darf und genau austariert werden muß.

Zu Polen wissen Sie, daß ich mit Gierek sehr befreundet war und mich dem polnischen Volk eng verbunden fühle. Aus dieser inneren Zuneigung und auch weil Sie recht damit haben, daß die Normalisierung im Interesse aller Europäer liegt, haben wir dieses Jahr 1 Milliarde DM zur Verfügung gestellt. Auch im

18 Zur Kuba-Krise vgl. Dok. 198, Anm. 61.

19 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. Dok. 286, Anm. 22.

20 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

21 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143. Vgl. dazu ferner die Gemeinsame Deklaration vom 6. Mai 1978; BULLETIN 1978, S. 429 f.

nächsten Jahr werden wir wieder einige hundert Millionen DM zahlen müssen, weil die Polen ihren Kredit nicht zurückzahlen können. Ich stimme Ihnen zu, daß die Polen ihre Probleme selber und allein lösen müssen. Wir mischen uns gewiß nicht ein.

Zur DDR: Als Willy Brandt mit Honecker den Grundvertrag[22] aushandelte, konnten einige Fragen nicht gelöst werden. Wenn man juristisch an die Probleme herangeht, sind sie auch heute noch nicht zu lösen. Wir wollen den Grundvertrag voll anwenden und durch praktisches Handeln zu einer Normalisierung der Beziehungen gelangen. Die DDR bekommt von uns eine ganze Menge harte Devisen. Das wird auch so bleiben. Aber sie sollten unseren Rentnern die Reisen in die DDR wieder ermöglichen, die durch die höheren Umtauschquoten[23] so teuer wurden, daß nur die Hälfte der Reisen zustande kam.

Ich danke Ihnen sehr, daß Sie das beabsichtigte Treffen begrüßen. Vielleicht kann ich auch Herrn Honecker Ihre Grüße ausrichten. (Breschnew bittet darum.)

Ich habe mich auch gefreut über Ihre positive Beurteilung der Außenpolitik der sozial-liberalen Koalitionsregierung. Wir wollen auch in Zukunft die Entspannungspolitik fortsetzen, auch mit dem Ziel, daß wir dann auch keine Angst zu haben brauchen vor militärischer Überlegenheit und politischem Druck.

Ich habe gut verstanden, daß Sie keinen Lärm um die Ausreiseanträge in die Bundesrepublik Deutschland schätzen. Die von Ihnen genannten Zahlen stimmen mit unseren etwa überein. Ich stimme zu, daß die Genehmigung von Anträgen natürlich eine souveräne Zuständigkeit der Sowjetunion ist. Trotzdem bitte ich Sie sehr herzlich zu prüfen, ob es nicht möglich ist, die relativ geringe Zahl der Ausreisen dieses Jahres wieder auf die Zahlen der vergangenen Jahre zu erhöhen. Es gibt nach unseren Informationen noch etwa 100 000 Ausreisewillige. Ihnen die Ausreise zu genehmigen, sollte der Regierung eines 250-Millionen-Volkes nicht so schwerfallen. Ich möchte diese Frage bei Ihnen sehr ernsthaft zur Sprache bringen – auch aus meiner moralischen Verpflichtung gegenüber diesen Menschen heraus.

In dem Zusammenhang möchte ich noch erwähnen, daß einer meiner Mitarbeiter einem Ihrer Mitarbeiter eine Reihe von humanitären Einzelfällen namhaft machen wird, um deren wohlwollende Prüfung wir bitten.[24]

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

23 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

24 Ministerialdirektor Pfeffer legte Staatssekretär von Staden am 20. November 1981 verschiedene Listen vor. Neben vier Papieren zu Einzelfällen waren dies „drei Listen von dringenden Fällen der Familienzusammenführung und Besuchsreisen", die von der Botschaft in Moskau erstellt worden waren, ferner Listen des Deutschen Roten Kreuzes und des Petitionsausschusses des Bundestags. Dazu vermerkte Staden am 24. November 1981 handschriftlich: „Listen am 24.11. 16.15 [Uhr] Herrn Kowaljow im Beisein von Herrn Ussytschenko übergeben." Vgl. Referat 213, Bd. 133280.
Referat 213 notierte am 27. November 1981, nach Auskunft des Bundeskanzleramts vom Vortag seien am 23. November 1981 drei Einzelfälle „nach dem Vier-Augen-Gespräch des Bundeskanzlers von Ministerialdirektor von der Gablentz an Herr Alexandrow oder an Herrn Blatow" übergeben worden. Vgl. Referat 213, Bd. 133187.

Außerdem möchte ich Sie auf zwei Fälle hinweisen, die sich nicht auf Deutsche beziehen, die aber dem internationalen Ansehen der Sowjetunion, insbesondere unter den Wissenschaftlern, abträglich sind, den Fall der Ausreiseverweigerung für die Stieftochter von Professor Sacharow[25] und den Fall von Professor Orlow[26].

Eine letzte Bemerkung, Herr Generalsekretär: Ich glaube, wenn Sie die acht Jahre überprüfen, in denen wir uns sechsmal getroffen haben, werden Sie keinen Punkt finden, in dem ich Sie getäuscht habe. (Breschnew bejaht nachdrücklich.) Daher bitte ich Sie, auch sehr ernst zu nehmen, was ich Ihnen hier in dieser mehr vertraulichen Atmosphäre gesagt habe. Es wird sicherlich auch im Westen [27]Leute geben, die den Eindruck erwecken wollen, als führte ich hier bei diesem Treffen in Bonn Gespräche hinter dem Rücken der westlichen Verbündeten. Ich nehme das in Kauf, weil ich fest davon überzeugt bin, daß dieser direkte Meinungsaustausch tatsächlich dem Frieden dient. Nichts liegt mir mehr am Herzen.

(*Breschnew*: Ich bin voll einverstanden.)

Breschnew: Im Jahre 1978 hatte die Sowjetunion 533 und heute hat sie 496 landgestützte Raketen, die nach wie vor innerhalb der sowjetischen Grenzen stationiert sind. Bei einer Verringerung der Zahl der Raketen und der Gesamtsprengkraft ihrer Ladungen hat sich bei uns im Zuge der Modernisierung die Zahl der Raketengefechtsköpfe etwas erhöht. Eine ähnliche Entwicklung gab es auch auf seiten der NATO. In England ist ein neues gemirvtes Unterseeboot in Dienst gestellt worden. In Frankreich sind neue Raketen vom Typ „S-3" und ein weiteres raketenbestücktes Unterseeboot in Dienst gestellt worden. Insgesamt jedoch hat sich an der annähernden Gleichheit beider Seiten nichts verändert.

25 Ministerialdirektor Pfeffer vermerkte am 29. Oktober 1981: „Mit einem Schreiben vom 9. Oktober 1981 […] hat sich der nach Gorkij verbannte Professor Andrej Sacharow mit der Bitte an den Herrn Bundeskanzler gewandt, das Ausreiseanliegen seiner Schwiegertochter Jelisaweta Alexejewa gegenüber Generalsekretär Breschnew […] anzusprechen. Jelisaweta Alexejewa möchte zu ihrem Ehemann in die Vereinigten Staaten ausreisen. Mit Schreiben vom 19. Oktober 1981 hat sich inzwischen auch der in den USA lebende Schwiegersohn von Professor Sacharow […] unter Hinweis auf den vom letzteren geplanten Hungerstreik mit der Bitte um eine deutsche Intervention beim Breschnew-Besuch an Frau Staatsminister Dr. Hamm-Brücher gewandt." Vgl. VS-Bd. 13301 (213); B 150, Aktenkopien 1981.
Staatssekretär von Staden notierte am 2. November 1981, er habe den Fall am 30. Oktober 1981 in Moskau mit dem sowjetischen Ersten Stellvertretenden Außenminister Kornienko erörtert. Dieser habe erklärt, daß „es sich nicht um die Schwiegertochter von S[acharow] handele. Der infrage stehende Mann sei ein Sohn von Frau Sacharow aus einer früheren Ehe. Er sei zur Zeit seiner Ausreise in die USA auch mit einer anderen Frau verheiratet gewesen und behaupte nun, mit Jelisaweta Alexejewa verlobt zu sein." Vgl. VS-Bd. 13301 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

26 Der sowjetische Atomphysiker und Dissident Orlow, der die „Helsinki-Gruppe" zur Überwachung der Einhaltung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in der UdSSR leitete, wurde am 10. Februar 1977 verhaftet. Vgl. dazu AAPD 1977, I, Dok. 36.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Kühn notierte am 23. Mai 1978, Orlow sei am 18. Mai 1978 wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda" zur Strafe von sieben Jahren Arbeitslager und zu anschließender fünfjähriger Verbannung verurteilt worden. Vgl. Referat 213, Bd. 133086.

27 Beginn des von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1981 übermittelten neu gefaßten Teils der Gesprächsaufzeichnung. Vgl. Anm. 1.

Die Modernisierung der sowjetischen Systeme hätte ihrem Umfang nach geringer sein können, wenn der Westen unsere Vorschläge aus den Jahren 1979 und 1980[28] angenommen hätte und in Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen eingetreten wäre. Der Modernisierungsprozeß kann auch jetzt noch gestoppt werden – es genügt, ein Moratorium für Mittelstreckensysteme[29] zu realisieren, wie wir es vorschlagen.

Die hartnäckige Weigerung, die sowjetischen Vorschläge sachlich zu prüfen, kann nur den Verdacht verstärken, daß die USA und gewisse andere NATO-Mitglieder sich das Ziel gesetzt haben, ihre Raketenpläne um jeden Preis zu verwirklichen. Ich verstehe nicht, weshalb die BRD es nötig hat, sich auf dieses höchst riskante Unternehmen einzulassen.

Bundeskanzler: Haben Sie keine zusätzlichen U-Boote in Dienst gestellt?

Breschnew: U-Boote sind in die SALT-II-Vereinbarung eingeschlossen.

Bundeskanzler: Ich weiß, daß Sie sich an die SALT-II-Vereinbarung halten, allerdings mit der Ausnahme, daß Sie noch keine Raketen außer Dienst gestellt haben. Ich will das aber nicht kritisieren. Ich bitte nur zu verstehen, daß ich die SS-20-Raketen als im wesentlichen auf Deutschland gerichtet empfinden muß. (Breschnew: So brauchen Sie das nicht aufzufassen.) Solange Sie an der Spitze der Sowjetunion stehen, was Sie hoffentlich noch viele Jahre tun werden, kann ich darauf vertrauen, daß Sie mich nicht unter Druck setzen. Aber eines Tages wird es Nachfolger geben, die nicht mehr dasselbe Vertrauen zueinander haben.[30]

VS-Bd. 14101 (010)

28 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. Oktober 1979 in Ost-Berlin; BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 161–167. Vgl. dazu auch AAPD 1979, II, Dok. 287 und Dok. 296. In einem deutsch-sowjetischen Regierungsgespräch am 1. Juli 1980 in Moskau schlug die UdSSR die Aufnahme von amerikanisch-sowjetischen Gesprächen über Mittelstreckensysteme unter Einbeziehung von FBS vor. Vgl. AAPD 1980, II, Dok. 193.

29 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

30 Ende des von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, am 7. Dezember 1981 übermittelten neu gefaßten Teils der Gesprächsaufzeichnung. Vgl. Anm. 1.

337

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

D 2-213-321.10 SOW **23. November 1981**[1]

Gespräch Bundesminister – Außenminister Gromyko vom 23. November 1981 von 18.00 bis 19.30 Uhr[2]

Bundesminister, Staatssekretär von Staden, Dr. Pfeffer, Dr. Ruth, Dr. Bräutigam, Dr. von Braunmühl.

AM Gromyko, Kowaljow, Bondarenko, Makarow, Terechow.

Genscher: Ich möchte auf die Frage des Generalsekretärs Breschnew von heute morgen zurückkommen, welche Eindrücke ich von meinem Besuch in China mitgebracht hätte. Dies war mein dritter Besuch in China.[3] Meinen ersten Besuch habe ich Ende 1973 ausgeführt. Bei jedem meiner Besuche war die chinesische Führung eine andere. Meinen Gastgeber, den Außenminister[4], kannte ich schon von verschiedenen Gelegenheiten. Deng habe ich zum ersten Mal getroffen. Ich hatte auch eine längere Unterhaltung mit dem Ministerpräsidenten[5].

In allen Gesprächen ist mir die stärkere Hinwendung der chinesischen Führung auf die inneren Probleme des Landes und die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung aufgefallen. Die chinesischen Gesprächspartner haben mir gesagt, daß sie eine Reihe von wirtschaftlichen Vorstellungen und Annahmen hätten korrigieren müssen, weil sie sich als unrealistisch erwiesen hätten. Nach meinem Eindruck wird die chinesische Führung auf lange Zeit mit der Überwindung der wirtschaftlichen Probleme beschäftigt sein. Der Ministerpräsident hat diese Probleme in sehr klarer Weise dargelegt. Der Unterschied zu meinen früheren Besuchen war sehr deutlich. Damals haben sich die Chinesen auf außenpolitische Themen konzentriert.

Die chinesische Seite widmete dem Verhältnis der Volksrepublik China zu Taiwan große Aufmerksamkeit. Dies scheint das politische Problem Nummer eins für sie zu sein. Schließlich ist der frühere Pessimismus über die Unvermeidbarkeit des Krieges[6] dem Bemühen gewichen, sich international zu engagieren und auf der Weltbühne mitzuwirken. Sie haben sich zu europäischen Problemen, zur KSZE und Fragen der Rüstungskontrolle und Abrüstung geäußert.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gefertigt.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Besuch vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 334–336 und Dok. 338–340.

3 Bundesminister Genscher besuchte die Volksrepublik China erstmals vom 17. bis 26. November 1973. Vgl. dazu AAPD 1973, III, Dok. 389.
Ein zweiter Besuch fand vom 12. bis 15. Oktober 1977 statt. Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 285.
Zum Besuch vom 5. bis 7. Oktober 1981 vgl. Dok. 283 und Dok. 286.

4 Huang Hua.

5 Zhao Ziyang.

6 Zur Position der Volksrepublik China hinsichtlich der These einer Unvermeidbarkeit des Krieges vgl. AAPD 1979, I, Dok. 105.

Wie muß man das alles bewerten? Die Chinesen haben realistischerweise erfaßt, daß sie der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung den Vorrang einräumen müssen. Sie haben sich auch davon überzeugt, daß unsere Politik in der Europäischen Gemeinschaft und im westlichen Bündnis, in der KSZE, im Verhältnis zu China, der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Warschauer Pakts stetig und langfristig angelegt ist. Sie verstehen diese Politik und nehmen sie als Realität.

Ich habe Peking mit einer gewissen Ermutigung verlassen.

Gromyko: Ich habe mit Interesse zugehört. Ich kann nur unsere Meinung zum Ausdruck bringen und sie mit der Ihrigen vergleichen. Es ist richtig, daß die Chinesen ihre Wirtschaftspläne wesentlich korrigieren. Früher sind sie an die Wirtschaft nicht wissenschaftlich herangegangen. Bei Mao und auch noch danach hatte der Voluntarismus das Übergewicht. Oder sie verstanden es einfach nicht, wissenschaftlich an die Wirtschaft heranzugehen, oder beides traf zu. Ob es ihnen gelingen wird, ihre korrigierten Pläne, wenn man das so nennen will, zu verwirklichen, ist schwer zu sagen. Es kommt bei den Chinesen häufig vor, daß sie Pläne fassen, sie morgen fallenlassen, übermorgen dritte Pläne aufstellen, und genau so geht es mit den Planzielen. Deshalb kann sich niemand für die Stabilität ihrer Linie verbürgen. Man muß abwarten, was daraus wird. Zu der Erwähnung, daß die Chinesen ihre Haltung in internationalen Fragen gemildert haben, kann ich nur antworten: Was heißt gemildert?

Es bedeutet nicht viel, daß sie in jüngster Zeit weniger Erklärungen abgeben. Erheblich ist, daß die Chinesen sich unverändert auf Krieg vorbereiten, selbst Kinder für die Kriegsführung ausbilden. Es kommt auf die Natur ihrer Politik an, ob sie darauf gerichtet ist, Spannungen abzubauen, oder daran interessiert ist, Spannungen zu erzeugen, die internationale Lage weiter zu komplizieren, „darauf zu schielen, was schlecht liegt". Die chinesische Führung leistet auf der internationalen Bühne den Kräften Hilfe, die eine harte Linie haben und für das Wettrüsten eintreten, sich gegen Reduzierungen von Rüstungen wenden. Sie bemühen sich, rüstungskontrollpolitische Vereinbarungen zu stören.

Sie unterschreiben Erklärungen, die Spannungen und Rüstungen fördern. Geht es um Erklärungen zum Abbau von Spannungen und zur Rüstungskontrolle, sind die Chinesen ohne langes Nachdenken mit ihren Einwänden bei der Hand. Dann eilen sie in den internationalen Organisationen rasch zum Rednerpult. Sie halten entfesselte Reden, die man von keinem erwachsenen Menschen und schon gar nicht von verantwortungsvollen Politikern erwarten würde.

Sicherlich gibt es Situationen, in denen Meinungsverschiedenheiten zwischen Staaten und Gruppen von Staaten oder deren Führungen bestehen. Das gilt auch für wichtige Fragen der internationalen Lage. Aber für die Lösungen auf der Grundlage der Verständigung braucht man staatsmännische Methoden. Die sind bei den Chinesen nicht zu finden. Sie leugnen Tatsachen, laufen dem gesunden Menschenverstand und der Logik zuwider. Sie betreiben Politik aus Voreingenommenheit, aus dem steifen Schema der Feindseligkeit gegen alle normalen Beziehungen unter Staaten.

Wir übertreiben die Farben nicht. Uns liegt nicht daran, die Farben noch dunkler zu machen. Breschnew hat auf dem 26. Parteitag erklärt, wir wollten mit

China normale Beziehungen unterhalten.[7] Das hat auf die Chinesen keinen Eindruck gemacht. Sie wollen Schärfe in den Beziehungen. Wir kennen die Chinesen gut, wir sind ihre Nachbarn. Wir besuchen einander sozusagen täglich, unsere Erkenntnisse beruhen nicht auf gelegentlichen Reisen. Sie sind deshalb beständiger als die Beobachtungen anderer, welche die Dinge aus der Entfernung sehen. Wenn die Chinesen etwas Positives auf internationaler Ebene zustande bringen würden, würden wir das begrüßen. Solche Fälle kommen nicht vor. Wenn sie vorkommen sollten, werden wir Sie unterrichten.

Die USA lassen hier bewußt eine Unklarheit, nämlich welche Politik sie im Hinblick auf Waffenlieferungen an China[8] betreiben. Haig hat mir gegenüber in New York[9] gesagt, daß es keine Vereinbarungen über Waffenlieferungen an China gebe. Dagegen stehen andere Äußerungen, auch öffentliche. Die Amerikaner haben Pläne über die Leistung militärischer Hilfe in Gestalt von Waffen und militärischer Technologie. Nach unserer Meinung ist das eine kurzsichtige Politik. Die Amerikaner werden letzten Endes weder ihrem Land noch der internationalen Lage einen Nutzen bringen, wenn sie das tun. (Gemeint ist wohl: Waffen liefern.) Wir hoffen, daß die Bundesrepublik Deutschland in ihren Beziehungen zu China und besonders in dieser Frage eine nüchterne Position bezieht und sich der Bedeutung dieser Frage bewußt ist. Niemand darf Waffen in die Hand von demjenigen legen, der auf Spannungen und Krieg setzt.

Genscher: Der Bundeskanzler hat heute morgen gesagt, daß wir keine Waffen an China liefern. Das bleibt unsere Haltung.

Im übrigen sind wir daran interessiert, auch zu den Chinesen wie zu allen übrigen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten.

Auf die Haltung der amerikanischen Regierung haben Sie mich schon in Moskau[10] angesprochen. Dort habe ich Ihnen schon gesagt, was wir von den USA gehört hatten und was Haig Ihnen in New York selbst mitgeteilt hat. Die USA liefern nicht und haben mit den Chinesen keine Vereinbarungen geschlossen. Sie haben China allerdings aus der Liste derjenigen Länder herausgenommen, die nicht mit Waffen beliefert werden dürfen.

Zurück zu Europa: Wie sehen Sie die Lage?

7 Für die Ausführungen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. Februar 1981 auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU in Moskau vgl. BRESHNEW, Wege, Bd. 8, S. 734 f.

8 Zur Möglichkeit amerikanischer Waffenlieferungen an die Volksrepublik China vgl. Dok. 197, Anm. 11.
Brigadegeneral von Ondarza, Washington, teilte am 19. November 1981 mit: „Die grundsätzliche Position der USA zu möglichen zukünftigen Waffenexporten an China ist, daß nur Waffensysteme für den defensiven Einsatz in Betracht kommen und solche, die für eine Machtprojektion eingesetzt werden können, weiterhin ausgeschlossen werden. […] Bevor eine konkrete Erörterung von Rüstungsexporten besprochen werden kann, erwarten die USA weitere Spezifikationen der chinesischen Vorstellungen. […] Tendenziell sind die USA bestrebt, die Spanne des technologischen Vorsprungs der Sowjetunion gegenüber China nicht größer werden zu lassen, sondern in etwa einen parallelen Fortschritt zu erreichen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4690; VS-Bd. 11191 (341); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

10 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

Gromyko: Im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß kompliziert sich die Lage in vieler Hinsicht. Wie Breschnew heute morgen gesagt hat, fordert man jetzt folgendes:

Dafür, daß die NATO ihr Projekt nicht verwirklicht, soll die Sowjetunion diejenigen Waffen abschaffen, die sie als Gegengewicht gegen die Waffe der NATO geschaffen hat.

Der Bundeskanzler hat gesagt, es sei ein Fehler gewesen, daß damals im Rahmen von SALT[11] die Waffen mittlerer Reichweite nicht mitbehandelt worden seien. Das ist nicht unsere Schuld. Alle Präsidenten haben sich geweigert, die amerikanischen FBS einzubeziehen. Wer die Illusion hegt, daß die Sowjetunion alle ihre Waffen entsprechend dem amerikanischen Vorschlag zerstören würde, die sie als Gegengewicht geschaffen hat, der irrt sich. Dieses Wunder wird nicht geschehen.

Bei uns bildet sich immer mehr die Überzeugung heraus, daß die USA keine Vereinbarungen wollen. Deshalb haben sie den Vorschlag gemacht[12], weil auf der Grundlage dieses Vorschlags kein Ergebnis zu erzielen ist. Die Worte des Friedens bleiben in der Luft. Sie haben keinen Inhalt.

Herr Schmidt hat heute morgen erwähnt, die USA könnten einen Kompromiß meinen. Das ist uns unbekannt. Wir müssen uns an das halten, was gesagt ist.

Genscher: Ich meine, Sie werden mit großem Ernst am Montag, dem 30. November, an den Verhandlungstisch gehen.[13] Sie werden einen ernsten Verhandlungspartner finden, der seine Position mit uns und den anderen Verbündeten abgestimmt hat. Gerade in unserem Land ist die Frage eines Verzichts auf Mittelstreckenraketen stark diskutiert worden. Von hier aus ist diese Position in das Bündnis eingegangen. Wir wollen einen ganz neuen Anfang in der Rüstungskontrolle machen.

Als Sie über Ihre Bereitschaft gesprochen haben, damals bei SALT andere Systeme einzubeziehen, kam mir die Frage, ob Sie auch vorgeschlagen haben, Ihre Mittelstreckenraketen miteinzubeziehen.

Gromyko: In der Substanz ist diese Frage nicht erörtert worden. Wir haben eine Erörterung vorgeschlagen. Hätte sie stattgefunden, hätten Sie Ihre Probleme darlegen können. Aber das war ein Tabu. Wir konnten das Problem nicht mit uns selbst erörtern.

Genscher: Wenn wir die Lage in Europa betrachten, sollten wir nicht nur auf diesem Punkt verharren. Wir stehen wenige Tage vor entscheidenden Verhandlungen. Der Bundeskanzler hat heute morgen daran erinnert, daß ich im April d.J. in Moskau die Frage gestellt hätte: Wenn wir noch einmal im Jahre 1970 stünden, würden wir die gleiche Politik noch einmal wiederholen?[14] Ich habe

11 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. Dok. 286, Anm. 22.

12 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington; Dok. 329, Anm. 8.

13 Zu den INF-Verhandlungen in Genf vgl. Dok. 356 und Dok. 380.

14 Am 12. August 1970 schlossen die Bundesrepublik und die UdSSR den Moskauer Vertrag. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

im April die Frage bejaht und habe es gestern wieder getan. Von diesem Standpunkt aus muß man die vielen anderen Fragen betrachten.

Gleiches läßt sich für die Verträge sagen, die wir in der Folge abgeschlossen haben. Also die Verträge mit Polen, der ČSSR, den Grundlagenvertrag mit der DDR.[15] Die gleiche bejahende Antwort gilt für unsere Beziehungen mit anderen Staaten des Warschauer Pakts, mit Rumänien, Bulgarien und Ungarn. Ich glaube, daß persönlicher Kontakt zwischen den führenden Politikern wichtig ist und zur Stabilisierung in Europa beiträgt. Wir nennen das die Politik des Dialogs. Diese Politik hat die Voraussetzung und das Klima für die am Montag beginnenden Verhandlungen geschaffen. Aber es geht nicht nur um den Genfer Verhandlungstisch! Es gibt andere Verhandlungstische, z. B. den von Madrid[16], wo wir nun schon seit einem Jahr beieinandersitzen. Wir haben diese Folgekonferenz als sehr wichtig eingeschätzt. Deshalb habe ich auch an der Eröffnung teilgenommen.[17] Welches ist der Unterschied zwischen Belgrad[18] und Madrid? Wir haben dieses Mal schon viel zusammengetragen. Einige bei uns sagen, es seien schon 70 Prozent des zu Erreichenden, aber vielleicht läßt sich das nicht so genau quantifizieren.

Gromyko: Ja, es ist wohl schwierig, dafür eine mathematische Formel zu finden.

Genscher: Nun haben wir die Hoffnung, daß man sich auf ein konkretes Mandat einer Abrüstungskonferenz einigen kann.

Ich habe in den letzten eineinhalb Jahren mit großem Interesse die Entwicklung in der Volksrepublik Polen beobachtet. Man sollte diese Entwicklung einmal aus einem anderen Gesichtswinkel betrachten als üblicherweise. Man hört eine Menge über das, was in Polen und um Polen vor sich geht. Einige klatschen Beifall, andere üben Kritik. Wir sagen, es ist Sache der Polen, welchen Weg sie gehen wollen. Es steht uns auch nicht an nachzuforschen, warum Polen ökonomische Probleme hat. Die Polen haben uns ihre schwierige Lage mitgeteilt, und wer in das Land hineinsieht, stellt sie fest. Die polnische Führung hat sich an Sie, die anderen Verbündeten Polens, an uns und unsere Partner und weitere Staaten gewandt. Keiner hat die Polen abgewiesen. Jeder versucht zu helfen. Diese Hilfe wird gegeben, unabhängig von unterschiedlichen Wirtschaftsordnungen. Ohne das Werk von Helsinki[19] und ohne die darauf fußende politische Vertrauensbildung wäre das nicht möglich gewesen. Für uns ist diese Hilfe nur dann aufrichtig, wenn sie ohne Auflage gewährt wird.

15 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423 f.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

16 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 318.

17 Die zweite KSZE-Folgekonferenz in Madrid wurde am 11. November 1980 eröffnet. Für den Wortlaut der Erklärung des Bundesministers Genscher am 13. November 1980 vgl. BULLETIN 1980, S. 1019–1023. Zum Aufenthalt von Genscher vgl. AAPD 1980, II, Dok. 322 und Dok. 323.

18 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die erste KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

19 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Nun werden Ungarn und Polen dem IWF beitreten.[20] Das sind Signale. Hier tun sich große Perspektiven auf.

Hier zeigt sich auch, wie richtig es ist, was wir uns in der deutsch-sowjetischen langfristigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorgenommen haben.[21] Die ökonomische Interdependenz fördert die Erkenntnis vom gegenseitigen Wohlergehen. Das so geschaffene Klima wirkt sich günstig für Vereinbarungen über die schwierigen Fragen der Rüstungskontrolle aus. Wir sehen das alles in einem großen Zusammenhang. Wir sollten uns in allen Bereichen aufeinander zubewegen.[22]

Die beiden Minister vereinbarten zum Schluß ein drittes Gespräch.

VS-Bd. 13277 (213)

20 Zu den Beitrittsabsichten Polens und Ungarns zum IWF vgl. Dok. 331, Anm. 35.

21 Vgl. dazu das Abkommen vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie; BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Vgl. dazu ferner das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie"; Referat 421, Bd. 141310.

22 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl notierte am 24. November 1981 über verschiedene Vier-Augen-Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag: „In einem Vier-Augen-Gespräch am Ende des Treffens der Außenminister am Nachmittag sowie bei der anschließenden Autofahrt in die Redoute kamen die Einschätzung der amerikanischen Politik und die Aussichten für die Mittelstreckenwaffen-Verhandlungen zur Sprache. Bei Gromykos Ausführungen stand die Frage im Vordergrund, was die Vereinigten Staaten eigentlich wollten. In der Sowjetunion sei man unsicher in dieser Beziehung. Dabei wurde deutlich, daß auf sowjetischer Seite ein tiefes Mißtrauen gegen Weinberger besteht. Bei Reagan äußerte er sich kritisch über die Leichtigkeit, mit der dieser über die Möglichkeit eines begrenzten Krieges gesprochen habe." Genscher habe sich „nachdrücklich" bemüht, „Gromyko zu überzeugen, daß die Sowjetunion das amerikanische Verhandlungsangebot nicht geringschätzen sollte. Es sei ernstgemeint. Die Null-Lösung sei ein wichtiger Vorschlag. Im übrigen handele es sich dabei um unsere Idee, nicht um eine Erfindung der Amerikaner." Braunmühl legte dar: „Die Gespräche am ersten Tag mit Gromyko vermittelten BM den Eindruck, daß die sowjetischen Gäste versuchen, uns hart auf den Zahn zu fühlen, es aber nicht mit uns verderben wollen, wenn wir fest bleiben. Die Sowjets hoffen auf unsere Rolle während der amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen. Sie rechnen damit, daß wir großen Einfluß auf die Amerikaner ausüben können, auch wenn die Verhandlungen laufen. Sie wollen auch dann mit uns in Kontakt bleiben." Vgl. VS-Bd. 14101 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

338

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

220-370.70 SOW-1935I/81 VS-vertraulich **24. November 1981**[1]

Breschnew-Besuch[2];
hier: Gespräch mit Außenminister Gromyko am Nachmittag des 24.11.

Der *Bundesminister* heißt Gromyko willkommen. Er nimmt Bezug auf die Gespräche mit den Parteivorsitzenden[3] des Vormittags.

BM: Ich begrüße diese Begegnungen sehr, weil es wichtig ist, daß sich sowjetische Persönlichkeiten einen Eindruck von deutschen Parlamentariern machen. Ich kam eben aus der Fraktion der FDP, wo ich eine Einschätzung des Besuchs gegeben habe.[4] Ich habe gespürt, daß auch meine Kollegen den Besuch für sehr bedeutsam halten. Während wir hier sprechen, unterrichtet der Bundeskanzler seine Fraktion.[5] Wir werden auch die deutsche Öffentlichkeit unterrichten[6], so daß Sie sehen werden, wie wir den Besuch vor der Öffentlichkeit einschätzen.

Sie werden am Montag in Genf mit den Vereinigten Staaten am Verhandlungstisch sitzen.[7] Sie können davon ausgehen, daß die Bundesregierung daran interessiert sein wird, daß der Meinungsaustausch zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage fortgesetzt werden kann.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Botschafter Ruth am 24. November 1981 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher geleitet. Dazu vermerkte Ruth: „In der Anlage lege ich Teil I der Niederschrift zu Ihrem Gespräch mit Außenminister Gromyko am 24.11., 16.00 Uhr, mit der Bitte um Billigung vor. Teil II folgt von D 2."
Hat Staden am 25. November 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 25. November 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 26. November 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 29. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Eine Kopie für ChBK gef[ertigt]." Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 11309 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Besuch vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 334–337, Dok. 339 und Dok. 340.

3 Zu den Gesprächen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, mit den Parteivorsitzenden Brandt (SPD), Genscher (FDP), Kohl (CDU) und Strauß (CSU) wurde in der Presse berichtet, Kohl habe die bilateralen Beziehungen, Abrüstungsfragen, ein Treffen zwischen Breschnew und Präsident Reagan, die Lage in Afghanistan sowie die Ausreise von Deutschen aus der UdSSR angesprochen. Strauß sei ebenfalls auf die Lage in Afghanistan eingegangen. Genscher habe auf die Ostpolitik der FDP seit den sechziger Jahren verwiesen und die INF-Verhandlungen thematisiert, die auch von Brandt erörtert worden seien. Vgl. dazu den Artikel „Bonn weder überrascht noch überzeugt"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 26. November 1981, S. 2.

4 Vgl. dazu die Pressemitteilung; Freie Demokratische Korrespondenz, Nr. 937/81, vom 24. November 1981; Referat 213, Bd. 133187.

5 Vgl. dazu die Pressemitteilung; Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Ausgabe 1203 vom 24. November 1981; Referat 213, Bd. 133187.

6 Bundeskanzler Schmidt und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, äußerten sich am 24. November 1981 vor der Presse. Für den Wortlaut der Ausführungen vgl. BULLETIN 1981, S. 968.
Ferner gab Schmidt am 3. Dezember 1981 vor dem Bundestag eine Regierungserklärung zu den Besuchsergebnissen ab. Für den Wortlaut vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4052–4054.

7 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

Wir sind an einem guten Verhandlungsergebnis vital interessiert. Wir möchten unseren Beitrag, den wir für das Zustandekommen der Verhandlungen geleistet haben, auch während der Verhandlungen leisten.

Gromyko: Ich danke dem Bundesminister für die Einführung. Ich bin Ihnen noch eine Antwort auf zwei bis drei Fragen schuldig, die ich gestern nicht geben konnte, weil die Zeit zu knapp war.

Sie sind auf den Vertrag von 1970[8] eingegangen und sagten, daß die Bundesrepublik Deutschland für eine Weiterentwicklung der Beziehungen eintrete.

Die Antwort auf diesen Punkt war in der Rede L. Breschnews[9] enthalten. Unsere Politik war und bleibt gegründet auf allen Positionen, die erhalten werden müssen, aber auch auf Entwicklung und Bereicherung. Das bleibt unser Kurs.

Sie haben hingewiesen auf die Wichtigkeit des Madrider Forums[10] und wie gut es wäre, positive Ergebnisse zu erzielen. Auch unsere Meinung ist es, daß das Forum wichtig ist und daß ein positives Ergebnis erzielt werden soll. Es wäre gut, wenn die Hindernisse überwunden werden könnten und wenn eine einmütige Empfehlung zustande käme, eine Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa einzuberufen.

Es entspricht meiner Auffassung, daß Madrid in den Gesprächen angesprochen wird. Der Westen sollte überlegen, ob es nicht möglich wäre, die Zone auf einen gewissen Meeresraum auszudehnen. Wie weit, kann man vor Ende des Madrider Treffens präzisieren, aber auch auf der Konferenz. Es ist aber besser, dies vor Ende Madrids zu tun. Wir meinen: Ist denn die Frage so kompliziert? In der Nachkriegszeit gab es viel kompliziertere Fragen. Sollte ein Läufer kurz vor der Barriere stolpern? Solche Varianten gibt es. Es gibt Sportsleute, die stolpern. Ihnen sollten wir nicht folgen. Wir sollten eine vernünftige Variante suchen.

Sie sind gestern auf Polen eingegangen. Ich kann nicht sagen, daß ich darauf brenne, diese Frage aufzunehmen. Das wäre eine Übertreibung. Keiner soll sich in Polen einmischen. Polen soll man in Ruhe lassen. Auch der Westen soll sich nicht einmischen. Der Westen soll sich nicht den Kopf zerbrechen über neue Wege, wie man auf Polen Druck ausüben kann. Die inneren Angelegenheiten bleiben den Leuten dort selbst vorbehalten. Die polnische Frage haben wir nicht auf dem Verhandlungstisch.

Sie haben betont, daß die Bundesrepublik Deutschland sich positiv zu den Genfer Verhandlungen verhält. Uns imponiert Ihre Einschätzung der Notwendigkeit, über nukleare Waffen mittlerer und strategischer Reichweiten zu verhandeln. Wir müssen sehen, daß die beiden Großmächte eine besondere Verantwortung haben. Wir wissen aber auch, daß die Bundesrepublik Deutschland unmittelbar interessiert ist. Wir haben immer zu schätzen gewußt, daß Sie einen positiven Beitrag geleistet haben in Washington, in Bonn, in New York. Ich möchte, daß Sie uns verstehen. Es ist wichtig, daß man verhandelt, aber das ist nur ein Teilstück, vielleicht 1%, vielleicht 10%. Die Hauptsache sind positive

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

9 Zur Tischrede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. November 1981 vgl. Dok. 341.

10 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 318.

Ergebnisse. Breschnew und ich haben davon gesprochen, daß die Bundesrepublik Deutschland einen großen Einfluß ausüben kann. Wir meinen, daß sie künftig noch mehr als bisher Einfluß haben kann. Sie können das natürlich besser beurteilen. Aber die Vereinigten Staaten können nicht umhin, ihre Meinung zu berücksichtigen wegen ihrer Geschichte, ihrer Geographie und Ihres politischen Gewichts, das Sie in der internationalen Arena haben. Sie können viel tun und dürfen die Rolle der Bundesrepublik Deutschland nicht unterschätzen.

Einige Bemerkungen über die Wirtschaftsbeziehungen: Breschnew und der Bundeskanzler und Sie haben das Thema hervorgehoben. Unsere Erklärungen sind Ihnen bekannt. Wir messen große Bedeutung bei den wissenschaftlichen und technischen Beziehungen zu der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt eine breite Palette. Diese Beziehungen schaden niemandem. Wenn jemand stutzig wird, läßt man sich von Motiven leiten, die nicht überzeugend sind.

BM: Ich will die Polen-Debatte nicht fortsetzen. Wir müssen den Grundsatz einhalten: Die Polen müssen ihr Problem selbst lösen. Wir leisten Hilfe, wo sie Hilfe wollen.

Blicken wir noch einmal nach Madrid. Das Jahr geht zu Ende. Wir sollten versuchen, die wenigen Wochen, die bleiben, zu nutzen, um die gewünschten Ergebnisse zu erzielen. Ich glaube, daß je unkomplizierter man an die Sache herangeht, um so leichter muß es sein, die Probleme zu lösen.

Das gilt für die Frage eines konkreten Mandats für die KAE und für die Definition des geographischen Geltungsbereichs, obwohl die Schlußakte hier sehr präzise ist.[11]

Wir haben die Erklärung von GS Breschnew auf dem Parteitag[12] außerordentlich begrüßt, weil wir in Sorge waren, die Sowjetunion sei nicht bereit, auf ganz Europa einzugehen. Um so zufriedener waren wir, daß sie sich an das halten will, was in Helsinki vorgesehen wurde. Es gab bei Ihnen Besorgnisse mit dem Begriff Kontinent Europa. Damit könne vielleicht nur der Kontinent zu Europa gezählt werden, aber nicht die Inseln. Kontinent war aber nicht im engen geographischen Sinne gemeint.

Wir haben dann im Interesse einer Vereinbarung einen Vorschlag hinzugefügt zu dem, was sich aus der Schlußakte ergibt, nämlich den funktionalen Ansatz. Die Sowjetunion sollte sehr ernsthaft prüfen, ob das nicht ihren Erwartungen entgegenkommt.

Was die Genfer Verhandlungen angeht, die am Montag beginnen: Es ist eine Materie, auf die die Aufmerksamkeit der politischen Führung erheblich konzentriert ist, auch wenn wir nicht am Verhandlungstisch sitzen. Wir wollen uns nicht vordrängen und uns nicht Schuhe anziehen, die zu groß sind. Aber wir wollen den Einfluß geltend machen in einer Sache, die uns unmittelbar betrifft.

11 Vgl. dazu das „Dokument über vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975; SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 921–924.

12 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU am 23. Februar 1981 in Moskau vgl. Dok. 56.

Auf unseren Vorschlag wurde eine Besondere Beratungsgruppe, die Special Consultative Group, gegründet. Sie hat bisher gute Arbeit geleistet für die Erarbeitung einer Verhandlungsposition.[13] Sie wird nicht einschlafen, sondern die Verhandlungen weiter begleiten. Es ist das erste Mal, daß die Bundesrepublik Deutschland bei atomaren Verhandlungen so intensiv mitmacht.

Botschafter Ruth wird engen Kontakt mit dem amerikanischen Verhandlungsführer[14] halten und sich sehr um die SCG kümmern.

Das ist keine Großtuerei unsererseits. Mir liegt daran, daß die Eindrücke von Ihrer Seite über die Entwicklung bilateraler Kontakte in dieser Frage auch mit der Sowjetunion richtig gesehen werden. Wir verstehen uns nicht als Wanderer zwischen zwei Welten, sondern als Teil der westlichen Position, mit der wir voll einverstanden sind. Es kommt uns darauf an, vorteilhafte Ergebnisse im Interesse des Friedens in Europa zu erzielen. Es geht uns nicht um einseitige Vorteile. (Gromyko wirft an dieser Stelle bei der Übersetzung des Satzes „Die Gruppe wird nicht einschlafen" ein: „Wenn die Gruppe einschläft, kann sie keine schlechte Arbeit leisten.") Wir haben uns ja gestern nach dem Gespräch in Gymnich und im Auto unterhalten.[15] Bitte nehmen Sie das, was ich dabei über den ernsthaften Willen des amerikanischen Präsidenten[16] gesagt habe, ganz ernst. Ich habe dies und meine Bemerkungen über die Rede des Präsidenten[17] guten Gewissens gesagt. Es ist wichtig, daß Sie richtig einschätzen, was die amerikanische Seite für Genf vorhat und dort sagen wird.

VS-Bd. 11309 (220)

13 Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 20. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 333.

14 Paul H. Nitze.

15 Zu den Vier-Augen-Gesprächen des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 23. November 1981 vgl. Dok. 337, Anm. 22.

16 Ronald W. Reagan.

17 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

339

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko

D 2-213-321.10 SOW VS-NfD **24. November 1981**[1]

Gespräch Bundesminister – Außenminister Gromyko vom 24. November 1981 (16.00 bis 17.15 Uhr), 2. Teil[2]

Genscher (im Anschluß an den Gesprächsteil über INF): Zur Wirtschaft brauche ich nicht viel Zusätzliches zu bemerken. Das Langfristige Abkommen[3] dient als Instrument für die ökonomischen Interessen; es ist aber auch von politischer Bedeutung. Daß dieses Langfristige Abkommen keine leere Hülse ist, hat die Unterzeichnung des Abkommens vom vergangenen Freitag[4] bewiesen. Ich möchte das Bild, das Sie vom Sportler gebracht haben, aufnehmen. Wir sind keine Kurzstreckenläufer. Dies ist ein Marathon ins 21. Jahrhundert. So lange will ich nicht Außenminister bleiben.

Gromyko: Warum nicht?

Ich möchte noch auf die sehr ernste Lage im südlichen Afrika zu sprechen kommen. Die Fünfer-Gruppe[5] arbeitet an Dingen, die wir nicht genau kennen. Südafrika ignoriert die Beschlüsse der UNO und versucht, die Volksbewegung in Namibia zu unterdrücken. Wir verurteilen Südafrika und diejenigen, die Südafrika stützen, z. B. die USA. Ohne diese Helfer würde Südafrika keine offene Aggression gegen Angola[6] unternehmen. Gegen Südafrika müßten strengste Sanktionen der UNO unternommen werden. Die Fünfer-Gruppe sieht das offen-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer gefertigt.

2 Der sowjetische Außenminister Gromyko begleitete den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bei dessen Besuch vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu auch Dok. 334–338 und Dok. 340.

3 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Für das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“ vgl. Referat 421, Bd. 141310.

4 Die Referate 405 und 421 vermerkten am 26. November 1981: „Ruhrgas und Sojusgasexport haben am 20. November 1981 am Sitz der Ruhrgas in Essen eine Übereinkunft über zusätzliche Erdgaslieferungen unterzeichnet, die neben entsprechende Übereinkünfte mit anderen westeuropäischen Staaten tritt. Nach dem Inhalt dieser Übereinkunft wird die Ruhrgas AG ab 1984/85 jährlich statt der ursprünglich in Erwägung gezogenen 12 Mrd. cbm Erdgas nur 10,5 Mrd. cbm beziehen. Damit ist sichergestellt, daß wir im Rahmen der uns selbst gesetzten Abhängigkeitsgrenzen bleiben. Die Preisvereinbarung richtet sich am Wettbewerbspreisniveau im Verbrauchermarkt aus, das bedeutet vor allem Orientierung an leichtem und schwerem Heizöl. […] Getrennt vom Gasgeschäft laufen weiterhin Verhandlungen über Ausrüstungslieferungen. Nach Abstimmung mit der Bundesregierung und dem Senat von Berlin wurde Berlin durch einen Schriftwechsel der beiden Erdgasgesellschaften mit einer Option auf eine jährliche Belieferung bis zu 700 Mio. cbm in das Erdgasgeschäft einbezogen. Die Drei Mächte haben nach Konsultationen gegen diese Option unter der Voraussetzung einer ausreichenden Speicherkapazität keine Bedenken erhoben. […] Als nächster Schritt müssen Verhandlungen mit der DDR über die Durchleitung des Gases durch das Territorium der DDR aufgenommen werden.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141337.

5 Zur Namibia-Initiative vgl. Dok. 367.

6 Zur südafrikanischen Militäraktion gegen Angola vgl. Dok. 240.

bar als eine Episode. Es ist aber keine Episode. Haig hat mir in New York[7] gesagt: Wissen Sie, es wäre eine Lösung möglich, aber die kubanischen Truppen in Angola hindern uns. Hätte Haig diese Frage aufgeworfen, wenn es keine Aggression gegen Angola gebe, wenn Namibia frei, die UNO-Charta[8] nicht verletzt wäre, dann sähe die Sache anders aus. Nach unserer Ansicht ist es höchste Zeit, daß die UNO-Resolutionen nun beachtet werden.

Die Sowjetunion ist weder Kuba noch Angola. Wenn man Fragen mit diesen beiden Ländern klären will, so muß man sich an diese beiden Länder halten. Wenn alle Truppen Südafrikas aus Namibia abgezogen wären, wenn Angola keine Hilfe bräuchte, dann könnte Angola die kubanische Truppenpräsenz wohl reduzieren. Die Fünfer-Gruppe gibt niemandem Rechenschaft, vielleicht von Zeit zu Zeit Ihnen. Die Fünfer-Gruppe schließt die Augen vor der wirklichen Situation im südlichen Afrika. So ist ein Spannungsraum entstanden. Es gäbe Auswege, Lösungen, aber Sie unternehmen nichts. Deshalb wollte ich Sie auf dieses Problem lenken. Die Bundesrepublik Deutschland sollte ihr Gewicht in die Waagschale werfen, damit auch in diesem Raum sich die Lage entspannt.

Genscher: Es ist gut, daß Sie unser Gespräch auf dieses Problem gelenkt haben. Mir fällt auf, daß die Sowjetunion, die die außenpolitische Lage realistisch einzuschätzen pflegt, in bezug auf das südliche Afrika zum Pessimismus neigt. Ich erinnere an unser Gespräch über Simbabwe in Gymnich 1979.[9] Damals hatten Sie auch die Sorge, es werde zu keiner gerechten Regelung kommen. Inzwischen wissen wir, daß die damaligen Bemühungen, vor allem von Großbritannien, zur Unabhängigkeit des Landes geführt haben.[10]

Die Arbeit der Fünfer-Gruppe, also der USA, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der Bundesrepublik Deutschland, geht in die gleiche Richtung. Wir fühlen uns ermutigt durch die positive Haltung der Vereinten Nationen, aber auch der Frontlinien-Staaten[11]. SWAPO ist nicht ablehnend. Ich habe öfters mit Nujoma gesprochen. Es ist gut, daß Sie sich mit Haig über dieses Problem unterhalten haben. Die beiden Weltmächte sollten über solche Probleme miteinander reden. Ich hoffe, daß die UNO-Resolution 435[12] aufgrund der Bemühungen der Fünfer-Gruppe in die Wirklichkeit umgesetzt werden kann. Es ist das Ziel vieler afrikanischer Länder, daß fremde Truppen aus ihnen herausgehen. Wir können nicht billigen, was Südafrika gegen Angola unternommen hat. Ich hatte übrigens im Herbst eine besonders eindrucksvolle Begegnung mit dem Außenminister von Angola bei dessen Besuch.[13] Die Gespräche waren für beide Seiten sehr nützlich.

Wir sind gern bereit, Sie über unsere Bemühungen im Rahmen der Fünf zu informieren. Wir möchten nicht, daß Sie, mit dem wir uns über so viele außen-

7 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

8 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

9 Für das Gespräch am 22. November 1979 vgl. AAPD 1979, II, Dok. 343.

10 Zur Unabhängigkeit von Simbabwe am 18. April 1980 vgl. Dok. 63, Anm. 5.

11 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

12 Zur Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978 vgl. Dok. 14, Anm. 2.

13 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem angolanischen Außenminister Jorge am 16. September 1981 vgl. Dok. 258.

politische Fragen unterhalten, über diese Bemühungen keine Unterrichtung erfahren.

Gromyko: Ich habe nie daran gezweifelt, daß Simbabwe zur Unabhängigkeit gelangen werde, aber warum müssen die Länder jedes Mal über Leichen zur Unabhängigkeit gelangen? Auch Namibia wird unabhängig werden. Bedarf es dazu so vieler Opfer? Alle schauen zu. Wenn Sie uns informieren, werden wir das zur Kenntnis nehmen. Aber nichts kann die Unabhängigkeit Namibias ersetzen, und wir werden alle Mittel einsetzen, daß Namibia seine Unabhängigkeit erlangt.

VS-Bd. 13277 (213)

340

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew

213-321.10 SOW-2766/81 VS-vertraulich **24. November 1981**[1]

Zweites Delegationsgespräch des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Breschnew am Dienstag, 24. November 1981, von 18.45 bis 20.15 Uhr[2]

Anwesend auf seiten des Bundeskanzlers: BM Genscher, BM Graf Lambsdorff, StS Becker, StS von Staden, Botschafter Meyer-Landrut, MD Rühl, MD von der Gablentz, MD Pfeffer, Botschafter Ruth, MDg Bräutigam, VLR I Höynck, Dolmetscher Weiß, Dolmetscher Scheel;

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Bräutigam am 25. November 1981 gefertigt.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Höynck, Bundeskanzleramt, übermittelte die Aufzeichnung am 3. Dezember 1981 an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot. Dazu vermerkte er: „Lieber Herr Arnot, unter Bezugnahme auf unser gestriges Telefongespräch übersende ich als Anlage: 1) die Sprechzettel, die den Interventionen Generalsekretär Breschnews im zweiten Delegationsgespräch zugrunde lagen, jeweils mit einer Übersetzung unseres Sprachendienstes, 2) einen Vermerk über dieses Delegationsgespräch, in den wir einige Ergänzungen und Präzisierungen aus diesen Sprechzetteln eingearbeitet haben. Ich wäre dankbar, wenn Sie die Zustimmung von Herrn Dg 21 zu diesem Vorgehen herbeiführen würden. Wir würden dann in Zukunft den Vermerk von Herrn Dg 21 in der Fassung vom 2. Dezember 1981 als den maßgeblichen Gesprächsvermerk ansehen."
Hat Ministerialdirigent Dröge am 8. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 14. und am 15. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Auf Ex[emplar] BStS ist von D 2 vermerkt: ‚RL 201 persönlich z[ur] w[eiteren] V[eranlassung].' Betrifft Hinweis v. StS, daß dies im BSR angesprochen werden müsse. Dies bezog sich auf S. 5 (Manöverbeobachtung), also Zuständigkeit von 221. Habe v. Butler darauf hingewiesen." Vgl. Anm. 7.
Hat Vortragendem Legationsrat Seibert vorgelegen.
Ferner Vermerk: „Dg 21 hat zugestimmt. Das Bundeskanzleramt ist darüber verständigt." Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 10335 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, hielt sich vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 334–339.

auf sowjetischer Seite: Außenminister Gromyko, Erster Stellvertretender Vorsitzender des Ministerrats, Archipow, Alexandrow, Blatow, Samjatin, Kowaljow, Bondarenko, Makarow, Tscherwow, Frau Doroschina, zwei Dolmetscher (Smirnow/Kurpakow), Terechow, Ussytschenko (in der hinteren Reihe).

Der *Bundeskanzler* begrüßte den Generalsekretär und erklärte: Ich möchte eine Bemerkung vorweg machen. Heute hatten die Parlamentsfraktionen der SPD und der FDP Sitzungen, in denen der Bundesaußenminister und ich über den bisherigen Verlauf des Besuchs berichtet haben.[3] Wir haben uns unabhängig voneinander über den Stand der Gespräche sehr befriedigt geäußert. Wir haben festgestellt, daß die Gespräche in einem partnerschaftlichen Geist stattgefunden haben und daß wir hinsichtlich der Genfer Verhandlungen[4], obwohl wir hier verschiedene Standpunkte haben, in Kontakt bleiben wollen. Ich möchte, daß Sie wissen, daß wir unsere sehr positive Bewertung des Besuchs schon vor seinem Abschluß zum Ausdruck bringen.

GS *Breschnew* dankt dem Bundeskanzler für diese Bemerkungen und erklärt dann: Ehe wir zu den festgelegten Themen der bilateralen Beziehungen kommen, möchte ich einige Worte zu den Fragen sagen, die Sie gestern angesprochen haben, nämlich dem wirklichen Kräfteverhältnis bei den Waffen mittlerer Reichweite 1978 und jetzt. Ich hatte gestern schon die Möglichkeit, dazu faktisch genaue Auskunft zu erteilen. Das ungefähre Kräfteverhältnis zwischen West und Ost hat sich seit 1978 nicht verändert. Sie, Herr Bundeskanzler, haben gestern gesprochen von der Gefahr, die von sowjetischen Mittelstreckenwaffen ausgeht. Diese Waffen sind von uns geschaffen worden als Gegengewicht zu den Waffen der NATO-Staaten in Europa. Unsere Waffen sind auf militärische Objekte gerichtet. Selbstverständlich würde eine Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland in vielerlei Hinsicht eine neue Situation schaffen, für uns und für Sie. Ihre Befürchtungen könnten voll und ganz behoben werden durch eine Befreiung Europas von allen Nuklearwaffen, die für den Einsatz gegen Europa bestimmt sind. Ich habe bis jetzt nicht gehört, welche Haltung die Bundesrepublik dazu einnimmt.

Wie vereinbart, möchte ich unser heutiges Gespräch mit bilateralen Themen beginnen. Vor jedem Gespräch macht man eine Art Inventur, zieht eine Bilanz. Man fragt sich, ob es etwas Neues gibt, welche Tendenzen vorherrschen und welche Aufgaben in der Zusammenarbeit uns gestellt sind. Weder Sie noch wir haben Gründe, sehr unzufrieden zu sein. Die Tatsache, daß ein guter Stand der Beziehungen erhalten ist, spricht für vieles. Die Tatsachen haben offensichtlich bestätigt, daß wir vor zehn Jahren eine gute Grundlage gelegt haben: den Moskauer Vertrag[5]. Die Normalisierung hat sich voll und ganz bewährt, sowohl für unsere beiden Staaten wie für den europäischen Kontinent im ganzen. Wenn wir unsere Beziehungen nicht normalisiert hätten, wäre die jetzige Lage in Europa und in der ganzen Welt viel schwieriger. Für uns kann es keine an-

3 Vgl. dazu die Pressemitteilung; Freie Demokratische Korrespondenz, Nr. 937/81, vom 24. November 1981; Referat 213, Bd. 133187.
Vgl. dazu die Pressemitteilung; Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Ausgabe 1203 vom 24. November 1981; Referat 213, Bd. 133187.

4 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

5 Für den Wortlaut des Vertrags vom 12. August 1970 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 354 f.

dere Meinung geben, als daß wir auch künftig auf diesem Wege weiterschreiten wollen. Wir sind überzeugt, daß wir auf dem Weg der guten Nachbarschaft, der Zusammenarbeit und der Entspannung voranschreiten sollten und neue Aufgaben lösen müssen, die das Leben aufwirft. Das Prinzip der guten Nachbarschaft ist eine umfangreiche politische Kategorie. Es geht nicht nur darum, Reibungen zu vermeiden und von Zeit zu Zeit etwas Angenehmes zu sagen. Beide Seiten müssen lernen, gegenseitig ihre legitimen Interessen zu respektieren und zum beiderseitigen Vorteil zu handeln. Vielleicht gibt es die Meinung, Sowjetmenschen könnten schadenfroh sein wegen der Inflation, der wachsenden Arbeitslosigkeit und der Energieprobleme in der Bundesrepublik Deutschland. Das sind Dummheiten. Als würde die Sowjetunion wollen, daß die Bundesrepublik und andere westliche Länder durch eine neue Wirtschaftskrise erschüttert würden. Eine solche Einstellung ist uns völlig fremd. Geht es uns denn besser, wenn auf dem Weltmarkt die Preise springen oder Mangel an bestimmten Waren besteht? Sie dürfen sich auch nicht freuen, wenn wir eine Mißernte haben oder irgend etwas bei uns nicht klappt.

Der *Bundeskanzler* stimmt zu.

Breschnew: Über die Sicherheit spreche ich jetzt nicht. Sie ist unteilbar in unserer Zeit.

Wenn Sie unseren Standpunkt verstehen, werden Sie begreifen, weshalb es für uns keinerlei Hindernisse bei der Schaffung stabiler wirtschaftlicher oder wissenschaftlicher Beziehungen gibt, die weit über das 20. Jahrhundert hinausgreifen. Wenn Sie verstehen, daß unser auf gute Nachbarschaft und Entspannung gerichteter Kurs nicht konjunkturbedingt ist, dann werden Sie auch einsehen, wie weit diejenigen von der Wahrheit entfernt sind, die uns unterstellen, wir wollten einen Keil zwischen die USA und Westeuropa treiben. Die friedliche Zusammenarbeit zwischen Staaten kann keinem Schaden zufügen. Gute Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen niemanden.

Von dem, was ich gesagt habe, kann man einige Schlußfolgerungen ziehen, wie wir in der Gegenwart und in der Zukunft die Beziehungen zwischen unseren Staaten gerne sehen würden. Eine solche Aufwärtsentwicklung vermehrt das Vertrauen und wird uns auch bei Sturmwetter nicht auf den Felsen werfen.

Die Erfahrung zeigt, daß die persönlichen Begegnungen der führenden Staatsmänner besondere Bedeutung haben für die Erweiterung der Gebiete des Einvernehmens und für die positive Entwicklung der Zusammenarbeit. Das trifft sowohl auf die offizielle Ebene wie auch auf die Arbeitsebene zu. Eine gute Rolle spielen auch die Konsultationen zwischen den Außenministerien.

Es ist gut, daß es heute vielfältige Kontakte gibt zwischen Vertretern der Parlamente, der Gewerkschaften, der Städte und zwischen den Republiken der Sowjetunion und den Ländern der Bundesrepublik Deutschland. Die kulturellen Beziehungen sind auch nicht schlecht.[6] All dies verbessert das gegenseitige Verständnis, schafft eine Atmosphäre des gegenseitigen Wohlwollens. Das ist nicht immer einfach, wie Sie, Herr Bundeskanzler, wissen. Auch die Kontakte zwischen den Aktiven auf dem militärischen Gebiet sollten wir intensivieren. Zu

6 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

militärischen Übungen sollten nicht nur die Mitglieder der Botschaften, sondern auch die Vertreter der Streitkräfte eingeladen werden.[7] Ich erinnere daran, daß Sie, Herr Bundeskanzler, im Gespräch mit unserem Verteidigungsminister[8] im letzten Jahr eine solche Möglichkeit positiv bewertet haben.[9] Es wäre in der Tat gut, wenn die militärischen Vertreter die Politik der anderen Seite besser einschätzen könnten und Informationen aus erster Hand bekämen.

Ich möchte dann auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit eingehen. Wir sind zufrieden, daß sie in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht wächst. Wir haben uns vor fünf Jahren die Aufgabe gestellt, den Warenverkehr in dieser Zeitspanne zu verdoppeln. Diese Aufgabe haben wir erfolgreich gelöst. Aber wir haben keine Illusionen über die hohen Zahlen. Sie spiegeln auch den Preisauftrieb wider. Wichtig ist, daß beide Seiten Interesse an der Fortsetzung der bisherigen Entwicklung haben. Übrigens hat die Bundesrepublik Deutschland seit zehn Jahren den ersten Platz in unserem Handel mit westlichen Ländern.

Bei unserer Begegnung in Moskau im letzten Jahr haben wir unsere Meinungen ausgetauscht über das Projekt der Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik und Gegenlieferungen von Röhren und Ausrüstungen in die Sowjetunion. Es geht dabei um zusätzliche Lieferungen von 40 Milliarden cbm Erdgas nach Westeuropa, davon 13 Milliarden cbm in die Bundesrepublik Deutschland in einem Rahmen von 20 bis 25 Jahren. Heute können wir mit Genugtuung feststellen, daß das Projekt Wirklichkeit geworden ist.[10] Es ist aber auch wichtig, daß das Projekt ohne Hindernisse und Verzögerungen verwirklicht wird. Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, diese Fragen im Blickfeld zu behalten. Ich werde dies auch meinerseits tun.

Auf die Tagesordnung der Wirtschaftskommission kommen jetzt einige interessante und eindrucksvolle neue Projekte. In dem Becken von Kansk-Atschinsk ist eines der größten Braunkohlevorkommen der Welt. Hier planen wir eine Verwandlung von Kohle in synthetisch-flüssigen Brennstoff. Es wäre nützlich, wenn wir die technischen Möglichkeiten und die Ressourcen unserer beiden Länder vereinen und die Vorbereitung dieses Projekts, ohne sie auf die lange Bank zu schieben, jetzt in Angriff nehmen würden.[11]

Ferner wird verhandelt über den Kauf gegen Kompensation einer kompletten Ausrüstungsanlage für die Produktion von Polyester-Fasern und -Garnen.

7 Der Passus „Auch die Kontakte … eingeladen werden." wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen. Ferner vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann dazu handschriftlich: „=221". Vgl. Anm. 1.

8 Dmitrij Fjodorowitsch Ustinow.

9 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher hielten sich vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, I, Dok. 192, und AAPD 1980, II, Dok. 193–195.

10 Zur Unterzeichnung eines Vertrags über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik am 20. November 1981 vgl. Dok. 339, Anm. 4.

11 Referat 421 erläuterte am 30. Oktober 1981: „Im Rahmen des kürzlich verabschiedeten Fünfjahresplans 1981 bis 1985 ist die Nutzung großer Kohlevorkommen im Kansk-Atschinsk-Becken (westliches Sibirien) durch den Bau eines Hydrierwerkes zur Produktion von 3 Mio. t/a[nnum] Flüssigprodukten Ende der 80er Jahre vorgesehen." Die UdSSR habe „zu erkennen gegeben, dieses Projekt im Zeitraum nach 1986 vorzugsweise mit Hilfe deutscher Technologie zu realisieren, wobei die Rückzahlung im Wege der Kompensation erfolgen soll. Die Westdeutsche Landesbank soll bereits wegen einer Finanzierung in Höhe von 5 Mrd. DM angesprochen worden sein. […] Seit mehreren Jahren bestehen zwischen deutschen Firmen (insbesondere Salzgitter AG und Ruhrkohle AG) und der sowjetischen Seite intensive Kontakte in dieser Frage." Vgl. Referat 421, Bd. 141296.

Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auch lenken auf neue Richtungen der Zusammenarbeit, z. B. die Deckung der Bedürfnisse beider Länder an chemischen und metallurgischen Produkten aus der Sowjetunion, die einen großen Energieaufwand erfordern. Als Gegenleistung könnte die Bundesrepublik Deutschland Produkte liefern, die keinen großen Energieverbrauch erfordern.

Die Kommission für wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit leistet nützliche Arbeit bei dem Zusammenwirken unserer beiden Länder. Die letzte Tagung war nicht schlecht.[12] Noch besser wäre es, wenn sich die Kommission auf weitere konkrete Aufgaben orientieren würde. Die nächste Tagung[13] wird dem Maschinenbau gewidmet sein. Auf diesem Gebiet gilt es, neue Möglichkeiten für die Zusammenarbeit unserer Länder zu finden. Wir sind auch bereit, auf der Erfahrung der Arbeit mit kleineren und mittleren Firmen aufzubauen und diese zu erweitern.

Hierbei möchte ich Sie darauf hinweisen, daß in der Sowjetunion in einer Reihe von Branchen, die sich mit der Konsumgüterproduktion befassen, eine Umrüstung bevorsteht.

Ich möchte dann noch eine weitere Frage ansprechen. Wenn der Warenverkehr weiter wächst, müßten wir auch für die Lösung der Transportprobleme sorgen, die uns bis heute noch Schwierigkeiten bereiten. Ich denke hier insbesondere an eine Fährverbindung auf der Ostsee.[14]

Ich bin auch so ehrlich und offen, Herr Bundeskanzler, Ihnen folgendes zu sagen: Man muß erwarten, daß ein bestimmtes Wachstum der Zusammenarbeit nicht überall bejubelt wird. Man behauptet, die Bundesrepublik würde eingeschüchtert, es würde Druck auf sie ausgeübt wegen der Abhängigkeit von Energielieferungen und einiger Mineralien aus der Sowjetunion. Es wird der Bundesrepublik auch abgeraten von einer Lieferung von Ausrüstungen in die Sowjetunion. Die das tun, haben die Hoffnung, damit die Entwicklung unserer Industrie zu stören. Das sind Versuche, die Methoden des Kalten Krieges in den Wirtschaftsbeziehungen wiederzubeleben. Ich sage dazu, daß wir niemandem unser Erdgas aufdrängen. Aber wir sind kein Anhänger von Autarkie. Wir sind gegen künstliche Hindernisse im Handelsaustausch. Vorteilhaft oder nicht, das sind die uralten Kriterien der Geschäftsleute. Ich glaube, daß man diese Haltung in Deutschland gut versteht.

12 Die zehnte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand vom 24. bis 28. September 1981 in Moskau und Nowosibirsk statt. Vgl. dazu Dok. 265, Anm. 56, und Dok. 294, Anm. 11.

13 Die elfte Tagung der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit fand am 12./13. Oktober 1982 statt.

14 Referat 423 und das Bundesministerium für Verkehr vermerkten am 11. November 1981: „Seit 1980 und verstärkt seit 1981 interessiert sich das sowjetische Ministerium für Hochseeschiffahrt für die Errichtung eines gemeinsamen Eisenbahnfährdienstes zwischen Klaipeda (Memel) und einem deutschen Ostseehafen, für die die ursprüngliche Anregung von der Stadt Lübeck unter dem Gesichtspunkt der Schaffung zusätzlicher Verkehrsbeziehungen ausgegangen war. Gedacht ist an die Errichtung einer Gemischten Betriebsgesellschaft auf der Basis 50 zu 50; das Investitionsvolumen für die Hafeninfrastruktur beläuft sich auf ca. 100 Mio. DM, je Fährschiff sind ca. 125 Mio. DM erforderlich. Nach sowjetischer Vorstellung soll die Finanzierung auf deutscher Seite liegen; in der Endphase könnten sechs Fährschiffe eingesetzt werden.“ Durch das Vorhaben würde „die sowjetische Position auf dem europäischen Verkehrsmarkt gestärkt. […] Die UdSSR gewinnt einen weiteren Stützpunkt in Westeuropa, den sie auszubauen versuchen wird.“ Vgl. Referat 421, Bd. 141296.

Die Regierungen unserer beiden Länder haben sich mit dem 25-Jahresabkommen von 1978 und dem darauf beruhenden Langfristigen Programm[15] einen soliden Rahmen für ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit geschaffen. Jetzt geht es um die Ausfüllung dieser Vereinbarungen mit wichtigen praktischen Dingen.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine weitere Frage ansprechen. In den letzten Jahren haben wir außer den wirtschaftlichen keinerlei Verträge und Abkommen schließen können. Das Hindernis war die Erstreckung solcher Abkommen auf West-Berlin. Im Prinzip haben wir nichts dagegen. Aber wir lassen uns nicht Regelungen aufzwingen, die selbst mit der flexibelsten Auslegung des Vierseitigen Abkommens[16] unvereinbar wären. So war es bei dem wissenschaftlich-technischen Abkommen und einigen anderen Vereinbarungen.[17] Infolgedessen fehlen in unserer Zusammenarbeit einige wichtige Gebiete, wie die neue Energietechnologie, die Landwirtschaft oder das Gesundheitswesen. Wir sollten diese Fragen aufmerksam prüfen, das beseitigen, was stört, und versuchen, gegenseitig annehmbare Lösungen zu finden.

Ich danke Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß Sie mir zugehört haben.

Bundeskanzler: Mit den allermeisten Punkten bin ich einverstanden. Deshalb brauche ich diese nicht zu wiederholen.

Am Anfang haben Sie nochmals Bemerkungen gemacht über Abrüstung und Rüstungsbegrenzung bei Mittelstreckenwaffen. Dazu drei Sätze. Zum einen: Die Veränderung des Kräfteverhältnisses seit 1978 ist im wesentlichen, aber nicht allein, zurückzuführen auf eine Vermehrung der Zahl der Sprengköpfe und die qualitative Verbesserung; das ist das, was uns so besorgt macht. Zum zweiten: Sie haben darauf hingewiesen, daß Ihre Mittelstreckenwaffen ausschließlich auf militärische Ziele der NATO gerichtet seien; wir werden dies unseren Verbündeten mitteilen. Wir sind ja nicht Verhandlungspartner. Wir können ja auch weder für die Engländer oder für die Franzosen sprechen, die hier angesprochen sind.

(Längeres Zwiegespräch zwischen Breschnew und Gromyko.)

Sie haben auf den guten Stand der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten hingewiesen und gesagt, daß der Moskauer Vertrag sich bewährt habe. Ich stimme zu. Ich habe gestern Gleiches in meiner Tischrede[18] ausgeführt.

15 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.
Für das am 1. Juli 1980 in Moskau unterzeichnete „Langfristige Programm über die Hauptrichtungen der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie“ vgl. Referat 421, Bd. 141310.

16 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

17 Die Bundesrepublik und die UdSSR verhandelten seit 1973 über ein Abkommen zur gegenseitigen Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über ein Zweijahresprogramm zum Kulturabkommen vom 19. Mai 1973. Ungeklärt war die Einbeziehung von Berlin (West); im Falle der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit und beim Kulturabkommen ging es vor allem um die Beteiligung von Institutionen und Organisationen mit Sitz in Berlin (West). Vgl. dazu AAPD 1977, II, Dok. 248, und AAPD 1978, II, Dok. 371.

18 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt anläßlich eines Abendessens für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 963–966.

Ich stimme allem zu, was Sie im Zusammenhang mit dem Prinzip guter Nachbarschaft gesagt haben. Wir müssen weiterarbeiten an den guten Beziehungen und die Zusammenarbeit fortsetzen.

Was Sie gesagt haben über die Ausweitung der bilateralen Zusammenarbeit, findet unsere grundsätzliche Zustimmung. Ich stimme allem zu, was Sie über zukünftige Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Volkswirtschaften gesagt haben. Den 25-Jahres-Vertrag, den wir vor drei Jahren verabredet haben, haben wir sowohl aus Gründen des wirtschaftlichen Vorteils als auch aus allgemeinen Gründen der Entspannungspolitik unterschrieben. Selbstverständlich kann man die Arbeit der Kommission über wirtschaftliche Zusammenarbeit unter den Herren Graf Lambsdorff und Archipow noch intensivieren. Wir sind dafür. Wahrscheinlich sollte diese Kommission auch das Dach zur Verfügung stellen, unter dem Ihre Anregung zum Fährverkehr geprüft wird.

(Breschnew: Eine große und interessante Frage!)

Ich möchte auf einen Punkt aufmerksam machen. Wir möchten die kleinen und mittleren Unternehmen in den Austausch mit der Sowjetunion einbezogen sehen. Sie sollten erkennen, daß auf manchen Gebieten diese Unternehmen technologisch leistungsfähiger sind als die großen. Ich glaube, daß es auch in Ihrem Interesse liegt, diese einzubeziehen und nicht nur mit unseren Giganten zu tun zu haben.

(Breschnew: Gerade darauf habe ich hingewiesen.)

Im Zusammenhang mit der Entwicklung unseres Wirtschaftsaustausches kann ich nicht verschweigen, daß ich mit etwas Eifersucht sehe, daß Ihr wirtschaftlicher Austausch mit den USA sehr viel schneller steigt als mit uns.

(Nach Fragen nach rechts und links bemerkt Breschnew: Getreide![19] Sonst gibt's nichts! Nur Getreide! Gromyko: Verkaufen Sie uns Getreide und Fleisch!)

Getreide können wir verkaufen; Fleisch auch. Sie können nur unsere Preise nicht bezahlen. Das US-Getreide ist leider billiger.

Sie haben von Einschüchterung gesprochen. Das sind sicherlich vergebliche Versuche. Wir lassen uns von niemandem hineinreden. Der wirtschaftliche Austausch zwischen Ihrer und unserer Volkswirtschaft ist von großer Bedeutung. Deshalb haben wir ein 25jähriges Abkommen geschlossen.

(Breschnew: Ich begrüße Ihre Erklärung zur Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR. Das ist eine wichtige Erklärung!)

Wir haben uns bisher so verhalten, Herr Generalsekretär!

Sie haben von wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit gesprochen. Ich bin auch an kultureller Zusammenarbeit sehr interessiert. Vielleicht ist richtig, was Sie gesagt haben, daß hier mehr Flexibilität notwendig ist. Ich könnte mir vorstellen, daß irgendwann im nächsten Jahr die Herren Gromyko und Genscher irgendwelche Schwierigkeiten aus dem Weg räumen können, wenn man sich gegenseitig hilft.

19 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

Von beiden Seiten darf diese Frage nicht mit zu viel Prestige und Formalismus behandelt werden.

Intensivierung der persönlichen Beziehungen auf allen Ebenen begrüße ich ausdrücklich. Das führt zur Schaffung einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens. Sicherlich ist das nicht immer einfach. Verschiedene Leute sind daran beteiligt, diese zu stören; im Westen der freie Journalismus und im Osten die Propaganda.

Ich bin Ihrer Meinung, daß die Intensivierung der persönlichen Beziehungen sich auch auf Militärpersonen erstrecken sollte. Das kann auch Vertrauen schaffen.

(Breschnew: Richtig!)

Da ich gerade von den Soldaten spreche, erlauben Sie mir ein Wort zu den Soldaten, die im vergangenen Krieg gefallen sind. Im vorigen Jahr haben Sie, Herr Generalsekretär, angekündigt, daß das sowjetische Rote Kreuz den Präsidenten des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge[20] einladen würde. Bisher ist eine solche Einladung nicht ergangen. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie eine solche Einladung aussprechen könnten. Der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist ein sehr achtbarer Mann. Ich glaube, daß man das menschliche Anliegen verstehen sollte, das hinter diesem Wunsche steckt.

(Nach langer Zwiesprache zwischen Breschnew und Gromyko bemerkt Breschnew: Was die Einladung anlangt, so sehe ich keine Schwierigkeiten. Es gibt aber praktische Schwierigkeiten. Die Lage hat sich verändert. Die Felder sind umgepflügt. Die Einladung selbst macht keine Schwierigkeiten.)

Ich bedanke mich für die zugesagte Einladung. Die praktischen Schwierigkeiten verstehen wir. Es war eine große menschliche Erleichterung für viele Witwen, daß ich im letzten Jahr nicht nur einen Kranz an der Kreml-Mauer niedergelegt habe, sondern auch auf einem Friedhof, wo deutsche Soldaten begraben sind.[21] Vielen Dank für die Einladung!

Herr Generalsekretär, erlauben Sie mir eine abschließende Bewertung. Sie haben gestern im Gespräch gesagt, unsere Zusammenarbeit liege im Interesse beider Staaten, und sie schade niemandem. Ich möchte hinzufügen: Außerdem nützt sie dem allgemeinen Frieden.

Ich möchte auch am Schluß unserer offenen, vertrauensvollen Gespräche nochmals Ihnen, Herr Breschnew, Ihnen, Herr Gromyko, Ihnen, Herr Archipow, und den Mitgliedern Ihrer Delegation danken. Der Verlauf der Gespräche und das partnerschaftliche Klima, ja teilweise darf man wohl sagen das freundschaftliche Klima, sind für mich eine große innere Genugtuung; denn es zeigt, daß wir in allen Bereichen auf dem Wege sind, den wir vor zehn Jahren mit dem Moskauer Vertrag begonnen haben.

Sie haben mich gestern sehr bewegt, als ich an einer Stelle gesagt habe, daß ich in den acht Jahren, seit denen wir uns kennen, Ihnen noch nie eine Unwahrheit zugemutet habe. Dem stimmten Sie zu.

20 Josef Schneeberger.

21 Bundeskanzler Schmidt und Bundesminister Genscher legten im Rahmen ihres Besuchs vom 30. Juni bis 1. Juli 1980 in der UdSSR Kränze in Ljublino und an der Kreml-Mauer nieder. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2973 des Botschafters Wieck, Moskau, vom 2. Juli 1980; Referat 213, Bd. 133135.

(Breschnew: Stimmt!)

Das hat mich sehr bewegt! Ich habe auch gespürt, in welcher Weise der dienstälteste Außenminister der Welt[22] und der deutsche Außenminister im persönlichen Verkehr miteinander umgehen können. Auch das ist ein wichtiger Beitrag zur persönlichen Begegnung und ein wichtiger Beitrag zum Frieden.

Die Diplomaten der beiden Seiten haben ein gemeinsames Kommuniqué ausgearbeitet.[23] Darin steht, daß die Gespräche in konstruktiver und offener Atmosphäre stattfanden. Das ist wahr! Daß der Meinungsaustausch notwendig und nützlich war; das ist wirklich zutreffend! Daß Sie überzeugt sind, daß in der gegenwärtigen Weltlage Kontakte zwischen den führenden Staatsmännern in West und Ost besonders wichtig[24]; das ist alles wirklich wahr! Ganz ausdrücklich möchte ich den letzten Satz unterstreichen, in dem wir uns zur Fortsetzung des Dialogs und der Kontakte zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion auf höchster Ebene und auf anderen Ebenen aussprechen.

Wollen Sie, Herr Generalsekretär, noch eine abschließende Bemerkung machen? Wir sollten uns dann über technische Fragen unterhalten für unseren gemeinsamen Auftritt vor den sowjetischen und deutschen Fernsehanstalten.

Breschnew: Ich danke Ihnen für eine ausführliche Darlegung Ihrer Überlegungen. Unser Gespräch erfaßte große Kreise internationaler Probleme und bilateraler Fragen. Die Gespräche waren geprägt von gegenseitigem Respekt und ganz offen. Wir haben Differenzen nicht verheimlicht. Aber selbstverständlich haben wir unsere Aufmerksamkeit darauf gelenkt, was uns weiterbringen muß. Die breite Thematik unterstrich die außerordentliche Bedeutung unserer Gespräche für die Gegenwart und die Zukunft der sowjetisch-westdeutschen Beziehungen und für die internationale Lage. Jetzt ist eine vertiefte Analyse alles Gesagten erforderlich. Schlußfolgerungen werden sich sicher auch im Lichte der praktischen Handlungen ergeben, die von unserem Meinungsaustausch ausgehen. Aber man kann schon heute sagen, daß die Gespräche hier in Bonn rechtzeitig und nützlich waren.

Ich habe auch mit den Vorsitzenden führender Parteien gesprochen[25]; das hat uns bestimmte Vorstellungen von den Besonderheiten ihrer Ansichten vermittelt.

Mir liegt es fern, unsere Differenzen bei internationalen Problemen auszuglätten. Über den Differenzen in außenpolitisch wichtigen Fragen dürfen wir unsere Übereinstimmung in den Fragen des Friedens nicht verkennen. Dies ist die dominierende Bedeutung unserer Gespräche, und davon müssen wir uns leiten lassen in unserer weiteren Arbeit. Manche im Westen haben über dem Gerede über eine sowjetische Gefahr ihre Orientierung verloren. Die Amerikaner beginnen davon zu sprechen, daß ihre Sorgen nicht auf mangelnde Muskeln, son-

22 Andrej Andrejewitsch Gromyko war seit 1957 sowjetischer Außenminister.

23 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1981, S. 961–963.

24 So in der Vorlage.

25 Zu den Gesprächen des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, mit den Parteivorsitzenden Brandt (SPD), Genscher (FDP), Kohl (CDU) und Strauß (CSU) am 24. November 1981 vgl. Dok. 338, Anm. 3.

dern auf mangelnde Vernunft zurückzuführen sind. Ich möchte glauben, daß nach unseren Gesprächen westdeutsche Politiker in der Lage sein werden, diejenigen zu widerlegen, die der Sowjetunion heimtückische Absichten unterstellen. Wir haben nicht die Absicht, irgend jemanden zu überfallen.

Wir haben uns nie das Ziel gesetzt, stärker als alle anderen zu sein, und zielen auch heute nicht darauf ab; wir möchten auch unsere Rüstungen loswerden, aber natürlich auf gegenseitiger Grundlage. Das ist keine Rhetorik: Wir sind bereit, jedes unserer Worte in die Tat umzusetzen, sei es in Genf, in Wien[26] oder sonstwo. Das, was wir gesagt haben, spiegelt zutiefst unsere Überzeugung. Es ist richtig heute, und es ist richtig morgen. Wer daran zweifelt, kennt unser Land schlecht und kennt das Sowjetvolk nicht.

Man kann feststellen, daß wir auf dem Gebiet der bilateralen Beziehungen nicht auf der Stelle treten. Wir bewegen uns vorwärts; in einigen Bereichen schneller, in anderen langsamer. Jedenfalls ist die Tendenz der Fortbewegung vorherrschend, davon haben auch Sie gesprochen.

Wir sehen auf dem Gebiete der Wirtschaft die materielle Grundlage unserer Zusammenarbeit. Wir haben ein solides Programm für Aktionen auf verschiedenen Ebenen, und das ist wirklich gut. Das Vertrauen, das wir in den 70er Jahren durch die Politik der Entspannung begründet haben, setzen wir jetzt mit unserer Arbeit fort.

Ich möchte Sie in die Sowjetunion einladen. Einen Termin können wir später vereinbaren. Sie dürfen unserer Gastfreundschaft und Aufmerksamkeit sicher sein!

Bundeskanzler: Ich danke für die freundliche Einladung, die ich gerne annehme.

Noch ein Wort zum Fernsehen: Die Kameras beider Länder warten wohl auf uns. Unsere Erklärungen sollten jeweils sofort vom Russischen ins Deutsche und umgekehrt übersetzt werden. (Nach längerem Wortwechsel zwischen Breschnew, Gromyko, Samjatin stimmt Gromyko einer Erklärung vor den Fernsehkameras von zwei bis drei Minuten zu.)[27]

VS-Bd. 10335 (201)

26 Zu den MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 372.

27 Für den Wortlaut der Ausführungen des Bundeskanzlers Schmidt und des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 24. November 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 968.

341

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

220-370.70 SOW-1942/81 VS-vertraulich **24. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Zweck der Vorlage: Zur Information

Betr.: Breschnew-Besuch[3];
hier: sowjetischer Vorschlag für eine erweiterte Null-Lösung in der Tischrede von Breschnew am 23.11.81[4]

1) Breschnew hat in seiner Tischrede am 23. November eine Erweiterung der Null-Lösung über die Mittelstreckenraketen hinaus auf alle nuklearen Waffen mittlerer Reichweite vorgeschlagen. Der Passus hat folgenden Wortlaut:

„Im Laufe der eigentlichen Verhandlungen mit den USA[5] werden wir entschieden für die radikalen Reduzierungen der nuklearen Waffen mittlerer Reichweite jeder der Seiten in Europa eintreten. Es versteht sich, daß die konkreten Zahlen im Laufe der Verhandlungen selbst festgelegt werden sollen. Was unsere Seite anbelangt, so würden wir bereit sein, die Reduzierungen nicht um Dutzende, sondern um Hunderte Einheiten der Waffen dieser Klasse vorzunehmen. Ich wiederhole – um Hunderte Einheiten. Dies ist unsere Einstellung.

Und wenn unsere Partner die Bereitschaft zeigen, sich über den vollständigen Verzicht beider Seiten – des Westens und des Ostens – auf sämtliche Arten nuklearer Waffen mittlerer Reichweite zu verständigen, die auf die Objekte in Europa gezielt[6] sind, so sind wir dafür.

Wir sind überhaupt dafür, daß Europa letzten Endes frei von Kernwaffen sein wird – von den Waffen mittlerer Reichweite wie auch von den taktischen Waffen. Das wäre eine wirkliche ‚Null-Lösung' – eine gerechte Lösung für alle Seiten."

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron und Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner konzipiert.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 24. November 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 24. November 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 25. November 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 220 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Ritter von Wagner und Botschafter Ruth verfügte.
Hat Wagner erneut vorgelegen.
Hat Ruth am 2. Dezember 1981 erneut vorgelegen.

3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

4 Für den Wortlaut der Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich eines Abendessens am 23. November 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 966–968.

5 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

6 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

2) Zu den einzelnen Elementen von Breschnews Vorschlag ist folgendes zu bemerken:

a) Drei Schritte

Seine Position für die „eigentlichen Verhandlungen" umschreibt Breschnew in drei Schritten:

– „radikale Reduzierungen der nuklearen Waffen mittlerer Reichweite in Europa",
– „vollständigen Verzicht auf sämtliche Arten nuklearer Waffen mittlerer Reichweite",
– „Europa letzten Endes frei von Kernwaffen …, von Waffen mittlerer Reichweite wie auch von den taktischen Waffen".

Während der erste Schritt eine einigermaßen realistische Verhandlungsposition aus sowjetischer Sicht darstellt, ist der zweite als Zwischenstufe zu dem alten sowjetischen Propaganda-Vorschlag zu werten, der dann als dritter Schritt auf eine kernwaffenfreie Zone Europa zielt, in der die konventionelle Überlegenheit der SU voll zum Tragen käme.

b) Sachlicher Anwendungsbereich

Es kommt nicht klar zum Ausdruck, was Breschnew unter „nuklearen Waffen mittlerer Reichweite" subsumiert.

– Sicher ist, daß er darunter nicht nur Raketen verstehen will.
– Sehr wahrscheinlich zählt er nuklearfähige Flugzeuge dazu, wobei unklar bleibt, an welche Flugzeugtypen dabei gedacht ist.
– Nicht erkennbar ist, ob Breschnew auch seegestützte Systeme einzubeziehen wünscht.
– Aus der Wendung „des Westens und des Ostens" läßt sich ableiten, daß französische und britische und wohl auch nuklearfähige Systeme anderer Bündnispartner mitbetroffen wären.

c) Geographischer Anwendungsbereich

Der geographische Anwendungsbereich ist nicht einheitlich behandelt. Im ersten Satz des zitierten Passus spricht Breschnew von „Reduzierungen der nuklearen Waffen mittlerer Reichweite … in Europa".

Später heißt es „Verzicht … auf sämtliche Arten nuklearer Waffen mittlerer Reichweite …, die auf Objekte in Europa gezielt sind". Im letzten Absatz spricht Breschnew wiederum davon, daß „Europa … frei von Kernwaffen sein wird."

Daraus könnte abgeleitet werden, daß Breschnew bei Reduzierungen und Begrenzungen oberhalb der Null-Lösung das Anwendungsgebiet auf Europa beschränken möchte, daß er aber im Falle des „vollständigen Verzichts" auf Mittelstreckenwaffen bereit ist, auch Waffen außerhalb Europas einzubeziehen, solange sie auf Ziele innerhalb Europas gerichtet sind.

Die kernwaffenfreie Zone scheint wiederum auf Europa begrenzt zu sein.

Diese Differenzierungen dürften weniger sachlich begründet sein als vielmehr darauf beruhen, daß zumindest die zweite und dritte Variante eher als vage Propagandavorschläge denn als echte Verhandlungspositionen zu werten sind. (Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich die sowjetische Führung ange-

sichts der Reagan-Vorschläge[7] kurzfristig zu dieser weitgespannten Bereitschaftserklärung entschlossen hat.)

3) Wertung

Die sowjetische Führung versucht, durch diese Vorschläge das westliche Konzept einer auf Mittelstreckenraketen beschränkten Null-Lösung zu übertrumpfen.

Moskau knüpft dabei an sein früheres Konzept an, das isolierte Vorschläge über Mittelstreckenraketen ablehnte und die Einbeziehung der FBS forderte. Neu ist allerdings die Bereitschaft, als Ergebnis von Verhandlungen dem beiderseitigen vollständigen Verzicht auf sämtliche Arten nuklearer Waffen mittlerer Reichweite, die auf die Objekte in Europa gezielt sind, zuzustimmen.

Die Formel „die auf die Objekte in Europa gezielt sind" scheint ein Eingehen auf das westliche Konzept globaler Reduzierungen für die Mittelstreckenraketen darzustellen. Da sie jedoch – anders als das westliche Konzept – nicht auf Raketen begrenzt ist, soll sie in östlicher Sicht wahrscheinlich alle Systeme (Flugzeuge und evtl. auch U-Boote) einschließen, welche Ziele in Europa erreichen können.

Die Allianz hat das Konzept einer erweiterten Null-Lösung bisher nicht im einzelnen geprüft. Die Frage, ob das Bündnis eine Denuklearisierung aller Mittelstreckenflugzeuge beider Seiten, die auf Europa zielen, akzeptieren könnte, bedürfte gründlicher Untersuchungen in der NATO.

Eine erweiterte Null-Lösung stellt aus Moskauer Sicht einen Zwischenschritt auf eine Denuklearisierung Europas dar, wie sie im letzten sowjetischen Vorschlag als „wirkliche Null-Lösung" gepriesen wird.

Angesichts der sowjetischen konventionellen Überlegenheit und ihrer geographisch bedingten Fähigkeit, aus der Tiefe ihres Raumes Streitkräfte schnell nachzuführen, wäre eine KWFZ für die Alliierten nicht annehmbar.

Sie würde das Kontinuum der Abschreckung und die Koppelung der Triade aufheben und damit die Abschreckungswirkung erheblich mindern.

Mit Rücksicht auf die Empfindlichkeit unserer Bündnispartner, vor allem Frankreichs und Großbritanniens, hinsichtlich der Behandlung ihrer Systeme sollte jede grundsätzliche Zustimmung[8] zu diesem sowjetischen Konzept vermieden werden. Da Breschnew selbst auf die Verhandlungen verwiesen hat, sollten wir diesen auch nicht vorgreifen. Statt dessen könnten wir in allgemeinen Wendungen positiv zu den Elementen der Breschnew-Rede Stellung nehmen, welche aus unserer Sicht eine gewisse östliche Beweglichkeit andeuten.

a) Es ist positiv zu werten, daß Breschnew für radikale Reduzierungen der Mittelstreckensysteme eintritt, die bis zu einer Null-Lösung führen können.

b) Ebenso positiv ist zu vermerken, daß dies „im Laufe der eigentlichen Verhandlungen" vorgebracht werden soll. Dort und innerhalb des Bündnisses werden die Vorschläge einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden.

[7] Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

[8] An dieser Stelle ergänzte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „aber auch eine Ablehnung – vielmehr Hinweis auf vier Reagan-Vorschläge".

c) Ferner ist zu begrüßen, daß Breschnew ebenso wie der Westen ein schrittweises Vorgehen in den Verhandlungen für angebracht hält.

Weil wir an baldigen konkreten Ergebnissen interessiert sind, halten wir es jedoch für notwendig, die Verhandlungen zunächst auf landgestützte Mittelstreckenraketen zu konzentrieren. Andere Waffensysteme können in einer späteren Verhandlungsphase einbezogen werden.[9]

d) Wichtig erscheint auch Breschnews Hinweis, „daß die konkreten Zahlen im Laufe der Verhandlungen selbst festgelegt werden sollen".

In diesem Zusammenhang werden in Genf sowohl der sachliche Anwendungsbereich – welche Systeme sind einzubeziehen? – wie auch der geographische Anwendungsbereich – „Waffen … die auf Objekte in Europa gezielt sind …" – zu klären sein.[10]

e) Wir weisen insbesondere darauf hin, daß nicht nur die Festlegung der Zahlen, sondern vor allem auch die Lösung des Verifikationsproblems bei Flugzeugen in nuklearer und konventioneller Doppelrolle (dual capable) weitaus schwieriger sein dürfte als für Raketen.

Wir hoffen, daß die SU daher ihre bisherige Zurückhaltung gegenüber effektiven Verifikationsmaßnahmen, die über National Technical Means hinausgehen, aufgeben wird.

Ruth

VS-Bd. 11309 (220)

9 Zur Reaktion der Bundesregierung auf die Rede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, anläßlich eines Abendessens am 23. November 1981 wurde in der Presse berichtet: „Regierungssprecher Becker entgegnete am Dienstag auf Breschnews Vorstellungen, es sei immer der Wunsch Bonns gewesen, daß die Genfer Verhandlungen sich unmittelbar mit der Raketenverminderung befassen sollten. Wenn jetzt ein neues sowjetisches Element mit der Moratoriums-Variante eingeführt werde, ‚betrachtet Bundeskanzler Schmidt dies als eine Konditionierung, zu der erst Fragen zu stellen sind'." Vgl. den Artikel „Breschnew vermeidet persönliche Schärfen"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 25. November 1981, S. 2.

10 Zu diesem Absatz vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Positiv, daß erstmals nicht auf den Ort der Stationierung, sondern den Ort möglicher Treffer abgestellt wird. (‚gezielt' ist allerdings subjektiv u. desh[alb] noch zu wenig.)"

342

Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Präsident Reagan

25. November 1981[1]

Vermerk über das Telefongespräch des Bundeskanzlers mit Präsident Reagan am 25. November 1981 von 21.15 bis 21.30 Uhr

Bundeskanzler möchte den Präsidenten über den Besuch Breschnews unterrichten, der soeben Bonn verlassen hat.[2]

Reagan dankt und meint, daß nach den amerikanischen Fernsehbildern der Gesichtsausdruck des Kanzlers bei der Tischrede[3] den festen Worten entsprach, die die Prawda in ihrer Wiedergabe[4] ausgelassen hatte.

Bundeskanzler: Breschnew war körperlich und geistig in relativ guter Verfassung. Er sprach auf der Grundlage von vorbereiteten Papieren. Wenn Fragen zu beantworten oder improvisierte Antworten zu geben waren, verließ er sich wesentlich auf Gromyko, der überhaupt eine größere Rolle zu spielen schien als bei früheren Gelegenheiten.

Atmosphäre und Gespräche waren gut. Es zahlte sich aus, daß die vier Hauptgesprächspartner einander seit nunmehr elf Jahren kennen. In der Sache waren beide Seiten klar, auch hart. Man ist keinem der zwischen Ost und West strittigen Themen aus dem Wege gegangen.

Offensichtlich fällt es der sowjetischen Führung schwer, sich auf den normalen Führungswechsel in westlichen Demokratien einzustellen. Es herrscht Unsicherheit über die amerikanische Politik. Sie kamen immer wieder darauf zurück, daß die USA das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit verletze. AM Genscher und ich haben die Außen- und Sicherheitspolitik der USA erklärt und erläutert, so gut wie wir es konnten, besonders aufgrund der Rede des Prä-

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 26. November 1981 gefertigt und am selben Tag über Staatssekretär Lahnstein, Bundeskanzleramt, an Bundeskanzler Schmidt „mit der Bitte um Billigung“ geleitet. Dazu vermerkte Gablentz: „BM Genscher hat Doppel des Vermerks vorbehaltlich Ihrer Genehmigung erhalten.“
Hat Lahnstein am 26. November 1981 vorgelegen.
Hat Schmidt am 29. November 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Kopie z. d. A pr[ivat] (S[ammlun]g) bei mir.“ Vgl. den Begleitvermerk; Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 59; B 150, Aktenkopien 1981.

2 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

3 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt anläßlich eines Abendessens für den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 963–966.

4 Für die im Auszug abgedruckte Tischrede des Bundeskanzlers Schmidt vom 23. November 1981 vgl. PRAVDA vom 24. November 1981, S. 2.
Gesandter Huber, Moskau, teilte am 24. November 1981 zur Berichterstattung in der sowjetischen Presse mit: „Abdruck der Tischreden des Bundeskanzlers und Breschnews, erstere allerdings gekürzt: Es fehlen die Passagen zu SS-20 und Afghanistan. An anderen Stellen, so z. B. bei Familienzusammenführung, sind Halbsätze ausgelassen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 6478; Referat 213, Bd. 133187.

sidenten vor dem National Press Club[5] und meines Briefwechsels. Wir haben alle Zweifel am Verhandlungswillen des Präsidenten und seiner Regierung deutlich zurückgewiesen und betont, daß beide Verhandlungen und Zusammenarbeit wünschen. Die erste Verhandlungsrunde in Genf[6] wird von wesentlicher politischer Bedeutung sein, wahrscheinlich über das eigentliche Verhandlungsthema hinaus auch für die allgemeinen Beziehungen zwischen den USA und der SU. Ich kenne Paul Nitze seit 20 Jahren und ich werde ihn am Wochenende sehen[7], ich habe volles Vertrauen auf ihn und darauf, daß er das notwendige Verhandlungsklima schaffen wird.

Natürlich waren die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen das Hauptthema. Es gab keine neuen Elemente in der sowjetischen Position, nur interessante Details der Präsentation, die wir der amerikanischen Regierung innerhalb der nächsten 48 Stunden übermitteln.[8] Es war deutlich, daß die SU sehr stark beeindruckt ist von der Aussicht, ab Ende 1983 sich in Europa amerikanischen Pershing II und GLCM gegenüberzusehen. Sie hat daher die Absicht, ernsthaft in Genf zu verhandeln.

Meine Schlußfolgerung war daher, daß ein Festhalten an beiden Teilen des Doppelbeschlusses[9] die absolut notwendige Voraussetzung dafür ist, in Genf vor Ende 1983 Ergebnisse zu erreichen. Wir haben daher völlig klargestellt, daß wir am Doppelbeschluß festhalten werden. Wir haben hinzugefügt, daß jede vorstellbare deutsche Regierung das tun würde – obwohl diese Bemerkung gar nicht notwendig war, weil es bei uns nicht zu einem Regierungswechsel kommen wird. Über die Einzelheiten wird StS von Staden AM Haig und das State Department am Freitag unterrichten.

Zu Afghanistan haben die Gespräche nichts Neues ergeben.

Nach meinem persönlichen Urteil lohnt es sich, mit Breschnew selbst zu sprechen, da er offensichtlich von vielen Eindrücken abgeschirmt wird, die er nur im direkten Gespräch mit politischen Führern des Westens erhalten kann. Er ist sicher ein Mann, für den persönliche Eindrücke eine große Rolle spielen.

Ein Zusammentreffen mit Präsident Reagan würde, auch ohne konkrete Ergebnisse, eine einzigartige Gelegenheit sein, die sowjetische Führung zu beeinflussen. Breschnew würde persönlich erfahren, daß der Präsident nicht der Kriegstreiber ist, als den ihn die sowjetische Propaganda hinstellt.

Nach unserem Urteil hatten sich die Sowjets wohl eine – wenn auch geringe – Chance ausgerechnet, noch unsere Haltung zum Doppelbeschluß beeinflussen zu können. Sie haben erfahren, daß wir am Doppelbeschluß festhalten. Das gilt auch für Gromyko, der offensichtlich eine stärkere Rolle spielt. Das gilt auch für die übrige Delegation und die Öffentlichkeit.

5 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

6 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

7 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 28. November 1981 in Hamburg vgl. Dok. 347.

8 Staatssekretär von Staden informierte am 27. November 1981 den amerikanischen Außenminister Haig über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Vgl. dazu Dok. 345.

9 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

Ich danke Ihnen für Ihr Fernschreiben vom 22. November[10], das gerade vor dem Beginn der Gespräche ankam. Ich freue mich auf meinen Urlaub in den USA und auf das Treffen mit dem Präsidenten Anfang Januar.[11]

Reagan freut sich auf das Treffen mit dem Bundeskanzler. Die Tischrede des Bundeskanzlers ist in der amerikanischen Presse groß herausgestellt worden. Sie war sehr fest und hat sicherlich die Sowjets beeindruckt. Ist über wirtschaftliche Schwierigkeiten der Sowjetunion gesprochen worden?

Bundeskanzler: Es wurde sehr deutlich über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten gesprochen, unter denen Ost- und Westeuropa leiden. Die Lage in Polen wurde von Breschnew als ein Sonderproblem bezeichnet. Breschnew sagte deutlich, daß es unangebracht sei, über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der anderen Seite Schadenfreude zu empfinden. Wir sind alle in Schwierigkeiten und können einander helfen, sie zu überwinden.

Reagan: Der Bericht ist sehr ermutigend. Jetzt kommt es darauf an, zu verhandeln. Wir werden das tun. Ich danke für den Bericht, über den ich die zuständigen Stellen informieren werde. Wie steht es mit der öffentlichen Meinung in Europa?

Bundeskanzler: Die öffentliche Meinung ist weiterhin unstet. Der Breschnew-Besuch und die Festigkeit, mit der wir unseren Standpunkt vertreten haben, wird ihren positiven Einfluß ausüben. Das Hauptproblem für die öffentliche Debatte wird die Arbeitslosigkeit sein in allen Ländern Westeuropas, auch in Deutschland.

Reagan: Wir haben da hier unser eigenes Problem. Ich danke Ihnen noch einmal sehr und finde Ihren Bericht sehr ermutigend.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-30 100 (56), Bd. 59

10 Für das Fernschreiben des Präsidenten Reagan vom 21. November 1981 an Bundeskanzler Schmidt, das am 22. November 1981 im Bundeskanzleramt einging, vgl. VS-Bd. 14096 (010).

11 Bundeskanzler Schmidt verbrachte seinen Weihnachts- und Neujahrsurlaub in Florida und führte vom 4. bis 6. Januar 1981 Gespräche in Washington.

343

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

Dg 33-320.10 ELS **26. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Stärkung der Chancen für eine demokratische Lösung in El Salvador

Vorschlag: Sie sprechen mit der SPD (Brandt oder Wischnewski) und der CDU (Kohl oder Geißler) über das mögliche Ausmaß einer Unterstützung der Regierungsjunta von El Salvador.

Vorbemerkung: Der Außenminister El Salvadors, Chávez Mena, hat Sie am 20.11.1981[2] gebeten, die Bundesregierung möge den Wahlprozeß in El Salvador[3]

1 Hat Staatssekretär von Staden am 4. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Anders als den ‚Nicaragua'-Vorschlag halte ich diesen für sehr wohl begründet." Vgl. dazu Dok. 344.
Hat Bundesminister Genscher am 7. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Wie stehen die anderen Staaten Zentralamerikas zur Lage in El S[alvador]? 2) Man sollte das Problem in der EPZ besprechen, Vorb[e]spr[echun]g Pol[itischer] Dir[ektor]."
Hat Amtsrat Kusnezow am 7. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung über Staden an Ministerialdirektor Gorenflos verfügte.
Hat Staden am 9. Dezember 1981 erneut vorgelegen, der Ziffer 2 des handschriftlichen Vermerks von Genscher hervorhob und auf einem Begleitvermerk für Gorenflos und Ministerialdirektor Pfeffer handschriftlich vermerkte: „Das habe ich bereits mehrfach gesagt!"
Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 9. Dezember 1981 vorgelegen, der zur Weiterleitung an Pfeffer handschriftlich vermerkte: „Hat Kopie."
Hat Gorenflos am 10. Dezember 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 331, Bd. 127413.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hoff am 10. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Martius und Ministerialdirigent Limmer „n[ach] R[ückkehr]" verfügte.
Hat Martius am 18. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Limmer vorgelegen.

2 Der salvadorianische Außenminister Chávez Mena hielt sich vom 18. bis 21. November 1981 in der Bundesrepublik auf. In dem Gespräch mit Bundesminister Genscher führte er aus: „Hauptgefahr ist ein ‚Überschwappen' des Konfliktes von El S[alvador] auf Länder der Region. […] Hauptsorge, daß Zentralamerika (ZA) Objekt des Ost-West-Konflikts wird." Die salvadorianische Regierung beabsichtige, „der Probleme durch politische und soziale Strukturreformen Herr zu werden. Hauptziele sind: Frieden, wirtschaftlicher Fortschritt, Beseitigung sozialer Ungleichheit. Zur Erreichung dieser Ziele wird ein Aktionsprogramm vorbereitet, an dem alle Parteien unterschiedslos sich beteiligen sollen. Wahlprozeß ist an sich noch nicht die Lösung, aber ein wichtiger erster Schritt auf dem Wege." Chávez Mena sprach „Einladung an Bundesregierung zur Entsendung von Wahlbeobachtern aus"; Genscher sagte Prüfung zu. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 127449.

3 Ministerialdirigent Limmer erläuterte am 12. Oktober 1981: „Politisches Hauptthema in El Salvador sind gegenwärtig die von der Regierung für März 1982 angekündigten Wahlen zu einer verfassunggebenden Versammlung, denen ein Jahr später Parlamentswahlen folgen sollen. Die zivilmilitärische Regierung El Salvadors hat einen unabhängigen Wahlrat zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlen eingesetzt und bietet allen Oppositionskräften Gespräche über die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen an. Sie wirbt im Rahmen einer ‚diplomatischen Offensive' für Unterstützung und Beobachtung der Wahlen durch das Ausland. Die revolutionäre Linke in El Salvador lehnt bisher ihre Beteiligung an den Wahlen ab, da für deren Durchführung die Voraussetzungen nicht gegeben seien. […] Von ausländischen Beobachtern in El Salvador werden die Chancen für die Durchführung freier Wahlen heute positiver beurteilt als vor einigen Monaten. Die Aussichten ließen sich wesentlich verbessern, wenn das Ausland bereit ist, sich für die Durchführung der Wahlen einzusetzen. Die US-Regierung ist hierzu bereit und wirbt bei uns (wie auch anderweitig) für ein entsprechendes Engagement. Die Hauptgefahr für die Durchführung der Wahlen muß im Ter-

unterstützen und die unterbrochene wirtschaftliche Zusammenarbeit[4] wiederaufnehmen. Dies setzt eine positive Beurteilung der Perspektiven der zivil-militärischen Regierungsjunta in El Salvador voraus und eine möglichst enge Abstimmung mit den Parteien der Regierungskoalition und der Opposition. Für beides scheint die Zeit gekommen.

1) In El Salvador kämpfen drei unterschiedliche Kräftegruppierungen um die Macht zur Gestaltung des Landes nach ihren Vorstellungen.

1.1) Die Allianz zwischen der Hauptoppositionskraft gegen das frühere Regime, der Christlich-Demokratischen Partei (N. Duarte, Morales Ehrlich, Chávez Mena), und den gemäßigten Militärs, die das konservative Militärregime gestürzt haben (Gutiérrez, García).

1.2) Die militanten rechts-konservativen Kräfte mit bis zu aktiver Unterstützung reichender Sympathie aus Kreisen der konservativen Militärs und der Wirtschaft.

1.3) Die linke Revolutionsfront, der Sozialisten, Kommunisten, Guerilla und Terroristen angehören und die vom kommunistischen Lager (Kuba, SU), vom internationalen Terrorismus und auch aus Kreisen des internationalen Sozialismus Unterstützung erhält.

2) Von vornherein überzeugend als sicherer Weg zu einer pluralistisch-freiheitlichen Demokratie kann keine der drei Alternativen gelten. Bleibt, wie so oft in Umbruchsituationen, nur die Entscheidung für den Weg, der die besten oder jedenfalls überhaupt Perspektiven für eine wünschenswerte Entwicklung bietet.

3) Die rechten konservativen Kräfte streben zurück zu einem von besitzenden Kreisen und Militärs bestimmten Regime mit geringen Zugeständnissen an Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit. Dieses Regime würde eine brutale Totallösung gegen Terrorismus und Subversion versuchen, würde aber damit mehr noch als früher sich nur durch Repression mit massiven Menschenrechtsverletzungen behaupten können (Beispiel Guatemala). Dem Vorteil der Vermeidung eines weiteren kubanisch-kommunistischen Fußfassens stehen Negativposten gegenüber, die für westliche Länder nicht akzeptabel sind.

4) Die linke Revolutionsfront wird schon jetzt von den bewaffneten, marxistisch ausgerichteten Guerilla- und Terroristengruppen mit den entsprechenden internationalen Verflechtungen beherrscht. Die zu ihr auch zählenden demokratischen Kräfte, hauptsächlich eine sehr kleine sozialistische Partei (MNR[5]/ Ungo), haben schon jetzt intern kaum einen Einfluß und dienen hauptsächlich dem politischen Werbefeldzug im westlichen Ausland. Über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse innerhalb der linken Revolutionsfront ist man sich heute auch in sozialdemokratischen und sozialistischen Kreisen des Auslandes kaum noch im unklaren, wie auch nicht darüber, daß ein Sieg der FDR/FMLN[6] ohne wesentliche Verzögerung zu einem totalitären Regime führen würde, mit un-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1854

rorismus gesehen werden und in der Möglichkeit, daß führende Kandidaten Terrorismus-Opfer derjenigen Kräfte werden, die am Scheitern der Wahlen interessiert sind." Vgl. Referat 331, Bd. 127413.

4 Zur Unterbrechung der Technischen und Finanziellen Zusammenarbeit mit El Salvador vgl. Dok. 11, Anm. 11.

5 Movimiento Nacional Revolucionario.

6 Frente Democrático Revolucionario/Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional.

zweideutiger außenpolitischen Ausrichtung an den Interessen des kommunistischen Lagers.

5) Die Allianz zwischen einer vergleichsweise starken demokratischen Partei (Christdemokraten mit nach europäischen Begriffen sozialistisch-sozialdemokratischem politisch-wirtschaftlichen Programm) und der gegenwärtig reformbereiten und gemäßigten Führung der Streitkräfte (eine an sich für lateinamerikanische Verhältnisse nahezu optimale Konstellation) hat sich auf demokratischen Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit verpflichtet. Sie allein bietet eine Chance für eine diese Prinzipien wahrende, auf Dauer angelegte Entwicklung unter Absage an linken und rechten Totalitarismus. Die Mitwirkung des Militärs ist ihre Hypothek und ihre Chance zugleich, denn wie in vielen lateinamerikanischen Ländern ist eine dauerhafte politische Lösung mit Reformen in Stabilität nicht gegen, sondern nur mit und durch Einbindung der Streitkräfte in einen möglichst demokratischen und möglichst rechtsstaatlichen Entwicklungsprozeß realistisch erzielbar.

6) Welche alternativen Entwicklungen sind in El Salvador möglich?

6.1) Ein Sieg der linksrevolutionären Front scheint heute nicht zuletzt wegen Mangel an Unterstützung durch die Bevölkerung aus eigener Kraft unwahrscheinlich. Rückte ein solcher Sieg in den Bereich der Möglichkeiten – evtl. durch Scheitern der Regierung Duarte –, würden die Streitkräfte El Salvadors, evtl. im Verbund mit den Streitkräften der nördlich benachbarten oder anderer lateinamerikanischer Staaten, und auch die USA die Etablierung eines von den linksrevolutionären Kräften getragenen Regimes nach Kräften zu verhindern suchen. Das wahrscheinlichste vorläufige Endergebnis wäre dann im Innern eine Rechtsregierung und noch viel mehr Blutvergießen und international höchst kritische Auswirkungen. Die demokratischen und vorrangig die mit der linken Revolutionsfront verbundenen Kräfte würden auf der Strecke bleiben. Daraus ergibt sich – zu Ende gedacht –, daß eine Unterstützung der linken Revolutionsfront nicht nur zur Errichtung eines totalitären, sondern letztendlich zur Errichtung eines rechtstotalitären Regimes führen wird und implicite zur Vernichtung der sozialistisch-demokratischen Kräfte, wegen derer allein die revolutionäre Linksfront von demokratischen Sozialisten unterstützt wird. An Beispielen für einen solchen tragischen Prozeß mangelt es nicht. Er sollte in El Salvador verhindert werden.

6.2) Die realistischen Entwicklungsalternativen sind daher die zivil-militärische Allianz der gegenwärtigen Regierungsjunta oder eine weiter rechts oder ganz rechts stehende Militärregierung. Noch besteht die Wahl. Solange die gemäßigten Militärs wie Gutiérrez und García die Streitkräfte führen, solange die USA Druck auf Beibehaltung des pluralistischen Kurses mit Reformen und Wahlen ausüben und solange die gegenwärtige Regierungsjunta reale Erfolgschancen hat, braucht es zu einem offenen oder verkappten Rechtsputsch nicht zu kommen. Alles hängt ab von der Aufrechterhaltung der Allianz zwischen den demokratischen Kräften unter Duarte, Morales Ehrlich und Chávez Mena einerseits und den Streitkräften unter García und Gutiérrez andererseits. Eine Stärkung dieser Allianz durch Unterstützung ihrer demokratischen Kräfte und Zielsetzungen kann die Chancen für eine demokratische Lösung in El Salvador wesentlich verbessern. Seit den letzten Monaten Carters ist dies die entschiedene

Linie der US-Regierung in der Hoffnung, hierbei zunehmend Zustimmung und Unterstützung aus der Region und von seiten der Verbündeten zu erhalten.

7) Innerhalb der Streitkräfte gibt es Gruppierungen, die das Bündnis zwischen Militärs und Demokraten nicht ungern scheitern sehen würden, um endlich den totalen und brutalen Krieg gegen die linke Guerilla zu führen. Es gibt andere Militärs, die die Regierungsjunta nur mittragen, solange sie Erfolgschancen hat und weil dies die Bedingungen der US-Hilfe sind. Ein Umschwung innerhalb der Streitkräfte wäre nicht unwahrscheinlich, wenn die Regierungsjunta sich gegen die linke Revolutionsfront nicht ausreichend gut behauptet oder – und dies besonders – wenn der zivil-politische Sektor unter Duarte, dem ohnehin schon Linkslastigkeit vorgeworfen wird, weitere Konzessionen gegenüber der Guerilla macht. Hier genau liegt die Grenze für weitere über die Teilnahme an Wahlen hinausgehende Zugeständnisse Duartes gegenüber der FMLN. Die Konsequenzen einer Überschreitung dieser Grenze kämen den links- und rechtsextremen Kräften sehr gelegen.

8) Die zivil-militärische Regierung unter Duarte/Gutiérrez und die Chancen für einen Demokratisierungsprozeß können wir stärken, indem wir ihr

8.1) international politischen Rückhalt geben durch Erklärungen und persönliche Kontakte, aber auch auf interne Mäßigung und Kompromißbereitschaft drängen,

8.2) durch Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Zusammenarbeit z. B. in Form von Mitteln zur Förderung der Landreform (Warenhilfe),

8.3) durch Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung freier und für alle offenen[7] Wahlen für eine Konstituente und später für ein Parlament (vgl. BM-Vorlage Dg 33-331 vom 12.10.81[8]),

8.4) durch Kontakte mit SPD und CDU, zwischen denen sich die Standpunkte schon merklich angenähert haben (hierzu Gespräche BM mit Brandt oder Wischnewski und mit Kohl oder Geißler).

9) Nach unserer Einschätzung besteht die Gefahr, daß ein Scheitern der zivil-militärischen Regierungsjunta in El Salvador zu verstärkter Polarisierung und vorläufiger Beseitigung aller demokratischen Perspektiven führt. Sozialistische Politiker wie Ungo und Oquelí könnten die ersten Opfer sein.

Die Konsequenz müßte sein, die Sozialisten in El Salvador um Ungo entweder zur Wahlbeteiligung zu bewegen oder – wohl realistischer – zur wohlwollend abwartenden Nichtbeteiligung an den Wahlen zur Konstituente mit dem Ziel, im Rahmen eines erfolgreichen Demokratisierungsprozesses an den dann bald folgenden Parlamentswahlen selbst wieder aktiv teilzunehmen. Dies bietet am ehesten eine politische Überlebenschance für die Gruppe um Ungo. Ihr weiteres Verbleiben bei der linken Guerilla gefährdet ihre politische, ein abrupter Positionswechsel vielleicht sogar ihre physische Existenz.

7 An dieser Stelle vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „‚Offen' ja, aber nicht den extrem linken Kräften eine Art ‚Veto' geben, d. h., wenn sie Teilnahme verweigern, die Wahlen a priori als ungültig bewerten."

8 Zur Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Limmer vgl. Anm. 3.

In Kreisen der SPD und der SI scheinen Überlegungen in dieser Richtung zunehmend Verständnis zu finden.

Gorenflos

Referat 331, Bd. 127413

344

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

Dg 33-321.00 NIC **26. November 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär Herrn Bundesminister

Betr.: Zukünftige Haltung gegenüber Nicaragua

Vorschlag: Sie sprechen mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der SPD, Wischnewski, über die Möglichkeiten einer Aktion der Sozialistischen Internationale zur Wiederherstellung einer pluralistischen Entwicklung in Nicaragua.

Vorbemerkung: Das Mitglied des sandinistischen Direktoriums von Nicaragua, Jaime Wheelock, hat Sie am 20.11.1981 gebeten, daß die Bundesregierung weiter die sandinistische Revolutionsregierung unterstützt.[2] Die Entwicklung des nachsomozistischen Nicaraguas zu einem totalitären Staat mit kubanisch-sowjetischer Ausrichtung ist inzwischen jedoch so weit fortgeschritten, daß weitere deutsche Hilfeleistungen nur zu rechtfertigen sind, wenn sich die Sandinisten erneut und wirklich glaubwürdig auf demokratischen Pluralismus und außenpolitische Blockfreiheit verpflichten. Eine international repräsentative Aktion zugunsten eines solchen Umschwungs könnte eine letzte Chance sein.

1 Hat Staatssekretär von Staden am 5. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ein Gespräch mit Herrn Wischnewski ist immer nützlich, aber eine Aktion der SI halte ich kaum für durchsetzbar. M. E. muß man den Fall N[icaragua] pragmatisch behandeln: im Gespräch bleiben und einwirken, aber ohne Illusionen; unser Engagement entsprechend der Entwicklung der realen Lage Zug um Zug abbauen."
Hat Bundesminister Genscher am 7. Dezember 1981 vorgelegen, der Ministerialdirektor Gorenflos um Rücksprache bat.
Hat Amtsrat Kusnezow am 7. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung „über B[üro]StS" an Gorenflos verfügte und handschriftlich vermerkte: „BM bittet um Rücksprache."
Hat Vortragendem Legationsrat von Butler vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „D 3 hat Durchdruck."
Hat Staden am 16. Dezember 1981 erneut vorgelegen.

2 Der nicaraguanische Landwirtschaftsminister Wheelock hielt sich auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung vom 15. bis 22. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Im Gespräch mit Bundesminister Genscher informierte er über die Lage in Nicaragua und El Salvador und wies darauf hin: „Angesichts der US-Anschuldigungen hat Nic[aragua]-Regierung alles getan, um Waffenlieferungen nach El S[alvador] zu unterbinden, da NIC sehr wohl wisse, daß dadurch fremden Staaten Vorwand für Intervention geliefert würde. Die Sandinisten sind eng befreundet mit der Guerilla in ELS und würden gerne mehr helfen. Sie liefern aber ‚nicht eine Nadel'." Wheelock sprach ferner die wirtschaftlichen Probleme Nicaraguas an und bat um Unterstützung. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 331, Bd. 127449.

1) Die bisherige Entwicklung des sandinistischen Regimes in Nicaragua läßt kaum noch Hoffnung auf eine pluralistische Entwicklung. Die Außenpolitik der Sandinisten richtet sich zunehmend deutlich an den Interessen Kubas und des kommunistischen Lagers aus. Die verbalen Festlegungen auf Pluralismus, gemischte Wirtschaft und Unabhängigkeit nach außen sind immer wieder durch das tatsächliche politische Verhalten der Sandinisten widerlegt worden und haben deshalb ihre Glaubwürdigkeit verloren. (Ausführliche Darstellung in BM-Vorlage 331-322 vom 27.10.81.[3])

2) Die den Pluralismus ausmachenden, vom Sandinismus noch nicht vereinnahmten Kräfte – Parteien, Unternehmerschaft, Kirche, Zeitung – existieren noch, wenn auch unter zunehmender Beschränkung und persönlicher Gefährdung ihrer Exponenten. Sind sie erst einmal völlig unterdrückt oder „gleichgeschaltet", ist ihre Wiederbelebung schwierig.

3) Das Nicaragua der Sandinisten befindet sich in großer Bedrängnis. Die miserable Wirtschaftslage steigert die Enttäuschung und Unzufriedenheit der Bevölkerung. Die Hilfe des Ostblocks beschränkt sich weitgehend auf Waffen, personelle Hilfe, Hilfsverträge mit sehr harten Bedingungen und Solidaritätsbekundungen. Ohne wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ist das Scheitern der sandinistischen Revolution abzusehen. Die selbst provozierte Antagonisierung mit den USA erhöht die Verunsicherung der Sandinisten. Die Dynamik der Entwicklung scheint ihnen nur noch die Alternative zwischen weiterer Radikalisierung (Kubanisierung) nach innen und außen und Aufgabe des marxistischen Totalitätsanspruchs zu lassen.

4) Von den Sandinisten zu erwarten, daß sie ihre erklärten Ziele, die Macht nicht mehr abzugeben und eine marxistisch-leninistische Volksdemokratie zu errichten, aufgeben, heißt fast, von ihnen ein Wunder zu erwarten. Von der Bundesregierung wie auch von anderen westlichen Regierungen aber zu erwarten, daß sie ein Regime mit undemokratischer und antiwestlicher Ausrichtung weiter wirtschaftlich unterstützen, hieße, das Selbstverständnis dieser Regierungen in Frage stellen.

Die Einstellung von Hilfe und Zusammenarbeit mit dem sandinistischen Regime ist aber ohne eine dramatische Änderung nur eine Frage der Zeit.

5) Der Zeitpunkt scheint gekommen, zu dem nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die anderen Regierungen der nichtkommunistischen Welt einen letzten Versuch unternehmen müssen, um die Sandinisten vor die Wahl einer radikalen und glaubwürdigen Neuorientierung oder weitgehender Isolierung vom Westen zu stellen. Dies wird auch von einer zunehmenden Mehrheit innerhalb der politischen Parteien in der Bundesrepublik so gesehen. Es handelt sich um nicht mehr und nicht weniger als die Rückkehr zu den seinerzeit verbindlich fixierten Grundsätzen der Revolution gegen Somoza[4], und dies durch eine verbindliche Neufestlegung: politischer Pluralismus mit Freiheit der Parteien, Gewerkschaften und Presse, Festlegung von freien Wahlen in absehbarer Zeit, Existenzsicherung der Privatwirtschaft, Freiheit der Kirche, Nichteinmischung in Nachbarländern und Nichtbindung an das kommunistische Lager.

3 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos vgl. Dok. 309.
4 Zur Revolution in Nicaragua am 17. Juli 1979 vgl. Dok. 11, Anm. 9.

6) Wer könnte mit einem Mindestmaß an Erfolgsaussicht diesen Umschwung in Nicaragua bewirken? Vielleicht eine gemeinsame Aktion der Mehrzahl der westlichen Regierungen, die für Nicaragua interessant sind. Eine solche gemeinsame Aktion bedürfte einer langwierigen Vorbereitung und könnte von den Sandinisten als eine von Washington organisierte Aktion diskreditiert werden, solange sie noch auf die Solidarität im kommunistischen Lager und bei den sozialistischen Parteien rechnen können. Größere Erfolgschancen hätte vermutlich eine Intervention der Sozialistischen Internationale mit der SPD als ihrem einflußreichsten Mitglied. Sie nämlich ist die wichtigste und unverzichtbare internationale Stütze der Sandinisten in der nichtkommunistischen Welt, genießt aber auch bei der Opposition in Nicaragua beträchtliches Ansehen.

Sie kann wie niemand sonst frei vom Verdacht, regierungsamtlichen Druck auszuüben oder imperialistische Interessen zu vertreten, einen radikalen Neubeginn fordern oder jede weitere Solidarität aufkündigen. Zumindest die europäischen Führungspersönlichkeiten der SI haben die Notwendigkeit einer solchen Entscheidung im Interesse ihres demokratischen Ansehens erkannt, wie aus einer Vielzahl jüngerer Äußerungen zu entnehmen ist. Es könnte sehr hilfreich sein, wenn die deutschen Politiker in der SI wissen, daß die Bundesregierung eine solche „Rettungsaktion" für Nicaragua begrüßen würde.

7) Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist problembewußt. Ich habe sie ermutigt, im Sinne dieser Aufzeichnung in Nicaragua Einfluß zu nehmen.

Gorenflos

Referat 331, Bd. 127453

345

Botschafter Hermes, Washington, an Bundesminister Genscher

114-6597/81 geheim
Fernschreiben Nr. 4795
Citissime

Aufgabe: 27. November 1981, 19.33 Uhr[1]
Ankunft: 28. November 1981, 01.56 Uhr

Nur für Bundesminister[2] und StS von Staden

Bereitschaftsdienst: Bitte am 28.11.1981 morgens vorlegen.

Betr.: Unterrichtung der amerikanischen Regierung über den Breschnew-Besuch[3] durch StS von Staden[4];
hier: Gespräch mit AM Haig am 27.11.1981

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Butler am 28. November 1981 vorgelegen.
2 Hat Bundesminister Genscher am 29. November 1981 vorgelegen.
3 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.
4 Staatssekretär von Staden führte am 27. November 1981 in Washington ein Gespräch mit dem Un-

Zur Unterrichtung

Der Bericht hat StS von Staden noch nicht zur Billigung vorgelegen.[5]

I. An dem ca. 25minütigen Gespräch mit AM Haig nahmen auf amerikanischer Seite Unterstaatssekretär Walter Stoessel, der Abteilungsleiter für Europäische Angelegenheiten, Lawrence Eagleburger, der Direktor für Politisch-Militärische Angelegenheiten, Richard Burt, und der Deutschland-Referent John Kornblum, auf deutscher Seite BR I Bürstedde, VLR von Butler und ich teil.

AM Haig hob hervor, daß der Breschnew-Besuch von deutscher Seite hervorragend durchgeführt worden sei. Neben dem Breschnew-Besuch wurden das Zwei-Länder-Problem bei der Durchführung des INF-Dislozierungsbeschlusses[6], die Haltung Belgiens und Hollands zum Doppelbeschluß, Spaniens Beitritt zur NATO[7] und Griechenland behandelt. In einem kurzen anschließenden Gespräch mit Stoessel und Eagleburger wurde das Zwei-Länder-Problem auf amerikanischer Seite nochmals aufgegriffen. Zum Abschluß des Besuchs führte StS von Staden ein Hintergrundgespräch mit deutschen Journalisten.

II. AM Haig bedankte sich einleitend, daß der Bundesminister StS von Staden zur frühzeitigen und ausführlichen Unterrichtung nach Washington entsandt habe.[8] Der Staatssekretär überbrachte Grüße des Bundesministers, der sich freue, AM Haig schon zu Beginn der NATO-Ministerratstagung[9] zum Frühstück zu sehen.[10]

Fortsetzung Fußnote von Seite 1860

terstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, und Abteilungsleiter Eagleburger sowie weiteren Angehörigen des amerikanischen Außenministeriums. Botschafter Hermes, Washington, teilte dazu am selben Tag mit, Staden habe ausgeführt, „daß die Gespräche mit der sowjetischen Führung zwar möglicherweise einige neue Nuancen erbracht hätten, daß jedoch die Positionen der SU im wesentlichen die altbekannten geblieben wären. Dies habe nicht überraschen können. Wir hätten so kurz vor Verhandlungsbeginn keine neuen Ansätze oder größeres Entgegenkommen erwartet. Das Ziel der sowjetischen Gesprächsführung sei wohl nicht gewesen, zu konkreteren Ergebnissen zu kommen, sondern sich zu orientieren und insbesondere genaueres über die Politik der US-Administration herauszufinden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4796/4797; VS-Bd. 13765 (014); B 150, Aktenkopien 1981.
Ferner traf Staden mit dem Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, Allen, zusammen. Hauptthema waren die INF-Verhandlungen, außerdem wurden die KSZE-Folgekonferenz in Madrid und die Lage in Polen erörtert. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 4798/4799/4800 von Hermes; VS-Bd. 13765 (014); B 150, Aktenkopien 1981.

5 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich: „Korrekturen des StS im Text." Vgl. Anm. 16, 17, 19–24, 28, 29, 31–36, 38, 40 und 41.

6 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
Zur Problematik einer „Singularisierung" der Bundesrepublik in bezug auf die Implementierung vgl. Dok. 327.

7 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 314, Anm. 43.

8 Auf dem Weg in die USA unterrichtete Staatssekretär von Staden am 26. November 1981 den Ständigen NATO-Rat über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte dazu am selben Tag mit: „Die frühzeitige und umfassende Unterrichtung durch die Bundesregierung hat bei den Verbündeten einen hervorragenden Eindruck hinterlassen und die Gewißheit bekräftigt, daß die Bundesregierung die Gespräche mit der sowjetischen Regierung auf der Grundlage der gemeinsamen Allianzposition mit Erfolg geführt hat. Der Generalsekretär, den der Staatssekretär vor Unterrichtung des Rates aufgesucht hatte, und die Ratsmitglieder haben dies in ihren Interventionen ausdrücklich bekundet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1948/1949/1950; VS-Bd. 14101 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

10 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 10. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 354.

Haig würdigte, daß die Bundesregierung die Rede von Präsident Reagan vom 18.11.[11] schnell und positiv bewertet habe.[12] Er erinnerte an seine Begegnung mit dem Bundesminister in Berlin.[13] Die Null-Lösung und der Erfolg der Rede seien auf enge deutsch-amerikanische Koordinierung und Konsultation zurückzuführen. Haig zeigte sich außerordentlich befriedigt darüber, wie der Breschnew-Besuch von deutscher Seite gehandhabt worden sei. Präsident Reagan, mit dem er täglichen Kontakt habe, sei erfreut und außerordentlich dankbar, daß der Bundeskanzler diesen schwierigen Besuch brillant gemeistert habe. Der Anregung des StS, daß dies auch öffentlich gesagt werden sollte, stimmte Haig zu und sagte, er werde es tun.[14]

Haig kam dann darauf zu sprechen, daß die Presse einige Aspekte um den Breschnew-Besuch manipuliert und aufgebauscht habe; das gelte insbesondere für sog. Sonderkontakte über die INF-Problematik zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung.[15] Haig bemerkte lachend dazu, er hätte schon längst Selbstmord begangen, wenn er noch an die Presse glaubte. StS sagte zu diesen Kontakten, daß es sich um die Fortführung normaler Gesprächsmöglichkeiten handele, auch um der Sowjetunion klarzumachen[16], daß wir an dem Doppelbeschluß festhielten, was eine Voraussetzung für erfolgreiche Verhandlungen sei. Diese Haltung müsse der Sowjetunion immer wieder verdeutlicht werden. Deshalb wünsche der Bundesminister, mit der Sowjetunion im Gespräch zu blei-

11 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

12 Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt vom 18. November 1981 vgl. Dok. 329, Anm. 17.
Zur Erklärung des Bundesministers Genscher am 19. November 1981 in Straßburg vgl. Dok. 346, Anm. 8.

13 Bundesminister Genscher begleitete den amerikanischen Außenminister Haig bei dessen Aufenthalt am 13. September 1981 in Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 255, Anm. 43.
Für die Gespräche von Bundeskanzler Schmidt und Genscher mit Haig am 13./14. September 1981 vgl. Dok. 255 und Dok. 256.

14 Der amerikanische Außenminister Haig gab am 30. November 1981 aus Anlaß des Beginns der INF-Verhandlungen in Genf eine Erklärung ab. Darin führte er aus: „The American position at these talks is based upon intensive and lengthy alliance-wide consultations. It is fully supported by our NATO partners. It is based on our common concerns about the threat and our common goal of genuine arms control. [West German] Chancellor Schmidt has left no doubt of this during his recent conversations with [Soviet] President Brezhnev.“ Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2058, S. 30.

15 Am 26. November 1981 berichtete der amerikanische Journalist Vinocur, die Bundesrepublik und die UdSSR hätten während des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 die Aufnahme bilateraler Kontakte über Fragen der Rüstungskontrolle beschlossen, die parallel zu den INF-Verhandlungen in Genf durchgeführt werden sollten: „The news of the planned consultations was greeted with surprise at the United States Embassy, which regarded them as a new element that could complicate the negotiating procedure. Officials said they had not been directly informed by the West German Government of its intentions.“ Vgl. den Artikel „Bonn And Moscow Set Own Contacts On Arms Control“; THE NEW YORK TIMES vom 26. November 1981, S. 1 und 9.
In einem weiteren Artikel vom folgenden Tag berichtete Vinocur, Bundeskanzler Schmidt habe erklärt, er sei „convinced that the United States and the Soviet Union were entering the talks with ‚maximalist‘ bargaining positions that would have to be changed in order to reach an accord. He said that both sides were using disinformation and propaganda in their figures on the deployment of medium-range nuclear weapons, which will be discussed in Geneva.“ Vgl. den Artikel „Schmidt Cautious on Geneva Arms Talks“; THE NEW YORK TIMES vom 27. November 1981, S. 3.

16 Die Wörter „der Sowjetunion klarzumachen“ wurden von Vortragendem Legationsrat von Butler gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „die Sowjetunion in der Gewißheit zu erhalten“. Vgl. Anm. 5.

ben.[17] Hierzu bemerkte Haig, daß wir dazu berechtigt seien (entitled), der Bundesminister sei auch immer offen der Sowjetunion gegenübergetreten (stood up to the Soviet Union).

AM Haig kam dann auf das Zwei-Länder-Problem zu sprechen, über das Generalsekretär Luns bei seinem jüngsten Besuch in Washington[18] Verteidigungsminister Weinberger und ihn selbst unterrichtet habe. Dieser Punkt könne die INF-Diskussion ernsthaft unterminieren, wenn er an die Öffentlichkeit dringe.[19]

[20]Dieses Thema wurde anschließend von Stoessel und Eagleburger nochmals angesprochen. Das Pentagon sei beunruhigt, man hoffe, daß Generalsekretär Luns dieses Thema nicht noch bei weiteren Gesprächspartnern angeschnitten habe. Dies dürfe auf keinen Fall an die Öffentlichkeit geraten. Auf Frage bestätigte StS, daß sich die Haltung der Bundesregierung nicht geändert habe. Die amerikanische Seite zeigte sich davon befriedigt und sprach die Hoffnung aus, daß dies das Pentagon beruhigen werde.

AM Haig[21] betonte, [22]daß der Druck auf Holland und Belgien in der Stationierungsfrage nicht vermindert werden dürfe. [23]Zu Belgien zeigte sich Haig optimistisch. Er sei im Kontakt auch mit König Baudouin, der großen Einfluß habe. Der Staatssekretär wies darauf hin, daß es sehr wichtig sei, Belgien „an Bord zu halten". Eagleburger warf ein, daß Holland negativ entscheiden würde, wenn man jetzt auf einen Beschluß dringen würde.[24]

Haig kam dann auf die holländische Haltung zum NATO-Beitritt Spaniens[25] zu sprechen. Ich verwies dazu auf den entsprechenden Brief des Bundesmini-

17 Der Passus „mit … bleiben" wurde von Vortragendem Legationsrat von Butler gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „daß wir mit der Sowjetunion im Gespräch blieben." Vgl. Anm. 5.

18 Zum Besuch des NATO-Generalsekretärs Luns am 16./17. November 1981 in den USA vgl. Dok. 324, Anm. 30.

19 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „Die Folgen könnten sehr schwerwiegend sein." Vgl. Anm. 5.

20 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler den Passus „AM Haig … dringen würde" ein. Vgl. Anm. 5 und 24.

21 Die Wörter „AM Haig" wurden von Vortragendem Legationsrat von Butler gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „StS". Vgl. Anm. 5.

22 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „von der Frage der Öffentlichkeit gelte ebenso". Vgl. Anm. 5.

23 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „Die Beteiligung Belgiens insbesondere bliebe für uns sehr wichtig. Die Italiens sei unverzichtbar." Vgl. Anm. 5.

24 Der Passus „AM Haig … dringen würde" wurde von Vortragendem Legationsrat von Butler verschoben. Vgl. Anm. 5 und 20.

25 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 26. November 1981: „1) In der Sitzung des Rates mit beschränktem Teilnehmerkreis am 26. November 1981 teilte der niederländische Botschafter mit, seine Regierung werde erst am 1. Dezember 1981 vormittags über den spanischen Beitrittswunsch beraten. Er sei nicht in der Lage, vorher den Erklärungen zuzustimmen, die der Generalsekretär abgeben wollte, nachdem Spanien seinen Beitrittswunsch signalisiert haben werde. 2) Die anderen Mitglieder des Rates äußerten ihre Enttäuschung über diese Mitteilung sowie die Besorgnis, daß eine verzögerte Reaktion des Bündnisses auf das spanische Beitrittssignal das ganze vorgesehene Beitrittsverfahren gefährden könnte." Wieck regte an, die Angelegenheit bilateral mit der niederländischen Regierung zu erörtern: „Das Erfordernis neuer holländischer Beschlußfassung stellt eine erhebliche Belastung der Handhabung der Beitrittsfrage gegenüber Spanien dar, weil de facto die niederländische Regierung die bisherige Position, die die Haltung der vorherigen Regierung war, infrage gestellt und die Verbündeten erst im allerletzten Moment davon unterrichtet hat." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1946; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

sters vom heutigen Tag.[26] Eagleburger erklärte, daß nach neuesten Informationen die holländische Regierung ihre Entscheidung zum Beitritt auf die Zeit nach der NATO-Ministerratstagung verschieben wolle.[27] Haig sagte dazu, daß er der holländischen Regierung „a strong message" übersandt habe.

Haig schnitt die NATO-Ministerratstagung an, zu der er die enge Zusammenarbeit mit dem Bundesminister begrüßte. [28]Griechenland mache ihm Sorgen. Die deutsche und französische Regierung könnten mehr[29] tun, Griechenland auf verantwortungsbewußtem Kurs zu halten. Der Staatssekretär erwiderte, daß sich Papandreou vorsichtig bewege, wenn man zwischen den Zeilen lese. Wir hofften, mehr über Griechenlands Absichten auf dem bevorstehenden Gipfel der Zehn[30] zu erfahren.[31] Frankreich könne möglicherweise [32]mehr auf Griechenland einwirken[33].

III. In dem etwa 15minütigen anschließenden [34]Gespräch mit Stoessel und Eagleburger wurden neben den bereits erwähnten Themen (deutsch-sowjetische Kontakte zu INF und Zwei-Länder-Problem) Fragen zur Einschätzung der Friedensbewegung gestellt. Der Staatssekretär meinte, daß die Demonstration in Amsterdam insofern einen Lichtblick[35] zeige, als dort [36]auch gegen die sowjetische Rüstung protestiert worden sei.[37] In Deutschland gehe den Demon-

26 In dem Schreiben führte Bundesminister Genscher aus: „Lieber Al, Ihren Brief vom 27. November in Sachen spanischer Beitritt habe ich soeben erhalten. Ich hatte die Angelegenheit schon gestern abend mit Max van der Stoel besprochen, der mir fest zugesagt hat, am Dienstag, 1. Dezember, nach der niederländischen Kabinettsitzung grünes Licht zu geben. Er ist in dieser Sache sehr positiv engagiert." Vgl. den Drahterlaß Nr. 1303 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Edler von Braunmühl vom 27. November 1981 an die Botschaft in Washington; VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

27 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), teilte am 2. Dezember 1981 aus einer Sitzung des Ständigen NATO-Rats im kleinen Kreis am selben Tag mit: „Niederländischer Botschafter gab […] die positive Entscheidung der niederländischen Regierung zum spanischen NATO-Beitritt bekannt. Er ergänzte mit dem Hinweis, daß niederländischer Außenminister bei dem Ministertreffen in kleinstem Kreise (1+1) eine politische Erklärung zur niederländischen Haltung abgeben werde. Niederländischer Außenminister wird erklären, daß seine Regierung ihre Haltung überprüfen werde, wenn die politischen Voraussetzungen des spanischen Signals sich verändern sollten (negative Entwicklung in Spanien). Der Rat nahm ohne Aussprache von der niederländischen Erklärung Kenntnis". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1989; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

28 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „Man sollte im Vorfeld in Kontakt bleiben." Vgl. Anm. 5.

29 Die Wörter „könnten mehr" wurden von Vortragendem Legationsrat von Butler gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „sollte das ihre". Vgl. Anm. 5.

30 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 in London vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

31 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat von Butler wie folgt geändert: „Wir dürften mehr über Griechenlands Absichten auf dem Gipfel der Zehn erfahren haben." Vgl. Anm. 5.

32 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „noch". Vgl. Anm. 5.

33 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „als wir". Vgl. Anm. 5.

34 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „Abschluß". Vgl. Anm. 5.

35 Die Wörter „einen Lichtblick" wurden von Vortragendem Legationsrat von Butler gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „eine Verbesserung". Vgl. Anm. 5.

36 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „erstmals". Vgl. Anm. 5.

37 Am 21. November 1981 fand in Amsterdam eine Demonstration von 300 000 bis 400 000 Menschen gegen den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 statt. Dazu wurde in der Presse berichtet, neben Plakaten mit Aufschriften wie „Hollanditis gegen Reaganitis" habe über dem Demonstra-

stranten gegen friedliche Nutzung der Kernenergie möglicherweise schon der Dampf aus. [38]Die Bonner Demonstration gegen nukleare Waffen[39] sei jedoch [40]nicht die letzte. Der Bundeskanzler sei allerdings[41] zuversichtlich, daß er zur rechten Zeit das Problem der Friedensbewegung in den Griff bekommen werde.

Der Artikel von John Vinocur in der NYT vom 27.11. kam kurz zur Sprache. Die gerade bekanntgewordene Richtigstellung durch stellv. Regierungssprecher Rühl in der Pressekonferenz[42] wurde begrüßt.

Stoessel teilte mit, daß AM Haig am Montag der ARD ein Interview gebe, das am Mittwoch, 2.12., ausgestrahlt werden solle.

IV. In einem den Besuch von StS von Staden abschließenden Hintergrundgespräch (ca. 25 Minuten mit etwa zehn deutschen Journalisten) wurde vor allen Dingen nach der Haltung zu den deutsch-sowjetischen Kontakten zu INF gefragt, was in der amerikanischen Presse besondere Aufmerksamkeit gefunden hatte.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 14096 (010)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1864

tionsgelände ein vom Verband der niederländischen Kriegsteilnehmer gechartertes Flugzeug gekreist, das ein Spruchband mit der Aufschrift „Wer demonstriert in Moskau?“ mit sich geführt habe. Vgl. den Artikel „In den Niederlanden Protest gegen den NATO-Beschluß“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. November 1981, S. 3.

38 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „Diese Erfahrung sei wichtig.“ Vgl. Anm. 5.

39 Zur Demonstration am 10. Oktober 1981 im Hofgarten in Bonn vgl. Dok. 287, Anm. 12.

40 An dieser Stelle fügte Vortragender Legationsrat von Butler handschriftlich ein: „wohl noch“. Vgl. Anm. 5.

41 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat von Butler gestrichen. Dafür fügte er handschriftlich ein: „aber“. Vgl. Anm. 5.

42 Am 28. November 1981 wurde in der Presse berichtet: „Die von Bonn und Moskau beim Besuch Breschnews vereinbarten deutsch-sowjetischen Kontakte während der Genfer Raketenverhandlungen sollen, wie Regierungssprecher Rühl am Freitag versicherte, keine ‚Sonderveranstaltung auf einer gesonderten Schiene‘ werden. […] Es handle sich um die Absicht, auf diplomatischer Ebene Gespräche zu führen, mit denen die westliche Haltung, wie sie in der Speziellen Beratungsgruppe der NATO festgelegt werde, ergänzt und begleitet werden sollte, nicht aber um eine ‚Alternative‘ dazu, sagte Rühl. Bonn verfahre dabei im Interesse des Westens und könne Standpunkte vermitteln, Fragen zu klären suchen.“ Vgl. den Artikel „Deutsch-sowjetische Kontakte ‚keine Sonderveranstaltung‘“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 28. November 1981, S. 3.

346

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze

220-370.70 USA-1976/81 VS-vertraulich **28. November 1981**[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit Botschafter Nitze beim Mittagessen am 28.11.1981[2]

Der Herr *Bundesminister* begrüßte den Besuch von Botschafter Nitze in Bonn, der kurz vor Beginn der Verhandlungen[3] in der Öffentlichkeit große Beachtung findet. Unter Hinweis auf die intensive Vorbereitung der Bündnispartner in der SCG[4] sprach er die Hoffnung auf einen guten Verhandlungsbeginn aus.

Der *amerikanische Chefunterhändler* zeigte sich ebenfalls befriedigt über die Vorarbeiten der Allianz. Er erklärte, daß die nunmehr erarbeitete Verhandlungsposition und die Rede von Präsident Reagan[5] seiner Verhandlungsdelegation eine bessere Ausgangsposition gegeben hätten, als dies noch vor drei Monaten möglich gewesen wäre.

Der *Bundesminister* betonte die positive Wirkung der Rede des Präsidenten in der Öffentlichkeit. Er habe schon in Cancún[6] die Auffassung vertreten, daß man der SU nicht das Friedensthema überlassen dürfe.

Die Gespräche Haig/Gromyko im September[7] und die Rede von Präsident Reagan hätten dem Westen die Initiative zurückgegeben. Dies sei besonders wichtig, da es bei dieser Verhandlung nicht nur um die Positionen der zwei Delegationen gehe, sondern auch darum, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Er habe sich daher auch im Europäischen Parlament sehr positiv zur Rede des Präsidenten geäußert[8] und weite Zustimmung gefunden.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Citron am 30. November 1981 gefertigt.
Ferner maschinenschriftlicher Vermerk: „Noch nicht vom Herrn Bundesminister genehmigt."
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 4. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Hat H[errn] v. Br[aunmühl] vorgel[egen], seine Ergänzungen sind berücksichtigt."

2 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 28. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Schmidt am selben Tag in Hamburg vgl. Dok. 347.

3 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf.

4 Zur zwölften Sitzung der „Special Consultative Group" (SCG) der NATO am 20. November 1981 in Brüssel vgl. Dok. 333.

5 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

6 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 22. Oktober 1981 vgl. Dok. 305.

7 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

8 Bundesminister Genscher erklärte am 19. November 1981 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg: „Die Rede, die Präsident Reagan gestern gehalten hat, ist ein eindruckvolles Bekenntnis des amerikanischen Präsidenten zur Wert- und Sicherheitsgemeinschaft des Nordatlantischen Bündnisses. Präsident Reagan hat nachdrücklich den Friedens- und Verhandlungswillen der Vereinigten Staaten unterstrichen und konkrete Vorschläge zu Abrüstung und Zusammenarbeit gemacht, was wir voll unterstützen. Es ist damit eine Chance eröffnet worden, zu realistischen Vereinbarungen zur Sicherung des Friedens zu kommen. Wir appellieren an die Sowjetunion, diese Vorschläge ernst zu nehmen und sie positiv zu beantworten." Vgl. BULLETIN 1981, S. 946.

D 22[9] berichtete kurz über das Gespräch am Vormittag (s. besonderer Vermerk).[10]

Der *Bundesminister* erwähnte, daß er bei seiner Unterrichtung des Kabinetts und des Auswärtigen Ausschusses[11] darauf hingewiesen habe, daß die SU nur dann ernsthaft verhandeln werde, wenn sie überzeugt sei, daß Ende 1983 die Europäer zur Stationierung bereit seien.

Breschnew habe bei seinem Besuch in Bonn[12] feststellen können, wie klar die Position der Bundesregierung in dieser Frage sei.

Die Bundesrepublik Deutschland bliebe für diese Verhandlungen eine Art Widerlager, es gelte daher, auch in Zukunft jeden Zweifel auszuräumen, um zu vermeiden, daß die SU in Genf versuche, auf Zeit zu spielen.

Auch bei der Unterrichtung der AM der EG in London[13] habe er auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß möglichst viele europäische Partner durch ihre klare Zustimmung zur Stationierung den Verhandlungen mit zum Erfolg verhelfen. (Das Wahlergebnis in Belgien[14] könnte möglicherweise zu einem positiven Ergebnis führen.)

Der Bundesminister kam dann auf die enge Abstimmung im Bündnis zu sprechen und erwähnte das große Interesse im WP für die westliche Verhandlungspraxis. In diesem Zusammenhang erwähnte er Ceaușescus Fragen nach Infor-

9 Friedrich Ruth.

10 Im Gespräch mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze am 28. November 1981 berichtete Botschafter Ruth über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik und führte aus: „Berichte über besonderen Kommunikationskanal sind falsch. BK hat SU gegenüber nahezu ohne Unterbrechung auf unsere Sorge wegen sowj[etischer] Rüstung hingewiesen. Dies und die deutsche Entschlossenheit, beide Teile des Doppelbeschlusses zu implementieren, gibt den Hintergrund für unsere Überzeugung, daß die SU uns zuhört. Unsere Ausführungen werden Ihnen helfen, zumal wir keine ‚Wanderer zwischen den Welten' sind, sondern fest auf der westlichen Position stehen." Nitze erklärte: „Es wäre nicht gut, wenn D 22 nach Genf käme und mit Nitze und Kwizinskij gleichwertigen Kontakt aufnähme. D 22: Man kann nicht Schiedsrichter sein, wenn man zu einer der kompetitiven Mannschaften gehört. Nur wer zu dislozieren bereit ist, kann hilfreich sein." Vgl. VS-Bd. 11314 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Arnot vermerkte am 25. November 1981, Bundesminister Genscher habe im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags am selben Tag erklärt: „Ich bin überzeugt davon, daß die sowjetische Seite nach diesem Besuch diese Verhandlungen ebenso wollen wird, wie auf der westlichen Seite der Verhandlungswille ernsthaft ist. Der Besuch hat dazu beigetragen, daß die Verhandlungen nicht als Spiel geführt werden. Als Teilnehmer des Gespräches möchte ich sagen, und dieses ist bisher noch nicht so herausgekommen, daß der Bundeskanzler mit großer Überzeugungskraft die Position unseres Landes vorgetragen hat. Wir werden davon Wirkungen sehen, und dies zum Nutzen des westlichen Bündnisses." Vgl. Referat 213, Bd. 133187.

12 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

13 Zur Unterrichtung der EG-Mitgliedstaaten auf der Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 vgl. Dok. 348.

14 Bei den Wahlen zum belgischen Parlament am 8. November 1981 erreichte die Sozialistische Partei 61 Mandate, ebenso wie die Christliche-Soziale Partei. Die Liberale Partei kam auf 52 Mandate, die Volksunion auf 20 Mandate sowie die Grünen auf vier Mandate. Botschafter Blomeyer-Bartenstein, Brüssel, teilte dazu am 10. November 1981 mit: „Man wird bei diesem Ergebnis der 13. belgischen Nachkriegswahl wohl nicht von einem Rechtsruck sprechen können. Der linke Flügel des Hauses hat lediglich zwei Sitze (Kommunisten) verloren. In der Mitte und rechts dagegen hat eine erhebliche Umschichtung zu den weiter rechts stehenden Liberalen hin stattgefunden. Sie muß als eine schwere Kritik der Wählerschaft an der Politik der christlich-sozialen Parteien verstanden werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 444; Referat 202, Bd. 140567.

mationen über die SS-20 bei seinem Besuch vor zwei Jahren[15] und die recht positive Haltung des rumänischen Staatspräsidenten zu einer Null-Lösung, wie sie bei den kürzlichen Gesprächen in Bukarest[16] zum Ausdruck gekommen sei.

Bundesminister Genscher stellte dann fest, daß in sowjetischer Sicht die Pershing II mehr noch als die Cruise Missiles eine Herausforderung darstelle. Damit werde die sowjetische Position großer Überlegenheit im Mittelstreckenbereich, die sie seit dem Rückzug amerikanischer Raketen in Europa besitze, beeinträchtigt.

Auf die Frage, wie Botschafter *Nitze* den Willensbildungsprozeß im Kreml beurteile, antwortete dieser, daß Dobrynin ihm kürzlich gesagt habe, Ustinow und Gromyko hätten das entscheidende Wort, beide legten ihre Empfehlungen dann Breschnew zur Zustimmung vor.

D 22 erwähnte, daß laut Auskunft von sowjetischer Seite in Moskau eine IMAG[17] bestehe, in der u. a. General Tscherwow vertreten sei, der sich auch beim Breschnew-Besuch als konzilianter, kenntnisreicher Gesprächspartner gezeigt habe.

Der Herr *Bundesminister* erinnerte an das Gespräch mit Ustinow und Ogarkow 1980[18] und die deutlich differenzierende Bemerkung Breschnews, daß nur Ustinow Mitglied des Politbüros sei. Damals sei deutlich geworden, daß die eigentliche Machtquelle die Mitgliedschaft im Politbüro darstelle.

Auf die Frage des Stellvertreters von Nitze, Mr. Glitman, nach den Gründen für die Konzentration des sowjetischen Interesses auf die Mittelstreckenthematik während des Besuchs skizzierte der Bundesminister das Konzept, das zur Aufstellung so vieler SS-20 geführt habe.

Diese Rüstung ziele darauf, Europa von den USA zu trennen. Sollte die Allianz die SS-20-Rüstung ohne Äquivalent auf westlicher Seite hinnehmen, werde sich die östliche Propaganda auf die amerikanische öffentliche Meinung konzentrieren und die Amerikaner davor warnen, sich von europäischen und chinesischen Interessen beeinflussen zu lassen.

Dabei werde Moskau argumentieren, daß sich die Mittelstreckenrüstung ja nicht gegen die USA richte, im interkontinentalstrategischen Bereich sei man zu Reduzierungen durchaus bereit. Dahinter stehe das langfristige sowjetische Ziel, die USA von Europa und China zu trennen.

Die Implementierung des Doppelbeschlusses[19] drohe nun, dieses Konzept Moskaus zu vereiteln und damit auch die Pläne der sowjetischen Militärs.

Er gehe davon aus, daß die sowjetische Verhandlungsführung sich zunächst auf die Pershing II richten werde, da sie wohl wisse, daß diese Ende 1983 für

15 Bundesminister Genscher hielt sich am 11./12. Oktober 1979 in Rumänien auf. Für das Gespräch mit Präsident Ceauşescu am 12. Oktober 1979 in Bukarest vgl. AAPD 1979, II, Dok. 290.

16 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Ceauşescu am 29. Oktober 1981 vgl. Dok. 312.

17 Interministerielle Arbeitsgruppe.

18 Für das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt und des Bundesministers Genscher mit dem sowjetischen Verteidigungsminister Ustinow am 1. Juli 1980 in Moskau vgl. AAPD 1980, II, Dok. 194.

19 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

die Bundesrepublik Deutschland vorgesehen seien. Auf die Frage von Mr. Glitman fügt der Bundesminister hinzu, daß die SU nicht den Eindruck erhalten dürfe, die Entscheidung Carters über die Verschiebung der Produktion der ERW[20] von 1978[21] gehe auf sowjetischen Einfluß in Europa zurück. Die europäischen Regierungen waren damals bereit, die im Bündnis vereinbarte Entscheidung für die ERW mitzutragen. Heute sei diese Frage nicht aktuell, es gebe andere Probleme. Die politische Entwicklung zeige im übrigen, welche Wirkungen ein einseitiges Moratorium (bei ERW) haben könne; einmal akzeptiert, sei es schwer zu beenden.

In diesem Zusammenhang kam der Bundesminister noch einmal auf die Rede von Präsident Reagan zu sprechen und begrüßte, daß der Präsident auch auf die konventionelle Überlegenheit Moskaus hingewiesen habe. Die öffentliche Aufmerksamkeit habe sich bisher weitgehend auf das Konzept der Null-Lösung konzentriert, es wäre gut, wenn auch die anderen Vorschläge in Reden hochrangiger Persönlichkeiten der USA (z. B. AM Haig) stärker herausgestellt würden, u. a. auch START, da der Regierungsvorschlag die SU in Verlegenheit bringe.

BM Genscher fügte hinzu, daß sowjetische Gesprächspartner immer dann in der Defensive wären, wenn er betone, daß die historische Entwicklung gegen sie arbeite (u. a. das Selbstbestimmungsrecht der Blockfreien …).

Botschafter *Nitze* kam dann auf den sowjetischen Chefunterhändler Kwizinskij zu sprechen und betonte, daß er viel Interessantes über ihn gehört habe; er begrüße es, daß es sich um einen klugen, selbständig denkenden Mann handele. Er beabsichtige, gleich zu Beginn seines Gesprächs mit Kwizinskij eine Vereinbarung über die Vertraulichkeit der Verhandlungen zu vereinbaren, um zu vermeiden, daß es zu einer ständigen Propagandaschlacht komme. Es sei an den Regierungen des Bündnisses zu entscheiden, was von Zeit zu Zeit der Presse gesagt werden könne. Er werde zu gegebener Zeit den NATO-Rat informieren und sei auch bereit, nach Bonn, London und Paris zu kommen.

D 22 betonte die Wichtigkeit effektiver Öffentlichkeitsarbeit. Die Allianz müsse hierfür einen geeigneten Mechanismus entwickeln. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die mit Gesandtem Woessner verabredeten bilateralen Gesprächskontakte hin.

Der *Bundesminister* regte an, daß Nitze die AM bei der Herbsttagung in Brüssel über den Beginn der Verhandlungen unterrichten solle.[22]

In das Kommuniqué[23] solle auch der Gedanke aufgenommen werden, daß nur durch Festigkeit in der Implementierung beider Teile des Doppelbeschlusses Erfolge in der Abrüstung erreichbar seien.

20 Enhanced Radiation Weapon.

21 Zur Entscheidung des Präsidenten Carter vom 7. April 1978 vgl. Dok. 12, Anm. 23.

22 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze informierte die Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten am 10. Dezember 1981 bzw. den Ständigen NATO-Rat am 18. Dezember 1981 in Brüssel. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.
Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. außerdem Dok. 357–362.

23 Vgl. dazu Ziffer 4 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel sowie die Ministererklärung vom 11. Dezember 1981 über INF-Modernisierung und Rüstungskontrolle; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 38 f. bzw. S. 43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 152 f. bzw. D 154 f.

Auf Anregung von *D 22* kam es zu einem Gespräch über das sowjetische FBS-Konzept. Botschafter *Nitze* berichtete über die amerikanische Ausgangsposition zu Beginn von SALT I[24], die darauf abzielte, auch die sowjetischen Mittelstreckensysteme, die auf Europa zielen, in die Verhandlungen einzubeziehen, u. a. mit dem Hinweis, daß auch die MRBM der strategischen Raketentruppen der UdSSR zugeordnet seien. Dagegen stellte das sowjetische SALT-Verhandlungskonzept von Anfang an (1969/70) darauf ab, nur die Waffen als strategisch zu bezeichnen, die sowjetisches bzw. amerikanisches Gebiet erreichen können. Dementsprechend hätten sie von Anbeginn der Verhandlungen die Einbeziehung der FBS gefordert, jedoch eine reziproke Behandlung ihrer Europa bedrohenden Mittelstreckensysteme abgelehnt.

Damals sei auch die sowjetische Taktik deutlich geworden, zunächst Zusagen der US für die Behandlung sie interessierender (FBS) Systeme anzustreben, ohne eine gleichwertige Zusage für den Einschluß ihrer MRBM zu geben.

Aufgrund einer Entscheidung Kissingers vom 4.8.1970[25] sei dann schließlich über die Verhandlungsgegenstände von SALT I Einigung erzielt worden. Dabei habe Kissinger deutlich gemacht, daß über FBS nicht verhandelt werde.

Man sei in Washington jedoch bei SALT I stillschweigend davon ausgegangen, daß das Zugeständnis von „unequal ceilings" an die SU gerechtfertigt sei durch Ausschluß von FBS und Drittstaatensystemen.

Ähnlich sei in Wladiwostok[26] verfahren worden, das Zugeständnis an die SU, einseitig schwere Raketen haben zu dürfen, stelle eine Art – nicht im „official record" niedergelegter – amerikanischer Kompensation für die Nichtbehandlung der FBS dar. Man stelle sich die Frage, wie oft die USA für die Nichteinbeziehung der FBS bezahlen sollen.

Auf die Frage von D 22 bestätigte Nitze, daß die in der Vorbereitung des amerikanisch-sowjetischen Kommuniqués vom 23.9.[27] (Haig/Gromyko) zutage getretene sowjetische Weigerung, die INF-Verhandlungen als „im SALT-Rahmen" zu bezeichnen, sich möglicherweise damit erklären lasse, daß die SU vermeiden wollte, ihre Inkonsistenz in der Behandlung der FBS allzu deutlich werden zu lassen. (Bei SALT sowjetische Ablehnung jeder Reziprozität für Mittelstreckensysteme.) Mr. *Glitman* ergänzte, ohne SALT-Zusammenhang könne die SU leichter für die Mitberücksichtigung französischer und britischer Systeme argumentieren.

D 22 meinte dazu, daß das Bemühen der SU, regionale Begrenzungen zu erreichen, letztlich darauf abziele, ihre Überlegenheit gegen Europa festschreiben

24 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. Dok. 286, Anm. 22.

25 Zur amerikanischen Verhandlungsposition in den Verhandlungen mit der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. AAPD 1970, II, Dok. 304, Dok. 312 und Dok. 323.

26 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

27 Für den Wortlaut des Kommuniqués vom 24. September 1981 über das Gespräch des amerikanischen Außenministers Haig mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am Vortag in New York vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 81 (1981), Heft 2055, S. 5. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 561 f.

zu lassen und die Berechtigung amerikanischer Nuklearstreitkräfte in Europa zu bestreiten.

Der *Bundesminister* erinnerte an sein Gespräch mit GS Breschnew im April[28], bei dem dieser sich erneut darüber beklagt hatte, daß die US von Europa aus die SU bedrohten, die SU aber keine vergleichbare Möglichkeit habe. Er habe daraufhin deutlich gemacht, daß Europa sich durch die SS-20 bedroht fühle, dies entspreche der Bedrohung, die von amerikanischen Waffen für die SU ausginge.

Botschafter *Nitze* erinnerte in diesem Zusammenhang an sowjetische Drohungen mit der Nuklearwaffe während der 60er Jahre u. a. gegen Großbritannien und Griechenland. Er habe 1961 ein Gespräch mit Botschafter Menschikow geführt und ihn auf die Unzulässigkeit solcher Drohungen aufmerksam gemacht und auch auf die Wirkungen von Nuklearwaffen, die er seinerzeit im Auftrag der amerikanischen Regierung untersucht habe. Der sowjetische Gesprächspartner habe erwidert, daß die UdSSR die US nicht bedroht hätten, sondern lediglich andere Staaten. Dies zeige die sowjetische Haltung sehr deutlich.

VS-Bd. 14098 (010)

347

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Sonderbotschafter Nitze in Hamburg

VS-vertraulich **28. November 1981**[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem Leiter der amerikanischen Delegation für die Genfer Mittelstreckenverhandlungen, Paul H. Nitze, am 28. November 1981 von 18.00 bis 20.00 Uhr im Privathaus des Bundeskanzlers[2]

28 Für das Gespräch am 3. April 1981 in Moskau vgl. Dok. 96.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor von der Gablentz, Bundeskanzleramt, am 30. November 1981 gefertigt und am selben Tag „zur Unterrichtung des Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl mit dem Hinweis übermittelt, daß sie von Bundeskanzler Schmidt noch nicht genehmigt sei.
Hat Braunmühl am 30. November 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 1. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Braunmühl am 4. Dezember 1981 erneut vorgelegen, der die Weiterleitung an Ploetz verfügte.
Hat Ploetz am 4. Dezember 1981 erneut vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14098 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Am 4. Dezember 1981 teilte Gablentz Braunmühl mit: „Der Bundeskanzler hat in dem Gesprächsvermerk einige Änderungen vorgenommen. Ich übersende Ihnen die Seiten 4, 7, 8, 9 und 11 mit der Bitte, sie in dem Vermerk auszutauschen.“ Vgl. das Schreiben; VS-Bd. 14098 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 9, 10, 12, 20 und 23.

2 Der amerikanische Sonderbotschafter Nitze hielt sich am 28. November 1981 in der Bundesrepublik auf. Für das Gespräch mit Bundesminister Genscher am selben Tag vgl. Dok. 346.

Weitere Gesprächsteilnehmer: Gesandter M. Glitman, MD von der Gablentz.

Bundeskanzler hat das Gespräch in Hamburg angeregt, weil ihm daran lag, seinen alten Bekannten Paul Nitze vor Beginn der Verhandlungen[3] wiederzusehen, und weil er ihm die persönlichen Eindrücke vom Besuch Breschnews[4] erläutern wollte. Nach einem Gedankenaustausch über gemeinsame Bekannte hebt er für die kommenden Genfer Verhandlungen die politische Bedeutung des Zeitfaktors hervor. Vor der 1983 geplanten Stationierung[5] wird es in Westeuropa sicherlich zu politischen Verkrampfungen und Zuckungen kommen. Die muß man ausreiten. Das gilt für die Niederlande, Belgien, Deutschland, auf Italien könnte das Beispiel Papandreous ansteckend wirken. Wenn wir der Öffentlichkeit nicht zeigen können, daß der Westen alles getan hat, was er tun kann, um Ergebnisse bei den Verhandlungen zu erzielen, könnten die inneren Schwierigkeiten unüberwindbar werden. Das gilt besonders dann, wenn es zu vorzeitigen Regierungswechseln kommt. In Deutschland besteht dazu kein Anlaß. Aber wenn aus der Weltrezession eine Weltdepression wird, ist auch hier die Entwicklung nicht vorauszusehen. Sicher ist, daß keine deutsche Regierung die Schwierigkeiten durchstehen kann, wenn die Öffentlichkeit nicht versteht, daß die USA enorme Anstrengungen machen, bis 1983 ein Verhandlungsergebnis zu erzielen.

Den Stil der Verhandlungen in Genf könnte er sich ähnlich vorstellen wie den seiner Gespräche mit Breschnew: sehr hart und offen in der Sache, aber im Ton persönlich und an gemeinsamen Interessen orientiert. Der Einfluß der Rhetorik in Ost-West-Fragen während des letzten Jahres der Carter-Administration und der ersten sechs Monate unter Reagan auf die Psychologie der Europäer sollte nicht unterschätzt werden. Ohne Europa ist auch die USA keine Weltmacht mehr. Die Europäer ihrerseits haben keine Aussicht, sich ohne Unterstützung der USA des sowjetischen Drucks zu erwehren. Die Leichtfertigkeit gewisser Journalisten macht die Lösung dieses Problems schwieriger. Er legt Nitze nahe, einen seiner Mitarbeiter damit zu beauftragen, sich laufend darum zu kümmern, wie die amerikanische Verhandlungsführung und amerikanische Positionen auf die europäische Öffentlichkeit wirken.

Nitze stimmt zu. Er muß sich allerdings zunächst einmal den Verhandlungen widmen, bei denen nur Fortschritte zu machen sind, wenn man sich auf einen gewissen Grad der Vertraulichkeit verlassen kann. Er wird mit Kwizinskij darüber sprechen. Man sollte vereinbaren, über den täglichen Gang der Verhandlungen nicht die Presse zu unterrichten. Auf Frage des Bundeskanzlers nach amerikanischen Gesprächspartnern in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit nennt er Marc Palmer[6], der im State Department hierfür besonderes Gespür

3 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

4 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

5 Vgl. dazu den NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979; Dok. 5, Anm. 10.

6 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat von Ploetz handschriftlich: „Sehr gut, früher Redenschreiber von Kissinger, danach SALT und INF in d[er] mil[itärisch-]pol[itischen] Abt[eilung]. Kennt Europa gut."

besitzt und auch bei der Vorbereitung der Rede Reagans[7] eine Rolle gespielt hat.

Bundeskanzler: Wenn Reagan seine Rede vier Monate früher gehalten hätte, sähe die Friedensbewegung in Europa anders aus. (*Nitze*: So etwas braucht Zeit. Er sieht die Dinge jetzt weniger pessimistisch als vor drei Monaten.)

Bundeskanzler ist nach realistischer Analyse der Gespräche in Bonn überzeugt, daß die Sowjets insbesondere vor den Pershing II wirklich Angst haben. Sie müßten sich zum ersten Mal seit dem Abzug der Mittelstreckenraketen aus der Türkei, Italien und Großbritannien 1963 an den Gedanken gewöhnen, daß Ziele auf ihrem Territorium innerhalb von sieben Minuten getroffen werden können. (*Glitman*: Etwa 14 Minuten.)

Nitze bestätigt diesen Eindruck. In ihren neuesten Broschüren sprechen die Sowjets sogar von einer Vorwarnzeit von vier bis fünf Minuten und der Möglichkeit, die Pershing II mit drei Sprengköpfen zu versehen. Die USA könnten sicher auch das fertigbringen. Es ist für die Verhandlungen nicht einmal schlecht, daß die Sowjets sich selbst in Angst versetzen, indem sie die schlimmsten Annahmen über die amerikanischen Waffen kombinieren.

Bundeskanzler betont, daß den Sowjets offensichtlich sehr an Verhandlungen liegt. Er vermutet, daß Breschnew ihm gegenüber so etwas wie ein schlechtes Gewissen empfinden könnte. Er hat 1978 behauptet, daß eine ungefähre Parität besteht, wie man sie in der Gemeinsamen Erklärung anstrebte.[8] Inzwischen hat die SU allerdings die Zahl der Sprengköpfe wesentlich erhöht, während auf westlicher Seite in dem Bereich nichts hinzugekommen ist. Breschnew weiß, daß die SU ihre Kapazität erheblich vergrößert hat, auch wenn er auf eine gewisse Verringerung der Raketenzahl sowie der gesamten Sprengladung hinweist. Auf des Kanzlers Hinweis, daß eine einzige SS-20 mit ihrem Dreifachsprengkopf Düsseldorf, Köln und Bonn gleichzeitig zerstören könne, wies er darauf hin, daß die sowjetischen Raketen lediglich auf militärische Ziele gerichtet sind.

Im Vier-Augen-Gespräch gab Breschnew den Eindruck, als sollten die sowjetischen Raketen vor allem ein Gegengewicht gegen französische und britische Waffen bilden. Er bestätigte damit den Eindruck des Bundeskanzlers, daß der globale Ansatz eine gute Eröffnungsposition ist, aber daß man sich bald dem Problem eines Gegengewichts gegen britische und französische Systeme stellen muß.

[9]*Nitze*: In einer ersten Verhandlungsrunde vor Weihnachten wird es darauf ankommen, die Prinzipien zu erläutern, auf denen die amerikanischen Vorschläge aufbauen. Dann muß man den Vorschlag auf der Grundlage der Rede Reagans präsentieren. Die Sowjetunion wird das gleiche tun. Diese Präsentation und Erläuterung wird sicherlich die Zeit bis Weihnachten ausfüllen. Man soll

7 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

8 Für den Wortlaut der Gemeinsamen Deklaration vom 6. Mai 1978 bzw. des Kommuniqués anläßlich des Besuchs des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 4. bis 7. Mai 1978 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1978, S. 429 f. bzw. S. 433–436.
Zum Besuch vgl. auch AAPD 1978, I, Dok. 135, Dok. 136, Dok. 142 und Dok. 143.

9 Beginn der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

te daher gegenwärtig nicht zu sehr über Rückfallpositionen nachdenken. Auf Einwurf des Bundeskanzlers, dies zeuge von einem gewissen Mißtrauen gegen sich selbst, meint er, daß die Sowjets in Verhandlungen erfahrungsgemäß einen Vorschlag präsentieren und sich dann auf dessen Durchführung konzentrieren, ohne sich selbst andere Gedanken zu erlauben. Jetzt müsse man erst einmal den westlichen Verhandlungsvorschlag durchführen. In der ersten Phase der Verhandlungen wird er daher auf die Frage nach französischen und britischen Systemen antworten, daß er keine Vollmacht besitzt, über andere Systeme zu verhandeln als die amerikanischen. Auf lange Sicht müssen sie natürlich in irgendeiner Weise berücksichtigt werden. Man kann sie nicht ignorieren. (BK: Auch nicht die chinesischen Systeme.) Aber warum sollte man den Sowjets in der ersten Phase bereits helfen?

Wenn man prüft, wie die britischen und französischen Systeme in die Gleichung aufgenommen werden können, so gilt folgendes: Die U-Boote unterscheiden sich im Grunde nicht von den amerikanischen. Sie haben interkontinentale Fähigkeiten. Es bleiben praktisch nur die 18 französischen Mittelstreckenraketen, über die man sprechen muß. Bei den Flugzeugen müssen dann auch die polnischen und tschechischen Flugzeuge mit Nuklearfähigkeit mitgezählt werden, was auf östlicher Seite einen Flugzeugbestand weit oberhalb des westlichen ergibt. Auf Frage des Bundeskanzlers nach der Nuklearfähigkeit und/oder -ausrüstung polnischer und tschechischer Flugzeuge meint er, daß sie jedenfalls von den amerikanischen Militärs mit einer nuklearen Rolle geführt werden. (*Glitman* ergänzt, daß es sich um eine Art Zweischlüsselsystem handelt.)[10]

Bundeskanzler weist darauf hin, daß es nicht einfach sein wird, zu einer Null-Lösung zu kommen, wenn man britische und französische Flugzeuge sowie landgestützte Raketen und auf der anderen Seite die östlichen Bomber mit nuklearer oder doppelter Fähigkeit hinzuzieht. Aber es bleibt außerordentlich wichtig, in den Verhandlungen und auch nach außen gegenüber der Öffentlichkeit an unserem Ziel einer beiderseitigen Null-Lösung festzuhalten. Bei der Einbeziehung anderer Systeme wird auch die Frage der Reichweite eine große Rolle spielen, die wegen der Vielfalt der Flugzeugsysteme und der Verifikationsprobleme besondere Schwierigkeiten mit sich bringt.

Nitze meint, daß es nicht allzu schwer sein sollte, vergleichbare Regeln für die Bestimmung der Reichweite zu finden. Aber damit wird man sich in der ersten Phase nicht beschäftigen. (BK: Wenn die SU das zuläßt.) Wir konzentrieren uns zunächst auf landgestützte Raketen nach dem Vorschlag des Präsidenten. Er stimmt dem Eindruck des Bundeskanzlers zu, daß man dabei auch die Raketen etwas kürzerer Reichweite wie die SS-22 und SS-23 nicht aus dem Auge lassen darf.

Die Bedeutung der Nachladefähigkeit ergibt sich daraus, daß die Sowjets in Kategorien der Kriegsführung denken. Der Westen aber muß eine angemessene Abschreckung erhalten und daher den Sowjets das Zutrauen in ihre eigene Fähigkeit nehmen, ihre militärischen Optionen auch durchführen zu können. Daher sollte der Westen nach Möglichkeit keine Nachladefähigkeit zulassen.

10 Ende der Seite 4 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

Auf Frage des Bundeskanzlers, der das Aufbringen dieser Frage unter dem Gesichtspunkt eines Tauschgeschäfts versteht, erkennt auch er das schwierige Verifikationsproblem an, das sich hiermit stellt.

Bundeskanzler zeigt sich erstaunt, daß die Amerikaner diese Frage erst in letzter Minute aufwarfen. Bis dahin sprach man von „warheads on launchers". Die Frage so spät aufzuwerfen, könnte den Eindruck hervorrufen, als schaffe man Bedingungen, die schon wegen der Verifikationsprobleme nicht erfüllt werden können. Die Fachleute sollten sich dessen bewußt sein.

Er kommt zurück auf die Frage, wie man gemeinsam die veröffentlichte und die öffentliche Meinung in Europa beeinflussen kann. Der amerikanische Nachrichtenmarkt erwartet etwas anderes als der europäische. Koordinierung sollte nicht dem Zufall überlassen werden, auch nicht den Diplomaten, die naturgemäß an Diskretion bei den Verhandlungen interessiert sind.

Nitze meint, daß man die politische Präsentation letztlich den Regierungschefs selbst überlassen muß. Was der Präsident und was der Kanzler sagen, ist das Entscheidende.

Auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß es sehr auf die Koordinierung ankomme, da die europäischen Medien sehen müssen, daß die Europäer die westliche Verhandlungslinie mit beeinflussen und die Amerikaner nicht über die Köpfe der Europäer hinweg verhandeln, meint er, daß die Koordinierung Sache der Hauptstädte sei. Sie sollte im Kontakt mit dem State Department und dem Weißen Haus erfolgen.

Bundeskanzler hält es für sehr wichtig, die Niederlande und Belgien ebensowenig aus der Verantwortung zu entlassen wie Italien. PM van Agt ist ein sehr verläßlicher Mann, dem sehr unwohl ist bei der Haltung seiner eigenen Koalitionsregierung und der helfen wird, wenn immer er kann. Man kann nur hoffen, daß Belgien und die Niederlande sich nicht so von ihren wirtschaftlichen und innenpolitischen Schwierigkeiten bestimmen lassen, daß sie der Stationierungsfrage keine Aufmerksamkeit widmen wollen.

Nitze meint auf Frage des Bundeskanzlers, daß der Breschnew-Besuch in Bonn in Washington ein sehr positives Echo gefunden hat – wenn man einmal von Presseberichten absieht wie dem Vinocurs[11], die es darauf anlegten, Mißverständnisse zu schaffen. V. berichtete, die Deutschen hätten einen besonderen Kommunikationskanal mit den Sowjets etabliert. Sie wollten damit wohl USA und SU als [12]gleiche Gesprächspartner behandeln. Der Bundeskanzler wird fälschlich zitiert mit der Beschreibung der westlichen Verhandlungsposition als einer extremen Position, während er in Wahrheit das neutrale Wort Maximalposition gebraucht hat (Optimalposition wäre noch besser). Die Bemerkung des Bundeskanzlers zu Desinformationen über Zahlen in der öffentlichen Debatte in Ost und West sei fälschlicherweise auf die Regierungszahlen bezogen worden. Bei der Aufklärung dieser Mißverständnisse wird er in Washington hilf-

11 Zu den Artikeln des amerikanischen Journalisten Vinocur vom 26./27. November 1981 vgl. Dok. 345, Anm. 15.

12 Beginn der Seite 7 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

reich sein. Aber das Entscheidende war, daß die klare und unmißverständliche Haltung des Bundeskanzlers in der Stationierungsfrage auch in Washington voll verstanden wird.

Bundeskanzler betont, daß er sein politisches Schicksal mit der Verwirklichung des Doppelbeschlusses verknüpft hat.[13] Es sei historisch falsch, wenn amerikanischen Journalisten gesagt werde, Bundeskanzler sei der Erfinder und der Fordernde hinsichtlich des Doppelbeschlusses gewesen.

Tatsächlich entstand der Doppelbeschluß in fünf Phasen:

1) 1976 kritisierte er in Verbindung mit dem Treffen von Wladiwostok[14], daß die Amerikaner die Mittelstreckenwaffen, die er für Europa schon damals als strategisch bezeichnete, nicht in die SALT-Verhandlungen einbezogen.

2) Er hat dann die Frage mit der Carter-Administration wiederaufgenommen, nur um von Brzezinski zu erfahren, daß dies keine Angelegenheit der Deutschen sei.

3) Daraufhin entschloß er sich, das Problem in seiner Rede vor dem IISS Ende 1977 an die Öffentlichkeit zu bringen.[15] Sein Plan, hierdurch die amerikanische Regierung dazu zu bringen, die Frage noch einmal zu durchdenken, hat funktioniert.

4) In Guadeloupe[16] habe dann Carter Anfang 1979 vorgeschlagen, durch amerikanische Mittelstreckenwaffen ein Gegengewicht gegen die eurostrategischen Waffen der Sowjets zu schaffen. Callaghan habe als erster Stellung genommen und vorgeschlagen, daß man zunächst verhandeln und solange keine Stationierungsentscheidung fällen solle. Giscard setzte sich dagegen für eine Stationierungsentscheidung und zugleich für ein Verhandlungsangebot ein, da die Sowjets ohne eine solche Entscheidung nicht ernsthaft verhandeln würden. Er selbst, der den Nuklearmächten den Vortritt bei der Reaktion auf Carters Vorschlag gegeben hatte, stimmte Giscard zu. Schließlich hätten auch Carter und Callaghan zugestimmt.

5) Im Laufe des Jahres 1979 wurde dann der Doppelbeschluß ausgearbeitet und im Dezember 1979 formalisiert.

Er ist nach wie vor überzeugt, daß man damals die richtige Entscheidung fällte. Er erläutert die Entstehungsgeschichte des Doppelbeschlusses mit der Anregung, sie anhand der amerikanischen Unterlagen – soweit sie noch in Washington vorliegen – zu überprüfen und ihn vom Ergebnis zu benachrichtigen.

13 Vgl. dazu die Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt am 16. Mai 1981 in Recklinghausen bzw. am 17. Mai 1981 in Wolfratshausen; Dok. 153, Anm. 35.

14 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

15 Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Schmidt vor dem International Institute for Strategic Studies am 28. Oktober 1977 in London vgl. BULLETIN 1977, S. 1013–1020.

16 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

Ihm liegt außerdem daran, amerikanische Presseberichte richtigzustellen, nach denen er selbst den Stationierungsvorschlag gemacht habe.

In einem kurzen Austausch von Erinnerungen stellen Bundeskanzler und Nitze fest, daß sie sich über Eric Warburg zum ersten Mal in Hamburg bei einem Abendessen der Atlantik-Brücke wohl 1961 kennengelernt haben.

Nitze berichtet, daß er damals nach Bonn kam, wo Adenauer ihm unter Hinweis auf die direkten Kontakte Kohlers mit Gromyko sagte, daß für ihn jetzt die Zeit gekommen sei, die französische Karte zu spielen.[17]

Bundeskanzler hält es für ein großes Mißverständnis, daß Deutschland jemals zwischen Paris und Washington wählen könne. Er selbst wuchs als Anglophiler auf, fand diese Haltung im Kontakt mit guten britischen Militärgouverneuren bestätigt, lernte dann aber in der Politik, daß es für uns wirklich auf die USA ankommt und wir außerdem auch die Franzosen brauchen. Er ist stolz darauf, die engste deutsch-französische Zusammenarbeit der Geschichte geschaffen zu haben. Seine große Sorge ist, daß die Europäer unter dem Druck der wirtschaftlichen Depression auseinandertreiben könnten. Es war eine bedrükkende Erfahrung, in London[18] festzustellen, daß sich die zehn Regierungschefs statt mit den wichtigen strategischen Problemen mit Milch und Butter beschäftigen mußten. Aber Arbeitslosigkeit und Inflation sind zur Zeit die ersten Probleme für die europäischen Regierungschefs. In ganz Europa stellt man frustriert fest, daß es in den großen Fragen der Wirtschaftspolitik keine entschiedene Führung im Westen gibt, nicht einmal ein muddling through, nur noch ein muddling. Die USA können sich nicht ein Haushaltsdefizit von 100 Milliarden Dollar leisten und die Inflationsbekämpfung der Fed[19] überlassen. Die Folge ist, daß alle ölimportierenden Staaten ihre Zahlungsbilanzdefizite nur zu den hohen – oder höheren – Zinssätzen finanzieren können, die in New York gezahlt werden müssen. Die Reagan-Administration hat kein Verständnis für den Einfluß ihrer wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf die wirtschaftliche Lage ihrer Verbündeten. Es gibt in Washington zu viele unabhängig voneinander handelnde wirtschaftspolitische Autoritäten: die Administration, die Fed und den Senat. In der gegenwärtigen Lage, wo die USA zwischen Inflation oder wesentlichen Haushaltskürzungen wählen müssen, ist die unabhängige Zins- und Geldpolitik der Fed ein Risiko.

Er dankt Nitze noch einmal, daß er nach Hamburg gekommen ist. Er freut sich persönlich, Paul Nitze in dieser wichtigen Funktion in Genf zu wissen. Er begrüßt die Rede Reagans vom 18. November und die Tatsache, daß Haig und Weinberger in dieser Frage übereinstimmen. Aus seinen Gesprächen in Bonn

17 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium, Nitze, hielt am 11. April 1962 anläßlich der Zehn-Jahres-Feier der „Atlantik-Brücke“ in Hamburg einen Vortrag über die amerikanische Verteidigungspolitik und die zukünftige Entwicklung der NATO und kam anschließend zu Gesprächen nach Bonn. Für den Wortlaut der Rede vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 288–297. Für das Gespräch mit Bundeskanzler Adenauer am 13. April 1962 vgl. AAPD 1962, II, Dok. 163. Vgl. dazu ferner FRUS 1961–1963, XV, S. 101–105, sowie NITZE, Hiroshima, S. 207.

18 Zur Tagung des Europäischen Rats am 26./27. November 1981 vgl. Dok. 348 und Dok. 349.

19 Federal Reserve.

hat er den klaren Eindruck gewonnen, daß die Sowjets ernsthaft an Verhandlungserfolgen interessiert sind.

Nitze möchte auf den von den Sowjets immer wieder zitierten Begriff „Gleichheit und gleiche Sicherheit" eingehen. Bei den SALT-Verhandlungen spielte das Problem eine große Rolle, daß die SU nur diejenigen sowjetischen Waffen als strategisch bezeichne, die die USA erreichen, aber auch alle amerikanischen in Europa, da sie die SU erreichen. Nach ihrer Ansicht sind die USA von Freunden umgeben, während die SU sich an ihren Grenzen mit der NATO und China auseinandersetzen muß. Sie braucht daher wesentlich mehr Waffen als die USA.[20]

Der Westen müßte diesem Konzept[21] ein Konzept der gleichen Sicherheit für den gesamten NATO-Bereich unter Einschluß der europäischen NATO-Partner entgegenstellen. Denn im Verhältnis zu den Europäern hat die SU außerordentliche Sicherheitsvorteile aus der Geographie und weil sie weniger Probleme mit ihrer eigenen Öffentlichkeit hat. Daraus ließe sich analog zur sowjetischen Forderung die Forderung nach einem Ausgleich zugunsten der Europäer ableiten.

Bundeskanzler hat sich gegen den Begriff der TNF und für den der eurostrategischen Waffen ausgesprochen, um die direkte Bedrohung Westeuropas durch die sowjetischen Mittelstreckenwaffen deutlich zu machen. Besonders schlimm wirkt die korrekte deutsche Übersetzung „Waffen für den Kriegsschauplatz".

Nitze erläutert auf die Bemerkung des Bundeskanzlers, daß er sich mit seinem russischen Verhandlungspartner auf Deutsch unterhalten könne, daß praktisch alle seine Vorfahren aus Deutschland kommen, aus Magdeburg, Kassel, Bremen und Hamburg. Einer seiner Vorfahren sei sächsischer Außenminister unter August dem Starken gewesen.

Bundeskanzler betont sein persönliches Engagement für die Hilfe an Polen, für die uns aber jetzt Grenzen gesetzt sind. (Nitze: Eine der zusätzlichen öffentlichen Aufgaben, für die er sich sehr einsetzen würde.) Breschnew hatte ihm den Eindruck vermittelt, daß die SU bei der Tolerierung innerer Entwicklungen in Polen sehr weit zu gehen bereit ist, falls nicht das sozialistische System und die WP-Zugehörigkeit infrage gestellt wird. Der Einfluß des Papstes[22] ist sehr hilfreich und trägt zur Mäßigung bei.

Nitze: Die Polen leiden nicht nur am traditionellen Mangel an Organisation und Arbeitswillen, sondern vor allem an einem inkompetenten politischen System, das ihnen auferlegt ist.

Bundeskanzler berichtet, daß Breschnew erstaunlicherweise vor der gesamten Delegation ganz offen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion und ganz Osteuropas gesprochen hat. In Rumänien und bald auch in der ČSSR ist die Lage fast so [23]ernst wie in Polen. Auch die DDR mit der größten

20 Ende der Seite 9 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

21 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl handschriftlich: „Das müssen wir auch in der Öffentlichkeit immer wieder betonen."

22 Johannes Paul II.

23 Beginn der Seite 11 der Vorlage. Vgl. Anm. 1.

offenen Flanke im Wirtschaftsaustausch mit dem Westen spürt die Verschlechterung der gesamten Wirtschaftslage. Gromyko erwähnte ihm gegenüber den wachsenden wirtschaftlichen Druck der Hilfe an Polen, an Kuba u. a., an Staaten in der Welt, die von der SU abhängen. Das Gas-Röhren-Geschäft[24] ist für die SU eine dringend benötigte Quelle für Devisen, um u. a. die enormen Getreideimporte zu bezahlen. Die SU hat sich sogar zum Einschluß West-Berlins bereiterklärt.

Seine große Sorge ist, daß die westliche Welt ohne wirtschaftliche Führung in eine Situation wie zu Beginn der 30er Jahre hineingerät. Die Rezepte von Keynes helfen heute nicht weiter. Gibt es einen Wirtschaftler, der für uns das leistet, was Keynes seinerzeit leistete? (Obwohl er damals auch meist noch nicht verstanden wurde.) Die Öffentlichkeit hat sich an einen enormen Lebensstandard gewöhnt, den selbst Arbeitslose nicht aufgeben.

Nitze berichtet, daß sich in den USA eine gewisse Anpassung der Mentalität anbahnt. Die Begeisterung für die „supply side economics" ist im Sinken. Sie enthält richtige Elemente, aber ist keine umfassende Gesamtlösung. Sie ist in ihrer Art ebenso einseitig wie K. Galbraiths „Affluent Society".[25]

Bundeskanzler: Wir setzen uns hier für einen mittleren Kurs ein. Aber auch damit können wir nicht 6% Inflation und 1,5 Mio. Arbeitslose in diesem Winter verhindern. Die Belgier haben inzwischen einen Grad der öffentlichen Verschuldung erreicht, bei dem ein Haushaltsdefizit – weil zusätzliche Zinsen bezahlt und infolgedessen andere Ausgaben der Regierung gestrichen werden müssen – interessanterweise deflationäre Effekte hat.

VS-Bd. 14098 (010)

24 Zur Unterzeichnung eines Vertrags über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik am 20. November 1981 vgl. Dok. 339, Anm. 4.

25 Vgl. John Kenneth GALBRAITH, The Affluent Society, Boston 1958.

348

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **Aufgabe: 2. Dezember 1981, 15.47 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 133 Ortez

Betr.: Zum 21. Europäischen Rat in London am 26./27. November 1981[2];
hier: EPZ-Teil

Im Rahmen der Politischen Zusammenarbeit befaßte sich der Europäische Rat mit folgenden Themen:

1) Initiative zur Europäischen Union (Europäische Akte)

ER hat von den Vorschlägen der deutschen und italienischen Regierung zur Europäischen Union[3] Kenntnis genommen.

Es ist gelungen, das von uns erstrebte Mandat für die Weiterbehandlung der deutsch-italienischen Entwürfe zu erlangen: ER hat die Außenminister aufgefordert, die Entwürfe zu prüfen und dem ER zu berichten.

Die in den Schlußfolgerungen[4] enthaltene Feststellung, daß der Rat die Bedeutung einer Stärkung der wirtschaftlichen Integration parallel zur politischen Entwicklung anerkennt, war notwendig, um irische und dänische Zustimmung zu erzielen.

2) Ost-West-Fragen

Im Mittelpunkt standen eingehende und von Partnern mit großem Interesse aufgenommene Berichte des Bundeskanzlers und des Bundesministers über den Besuch von Generalsekretär Breschnew in Bonn[5]. In seinen Schlußfolgerungen[6] begrüßte der Europäische Rat die vom Bundeskanzler gegebene Darstellung zu Fragen der Entspannung, der Zusammenarbeit und der Abrüstung.

ER begrüßte die in der Rede von Präsident Reagan vom 18. November[7] zum Ausdruck gebrachte amerikanische Entschlossenheit, durch beiderseitige Verringerung des nuklearen und konventionellen Potentials und durch vertrauensbildende Maßnahmen zu einer umfassenderen Abrüstung zu kommen. Er gab

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.
2 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 349.
3 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 332.
4 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zur Initiative für eine Europäische Union auf seiner Tagung am 26./27. November 1981 in London vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 8.
5 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.
6 Für den Wortlaut der Erklärungen des Europäischen Rats zum Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik, zur Abrüstung, zur KSZE, zu Polen und zu Afghanistan auf seiner Tagung am 26./27. November 1981 in London vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 8 f.
7 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Genfer Verhandlungen[8] zu baldigen und positiven Ergebnissen führen.

Diese Unterstützung durch ER kam erst nach längeren Diskussionen zustande (irische Bedenken wegen eigener Neutralität).

ER äußerte sich außerdem zu KSZE/KAE, zu Polen und zu Afghanistan.

3) Nahost

Lage im Nahen Osten wurde eingehend erörtert. Angesichts der wenige Tage vorher veröffentlichten Erklärung der vier Gemeinschaftsländer, die sich an der Sinai-Friedenstruppe beteiligen wollen (UK, F, NL und I), und der Erklärung der Zehn[9] erschien es nicht opportun, bereits jetzt wieder zu dem Problemkreis Stellung zu nehmen. Auch der Ausgang des Gipfels von Fes[10] legte – insbesondere im Hinblick auf eine Äußerung zum Fahd-Plan[11] – Zurückhaltung nahe.

Steinkühler[12]

Referat 012, Bd. 124417

349

Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler

012-312.74 VS-NfD **2. Dezember 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 135 Ortez **Aufgabe: 3. Dezember 1981, 10.33 Uhr**

Betr.: Zum Europäischen Rat am 26./27. November 1981 in London[2]

1) Im Mittelpunkt des ER in London standen die Verhandlungen zum Mandat vom 30.5.1980[3]. Die Staats- und Regierungschefs erörterten ferner die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft und der Welt, gaben eine Erklärung zur EG-Erweiterung[4] ab und befaßten sich mit der deutsch-italienischen

8 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.
9 Zu den Erklärungen vom 23. November 1981 vgl. Dok. 331, Anm. 7.
10 Zur Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 25. November 1981 vgl. Dok. 331, Anm. 9.
11 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.
12 Paraphe.

1 Durchdruck.
Der Runderlaß wurde von Referent Rowas konzipiert.
2 Zur Tagung des Europäischen Rats vgl. auch Dok. 348.
3 Zum Mandat des EG-Ministerrats vgl. Dok. 2, Anm. 4.
Zum Bericht der EG-Kommission vom 24. Juni 1981 zum Mandat vgl. Dok. 182, Anm. 14.
4 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum geplanten Beitritt Portugals und Spaniens auf seiner Tagung am 26./27. November 1981 in London vgl. BULLETIN DER EG 11/1981, S. 8.
Am 1. Dezember 1981 berichtete Botschafter Lahn, Madrid, in einem Gespräch mit Ministerialdirigent Ungerer am Vortag habe sich der Generalsekretär für die Beziehungen zu den Europäischen

Initiative zur Europäischen Union (Europäische Akte)[5] sowie mit aktuellen außenpolitischen Problemen.

2) Trotz naturgemäß recht unterschiedlicher Ausgangspositionen der MS ist es dem ER gelungen, im gesamten nichtagrarischen Bereich und bei einigen wichtigen Fragen der GAP Einvernehmen herzustellen, das allerdings erst wirksam wird, wenn auch bei den noch offenen vier Fragen (Milch, Mittelmeer-Produkte, Begrenzung der Zuwachsrate der Agrarkosten, Entlastung der Nettozahler) Kompromisse gefunden worden sind. Zu diesem Zweck soll möglichst Mitte Dezember ein Gymnich-type-Treffen[6] stattfinden, d.h. im kleinsten Kreis, um Chancen für eine Einigung zu sichern.

3) Einigkeit bestand hinsichtlich der wirtschaftlichen und sozialen Lage darüber, daß das Beschäftigungsproblem nachhaltig nur durch Stärkung der Investitionen sowie Disziplin bei der Gestaltung der öffentlichen Haushalte und der Geldpolitik zu erreichen ist. Besonderer Wert wird auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und auf die berufliche Bildung gelegt.

4) Beim Mandat konnte Einvernehmen darüber hergestellt werden, daß die beschränkten Mittel in stärkerem Maße auf den Abbau des wirtschaftlichen Gefälles in der Gemeinschaft konzentriert werden sollen. Unter der Voraussetzung einer befriedigenden Gesamtlösung haben wir auch einer Aufstockung des NIC[7] um 3 Mrd. ECU zugestimmt, entsprechende Zinssubventionierung allerdings abgelehnt. MS waren sich auch einig über die Notwendigkeit einer vorsichtigen Preispolitik bei der GAP und der stärkeren Marktorientierung bei Getreide.

5) Offen sind noch Fragen der Erzeugermitverantwortung bei Milch, d.h. vor allem der Erleichterung kleinerer Erzeuger, sowie die Behandlung der Mittel-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1881

Gemeinschaften im spanischen Außenministerium, Westendorp, „sehr zufrieden" über die Erklärung gezeigt: „Mit Genugtuung habe man vor allem Willen der Gemeinschaft zum erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen aufgenommen. Nicht verstanden habe man allerdings Streichung des ursprünglichen Passus über ‚die erzielten positiven Ergebnisse'. Nach Vorgesprächen in den EG-Hauptstädten habe Spanien Festlegung ER auf ein bestimmtes Betrittsdatum nicht erwartet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4670; Referat 410, Bd. 130426.

5 Zum Stand der Initiative für eine Europäische Union vgl. Dok. 332.

6 Zu den informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ („Gymnich-type"-Treffen) vgl. Dok. 69, Anm. 4.
Ministerialdirektor Fischer notierte am 15. Dezember 1981 zum informellen Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Dezember 1981 in London, er sei „mit dem Ergebnis des Sondertreffens zufrieden", auch wenn es noch nicht möglich gewesen sei, „zu konkreten Schlußfolgerungen zu kommen". Ein weiteres Treffen sei daher für Mitte Januar 1982 geplant: „a) Bei der Agrarkostenanstiegs-Klausel bestätigte sich, daß die vom BK beim ER eingebrachte Formulierung, nach der die Zuwachsrate der Agrarkosten unterhalb derjenigen der eigenen Einnahmen liegen soll, mehrheitlich Zustimmung findet (dagegen noch: IRL, DK, GR). b) Hinsichtlich der Mittelmeerprodukte zeichnet sich eine Mehrheit für eine Überprüfung im Sinne einer Verbesserung ab. Hierauf bestehen insbesondere die M[ittel]M[eer]-Anrainer. Wir dringen hierbei darauf, daß das Marktgleichgewicht, angemessener Lebensstandard der Erzeuger und Auswirkungen auf den EG-Haushalt beachtet bleiben. c) Bei Milch gibt es eine Tendenz der Mehrheit dafür, die M[it]V[erantwortungs]A[bgabe] fortzusetzen, jedoch den kleinen Erzeugern dabei Erleichterungen zu gewähren. […] d) Bei der Budgetfrage ist festzustellen: Es gehörte zu den positivsten Ergebnissen dieses Treffens, daß sich in seinem Verlaufe eine deutliche Bewegung in Richtung auf unseren Entlastungsanspruch manifestierte. Von niemandem wird mehr unsere Position bestritten, daß wir nicht einziger unlimitierter Nettozahler nach einem GB-Ausgleich bleiben dürfen." Vgl. Referat 412, Bd. 122413.

7 New Community Instrument.

meerprodukte. Die Mittelmeeranrainer haben ein starkes Interesse an der Erhaltung und Sicherung des Realeinkommens dieser Produzenten, vor allem auch im Hinblick auf die Süderweiterung[8], zum Ausdruck gebracht. Um eine Paketlösung zu ermöglichen, werden wir hier unsere Kompromißmöglichkeiten noch sehr genau prüfen müssen.

6) Es gab bei den Partnern eine grundsätzliche Einsicht in die Notwendigkeit, daß die Zuwachsrate bei den Agrarausgaben zugunsten der Strukturpolitiken verringert werden müßte. Dies ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß der EG-Haushalt Schritt für Schritt so ausgewogen wird, daß das Entstehen sog. „unannehmbarer Situationen" auf Dauer vermieden wird. Eine hinreichend verbindliche Formulierung hierfür konnte beim ER noch nicht gefunden werden, sie wird wichtiger Bestandteil der Paketlösung sein.

7) Kurzfristig wird erneut ein Finanzausgleich für GB vorzusehen sein. Darüber bestand grundsätzlich Einvernehmen unter den MS, wobei allerdings die Fragen der Höhe, Dauer und Form des Ausgleichs noch offenblieben. Ein Erfolg für die Bundesregierung war es, daß jetzt auch unser Nettozahlerproblem gesehen wird. Ein Vorschlag der Kommission zum Budgetproblem, in dem eine Besserstellung der Bundesrepublik bei der Aufbringung der Ausgleichsmittel ausdrücklich vorgezeichnet ist, liegt nunmehr auf dem Tisch. Bei den bevorstehenden Verhandlungen wird es darauf ankommen, eine konsensfähige Formel zu finden.

8) Die Staats- und Regierungschefs haben in London die politische Verpflichtung der Gemeinschaft zur Süderweiterung bekräftigt und die Entschlossenheit der Gemeinschaft betont, die Beitrittsverhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Zugleich unterstrichen sie die Notwendigkeit, daß sowohl die Gemeinschaft wie die Beitrittskandidaten die Zeit bis zum Beitritt zu sorgfältigen Vorbereitungen nutzen, damit der mit der Süderweiterung angestrebte politische und wirtschaftliche Erfolg auch erreicht wird.

9) Die Staats- und Regierungschefs nahmen die deutsch-italienischen Vorschläge zur Europäischen Union (Europäische Akte und Erklärung zur wirtschaftlichen Integration) entgegen und forderten die Außenminister auf, in Zusammenarbeit mit der Kommission die Vorschläge zu prüfen[9] und dem ER Bericht zu erstatten. Im einzelnen vgl. Ortez Nr. 133 zum EPZ-Teil.

Steinkühler[10]

Referat 012, Bd. 124417

8 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Portugal und Spanien vgl. Dok. 331, Anm. 38.

9 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zur Initiative für eine Europäische Union auf seiner Tagung am 26./27. November 1981 in London; BULLETIN DER EG 11/1981, S. 8.

10 Paraphe vom 3. Dezember 1981.

350

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6745/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 7. Dezember 1981, 21.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2041 **Ankunft: 7. Dezember 1981, 22.12 Uhr**

Betr.: Eurogroup-Ministerkonferenz;
hier: geschlossener Sitzungsteil

Bezug: DB Nr. 2040 (Eurogroup-Ministerkonferenz, geschlossener Sitzungsteil, TOP 1)[2]

Zur Unterrichtung

TOP 2: General issue of defence policy including public information

In seiner einleitenden Ausführung äußerte sich der britische Verteidigungsminister zu drei Punkten:

1 a) Verbesserung der Verteidigungsleistungen (Ressourcen)

b) Verbesserung von Planung und Zusammenarbeit. Er wisse von der Notwendigkeit, das Drei-Prozent-Ziel[3] weiterzuverfolgen, dem sich GB verpflichtet fühlt. Im Bereich Planung und Kooperation könnte über bilaterale oder trilaterale Projekte hinaus mehr getan werden. Er denke insbesondere an Spezialisierung der Rüstungsproduktion. Gründe dafür seien, daß Amerikaner z. Z. mehr auf diesem Gebiet leisteten als die Europäer und daß daher der amerikanische Druck auf Europa nicht nachlassen werde. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an die Produktionskosten für Pershing II und Cruise Missiles, die allein von USA getragen würden.

2) Im Bereich Öffentlichkeitsarbeit besonders das Problem der Bedrohung deutlich gemacht werden.[4] Hierfür könne das in der NATO zu erarbeitende Weißbuch[5] Hilfe leisten. Es komme darauf an, besonders die Rolle der Nuklearwaffen als Abschreckungswaffen und nicht als Kriegsführungswaffen herauszustellen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 8. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), faßte am 7. Dezember 1981 den Bericht des norwegischen Verteidigungsministers Sjaastad zur Independent European Programme Group (IEPG) zusammen. Zur Stärkung des transatlantischen Dialogs seien vier Initiativen ergriffen worden: „1) Straffung der IEPG-Projektarbeit durch verstärkten Informationsaustausch; 2) Konkretes Dual-Production-Angebot an Nordamerika; 3) Schaffung einer soliden Basis für Entwicklung und neue Projekte im Rahmen Dual Production und Families of Weapons […]; 4) Vorbereitung eines Treffens mit den Nordamerikanern". Bemängelt worden sei das „Fehlen eines adäquaten IEPG-Sekretariats". Ferner seien die „Beseitigung vorhandener Schwierigkeiten in der praktischen Zusammenarbeit" sowie „mehr Vertrauen in die weitere Arbeit der IEPG" gefordert worden. Vgl. Referat 201, Bd. 125591.

3 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

4 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

5 Vgl. KRÄFTEVERGLEICH NATO UND WARSCHAUER PAKT. Amtliche Übersetzung des NATO-Dokuments aus dem Englischen, hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, [Bonn] 1982.

3) Zur Verbesserung der Effizienz der Eurogroup-Ministertreffen schlug VM Nott vor, z. B. einen zwei bis drei Stunden dauernden Meinungsaustausch (Minister plus PermReps[6]) in Erwägung zu ziehen.

BM Dr. Apel unterstrich insbesondere den zweiten Punkt von VM Nott unter Hinweis auf die Entwicklung der Friedensdiskussion bei uns in den letzten 25 Jahren. Es komme darauf an, die falschen Analysen in dieser Diskussion richtigzustellen. Dazu seien drei Punkte zu erwähnen:

1) Die Eurogroup-Staaten seien keine Satelliten der USA. Ihre Ansichten seien u. a. erkennbar in die Rede Präsident Reagans[7] eingeflossen.

2) Nur starke Verhandlungspartner könnten mit der Sowjetunion Verhandlungen aufnehmen.

3) Die Eurogroup-Staaten sollten zusammenstehen, gerade weil sie auf den Schutz durch die USA nicht verzichten könnten. Unter diesem Aspekt seien alle gemeinsamen Initiativen wie IEPG[8] oder der gemeinsame Markt unterstützungswert. Dies sei auch ein Argument, warum Eurogroup politisch revitalisiert werden sollte.

Zum Verhältnis zu den USA führte BM Dr. Apel aus, es komme darauf an, daß alle Eurogroup-Staaten ihre Pflicht täten und nicht nur Ansprüche an die USA stellten. Der Doppelbeschluß der Allianz[9] sei ein gutes Beispiel für die Haltung, die er meine.

Die finanzielle Last sei so groß, daß Zweifel an der Erfüllbarkeit des Drei-Prozent-Ziels angebracht seien. Die Bundesrepublik Deutschland stehe zwar zu dieser Zielvorstellung, er könne jedoch keine Prognose stellen, es sei denn eine negative.

Soweit neue Waffensysteme gekauft werden sollten, müßte sich das im gegebenen finanziellen Rahmen abspielen. Über die Frage der Spezialisierung, wie von VM Nott angesprochen, müßte national und international noch nachgedacht werden.

Der niederländische Verteidigungsminister[10] warf die Frage auf, ob die Vermittlung eines Bedrohungsbewußtseins tatsächlich der Kern zur Bewältigung des Problems der Friedensbewegung sei. Es genüge nicht, Fakten zu vermitteln. Das Problem als Ganzes müßte erkannt werden. So komme es nicht darauf an, Waffen anzuhäufen, es komme vielmehr darauf an, die Komplexität unserer Strategie, insbesondere deren nuklearer Komponente, zu erläutern, weil die Öffentlichkeit eher das Beängstigende an diesen Waffensystemen wahrnehme, als ihre wirkliche Rolle zu verstehen. Diese Perzeption sei deshalb in Europa stärker als in den USA, weil im Kriegsfall Europa das Schlachtfeld zweier Supermächte werden könnte. Zu den drei Punkten von BM Dr. Apel wolle er als vierten anfügen, daß es darauf ankomme, auch nach den Ursachen zu forschen

6 Permanent Representatives.
7 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.
8 Independent European Programme Group.
9 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
10 Hans van Mierlo.

und solche möglichen Kriegsursachen zu beseitigen. Dazu bräuchte man Zeit. Unter dem Gesichtspunkt, Eurogroup wieder mehr politischen Impetus zu geben, schlage er vor, das Problem in diesem Kreis zur Diskussion zu stellen. Hierzu böte sich besonders der von VM Nott vorgeschlagene „kleinste Kreis" an.

Im Hinblick auf die für die DPC-Sitzung[11] zu erwartende[12] Rede VM Weinbergers[13] zu Rapid Deployment Force (RDF)[14] wies der italienische Verteidigungsminister[15] auf die besondere Rolle der Mittelmeerregion für die Allianz hin. Hier wüßte er sich mit den anderen Staaten aus dieser Region einig.

Zu dieser Frage äußerte BM Dr. Apel, er warne vor zu großen Erwartungen bei der Diskussion um RDF. Insbesondere lägen z. Z. zu wenig Daten vor, und es gäbe noch zu viele offene Fragen. Die Differenz zwischen Wollen und Können beziehe sich nicht nur auf die Ressourcen, sondern auch auf die Frage nach Umfang und Art eines politischen Engagements. Die Bundesrepublik Deutschland sähe sich im Moment nicht in der Lage, einem Gesamtkonzept zuzustimmen. Hierzu müßte erst die nationale Debatte geführt werden.

TOP 3: North Sea-Channel Security Study

Die Studie selbst und die Einführung des NL-VM über die unter NL-Vorsitz von einer Arbeitsgruppe erstellte Studie wurden ohne Kommentar zur Kenntnis genommen.

TOP 4: New elements in the field of defence

Ebenfalls ohne Kommentar wurde ein Beitrag des türkischen Verteidigungsministers[16] über diesen Tagesordnungspunkt zur Kenntnis genommen. Als herausragend sind folgende beiden Punkte zu erwähnen:

– daß die Türkei den subversiven Teil der Bedrohung und den internationalen Terrorismus als bedeutendere Gefahr einschätze, als dies gewöhnlich der Fall sei. Hier sei mehr internationale Zusammenarbeit erforderlich, und
– daß die Türkei aufgrund ihrer geostrategischen Lage von zunehmender Bedeutung für die Stabilität des Mittleren Ostens sei (schriftlicher Text wird nachgereicht).[17]

TOP 5: Kommuniqué[18]

Nachdem die Minister im offenen Sitzungsteil einen ersten Gedankenaustausch über das Kommuniqué, insbesondere die Formulierung für den bevorstehenden spanischen NATO-Beitritt[19] und zum NATO-Doppelbeschluß, pflegten, stellte

11 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.
12 Korrigiert aus: „erwägende".
13 Zu den Ausführungen des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger am 8. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351, Anm. 16.
14 Zur „Rapid Deployment Force" vgl. Dok. 317.
15 Lelio Lagorio.
16 Haluk Bayülken.
17 Für den türkischen Beitrag vgl. VS-Bd. 10318 (201).
18 Für den Wortlaut des Kommuniqués der Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 7. Dezember 1981 in Brüssel vgl. BULLETIN 1981, S. 1048 f.
19 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 345, Anm. 25–27.
Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann teilte der Botschaft in Athen am 1. Dezember 1981 mit, der amerikanische Außenminister Haig habe Bundesminister Genscher in einem Schreiben um

sich in der eigentlichen Kommuniqué-Diskussion heraus, daß der griechische Sprecher keinen Spielraum für Kompromisse hatte. Nach längerer Diskussion über das weitere Verfahren wurde die Endabstimmung des Kommuniqués auf Dienstag, den 8.12.1981, verlegt, da erst dann Ministerpräsident und Verteidigungsminister Papandreou persönlich anwesend sein würde.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10318 (201)

Fortsetzung Fußnote von Seite 1886

die Beteiligung an einer Demarche bei der griechischen Regierung wegen deren kurzfristig erfolgter Einwände gegen den geplanten Ablauf der Beitrittsprozedur gebeten. Hofmann bat die Botschaft, „noch heute zu demarchieren". Vgl. den Drahterlaß Nr. 6193; VS-Bd. 10291 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

Botschafter Sigrist, Athen, berichtete am 2. Dezember 1981, der Staatssekretär im griechischen Außenministerium, Papoulias, habe ihm am Vortag versichert, die „griechische Regierung sei nunmehr mit der vorgesehenen Prozedur einverstanden". Gegenüber dem amerikanischen Botschafter Stearns habe Papoulias nach Auskunft von Stearns jedoch nicht sagen können, „wie und bei welcher Gelegenheit Griechen ihre nuancierte Haltung erklären würden". Vgl. den Drahtbericht Nr. 849; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

Sigrist berichtete am 3. Dezember 1981, Ministerpräsident Papandreou habe ihm gegenüber am selben Tag erklärt, die griechische Regierung werde das Verfahren zum NATO-Beitritt Spaniens nicht blockieren: „Es sei aber noch nicht entschieden, ob griechischer Minister das Protokoll am 10.12. unterzeichnen werde". Auch eine Enthaltung Griechenlands sei denkbar. Vgl. den Drahtbericht Nr. 851; VS-Bd. 11101 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

Ministerialdirektor Pfeffer teilte der Botschaft in Athen am 4. Dezember 1981 mit, angesichts der Äußerungen Papandreous gegenüber Sigrist habe die amerikanische Regierung eine weitere Demarche verschiedener NATO-Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Ferner legte Pfeffer dar: „Papandreou versucht offensichtlich, zwischen griechischer Zustimmung zu Spanien-Beitritt und Forderungen Athens an NATO, EG und USA Zusammenhang herzustellen. Wir können es jedoch grundsätzlich nicht akzeptieren, daß der gleichermaßen im Interesse aller Partner liegende Beitritt bilateral zum Handelsobjekt gemacht wird." Vgl. den Drahterlaß; VS-Bd. 10291 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

Vortragender Legationsrat Staks informierte am 6. Dezember 1981, der britische Botschafter in Athen, Sutherland, habe am Vortag die gemeinsame Demarche bei Papandreou durchgeführt. Papandreou habe erklärt, er wolle die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls nicht blockieren, sich jedoch geweigert, für die Unterzeichnung und für die anschließende Ratifikationsphase eine Garantie abzugeben. Vgl. den Runderlaß Nr. 6309; VS-Bd. 10291 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

351

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6771/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2055
Citissime

Aufgabe: 8. Dezember 1981, 21.45 Uhr[1]
Ankunft: 8. Dezember 1981, 22.34 Uhr

Betr.: DPC-Ministerkonferenz in Brüssel (8./9. Dez. 1981);
hier: Plenarsitzung

3) Statement by the Chairman Eurogroup

Der Vorsitzende der Eurogroup, der portugiesische Verteidigungsminister[2], berichtete im DPC über das Sitzungsergebnis des Vortages (siehe Bericht[3] dazu).

4) NATO Defence Planning

GS Luns wies eingangs auf sein summary appraisal[4] hin und betonte noch einmal seine Sorge um den Stand der Verteidigungsfähigkeit der Allianz. Er sprach die Hoffnung aus, daß die Minister seinen Appell um stärkere Bemühungen der Länder aufnehmen und die von den drei Oberbefehlshabern[5] ausgesprochenen Warnungen über die negativen Folgen für das Bündnis in ihre Überlegungen einbeziehen.

Generalsekretär Luns wies auf die Anstrengungen einiger Länder hin, die gesetzten Ziele zu erreichen.

Andere Partner dagegen seien nicht in der Lage, ihren Auftrag voll zu erfüllen. Die Erosion der Verteidigungsfähigkeit sei eine Sache, die das ganze Bündnis mit Sorge erfüllen müsse.

Anschließend äußerten sich mehrere Minister (CA[6], TU[7], NL[8], DA[9], PO, IT[10]) zum Ergebnis des Defence Review[11]. Sie bekannten sich zu den gemeinsam gesetzten Zielen, verwiesen auf die Anstrengungen und Leistungen ihrer Länder und übernahmen für 1982 die Verpflichtung, die NATO-Streitkräfteziele zu erreichen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Seibert vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 14. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Der portugiesische Verteidigungsminister Freitas do Amaral wurde durch den Staatssekretär im portugiesischen Verteidigungsministerium, Vaz Pardal, vertreten.

3 Für den Drahtbericht Nr. 2041 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 7. Dezember 1981 vgl. Dok. 350.

4 Für den Bericht „Overall Military Summary Appraisal" des NATO-Generalsekretärs Luns vom 30. November 1981 vgl. VS-Bd. 10252 (201).

5 James Eberle (CINCHAN), Bernard W. Rogers (SACEUR) und Harry D. Train II. (SACLANT).

6 Gilles Lamontagne.

7 Haluk Bayülken.

8 Hans van Mierlo.

9 Der dänische Verteidigungsminister Søgaard wurde durch den dänischen NATO-Botschafter Svart vertreten.

10 Lelio Lagorio.

11 Für den „NATO Force Plan 1982–1986 – General Report" vom 2. Dezember 1981 vgl. VS-Bd. 10252 (201).

In diesem Zusammenhang unterstrichen sie unterschiedslos die finanziellen und politischen Zwänge, die Abstriche in bestimmten Bereichen unvermeidbar machen. Trotzdem werde man alles tun, um durch effektive Planung ein Maximum an Verteidigungsfähigkeit zu erreichen, jedoch sei es selbst im Falle einer dreiprozentigen Realerhöhung der Verteidigungsausgaben[12] unmöglich, alles gleichzeitig zu verwirklichen.

Der NL-Verteidigungsminister bemerkte dazu, man dürfe den Steuerzahler nicht auffordern, mehr Geld für eine schlechte Streitkräfteplanung aufzubringen. Man müsse gemeinsam überlegen, wo das Geld am wirkungsvollsten zu investieren sei.

5) LTDP[13]

a) Fortschrittsbericht[14]

GS Luns stellte fest, daß der Fortschrittsbericht im Ergebnis nicht befriedigt. Besonders die kostenintensiven Maßnahmen seien zu kurz gekommen und nicht wie geplant realisiert worden.

In der Diskussion wies Weinberger eindringlich auf die Weisung der Staats- und Regierungschefs 1978 zur Begründung des LTDP hin. Drei Jahre später seien 60 Prozent der angesprochenen Maßnahmen noch nicht erledigt. Schwachpunkte erscheinen in den Berichten erneut ohne die notwendigen Maßnahmen zur Behebung.

Der portugiesische VM unterstrich die Bedeutung der Reorganisation der portugiesischen Luftverteidigung (besonders des Führungssystems).

b) LTDP-Verfahren

Der Fortschrittsbericht[15] wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. GS wies darauf hin, daß dazu bald Weisungen des DPC notwendig seien.

6) Rapid Deployment Force (RDF)

US-VM wies auf Bedeutung des RDF-Konzepts für die Sicherung der Rohstoffquellen in SW-Asien hin und betonte, daß die amerikanischen Verbündeten von deren Offenhaltung in weit höherem Maße abhängig seien als die USA selbst.[16] Als europäischen Beitrag forderte er die unverzügliche Ausführung aller Phase-II-Maßnahmen (post Afghanistan)[17].

12 Vgl. dazu die „Ministerial Guidance 1977" der NATO vom 17./18. Mai 1977; Dok. 5, Anm. 14.

13 Auf der NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31. Mai 1978 in Washington wurde eine Reihe von Maßnahmen als Aktionsprogramm bestätigt, das dazu beitragen sollte, das Verteidigungspotential des Bündnisses den Erfordernissen der achtziger Jahre anzupassen. Für den deutschen Wortlaut der amtlichen Zusammenfassung des Langfristigen Verteidigungsprogramms der NATO vgl. EUROPA-ARCHIV 1978, D 483–486. Vgl. dazu auch AAPD 1978, I, Dok. 152.

14 Für das Papier „Long-Term Defence Programme (LTDP) Comprehensive Report 1981" vom 3. Dezember 1981 vgl. VS-Bd. 10252 (201).

15 Für das Papier „Review of LTDP Procedures" vom 2. Dezember 1981 vgl. VS-Bd. 10252 (201).

16 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger erklärte auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8. Dezember 1981 zu Südwestasien: „I wish to emphasize the need for a fuller recognition by all of us that it is indeed in alliance interests to facilitate deployments by alliance members responding to out-of-area needs." Bezüglich der Infrastruktur der NATO führte er aus, daß die Mittel nicht ausreichten: „The entire defense planning and programming mechanism must be reviewed and streamlined in terms of NATO's long term planning procedures. […] The historical pattern of allocating NATO infrastructure funds among regions must be re-examined in light of dramatic threat changes which have made more glaring our

Sodann wiederholte er die aus dem Iklé-Bericht[18] bereits bekannten Hauptforderungen:

(1) peacetime military presence by our Allies in the region,

(2) economic and security assistance to key countries in the region,

(3) overflight rights and en route access for our forces to SW-Asia,

(4) strategic mobility, i.e. firm commitment to NATO of allied civil wide-body aircraft and sealift support for reinforcements to Europe to offset the diversion of US-airlift and sealift capacity.

Weinberger betonte, daß es kein amerikanisches, vielmehr ein bündnisgemeinsames Ziel sei, die Region (SW-Asien) zu stabilisieren und gegen eine sowjetische Bedrohung zu sichern. Man wisse nicht, wieviel Zeit dem Bündnis für die entsprechende Planung zur Verfügung stünde, und dürfe daher keine Zeit verlieren. BM Dr. Apel verwies auf die Ministerial Guidance 81, in der die Stabilisierung der Region SW-Asien als im Interesse aller Partner bezeichnet wurde. Man müsse die Beiträge der Bündnismitglieder koordinieren. Zunächst müßten die gemeinsame Grundlage untersucht und die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aspekte geklärt werden. Dazu sei die Mitwirkung der Außenminister erforderlich. Prinzip müsse die Souveränität der beteiligten Nationen sein.

NL-VM erklärte, die Frage müsse mit Umsicht behandelt werden. Das NATO-Vertragsgebiet[19] dürfe nicht sozusagen durch die Hintertür erweitert werden. Er unterstützte den deutschen Vorschlag, weitere Untersuchungen unter Einschaltung der Außenminister anzustellen.

GR-MP Papandreou unterstrich die Freundschaft GR mit den arabischen Staaten. Eine Mitwirkung Griechenlands am RDF-Einsatz hänge davon ab, in welcher Weise die arabischen Länder betroffen seien.

Vorsitzender MC[20] wies auf die noch laufenden Arbeiten hin und forderte die nötige Zeit für gründliche Analyse und Planung (siehe MCM-CZG-78-81 vom 19.11.81[21]).

7) Response improvement study

GS gab eine kurze Zusammenfassung des Fortschrittsberichts mit besonderer Betonung, daß kein Automatismus der Verfahren gegeben ist und keine Verpflichtungen außerhalb des NATO-Gebiets. US-VM zeigte sich sehr befriedigt und ermunterte die PermReps[22] zur Weiterarbeit.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1889

inadequacies on the flanks." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2047/2048 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 8. Dezember 1981; VS-Bd. 10313 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Zu den vom Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO beschlossenen Maßnahmen vgl. Dok. 301, Anm. 8.

18 Zum Bericht des Unterstaatssekretärs im amerikanischen Verteidigungsministerium, Iklé, vor dem Ständigen NATO-Rat am 16. Oktober 1981 vgl. Dok. 301, Dok. 313 und Dok. 317.

19 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

20 Robert Falls.

21 Für den „Report on the NATO Military Authorities Study on Implications for the Alliance of US Strategic Concepts for South West Asia" vgl. VS-Bd. 10322 (201).

22 Permanent Representatives.

8) NATO – WP Streitkräftevergleich

GS wies auf die große Bedeutung eines solchen Streitkräftevergleichs hin und drückte seine Erwartung nach raschem Abschluß der Arbeit aus.

In der Diskussion betonte NL-VM die Notwendigkeit, die Verteidigungspolitik der Öffentlichkeit in den Bündnisländern besser als bisher zu erläutern. Er sah in den Aktivitäten der „Friedensbewegung" auch den Ausdruck dieser Unsicherheit und nicht nur sowjetische Propagandakampagnen. Damit die Aufklärung der Bevölkerung gelingt, müsse der vorliegende Entwurf des Streitkräftevergleichs[23] verbessert werden.

(1) Herausarbeitung der Trends bei NATO und WP in den letzten Jahren und Projektion in die Zukunft.

(2) Ausgewogene Bewertung der Zahlenangaben, aber ohne Propaganda.

(3) Einschluß des französischen Potentials, konventionell und nuklear, in das Dokument, aber als Annex, aus offenen Quellen und mit Betonung des nationalen Verfügungsrechts. Dies sollte dem Rat zur Beschlußfassung vorgelegt werden.

9) Versorgung von US-Streitkräften aus zivilen Treibstoffvorräten[24]

Sachstandsbericht wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen.

10) NATO-Infrastruktur

Im Mittelpunkt stand die Höhe von Slice 33 des laufenden Fünfjahresprogramms[25]. Die MNCs[26] hatten einen Umfang von 255 Mio. IAU (zuzüglich 15 Mio. für LRTNF-Infrastruktur) gefordert. GS wies darauf hin, daß dies angesichts der vorgesehenen Projekte bereits eine Minimalforderung darstelle. BM Dr. Apel wies darauf hin, daß die Bundesrepublik Deutschland zur Finanzierung der bisher beschlossenen Slices 31 und 32 angesichts ihrer Finanzlage alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe. Dies habe für 1982 gegenüber dem Haushaltsansatz für 1981 zu mehr als einer Verdopplung, von 260 Mio. DM auf 535 Mio. DM, geführt. In diesem Zusammenhang wies BM auf den hohen deutschen Bündnisbeitrag hin sowie auf die großen zusätzlichen Verpflichtungen, die die Bundesrepublik kürzlich mit ihrer Bereitschaft zur Gewährung von Wartime Host Nation Support (WHNS)[27] eingegangen sei.

Bei Berücksichtigung all dessen habe die Bundesregierung daher beschlossen, daß lediglich einer Slice 33 in Höhe von 130 Mio. IAU zugestimmt werden könne.

US-VM stellte fest, daß ihm durchaus bewußt sei, daß das DPC nur einstimmig Entschlüsse zur Aufstockung der Mittel für NATO-Infrastruktur fassen könne.

23 Für den Entwurf des Weißbuchs „NATO and the Warsaw Pact – Military Comparisons" vom 4. Dezember 1981 vgl. VS-Bd. 10322 (201).
Vgl. ferner KRÄFTEVERGLEICH NATO UND WARSCHAUER PAKT. Amtliche Übersetzung des NATO-Dokuments aus dem Englischen, hrsg. vom Bundesministerium der Verteidigung, [Bonn] 1982.

24 Für den Sachstandsbericht „Methods for Permitting United States Military Forces Deployed in Europe to Draw on Civil Petroleum Stocks during the First 45 Days of War" vom 2. Dezember 1981 vgl. VS-Bd. 10252 (201).

25 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 304, Anm. 7.

26 Major NATO Commanders.

27 Zum Host Nation Support vgl. Dok. 328.

Dennoch wolle er nochmals die Folgen für die Verteidigungsfähigkeit Europas aufzeigen, welche die Nicht-Aufstockung nach sich ziehen könne.

– Die US könnten dann mangels Unterstützungskapazität nicht drei zusätzliche Verstärkungsdivisionen für NORTHAG[28] bereitstellen.
– Die Einführung des „Patriot" Flugabwehrsystems (Nachfolgesystem für „Hawk" und „Nike") würde in Frage gestellt.
– Die Zuführung von ca. 1500 Kampfflugzeugen als Verstärkung aus Übersee werde sinnlos, wenn nicht die dafür erforderlichen Kriegsvorräte an Betriebsstoff, Munition und Ersatzteilen sowie die notwendige Servicekapazität verfügbar gemacht werden können.
– Die Umrüstung der F-4-Verbände auf F-16 könnte nicht zeitgerecht erfolgen.
– Zeitplan und Umfang der Stationierung von US-Kampfhubschraubereinheiten müsse überdacht werden.

VM Norwegen[29] erklärte sich im Grundsatz mit der vom NATO-Infrastrukturausschuß vorgeschlagenen Höhe der Slice 33 einverstanden, ebenfalls mit dem Kompromißvorschlag von GB. Er bedauerte, daß dies nicht einvernehmlich beschlossen und der midterm review nicht vorgezogen werden könne.[30] NL-VM fragte BM Dr. Apel, ob er mit der Verabschiedung einer Doppel-Slice 33/34 in Höhe von 260 Mio. IAU unter gleichzeitiger Vorverlegung des midterm review auf Ende 82/Anfang 83 einverstanden sein könnte. BM Dr. Apel erklärte, daß sich seine Vollmacht lediglich auf Zustimmung zu Slice 33 in Höhe von 130 Mio. IAU erstrecke.

GS zog daraus die Schlußfolgerung, daß die MNC dann ihre Anforderungen neu strukturieren müssen. Anschließend wurde die Sitzung vertagt.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10313 (201)

28 Northern Army Group.

29 Anders Christian Sjaastad.

30 Auf der Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16. Mai 1979 in Brüssel wurde beschlossen, 1983 das Programmvolumen zu überprüfen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 140.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 28. November 1981 über die anstehende Diskussion über die Infrastrukturprobleme im Ständigen NATO-Rat am 2. Dezember 1981: „Der Ständige Vertreter Großbritanniens wird seinen Kompromißvorschlag der Verplanung der Contingencies unter gleichzeitiger Vorziehung des midterm reviews erneut auf den Tisch legen." Er, Wieck, werde „den britischen Vorschlag ablehnen […] und die deutsche Haltung aus wirtschaftlicher und budgetpolitischer Sicht begründen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1964; Referat 201, Bd. 125614.

352

Sitzung der vier Politischen Direktoren in Brüssel

204-321.00 SO-938/81 geheim **9. Dezember 1981**[1]

Betr.: Vierertreffen der Politischen Direktoren am 9.12.1981 in Brüssel;
hier: Krisenfallplanung Jugoslawien

Die vier Politischen Direktoren nahmen positiv Kenntnis von dem Entwurf der vier militärischen Berater (military report 1/81)[2].

Bullard sprach sich dafür aus, daß die vier militärischen Berater ihre Arbeit fortsetzen. Es gehe jetzt vor allem darum, über das weitere Ausarbeiten operativer Eventualfallpläne (contingency concepts) nachzudenken.

Bullard stellte gegenüber D 2[3] die Frage nach den Möglichkeiten einer weiteren deutschen Beteiligung an der Krisenfallplanung. Er sprach die Hoffnung aus, daß eine weitere deutsche Beteiligung durch Trennung des Sonderfalls Jugoslawien von unserer allgemeinen restriktiven Rüstungsexportpolitik[4] möglich sei.

D 2 unterrichtete über den Stand unserer Überlegungen, gegenüber Jugoslawien eine Lockerung unserer restriktiven Rüstungsexportpolitik zu erreichen: Unbeschadet unserer derzeit geltenden generellen restriktiven Rüstungssexportrichtlinien beabsichtigten wir, Jugoslawien in eine Sonderkategorie einzustufen, bei der regelmäßig besondere politische Erwägungen für eine Ausfuhrgenehmigung sprechen. Eine solche Entscheidung werde uns erlauben, weiterhin an den Viererplanungen betr. Jugoslawien teilzunehmen. Wir bemühten uns um ein baldiges Chefgespräch der beteiligten Minister zur Entscheidung dieser Frage. Allerdings werde über jeden Einzelfall eines Rüstungsexports nach Jugoslawien die Entscheidung auf politischer Ebene notwendig bleiben. Bei einer Einstufung Jugoslawiens in eine besondere Kategorie werde man aber die Schwierigkeiten für eine Genehmigung vermeiden, die sich auf unsere grundsätzlichen allgemeinen Rüstungsexportrichtlinien gründeten.

D 2 unterstrich das große Interesse des Bundesministers an einer Fortsetzung der Viererzusammenarbeit und Viererplanungen betr. Jugoslawien.

Bullard warf die weitere Frage auf, ob die Eventualfallplanung Jugoslawien Vorbild für andere Teile der Welt (z. B. Pakistan oder Iran) sein könne. *Andréani* trat dem mit dem Hinweis entgegen, daß Jugoslawien ein Sonderfall sei: Jugoslawien berühre unmittelbar die europäische Sicherheit. Da die Eventualfallplanung für Jugoslawien nicht im NATO-Rahmen besprochen werden könne,

1 Durchschlag als Konzept.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 14. Dezember 1981 gefertigt.

2 Für den Bericht 1/81 der vier Militärberater Beaussant (Frankreich), Bowman (USA), Dennis (Großbritannien) und Tandecki (Bundesrepublik) vom 16. November 1981 vgl. VS-Bd. 12315.

3 Franz Pfeffer.

4 Zu den rechtlichen Grundlagen der Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik vgl. Dok. 9, Anm. 2.
Zur Erörterung einer möglichen Änderung der politischen Grundsätze für den Export von Rüstungsgütern vgl. Dok. 249.

bestehe ein echter Bedarf für Konsultationen im Viererkreis. Eine Ausdehnung dieser Viererkrisenfallplanung auf andere Regionen der Welt sei jedoch bedenklich. Die Viererzusammenarbeit dürfe nicht institutionalisiert oder durch Schaffung von regionalen Viereruntergruppen ausgeweitet werden.

D2 warf die Frage auf, wie die Weitergabe von fortgeschrittener Waffentechnologie an Jugoslawien zu beurteilen sei. Offenbar habe Jugoslawien (z. B. US-Torpedos) in einer Reihe von Fällen nur wenige Stückzahlen modernster Rüstungsgüter gekauft. Abgesehen von Sicherheitsproblemen erschiene es uns sinnvoller, wenn an Jugoslawien zwar moderne, aber einfach zu bedienende Waffen geliefert würden. Dies müsse eigentlich auch im jugoslawischen Interesse liegen.

Andréani meinte, daß es in dieser Frage gelte, den richtigen Mittelweg zu finden. Es sei auch ein psychologisches Problem. So müsse man Jugoslawien das Gefühl nehmen, daß es nur Waffen zweiter Wahl erhalten könne.

Eagleburger wies darauf hin, daß jugoslawische Wünsche zum Ankauf modernster Waffen im jeweiligen Einzelfall genau geprüft würden. In einer Reihe von Fällen seien jugoslawische Wünsche nach technologisch besonders fortgeschrittenen Waffensystemen abgelehnt worden. Das Problem sei lösbar. Für die Jugoslawen sei die Beschaffung modernster Waffentechnologie auch ein Finanzierungsproblem, da sie Waffen grundsätzlich nicht auf Kredit kauften. Sie könnten sich daher kaum erlauben, modernste Waffentechnologie im größeren Umfange zu beschaffen. Die USA hätten Jugoslawien bisher nur Waffensysteme verkauft, die zumindest durch eine neue Waffengeneration überholt seien. Die Jugoslawen benötigten vor allem Anti-Tank-Waffen, Abwehrwaffen gegen sowjetische Luft-Boden-Raketen und Waffensysteme, die es ihnen ermöglichten, die lebenswichtigen Kommunikationslinien in der Adria offenzuhalten.

Bullard meinte, auch im Hinblick auf die geplante Lieferung von RB 199-Motoren an Jugoslawien habe es Sicherheitsbedenken gegeben.[5] Hierbei müsse man aber bedenken, daß die Motoren erst 1986/87 geliefert würden. Zu dieser Zeit seien die Motoren aber bereits technisch wieder überholt.

Andréani warf die Frage nach dem Stand und dem Zweck der Überlegungen zum Ausarbeiten operativer Eventualfallpläne durch die vier militärischen Berater auf. Er verwies insbesondere auf die außerordentlich große politische Sensitivität solcher Planungen. Im übrigen gebe es ein grundsätzliches Papier der Vier zur Eventualfallplanung Jugoslawien[6].

5 Vortragender Legationsrat I. Klasse Hofmann vermerkte am 16. Oktober 1980: „Die jugoslawische Regierung ist nach Auskunft des britischen Verteidigungsministeriums in London mit dem Wunsch vorstellig geworden, das unter britischer Leitung mit Zulieferungen des deutschen Motorenherstellers MTU entwickelte und bei Rolls-Royce gefertigte Triebwerk des M[ulti-]R[ole]C[ombat]A[ircraft]-Tornado zu erwerben." Die britische Regierung halte es für vertretbar, Jugoslawien Informationsmaterial anzubieten, „das zu einer ersten, eingehenden Beurteilung der Leistungskraft des Triebwerkes RB 199 ausreiche, ohne dabei ein größeres Sicherheitsrisiko in sich zu bergen". Hofmann legte dar: „Da sich, bedingt durch Sicherheitserwägungen, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine negative Antwort auf jugoslawische Exportersuchen beim MRCA-Triebwerk nicht vermeiden läßt, wurde der britischen Seite ein Verzicht auf die Vergabe von Informationen über die Triebwerkstechnik nahegelegt: Dadurch würden von vornherein in Jugoslawien der Anschein einer späteren Lieferbereitschaft des Konsortiums und in der Folge gegebenenfalls Enttäuschungen oder Unstimmigkeiten vermieden." Vgl. VS-Bd. 14085 (010); B 150, Aktenkopien 1980.

6 Vgl. dazu den Bericht „Yugoslavia – Contingency Planning. A Note by the Military Officers" vom 16. Dezember 1977; VS-Bd. 11119 (204).

Bullard machte den Vorschlag, dem die übrigen Drei nicht widersprachen, daß das Ausarbeiten operativer Eventualfallpläne (contingency concepts) in jedem Einzelfalle vorher von den Politischen Direktoren genehmigt werden sollte. *Eagleburger* meinte, daß diese Frage ohnehin derzeit nicht dringlich sei. *D2* wies darauf hin, daß sich für uns kaum operative Mitwirkungsmöglichkeiten im Rahmen einer solchen Planung ergäben.

Es bestand Übereinstimmung, daß die Treffen der vier militärischen Berater auch wegen der bisherigen Wahrung strengster Vertraulichkeit ein besonders wertvolles und vertrauliches Konsultationsforum seien.

Dieses Gremium sei für eine vertrauliche und effiziente Abstimmung besser geeignet als die militärischen Bürokratien oder Generalstäbe.

VS-Bd. 11119 (204)

353

Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Haig (USA) in Brüssel

010-3450/81 geheim **9. Dezember 1981**[1]

Viererabendessen am 9. Dezember 1981 in der französischen Botschaft in Brüssel am Vorabend des NATO-Ministertreffens[2]

1) Auf Bitte Cheyssons berichtet *Haig* über den Stand der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen unter besonderer Berücksichtigung der für die Gespräche Haig–Gromyko im Januar in Genf[3] vorgesehenen Thematik:

Haig schließt auf sowjetisches Interesse, den Dialog mit den USA so zügig wie möglich fortzusetzen, weil Sowjets auf amerikanische Zeitvorstellungen (Februar/März 1982) mit dem Gegenvorschlag Januar reagierten und ferner ohne weiteres Genf als Ort der Begegnung zustimmten.

Haig sieht aber nicht, daß diese Dialogbereitschaft durch positive Schritte in der praktischen Außenpolitik begleitet wird. Er verweist auf starke sowjetische Aktivität in Zentralamerika. Waffenlieferungen an Kuba haben mit 60 000 t bereits dreifachen Stand des Vorjahres erreicht. Die angebotene Erklärung, es gehe um Modernisierung der kubanischen Truppen, begegnet starken Zweifeln.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 10. Dezember 1981 gefertigt. Ferner Vermerk: „Von BM noch nicht genehmigt."

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 vgl. Dok. 356–362. Zum Gespräch über Berlin- und Deutschlandfragen vgl. Dok. 355.

3 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

Haig erwartet, daß neben Zentralamerika auch die anderen bereits im September in New York[4] erörterten Themen im Januar weiter vertieft werden:

a) Lage im südlichen Afrika: In der Frage Abzug kubanischer Truppen aus Angola/Unabhängigkeit Namibias sind die Meinungsunterschiede unverändert (chicken and egg situation).

Haig vermutet, daß Angola selbst an einer Lösungsformel sehr interessiert ist. Er hält auch eigenes kubanisches Interesse am Abzug für denkbar, weil Kubaner in Angola zunehmend unbeliebter werden und weil die FLS[5] insofern starkes Interesse bekunden.

b) Afghanistan: Aufgrund seiner Gespräche mit Dobrynin vermutet Haig, daß Sowjets nach einem Ausweg suchen. Haig hält Bewahrung der geschlossenen westlichen Haltung hier für sehr wichtig, was aber auch heißt, daß keiner Lösungsformel widersprochen werden soll, mit der wir alle leben können.

Als Elemente einer Lösung erwähnt Haig

– Abzug sowjetischer Truppen,
– Arrangements, die sicherstellen, daß Grenzüberschreitungen von Pakistan aus aufhören,
– sichere Rückkehr der Flüchtlinge,
– Ablösung des gegenwärtigen Regimes.

Haig hält sowjetisches Ausweichmanöver für wahrscheinlich, indem sie zunächst die ersten drei Schritte fordern und ein Referendum für später in Aussicht stellen.

Haig beabsichtigt, sich mit den Verbündeten eng abzustimmen.

Auf Frage *Carringtons*, ob kubanische Aktivität in Zentralamerika und Afrika nach US-Auffassung im wesentlichen auf eigener Initiative beruht oder von Moskau koordiniert wird, hält *Haig* letztere Deutung für richtig. Er verweist auf das starke personelle Engagement der Sowjets in Kuba (Luftwaffe wird eindeutig von Sowjets betrieben). Er meint – unter Berufung auf Sadat und dessen Erfahrungen in der Zeit der engen ägyptisch-sowjetischen Zusammenarbeit[6] –, daß auch Gaddafi nicht aus eigener Initiative handelt: Die Sowjets sind da wie damals in Ägypten. Die Frage *BMs*, ob die Sowjets in Libyen sind, bejaht *Haig* mit dem Hinweis, daß ihre Zahl allerdings gering ist.

Haig meint, daß den Sowjets ein Nachgeben in Lateinamerika nicht so schwerfallen dürfte wie in Afghanistan (Zentralamerika-Problematik wird später vertieft).

Nach *Carrington* liegt der Schlüssel zur Lösung des Afghanistan-Problems in der Antwort auf die Frage, wie man das Regime dort in einer Weise ablösen kann, die sowohl für die Sowjets wie für das afghanische Volk annehmbar ist.

c) START: *Haig* hofft, einen Vorschlag für Verhandlungsbeginn im frühen Frühjahr machen zu können.

4 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

5 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

6 Zu den ägyptisch-sowjetischen Beziehungen vgl. Dok. 38, Anm. 50.

d) INF: Haig verweist auf Bericht Nitzes vor dem NATO-Rat am 10.12. Er hält es aus politischen und psychologischen Gründen für wichtig, daß Nitze nach Brüssel kommt (auch wenn in Washington Widerstände gegen seine Entsendung erhoben wurden). Die Allianz muß mit den Verhandlungsführern im Gespräch bleiben und umgekehrt, und dies muß sichtbar sein.

Haig hält für möglich, daß es mit Gromyko über INF zu einem Meinungsaustausch kommt. Er sieht auf amerikanischer Seite keine Neigung, von der vereinbarten Position abzuweichen.

e) Bilaterale Fragen: Haig erwähnt als Themen die lange aufgeschobenen Abkommen über die Vereinbarung langfristiger Getreidelieferungen[7], in maritimen Fragen und über das Konsulat in Kiew.

f) Gipfeltreffen: Haig hält es für zu früh zu sagen, ob das Januartreffen die Tür für ein Gipfeltreffen öffnet. Reagan will bei grundsätzlicher Bereitschaft zu einem baldigen Gipfeltreffen keine Wiederholung des Mißerfolgs von Wien[8]. Haig schließt nicht aus, daß in Genf über ein Gipfeldatum gesprochen werden könnte. (Haig erwähnt, daß nach Ansicht amerikanischer Experten nur noch ein bis zwei Jahre mit Breschnew als Gesprächspartner gerechnet werden kann.)

Seine Bewertung der sowjetischen Haltung zusammenfassend, stellt Haig fest, daß der Ton der Gespräche in New York und in Washington wie auch des Briefaustausches Reagan–Breschnew (inzwischen ist man bei Austausch Nummer drei) sehr für einen Dialog und einen konstruktiven Ansatz bei der Entwicklung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen spricht.

2) Unter direktem Bezug auf Haigs Ausführungen werden folgende Bemerkungen gemacht:

Carrington hält eine Regularisierung der Kontakte mit Gromyko für gut. *Haig* stimmt zu.

Cheysson hält es für wichtig, über konkrete Themen zu sprechen, und hat gleichzeitig Zweifel, daß Sowjets sich irgendwo bewegen wollen. *Haig* sieht im Gesprächsansatz Unterschiede zu Sowjets: Sie wollen Rüstungskontrolle in den Mittelpunkt stellen. Er, Haig, hält die bekannten regionalen Fragen für lebenswichtig. Unter diesen kann man solche mit für die Sowjetunion ambivalentem Charakter in den Vordergrund stellen, z. B. Angola und Waffenlieferungen an Kuba, bei denen die Sowjets ohne Gesichtsverlust etwas tun könnten.

Haig geht nicht auf Carringtons Drängen ein, zu einem Gipfeldatum weitere Aussagen zu machen. Der Präsident ist bereit zu einem Gipfeltreffen, wenn ein konstruktives Ergebnis zu erwarten ist.

3) Breschnew-Besuch[9]

BM behandelt, da Inhalt der Gespräche bekannt ist, die mutmaßlichen Ziele der Sowjetunion und Breschnews Verfassung:

7 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

8 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

9 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

Sowjets wollten offenbar mit diesem Besuch letzte Gewißheit erlangen, ob die Bundesregierung fest zu beiden Teilen des Doppelbeschlusses[10] steht, aber auch, ob die Verhandlungen ernsthaft geführt werden sollen.

BM kündigt an, im NATO-Rat am 10.12. klar zu sagen: Jeder Bündnispartner kann einen Beitrag zur westlichen Verhandlungsposition leisten, indem er sich zusätzlich zu D, GB und ITA zur Aufstellung von Mittelstreckenraketen bereit erklärt, wobei Frankreich ausdrücklich ausgenommen wird. Die Devise muß lauten: nicht nur über Verhandlungen reden, sondern sie durch Stationierungsbereitschaft erleichtern.

Nach Eindruck BMs ist Breschnew unverändert Nummer eins, kann sich aber nur beschränkte Zeit konzentrieren. BM weist auf das Problem hin, daß uns unbekannte Leute Breschnew abschirmen und Informationen filtern. Er empfiehlt deshalb zuzugreifen, wenn man in Washington nach den Genfer Gesprächen mit Gromyko auf einen Gipfel zusteuern will.

Auf Frage Carringtons bestätigt Bundesminister, daß demonstrative Beendigung der sowjetischen Isolierung nach Afghanistan ein Besuchsmotiv gewesen sein kann. Die Aufnahme der Gespräche Haig–Gromyko im September hatte aber bereits deutlich gemacht, daß Moskau wieder Gesprächspartner für Washington auf hoher Ebene ist.

BM verweist auf das „ungewohnte Reiseerlebnis" für Breschnew, daß sein Besuch größere gegen die Sowjetunion gerichtete Demonstrationen ausgelöst hat.[11] Das gab es früher nicht. BM verweist ferner darauf, daß Reagans Rede[12], die ein Volltreffer war, dem Breschnew-Besuch 50% seiner öffentlichen Wirkung genommen hat.

Haig begrüßt beabsichtigte BM-Erklärung zum Doppelbeschluß im NATO-Rat.

4) Fall Sacharow[13]

Jeweiliges Engagement wird erläutert von Haig (Reagan gegenüber Breschnew, Haig gegenüber Gromyko und Dobrynin) und *Cheysson* (direkter Austausch Mitterrand–Breschnew).

Haig und *Cheysson* mutmaßen, daß unsichere sowjetische Reaktionen auf Konfusion im sowjetischen Apparat zurückzuführen sind.

Haig meint, daß Sowjets – auch angesichts des intensiven Drucks (of unprecedented vigour) – ein Zeichen für die Verbesserung der Beziehungen setzen wollten.

10 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

11 Am 22. November 1981 kam es in Bonn zu Demonstrationen. Vgl. dazu den Artikel „Kundgebungen gegen die sowjetische Rüstungspolitik"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 23. November 1981, S. 3.

12 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

13 Zu den Bemühungen des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow um eine Ausreisegenehmigung für seine Schwiegertochter Jelisaweta Konstaninowa Alexejewa aus der UdSSR vgl. Dok. 336, Anm. 25.
Am 22. November 1981 trat Sacharow in einen Hungerstreik, um die Ausreisegenehmigung zu erwirken. Die sowjetische Regierung erteilte Alexejewa am 9. Dezember 1981 eine Ausreisegenehmigung, woraufhin Sacharow seinen Hungerstreik beendete. Am 20. Dezember 1981 reiste Alexejewa in die USA aus. Vgl. dazu den Artikel „Lisa Alexejewa – Ausreise ausnahmsweise"; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Dezember 1981, S. 12.

5) Kambodscha

Haig beschreibt die auf allen Gebieten schlechte innere Entwicklung von Vietnam und hält Vorschlag in Kambodscha-Frage für möglich.

Cheysson widerspricht; weitere Verschlechterung wird kaum zu der von Haig beschriebenen Reaktion führen, es sei denn, die Sowjets üben Druck aus.

Cheysson hält auch nichts von dem Gedanken Haigs, im Konsens mit ASEAN Vietnam weiter isoliert zu halten. Er hofft sehr, daß ASEAN mit Vietnam spricht.

Haig bleibt dabei, der ASEAN-Politik zu folgen: keine aktive Rolle der USA, keine Waffenlieferungen, aber Flüchtlings- und humanitäre Hilfe.

6) Zentralamerika

Cheysson zeigt sich nicht von Haigs Ausführungen über den sowjetischen Einfluß überzeugt. Allenfalls will er partiellen Einfluß gelten lassen in Kuba. Für Nicaragua räumt er ein, daß die Regierung nicht alles kontrolliert. Seine Behauptung, daß sie sich aber breiter öffentlicher Unterstützung erfreut, kontert *Haig* mit dem Hinweis auf jüngste Meinungsumfragen, wonach nur noch 27% positiv zur Regierung stehen.

Cheysson anerkennt, daß wir uns nicht leisten können, daß Nicaragua in sowjetische Hände fällt. Gleichzeitig wendet er sich gegen eine militärische Intervention.

Carrington berichtet über pessimistische Analyse eines Mitarbeiters, der kürzlich die Region bereist hat.

Haig verwahrt sich gegen Versuch, die Anwesenheit von 36 Militärberatern in El Salvador mit der Anwesenheit von 6000 kubanischen Soldaten in Nicaragua zu vergleichen. (Das sind keine Ratgeber, sie haben vielmehr „command and control".) Unter Berufung auf jüngsten OAS-Kongreß in Santa Lucia und das überwältigende Abstimmungsergebnis[14] weist er auf das wachsende Bewußtsein der Staaten der Region für die tatsächliche Lage hin, die durch Einfluß von Kräften außerhalb der Region gesteuert wird. Im vertraulichen Gespräch haben ihn die meisten Außenminister ermutigt, US-Politik (auch ohne öffentliche Solidarisierung ihrer Staaten) fortzuführen.

Auf Bitte BMs gibt Haig Lageeinschätzung für El Salvador. Wenn Problem Nicaragua nicht gelöst werden kann, ist in El Salvador die Katastrophe sicher. Im übrigen ist aus der Unterstützung für Wahlen[15] große Ermutigung zu zie-

14 Ministerialdirigent Limmer vermerkte am 16. Dezember 1981 über die Generalversammlung der OAS vom 2. bis 11. Dezember 1981, die Rede des amerikanischen Außenministers Haig zu Mittelamerika und Kuba am 4. Dezember 1981 habe „langanhaltenden Applaus" erhalten, „der ohne Übertreibung als mehrheitlicher Ausdruck des Einverständnisses mit der von Haig vertretenen neuen Lateinamerikapolitik gewertet werden kann". Eine Resolution zur Lage in El Salvador, die das „Bekenntnis zu Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Demokratie und Pluralismus, eine deutliche Absage an Gewalt, Terrorismus, eine Unterstützung der von der Regierung Duarte angesetzten freien Wahlen und eine Befürwortung der Entsendung von Wahlbeobachtern" enthalte, sei mit 22 zu drei Stimmen angenommen worden. Vgl. Unterabteilung 33, Bd. 125144.
Für den Wortlaut der Resolution vom 10. Dezember 1981 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2058, S. 7.

15 Zu den vorgesehenen Wahlen in El Salvador vgl. Dok. 343, Anm. 3.
Die Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung fanden am 28. März 1982 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos vom 11. Mai 1982; AAPD 1982.

hen, selbst wenn noch nicht sicher ist, ob in dem derzeitigen Umfeld Wahlen möglich sein werden. Haig befürchtet, daß geringe Wahlbeteiligung den rechten und linken Extremisten in die Hände spielt. Daher amerikanisches Interesse an großer Wahlbeteiligung.

Frankreich und GB haben bisher von Entsendung Botschafters nach El Salvador abgesehen wegen der verschiedenen Morde (auf Frage BMs). *BM* erläutert Wiederentsendung deutschen Botschafters und weist darauf hin, daß nach Bekanntwerden dieser Entscheidung Anschlag auf deutsches Eigentum verübt wurde.[16] Seine Feststellung, daß die Lage erleichtert würde, wenn andere unserem Beispiel folgten, bleibt ohne Reaktion. *Carrington* erwähnt, daß GB mit der Entsendung von Wahlbeobachtern zögert, weil ihre Sicherheit nicht gewährleistet erscheint.

Haig hält es für nötig, Problematik auf verschiedenen Ebenen anzugehen: mit den Sowjets besprechen, auch mit den Kubanern, daneben Bemühungen gegen soziale Ungerechtigkeit unterstützen und schließlich: die Nationen zur Selbstverteidigung in den Stand setzen – und all dieses gleichzeitig. Es geht um praktische Lösungen, nicht um Theologie. Die Lösung muß durch Mäßigung und in einem pluralistischen System gesucht werden.

7) Polen

Cheysson sieht keine unmittelbare Gefahr direkter Militärintervention Moskaus. Der Westen muß

– seine Sympathie für Polen bekunden,
– helfen, selbst wenn polnische Probleme teils selbst verschuldet sind, und zwar auch auf finanziellem Gebiet,
– nicht vergessen, was auf dem Spiel steht.

Er meint, daß selbst ein Fortdauern der gegenwärtigen – labilen – Situation über mehrere Jahre hinweg tiefe Auswirkungen auf die Nachbarn Polens haben wird.

Polen, gerade noch im WP, und Jugoslawien, gerade außerhalb des WP, hält Cheysson für unsere besten Trümpfe.

Er verweist auf den jüngsten Bericht der vier Wirtschaftsdirektoren[17] mit seinen vier Optionen.

Haig kündigt zusätzliche CCC[18] (100 Mio. Dollar für Futtergetreide) kurzfristig zu günstigen Bedingungen an. Das Problem für die USA liegt bei 1982. Den polnischen Finanzbedarf hält er für phantastisch, er sieht zusätzliche Forderung von Jugoslawien und Rumänien. Es wäre notwendig, für alle drei etwas zu tun, um politische Verwerfungen zu vermeiden. Haig ist besorgt, daß aus finanziel-

16 Aufgrund der Sicherheitslage in El Salvador wurde Botschafter Neukirch am 29. Februar 1980 aus San Salvador abgezogen. Ende November 1981 wurde die Wiederentsendung Neukirchs bekanntgegeben. Ministerialdirigent Limmer notierte am 3. Dezember 1981: „Der Anschlag gegen das Geschäft eines Deutsch-Salvadorianers gehört höchstwahrscheinlich in die Reihe der Anschläge gegen Geschäfte und wirtschaftliche Einrichtungen. Einen Zusammenhang mit der Wiederentsendung unseres Botschafters herzustellen, erscheint spekulativ." Vgl. Referat 331, Bd. 127415.

17 R. M. Evans (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Robert D. Hormats (USA) und Jean-Claude Paye (Frankreich).

18 Commodity Credit Corporation.

len Gründen die vielleicht positivste Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg ungenutzt verebben könnte.

BM führt aus: Die teuerste Hilfe für Polen ist billiger als jede Alternative. Wir haben deshalb bereits finanzielle Risiken auf uns genommen, die normalerweise nicht zu rechtfertigen wären.

Heute ist nicht über konkrete Hilfsmaßnahmen zu entscheiden. Wir dürfen der polnischen Regierung auf keinen Fall den Eindruck vermitteln, daß sich unsere Politik geändert hat. Wir müssen Polen sagen, daß wir weiter zu helfen bereit sind. Wir müssen sie ermutigen. Wenn sie sich ermutigt fühlen, werden sie größere Hemmungen vor Entscheidungen haben, die zur Konfrontation führen.

Haig: Den Bericht der vier Wirtschaftsdirektoren habe ich noch nicht studieren können. Den Kampf um Gelder für die nächsten drei Monate werde ich durchstehen, aber für 1982 und darüber hinaus stehe ich einer harten fiskalischen Opposition gegenüber. 1 Mrd. Dollar 1981 – das geht so nicht weiter. Aber wir dürfen Polen auf keinen Fall fallenlassen.

Carrington betont, daß Bundesminister politisch völlig recht hat, aber die Größenordnung der Hilfsersuchen für 1982 (wahrscheinlich über 4 Mrd. Dollar) können wir nicht aufbringen.

Haig ergänzt, für 1982 könne man nicht wie bisher „von Krise zu Krise" zahlen. Man muß das Jahresvolumen berechnen. Er erinnert an das eigene US-Defizit von 100 Mrd. Dollar.

Cheysson hält es für nötig, bei Gesprächen mit Solidaritätsführern auf diese Problematik hinzuweisen. Solidarität muß mithelfen, darf sich nicht darauf verlassen, daß der Westen alle Lücken stopft. Er entwickelt dann den Gedanken, einen Teil der westlichen Finanzierungshilfe im Einvernehmen mit den drei maßgebenden polnischen Kräften (Partei, Kirche, Solidarität) in bestimmte Projekte oder Sektoren zu leiten, damit westliche Geberländer und deren Öffentlichkeit Fortschritte messen können.

Haig hat Zweifel, ob dies die tief verwurzelte Reserve in den USA, weitere Mittel in das polnische Faß ohne Boden zu schütten, überwinden kann.

8) KSZE

BM bezeichnet das Vier-Punkte-Papier der Politischen Direktoren (Anlage)[19] als sehr befriedigend und plädiert dafür, daß die drei Kollegen, die offenbar endgültig für unseren Standpunkt gewonnen sind, sich ebenfalls in der morgigen

19 Dem Vorgang nicht beigefügt.
Die vier Politischen Direktoren Andréani (Frankreich), Bullard (Großbritannien), Eagleburger (USA) und Pfeffer (Bundesrepublik) schlugen zur Fortsetzung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid auf ihrer Sitzung am 9. Dezember 1981 in Brüssel folgendes vor: „1) Objective remains the achievement as soon as possible of a comprehensive and balanced concluding document. 2) The 16 should not take the initiative in proposing a long adjournment. 3) If others propose a long adjournment, our initial response should be that we are ready to continue after a short Christmas break. 4) If there is substantial support for a long adjournment among other delegations, including that of the USSR, or in the event of other proposals being put forward […], Western delegations will consult urgently as to the conditions on which we might be prepared to agree." Vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 2058 des Ministerialdirektors Pfeffer, z.Z. Brüssel, vom 9. Dezember 1981; VS-Bd. 14097 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

Ratssitzung dahingehend erklären, daß wir nicht diejenigen sein werden, die den Verhandlungstisch in Madrid verlassen. Er verweist auf die gleichartige jugoslawische Position (kein Vertagungsvorschlag der N+N: Gespräch mit Dolanc).[20] Wenn die Sowjetunion vom Verhandlungstisch aufstehen will, soll sie es offen vorschlagen. Wir sollten Sowjetunion unter jeden denkbaren Druck setzen, unsere Geltungsbereichsklausel[21] zu akzeptieren. Wenn nicht jetzt, dann nach Weihnachten.

Cheysson erwähnt neue österreichische Formel[22], auf die französische Seite vorbehaltlich genauer Prüfung positiv reagieren wird. *Carrington* stimmt BM zu.

Die Minister einigen sich, daß Bundesminister die vier Punkte (Direktoren-Vorschlag) am 10.12. in der Ratssitzung einführt, um die Unterstützung aller zu erlangen.

9) Griechenland

BM unterrichtet über Beendigung des DPC ohne Kommuniqué. Kurze Diskussion macht allseitige Ungeduld mit griechischem Taktieren deutlich.[23]

10) Spanien

Cheysson hebt französische Besorgnis hervor, die durch alarmierende Breite der Unterstützung des Coup im Februar[24] in Offizierskreisen genährt wird.

Haig ist heute weniger besorgt als vor einem Monat und begründet dies mit dem politischen Momentum, das sich für die Regierung aus dem NATO-Bei-

20 Das Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ, Dolanc, bestätigte in einem Gespräch mit Bundesminister Genscher am 8. Dezember 1981 dessen Auffassung, daß die KSZE-Folgekonferenz in Madrid nicht für einen längeren Zeitraum unterbrochen werden dürften. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; VS-Bd. 14093 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

21 Für den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell eingebrachten amerikanischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 207, Anm. 3.

22 Österreich präsentierte am 9. Dezember 1981 folgenden Vorschlag für den geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa: „On the basis of equality of rights and obligations of all the participating states of the CSCE concerning confidence building measures in Europe, of balance and reciprocity, these confidence- and security-building measures will cover the whole of Europe with the respective adjoining sea area and air space. […] As far as the adjoining sea area and air space is concerned, these measures will be applicable to the activities of forces operating there insofar as these activities are a component part of activities in Europe which the participating states will agree to notify, and will be applied to military activities of all the participating states." Vgl. die Anlage zum Drahtbericht Nr. 1630 des Gesandten Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), vom 9. Dezember 1981; Referat 212, Bd. 133421.

23 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), informierte darüber, daß Griechenland die Aufnahme des folgenden Passus in das Kommuniqué wünschte: „The ministers recognized the need to maintain the cohesion and solidarity of the alliance. In this respect, the ministers noted with concern the statement made by the Greek Prime Minister and Minister of Defence regarding the security situation of his country and they stressed the need that arms transfers and military assistance to the southern region countries should be consistent with the maintenance of regional stability. The ministers also stressed the need to extend the protection of the alliance in order to ensure the security of its member states against threats whatever their origin." Wieck berichtete dazu: „Der türkische VM wies die nach seiner Auffassung im griechischen Textentwurf enthaltene Unterstellung einer türkischen Bedrohung Griechenlands entschieden zurück. Kompromißvorschläge zum griechischen Wunsch fanden keine Zustimmung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2063 vom 9. Dezember 1981; VS-Bd. 10313 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

24 In Spanien kam es am 23. Februar 1981 zu einem Putschversuch. Vgl. dazu Dok. 87.

tritt[25] ergibt. Ferner weist er auf das Ende der Erosionstendenz bei der Regierung hin.

Carrington, *BM* und *Haig* verweisen auf Isolierung der spanischen Armee und halten mit *Cheysson* ein schnelles Heranführen des spanischen Militärs an die NATO-Integration für wünschenswert. *Carrington* für schnellen EG-Beitritt[26] .

BM verweist auf unsere eigenen Erfahrungen bei Wiederaufbau der Streitkräfte in den 50er Jahren. Er hält auch schnellen Beitritt Spaniens zur EG für notwendig. Da dieses, aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, Zeit beansprucht, sollte erwogen werden, Spanien schneller an die politische Zusammenarbeit heranzuführen. Madrid braucht das Signal, daß es akzeptiert wird, auch politisch.

Cheysson: Französische Regierung ist – trotz Widerstandes der spanischen Sozialisten – öffentlich für spanischen NATO-Beitritt eingetreten.

Den Gedanken BMs einer schnellen Heranführung an die EPZ hält er für interessant und will ihn prüfen.

11) Das nächste Vierertreffen findet am Vorabend des NATO-Ministertreffens in der US-Botschaft in Luxemburg statt.[27]

VS-Bd. 14097 (010)

354

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig in Brüssel

204-321.00 USA-945/81 VS-vertraulich **10. Dezember 1981**[1]

Frühstück des Bundesministers mit Außenminister Haig am 10.12.1981 in Brüssel[2]

1) *Außenminister Haig* stellte die Haltung der Vereinigten Staaten zu Libyen dar. Die amerikanische Regierung werde zwei Maßnahmen ergreifen: die Aufforderung an alle amerikanischen Staatsangehörigen, Libyen zu verlassen, und die Einstellung der Ölimporte aus Libyen.[3]

25 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 350, Anm. 19.

26 Zu den Beitrittsverhandlungen der Europäischen Gemeinschaften mit Spanien vgl. Dok. 349, Anm. 4.

27 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Cheysson (Frankreich), Haig (USA) und Pym (Großbritannien) am 16. Mai 1982 vgl. AAPD 1982.
Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 vgl. die Drahtberichte Nr. 7–11 des Botschafters Wieck, z. Z. Luxemburg, vom 18. Mai 1982; AAPD 1982.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Ministerialdirektor Pfeffer, z. Z. Brüssel, gefertigt.

2 Bundesminister Genscher hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel auf. Vgl. dazu Dok. 356–362.

3 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 10. Dezember 1981 über das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig vom selben Tag, Haig habe die Maßnah-

Bundesminister erläuterte unsere Libyenpolitik.[4]

2) *Haig* gab einen kurzen Abriß über die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber Kuba. Die Kubaner fühlten sich verunsichert, nicht zuletzt, weil sie keine Gewißheit über den Grad der sowjetischen Unterstützung hätten.

3) *Bundesminister* führte aus, daß der Westen die Offensivposition, in die er durch die Novemberrede Präsident Reagans[5] gelangt sei, ausbauen solle. Gerade in der Abrüstungsdiskussion sei die Sowjetunion in der Defensive. Das solle auch im Kommuniqué des Ministertreffens[6] seinen Niederschlag finden. Dadurch würde man zugleich die Schwierigkeiten mit Griechenland in den Hintergrund drängen, indem man nämlich die zentralen Akzente setze.

Haig stimmte zu. Eine Unterstützung des umfassenden Programms des amerikanischen Präsidenten (INF, START, konventionelle Abrüstung, vertrauensbildende Maßnahmen) durch die Allianz wäre sehr zu begrüßen.

4) *Bundesminister* erkundigte sich aufgrund eines Schreibens des außenpolitischen Sprechers der Opposition, Mertes[7], danach, ob es zutreffe, daß der amerikanische Präsident in seiner Botschaft über den „State of the Union“[8] eine verstärkte chemische Waffenproduktion ankündigen wolle.

Haig erklärte, im Verteidigungsbudget seien 5 Mio. Dollar für die Herstellung von binarischen chemischen Kampfstoffen ausgebracht. Das Verteidigungsministerium habe wohl zunächst daran gedacht, eine öffentliche Erklärung dazu abzugeben (nicht durch den Präsidenten persönlich), aber das werde nicht geschehen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1903

men gegen Libyen damit erklärt, daß den USA Geheimdienstberichte vorlägen, aus denen hervorgehe, daß Präsident Reagan auf Libyens „Mordliste“ stehe und ein Anschlag auf die amerikanische Botschaft in Khartoum geplant gewesen sei. Haig habe weiter ausgeführt, es gehe nicht an, „daß die USA 10 Mrd. Dollar im Jahr für Ölimporte an Libyen zahlen, das die größte Terrorismus-Maschinerie der Welt unterhält“. Genscher habe hierzu erklärt, er „schätze Gaddafis Interessen anders ein“. Genscher habe Haig angeboten, dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, „aus unserem heutigen Gespräch die Botschaft, die Sie wünschen“, zu übermitteln. Haig habe erwidert, Genscher könne helfen, indem er gegenüber Belgassem betone, er kenne die Amerikaner und wisse, „daß sie meinen, was sie sagen“. Vgl. VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Zum Gespräch Genschers mit dem Leiter des libyschen Auslandsgeheimdienstes, Belgassem, am 14. Dezember 1981 vgl. Dok. 369.

4 Ministerialdirektor Gorenflos notierte am 25. November 1981: „In den Beziehungen zwischen uns und den Vereinigten Staaten treten die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung und Behandlung Gaddafis deutlicher hervor. Während die Amerikaner auf eine direkte Schwächung, wenn nicht den Sturz Gaddafis hinarbeiten, wollen wir unsere Politik der Kontakte und der Ermutigung fortsetzen. […] Wir glauben, daß äußerer Druck Gaddafi stabilisiert, die USA wollen ihn durch Druck stürzen. […] Wir glauben, daß Gaddafi seine Unabhängigkeit und seinen Handlungsspielraum auch gegenüber der SU erhalten möchte (kein Vertrag, kein Flottenstützpunkt) und sich nur unter dem Druck der amerikanischen Kampagne gegen ihn enger an die SU anschließt. […] Wir glauben, durch Kontakte zu Gaddafi ein Minimum an Rationalität und Information in sein abenteuerliches und gefährliches außenpolitisches Verhalten einführen zu können. […] Unsere Wirtschaft ist auf libysche Aufträge viel weitgehender angewiesen als die USA; Gaddafi hängt von amerikanischen Firmen und von amerikanischen Ölbeziehungen weitgehend ab.“ Vgl. Referat 310, Bd. 137683.

5 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

6 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37–41. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151–156.

7 Für das Schreiben vom 4. Dezember 1981 vgl. VS-Bd. 10340 (201); B 150, Aktenkopien 1981.

8 Für den Wortlaut der Rede des Präsidenten Reagan zur Lage der Nation am 26. Januar 1982 in Washington vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1982, S. 72–79.

5) *Bundesminister* erkundigte sich, ob der mexikanische Außenminister[9] Aussicht habe, Generalsekretär der UNO zu werden. *Haig* erklärte, die USA würden Veto gegen ihn einlegen. Nach seiner Ansicht habe der Peruaner die besten Chancen.[10] Die USA seien mit ihm einverstanden.

6) *Bundesminister* erkundigte sich nach der Ansicht Haigs über den österreichischen KSZE/KAE-Vorschlag[11]. *Haig* bewertete ihn positiv, fügte aber hinzu, es werde wahrscheinlich noch Schwierigkeiten mit der Bürokratie in Washington geben.

Bundesminister wies darauf hin, daß aus einem Gespräch Kampelmans mit Kondraschow[12] zu entnehmen sei, daß die Sowjetunion keine Initiative für eine Vertagung der Konferenz ergreifen wolle.

Haig bemerkte, die USA seien auf den Vorschlag des Bundesministers, nicht zu vertagen, auch aus diesem Grunde eingegangen.

7) *Haig* erklärte, daß sich die Sowjets beim US/SU-Dialog im Ton sehr freundlich gäben. Sie seien offenbar am Handel interessiert und wollten SALT/START bald wiederaufnehmen. Sie hätten offenbar große Probleme.

Bundesminister bestätigte, daß die Wirtschaftslage in den Warschauer-Pakt-Staaten sehr schlecht sei. Bulgarien bilde die Ausnahme. Eine gewisse Unsicherheit habe sich auch bei der Behandlung des Sacharow-Falles[13] gezeigt.

Haig meinte, es sei ein langsamer, aber unvermeidlicher Prozeß im Ostblock im Gange. Wir dürften keine Fehler machen. Die Wirtschaftsbeziehungen spielten eine grundlegende Rolle.

8) *Bundesminister* erinnerte daran, daß der Bundeskanzler Präsident Reagan im Januar[14] sehen werde und daß wir dankbar wären, wenn bald entschieden

9 Jorge Castañeda y Álvarez.

10 Zur Wahl des VN-Generalsekretärs vgl. Dok. 326, Anm. 17 und 19.
Botschafter van Well, New York (VN), berichtete am 8. Dezember 1981, der tansanische Außenminister Salim habe seine Kandidatur zurückgezogen. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 3588; Referat 230, Bd. 121035.
Am 15. Dezember 1981 meldete van Well: „Die 36. Vollversammlung der Vereinten Nationen hat am 15.12.81 durch Akklamation entsprechend dem Vorschlag des Sicherheitsrates den Peruaner Javier Pérez de Cuéllar zum VN-Generalsekretär für die Amtsperiode vom 1. Januar 1982 bis zum 31. Dezember 1986 gewählt." In seiner Dankesrede habe Pérez de Cuéllar betont, „daß mit ihm ein Vertreter der Dritten Welt gewählt worden sei. […] Als prioritäre Aufgaben der Vereinten Nationen hob er Abrüstung, wirtschaftliche und soziale Fragen, einschließlich der Menschenrechte, Dekolonialisierung und Fortentwicklung des Völkerrechts hervor." Vgl. den Drahtbericht Nr. 3682; Referat 230, Bd. 121035.

11 Zum österreichischen Vorschlag vom 9. Dezember 1981 zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 353, Anm. 22.

12 Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, und der stellvertretende Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation, Kondraschow, trafen sich am 8. Dezember 1981. Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid, berichtete darüber: „Das Gespräch mit Kondraschow hinterließ bei Kampelman den Eindruck, als stehe er unter großem Druck, bis zum 18.12. zu einem substantiellen Ergebnis zu kommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1630 vom 9. Dezember 1981; Referat 212, Bd. 133421.

13 Zu den Bemühungen des sowjetischen Atomphysikers und Dissidenten Sacharow um eine Ausreisegenehmigung für seine Schwiegertochter Jelisaweta Konstaninowa Alexejewa aus der UdSSR vgl. Dok. 353, Anm. 13.

14 Bundeskanzler Schmidt führte am 5. Januar 1982 in Washington zwei Gespräche mit Präsident Reagan. Vgl. AAPD 1982.

würde, wann Reagan nach Deutschland[15] kommt. Wir würden den Besuch gern in der ersten Hälfte des Jahres sehen. *Haig* erwiderte, er habe bereits mit dem Präsidenten über das Thema gesprochen. Er könne noch nicht sagen, wann es zur Entscheidung komme.

9) *Bundesminister* erkundigte sich nach den Aussichten für die amerikanische Wirtschaft. *Haig* erklärte, die Lage sei schlechter als vorausgesehen, aber zu beherrschen. Bis zum Spätsommer 1982 allerdings werde sich die Lage kaum verbessern. Dadurch entstünde Druck in Richtung auf Protektionismus. Das könne Irritationen mit der Europäischen Gemeinschaft und Japan hervorrufen. Die rein ökonomisch Denkenden könnten auch versucht sein, nicht genug für die Osteuropäer zu tun, die dadurch fester an die Sowjetunion gebunden würden. Allen diesen Tendenzen müßten die politischen Führer entgegentreten.

Bundesminister erwiderte, der Einfluß der amerikanischen Wirtschaft auf Europa und Japan könne nicht hoch genug eingeschätzt werden. Es sei zu befürchten, daß die Linkskräfte in Europa, denen durch Reagans Rede der Wind aus dem Abrüstungssegel genommen sei, ihre Offensive ändern und die USA für die Arbeitslosigkeit in Europa verantwortlich machen. Es müsse, auch in öffentlichen Reden, die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit und die notwendige Rücksichtnahme aufeinander hervorgehoben werden. Der Bundeskanzler werde sicher auf dieses Thema zu sprechen kommen. *Haig* stellte fest, der Brief des Bundeskanzlers[16] zu diesem Thema sei sehr klar. Er freue sich im übrigen, so Gutes über die Gesundheit des Bundeskanzlers zu hören.[17]

10) Haig drückte die Hoffnung aus, daß die Bundesregierung mehr Flexibilität in der Infrastrukturfrage zeigen werde.[18]

Bundesminister entgegnete, Bundesminister Apel habe ihm gesagt, daß er sich darum bemühen werde. Er werde Apel bei dieser Bemühung unterstützen.

VS-Bd. 11110 (204)

15 Präsident Reagan hielt sich vom 9. bis 11. Juni 1982 in der Bundesrepublik auf. Für die Gespräche mit Bundespräsident Carstens und Bundeskanzler Schmidt am 9. Juni 1982 vgl. AAPD 1982.

16 Zum Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 15. November 1981 an Präsident Reagan vgl. Dok. 329, Anm. 16.
In dem Schreiben führte Schmidt ferner aus: „The economic situation of the free world is shaky at present and gloomy as regards 1982. Inflation and at the same time unemployment in all our economies will be higher than ever in the seventies and sixties. Thus, social and political unrest can become a strategic factor in the eighties – especially because the Soviet and the East-European governments can easily acquiesce their peoples who will also suffer." Schmidt legte dann seine Pläne zur Bekämpfung der Inflation und zur Reduzierung des Haushaltsdefizits in der Bundesrepublik dar: „But we realize that we cannot solve the world-wide economic problems on our own. For this, close international collaboration is necessary, as agreed in Montebello. The economic decisions of the United States as a leading economy are of special importance in this respect." Vgl. das Fernschreiben Nr. 1585 des Bundeskanzleramts vom selben Tag; VS-Bd. 14096 (010); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Zur Erkrankung des Bundeskanzlers Schmidt vgl. Dok. 305, Anm. 3.

18 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 351.

355

Ministerialdirektor Pfeffer, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-6800/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2070
Citissime

Aufgabe: 10. Dezember 1981, 12.25 Uhr[1]
Ankunft: 10. Dezember 1981, 13.15 Uhr

Betr.: Traditionelles Vierertreffen der Außenminister über Berlin- und Deutschland-Fragen am 9. Dezember 1981 am Vorabend der NATO-Ministertagung in Brüssel[2]

Zur Unterrichtung

1) Gastgeber des traditionellen Vierertreffens über Berlin- und Deutschland-Fragen war turnusgemäß der französische Außenminister Cheysson. Das Treffen wurde von den Politischen Direktoren (D 2[3]; Eagleburger, USA; Bullard, GB; Dufourcq, Directeur d'Europe, F) vorbereitet.

Unter operativen Gesichtspunkten standen die Billigung der Berlin- und Deutschland-Passage des NATO-Kommuniqués[4] und der Lagebewertung Berlins im Vordergrund. Darüber hinaus verabschiedeten die Minister die Vierergruppenstudie zur wirtschaftlichen Situation des Luftverkehrs von und nach Berlin (West)[5].

Kommuniqué-Passage hebt die stabilisierenden Auswirkungen des VMA[6] für die Lage Berlins und die Bedeutung der Erhaltung der ruhigen Lage in und um die Stadt hervor. Die Verbündeten bringen ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die bevorstehende deutsch-deutsche Spitzenbegegnung[7] zur weiteren Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten beitragen wird.

Im Mittelpunkt der Aussprache stand neben der Lagebewertung Berlins vor allem der bevorstehende Besuch des BK in der DDR.

2) Das Direktorentreffen im einzelnen:

2.1) Die Berlin- und Deutschland-Passage für das NATO-Kommuniqué wurde im Hinblick auf die bevorstehende innerdeutsche Spitzenbegegnung überarbeitet und den Ministern zur Annahme empfohlen.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Kastrup vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 vgl. Dok. 356–362.
Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), Cheysson (Frankreich) und Haig (USA) am 9. Dezember 1981 vgl. auch Dok. 353.

3 Franz Pfeffer.

4 Für den Wortlaut von Ziffer 7 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 153.

5 Zur Studie über den Luftverkehr von und nach Berlin (West) vgl. Dok. 127, Anm. 3.
Für die Studie „Berlin Air Services: Current Data" der Bonner Vierergruppe vom 21. Oktober 1981 vgl. Referat 210, Bd. 132474.

6 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

7 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

2.2) Die Lagebewertung der Bonner Vierergruppe zu Berlin wurde den Ministern zur Billigung überwiesen. Ihre Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

– Ungeachtet der Ungewißheiten im Ost-West-Verhältnis ist die Lage in und um Berlin weiterhin insgesamt ruhig.
– Der Zugang von und nach Berlin funktionierte im wesentlichen reibungslos.
– Die sowjetische Berlinpolitik hat im Berichtszeitraum keine Änderungen erkennen lassen.
– Die west-östlichen Spannungen haben die Stimmung der Bevölkerung und das allgemeine Investitionsklima in Berlin nicht beeinträchtigt.
– Bei einer weiteren Zunahme der Spannungen im Ost-West-Verhältnis könnte sich die SU veranlaßt sehen, den Westen an die Verwundbarkeit Berlins zu erinnern.

2.3) Berlin im Rahmen der Ost-West-Beziehungen:

Wir berichteten über die Behandlung berlinpolitischer Fragen beim Breschnew-Besuch in Bonn.[8]

2.4) Beziehungen zur DDR

Wir berichteten über den Stand der innerdeutschen Beziehungen im Lichte der bevorstehenden deutsch-deutschen Spitzenbegegnung, verbunden mit einer Einschätzung der aktuellen politischen und wirtschaftlichen Lage der DDR. Von britischer Seite wurde insbesondere auf hohe Außenverschuldung der DDR (nach britischen Erkenntnissen: 12,7 Mrd. Dollar) hingewiesen.

Die Alliierten gaben eine Übersicht über ihre Beziehungen zur DDR:

Frankreich – DDR

Besuch von DDR-Außenminister Fischer am 9./10. November 1981 in Paris. Keine substantiellen Ergebnisse. Politbüromitglied Mittag wird am 15.12.1981 Paris besuchen und von den Ministern Jobert (Handel), Rocard (Planung) und Delors (Wirtschaft und Finanzen) empfangen werden.[9] Im übrigen keine besondere Entwicklung in den Beziehungen zur DDR.

USA – DDR

Stellvertretender DDR-Außenhandelsminister Beil und stellvertretender Außenminister Nier haben am 12./13.10.1981 Washington besucht. In den wenig substantiellen Gesprächen habe die DDR erwartungsgemäß ihr Interesse an der Einräumung der Meistbegünstigungsklausel bekundet und sondiert, was von DDR-Seite für Einräumung dieser Klausel erwartet werde. Anmeldefrist für DDR-Schiffe, die US-Häfen anlaufen wollen, wurde von bisher 14 auf sieben Tage (übliche Frist für andere osteuropäische Staaten) herabgesetzt. Beginn von Entschädigungsverhandlungen wegen verstaatlichten amerikanischen Vermögens in der DDR am 18.1.1982. Höhe der US-Forderungen: 75 Mio. Dollar.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

9 Das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, hielt sich vom 15. bis 17. Dezember 1981 in Frankreich auf.

Gegenforderungen der DDR: bisher nicht bekannt. Im humanitären Bereich wurden etwa zehn Fälle gelöst.

Großbritannien – DDR

Politbüromitglied Axen habe vom 15. bis 18.6.1981 London besucht.[10] Dieser Besuch habe, auch wenn er keine besonderen Ergebnisse gebracht habe, zu einer gewissen Normalisierung bilateraler Beziehungen beigetragen. In Kürze Fortsetzung der dritten Runde der Entschädigungsverhandlungen. Zweijahres-Kulturprogramm mit der DDR wurde im Mai unterzeichnet.[11] Keine Fortschritte beim Abkommen zur Vereinfachung der Visa-Erteilung.

2.5) Ziviler Luftverkehr von und nach Berlin-Tegel: Die Vierergruppenstudie zur wirtschaftlichen Situation des Luftverkehrs von und nach Berlin (West) wurde den Ministern mit geringfügigen Modifizierungen zur Annahme empfohlen.

3) Ministertreffen

3.1) Die Minister billigten die Berlin- und Deutschland-Passage für das NATO-Kommuniqué (folgt als Anlage[12]), die Lagebewertung Berlins und die Vierergruppenstudie zur wirtschaftlichen Situation des Luftverkehrs von und nach Berlin.

3.2) BM unterrichtete seine Kollegen über bevorstehende deutsch-deutsche Spitzenbegegnung: Treffen sei aus bekannten Gründen zweimal verschoben worden.[13] DDR habe großes Interesse an baldigem Zustandekommen gehabt. Von unserer Seite seien drei Terminvorschläge gemacht worden. DDR habe sich für den nächstliegenden Termin entschieden, obwohl enger zeitlicher Zusammenhang zum Breschnew-Besuch in Bonn für DDR wie grünes Licht aussehen könnte. Der Arbeitsbesuch werde nicht in Ost-Berlin, sondern in der DDR stattfinden. Kein militärisches Zeremoniell. BK werde am Ende des Treffens in Güstrow Barlach-Haus und Dom besuchen. Es gebe Anzeichen dafür, daß SED-Politbüro auf jüngster Sitzung für harte Linie in der organisatorischen Gestaltung des Besuches und hinsichtlich der Behandlung von Sachfragen votiert habe (u. a. protokollarische Verzögerung des Güstrow-Besuches bis zum Einbruch der Dunkelheit). Wir erwarteten, daß DDR in bekannten Grundforderungen harte Position verfechten werde. In diesen Fragen könne es auf unserer Seite keine Bewegung geben, da es sich um prinzipielle Positionen handele. Der Bundeskanzler werde humanitäre Fragen (Mindestumtausch[14], Reisemöglichkeiten, Familienzusammenführung) zu einem zentralen Punkt seiner Gespräche machen. Bereitschaft bestehe auch zu Gesprächen über langfristige Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen unter der Voraussetzung, daß Abkommen über in-

10 Zum Besuch des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Axen, in Großbritannien vgl. Dok. 127, Anm. 13.

11 Zum Zweijahres-Kulturprogramm zwischen der DDR und Großbritannien vgl. Dok. 127, Anm. 14.

12 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13222 (210); B 150, Aktenkopien 1981.

13 Zur Verschiebung eines für Anfang 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 242, Anm. 32.
Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens zwischen Schmidt und Honecker bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

14 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

nerdeutschen Handel[15] und TSI, worin Berlin (West) ohne Einschränkung einbezogen sei, nicht berührt würden. Behandlung internationaler Fragen auf der Linie, die bereits gegenüber Breschnew vertreten worden sei. DDR-Bevölkerung werde Tischreden[16] ungekürzt über unsere TV-Kanäle verfolgen können. Emotionale Bedeutung des Besuches gerade für DDR-Bevölkerung solle nicht unterschätzt werden.

Auf Frage Lord Carringtons nach den Gründen für das Drängen der DDR auf Spitzenbegegnung erklärte BM, DDR erwarte von dem Treffen Stärkung ihrer Reputation und Ergebnisse im wirtschaftlichen Bereich (Swing)[17]. Was frühen Einladungstermin angehe, könne man nur vermuten, daß DDR befürchtet habe, daß möglicherweise wieder etwas dazwischen komme.

AM Haig fragte nach Auswirkungen der Ereignisse in Polen auf die DDR. BM erklärte, von Entwicklungen in Polen seien DDR und ČSSR besonders betroffen. In vielen WP-Staaten seien die Bewegungen stärker, als wir vermuteten. Auf drei Synoden der evangelischen Kirche in der DDR[18] sei kürzlich die Forderung erhoben worden, das Recht zur Kriegsdienstverweigerung solle von jungen Leuten praktiziert werden dürfen. Hier werde der Effekt der Friedensbewegungen in der DDR deutlich. Organisierte Demonstrationen in Rumänien[19] hätten kanalisieren sollen, was im Lande an Bewegung vorhanden sei. Insge-

15 Für den Wortlaut des Abkommens vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung vom 16. August 1960 mit Anlagen vgl. BUNDESANZEIGER Nr. 32 vom 15. Februar 1961, Beilage, S. 1–11.

16 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundeskanzlers Schmidt am 12. Dezember 1981 im Gästehaus Döllnsee in der DDR vgl. BULLETIN 1981, S. 1036–1038.
Für den Wortlaut der Tischrede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, vgl. HONECKER, Reden, Bd. 8, S. 348–352.

17 Zur Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen des „Swing“ vgl. Dok. 18, Anm. 14.
Der Leiter der Treuhandstelle für Industrie und Handel, Rösch, und der Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der DDR, Keilholz, unterzeichneten am 17. Dezember 1981 eine Vereinbarung über die Verlängerung des Überziehungskredits im innerdeutschen Handel für das erste Halbjahr 1982. Für den Wortlaut vgl. INNERDEUTSCHE BEZIEHUNGEN, S. 99 f.
Am 18. Juni 1982 vereinbarten Rösch und Keilholz eine Neuregelung des „Swing“ bis 1985. Für den Wortlaut der Vereinbarung vgl. BULLETIN 1982, S. 546 f.

18 Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, berichtete am 10. November 1981 in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Innerdeutsche Beziehungen und das Auswärtige Amt: „Auf den fünf Synoden des letzten Wochenendes (Provinz Sachsen, Anhalt, Greifswald, Mecklenburg, Görlitz) sind jedenfalls zu den Themen Wehrersatzdienst und Bildungssektor deutliche Worte gefallen. So sind Eingaben zum Wehrersatzdienst allein aus diesen fünf (der acht) Gliedkirchen von 4000 Jugendlichen unterzeichnet worden.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132563.

19 Botschafter Jovy, Bukarest, berichtete am 18. November 1981 über von der Rumänischen Kommunistischen Partei organisierte Demonstrationen: „Es ist erstaunlich, welchen Kraftakt sich das Regime Ceauşescus hier nach den Ereignissen in Polen zutraut. Und es kann daher kaum angenommen werden, daß all dieses Aufsehen nur dazu dienen soll, die Versorgungsfrage zu kaschieren. Offenbar ist die sonst so vorsichtige und mißtrauische Securitate völlig überzeugt, die Massen in der Hand zu haben. Anders ist es kaum denkbar, daß sie es riskieren würde, Kundgebungen von Zehntausenden durchzuführen, bei denen anderwärts ein Funken genügen müßte, die schwelende Unzufriedenheit über den Mangel an Lebensmitteln in flammenden Protest zu verwandeln.“ Die Demonstrationen müßten „als eigenständig angesehen werden und als ein Novum im rumänischen Machtbereich. Von unserer Seite wären sie so als eine Sünde gegen den orthodoxen Marxismus-Leninismus anzuerkennen und positiv zu würdigen.“ Vgl. den Schriftbericht Nr. 1405; Referat 214, Bd. 133071.

samt müsse man davon ausgehen, daß Polen das Denken und Handeln der Verantwortlichen in Osteuropa mehr beeinflusse, als wir glaubten. AM Haig stimmte dieser Bewertung zu.

[gez.] Pfeffer

VS-Bd. 13222 (210)

356

Botschafter Ruth, z.Z. Brüssel, an das Auswärtige Amt

114-6810/81 geheim
Fernschreiben Nr. 2073
Citissime

Aufgabe: 10. Dezember 1981, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 10. Dezember 1981, 20.54 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz[2];
hier: Unterrichtung über die Genfer Verhandlungen durch Botschafter Nitze

1) Zu Beginn der „restricted session" gab AM Haig eine kurze Erklärung zum Stand der INF-Verhandlungen[3] ab. Dabei betonte er im Namen von Präsident Reagan die klare Absicht der USA, konkrete Ergebnisse anzustreben. Überraschungen hätte es bisher in Genf nicht gegeben, insgesamt würden die Verhandlungen schwierig sein und wohl auch nicht so schnell zu Fortschritten führen, wie wir alle uns das wünschten.

Unter Bezugnahme auf die Einführungserklärung des kanadischen Ehrenpräsidenten[4] unterstrich AM Haig die Notwendigkeit, während der Verhandlungen die Solidarität der Bündnispartner aufrechtzuerhalten und einmütig beide Elemente des Doppelbeschlusses[5] voll zu implementieren – so wie dies im Kommuniqué von Rom[6] niedergelegt worden sei.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 15. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot „z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]" verfügte.
Hat Arnot am 16. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. auch Dok. 357–362.

3 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu auch Dok. 380.

4 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 10. Dezember 1981: „Kanadischer Außenminister MacGuigan gab als Ehrenpräsident eine sich überwiegend mit der sogenannten Friedensbewegung befassende Erklärung ab. […] Die Friedensbewegung sei mehr von Furcht als von Logik gekennzeichnet. Mangelndes Bedrohungsbewußtsein und fehlende Geschichtskenntnisse führten sie zur potentiell verhängnisvollen Befürwortung einseitiger Abrüstung." MacGuigan habe eine bessere Informationspolitik der NATO gefordert und die NATO-Mitgliedstaaten zur Geschlossenheit aufgerufen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2072; Referat 201, Bd. 125583.

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

6 Vgl. dazu Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342.
Zur NATO-Ministerratstagung vgl. ferner Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.

Auch sei es erforderlich, die von den Bündnispartnern vorgeschlagene Null-Lösung unter Nennung der betroffenen Systeme so genau zu erläutern, wie es in der Allianz vereinbart wurde, gerade auch, um das westliche Konzept von Breschnews Null-Vorschlägen abzusetzen.

2) Botschafter Nitze, der, einer Anregung des BM folgend, nach Brüssel gekommen war, berichtete über die ersten zehn Tage der Genfer Verhandlungen.

– Bisher hätten drei Delegationsgespräche stattgefunden, außerdem Einzelgespräche der Delegationsleiter und gesellschaftliche Begegnungen. Die vereinbarte Vertraulichkeit der Verhandlungen sei voll respektiert worden.
– Die Gespräche würden sachlich und ohne Polemik geführt.

Im einzelnen ist aus der Unterrichtung folgendes festzuhalten:

– Die sowjetische Seite habe die seit dem Besuch in Bonn[7] bekannten Breschnew-Vorschläge, vor allem das Moratorium, erläutert. Dabei sei immer nur von Mittelstreckenwaffen in Europa gesprochen worden.

  Demgegenüber habe die amerikanische Seite auf die Reichweite der SS-20 hingewiesen und deutlich gemacht, daß es nicht auf den Standort, sondern auf die Fähigkeit der Systeme ankomme, Ziele in Europa zu erreichen.

  Es sei ferner notwendig gewesen, dem bekannten sowjetischen Argument zu begegnen, daß die SS-20 die USA nicht bedrohten, sondern lediglich Europa, während westliche INF auf die Sowjetunion zielten. Die amerikanische Seite habe auf die Einheit des Bündnisterritoriums[8] hingewiesen und darauf, daß für die USA eine Interessenidentität mit den von den SS-20 bedrohten Europäern bestehe.
– Beim Kräftevergleich seien die Meinungsunterschiede deutlich geworden:

  Die sowjetische Seite habe die von Breschnew (u. a. in Bonn) genannten Globalzahlen vorgelegt, welche französische und britische Systeme einschließen, ohne sie aufzugliedern.

  Die amerikanische Seite habe deutlich gemacht, daß Moskau nicht nur bei Raketen, sondern auch bei Flugzeugen weit überlegen sei. Die Einbeziehung von Drittstaatensystemen sei abgelehnt worden. Kwizinskij habe dann das sowjetische Moratoriumskonzept erläutert und in Anlehnung an die Ausführungen Breschnews in Bonn einen kurzen Text für eine Moratoriumserklärung vorgeschlagen. Das Moratorium sei von amerikanischer Seite u. a. mit der Begründung abgelehnt worden, daß es von dem eigentlichen Verhandlungsziel ablenke und außerdem die Tatsache vernachlässige, daß SS-20 auch von östlich des Urals Europa bedrohten.
– Er habe den Vorschlag des Präsidenten für eine Null-Lösung[9] präsentiert und die dahinterstehenden westlichen Überlegungen:

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.
Am 23. November 1981 hielt Breschnew anläßlich eines Abendessens eine Tischrede. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1981, S. 966–968. Vgl. dazu ferner Dok. 341.

8 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

9 Zur amerikanischen Verhandlungsposition sowie insbesondere zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, besonders Anm. 8.

a) Verpflichtung der USA und der Sowjetunion, das Risiko eines Konflikts, vor allem eines Nuklearkonflikts, zu verringern;

b) Einhaltung der Grundsätze der Charta der VN[10];

c) Der lediglich auf Verteidigung angelegte Auftrag der NATO.

Die amerikanische Seite habe dann die Notwendigkeit herausgestellt, die bedrohlichsten landgestützten Systeme beider Seiten zunächst zu begrenzen und auch für die Kurzstreckensysteme „constraints" zu vereinbaren, um die Glaubwürdigkeit einer künftigen Vereinbarung sicherzustellen.

– Man habe vier Prinzipien für die Verhandlungen eingeführt:

a) gleiche Rechte und gleiche Begrenzungen;

b) Bewertung der Systeme entsprechend ihrer Waffenkategorie, nicht nach Standort;

c) Notwendigkeit der Verifizierung;

d) Beim Kräftevergleich müssen die Leistungsparameter der Potentiale in Rechnung gestellt werden. In diesem Zusammenhang habe man darauf hingewiesen, daß Raketen und Flugzeuge nicht miteinander verglichen werden könnten.

Abschließend habe die amerikanische Seite für die Erarbeitung einer Datenbasis plädiert und deutlich gemacht, daß für INF-Verifizierung über National Technical Means (NTM) hinausgegangen werden müsse.

Abschließend erklärte Botschafter Nitze, daß die Verhandlungen nicht leicht sein würden, daß aber die Aussichten nicht schlecht seien, solange die Bündnispartner wie bisher zusammenhielten. Die amerikanische Seite beabsichtige, den Sowjets den Entwurf einer konkreten Vereinbarung auf der Grundlage der westlichen Verhandlungsposition zu übergeben.[11]

3) Nachdem Secretary Haig die Unterrichtung durch Botschafter Nitze als Zeichen der engen Konsultationspraxis der Allianz charakterisiert hatte, sprach BM Genscher und gab seiner Befriedigung Ausdruck, daß Paul Nitze die Bündnispartner so klar und detailliert über die beiderseitigen Verhandlungen unterrichtet habe.

Er bezeichnete die Vorbereitung in der SCG als hervorragend und betonte unter Hinweis auf die unterschiedliche Situation im WP die gleichberechtigte Rolle der Bündnispartner bei der Erarbeitung der westlichen Verhandlungsposition.

Der BM machte dann deutlich, daß nur durch ein Festhalten an beiden Elementen des Doppelbeschlusses die Sowjetunion zu Verhandlungsergebnissen gebracht werden könne. Der Breschnew-Besuch in Bonn habe ihn in dieser Überlegung bestärkt. Ergebnisse in Genf werde es nur geben, wenn die Sowjetunion überzeugt werde, daß die Bündnispartner an ihrer Absicht festhalten, ab 1983 westliche INF zu dislozieren, wenn kein konkretes Verhandlungsergebnis vorliege. Mit „Geschenken" der Sowjetunion in Genf sei nicht zu rechnen. Das habe sie auch in der Vergangenheit nicht getan.

10 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 433–503.

11 Die USA legten am 2. Februar 1982 einen Entwurf für ein INF-Abkommen vor. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

Hier liege die Aufgabe der europäischen Bündnispartner – durch die konsequente Implementierung des Modernisierungsbeschlusses Moskau jeden Zweifel zu nehmen. Jede zusätzliche Entscheidung für die Dislozierung über IT, UK und die Bundesrepublik Deutschland hinaus werde dem amerikanischen Verhandlungsführer in Genf die Verhandlungsführung erleichtern.

Der französische Außenminister[12] dankte Nitze, betonte die Bedeutung der Verhandlungen und erläuterte dann die französische Position.

Frankreich sei zwar kein Stationierungsland für die als Antwort auf die sowjetischen Systeme vorgesehenen westlichen INF und sei auch nicht durch den Doppelbeschluß gebunden. Die neue französische Regierung habe jedoch seit Mai ihre Solidarität mit dem Beschluß und seiner Implementierung mehrfach ausgesprochen. Es dürfe in der Tat im Osten nicht den geringsten Zweifel am Willen der NATO geben, diesen Beschluß zu verwirklichen und hierfür die Unterstützung der Öffentlichkeit aufrechtzuerhalten. Paris begrüße es, daß in Genf schon über Substanzfragen gesprochen werde.

Auch der italienische Außenminister[13] betonte wie BM Genscher die Notwendigkeit, durch Festhalten an den Verpflichtungen des Doppelbeschlusses einen Verhandlungserfolg sicherzustellen.

AM Lord Carrington begrüßte die Unterrichtung und unterstrich die Bedeutung begleitender Öffentlichkeitsarbeit während der Verhandlungen, da mit schnellen Erfolgen nicht zu rechnen sei und Teile der Öffentlichkeit ungeduldig werden könnten.

Der belgische Außenminister[14] teilte die Auffassung der Bündnispartner, daß ein Festhalten am Doppelbeschluß unerläßlich sei. Im übrigen erläuterte er die Position Brüssels, daß Belgien nach Bewertung der Verhandlungen seine Folgerungen für die Dislozierungsentscheidung fällen werde.

Auf die Frage des norwegischen Außenministers[15] nach der sowjetischen Verhandlungsbereitschaft erwiderte Nitze, daß die östliche Seite derzeit sondiere, wie viel Flexibilität (give) die amerikanische Seite habe.

Über die Bereitschaft Moskaus zu echtem Entgegenkommen lasse sich jetzt noch keine Vorhersage machen.

GS Luns dankte Botschafter Nitze für seine ausführliche Unterrichtung und bat darum, die Informationen entsprechend der amerikanischen Bitte sehr vertraulich zu behandeln.

[gez.] Ruth

VS-Bd. 13295 (213)

12 Claude Cheysson.
13 Emilio Colombo.
14 Charles-Ferdinand Nothomb.
15 Svenn Thorkild Stray.

357

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6815/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 10. Dezember 1981, 20.30 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2074 **Ankunft: 10. Dezember 1981, 21.33 Uhr**

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz am 10./11.12.1981[2];
hier: Sitzung der Außenminister im kleinsten Kreise

Zur Unterrichtung

I. Am 10. Dezember fand im Rahmen der Herbsttagung der Außenminister die Aussprache in kleinstem Kreise (Minister und Ständige Vertreter) statt. Nach dem Urteil aller Beteiligten hat sich die auf deutsche Initiative zurückgehende Form der Aussprache im kleinsten Kreis[3] bewährt: Im Dezember 1980[4] stand die Festlegung der westlichen Politik gegenüber der Entwicklung in Polen im Vordergrund. Bei der Frühjahrstagung 1981 in Rom wurde das Signal von Rom festgelegt[5], das die Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen[6] zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion beinhaltete. Bei der Herbsttagung 1981 stand die Lage der Allianz im Rahmen der weltpolitischen Entwicklung im Vordergrund. Diese Bilanz fiel nach dem Tenor der meisten Interventionen gedämpft positiv aus. Positiv bewertet wurden die Rückgewinnung der außenpolitischen Initiative auf dem Gebiet der Ost-West-Beziehungen mit der Rede des amerikanischen Präsidenten[7] und die Festigung der Solidarität der Bündnispartner. Auf die Fülle der Schwierigkeiten, denen sich die Sowjetunion gegenübersieht (wirtschaftliche Lage, Afghanistan, Polen), wurde ebenso hingewiesen wie auf die Notwendigkeit der Überwindung der wirtschaftlichen Rezession in den westlichen Industriestaaten und im Rahmen der Weltwirtschaft. Es fehlte nicht an besorgten Äußerungen über die Entwicklung des militärischen Kräfteverhältnisses und die kritischen Tendenzen in der europäischen Öffentlichkeit gegenüber dem Bündnis, insbesondere den Vereinigten Staaten, und zur westlichen Abschreckungsstrategie. Das Kommuniqué der Herbsttagung[8] soll,

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk am 12. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Umlauf (sehr lesenswert u. instruktiv)."
Hat Vortragendem Legationsrat Gerz vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 358–362.

3 Zur Anregung des Bundesministers Genscher vgl. Dok. 125, Anm. 42.

4 Zur NATO-Ministerratstagung am 11./12. Dezember 1980 in Brüssel vgl. AAPD 1980, II, Dok. 363 und Dok. 364.

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom vgl. Dok. 129, Dok. 130 und Dok. 133.
Vgl. dazu ferner Ziffer 12 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 4./5. Mai 1981 in Rom; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 27 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 342.

6 Vom 17. Oktober bis 17. November 1980 fanden in Genf amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 332 und Dok. 352.
Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

7 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

8 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37–41. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151–156.

wie Außenminister Genscher sagte, als eine Art Signal von Brüssel die Bekräftigung des Bekenntnisses der Allianzpartner zur Bereitschaft betonen, mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern auf der Grundlage des Gleichgewichts der Kräfte mit dem Ziel zusammenzuarbeiten, den Rüstungswettlauf einzudämmen, Konfrontation zu vermeiden und Spannungen abzubauen.

II. Die meist frei vorgetragenen Darlegungen der Außenminister fasse ich nachstehend zusammen. Im Hinblick darauf, daß die Unterzeichnung des Beitrittsprotokolls (Spanien) für den 10.12.[9] als gesichert angesehen werden konnte und der Stand der INF-Verhandlungen in Genf bereits vorher Gegenstand einer Aussprache anläßlich des Berichts des amerikanischen Unterhändlers, Botschafter Paul Nitze, gewesen war, blieben diese beiden Themen in den Interventionen der meisten Außenminister unerwähnt.

Erklärung des amerikanischen Außenministers Haig

Außenminister Haig stellte seine Intervention unter die Thematik der Bilanzierung der Ost-West-Beziehungen. Bei der Einschätzung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses setzte sich Haig kritisch mit der nach seiner Auffassung falschen These der Sowjetunion auseinander, daß es derzeit keinen Dialog zwischen den Weltmächten gäbe. Die Sowjetunion versuche, auf diesem Wege die Besorgnisse (Kriegsangst) der Bevölkerung wegen der Entwicklung der internationalen Lage der amerikanischen Regierung anzulasten und die Furcht der Bevölkerung vor einem nuklearen Konflikt mit fehlender amerikanischer Bereitschaft zum Dialog und zur Verhandlung zu rechtfertigen. Demgegenüber, so Haig, müßte man feststellen, daß es diesen Dialog zwischen den Weltmächten gäbe. Seit seiner Amtübernahme habe er 20 Gespräche mit dem sowjetischen Botschafter in Washington[10] geführt. Es habe mehrfach Briefwechsel zwischen den beiden Staatschefs gegeben, und in New York sei er gelegentlich der VN-Vollversammlung im September 1981 neuneinhalb Stunden zu Gesprächen unter vier Augen mit Gromyko[11] (plus Dolmetscher) zusammengetroffen. Diese Gespräche seien mit äußerster Offenheit und Deutlichkeit geführt worden. Die amerikanische Regierung habe die Sowjetunion immer wieder zur Mäßigung aufgefordert und insbesondere kritisiert, daß die Sowjetunion durch Handlanger (Proxy-Forces) ihren Einflußbereich in der Dritten Welt auszuweiten suche. Der sowjetischen Führung sei auch klargemacht worden, welche Folgen mit einer sowjetischen Intervention gegen Polen verbunden sein würden und daß die Vereinigten Staaten – wie der Westen insgesamt – die Besetzung Afghanistans nicht hinnehmen werde. Die sowjetische Politik in Angola, Zentralamerika und dem indochinesischen Bereich sei als den Frieden belastend qualifiziert worden. Man wünsche und fordere einen Dialog auf befriedigender Basis und wünsche die Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen auf breiter Grundlage zu führen, also nicht nur über die landgestützten Mittelstreckenraketen.

9 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 350, Anm. 19.
Für den Wortlaut des Protokolls vom 10. Dezember 1981 zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

10 Anatolij Fjodorowitsch Dobrynin.

11 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

Bislang habe dieser Dialog zu keinen erkennbaren Ergebnissen geführt, aber die amerikanische Regierung sei davon überzeugt, daß Moskau anfange, die amerikanische Politik zu verstehen. In der Tat habe nach amerikanischer Auffassung die Sowjetunion in der Dritten Welt in diesem Jahr eine gewisse Korrektur ihres Verhaltens zu erkennen gegeben. Die Sowjetunion erfahre auch, daß sie bei dem Versuch, die Haltung der NATO-Partner in ihrem Sinne zu beeinflussen, keinen Erfolg habe. Die Aufnahme der Verhandlungen über landgestützte nukleare Mittelstreckenraketen sei auf dieser Grundlage und der festen Überzeugung begonnen worden, daß die Allianz an dem Doppelbeschluß[12] in seinen beiden Teilen festhalte.

Der amerikanische Außenminister wies darauf hin, daß die Gespräche mit Gromyko im Januar fortgesetzt würden.[13] Ursprünglich hatte die amerikanische Seite einen Termin im März vorgeschlagen. Die Sowjets hätten sich bemüht, den Termin vorzulegen. Das unterstreiche das sowjetische Interesse am Dialog und den Verhandlungen. Im Mittelpunkt der amerikanischen Politik gegenüber der Sowjetunion stünden Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie die Beendigung des sowjetischen Interventionalismus.

Der Außenminister beschäftigte sich dann mit der Lage in einzelnen Teilen der Welt: Bezogen auf den Mittleren Osten meinte Haig, daß das Verständnis für die tatsächliche Lage dieses Raumes bei den Staaten in dieser Region wachse. Es schlage sich in der Wiederaufnahme der militärpolitischen Zusammenarbeit mit Pakistan[14] und mit der Vertiefung der militärpolitischen Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien[15] nieder. Das jüngste Manöver von Teilen der Rapid Deployment Force[16] habe ein wachsendes Bewußtsein für die von Libyen ausgehende Gefährdung erkennbar werden lassen. Haig begrüßte die Teilnahme von vier europäischen Ländern an der Sinai-Überwachungsstreitmacht[17] und gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich damit auch in Israel eine breitere Basis für eine pragmatische, realistische Politik andeute. In Afrika mache die westliche Politik

12 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

13 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

14 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan vgl. Dok. 265, Anm. 33.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 13. November 1981, eine Anhörung über die geplante Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ „F-16“ an Pakistan vor dem Ausschuß für Auswärtige Beziehungen des amerikanischen Senats am Vortag sei „eher unkontrovers“ verlaufen: „Under Secretary Buckley habe vor dem Ausschuß nochmals die Entschlossenheit der Administration bekräftigt, daß die F-16-Lieferungen nicht erfolgen bzw. eingestellt würden, falls Pakistan einen atomaren Sprengsatz detonieren würde. In Islamabad bestehe darüber völlige Klarheit. […] Man sei im State Department nach dem gestrigen Hearing so gut wie sicher, daß der Lieferung von seiten des Senats kein Widerstand mehr entgegengesetzt werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4593; Referat 340, Bd. 127042.

15 Zur Billigung des Verkaufs von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, durch den amerikanischen Senat am 28. Oktober 1981 vgl. Dok. 310, Anm. 38.

16 Zum Manöver „Bright Star“ vgl. Dok. 301, Anm. 5.

17 Zur Beteiligung Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande an der multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 331, Anm. 7.

gewisse Fortschritte. Dabei bezog er sich auf die Bemühungen der an den Namibia-Verhandlungen beteiligten Länder.[18]

Die Vereinigten Staaten unterstützten in vollem Umfang die europäische Afghanistan-Initiative[19], und die ASEAN-Länder hätten in diesen vergangenen Monaten ein erhebliches Maß an Profil gewonnen und engagierten sich zunehmend in weltpolitischen Fragen. Auch in der OAS wachse das Verständnis für die Gefahren, die aus der Unterwanderung und Waffenlieferung an die revolutionären Kräfte in El Salvador erwüchsen. Innerhalb der OAS sei eine El-Salvador-Resolution vor kurzem von 22 Stimmen, bei drei Enthaltungen, verabschiedet worden.[20]

Besonders intensiv befaßte sich Außenminister Haig mit der Entwicklung in Libyen.[21] Die Morddrohungen aus Libyen hätten den verantwortungslosen Charakter des libyschen Regimes verdeutlicht. Schritte zu drastischen Veränderungen der amerikanischen Beziehungen zu Libyen stünden bevor. Die Morddrohungen, auch wenn sie nur der Desinformation dienten, seien für die Vereinigten Staaten nicht hinnehmbar. Politische und wirtschaftliche Schritte, nicht solche säbelrasselnder Natur, seien geboten. Man würde über diese Angelegenheit noch mit den verbündeten Regierungen sprechen.

Abschließend wandte sich Außenminister Haig nochmals den Problemen des Bündnisses und der Ost-West-Beziehungen zu:

1) Die Sowjetunion müsse wegen der Interventionsdrohung gegenüber Polen und wegen der fortdauernden Besetzung Afghanistans unter Druck gehalten werden.

2) Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der westlichen Industriestaaten dürften keine Wirkung auf die Außen- und Sicherheitspolitik der Allianzpartner haben. Wir dürften nicht die Sicherheits- und Verteidigungspolitik unter die Aufsicht der Budgetpolitik stellen.

3) Auch die Sowjetunion habe erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten.

4) In dem Verhältnis zur Sowjetunion sei mit den Beschlüssen der amerikanischen Regierung zur Beseitigung der militärischen Lücken und mit der Initiative zu Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung eine Wende zugunsten des Westens eingeleitet worden.

5) Die Mitgliedschaft Spaniens in der Allianz stelle eine bedeutende Stärkung der Position des Bündnisses dar und gebe Gelegenheit zur erneuten Unterstreichung der so notwendigen atlantischen Solidarität.

III. Die Berichterstattung wird mit den Berichten über die Erklärungen der anderen Außenminister gesondert fortgesetzt.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11124 (204)

18 Zum Stand der Namibia-Initiative der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA vgl. Dok. 367.

19 Vgl. dazu die Erklärung des Europäischen Rats zu Afghanistan auf seiner Tagung am 29./30. Juni 1981 in Luxemburg; BULLETIN DER EG 6/1981, S. 9 f. Vgl. dazu ferner Dok. 185.

20 Zur Resolution vom 10. Dezember 1981 zur Lage in El Salvador, die auf der Generalversammlung der OAS vom 2. bis 11. Dezember 1981 in Santa Lucia angenommen wurde, vgl. 353, Anm. 14.

21 Zu den amerikanisch-libyschen Beziehungen vgl. Dok. 354, Anm. 3 und 4.

358

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6817/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2081
Citissime

Aufgabe: 10. Dezember 1981, 23.30 Uhr[1]
Ankunft: 11. Dezember 1981, 00.52 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 10./11. Dez. 1981[2];
hier: Ministeraussprache im kleinsten Kreise

Bezug: DB Nr. 2074 – I-362.05/1 MK 81-4631/81 VS-v[3]

Die Erklärung des deutschen Außenministers im Verlauf der Aussprache im kleinsten Kreise (Minister und Ständige Vertreter) fasse ich wie folgt zusammen:

Bundesminister erinnerte zunächst an das Ergebnis der Aussprache im kleinsten Kreise vor einem Jahr[4], als es darum ging, eine verantwortungsbewußte Politik der Allianzpartner gegenüber Polen zu vereinbaren. Dies sei damals im Rahmen dieser sehr nützlichen Aussprache im kleinsten Kreise mit folgenden Schwerpunkten geschehen:

(1) Nichteinmischung in die innere Entwicklung Polens als Festlegung der eigenen Haltung und Forderung gegenüber allen anderen Ländern, auch gegenüber der Sowjetunion.

(2) Bereitschaft zur wirtschaftlichen Unterstützung Polens, wenn dies von polnischer Seite[5] gewünscht wird.

(3) Fortsetzung einer aktiven Ost-West-Politik und des Dialogs, um Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine sowjetische militärische Intervention in Polen erschweren.

Diese Politik habe sich bewährt. Das Problem Polens bestehe zwar fort, aber gewisse Ergebnisse seien erzielt worden.

Von dieser Betrachtung über die Wirkungen der engen Bündniskonsultation in Verbindung mit der polnischen Entwicklung ausgehend, wandte sich der Bundesminister des Auswärtigen einer bewertenden Bilanz der internationalen Entwicklung und der Lage der Allianz am Ende des Jahres 1981 zu. Der Bundesminister stellte fest, daß es keinen Anlaß zu Pessimismus gebe. Die Lage der Allianz habe sich nicht zu Lasten der Allianzpartner verändert.

Der Minister hob dann hoffnungsvoll die Entwicklung hervor, die im Verhältnis zwischen den Industriestaaten und den Ländern der Dritten Welt auch in jüngster Zeit zu beobachten gewesen sei. Ausdruck dieser positiven Entwicklung

1 Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 11. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 18. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Bolewski am 21. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 356 und Dok. 359–362.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 10. Dezember 1981 vgl. Dok. 357.

4 Die Sitzung im kleinsten Kreis fand am 11. Dezember 1980 in Brüssel statt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 363.

5 Der Passus „polnischer Seite“ wurde von Vortragendem Legationsrat Bolewski unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Volk od[er] Reg[ierung]?“

sei das Ergebnis des Gipfels von Cancún[6], bei dem es gelungen sei, ein Verhandlungsergebnis zu erzielen, das allerdings auch vom Westen in vollem Umfang honoriert werden müsse. Die Bedeutung dieses positiven Ergebnisses liege in einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen den westlichen Staaten und den Ländern der Dritten Welt, die es erlaube, auch zu Krisenmanagement und zur Bewältigung von Konfliktsituationen benutzt zu werden.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wies der Bundesminister als Beispiel für diese Perspektive auf die erfolgversprechenden Ansätze der westlichen Namibiapolitik hin.

Die Sowjetunion habe sich an dem Gipfel in Cancún nicht beteiligt und halte sich von dem Nord-Süd-Dialog fern. Sie müsse sich nun der Folgen dieser sowjetischen Politik bewußt werden, und Schlußfolgerungen für eine Umorientierung der sowjetischen Politik wären nicht auszuschließen.

Im Laufe des Jahres 1981 sei das Ost-West-Verhältnis weiterentwickelt worden. Der Bundesminister nannte hierfür insbesondere die Begegnung der Außenminister der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion[7], den Besuch des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew in Bonn[8] und den bevorstehenden Besuch des Bundeskanzlers in Ost-Berlin[9]. Die Gestaltung des Dialogs mit der Sowjetunion und in entsprechender Abstufung mit der DDR beruhe auf der Gewißheit, daß es nicht an Entschlossenheit und entsprechenden Handlungen fehle, ein angemessenes Kräfteverhältnis im militärischen Bereich zu erhalten.

Die Politik des Bündnisses gegenüber der Sowjetunion finde ihren sichtbaren und wirksamsten Ausdruck in den Initiativen des amerikanischen Präsidenten zur Wiederbelebung der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen und zur Weiterbildung des KSZE-Prozesses.[10] Neben den Beschluß zur Verhandlungsführung über die landgestützten Mittelstreckenraketen sei die Ankündigung der Wiederaufnahme der Verhandlungen über strategische Waffensysteme und die Forderung nach Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen auf konventionellem Gebiet getreten, einem Gebiet, wo die sowjetische Überlegenheit sichtbar gemacht werden müsse. Schließlich sei die Initiative des amerikanischen Präsidenten für die entscheidende Phase der KSZE-Folgekonferenz in Madrid von politischem Gewicht ersten Ranges.

In Verbindung mit den Hinweisen auf die Konferenz in Madrid setzte sich der Bundesminister für die österreichische Formel bezüglich des Anwendungsbereiches der vertrauensbildenden Maßnahmen[11] ein und wies darauf hin, daß der Westen auf dieser Grundlage in Verbindung mit den N+N-Ländern dann in einer guten Verhandlungsposition sei.

6 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

7 Der amerikanische Außenminister Haig traf am 23. und 28. September 1981 in New York mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko zusammen. Vgl. dazu Dok. 271 und Dok. 281.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

10 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington; Dok. 329, Anm. 8.

11 Zum österreichischen Vorschlag vom 9. Dezember 1981 zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 353, Anm. 22.

Vor diesem Hintergrund sei es gut, daran zu erinnern, daß der Westen nicht als erster die Verhandlungen aufgeben dürfe. Der Minister erinnerte daran, daß die Sowjetunion mit der Festlegung einer konstruktiven Position der Vereinigten Staaten bei den INF-Verhandlungen in die Defensive gedrängt worden sei. Man dürfe es jetzt der Sowjetunion nicht ermöglichen, durch entsprechendes Vorgehen in Madrid bei den Verhandlungen über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa in den Augen der Öffentlichkeit in die Vorhand zu kommen. Der KSZE-Prozeß habe in seinen Wirkungen weniger Probleme für den Westen, sondern vor allem für die Sowjetunion geschaffen. Das erkenne man am besten an der politischen Entwicklung in Polen. Die Sowjetunion werde einsehen müssen, daß man in den 80er Jahren andere Völker nicht mehr als Satelliten halten könne.

Vor dem Hintergrund dieser Bilanz der Entwicklung des zu Ende gehenden Jahres plädierte der Bundesminister dafür, die Abrüstungs- und Rüstungskontrollvorstellungen des Westens in dem NATO-Außenministerkommuniqué[12] öffentlichkeitswirksam und konstruktiv zu präsentieren. Die Menschen auf der Straße sollten verstehen, was der Westen unter Rüstungskontrolle, Abrüstung, KSZE-Zusammenarbeit und Dialog verstehe.

Der Minister wies dann darauf hin, daß die westlichen Industriestaaten durch eine schwierige Phase der wirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Haushalte gehen. Die Vereinigten Staaten und die europäischen Partner müßten die Wirkungen ihrer jeweiligen Wirtschaftspolitik auf den anderen in ihre Entscheidungsfindung einbeziehen. Die Wirkungen der amerikanischen Wirtschafts-, Budget- und Währungspolitik seien in Europa sehr spürbar.

Abschließend sprach der Minister von dem Signal von Brüssel, mit dem die Außenministerkonferenz enden sollte. Die Allianzpartner müßten der Sowjetunion die Bereitschaft signalisieren zur Zusammenarbeit – auf der Basis eines Gleichgewichts der Kräfte –, um Konfrontation zu vermeiden, Spannungen abzubauen und Rüstungen zu begrenzen. Diese Politik und diese Bereitschaft beruhten nicht auf Furcht, sondern auf der Einsicht in die positiven Wirkungen von Zusammenarbeit und Dialog für beide Seiten.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10307 (201)

12 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel sowie der Ministererklärung vom 11. Dezember 1981 über INF-Modernisierung und Rüstungskontrolle vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37–41 und S. 43. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151–156.

359

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6818/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2082
Citissime

Aufgabe: 11. Dezember 1981, 01.00 Uhr[1]
Ankunft: 11. Dezember 1981, 01.35 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 10./11.12.1981[2];
hier: Ministeraussprache im kleinsten Kreise

Bezug: DB Nr. 2074 vom 10.12.81 – I-362.05/1 MK 81-4631/81 VS-v[3]

Zur Unterrichtung

Nachstehend setze ich die Berichterstattung über die Aussprache der Außenminister im kleinsten Kreise (Minister und Ständige Vertreter) fort.

I. Erklärung des britischen Außenministers Lord Carrington:

Lord Carrington bekundete zunächst seine hohe Einschätzung für die neue Praxis der Außenminister, im kleinsten Kreise eine politische Aussprache zu führen, bei der weitgehend von dem Vortrag vorbereiteter Texte abgesehen wird. Dies sei eine für die Bewältigung der politischen Konsultation gute und zweckmäßige Regelung.

Lord Carrington schloß sich der bedingt positiven Einschätzung der internationalen Entwicklung und Lage der Allianz an, die der deutsche Außenminister vorher gegeben hatte. Er meinte, daß die Sowjetunion sich außenpolitisch in der Defensive befinde (Belastung durch Afghanistan, Implikation der polnischen Entwicklung). Er schloß sich auch den Ausführungen von Außenminister Haig an und fügte folgende Betrachtungen hinzu:

Am Anfang dieses Jahres sei die Lage der Allianz durch große Unsicherheit gekennzeichnet gewesen. Die Allianz hätte mit gewisser Unruhe und Unsicherheit auf die Entfaltung der amerikanischen Außenpolitik gewartet. In der Zwischenzeit sei die amerikanische Außenpolitik wieder initiativ und konstruktiv geworden und stelle einen Faktor der Stabilität dar. Auch die Veränderung der innenpolitischen Szene in Frankreich habe Unsicherheit aufkommen lassen, wie das jetzt mit den Veränderungen in Griechenland der Fall sei. In einer Zeit großer internationaler Spannungen sei eine Phase der Unsicherheit nicht ohne Gefahr. Internationale Spannungen und Unsicherheit hätten in der öffentlichen Meinung Zweifel an der westlichen Politik und ihrer Begründung aufkommen lassen. Die Sowjetunion habe sich dieser ungünstigen Entwicklung, die ja auch auf wirtschaftlichem Gebiete eingetreten sei, bedient.

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 13.
Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 11. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ sowie die Vortragenden Legationsräte Boden und Bolewski verfügte.
Hat Boden und Bolewski am 14. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Hofmann am 15. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 356, Dok. 358 und Dok. 360–362.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 357.

Man müsse sich fragen, welchen Kurs die Protestbewegungen steuerten. Es seien nicht dieselben Menschen und Beweggründe wie vor zwanzig Jahren bei ähnlichen Entwicklungen. Es handle sich nicht um naive Pazifisten und Unilateralisten. Die Menschen seien vielmehr zutiefst beunruhigt. Man sähe wohl die Bemühungen der Regierungen um Abrüstung, aber man sähe keinen Fortschritt und verliere daher das Vertrauen in diese Bemühungen. Die Regierungen dürften diese Tendenzen nicht unterbewerten.

Mit der neuen sicherheitspolitischen und rüstungskontrollpolitischen Initiative[4] habe der amerikanische Präsident wieder ein Zeichen und eine Richtung gegeben, von der ein Durchbruch in den Beziehungen mit der SU erhofft werden könne. Nun handele es sich darum, diesen schwierigen Verhandlungsprozeß ernsthaft und entschlossen voranzutreiben. Das werde nicht leicht sein. Die Gefahr der Desillusionierung sei immer wieder gegeben.

In diesem Zusammenhang beklagte Lord Carrington auch die Unzulänglichkeit der westlichen Öffentlichkeitsarbeit und hob die Fähigkeit der SU hervor, Schwächen der westlichen Position und der westlichen Präsentation zum eigenen Vorteil zu nutzen.

Lord Carrington wies darauf hin, daß über die KSZE-Problematik noch im weiteren Verlaufe der NATO-Konferenz gesprochen werde, und entwickelte dann auf exploratorischer Basis den Gedanken, die Frühjahrsministerkonferenz[5] auf die Ebene der Regierungs- und Staatschefs zu heben, um der Allianz gegenüber der Öffentlichkeit ein starkes Gewicht zu verleihen. Eine solche Gipfelkonferenz würde auch gut mit dem Beitritt Spaniens[6] zum Bündnis verknüpft werden können.

Der Generalsekretär[7] sprach sich spontan für diesen Gedanken aus. Eine weitere Diskussion fand dazu nicht statt.

II. Erklärung des französischen Außenministers Cheysson:

Der französische Außenminister benutzte die Gelegenheit, um die Bündnispartner über die wichtigsten Elemente der französischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu unterrichten, da dazu – wie er sagte – wegen der Nichtteilnahme des französischen Verteidigungsministers[8] an den Sitzungen des Verteidigungsplanungsausschusses (DPC) bislang noch keine Möglichkeit für die neue Regierung bestanden habe.

Außenminister Cheysson bestätigte die Gültigkeit der Strategie der Abschreckung[9], an die sich die französische Regierung entschlossen halte. Um dieser Politik Glaubwürdigkeit zu verleihen, nähme Frankreich große Opfer auf sich.

4 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington; Dok. 329, Anm. 8.

5 Zur NATO-Ministerratstagung am 17./18. Mai 1982 vgl. die Drahtberichte Nr. 7–11 des Botschafters Wieck, z. Z. Luxemburg, vom 18. Mai 1982; AAPD 1982.

6 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 350, Anm. 19.

7 Joseph Luns.

8 Charles Hernu.

9 Die Wörter „Strategie der Abschreckung“ wurden von Vortragendem Legationsrat Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Abratens!“

Das werde in erheblichen Steigerungen des Verteidigungshaushalts ersichtlich, die in den nächsten Jahren noch höher werden würden als in 1981.[10]

Die Abschreckungs- und Verteidigungsstrategie unterscheide sich aber von der der Allianz. Aus diesem Grunde könnte Frankreich auch nicht zustimmen, daß französisches Potential in Verhandlungen mit der SU berücksichtigt oder in solchen Verhandlungen eingeführt werde. Andererseits beruhe die Strategie- und Sicherheitspolitik auf dem Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte, und die französische Regierung unterstütze daher den Doppelbeschluß der Allianz vom Dezember 1979[11].

Der Außenminister wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die französische Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf weiter nationaler Grundlage stehe. So habe beispielsweise der Senat zum ersten Mal seit 50 Jahren den französischen Verteidigungshaushalt in diesem Jahr einstimmig angenommen, d. h., erhebliche Mehrausgaben im Haushalt gebilligt.

Der Minister wandte sich dann nochmals der Sicherheits- und Rüstungskontrollpolitik des Bündnisses zu und meinte, daß es wichtig sei, angesichts der schwierigen INF-Verhandlungen den Modernisierungsbeschluß konsequent durchzuführen.

In Europa seien noch nie so viele Waffen gelagert gewesen, wie das zur Zeit der Fall sei, und noch mehr kämen hinzu. Dies bereite den Menschen tiefe Sorge, und Neutralismustendenzen seien verständlich. Solche Beunruhigung werde noch verstärkt, wenn der große Verbündete, die[12] Vereinigten Staaten, mit unterschiedlichen Stimmen spreche. Mit der Rede des Präsidenten vom 18. November sei wieder Gradlinigkeit in die amerikanische Sicherheitspolitik gekommen. Es sei zu hoffen, daß von dieser Beständigkeit ausgehe, denn die Unruhe sei groß und wachse vielleicht noch. Die Grundlage der Verhandlungen und des Friedens könne nur im Gleichgewicht der Kräfte bestehen. Wer einseitig abbaut, wird weniger, ja keine Chancen bei den Verhandlungen haben.

[13]Auch auf der anderen Seite, im Warschauer Pakt, gebe es Anzeichen der Unruhe. Darauf habe der deutsche Außenminister hingewiesen.

Hinsichtlich der Einflußnahme auf die öffentliche Meinung komme es jedenfalls in Frankreich darauf an, daß der Konsens durch die Diskussion zwischen den Franzosen herbeigeführt werde. Direkte Beeinflussungen von der NATO oder von anderen Ländern könnten dieses Ergebnis nicht herbeiführen. In Frankreich habe die Vordergründigkeit und Unglaubwürdigkeit, mit der die sowjetische Intervention in Afghanistan[14] gerechtfertigt wurde – die Sowjetunion habe sich bedroht gefühlt –, sehr starke, für die Sowjetunion negative Wirkung ausgelöst, weil man sich frage, wie eine Weltmacht einen solchen Anspruch moralisch vertreten könne.

10 Die Wörter „erheblichen Steigerungen des Verteidigungshaushalts ersichtlich“ und der Passus „höher werden würden als in 1981“ wurden von Vortragendem Legationsrat Seibert durch Ausrufe- und Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Sofern noch Mittel vorhanden.“

11 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

12 Korrigiert aus: „der“.

13 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 2083 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

14 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

Der Minister wies dann auf die große Bedeutung hin, die Erziehungs- und Ausbildungseinrichtungen für das Verständnis der Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben. Auch meinte er, daß der Wehrdienst sehr zur Formierung eines Verteidigungsverständnisses beitrage. Die Bedrohung werde nicht nur durch Hochrüstung herbeigeführt, sondern auch durch die Einflußnahme auf die Wertvorstellungen der Menschen. Schließlich wies der französische Außenminister, wie schon vor ihm der deutsche Außenminister, auf die Rückwirkungen von amerikanischer Wirtschafts-, Budget- und Währungspolitik auf Europa hin und unterstrich die Notwendigkeit, auf diese Elemente einzugehen.

Der französische Außenminister erläuterte dann die Grundpositionen der französischen Außenpolitik gegenüber den Ländern der Dritten Welt. Es sei falsch, die Entwicklung in der Dritten Welt einzig unter dem Gesichtspunkt und der Orientierung auf das Ost-West-Verhältnis hin zu beurteilen. Nicht überall stehe dieser Gegensatz im Vordergrund. Er wies auf die Entwicklung zur Unabhängigkeit Algeriens[15] hin. Damals hätte Frankreich die algerische Unabhängigkeitsbewegung in unmittelbare Verbindung mit der Politik der Sowjetunion gebracht. Die USA hätten davor gewarnt, und heute wisse man, daß diese Warnungen begründet gewesen seien. Morgen könne vielleicht ein Ansatz in Angola zu größerer Distanzierung des dortigen Regimes von Moskau gefunden werden. Auch in Simbabwe habe sich die differenziertere Betrachtung als richtig erwiesen. Man müsse sich dabei davor hüten, nationale oder Unabhängigkeitsbewegungen zu isolieren. Damit würden sie nur in das sowjetische Lager getrieben.

Abschließend unterstrich der französische Außenminister die bestehenden Bindungen Frankreichs in und zum Bündnis und die Entschlossenheit, die eigene Handlungsfähigkeit dort zu nutzen, wo das nach Lage der Dinge möglich ist.

III. Erklärung des griechischen Außenministers

Die mit Spannung erwartete Intervention des griechischen Außenministers fasse ich wie folgt zusammen: Er – Außenminister Charalambopoulos – spreche im Namen der griechischen Regierung[16] und wolle hier erklären, daß Griechenland dem Beitritt Spaniens in das Bündnis keine Hindernisse in den Weg stellen wolle. In diesem Zusammenhang müsse er aber auf einige grundsätzliche Erwägungen der griechischen Regierung aufmerksam machen. Griechenland sei nicht für eine Welt, die in militärische Blöcke eingeteilt sei. Griechenland befürworte nicht die Erweiterung der Blöcke. Die Besonderheiten der griechischen Politik habe der griechische Ministerpräsident Papandreou bereits im Verteidigungsplanungsausschuß[17] dargelegt. Vor dem Hintergrund dieser Erklärung läge der Gedanke nahe, die Unterschrift unter das Beitrittsprotokoll für

15 Algerien erlangte seine Unabhängigkeit am 3. Juli 1962. Vgl. dazu AAPD 1962, II, Dok. 250.

16 Die Wörter „im Namen der griechischen Regierung“ wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert unterschlängelt. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was denn sonst?“

17 Zur Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 351.

Spanien[18] zurückzustellen („withhold"). Gleichwohl werde die griechische Regierung dies nicht tun angesichts der Probleme, die damit geschaffen würden.[19]

Der Beitritt Spaniens berühre die Regelungen, die in einem wichtigen NATO-Dokument bezüglich der Kommandoregelung im Mittelmeerraum festgelegt worden seien. Es handle sich um das Dokument MC-38/4. Griechenland habe große Probleme mit diesem Dokument, und der Spanien-Beitritt berühre auch diese Frage. Deshalb fordere er, daß in dem entsprechenden Absatz des Abschlußkommuniqués[20] über die Unterzeichnung des Beitritts Spaniens ein Hinweis des Inhalts aufgenommen werde, daß die Außenminister in diesem Zusammenhang eine Erklärung des griechischen Außenministers zur Kenntnis genommen hätten.

Der griechische Außenminister beschränkte seine Intervention bei der Aussprache der Außenminister auf diesen Punkt. Gleichzeitig brachten Mitarbeiter seiner Delegation in die Kommuniqué-Beratungen Änderungen ein, die der griechischen außenpolitischen Linie entsprachen.[21]

IV. Erklärung des luxemburgischen Außenministers

Die luxemburgische Außenministerin Colette Flesch befaßte sich in erster Linie mit dem Phänomen der Friedensbewegungen und der Entwicklung der wesentlichen Verhandlungsposition zu den anstehenden Rüstungskontrollverhandlungen. In Luxemburg, so meinte die Außenministerin, habe es bisher keine Manifestation einer Friedensbewegung gegeben. Aber man sei doch sehr daran interessiert, den Hintergrund dieser Tendenzen zu untersuchen. Es handele sich nicht notwendigerweise um Tendenzen, die von kommunistischer Seite hervorgebracht worden seien. Auch könne man den Sorgen der Bürger nicht eine gewisse Berechtigung absprechen. Die Allianz habe bisher eine unbefriedigende Öffentlichkeitsarbeit gegenüber diesen Tendenzen entwickelt. Es sei notwendig, die wesentlichen Positionen in Broschüren mit großer Auflagezahl zu verbreiten und eine offene Diskussion zu führen. Man müsse sich mit der sowjetischen Propaganda auseinandersetzen. Es sei gut, wenn in größerer Zahl als bisher Mitglieder der nationalen Parlamente nach Brüssel eingeladen oder durch Sachverständige in den Hauptstädten unterrichtet würden. Dabei komme es heute sehr viel stärker auf qualitativ hochstehende Ausführungen an als früher. Von Bedeutung sei der unbefriedigende Zustand der Kenntnisse der Europäer über die Entwicklung in Amerika sowie der Stand der Ansichten über die europäische Entwicklung in Amerika. Das habe zu Zweifeln über den Atlantik hinweg geführt. Man frage in den USA, ob sich die Europäer noch verteidigen wollen, und in Europa, welche Politik die Vereinigten Staaten betreiben.

18 Für den Wortlaut des Protokolls vom 10. Dezember 1981 zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

19 Der Passus „Grund dieser Erklärung … damit geschaffen würden." wurde von Vortragendem Legationsrat Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Erst später, bei Ratifizierung."

20 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37–41. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151–156.

21 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert durch Ausrufezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „In letzter Minute, nachdem sie sich bisher an Komm[uniqué-] Beratungen nicht beteiligt hatten!"

Der Generalsekretär wies in seiner Erwiderung auf den Beitrag der luxemburgischen Außenministerin darauf hin, daß die Informationspolitik in die Zuständigkeit der nationalen Regierungen falle und daß die Öffentlichkeitsarbeit der Allianz sehr stark unter finanzieller Enge leide.[22] Im übrigen hätten sich die Oberbefehlshaber der Allianz, SACEUR[23], SACLANT[24], CINCHAN[25], bereit erklärt, die Regierungen und Parlamente selbst über das Kräfteverhältnis zu unterrichten. Das setze aber eine[26] voraus.[27]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10307 (201)

360

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6821/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2084
Citissime

Aufgabe: 11. Dezember 1981, 01.00 Uhr
Ankunft: 11. Dezember 1981, 02.10 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz am 10./11.12.81[1];
hier: Ministeraussprache im kleinsten Kreise

Bezug: DB Nr. 2074 – AZ.: I-362.05/1 MK 81-4631/81[2] VS-v[3]

Zur Unterrichtung

Nachfolgend übermittle ich die Zusammenfassung von Interventionen weiterer Außenminister in der Aussprache der Minister im kleinsten Kreise (Außenminister und Ständiger Vertreter) am 10. Dezember:

1) Erklärung des norwegischen Außenministers Svenn Stray. Der norwegische Außenminister, der in dieser Funktion gelegentlich der konservativen norwegischen Regierung vor mehr als einem Jahrzehnt an NATO-Beratungen teilgenommen hatte[4], machte Ausführungen über die Hauptlinien der Außen- und Ver-

22 Der Passus „daß die Öffentlichkeitsarbeit … Enge leide“ wurde von Vortragendem Legationsrat Bolewski hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Lächerlich, da Bestand der NATO betreffend.“

23 Bernard W. Rogers.

24 Harry D. Train II.

25 James Eberle.

26 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Seibert handschriftlich: „Einladung.“

27 Unvollständiger Satz in der Vorlage.

1 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 356, Dok. 358, Dok. 359, Dok. 361 und Dok. 362.

2 Korrigiert aus: „81-4731/81“.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 10. Dezember 1981 vgl. Dok. 357.

4 Svenn Stray amtierte 1970/71 als norwegischer Außenminister.

teidigungspolitik der Regierung. Er erklärte, daß seine Regierung in der Allianz den Grundpfeiler der norwegischen Außen- und Verteidigungspolitik sehe. Nach Auffassung der norwegischen Regierung komme der Handlungsfähigkeit der Allianz eine entscheidende Bedeutung für die Aufrechterhaltung des Friedens und die Bewältigung vieler nationaler Krisen zu.

In Übereinstimmung mit dieser Grundauffassung habe die norwegische Regierung eine erhebliche Verstärkung der Budgetmittel für die Verteidigung im Jahre 1982 beschlossen und habe die Absicht, derartige Steigerungen auch in den nächsten Jahren vorzusehen (1982 plus vier Prozent in realen Preisen).

Die norwegische Regierung beobachte mit gewisser Sorge die Wandlung der Grundstimmung in Europa, die heute in erheblichem Maße von der Furcht vor einer nuklearen kriegerischen Auseinandersetzung auf europäischem Boden beeinflußt werde. Von solchen Vorstellungen ließen sich nicht nur – möglicherweise aus propagandistischen Gründen – die Kommunisten leiten, sondern auch viele andere Kreise. Diese Grundstimmung unterminiere die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der europäischen Allianzpartner.

Die jüngste sicherheitspolitische Rede des amerikanischen Präsidenten[5] sei vor diesem Hintergrund, wie schon der deutsche Außenminister dargelegt habe, von großer politischer Bedeutung. Sie habe dem Westen die außenpolitische Initiative gegenüber Moskau zurückgegeben.

Aus norwegischer Sicht sei es für die zukünftige Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik der Allianzpartner lebensnotwendig, mit der Öffentlichkeit ihrer Länder wieder Einvernehmen über die Hauptlinien der Sicherheitspolitik und der Bedrohung zu finden. Die Öffentlichkeit müßte sich auf den Boden der Tatsachen stellen (Stärke der sowjetischen Streitkräfte) und das Verhandlungskonzept der Allianzpartner (Rüstungskontrolle, Abrüstung, Kooperation) mittragen.

Zu seinem griechischen Kollegen[6] gewandt, meinte der norwegische Außenminister, daß wir alle eine Welt ohne Verteidigungsbündnisse vorziehen würden, aber es sei lebensnotwendig, sich auf die Realitäten einzustellen, und daher sei es notwendig, das Bündnis auf absehbare Zeit zu haben. Die Bündnisse übten auch eine stabilisierende Wirkung aus.

Auf das Thema Polen eingehend, wies der Außenminister auf die Gefahren der Wirtschaftskrise in Polen hin und stellte sogar darauf ab, daß es Hungersnot in Polen geben könne. Man müsse dem sowjetischen Block klarmachen, daß man mit der wirtschaftlichen Hilfe nicht die Absicht verfolge, Polen aus dem Warschauer Block herauszuziehen.

2) Erklärung des kanadischen Außenministers MacGuigan

Der kanadische Außenminister gab zunächst seine Unterstützung für die Empfehlungen des deutschen Außenministers bezüglich der westlichen Haltung bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zu erkennen und übermittelte dem amerikanischen Außenminister[7] die Anerkennung und den Dank für die neue ameri-

5 Zur Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington vgl. Dok. 329, Anm. 8.

6 Ioannis Charalambopoulos.

7 Alexander M. Haig.

kanische Initiative auf rüstungskontrollpolitischem Gebiet. Das zu Ende gehende Jahr sei in der Tat ein Jahr bedeutender Leistungen, aber auch erheblicher Schwierigkeiten gewesen. Die Unruhe in Europa sei beachtlich (Friedensbewegung). Die ökonomischen Probleme seien noch keiner Lösung zugeführt, und die antiautoritären Kräfte belasteten das öffentliche Leben. Die Friedensbewegung werde nach kanadischer Auffassung durch Kriegsfurcht, den Umfang und die Perspektive der weiteren Rüstungsprogramme und die Krise öffentlicher Institutionen bestimmt.

Hinsichtlich der Einflußnahme auf die sowjetische Politik gegenüber den Ländern der Dritten Welt meinte der kanadische Außenminister, daß es uns nie gelingen werde, die Sowjets an der Unterstützung von Befreiungsentwicklungen in der Dritten Welt zu hindern.

Die Unruhe in der Öffentlichkeit über die amerikanische Politik sei mit der jüngsten Reagan-Rede über rüstungskontrollpolitische Initiativen noch nicht aufgehoben worden. Es werde längere Zeit dauern, ehe man die falsche Handhabung des Themas der Neutronenwaffe bewältigt habe. Es sei deshalb notwendig, Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle im Kommuniqué[8] glaubwürdig und überzeugend zu behandeln. Die Öffentlichkeit verlange nach verständlichen und begründeten Erklärungen zur Strategie der nuklearen Abschreckung und zu den Theorien über Schlachtfeldwaffen und Kriegsführungskonzepten. Nach seiner Auffassung sei es falsch, in der Unruhe, die sich in der Friedensbewegung manifestiere, nur Sektiererei, Pazifismus und Unilateralismus zu sehen.

Im Anschluß an die Erklärung des kanadischen Außenministers richtete der Generalsekretär[9] an den amerikanischen Außenminister die Empfehlung, bei nächster Gelegenheit auf einem europäischen Forum eine umfassende Darstellung der Sicherheits- und Außenpolitik der Vereinigten Staaten zu geben, von der gewiß große Wirkung auf die Öffentlichkeit in Europa ausgehen könne.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11124 (204)

8 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37–41. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151–156.

9 Joseph Luns.

361

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6822/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2085
Citissime

Aufgabe: 11. Dezember 1981, 01.00 Uhr
Ankunft: 11. Dezember 1981, 02.22 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 10./11. Dezember 1981[1];
hier: Aussprache im kleinsten Kreise

Bezug: DB Nr. 2074 vom 10.12.1981 – I-362.05/1 MK 81-4631/81 VS-v[2]

Zur Unterrichtung

1) Nachstehend übermittle ich die Zusammenfassung von Interventionen weiterer Außenminister bei der Aussprache im kleinsten Kreise (Außenminister und Ständige Vertreter) am 10. Dezember 1981:

Erklärung des portugiesischen Außenministers Gonçalves Pereira

Der portugiesische Außenminister schloß sich zunächst der Beurteilung der Interessenlage, wie sie Außenminister Haig gegeben hat, an. Im Jahr 1981 habe die Sowjetunion keine weiteren Schritte in Verfolg ihrer Interventionspolitik unternehmen können. Die Allianz habe sich als starkes Bollwerk erwiesen, und die außenpolitische Initiative sei auf den Westen übergegangen. In vielen Bereichen fühlte sich die Sowjetunion bedrängt – in Afghanistan, in Polen – sowie angesichts eigener großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten. Früher habe die Allianz mit dem Problem der Spaltung und der Teilung zu kämpfen gehabt. Jetzt stehe dieses Problem im Warschauer Pakt an.

Der portugiesische Außenminister gab dann eine sehr ausführliche Darlegung der Haltung seines Landes zum Beitritt Spaniens[3] ab. Portugal habe bisher zu dem spanischen Beitritt keine öffentlichen Erklärungen abgegeben. Nun müsse es und werde es den Eintritt Spaniens rechtfertigen und verteidigen. In der öffentlichen Meinung seines Landes sei man geteilter Auffassung. Die öffentliche Meinung sei eher skeptisch und negativ. Dafür gebe es historische Gründe, und selbstverständlich sei die Kommunistische Partei gegen diesen Schritt. Ungeachtet der kritischen Einstellung der Öffentlichkeit habe sich die Regierung aber zu einer positiven Einstellung durchgerungen, weil nach Auffassung der portugiesischen Regierung der Eintritt Spaniens in die Allianz die Chancen für die Stabilität der demokratischen Institutionen in Spanien essentiell verbessere und eine solche Perspektive wichtiger als alles andere sei. In Verbindung mit dem Beitritt Spaniens gebe es eine Reihe organisatorischer Probleme, die man aber nicht in der Öffentlichkeit diskutieren wolle, und zwar die der Einteilung der militärischen Kommandobereiche und der Zuweisung von Streitkräften zu diesen Kommandobereichen. Dies müsse durch Verhandlungen geklärt werden. Nach portugiesischer Auffassung sollten die Verhandlungen bald

1 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 356, Dok. 358–360 und Dok. 362.
2 Für den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vgl. Dok. 357.
3 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 350, Anm. 19.

beginnen, damit man einen klaren Überblick über die sich abzeichnende Lösung gewinnen könne. Der portugiesische Außenminister deutete an, daß diese Verhandlungen schon vor Beendigung des Ratifikationsprozesses beginnen und zu einem Ergebnis geführt werden sollten. Dies entspricht nicht der vorherrschenden Meinung in der Allianz, die davon ausgeht, daß solche Verhandlungen erst nach Ratifikation stattfinden sollten.

2) Erklärung des türkischen Außenministers Türkmen

Der türkische Außenminister schloß sich der positiven Beurteilung der internationalen Entwicklung und der Lage der Allianz an, fügte allerdings hinzu, daß diese Beurteilung nur gerechtfertigt sei, wenn die Politik der Allianzpartner von der Entschlossenheit zum weiteren Handeln geprägt sei. Die Sowjetunion betreibe eine Politik der systematischen Desinformation. Vor diesem Hintergrund seien die Beweise der Solidarität zu den Bündnispartnern von besonderer Bedeutung.

Er habe viel Verständnis für Kritik an dem gegenwärtigen Regime in der Türkei und wolle die Gelegenheit hier benutzen, ausführlich zu erklären, daß sein Land und die Führung seines Landes fest entschlossen seien, zur vollen parlamentarischen Demokratie zurückzukehren.

Manchmal übersehe aber die z.T. verständliche Kritik die strategische Dimension der Stellung und Lage der Türkei in der Allianz und verlasse damit den Boden der Zielsetzungen und des Verständnisses der Allianz.

Gegenüber der bedingt positiven Einschätzung der internationalen Entwicklung durch Außenminister Haig wolle er eine abweichende, nämlich mehr pessimistische Einschätzung der Lage und Perspektiven im Mittleren Osten geben. Ungeachtet der Verabschiedung des AWACS-Programms für Saudi-Arabien[4] und der Wiederaufnahme der militärpolitischen Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Pakistan[5] bleibe doch eine starke Sorge wegen der Verhältnisse und Perspektiven in Iran bestehen. Die Zukunft des Landes sei ungewiß und die Möglichkeiten für die Sowjetunion, dort Fortschritte zu erzielen, nicht unerheblich.[6] Auch müsse man ein Fragezeichen in bezug auf Ägypten setzen. Die Übergabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten sei lebensnotwendig für Ägypten. Es sei gut, daß europäische Staaten an der Sinai-Überwachungsstreitmacht[7] beteiligt würden.

Der türkische Außenminister bezweifelte, ob mit dem Eintritt Spaniens in die Allianz Probleme besonderer Natur für die Kommandostrukturen im Mittel-

4 Zur Billigung des Verkaufs von Flugzeugen, die mit dem luftgestützten Aufklärungs- und Frühwarnsystem AWACS ausgerüstet waren, durch den amerikanischen Senat am 28. Oktober 1981 vgl. Dok. 310, Anm. 38.

5 Zu den amerikanischen Waffenlieferungen an Pakistan vgl. Dok. 357, Anm. 14.

6 Referat 311 notierte im November 1981: „Die Sowjetunion wirbt seit der Revolution konsequent um die Gunst der neuen Führung. Dabei kamen ihr der emotionale Antiamerikanismus der Massen sowie die westlichen Wirtschaftssanktionen gegen Iran anläßlich der Geiselnahme zustatten. […] Die wirtschaftliche Abhängigkeit Irans von der Sowjetunion wird eher wachsen. […] Die ständige diskrete Versorgung Irans mit sowjetischen Waffen, hauptsächlich über Libyen und die Ostblockstaaten, deutet an, daß sich die Sowjetunion im irakisch-iranischen Konflikt den ungleich wichtigeren Iran gewogen halten will." Vgl. Referat 311, Bd. 137672.

7 Zur Beteiligung Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande an der multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 331, Anm. 7.

meerbereich (MC-38/4) aufgeworfen würden. Er teile nicht die Auffassung, daß die bestehenden Probleme in Verbindung mit diesem Dokument in irgendeinem Zusammenhang mit dem spanischen Beitritt zu sehen seien, wie das von griechischer Seite geltend gemacht werde.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10291 (201)

362

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6823/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2086
Citissime

Aufgabe: 11. Dezember 1981, 01.00 Uhr[1]
Ankunft: 11. Dezember 1981, 02.44 Uhr

Betr.: NATO-Außenministerkonferenz 10./11.12.1981[2];
hier: Ministeraussprache im kleinsten Kreise

Bezug: DB Nr. 2074 – I-362.05/1 MK 81-4631/81 VS-v[3]

Zur Unterrichtung

Die Erklärungen der Außenminister Belgiens, Italiens und der Niederlande sowie die kurzen Erklärungen der Ständigen Vertreter von Dänemark[4] und Island[5] im Verlaufe der Aussprache im kleinsten Kreise während der Außenministerkonferenz (Außenminister und Ständige Vertreter) am 10.12.1981 fasse ich wie folgt zusammen:

I. Erklärung des belgischen Außenministers Nothomb

Der Außenminister stellte erhebliche Fortschritte für die Allianzpartner und die Lage der Allianz im Vergleich zur Situation vor einem Jahr fest:

1) keine sowjetische militärische Intervention in Polen,

2) Schwächung der internationalen Stellung der Sowjetunion sowie der wirtschaftlichen Perspektive des Landes,

3) Stärkung der Kohäsion des Nordatlantischen Bündnisses,

4) wesentliche Verbesserung der Konsultationen in der Allianz.

Auf der anderen Seite dürfe man nicht das Gewicht der Einwirkung der Friedensbewegungen in den verschiedenen Ländern auf die Politik übersehen. Es

1 Hat Vortragendem Legationsrat Seibert am 11. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Hofmann „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Hofmann am 16. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Zur NATO-Ministerratstagung in Brüssel vgl. auch Dok. 356 und Dok. 358–361.

3 Für den Drahtbericht der Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 10. Dezember 1981 vgl. Dok. 357.

4 Anker Svart.

5 Henrik Björnsson.

gäbe da sowjetischen Einfluß, sowjetische Hilfe, auch Manifestationen des Pazifismus und Defätismus, aber er stelle mit Befriedigung fest, daß nach der jüngsten außenpolitischen Initiative des amerikanischen Präsidenten auf rüstungskontrollpolitischem Gebiet[6] in die Manifestationen der Friedensbewegungen eine Note der Ausgewogenheit gekommen sei. Für die westliche Null-Option habe er – der belgische Außenminister – bei der Delegation von Teilnehmern einer Friedensdemonstration volles Verständnis gefunden.

In diesem Zusammenhang wolle er auch auf die konstruktive Wirkung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit für die Belange der Allianz und der Sicherheitspolitik hinweisen. Diese Entwicklungen hätten zur Verbesserung des Dialogs zwischen Amerika und Europa beigetragen.

Der belgische Außenminister beschränkte seine Intervention auf die vorstehend wiedergegebenen Grundgedanken.

II. Erklärung des italienischen Außenministers Colombo

Nach Auffassung der italienischen Regierung ist es die Aufgabe dieser Außenministerkonferenz, ein deutliches Zeichen der Solidarität der Partner und eine Bestätigung des Engagements innerhalb des Bündnisses zu geben. Dies sei erforderlich, um möglichen negativen Wirkungen unserer auf Ausgleich und Gleichgewicht ausgerichteten Politik zu begegnen. Mit dem Prinzip und dem Grundsatz des Gleichgewichts der militärischen Kräfte werde vielfach ein Prozeß der psychologischen Abrüstung eingeleitet. Diese Entwicklung habe – wie Außenminister Colombo sagte – sowohl zu einem naiven Pazifismus wie auch zu der Entstehung von Kriegsfurcht geführt. Unsere Argumentation in Verbindung mit dem Prinzip des Gleichgewichts der Kräfte müsse sowohl gegenüber dem Opponenten als auch gegenüber der eigenen Öffentlichkeit differenziert werden.

Lange Zeit hindurch waren wir in diesem Jahr nicht fähig zu einem Dialog mit dem Osten. Das hat unsere Lage nach innen geschwächt. Die jüngste Rede Reagans hat eine neue Situation geschaffen. Wir sollten auf jeden Fall versuchen, Fehler, wie sie zu Beginn des Jahres gemacht wurden, in Zukunft zu vermeiden. In diesem Zusammenhang müsse auch auf die kontraproduzente Handhabung der Frage der Neutronenwaffe hingewiesen werden. Die Koordination zwischen den verschiedenen auf sicherheits- und außenpolitischen sowie verteidigungspolitischen Gebieten tätigen Institutionen im nationalen und Bündnisbereich müsse verbessert werden.

Der Außenminister unterstützte dann den deutschen Standpunkt für die Handhabung der gegenwärtigen Phase der Madrider KSZE-Folgekonferenz und meinte in bezug auf die Entwicklung in Polen, daß die westliche Politik gegenüber Polen die Wahrscheinlichkeit einer sowjetischen militärischen Intervention reduziert habe.

Colombo wies dann auf die Sorgen in bezug auf Jugoslawien hin und sprach von der politischen Bedeutung der Teilnahme von Kontingenten europäischer Staaten an der Sinai-Überwachungsstreitmacht[7].

6 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club“ am 18. November 1981 in Washington; Dok. 329, Anm. 8.

7 Zur Beteilung Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und der Niederlande an der multinationalen Friedenstruppe für den Sinai vgl. Dok. 331, Anm. 7.

Er äußerte dann Vorbehalte gegenüber den Andeutungen von Außenminister Haig für eine schärfere amerikanische Politik gegenüber Libyen und warnte vor den abträglichen Folgen einer solchen Politik für die Vereinigten Staaten und den Westen in der arabischen Welt. Die italienische Regierung bemühe sich – wenn auch nur mit begrenztem Erfolg –, der libyschen Regierung von unverantwortlichem Handeln abzuraten. Colombo sprach sich für die Fortsetzung dieser Politik aus.

Colombo legte den Bündnispartnern ebenfalls eine wirkungsvollere Koordination der Politik der Allianzpartner in Lateinamerika nahe und forderte dazu auf, diese Konsultationen nicht nur in einem oberflächlichen operativen Sinne zu führen, sondern mit Tiefe und Langfristwirkung. So sei es möglich, der Ausweitung des Einflusses der Sowjetunion und Kubas zu begegnen.

III. Erklärung des niederländischen Außenministers van der Stoel

Der niederländische Außenminister erläuterte zunächst die niederländische Haltung zum Doppelbeschluß von 1979. Man habe damals erklärt, Ende 1981 im Lichte der Verhandlungsergebnisse eine Entscheidung über die Dislozierung von Marschflugkörpern auf niederländischem Boden zu treffen.[8] Da diese Verhandlungen noch nicht zu einem Ergebnis geführt hätten, sei es nicht möglich, die niederländische Haltung zur Stationierung von Marschflugkörpern zur Zeit festzulegen. Innerhalb der niederländischen Regierung gäbe es bekanntermaßen unterschiedliche Auffassungen zu der Stationierung. Auch werde die Rolle der Niederlande im nuklearstrategischen Bereich der Allianz überhaupt in der holländischen Öffentlichkeit diskutiert. Die Friedensbewegung in Holland sei nicht nur eine solche pazifistischer Natur, sondern enthalte auch Kräfte, die sich um eine objektive Klärung der Rolle der Niederlande innerhalb der Allianz bemühten.[9]

Van der Stoel benutzte die Gelegenheit, der Hoffnung auf eine baldige Rückkehr der Türkei zu demokratischen Verhältnissen Ausdruck zu geben.

Die Lage bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid beurteilte van der Stoel wie der deutsche Außenminister und sprach sich für die Übernahme der österreichischen Formel[10] bezüglich des Anwendungsbereichs der vertrauensbildenden Maßnahmen aus.

Auch van der Stoel hielt – wie der deutsche Außenminister – eine für die Öffentlichkeit verständliche Formulierung des Kommuniqués[11] für notwendig und wiederholte die bekannte niederländische Haltung bezüglich des Beitritts von Spanien[12]: Überprüfung im Falle einer Abwendung vom demokratischen

8 Zur Diskussion in den Niederlanden hinsichtlich der Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 48, Anm. 8, und Dok. 291, besonders Anm. 8.

9 Der Passus „die sich um … der Allianz bemühten“ wurde von Vortragendem Legationsrat Seibert durch Fragezeichen hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Was soll das heißen“.

10 Zum österreichischen Vorschlag vom 9. Dezember 1981 zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 353, Anm. 22.

11 Für den Wortlaut des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37–41. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151–156.

12 Zur Haltung der niederländischen Regierung zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 345, Anm. 25–27.

System oder der substantiellen Veränderung der außenpolitischen Orientierung des Landes.

Er hoffe, so fügte van der Stoel hinzu, daß die Hoffnung auf die Stärkung der demokratischen Institutionen in Spanien als Folge des Beitritts zur Allianz begründet sei.

IV. Der dänische Ständige Vertreter und der isländische Ständige Vertreter verzichteten wegen der Abwesenheit ihrer Minister[13] auf Substanzbeiträge zur Debatte.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10307 (201)

363

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Dölln

VS-NfD **12. Dezember 1981**[1]

Vermerk über das erste Delegationsgespräch in Dölln am Samstag, den 12. Dezember 1981, von 10.10 Uhr bis 13.10 Uhr[2]

Teilnehmer von seiten der Bundesregierung: Bundeskanzler, BM Franke, BM Graf Lambsdorff, StM Huonker, StS Bölling, StS Dr. Becker, StS Dr. von Würzen, MD Hirt, MD Meichsner, MDg Dr. von Richthofen, MDg Dr. Bräutigam, Dr. Bruns, MDg Stern, MDg Vogel, MDg Dr. Hellbeck, VLR I Dr. Höynck, MR Dr. Rösch.

Teilnehmer von seiten der DDR: Generalsekretär und Staatsratsvorsitzender Honecker; Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Dr. Mittag; Mitglied des ZK der SED und Außenminister Fischer; StS Herrmann, Leiter der Kanzlei des Staatsratsvorsitzenden; StS Dr. Schalck-Golodkowski, Ministerium für Außen-

13 Kjeld Olesen (Dänemark) bzw. Ólafur Jóhannesson (Island).

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde im Bundeskanzleramt am 14. Dezember 1981 gefertigt und am 22. Dezember 1981 von Staatsminister Huonker, Bundeskanzleramt, „im Auftrag des Bundeskanzlers“ zusammen mit der Aufzeichnung über das Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, im Kreis der Delegationen am 13. Dezember 1981 in Dölln an Bundesminister Genscher übermittelt.
Hat Genscher am 2. Januar 1982 vorgelegen. Vgl. das Begleitschreiben; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981.
Für das Gespräch vgl. auch BONN UND OST-BERLIN, S. 671–679 (Auszug).

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu auch Dok. 364 und Dok. 368.
Am 11./12. Dezember 1981 führten Schmidt und der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, Vier-Augen-Gespräche. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnungen; VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. dazu ferner BONN UND OST-BERLIN, S. 652–671 bzw. S. 679–694.

handel; Stellvertretender Außenminister Nier; Leiter der Ständigen Vertretung der DDR, Moldt; Leiter der Hauptabteilung Presse im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Meyer; Leiter der Abteilung Bundesrepublik Deutschland im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Botschafter Seidel; Hauptabteilungsleiter Krabatsch, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten; Hauptabteilungsleiter Keilholz, Ministerium für Außenhandel; Hauptabteilungsleiter Paul, Ministerium für Außenhandel; Abteilungsleiter im ZK der SED, Professor Häber.

Honecker: Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, meine Herren Minister!

Ich heiße Sie nochmals sehr herzlich zu dem Treffen in der DDR willkommen. Wir haben jetzt die Möglichkeit zum Meinungsaustausch und zur Erörterung vieler politischer Fragen von aktuellem Interesse. Ich habe die sichere Erwartung, daß unsere Gespräche konstruktiv und fruchtbar verlaufen und für die weitere Normalisierung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland nützlich sein können. Wir sind bereit, dazu einen Beitrag zu leisten.

Mehrfach und unabhängig voneinander haben wir erklärt, daß von deutschem Boden nie mehr ein Krieg ausgehen darf. Es gibt kein dringenderes Gebot, als alles für die Gewährleistung des Friedens zu tun. Der Friede ist nicht nur eine Pause zwischen zwei Kriegen; er ist die normale Lebensform für die Völker. Das gilt besonders für Europa, das so oft Quelle von Spannungsursachen und aggressiven Absichten war.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland haben große Verantwortung für den Frieden. Dies ist nicht zuletzt eine Lehre aus der Geschichte.

Die Weltlage hat sich erheblich verschlechtert. Europa war in der Entspannung am weitesten fortgeschritten. Das war für die Menschen spürbar zum Vorteil. Vielseitige Grundlagen für die Besserung zum Guten sind geschaffen worden. Europa muß ein Zentrum des Friedens bleiben; sonst gerät alles in Gefahr, was erreicht worden ist. Europa würde einen Dritten Weltkrieg nicht überleben.

Der Zustand der Welt erfordert konkrete Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungsbegrenzung und neue konkrete Ergebnisse der Entspannung. Das ist wichtig nicht nur für die Zukunft Europas, sondern der Welt. Die Welt braucht keine weitere Auffüllung mit Waffen. Wir verurteilen das Wettrüsten jeder Art. Wir sind für eine Senkung des Niveaus der militärischen Konfrontation. Das sind die für alle Staaten drängendsten Probleme der Gegenwart. Die weitere Vertiefung der Entspannung würde zur Sicherung dauerhaften Friedens beitragen.

Die Gesprächsergebnisse zwischen Generalsekretär Breschnew und Ihnen[3] beurteilen wir positiv und als nützlich für den Entspannungsprozeß in Europa sowie als einen Beitrag zur Friedenssicherung. Die Anwendung normaler Prinzipien auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz ist nicht nur wichtig für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten, sondern für die gesamte Situation in Europa. Zu diesen Prinzipien zählen die Souveränität, die Unabhängig-

[3] Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

keit, die beide gegenseitig geachtet werden müssen. Die Tatsache, daß wir verschiedenen Bündnissen angehören, wir der Warschauer Vertragsorganisation und Sie der NATO, erhöht unsere Verpflichtung, in der Weltpolitik aktiv für Frieden und Entspannung einzutreten. Auf verrottete Doktrinen, die im Gegensatz zum Prinzip der guten Nachbarschaft stehen, muß verzichtet werden.

Wir haben keine feste Tagesordnung vereinbart. Jede Seite kann die Fragen ansprechen, die sie für notwendig hält.

Nach einem Dank für die einleitenden Worte des Generalsekretärs bringt der *Bundeskanzler* seine große Freude darüber zum Ausdruck, hier sein zu können. Er verweist auf die vorangegangenen Treffen in Helsinki[4] und Belgrad[5]. Ein ausführliches bilaterales Treffen sei schon lange sein Wunsch gewesen. Man habe das zweimal verschieben müssen[6]; aber was lange währt, wird endlich gut. Der Generalsekretär habe ihm das Wort erteilt, ohne zu sagen, worüber er sprechen solle. Er wolle zwei Bereiche ansprechen: die internationale Lage und die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten.

BK fährt dann fort: Zur internationalen Lage möchte ich nicht wiederholen, was jeder weiß und was schriftlich festgelegt ist. Daß ich manche Themen nicht erwähnen werde, heißt nicht, daß ich sie nicht für wichtig hielte. Sie kennen die Grundzüge unserer Sicherheitspolitik. Wenn Sie Fragen stellen, werden wir sie gerne beantworten.

Sie haben mein Treffen mit Generalsekretär Breschnew positiv gewürdigt. Ich stimme zu. Herr Breschnew hat dem auch zugestimmt. Der sowjetische Generalsekretär und ich sind uns im Laufe der letzten acht Jahre sechs oder sieben Mal zu ausführlichen Gesprächen begegnet.[7] Aus der Zahl der Treffen mögen Sie entnehmen, daß ich als Bundeskanzler und die von mir geführte Bundesregierung um gute Kontakte und um gute Nachbarschaft mit der großen Weltmacht in unserem Osten bemüht sind. Das gilt übrigens nicht nur für die Großmacht in unserem Osten, sondern auch für die anderen Staaten Osteuropas. Noch öfter als Generalsekretär Breschnew und ich haben sich die Außenminister Gromyko und Genscher getroffen; vielleicht wird das zukünftig für die Außenminister Fischer und Genscher gelten. Wir haben uns jedenfalls große Mühe gegeben, den Dialog aufrechtzuerhalten. Wenn Sie, Herr Honecker, mit den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika so oft gesprochen hätten wie ich mit dem Generalsekretär der KPdSU, wäre vielleicht manches besser.

Ich spreche hier nicht losgelöst von unserem eigenen Bündnis und von unseren EG-Partnern. Ich spreche im Grunde mit deren Einverständnis – obwohl bisweilen mit deren kritisch erhobenen Augenbrauen.

4 Für die Treffen des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 30. Juli und 1. August 1975 in Helsinki vgl. AAPD 1975, II, Dok. 230 bzw. Dok. 236.

5 Anläßlich der Trauerfeierlichkeiten für Staatspräsident Tito traf Bundeskanzler Schmidt den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 8. Mai 1980 in Belgrad. Für das Gespräch vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 516–534.

6 Zur Verschiebung eines für Anfang 1980 vorgesehenen Treffens des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. Dok. 242, Anm. 32.
Am 22. August 1980 gab die Bundesregierung die Verschiebung eines für den 28./29. August 1980 vorgesehenen Treffens Schmidts mit Honecker bekannt. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 241.

7 Zu den bisherigen Begegnungen vgl. Dok. 330, Anm. 5.

BK verweist sodann auf das jüngste Treffen des Ministerrats der NATO[8], der das Treffen BK–Honecker begrüßt habe. BK zitiert aus Ziffer 7[9] des NATO-Kommuniqués.

Sie haben gesagt, die Weltlage sei schwierig; das ist auch meine Meinung. Deshalb hat der NATO-Rat erklärt, daß das Treffen zwischen Breschnew und mir und Ihr Treffen mit mir notwendig sind.

Für das Wichtigste halte ich, daß endlich die Rüstungskontrollverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf begonnen haben.[10] Ein bißchen haben wir daran mitgewirkt – andere auch. Der Beginn der Verhandlungen allein eröffnet aber noch keine Aussicht für ein Ergebnis. Dazu bedarf es noch unserer langen, aufmerksamen, befruchtenden Begleitung.

Für den Frieden in Europa ist das Verhältnis der Weltmächte entscheidend, aber nicht allein. Wir sind die Hauptbetroffenen, Sie, wir, die Polen, die Tschechen und andere. Wir haben ein Recht, mitzureden und anzumahnen. Wir haben den Nichtverbreitungsvertrag erfüllt, und wir haben das Recht zu verlangen, daß die Weltmächte ihn auch erfüllen, wie dies in Artikel VI[11] verankert ist.

Die sowjetischen Mittelstreckenraketen haben mich persönlich seit Jahren tief beunruhigt. Ich sehe keine konkrete Kriegsgefahr, befürchte nicht, daß ein Druckknopf gedrückt wird. Aber diese Waffen sind ein politisches Pressionsmittel ersten Ranges. Wir erinnern uns auch gut an 1956[12], wie solche Dinge praktisch angewendet werden.

Die Sowjetunion hat ungefähre strategische und globale Parität erreicht; als klassische Landmacht hat sie sich eine erstklassige Flotte geschaffen; ihre konventionelle Überlegenheit zu Lande hat sie zumindest aufrechterhalten. Der Nachrüstungsbeschluß[13] entspricht nicht etwa einer in Washington konzipierten Politik, die auf Überlegenheit gerichtet wäre. Der Beschluß ist in der Sache richtig. Wir sind gegen ein Anstreben militärischer Überlegenheit.

Was die beiden Weltmächte tun, steht nicht im Widerspruch zum SALT-II-Vertrag[14], der allerdings nicht ratifiziert ist. Die sowjetischen Mittelstreckenraketen wären mit SALT II zu vereinbaren, ebenso die amerikanische Rüstung. Die Unterbrechung des SALT-Prozesses ist ein Unglück für die Welt. Außerdem gilt: Was von SALT bisher nicht abgedeckt war, darf in Zukunft nicht unabge-

8 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

9 Korrigiert aus: „8".
Für den Wortlaut von Ziffer 7 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 153.

10 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

11 Für den Wortlaut von Artikel VI des Nichtverbreitungsvertrags vom 1. Juli 1968 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 790.

12 Nach dem Austritt Ungarns aus dem Warschauer Pakt intervenierten am 4. November 1956 sowjetische Truppen.

13 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

14 Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.
Zur Aussetzung des Ratifizierungsverfahrens im amerikanischen Senat vgl. Dok. 13, Anm. 27.

deckt bleiben. Wir haben gestern abend über diese Grauzonenwaffen gesprochen; es war in Aussicht genommen, diese in SALT III zu regeln. Wir haben unsere Bündnispartner auch in internen Gesprächen darauf hingewiesen, daß wir ein Anrecht auf die Erfüllung des Nichtverbreitungsvertrages haben; unser Wunsch ist, daß Sie ein Gleiches tun. Wir haben unsere Verpflichtungen erfüllt, die Weltmächte nicht. Es gibt viele Schwierigkeiten, die dagegenstehen, daß ein vereinbartes Gleichgewicht hergestellt wird.

Wir sind bereit zur nachbarschaftlichen Zusammenarbeit: Gegenseitige Mäßigung und Zurückhaltung sind bei der Wahrnehmung eigener Interessen dringend notwendig. Ich habe Ihnen gestern schon gesagt und möchte es heute angesichts Ihrer Kollegen und Mitarbeiter noch mal sehr deutlich machen, daß meine Absicht, Sie zu besuchen – und meine Erwartung, daß Sie anschließend mich besuchen –, in meiner Vorstellung als ein Stein in einem Mosaik anzusehen sind.

Das muß zu vernünftigen nachbarschaftlichen Beziehungen in Europa führen, später zu guten nachbarschaftlichen Beziehungen, gegebenenfalls zu einem wirklichen Miteinander.

Daß es mehrere deutsche Staaten gibt, passiert in der Geschichte nicht zum ersten Mal.

GS Honecker: Das ist wahrlich wahr.

Trotzdem müssen die Deutschen aus verschiedenen Ländern gut miteinander auskommen wollen. Auswärtige Mächte haben dabei auch früher schon eine große Rolle gespielt. Es ist in unserer Geschichte nun einmal so, daß es nicht nur die zentripetalen Kräfte, sondern auch die zentrifugalen Kräfte gibt. Wir sind in diese besondere geographische Position gestellt, die wir nicht ändern können.

Es ist eine bemerkenswerte Sache, daß wir beide unabhängig voneinander und öffentlich erklärt haben, daß von deutschem Boden kein weiterer Krieg ausgehen dürfe. Ich und die von mir geführte Bundesregierung haben den sehr weit gespannten guten Willen, zu dem oben erwähnten Mosaik beizutragen; wir möchten gutwillige Partner für jedermann sein, der selbst zur Stabilität und zum Frieden und zur Sicherheit in Europa beiträgt. Bisweilen verwende ich in diesem Zusammenhang den Ausdruck „Sicherheitspartnerschaft“. Dafür gibt es schon Meilensteine: die Mittelstreckenverhandlungen, die Konferenz von Helsinki[15] und jetzt die Nachfolgekonferenz von Madrid[16]; besonders wichtig ist die Vertrauensbildung.

BK weist dann darauf hin, daß die Bundesminister Franke und Graf Lambsdorff noch zu ihren jeweiligen Fachgebieten sprechen möchten. Er wolle noch zur wirtschaftlichen Lage in der Welt und zu den bilateralen Beziehungen Bemerkungen machen.

Die weltwirtschaftliche Lage ist in dem ganzen 70er und 60er Jahrzehnt nicht so gefährlich gewesen wie jetzt. Ursache ist die Duplizität von schneller Geldvermehrung und schneller Ölpreiserhöhung (was eine Erhöhung des Gas- und

15 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

16 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz vgl. Dok. 381.

Kohlepreises zur Folge gehabt habe). Außerdem sind zusammengetroffen: hohe Zinsen und hohe Zahlungsbilanzdefizite. Das gilt nicht nur für die Europäische Gemeinschaft, sondern auch für weite Teile des RGW. Die damit geschaffene Situation ist akzentuiert worden in der Sowjetunion durch Lieferausfälle aus Polen und drei schlechte Ernten, im Westen durch gravierende ökonomische Fehler, zum Teil der Regierungen, zum Teil der Sozialpartner, zum Teil der Unternehmensleitungen.

Generalsekretär Breschnew hat bei unseren Gesprächen auf die erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Sowjetunion hingewiesen. Er hat auch gesagt, man soll dabei nicht schadenfroh mit Fingern aufeinander zeigen, sondern versuchen, sich gegenseitig zu helfen.

Wir haben versucht, Polen zu helfen. Wir haben in einem sehr kurzen Zeitraum 1,6 Mrd. DM aufgewandt. Unsere Hilfsfähigkeit ist nahezu erschöpft. Die Lage sieht nicht sehr hoffnungsfreudig aus. Wir können nicht mehr tun.

Auch wir sind in Schwierigkeiten. Wir haben 1,5 Millionen Arbeitslose. Das ist eine ganze Menge, etwa in der Größenordnung wie 1928. Nach 1928 kamen die Ereignisse von 1929 und 1930. Sicher hinken wirtschaftliche Vergleiche und besonders wirtschaftsgeschichtliche Vergleiche. Aber es gibt noch viele Menschen, die sich an diese Zeit erinnern!

Ein entscheidender zusätzlicher Faktor der Depression von 1930 war die Rücksichtslosigkeit, mit der damals jeder versuchte, sich selbst und seine eigene Haut zu retten. Die Briten sagen, eine „beggar my neighbour policy". Dies wird heute einigermaßen vermieden, weil es nicht so leicht ist, in Wirtschaftsgemeinschaften wie dem RGW, der EG, dem GATT, dem Weltwährungsfonds und dergleichen gegen die Regeln des Anstands zu verstoßen. Trotzdem sind die Gefahren, denen wir uns gegenübersehen, nicht klein. Sie wären noch geringer, wenn wir besser zusammenarbeiten würden.

Vor drei Jahren haben wir ein 25jähriges Abkommen über wirtschaftliche Kooperation mit der Sowjetunion[17] geschlossen, und zwar nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Es war eine Idee von Herrn Breschnew, die wir ausgestaltet haben. Inzwischen zeigt sich, daß sich sehr interessante Dinge verwirklichen lassen. Ein Beispiel ist das Gasabkommen mit der Sowjetunion[18], zu dem Sie freundlicherweise im Hinblick auf Berlin auch beigetragen haben.[19] Die Sowjetunion wird aus diesem Abkommen in 18 Jahren etwa 100 Mrd. DM Devisen einnehmen. Dieses große Geschäft dient dem gegenseitigen Vorteil und ist ein gutes Beispiel für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ich würde es begrüßen,

17 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

18 Zur Unterzeichnung eines Vertrags über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik am 20. November 1981 vgl. Dok. 339, Anm. 4.

19 Der Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR, Schalck-Golodkowski, überreichte Staatssekretär Bölling, Ost-Berlin, am 19. November 1981 folgenden Text: „Es besteht Übereinstimmung mit der Regierung der DDR, daß Berlin (West) in die Lieferung von Erdgas aus der UdSSR einbezogen wird und die notwendigen Verhandlungen zur Klärung aller damit zusammenhängenden Fragen erfolgen werden." Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Kastrup vom selben Tag; Referat 210, Bd. 132521.

wenn wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten wesentlich ausweiten könnten. Beide oben genannten Motive spielen für mich dabei eine Rolle.

Als letzten Absatz der Einleitung möchte ich zu den bilateralen Beziehungen Stellung nehmen:

Wir hatten eine Phase von Rückschlägen in der letzten Zeit.

Ich bin nicht nur wegen der Absage von Besuchen, sondern weil wir uns auf die Zuverlässigkeit von Gesprächen verlassen haben, persönlich sehr enttäuscht, daß die Mindestumtauschsätze von 1974 nicht gehalten wurden.[20] Ich habe damit nicht gerechnet. Alles, was an materiellen Folgen eingetreten ist, die Belastung von Rentnern, sozial Schwachen und Familien mit Kindern, ist eine Tatsache, die zur Enttäuschung von Vertrauen geführt hat. Dies ist eine ganz wichtige Sache. Ich möchte ganz freimütig sagen, das Wichtigste in internationalen Beziehungen ist, daß unsere Partner in West und Ost sich auf das verlassen können, was abgemacht war, auch wenn es nicht vertraglich war. Daß wir kalkulierbar und vorhersehbar sind, ist eine der wichtigsten Sachen. Ich will das hier nicht vertiefen. Sie werden andere Klagen haben und auf andere Sachverhalte hinweisen.

Der Reiseverkehr sollte sehr wichtig genommen werden. Es gibt eine andere, bessere Praxis in den anderen sozialistischen Ländern, z. B. in Ungarn und in der ČSSR. Eine solche Praxis entschärft vieles. Das müßte auch zwischen uns möglich sein.

Ich bin dankbar über die erfreuliche Entwicklung bei der Familienzusammenführung und Häftlingsentlassung.

Wir wollen hier nicht eine Kette von Beschwerden aufführen. Wir wissen auch, daß wir manches anders machen würden, wenn wir nicht allein auf der Welt wären.[21] Das Wichtigste ist, daß wir jeweils unsere Kollegen im Kabinett oder anderen Gremien in Richtung von mehr Zusammenarbeit beeinflussen.

Die Grundlage hierfür ist im Grundlagenvertrag[22], Berliner Abkommen[23] oder anderen Vereinbarungen. Diese Berufungsgrundlagen sind auszufüllen. Wir können beide nicht gegen die Verträge handeln, in die wir eingebunden sind.

Ich hoffe, daß wir Beziehungen verbessern können, ich hoffe, daß wir dadurch zur Verbesserung der Weltlage beitragen können. Ich bin willens.

Wir spielen beide unsere Rolle in unseren Bündnissen herunter.

20 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

21 So in der Vorlage.

22 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

23 Für den Wortlaut des Abkommens vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung vom 16. August 1960 mit Anlagen vgl. BUNDESANZEIGER Nr. 32 vom 15. Februar 1961, Beilage, S. 1–11.
Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

Dennoch haben wir Gewicht in unseren Bündnissen. Wir haben Anspruch auf dieses Gewicht. Wir sind gegenüber unseren Menschen verpflichtet, dieses geltend zu machen. Ich gehe davon aus, daß niemand mit dem Gedanken spielt, daß ein Krieg geführt werden könnte; aber in manchen Krieg schlittert man hinein, deshalb bin ich für Frieden.

Der Bundespräsident, Karl Carstens, hat mich gebeten, Ihnen Grüße zu übermitteln. Er erinnert sich gern an das Gespräch mit Ihnen in Belgrad[24]. Ich möchte hier berichten, daß wir gestern noch weitere Grüße ausgetauscht haben.

Sicher ist, daß viele Millionen Deutsche in Ihrem Staat und in unserem Staat mit großer Anteilnahme darauf achten, ob „die beiden es miteinander können". Ich hoffe aufrichtig, daß wir den Menschen Hoffnung geben auf Frieden und auf die Verbesserung der Nachbarschaft. Wir haben noch keine gute normale Nachbarschaft miteinander. Ich hoffe jedoch, daß wir bald eine vernünftige, vielleicht auch später eine normale Nachbarschaft haben werden.

Ich habe alle meine Ausführungen ohne ein Papier gemacht, um Sie spüren zu lassen, was ich meine.

Honecker: Ich danke für Ihre Ausführungen, die ich mit großem Interesse verfolgt habe. Ich habe mit Freude festgestellt, daß wir bei den Fragen, die gegenwärtig die Menschheit bedrücken, bereits Übereinstimmungen aufweisen.

Ich danke für die Grüße, die Sie mir von Bundespräsident Carstens übermittelt haben und für die Grüße von Ihren Freunden aus den beiden Fraktionen, die ich in der Schorfheide empfangen habe.[25] Offensichtlich ist es so, daß die Bürger in beiden deutschen Staaten, nämlich der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, von unserem Treffen Zeichen der Hoffnung erwarten. Allein die Tatsache, daß wir uns treffen, berechtigt zur Hoffnung. Sie können darauf vertrauen, daß wir den Wunsch haben, zur guten Nachbarschaft zu kommen. Das ist schon festgelegt im Grundlagenvertrag. Nicht alle Erwartungen haben sich erfüllt – aus verschiedenen Gründen. Trotzdem sind tiefgreifende Wandlungen eingetreten.

Die internationale Lage ist nicht erfreulich. Die besorgniserregenden Elemente treten täglich mehr in Erscheinung. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges war der Friede noch nie so stark bedroht. Wir sind verpflichtet, Auswege aus der Konfrontation zu suchen und das Gewicht unserer Staaten in die Waagschale des Friedens zu legen. Dies ist der Wunsch der DDR.

Es wäre verantwortungslos, ein Überschreiten der Schwelle zwischen Frieden und Krieg als unausweichlich anzusehen.

24 Zum Gespräch am 8. Mai 1980 in Belgrad am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den am 4. Mai 1980 verstorbenen Staatspräsidenten Tito vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 788.

25 Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner und der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick hielten sich am 30./31. Mai 1973 in der DDR auf.
Mischnick traf mit dem LDPD-Vorsitzenden Gerlach am 31. Mai 1973 in Ost-Berlin zusammen. Am selben Tag führten er und Wehner Gespräche mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Honecker, am 31. Mai 1973 in der Schorfheide. Zu den Gesprächen vgl. auch BONN UND OST-BERLIN, S. 276–291. Vgl. dazu ferner DEUTSCHLANDPOLITIK IN DER KRISE, S. 616–627, und DzD VI/3, S. 156–163.

Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik können große Beiträge zur Gesundung der internationalen Lage leisten. Die Deutsche Demokratische Republik stellt sich uneingeschränkt dieser Aufgabe zusammen mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Wir haben die Aufgabe, einen Kernwaffenkrieg zu verhindern und den Ausbau dieser Waffen zu vermeiden. Mittel zum Abbau der Konfrontation gibt es; man muß sie nur gebrauchen.

Unser Treffen ist ein Teil dessen, was man jetzt tun muß; d.h., miteinander sprechen und sich bewußt darum bemühen, daß die Lage berechenbar bleibt.

Wir haben unterschiedliche Auffassungen über die Ursachen der gegenwärtigen Lage. Wir dürfen eine Rückkehr zum Kalten Krieg nicht zulassen. In dieser Ansicht fühlen wir uns durch den Verlauf des Treffens zwischen Leonid Iljitsch Breschnew und Ihnen in Bonn bestätigt. Wir sind ebenfalls entschlossen, unseren Beitrag zur internationalen Entspannung und zur Fortführung der Entspannungspolitik zu leisten. Nicht zufällig haben wir an der Jahreswende 1979/80 die verantwortlichen Staatsmänner gemahnt, kühles Blut zu bewahren.[26]

Aus Ihrer telefonischen Unterrichtung[27] über die Gespräche zwischen der sowjetischen Führung und der Führung der Bundesrepublik Deutschland ging auch hervor, daß diese Staaten verschiedene Interessen haben. Gleichwohl haben beide ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens in Übereinstimmung mit dem Willen der Völker. Wir haben in der Tat ein Recht aus einem Vertrag, daß abgerüstet wird, und zwar im atomaren Bereich. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sind nicht im Besitz atomarer Waffen. Wir haben uns nach dem Nichtverbreitungsvertrag verpflichtet, solche nicht zu produzieren noch weiterzuleiten. Wir haben ein Recht darauf, daß abgerüstet wird. Die jüngste Entscheidung der Vereinten Nationen über die Ächtung von Atomwaffen[28] ist auch eine Verurteilung der sogenannten Erstschlag-Theorie.

Wir haben beide die Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika begrüßt. Ich schätze Ihren persönlichen Anteil am Zustandekommen dieser Verhandlungen hoch ein, obwohl dieser Tage Außenminister Haig das Erstgeburtsrecht in Anspruch genommen hat. (BK: Es ist selten, daß mehrere Väter die Vaterschaft für ein Kind reklamieren.) Ich betone Ihren Anteil. (BK: Vielen Dank!) Ich habe das noch nicht in einer Pressekonferenz gesagt, aber ich bin bereit, dies auch öffentlich zu sagen.

Bis jetzt fehlt der Weltöffentlichkeit jeder Beweis für den Willen der USA, bei den Genfer Verhandlungen zu einem Ergebnis zu kommen. Die USA haben beschlossen, 460 Mrd. Mark in ihre Rüstung zu investieren. Wohin soll das füh-

26 Vgl. dazu die Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, beim Neujahrsempfang für das Diplomatische Korps am 10. Januar 1980 in Ost-Berlin; HONECKER, Reden, Bd. 7, S. 90 f.
Vgl. dazu ferner die Rundfunk- und Fernsehrede des Bundeskanzlers Schmidt am 31. Dezember 1980; BULLETIN 1980, S. 2.

27 Für das Telefongespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vom 25. November 1981 vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 633–636.

28 Vgl. dazu die Resolution Nr. 36/92 I der VN-Generalversammlung vom 9. Dezember 1981; UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 292 f.

ren? Die USA können nicht glauben, damit Eindruck auf die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu machen; sie können nicht damit rechnen, durch Ausgabe solcher Summen militärstrategische Überlegenheit über die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu erlangen. Wir lassen mit uns nicht aus einer Position der Stärke reden. Es geht darum, daß die USA-Administration öffentlich verkündet, sie wolle militärische Überlegenheit erlangen. Das wird nicht möglich sein; aber die Lage wird verschärft.

Der Nachrüstungsbeschluß der NATO mit dem Ziel, militärische Überlegenheit zu schaffen, bringt nicht mehr Sicherheit, sondern führt zur Gefahr einer Selbstvernichtung der Menschheit. Das ist keine Angstmacherei. Die Völker, insbesondere die Jugendlichen und die Frauen, bringen zum Ausdruck, daß abenteuerliche Politik Angst einflößt. Es geht nicht um unsere Generation! Wir haben dem Tod mehrfach ins Auge geschaut. Es geht um unsere Frauen, Kinder, Enkel.

Jede Sicherheitspolitik, die die Vernichtung der Menschheit ins Kalkül einbezieht, hört auf, Sicherheitspolitik zu sein.

Die Sowjetunion und ihre Verbündeten sind nicht dafür, daß die Entwicklung in diese Richtung geht. Gegenseitig annehmbare Vereinbarungen über Kernwaffen müssen dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit entsprechen und der Sicherheit beider Seiten Rechnung tragen. Von diesen Positionen geht die Sowjetunion in Genf aus. Um der Aufrüstung auf nuklearem Gebiet vorzubeugen, hat Leonid Breschnew in Abstimmung mit seinen Bündnispartnern den Vorschlag eines Moratoriums der Stationierung zusammen mit der Reduzierungsbereitschaft bereits existierender Mittelstreckenwaffen für die Zeit der Verhandlungen miteinander verbunden.[29]

Die Sowjetunion ist bereit, einen gewichtigen Teil ihrer Mittelstreckenraketen einseitig zu reduzieren, falls die andere Seite einem solchen Moratorium zustimmt.

Wie Sie wissen, hat Generalsekretär Breschnew sich nicht nur für eine Begrenzung, sondern auch eine radikale Reduzierung dieser Waffen eingesetzt. Die Sowjetunion möchte dutzende, ja hunderte solcher Träger – und nicht nur Träger, sondern auch Sprengköpfe – reduzieren; auch etappenweise, wenn solche Etappen so ausgearbeitet werden, daß sie für keine Seite nachteilig sind.

Die Systeme Frankreichs und Großbritanniens brauchen nicht erheblich reduziert zu werden; aber bei dem Gesamtkräftegleichgewicht müssen sie berücksichtigt werden.

Die Sowjetunion hat auch einen vollen Verzicht, in West und Ost, auf alle Arten von Mittelstreckenwaffen vorgeschlagen, die auf Objekte in Europa gerichtet sind. Wir sind für eine echte Null-Lösung und wollen kein Euroshima. Wenn es um eine echte Null-Lösung geht, dann müssen alle Waffen mittlerer Reichweite und auch die taktischen Waffen, die für den Einsatz in Europa bestimmt sind, eingeschlossen werden.

29 Vgl. dazu die Tischrede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981; BULLETIN 1981, S. 966–968. Vgl. dazu ferner Dok. 341.

Wir müssen versuchen, durch beiderseitig annehmbare Kompromisse zu Lösungen zu kommen, die das Schlimmste verhindern. Wir wollen im Interesse aller Deutschen, aller Europäer, ja der ganzen Menschheit dazu unseren Einfluß bei unseren Bündnispartnern ausüben – wir tun das selbstverständlich –; beim Kreml würden wir dabei offene Türen einrennen. Dies wird sich in wenigen Tagen erneut bestätigen, wenn ich erneut mit Breschnew zusammentreffen werde.[30]

Wir hoffen, daß die Bundesrepublik Deutschland für die Verhandlungen gute Impulse gibt – wie ich das auch Ihren Ausführungen entnommen habe. Genf darf kein Vorwand dafür werden, weiter rüsten zu können. Verbinden Sie Ihr Schicksal nicht mit der Stationierung! Nehmen Sie weiter Einfluß auf die USA und in Europa, damit eine Stationierung nicht in Frage kommt. Wir müssen alle Kräfte darauf konzentrieren, daß kein neuer Krieg in Europa entstehen kann. Jetzt ist unser Wille gefordert, wirklich zu realen Ergebnissen zu kommen. Falls die USA keine Bereitschaft zu solchen Ergebnissen zeigen, dann ist dem Doppelbeschluß die Grundlage entzogen. Die Wiederherstellung einer normalen internationalen Lage wird viel schwieriger sein, wenn der Doppelbeschluß verwirklicht, d. h., ab 1983 stationiert wird. Die Situation in Europa würde gefährlicher, als sie bisher schon ist. Es ist nicht im Interesse der Bürger der Bundesrepublik Deutschland, daß noch weitere Kernwaffen stationiert werden.

Die Sowjetunion – in Verbindung mit ihren Verbündeten – ist bereit, über alle Fragen gemäß dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu sprechen.

Die Argumente – auch von seiten der Bundesrepublik Deutschland – zur Begründung einer Vorrüstung der Sowjetunion sind der reichlich fragwürdige Versuch, von eigenen Rüstungsvorbereitungen abzulenken. Das ist allen deutlich geworden; denn selbst in den USA trifft die amerikanische Aufrüstung auf Widerstand von Persönlichkeiten, die es wissen müssen.

Nicht die Sowjetunion hat den Zweiten Weltkrieg entfesselt. Es waren deutsche Panzer und Truppen, die in Belgien, Niederlande, Frankreich, Tschechoslowakei und in die Sowjetunion eingefallen sind, gerade mit der Lüge von der Bedrohung durch die Sowjetunion. Das Märchen von der Vorausrüstung kann zum Krieg führen.

Bei Verwirklichung des Doppelbeschlusses würde das westliche Übergewicht um das Eineinhalbfache erhöht. Zudem sind die neuen Raketen der USA strategische Waffen, mit fünf bis sechs Minuten Vorwarnzeit. Diese Waffen würden die strategische Situation in Europa wesentlich verändern, zumal die amerikanischen Raketen die Sowjetunion erreichen, aber sowjetische Raketen nicht das Territorium der USA. All dies ist eindeutig gerichtet auf die Schaffung einer Erstschlagkapazität. Diese Waffen sollen einen begrenzten Kernwaffenkrieg möglich und vielleicht gewinnbar machen. Das Ergebnis ist die Vergrößerung der Gefahr eines Atomkrieges. Was das bedeutet für dicht besiedelte Gebiete wie die der deutschen Staaten, für die anderen Staaten Europas und die USA kann sich jeder ausmalen. Warum handelt die Bundesregierung gegen

[30] Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, hielt sich am 18./19. Dezember 1981 anläßlich des 75. Geburtstags des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der UdSSR auf.

vitale eigene Interessen, indem sie ihr Land zur Startrampe von US-Raketen macht? Wir haben noch keine einleuchtende Begründung dafür gehört.

Die neuen Raketen mittlerer Reichweite können zu einem neuen Weltkrieg führen. Ähnliches gilt für die Neutronenwaffe.

Es gibt Wege, diese Gefahren zu beseitigen. Immer mehr Menschen werden aus Sorge um den Frieden aktiv; selbst in den USA wenden sich die Menschen gegen eine Sicherheitspolitik, die alles zerstören würde. Diese Bewegung ist eine große Hoffnung für die Menschheit.

Die Stationierung neuer Raketen würde unausweichlich die Sowjetunion zu militärischen Gegenmaßnahmen veranlassen, was nicht ohne Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten bleiben könnte. Das sollte uns bestärken, solcher Entwicklung entgegenzuwirken. Gute Nachbarschaft kann nicht im Schatten neuer Nuklearraketen gedeihen. Wir wollen diese verhängnisvolle Entwicklung nicht. Wir wollen keine Hochrüstung, die gegen das Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit gerichtet ist. Wir wollen nicht, daß Europa in einen neuen Krieg gestürzt wird.

Wir dürfen das Vertragssystem nicht aufs Spiel setzen. Dies ist die Grundlage für ein Geflecht beiderseitig vorteilhafter Beziehungen; auch zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Wir wollen diese positive Seite ausnutzen, um unsere Beziehungen auch weiterhin zu entwickeln. Zur Politik der friedlichen Koexistenz und der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung gibt es keine vernünftige Alternative. Unsere zentrale politische Aufgabe ist, die Verschärfung der internationalen Spannungen zu überwinden und eine Gesundung herbeizuführen.

Wenn es sich darum handelt, einen Krieg in Europa zu verhindern, liegt die Verantwortung beider deutscher Staaten auf der Hand. Von ihrer Haltung hängt die europäische Entspannung ab. Was die DDR und die BRD zur Friedenssicherung tun können, das hängt von der Lage ab.

In unseren Gesprächen haben sich Anhaltspunkte für die Richtung ergeben, in die wir uns bewegen können. Dies ist die Kernfrage unserer Begegnung, auch ohne andere Themen ausklammern zu wollen. Die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik Deutschland sollten parallel handeln, wenn es um das höchste Gut der Menschheit geht. Wir müssen den Strom der internationalen Entwicklung wieder in die Ufer der Entspannung lenken.

Wir stimmen darin überein, daß nie mehr Krieg von deutschem Boden ausgehen sollte. Daraus ergibt sich die Pflicht, aktiv für Frieden und Abrüstung einzutreten. Aus der telefonischen Unterrichtung, die Sie mir nach dem Breschnew-Besuch gegeben haben, glaube ich entnehmen zu können, daß wir beide zu dieser Pflicht stehen.

Politische Entspannung und militärische Entspannung ergänzen und stabilisieren einander. Wer ein ungefähres militärisches Gleichgewicht bewahren und einseitige Veränderungen vermeiden will, der muß auf die Stationierung von US-Raketen verzichten.

Beide Staaten könnten insbesondere zu den folgenden Bereichen Beiträge leisten:

– Ernsthafte und substantielle Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA über Kernwaffen mittlerer Reichweite, damit in möglichst kurzer Zeit greifbare Ergebnisse zustande kommen, damit auf Stationierung verzichtet werden kann;
– ein Moratorium entsprechend den Vorschlägen Leonid Breschnews – die man selbstverständlich ergänzen kann;
– Verzicht auf die Neutronenwaffe entsprechend dem Vorschlag, den die DDR im Genfer Abrüstungsausschuß eingebracht hat;
– Ächtung von Kernwaffen entsprechend dem Vorschlag, den die Sowjetunion in die Vereinten Nationen eingebracht hat;
– Fortsetzung des SALT-Prozesses; die Nichtratifizierung von SALT II hat zur Schwächung der internationalen Lage beigetragen; deshalb muß der SALT-Prozeß fortgeführt werden, auch wenn gewaltige Anstrengungen dazu erforderlich sind;
– Einberufung einer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen als erster Schritt zur Vertrauensbildung;
– der Abschluß eines ersten Abkommens in den Wiener Verhandlungen[31] unter Ausklammerung aller strittigen Fragen;
– eine Vorbereitung der zweiten SGV[32] durch das Genfer CD, wobei insbesondere zu berücksichtigen wären:
  – nuklearer Ersteinsatz,
  – Neutronenwaffe,
  – chemische und bakteriologische Waffen,
  – Sicherheiten durch negative Sicherheitsgarantien.

  Die DDR verfügt bereits über ein umfassendes Abrüstungsprogramm zusammen mit der Sowjetunion.
– Kernwaffenfreie Zone und eine Ächtung der Kernwaffen; es soll dabei allen Schutz garantiert werden, die über keine Kernwaffen verfügen und auf deren Territorium keine lagern. Vor allem angesichts der gefährlichen Planspiele über Erstschläge ist eine Unterstützung des sowjetischen Vorschlags über den Ersteinsatz von Kernwaffen[33] angebracht. Jede Zusammenarbeit hier könnte auf positive Reaktionen in der DDR und bei allen Warschauer-Pakt-Führern rechnen.

Über Entspannung und Rüstungsbegrenzung sollten wir Konsultationen auf angemessener Ebene führen, z. B. auf der Ebene der Außenminister, deren Stellvertreter usw.

Jetzt möchte ich mich den bilateralen Punkten zuwenden:

31 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 372.

32 Die zweite VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4069 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 16. Juli 1982; AAPD 1982.

33 Vgl. dazu die Rede des sowjetischen Außenministers Gromyko vor der VN-Generalversammlung am 22. September 1981 in New York; Dok. 334, Anm. 23.
Die von der UdSSR eingebrachte Resolution Nr. 36/100 wurde von der VN-Generalversammlung am 9. Dezember 1981 verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 304 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 258.

Obwohl dies hier und dort nicht selten anders bewertet wird: Die Beziehungen zwischen unseren Staaten sind in den letzten zehn Jahren besser als ihr Ruf. Ich brauche dies hier nicht zu belegen. Ich habe hier eine umfangreiche Mappe mit Unterlagen. Ich bin überrascht über den Umfang des Vertragssystems und das Ausmaß des Dialoges und auch über die Ergebnisse in humanitären Fragen. Allein seit 1973 sind 86000 Bürger aus der DDR ausgereist. In diesem Jahr sind bis Ende November 12000 Ausreisegenehmigungen erteilt worden. Hier hat sich etwas bewegt. Das hat es noch nicht gegeben. In den vergangenen zehn Jahren ist eine tiefgreifende Veränderung in unseren Beziehungen eingetreten. Herr Bundeskanzler, Sie haben von Rückschlägen gesprochen. Gut, die gab es, für Sie und für uns. Aber die Beziehungen haben sich dennoch grundlegend zum Guten gewendet. In Übereinstimmung mit unseren Verbündeten kann ich erklären, daß die DDR bereit ist, weitere Schritte zur Normalisierung der Beziehungen zu tun und zum Verhältnis guter Nachbarschaft zu kommen. Wir können dies nicht anders als nach den internationalen Normen des internationalen Lebens, daß heißt in Anerkennung der Souveränität.

Die Konstruktion von Sonderbeziehungen ist ausgeschlossen. Hier handelt es sich um Ballast. Es wäre zweckmäßig, diesen Ballast loszuwerden.

Wir rechnen mit der Bereitschaft der Bundesrepublik Deutschland, prinzipielle Fragen zu lösen. Ohne deren Lösung ist mit wesentlichen Fortschritten in den von Ihnen angestrebten Punkten nicht zu rechnen. Wir sind unverändert dafür, die Beziehungen so zu gestalten, daß von ihnen keine zusätzlichen Belastungen für die internationale Lage ausgehen. Die Bedeutung unserer Beziehungen geht über unser bilaterales Verhältnis weit hinaus und umgekehrt: Unsere Beziehungen bleiben nicht unberührt von der internationalen Lage. Aber wir sind bereit, die Auswirkung der internationalen Lage auf unsere Beziehungen so gering wie möglich zu halten.

Auf diese Wechselbeziehungen habe ich schon mehrfach hingewiesen. Unsere Beziehungen sind ein Beitrag zur Gesundung der internationalen Lage.

Von beiden Seiten ist es anerkannt, daß es sich bei unseren Staaten um Völkerrechtssubjekte handelt. Die Bundesrepublik Deutschland sollte daraus die entsprechenden Schlußfolgerungen ziehen. Es darf keine politischen Junktims geben und keine Vorbedingungen. Offene Fragen sollten nicht ausgeklammert werden. Die Entschuldigung, daß es unterschiedliche Rechtsauffassungen gebe, ist nicht akzeptabel. Für diese Beziehungen gilt das internationale Recht, wie Sie in Ihrem Brief[34] dargelegt haben. Die DDR will die Vertragspolitik weiterführen. Dafür sind die Prinzipien des Grundlagenvertrages eine gute Voraussetzung.

Für uns sind folgende Punkte wichtig:

Die Nichteinmischung ist ein ganz wesentlicher Punkt. Wir sind dazu verpflichtet, nach dem Grundlagenvertrag und aufgrund der Schlußakte von Helsinki. Die Nichtbeachtung dieses Grundsatzes führt zu Rückschlägen.

34 Für den Wortlaut des Schreibens des Bundeskanzlers Schmidt vom 24. Juli 1981 an den Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, vgl. BONN UND OST-BERLIN, S. 580 f.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Weigerung, die Staatsbürgerschaft der DDR[35] zu respektieren. Ich betone ausdrücklich: respektieren; denn sie ist gegeben, sie ist international anerkannt. Damit steht es im Widerspruch zum Völkerrecht, wenn die Staatsbürgerschaft negiert wird. Es gibt zwei Staaten, folglich gibt es auch Bürger der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Die Staatsbürgerschaft der DDR ist kein Verhandlungsgegenstand. Wir erwarten, daß sie vorbehaltlos respektiert wird.

Dies bedeutet, daß der Begriff „Bürger der DDR" in Rechtshilfeersuchen verwendet wird und daß es keine Einziehung von DDR-Pässen gibt.[36]

Die Rückführung von Jugendlichen sollte auf der Basis der Gegenseitigkeit geschehen. Ich schlage den Abschluß einer Vereinbarung vor. Als Form stelle ich mir verbindliche Erklärungen vor, künftig Minderjährige ohne Vorbedingungen zurückzuführen. Wir machen dies so. Die Bundesrepublik Deutschland macht dies unterschiedlich.

Als weitere Punkte nenne ich die Erfassungsstelle Salzgitter[37] und die Ausstellung von vorläufigen Reiseausweisen bei zeitweiligem Aufenthalt von Bürgern der DDR in der Bundesrepublik Deutschland und die Ausstellung von Reisepässen an Bürger der DDR durch Botschaften der Bundesrepublik Deutschland in dritten Staaten. Die Ständigen Vertretungen sollten in Botschaften umgewandelt werden. Botschafter sollten ausgetauscht werden. Dies ist ein wichtiger Schritt. Die Leiter der Ständigen Vertretungen sollten den Titel Botschafter erhalten, wie dies bei uns geschehen ist.

Von der Grenzkommission ist nützliche Arbeit geleistet worden. Diese sollte auch für die Grenze im Elbe-Abschnitt[38] fortgeführt werden. Es gibt allen Grund, dies zu regeln, und zwar für beide Seiten. Aus dem Jahre 1975[39] gibt es ein abgestimmtes Protokoll zum Grenzverlauf im Elbe-Abschnitt. Dies ist eine gute Grundlage. Hiermit würden die Wege freigemacht werden für den Abschluß oder das Inkrafttreten anderer Vereinbarungen, z. B. eines Vertrages über die Binnenschiffahrt, über den Sportbooteverkehr und über den Fischfang. Notwendig ist es, eine politische Entscheidung nicht länger aufzuschieben.

Ein weiterer Punkt ist der Ausbau der politischen Beziehungen. Es ist schon sehr viel Positives geschehen. Ich denke vor allem an die Gespräche in Helsin-

35 Zur Debatte um eine Staatsangehörigkeit der DDR vgl. Dok. 18, Anm. 10 und 11.

36 Zur Einziehung von DDR-Pässen vgl. Dok. 26, Anm. 12.

37 Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 18, Anm. 9.

38 Zur Problematik des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe vgl. Dok. 18, Anm. 8.

39 Zum Protokollvermerk vom 15. Mai 1975 vgl. Dok. 77, Anm. 29.
Das Bundesministerium des Innern informierte am 18. Dezember 1981 über die Sitzung der Grenzkommission mit der DDR am 2./3. Dezember 1981 in Regensburg: „Die DDR bat erneut darum, auf der Grundlage der Festlegungen des Regierungsprotokolls konkrete Gespräche zur Festlegung des Grenzverlaufs aufzunehmen, die eine Übereinstimmung ermöglichen. […] Die DDR hob hervor, daß der gegenwärtige Stand – Wohlverhaltensklausel mit Verpflichtung beider Staaten zur Vermeidung von Schwierigkeiten – lediglich eine Ad-hoc-Regelung sei, die viele Unsicherheiten und Probleme in sich berge. […] Unsere Seite erwiderte, auch wir wollten noch einmal die Aufgabe der Grenzkommission bekräftigen, die noch nicht beendeten Arbeiten zum Elbe-Abschnitt weiterzuführen, und betonten, daß dies nicht nur für die Feststellung des Grenzverlaufs, sondern auch für die Arbeiten zur Regelung sonstiger mit dem Grenzverlauf in Zusammenhang stehender Probleme gelte. Wir betonten, die Schwierigkeiten, das von den ehemaligen Besatzungsmächten Vereinbarte festzustellen, bestünden unverändert fort." Vgl. Referat 210, Bd. 132536.

ki und Belgrad und an unsere telefonischen Kontakte; Ministerbesuche haben stattgefunden. Wir sollten diesen Dialog weiterführen. Wir sind für Arbeitstreffen der Außenminister in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, für offizielle Parlamentarierkontakte, für Minister- und Staatssekretärstreffen und für regelmäßige Konsultationen.

Im Transitverkehr gibt es einige offene Probleme. Wir erbringen große Leistungen, um die Anforderungen zu erfüllen. Von 1979 bis November 1981 gab es 57,5 Mio. Transitreisende. 1981 allein gab es 17 Mio. Reisende und 5,4 Mio. Pkws. Die Reisenden halten in der großen Mehrheit die Bestimmungen des Transitabkommens[40] ein. Trotzdem werden die Aktivitäten zum Mißbrauch fortgesetzt. Beide Seiten sollten Maßnahmen ergreifen, um dem Mißbrauch vorzubeugen, denn der Transitverkehr hat große menschliche und politische Bedeutung.

Im Kali-Abbau erwarten wir, daß es zu tragbaren Ergebnissen kommt.[41] Ich habe mit großer Aufmerksamkeit Ihre Darlegungen zur Wirtschaft verfolgt. Ich glaube, daß es in der Tat richtig ist, zu überlegen, wie wir den guten Handel stabilisieren und weiterentwickeln, und zwar zum gegenseitigen Vorteil. Die wirtschaftliche Lage in der Welt ist nicht rosig. Niemand hat Grund zur Schadenfreude. Die DDR steht nicht schlecht da. Wenn Sie sich in Berlin und in der Umgebung von Berlin umsehen, stellen Sie fest: Wer Geld hat, kann auch einkaufen gehen.

Bundeskanzler: Bei uns auch.

GS *Honecker*: Aber nicht in allen Staaten, z. B. in Polen. Die Sowjetunion beispielsweise helfe mit 5 Mio. Tonnen Rohöl. Aber ohne Arbeit geht es nicht. Das schafft uns Schwierigkeiten. Die Hochzinspolitik der USA hat uns auch getroffen, aber wir werden das verkraften. 360 Mrd. Mark beträgt unsere industrielle Warenproduktion, unser Nationaleinkommen beläuft sich auf 180 Mrd. DM. Wir haben eine Steigerungsrate von 5,5 %.

Unser Handel hat den hohen Stand von über zwölf Milliarden VE erreicht. Die DDR ist dafür, überholte Regelungen durch zeitgemäße Regelungen zu ersetzen. Die Struktur des Handels sollte verbessert werden. Die DDR ist bereit, Vorschlä-

40 Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. Dezember 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 7–13.

41 Referat 210 notierte am 29. Juni 1981 über die im September 1980 aufgenommenen Expertengespräche, die Kalibetriebe der DDR leiten jährlich mehr als 20 Millionen Kubikmeter Salzabwässer in die Werra und ihren Nebenfluß Ulsta ein, was „schwere ökologische und ökonomische Schäden" hervorrufe: „Bei den bisherigen Verhandlungen hat die DDR als Grundsatz erklärt, daß für sie nur solche Maßnahmen zur Reduzierung der Salzbelastung in Frage kämen, die keine Belastung der Volkswirtschaft der DDR darstellten, und erbat von der Delegation der Bundesrepublik eine grundsätzliche Zusage der Übernahme der etwaigen Finanzierungskosten. Von unserer Seite wird eine solche Zusage abgelehnt." Vgl. Referat 210, Bd. 132532.
Die Expertengespräche am 8./9. Dezember 1981 in Hannover ergaben folgendes: „Bisherige Expertenprüfung macht deutlich, daß geeignete technische Verfahren in den drei DDR-Kaliwerken eingeführt werden könnten, die eine wesentliche Reduzierung der Werra-Versalzung bewirken würden. Wesentliches Hindernis für schnelle Fortschritte in den Expertengesprächen sind jedoch die Höhe der erforderlichen Investitionen und die nach Umstellung höheren Betriebskosten." Vgl. das Fernschreiben Nr. 273 des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen vom 10. Dezember 1981; Referat 210, Bd. 132528.

ge zu weiteren langfristigen Vereinbarungen entgegenzunehmen. In folgenden Punkten sollte eine Änderung erfolgen: Kontingentierung, Einzelgenehmigungsverfahren, Preisprüfungsverfahren und kurzfristige Veränderung von Lieferquoten. Es ist an der Zeit, die Abwicklung des Handels durch die üblichen Institutionen vornehmen zu lassen, d. h. durch die Ministerien direkt oder durch die Ständigen Vertretungen. Die TSI ist ein Relikt aus längst vergangenen Zeiten.

Bundeskanzler: Sagen Sie dies wegen des Wortes?

GS *Honecker*: Ich sage dies wegen des Wortes. Eine Steigerung des Handels in den nächsten Jahren ist möglich. Auch der Import von Anlagen kommt in Betracht. Der Eindruck ist falsch, daß wir diese nicht in der Bundesrepublik kaufen. Voraussetzung ist, daß die Bedingungen für den Kauf denen anderer Staaten entsprechen. Weiterhin sollte die Exportstruktur verbessert werden. Wir schließen nicht aus, daß Formen für längerfristige Zusammenarbeit in Drittländern gefunden werden. Zur Beseitigung von Handelshemmnissen sollte die Bundesrepublik einige innerstaatliche Vorschriften ändern.

Der Swing ist gestern abend erörtert worden. Ich möchte hier nur sagen, daß die DDR bereit ist, eine bis zum 30.6. gültige Regelung zu treffen und im ersten Halbjahr 1982 eine Vereinbarung für die Zeit danach.[42]

Wir sind für ein Abkommen im Bereich Wissenschaft – Technik. Was die praktische Einbeziehung Berlins in den Austausch anbelangt, wird die DDR die Regelung akzeptieren, die die Bundesregierung mit der Sowjetunion trifft. Wir erwarten in diesem Zusammenhang auch die Regelung der noch offenen Patentfragen.

Illusionen sind kaum Ersatz für Realitäten. Wir können Schritt für Schritt vorwärtsgehen. Dies kann ich im Namen des Zentralkomitees, des Staatsrates und des Ministerrates erklären.

Die internationale Lage hat sich verschlechtert. Die bilateralen Beziehungen haben Gewicht als Faktor für Frieden und Stabilität in Europa. Handeln wir danach! Aus dem Gespräch mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, habe ich entnommen, daß wir in vielen Fragen übereinstimmen. Wir sollten aufeinander zugehen. Dies ist nicht immer leicht. In der Vergangenheit haben wir schwierige Fragen gelöst. Dies sollte auch in Zukunft möglich sein. Wir sollten versuchen, alles zu tun, dem Erreichten weiteres hinzuzufügen. Wir hoffen, daß das Treffen einen Anstoß gibt, weiterzukommen. Das Treffen gibt einen Anstoß und wird ein Beispiel für Europa sein.

Bundeskanzler: Damit Sie mich wirklich ganz verstehen, möchte ich zur Militärstrategie und zur Abrüstung noch zwei Bemerkungen machen.

Ich habe Angst vor den neuen sowjetischen Raketen, die dreimal mehr Sprengköpfe haben als die alten und damit dreimal mehr Ziele erreichen können. Ich empfinde dies als politische Bedrohung, als Drohung mit politischer Nötigung. Lange Zeit habe ich öffentlich nichts gesagt. Nur zu den Verbündeten habe ich gesagt, daß es keine Grauzone geben darf. Es war ein schweres Versäumnis,

42 Zur Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen des „Swing“ vgl. Dok. 355, Anm. 17.

daß die Grauzone vom SALT-Prozeß nicht erfaßt wurde. Nun sollen diese Waffen in Genf reduziert werden. Ich bin auch für den zweiten Teil des Doppelbeschlusses, der vorsieht, daß bis Ende 1983 stationiert wird, weil ich davon ausgehe, daß die Sowjetunion sonst nicht bereit wäre, effektiv zu verhandeln.

Die sowjetische Führung ist ernsthaft besorgt angesichts der möglichen Stationierung von Pershing II und landgestützten Marschflugkörpern. Ich finde, daß diese Sorge gerechtfertigt ist. Herrn Breschnew habe ich gesagt, ich verstehe Ihre Ängste, weil ich meine Ängste kenne. Die Stationierung der neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen ist eine schlimme Sache, die wahrscheinlich mehr wegen einer unzulänglichen Voraussicht des Prozesses, denn aus politischer Absicht geschehen ist.

Ich bin nicht der Urheber des Doppelbeschlusses; aber ich bekenne mich zu seinen beiden Teilen. Ich bin auch nicht der Urheber des Verhandlungsteils. 1979, als das ganze Konzept entwickelt wurde, war ich einer von vieren, die daran mitgearbeitet haben.[43] Lassen Sie mich noch einmal wiederholen: Ich empfinde angesichts der neuen sowjetischen Mittelstreckenraketen persönliche Angst. Ich glaube nicht, daß irgend jemand auf einen Druckknopf drücken will. Aber diese Waffen sind als politische Mittel einsetzbar.

Ich danke für die Anerkennung, die Sie dem deutschen Anteil am Zustandekommen der Verhandlungen in Genf gezollt haben.

Wir können beide beitragen zur Vertrauensbildung und in diesem Zusammenhang zum KSZE-Prozeß, der jetzt in Madrid fortgesetzt wird. Ich unterstreiche Ihren entsprechenden Hinweis. Allerdings meine ich, man sollte nicht gleich den ganzen oder den halben Atlantik ins Auge fassen. In Helsinki war davon nicht die Rede. Das sind politische Manöver, die dem Zustandekommen eines Ergebnisses in Madrid nicht förderlich sind.

Wir sind beide in der Pflicht! Zur Strategie des Gleichgewichts habe ich mich 1964 oder 1965 vor einem SPD-Parteitag geäußert[44] (Honecker: Sie haben darüber auch ein Buch[45] geschrieben, das ich in meinem Schrank habe). Entnehmen Sie daraus bitte die große Kontinuität meiner Einstellung zu diesen Fragen.

BM *Franke*: Schon vor elf Jahren in Erfurt und Kassel[46] war ich dabei. Ich kann den Wert des Erreichten beurteilen. Die Vereinbarungen haben allerdings nur dann ihren richtigen Wert, wenn ihre Anwendung nicht zu Streit führt. Zur Vermeidung des Streites haben wir bestimmte Kommissionen und Beauftragte. Die Mindestumtauscherhöhung vom letzten Jahr hat nicht nur eine niederschmetternde Wirkung bei den Bürgern ausgelöst. Es gibt eine Erschütterung des Vertrauens in die Beständigkeit der Entspannungspolitik. Wir haben es

43 Am 5./6. Januar 1979 trafen sich Premierminister Callaghan, Präsident Carter, Staatspräsident Giscard d'Estaing und Bundeskanzler Schmidt auf Guadeloupe zur Erörterung außen- und wirtschaftspolitischer Fragen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 2, Dok. 3 und Dok. 5.

44 Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Schmidt, äußerte sich zur Frage des Gleichgewichts am 3. Juni 1966 auf dem Bundesparteitag der SPD, der vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund stattfand. Vgl. dazu PARTEITAG DER SPD 1966, S. 449.

45 Vgl. Helmut SCHMIDT, Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart 1969.

46 Bundeskanzler Brandt traf mit dem Vorsitzenden des Ministerrats, Stoph, am 19. März 1970 in Erfurt und erneut am 21. Mai 1970 in Kassel zusammen. Vgl. dazu AAPD 1970, I, Dok. 124, bzw. AAPD 1970, II, Dok. 226.

nicht leicht zu argumentieren, denn es gibt keine Alternative. Das Vertrauen muß wiederhergestellt werden. Die Phase der Rückschläge muß überwunden werden. Unser wesentliches Ziel ist es, entsprechend dem Grundlagenvertrag und dem Vier-Mächte-Abkommen die Lebensbedingungen zu verbessern. Viele Menschen erwarten ein Zeichen. Die Details hierzu werde ich mit Außenminister Fischer[47] besprechen.

Sie haben Punkte angesprochen, die auch wir als Problem ansehen. Zu dem Punkt der Rückführung von Jugendlichen möchte ich darauf hinweisen, daß hierfür die Jugendämter und die Gerichte zuständig sind. Wir bemühen uns, Beanstandungen auszuräumen.

In dem Komplex Staatsangehörigkeit bemühen wir uns, Schwierigkeiten auszuräumen, so z. B. in bezug auf den Punkt Wahlbenachrichtigungen. Hier können wir nur behutsam vorgehen. Dies gilt auch für die Grenzkommission und für die Erörterungen, die mit dem Kali-Abbau zusammenhängen.

Auf die Tätigkeit unserer Kommission möchte ich hinweisen. Aber es gibt Fragen, die wir nicht ändern können. Ich möchte auf das Grundgesetz[48] verweisen. Für einige Fragen sind die Länder zuständig. Wir sollten alles tun, um zu Verbesserungen zu kommen. Vielleicht sollte man sich häufiger sehen.

BM Graf *Lambsdorff*: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nicht auf Dauer getrennt von der politischen Zusammenarbeit gesehen werden. Der Zusammenhang muß immer gesehen werden.

Die Weltwirtschaftslage ist schlecht. Es gibt hierzu viele Verhandlungen in der Welt. Wir bedauern, daß die Sowjetunion nicht an den Verhandlungen in Cancún[49] teilnimmt. Die sozialistischen Länder sollten sich stärker an den Maßnahmen für die Dritte Welt beteiligen. Diese Länder sind stärker von Krisen getroffen.

Unsere beiden Staaten sind bei Öl vom Import abhängig. Beide haben wir Interesse daran, zu Verminderungen des Ölverbrauchs beizutragen. Eine technologische Zusammenarbeit wäre nützlich. Es gibt Möglichkeiten zu verstärkter Kooperation. Wir machen beide die gleiche Arbeit und haben beide die gleichen Ziele.

Die DDR kann ihre Wirtschaft vorzeigen, die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls, trotz der Krise. Die Lage ist besser als ihr Ruf. Die Probleme sind durch eigene Arbeit zu lösen.

Die Regelung unseres Handels ist „einigermaßen" zufriedenstellend, deshalb, weil 1981 das Wachstum geringer war, wozu auch der Einfluß der weltwirtschaftlichen Entwicklung beigetragen hat. Wir haben einen positiven Saldo der DDR. Die Steinkohlelieferungen von 1 Mio. Tonne (220 Mio. VE) waren ein wesentlicher Faktor. Zu der Frage von GS Honecker, wie wir den Handel stabilisieren können, möchte ich auf das Gespräch verweisen, das GS Honecker mit

47 Bundesminister Franke und der Außenminister der DDR, Fischer, führten am 12. Dezember 1981 ein Gespräch. Vgl. die Gesprächsaufzeichnung; Referat 210, Bd. 132580. Vgl. dazu ferner Dok. 364, besonders Anm. 7.

48 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

49 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

Herrn v. Amerongen[50] geführt hat, der auf die bestehenden Probleme und Möglichkeiten hingewiesen hat. Zu den Möglichkeiten verweise ich auf die vier Punkte, die Herr von Würzen auf der Leipziger Herbstmesse dem Außenhandelsminister Sölle[51] vorgetragen hat.

Zu dem Vorschlag von GS Honecker, überholte Regelungen zu ersetzen, möchte ich folgendes sagen:

– Kontingente gibt es nur in ganz wenigen sensiblen Bereichen. Die Bundesrepublik hat im Verhältnis zu anderen Ländern den höchsten Stand in der Liberalisierung. Was an uns liegt, wird getan, allerdings nur insoweit, wie wir im Rahmen der EG dürfen und wie wir es uns leisten können.
– Die von Ihnen angesprochenen kurzfristigen Veränderungen der Lieferquoten liegen auf dem Landwirtschaftssektor. Hier können wir uns nicht viel bewegen.

  Bundeskanzler: Graf Lambsdorff und ich sind keine Anhänger der Landwirtschaftspolitik der EG.
– Was den Ersatz von bestehenden Institutionen angeht: Ich habe erklärt, daß bestehende Abkommen nicht eingeschränkt, sondern ergänzt werden können. Es geht darum, Verträge im Rahmen des bestehenden Abkommens abzuschließen. Berliner Firmen müssen voll eingezogen werden.

  GS Honecker: Ja, unbedingt, keine Diskussion.

  Und was die TSI anbelangt möchte ich fragen, ob es um die Institutionen oder um den Namen geht.

  GS Honecker: Um den Namen.

  Wir können diese Abkürzung mit einem anderen Namen ausfüllen. Da gibt es Verständigungsschwierigkeiten.

  Bundeskanzler: Das Wort „Interzonenhandel“ geht nicht mehr.

Was die Großanlagen anbelangt, muß ich darauf hinweisen, daß uns Flaggschiffe fehlen. Wir wären sehr interessiert an einem Auftrag für Waggonbau nach Berlin. Nach Berlin werden viele Öllieferungen erbracht.

Die besprochene Regelung zum Swing löst das Problem natürlich noch nicht. Zuerst ist die Zustimmung des Zentralbankrates erforderlich, und diese ist nicht leicht zu erreichen. Es gibt rechtliche Bedenken. Dies möchte ich zum besseren Verständnis sagen. Aus diesem Grunde muß ich gegenüber dem Zentralbankrat politisch argumentieren. Das geht weit über das Wirtschaftliche hinaus. Ich verweise hier auf meine Eingangsbemerkungen.

Bei dem Punkt Berliner Gewässer sind die Expertengespräche[52] weit vorangeschritten. Jetzt ist es soweit, daß über die Finanzierung gesprochen werden

50 Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstags, Wolff von Amerongen, traf am 2. Dezember 1981 mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in der DDR zusammen.

51 Staatssekretär von Würzen, Bundesministerium für Wirtschaft, hielt sich am 7./8. September 1981 anläßlich der Leipziger Herbstmesse, die vom 6. bis 12. September 1981 stattfand, in der DDR auf. Am 8. September traf er mit dem Minister für Außenhandel der DDR, Sölle, zusammen.

52 Im Mittelpunkt des Expertengesprächs zwischen dem Senator für Bau- und Wohnungswesen von Berlin (West) und dem Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR am 25. September 1981 in Ost-Berlin stand die Einführung einer dritten Reinigungsstufe mit Eisen-II-Sulfat für die Klärwerke Ost-Berlins. Im Protokoll über das Gespräch wurde vermerkt: „Die andere Seite

kann. Ihre Voranschläge sind zu hoch. Bezüglich der Elektrifizierung der Eisenbahnstrecken[53] würde ich gern von Ihnen hören, ob von Ihrer Seite noch Interesse besteht und wie groß es ist.

Auch der Punkt Entsalzung der Werra ist anzusprechen.

Ende 1982 läuft die Regelung über den Einschuß Ihrer Seite im Bereich des nichtkommerziellen Zahlungsverkehrs[54] aus. Wenn diese Regelung ersatzlos wegfallen würde, gäbe es großen Ärger in der Bundesrepublik.

GS Honecker: Man kann dem jetzt schon vorbeugen. Das sollte man tun.

Zu dem Stichwort Kooperation: Wie auch immer dies ausgelegt wird, Dr. Mittag und ich sollten uns häufiger treffen. Die Gespräche zwischen StS von Würzen und Außenhandelsminister Sölle bzw. Staatssekretär Schalck waren nützlich, aber auch wir sollten Bilanz ziehen. Das gibt vielleicht schnellere Anstöße, als wenn wir über neue Institutionen sprechen.

AM *Fischer*: Ich würde gerne drei Bemerkungen machen:

1) Unsere beiden Staaten sind Völkerrechtssubjekte. Wir sollten sie entsprechend behandeln.

2) Sie sprechen von Rückschlägen. Sie meinen damit den Mindestumtausch. Vielleicht haben Sie Ihre Preisbewegung nicht im Auge.

Bundeskanzler: Wie soll jemand 25 DM pro Tag in der DDR abessen?

Der Mindestumtausch ist nicht Gegenstand zweiseitiger Verträge gewesen.

3) Der Grundlagenvertrag ist einzuhalten. Beide Staaten sind Subjekte des Völkerrechts.

Bundeskanzler: Ich möchte zwei Bemerkungen machen:

Fortsetzung Fußnote von Seite 1954
verfocht ihren Standpunkt nach Übernahme der vollen Kosten weniger pronociert als sonst und machte eine Erörterung technischer Detailfragen nicht von einer vorherigen Übereinstimmung über die volle Kostenübernahme durch unsere Seite abhängig." Vgl. Referat 210, Bd. 132528.

53 Zu den Verhandlungen über die Elektrifizierung der von der Deutschen Reichsbahn (DR) befahrenen Strecken vgl. Dok. 18, Anm. 17.
Ministerialrat Klimke, Ost-Berlin, informierte am 25. November 1981 in einem Schreiben an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt und die Bundesministerien für Innerdeutsche Beziehungen, für Verkehr und für Wirtschaft über einen in der DDR erschienen Grundsatzartikel zur Elektrifizierung bei der Deutschen Reichsbahn. Es werde darin „deutlich, daß die DR auch über 1985 hinaus aus eigener Kraft eine Elektrifizierung von nach ‚Westen' gehenden Strecken (derzeit) nicht beabsichtigt. Hier wird nur Komplettierung des E-Netzes ab Stendal nach Schwerin und Rostock/Wismar genannt." Vgl. Referat 210, Bd. 132467.

54 Staatssekretär Pöhl, Bundesministerium der Finanzen, und der Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR, Kaminsky, unterzeichneten am 25. April 1974 eine Vereinbarung über den Transfer von Unterhaltszahlungen sowie eine Vereinbarung über den Transfer aus Guthaben in bestimmten Fällen. Vertreter der Bundesbank und der Staatsbank der DDR unterzeichneten am selben Tag entsprechende Vereinbarungen. Für den Wortlaut der Vereinbarungen und der dazugehörigen Protokollvermerke vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 622–627.
Am 16. November 1978 unterzeichneten Staatssekretär Gaus, Ost-Berlin, und der Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR, Schmieder, in Ost-Berlin ein Protokoll zur Verlängerung der am 25. April 1974 getroffenen Vereinbarungen für die Jahre 1979 bis 1982. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1978, S. 1255.
In einem Briefwechsel zwischen Staatssekretär Bräutigam, Ost-Berlin, und dem Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR, Siegert, vom 18. Juni 1982 wurde eine weitere Verlängerung der Vereinbarungen für die Jahre 1983 bis 1985 geregelt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1982, S. 547 f.

1) Den Grundlagenvertrag kann man nicht ändern, aber in seinem Rahmen kann man noch vieles ändern.

2) Was das Wort Vertrauen anbelangt: Ich habe nie bestritten, daß es sich bei der Mindestumtauschregelung um eine souveräne Regelung handelt. Aber wir haben gleichzeitig über Swing gesprochen. Ich möchte auch sagen: Mein Ansehen sinkt durch einseitige Veränderungen. Der Reiseverkehr ist um 30 bzw. 50% zurückgegangen. Der ganz wesentliche Punkt ist, daß Kontakte reduziert wurden. Der Reiseverkehr ist ganz wesentlich beeinträchtigt. Die Beeinträchtigung dauert an. Ich will nicht provozieren. Ich meinte, was ich gesagt habe: Vertrauen.

BM Graf *Lambsdorff*: Ich möchte noch zwei Anmerkungen machen:

1) Zum Punkt Erdgas: Natürlich geht es um Vereinbarungen mit Ihrer Seite. Ich möchte dem hinzufügen: Sojusgasexport will Gas verkaufen, will Devisen dafür erhalten.

2) Zu dem Punkt Textilumgehungseinfuhren möchte ich mich bedanken. Es sind keine illegalen Einfuhren mehr gekommen.

Dr. Mittag: Die Entwicklung des Handels ist gut. In diesem Jahr werden etwa 12,5 Mrd. DM erreicht werden.

Bundeskanzler: Wieviel Prozent des Außenhandels der DDR und der Bundesrepublik Deutschland ist dies?

Dies waren 8% des Außenhandels der DDR und 1,6% des Außenhandels der Bundesrepublik Deutschland.

GS Honecker: Nach der Sowjetunion ist dies der größte Anteil an unserem Handel. Dies ist auch sonst so.

Zum Swing möchte ich ausführen, daß es sich hier um eine Sache beider Seiten handelt. Wir handeln mit 5000 bis 6000 Firmen, davon 4800 mittlere und kleinere Unternehmen. Der Handel mit diesen Firmen, zu denen langfristige Verbindungen bestehen, sollte weitergeführt werden.

Über die Handelshemmnisse haben wir schon gesprochen. Ich bedanke mich für Ihre positive Bemerkung. Aber was die Vieh- und Fleischlieferungen anbelangt: Bei einem Export im Werte von 600 Mio. VE pro Jahr werden wöchentliche Quoten festgelegt. Dies ist unmöglich.

GS *Honecker*: Dann sollten wir nach Italien liefern.

BM Graf *Lambsdorff*: Das wäre noch schlechter für Sie. In diesem Fall würde die Drittlandsabschöpfung fällig werden.

Bundeskanzler: Können wir dies autonom ändern oder sind wir durch EG gebunden?

Dr. Mittag: Dies kann autonom verbessert werden.

Die Relation von 1 zu 2,5 bei Lieferung und Bezügen im Eisen- und Stahlbereich sollte langfristig geändert werden. Auf die Preisprüfungsverfahren möchte ich in diesem Zusammenhang auch hinweisen.

BM Graf *Lambsdorff*: Können Sie uns eine Liste der Fälle geben?

Dr. Mittag: Diese Liste kann ich Ihnen geben. Als weitere Punkte möchte ich nennen den Import von Ausrüstungen und die längerfristige Zusammenarbeit.

Ich bin bewegt durch die Ausführungen über die Verantwortung für den Frieden.

Bundeskanzler: Einen Punkt möchte ich ergänzen, und zwar die Vereinbarungen über Verbesserungen der Verkehrswege[55]. Diese laufen gut und werden auch für die Zukunft große Bedeutung haben.

GS *Honecker*: Auf diesem Gebiet wird es keine Überraschungen geben. Ich danke für die Ausführungen.

VS-Bd. 14092 (010)

364

Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, in Dölln

VS-NfD **13. Dezember 1981**[1]

Vermerk über das Delegationsgespräch in Dölln am Sonntag, 13. Dezember 1981, von 9.20 Uhr bis 10.05 Uhr[2]

Teilnehmer wie am 12. Dezember 1981.

GS *Honecker* begrüßt die Teilnehmer und bittet die Verhandlungsführer des gestrigen Tages um Bericht.

AM *Fischer*: In dem gestrigen Gespräch mit Minister Franke wurden von ihm vor allem eine Reihe von bilateralen Fragen angesprochen. Ich habe die Aussage von GS Honecker bekräftigt, daß die bilateralen Beziehungen besser sind als ihr Ruf, und auf die Ausführungen von GS Honecker über den Stand der Beziehungen und seine konkreten Vorschläge dazu hingewiesen. BM Franke hat mir einen Brief von BM Genscher[3] übergeben. BM Franke hat dann eine Reihe von bilateralen Fragen angesprochen, an deren Regelung ein besonderes Interesse bestehe:

– Erweiterung der Begegnung von Kommunen, der Begegnungen im Bereich der Jugend und des Sports;

55 Am 30. April 1980 trafen die Bundesrepublik und die DDR Vereinbarungen über Verkehrsverbesserungen. Vgl. dazu den Briefwechsel über Baumaßnahmen und finanzielle Leistungen des Staatssekretärs Gaus, Ost-Berlin, mit dem Staatssekretär im Verkehrsministerium der DDR, Schmidt; BULLETIN 1980, S. 390 f.

1 Ablichtung.
Die Gesprächsaufzeichnung wurde im Bundeskanzleramt gefertigt. Zur Übermittlung an das Auswärtige Amt vgl. Dok. 363, Anm. 1.
Für das Gespräch vgl. auch BONN UND OST-BERLIN, S. 694–697 (Auszug).

2 Bundeskanzler Schmidt hielt sich vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR auf. Vgl. dazu auch Dok. 363 und Dok. 368.

3 Bundesminister Genscher schlug in einem Schreiben vom 10. Dezember 1981 an den Außenminister der DDR, Fischer, vor, Abrüstungsgespräche im Rahmen des Genfer Abrüstungsausschusses oder von seiten der Bundesrepublik auf der Ebene des Beauftragten der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle zu führen. Für das Schreiben vgl. Referat 210, Bd. 132580.

– Abkommen über Wissenschaft und Technik und medizinischer Erfahrungsaustausch;
– gegenseitige Benutzung von Archiven;
– Abkommen über Kulturaustausch, Intensivierung des Kulturaustauschs ohne Abkommen;
– Wunsch der Hamburger Architektenkammer, daß die DDR die kürzlich veranstaltete Schinkel-Ausstellung in Hamburg zeigt[4];
– Aufnahme von Verhandlungen über die Erweiterung des gegenseitigen Bezugs von Büchern, Zeitschriften sowie Rundfunk- und Fernsehproduktionen;
– Verhandlungen über Umweltschutz, darunter Gewässerschutz, Kernkraft und Strahlenschutz.
BM Franke dankte für das Informationsgespräch von Staatssekretär Bölling mit Professor Sitzlack.
– Post- und Fernmeldewesen;
– Kriegsgräberfürsorge;
– Vermögensfragen;
– Besuche von Ministern und Staatssekretären;
– politische Konsultationen;
– Verschiebung des Stichtages für Straffreiheit von Bürgern, die die DDR verlassen haben.

Ich (AM Fischer) habe vor allem die Grundtendenz der Beziehungen angesprochen. Sie ist positiv. Einzelfragen müssen im Gesamtzusammenhang der Beziehungen gesehen werden. Ich habe die Notwendigkeit betont. Aus der Tatsache, daß beide Staaten völkerrechtliche Subjekte sind, müßten die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen werden, vor allem:

Nichteinmischung, Respektierung der Staatsbürgerschaft, Änderung des Status der Ständigen Vertretungen, Grenzverlauf Elbe, Transitmißbrauch, Vertragswesen entsprechend üblichen Grundsätzen (nicht mit sachfremden Forderungen überlastet). Ich habe mich für die Erweiterung der Konsultationen ausgesprochen, z. B. mit Außenminister Genscher nicht nur in New York.

Bundeskanzler: Ich stimme dem zu.

BM Franke hat den humanitären Bereich gewürdigt.

Lösungen müßten gesucht werden, ohne die Grundsätze zu berühren, nämlich das Grundgesetz[5] und die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes. Auch die Länder müßten berücksichtigt werden. Seine Seite bemühe sich um die Lösung offener Fragen.

Ich habe erwidert, daß es notwendig sei, bestehende Schwierigkeiten zu lösen. International sei es so, daß die Beziehungen zu anderen Staaten durch innerstaatliche Gesetzgebung nicht beeinträchtigt werden dürften. Beide Staaten seien Völkerrechtssubjekte.

4 Die Schinkel-Ausstellung der DDR wurde vom 19. November 1982 bis 16. Januar 1983 in der Hamburger Kunsthalle gezeigt.
5 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

Ich stimme mit den Ausführungen von BM Franke im „Vorwärts“[6] überein, daß der Frieden von diesem Besuch profitieren werde und daß wir von gleich zu gleich verhandeln.

BM Franke hat mir ein Non-paper[7] übergeben. Ich habe es als Informationsmaterial entgegengenommen und erklärt, daß daraus keine Verpflichtung für die DDR abgeleitet werden könnte. Der Bogen dürfe nicht überspannt werden.

Ich habe gebeten, BM Genscher zu übermitteln, daß ich sein Angebot begrüße. Über die Einzelheiten sollten wir uns verständigen.

Die Atmosphäre des Gesprächs war freundlich und sachlich.

BM *Franke*: AM Fischer hat die Ausführung richtig wiedergegeben. Ich möchte noch hinzufügen: Der Grundlagenvertrag[8] bietet noch Möglichkeiten zur Entfaltung unserer Beziehungen. Er ist Geschäftsgrundlage dafür, was zu erörtern ist und welche Dinge noch Zeit brauchen. Wir sollten den Grundlagenvertrag nutzen, bevor wir neue Dinge aufgreifen.

GS *Honecker*: Ich danke Ihnen für Ihre Vorträge. Ich stimme Ihnen zu, daß auch für uns der Grundlagenvertrag die Grundlage der Beziehungen ist. Wir sind für die volle Anwendung des Vierseitigen Abkommens[9].

Dr. *Mittag*: In dem gestrigen Gespräch haben wir folgende Punkte erörtert:

1) Überholte Regelungen sollten überprüft werden: Ausschreibungen, Genehmigungsverfahren, Mengen- und Wertbegrenzungen, Preisprüfungen. Die Bundesregierung wird dies prüfen.

2) Verbesserung der Struktur der Exporte der DDR.

3) Aufnahme von Verhandlungen über ein wirtschaftliches Rahmenabkommen[10]. BM Lambsdorff hat auf einige Bedingungen hingewiesen, die für dieses Abkommen gelten müssen:

– keine Einschränkung, sondern eine Ergänzung der bestehenden Abkommen und Verfahren;
– Abwicklung der Verträge im Rahmen des bestehenden Abkommens;
– für Handel zuständige Institutionen (TSI) bleiben uneingeschränkt bestehen.

Der Inhalt des Abkommens werde durch das Abkommen der Bundesrepublik mit der Sowjetunion[11] in etwa abgedeckt.

6 Vgl. dazu Egon FRANKE, Besuch beim deutschen Nachbarn, in: Vorwärts, Nr. 10 vom 10. Dezember 1981, S. 16 f.

7 Bundesminister Franke überreichte dem Außenminister der DDR, Fischer, drei Non-paper, die sich mit den Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten der Bundesrepublik in der DDR, den Arbeitsmöglichkeiten der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR und den Haftbedingungen von Bürgern der Bundesrepublik in der DDR befaßten. Für die Non-paper vgl. Referat 210, Bd. 132580.

8 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

9 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

10 Zum Vorschlag des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Mittag, vom 13. März 1979 für ein langfristiges Wirtschaftsabkommen zwischen der Bundesrepublik und der DDR vgl. AAPD 1979, I, Dok. 84, und AAPD 1979, II, Dok. 263.

11 Für den Wortlaut des Abkommens vom 6. Mai 1978 über die Entwicklung und Vertiefung der lang-

Ich habe Prüfung zugesagt.

4) Am 17.12.1981 wird ein Briefwechsel über die Swing-Regelung für das erste Halbjahr 1982 abgeschlossen.[12]

5) Die TSI erhält unter Beibehaltung der Abkürzung den Namen: Treuhandstelle für Industrie und Handel.

6) Einbeziehung von Berlin in die Erdgasbezüge über das Territorium der DDR.[13] Die entsprechenden Stellen finden sich zusammen, um die erforderlichen kommerziellen Verträge abzuschließen. Zwischen den Organen der SU, der BRD und unseren zuständigen Stellen werden die notwendigen Regelungen getroffen.

7) Werra.[14] Ein konstruktiver Abschluß soll angestrebt werden. Bezüglich der Kali-Abbau-Vereinbarung überlegt die DDR, ob eine Formalisierung entsprechend der Regelung für den Braunkohlenabbau bei Harbke[15] in Betracht kommt.

Von beiden Seiten wurde festgestellt, daß der Punkt Werra-Versalzung noch nicht entscheidungsreif ist. Die Experten werden beschleunigt weiterarbeiten. Auch über die Verpressung und die Bergbausicherheit soll weiter gesprochen werden.

8) Die DDR ist bereit, in Sondierungsgespräche über die Elektrifizierung[16] einzutreten. In den bisherigen Plänen präferenziert die DDR die Nord-Süd-Richtung.

Die Ost-West-Strecken haben wir bisher nicht in unsere Ausbaupläne einbezogen. Es geht hier bei uns um den Anteil der Bundesregierung. Da diese Strekken bei uns jedoch nicht im Plan sind, müssen wir zunächst prüfen.

GS Honecker: Diese Strecke wird zu 50 % von der BRD beansprucht.

Es geht hier um die Strecken von Berlin nach Hamburg, Hannover und Kassel.

Bundeskanzler: Haben[17] sie mit der Umstellung von Diesel auf Elektrozugförderung angefangen?

GS *Honecker*: Ja.

Dr. Mittag: Ich möchte wiederholen, daß wir bisher nicht wußten, daß die Bundesregierung zu diesem Projekt bereit ist. Wir werden dies prüfen.

9) Gewässerschutz Berlin (West).[18] Die Verhandlungen über die dritte Klärstufe sollen forciert werden. Für uns ergeben sich einmalige Investitionskosten so-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1959

fristigen Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der UdSSR auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 59 f.

12 Zur Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen des „Swing“ vgl. Dok. 355, Anm. 17.

13 Zum Vertrag vom 20. November 1981 über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik sowie zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 339, Anm. 4, und Dok. 363, Anm. 19.

14 Zum Kali-Abbau und der Versalzung der Werra vgl. Dok. 363, Anm. 41.

15 Die Grenzkommission verabschiedete am 3. Juli 1974 einen Protokollvermerk über den Abbau des grenzüberschreitenden Braunkohlevorkommens im Raum Harbke. Für den Wortlaut vgl. ZEHN JAHRE DEUTSCHLANDPOLITIK, S. 275 f.

16 Zu den Verhandlungen über die Elektrifizierung der von der Deutschen Reichsbahn befahrenen Strecken vgl. Dok. 363, Anm. 53

17 Korrigiert aus: „Sind“.

18 Zu den Verhandlungen über den Gewässerschutz vgl. Dok. 363, Anm. 52.

wie laufende Betriebskosten. Die DDR hat bei den Betriebskosten zusätzliche Aufwendungen. Dies muß geprüft werden. Es handelt sich um ein wichtiges Projekt, das große Bedeutung hat.

10) Die Ausweitung der Gestattungsproduktion hat sich auf einigen Gebieten bewährt. Die DDR ist bereit, weitere Bereiche zu prüfen.

11) Die DDR wird ebenfalls die Möglichkeit längerfristiger Einzelvereinbarungen prüfen und die zweckmäßigsten Bereiche untersuchen. Sie wird hierzu Vorschläge unterbreiten.

12) Objekte in Drittländern. Allgemeine Gespräche über diesen Punkt genügen nicht. Echte Fragen wie Kreditbedingungen und Zinsen sind zu klären. Die Projekte müssen zum gegenseitigen Vorteil sein. Beide Seiten werden ihren Standpunkt analysieren und Vorschläge unterbreiten. Auf unserer Seite wird Staatssekretär Beil die Gespräche führen.

13) Zur Zusammenarbeit auf dem Energiesektor ist die DDR bereit; entsprechend der Veranstaltung bei Hoechst sollten weitere derartige Veranstaltungen forciert werden.

14) Die DDR ist bereit, über die Weiterführung der Transfervereinbarung[19] bis zum 30.6. in Gespräche einzutreten, so wie GS Honecker grundsätzlich hierzu seine Zustimmung gegeben hat.

Jede Seite hat ihre Standpunkte offen dargelegt. Das Gespräch war sachlich. Viele Fragen wurden geklärt. Wenn die besprochenen Dinge Bestand haben sollen, müssen die beiderseitigen Interessen berücksichtigt werden. Einseitiges kann keinen Bestand haben.

BM Graf *Lambsdorff*: Erstens teile ich die Würdigung, wie sie von Dr. Mittag gegeben wurde, zweitens bedanke ich mich für die schnelle Entscheidung zur Erdgasfrage, und drittens möchte ich zum Swing einiges ergänzen: Es bleibt dabei, daß am 17.12. die Übergangsregelung vereinbart wird. Die nächsten sechs Monate werden genutzt werden, eine längerfristige Regelung zu finden. Ich habe noch einmal klargemacht, daß es sich bei dem Swing nicht nur um eine banktechnische Frage handelt, sondern daß die politische Optik wichtig ist. Dr. Mittag hat erklärt, daß die DDR für einen plötzlichen Wegfall des Swings kein Verständnis habe. Ich habe darauf hingewiesen, daß das gleiche von unserer Seite aus für den Mindestumtausch[20] gelte. Wir hätten kein Verständnis für die Heraufsetzung der Mindestumtauschsätze. In beiden Fällen handelt es sich um souveräne Entscheidungen, es liegen keine vertraglichen Verpflichtungen vor. Aber beide müssen im Gesamtzusammenhang der Beziehungen gesehen werden. Handel und Wirtschaft könnten helfen, sie könnten aber nicht ersetzen, was an politischen Beziehungen nicht vorhanden ist.

Ich halte es für richtig, daß wir uns zusammensetzen. Dies ist besser, als wenn wir nur Papiere vor uns haben. Wir haben drei Begegnungen[21] gehabt. Jedes

19 Zu den Vereinbarungen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr vgl. Dok. 363, Anm. 54.

20 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

21 Bundesminister Graf Lambsdorff und das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, führten am 13. März 1979 in Ost-Berlin ein Gespräch. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 84.

Mal ist es besser und schneller gegangen. Ich habe daraus folgende Schlußfolgerung gezogen: Ich werde die Leipziger Frühjahrsmesse besuchen und im Anschluß daran ein Gespräch mit Dr. Mittag führen.[22]

Honecker dankt den Ministern für ihre große Arbeit und stellt fest, daß die Ergebnisse der Ministergespräche auf der Linie der Generaldebatte lägen.

Bundeskanzler: Auch ich bin befriedigt von den Berichten der Minister. Ich bin auch zufrieden mit dem Kommuniqué[23], das wir jetzt förmlich verabschieden sollten.

Da wir jetzt in den letzten Minuten der offiziellen Begegnung sind, möchte ich einige abschließende Bemerkungen machen. Herr Mittag hat den Punkt „Langfristiges Rahmenabkommen" erwähnt. Ich meine, daß es sich hier um eine Sache handelt, an der nicht ein einseitiges Interesse von unserer Seite besteht, sondern für die beiderseits Interesse besteht. Vieles ist möglich auch ohne ein Rahmenabkommen. Aber ein Rahmenabkommen würde günstige politisch-psychologische Einflüsse auf das gesamte Gebiet ausüben.

Ich glaube, die letzten drei Tage waren gut für die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik. Wir haben nützliche Arbeit geleistet. Nützliche Arbeit auch für viele Menschen außerhalb unserer beiden Staaten.

Der Generalsekretär und ich standen heute morgen unter dem Eindruck der Nachrichten aus Polen.[24] Das gehört zu der schwierigen politischen Lage, von der wir gesprochen haben. Wir haben beide unsere Hoffnung ausgedrückt hinsichtlich der Art und Weise, wie die Entwicklung in Polen hoffentlich zu einem guten Ende kommen kann. Es handelt sich hier nicht nur um eine Gefahr für Polen; die Entwicklung der Lage kann uns beide in Mitleidenschaft ziehen. Um so wichtiger ist es, daß sich die obersten politischen Repräsentanten unserer beiden Staaten in einer solchen Atmosphäre getroffen haben.

Auf der bevorstehenden Pressekonferenz[25] werde ich sicher gefragt werden, was an Neuem vereinbart worden sei. Wenn Sie, Herr Generalsekretär, einverstanden sind, werde ich sagen, daß wir erfolgsträchtige – d. h., was konzipiert wurde, muß noch ausgetragen werden – Gespräche geführt haben; im Laufe des nächsten Jahres würde man erkennen, daß wir wichtige Dinge besprochen und bewegt haben.

Ich möchte Ihnen, Herrn Mittag, Herrn Fischer sowie den übrigen Herren Ihrer Delegation danken für Ihre Gastfreundschaft, auch für unsere persönlichen Gespräche. Auch die Gespräche, die die Herren Fischer und Mittag geführt ha-

Fortsetzung Fußnote von Seite 1961

Ein weiteres Gespräch fand während eines Aufenthalts von Mittag vom 16. bis 18. April 1980 in der Bundesrepublik statt.

22 Bundesminister Graf Lambsdorff traf das Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Mittag, am 17. März 1982 anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse vom 14. bis 20. März 1982.

23 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. BULLETIN 1981, S. 1033–1035.

24 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

25 Für den Wortlaut der Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt auf der Pressekonferenz am 13. Dezember 1981 in der Jugendhochschule Wilhelm Pieck in Biesenthal/Bogensee vgl. BULLETIN 1981, S. 1039–1041.

ben, sind ja in einem freundlichen, sehr gutnachbarlichen Ton abgewickelt worden.

Honecker: Ich danke Ihnen für Ihre abschließenden Worte, die zugleich eine Qualifizierung unseres Treffens waren. Auch ich möchte Ihnen und den anderen danken.

Es herrschte eine freundschaftliche Atmosphäre.

Wir haben Zeichen gesetzt, die wir in Zukunft weiterentwickeln wollen. Ausgehend von der Geschäftsgrundlage ist noch sehr vieles möglich, um die Dinge weiter zu bewegen. Ich stimme mit Ihnen überein, daß einige Sachen in Bewegung gebracht wurden. Wir müssen sehen, wie sie sich entwickeln.

Ich möchte auch Ihnen, Herr Bundeskanzler, danken für die gute Atmosphäre.

VS-Bd. 14092 (010)

365

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1856 **Aufgabe: 13. Dezember 1981, 13.50 Uhr**[1]
Citissime nachts **Ankunft: 13. Dezember 1981, 14.37 Uhr**

Betr.: Ausnahmezustand in Polen[2]

1) Außenminister Czyrek bat mich heute vormittag nach einigen anderen westlichen Botschaftern zu sich, um mir folgendes mitzuteilen:

Er bitte mich herzlich, der Bundesregierung, insbesondere dem Herrn Bundeskanzler und Herrn Bundesminister Genscher, aber auch den Vorsitzenden der demokratischen Parteien[3], im Namen der polnischen Führung mitzuteilen, daß man keine andere Lösung gesehen habe, ein völliges Abgleiten des Landes ins Chaos zu verhindern. Nach den Beschlüssen der Solidaritätsführung in Radom[4],

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 12.
Hat Legationsrat Kröger am 14. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Ministerpräsidenten Jaruzelski erklärte am 13. Dezember 1981 die Verhängung des Kriegsrechts mit der Notwendigkeit, der „wachsenden Aggressivität der Extremisten" der Führungsspitze der Gewerkschaft „Solidarność" zu begegnen, deren Ziel es sei, „die sozialistische polnische Staatlichkeit zu demontieren". Zur Durchführung der Maßnahmen sei ein „Militärrat der Nationalen Rettung" gegründet worden. Zudem sei „vorbeugend die Internierung einer Gruppe von Personen vollzogen worden, die die Sicherheit des Staates bedrohen". Jaruzelski fuhr fort: „So wie es keine Abkehr vom Sozialismus gibt, gibt es auch keine Rückkehr zu den fehlerhaften Methoden und Praktiken vor dem August 1980. […] Wir sind ein souveränes Land. Aus dieser Krise müssen wir also mit eigenen Kräften herauskommen." Vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 126–129.

3 Willy Brandt (SPD), Helmut Kohl (CDU) und Franz Josef Strauß (CSU).

4 Am 3. Dezember 1981 fand in Radom eine Sitzung des Präsidiums der Gewerkschaft „Solidarność" statt. Referat 214 vermerkte dazu am 9. Dezember 1981, die polnische Regierung habe „mit der Veröffentlichung von Tonbandaufzeichnungen aus der Präsidiumssitzung das Mißtrauen der Gewerkschafter weiter geschürt. Das Präsidium beschloß unter Leitung von Wałęsa Ablehnung des von der Regierung geplanten ‚Provisoriums' (statt sofortiger wirtschaftlicher Selbstverwaltung und

die inzwischen von der Landeskommission in Danzig[5] bestätigt worden seien, sei die Gefahr eines Bürgerkrieges stark angewachsen. Auch sei ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft Polens zu befürchten gewesen. Die Einsetzung des Militärrates der Nationalen Rettung und die Ausrufung des Ausnahmezustandes bedeuteten nicht, daß der bisherige Weg der politischen Konfliktlösung verlassen werden solle. Nach wie vor werde die Bildung einer Front der nationalen Verständigung angestrebt, mit der zusammen die Politik der Erneuerung, der Demokratisierung und der Reformen auf allen Gebieten fortgesetzt werden solle. Es werde keine Rückkehr zu alten Methoden und alten Fehlern der Zeit vor August 1980 geben.

Es sei jetzt darum gegangen, im Interesse der Nation den Bestand des polnischen Staatswesens zu sichern und durch Abwendung eines Bürgerkrieges auch dem internationalen europäischen Interesse an der Vermeidung eines größeren Konfliktes um Polen Rechnung zu tragen.

Zur politischen Plattform sei zu sagen, daß der Militärrat der Nationalen Rettung nicht die Verfassungsorgane des Staates ersetze, er habe lediglich spezielle Befugnisse zur Sicherung des inneren Friedens. Der Beschluß zu den jetzigen Maßnahmen sei auf verfassungsmäßig korrekte Weise vom Staatsrat getroffen worden (Kriegszustand, da polnische Verfassung Ausnahmezustand nicht kennt).[6] Lediglich der Militärrat als solcher sei in der Verfassung nicht ausdrücklich vorgesehen. Dies bedeute, daß die Regierung wie auch die politischen Parteien und die katholische Kirche ihren ungeminderten Status behielten. Alle gesellschaftlichen Organisationen hingegen müßten ohne Ausnahme ihre Tätigkeit zeitweilig suspendieren. Es seien vorübergehende Internierungen, nicht Verhaftungen[7], von Personen vorgesehen, die entweder für die gegenwärtige Zuspitzung der Lage Mitverantwortung trügen oder für das Entstehen der Krise

Fortsetzung Fußnote von Seite 1963

Mitbestimmung: Fortführung des bisherigen Zustands durch Regierungsverordnungen während einer Übergangszeit)". Ferner seien unter Androhung von Streiks Sondervollmachten für die Regierung zur Einschränkung von Bürgerfreiheiten abgelehnt und ein Gewerkschaftsgesetz, eine Wirtschaftsreform, demokratische Wahlen sowie Zugang zu elektronischen Massenmedien gefordert worden. Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

Für den Wortlaut der Beschlüsse vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 118–120.

5 In Danzig fand am 11./12. Dezember 1981 eine Tagung der Landeskommission der Gewerkschaft „Solidarność" statt, welche die Beschlüsse des Präsidiums vom 3. Dezember 1981 auf seiner Sitzung in Radom bestätigte und den 17. Dezember zum „Tag des nationalen Protestes und der Einheit" proklamierte. Referat 214 notierte dazu am 16. Dezember 1981: „Vertreter des Militärrates behaupten, ‚Solidarität' hätte auf den Tagungen in Radom und Danzig eine Machtübernahme in den Gemeinden und Betrieben, d. h. an der Basis, beschlossen. Wałęsa persönlich habe den Sturz von ‚Parlamenten und Räten' gefordert. Dieser hat erklärt, seine Aussagen seien aus dem Zusammenhang gerissen worden. […] Bewertet man die Äußerungen von Solidaritäts-Führern in Radom und Danzig, so ließen sie zwar eine erhebliche Konfrontationsbereitschaft erkennen, doch zielte diese primär auf freie Wahlen, implizite damit allerdings auch auf Abwahl der PVAP als führende Kraft des Landes." Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

6 Vgl. dazu Artikel 33 der polnischen Verfassung vom 22. Juli 1952 in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. Februar 1976; VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN, S. 340.

7 Botschafter Negwer, Warschau, faßte am 17. Dezember 1981 Informationen aus dem polnischen Rundfunk und Fernsehen zusammen: „Staatsanwaltschaft hat Begriffe der Internierung und vorläufigen Arrestierung erläutert. Danach stellt Internierung ein Gewaltmittel dar, das sich aus dem Kriegszustand ergibt. Um eine Internierung zu verfügen, muß keine Straftat vorliegen. Es genügt der Verdacht, daß eine solche Tat begangen werden könnte. Vorläufige Arrestierung bedeute, daß Straftat vorliegt. Internierte Personen werden in sog. Isolationszentren untergebracht, vorläufig Arrestierte im Gefängnis." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1916; Referat 214, Bd. 132916.

vor August 1980 verantwortlich gewesen seien. Davon seien extreme Kräfte der Gewerkschaft Solidarität ebenso betroffen wie Personen, die früher in der Leitung von Staat und Partei verantwortlich tätig gewesen seien.[8]

Bisher seien alle Maßnahmen in vollkommener Ordnung und ohne die geringsten Zwischenfälle abgelaufen. Man hoffe und wünsche, daß dies so bleibe.

2) Die polnische Führung hoffe, ihre westlichen Partner davon überzeugen zu können, daß die jetzt getroffenen Maßnahmen unvermeidlich waren. Die polnische Führung erkläre ausdrücklich, daß die bisherige Politik ihnen gegenüber fortgesetzt werde. Das gelte insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland, mit der Polen ein gutes Stück der Nachkriegsgeschichte gemeinsam gegangen sei und weiter gehen wolle.

3) Ich habe Minister Czyrek meine große Besorgnis im Hinblick auf die jetzigen Ereignisse ausgedrückt und ihn insbesondere auf die Beunruhigung hingewiesen, welche die von ihm als „Internierung" bezeichneten Verhaftungsaktionen bei den westlichen Regierungen und in der westlichen öffentlichen Meinung auslösen müßten. Es werde die Situation sehr erschweren, wenn der Eindruck entstünde, es handele sich um eine primär gegen die Gewerkschaft Solidarität gerichtete Aktion. Czyrek widersprach dem lebhaft und verwies darauf, daß gleichzeitig mit dieser Maßnahme ein Amnestiedekret erlassen worden sei, das alle bis zur Stunde begangenen politischen Handlungen von Strafe freistelle. Aufgrund dieses Dekretes könnten die betroffenen Personen nach Unterzeichnung einer Erklärung und einer weiteren Überprüfung sofort wieder auf freien Fuß gesetzt werden.[9]

In vielen Fällen sei dies bereits geschehen, aber die Aktion sei natürlich noch im Gange. Er fügte noch hinzu, daß von der Internierung nicht nur extremistische Exponenten betroffen seien, sondern bis jetzt auch etwa 50 Persönlichkeiten der früheren Führung.

Auf meine direkte Frage wollte oder konnte Czyrek nicht präzisieren, ob es sich bei dem zu überprüfenden Personenkreis um Hunderte oder gar Tausende handele. Er bat ferner darum, daß die Botschaften wie auch die Journalisten ihre Reisetätigkeit im Lande in nächster Zeit begrenzen sollten. Private Reisende

8 Am 13. Dezember unterrichtete Vortragender Legationsrat Treskow: „Der Umfang der erfolgten Verhaftungen ist noch nicht vollständig bekannt. Die Verhaftung früherer Partei- und Regierungsverantwortlicher (Gierek, Ex-MP Jaroszewicz u. a.) ist wohl weniger aus Überlegungen der Staatssicherheit und eines befürchteten ‚Comebacks' erfolgt als aus Gründen der Optik: Es fällt damit leichter, der über die PVAP verbitterten Bevölkerung die Verhaftung extremistischer Führer der ‚Solidarität' (bisher nur bekannt Śliwiński aus Warschau) zu erklären." Vgl. den Runderlaß Nr. 6447; Referat 214, Bd. 132916.
Am 16. Dezember 1981 meldete Botschafter Negwer, Warschau, über die zunehmende Unruhe in der Bevölkerung: „Man sucht Bekannte und Freunde, die Opfer einer in der polnischen Nachkriegsgeschichte beispiellosen Verhaftungswelle geworden sind. Fünfzehn- bis zwanzigtausend Menschen dürften nach vorsichtigen Schätzungen in ganz Polen in der Nacht vom 12. auf den 13. Dezember ihre Freiheit verloren haben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1900; Referat 214, Bd. 132916.

9 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 14. Dezember 1981: „Staatsrat hat Gnadenakt bei verschiedenen Vergehen erlassen, die Aktionen gegen die internationalen Bündnisse Polens, Angriffe auf Funktionäre und Verbreitung falscher Nachrichten betreffen. Amnestie wird jedoch nur wirksam, wenn diese Taten aus politischen Gründen begangen worden sind oder noch kein Verfahren anhängig ist. Bei laufenden Gerichtsverfahren muß Angeklagter Erklärung unterschreiben, daß er sich künftig solcher Aktionen enthalten wird." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1866; Referat 214, Bd. 132916.

(womit offenbar Touristen gemeint sind) sollten wohl besser in ihre Heimat zurückkehren, doch werde dies keineswegs schon zur Pflicht gemacht. Polnische Bürger würden in Zukunft in ihren Pässen einen besonderen Stempel benötigen, um das Land verlassen zu können. Im übrigen werde der Reise- und Transportverkehr ungehindert weitergehen. Allerdings würden Transitvisa für Polen nur noch mit einer Gültigkeit von 24 Stunden ausgestellt.[10]

Auf meine Frage bestätigte Czyrek, daß Wałęsa von der Internierung nicht betroffen sei.[11] Er befinde sich auf Einladung bereits in Warschau und führe Gespräche mit Minister Ciosek. Meine Frage, ob zu den gesellschaftlichen Organisationen, die ihre Tätigkeit zu suspendieren hätten, auch Grunwald gehöre, bejahte Minister Czyrek nachdrücklich.

Bewertung folgt.

[12]4) Minister Czyrek, in dessen Vorzimmern hektische Betriebsamkeit herrschte, machte einen abgearbeiteten und gehetzten Eindruck, fand im Verlaufe des Gesprächs jedoch zu seiner üblichen sicheren Art und einer gewissen Gelassenheit zurück. Als bei der Verabschiedung die Rede auf Jaruzelski kam, wurde Czyrek geradezu pathetisch und lobte ihn als einen Mann von hohem Verantwortungsgefühl, der alles tun werde, um Blutvergießen zu vermeiden. Czyrek zog alle Register, um für die getroffenen Maßnahmen um Verständnis zu werben.

5) Nach der Eskalation des politischen Schlagabtausches der letzten Wochen, der sich insbesondere zwischen Solidarität und der Propaganda der gelenkten Massenmedien abspielte, steuerte die Entwicklung auf eine Konfrontation zu. Überraschend war lediglich der geschickt gewählte Zeitpunkt für die Ausrufung des Ausnahmezustandes. Bis zuletzt wurden noch gewisse Hoffnungen auf die Vermittlertätigkeit des Primas, Erzbischof Glemp, gesetzt, der seinerseits eine Zuspitzung erst für die kommende Woche befürchtete.[13]

10 Am 13. Dezember 1981 teilte Botschafter Negwer, Warschau, zu den Ein- und Ausreisebestimmungen mit, „daß polnische Bürger nur in dringenden Fällen ins Ausland reisen dürfen. Sie haben sich zuvor bei der Miliz zu melden. Nach Polen einreisen dürfen gegenwärtig polnische Staatsbürger und Ausländer mit ständigem Wohnsitz im Polen. Ausreisen dürfen Polen mit ständigem Wohnsitz im Ausland sowie gleichfalls ausländische Staatsbürger. Grenzübertritte erlaubt sind auch Mitarbeitern diplomatischer und konsularischer Vertretungen sowie Institutionen und Bürgern mit gültigen Visa. Außerdem Mitarbeiter internationaler Transportunternehmen in Ausübung ihres Berufes sowie Mitarbeiter von Rettungsinstitutionen. Sonstige Personen, die in dienstlichen Angelegenheiten ausreisen wollen, benötigen entsprechende Genehmigung zuständiger staatlicher Organe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1855; Referat 214, Bd. 132916.

11 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 15. Dezember 1981 anhand von Informationen aus kirchlichen Kreisen: „Der Schlag gegen die Solidarität habe völlig unterschiedslos Gemäßigte und Radikale getroffen. Auch Wałęsa selbst sei faktisch Gefangener und werde von seinen engsten Beratern isoliert gehalten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1877; Referat 214, Bd. 132916.

12 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 1857 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

13 Botschafter Negwer, Warschau, führte am 8. Dezember 1981 ein Gespräch mit dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp: „Der Primas beurteilt die gegenwärtige Lage ernst. Das Gespräch zwischen Regierung und Solidarität sei zusammengebrochen. Beide Seiten würfen einander Unredlichkeit vor. Nur die Kirche stehe gegenwärtig als Vermittler zur Verfügung. In dieser Woche sei noch die Zeit der Sitzungen der beiden Seiten (L[andes]K[ommissions]-Sitzung 11./12.12.; Sejm-Sitzung voraussichtlich am Wochenende). Doch in der kommenden Woche könne es zu einer Konfrontation kommen. […] Wie die Regierung weiter taktieren werde, sei schwer abzuschätzen. Es sei nicht auszuschließen, daß sie bei einer weiteren Eskalation der Situation zu (punktuellen) Gewaltmaßnahmen greife. Die Ausrufung eines allgemeinen Notstandes sei demgegenüber weniger wahrscheinlich.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1827 vom selben Tag; Referat 214, Bd. 133066.

Der nach rascher und sorgfältiger Vorbereitung durch die Armee in der Nacht zum Sonntag in Kraft gesetzte Ausnahmezustand machte sofortige Reaktion unmöglich. Die Solidaritätsführung war in Danzig versammelt und die Arbeiter, bis auf die Schichtdienste, befanden sich nicht in den Betrieben. Eine Kommunikation war wegen Abschaltung des Telefonnetzes erschwert.

Noch ist nicht abzusehen, wie die Bevölkerung auf die sehr einschneidenden Freiheitsbeschränkungen reagieren wird, deren Einzelheiten inzwischen über die Agenturen gelaufen sind. Die lähmende und durch militärische Präsenz mit düsteren Akzenten versehene Sonntagsruhe dauert an und wird genutzt, um in ständiger Wiederholung die ernste und patriotische Rede Jaruzelskis auszustrahlen, wovon man sich wohl einen psychologischen Effekt verspricht. Unklar ist, wieweit das Politbüro der PVAP an der Vorbereitung der Ereignisse beteiligt war. Es hat den Anschein, als hätte Jaruzelski für eine Weile die Alleinherrschaft angetreten. Die durch das Gewicht der freiheitsbeschränkenden Maßnahmen stark belasteten programmatischen Erklärungen versuchen, die politische Kontinuität seit August 1980 zu beschwören. Dies ist zweifellos Jaruzelskis persönliche Handschrift, der signalisieren will, daß die Stunde der Dogmatiker keineswegs schon gekommen ist. Der 9. Parteitag[14] und nicht irgendein ZK-Beschluß ist der lockere ideologische Rahmen einer primär patriotischen Aktion. Es fragt sich, ob die seit langem bröckelnde Autorität des Generals in dieser schweren Stunde das verbitterte und in weiten Teilen lethargische Volk noch einmal aufrütteln kann.

6) Niemand vermag vorherzusagen, ob und mit welchen Gefühlen die Arbeiter morgen an ihrem Arbeitsplatz erscheinen werden, ob sie sich zu selbständigen Aktionen aufraffen werden, wenn Solidarität als Organisation tatsächlich handlungsunfähig sein sollte. Die Unkalkulierbarkeit dieser Lage könnte allenfalls von Kirche in mäßigendem Sinne beeinflußt werden. Doch die Kirche kann sich nicht exponieren, solange sie nicht weiß, was es mit den Internierungsaktionen wirklich auf sich hat und welches in dieser Hinsicht die Absichten Jaruzelskis sind.

Der gewachsene Druck aus Moskau und die Perspektive des WP-Gipfeltreffens[15] haben sicherlich zu den jetzt von Jaruzelski gefaßten Beschlüssen wesentlich beigetragen. Dennoch glaube ich, daß es in der Essenz seine autonome Entscheidung war. Nicht nur die extremen Positionen der Solidarität brachten ihn in Gefahr, auch das Zentralkomitee wurde seiner Politik des Abwartens und des Dialogs immer mehr zum Gegner. Unter einem Ersten Sekretär Grabski wäre der Bürgerkrieg wohl unvermeidlich. Dem ist Jaruzelski zuvorgekommen. Aber jetzt sind Wertvorstellungen und Prestige der polnischen Armee unmittelbar involviert. Ist dies die buchstäblich letzte Chance?

[gez.] Negwer

Referat 214, Bd. 132916

14 Der IX. Außerordentliche Parteitag der PVAP fand vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau statt. Vgl. dazu Dok. 205, Anm. 35.

15 Anläßlich des 75. Geburtstags des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, reisten führende Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 18. Dezember 1981 für ein informelles Treffen nach Moskau.

366

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

204-321.00 SO VS-vertraulich **13. Dezember 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Treffen der vier Politischen Direktoren in Brüssel vom 13.12.1981

I. Lage

Weitgehend übereinstimmende Beurteilung: Letzter Versuch der polnischen Führung, eine sowjetische Intervention abzuwenden. Außenminister Haig, der kurz nach Beginn der Sitzung für eine Zeitlang an der Diskussion teilnahm, meinte, dies würde seiner Einschätzung von Jaruzelski entsprechen.

Eagleburger übergab Erklärung Haigs vom 13. Dezember 1981 (vgl. Anlage 1)[3] und einen Situation Report vom 13. Dezember (Anlage 2)[4]. Er unterrichtete darüber, daß Scanlan, der für Osteuropa zuständige Deputy Assistant Secretary, am Vormittag des 13. Dezember den polnischen Botschafter[5] einbestellt und ihn um Aufklärung darüber gebeten habe, welches Ziel, welches Ausmaß und welche Dauer die Maßnahmen der polnischen Regierung hätten. Falls Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, Solidarität und andere nicht-offizielle Organisationen angewendet werde, würde dies die polnisch-amerikanischen Beziehungen beeinträchtigen und auch die Zukunft der wirtschaftlichen Hilfe für Polen, einschließlich der bereits erwogenen.

Eagleburger fügte hinzu, der Präsident[6] werde wahrscheinlich entscheiden, daß die Nahrungsmittellieferungen gestoppt würden. Dabei handele es sich um den Rest der noch nicht ausgenutzten 50 Millionen und um die 100 Millionen, über die der Präsident am Donnerstag[7] hätte entscheiden sollen.[8]

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 14. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 204 verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 14. Dezember 1981 vorgelegen.

3 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11119 (204).
Der amerikanische Außenminister Haig erklärte am 13. Dezember 1981 in Brüssel vor der Presse: „Pending further information, it would be unwise to say too much at this time. Nevertheless, I must emphasize that we are seriously concerned about the decision to impose martial law; as we have said before, the political experiment underway in Poland should be allowed to proceed unimpeded. The potential instabilities in Poland which could arise from imposition of martial law are obvious to all. For this reason, the U.S. Government reiterates that the Polish people should find a solution to their current difficulties through a process of negotiation and compromise among the parties involved. Above all, they should be permitted to do so without any outside interference." Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 82 (1982), Heft 2058, S. 40.

4 Dem Vorgang beigefügt. Für den „Situation Report" vgl. VS-Bd. 11119 (204).

5 Romuald Spasowski.

6 Ronald W. Reagan.

7 17. Dezember 1981.

8 Der amerikanische Außenminister Haig erklärte am 14. Dezember 1981, bereits angelaufene Nahrungsmittellieferungen und humanitäre Hilfe würden fortgesetzt, jedoch behalte man sich vor, weitere Hilfsmaßnahmen in Hinblick auf die Lage in Polen zu prüfen. Vgl. dazu die Anlage zum Drahtbericht Nr. 5052 des Botschafters Hermes, Washington, vom 14. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 132920.

Stoessel werde nachmittags Dobrynin zu sich bitten und ihm die amerikanische Besorgnis über die Erklärung des Ausnahmezustandes in Polen zum Ausdruck bringen. Stoessel werde sich dann im Sinne des letzten Absatzes der Haig-Erklärung vom 13. Dezember (Anlage 2) äußern.

Der amerikanische Botschafter[9] werde so bald wie möglich von Washington nach Warschau zurückkehren. Haig verzichte wahrscheinlich auf seine Türkei-Reise und fliege morgen nach Washington zurück.[10] Haig selbst erwähnte, Amerikaner hätten aus schwedischer Quelle erfahren, die polnischen Maßnahmen seien offenbar aus der Armee vorzeitig durchgesickert, und diese Tatsache habe es vielen Gefährdeten erlaubt unterzutauchen. Die polnischen Streitkräfte seien in höchste Alarmstufe versetzt. Die Satelliten-Aufklärung sei durch Wetter seit über einem Monat „blockiert".

Franzosen und wir haben über die Gespräche der beiden Botschafter[11] bei Czyrek berichtet. Die beiden Berichte stimmten im Kern überein. Andréani erklärte, daß Frankreich seine Hilfelieferungen gestoppt habe. Das sei schon wegen der Grenzschließung notwendig gewesen, aber die französische Regierung wolle auch die Entwicklung abwarten. Den Besuch des französischen Ministerpräsidenten Mauroy habe die polnische Seite am 11. Dezember abgesagt.

II. Zum weiteren Vorgehen

1) Die Direktoren schlagen ihren Ministern die als Anlage 3 beigefügten „Guidelines for the Western Position"[12] vor.

Die britische Präsidentschaft[13] wird dieses Papier in das informelle EG-Außenministertreffen am 14./15. Dezember[14] einführen.

Botschafter Wieck wird das Papier in die reinforced NATO-Ratssitzung am 14.12.1981[15] einführen.

9 Francis J. Meehan.

10 Der amerikanische Außenminister Haig hielt sich anläßlich der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 vom 9. bis 13. Dezember 1981 in Brüssel auf.

11 Georg Negwer (Bundesrepublik) bzw. Jacques Dupuy (Frankreich).
Zum Gespräch des Botschafters Negwer, Warschau, mit dem polnischen Außenminister Czyrek am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 365.

12 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11119 (204).
Die „Guidelines for the Western Position" definierten unter anderem die folgenden Hauptinteressen: „First, that the crisis should be kept under control. Second, that Poland should solve its own problems without external interference. Third, that the political and social progress of the last 17 months in Poland should not be undone, even if it is temporarily halted or perhaps reversed." In Ziffer 6 wurden Richtlinien für das weitere Vorgehen aufgestellt: „It should be accepted that it may take several days to arrive at a considered assessment and to take the appropriate decisions. Meanwhile, the public line should comprise the following: we are following the situation with careful attention and great concern; we are and shall remain in closest consultations among ourselves; we believe that Poland's problems should be resolved by compromise and consensus among the various national forces in Poland; we shall observe a policy of strict non-intervention and we expect all signatories of the Helsinki Final Act to do the same." Vgl. den Runderlaß Nr. 6450 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 13. Dezember 1981; VS-Bd. 13316 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

13 Großbritannien hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1981 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

14 Das informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 14./15. Dezember 1981 in London statt. Dort wurde am 15. Dezember 1981 eine Erklärung zu Polen verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 12/1981, S. 13 f.
Zum Treffen vgl. auch Dok. 349, Anm. 6.

15 Zur Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 14. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 370.

Haig erklärte, er halte die reinforced NATO-Ratssitzung für erforderlich. Eine Sondersitzung der 15 Außenminister wäre zu spektakulär. Aber gerade wegen des Treffens der Zehn auf Ministerebene erwarte die amerikanische Öffentlichkeit, daß auch die 15 zusammenträten.

Bullard teilte mit, daß des Wetters wegen das informelle EG-Außenministertreffen und das PK[16] vielleicht von London nach Brüssel verlegt werden müßten. Eagleburger erbat, wenn es dazu käme, jedenfalls um die Teilnahme der Politischen Direktoren an der NATO-Sitzung. Darauf wollte sich Bullard nicht einlassen. Eagleburger wiederholte, daß wir uns möglichst für eine Teilnahme der Direktoren an der NATO-Sitzung, mindestens aber für eine angemessene[17] Beschickung durch die Hauptstädte einsetzen möchten.

2) Demarchen in Warschau könnten sich an Ziffer 6 der Guidelines orientieren. Es kam nicht zu einem Konsensus darüber, wie die Frage der Wirtschaftshilfe behandelt werden sollte. Ich hatte vorgeschlagen zu sagen, daß die Hilfe in der Hoffnung gegeben worden sei, daß die Polen ihre eigenen Angelegenheiten auf friedliche Weise lösen würden. Die Franzosen und Amerikaner wiesen erneut auf die nun eintretende Pause in ihren Lieferungen hin. Bullard schlug vor, wegen der anstehenden Termine (creditors' club; Treffen der Privatbanken[18]) solle man in Fühlung bleiben.

3) Behandlung Moskaus

Eagleburger verwies auf das Gespräch Stoessel–Dobrynin. Auf die Frage Bullards, ob das Getreidelieferungsabkommen[19] nun womöglich verzögert werde, erklärte Eagleburger[20], die Frage stelle sich im Augenblick ohnehin nicht, denn ein Abschluß käme erst nach dem nächsten Haig-Gromyko-Treffen[21] in Betracht. Andréani teilt mit, daß Außenhandelsminister Jobert für eine Tagung der großen französisch-sowjetischen Wirtschaftskommission am 14.12.1981

16 Vortragender Legationsrat I. Klasse Stabreit faßte am 16. Dezember 1981 die Ergebnisse der Sitzung des Politischen Komitees im Rahmen der EPZ am 14./15. Dezember 1981 in London zusammen: „Ein kurzes Papier für die Minister wurde akzeptiert, das feststellt, daß die Motive für die Lebensmittelhilfe an Polen weiterbestehen. […] Es solle erwogen werden, ob man eine Verbindung der Hilfe mit der Aussicht einer Rückkehr Polens zu normalen Verhältnissen herstellen sollte. Hinsichtlich eventueller Reaktionen gegenüber der SU wurde Auffassung der Präsidentschaft akzeptiert, im Augenblick keine speziellen diplomatischen Demarchen durchzuführen." Weitere Themen seien die KSZE sowie die Lage im Nahen Osten, in Libyen und in Lateinamerika gewesen. Vgl. den Runderlaß Nr. 6579; B 150, Aktenkopien 1981.

17 Korrigiert aus: „an einer angemessenen".

18 Referat 421 notierte am 16. Dezember 1981, der polnische Finanzminister Krzak habe im „Zusammenhang mit anstehender Umschuldungsvereinbarung mit westlichen Privatbanken" auf eine Zahlungslücke von 500 Mio. Dollar verwiesen: „Hiervon könne Polen 150 Mio. Dollar selber aufbringen, erbitte aber von westlichen Regierungen einen Überbrückungskredit über 350 Mio. Dollar mit sechsmonatiger Laufzeit. […] Nach Vorstellungen westlicher Gläubigerbanken sollte Umschuldungsaktion am 28.12.1981 unterzeichnet werden. Da den zur Vorbereitung nach Warschau entsandten britischen Buchprüfern wegen der jüngsten Ereignisse polnischerseits kurzfristige Ausreise nahegelegt worden war, soll Unterzeichnung nunmehr am 15.1.1982 stattfinden. Deutsche Privatbanken sind hinsichtlich Einhaltung dieses Termins zuversichtlich." Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

19 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

20 Korrigiert aus: „Bullard".

21 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

nach Moskau reise.[22] Jobert werde sicher auch die polnische Frage gegenüber Gromyko ansprechen.

Ich habe darauf aufmerksam gemacht, daß dieser Punkt beim informellen AM-Treffen der Zehn besprochen werden könnte.

4) Madrider KSZE-Treffen

Die beim NATO-Außenministertreffen[23] beschlossene Linie wird nicht geändert.

Ich habe vorgeschlagen, daß in den internen westlichen Besprechungen das N+N-Dokument[24] „on its own merits" weiter geprüft wird. Absprachen über die Plenarerklärungen am 16.12.1981 zur polnischen Situation bedürften der Ministerweisung im Lichte der bis dahin erfolgten Entwicklung.[25] Eagleburger und Andréani äußerten größte Zweifel, ob man unter diesen Umständen abschließen könne.

5) Konsultation mit Drittstaaten

Konsultationen mit Japan, Australien, Neuseeland und Spanien sollen bilateral geführt werden (zur Zeit keine Trios).

6) Bullard fragte, ob es sinnvoll sei, die VN mit der Polen-Frage zu befassen. Eagleburger wies darauf hin, AM Haig sei der Auffassung, daß weder der SR noch die VN-GV derzeit mit der Polen-Frage befaßt werden sollten.

7) Amerikanische „Matrix"

Eagleburger teilt mit, Amerikaner hätten ein Eventualfall-Papier für die innere Repression (Matrix) ausgearbeitet. Dieses Papier habe sich bereits als sehr hilfreich erwiesen. So habe Scanlan den polnischen Botschafter einbestellt und auf vorgezeichneter Bahn mit ihm sprechen können, ohne daß besondere Weisung des Ministers hätte eingeholt werden müssen, der die Matrix genehmigt hatte.

Er stelle uns die Frage, ob es nützlich sei, im Rahmen der Vier über eine solche Planung zu sprechen.

22 Der französische Außenhandelsminister Jobert hielt sich anläßlich der Tagung der französisch-sowjetischen Wirtschaftskommission am 14./15. Dezember 1981 in Moskau auf.

23 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

24 Zum österreichischen Vorschlag vom 9. Dezember 1981 zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 353, Anm. 22. Die neutralen und nichtgebundenen Staaten brachten auf der Basis dieses Vorschlags am 16. Dezember 1981 einen von Österreich erarbeiteten Entwurf eines Schlußdokuments in die KSZE-Plenarsitzung ein. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION, Bd. XIX, S. 202 (Auszug).

25 Vortragender Legationsrat I. Klasse Joetze übermittelte der KSZE-Delegation in Madrid folgende Weisung: „Wir treten dafür ein, daß die westlichen Delegationen die Verhandlungen geschäftsmäßig und erfolgsorientiert weiterführen. Damit wird ein stabilisierendes Element des Ost-West-Verhältnisses erhalten, während vorzeitige Reaktionen des Westens in Madrid das Risiko mit sich bringen, zunächst Unruhe in die Gesamtlage zu bringen, mit der Gefahr negativer Auswirkungen auch auf Polen. Reaktionen in Madrid gehören zu den Maßnahmen, die, entsprechend der Eventualfallplanung der NATO, einer Sondersitzung der 15 Außenminister vorbehalten bleiben müssen. Eine solche Sitzung ist nicht anberaumt. Die Lage in Polen gibt dazu derzeit auch keinen Anlaß." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6448 vom 13. Dezember 1981; Referat 212, Bd. 133350.
Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 14. Dezember 1981: „Bei gestriger Delegationsleiterbesprechung der Zehn habe ich die in der Bezugsweisung enthaltenen Überlegungen vorgetragen. Die französische und die britische Delegation verfügten über ähnliche Weisungen, die anderen waren noch ohne Weisung. Eine kurze Erörterung ergab Übereinstimmung der Delegationsleiter mit unserer Haltung." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1642; Referat 212, Bd. 133421.

Hier stellt sich das Problem der Verbindung von Szenarios und Gegenzügen von Neuem.

8) Das nächste Vierertreffen soll entweder am 18. oder am 22. Dezember 1981 in London[26] stattfinden, je nachdem, wann Eagleburger abkömmlich ist.

Pfeffer

VS-Bd. 11119 (204)

367

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos

320-381.40 NAM **14. Dezember 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Namibia-Initiative der westlichen Fünf;
hier: Lagebewertung nach den Fünfertreffen von Washington und Ottawa vom 1. bis 8. Dezember 1981

Bezug: Gesprächsunterlage für BM in Brüssel in DB 497 vom 7.12.1981 aus Ottawa[4]

Zur Unterrichtung

A) Vertrauensbildende Maßnahmen

1) In diesem Bereich haben die Fünf Fortschritte erzielt.

Die KG-Mission ins südliche Afrika[5] hatte die Vereinbarung von Verfassungsprinzipien empfohlen. Hierauf hatten sowohl die Afrikaner als auch die Südaf-

26 Zum Gespräch der vier Politischen Direktoren und der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 22. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 385.

1 Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Vergau konzipiert.
Hat Amtsrat Kusnezow am 7. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung „über BStS“ an Vergau verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 8. Januar 1982 vorgelegen.
Hat Vergau am 11. Januar 1982 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 16. Dezember 1981 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher vorgelegen.

4 Für den Drahtbericht des Vortragenden Legationsrat I. Klasse Vergau, z. Z. Ottawa, vgl. Referat 320, Bd. 125285.

5 Vom 25. Oktober bis 6. November 1981 führte eine Expertenkommission der Namibia-Kontaktgruppe Gespräche in Lagos, Luanda, Kapstadt, Windhuk, Salisbury, Maputo, Lusaka, Daressalam und Nairobi. Referat 320 notierte dazu am 10. November 1981: „Mandat der Mission war, den neuen Drei-Phasen-Plan zu erläutern; auf eine bindende Unterstützung der Verfassungsprinzipien durch alle Beteiligten hinzuwirken; für die Einsicht zu werben, daß ein unabhängiges Namibia blockfrei sein muß und nicht Einflußzone einer fremden Großmacht werden darf.“ Die Gespräche hätten zu der Hoffnung berechtigt, daß die angesprochenen Staaten „dem Konzept der Phase I letztlich zustim-

rikaner im ganzen positiv reagiert. Unter Berücksichtigung der von beiden Seiten im entgegengesetzten Sinne geübten Kritik an Einzelheiten ist eine Neufassung erarbeitet worden, die einen tragfähigen Kompromiß darstellen und möglichst ohne wesentliche Änderungen durchgesetzt werden soll (Anlage 1).[6]

2) In einer anschließenden Phase sollen dann die Probleme des parteiischen VN-Verhaltens und der Ausgestaltung von UNTAG gelöst werden. Zu beiden Fragen hat die KG Grundlagenpapiere erarbeitet, die als Ausgangspunkt für einen zügigen Verhandlungsprozeß geeignet sind.[7] Die Schwierigkeiten erscheinen nicht unüberwindlich, da die Fünf bei der Genfer PIM-Konferenz[8] in beiden Fragen schon eine weitgehende Annäherung der gegensätzlichen Standpunkte erreicht hatten.

3) In der KG dominiert der Wille zu guter interner Zusammenarbeit und die Entschlossenheit aller, auf Einhaltung eines eng begrenzten Zeitplans hinzuwirken.

Die neuen Verfassungsprinzipien werden allen beteiligten Parteien schon am 17. Dezember präsentiert und erläutert. Ziel ist, Phase I spätestens Mitte Januar 1982 abzuschließen.

Parallel dazu sondiert Crocker im Auftrag der Fünf bei Südafrika, welche Vorstellungen Pretoria selbst von der Gestaltung von UNTAG hat.[9] Nach seinem KG-Mandat hat der VN-Plan[10] mit der Obergrenze 7500 Ausgangsbasis zu sein, wobei die darin schon vorgegebenen Reduzierungsmöglichkeiten bis auf 4500 unterstellt werden können. Eine weitere Senkung der Zahl kann nur in Betracht kommen, soweit Südafrika auf UNTAG-Aufgaben verzichtet, die im SA[11]-Interesse vorgesehen waren (insbesondere Schutz gegen SWAPO-Infiltration).

Ebenfalls parallel finden intensive KG-Kontakte mit dem VN-Sekretariat statt, um die Vorbereitung für Schritte zum Abbau der SWAPO-Bevorzugung weiter zu konkretisieren.

Fortsetzung Fußnote von Seite 1972

men werden". Jedoch hätten sie „kritische Fragen zur Verankerung eines Proporzelements in den Verfassungsprinzipien" gestellt. Referat 320 resümierte: „Die Fünf haben erkannt, daß unter den besonderen Verhältnissen Namibias in der Frage der angemessenen Repräsentation von Minderheiten ein Kompromiß auf der Linie der vorgelegten Verfassungsprinzipien gefunden werden muß. Es besteht keine Aussicht auf Einigung auf eine der aufgezeigten Extrempositionen." Vgl. Referat 320, Bd. 125285.
Zu den Gesprächen am 25./26. Oktober 1981 in Lagos vgl. auch Dok. 303, Anm. 9.

6 Dem Vorgang beigefügt. Für den revidierten Entwurf der Verfassungsprinzipien für ein unabhängiges Namibia vom 8. Dezember 1981 vgl. Referat 320, Bd. 125285.

7 Für das Papier der Namibia-Kontaktgruppe über die aufzustellende United Nations Transition Assistance Group (UNTAG) vgl. den Drahtbericht Nr. 4925/4926 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Vergau, z. Z. Washington, vom 5. Dezember 1981; Referat 320, Bd. 125285.
Für das „Impartiality Paper" der Namibia-Kontaktgruppe vgl. den Drahtbericht Nr. 499/500 von Vergau, z. Z. Ottawa, vom 8. Dezember 1981; Referat 320, Bd. 125285.

8 Pre-implementation meeting.
Zum Ergebnis der Konferenz zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978, die vom 7. bis 14. Januar 1981 in Genf stattfand, vgl. Dok. 14, Anm. 4.

9 Der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Crocker, führte vom 12. bis 15. Januar 1982 in London Gespräche mit dem Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium, Fourie.

10 Vgl. dazu die Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats vom 29. September 1978; Dok. 14, Anm. 2.

11 Südafrika.

Am 18. und 19. Januar 1982 findet in Bonn die nächste KG-Konferenz auf der Ebene der Afrikabeauftragten[12] statt. Themen: Abschluß der Phase I und Einleitung der Phase II.

Ziel bleibt, den Verhandlungsprozeß zu UNTAG und parteiischem VN-Verhalten innerhalb der ersten Jahreshälfte 1982 zum Abschluß zu bringen.

Sollte Südafrika tatsächlich mitspielen, so könnte danach mit der Festlegung des Startdatums für die 435-Ausführung Phase III beginnen und zu Wahlen in Namibia noch in der ersten Hälfte 1983 führen.

B) Bewertung der Aussichten für die Namibia-Lösung

1) Die Lösung der in Phasen I und II anstehenden Fragen allein kann den wirklichen Grund, aus dem Südafrika die 435-Ausführung verweigert, nicht ausräumen.

Nach wie vor will Südafrika unter den bisher gegebenen Rahmenbedingungen in erster Linie jeder Möglichkeit einer SWAPO-Regierung in Windhuk einen Riegel vorschieben. Angesichts der – inzwischen auch von Südafrika erkannten – Siegeschancen der SWAPO spricht dies aus SA-Sicht gegen die Zulassung von Wahlen.

Südafrika hat jedoch auch erkannt, daß sich mit dem Ausbleiben einer international anerkannten Regelung, die nur über Wahlen möglich ist, die Lage in Namibia und die internationalen Beziehungen Südafrikas stetig verschlechtern. Trotz der Widerstände des rechten NP[13]-Flügels in Südafrika könnte PM Botha sich daher mit dem westlichen Lösungsplan doch abfinden, jedoch nur bei Garantie von Rahmenbedingungen, unter denen der Aktionsspielraum eines unabhängigen Namibia so eingegrenzt wäre, daß eine für Südafrika bedrohliche Politik praktisch ausschiede.

Nur bei handfesten Angeboten auf dem Gebiet der Sicherheit könnte sich eine Aussicht eröffnen, die in Südafrika neben Sicherheitssorgen zusätzlich bestehenden ideologischen Widerstände gegen Hinnahme einer schwarzen Mehrheitsregierung im Nachbarland und Beschränkung der Privilegien der dort lebenden Weißen zu überwinden. Nach wie vor dominieren in der SA-Führung jene Kräfte, die das Lancaster-House-Ergebnis in Simbabwe[14] für ein Unheil halten.

2) Auf dem Gebiet der Sicherheit sind in den letzten Monaten bei Südafrika weitreichende Erwartungen geweckt worden.

– Die Amerikaner haben sich – gegen den Rat ihrer vier KG-Partner – auf den Standpunkt gestellt, „parallel“ zum SA-Truppenabzug aus Namibia müßten die Kubaner Angola verlassen.
– Die Fünf haben im Rahmen ihrer Mission ins südliche Afrika den beteiligten Parteien ein von AM Cheysson lanciertes „Statuspapier“ ausgehändigt, in dem zu einem das künftige Namibia vorab bindenden Pakt über Gewaltverzicht, Verzicht auf fremde Militärstützpunkte und fremde Truppenpräsenz sowie

12 Die Gespräche auf der Ebene der für Afrika zuständigen Vertreter der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der USA fanden am 25./26. Januar 1982 statt. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Gorenflos vom 29. Januar 1982; AAPD 1982.

13 National Party.

14 Zur Verfassungskonferenz für Simbabwe/Rhodesien vom 10. September bis 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London vgl. Dok. 63, Anm. 5.

Nichtzulassung von gegenüber Südafrika aggressiven Maßnahmen von Befreiungsbewegungen geraten wird (Anlage 2)[15].

Obwohl die Fünf sich energisch bemüht haben, das „Statuspapier" als unverbindliche Idee hinzustellen, deren Verwirklichung keinesfalls zur Vorbedingung für die 435-Ausführung gemacht werden dürfe, tendieren die Südafrikaner jetzt zu der Linie, daß für sie eine 435-Ausführung ohne zuverlässige Absicherung in allen vorgenannten Punkten nicht in Betracht komme.

3) Es ist schwer zu erkennen, worauf sich die US-Hoffnung gründet, Luanda werde auf die Forderung des „parallelen Truppenabzugs" eingehen. Weder ist ein überzeugendes Interesse Moskaus hieran noch angolanische Entscheidungsfreiheit ohne Rücksicht auf Moskau zu erkennen.

In Ottawa hat Crocker in vertraulichem Gespräch mit uns zugegeben, daß Washington mit seinen Bemühungen bei Angola zur Zeit auf der Stelle tritt. Es gebe Kontakte, jedoch seien die Machtverhältnisse in der MPLA zu unklar. Dos Santos könne ohne positiven Anstoß aus Moskau nicht entgegenkommen. US-Hoffnung richte sich jetzt auf bevorstehendes Gespräch Haig–Gromyko[16]. Auch zu Kuba bestünden Kontakte.

Die US-Chancen bei MPLA dürften sich durch den hochrangigen Empfang des UNITA-Chefs Savimbi im State Department[17] kaum verbessert haben. Neben den rücksichtslosen und unvermindert anhaltenden SA-Militäraktionen im Süden Angolas gibt das Drängen der Reagan-Administration auf Aufhebung des Clark-Amendments[18] den Angolanern einen weiteren Grund zu der Annahme, die Kubaner seien notwendig.

4) Daß die afrikanische Seite eine so einschneidende Souveränitätsbeschränkung, wie das „Statuspapier" sie fordert, vorab für Namibia festschreiben könnte, ist bei der in der OAE vorherrschenden Empfindlichkeit gegenüber solchen Zumutungen zweifelhaft. Die afrikanischen Reaktionen gegenüber der KG-Mission waren nicht ermutigend.

15 Dem Vorgang beigefügt. Für das Papier vgl. Referat 320, Bd. 125285.

16 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

17 Der Präsident der UNITA, Savimbi, hielt sich vom 28. November bis 15. Dezember 1981 in den USA auf. Vortragender Legationsrat I. Klasse Vergau notierte, Savimbi sei im amerikanischen Außenministerium unter anderem von Außenminister Haig, Unterstaatssekretär Stoessel und Abteilungsleiter Crocker empfangen worden. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6459 vom 14. Dezember 1981; Referat 320, Bd. 127716.

18 Zur Diskussion um die Aufhebung des sogenannten „Clark-Amendments" in den USA vgl. Dok. 123, Anm. 22.
Botschafter Hermes, Washington, berichtete am 10. Dezember 1981: „Repräsentantenhaus hat am 9.12.81 mit 222 zu 184 Stimmen die Foreign Assistance Bill für das H[alb]j[ahr] 1982 angenommen, nachdem die republikanische Fraktion im letzten Augenblick den Antrag auf Aufhebung des Clark-Amendments zurückgezogen hatte. Die Foreign Assistance Bill 1981 ist damit von beiden Häusern im Prinzip angenommen. Da die beiden Häuser sie jedoch mit verschiedenen Auflagen (nicht nur hinsichtlich des Clark-Amendments) verabschiedet haben, muß sie nun, um in Kraft treten zu können, einem Vermittlungsausschuß vorgelegt werden. Welche Linie die Administration dabei wegen des Clark-Amendments verfolgen wird, sei, so sagt man uns im State Department, noch nicht entschieden. Es gebe drei Möglichkeiten: a) Reagan signalisiert der republikanischen Mehrheit des Senats, er verzichte für dieses Mal auf die Aufhebung; b) Reagan bittet Republikaner im Senat, Aufhebung durchzukämpfen […]; c) Man sucht Kompromiß, etwa in der Form eines neuen, weniger stringenten Amendments." Vgl. den Drahtbericht Nr. 4981; Referat 320, Bd. 127716.

Die überwiegend eisige Reaktion stand im Gegensatz zur lautstarken Begeisterung von AM Botha. Die Franzosen, die ihrem Papier ohne Rücksicht auf die Bedenken der KG-Partner nun wie einem heiligen Prestigeprojekt Erfolg verschaffen möchten, waren in Ottawa nur mit Mühe davon abzubringen, sofort in bilaterale Konsultationen mit afrikanischen Regierungen einzutreten. US wissen, daß SA jeden Hinweis einer ablehnenden Haltung bei FLS[19] zum Vorwand nehmen möchte, den Verhandlungsprozeß zu blockieren. Die Amerikaner haben SA bisher dazu bewegen können, das „Statuspapier" nicht öffentlich anzusprechen (was Veröffentlichung in SA-Presse nicht verhindert hat), und halten es wie wir für das beste, daß man bei den Afrikanern so lange wie nur möglich darüber schweigt.

Selbst wenn ein Pakt im Sinne des „Statuspapiers" zustandegebracht werden könnte, wäre sein Wert im Rahmen des SA-Sicherheitsbedürfnisses relativiert durch die offenkundigen Schwierigkeiten, seine Einhaltung zu garantieren.

5) Auf der anderen Seite fehlt es bei Südafrika doch nicht ganz an Motiven, möglichst bald eine international akzeptable Lösung zu erreichen.

– Bei der schon erwähnten stetigen Lageverschlechterung in Namibia fällt besonders ins Gewicht, daß die Wahlchancen der DTA offensichtlich auf unabsehbare Zeit dürftig sind. Ein wichtiger Grund, weshalb SA bisher auf Zeit spielte, war die Erwartung, in der DTA in einem mehrjährigen Aufbauprozeß eine zugkräftige Alternative zu SWAPO aufbauen zu können.
– SA erkennt das zunehmend dringende Interesse Angolas und Sambias an Frieden, Stabilität und Wirtschaftsverkehr mit SA. Bei Fortschritten in der Namibia-Lösung könnten die Südafrikaner dieses Verständigungspotential aktivieren und damit selbst zur Absicherung gutnachbarlicher Beziehungen auch zu Namibia beitragen.
– Die gesamte Wirtschaft Namibias wird sich auch nach Unabhängigkeit in einer Abhängigkeit von SA befinden, die so total bei keinem anderen Nachbarland anzutreffen ist. SA sieht, daß auch SWAPO dies weiß und die zerstörerischen Fehler Angolas nicht wiederholen will.
– Wesentliche Kräfte in der SA-Führung sind sich bewußt, daß nicht nur die Durchbrechung der außenpolitischen Isolation von der internationalen Gemeinschaft und dabei auch westlichen Ländern, sondern gerade auch der Aufbau konstruktiver Zusammenarbeit mit Schwarzafrika ein Anliegen von höchster Priorität geworden ist. Ohne Fortschritte bei Namibia ist hier fast nichts zu erreichen.

So bleibt es doch denkbar, daß PM Botha im Lichte dieser Interessenlage doch in absehbarer Zeit mehr Unterstützung für die Zusammenarbeit mit der KG gewinnen könnte, zumal sich bei Einigung über die vertrauensbildenden Maßnahmen der ganze Lösungsplan gegenüber der NP als im Interesse Südafrikas abgeändert und verbessert darstellen ließe. Voraussetzung bliebe natürlich, daß SA in seinen Anforderungen an die Sicherheit Entgegenkommen fände, aber es könnten vielleicht letztlich doch wirklichkeitsnahe Kompromisse erzielt wer-

19 Frontlinienstaaten.
Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

den, die von der vollen Durchsetzung der kaum realistischen Zielsetzungen „paralleler Truppenabzug“ und „Statuspapier“ absehen.

C) Unsere weitere Rolle in der Namibia-Initiative

Die 435-Ausführung bleibt für uns ein erreichbares Ziel der Fünf, für das wir uns weiter nach besten Kräften einsetzen. Wichtige Akzente unserer Rolle sind:

– Wir nutzen unseren Einfluß innerhalb der Fünf, um die Wirkung zu starker Tendenzen zugunsten SAs, insbesondere bei US, aber stellenweise auch weiterhin bei GB, behutsam abzudämpfen, um der afrikanischen Seite die politische Möglichkeit der weiteren Mitarbeit zu erhalten. Dabei helfen uns die guten Beziehungen zu fast allen Afrikanern.
– Über die vertrauensbildenden Maßnahmen hinaus arbeiten wir auf Versöhnung in Namibia hin, insbesondere, indem wir unsere guten Gesprächskontakte zu SWAPO und unsere Sonderbeziehungen zu den Namibiadeutschen nutzen.
– Wir übernehmen auf der Basis der von uns schon geleisteten Vorstudien eine aktive Rolle in der westlichen Vorarbeit für eine umfassende Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft mit dem künftigen unabhängigen Namibia.

Gorenflos

Referat 320, Bd. 125285

368

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Bräutigam

14. Dezember 1981[1]

Unter Verschluß

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Treffen des Bundeskanzlers mit Generalsekretär Honecker am 11. bis 13. Dezember 1981 am Werbellinsee[3]

Zusammenfassung und erste Wertung

1) Der Bundeskanzler hat während des Besuchs insgesamt fast 15 Stunden mit Honecker gesprochen, darunter mehrere längere Gespräche unter vier Augen[4] bzw. im kleinsten Kreis.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 15. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „R[ücklauf] v[on] BM unter Verschluß zurück an Dg 21.“

2 Hat Staatssekretär von Staden am 14. Dezember 1981 vorgelegen.

3 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR vgl. auch Dok. 363 und Dok. 364.

4 Für die Vier-Augen-Gespräche des Bundeskanzlers Schmidt mit dem Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, am 11./12. Dezember 1981 in Dölln vgl. VS-Bd. 14092 (010); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. dazu ferner BONN UND OST-BERLIN, S. 652–671 bzw. S. 679–694.

Die Atmosphäre in den Gesprächen war sehr offen und im Laufe des Besuchs zunehmend freundlicher und gelöster. Honecker enthielt sich fast jeder Polemik. Die Gegensätze in den grundsätzlichen Fragen und die unterschiedlichen Bündnispositionen wurden klar, aber ohne Schärfe ausgesprochen.

Der protokollarische Ablauf war korrekt und entsprach den Abmachungen.

2) Der Bundeskanzler hat den Eindruck gewonnen, daß in den intensiven Gesprächen ein persönliches Vertrauensverhältnis entstanden ist. Er hofft, daß dies zu größerer Berechenbarkeit und Stetigkeit in den Beziehungen zwischen den beiden Staaten beitragen wird und schon im Laufe des nächsten Jahres auch schwierige Fragen einer Lösung nähergebracht werden können.

In den Gesprächen wurde deutlich, daß die DDR-Führung – sicher in Abstimmung mit Moskau – an einer Überwindung der Stagnation und Verhärtungen im deutsch-deutschen Verhältnis interessiert ist.

3) Der Besuch hat keine unmittelbaren Ergebnisse erbracht. Es besteht aber Einverständnis zwischen beiden Seiten, Verhandlungen bzw. Sondierungsgespräche zu folgenden Vorhaben aufzunehmen:

a) Swing

Zunächst Übergangsregelung bis Mitte 1982, Aufnahme von Verhandlungen über eine längerfristige Vereinbarung.[5]

b) Nichtkommerzieller Zahlungsverkehr[6]

Aufnahme von Gesprächen über eine Weiterführung der Zuschußregelung über 1982 hinaus.

c) Berliner Gewässerschutz[7]

Aufnahme von Verhandlungen über den Bau einer dritten Reinigungsstufe in DDR-Klärwerken im Umfeld Berlins mit dem Ziel eines baldigen Abschlusses.

d) Durchleitung von sowjetischem Erdgas über das Gebiet der DDR nach Berlin (West).[8]

Bereitschaft der DDR zur Aufnahme von Verhandlungen über eine kommerzielle Vereinbarung zwischen den Beteiligten. Ein entsprechender Hinweis ist im Kommuniqué[9] enthalten.

e) Elektrifizierung von Eisenbahn-Transitstrecken[10]

Aufnahme von Sondierungsgesprächen über die Strecke Berlin–Hannover.

f) Werra-Verschmutzung und grenzüberschreitender Kaliabbau[11]

Intensivierung der laufenden Expertengespräche (die bisher noch nicht zu entscheidungsfähigen Vorschlägen geführt haben).

5 Zur Abrechnung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zwischen der Bundesrepublik und der DDR im Rahmen des „Swing“ vgl. Dok. 355, Anm. 17.

6 Zu den Vereinbarungen über den nichtkommerziellen Zahlungsverkehr vgl. Dok. 363, Anm. 54.

7 Zu den Verhandlungen über den Gewässerschutz vgl. Dok. 363, Anm. 52.

8 Zum Vertrag vom 20. November 1981 über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik sowie zur Einbeziehung von Berlin (West) vgl. Dok. 339, Anm. 4, und Dok. 363, Anm. 19.

9 Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. BULLETIN 1981, S. 1033–1035.

10 Zu den Verhandlungen über die Elektrifizierung der von der Deutschen Reichsbahn befahrenen Strecken vgl. Dok. 363, Anm. 53.

11 Zum Kali-Abbau und der Versalzung der Werra vgl. Dok. 363, Anm. 41.

4) Der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister wiesen auf die Möglichkeit eines wirtschaftlichen Rahmenabkommens hin bei voller Aufrechterhaltung des Berliner Abkommens[12] als Grundlage des innerdeutschen Handels, der TSI und Einbeziehung der Berliner Firmen wie bisher. Die DDR zeigte sich interessiert und sagte Prüfung zu.

BM Graf Lambsdorff und Dr. Mittag erörterten ausführlich Einzelfragen des innerdeutschen Handels einschließlich der Zusammenarbeit auf dritten Märkten.

Der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister erklärten die Absicht der Bundesregierung, die TSI in „Treuhandstelle für Handel und Industrie" umzubenennen bei Beibehaltung der bisherigen Abkürzung.

5) Im Vier-Augen-Gespräch stellte Honecker mit der Bitte um strengste Vertraulichkeit für die nächste Zeit einige kleinere, für die Betroffenen aber bedeutsame Reiseerleichterungen in Aussicht. Diese Erleichterungen dürften sich vor allem auf die Reisen in dringenden Familienangelegenheiten beziehen.

In der Frage des Mindestumtausches[13] wies Honecker auf einen politischen Zusammenhang mit ihren Grundsatzforderungen („Gera-Rede"[14]) hin. Er schloß im persönlichen Gespräch mit dem Bundeskanzler Erleichterungen in der Zukunft aber nicht aus, wenn sich die Bundesregierung gegenüber diesen Grundsatzforderungen, dort wo es ihr möglich ist, entgegenkommend zeige. Der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister verdeutlichten den aus unserer Sicht bestehenden politisch-psychologischen Zusammenhang der Mindestumtauschfrage mit einer neuen Swing-Vereinbarung. Honecker wies in dieser Frage auf Schwierigkeiten in seinem Politbüro hin.

6) Honecker hielt die Grundsatzforderungen der DDR in vollem Umfang aufrecht (Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft[15]; Aufwertung des Status der Ständigen Vertretungen; Aufhebung der Erfassungsstelle Salzgitter[16]; Elbe-Grenzregelung[17]). Der Bundeskanzler stellte dazu klar, daß sich die Bundesregierung strikt an Grundgesetz[18] und Grundlagenvertrag[19] halten werde. Sie werde sich aber auch bemühen, vor allem in praktischer Hinsicht das zu tun, was ihr in diesem Rahmen möglich sei.

7) Zu Berlin wurde die mit der Sowjetunion übliche Formel („strikte Einhaltung

12 Für den Wortlaut des Abkommens vom 20. September 1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung vom 16. August 1960 mit Anlagen vgl. BUNDESANZEIGER Nr. 32 vom 15. Februar 1961, Beilage, S. 1–11.

13 Zur Erhöhung der Mindestumtauschsätze für Besucher in der DDR und in Ost-Berlin mit Wirkung vom 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 13.

14 Zur Rede des Generalsekretärs des ZK der SED, Honecker, am 13. Oktober 1980 vgl. Dok. 18, Anm. 5.

15 Zur Debatte um eine Staatsangehörigkeit der DDR vgl. Dok. 18, Anm. 10 und 11.

16 Zur Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter vgl. Dok. 18, Anm. 9.

17 Zur Problematik des Grenzverlaufs im Bereich der Elbe vgl. Dok. 363, Anm. 39.

18 Für den Wortlaut des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1949, S. 1–19.

19 Für den Wortlaut des Vertrags vom 21. Dezember 1972 über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR und der begleitenden Dokumente vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 423–429.

und volle Anwendung des Vier-Mächte-Abkommens“[20]) in das Kommuniqué aufgenommen.

Im Gespräch stellte Honecker klar, daß die DDR ihre Verpflichtungen aus dem Transitabkommen[21] genau erfüllen werde. Darauf könne sich die Bundesregierung verlassen.

Zur Frage des Westberliner Übergangs Staaken sagte Honecker, er sehe keine Möglichkeit, daß dieser Übergang nach der Fertigstellung des im Bau befindlichen Nordübergangs über 1984 hinaus geöffnet bleibe.

Den Bau einer Stichstraße von der Nordautobahn nach Niedersachsen schloß Honecker unter Anspielung auf militärische Interessen der Sowjetunion aus.[22]

Zur S-Bahn stellte Honecker die Bereitschaft der DDR in Aussicht, über ein Nahverkehrsverbundsystem zu sprechen. Unter Hinweis auf eine strikte sowjetische Haltung gab Honecker aber zu verstehen, daß es beim Status der S-Bahn (und damit auch dem Betriebsführungsrecht der DDR) keine Änderungen geben könne.

8) Noch vor dem Bekanntwerden des Ausnahmezustands in Polen[23] wies Honecker auf den Einfluß der politischen „Großwetterlage“ hin. Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten ließen sich davon nicht abkoppeln. Bei einer Verschlechterung der internationalen Lage sollten die Auswirkungen aber so gering wie möglich gehalten werden.

Von der Entwicklung in Polen zeigte sich Honecker, jedenfalls was den Zeitpunkt anbetraf, überrascht. Er gab zu verstehen, daß er auf eine innere Stabilisierung in Polen mit eigenen Kräften ohne Einwirkung von außen hoffe.

9) Bei der Behandlung außenpolitischer Themen nahmen die Abrüstungs- und Sicherheitsfragen erwartungsgemäß einen breiten Raum ein. Dabei war die große Sorge der DDR vor einer Verschärfung im Verhältnis der Supermächte und vor einem neuen Rüstungswettlauf unverkennbar. Honecker warnte wiederholt vor einer Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik, ohne jedoch einen Zusammenhang mit der Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen herzustellen.

Insgesamt waren in außenpolitischen Fragen Abweichungen von den sowjetischen Positionen auch in Nuancen nicht erkennbar. Die außenpolitischen Pas-

20 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

21 Für den Wortlaut des Abkommens vom 17. Dezember 1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik und Berlin (West) vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 7–13.

22 Vortragender Legationsrat Schenk Graf von Stauffenberg berichtete am 18. Dezember 1981 über die Sitzung des Ausschusses für Bundesangelegenheiten und Gesamtberliner Fragen des Abgeordnetenhauses von Berlin am 16. Dezember 1981: „Trotz der Erklärung der DDR, kein Interesse an der Offenhaltung des Übergangs Staaken zu haben, wird noch Verhandlungsspielraum gesehen, zumal die DDR bereit sei, über den Zeitpunkt der Schließung zu sprechen, falls bis 1984 die infrastrukturellen Voraussetzungen für die Öffnung des Übergangs Heiligensee nicht gegeben seien. Auch habe es keine kategorische Ablehnung von Gesprächen, wie etwa in der Frage des Baus einer zusätzlichen Stichstraße zum Berliner Ring, gegeben.“ Vgl. Referat 210, Bd. 132580.

23 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

sagen im Kommuniqué decken sich nahezu wörtlich mit den entsprechenden Teilen des Breschnew-Kommuniqués.[24]

Außenminister Fischer bedankte sich für den Brief des Bundesministers[25] und befürwortete auch seinerseits eine Fortsetzung der Abrüstungskonsultationen. Auf Einzelheiten ging er nicht ein.

Fischer bekundete Interesse an weiteren Zusammentreffen mit dem Bundesminister „nicht nur in New York".

10) Von der Begleitung Honeckers machte der für Wirtschaftsfragen zuständige ZK-Sekretär Dr. Mittag einen souveränen, sachlich sehr kompetenten Eindruck. Er sprach offen, mit großer Klarheit und Überzeugungskraft. Außenminister Fischer wirkte blaß. Die Staatssekretäre Schalck und Joachim Herrmann (Leiter des persönlichen Büros von Honecker) hielten sich ebenso wie Vize-Außenminister Nier völlig zurück.

11) Der Bundeskanzler hob im persönlichen Gespräch die Gemeinsamkeit der Koalition in der Deutschlandpolitik hervor und wies auf das starke deutschlandpolitische Engagement des Bundesaußenministers hin. Honecker bemerkte dazu, dies sei ihm bisher nicht bewußt gewesen. Er bedankte sich zu diesem „wichtigen Hinweis".

12) Bei dem Besuch in Güstrow wirkten die übermäßigen Absperrmaßnahmen der Sicherheitskräfte bedrückend. Beifall und Hochrufe der spalierbildenden Zuschauer wirkten gestellt. Viele Menschen, die aus den Fenstern grüßten, machten aber die starke Anteilnahme der Bevölkerung deutlich.

Im Dom von Güstrow hielt der mecklenburgische Bischof Rathke in Anwesenheit Honeckers und Fischers eine sehr beeindruckende Ansprache.[26] Er schloß mit den Worten: „Herr Staatsratsvorsitzender und Herr Bundeskanzler, Sie machen uns Mut."

Bräutigam

Referat 210, Bd. 132580

[24] Für den Wortlaut des Gemeinsamen Kommuniqués über den Besuch des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 22. bis 25. November 1981 in der Bundesrepublik vgl. BULLETIN 1981, S. 961–963.

[25] Zum Schreiben des Bundesministers Genscher vom 10. Dezember 1981 an den Außenminister der DDR, Fischer, vgl. Dok. 364, Anm. 3.

[26] Für den Wortlaut der Rede des Landesbischofs der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs, Rathke, am 13. Dezember 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 1043 f.

369

Bundesminister Genscher an den amerikanischen Außenminister Haig

010-3447/81 geheim **14. Dezember 1981**[1]

Lieber Al,

wie am 10.12. in Brüssel[2] besprochen, habe ich heute Oberst Belgassem empfangen.

1) Ich habe ihm Ihre Besorgnis über den Stand der amerikanisch-libyschen Beziehungen, insbesondere über die Informationen dargelegt, wonach Libyen Kommandos in die USA entsandt hat mit dem Auftrag, den Präsidenten[3] und andere wichtige Persönlichkeiten zu ermorden. Ich habe hervorgehoben, daß die amerikanische Administration diese Gefahr sehr ernst nimmt und, wenn es zu solchen Akten kommen sollte, darauf sehr entschlossen reagieren werde.

Ich habe dann Herrn Belgassem ebenfalls gefragt, was geschehen könne, um eine weitere Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Libyen zu vermeiden, und was die Bundesrepublik Deutschland, die nicht daran interessiert sei, daß es zu einer Konfrontation komme, in diesem Zusammenhang tun könne.

Ich erwähnte, daß mir durchaus bekannt sei, welche Erwartungen Herr Jalloud gegenüber der Bundesregierung und anderen europäischen Regierungen geäußert habe.[4] Ich wolle aber – mit Ihrer Kenntnis und Ihrem Einverständnis – den bewährten vertraulichen Kontakt über ihn benutzen, um zu helfen, daß es nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen komme.

Belgassem dankte für diese aufrichtigen und offenen Mitteilungen. Er habe mit allen Gaddafi nahestehenden Persönlichkeiten, vor allem den hohen Offizieren, die seine persönliche Umgebung bildeten, gesprochen und nicht den geringsten Hinweis gewonnen, daß Libyen Gruppen mit Mordauftrag in die USA entsandt hat. Er habe auch am 15.11. mit Gaddafi persönlich gesprochen und ihn direkt befragt. Gaddafi habe den Gedanken absolut zurückgewiesen.

Belgassem erwähnte, daß ein hoher aktiver CIA-Mitarbeiter in Tripolis, dessen Namen er mit Edwin Wilson angab, der US-Administration eigentlich klar Aus-

1 Durchdruck.
Das Schreiben wurde mit Drahterlaß Nr. 1364 des Ministerialdirigenten Montfort vom selben Tag an die Botschaft in Washington mit der Bitte um sofortige Übergabe übermittelt.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 15. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär von Staden verfügte.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 18. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen verfügte.
Hat Staden am 25. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Jansen am 28. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig vgl. Dok. 354.

3 Ronald W. Reagan.

4 Zu den Äußerungen des Stellvertreters von Oberst Gaddafi, Jalloud, gegenüber Bundesminister Genscher während seines Aufenthalts am 6./7. Juli 1981 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 188, Anm. 45.

kunft darüber geben können müßte, was tatsächlich laufe. Die Angaben eines Libanesen gegenüber dem FBI tat Belgassem als unzutreffend ab.

Belgassem unterstrich mit Nachdruck, daß er auch persönlich die Behauptung zurückweise, Libyen entsende Mordkommandos in die USA. Zu den politischen Beziehungen zwischen Libyen und den USA stellte Belgassem fest, Gaddafi sei durchaus an einer Verbesserung interessiert. Ein Problem scheine dabei in seiner Persönlichkeitsstruktur zu liegen, da Gaddafi an einmal gefaßten Prinzipien und Überzeugungen festhalte. Er, Belgassem gebe sich jede Mühe, Gaddafi dahin zu beeinflussen, einen vernünftigen Weg einzuschlagen. In letzter Zeit scheine er eine stärkere Ausrichtung in Richtung Ostblock oder Kommunismus zu erwägen.

Belgassem wies im übrigen darauf hin, daß Gaddafi Tätigkeit und Äußerungen von Volkskongressen und Volkskomitees persönlich lenke.

Belgassem schloß seine Äußerungen mit der Feststellung ab, daß es sehr schwierig sei, sich die Zukunft Libyens klar vorzustellen.

Belgassem wird noch vor Ende dieses Monats in seine Heimat zurückkehren und unverzüglich Gaddafi über unser Gespräch berichten. Auf seine Bitte um einen guten Rat, was libyscherseits getan werden sollte, habe ich empfohlen, einen Schritt auf die USA zuzutun und damit einen Beitrag zur Vertrauensbildung zu leisten.

Die Schlußbemerkung Belgassems, daß vielleicht schon vor Weihnachten die drei deutschen, zu schweren Haftstrafen verurteilten Staatsbürger freigelassen würden[5] (Sie werden sich erinnern, daß einer von ihnen auch im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in der US-Botschaft verurteilt wurde), habe ich begrüßt. Ein solcher Schritt würde als Geste bei uns, aber vielleicht auch bei anderen, hoch eingeschätzt werden.

Belgassem sagte zu, mich unverzüglich nach seinem Gespräch mit Gaddafi zu unterrichten.

2) Das Gespräch wurde mit großem Ernst geführt, und ich habe keinen Zweifel, daß Herr Belgassem in diesem Sinn Gaddafi berichten wird. Es ist schwer zu beurteilen, wie seine Position gegenüber Gaddafi heute ist. Seine Worte schienen eine gewisse Resignation erkennen zu lassen, wobei offenblieb, ob diese sich mehr auf die allgemeine politische Entwicklung oder mehr auf seine persönlichen Einwirkungsmöglichkeiten bezog.

Die Ausführungen Belgassems zur Terrorismusfrage hinterließen den Eindruck, das sage ich aus langjähriger Kenntnis von Herrn Belgassem, daß sein Urteil auf sehr sorgfältigen und umfassenden persönlichen Recherchen beruht. Wie ich Ihnen in Brüssel sagte, hat Belgassem uns in den langjährigen Kontakten nie getäuscht.

[5] Botschafter Held, Tripolis, berichtete am 2. Dezember 1981 über ein Gespräch mit dem stellvertretenden Sekretär des Allgemeinen Volkskomitees des Büros für Auswärtige Beziehungen Libyens, Abu Sita. Dieser habe erklärt, daß „Libyen grundsätzlich zum Austausch der drei deutschen Gefangenen“ gegen einen in Deutschland inhaftierten Libyer bereit sei: „Entsprechende Entscheidung habe Gaddafi selbst getroffen. […] Hinsichtlich Gefangenenaustausch sind nunmehr wir an der Reihe.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 985; Referat 310, Bd. 137683.

3) Sobald eine Äußerung von Belgassem vorliegt, werde ich Sie informieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Hans-Dietrich Genscher

VS-Bd. 14093 (010)

370

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6860/81 geheim **Aufgabe: 14. Dezember 1981, 21.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2102 **Ankunft: 14. Dezember 1981, 21.42 Uhr**
Citissime nachts

Madrid für KSZE-Delegation; London für BM Genscher und D 2[2]

Betr.: Polen;
hier: Ratssitzung (reinforced) am 14.12.1981

Bezug: 1) DE Nr. 6448 Plurez vom 13.12.1981 – 212/341.00[3]
2) DE Nr. 6450 Plurez vom 14.12.1981, 107/81 geh.[4]
3) DE Nr. 6452 Plurez vom 14.12.1981 Nr. 108/81 geh.[5]

Zur Unterrichtung

I. Ergebnisse der Ratssitzung am 14.12.1981 zu Polen

1) Der Generalsekretär[6] wurde im Anschluß an die in der Sitzung des NATO-Rates durchgeführten Konsultationen ermächtigt, die Presse auf der Grundlage der vier Punkte zu unterrichten, auf die man sich, wie bekannt, vorher im Viererrahmen geeinigt hatte. Der von uns verteilte englische Text der Press Guidance wird als Anlage[7] übermittelt.

1 Hat Legationsrätin I. Klasse von Malsen-Tilborch am 14. Dezember 1981 vorgelegen, die handschriftlich vermerkte: „RL 214 bei Dienstbeginn vorzulegen."
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 15. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Bundesminister Genscher und Ministerialdirektor Pfeffer hielten sich anläßlich des informellen Treffens der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15. Dezember 1981 in London auf. Vgl. dazu Dok. 349, Anm. 6.

3 Zum Runderlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Joetze vgl. Dok. 366, Anm. 25.

4 Zu dem am 13. Dezember 1981 konzipierten und am 14. Dezember 1981 übermittelten Runderlaß des Ministerialdirektors Pfeffer vgl. Dok. 366, Anm. 12.

5 Ministerialdirektor Pfeffer bat Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), die in den „Guidelines for the Western Position" vorgeschlagene „Position im Rat zu vertreten, im übrigen aber große Zurückhaltung zu üben. Für den Fall, daß weitere Überlegungen angestellt werden (und nicht von anderen gegengehalten wird), sollten Sie darauf hinweisen, daß nach der Eventualfallplanung Polen die Außenminister persönlich in einer Sondersitzung des Rats über Maßnahmen beraten und entscheiden müßten." Vgl. VS-Bd. 13332 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Joseph Luns.

7 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13333 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

2) Übereinstimmend wurde Besorgnis der verbündeten Regierungen und der Öffentlichkeit über die Entwicklung in Polen festgestellt. Die Verbündeten hoffen, daß die Verhängung des Kriegsrechts[8] eine vorübergehende Maßnahme ist und daß die Entwicklung seit August 1980 nicht rückgängig gemacht wird.

3) Mehrere Ständige Vertreter (USA[9], GB[10], D[11], F[12]) berichteten über die Kontakte der jeweiligen Missionschefs in Warschau[13] mit Mitgliedern der polnischen Regierung nach der Verhängung des Kriegszustands. Demnach äußerten sich die polnischen Gesprächspartner dabei auf derselben Linie, auf der Außenminister Czyrek gegenüber Botschafter Negwer argumentiert hatte. Es wurde auch auf Kontakte der Verbündeten auf hoher politischer Ebene mit den polnischen Botschaftern in mehreren Hauptstädten hingewiesen.

Es bestand Einigkeit darüber, daß diese Kontakte weiterhin genützt werden sollen, um mäßigend auf die polnische Führung einzuwirken und sie an die von ihr selbst gegebene Zielsetzung (Erhaltung des Reformkurses) zu erinnern.

4) Übereinstimmung wurde ferner darüber erzielt, daß das Bündnis selbst zu diesem Zeitpunkt nicht in den Vordergrund treten sollte. Jedoch soll die weitere Entwicklung aufmerksam beobachtet werden und weiterhin Gegenstand von Konsultationen im Rat bleiben.

5) Assistant Secretary of State Eagleburger, der an der Sitzung teilnahm, erklärte, USA hielten es angesichts der polnischen Ereignisse nicht für opportun, Madrid noch in dieser Woche abzuschließen. (Da dies tatsächlich ohnehin kaum mehr möglich sein wird, dürfte dies eine mehr theoretische Erwägung bleiben.) Man solle nach einer kurzen Pause nach Weihnachten an den Verhandlungstisch zurückkehren.[14] Allerdings sollten sich die Verbündeten darüber klarwerden, daß eine sowjetische Einmischung in Polen die Aussichten für eine KAE zerstören würde.

6) Zu den INF-Verhandlungen[15] erklärte Eagleburger, daß Nitze dem sowjetischen Unterhändler[16] vor Beginn der Weihnachtspause (15.12.) am Rande der Sitzung erklären werde, daß die Verhandlungen durch eine etwaige sowjetische Intervention in Polen beeinträchtigt würden.

8 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen sowie zum Gespräch des Botschafters Negwer, Warschau, mit dem polnischen Außenminister Czyrek am selben Tag vgl. Dok. 365.

9 William Tapley Bennett.

10 Clive Rose.

11 Hans-Georg Wieck.

12 Claude Arnaud.

13 Jacques Dupuy (Frankreich), Cynlais Morgan James (Großbritannien), Francis J. Meehan (USA) und Georg Negwer (Bundesrepublik).

14 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 381.
Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 140 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), vom 10. Februar 1982; AAPD 1982.

15 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf und wurden am 18. Dezember für eine Weihnachtspause unterbrochen. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.
Die Verhandlungsrunde wurde vom 12. Januar bis 16. März 1982 fortgesetzt. Zum Stand der Verhandlungen vgl. den Drahtbericht des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 17. März 1982; AAPD 1982.

16 Julij Alexandrowitsch Kwizinskij.

Dieser Hinweis wurde von anderen Ratsmitgliedern nicht aufgegriffen. Ich erklärte, daß wir die Mitteilung zur Kenntnis nähmen.

7) USA schlugen vor, im Falle einer Verschärfung der Lage in Polen (massive Unterdrückungsmaßnahmen, Blutvergießen, sowjetische Intervention) an eine Konferenz der Außenminister der Allianz zu denken. Die Reaktion des Rates zeigte, daß diese Frage derzeit als nicht aktuell betrachtet wird.

8) Der Vorsitzende des Militärausschusses[17] und SACEUR[18] machten keine Vorschläge für militärische Maßnahmen des Bündnisses.

9) Der dänische Ständige Vertreter[19] erwähnte, daß einige Einheiten der dänischen Marine Richtung Bornholm in Marsch gesetzt worden seien und daß einige Maßnahmen erhöhter Bereitschaft ergriffen worden seien.

II. Im einzelnen

1) Zur Lage in Polen ergaben sich folgende bemerkenswerte Hinweise: Der italienische Ständige Vertreter[20] erwähnte die Erklärung des Papstes, in der dieser die Polen ermahnt, von Gewaltmaßnahmen abzusehen.[21] Die entsprechende Erklärung von Erzbischof Glemp[22] sei im polnischen Rundfunk wiederholt gesendet worden. Dies unterstreiche die Schlüsselrolle der Kirche in der gegenwärtigen Lage.

Der britische Ständige Vertreter wies darauf hin, daß die von der polnischen Führung ergriffenen Maßnahmen zwar sehr weitgehend seien, jedoch sehr behutsam und flexibel gehandhabt würden (z. B. Ausgangssperre, Brücken-, Verkehrs-, Personalkontrolle).

Der norwegische Ständige Vertreter[23] bezeichnete den Auflösungsprozeß der PVAP, die seit August 1980 400 000 Mitglieder verloren habe, als die eigentliche Ursache für die jetzt ergriffenen Maßnahmen.

Es bestand Einigkeit darüber, daß die zeitliche Dauer der jetzt ergriffenen Maßnahmen und die Position Wałęsas sowie die Vermeidung von Gewaltanwendung (Blutvergießen) für die weitere Entwicklung entscheidend sein würden.

17 Robert Falls.

18 Bernard W. Rogers.

19 Anker Svart.

20 Vincenzo Tornetta.

21 Für den Wortlaut der Erklärung vgl. den Artikel „Es darf kein weiteres polnisches Blut fließen!"; L'OSSERVATORE ROMANO, 11. Jg., Nr. 51/52 vom 18. Dezember 1981, S. 1 f.
Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 14. Dezember 1981 über die Erklärung von Papst Johannes Paul II. vom Vortag: „Wenige Stunden nach Bekanntwerden der Verhängung des Ausnahmezustandes in Polen hat Papst Johannes Paul II. die Gelegenheit des sonntäglichen Angelusgebetes dazu benutzt, nochmals vor Blutvergießen in Polen zu warnen. Der Papst war offenkundig bemüht, alles zu vermeiden, was zu einer weiteren Zuspitzung der Lage in Polen hätte führen können." Vgl. den Drahtbericht Nr. 158; Referat 214, Bd. 132926.

22 Der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, ging am 13. Dezember 1981 in seiner Predigt in Warschau auf die Verhängung des Kriegsrechts ein, die er als „schmerzhaft" bezeichnete: „Es bleibt jedoch die wichtigste Sache: das Leben zu retten und vor Blutvergießen zu schützen. […] Wir können uns empören, wir können protestieren, es kann aber nicht die erwarteten Resultate bringen, da eine Macht im Kriegszustand keine Macht des Dialogs ist." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1870 des Botschafters Negwer, Warschau, vom 14. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 132926.

23 Kjeld Vibe.

2) Aufgrund einer Absprache zwischen dem Generalsekretär und dem Ständigen Vertreter der USA, der sich auf direkte Kontakte zwischen AM Haig und anderen Außenministern bezog, war den Medien vor der Sitzung Gelegenheit zu Bildaufnahmen gegeben worden. Dieses Verfahren stieß bei mehreren Ständigen Vertretern auf Bedenken. Es wird wohl bei nächster Sitzung in kleinstem Kreise (private luncheon) erörtert werden.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13333 (214)

371

Botschaftsrat I. Klasse Bauch, Kabul, an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 300 **Aufgabe: 15. Dezember 1981, 15.00 Uhr**[1]
Ankunft: 15. Dezember 1981, 14.03 Uhr

Betr.: Lage in Afghanistan zwei Jahre nach dem sowjetischen Einmarsch[2]

In wenigen Tagen jährt sich zum zweiten Mal sowjetischer Einmarsch in Afghanistan. Was auch immer Motiv dieses Schrittes und mögliche längerfristige strategische Ziele gewesen sein mögen, das eigentliche Nahziel, die 1979 sich ausbreitende Revolution niederzuschlagen und ein marxistisch-leninistisches Regime fest zu etablieren, hat SU nicht erreicht. Nach eher kurzen Phasen einer scheinbaren Konsolidierung des von Sowjets eingesetzten Karmal-Regimes 1980, bedingt u. a. durch Notwendigkeit der Umstellung des Widerstandes auf den neuen Gegner, hat sich die Lage in Afghanistan 1981 militärisch, politisch und auch wirtschaftlich insgesamt verschlechtert. Auch außenpolitisch ist es der SU und ihren Verbündeten nicht gelungen, ihre und des Regimes Isolierung zu durchbrechen, wie nicht zuletzt auch jüngste Afghanistan-Debatte in den VN[3] zeigt. Anzeichen für ein sowjetisches Einlenken sind dennoch nicht zu erkennen. Die SU wird trotz aller Bravour des Widerstandes mit Gewalt aus Afghanistan nicht zu vertreiben sein. Zunehmendem Widerstand wird sie eher mit zunehmender Repression und notfalls auch einem erhöhten militärischen Engagement begegnen.[4] In einer solchen Haltung könnte sie sich gestärkt sehen durch das Verhalten der USA, die ebenfalls auf Maximalpositionen zu beharren schei-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 9.
Hat Vortragendem Legationsrat Barker am 17. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot, Vortragenden Legationsrat Vogel und Vortragende Legationsrätin Wannow verfügte.
Hat Arnot und Vogel am 22. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Wannow am 23. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

3 Zur Afghanistan-Debatte der VN-Generalversammlung vom 16. bis 18. November 1981 vgl. Dok. 326, Anm. 42.

4 Dieser Satz wurde von Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot durch Häkchen hervorgehoben.

nen und bisher jedenfalls wenig Zeichen eines konstruktiven Herangehens an die Afghanistan-Frage haben erkennen lassen. Die sicher aus der Moskauer Propagandaküche stammende These, die USA hätten keinerlei Interesse an einem sowjetischen Rückzug und versuchten, aus der schwierigen Position der SU nur größtmöglichen Profit zu schlagen, könnte weiterhin an Boden gewinnen. Gleichzeitig scheinen sich trotz konstruktiver und ausbaufähiger Vorschläge die Einflußmöglichkeiten der europäischen Staaten eher zu verringern.

1) Kabul dürfte zwei Jahre nach der sowjetischen militärischen Intervention der einzige Ort Afghanistans sein, den Regime und Sowjets einigermaßen zuverlässig kontrollieren und wo größere Aktionen des Widerstandes von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Sicht- und spürbar dürfte die Präsenz des Regimes auch in den größeren Städten, insbesondere Jallalabad, Herat und Marzar-I-Sharif, sein, während sie in Kandahar nach allen hier vorliegenden Informationen allenfalls auf einige Stadtviertel beschränkt.[5] Die Straßenverbindungen zwischen den Hauptorten sind im Prinzip noch offen, erfordern jedoch weiterhin die Zusammenstellung größerer, von gepanzerten Fahrzeugen und Hubschraubern begleiteter Konvois. Einzelfahrzeuge haben ohne entsprechende Absprachen mit dem Widerstand kaum eine Chance durchzukommen. Dieser eingeschränkten Macht des Regimes steht jedoch keine totale und vor allem effiziente Kontrolle der übrigen Provinzen durch den Widerstand gegenüber. Dies schon deshalb nicht, weil die überlegenen militärischen Mittel es Regierungs- und Sowjettruppen jederzeit ermöglichen, an jedem ihnen wichtig erscheinenden Ort zuzuschlagen, allerdings ohne sich außerhalb der Garnisonen dann lange aufzuhalten, mit der Folge jederzeitiger Rückkehrmöglichkeit des Widerstandes in diese Gebiete.

Die militärischen Auseinandersetzungen haben an Heftigkeit zugenommen und sind im Laufe des Jahres bis vor die Tore Kabuls getragen worden. Die Bewaffnung der Mudschaheddin, ihre Kampfführung, insbesondere aufgrund der inzwischen gewonnenen Erfahrung, und ihre Moral angesichts unbestreitbarer Erfolge haben sich erheblich verbessert. Es ist ihnen gleichzeitig gelungen, ihr Informations- und Spitzelsystem bis in die Spitzen der Regierung hinein auszubauen, was sie nicht nur vor militärischen Aktionen rechtzeitig warnt, sondern ihnen weiterhin die Möglichkeit verschafft, Parteigänger des Regimes in der Regel physisch auszuschalten und damit die Parteiränge weiter zu verunsichern. Der Rückhalt des Widerstandes in der Bevölkerung ist nach wie vor überwältigend, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die nicht am aktiven Kampf beteiligten Teile des Volks die eigentlich Leidtragenden der militärischen Auseinandersetzungen sind. Hinweise liegen vor, wonach einige Stämme im Südosten des Landes zunehmend aus Angst vor brutalen Vergeltungsaktionen zu einer gewissen Neutralität tendieren könnten, sollte nicht bald ein entscheidender Umschwung in den Auseinandersetzungen eintreten. Die ursprünglich eher den Charakter von „search and destroy"-Aktionen habenden Reaktionen insbesondere der sowjetischen Luftwaffe haben inzwischen längst den Charakter von unterschiedslosen Terroraktionen angenommen, deren auch psychische Auswirkung auf die Bevölkerung allmählich spürbar werden könnte. Diese Aktio-

[5] Unvollständiger Satz in der Vorlage.

nen sind im übrigen weiterhin auch von den Außenbezirken Kabuls aus optisch und akustisch wahrzunehmen.

Gleichzeitig steigen auf beiden Seiten die Verluste. Zuverlässig erscheinende Schätzungen (darunter auch eine gut plazierte sowjetische medizinische Quelle) sprechen von bisher etwa 5000 sowjetischen Toten und etwa 15000 Verwundeten. Einigermaßen zuverlässige Schätzungen über Verluste auf afghanischer Seite liegen nicht vor. Die Zahl der infolge von Kampfhandlungen getöteten Afghanen könnte insgesamt in die Hunderttausende gehen. Unschätzbar sind auch die Verluste materieller Art sowohl durch direkte Zerstörungen wie auch indirekt durch einen Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten. Das viel zitierte militärische Patt zwischen Widerstand und sowjetischer Armee dürfte auch über das nächste Jahr noch andauern, es sei denn, die SU würde ihr „limitiertes Kontingent" dramatisch erhöhen.

2) Die Aussage, das Karmal-Regime würde einen sowjetischen Truppenrückzug um keine 24 Stunden überleben,[6] dürfte nach wie vor zutreffen. Der Haß und die Ablehnung, mit denen[7] sich Karmal und seine Helfer konfrontiert sehen, hat weiter zugenommen, gleichzeitig auch die Erosion seiner Machtbasis. Regierungsumbildung mit Keshtmand als neuem Ministerpräsidenten, Umbildung und vor allem Erweiterung von Politbüro, ZK und Revolutionsrat im Juni 1981 sowie Gründung der sog. nationalen vaterländischen Front haben bisher keinerlei politische Entlastung, geschweige denn mehr Popularität gebracht.[8] Trotz verzweifelter Anstrengungen insbesondere von sowjetischer Seite konnten auch keine Fortschritte bei der Wiederherstellung der Parteieinheit gemacht werden. Der Machtkampf zwischen in Partei und Regierung dominierenden Parchamis mit den in der Armee nach wie vor über eine starke Stellung verfügenden Khalquis geht weiter, häufig gewaltsam mit tödlichem Ausgang. Dazu kommen Anzeichen, daß auch die sich so progressiv gebende Partei keineswegs von hergebrachten Stammesrivalitäten um eine Beteiligung an der Macht verschont bleibt. Die Ernennung eines dem immer benachteiligten Stamme der Hazaras angehörenden und damit auch schiitischen Ministerpräsidenten hat möglicherweise eher zu einer Verschärfung dieser Gegensätze als zu ihrer allmählichen Überwindung nur innerhalb der Partei geführt. Da gleichzeitig eine gewisse Verlagerung des Schwerpunktes des Widerstandes von den süd-südöstlichen Provinzen nach Norden in nicht-paschtunisch beherrschte Gebiete festzustellen ist (markantestes Beispiel das von Tadschiken bewohnte Panjshir-Tal), was letztlich

6 Vgl. dazu die Ausführungen des Botschaftsrats I. Klasse Bauch vom 9. Januar 1981; Dok. 4, Anm. 11.

7 Korrigiert aus: „Ablehnung, denen".

8 Botschaftsrat I. Klasse Bauch, Kabul, berichtete am 18. Juni 1981 über „quantitativ nicht unerhebliche Veränderungen in höchsten Partei- und Staatsorganen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, bestehen Veränderungen jedoch überwiegend in Hinzuwahl neuer Mitglieder Politbüro, ZK und Präsidium Revolutionsrates, so daß eher von Erweiterungen genannter Organe zu sprechen ist." Der neu gewählte Ministerpräsident Keshtmand sei „weit weniger doktrinär […] als seine übrigen Amtskollegen", wobei „allerdings an seiner Prinzipientreue kaum Zweifel erlaubt sein dürften". Vgl. den Drahtbericht Nr. 140; Referat 213, Bd. 133205.
Am 22. Juni 1981 berichtete Bauch, der sowjetische Gesandte Safrontschuk habe ihm folgendes dargelegt: „Bildung vaterländischer Front sei wichtiger Schritt in Richtung auf Erweiterung Basisregierung. […] Hauptaufgabe vaterländischer Front liege darin, Massen zu erziehen und damit mehr Verständnis für Regierung zu erwecken. Ziel sei letztlich, daß aus nationaler Front verfassungsgebende Nationalversammlung hervorgehe." Vgl. den Drahtbericht Nr. 142; Referat 213, Bd. 133205.

auf beiden Seiten auf ein gestiegenes Selbstbewußtsein und Ansprüche auf eine angemessene Beteiligung an der Macht auf seiten der nicht-paschtunischen Stämme hindeuten könnte, dürfte die Prognose nicht zu gewagt sein, daß eine wie auch immer geartete Lösung des Afghanistan-Problems ohne angemessene Berücksichtigung der nach wie vor stammesmäßigen Gliederung der Gesellschaft nur schwer vorstellbar ist.

Militärische Lage, Auseinandersetzungen innerhalb der Partei, rigorose Rekrutierung zum Militärdienst und völlige sowjetische Dominanz von Partei- und Regierungsapparat haben zu einem weitgehenden Stillstand jeder vernünftigen Regierungstätigkeit geführt. Die Ministerien sind nur noch unvollständig besetzt, passiver Widerstand, Boykott bis hin zur Sabotage gegenüber Anweisungen der politischen Führung gehen bis in höchste Regierungsränge.

Die einigermaßen funktionierende Versorgung der Bevölkerung (in Kabul selbst herrscht kein Mangel) ist ausschließlich von der Tüchtigkeit des Bazars abhängig, der weiterhin nach streng kapitalistischen Grundsätzen operiert. Die Regierung ist sich dieser Abhängigkeit sehr wohl bewußt und vermeidet fast peinlich jegliche Versuche, die traditionellen Handelswege unter staatliche Kontrolle zu bringen. Trotz weiterhin forcierter Übernahme sowjetischer Modelle vor allem im Ausbildungs-, Informations- und Justizbereich (mit überproportionierter DDR-Beteiligung) vermeidet es das Regime weiterhin, sich kommunistisch oder auch nur sozialistisch zu nennen. Im Sprachgebrauch des Regimes handelt es sich um eine nationaldemokratische Revolution. Die Hauptziele des Regimes, wie sie auch aus dem Parteiprogramm hervorgehen, nämlich: Landreform, Alphabetisierung, Gleichstellung der Frau, Verbesserung der öffentlichen Gesundheitsvorsorge etc., sind in ihrer Bedeutung für das Land von niemandem zu bestreiten und haben für sich genommen wenig mit Kommunismus sowjetischer Spielart zu tun. In der weiteren Betonung gerade dieser und ähnlicher Ziele, der verbalen Zurückhaltung gegenüber der Einführung eines sowjetkommunistischen Regimes könnte langfristig vielleicht der größte bisherige Erfolg des Widerstandes gesehen werden, der eine noch radikalere Umwandlung der Gesellschaft nicht zugelassen und damit jetzt schon dem Regime unter Umständen wichtige Kompromisse abgerungen hat.

[9]3) Der Widerstand in Afghanistan ist weiterhin politisch und organisatorisch gespalten. Dennoch ist eine zunehmende Kooperation einzelner Widerstandsgruppen sowohl bei direkten Kampfhandlungen als auch bei den ersten Versuchen offenkundig, eine Art Verwaltung in den sog. befreiten Gebieten zu errichten. Dennoch ist es auch im vergangenen Jahr immer wieder zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Widerstandsgruppen gekommen, insbesondere mit der von Hekmatyar geführten Hezbe Islami. Die Entwicklung innerhalb des Landes hat zu einer unverkennbaren Minderung von Ansehen und Einfluß der in Peschawar residierenden Widerstandsgruppen geführt, deren Bedeutung außerhalb Afghanistans vor allem im Westen weit überschätzt wird. Begleitet wurde diese Entwicklung durch das Heranwachsen lokaler Führer, die nur noch eine lose Verbindung zu den normalen Oberhäuptern ihrer jeweiligen Gruppe in Peschawar haben. Bekanntestes Beispiel dafür ist der das

9 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 301 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

Panjshir-Tal befehligende Tadschike Schah Ahmad Massoud. Lokale Führer mit vergleichbarem Einfluß gibt es im Hazarajat und in der Gegend von Kandahar. Soweit überhaupt bekannt und beurteilbar, scheinen auch die politischen Vorstellungen dieser internen Führer über eine mögliche Lösung des Afghanistan-Konfliktes weit realistischer als die der Herrschaften in Peschawar zu sein, die sich zunehmend die Chance einer Rückkehr nach Afghanistan und einer gewissen politischen Rolle dort zu verbauen scheinen.

4) Von den westlichen Staaten verfügen lediglich noch F und die BR Deutschland weiterhin über ungebrochenes Ansehen in der Bevölkerung, teilweise sogar in Regimekreisen, wofür Botschaft auf Umwegen immer wieder Hinweise erhält. Dieses Ansehen ist in erster Linie auf die seit Jahrzehnten enge Zusammenarbeit Afghanistans mit Frankreich und Deutschland zurückzuführen, es wird eindeutig jedoch gestützt durch die Entscheidung beider Regierungen, eine Mindestpräsenz in Kabul aufrechtzuerhalten, wie sie vor allem in den beiden großen Schulen und damit im Zusammenhang mit den beiden Kulturinstituten zum Ausdruck kommt.

Demgegenüber macht sich die bis auf reduzierte Botschaften völlige Abstinenz vor allem der USA, Großbritanniens und der übrigen westlichen Staaten in zunehmendem Maße bemerkbar. Die zumindest für den einzelnen Afghanen völlig negativ erscheinende Haltung Washingtons könnte durchaus mittelfristig einen Verlust an Glaubwürdigkeit bedeuten, der von der sowjetischen Propaganda geschickt mit der These gestützt wird, die USA seien an einer Lösung des Afghanistan-Problems nicht interessiert und sähen in ihm lediglich die Möglichkeit, mit vergleichsweise geringen Mitteln die SU in einer schwierigen Situation verstrickt zu halten, die gleichzeitig ihren strategischen Interessen in der Region diene. So unsinnig diese These sein mag, so wenig sollte jedoch übersehen werden, daß sie weiterhin an Boden gewinnen und damit dem Ansehen der USA und ihren künftigen Einflußmöglichkeiten Schaden zufügen könnte. Gleichzeitig muß der Westen bei seiner Haltung gegenüber Afghanistan sich dessen bewußt sein, daß er zwangsläufig das Regime weiter in die Arme der Ostblockstaaten treibt und der SU damit das Erreichen ihrer langfristigen Ziele möglicherweise erleichtert. Die kürzliche Kündigung der Luftverkehrsabkommen durch F und uns[10], so berechtigt sie auch unter dem Aspekt der Bonner Erklärung zur Luftverkehrssicherheit von 1978[11] sein mag, könnte dafür ein anschauliches Beispiel bieten. Wenn Ariana nach Wirksamwerden der Kündigung statt Frankfurt, Paris und London etwa nur noch Prag anfliegt, wird sich auch bald die Frage der Ersetzung des bisher amerikanischen Fluggeräts durch sowjetische Modelle allein schon aus Gründen der Wartung etc. stellen. Auch ist es nur eine zwangsläufige Folge der westlichen Haltung, wenn etwa in Bereichen, die zeitweise Schwerpunkte unserer Zusammenarbeit mit Afghanistan waren, nun

10 Für den Wortlaut des Abkommens vom 22. Juli 1959 zwischen der Bundesrepublik und Afghanistan über den Luftverkehr vgl. BUNDESGESETZBLATT 1960, Teil II, S. 2432–2442.
Das Abkommen wurde am 30. November 1981 gekündigt. Für den Wortlaut der Bekanntmachung über das Außerkrafttreten des Luftverkehrsabkommens vom 14. April 1982 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 485.

11 Für den Wortlaut der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Japans, Kanadas und der USA vom 17. Juli 1978 zu Flugzeugentführungen vgl. BULLETIN 1978, S. 766.

die DDR versucht, die Nachfolge anzutreten, wie dies besonders auffällig im Medien- und Erziehungsbereich ist.

5) Die gegenwärtige Situation in Afghanistan dürfte sich auch im kommenden Jahr kaum wesentlich ändern. Es wird keiner Seite gelingen, dem Gegner eine entscheidende Niederlage beizubringen. Angesichts der vor allem militärischen Überlegenheit der das Regime stützenden sowjetischen Truppen besteht eher die Gefahr, daß der Widerstand allmählich nachläßt und daß das Regime zumindest die wichtigsten Orte in stärkerem Maße unter seine Kontrolle bringt. Dabei ist auch zu bedenken, daß Afghanistan nie über eine starke Zentralregierung verfügt hat und daß das Ausmaß der Kontrolle über das gesamte Land nicht an normalen Kriterien gemessen werden kann. Die SU scheint eher als zu Konzessionen dazu bereit zu sein, die für sie höchst unerfreuliche Situation durchzustehen in der Hoffnung, daß der auch geographisch begünstigte Einsatz ihres Gewichts sich schließlich doch zu ihren Gunsten auswirkt.[12]

[gez.] Bauch

Referat 213, Bd. 133205

372

Botschafter Boss, Wien (MBFR-Delegation), an das Auswärtige Amt

114-6892/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 16. Dezember 1981, 13.00 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 680 **Ankunft: 16. Dezember 1981, 13.58 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 160/81

Betr.: MBFR;
hier: Abschlußbericht der 25. Runde

Zur Information

1) Wie schon in der voraufgegangenen[2] befanden sich die Wiener Verhandlungen auch in ihrer 25. Runde (24.9. bis 10.12.81) nicht unerwartet in völliger Stagnation. Beide Seiten repetierten bekannte Positionen: Der Westen verlangte Fortschritte bei Daten und AM[3], der Osten westliche Konzessionen in den „Schlüsselfragen" der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen sowie der Verknüpfung beider Phasen. Substantielle Verhandlungsschritte, insbesondere

12 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot durch Häkchen hervorgehoben.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik am 29. Dezember 1981 vorgelegen.
2 Die 24. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 14. Mai bis 23. Juli 1981 in Wien statt. Vgl. dazu Dok. 221.
3 Associated measures.

eine östliche Antwort auf den westlichen Datenvorschlag vom 23.7.81[4], blieben aus.

2) Hauptgrund der anhaltenden Stagnation ist die östliche Auffassung, Konzessionen bei MBFR würden angesichts der derzeitigen Stimmungslage im Westen und wegen der untergeordneten Bedeutung der Wiener Verhandlungen verpuffen. Diese Auffassung fand ihren Niederschlag insbesondere im Schweigen des Ostens zum Datenvorschlag vom 23.7.81, das der Osten damit begründete, daß ohne vorherige Bekundung echten westlichen Interesses an einem ersten Abkommen eine Antwort auf den Vorschlag wenig sinnvoll sei.

3) Daß die Verhandlungen in sachlicher Atmosphäre fortgeführt werden konnten, beruhte hauptsächlich auf dem Bemühen beider Seiten um einen argumentativen Verhandlungsstil. Zwar setzte der Osten anfänglich seine Polemik an den angeblichen westlichen Aufrüstungstendenzen fort, doch gab er ihr im Verlauf der Runde immer weniger Raum. Zur Versachlichung trug außerdem ein erheblicher Personalwechsel auf beiden Seiten bei, der als einzig herausragende Begebenheit dieser Runde zu vermerken ist. Sieben Delegationsleiter, zwei (SU[5], PL[6]) auf östlicher, fünf (USA[7], BE[8], DK[9], GR[10] und wir[11]) auf westlicher Seite wurden während der Runde ersetzt. Dieser Personalwechsel trug innerhalb der AHG zu einem Abbau der in der letzten Runde aufgetretenen Spannungen bei.

Der neue amerikanische Delegationsleiter, Professor Staar, hielt sich noch stark zurück. Er respektierte die mit dem Osten vereinbarten bzw. die innerhalb des Westens etablierten Regeln und überließ die Verantwortung für die Vorbereitung der westlichen Erklärungen, bei der die amerikanische Delegation die Hauptlast trägt, im wesentlichen seinem erfahrenen Stellvertreter Hirschfeld. Da aber auch der den Demokraten zugerechnete Hirschfeld Wien binnen Kürze verlassen muß, könnten hinsichtlich einer kontinuierlichen westlichen Argumentation in der nächsten Runde Probleme auftreten.

4) Der Osten griff während der Runde mit besonderem Nachdruck auf seinen früheren Gedanken zurück, jetzt zur Arbeit an einem Abkommenstext überzugehen. In seiner letzten Plenarerklärung vom 10.12.81 verband er damit den Vorschlag, Anfang nächster Runde[12] eine aus Vertretern direkter Teilnehmer zusammengesetzte Arbeitsgruppe einzurichten, die einen Abkommenstext oder zumindest ein später als Grundlage für einen Abkommenstext dienendes Ar-

4 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 221, Anm. 3.

5 Auf Nikolaj Konstantinowitsch Tarassow folgte im September 1981 Walerian W. Michajlow.

6 Auf Tadeusz Strulak folgte im September 1981 Stanislaw Przygodzki.

7 Auf Jonathan Dean folgte im November 1981 Richard F. Staar.

8 Albert Willot verstarb am 6. September 1981.

9 Auf Torben Frost folgte am 1. September 1981 Erik Lyrtoft-Pedersen.

10 Auf Solon Contoumas folgte im November 1981 Konstantinos Politis.

11 Auf Ernst Friedrich Jung folgte im Oktober 1981 Walter Boss.

12 Die 26. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 28. Januar bis 8. April 1982 in Wien statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 164–166 des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vom 8. April 1982; AAPD 1982.

beitspapier erarbeiten soll.[13] In diesem Zusammenhang schlug der Osten – offenbar in Anlehnung an das seinerzeit bei der KSZE geübte Verfahren – auch eine Aufgliederung der Verhandlungsmaterie in drei „Blöcke" vor, nämlich Substanz der Phase-I-Reduzierungen, Elemente zur Verknüpfung beider Phasen sowie begleitende Maßnahmen. Im Unterschied zu seiner weiter starr negativen Haltung in der Datenfrage ließ der Osten eine gewisse Flexibilität zu paralleler Behandlung von begleitenden Maßnahmen und sogenannten Schlüsselfragen erkennen. Dies mag damit zusammenhängen, daß den östlichen Delegationen inoffiziellen Äußerungen zufolge Gegenvorschläge für begleitende Maßnahmen vorliegen, deren Einführung aber noch nicht freigegeben ist. Der Osten beharrte aber darauf, daß die Ausgestaltung begleitender Maßnahmen inhaltlich von der Lösung der Schlüsselfragen abhänge und daß ihr Anwendungsbereich nicht über das Reduzierungsgebiet hinausreichen dürfe. Als für ihn selbst wichtige Maßnahmen kennzeichnete der Osten die Vorankündigung von Manövern und Bewegungen innerhalb des Reduzierungsgebiets (das östliche Gegenstück zur westlichen Maßnahme 1) und die Begrenzung der Zahl des an Manövern teilnehmenden Streitkräftepersonals.

In der Datenfrage wich der Osten einer Antwort auf den westlichen Datenvorschlag vom 23.7.81 mit dem Argument aus, dieser werde in den Hauptstädten noch geprüft. In der Einschätzung, unter den gegenwärtigen Umständen könne eine förmliche östliche Antwort auf den Vorschlag nur negativ ausfallen und damit jede für den Westen positive Entwicklung in der Datenfrage blockieren, hat die AHG während der Runde nicht intensiv auf eine Antwort gedrängt.

Von der Bekräftigung seiner Position in der Datenfragen abgesehen, hat der Westen während der Runde sämtliche Elemente seines AM-Pakets[14] unter Zurückweisung der vom Osten vorgebrachten Argumente neu präsentiert. Zur Frage der Ausarbeitung eines Abkommenstextes vertrat er den Standpunkt, ohne entscheidende Fortschritte bei Daten und AM sei eine Aufnahme der Arbeit an Texten sinnlos, da sie sich alsbald an diesen Problemen festfahren würde.

5) Angesichts der herrschenden Verhandlungssituation gab die AHG in ihrem dem Rat anläßlich des NATO-Ministertreffens[15] vorgelegten Bericht vom 2.12. 1981 die Empfehlung, der Zeitpunkt sei nunmehr gekommen, um einen neuen westlichen Verhandlungsschritt ins Auge zu fassen. Sie begründete dies mit dem taktischen Argument, eine Bewegung des Ostens in den für den Westen wichtigen Fragen Daten und AM hänge von einem konkreten Ausdruck des westlichen Interesses an einem Abkommen ab.

13 Der Leiter der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow, unterbreitete in der Plenarsitzung folgenden Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten: „Proceed from the beginning of the 26th round of negotiations to practical work on the text of an agreement on the first stage of reduction of armed forces and armaments in Central Europe; establish for these purposes an editorial working group of representatives of direct participant states in the negotiations, defining its composition, duties and work procedure through consultations among the direct participants in the negotiations." Vgl. Referat 221, Bd. 123131.

14 Die an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten unterbreiteten am 20. Dezember 1979 Vorschläge für ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen. Vgl. dazu AAPD 1979, II, Dok. 390.

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

Am Ende der 25. Runde boten die Hoffnung auf einen solchen Schritt und der etwa gleichzeitig stattfindende Beginn der INF-Verhandlungen in Genf[16] wieder etwas positivere Aussichten für die Zukunft von MBFR. Ob die nach Rundenschluß erfolgte erneute Zuspitzung der Lage in Polen[17] die Weichen in eine andere Richtung stellen wird, läßt sich zur Zeit nicht absehen.

[gez.] Boss

VS-Bd. 11472 (221)

373

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski

16. Dezember 1981[1]

Gespräch des Herrn Bundesministers mit dem polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 16.12.1981, 18.00 bis 18.25 Uhr

Wojtkowski: Ich habe heute von Außenminister Czyrek eine Information über die Lage erhalten. Die Situation entwickelt sich ohne große Störungen. Es gibt Streiks in einigen zehn Betrieben. Damit haben die Opposition und die extremen Kräfte in der Solidarität auf die Einführung des Kriegszustandes[2] geantwortet. Die Streiks werden teils mit politischen, teils mit administrativen Mitteln aufgelöst. Es gab Streiks in Gdańsk (Danzig), Gdynia (Gdingen) und Szczecin (Stettin), in manchen Gruben und manchen anderen großen Betrieben. Die Aktion der Isolierung der Initiatoren der Streiks und anderer zahlreicher Proteste geht fort. Ich möchte betonen, es waren bis jetzt keine größeren Zwischenfälle, etwa auch Körperverletzung, zu verzeichnen.

Die wirtschaftliche Situation ist sehr schwierig: Es fehlt an Brennstoffen, d.h. Kohle und Benzin, auch an Fleisch. Die Regierung ist bemüht, die Versorgung des Marktes zu sichern. Wir haben uns mit der Bitte um zusätzliche Lieferungen an die sozialistischen Länder gewandt. Es kommt jetzt schon eine erste zusätzliche Hilfe aus der Sowjetunion und Ungarn. Wir haben auch von Anfang an Bedingungen dafür geschaffen, daß die Hilfe der westlichen Partner ohne

16 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

17 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil gefertigt und „über Büro Staatssekretäre an das Ministerbüro“ mit der Bitte geleitet, „die Zustimmung des Herrn Bundesministers einzuholen“.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 17. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Keil vermerkte: „Verteilung kann mit Vermerk, daß von BM noch nicht genehmigt, erfolgen. Bitte Änderungen auf S. 3 berücksichtigen (ich habe vergeblich versucht, sie mit Ihnen tel[efonisch] zu bespr[echen]).“ Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 132917. Vgl. Anm. 10, 14, 16 und 17.

2 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

Schwierigkeiten in Polen ankommt. Die meisten Betriebe arbeiten ohne Störung. Es fehlt aber an Energie, Rohstoffen, Material. Wenn Arbeitswille da ist, es aber keine Rohstoffe und Halbprodukte gibt, kann man nicht arbeiten.

Außenminister Czyrek hat mich heute angewiesen, mich in Anknüpfung an die gestrige Erklärung der EG-Außenminister[3] an Sie zu wenden. Ich möchte feststellen, daß die Volksrepublik Polen die Haltung der EG-Staaten zu unseren Problemen als ausgewogen und sehr mäßig einschätzt. Dies ist im Interesse der Stabilisierung der Lage in unserem Land. Das, was in der Erklärung Ausdruck fand, nämlich die Überzeugung, daß die Volksrepublik Polen ihre Probleme ohne Gewaltanwendung selbst lösen und daß sie auf diese Weise den Prozeß der Reformen und Erneuerung fortführen kann, entspricht dem Willen und dem Vorgehen der polnischen Regierung.

Um dieses Ziel zu erreichen, braucht Polen aber Wirtschaftshilfe, sowohl von seinen Verbündeten wie auch von unseren Partnern im Westen. Es geht besonders um Rohstoffe und Halbfabrikate, auch um manche Lebensmittel. Wir brauchen Handelskredite, flüssige Mittel wie auch Lieferungen aus den Lebensmittelüberschüssen der EG. Wir haben dies den westlichen Partnern schon dargelegt. Ich habe darüber vor dem Londoner Gipfel mit StS Lautenschlager gesprochen. AM Czyrek sagte mir, Polen rechne mit einer schnellen, positiven Stellungnahme der EG-Länder.

BM: Ich bitte Sie, AM Czyrek folgendes auszurichten: Wie Sie in Ihrer Reaktion auf die Erklärung von London schon sagten, handelt es sich um eine ausgewogene und abgewogene Erklärung. Wir haben großen Einfluß darauf genommen, weil wir interessiert sind, daß der Grundsatz der Nichteinmischung auf das strikteste gewahrt bleibt, natürlich nicht nur durch uns und die Staaten der EG, sondern durch alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki[4]. Ich will hier hinzufügen, daß unsere Besorgnisse größer geworden sind seit unserem letzten Treffen (14.12.)[5].

Sagen Sie bitte Außenminister Czyrek, daß wir dankbar sind für die Information, die er am Sonntag[6] Botschafter Negwer wie auch die, die Sie mir am Montag und auch heute gaben.[7] Wir werden in diesen schwierigen Zeiten immer einen Termin finden. Natürlich werden wir gefragt, was es mit den angeblich tausenden und abertausenden Verhafteten auf sich hat. Das bewegt die Leute. Die Bundesregierung wird alles tun, um eine besonnene Haltung zu bewahren. So haben wir heute auch im Bundeskabinett auf eine zusätzliche Erklärung verzichtet, sondern lediglich bestätigt, was die Außenminister in London gesagt haben. Es ist auch selbstverständlich, daß der Bundeskanzler am Freitag,

3 Am 14./15. Dezember 1981 fand ein informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ in London statt. Dort wurde am 15. Dezember 1981 eine Erklärung zu Polen verabschiedet. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN DER EG 12/1981, S. 13 f.
Zum Treffen vgl. auch Dok. 349, Anm. 6.

4 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

5 Der polnische Geschäftsträger Wojtkowski informierte Bundesminister Genscher am 14. Dezember 1981 über die Verhängung des Kriegsrechts am Vortag. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132917.

6 13. Dezember 1981.

7 So in der Vorlage.

wenn er im Deutschen Bundestag sprechen wird, diese Zurückhaltung wahren wird.[8] Gegenstand der Debatte ist nicht die Lage in Polen, sondern seine Reise in die DDR.[9] Natürlich wird auch über Polen gesprochen werden, aber mit großer Zurückhaltung. Wir vertrauen auf das, was Sie sagten[10], daß nämlich der Kurs der Reform und der Erneuerung weitergeführt wird, daß Ihre Führung der Auffassung ist, Polen müsse seine Probleme selbst und ohne Einmischung von außen ohne Gewaltanwendung lösen.[11] Allerdings sind unsere Besorgnisse hier größer geworden. Bitte sagen Sie dies AM Czyrek und auch dem Herrn Ministerpräsidenten[12]. Ich erinnere mich noch an die Gespräche in Warschau.[13] Ich war vom Inhalt der Gespräche und der Persönlichkeit des Ministerpräsidenten sehr beeindruckt. Wenn Sie sich heute in der Bundesrepublik und in anderen europäischen Ländern überall umsehen, werden Sie feststellen, die Besorgnisse sind sehr groß. Dies hat eine Reihe von Ursachen: Eine davon ist sicher die, daß die Völker sich sehr mit Polen verbunden fühlen und daß man mit viel Sympathie die Entwicklung beobachtet hat, wie Polen aus eigener Kraft versucht hat, seine Probleme zu lösen. Sie müssen allerdings verstehen, daß Maßnahmen gegen Angehörige der Gewerkschaften bei uns sehr ernst bewertet werden.

Was die anderen von Ihnen aufgeworfenen Fragen angeht, so wissen Sie, daß die Außenminister sich in London dafür ausgesprochen haben, die getroffenen Vereinbarungen über Nahrungsmittelhilfe[14] selbstverständlich auszuführen, die Lieferungen nicht zu unterbrechen.[15] Was die anderen Fragen angeht, so wer-

8 Für den Wortlaut der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt am 18. Dezember 1981 vor dem Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4289–4294.

9 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

10 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Ministerbüros eingefügt: „Ihre Führung ausgesagt hat." Dafür wurde gestrichen: „Sie sagten." Vgl. Anm. 1.

11 Vgl. dazu die Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski zur Verhängung des Kriegsrechts vom 13. Dezember 1981; EUROPA-ARCHIV 1982, D 126–129.

12 Wojciech Jaruzelski.

13 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

14 Die Wörter „über Nahrungsmittelhilfe" wurden auf Weisung des Ministerbüros gestrichen. Vgl. Anm. 1.

15 Zur Frage von Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaften an Polen vgl. Dok. 234, Anm. 8.
Ministerialdirektor Fischer vermerkte am 27. Oktober 1981: „Der EG-Rat hat am 7. Oktober 1981 einen Grundsatzbeschluß über die verbilligte Lieferung von weiteren Lebensmitteln an Polen im Rahmen einer dritten Tranche gefaßt. Danach sind für das vierte Quartal 1981 (Tranche 3 a) Lieferungen vorgesehen, deren Gesamtkosten für die MS rd. 246,5 Mio. DM (Weltmarktpreis minus einer Verbilligung durch die EG von ca. 15%) betragen. Über weitere Lieferungen im ersten Quartal 1982 soll noch vor Ende des Jahres 1981 beraten werden (voraussichtl[iche] Gesamtkosten der Lieferungen 1982 für MS rd. 548,7 Mio. DM)." Vgl. Referat 411, Bd. 131171.
Referat 421 notierte am 16. Dezember 1981: „Die Nahrungsmittellieferungen der EG sind in den Tranchen 1 und 2 weitgehend abgewickelt, Tranche 3 a ist im Grundsatz, aber noch nicht in den Einzelheiten der Finanzierung, beschlossen." Weiter hieß es: „Tranche 3 b, die im Jahre 1982 weitere Warenlieferungen in Höhe von 549 Mio. DM und deren Verbilligung um 15% durch die EG vorsieht, befindet sich in der Diskussion. Hierbei stellt sich vor allen Dingen die Frage der Finanzierung der von Polen gewünschten Lieferungen durch die EG-Mitgliedstaaten. Zusätzlich zu den laufenden Hilfeleistungen hat der EG-Rat auf Initiative des EP kürzlich beschlossen, Polen zur Beschaffung von 8000 Tonnen Rindfleisch aus der Gemeinschaft 10 Mio. ECU (rd. 25 Mio. DM) zur Verfügung zu stellen; die Lieferungen sind noch nicht kontrahiert." Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

den wir diese, wie in der Vergangenheit, [16]in konstruktivem Geist behandeln, im Rahmen unserer Möglichkeiten.[17] Es wird gut sein für die Beurteilung der Lage, wenn die Arbeitsmöglichkeiten unserer Botschaft nicht beschränkt werden.

Wojtkowski: Hierüber habe ich gestern mit Herrn Bräutigam gesprochen. Ich habe diese Bitte nach Warschau weitergeleitet. Ich möchte wiederholen, was ich Montag sagte, diese Maßnahmen waren die letzte Chance, eine Katastrophe für uns und Europa zu verhüten.

BM: Ich will nicht in Sie dringen, aber vielleicht sagen Sie hier etwas über die Gründe für die Maßnahmen.

Wojtkowski: Die Radikalen in Solidarität wollten zu Hunderten und Tausenden auf die Straße gehen zu Demonstrationen. Dies wäre bei dem Gemütszustand der Bevölkerung sehr gefährlich gewesen. Die Einstellung der Führer von Solidarität war auf Konfrontation, man kann sagen Umsturz, gerichtet. Sie handelten ohne Rücksicht auf die geopolitische Lage Polens, auf seine Zugehörigkeit zu der sozialistischen Gemeinschaft. Ihre Pläne, die sie offen aussprachen, waren sehr gefährlich.

BM: Gab es noch andere Gefahren?

Wojtkowski: Durch Streiks, durch die Blockierung aller Bemühungen der Regierung, ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen und die Versorgung des Landes zu verbessern. Es bestand die Gefahr, daß alles weiter in die Talfahrt glitt. Die Arbeitsmoral war natürlich durch die Streiks untergraben. Vertreter der Solidarität haben im Fernsehen der Bundesrepublik gesagt, was durch das Treffen in Danzig[18] bestätigt wurde, daß sie in den Gemeinden usw. die Macht übernehmen wollten. Durch ein Referendum sollte ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung ausgesprochen werden. Es war die Pflicht der Führung, auch im Verhältnis zu unseren Partnern, eine Katastrophe zu verhüten.

BM: Ich habe unsere Auffassung dargelegt. Wir werden den Ereignissen große Aufmerksamkeit widmen. Bitte grüßen Sie Außenminister Czyrek.

Referat 214, Bd. 132917

16 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Ministerbüros eingefügt: „mit gutem Willen und". Vgl. Anm. 1.

17 An dieser Stelle wurde auf Weisung des Ministerbüros eingefügt: „(Auch auf spätere Nachfragen des Gesandten ging BM nicht über diese Aussage hinaus.)". Vgl. Anm. 1.

18 Zur Tagung der Landeskommission der Gewerkschaft „Solidarność" am 11./12. Dezember 1981 in Danzig vgl. Dok. 365, Anm. 5.

374

Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Zeller, Bundeskanzleramt

17. Dezember 1981[1]

Vermerk über das Gespräch des Bundeskanzlers mit dem tschechoslowakischen Außenminister, Herrn Chňoupek, am 17. Dezember 1981[2]

An dem Gespräch nahmen außerdem teil: StS von Staden, Botschafter Götz, Botschafter Diesel, MDg Dr. Zeller, ein Dolmetscher.

Da ich auf Ihre[3] Weisung Notizen während des Gesprächs nicht gemacht habe, halte ich aus dem Gedächtnis folgende Gesprächselemente in Stichworten fest:

1) Sehr ausführlicher Meinungsaustausch zu Polen

Chňoupek berichtet von drei Kategorien von Verhafteten: die Ehemaligen (Gierek, Jaroszewicz), die Extremen (KOR[4]), Vertreter von Solidarität.[5] Jaruzelski wolle die Ordnung und den Sozialismus in Polen wiederherstellen und seine Landsleute zum Arbeiten bringen. Ob Jaruzelski einen Plan habe, wie die Wirtschaft wieder in Gang gebracht werden könne, sei nach so wenigen Tagen nicht zu sagen.

Sehr heftige Kritik Chňoupeks an der polnischen Wirtschaftspolitik der vergangenen Jahre, insbesondere auch an der Person Giereks. Man könne keine Wirtschaft auf Auslandsschulden aufbauen. Sein Land habe eine solche Politik stets abgelehnt.

Sie machten unsere Haltung der Nichteinmischung deutlich, auch die klaren Gründe dafür, und nannten die Erwartungen, die wir in die Entwicklung Polens setzten. Sie werde bei uns mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und auch mit großer menschlicher Anteilnahme.

Sie erläuterten unsere Politik, Polen wirtschaftlich zu helfen, und welche Grenzen ihr jetzt gesetzt seien.

Sie sprachen von der Bedeutung, welche die Politik der Aussöhnung mit Polen für die deutsche Politik hat, und von den Personen, die diese Politik auf beiden Seiten getragen haben und tragen.

1 Ablichtung.
Die Aufzeichnung wurde von Ministerialdirigent Zeller, Bundeskanzleramt, am 17. Dezember 1981 „zur Unterrichtung des Herrn Bundesministers“ an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl übermittelt. Dazu vermerkte Zeller: „Der Bundeskanzler hat dem Vermerk noch nicht zugestimmt.“
Hat Braunmühl am 18. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Bundesminister Genscher verfügte. Vgl. das Begleitschreiben; Referat 010, Bd. 178853.

2 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek besuchte die Bundesrepublik vom 17. bis 19. Dezember 1981. Vgl. dazu auch Dok. 377.

3 Helmut Schmidt.

4 Komitet Obrony Robotników.

5 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 365, Anm. 8.

Chňoupek stimmte mit Ihnen in der Erwartung überein, daß die Polen die Lage im Lande allein meistern können und müßten.

2) Sie erläuterten die Entwicklung der Wirtschaft bei uns und gaben, zum Teil in fragender Form, Ihre Einschätzung der Wirtschaftslage in Osteuropa. Sie berichteten aus dem Gespräch mit Generalsekretär Breschnew[6] und den Äußerungen Ihnen gegenüber, daß es falsch wäre, mit Schadenfreude auf den anderen zu zeigen. Wirtschaftlich seien wir eng verflochten. Man hänge auch gegenseitig voneinander ab und könne sich helfen (Erdgas-Röhren-Geschäft[7]/Getreidelieferungen an die SU[8]).

Chňoupek stimmte zu, räumte ein, daß die Tschechoslowakei wirtschaftliche Probleme habe, die Lage aber nicht dramatisch sei.

Sie widersprachen Chňoupek, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten von überhöhten Rüstungsausgaben herrührten.

3) Sie berichteten von Ihrer unmissverständlichen Darstellung gegenüber GS Breschnew zu sicherheitspolitischen Fragen. Sie unterstrichen die Notwendigkeit, zu konkreten Ergebnissen in Genf[9] zu gelangen.

Chňoupek war vom Verlauf der Gespräche mit Breschnew in den wesentlichen Punkten unterrichtet.

4) Chňoupek unterstrich die Rolle der Bundesrepublik Deutschland in den Ost-West-Beziehungen und hob dabei auch die Bedeutung Ihrer kürzlichen Begegnung mit GS Honecker[10] hervor. Er habe sie sehr aufmerksam am Deutschlandfunk verfolgt. In der Tschechoslowakei empfinde man große Hochachtung vor der Person und der Politik des deutschen Bundeskanzlers.

Sie erläuterten die Rolle der Bundesrepublik Deutschland als Mittelmacht in der Mitte Europas und die Verantwortung der Deutschen, zur Erhaltung des Friedens beizutragen.

5) Chňoupek bemerkte, daß Gromyko in Bukarest[11] gesagt habe, die SU könne in Madrid[12] in der Menschenrechtsfrage keine weiteren Zugeständnisse mehr machen. Sie gingen auf diesen Punkt nicht näher ein, bemerkten aber, daß die östliche Seite in der Zonenformel für CBMs[13] ihre Haltung überprüfen müßte. Sie habe ihre Forderungen zu hochgeschraubt.

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

7 Zum Vertrag vom 20. November 1981 über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik vgl. Dok. 339, Anm. 4.

8 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

9 In Genf begannen am 30. November 1981 die INF-Verhandlungen. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

10 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

11 Der sowjetische Außenminister Gromyko hielt sich am 2./3. Dezember 1981 anläßlich der am 1./2. Dezember 1981 stattfindenden Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten in Rumänien auf.

12 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 381.

13 Vgl. dazu den am 17. Juli 1981 informell und am 20. Juli 1981 offiziell vorgelegten sowjetischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa; Dok. 207, Anm. 12.

6) Chňoupek überbrachte Grüße von Präsident Husák und erinnerte ziemlich insistierend an Ihren ausstehenden Besuch in der Tschechoslowakei. Sie entgegneten, daß der Besuch stattfinden werde, ohne sich auf einen Zeitpunkt festzulegen.

Zeller

Referat 010, Bd. 178853

375

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6921/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. Dezember 1981, 11.32 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5106 **Ankunft: 17. Dezember 1981, 17.52 Uhr**

Betr.: START-Verhandlungen und Bündnisinteressen

Bezug: DB 4932 vom 7.12.81 – POL 371.80 VS-NfD[2]

I. 1) Die intensiven Vorbereitungen der Administration auf die Wiederaufnahme strategischer Rüstungskontrollgespräche mit der Sowjetunion werfen für uns die Frage nach der Wahrung und Einbeziehung von Interessen des Bündnisses, aber auch spezifischer deutscher Interessen auf. Unsere heutige Ausgangsbasis unterscheidet sich vor allem dadurch von der früheren zu Beginn der SALT-Verhandlungen[3], daß Verhandlungen über Europa bedrohende sowjetische Systeme in Genf bereits begonnen haben.[4] Damit wird zwar einem Hauptanliegen der Europäer Rechnung getragen; andererseits wird die Wahrung unserer Interessen durch die – jedenfalls vorläufige – Trennung in zwei verschiedene Verhandlungsforen nicht notwendigerweise erleichtert.

1 Hat Staatssekretär von Staden am 26. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Botschafter Ruth vermerkte: „St[ellung]n[ahme]? BSR? (S. 3).“ Vgl. Anm. 8.
Hat Vortragendem Legationsrat Ritter von Wagner vorgelegen.

2 Botschafter Hermes, Washington, berichtete über amerikanische Überlegungen zu den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Verminderung strategischer Rüstungen (START): „Noch sind viele Fragen offen, doch schält sich in der Administration ein Konsensus für folgende Ziele heraus: Zur Aufrechterhaltung der Abschreckung muß in den Verhandlungen der Schutz einer eindeutigen und sichtbaren Zweitschlagskapazität – auf wesentlich niedrigerem Niveau – gewährleistet werden. Das gegenseitige nukleare Potential soll erheblich vermindert werden. Von den verschiedenen Modellen findet zur Zeit das Ziel einer Reduzierung um 30 Prozent weite Unterstützung in der Administration. Als Kriterien für die Verminderung zeichnet sich eine Kombination von Wurfgewicht und Sprengköpfen ab. Es besteht breiter Konsensus darüber, daß die Verifizierung des Vertrages, der zeitlich unbefristet sein sollte, nicht mehr allein mit nationalen technischen Mitteln möglich ist, sondern kooperativer Maßnahmen bedarf.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 4932/4933; Referat 220, Bd. 123112.

3 Zu den Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT) vgl. Dok. 286, Anm. 22.

4 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

2) Wir werden uns eine doppelte Frage zu stellen haben:
– Wie können wir darauf hinwirken, daß die hohe Priorität, die unsere spezifisch rüstungskontrollpolitischen Interessen im Rahmen der INF-Verhandlungen bisher genießen, auch nach Anlaufen der START-Gespräche erhalten bleibt?
– Wie können wir ein möglichst hohes Maß an Einwirkungsmöglichkeit bei dem START-Prozeß erreichen, um unsere Interessen – ähnlich wie in der SCG für die INF-Verhandlungen – bestmöglich in den Verhandlungsprozeß einzubringen?

II. Die amerikanische START-Position ist gegenwärtig noch nicht so ausgearbeitet bzw. uns im Detail bekannt, daß wir konkret zu einzelnen amerikanischen Verhandlungselementen Stellung nehmen könnten. Zweifellos werden wir bei den START-Verhandlungen auch nicht eine so intensive Mitsprachemöglichkeit erwarten können, wie wir sie im Rahmen der INF-Verhandlungen haben. Einige – zwangsläufig vorläufige – Überlegungen für unsere Haltung gegenüber der amerikanischen START-Politik folgen:

1) Eine parallele, aber getrennte Führung von START und INF bringt die – zumindest theoretische – Möglichkeit mit sich, daß eines der beiden Foren zugunsten des anderen bevorzugt wird. Es ist erfahrungsgemäß schwer, derartige Parallelverhandlungen kontinuierlich mit gleich hoher Priorität zu führen. Dieses Problem stellt sich in Washington im Hinblick auf die Rolle des Kongresses und der Medien mit besonderer Schärfe.

Das Interesse der USA an den INF-Verhandlungen ist nicht ein originäres amerikanisches, sondern ein abgeleitetes, auf europäischer Initiative beruhendes Interesse. Das wiedererwachte Interesse an strategischer Rüstungskontrolle hingegen ist ein eigenes amerikanisches. Die INF-Befürworter in Washington werden auch künftig hauptsächlich mit europäischen Gesichtspunkten argumentieren müssen, deren Gewicht in der amerikanischen Öffentlichkeit vergleichsweise gering bleiben wird. Unter diesen Umständen muß es unser Ziel sein, auf eine amerikanische Verhandlungspolitik hinzuwirken, die der INF-Rüstungskontrolle nicht geringere Priorität als strategischer Rüstungskontrolle einräumt.

2) Der Konsultationsprozeß im Vorfeld der INF-Verhandlungen und während dieser Verhandlungen durch die SCG hat sich als für uns zufriedenstellend erwiesen. Unser Interesse sollte darauf gerichtet sein, Konsultationen für START, soweit möglich, an dem für uns vorteilhaften SCG-Modell zu orientieren.

Das Brüsseler Kommuniqué vom 11.12.81 spricht von „continued close consultations … in the Council on these matters“.[5] Für Unterrichtung über unsere diesbezüglichen Überlegungen wären wir dankbar.

III. 1) Die Frage einer getrennten Führung oder Zusammenlegung der beiden Verhandlungsforen INF und START ist offen. Eine Vereinigung der beiden Verhandlungen wäre jedenfalls von der Logik des INF-Verhandlungsansatzes her („in the START framework“) durchaus begründet. Schon jetzt gibt es ein für beide Foren gemeinsames sogenanntes „back-stopping“, d. h. eine für beide Foren zuständige Beratungs- und Arbeitsgruppe. Es gibt darüber hinaus vereinzelt

5 Vgl. Ziffer 4 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 39. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 153.

Spekulationen in Washington, daß im Falle einer Vereinigung der beiden Foren die Gesamtverhandlungsführung Paul Nitze übertragen werden würde.[6]

Eine Entscheidung zur Vereinigung von INF und START könnte für uns bestimmte Vorteile haben:

– Durch eine Vereinigung könnte das Element der Kopplung zwischen Europa und USA und das Element der Einheit des Bündnisgebietes und der Bündnisverteidigung erneut und überzeugend deutlich gemacht werden.
– Auch im Hinblick auf den künftigen Konsultationsmechanismus könnte eine Vereinigung beider Foren für uns von Vorteil sein. Es böte sich für diesen Fall an, die Erörterungen in der SCG insoweit auf den Inhalt der START-Verhandlungen zu erstrecken, wie dies von uns und von den Amerikanern akzeptiert werden wird.[7]
– Eine Behandlung der INF- und START-Materie in einem Forum könnte einen echten globalen Ansatz ermöglichen, der auch „Trade-offs", die in unserem Interesse liegen könnten, zulassen würde. Das gilt auch im Hinblick auf die Behandlung von Systemen, die in beiden Foren zu behandeln wären bzw. in den Grenzbereich fallen. Die konzeptionellen Schwierigkeiten, die etwa bei der Frage einer systematischen Abgrenzung der Behandlung von Backfire und Cruise Missiles bei START von deren Behandlung bei den INF-Verhandlungen zu erwarten wären, könnten dadurch u. U. vermieden werden.

2) Für eine Beibehaltung getrennter Foren sprechen andererseits ebenfalls gewichtige Gesichtspunkte:

– Für uns von entscheidender Bedeutung bei den INF-Verhandlungen ist der Zeitdruck. Die SCG hat ihre Arbeit an der Notwendigkeit orientiert, möglichst bis 1983 Resultate vorlegen zu können. Die amerikanische Verhandlungsposition in Genf, die sich bewußt auf die für uns bedrohlichsten landgestützten Systeme konzentriert, entspricht dieser Notwendigkeit.
  Eine Verschmelzung von INF mit der – schwierigen und komplexeren – START-Materie würde den Verhandlungsprozeß komplizieren und die Gefahr von Verzögerungen mit sich bringen, die bei einer isolierten Behandlung der INF-Materie u. U. vermieden werden könnten. Diese Gefahr sehen auch unsere Gesprächspartner im State Department.[8]
– Die INF-Verhandlungen haben jedenfalls in den Augen der deutschen und europäischen Öffentlichkeit eine erhebliche allgemeinpolitische Bedeutung erlangt, die die Beibehaltung eines separaten INF-Forums schon unter dem Gesichtspunkt der Öffentlichkeitsarbeit rechtfertigen könnte. Eine Vereinigung beider Foren könnte u. U. in der Öffentlichkeit als eine Abwertung des INF-Forums verstanden werden.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11392 (220)

6 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Ritter von Wagner handschriftlich: „Dies steht in Widerspruch zu Rowny-Äußerungen, wonach er für beides zuständig sei (chief negotiator)."

7 Zu diesem Satz vermerkte Vortragender Legationsrat Ritter von Wagner handschriftlich: „Vorsicht."

8 Zu diesem Satz vermerkte Staatssekretär von Staden handschriftlich: „r[ichtig]! aber: Wenn beides erst einmal parallel läuft, tritt die Komplizierung wohl i[n] jedem Fall ein, insb[esondere] bei zwei Del[egations]leitern u. einem backstopping! Dann lieber ein Del.Leiter, der d[ie] Schwerpunkte setzt." Vgl. Anm. 1.

376

Botschafter Hermes, Washington, an das Auswärtige Amt

114-6939/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 17. Dezember 1981, 17.25 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 5117 **Ankunft: 17. Dezember 1981, 23.39 Uhr**

Betr.: Gegenwärtige Stimmungslage im europäisch-amerikanischen Verhältnis

Bezug: DB 483 vom 5.2.81 – POL 321.00 USA VS-NfD

1) Die schon in den letzten Jahren zu verzeichnenden kritischen Tendenzen im transatlantischen Stimmungsbild (vgl. Bezugs-DB) haben sich im Jahre 1981 verstärkt. Sie sind in der Öffentlichkeit und in den Medien, deutlich aber auch im Kongreß feststellbar. Inzwischen lassen sie auch Teile der Administration nicht unbeeinflußt. Es geht dabei nicht mehr um Informationsdefizite oder „Mißverständnisse", sondern um Unterschiede der Grundauffassungen und des politischen Urteils. Während sich in früheren Jahren nach einer Störung verhältnismäßig rasch die Normallage wieder einstellte, läßt sich diesmal für den negativen Stimmungstrend kein rasches Ende absehen. Vielmehr führt die Tatsche, daß Kritik und mangelndes Verständnis füreinander nun schon längere Zeit hindurch hervortreten, zu wachsender Empfindlichkeit. Die Neigung hat zugenommen, auch kleine Anlässe unter negativen Vorzeichen aufzugreifen und sie als eine Bestätigung bereits bestehender Differenzen zu registrieren.

2) Die Frage, was zu diesem Zustand erhöhter Sensibilität und Reizbarkeit geführt hat, ist nicht einfach zu beantworten. Der Ursprung dieser Stimmung fällt nicht auf den Amtsantritt des gegenwärtigen Präsidenten[2], sondern reicht weiter zurück. Wandlungen in der Selbsteinschätzung der USA nach Vietnam und Watergate[3], nach dem Teheraner Geiseldrama[4] und nach Afghanistan spielen ebenso eine Rolle wie Reaktionen der Europäer auf die sich relativierende Rolle der USA in der Welt. Ich möchte eine Reihe von Punkten nennen, die in letzter Zeit die Stimmungslage in den USA gegenüber den europäischen Bündnispartnern und auch der BR Deutschland negativ beeinflußt haben:

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Schenk vorgelegen.

2 Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 4. November 1980 siegte der Kandidat der Republikanischen Partei, Reagan, gegen Präsident Carter. Reagan wurde am 20. Januar 1981 vereidigt.

3 Am 17. Juni 1972 wurden fünf Personen verhaftet, die bei einem Einbruch in Büroräume der Demokratischen Partei im Watergate-Hotel in Washington Abhörmikrophone anbringen wollten. Bei den anschließenden Ermittlungen stellte sich heraus, daß sie Beziehungen zum Wahlkampfbüro des Präsidenten Nixon unterhielten. Am 27. Februar 1973 setzte der amerikanische Senat einen Untersuchungsausschuß ein, dessen Arbeit eine Verwicklung von Regierungskreisen in die „Watergate-Affäre" immer deutlicher werden ließ. In der folgenden juristischen Auseinandersetzung um die Herausgabe von Tonbandaufzeichnungen, die Nixon über Gespräche mit seinen Mitarbeitern angefertigt hatte, forderte der Oberste Gerichtshof am 24. Juli 1974 den Präsidenten zur vollständigen Herausgabe dieser Aufzeichnungen auf. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses sprach sich während seiner Sitzung vom 27. bis 30. Juli 1974 für ein Amtsenthebungsverfahren gegen Nixon aus, u. a. wegen Behinderung der Justiz. Daraufhin gab Nixon am 8. August 1974 in einer Rundfunk- und Fernsehrede seinen Rücktritt bekannt.

4 Zur Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 15.
Zur Freilassung der Geiseln am 20. Januar 1981 vgl. Dok. 16, Anm. 4.

– Zweifel, ob die öffentliche Meinung, die politischen Parteien, zum Teil auch die Regierungen der Verbündeten Ziele und Politik der SU ebenso einschätzen wie die USA;
– Unsicherheit, ob in Europa gemeinsame Ordnungs- und Wertvorstellungen weiterhin mit der gebotenen Festigkeit vertreten werden (Friedensbewegungen);
– Enttäuschung über als unzureichend angesehene Verteidigungsanstrengungen der Verbündeten;
– Kritik an mangelnder Solidarität der europäischen Partner bei der Wahrung gemeinsamer Interessen außerhalb des Bündnisgebietes;
– geringe Kooperationsbereitschaft der Europäer in wichtigen Wirtschafts- und Handelsfragen;
– als übertrieben empfundene Kritik in den europäischen Medien und der Öffentlichkeit, aber auch durch Regierungsvertreter, an Präsident Reagan und seiner Politik.

3) Heute wie früher steht, wenn die USA auf Europa blicken, die BR Deutschland im Vordergrund. Ihr wirtschaftliches, politisches und militärisches Gewicht, das hohe Ansehen des Bundeskanzlers und Bundesaußenministers und die erprobte Zuverlässigkeit und Berechenbarkeit der deutschen Politik sind ebenso Gründe dafür wie die in Jahrzehnten gewachsene vertrauensvolle enge Verbindung zwischen beiden Völkern. Vor diesem Hintergrund wirken sich Verständnis- und Verständigungsprobleme im deutsch-amerikanischen Bereich in besonderem Maß auf das transatlantische Stimmungsbild aus.

In den vergangenen Wochen gab es eine Reihe von Ereignissen und Entwicklungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis, die die Stimmung hier ungünstig beeinflußt und Irritationen verstärkt haben. Ich nenne als Beispiele:
– In der Friedensbewegung sehen zahlreiche amerikanische Beobachter eine starke antiamerikanische Komponente.
– Der Verlauf der innenpolitischen Diskussion zum Doppelbeschluß[5] enthält aus hiesiger Sicht Elemente neutralistischen Denkens.
– Die deutsche Haltung zu einzelnen Aufgaben der Allianz wird als wenig kooperativ empfunden (z. B. fehlende Bereitschaft zur NATO-Infrastrukturfinanzierung[6]; kein Fortschritt beim Master Restationing Plan[7]).

5 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.
6 Zum Infrastrukturprogramm der NATO vgl. Dok. 351.
Brigadegeneral von Ondarza, Washington, berichtete am 15. Dezember 1981, die amerikanische Seite sei betroffen „über die harte Haltung der deutschen Seite – die offensichtlich über die nächsten zwölf Monate beibehalten werden soll – zu der Unterfinanzierung Slice 33 und Frage der midterm review. Leitung des Pentagon geht so weit, eine mögliche politische Absicht zur Blockierung eines für die NATO vitalen Programms zu unterstellen; also sich zu fragen, ob die Bundesregierung sich gegen die geplanten Verstärkungsmaßnahmen – Schwerpunkt im Zentralabschnitt – orientiere. […] Die Sorge gelte dem Motiv der Ablehnung und ihrer Ausstrahlung in das Bündnis. In bilateralen Gesprächen US mit anderen Bündnispartnern sei vor allem die Sorge über Konsequenzen für die Flankenländer (Türkei, Italien, Norwegen) zum Ausdruck gekommen. Auch hätte man aus deutscher Argumentation den Eindruck gewonnen, daß es sich im Kern um ein amerikanisches Problem handele. NATO-Infrastruktur sei eine Bündnisaufgabe, die von dem entscheidenden Bündnispartner blockiert würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5067; VS-Bd. 10345 (201); B 150, Aktenkopien 1981.
7 Zum Umstrukturierungsplan für amerikanische Streitkräfte in der Bundesrepublik vgl. Dok. 45.

– Die Charakterisierung der INF-Verhandlungspositionen beider Seiten als maximalistisch[8] hat irritiert.
– Das europäische Erdgas-Röhren-Geschäft und besonders sein deutscher Anteil[9] werden als Ausdruck mangelnder Übereinstimmung in wichtigen Ost-West-Fragen gewertet.
– Deutsche Stellungnahmen zu Problemen im Nahen Osten, Zentralamerika und Libyen werden als nicht mit den eigenen amerikanischen Interessen übereinstimmend betrachtet.
– Auch soweit es sich um Reibungen mit der Europäischen Gemeinschaft in wirtschaftlichen und politischen Fragen handelt, sind wir als stärkstes EG-Mitglied besonders betroffen.
– Befremden hat hier auch die aus gewissen Äußerungen sprechende Neigung zur argumentativen Gleichstellung der USA und der SU (Äquidistanz) ausgelöst.

4) Es ist schwer zu sagen, wie weit diese als Beispiele aufgeführten Negativpunkte inzwischen im Urteil einzelner Amerikaner die traditionellen positiven Aspekte der Einstellung zu Europa und zum deutsch-amerikanischen Verhältnis überlagern. Aus meiner Erfahrung bei zahlreichen Begegnungen und Diskussionen, auch außerhalb Washingtons, muß ich jedenfalls feststellen, daß Fragen nach unserer Fähigkeit, klaren Kurs zu halten, und nach dauerhafter innerer Stabilität häufiger als früher gestellt werden. Dabei geht es den Fragestellern fast immer nicht um Zweifel an der Politik der Bundesregierung, sondern um die Unsicherheit in der Beurteilung der weiteren innenpolitischen Entwicklung und deren Auswirkung auf die außenpolitische Orientierung.

Im Kongreß knüpfen sich hieran Überlegungen, die auch die Frage der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa und die Möglichkeit einer verstärkten isolationistischen Tendenz in den USA miteinbeziehen. Nach wie vor gibt es keine konkreten Bemühungen um eine Wiederbelebung der Mansfield-Resolution[10]. Doch sollte es als Warnung dienen, wenn der republikanische Mehrheitsführer, Senator Baker, am 6.12.81 gegenüber der New York Times erklärte: „I thought about taking up the cudgels of the Mansfield Amendment, but the situation is too serious for that. When Mansfield was doing it, there was virtually no support for that position in the Senate. Were I to do it, I am afraid it would start a fire I could not put out."[11] Dennoch: Es gibt keine erkennbaren Tendenzen in der Administration, etwaige Enttäuschungen und Irritationen zum Anlaß einer Änderung der bewährten Politik im Bündnis und im bilateralen Rahmen zu nehmen. Es sollte auch nicht übersehen werden, daß sich hier und da auch amerikanische Stimmen melden mit an die eigene Adresse gerichteter Kritik und der Mahnung, der europäischen Politik mehr Verständnis und den Leistungen

8 Vgl. dazu die amerikanische Berichterstattung über Äußerungen des Bundeskanzlers Schmidt; Dok. 345, Anm. 15.
9 Zum Vertrag vom 20. November 1981 über die Lieferung von sowjetischem Erdgas in die Bundesrepublik vgl. Dok. 339, Anm. 4.
10 Zu den vom amerikanischen Senator Mansfield eingebrachten Resolutionen betreffend die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa vgl. Dok. 260, Anm. 4.
11 Zu den Äußerungen des amerikanischen Senators Baker vgl. den Artikel „Rising Sentiment Against Europe"; THE NEW YORK TIMES vom 7. Dezember 1981, S. A 22.

der Europäer mehr Anerkennung entgegenzubringen. Dennoch sollten die möglichen längerfristigen negativen Folgen nicht unterschätzt werden, die bei Anhalten der gegenwärtigen politischen Stimmungslage in den Vereinigten Staaten zu besorgen sind.

[gez.] Hermes

VS-Bd. 11121 (204)

377

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek

214-321.11 TSE **18. Dezember 1981**[1]

Plenargespräche anläßlich des Besuchs des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek am 18. Dezember 1981, 8.00 bis 9.45 Uhr[2]

Anlg.: Delegationsliste[3]

BM: Wir haben gestern über die Entspannungspolitik, über die Lage in Europa und auch über bilaterale Fragen gesprochen. Wir könnten jetzt im Delegationskreis über die Ost-West-Beziehungen und über die sich zur Zeit in einem Entscheidungsstadium befindliche Konferenz von Madrid[4] wie auch über die Verhandlungen über Mittelstreckenraketen[5] sprechen.

Chňoupek: Ich danke Ihnen, Herr Minister. Was die bilateralen Fragen angeht, so hielte ich es für nützlich, unsere Delegationen zu informieren, was wir gestern

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil gefertigt und am 19. Dezember 1981 über das Büro Staatssekretäre an das Ministerbüro mit der Bitte geleitet, „die Genehmigung des Herrn Bundesministers einzuholen".
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Graf York von Wartenburg am 22. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 25. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich für Referat 214 vermerkte: „Kann mit Vorbehalt, daß Genehmigung durch BM noch aussteht, verteilt werden."
Hat Legationsrat I. Klasse von der Heyden am 28. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Keil verfügte.
Hat Keil am 28. Dezember 1981 erneut vorgelegen.
Hat Heyden am 29. Dezember 1981 erneut vorgelegen. Vgl. den Begleitvermerk; Referat 214, Bd. 139637.

2 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek besuchte die Bundesrepublik vom 17. bis 19. Dezember 1981. Vgl. dazu auch Dok. 374.
Bundesminister Genscher und Chňoupek führten am 17. Dezember 1981 ferner ein Vier-Augen-Gespräch, bei dem kulturelle Fragen und die Begnadigung von in der ČSSR inhaftierten deutschen Staatsangehörigen besprochen wurden. Vgl. die Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Scheer vom 18. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 139637.

3 Dem Vorgang beigefügt. Für die Delegationsliste vgl. Referat 214, Bd. 139637.

4 Zum Stand der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. Dok. 381.

5 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

eingehend behandelt haben. Wir haben einen positiven Trend in den bilateralen Beziehungen festgestellt. Ich möchte hier im Plenum noch sagen, daß ich Ihnen eine offizielle Einladung in die ČSSR überbracht habe, die Sie angenommen haben. Darüber hinaus habe ich gegenüber dem Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten die ständige Einladung in die ČSSR wiederholt. Wir haben die Nützlichkeit des fortgesetzten Dialogs und der Konsultationen festgestellt. Wir haben auch unser Interesse zum Ausdruck gebracht, den Dialog zwischen den gesetzgebenden Körperschaften fortzuführen. Es liegen noch Einladungen an die Bürgermeister von Hamburg[6] und Bremen[7], an den Landtag von Nordrhein-Westfalen und Ministerpräsident Rau persönlich vor. In diesem Zusammenhang haben wir noch andere Dinge diskutiert.

Bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit haben wir unser ständiges Interesse an der Entwicklung der Kooperation betont. Was den vertragsrechtlichen Bereich anbelangt, so habe ich gestern unsere Befriedigung über die Unterzeichnung des Vertrages über die Grenzbevollmächtigten[8] feststellen können. Freilich gibt es andere Vertragsentwürfe, die wie bisher in unseren Schubladen liegen, weil wir uns in der Berlin-Frage nicht einigen können. Dazu gehört das Abkommen über den Binnenschiffahrtsverkehr.

Zu den kulturellen Beziehungen ist zu sagen, daß wir an der Verwirklichung Ihres Vorschlages arbeiten, den Sie anläßlich Ihres letzten Besuchs[9] unterbreitet haben, d.h. Ausgeglichenheit im kulturellen Austausch. Ich darf damit Ihre Rede vom Dezember 1980 paraphrasieren. Wir rechnen deshalb im kommenden Jahr mit Ihren Kulturtagen, mit der Maßgabe, daß dann unsere Kulturtage bei Ihnen im folgenden Jahr stattfinden[10]. Hieran arbeiten bei uns bereits die zuständigen Institutionen. Wir sind einverstanden mit der Beteiligung eines Westberliner Ensembles mit der Maßgabe, daß es im offiziellen Programm mit dem Hinweis auf das Vier-Mächte-Abkommen[11] getrennt aufgeführt wird. Wir halten die Tatsache, daß das Goethe-Institut beteiligt wird, für eine innere Angelegenheit Ihres Landes. Wir beabsichtigen nicht, und dies entspricht unseren Gewohnheiten, den Namen des Organisators auf den Plakaten aufzuführen.

6 Klaus von Dohnanyi.

7 Hans Koschnick.

8 Das Auswärtige Amt gab am 15. Dezember 1981 folgende Pressemitteilung heraus: „Um die gutnachbarlichen Beziehungen an der deutsch-tschechoslowakischen Grenze zu verbessern, hat die Bundesregierung im Einvernehmen mit der Bayerischen Staatsregierung einen Grenzbevollmächtigten ernannt, der mit einem von der tschechoslowakischen Regierung benannten Grenzbevollmächtigten zusammentreffen und die gemeinsame Grenze betreffende Fragen behandeln soll. Hierzu gehören insbesondere die Verhütung bzw. Untersuchung von Grenzzwischenfällen, die Verhinderung und Feststellung von Schäden, insbesondere auch im Bereich des Umweltschutzes, Fragen der Erleichterung des Grenzverkehrs und der Zusammenarbeit der Grenzbehörden sowie die Behandlung ähnlicher Grenzfragen. […] Die Grenzbevollmächtigten beabsichtigen, im Frühjahr 1982 zu einem ersten Gespräch zusammenzutreffen.“ Vgl. den Runderlaß Nr. 6475 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Keil vom 14. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 139675.

9 Bundesminister Genscher hielt sich vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR auf. Vgl. dazu AAPD 1980, II, Dok. 373.

10 Die Kulturtage der ČSSR fanden vom 20. bis 26. November 1983 in Essen statt.

11 Für den Wortlaut des Vier-Mächte-Abkommens über Berlin vom 3. September 1971 sowie des Schlußprotokolls vom 3. Juni 1972, mit dem das Abkommen in Kraft trat, vgl. BUNDESANZEIGER, Nr. 174 vom 15. September 1972, Beilage, S. 44–73.

Was die humanitären Fragen anbelangt, so hatte ich gestern Gelegenheit, dem Herrn Minister zu sagen, daß kürzlich drei Fälle gelöst werden konnten. Die übrigen sind in der Prüfung.

Ich meine, wir können insgesamt die bilateralen Beziehungen dahingehend charakterisieren, daß sie eine langfristig positive Tendenz haben, ohne daß wir in kurzfristige Euphorie verfallen sollten. Wir haben eine gute langfristige Perspektive. Man behauptet von uns, daß man mit uns sehr schlecht verhandeln kann, bis man zu einer Unterzeichnung kommt. Aber wenn wir einen Vertrag unterschrieben haben, halten wir uns auch daran. Wir betrachten die beiden Dokumente von 1973[12] und 1978[13] als eine gute und verläßliche Grundlage für den Ausbau der Beziehungen.

Herr Minister, ich wäre glücklich, Sie im kommenden Jahr mit Ihrer Gattin[14] begrüßen zu können.

BM: Für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der ČSSR gilt sicher, daß sie nicht mit Euphorie eröffnet worden sind, eher nüchtern. Wir haben diesen Beziehungen eine realistische Grundlage verliehen. Dies mag die Stetigkeit in ihrer Entwicklung erklären. Wir würden es allerdings begrüßen, wenn man bei Ihnen mit größerer Unbefangenheit an die Entscheidungen heranginge. Die Verweigerung von Sichtvermerken an Mitglieder des Deutschen Bundestages ist nicht geeignet, diese Beziehungen zu fördern, sondern eher, sie zu belasten. Ein gleiches gilt für Sichtvermerke an Journalisten.[15]

Wir hatten gestern die Möglichkeit, die praktische Auswirkung von Städtepartnerschaften zu sehen. Die Beziehungen zwischen Košice und Wuppertal[16] sollten nicht allein bleiben. Es wäre gut, wenn dieses Beispiel Schule machen könnte. Sie können sich auch vorstellen, daß die Anhebung des Pflichtumtauschs[17] von den Reisenden nicht positiv gesehen wird. Hier bieten sich gute Möglichkeiten zur Verbesserung. Es wäre auch gut, wenn die Härtefälle, die ich Ihnen in Prag unterbreitet habe, gelöst werden könnten. Auch heute werden wir Ihnen eine Liste übergeben. Ich danke Ihnen für die Mitteilung hinsichtlich der gelösten Fälle und bitte um die Lösung der noch verbleibenden.

12 Für den Wortlaut des Vertrags vom 11. Dezember 1973 über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR vgl. BUNDESGESETZBLATT 1974, Teil II, S. 990–992.

13 Korrigiert aus: „1977".
Für den Wortlaut des am 11. April 1978 unterzeichneten Abkommens zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR über kulturelle Zusammenarbeit vgl. BUNDESGESETZBLATT 1979, Teil II, S. 940 f.

14 Barbara Genscher.

15 Referat 510 notierte am 4. Dezember 1981 zur Sichtvermerksverweigerung tschechoslowakischer Stellen: „Die Einreise bestimmter Personengruppen aus der Bundesrepublik Deutschland in die ČSSR, insbesondere Geistliche aller Konfessionen, Journalisten und Politiker, stößt immer wieder auf Schwierigkeiten. Angehörige dieser Personengruppen müssen in der Regel häufiger mit einer Ablehnung ihres Sichtvermerksantrags rechnen, als dies im allgemeinen der Fall ist. […] Die tschechoslowakische Seite erwidert, man sei großzügig, was sich u. a. darin zeige, daß 97 % aller Journalisten, die Einreisevisa in die ČSSR beantragt hätten, einreisen konnten. Man lasse aber nicht zu, daß tschechoslowakische Gesetze verletzt würden bzw. die ČSSR von solchen Leuten verleumdet werde." Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1445.

16 Am 22. Mai 1980 wurde ein Abkommen über eine Städtepartnerschaft zwischen Wuppertal und Košice geschlossen.

17 Referat 510 legte am 4. Dezember 1981 dar: „Der Pflichtumtausch wurde mit Wirkung vom 1.7.1981 für Erwachsene von bisher täglich 25 DM auf 30 DM und für Kinder vom 6. bis 15. Lebensjahr von bisher 12,50 DM auf 15 DM erhöht." Vgl. B 82 (Referat 510), Bd. 1445.

Zu den Gästen am gestrigen Abend gehörte auch der Vorsitzende des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge[18]. Ich wäre dankbar, wenn Sie ihm die Möglichkeit zu Gesprächen bei Ihnen bieten könnten.

Wir haben gestern in unseren Reden[19] Bezug auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit genommen, die sich gut entwickelt hat. Auf dem Gebiet der Unternehmenskooperation, auch in Drittländern, gäbe es aber noch viel zu tun, gute Möglichkeiten für unsere beiden gut entwickelten Wirtschaftssysteme. Mir geht es darum, daß wir in allen Bereichen weiterkommen, auch im Umweltschutz, der Reinerhaltung der Gewässer und der Luft. Hier kann man noch viel tun. Es sollte unser Ehrgeiz als Nachbarländer sein, in Europa einen möglichst hohen Stand der Beziehungen im Streben nach Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki[20] zu erreichen.

Ich habe Ihre Einladung gestern schon mit Dank angenommen. Ich möchte hier vor den Delegationen nochmals sagen, es ist mein fester Eindruck, daß die Gespräche von großer Bedeutung für unsere Beziehungen, bilateral wie auch im Ost-West-Verhältnis, sind. Die Gespräche, die wir vor einem Jahr in Prag geführt haben, hatten nachhaltige Auswirkungen bei uns und den anderen Staaten. Ich gehe davon aus, daß das, was ich Ihnen gestern sagte, auch bei Ihnen gebührende Beachtung finden wird. Wir können etwas tun für das Verhältnis zwischen unseren beiden Ländern und das Ost-West-Verhältnis. Soviel zu den bilateralen Fragen.

Chňoupek: Ich danke Ihnen. Ich möchte zu Ihren Ausführungen ergänzend bemerken, daß ich zu jedem Ihrer Punkte etwas Positives hinzufügen könnte. Ich wollte in meiner Wiederholung nicht zu sehr ins Detail gehen. Ich möchte vorschlagen, daß die Abteilungsleiter hierüber sprechen.

Sie haben schon das Beispiel Wuppertal–Košice erwähnt. Unsererseits ist auch schon eine Städtepartnerschaft zwischen Tábor und Konstanz vorbereitet.

Vielleicht interessiert es Sie auch, daß wir an der Grabstätte für die Opfer des Zweiten Weltkrieges, an der Sie einen Kranz niederlegten[21], heute bereits einen Grabstein errichtet haben.

Ich bin ein Verfechter der Idee, daß man unsere bilateralen Beziehungen im Kontext des europäischen Dialogs oder, wie Sie sagen, der Ost-West-Beziehungen sehen sollte. Wir haben solche Zusammenarbeit nicht nur als Methode, sondern auch als Philosophie begriffen. Wir sind der Meinung, daß es in der jetzigen Situation notwendig ist, den Dialog fortzusetzen. Ich möchte positiv würdigen, daß Ihre Regierung den Dialog in schwieriger Zeit fortgesetzt hat. Ich denke dabei an Ihren Besuch in Moskau[22], auch an den kürzlichen Besuch von Ge-

18 Josef Schneeberger.

19 Für den Wortlaut der Tischrede des Bundesministers Genscher am 17. Dezember 1981 vgl. BULLETIN 1981, S. 1057 f.
Für die Tischrede des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek am selben Tag vgl. Referat 010, Bd. 178853.

20 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

21 Zur Kranzniederlegung des Bundesministers Genscher bei seinem Besuch vom 18. bis 20. Dezember 1980 in der ČSSR vgl. AAPD 1980, II, Dok. 347.

22 Zum Besuch des Bundesministers Genscher vom 2. bis 4. April 1981 in der UdSSR vgl. Dok. 93, Dok. 95–97 und Dok. 99.

neralsekretär Breschnew in Bonn[23] und das Treffen des Bundeskanzlers mit Herrn Honecker[24]. Wir werten auch unseren Dialog, der im Unterschied zu dem Gespräch mit einigen anderen westlichen Ländern nie unterbrochen wurde, sehr positiv. In diesem Dialog geht es vor allem darum, daß man sich gegenseitig die grundlegenden Fragen erhellen muß, auf der Grundlage der Schlußakte von Helsinki, zu der wir uns alle bekennen, d. h. zur Fortsetzung in Madrid.

Herr Minister, vor einigen Jahren sind wir in diesem Raum zusammengetroffen[25], Sie kamen gerade aus Kopenhagen von einem EG-Ministertreffen[26]. Wir haben erwogen, was man der europäischen Öffentlichkeit sagen sollte, wenn es in Belgrad[27] nicht zu einer Einigung käme. 1975 sind die Staats- und Regierungschefs in Helsinki übereingekommen. Zu dem Scheitern in Belgrad habe ich seinerzeit bemerkt, daß wir Anstrengungen unternehmen müssen, daß sich dieser Mißerfolg in Madrid nicht wiederholt. Ich habe bemerkt, daß man die Schuld nicht dem niedrigen Niveau der in Belgrad anwesenden Beamten zuschreiben sollte, entscheidend ist der politische Wille. Mit solchen Vorsätzen sind wir nach Madrid gegangen. Leider ist nun Madrid erneut zu einer Arena, zu einem Ring geworden. Es ist dennoch unsere Einschätzung, daß es in Madrid gelungen ist, mehr zu tun als in Belgrad. 80 bis 85% der Fragen sind abgeschlossen. Ich habe kürzlich in einem Interview gesagt, in Madrid ist es gelungen, einen Körper zu schaffen, der noch keinen Kopf hat. Der Kopf, das ist die Konferenz. Es scheint, bei uns Europäern ist der Wille vorhanden, die Konferenz zustande zu bringen. Nach unserer Meinung wollen einige diese Konferenz nicht.

Der Schlüssel zu der Konferenz liegt heute in der Zonenfrage, Ural und etwas weiter, wo beginnt Europa? An diesen Ufern, wo man die Fische mit der Angel fängt, oder etwas weiter? Dies muß ausdiskutiert werden. Wir sind der Meinung, man sollte diese Frage als offen betrachten und die Konferenz einberufen. Dort könnte man das dann zu Ende diskutieren. Sie sind vielleicht dagegen. Die Neutralen haben in den letzten Tagen einen Vorschlag vorgelegt.[28] Diesen haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die NATO-Länder haben 37 Änderungsvorschläge dazu gemacht. Nun sind die Neutralen enttäuscht. Ich war deshalb überrascht, als Sie sagten, wir hätten den österreichischen Vorschlag abgelehnt. Ich möchte eine zweite Anmerkung machen: Ich muß Ihnen sehr offen sagen, ich war gestern sehr angenehm überrascht und habe noch einmal mit

23 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

24 Zum Besuch des Bundeskanzlers Schmidt vom 11. bis 13. Dezember 1981 in der DDR vgl. Dok. 363, Dok. 364 und Dok. 368.

25 Der tschechoslowakische Außenminister Chňoupek hielt sich am 22./23. Februar 1978 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 56 und Dok. 57.

26 In Kopenhagen fand am 13./14. Februar 1978 eine Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 50.

27 In Belgrad fand vom 4. Oktober 1977 bis 9. März 1978 die KSZE-Folgekonferenz statt. Vgl. dazu AAPD 1978, I, Dok. 88.

28 Zum österreichischen Vorschlag vom 9. Dezember 1981 zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 353, Anm. 22.
Die neutralen und nichtgebundenen Staaten brachten auf der Basis dieses Vorschlags am 16. Dezember 1981 einen von Österreich erarbeiteten Entwurf eines Schlußdokuments in die KSZE-Plenarsitzung ein. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTATION, Bd. XIX, S. 202 (Auszug).

meiner Delegation gesprochen. Ich meine Ihren gestern in Ihrer Tischrede geäußerten Optimismus, daß uns nur noch Tage von der Einigung trennen. Wenn es so wäre, wäre es gut. Freilich gibt es in Madrid auch Stimmen, die Konferenz für sechs Monate oder mehr zu unterbrechen. Unsere Vorstellung ist, wenn es eine Unterbrechung geben muß, so soll diese so kurz wie möglich sein. Es scheint mir kaum möglich, bis Weihnachten zu einer Einigung zu kommen. Ich möchte Ihnen dazu auch sagen, wir sind mit unseren Kollegen in den sozialistischen Ländern einig, daß wir für die Einberufung dieser Konferenz einen politischen Preis zahlen wollen. Ich muß sehr offen sagen, der Preis sind Verpflichtungen aus der Schlußakte, wobei man die Möglichkeiten und die Grenzen dieser Verpflichtungen aus der Schlußakte sehen muß. Wir sind jedenfalls der Meinung, daß ein positiver Abschluß in Madrid einen großen, starken, politischen Einfluß auf die Regierungen und die Öffentlichkeit haben würde.

Sie sagen alle, daß es notwendig ist, in die Entspannung auch den militärischen Bereich einzubeziehen. Wir sind der Meinung, die Formel aus den 70er Jahren hat bis heute ihre Gültigkeit nicht verloren. Sie ist um so aktueller, als Europa offensichtlich eine weitere Rüstungsspirale droht. Wir haben in Bukarest klar zum Ausdruck gebracht, daß man alles tun muß, um die stagnierenden Abrüstungsverhandlungen zu neuem Leben zu bringen.[29] Wir haben in Bukarest zwei Probleme behandelt: Madrid und die Abrüstung. Wir sind, ohne zu dramatisieren, an die Probleme herangegangen. Dies ist Ausdruck unseres Interesses an einer positiven Entwicklung und auch an positiven Ergebnissen in Wien[30], Genf[31] und der zweiten Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York[32]. Das Kernproblem liegt bei den Mittelstreckenraketen. Nach dem Besuch von GS Breschnew in Bonn kann ich Ihnen wohl kaum etwas Neues über diese Dinge sagen, zu Zahlen, Positionen und Vorschlägen. Der Gedanke an ein Moratorium wurde zum ersten Mal auf dem Parteitag in der Sowjetunion vorgebracht[33] und dann auf unserem Parteitag in Prag[34] wiederholt. Dieser Vorschlag stieß bei Ihnen auf Ablehnung. Ich möchte Ihnen sehr aufrichtig sagen, daß wir diese Idee als Ausdruck der ständigen Bemühungen der sozialistischen Länder, insbesondere der Sowjetunion, um Abrüstung sehen. Sie entspricht unserer Verteidigungsdoktrin. Jedenfalls ist es gut, daß man jetzt am Verhandlungstisch sitzt. Dies ist eine gewaltige Sache. Ich muß Ihnen auch sagen, daß die sozialistischen Länder befürchten, daß die Amerikaner mit leeren Taschen nach Genf kommen. Wir befürchten auch, daß man verbal verhandelt, spektakulär tagt, bis das Ende des Jahres 1983 herannaht, und dann feststellt, man wird mit den Russen nicht einig; sagt, der Osten ist schuld, und stationiert Ra-

29 Vgl. dazu das Kommuniqué der Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 1./2. Dezember 1981 in Bukarest; EUROPA-ARCHIV 1982, D 71–76.

30 Zum Stand der MBFR-Verhandlungen vgl. Dok. 372.

31 Zum Stand der Verhandlungen im Genfer Abrüstungsausschuß vgl. Dok. 230.

32 Die zweite VN-Sondergeneralversammlung über Abrüstung fand vom 7. Juni bis 10. Juli 1982 in New York statt. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 4069 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Steinkühler vom 16. Juli 1982; AAPD 1982.

33 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 23. Februar 1981 für ein Moratorium der Stationierung von Mittelstreckensystemen vgl. Dok. 51.

34 Der XVI. Parteitag der KPČ fand vom 6. bis 10. April 1981 in Prag statt.

keten. Deshalb meinen wir, den realistischen Kräften, den Politikern der Staaten muß daran gelegen sein, daß in Genf ein positives Ergebnis zustande kommt.

Wenn der Brüsseler NATO-Beschluß[35] verwirklicht werden sollte, würde eine neue Situation entstehen. Wir haben schon lange vor dem Breschnew-Besuch in unseren Gremien, im Ministerausschuß, gesagt, daß dies nicht ohne Antwort bleiben könnte und daß dann eine sehr viel schlechtere, viel konfliktträchtigere Situation entstehen würde. Ich möchte sehr darum bitten, meine Ausführungen zu registrieren. Diese Bedenken gelten auch der Neutronenbombe.[36] Bereits bei dem ersten Vorschlag, der seinerzeit von Carter kam[37], haben wir in den Vereinten Nationen gesagt, dies sei keine technische Frage, keine Frage der wirtschaftlichen Möglichkeiten, sondern Ausdruck eines politischen Willens, einer politischen Position.[38] Wir meinen, es sei sehr gefährlich, Operationen an einer offenen Ader vorzunehmen.

Wir begrüßen auch die ersten Signale in Richtung einer Fortsetzung des SALT-II-Prozesses. Hier hat man in Wladiwostok[39] und Wien[40] ein gewaltiges Kapital investiert. Dieses Kapital sollte genutzt werden, auch wenn, wie die USA sagen, eine neue Situation eingetreten ist.

Zu Wien meinen wir, es würde sich lohnen, wenn die westlichen Länder, auch Sie in Bonn, unserem Vorschlag vom 10. Dezember[41] nähere Aufmerksamkeit widmen würden. In Wien hat man in zehn Jahren alles Mögliche ausprobiert. Wir haben die unterschiedlichsten Gesten gemacht. Zum ersten Male hat man Zahlen ausgetauscht, die nicht einmal Regierungsmitgliedern bekannt waren. Einmal haben die USA uns gesagt, die Gründe für den Stillstand lägen darin, daß die Deutschen ihre Bundeswehr umrüsten müßten. Dann wieder haben die kleinen NATO-Länder uns zu verstehen gegeben, die Schuld liege bei Carter. Ich möchte dies nicht vertiefen. Aufgrund der Vorschläge vom 10.12. haben wir die Möglichkeit, ein Kapitel zu Ende zu bringen, ein Dokument zu unterzeichnen und Impulse zu geben und so Möglichkeiten für die Weiterführung des Prozesses aufzuzeigen, wobei man im Laufe dieses Jahres andere wichtige Fragen behandeln könnte.

35 Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

36 Zur Bekanntgabe der Entscheidung des Präsidenten Reagan über die Produktion der Neutronenwaffe vgl. Dok. 231, Anm. 2.

37 Am 8. August 1977 gab Präsident Carter in Plains, Georgia, mit der Unterzeichnung des Gesetzes über die Finanzierung öffentlicher Arbeiten auch die Mittel für die Fortführung der Entwicklung der Neutronenwaffe frei. Gleichzeitig erklärte er, daß er sich eine endgültige Entscheidung über die Produktion der Waffe für Mitte August vorbehalte. Vgl. dazu die Meldung „Carter gibt Mittel für Neutronenbombe frei“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 10. August 1977, S. 1.

38 Vgl. dazu die Erklärung des tschechoslowakischen Außenministers Chňoupek am 4. Oktober 1977 vor der VN-Generalversammlung; UN GENERAL ASSEMBLY, 32nd SESSION, Plenary Meetings, S. 347.

39 Die USA und die UdSSR verabschiedeten am 24. November 1974 in Wladiwostok eine Gemeinsame Erklärung zu den Verhandlungen über eine Begrenzung strategischer Waffen (SALT). Für den Wortlaut vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 71 (1974), S. 879. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1975, D 95 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1974, II, Dok. 374.

40 Präsident Carter und der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, trafen vom 15. bis 18. Juni 1979 anläßlich der Unterzeichnung des SALT-II-Vertrags in Wien zusammen. Vgl. dazu AAPD 1979, I, Dok. 181, und AAPD 1979, II, Dok. 211.

41 Vgl. dazu die Erklärung des Leiters der sowjetischen MBFR-Delegation, Michajlow; Dok. 372, Anm. 13.

Zu Genf meinen wir, daß wir auch der Arbeit des Genfer Ausschusses neue Impulse werden geben müssen. Wir haben uns in der Vergangenheit immer gegen Ansichten gewandt, der Genfer Ausschuß sei unproduktiv, man müsse ihn auflösen, wie Jugoslawien sagte. Wir meinen, man müßte alle sich bietenden Möglichkeiten ausnutzen. Unserer Meinung nach könnte man mindestens drei Kommissionen schaffen, die sich in den in Genf behandelten Fragen engagieren könnten.

Was die bevorstehende Sonder-GV über Abrüstung anbelangt, so messen wir dieser eine außerordentliche Bedeutung bei. Wir koordinieren die Aktivitäten der sozialistischen Länder. Wir haben einige Dokumente vorbereitet, die jetzt vom Plenum verabschiedet wurden. Die Bundesrepublik hat sich traditionell der Stimme enthalten.

BM: Wenn Sie alle Dinge passieren lassen, die wir vorschlagen, ist Europa in einer besseren Lage.

Chňoupek: Ich möchte Sie darauf hinweisen, daß wir in dem Bukarester Kommuniqué erneut die Aufmerksamkeit auf unseren Willen gelenkt haben, zu angemessener Zeit die Auflösung der Militärblöcke vorzunehmen. In jedem Falle stellt dies einen Gegensatz zu Ihrer Formulierung in der letzten NATO-Ratstagung dar, mit der Sie die Aufnahme Spaniens in die NATO begrüßt haben.[42] Unsere Auffassung in allen Abrüstungsfragen ist durch Realismus gekennzeichnet. Wir wissen gut, daß Sie Freunde und Verbündete der USA sind. Wir kennen die Wertschätzung, die Sie Reagan entgegenbringen. Wir setzen aber ein großes Fragezeichen hinter Erklärungen, wie sie vor kurzem von Reagan zu hören waren, daß das Kräfteverhältnis zwischen NATO und WP sechs zu eins betrage.[43] Dies kann nicht einmal der letzte Fähnrich glauben. So kann man nicht argumentieren und diskutieren. Unser Interesse an Abrüstung ist aufrichtig, langfristig und resultiert aus den Prinzipien unserer Politik. Von dieser Position verfolgen wir mit Aufmerksamkeit, daß sich eine umfassende, mächtige Bewegung für die Abrüstung, insbesondere im Kernwaffenbereich, in Westeuropa gebildet hat. Sie rieten mir, diese Bewegung nicht zu überschätzen. Ich meine, daß wir das nicht tun. Jedenfalls meine ich, daß die USA mit einer solch spontanen Reaktion nicht gerechnet haben. Die Europäer, denen vor 35 Jahren noch Bomben auf den Kopf gefallen sind, denken offensichtlich anders als die, denen keine auf den Kopf gefallen sind.

Was die anderen Probleme anlangt, so waren sie Gegenstand unserer New Yorker Besprechungen. Ich hatte Gelegenheit, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß wir die Vorschläge der Sowjetunion zu Nahost, zu Zypern, zu Persien und zum Fernen Osten unterstützen.[44] Ich möchte heute hinzufügen, daß wir außer-

42 Vgl. dazu das Kommuniqué der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151.
Zur NATO-Ministerratstagung vgl. Dok. 356–362.

43 Vgl. dazu die Rede des Präsidenten Reagan vor dem „National Press Club" am 18. November 1981; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1065. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 658. Zur Rede vgl. auch Dok. 329, Anm. 8.

44 Bundesminister Genscher traf den tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 24. September 1981. Themen waren die Volksrepublik China, die KSZE, Polen, Abrüstungsfragen und der bevorstehende Besuch Chňoupeks in der Bundesrepublik. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2012 des Ministerialdirektors Pfeffer, z. Z. New York, vom selben Tag; Referat 010, Bd. 178848.

ordentlich beunruhigt über die Drohungen der Vereinigten Staaten gegen Kuba sind. Ich habe auf Kuba mit eigenen Augen gesehen, welche dramatische Situation die USA hervorrufen.

Wir sind beunruhigt darüber, daß Libyen ständig als Hauptfriedensstörer bezeichnet wird. Unser Präsident hat sich sehr lange mit Gaddafi unterhalten.[45] Ich war zugegen. Libyen ist Gegenstand absurder Anschuldigungen. Dann haben die Amerikaner den Flugzeugträger (Admiral) „Nimitz" 50 Meilen vor die Küste Libyens geschickt, um zu provozieren.

Die Situation ist schließlich noch in bedeutendem Maße dadurch kompliziert worden, daß Israel die Golan-Höhen annektiert hat.[46] Ich möchte dies jetzt nicht unter dem unmittelbaren Eindruck analysieren. Ich kann mir aber die Reaktion vorstellen. Wenn Israel diese aggressive Politik fortführt, sollten wir uns keinen Illusionen hingeben. Die reaktionären und die fortschrittlichen Araber werden sich zusammentun, ob sie wollen oder nicht, im Zeichen des arabischen Patriotismus.

Zu Namibia sind wir unterschiedlicher Meinung. Wie Sie wissen, hatten wir immer eine bestimmte Meinung zur Rolle der Fünf[47]. Deshalb haben wir uns seinerzeit, als wir den Vorsitz im Sicherheitsrat hatten[48], trotz der Kritik unserer afrikanischen Freunde der Stimme enthalten. Die Zeit hat uns recht gegeben. Es sind zwei Jahre verflossen, nichts geschieht. Die Südafrikaner tun in Namibia, was sie wollen. Wir haben die SWAPO immer als einzigen wirklichen Vertreter der Interessen des Volkes von Namibia angesehen. Wir bestehen darauf, daß die entsprechenden Beschlüsse der VN konsequent erfüllt werden.

Was die VN anlangt, meine Bemerkung ist schon Routine, so haben wir diese immer unterstützt. Wir warten jetzt darauf, wie diese unsere Organisation unter Führung des neuen Generalsekretärs[49] arbeiten wird. Wir wollen ihm Unterstützung gewähren. Wir werden aber nicht begeistert sein, wenn sie (d. h. wohl die VN) sich in Fragen engagieren, die uns fremd sind. Sie kennen sicher unsere Haltung zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung, zum Nord-Süd-Dialog und

45 Präsident Husák hielt sich vom 7. bis 10. September 1981 in Libyen auf.

46 Referat 310 vermerkte in einer undatierten Aufzeichnung zum israelischen Gesetz vom 14. Dezember 1981 betreffend die „Unterstellung der besetzten Golan-Höhen unter Recht, Rechtsprechung und Verwaltung Israels", es sei „buchstäblich aus heiterem Himmel und ohne erkennbaren Anlaß" in nur einem Tag im Kabinett und im Parlament „durchgepeitscht" worden: „Begriff der ‚Annexion' wurde vermieden, obwohl Schritt ihr in Bedeutung nahekommt." Es ergäben sich folgende Auswirkungen: „Unvermittelte und völlig unnötige Verschärfung Nahost-Lage. […] Position Ägyptens droht unhaltbar zu werden: Auch wenn Mubarak im Interesse der Rückgewinnung Rest-Sinais jetzt stillhält, ist zu befürchten, daß sich ägyptische Frustration und Entrüstung nach April 1982 in hartem Kurs niederschlägt. […] Brüskierung der USA, die stets Auffassung vertreten haben, daß Ergebnis von Friedensverhandlungen nicht durch einseitige Maßnahmen präjudiziert werden darf. (Begin erklärte in Knesset, USA nicht von seiner Absicht informiert zu haben, da mit amerikanischer Ablehnung zu rechnen gewesen sei.) Damit Brüskierung aller westlichen Staaten, die sich in arabischen Augen als unfähig erwiesen haben, dem in Res[olution] 242 verankerten Grundsatz Geltung zu verschaffen, daß Territorialerwerb durch Krieg unzulässig ist." Vgl. Referat 310, Bd. 137544.

47 Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA.

48 Die ČSSR hatte im September 1978 den Vorsitz im VN-Sicherheitsrat inne. Am 29. September 1978 wurde die Resolution Nr. 435 des VN-Sicherheitsrats verabschiedet. Vgl. dazu Dok. 14, Anm. 2.

49 Zur Wahl von Javier Pérez de Cuéllar zum VN-Generalsekretär am 15. Dezember 1981 vgl. Dok. 354, Anm. 10.

zu Cancún[50], wo Sie sich engagiert haben. Es gab das Bemühen, die sozialistischen Länder, die niemals Kolonien hatten, in eine Reihe mit den früheren Kolonialmächten zu stellen. Ich möchte Ihnen sagen, bei uns gibt es keinerlei Interesse, die Folgen einer Kolonialpolitik, etwa der britischen, zu tragen. Wir waren selbst 300 Jahre lang eine österreichische Kolonie.

BM: Sie haben mit großer Offenheit gesprochen. Ich will Ihnen antworten.

Wir messen den Genfer Gesprächen über Abrüstung und der Sondergeneralversammlung über Abrüstung einen großen Stellenwert bei. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Wir sind für mehr Transparenz, für mehr Überprüfbarkeit, Verifikation. Geheimnistuerei ist der Feind jeden Vertrauens. Dies ist genau der Punkt, den wir beklagen. Bei den VN gibt es jetzt ein Register für die Anmeldung von Zahlen der Rüstung.[51] Wir haben unsere Zahlen dort schon zweimal angemeldet. Wir möchten bitten, daß der WP dies auch tut. So könnte man die Voraussetzungen für eine realistische Bewertung des Kräfteverhältnisses schaffen. Ich habe dies auch Herrn Fischer in New York[52] vorgeschlagen. Ich habe ihm gesagt, die DDR und die Bundesrepublik sollten dieses Ziel gemeinsam verfolgen. Vertrauensbildende Maßnahmen könnten die Abrüstung erleichtern. Deshalb widmen wir dem Gedanken einer europäischen Abrüstungskonferenz soviel Aufmerksamkeit. Mißtrauen beeinflußt den Abrüstungsprozeß negativ. Wir müssen deshalb positive Einflüsse durch VBM schaffen. Wir unterstützen in Madrid den Vorschlag der Neutralen. Nichts aber ist so schön, daß es nicht noch schöner sein könnte. Deshalb wollten wir zur Verschönerung beitragen. Die Sowjetunion steht leider im Unterschied zu uns dem Vorschlag negativ gegenüber. Vielleicht ändert sich ihre Haltung aber noch. Die Frage des Geltungsbereichs dürfte kein Problem sein. In Helsinki wurde er festgelegt: vom Atlantik bis zum Ural, einschließlich der Hoheitsgewässer der Mitgliedstaaten. Dies entspricht auch den Vorstellungen im WP, z. B. bei dem sowjetischen Vorschlag für eine atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa[53] sind in der Ostsee nur die Hoheitsgewässer einbezogen, nicht die Hohe See. Unsere Vorschläge hinsichtlich des sog. funktionalen Ansatzes[54] stellen – über die Schlußakte hinaus – den Versuch dar, bestimmten Erwartungen der östlichen Seite entgegenzukommen. Ich habe gestern in meiner Tischrede gesagt, es sind dies entscheidende Tage und Stunden, weil man versuchen muß, in Madrid noch zu einem Ergebnis zu kommen. Sie haben recht, es gibt Länder, die ihre Gehirnmasse daran verschwenden, ob man jetzt neun oder zwölf Monate vertagen soll. Wir sind entschieden dagegen. Natürlich müssen die Delegationen eine Weihnachtspause haben, aber nicht mehr. Die Sowjetunion will bis Anfang Januar/Ende Februar unterbrechen. Wir wollen uns dem nicht in den Weg stellen. Mir ist dies schon zu lang, aber daran soll es nicht scheitern. Ich sollte noch erwähnen, daß wir bei der NATO-Sitzung in Brüssel die Frage der

50 Zur Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23. Oktober 1981 vgl. Dok. 315.

51 Zum VN-Register für Militärausgaben vgl. Dok. 326, Anm. 35.

52 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Außenminister der DDR, Fischer, am 24. September 1981 vgl. Dok. 275.

53 Zum Vorschlag des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, vom 26. Juni 1981 für eine kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa vgl. Dok. 183, Anm. 9.

54 Zum funktionalen Ansatz vgl. Dok. 318.

Unterbrechung sehr breit diskutiert haben. Alle waren der Meinung, daß es nur eine Weihnachtspause geben sollte.

Eine Abrüstungskonferenz würde ohne Zweifel schon durch ihre Einsetzung Vertrauen bilden. Sie würde das Klima anderer Verhandlungen günstig beeinflussen, z. B. die in Wien, denn natürlich besteht zwischen Truppenreduzierung und Abrüstung in Europa ein enger Zusammenhang. Im kürzlichen NATO-Kommuniqué ist auch auf den Zusammenhang zwischen konventionellen Stärken und der nuklearen Abrüstung hingewiesen worden.[55] Die Supermächte sind unterschiedlich gelegen. Es muß bei der Sicherheitsfrage berücksichtigt werden, daß das eine Land in Zentraleuropa, das andere aber weit weg liegt. Auf einer Abrüstungskonferenz könnte man Äquivalenzen feststellen. Natürlich müßten alle Seiten in Europa und in der Welt Mäßigung zeigen. Dies gilt auch für das, was ich Ihnen gestern unter vier Augen zu der polnischen Entwicklung sagte.

Die Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen haben eine positive Seite: Es handelt sich um eine scharf abgrenzbare Thematik. Es könnte hier eine Initialzündung geben, damit die Rüstungsschraube zurückgedreht wird. Die Gespräche von GS Breschnew in Bonn haben gezeigt, daß die Sowjetunion hierüber nachdenkt. In diesem Bereich kann man auch stufenweise vorgehen. Ich halte dies für sehr gut. Man könnte bei den Mittelstreckenwaffen beginnen und später über andere Bereiche sprechen. Zu dem Moratoriumsvorschlag kennen Sie unsere Meinung. Er geht uns nicht weit genug. Wir haben schon ein Moratorium. Wir haben keine Mittelstreckenwaffen und werden bis 1983 keine haben.

Sie erwähnen SALT, das man jetzt START nennt. Dies ist nicht nur ein Namensunterschied. Wir sind immer für SALT gewesen, waren dabei allerdings nicht glücklich, weil es sich um ein Gleichgewicht nach oben handelte. Wir brauchen eine Reduzierung, auch bei START. Wenn man dies jetzt versuchen würde, wäre es ein großer Gewinn. Es wäre gut für die beiden Großen, gut nicht nur für Europa, sondern für die ganze Welt. Ich habe gestern schon in meiner Tischrede gesagt, daß die Vereinigten Staaten sehr ernsthaft verhandeln. Nitze hat vor dem NATO-Rat vorgetragen, nicht euphorisch, aber zuversichtlich. Wir begleiten die Verhandlungen mit besonderer Aufmerksamkeit. Botschafter Ruth, der Beauftragte der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle, steht in engstem Kontakt mit Herrn Nitze. So haben wir Möglichkeiten, die Verhandlungen zu beeinflussen. Dies müßte dem Jahr 1982 seinen Stempel aufdrücken: die Abrüstungskonferenz, Truppenreduzierung, Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen und die nuklearen interkontinentalen Systeme, eine breite Palette, die wir in Brüssel nochmals unterstrichen haben.

Sie erwähnten den Beitritt Spaniens zur NATO. Es trifft zu, daß wir den Beitritt begrüßt haben. Es ist ein Gewinn für alle in Europa, daß Spanien dem Verteidigungsbündnis beitritt. Bei Lichte betrachtet, bedeutet der Beitritt, daß das Gewicht Spaniens im Westen zur Geltung kommt. Spanien hatte bisher schon bilateral mit den Vereinigten Staaten Verbindung. Es ist vernünftig, daß Spanien nun in das Bündnis eingebettet wird. Die Schlußakte von Helsinki hat be-

55 Vgl. dazu Ziffer 1 des Kommuniqués der NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel; NATO FINAL COMMUNIQUES 1981–1985, S. 37 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 151 f.

stätigt, daß beide Seiten die Möglichkeit zur Gründung kollektiver Verteidigungssysteme haben. Dem entsprechen auch die Systeme zur Selbstverteidigung, die in der VN-Charta[56] vorgesehen sind.

Sie haben einen politischen Spaziergang in alle Weltgebiete unternommen: Als Herr Gromyko hier war, habe ich diesem bereits gesagt, wir sind erstaunt über die defensive Betrachtungsweise, die im WP hinsichtlich der Namibia-Frage vorherrscht. Als ich vorher mit Ihnen über Simbabwe sprach, war es ähnlich. Heute ist Simbabwe ein geachtetes Mitglied der Völkergemeinschaft. Dies wird auch bei Namibia so sein. Wir haben die Unterstützung der Frontlinienstaaten[57]. Wir stehen mit der SWAPO in Verbindung. Ich habe hier mit ihrem Präsidenten Nujoma gesprochen.[58] Es zeigt sich, daß die Afrikaner unserer Initiative weiterhin positiv gegenüberstehen.

Was Nahost anlangt, so haben wir große Sorgen. Man kann nur hoffen, daß der Beschluß der VN, die Annexion der Golan-Höhen als null und nichtig zu bezeichnen[59], eine gewisse Wirkung auf Israel ausübt. Wir sind der Meinung, daß die Vorschläge des Kronprinzen Fahd[60] eine reale Grundlage haben. Sie kommen den Auffassungen der Venediger Erklärung der EG-Staaten[61] sehr nah. Wir stehen durch den euro-arabischen Dialog[62] mit den Arabern in Kontakt und hoffen, daß es gelingen wird, Gegensätze zu überwinden. Die Spaltung im arabischen Lager erschwert dies. Die Anerkennung des Existenzrechts Israels und des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser wird Bestandteil einer Friedensregelung sein müssen.

Was Libyen anlangt, so hoffen wir, daß es zu einer Verständigung mit den Vereinigten Staaten kommt.

Kuba ist ein Land, dem wir ohne Vorurteile gegenüberstehen. Wir beklagen aber, daß es Soldaten auswärts stationiert und Waffen in andere Länder schickt. Mehr Zurückhaltung wäre da besser.

Was Zentralamerika anlangt, so meinen wir, daß die dortigen Probleme nicht Gegenstand der Ost-West-Auseinandersetzung werden sollten.

Es gibt so große Entwicklungsprobleme in der Welt. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten. Wir sollten uns in der Dritten Welt für die Unabhängigkeit und den Grundsatz der Blockfreiheit einsetzen. Wir beklagen daher, daß die Sowjetunion immer noch Afghanistan mit Truppen besetzt hält. Gerade in der jetzigen Lage könnte die Sowjetunion ein Zeichen setzen. Sie sollte den Grundsatz der Mäßigung beachten.

56 Vgl. dazu Artikel 51 der VN-Charta vom 26. Juni 1945; BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 464 f.

57 Angola, Botsuana, Mosambik, Sambia, Simbabwe und Tansania.

58 Zum Besuch des Präsidenten der SWAPO, Nujoma, vom 25. bis 27. Mai 1981 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 157.

59 Vgl. dazu die Resolution Nr. 497 des VN-Sicherheitsrats vom 17. Dezember 1981; RESOLUTIONS AND DECISIONS 1981, S. 6. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 529 f.

60 Zum Acht-Punkte-Plan des saudi-arabischen Kronprinzen Fahd vom 7. August 1981 vgl. Dok. 233.

61 Für den Wortlaut der Erklärung des Europäischen Rats zum Nahen Osten auf seiner Tagung am 12./13. Juni 1980 in Venedig vgl. BULLETIN DER EG 6/1980, S. 10 f. Vgl. dazu ferner AAPD 1980, I, Dok. 177.

62 Zum Europäisch-Arabischen Dialog vgl. Dok. 283, Anm. 37.

Was Cancún anlangt: Ich wäre dorthin gefahren. Die Entwicklungsprobleme der Dritten Welt sind nicht Probleme des früheren Kolonialismus, sondern unser aller Probleme. Die Bundesrepublik Deutschland hat nie Kolonien besessen.

Chňoupek: Aber Deutschland.

BM: Das müßten Sie auch der DDR sagen. Unser bekanntester Kolonialist war der Herzog von Mecklenburg. In Cancún konnte man Indira Gandhi und Reagan, Nyerere und Frau Thatcher miteinander sprechen sehen. Es herrschte ein guter Geist. Wir haben uns sehr dafür eingesetzt, die Sowjetunion einzuladen. Ich habe es auch im April in Moskau gesagt. Gromyko hat mir geantwortet, das ist keine leichte Frage. Ich habe verstanden. Es ist aber wichtig zu sehen, daß die Zusammenarbeit zwischen Ost und West auch in der Dritten Welt ein Feld für große politische Kooperationen finden kann. Zwischen uns gibt es auf vielen Gebieten eingefahrene Meinungen. Was die Dritte Welt anlangt, ist das nicht so. Dort könnte man noch die politische Landschaft formen.

Ich habe diese Aussprache heute, die Art wie sie geführt wurde, wie trotz gegensätzlicher Meinungen ein sachlicher Dialog möglich war, sehr geschätzt. Wenn ich Ihre Einladung zu einem Besuch in der ČSSR angenommen habe, so nicht zuletzt deshalb, weil ich den Wunsch habe, den Dialog in aller Offenheit und Grundsätzlichkeit fortsetzen zu können.

Chňoupek: Ich danke Ihnen, ich bin sehr froh, daß Sie die Einladung für das kommende Jahr[63] angenommen haben. Wenn nachher der Botschafter sein Pilsener Bier angezapft hat, werde ich noch fragen, ob das Treffen Reagan–Breschnew zustande kommt. Weiter will ich noch fragen, ob Sie die Ansichten Großbritanniens und Frankreichs zu der Frage kennen, ob man auch britische und französische Raketen mitzählen muß.

Referat 214, Bd. 139637

63 Bundesminister Genscher hielt sich am 1./2. Februar 1983 in der ČSSR auf.

378

Aufzeichnung des Botschafters Ruth

221-372.20/30-2149/81 VS-vertraulich **18. Dezember 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister mit der Bitte um Billigung und mit dem Vorschlag der Unterrichtung des Herrn Bundeskanzlers

Betr.: MBFR;
hier: Vorschlag für einen westlichen Verhandlungsschritt

Bezug: Vorlage vom 24.9.1981 – 221-372.20/30-1516/81 VS-v[3]

Anlg.: 2 (Anlage 1 nur beim Original)[4]

1) Mit der vom Herrn Minister gebilligten Vorlage vom 24.9.1981 (Anlg. 1) wurden folgende vier Elemente eines begrenzten westlichen Verhandlungsschritts vorgeschlagen:

a) Zustimmung zu dem vom Osten im Juli 1980 vorgeschlagenen Umfang der Phase-I-Reduzierungen von 13 000 amerikanischen und 20 000 sowjetischen Soldaten[5] unter der Bedingung, daß eine Dateneinigung über die sowjetischen Landstreitkräfte erzielt wird, die ergibt, daß 20 000 sowjetische Soldaten (aus der DDR) aus dem Raum der Reduzierungen abgezogen und nicht wieder ersetzt worden sind;

b) Konkretisierung der im westlichen Vorschlag vom Dezember 1979[6] bereits angebotenen „Goodwill-Erklärung“;

c) Eingehen auf das vom Osten vorgeschlagene „Gentlemen's Understanding“[7] zu den Kräfterelationen auf beiden Seiten zwischen den Phasen, jedoch nach Maßgabe des Kollektivitätsprinzips;

d) Verschiebung der Diskussion der vom Osten vorgeschlagenen 50 %-Höchststärkenregelung ebenso wie der vom Westen vorgeschlagenen Festlegung nationaler Höchststärken für die Sowjetunion und die USA auf die Phase-II-Verhandlungen.

2) Unsere MBFR-Delegation hat die Amerikaner und Briten am 21. Oktober 1981 trilateral sowie die Niederländer am 22.10.81 bilateral über diese Vorstel-

1 Durchschlag als Konzept.
Die Aufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Holik und Vortragendem Legationsrat Pöhlmann konzipiert.

2 Berndt von Staden.

3 Für die Aufzeichnung des Botschafters Ruth vgl. Dok. 273.

4 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 11500 (221), B 150, Aktenkopien 1981.

5 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 10. Juli 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 209.

6 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 20. Dezember 1979 für ein Phase-I-Interimsabkommen und ein Paket begleitender Maßnahmen vgl. AAPD 1979, II, Dok. 390.

7 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten vom 13. November 1980 vgl. AAPD 1980, II, Dok. 321.

lungen unterrichtet.[8] In den trilateralen Konsultationen in Wien war ein von uns eingeführter Entwurf einer Verhandlungsweisung[9] Diskussionsbasis.

a) Die Amerikaner haben zu unserem Vorschlag grundsätzlich positiv Stellung genommen, allerdings gegen das erste Element (vgl. Ziffer 1a) Bedenken geltend gemacht. Sie verweisen darauf, daß es durch den einseitigen Abzug sowjetischer Truppen aus der DDR im Jahr 1980[10] zu keiner Netto-Reduzierung von 20000 Mann gekommen ist (vgl. Aufzeichnung vom 17.12.81-221-372.20/30-2135/81 geh.[11]). Durch die gleichzeitig mit dem Abzug von sowjetischen Soldaten aus der DDR begonnene Umstrukturierung der sowjetischen Landstreitkräfte wurden Truppen zugeführt, so daß die auf der MCM-Konferenz zusammengetragenen nachrichtendienstlichen Einschätzungen ergeben, daß die Zahl der sowjetischen Soldaten im Raum der Reduzierungen per 1.1.1981 kaum (d.h. nur um 310 Mann weniger) von denen per 1.1.1980 abweicht.

Die USA sind deshalb gegen diesen Teilschritt, weil sie eine endlose Diskussion darüber befürchten, ob die 20000 Mann tatsächlich abgezogen wurden. Angesichts der neuesten Erkenntnisse wäre der Westen bei einer solchen Diskussion in einer schwierigen Lage. Wie wir von den Amerikanern inoffiziell wissen, wollen sie dem von uns anvisierten Schritt aber auch deshalb nicht nähertreten, weil sie intern Überlegungen anstellen, ob es nicht sinnvoll wäre, entsprechend der Verhandlungsposition des Bündnisses von 1978[12] wieder höhere Phase-I-Reduzierungen in Betracht zu ziehen.

b) Die Briten teilten die amerikanischen Bedenken gegen das erste Element unseres Vorschlags, in dem sie überdies eine gegenwärtig unangebrachte westliche Konzession sahen. Im übrigen unterstützten sie unsere Vorschläge und gaben uns eine Reihe von Formulierungswünschen zu unserem Weisungsentwurf, die wir überwiegend berücksichtigen konnten.

c) Der niederländische Delegationsleiter[13] in Wien ließ uns wissen, daß er unseren Verhandlungsschritt insgesamt nachdrücklich unterstütze, und sprach sich vor der Ad-hoc-Gruppe insbesondere für eine Weiterentwicklung der westlichen Position gerade zur Frage der Anrechnung der einseitigen sowjetischen Abzüge aus. Auch die hiesige niederländische Botschaft hat sich am 14.12.81

8 Zur Unterrichtung Großbritanniens, der USA und der Niederlande vgl. den Drahtbericht Nr. 577 des Botschafters Jung, Wien (MBFR-Delegation), vom 23. Oktober 1981; VS-Bd. 11500 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Für den Entwurf der Bundesrepublik einer Verhandlungsweisung vgl. die Anlage zum Drahterlaß des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Holik vom 16. Dezember 1981; VS-Bd. 11500 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Zum Teilabzug sowjetischer Streitkräfte aus der DDR vgl. Dok. 95, Anm. 27.

11 Vortragender Legationsrat I. Klasse Holik notierte über die Sitzung einer Arbeitsgruppe des Militärausschusses der NATO (MCM), der vom 2. bis 6. November 1981 in Brüssel tagte, die Einschätzung der Streitkräftestärke der Warschauer-Pakt-Staaten habe ergeben, daß sich die Zahl der Landstreitkräfte im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig verändert habe: „Die MCM-Konferenz kommt nun zu dem Ergebnis, daß ein Abzug von Einheiten aus der DDR mit einem Personalumfang von ca. 15000 Mann stattgefunden hat. […] Dieser Abzug wurde jedoch durch die seit dem Frühjahr 1980 festgestellte Umgliederung der sowjetischen Panzer- und Mot[or]-Schützendivisionen, die offensichtlich mit der Hinzuführung zusätzlichen Militärpersonals von außen verbunden ist, weitgehend ausgeglichen.“ Vgl. VS-Bd. 11474 (221); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Zum Vorschlag der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten vom 13. Dezember 1978 vgl. AAPD 1978, II, Dok. 373 und Dok. 388.

13 Willem de Vos van Steenwijk.

für einen solchen Schritt ausgesprochen. Dabei sehen die Niederländer vor allem verhandlungstaktische Vorteile; sie sind der Auffassung, daß ein solches Entgegenkommen den Westen in eine starke Position brächte, um auf eine Dateneinigung über sowjetische Landstreitkräfte zu drängen und vom Osten Auskunft zu verlangen, inwieweit die einseitigen Abzüge tatsächlich durch die laufende Reorganisation der sowjetischen Divisionen ausgeglichen werden. Die Niederländer meinen, daß die Sowjetunion – vor diese Frage gestellt – von ihrem im Juli 1980 gemachten Vorschlag abrücken und zur ursprünglichen Reduzierungsquote von 30000 zu 13000 Mann zurückkehren und sich damit das Problem der Anerkennung der einseitigen Abzüge künftig nicht mehr stellen werde.

3) Mit Rücksicht auf die amerikanischen und britischen Bedenken haben wir die vorgesehene Weiterentwicklung der westlichen Position zum Reduzierungsumfang in Phase I nicht in unseren Entwurf einer Verhandlungsweisung aufgenommen. Gegenüber unseren Partnern haben wir erklärt, daß wir diesen Gedanken zwar zurückstellen, ihn aber je nach Verlauf der Diskussion in Brüssel wieder aufnehmen, da es uns dabei darum geht, die westliche Verhandlungsposition zur Forderung nach einer Dateneinigung in Phase I argumentativ zu stärken. Auch sähen wir in diesem Schritt eher eine optische als eine substantielle Konzession.

Die drei anderen Elemente unseres Vorschlags haben wir unter dem Dach der Erläuterungen der westlichen Verhandlungsposition zur Frage der Gesamtstärken zwischen den Phasen und nach Phase II zusammengefaßt, um dem Verhandlungsschritt umfassenderen Charakter zu geben und die neuen Elemente besser in den Gesamtzusammenhang der westlichen Verhandlungsposition zu stellen.

4) Der revidierte Entwurf unserer Verhandlungsweisung wird als Anlage 2 vorgelegt. Zu den einzelnen Ziffern ist zu bemerken:

a) Zur Konkretisierung der Goodwill-Erklärung (Ziffern 1 und 2)

Es geht uns darum, eine solche Klausel nicht in die Nähe einer Nichterhöhungsverpflichtung zu rücken, sondern deutlich davon abzusetzen. Deshalb haben wir in Ziffer 1 nochmals die unveränderte westliche Position für einen Freeze dargelegt und insbesondere klargestellt, daß eine solche Verpflichtung nur kollektiv sein kann und auf einer Gesamtdateneinigung beruhen muß. Als neues Element der Goodwill-Erklärung zu Ziffer 2 haben wir die Qualifizierung des Verhandlungsziels durch Bezugnahme auf die Herstellung der Parität auf niedrigerer Ebene eingefügt.[14] Wir haben davon abgesehen, dieser Erklärung reziproke Wirkung zu geben, da sonst dem Osten die Möglichkeit geboten würde, auf Einhaltung der Erklärung zu bestehen. Der Westen muß aber die Entscheidung darüber behalten, ob er die Voraussetzung für sein eigenes, der Erklärung entsprechendes Verhalten als gegeben ansieht.

14 An dieser Stelle Fußnote in der Vorlage: „Die Goodwill-Erklärung im westlichen Vorschlag vom Dez[ember] 1979 wurde wie folgt angeboten: In connection with an Interim Phase I Agreement on US and Soviet reductions and with agreement on associated measures, all direct Western participants would express their expectation that each side would refrain from actions with regard to the overall level of air and ground force manpower in the area of reductions which would run counter to the objective of the negotiations to establish parity in the form of a combined common collective ceiling based on agreed data. (Dokument C-M (79) v. 11.12.1979, Ziffer 6 b)."

b) Zum Eingehen auf das vom Osten vorgeschlagene „Gentlemen's Agreement" zu den Kräfterelationen (Ziffer 3)

Hier geht es uns um ein bündnisinternes Arrangement, das einen Zusammenhang zwischen der Aufrechterhaltung der Verteidigungsbeiträge der einzelnen Bündnispartner und der Kontinuität der Kräfterelationen innerhalb des Bündnisses herstellt. Dies geschieht in Übereinstimmung mit dem Kollektivitätsprinzip. Das Bündnis entscheidet autonom über Veränderungen der Kräfterelation, ist aber bereit, alle entsprechenden Entscheidungen bekanntzumachen, und zwar auf eine Weise, die ein Mitspracherecht des Ostens ausschließt. Dabei denken wir an einseitige Verlautbarungen des Bündnisses außerhalb des MBFR-Rahmens.

Diesem Teil unseres Vorschlags messen wir – in Übereinstimmung mit den Amerikanern – über den taktischen Nutzen des Verhandlungsschritts hinaus grundsätzliche Bedeutung bei. Die Lösung des Kollektivitätsproblems wird die Einsicht auf beiden Seiten voraussetzen, daß in Wien das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West Verhandlungsgegenstand ist, die Kräfterelation innerhalb des Bündnisses dagegen ausschließlich dessen Sache bleibt.

c) Zur Vertagung der Diskussion über die vom Osten vorgeschlagene 50%-Höchststärkenregelung ebenso wie über nationale Höchststärken für die Sowjetunion und die USA auf Phase-II-Verhandlungen (Ziffer 4).

Die Vertagung der Diskussion über besondere Höchststärken innerhalb der gemeinsamen kollektiven Höchststärke nach Phase II würde den Westen in der 50%-Frage politisch entlasten. Die Ausklammerung der Frage nationaler amerikanischer und sowjetischer Höchststärken wäre akzeptabel, da die SU während der Dauer eines Phase-I-Abkommens ohnehin einer nationalen Begrenzung unterläge.

Wir sehen zwischen Elementen in Ziffern 3 und 4 einen inhaltlichen Zusammenhang: Falls der Osten auf unsere Anregung zur Frage der Kräfterelationen zwischen den Phasen eingehen sollte, könnte dies langfristig den östlichen 50%-Vorschlag hinfällig machen.

Bei der Präsentation dieses Vorschlags einer doppelten Verschiebung umstrittener Verhandlungsfragen wäre argumentativ in erster Linie auf das Ziel abzustellen, die Verhandlungen über ein Phase-I-Abkommen zu vereinfachen und zu beschleunigen.

5) Nachdem sich Amerikaner und Briten einverstanden erklärt haben und andere Bündnispartner unsere vom Herrn Bundesminister vor der Ministertagung in Brüssel[15] bereits angekündigte Initiative erwarten, beabsichtigen wir, unsere Vorschläge nunmehr im Bündnis einzuführen.

Es dürfte möglich sein, die Verhandlungsweisung so rechtzeitig zustande zu bringen, daß sie im Laufe der 26. MBFR-Runde, die am 28. Januar 1982 beginnt[16], in die Verhandlungen eingeführt werden kann.

15 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

16 Die 26. Runde der MBFR-Verhandlungen fand vom 28. Januar bis 8. April 1982 in Wien statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 164–166 des Botschafters Boss, Wien (MBFR-Delegation), vom 8. April 1982; AAPD 1982.

Diese Aufzeichnung ist mit dem BMVg – Fü S III 5 – abgestimmt.

Ruth[17]

VS-Bd. 11500 (221)

379

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6967/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 2138
Citissime

Aufgabe: 18. Dezember 1981, 20.00 Uhr[1]
Ankunft: 18. Dezember 1981, 21.04 Uhr

Betr.: Entwicklung in Polen;
hier: Beratung des NATO-Rats am 18.12.1981

Zur Unterrichtung

I. Der Rat befaßte sich im Anschluß an die Unterrichtung durch Botschafter Nitze über die INF-Verhandlungen in Genf[2] mit der Entwicklung in Polen[3]. Das Ergebnis fasse ich wie folgt zusammen:

1) In der gegenwärtigen Phase kommt es nach übereinstimmender Auffassung des Rats vor allem darauf an, durch nationale Erklärungen die polnische Regierung an die Beachtung der Schlußakte von Helsinki[4], an die Einhaltung der von ihr gegebenen Zusagen (Erneuerung, Reform, Demokratisierung, kein Zurückgehen hinter August 1980) zu erinnern sowie Sorge und Bestürzung über die Entwicklung in Polen zu bekunden.

Eine weitere Erklärung des Generalsekretärs[5] im Anschluß an die Beratung des Rats wurde nicht für zweckmäßig angesehen.

Der amerikanische Ständige Vertreter[6] hob die wesentlichen Gesichtspunkte der Erklärung von Präsident Reagan vom 17. Dezember[7] hervor und sprach die Empfehlung aus, daß auch andere Regierungen in eigenen Stellungnahmen ihre Haltung zur Entwicklung in Polen erneut bekunden mögen.

17 Paraphe vom 22. Dezember 1981.

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 21. Dezember 1981 vorgelegen.
2 Zum Bericht des amerikanischen Sonderbotschafters Nitze vom 18. Dezember 1981 vgl. Dok. 380.
3 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.
4 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.
5 Joseph Luns.
6 William Tapley Bennett.
7 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vor der Presse vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1161–1170.

Ich habe die mir telefonisch übermittelte Sprachregelung der Bundesregierung zur Entwicklung in Polen vorgetragen (englischer Text, vgl. Anlage)[8].

2) Mit der Möglichkeit weiterer Beratungen im Rat ist je nach der Entwicklung der Krise in Polen zu rechnen. Die nächste reguläre Ratssitzung findet am 23.12.1981[9] statt.

3) Der Vorsitzende des Militärausschusses[10] trug vor, daß weiterhin keine militärischen Vorsorgemaßnahmen im NATO-Bereich für erforderlich gehalten werden. Wie sich aus den Interventionen der Ständigen Vertreter Großbritanniens[11] und Belgiens[12] ergab, werden die Truppen dieser beiden Länder in der Bundesrepublik Deutschland aufgrund nationaler Maßnahmen auch während der bevorstehenden Festtage in der Präsenz auf dem NATO-Niveau gehalten (80 Prozent präsent).

4) Der Austausch von Informationen über die nationalen Positionen zur Fortführung oder Beendigung staatlicher Hilfsmaßnahmen für Polen und über die Haltung der Regierungen zur Frage der Aufnahme von Flüchtlingen (in Österreich sollen sich 30 000 bis 40 000 polnische Staatsangehörige befinden[13], die in westlichen Ländern Aufnahme suchen), soll fortgesetzt werden. Evtl. auch – falls erforderlich – eine Abstimmung der Haltung der Regierungen zur Frage der Fortführung der Wirtschafts- und Nahrungsmittelhilfe. Der kanadische Botschafter[14] erklärte in diesem Zusammenhang, seine Regierung werde die Getreidelieferungen fortsetzen, weil die Einstellung das polnische Volk treffen würde.

5) Der amerikanische, britische und französische[15] Ständige Vertreter kündigten Erklärungen ihrer Delegierten[16] in der Madrider KSZE-Folgekonferenz am

8 Dem Vorgang beigefügt. Vgl. VS-Bd. 13333 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 23. Dezember 1981 über die Sitzung des Ständigen NATO-Rats am selben Tag: „Die mit dem Brief von Außenminister Haig an seine NATO-Kollegen und mit der Entsendung von Eagleburger und Gompert nach Europa deutlich gewordene amerikanische Initiative zur Koordinierung der Politik der Allianzpartner gegenüber Polen und Moskau wurde allseitig begrüßt." Ferner teilte Wieck mit: „Mit Ausnahme der Vereinigten Staaten setzen die Regierungen die Lebensmittelhilfen – soweit sie kontrahiert sind – fort und behalten sich eine Entscheidung über neue Programme im Lichte der weiteren Entwicklung vor. Von allen wird die Forderung nach hinreichender Sicherheit über die Empfangsstellen der Lebensmittellieferungen bestätigt. […] Es wurde deutlich, daß die Vereinigten Staaten auf Eingriffe in die Wirtschaftsbeziehungen mit Warschau und zum Teil auch mit Moskau drängen, während die übrigen Partner sowohl vorhandene Programme nicht unterbrechen und abbrechen wollen als auch – jedenfalls zum derzeitigen Zeitpunkt – lediglich eine Überlegungs- und ‚Wait-and-see'-Pause hinsichtlich der zukünftigen Handhabung der Wirtschaftsbeziehungen (Kredit, Bürgschaften, Nahrungsmittelprogramme) zu Polen einlegen wollen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2161/2162; VS-Bd. 13317 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

10 Robert Falls.

11 Clive Rose.

12 Michel van Ussel.

13 In der Presse wurde berichtet, in Österreich seien 23 300 polnische Flüchtlinge registriert. Vgl. dazu den Artikel „In Austria, Thousands of Poles Face a Cold, Cheerless Christmas"; INTERNATIONAL HERALD TRIBUNE vom 22. Dezember 1981, S. 2.

14 John G. H. Halstead.

15 Claude Arnaud.

16 Guy de Commines (Frankreich), Max M. Kampelman (USA) und William Wilberforce (Großbritannien).

18.12. an (vgl. DB Madrid Nr. 1666 vom 17.12.[17]; Delegationsbericht Nr. 759 vom 17.12.81 – POL 341.74/12[18]).

6) Der Vorsitzende des Militärausschusses trug bei der Präsentation der Entwicklung des militärischen Lagebildes vor, daß sich Kulikow weiterhin in Warschau aufhalte[19] und daß sich die militärischen Führungs- und Kommunikationsmittel der Sowjetunion in Polen in einem hohen Einsatzgrad befinden, zum Teil auch verstärkt wurden. Eine große Zahl polnischer Divisionen befindet sich außerhalb der Kasernen.

7) Der Rat genehmigte eine vom internationalen Sekretariat vorbereitete Richtlinie für den Pressesprecher der NATO. Danach ist der Sprecher ermächtigt zu erklären, daß der Rat, der am 18.12.81 vom Leiter der amerikanischen Delegation in Genf über den Stand der INF-Verhandlungen unterrichtet worden sei, auch Erklärungen mehrerer Regierungen zur Entwicklung in Polen entgegengenommen habe.

II. Vor dem Hintergrund der Verhaftungswelle[20] und der Gewaltmaßnahmen gegen Streikende und Demonstranten hat sich die kritische Einschätzung der Lage in Polen im NATO-Rat gegenüber den früheren Beratungen erheblich verhärtet. Es herrscht der Eindruck vor, daß die Militärregierung entweder nicht willens oder – angesichts sowjetischen Drucks – nicht mehr in der Lage ist, eine Stabilisierung der Lage auf der Basis eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Kräften herbeizuführen. Ob der Militärrat in der Lage ist, die Streikwelle mit polnischen Kräften allein (vielleicht verstärkt um sowjetische Elemente in polnischen Uniformen) zu unterdrücken und die Produktion wieder anzu-

17 Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid [KSZE-Delegation), berichtete, bei einem Treffen der Leiter der KSZE-Delegationen der NATO-Mitgliedstaaten und Spaniens habe der Leiter der französischen KSZE-Delegation, de Commines, angekündigt, „auf persönliche Weisung seines Ministers im Plenum noch einmal ausführlich auf die Entwicklung in Polen“ einzugehen: „Die von ihm gegebene Skizzierung seiner Intervention läßt erkennen, daß er besonders in entschiedener Form auf die Einschränkung der Individualrechte eingehen wird.“ Der Leiter der amerikanischen KSZE-Delegation, Kampelman, habe erklärt, „angewiesen worden zu sein, in entschiedener Form auf die polnische Entwicklung einzugehen, wobei er sich an die Ausführungen von Präsident Reagan vom 17.12.1981 stützen werde. […] Kampelman war im Besitz einer Meldung von Radio Free Europe, die im Zusammenhang mit der Wiedergabe der Erklärung von Ministerpräsident Mauroy davon sprach, daß Paris erwäge, die KSZE-Folgekonferenz wegen der Entwicklung in Polen in Madrid zu suspendieren. Kampelman kommentierte diese Meldung mit der Bemerkung: ‚We are not anywhere near such a decision‘. Dem französischen D[elegations]l[eiter] war von einer solchen Absicht nichts bekannt. Er erwähnte jedoch, daß seine Weisung ihm auch aufgebe, darauf hinzuweisen, daß die Situation in Polen den Gegenstand der Verhandlungen in Madrid in Frage stelle.“ Vgl. Referat 212, Bd. 133421.

18 Korrigiert aus: „18.12.81 – POL 341.74/12.“
Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), faßte die Diskussion über den Termin für die Fortsetzung der KSZE-Folgekonferenz in Madrid zusammen. Er habe sich für eine Wiederaufnahme der Konferenz noch im Januar 1982 eingesetzt: „Ähnlich äußerte sich nur noch NL, während allgemein einem Beginn ab dem 9. oder 16.2.1982 der Vorzug gegeben wurde. […] GB faßte das Ergebnis der Erörterung dahin zusammen, daß man sich in der informellen Kontaktgruppe für den 9.2.1982 ausspreche, der als Kompromiß der im Sechzehner-Kreis geäußerten Vorstellungen gelten könne. Ich behielt mir vor, auf diese Frage noch einmal zurückzukommen“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1665; Referat 212, Bd. 133421.

19 Botschafter Negwer, Warschau, gab am 19. Dezember 1981 an, „aus sonst verläßlicher polnischer Quelle“ erfahren zu haben, „daß sich Sowjet-Marschall Kulikow seit dem 11.12. mit einem Stab in Warschau aufhalten soll. Sowjetische Einheiten befänden sich in getarnten Stellungen rings um Warschau.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1965; Referat 214, Bd. 132916.

20 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 365, Anm. 8.

kurbeln, erscheint mehr als fraglich (zweifelhafte Zuverlässigkeit der Armee in bürgerkriegsähnlicher Lage). Bei fortdauernder Militärdiktatur und abnehmender wirtschaftlicher Hilfe des Westens sind neben passivem Widerstand sogar spontane Manifestationen des Widerstandes nicht auszuschließen.

Eine auch sichtbare Verstärkung des sowjetischen militärischen Engagements scheint mir nicht mehr ausgeschlossen zu sein.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13333 (214)

380

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-6970/81 geheim
Fernschreiben Nr. 2136
Citissime

Aufgabe: 18. Dezember 1981, 20.30 Uhr[1]
Ankunft: 18. Dezember 1981, 21.28 Uhr

Betr.: Unterrichtung des NATO-Rats über die Ergebnisse der ersten Genfer INF-Verhandlungsrunde[2] durch Botschafter Paul Nitze am 18.12.1981

Bezug: DE Nr. 6547 vom 17.12.1981 – I-220-370.73/10-2132/81 geheim[3]

Zur Unterrichtung

I. Zusammenfassung

1) Botschafter Paul Nitze und Gesandter Glitman unterrichteten NATO-Rat in einer Sondersitzung am 18.12.1981 über die Ergebnisse der ersten Genfer INF-Verhandlungsrunde. Rom, Den Haag und Athen hatten SCG-Vertreter entsandt. Auf unserer Seite nahm D 2 A[4] an der Sitzung teil.

2) Nitze berichtete einleitend über neuen sowjetischen Zweistufenplan zum Abbau nuklearer Mittelstreckensysteme in Europa.[5] Seine detaillierten Auskünf-

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 10.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Hofmann am 22. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirigenten Dröge und Vortragenden Legationsrat Bolewski verfügte.
Hat Dröge und Bolewski am 22. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Gerz am 23. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 29. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Arnot am 5. Januar 1982 vorgelegen.

2 Die INF-Verhandlungen begannen am 30. November 1981 in Genf und wurden am 18. Dezember für eine Weihnachtspause unterbrochen. Die Verhandlungsrunde wurde vom 12. Januar bis 16. März 1982 fortgesetzt. Vgl. dazu auch Dok. 356.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Citron übermittelte der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel Anregungen für Fragen an den amerikanischen Sonderbotschafter Nitze. Vgl. VS-Bd. 11327 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Friedrich Ruth.

5 Botschafter Ruth notierte am 23. Dezember 1981 zum sowjetischen Zweistufenplan: „Der Vorschlag soll den Anschein erwecken, als seien die Sowjets zu realistischen Ansätzen bereit. Moskau muß je-

te auch in anschließender Diskussion machten deutlich, daß man in Genf bereits tief in die Erörterungen eingetreten ist. In der Diskussion, an der sich fast alle Ständigen Vertreter und die SCG-Vertreter beteiligten, konzentrierten sich Fragen vornehmlich auf

(1) vier Vorschläge Breschnews,

(2) Einzelheiten zum neuen Vorschlag der USSR für stufenweises Vorgehen,

(3) Datenprobleme und Fragen der Zählweise,

(4) Verfikationserfordernisse,

(5) allgemeine Bewertung des sowjetischen Interesses an raschen Verhandlungsergebnissen.

3) Der amerikanische Ständige Vertreter[6] und der Stellvertretende Generalsekretär Da Rin baten noch einmal ausdrücklich, Vertraulichkeit zu wahren. Tatsache der Unterrichtung wurde in kurzer Erklärung des NATO-Pressedienstes der Presse mitgeteilt.[7] Eine Pressekonferenz fand nicht statt.

II. Im einzelnen

Aus der einleitenden, etwa 15-minütigen Unterrichtung durch Botschafter Paul Nitze ist festzuhalten:

1) Gespräche sollen am 12. Januar 1982 fortgesetzt werden. Zweite Verhandlungsrunde soll nach amerikanischem Vorschlag bis Mitte März dauern.

2) Nach bekanntem Moratoriumsvorschlag, der zu Beginn der Verhandlungen eingeführt wurde[8], hat Sowjetunion letzte Woche Zweistufenplan für Reduzierung von Mittelstreckenraketen und -flugzeugen vorgeschlagen. In erster Stufe soll bis Ende 1985 Zahl auf beiden Seiten auf 600, bis Ende 1990 auf 300 Systeme reduziert werden. Reduzierung soll auf das gesamte Territorium Europas und die angrenzenden Seegebiete anwendbar sein. Britische und französische Systeme sollen in Obergrenzen mitgezählt werden. Insgesamt seien auf NATO-Seite folgende Systeme einzubeziehen: französische IRBMs, SLBMs, Mirage-IV-Bomber, UK-Polaris, Vulcan-Bomber, amerikanische FB-111, F-111, F-4, A-6 und A-7. Die Sowjetunion zähle ihrerseits folgende Systeme: SS-20, SS-4, SS-5, SS-N 5, Backfire, Blinder, Badger. Nur Systeme mit einer Reichweite über 1000 km dürften einbezogen werden.[9]

3) Amerikaner haben mit SCG abgestimmte Allianzposition vorgetragen und erläutert. Sie haben sowjetische Forderung nach Einbeziehung von Drittstaatensystemen in die Obergrenzen und die sowjetische Zählweise als „arbitrary and

Fortsetzung Fußnote von Seite 2027

doch klar sein, daß er in Wirklichkeit keine Grundlage für erfolgsorientierte Verhandlungen bietet. Es scheint daher der sowjetischen Seite mit diesem Vorschlag in erster Linie darum zu gehen, ihre Gleichgewichtsbehauptung zu stützten und damit die westliche Nachrüstung als gleichgewichtsstörend darzustellen. Damit würde der sowjetische Vorschlag seine eigentliche Bedeutung erst entfalten, wenn er – wie auch immer – in die Öffentlichkeit gelangt." Vgl. VS-Bd. 11347 (220); B 150, Aktenkopien 1981.

6 William Tapley Bennett.

7 Zur Unterrichtung der Presse vgl. die Meldung „USA informieren Alliierte"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 19./20. Dezember 1981, S. 5.

8 Vgl. dazu die Tischrede des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, am 23. November 1981; BULLETIN 1981, S. 966–968. Vgl. dazu ferner Dok. 341.

9 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Bolewski handschriftlich: „Fencer? Flogger, Fitter?"

inconsistent“ abgelehnt. Auch bei Flugzeugen gäbe es kein Gleichgewicht, unabhängig von der Zählweise. Die Sowjetunion habe 6300, die Amerikaner nur etwa 400 nuklearfähige Flugzeuge in Europa stationiert.

4) Nitze konnte Wunsch nicht nachkommen, seine speaking notes zu zirkulieren. Als Anlage folgt von Vertretung erstellte Niederschrift in englischer Sprache, die keine wörtliche Wiedergabe der Äußerungen Nitzes darstellt, aber die Unterrichtung weitgehend authentisch wiedergibt.[10]

III. In anschließender Aussprache gaben alle Sprecher ihrer Befriedigung über rasche und umfassende Unterrichtung des Rats Ausdruck. Sie betonten Interesse ihrer Regierungen an den Verhandlungen. Fragen konzentrierten sich auf folgende Themenbereiche:

1) Moratoriumsvorschläge Breschnews

Hier interessierte insbesondere, ob Sowjetunion Vorschläge weiter erläutert habe, ob damit zu rechnen sei, daß der Moratoriumsvorschlag weiterhin ernsthaft verhandelt werde und ob sich die Sowjets präziser zum Anwendungsbereich geäußert hätten. Außerdem stellten wir die Frage nach der Parallelität der sowjetischen Äußerungen zum Moratoriumsvorschlag in der Öffentlichkeit und am Verhandlungstisch.

Nitze beantwortete diese Fragen wie folgt: Die Sowjets hätten die Annahme ihrer Moratoriumsvorschläge nicht zur Vorbedingung für ihren Zweistufenplan gemacht. Sie behandelten diese Vorschläge ohnehin eher zurückhaltend und seien auch nicht in der Lage, präzise Einzelheiten wie beispielsweise Dislozierungs-, Produktions- und Testverfahren zu nennen. Von amerikanischer Seite habe man stets auf das Ungleichgewicht des sowjetischen Moratoriumsvorschlags hingewiesen. Angesichts der Mobilität moderner Systeme sei ein auf Europa beschränktes Moratorium ohnehin nicht akzeptabel. Breschnews Vorschlag einer schrittweisen Reduzierung der Nuklearsysteme, die auf Europa gerichtet seien, bezöge sich wohl auf den von den Sowjets in Genf vorgelegten Zweistufenplan. Im übrigen argumentierten die Sowjets in Übereinstimmung mit ihren öffentlichen Erklärungen.

2) Sowjetischer Zweistufenplan

Hier wurde nach Einzelheiten gefragt, insbesondere nach dem geographischen Anwendungsbereich dieses Plans und der Art der einzubeziehenden Systeme. Nitze wiederholte im wesentlichen die in seiner Erklärung enthaltenen Angaben (siehe Anlage). Die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme in die Obergrenzen sei für die USA ebensowenig akzeptabel wie die Beschränkung auf Europa. Hier sei die sowjetische Argumentation auch nicht konsistent, da die Einbeziehung der in den USA stationierten FB-111 gefordert werde, wahrscheinlich weil diese nicht von SALT[11] erfaßt worden seien. Er, Nitze, habe je-

10 Dem Vorgang beigefügt. Für die mit Drahtbericht Nr. 2137 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 18. Dezember 1981 übermittelte Zusammenfassung der Äußerungen des amerikanischen Sonderbotschafters Nitzes vgl. VS-Bd. 10369 (201); B 150, Aktenkopien 1981. Vgl. Anm. 1.

11 Für den Wortlaut des Interimsabkommens vom 26. Mai 1972 zwischen den USA und der UdSSR über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT) mit Protokoll vgl. UNTS, Bd. 944, S. 4–12. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1972, D 396–398.
Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. Juni 1979 zwischen den USA und der UdSSR über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II) und der dazugehörigen Dokumente vgl. DEPART-

doch den Eindruck, daß die Sowjets in der Frage des geographischen Anwendungsbereichs noch nicht das letzte Wort gesprochen hätten und darüber nachdenken würden, inwieweit eine Einbeziehung der SS-20 auch in Stellungen hinter dem Ural möglich sei. Dies reflektiere sich auch in den sowjetischen Äußerungen zum geographischen Anwendungsbereich in den Breschnew-Vorschlägen zum Moratorium. Dort unterscheide man zwischen „medium systems targeted on Europe“ und „medium and tactical systems in Europe“.

3) Verifikationsfragen

Hier stellte Nitze auf Fragen fest, daß Einzelheiten der Verifikation noch nicht behandelt worden seien. Die Sowjets hätten auch noch nicht zu erkennen gegeben, wie sie sich die Lösung der Verifikationsproblematik vorstellen. Die Amerikaner drängten auf einen hieb- und stichfesten Verifikationsmechanismus, der auch unter Umständen über cooperative measures hinausgehe, wenn dies angesichts der Dimension und Mobilität der Systeme erforderlich sei.

4)[12] Zählkriterien und einzubeziehende Systeme

Auch hier stehe man noch in den Anfängen. Die Frage der constraints für Raketen und Flugzeuge kürzerer Reichweite sei nur ansatzweise angesprochen worden. Die Sowjets hätten behauptet, eine neue Version der SS-12 (die SS-22) sei weder abschließend entwickelt noch dislociert. Sie hätten jedoch zugegeben, daß die SS-12 in modifizierter Form gebaut werde. Die Amerikaner hätten deutlich gemacht, daß es ihnen auf diese Frage nicht ankomme. Die Bedrohung durch die SS-12 gehe von deren Reichweite aus, und diese sei weiterhin unverändert.[13] Die Sowjets hätten auch abgestritten, für ihre SS-20-Abschußvorrichtungen Nachladeraketen bereitzuhalten.

5) Die Frage, ob auch bereits über Verhältnis von INF zu den zentralstrategischen Waffen gesprochen worden sei, verneinte Nitze. Strategische Waffen seien nur indirekt erwähnt worden, nämlich als Folge der sowjetischen Forderung nach Einbeziehung der britischen und französischen Mittelstreckenraketen.

6) Allgemeines sowjetisches Interesse an Verhandlungsergebnissen:

Nitze führte dazu aus, daß die Sowjets zweifellos an einem Abkommen, aber zu ihren Bedingungen, interessiert seien[14]. Seit der Verhängung des Kriegsrechts in Polen[15] habe man im übrigen mehr Flexibilität auf sowjetischer Seite bemerkt.

7) Der von Italien vorgetragenen Bitte nach Einsicht in die sowjetischen Dokumente und den amerikanischen Vorschlag wollte Nitze nicht nachkommen. Der neue sowjetische Zweistufenplan sei nur mündlich von den Sowjets im Plenum vorgetragen worden. Der erste Vorschlag zum Moratorium umfasse lediglich et-

Fortsetzung Fußnote von Seite 2029

MENT OF STATE BULLETIN, Bd. 79 (1979), Heft 2028, S. 23–47. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1979, D 368–394.

12 Korrigiert aus. „5.“
Die nachfolgenden Ordnungsziffern wurden entsprechend angepaßt.

13 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat Bolewski handschriftlich: „> 900 km“.

14 Der Passus „daß die Sowjets … interessiert seien“ wurde von Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot durch Häkchen hervorgehoben.

15 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

wa drei Sätze und entspreche dem von Breschnew im „Spiegel“[16] und in Bonn vorgetragenen Vorschlag. Auch die Amerikaner hätten ihre Vorstellungen lediglich mündlich vorgetragen.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 10369 (201)

381

Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), an das Auswärtige Amt

Fernschreiben Nr. 1671 **Aufgabe: 18. Dezember 1981, 22.50 Uhr**
Citissime **Ankunft: 19. Dezember 1981, 10.10 Uhr**

Delegationsbericht Nr. 764

Betr.: KSZE-Folgetreffen Madrid;
hier: Stand des Madrider Treffens am Ende der Verhandlungsperiode 27.10. bis 18.12.1981

1) Alsbald nach der Wiederaufnahme der Arbeiten nach dem 27.10.1981 zeigte es sich, daß die sowjetische Delegation jeglichen Fortschritt in den einzelnen Bereichen von einer für sie befriedigenden Lösung der Frage des KAE-Anwendungsbereichs abhängig machte und damit die Verhandlungen effektiv blokkierte. Das Madrider Treffen hat somit nach siebenwöchiger Verhandlungsdauer kein Ergebnis vorzuweisen.

Angesichts der faktischen Blockierung der Verhandlungen in den Kontaktgruppen kam die Arbeit in diesen Organen nach etwa vier Wochen praktisch zum Erliegen, immer häufiger wurden die Sitzungen mangels Wortmeldungen vertagt.

Die Plenarsitzungen gewannen zunehmend den Charakter eines Forums für polemische Auseinandersetzungen der beiden Großmächte. Viele Delegationen, insbesondere die der kleineren Teilnehmerstaaten, hier besonders die neutralen, setzten ihre Hoffnungen auf einen die Madrider Verhandlungen belebenden Anstoß anläßlich des Besuchs von Generalsekretär Breschnew in der Bundesrepublik[1]. Als sie jedoch erkennen mußten, daß die Sowjetunion auch bei dieser Gelegenheit ihre unverändert harte Position bezüglich des KAE-Anwendungsbereichs unmißverständlich, und zwar durch GS Breschnew selbst, wiederholt hatte, bemächtigte sich der Konferenz ein Gefühl der Ausweglosigkeit.

16 Für das Interview mit dem Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. den Artikel „‚Versetzen Sie sich mal in unsere Lage …‘“; DER SPIEGEL, Nr. 45 vom 2. November 1981, S. 34–63.

1 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

2) In dieser Situation erhielt Mitte November die finnische Delegation Weisung aus Helsinki, sich an einem Vermittlungsvorschlag zu versuchen.[2] Der daraufhin von der finnischen Delegation inoffiziell mit beiden Seiten diskutierte Entwurf zu den Bereichen militärische Sicherheit, Prinzipien und Korb III erwies sich bald als nicht tragfähig für einen tatsächlichen Kompromiß. Dennoch hat der Westen ständig seine Verhandlungsbereitschaft bekundet und die finnische Delegation stets ermutigt, ihrer Initiative Fortgang zu geben.

Im weiteren Verlauf wurde die finnische Initiative sodann durch einen österreichischen Kompromißvorschlag zunächst zur Frage der Zonenformulierung überlagert (9.12.)[3], dessen Formulierungen vom Westen wie vom Osten als zwar erheblich verbesserungsbedürftig, dennoch aber als geeignete Grundlage für ernsthafte Verhandlungen bewertet wurden. Daraufhin machte die österreichische Delegation den Entwurf eines Gesamtschlußdokuments den Delegationen zugänglich. In getrennten Kontakten wiesen West wie Ost auf die jeweils ihrer Ansicht nach notwendigen Änderungen hin. Am 16.12. schließlich führte die österreichische Delegation den Gesamtentwurf, nunmehr mitgetragen von allen N+N-Delegationen, ausschließlich Maltas, in einer Plenarsitzung offiziell in die Verhandlungen ein.[4] Österreich bezeichnete diesen Entwurf als den letzten Versuch von seiten der N+N, der Konferenz zu einem Ergebnis zu verhelfen. Der Entwurf mache nach Ansicht der österreichischen Delegation klar, wie weit man bereits aufeinander zugekommen sei, und es sei nun nicht mehr entschuldbar, wenn die Konferenz ohne Ergebnis auseinandergehe.

3) Der N+N-Entwurf wurde sowohl in der genannten Plenarsitzung als auch allgemein vom Westen positiv aufgenommen (positiver als z. B. von dem Miteinbringer Schweiz, der starke Bedenken in der Plenarsitzung[5] anklingen ließ), während die Reaktion der SU, obwohl sie den Versuch insgesamt begrüßte, sehr viel

2 Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), berichtete am 19. November 1981 über ein Gespräch mit dem Leiter der finnischen KSZE-Delegation, Müller, vom Vortag, der ihm die Grundzüge des finnischen Kompromißvorschlags erläutert habe: „Die finnische Initiative beziehe sich auf die strittigen Kernbereiche Prinzipien und Korb III einerseits und die Zonenfrage andererseits. Nach einer Einigung in diesen Fragen werde der Text über die Präambel keine wesentlichen Probleme verursachen. SF gehe davon aus, daß die SU dazu gebracht werden könne, den politischen Gehalt der westlichen Zonenformel zu akzeptieren, wenn der Westen andererseits im Prinzipienteil und Korb III auf die Durchsetzung der westlichen Position in allen noch offenen Punkten verzichte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1531; Referat 212, Bd. 133421.

3 Zum österreichischen Vorschlag zum geographischen Geltungsbereich vertrauensbildender Maßnahmen auf einer Konferenz über Abrüstung in Europa vgl. Dok. 353, Anm. 22.

4 Über die Einbringung des Entwurfs eines Schlußdokuments in die Plenarsitzung berichtete Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), am 16. Dezember 1981: „Der österreichische D[elegations-]L[eiter] Ceska betonte in seiner Rede, der Entwurf sei nicht auf der Basis ‚take it or leave it' zu verstehen. Die N+N seien sich seiner Schwächen bewußt. Dennoch stelle er eine Basis für ein von allen 35 Teilnehmerstaaten annehmbares Schlußdokument dar." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1661; Referat 212, Bd. 133421.
Für den Wortlaut des Entwurfs der neutralen und nichtgebundenen Staaten für ein Schlußdokument der KSZE-Folgekonferenz in Madrid vgl. DOKUMENTATION, Bd. XIX, S. 202 (Auszug).

5 Am 16. Dezember 1981 berichtete Gesandter Graf zu Rantzau, Madrid, die Schweiz habe in der Plenarsitzung am selben Tag „in einer deutlich Kritik an dem Papier anklingen lassenden Intervention" gesagt, die intensiven Verhandlungen hätten eine Annäherung der Standpunkte erbracht. Die Schweiz habe deutlich gemacht, „daß das Ergebnis keineswegs optimal sei. Hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Entwurfs sei Zurückhaltung angebracht. Ehe die Schweizer Delegation sich endgültig engagieren könne, bedürfe es noch einer längeren Denkpause. Daher solle man die Arbeiten besser erst im Februar wiederaufnehmen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1661; Referat 212, Bd. 133421.

skeptischer ausfiel. So bezeichnete die SU z. B. die Formulierung zum KAE-Anwendungsbereich als unannehmbar wie auch Formulierungen im Prinzipienteil und im Bereich des Korbes III als nicht befriedigend. In der Schlußplenarsitzung am 18.12.1981 versuchte sie dann den mit dieser Intervention bewirkten negativen Eindruck abzumildern, indem sie „verleumderische westliche Presseberichte über eine angebliche Ablehnung des Entwurfs durch die sowjetische Delegation" zurückwies und betonte, die sowjetische Delegation messe dem N+N-Entwurf einen hohen Wert bei.[6]

4) Die internen Beratungen im Westen hatten ergeben, daß auch für uns die Passage zum KAE-Anwendungsbereich in dieser Form nicht annehmbar ist, da ihre zweideutigen Formulierungen Auslegungen zulassen, welche der westlichen Grundsatzposition zuwiderlaufen. Auch wurden Formulierungen der Prinzipien und im Bereich des Korbes III als unzureichend angesehen. Gleichwohl bestand Einstimmigkeit darüber, daß der Entwurf den bisher weitgehend besten Ansatz bietet, um durch Verhandlungen zu einem annehmbaren Ergebnis zu gelangen.

Der Westen war in diesem vorsichtigen Optimismus noch durch den Umstand bestärkt worden, daß die sowjetische Delegation in Madrid seit etwa zehn Tagen deutliche Anzeichen tatsächlicher Verhandlungs- und Konzessionsbereitschaft sowie eines gewissen Abschlußdrucks zu erkennen gab. In einer ganzen Anzahl von informellen Kontakten, besonders auch mit unserer Delegation, bekundete die sowjetische Delegation, daß der N+N-Entwurf im großen und ganzen durchaus passabel sei.

5) Seit einigen Tagen ist die sowjetische Delegation jedoch wieder zu ihrer starren Haltung und dazu zurückgekehrt, alle gesprächsweise angedeutete Flexibilität in jedem einzelnen Punkt zurückzunehmen.

Die Ereignisse in Polen[7] überschatteten in den letzten Tagen zunehmend das Madrider Treffen und waren auf der Abschlußplenarsitzung beherrschendes Thema der Interventionen aller westlichen und neutralen Sprecher, die übereinstimmend, zum Teil in scharfer Form, die Vorgänge in Polen als Verstoß gegen die in der Schlußakte[8] enthaltenen Verpflichtungen bezeichneten. Viele Delegationsleiter vertreten die Auffassung, daß die sowjetische Delegation angesichts der Reaktion des Westens keine Aussicht mehr für eine Einigung vor der Weihnachtspause gesehen habe und deswegen ihrerseits zu ihrer starren Haltung zurückgekehrt sei.

6) Das Madrider Treffen geht nunmehr in seine vierte Verhandlungspause und wird am 9.2.1982 seine Arbeiten wiederaufnehmen.

Eine Reihe der neutralen Delegationen, insbesondere die österreichische, verbreitet weiterhin ungebrochenen Optimismus in bezug auf die Erfolgaussichten der N+N-Verhandlungsinitiative. Ungeachtet der Enttäuschung darüber, daß man sich nicht, wie in der vergangenen Woche allgemein angenommen wurde,

6 Zu den Äußerungen der sowjetischen Delegation vgl. den Drahtbericht Nr. 1670 des Gesandten Graf zu Rantzau, Madrid (KSZE-Delegation), vom 18. Dezember 1981; Referat 212, Bd. 133421.

7 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

bis zur Weihnachtspause jedenfalls über die Lösung der wichtigsten Fragen klargeworden ist, glaubt sie, in der Weihnachtspause durch neutrale Vermittlungsaktionen und bilaterale Kontakte die Hauptfragen einer Lösung so weit zuführen zu können, daß man im Frühjahr nur noch vier Wochen für Schlußarbeiten an dem Dokument zusammenzukommen braucht.

Die meisten der anderen Delegationen teilen nicht in gleichem Maße diese Zuversicht. Sie bezweifeln, daß die Hauptprobleme in der Weihnachtspause im wesentlichen gelöst werden können, und befürchten, daß die Verhandlungen im nächsten Jahr in der gleichen schleppenden Weise vorangehen und in absehbarer Zeit nicht zu einem Ergebnis führen werden.

[gez.] Rantzau

Referat 212, Bd. 133421

382

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger

010-3567/81 VS-vertraulich **21. Dezember 1981**[1]

Gespräch BM mit Eagleburger am 21.12.1981, 19.15 Uhr bis 20.45 Uhr

Anwesend: StS Dr. Lautenschlager, MD Dr. Pfeffer, MD Dr. Fischer, Dolmetscher Weber, Tom Price (Mitarbeiter Eagleburgers), Mark Lissfeld, amerikanische Botschaft.

Eagleburger wies darauf hin, daß am gleichen Tage eine Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates mit dem Präsidenten über Polen stattfinde. Danach werde AM Haig möglicherweise mit BM in Kontakt treten.[2] Eine Hauptsorge in Washington richte sich heute darauf, daß die Repressionen Jaruzelskis zu dem Ergebnis führen könnten, alles zunichte zu machen, was sich in Polen an hoffnungsvollen Ansätzen seit August 1980 entwickelt habe. Auch ohne sowjetische militärische Intervention müsse man eine solche Entwicklung als Ergebnis sowjetischen Drucks ansehen. Washington sei dafür, aus dem Katalog der Maßnahmen, die man im Bündnis für den „schlimmsten Fall" einer sowjetischen militärischen Intervention aufgestellt habe[3], einige geeignete Maßnahmen herauszusuchen und den Ministern für eine baldige Anwendung vorzuschlagen und damit nach

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 22. Dezember 1981 gefertigt und an Vortragenden Legationsrat Jansen „z[ur] K[enntnisnahme]" geleitet.
Hat Jansen am 23. Dezember 1981 vorgelegen.

2 Der amerikanische Außenminister Haig wandte sich am 29. Dezember 1981 mit einem Schreiben an Bundesminister Genscher. Vgl. dazu Dok. 391.

3 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 67.

Möglichkeit der befürchteten Entwicklung entgegenzuwirken. Im einzelnen stützte sich Eagleburger auf die Argumentation in den Schreiben AM Haigs an BM[4]. Er nannte folgende amerikanische Maßnahmen, die man in Washington ins Auge fasse:

– Suspendierung (er präzisierte auf Frage: „Nicht-Erneuerung") von Exportversicherungsleistungen an Polen.
– Aufforderung an die US-Banken, keine Kredite mehr an Polen zu geben.
– Keine Anrufung der Ausnahmeklausel im Umschuldungsabkommen für 1981[5], aber kritische Prüfung einer Umschuldung für 1982 und ggf. Verschiebung des für den 14./15. Januar 1982 anberaumten Konsultationstreffens[6].
– Streichung der polnischen Fischereikontingente in amerikanischen Gewässern.
– Einschluß Polens in die „no exception rule" in COCOM.

Wenn man Sanktionen gegen die Polen ergreife, müsse man natürlich auch gegenüber der Sowjetunion etwas tun. Auf Frage des Ministers nach dem Weizenembargo gab Eagleburger zu verstehen, daß die laufenden Überlegungen in Washington auch Weizenlieferungen an die Sowjetunion einschlössen. Da man aber nicht die amerikanischen Farmer allein treffen könne, müsse man hier an sehr viel weiter ausgreifende Maßnahmen denken.[7]

Als Ziel der amerikanischen Maßnahmen nannte Eagleburger auf Frage des Ministers die Wiederherstellung von Bemühungen in Polen um nationale Verständigung, insbesondere durch Zusammenwirken der drei Exponenten Jaruzelski, Glemp und Wałęsa. Man wünsche in Washington, daß die seit August 1980 in Polen eingeleiteten Reformen erhalten würden und daß Polen so nahe wie möglich wieder zu der Situation vor der Verhängung des Kriegsrechts[8] zurückkehre. Dieses werde aber mit jedem abgelaufenen Tag schwerer. Deshalb die Eilbedürftigkeit angemessener Schritte.

Im politischen Bereich erwäge man in Washington ein Schreiben Präsident Reagans an Breschnew.[9] Der Präsident habe dem Papst[10] bereits geschrieben. In

4 Ministerialdirektor Pfeffer faßte das Schreiben des amerikanischen Außenministers Haig vom 16. Dezember 1981 an Bundesminister Genscher zusammen: „Mit dem Ziel, den Verhandlungsprozeß wieder in Gang zu setzen, schlägt AM Haig vor, als Hebel gegenüber dem Regime die westliche Wirtschaftshilfe zu benutzen. In Anbetracht der prekären Wirtschaftslage Polens und auf dem Hintergrund des polnischen Wunsches, die bisherige Politik gegenüber dem Westen fortzuführen, könnte dies theoretisch ein Weg sein. Praktisch könnte eine derartige Politik allerdings auch dazu führen, das Regime in noch größere Abhängigkeit von der SU zu bringen oder den nationalen Notstand zu vergrößern." Vgl. die Aufzeichnung vom 17. Dezember 1981; VS-Bd. 13316 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Zur am 27. April 1981 in Paris unterzeichneten multilateralen Schuldenregelung mit Polen vgl. Dok. 115, Anm. 14.

6 Zu der anstehenden Umschuldungsvereinbarung der Privatbanken mit Polen vgl. Dok. 366, Anm. 18. Zum geplanten Konsultationstreffen vgl. Dok. 385, Anm. 15.

7 Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 391.

8 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

9 Präsident Reagan gab in einer Rede am 23. Dezember 1981 bekannt, daß er den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, in einem Schreiben dazu aufgefordert habe, die Wiederherstellung der Menschenrechte gemäß der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 in Polen zu ermöglichen: „In it, I informed him that if this repression continues, the United States will have no choice but to take further concrete political and economic measures affecting our relationship." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1187. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 163.

10 Johannes Paul II.

seinen Gesprächen mit (dem päpstlichen „Außenminister“) Silvestrini[11] habe er, Eagleburger, vertraulich erfahren, daß der Papst dem Abgesandten Poggi ein Schreiben an Jaruzelski mitgegeben habe.[12]

Haig überlege sich, ob nicht die Zeit gekommen sei, ein NATO-Ministertreffen einzuberufen, das geeignete Maßnahmen der Bündnispartner beschließen sollte.[13]

BM führte aus, daß unsere beiden Hauptziele unverändert darauf gerichtet seien, a) eine sowjetische militärische Intervention in Polen zu vermeiden und b) die Fortsetzung des Reformkurses in Polen zu ermöglichen. Alle Mittel, die wir jetzt überlegten, müßten nach ihrer Tauglichkeit für diese beiden Ziele geprüft werden.

BM erkundigte sich nach den Kontakten der Amerikaner mit Moskau, Warschau und den anderen WP-Hauptstädten.

Eagleburger erwiderte, daß die Amerikaner mit Warschau, über den amerikanischen Botschafter in Warschau[14], regen Kontakt gehabt haben, mit Moskau, über Dobrynin, einen gewissen Kontakt, mit den anderen WP-Hauptstädten keinen.

BM schilderte unsere Schritte: seine eindringlichen Gespräche mit Chňoupek über Polen[15] und seine drei Gespräche mit dem polnischen Geschäftsträger[16]. Bei dem letzten Gespräch habe er dem polnischen Geschäftsträger die Resolution des Deutschen Bundestages[17] und die von MdB Barzel im Auftrag aller drei

11 Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, teilte am 22. Dezember 1981 mit, der Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, habe am Vortag Gespräche mit Ministerpräsident Spadolini und dem italienischen Außenminister Colombo geführt: „Er hatte ferner ein Gespräch mit Monsignore Achille Silvestrini vom Heiligen Stuhl.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1199; VS-Bd. 11099 (203); B 150, Aktenkopien 1981.

12 Der Sonderbotschafter des Heiligen Stuhls für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, Erzbischof Poggi, hielt sich vom 19. bis 27. Dezember 1981 in Polen auf und traf dort unter anderem Ministerpräsident Jaruzelski, den polnischen Außenminister Czyrek und Vertreter des polnischen Episkopats. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), bewertete die Reise folgendermaßen: „Poggi steht offensichtlich unter dem Eindruck, General Jaruzelski habe bei der Verhängung des Ausnahmezustandes subjektiv in guter Überzeugung und in nationalem Interesse gehandelt. Poggi neigt des weiteren der Ansicht zu, daß man mit überhöhten Forderungen an das polnische Militärregime, wie etwa sofortige und bedingungslose Aufhebung des Ausnahmezustandes, der polnischen Bevölkerung letztlich nicht dient und eventuell nur, wenn auch ungewollt, der Sowjetunion in die Hände spielt. Zur Person Poggis ist allerdings anzumerken, daß ihm von guten Kennern eine gewisse Leichtgläubigkeit nachgesagt wird.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 170 vom 29. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 132926.

13 Am 11. Januar 1982 fand eine außerordentliche NATO-Ministerratstagung in Brüssel statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 57 und Nr. 64 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom selben Tag; AAPD 1982.

14 Francis J. Meehan.

15 Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem tschechoslowakischen Außenminister Chňoupek am 18. Dezember 1981 vgl. Dok. 377.

16 Der polnische Geschäftsträger Wojtkowski informierte Bundesminister Genscher am 14. Dezember 1981 über die Verhängung des Kriegsrechts am Vortag. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132917.
Für das Gespräch Genschers mit Wojtkowski am 16. Dezember 1981 vgl. Dok. 373.
Am 21. Dezember 1981 bat Genscher Wojtkowski erneut zu einem Gespräch. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132917.

17 Im Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 zur Erklärung der Bundesregierung vom selben Tag wurde die polnische Regierung aufgefordert, die im August 1980 begonnenen Reformen fortzuführen und die seit der Verhängung des Kriegsrechts

Fraktionen dazu abgegebene Erklärung[18] vorgetragen und erläutert. BM ließ Eagleburger durch Dolmetscher Weber beide Texte wörtlich vortragen und übergab sie.

BM betonte, daß es jetzt vor allem auf politische Schritte ankomme: Moskau müsse klar vor den Folgen einer militärischen Intervention in Polen gewarnt und auf die Verpflichtung zur Nichteinmischung hingewiesen werden. Er habe schon im Dezember 1980 dem Vorgänger von Haig erklärt, daß eine Intervention durch Gewaltandrohung Moskaus gegenüber Polen bereits eingetreten sei.[19] Eine deutliche Warnung an die Sowjetunion durch eine Botschaft des amerikanischen Präsidenten an Breschnew halte er durchaus für einen angemessenen Schritt. Die polnische Führung müßten wir an den Zusagen festhalten, den Reformkurs weiterzuführen, und wir müßten drängen, in diesem Sinne Zeichen zu setzen. BM erwähnte, wie er dies schon dem polnischen Geschäftsträger gesagt habe, Wiederaufnahme der Dreiertreffen Jaruzelski/Glemp/Wałęsa, Zulassung von Kontakten des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit Wałęsa und den polnischen Gewerkschaftern, Zulassung von Delegationen des Internationalen Roten Kreuzes zur Untersuchung der Bedingungen der Internierten[20]. BM betonte, wir sollten die polnische Bevölkerung, die dringend Nahrungsmittel brauche, nicht im Stich lassen, aber von der polnischen Führung Garantien verlangen, daß die Lebensmittel auch die Bevölkerung erreichten.

BM erläuterte die Flexibilität, die wir durch die Bundestagsresolution zusammen mit der Erklärung Barzels hinsichtlich neuer Lebensmittelhilfe an Polen erhielten. Die Polen sollte man fragen, ob die Verteilung nicht von der Kirche oder etwa auch von den Gewerkschaften, von der Solidarität, übernommen werden könne.

Zur Lageeinschätzung in Polen verwies BM auf angebliche Erklärungen von Meese über sowjetische Regie, die auf Nachfrage unseres hierzu beauftragten Geschäftsträgers in Abrede gestellt worden sei.[21] Auf Frage des Ministers nach

Fortsetzung Fußnote von Seite 2036

am 13. Dezember 1981 Inhaftierten freizulassen. Ferner wurde an nicht-staatliche Organisationen appelliert, ihre Hilfsleistungen an Polen fortzusetzen, wohingegen die Wirtschaftshilfe der Bundesregierung und der Europäischen Gemeinschaften von den Maßnahmen der polnischen Militärregierung abhängig gemacht werden sollten. Vgl. dazu BT ANLAGEN, Bd. 279, Drucksache Nr. 9/1220.
Der Entschließungsantrag wurde vom Bundestag am 18. Dezember 1981 bei einer Enthaltung angenommen. Vgl. dazu BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4309.

18 Für den Wortlaut der Erklärung des Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags, Barzel, vom 18. Dezember 1981 vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 120, S. 4308 f.

19 Bundesminister Genscher erörterte die Lage in Polen in einem Gespräch mit den Außenministern Lord Carrington (Großbritannien), François-Poncet (Frankreich) und Muskie (USA) am 10. Dezember 1980 in Brüssel. Vgl. AAPD 1980, II, Dok. 357.

20 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 365, Anm. 8.
Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 19. Dezember 1981: „Zur Zahl der Internierten liegen keine über Angaben Czyreks hinausgehenden Hinweise (unter 4000) vor. Diese Zahl wird weiter als stark nach unten korrigiert erachtet. Haftbedingungen der Arrestierten und Internierten angeblich zum Teil sehr unzureichend. Wir sollten prüfen, ob evtl. DRK eine speziell für diesen Personenkreis bestimmte Sendung über Polnisches Rotes Kreuz bereitstellen könnte – vor allem Dekken etc. Es müßte allerdings sichergestellt sein, daß Bestimmungszweck garantiert und überprüft werden kann." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1967; Referat 214, Bd. 132916.

21 Ministerialdirektor Pfeffer bat Botschafter Hermes, Washington, am 21. Dezember 1981, „noch heute Vormittag im State Department vorstellig zu werden und sich zu erkundigen, worauf die Äußerungen über ‚eine gewisse militärische Beteiligung der Sowjetunion in Polen' beruhen, die der

der Einschätzung im Vatikan meinte *Eagleburger*, Silvestrini habe ihm gegenüber die amerikanischen Erwägungen gutgeheißen.

BM hielt dem die Auskunft entgegen, die Botschafter Gehlhoff am gleichen Tage bei seinem weisungsgemäß[22] geführten Gespräch im Vatikan erhalten habe.[23] BM erwähnte auch, daß Primas Glemp in seinem Hirtenbrief vom 20.12.[24] sich um Mäßigung bemüht und gewisse Schärfen aus dem Entwurf herausgenommen habe.

BM betonte: Wir sollten nicht die Möglichkeit versäumen, die sich aus der Mission von Poggi ergebe. Wir würden unsere Haltung sicher nicht von der Meinung des Papstes abhängig machen. Bei einem polnischen Papst und bei der herausragenden Bedeutung der Kirche in Polen hielten wir es aber für dringend geboten, bei unserer Lageeinschätzung und bei unserem Vorgehen das Urteil der Kirche in Betracht zu ziehen.

BM beharrte darauf, daß Sanktionsmaßnahmen im Polen-Kontext nur auf Ministerebene getroffen werden könnten. Er machte auf die Problematik aufmerksam, die sich bei einer Beschlußfassung im Bündnis aus der griechischen Rolle ergeben könnte. Er bezeichnete die Zeit für ein NATO-Ministertreffen noch nicht für reif.

Eagleburger gab zu verstehen, daß es in Washington bereits eine gewisse Festlegung hinsichtlich wirtschaftlicher Maßnahmen gebe. Einige wollten bei der Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen gegenüber dem RGW-Bereich sogar noch viel weiter gehen. Man dränge auch auf einen ziemlich nahen Zeitpunkt; auf Frage des Ministers nannte er „etwa nächste Woche". Er räumte ein, selbst damit zu rechnen, daß man sich bei der Erörterung mit den engsten Verbündeten über den Zeitpunkt zu ergreifender Maßnahmen möglicherweise nicht einig sein werde.

BM machte in der Diskussion deutlich, daß es hier nicht um eine feste oder weiche Haltung gehe, sondern darum, wie man am besten die auf amerikanischer und europäischer Seite gemeinsam gesehenen Ziele erreichen könne. Er

Fortsetzung Fußnote von Seite 2037

Berater des Präsidenten, Meese, in seinem Interview des NBC behauptet hat". Vgl. den Drahterlaß Nr. 1383; Referat 214, Bd. 132916.

22 Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), erhielt am 21. Dezember 1981 von Ministerialdirektor Pfeffer die Weisung, Bundesminister Genscher „über Lagebeurteilung und Maßnahmen des Vatikan (z. B. Mission Poggi) ständig auf dem laufenden zu halten. Es kommt darauf an, in engster Fühlung mit dem Vatikan zu bleiben." Vgl. den Drahterlaß Nr. 48; Referat 214, Bd. 132926.

23 Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), meldete am 21. Dezember 1981 über ein Gespräch mit dem Untersekretär des Rates für öffentlichen Angelegenheiten der Kirche, Bačkis, am selben Tag: „Heiliger Stuhl sei ebenso wie Bundesregierung der Überzeugung, daß Krise in Polen nicht mit Gewalt, sondern nur durch Rückkehr zu Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen gelöst werden könne. […] Auf meine Frage ergänzte Bačkis, daß dem Heiligen Stuhl bisher keine Informationen vorliegen, die den Rückschluß auf eine (direkte oder indirekte) Übernahme der Gewalt in Polen durch die Sowjetunion unausweichlich machen. Bačkis trat, wie schon Silvestrini am 19.12., für Fortsetzung der humanitären und der Lebensmittelhilfe an Polen ein. Er fügte hinzu, es sei selbstverständlich, wenn die westlichen Staaten die Frage neuer Kredite an Polen im Lichte der weiteren Entwicklung prüfen würden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 163; Referat 214, Bd. 132926.

24 Der Primas von Polen, Erzbischof Glemp, drückte in seinem Hirtenbrief seinen „tiefen Schmerz und Mitgefühl mit den Familien aus, die der Kriegszustand betroffen hat dadurch, daß jemand aus dem Familienkreis gerissen wurde", und rief zur „Selbstbeherrschung" auf. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1982 des Botschafters Negwer, Warschau, vom 20. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 132926.

hob hervor, daß man das Ausbleiben einer sowjetischen militärischen Intervention bis zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem wir mit unserer Haltung beigetragen hätten, nicht unterschätzen solle. Er verwies auf die Diskussionen in der vergangenen Zeit über Iran-Sanktionen und Afghanistan, wo wir eine feste Haltung eingenommen und uns dabei ziemlich allein gesehen hätten. Er erwähnte in diesem Zusammenhang auch seine Bemerkungen gegenüber Präsident Carter über die Einführung der Wehrpflicht in den USA als Signal an die Sowjetunion.[25]

BM schlug abschließend vor:

– Die Politischen und die Wirtschaftsdirektoren sollten bei ihrem Treffen am Dienstag[26] den Ministern politische Schritte (Demarchen in Moskau, Warschau und evtl. den anderen WP-Hauptstädten) vorschlagen. Sie könnten auch unter Umständen in Frage kommende wirtschaftliche Maßnahmen erörtern.
– Die Mission von Poggi in Polen, sein Bericht an den Papst und Beurteilung des Papstes auf dieser Grundlage sollen abgewartet werden.
– Danach sollten die Vier in einer Abstimmung mit Italien (das nicht notwendig zu der Viererabstimmung direkt hinzugezogen werden müsse) die Folgerungen konsultieren und Vorschläge an den Minister machen.
– Danach müsse evtl. geprüft werden, ob ein NATO-Ministertreffen angebracht sei.

Eagleburger sagte zu, Haig zu unterrichten. Er erwähnte auf Frage, daß Washington auch mit Japan in der Angelegenheit in Kontakt stehe.

Am Rande des Gesprächs wies *BM* Eagleburger darauf hin, daß der Bundeskanzler betroffen gewesen sei zu hören, daß sich Weinberger in der Türkei positiv über das türkische Militärregime geäußert habe[27], während zur gleichen Zeit ein politischer Freund des Bundeskanzlers, der frühere MP Ecevit, in einem Gefängnis gehalten werde[28].

Nach Abschluß des Treffens bat *Eagleburger* BM um ein Gespräch unter vier Augen. Dabei unterrichtete er den Minister über die Betroffenheit von Haig über unsere Ja-Stimme zu der El-Salvador-Resolution in der GV der VN[29].

Von BM noch nicht gebilligt.

VS-Bd. 14105 (010)

25 Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Carter am 22. Januar 1980 in Washington; AAPD 1980, I, Dok. 21.

26 Zum Gespräch der vier Politischen Direktoren und der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 22. Dezember 1981 vgl. Dok. 385.

27 Der amerikanische Verteidigungsminister Weinberger hielt sich vom 3. bis 5. Dezember 1981 in der Türkei auf. In der Presse wurde berichtet, Weinberger habe dort „sein volles Verständnis für den Putsch im vergangenen Jahr und die danach getroffenen Maßnahmen ausgedrückt". Weiter hieß es, Weinberger habe seine Bewunderung für den Weg bekundet, mit dem „dort ‚Recht und Ordnung wiederhergestellt' worden seien". Vgl. den Artikel „Weinberger bestätigt US-Rüstungspolitik"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 7. Dezember 1981, S. 2.

28 Zur Inhaftierung des ehemaligen Ministerpräsidenten Ecevit vgl. Dok. 320, Anm. 14.

29 Für den Wortlaut der Resolution Nr. 36/155 der VN-Generalversammlung vom 16. Dezember 1981 vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie I, Bd. XX, S. 417 f.

383

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an das Auswärtige Amt

114-7029/81 geheim
Fernschreiben Nr. 2151
Citissime

Aufgabe: 22. Dezember 1981, 20.06 Uhr[1]
Ankunft: 22. Dezember 1981, 20.52 Uhr

Betr.: Die Allianz an der Jahreswende 1981/1982 unter dem Eindruck der Polen-Krise

I. 1) Das nordatlantische Bündnis hat ein für seinen inneren Zusammenhalt schwieriges Jahr ohne größeren politischen Schaden hinter sich gebracht: Es gelang, die auseinandergehenden außenpolitischen Tendenzen der amerikanischen Führungsmacht und der europäischen Mittelmächte wieder auf einen von gegenseitigem Verständnis bestimmten Kurs zu bringen: Verteidigung und Verhandlungsbereitschaft sollen auch in Zukunft die Grundlagen für die Sicherheit der Bündnispartner darstellen. Einschneidende Regierungswechsel aufgrund veränderter innenpolitischer Trends (USA, Frankreich, Griechenland und in abgestufter Form in den Niederlanden, Norwegen, Dänemark und Belgien) konnten bündnispolitisch weitgehend verkraftet werden. Die innenpolitischen Verschiebungen haben die Handlungsfähigkeit des Bündnisses nicht beeinträchtigt. Die Entscheidung über den spanischen Beitritt[2] (vorbehaltlich parlamentarischer Zustimmung) konnte ohne größere Schwierigkeiten herbeigeführt werden.

2) So überrascht es nicht, daß die Außenminister bei ihrer Herbsttagung im Dezember 1981[3] übereinstimmend feststellten, daß sich die internationale Lage im Jahre 1981 nicht zu Lasten der Bündnispartner verändert hat – und zwar ungeachtet der Probleme, mit denen das Bündnis und die Partner zu tun haben:

(1) wirtschaftliche Depression mit den daraus resultierenden[4] innenpolitischen Anfälligkeiten für kommunistische Kräfte,

(2) Neutralismus und Pazifismus sowie Antiamerikanismus in Europa, der sich in dem Widerstand gegen die Modernisierung des landgestützten Mittelstreckenpotentials in Europa und in Form einer Bewegung für einseitige Abrüstungsmaßnahmen ausdrückt, und

(3) auch ungeachtet der Belastungen, die sich für die Bündnispartner direkt oder indirekt aus Gefahren für wichtige Interessen (Versorgung, strategische Ge-

1 Hat Vortragendem Legationsrat Gerz am 24. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schenk „n[ach] R[ückkehr]“ verfügte.
Hat Ministerialdirigent Dröge am 29. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Schenk vorgelegen.

2 Zum NATO-Beitritt Spaniens vgl. Dok. 350, Anm. 19.
Für den Wortlaut des Protokolls vom 10. Dezember 1981 zum NATO-Vertrag vom 4. April 1949 über den Beitritt Spaniens vgl. BUNDESGESETZBLATT 1982, Teil II, S. 400–402.

3 Zur NATO-Ministerratstagung am 10./11. Dezember 1981 in Brüssel vgl. Dok. 356–362.

4 Korrigiert aus: „resortierenden“.

samtlage) in Gebieten außerhalb des Bündnisraumes[5] ergeben (Golf, Südwestasien, Mittel- und Nahost).

3) Sie stellten kontrastierend die inneren Schwächen des sowjetischen „Welt"-Systems heraus:

(1) Wirtschaftsabschwung ohne Motivationsmöglichkeiten für erhöhte Arbeitsproduktivität,

(2) landwirtschaftliche Struktur- und Ertragsschwächen,

(3) freiheitliche, demokratische und nationalistische Tendenzen im europäischen Vorfeld der SU (Polen),

(4) Belastungen durch den Aufwand für die abhängigen Staaten außerhalb des Warschauer Pakts (Kuba, Vietnam, Afrika), Abnutzungskrieg in Afghanistan,

(5) defensive Position in der Madrider KSZE-Konferenz.

Diese Beurteilung ergab sich am 10./11. Dezember. Heute stellt sich angesichts der Entwicklung in Polen die Frage, ob diese gedämpft positive Bewertung der internationalen Lage für die Stellung des Bündnisses und die Bewältigung der auf ihm lastenden politischen und militärischen Probleme noch zu vertreten ist.

II. 1) Die Sowjetunion hat eine Militärdiktatur polnischer Provenienz, aber mit doch unbestrittener Abhängigkeit von der sowjetischen Hegemonialmacht in Polen ausrufen lassen. Dieses Regime ist im Begriff, die in den letzten 17 Monaten auf dem Boden der Helsinki-KSZE-Schlußakte[6] gewachsene Liberalisierung, die mit der Existenz der freien Gewerkschaft Solidarität identisch war, zu beseitigen. Das Regime ist dabei, die machtpolitischen Voraussetzungen für den Wiederaufbau einer (opportunistischen), aber im Sattel sitzenden prosowjetischen Vereinigten Arbeiterpartei zu schaffen – mit Blut, Unterdrückung und Erpressung.

2) Diese Entwicklung in Polen berührt das Grundkonzept der Allianz: Verteidigung und Verhandlung. Kann der Westen aber mit der Sowjetunion verhandeln, wenn sie in Polen ganz offenbar die Prinzipien der Helsinki-Konferenz und Schlußakte grob verletzt? Ist andererseits die Allianz so belastbar, daß sie in Verteidigung dieser Grundprinzipien übergreifender Art für die Zusammenarbeit Ost-West die Aussicht auf Erfolge im Rüstungskontroll- und Abrüstungsbereich und in anderen Feldern (Wirtschaft, Kultur) zurückstellt und die Verteidigung der gemeinsam vereinbarten Ost-West-Grundsätze von Helsinki (Selbstbestimmung, Nichteinmischung, friedlicher Wandel, Pluralität, Informationsaustausch, Verzicht auf Gewaltanwendung) höher stellt als sicherheitspolitische und wirtschaftliche Ziele, so legitim diese auch sein mögen?

3) Glaubwürdigkeit und Belastbarkeit der Allianz stehen gleichermaßen auf dem Spiel. Die Sowjetunion hat den Westen durch die politische Offensive und die Steuerung der polnischen „Selbstreinigung" in eine schwierige Position gebracht. Viel weniger als bei Afghanistan läßt sich die polnische Krise aus dem Ost-West-Kontext herauslösen.

5 Das Bündnisgebiet war in Artikel 6 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 festgelegt. Für den Wortlaut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 290.

6 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

4) Die politischen Manifestationen im parlamentarischen Bereich und in den freien Gewerkschaften machen dies deutlich. Die Regierungen müssen der nun akut vor uns stehenden Eventualität der Zerstörung der polnischen August 1980-Entwicklung, d.h. der Aufhebung der Dialogbereitschaft und der Dialogfähigkeit der polnischen Regierung mit der freien Gewerkschaft Solidarität, ins Auge sehen.

5) Diese Eventualität gibt den politischen Kräften in der Allianz Auftrieb, die sich gegen eine untrennbare Verbindung von Verteidigung und Verhandlung wenden.

6) Damit wird die Glaubwürdigkeit des Doppelbeschlusses vom Dezember 1979[7] bei der Modernisierung von und Rüstungskontrollverhandlungen über landgestützte Mittelstreckenraketen auf die Probe gestellt und den neutralistischen und pazifistischen, ja antiamerikanischen Kräften in Westeuropa neuer Auftrieb gegeben. Für diese Gruppierungen ist die gewaltsame Aufhebung der polnischen Freiheiten nicht Anlaß oder Ursache zur Revision des eigenen Standpunktes bezüglich einseitiger Abrüstung.

7) Die Aufrechterhaltung des Verhandlungsprinzips gegenüber der SU ist in vielen europäischen Ländern politische Voraussetzung für die Hinnahme hoher Verteidigungslasten, so eigenartig das auch klingen mag. Die Aufhebung des Verhandlungsprozesses wird diese Kräfte zum Widerstand gegen Verteidigungsanstrengungen auf den Plan rufen. Die „normale" Schlußfolgerung im Anschluß an eine gewaltsame Unterdrückung der freiheitlichen Entwicklung in Polen wäre eine Tendenz zu größeren Anstrengungen im Interesse der eigenen Verteidigung.

Um das zu erreichen, müßten andere politische Grundauffassungen wachgerufen werden, als tatsächlich heute in Europa wirksam sind: Die der Selbstbehauptung im Angesicht der Unterdrückung der Freiheit einer benachbarten Nation sowie die der Zurückhaltung und Skepsis gegenüber Verhandlungen mit der Weltmacht, die letzten Endes Verantwortung für die neuerliche Unterdrükkungspolitik in Polen hat. Will der Westen das Ringen um die Schlußakte von Helsinki der katholischen Kirche in Polen alleine überlassen?

Einem Teil der Anhängerschaft der Friedensbewegungen, namentlich denjenigen, die aus Mangel an geschichtlichem Überblick in der anfänglichen Tolerierung der pluralistischen Ansätze in Polen geradezu einen Beweis für den Wandel der Haltung der Sowjetunion zu sehen glaubten, wird bei einer weiteren Verschärfung der militärisch-polizeilichen Unterdrückungsmaßnahmen Zweifel kommen. Diesen Menschen gegenüber müssen wir eine moralisch überzeugende Politik vorweisen können.

8) Angesichts der hohen politischen Brisanz der vorstehend angesprochenen Problematik, die nur deshalb noch nicht öffentlich zum Ausbruch gekommen ist, weil wir alle gleichsam dem Militärregime in Polen und der Sowjetunion noch die Chance unseres Zweifels an der Richtigkeit unserer pessimistischen Annahme lassen, halte ich eine interne Vorbereitung von politischen Positionen für den Krisenfall für erforderlich: Unsere Glaubwürdigkeit als Partner des Ost-West-Prozesses auf der Grundlage der Nichteinmischung und des Verzichts auf

[7] Zum NATO-Doppelbeschluß vom 12. Dezember 1979 vgl. Dok. 5, Anm. 10.

Gewaltanwendung muß sichtbar werden. Angesichts der nur begrenzten Belastbarkeit der Allianz und der Partner müßte eine Korrektur des außenpolitischen Kurses bezüglich des Verhandlungsprozesses Ost–West vorbereitet werden (Wirtschaft, Rüstungskontrolle). Eine vertrauliche Abstimmung auf hoher Ebene mit den wichtigsten europäischen Partnern in der Gemeinschaft sowie anschließend mit den Vereinigten Staaten erscheint erforderlich. In den USA sind die Gegensätze schon offen zutage getreten (Weinberger–Haig)[8]. Es sollte unter allen Umständen vermieden werden, daß der Glaubwürdigkeit und der Solidarität der Allianz als ganzes erneut, wie bei Afghanistan, Schaden zugefügt wird.

[gez.] Wieck

VS-Bd. 11125 (204)

384

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-7053/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 23. Dezember 1981, 16.15 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 6884 **Ankunft: 23. Dezember 1981, 18.24 Uhr**
Citissime

Betr.: Westliche Fehl- und Überinterpretationen sowjetischen Verhaltens in der Polen-Krise

Bezug: DB Washington Nr. 5186 vom 22.12.1981 – Pr 320.40[2]

Zur Unterrichtung

Auch an 214

1) Die berechtigte Empörung über die polnische Repression hat zu einigen Äußerungen westlicher Medien über sowjetische Absichten und Verhaltensweisen

8 Gesandter Dannenbring, Washington, faßte am 20. Dezember 1981 Äußerungen des amerikanischen Außenministers Haig und des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger in Fernsehinterviews vom selben Tag zusammen: „Haig verurteilte die Exzesse der polnischen Behörden, weigerte sich aber, auf evtl. Sanktionen der Vereinigten Staaten gegenüber Polen und der SU einzugehen. Evtl. Sanktionen bezeichnete er als abhängig von der Entwicklung. Haig unterstrich die Bemühungen der Administration, den polnischen Militärrat von weiterer Gewaltanwendung abzuhalten und zur Rückkehr zur Politik des Verhandelns zu bewegen. Weinberger äußerte sich deutlicher als Haig zur Rolle der SU und kritisierte das Erdgas-Röhren-Geschäft, das letzten Endes zur Stärkung der SU beitrage." Dannenbring fuhr fort, Weinberger habe erkennen lassen, „daß seiner Meinung nach die Entwicklung fast zwangsläufig zu westlichen Sanktionen gegenüber der SU führen müsse". Vgl. den Drahtbericht Nr. 5158; Referat 214, Bd. 132920.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Gerz am 28. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Legationssekretär Wehrmann verfügte.
Hat Wehrmann vorgelegen.

2 Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte den Text eines Interviews des Leiters der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde, Rostow, für den amerikanischen Fernsehsender NBC über die Lage in Polen. Für das Interview vgl. Referat 214, Bd. 132920.

geführt, die zumindest irreführend sind. Sie wecken den Eindruck, als stünde eine sowjetische militärische Intervention kurz bevor bzw. sei praktisch schon im Gange. Obwohl nach den allen verantwortlichen Stellen bekannten Beobachtungen der Militärattaché-Stäbe in Moskau und entsprechend anderen nationalen und NATO-Informationsquellen lediglich eine erhöhte Führungsbereitschaft der Stäbe festzustellen ist, scheint von der Vorstellung einer sowjetischen Intervention in Polen eine solche Faszination auszugehen, daß sie praktisch unterstellt wird.

Besonders amerikanische Äußerungen, wie die mit Bezugsbericht übermittelten des ACDA-Direktors Rostow, gehen praktisch von einer „die fundamentalste Regel der UN-Charta[3] verletzenden sowjetischen Aggression in Polen" aus. Hieraus werden dann schon die entsprechenden operativen Konsequenzen eines „far-reaching response from the US and its Allies" gezogen. Es ist hier nicht bekannt, welche Tatsachen die Annahme einer sowjetischen Aggression rechtfertigen, es sei denn, man betrachte die schon seit Monaten auf die polnische Führung ausgeübte sowjetische Pression und mögliche, wenn auch nicht erwiesene Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Ausnahmezustands[4] als Aggression. Äußerungen dieser Art gehen offenbar von der Annahme aus, daß Jaruzelski, dem man bis zum 13.12. noch die Durchsetzung eines eigenen politischen Reformkurses zutraute, jetzt praktisch als Büttel der Sowjets auftritt.

Die Beweise für diese These sind jedoch nicht zu erbringen. Sowjets haben jeden auch nur entfernten Anschein vermieden, als planten sie ein militärisches Eingreifen (keine offiziellen WP-Konsultationen, demonstrativ rasche Abreise Honeckers und Husáks nach den Geburtstagsfeierlichkeiten[5], Reisemöglichkeiten für Militärattachés im westlichen Militärbereich). Was bleibt, ist die Reise Kulikows nach Warschau[6] und Gerüchte über Sowjetsoldaten in polnischer Uniform.

2) Aus hiesiger Sicht sollten die Äußerungen zu den Repressionsmaßnahmen in Polen solange auf die humanitären, menschenrechtlichen, gewerkschaftlichen Aspekte konzentriert werden, wie das Informationsbild so widersprüchlich ist und wie konkrete Hinweise auf sowjetische Interventionsmaßnahmen nicht vorliegen.

3) Auch allgemeine Äußerungen zur sowjetischen Westpolitik können in der gegenwärtigen Lage kontraproduzent wirken. Beispielsweise Rostows Behauptung, Breschnew habe die Vermittlerrolle der Bundesrepublik hervorgehoben, ist nicht nur unrichtig – Breschnew hat diese von Kalb selbst in der Frage aufgestellte These nicht aufgenommen –[7], sondern auch gefährlich: Wenn zum Be-

3 Für den Wortlaut der VN-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1973, Teil II, S. 431–503.

4 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

5 Der Generalsekretär des ZK der SED, Honecker, und Präsident Husák hielten sich am 18./19. Dezember 1981 anläßlich des 75. Geburtstags des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, in der UdSSR auf.

6 Zum Aufenthalt des Oberbefehlshabers der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts, Kulikow, in Polen vgl. Dok. 379, Anm. 19.

7 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 22. Dezember 1981 über das am selben Tag veröffentlichte Interview des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, mit dem Korrespon-

weis bestimmter sowjetischer Zielsetzungen – und dazu gehört sicherlich das Treiben von Keilen zwischen die USA und Europa – falsche Zitate herangezogen werden, wird unsere Argumentation von der sowjetischen Propaganda um so leichter zu widerlegen sein.

4) Sowjets haben, soweit dies hier in jüngsten prominenten Äußerungen zu erkennen ist, alles Interesse daran, die auch für sie mit Genf[8] begonnene hoffnungsvolle Entwicklung im Ost-West-Verhältnis fortzusetzen. Deshalb werden sie in Polen erst dann eingreifen, wenn Jaruzelskis Militärregime effektiv der Lage nicht mehr Herr wird. Sie befürchten, daß westliches Verhalten dieses Scheitern Jaruzelskis beschleunigen wird und sie selbst zum Handeln zwingt. Deshalb die Überempfindlichkeit gegenüber allen vermeintlichen Einmischungsversuchen des Westens und die geifernde Polemik gegen die USA, ihre führenden Politiker und ihre Medien, mit der von den dramatischen Entwicklungen in Polen abgelenkt wird. Geht man auf diese mit gleichen Mitteln ein, spielt man das Spiel der Sowjets.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 11122 (204)

Fortsetzung Fußnote von Seite 2044

denten des amerikanischen Fernsehsenders NBC, Kalb: „Befragt nach einer möglicherweise zunehmenden Rolle der Bundesrepublik Deutschland als Vermittler zwischen Moskau und Washington meint Breschnew vorsichtig, die SU begrüße die Tendenzen in der Politik der Bundesrepublik, die für Entspannung und friedliche Zusammenarbeit sind, und darüber habe man insbesondere in Bonn gesprochen. Diese positive Aussage relativiert er allerdings gleich damit, daß er auch die Bemühungen jedes anderen Landes, ob groß, mittel oder klein, begrüßt, wenn diese zur Verbesserung des politischen Klimas und zum Abbau der militärischen Konfrontationen beitragen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 6861; Referat 213, Bd. 133226.

8 In Genf begannen am 30. November 1981 die INF-Verhandlungen. Vgl. dazu Dok. 356 und Dok. 380.

385

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

411-423 POL-1278/81 geheim **24. Dezember 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister[3]

Betr.: Vierertreffen der Politischen[4] und Wirtschaftsdirektoren[5] am 22.12.1981 in Brüssel: Polen;
hier: Wirtschaftsteil

Bezug: Kurzvermerk über Einigungspunkte vom 23.12.1981 – 411-433 POL Tgb.-Nr. 1269/81 geh.[6]

Anlg.: 1

Zur Unterrichtung

Bewertung der o. a. Gespräche über wirtschaftliche Punkte fasse ich – siehe hierzu beigefügten Gesprächsvermerk (Anlage) – wie folgt zusammen:

1) Amerikanische Delegation (die wider Erwarten zu sieben Mann hoch, einschließlich mehrerer Vertreter von Fachressorts, erschien, womit Geheimhaltung immer zweifelhafter wird) drang sowohl in gemeinsamen wie in separaten Sitzungen der Wirtschaftsdirektoren auf Ausarbeitung baldmöglichst zu treffender wirtschaftlicher Maßnahmen sowohl gegen Polen als auch gegen SU, wobei sie zur Begründung Argumentation wiederholte, die Eagleburger dem BM[7] gegenüber am 21.12.1981 verwandt hatte. Sie akzeptierten, daß Entscheidungen selbstverständlich nur auf politischer Ebene im Rahmen einer NATO-Ministerratssitzung getroffen werden könnten, verlangten jedoch Einigung auf Beamtenebene als Vorstufe. Die drei westeuropäischen Delegationen lehnten – aufgrund vorheriger Kontakte – mit paralleler Argumentation (Zeitpunkt für wirtschaftliche Sanktionen noch nicht gekommen; politische Maßnahmen müßten zunächst ausgeschöpft sein; Wirkungskraft wirtschaftlicher Maßnahmen reichte nicht aus, um SU gegebenenfalls von Verteidigung als lebenswichtig empfundener Positionen in Polen abzuhalten) derartige Beschlußfassung ab. In al-

1 Hat Vortragendem Legationsrat van Edig am 4. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Randermann „n[ach] R[ückkehr] am 7. Januar 1982“ verfügte. Hat Randermann am 7. Januar 1982 vorgelegen.

2 Hat den Staatssekretären von Staden und Lautenschlager am 24. Dezember 1981 bzw. am 4. Januar 1982 vorgelegen.

3 Hat Bundesminister Genscher am 25. Dezember 1981 vorgelegen.

4 Jacques Andréani (Frankreich), Julian L. Bullard (Großbritannien), Lawrence Eagleburger (USA) und Franz Pfeffer (Bundesrepublik).

5 R. M. Evans (Großbritannien), Per Fischer (Bundesrepublik), Robert D. Hormats (USA) und Jean-Claude Paye (Frankreich).

6 Für die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer vgl. VS-Bd. 10378 (411); B 150, Aktenkopien 1981.

7 Korrigiert aus: „BK“.
Für das Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium, Eagleburger, vgl. Dok. 382.

len behandelten Punkten ergab sich eine Situation von drei zu eins. Ich argumentierte auf Linie der Ausführungen des BM im Gespräch mit Eagleburger.

2) Es wurde deutlich, daß amerikanische Delegation allein in Kategorie Supermacht gegen Supermacht dachte. (Eindruck amerikanischer Schwäche werde sowjetischen Expansionsdrang ermutigen, deshalb müßten jetzt starke Signale an SU abgesandt werden.) Situation in Polen spielte dabei nur die Rolle eines zum eigenen Nutzen geformten Demonstrationsobjekts. Gleichzeitig bestätigte amerikanisches Drängen Eindruck, daß US Unterstützung seitens europäischer Verbündeter benötigt, weil sonst gewünschte Demonstration der Stärke gegenüber SU in ihr Gegenteil verkehrt wird. Umgekehrt argumentierten westeuropäische Delegationen in Begriffen der europäischen Friedenssicherung und der Verbundenheit mit Polen. Wirtschaftliche Interessen schlugen sich verständlicherweise stärker in westeuropäischer Darstellung nieder als in amerikanischer, deren Osthandel – mit Ausnahme des Getreides – ohnehin weniger Bedeutung hat.

3) Unter Einfluß westeuropäischer Delegationen kam es abschließend zur Formulierung von allgemeinen Orientierungen in einigen der besprochenen Sachfragen (siehe Bezugsaufzeichnung), die inhaltlich belanglos und deshalb auch für uns akzeptabel sind. In übrigen Punkten blieb Entscheidung offen. Es ist davon auszugehen, daß US bei nächster Gelegenheit ihre Bemühungen fortsetzen, europäische Zustimmung zu ihren Forderungen zu erreichen (NATO-Ministerratssitzung Anfang Januar[8], BK-Gespräche in Washington[9]). Dabei ist im Auge zu behalten, daß wirtschaftliche Interessenparallelität hinsichtlich des Ost-West-Handels zur Zeit im wesentlichen westeuropäische Position zusammenhält, politische Bewertung der polnischen Situation jedoch nicht voll übereinstimmt (siehe Aufzeichnung von D 2 über politischen Teil – D 2 – 214-320.10 POL-3079/81 geh. vom 22.12.1981[10]). Ob das wirtschaftliche Interesse auf Dauer überwiegt, hängt von Entwicklung in Polen und deren Auswirkung auf die öffentliche Meinung in F, GB und bei uns ab. Hierbei ist besondere Entwicklung französischer Meinungsbildung zu beachten, da französische Delegation politisch ähnlich wie amerikanische argumentierte.

4) Ich habe am 23.12.1981 die Abteilungsleiter der betroffenen Ressorts (BMWi, BMF, BML) über von uns eingenommene Haltung unterrichtet (die vor Treffen in Brüssel schon in großen Zügen abgestimmt war). Dabei traf insbesondere

8 Am 11. Januar 1982 fand eine außerordentliche NATO-Ministerratstagung in Brüssel statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 57 und Nr. 64 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 11. Januar 1982; AAPD 1982.

9 Bundeskanzler Schmidt führte am 4./5. Januar 1982 Gespräche in Washington. Vgl. AAPD 1982.

10 Ministerialdirektor Pfeffer notierte über die Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 22. Dezember 1981 in Brüssel: „US habe größte Sorge, daß Jaruzelski im Ergebnis dieselbe Lage schaffe, wie sie durch eine sowjetische Intervention hervorgerufen würde. Dies sei der für westliche Gegenmaßnahmen ‚schlimmste Fall'. Der Westen könne nicht im Nichtstun verharren." Ferner sei die Bundesrepublik gebeten worden, „Washington, Paris und London Vorschläge für Demarchen in Warschau, Moskau, den übrigen Hauptstädten der Warschauer-Pakt-Staaten und in einer gewissen Auswahl von N+N-Staaten zuzuleiten. Diese Demarchen sollten national, aber koordiniert ausgeführt werden." Weitere Themen seien gewesen die Weiterführung humanitärer Hilfe in Polen sowie die Option, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid 1982 nicht wieder aufzunehmen. Vgl. VS-Bd. 13316 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

Abwehr weitgehender wirtschaftlicher Maßnahmen gegenüber Polen und SU erwartungsgemäß auf vorbehaltlose Zustimmung.

Per Fischer

[Anlage]

Vermerk

Betr.: Vierertreffen der Politischen und Wirtschaftsdirektoren am 22.12.1981
in Brüssel: Polen;
hier: Wirtschaftsteil

In separater Sitzung behandelten Wirtschaftsdirektoren folgende Punkte (die in abschließender Sitzung mit Politischen Direktoren noch einmal vorgetragen wurden):

1) Umschuldung 1981[11],

2) Bankenübereinkunft für 1981[12],

3) Umschuldung 1982,

4) Staatliche Kredite und Bürgschaften,

5) Nahrungsmittellieferungen,

6) IWF-Beitritt Polens[13],

7) COCOM,

8) Exportlizenzen (auch für Lieferungen in SU).

TOP 1) Umschuldung 1981

D, F und GB sahen Umschuldung 1981 als inhaltlich erledigt an. An Anwendung der Klausel über außergewöhnliche Umstände sei daher nicht gedacht. US-Frage, wann Zeitpunkt für Anwendung der Klausel gekommen sei, bei Auffahren von Panzern oder in keinem Fall mehr, nachdem die Firmen ausgezahlt worden seien, blieb insoweit offen, als GB lediglich Anwendung bei erfolgter Zahlung ausschloß. Übereinstimmung bestand darüber, daß Gründe vorliegen, die es erlauben würden, die Klausel anzuwenden. US unterstrichen, daß dies eine politische Entscheidung sei, auch im Hinblick darauf, ob sich die Regierungen oder die Privatbanken zuerst zu diesem Schritt entschlössen. Die daraus sich ergebende Möglichkeit des ersten Zugriffs auf erreichbare polnische Vermögenswerte wurde wegen ihres geringen wirtschaftlichen Gewichts für zweitrangig gehalten. Eine Festlegung der Kriterien für den Anwendungsfall der Klausel

11 Zur am 27. April 1981 in Paris unterzeichneten multilateralen Schuldenregelung mit Polen vgl. Dok. 115, Anm. 14.

12 Zu der anstehenden Umschuldungsvereinbarung der Privatbanken mit Polen vgl. Dok. 366, Anm. 18. Der Arbeitsstab Polen notierte am 29. Dezember 1981: „Einer AP-Meldung aus Zürich vom 28.12. abends zufolge solle das zwischen der polnischen Regierung und 22 westlichen Banken ausgehandelte Umschuldungsabkommen in diesem Jahr nicht mehr unterzeichnet werden. […] Damit sei allerdings die Frist zur Zahlung der 1981 fälligen Zinsen in Höhe von 500 Millionen Dollar nicht aufgehoben." Vgl. Referat 214, Bd. 132932.

13 Zu den Beitrittsabsichten Polens und Ungarns zum IWF vgl. Dok. 331, Anm. 35.

wurde nicht getroffen. Es wurde lediglich festgestellt, daß niemand beabsichtigt, sie jetzt anzuwenden.

TOP 2) Bankenübereinkunft für 1981

Nach kurzem Bericht über Bankentreffen in Zürich am 21.12.1981[14] (GB und F) Feststellung, daß Banken bis zu ihrem nächsten Treffen am 8. Januar 1982 in Zürich offensichtlich nichts unternehmen wollen. Auf US-Frage, ob SU Polen finanziell entlasten werde, berichtete D, daß angeblich SU nach langer Zeit wieder auf dem Euro-Geldmarkt aktiv geworden sei. Von sowjetischer Seite soll deutschem Bankier gegenüber gesagt worden sein, SU würde Polen nie zahlungsunfähig werden lassen.

TOP 3) Umschuldung 1982

An beabsichtigtem Treffen in Paris am 14./15. Januar 1982 wurde prinzipiell festgehalten. US befürworteten lediglich Meinungsaustausch unter Kreditoren darüber, ob Klausel angewendet werden sollte. D, F und GB wollten über Teilnahme Polens zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch keine Entscheidung treffen, ebensowenig wie über Übernahme der Klausel für 1982. Es wurde vorgesehen, über Teilnahme Polens, die ihm vor dem 13.12. prinzipiell zugesagt worden war, erst im Januar zu entscheiden.[15]

TOP 4) Staatliche Kredite und Bürgschaften

US berichteten, daß Kredite und Bürgschaften für Polen suspendiert worden seien, Lieferungen über karitative Organisationen aber wiederaufgenommen würden, sobald Polen Garantie gebe, daß die Lieferungen auch den beabsichtigten Empfängerkreis erreichten. Den Banken sei empfohlen worden, keine weiteren Kredite zu geben. Europäer sollten gleichziehen. D wies darauf hin, daß auf Grund der Bundestagsresolution und ihrer Auslegung[16] Restlieferungen, die noch in der Pipeline seien, abgewickelt würden, neue Verpflichtungen aber vorläufig in der Schwebe blieben. Frankreich hat gegenüber Polen noch Zusagen in Höhe von etwa 1 Mrd. FF. Zunächst wolle man abwarten, mit einer Suspendierung sei aber wohl zu rechnen. GB hat gegenüber Polen offene Verpflichtungen in Höhe von etwa 30 Mio. Pfund, die bis Ende März theoretisch zur Verfügung stünden. Auch GB will zunächst abwarten. US betonten, daß Eindruck des

14 In der Presse wurde berichtet: „Der Wunsch der polnischen Außenhandelsbank Handlowy auf Zwischenfinanzierung von 350 Mill[onen] Dollar fälliger Zinszahlungen stößt bei den westlichen Gläubigerbanken Polens wohl einhellig auf Ablehnung, war in Frankfurter Bankenkreisen nach dem Treffen von acht Kreditinstituten in Zürich zu erfahren. Die Beratungen gingen ohne greifbare Ergebnisse zu Ende, wobei sich zeigte, daß keinerlei Bereitschaft besteht, den Polen neue Kredite zu geben, hieß es. […] Im Westen besteht die Gefahr, daß die bislang gemeinsame Front der Gläubigerbanken zerbröckeln könnte. Von den polnischen Auslandsschulden in Höhe von insgesamt 27 Mrd. Dollar werden etwa 16 Mrd. an private Geldinstitute geschuldet. Die Gesamtanzahl dieser Handelsbanken beträgt rund 500." Vgl. den Artikel „Banken stehen Polen-Kredit skeptisch gegenüber"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 23. Dezember 1981, S. 15.

15 Referat 422 notierte am 31. Dezember 1981: „Unter EG-Staaten besteht Übereinstimmung, daß politische Entscheidung über Umschuldung 1982 vorläufig offengehalten werden soll. Hierbei wird auch – außer der weiteren Entwicklung in Polen – Fortgang privater Bankumschuldung zu berücksichtigen sein. Allerdings dürfte für 14./15.1.1982 allenfalls internes Gläubigertreffen – ohne Polen – in Betracht kommen." Vgl. Referat 422, Bd. 121359.

16 Zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 17.

„business as usual“ vermieden werden müsse. Übereinstimmend wurde festgestellt, daß die Regierungen eine allgemein vorsichtige Haltung einnehmen. Die Frage neuer Kredite blieb offen, „remains in abeyance“ (D, GB, F: laufende Verpflichtungen sollen erfüllt werden; US hat bereits viel storniert).

TOP 5) Nahrungsmittellieferungen

US suspendieren auch Nahrungsmittellieferungen, wenn Polen nicht Garantie gibt, daß Verteilung durch nicht-staatliche Organisationen erfolgt[17]. D, GB und F begnügten sich mit „reasonable certainty“, daß Güter ihre beabsichtigten Empfänger erreichen. US widersprachen nicht dieser Formel, aber drängten auf strengen Maßstab bei ihrer Anwendung.

TOP 6) IWF-Beitritt Polens

US wünschten, daß polnischer Antrag vorläufig nicht behandelt werden soll. F wies darauf hin, daß IWF-Mission erst im März nach Polen fährt, und schlug vor, daß kurz vor diesem Termin Thema noch einmal besprochen werde. GB gab zu bedenken, daß es polnischer Führung vermutlich gelegen käme, wenn Beitritt bereits unsererseits verhindert würde. D warnte vor negativem Signal zu jetzigem Zeitpunkt. Frage blieb offen.

TOP 7) COCOM

GB verwies auf sehr geringen Lieferumfang von COCOM-Gütern im britischen Export nach Polen. D legte noch einmal unsere Einschätzung polnischer Lage dar und wertete mögliche COCOM-Einbeziehung als weiteres negatives Signal ohne wirtschaftlichen Effekt. US stellten wieder Grundsatzfrage, wann Signale angebracht erschienen. COCOM stelle eine Möglichkeit dar, F warnte davor, COCOM trotz fehlender wirtschaftlicher Bedeutung in die öffentliche Diskussion zu bringen („foolish“). Dadurch drohe Verlust jeglicher Manövrierfähigkeit. Beispiel China. GB verwies auf Möglichkeit, Thema bei COCOM-Treffen Mitte Januar[18] zu erörtern. Frage blieb offen.

TOP 8) Exportlizenzen

US teilten mit, sie würden keine neuen Exportlizenzen für die unter diese Bestimmung fallenden Exporte nach Polen und in die SU geben und die schon erteilten Lizenzen erneut überprüfen. Sie hielten entsprechende Maßnahmen der Verbündeten für erforderlich. Die übrigen Teilnehmer erachteten den Zeitpunkt für eine derart weitgreifende Maßnahme für nicht gekommen. Sie verwiesen auf die „Worst-case-contingency“-Planung, aus der bei Eintritt des vorgesehenen Falles auf politischer Ebene eine Auswahl der zu treffenden Maßnahmen vorgenommen werden solle. Frage blieb offen. D und GB hielten die Androhung bestimmter Maßnahmen gegenüber SU für nicht nützlich. Vielmehr sollten wir den Sowjets eine generelle politische Warnung zukommen lassen (D). US unterstrichen Notwendigkeit einer klaren Aussage, die glaubwürdig klingt und abschreckend wirkt. F trat für klare, aber allgemein gehaltene Warnung an SU ein. Glaubwürdigkeit werde nicht größer durch Androhung konkreter Maßnah-

17 Korrigiert aus: „verfolgt“.

18 Das Treffen von Vertretern der Mitgliedstaaten des COCOM fand am 19./20. Januar 1982 in Paris statt.

men (Hinweis auf Getreideembargo[19]). D wies auf Mangel an völkerrechtlichen Argumenten hin, solange keine direkte sowjetische Intervention vorliege.

Per Fischer

VS-Bd. 10378 (411)

386

Staatssekretär von Staden an Botschafter Meyer-Landrut, Moskau

214-320.10 POL-3182I/81 geheim **25. Dezember 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 6658 Plurez **Aufgabe: 26. Dezember 1981, 01.30 Uhr**
Citissime nachts

Moskau für Botschafter o. V. i. A.

Betr.: Lage in Polen;
hier: Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an Generalsekretär Breschnew[2]

1) Ich bitte Sie, die als Anlage folgende Botschaft des Herrn Bundeskanzlers unverzüglich mit einer dort zu fertigenden Höflichkeitsübersetzung an möglichst hoher Stelle zu übergeben.

Um DB wird gebeten.[3]

2) Zusatz für Washington, London, Paris: Der BK legt Wert darauf, daß die Botschaft nicht veröffentlicht wird, bittet aber um sehr vertrauliche Unterrichtung[4] auf möglichst hoher Regierungsebene über Inhalt.[5]

[gez.] Staden

19 Zur Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 4. Januar 1980 vgl. Dok. 29, Anm. 10.
Zur Aufhebung der Einschränkung am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse von der Heyden konzipiert und nachrichtlich an die Botschaften in Warschau, Washington, Paris, London, Rom und Brüssel (NATO) übermittelt.

2 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski vgl. Dok. 387.

3 Für den Drahtbericht Nr. 6908 des Botschafters Meyer-Landrut, Moskau, vom 26. Dezember 1981 vgl. Dok. 388.

4 Gesandter Dannenbring, Washington, teilte am 26. Dezember 1981 mit, er haben den Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium über die Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom Vortag an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, bzw. an Ministerpräsident Jaruzelski unterrichtet. Stoessel habe folgendermaßen reagiert: „Washington begrüße, daß der Bundeskanzler die deutsche Position gegenüber Breschnew und Jaruzelski erläutert habe. Mit Befriedigung stelle er fest, daß der Bundeskanzler dabei auch auf die ‚Einwirkung von außen' hingewiesen habe. Bekanntlich sei die amerikanische Haltung zu diesem Punkt noch deutlicher: Man nenne

Folgt Anlage

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

bei unseren Gesprächen am 23. und 24. November in Bonn[6] hatten wir Gelegenheit, über die Lage in Polen zu sprechen. Wir stimmten darin überein, daß Polen seine Probleme ohne Einmischung von außen lösen müsse. Inzwischen hat die Situation Polens eine Entwicklung erfahren, die mich veranlaßt, mich erneut an Sie zu wenden.

Das Schicksal Polens kann uns Deutschen, vor allem auf dem tragischen Hintergrund der deutsch-polnischen Geschichte der vergangenen zweihundert Jahre, nicht gleichgültig sein. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, durch die große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, hat sich darum bemüht, auf der Grundlage des Warschauer Vertrages[7] die Hypotheken der Vergangenheit abzutragen und gemeinsam mit Polen auf dem Wege der Verständigung voranzugehen. Der Erfolg dieser Bemühungen hat in hohem Maße zu einer günstigen Entwicklung des Verhältnisses zwischen Ost und West beigetragen.

Es erfüllt uns mit der größten Sorge, diesen Prozeß nunmehr gefährdet zu sehen. Nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes in Polen am 13. Dezember[8] ist es offenbar zu Maßnahmen des polnischen Militärrates gekommen, die sich mit der Schlußakte über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa[9] nicht in Einklang bringen lassen. Es mehren sich aber auch die Hinweise, daß die polnische Führung dabei nicht ohne Einwirkung von außen gehandelt hat. Ich möchte deshalb mit großem Ernst wiederholen, was ich Ihnen, Herr Generalsekretär, hier in Bonn erklärt habe: Polen muß seine politische und gesellschaft-

Fortsetzung Fußnote von Seite 2051

die Sowjetunion beim Namen und verweise auf ihre Verantwortung für die Entwicklung in Polen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5214; VS-Bd. 11122 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

Botschafter Herbst, Paris, berichtete am 28. Dezember 1981, der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Andréani, der französische Außenminister Cheysson und Staatspräsident Mitterrand seien über den Inhalt der Schreiben informiert worden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2382; VS-Bd. 11080 (200); B 150, Aktenkopien 1981.

Botschafter Ruhfus, London, faßte am 29. Dezember 1981 ein Gespräch mit dem Abteilungsleiter im britischen Außenministerium, Bullard, zusammen, der sich über die Unterrichtung über die Schreiben „befriedigt" gezeigt habe. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1915; VS-Bd. 13318 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Legationsrat Kröger notierte am 28. Dezember 1981: „Ich habe weisungsgemäß Herrn v. d. Gablentz (B[undes]K[anzleramt]) gefragt, ob er Bedenken habe, am Mittwoch im Zehnerkreis über die beiden Botschaften zu sprechen. Herr v. d. Gablentz antwortete, die gleiche Frage habe ihm Botschafter Wieck wegen des NATO-Rats gestellt. Herr v. d. Gablentz bat, die Frage heute noch nicht zu entscheiden. Die Weisung des Bundeskanzlers, restriktiv zu verfahren, interpretiert er dahin, daß wohl – vorbehaltlich einer Billigung durch die Direktorenbesprechung im Auswärtigen Amt – von der Existenz der beiden Briefe gesprochen werden könne, die Texte aber nicht verteilt werden sollten. […] Herr v. d. Gablentz erklärte abschließend, daß die Tatsache der Briefe vor der Presse auf keinen Fall erwähnt werden sollte." Vgl. VS-Bd. 13317 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

7 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

8 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

liche Entwicklung ohne mittelbare und unmittelbare Einmischung von außen selbst bestimmen können. Es bedarf einer nationalen Versöhnung in Polen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird sich auch in Zukunft strikt an das Gebot der Nichteinmischung halten.

Ich wende mich zur Jahreswende an Sie, Herr Generalsekretär, mit der eindringlichen Bitte, alles in Ihrer Macht Liegende zu tun, damit die jahrelange fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Ost und West durch die Entwicklung in Polen nicht gefährdet wird.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Schmidt
Bundeskanzler

Ende der Anlage

VS-Bd. 13318 (214)

387

Staatssekretär von Staden an Botschafter Negwer, Warschau

214-320.10 POL-3182^{II}/81 geheim **25. Dezember 1981**[1]
Fernschreiben Nr. 6659 Plurez **Aufgabe: 26. Dezember 1981, 01.30 Uhr**
Citissime nachts

Für Botschafter o.V.i.A.

Betr.: Lage in Polen;
hier: Botschaft des Herrn Bundeskanzlers an General Jaruzelski[2]

1) Ich bitte Sie, die als Anlage folgende Botschaft des Herrn Bundeskanzlers unverzüglich mit einer dort zu fertigenden Höflichkeitsübersetzung an möglichst hoher Stelle zu übergeben.

Um DB wird gebeten.[3]

2) Zusatz für Washington, Paris, London: Der BK legt Wert darauf, daß die Botschaft nicht veröffentlicht wird, bittet aber um sehr vertrauliche Unterrichtung auf möglichst hoher Regierungsebene über Inhalt.[4]

[gez.] Staden

1 Durchdruck.
Der Drahterlaß wurde von Legationsrat I. Klasse von der Heyden konzipiert und nachrichtlich an die Botschaften in Moskau, Washington, Paris, London, Rom und Brüssel (NATO) übermittelt.

2 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 386.

3 Für den Drahtbericht Nr. 2063 des Botschafters Negwer, Warschau, vom 26. Dezember 1981 vgl. Dok. 389.

4 Zur vertraulichen Behandlung des Schreibens des Bundeskanzlers Schmidt an Ministerpräsident Jaruzelski vgl. auch Dok. 386, Anm. 4 und 5.

Folgt Anlage

Sehr geehrter Herr Erster Sekretär,

ich schreibe Ihnen, Herr General, in tiefer Sorge, weil die Zusammenarbeit von Ost und West durch die Ereignisse in Ihrem Lande[5] unmittelbar berührt wird.

Sie werden verstehen, daß die Bundesrepublik Deutschland diese Ereignisse mit besonderer Anteilnahme verfolgt, weil der Prozeß der deutsch-polnischen Verständigung auf der Grundlage des Warschauer Vertrages[6] in den vergangenen Jahren weit vorangeführt worden ist und wesentlich zur Zusammenarbeit zwischen West und Ost beigetragen hat und von der Zustimmung der öffentlichen Meinung meines Landes getragen wird. Das Schicksal Polens kann uns Deutschen, vor allem auf dem tragischen Hintergrund der deutsch-polnischen Geschichte der vergangenen zweihundert Jahre, nicht gleichgültig sein.

Wir sind deshalb schmerzlich betroffen von den Nachrichten, die über umfangreiche Verhaftungen in Ihrem Lande[7], über Gewaltanwendung, ja über Todesopfer berichten[8]. Viele Meldungen deuten darauf hin, daß es in den vergangenen zwölf Tagen zu gravierenden Eingriffen in die Menschenrechte und die Grundfreiheiten gekommen ist.

Als Mitunterzeichner der Schlußakte von Helsinki[9] setzt die Bundesregierung ebenso wie ihre Freunde und Verbündeten auf die von Ihnen am 13. Dezember 1981 gegebene Zusage, die Politik der Reformen, der Demokratisierung und der Erneuerung wieder aufzunehmen und nicht zur Zeit vor dem August 1980 zurückkehren zu wollen. Sie erinnert sich dabei auch an die Erklärungen, die Sie, Herr General, dem Bundesaußenminister Genscher im März 1981[10] gegeben haben und deren tiefer Eindruck die Politik der Bundesregierung seither bestimmt hat.

Die Bundesregierung wird vor schweren Entscheidungen stehen, wenn es darum geht, auf der Grundlage der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 18. Dezember 1981[11] ihre Unterstützung bei der Überwindung der wirtschaft-

5 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

6 Für den Wortlaut des Vertrags vom 7. Dezember 1970 zwischen der Bundesrepublik und Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen vgl. BUNDESGESETZBLATT 1972, Teil II, S. 362 f.

7 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 20.

8 Botschafter Negwer, Warschau, meldete am 18. Dezember 1981: „Unter den Bürgern Warschaus herrscht heute tiefe Betroffenheit über die von Sicherheitskräften am 16.12. auf der Zeche Wujek in Kattowitz erschossenen sieben Bergleute. […] Unterdessen sind Nachrichten über eine Fortsetzung der Unruhen in Danzig und Kattowitz nach Warschau gedrungen. Im oberschlesischen Revier haben sich Bergleute in mehreren Gruben verschanzt und müssen damit rechnen, daß auch ihr Widerstand mit Gewalt gebrochen wird. Aus Danzig werden vom gestrigen Tage neue Zusammenstöße zwischen Ordnungskräften und streikenden Arbeitern bekannt. Dabei soll es wieder Verletzte und auch Tote gegeben haben. […] In Warschau wurden heute Zweifel laut, ob es wirklich nur sieben Bergleute waren, die vorgestern erschossen wurden. Möglicherweise sind weitere Menschen ums Leben gekommen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 1952, Referat 214, Bd. 132916.

9 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

10 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

11 Zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vgl. Dok. 382, Anm. 17.

lichen Schwierigkeiten Polens fortzuführen. Diese Entscheidungen werden wesentlich davon abhängen, daß der Militärrat Ihre Zusage vom 13. Dezember in die Tat umsetzt.

Wenn eine nationale Aussöhnung gelingt, können die Gefahren abgewendet werden, die durch die Unruhe in Polen für die Zusammenarbeit von Ost und West entstanden sind.

Es bleibt die feste Überzeugung der Bundesregierung, daß sich alle Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki jeglicher Einmischung in die inneren Verhältnisse Polens, seien sie mittelbarer oder unmittelbarer Art, der Gewaltanwendung und der Androhung von Gewalt enthalten müssen. Die Bundesregierung wird sich weiterhin strikt an diese Grundprinzipien halten.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Schmidt
Bundeskanzler

Ende der Anlage

VS-Bd. 13318 (214)

388

Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, an das Auswärtige Amt

114-7079/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. Dezember 1981, 18.15 Uhr**
Fernschreiben Nr. 6908 **Ankunft: 26. Dezember 1981, 16.49 Uhr**
Citissime nachts

Betr.: Übergabe des Briefes des Bundeskanzlers im SAM[1]

Bezug: DE Nr. 6658 Plurez vom 26.12.1981 geheim[2]

1) Nachdem ich heute, 26.12. morgens, Termin bei Gromyko angemeldet hatte, erhielt ich gegen 14.30 Uhr Bescheid, daß Erster Stellvertretender Außenminister Kornienko für die Übergabe des Schreibens des Bundeskanzlers an Generalsekretär Breschnew um 16.00 Uhr zur Verfügung stehe.

Der Übergabe, an der von sowjetischer Seite auch Leiter der Dritten Europäischen Abteilung, Bondarenko, teilnahm, folgte ein kurzes Gespräch, aus dem ich folgendes festhalte:

2) Kornienko stellte nach Lektüre des Schreibens fest, er werde es an den Adressaten weiterleiten, möchte jedoch vorab einige Bemerkungen machen. Er hielte es für eine nicht zutreffende Interpretation für die Einführung des Kriegszu-

1 Sowjetisches Außenministerium.

2 Für den am 25. Dezember 1981 konzipierten und am 26. Dezember 1981 übermittelten Drahterlaß des Staatssekretärs von Staden vgl. Dok. 386.

standes in Polen[3] – die in Übereinstimmung mit der Verfassung[4] erfolgt sei –, daß sie in irgendeiner Weise der Schlußakte von Helsinki[5] widerspreche. Diese könne nicht als Verbot für eine Regierung interpretiert werden, ihre Funktionen gemäß den Gesetzen, insbesondere gemäß der Verfassung, auszuüben. Das zweite Moment, das eine Bemerkung seinerseits erfordere, sei die Behauptung, daß die polnische Führung nicht ohne Einfluß von außen gehandelt habe, als sie den Ausnahmezustand beschloß. Hierfür sehe die Sowjetunion keinerlei Grundlage. Insofern sei es nicht angebracht, Derartiges zu sagen. Hingegen seien von einer Reihe westlicher Staaten vor der Einführung des Ausnahmezustandes Versuche der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens unternommen worden. Die Versuche dauerten heute noch an. Dies seien Tatsachen. Als Beispiel nannte er die letzte Erklärung Reagans, in der er gefordert habe, die polnische Regierung solle den Ausnahmezustand aufheben.[6] Dies sei zweifellos eine Aktion, die dem Völkerrecht, der Schlußakte und dem Prinzip der Nichteinmischung widerspräche. Es gebe keine Grundlage für die Behauptung, daß die polnische Führung aufgrund äußeren Einflusses gehandelt habe.

3) In meiner Erwiderung habe ich zunächst einmal darauf hingewiesen, daß selbstverständlich jede Regierung auf der Grundlage ihrer Verfassung handeln könne und dies auch von der Schlußakte nicht verboten werde. Dies gelte zum Beispiel auch für die Einführung des Ausnahmezustandes. Für uns seien die Folgen wichtig, die Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Einführung des Ausnahmezustandes ergriffen worden seien. Es gebe in der Tat bei der Durchführung des Ausnahmezustandes Elemente, die uns Sorge bereiteten und die den Prinzipien der Schlußakte widersprächen. Was die Einwirkung von außen betrifft, verwies ich darauf, daß die polnische Armee diese Aktion durchgeführt habe. Sie sei Mitglied eines Bündnisses, und es erscheine uns höchst unwahrscheinlich, daß das Bündnis hiervon nichts gewußt haben soll oder von dieser Aktion nicht berührt worden sei.

Das Ziel dieses Schreibens bestehe in erster Linie darin, alles zu tun, damit diese Ereignisse nicht dazu führten, das in zehn Jahren Aufgebaute zu gefährden.

4) Kornienko versuchte dann noch einmal, seine Interpretation der Anwendbarkeit der Schlußakte von Helsinki auf die polnischen Ereignisse zu geben:

Als er geäußert habe, die Einführung des Ausnahmezustandes sei ein Prärogativ der polnischen Regierung, habe er nicht nur den Akt der Einführung, sondern den ganzen Komplex der Maßnahmen im Auge gehabt, die man unter dem Begriff Ausnahmezustand verstehe. Er könne nur bekräftigen, daß alles, was die polnische Führung tue, von der sowjetischen Seite nicht im Widerspruch zu der Schlußakte stehend angesehen werde. Aus sowjetischer Sicht sei eine derartige Betrachtungsweise nicht gerechtfertigt.

3 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

4 Vgl. dazu Artikel 33 der polnischen Verfassung vom 22. Juli 1952 in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. Februar 1976; VERFASSUNGEN DER KOMMUNISTISCHEN STAATEN, S. 340.

5 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

6 Für den Wortlaut der Ausführungen des Präsidenten Reagan in einer Rundfunk- und Fernsehrede vom 23. Dezember 1981 vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1186. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982 (Auszug), D 162.
Für einen Auszug vgl. Dok. 395, Anm. 24.

Auch sowjetische Seite sei besorgt über die Entwicklung der internationalen Beziehungen und darüber, daß der Prozeß leiden könne, den UdSSR und Bundesrepublik Deutschland mit ihrer Politik gefördert haben. Hierbei bezog er sich auch auf den Besuch Breschnews in Bonn[7]. In dieser Hinsicht stünden beide Seiten auf gleichen Positionen. Man dürfe nicht nur keine Verschlechterung der Atmosphäre zulassen, sondern müsse alles für ihre Verbesserung tun; sie sei bereits durch die Handlungen „Einiger" verschlechtert worden. Es gehe jetzt darum, daß die polnische Führung in ihrer eigenen Verantwortung und gemäß ihren eigenen Prärogativen handele.

5) In meiner Schlußbemerkung erbat ich möglichst baldige Weiterleitung des Schreibens an Breschnew[8] und bekräftigte, daß ich dem von mir zur Verletzung der Schlußakte Gesagten nichts hinzuzufügen hätte.

6) Kornienkos Einlassungen schienen mir weniger apodiktisch als die Kowaljows gegenüber französischem Botschafter[9]. Er bestritt uns vor allem nicht das Recht, mit der Sowjetunion überhaupt über Polen zu sprechen. Auch hat er nichts auf mein Argument erwidert, daß der Schritt der polnischen Armee im WP abgestimmt gewesen sein muß.

Als Nachwirkung des Breschnew-Besuchs in Bonn scheinen Sowjets bisher noch bereit zu sein, auch über mögliche Auswirkungen der polnischen Krise mit uns zu sprechen. Dabei ist allerdings die Zielsetzung eindeutig. Zum einen ist So-

7 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, besuchte die Bundesrepublik vom 22. bis 25. November 1981. Vgl. dazu Dok. 334–340.

8 Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, beantwortete das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 am 29. Dezember 1981 und führte aus, „daß die Geschehnisse in Polen eine innere Angelegenheit Polens sind und daß die Polen selbst, und nur sie, über ihre inneren Angelegenheiten ohne Einmischung von außen entscheiden können und müssen". Die amerikanische Politik sei jedoch „eine Linie auf Untergrabung und Umsturz der in Polen existierenden Staatsordnung". Die Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 sei keine Verletzung der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975: „Herr Bundeskanzler, die Schlußakte verkündet doch gerade als eines der Hauptprinzipien die Achtung der der Souveränität der Staaten innewohnenden Rechte einschließlich des Rechts, seine Gesetze und Verordnungen zu bestimmen." Ferner enthalte die KSZE-Schlußakte „die ganz präzise Verpflichtung […], sich jeder Einmischung von außen in die Angelegenheiten zu enthalten, die in die innerstaatliche Zuständigkeit eines Staates fallen". Breschnew betonte, „daß wir unsere Bemühungen auch weiterhin auf die Verwirklichung der umfangreichen Pläne und Vorhaben auf verschiedenen Gebieten der Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der BRD, auf die Eindämmung des Wettrüstens und die Entwicklung des internationalen Dialogs im Interesse der Festigung des Friedens konzentrieren sollten". Vgl. den Runderlaß Nr. 6703 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Keil vom 30. Dezember 1981; VS-Bd. 13318 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

9 Botschafter Meyer-Landrut, Moskau, berichtete am 21. Dezember 1981, der französische Botschafter Froment-Meurice habe am 18. Dezember 1981 dem sowjetischen Stellvertretenden Außenminister Kowaljow folgendes mitgeteilt: „Die französische Regierung habe mit Bedauern festgestellt, daß die Einsetzung einer Militärregierung den Prozeß der demokratischen Erneuerung in Polen brutal unterbrochen hat und zu Verhaftungen und Blutvergießen führte. […] Es habe ihr erschienen, als würden die Ereignisse den polnischen Rahmen nicht überschreiten. Sollte die Situation sich anders entwickeln, werde sie daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen." Froment-Meurice habe dann die Frage gestellt, „ob es richtig sei, daß Kulikow und andere sowjetische Offiziere sich an Ort und Stelle befanden, als der Kriegszustand ausgerufen wurde". Kowaljow habe erwidert: „Die sowjetische Regierung könne der französischen Regierung nicht zugestehen, Fragen über Polen und über die Beziehungen Polens als sozialistischer Staat zu stellen." Meyer-Landrut fuhr fort: „Diese Demarche haben französische Botschafter in allen Hauptstädten der WP-Länder außer in Warschau gemacht. Die Frage nach der Anwesenheit Kulikows in Warschau wurde allerdings nur den Sowjets gestellt." Vgl. den Drahtbericht Nr. 6847; Referat 214, Bd. 132930.

wjets an einer fortgesetzten Stabilität der bilateralen Beziehungen, zum anderen an einer Vertiefung möglicher Differenzen zwischen den USA und Europa gelegen.

7) Bitte um Weisung, ob und gegebenenfalls wie hier Verbündete über Demarche unterrichtet werden können.

[gez.] Meyer-Landrut

VS-Bd. 14094 (010)

389

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-7081/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 26. Dezember 1981, 15.00 Uhr**
Fernschreiben Nr. 2063 **Ankunft: 26. Dezember 1981, 18.03 Uhr**
Citissime nachts

AA: Für BM und StS[1]; auch für Arbeitsstab Polen

Betr.: Lage in Polen

Bezug: 1) DE Nr. 6659[2] vom 26.12.1981[3]
2) DE Nr. 773 vom 26.12.1981[4]

Auf Weisung

1) Ich habe heute um 13.15 Uhr AM Czyrek Botschaft gemäß Bezugserlaß zu 1) übergeben und Vorschlag gemäß Bezugserlaß zu 2) übermittelt.

2) Czyrek sagte, er glaube im Sinne Jaruzelskis zu sprechen, wenn er versichere, man schätze es sehr, daß der Herr Bundeskanzler sich persönlich an den Ersten Sekretär wende. Zu einigen Passagen der Botschaft möge man anderer Meinung sein, doch man teile und würdige die in der Botschaft zum Ausdruck kommende Sorge um die Ost-West-Beziehungen. Er wolle sehen, ob Jaruzelski

1 Berndt von Staden.

2 Korrigiert aus: „6658".

3 Für den am 25. Dezember 1981 konzipierten und am 26. Dezember 1981 übermittelten Drahterlaß des Staatssekretärs von Staden vgl. Dok. 387.

4 Staatssekretär von Staden übermittelte Botschafter Negwer, Warschau, die Bitte des Bundesministers Genscher, „bei AM Czyrek oder noch höheren Ortes vorzusprechen und in Anknüpfung an den zunächst nicht verwirklichten polnischen Vorschlag, Stellv[ertretenden] MP Rakowski nach Bonn zu entsenden, folgendes vorzutragen: Wie in der Presse gemeldet, beabsichtigen die Außenminister der zehn Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft, am 30.12. in London zusammenzutreten, wobei die mit der Entwicklung in Polen entstandene politische Lage ein wesentlicher Bestandteil der Beratungen sein werde. Der Bundesaußenminister gäbe zu erwägen, ob die polnische Regierung ihre Absicht, einen hochrangigen Emissär nach Bonn zu entsenden, nicht vor diesem Datum verwirklichen wolle, um uns zu unterrichten." Vgl. den am 25. Dezember 1981 konzipierten und am 26. Dezember 1981 übermittelten Drahterlaß; VS-Bd. 13319 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

mich dieser Tage nicht selbst empfangen könne[5], um mir für den Herrn Bundeskanzler etwas zu sagen.

Czyrek fragte dann noch nach dem unterschriebenen Original der Botschaft. Ich entgegnete, falls ein solches Original noch käme, würde es wegen unserer unregelmäßigen Kurierverbindung sehr verspätet eintreffen.

3) Czyrek bat, BM seinen Dank für die Anregung zu übermitteln, noch vor dem 30.12. einen Regierungsvertreter nach Bonn zu entsenden. Nach bisheriger Haltung der Bundesregierung und insbesondere BMs sei es nur gerecht, eine umfassende Information aus erster Hand zu geben. Er denke, daß entweder Vizepremier Rakowski oder er selbst kommen werde. Einzelheiten werden so bald als möglich mitgeteilt.[6]

4) AM Czyrek äußerte sich besorgt und enttäuscht über die amerikanische Haltung. Er habe dem amerikanischen Botschafter[7] gesagt, die USA wollten also Polen in den Bürgerkrieg treiben. Offenbar hätten dort auf der ganzen Linie die Falken gesiegt. Es gäbe Leute, die ein neues Afghanistan in Europa wollten, ohne an die internationalen Konsequenzen zu denken.

Angesichts des massiven amerikanischen Drucks auf die eigenen Verbündeten sei eine Bestätigung der Politik der Bundesregierung von besonderer Bedeutung. Die Haltung der Bundesregierung könne wichtige Impulse für ganz Westeuropa geben. Gerade in dieser schwierigen Lage bewähre sich die Gemeinsamkeit des Interesses an Entspannung, Abrüstung und Stabilität. Polen und die Bundesrepublik säßen immer noch in einem Boot.

Eine Formulierung in der Kanzlerbotschaft (zur Wirtschaftshilfe) irritiere ihn etwas. Die Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen sei sehr wichtig. Bundesrepublik solle Westhandelspartner Nummer eins bleiben. Wenn Bundesregierung in solcher Lage ihre Politik fortsetze, würde man dies als ein Zeichen des Verantwortungsgefühls – auch gegenüber Europa – betrachten. Eine wirtschaftliche Isolierung Polens vom Westen würde eine Umorientierung der Wirtschaftspolitik und eine Verlängerung des Kriegsrechts[8] zur Folge haben.

Auf einen Einwurf von mir distanzierte sich Czyrek von der kürzlichen Demarche Dobrosielskis (antipolnische Kampagne)[9] und betonte: „Betrachten Sie nur

5 Botschafter Negwer, Warschau, traf am 3. Januar 1982 mit Ministerpräsident Jaruzelski zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrat I. Klasse von der Heyden vom gleichen Tag; AAPD 1982.

6 Botschafter Negwer, Warschau, teilte am 27. Dezember 1981 mit, Ministerpräsident Jaruzelski habe entschieden, den polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski nach Bonn zu entsenden. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 2064; VS-Bd. 13317 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
Rakowski hielt sich am 30. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 395 und Dok. 396.

7 Francis J. Meehan.

8 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

9 Botschafter Negwer, Warschau, berichtete am 21. Dezember 1981: „VAM Dobrosielski bat mich heute zu sich und demarchierte, in der Form höflich, in der Sache hart, wie folgt: Öffentliche Meinung und Massenmedien in der Bundesrepublik gingen immer mehr dazu über, polnische Ereignisse falsch zu interpretieren und zu entstellen. Die Gewerkschaft Solidarität werde unkritisch verherrlicht, General Jaruzelski und die Regierung in ein übles Licht gerückt. Man könne von einer antipolnischen Kampagne sprechen. […] Die vom Bundestag verabschiedete Entschließung bedeute eine krasse Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2003; Referat 214, Bd. 132917.

das als verbindlich, was ich Ihnen sage." Man würdige die Haltung der Bundesregierung und schätze sie hoch ein.

5) Zur aktuellen Lage äußerte sich Czyrek wie folgt:

Die Weihnachtsansprache Jaruzelskis[10] habe seine Linie der Erneuerung konkretisiert und bestätigt. Diese Linie könne aber nur in stabilen Verhältnissen voll zum Tragen kommen. Es gebe Fortschritte. Wie von Jaruzelski angekündigt, werde an einem politischen Programm gearbeitet, das den Kurs noch verdeutlichen werde. Das Kriegsrecht werde nicht länger als notwendig in Kraft bleiben und dann schrittweise aufgehoben werden. Man hätte bereits viele Internierte entlassen[11], dies aber in der Öffentlichkeit schlecht verkauft.

Nach wie vor werde die Rolle der Kirche und der Dialog mit ihr anerkannt und geschätzt. Über die von Erzbischof Poggi überbrachte Botschaft des Papstes[12] wolle er sich nicht äußern, da der Text ja veröffentlicht sei. Er könne nur hoffen, daß der Papst nicht dem amerikanischen Druck erliege, das würde der Möglichkeit des Dialogs ein Ende setzen.

Zur Mission Poggis wollte Czyrek nicht mehr sagen als dies: Er wisse nicht, was Jaruzelski mit Poggi gesprochen habe. Im Gespräch mit ihm habe Poggi jedenfalls die von Casaroli in Washington[13] vertretene Linie bestätigt, die im übrigen auch das Ergebnis seiner eigenen Gespräche im Vatikan[14] gewesen sei. Diese Linie sei konstruktiv.

[gez.] Negwer

VS-Bd. 13283 (213)

10 Zur Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski vom 24. Dezember 1981 vgl. die Drahtberichte Nr. 2061 und Nr. 2071 des Botschafters Negwer, Warschau, vom 25. bzw. 28. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 132916.

11 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 20.

12 Zum Aufenthalt des Sonderbotschafters des Heiligen Stuhls für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, Erzbischof Poggi, vom 19. bis 27. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 382, Anm. 12. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 22. Dezember 1981: „In der Botschaft appelliert Papst Johannes Paul II. an General Jaruzelski, Blutvergießen in Polen zu vermeiden, zum Weg des friedlichen Dialogs zwecks Erneuerung der Gesellschaft zurückzukehren und den Ausnahmezustand in Polen nicht fortzusetzen." Vgl. den Drahtbericht Nr. 165; Referat 214, Bd. 132926.

13 Gesandter Dannenbring, Washington, notierte am 18. Dezember 1981: „Wie zu erfahren war, hat Kardinal Casaroli bei seinem Washington-Besuch in den letzten Tagen dem Präsidenten wie auch AM Haig die ausdrückliche Bitte des Papstes überbracht, die Vereinigten Staaten sollten aus humanitären Gründen eine Nahrungsmittelsoforthilfe beschließen. Diesem Hinweis sei unter Hinweis auf Stimmung im Kongreß nicht entsprochen worden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5155; Referat 214, Bd. 132920.

14 Der polnische Außenminister Czyrek führte am 13. Oktober 1981 Gespräche mit Vertretern des Heiligen Stuhls.

390

Gesandter Dannenbring, Washington, an Bundesminister Genscher

114-7100/81 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 5232
Citissime

Aufgabe: 28. Dezember 1981, 21.25 Uhr[1]
Ankunft: 29. Dezember 1981, 03.56 Uhr

AA: Bei Dienstbeginn Vorlage bei BM wegen Telefonat mit Haig[2]

ChBK[3] mit dem Vorschlag der Weiterleitung an Bundeskanzler

Betr.: Arbeitssessen der zehn EG-Botschafter mit Außenminister Haig am 28.12.1981

Außenminister Haig, begleitet von Stoessel, Eagleburger, Hormats und weiteren Mitarbeitern, nahm am 28.12.1981 an einem Arbeitsessen mit den zehn EG-Botschaftern (bzw. deren Vertretern) sowie mit dem Leiter der hiesigen EG-Vertretung[4] in der britischen Botschaft teil.

Haig benutzte die Gelegenheit, um – teils auf Fragen der Teilnehmer – die amerikanische Polenpolitik ausführlich zu erläutern. Er nahm ferner kurz Stellung zu den Handelsbeziehungen EG–USA, zu der amerikanischen Gesetzgebung über die Einschränkung von Käufen europäischer Rüstungsgüter[5] sowie zur amerikanischen Nahostpolitik[6].

1 Das Fernschreiben wurde in zwei Teilen übermittelt. Vgl. Anm. 17.
Hat Vortragendem Legationsrat Gerz am 29. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Schenk „n[ach] R[ückkehr]“ und Legationssekretär Wehrmann verfügte.
Hat Wehrmann am 29. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Schenk am 12. Januar 1982 vorgelegen.

2 Vortragender Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl vermerkte über das Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig am 29. Dezember 1981, Genscher habe sein Bedauern ausgedrückt, daß das geplante Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten nicht mehr in diesem Jahr stattfinde. Ferner habe er Haig drei Punkte genannt, die er gegenüber dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski bei dessen Besuch am folgenden Tag in der Bundesrepublik sagen wolle: „Aufhebung des Kriegsrechts, Entlassung der Gefangenen, Wiederaufnahme des Dialogs. Haig fand dies sehr gut.“ Vgl. Referat 010, Bd. 178843.

3 Manfred Lahnstein.

4 Roland de Kergorlay.

5 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 29. Dezember 1981 über das Treffen der Botschafter der EG-Mitgliedstaaten in den USA mit dem amerikanischen Außenminister Haig vom Vortag, bei dem „das Problem der Behinderung von amerikanischen Rüstungskäufen in Europa“ besprochen worden sei. Dieses habe sich durch den vom amerikanischen Kongreß verabschiedeten Verteidigungshaushalt für das Jahr 1982 ergeben, in dem „Einschränkungen bei amerikanischen Käufen von Produkten, die ‚speciality metal‘ enthalten, sowie für den Kauf von nicht-militärischen Fahrzeugen“ vorgesehen seien. Haig habe diesbezüglich sein Bedauern geäußert: „Man werde sich bemühen, daß diese einschränkenden Klauseln so bald wie möglich wieder aufgehoben werden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 5249; Referat 201, Bd. 125579.

6 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 28. Dezember 1981 über das Treffen des amerikanischen Außenministers Haig mit den Botschaftern der EG-Mitgliedstaaten am selben Tag, Haig „sei sehr besorgt, daß Israel weitere Aktionen im Libanon, auf dem Westufer und in Gaza unternehmen könnte. Umso wichtiger sei es, daß die Bemühungen um die Überwachungsgruppe im Sinai (M[ultinational] F[orce and]O[bservers]) fortgesetzt würde.“ Zu Libyen habe Haig bemerkt, das

Zu Polen

In der ausführlichen Analyse Haigs wurde deutlich, daß er die sich abzeichnende Erschütterung der Einheit des Westens als die für die Allianz größte Gefahr der polnischen Krise betrachtet. Er nannte in diesem Zusammenhang wiederholt die sowjetischen Bestrebungen, vor allem die Bundesrepublik Deutschland aus dem westlichen Lager herauszubrechen.

Im einzelnen:

Als Ausgangspunkt für eine Analyse gibt es nach Ansicht Haigs zwei Denkschulen:

– die eine, die die Entwicklung nach dem 13. Dezember[7] auf nationale und autonome Kräfte zurückführe,
– die andere, die diese Entwicklung vornehmlich, wenn nicht ausschließlich, als Ergebnis sowjetischen Einflusses betrachtet (Teufelstheorie).

Nach allen amerikanischen Erkenntnissen gebe es keinen Zweifel über eine schon frühzeitig einsetzende massive sowjetische Einwirkung.

In Washington sei man daher entsetzt (appalled) über die von mancher Seite zu hörende Interpretation, wonach die Ereignisse die logische Folge der irrationalen Aktivitäten von Solidarität seien. Die sowjetische Einmischung sei in amerikanischen Augen nicht das gleiche wie die frühere sowjetische Expansionspolitik, auf die der Westen mit einer Roll-Back-Politik geantwortet habe. Die europäische Szene habe sich seit 1956 grundlegend geändert. Inzwischen gebe es die Schlußakte von Helsinki[8], die dem Westen nicht nur das Recht gebe, sondern die Verpflichtung auferlege, auf die Verantwortung der SU hinzuweisen. In dieser Beurteilung hinkten die europäischen Verbündeten – mit der möglichen Ausnahme von Frankreich – hinter den USA her. Die USA suchten nicht die Konfrontation mit der Sowjetunion, aber es sei unbestreitbar, daß die SU die Möglichkeit habe, sich für einen Kompromiß einzusetzen, statt weiter die Repressionen in Polen zu unterstützen. Die weitere Entwicklung in Polen sei nicht nur wichtig für Osteuropa, sondern mehr noch für das westliche Bündnis. Hier gehe es um die Frage, ob die Einheit des Westens gewahrt werden könne oder ob es den Sowjets gelinge, das Bündnis zu spalten, wobei die Bundesrepublik offensichtlich das bevorzugte Ziel der Sowjets sei. Gegenüber der Bundesregierung sprächen die Sowjets von Kompromißbereitschaft und von ihrem Interesse an Rüstungskontrolle. Gegenüber den Amerikanern und in der Öffentlichkeit führten sie eine andere Sprache. Um so wichtiger sei eine enge Abstimmung unter den westlichen Regierungen. Niemand könne verstehen, daß der Westen in diese Situation sich nicht zu hochrangigen Konsultationen treffe. Er bedauere deshalb, daß das EG-Treffen am 30.12.1981 nicht wie vorgesehen auf Ministerebene stattfinde.[9]

Fortsetzung Fußnote von Seite 2061

gegenwärtige libysche Entgegenkommen sei auf amerikanischen Druck zurückzuführen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 5231; Referat 310, Bd. 135663.

7 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

9 Zur Sitzung der Politischen Direktoren und der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten in London vgl. Dok. 397 und Dok. 398.

Die USA würden sich dafür einsetzen, daß Anfang Januar eine Ministerkonferenz der NATO[10] einberufen werde. Präsident Reagan werde noch in dieser Woche weitere Schritte der amerikanischen Regierung gegenüber Polen und der SU ankündigen, denen möglicherweise noch andere folgen würden.[11] Für die Europäer sei dies kein Grund zum Alarm: Man werde diese Schritte – auch in direkten Ministerkontakten – konsultieren und dafür sorgen, daß es keine Überraschungen gebe. Die USA ließen sich auch dabei von der Einheit des Westens als ihrer höchsten Priorität leiten.

Zum weiteren Vorgehen gegenüber Polen und der SU bemerkte Haig, es sei nicht die Absicht der amerikanischen Regierung, das polnische Volk zu bestrafen. Schon vor Ausbruch der Krise habe er vorgeschlagen, die Voraussetzungen für Lebensmittellieferungen zu koordinieren und sie in Beziehung zu setzen zur polnischen Bereitschaft, die Repressionen zu lockern und – vor weiterer Kreditgewährung des Westens – eine innere Finanzreform durchzuführen. Leider sei es nicht gelungen, insoweit eine kohärente westliche Politik zu entwickeln. Haig erwähnte in diesem Zusammenhang Pressemeldungen, wonach BM Genscher sich angeblich kritisch über die Einstellung amerikanischer Lebensmittellieferungen geäußert habe. (Wie anschließend aufgeklärt wurde, handelte es sich um eine entstellende UPI[12]-Meldung über das SDR-Interview des BM[13].) Lebensmittellieferungen – so Haig – müßten wirklich die Bevölkerung und nicht die polnischen Streitkräfte erreichen. Dafür seien Zusicherungen der Militärregierung nicht ausreichend. Vielmehr müßte die Verteilung z. B. durch die Kirche oder durch eine unabhängige internationale Organisation sichergestellt werden.

Auf die Frage nach seiner Einschätzung von Sanktionen gegen Polen erwiderte Haig, daß er eine Reihe wirksamer Maßnahmen für möglich halte. Wenn diese angewandt würden, sei ein Kompromiß in Polen noch immer möglich. Er erinnerte daran, daß BM Genscher vor längerer Zeit drei Voraussetzungen genannt habe, unter denen ein Eingreifen der Sowjets befürchtet werden müsse, nämlich

– der Zusammenbruch von Recht und Ordnung,
– die Gründung unabhängiger Gewerkschaften und
– die Herausforderung der Autorität der polnischen Regierung.

Noch seien diese Voraussetzungen nicht voll eingetreten. Der Militärjunta sei – übrigens auch nach der Einschätzung von Casaroli[14] – mit der Durchsetzung des Kriegsrechts noch kein durchschlagender Erfolg gelungen. Die sich weiter verschlechternde sozioökonomische Lage in Polen gebe dem Westen vielfältige

10 Am 11. Januar 1982 fand eine außerordentliche NATO-Ministerratstagung in Brüssel statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 57 und Nr. 64 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 11. Januar 1982; AAPD 1982.

11 Zu den am 29. Dezember 1981 verkündeten Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 391.

12 United Press International.

13 Bundesminister Genscher führte in einem Interview mit dem Süddeutschen Rundfunk am 27. Dezember 1981 aus: „Die Menschen in Polen haben ja ohnehin unter den Ereignissen schlimm genug zu leiden. Wenn dazu noch eine gesteigerte existentielle Not kommt durch einen Ausfall oder teilweisen Ausfall an Nahrungsmittelversorgung, ich glaube, das wäre so schlimm, daß niemand dafür die Verantwortung tragen kann." Für Auszüge des Interviews vgl. Referat 013, Bd. 179045.

14 Der Sekretär des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls, Kardinal Casaroli, hielt sich am 15. Dezember 1981 in den USA auf. Vgl. dazu auch Dok. 389, Anm. 13.

Einwirkungsmöglichkeiten, für die jedoch eine enge Abstimmung unter den Verbündeten und Zurückhaltung bei öffentlichen Äußerungen wesentlich sei.

Auch die Lage Moskaus sei schwächer, als vielfach unterstellt werde: In Afghanistan sei die SU einer groben Fehleinschätzung unterlegen. Die Invasion Afghanistans[15] würde nicht nur vom Westen, sondern auch von der islamischen und der Dritten Welt verurteilt. Die wirtschaftliche, aber auch die demographische Situation der SU (Anwachsen der nichtrussischen Bevölkerungsteile) verschlechtere sich. Der Demokratisierungsprozeß in Polen werde eine ansteckende Wirkung auch in den übrigen osteuropäischen Ländern haben. Auch unter diesen Aspekten bleibe die Einheit des Westens für uns von ausschlaggebender Bedeutung.

Auf die Frage, ob die US-Administration auch Auswirkungen auf die INF-Verhandlungen in Genf erwäge, erklärte Haig, daß die Rüstungskontrolle nicht die gleiche Qualität habe wie andere Sanktionen (wie z.B. Technologietransfer). Es handele sich vielmehr um einen Bereich, der getrennt behandelt werden müsse. Aus taktischen Gründen sollte diese Position jedoch unklar (fuzzy) bleiben mit einer gewissen Betonung des positiven Elements.

Die von Präsident Reagan angedeutete Möglichkeit eines Treffens mit Breschnew im Jahre 1982[16] spielte Haig herunter: Es handele sich um die Wiederholung einer alten Position des Präsidenten (a truism of long-term policy). In seine Bemerkung sollte man deshalb nicht zu viel hineinlegen. Der Präsident habe schon immer auf dem Standpunkt gestanden, daß eine Krise kein Grund zum Abbruch des Dialogs sein sollte – im Gegenteil. Jedenfalls sei die Äußerung des Präsidenten nicht im Sinne einer Erwärmung der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen zu verstehen.

[17]Zu dem am 25.12.1981 eingegangenen Breschnew-Brief bemerkte Haig, daß es sich um einen harten (tough) Text handele. Dabei sei interessant, daß die Verantwortung für die Entwicklung in Polen den USA zugeschoben werde. Daraus könne man folgern, daß die SU in Anspruch nehme, den von den USA angerichteten Schaden ausbügeln zu müssen. (Stoessel kündigte mir an, daß die verbündeten Regierungen in den nächsten Tagen eine Zusammenfassung des Briefes erhalten würden.[18])

Zur KSZE erklärte Haig, dem Präsidenten sei vorgeschlagen worden, eine Sondersitzung (emergency session) über Polen einzuberufen. Im Falle einer positiven Entscheidung des Präsidenten, die man in den nächsten 24 Stunden erwartete, würden die USA diese Sondersitzung innerhalb der nächsten zehn Ta-

15 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

16 Vgl. dazu die Äußerungen des Präsidenten Reagan in einem Interview am 23. Dezember 1981 in Washington; PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1196 f.

17 Beginn des mit Drahtbericht Nr. 5233 übermittelten zweiten Teils des Fernschreibens. Vgl. Anm. 1.

18 Der amerikanische Botschafter Burns übergab Staatssekretär von Staden am 28. Dezember 1981 eine Zusammenfassung des Antwortschreibens des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, auf das Schreiben des Präsidenten Reagan vom 23. Dezember 1981. Darin hieß es: „US overt and covert interference in the internal affairs of Poland has been underway for a long time and gross interference in Poland's affairs is the official policy of the U.S. The Soviet Union condemns this policy and considers it unacceptable." Vgl. den Drahterlaß Nr. 6679 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 29. Dezember 1981 an die Botschaften in Washington und Moskau; VS-Bd. 13318 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

ge beantragen.[19] Haig betonte, daß er es für falsch und tragisch halten würde, den KSZE-Prozeß wegen Polen für null und nichtig zu erklären, denn damit würde sich der Westen den Boden der Legitimität für seine Einwirkung entziehen.

Auf die Frage nach der amerikanischen Einschätzung von etwaigen Sanktionen gegenüber der SU erwiderte Haig, daß er die europäische Skepsis teile. Er habe sich damals gegen die Aufhebung des Getreideembargos[20] ausgesprochen. Jetzt könne man jedoch das Getreideembargo wieder neu als Waffe verwenden. Getreideembargo sowie die Einstellung von Kreditgewährung und Technologietransfer würden aber nur dann wirksam sein, wenn sie auf breiter Front mit Unterstützung aller in Betracht kommenden Länder angewendet würden.

Auf die Frage nach seinem Treffen mit Gromyko am 26.1.1982[21] teilte Haig mit, daß auf amerikanischer Seite die Tagesordnung bereits gut vorbereitet sei. Die Durchführung des Treffens werde jedoch von der weiteren Entwicklung in Polen abhängen.

Auf das Gegenargument, daß die Amerikaner bereit seien, den Dialog gerade auch in einer Krise fortzusetzen, erwiderte Haig, dies sei richtig, nur müsse man darauf achten, daß bei dem Gespräch nicht ein Minus-Ergebnis herauskomme.

Zu den übrigen, eingangs erwähnten Gesprächsthemen folgen getrennte Berichte.

[gez.] Dannenbring

VS-Bd. 11121 (204)

19 Ministerialdirektor Pfeffer notierte am 29. Dezember 1981, die amerikanische Botschaft habe am selben Tag ein Non-paper übergeben, das den Vorschlag enthalte, „das Madrider KSZE-Folgetreffen bereits in der ersten Januarwoche 1982 zu einer Sondersitzung über die Lage in Polen (‚emergency meeting on Poland') einzuberufen. Bevor die USA diesen Vorschlag öffentlich unterbreiten, bitten sie um deutsche Unterstützung hierzu. Dieses Papier wird auch den übrigen NATO-Partnern zugestellt und vermutlich am 30. Dezember 1981 in den NATO-Rat eingeführt. Die Madrider Sondersitzung würde auf der Ebene der Delegationsleiter stattfinden." Vgl. VS-Bd. 13238a (212); B 150, Aktenkopien 1981.

20 Zur Aufhebung der Einschränkung amerikanischer Getreidelieferungen an die UdSSR am 24. April 1981 vgl. Dok. 112, Anm. 23.

21 Der amerikanische Außenminister Haig und der sowjetische Außenminister Gromyko trafen am 26. Januar 1982 in Genf zusammen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministers Genscher vom 27. Januar 1982 sowie den Runderlaß des Vortragenden Legationsrats Vogel vom 2. Februar 1982; AAPD 1982.

391

Aufzeichnung der Ministerialdirektoren Fischer und Pfeffer

421/214-410.41 SOW-1272/81 geheim **29. Dezember 1981**[1]

Betr.: Brief Außenminister Haigs an Bundesminister vom 29.12.1981[2];
hier: vorläufige Bewertung

I. Zusammenfassung des Inhalts

1) Haig teilt aufgrund negativer amerikanischer Lagebeurteilung mit, daß Präsident Reagan in seiner Fernsehansprache vom 29.12.1981 das Inkrafttreten von sieben Wirtschaftsmaßnahmen gegen die Sowjetunion als „Strafe" für deren „Komplizenschaft" bei der polnischen Repression einseitig verkünden wird.[3] Zwei weitere Maßnahmen sollen in Kraft treten, aber nicht verkündet werden. Die INF-Verhandlungen werden ausdrücklich „unter den gegenwärtigen Bedingungen" wegen ihres Spezialcharakters von den vorgesehenen Maßnahmen ausgenommen.

2) Diese Maßnahmen sollen die Sowjetunion veranlassen, ihre Involvierung in Polen aufzugeben und die Rückkehr Polens zu einem Reformkurs zuzulassen.

3) Washington bittet uns, parallele Schritte zu ergreifen. Wir nehmen an, daß der Brief auch an andere Empfänger gegangen ist.

4) Wir werden außerdem gebeten, unsere im Viererrahmen vorbesprochene Rolle bei der Einbringung in den NATO-Rat von Demarchen der Verbündeten in Moskau, Warschau und anderen europäischen Staaten und in der Dritten Welt weiterzuspielen.[4] Dazu werden uns amerikanische Bemerkungen angekündigt, die eine härtere Linie befürworten.[5]

1 Die Ministerialdirektoren Fischer und Pfeffer leiteten die Aufzeichnung über Staatssekretär von Staden an Bundesminister Genscher.
Hat Staden am 30. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl und Vortragendem Legationsrat Jansen am 30. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 5. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 421 verfügte. Vgl. den Begleitvermerk; VS-Bd. 10392 (421); B 150, Aktenkopien 1981.

2 Für das Schreiben vgl. VS-Bd. 14096 (010).

3 Für den Wortlaut der Erklärung des Präsidenten Reagan vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1209. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 163 f.

4 Zur Frage von Demarchen in Warschau, Moskau und bei weiteren Staaten vgl. Dok. 385, Anm. 10.
Ministerialdirektor Pfeffer übermittelte den Botschaften in London, Paris und Washington am 23. Dezember 1981 verschiedene Entwürfe für Demarchen. Elemente für eine Demarche in Warschau lauteten: „1) Höchste Besorgnis über Lage in Polen, insbesondere Internierungen, Gewaltanwendungen gegen Streikende, Todesopfer. 2) Repressionsmaßnahmen bedeuten schwere Verletzung der KSZE-Schlußakte. Dringende Bitte an polnische Führung, Eingriffe in Menschenrechte und Grundfreiheiten zu beenden. 3) Hinweis auf Erklärungen Jaruzelskis, Czyreks und des Militärrats, daß Reformpolitik wiederaufgenommen werden soll. Erwartung, daß dies bald geschieht. Entsprechende Signale sollten so schnell wie möglich gesetzt werden. Künftige Hilfe wird in diesem Lichte geprüft werden." In der Demarche bei der UdSSR und den übrigen Warschauer-Pakt-Staaten sollte „vor den gravierenden Folgen für die Ost-West-Zusammenarbeit" gewarnt werden für den Fall, daß „die Repressionsmaßnahmen in Polen anhalten". Weiter hieß es: „Polen muß seine politische und gesellschaftliche Entwicklung ohne Gewalt und Einmischung von außen selbst bestimmen kön-

5) Haig schlägt eine NATO-Sondersitzung der Außenminister über Polen möglichst in der ersten oder zweiten Januarwoche vor.[6]

II. Bewertung der neun amerikanischen unilateralen Maßnahmen

1) Suspendierung der sowjetischen Aeroflot-Dienste in die USA:

Maßnahme gehört zu „Worst-case"-Katalog.[7] Während USA vertraglich zugesicherte Rechte einseitig suspendiert, haben westeuropäische Staaten bei letztjährigen Beratungen auf Notwendigkeit der Einhaltung vertraglicher Kündigungsfrist bestanden. F lehnte Einbeziehung Luftverkehr aus grundsätzlichen Gründen ab. Auch BMV hier außerordentlich restriktiv.

2) Schließung sowjetischer Einkaufskommission:

Bedeutung dieser Maßnahme schwer einzuschätzen. Identisches besteht bei uns nicht. Sowjetische Handelsvertretung in Köln ist im bilateralen Handels- und Schiffahrtsabkommen[8] verankert. Außerdem sind bei uns zahlreiche Vertretungen sowjetischer Handelsorganisationen und Banken bzw. auch gemischte Gesellschaften nach deutschem Recht tätig. Sie in ihren Funktionen einzuschränken, würde schwerem Eingriff in Handelsverkehr gleichkommen.

3) Suspendierung von Ausfuhrlizenzen für den Export von elektronischer Ausrüstung, Computern und anderem hochtechnologischen Material in die SU:

USA haben bereits seit Afghanistan Lizenzvergabe für Ausfuhr in SU gewissen Beschränkungen unterworfen.[9] In „Worst-case"-Katalog war Gesamtembargo für Exportkontrakte vorgesehen; demgegenüber hat diese Maßnahme bewußt eine eingeschränktere Wirkung. Wir haben, ebenso wie westeuropäische Länder, kein Lizenzsystem (abgesehen von COCOM-System für strategisch relevante Waren).

Fortsetzung Fußnote von Seite 2066

nen." Der Entwurf für die Staaten der „Dritten Welt" wies auf „sowjetische Unterstützung der Gewaltanwendung in Polen" und die „Gefahr für internationale Lage insgesamt" hin. Vgl. den Drahterlaß Nr. 6652; VS-Bd. 13317 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

5 Gesandter Dannenbring, Washington, übermittelte am 24. Dezember 1981 die amerikanische Reaktion auf die Entwürfe der Bundesrepublik für Demarchen in Moskau, Warschau und bei weiteren Staaten: „Grundsätzliches Einverständnis mit Konzept und Adressaten der vorgesehenen Demarche. […] Abweichende Position bezüglich Demarche in Moskau: Es genüge keineswegs, dort nur von sowjetischem ‚Einfluß' auf Entwicklung in Polen zu sprechen. Nach dezidierter US-Auffassung sei SU verantwortlicher Miturheber der Ereignisse. […] Gegenüber Czyrek und katholischen Ländern der Dritten Welt sollte Rolle der Kirche in Polen stark herausgestellt werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5211; VS-Bd. 13317 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
Auf der Sitzung des Ständigen NATO-Rats am 31. Dezember 1981 wünschten die USA die Ergänzung der Demarche um einen „Hinweis auf die amerikanischen Maßnahmen gegen die SU am 29. Dezember 1981. Dieser Hinweis wurde mit der einschränkenden Interpretation, die von allen geteilt wird, angenommen, daß es selbstverständlich den Regierungen freisteht, auf die amerikanische Entscheidung in den Demarchen hinzuweisen oder nicht." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2183 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 31. Dezember 1981; VS-Bd. 13319 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

6 Am 11. Januar 1982 fand eine außerordentliche NATO-Ministerratstagung in Brüssel statt. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 57 und Nr. 64 des Botschafters Wieck, Brüssel (NATO), vom 11. Januar 1982; AAPD 1982.

7 Zur Eventualfallplanung für Polen vgl. Dok. 67.

8 Für den Wortlaut des Abkommens vom 25. April 1958 zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1959, Teil II, S. 222–231.

9 Zu den amerikanischen Sanktionen gegen die UdSSR vgl. Dok. 29, Anm. 10.

4) Vertagung der Verhandlungen über neues langfristiges Weizenabkommen:

Damit wird deutlich, daß laufende Abkommen für 1981 und 1982[10] weiter bedient werden; US-Regierung hat ohnehin in diese Abkommen Antiembargoklausel eingefügt, die sie zur Lieferung der vertraglich vorgesehenen 8 Mio. Tonnen Weizen auch im Embargofall verpflichtet. Offen bleibt damit, ob die USA bereit ist, auch über die 8 Mio. t hinaus Lieferungen zu tätigen, wie dies in den vergangenen Wochen zwischen beiden Staaten besprochen wurde.

5) Suspendierung der Verhandlungen über neues bilaterales Schiffahrtsabkommen und Einführung von Hafenbenutzungskontrollen:

In „Worst-case"-Katalog wollten USA Kündigung der Schiffahrtsabkommen und Sperrung der Häfen einführen; dies wurde jedoch von westeuropäischen Partnern weitgehend aus rechtlichen Gründen abgelehnt. Bei uns würde Schließung der Häfen jedenfalls neue gesetzliche Grundlage erfordern, da Seeschiffahrtsaufgabengesetz von 1965[11] keine derartige Ermächtigung enthält.

6) Einführung der Lizenzpflicht für Exporte von Öl- und Gaseinrichtungen sowie Suspendierung derartiger Lizenzen:

Hiermit wird bisher vorgesehener Export amerikanischer Spezial-Erdölbohrteile und dazugehöriger technischer Ausrüstungen sowie der vorgesehenen Rohrverlegungsmaschinen (Caterpillar) untersagt. Maßnahme zielt offensichtlich u. a. auf das westeuropäische Erdgas-Geschäft. (Wir benötigen für gewisse hochtechnologische Teilausrüstungen amerikanische Genehmigungen, falls Techniker nicht noch andere Auswege finden.)

Hier wie unter 3) gilt, daß nach amerikanischer Gesetzgebung Staat Recht zusteht, Export jederzeit Beschränkungen zu unterwerfen und diese auch wiederum aufzuheben (ein in Europa unbekanntes System).

7) Nichterneuerung bilateraler Vereinbarungen über den Informationsaustausch in Gebieten wie Energie, Wissenschaft und Technologie:

Maßnahme figurierte nicht in „Worst-case"-Katalog. Wir haben (wegen Berlin-Klausel) keine bilateralen wissenschaftlich-technologischen Abkommen mit SU. Innerhalb deutsch-sowjetischer Wirtschaftskommission besteht Arbeitsgruppe für Energie.

8) Verstärkung der Rundfunksendungen in die SU und der „Anti-Jamming"-Aktivitäten: wirft keine großen politischen Probleme auf.

9) Verstärkte Verurteilung der sowjetischen Rolle in Polen innerhalb internationaler Organisationen, stärkere Aktivierung der IAO:

IAO bemüht sich ohnehin schon um verstärkten Einsatz zum Schutz der Arbeiterrechte in Polen.[12] Internationale Organisationen sollten nur dann zur Ver-

10 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

11 Für den Wortlaut des Gesetzes vom 24. Mai 1965 über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt vgl. BUNDESGESETZBLATT 1965, Teil II, S. 833–837.

12 Botschafter Sahm, Genf (Internationale Organisationen), informierte am 30. Dezember 1981 über ein Gespräch mit dem Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), Blanchard, vom selben Tag, in dem dieser über ein Treffen mit dem polnischen Botschafter bei den Internationalen Organisationen in Genf, Sujka, vom 28. Dezember 1981 berichtet habe: „Zu dem von Blanchard beabsichtigten Besuch in Polen hätte Sujka erklärt, daß dies im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sei". Blanchard habe gegenüber Sahm erläutert, „er wolle eine gewisse Zeit abwarten, ob

urteilung der SU herangezogen werden, wenn feststeht, daß sich, wie im Falle der Afghanistan-Invasion[13], große Mehrheit unter Einschluß der Dritten Welt erreichen läßt.

III. Gesamtbewertung

1) Wir teilen die negative amerikanische Lagebeurteilung nicht. Wir halten es immer noch für möglich, daß die polnische Führung einen gewissen Spielraum hat, der ihr erlaubt, gemäß eigener Zusage den Reformkurs wiederaufzunehmen.

2) US-Maßnahmen entsprechen dem amerikanischen Ansatz, daß Sowjetunion „bestraft" werden müsse. Diesen Ansatz lehnen wir grundsätzlich ab[14].

3) Die amerikanischen Maßnahmen schöpfen den „Worst-case"-Katalog der NATO-Eventualfallplanung teilweise aus. Die frühzeitige Anwendung eines Teils der Eventualmaßnahmen reduziert den Katalog erheblich, obwohl Haig in seinem Brief betont, daß für den Fall der Intervention noch genügend Maßnahmen übrigblieben. Als wichtigste Maßnahme bleibt tatsächlich aber nur das volle Handelsembargo übrig.

4) Außerdem sind die amerikanischen Maßnahmen so angelegt, daß sie einerseits den bedeutendsten Teil des amerikanisch-sowjetischen Handels (das Getreide) bis auf weiteres unberührt lassen, andererseits in den betroffenen Sektoren nirgendwo gewichtige amerikanische Interessen entscheidend beeinträchtigen.

5) Wir sollten deshalb grundsätzlich daran festhalten, daß für unsere Maßnahmen gegen die Sowjetunion weiterhin nur beim Eintreten des „worst case" (sowjetische militärische Intervention in Polen, massiver polnischer Widerstand, Blutvergießen) in Frage kommen.[15] Angesichts unserer laufenden Bemühungen, die Tür für eine politische Lösung in Polen offen zu halten, und der nach wie vor nicht auszuschließenden Möglichkeit einer Lageverbesserung sollten wir die amerikanische Bitte um „parallele Handlungen" zunächst nicht aufgreifen, sondern möglichst gemeinsam mit unseren europäischen Verbündeten und in Übereinstimmung mit der Beurteilung des Vatikans uns einen weiteren zeitlichen Spielraum zu bewahren suchen.[16]

6) Das einseitige amerikanische Vorgehen erschwert die Lage im Bündnis und birgt die Gefahr in sich, daß die mangelnde Übereinstimmung noch offenkundiger zu Tage tritt. Das Vorgehen entspricht auch nicht der im Eventualfallplan vereinbarten Prozedur, wonach die Alliierten „zu entscheiden (haben), an welchem Punkt die Minister zur Beratung geeigneter Maßnahmen zusammentreten" sollten.

Fortsetzung Fußnote von Seite 2068

von polnischer Seite ein neues Signal für oder gegen den Besuch einer IAO-Mission gesetzt würde. Sollte zu einem Zeitpunkt, den er im Augenblick nicht genau festlegen wolle, von polnischer Seite klargemacht werden, daß der Besuch grundsätzlich unerwünscht sei (was bisher noch nicht geschehen sei), dann werde er sich genötigt sehen, eine öffentliche Erklärung abzugeben." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2189; Referat 214, Bd. 132927.

13 Zur sowjetischen Intervention in Afghanistan am 24. Dezember 1979 vgl. Dok. 4, Anm. 11.

14 Der Passus „‚bestraft' werden … grundsätzlich ab" wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Strafe? Druck?"

15 So in der Vorlage.

16 Der Passus „die amerikanische Bitte … zu bewahren suchen" wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „Zeit gewinnen! 1) BK Washington; 2) Ministersitzung."

7) Unsere Rolle bei der Vorbereitung der Demarchen sollten wir und unsere Verbündeten der angekündigten härteren Linie Washingtons folgen können.[17]

8) Auf den Vorschlag einer NATO-Sondersitzung der Außenminister sollten wir positiv reagieren. Es wäre allerdings nützlich, wenn vorher eine Sondersitzung der Außenminister der Zehn[18] stattfände[19]. Dieser Punkt ist in einem Ferngespräch zwischen Bundesminister und AM Haig schon einmal erörtert und von Haig positiv aufgenommen worden.[20]

[Pfeffer Per Fischer][21]

VS-Bd. 10392 (421)

392

Botschafter Negwer, Warschau, an das Auswärtige Amt

114-7108/81 VS-vertraulich **Aufgabe: 29. Dezember 1981, 12.45 Uhr**[1]
Fernschreiben Nr. 2084 **Ankunft: 29. Dezember 1981, 13.49 Uhr**
Citissime

Betr.: Gespräch mit Primas[2] über innere Lage (29.12.1981)

Aus den Ausführungen des Primas zur gegenwärtigen Lage ist folgendes festzuhalten:

1) Die Kirche bemühe sich intensiv um eine Betreuung der Internierten und Verhafteten.[3] Sie habe ein Komitee für diese Aufgabe ins Leben gerufen, das von Bischof Miziołek geleitet werde und dem neben Klerikern auch viele Laien, insbesondere Wissenschaftler und Künstler, angehörten. Das Komitee verfüge über eine Liste der Internierten im Warschauer Raum, nicht jedoch über die in den anderen Teilen des Landes. Es sei schwer, genaue Zahlenangaben zu machen, da sich diese ständig änderten. Die teilweise im Westen genannten Grö-

17 So in der Vorlage.
Dieser Satz wurde von Staatssekretär von Staden durch Fragezeichen hervorgehoben.

18 Die außerordentliche Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 4. Januar 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 51 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 5. Januar 1982; AAPD 1982.

19 Der Passus „vorher eine Sondersitzung … stattfände“ wurde von Staatssekretär von Staden hervorgehoben. Dazu vermerkte er handschriftlich: „r[ichtig]“.

20 Zum Telefongespräch des Bundesministers Genscher mit dem amerikanischen Außenminister Haig vom 29. Dezember 1981 vgl. Dok. 390, Anm. 2.

21 Verfasser laut Begleitvermerk. Vgl. Anm. 1.

1 Hat Vortragendem Legationsrat Vogel am 29. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Arnot „n[ach] R[ückkehr] z[ur] g[efälligen] K[enntnisnahme]“ verfügte.

2 Józef Glemp.

3 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 20.

ßenordnungen (45 000 bis 75 000) seien jedoch übertrieben. Die Lage der Internierten sei nach den ersten Tagen, wo diese unter inhumanen Bedingungen gelitten hätten, nunmehr erträglich. Es sei gelungen, vielen Pakete zukommen zu lassen mit dem notwendigsten Bedarf. Doch werde nicht zu allen der Zugang gewährt, obwohl Kardinal Macharski deswegen mit Kiszczak (Innenminister) gesprochen habe. Auch die Zahl der Toten sei nicht genau zu ermitteln, da nicht zu übersehen sei, wie viele Menschen an den Folgen des Vorgehens des Militärregimes in Krankenhäusern etc. verstorben seien. Auch hier seien Größenordnungen von 100 und mehr jedoch stark übertrieben. Das Militärregime habe anfangs gezögert, die Tätigkeit des Komitees zu dulden, sich dann aber damit abgefunden; wie lange dies allerdings währe, sei ungewiß.

Insgesamt verurteile die Kirche schärfstens den Willkürcharakter des Vorgehens des Militärregimes. Teilweise sei es, insbesondere in den Betrieben und Bergwerken, zu brutalen Gewalt- und Racheakten der Miliz gekommen. So seien beispielsweise in einem Fall Bergleute, die sich hätten waschen wollen, nackt in den Schnee hinausgetrieben und mißhandelt worden. Es habe sogar Schießereien zwischen Miliz- und Armeeeinheiten in kleinerem Maßstab gegeben.

2) Die Absichten des Militärregimes seien vollkommen unklar. Es sei auch nicht zu übersehen, wie groß die Handlungsfreiheit Jaruzelskis sei und welchen Einfluß die Equipe aus Moskau ausübe.

Die Kirche werde von dem Militärregime bisher nicht angetastet. Dies liege wohl daran, daß dieses nicht neben der Solidarität gleichzeitig noch mit einem zweiten Gegner zu tun haben wolle. Aufgabe der Kirche sei es, zu vermeiden, daß es zu weiterem Blutvergießen und Gewaltanwendung komme. Man müsse eine Wiederaufnahme des unabwendbaren Kampfes um die Freiheitsrechte der Polen „möglichst weit in die Zukunft aufschieben, wenn die internationale Lage günstiger ist".

3) Die Mission Poggis[4] habe vornehmlich symbolischen Charakter gehabt. Poggi habe „nicht sehr gut verstanden, was in Polen wirklich vor sich geht".

In diesem Zusammenhang ließ der Primas auch erkennen, daß er die Darstellung der polnischen Seite, daß der Papst[5] unter amerikanischem Druck stehe, für abwegig hält.

4) Die Gespräche über die Zukunft der Solidarität hätten sich festgefahren. Wałęsa weigere sich, ohne seine Berater (Geremek und Mazowiecki) mit der Regierung zu verhandeln. Diese sei zwar bereit, das Präsidium der Solidarität freizulassen, nicht jedoch seine Berater.

Es sei völlig unklar, welches Gewerkschaftskonzept die Regierung verfolge. Sollte sie versuchen, die Solidarität zu einer „Staatsgewerkschaft" umzufunktionieren, so werde die wahre Solidarität in den Untergrund gehen. Sie werde dann den passiven Widerstand, der im ganzen Lande verbreitet sei, ohne daß dessen genaue Ausmaße zu übersehen seien, noch intensivieren.

5) Der Primas würdigte ausdrücklich die von den Deutschen auf privater Basis geleistete Hilfe. In jüngster Zeit habe sich aufgrund der Solidarität der Deut-

4 Zum Aufenthalt des Sonderbotschafters des Heiligen Stuhls für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, Erzbischof Poggi, vom 19. bis 27. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 382, Anm. 12.

5 Johannes Paul II.

schen das deutsch-polnische Verhältnis in den Augen des polnischen Volkes „völlig (zum Positiven hin) geändert“.[6]

Der Primas ließ dabei erkennen, daß die katholische Kirche diese Hilfe – wie auch die Lebensmittelhilfe insgesamt – auch weiterhin für sinnvoll hält.

Insgesamt trugen die Ausführungen des Primas eine pessimistische Note. Die Kirche scheint den gegenwärtigen Stillstand als Zeichen zu empfinden, daß das Militärregime kein Konzept hat, mit dem Polens Probleme einvernehmlich angegangen werden können. Der Primas deutete an, daß die Kirche Jaruzelskis Weihnachtsansprache[7] als substanzlos ansieht. Jaruzelski scheint nach seinem Taktieren vor dem 13.12. – wie schon vor ihm Rakowski[8] – in den Augen der Kirche seine Glaubwürdigkeit als möglicher Garant der Erneuerung verloren zu haben.

[gez.] Negwer

VS-Bd. 13283 (213)

393

Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), an Staatssekretär von Staden

114-7109/81 geheim
Fernschreiben Nr. 2168
Citissime nachts

Aufgabe: 29. Dezember 1981, 14.20 Uhr[1]
Ankunft: 29. Dezember 1981, 14.39 Uhr

Herrn Staatssekretär von Staden und Herrn D 2[2] sofort vorzulegen

Betr.: Westliche Politik gegenüber Polen;
hier: NATO-Rats-Beratung am 30.12.1981

Bezug: Drahtberichte Washington Nr. 5220 VS-v[3], Nr. 5230[4] und Nr. 5235[5], alle vom 28.12.1981 – POL 322.00 POL bzw. WI 1-40.28

6 Dieser Satz wurde von Vortragendem Legationsrat Vogel hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen.

7 Zur Rede des Ministerpräsidenten Jaruzelski vom 24. Dezember 1981 vgl. die Drahtberichte Nr. 2061 und Nr. 2071 des Botschafters Negwer, Warschau, vom 25. bzw. 28. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 132916.

8 Dieses Wort wurde von Vortragendem Legationsrat Vogel hervorgehoben. Dazu zwei Ausrufezeichen und handschriftlicher Vermerk: „Er war immer anpassungsfähig!“

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Keil am 29. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Legationsrat Kröger am 30. Dezember 1981 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „H[errn] Möckelm[ann] (s[iehe] letzte Seite).“ Vgl. Anm. 15.

2 Franz Pfeffer.

3 Gesandter Dannenbring, Washington, meldete: „Wie soeben aus dem State Department zu erfahren war, hat die Gruppe für besondere Situationen im Weißen Haus unter Leitung von Vizepräsident Bush heute (28.12.) dem Präsidenten neue Maßnahmen gegenüber Polen und der SU angesichts der fortdauernden Repression in Polen vorgeschlagen. […] Der Gesprächspartner erklärte,

Bitte um Weisung

I. Es ist zu erwarten, daß die amerikanische Regierung bei Beratung im NATO-Rat am 30.12. Versuche energisch fortsetzen wird, Allianzpartner auf wirtschaftliche Sanktionen gegen Polen und deren Androhung gegenüber der Sowjetunion mit dem Ziel festzulegen, das Militärregime zur Rückkehr zum Dialog und zur sofortigen Freisetzung der Internierten[6] zu bewegen. Grundlage der amerikanischen Sanktionspolitik ist die Auffassung, daß letztlich Moskau Verantwortung für die Ausrufung des Kriegszustandes in Polen[7] hat. (Diese Form der sowjetischen Einwirkung wird in Abweichung früherer amerikanischer Überlegungen zur Eventualfallplanung bei indirekter Druckausübung von Moskau mit dem Fall der militärischen Intervention gleichgestellt.) Ferner stützt sich die Sanktionspolitik der USA auf eine sehr negative Einschätzung des polnischen Militärregimes, das entgegen seinen öffentlichen Äußerungen und Zusicherungen bezüglich der Wiederherstellung des Dialogs und der Fortsetzung von Reform und Erneuerung nach amerikanischer Auffassung mit erheblicher Brutalität die bisherige Entwicklung seit August 1980 zerschlagen und damit die Schlußakte von Helsinki[8] und die Vereinbarungen vom August 1980 in Danzig[9] sowie die Menschenrechte im allgemeinen gröblich verletzt hat.

Ich muß davon ausgehen, daß eine wachsende Zahl von Allianzpartnern dem amerikanischen Vorbringen – wenn auch nicht mit innerer Überzeugung, so doch aus Gründen der Opportunität im allgemeinen – ihre Zustimmung zu geben bereit sein wird (Überprüfung der westlichen Haltung zu KSZE; Eingriff in die Wirtschaftsbeziehungen mit Polen; öffentliche Verurteilung des Militärregimes in Polen).

II. Für die deutsche Position, die ja die sowjetische Regierung nicht im Sinne einer direkten militärischen Intervention direkt für die Verhängung des Kriegsrechts in Polen verantwortlich sieht und die dem polnischen Militärregime –

Fortsetzung Fußnote von Seite 2072

er könne keine Angaben über Ausmaß und Inhalt der neuen Maßnahmen machen, bevor nicht der Präsident seine Entscheidung gefällt habe." Vgl. VS-Bd. 11122 (204); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete, daß der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Stoessel, der von einem Journalisten geäußerten Auffassung widersprochen habe, „die Verbündeten hätten sich während der Eagleburger-Reise auf keine gemeinsamen Schritte einigen können, und ‚die Deutschen hätten angeblich noch nicht einmal über Maßnahmen sprechen wollen'. Stoessel meinte, die Verbündeten seien genauso besorgt wie die USA, beurteilten die Entwicklung allerdings aus ihrer geographischen Lage und ihren Handelsinteressen heraus teilweise anders. Es habe eine Reihe von scharfen Erklärungen (‚very strong statements') der Franzosen, Briten und auch der Deutschen gegeben." Vgl. AV, Neues Amt, Bd. 9846.

5 Gesandter Dannenbring, Washington, informierte über die amerikanischen Maßnahmen zur Einschränkung der Wirtschaftsbeziehungen zu Polen. Die Beschränkungen beträfen insbesondere den Export von hochtechnischen Waren, Kreditrestriktionen, die Aufhebung der polnischen Fischereirechte in der „US Fishery Conservation Zone" und die Einschränkung polnischer Luftfahrtrechte. Vgl. dazu AV, Neues Amt, Bd. 9846.

6 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 20.

7 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

8 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

9 Für den Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung am 31. August 1980 in Danzig geschlossen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673–682.

ungeachtet der mit dem Kriegsrecht verbundenen Gewaltausübung – nicht den Willen abspricht, zum Dialog, zur Erneuerung und zur Reform zurückzukehren, und die für die eigene Haltung sehr stark auf die Einschätzung durch den Vatikan und die katholische Kirche in Polen abstellt, haben wir bisher bei mehreren Bündnispartnern Verständnis, ja Zustimmung finden können. Heute muß ich aber, auch im Blick auf die in den Medien sich niederschlagende kritische Einstellung zu unserer Politik[10], darauf hinweisen, daß mit einer abnehmenden Tendenz bei der Unterstützung unserer Haltung durch die Bündnispartner zu rechnen sein wird. Es bedarf daher konzentrierter und konzertierter Anstrengungen, die möglicherweise auch durch unsere Botschaften in den Hauptstädten der Allianzpartner und gegenüber den Botschaftern in Bonn erfolgen könnten, um unser Herangehen an die polnische Krise einschließlich der erhofften Wirkungen unserer Einwirkung auf Warschau[11] und Moskau[12] von dem Odium des Nachgebens und Appeasements freizuhalten und es in der Allianz konsensusfähig zu machen.

Vor diesem Hintergrund bekommt die frühzeitige, ich wiederhole, frühzeitige Unterrichtung der Verbündeten (möglicherweise in kleinstem Kreise und/oder durch direkte Unterrichtung in den Hauptstädten) über den Briefwechsel mit Moskau und Warschau und über den Besuchskontakt auf hoher Ebene mit Warschau[13] eine noch größere Bedeutung, als ihr schon bisher einzuräumen war.[14]

III. Zu den konkreten Maßnahmen, die zur Diskussion anstehen, bemerke ich folgendes:

1) Zu möglichen Optionen für die Handhabung der nächsten Phase der KSZE-Folgekonferenz in Madrid meine ich, daß wir sowohl weiteren Beratungen darüber das Wort reden sollten, evtl. auch zwischen den Ministern, als auch ande-

10 Gesandter Dannenbring, Washington, berichtete am 28. Dezember 1981: „Die Ostküstenpresse kommentiert am 27. und 28.12. verstärkt die Handlungsalternativen des westlichen Bündnisses in der Polen-Frage. In mehreren Beiträgen wird die Bundesregierung und die deutsche Öffentlichkeit wegen ihrer Zurückhaltung scharf angegriffen […]. William Safire (N[ew]Y[ork]T[imes]) schlägt Präsident Reagan vor, den Deutschen mit dem Abzug der amerikanischen Truppen in Berlin (West) zu drohen, falls sie weiterhin in alarmierender Weise Verständnis für die sowjetische Unterdrükkung zeigten." Vgl. den Drahtbericht Nr. 5221; Referat 214, Bd. 132920.

11 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski vgl. Dok. 387.
Zur Übergabe des Schreibens vgl. Dok. 389.

12 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 386.
Zur Übergabe des Schreibens vgl. Dok. 388.

13 Für die Gespräche des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 30. Dezember 1981 vgl. Dok. 396 und Dok. 397.

14 Ministerialdirektor Pfeffer übermittelte Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), am 29. Dezember 1981 die Weisung, die Botschafter bei der NATO im „private meeting" über das bevorstehende Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am nächsten Tag zu unterrichten. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 6682; VS-Bd. 13336 (214); B 150, Aktenkopien 1981.
Wieck informierte am 30. Dezember 1981: „Ich habe am 30.12.1981 vormittags in einer auf meinen Wunsch einberufenen Sitzung des Rats im kleinen Kreis (eins plus eins) den NATO-Rat weisungsgemäß über den Besuch des Stellv[ertretenden] polnischen Ministerpräsidenten Rakowski beim Bundesminister sowie über die Briefe des Bundeskanzlers vom 26.12.1981 an Generalsekretär Breschnew und Ministerpräsident Jaruzelski unterrichtet." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2171; VS-Bd. 13273 (213); B 150, Aktenkopien 1981.

rerseits zustimmen könnten, die spanische Regierung auf Regierungsebene, d. h. durch einen Minister eines Allianzpartners, über unsere Überlegungen vertraulich zu unterrichten.

2) Bei den von uns angeregten Demarchen[15] sollten wir auf die umgehende Übermittlung unserer Vorstellung im einzelnen großen Wert legen. Dabei sollten die uns übermittelten Anregungen von Partnerländern berücksichtigt werden.[16]

3) Bei den wirtschaftlichen Fragen sollten wir gegen die Unterbrechung bestehender vertraglicher Vereinbarungen sprechen, die Sowjetunion zunächst außen vor lassen und die Fortführung der Programme – ausgenommen der Hilfsprogramme karitativen Charakters – von glaubwürdigen Schritten zur Wiederherstellung des Dialogs und der Reform in Warschau abhängig machen. Engste Konsultation mit den Verbündeten sollte dabei unser Anliegen bleiben.[17]

[gez.] Wieck

VS-Bd. 13333 (214)

15 Dieses Wort wurde von Legationsrat Kröger hervorgehoben. Vgl. Anm. 1.
Zur Frage von Demarchen in Moskau, Warschau und bei weiteren Staaten vgl. Dok. 391, Anm. 4.

16 Zur amerikanischen Reaktion auf die Entwürfe der Bundesrepublik für Demarchen in Moskau, Warschau und bei weiteren Staaten vgl. Dok. 391, Anm. 5.
Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 30. Dezember 1981: „Unser Vorschlag fand allseitige Zustimmung. Wir hatten den […] Entwurf unter Berücksichtigung der französischen und teilweise auch der britischen Änderungswünsche am 29.12. zirkuliert. Die amerikanischen Vorschläge waren zu spät eingegangen. Wir haben es übernommen, die in der Sitzung geäußerten Vorstellungen zu berücksichtigen und eine Neufassung – die keinerlei Änderungen in der Substanz enthielt – am 31.12. zu zirkulieren." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2175; VS-Bd. 13319 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

17 Der Ständige NATO-Rat tagte am 30./31. Dezember 1981. Botschafter Wieck, Brüssel (NATO), berichtete am 30. Dezember 1981 über die Sitzung am selben Tag, der Vorschlag, eine Sitzung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten einzuberufen, habe Zustimmung gefunden. Zu den wirtschaftlichen Maßnahmen vermerkte Wieck, die USA hätten folgende Position vertreten: „Die USA erstrebten keine Konfrontation. Es sei jedoch notwendig, daß das Bündnis konkrete Schritte ergreife, um angesichts der Spaltungsversuche der SU seine Glaubwürdigkeit zu unterstreichen und in Polen die Wiederaufnahme des Dialogs zu erreichen." Ferner habe man sich auf amerikanischen Vorschlag hin für den Versuch ausgesprochen, eine KSZE-Sondersitzung in Madrid einzuberufen: „Es würde sich dabei um eine Geste handeln, da mit dem tatsächlichen Zustandekommen einer solchen Sitzung nicht zu rechnen ist." Ebenso sei der Vorschlag der Bundesrepublik, koordinierte Demarchen auszuführen, unterstützt worden. Vgl. den Drahtbericht Nr. 2173; VS-Bd. 13333 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

394

Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt

114-7116/81 geheim
Fernschreiben Nr. 171
Citissime

Aufgabe: 29. Dezember 1981, 18.48 Uhr[1]
Ankunft: 29. Dezember 1981, 19.04 Uhr

London bitte D 2[2] vorlegen.

Betr.: Lage in Polen;
hier: Einschätzung durch den Heiligen Stuhl

Bezug: 1) DE Nr. 6673 Plurez vom 28.12.81[3]
2) Ferngespräch StS von Staden – Gehlhoff

I. Kardinalstaatssekretär Casaroli empfing mich heute (29.12.) zu einem gut halbstündigen Gespräch über die Lage in Polen. Ich unterrichtete ihn streng vertraulich über die Botschaften des BK an Generalsekretär Breschnew[4] und an Ersten Sekretär Jaruzelski[5] sowie über den bevorstehenden Besuch von Vize-MP Rakowski in Bonn[6]. Casaroli bedankte sich nachdrücklich für diese Informationen, sagte Unterrichtung des Papstes und im übrigen absolut diskrete Behandlung zu.

II. Zur Einschätzung der Lage in Polen durch den Heiligen Stuhl machte Casaroli folgende Angaben:

1) General Jaruzelski habe immer wieder, so auch gegenüber Erzbischof Poggi[7], versichert, daß er den Ausnahmezustand in Polen[8] aus eigenem Entschluß verhängt habe. Ihm, Casaroli, falle es allerdings schwer, sich vorzustellen, daß Jaruzelski seinen Entschluß „ohne Kenntnis, ohne Billigung und ohne Ermunterung“ seitens der Sowjetunion gefaßt habe. Es sei für einen Außenstehenden

1 Hat Vortragender Legationsrätin I. Klasse Steffler am 4. Januar 1982 vorgelegen.

2 Ministerialdirektor Pfeffer hielt sich anläßlich der Sitzung der Politischen Direktoren und der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten in London auf. Vgl. dazu Dok. 397 und Dok. 398.

3 Ministerialdirektor Pfeffer bat Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), im Gespräch mit dem Sekretär des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls, Kardinal Casaroli, und dem Sonderbotschafter des Heiligen Stuhls für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, Erzbischof Poggi, zu erurieren, „wie die polnische Kirche und der Vatikan die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse innerhalb der polnischen Führung (Rolle der Armee und der Sicherheitskräfte sowie der Partei) sowie die Bedeutung äußerer Einflüsse (SU, andere WP-Staaten)“ einschätzten. Ferner sollten die Internierungen sowie die Lage der polnischen Kirche besprochen werden. Vgl. VS-Bd. 13317 (214); B 150, Aktenkopien 1981.

4 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, vgl. Dok. 386.
Zur Übergabe des Schreibens vgl. Dok. 388.

5 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski vgl. Dok. 387.
Zur Übergabe des Schreibens vgl. Dok. 389.

6 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 395 und Dok. 396.

7 Zum Aufenthalt des Sonderbotschafters des Heiligen Stuhls für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, Erzbischof Poggi, vom 19. bis 27. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 382, Anm. 12.

8 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

nahezu unmöglich, eindeutig zu beurteilen, in welchem Grade bei der Verhängung des Ausnahmezustandes nationale Überlegungen und sowjetischer Druck maßgeblich waren. Die amerikanische Regierung habe ihm bei seinem Besuch in Washington am 15.12.[9] beteuert, daß sie Beweise für die Anordnung des Ausnahmezustandes durch Moskau besitze. Solche „Beweise" seien ihm bisher nicht bekanntgeworden. Daß Moskau die polnische Führung unmißverständlich gemahnt habe, die fatale Entwicklung selber zu korrigieren, damit dies nicht die sozialistische Staatenwelt im ganzen tun müsse, daran sei allerdings nicht zu zweifeln.

2) Casaroli äußerte dezidiert, der Heilige Stuhl sehe eine Rückkehr zum Dialog und zum Reformkurs in Polen ebenso für nötig wie für möglich an. In Übereinstimmung mit dem polnischen Episkopat halte der Heilige Stuhl drei Forderungen für unabdingbar:

– Beendigung des Ausnahmezustandes;
– Freilassung der Internierten;
– Wiedereinsetzung der Gewerkschaft „Solidarität" in ihre Rolle.

Was die Erfüllung dieser Forderungen angehe, so sei freilich eine nüchterne Einschätzung angebracht. Könne man erwarten, daß die Regierung den Ausnahmezustand aufhebe, wenn sie damit rechnen müsse, daß schon am folgenden Tag die Lage im Lande wieder ebenso zugespitzt sei wie Anfang Dezember?

Etwas günstiger sei die Perspektive für die Freilassung der Internierten[10] zu beurteilen. Jaruzelski habe in Aussicht gestellt, daß die Internierten, wenn sie wollten, das Land verlassen könnten. Es gebe auch eine gewisse, bisher freilich recht schwache Andeutung der polnischen Militärregierung, daß die ausreiseinteressierten Internierten von ihren Familienangehörigen begleitet werden könnten und daß sie später wieder nach Polen zurückkehren dürften.

In diesem Zusammenhang verdiene anerkannt zu werden, daß Jaruzelski sein Versprechen, Blutvergießen vermeiden zu wollen, tatsächlich gehalten habe. Es habe bedauerlicherweise sieben Tote[11] gegeben, aber jedenfalls nicht Hunderte oder Tausende. Auch Papst Johannes Paul II. sei davon nicht unberührt, daß sein dringender Appell, es dürfte nicht von neuem polnisches Blut vergossen werden[12], Gehör gefunden habe.

Zur Wiedereinsetzung der Gewerkschaft „Solidarität" in ihre Rolle habe der Heilige Stuhl bisher keine ermutigenden Anzeichen entdecken können. Jaruzelski habe gegenüber Poggi geäußert, die Gewerkschaft „Solidarität" habe auf den Sturz der Regierung hingearbeitet. In der Tat sei ja vorstellbar, daß eine freie Betätigung von „Solidarität" eines Tages den Sturz der Regierung zur Folge haben würde. Andererseits sei unübersehbar, daß die Gewerkschaft „Solidarität" der Ausdruck einer breiten Volksbewegung sei. Daran könne die Regierung

9 Zum Besuch des Sekretärs des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls, Kardinal Casaroli, in den USA vgl. Dok. 389, Anm. 13.

10 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 20.

11 Zu den Todesfällen am 16. Dezember 1981 auf der Zeche Wujek in Kattowitz vgl. Dok. 387, Anm. 8.

12 Zur Mitteilung von Papst Johannes Paul II. vom 21. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski vgl. Dok. 389, Anm. 12.

nicht vorbeigehen, unabhängig davon, ob diese Volksbewegung den Namen „Solidarität“ oder einen anderen Namen trage. Mit dieser Bewegung müsse der Dialog wieder angeknüpft werden.

3) Der Handlungsraum der katholischen Kirche in Polen sei auch seit dem 13. Dezember im großen und ganzen gesichert. Das Militärregime habe nicht plötzlich einen antikirchlichen Kurs eingeschlagen, sondern sei vielmehr höchst interessiert daran, das Ansehen und die Dienste der Kirche für die Beruhigung der Lage im Lande einzusetzen. Die Kirche müsse aber darauf achten, daß sie in den Augen der Bevölkerung nicht in Verdacht gerate, sich mit dem Militärregime zu liieren oder gar gemeinsame Sache mit ihm zu machen.

4) Casaroli legte schließlich Wert darauf, sich zur Frage der ausländischen Hilfe für Polen auf persönlicher Basis und nicht unbedingt autoritativ für den Heiligen Stuhl zu äußern. Er habe dieses Problem zuletzt noch am Abend des 28.12. eingehend mit dem Papst erörtert. Ein abschließendes, definitives Wort zu diesem Thema falle schwer, solange die Entwicklung in Polen nicht ganz eindeutig zu beurteilen sei.

Die Lebensmittellieferungen und die humanitäre Hilfe sollten wohl fortgesetzt werden, denn sie kämen der Bevölkerung zugute, selbst wenn unvermeidlich davon auch die Regierung profitiere. Allerdings sollte sich der Westen vergewissern, daß diese Hilfen tatsächlich an die Bevölkerung gelangten. Auch sollte der Westen in geeigneter Weise bei der Fortsetzung dieser Hilfe darauf dringen, daß die vom Militärregime gegebenen Versprechen (Wiederaufnahme des Dialogs mit allen gesellschaftlichen Gruppen, Weiterführung des Reformkurses) eingehalten werden. Dieses Ziel sei zwischen den USA und den Europäern gewiß nicht strittig. In der Präsentation ihrer Forderungen könnten die Europäer aber wohl etwas subtiler sein als die Amerikaner, die stets ihr Gesamtverhältnis zur Sowjetunion im Auge behalten müßten.

Für die Frage der staatlichen Wirtschaftshilfe, insbesondere der Kredithilfe des Westens an Polen, könnten im Grunde dieselben Überlegungen angestellt werden wie für die Lebensmittellieferungen und die humanitären Hilfen. Noch nachdrücklicher als im ersten Falle sollte hier aber auf Einhaltung der vom polnischen Militärregime gemachten Versprechen gedrängt werden.

Casaroli erklärte ferner auf Frage, daß der Heilige Stuhl – entgegen einigen Zeitungsmeldungen – keine Weisung an die Nuntiaturen gerichtet habe, sich bei ihren Gastregierungen gegen jede Unterbrechung der westlichen Hilfe an Polen einzusetzen.

Ich wies Casaroli meinerseits darauf hin, daß die von ihm befürwortete Haltung zur Fortsetzung der Lebensmittellieferungen bereits im Schreiben des Bundeskanzlers an Jaruzelski zum Ausdruck komme. Außerdem erläuterte ich kurz die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 18.12.81.[13]

5) In einer abschließenden kurzen Zusammenfassung hob Casaroli noch einmal hervor: Die Lage in Polen sei nicht völlig eindeutig zu beurteilen. Eine Rückkehr zum Dialog und zum Reformkurs sei nach Auffassung des Heiligen Stuhls nicht unmöglich. Daß Jaruzelski bei Verhängung des Ausnahmezustandes in

13 Zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vgl. Dok. 382, Anm. 17.

subjektiv guter Überzeugung, d.h. für ein nationales Ziel, gehandelt habe, sei denkbar oder jedenfalls nicht ausgeschlossen. Es komme jetzt alles darauf an, bald klare Zeichen für die Rückkehr zum Dialog zu erhalten. Der Heilige Stuhl lege auch seinerseits Wert darauf, in dieser Situation mit der Bundesregierung engen Kontakt zu halten.

[gez.] Gehlhoff

VS-Bd. 11100 (203)

395

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski

105-103.A/81 **30. Dezember 1981**[1]

Vier-Augen-Gespräch des Herrn Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten mit dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Herrn Rakowski, am 30.12.1981 um 11 Uhr[2];
hier: Dolmetscheraufzeichnung

BM betonte einleitend, daß es für die Bundesregierung von großem Interesse sei zu erfahren, wie Rakowski und General Jaruzelski die Entwicklungen in der VR Polen einschätzten und welche Ziele die Regierung verfolge. Daher sei dieses Treffen auch zu der ungewöhnlichen Zeit zwischen den Feiertagen ermöglicht worden.

Rakowski bedankte sich für die Bereitschaft der Bundesregierung, diese Gespräche zu führen, und übermittelte Grüße von General Jaruzelski. Er betonte, daß dies der erste Besuch eines Mitglieds der polnischen Regierung in einem westlichen Land nach dem 13. Dezember[3] sei. Seine Regierung lege großen Wert darauf, daß die Bundesregierung aus erster Hand ein Bild über die Ereignisse des 13. Dezember und über die künftigen Ziele der Regierung erhalte. Um die Entwicklung der Situation richtig darstellen zu können, müsse er jedoch in die Vergangenheit zurückgreifen. Ausgangspunkt sei der Augenblick, in dem „Solidarität" beschlossen habe, eine freie und unabhängige Gewerkschaft zu sein.[4] Für ein sozialistisches Land sei die Tatsache der Anerkennung einer solchen freien Gewerkschaft durch Partei und Regierung von großer historischer Bedeu-

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Hamerlak-Hermesdorff gefertigt.
Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 30. Dezember 1981 vorgelegen, der die Weiterleitung an Vortragenden Legationsrat Jansen „f[ür] Brüssel" verfügte und handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht genehmigt."
Hat Jansen am 4. Januar 1982 vorgelegen.

2 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 396.

3 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

4 Zur Gründung der Gewerkschaft „Solidarność" am 17. September 1980 vgl. Dok. 1, Anm. 2.

tung. Zweifellos hätten Millionen von Polen in der „Solidarität“ die gesellschaftliche Kraft gesehen, die die nötigen Veränderungen beschleunigen könne. Man müsse zugeben, daß in den ersten Monaten nach dem August 1980 nicht die Partei, sondern die Gewerkschaft die reformatorische Kraft im Lande gewesen sei.

Die Führung der Partei habe keinerlei Aktivitäten entfaltet, und Kania habe die Reformen eher verzögert, er sei schwankend und unentschlossen gewesen. In dieser Situation sei die „Solidarität“ immer stärker geworden. Eine wichtige Entwicklung sei mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch General Jaruzelski[5] eingeleitet worden, der zunächst eine Frist von neunzig Tagen ohne Streik gefordert habe. Das wichtigste Element seines Regierungsprogramms sei gewesen, daß er ein auf einer Partnerschaft zwischen Regierung, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen und politischen Organisationen beruhendes System habe aufbauen wollen. Diese Konzeption hätten Jaruzelski und er selbst erarbeitet, und die Tatsache, daß eine solche Partnerschaft in einem sozialistischen Staat akzeptiert worden sei, stelle etwas völlig Neues dar. Bemerkenswert sei ferner, daß die Sowjetunion, die eine völlig andere Struktur habe, die in Polen vertretenen reformistischen Ansichten akzeptiert habe. In einer ersten Phase nach dem August 1980 hätten die sowjetischen Führer zwar in der Entwicklung in der VR Polen eine Bedrohung gesehen und an eine Intervention gedacht, eine Gefahr, die bekanntlich im Dezember 1980 besonders akut gewesen sei. „Solidarität“ habe der Regierung Jaruzelski zwar kühl, aber nicht feindlich gegenüber gestanden.

Ein wichtiger Schritt in der weiteren Entwicklung seien die Ereignisse von Bromberg (Bydgoszcz)[6] gewesen, die BM bei seinem Aufenthalt in Warschau[7] sofort erklärt worden seien. Damals seien bei der Besetzung des Gebäudes des Wojewodschaftsrats durch Solidaritäts-Mitglieder drei von ihnen von Ordnungskräften geschlagen worden. Objektiv gesehen, habe es so kommen müssen, da sich sehr starke Leidenschaften aufgestaut gehabt hätten. „Solidarität“ habe daraufhin zunächst einen Warnstreik und dann für den 31. März 1981 einen Generalstreik im ganzen Land ausgerufen. Daraufhin sei es zu Verhandlungen zwischen Vertretern der Regierung und „Solidarität“ und zur Unterzeichnung der „Warschauer Vereinbarung“[8] gekommen. Schließlich sei der Generalstreik abgesagt worden. Schon damals seien bei „Solidarität“ Stimmen laut geworden, die zur Machtübernahme gedrängt hätten. Die Regierung habe dies jedoch als Kinderspiel abgetan und die Vorliebe für Streikaktionen als Zeichen der Jugend und der Unerfahrenheit der Gewerkschaftsorganisation erachtet und auf die Tatsache zurückgeführt, daß Streiks 30 Jahre lang verboten gewesen seien und die Arbeiterklasse sich nun auch in dieser Form artikulieren wolle. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß diese Beurteilung nicht die richtigste gewe-

5 Am 11. Februar 1981 übernahm der polnische Verteidigungsminister Jaruzelski das Amt des Ministerpräsidenten, wobei er sein Amt als Verteidigungsminister beibehielt. Vgl. dazu Dok. 46.

6 Zu den Unruhen am 19./20. März 1981 in Bromberg vgl. Dok. 80, Anm. 120.

7 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

8 Die polnische Regierung und die Gewerkschaft „Solidarność“ einigten sich am 30. März 1981 auf einen Kompromiß zur Beilegung der durch die Unruhen am 19./20. März 1981 in Bromberg verschärften innenpolitischen Krise in Polen sowie zur weiteren Tätigkeit von Gewerkschaften. Für den Wortlaut der gemeinsamen Erklärung vgl. EUROPA-ARCHIV 1981, D 333 f.

sen sei. Unablässig sei die Streikwelle weitergegangen, und stets habe die Regierung den Forderungen der Gewerkschaft nachgegeben. Es seien freie Samstage erzwungen worden, was unter den gegebenen Bedingungen ein starker Schlag gegen die Volkswirtschaft gewesen sei. Ständig seien Lohnerhöhungen erzwungen worden. Das Jahr 1981 gehe nun mit einem Produktionsrückgang von etwa 25 bis 30 % zu Ende, das Volkseinkommen sei um 15 % niedriger als im Vorjahr. Auf dem Markt befinde sich ein Geldüberhang von 1 Billion Złoty.

Der 9. Parteitag der PVAP vom Juli 1981[9] habe zum ersten Mal gezeigt, daß es eine Alternative zu „Solidarität" gebe. Einen so demokratischen Parteitag habe es in keiner anderen kommunistischen Partei auf der ganzen Welt gegeben. Hier sei ein Reformprogramm erarbeitet worden, das – wenn man es nach den alten Kriterien beurteile – seine Autoren in die Nähe des Revisionismus bringe. Natürlich habe es in der Partei sowohl Befürworter als auch Gegner dieser Reformtendenzen gegeben. Anfang August hätten wiederum Gespräche zwischen Regierung und „Solidarität" stattgefunden, die jedoch am zweiten Tag, als das Abschlußkommuniqué beinahe fertig gewesen sei, von „Solidarität" abgebrochen worden seien. Hier habe sich gezeigt, daß die Führer der „Solidarität" immer radikalere Tendenzen verfolgten. Die Extremisten in der Gewerkschaftsbewegung hätten immer entscheidenderen Einfluß gewonnen. Zu diesem Zeitpunkt sei auch eine Abnahme der Sympathie für „Solidarität" unter der Bevölkerung zu beobachten gewesen, was jedoch nicht bedeutet habe, daß die Sympathie für die Partei wieder gewachsen sei. Vielmehr sei eine neutrale Haltung festzustellen gewesen. Die Führer der „Solidarität" hätten daraus den Schluß gezogen, daß sie durch eine Radikalisierung wieder die volle Unterstützung der Bevölkerung erlangen würden. Zu bemerken sei auch, daß die von Solidarität verfolgte Linie nicht von den Arbeitern, sondern von Intellektuellen, den Beratern von „Solidarität", festgelegt worden sei. Diese Berater seien hochgebildet, hätten aber früher kaum Kontakt zur Arbeiterklasse gehabt. So sei z. B. der Berater der „Solidarität" der Bergleute der Fürst Czartoryski gewesen, und der Berater einer anderen Solidaritätsorganisation Graf Wielowieyski. Nicht die Titel und die Abstammung seien hier von Bedeutung, doch handele es sich um eine gesellschaftliche und politische Gruppe von Leuten, die sich der Gewerkschaft „Solidarität" bedienten, um diese zu einer politischen Opposition umzugestalten. Berücksichtige man jedoch die Realitäten in Polen, in Osteuropa und in der Welt, so müsse man feststellen, daß es für die Entstehung einer politischen Oppositionspartei in Polen heute noch zu früh sei. Kardinal Wyszyński habe im August gesagt: „Landsleute, fordert nicht alles auf einmal"[10], aber er sei nicht gehört worden, so wie auch die Regierung und Partei nicht gehört worden seien. Gleichzeitig sei „Solidarität" immer mehr radikalisiert worden. In den letzten Monaten habe es mit „Solidarität" keine Möglichkeit einer Verständigung über irgendeinen Punkt mehr gegeben. „Solidarität" habe auf alle Versuche mit „Nein" geantwortet.

9 Zum IX. Außerordentlichen Parteitag der PVAP vom 14. bis 20. Juli 1981 in Warschau vgl. Dok. 205, Anm. 35.

10 Vgl. dazu die Predigt des Primas von Polen, Kardinal Wyszyński, am 26. August 1980 im Kloster Jasna Góra in Tschenstochau; EUROPA-ARCHIV 1980, D 667–671 (Auszug).

Im September habe dann der erste Kongreß von „Solidarität“[11] stattgefunden, der zu einem Festival oppositioneller Reden geworden sei. Damals sei auch die berühmte Botschaft an die Werktätigen der osteuropäischen Staaten[12] verfaßt worden, die von diesen Staaten als Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten verurteilt worden sei. Im Oktober/November sei in den Kontakten zwischen Regierung und „Solidarität“ eine wesentliche Veränderung eingetreten. Die Regierung habe sich zum ersten Mal den Forderungen von „Solidarität“ widersetzt. Zum ersten Mal sei dies geschehen, als in der Wojewodschaft Grünberg „Solidarität“ durch Streik die Absetzung eines Direktors habe erzwingen wollen, weil er „Solidaritäts“-Mitgliedern die Kündigung ausgesprochen habe. Trotz eines dreiwöchigen Streiks, an dem sich 150 000 Arbeiter beteiligten, habe die Regierung nicht nachgegeben. Auch habe die Regierung zum ersten Mal die Zahlung von Streikgeldern verweigert, die sie bis dahin gezahlt habe. In gleicher Weise sei die Regierung bei einem dreiwöchigen Streik in der Textilstadt Żyrardów verfahren. Diese ersten Weigerungen der Regierung hätten jedoch zu einer noch weitergehenden Radikalisierung von „Solidarität“ beigetragen.

Am 4.11.1981 sei es zum ersten Mal zu einem Treffen Glemp, Jaruzelski, Wałęsa gekommen. Jaruzelski und er, Rakowski, seien die Autoren der Konzeption der „nationalen Verständigung“, und man solle sie nicht verdächtigen, daß das damalige Treffen nur Taktik gewesen sei.[13] Es habe sich vielmehr um den letzten verzweifelten Versuch gehandelt, dem Prozeß der Vernichtung Polens Einhalt zu gebieten. Der Staat sei damals im Auflösungszustand gewesen, es habe volle Anarchie geherrscht. Das polnische Volk habe den Eindruck erweckt, als befinde es sich in einem Zustand des Amoklaufs. Keinerlei Appelle hätten mehr geholfen. Als die Regierung von General Jaruzelski versucht habe, die „Front der nationalen Verständigung“ zu bilden, schien „Solidarität“ anfangs zuzustimmen, habe dann Bedingungen gestellt, die dahin gegangen seien, daß allein „Solidarität“ die Positionen in dieser Front verteilen wolle. In dieser Zeit habe der Sejm zweimal gewarnt, daß die Regierung außerordentliche Maßnahmen werde treffen müssen, falls nicht auf anderem Wege die Ordnung im Lande wiederhergestellt würde. Daher entspreche es nicht der Wahrheit, daß der Kriegszustand ohne Vorwarnung verhängt worden sei. Er selbst habe auch diese Warnung ausgesprochen, die Antwort von „Solidarität“ sei jedoch eine ver-

11 Zum ersten Kongreß der Gewerkschaft „Solidarność“ vom 5. bis 10. September 1981 in Danzig, der vom 26. September bis 7. Oktober 1981 fortgesetzt wurde, vgl. Dok. 256, Anm. 19, und Dok. 274, Anm. 9.

12 Für den Wortlaut der „Botschaft an die Werktätigen Osteuropas“ der Gewerkschaft „Solidarność“ vom 9. September 1981 vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 103.

13 Botschafter Negwer, Warschau, informierte am 5. November 1981 über das Gespräch zwischen dem Primas von Polen, Erzbischof Glemp, Ministerpräsident Jaruzelski und dem Vorsitzenden der Gewerkschaft „Solidarność“, Wałęsa, am Vortag: „Nach dem von der Presse als Spitzenmeldung verbreiteten PAP-Kommuniqué hat in dem zweistündigen Gespräch ein ‚Meinungsaustausch über Methoden der Überwindung der Krise und Möglichkeiten der Bildung einer Front der Nationalen Verständigung als dauerhafter Plattform für den Dialog und die Konsultation der politischen und gesellschaftlichen Kräfte auf der Grundlage der Verfassungsprinzipien Polens‘ stattgefunden. […] Wie von Solidarność vertraulich verlautet, hat mehr als der ‚Nationale Rat der Verständigung‘ tatsächlich der ‚Gesellschaftliche Konsultativrat‘ im Mittelpunkt des Gesprächs gestanden. Während beim ersteren bestenfalls ein allgemeines Einvernehmen, hierüber weiter zu sprechen, bestehe, sei letzteres Projekt inzwischen in einer konkreten Phase, so daß ein Abschluß der Verhandlungen in Sicht sei.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1649; Referat 214, Bd. 132912.

stärkte Streikaktivität gewesen. (Rakowski zeigte eine Dokumentation über die Streiktätigkeit zwischen dem 4.11. und dem 29.11., die sich über mehrere Seiten erstreckte.)

Am 3.12.81 habe das Präsidium der „Solidarität" in Radom getagt.[14] Dort sei in aller Deutlichkeit von Konfrontation die Rede gewesen, die Gewerkschaft habe eine eigene Wahlordnung vorgeschlagen und vorgezogene Sejm-Wahlen und für die Zwischenzeit die Bildung einer provisorischen Regierung gefordert. In aller Klarheit sei auch von der Notwendigkeit der Machtübernahme gesprochen worden. Für den 11./12. Dezember sei eine Sitzung des Landesausschusses von „Solidarität" in Danzig[15] angekündigt worden. Die Regierung habe gehofft, die harte Haltung von Radom würde gemildert werden. Aber bereits nach dem ersten Tag sei zu erkennen gewesen, daß der Kurs von Radom fortgesetzt würde. „Solidarität" habe beschlossen, Arbeitergarden in den Betrieben zu schaffen, und der Beschluß von Radom, am 17. Dezember im ganzen Land Massendemonstrationen zu veranstalten, die eine Generalprobe für die Machtübernahme darstellen sollten, sei bekräftigt worden. Für den 21.12. sei ein Generalstreik beschlossen worden. Als wichtiges Detail sei hervorzuheben, daß auch die Beseitigung der PVAP in den Betrieben beschlossen worden sei. Auf Plakaten sei die PVAP offen angegriffen worden. Die Aktivitäten von „Solidarität" hätten in deutlichem Widerspruch zu den statutmäßigen Vereinbarungen sowie zu den Vereinbarungen von Danzig[16] und Stettin[17] gestanden.

Polen habe sich am Rande des Bürgerkrieges befunden. Hier habe die Regierung zwei Wege zur Wahl gehabt. Entweder auf den Ausbruch des Bürgerkrieges und auf die hiermit verbundene unvermeidliche sowjetische Intervention zu warten oder aber selbst einen Schritt zu tun, der die fatale Entwicklung zum Stillstand bringen könnte. Die erste Lösung wäre in Anbetracht der in Polen entfesselten Leidenschaften selbstmörderisch gewesen. Auch habe die sowjetische Führung der polnischen Regierung und Partei gesagt, daß sie ihnen zur Hilfe käme, bevor „Solidarität" sie hängen werde. In dieser Lage hätten General Jaruzelski und er die zweite Lösung als die bessere erachtet. Unter den gegebenen Umständen könne man jedoch von keiner Wahl zwischen einer guten und einer sehr guten Lösung sprechen. Die getroffene Entscheidung habe eine Reihe von Positiva, aber natürlich auch Negativa. In letzter Zeit habe sich die Führung der VR Polen unter starkem Druck der Bevölkerung befunden, wann sie denn endlich diesem Wahnsinn ein Ende bereite. Rakowski bat, ihm zu glauben, daß General Jaruzelski und seine engsten Mitarbeiter sich der Folgen der Ausrufung des Kriegszustandes voll bewußt gewesen seien. Daher hätten sie seine Verhängung so lange wie möglich hinausgezögert. Und Jaruzelski wäre wohl der letzte gewesen, der den Kriegszustand habe einführen wollen. Habe er doch genau gewußt, was das für ein Land bedeute. Er selbst,

14 Zur Sitzung des Präsidiums der Gewerkschaft „Solidarność" vgl. Dok. 365, Anm. 4.

15 Zur Tagung der Landeskommission der Gewerkschaft „Solidarność" vgl. Dok. 365, Anm. 5.

16 Für den Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung am 31. August 1980 in Danzig geschlossen wurde, vgl. EUROPA-ARCHIV 1980, D 673–682.

17 Für den Wortlaut der Vereinbarung, die zwischen dem überbetrieblichen Streikkomitee und der polnischen Regierung am 30. August 1980 in Stettin geschlossen wurde, vgl. POLISH CRISIS 1980–1981, S. 66–69.

Rakowski, versuche, die Entwicklung objektiv zu beurteilen, und er meine auch heute, daß es leider keinen anderen Ausweg gegeben habe. Das sei der Preis gewesen, den Polen habe zahlen müssen. Hätten sie tatenlos weiterhin zugeschaut, dann wäre der Preis noch höher gewesen.

Von grundlegender Bedeutung sei die Frage nach der künftigen Entwicklung. Als erstes lege er Wert auf die Feststellung, daß die Zukunft Polens nicht auf Repressionen aufgebaut werden könne. Polen sei ein offenes Land und könne nicht abgekapselt werden. Das erste und vordringliche Ziel sei es gewesen, mit der Verhängung des Kriegszustandes einen Schock auszulösen und das Fahrzeug Polen, das sich in rasender Fahrt befunden habe, zum Stehen zu bringen.

Hierbei seien repressive Maßnahmen unumgänglich gewesen. 5000 Menschen seien interniert worden, was nicht gleichbedeutend mit verhaftet sei.[18] 588 Personen seien in der Zwischenzeit freigelassen worden, und diese Freilassungen sollten systematisch fortgesetzt werden. Der Militärrat habe auch bereits einen Amnestieerlaß verabschiedet, demgemäß vor dem 13.12. begangene Verstöße gegen geltendes Recht nicht geahndet würden.[19] Rakowski räumte die Möglichkeit ein, daß das Kriegsrecht von einzelnen Polizisten mißbraucht werde, da eine volle Überwachung nicht möglich sei. Generell könne er jedoch sagen, daß den Internierten kein Härchen gekrümmt worden sei, auch nicht Kuroń und Michnik.[20] In „Le Monde“ sei eine Todesanzeige von Mazowiecki erschienen.[21] Dieser sei zwar interniert, aber er lebe und sei gesund, und laut einem Brief an seine Familie verbringe er die meiste Zeit mit Bridgespielen. Die Regierung und Partei seien keinesfalls blutrünstig. Durch den Kriegszustand sollte nur der zerstörerische Lauf der Entwicklung aufgehalten werden. Sie seien sich der großen Tragweite der Ereignisse bewußt, aber auch sicher, daß das Urteil der Geschichte milder ausfallen werde als die nun laut werdende Kritik.

Was die künftige Entwicklung anbetrifft, so könne er hier zwei Thesen nennen: Erstens: Polen könne nicht zu der Situation vor dem August 1980 zurückkehren. Zweitens: Polen könne nicht zu der Anarchie, die vor dem 13. Dezember 1981 geherrscht habe, zurückkehren. Dies bedeute, daß die grundlegenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen erhalten bleiben müßten. In wenigen Tagen stellte Rakowski eine programmatische Regierungserklärung in Aussicht, die die Richtung für die nächsten Jahre festlegen werde. Alle gesellschaftlichen, aber auch politischen Strukturen in Polen müßten verändert wer-

18 Zu den Verhaftungen in Polen nach der Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 20.

19 Zum Amnestiedekret des polnischen Militärrats vom 14. Dezember 1981 vgl. Dok. 365, Anm. 9. Botschafter Negwer, Warschau, legte am 24. Dezember 1981 dar, das Amnestiedekret sei „angesichts der völlig willkürlichen Internierung ohne jede tatsächliche Auswirkung geblieben. Die einzige Bedeutung, die es gehabt zu haben scheint, war die Funktion als gleichzeitiges Lock- und Druckmittel für die Unterschriftsleistung unter eine Loyalitätserklärung, die für den Unterschreibenden auf eine blinde Ergebenheitsadresse gegenüber dem Militärregime – und damit impliziert ein Abschwören des bisherigen Engagements zur Gesellschaftsveränderung – hinauslief.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2056; Referat 214, Bd. 132916.

20 Botschafter Negwer, Warschau, meldete am 28. Dezember 1981: „Aus glaubwürdiger Quelle wird berichtet, daß Adam Michnik sich im Gefängnis Bialo-Lenka bei Warschau befindet. Er ist nicht mißhandelt worden. Kuroń befindet sich in Wejherowo bei Danzig. Er sei auch nicht geschlagen worden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 2074; Referat 214, Bd. 132929.

21 Vgl. den Artikel „La mort de Tadeusz Mazowiecki“; LE MONDE vom 22. Dezember 1981, S. 4.

den. Dies sei eine Aufgabe für einen Giganten, aber sie müsse gelöst werden. Alle politischen Institutionen, einschließlich der Partei, müßten umgestaltet werden. Das Eingreifen des Militärs am 13.12. habe eine Niederlage der Partei bedeutet. Denn wäre die Partei in der Lage gewesen, den Staat zu führen, hätte sich die Ausrufung des Kriegszustandes erübrigt. Es gebe verschiedene Ideen, was die Partei nun tun müsse und wie sie in Zukunft aussehen solle.

Eine weitere Frage betreffe die künftige Gestalt der Gewerkschaften. General Jaruzelskis und seine eigene These sei, daß man sich das Polen der 80er Jahre ohne „Solidarität" nicht vorstellen könne. Diese „Solidarität" solle eine freie, unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft, aber keine politische Bewegung sein, die die Beseitigung der herrschenden politischen Strukturen anstrebe. Erste Gespräche mit Vertretern der „Solidarität" hätten erkennen lassen, daß es innerhalb der „Solidarität" Leute gebe, die bereit wären, eine solche Richtung zu akzeptieren. Man dürfe auch nicht vergessen, daß diese Bewegung aus dem Protest der Arbeiter geboren sei, daß es Millionen von Arbeitern in der „Solidarität" gebe, die mit der Politik der Führung der „Solidarität" nichts zu tun hätten. Es handele sich hierbei oft um großartige Menschen, die man nicht verlieren und ins Abseits schieben wolle.

Die nächste Frage gelte der Beziehung zur Kirche. Die Kirche habe bislang stets eine Politik der Aussöhnung und des Kompromisses verfolgt. Analysierte man die Lage, so stelle man fest, daß die Kirche die einzige Kraft in Polen sei, die aus dem Sturm gestärkt hervorgegangen sei – neben der Armee natürlich. Der Kirche fehle aber nun eine Persönlichkeit vom Format Kardinal Wyszyńskis. Er selbst wünsche jedoch, daß Primas Glemp möglichst schnell die Erfahrungen Wyszyńskis erwerben möge. Die Kirche habe sich in den letzten Tagen von „Solidarität" etwas distanziert, und es sei nicht ausgeschlossen, daß sich die Kirche generell von „Solidarität" distanzieren und so die eigene Position stärken werde.

Inzwischen sei nun in Polen ein neues Thema akut geworden: Viele Menschen in der Kirche wünschten die Schaffung einer neuen christlichen Partei. Diese würde dann die Intelligenz, die jetzt in „Solidarität" mitarbeitet, um sich gruppieren. Dies könnte eine Konzeption für die Zukunft sein. Sie könnte in der globalen Konzeption der Umgestaltung der Strukturen in den 80er Jahren einen Platz finden. Es sei jedoch auch nicht ausgeschlossen, daß eine Lösung des goldenen Mittelwegs gefunden werde. Er denke an die Schaffung irgendwie gearteter christlicher Organisationen, die nicht gleich eine Partei zu sein brauchten. Als sicher sei zu betrachten, daß Polen nicht ohne die Kirche regiert werden könne. All dies habe große theoretische, aber auch praktische Bedeutung.

Rakowski betonte, daß in Polen die Reaktionen auf die Verhängung des Kriegszustands sowohl im Westen als auch in sozialistischen Ländern mit großer Aufmerksamkeit beobachtet würden. Die Haltung der Bundesregierung werde voll Anerkennung zur Kenntnis genommen. Es sei eine kritische, aber gleichzeitig realistische Haltung. Mitterrand nutze die Situation in Polen als Element in der Auseinandersetzung mit seinen Kommunisten.[22] Auch die italienische Re-

[22] Staatspräsident Mitterrand erklärte am 16. Dezember 1981 in einer Kabinettssitzung: „Der Verlust der öffentlichen, kollektiven und individuellen Freiheiten ist – unabhängig davon, ob er das Ergebnis äußeren Druckes oder interner Unterdrückung ist – in jedem Falle zu verurteilen und muß daher

aktion sei sehr wohl zur Kenntnis genommen worden.[23] Er wolle auch nicht verbergen, daß ihn Reagans Aktionen mit Sorge erfüllten.[24] Sie machten die Lage in Polen noch komplizierter, und sie könnten zu verstärkten Spannungen in Europa führen.

Natürlich habe der Kriegszustand in Polen den beabsichtigten Schock hervorgerufen, aber dadurch würden die politischen und wirtschaftlichen Probleme keinesfalls gelöst. Wenn Reagan nun versuche, Polens Bindungen an den Westen zu zerstören, dann treibe er Polen in eine bestimmte Richtung. Vielleicht sei das ja seine Absicht. Außerdem stärke er mit seiner Polen gegenüber verfolgten Politik nur die konservativen Kräfte in Polen, aber vielleicht sei das ja auch seine Absicht. Klar sei auch, daß die von Reagan beschlossenen Wirtschaftssanktionen die ohnehin schon schwierige Situation weiter belasten. Reagan dürfe aber nie erwarten, daß Polen dem amerikanischen Diktat nachgeben werde. Es werde eher im eigenen Blut ertrinken. Außerdem gebe es gewisse Mechanismen,

Fortsetzung Fußnote von Seite 2085

klar, nachdrücklich und ununterbrochen angeprangert werden." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2334 des Botschafters Herbst, Paris, vom 16. Dezember 1981; Referat 214, Bd. 132922.
Legationsrat I. Klasse Heinsberg notierte am 20. Dezember 1981, daß „eine französische Demarche in Ländern des Warschauer Paktes mit dem Ziel durchgeführt werde, den Regierungen dieser Länder die Mißbilligung Frankreichs zu den Ereignissen in Polen zu übermitteln". Vgl. Referat 214, Bd. 132930.
Gesandter Mühlen, Paris, sah die Haltung Mitterrands am 21. Dezember 1981 als Folge „der französischen Innenpolitik: Die Opposition hört nicht auf, ihn und die Regierung der indirekten Komplizenschaft mit den Kommunisten zu beschuldigen, die sich einer direkten Kritik des Militärregimes in Warschau enthalten und die Entlassung der kommunistischen Minister fordern. Auch innerhalb der sozialistischen Parteien wird eine deutlichere Sprache gefordert." Vgl. den Drahtbericht Nr. 2368; Referat 214, Bd. 132922.

23 Botschafter Freiherr von Wechmar, Rom, berichtete am 20. Dezember 1981 über eine Entschließung des italienischen Parlaments zu Polen vom 18. Dezember 1981: „Im polit[ischen] Teil der Entschließung verurteilt die Kammer die Freiheitsbeschränkungen für Personen und Gewerkschaften, bezeichnet die Militärdiktatur als das Ergebnis der fortgesetzten und nicht akzeptierbaren Ausübung eines Drucks auf das interne Leben eines unabhängigen Landes durch die SU, beurteilt die polnischen Maßnahmen als eine offene Verletzung der Helsinki-Akte […]. Der zweite Teil der Entschließung betrifft die ital[ienische] Polen-Hilfe. Er lautet wörtlich: ‚Die Kammer betrachtet als notwendig, daß Italien in engem Kontakt mit den westlichen Verbündeten und den europ[äischen] Partnern bleibt, um eine gemeinsame Haltung vor dem Hintergrund der Entwicklung der Polen-Vorgänge zu vereinbaren. Eine gemeinsame Haltung, die schon von den Zehn in London zur Frage der Überprüfung der Finanzhilfe und eines Links dieser Hilfe mit der polit. Situation sowie der Nahrungsmittelhilfe, bei der gesichert werden soll, daß sie über geeignete Kanäle ausschließlich der Zivilbevölkerung zugute kommt, definiert worden ist.'" Vgl. den Drahtbericht Nr. 1192; Referat 214, Bd. 132922.
Am 21. Dezember 1981 berichtete Wechmar über eine italienische Demarche in Warschau vom 19. Dezember 1981, mit der die polnische Regierung aufgefordert werden sollte, „die nach August 1980 entstandene Situation in vollem Umfange wiederherzustellen". Vgl. den Drahtbericht Nr. 1195; Referat 214, Bd. 132922.

24 Präsident Reagan verkündete am 23. Dezember 1981 in einer Rundfunk- und Fernsehrede Sanktionen gegen Polen. Zugleich legte er dar: „To underscore our fundamental opposition to the repressive actions taken by the Polish Government against its own people, the administration has suspended all government-sponsored shipments of agricultural and dairy products to the Polish Government. […] The United States is taking immediate action to suspend major elements of our economic relationships with the Polish Government. We have halted the renewal of the Export-Import Bank's line of export credit insurance to the Polish Government. We will suspend Polish civil aviation privileges in the United States. We are suspending the right of Poland's fishing fleet to operate in American waters. And we're proposing to our allies the further restriction of high technology exports to Poland." Vgl. PUBLIC PAPERS, REAGAN 1981, S. 1187. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1982, D 162.

die bei Armee, Ordnungskräften und Partei automatisch wirksam würden. Es käme dann zu einem Kampf auf Leben und Tod.

Der Kriegszustand könne die Probleme nicht lösen, und es bestehe immer noch die Gefahr, daß sich die allgemeine Situation aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation weiterhin verschlechtere. Reagan sei für Polen bei der Bewältigung der großen Aufgaben keineswegs hilfreich. Sinnlos sei auch der Versuch, die polnische Frage gegen die Sowjetunion auszuspielen. Es sei unsinnig, in den polnischen Ereignissen die sowjetische Hand zu suchen. Es habe sich um eine selbständige polnische Aktion gehandelt, und Moskau spiele bereits seit Monaten die Rolle des kühlen Beobachters.

Er schließe jedoch nicht aus, daß in Moskau Stimmen zu hören seien, die rieten, die Polen sollten doch erst einmal selbst ausbluten, denn dann würden sie schon kommen, und niemand könne ihnen eine Intervention vorwerfen. Er selbst habe 1979 Überlegungen zur Entwicklung der Lage in Polen niedergeschrieben und dabei von der Möglichkeit einer sowjetischen Intervention auf Bitten des Westens gesprochen, damit die SU dem Blutvergießen ein Ende bereite. Es sei zwar zutreffend, daß am 13. Dezember Marschall Kulikow in Warschau[25] gewesen sei, aber er habe nichts mit der Verhängung des Kriegszustands zu tun. Er weile alle zwei Monate in Warschau zu routinemäßigen Begegnungen des Warschauer Paktes oder befinde sich auf der Durchreise. Moskau sei weder an den Ereignissen beteiligt gewesen noch habe es hierzu getrieben. Solche Vermutungen seien völlig unbegründet.

BM dankte für die ausführliche Darstellung der Situation seit dem August 1980 und die Erläuterung der von der Regierung verfolgten Ziele. Er wolle nun darlegen, wie die Bundesregierung die Entwicklung in der Volksrepublik Polen sehe, und einige Fragen stellen. Er betonte, daß im Westen und besonders in der Bundesrepublik Deutschland starke Anteilnahme an der Entwicklung in der VR Polen bestehe, und dies nicht erst seit dem 13.12., sondern in verstärktem Maße seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Dies habe etwas mit der Rolle zu tun, die die polnische Nation in der europäischen Geschichte gespielt habe, und mit dem, was 1939 und danach geschehen sei. Seit damals habe sich eine gefühlsmäßige Entwicklung zum polnischen Volk hin ergeben, die er als außerordentlich positiv beurteile. Rakowski kenne selbst die Politik der Bundesregierung, und er wisse, daß sie in den ersten Jahren keinesfalls unumstritten gewesen sei. Niemals umstrittenes Element dieser Politik sei jedoch das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Polen gewesen. Diese Verbundenheit mit Polen habe auch ihre moralisch-historischen Aspekte. Was er sage, gelte jedoch nicht nur für die Deutschen, sondern für alle anderen westeuropäischen Länder und auch für Amerika. Aus diesen Tatsachen erkläre sich auch das große Interesse für die polnische Entwicklung seit 1980. Deshalb habe man auch sehr wohl registriert, daß sich in Polen eine für ein sozialistisches Land einmalige Entwicklung vollziehe. Der 13. Dezember sei auch für die Deutschen ein großer Schock gewesen, und wenn die Reaktionen in der Bundesrepublik Deutschland anders gewesen seien als in anderen Ländern, so solle man sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch hier die Gefühle angesprochen worden seien und

25 Zum Aufenthalt des Oberbefehlshabers der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts, Kulikow, in Polen vgl. Dok. 379, Anm. 19.

daß die Besorgnis über die Ereignisse mindestens genauso groß sei wie in anderen Ländern. Noch vor der Weihnachtspause habe im Bundestag eine Debatte stattgefunden, die zur einstimmigen Verabschiedung einer Entschließung durch alle Fraktionen – bei nur einer Stimmenthaltung – geführt habe.[26] Das bedeute, daß die Führungspersönlichkeiten aller Parteien, sowohl der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien, voll hinter dieser Entschließung stünden. Er habe sie im übrigen bereits dem Chargé d'Affaires der VR Polen[27] zur Kenntnis gebracht. Diese Entschließung bringe die Empfindungen der Deutschen zum Ausdruck.

BM erinnerte an seine Warschauer Gespräche vom März 1981 und sagte, daß er in Gesprächen mit westlichen Partnern die Äußerungen General Jaruzelskis und Rakowskis genutzt habe.

Nach dem dreistündigen Gespräch mit General Jaruzelski in Warschau sei er von dessen Persönlichkeit stark beeindruckt gewesen. Hierüber habe er nicht nur ausführlich dem BK berichtet, sondern er habe auch die Gelegenheit mehrerer ausführlicher Gespräche mit Präsident Reagan in Cancún[28] hierzu genutzt.

Man dürfe jedoch nicht vergessen, daß „Solidarität" mit dem Namen Wałęsa aufs engste verbunden sei und daß der Vorsitzende von „Solidarität" im Westen großen Respekt genieße.

Er fragte, was nun mit Wałęsa geschehen sei. Besorgt sei man hier vor allem über die Tausende von Internierten. Er wolle auch wissen, wie die Erklärung, daß man zum Kurs der Reformen und der Erneuerungen zurückkehren wolle, zu verstehen sei. Man frage sich ferner, wie groß der Einfluß der Sowjetunion in Polen sei. Er habe zwar Rakowskis Worte gehört, daß die sowjetische Hand nicht im Spiel gewesen sei, er spreche jedoch von der sowjetischen Faust. Dies habe er (Rakowski) ja auch selbst zum Ausdruck gebracht, als er von Äußerungen sowjetischer Persönlichkeiten gesprochen habe. Die Vorgänge in Polen seien im Hinblick auf die Schlußakte von Helsinki[29] für das Land selbst, für Europa und für die Ost-West-Beziehungen von Wichtigkeit. Er halte es für unbedingt erforderlich, daß die polnische Regierung den Dialog wieder in Gang bringe.

Rakowskis Darlegungen über die Rolle der Kirche und die Position der Armee seien sehr interessant gewesen und seiner eigenen Einschätzung sehr nahegekommen. Rakowski wisse, daß die Bundesrepublik Deutschland stets versucht habe, auch vor den Entwicklungen von 1980 der Volksrepublik Polen zu helfen, ohne sich in deren Angelegenheiten einzumischen. Die Bundesregierung erwarte, daß der Dialog zwischen polnischer Führung, Kirche und „Solidarität", mit der der Name Wałęsa untrennbar verbunden sei, wieder in Gang komme.

26 Zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 17.

27 Bundesminister Genscher informierte den polnischen Geschäftsträger Wojtkowski am 21. Dezember 1981 über die Entschließung des Bundestags vom 18. Dezember 1981. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132917.

28 Zum Gespräch des Bundesministers Genscher mit Präsident Reagan am 22. Oktober 1981 vgl. Dok. 305.

29 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

Rakowski habe gesagt, daß von den 5000 Internierten 588 Personen bereits wieder entlassen worden seien. Er selbst hoffe, daß die Entlassung der Internierten fortgesetzt werde. Sie sei außerordentlich wichtig, denn die Internierung erleichtere nicht, sondern erschwere den Dialog. Der Dialog müsse aber wieder in Gang gebracht werden. Das Kriegsrecht müsse wieder aufgehoben werden. Mit Recht habe Rakowski betont, daß der durch das Kriegsrecht hervorgerufene Schock die Probleme nicht löse. Er selbst habe dem polnischen Chargé d'Affaires bereits gesagt, daß nun positive Signale aus der Volksrepublik Polen angebracht wären. Ein solches positives Signal wäre, wenn eine Delegation des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften sofort mit Wałęsa zusammentreffen könnte oder wenn das Internationale Rote Kreuz schnellstens die Genehmigung bekäme, die Internierten zu besuchen. Er betonte, der Druck der öffentlichen Meinung sei sehr groß, und dies sei ein Ausdruck der Solidarität der Menschen. Außerdem sei das Europa am Anfang der 80er Jahre anders als am Anfang der 70er Jahre, und Polen habe eine Menge dazu beigetragen, daß sich die Europäer nähergekommen seien. Die Schlußakte von Helsinki sei als Ausdruck des Willens zu engeren Verbindungen zu betrachten. Dies müsse man auch in Polen klar erkennen. BM wiederholte seinen Appell an General Jaruzelski und Rakowski, den Dialog wiederaufzunehmen, die Internierten zu entlassen und das Kriegsrecht aufzuheben, um auf diese Weise zu zeigen, daß die Erklärung, wonach der Prozeß der Erneuerung fortgesetzt werde und wonach „Solidarität" einen Platz in der Gesellschaft der 80er Jahre habe, nicht nur Worte seien, sondern Ausdruck eines echten politischen Willens.

Die Bundesregierung bemühe sich in Gesprächen mit den westlichen Partnern, den Polen Handlungsraum zu sichern, und er selbst habe seine Autorität stets für Polen eingesetzt. Die Fragen, die er gestellt habe, sollten die Meinungsbildung der Bundesregierung erleichtern. Rakowski habe bereits im Auto ausgeführt, daß in Polen ein achtköpfiges Direktorium regiere, das sich aus vier Zivilisten und vier Militärs zusammensetze. Er würde gern wissen, wie es zu der Zusammensetzung dieses Direktoriums und zur Zusammensetzung des Militärrats zur Nationalen Rettung gekommen sei, wer die Entscheidung über die Zugehörigkeit zu diesen Gremien getroffen habe, die Militärs oder politische Kräfte. Welche Rolle spiele nun das Politbüro, und welche Rolle spiele der Militärrat zur Nationalen Rettung? Außerdem interessiere ihn die Reaktion des polnischen Volkes und die Reaktion anderer sozialistischer Länder des Warschauer Pakts auf die Ereignisse.

Zu der Frage nach Wałęsa führte *Rakowski* aus, daß sich dieser in einer bequemen Villa unweit von Warschau befinde. Seine Bewegungsfreiheit sei jedoch gewissen Beschränkungen unterworfen. Der Minister für Gewerkschaftsfragen[30] und Wałęsas Vorgesetzter aus seiner Militärzeit, der jetzt Oberst und der Ausbildung nach Politologe sei, sowie auch Vertreter des polnischen Episkopats stünden im ständigen Gespräch mit Wałęsa. Es gebe jedoch etwas, was er als Wałęsas Drama bezeichnen würde. Wałęsa sei ein schwacher Politiker. Er sei stets, z. B. bei allen Verhandlungen mit der Regierung, von Beratern umgeben gewesen und habe nur auf deren Anraten hin das Wort ergriffen. Jetzt sei Wa-

30 Stanisław Ciosek.

łęsa ohne diese Berater ein der Realität völlig entfremdeter Mensch. Er lebe in der Überzeugung, das polnische Volk rufe ständig seinen Namen.

Aber dies entspreche nicht der Wahrheit. Er, Rakowski, habe selbst in Gesprächen mit schlesischen Arbeitern feststellen können, daß diese eine eher kritische Einstellung ihrem gewerkschaftlichen Führer gegenüber beziehen. Wałęsa verhalte sich so, als ob es den 13. Dezember nie gegeben habe.

Auf *BMs* Einwurf, daß Wałęsa nun wohl recht isoliert sei, betonte *Rakowski*, daß Wałęsa ganz im Gegenteil Fernsehen, Radio und Presse zur Verfügung habe und alle zwei Tage mit Gesprächspartnern zusammentreffe. Auch habe Wałęsa bei einem Gespräch mit einem katholischen Priester gesagt, daß der Eindruck von Ruhe im Land, von dem dieser berichtete, nur ein äußerer Eindruck sei. Aber natürlich werde die Regierung weiterhin mit Wałęsa sprechen.

Rakowski versicherte nochmals, daß er sich Polen ohne „Solidarität" nicht mehr vorstellen könne. Sodann erzählt Rakowski von seinem Flug in die Bundesrepublik und bedauerte die Demontage der Volkswirtschaft, die in Polen betrieben worden sei und die ihm beim Anblick der bewirtschafteten Flächen der Bundesrepublik Deutschland so klar vor Augen getreten sei. In Polen müsse wieder Ordnung geschaffen werden, damit die Wirtschaft in Gang komme. Polen habe 200 Jahre lang Ideen exportiert, und dies reiche nun.

BM warf ein, daß auch die Deutschen große Exporteure von Ideen seien, und es gebe da eine, die in Moskau sehr großgeschrieben werde.

Rakowski betonte nochmals, daß seine Regierung Polen reformieren wolle und daß ein tatenloses Zusehen gleichbedeutend gewesen wäre mit dem Schüren des vorhandenen Konflikts. Um jedoch tiefgreifende Reformen durchzuführen, bedürfe es zumindest gewisser Voraussetzungen. In den letzten Monaten sei die Regierung jedoch mit einem Pferd zu vergleichen gewesen, dem man die Beine zusammengebunden hätte, auf das man aber gleichzeitig eingedroschen habe, damit es im Rennen den ersten Platz mache. Keine Maßnahme der Regierung sei akzeptiert worden. Wie hätte die Regierung dann ein Reformprogramm realisieren können? Natürlich verstehe er das große Interesse daran, daß den Worten auch Taten folgen mögen, die Polen nach den letzten Ereignissen wieder glaubwürdig machten. Aber seit diesen Ereignissen seien nur zwei Wochen vergangen, und die Erschütterung im Volk sei groß gewesen. Außerdem brauche man etwas Zeit, um Programme auszuarbeiten. Auf die Frage von BM nach der Reaktion der Bevölkerung verglich Rakowski Polen mit einem Schlachtfeld. Die Bevölkerung müsse erst ihre blauen Flecken kurieren. Sie sei noch nicht ganz gesund. Aber aus katholischen und wissenschaftlichen Kreisen habe man bereits erste Signale vernommen, daß diese zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit seien, gemäß dem von General Jaruzelski skizzierten Programm. Auf dem Schlachtfeld, das nach dem 13.12. entstanden sei, gingen die Menschen nun umher und schauten, was man tun könne. Natürlich sei es der Regierung klar, daß der Kriegszustand nicht von langer Dauer sein könne. Für seine Aufhebung habe man sich kein Datum gesetzt, aber die ausgesetzten demokratischen Rechte sollten stufenweise wieder eingeführt werden, und der Kriegszustand könne nur als Schutzschirm für die Einleitung von Reformen dienen. Rakowski betonte, daß in den vergangenen 15 Monaten im polnischen Volk positive, aber auch negative Phänomene zutage getreten seien, so z. B. eine teuflische

Neigung zur Anarchie. Im November habe er an „Solidarität“ appelliert und betont, daß man gemeinsam in einem Boot sitze. Und wenn man untergehe, dann alle gemeinsam. Und so sei es auch gekommen. Nun stehe Polen völlig am Anfang eines Weges, und die Enttäuschungen seien nicht gering.

Zu dem Kräfteverhältnis zwischen Militärrat zur Nationalen Rettung, Politbüro und Regierung führte Rakowski aus, daß in Polen in einer ungewöhnlichen Situation ein ungewöhnliches System herrsche, daß aber General Jaruzelski die Regierung in Händen habe. Die Hauptrichtung der Politik werden von dem achtköpfigen Direktorium festgelegt. Mitglieder dieses Direktoriums seien er, Olszowski, Barcikowski und Obodowski auf ziviler Seite und General Jaruzelski, General Siwicki, der Chef des polnischen Generalstabs, General Kiszczak, der Chef der Sicherheitsorgane, und General Janiszewski, der Sekretär dieses Gremiums, auf militärischer Seite. Dieses Direktorium nehme die täglichen politischen Aufgaben wahr. Der Militärrat zur Nationalen Rettung nehme die anderen übergeordneten Aufgaben wahr und habe selbstverständlich großen Einfluß auf die Politik. Die Zusammensetzung des Militärrats erklärte Rakowski so, daß hier die Personen, die sich in der Armee in wichtigen Schlüsselpositionen befänden, in diesem Rat zusammenarbeiteten. Die Wahl dieser Persönlichkeiten sei sicherlich nicht durch Anschauungen und Dienstgrad beeinflußt worden.

Politbüro und Partei sowie alle anderen parteilichen Instanzen seien in den Hintergrund getreten. Nach dem 13.12. sei die Partei sehr geschwächt gewesen. Man habe für jede Wojewodschaft einen Militärkommissar ernannt, der der Abgesandte des Militärrats zur Nationalen Rettung in der Wojewodschaft sei, und dieser Mann habe dort das Sagen. Natürlich könne eine solche Konstruktion zu Konflikten führen, denn es bestünden Unterschiede zwischen der zivilen und der militärischen Macht. Dies habe auch General Jaruzelski erkannt, und er wache darüber, daß die Militärs kein ständiges Übergewicht in der politischen Struktur des Landes erhielten und behielten. Festzustellen sei jedoch, daß die Rolle der Armee an Bedeutung gewonnen habe. Positiv wirke sich aus, daß die Armee die öffentliche Ordnung wiederherstelle. Das vorhandene außerordentlich bürokratische System in Polen sei von der Armee beseitigt worden. So sei es zu der paradoxen Entwicklung gekommen, daß die Armee in Polen möglicherweise die Reformen beschleunige, da sie den bürokratischen Widerstand breche. Dies mag man als Ironie der Geschichte betrachten, aber es sei eine Tatsache.

Zu den positiven Signalen sagte Rakowski, er kenne die Welt, in der er lebe, und er wisse, daß Polen nie Island oder Grönland sein könne. Dies betreffe auch die polnische Einstellung zur Schlußakte von Helsinki. Am 13. Dezember sei seine Regierung gezwungen gewesen, einen chirurgischen Eingriff vorzunehmen, aber jeder Chirurg beende einmal seine Operation. Er werde General Jaruzelski von diesem Gespräch genau berichten. Er glaube aber sagen zu können, daß die nächsten Tage und Wochen zahlreiche positive Signale bringen werden. General Jaruzelski und er seien weiterhin Befürworter der nationalen Verständigung und des Dialogs, der ja bereits eröffnet worden sei. Die Hauptsache sei jedoch vorerst gewesen, der alles zerstörenden Anarchie ein Ende zu setzen. Einer Anarchie, die den nationalen Selbstmord mit sich gebracht hätte.

Betrachte man die Wirtschaftssituation des Landes, so müsse man sehen, daß Polen bei weiterem tatenlosen Zusehen seinen Verpflichtungen dem Westen ge-

genüber nicht mehr hätte nachkommen können. Man sei sich bewußt, daß es jetzt auf der Welt viele Richter gebe, aber Polens erste Sorge sei es, dem Staat eine gesunde Wirtschaft wiederzugeben.

Abschließend wolle er noch eine Überlegung mitteilen, die General Jaruzelski und er vor dem 13. Dezember als Lösung durchdacht hätten. Jaruzelski hätte die Landesparteikonferenz einberufen können und hätte seinen Rücktritt erklären können. Hiermit wären auch das Politbüro und die Sekretäre zurückgetreten, und alle Organe hätten neu gewählt werden müssen. In diesem Fall wäre die harte Richtung an die Macht gekommen. Theoretisch hätte es diese Möglichkeit gegeben, obwohl sie dann als Feiglinge und Deserteure bezeichnet worden wären. Dieser Weg habe jedoch nur in der Theorie existiert, da diese Lösung wiederum zu Bürgerkrieg und sehr schnell zu einer sowjetischen Intervention geführt hätte.

BM erklärte, er verstehe gut, welche Alternativen ins Auge gefaßt worden seien, womit er nicht sagen wolle, daß er gut verstehe, was getan worden sei. Er wiederholte nochmals, daß es außerordentlich wichtig sei, jetzt positive Signale zu setzen, den Dialog zwischen Regierung, Kirche und „Solidarität" aufzunehmen, die Internierten freizulassen und das Kriegsrecht aufzuheben. Diese Punkte könne er als die gemeinsame Position aller westlicher Staaten hier vorbringen. Er bat, dies außerordentlich ernst zu nehmen. BM teilte mit, daß am 4. oder 5. Januar 1982 in Brüssel eine Außenministerkonferenz der Europäischen Gemeinschaft stattfinden werde[31], und er bat zu erwägen, ob die polnische Seite ihm nicht auf diese Reise Dinge und Argumente mitgeben könnte, die er in der dortigen Diskussion anbringen könnte. Nochmals betonte BM, daß der Bundestag eine Entschließung gefaßt habe. Polen und die Bundesrepublik Deutschland seien beide souveräne Staaten, und die Bundesrepublik Deutschland wolle sich keinesfalls als Richter aufspielen. Er habe jedoch Wert darauf gelegt, offen seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, denn es hänge sehr viel für die Zukunft von der weiteren Entwicklung ab. Und die Argumente, die General Jaruzelski und Rakowski ihm im März zur Hand gegeben hätten, hätten die vom Westen Polen gegenüber verfolgte Politik wohl keineswegs nachteilig beeinflußt. BM bat Rakowski, ihm diese Darlegungen und Argumente noch vor dessen Abreise zukommen zu lassen.

Das Gespräch endete um 13.15 Uhr.

Referat 010, Bd. 178843

31 Die außerordentliche Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 4. Januar 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 51 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 5. Januar 1982; AAPD 1982.

396

Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski

010-3665/81 VS-vertraulich **30. Dezember 1981**[1]

Gespräch BM mit dem Stellvertretenden polnischen Ministerpräsidenten Rakowski am Mittwoch, 30.12.81;
hier: Gespräch und Mittagessen von 13.15 Uhr bis 14.45 Uhr[2]

Teilnehmer:

von deutscher Seite: StS von Staden, Dolmetscher Frau Hamerlak;

von polnischer Seite: Geschäftsträger Wojtkowski, Kabinettsdirektor Sapalowski, Dolmetscher Kutyła.

BM wies darauf hin, daß er eine Reihe von Zuschriften mit humanitären Anliegen erhalten habe. Er werde eine entsprechende Liste noch übergeben lassen.[3]

Auf Frage des Ministers nach der wirtschaftlichen Lage führte *Rakowski* aus:

Die Wirtschaftslage sei fatal. Man habe einen Produktionsrückgang und einen Geldüberhang. Es gebe allerdings auch positive Elemente, z. B. eine Steigerung der Kohleförderung seit dem 13.12.[4] Auch habe sich die Arbeitsdisziplin verbessert. Im Bergbau sei der „psychische Terror" der Anführer der Solidarität besonders stark gewesen. Seit dem 13.12. sei eine Beruhigung zu beobachten. Zum Beispiel habe es nach dem Drama mit den sieben Toten[5] entgegen den Erwartungen keine Proteste in anderen Bergwerken gegeben. Rakowski schilderte den Hintergrund dieser Tragödie. Man habe sorgfältig darüber gewacht, daß auch unter dem Kriegsrecht kein Schuß abgegeben werde. Jeden Tag, der ohne Abgabe von Schüssen vorübergegangen sei, habe man erleichtert registriert. In dem fraglichen Bergwerk habe der Milizkommandant noch eigens angefragt, ob man Waffen benutzen dürfe, da Schwierigkeiten aufzutreten schienen. Die Frage sei verneint worden. In diesem Augenblick habe sich die Tragödie aber schon abgespielt. Schwierig sei, meinte Rakowski weiter, daß man keine Mittel für den Einkauf von Rohstoffen und Halbwaren habe. Ein Hauptteil der Industrie, die in den 70er Jahren aufgebaut worden sei, sei auf die Zusammenarbeit mit dem Westen zugeschnitten. Wenn man hier keinen Ausweg aus den Schwierigkeiten fände, werde alles schlimmer werden. Die Wirtschaftsreform solle die

1 Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl gefertigt, der handschriftlich vermerkte: „Von BM noch nicht gebilligt."

2 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu auch Dok. 395.

3 Vortragender Legationsrat I. Klasse Keil notierte am 30. Dezember 1981: „Im Auswärtigen Amt häufen sich die Anfragen von Personen, die Petitionen an Rakowski übermitteln möchten. Ihnen wurde bisher die Auskunft erteilt, daß das Auswärtige Amt bereit sei, solche Petitionen entgegenzunehmen. […] Es wird angeregt, dem Herrn Bundesminister vorzuschlagen, Rakowski darüber zu unterrichten, daß wir eine Reihe an ihn gerichtete Petitionen erhalten haben. Rakowski könnte ggf. angekündigt werden, daß die Petitionen nach entsprechender Prüfung über unsere Botschaft in Warschau zugeleitet werden." Vgl. Referat 214, Bd. 132929.

4 Zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 365.

5 Zu den Todesfällen am 16. Dezember 1981 auf der Zeche Wujek in Kattowitz vgl. Dok. 387, Anm. 8.

Prinzipien für die Bewirtschaftung in Polen ändern. Aber dies sei in einer Zeit, in der man keine Mittel habe, riskant. Der bisherige Reformprozeß sei unter dem starken Druck der Solidarität durchgeführt worden.

BM erkundigte sich nach dem Hintergrund von Pressemeldungen, daß man Arbeitern im Falle der Aufgabe der Streiks Straffreiheit versprochen habe, daß aber nach der Aufgabe doch Verhaftungen erfolgt seien.

Rakowski widersprach: Man habe die Rädelsführer, wie angekündigt, festgenommen, nicht die Bergarbeiter, die sich an den Streiks nur beteiligt hätten.[6] Rakowski meinte, daß sich insgesamt die bestehende Erregung mit der Zeit legen werde.

BM wies auf das bevorstehende Treffen der Außenminister der Zehn am 4.1. in Brüssel[7] hin. Dieses Treffen solle man sehr ernst nehmen. Es wäre gut, wenn Jaruzelski uns dafür etwas zukommen lassen würde. Die Erwartung, daß den von der polnischen Führung abgegebenen Erklärungen Taten folgen müßten, wachse. Am 4.1. hätten die Zehn über ihr künftiges Verhalten zu beraten.

Rakowski erwiderte: Er werde alles Jaruzelski berichten, auch die Bemerkungen des Ministers über die Bedeutung positiver Signale. Der Stimme und den Argumenten des Ministers komme bei den Partnern der Bundesrepublik große Bedeutung zu. Er verstehe durchaus: „Wir (die polnische Seite) müssen Ihnen die Argumente liefern." Man rechne darauf, daß die deutsche Seite, die einen besseren Einblick in die polnische Entwicklung habe als andere, den anderen die Gründe für die polnische Haltung darlegen werde, die beachtenswert seien.

BM bestätigte, daß wir unseren Partnern mitteilen würden, was Rakowski uns gesagt habe. Im übrigen legten wir Wert darauf, daß man in Polen aus der sehr verantwortungsvollen Haltung der Bundesregierung und der deutschen Öffentlichkeit nicht den Schluß ziehe, daß wir weniger besorgt und betroffen seien als andere. Bei uns spiele die Lektion aus der Geschichte eine Rolle. Die Zurückhaltung falle uns nicht immer leicht.

Rakowski betonte, daß er das große Interesse der westeuropäischen Öffentlichkeit an der Entwicklung in Polen voll und ganz verstehe. Er sei im übrigen sehr verbittert über seinen persönlichen Mißerfolg. Aus seiner Einstellung zu dem Prozeß in Polen wolle er zu der westeuropäischen Haltung bemerken: Die westlichen Massenmedien hätten oft eine recht unkritische Haltung zu dem eingenommen, was Solidarität in Polen gemacht habe. Viele hätten entschieden den Gedanken verworfen, daß eine sowjetische Intervention möglich sei, wenn das polnische System zusammenbreche. Man habe geantwortet, Amerika werde das nicht zulassen. Dies sei ein tiefverwurzelter Glaube gewesen. Seine eigenen Journalistenkollegen hätten viel kaputtgemacht.

6 In der Presse wurde berichtet: „Die polnischen Militärbehörden haben einer Meldung des staatlich kontrollierten Rundfunks zufolge zwölf ‚Aktivisten' der am Montagabend abgebrochenen Streikaktion ‚Piast' festnehmen lassen. Am heutigen Mittwoch soll in der Zeche die Arbeit wieder aufgenommen werden." Vgl. den Artikel „Warschau läßt Streikführer festnehmen"; SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 30. Dezember 1981, S. 1.

7 Zur außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. den Runderlaß Nr. 51 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 5. Januar 1982; AAPD 1982.

BM wies darauf hin, daß man hier Konsequenzen aus Helsinki[8] sehen müsse. Aufgrund der Schlußakte habe sich eine intensivere Befassung mit anderen Ländern entwickelt. Hier möge einer der Gründe dafür liegen, daß sich der ganze Prozeß heute anders darstelle als früher.

Rakowski betonte: Der Prozeß nach dem August 1980 habe aus Polen etwas ganz anderes gemacht, etwas, das sich von anderen sozialistischen Ländern wesentlich unterscheide. Keiner der Unterzeichner der Schlußakte hätte sich vorher in seinen kühnsten Träumen ein sozialistisches System vorstellen können mit so weitgehenden Freiheiten wie in Polen nach dem August 1980. Man habe tiefgreifende politische Reformen durchgeführt. Es sei bitter, daß gar nicht richtig verstanden worden sei, was für eine neue gesellschaftliche Form mit Solidarität geschaffen worden sei. Außerdem habe sich eine Form der Pressefreiheit entwickelt, die man nie vorher gekannt habe, mit der Möglichkeit der Kritik an der Partei, an Politbüromitgliedern, selbst am Ersten Sekretär. Und wichtig sei, daß dies durchaus akzeptiert gewesen sei. Die Forderungen seien jedoch immer weiter gegangen. Der Minister habe vorher nach der Einstellung anderer sozialistischer Länder gefragt. Er habe von der SU gesprochen. Beobachter der Entwicklung hätten immer grauere Haare bekommen.

Ein entscheidender Fehler der Solidaritätsführung sei gewesen, meinte Rakowski weiter, zu glauben, daß in einem Bürgerkriegszustand die Armee auf der Seite der Solidaritätsführung stehen werde. Seine Partei habe durch Hochmut und Einbildung alles verloren, was sie vor dem August 1980 gewesen sei, und Solidarität habe alles nach dem 13.12. verloren. Beide hätten sich in der Niederlage die Hand gereicht. Auf die Frage von *BM*, ob dies nicht die Tür zum Dialog öffne, betonte *Rakowski*: Es gehe nicht ohne Dialog.

BM erinnerte daran, daß Rakowski bei dem Besuch des Ministers in Warschau im März[9] gesagt habe, Wałęsa gehöre zum Arbeiterflügel der Solidarität[10]. Man habe positiv über ihn gesprochen, sein Ansehen reflektiere sich auch in unserer Öffentlichkeit. Den Persönlichkeiten von Wałęsa und von Kardinal Glemp messe man in unserer Öffentlichkeit große Bedeutung bei.

BM brachte einen kurzen Toast aus, in dem er die Hoffnung aussprach, daß der Besuch Rakowskis positive Bedeutung für das polnische Volk, für Europa, für das Ost-West-Verhältnis und für die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben werde.

Rakowski kam auf Wałęsa zurück: Damals habe er zum Arbeiterflügel gehört und habe sich unterschieden von seiner Umgebung. Wałęsa habe in den letzten Monaten den Fehler gemacht, daß er geglaubt habe, radikal vorgehen zu müssen. Auf dem Solidaritätskongreß[11] habe er nur 55% der Stimmen erhalten. Er

8 In Helsinki fand vom 30. Juli bis 1. August 1975 die KSZE-Schlußkonferenz statt. Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

9 Bundesminister Genscher hielt sich am 19./20. März 1981 in Polen auf. Vgl. dazu Dok. 78, Dok. 80 und Dok. 81.

10 Zu dem Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski am 19. März 1981 in Warschau vgl. Dok. 111, Anm. 35.

11 Zum 1. Kongreß der Gewerkschaft „Solidarność“ vom 5. bis 10. September 1981 in Danzig, der vom 26. September bis 7. Oktober 1981 fortgesetzt wurde, vgl. Dok. 256, Anm. 19, und Dok. 274, Anm. 9.

habe sich aber als Führer verstanden, der von allen akzeptiert werde. Sein Einfluß in seiner Gewerkschaft sei kleiner gewesen als der in der Bevölkerung.

BM fügte hinzu, die Steigerung könne man noch fortsetzen in bezug auf das Ausland.

Rakowski fuhr fort: Wałęsa habe sich auch auf Grund seines Rufs im Westen als Symbol und Anführer der Erneuerungsbewegung schließlich als politischer Gigant gefühlt, der alles könne. Er hatte z. B. einmal zu Rakowski gesagt, es sei ihm ein leichtes, in den USA drei bis vier Milliarden Dollar zu sammeln. Wałęsa sei eine farbige Gestalt, aber nicht der Staatsmann, den Polen gebraucht habe. Die Ereignisse hätten ihn nach oben gespült. Die Entwicklung sei über ihn hinweggegangen. Vielleicht könne man ihn als einen Mann des ersten Anstoßes bezeichnen. Was Kardinal Glemp betreffe, so müsse dieser erst seine Autorität aufbauen. Er wolle sich aber keine Zeit dazu lassen, weil er Autorität heute brauche. Autorität könne man heute nur im politischen Bereich gewinnen. Deshalb politisiere er die Kirche, um seine Position zu stärken. Auf den Vorhalt des *Ministers*, daß die Kirche in Polen nie ganz unpolitisch gewesen sei und auch Glemps Vorgänger nicht, betonte *Rakowski*: Wyszyński hätte sich nie in einer konkreten politische Richtung engagiert.

Die Mission Poggi[12] beurteilte Rakowski auf Frage von BM positiv. Poggi habe die Meinung der polnischen Führung unverfälscht dem Vatikan überbracht. Man sehe die positiven Folgen. Ebenso positiv sei die Rolle von Dąbrowski einzuschätzen, der vor den Feiertagen zum Papst gereist sei.[13] Im übrigen habe auch das Episkopat in Polen nicht geglaubt, als die Führung gewarnt und auf die Entwicklung zur Katastrophe hingewiesen habe. Man habe angenommen, daß die Warnungen nur Angst erzeugen sollten. Dies sei überhaupt das große Mißverständnis in Polen gewesen. Aber das gehöre jetzt alles zur Geschichte.

Rakowski betonte, daß sowohl Jaruzelski wie er selbst anerkennten, daß die Führung der Bundesrepublik Deutschland versuche, Polen zu verstehen. Verstehen bedeute dabei nicht akzeptieren. Aber er glaube, daß die Gründe jeder Seite gehört zu werden verdienten. Er höre auch mit Aufmerksamkeit die Gründe, die BM oder andere Politiker Westeuropas vorbrächten. Die polnische Führung sei der Meinung: Wenn die Destabilisierung der Entwicklung in Polen weiter vorangegangen wäre, wie bis zum 13.12., dann wäre die Zukunft Europas sehr unsicher geworden. Es gehe jetzt darum, in der Zukunft das zu erhalten, was wir, Polen und die Bundesrepublik, in Europa gemeinsam geschaffen hätten. Eine unkontrollierte Entwicklung in Polen hätte allem ein Ende gesetzt. Viel-

12 Zum Aufenthalt des Sonderbotschafters des Heiligen Stuhls für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten, Erzbischof Poggi, vom 19. bis 27. Dezember 1981 in Polen vgl. Dok. 382, Anm. 12.

13 Der Sekretär der Polnischen Bischofskonferenz, Bischof Dąbrowski, hielt sich vom 21. bis 23. Dezember 1981 beim Heiligen Stuhl auf. Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), berichtete am 24. Dezember 1981 darüber: „Episkopat hoffe auf Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Regierung und ‚Solidarität'. Regierung scheine nach Mitteilung Dąbrowskis gewisse Überlegungen in diese Richtung anzustellen." Dąbrowski habe sich zudem für die Fortsetzung der Lebensmittel- und Finanzhilfen ausgesprochen. Für den Heiligen Stuhl sei „auch nach seinen Gesprächen mit Dąbrowski die Lage in Polen nicht eindeutig zu beurteilen. Für die Verhängung des Ausnahmezustandes seien mehrere Erklärungen denkbar. Im Ganzen scheine es aber, daß die Entscheidung über die Verhängung des Ausnahmezustandes von den polnischen Generälen selber getroffen worden sei und daß General Jaruzelski dabei ‚einige gute Absichten' gehabt hätte." Vgl. den Drahtbericht Nr. 168; Referat 214, Bd. 132926.

leicht glaubten einige Politiker in der Welt, es hätte keine Intervention gegeben. Aber sicher hätte eine Intervention sehr ungünstige Folgen gehabt. In der Nacht, in der ein neues Kapitel in der Geschichte Polens aufgeschlagen worden sei, hätten Jaruzelski und er zusammengesessen. Sie seien sich voll und ganz bewußt gewesen, daß sie sich mit ihrer Entscheidung heftige Kritik, vielleicht sogar Verachtung zuziehen würden. Sie seien sich aber auch klar darüber gewesen, daß es nicht allein um ihr Schicksal, das Schicksal von ein paar Männern, gehe, sondern um das polnische Volk. Und wenn man im Blut erstickt wäre, dann wäre ihnen niemand zu Hilfe gekommen. Man hätte nur pathetische Worte im Rundfunk gehört. In der Geschichte habe man dies schon etliche Male gehört.

Rakowski bat, herzliche Grüße Jaruzelskis und auch seine eigenen Grüße an den Bundeskanzler zu übermitteln. Jaruzelski werde den Brief des Bundeskanzlers in den nächsten Tagen beantworten.[14] Auch er hoffe auf einen günstigen Einfluß seines Besuchs auf unsere Beziehungen.

BM schnitt abschließend noch einige Fragen der bilateralen Beziehungen an: Die Ausreise spiele für uns bekanntlich eine wichtige Rolle. Inzwischen lasse man nur noch Personen ausreisen, die ihre Genehmigung vor dem 13.12. erhalten hätten. Die entsprechenden Stellen seien bis auf eine geschlossen. Wir wären dankbar, wenn man diese wieder öffnen und die Ausreisemöglichkeit fortsetzen könnte. Dasselbe gelte für die Reisetätigkeit. Ein weiteres Anliegen sei die Rückreisemöglichkeit von Mitgliedern der Solidarität, die sich auf Einladung des DGB bei uns aufhielten. Sie möchten sicher sein, nicht bei Rückkehr verhaftet zu werden. Er bitte um eine Mitteilung für Herrn Loderer, der sich an ihn gewandt habe. Außerdem habe Pax Christi die Besorgnis um zwei internierte Persönlichkeiten vorgetragen. Die Namen werde er auf der Liste übergeben. Dies alles sei wichtig, man sollte keine zusätzlichen Komplikationen schaffen.

Abschließend verständigten sich BM und Rakowski über die Pressebehandlung[15].

Bei der Verabschiedung betonte BM noch einmal, daß der 4.1. ein sehr ernster Termin sei und daß es wichtig sei, hierfür etwas zu tun. Im übrigen seien wir zu jedem Kontakt bereit, auch persönlich.

VS-Bd. 14094 (010)

14 Für das Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an Ministerpräsident Jaruzelski vgl. Dok. 386.
Zur Übergabe des Schreibens vgl. Dok. 389.
Jaruzelski übergab Botschafter Negwer, Warschau, am 3. Januar 1982 seine Antwort auf das Schreiben Schmidts. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Legationsrat I. Klasse von der Heyden vom gleichen Tag; AAPD 1982.

15 Für die Fernsehinterviews des Bundesministers Genscher und des polnischen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Rakowski vom 30. Dezember 1981 vgl. Referat 013, Bd. 179045.

397

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Pfeffer

214-320.10 POL-3203/81 VS-vertraulich **30. Dezember 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister vorzulegen

Betr.: Treffen der Politischen und Wirtschaftlichen Direktoren der Zehn in London am 30.12.1981;
hier: Politischer Teil[3]

Die Hauptergebnisse des politischen Teils lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

1) Sondersitzung der Außenminister der Zehn

Bei griechischem Terminvorbehalt wurde Montag, der 4. Januar 1982, 10.00 bis 15.00 Uhr für eine Sondersitzung der Außenminister der Zehn in Brüssel vereinbart.[4]

Format: Minister plus zwei Direktoren plus ein Note-taker.

Der britische Vorschlag, die Sitzung schon am 31.12. abzuhalten, mußte wegen Terminschwierigkeiten des französischen[5], griechischen[6] und luxemburgischen[7] Außenministers fallengelassen werden.

Lord Carrington, der am Schluß der Sitzung persönlich teilnahm, empfahl möglichst frühzeitigen Termin wegen Erfahrung mit Afghanistan und Erwartungen der Öffentlichkeit, besonders nach Reagans Rede vom 29. Dezember.[8]

2) Lage in Polen und Aussichten

Nach kurzer neutraler Einführung durch die Präsidentschaft[9], die auch die westlichen Ziele[10] einschloß, habe ich unsere Einschätzung vorgetragen und unsere Einwirkungen aufgeführt (Gespräche des Bundesministers[11], Botschaften

1 Hat Vortragendem Legationsrat I. Klasse Edler von Braunmühl am 31. Dezember 1981 vorgelegen.
Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 4. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Referat 214 verfügte.
Hat Legationsrat Kröger am 7. Januar 1982 vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär von Staden am 31. Dezember 1981 vorgelegen.

3 Zur Sitzung der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 398.

4 Zur außerordentlichen Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ vgl. den Runderlaß Nr. 51 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 5. Januar 1982; AAPD 1982.

5 Claude Cheysson.

6 Ioannis Charalambopoulos.

7 Colette Flesch.

8 Zur Rede des Präsidenten Reagan vgl. Dok. 391.

9 Großbritannien hatte vom 1. Juli bis 31. Dezember 1981 die EG-Ratspräsidentschaft inne.

10 Vgl. dazu die „Guidelines for the Western Position"; Dok. 366, Anm. 12.

11 Der polnische Geschäftsträger Wojtkowski informierte Bundesminister Genscher am 14. Dezember 1981 über die Verhängung des Kriegsrechts am Vortag. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132917.
Für das Gespräch Genschers mit Wojtkowski am 16. Dezember 1981 vgl. Dok. 373.
Am 21. Dezember 1981 bat Genscher Wojtkowski erneut zu einem Gespräch. Vgl. dazu die Gesprächsaufzeichnung; Referat 214, Bd. 132917.

des Bundeskanzlers[12], Resolution des Bundestages[13]; nach Unterrichtung durch den Staatssekretär[14] am Nachmittag: Abriß des Rakowski-Besuches[15]).

Nach unserer Ansicht böten diese Einwirkungen im augenblicklichen Zustand am ehesten die Aussicht, die erstrebten Ziele zu erreichen. Ich habe das Medienbild[16] zurechtzurücken versucht, auch durch Hinweis auf spontane Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung.

Franzose[17] äußerte sich wieder besonders pessimistisch. Es bestehe die Gefahr, daß der Westen sich mit dem Zustand in Polen abfinde. Die Kirche, in polnischer und römischer Ausprägung nicht identisch, könne unsere Politik nicht leiten.

Italiener[18] betonte, das Ziel der polnischen Führung sei die Zerschlagung der „Solidarität", die sowjetische Involvierung evident. Wir müßten uns darüber im klaren sein, daß die polnischen Ereignisse die Ost-West-Beziehungen für lange Zeit belasten könnten. Das müsse insbesondere der Sowjetunion verdeutlicht werden. Es seien daher auch Maßnahmen gegen Moskau zu prüfen. Zur Interessenlage der Kirche äußerte er sich ähnlich wie Frankreich.

Grieche[19] schlug vor, der polnischen Führung in diesem Schwebezustand noch eine gewisse Zeit zu geben. Wenn Jaruzelski Erfolg habe, werde er am ehesten seine Versprechen einhalten können.

Die Übrigen äußerten sich nicht.

3) Divergenzen; Gegensteuerung

Im kleinen Kreise bei Tisch wurde Frage der vor allem in den Medien hochgespielten Divergenzen behandelt. Belgier[20] wies auf die Gefahr hin, daß Sowjetunion hieraus falsche Schlüsse ziehen könnte. Moskau gratuliere Europäern bereits zu ihrem Realismus – im Gegensatz zu den USA. Das sei außerordentlich mißlich.[21]

Franzose machte die USA wegen ihres unilateralen Vorgehens zum Teil für diese Lage verantwortlich. USA verlangten nun Maßnahmen von den Europäern, die diese nicht durchführen könnten. Es komme daher um so mehr darauf an, klare und verstärkte politische Signale zu geben.

Aus der Diskussion zwischen Andréani, Bullard und mir kamen wir auf folgender Linie an, welche die übrigen zu akzeptieren schienen:

12 Für die Schreiben des Bundeskanzlers Schmidt vom 25. Dezember 1981 an den Generalsekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, und Ministerpräsident Jaruzelski vgl. Dok. 386 bzw. Dok. 387. Zur Übergabe der Schreiben vgl. Dok. 388 bzw. Dok. 389.

13 Zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vom 18. Dezember 1981 vgl. Dok. 382, Anm. 17.

14 Berndt von Staden.

15 Der polnische Stellvertretende Ministerpräsident Rakowski hielt sich am 30. Dezember 1981 in der Bundesrepublik auf. Vgl. dazu Dok. 395 und Dok. 396.

16 Zur Presseberichterstattung über die Politik der Bundesregierung gegenüber Polen vgl. Dok. 393, Anm. 10.

17 Jacques Andréani.

18 Bruno Bottai.

19 Aristoteles J. Phrydas.

20 Alfred Cahen.

21 An dieser Stelle vermerkte Vortragender Legationsrat von Ploetz handschriftlich: „Sehr r[ichtig]."

Die verschiedenen Ansätze sollten in der Öffentlichkeit möglichst als Teil einer Gesamtstrategie dargestellt werden. Die Komplexität der polnischen Situation verlange nach einem Ineinandergreifen der verschiedenen (national möglichen) Maßnahmen. Dabei würden die Europäer im Augenblick das Schwergewicht auf die politischen Maßnahmen legen. Ich habe unsere Überlegungen zu Demarchen gegenüber Moskau, Warschau, in den osteuropäischen Ländern und in der Dritten Welt skizziert.[22] Andréani legte Wert auf eine generelle Warnung an die Sowjetunion, daß sich aus der polnischen Situation ernste Gefahren für die in den letzten zehn Jahren entwickelte Ost-West-Zusammenarbeit ergeben könnten. Eine solche Warnung werde die Sowjetunion sehr ernst nehmen.

Auch Lord Carrington kam später in allgemeiner Form auf die Kluft zwischen europäischer und amerikanischer Auffassung zu sprechen.

4) KSZE

In der Diskussion wurde Übereinstimmung erzielt, daß die Außenminister die Frage in ihrer Sondersitzung am 4.1. behandeln sollten. Dazu wird Präsidentschaft einen Optionenkatalog vorlegen, der auch den amerikanischen Vorschlag einer Sondersitzung der Delegationsleiter in Madrid über Polen[23] enthalten wird.

Zu diesem amerikanischen Vorschlag äußerten sich kritisch oder ablehnend: die Niederlande, von Dänemark sekundiert: „linguistischer Rugby", der Wiederaufnahme der Konferenz am 9. Februar[24] in Gefahr bringt; Frankreich: nicht praktikabel, Warschauer-Pakt-Staaten werden Konsens verweigern; vorsichtige Stellungnahme Italiens: wird nicht zustande kommen, Vorschlag wäre aber vielleicht als sichtbares Zeichen wegen der schweren Verletzung der Schlußakte von Helsinki[25] erwägenswert; Großbritannien gab zu bedenken, ob man dem amerikanischen Vorschlag nicht schon deshalb zustimmen sollte, weil die Europäer allzu viele andere amerikanische Vorschläge ablehnen müßten. Ich habe erklärt, die verschiedenen Optionen, einschließlich des amerikanischen Vorschlags, verdienten wegen der Bedeutung der Sache eine vertiefte Diskussion durch die Außenminister persönlich.

5) Emissär nach Polen

Operative Resultate des Meinungsaustausches: Präsidentschaft wird Botschaften der Zehn in Warschau bitten, sich zu diesem Vorschlag zu äußern, besonders zu Zeitpunkt, Ebene, Gesprächsinhalt, Bedingungen (Empfang durch Jaruzelski, Zugang zu kirchlichen Stellen, vor allem auch Glemp, und zu Solidarität, möglichst zu Wałęsa). Ich habe betont, daß gleichzeitig in den Hauptstädten über die Sache nachgedacht werden müsse.

Mehrheit schien als Person belgischen Außenminister[26] ins Auge zu fassen. Frankreich äußerte sich zögernd zum Emissärgedanken überhaupt, Dänemark

22 Zu möglichen Demarchen in Moskau, Warschau und bei weiteren Staaten vgl. Dok. 391, Anm. 4.

23 Zum amerikanischen Vorschlag einer KSZE-Sondersitzung zu Polen vgl. Dok. 390, Anm. 19.

24 Am 9. Februar 1982 wurde die KSZE-Folgekonferenz in Madrid unter Teilnahme der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten wiedereröffnet. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 140 des Botschafters Kastl, Madrid (KSZE-Delegation), vom 10. Februar 1982; AAPD 1982.

25 Für den Wortlaut der KSZE-Schlußakte vom 1. August 1975 vgl. SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT, Bd. 2, S. 913–966.

26 Léo Tindemans.

bat um vertrauliche Behandlung, da Zustandekommen der Mission nicht sicher sei.

6) Botschaften der Staats- und Regierungschefs

Tour de table auf meine Bitte ergab, daß Bundeskanzler bisher als einziger der Staats- oder Regierungschefs an Breschnew und Jaruzelski geschrieben hat. Frankreich erwägt einen solchen Schritt, die übrigen erwägen ihn nicht.

7) Retorsionsmaßnahmen gegen polnische Auslandsvertretungen

Präsidentschaft will dazu einen Vorschlag für die Sondersitzung der Außenminister unterbreiten.

Diskussion ergab folgendes Bild: Briten, Franzosen, Belgier und Italiener wollen Gegenmaßnahmen erwägen. Franzosen geht es vor allem darum, die Wiederherstellung der Telex- und Telefonverbindungen zu erzwingen. Dänemark schließt Gegenmaßnahmen aus prinzipiellen Gründen aus. Griechenland plant keine Retorsion.

Ich habe darauf hingewiesen, daß wir uns von Gegenmaßnahmen keine Aufhebung der Beschränkungen in Warschau versprechen (mangelnde Hebelwirkung), daß wir aber mit Nachdruck, bilateral und zu zehnt, auf Aufhebung der Restriktionen drängen sollten.

8) Abberufung der Botschafter aus Warschau

Präsidentschaft stellte fest, daß niemand an eine Abberufung der Botschafter denkt.

9) VN und Sonderorganisationen

Vorschlag: Außenminister sollten in öffentlichen Erklärungen das Petitum des Generaldirektors der ILO[27] unterstützen, der eine Gutachtergruppe nach Polen entsenden will.[28] Die polnische Führung hat dieses Ersuchen abschlägig beschieden.

Bilaterale Demarchen gegenüber Polen sollen mit dem gleichen Ziel unternommen werden.

Die Vertretungen der Zehn in New York und Genf sollen angemessenes Vorgehen in den VN und in den Sonderorganisationen prüfen und Vorschläge dazu unterbreiten.

10) Politische Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion

Franzosen und Italiener, aber auch Niederländer, sprachen sich für Reduzierung der Kontakte mit der Sowjetunion auf folgenden Gebieten aus:

– parlamentarische Kontakte;
– kultureller und wissenschaftlicher Austausch.

Frankreich plädierte außerdem

– für Reduzierung der politischen Konsultationen zwischen den Regierungen.

27 International Labour Organization.

28 Zur geplanten Mission des Generaldirektors der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO), Blanchard, in Polen vgl. Dok. 391, Anm. 12.

Wir haben zum letzten Punkt darauf aufmerksam gemacht, daß man sich auf diese Weise der Möglichkeit begäbe, auf die Sowjetunion unmittelbar einzuwirken.

Italiener wollen Zulassung sowjetischer Forschungsschiffe in ihren Territorialgewässern einschränken, Griechen nehmen Gegenposition ein.

Pfeffer

VS-Bd. 13319 (214)

398

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer

421-410.41 SOW-1274/81 geheim **30. Dezember 1981**[1]

Über Herrn Staatssekretär[2] Herrn Bundesminister

Betr.: Treffen der Politischen und Wirtschaftsdirektoren der Zehn am 30.12.1981 in London über die polnische Krise;
hier: Wirtschaftsteil[3]

Zur Unterrichtung

Die mehrstündige Beratung der Wirtschaftsdirektoren der Außenministerien der EG-Staaten über mögliche wirtschaftliche Beschlüsse hinsichtlich Polens und der SU fasse ich wie folgt zusammen:

I. Polen

Bei aller einzelstaatlichen Verschiedenheit wird unsere Formel, daß vereinbarte Lieferungen ausgeführt, alle neuen Entscheidungen hinsichtlich zusätzlicher Lebensmittellieferungen, neuer Kredite bzw. Bürgschaften und Umschuldung 1982 aber von positiver Entwicklung in Polen abhängig sind, allgemein akzeptiert (F hat allerdings auch seine dreijährige bilaterale Rahmenkreditzusage für Getreidelieferungen bis auf weiteres de facto suspendiert). Wir haben insbesondere politische Bedeutung Bundestagsresolution vom 18.12.1981[4] für zukünftige Entscheidungen deutlich gemacht.

Im einzelnen:

– Lebensmittellieferungen der EG: Abwicklung der Restlieferungen aus Programmen 1, 2 und 3a, soweit nationale Kredite noch vorhanden (bei uns nur

1 Hat Vortragendem Legationsrat von Ploetz am 4. Januar 1982 vorgelegen, der die Weiterleitung an Ministerialdirektor Fischer verfügte.
Hat Fischer am 12. Januar 1982 erneut vorgelegen.

2 Hat Staatssekretär Lautenschlager am 31. Dezember 1981 vorgelegen.

3 Zur Sitzung der Politischen Direktoren der Außenministerien der EG-Mitgliedstaaten vgl. Dok. 397.

4 Korrigiert aus: „17.12.1981“.
Zum Entschließungsantrag der Fraktionen von CDU/CSU, SPD und FDP vgl. Dok. 382, Anm. 17.

noch 24,5 Mio. DM). Möglichst baldige Entscheidung in EG über Zustandekommen 3b, erneute Einräumung einer 15-prozentigen Verbilligung gegenüber Weltmarkt-Preisen und Zurverfügungstellung neuer nationaler Kredite hierfür im Lichte polnischer Entwicklung.[5] Übereinstimmung, daß hierfür eindeutige polnische Zusicherung hinsichtlich Endverbrauchs durch Zivilbevölkerung erforderlich ist – analog zu schon gegebener Zusicherung polnischer Regierung hinsichtlich von EG geschenkter 8000 Tonnen Rindfleisch-Lieferung.[6] Trotz meines mehrfachen Insistierens haben übrige MS und Kommission Einführung unmittelbarer Kontrollen über Verteilung und Verwendung durch karitative Organisationen (die dies gegenüber Kommission bereits als technisch undurchführbar abgelehnt haben) oder Botschaft der Präsidentschaft in Warschau als nicht realisierbar bezeichnet.

– Umschuldung 1982: Politische Entscheidung wird weiterhin offengehalten; hinsichtlich vorgesehenen Treffens des Gläubiger-Clubs am 14./15.1.1982[7] und polnischer Beteiligung soll entsprechend Entwicklung privater Banken-Umschuldung[8] zwischen 5. und 10.1.82 entschieden werden.
– Kredite bzw. Bürgschaften: Keine Regierung ist z. Z. zu neuen Verpflichtungen bereit, bei Ausschöpfung noch vorhandener Kredite bzw. Bürgschaften für Halbwaren oder Rohstoffe (bei uns nur noch 44,5 Mio. DM).
– COCOM: Von USA gewünschte Einführung „No-exception"-Klausel gegenüber Polen stieß aus grundsätzlichen Erwägungen auf französische Ablehnung. Auch BMWi möchte derartige Entscheidung vermeiden.

II. SU

Meinungsaustausch über neue amerikanische Maßnahmen vom 29.12.1981[9] war angesichts noch ausstehender Einzelinformationen noch nicht erschöpfend. Allgemeine Tendenz wurde von britischer Präsidentschaft dahingehend zusammengefaßt, daß MS „erhebliche politische und wirtschaftliche Schwierigkeiten haben würden, auf dem von Reagan gewiesenen Weg mitzugehen". Bei der Analyse hoben besonders englische und französische Vertreter hervor, daß US-Regierung Getreide als ihr lukrativstes Exportprodukt gegenüber Sowjetunion[10] (bei Gesamtexport in SU 1980 im Wert von 1,3 Mrd. US-Dollar entfiel allein auf US-Getreideexport 1,1 Mrd. US-Dollar) unberührt gelassen hatte (und zwar nicht nur die vertraglich zugesicherten 8 Mio. t, sondern bis zur Grenze der Rahmenzusage von 23 Mio. t). Nach französischen Informationen soll US-Regierung

5 Zur Frage von Nahrungsmittellieferungen der Europäischen Gemeinschaften an Polen vgl. Dok. 373, Anm. 15.
Am 26. Januar 1982 fand eine EG-Ministerratstagung in Brüssel statt, auf der beschlossen wurde, den Verkauf von Lebensmitteln an Polen zu Sonderkonditionen (Tranche 3b) einzustellen. Für den Wortlaut der Mitteilung des EG-Ministerrats vgl. BULLETIN DER EG 1/1982, S. 46f.

6 Referat 411 notierte am 30. Dezember 1981: „Die EG hat entschieden, 8000 Tonnen Rindfleisch unentgeltlich an Polen zu liefern. Entsprechend dem Außenministerbeschluß vom 15.12.1981 hat die Kommission Polen aufgefordert, eine politische Zusage zu geben, daß die Lieferung ausschließlich für die Zivilbevölkerung bestimmt ist. Polen hat dieser Aufforderung entsprochen." Vgl. Referat 411, Bd. 131171.

7 Zum geplanten Konsultationstreffen über die Umschuldung Polens für das Jahr 1982 vgl. Dok. 385, Anm. 15.

8 Zur Umschuldungsvereinbarung mit Privatbanken vgl. Dok. 385, Anm. 14.

9 Zu den Sanktionen der USA gegen die UdSSR vgl. Dok. 391.

10 Zu den amerikanischen Getreidelieferungen an die UdSSR vgl. Dok. 204, Anm. 14.

auch die in Verbindung mit Erdgas-Geschäft[11] bereits genehmigte Lieferung amerikanischer Waren, u.a. auch der Rohrverlegungsmaschinen, aufrechterhalten. Französischer Sprecher bezeichnete übrige US-Maßnahmen jedenfalls mehr als zur „politischen Gestik gehörend".

Italienischer Vorschlag, AM sollten politische Erklärung abgeben, daß MS in Zukunft entsprechende Maßnahmen, soweit dies ihnen rechtlich möglich ist, ins Auge fassen könnten, wurde von britischer Präsidentschaft mit Unterstützung anderer Vertreter dahingehend abgewandelt, daß AM erklären könnten, US-Politik gegenüber SU nicht „unterminieren zu wollen". Für den Fall, daß EG eigenständige wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen wolle, regte Kommission Suspendierung der SU de facto eingeräumten Meistbegünstigung bzw. Einführung von erhöhten Zöllen auf ausgesuchte sowjetische Exportwaren an. Dies wurde von keiner Seite aufgegriffen.

Lord Carrington legte in seiner Schlußbemerkung großen Wert auf politisches Erfordernis, daß AM bei bevorstehendem Treffen[12] zu US-Maßnahmen Stellung nehmen und dabei Eindruck von Meinungsunterschieden so weit wie möglich vermieden wird.

III. Bewertung

Zu Polen könnte aufgrund des Londoner Treffens die von uns auf AM-Sitzung einzunehmende Haltung darin bestehen, entsprechend der Bundestagsresolution und ihrer Interpretation bisherige Linie hinsichtlich Durchführung vereinbarter und zugesagter Lebensmittel- und sonstiger Lieferungen zu bestätigen und neue Entscheidungen von positiven politischen Signalen aus Polen (sowie der notwendigen parlamentarischen Zustimmung) abhängig zu machen. Zu strittigen Fragen wie COCOM sollte keine Meinungsäußerung erfolgen.

Zu SU könnten AM sich in dem Sinne äußern, daß EG getroffene US-Maßnahmen in Zukunft nicht „unterminieren" würde. Formel ähnelt der EG-Zusage nach Afghanistan (nach der EG-Lieferungen ausgefallene US-Lieferungen nicht ersetzen würden), ohne so explizit zu sein. In der Tat muß die Möglichkeit offengehalten werden, daß beim Erdgas-Geschäft Substitutionen aus anderen Quellen für ausfallende US-Lieferungen bzw. -Lizenzen vorgenommen werden.

Für AM-Sitzung vom 4.1.1982 werden – nach Kontaktaufnahme mit Ressorts, soweit über Feiertage möglich – Gesprächszettel vorbereitet.

Per Fischer

VS-Bd. 10392 (421)

11 In der Presse wurde berichtet: „Die Bundesregierung sowie die an dem europäisch-sowjetischen Gas-Röhren-Geschäft beteiligten deutschen Unternehmen sind überzeugt, daß die amerikanischen Wirtschaftssanktionen gegenüber der Sowjetunion dieses Geschäft nicht gefährden. […] Die Sanktionen Washingtons sehen unter anderem vor, die Genehmigungspflicht für die Ausfuhr solcher Güter zu verschärfen, die bei der Öl- und Erdgasförderung eingesetzt werden. Davon wären Rohrverlegungsmaschinen von Caterpillar betroffen. Washington hatte dem Unternehmen erst im August den Verkauf von 100 solcher Maschinen an Moskau erlaubt, allerdings mit der Auflage, diese dürften nicht für die Verlegung der neuen 5500 Kilometer langen Gasleitung von Urengoy bis zur russisch-tschechoslowakischen Grenze eingesetzt werden." Vgl. den Artikel „Bonn: Es bleibt beim Gas-Röhren-Geschäft", FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 31. Dezember 1981, S. 11.

12 Die außerordentliche Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ fand am 4. Januar 1982 in Brüssel statt. Vgl. dazu den Runderlaß Nr. 51 des Ministerialdirektors Pfeffer vom 5. Januar 1982; AAPD 1982.

Personenregister

Bei der Benutzung des Personenregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Die Personen werden in alphabetischer Folge erfaßt.
- In der Regel wird die maßgebliche Funktion im Jahr 1981 genannt. Falls im Kontext erforderlich, wird zusätzlich auf frühere Funktionen hingewiesen.
- Bei einigen Personen sind im Rahmen der Edition ausschließlich bestimmte Funktionen vor dem Jahr 1981 von Interesse. In diesen Fällen erfolgen nähere zeitliche Angaben.
- Personen der Zeitgeschichte werden mit den im Kontext dieses Bandes relevanten Funktionen genannt. Personen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg finden mit Angabe ihrer Lebensdaten Aufnahme, solange sie nicht maßgebliche politische Funktionen ausübten.
- Steht ein Dokument in seiner Gesamtheit in Beziehung zu einer Person, ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Zu den im Auswärtigen Amt gebräuchlichen deutschen Funktionsbezeichnungen für ausländische Diplomaten werden in Einzelfällen die entsprechenden Termini in der jeweiligen Landessprache in Klammern hinzugefügt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 122 bzw. von Seite 3 bis 684, **Band II** von Dokument 123 bis 280 bzw. von Seite 685 bis 1484, **Band III** von Dokument 281 bis 398 bzw. von Seite 1485 bis 2104.

Aaron, David Laurence stellvertretender Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Carter (Deputy Assistant for National Security Affairs) bis Januar 1981 S. 1298[9]

Aba al-Khail, Mohammed al-Ali Wirtschafts- und Finanzminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 294–296, 651, 655, 660, 829, 1644

Abdallah ibn Abdul Aziz al-Saud zweiter stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien und Kommandeur der Nationalgarde S. 655, 668

Abdul Aziz ibn Abd ar-Rahman ibn Faisal al-Saud (Ibn Saud) 1926–1932 König von „Hedschas und Nadschd und seiner Nebenländer", 1932–1953 König des Königreichs Saudi-Arabien S. 651

Abrassimow, Pjotr Andrejewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Ost-Berlin S. 191[23], 1016, 1281

Abu Sharar, Majed Mitglied des ZK der palästinensischen Organisation „Al Fatah" und Leiter des Informationsbüros der PLO bis zu seiner Ermordung im Oktober 1981 S. 1234

Abu Sita stellvertretender Sekretär des Allgemeinen Volkskomitees des libyschen Büros für Auswärtige Beziehungen S. 1983[5]

Abu Taleb, Sufi Sprecher der ägyptischen Volksversammlung und vom 6. bis 14. Oktober 1981 amtierender Präsident der Arabischen Republik Ägypten S. 1549[2]

Achard, Pierre Abteilungsleiter im Amt des französischen Ministerpräsidenten (Conseiller technique au Cabinet du Premier Ministre) und Generalsekretär des interministeriellen Komitees für Fragen der europäischen Wirtschaftskooperation (Secrétaire général du Comité interministériel pour les Questions de Coopération économique européenne) S. 143[9]

Adams, Alvin P. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Secretariat Staff) S. 1201

Adenauer, Konrad 1949–1963 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland sowie 1950–1966 Vorsitzender der CDU S. 234, 845, 1070, 1343, 1539, 1608, 1653, 1877

Agca, Mehmet Ali S. 792 f.

Agha Shahi *siehe: Shahi, Agha*

Agović, Murat Leiter des Ministerbüros im jugoslawischen Außenministerium S. 1105

van Agt, Andreas Antonius Maria Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande S. 446, 581, 699, 979, 1327[22+23], 1483, 1484[6], 1616[15], 1736[18], 1875

Aguirre de Cárcer y López de Sagredo, Nuño Botschafter des Königreichs Spanien in Brüssel S. 568

Ahidjo, Ahamdou Babatoure Präsident der Vereinigten Republik Kamerun S. 119 f.

Aké, Siméon Außenminister der Republik Elfenbeinküste S. 1206, 1210, 1690[21]

Albertz, Heinrich Pfarrer im Ruhestand; 1966/67 Regierender Bürgermeister von Berlin S. 1538[12]

Alexander, Sir Michael O'Donel Bjarne Persönlicher Referent der britischen Premierministerin Thatcher (Private Secretary to the Prime Minister, Overseas Affairs) S. 1773

Alexandrow-Agentow, Andrej Michajlowitsch Persönlicher Referent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew, und Kandidat bzw. Mitglied des ZK S. 1792, 1806, 1815, 1822[24], 1838

Alexejewa, Jelisaweta Konstantinowa S. 1823, 1898[13], 1905[13]

Ali, Hassan Handelsminister der Republik Irak und Mitglied des Revolutionären Kommandorats S. 866

Ali, Kamal Hassan stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der Arabischen Republik Ägypten S. 267, 616, 1353[8], 1549, 1551 f., 1572[7], 1771[25]

Alireza, Scheich Abdullah Mohammed Staatssekretär im saudi-arabischen Außenministerium S. 655

Allen, Richard Vincent Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Reagan (Assistant to the President for National Security Affairs) seit 21. Januar 1981 S. 113[15], 328[4], 633 f., 811, 821, 825, 1103[34], 1104, 1364, 1385, 1423–1426, 1463 f., 1606, 1620, 1860[4]

Allon, Yigal 1967–1974 stellvertretender Ministerpräsident des Staates Israel, 1974–1977 Außenminister S. 855

Alten, Jürgen von Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara bzw. seit 30. März 1981 in London S. 473[19], 754[13], 1250[9]

Altenburg, Günther Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 445[9], 446[11], 580[12], 701[27], 1405[28]

Alvensleben, Busso von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 18. September 1981, seit 1. Oktober 1981 stellvertretender Kommandeur der 7. Panzer-Division in Unna S. 418[43]

Amin, Hafizullah Präsident der Demokratischen Republik Afghanistan vom 16. September bis 27. Dezember 1979 S. 17[11]

Andréani, Jacques Botschafter der Französischen Republik in Kairo bis 15. September 1981, anschließend Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires politiques) **Dok. 352** und S. 854[39], 1390[1], 1391, 1669[40], 1675, 1677–1681, 1683, 1686 f., 1901 f., 1968–1972, 2046, 2047[10], 2048, 2051[4], 2099 f.

Andrei, Ştefan Außenminister der Sozialistischen Republik Rumänien S. 34[20], 483[6], 1659 f., 1664[23+24], 1669[40], 1671

Andreotti, Giulio 1976–1979 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1323

Androutsopoulos, Adamantios 1973/74 Ministerpräsident der Hellenischen Republik S. 29[9]

Apel, Hans Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 122, 253 f., 256[13], 263[23], 334[7], 341[46], 342, 357, 366, 381[15+16], 486[3], 494[19], 562–565, 606[10], 782, 784, 852, 878[2], 881, 889[1], 910, 1024[2], 1026[12], 1061, 1084 f., 1270, 1328, 1614, 1616–1619, 1620[29], 1757, 1759, 1885 f., 1890–1892, 1906

Appel, Reinhard Chefredakteur und ständiger Vertreter des Intendanten des ZDF S. 1262

Arafat, Yasser Vorsitzender des Zentralkomitees der palästinensischen Organisation „Al Fatah“ und des Exekutivkomitees der PLO S. 445 f., 742, 773 f., 887, 1118, 1174–1176, 1234, 1355, 1507, 1545 f.

Arbatow, Georgij Arkadjewitsch Direktor des Instituts für Amerika- und Kanada-Studien bei der Akademie der Wissenschaften der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Mitglied des Obersten Sowjet und Kandidat bzw. seit Februar 1981 Mitglied des ZK der KPdSU S. 400, 414, 1286[18]

Arce Castaño, Bayardo Mitglied der Nationalleitung der FSLN in der Republik Nicaragua S. 282 f., 1642

Archipow, Iwan Wassiljewitsch Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU S. 1792, 1806, 1838, 1843 f.

Arculus, Sir Ronald Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Rom S. 1497

Aristow, Boris Iwanowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Warschau S. 264

Armada y Comyn, Alfonso General und stellvertretender Generalstabschef der spanischen Streitkräfte S. 463

Arnaud, Claude Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei der NATO in Brüssel bis 22. Dezember 1981 S. 107, 731[9], 1022, 1985, 2025

Arndt, Otto Minister für Verkehrswesen der DDR und Mitglied des ZK der SED S. 715

Arnold, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom bis 1. November 1981, anschließend Chefinspek-

teur im Auswärtigen Amt S. 525[46], 701[26], 704[37], 749[7], 995[2], 1092[11], 1093[16], 1322, 1330[33], 1335[52]

Arnot, Alexander Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt S. 290[1], 292[10+11], 492, 511, 764[1], 834[8], 922[1], 942[1], 981[1], 992[1], 1168[1], 1282[19], 1337[4], 1623[1], 1624[7], 1627[1], 1628[6], 1629[8], 1791[1], 1792, 1815[1], 1837[1], 1867[11], 1911[1], 1987[1], 1992[12], 2027[1], 2030[14], 2070[1]

Arz von Straussenburg, Herbert Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 222 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung“ bzw. „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit); Genfer Abrüstungsausschuß, B-, C- und R-Waffen, Teststopp, Nichtverbreitung, regionale Abrüstung, Friedens- und Konfliktforschung“ im Auswärtigen Amt S. 1380[1], 1431[12]

al-Assad, Hafez Präsident der Arabischen Republik Syrien S. 118[5], 268[13], 445[8], 581, 654[27], 1545

Atakan Ehrenbegleiter des Bundesministers Genscher bei dessen Aufenthalt in der Türkei im November 1981 S. 1694

Atatürk, Kemal (Mustafa Kemal Pasha) 1923–1938 Präsident der Republik Türkei S. 1696

Attlee, Clement 1945–1951 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1445

Audu, Ishaya Sha'aibu Außenminister der Bundesrepublik Nigeria S. 1206, 1210, 1611f.

Axen, Hermann Mitglied des Politbüros des ZK der SED und Leiter der Außenpolitischen Kommission beim Politbüro S. 715, 1015–1019, 1271, 1338f., 1909

Aydinoglu, Ismail Hakki Gouverneur der türkischen Notenbank bis 10. Januar 1981 S. 27

Babiuch, Edward Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP vom 18. Februar bis 24. August 1980 S. 3[2]

Babrak *siehe: Karmal, Babrak*

Bačkis, Audrys Juozas Priester und Untersekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls S. 2038[23]

Badran, Mudar Ministerpräsident des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 654[27]

Bahr, Egon Mitglied des Deutschen Bundestags, Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses sowie bis 23. Februar 1981 Bundesgeschäftsführer der SPD S. 109[29], 378, 1275[12], 1304[14], 1335, 1338f., 1423[2], 1424–1426, 1577

Bajbakow, Nikolaj Konstantinowitsch Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Vorsitzender des Staatlichen Planungskomitees (Gosplan) S. 6[13]

Baker Jr., Howard Henry Senator des amerikanischen Bundesstaates Tennessee (Republican Party), „Minderheitsführer“ des Senats (Senate Minority Leader) bis 3. Januar 1981, anschließend „Mehrheitsführer“ (Senate Majority Leader) S. 378, 634, 1104, 2006

Bald, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 013 „Pressereferat“ des Auswärtigen Amts S. 1105, 1195, 1235, 1568, 1587[1]

Balsemão, Francisco José Pereira Pinto Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 485, 691, 957–961

Balser, Johannes Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Oslo S. 22[6+7], 23[11], 24[12], 107[10], 108[24], 1262[7]

Bani Sadr, Abolhassan Präsident der Islamischen Republik Iran bis 22. Juni 1981 und Oberbefehlshaber der iranischen Streitkräfte bis 10. Juni 1981 S. 19[17], 91f., 123, 736[9], 738f., 864, 867[13], 1470, 1569[6]

al-Barati, Abdul Aziz Stabschef der Streitkräfte der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) S. 663[32]

Barčák, Andrej Außenhandelsminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bis 17. Juni 1981 S. 1349[8]

Barcikowski, Kazimierz Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP und des Staatsrats der Volksrepublik Polen sowie Sekretär des ZK S. 126[5], 2091

Barker, Enno Legationsrat I. Klasse im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts, seit 1. Juni 1981 Vortragender Legationsrat S. 290[1], 492[1], 511[1], 635[1], 764[1], 922[1], 942[1], 992[1], 1168[1], 1987[1]

Barkman, Carl Dietrich Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs der Niederlande bei der NATO in Brüssel S. 107, 1022

Barre, Raymond Ministerpräsident der Französischen Republik bis 21. Mai 1981 S. 380f., 383, 396, 509f., 972, 1079, 1274, 1560

Barre, Siad *siehe: Siad Barre, Mohammed*

de la Barre de Nanteuil, Luc Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel bis Dezember 1981, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung bei den Vereinten Nationen in New York S. 1090

Barreto, Álvaro Roque de Pinho Bissaia Industrie- und Energieminister der Portugiesischen Republik bis 9. Januar 1981, anschließend Minister für europäische Integration bis 4. September 1981 S. 763[25]

Barth, Klaus Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 737, 864[9], 867[13]

Barzel, Rainer Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses S. 326, 327[8], 1426[14], 1497, 2036f.

Battěk, Rudolf tschechischer Soziologe sowie Mitbegründer und Sprecher der „Charta 77" S. 1348

Bauch, Johannes Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul, seit 7. Dezember 1981 Botschaftsrat I. Klasse **Dok. 371** und S. 17[11], 138[4], 409[6], 632[22], 636[6], 1310[9]

Baudouin I. König der Belgier S. 1863

Baum, Gerhart Rudolf Bundesminister des Innern und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 554[5], 555[7]

Baumann, Eberhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 231 „Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen" im Auswärtigen Amt S. 325[1]

Bayar, Mahmud Celâl 1950–1960 Präsident der Republik Türkei S. 28

Bayeh, Berhanu Mitglied des ständigen Komitees des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats im Sozialistischen Äthiopien und Vorsitzender von dessen Ausschuß für Auswärtige Angelegenheiten S. 776

Bayülken, Haluk Verteidigungsminister der Republik Türkei S. 780f., 1886, 1888, 1902[23]

Bazing, Hans Peter Gesandter an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 202[15], 267[4]

al-Bazzaz, Bassim Mohammed Abdul Rahman Botschafter der Republik Irak in Bonn S. 866

Beaussant, René Konteradmiral der französischen Marine S. 1893

Becker, Kurt Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung S. 61[2], 379[4], 382, 389, 400[14], 471, 483[8], 579, 651, 655, 672, 747, 816[8], 834[8], 858, 1007[12], 1120, 1138[22], 1191f., 1221, 1358, 1440, 1726, 1791, 1837, 1850[9], 1935

Bedjaoui, Mohammed Leiter der Ständigen Vertretung der Demokratischen Volksrepublik Algerien bei den Vereinten Nationen in New York S. 1420

Begin, Menachem Ministerpräsident des Staates Israel S. 12[5], 13, 267f., 270, 579, 701[27], 702, 737, 738[13], 742, 745[2+3], 747[12], 753, 773f., 803[2], 813–815, 838, 855, 864, 869[25], 940, 949, 965–967, 980, 1047f., 1066f., 1101, 1144f., 1148, 1163, 1175f., 1228[7], 1231, 1233, 1312, 1347, 1353–1356, 1405, 1406[31], 1417[3], 1418[9],

1438, 1448, 1472, 1547, 1571 f., 1648, 1685, 1771 f.

Behrendt, Heinz 1965–1978 Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 100[14]

Beil, Gerhard Staatssekretär und Erster Stellvertretender Minister für Außenhandel der DDR S. 715, 1908, 1961

Belgassem, Yunis Oberst der libyschen Streitkräfte und Leiter des Auslandsgeheimdienstes der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 757, 912, 1903[3], 1982–1984

Bender, Peter Publizist und Korrespondent des WDR in Berlin (West) S. 469[21], 1721

Bendjedid, Chadli Präsident der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 616, 1314, 1545, 1690

Ben-Elissar, Eliahu Botschafter des Staates Israel in Kairo bis Juli 1981 S. 667[43]

Bengel, Dieter Amtsrat im Referat 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung Ausland“ des Auswärtigen Amts, seit 1. Oktober 1981 Kanzler an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kathmandu S. 79[33]

Bennett Jr., William Tapley Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel S. 107, 636, 1023, 1045[65], 1131[9], 1299[11], 1330[30], 1985, 1987, 2024, 2028

Benningsen-Foerder, Rudolf Christian von Vorstandsvorsitzender der VEBA S. 1269

Benouniche Leiter der Abteilung „Europa und Amerika“ im algerischen Außenministerium S. 16

Bensch, Peter Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 1669[39]

Bente, Wolfgang Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 341 „Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien“ bzw. „Ostasien, Australien, Südpazifik“ im Auswärtigen Amt S. 880[12], 898, 962, 1034[11], 1200[23], 1498

Benyahia, Mohamed Seddik Außenminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien **Dok. 4**

Bérégovoy, Pierre Generalsekretär des französischen Präsidialamts seit 21. Mai 1981 S. 844[1], 858, 1553, 1562

Berendonck, Gerd Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Algier S. 16

Bergmann, Anna-Eva norwegische Malerin S. 1564[36]

Bergmann, Burckhard Mitglied des Vorstandes der Ruhrgas AG S. 480[36]

Berija, Lawrentij Pawlowitsch 1938–1945 und 1953 Volkskommissar bzw. Minister für Innere Angelegenheiten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1680[30]

Berlinguer, Enrico Generalsekretär der KPI S. 1116, 1147

Berlinguer, Sergio außenpolitischer Berater des italienischen Ministerpräsidenten Forlani bzw. seit 28. Juni 1981 des Ministerpräsidenten Spadolini S. 1322

Bernhard, Ernst-Dieter Generalleutnant und Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Militärausschuß der NATO S. 1026

Berninger, Karl-Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kabul, mit Erlaß vom 2. Januar 1980 zur Dienstreise nach Bonn beordert, anschließend zur Sprachausbildung und im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts eingesetzt S. 137 f.

Bertele, Franz Josef Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ und des Völkerrechtsberaters des Auswärtigen Amts **Dok. 190** und S. 1593[30]

Bessmertnych, Alexander Alexandrowitsch Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Washington S. 697[14], 942 f., 952, 1187[3], 1212, 1402[17], 1522

Betram, Gustav Oberst i. G.; 1962–1966 Referent im Referat 3 „Programmvorschläge der Luftwaffe und Programmplanung“ in der Unterabteilung I „Planung“ im Führungsstab der Luftwaffe des Bundesministeriums der Verteidigung S. 1253[13]

Bevin, Ernest 1945–1951 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1445

Bhutto, Mir Ghulam Murtaza S. 632[22]

Bhutto, Zulfikar Ali 1973–1977 Ministerpräsident der Islamischen Republik Pakistan S. 632[22]

Bierut, Bolesław 1948–1956 Generalsekretär bzw. Erster Sekretär der Polnischen Arbeiterpartei bzw. der PVAP S. 629[10]

Biesheuvel, Barend Willem 1971–1973 Ministerpräsident des Königreichs der Niederlande, 1978–1980 Mitglied des „Ausschusses der Weisen" der Europäischen Gemeinschaften S. 598[15]

Biffen, John Handelsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland seit 5. Januar 1981 S. 762

Bisztyga, Jan Botschafter der Volksrepublik Polen in London bis November 1981 S. 222

Bjørnebye, John Persönlicher Referent des norwegischen Außenministers Frydenlund S. 803

Björnsson, Henrik Sv. Botschafter der Republik Island in Brüssel sowie Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 1932, 1935

Blair, Dennis Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1424

Blaker, James R. Mitglied der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien (Secretary of Defense Representative to MBFR Negotiations) S. 1386[8]

Blanchard, Francis Generaldirektor der IAO S. 2068[12], 2101

Blatow, Anatolij Iwanowitsch Persönlicher Referent des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew S. 530, 984, 1791[1], 1792 f., 1815, 1822[24], 1838

Blech, Klaus Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts bis 12. April 1981, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tokio **Dok. 1, 5, 7, 10, 19, 43, 59** und S. 96[11], 99[8], 101[17], 122[1], 124[13], 125, 149[10], 158[16], 183–195, 222, 225[18+19], 226[4], 272[1], 274[9], 276[19], 309[10], 333, 348[1], 384, 595[2–4], 604[40], 896[29], 897[31], 902[18], 1092, 1452[13]

Blix, Hans Martin Staatssekretär im schwedischen Außenministerium bis 30. November 1981, anschließend Generaldirektor der IAEO S. 1065[51]

Blomeyer-Bartenstein, Hans-Henning Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen" des Auswärtigen Amts S. 195[1]

Blomeyer-Bartenstein, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel S. 278[4], 1867[14]

Böcker, Alfons Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London bis 8. März 1981, anschließend Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel **Dok. 193, 301** und S. 464[10], 545[3], 595[9], 1045[65], 1330[30], 1485[4]

Böcker, Josef Amtsrat im Referat 510 „Staats- und Verwaltungsrecht" des Auswärtigen Amts bis 27. September 1981, anschließend im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" S. 423[58]

Böckler, Hans 1947–1951 Vorsitzender des DGB S. 1653

Boden, Dieter Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 106[1], 177[1], 235[1], 236[3], 240[24], 253[1], 565[1], 779[1], 782[1], 1672[1+5], 1673[7], 1703[1], 1922[1]

Boidevaix, Serge Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur d'Afrique du Nord et Moyen-Orient) S. 854[39]

Bolewski, Wilfried Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts, seit 31. Oktober 1981 Vortragender Legationsrat S. 106[1], 108[21], 235[1], 272[1], 274[11], 275[13–15], 276[19–22], 276[24+26],

565[1], 570[30+31], 571[33], 782[1], 816[1], 935[1], 1387[1], 1919[1+5], 1922[1], 1923[9], 1926[19], 1927[22], 2027[1], 2028[9], 2030[13]

Boll, Erwin Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit" des Auswärtigen Amts bis 11. November 1981, anschließend Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Edmonton **Dok. 241, 299** und S. 271[22], 386[21], 460[1]

Böll, Heinrich Schriftsteller S. 1538[12]

Bolland, Sir Edwin Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Belgrad S. 212[51]

Bölling, Klaus Staatssekretär und Chef des Presse- und Informationsamts sowie Sprecher der Bundesregierung, seit 1. Februar 1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 18, 35, 37, 52, 76, 77, 192, 244** und S. 129, 131, 343, 380, 484[9], 1030[2], 1338[6], 1910[18], 1935, 1940[19], 1958

Bolt, Basil Franklin Botschafter von Neuseeland in Bonn S. 962

Bondarenko, Alexander Pawlowitsch Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums S. 405[37], 492, 765, 1792, 1825, 1838, 2055

Bonner, Jelena Georgijewna sowjetische Dissidentin S. 1823[25]

Borge Martínez, Tomás Innenminister der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 1642

Borm, William Mitglied des Parteivorstands der FDP S. 1538[12], 1721

Born de Liñan, Teresa spanische Dolmetscherin S. 608

Bosch, Klaus Jerg Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik" des Auswärtigen Amts bis 18. Januar 1981, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Sofia, seit 26. Juli 1981 Botschaftsrat I. Klasse S. 999[22]

Boss, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok bis 25. Oktober 1981, anschließend Leiter der Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 372** und S. 1451[9], 2023[16]

Botha, Pieter Willem Ministerpräsident der Republik Südafrika S. 84, 946f., 1974, 1976

Botha, Roelof Frederik (Pik) Außenminister der Republik Südafrika S. 84, 369, 643, 719, 759, 830–832, 856, 874, 884, 946f., 1001[30], 1049, 1479[4], 1976

Bottai, Bruno Botschafter der Italienischen Republik beim Heiligen Stuhl bis August 1981, anschließend Abteilungsleiter im italienischen Außenministerium (Direttore Generale degli Affari Politici) S. 1322, 1337, 1340–1342, 1491f., 1495–1497, 2099

Bouabid, Mohammed Maâti Ministerpräsident des Königreichs Marokko S. 15, 1552, 1572

Boucetta, M'Hamed Außenminister des Königreichs Marokko S. 14

Bourguiba, Habib Ben Ali 1957–1987 Präsident der Tunesischen Republik S. 1229f.

Boutros, Fouad Außenminister der Libanesischen Republik S. 445[9], 886

Boutros-Ghali, Boutros Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten der Arabischen Republik Ägypten S. 445[5]

Bouverat, Colette Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts mit der Funktionsbezeichnung Vortragende Legationsrätin für Tätigkeiten bei offiziellen Anlässen S. 16, 844[1], 1035[1], 1068[1], 1077[1], 1152[1]

Bowman, Richard C. Generalmajor der amerikanischen Streitkräfte S. 1893

Brady, James F. Pressesprecher des amerikanischen Präsidialamts (Press Secretary) seit Januar 1981 S. 475[11]

Brandt, Jürgen General und Generalinspekteur der Bundeswehr S. 1026

Brandt, Willy Vorsitzender der SPD, Mitglied des Deutschen Bundestags sowie Präsident der Sozialistischen Inter-

nationale und Vorsitzender der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen“ („Nord-Süd-Kommission“); 1966–1969 Bundesminister des Auswärtigen, 1969–1974 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 108[24], 145[16], 298, 300, 363[13], 378, 405, 407, 499, 507, 532, 535, 537, 845, 852f., 981–984, 992–994, 996f., 1006f., 1014[5], 1018, 1041–1044, 1058, 1059[24+27], 1076, 1106, 1108, 1116f., 1123, 1135, 1169, 1197, 1206, 1255, 1267, 1359f., 1543, 1591, 1610, 1727, 1822, 1831, 1845, 1854, 1857, 1952[46], 1963

Bratz, Jens-Halvard Industrieminister des Königreichs Norwegen seit 14. Oktober 1981 S. 1269[30]

Braunmühl, Gerold Edler von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters bzw. seit 1. November 1981 Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt **Dok. 31, 40, 71, 81, 170, 195, 291** und S. 73[1], 110[1], 111[8], 142[1], 199[1], 226[1], 247[1], 264[1+13], 265[16], 266[19], 284[3], 285[11+16], 301[1], 306[1], 319[3], 333[1], 383[1], 444[1], 492, 545[1], 608[1], 617[35], 620[1], 643[1], 678[1], 680[13], 694[1], 708[1], 713[1], 721[1], 749[1], 803, 821[1], 825[1], 829[1], 834[1], 835[12], 839[1], 844[1], 878[1+3], 881[1], 884[1], 886[1], 907[1], 914[1], 919[1], 930[1], 946[1], 972[1], 976[8], 977[1], 1005, 1006[6], 1013, 1014[5], 1024[1+2], 1032[1], 1033[9], 1035[1], 1036[5], 1042[40], 1051[95], 1128[1], 1134[1], 1139[1], 1147[1], 1283[1], 1395[1+2], 1397[1], 1414[1+2], 1417[1+2], 1418[6], 1440[1], 1458[1+2], 1529, 1544[1], 1550[11], 1584[1], 1644[1], 1703[1], 1705[14], 1719[14], 1724[1], 1732[1], 1760, 1767[1], 1773[1], 1811[1], 1815[1], 1825, 1830[22], 1831[1], 1847[1+6], 1849[8], 1850[10], 1864[26], 1866[1], 1871[1], 1878[21], 1968[1], 1977[1], 1982[1], 1999[1], 2007[1], 2034[1], 2061[2], 2066[1], 2079[1], 2093[1], 2098[1]

Bräutigam, Hans Otto Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 21 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts; seit 1. Mai 1982 Staatssekretär und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin **Dok. 26, 27, 36, 108, 251, 262, 368** und S. 39, 54[3], 199, 214[58], 215[62], 240[1], 309[12], 367[1], 406[41], 483[6], 492, 708[1+5], 716[19], 798[1], 1019[20], 1020[1], 1034[10], 1105[1], 1134[13], 1241[1], 1594[1], 1653[1], 1684[48], 1811[1], 1825, 1837, 1935, 1955[54], 1998

Bredow, Leopold Bill von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Abteilung 7 „Protokoll“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 1498

Breschnew, Leonid Iljitsch Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken **Dok. 96, 334, 336, 340** und S. 6, 8[18], 31, 37, 44[9], 50[24], 65[21], 73, 78[28], 80, 113, 136, 141, 152, 185, 189[17], 190, 237, 251[15], 289–292, 306–310, 314, 318, 329[10], 330, 331[16+17], 332, 334, 336f., 356, 361, 363f., 365[15], 379[5], 380, 382, 390f., 393, 400f., 404, 410, 411[20], 412–414, 415[34], 416f., 419, 426–428, 431f., 434, 443, 450, 465[2], 466, 469, 470[29], 471[5], 472, 476[14], 477, 484, 488[11+12], 489, 493[5], 494[19], 496, 500, 502, 503[39], 505–508, 511[3], 512, 514, 515[14], 516, 520, 523, 527, 529[57], 541f., 545, 563[7], 566, 572[4], 573, 583f., 594, 617f., 620–622, 630, 640f., 657, 679[7], 680, 697, 708–712, 728[20], 729, 741, 759, 764–768, 772, 802, 807, 812f., 834f., 843[29], 850f., 852[32], 853f., 860, 866, 882, 894, 902f., 927[6+7], 928f., 951, 953f., 978[7], 981–984, 992–994, 996f., 1006–1009, 1016, 1018, 1028f., 1031, 1042–1044, 1055f., 1058f., 1072, 1076, 1099, 1106, 1109, 1116f., 1128, 1135, 1145f., 1168, 1169[6], 1191[17], 1193[4], 1197[9], 1212[14], 1241f., 1245, 1262[5], 1267–1269, 1272[4], 1279f., 1282, 1286[19+20], 1287[21], 1299[10], 1311, 1319–1321, 1324, 1328f., 1335, 1339, 1361–1363, 1366f., 1401f., 1404, 1410[56], 1425, 1447, 1451[10], 1452, 1455, 1462, 1464f., 1475–1478, 1485, 1501, 1504[29], 1520f., 1523, 1527[7], 1537f., 1540f., 1547, 1573–1576, 1579[17], 1581[24], 1587f., 1590f., 1621, 1623[3], 1624, 1626, 1631–1634, 1635[12], 1636, 1638, 1649, 1655[5], 1657, 1660f., 1662[17], 1675f., 1707[7], 1708f., 1722, 1724–1727, 1735–1738, 1739[30], 1742, 1747, 1749f., 1760, 1762[8+9], 1763, 1764[15], 1765, 1767–1770, 1773, 1777, 1780, 1811[2], 1813, 1814[16+17], 1825–1828, 1831[2+3+6], 1832f., 1835[2], 1847–1853, 1860–1865, 1867f., 1871–

1873, 1875, 1878, 1880, 1897 f., 1908–1910, 1912 f., 1916, 1920, 1936–1938, 1940, 1943–1947, 1952, 1967[15], 1981, 2000, 2010–2013, 2016[53], 2017, 2019, 2028–2031, 2035, 2037, 2044, 2051–2053, 2055, 2057, 2064, 2074[12+14], 2076, 2099[12], 2101

Brezhnev *siehe: Breschnew, Leonid Iljitsch*

Bridges, Thomas Edward (2nd Baron Bridges) Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 41–45, 171, 185, 222, 647[25], 1215–1218

Broadbent, John Edward Vorsitzender der New Democratic Party in Kanada S. 1146

Brockdorff-Dallwitz, Thilo Johann Roger Graf Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amts S. 374[11], 979[14], 987[6], 1206[1]

Brown, Dame Gillian Botschafterin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Oslo seit 12. Januar 1981 S. 107

Brown, Harold Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika bis 20. Januar 1981 S. 256 f., 687[14], 1263

Brück, Alwin Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 168[38]

Brümmer, Christoph Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts bis 11. Oktober 1981, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 212[53], 1020[1]

Brundtland, Arne Olav Mitarbeiter des Norsk Utenrikspolitisk Institutt in Oslo S. 1262

Brundtland, Gro Harlem Ministerpräsidentin des Königreichs Norwegen vom 4. Februar bis 14. Oktober 1981; 1974–1979 Umweltministerin **Dok. 242** und S. 109[29+30], 1272 f.

Brunet, Jean-Pierre Botschafter der Französischen Republik in Bonn bis 17. Dezember 1981 S. 381[15], 393[10]

Brunner, Guido Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen bis 24. März 1981, von Januar bis Mai 1981 Senator für Wirtschaft im Senat von Berlin und Bürgermeister Berlins, seit 1. September 1981 Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt S. 344

Bruns, Thomas Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts S. 816[1], 1525[1]

Bruns, Werner Verwaltungsangestellter und Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt S. 98[1], 292[1], 482[1], 668[1], 1120, 1144[1], 1935

Brzezinski, Zbigniew Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten Carter (Assistant to the President for National Security Affairs) bis 21. Januar 1981 S. 71, 351[16], 661[22], 1263, 1324, 1736, 1876

Bucher-Johannessen, Olav Staatssekretär im Amt des norwegischen Ministerpräsidenten S. 1262, 1269

Buchrucker, Hasso Rab Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 310 „Naher Osten“ des Auswärtigen Amts **Dok. 179** und S. 745[1], 772[1], 773[7], 774[14+18], 938[1], 939[7], 1773[7]

Buckley, James Lane Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Arms Control and International Security Affairs) seit 28. Februar 1981 S. 1366[9], 1917[14]

Bulganin, Nikolaj Alexandrowitsch 1953–1955 Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 1955–1958 Ministerpräsident S. 317, 1593

Bullard, Julian L. Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) **Dok. 352** und

S. 183–195, 222, 225[19], 383, 388, 473[19], 694, 713, 955, 1005, 1092, 1166[12], 1205[19], 1214, 1223 f., 1390[1], 1391, 1669[40], 1675–1684, 1686 f., 1689, 1901 f., 1907, 1968–1972, 2046, 2047[10], 2048, 2051[4], 2099

Bülow, Andreas von Bundesminister für Forschung und Technologie und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1078, 1269

Burg, Josef Innenminister des Staates Israel S. 1353[8]

Bürger, Heinz Dieter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Süd- und Südostasien" des Auswärtigen Amts S. 1712[1]

Burnham, Forbes Präsident der Kooperativen Republik Guyana S. 557, 1690

Burns, Arthur Frank Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn seit 30. Juni 1981 S. 976[8], 1002, 1044 f., 1091[4], 1142, 1289[2], 1352, 1356, 1362 f., 1365[3], 1369, 1519, 1566[8], 1760, 1764 f., 2064[18]

Bürstedde, Ludger Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 1861

Burt, Richard Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Politico-Military Affairs) seit 23. Januar 1981 S. 285 f., 288, 682[4], 707[46], 1213, 1861

Busch, Rolf Trygve Botschafter des Königreichs Norwegen in Bonn S. 26, 803

Bush, George Herbert Walker Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika seit 20. Januar 1981 **Dok. 65** und S. 13, 113[15], 355, 475, 566, 811, 825–829, 831[9], 861, 1001, 1103, 1739[30], 2072[3]

Butler, Peter von Vortragender Legationsrat im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts sowie Persönlicher Referent des Staatssekretärs van Well bzw. seit 1. Juni 1981 des Staatssekretärs von Staden S. 102[2], 319[3], 1024[2], 1252[1+3], 1791[1], 1837[1], 1854[1], 1858[1], 1860[1], 1861, 1863[17], 1863[19–24], 1864[28+29], 1864[31–36], 1865[38+49+41]

Butler, William J. Präsident der Internationalen Juristenkommission S. 299[9]

Byrd, Robert Carlyle Senator des amerikanischen Bundesstaates West Virginia (Democratic Party), „Mehrheitsführer" des Senats (Senate Majority Leader) bis 3. Januar 1981, anschließend „Minderheitsführer" (Senate Minority Leader) S. 78[27], 79

Cabane, Marc-Hervé Unterpräfekt der französischen Region Rhône-Elsaß S. 382

Caetano, Marcello José das Neves Alves 1968–1974 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 957[4]

Çaglayangil, Ihsan Sabri 1965–1971 und 1975–1978 (mit einer einmonatigen Unterbrechung im Juni/Juli 1977) Außenminister sowie vom 6. April bis 12. September 1980 amtierender Präsident der Republik Türkei S. 1701, 1716[3]

Cahen, Alfred Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium S. 2099

Callaghan, James 1974–1976 Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, 1976–1979 Premierminister S. 229[16], 231[18], 567[12], 851[26], 1091[8], 1324[12], 1325, 1520[6], 1735 f., 1820, 1876, 1952

Calle y Calle, Juan José Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Peru in New York S. 1748[17]

Calvo-Sotelo y Bustelo, Leopoldo stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Spanien bis 25. Februar 1981, anschließend Ministerpräsident; 1978–1980 Minister für Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften **Dok. 167** und S. 330[15], 463 f., 608–620, 634[31], 686, 691, 860, 927[3], 951[22], 1074, 1467[31], 1563

Camilión, Oscar Außenminister der Argentinischen Republik vom 29. März bis 11. Dezember 1981 S. 1414–1417

van Campen, Paul Kabinettschef des NATO-Generalsekretärs Luns S. 565, 1732, 1740[3], 1741

Cankardeş, Oktay Abteilungsleiter im türkischen Außenministerium S. 755[15]

Carazo Odio, Rodrigo Präsident der Republik Costa Rica S. 297

Carlucci, Frank C. stellvertretender Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten von Amerika seit 21. Januar 1981 S. 277[28], 342[50], 362, 365 f.

Carrington, Peter Alexander Rupert 6th Baron (Lord Carrington) Außenminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland **Dok. 72, 112, 113, 125, 187, 188, 189, 271, 353** und S. 4[6], 25, 146, 164[23], 222–225, 348[5], 349 f., 373, 388 f., 448 f., 473[19], 494, 589[8], 604[41], 614, 643–650, 679[10], 713 f., 715[13], 718–721, 730, 733 f., 759, 776–778, 810, 830, 831[12], 850, 871[3], 872[12], 874, 879, 885, 888[17], 948, 949[13], 950[19], 951, 955 f., 990 f., 1021, 1050[87], 1055[3], 1057, 1064[41], 1065, 1091, 1093, 1108, 1118, 1135[4], 1138[23], 1148, 1160, 1164[5], 1165, 1167 f., 1173, 1201, 1207, 1215, 1223[8], 1225, 1249, 1309–1313, 1315–1318, 1378[6+7], 1390[1], 1400 f., 1404, 1421, 1479–1482, 1505, 1585, 1592, 1599, 1602, 1648[26], 1676[12], 1678, 1689[72], 1745, 1753, 1761, 1773–1777, 1778[25], 1779–1781, 1787, 1907–1911, 1914, 1922 f., 2037[19], 2098, 2100, 2104

Carrión, Luis stellvertretender Innenminister der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 1642

Carstens, Karl Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland; 1955–1958 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts, 1973–1976 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag **Dok. 200** und S. 90[7], 164 f., 216, 311[2], 313, 316[2], 375[15], 462, 464, 482–485, 535, 812 f., 837[23], 1032, 1154[7], 1360[47], 1467[31], 1571, 1573, 1578, 1659, 1670 f., 1779[30], 1906[15], 1942, 2008

Carstens, Veronica S. 482, 1578

Carter Jr., James Earl (Jimmy) Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika bis 20. Januar 1981 S. 3[4], 12[5], 13, 16[7], 18[15], 39[46], 42[4], 50, 55[13], 64, 72, 78, 82[5], 91[10], 98[4], 111[5], 112, 133[5], 144[10], 148[9], 159[4], 164, 167, 180[12], 184[4], 203[16], 206, 211, 220[6], 224[17], 268 f., 272, 275[16], 284[9], 303 f., 305[9], 329, 332, 351[16], 361, 390, 416 f., 432, 434, 480, 500, 527[53], 567[12], 585, 625[23], 651, 654, 656 f., 686, 742 f., 814 f., 826, 827[9], 850 f., 895[25], 904 f., 923, 931, 935 f., 973, 1008, 1040, 1082 f., 1091[8], 1096, 1099, 1101, 1141, 1146, 1148, 1153, 1243[9+10], 1256, 1262 f., 1291[4+5], 1324, 1326, 1357, 1372[7], 1386, 1425 f., 1432 f., 1438, 1520[6], 1521, 1524, 1533, 1537, 1540, 1552, 1607, 1633, 1651, 1703, 1735–1737, 1740, 1755[1], 1757[11], 1768, 1806 f., 1811, 1820, 1856, 1869, 1872, 1876, 1952, 2004[2], 2013, 2039

de Carvalho e Silva, Jorge Botschafter der Föderativen Republik Brasilien in Bonn S. 837[21]

Casaroli, Agostino Kardinal und Sekretär des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls S. 543, 544[6], 2060, 2063, 2076–2079

Casey, William Joseph Leiter des Hauptübergangsausschusses des gewählten amerikanischen Präsidenten Reagan und seit 28. Januar 1981 Direktor des amerikanischen Geheimdienstes CIA S. 1104

Cassiers, Juan Sonderbotschafter des Königreichs Belgiens bei der Special Consultative Group der NATO S. 1283 f.

Castañeda y Álvarez de la Rosa, Jorge Außenminister der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 1206 f., 1400 f., 1407, 1748, 1905

Castillo Martínez, Ernesto Justizminister der Republik Nicaragua S. 299[8]

Castro Ruz, Fidel Vorsitzender des Staatsrats und des Ministerrats der Republik Kuba sowie Generalsekretär des ZK der Kommunistischen Partei Kubas S. 146[19], 333, 857, 1401, 1469

Catoir, Friedrich Wilhelm Legationsrat I. Klasse im Referat 321 „West- und Zentralafrika“ des Auswärtigen Amts S. 116[1]

Ceaușescu, Nicolae Vorsitzender des Staatsrats und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien sowie Generalsekretär des ZK der Rumänischen Kommunistischen Partei **Dok. 312** und S. 34[20], 483[7], 860, 1751, 1867 f., 1910[19]

Ceska, Franz Leiter der Abteilung für Sicherheitspolitik und Abrüstung im österreichischen Außenministerium sowie Leiter der Delegation der Republik Österreich bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 1320[15], 2032[4]

Chaban-Delmas, Jacques Präsident der französischen Nationalversammlung bis 2. Juli 1981; 1969–1972 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 656[5]

Chadli *siehe: Bendjedid, Chadli*

Chagall, Marc französischer Maler S. 1564[36]

Chandernagor, André beigeordneter Minister beim französischen Außenminister (Ministre délégué auprès du Ministre des Relations extérieures, chargé des Affaires européennes) seit 21. Mai 1981 S. 960[18], 1090, 1561, 1776[20]

Charalambopoulos, Ioannis Außenminister der Hellenischen Republik seit 21. Oktober 1981 S. 1786, 1925 f., 1928, 2098

Charles Philip Arthur George Kronprinz des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, Prinz von Wales, Herzog von Cornwall und Rothesay S. 1249[4], 1250[9], 1552

Chartron, Jacques Präfekt der französischen Region Elsaß bis 21. Mai 1981 S. 382, 393

Chatti, Habib Generalsekretär der Organisation der Islamischen Konferenz S. 139, 736[10], 1057[10]

Chavez de Mendoça, Antônio Aureliano amtierender Präsident der Föderativen Republik Brasilien vom 23. September bis 12. November 1981 S. 1690

Chávez Mena, Fidel Außenminister der Republik El Salvador S. 62, 1854–1856

Chenu, Georges-Marie Joseph Pierre stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Sous-directeur, adjoint au Directeur d'Europe) S. 713

Chevènement, Jean-Pierre Staatsminister für Forschung und Technologie der Französischen Republik (Ministre d'État, Ministre de la Recherche et de la Technologie) seit 22. Mai 1981 S. 1978, 1079[11]

Cheysson, Claude Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Entwicklungshilfe), seit 22. Mai 1981 Außenminister der Französischen Republik **Dok. 187, 188, 189, 199, 202, 271, 353** und S. 794[3], 842, 847 f., 854 f., 858–861, 869, 878–888, 903 f., 918, 950[19], 951, 953 f., 960, 970[14], 1037, 1050[87], 1080, 1084, 1086, 1091, 1093[16], 1108, 1118, 1138[23], 1148[8], 1164[5], 1165, 1167, 1173, 1207, 1222[2], 1223[8], 1225, 1227[18], 1234, 1309–1314, 1355, 1378[6+7], 1390[1], 1400, 1407, 1422, 1479–1482, 1497, 1506[33], 1516, 1553, 1555 f., 1565[39], 1586, 1592, 1601, 1648[26], 1676[12], 1680, 1785 f., 1907–1911, 1914, 1923–1925, 1974, 2051[4], 2098

Chirac, Jacques Vorsitzender des „Rassemblement pour la République" (RPR) der Französischen Republik und Bürgermeister von Paris sowie Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen S. 394, 648, 656[4], 703[35], 753[3], 758[3], 795, 1680[32]

Chňoupek, Bohuslaw Außenminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik **Dok. 377** und S. 412, 617, 1023, 1999–2001, 2036

Christiansen, Torbjørn Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium (Ekspedisjonssjef, Politisk avdeling) bis März 1981 S. 24[13]

Christopher, Warren stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika (Deputy Secretary of State) bis 20. Januar 1981 S. 3[4], 18[15], 72[23], 89[4], 351[16]

Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 1953–1964 Erster Sekretär des ZK der KPdSU und 1958–1964 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 317, 390, 416, 629[10], 1045[61], 1504, 1634

Churchill, Sir Winston Leonard Spencer 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1678[19]

Chyliński, Jan Botschafter der Volksrepublik Polen in Bonn bis Oktober 1981 S. 203[20], 222, 420[53], 424, 430

Ciosek, Stanisław Gewerkschaftsminister der Volksrepublik Polen S. 1966, 2089

Citron, Klaus Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ im Auswärtigen Amt **Dok. 285** und S. 284[1], 426[1], 427[5+6+11], 428[12+14+15], 519[23], 816[1], 843[29], 907[1], 994[15], 1020[1], 1283, 1357[27], 1371[1], 1380[1], 1382[9], 1522[16], 1577[1], 1581[25], 1594, 1623[3], 1626[12], 1766[19], 1847[1], 1866[1], 2027[3]

Clajus, Gert Rainer Amtsrat in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 1156[1], 1159[19]

Clark, Richard Clarence (Dick) 1973–1979 Senator des amerikanischen Bundesstaates Iowa (Democratic Party) S. 527[53], 688[22], 1975

Clark, William Patrick stellvertretender Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika seit 25. März 1981 **Dok. 175** und S. 1001, 1103, 1118, 1165, 1175 f., 1378

Clausen, Alden Winship (Tom) Präsident der Weltbank seit Juli 1981 S. 1555

Cohausz, Adolf Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts S. 1096[1]

Cohen, Marshall A. Staatssekretär im Ministerium für Energie, Bergbau und Bodenschätze von Kanada S. 1120, 1127

Colombo, Emilio Außenminister der Italienischen Republik **Dok. 73, 253, 282** und S. 105[20], 330, 446, 448, 494, 704[37], 730, 731[9], 732 f., 757, 775, 777 f., 955[1], 979, 995, 1093[16], 1134–1138, 1147–1151, 1311–1313, 1316, 1322, 1334–1336, 1500, 1585 f., 1601, 1761, 1783–1785, 1914, 1932–1934, 2036[11]

de Commines de Marsilly, Guy Leiter der Delegation der Französischen Republik bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 2025, 2026[17]

Constable, Peter D. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for Near Eastern and South Asian Affairs) S. 913[8]

Contoumas, Solon Leiter der Delegation der Hellenischen Republik bei den MBFR-Verhandlungen in Wien bis November 1981 S. 1993

Cooper, Richard Newell Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic Affairs) bis 19. Januar 1981 S. 42

Córdova Rivas, Rafael Mitglied der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 1414

Corterier, Peter Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) und seit 29. Juni 1981 Staatsminister im Auswärtigen Amt S. 1067[60], 1252[1], 1317[44], 1536[1], 1577, 1648[26]

Cossiga, Francesco 1979/80 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1323, 1328

Cot, Jean-Pierre beigeordneter Minister beim französischen Außenminister (Ministre délégué auprès du Ministre des Relations extérieures, chargé de la Coopération et du Développement) seit Mai 1981 S. 1004

Couve de Murville, Maurice 1958–1968 Außenminister der Französischen Republik S. 1493

Cozma, Ion Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Warschau S. 264

Cranston, Alan MacGregor Senator des amerikanischen Bundesstaates Kalifornien (Democratic Party) S. 941[13]

Craxi, Bettino Generalsekretär der PSI S. 1443

Crocker, Chester Arthur Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary for African Affairs) seit 9. Juni 1981 S. 385[12], 626[25], 689, 719[9], 830[6], 871[7], 874, 1165 f., 1224, 1377 f., 1399, 1400[7], 1422, 1480, 1973, 1975

Cuntz, Eckart Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Luanda **Dok. 240** und S. 1226[17], 1379[14]

Czartoryski, Paweł Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ S. 2081

Czyrek, Józef Außenminister der Volksrepublik Polen sowie seit 19. Juli 1981 Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PVAP **Dok. 234** und S. 6, 88[5], 222[2], 339, 408–419, 430, 441–444, 448[29], 452–456, 1021[10], 1217[6], 1241–1244, 1311, 1335, 1346, 1368, 1371, 1394[23], 1409, 1429, 1435–1437, 1458–1461, 1466, 1488, 1679, 1963–1967, 1969, 1985, 1995–1998, 2036[12], 2037[20], 2058–2060, 2066[4], 2067[5]

Da Rin, Eric stellvertretender Generalsekretär der NATO seit Juni 1981 S. 1788[5], 1789, 2028

Dąbrowski, Bronisław Weihbischof im Erzbistum Warschau und Generalsekretär der polnischen Bischofskonferenz S. 2096

Dahlhoff, Günther Botschaftsrat und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Wien bis 12. März 1981, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter der Leiters im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ bzw. „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ des Auswärtigen Amts S. 1065[51]

Dajan, Moshe 1977–1979 Außenminister des Staates Israel S. 855, 1355, 1448, 1772

Dane, Hendrik Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 195[1]

Dannenbring, Fredo Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 260, 390** und S. 79[31], 298[6], 344[59], 475[13], 519[20], 526[51], 527[53], 542[9], 545[3], 580[13], 581[17+18], 632[23], 682[4], 685[13], 702[30], 705[41], 707[46], 821[4], 874[20], 935, 938[3], 942[3], 1100[18], 1101[28], 1105[44], 1220[2], 1233[19+20], 1290[7], 1291[4], 1294[10], 1310[6], 1313[24], 1357[27], 1364[58], 1370[27], 2043[8+2], 2051[4], 2060[13], 2065[5], 2072[3–5], 2074[10]

Dassel, Peter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ des Auswärtigen Amts **Dok. 33** und S. 145[14], 246[18], 625[23], 1216[1]

Daud Khan, Mohammed General der afghanischen Streitkräfte; 1953–1963 Ministerpräsident des Königreichs Afghanistan sowie 1973–1978 Präsident der Republik Afghanistan S. 139

Davignon, Étienne Vicomte Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Industriepolitik, Energie, EURATOM und Forschung); 1969–1974 Abteilungsleiter im belgischen Außenministerium S. 600[17], 896[30]

Day, Derek Malcolm Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary of State) S. 1165, 1167

Dean, Jonathan Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den MBFR-Verhandlungen in Wien bis November 1981 S. 219[4], 707, 1182[3], 1183[10], 1185 f., 1244[2], 1245, 1993

Deaver, Michael Keith stellvertretender Stabschef des amerikanischen Präsidenten Reagan (Deputy Chief of Staff) seit Januar 1981 S. 1104

Debré, Michel 1959–1962 Ministerpräsident der Französischen Republik, 1969–1973 Verteidigungsminister S. 1084, 1255

Dehmel, Max Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 179

Delamare, Louis Fernand Botschafter der Französischen Republik in Beirut bis zu seiner Ermordung am 4. September 1981 S. 1438

Dell, Edmund Emanuel 1976–1978 Handelsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland, 1978–1980 Mitglied des „Ausschus-

ses der Weisen“ der Europäischen Gemeinschaften S. 598[15]

Delors, Jacques Wirtschafts- und Finanzminister der Französischen Republik seit 22. Mai 1981 S. 848 f., 971, 999, 1058, 1217, 1274, 1444, 1461[16], 1553, 1557, 1559, 1562, 1908

Dembri, Mohammed Salah Generalsekretär des algerischen Außenministeriums S. 15 f.

Demirel, Süleyman 1965–1971, 1975–1977, 1977/78 und vom 12. November 1979 bis 12. September 1980 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 28, 230, 346, 447, 1695[6], 1696, 1716[3], 1718

Demitschew, Pjotr Nilowitsch Kultusminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1267

Dencker, Norman Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko bis 9. März 1981, anschließend Botschafter in Budapest S. 1630, 1635[12]

Deng Xiaoping stellvertretender Vorsitzender der KPCh, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh sowie seit März 1981 Vorsitzender der Militärkommission des ZK **Dok. 286** und S. 208, 649, 900, 1498[2], 1591, 1825

Denktasch, Rauf Sprecher der türkischen Volksgruppe auf Zypern (Präsident von „Nordzypern“) S. 230, 231[18+19], 232, 1409[50+51]

Dennis, Alastair W. Brigadegeneral der britischen Streitkräfte S. 1893

Derix, Christoph Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 195[1], 198[11], 714[6], 716[18]

Dessaux, Pierre Henri Botschafter der Französischen Republik in Oslo bis 25. November 1981 S. 107[10]

Dhanabalan, Suppiah Außenminister der Republik Singapur S. 1011, 1395–1397, 1601

Dib, Boutros Botschafter der Libanesischen Republik in Paris S. 886

Diesel, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Prag **Dok. 254** und S. 594[7], 805[14], 1999

Dietrich, Hans Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Hongkong; 1957–1960 Legationsrat im Referat 301 „NATO und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 648[29], 899[5], 1253[13]

Dillon, Robert Sherwood Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Beirut seit 26. Juni 1981 S. 1101[25]

Ding Xuesong Botschafterin der Volksrepublik China in Den Haag bis Februar 1981 S. 1198[16]

Dingels, Hans-Eberhard Leiter der Abteilung für Internationale Beziehungen des Parteivorstands der SPD S. 485[19]

Dingens, Peter Michael Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 492

Diouf, Abdou Präsident der Republik Senegal S. 119, 1000, 1049

Disdorn, Hannspeter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 114 „Chiffrier- und Fernmeldewesen“ des Auswärtigen Amts; vom 3. Januar bis 21. August 1980 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kabul S. 138[4]

Djuranović, Veselin Ministerpräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 199–218

Długosz, Stanisław Staatssekretär in der Planungskommission des polnischen Ministerrats S. 421

Dobbelstein, Rainer Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts S. 1318[1]

Dobrosielski, Marian Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Polen sowie bis Mai 1981 Leiter der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 264, 415 f., 419–426, 771, 1021, 2059

Dobrynin, Anatolij Fjodorowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 332, 494f., 518f., 537, 584, 697f., 702[30], 813[16], 843, 851, 942f., 952, 1013f., 1028, 1098, 1204, 1362f., 1366, 1438, 1474, 1868, 1896, 1898, 1916, 1969f., 2036

Dohnanyi, Klaus von Staatsminister im Auswärtigen Amt und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) bis 24. Juni 1981, anschließend Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg S. 102, 260, 278f., 281, 375[17], 381, 386[18], 2008

Dolanc, Stane Mitglied im Präsidium des ZK des BdKJ S. 1902

van Dongen, Frans Leiter der Delegation des Königreichs der Niederlande bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 768[1]

Dooge, James Außenminister der Republik Irland seit 21. Oktober 1981 S. 1786

Dooms, Michel Gesandter an der belgischen Botschaft in Bonn bis 2. Oktober 1981 S. 274[9]

Döring, Bernhard Legationsrat I. Klasse im Referat 514 „Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsschulden, Auslandsvermögen, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland“ des Auswärtigen Amts; 1977–1980 Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Dacca S. 739[18]

Doroschina, Galina A. Beraterin des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Breschnew S. 1792, 1838

Draper, Morris stellvertretender Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary, Bureau of Near Eastern and South Asian Affairs) S. 580[13], 581[17]

Dreher, Johann Georg Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ des Auswärtigen Amts S. 39[44], 94[1], 133[1], 927[2]

Dreyfus, Pierre Industrieminister der Französischen Republik seit 23. Juni 1981 S. 1978f.

Dröge, Heinz Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 194, 261, 317** und S. 3[1], 104[15], 146[18+19], 159[1], 234[23], 253[4], 272[1], 347[70], 661[22], 726[15], 755[14], 803, 809, 968[1], 1057[10], 1113[37], 1156[2], 1159, 1277[16+17], 1290[5], 1331[24], 1340[16], 1341[17], 1342[21], 1401[15], 1411[1], 1413[8], 1424[7], 1491[1], 1597[3], 1604[7], 1675[1], 1755[1], 1837[1], 2027[1], 2040[1]

Duarte, José Napoléon Präsident der Revolutionären Regierungsjunta in El Salvador S. 61[4+5], 63–65, 279–281, 282[18], 283, 297f., 353f., 1407, 1607, 1855–1857, 1899[14]

Dubinin, Jurij Wladimirowitsch stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 31

Dufourcq, Bertrand Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur d’Europe) S. 1907

Dunker, Hans-Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luanda S. 791[27], 1258[8], 1379[11]

Dupont, Jacques Pierre stellvertretender Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, adjoint au Directeur des Affaires politiques) S. 183–195, 225[19], 1205[19], 1214–1216

Dupuy, Jacques Botschafter der Französischen Republik in Warschau S. 264, 1969, 1985

Durán-Loriga Rodrigáñez, Juan Leiter der Abteilung für Europafragen im spanischen Außenministerium S. 608

Dürig, Günter Professor für Staatsrecht an der Eberhard Karls Universität Tübingen S. 548f.

Dyess, William Jennings Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Public Affairs) bis 30. Juli 1981, anschließend

Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Den Haag S. 1483

Dziwisz, Stanisław Persönlicher Sekretär von Papst Johannes Paul II. S. 543

Eagleburger, Lawrence Sidney Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Belgrad bis 24. Januar 1981, seit 14. Mai 1981 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs) **Dok. 49, 352, 382** und S. 184f., 189, 285f., 300, 329, 333, 344[59], 486–491, 494[19], 527[53], 564[10], 579, 581, 584, 587f., 631, 694, 697[14], 713, 942–944, 946, 952f., 1029, 1094[20], 1098, 1103[35], 1166[12], 1187f., 1192, 1205[19], 1211–1216, 1223f., 1283f., 1337[5], 1352, 1363, 1365[3], 1369, 1380, 1385, 1390[1], 1391, 1400[7], 1402[17], 1404, 1407, 1418[9], 1427, 1434, 1484–1490, 1594, 1627, 1629, 1630[10], 1669[40], 1675–1684, 1687–1689, 1710, 1724[8], 1760–1766, 1774, 1787–1790, 1860[4], 1861, 1863f., 1901f., 1907, 1968–1972, 1985, 2025[9], 2046–2048, 2061, 2072[4]

Eanes, António dos Santos Ramalho Präsident und Vorsitzender des Revolutionsrats der Portugiesischen Republik, Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte bis 16. Februar 1981 **Dok. 123** und S. 485, 720, 760, 837, 860, 957, 959[11], 960, 1563

Eban, Abba Mitglied des israelischen Parlaments; 1966–1974 Außenminister des Staates Israel S. 13, 1418[6]

Eberhard, Hans-Ludwig Ministerialdirektor und Leiter der Rüstungsabteilung im Bundesministerium der Verteidigung S. 123

Eberle, Sir James Henry Fuller Admiral der britischen Marine und Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich des Ärmelkanals (CINCHAN) S. 1888, 1927

Ecevit, Bülent 1972–1980 Vorsitzender der türkischen Republikanischen Volkspartei sowie 1974, 1977 und 1978/79 Ministerpräsident der Republik Türkei S. 226[4], 228[8], 230, 232, 346, 447, 1683, 1695[6], 1696–1698, 1700–1702, 1717–1720, 2039

Ederer, Adolf Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum“ bzw. „Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Karibischer Raum“ des Auswärtigen Amts S. 297[1]

van Edig, Helmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT“ des Auswärtigen Amts S. 1639[20], 2046[1]

Ehmke, Horst Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion; 1969–1972 Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramts S. 1255[24], 1774

Ehrenberg, Herbert Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 218

Eichele, Herbert Oberst i.G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 1334[50]

Eichhorn, Sabine Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts, seit 3. April 1981 Legationsrätin I. Klasse S. 685, 1377[1]

Eichler, Heinz Sekretär des Staatsrats der DDR S. 179

Eick, Hans-Joachim 1976–1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria S. 372

Eickhoff, Ekkehard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria **Dok. 14** und S. 369[3], 372, 1257[4], 1313[24], 1479[4]

Eid, Guy 1972/73 Geschäftsträger an der belgischen Botschaft in Khartum S. 747[11]

Eisenhower, Dwight David 1953–1961 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 416, 1615

Eitan, Raphael General und Generalstabschef der israelischen Streitkräfte S. 1175

Eklund, Sigvard Generaldirektor der IAEO bis 30. November 1981 S. 314f., 1124

Elizabeth II. Königin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1250[9]

Ellerkmann, Richard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Salisbury; 1977–1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit, Politische Kontakte“ bzw. „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt S. 43[5], 90[6], 1270[32]

Enders, Thomas Ostrom Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel bis 27. Mai 1981, seit 23. Juni 1981 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Inter-American Affairs) S. 1414

Engel, Jürgen Kanzler und Geschäftsträger an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador mit Dienstsitz in Guatemala und zeitweiligem Aufenthalt in San Salvador S. 64[18], 279[8], 280[10], 354[22]

Engelhard, Michel Rudolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Jaunde **Dok. 23**

Engholm, Björn Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft bis 28. Januar 1981, anschließend Bundesminister für Bildung und Wissenschaft S. 1565

Ensslin, Gudrun Mitglied der „Roten Armeefraktion“ (RAF) bis zu ihrem Tod 1977 S. 1386[10]

Enzweiler, Josef Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 401 „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; UNIDO, UNDP“ bzw. „Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; UNIDO, UNDP; VN-Treuhandprojekte“ im Auswärtigen Amt S. 559[15]

Eppler, Erhard Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg sowie Mitglied des Parteivorstands und des Präsidiums der SPD, Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD S. 1239–1241, 1538[12]

Erath, Hermann Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Pretoria bis 19. Juli 1981, anschließend im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere VN-Bereich und SALT“ bzw. „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ des Auswärtigen Amts S. 1327[23]

Erck, Wolfgang Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 1546[11]

Ernst, Helmut Legationsrat im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts, seit 30. Januar 1981 Legationsrat I. Klasse S. 199, 1105, 1587[1]

Ertl, Josef Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 381, 763, 1121[7]

Eryavuz, Bülent türkischer Dolmetscher S. 1694

d'Escoto Brockmann, Miguel Außenminister der Republik Nicaragua S. 281f., 283[20], 297–301, 354[23]

Etzdorf, Hasso von 1958–1961 Ministerialdirektor der Abteilung 3 „Abteilung West II“ des Auswärtigen Amts S. 1254[22]

Evans, Richard Mark Abteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 1681, 1900f., 2046, 2048

Evertz, Gottfried Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 402 „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECE; Internationale Rohstoffpolitik; Nahrungsmittelhilfe“ bzw. „Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenar-

beit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECE; Internationale Rohstoffpolitik; Welternährungsfragen, FAO“ im Auswärtigen Amt seit 2. Januar 1981 S. 145[17]

Evren, Kenan Vorsitzender des „Nationalen Sicherheitsrats“, Präsident der Republik Türkei sowie Generalstabschef der türkischen Streitkräfte **Dok. 316** und S. 26[2], 28[8], 347, 919–921, 1683[44], 1717, 1719

Evron, Ephraim Botschafter des Staates Israel in Washington S. 939

Eyskens, Mark Ministerpräsident des Königreichs Belgien vom 6. April bis 17. Dezember 1981 S. 979, 1002

Fabius, Laurent beigeordneter Minister beim französischen Wirtschafts- und Finanzminister (Ministre délégué auprès du Ministre de l'Économie et des Finances, chargé du Budget) seit 22. Mai 1981 S. 1444

Fadejew, Nikolaj W. Generalsekretär des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) S. 999[22]

Fahd bin Mahmud al-Said stellvertretender Ministerpräsident von Oman S. 1552

Fahd ibn Abdul Aziz al-Saud Kronprinz und erster stellvertretender Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien **Dok. 119, 310** und S. 294, 557, 633, 650–668, 687, 814, 826, 1228–1234, 1353, 1356, 1404 f., 1471, 1507, 1534[18], 1545 f., 1602, 1686, 1690, 1774[9], 1802[28], 1805, 1881, 2018

Fahmi, Ismail 1973–1977 Außenminister der Arabischen Republik Ägypten S. 211[50]

Falin, Walentin Michajlowitsch Stellvertretender Leiter der Abteilung für Internationale Information beim ZK der KPdSU; 1971–1978 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn S. 1059, 1117, 1239, 1624[7], 1661

Fall, Brian James Proetel Persönlicher Referent des britischen Außenministers Lord Carrington (Principal Private Secretary to the Secretary of State) seit Mai 1981 S. 1005

Fallahi, Valiollah General und Stabschef der iranischen Streitkräfte bis zu seinem Tod am 30. September 1981 S. 1471

Fälldin, Thorbjörn Ministerpräsident des Königreichs Schweden S. 330[15]

Falls, Robert H. Admiral der kanadischen Marine und Vorsitzender des Militärausschusses der NATO S. 88, 779[3], 1021, 1890, 1986, 2025 f.

Favale, Marco Botschafter der Italienischen Republik in Warschau S. 1346

Feit, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ im Auswärtigen Amt S. 968[1]

Feldman, Shai israelischer Politikwissenschaftler und Mitarbeiter am Jaffee Center for Strategic Studies der Universität Tel Aviv S. 967

Feldmann, Olaf Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) seit 29. Januar 1981 S. 872

Feldweg Dolmetscher S. 247, 267

Fergusson, Ewen Alastair John Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State) S. 1214–1216

Ferraris, Luigi Vittorio Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 995[2], 1322, 1330[33]

Feuerbach, Ludwig Andreas * 1804 † 1872 S. 533[11]

Fiedler, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 310 „Naher Osten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 219** und S. 269[18], 580[12], 745[1], 747[12], 772[1], 1228[1], 1234[26], 1418[6], 1546[11], 1571[1], 1774[9]

de Figueiredo, Elísio Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Angola bei den Vereinten Nationen in New York S. 1420

Figueiredo, João Baptista de Oliveira Präsident der Föderativen Republik Bra-

silien **Dok. 141** und S. 689, 837, 1415, 1690

Finck von Finckenstein, Hans-Werner Graf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter der Abteilung 7 „Protokoll“ im Auswärtigen Amt mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 483[6]

Finke-Osiander, Renate Ministerialdirigentin und Leiterin der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 60**

Firjubin, Nikolaj Pawlowitsch Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1398

Fischer, Dean E. Sprecher des amerikanischen Außenministeriums seit 28. März 1981, zudem seit 7. August 1981 Abteilungsleiter (Assistant Secretary of State for Public Affairs) S. 1233[20]

Fischer, Franz ehemaliger Kriminalsekretär (in den Niederlanden inhaftiert) S. 1567[10]

Fischer, Gerhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 109[26], 273[8], 699[20], 1198[16], 1327[23], 1484[6]

Fischer, Oskar Außenminister der DDR **Dok. 275** und S. 182f., 412, 715, 718, 1031, 1109f., 1339, 1478, 1588, 1908, 1935, 1937, 1953, 1955, 1957–1959, 1962, 1981, 2016

Fischer, Per Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts; 1977/78 Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 8, 19, 24, 29, 109, 229, 249, 323, 385, 391, 398** und S. 4[8], 9[1], 47[5], 74[10], 171, 185, 200[9], 204[21], 222, 223[12], 246[18], 333, 353, 367[5], 376f., 388, 419–426, 439[27], 443[8], 452, 456[24+25], 474, 484[17], 492, 535[17], 584[28], 637[16], 647[25], 650, 761[19], 776[29], 803, 807f., 825, 859[9], 877[7], 927, 960[18], 977[1], 995[1], 1065[51], 1066[52], 1079[10], 1087[1], 1089f., 1123[11], 1142[10], 1156–1158, 1215, 1235, 1237f., 1252, 1332[39], 1334[45], 1394, 1666[29], 1681, 1686[63], 1745–1747, 1779[35], 1882[6], 1900f., 1997[15], 2034

Fischer-Dieskau, Thomas Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking bis 9. September 1981, anschließend in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts versetzt S. 1198[16]

Fiterman, Charles Staatsminister für Transport der Französischen Republik (Ministre d'État, Ministre des Transports) seit 22. Juni 1981 S. 970[14]

Fleischhauer, Carl-August Ministerialdirektor und Völkerrechtsberater sowie Leiter der Abteilung 5 „Rechtsabteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 100, 101, 109** und S. 155[9], 706[43], 776[29], 1012, 1062[37], 1156, 1157[12], 1252[1], 1300[5], 1304, 1340[16], 1341[17], 1342[21]

Flesch, Colette Außenministerin des Großherzogtums Luxemburg S. 157f., 730, 735, 749, 752, 778, 1315, 1785, 1926f., 2098

Flittner, Karl Legationsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York bis 17. März 1981, anschließend im Referat 320 „Ost- und Südafrika“ des Auswärtigen Amts S. 82[1]

Fogarty, Christopher P. Botschafter der Republik Irland in Bonn S. 474, 479f.

Foot, Michael Vorsitzender der Labour Party im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland S. 1275

Ford, Gerald Rudolph 1974–1977 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 189[17], 236[3], 260, 374, 434, 923, 1040, 1324, 1407[37], 1521, 1537, 1552, 1651, 1735, 1737, 1768, 1806f., 1821

Førde, Einar Minister für Kirche und Ausbildung des Königreichs Norwegen bis 14. Oktober 1981 S. 1267

Forlani, Arnaldo Ministerpräsident der Italienischen Republik bis 28. Juni 1981 S. 496[24], 704[37]

Forndran, Detlef Diplomingenieur und Leitender Baudirektor, Wehrtechnischer

Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 123

Fouchet, Christian 1958–1962 Botschafter der Französischen Republik in Kopenhagen und 1961/62 Vorsitzender des Sachverständigenausschusses zur Ausarbeitung der Statuten für eine „Europäische Politische Union" S. 596–598, 956[10], 1036[5]

Fourie, Bernardus Gerhardus Staatssekretär im südafrikanischen Außenministerium S. 1399[4], 1400, 1421, 1480, 1973[9]

Fournes, Roland Vortragender Legationsrat I. Klasse, versetzt ins Bundeskanzleramt bis 1. März 1981, anschließend kommissarischer Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik" im Auswärtigen Amt, seit 27. August 1981 abgeordnet an das „NATO Defence College" in Rom S. 122[1], 314[16], 876[1+2]

Fowler, Robert außenpolitischer Berater des kanadischen Ministerpräsidenten Trudeau (Assistant Secretary to the Cabinet, Defence and External Relations) S. 1120

Fraidel, Hermann Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1062[36]

Frambach, Rudolf Mitarbeiter in der Abteilung „Vertrag" in der Hauptabteilung „Recht und Vertrag" des Außenministeriums der DDR sowie Vertreter bei der VN-Menschenrechtskommission in Genf S. 326[4]

Franco y Bahamonde, Francisco 1936–1975 Staatschef von Spanien und Oberbefehlshaber der Nationalen Streitkräfte S. 463[4], 610[11]

François-Poncet, Jean Außenminister der Französischen Republik bis 22. Mai 1981 **Dok. 125** und S. 4[6], 70[19], 104f., 110[3], 113, 114[16], 142–146, 155–158, 164[23], 222–225, 278[4], 335, 379, 382, 385, 389, 392f., 448, 494, 525[45], 557, 579[5], 603, 623[16], 624, 636, 644[10], 646f., 679[10], 713f., 717–719, 721, 730–733, 775–777, 872[12], 874, 949[13], 995[4], 1093, 2037[19]

Frank, Paul Koordinator für die deutsch-französischen Beziehungen seit 11. September 1981; 1970–1974 Staatssekretär des Auswärtigen Amts S. 1565

Franke, Egon Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 399[1], 485[19], 1278[1], 1464, 1935, 1939, 1952f., 1957–1959

Franke, Klaus Max Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Entwicklungspolitik, weltweite internationale Organisationen, bilaterale Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika" im Bundeskanzleramt S. 556[1], 655[1], 671[15], 672[1], 735[1], 866[1], 1644[1]

Fraser, John Malcolm Ministerpräsident von Australien S. 741

de Freitas do Amaral, Diogo Pinto Außenminister und amtierender Ministerpräsident der Portugiesischen Republik bis 9. Januar 1981, seit 4. September 1981 Verteidigungsminister S. 1888[2]

Friedman, Milton amerikanischer Wirtschaftswissenschaftler; 1946–1976 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Chicago S. 1364

Friedrich II. 1740–1786 König in bzw. seit 1772 von Preußen S. 408, 1072

Fröhlich, Siegfried Staatssekretär im Bundesministerium des Innern S. 554[5]

Froment-Meurice, Henri Botschafter der Französischen Republik in Moskau S. 2057

Frost, Torben Leiter der Delegation des Königreichs Dänemark bei den MBFR-Verhandlungen in Wien bis 1. September 1981 S. 1993

Frydenlund, Knut Außenminister des Königreichs Norwegen bis 14. Oktober 1981 **Dok. 145** und S. 22, 25, 107, 109, 705[42], 730, 735, 749–751, 1265

Fuhrmann, Peter Ministerialrat und Leiter des Referats 101 „Südasien" im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 744[44]

Fukuda, Hiromu Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 889

Funcke, Liselotte Ausländerbeauftragte der Bundesregierung seit Januar 1981; 1969–1979 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags S. 217 f.

Fünten, Ferdinand aus der ehemaliger SS-Hauptscharführer (in den Niederlanden inhaftiert) S. 1567[10]

Gablentz, Otto von der Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit" im Bundeskanzleramt, seit 5. Juni 1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, Entwicklungspolitik, äußere Sicherheit" im Bundeskanzleramt **Dok. 38, 305** und S. 66[1], 104[15], 226, 233 f., 474, 541[1], 547[4], 556[1], 565, 591, 608[1], 685, 735[1], 786, 866[1], 876[4], 889, 962, 1024[2], 1139, 1147, 1262, 1269, 1272[1], 1322, 1352, 1519, 1536, 1544[1+3], 1553, 1630, 1644, 1732, 1736[18], 1740[3], 1741[12], 1757, 1766[19], 1767, 1791, 1793, 1805[41], 1815, 1822[24], 1837, 1851[1], 1871[1], 1872, 2051[5]

el-Gaddafi, Muammar Oberst der libyschen Streitkräfte und „Führer der Großen Revolution vom 1. September" in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 13, 113[14], 116–121, 269, 616, 645[13], 654, 685, 704 f., 756 f., 821, 841, 856, 911–913, 1000, 1004, 1048 f., 1138[20], 1144 f., 1148, 1153, 1313 f., 1330 f., 1354[12], 1545–1547, 1551, 1572, 1611, 1687[64], 1896, 1903[3], 1905[4], 1982 f., 2015

Gaerte, Felix Otto Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Istanbul S. 792[4]

Gaillard, Félix 1957/58 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1073

Galbraith, John Kenneth amerikanisch-kanadischer Wirtschaftswissenschaftler; 1949–1975 Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University S. 1879

Galvin, Bernard V. Staatssekretär im neuseeländischen Finanzministerium (Secretary to the Treasury) S. 962

Gandhi, Indira Priyadarshini Ministerpräsidentin der Republik Indien und Präsidentin der indischen Kongreß-Partei (Indian National Congress – I) **Dok. 58** und S. 208 f., 249, 313, 315, 351, 558, 654, 704, 736, 740, 1052, 1585, 1668, 1690, 1712, 1716[5], 1744, 2019

Gandhi, Sanjay Abgeordneter im indischen Parlament von Januar 1980 bis zu seinem Tod am 23. Juni 1980 S. 209

Garamvölgyi, József Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Warschau S. 264

García, José Guillermo Verteidigungsminister von El Salvador S. 1855 f.

Garoeb, Moses Mitglied des ZK des Politbüros der SWAPO sowie deren Verwaltungsleiter (Administrative Secretary) S. 1258

Gáspár, Sándor Mitglied des Politbüros des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Stellvertretender Präsident des Präsidialrates der Ungarischen Volksrepublik, Generalsekretär des Nationalrates der Gewerkschaften sowie Präsident der Weltföderation der Gewerkschaften S. 1656

de Gasperi, Alcide 1945–1953 Ministerpräsident des Königreichs Italien bzw. seit 18. Juni 1946 der Italienischen Republik sowie 1944–1946 und 1951–1953 Außenminister S. 1323, 1343

de Gaulle, Charles 1958–1969 Staatspräsident der Französischen Republik S. 111, 546, 968, 970, 1036[5], 1045, 1046[69], 1061, 1070, 1142, 1331, 1537[6], 1539, 1542

Gaus, Günter Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin mit der Amtsbezeichnung Staatssekretär bis 23. Januar 1981, anschließend bis 11. Juni 1981 Senator für Wissenschaft und Forschung im Senat von Berlin S. 100[11], 179, 1013, 1016, 1281, 1955[54], 1957[55]

Gavin, James Maurice 1955–1958 General und Leiter der Forschungs- und

Entwicklungsabteilung der amerikanischen Streitkräfte S. 1537[8]

Gehl, Jürgen Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Prag S. 1349[7+8]

Gehlhoff, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl **Dok. 98, 142, 394** und S. 87[3], 695[4], 1986[21], 2036[12], 2038, 2060[12], 2096[13]

Geisel, Ernesto 1974–1979 Präsident der Föderativen Republik Brasilien S. 689, 792

Geißler, Heiner Generalsekretär der CDU und Mitglied des Deutschen Bundestags S. 1854, 1857

Gelb, Leslie Howard Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times" S. 1220[2]

Genscher, Barbara S. 2009

Genscher, Hans-Dietrich Bundesminister des Auswärtigen und Vizekanzler der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender der FDP und Mitglied des Deutschen Bundestags; 1969–1974 Bundesminister des Innern **Dok. 4, 13, 32, 44, 49, 57, 58, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 68, 69, 72, 73, 80, 93, 95, 96, 97, 99, 112, 113, 125, 134, 145, 155, 165, 167, 175, 187, 188, 189, 199, 202, 205, 224, 225, 234, 238, 253, 256, 258, 265, 271, 275, 276, 277, 282, 283, 286, 292, 296, 303, 312, 316, 326, 335, 337, 338, 339, 346, 353, 354, 369, 373, 377, 382, 395, 396** und S. 4[6], 8[18], 9–11, 21, 30, 41, 43, 44[8+11], 45[13], 50[23], 61, 62[11+12], 66[1], 66[23], 69, 70[19], 89f., 98, 102–105, 110[1], 122, 130, 133, 135, 137[2], 139[10], 142–147, 155–158, 180[10], 183, 199, 204, 207, 213[56], 215f., 222–226, 230, 237[12], 253, 256[13], 263[23], 265–272, 275[17], 284, 286, 291[9], 294[1], 296–301, 306, 319f., 378–383, 392f., 399[1], 400, 402[25], 406–419, 421–423, 426, 441–444, 447–449, 452–456, 460–462, 464, 466, 471[1], 472–474, 477[23], 481, 483f., 486, 509, 547, 554, 560, 565[1], 566, 579, 583f., 586, 588, 590, 594–596, 601[22], 602[26], 603[31+32], 604, 608, 611–613, 616–618, 636, 637[16], 643–650, 662, 678, 679[8], 680[10], 681–685, 691, 708f., 711, 713f., 716[19], 717–719, 721[1], 723, 727–731, 734, 758[2], 759, 765, 767, 776f., 782, 786, 794, 811–816, 821[1], 825[1], 829[1], 830, 834–838, 839[1], 844[1], 858–862, 866[1], 868, 870–875, 878–889, 892–894, 898–906, 911–913, 919[1+3], 920[6+9], 921, 927–929, 930[1], 944, 955[1], 960, 965[1], 968–972, 976[8], 977[1], 981, 992, 1013f., 1017, 1024[1+2], 1026[12], 1027–1029, 1031–1035, 1050[87], 1068[1], 1077[1], 1080, 1086, 1091, 1093, 1128, 1134–1138f., 1142[10], 1147–1149, 1151, 1152[1], 1164–1167, 1171[13], 1173, 1174[1], 1187, 1206, 1209, 1212, 1214, 1216, 1220–1222, 1223[8], 1224f., 1227, 1228[1], 1239, 1241–1244, 1252, 1263, 1266, 1278[1], 1283f., 1289[2], 1290, 1296, 1300, 1309, 1311, 1314, 1317f., 1320[14], 1322, 1334–1336, 1352, 1354f., 1357[27], 1358–1361, 1374[8], 1375, 1381, 1382[9], 1390[1], 1395–1399, 1411[3], 1413[8], 1414–1422, 1426[14], 1449, 1454, 1458–1461, 1474–1482, 1485[5], 1519[1], 1525, 1528, 1536[1], 1544[1+3], 1549–1553, 1563[32], 1565[39], 1566f., 1571, 1573[3], 1577, 1579f., 1585–1594, 1598f., 1602, 1606–1609, 1613, 1617[17], 1620–1622, 1630, 1633, 1640, 1644f., 1647f., 1650–1653, 1675, 1676[11+12], 1683, 1688–1690, 1691[27], 1692, 1703[2], 1716–1720, 1723–1727, 1732[1], 1733[6], 1736[20], 1740, 1755, 1759–1766, 1767[1], 1772[28], 1773f., 1780, 1783–1785, 1791–1793, 1803, 1806, 1810, 1815[1], 1818[7], 1837f., 1840[9], 1843, 1844[21], 1845, 1847, 1851, 1854, 1857f., 1860–1865, 1871[1+2], 1880, 1886[19], 1893, 1907–1913, 1915[3], 1916, 1917[13], 1919–1922, 1924f., 1928, 1934, 1935[1], 1937, 1957–1959, 1963, 1968, 1970[21], 1972, 1975[16], 1977, 1981, 1984, 1999[1], 2020, 2023, 2046f., 2054, 2058f., 2061–2070, 2074[13+14], 2098, 2102

Georgescu rumänischer Dolmetscher S. 1659

Geremek, Bronisław Mitarbeiter der Polnischen Akademie der Wissenschaften (Polska Akademia Nauk, PAN) und Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarność", im Dezember 1981 interniert S. 2071

Gerlach, Manfred Vorsitzender der Liberal-Demokratischen Partei in der DDR S. 1942[25]

Germelmann, Peter-Christian Ministerialrat und Leiter des Referats 221

„Beziehungen zur DDR in den Bereichen Politik und Verwaltungsverkehr, Ständige Vertretungen, Kabinettausschuß für innerdeutsche Beziehungen“ im Bundeskanzleramt S. 132

Gerz, Wolfgang Ludwig Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 449[1], 803, 1573, 1675[1], 1915[1], 2027[1], 2040[1], 2043[1], 2061[1]

de Geus, Pieter Boudewijn Richard Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande bis 11. September 1981 S. 564, 785

al-Ghait, Said Staatsminister für Kabinettsangelegenheiten der Vereinigten Arabischen Emirate S. 672

Ghazali bin Shafie, Tun Mohammed Minister für innere Angelegenheiten von Malaysia bis 17. Juli 1981, anschließend Außenminister S. 1395, 1753

Ghizikis, Phaidon 1973/74 Präsident der Hellenischen Republik S. 29[9]

Ghotbzadeh, Sadegh 1979/80 Außenminister der Islamischen Republik Iran S. 139

Gierek, Edward 1970–1980 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 3[2], 5, 113[13], 442, 954[26], 1574, 1635, 1637f., 1656, 1821, 1965[8], 1999

Giesecke, Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 114 „Chiffrier- und Fernmeldewesen“ im Auswärtigen Amt S. 1689[72]

Gilani, Ahmed Begründer und Vorsitzender der National-Islamischen Front in Afghanistan S. 137[3]

Gillmore, David Howe Unterabteilungsleiter im britischen Außenministerium (Assistant Under-Secretary of State for Arms Control and Disarmament) seit Mai 1981 S. 1283f.

Gilmour, Sir Ian Mitglied des britischen Parlaments und bis 11. September 1981 Lordsiegelbewahrer (Lord Privy Seal) des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 278[4], 348[5], 386, 614[27]

Giscard d’Estaing, Valéry Staatspräsident der Französischen Republik bis 21. Mai 1981 S. 17[12], 67, 70, 104[15], 111, 112[11], 113, 124[13], 138, 155–158, 162[15], 182, 185f., 205[25], 251[14], 276f., 316[5], 330[15], 375, 379–383, 388, 392–396, 409[4], 461, 471[1], 476, 484, 509[3], 510, 557, 566, 567[12], 601[21], 610f., 624, 637, 647f., 656[4+5], 703[31], 712, 731[7], 738[13], 741, 753, 758[3], 773[8], 790f., 828, 840, 851f., 858, 888[18], 904, 954, 965, 969[8], 971, 995, 997, 1047, 1053[106], 1061, 1070, 1077[3+4], 1080, 1091[8], 1092[11], 1108, 1266f., 1278, 1324[12], 1325, 1332, 1354, 1520[6], 1539, 1555, 1563, 1564[35], 1735[13], 1736, 1768, 1820, 1876, 1952

Gisy, Albert Josef Regierungsamtmann bzw. Amtsrat im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 792[1]

Glassman, Jon David Erster Sekretär an der amerikanischen Botschaft in Mexiko-Stadt, anschließend Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Senior Member of the Policy Planning Staff for Latin America and East Asia) S. 278

Glemp, Józef Bischof von Ermland, anschließend seit 12. September 1981 Erzbischof von Gnesen sowie seit 18. September 1981 Primas von Polen und zudem seit 25. September 1981 Erzbischof von Warschau S. 1329, 1346, 1460, 1751, 1966, 1986, 2035, 2037f., 2070–2072, 2082, 2085, 2095f., 2100

Glenn Jr., John Herschel Senator des amerikanischen Bundesstaats Ohio (Democratic Party) S. 941[13]

Glitman, Maynard Wayne Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei der NATO in Brüssel bis November 1981, anschließend Vertreter des Leiters der amerikanischen Delegation bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Bot-

schafters S. 1791, 1868–1870, 1872–1874, 2027

Gobbi, Hugo Vertreter der Vereinten Nationen in der Republik Zypern und Verhandlungsleiter bei den Volksgruppengesprächen S. 228[10], 1205[18], 1249[3], 1409[50+51], 1438 f., 1775[13]

Goldmann, Nahum Präsident der „Conference on Jewish Material Claims Against Germany", 1949–1978 Präsident des Jüdischen Weltkongresses S. 485

Goldschlag, Klaus Botschafter von Kanada in Bonn S. 1120, 1127

Gompert, David C. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for European Affairs) S. 942, 945, 986[8], 1283 f., 1594, 1596, 1619[26], 1677[15], 2025[9]

Gomułka, Władysław 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der PVAP S. 629[10], 802[9]

González Márquez, Felipe Generalsekretär der PSOE S. 464, 568, 569[22], 612 f., 619, 915 f., 1008, 1563

González, José Esteban Nationaler Koordinator der Permanenten Menschenrechtskommission der Republik Nicaragua S. 299, 301

González-Pellicer, Julio Luis Jesús spanischer Bildhauer S. 1564[36]

Goodall, A. David S. Gesandter an der britischen Botschaft in Bonn S. 25[17], 170[2]

Gorbatschow, Michail Sergejewitsch Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU; 1990/91 Präsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1680[30]

Gorenflos, Walter Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts; 1978–1980 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 23 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung" **Dok. 16, 166, 263, 264, 267, 268, 309, 343, 344, 367** und S. 15[1], 16, 61, 62[12], 66[23], 122[1], 125, 168, 282[19], 311[1], 313[10], 316, 616[33], 645[13+14], 650, 654[26], 692[1], 811, 871[7], 872 f., 888[17], 889, 953[32], 962, 995[1], 1000[27], 1047[74], 1067[60], 1109[27], 1156, 1157[12], 1257[5], 1300[5], 1304, 1311[16], 1420, 1468[1], 1472[14], 1479[5], 1498, 1529, 1600[1], 1716[5], 1899[15], 1904[4]

Gorschkow, Sergej Georgijewitsch Flottenadmiral der sowjetischen Marine und Mitglied des ZK der KPdSU S. 854

al-Gosaibi, Ghazi Abdul Rahman Minister für Industrie und Elektrizität des Königreichs Saudi-Arabien S. 650, 655

Gotlieb, Allan Ezra Staatssekretär im kanadischen Außenministerium (Under-Secretary of State for External Affairs) S. 1120

Götz, Jiří Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Bonn S. 1999

Goukouni *siehe: Oueddei, Goukouni*

Goussous, Azzeddine Industrie- und Handelsminister des Königreichs Marokko S. 14

Grabert, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad S. 199, 200[8], 204[22], 1105, 1114, 1447[26], 1587[1], 1593

Grabski, Tadeusz Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP bis 17. Juli 1981 und Sekretär des ZK bis 19. Juli 1981 S. 546[7], 1679, 1967

Grawe, Joachim Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Ziele der Entwicklungspolitik, Multilaterale Institutionen, Internationale Zusammenarbeit in der Entwicklungspolitik; Wirtschaftsfragen der Entwicklungspolitik; Sektorale Entwicklungspolitik" des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit S. 559

Gray, Herb Industrie- und Handelsminister von Kanada S. 1120, 1124, 1126 f.

Greider, William Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post" S. 1733[8]

Gromyko, Andrej Andrejewitsch Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU **Dok. 93, 95, 99, 335, 337, 338, 339** und S. 37[37], 73, 76, 136[16], 211[48], 279, 291[9], 349, 412, 530, 536, 539, 583, 620, 622, 683, 695,

697–699, 707, 709, 712[13], 717, 722[5], 726[15], 729, 749f., 764–767, 809, 843[29], 850[23], 851, 908, 942[3], 943, 945, 948–952, 994, 997, 998[14], 1006f., 1009, 1020–1023, 1028, 1033[9], 1055[3], 1060, 1107, 1113, 1115, 1135, 1173, 1190, 1199, 1203, 1211, 1213, 1268, 1281, 1285, 1310, 1312, 1325, 1328, 1335, 1337, 1355, 1357, 1361–1363, 1366f., 1375, 1382, 1388, 1398, 1401–1403, 1406, 1427–1433, 1438, 1460, 1463–1465, 1467, 1474–1478, 1481, 1485–1490, 1500f., 1523, 1540, 1574, 1589–1591, 1602, 1608, 1623f., 1627f., 1633, 1660, 1676, 1726, 1750, 1768, 1792, 1800[23], 1804–1808, 1810, 1838, 1842–1846, 1851f., 1866, 1868, 1870, 1877, 1879, 1895–1898, 1916f., 1920, 1937, 1947[33], 1970f., 1975, 2000, 2018f., 2055, 2065

Gröning, Friedrich Legationsrat I. Klasse und Persönlicher Referent des Staatsministers von Dohnanyi im Auswärtigen Amt; 1978–1980 im Referat 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum“ S. 1416[6]

Groves, Richard General der amerikanischen Streitkräfte und Berater von Verteidigungsminister Weinberger für NATO-Angelegenheiten S. 1290[7]

Grünhage, Jochen Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 896[30]

Gu Mu Stellvertretender Premierminister der Volksrepublik China sowie Sekretär und Mitglied des ZK der KPCh S. 1200[24], 1498[4]

Gueguinou, Jean François Referatsleiter im französischen Außenministerium (Conseiller des Affaires étrangères) S. 1165

Guessous, Azzedine Industrie- und Handelsminister des Königreichs Marokko S. 14

Guillaume, Christel S. 483[8]

Guillaume, Günter 1970–1974 Referent im Bundeskanzleramt S. 483

Güneş, Turan 1974 Außenminister der Republik Türkei S. 229[16], 231[18]

Gurirab, Theo-Ben Beobachter der SWAPO bei den Vereinten Nationen in New York S. 1166

Gürün, Kamuran Generalsekretär des türkischen Außenministeriums S. 754, 755[15], 1251

Guth, Wilfried Sprecher des Vorstands der Deutschen Bank AG S. 792

Gutiérrez Avendaño, Jaime Abdul Vizepräsident der Revolutionären Regierungsjunta in El Salvador S. 1855–1857

Haak, Volker Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Managua; 1976/77 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters in Havanna S. 299[8+9], 1314[26], 1640[4]

Haas, Wilhelm Ministerialdirigent und „Beauftragter für Afrikapolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 82[1], 116[3], 121[12], 644[8+9], 830[6], 872–874, 1000[28], 1165[9], 1222[2], 1225[13], 1420, 1479[5], 1480[10], 1481[11]

Häber, Herbert Mitglied des ZK der SED und Leiter der Abteilung „West“ des ZK S. 1936

Haberer, Jean-Yves Finanzdirektor im französischen Wirtschafts- und Finanzministerium (Inspecteur des finances, anschließend Inspecteur général des finances) S. 510

Habib, Philip Charles Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Reagan für den Nahen Osten seit Mai 1981; 1976–1978 Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) S. 813, 838, 940, 953[32], 1101, 1144, 1174, 1176

Habré, Hissène Anführer der „Forces des Armées du Nord“ (FAN); 1978/79 Ministerpräsident der Republik Tschad S. 13[6], 1048

Haddad, Saad Anführer der Miliz „South Lebanon Army“ S. 1175

Haferkamp, Wilhelm Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten) S. 896[30], 1122, 1602

Haig Jr., Alexander Meigs Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika seit 22. Januar 1981; 1974–1979 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) **Dok. 61, 62, 63, 125, 225, 256, 265, 271, 353, 354** und S. 13, 67[3], 69–71, 75f., 155, 185, 270, 276, 279, 282, 286, 298, 300, 306, 312[8], 355, 358, 360–362, 364, 370[4], 385, 387, 389[15], 390, 393, 409[8], 416, 431, 443[10], 448[27], 453, 464, 473–475, 477, 488, 494f., 505, 518–520, 525, 526[51], 534[15], 537, 542, 566, 568[21], 579–588, 613f., 623f., 625[23], 632–634, 637[16], 644[10], 645, 653f., 657, 668, 679[10], 681[3], 682–684, 685[13], 686, 688, 713f., 717–727, 729–731, 733f., 742, 744, 750f., 753f., 756f., 765f., 783, 807, 811, 813, 825–827, 829–833, 839–844, 847f., 851, 854, 861, 869, 871, 872[12], 874, 880–884, 893, 908, 911, 930, 939[7], 941–943, 945, 947, 949f., 952, 953[32], 982[12], 1000–1004, 1011f., 1014, 1028f., 1034[11], 1050[87], 1055[3], 1060f., 1063f., 1088, 1094[20], 1098, 1102–1105, 1107, 1113, 1118, 1135f., 1139, 1141–1143, 1148, 1152, 1164[5], 1165–1167, 1173, 1175, 1185, 1187, 1188[6], 1190, 1198[15], 1199, 1207, 1209–1213, 1222–1225, 1227, 1233, 1277, 1284f., 1290, 1293, 1296, 1310[6], 1325–1327, 1335, 1345, 1352–1364, 1378[6+7], 1381f., 1385, 1386[8], 1388, 1390[1], 1396, 1399[10], 1414[4], 1422f., 1446, 1463, 1465, 1470, 1474f., 1479–1482, 1484–1490, 1500, 1515, 1525, 1528, 1539, 1542, 1552, 1566[8], 1585, 1589–1592, 1606, 1620f., 1623f., 1627f., 1633, 1660, 1676, 1680, 1683, 1685, 1687[64], 1688f., 1691[27], 1732, 1733[6], 1734f., 1738[26], 1739, 1742[16], 1750, 1756, 1760, 1766, 1769[15], 1774, 1804[37], 1806, 1811, 1812[8], 1827, 1836, 1852, 1860–1866, 1869f., 1877, 1886[19], 1907–1911, 1913, 1916–1918, 1920, 1922, 1928–1931, 1934, 1943, 1968–1971, 1975, 1982–1984, 1987, 2025[9], 2034–2037, 2039, 2043, 2060[13], 2061–2070

Hajjaj, Aref Dolmetscher im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 668[1], 866, 1644

Halefoglu, Vahit Botschafter der Republik Türkei in Bonn S. 1205[20], 1345

Hallstein, Walter 1951–1958 Staatssekretär des Auswärtigen Amts; 1958–1967 Präsident der EWG-Kommission in Brüssel S. 1557

Halstead, John Gelder Horler Leiter der Ständigen Vertretung von Kanada bei der NATO in Brüssel S. 1023, 2025

Hamdan *siehe: al-Nahyan, Scheich Hamdan bin Mohammed*

Hamerlak-Hermesdorf, Maria Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 430[1], 2079[1], 2093

Hammadi, Saadun Außenminister der Republik Irak **Dok. 277** und S. 445[6], 866, 938[3]

Hamm-Brücher, Hildegard Staatsministerin im Auswärtigen Amt und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 735, 1823[25]

Hammer, Peter Fregattenkapitän und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 1616[15]

Händel, Georg Friedrich *1685 †1759 S. 482, 1467

Hansen, Niels Ministerialdirektor und Leiter des Referats 02 „Planungsstab“ im Auswärtigen Amt bis 14. September 1981, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv **Dok. 55, 107** und S. 46[1], 102, 105, 286[20], 567, 930[1], 1105[1], 1157[12], 1300[5], 1304, 1685[58]

Hansen, Uwe Legationsrat im Referat 320 „Ost- und Südafrika“ des Auswärtigen Amts bis 3. Dezember 1981, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 82[1], 83[7], 84[11+12+14], 85[16+18], 1164[1]

Harmel, Pierre 1965/66 Ministerpräsident des Königreichs Belgien, 1966–1973 Außenminister S. 236[5], 641, 789[21], 808

Hartmann, Rüdiger Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1449

Hartung, Hans Heinrich Ernst deutsch-französischer Maler S. 1564 f.

Hassan II. König des Königreichs Marokko S. 12–15, 446[14], 686, 737[11], 740, 1047, 1314, 1774[9]

Hassel, Kai-Uwe von Mitglied des Europäischen Parlaments (EVP) S. 1700

Hassell, Henning-Leopold von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 512 „Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht" im Auswärtigen Amt bis 11. Mai 1981, anschließend Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 919[3], 1701[24]

Hauff, Volker Bundesminister für Verkehr und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1446

Haughey, Charles Ministerpräsident der Republik Irland bis 30. Juni 1981 **Dok. 90** und S. 473[15], 601

Haunschild, Hans-Hilger Staatssekretär im Bundesministerium für Forschung und Technologie S. 314[18], 315[19], 1065, 1124

Hausmann, Christian Legationssekretär an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Belgrad bis 16. März 1981, anschließend am German Information Center in New York S. 204[22]

Havemann, Robert Hans Günther Chemiker und Publizist in der DDR S. 1723[12]

Hawatmeh, Nayef Generalsekretär der „Democratic Front for the Liberation of Palestine" S. 1175

Healey, Denis 1964–1970 Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1255[23]

Heath, Edward Mitglied des britischen Unterhauses (Conservative Party); 1970–1974 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1255

Hedemann, Knut Botschafter des Königreichs Norwegen in Washington S. 25

Heereman von Zuydtwyck, Constantin Freiherr Präsident des Deutschen Bauernverbands S. 479

Hegedüs, András 1955/56 Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik S. 127

Heick, Hermann Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik" des Bundeskanzleramts S. 655, 672, 1120

Heinemann, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 510 „Staats- und Verwaltungsrecht" des Auswärtigen Amts S. 423[58]

Heinichen, Otto-Raban Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio bis 11. Februar 1981, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD" im Auswärtigen Amt S. 443[7], 1206[1]

Heinsberg, Volker Legationsrat I. Klasse im Referat 413 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung" bzw. „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung" des Auswärtigen Amts S. 1728[1], 2085[22]

Hekmatyar, Gulbuddin Begründer der „Hezbe Islami" in Afghanistan **Dok. 28** und S. 1990

Held, Günter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tripolis S. 912[5], 1983[5]

Hellbeck, Hannspeter Ministerialrat an der Ständigen Vertretung in Ost-Ber-

lin, seit 25. März 1981 Ministerialdirigent S. 179, 716[14], 1935

Helms, Jesse Alexander Senator des amerikanischen Bundesstaates North Carolina (Republican Party) S. 634, 1104

Henderson, Sir Nicholas Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Washington S. 3[4], 8[21], 41–45, 519[20], 682[4], 705[41], 813[17], 1001, 1003

Hendrischke, Hans-Joachim Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 1498

Heng Samrin Generalsekretär der Revolutionären Volkspartei Kampucheas bis 28. Mai 1981 und erneut seit 5. Dezember 1981, Vorsitzender des Volksrevolutionsrats der Volksrepublik Kampuchea bis 27. Juni 1981, anschließend Staatsratsvorsitzender S. 209[38], 725[11], 739[16+17], 899, 1010 f., 1601 f.

Hennenhöfer Oberregierungsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 1015

Henze, Gerhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ im Auswärtigen Amt bis 16. Februar 1981 und erneut seit 1. August 1981, in der Zwischenzeit Senatsdirektor des Senats von Berlin S. 68[12], 90[6], 122[1], 1156, 1300[1]

Herbst, Otto-Axel Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Paris **Dok. 21, 154, 180** und S. 309[10], 456, 509, 589, 844[1], 847[13], 854[39], 858, 871[2], 879[10], 880[11], 887[10], 912[4], 918[17], 954[37], 999[19], 1001[32], 1055[1+3], 1056[6], 1067[60], 1094[20], 1267[22], 1565[38], 2051[4], 2085[22]

Hermes, Peter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 148, 149, 150, 152, 172, 173, 181, 204, 270, 280, 281, 302, 313, 345, 375, 376** und S. 3–8, 25[19], 41–45, 69[16], 70, 75[12], 155[6], 170[1], 189[16], 220[6], 243[6], 277[29], 279[7], 280[9], 309[10], 312[8], 328[4], 330[12], 333, 338[29], 339[34], 341[46], 342[50], 345[62], 349[7], 355, 384[10], 416[37], 475[11+13], 494[19], 526[51], 534[15], 589[7], 688[22], 702[29+30], 812[9], 813[16+17+19], 834, 891[12], 913, 943[8], 985[2], 986[8], 1001, 1003, 1011[39], 1013 f., 1055[3], 1092[15], 1094[20], 1175[4], 1187[3], 1198[15], 1224[10], 1352, 1365[3], 1403, 1406[33], 1414[4], 1537[6], 1547[12], 1619[26], 1652[38], 1677[15], 1687[64], 1724[8], 1731[13], 1733[6+8], 1739[30], 1762[8], 1917[14], 1968[8], 1975[18], 2037[21]

Hernu, Charles Verteidigungsminister der Französischen Republik seit 22. Mai 1981 S. 852, 878[2], 881, 964[12], 1061, 1084 f., 1923

Herold, Horst Präsident des Bundeskriminalamts bis 31. März 1981 S. 485

Herrera Campíns, Luis Präsident der Republik Venezuela S. 298[4], 1690

Herrmann, Frank-Joachim Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Honecker, sowie Mitglied der Agitationskommission beim Politbüro des ZK der SED S. 399, 1935, 1981

Hewitt, Harold B. Sekretär des neuseeländischen Premierministers Muldoon S. 962

Heyden, Albrecht von der Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis 18. Oktober 1981, anschließend im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 2007[1], 2051[1], 2053[1], 2059[5], 2097[14]

Heydrich, Wolfgang Oberst i. G. und Leiter des Referats III 5 „Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle“ der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1581[25]

Hille, Hans-Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kairo **Dok. 47, 289, 293** und S. 580[11], 1353[8], 1646[18], 1771[25], 1772[28]

Hillgenberg, Hartmut Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 500 „Allgemeines Völkerrecht“ des Auswärtigen Amts S. 547[1], 554[26]

Hinckley Jr., John Warnock S. 475

Hirohito Kaiser von Japan S. 889 f.

Hirschfeld, Thomas J. Vertreter des Leiters der amerikanischen Delegation bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 1993

Hirt, Edgar Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung I „Humanitäre Aufgaben, Förderungsmaßnahmen, Kabinettsangelegenheiten" des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen S. 1935

Hishongwa, Timothy Hadino Vertreter der SWAPO für die Nordischen Staaten, Österreich und die Bundesrepublik Deutschland mit Sitz in Stockholm S. 872

Hitler, Adolf 1933/34 Reichskanzler des Deutschen Reiches, 1934–1945 „Führer und Reichskanzler" S. 116, 156, 401, 901, 1036, 1593[29], 1608, 1637, 1793

Hodic, Josef Mitarbeiter des tschechoslowakischen Geheimdienstes S. 1350

Hoeffel, Daniel Verkehrsminister der Französischen Republik bis 21. Mai 1981; 1978/79 Persönlicher Beauftragter des Staatspräsidenten Giscard d'Estaing zur Ausarbeitung eines deutsch-französischen Berichts zur Frage der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer S. 156[9], 393

Hoesch, Jan Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 179

Hoff, Hellmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 330 „Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum" bzw. „Argentinien, Brasilien, Chile, Uruguay, Paraguay, Karibischer Raum" im Auswärtigen Amt S. 1854[1]

Höffner, Joseph Kardinal und Erzbischof von Köln sowie Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz S. 1043[53]

Hofmann, Wilfried Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" im Auswärtigen Amt **Dok. 103, 140, 213, 246, 304** und S. 25[17], 106[1], 107[8+17], 108[23], 122[1], 177[1], 235[1], 238[13], 239[19], 240[22], 253[1], 272[1], 274[9], 276[20], 295[8], 305[9], 339[34], 381[16], 565[1], 775[22], 779[1], 935, 945[15], 1024[1+2], 1252[1], 1387[1], 1483[1], 1603[1], 1672[1], 1703[1], 1740[1+5], 1741[8+10+11], 1755[1], 1759[1], 1837[1], 1840[7], 1886[19], 1888[1], 1894[5], 1919[1], 1922[1], 1932[1], 2027[1]

Hohlweck, Günter Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 606[7], 754[10]

Holik, Josef Friedrich Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa" im Auswärtigen Amt S. 21[1], 22[8], 25[20], 39, 54[1], 147[1], 219[1], 306[1], 319[1+3], 426[1], 571[1], 678[1], 927[6], 1128[1], 1318[1], 1384[2], 1449[1], 1581[25], 1706[1], 1707[10], 2020[1], 2021[9+11]

Holik, Wiltrud Vortragende Legationsrätin und Vertreterin des Leiters im Referat 620 „Auslandsschulen, Schulwesen" des Auswärtigen Amts S. 140[12]

Holl, Norbert Heinrich Vortragender Legationsrat und seit 18. Februar 1981 Vertreter des Leiters im Referat 320 „Ost- und Südafrika" des Auswärtigen Amts S. 718[1], 721[12], 1166[11]

Holst, Johan Jørgen Staatssekretär im norwegischen Außenministerium bis 14. Oktober 1981 S. 22, 107[10]

Holzheimer, Hermann Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 581[16], 631[21], 737[10], 862[1], 866, 867[13], 870[31], 1470[5], 1472 f.

Homeyer, Josef Heinrich Prälat und Sekretär der Deutschen Bischofskonferenz S. 592

Honecker, Erich Vorsitzender des Staatsrats der DDR und Generalsekretär des ZK der SED **Dok. 363, 364** und S. 98–101, 129, 130[5], 131, 179–183, 196–198, 293, 343, 382, 397–408, 484, 594[7], 717, 902, 1015 f., 1019, 1030, 1071, 1109[23], 1243[14], 1270 f., 1278–1282, 1338 f., 1362, 1367, 1448, 1465, 1543, 1818, 1822, 1909[13], 1910[16], 1977–1981, 2000, 2011, 2044

Hormats, Robert David stellvertretender Handelsbeauftragter der amerikanischen Regierung bis 20. Mai 1981, anschließend Abteilungsleiter im amerika-

nischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Economic and Business Affairs) S. 171, 185, 1215–1218, 1681, 1900 f., 2046, 2048, 2061

Hornhues, Karl-Heinz Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Präsident der Deutschen Afrika-Stiftung S. 872

Houphouët-Boigny, Félix Präsident der Republik Elfenbeinküste S. 1048, 1690

Howe, Sir Geoffrey Schatzkanzler des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland (Chancellor of the Exchequer) S. 760, 1777

Höynck, Wilhelm Vortragender Legationsrat I. Klasse im Referat 212 „Ost-West-Beziehungen, bilaterale Beziehungen zu osteuropäischen Staaten, zur UdSSR und zu Nordamerika" des Bundeskanzleramts S. 319, 330[14], 471[1], 641[1], 708[1], 923[6], 1120, 1134, 1352[1], 1510[1], 1792, 1815[1], 1823[27], 1824[30], 1837, 1935

Hua Guofeng Vorsitzender des ZK der KPCh; 1976–1980 Ministerpräsident der Volksrepublik China S. 208, 1769

Huang Hua Außenminister der Volksrepublik China **Dok. 224, 283** und S. 1010[33], 1206, 1209, 1529, 1533, 1591, 1769[10], 1825

Huber, Hermann Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Moskau **Dok. 306** und S. 244, 535[17], 653[20], 765[7], 834[8], 998[14], 1021[10], 1244[2], 1851[4]

Huber, Reinhold Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 27[3]

Huda, Mirza Nurul Sonderberater des bangladeschischen Präsidenten Rahman, seit 24. November 1981 Vizepräsident der Volksrepublik Bangladesch; 1979/80 Finanzminister S. 735

Hůla, Václav Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ und bis 17. Juni 1981 Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1349[8]

Huonker, Gunter Staatsminister im Bundeskanzleramt und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 98[2], 129, 131 f., 182, 292, 399[1], 471, 811, 1278[1], 1935

Hurd, Douglas Mitglied des britischen Parlaments und Staatsminister im Außenministerium (Minister of State for Foreign and Commonwealth Affairs) S. 1185

Husák, Gustáv Generalsekretär des ZK der KPČ und Präsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 594[9], 953, 1350, 2001, 2015, 2044

Hüsch, Heinz Günther Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 554[5], 555

Hussein al-Takriti, Saddam Vorsitzender des Revolutionären Kommandorats sowie Präsident und Ministerpräsident der Republik Irak; 1969–1979 Vizepräsident S. 736[9], 864, 867, 870, 949

Hussein ibn Talal König des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 211, 445, 582, 654[27], 814, 876 f., 965, 1233, 1471, 1771 f.

Iacovou, George Botschafter der Republik Zypern in Bonn S. 226, 231, 233 f.

Iglesias, Enrique V. Generalsekretär der VN-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen in Nairobi S. 1261

Iklé, Fred Charles Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) seit 2. April 1981; 1973–1977 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) S. 363, 564[10], 821, 966, 1294[8], 1603–1605, 1672–1674, 1703–1706, 1890

Iljitschow, Leonid Fjodorowitsch Stellvertretender Außenminister und Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und seit März 1981 Kandidat des ZK der KPdSU S. 771, 1058, 1128–1130, 1133, 1194

Inayama, Kazuhiro Vorsitzender des japanischen Industrieverbandes Keidanren S. 986

Indira *siehe: Gandhi, Indira Priyadarshini*

Inönü, Mustafa Ismet 1923/24, 1925–1937 und 1961–1965 Ministerpräsident und 1938–1950 Präsident der Republik Türkei S. 1696

Ipekçi, Abdi 1959–1979 Chefredakteur der türkischen Tageszeitung „Milliyet" S. 792[4]

Irmak, Sadi Präsident der Verfassungsgebenden Versammlung der Republik Türkei seit 27. Oktober 1981; 1974/75 Ministerpräsident S. 754[13], 1699, 1702, 1716[3], 1717

Ishaq Khan, Ghulam Finanzminister der Islamischen Republik Pakistan S. 247, 632

Ismail, Abdel Fattah 1978–1980 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 53[38]

Ito, Masayoshi Außenminister von Japan bis 17. Mai 1981 S. 194, 453

Ivanji, Ivan jugoslawischer Dolmetscher S. 1106

Jabłoński, Henryk Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen und bis 19. Juli 1981 Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 419[47], 453, 859[6], 901

Jackling, Roger William 1968–1972 Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn S. 1255[24]

Jackson, John Edward Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 577[17], 707[45]

Jackson, Rashleigh E. Außenminister der Kooperativen Republik Guyana S. 1206

Jacquin de Margerie, Emmanuel Botschafter der Französischen Republik in London S. 998

Jagielski, Mieczysław Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen bis 31. Juli 1981 und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP bis 19. Juli 1981 S. 6, 335[16], 412[27+28], 1202

Jahn, Gerhard Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in der VN-Menschenrechtskommission in Genf; 1969–1974 Bundesminister der Justiz S. 326[4], 327

Jakeš, Miloš Sekretär des ZK der KPČ und Vorsitzender der Kommission des ZK für Landwirtschaft bzw. seit 11. Juni 1981 für Volkswirtschaft S. 1349

Jalloud, Abdel Salam Ahmed Major der libyschen Streitkräfte und Stellvertreter von Oberst Gaddafi in der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija S. 704, 1004, 1138, 1982

James, Cynlais Morgan Gesandter an der britischen Botschaft in Paris bis Mai 1981, anschließend Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Warschau S. 1021, 1679, 1985

Janiszewski, Michał General und seit 9. Februar 1981 Geschäftsführer des polnischen Ministerratsamts sowie seit 13. Dezember 1981 Mitglied des „Militärrats der Nationalen Rettung" in der Volksrepublik Polen S. 2091

Jansen, Michael Regierungsdirektor im Bundespräsidialamt bis 1. November 1981, anschließend Rückversetzung in das Auswärtige Amt, dort Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro" S. 1744[1], 1746[12+13], 1747[15], 1750[28], 1753[41], 1773[1], 1982[1], 2034[1], 2066[1], 2079[1]

Jaroszewicz, Piotr 1970–1980 Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 1965[8], 1999

Jaruzelski, Wojciech Verteidigungsminister und Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, seit 9. Februar 1981 zudem Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, seit 18. Oktober 1981 zudem Erster Sekretär des ZK der PVAP sowie seit 13. Dezember 1981 Vorsitzender des „Militärrats der Nationalen Rettung"; 1985–1990 Staatsratsvorsitzender **Dok. 80** und S. 5, 127, 128[10], 185, 210, 241[2], 264–266, 338, 419[47], 444, 452[6], 453, 544[6], 546[7], 582f., 617, 628f., 657, 806, 952, 1000, 1023, 1201f., 1241[3], 1242–1244,

1329, 1347, 1371, 1436, 1458, 1553, 1635, 1679, 1751, 1963[2], 1966 f., 1997, 1999, 2034–2037, 2044 f., 2047[10], 2051[2+4], 2053–2055, 2058–2060, 2066[4], 2071 f., 2074[11+14], 2076–2080, 2082 f., 2085, 2088–2092, 2094, 2096[13], 2097, 2099–2101

Jaurès, Jean * 1859 † 1914 S. 969

Jawlensky, Alexej Georgijewitsch von * 1865 † 1941 S. 1793

Jayevardene, Junius Richard Präsident der Demokratischen Sozialistischen Republik Sri Lanka S. 249

Jedynak, Andrzej Minister für Schwermaschinenbau der Volksrepublik Polen bis 11. Februar 1981, anschließend Stellvertretender Ministerpräsident S. 1238[10]

Jefferson, Thomas 1801–1809 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1608

Jelisarjew, Gennadij Iwanowitsch Mitarbeiter in der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums S. 492

Jelonek, Alois Eduard Karl Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1978/79 Vertreter des Leiters mit der Amtsbezeichnung Gesandter S. 227[6], 250[12], 580[15], 626[28], 1205[18]

Jenkins, Roy Harris (Baron Jenkins of Hillhead) Präsident der EG-Kommission in Brüssel bis 12. Januar 1981, Mitbegründer der Social Democratic Party im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland S. 1558

Jervell, Sverre Mitarbeiter im Westeuropareferat des norwegischen Außenministeriums S. 803

Jesser, Walter Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rabat S. 12, 13[7], 15[11], 737[11]

Jestaedt, Rudolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 513 „Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland“ im Auswärtigen Amt bis 11. Mai 1981, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kopenhagen S. 554[1], 555[7], 1273[8], 1276[15]

Jobert, Michel Staatsminister für Außenhandel der Französischen Republik (Ministre d'État, Ministre du Commerce extérieur) seit 22. Mai 1981; 1973/74 Außenminister S. 601[21], 855, 869, 1908, 1970 f.

Joetze, Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 212 „Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)“ im Auswärtigen Amt S. 30[1], 39, 94[1+4], 95[6+7], 96[8+12+14], 97[16], 133[1], 428[17], 429[19], 437[22], 465[1+2], 466[6+8], 467[11], 467[13–15], 468[18+19], 469[20+21], 469[24+25], 470[28], 768[1], 985[1], 1318[1], 1320[15], 1321[16], 1971[25], 1984[3]

Johannes Paul II. (Karol Józef Wojtyła) Papst; 1964–1978 Erzbischof von Krakau sowie seit 1967 Kardinal S. 87, 359 f., 543 f., 689, 695, 792 f., 901, 914[2], 1150, 1322[2], 1329[28], 1363, 1416[6], 1548, 1553, 1878, 1986, 2035 f., 2038 f., 2060, 2071, 2076–2078, 2096

Jóhannesson, Ólafur Außenminister der Republik Island S. 1935

Johnston, Ernest B. Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for Economic and Business Affairs) S. 41–45

Jorge, Paulo Teixeira Außenminister der Volksrepublik Angola **Dok. 258** und S. 1344, 1420–1422, 1468, 1481, 1836

Jørgensen, Anker Ministerpräsident des Königreichs Dänemark **Dok. 243** und S. 614, 978, 1335

Joseph, Sir Keith Industrieminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 11. September 1981 S. 763

Jovanović, Vladislav Leiter der Politischen Abteilung Westeuropa im jugoslawischen Außenministerium S. 1106

Jovy, Ernst Michael Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Bukarest S. 483[6], 1910[19]

Juan Carlos I. König des Königreichs Spanien S. 459, 462–465, 568, 609,

610[11], 837, 855, 860, 1074 f., 1331, 1563, 1738, 1743

Juhász, Ádám Staatssekretär im ungarischen Industrieministerium S. 1635[12]

Jung, Ernst Friedrich Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei den MBFR-Verhandlungen in Wien mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 31. Oktober 1981, anschließend Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt **Dok. 39, 105, 221** und S. 707[45], 1386[8], 1993, 2021[8]

Jung, Kurt Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 1423[2]

Jungmann, Horst Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1423[2]

Jungmichel, Peter Oberst i. G. und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 30. September 1981, anschließend Abteilungsleiter im Streitkräfteamt in Bonn S. 652[19]

Kabbani, Ma'Amoun Abteilungsleiter im saudi-arabischen Außenministerium S. 655

Kádár, János Erster Sekretär des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei S. 400[12], 1362, 1631, 1637 f.

Kaddumi, Faruk Mitglied der palästinensischen Organisation „Al Fatah" und der PLO sowie Leiter der Politischen Abteilung der PLO S. 1234

Kaestner, Uwe Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 470, 492

Kahle, Hans Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tunis S. 446[14]

Kaiser, Karl Direktor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Bonn S. 567[13], 662

Kalb, Marvin L. Journalist und Korrespondent bei dem amerikanischen Fernsehsender NBC S. 2044

Kaminsky, Horst 1964–1974 Erster Stellvertretender Finanzminister der DDR S. 1955[54]

Kampelman, Max M. Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 55[13], 96, 288[24], 306[5], 336[19], 356[7], 363[7], 390[16], 495[22], 621[7], 679, 700[23], 769, 881[6], 1003[38+41], 1128[4], 1131, 1133, 1134[13], 1460[12], 1905, 2025, 2026[17]

Kania, Stanisław Mitglied des ZK der PVAP und bis 18. Oktober 1981 Erster Sekretär des ZK sowie Mitglied des Politbüros des ZK S. 3[2], 5, 6[10], 87 f., 98, 126[2+5], 127, 185, 222[2], 241[2], 337[24], 338[29], 419[47], 421, 430, 443, 453, 544[6], 546[7], 583, 593, 617, 628, 902, 952, 1020, 1022 f., 1199, 1241–1244, 1329, 1371, 1458, 1553, 1635, 1679, 2080

Karamanlis, Konstantinos Präsident der Hellenischen Republik; 1974–1980 Ministerpräsident S. 29[9], 226[4], 227, 231, 1251, 1331

Karim, Halim Vertreter der „Hezbe Islami" in der Bundesrepublik Deutschland S. 141

Karl-I-Bond, Nguza Ministerpräsident der Republik Zaire bis 23. April 1981 S. 81, 645

Karmal, Babrak Vorsitzender des Revolutionsrats der Demokratischen Republik Afghanistan und Generalsekretär der Demokratischen Volkspartei Afghanistans, zudem bis 11. Juni 1981 Ministerpräsident S. 17[11], 251, 249[10], 313, 317, 636, 997, 1397, 1987, 1989

Karry, Heinz Herbert Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident des Landes Hessen (FDP) bis zu seiner Ermordung am 11. Mai 1981 S. 861

Kasemsri, Birabhongse Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Thailand bei den Vereinten Nationen in New York S. 1395

al-Kasim, Marwan Außenminister des Haschemitischen Königreichs Jordanien S. 876[3]

Kastl, Hans Jörg Botschafter z. b. V. und Leiter der Delegation der Bundesrepublik Deutschland bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bis 31. Mai 1981 **Dok. 79, 137** und S. 34[20], 41, 55[13], 77, 96[13], 307[7], 308[8+9], 309[11], 465[2+3], 515[14+17], 773[4], 927[2]

Kastrup, Dieter Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210

„Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt S. 179[1], 191[23], 195[1], 406[41], 730[1], 1015[1], 1593[30], 1907[1], 1940[19]

Katzir, Ephraim Präsident des Staates Israel S. 966

Kaul, Hans Peter Legationsrat I. Klasse im Referat 230 „Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat“ des Auswärtigen Amts S. 1159[1]

Kaunda, Kenneth David Präsident der Republik Sambia S. 645[15], 646, 688

Keblúšek, Emil Leiter der Delegation der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 571[2]

Keil, Franz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ im Auswärtigen Amt S. 82[1], 114[1], 129[1], 241[2], 408[1], 452[7], 543[1], 554[4], 593[6], 628[5], 798[1], 1020[1+3], 1105, 1115[41], 1119[58], 1193[1], 1217[5], 1348[1+2], 1630[1], 1984[1], 1995[1], 2007[1], 2008[8], 2024[1], 2057[8], 2072[1], 2093[3]

Keilholz, Karl Hauptabteilungsleiter im Außenhandelsministerium der DDR S. 1910[17], 1936

Kekkonen, Urho Kaleva Präsident der Republik Finnland S. 23–24, 107[10]

Kellef, Abdelaziz Handelsminister der Demokratischen Volksrepublik Algerien S. 1207

Kellou, Mohamed Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Bonn S. 15

Kelly, John Außenminister der Republik Irland vom 30. Juni bis 21. Oktober 1981 S. 1342

Kelly, Petra Mitglied und Sprecherin des Parteivorstands der Grünen S. 1538[12]

Kempný, Josef Mitglied des Präsidiums des ZK der KPČ und bis 11. Juni 1981 Sekretär des ZK S. 1349

Kennan, George Frost amerikanischer Historiker und Diplomat, emeritierter Professor am Institute for Advanced Study in Princeton (New Jersey) S. 1268

Kennedy, John Fitzgerald 1953–1961 Senator des amerikanischen Bundesstaats Massachusetts (Democratic Party), 1961–1963 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 390, 1045, 1537, 1821

de Kergorlay, Roland Leiter der Ständigen Vertretung der Europäischen Gemeinschaften in Washington seit April 1981 S. 2061

Keshtmand, Sultan Ali Ministerpräsident der Demokratischen Republik Afghanistan seit 11. Juni 1981 S. 1989

Keßler, Thomas Legationssekretär im Referat 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ des Auswärtigen Amts bis 23. September 1981, anschließend an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Internationalen Organisationen in Wien S. 1206[1], 1208[31], 1209[33], 1210[37]

Keynes, John Maynard *1883 †1946 S. 1141, 1770, 1879

Khaddam, Abdel Halim Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident der Arabischen Republik Syrien S. 445[8]

Khader, Naim Vertreter der PLO in Brüssel bis zu seiner Ermordung am 1. Juni 1981 S. 887

Khalid ibn Abdul Aziz al-Saud König und Ministerpräsident des Königreichs Saudi-Arabien S. 557, 633, 650f., 662, 1652

Khalifa *siehe: al-Nahyan, Scheich Khalifa bin Zayed bin Sultan*

Khieu Samphan 1976–1979 Vorsitzender des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea S. 1395[10]

Khomeini, Ruhollah schiitischer Geistlicher (Ayatollah), geistliches und weltliches Oberhaupt der Islamischen Republik Iran S. 91f., 137[2], 739, 864[9], 1470[7], 1471, 1550[5], 1647

Khusro, Ali Mohammed Botschafter der Republik Indien in Bonn S. 316

Kiderlen, Hans-Joachim Legationsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Lomé bis 11. Januar 1981, anschließend Vortragender Legationsrat in der Arbeitseinheit 50 „Arbeitsstab Seerechtskonferenz" des Auswärtigen Amts S. 1062[37]

Kiep, Walther Leisler Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 101, 328[4], 405

Kiesinger, Kurt Georg 1966–1969 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland (CDU) S. 198[12]

Kimche, David Generaldirektor im israelischen Außenministerium S. 160[7], 745–748

Kirkland, Joseph Lane Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO S. 825

Kirkpatrick, Jeane Jordan Leiterin der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York seit 4. Februar 1981 S. 965 f., 1103

Kisiel, Henryk Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Vorsitzender der Planungskommission des Ministerrats bis 12. Juni 1981 S. 266[19], 435, 438[23], 1238[10]

Kissinger, Henry Alfred 1969–1975 Sicherheitsberater des amerikanischen Präsidenten, 1973–1977 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 13, 81, 205, 1104, 1142[10], 1232, 1324, 1434, 1552, 1735, 1870, 1872[6]

Kiszczak, Czesław General und seit 31. Juli 1981 Innenminister der Volksrepublik Polen sowie seit 13. Dezember 1981 Mitglied des „Militärrats der Nationalen Rettung" S. 2071, 2091

Kito *siehe: Rodrigues, Alexandre Manuel Duarte Kito*

Kittani, Ismat Taha Staatssekretär im irakischen Außenministerium sowie Präsident der 36. VN-Generalversammlung S. 1470, 1473[16], 1693

Kittel, Walter Ministerialdirigent und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel (vom Bundesministerium für Wirtschaft entsandt) S. 227[5], 386[18], 763[25]

van der Klaauw, Christoph Außenminister des Königreichs der Niederlande bis 11. September 1981 S. 278[4], 444–449, 461, 581[18], 665[39], 723, 730, 735, 749 f., 773–775, 777, 990

Klein, Albert Bischof der Evangelischen Kirche Augsburgischen Bekenntnisses in der Sozialistischen Republik Rumänien S. 483

Klein, Friedrich Rechtswissenschaftler S. 549

Klein, Hans Mitglied des Deutschen Bundestags (CSU) S. 872

Kleindienst, Willi 1968–1976 als Ministerialrat bzw. seit 1969 als Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel in Berlin (West) S. 100[14]

Klerides, Glavkos John Sprecher der griechischen Bevölkerungsgruppe auf Zypern und Vorsitzender der „Demokratikos Synagermos"; vom 23. Juli bis 6. Dezember 1974 amtierender Präsident sowie vom 8. August bis 6. Dezember 1974 Außen- und Innenminister der Republik Zypern S. 229[16], 231[18], 755[14]

Klibi, Chedli Generalsekretär der Arabischen Liga in Tunis S. 446[14], 461

Klimke, Ulrich Ministerialrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 1955[53]

Klose, Hans-Ulrich Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD) bis 25. Mai 1981 S. 398

Kluncker, Heinz Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV S. 1658

Knackstedt, Günter Wilhelm Karl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Luxemburg S. 1315[33]

Kodjo, Edem Generalsekretär der OAU S. 1420 f., 1572

Kohl, Helmut Vorsitzender der CDU und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag; seit 1. Oktober 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland S. 393[10], 1304, 1361, 1565[39], 1571[5],

1606–1609, 1727, 1831, 1845, 1854, 1857, 1963

Kohl, Michael Stellvertretender Außenminister der DDR bis zu seinem Tod am 4. Juli 1981 S. 1019

Kohler, Foy David 1959–1962 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European Affairs) S. 1877

Koivisto, Mauno Ministerpräsident der Republik Finnland S. 1267

Komer, Robert William Unterstaatssekretär im amerikanischen Verteidigungsministerium (Under Secretary of Defense for Policy) bis 20. Januar 1981 S. 302, 305[9]

Kondraschow, Sergej Alexandrowitsch stellvertretender Leiter der sowjetischen Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und Mitglied des sowjetischen Geheimdienstes KGB S. 1129 f., 1905

König, Franz Kardinal und Erzbischof von Wien S. 1440[2]

König, Walter Josef Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 84** und S. 408[1], 410[11], 437[21], 1369[19], 1461[16], 1656[7]

Konow, Gerhard Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Innere Angelegenheiten" des Bundeskanzleramts bis 23. Januar 1981, anschließend bis 11. Juni 1981 Senator für Bundesangelegenheiten im Senat von Berlin, danach Leiter der Grundsatzabteilung im Bundesministerium für Verkehr S. 129

Korczewski, Ryszard Leiter der Abteilung „Westeuropa" des polnischen Außenministeriums S. 1235

Korf, Willy Vorsitzender des Vorstands der Korf-Stahl AG S. 661 f.

Kornblum, John Christian Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director for Central European Affairs) seit Juli 1981 S. 1861

Kornienko, Georgij Markowitsch Erster Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und seit 2. März 1981 Mitglied des ZK der KPdSU S. 492, 521[28], 1474, 1823[25], 2055–2058

Kornilow, Jurij Emmanuilowitsch politischer Beobachter bei der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS S. 996[8]

Koschnick, Hans Bürgermeister von Bremen und Mitglied des Parteivorstands der SPD S. 2008

Kossygin, Alexej Nikolajewitsch 1960–1980 Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und 1964–1980 Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 291[9], 850, 997, 1792[4], 1806

Kostandow, Leonid Arkadjewitsch Stellvertretender Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des ZK der KPdSU sowie Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 523, 535[17]

de Koster, Henri Johan (Hans) Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats bis 11. Mai 1981 S. 447, 775

Kostić, Petar Finanzminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 215

Kotalla, Josef ehemaliger SS-Oberscharführer, bis zu seinem Tod 1979 in den Niederlanden inhaftiert S. 1567[10]

Kountché, Seyni Präsident des Obersten Militärrats der Republik Niger S. 1048

Kövári, Péter Botschafter der Ungarischen Volksrepublik in Bonn S. 1630

Kowaljow, Anatolij Gawrilowitsch Stellvertretender Außenminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 492, 1792, 1823[24], 1825, 1838, 2057

Krabatsch, Ernst Leiter der Hauptabteilung „Grundsatzfragen und Planung" im Außenministerium der DDR S. 1015, 1030, 1464, 1936

Kraigher, Sergej stellvertretender Vorsitzender bzw. seit Mai 1981 Vorsitzender des Staatspräsidiums der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 1690

Krancke, Gerhard Kapitän zur See und Leiter der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen, Abrüstung und Rüstungskontrolle), Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt S. 1024[2], 1026[12]

Kreisky, Bruno Bundeskanzler der Republik Österreich und Vorsitzender der SPÖ S. 145[16], 454[20], 524, 1207–1209, 1354, 1440–1448, 1519, 1690

Krekeler, Friedrich Legationssekretär im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF“ des Auswärtigen Amts bis 16. Januar 1981, seit 1. April 1981 im Referat 014 „Büro Staatssekretäre“ S. 1024[2]

Kreusel, Dietmar Vortragender Legationsrat im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts bis 9. August 1981, anschließend Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kingston S. 381[15], 779[1], 1159

Krieghoff, Jürgen Legationsrat I. Klasse im Referat 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ des Auswärtigen Amts S. 195[1]

Krieps, Émile Verteidigungsminister des Großherzogtums Luxemburg S. 780

Kristensen, Finn Industrieminister des Königreichs Norwegen vom 2. Februar bis 14. Oktober 1981 S. 1269

Kroesen, Frederick James General der amerikanischen Streitkräfte und Kommandant der Seventh United States Army und der NATO Central Army Group S. 1386[10]

Kröger, Klaus Legationsrat im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 86[1], 114[1], 126[1], 264[1], 408[1], 798[1], 1020[1], 1022[17], 1630[1], 1963[1], 2051[5], 2072[1], 2075[15], 2098[1]

Krolikowski, Werner Staatssekretär und Stellvertretender Außenminister der DDR sowie Mitglied des ZK der SED S. 715

Krzak, Marian Finanzminister der Volksrepublik Polen S. 1970[18]

Kühn, Alfred Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nairobi; 1974–1979 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 213 „Sowjetunion“ im Auswärtigen Amt S. 526[50], 1823[26]

Kühn, Jürgen Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung V C „Multilaterale Außenwirtschaftsfragen, insbesondere Nord-Süd-Dialog, Finanzierungen“ in der Abteilung V „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ des Bundesministeriums für Wirtschaft S. 335[17]

Kuhnt, Eberhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Abu Dhabi **Dok. 124**

Kujat, Harald Oberstleutnant i. G. und Referent in der Gruppe 23 „Bundesministerium der Verteidigung, Sicherheitspolitik (Verteidigungsfragen, Abrüstung und Rüstungskontrolle), Bundessicherheitsrat“ des Bundeskanzleramts S. 1024[2]

Kulaga, Eugenivesz Botschafter der Volksrepublik Polen in Paris S. 222

Kulikow, Viktor Georgijewitsch Marschall der Sowjetunion und Oberbefehlshaber der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Pakts S. 2026, 2044, 2057[9], 2087

Kummer, Matthias von Attaché im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts S. 1156[1+2], 1157[14]

Kunze, Gerhard Senatsrat und Beauftragter für den Reise- und Besuchsverkehr des Senats von Berlin S. 132[16], 714[7]

Kurokawa, Tsuyoshi Mitarbeiter im japanischen Außenministerium S. 889, 898

Kuroń, Jacek polnischer Dissident, Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ und Mitbegründer des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (Komitet Obrony Robotników, KOR),

im Dezember 1981 interniert S. 7, 87, 115, 2084

Kurpakow, Iwan Alexandrowitsch Erster Sekretär an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 1792, 1838

Kusnezow, Georg Amtsrat im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts S. 278[1], 359[1], 365[1], 387[1], 898[1], 1755[1], 1854[1], 1858[1], 1972[1]

Kusumaatmadja, Mochtar Außenminister der Republik Indonesien S. 1395–1397

Kutyła, Leopold Erster Sekretär an der polnischen Botschaft in Bonn S. 2093

Kwizinskij, Julij Alexandrowitsch Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn bis September 1981, seit November 1981 Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters S. 1623[3], 1624 f., 1867[10], 1869, 1872, 1912, 1985

Kyaw, Dietrich von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten; Europäisches Parlament" im Auswärtigen Amt S. 102, 142[1], 372[1], 595[1], 1411[1], 1491[4], 1502[24]

Kyprianou, Achilleas S. 233

Kyprianou, Spyros Präsident der Republik Zypern **Dok. 41** und S. 755[14], 1205[19], 1409[50], 1438, 1775[13]

de La Genière, Renaud Gouverneur der französischen Notenbank S. 381

La Rocque, Gene Robert Admiral a. D. der amerikanischen Marine und Direktor des Center for Defense Information in Washington S. 587

de Laboulaye *siehe: Lefebvre de Laboulaye, François*

Lafontaine, Oskar Oberbürgermeister von Saarbrücken, Vorsitzender der SPD des Saarlands sowie Mitglied des Präsidiums der SPD S. 1240

Lagorio, Lelio Verteidigungsminister der Italienischen Republik S. 562 f., 780, 1328, 1330, 1615–1618, 1886, 1888

Lahn, Lothar Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Madrid **Dok. 87** und S. 614[26], 824[15], 916[9], 918[19], 1334[49], 1467[31], 1881[4]

Lahnstein, Manfred Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts **Dok. 53, 91** und S. 113[15], 437[22], 471, 541[1], 556[1], 646[20], 651, 655, 671[14+15], 672, 735[1], 786[1], 866[1], 876[4], 889[1], 968, 1024[2], 1142, 1544[1], 1553, 1562, 1644, 1851[1], 2061

Lahusen, Carl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dublin S. 474, 480[33]

Lama, Luciano Generalsekretär der Confederazione Generale Italiana del Lavoro S. 1329

Lamb, Albert Thomas Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Oslo bis Januar 1981 S. 25[15]

Lambsdorff, Otto Graf Bundesminister für Wirtschaft und Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 81, 203[20], 215 f., 266[19], 345, 358, 374, 380 f., 480[36], 484[17], 510, 523, 651, 655, 658–662, 668, 760–763, 805, 889[1], 896, 897[31], 959, 999[19+21], 1058[19], 1200, 1217[7], 1238, 1410[56], 1636, 1791 f., 1806, 1837, 1843, 1935, 1939, 1953–1956, 1959, 1961 f., 1979

Lamontagne, Joseph George Gilles Claude Verteidigungsminister von Kanada S. 780, 1620[29], 1888

Landau, Friedrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuwait bis 1. Oktober 1981, anschließend in Nikosia S. 1775[13]

Lang, Hartmut Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts bis 20. September 1981, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 1020[1+5], 1021[7+14], 1022[15+16], 1023[21–25]

Lang, Jack Mathieu Émile Kultusminister der Französischen Republik seit 22. Mai 1981 S. 1565

Lang, Norbert Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf S. 327[7], 1646[15]

Lankes, Johann Christian beigeordneter NATO-Generalsekretär für Politische Angelegenheiten mit der Amtsbezeichnung Botschafter und Vorsitzender des Senior Political Committee der NATO S. 635

Lapointe, Charles Staatsminister für Fragen der Kleinbetriebe und Tourismus von Kanada S. 1165

Laub, Robert Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Porto; 1975–1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters der Arbeitseinheit 610-1 „Ost" im Referat 610 „Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen" des Auswärtigen Amts S. 1517[60]

Läufer, Thomas Legationssekretär im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten; Europäisches Parlament" des Auswärtigen Amts bis September 1981, anschließend an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf S. 595[1]

Laurain, Jean Minister für ehemalige Kriegsteilnehmer der Französischen Republik seit 21. Mai 1981 S. 1086[24]

Lautenschlager, Hans Werner Staatssekretär im Auswärtigen Amt; 1975–1979 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration" **Dok. 226** und S. 14, 21, 26[22], 30, 41[2], 46, 47[6–9], 48[10–14], 49[17–20], 50[27], 51[28+29+32], 52[33], 53[39], 102, 104[13–15], 122, 143[9], 155[1], 183, 188[14], 240[1], 246, 284, 588[1], 592[1], 595, 601[24], 650, 678, 811, 816, 834, 844[1], 858, 876[1+4], 968[1], 1125[16], 1195[1], 1214, 1220, 1221[7+8], 1222, 1227[18], 1228[1], 1239, 1252, 1283, 1289 f., 1300, 1411[1], 1413, 1495, 1620, 1653[1], 1690, 1728, 1733[6], 1755[1], 1811[1], 1996, 2034, 2046, 2102

Lázár, György Ministerpräsident der Ungarischen Volksrepublik und Mitglied des Politbüros des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei **Dok. 308** und S. 1544[1]

Le Pors, Anicet Minister für den öffentlichen Dienst und die Verwaltungsreformen beim Ministerpräsidenten Mauroy seit 23. Juni 1981 S. 970[14]

Leber, Georg Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD); 1972–1978 Bundesminister der Verteidigung S. 71

Lefebvre de Laboulaye, François Botschafter der Französischen Republik in Washington S. 3[4], 8[21], 41–45, 309[10], 519[20], 682[4], 705[41], 813[17], 1001, 1003, 1092

Lefever, Ernest Warren Gründer und Präsident des Ethics and Public Policy Center in Washington S. 1102, 1104

Legge, Michael Mitarbeiter im britischen Verteidigungsministerium (Counsellor) S. 1283

Legwaila, Legwaila Joseph Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Botswana bei den Vereinten Nationen in New York S. 1420

Lehman Jr., John Francis Marineminister der Vereinigten Staaten von Amerika seit 5. Februar 1981 S. 335[11], 975

Lehman, Joseph F. Mitarbeiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency, Deputy Director for Public Affairs and Public Affairs Adviser) S. 1577

Lehnhardt, Annelie Dolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts S. 914[1]

Leinius Regierungsdirektor an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 179, 399

Leister, Hans Dieter Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung seit 5. Januar 1981 S. 1024[2]

Lenihan, Brian Joseph Außenminister der Republik Irland bis 30. Juni 1981 S. 474, 481

Lenin, Wladimir Iljitsch 1917–1924 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 73[4], 470, 531, 806, 1147, 1153, 1325

van Lennep, Emile Generalsekretär der OECD S. 1066[52]

Leprette, Jacques Leiter der Ständigen Vertretung der Französischen Republik bei den Vereinten Nationen in New York bis Dezember 1981 S. 980[17]

Letria, Joaquim Pressesprecher des portugiesischen Präsidialamts S. 685

de Leusse de Syon, Bruno Generalsekretär des französischen Außenministeriums (Secrétaire général) bis 3. November 1981 S. 1047[74]

Leutrum von Efingen, Norwin Graf Vortragender Legationsrat und Leiter der Arbeitseinheit 410-9 „Europäisches Parlament“ des Referats 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten“ im Auswärtigen Amt S. 459[21]

Lewalter, Karl Walter Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Madrid S. 465[13], 568[21], 609[8], 1298[7], 1683[43]

Libal, Michael Legationsrat I. Klasse bzw. seit 11. Juni 1981 Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau bis November 1981, anschließend Vortragender Legationsrat im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts **Dok. 144**

Lilienfeld, Georg von 1968–1974 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 1983[18]

Limbourg, Peter 1965–1969 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 1542[20]

Limmer, Herbert Ministerialdirigent und „Beauftragter für Lateinamerikapolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland **Dok. 11, 232, 233** und S. 297[1], 299[7], 837[21], 1414[4], 1640[2+4], 1642[11], 1854[1+3], 1857[8], 1899[14], 1900[16]

Linaza Echevarría, Tomás Mitglied der ETA S. 917 f.

Ling Qing Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik China bei den Vereinten Nationen in New York S. 1195

Lissfeld, Mark C. Erster Sekretär und Vertreter des Botschaftsrats für Politische Angelegenheiten an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 278, 1519, 2034

Lladó Fernández-Urrutia, José Botschafter des Königreichs Spanien in Washington S. 1485

Lobo, José Carlos Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Mosambik bei den Vereinten Nationen in New York S. 1420

Loderer, Eugen Vorsitzender der IG Metall S. 1654, 1658, 2097

Loosch, Reinhard Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 22 „Internationale und Innerdeutsche Zusammenarbeit“ in der Abteilung 2 „Allgemeine Forschungsförderung; Forschungskoordinierung; Internationale Zusammenarbeit“ des Bundesministeriums für Forschung und Technologie S. 315[19], 1065[51]

López Portillo y Pacheco, José Präsident der Vereinigten Mexikanischen Staaten S. 68, 145[16], 298[4], 332, 338, 524, 557, 788, 832, 836, 856, 1197, 1207–1209, 1407, 1514, 1645[10], 1664, 1690, 1691[24+27], 1692[29], 1746[11]

Lord, Winston Direktor des Council on Foreign Relations in New York S. 567[13]

Lorenzo il Magnifico *siehe: de' Medici, Lorenzo*

Lüder, Wolfgang Senator für Wirtschaft im Senat von Berlin und Bürgermeister Berlins bis 7. Januar 1981 sowie Landes-

vorsitzender der FDP Berlins bis 21. Februar 1981 S. 76[16]

Lueg, Ernst Dieter Journalist und Korrespondent der ARD im WDR-Studio in Bonn S. 1522[16]

Lumley, Edward Staatsminister für Handel von Kanada S. 1120, 1122

Luns, Joseph Antoine Marie Hubert Generalsekretär der NATO **Dok. 104, 324** und S. 108, 449[2], 463[9], 564[9+10], 698, 723, 731[9], 752, 779f., 1298, 1299[11], 1618, 1704, 1740–1743, 1755f., 1863, 1888f., 1891f., 1914, 1923, 1927, 1929, 1984, 1987, 2024

Lusaka, Paul John Firmino Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Sambia bei den Vereinten Nationen in New York S. 1420

Lüst, Reimar Präsident der Max-Planck-Gesellschaft S. 662

Lyrtoft-Pedersen, Erik Leiter der Delegation des Königreichs Dänemark bei den MBFR-Verhandlungen in Wien seit 1. September 1981 S. 1993

Lyssarides, Vassos Vorsitzender der „Eniea Demokratiki Enosi Kyprou“ in der Republik Zypern S. 1251

MacDonald, James Ramsey 1924 und 1929–1935 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1445

MacEachen, Allan stellvertretender Ministerpräsident und Finanzminister von Kanada S. 1120, 1123

MacGuigan, Mark Außenminister von Kanada S. 385[14], 448[26+27], 453, 644, 718–720, 730, 734f., 872[12], 874, 949[13], 951[20], 1000[25], 1050[87], 1065[41], 1118, 1120, 1122, 1125f., 1148[8], 1164[5], 1165, 1167, 1173, 1207, 1210, 1223[8], 1225, 1378[6+7], 1400, 1422f., 1439[43], 1479–1482, 1592, 1911, 1928f.

Macharski, Franciszek Kardinal und Erzbischof von Krakau S. 2071

dei Machiavelli, Niccolò di Bernardo * 1469 † 1527 S. 1326, 1332

Macmillan, Maurice Harold 1957–1963 Premierminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 1768

Madani, Ahmed Admiral der iranischen Marine und Kandidat der Nationalen Front bei den Präsidentschaftswahlen der Islamischen Republik Iran 1980 S. 91

Madej, Zbigniew Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Vorsitzender der Planungskommission beim Ministerrat seit 12. Juni 1981 S. 1238[10]

Mahrdt, Ewstrati Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Lille bzw. seit 5. Juni 1981 in Genua S. 1027

Maina, Charles Gatere Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Kenia bei den Vereinten Nationen in New York S. 1420

Maitama-Sule, Alhaji Yusuff Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Nigeria bei den Vereinten Nationen in New York seit August 1981 S. 1420

Makarios III., Myriarthes (Michael Christodulos Muskos) 1959–1977 Erzbischof und Präsident der Republik Zypern (Juli bis Dezember 1974 im Exil) S. 230f., 1330

Makarow, Wassilij Georgijewitsch Berater des sowjetischen Außenministers Gromyko S. 1792, 1825, 1838

Makić, Radovan Botschafter der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien in Bonn bis 28. Oktober 1981 S. 199, 1105

Mąkosa, Jerzy stellvertretender Leiter der Abteilung „Westeuropa“ des polnischen Außenministeriums S. 454f.

al-Maktum, Scheich Rashid bin Said Ministerpräsident der Vereinigten Arabischen Emirate S. 676

Malmierca Peoli, Isidoro Außenminister der Republik Kuba **Dok. 276**

Malsen-Tilborch, Marie-Gabriele von Legationsrätin I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf

bis 16. September 1981, anschließend im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 1984[1]

Mangoldt, Hermann von 1939–1953 Professor für Öffentliches Recht an den Universitäten Tübingen, Jena und Kiel, 1946–1950 Mitglied des Landtags von Schleswig-Holstein (CDU) S. 549

Mangwende, Witness Außenminister von Simbabwe seit 9. Januar 1981 S. 1420

Mansfield, Michael Joseph Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Japan; 1953–1977 Senator des amerikanischen Bundesstaates Montana (Democratic Party) S. 1385, 1455, 1537, 2006

Mansur, Muhammad Abdul Generalmajor der bangladeschischen Streitkräfte bis zu seinem Tod am 2. Juni 1981 S. 887[15], 888[16]

Mao Zedong 1949–1976 Vorsitzender des ZK der KPCh S. 807, 1769, 1826

Marchais, Georges Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs (Parti Communiste Français) und Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen S. 703[35], 753[3], 656[4], 758[3], 1151

Marcos, Ferdinand E. Präsident der Republik Philippinen S. 1396, 1690

Marjolin, Robert Ernest 1956/57 Vertreter des Leiters der französischen Delegation bei den Verhandlungen über die EWG und EURATOM, 1958–1967 Vizepräsident der EWG-Kommission, 1978–1980 Mitglied des „Ausschusses der Weisen“ der Europäischen Gemeinschaften S. 598[15], 1074

Marker, Jamsheed K.A. Botschafter der Islamischen Republik Pakistan in Bonn S. 247

Marschall von Bieberstein, Walther Freiherr Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dacca S. 735, 736[4]

Marshall, George Catlett 1947–1949 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 71, 786[1], 832, 836

Martin, Jacques Leiter der Delegation der Französischen Republik bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid bis November 1981, anschließend stellvertretender Generalsekretär im französischen Außenministerium (Secrétaire général adjoint) S. 769, 1003[38]

Martínez Somalo, Eduardo Titular-Erzbischof von Thagora und Stellvertreter des Sekretärs des Staatssekretariats des Heiligen Stuhls S. 792 f.

Martins, Luís außenpolitischer Berater im portugiesischen Präsidialamt S. 685

Martius, Götz-Alexander Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 331 „Andenstaaten und Mittelamerika“ im Auswärtigen Amt **Dok. 54** und S. 64[20], 278, 283[20], 1854[1]

Martre, Jean Generaldelegierter für Rüstungsfragen im französischen Verteidigungsministerium (Délégué générale pour l'armement) S. 123

Marx, Karl *1818 †1883 S. 533

Mashingaidze, Elleck Kufakunesu Leiter der Ständigen Vertretung von Simbabwe bei den Vereinten Nationen in New York S. 1420

Massion, Georg Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 454[19], 648[29]

Massoud, Schah Ahmad Mitglied der „Jamiat-i Islami“ in Afghanistan S. 1991

Matthias, Helmut Richard Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 40 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 1675[4]

Matthöfer, Hans Bundesminister der Finanzen und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 215 f., 253 f., 263[23], 297, 342, 366, 381, 395, 509, 554[5], 555[7], 619, 848 f., 889[1], 1058, 1079[11], 1139 f., 1143, 1238, 1553, 1562, 1644, 1648 f., 1759, 1777, 1792

Maunz, Theodor 1937–1945 Professor für Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg bzw. 1952–1969 an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1957–1964 Kultusmi-

nister des Freistaates Bayern (CSU) S. 548 f.

Maurer, Horst-Dieter Kapitän zur See und Mitarbeiter im Referat 02 „Planungsstab" des Auswärtigen Amts **Dok. 171**

Mauroy, Pierre Ministerpräsident der Französischen Republik seit 21. Mai 1981 S. 918[17+19], 970[14], 980[16], 998[9], 1037, 1046, 1054[111], 1067[60], 1080, 1151, 1267[22], 1332, 1443[14], 1565[39], 1969, 2026[17]

Mavros, Georgios Außenminister der Hellenischen Republik vom 24. Juli bis 17. Oktober 1974 S. 229[16]

Maxwell, Ian Robert britischer Verleger, Präsident des Verlagshauses „Pergamon Press Limited" S. 180 f., 408[46]

Mazowiecki, Tadeusz Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarność" und Chefredakteur der Wochenzeitung „Tygodnik Solidarność" bis zu seiner Internierung am 13. Dezember 1981 S. 2071, 2084

McClure, James A. Senator des amerikanischen Bundesstaats Idaho (Republican Party) S. 913[8]

McFarlane, Robert Carl Berater im amerikanischen Außenministerium (Counselor) seit 28. Februar 1981 S. 285, 1175[4]

Mecklenburg, Johann Albrecht Herzog zu 1895–1920 Präsident der Deutschen Kolonialgesellschaft und 1907–1913 Regent des Herzogtums Braunschweig S. 2019

de' Medici, Lorenzo * 1449 † 1492 S. 1332

Meehan, Francis Joseph Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Warschau S. 264, 1969, 1985, 2036, 2059

Meese III, Edwin A. Direktor des Hauptübergangsausschusses des gewählten amerikanischen Präsidenten Reagan bis 20. Januar 1981, anschließend Berater Reagans mit Kabinettsrang (Counselor to the President) und Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika S. 113[15], 355, 1011, 1104, 1139, 1141 f., 1152, 2037

Meichsner, Gunther Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Deutschlandpolitik" des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen S. 129, 1935

Meier, Viktor Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung S. 216

Meincke, Horst Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Den Haag S. 278[4], 1484[6]

Meir, Golda 1969–1974 Ministerpräsidentin des Staates Israel S. 855

Mejía-Solís, Iván Botschafter der Republik Nicaragua in Bonn S. 297

Melovski, Miloš Abteilungsleiter im jugoslawischen Außenministerium S. 199, 215[62], 1593[30]

Menderes, Adnan 1950–1960 Ministerpräsident der Republik Türkei, 1961 nach Absetzung durch die türkischen Streitkräfte hingerichtet S. 28, 1695[9]

Mendès France, Pierre 1954/55 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 846, 1542[20]

Menges, Constantine Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes CIA S. 66

Mengistu Haile Mariam Vorsitzender des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrats und des Ministerrats des Sozialistischen Äthiopien S. 1354[12], 1551

Menne, Fritz Carl Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Helsinki S. 22[5]

Menschikow, Michail Alexejewitsch 1958–1961 Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Washington S. 1871

Meroz, Yohanan Botschafter des Staates Israel in Bonn bis 22. Juni 1981 S. 748

Mertes, Alois Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 137[2], 145[16], 347[69], 592, 716[19], 1577[11], 1606, 1904

Méry, Guy 1975–1980 Generalstabschef der französischen Streitkräfte S. 111[10]

Mevik, Leif Unterabteilungsleiter im norwegischen Außenministerium (Underdirektør) S. 22–24, 26

Meyer, Wolfgang Leiter der Presseabteilung im Außenministerium der DDR S. 1936

Meyer-Landrut, Andreas Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Moskau; 1978–1980 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 22, 51, 88, 136, 183, 186, 217, 223, 237, 294, 384, 388** und S. 6[11+14], 62[11], 65[21], 73[4], 80, 119[6], 203[19], 244f., 337[24], 364[13], 400[12], 405[37], 411[20], 480[36], 492, 521[28], 526[50], 530, 589, 702[30], 798[1], 712[13], 749[9], 798[1], 996[8], 1006[7], 1116[43], 1197[9], 1282[19], 1318[5], 1391[6], 1610[6], 1623, 1655[5], 1791, 1837, 2051–2053

Mez, Theodor Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 641 „Jugend, Sport, Kirchen“ des Auswärtigen Amts bis 15. April 1981, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Doha S. 1498[3]

Michailow S. 1132

Michajlow, Walerian Wladimirowitsch Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den MBFR-Verhandlungen in Wien seit September 1981 S. 1993, 1994[13], 2013[41]

Michnik, Adam polnischer Publizist, Dissident und Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ sowie Mitbegründer des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter“ (Komitet Obrony Robotników, KOR), im Dezember 1981 interniert S. 115, 2084

van Mierlo, Hans Verteidigungsminister des Königreichs der Niederlande seit 11. September 1981 S. 1484[6], 1616, 1618–1620, 1885f., 1888–1892

Mies, Herbert Vorsitzender der DKP S. 1574

Migliuolo, Giovanni Botschafter der Italienischen Republik in Moskau S. 1335

Milans del Bosch y Ussía, Jaime Generalleutnant der spanischen Streitkräfte S. 462[3]

Minić, Miloš Mitglied des Präsidiums des ZK des BdKJ S. 1363

Mintoff, Dominic Ministerpräsident sowie Außen- und Innenminister der Republik Malta S. 1330

Miró i Ferrà, Joan katalanischer Künstler S. 1564[36]

Miroschnikoff, Peter Journalist bei der ARD S. 216

Mirow, Thomas Persönlicher Referent und Büroleiter des SPD-Vorsitzenden Brandt S. 981, 994[15]

Mischnick, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der FDP-Fraktion S. 393[10], 589, 1206, 1942[25]

Mitsotakis, Konstantinos Außenminister der Hellenischen Republik bis 21. Oktober 1981 **Dok. 134** und S. 447, 1250–1252, 1313

Mittag, Günter Mitglied des Staatsrats der DDR und des Politbüros des ZK der SED, Sekretär des ZK für Wirtschaft, Leiter der Wirtschaftskommission sowie der Arbeitsgruppe Bundesrepublik Deutschland und des Koordinierungsbüros beim Politbüro S. 180, 198, 715, 1271, 1908, 1935, 1955f., 1959–1962, 1979, 1981

Mitterrand, Danielle S. 1565

Mitterrand, François Mitglied des französischen Parlaments, Vizepräsident der Sozialistischen Internationale und Erster Sekretär der Parti Socialiste bis 21. Mai 1981, anschließend Staatspräsident der Französischen Republik; 1946–1958 Mitglied des Parlaments, 1948/49 Staatssekretär im Amt des Ministerpräsidenten (Secrétaire d'État à la Présidence du Conseil), 1950/51 Minister für die französischen überseeischen Territorien, 1954/55 Innenminister **Dok. 153, 198, 200, 201, 212, 287, 288, 290** und S. 394, 656[4+5], 703[35], 753[3], 758, 760, 791, 794[3], 811, 824f., 828f., 833f., 839, 841, 858–862, 866f., 869, 878, 879[5], 880f., 884, 886f., 903, 906, 917, 918[17], 954, 960, 963–965, 968–972, 977, 979f., 987f., 996, 998, 1002, 1004f., 1011, 1059, 1061f., 1064, 1066f., 1092, 1093[16], 1108, 1135, 1138, 1141f., 1145f., 1150f., 1163, 1169f.,

1172, 1178, 1266f., 1274, 1276–1278, 1330, 1332, 1355, 1444, 1497, 1500, 1572, 1574[7], 1585, 1591, 1678, 1683, 1690, 1768, 1774, 1779[33], 1820, 1898, 2051[4], 2085

Mitterrand, Jacques General der französischen Luftwaffe und Leiter der Société Nationale Industrielle Aérospatiale S. 854[39]

Miziołek, Władysław Weihbischof im Erzbistum Warschau S. 2070

Mladenow, Petar Außenminister der Volksrepublik Bulgarien S. 1014[5], 1027–1029, 1032[6], 1035[12], 1055[3], 1056, 1108, 1115, 1135

Mobutu Sese Seko (Joseph-Désiré) Präsident der Republik Zaire S. 645f.

Möckelmann, Reiner Legationsrat I. Klasse im Referat 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Kapitalhilfe; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften“ des Auswärtigen Amts S. 2072[1]

Moczar, Mieczysław Vorsitzender der Obersten Kontrollkammer der Volksrepublik Polen und bis 19. Juli 1981 Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP S. 5

Moczulski, (Robert) Leszek Mitbegründer und Vorsitzender der „Konföderation Unabhängiges Polen“ (Konfederacja Polski Niepodległej) S. 7

Modersohn, Christian Maler S. 1639

Modersohn, Otto *1865 †1943 S. 1639

Mohammed *ca. 570 †632 S. 117

Moheisen, Hisham Geschäftsträger der jordanischen Botschaft in Beirut S. 654[27]

Mohieddin, Khaled Vorsitzender der National-Progressiven Unionistischen Partei in der Arabischen Republik Ägypten S. 1347[42]

Möhler, Rolf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 412 „Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD“ im Auswärtigen Amt bis 5. Januar 1981, anschließend beurlaubt zu Dienstleistungen bei der EG-Kommission S. 201[11]

Moi, Daniel Torotich Arap Präsident der Republik Kenia und Oberkommandierender der Streitkräfte S. 1548

Moldt, Ewald Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn mit der Amtsbezeichnung Minister S. 129, 406[40+41], 1338f., 1346, 1936

Möller, Alex 1969–1971 Bundesminister der Finanzen (SPD), 1978/79 Persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers Schmidt zur Ausarbeitung eines deutsch-französischen Berichts zur Frage der im Zweiten Weltkrieg zwangsrekrutierten Elsässer und Lothringer S. 156[9]

Monnet, Jean 1952–1955 Präsident der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) in Luxemburg sowie 1956–1975 Präsident des „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“ S. 845, 1036, 1068, 1073, 1343, 1557

Monory, René Wirtschaftsminister der Französischen Republik bis 21. Mai 1981 S. 381

Monroe, James 1817–1825 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 65[21], 353f.

de Montbrial, Thierry René Henri Magloire Gründer und Direktor des Institut Français des Relations Internationales in Paris S. 567[13]

Montealegre Lacayo, Haroldo Minister für Wiederaufbau der Republik Nicaragua bis September 1981 S. 297, 299

Montfort, Norbert Ministerialdirigent und „Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik“ in der Abteilung 3 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 90, 115[1], 650[3], 692[1], 862[1], 1506[37], 1550[6], 1982[1]

de Montigny Marchand Abteilungsleiter im kanadischen Außenministerium (Associate Under-Secretary of State) S. 1120

Moore, George Curtis 1972/73 Vertreter des Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika in Khartum S. 747[11]

Morales Ehrlich, José Antonio Mitglied der Revolutionären Regierungsjunta in El Salvador S. 61[4], 1855 f.

Moro, Aldo 1963–1968 und 1976 Ministerpräsident der Italienischen Republik S. 1046, 1323

Morris, Joseph Mitglied der „Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen" („Nord-Süd-Kommission"); 1974–1978 Präsident des Canadian Labour Congress S. 1123

Morshed, Ali Kaiser Hasan Botschafter der Volksrepublik Bangladesch in Bonn S. 735

Motabbakani, Yusuf Gesandter an der saudi-arabischen Botschaft in Bonn S. 1644

Motzfeldt, Jonathan Vorsitzender der Partei Siumut in Grönland S. 1276

Moulin, Jean 1942/43 Präsident des Koordinierungskomitees der französischen Résistance S. 969

Mouton, François Unterabteilungsleiter im französischen Außenministerium (Chef du service des relations commerciales, financières et industrielles) S. 41–45

Möwisch, Horst Oberamtsrat im Referat 114 „Chiffrier- und Fernmeldewesen" des Auswärtigen Amts S. 397

Mubarak, Mohammed Hosni Vizepräsident der Arabischen Republik Ägypten, seit 6. Oktober 1981 Oberbefehlshaber der Streitkräfte und Ministerpräsident sowie seit 14. Oktober 1981 zudem Präsident S. 1546 f., 1549–1552, 1571–1573, 1598[7], 1646–1648, 1651, 1668, 1771 f., 2015[46]

Mudge, Dirk Frederick Vorsitzender der DTA und des Ministerrats in Namibia S. 83, 384, 644, 875

Mugabe, Robert Vorsitzender der ZANU und Ministerpräsident von Simbabwe S. 83 f., 168 f., 348[5], 618, 884, 946–950, 1119

Mühlen, Ewald Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Paris S. 278[4], 790[25], 1216[4], 1680[32], 2085[22]

al-Mukhawi, Rashid A. Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate in Bonn S. 672

Mulack, Gunter Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Amman S. 445[4], 654[27]

Muldoon, Robert David Ministerpräsident von Neuseeland **Dok. 178**

Müller, Friedrich Max * 1823 † 1900 S. 1754

Müller, Helmut 1974–1977 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 312 „Ost- und Südafrika" im Auswärtigen Amt S. 688[21]

Müller, Richard Leiter der Delegation der Republik Finnland bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 2032[2]

Müller, Walter Leiter der Abteilung „Westberlin" des Außenministeriums der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Beauftragter der Regierung der DDR für den Reise- und Besucherverkehr S. 132[16]

Mundawarara, Silas stellvertretender Ministerpräsident Rhodesiens vom 1. Juni bis 11. Dezember 1979 S. 348[5]

Munty, Dith Botschafter der „Volksrepublik Kampuchea" in Neu Delhi seit Januar 1981 S. 208 f.

Munz, Hermann Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Amman **Dok. 158** und S. 582[20], 654[27], 965[4]

Murret-Labarthe, Pierre Robert Abteilungsleiter im französischen Landwirtschaftsministerium (Directeur de la Production et des Échanges) S. 143[9]

Murtada, Saad Botschafter der Arabischen Republik Ägypten in Tel Aviv S. 667[43]

Muscheidt, Brigitte Legationsrätin I. Klasse im Referat 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts, seit 30. Oktober 1981 Vortragende Legationsrätin S. 608

Muskie, Edmund Sixtus Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika bis 18. Januar 1981 S. 4[6], 18[15],

162[22], 164, 206 f., 300, 417, 448[26], 705[42], 713[3], 1093, 2037

Mussawi, Mir Hossein Außenminister der Islamischen Republik Iran von 15. August bis 15. Dezember 1981, seit 31. Oktober 1981 zudem Ministerpräsident **Dok. 292** und S. 1688

Muto, Toshiaki Abteilungsleiter im japanischen Außenministerium S. 889, 898

Mützelburg, Bernd Legationsrat I. Klasse im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF" des Auswärtigen Amts bis 14. Mai 1981, anschließend Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York S. 426[1]

Muzorewa, Abel Tendekayi Präsident des United African National Council in Simbabwe; vom 1. Juni bis 11. Dezember 1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 348[5]

Nagy, János Stellvertretender Außenminister der Ungarischen Volksrepublik und Staatssekretär im Außenministerium S. 1630

al-Nahyan, Scheich Hamdan bin Mohammed stellvertretender Ministerpräsident der Vereinigten Arabischen Emirate S. 672

al-Nahyan, Scheich Khalifa bin Zayed bin Sultan Kronprinz von Abu Dhabi und stellvertretender Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate S. 676, 692–694

al-Nahyan, Scheich Suroor bin Mohammed Leiter des Hofes des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate S. 672

al-Nahyan, Scheich Zayed bin Sultan Herrscher von Abu Dhabi sowie Präsident und Oberbefehlshaber der Streitkräfte der Vereinigten Arabischen Emirate **Dok. 120** und S. 484, 655[1], 692[4], 694

Nally, Dermot Staatssekretär im Amt des irischen Ministerpräsidenten S. 474

de Nanteuil *siehe: de la Barre de Nanteuil, Luc*

Nasser Mohammed, Ali Ministerpräsident und Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Volksrats der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) S. 1354[12]

Nasser, Gamal Abdel 1954–1970 Präsident der Republik Ägypten bzw. der Vereinigten Arabischen Republik S. 118[5], 652, 1229[9], 1230

Natali Pierucci Bondicchi, Lorenzo Mitglied der EG-Kommission (zuständig für Erweiterung, Mittelmeerpolitik und Information) S. 1786

Nauyala, Kapuka Mitglied des ZK der SWAPO und Sekretär des Präsidenten der SWAPO, Nujoma S. 872

Navab-Motlagh, Mohamad-Mehdi Geschäftsträger a. i. bzw. seit 23. Februar 1981 Botschafter der Islamischen Republik Iran in Bonn S. 90, 1568

Nawaz, Shah Generalsekretär des pakistanischen Außenministeriums S. 247

Nayif ibn Abdul Aziz al-Saud Innenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 671[14]

Nedev, Ivan Petrov Botschafter der Volksrepublik Bulgarien in Warschau S. 264

Negwer, Georg Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Warschau **Dok. 25, 46, 365, 389, 392** und S. 6[10], 338[31], 339[33], 408[1], 421[55], 430, 438[23], 452[6–8], 546[7], 1112[35], 1217[6], 1238[10], 1679[24+25], 1969, 1985, 1996, 2026[1], 2037[20], 2038[24], 2053–2055, 2082[13], 2984[19+20], 2097[14]

Nehru, Jawaharlal 1947–1964 Ministerpräsident der Republik Indien S. 317

Neto, Antonio Agostinho 1975–1979 Präsident der Volksrepublik Angola S. 645[15], 688, 1051, 1314[26], 1377[2], 1378

Neubauer, Horst Botschafter der DDR in Warschau S. 264

Neuer, Walter Botschaftsrat I. Klasse an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 492

Neugebauer, Bernhard Stellvertretender Außenminister der DDR S. 406, 1030

Neukirch, Joachim Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 102 „Ausbildung und Fortbildung“ des Auswärtigen Amts, dort zuständig für den Bereich „Ausbildung höherer Dienst“; vom 3. Januar 1978 bis 29. Februar 1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in San Salvador S. 1900

Neukirchen, Carl Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ im Auswärtigen Amt S. 297[1], 334[7], 1426[14], 1606[1]

Neusel, Hans Staatssekretär und Chef des Bundespräsidialamts S. 482, 483[6]

Newsom, David Dunlop Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) bis 27. Februar 1981 S. 8[21], 302[4]

Niehaus Quesada, Bernd H. Außenminister der Republik Costa Rica S. 282 f.

Nier, Kurt Stellvertretender Außenminister der DDR S. 179, 1278, 1908, 1936, 1981

Nikezić, Marko 1965–1968 Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 206

Niles, Thomas Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Director, Office of Central European Affairs, anschließend Deputy Assistant Secretary, Office of European Affairs) S. 333

Nimeiri, Gaafar Mohammed Präsident der Demokratischen Republik Sudan S. 1552

Nitze, Paul Henry Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den INF-Verhandlungen in Genf im Rang eines Botschafters seit November 1981; 1960–1963 Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs) **Dok. 346, 347** und S. 1791, 1834, 1852, 1897, 1911–1914, 1916, 1985, 2003, 2017, 2024, 2026–2031

Nixon, Richard Milhous 1969–1974 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 80[35+36], 189[17], 251[15], 252[19], 267, 656, 880[12], 1446, 1521, 1527[7], 1537, 1552, 1651, 1660, 1735, 1737, 1768, 1805[41], 1806, 1820, 2004[3]

Nkomo, Joshua Innenminister von Simbabwe und Vorsitzender der „Patriotischen Front“; 1961–1980 Vorsitzender der „Zimbabwe African People's Union“ (ZAPU) S. 348[5], 948 f.

Noel, Cleo Allen 1972/73 Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Khartum S. 747[11]

Nöldeke, Eberhard Josef Wilhelm Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 632[22]

Nölle, Wilfried Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 1752[38]

Nordenskjöld, Fritjof von Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro“ des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Bundesministers Genscher S. 159[1], 311[1], 333[1], 369[1], 372[1], 713[1], 721[1], 1005[1], 1007[14+17], 1008[21], 1009[24], 1010[32], 1105, 1164[1], 1228[1], 1549[1], 1694

Nordli, Odvar Ministerpräsident des Königreichs Norwegen bis 30. Januar 1981 S. 22, 24, 25, 109[30]

Norstad, Lauris 1956–1962 Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 71

Norvik, Harald Staatssekretär im norwegischen Öl- und Energieministerium bis Oktober 1981 S. 1269[29]

Nothomb, Charles-Ferdinand Außenminister des Königreichs Belgien bis 17. Dezember 1981, anschließend stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres und Öffentliche Dienste S. 34[20], 278[4], 730, 735, 749 f., 1315, 1761, 1785, 1914, 1932 f.

Nott, Sir John William Frederic Handelsminister des Vereinigten Königreichs

von Großbritannien und Nordirland bis 5. Januar 1981, anschließend Verteidigungsminister S. 560, 562 f., 1616, 1618–1620, 1884–1886

Nouri Ibrahim, Scheich Mohamed Botschafter des Königreichs Saudi-Arabien in Bonn bis 1. Juni 1981 S. 651, 655, 658, 665

Novak, Michael amerikanischer Vertreter in der VN-Menschenrechtskommission in Genf im Rang eines Botschafters S. 327[7]

Nowottny, Friedrich Chefkorrespondent der ARD und Leiter des WDR-Fernsehstudios Bonn S. 1262

al-Nuaimi, Rashid bin Abdullah amtierender Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate S. 672, 675, 677

Nujoma, Sam Präsident der SWAPO S. 166, 168, 644, 831, 871–875, 884, 948 f., 1118 f., 1836, 2018

Nuñez Téllez, René Mitglied der Nationalleitung der FSLN in der Republik Nicaragua S. 1642

Nunn Jr., Samuel Augustus Senator des amerikanischen Bundesstaates Georgia (Democratic Party) S. 1386

Nyerere, Julius Kambarage Präsident der Vereinigten Republik Tansania S. 557, 1226, 1690, 2019

Obert, Günter Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 554[5], 555[7]

Obodowski, Janusz Erster Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen seit 31. Juli 1981 S. 1202, 1243[16], 2091

Oehms, Angelo Vortragender Legationsrat im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts bis 22. Februar 1981, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 9[4]

Oesterhelt, Jürgen Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 500 „Allgemeines Völkerrecht“ im Auswärtigen Amt S. 132[12], 547[1]

Offergeld, Rainer Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 62[11], 66[23], 297, 556[1], 663[32], 735[1], 744, 791[28], 1379, 1620, 1690

Ogarkow, Nikolaj Wassiljewitsch Marschall der Sowjetunion, Generalstabschef der sowjetischen Streitkräfte und Erster Stellvertretender Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Mitglied des ZK der KPdSU S. 507, 566, 854, 1170, 1245 f., 1328, 1768, 1868

Ohira, Masayoshi 1978–1980 Ministerpräsident von Japan S. 889, 902

Ohlraun, Helmut Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia S. 1438[39]

Olçay, Osman Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Türkei bei der NATO in Brüssel S. 1023

Oldenkott, Bernard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 1611[9]

Olesen, Kjeld Außenminister des Königreichs Dänemark S. 109[26+29], 447, 730, 735, 749–751, 775, 778, 1006, 1783 f., 1935

Olszowski, Stefan Sekretär des ZK der PVAP für Wirtschaftsfragen und Mitglied des Politbüros des ZK S. 87, 126[2], 127, 546[7], 583, 593, 630, 1459, 1679, 2091

Oncken, Dirk Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara **Dok. 6, 168, 320** und S. 346[67], 754[12], 755[15], 1695[8], 1697[16], 1701[24]

Ondarza, Hans-Henning von Brigadegeneral und Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 275[16], 277[28], 824[14], 976[9], 1294[8], 1604[5], 1827[8], 2004[6]

O'Neill Jr., Thomas Phillip (Tip) Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses (Speaker of the House of Representatives) S. 941

Oquelí Colindres, Héctor Leiter des Ressorts Außenpolitik der Revolutionären Demokratischen Front in El Salvador S. 1857

Oreja Aguirre, Marcelino 1976–1980 Außenminister des Königreichs Spanien S. 614[26]

Orlandi-Contucci, Corrado 1976–1980 Botschafter der Italienischen Republik in Bonn S. 1091[9]

Orlow, Jurij Fjodorowitsch Mitglied der Bürgerrechtsbewegung „Helsinki-Gruppe“ in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 1823

O'Rourke, Andrew Staatssekretär im irischen Außenministerium bis 20. September 1981, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Irland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 474

Orszulik, Alojzy Leiter des Pressebüros des polnischen Episkopats S. 592[2]

Ortega Saavedra, Humberto Verteidigungsminister der Republik Nicaragua, Oberkommandierender der Streitkräfte sowie Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 1640, 1642

Ortega Saavedra, José Daniel Mitglied und seit 4. März 1981 Koordinator der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua sowie Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 1414, 1640–1642

Ortiz de Rozas, Carlos Botschafter der Argentinischen Republik in London S. 1748

Ortoli, François-Xavier Vizepräsident der EG-Kommission (zuständig für Wirtschaft und Finanzen, Kredite und Investitionen sowie Statistik) S. 449, 963

Osbaldeston, Gordon Francis Joseph Staatsminister für wirtschaftliche Entwicklung von Kanada S. 1120

al-Otaiba, Mana Said Minister für Erdöl und Bodenschätze der Vereinigten Arabischen Emirate S. 672

Oueddei, Goukouni Präsident der Übergangsregierung der Republik Tschad S. 13[6], 118[5], 912[4], 1048, 1546

Ouko, Robert Außenminister der Republik Kenia S. 1420[4]

Overbeck, Egon Generaldirektor der Mannesmann AG S. 1122

Owen, Henry David Sonderbotschafter des amerikanischen Präsidenten Carter (Ambassador-at-Large for Economic Summit Affairs) bis 21. Januar 1981 S. 71

Öymen, Altan 1978/79 Mitglied des Fraktionsvorstands der Republikanischen Volkspartei in der Republik Türkei S. 28

Özal, Turgut stellvertretender Ministerpräsident mit Verantwortung für Wirtschaftsfragen und stellvertretender Leiter des Planungsamts der Republik Türkei S. 27–28, 755[16]

Pagenstert, Gottfried Generalkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Sydney; 1976–1979 Botschafter in Nikosia S. 233[22]

Pahlevi, Mohammed Reza 1941–1979 Schah des Kaiserreichs Iran S. 18[15], 89[4], 90[9], 663 f., 670, 815, 1083, 1568[4]

Pahr, Willibald Außenminister der Republik Österreich S. 454, 1159, 1161, 1207, 1396, 1601, 1690[19]

Palliser, Sir Michael Staatssekretär im britischen Außenministerium (Permanent Under-Secretary of State) S. 995[4]

Palme, Olof Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens und Vizepräsident der Sozialistischen Internationale, Beauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zur Vermittlung im irakisch-iranischen Krieg sowie Vorsitzender der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen“; 1969–1976 Ministerpräsident des Königreichs Schweden S. 160, 419, 867

Palmer, Robie Marcus Humphrey (Marc) Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary, Bureau of European Affairs) S. 1872 f.

Papadopoulos, Georgios 1967–1973 Ministerpräsident und Verteidigungsminister des Königreichs Griechenland bzw. seit 1. Juni 1973 der Hellenischen Republik, 1970–1973 Außenminister,

vom 19. August bis 25. November 1973 Präsident S. 29[9]

Papandreou, Andreas Georgios Vorsitzender der PASOK und seit 21. Oktober 1981 Ministerpräsident und Verteidigungsminister der Hellenischen Republik S. 1251, 1346, 1439, 1682f., 1743, 1774f., 1864, 1872, 1886[19], 1887, 1890, 1902[23]

Papoulias, Karolos Staatssekretär im griechischen Außenministerium S. 1886[19]

Paschke, Karl Theodor Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters bzw. seit 28. Januar 1981 Leiter des Referats 013 „Pressereferat" im Auswärtigen Amt S. 492, 872

Passage, David stellvertretender Pressesprecher des amerikanischen Außenministeriums S. 335[11]

Paul, Dieter Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel der DDR S. 1936

Pauls, Dirk Friedemann Legationsrat I. Klasse im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)" des Auswärtigen Amts S. 12[1], 957[1]

Pauls, Rolf Friedemann 1976–1980 Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 231[19], 1605[8], 1758

Paye, Jean-Claude Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires économiques et financières) S. 143[9], 171, 185, 222, 1215–1218, 1681, 1900f., 2046, 2048

Peckert, Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Damaskus bis 2. November 1981, anschließend Vortragender Legationsrat I. Klasse und „Beauftragter für Asienpolitik" in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland S. 268[13], 445[8], 1545[5]

Pell de Borda, Claiborne Senator des amerikanischen Bundesstaates Rhode Island (Democratic Party) S. 634

Penner, Willfried Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 1024[2]

Pepovski, Svetozar Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 218

Percy, Charles Harting Senator des amerikanischen Bundesstaates Illinois (Republican Party) und Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Senats S. 113[15], 165, 941, 1104

Pereira, André Gonçalves Außenminister der Portugiesischen Republik seit 9. Januar 1981 S. 691, 720, 730, 735, 751f., 1002, 1930f.

Peres, Shimon Vorsitzender der Israelischen Arbeiterpartei S. 13, 211, 268, 271, 445f., 485, 580, 633, 774, 843, 855, 980, 1175, 1355, 1418[6]

Pérez de Cuéllar, Javier stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen, am 15. Dezember 1981 mit Wirkung zum 1. Januar 1982 zum Generalsekretär der Vereinten Nationen gewählt S. 1748, 1905, 2015

Pérez-Guerrero, Manuel Vorsitzender der Gruppe 77 bei den Vereinten Nationen in New York S. 1261, 1691[27]

Pérez-Llorca y Rodrigo, José Pedro Außenminister des Königreichs Spanien S. 463, 566, 608, 611–616, 634, 914[2], 915, 1297, 1334[49], 1418[10], 1566, 1592

Perikles *ca. 495 v. Chr. †ca. 429 v. Chr. S. 1333

Perle, Richard Norman Abteilungsleiter im amerikanischen Verteidigungsministerium (Assistant Secretary of Defense for International Security Policy) seit 5. August 1981 S. 564[10], 945[15], 1212

Pertini, Alessandro Staatspräsident der Italienischen Republik S. 69, 586, 995, 1092, 1322[2], 1331f., 1443, 1552

Peters, Hans-Jochen Vortragender Legationsrat und stellvertretender Leiter des Kanzlerbüros im Bundeskanzleramt

bis April 1981, anschließend Rückversetzung ins Auswärtige Amt, seit 1. Juni 1981 Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Montevideo S. 482[1]

Petersen, Jens Ministerialdirigent und „Beauftragter für Asienpolitik" in der Abteilung 3 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung im Verkehr mit dem Ausland bis 15. Juni 1981, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Teheran S. 137[3], 139[11], 311[1], 788[16], 1569

Petersen, Peter Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 872

Petritsch, Wolfgang Sekretär des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky S. 1440

Petross, Jacob Mitarbeiter des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, seit 11. Juli 1981 in der Republik Irak inhaftiert S. 1473

Petross, Karin Sekretärin bei der CSU-Landesgruppe in Bonn S. 1473

Pfeffer, Franz Gesandter und Vertreter des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel bis 3. März 1981, seit 13. März 1981 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Politische Abteilung" des Auswärtigen Amts; 1976–1979 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 20 in der Abteilung 2 **Dok. 70, 109, 122, 127, 176, 197, 203, 228, 239, 274, 325, 327, 352, 355, 366, 391, 397** und S. 183[2], 185, 226[4], 333, 359[1], 384[7], 387[1], 419–426, 452, 474[1], 476[18], 480[34] 481[40], 483[6], 494[19], 514[13], 592[1], 593[5], 620[1], 634[29], 643[1], 647, 694, 708[1], 753[1], 776[29], 794–798, 811, 831[9], 858[1], 914[6], 927, 968, 977[1], 981, 992, 993[9], 995[1], 997[1], 1003[41], 1005, 1024[2], 1037[11], 1055[1], 1067, 1087[1], 1089, 1103[35], 1120, 1134[13], 1138[22], 1154[7], 1156, 1157[12], 1159, 1166[12], 1193[1], 1205[18–20], 1216[2], 1221[4], 1223 f., 1226[15], 1239[1], 1241[1], 1248[1], 1249[3], 1252, 1289[2], 1296[2], 1297[4], 1299[11], 1300[5], 1304, 1322, 1327[21], 1330[33], 1337, 1339[10], 1340 f., 1365[1+3], 1390–1394, 1399[1], 1402[16], 1404[21], 1409[52], 1411[3], 1424[6], 1427[1], 1462[1], 1474, 1478[26], 1491 f., 1495–1497, 1565[39], 1594[1], 1669[40], 1675–1681, 1683 f., 1686–1688, 1701[24], 1706, 1732, 1759[1], 1783[1], 1792, 1822[24], 1823[25], 1825, 1835[1], 1837, 1854[1], 1886[19], 1901 f., 1903[1+3], 1984, 2014[44], 2034, 2035[4], 2037[21], 2038[22], 2046–2048, 2064[18], 2065[19], 2072, 2074[14], 2076, 2092[31], 2094[7], 2104[12]

Pfetten-Arnbach, Karl Berchtold Freiherr von Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 340 „Süd- und Südostasien" im Auswärtigen Amt **Dok. 300** und S. 137[1], 247[4+5], 248[7], 311[1], 887[14], 1712[1], 1744[1]

Pharaon, Rashad Berater des saudiarabischen Königs Khalid S. 655

Phrydas, Aristoteles J. Abteilungsleiter im griechischen Außenministerium S. 753[8], 756[23], 1252, 2099

Picasso, Pablo Ruiz spanischer Künstler S. 1564[36]

Piegant Mitarbeiter im polnischen Außenministerium S. 1235

Pillsbury, Michael amtierender stellvertretender Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) bis 29. April 1981 S. 285

Pincus, Walter Haskell Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The Washington Post" S. 936

de Piniés, Jaime Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Spanien bei den Vereinten Nationen in New York S. 1748[17]

Piotrowski, Czesław Minister für Bergbau und Energiewirtschaft der Volksrepublik Polen seit 3. Juli 1981 S. 203[20]

Pipes, Richard Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika (Director of Eastern European and Soviet Affairs) seit Januar 1981 S. 416[37]

Pitfield, Peter Michael Sekretär des kanadischen Staatsrats und des Kabinetts (Clerk to the Privy Council and Secretary to the Cabinet) S. 1120

Pitras, František Sekretär des ZK der KPČ und Vorsitzender der Kommission

des ZK für Landwirtschaft seit 11. Juni 1981 S. 1349

Pleven, René 1950–1952 Ministerpräsident der Französischen Republik S. 1342[24]

Ploetz, Hans Friedrich von Vortragender Legationsrat im Referat 010 „Ministerbüro" des Auswärtigen Amts **Dok. 191, 297** und S. 15[1], 16, 247[1], 372[1], 379[1], 383[1], 444[1], 448[31], 620[1], 643[1], 713[1], 721[1], 862[1], 878[1], 898[1], 946[1], 1005[1], 1024[2], 1032[1], 1035[1], 1064[41], 1065[50], 1187[1], 1195[1], 1201[1], 1222[1], 1470, 1498, 1529, 1568, 1584[1], 1609[1], 1644[1], 1703[1], 1704[10], 1732[1], 1773[1], 1831[1], 1847[1], 1861[1], 1871[1], 1872[6], 1895[1], 1982[1], 1995[1], 2066[1], 2098[1], 2099[21], 2102[1]

Podewils-Dürniz, Maximilian Graf von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien S. 454[20], 524[39], 1350[10+11], 1440[2], 1446[23], 1448[34]

Poensgen, Gisbert Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1977–1979 Botschafter in Athen S. 144[12], 375[17+20], 376, 754[13], 763[24], 1009[29], 1090, 1318[45], 1419[11], 1776[19+20]

Poggi, Luigi Titular-Erzbischof von Forontoniana, Delegat des Heiligen Stuhls in der Volksrepublik Polen sowie Sondernuntius für Verhandlungen mit den osteuropäischen Staaten S. 2036, 2038 f., 2060, 2071, 2076 f., 2096

Pöhl, Karl Otto Präsident der Deutschen Bundesbank; 1972–1977 Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 381, 848 f., 1955[54]

Pöhlmann, Jürgen Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa" des Auswärtigen Amts S. 21[1], 147[1], 219[1], 220[11], 319[3], 571[1], 678[1], 1181[1], 1449[1], 2020[1]

Pol Pot (Saloth Sar) Generalsekretär der Kommunistischen Partei Kambodschas und Führer der „Roten Khmer" S. 739, 899, 1010, 1119, 1160, 1395[10], 1601 f., 1803

Politis, Konstantinos Leiter der Delegation der Hellenischen Republik bei den MBFR-Verhandlungen in Wien seit November 1981 S. 1993

Poljanskij, Dimitrij Stepanowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Tokio S. 899

Pompidou, Georges 1969–1974 Staatspräsident der Französischen Republik S. 111, 1061, 1565[38]

Ponomarjow, Boris Nikolajewitsch Sekretär des ZK der KPdSU für Internationale Angelegenheiten und Kandidat des Politbüros des ZK S. 993 f., 1170 f., 1245, 1523, 1574

Popow, Alexej Grigorjewitsch Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 492, 620

Popper, Sir Karl Raimund britischer Philosoph S. 559

Portillo *siehe: López Portillo y Pacheco, José*

Posier, Jacques Botschafter der Französischen Republik in Luanda, zugleich in São Tomé akkreditiert S. 1314

Potáč, Svatopluk Präsident der tschechoslowakischen Staatsbank und seit 17. Juni 1981 Vorsitzender der Staatlichen Planungskommission S. 1349

Pressler, Larry Lee Senator des amerikanischen Bundesstaates South Dakota (Republican Party) S. 69[16]

Price, Thomas Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Executive Assistant) S. 2034

Pridham, Kenneth Robert Comyn Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Warschau bis 18. Mai 1981, seit Juli 1981 Mitarbeiter im Royal Institute of International Affairs in London S. 264

Proirie, Jean-Marie Sprecher der französischen Regierung (Maître de requêtes au Conseil d'État) S. 382, 389

Promyslow, Wladimir Fjodorowitsch Oberbürgermeister (Vorsitzender des Exekutivkomitees) von Moskau S. 80

Przygodzki, Stanisław Leiter der Delegation der Volksrepublik Polen bei den

MBFR-Verhandlungen in Wien seit September 1981 S. 1993

Pu Shouchang Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 1195, 1197, 1200

Puja, Frigyes Außenminister der Ungarischen Volksrepublik S. 1106, 1401 f., 1404, 1631

Pungan, Vasile Minister-Staatssekretär und Berater des rumänischen Präsidenten Ceauşescu S. 1671[44]

Puttkamer, Jesco von Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Lissabon **Dok. 177**

Pym, Francis Leslie Verteidigungsminister des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bis 5. Januar 1981, anschließend Vorsitzender der Regierungsfraktion (Conservative Party) im Unterhaus (Leader of the House of Commons) und bis 14. September 1981 Generalzahlmeister (Paymaster General) sowie seit 14. September 1981 Lordpräsident des Kronrats (Lord President of the Council); 1982/83 Außenminister S. 1903[27]

Quisling, Vidkun Abraham Lauritz Jonssøn 1942–1945 Ministerpräsident von Norwegen S. 1405[28]

Rabb, Maxwell M. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Rom seit 1. Juli 1981 S. 1340, 1687

Rabin, Yitzhak 1974–1977 Ministerpräsident des Staates Israel S. 268, 855, 1175

Raguß, Horst Legationsrat I. Klasse im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts S. 957[1]

Rahimuddin Khan General der pakistanischen Streitkräfte und Gouverneur von Belutschistan S. 247

Rahman, Schah Azizur Ministerpräsident der Volksrepublik Bangladesch S. 1690[22]

Rahman, Ziaur Präsident der Volksrepublik Bangladesch bis zu seiner Ermordung am 30. Mai 1981 **Dok. 131** und S. 558, 887[15], 888[16]

Rajai, Mohammad Ali Ministerpräsident der Islamischen Republik Iran bis 4. August 1981, anschließend Staatspräsident bis zu seiner Ermordung am 30. August 1981 S. 92, 864[9]

Rakowski, Mieczysław Franciszek Mitglied des ZK der PVAP und seit 11. Februar 1981 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen **Dok. 395, 396** und S. 338[31], 437[21], 617, 628 f., 807, 2058[4], 2059, 2061[2], 2072, 2074[13+14], 2076, 2099

Ralite, Jack Gesundheitsminister der Französischen Republik seit 22. Juni 1981 S. 970[14]

Rallis, Georgios Ministerpräsident der Hellenischen Republik bis 21. Oktober 1981; 1978–1980 Außenminister **Dok. 238** und S. 979, 1409

Ramadhan, Taha Yassin erster stellvertretender Ministerpräsident der Republik Irak und Mitglied des Revolutionären Kommandorats **Dok. 155, 156**

Râmbu, Ion Botschafter der Sozialistischen Republik Rumänien in Bonn S. 483[6]

Ramírez Mercado, Sergio Mitglied der Regierungsjunta in der Republik Nicaragua S. 1414

Ramisch, Rolf Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi **Dok. 319** und S. 209[38]

Ramphal, Sir Shridath Surendranath Generalsekretär des Commonwealth of Nations S. 1748

Rand, Sidney Anders Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Oslo bis 14. Februar 1981 S. 107

Randermann, Phil-Heiner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 411 „Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien;

GATT“ im Auswärtigen Amt S. 1236[8], 2046[1]

Ranke-Heinemann, Uta Professorin für katholische Theologie an der Universität Duisburg S. 1538[12]

Rantzau, Detlev Graf zu Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf und Vertreter des Leiters der Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid, seit 25. Oktober 1981 zur Delegation bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid abgeordnet **Dok. 381** und S. 288[24], 927–929, 986[7], 1003[38], 1057f., 1106[12], 1114, 1128[4], 1129, 1131[9], 1133[12], 1194[5], 1902[22], 1905[12], 1971[25], 2026[17+18]

Rao, Pamulaparti Venkata Narasimha Außenminister der Republik Indien **Dok. 57, 326** und S. 316[4], 1206

Rashid *siehe: al-Maktum, Scheich Rashid bin Said*

Rashid Abdullah *siehe: al-Nuaimi, Rashid bin Abdullah*

Rashish, Myer Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Economic Affairs) seit 29. Juni 1981 S. 333, 338, 859[9]

Rathke, Heinrich Landesbischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg und bis November 1981 Leitender Bischof der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands S. 1981

Rau, Helmut Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Abu Dhabi, seit 8. November 1981 Botschaftsrat S. 675[11]

Rau, Johannes Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen (SPD) S. 2008

Rauch, Christian Daniel *1777 †1857 S. 408

al-Rawi, Najeh Leiter des Obersten Rates für Technik und Forschung der Republik Irak S. 866

Reagan, Ronald Wilson Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika seit 20. Januar 1981; 1967–1975 Gouverneur des amerikanischen Bundesstaats Kalifornien (Republican Party) **Dok. 64, 342** und S. 7[15], 13, 16, 39[46], 42[4], 61[5], 64–67, 70[18], 71[20], 73, 75, 76[13], 77, 82[5], 84f., 98[4], 111, 113, 133[5], 135, 146[19], 147[9], 159[4], 165, 180, 184[4], 188, 189[16], 202f., 205f., 211, 220[6], 239[21], 252, 267[4], 269f., 275[12], 277[29], 284[5+9], 285[11], 287[21], 304, 329, 330[12+15], 331f., 334, 336, 338, 340[38], 344[59], 351, 360f., 365[15], 374[13], 379, 384, 387, 389f., 400[14], 413, 415[34], 416, 470[26], 471–477, 484, 500, 505, 534, 537, 558, 563, 565f., 583, 586–588, 594, 618, 625, 633, 638, 651, 657, 668f., 675, 683, 686, 695, 698f., 705, 706[43], 707, 723, 725, 726[15], 729, 740, 742–744, 759, 766, 786[1], 787, 789f., 811–815, 821[4], 822, 826, 827[9], 829, 830[6], 831–840, 843, 846f., 851, 861, 866, 869, 872–874, 880[12], 891f., 897[31], 906, 913[8], 922f., 930, 938–941, 946f., 950, 953[32], 958, 965, 972–974, 975[7], 977f., 980, 1000, 1001[33], 1002[36], 1004[45], 1011, 1017, 1028, 1033, 1034[11], 1040–1045, 1050–1052, 1063, 1065, 1071, 1096–1105, 1120[3], 1136, 1139–1150, 1152–1154, 1163f., 1172, 1178, 1188, 1199, 1202, 1209, 1220[2], 1221, 1222[5], 1231, 1233, 1242, 1252, 1256, 1258[8], 1262[6], 1267, 1274, 1275[12], 1277, 1278[24], 1279f., 1282, 1291[4+5], 1292, 1294, 1324[8], 1325f., 1330, 1334, 1355f., 1358[34], 1359–1361, 1364–1367, 1370f., 1384f., 1386[8], 1401f., 1404, 1407, 1423–1427, 1430, 1433, 1439, 1441, 1446f., 1464f., 1475f., 1482, 1486, 1490, 1509[44], 1514, 1516, 1520f., 1522[17], 1524[24], 1525, 1527f., 1533, 1536–1542, 1547, 1550, 1553, 1559, 1568, 1574, 1580, 1591, 1606–1610, 1612–1614, 1617f., 1620–1622, 1631, 1638, 1647, 1650f., 1660f., 1663, 1678, 1681, 1685, 1690, 1691[26+27], 1692f., 1703, 1709[12], 1714f., 1721, 1733[6+8], 1735–1739, 1756, 1760–1762, 1764–1766, 1768–1771, 1777–1780, 1788f., 1796f., 1798[15+16], 1805[41], 1806f., 1809–1814, 1816, 1819f., 1828[12], 1830[22], 1831[3], 1834, 1849, 1862, 1864[37], 1866, 1869, 1872–1875, 1877, 1880, 1885, 1897f., 1903[3], 1904–1906, 1911f., 1915f., 1920, 1923f., 1928f., 1933, 1968, 1975, 1982, 2004f., 2013[36], 2014, 2019, 2024,

2026, 2034 f., 2037, 2056, 2060[13], 2063 f., 2066, 2072[3], 2074[10], 2086–2088, 2098, 2103

Record, Jeffrey amerikanischer Experte für Sicherheitspolitik und Mitarbeiter am Institute for Foreign Policy Analysis in Cambridge/Massachusetts sowie Berater der Senatoren Cohen and Hart S. 930, 1703

Regan, Donald Thomas Finanzminister der Vereinigten Staaten von Amerika seit 22. Januar 1981 S. 587, 826, 828 f., 878[2], 1011, 1139–1141, 1150, 1152, 1771

Řehořek, Jindřich Botschafter der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik in Warschau S. 264

Reichenbaum, Werner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 400 „Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Kapitalhilfe; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften“ im Auswärtigen Amt S. 1200[24]

Reid, Ptolemy Ministerpräsident der Kooperativen Republik Guyana S. 557

Reiff, Klaus Pressereferent bei der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Warschau S. 441[5]

Reiners, Heinrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maskat S. 652[19], 675[10]

Reinink, Kaspar Willem Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium (Directeur-Generaal Politieke Zaken) S. 955 f.

Reino, Fernando Chef des Zivilkabinetts der Portugiesischen Republik S. 685

Renger, Annemarie Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags sowie Mitglied des Parteivorstands, des Präsidiums und der Kontrollkommission der SPD S. 1577

Rentschler, James Malone Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika (Director of West European Affairs) S. 834

Renzaho, Juvénal Leiter der Ständigen Vertretung der Republik Ruanda bei den Vereinten Nationen in New York seit August 1981 S. 1420, 1422

Reyels, Rüdiger Legationsrat I. Klasse im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts, seit 3. Juni 1981 Vortragender Legationsrat S. 692[1]

Richter, Wilfried Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 268[9], 270[19], 445[5], 1347[42]

Richthofen, Hermann Freiherr von Ministerialdirigent, in den Geschäftsbereich des Bundeskanzleramts versetzt, dort Leiter des Arbeitsstabs 20 „Deutschlandpolitik“; 1978–1980 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 210 „Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen“ im Auswärtigen Amt S. 100[13], 129, 399, 406[41], 1935

Rigout, Marcel Minister für Berufsausbildung der Französischen Republik seit 22. Juni 1981 S. 970[14]

Robin, Gabriel Abteilungsleiter im französischen Außenministerium (Ministre plénipotentiaire, Directeur des Affaires politiques) bis 15. September 1981 S. 146[18], 222, 678 f., 694, 794–798, 955, 1037[11], 1087[3], 1092, 1166[12], 1214, 1223 f.

Robles Piquer, Carlos Staatssekretär im spanischen Außenministerium bis 23. Oktober 1981, anschließend Generaldirektor des spanischen Rundfunks und Fernsehens (RTVE) S. 824[15]

Rocalve, Pierre Marie Henri Botschafter der Französischen Republik in Bagdad bis Dezember 1981, anschließend Botschafter in Djidda S. 1067

Rocard, Michel Mitglied der französischen Nationalversammlung (Parti Socialiste) und Bürgermeister von Conflans-Sainte-Honorine sowie seit 22. Mai 1981 Staatsminister für Raumplanung und -ordnung (Ministre d'État, Ministre du Plan et de l'Aménagement du territoire) S. 1908

Rockefeller, David Präsident des Council on Foreign Relations in New York S. 661[22]

Rodenstock, Rolf Präsident des BDI S. 212[53], 662, 1122

Röding, Horst Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ des Auswärtigen Amts S. 79[33]

Rodrigues, Alexandre Manuel Duarte Kito Innenminister der Volksrepublik Angola S. 1258 f.

Rogers, Bernard William General der amerikanischen Streitkräfte, Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa sowie der Alliierten Streitkräfte in Europa (SACEUR) S. 238, 303, 605–608, 1021, 1294, 1888, 1927, 1986

Rogers, Louis Leiter der Delegation von Kanada bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 770 f.

Rohr, Hans Jürgen Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten S. 143[9]

Rolandis, Nikos Außenminister der Republik Zypern S. 226, 229, 230, 232, 1345, 1409[51], 1438

Romero Mena, Carlos Humberto 1977–1979 Präsident der Republik El Salvador S. 61[3]

Romulo, Carlos Peña Außenminister der Republik der Philippinen S. 1206, 1395–1397, 1601 f.

Ronneburger, Uwe Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und Vorsitzender des Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen S. 100

Rösch, Franz Ministerialrat im Bundesministerium für Wirtschaft und Leiter der Treuhandstelle für den Interzonenhandel bzw. der Treuhandstelle für Industrie und Handel in Berlin (West) S. 1910[17], 1935

Rose, Sir Clive Martin Leiter der Ständigen Vertretung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der NATO in Brüssel S. 107, 186, 195[34], 731[9], 1021 f., 1045[65], 1985 f., 2025

Rosengarten, Ulrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ des Auswärtigen Amts **Dok. 143** und S. 12[1], 102[15], 474[1], 476[19], 478[27], 595[1], 634[29], 957[1], 1089[12], 1411[1], 1491[1], 1497[28], 1584[1], 1783[1]

Rosenne, Meïr Botschafter des Staates Israel in Paris S. 886

Rosiny, Anton Franz Pressereferent an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 1398[4]

Roßbach, Anton Karl Ferdinand Botschaftsrat I. Klasse an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel S. 489[13], 635[3], 1577[2]

Rostow, Edna B. S. 1577 f.

Rostow, Eugene Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) seit 23. Juni 1981 **Dok. 284** und S. 975, 1009, 1041, 1100, 1361 f., 1452, 1455, 1577–1583, 1762[8], 2043[2], 2044

Rotar, Metod Außenhandelsminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 215

Roth, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 872

Rouget, Werner Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 413 „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ bzw. „Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Nichtverbreitung (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung“ im Auswärtigen Amt S. 1079[11], 1125[16], 1418[9], 1728[1+2]

Roussos, Stavros Generalsekretär des griechischen Außenministeriums S. 754

Rowas, Franz Referent im Referat 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ des Auswärtigen Amts S. 457[1], 987[1], 1030[1], 1171[1], 1177[1], 1218[1], 1259[1], 1690[1], 1880[1], 1881[1]

Rowny, Edward Leon Generalleutnant a. D. der amerikanischen Streitkräfte, Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den SALT/START-Verhandlungen in Genf, seit 14. August 1981 im Rang eines Botschafters S. 285, 1100, 2003[6]

de Rozas *siehe: Ortiz de Rozas, Carlos*

Rudolph, Oskar Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Lagos S. 645[13]

Ruhfus, Jürgen Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in London **Dok. 116** und S. 194[33], 195[34], 278[4], 589, 614[27], 620[1], 627[30], 628[1], 633[25], 715[13], 888[16], 995[4], 998, 1055[3], 1094[20], 1356[20], 1503[28], 1773, 1782, 2051[4]

Rühl, Lothar Ministerialdirektor im Presse- und Informationsamt und Vertreter des Sprechers der Bundesregierung S. 316, 492, 1221, 1837, 1865

de Ruiter, Job Justizminister des Königreichs der Niederlande S. 1567

Ruiz Hernández, Henry Planungsminister der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 1642

Rumor, Mariano Präsident der Christlich-Demokratischen Weltunion; 1968–1970 und 1973/74 Ministerpräsident, 1974–1976 Außenminister der Italienischen Republik S. 298, 300, 1323

Rumpf, Wolfgang Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 872

Rupprecht, Klaus Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts S. 106[1], 177[1]

Ruth, Friedrich „Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle“ mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Leiter der Unterabteilung 22 in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ bzw. seit Juli 1981 Leiter der Abteilung 2 A des Auswärtigen Amts; 1972–1977 Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 221 „Sicherheit in Europa, Abrüstung und Rüstungskontrolle (regional)“ **Dok. 30, 50, 56, 92, 121, 147, 174, 184, 207, 222, 227, 231, 235, 245, 259, 273, 278, 295, 298, 307, 318, 322, 328, 329, 333, 341, 356, 378** und S. 109[30], 205[26], 245[15], 319[3], 324[14], 339[35], 407[42], 417[42], 560, 564[9], 573[10], 587, 707[45], 907, 927[7], 982[9], 995[1], 1015, 1017, 1024[2], 1030 f., 1100[20], 1110, 1193[1], 1218, 1243, 1320[14], 1327[23], 1402[17], 1423[1], 1424[6], 1464, 1617[17], 1666, 1667[31], 1677, 1755[1], 1757[10+12], 1792, 1811, 1825, 1831[1], 1834, 1837, 1867–1870, 2001[1], 2017, 2027

Ruyter, Hans Michael Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 1323[7], 1491[5], 1615[11]

Sá Carneiro, Francisco 1980 Ministerpräsident der Portugiesischen Republik S. 957, 1564

al-Sabah, Scheich Sabah al-Ahmed al-Jabir Außenminister und stellvertretender Ministerpräsident von Kuwait S. 653, 675[11]

Sacharow, Andrej Dmitrijewitsch sowjetischer Atomphysiker und Dissident S. 1823, 1898, 1905

al-Sadat, Gamal S. 1772[28]

al-Sadat, Jehan S. 1772[28]

al-Sadat, Mohammed Anwar Präsident und Ministerpräsident der Arabischen Republik Ägypten bis zu seiner Ermordung am 6. Oktober 1981 S. 12[5], 118[5], 211[50], 267–272, 351, 580–582, 645, 667, 685, 687, 747, 756 f., 774, 841, 940, 949, 966, 1004, 1047 f., 1066 f., 1228–1233, 1330 f., 1335, 1340, 1347, 1353, 1355, 1405, 1417, 1438, 1533, 1546 f., 1549–1552, 1568, 1571 f., 1585[12], 1598, 1603, 1646, 1651, 1668, 1772, 1896

Safire, William Journalist bei der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times“ S. 2074[10]

Safrontschuk, Iwan Stepanowitsch Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Bonn bis 20. November 1981 S. 73, 1989[8]

Sagatelyan, Michail Ratschjanowitsch Botschaftsrat an der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin S. 714[6]

Sagladin, Wadim Walentinowitsch Erster Stellvertretender Leiter der Internationalen Abteilung beim ZK der KPdSU und Kandidat bzw. seit März 1981 Mitglied des ZK S. 998, 1056, 1108, 1169 f., 1239

Şahinkaya, Tahsin General der türkischen Streitkräfte und Mitglied des „Nationalen Sicherheitsrats" der Republik Türkei S. 920

Sahm, Ulrich Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf mit der Amtsbezeichnung Botschafter sowie Generalkonsul in Genf; 1972–1977 Botschafter in Moskau S. 326[4], 1286[18], 2068[12]

Salas, Rafael M. Exekutivdirektor des United Nations Fund for Population Activities (UNFPA) **Dok. 102**

Saleh, Ali Abdullah Präsident der Arabischen Republik Jemen und Oberbefehlshaber der Streitkräfte (Nordjemen) S. 53[38], 663[32]

Salim, Salim Ahmed Außenminister der Vereinten Republik Tansania S. 1206, 1210, 1408[49], 1420 f., 1748, 1905[10]

Saltik, Haydar General der türkischen Streitkräfte und Generalsekretär des „Nationalen Sicherheitsrats" der Republik Türkei bis August 1981 S. 920

al-Samarai, Ahmed Hassan Staatssekretär im irakischen Außenministerium S. 866

Samjatin, Leonid Mitrofanowitsch Leiter der Abteilung für Internationale Information des ZK der KPdSU S. 1624[7], 1626, 1792, 1838, 1846

Sándor, Gáspár *siehe: Gáspár, Sándor*

dos Santos, José Eduardo Präsident der Volksrepublik Angola S. 645[15], 1051, 1377[2], 1548, 1975

Saragat, Giuseppe 1964–1971 Staatspräsident der Italienischen Republik S. 1443

Saraiva Guerreiro, Ramiro Elísio Außenminister der Föderativen Republik Brasilien S. 786, 1206, 1690[20]

Sardenberg, Mota Leiter des Planungsstabs des brasilianischen Außenministeriums S. 786

Sattar, Abdus Vizepräsident der Volksrepublik Bangladesch bis 30. Mai 1981, anschließend Präsident S. 887[15]

Saud al-Faisal ibn Abdul Aziz al-Saud Außenminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 655, 662 f., 668, 1206, 1209, 1353, 1515, 1644, 1653

Savary, Alain Minister für nationale Bildung der Französischen Republik seit 22. Mai 1981 S. 1565

Savetsila, Siddhi Außenminister des Königreichs Thailand S. 1395

Savimbi, Jonas Präsident der UNITA in der Volksrepublik Angola S. 527[53], 646, 720, 1223, 1975

Scanlan, John Douglas Mitarbeiter im amerikanischen Außenministerium (Deputy Assistant Secretary for European Affairs) S. 1968, 1971

Schäfer, Helmut Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 872

Schalck-Golodkowski, Alexander Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel der DDR mit Zuständigkeit für den Bereich Kommerzielle Koordinierung (Koko) und Mitglied der Wirtschaftskommission beim Politbüro des ZK der SED S. 407, 1935, 1940[19], 1955, 1981

Scheel, Hans-Dieter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien" des Auswärtigen Amts bis 26. März 1981, anschließend Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio, seit 15. Oktober 1981 Botschaftsrat I. Klasse S. 86[1], 114[1], 126[1], 424[63]

Scheel, Hermann Legationsrat I. Klasse und Leiter des Sprachendienstes an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau S. 530[1], 1792, 1837

Scheel, Walter 1969–1974 Bundesminister des Auswärtigen (FDP), 1974–1979 Bundespräsident der Bundesrepublik

Deutschland S. 465, 535, 537, 601[21], 1092, 1255, 1529

Scheer, Hartmut Legationsrat I. Klasse im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 543[1], 2007[2]

Schenk, Reinhold Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ im Auswärtigen Amt **Dok. 128, 314** und S. 3[1], 23[9], 159[1], 278[3], 359[1], 362[1], 374[15], 378[1], 449[1], 620[1], 628[1], 643, 758[1], 803[1], 862[23], 946[1], 1091[1], 1094[20], 1120, 1141[8], 1214[3], 1291[1], 1384[1], 1485[1], 1573[1], 1706[4], 1755[1], 1893[1], 1915[1], 1968[1], 2004[1], 2040[1], 2061[1]

Scheske, Ulrich 1973–1980 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 351[16]

Schibajew, Alexej Iwanowitsch Mitglied des ZK der KPdSU und des Präsidiums des Obersten Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sowie Vorsitzender des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften S. 1657

Schilling, Wolf-Dietrich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Sanaa S. 663[32]

Schindler, Alexander Moshe Präsident der Union of American Hebrew Congregations S. 1175

Schindler, Hans Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn S. 1346

Schinkel, Karl Friedrich *1781 †1841 S. 1958

Schiwkow, Todor Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Bulgarien und Erster Sekretär des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens S. 953, 998, 1032–1035, 1108

Schlaga, Georg Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) S. 872

Schlagintweit, Reinhard Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ im Auswärtigen Amt **Dok. 3** und S. 15[1], 19[17], 89[1], 116[1], 122[1], 139[10], 615[30], 671[15], 692[1], 911[1], 1354[12], 1473[17], 1568

Schleyer, Hanns Martin 1973–1977 Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, 1977 zugleich Präsident des BDI, am 18. Oktober 1977 von Mitgliedern der „Roten Armeefraktion“ (RAF) ermordet S. 1050

Schlingensiepen, Georg-Hermann Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 640 „Gesellschaftliche Gruppen, Internationale Gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung“ im Auswärtigen Amt **Dok. 311**

Schlitzberger, Gudrun Regierungsdirektorin und Leiterin des Referats VII B 6 „Absicherung von Investitionen und ungebundenen Finanzkrediten, Umschuldungen, Förderung von Kooperations-, Rohstoff- und Energievorhaben (soweit Ausland)“ im Bundesministerium der Finanzen S. 1236[7]

Schlote, Winfried Legationsrat im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 290[1]

Schmalenbach, Werner Leiter der Staatlichen Kunstsammlungen Nordrhein-Westfalen S. 1564[36]

Schmidt, Gustav L. S. 471

Schmidt, Heinz Staatssekretär im Verkehrsministerium der DDR und Erster Stellvertretender Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn S. 1957[55]

Schmidt, Helmut Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD; 1965–1967 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1967–1969 Vorsitzender der SPD-Fraktion, 1969–1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972–1974 Bundesminister der Finanzen **Dok. 12, 41, 48, 90, 97, 102, 104, 119, 120, 123, 126, 131, 141, 153, 156, 163, 178, 198, 201, 212, 215, 242, 243, 252, 284, 287, 288, 290, 308, 310, 324, 330, 334, 336, 340, 342, 347, 363, 364** und S. 8[18], 9[3], 12–15, 16[5], 17[12], 25[17], 66, 74[5], 81, 98–101, 102[2], 104[15], 113[15], 122, 124[13], 130[5+6], 155–158,

162, 179–182, 197–218, 222[8], 223[11], 224[17], 236[3], 237[12], 244, 249[19], 252[18], 253 f., 260, 263[23], 265, 269, 271, 282[19], 285[16], 291–296, 316[5], 328, 330[12+14], 334[7+9], 338, 340[38], 344, 357 f., 361, 374, 379–383, 388, 392–401, 403, 405–408, 409[4], 410, 414, 423[59], 437[22], 440, 449[2], 452[6], 457 f., 460, 464, 471–474, 482–485, 493[7], 496 f., 499, 500 f., 505–511, 513, 520[26], 522, 525[43], 528, 530–532, 535, 537 f., 540, 547, 554[5+26], 579–590, 596, 601, 604, 608–620, 623 f., 646[20], 650–668, 692–694, 720, 745–748, 753, 758–767, 773, 784, 803[2], 805, 808, 811–816, 821–844, 858–862, 876, 878, 880–882, 898–910, 914–917, 944, 957–961, 977[1], 978, 979[12], 980–983, 988–990, 992, 1004, 1007[12], 1011, 1015 f., 1018, 1024[1+2], 1026[12], 1032 f., 1035, 1059, 1062, 1087, 1091[8], 1092[11], 1106, 1109, 1117, 1120–1127, 1138–1151, 1158, 1171[2], 1177[2], 1180, 1202, 1230, 1255, 1278–1280, 1282, 1290[6], 1300, 1302, 1311[14], 1344, 1345[33], 1352–1366, 1368, 1371, 1372[7], 1374[8], 1375, 1377[2], 1381, 1404, 1411[4], 1416, 1423, 1440–1449, 1465, 1477, 1492, 1495, 1497, 1501, 1514, 1529, 1550[11], 1571–1573, 1577 f., 1588, 1591, 1608 f., 1617[17], 1620 f., 1675, 1690, 1724–1727, 1740–1743, 1750[27], 1751, 1755–1759, 1763[11], 1764–1766, 1773–1782, 1812, 1814, 1827 f., 1831, 1833, 1850[9], 1862[12+14+15], 1865, 1866[2], 1867[11], 1868[18], 1880, 1905–1907, 1909, 1910[16], 1920, 1963, 1977–1981, 1996 f., 1999–2001, 2006[8], 2008, 2011, 2020, 2039, 2047, 2051–2059, 2061, 2069[16], 2074[11+12+14], 2078, 2088, 2097, 2099, 2101

Schmidt, Susanne S. 1564

Schmidt-Dornedden, Horst Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Beirut S. 1101[25]

Schmidt-Pauli, Edgar von 1971–1975 Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in London S. 229[16], 231[18]

Schmieder, Werner Finanzminister der DDR bis 26. Juni 1981; 1974–1980 Staatssekretär im Ministerium der Finanzen S. 403, 1955[54]

Schmitt, Eberhard Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland beim Heiligen Stuhl bis 6. Dezember 1981, anschließend Botschafter in Valletta S. 1329[28]

Schmittlein, Christian Oberregierungsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Ost-Berlin S. 179

Schmude, Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD), Bundesminister für Bildung und Wissenschaft bis 28. Januar 1981, anschließend Bundesminister der Justiz S. 1726

Schneeberger, Josef Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge S. 1844, 2010

Schneppen, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des German Information Center (GIC) in New York S. 789[19], 1819[9]

Schnittger, Otto Vortragender Legationsrat im Referat 310 „Naher Osten“ S. 745[1], 746[5], 747[7+10], 938[1], 941[11], 965[1], 1174[1], 1228[1]

Schödel, Günther Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Peking S. 313[11], 648[29], 1198[14], 1498, 1510[46], 1529, 1532[12]

Schoeller, Franz Joachim Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Brasilia S. 786[1], 790[25]

Schollwer, Wolfgang Angestellter im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts S. 1720[1]

Schönfeld, Peter Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 11 in der Abteilung 1 „Zentralabteilung“ sowie Planungsbeauftragter des Auswärtigen Amts S. 138[4]

Schönfelder, Wilhelm Legationsrat I. Klasse im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts, seit 3. Juni 1981 Vortragender Legationsrat S. 52[34], 301[1]

Schöning, Ulrich Vortragender Legationsrat im Referat 422 „Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik“ des Auswärtigen Amts S. 122[1]

Schraepler, Hans-Albrecht Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 202 „Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande. Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein“ des Auswärtigen Amts **Dok. 159, 160, 161, 162** und S. 968[1]

Schröder, Klaus Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jaunde S. 1049

Schubert, Eberhard von Legationssekretär im Referat 221 „Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa“ des Auswärtigen Amts bis 2. August 1981, anschließend an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Bangkok S. 54[1], 147[1], 678[1], 985[1]

Schuchardt, Helga Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) und Präsidentin des Kuratoriums der Deutschen Stiftung für die Internationale Entwicklung S. 872

Schüler, Manfred Mitglied des Vorstands der Kreditanstalt für Wiederaufbau; 1974–1980 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramts S. 588[5]

Schulmann, Horst Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen S. 143[9], 510, 760, 849, 892[14]

Schulte, Wilfried Legationsrat I. Klasse und Dolmetscher an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Tokio S. 889, 898

Schumacher, Kurt 1946–1952 Vorsitzender der SPD und 1949–1952 Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag S. 1793

Schuman, Robert 1947/48 Ministerpräsident und 1948–1953 Außenminister der Französischen Republik S. 845, 1036, 1343, 1557

Schumann, Maurice 1969–1973 Außenminister der Französischen Republik S. 1255

Schürmann, Wilhelm Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 501 „Völkerrechtliche Verträge“ des Auswärtigen Amts S. 595[1], 1411[1]

Schuster, Christel Angestellte in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 1728[2]

Schütz, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv bis 30. Juni 1981 S. 160[7], 579[8], 664[37], 701[27], 940[9]

Schwalber, Hanspeter Diplomingenieur und Leitender Baudirektor, Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington (auch für Kanada zuständig) S. 1614[10]

Schweitzer, Robert L. Generalmajor und Mitarbeiter beim Nationalen Sicherheitsrat (National Security Council) der Vereinigten Staaten von Amerika von Januar bis Oktober 1981 S. 1385

Schwörbel, Edgar 1959–1961 Legationsrat I. Klasse im Referat 500 „Völkerrecht und Staatsverträge“ des Auswärtigen Amts S. 1253[12]

Seibert, Günther Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung“ des Auswärtigen Amts **Dok. 45** und S. 106[1], 109[27+28], 177[1], 235[1], 565[1], 779[1], 782[1], 823[10], 935[1], 1024[2], 1337[5], 1483[1+2], 1603[1], 1672[1], 1703[1], 1837[1], 1839[6], 1840[7], 1884[1], 1888[1], 1919[1], 1922[1], 1924[10], 1925[16], 1926[21], 1927[26], 1932[1], 1934[9]

Seibold, Eugen Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft S. 662

Seidel, Karl Leiter der Abteilung „Bundesrepublik Deutschland“ des Außenministeriums der DDR mit der Amtsbezeichnung Botschafter S. 179, 195, 1015, 1936

Seitz, Konrad Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 02 „Planungsstab“ des Auswärtigen Amts **Dok. 9, 321** und S. 646[20], 930[1]

Sekeris, George Leiter der Ständigen Vertretung der Hellenischen Republik bei der NATO in Brüssel seit Oktober 1981 S. 1682[39]

Sell, Christian Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 610 „Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen“ im Auswärtigen Amt S. 1564[36]

Semjonow, Alexej Iwanowitsch S. 1823[25]

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Bonn; 1955–1978 Stellvertretender Außenminister **Dok. 13** und S. 8[18], 244, 471 f., 484, 492, 522, 530, 535[18], 546, 620, 951, 982[10], 984, 1337, 1382, 1592, 1792

Senghor, Léopold Sédar 1960–1980 Präsident der Republik Senegal S. 119, 1049

Sethna, Homi Nusserwanji Leiter der indischen Atomenergie-Kommission S. 314 f.

Sforza, Carlo 1947–1951 Außenminister der Italienischen Republik S. 1323

Shagari, Shehu Präsident der Bundesrepublik Nigeria **Dok. 303** und S. 119, 912[4], 1690

Shahati, Ahmed Leiter des libyschen Volksbüros für Auswärtige Beziehungen bis Januar 1981, anschließend Sonderbotschafter von Oberst Gaddafi S. 911–913

Shahi, Agha Außenminister der Islamischen Republik Pakistan; zuvor Berater des pakistanischen Präsidenten Zia ul-Haq in außenpolitischen Fragen S. 139, 247 f., 250[12], 251, 253, 351, 674, 1162, 1310, 1366, 1397–1399, 1406[32]

Shakkour, Hussuf Botschafter der Arabischen Republik Syrien in Paris S. 886

Shamir, Yitzhak Außenminister des Staates Israel S. 773, 1163, 1233, 1417–1419

Shamsul Huq, Mohammed Außenminister der Volksrepublik Bangladesch S. 735, 1206

Sharon, Ariel Landwirtschaftsminister des Staates Israel bis 5. August 1981, anschließend Verteidigungsminister S. 1354, 1448, 1801[25]

Siad Barre, Mohammed Präsident und Vorsitzender des Ministerrats der Demokratischen Republik Somalia sowie Generalsekretär der Somalischen Sozialistischen Revolutionären Partei S. 1050, 1053, 1311

Siaosi Tupou (Tupouto'a) Kronprinz und Außenminister des Königreichs Tonga S. 964

Siazon, Domingo Leiter der Ständigen Vertretung der Republik der Philippinen bei den Internationalen Organisationen und bei der IAEO in Wien S. 1065[51]

Siebourg, Gisela Vortragende Legationsrätin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts **Dok. 138** und S. 444[1], 579, 1195, 1201, 1584[1], 1609[1], 1620

Siefer-Gaillardin, Alfred Michel Referatsleiter im französischen Außenministerium (Sous-directeur, Europe occidentale) bis Oktober 1981, anschließend Gesandter an der französischen Botschaft in Rom S. 604[40]

Sieger, Alexander Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 421 „Wirtschaftsbeziehungen West-Ost“ im Auswärtigen Amt S. 174[13], 203[20], 1216[1], 1410[56], 1576[11]

Siegert, Walter Staatssekretär im Ministerium der Finanzen der DDR S. 1955[54]

Siemes, Dieter Hans Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Jakarta; 1978–1980 Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 340 „Süd- und Südostasien“ des Auswärtigen Amts S. 137[3]

Sigrist, Helmut Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Athen S. 753[8], 756[23], 1252, 1886[19]

Sihanouk, Samdech Norodom Begründer der „Vereinigten Nationalen Einheitsfront für ein unabhängiges, neutrales, friedliches und kooperatives Kambodscha“; 1960–1970 Staatschef des Königreichs Kambodscha, 1975/76 Staatsoberhaupt der Republik Khmer bzw. des Demokratischen Kampuchea S. 739[17], 899, 1010, 1395, 1507–1509, 1601, 1803

Sikora, Franz Botschaftsrat und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Seoul bis 19. Januar 1981, anschließend Vertreter des Botschafters in Tel Aviv, seit 25. Februar 1981 Botschaftsrat I. Klasse **Dok. 132** und S. 738[13], 753[6], 814[23], 949[14], 1228[7]

Silvestrini, Achille Titular-Erzbischof von Novaliciana und Sekretär des Rats für die öffentlichen Angelegenheiten der Kirche beim Staatssekretariat des Heiligen Stuhls (zuständig für Auswärtige Angelegenheiten) S. 543[4], 2036, 2038

Simon, Dieter Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters bzw. der Leiterin im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts **Dok. 208** und S. 26[1], 462[1], 605[1], 753[1], 1345[36], 1716[1], 1718[8]

Šimon, Josef Stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bis 17. Juni 1981 S. 1349

Simon, Klaus 1970–1972 Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung I A in der „Politischen Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 1255[26]

Sitzlack, Georg Staatssekretär und Präsident des Staatlichen Amts für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR sowie Stellvertretender Vorsitzender des Gouverneursrats der IAEO S. 1958

Siwiki, Florian General und Generalstabschef der polnischen Streitkräfte, Mitglied des ZK der PVAP und seit 18. Oktober 1981 Kandidat des Politbüros des ZK sowie seit 13. Dezember 1981 Mitglied des „Militärrats der Nationalen Rettung“ in der Volksrepublik Polen S. 2091

Sjaastad, Anders Christian Verteidigungsminister des Königreichs Norwegen seit 14. Oktober 1981 S. 1884[2], 1892

Śliwiński, Krzysztof Mitglied des Vorstands der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ (zuständig für Kontakte mit dem Ausland), im Dezember 1981 interniert S. 1965[8]

Smirnow, Viktor Nikolajewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Valletta S. 1684

Smirnow, Wassilij sowjetischer Dolmetscher S. 1792, 1815, 1838

Smith, Gerard C. 1969–1972 Leiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency) sowie Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den SALT-Verhandlungen S. 661[22]

Smith, Ian Douglas 1964–1979 Ministerpräsident von Rhodesien S. 885

Smith, William F. Justizminister (Attorney General) der Vereinigten Staaten von Amerika seit 23. Januar 1981 S. 475

Šnuderl, Boris Mitglied des Bundesexekutivrats der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 199, 212[54]

Soares, Mário Alberto Nobre Lopes Vorsitzender der Sozialistischen Partei Portugals S. 961, 1563

Søgaard, Poul Verteidigungsminister des Königreichs Dänemark S. 1888[9]

Söhnke, Gerhard Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Nikosia bis zum Eintritt in den Ruhestand am 31. Juli 1981 S. 226, 227[6], 228[7+9+10], 229[11+15], 232

Solano Aza, Miguel Botschafter des Königreichs Spanien in Paris S. 918

Sölle, Horst Minister für Außenhandel der DDR S. 131[9], 1954 f.

Sommer, Theo Chefredakteur der Wochenzeitung „Die Zeit“ S. 49

Somoza Debayle, Anastasio 1967–1972 und 1974–1979 Präsident der Republik Nicaragua S. 62[9], 64, 1641, 1643, 1858

Son Sann Anführer der „Khmer People's National Liberation Front“; 1967/68 Ministerpräsident des Königreichs Kambodscha S. 899, 1395[10], 1507–1509, 1601 f.

Song Zhiguang Stellvertretender Außenminister der Volksrepublik China S. 1498, 1529

Sonnenhol, Gustav Adolf 1971–1977 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ankara S. 754[13]

Sonoda, Sunao Außenminister von Japan vom 17. Mai bis 30. November 1981 S. 889, 892f., 896[29], 898–906, 1207

Sorin, Walerian Alexandrowitsch sowjetischer Vertreter in der VN-Menschenrechtskommission in Genf S. 327[7]

Soysal, Mümtaz Verfassungsrechtler und Berater der türkischen Volksgruppe auf Zypern S. 231

Spadolini, Giovanni Generalsekretär der PRI und seit 28. Juni 1981 Ministerpräsident der Italienischen Republik **Dok. 252** und S. 978f., 1002, 1146–1151, 1155, 1178, 1443, 1743, 2036[11]

Spalcke, Karl Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Bagdad S. 19[17], 418[44], 736[9], 863[8], 1067[60]

Spangenberg, Dietrich Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen S. 129, 131

Spasowski, Romuald Botschafter der Volksrepublik Polen in Washington bis zu seiner Desertion am 19. Dezember 1981 S. 1968, 1971

Speigl, Matthäus Brigadegeneral und 1971–1974 Militärattaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Washington S. 252[19]

Spencer, Lady Diana Frances Prinzessin von Wales sowie Herzogin von Cornwall und Rothesay seit 29. Juli 1981 S. 1249[4], 1250[9]

Spinelli, Altiero Mitglied des Europäischen Parlaments (Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden) und Vorsitzender der Haushaltskommission S. 597, 1342f.

de Spínola, António Sebastião Ribeiro stellvertretender Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte von Januar bis März 1974, vom 25. April bis 30. September 1974 Präsident der Portugiesischen Republik S. 957[4]

Sprenger-Stahl, Rita Konferenzdolmetscherin im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts S. 311

Sprinkel, Beryl Wayne Unterstaatssekretär im amerikanischen Finanzministerium (Under Secretary for Monetary Affairs) seit Februar 1981 S. 1141

Sproedt, Bernd Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 1096[1]

Squadron, Howard Maurice Vorsitzender der Conference of the Presidents of the Major American Jewish Organizations sowie Mitglied des Verwaltungsrats des World Jewish Congress S. 838[28], 1175

Staar, Richard Felix Leiter der Delegation der Vereinigten Staaten von Amerika bei den MBFR-Verhandlungen in Wien seit November 1981 S. 707[47], 1993

Stabreit, Immo Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 200 „Europäische Einigung und Politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)“ im Auswärtigen Amt **Dok. 332** und S. 9[1], 12[1], 102, 160[7], 384[7], 474[1], 595[1], 601[21], 604[40], 774[16], 777[31], 956, 957[1], 1491[4], 1648[26], 1970[16]

Staden, Berndt von Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung 2 „Auswärtige und innerdeutsche Beziehungen, äußere Sicherheit“ des Bundeskanzleramts bis 31. Mai 1981, anschließend zurückversetzt in das Auswärtige Amt und dort Staatssekretär; 1973–1979 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Washington **Dok. 89, 106, 111, 151, 266, 386, 387** und S. 50[24], 272, 476[14], 556[1], 595[1], 646[20], 651, 655, 671[15], 672, 735, 811, 826[8], 844[1], 898[1], 907[1], 930[1–3], 931[4–6], 932[9+10+12], 933[13+14], 934[15+17], 946, 954, 955[1], 956[10], 965[1], 968, 981, 992, 995[1], 997[1], 1005[1], 1012, 1024, 1032–1035, 1091, 1092[14], 1094[18+21], 1095[24], 1096[26], 1105[1], 1110[31], 1117[47], 1128, 1156, 1159, 1174[1], 1187, 1193[1], 1216[1], 1252[1], 1300, 1318, 1337[1], 1380[1], 1387f., 1391[8–10],

1392[11+12], 1392[14+15], 1393[16–18], 1393[22], 1394, 1423[1], 1424[6], 1449, 1477, 1491, 1498[1], 1525, 1544[3], 1568[1], 1577, 1581, 1594, 1606, 1613, 1618[24], 1624[7], 1630, 1640, 1653[1], 1675, 1676[5+7+9], 1676[10+13], 1677[16], 1678[20+23], 1679[26+28], 1703, 1706, 1707[6+9], 1720, 1721[5], 1722[8–11], 1723[13–15], 1724, 1738, 1740, 1742, 1744, 1755[1], 1759 f., 1769, 1783[1], 1791, 1811[1], 1822[24], 1823[25], 1825, 1831[1], 1837, 1847, 1852, 1854, 1857[7], 1858, 1860–1865, 1968, 1972, 1977, 1982[1], 1999, 2001[1], 2003[8], 2020, 2046, 2055[2], 2058, 2064[18], 2066[1], 2069[14+16], 2070[17+19], 2072–2076, 2093, 2098 f.

Staks, Jürgen Legationsrat I. Klasse im Referat 320 „Ost- und Südafrika“ des Auswärtigen Amts, seit 3. Juni 1981 Vortragender Legationsrat S. 1886[19]

Stalin, Jossif Wissarionowitsch 1922–1953 Generalsekretär des ZK der KPdSU und 1941–1953 Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. des Ministerrats der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 411[20], 800, 806, 901

Starnitzky, Erwin Legationsrat I. Klasse im Referat 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ des Auswärtigen Amts S. 462[1+2], 463[7], 464[10+12], 605[1], 685[1], 764[1]

Stauffenberg, Alfred Schenk Graf von Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko bis 4. September 1981, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 215 „Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin“ des Auswärtigen Amts S. 1980[22]

Stearns, Monteagle Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Athen seit 2. September 1981 S. 1886[19]

Steeg, Helga Ministerialdirektorin und Leiterin der Abteilung „Außenwirtschaftspolitik und Entwicklungshilfe“ des Bundesministeriums für Wirtschaft S. 655, 672, 1066[52], 1200[24]

Steen, Reiulf Handels- und Schiffahrtsminister des Königreichs Norwegen bis 4. Februar 1981 und Vorsitzender der norwegischen Arbeiterpartei bis April 1981 S. 109[29]

Stefański, Piotr Wilhelm Vizepräsident des polnischen Parlaments und bis März 1981 stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der Demokratischen Partei S. 126[2]

Steffler, Christel Botschaftsrätin I. Klasse und Vertreterin des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Tel Aviv bis 5. Januar 1981, anschließend Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 203 „Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden“ im Auswärtigen Amt S. 233[20], 268[9], 605[1], 1409[50], 1683[44+45], 1701[24], 2076[1]

Stein, Hans Freiherr von Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 42 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts sowie „Beauftragter für Vertragsverhandlungen“ mit der Amtsbezeichnung Gesandter bis 17. Oktober 1981, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda S. 68[12], 122[1], 876[1+4], 1646[14], 1648[27]

Steiner, Ludwig Mitglied des österreichischen Parlaments (Österreichische Volkspartei) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarats S. 28[7]

Steinkühler, Manfred Vortragender Legationsrat und Leiter des Referats 012 „Öffentlichkeitsarbeit“ im Auswärtigen Amt, seit 7. April 1981 Vortragender Legationsrat I. Klasse **Dok 85, 86, 185, 196, 214, 218, 220, 230, 315, 348, 349** und S. 99[7], 143[7], 199[7], 332[21], 756[18], 1147[4], 1155[13], 1193[6], 1317[44], 1582[33], 1753[42], 1947[32]

Stephan, Diethelm Diplomingenieur und Leitender Baudirektor, Wehrtechnischer Attaché an der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in London S. 125[15]

Stercken, Hans Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und Präsident der Deutschen Afrika-Stiftung S. 872

Stern, Ernst Günter Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 22 „Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Beziehungen zur DDR, Berlin-Fragen“ im Bundeskanzleramt S. 1935

Stevens, Siaka Präsident der Republik Sierra Leone S. 119, 912[4]

Stobbe, Dietrich Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD) bis 15. Januar 1981 S. 76[16]

Stockman, David A. Leiter des amerikanischen Verwaltungs- und Haushaltsamts (Director, Office of Management and Budget) S. 366, 839, 1733, 1770

van der Stoel, Max Außenminister des Königreichs der Niederlande seit 11. September 1981 S. 1483, 1484[6], 1566 f., 1761, 1786, 1864[26+27], 1932, 1934 f.

Stoessel Jr., Walter John Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Bonn bis Januar 1981, seit 28. Februar 1981 Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium (Under Secretary of State for Political Affairs) **Dok. 12** und S. 73, 191[23], 253 f., 257, 263, 285, 329, 333, 342, 361, 519[20], 682[4], 685[13], 702[30], 705[41], 813[16+17], 938, 941[13], 985[2], 1003[41], 1029, 1098, 1289 f., 1385, 1406[33], 1860[4], 1861, 1863 f., 1969 f., 1975[17], 2051[4], 2061, 2064, 2072[4]

Stoltenberg, Gerhard Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein (CDU) S. 101

Stoltenberg, Thorvald Verteidigungsminister des Königreichs Norwegen bis 14. Oktober 1981 S. 23[11], 109[26], 1619

Stoph, Willi Vorsitzender des Ministerrats und Stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der DDR sowie Mitglied des Politbüros des ZK der SED S. 195–198, 1952[46]

Strätling, Erich Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Ottawa S. 454[19], 1120, 1124, 1127

Strauß, Franz Josef Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU; 1956–1962 Bundesminister der Verteidigung S. 328, 1727, 1831, 1845, 1963

Strausz-Hupé, Robert Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Ankara seit 7. September 1981 S. 1719

Stray, Svenn Thorkild Außenminister des Königreichs Norwegen 1970/71 und seit 14. Oktober 1981 S. 1914, 1927 f.

Strenziok, Gert Botschaftsrat I. Klasse und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Teheran; 1975–1979 Vertreter des Botschafters in Kairo S. 211[50], 631[21], 736[9], 738[14]

Ströhm, Carl Gustaf Journalist bei der Tageszeitung „Die Welt“ S. 441

Štrougal, Lubomír Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 805

Strulak, Tadeusz Leiter der Delegation der Volksrepublik Polen bei den MBFR-Verhandlungen in Wien bis September 1981 S. 1993

Stücklen, Richard Präsident des Deutschen Bundestags (CSU) S. 157[11]

Studnitz, Ernst-Jörg von Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York, seit 19. Januar 1981 Botschaftsrat I. Klasse S. 719[9]

Suárez González, Adolfo Ministerpräsident des Königreichs Spanien bis 25. Februar 1981 S. 463, 567, 609[8], 610, 612

Sudhoff, Jürgen Hellmut Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 013 „Pressereferat“ im Auswärtigen Amt bis 11. März 1981, anschließend Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Mexiko S. 298[4]

Sujka, Bogumił Leiter der Ständigen Vertretung der Volksrepublik Polen bei dem Büro der Vereinten Nationen und bei den anderen internationalen Organisationen in Genf S. 2068[12]

Sulimma, Hans-Günter Vortragender Legationsrat I. Klasse, der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische

wirtschaftliche Integration“ zur Übernahme der im Zusammenhang mit der Delegationsleitung bei den Nord-Süd-Verhandlungen stehenden Aufgaben zugeteilt mit der Amtsbezeichnung Botschafter als Funktionsbezeichnung bei Wahrnehmung dieser Aufgaben, seit 6. August 1981 Botschafter z. b. V. im Auswärtigen Amt S. 1195[1], 1691[27]

Sultan ibn Abdul Aziz al-Saud Verteidigungsminister des Königreichs Saudi-Arabien S. 294 f., 662 f., 669

Suroor *siehe: al-Nahyan, Scheich Suroor bin Mohammed*

Suslow, Michail Andrejewitsch Mitglied des Politbüros und des Sekretariats des ZK der KPdSU S. 994, 997, 1020[6], 1145, 1268 f., 1540

Sutherland, Ian Johnstone Macbeth Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Athen S. 1886[19]

al-Suwaidi, Ahmed Khalifa außen- und sicherheitspolitischer Berater des Präsidenten der Vereinigten Arabischen Emirate, Scheich Zayed S. 672

Suzuki, Zenko Ministerpräsident von Japan **Dok. 163** und S. 557, 648 f., 741, 829, 898–906, 1145, 1148, 1172, 1178, 1690

Svart, Anker Botschafter des Königreichs Dänemark in Brüssel sowie Leiter der Ständigen Vertretung bei der NATO in Brüssel S. 107, 1888, 1932, 1935, 1986

Swaelen, Frank Verteidigungsminister des Königreichs Belgien bis 17. Dezember 1981 S. 564, 781, 1616, 1618 f.

Symms, Steven Douglas Senator des amerikanischen Bundesstaats Idaho (Republican Party) seit 3. Januar 1981 S. 913[8]

Taliani, Corrado Sonderbotschafter der Republik Italien bei der Special Consultative Group der NATO S. 1283 f.

Tanaka, Rokusuke Minister für Internationalen Handel und Industrie von Japan von Januar bis Dezember 1981 S. 896, 897[31]

Tandecki, Hans-Peter Generalmajor der Bundeswehr und Leiter der Stabsabteilung III „Militärpolitik, Führung“ des Führungsstabs der Streitkräfte im Bundesministerium der Verteidigung S. 1214, 1283, 1288, 1630, 1755[1], 1757, 1893

Tang Longhi stellvertretender Protokollchef des chinesischen Außenministeriums S. 1498

Taraki, Nur Mohammed Präsident der Demokratischen Republik Afghanistan vom 30. April 1978 bis zu seiner Ermordung am 16. September 1979, bis 27. März 1979 zugleich Ministerpräsident S. 139[9]

Tarassow, Nikolaj Konstantinowitsch Leiter der Delegation der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken bei den MBFR-Verhandlungen in Wien bis September 1981 S. 219[4], 574[11], 707[45], 1182[3+4], 1183–1185, 1244[2], 1245, 1247, 1450, 1993

Taufa’ahau Tupou IV. König des Königreichs Tonga S. 964

Tavares de Melo Egídio, Nuno Viriato Generalstabschef der portugiesischen Streitkräfte seit 17. Februar 1981 S. 960[15]

Taylor, James H. Abteilungsleiter im kanadischen Außenministerium (Deputy Under-Secretary, Political Director) S. 1166[12], 1223 f.

Taylor, Sir John (Jock) Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn seit 24. März 1981 S. 876[4], 1497, 1773, 1782

Tejero Molina, Antonio Oberstleutnant der spanischen Guardia Civil S. 462[3]

Terechow, Wladislaw Petrowitsch stellvertretender Leiter der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums, seit 13. November 1981 Gesandter an der sowjetischen Botschaft in Bonn S. 492, 1474, 1825, 1838

Terfloth, Klaus Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Islamabad S. 78[25], 247, 631[18], 632[22], 1366[9]

Thatcher, Herbert B. 1955–1957 Generalmajor und Mitarbeiter des amerikani-

schen Verteidigungsministeriums (Military Liaison Committee to the Atomic Energy Commission; Air Force) S. 1254

Thatcher, Margaret Premierministerin des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland sowie Vorsitzende der Conservative and Unionist Party **Dok. 330** und S. 9[4], 68, 219, 223[11], 285[11], 295[8], 349[7], 475, 477, 494, 496[24], 589[8], 633 f., 715, 740, 758–763, 849 f., 963, 978–980, 1011, 1060, 1141, 1145, 1148, 1153, 1163, 1267, 1276, 1404 f., 1519, 1557 f., 1562, 1648, 1681, 1690, 1765[17], 1773–1782, 1787, 1820, 2019

Thomas, Joseph Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm S. 160[9], 170[41]

Thorn, Gaston Präsident der EG-Kommission seit 12. Januar 1981; 1979/80 Außen- und Außenhandelsminister, Minister für Wirtschaft und Mittelstand sowie Justizminister des Großherzogtums Luxemburg **Dok. 69** und S. 159 f., 160[7], 279, 386[18], 446, 604, 634[29], 758, 760, 777 f., 850, 986[30], 979[14], 989, 1155, 1178, 1311, 1316, 1318[45], 1700, 1776[18], 1777

Thoroddsen, Gunnar Ministerpräsident der Republik Island S. 330[15]

Tichonow, Nikolaj Alexandrowitsch Ministerpräsident der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU; 1975–1980 Vorsitzender der deutsch-sowjetischen Kommission für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit S. 523 f., 1540

Timbie, James P. Mitarbeiter der amerikanischen Rüstungskontroll- und Abrüstungsbehörde (Arms Control and Disarmament Agency, Assistant Director, Bureau of International Security Programs) S. 1577, 1581 f.

Tindemans, Leonard Clemence Vorsitzender der Christlichen Volkspartei in Belgien und Präsident der Europäischen Volkspartei, seit 17. Dezember 1981 Außenminister des Königreichs Belgien; 1974–1978 Ministerpräsident S. 598–600, 2100

Tinsulanonda, Prem Ministerpräsident des Königreichs Thailand S. 1508 f.

Tirado López, Victor Mitglied der Nationalleitung der FSLN in der Republik Nicaragua S. 1642

Tito, Josip Broz 1937–1980 Vorsitzender des BdKJ und 1953–1980 Staatspräsident der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien S. 21, 180[9], 197[6], 199, 209, 249, 401[15], 740, 1071, 1279[8], 1682, 1767[5], 1937[5], 1942[24]

Todenhöfer, Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1423[2], 1424

Tombalbaye, N'Garta 1960–1975 Präsident der Republik Tschad S. 20[18]

Tomuschat, Christian Professor für Öffentliches Recht, insbesondere Völker- und Europarecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn S. 1253[14]

Tonha, Pedro Maria Verteidigungsminister der Volksrepublik Angola S. 1379

Tornetta, Vincenzo Leiter der Ständigen Vertretung der Italienischen Republik bei der NATO in Brüssel S. 107, 1986

Touré, Ahmed Sekou Präsident der Revolutionären Volksrepublik Guinea S. 119, 740

Tower, John Goodwin Senator des amerikanischen Bundesstaates Texas (Republican Party) **Dok. 48**

Train II, Harry DePue Admiral der amerikanischen Marine, Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte im Bereich Atlantik (SACLANT), Oberbefehlshaber der US Atlantic Fleet (CINCLANTFLT) und des US Atlantic Command (CINCLANT) S. 1025, 1888, 1927

Traxler, Vieri stellvertretender Leiter der Abteilung „Politische Angelegenheiten" im italienischen Außenministerium bis 29. November 1981, anschließend Leiter der Abteilung „Emigration und Soziale Angelegenheiten" S. 955

Trefftz, Georg Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 111 „Liegenschaften und Sachverwaltung Ausland" im Auswärtigen Amt S. 79[33], 423[59]

Treskow, Wiprecht von Botschaftsrat an der Botschaft der Bundesrepublik

Deutschland in Genf bis 15. März 1981, anschließend Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 214 „Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien“ des Auswärtigen Amts S. 408[1], 543[1], 798[1], 1020[1], 1630[1], 1965[8]

Treviranus, Hans Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 501 „Völkerrechtliche Verträge“ im Auswärtigen Amt S. 1411[1]

Trotzkij, Lew (Leo) Dawidowitsch 1917/18 Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten und 1918–1925 Kriegskommissar der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik bzw. der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken S. 470

Trudeau, Pierre Elliott Ministerpräsident von Kanada S. 558, 740, 790f., 1120–1127, 1171f., 1197, 1226, 1514, 1519, 1555, 1645[10], 1664[21], 1690f., 1746[11]

Truman, Harry S. 1945–1953 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika S. 1446

Trumpf, Jürgen Gesandter an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 447[20], 610[13], 648[27], 1502[24], 1503[25]

Tsamados, Constantin J. Botschafter der Hellenischen Republik in Bonn seit 10. September 1981 S. 1252

Tschernenko, Konstantin Ustinowitsch Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU S. 1245, 1591

Tschernjakow, Jurij Nikolajewitsch Leiter der Presseabteilung im sowjetischen Außenministerium S. 492

Tscherwonenko, Stepan Wassiljewitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Paris S. 636, 997

Tscherwow, Nikolaj F. Generaloberst i.G. der sowjetischen Streitkräfte S. 1792, 1838, 1868

Türkmen, Ilter Außenminister der Republik Türkei S. 28, 730, 735, 749, 751, 754f., 756[18], 919–921, 1023, 1251, 1409, 1694, 1716[3], 1717, 1719[14], 1931f.

Tutu, Desmond Mpilo anglikanischer Bischof von Lesotho und Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrats **Dok. 68**

Ullsten, Ola Außenminister des Königreichs Schweden **Dok. 32** und S. 775, 1065[51], 1207

Ulusu, Bülent Ministerpräsident der Republik Türkei S. 1250, 1717

Umlauff, Michael Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 311 „Mittlerer Osten, Maghreb“ des Auswärtigen Amts S. 116[1], 704[38], 912[5], 1067[60]

Ungerer, Werner Ministerialdirigent und Leiter der Unterabteilung 41 in der Abteilung 4 „Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration“ des Auswärtigen Amts S. 102, 595[1], 963[7], 1066[52], 1303[12], 1308[29], 1340[16], 1341[17], 1342[21], 1495, 1728[2], 1881[4]

Ungo, Guillermo Vorsitzender der Revolutionären Demokratischen Front in El Salvador S. 353, 1407, 1857

Urban, Bohumil Industrieminister der Tschechischen Teilrepublik bis 17. Juni 1981, anschließend Außenhandelsminister der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik S. 1349

Ürug, Necdet General der türkischen Streitkräfte und seit 1. September 1981 Generalsekretär des „Nationalen Sicherheitsrats“ der Republik Türkei S. 1717

Uslar-Gleichen, Hasso Freiherr von Oberst i.G., Militärattaché der Bundesrepublik Deutschland in Washington bis 27. September 1981, anschließend als Stabsoffizier z.b.V. Lehrgangsgruppenleiter an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg S. 275[16]

van Ussel, Michel Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Belgien bei der NATO in Brüssel S. 107f., 1021, 1023, 2025

Ussytschenko, Leonid Grigorjewitsch Botschaftsrat an der sowjetischen Bot-

schaft in Bonn bis 4. April 1981, anschließend Mitarbeiter in der Dritten Europäischen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums S. 79[33], 1822[24], 1838

Ustinow, Dmitrij Fjodorowitsch Verteidigungsminister der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU S. 507, 566, 823, 854, 1060, 1193 f., 1245 f., 1318[5], 1328, 1540, 1623, 1626, 1768, 1804[37], 1840, 1868

den Uyl, Johannes (Joop) Marten stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Soziales und Arbeit des Königreichs der Niederlande seit 11. September 1981; 1973–1977 Ministerpräsident S. 109[29], 699

Vance, Cyrus Roberts Mitglied der „Unabhängigen Kommission für Abrüstungs- und Sicherheitsfragen"; 1977–1980 Außenminister der Vereinigten Staaten von Amerika S. 163[22], 211[48], 1312, 1355, 1581

Vanden Boeynants, Paul 1972–1979 Verteidigungsminister und 1978/79 Ministerpräsident des Königreichs Belgien S. 607[12]

Vauzelle, Michel Marie Sprecher des französischen Präsidialamts seit 22. Mai 1981 S. 858

Vaz Pardal, Carlos Staatssekretär im portugiesischen Verteidigungsministerium S. 1888 f.

Védrine, Hubert Mitarbeiter im französischen Präsidialamt (Conseiller technique au Secrétariat générale de la Présidence de la République, Conseiller des Affaires étrangères) S. 1536, 1553

Veliotes, Nicholas Alexander Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Amman bis 10. Februar 1981, seit 21. Mai 1981 Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for Near Eastern Affairs) S. 913[8], 1684–1687

Verbeek, Paul Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Buenos Aires S. 1416[6+8]

Véress, Péter Außenhandelsminister der Ungarischen Volksrepublik S. 1630, 1636

Vergau, Hans-Joachim Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 320 „Ost- und Südafrika" im Auswärtigen Amt **Dok. 157, 216, 279** und S. 82[1+4], 83[10], 371, 626[25+28], 718[1], 776[28], 1000[25], 1001[30], 1063[39], 1227[19], 1257[1], 1259[11], 1400[7], 1420, 1972[1+4], 1973[7], 1975[17]

Verner, Paul Mitglied des Politbüros des ZK der SED und des Staatsrats der DDR, seit Juni 1981 stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats S. 1018

Vest, George Southall Abteilungsleiter im amerikanischen Außenministerium (Assistant Secretary of State for European Affairs) bis 14. April 1981, seit 20. September 1981 Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel S. 25[19], 41–45, 66, 67, 72, 183–195, 1092

Vestring, Alfred Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Djidda bis 30. September 1981, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung bei der UNESCO in Paris S. 295[7], 655, 658, 662[23+24], 1230[14]

Vetter, Heinz Oskar Vorsitzender des DGB S. 1553, 1655–1658

Vibe, Kjeld Leiter der Ständigen Vertretung des Königreichs Norwegen bei der NATO in Brüssel S. 106–109, 1022, 1986

Videla, Jorge Rafael Präsident der Argentinischen Republik bis 29. März 1981 S. 1416[7]

Vinocur, John Korrespondent der amerikanischen Tageszeitung „The New York Times" in der Bundesrepublik Deutschland S. 1862[15], 1865, 1875

Viola, Roberto Eduardo Präsident der Argentinischen Republik vom 29. März bis 11. Dezember 1981 S. 791, 1416

van Vloten, Eduard Johan Unterabteilungsleiter im niederländischen Außenministerium (Directeur, Chef Directie

Atlantische Samenwerkingen Veiligheidszaken) S. 573[10], 1327[23], 1484[6]

Vogel, Bernhard Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz (CDU) und Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit vom 22. Januar 1963 S. 157, 1565

Vogel, Dietrich Ministerialdirigent im Bundesministerium für Wirtschaft S. 1935

Vogel, Hans-Jochen Bundesminister der Justiz und Mitglied des Deutschen Bundestags (SPD) bis 22. Januar 1981, anschließend bis 11. Juni 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin, danach Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin S. 76, 344

Vogel, Wolfdietrich Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 213 „Sowjetunion" des Auswärtigen Amts S. 17[11], 290[1], 492[1], 511[1], 635[1], 764[1], 922[1], 942[1], 981[1], 992[1], 1168[1], 1485[5], 1551[13], 1676[11], 1812[8], 1895[3], 1911[1], 1917[13], 1970[21], 1975[16], 1987[1], 2027[1], 2065[21], 2070[1], 2072[6+8]

Vogel, Wolfgang Rechtsanwalt und Bevollmächtigter der DDR für „humanitäre Angelegenheiten" S. 179[4], 293, 407, 1012 f.

Vogeler, Wilfried Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 420 „Wirtschaftsbeziehungen zum Westen" im Auswärtigen Amt; 1971–1974 Botschaftsrat und seit 20. August 1972 Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Kairo S. 211[50], 212[54], 345[63], 755[16], 1700[23]

Vohrer, Manfred Mitglied des Deutschen Bundestags (FDP) S. 872

Voigt, Karsten Dietrich Mitglied des Deutschen Bundestags und außenpolitischer Sprecher der SPD S. 872

Volcker, Paul Adolph Vorsitzender der amerikanischen Notenbank (Federal Reserve) S. 861

Volkmann S. 1012

Vollers, Claus Botschaftsrat an der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York bis 8. Januar 1981, anschließend Botschafter in Hanoi S. 739[17]

Vollmar, Sabine Vortragende Legationsrätin I. Klasse und Leiterin des Referats 300 „Grundsatz- und Koordinierungsfragen" bzw. „Grundsatz- und Koordinierungsfragen; Dritte Welt" im Auswärtigen Amt S. 1156

de Vos van Steenwijk, Willem Jan Baron Leiter der Delegation des Königreichs der Niederlande bei den MBFR-Verhandlungen in Wien S. 571[2], 573[10], 1186, 2021

Vraalsen, Tom Abteilungsleiter im norwegischen Außenministerium (Ekspedisjonssjef, Politisk avdeling) seit April 1981 S. 803

Vrhovec, Josip Außenminister der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Mitglied des ZK des BdKJ **Dok. 205** und S. 213[56], 215, 1207, 1369, 1587–1593

Wachner Dolmetscherin S. 1659

Wagner, Adolf Karl Ritter von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 220 „Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF" des Auswärtigen Amts S. 426[1], 816[1], 907[1], 943[8], 1187[1], 1371[1], 1577, 1847[1], 2001[1], 2003[6+7]

Wagner, Gerd Legationsrat I. Klasse im Referat 201 „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" des Auswärtigen Amts S. 177[1], 235[1], 253[1], 565[1], 782[1], 1024[1]

Wahl, Jacques Generalsekretär des französischen Präsidialamts bis 21. Mai 1981, anschließend Finanzdirektor (Inspecteur des finances) im französischen Wirtschafts- und Finanzministerium S. 113[15]

Wahren, Carl Generalsekretär der Internationalen Familienplanungsföderation (IPPF) **Dok. 102**

Waldheim, Kurt Generalsekretär der Vereinten Nationen S. 160[9], 211[48], 227[6], 228 f., 231[19], 232 f., 419[45], 501, 580,

703, 867, 871[2], 991, 1010, 1123[10], 1201, 1205, 1208, 1257[3], 1310[9+10], 1330[33], 1398, 1408 f., 1438 f., 1470, 1473[16], 1478[26], 1481, 1748

Wałęsa, Lech Vorsitzender der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“, im Dezember 1981 interniert; Elektriker bei der Lenin-Werft in Danzig, im August 1980 Vorsitzender des dortigen Streikkomitees S. 5, 7, 87, 127, 338, 437[21], 442, 544, 592 f., 617, 628 f., 657, 807, 883, 902, 1242, 1322[2], 1329, 1459, 1553, 1656 f., 1680 f., 1751, 1963[4], 1964[5], 1966, 1986, 2035, 2037, 2071, 2082, 2088–2090, 2095 f., 2100

Walker, Peter Minister für Landwirtschaft, Fischereiwesen und Ernährung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland S. 386, 763, 963

Wallau, Hans Theodor Wilhelm Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 010 „Ministerbüro“ im Auswärtigen Amt bis 1. November 1981, seit 3. September 1981 Ministerialdirigent **Dok. 94, 236** und S. 41[1], 46[1], 66[1], 73[1], 183[1], 199[1], 222[1], 226[1], 247, 272[1], 278[1], 284[3], 306[1], 328[1], 355[1], 359[1], 365[1], 378[1], 383[1], 387[1], 392[1], 394[1], 397[1], 441[1], 444[1], 452[1], 471[1], 474[1], 486, 565[1], 588[1], 608[1], 620[1], 643[1], 650[1], 655[1], 672[1], 708[1], 713[1], 721[1], 811[1+6], 825[1], 829[1], 830[4], 834[1], 844[1], 858[1], 862[1], 878[1], 898[1], 907[1], 914[1], 927[1], 946[1], 970[14], 977[1], 1035[1], 1065[51], 1077[1], 1139[1], 1147[1], 1152[1], 1201[1], 1211[1], 1235, 1239[1], 1252[3], 1262[1], 1272[1], 1283[1], 1322[1], 1352[1], 1395[1], 1397[1], 1414[1], 1417[1], 1440[1], 1458[1], 1498, 1519[1], 1529, 1536[1], 1544[1], 1566[1], 1584[1], 1620[1], 1630[1], 1644[1], 1659, 1732[1]

Wang Baolun Referatsleiter im chinesischen Außenministerium S. 1498

Wang Benzuo stellvertretender Leiter der Abteilung „Westeuropa“ des chinesischen Außenministeriums S. 1529

Wang Zhen stellvertretender Protokollchef des chinesischen Außenministeriums S. 1498

Wannow, Marianne Vortragende Legationsrätin im Referat 213 „Sowjetunion“ des Auswärtigen Amts S. 492[1], 511[1], 922[1], 1987[1]

Warburg, Eric Moritz Bankier S. 1877

Watson Jr., Thomas J. Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Moskau bis 15. Januar 1981 S. 144[10]

Watt, David Direktor des Royal Institute of International Affairs in London S. 567[13]

Weber, Heinz Vortragender Legationsrat I. Klasse und Vertreter des Leiters im Referat 105 „Sprachendienst“ des Auswärtigen Amts sowie Leiter des Fachbereichs Dolmetscher S. 328, 355[1], 1005, 1365[3], 1470, 1549, 1571, 1760, 2034, 2037

Wechmar, Rüdiger Freiherr von Präsident der 35. VN-Generalversammlung und Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter bis 1. Juni 1981, seit 3. November 1981 Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom S. 145[17], 160, 289[26], 369[3], 626[28], 863[7], 1109[26], 1110, 1420, 1473[16], 1506, 1513, 1534[17], 2036[11], 2086[23]

Wegner, Helmut Gesandter und Vertreter des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Neu Delhi S. 208[37]

Wehner, Herbert Mitglied des Deutschen Bundestags und Vorsitzender der SPD-Fraktion S. 216, 293, 393, 589, 1206, 1942[25]

Wehrmann, Günter Legationssekretär im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten“ des Auswärtigen Amts S. 1096[1], 2043[1], 2061[1]

Wei Guoqing Zweiter Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh S. 1498[4]

Weichert, Jürgen 1970–1980 Ministerialdirektor und Leiter der Abteilung II „Deutschlandpolitik“ des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen S. 129

Weinberger, Caspar Willard Verteidigungsminister der Vereinigten Staaten

von Amerika seit 21. Januar 1981 **Dok. 66** und S. 69, 75, 155, 272, 329[9], 330, 339, 341[46], 342[50], 475[13], 526[51], 532[6], 534[15], 560–563, 564[10], 565, 566[6], 569f., 624, 682f., 698f., 727, 779, 782–784, 785[16], 811, 821–825, 893, 930, 936, 973–976, 1011, 1029, 1041, 1104, 1175f., 1233[19], 1262, 1294, 1326[19], 1356[20], 1359, 1364[59], 1501[22], 1522f., 1539, 1589, 1603, 1605, 1613–1616, 1618–1620, 1704, 1739[30], 1801[25], 1830[22], 1863, 1877, 1886, 1889–1891, 2039, 2043

Weindel, Elmar Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Maputo (zugleich in Swasiland akkreditiert) S. 791[28]

Weiskirch, Willi Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 1423[2], 1426[14]

Weiß, Andreas Legationsrat I. Klasse im 105 „Sprachendienst" des Auswärtigen Amts, seit 27. Februar 1981 Vortragender Legationsrat S. 1474, 1792, 1815, 1837

Weizman, Ezer 1977–1980 Verteidigungsminister des Staates Israel S. 1355, 1448

Weizsäcker, Carl Friedrich Freiherr von Physiker und Philosoph S. 816

Weizsäcker, Richard Freiherr von Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) bis 11. Juni 1981, anschließend Regierender Bürgermeister von Berlin S. 328[4], 1018, 1360[43]

van Well, Günther Staatssekretär des Auswärtigen Amts bis 5. Juni 1981, anschließend Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen in New York mit der Amtsbezeichnung Botschafter **Dok. 2, 28, 67, 117, 146, 269** und S. 3[1], 41[1+2], 54, 61, 86, 89, 102, 104[15], 129–131, 133, 145[16], 147, 155[1], 235, 247, 251, 260, 267, 278[1], 294[1], 296, 297[1], 301, 306, 319f., 325f., 393[10], 406[40+41], 420[53], 424, 426[1], 437[22], 452[6–8], 454[19], 456[24], 473, 483[6], 492, 521[28], 530, 542, 547, 554, 555[7], 560, 579, 583f., 588f., 592, 594, 595[1], 655, 668, 672, 748, 764[3], 782, 831–833, 839[6], 842, 858f., 862[23], 866, 873[16], 881f., 939[8], 1091[9], 1095, 1160[5+7], 1161[9+10], 1162[11], 1298[9], 1310[10], 1395[11], 1399[4], 1409[51], 1474, 1748[17+19], 1775[13], 1905[10]

Wendler, Hans-Jürgen Legationsrat I. Klasse im Referat 204 „Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten" des Auswärtigen Amts S. 758[1], 1096[1]

Werndl, Klaus Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 014 „Büro Staatssekretäre" des Auswärtigen Amts und Persönlicher Referent des Staatssekretärs Lautenschlager S. 588[1]

Werner, Herbert Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 140[13]

Westendorp y Cabeza, Carlos Generalsekretär für die Beziehungen zu den Europäischen Gemeinschaften im spanischen Außenministerium S. 1881[4]

Weyer, Willi Präsident des Deutschen Sportbunds S. 1282

Wheelock Román, Jaime Minister für landwirtschaftliche Entwicklung der Republik Nicaragua und Mitglied der Nationalleitung der FSLN S. 642, 1858

Whitmore, Clive A. Erster Privatsekretär der britischen Premierministerin Thatcher (Principal Private Secretary to the Prime Minister) S. 1767

Wieck, Hans-Georg Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel mit der Amtsbezeichnung Botschafter; 1977–1980 Botschafter in Moskau **Dok. 15, 17, 20, 34, 42, 83, 110, 114, 115, 129, 130, 133, 139, 169, 247, 248, 350, 351, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 370, 379, 380, 383, 393** und S. 4[5], 25, 110[3], 170[1], 174[13], 193[28], 194[32], 220[10], 221[12], 240–246, 278[5], 302[4], 330[15], 367f., 463[9], 488[12], 496[24], 565, 566[6], 567[16], 568[20], 570, 589, 632[23], 678[5], 782[6+7], 785[16], 1020[2], 1131[9], 1154[7], 1211[2], 1329[29], 1337[5], 1386[6], 1615[12], 1682[39], 1684[49], 1704, 1732, 1740[3], 1741[12], 1788[5], 1844[21], 1861[8], 1863[25], 1864[27], 1902[23], 1903[27], 1911[4], 1969, 2036[13], 2047[8], 2051[5], 2063[10], 2067[6]

Wielowieyski, Andrzej Berater der polnischen Gewerkschaft „Solidarność“ S. 2081

Wilberforce, William John Antony Leiter der Delegation des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland bei der KSZE-Folgekonferenz in Madrid S. 97, 1003[38], 2025

Williams, Shirley (Baroness Williams of Crosby) Mitbegründerin der Social Democratic Party im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Mitglied des britischen Unterhauses seit 26. November 1981 S. 1558

Willoch, Kåre Ministerpräsident des Königreichs Norwegen seit 14. Oktober 1981 S. 1272[3]

Willot, Albert Leiter der Delegation des Königreichs Belgien bei den MBFR-Verhandlungen in Wien bis zu seinem Tod am 6. September 1981 S. 1993

Wilson, Edwin S. 1982

Windelen, Heinrich Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) und bis 8. April 1981 Vorsitzender des Haushaltsausschusses, seit 2. April 1981 Vizepräsident des Bundestags S. 393[10]

Winogradow, Wladimir Michajlowitsch Botschafter der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Teheran S. 92

Wipperfeld, Hildegard Angestellte in der Abteilung 2 „Politische Abteilung“ des Auswärtigen Amts S. 1159[18]

Wischnewski, Hans-Jürgen Mitglied des Deutschen Bundestags und stellvertretender Vorsitzender der SPD S. 62, 298[6], 984, 994, 1007[13], 1854, 1857 f.

Wistinghausen, Henning von Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 410 „Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten; Europäisches Parlament“ des Auswärtigen Amts, seit 28. August 1981 Vortragender Legationsrat I. Klasse, seit 1. September 1981 beurlaubt zur Dienstleistung bei der Internationalen Energie-Agentur in Paris S. 102, 1087[1]

Witte, Barthold Ministerialdirigent und erster Vertreter des Leiters der Abteilung 6 „Abteilung für auswärtige Kulturpolitik“ im Auswärtigen Amt S. 1564[36]

Wittek, Karl-Heinz Amtsrat im Referat 011 „Parlaments- und Kabinettsreferat“ des Auswärtigen Amts S. 297[1]

Woessner, William M. Gesandter an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 278, 579, 681–685, 862[23], 946, 1289 f., 1760, 1869

Wojna, Ryszard Journalist, Mitglied des polnischen Parlaments und bis Juli 1981 Mitglied des ZK der PVAP S. 859[5]

Wojtaszek, Emil Sekretär des ZK der PVAP bis 30. April 1981; 1976–1980 Außenminister der Volksrepublik Polen S. 410

Wojtkowski, Mirosław Botschaftsrat bzw. seit November 1981 Geschäftsträger a. i. an der polnischen Botschaft in Bonn **Dok. 373** und S. 222, 265, 1235, 2036 f., 2088 f., 2093, 2098[11]

Wolf, Bernhard Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referats 331 „Andenstaaten und Mittelamerika“ des Auswärtigen Amts S. 1640[2]

Wolf, Kurt Arno Vortragender Legationsrat und Vertreter des Leiters im Referat 232 „VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen“ des Auswärtigen Amts bis 13. Juli 1981, anschließend Vertreter des Leiters im Referat 118 „Geheimschutz und Sicherheit“ S. 301[14]

Wolff von Amerongen, Otto Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages S. 1122, 1954

Wolfowitz, Paul Dundes Direktor des Planungsstabs im amerikanischen Außenministerium (Director of the Policy Planning) seit 13. Februar 1981 S. 285

Wörner, Manfred Mitglied des Deutschen Bundestags (CDU) S. 277[28]

Wright, Sir John Oliver Botschafter des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland in Bonn bis 16. März 1981 S. 223[11]

Wrzaszczyk, Tadeusz Mitglied der PVAP bis April 1981; 1975–1980 Stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik Polen und Vorsitzender der Planungskommission beim Ministerrat S. 1238[10]

Würzen, Dieter von Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft S. 129–131, 212[54], 865, 1269[29], 1935, 1954 f.

Wyszyński, Stefan Kardinal sowie Erzbischof von Gnesen und Warschau, Primas der katholischen Kirche in Polen bis zu seinem Tod am 28. Mai 1981 S. 87[3], 544, 592–594, 617, 628, 657, 695, 807, 859, 883, 901 f., 1329, 1346 f., 1460, 1637, 2081, 2085, 2096

Yang Dezhi Sekretär des ZK der KPCh und Generalsstabschef der chinesischen Streitkräfte S. 1061, 1408

York, Charles T. Gesandter-Botschaftsrat an der amerikanischen Botschaft in Bonn S. 1222, 1256

York von Wartenburg, Alexander Graf Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 014 „Büro Staatssekretäre“ im Auswärtigen Amt S. 319, 320[7], 547[4], 708[1], 758[1], 844[1], 1744[1], 1831[1], 1972[1], 2007[1]

Yoshino, Bunroku Botschafter von Japan in Bonn S. 889, 898

Young Jr., Andrew Jackson 1977–1979 Leiter der Ständigen Vertretung der Vereinigten Staaten von Amerika bei den Vereinten Nationen in New York S. 832

Zahir Shah, Mohammad 1933–1973 König des Königreichs Afghanistan S. 139

Zahradník, Jindřich Stellvertretender Ministerpräsident der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik bis 17. Juni 1981 S. 1349

Zainal Abidin bin Sulong Leiter der Ständigen Vertretung von Malaysia bei den Vereinten Nationen in New York S. 1395

Zambrano Velasco, José Alberto Außenminister der Republik Venezuela S. 1206

Zanetti, Friedrich Christian Botschafter der Republik Österreich in Warschau S. 454[20]

Zapałowski, Lesław Kabinettsdirektor beim polnischen Ministerrat S. 2093

Zayed *siehe: al-Nahyan, Scheich Zayed bin Sultan*

Zeller, Klaus Vortragender Legationsrat I. Klasse und Leiter des Referats 211 „Europäische Einigung, bilaterale Beziehungen zu westeuropäischen Staaten und der Türkei“ im Bundeskanzleramt, seit 24. Juni 1981 Ministerialdirigent und Leiter der Gruppe 21 „Auswärtiges Amt, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ im Bundeskanzleramt **Dok. 74, 75, 182, 272, 331, 374** und S. 223[11], 382[18], 758[1], 844[1], 878[2], 1035[1], 1037[7], 1054[109], 1077[1], 1152[1], 1322[2], 1767[1], 1771[23+24], 1772[27]

Zhao Ziyang Ministerpräsident der Volksrepublik China sowie Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und im Ständigen Ausschuß des Politbüros S. 649, 1198, 1498[1], 1511, 1530 f., 1690, 1825

Zia ul-Haq, Mohammad Präsident der Islamischen Republik Pakistan und Generalstabschef der pakistanischen Streitkräfte **Dok. 44** und S. 312, 351, 631–633, 674, 704, 736, 1406[33], 1714

Zilch, Volkmar Ministerialrat und Leiter des Referats 222 „Beziehungen zur DDR und Berlin-Fragen in den Bereichen Justiz und Verkehr“ im Bundeskanzleramt S. 132[12]

Zorreguieta Stefanini, Jorge Horacio Landwirtschaftsminister der Argentinischen Republik bis 29. März 1981 S. 45[16]

Zulu, Boniface Botschafter der Republik Sambia in Lissabon S. 688

Sachregister

Bei der Benutzung des Sachregisters sind folgende Hinweise zu beachten:

- Das Sachregister erfaßt in alphabetischer Reihenfolge Staaten, Organisationen und Institutionen sowie weitere Sachbegriffe.
- Die Einträge zu den Schlagworten „Abkommen und Verträge“, „Gesetze und Verordnungen“ sowie „Konferenzen und Verhandlungen“ folgen der Chronologie.
- Kursiv gedruckte Querverweise erschließen die zwischen den Schlagworten bestehenden Verbindungen.
- Bezieht sich ein Schlagwort auf ein Dokument als Ganzes, so ist die Dokumentennummer angegeben.
- Beim Nachweis einzelner Seiten beziehen sich hochgestellte Ziffern auf Fußnoten.
- Verweise über die Beziehungen zweier Staaten zueinander finden sich bei dem in der Schlagwortfolge alphabetisch zuerst aufgeführten Staat. So werden beispielsweise die Fundstellen zu den äthiopisch-sowjetischen Beziehungen unter „Äthiopien“ und dort beim Unterschlagwort „UdSSR“ genannt. Ebenso werden die Beziehungen übernationaler Organisationen zueinander alphabetisch verschlagwortet.
- Die bilateralen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland werden allerdings stets unter dem Schlagwort des jeweils fremden Staates erfaßt. Entsprechendes gilt für das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu übernationalen Organisationen, wie etwa den Vereinten Nationen.
- In einigen Fällen wird unmittelbar hinter dem Schlagwort zu einem Staat ein eigenes Schlagwort wie „Frankreich–Bundesrepublik Deutschland“ oder „USA–Bundesrepublik Deutschland“ gebildet, um eine zusätzliche Untergliederung möglich zu machen.
- Die Beziehungen eines Staates zu einer übernationalen Organisation bzw. zu internationalen Verhandlungen werden unter dem Schlagwort der Organisation bzw. der Verhandlungen erfaßt. Ist ein Staat nicht Mitglied einer Organisation bzw. Teilnehmer der Verhandlungen, ist die Fundstelle unter dem Schlagwort des Staates ausgewiesen.
- Wirtschaftsunternehmen werden unter einem eigenen Schlagwort aufgeführt.
- **Band I** reicht von Dokument 1 bis 122 bzw. von Seite 3 bis 684, **Band II** von Dokument 123 bis 280 bzw. von Seite 685 bis 1484, **Band III** von Dokument 281 bis 398 bzw. von Seite 1485 bis 2104.

Abkommen und Verträge

– Vertrag vom 13.7.1713 zwischen dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und der Spanischen Monarchie über Frieden und Freundschaft
S. 612[20], 1781

– Friedensvertrag vom 18.3.1921 zwischen Polen, Rußland und der Ukraine
S. 1680[29]

– Genfer Protokoll vom 17.6.1925 über das Verbot der Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie bakteriologischen Mitteln im Kriege
S. 339[35], 1488

– Vertrag vom 11.2.1929 zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Königreich Italien
S. 793

– Nichtangriffs- und Neutralitätsvertrag vom 23.8.1939 zwischen dem Deutschen Reich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 901

– Charta der Vereinten Nationen vom 26.6.1945
siehe unter: Vereinte Nationen

– Vereinbarung vom 27.12.1945 über die Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (Abkommen von Bretton Woods)
S. 828[14]

– Interamerikanischer Vertrag vom 2.9. 1947 (Vertrag von Rio)
S. 64

– Nordatlantikvertrag vom 4.4.1949
S. 239, 539[35], 551, 613[21], 687[17], 693[9], 779, 932[11], 1025, 1296[2], 1297, 1305 f., 1604[6], 1672[4], 1704[8], 1890, 1912[8], 2041

– Vertrag vom 18.4.1951 über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
S. 103, 599, 761, 1073, 1315, 1493[15]

– Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)
S. 258, 262, 1289

– Abkommen vom 20.9.1951 über den Handel zwischen den Währungsgebieten der Deutschen Mark (DM-West) und den Währungsgebieten der Deutschen Mark der Deutschen Notenbank (DM-Ost) (Berliner Abkommen) in der Fassung vom 16.8.1960
S. 1909 f., 1941

– Generalvertrag vom 26.5.1952
S. 1253, 1256

– Abkommen vom 27.2.1953 über deutsche Auslandsschulden (Londoner Schuldenabkommen)
S. 156[9]

– Verteidigungsabkommen vom 26.9.1953 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Spanischen Staat
S. 568[21]

– Pariser Verträge vom 23.10.1954
S. 915[8]

– Vertrag vom 23.10.1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (Aufenthaltsvertrag)
S. 1253, 1256

– Vertrag vom 23.10.1954 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten (Deutschland-Vertrag)
S. 1253[14]

– WEU-Vertrag vom 23.10.1954
S. 551, 601

– Vertrag vom 14.5.1955 zwischen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der DDR, der Volksrepublik Polen, der Volksrepublik Rumänien, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, der Ungarischen Volksrepublik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand (Warschauer Pakt)
S. 529[54], 539[36]

– Vertrag vom 25.3.1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG-Vertrag)
siehe unter: Römische Verträge

– Abkommen vom 25.4.1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Allgemeine Fragen des Handels und der Seeschiffahrt
S. 174 f., 2067

– Abkommen vom 22.7.1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem

Königreich Afghanistan über den Luftverkehr
S. 1991

– Zusatzabkommen vom 3.8.1959 zu dem Abkommen vom 19.6.1951 zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags über die Rechtsstellung ihrer Truppen (NATO-Truppenstatut)
S. 258, 262, 1289

– Abkommen vom 6.10.1959 zwischen EURATOM und Kanada über die Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie
S. 1123[11]

– Vertrag vom 19.1.1960 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Kaiserreich Japan über Zusammenarbeit und Sicherheit
S. 895

– Abkommen vom 23.3.1962 zwischen dem Königreich Dänemark, der Republik Finnland, der Republik Island, dem Königreich Norwegen und dem Königreich Schweden über Zusammenarbeit
S. 810

– Kulturabkommen vom 11.6.1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Südafrika
S. 370 f.

– Vertrag vom 22.1.1963 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit
S. 861, 1069, 1496

– Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei
S. 1557, 1695[7]

– Zusatzprotokoll vom 23.11.1963 zum Abkommen vom 12.9.1963 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei
S. 1695[7]

– Vertrag vom 8.4.1965 über die Einsetzung eines gemeinsamen Rates und einer gemeinsamen Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Fusion der Exekutiven)
S. 103

– Vertrag vom 16.9.1966 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Bayern über den Ausbau der Großschiffahrtsstraße Rhein-Main-Donau zwischen Nürnberg und Vilshofen/Passau (Duisburger Vertrag)
S. 1446[21]

– Abkommen vom 4.11.1966 zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den zivilen Luftverkehr
S. 44

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über bürgerliche und politische Rechte
S. 1393

– Internationaler Pakt vom 19.12.1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
S. 1393

– Vertrag vom 14.2.1967 über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika (Vertrag von Tlatelolco)
S. 1582

– Vertrag vom 1.7.1968 über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (Nichtverbreitungsvertrag)
S. 585, 826, 895, 904–906, 941[13], 966, 980, 1017, 1123 f., 1272, 1326 f., 1566, 1581, 1612, 1729, 1809, 1938 f., 1943

– Vertrag vom 12.8.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (Moskauer Vertrag)
S. 74, 172, 236, 405[37], 493, 499, 536, 981 f., 992 f., 1749, 1828, 1832, 1838, 1842

– Vertrag vom 7.12.1970 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen (Warschauer Vertrag)
S. 74, 236, 265, 405[37], 419 f., 422 f., 431, 493, 536, 1749, 1829, 2052, 2054

– Vertrag vom 27.5.1971 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Vereinigten Arabischen Republik über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 211[50]

– Vier-Mächte-Abkommen über Berlin vom 3.9.1971
S. 76, 172, 214[58], 401[19], 402, 405[37], 713 f., 716, 1018, 1094, 1281, 1799 f., 1842, 1907, 1941, 1953, 1959, 1980, 2008

– Abkommen vom 11.11.1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über den Luftverkehr
S. 174

– Abkommen vom 10.12.1971 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Devisenausgleich
S. 259

– Abkommen vom 17.12.1971 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der DDR über den Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) (Transitabkommen)
S. 1950, 1980

– Vereinbarung vom 7.2.1972 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über die Ausfuhr von gemeinsam entwickelten und/oder gefertigten Kriegswaffen und sonstigem Rüstungsmaterial in dritte Länder
S. 124, 1303

– Vertrag vom 9.4.1972 zwischen der Republik Irak und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Frieden und Freundschaft
S. 92

– Übereinkommen vom 10.4.1972 über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) Waffen und von Toxinwaffen sowie über die Vernichtung solcher Waffen
S. 339, 716, 1488

– Interimsabkommen vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Maßnahmen hinsichtlich der Begrenzung strategischer Waffen (SALT I)
siehe unter: SALT

– Vertrag vom 26.5.1972 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme (ABM-Vertrag)
S. 189[17], 975, 1527

– Vertrag vom 26.5.1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über Fragen des Verkehrs (Verkehrsvertrag)
S. 1017

– Abkommen vom 14.10.1972 zwischen der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über einige Fragen der Seeschiffahrt
S. 44

– Abkommen vom 19.12.1972 zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Zypern
S. 227[5]

– Vertrag vom 21.12.1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR über die Grundlagen der Beziehungen (Grundlagenvertrag)
S. 74, 99[7+8], 100[10], 132, 172, 181, 196, 397, 401, 405[37], 408, 493, 529, 536, 717, 1017, 1466, 1749, 1822, 1829, 1941 f., 1948, 1953, 1955 f., 1959, 1979

– Abkommen vom 2.3.1973 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Nordirland über die Errichtung der Deutsch-Britischen Stiftung für das Studium der Industriegesellschaft
S. 1782[44]

– Abkommen vom 19.5.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über kulturelle Zusammenarbeit
S. 521, 1842[17]

– Abkommen vom 22.6.1973 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Verhinderung eines Atomkriegs
S. 1245

– Abkommen vom 29.6.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit
S. 1669

– Vertrag vom 11.12.1973 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die gegenseitigen Beziehungen (Prager Vertrag)
S. 74, 236, 405[37], 493, 536, 1749, 1829, 2009

– Übereinkommen vom 20.12.1973 über den internationalen Handel mit Textilien
S. 762

– Abkommen vom 25.4.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über den Devisenausgleich
S. 259

– Vereinbarung vom 25.4.1974 zwischen dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister der Finanzen der DDR über den Transfer von Unterhaltszahlungen
S. 1955[54]

– Vereinbarung vom 25.4.1974 zwischen dem Bundesminister der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister der Finanzen der DDR über den Transfer aus Guthaben in bestimmten Fällen
S. 1955[54]

– Abkommen vom 3.7.1974 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung unterirdischer Kernwaffenversuche zu friedlichen Zwecken
S. 1582

– Abkommen vom 30.10.1974 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die weitere Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit
S. 521

– AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 28.2.1975
S. 1064, 1277, 1309, 1548[16], 1556, 1562

– Abkommen vom 27.6.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Föderativen Republik Brasilien über Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie
S. 826[8]

– Abkommen vom 4.9.1975 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel über Gewaltverzicht und weitere militärische Entflechtungsmaßnahmen auf der Sinai-Halbinsel (Sinai-Abkommen)
S. 267

– Vertrag vom 7.10.1975 über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand zwischen der DDR und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
S. 529

– Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung nebst Vereinbarung hierzu
S. 420[49], 424

– Abkommen vom 9.10.1975 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über die Gewährung eines ungebundenen Finanzkredits
S. 619[46]

– Ausreiseprotokoll vom 9.10.1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
S. 619[46]

– Abkommen vom 20.10.1975 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Lieferung von Getreide
S. 43 f., 705, 1099[14]

– Vertrag vom 24.1.1976 zwischen dem Spanischen Staat und den Vereinigten Staaten von Amerika über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 568[21], 1334[50], 1592

– Abkommen vom 28.5.1976 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über unterirdische Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken mit zugehörigem Protokoll
S. 1582

– Abkommen vom 11.6.1976 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über kulturelle Zusammenarbeit
S. 420, 424 f.

– Abkommen vom 26.11.1976 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über Fischerei vor den Küsten der Vereinigten Staaten von Amerika
S. 44

– Abkommen vom 11.4.1978 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über kulturelle Zusammenarbeit
S. 2009

– Abkommen vom 6.5.1978 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie
S. 74, 173[11], 521, 535, 1830, 1835, 1842f., 1940, 1959

– Vertrag vom 5.12.1978 zwischen der Demokratischen Republik Afghanistan und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit
S. 1634

– Friedensvertrag vom 26.3.1979 zwischen der Arabischen Republik Ägypten und dem Staat Israel (Vertrag von Camp David)
siehe unter: Nahost-Konflikt

– Abkommen vom 27.3.1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Norwegen über Rüstungszusammenarbeit
S. 1270

– Vertrag vom 18.6.1979 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Begrenzung strategischer offensiver Waffen (SALT II)
siehe unter: SALT

– Vereinbarung vom 23.8.1979 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik Polen über Vereinfachungen für die Beschäftigung entsandter Arbeitnehmer im Rahmen wirtschaftlicher Kooperation
S. 1237

– Konsularvertrag vom 4.9.1979 zwischen der DDR und den Vereinigten Staaten von Amerika
S. 715

– Abkommen vom 12.10.1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Rumänien über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 1669

– AKP-EWG-Abkommen von Lomé vom 31.10.1979
S. 1064, 1277, 1309, 1556

– Übereinkommen vom 13.11.1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung
S. 1271

– Vereinbarung der Verfassungskonferenz für den Übergang Rhodesiens zur Unabhängigkeit vom 21.12.1979 (Lancaster-House-Abkommen)
S. 348, 626, 873, 885, 948, 1974

– Kooperationsabkommen vom 7.3.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den Mitgliedsländern des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN)
S. 169[39]

– Kooperationsabkommen vom 2.4.1980 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien
S. 213

– Abkommen vom 29.4.1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die technisch-industrielle Zusammenarbeit auf dem Gebiet von Rundfunksatelliten
S. 1078[6]

– Vertrag vom 4.6.1980 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Sultanat Oman über wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit
S. 652[19], 675[10]

– Abkommen vom 22.8.1980 zwischen der Somalischen Demokratischen Republik und den Vereinigten Staaten von Amerika über die Nutzung von Militäreinrichtungen
S. 526[50]

– Notenwechsel vom 15.9.1980 zwischen der Italienischen Republik und der Republik Malta über die Neutralität von Malta
S. 1330[33]
– Vertrag vom 16.9.1980 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Portugiesischen Republik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen
S. 959, 961
– Vertrag vom 8.10.1980 zwischen der Arabischen Republik Syrien und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 269, 911
– Übereinkommen vom 10.10.1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Verletzungen verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen)
S. 637
– Abkommen vom 16.1.1981 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Königreich Norwegen über die Vorratshaltung von Militärmaterial
S. 23, 106, 809
– Abkommen vom 31.3.1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über einen Beitrag der Bundesrepublik für die Stiftung „Deutsch-Französische Verständigung“
S. 393[10], 1086[24]
– Abkommen vom 19.8.1981 zwischen der Sozialistischen Libysch-Arabischen Volks-Dschamahirija, der Demokratischen Volksrepublik Jemen und Äthiopien über Freundschaft und Zusammenarbeit
S. 1354
– Abkommen vom 15.9.1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkischen Republik über finanzielle Zusammenarbeit
S. 1345, 1409
– Abkommen vom 15.9.1981 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkischen Republik über Verteidigungshilfe
S. 1345, 1409
– Abkommen vom 1.10.1981 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Lieferung von Getreide
S. 1099[14]
– Notenwechsel vom 8.10.1981 zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Republik Malta über den Status der Republik Malta als neutraler Staat
S. 1684
– Protokoll vom 10.12.1981 zum Nordatlantikvertrag über den Beitritt Spaniens
S. 1925 f.
– Fischereiabkommen vom 29.12.1981 zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Regierung Kanadas
S. 1121

Abrüstung und Rüstungskontrolle
S. 1387, 1692, 1714
– Australien
S. 1218
– Belgien
S. 1218
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 230 und S. 109[30], 205 f., 219, 284–289, 329[10], 413, 538, 591, 640 f., 765 f., 926, 929, 1006, 1030 f., 1220 f., 1263 f., 1272, 1538, 1583, 1631, 1666 f., 1751, 1828, 1921, 2016
– Committee on Disarmament (CD)
siehe unter: Vereinte Nationen
– Conference of the Committee on Disarmament (CCD)
siehe unter: Vereinte Nationen
– ČSSR
S. 2014
– Dänemark
S. 108, 982[9], 1006, 1273
– DDR
S. 400, 404, 1017, 1030 f., 1936, 1943, 1946 f., 1981
– Finnland
S. 23 f.
– Frankreich
S. 1062
– Friedenszone Indischer Ozean
S. 289, 1688
– Großbritannien
S. 245, 519, 589[7], 1218
– Indien
S. 1751

– Japan
S. 894, 1218
– Kanada
S. 1929
– Kernwaffenfreie Zone in Nordeuropa
Dok. 5, 20 und S. 978, 982, 1006, 1135[7], 1169, 1262, 1264f., 1272f., 1277, 1299, 1504, 1523, 1802, 2016
– NATO
S. 106–109, 783
– Norwegen
S. 21–26, 106, 982, 1262, 1265
– Polen
S. 412
– Rumänien
S. 1664, 1666, 1751
– UdSSR
S. 23–25, 109[29], 220, 245[15], 329[10], 519f., 766, 1169, 1264f., 1299, 1540f., 1793, 1800, 1846, 1897, 1904, 2012, 2016
– Umfassendes Teststoppabkommen
S. 245, 519, 1582f.
– USA
S. 39, 220, 245, 284–289, 355, 363, 365, 495, 519f., 589[7+11], 690, 836, 925, 974f., 1100, 1105[43], 1203f., 1292, 1401[15], 1455, 1486, 1528, 1539–1541, 1578, 1580–1583, 1762, 1806f., 1810, 1880, 1904, 1916, 1923f., 1929, 1933
– Verbot biologischer Waffen
S. 1486f., 1846
– Verbot chemischer Waffen
S. 339, 519, 1221[4], 1294, 1486f., 1583, 1947
– Vereinte Nationen
S. 1031, 1943, 2012, 2014, 2016
– Warschauer Pakt
S. 2012

Afghanistan
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Vereinte Nationen

Dok. 371 und S. 19, 105[20], 118, 133, 136, 146[18], 269, 311, 355, 618, 623, 626, 652, 675, 823, 865, 899, 932, 950, 997, 1026, 1135, 1144, 1183[10], 1194, 1199, 1231, 1401[15], 1403, 1406, 1438, 1562, 1852, 2004, 2039, 2059, 2067, 2069, 2098, 2104
– Bewegung blockfreier Staaten
S. 409, 506, 523, 636
– Brasilien
S. 787
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 28 und S. 17[11], 247[4], 250–252, 317, 337f., 505f., 523, 528, 540, 584, 631, 636, 703f., 711, 788, 888[17], 1056f., 1108, 1203f., 1311, 1398f., 1478[26], 1592, 1631, 1633, 1657, 1802, 1805, 1987–1992, 2018
– Dänemark
S. 636
– DDR
S. 902, 1270, 1990, 1992
– Europäische Gemeinschaften/ Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 461, 990, 996, 1056f., 1108, 1173, 1186, 1203, 1310, 1398, 1428, 1478[26], 1505, 1753, 1785, 1805, 1881, 1918
– Frankreich
S. 17[11], 250, 461, 636f., 703, 731, 733, 794[3], 888, 997f., 1056f., 1311, 1431, 1991
– Großbritannien
S. 17[11], 631, 703, 733, 888, 997, 1056f., 1310f., 1602, 1896, 1991
– Indien
S. 17[11], 208, 248[7], 249, 313, 316[4], 317, 736, 888, 990, 1056, 1397, 1753
– Iran
S. 139[11], 250, 888[17], 990, 1310[9], 1398
– Japan
S. 648f., 733
– Jugoslawien
S. 1111
– Kanada
S. 636, 922
– Luxemburg
S. 752
– NATO
Dok. 114 und S. 365, 638, 851, 1605, 2041, 2043
– Oman
S. 675[10]
– Pakistan
S. 17[11], 78, 139f., 247, 249–252, 313, 351, 358, 501, 632, 653, 674, 703, 736, 888[17], 990, 1056, 1162[11], 1310, 1397f., 1427f., 1802
– Rumänien
S. 1665
– Schweden
S. 159

– UdSSR
S. 17, 20, 37, 45, 50, 65[21], 73, 78 f., 110[3], 121, 138, 141, 144, 159, 164, 168, 178, 180, 205, 208, 237, 247[4], 248[7], 249–252, 257, 280, 283, 287, 301, 304, 316[4], 317, 331, 334, 337 f., 359, 365, 390, 397, 409, 415, 427 f., 476, 501 f., 534, 562, 631, 636, 652[19], 656, 674, 687, 697, 711, 725, 731, 736, 769, 787, 801 f., 804, 806, 857, 902, 922–924, 943[8], 947, 990, 993[9], 994, 996 f., 1040, 1055 f., 1099, 1106, 1108, 1130, 1173, 1203 f., 1243, 1246, 1268, 1310 f., 1362 f., 1398 f., 1426 f., 1429–1431, 1478[26], 1489, 1502, 1505 f., 1520, 1534, 1570, 1574, 1592, 1602, 1605[8], 1631, 1633 f., 1665, 1685, 1714, 1749, 1751, 1753, 1802, 1831[3], 1896, 1898, 1915 f., 1918, 1922, 1924, 1930, 1987–1989, 1991 f., 2018, 2064
– Ungarn
S. 1634
– USA
S. 144[10], 351, 416, 495, 501, 528, 534, 539, 636 f., 654, 703, 888[17], 922 f., 990, 1203 f., 1427 f., 1430 f., 1438, 1489, 1541, 1802, 1896, 1987 f., 1991
– Volksrepublik China
S. 649, 990, 1505

Ägypten
siehe außerdem: Irakisch-iranischer Krieg, Nahost-Konflikt
S. 224, 1522[16], 1533, 1931
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 47, 289, 293 und S. 315[19], 351, 1347, 1355, 1648, 1651, 1731[12], 1772
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 160[7], 270, 445[5], 1549, 1598
– Frankreich
S. 269, 645, 953[30], 1047, 1552, 1572 f.
– Großbritannien
S. 953[30], 1552
– Iran
S. 1568
– Israel
S. 12[5], 68, 267 f., 271, 445[5], 579–581, 645, 666 f., 756, 774, 949, 966, 1047, 1066 f., 1228, 1331, 1335[52], 1347, 1353, 1404, 1417 f., 1550, 1571 f., 1647, 1685[58], 1771
– Italien
S. 1331, 1347, 1552
– Jordanien
S. 582, 756, 1771
– Libanon
S. 949[14]
– Libyen
S. 269, 616, 645, 841, 1004, 1551 f., 1572
– Luxemburg
S. 269
– Marokko
S. 756, 1552, 1572
– Niederlande
S. 445[5]
– Rumänien
S. 1551, 1670
– Saudi-Arabien
S. 269, 351, 756, 774, 1551, 1572, 1646 f., 1651, 1771 f.
– Sudan
S. 269, 1552
– UdSSR
S. 178, 211, 1551, 1896
– USA
S. 267–270, 350, 390, 580[11], 645, 686, 841, 1228, 1330, 1438, 1550[11], 1552, 1604, 1685, 1801

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
S. 1538[12]

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden e.V.
S. 1538[12]

Algerien
siehe außerdem: Bewegung blockfreier Staaten, Nord-Süd-Dialog
S. 685, 873
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 4 und S. 629, 827, 1081, 1420
– Frankreich
S. 345, 1047, 1083, 1314, 1545, 1925
– Iran
S. 16[6], 18
– Marokko
S. 16[5], 20, 614–616
– UdSSR
S. 52[34], 178
– USA
S. 18[5]

Angola
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 81, 85, 349, 470[26], 524, 645 f., 752, 760, 775 f., 856, 873, 1144, 1204, 1231, 1258 f., 1377 f., 1422, 1685, 1925
– Brasilien
S. 688, 789
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 258 und S. 168, 646, 791, 837, 884, 948, 1164 f., 1222[4], 1226, 1345, 1400, 1420, 1836
– DDR
S. 791[27]
– Frankreich
S. 1063, 1313 f., 1548
– Großbritannien
S. 1258[8]
– Italien
S. 1344 f.
– Jugoslawien
S. 1118, 1401
– Kanada
S. 1422
– Kuba
S. 202, 247[4], 688, 720, 829–831, 836, 871, 884, 947 f., 1002, 1063, 1148, 1164 f., 1222[4], 1223–1227, 1258, 1313 f., 1362 f., 1377–1380, 1399[4], 1400, 1406, 1422, 1428, 1430, 1468, 1480 f., 1548, 1612, 1836, 1896, 1974 f.
– Marokko
S. 14
– Portugal
S. 688, 959
– Rumänien
S. 1670
– Simbabwe
S. 830
– Südafrika
Dok. 240 und S. 1261[10], 1313 f., 1345, 1377, 1379, 1399[4], 1612, 1803, 1835 f., 1975 f.
– UdSSR
S. 247[4], 301, 688, 947, 1051, 1428, 1803, 1836, 1916, 1975
– USA
S. 14, 527, 626[25], 688, 720, 829–831, 836, 1002, 1148, 1164–1166, 1223–1227, 1258[8], 1362 f., 1377 f., 1399[4], 1401, 1406, 1480 f., 1836, 1896, 1974 f.

ANZUS (Australia, New Zealand, United States Security Treaty)
S. 880[12]

Äquatorialguinea
S. 1049[82]

Arabische Liga
S. 446[14], 1229, 1233, 1772, 1774

Argentinien
siehe außerdem: Energie- und Rohstoffpolitik, Vereinte Nationen
S. 45
– Brasilien
S. 791
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 267 und S. 1125[16]
– Heiliger Stuhl
S. 1416[6]
– NATO
S. 184, 1025
– Österreich
S. 1448
– UdSSR
S. 923
– USA
S. 193

ASEAN (Association of Southeast Asian Nations)
siehe außerdem: Indien, Volksrepublik China
S. 18, 169, 248, 675, 741 f., 899, 963, 1010, 1061, 1098, 1918
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 263 und S. 1511 f., 1753 f.
– Europäische Gemeinschaften
Dok. 300 und S. 169, 1397, 1407, 1512
– Indonesien
S. 1395
– Kambodscha
S. 991, 1010, 1119, 1159–1162, 1394 f., 1508–1510, 1600 f., 1753, 1899
– Malaysia
S. 1395
– NATO
S. 1396
– Philippinen
S. 1395, 1601 f.
– Singapur
S. 1395, 1601 f.

– Thailand
S. 1395

Äthiopien
S. 269, 645[12], 675, 688, 823, 841, 1144, 1231, 1545, 1551

– Bundesrepublik Deutschland
S. 776

– DDR
S. 775[25]

– El Salvador
S. 279[7]

– Italien
S. 775

– Kuba
S. 247[4], 775[25], 1611

– Libyen
S. 1611

– Somalia
S. 49, 53, 775, 776[28], 1050 f., 1311 f., 1611

– Sudan
S. 654

– UdSSR
S. 49, 52[34], 141[15], 178, 247[4], 301, 350, 654, 687, 775, 869, 1050, 1311[16], 1363, 1428, 1611

– USA
S. 350

Australien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

S. 8[21], 45, 184, 193, 244, 395, 741, 826, 923, 963

Bahrain
S. 350, 673

Bangladesch
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Irakisch-iranischer Krieg, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog

S. 53[35], 736–740, 888[16], 1753

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 131 und S. 887

Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)
S. 999[19+21]

Barbados
S. 788

Belgien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, KAE, KSZE, MBFR, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 14, 106[4], 109[29], 260, 290, 365, 382[17], 400, 645, 749 f., 1023, 1093, 1275[12], 1334[45], 1337[5], 1945, 2099, 2101

Benin
S. 645

Berlin
Dok. 127, 355 und S. 4[8], 76 f., 104, 407, 1490

– ČSSR
S. 2007

– DDR
S. 714[7], 132[16], 1015 f., 1018, 1543, 1940, 1979 f.

– Drei Mächte
S. 79, 190, 714[6+7], 716, 1094

– Einbeziehung in (internationale) Abkommen und Verträge
S. 716, 718, 1835[4], 1842, 1951, 1954

– Energieversorgung
S. 1410[56], 1835[4], 1940, 1960 f., 1978

– Europäische Gemeinschaften
S. 602, 716

– Frankreich
S. 184, 191, 713, 854, 1071, 1542

– Gewässerschutz
S. 1954 f., 1960 f., 1978

– Großbritannien
S. 184, 191, 387, 854

– Jugoslawien
S. 214[58], 215, 1592

– Luftverkehr
S. 1907, 1909

– Polen
S. 714

– UdSSR
S. 190 f., 387, 1799 f., 1810, 1842, 1879, 1908

– USA
S. 70, 184, 191, 344, 716, 854, 1359 f., 1606

– Verkehrsfragen
S. 101, 131 f., 714, 716, 1018, 1955, 1980

Bewegung blockfreier Staaten
siehe außerdem: Afghanistan, Dänemark, UdSSR

S. 17, 280, 283, 506, 523, 527, 591, 675, 789 f., 802, 864, 1056, 1119, 1161 f., 1219, 1515, 1591, 1689[67], 1753[42], 1869

– Algerien
S. 18 f., 616
– Bangladesch
S. 741
– Bundesrepublik Deutschland
S. 20 f., 312 f., 866, 868 f.
– Indien
S. 208, 248[7], 311
– Irak
S. 209, 867 f.
– Iran
S. 209, 867[13]
– Jugoslawien
S. 21, 201, 209, 249, 1161
– Kambodscha
S. 209
– Kuba
S. 202, 249, 741, 790, 868
– Nigeria
S. 248, 1161
– Pakistan
S. 248 f., 1161
– Saudi-Arabien
S. 248
– Sri Lanka
S. 249

Bhutan
S. 739[15], 1753[45]

Birma
S. 739

Bonner Vierergruppe
S. 713, 714[6], 716 f., 1094

Botsuana
siehe außerdem: Namibia-Frage

S. 168, 524, 830, 1420

Brasilien
siehe außerdem: Afghanistan, Angola, Argentinien, Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog

S. 1555
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 141 und S. 826[8], 837
– El Salvador
S. 298, 787, 788[18], 791, 837
– Frankreich
S. 790[25]
– Kanada
S. 790[25]
– Kuba
S. 1415
– NATO
S. 1025
– Polen
S. 787
– Portugal
S. 689
– Südafrika
S. 790
– USA
S. 837

Bulgarien
siehe außerdem: KSZE, NATO-Doppelbeschluß, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt

S. 264, 326[4], 629, 998, 1029, 1035, 1135, 1680, 1905
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 195, 197 und S. 953, 998, 1055[3], 1056 f., 1135, 1829

Bundesanstalt für Arbeit
S. 1782

Bundesgrenzschutz
S. 1050[90]

Bundeskabinett
S. 61[2], 66[23], 143[6], 145[16], 215 f., 244, 368, 400[14], 439[24], 510, 547, 591[18], 604, 646[20], 999[21], 1210, 1218, 1235, 1335, 1344, 1359, 1411–1413, 1543, 1645, 1725, 1764, 1792, 1867, 1996

Bundeskanzleramt
S. 41[2], 402, 437[22], 484[17], 547 f., 876[4], 1109, 1156, 1300, 1306, 1307[28], 1837[1], 1910[18], 1955[53]

Bundesministerium der Finanzen
S. 41[2], 142[5], 254 f., 257–263, 301[14], 478, 554[5], 555[7], 591, 659[20], 1290, 1557, 1604[7], 2047

Bundesministerium der Justiz
S. 547 f., 552 f., 554[26]

Bundesministerium der Verteidigung
S. 41[2], 124[13], 254–258, 262, 296, 314[15+16], 334, 341, 342[49], 366, 381[15], 382[17], 484[17], 547 f., 553, 554[26], 606[10], 755[17], 923[6], 1026, 1156, 1157[12], 1289 f., 1300, 1306, 1307[28], 1374, 1388, 1390, 1457 f., 1510[47], 1577, 1614[10], 1704, 1725, 1757–1759, 1760[8], 2024

Bundesministerium des Innern
S. 41[2], 547 f., 553, 554[26], 554[5], 555, 665[38], 1078[8]

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
S. 420, 555[7]

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
S. 41[2], 1121, 2047

Bundesministerium für Forschung und Technologie
S. 1077[4], 1078[7], 1124, 1270

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
S. 1012, 1910[8], 1955[53]

Bundesministerium für Verkehr
S. 41[2], 233, 1841[14], 1955[53], 2067

Bundesministerium für Wirtschaft
S. 41[2], 68[12], 90, 145[15], 200[9], 203[20], 212[54], 260, 296, 301[14], 448[29], 480, 484[17], 610[14], 619[43], 662[23], 760[18], 761[21], 762[23], 925[8], 1126[19], 1156, 1157[12], 1200[24], 1300, 1302 f., 1305[25], 1306, 1307[28], 1557, 1955[53], 2047, 2103

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit
S. 559[14], 560[15], 591, 1557, 1643, 1670[42], 1700[23]

Bundesnachrichtendienst (BND)
S. 437[22], 483

Bundessicherheitsrat
Dok. 322, 328 und S. 68[12], 72[23], 122, 124 f., 253, 257, 263, 314[15], 484[17], 491[19], 878[2], 908–910, 1024[2], 1025 f., 1157, 1255, 1298[4], 1300, 1302 f., 1307, 1308[29], 1372–1374, 1388, 1604[7], 1617, 1704, 1756–1758, 1837[1]

Bundessozialgericht
S. 420

Bundestag
S. 124[13], 157[11], 206, 244, 326 f., 340, 346–348, 393, 499, 669 f., 693, 716[18+19], 718, 870, 919 f., 1085 f., 1107, 1205[20], 1206, 1290, 1296, 1302 f., 1345, 1352, 1359 f., 1403, 1423–1426, 1497, 1577, 1652, 1699 f., 1702, 1720, 1822, 1867, 1997, 2009, 2036 f., 2049, 2054, 2059[9], 2078, 2088, 2092, 2099, 2102, 2104

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)
S. 212, 662, 897, 1122

Bundesverfassungsgericht
S. 401[19], 404[36], 420, 1958

Bundeswehr
Dok. 100 und S. 51, 235, 260, 305, 324, 334[7], 341 f., 363, 366, 381[15], 569, 618, 823, 870, 895, 1025 f., 1359, 1738, 2013

CDU (Christlich-Demokratische Union Deutschlands)
S. 280, 282[19], 328[4], 404, 716[18], 832, 872, 875, 916[11], 958, 1110, 1304, 1854, 1857, 2036[17], 2088

Chile
S. 68, 663, 670, 1416, 1548

China
siehe: Republik China (Taiwan) und Volksrepublik China

Club of Rome
S. 559

COMECON (Council for Mutual Economic Aid/Assistance)
siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Commonwealth of Nations
S. 348[5], 1585, 1684

Coordinating Committee for East-West Trade Policy (COCOM)
S. 44, 173, 637, 925, 1152, 1154, 1180, 1308, 2035, 2048, 2050, 2067, 2103 f.

Costa Rica
S. 282 f., 297, 1406, 1407[38]

Council on Foreign Relations (New York)
S. 567, 976

ČSSR (Československá Socialistická Republika)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Berlin, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, SALT, Vereinte Natio-

nen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 254 und S. 7, 359, 404, 594, 628 f., 695 f., 798 f., 802, 833, 860, 997, 1741[12], 1751, 1805[41], 1878, 1941, 1945

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 374, 377 und S. 74 f., 98, 164, 343, 805, 953
– Charta 77
S. 1348, 1350
– Kuba
S. 2015
– Libyen
S. 2015
– Österreich
S. 1350
– Polen
S. 88, 190, 264, 343, 360, 412, 805, 808, 1348–1351, 1910, 1999 f.
– Türkei
S. 1023, 1701
– UdSSR
S. 1040, 1350, 2000, 2044
– USA
S. 2013

CSU (Christlich-Soziale Union)
S. 646, 716[18], 872, 875, 916[11], 1110, 2036[17], 2088

Dänemark
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, KAE, KSZE, MBFR, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 106[4], 109[29], 400, 810[30], 1267

– Bewegung blockfreier Staaten
S. 750
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 243 und S. 144[12]
– Frankreich
S. 1274[11], 1278
– Großbritannien
S. 1275
– Polen
S. 412, 750, 1217, 2100 f.
– Schweden
S. 775
– Spanien
S. 447, 614, 635
– UdSSR
S. 496[24]

DDR (Deutsche Demokratische Republik)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Angola, Äthiopien, Berlin, Deutsch-deutsches Verhältnis, KAE, KSZE, MBFR, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, SALT, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

Dok. 60 und S. 4[8], 98–101, 120, 140, 230, 629, 684, 696, 729[24], 802, 835, 860, 865, 1436, 1665, 1741[12], 1878 f., 2019

– Ausreisebewegung
S. 325 f.
– Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 675[10], 856
– El Salvador
S. 715
– Evangelische Kirche
S. 1910, 1982
– Frankreich
S. 715, 717 f., 1908
– Großbritannien
S. 715 f., 718, 1016, 1909
– Italien
S. 1956
– Japan
S. 902, 1271
– Marokko
S. 14
– NATO
S. 196
– Norwegen
S. 1271
– Polen
S. 88, 98, 130, 189 f., 243, 264, 343, 360, 398, 403 f., 412, 484, 628[5], 717, 806, 808, 902, 1018 f., 1271, 1335, 1346, 1466 f., 1543, 1910, 1980
– UdSSR
S. 400, 529, 717, 934, 1339, 1367, 1945, 1980 f., 2044

– USA
S. 180, 191[23], 344, 714 f., 717, 1908 f.

Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
siehe außerdem: DDR
S. 141[15], 269, 645[12], 652, 669, 685, 841, 1051, 1545, 1687

– Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)
S. 53
– Kuba
S. 675[10], 856
– Oman
S. 675, 677
– Saudi-Arabien
S. 652, 788, 814
– UdSSR
S. 675, 687, 856, 869
– USA
S. 224, 350
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 675, 677

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)
S. 900, 1533

Deutsch-deutsches Verhältnis
Dok. 18, 26, 35, 37, 76, 77, 192, 196, 244, 275, 363, 364, 368 und S. 18, 31, 75, 77, 165 f., 326[4], 380, 413, 483 f., 835, 883, 1071 f., 1109 f., 1145, 1243, 1270 f., 1338 f., 1346, 1448, 1478, 1588, 1608, 1722, 1751, 1818, 1835[4], 1907–1910, 1920, 1997, 2000, 2016

– Ausreisebewegung
Dok. 52, 190 und S. 325 f., 1948
– Gewässerschutz
S. 1950, 1953, 1955, 1958, 1960, 1978
– Grenzverlauf an der Elbe
S. 98 f., 132, 151, 197 f., 398, 402 f., 408, 1466, 1949, 1953, 1958
– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 100, 129–131, 1143, 1152, 1281, 1909 f., 1950 f., 1953–1956, 1959–1962, 1979
– Humanitäre Fragen
S. 1909, 1941, 1949, 1953, 1958, 1957[7]
– Innerdeutscher Reiseverkehr/Mindestumtausch
S. 100, 129, 131, 182, 343, 398, 403–407, 484, 497, 714, 715[13], 717 f., 808, 902 f., 1015–1017, 1279–1281, 1543, 1822, 1909, 1941, 1951, 1955, 1961, 1979
– Journalisten in der DDR
S. 1959[7]
– Kulturbeziehungen
S. 1958
– Nichtkommerzieller Zahlungsverkehr
S. 1955, 1961, 1978
– Staatsangehörigkeitsfragen
S. 98 f., 181, 197 f., 398, 401 f., 1282, 1466, 1949, 1958
– Ständige Vertretungen
S. 132[12], 179–183, 195–198, 292 f., 1012 f., 1015–1019, 1338, 1348[2], 1949, 1958, 1959[7]
– „Swing“
S. 100, 131, 1910, 1951, 1954, 1956, 1960 f., 1978 f.
– Treuhandstelle für den Interzonenhandel bzw. für Industrie und Handel
S. 1910, 1951, 1954, 1959 f., 1979
– Verkehrsfragen
S. 101, 714, 1281, 1950, 1957 f., 1960, 1978
– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 1951, 1958
– Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen (Salzgitter)
S. 98 f., 132, 398, 402, 1282, 1466, 1949, 1979

Deutsche Bischofskonferenz
S. 592[2], 1043[53+54]

Deutsche Bundesbahn
S. 260

Deutsche Bundesbank
S. 848 f., 1140, 1560, 1955[54]

Deutsche Forschungsgemeinschaft
S. 662[23]

Deutsche Frage und Wiedervereinigung
S. 104, 181, 1068[1], 1071–1073, 1532 f., 1543 f., 1608 f., 1722, 1948 f., 1955, 1958

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik
S. 567, 662[23], 1522, 1577–1581

Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft) mbH (DEG)
S. 662[23], 1518

Deutsche Reichsbahn
S. 101[17], 132[16], 1955[53], 1960[16], 1978[10]

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
Dok. 311 und S. 1123, 1460f., 1559, 1681, 2097

Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT)
S. 792, 897, 1122

Deutscher Sportbund (DSB)
S. 1282

Deutsches Rotes Kreuz
S. 1822[24], 1844, 2037[20]

DKP (Deutsche Kommunistische Partei)
S. 916[11], 1110[30], 1170f., 1245, 1538[12], 1574f., 1608, 1657f.

Dschibuti
S. 1050

Ecuador
S. 298

Elfenbeinküste
siehe außerdem: Nord-Süd-Dialog
S. 1555

El Salvador
siehe außerdem: Äthiopien, Brasilien, DDR, Vereinte Nationen
S. 109[29], 298, 378[3], 450, 815, 857, 1135[7], 1414
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 11, 343 und S. 224, 279–281, 297f., 300, 328[4], 353f., 524, 791, 1415, 1607, 1900
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 279[6], 283, 1309f., 1854[1]
– Frankreich
S. 224, 278[4], 279, 1309, 1310[6], 1506, 1900
– Großbritannien
S. 224, 278[4], 1900
– Heiliger Stuhl
S. 695
– Kuba
S. 65, 279[7], 282[18], 832, 1468f., 1855, 1899
– Mexiko
S. 280f., 297f., 1309, 1310[6], 1506
– Nicaragua
S. 65, 279, 297, 354, 1641–1643, 1858[2]
– Niederlande
S. 278[4]
– Schweden
S. 166
– UdSSR
S. 279[7], 280, 283, 334, 631, 1804, 1855
– USA
S. 61–65, 167, 224, 278f., 281f., 297, 300, 328[4], 353, 390, 631, 695, 787, 788[18], 789–791, 837, 1406f., 1446, 1607, 1804, 1854[3], 1856f., 1899f., 1918
– Venezuela
S. 62, 298
– Vietnam
S. 279[7]

Energie- und Rohstoffpolitik
S. 558f., 809, 1177, 1555
– Afghanistan
S. 178
– Argentinien
S. 1582
– Australien
S. 1082
– Brasilien
S. 787, 1582f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 200, 204, 211, 318, 344f., 480, 510[6+7], 591, 659, 826f., 870, 895, 904, 926, 1075, 1081f., 1123–1127, 1143, 1148, 1152f., 1302f., 1441, 1635, 1675[4], 1676, 1731[12], 1806, 1953
– Erdöl/Erdölpreise
S. 14, 68, 200f., 619, 658–661, 674, 677, 685, 693f., 712, 742, 787, 826f., 837, 840f., 870, 891, 897, 900, 1047, 1052f., 1080–1083, 1124, 1126, 1140, 1180, 1262, 1269, 1370, 1610, 1645f., 1715, 1939, 1950, 1953
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 1081f., 1084
– Frankreich
S. 344f., 510[7], 1078–1083, 1153
– Großbritannien
S. 345, 1082–1084
– Gruppe der 77
siehe: Gruppe der 77
– Indien
S. 1582
– Irak
S. 1583

– Japan
S. 891, 904 f.
– Jugoslawien
S. 204
– Kanada
S. 1082, 1124–1127, 1143
– Kernenergie/Uranversorgung
S. 113, 204, 315, 559, 585, 613, 712, 826–828, 904 f., 905[32], 941, 966 f., 980, 1075, 1078–1080, 1082, 1101, 1123 f., 1153 f., 1180, 1581 f., 1612, 1728–1731
– Kuwait
S. 14
– Niederlande
S. 344
– Norwegen
S. 345, 1083 f., 1269
– OPEC
siehe: Organization of Petroleum Exporting Countries
– Österreich
S. 1441
– Polen
S. 203
– RGW
siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
– Saudi-Arabien
S. 14, 200, 211, 658–660, 1262, 1645 f.
– Schweiz
S. 1125
– Syrien
S. 178
– UdSSR
S. 203, 1950
– USA
Dok. 323 und S. 480, 826, 828, 1101, 1142 f., 1406, 1441, 1581 f., 1612
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 677, 693 f.
– Vereinte Nationen
Dok. 241

Entspannungspolitik
S. 17, 19, 22, 35, 38, 96, 111, 196, 236 f., 239, 320 f., 341, 400, 411 f., 430 f., 433, 442, 450, 476, 499, 518, 530 f., 589[7], 630, 724, 734, 750 f., 807 f., 835, 994, 1071, 1114, 1169, 1264[13], 1279, 1398, 1573, 1575, 1632–1634, 1637 f., 1843, 1846, 1936, 1943, 1952

Entwicklungspolitik
S. 145 f., 200, 240, 556–559, 1822
– Bundesrepublik Deutschland
S. 62, 280[9], 299–301, 318, 353, 478, 558, 591, 736, 744, 788, 895, 1051, 1745 f.
– Frankreich
S. 794[3], 1051, 1064
– Japan
S. 894 f.
– Saudi-Arabien
S. 660
– UdSSR
Dok. 34 und S. 201, 353, 743, 1814
– USA
S. 299, 352 f., 839 f., 947
– Vereinte Nationen
S. 353

EURATOM
siehe: Europäische Atomgemeinschaft

Europäisch-Arabischer Dialog
siehe unter: Europäische Politische Zusammenarbeit

Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)
S. 375[17], 480[35], 648[27], 763[24], 827, 1123

Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
S. 761

Europäische Gemeinschaften (EG)
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, ASEAN, Berlin, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Indien, Irak, Iran, Israel, Japan, Jordanien, Jugoslawien, Kambodscha, Kanada, Libanon, Marokko, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Polen, Portugal, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, Saudi-Arabien, Spanien, Syrien, Türkei, UdSSR, USA, Zypern
S. 103, 105[20], 166, 413, 431, 1548, 1940
– Agrarpolitik
S. 10, 142–144, 374, 376, 381, 388[5], 395, 458, 478 f., 481, 604, 612, 627, 759 f., 763, 778, 795, 849 f., 880, 917, 962 f., 989, 1089 f., 1121, 1123, 1137, 1149, 1275 f., 1317[44], 1336, 1561 f., 1776, 1784, 1882 f., 1954
– AKP-Staaten
S. 1064[43], 1277[18], 1309[4], 1548[16], 1556[11]

– Belgien
S. 142[5], 478, 596[8], 761, 978, 1155, 1558, 1775

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 69 und S. 14, 142f., 311, 381, 386, 394f., 457f., 478f., 481, 510[6], 540, 627, 687, 760f., 849, 917, 960, 978, 988–990, 1084, 1089f., 1137f., 1149f., 1250, 1275f., 1335f., 1411–1413, 1445, 1557–1559, 1562f., 1736, 1775–1777, 1781f., 1866, 1882[6], 1954, 1956, 2006

– Dänemark
S. 144[12], 227[5], 376, 478, 962, 978, 1155, 1275–1277, 1557[12], 1558, 1775, 1776[18], 1784, 1882[6]

– „Drei Weise“
S. 598

– Europäische Investitionsbank (EIB)
S. 375[17], 619, 762[22]

– Europäischer Gerichtshof (EuGH)
S. 142f., 598f., 795, 955, 1315, 1412

– Europäischer Rat
Dok. 82, 85, 86, 182, 185, 348, 349 und S. 104, 142[5], 143[6], 160[7], 373–375, 452[6], 453f., 876f., 920[8], 963, 1011, 1037, 1046, 1056, 1066, 1088, 1108, 1136, 1172, 1266[8], 1322, 1336, 1411[3], 1412, 1493[15], 1539, 1556, 1562, 1586, 1598, 1736, 1769, 1774f., 1780, 1783, 1786f., 1877

– Europäisches Parlament
S. 104, 142f., 157f., 270, 375–377, 459, 590, 597, 601[21], 778, 795, 955, 989f., 1137, 1315f., 1343[25], 1412, 1494f., 1598, 1784f., 1866, 1997[15]

– Europäisches Währungssystem (EWS)
S. 828, 847[13], 849f., 1037[7], 1150, 1274, 1445, 1495[17], 1499[9], 1560

– Fischereipolitik
S. 373f., 385f., 395, 457, 475, 627, 647[25], 763, 849f.

– Frankreich
S. 14, 142–145, 157f., 214, 373, 375f., 381, 385, 394f., 457–459, 596[8], 610, 648, 760f., 778[33], 849, 855, 880, 917, 960, 963, 977, 979f., 987f., 1009, 1074f., 1081f., 1084, 1089f., 1332, 1335, 1502, 1539, 1557, 1561–1563, 1776, 1779, 1781

– Griechenland
S. 18, 214, 657, 777, 962, 979, 1250, 1346[38], 1499, 1557[12], 1566, 1776f., 1882[6]

– Großbritannien
S. 9f., 142[5], 143[7], 144[12], 145, 212[51], 227[5], 373f., 376, 381, 385f., 394f., 457f., 473[19], 475, 477f., 589[8], 647, 687, 759–761, 778[33], 810, 849f., 962f., 978, 979[14], 980, 1009, 1121, 1259, 1275, 1336, 1445, 1495, 1503, 1557f., 1562, 1775–1777, 1781f., 1882[6], 1883

– Haushalts- und Konvergenzfragen
S. 9f., 142f., 377, 386, 395, 457, 610[14], 627, 647f., 759f., 849f., 880, 917, 989, 1089, 1137, 1275f., 1317[44], 1336, 1445, 1559, 1561, 1776, 1784

– Irland
S. 142[5], 144[12], 214, 227[5], 373[8], 376, 474f., 477–479, 481, 962, 1445[17], 1557[12], 1558, 1776, 1881, 1882[6]

– Italien
S. 142[5], 375f., 388[5], 761, 778[33], 978, 1091f., 1138, 1149f., 1332, 1335f., 1495, 1502, 1558, 1776

– Kommission der Europäischen Gemeinschaften
S. 9[4], 10[5], 31f., 142[5], 143f., 227[5], 279[6], 372–377, 386[18], 448f., 453[11], 478f., 599f., 648, 760, 761[19], 762[23], 777f., 795f., 850, 963, 979, 988, 1064, 1084, 1089, 1122, 1155, 1276, 1316, 1412, 1494f., 1600, 1775f., 1781, 1784, 1786f., 2103f.

– Luxemburg
S. 157f., 375, 752, 778

– Mandat des EG-Ministerrats vom 30.5. 1980 an die Kommission
S. 9[4], 458, 987, 989, 1149, 1317f., 1334, 1344, 1562, 1775–1777, 1785, 1881f.

– Mittelmeerpolitik
S. 1419

– NATO
S. 1599

– Niederlande
S. 478, 596[8], 598, 978f., 1155, 1275, 1558, 1775

– Präsidentschaft
S. 143, 193, 204[21], 444[3], 445[6], 446[14], 447[20], 457[4], 461, 473[19], 627, 773[39], 774, 776[30], 777, 810, 990f., 1009, 1056, 1155, 1234, 1259, 1315–1317, 1471[12], 1496f., 1586, 1599, 1648[26], 1969, 1917[16], 2098, 2100f., 2103f.

– Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
S. 1639

– Sitz der EG-Organe
S. 157 f., 375 f., 459, 602, 989 f., 1315
– Stahlkrise
S. 374, 395, 458, 758, 760 f., 988
– Tagungen des EG-Ministerrats bzw. des Europäischen Rats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
– Vereinte Nationen
S. 145[17], 1259–1261

Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ)
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Irak, Irakisch-iranischer Krieg, Iran, Israel, Jordanien, Kambodscha, Libanon, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Polen, Portugal, Spanien, Syrien, Türkei, UdSSR, USA

Dok. 138, 250, 296, 299, 332 und S. 11, 103 f., 105[20], 142, 376, 596 f., 600–603, 795, 804, 1089, 1412, 1561
– Belgien
S. 776, 1315, 1785, 1933, 2099, 2101
– Bundesrepublik Deutschland
S. 447–449, 768, 776 f., 1137, 1150, 1266, 1309, 1311, 1314, 1317, 1340[16], 1506, 1584–1586, 1783, 2098–2100, 2102
– Dänemark
S. 447, 775, 1784 f., 2100 f.
– Europäisch-Arabischer Dialog (EAD)
S. 225, 634, 666, 774, 1471 f., 1506 f., 1533, 2018
– Frankreich
S. 446, 448, 647, 777, 1309–1314, 1316, 1584–1586, 1774, 2098–2104
– Griechenland
S. 447, 1313, 1773–1775, 1786, 2098 f., 2101 f.
– Großbritannien
S. 446, 448 f., 589[8], 627[30], 646 f., 649, 776–778, 1585, 1787, 2098, 2100 f., 2103 f.
– Irland
S. 1786
– Italien
S. 446, 448, 775, 777 f., 1136, 1309, 1311–1313, 1316, 1585, 1783 f., 2099–2102, 2104
– Konferenzen und informelle Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen
– Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE)
S. 32, 38[43], 153, 1599
– KSZE
S. 39[44], 134, 384, 768, 797, 1413[8], 1599, 1785, 1881
– Luxemburg
S. 1315, 1785, 2098
– NATO
S. 1599
– Niederlande
S. 444 f., 447–449, 773–775, 777, 1309, 1786, 2100 f.
– Politisches Komitee
S. 776[30], 777, 1316, 1340[16], 1598, 1970
– Reform der EPZ
S. 776 f., 1315–1317, 1597 f.
– Vereinte Nationen
S. 1136

Europäische Union (Genscher-Colombo-Initiative)
siehe außerdem: Volksrepublik China

Dok. 2, 143, 282 und S. 1598, 1773, 1880, 1882 f.
– Belgien
S. 1785
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 19, 109, 176, 266 und S. 9–11, 142, 373, 376 f., 383 f., 388, 481, 627, 646 f., 776, 797, 809 f., 879, 1088 f., 1137, 1149, 1266, 1317, 1340–1344, 1491–1497, 1499 f., 1502 f., 1534, 1536[1], 1561, 1585 f., 1665, 1783, 1880
– Dänemark
S. 103, 596, 603, 1784 f., 1880
– Europäischer Rat
S. 596 f., 599 f.
– Europäisches Parlament
S. 599 f.
– Frankreich
S. 103 f., 142, 156, 383, 600 f., 603 f., 647, 794–796, 798, 955 f., 1089, 1342, 1344, 1492, 1495–1497, 1503, 1561, 1586, 1781, 1785

– Griechenland
S. 1786
– Großbritannien
S. 103, 383 f., 388, 596, 598, 600, 603 f., 627[30], 647, 955 f., 1344, 1496, 1562, 1781, 1787
– Irland
S. 481[41], 601, 956, 1342, 1492, 1503 f., 1786, 1880
– Italien
S. 388, 955 f., 1136 f., 1149, 1340–1344, 1492–1497, 1586, 1783 f.
– Luxemburg
S. 1785
– NATO
S. 600 f.
– Niederlande
S. 955 f., 1566, 1786

Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)
S. 1653, 1657

Europarat
S. 38, 134, 347, 447, 461 f., 614[26], 775, 1700, 1719[14]

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)
S. 274, 380, 482, 1076, 1538

FDP (Freie Demokratische Partei)
S. 9[2], 103, 669 f., 832, 872, 916[11], 917, 958, 1042 f., 1110[30], 1156, 1243[14], 1266[18], 1304[14], 1538[12], 1645[11], 1831, 1838, 2036[17], 2088

Finnland
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, KAE, KSZE
S. 75, 372, 807, 810, 1267

Flüchtlingsfragen
S. 78[25], 138, 140, 172[10], 228, 231 f., 249–252, 312, 351 f., 369, 461, 569[28], 654, 704, 724, 739, 746, 788[16], 863, 1173, 1205[18], 1231, 1249, 1311, 1398[4], 1531, 1601, 1608, 1805, 1896, 1899, 2025

Frankreich
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Brasilien, Dänemark, DDR, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungspolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, KAE, KSZE, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Rüstungsexportpolitik, SALT, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt
Dok. 21, 180 und S. 120, 133, 457, 586, 661, 741, 753, 758 f., 791, 811, 821, 841, 1049, 1092, 1138, 1145 f., 1151, 1157, 1314, 1334[45], 1355, 1548, 1684, 1922, 1945, 2052[4]
– Griechenland
S. 1683
– Großbritannien
Dok. 40, 187, 188, 189 und S. 144[12], 210, 373, 381[15], 386, 457, 586, 647, 763, 879, 1557 f.
– Heiliger Stuhl
S. 1548
– Irak
S. 122–125, 862, 868, 1067, 1163
– Iran
S. 1687
– Irland
S. 481
– Israel
S. 701, 738[13], 753, 855, 886, 965, 1163, 1312, 1546
– Italien
S. 995, 1075, 1093[16], 1332 f.
– Japan
S. 761 f.
– Jordanien
S. 1312[20]
– Jugoslawien
S. 1894
– Kambodscha
S. 1010, 1395[11], 1601, 1899
– Kuba
S. 1481
– Libanon
S. 461, 701, 854, 886, 1163, 1312[20], 1438
– Libyen
S. 224, 704 f., 776, 1004, 1047–1049, 1312[20], 1545–1547, 1686 f.
– Marokko
S. 14, 886 f., 1047, 1314
– MBFR
S. 188, 225, 883, 1087[3]

– Mexiko
S. 1309, 1310[6], 1407
– Nicaragua
S. 224
– Norwegen
S. 107[10], 345
– Österreich
S. 1444
– Pakistan
S. 223 f.
– Polen
S. 3[4], 8[21], 42–45, 88, 111, 157, 171, 184, 186–188, 191–195, 210, 222, 243, 264, 335[15+17], 359, 412, 448, 452[6], 476, 696, 700, 730, 857 f., 859 f., 999, 1022, 1214[3], 1215, 1217, 1311, 1431, 1435–1437, 1461[16], 1548, 1553, 1679 f., 1681, 1900 f., 1969 f., 1971[25], 1985, 2026[17], 2046–2050, 2073[4], 2085, 2099–2103
– Portugal
S. 1563
– Saudi-Arabien
S. 223 f., 269, 854[39], 1047, 1546
– Simbabwe
S. 884
– Somalia
S. 1548
– Spanien
S. 193, 609–611, 616, 855, 860, 917 f., 1008, 1074 f., 1563, 1902 f.
– Südafrika
S. 370, 794[3]
– Syrien
S. 702, 886, 1312[20], 1545
– Tschad
S. 20, 113, 121, 1048, 1546
– UdSSR
S. 44 f., 75, 80, 111, 113, 145[15], 155, 330[15], 386, 395 f., 476[14], 637, 878[3], 903 f., 951, 954, 997 f., 1108, 1153, 1170, 1332, 1540 f., 1970 f., 2049 f., 2057[9], 2101, 2103
– USA
S. 3[4], 70[19], 111–113, 146, 207, 224, 278[4], 328[4], 335, 379, 382, 389, 392 f., 494, 624, 704 f., 825 f., 834, 839, 842, 846–848, 878[2], 880, 954, 996, 1001, 1043, 1045 f., 1054[109], 1061 f., 1098, 1141[8], 1153 f., 1178, 1266 f., 1310[6], 1537, 1540, 2099, 2103 f.
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 692
– Verteidigungspolitik
S. 110[3], 111 f., 156, 158[16], 276, 381 f., 730 f., 812, 854, 883, 964, 1014[4], 1037[11], 1038 f., 1042, 1061 f., 1108, 1187[3], 1255, 1266, 1287, 1357, 1445, 1521, 1538, 1544[1], 1596 f., 1724[4], 1769, 1796, 1808, 1817, 1823, 1848 f., 1870, 1873 f., 1891, 1912, 1923 f., 1944, 2019, 2028–2030
– Volksrepublik China
S. 1061, 1516

Frankreich–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin
Dok. 29, 31, 40, 71, 74, 75, 94, 153, 154, 159, 160, 161, 162, 187, 188, 189, 198, 199, 200, 201, 202, 212, 287, 288, 290
und S. 17, 105, 138, 182, 205, 260, 271, 276, 309[10], 316, 345, 388 f., 391, 409, 452[6], 484, 542, 589[9], 590[12], 603, 624, 639, 712, 794–798, 833 f., 903, 953 f., 960, 1142, 1172, 1267, 1277, 1303, 1332, 1444, 1496 f., 1572, 1731, 1877
– Französische Truppen in der Bundesrepublik
S. 1255
– Kulturpolitik
S. 1053 f., 1077, 1536[1], 1564 f.
– Rüstungskooperation und gemeinsame Rüstungsexportpolitik
Dok. 24 und S. 158, 381, 382, 879, 1084–1086
– Technisch-industrielle Zusammenarbeit
S. 1077–1079, 1558
– Wirtschaftspolitische Zusammenarbeit
S. 380 f., 396, 509 f., 848 f.
– Zwangsrekrutierte aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs
S. 156 f., 382, 393, 1086

Friedensbewegung
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.
S. 63, 832, 872, 1350[10], 1555, 1643, 1658, 1860

Friedrich-Naumann-Stiftung
S. 872, 1858[2]

Gabun
S. 1049

General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)
siehe unter: Vereinte Nationen

Gesellschaft für Kernforschung (Karlsruhe)
S. 1079[11]

Gesetze und Verordnungen
– Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22.7.1913
S. 401
– Verordnung vom 5.2.1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit
S. 402[22]
– Gesetz vom 15.5.1935 zur Änderung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes
S. 402[22]
– Verordnung vom 20.1.1942 zur Regelung von Staatsangehörigkeitsfragen
S. 402[22]
– Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrats vom 25.2.1947
S. 402[23]
– Gesetz vom 22.2.1955 zur Regelung von Fragen der Staatsangehörigkeit
S. 213[56]
– Ausführungsgesetz vom 20.4.1961 zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes (Kriegswaffenkontrollgesetz)
S. 46[2], 68[12], 663, 670, 693, 863[4], 1158, 1305, 1307, 1308[29]
– Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961 (AWG)
S. 46[2], 663, 670, 693, 863[4], 1158 f., 1305, 1307 f.
– Verordnung vom 22.8.1961 zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes vom 28.4.1961 (Außenwirtschaftsverordnung)
S. 1305[24+25]
– Gesetz vom 24.5.1965 über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschiffahrt
S. 2068

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
S. 1657 f.

Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen
S. 1658

Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)
S. 1653

Goethe-Institut zur Pflege der deutschen Sprache im Ausland und zur Förderung der internationalen kulturellen Zusammenarbeit e.V.
S. 479, 2008

Golfkooperationsrat
siehe: Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten

Grenada
S. 1102[29]

Griechenland
siehe außerdem:
Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, Frankreich, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Zypern-Konflikt
S. 29, 821, 1002, 1872, 1922
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 134, 238 und S. 226[4], 231, 1345[36], 1346, 1886[19]
– Großbritannien
S. 229[16], 231[18], 1249 f., 1682
– Italien
S. 757, 1331
– Jugoslawien
S. 214
– Libyen
S. 757
– Polen
S. 2099, 2101
– Spanien
S. 1683, 1925 f.
– Türkei
S. 226[4], 228, 229[16], 231[18], 447, 754 f., 1249–1251, 1345
– UdSSR
S. 1871, 2102
– USA
S. 753 f., 1682, 1775, 1886[19]

Großbritannien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Angola, Berlin, Dänemark, DDR, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, Frankreich, Griechenland, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Rüstungsexportpolitik, SALT, Vereinte

Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt
S. 106[4], 109[29], 740, 821, 841, 888[16], 1070, 1094, 1145, 1148, 1157, 1187[3], 1215, 1267, 1754[47], 1821, 2019 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 40, 72, 112, 113, 116, 135, 187, 188, 189, 330, 331 und S. 125, 144[12], 223, 260, 295[8], 381[15], 589[8], 827, 850, 876[4], 1255, 1558, 1689[72], 1756, 2020, 2052[4]
– Indien
S. 704
– Irak
S. 1687
– Iran
S. 43, 1687 f.
– Irland
S. 477 f., 481
– Israel
S. 980, 1163
– Italien
S. 995[4]
– Japan
S. 648 f., 761
– Jordanien
S. 876
– Jugoslawien
S. 1893 f.
– Kambodscha
S. 1010 f.
– Libanon
S. 702
– Libyen
S. 704, 1686 f.
– Nicaragua
S. 224
– Norwegen
S. 25, 107
– Pakistan
S. 223 f., 631–633
– Polen
S. 3[2], 8[21], 43–45, 171, 175, 183–187, 189–195, 222, 243, 264, 335[15+17], 359, 448 f., 696, 703, 733, 859[9], 999, 1021 f., 1201, 1217, 1311, 1390–1394, 1435–1437, 1461[16], 1679, 1681, 1901, 1970, 1971[25], 1985 f., 2046–2050, 2073[4], 2098, 2100 f.
– Saudi-Arabien
S. 223 f., 633, 758, 1404 f., 1599
– Simbabwe
S. 348[5], 349, 385, 830, 885, 1836
– Spanien
S. 612–614, 635, 1298[7], 1781, 1903
– Südafrika
S. 370, 644
– Syrien
S. 702 f.
– Türkei
S. 229[16], 231[18], 1701
– UdSSR
S. 44, 175, 290, 349, 496[24], 620, 951, 990, 996, 998, 1021, 1337[5], 1871, 2050, 2103
– USA
S. 146[18], 278[4], 328[4], 349 f., 384 f., 389, 473[19], 494, 634, 831[9], 1011, 1585, 1780, 1902 f.
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 692
– Verteidigungspolitik
S. 382[17], 812, 818, 1014[4], 1062, 1108, 1255, 1266, 1287, 1382, 1521, 1538, 1596 f., 1724[4], 1796, 1808, 1817, 1823, 1848 f., 1870, 1873 f., 1913, 1944, 2019, 2028–2030
– Volksrepublik China
S. 648[29]

Grundgesetz vom 23.5.1949
S. 51, 99[7], 157[11], 176, 197, 240, 402, 547–553, 569, 1026, 1953, 1958, 1979

Grüne (Die Grünen)
S. 670, 1538[12], 1608, 1721

Gruppe der 77
S. 200 f., 315[19], 829, 837, 1062[37], 1063, 1196, 1260 f., 1418[9], 1609, 1691[27], 1745–1747

Guatemala
S. 282[18], 832, 1468, 1855

Guinea
S. 119, 178, 645, 740, 1049, 1670

Guyana
siehe außerdem:
Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen
S. 1415

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
S. 137[2]

Heiliger Stuhl
siehe außerdem:
Argentinien, El Salvador, Frankreich, KSZE, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog

Dok. 142 und S. 689, 1416[6]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 394 und S. 792 f., 1150, 1322[2], 2036[12], 2038

– Italien
S. 792[3], 793

– Polen
Dok. 98 und S. 87, 695, 901, 1322[2], 1363, 1878, 1986, 2036, 2038 f., 2060, 2063, 2069, 2071, 2074, 2076–2079, 2096

– USA
S. 695, 2035 f., 2038, 2060

Honduras
S. 279, 282[18], 1406

Hongkong
S. 1556

Host Nation Support
siehe unter: NATO

IAEO
siehe unter: Vereinte Nationen

IG Metall (Industriegewerkschaft Metall)
S. 1653 f., 1656[7], 1658

Indien
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Großbritannien, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen

S. 270, 739 f., 1501

– ASEAN
S. 1753

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 57, 58, 326 und S. 351

– Europäische Gemeinschaften
S. 1715

– Japan
S. 1715

– Jugoslawien
S. 209

– Kambodscha
S. 208 f., 248[7], 1010, 1753

– Pakistan
Dok. 319 und S. 53, 224, 248[7], 249, 312 f., 351, 654, 704, 1056, 1753[45]

– Türkei
S. 1701

– UdSSR
S. 52[34], 178, 208 f., 248[7], 317 f., 704, 1712, 1716[5]

– USA
S. 209, 1406, 1712, 1714 f., 1716[5], 2019

– Vietnam
S. 208[37]

– Volksrepublik China
S. 313, 317, 1010, 1056, 1198 f., 1715, 1752 f.

Indonesien
siehe außerdem: ASEAN

S. 1010, 1408, 1510–1512

Industriegewerkschaft Bergbau und Energie
S. 1656[7]

Institut Français des Relations Internationales
S. 567

International Institute for Strategic Studies (IISS)
S. 1324, 1520, 1618, 1876

International Labour Organization (ILO)
siehe unter: Vereinte Nationen

International Planned Parenthood Federation (IPPF)
S. 556–559

Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)
siehe unter: Vereinte Nationen

Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung/Weltbank
siehe unter: Vereinte Nationen

Internationale Juristenkommission
S. 299[9]

Internationaler Bund Freier Gewerkschaften (IBFG)
S. 1654, 1657, 2089

Internationaler Gerichtshof (IGH)
siehe unter: Vereinte Nationen

Internationaler Gewerkschaftsbund
S. 2037

Internationaler Währungsfonds (IWF)
siehe unter: Vereinte Nationen

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)
S. 279[6], 283, 2037, 2089

Irak
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irakisch-iranischer Krieg, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

S. 557, 652, 686, 736 f., 876, 1145, 1151

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 155, 156, 277 und S. 122–125, 949, 1067[60]
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 160[7], 445, 634[29]
– Israel
Dok. 179 und S. 445[6], 905 f., 938–940, 949 f., 953, 980, 1066 f., 1100, 1103[37], 1123, 1163, 1261, 1405, 1418[9], 1716[5], 1801
– Italien
S. 862, 868
– Niederlande
S. 445
– Spanien
S. 862
– UdSSR
S. 52[34], 92, 178, 581, 868, 1471
– USA
S. 93, 581, 868, 949, 1470, 1473 f.

Irakisch-iranischer Krieg
S. 19 f., 49, 53, 78, 90–92, 118, 123, 139[10], 200, 209, 445, 631, 685 f., 751, 867, 870, 932, 1470, 1505, 1570
– Ägypten
S. 268 f.
– Bangladesch
S. 736 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 674, 827, 863 f.
– Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 123
– Jugoslawien
S. 209
– Polen
S. 418 f.
– Schweden
S. 160
– UdSSR
S. 123
– USA
S. 546[6], 673, 1688
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 673
– Vereinte Nationen
S. 160[9], 867

Iran
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, Algerien, Bewegung blockfreier Staaten, Frankreich, Großbritannien, Irakisch-iranischer Krieg

S. 20, 81, 269, 652, 673, 675, 736–739, 815, 866, 869, 932, 1145, 1704, 1893, 1931
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 16, 292 und S. 16[6], 123, 663 f., 670, 827, 1083, 1687
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 43[5], 173
– Israel
S. 1470
– Japan
S. 93
– Pakistan
S. 632, 1687
– Sanktionen
S. 1180, 2039
– Syrien
S. 92
– Türkei
S. 1687
– UdSSR
S. 20 f., 91 f., 250, 739, 1489, 1687
– USA
S. 16[6], 18[5], 20 f., 45, 52[34], 89, 91–93, 267, 277, 836, 1331, 1568, 1687, 2004

Irland
siehe außerdem:
Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, Frankreich, Großbritannien, KAE, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 90 und S. 144[12]

– Kambodscha
S. 1395[11]
– Libyen
S. 912[5], 919
– NATO
S. 193, 384, 481[41], 1445, 1492, 1503, 1780
– Polen
S. 476
– UdSSR
S. 476

Island
siehe außerdem: KSZE, NATO
S. 330[15], 810[30], 2091

Israel
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Irak, Iran, Nahost-Konflikt
S. 68, 653, 855, 864f., 1267, 1448
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 132, 268 und S. 270, 485, 664, 737f., 742, 753, 814f., 838, 869, 1048, 1354–1356, 1547, 1805
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 160[7], 666, 773, 953[32]
– Japan
S. 905f.
– Jordanien
S. 445
– Libanon
S. 445[9], 461, 580f., 654, 701f., 774, 813, 1174–1176, 1354, 1405, 1418, 1545, 1801, 2061[6]
– Luxemburg
S. 446
– Marokko
S. 13
– Niederlande
S. 446, 773
– Saudi-Arabien
S. 351, 667, 814, 1228, 1230, 1418, 1801
– Schweden
S. 159
– Spanien
S. 914[2], 1418f.
– Syrien
S. 580, 701f., 813[16+18], 1228
– UdSSR
S. 1419
– USA
Dok. 173 und S. 52[34], 267, 270, 350, 390, 580, 702[29], 759, 813[16+17], 911f., 965, 1101, 1103[37], 1104, 1144, 1163, 1175f., 1183[10], 1353–1356, 1399, 1401, 1405f., 1417, 1438, 1441, 1505, 1507, 1533, 1685, 1801

Italien
siehe außerdem:
Ägypten, Angola, Äthiopien, DDR, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Irak, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Rüstungsexportpolitik, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt
S. 382[17], 861, 904, 912[5], 954, 1046, 1091–1096, 1407, 1441, 1821, 1873, 2039
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 73, 208, 211, 252, 258, 282 und S. 69, 105, 125, 978f., 995, 1092, 1093[16], 1443, 1499f., 1585f., 1731
– Japan
S. 762
– Kambodscha
S. 1601
– Libanon
S. 733
– Libyen
S. 704, 756f., 1004, 1330, 1934
– Österreich
S. 1443
– Polen
S. 3[4], 335[15], 359, 448, 732, 1151, 1346, 1986, 2085f., 2099, 2101f.
– Portugal
S. 1331
– Somalia
S. 1311
– Spanien
S. 446, 1331
– Türkei
S. 1345
– UdSSR
S. 75, 290, 1335, 1337f., 2101f.
– USA
S. 330[12], 387–389, 391, 494, 525[46], 1340, 1615

– Vereinigte Arabische Emirate
S. 692

IWF
siehe unter: Vereinte Nationen

Japan
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungspolitik, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Israel, Italien, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 141[14], 270, 649, 658, 741, 829, 912[5], 1093, 1095, 1098, 1145, 1148, 1172, 1180, 1504, 1559, 1578

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 163, 164 und S. 651
– Europäische Gemeinschaften
S. 758, 760–762, 778, 896, 897[31], 979, 988
– Kambodscha
S. 899 f., 1508
– NATO
S. 8[21], 184, 193[28], 244
– Pakistan
S. 893
– Polen
S. 8[21], 194, 448, 452[6], 453, 459, 859[9]
– Thailand
S. 893
– Türkei
S. 893
– UdSSR
S. 899, 1410[56]
– USA
S. 193, 649, 761, 778, 840, 846, 848, 891, 893–897, 900, 905, 1103, 1906, 2039
– Verteidigungspolitik
S. 893 f.
– Volksrepublik China
S. 900
– Warschauer Pakt
S. 903

Jemen
siehe: Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen) und Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

Jemenitische Arabische Republik (Nordjemen)
siehe außerdem:
Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)

S. 139[10], 224, 350, 652, 663, 669, 685, 788, 1145, 1687

Jordanien
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Israel, Nahost-Konflikt

S. 1779[28]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 158
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 160[7], 445, 953[32]
– Niederlande
S. 445
– Saudi-Arabien
S. 13
– Syrien
S. 654
– UdSSR
S. 1419, 1771
– USA
S. 350, 390, 582, 841, 965, 1419, 1471

Jugoslawien
siehe außerdem:
Afghanistan, Angola, Berlin, Bewegung blockfreier Staaten, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Irakisch-iranischer Krieg, KAE, KSZE, Namibia-Frage, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen

Dok. 352 und S. 657, 791, 828, 1551, 1638, 1669[40]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 38, 205, 297 und S. 1681, 1893 f.
– Europäische Gemeinschaften
S. 213 f., 778
– Kambodscha
S. 1118, 1161
– NATO
S. 1983
– Polen
S. 210, 1590, 1680
– Spanien
S. 1593

– UdSSR
S. 1447, 1589, 1591, 1681
– USA
S. 1363, 1369 f., 1432, 1589, 1680, 1682, 1894
– Volksrepublik China
S. 208, 1592
– Warschauer Pakt
S. 1900

KAE
siehe: Konferenz über Abrüstung in Europa

Kambodscha
siehe außerdem:
ASEAN, Bewegung blockfreier Staaten, Frankreich, Großbritannien, Indien, Irland, Italien, Japan, Jugoslawien, Vereinte Nationen
Dok. 214 und S. 656, 1010, 1199, 1395 f., 1401[15], 1406, 1431[12], 1591
– Bundesrepublik Deutschland
S. 524, 742, 1032, 1034, 1118, 1160, 1395[11], 1511, 1602
– Europäische Gemeinschaften/ Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 991, 1160
– Niederlande
S. 1395[11]
– Nigeria
S. 1161[9]
– Schweden
S. 1010
– UdSSR
S. 247[4], 248[7], 725, 1246, 1399, 1430 f., 1506, 1714, 1803
– USA
S. 1508, 1899
– Vietnam
S. 53, 247[4], 739, 899, 1010, 1159–1162, 1431[12], 1506 f., 1509 f., 1601, 1752, 1803, 1899
– Volksrepublik China
S. 649, 899, 1119, 1160 f., 1505–1510, 1601 f., 1752

Kamerun
S. 119 f., 1049

Kanada
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Angola, Brasilien, Energie- und Rohstoffpolitik, KAE, KSZE, MBFR, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 45, 382[17], 637 f., 740, 791, 832, 1093, 1094[20], 1095, 1102[29], 1226, 1441, 1754[47]
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 206 und S. 260, 826
– Europäische Gemeinschaften
S. 144, 386, 457, 475, 647[25], 1121, 1123
– Polen
S. 210, 448, 452[6], 453, 459, 734 f., 923, 1023, 2025
– UdSSR
S. 922 f.
– USA
S. 193, 338, 836 f.

Katar
S. 350, 1498[3]

Kenia
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 525[50], 581[17], 652[19], 1050, 1226, 1420, 1548, 1685

Kolloquium der Bundesregierung am 10.4.1981 auf Schloß Gymnich
Dok. 107 und S. 623, 646[20]

Kolumbien
S. 1025

Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE)
siehe außerdem:
Europäische Politische Zusammenarbeit
Dok. 30, 56, 207, 318 und S. 75, 79, 95, 134, 136, 783, 805, 1172, 1243, 1318–1321, 1450, 1455–1457
– Belgien
S. 55[13], 679
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 184 und S. 147–154, 163 f., 167, 206–208, 306–310, 340, 365, 380, 416 f., 429, 496, 516 f., 539, 620 f., 680 f., 700, 701[26], 711, 882, 903, 927–929, 951 f., 983, 1003, 1009, 1028, 1031, 1057, 1107, 1109, 1128–1134, 1199, 1203, 1314, 1367, 1433 f., 1463, 1476, 1501, 1567, 1588, 1590, 1622, 1659 f., 1662, 1666, 1677, 1706–1711, 1749, 1780, 1809, 1829, 1833, 1902, 1905, 1920, 1952, 2000, 2016 f., 2033
– ČSSR
S. 2011 f.

– Dänemark
S. 679, 770
– DDR
S. 1031, 1947
– Entwurf der neutralen und nichtgebundenen Staaten vom 31.3.1981
S. 732, 734, 985, 1319
– Finnland
S. 22[5], 57
– Frankreich
S. 32, 147, 306, 309, 340, 363, 390, 393, 429, 515, 622, 678–681, 700 f., 732, 769, 771, 881 f., 927, 1003, 1319, 1902
– Französischer Vorschlag vom 9.12.1980
S. 32, 36, 38, 54 f., 57, 96, 108, 147–150, 154, 163, 207, 288, 416 f., 432, 466, 495, 515, 621, 680, 726, 732, 769, 860, 929, 985, 1112, 1599
– Großbritannien
S. 147, 309, 621 f., 679 f., 700 f., 734, 1319, 1434
– Irland
S. 770
– Italien
S. 679
– Jugoslawien
S. 55 f., 58 f., 150–152, 154, 207, 1111–1113, 1589 f.
– Kanada
S. 679
– NATO
Dok. 121 und S. 55[13], 57, 147, 167, 1131
– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 33, 56, 147 f., 153, 308 f., 429, 678–681, 985 f., 1128, 1131 f., 1319 f., 1589, 1677, 1920, 2011, 2016
– Niederlande
S. 55[13], 679, 1567, 1934
– Norwegen
S. 22[5], 55[13], 147 f., 153, 679, 770 f.
– Österreichischer Vorschlag vom 9.12.1981
S. 1902, 1905, 1920, 1934, 1971[24], 2011[28], 2032
– Polen
S. 412, 416 f., 927, 1985
– Polnischer Vorschlag vom 8.12.1980
S. 33, 36, 54 f., 56 f., 151 f., 245, 428[17]
– Portugal
S. 1132
– Rumänien
S. 55 f., 60, 152, 771, 1662 f.
– Schlußkonferenz
S. 425
– Schweden
S. 55 f., 59 f., 150–152, 161, 167, 927
– Schweiz
S. 927
– UdSSR
S. 147 f., 150, 153 f., 167, 207, 289, 306–310, 380, 393, 410, 417, 426 f., 432, 466, 469, 496, 514–516, 518, 534, 572, 589[10], 620–622, 679, 700, 711, 768, 882, 927–929, 951 f., 1111 f., 1128–1133, 1193 f., 1199, 1203, 1319 f., 1432 f., 1476, 1501, 1589–1591, 1677, 1707–1711, 1749, 1799, 1832 f., 1902, 2000, 2031, 2033
– USA
S. 55, 147 f., 150–153, 163 f., 207 f., 288, 306, 308–310, 336, 340, 363, 390, 429, 495, 537, 621, 679 f., 697, 700 f., 725 f., 769, 771, 881 f., 985 f., 1003, 1099, 1128, 1131–1133, 1134[13], 1319–1321, 1403 f., 1460, 1677, 1706 f., 1709 f., 1905
– Vertrauensbildende Maßnahmen
S. 33, 36, 40, 56–60, 96 f., 150 f., 153, 163, 167 f., 307, 340, 496, 514–517, 534, 539 f., 572, 621, 678–681, 772, 927[6+7], 985, 1107, 1112, 1128, 1193 f., 1203, 1314, 1319, 1463, 1476, 1588 f., 1659 f., 1662 f., 1706, 1709–1711, 1749, 1799, 1809, 1832, 2000, 2016

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
siehe: KSZE

Konferenzen und Verhandlungen
– Währungskonferenz der Vereinten Nationen vom 1. bis 23.7.1944 in Bretton Woods
S. 828
– Europäischer Kongreß vom 7. bis 10. Mai 1948 in Den Haag
S. 845, 1068
– Neun-Mächte-Konferenz vom 28.9. bis 3.10.1954 in London
S. 854[37], 937[8], 1038[12], 1075[15], 1543
– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten vom 16. bis 19.12.1957 in Paris
S. 1254, 1256

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG-Mitgliedstaaten am 18.7. 1961 in Bonn
S. 796[6]

– EWG-Ministerratstagung vom 4. bis 14.1. 1962 in Brüssel
1136[16]

– Außenministerkonferenz der EWG-Mitgliedstaaten am 17.4.1962 in Paris
S. 596[8]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 17. bis 21.7.1964 in Kairo
S. 1050[91]

– Tagung des Rats der Regierungschefs der arabischen Staaten am 28./29.4.1965 in Kairo
S. 1230

– Tagung des Rats der Regierungschefs der arabischen Staaten vom 26. bis 30.5.1965 in Kairo
S. 1230

– EWG-Ministerratstagung vom 28. bis 30.6.1965 in Paris
S. 1136[16]

– EWG-Ministerratstagung am 28./29.1. 1966 in Luxemburg
S. 1136[16], 1493

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts vom 4. bis 6.7.1966 in Bukarest
S. 136[16]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der arabischen Staaten vom 29.8. bis 1.9.1967 in Khartum
S. 1230

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12.12.1967 in Brüssel
S. 108[20]

– NATO-Ministerratstagung am 13./14.12. 1967 in Brüssel
236[5], 641[8], 789[21], 808[23]

– Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Pakts am 17.3. 1969 in Budapest
S. 136[16]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2.12. 1969 in Den Haag
S. 796[6]

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 8./9.6. 1970 in Venedig
S. 1359[38]

– EG-Ministerratstagung am 26./27.10. 1970 in Luxemburg
S. 600[17]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Justizminister am 3.6.1971 in Brüssel
S. 1413[6]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten und -Beitrittsstaaten vom 19./20.10.1972 in Paris
S. 597 f., 1783

– MBFR-Explorationsgespräche vom 31.1. bis 28.6.1973 in Wien
S. 1183[8], 1434[22], 1456[23]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten am 23.7.1973 in Kopenhagen
S. 600[17], 1598

– Friedenskonferenz für den Nahen Osten vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
S. 211

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und des Präsidenten der EG-Kommission am 20./21.4.1974 auf Schloß Gymnich
S. 373[4]

– Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga vom 26. bis 29.10.1974 in Rabat
S. 1231

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Justizminister am 26.11.1974 in Brüssel
S. 1413[6]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 9./10.12. 1974 in Paris
S. 459[21], 598[14]

– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 23.4.1975 in London
S. 315[21]

– Schlußkonferenz der KSZE vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
siehe unter: KSZE

– Konferenz der wichtigsten Lieferstaaten von Kerntechnologie (Suppliers Conference) am 4./5.11.1975 in London
S. 315[21]

– Sondersitzung der Minister der Eurogroup am 5.11.1975 in Den Haag
S. 796[7]

– Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17.11. 1975 auf Schloß Rambouillet
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– NATO-Ministerratstagung am 20./21.5. 1976 in Oslo
S. 281

– Weltwirtschaftsgipfel am 27./28.6.1976 in San Juan
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– Konferenz der Innenminister der EG-Mitgliedstaaten am 29.6.1976 in Luxemburg
S. 1413[7]

– Tagung des Europäischen Rats am 12./13.7.1976 in Brüssel
S. 1413[6]

– Weltwirtschaftsgipfel am 7./8.5.1977 in London
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 10./11.5. 1977 in London
S. 691

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 17./18.5.1977 in Brüssel
S. 24[14], 255

– KSZE-Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3.1978 in Belgrad
siehe unter: KSZE

– Organisationskonferenz zur internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufs (INFCE) vom 19. bis 21.10.1977 in Washington
S. 905[32]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13./14.2.1978 in Kopenhagen
S. 2011

– Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vom 23.5. bis 30.6.1978 in New York
S. 49 f., 226[4], 1219

– NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs am 30./31.5. 1978 in Washington
S. 196, 255, 304[6], 1889[13]

– Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– Konferenz zwischen Ägypten, Israel und den USA über den Nahen Osten vom 5. bis 17.9.1978 in Camp David
siehe unter: Nahost-Konflikt

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Justizminister am 9.10.1978 in Brüssel
S. 1413[6]

– KSZE-Expertentreffen zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen vom 31.10. bis 11.12.1978 in Montreux
siehe unter: KSZE

– Konferenz der Könige und Präsidenten arabischer Staaten vom 2. bis 5.11.1978 in Bagdad
S. 747

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 20./ 21.11.1978 in Brüssel
S. 169[39], 1600

– Tagung des Europäischen Rats am 4./5.12.1978 in Brüssel
S. 598[15]

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 5./6.12.1978 in Brüssel
S. 607[12]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Jamaikas, Nigerias, Norwegens und Venezuelas am 28./29.12.1978 auf Jamaika
S. 556, 1154

– Treffen der Staats- und Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Großbritanniens und der USA am 5./6.1.1979 auf Guadeloupe
S. 567, 851, 1091, 1092[11], 1093, 1521, 1735, 1820, 1876, 1952

– Verhandlungen zwischen Ägypten, Israel und den USA vom 21. bis 25.2.1979 in Camp David
siehe unter: Nahost-Konflikt

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 15./16.5.1979 in Brüssel
S. 255[9], 606[10], 607[12], 1892[29]

– Weltwirtschaftsgipfel am 28./29.6.1979 in Tokio
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 3. bis 9.9. 1979 in Havanna
S. 202, 209[37+38], 248 f., 741[34]

– Verfassungskonferenz für den Übergang Rhodesiens zur Unabhängigkeit vom 10.9. bis 15.12.1979 in London (Lancaster House)
S. 348, 626, 873, 885, 948, 1974

– Tagung des Europäischen Rats am 29./30.11.1979 in Dublin
S. 9[4], 598[15]

– Gemeinsame Konferenz der Außen- und Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedstaaten am 12.12.1979 in Brüssel
S. 23[10], 256, 273[8], 512, 539[34], 851, 907, 1667[32]

– EG-Ministerratstagung am 15.1.1980 in Brüssel
S. 172, 386

– Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 27. bis 29.1.1980 in Islamabad
S. 250[11], 653, 743

– EG-Ministerratstagung am 5.2.1980 in Brüssel
S. 386[21]

– Abschlußkonferenz zur internationalen Bewertung des Kernbrennstoffkreislaufs (INFCE) vom 25. bis 27.2.1980 in Wien
S. 905[32]

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten vom 6. bis 8.3.1980 in Kuala Lumpur
S. 169[39], 1600

– Gipfelkonferenz der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) am 1./2.4.1980 in Lusaka
S. 168[38]

– Sitzung des Ministerkomitees des Europarats am 10.4.1980 in Straßburg
S. 614[26]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22.4.1980 in Luxemburg
S. 43[5]

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten am 28./29.4.1980 in Lagos
S. 1610

– Konferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 17. bis 22.5.1980 in Islamabad
S. 139, 250[11], 653

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17./18.5.1980 in Neapel
S. 43[5]

– Tagung des EG-Ministerrats am 29./30.5. 1980 in Brüssel
S. 9[4]

– Tagung des Europäischen Rats am 12./13.6.1980 in Venedig
S. 160[7], 461, 473[19], 674, 737, 748, 773[9], 788, 855, 863, 869, 886[3], 1005, 1067, 1312, 1471, 1506[35], 1774, 2018

– Tagung der Außenminister der OAU-Mitgliedstaaten vom 18. bis 28.6.1980 in Freetown
S. 119

– Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– NATO-Ministerratstagung am 25./26.6. 1980 in Ankara
S. 77, 164, 207, 448, 696, 882

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 1. bis 4.7.1980 in Freetown
S. 119

– Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Entwicklungsfragen vom 25.8. bis 15.9.1980 in New York
S. 145[17], 743

– Vorbereitungstreffen vom 9.9. bis 11./14.11.1980 für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid
siehe unter: KSZE

– EG-Ministerratstagung am 15./16.9.1980 in Brüssel
S. 598[15]

– Sonderkonferenz der Außenminister der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz am 4.10.1980 in New York
S. 250[11]

– Amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme vom 17.10. bis 17.11.1980 in Genf
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4.11.1980 in Luxemburg
S. 776[30]

– Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 7./8.11.1980 in Wien
S. 16[6], 145[16], 1196, 1207, 1210, 1668

– KSZE-Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9.1983 in Madrid
siehe unter: KSZE

– Gipfelkonferenz der Southern African Development Coordination Conference (SADCC) am 27./28.11.1980 in Maputo
S. 168[38]

– Tagung des Europäischen Rats am 1./2.12.1980 in Luxemburg
S. 8, 160[7], 444[3], 460, 598[15], 863

– Konferenz führender Vertreter der Warschauer-Pakt-Staaten am 5.12.1980 in Moskau
S. 77, 88, 116, 130, 314, 318, 337, 343, 594[9], 622, 902

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 9./10.12.1980 in Brüssel
S. 8, 253[4], 255f., 583[23], 1605[8]

– NATO-Ministerratstagung am 11./12.12. 1980 in Brüssel
S. 8, 25, 77, 116, 147, 164, 168, 365, 539[34], 583[23], 728, 805, 1370, 1437, 1915

– EG-Ministerratstagung am 15./16.12. 1980 in Brüssel
S. 439[26]

– Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten am 15./16.12.1980 auf Bali
S. 200, 1554[6]

– EG-Ratstagung auf Ebene der für Fischereifragen zuständigen Minister vom 15. bis 17.12.1980 in Brüssel
S. 144[12]

– Konferenz vom 7. bis 14.1.1981 zur Vorbereitung der Implementierung von Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 29.9.1978 in Genf
S. 82, 84, 1420, 1973

– Treffen sozialdemokratischer Politiker am 10.1.1981 in Amsterdam
S. 109[26], 567

– Konferenz der Könige sowie der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Organisation der Islamischen Konferenz vom 25. bis 28.1.1981 in Mekka und Taif
S. 16, 18, 138, 229, 248, 250, 506, 653, 736[9], 741, 746

– Konferenz der Außenminister blockfreier Staaten vom 9. bis 13.2.1981 in Neu Delhi
S. 16, 18f., 208f., 229, 248f., 280, 409[7], 506, 523, 636, 736, 741

– EG-Ministerratstagung am 17.2.1981 in Brüssel
S. 144[12]

– Erste Verhandlungsrunde der zehnten Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 9.3. bis 24.4.1981 in New York
S. 706[43], 1062[37]

– Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 13.3.1981 in Wien
S. 161, 165, 313[13], 332f., 336, 338, 524, 1196f., 1207f., 1210, 1668

– Treffen sozialdemokratischer Politiker am 13./14.3.1981 in Oslo
S. 109[29], 567

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 16.3.1981 in Brüssel
S. 376[23]

– EG-Ministerratstagung am 16./17.3.1981 in Brüssel
S. 386[18+21]

– Tagung des Europäischen Rats am 23./24.3.1981 in Maastricht
Dok. 82, 85, 86 und S. 104, 374, 380f., 386[18], 388, 394, 429, 439, 444, 448[29], 452[6+8], 453, 475, 485, 494, 496, 505, 609, 627, 637, 647, 760, 778, 989

– Tagung des EG-Rats auf der Ebene der Landwirtschaftsminister am 30./31.3. bzw. 1./2.4.1981 in Brüssel
S. 458[13], 478

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 7./8.4.1981 in Bonn
Dok. 103 und S. 285, 366, 488, 490, 565, 727

– NATO-Ministerratstagung am 4./5.5. 1981 in Rom
Dok. 129, 130, 133 und S. 256, 285, 366, 368, 385, 448, 486, 489f., 589[7], 590, 617f., 623–625, 627, 638, 640, 643, 649, 678–684, 695[2], 698, 717[20], 753[8], 756, 759, 765, 772, 783, 804, 817, 843, 851, 869, 908f., 929, 942, 1060, 1186, 1190, 1369, 1372, 1387, 1483, 1617, 1704f., 1911, 1915

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 9./10.5.1981 in Venlo
Dok. 138 und S. 104, 142, 384, 604, 647, 759, 777[31]

– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 11.5.1981 in Brüssel
Dok. 140

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 12./13.5.1981 in Brüssel
Dok. 139, 140 und S. 256, 606, 699, 725, 817, 822, 909, 1388, 1603, 1705

– VN-Konferenz über Sanktionen gegen Südafrika vom 20. bis 27.5.1981 in Paris
S. 871

– Gipfelkonferenz des Kooperationsrats der arabischen Golfstaaten am 25./26.5.1981 in Abu Dhabi
S. 856, 865[17], 867f.

– Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten am 25./26.5.1981 in Genf
S. 1554[6]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschaftsminister am 4.6.1981 in Luxemburg
S. 761[19]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Arbeitsminister am 11.6.1981 in Luxemburg
S. 762, 778

– Konferenz der Außenminister der ASEAN-Mitgliedstaaten am 17./18.6. 1981 in Manila
S. 774, 880[12]

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 22.6.1981 in Luxemburg
S. 990

– EG-Ministerratstagung am 22./23.6.1981 in Luxemburg
S. 459[22], 960[18]

– Tagung des ANZUS-Rates am 22./23.6. 1981 in Wellington
S. 880[12]

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Wirtschaftsminister am 24.6.1981 in Luxemburg
S. 988

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs der OAU-Mitgliedstaaten vom 24. bis 27.6.1981 in Nairobi
S. 1000, 1004, 1049, 1144, 1314

– Tagung des Europäischen Rats am 29./30.6.1981 in Luxemburg
Dok. 182, 185 und S. 459, 461, 604, 758, 774, 849f., 917, 988[7], 996, 998, 1002, 1011, 1037, 1046, 1066, 1108[21], 1135[4], 1172, 1203, 1310[8], 1322, 1398, 1428, 1505[32], 1506, 1539, 1805, 1918[19]

– Tagung des RGW vom 2. bis 4.7.1981 in Sofia
S. 999, 1029, 1135

– Konferenz der Außenminister der USA, Kanadas, Mexikos und Venezuelas am 11./12.7.1981 in Nassau
S. 1102[29]

– Außerordentliches Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13.7.1981 in Brüssel
S. 998, 1057, 1113[37]

– VN-Konferenz über Kambodscha vom 13. bis 17.7.1981 in New York
Dok. 214 und S. 900, 991, 1000, 1003, 1010, 1118f., 1408, 1601, 1753

– Weltwirtschaftsgipfel am 20./21.7.1981 in Ottawa/Montebello
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– EG-Ratstagung auf der Ebene der Landwirtschafts- bzw. Fischereiminister am 27.7.1981 in Brüssel
S. 1121[7]

– Nord-Süd-Außenministerkonferenz am 1./2.8.1981 in Cancún
Dok. 226 und S. 982, 992f., 1065, 1195, 1201, 1513

– Zweite Verhandlungsrunde der zehnten Sitzungsperiode der Dritten VN-Seerechtskonferenz vom 3. bis 28.8.1981 in Genf
S. 1709[12]

– VN-Konferenz über neue und erneuerbare Energiequellen vom 10. bis 21.8.1981 in Nairobi
Dok. 241

– Außerordentliche Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten vom 19. bis 21.8.1981 in Genf
S. 1554[6]

– Konferenz der Außenminister des Nordischen Rats am 2./3.9.1981 in Kopenhagen
S. 1277

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 5./6.9.1981 in Brocket Hall
Dok. 250 und S. 384, 777, 1342

– EG-Ministerratstagung am 14.9.1981 in Brüssel
S. 1317, 1334, 1344

– Konferenz der Interparlamentarischen Union vom 15. bis 23.9.1981 in Havanna
S. 1458

– XXV. Generalkonferenz der IAEO vom 21. bis 27.9.1981 in Wien
S. 1418[9]

– Konferenz der Regierungschefs der Commonwealth-Mitgliedstaaten vom 30.9. bis 7.10.1981 in Melbourne
S. 1585

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 13.10.1981 in London
Dok. 296, 299 und S. 1497[28], 1588

– Konferenz der Außenminister der EG- und ASEAN-Mitgliedstaaten am 13./14.10.1981 in London
Dok. 300 und S. 169[39], 1397, 1407[41], 1512

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 20./21.10.1981 in Gleneagles
Dok. 304 und S. 1285, 1291, 1388, 1483, 1567, 1621, 1630[10]

– Nord-Süd-Gipfelkonferenz am 22./23.10.1981 in Cancún
Dok. 315 und S. 145[16], 146[19], 202, 313, 332–334, 336, 338, 340, 390, 459, 524, 527, 556, 558, 651, 657 f., 741, 744, 786[1], 788, 790[25], 828, 836, 982, 992, 1052 f., 1102, 1179, 1196 f., 1206–1208, 1210, 1243, 1261, 1268, 1361, 1363, 1370, 1396 f., 1407, 1418, 1439, 1467, 1513 f., 1515[56], 1516, 1548 f., 1554, 1584, 1591, 1602, 1609, 1621[3], 1638, 1644 f., 1647 f., 1664, 1668, 1712, 1744–1747, 1777, 1779, 1806, 1813 f., 1920, 1953, 2016

– Außerordentliche Konferenz der Erdölminister der OPEC-Mitgliedstaaten am 29.10.1981 in Genf
S. 1554[6], 1646

– Treffen der Staatssekretäre der Außenministerien südostasiatischer Staaten vom 2. bis 4.11.1981 in Kathmandu
S. 1753[45]

– EG-Ministerratstagung am 16./17.11.1981 in Brüssel
S. 1561[25], 1776, 1784

– Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 17.11.1981 in Brüssel
Dok. 332 und S. 1761

– Konferenz der Könige und Präsidenten der Mitgliedstaaten der Arabischen Liga am 25.11.1981 in Fes
S. 1686, 1774, 1881

– Tagung des Europäischen Rats am 26./27.11.1981 in London
Dok. 348, 349 und S. 879, 917, 989, 1088, 1411[3], 1556, 1586, 1736, 1738, 1743, 1769, 1774, 1777, 1780 f., 1864, 1867, 1877

– Amerikanisch-sowjetische Verhandlungen über Mittelstreckensysteme (INF-Verhandlungen) vom 30.11.1981 bis 23.11.1983 in Genf
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Tagung des Komitees der Außenminister der Warschauer-Pakt-Staaten am 1./2.12.1981 in Bukarest
S. 2000[11], 2012, 2014

– Generalversammlung der OAS vom 2. bis 11.12.1981 auf Santa Lucia
S. 1899, 1918

– Ministersitzung der Eurogroup der NATO am 7.12.1981 in Brüssel
Dok. 350 und S. 1732, 1888

– Ministersitzung des Ausschusses für Verteidigungsplanung (DPC) der NATO am 8./9.12.1981 in Brüssel
Dok. 351 und S. 1291, 1605, 1614, 1674, 1704, 1732, 1886, 1902, 1925

– NATO-Ministerratstagung am 10./11.12.1981 in Brüssel
Dok. 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362 und S. 804, 1291, 1293, 1296, 1439, 1490,

1596, 1674, 1676, 1678, 1683, 1732, 1790, 1791, 1861, 1864, 1869, 1895, 1904, 1907, 1938, 1969[10], 1994, 2002, 2014, 2016 f., 2040

– Informelles Treffen der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 14./15.12.1981 in London
S. 1882[6], 1969 f., 1996 f., 2103[6]

– Außerordentliche Konferenz der Außenminister der EG-Mitgliedstaaten im Rahmen der EPZ am 4.1.1982 in Brüssel
S. 2070, 2092, 2094, 2098, 2104

– Außerordentliche NATO-Ministerratstagung am 11.1.1982 in Brüssel
S. 2047, 2063, 2067, 2070

– EG-Ministerratstagung am 26.1.1982 in Brüssel
S. 2103[5]

– Ministersitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO am 23./24.3. 1982 in Colorado Springs
S. 1615

– IV. Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) vom 19. bis 23.4. 1982 in Den Haag
S. 1657

– NATO-Ministerratstagung am 17./18.5. 1982 in Luxemburg
S. 1923

– Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.6.1982 in Versailles
siehe unter: Weltwirtschaftsgipfel

– Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung vom 7.6. bis 10.7.1982 in New York
S. 1031, 1219, 1582, 1947, 2012, 2014, 2016

– Treffen der Staatssekretäre der Außenministerien südostasiatischer Staaten vom 7. bis 9.8.1982 in Islamabad
S. 1753

– Ministerkonferenz im Rahmen des GATT vom 24. bis 29.11.1982 in Genf
S. 1180

– Konferenz der Staats- und Regierungschefs blockfreier Staaten vom 7. bis 12.3. 1983 in Neu Delhi
S. 209, 864, 868

Kongo
S. 645, 1670

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
S. 137[2]

Kooperationsrat der arabischen Golfstaaten
S. 350, 673, 675, 676[11], 741, 814, 841, 856, 866, 1754

Korea
siehe: Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea) und Republik Korea (Südkorea)

Kreditanstalt für Wiederaufbau
S. 380, 396, 509, 1236[7]

KSZE (Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
siehe außerdem:
Europäische Politische Zusammenarbeit, Volksrepublik China
S. 38, 146[18], 365, 583, 715[13], 1172, 1994

– 2. Phase der KSZE (Kommissionsphase) vom 18.9.1973 bis 21.7.1975 in Genf
S. 35 f., 427

– Belgien
S. 31[7], 34, 97, 750, 773, 929, 1315

– Bulgarien
S. 33[19], 36[34], 134

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 170 und S. 34, 39, 41, 96, 134, 163, 196, 204, 410, 413, 417, 422, 426–429, 495, 516–518, 539, 617, 621 f., 710 f., 767 f., 771 f., 805, 807, 835, 860, 882 f., 903, 926, 953, 983, 1028, 1032, 1034, 1057 f., 1106 f., 1113 f., 1199, 1203 f., 1243[14], 1318–1321, 1367, 1434, 1460, 1463, 1476, 1587 f., 1590, 1599, 1659 f., 1662, 1748 f., 1780, 1806, 1809, 1829, 1833, 1901 f., 1905, 1920, 2074 f., 2095, 2100

– ČSSR
S. 33[19], 36[34], 133 f., 2011 f.

– Dänemark
S. 33[15], 750 f., 2100

– DDR
S. 36[34+36], 40, 133 f., 196, 198, 1015, 1017, 1463

– Finnland
S. 34, 37 f., 55[8], 153[19], 154, 514[13], 2032

– Folgekonferenz vom 4.10.1977 bis 9.3. 1978 in Belgrad
S. 31, 77, 94, 97, 134, 207, 422, 768 f., 1748, 1829, 2011

– Folgekonferenz vom 11.11.1980 bis 9.9. 1983 in Madrid
Dok. 7, 10, 17, 27, 79, 88, 137, 251, 381 und S. 75, 77f., 147–154, 186, 194[23], 206–208, 242, 306, 336, 340, 363, 406[41], 412, 417, 422, 432, 496, 514, 534, 539, 572, 577, 617, 621, 641, 678, 680f., 695, 701, 710f., 726, 729, 732, 734, 749[9], 750, 772f., 802, 805, 807, 860, 882f., 927, 983, 985f., 1003, 1028, 1032, 1040, 1057f., 1107, 1109, 1112f., 1129, 1131, 1133, 1193–1195, 1199, 1203, 1244[2], 1314, 1367, 1463, 1476, 1487, 1501, 1567, 1587f., 1590, 1622, 1632, 1636, 1659f., 1662, 1677, 1706f., 1709–1711, 1748f., 1799, 1809, 1829, 1832f., 1920f., 1928, 1933f., 1939, 1952, 1971, 1985, 2007, 2011f., 2016, 2025f., 2041, 2047[10], 2074, 2075[17], 2100
– Frankreich
S. 33, 37, 96f., 356, 700, 772, 880[11], 1057f., 1320, 2025f., 2100
– Griechenland
S. 31[7], 33[17], 38[41]
– Großbritannien
S. 35[25], 97, 135, 769f., 1320[14], 1434, 1923, 2025f., 2100
– Heiliger Stuhl
S. 35, 37, 543
– Island
S. 33[17]
– Italien
S. 37[40], 929, 1933, 2100
– Jugoslawien
S. 34–37, 55[8], 153[19], 514[13], 111, 1114, 1902
– Kanada
S. 32, 33[17], 34[25], 769–771, 1928
– Konferenz über Abrüstung in Europa (KAE)
siehe: Konferenz über Abrüstung in Europa
– Korb I (Prinzipienkatalog)
S. 4, 35f., 38, 515, 517, 543, 928, 1114, 2032[2], 2033
– Korb I (vertrauensbildende Maßnahmen)
S. 34, 36, 55–58, 134, 147–149, 198, 307–310, 340, 417[42], 468, 514[13], 680, 1194[6], 1839f.
– Korb II (wirtschaftliche Zusammenarbeit, Umweltschutz)
S. 31, 33f., 36, 38, 40, 134, 204, 207, 467f., 514[13], 1194[6], 1806
– Korb III (Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch)
S. 31, 33–38, 40, 134, 196, 426, 466–468, 514[13], 768, 928, 1114, 1195, 1433, 1476, 1599, 2032f.
– Korb IV (Konferenzfolgen)
S. 34, 97, 928f., 1114
– KSZE-Expertentreffen zur Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen vom 31.10. bis 11.12.1978 in Montreux
S. 37
– Liechtenstein
S. 34, 39[44], 55[8], 153[19], 514[13]
– Luxemburg
S. 32[14], 37[40]
– Malta
S. 35, 37, 39[44], 2032
– MBFR
S. 572, 577, 1181, 1185
– Mittelmeerpolitik
S. 34, 37
– NATO
S. 32, 36, 38, 39[44], 94–97, 134f., 515f., 768
– Neutrale und nichtgebundene Staaten
S. 34, 36, 39[44], 55, 57f., 95, 134–137, 148f., 153, 428, 622, 700, 771, 1589f., 1902, 1924, 2031–2034, 2047[10]
– Niederlande
S. 37[40], 97, 135, 770, 2026[18], 2100
– Norwegen
S. 33[15+17], 96f.
– Österreich
S. 34, 36, 39[44], 55[8], 153[19], 514[13], 773[4], 929, 1320, 1971[24], 2032f.
– Polen
S. 40, 242, 419, 420[53], 771, 926, 1130, 1567, 1588, 1971, 2033, 2024, 2052, 2091
– Portugal
S. 34[25], 37
– Rumänien
S. 34, 36, 40, 773[4], 929, 1662f.
– San Marino
S. 34, 55[8], 153[19], 514[13]
– Schlußakte vom 1.8.1975
S. 4, 31, 35f., 38, 103, 135f., 151, 163f., 167, 196, 207f., 236, 251, 307f., 318[14], 340, 409f., 416, 417[42], 418, 420[53], 424, 469, 493, 498, 514–517, 540, 543, 596, 603,

680, 709–712, 770, 882, 926, 928, 985, 1007, 1017, 1033, 1145, 1148, 1195, 1199, 1204[14], 1243[14], 1247, 1320, 1334[49], 1393, 1424, 1460, 1463, 1476, 1501, 1503, 1588, 1662, 1707, 1748 f., 1751, 1799, 1809, 1829, 1833, 1948, 1969[12], 1996, 2010 f., 2016–2018, 2024, 2033, 2035[9], 2041 f., 2052, 2054 f., 2056 f., 2062, 2066[4], 2073, 2088 f., 2091, 2095, 2100

– Schlußkonferenz vom 30.7. bis 1.8.1975 in Helsinki
S. 196[4], 251[16], 318[14], 409[5], 425, 430, 434, 769, 1015, 1145[4], 1195[7], 1204, 1247[12], 1460[14], 1748[21], 1829, 1939, 2011, 2016, 2095[8]
– Schweden
S. 34, 36 f., 39[44], 55[8], 153[19], 161, 167, 514[13]
– Schweiz
S. 34, 36 f., 39[44], 55[8], 153[19], 514[13], 2032
– Spanien
S. 34–37, 39[44], 2026[17], 2075
– Türkei
S. 34[25]
– UdSSR
Dok. 223 und S. 31, 36[36], 38–41, 94 f., 97, 133–136, 426–428, 465–470, 514–516, 518, 542[9], 622, 749[9], 771, 927–929, 983, 1058, 1599, 1799, 1806, 1832, 1905, 1921, 2000, 2031–2033
– Ungarn
S. 33, 36[36], 38, 1636
– USA
S. 32, 33[15+17], 34[25], 39, 96 f., 135, 356, 415, 495, 515[15], 520, 537, 769, 833, 953, 1099, 1204, 1320 f., 1433, 1487, 1905, 1920, 1985, 2025 f., 2064 f., 2100
– Vorbereitungstreffen vom 9.9. bis 11./14.11.1980 für die KSZE-Folgekonferenz in Madrid
S. 94, 134, 427
– Vorschlag der neutralen und ungebundenen Staaten vom 31.3.1981
S. 514–516, 622, 678, 680 f., 701, 1128
– Zypern
S. 34, 39[44], 55[8], 153[19], 514[13]

Kuba
siehe außerdem:
Angola, Äthiopien, Bewegung blockfreier Staaten, Brasilien, ČSSR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), El Salvador, Frankreich, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog

S. 64, 120, 146[19], 467, 615, 631, 688, 787 f., 809, 1045, 1102[29], 1266, 1414, 1428, 1430, 1488, 1490, 1504, 1821, 1934, 2041

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 276 und S. 2018
– Nicaragua
S. 832, 1642 f., 1858 f.
– UdSSR
S. 203, 725, 1204 f., 1399, 1415, 1488, 1803 f., 1879, 1895, 1899
– USA
S. 1406 f., 1415, 1469, 1481, 1803 f., 1899[4], 1904, 2015

Kultusministerkonferenz der Länder
S. 404[36], 420, 422, 441, 757, 1565

Kuwait
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Nahost-Konflikt

S. 160[7], 332, 350, 445, 653, 673, 675[11], 677, 876[5], 953, 1082, 1419

Länder der Bundesrepublik Deutschland
S. 132, 247[4], 259, 441, 1053 f., 1078[8], 1079, 1446, 1839, 1953, 1958, 2007

Laos
S. 1431[12], 1509

Lesotho
S. 168[38]

Libanon
siehe außerdem:
Ägypten, Frankreich, Großbritannien, Israel, Italien, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen

Dok. 219 und S. 579[8], 685, 751, 759, 787, 842, 1099, 1228, 1230–1232

– Bundesrepublik Deutschland
S. 953
– Europäische Gemeinschaften/ Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 160[7], 461, 634[29], 774, 991
– Niederlande
S. 445
– Saudi-Arabien
S. 580, 654, 813, 940, 1005, 1174, 1686

– Syrien
S. 580[12], 654, 701[27], 702 f., 774, 949[14], 1101, 1405, 1545, 1686
– UdSSR
S. 702[30], 704, 731, 813[16]
– USA
S. 702, 813, 1163, 1174–1176, 1354, 1405, 1418, 1438, 1686

Libyen
siehe außerdem:
Ägypten, Äthiopien, ČSSR, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Nahost-Konflikt, Vereinte Nationen
S. 332, 615 f., 652, 685 f., 821, 856, 912[4], 1051, 1082, 1174 f., 1314, 1488
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 166, 369 und S. 757, 827, 1004, 1048 f., 1302, 1330, 1547, 1686, 1731, 1904, 2006
– Rumänien
S. 1551
– Simbabwe
S. 913
– Sudan
S. 654, 913
– Tschad
Dok. 23 und S. 13, 20, 49, 53, 113, 269, 350, 645[12], 654, 685, 705, 912 f., 1048 f., 1546, 1548, 1572
– UdSSR
S. 13, 52[34], 116[3], 121, 178, 212, 616, 645[12], 687, 704 f., 757, 783, 911 f., 913[8], 1335, 1611, 1896, 1904[4]
– USA
S. 224, 350, 704, 911–913, 1004, 1313, 1330 f., 1686 f., 1903, 1917 f., 1934, 1982–1984, 2015, 2018, 2061[6]

Liechtenstein
siehe unter: KSZE

Luxemburg
siehe außerdem:
Afghanistan, Ägypten, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, Israel, KSZE, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog
S. 109[29], 1275[12], 1337[5]

Malawi
S. 168[38], 524

Malaysia
siehe außerdem:
ASEAN, Vereinte Nationen
S. 1010, 1408, 1510–1512, 1753

Malediven
S. 739[15], 1753[45]

Mali
S. 119, 912[4]

Malta
siehe außerdem: KSZE
S. 1330 f., 1684

Marokko
siehe außerdem:
Ägypten, Algerien, Angola, DDR, Frankreich, Israel, Nahost-Konflikt
S. 615 f., 685 f., 741 f., 1314
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 3 und S. 686, 741
– Europäische Gemeinschaften
S. 14
– Niederlande
S. 446[14]
– UdSSR
S. 13 f., 178
– USA
S. 14, 615

Mauretanien
S. 615 f., 686, 741, 1314

Max-Planck-Gesellschaft
S. 662[23]

MBFR (Mutual and Balanced Force Reduction)
siehe außerdem:
Frankreich, KSZE, SALT
Dok. 39, 59, 105, 221, 273, 372 und S. 24[13], 150[11], 365, 770, 783, 1028, 1191, 1287, 1376, 1434
– Belgien
S. 1185 f., 1993
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 378 und S. 188, 195[34], 219–221, 225, 289, 341, 363, 410, 413, 497, 520, 707, 728, 883, 1040, 1087[3], 1107, 1186 f., 1449–1458, 1667[31], 1810, 1993, 2017
– ČSSR
S. 571[2], 2013
– Dänemark
S. 1993
– DDR
S. 1031, 1947

– Griechenland
S. 1993
– Großbritannien
S. 219, 220[10], 225, 1186, 2020 f.
– Italien
S. 219, 1186
– Kanada
S. 221[12]
– NATO
S. 220 f., 322, 324, 571–578, 623
– Niederlande
S. 219, 220[10], 221[12], 571[2], 573, 1185 f., 2020–2022
– Polen
S. 220[10], 221[12], 242, 245, 321, 410, 412, 572, 1993
– Rumänien
S. 1663
– Türkei
S. 219
– UdSSR
S. 219[4], 320 f., 323, 363, 520 f., 532, 573, 574[11], 578, 883, 1182, 1183[10], 1185, 1244[2], 1455, 1818, 1846, 1993 f., 2013, 2020 f., 2023
– USA
S. 189, 219, 289, 320, 323, 340, 362 f., 415, 495, 520, 537, 571 f., 576, 707, 1182[3], 1183[10], 1185, 1384[2], 1386[8], 1455, 1581, 1993, 2013, 2020 f., 2023
– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden NATO-Mitgliedstaaten
S. 321, 572, 1182–1185, 1449 f., 2020 f., 2023
– Vorschläge der an den MBFR-Verhandlungen teilnehmenden Warschauer-Pakt-Staaten
S. 220, 322, 520, 572–574, 576 f., 1182–1185, 1449, 1451, 1453, 2020, 2022
– Warschauer Pakt
S. 220 f., 572–578, 2012 f.

Menschenrechte
S. 7, 32 f., 35, 36[34], 38 f., 94 f., 133 f., 136, 159, 299, 301, 325–327, 345[63], 346[67], 371, 426 f., 465, 467 f., 470, 768, 773[4], 776, 826, 874[20], 891, 919[2], 969, 1003[41], 1102, 1131[9], 1133, 1148, 1160, 1172, 1194[6], 1320 f., 1348, 1393, 1433 f., 1476, 1567, 1599, 1654, 1697, 1700, 1823, 1855, 1898, 2035[9], 2044, 2054, 2066[4], 2073

Mexiko
siehe außerdem: El Salvador, Frankreich, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen
S. 68, 145[16], 224, 1102[29], 1557
– Nicaragua
S. 280
– USA
S. 332, 338, 832, 836 f., 856, 1401, 1407, 1415
– Venezuela
S. 298[4]

Monaco
S. 1520

Mosambik
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 168, 349, 524, 688, 791, 830, 873, 959, 1420, 1670, 1671[44]

Mutual and Balanced Force Reductions
siehe: MBFR

Nahost-Konflikt
Dok. 215, 233 und S. 118, 473[19], 780, 1173, 1199, 1387
– Ägypten
S. 12, 211[48], 267–269, 350, 579–581, 666 f., 685 f., 774, 842[25], 940, 949, 1046, 1066, 1228–1233, 1312, 1353–1355, 1404, 1438, 1546, 1550, 1647 f., 1668, 1771 f., 1805, 2015
– Autonomieverhandlungen
S. 12[5], 267, 269 f., 1353, 1355, 1404 f., 1598, 1685, 1771
– Australien
S. 580
– Bangladesch
S. 737, 742 f.
– Brasilien
S. 786 f.
– Bundesrepublik Deutschland
S. 211, 270 f., 350, 524, 581, 618, 633, 657, 665–668, 674, 677, 685–687, 742, 745–748, 756, 758 f., 787, 855, 863, 868 f., 949, 1066 f., 1144 f., 1148, 1234, 1340, 1347, 1353, 1355, 1506 f., 1533 f., 1547, 1566, 1570, 1648, 1667 f., 1771 f., 1805, 2006, 2015[46], 2018
– Camp-David-Prozeß
S. 12[5], 13, 68, 159, 211, 268, 445[4], 525, 579, 581 f., 633, 657, 665–668, 674, 677,

685, 687, 747, 756, 758 f., 773[9], 774, 787, 813, 842, 855, 869, 887, 949[14], 966, 1005, 1046, 1066 f., 1100, 1228[7], 1229, 1231–1233, 1335, 1340, 1353[8], 1355–1357, 1405, 1471, 1546 f., 1550, 1598, 1647 f., 1668, 1771 f., 1801

– ČSSR
S. 2015

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 12, 159 f., 270[19], 444–446, 461, 524 f., 528, 581, 633 f., 665 f., 668, 674, 737 f., 748, 756, 773 f., 788, 863, 990, 1234, 1471, 1566, 1598, 1773 f., 1881, 2018

– Frankreich
S. 350, 446, 633, 665, 687, 731, 794[3], 854 f., 869, 886 f., 904, 1005, 1046 f., 1066 f., 1138, 1148, 1234, 1312, 1355, 1438, 1545, 1648[26], 1667 f., 1773[7], 1774, 1881

– Friedenskonferenz vom 21.12.1973 bis 9.1.1974 in Genf
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Griechenland
S. 1773 f.

– Großbritannien
S. 349 f., 446, 633 f., 665, 687, 758 f., 1148, 1312, 1405, 1438, 1648[26], 1667 f., 1771–1774, 1881, 1917

– Heiliger Stuhl
S. 695[6]

– Irak
S. 445, 461, 868, 1471

– Israel
S. 12 f., 211, 267–270, 350, 445, 524–526, 528, 579 f., 666, 674, 676, 746, 773, 842[25], 843, 855, 949, 1046 f., 1066, 1144 f., 1148, 1174–1176, 1228 f., 1231, 1233, 1312, 1353 f., 1401, 1404, 1417, 1507, 1566, 1598 f., 1647 f., 1667, 1685 f., 1771 f., 1801, 1917, 2015, 2018

– Italien
S. 1138, 1335, 1340, 1347, 1438, 1648[26], 1667 f., 1773[7], 1881

– Jerusalem-Frage
S. 160[7], 224, 268, 351, 445[4+6], 446[14], 666, 668 f., 695[6], 773[9], 774, 1047, 1229, 1231, 1546

– Jordanien
S. 13, 211, 445, 461, 582, 746, 774, 814, 855, 965, 1047, 1355–1357, 1471, 1546, 1771 f., 1774[9]

– Kuwait
S. 445

– Libanon
S. 445, 855, 1005, 1144, 1148

– Libyen
S. 1144 f., 1545

– Marokko
S. 12, 14, 446[14]

– Multinationale Friedenstruppe
S. 579 f., 842 f., 1335, 1340, 1347, 1438, 1648, 1667 f., 1685, 1773 f., 1881, 1917, 1931, 2061[6]

– NATO
S. 687, 1605

– Niederlande
S. 444 f., 461, 581, 773 f., 1566, 1667 f., 1773[7], 1881, 1917

– Palästina-Frage
S. 19, 160[7], 267, 271, 444 f., 525 f., 528, 582[20], 632, 666–669, 672–674, 676, 731, 756, 843, 863, 886, 1228 f., 1231, 1506, 1533 f., 1545 f., 1570, 1665, 1667, 1685 f., 2018

– PLO
S. 211, 271, 385, 445 f., 580[12], 581, 666–668, 674, 676 f., 687, 742, 746 f., 773, 814, 821, 856, 1005, 1118, 1174–1176, 1231–1234, 1259, 1312, 1341, 1354 f., 1404 f., 1506 f., 1545, 1551, 1599, 1701

– Polen
S. 418

– Portugal
S. 686

– Rumänien
S. 1665

– Saudi-Arabien
S. 12, 224, 268, 351, 632, 666–668, 702, 746 f., 774, 821, 855, 1046 f., 1144, 1228–1234, 1353, 1355–1357, 1404 f., 1471, 1507, 1534, 1545 f., 1602, 1644, 1647, 1648[27], 1686, 1771 f., 1801 f., 1805, 1881, 2018

– Schweden
S. 159 f.

– Syrien
S. 271, 445, 461, 747, 855, 1046, 1232
– Tunesien
S. 446[14]
– Türkei
S. 751, 1931
– UdSSR
S. 12, 211f., 271, 525f., 581, 667, 702, 743, 856, 950, 1046, 1143, 1355, 1438, 1474, 1505, 1545, 1547, 1771, 1801f.
– USA
S. 12f., 77f., 267f., 270, 349f., 385, 390, 525f., 579–582, 632, 666f., 686f., 702, 742, 813–815, 842, 938–941, 1046, 1098, 1100f., 1148, 1230–1232, 1312, 1340, 1353–1355, 1404f., 1417, 1438, 1472–1474, 1505, 1547, 1550[11], 1605, 1684–1686, 1771f., 1774, 1801, 1917, 2015, 2061[6]
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 672f., 676
– Vereinte Nationen
S. 211[48], 666, 842[25], 863, 887[10], 965, 1144, 1229, 1232, 1340, 2018
– Volksrepublik China
S. 1505, 1507, 1533

Namibia-Frage
Dok. 14, 128, 279, 367 und S. 81, 118, 166, 378[3], 775, 856, 1173, 1199, 1335, 1562
– Angola
S. 85, 348, 385, 626, 644, 719f., 831, 874, 885, 1164, 1258f., 1377[2], 1379, 1400, 1420f., 1481, 1611, 1803, 1836, 1896, 1972[5], 1974–1976, 2018
– Botsuana
S. 85, 348, 385, 626, 644, 719, 831, 874, 885, 948, 950, 1164, 1420f., 1481, 1611, 1836, 1896, 1976, 2018
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 157, 232, 269 und S. 224, 312f., 348f., 369, 448, 461, 524, 618, 644, 719[9], 720, 790, 830f., 884f., 946–950, 1000–1002, 1049, 1063, 1118, 1136, 1148f., 1164–1167, 1258f., 1377[2], 1378f., 1380[15], 1400f., 1468, 1480, 1482, 1547f., 1611f., 1805, 1836f., 1920, 1974[5], 1977, 2015, 2018
– ČSSR
S. 2015
– Dänemark
S. 750
– Demokratische Turnhallen Allianz (DTA)
S. 82[4], 84, 83[10], 84, 626[28], 644, 830[6], 872f., 875, 1165[10], 1976
– Europäische Gemeinschaften/ Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 461, 991
– Frankreich
S. 224, 348f., 448, 461, 524, 719, 721, 731, 734, 830f., 871, 873[17], 879[10], 884f., 904, 946, 948f., 954, 1001–1003, 1049f., 1063, 1167, 1224, 1226f., 1258, 1380[15], 1400[7], 1481, 1547f., 1805, 1836, 1974, 1976, 2015
– Großbritannien
S. 224, 348f., 448, 461, 524, 626, 643, 646, 719[9], 720f., 733f., 759, 830f., 871, 873[17], 874, 879[10], 885, 946, 948f., 1002, 1167, 1224, 1226f., 1258, 1313, 1400[7], 1481, 1547f., 1805, 1836, 1974[5], 1977, 2015
– Italien
S. 733, 1064, 1136, 1148, 1344
– Japan
S. 1064
– Jugoslawien
S. 1118, 1592
– Kanada
S. 348f., 448, 461, 524, 718–720, 830, 871, 874, 885, 946, 948f., 1002, 1064, 1167, 1224, 1226f., 1400[7], 1547f., 1805, 1836, 1974[5], 2015
– Kenia
S. 1972[5]
– Kuba
S. 85, 1222[4], 1468, 1489
– Mosambik
S. 85, 348, 385, 626, 644, 719, 831, 874, 885, 948, 950, 1164, 1420f., 1481, 1611, 1836, 1896, 1972[5], 1976, 2018
– Niger
S. 1481
– Nigeria
S. 1611f., 1972[5]
– OAU
S. 1420
– Portugal
S. 688f., 720, 752, 760, 1002, 1258
– Sambia
S. 348, 385, 626, 644, 688, 719, 831, 874, 885, 948, 950, 1164, 1420f., 1481, 1611, 1836, 1896, 1972[5], 1976, 2018

– Senegal
S. 1000
– Simbabwe
S. 85, 348, 385, 626, 719, 831, 874, 885, 946–948, 950, 1164, 1420f., 1481, 1611, 1836, 1896, 1972[5], 1976, 2018
– Südafrika
S. 82–85, 369[3], 626, 643, 719f., 724f., 734, 830–832, 836, 871–873, 884, 946–948, 1063[39], 1118, 1148, 1164, 1222[4+5], 1223–1227, 1261[10], 1313[24], 1314, 1378, 1421, 1468, 1479–1482, 1489, 1803, 1835f., 1972[5], 1973–1977, 2015
– SWAPO
S. 83–85, 168, 626[28], 644, 719f., 830f., 871–875, 884, 946, 948–950, 1063[39], 1118, 1225, 1227, 1257[5], 1258, 1379, 1421, 1479[4], 1481, 1836, 1973f., 1976f., 2015, 2018
– Tansania
S. 85, 348, 385, 626, 644, 719, 831, 874, 885, 948, 950, 1164, 1420f., 1481, 1611, 1836, 1896, 1972[5], 1976, 2018
– UdSSR
S. 720, 947f., 1222[4], 1258, 1428, 1430, 1489, 1612, 1803, 1835–1837, 1975
– USA
S. 82, 84, 224, 348f., 448, 461, 524, 626, 643, 646, 688f., 719–721, 724f., 734, 790, 830–832, 836, 871–874, 884, 946–950, 1000–1002, 1102, 1136, 1148, 1222–1227, 1313[24], 1362, 1377f., 1397, 1399f., 1406, 1421, 1428, 1439, 1479–1482, 1489, 1547f., 1805, 1836, 1896, 1917f., 1973–1975, 1977, 2015
– Vereinte Nationen
S. 83, 524, 626, 643f., 734, 830–832, 871, 884f., 1063, 1164, 1167, 1222[4], 1223, 1225, 1261, 1313[24], 1345, 1420[4], 1421, 1479–1481, 1835f., 1973

Nationales Olympisches Komitee (NOK)
S. 788[13]

NATO (North Atlantic Treaty Organization)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Argentinien, ASEAN, Brasilien, DDR, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, Irland, Japan, Jugoslawien, KAE, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, Polen, SALT, Spanien, UdSSR
Dok. 115, 129, 130, 133, 324, 328, 351, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362 und S. 11, 51f., 291, 334, 413, 497, 502–504, 512, 532, 539, 551, 553, 706, 776[28], 797, 818, 820–822, 956, 1301f., 1305, 1342f., 1689[72], 1710, 1878
– Ausschuß für Verteidigungsplanung (DPC)
Dok. 139, 140 und S. 108[20], 253[4], 255, 302f., 699, 817, 822, 824, 1291, 1388, 1603, 1605[8], 1614, 1704f., 1755, 1923
– AWACS
S. 607, 781
– Belgien
S. 107, 194, 389, 564, 607[12], 679, 730, 749f., 781, 1021, 1023, 1025, 1337[5], 1616, 1618f., 1914, 1932f., 2025, 2040
– Bericht des NATO-Ministerrats vom 13./14.12.1967 über die künftigen Aufgaben der Allianz („Harmel-Bericht“)
S. 236, 239, 641, 789, 808
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 42, 83, 104, 110, 194, 247, 325 und S. 25, 107, 109[30], 193[28], 220[10+11], 240–246, 255–263, 301[4], 304f., 311, 328, 384, 389, 478, 532, 550, 562–564, 617, 623, 636f., 687, 722f., 727f., 731[9], 752, 759, 768, 779[3], 782, 784, 789, 804, 810, 822–824, 894, 915, 930, 1023, 1250, 1254, 1273, 1296–1299, 1323, 1337f., 1340, 1616–1618, 1620[29], 1705, 1756f., 1861[8], 1885f., 1890–1892, 1898, 1906, 1913f., 1916, 1919–1921, 1937, 1941f., 1985f., 2005, 2074[14], 2075[16+17]
– Bündnisstrategie
S. 108, 110[3], 238, 257, 276, 908, 1288, 1293–1296, 1358f., 1365, 1386, 1389, 1613f., 1733[6], 1739, 1741, 1849
– Dänemark
S. 389, 567, 613f., 636, 730, 749–751, 1025, 1297[4], 1299, 1888, 1935, 1986, 2040
– Einsatzgebiet
S. 239f., 539, 551, 569, 613, 642, 687, 693, 724, 733, 779f., 822, 932, 1024–1026, 1296[2], 1340, 1604f., 1672, 1704f., 1890, 1912, 2041
– Eurogroup
Dok. 140, 350 und S. 796[7]
– Frankreich
S. 107, 110[3], 389, 450, 636f., 639, 678f., 687, 730–732, 752, 823, 851, 903, 977, 1022, 1039, 1045, 1061f., 1138[22], 1141[8],

1266, 1297, 1914, 1923–1925, 1985, 2025, 2040

– Griechenland
S. 606, 1250, 1682, 1738, 1743, 1861, 1864, 1886[19], 1887, 1890, 1902, 1925 f., 1928, 2038, 2040

– Großbritannien
S. 25, 107, 220[10], 384, 389, 450, 560, 562, 607, 612 f., 687, 722 f., 731[9], 733 f., 752, 759, 784, 822, 1021, 1025, 1266, 1297, 1337[5], 1616, 1618–1620, 1684, 1756, 1884 f., 1892[29], 1914, 1922 f., 1985 f., 2025

– High Level Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Host Nation Support
S. 238[13], 253[4], 254, 256 f., 263, 304 f., 342, 366, 569, 607, 1289 f., 1604, 1673, 1704–1706, 1743, 1759 f., 1891

– Independent European Programme Group (IEPG)
S. 1884[2], 1885

– Infrastrukturprogramm der NATO
S. 255 f., 304, 606, 749, 784, 822, 1614, 1705, 1738, 1739[30], 1759, 1891, 1906, 2005

– International Military Staff (IMS)
S. 220[10+11], 637, 1329[29], 1348[2]

– Island
S. 1935

– Italien
S. 107 f., 389, 562, 606, 731[9], 732 f., 779 f., 785, 1091, 1297, 1323, 1337 f., 1616–1618, 1704, 1738, 1743, 1886, 1888, 1914, 1933 f., 1986, 2005[6], 2030

– Kanada
S. 221[12], 636 f., 679, 734 f., 770, 779 f., 1023, 1025, 1620[29], 1888, 1911[4], 1928 f., 2025

– Langfristiges Verteidigungsprogramm vom 30./31.5.1978
S. 196, 256[13], 304, 305[9], 1386, 1889

– Luxemburg
S. 730, 749, 752, 779 f., 784 f., 1337[5], 1926

– Militärausschuß
S. 88, 238[14], 606, 1021, 1026, 1329[29], 1890, 1986, 2021, 2026

– Ministerial Guidance 1977 (3 %-Ziel)
S. 24[14], 69, 254 f., 302[4], 304 f., 342, 608, 782, 784, 822 f., 1273, 1884 f., 1889

– NATO-Doppelbeschluß
siehe: NATO-Doppelbeschluß

– Neutronenwaffe
S. 71 f., 112

– Niederlande
S. 107, 220[10], 221[12], 389, 564, 567, 613, 723, 730, 749 f., 784 f., 1022, 1025, 1484[6], 1566 f., 1616, 1618–1620, 1863[25], 1864[27], 1885 f., 1888–1892, 1934 f., 2040

– Norwegen
S. 22[5], 24 f., 106, 567, 679, 730, 749, 751, 785, 804, 1022 f., 1025, 1265, 1297[4], 1299, 1337[5], 1619, 1884[2], 1892, 1927 f., 1986, 2005[6], 2040

– Nukleare Planungsgruppe (NPG)
Dok. 103, 304 und S. 1285, 1291, 1388, 1567, 1755 f.

– Politischer Ausschuß auf Gesandtenebene (Senior Political Committee, SPC)
S. 220, 221[12], 635

– Portugal
S. 605, 691, 730, 751 f., 785, 1025, 1297, 1299, 1888, 1930 f.

– SACEUR
S. 69, 71, 238[16], 303, 607 f., 1021, 1254, 1382[9], 1927, 1986

– Special Consultative Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Special Group
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß

– Ständiger Rat
S. 41[2], 86–89, 94–97, 106–109, 147, 183 f., 192–194, 240–244, 246[18], 278, 368, 463[3], 488[12], 491, 545[3], 566[6], 567[16], 568, 573[10], 607[12], 632, 635–637, 678–681, 768, 1020, 1131, 1291, 1297, 1337[5], 1392 f., 1485, 1603–1605, 1738, 1742, 1755, 1791, 1861[8], 1863[25], 1864[27], 1869, 1892[29], 1969 f., 1984–1987, 2024–2031, 2052[5], 2065[19], 2066, 2067[5], 2073, 2074[14], 2075[16+17]

– Tagungen des NATO-Ministerrats
siehe unter: Konferenzen und Verhandlungen

– Türkei
S. 90, 606, 730, 749, 751, 785, 1023, 1250, 1566, 1695, 1886, 1888, 1902[23], 1931 f., 2005[6]

– USA
S. 107 f., 238, 255, 257, 278, 287, 301, 303 f., 560, 589[11], 606[10], 607 f., 614, 636 f., 639, 679, 721, 723–727, 731[9], 782–785, 822 f., 1025, 1099, 1265 f., 1293, 1297, 1330[30], 1485, 1603–1605, 1613 f., 1616,

1618–1620, 1672–1674, 1703–1705, 1733[6], 1738 f., 1791, 1884 f., 1889–1892, 1897, 1906, 1911–1914, 1916–1918, 1985–1987, 2017, 2024, 2027–2031, 2040, 2043

– Warschauer Pakt
S. 24[14], 189 f., 303, 305, 2014

NATO-Doppelbeschluß/ TNF-Modernisierung
S. 24, 24[13], 50 f., 79, 106, 109[29], 239, 560, 782, 804, 1181, 1183[10], 1185, 1720 f., 1723, 1740, 1885 f.

– Amerikanische Mittelstreckensysteme
S. 291, 401, 432, 485, 502–504, 563 f., 585, 683, 690, 709, 726, 812, 817, 819 f., 823, 851 f., 909, 977, 983 f., 1027, 1041–1043, 1115, 1191, 1256 f., 1286, 1324 f., 1327 f., 1357, 1361, 1374[8], 1424, 1447, 1465, 1500, 1522, 1541 f., 1544[3], 1580, 1615[11], 1616, 1620, 1628, 1634, 1649, 1661, 1735, 1737, 1761, 1763, 1766, 1768 f., 1794, 1797, 1807 f., 1812, 1817, 1838, 1852, 1868 f., 1873, 1876, 1945 f., 1952, 1980, 2003, 2028 f., 2040

– Amerikanisch-sowjetische Gespräche über Mittelstreckensysteme vom 17.10. bis 17.11.1980 in Genf
S. 76, 162, 184, 205, 245, 336, 356, 410, 477, 486 f., 496 f., 505, 511–513, 532, 624, 682, 690, 709, 723, 851, 1076, 1463, 1627

– Belgien
S. 69, 108, 237, 273, 290, 356, 364 f., 564, 586, 699, 749, 823, 852, 929, 978, 1283 f., 1298, 1381 f., 1594 f., 1616, 1618 f., 1678, 1733, 1736, 1741, 1756, 1758, 1761, 1775, 1861, 1863, 1867, 1872, 1875, 1914, 1934

– Bulgarien
S. 1027 f., 1033

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 122, 147, 165, 235, 257, 322, 327 und S. 69 f., 162, 180, 188, 195[34], 198, 224, 273, 284[4], 285–287, 290–292, 306, 314, 328, 336, 344, 356 f., 363–365, 392, 413–417, 485–488, 490, 496 f., 502, 505–508, 512 f., 538–540, 563 f., 566, 585 f., 590[13], 591, 618, 623, 641, 675, 690 f., 698 f., 709 f., 723, 726[15], 728 f., 756, 784, 812, 815, 823, 835, 843 f., 850–854, 882 f., 894 f., 916, 943–945, 950–952, 978, 981 f., 992, 1006–1009, 1027 f., 1030 f., 1033 f., 1039–1043, 1059 f., 1075, 1106–1108, 1116–1118, 1135, 1146, 1149, 1187–1192, 1199, 1203, 1212 f., 1216, 1221, 1243, 1264, 1283–1288, 1298, 1324–1328, 1335, 1357 f., 1361, 1367 f., 1380 f., 1383 f., 1402–1404, 1430, 1446, 1462–1464, 1474 f., 1500–1502, 1520–1524, 1538, 1541 f., 1568, 1578, 1587, 1590, 1594–1597, 1606, 1616–1618, 1620[29], 1621 f., 1627–1634, 1649 f., 1660 f., 1666, 1733[6], 1735–1737, 1741 f., 1750, 1761, 1763–1766, 1769 f., 1775, 1787[1], 1789–1791, 1806–1809, 1811–1815, 1820 f., 1824, 1828, 1831–1834, 1842, 1849 f., 1853, 1866 f., 1869, 1872, 1874–1878, 1898, 1913 f., 1920 f., 1938 f., 1951 f., 2000, 2005 f., 2016

– ČSSR
S. 2012 f.

– Dänemark
S. 356, 750, 852, 978, 1358, 1383, 1775

– DDR
S. 129, 180, 196–198, 344, 401, 1017, 1031, 1279, 1338[6], 1462–1465, 1944–1947, 1980

– FBS
S. 73[4], 291, 417, 490, 502 f., 505, 508, 511, 532 f., 539, 883, 981 f., 1009, 1014[4], 1027, 1187[3], 1212 f., 1286, 1403, 1487, 1624, 1626[12], 1817, 1821, 1824[28], 1828, 1849, 1870

– Frankreich
S. 70, 224, 624, 682[4], 699, 851–854, 878[2], 880[11], 881, 883, 958, 977, 983, 987, 1008, 1037[11], 1039, 1041 f., 1044, 1058–1060, 1062, 1075 f., 1108, 1146–1148, 1170, 1172, 1199, 1325, 1357, 1500, 1541, 1544[3], 1736, 1876, 1914, 1923

– Friedensbewegung
Dok. 321 und S. 224, 690, 958, 1014[5], 1043, 1075 f., 1146, 1170 f., 1243, 1265, 1279, 1292, 1325, 1328, 1335, 1338[6], 1339, 1367, 1474, 1538, 1574, 1578, 1607 f., 1614, 1618 f., 1622, 1626, 1655[5], 1657, 1663, 1677 f., 1733[6], 1739[30], 1741[12], 1769, 1864 f., 1873, 1885, 1891, 1910, 1911[4], 1923, 1926, 1929, 1933 f., 1946, 2005, 2014, 2040 f.

– Griechenland
S. 1628

– Großbritannien
S. 189, 224, 290, 357, 364, 563, 682[4], 699, 723, 734, 823, 851, 978, 1008, 1060, 1062, 1188[6], 1283 f., 1287, 1325, 1327 f., 1381 f., 1500, 1594–1596, 1616, 1618–1620, 1628 f., 1677, 1741, 1756–1758, 1761, 1790, 1876, 1898, 1914

– High Level Group der NATO
Dok. 261 und S. 726, 783, 941[11], 945, 1190, 1211–1214, 1294, 1372f., 1617f., 1629[9], 1755–1758

– INF-Verhandlungen
Dok. 380 und S. 1031, 1060, 1173, 1190, 1211, 1284, 1357, 1367, 1478, 1483, 1486f., 1500, 1520, 1522, 1574, 1619[26], 1621, 1623, 1627, 1633, 1660, 1663, 1667, 1724[4], 1735, 1737, 1741, 1750, 1757, 1760–1766, 1768, 1780, 1787f., 1791, 1795, 1807, 1811, 1814f., 1818, 1828f., 1831–1833, 1838, 1846f., 1852, 1862[14], 1866, 1869, 1872, 1881, 1897, 1904, 1911, 1915, 1917, 1921, 1923, 1938, 1943, 1952, 1985f., 1995, 2000–2003, 2006f., 2012f., 2024, 2026, 2045, 2064

– Italien
S. 69, 273, 290, 330, 356f., 363f., 391, 563, 586, 732f., 823, 978, 995, 1090f., 1135, 1146f., 1188[6], 1283f., 1323f., 1326–1328, 1358, 1381f., 1491, 1500, 1594, 1615[11], 1616–1618, 1628, 1741, 1756, 1758, 1761, 1790, 1872, 1875, 1898, 1914

– Jugoslawien
S. 1111, 1115–1117, 1589

– Kanada
S. 487, 734, 1213, 1620[29]

– Luxemburg
S. 752, 1926

– Niederlande
Dok. 280 und S. 69, 108, 237, 273, 290, 356, 564, 586, 699, 723, 750, 785, 823, 852, 978f., 1298, 1327, 1566f., 1616, 1618–1620, 1628, 1733, 1736, 1741, 1756, 1757[10], 1758, 1761, 1775, 1787[1], 1790, 1861, 1863, 1872, 1875, 1934

– Norwegen
S. 107, 751, 1263, 1358, 1619, 1629

– „Null-Lösung“
S. 983, 993, 1006, 1008, 1027, 1041, 1111, 1135, 1149, 1191f., 1240, 1284, 1287f., 1361, 1368, 1381f., 1403f., 1464, 1475, 1500, 1541, 1544[3], 1579, 1587, 1594[5], 1614, 1617[17], 1618f., 1621f., 1624, 1626[12], 1630[10], 1633f., 1649, 1661, 1677, 1724[4], 1725–1727, 1737, 1750, 1761–1766, 1768f., 1787[1], 1788–1790, 1796f., 1807f., 1812f., 1817, 1821, 1830[22], 1847–1849, 1862, 1868f., 1874, 1912, 1933, 1944

– Öffentlichkeitsarbeit
Dok. 245, 298 und S. 23, 25, 188, 274, 285, 292, 336, 364, 487–489, 562, 640, 683, 698, 752, 780f., 783, 812, 815–820, 909f., 931f., 945, 951f., 1187–1191, 1213, 1357f., 1380, 1384, 1423[2], 1424, 1426, 1450, 1521, 1541f., 1574, 1578, 1618–1620, 1623[3], 1626, 1629, 1678, 1788–1790, 1853, 1867, 1869, 1872f., 1875, 1884, 1891, 1914f., 1923–1927, 1928f., 1934, 2003

– Polen
S. 413f.

– Portugal
S. 691

– Rumänien
S. 1663, 1867f.

– SALT
S. 161f., 287, 350, 415, 486, 490, 564, 566[6], 586, 590[13], 682[4], 696, 726, 843[29], 883, 908, 943[8], 944, 1008, 1028, 1189, 1191, 1287, 1372, 1375, 1381, 1388, 1487, 1580, 1627, 1724[4], 1762[8], 1952, 2001–2003

– Saudi-Arabien
S. 1649

– Schweden
S. 161

– Special Consultative Group (SCG)
Dok. 92, 174, 227, 259, 307, 333 und S. 284[4], 285f., 329, 334, 336, 356, 390, 497, 564[10], 587, 624f., 726, 783, 907–910, 950, 952, 1149, 1188–1190, 1192, 1283–1285, 1357, 1372–1374, 1376, 1464, 1474, 1595–1597, 1617f., 1667, 1676, 1724, 1755, 1761, 1763, 1766, 1811, 1833, 1866, 1913, 2002f., 2027f.

– Special Group
S. 1372[7], 1373, 1757[12], 1758

– Sowjetische Mittelstreckensysteme
S. 205, 291, 329, 401, 407, 410, 414f., 432, 472, 477, 489–491, 497, 502–504, 506–508, 532, 539, 562, 640, 675, 690, 697, 709, 817–819, 850–853, 881, 883, 894, 909, 951, 977, 981f., 992, 1006–1008, 1014[4], 1027f., 1041–1043, 1060, 1075, 1115, 1189, 1191f., 1240, 1265, 1284, 1286, 1324, 1357, 1361, 1366, 1373, 1383, 1389, 1402–1404, 1424[7], 1447, 1462, 1475f., 1500f., 1520, 1580, 1596, 1617[17], 1624, 1628, 1632–1634, 1649, 1661, 1667, 1724[4], 1725, 1735, 1737, 1741[12], 1750, 1761–1764,

1766, 1768–1770, 1796 f., 1806–1809, 1812 f., 1817, 1821, 1823 f., 1828, 1838, 1842, 1868, 1871, 1873 f., 1876, 1912, 1938, 1944, 1951 f., 2003, 2028, 2030

– Sowjetischer Moratoriumsvorschlag vom 23.2.1981
Dok. 51 und S. 329, 356, 363 f., 379, 391, 400[14], 407, 410, 414, 472, 488 f., 491, 502–504, 506 f., 511–513, 533, 538, 542, 563, 709 f., 728, 852, 982, 984, 992 f., 1006, 1028, 1031, 1042, 1058 f., 1116 f., 1135, 1191, 1212, 1240 f., 1287, 1465, 1475 f., 1520, 1579, 1626[12], 1726, 1736, 1762, 1795 f., 1807, 1814, 1824, 1912, 1944, 1947, 2012, 2017, 2028–2031

– Türkei
S. 751, 1629

– UdSSR
Dok. 306, 341 und S. 70, 290–292, 330[12], 349, 364, 417, 428, 470, 502–505, 511, 532 f., 589[10], 690, 696, 698, 817, 851–853, 894, 908, 942 f., 948, 951 f., 981, 984, 992 f., 994[15], 1006, 1014, 1042 f., 1059 f., 1075 f., 1130, 1135, 1168 f., 1187[3], 1188, 1190 f., 1203, 1268, 1284–1288, 1328, 1357, 1373–1375, 1382 f., 1427, 1429 f., 1447, 1463, 1475 f., 1573 f., 1578–1580, 1589, 1736 f., 1741[12], 1756 f., 1768–1770, 1794, 1811–1814, 1817 f., 1821, 1823, 1828, 1832 f., 1838, 1852, 1868, 1873, 1912–1914, 1921, 1944 f., 2012, 2027–2031

– Ungarn
S. 1632–1634

– USA
Dok. 329 und S. 70, 285, 287, 329, 334, 365, 390, 485–490, 495, 519[20], 520, 563–566, 623 f., 682–684, 696, 698 f., 706 f., 722 f., 726, 783, 789, 812, 817 f., 843, 850 f., 908, 932, 934, 937, 942–945, 952, 1028, 1060, 1099, 1100[20], 1142[10], 1144, 1149, 1172 f., 1187–1192, 1211, 1283–1288, 1357, 1361 f., 1365, 1371–1376, 1380–1383, 1402–1404, 1427, 1460, 1463, 1483, 1500 f., 1520, 1522, 1524, 1539, 1541 f., 1566[8], 1578–1580, 1627–1629, 1630[10], 1660, 1676, 1678, 1724[8], 1735–1737, 1756, 1787[1], 1788, 1795–1797, 1812–1814, 1824, 1834, 1853, 1863, 1872–1876, 1878, 1911–1914, 1917, 1945, 1985, 2003, 2012, 2017, 2027–2031, 2064

– Vereinte Nationen
S. 205[26]

Nepal
S. 739[15], 1753

Neuseeland
S. 184, 193, 244, 963 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 178

Nicaragua
siehe außerdem:
El Salvador, Frankreich, Großbritannien, Kuba, Mexiko, Vereinte Nationen
S. 64, 857, 1102[29], 1135[7], 1406, 1468, 1899

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 54, 309, 344 und S. 62, 224, 280–283

– UdSSR
S. 631, 1641–1643, 1804, 1858

– USA
S. 224, 279, 281, 283[20], 298–300, 354, 631, 832, 1414, 1640 f., 1804, 1858[2], 1859 f.

Niederlande
siehe außerdem:
Ägypten, El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Europäische Union, Irak, Israel, Jordanien, KAE, Kambodscha, KSZE, Libanon, Marokko, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen
S. 106[4], 109[29], 382[17], 400, 457, 661, 1093, 1275[12], 1334[45], 1945

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 291 und S. 260, 344, 365, 827, 1081, 1484[6], 1620[29], 2020–2022

– Polen
S. 448 f., 1022, 2100 f.

– Republik China (Taiwan)
S. 1198

– Spanien
S. 1566, 1863 f.

– Syrien
S. 445, 446[11]

– Tunesien
S. 446[14]

– Türkei
S. 447

– UdSSR
S. 290, 496[24], 2101

– USA
S. 278[4], 1483 f., 1566[8]

Niger
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 119, 912[4], 1048 f.

Nigeria
siehe außerdem: Bewegung blockfreier Staaten, Kambodscha, Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen
S. 119, 645[12], 645, 1048 f.

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 303 und S. 1420

– Vietnam
S. 1161[9]

Nordatlantikpakt
siehe: NATO

Nordischer Rat
S. 810

Nord-Süd-Dialog
Dok. 102, 226, 315 und S. 16–18, 48, 62, 145 f., 712, 1063, 1123, 1173, 1260

– Algerien
S. 1206, 1209, 1370, 1609 f., 1690, 1692

– Bangladesch
S. 558, 1206, 1585[10], 1690

– Belgien
S. 750, 1584[5]

– Brasilien
S. 790, 1206, 1690

– Bundesrepublik Deutschland
S. 17 f., 48, 162, 168 f., 202, 313 f., 317 f., 336 f., 340, 523 f., 528, 557–559, 618, 741 f., 826, 1052, 1065, 1195–1197, 1201, 1207, 1209 f., 1220, 1268, 1370 f., 1513[52], 1514 f., 1536[1], 1554–1556, 1584, 1591, 1610, 1621, 1644 f., 1647 f., 1665, 1668 f., 1690–1693, 1744–1747, 1806, 1813, 1920, 2018 f.

– ČSSR
S. 2015 f.

– Dänemark
S. 750, 1584[5]

– DDR
S. 168[38]

– Elfenbeinküste
S. 1206, 1210, 1690

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 168[38], 459, 987, 989, 1554–1556, 1745

– Frankreich
S. 336, 557, 904, 1051, 1064 f., 1088, 1207, 1536[1], 1554–1556, 1584 f., 1690, 1925

– Globale Verhandlungen
S. 201, 989, 1052, 1088, 1102, 1177–1179, 1195–1197, 1208 f., 1261, 1370, 1397, 1513–1516, 1536[1], 1554–1556, 1584 f., 1591, 1609 f., 1645, 1668, 1691–1693, 1744, 1746 f.

– Griechenland
S. 1584[5]

– Großbritannien
S. 1207, 1209, 1585, 1648, 1690, 1745

– Guyana
S. 557, 1206, 1585, 1690

– Heiliger Stuhl
S. 1548

– Indien
S. 557 f., 1206, 1585, 1668, 1690, 1744–1747

– Irland
S. 1584[5]

– Italien
S. 1584[5], 1585

– Japan
S. 557, 1065, 1207 f., 1690

– Jugoslawien
S. 201 f., 1207, 1591, 1690

– Kanada
S. 336, 556[1], 558, 1207, 1210, 1536[1], 1555, 1585[10], 1690 f.

– Kuba
S. 202, 332[21], 333, 338, 1370 f.

– Luxemburg
S. 1584[5]

– Mexiko
S. 337 f., 524, 557 f., 1206–1208, 1513[52], 1664, 1690–1692

– Niederlande
S. 750, 1584[5]

– Nigeria
S. 1206, 1210, 1585[10], 1609 f., 1690

– Nord-Süd-Kommission (Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen)
S. 145[16], 1123, 1610

– Österreich
S. 524, 1207, 1536[1], 1555, 1690

– Philippinen
S. 557, 1206, 1396 f., 1602, 1690
– Portugal
S. 1556
– Rumänien
S. 1664
– Saudi-Arabien
S. 557, 658, 1201, 1206, 1209, 1515, 1644 f., 1690, 1692
– Schweden
S. 160, 166, 169, 1207, 1536[1], 1555, 1690
– Spanien
S. 1556
– Tansania
S. 557, 1206, 1210, 1585[10], 1690
– UdSSR
S. 165, 202, 332[21], 524, 527, 589[10], 728, 743, 982, 992 f., 1197, 1208, 1243, 1370, 1514, 1516, 1591, 1638, 1645, 1647, 1668, 1692, 1806, 1813 f., 1920, 1953, 2019
– USA
S. 201, 332–334, 336–338, 390, 558, 826, 836, 893, 1051 f., 1101 f., 1136, 1179, 1196 f., 1201, 1207, 1209 f., 1363, 1370 f., 1397, 1554, 1585, 1591, 1606, 1647 f., 1690–1693, 1744 f., 1747, 1813
– Venezuela
S. 1206, 1690 f.
– Vereinte Nationen
S. 160, 1208, 1606, 1745 f.
– Volksrepublik China
S. 202, 332[21], 1196–1198, 1206, 1209, 1513 f., 1668, 1690

Norwegen
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, DDR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, KAE, KSZE, NATO, NATO-Doppelbeschluß
S. 67, 106[4], 109[29], 155, 895, 1275[12], 1520
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 145, 242 und S. 22 f., 25 f., 107, 345, 827, 1272
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 24[13], 810, 1266
– Polen
S. 412, 751, 804, 806, 1022 f., 1217, 1928
– Schweden
S. 810
– UdSSR
S. 25, 807, 809, 1267, 1337[5]
– USA
S. 23, 25, 107, 384, 809 f.

Olympische Sommerspiele vom 19.7. bis 3.8.1980 in Moskau
S. 788, 895, 924, 1180, 1521

Oman
siehe außerdem:
Afghanistan, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen)
S. 350, 526[51], 581[17], 652, 675[10], 686, 841, 856, 876[5], 1552

Organisation der Islamischen Konferenz (OIC)
S. 16, 138, 139[11], 229, 248, 250, 506, 636, 653, 736 f., 740, 780, 867, 869, 888[17], 1478[26]

Organisation für Afrikanische Einheit (OAE)
siehe: Organization of African Unity

Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)
S. 67 f., 166, 173, 345, 346[64], 658, 660, 755[16], 1066, 1180

Organization of African Unity (OAU)
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 19 f., 118–121, 645, 1000[27], 1048–1050, 1144, 1314, 1330, 1420–1422, 1479[5], 1572, 1610, 1975

Organization of American States (OAS)
S. 64, 297, 299, 1899, 1918

Organization of Petroleum Exporting Countries (OPEC)
S. 14, 67 f., 166, 200–202, 318, 558, 658, 660 f., 674, 742 f., 788, 826, 1052 f., 1054[109], 1081[13], 1082, 1143, 1180, 1370, 1448, 1514 f., 1554, 1610, 1645 f., 1692

Österreich
siehe außerdem:
Argentinien, ČSSR, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Italien, KAE, KSZE, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 67, 145[16], 551, 1266, 2025
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 272 und S. 214[58]
– Polen
S. 335[17], 453, 1461[16]

– Saudi-Arabien
S. 1448
– Türkei
S. 28[7]
– UdSSR
S. 524
– USA
S. 1441
– Vietnam
S. 1601

Otto-Benecke-Stiftung e.V.
S. 872

Pakistan
siehe außerdem:
Afghanistan, Bewegung blockfreier Staaten, Frankreich, Großbritannien, Indien, Iran, Japan, Vereinte Nationen
S. 90, 146[18], 494[19], 633, 652, 702, 704, 731, 739[15], 751, 1145, 1501, 1753, 1893
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 44, 264 und S. 139[10], 223 f., 312, 315, 351, 358, 569, 631 f., 637, 670, 674, 788, 869, 895
– Saudi-Arabien
S. 352, 842
– UdSSR
S. 247[4], 249–251, 842, 1398 f., 1489, 1592, 1714, 1716[5]
– USA
S. 253, 312, 351 f., 358, 501, 632, 637, 653 f., 704, 781, 841 f., 1056[9], 1098, 1104, 1366, 1399, 1406, 1489, 1592, 1685, 1714 f., 1917, 1931
– Volksrepublik China
S. 501

Panama
S. 298, 833

Pax Christi
S. 2097

Peru
siehe unter: Vereinte Nationen

Philippinen
siehe außerdem:
ASEAN, Nord-Süd-Dialog
S. 1510[47], 1511, 1601

PLO (Palestine Liberation Organization)
siehe unter: Nahost-Konflikt

Polen
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Brasilien, ČSSR, DDR, Dänemark, Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Irakisch-iranischer Krieg, Irland, Italien, Japan, Jugoslawien, KAE, Kanada, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Niederlande, Norwegen, Österreich, SALT, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
Dok. 1, 25, 33, 108, 144, 228, 262, 366 und S. 21, 36 f., 118, 133, 135, 146[18], 220, 287, 355, 481, 563, 715[13], 828 f., 865, 899, 1029, 1035, 1135, 1082, 1194, 1387, 1741[12], 1779 f., 1830, 1950, 1962, 2014[44], 2041
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
Dok. 397, 398 und S. 184, 192 f., 243, 439, 442, 448, 453, 458, 460, 859, 1236, 1238, 1311, 1599, 1881, 1970[16], 1996 f., 2036[17], 2058[4], 2061–2065, 2086[23]
– Eventualfallplanung der NATO
Dok. 8, 36, 43, 67 und S. 8[21], 111, 183–185, 193 f., 450, 642, 734, 839, 1045[65], 1392, 1971[25], 2034, 2069
– Internationaler Währungsfonds (IWF)
S. 443, 828, 1050[50], 1202, 1235–1238, 1242, 1460
– Katholische Kirche
S. 86 f., 128, 186, 318, 359 f., 419[47], 442 f., 592–594, 617, 629, 657, 695, 798, 807, 857, 859, 883, 901 f., 1322[2], 1329, 1346 f., 1391, 1435 f., 1459 f., 1553, 1637, 1751, 1805[41], 1901, 1964, 1966 f., 1986, 2035, 2036[12], 2037 f., 2042, 2060, 2070–2072, 2074, 2078, 2081 f., 2085, 2088–2090, 2095 f., 2099 f.
– Kriegsrecht
S. 1963–1967, 1968[3], 1969, 1980, 1985, 1995, 1996[5], 1999, 2030, 2033, 2035, 2036[16+17], 2052, 2054, 2056, 2057[8], 2059 f., 2062, 2070, 2073 f., 2079, 2082–2087, 2089 f., 2093, 2095, 2096[13], 2097
– NATO
Dok. 15, 193, 370, 379, 383, 393 und S. 3 f., 41[2], 168, 184, 191–195, 243, 338, 367, 450, 545[3], 560 f., 564[10], 572, 583, 589[11], 623, 696, 728, 804, 851, 1919, 2036, 2038, 2044

– PVAP (Polnische Vereinigte Arbeiterpartei)
S. 86, 88, 115, 126–128, 210, 222[5], 360, 484, 546, 593, 617, 628, 630, 657, 684, 694, 696, 730, 733, 798–800, 805[146], 839, 857, 859, 883, 901 f., 952, 1019–1023, 1112, 1151, 1172, 1202, 1235, 1241–1244, 1329, 1369, 1391, 1436, 1553, 1679, 1751, 1818, 1901, 1964[5], 1967, 1986, 2080–2083, 2085, 2087, 2091 f., 2095

– Rumänien
S. 190, 264, 360, 1680, 1910 f.

– Sanktionen
S. 222, 2034 f., 2043[8], 2046 f., 2063, 2072[3], 2073, 2102 f.

– Solidarność
S. 3[2], 5–7, 86, 98, 114 f., 126–128, 186, 210, 241[2], 318, 338[31], 359 f., 421, 436, 437[21], 442, 544, 592–594, 617, 628 f., 657, 798, 805[14], 806 f., 857, 860, 883, 901 f., 1242, 1322[2], 1329, 1346, 1368 f., 1391, 1409, 1435 f., 1459, 1466, 1574, 1637, 1655 f., 1658, 1679–1681, 1751, 1901, 1963–1968, 1986, 1995, 1997–1999, 2035, 2037, 2041 f., 2059[9], 2062, 2071, 2077–2083, 2085, 2088–2091, 2093–2096, 2100

– Türkei
S. 1023

– UdSSR
Dok. 22 und S. 4, 6 f., 17, 42, 77, 87–89, 113, 128, 164, 167 f., 171–173, 185–187, 189, 203, 207, 210, 222[8], 243, 331, 334, 337, 359 f., 365, 367 f., 390, 404, 411 f., 421, 439, 442, 543[4], 545 f., 561, 572, 583, 589[10], 593, 622, 624, 628–630, 657 f., 695 f., 703, 725, 741, 751, 798–807, 833, 835, 857, 859 f., 890, 901–903, 952, 983 f., 1020–1022, 1241 f., 1268, 1329, 1335, 1369, 1391–1394, 1398, 1409, 1429–1431, 1435 f., 1459 f., 1506, 1553, 1573 f., 1579, 1581, 1591, 1679, 1714, 1751, 1818, 1832, 1853, 1878 f., 1919, 1922, 1930, 1940, 1967, 1985, 1995, 2026 f., 2034–2039, 2041 f., 2044 f., 2049, 2055–2058, 2062, 2066, 2068 f., 2071, 2073, 2076 f., 2083, 2087 f., 2092, 2099 f.

– Ungarn
S. 190, 264, 1636 f., 1656, 1680, 1995

– USA
Dok. 390, 391 und S. 3, 8[21], 43–45, 171, 174, 176, 183–195, 210, 243, 264, 335, 338, 359 f., 362, 365, 412, 453, 459, 471, 476, 519[20], 545[3], 560 f., 564[10], 565, 583 f., 695 f., 833, 835, 839, 859[9], 1023, 1201 f., 1214[3], 1215, 1217, 1368 f., 1401[15], 1429, 1431, 1434–1437, 1461[16], 1488, 1680 f., 1900 f., 1968–1971, 1985, 2024, 2025[9], 2026[17], 2034–2036, 2038 f., 2043[8], 2044, 2046–2050, 2056, 2059 f., 2072[3], 2073, 2075[17], 2077, 2086 f., 2098–2010, 2103

– Vereinigte Arabische Emirate
S. 673

– Volksrepublik China
S. 1199 f.

– Wirtschafts- und Nahrungsmittelhilfe
Dok. 229 und S. 42, 44, 335, 406, 421[55], 439[24], 442–444, 448 f., 454–456, 458, 460, 476, 519[20], 582, 584, 642, 648 f., 857, 999 f., 1029, 1058, 1200–1202, 1214 f., 1235–1238, 1335, 1346, 1368, 1392, 1434, 1461, 1553, 1637, 1669[40], 1681, 1778, 1821 f., 1829, 1878, 1900 f., 1919, 1928, 1940, 1968, 1970, 1995–1999, 2025, 2035[4], 2036[17], 2037, 2038[23], 2048–2050, 2054 f., 2060[13], 2063, 2072, 2078, 2086[23], 2102–2104

Polen–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 46, 78, 80, 81, 84, 234, 236, 274, 365, 373, 384, 387, 389, 392, 395, 396 und S. 3 f., 7 f., 17, 42–45, 77, 86, 157, 164, 168, 170–176, 184–195, 210, 222, 240–246, 314, 318, 335[15+17], 337–339, 359, 365–368, 406, 448 f., 460, 471 f., 476, 478, 481, 497 f., 545 f., 565, 569, 582–584, 591–594, 617, 628–630, 641, 656–658, 675, 684, 694–696, 703, 712, 728 f., 741, 787, 805–808, 827, 857, 859 f., 883, 890, 901, 952, 983 f., 999, 1055, 1058, 1108 f., 1151, 1201 f., 1214–1217, 1270, 1311, 1329, 1335, 1346 f., 1363, 1368–1371, 1391–1394, 1396, 1401 f., 1409, 1435–1437, 1448, 1467, 1478, 1591, 1637 f., 1655–1657, 1681, 1751, 1821 f., 1829, 1833, 1878, 1901, 1940, 1969 f., 1985, 1999, 2017, 2036–2039, 2046–2048, 2052 f., 2063, 2073–2075, 2098–2103

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 203, 439, 1152, 1236[7], 1237 f., 1533, 1635, 1821

– Humanitäre Fragen
S. 420[49], 423, 441, 619, 2097

– Kulturelle Zusammenarbeit
S. 420, 424 f.

Portugal
siehe außerdem:
Angola, Brasilien, Frankreich, Italien, KAE, KSZE, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog
S. 279, 390
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 123, 177 und S. 485, 760, 837, 1564, 1658
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 10[5], 18, 214[57], 447, 648[27], 657, 687, 689, 763, 960f., 962, 1074, 1445, 1499, 1502f., 1534, 1557, 1563, 1781, 1883
– Spanien
S. 961, 1930f.
– UdSSR
S. 752
– USA
S. 686, 824, 837, 958
– Volksrepublik China
S. 689

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
S. 591, 1473[16]

Presse und Nachrichtenagenturen, Rundfunk- und Fernsehanstalten
– ABC (American Broadcasting Corporation)
S. 1682[41]
– Aftenposten (Oslo)
S. 108[24]
– Akropolis (Athen)
S. 1248[2]
– AP (Associated Press)
S. 155[6], 2048[12]
– ARD (Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland)
S. 216[69], 546[10], 738[13], 1302[7], 1578, 1865
– Asharq al-Awsat (London)
S. 1228
– The Atlantic (Boston)
S. 1738[8]
– The Baltimore Sun
S. 155[6]
– Bayerischer Rundfunk
S. 100[10]
– CBS (Columbia Broadcasting System)
S. 331[17], 1568
– Le Courrier (Genf)
S. 327[7]
– Deutschlandfunk
S. 1656[7]
– dpa (Deutsche Presse-Agentur)
S. 100[10], 155[6], 816[8], 929, 1472[14]
– Evangelische Kommentare (Stuttgart)
S. 482
– Le Figaro (Paris)
S. 968
– Frankfurter Allgemeine Zeitung
S. 216[69], 1297
– L'Humanité (Paris)
S. 1170
– Izvestija (Moskau)
S. 834[8]
– Kommunist (Moskau)
S. 73, 1170, 1245
– Krasnaja Zvezda (Moskau)
S. 418[43]
– Le Monde (Paris)
S. 326, 2084
– Moscow News
S. 1170
– NBC (National Broadcasting Company)
S. 1438[33], 2037[21], 2043[2], 2044[7]
– Neues Deutschland (Ost-Berlin)
S. 180
– Newsweek (New York)
S. 1687[64]
– The New York Times (NYT)
S. 342, 1220[2], 1865, 2006, 2074[10]
– Norsk Telegrambyrå (NTB)
S. 1262[7]
– Novoe Vremja (Moskau)
S. 1169
– Novosti Berlin
S. 1626
– Paris Match
S. 885
– Pravda (Moskau)
S. 6, 364[13], 443, 470, 653[20], 834[8], 996[8], 1033[9], 1169f., 1245, 1623, 1625, 1804[37], 1851
– La Prensa (Managua)
S. 1641f.

– Radio Free Europe/Radio Liberty
S. 33, 38, 435, 437, 2026[17]
– La Repubblica (Rom)
S. 1330[33]
– RIAS (Rundfunk im amerikanischen Sektor)
S. 179 f., 1007
– SDR (Süddeutscher Rundfunk)
S. 2063
– Sowjetunion heute
S. 1626
– Der Spiegel (Hamburg)
S. 1697, 1708, 1722, 1809, 2031
– Stern (Hamburg)
S. 326[4], 1037, 1041, 1059, 1234
– TASS (Telegrafnoe Agentstvo Sovetskogo Sojuza)
S. 6[14], 337[24], 364[13], 400[12], 404, 405[37], 443, 765[7], 923[6], 981[5], 996, 1551, 1626
– Time (New York)
S. 526[51]
– UPI (United Press International)
S. 155[6], 2063
– Vorwärts (Bonn)
S. 1286[19], 1959
– The Washington Post
S. 155[6], 527[53], 936, 1607
– Die Welt (Berlin)
S. 441
– ZDF (Zweites Deutsches Fernsehen)
S. 651[13], 664[36], 945, 1280 f., 1578, 1763[13]
– Die Zeit (Hamburg)
S. 1281

Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)
siehe außerdem: Europäische Gemeinschaften
S. 999, 1058, 1135, 1236, 1636, 1638, 1669, 1940, 2038

Republik China (Taiwan)
siehe außerdem: Niederlande
S. 649, 815, 964, 1510[47], 1782
– USA
S. 1198, 1408, 1533
– Volksrepublik China
S. 1198[15], 1532 f., 1591 f., 1752, 1825

Republik Korea (Südkorea)
S. 52[34], 900, 937, 964, 1533, 1556, 1782

Republik Vietnam (Südvietnam)
S. 52[34]

RGW
siehe: Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Rhodesien
siehe: Simbabwe

Römische Verträge vom 25.3.1957
S. 103, 597, 795, 1069, 1315[33], 1493[15], 1558
– EWG-Vertrag vom 25.3.1957
S. 43, 143[6], 172, 1494

Royal Institute of International Affairs (Chatham House)
S. 567

Ruanda
S. 749, 1420, 1422

Rumänien
siehe außerdem: Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Angola, KAE, KSZE, Libyen, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Polen, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt
S. 467, 629, 833, 860, 1741[12], 1751, 1779[35], 1805[41], 1878, 1900
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 101, 312 und S. 483, 1829
– Europäische Gemeinschaften
S. 1670
– Türkei
S. 1670, 1671[44]
– UdSSR
S. 1664
– Ungarn
S. 360
– USA
S. 1669[40], 1680

Rüstungsexportpolitik
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 9, 240, 213, 249 und S. 68 f., 122–125, 223, 233, 294–296, 352, 484, 485[19], 650 f., 662–664, 692–694, 758, 863[4], 864 f., 870, 876 f., 879, 1048, 1548, 1652, 1779, 1893
– Frankreich
S. 52, 122–125, 352, 876 f., 878[2], 880 f., 1061, 1084

– Großbritannien
S. 52, 125, 223, 295[8], 352, 758, 876f., 1302[8], 1687f., 1779, 1894
– Italien
S. 52, 125
– UdSSR
S. 50, 52f.
– USA
S. 50, 52, 312, 352, 519, 821, 876[3], 939–941, 1056[9], 1099, 1104, 1233, 1356, 1366, 1404f., 1439, 1547, 1568[4], 1652, 1684, 1688, 1779, 1894, 1917[14], 1931

SALT (Strategic Arms Limitations Talks)/SALT-Prozeß
siehe außerdem: NATO-Doppelbeschluß
S. 75f., 205, 241, 245, 330, 817, 945, 1374, 1376, 1588, 1596, 1599, 1750, 1780, 2001, 2029
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 375 und S. 162, 188, 195[34], 273, 287f., 413, 415, 520, 895, 1425f., 1521, 1633, 1808, 2017
– ČSSR
S. 2013
– DDR
S. 404, 1947
– FBS
siehe unter: NATO-Doppelbeschluß
– Frankreich
S. 184, 187, 1148
– Gemeinsame Erklärung der USA und der UdSSR vom 24.11.1974 (Vereinbarung von Wladiwostok)
S. 189[17], 434, 585, 812, 1324, 1735, 1821, 1870, 1876, 2013
– Großbritannien
S. 184, 191
– MBFR
S. 1456
– NATO
S. 2001–2003
– Polen
S. 413, 434, 582
– SALT I (Interimsabkommen vom 26.5.1972)
S. 73[4], 80f., 189[17], 335, 434, 656, 820, 975, 1098, 1527[7], 1535, 1805[41], 1812, 1821, 1870
– SALT II (Vertrag vom 18.6.1979)
S. 73[4], 78f., 81, 144[10], 161f., 189[17], 273, 287f., 335, 404, 434, 487, 490, 500, 505, 532, 537, 562, 585, 656, 690, 698, 820, 895, 908, 1007f., 1027, 1040, 1099, 1168f., 1324, 1425f., 1521, 1525–1527, 1535, 1537f., 1580f., 1590, 1617, 1625, 1632–1634, 1736, 1742, 1797, 1812, 1821, 1823, 1938f., 1947, 2013
– „SALT III"/START
S. 23[10], 697, 975[6], 1099, 1100[18+20], 1104, 1168, 1522, 1528, 1535, 1580f., 1596, 1678, 1808, 1811, 1869, 1896, 1904f., 1939, 2001–2003, 2013, 2017
– Schweden
S. 161
– UdSSR
S. 78, 162, 404, 500, 589[10], 993[9], 1429, 1476, 1487, 1623[3], 1625, 1737, 1797f., 1811f., 1870, 1878, 1905
– Ungarn
S. 1632, 1634
– USA
S. 78f., 162, 184, 188f., 287f., 415, 486f., 500, 505, 520, 537, 562–564, 698, 895, 973, 1148, 1425f., 1486f., 1521, 1537f., 1678, 1735, 1737, 1768, 1797f., 1807, 1811f., 1870, 2002f.

Sambia
siehe außerdem: Namibia-Frage
S. 168, 524, 830, 1420, 1976

San Marino
siehe unter: KSZE

Saudi-Arabien
siehe außerdem:
Ägypten, Bewegung blockfreier Staaten, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungspolitik, Frankreich, Großbritannien, Israel, Jordanien, Libanon, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Österreich, Pakistan, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 210, 350f., 652, 685, 788, 826, 829, 876, 1051f., 1082, 1353, 1545, 1687, 1779
– Europäische Gemeinschaften
S. 160[7], 634[29]
– Sudan
S. 842
– Syrien
S. 838

– UdSSR
S. 788, 821

– USA
S. 52[34], 211, 350, 390, 526[51], 686, 813[19], 821, 842, 939 f., 1104, 1174, 1231, 1233, 1353–1356, 1404 f., 1439, 1471, 1547, 1568, 1650–1652, 1685, 1917, 1931

Saudi-Arabien–Bundesrepublik Deutschland
Dok. 117, 118, 119, 310 und S. 211, 618, 742, 814 f., 821, 838[28], 842, 856, 869 f., 953, 1230, 1515, 1667 f.

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen
S. 660–662, 665[38], 827

– Lieferung von Panzern
Dok. 53 und S. 47, 68, 223, 484, 485[19], 650 f., 662–665, 669–671, 745, 747, 815, 1048, 1302, 1356, 1652

Schweden
siehe außerdem:
Afghanistan, Dänemark, El Salvador, Irakisch-iranischer Krieg, Israel, KAE, Kambodscha, KSZE, Nahost-Konflikt, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, SALT, Vereinte Nationen
S. 330[15], 400, 810[30], 1440

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 32

Schweiz
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, KAE, KSZE
S. 67, 551, 661, 1143, 1217

Senegal
siehe außerdem:
Namibia-Frage, Vereinte Nationen
S. 119, 1000, 1049

Sierra Leone
S. 119, 912[4]

Simbabwe
siehe außerdem:
Angola, Frankreich, Großbritannien, Libyen, Namibia-Frage
S. 83, 169, 370, 830, 1001, 1925, 1974, 2018

– Bundesrepublik Deutschland
S. 168 f., 524, 618, 1119, 1420

– Südafrika
S. 626, 1119

– UdSSR
S. 948 f., 1837

– USA
S. 724, 830, 946 f.

Singapur
siehe außerdem: ASEAN
S. 232, 762, 963, 1011, 1395[10], 1511, 1556, 1601, 1782

SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute)
S. 52

Somalia
siehe außerdem:
Äthiopien, Frankreich, Italien
S. 652, 856, 1145

– Bundesrepublik Deutschland
S. 788, 1050, 1548

– UdSSR
S. 49

– USA
S. 350, 526[50], 581[17], 652[19], 1685

South Pacific Forum
S. 963

Sowjetunion
siehe: UdSSR

Sozialistische Internationale
S. 63, 108[24], 280[10], 298, 300, 353, 419, 832, 970, 1135, 1332, 1444, 1446, 1683, 1701, 1858, 1860

Spanien
siehe außerdem:
Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irak, Israel, Italien, Jugoslawien, KSZE, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Portugal, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 378[3]

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 87, 111, 167 und S. 567 f., 634, 855, 860, 1418 f., 1564, 1566, 1592, 1658, 1903

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 10[5], 18, 214[57], 375, 446 f., 459 f., 464, 569, 609–613, 620, 657, 763, 855, 860, 914 f., 917, 961 f., 1009, 1074 f., 1419, 1445, 1499, 1502 f., 1534, 1557, 1563, 1781, 1881[4], 1883, 1903

– NATO
Dok. 248 und S. 184, 193[28], 244, 463 f., 567 f., 605, 609, 611–613, 634, 657, 731, 733, 824[15], 860, 914 f., 961, 1007 f., 1025, 1216, 1334, 1337 f., 1503, 1566, 1592,

1683, 1732, 1738, 1743, 1781, 1861, 1863 f., 1886, 1902 f., 1916, 1918, 1923, 1925 f., 1930–1932, 1934 f., 2014, 2017, 2040

– UdSSR
S. 330[15], 568, 1334, 1337, 1503

– USA
S. 193, 464, 473, 568, 609[8], 612, 614, 634 f., 824, 837, 1334, 1592, 2017

SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
S. 63, 69, 106[4], 109[29], 163, 215 f., 223, 274[9], 275, 282[19], 298[6], 300, 378, 404, 482, 669 f., 852 f., 872, 915[8], 916, 958, 981, 981, 983, 994, 1042 f., 1046, 1059 f., 1110[30], 1156, 1241, 1264[13], 1279, 1304[14], 1325, 1403, 1423[2], 1473[17], 1520, 1538[12], 1542, 1643, 1645[11], 1831, 1838, 1854, 1857 f., 1860, 1952, 2036[17], 2088

Sri Lanka
siehe außerdem:
Bewegung blockfreier Staaten, Vereinte Nationen
S. 739[15], 1753

Strategic Arms Limitation Talks
siehe: SALT

Südafrika
siehe außerdem:
Angola, Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Namibia-Frage, Simbabwe, Vereinte Nationen
S. 85, 118, 166, 168, 1610

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 68 und S. 790

– UdSSR
S. 1428 f., 1835

– USA
S. 384, 644, 719, 759, 790, 830–832, 856, 871[7], 874, 884, 946 f., 1001, 1049, 1054[109], 1098, 1165 f., 1223–1225, 1399 f., 1421, 1479 f., 1612, 1835, 1973, 1976

Sudan
siehe außerdem:
Ägypten, Äthiopien, Libyen, Saudi-Arabien, Vereinte Nationen
S. 224, 652, 675, 702, 1145

SWAPO (South West Africa People's Organisation)
siehe unter: Namibia-Frage

Swasiland
S. 168

Syrien
siehe außerdem:
Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Iran, Israel, Jordanien, Libanon, Nahost-Konflikt, Niederlande, Saudi-Arabien
S. 124, 268, 1174, 1545, 1551

– Bundesrepublik Deutschland
S. 702 f.

– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 160[7], 445

– UdSSR
S. 52[34], 178, 269, 581, 645[12], 667, 702, 704, 911

– USA
S. 1163

Tansania
siehe außerdem:
Namibia-Frage, Nord-Süd-Dialog, Vereinte Nationen
S. 168 f., 524, 830, 1226[16], 1420, 2019

Terrorismus
S. 34, 36, 66, 233, 331, 347, 610 f., 612[16], 665[38], 671, 747[11], 756 f., 860 f., 911, 912[5], 913, 917 f., 1004[45], 1050[90], 1114, 1153, 1171–1173, 1386 f., 1416, 1473, 1493, 1563, 1587[2], 1694 f., 1698–1701, 1718, 1854[3], 1855, 1886, 1899[4], 1983

Thailand
siehe außerdem:
ASEAN, Japan, Vereinte Nationen
S. 395, 1508 f., 1511 f.

Togo
S. 645

Tonga
S. 963 f.

Trilaterale Kommission
S. 661

Trinidad und Tobago
S. 788[18]

Tschad
siehe außerdem: Frankreich, Libyen
S. 13, 18, 20, 81, 450, 615 f., 1000[28], 1004[45]

Tschechoslowakei
siehe: ČSSR

Tunesien
siehe außerdem:
Nahost-Konflikt, Niederlande
S. 160[7], 1047, 1552

Türkei
siehe außerdem:
ČSSR, Griechenland, Großbritannien, Indien, Iran, Italien, Japan, KSZE, MBFR, Nahost-Konflikt, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Niederlande, Österreich, Polen, Rumänien, Zypern-Konflikt
Dok. 6 und S. 821, 1407, 1701, 1775, 1812, 1821, 1873, 1934
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 168, 316, 320 und S. 28, 228, 230–232, 345–347, 358, 447, 461f., 478, 569, 619, 755f., 788, 869, 1205f., 1250, 1345, 1409[52], 1683
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 346[64], 447, 461f., 1557, 1695
– UdSSR
S. 178, 1738
– USA
S. 346, 755, 781, 1683, 1718f., 1969, 2039
– Wirtschafts-, Finanz- und Verteidigungshilfe
S. 345–347, 358, 478, 919, 755, 1205f., 1345, 1697, 1700, 1717

UdSSR (Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, Äthiopien, ČSSR, Dänemark, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungspolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Indien, Irak, Irakisch-iranischer Krieg, Iran, Irland, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, KAE, Kambodscha, Kanada, KSZE, Kuba, Libanon, Libyen, Marokko, MBFR, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Saudi-Arabien, Simbabwe, Somalia, Spanien, Südafrika, Syrien, Türkei, Vereinte Nationen, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik
Dok. 217, 237 und S. 16, 37, 48, 90, 112f., 124, 178, 302, 316, 377, 395, 581, 586, 630, 653, 669, 741, 787, 998, 1145f., 1502, 1504f., 1510, 1513, 1548, 1610f., 1684, 1780, 1931–1934
– XXVI. Parteitag der KPdSU vom 23.2. bis 3.3.1981 in Moskau
S. 16, 73, 101, 133, 136, 165f., 203, 219[4], 220, 290, 306, 309[10], 331[16], 334, 336, 363, 380, 400, 410f., 450, 468, 500, 502, 514, 530–532, 535, 621, 639, 708f., 767, 1116, 1362, 1501, 1707[7], 1749, 1801, 1817, 1827[7], 1833, 2012
– Bewegung blockfreier Staaten
S. 21, 249f., 280
– Dissidenten
S. 1823, 1898, 1905
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 11, 42, 44, 172, 175, 386[21], 395f., 923
– NATO
S. 1475, 1592f., 1738f., 2041
– Sanktionen/Getreideembargo
S. 144, 193, 386, 395, 625f., 637, 657, 703, 705, 724, 735, 1099, 1103, 1180, 1410, 1737, 2035, 2043[8], 2046f., 2051, 2063, 2065–2069, 2072[3], 2103f.
– Ungarn
S. 360, 400[12], 1040, 1636[13]
– USA
Dok. 281 und S. 39[44], 43–45, 50, 73, 80, 98, 144[10], 159, 165, 180, 185, 188f., 191[23], 205f., 238[16], 250–252, 279, 283, 286[20], 288, 312, 327[7], 330–332, 334, 336, 338, 355f., 361, 363–365, 386, 390, 392, 395, 409, 411–413, 415f., 442, 450, 467f., 470[26], 477, 486f., 494f., 499–501, 505, 518–520, 531f., 536f., 542[9], 583f., 589[10], 594, 625f., 631, 637, 639, 656f., 675, 698, 702, 705, 724–726, 749[9], 759, 764–767, 812, 835, 843, 851, 922–926, 982, 1028, 1033f., 1040, 1070, 1098f., 1144–1147, 1154, 1168–1170, 1187, 1199, 1203f., 1212f., 1245, 1268, 1292, 1325, 1337[5], 1362, 1365–1367, 1401–1403, 1406, 1415, 1427–1431, 1447, 1463–1465, 1475, 1481, 1528, 1537f., 1540, 1547, 1573f., 1578–1581, 1589, 1592, 1603f., 1621[7], 1622f., 1627f., 1631–1633, 1660f., 1676, 1704, 1714, 1722, 1733, 1737, 1750, 1761f.,

1794–1798, 1805[41], 1816, 1820, 1827, 1830[22], 1836, 1843, 1851 f., 1866, 1870 f., 1895, 1897 f., 1905, 1911–1913, 1916–1918, 1920, 1923, 1938, 1969 f., 2025[9], 2035 f., 2043[8], 2045–2047, 2050, 2062–2064, 2066–2069, 2072[3], 2103 f.

– Verteidigungspolitik
S. 17, 162, 205, 247[4], 270, 288, 291, 414, 561 f., 640, 675, 779[3], 782–784, 1039, 1269, 1291, 1388 f., 1622

– Vietnam
S. 301, 1430, 1509–1512

– Volksrepublik China
S. 205[26], 208, 247[4], 316, 468, 900 f., 994, 1060, 1200, 1268, 1489, 1504, 1769, 1803, 1826 f.

UdSSR–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 13, 93, 95, 96, 97, 99, 126, 136, 183, 186, 191, 278, 294, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 386, 388 und S. 4[8], 44, 130, 141, 180, 205, 236 f., 246, 270, 314[18], 330, 349, 363, 380, 400, 404, 405[37], 407, 410, 432, 471–473, 484, 566, 583, 589[10], 594, 618, 620, 622, 631, 717, 813, 823, 834 f., 850 f., 853, 860, 903, 928, 933 f., 951, 996 f., 1006, 1033, 1034[10], 1042 f., 1055, 1107, 1268, 1324, 1328 f., 1335, 1337–1339, 1362, 1367, 1462, 1464 f., 1501 f., 1504, 1520 f., 1523, 1535, 1587, 1592 f., 1608, 1621, 1623[3], 1626, 1631, 1649, 1655[5], 1656 f., 1661, 1675 f., 1721 f., 1726, 1735–1738, 1742, 1749 f., 1763, 1765[16], 1767–1769, 1847, 1851–1853, 1861–1863, 1865, 1867[10], 1871, 1873, 1875, 1878 f., 1897 f., 1908, 1920, 1937, 1940, 2037, 2044, 2051

– Erdgas-Röhren-Geschäft
S. 74 f., 145, 155, 175 f., 203, 328, 344 f., 388[5], 450, 480, 642, 801, 808 f., 827, 1081, 1083, 1126, 1142 f., 1152 f., 1181, 1333 f., 1409, 1441, 1575, 1635 f., 1675 f., 1750, 1805[41], 1835, 1840, 1879, 1940, 1956, 1960, 2000, 2006, 2043[8], 2068, 2104

– Gemeinsame Deklaration vom 6.5.1978
S. 493, 531, 982, 993, 1007 f., 1324[13], 1462[7], 1475, 1523[21], 1661, 1770, 1795, 1821[21], 1873

– Handels- und Wirtschaftsbeziehungen/Sanktionen
Dok. 169 und S. 171–176, 521–523, 534 f., 540, 1152, 1409, 1477, 1576, 1587, 1830, 1833, 1835, 1840–1843, 1940, 2000, 2067 f.

– Humanitäre Fragen
S. 521 f., 983, 1655[5], 1810, 1815, 1822, 1831[3], 1844

– Kulturbeziehungen
S. 1839, 1842[17], 1843

– Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit
S. 1576[11], 1833, 1842 f.

Ungarn
siehe außerdem:
Afghanistan, KSZE, NATO-Doppelbeschluß, Polen, Rumänien, SALT, UdSSR, Warschauer Pakt, Wirtschafts- und Finanzpolitik

S. 343, 695 f., 1639, 1656, 1680, 1779, 1830, 1941

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 308 und S. 1109, 1401 f., 1404, 1829

Universität Hamburg
S. 1701[24]

UNO (United Nations Organization)
siehe: Vereinte Nationen

Uruguay
siehe außerdem: Vereinte Nationen

S. 1025

USA (United States of America)
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Afghanistan, Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, Äthiopien, Brasilien, ČSSR, DDR, Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), El Salvador, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungspolitik, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Heiliger Stuhl, Indien, Irak, Irakisch-iranischer Krieg, Iran, Israel, Italien, Japan, Jordanien, Jugoslawien, KAE, Kambodscha, Kanada, KSZE, Kuba, Libanon, Libyen, Marokko, MBFR, Mexiko, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO, NATO-Doppelbeschluß, Nicaragua, Niederlande, Nord-Süd-Dialog, Norwegen, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Republik China (Taiwan), Rumänien, Rüstungsexportpolitik, SALT, Saudi-Arabien, Simbabwe, Somalia, Spanien, Südafrika, Syrien, Türkei, UdSSR, Vereinte Nationen, Wirtschafts- und Finanzpolitik, Zypern-Konflikt

S. 16 f., 39, 42, 141[14], 159, 193, 350, 638 f., 651, 658, 740, 743 f., 756 f., 806, 861, 1093,

1157, 1175, 1277, 1508 f., 1556 f., 1680, 1684, 1687, 1754[47], 1782, 1915, 2004–2007
– B-1-Bomber
S. 973 f., 1243, 1291, 1525–1527, 1615 f.
– Europäische Gemeinschaften/Europäische Politische Zusammenarbeit
S. 11, 278 f., 374, 458, 1411, 1598, 1906, 2006, 2061
– Federal Reserve
S. 340[38], 396, 812[9], 1140, 1356, 1442, 1733, 1740, 1770, 1877
– Kongreß (Senat und Repräsentantenhaus)
S. 39, 78[27], 79, 259, 263, 280[9], 366, 464, 561[4], 614, 632[23], 634, 688[22], 698, 822, 839 f., 894, 936, 938[3], 939[7], 940[10], 941, 973 f., 975[6], 1100–1102, 1103[35], 1104, 1136, 1140 f., 1150, 1233[19], 1274, 1290[7], 1356, 1384–1386, 1405 f., 1423, 1426, 1432 f., 1442, 1487, 1537, 1547[12], 1568[4], 1614[9], 1652[38], 1675[4], 1681, 1733[6], 1735, 1917[14], 1975[18], 2002, 2004, 2006, 2060[13], 2061[5]
– MX-Rakete
S. 288, 563, 570, 584 f., 682 f., 843, 972–975, 1100, 1359, 1423 f., 1522, 1525–1527, 1580, 1615
– Neutronenwaffe
Dok. 172 und S. 155, 224[17], 272 f., 329, 339, 432, 532, 1104, 1220 f., 1243, 1252, 1256 f., 1262–1265, 1280, 1291, 1294, 1298, 1324–1326, 1327[23], 1358, 1365, 1386, 1396, 1423[2], 1425, 1462, 1524, 1613, 1663, 1666 f., 1798–1800, 1804, 1809, 1869, 1929, 1933, 1946 f., 2013
– Rapid Deployment Force
S. 238, 301–305, 341, 570, 580[11], 633[25], 643, 686 f., 700, 781, 783, 785, 823, 841, 932 f., 985[2], 986, 1003, 1385 f., 1433, 1603–1605, 1672 f., 1703–1706, 1886, 1889 f., 1917
– Venezuela
S. 832, 856
– Vereinigte Arabische Emirate
S. 692
– Verteidigungspolitik
Dok. 55, 181, 285, 301, 313, 317 und S. 112, 189[16], 206, 239, 252, 275 f., 330–332, 334 f., 339, 342, 355, 366, 432, 450, 526, 562, 570, 618, 642, 722, 725, 823, 893, 925, 930 f., 1097, 1147, 1241, 1263 f., 1291–1294, 1325, 1358 f., 1364 f., 1384–1387, 1423 f., 1426, 1429, 1432, 1501, 1522 f., 1536–1539, 1580, 1613–1616, 1621 f., 1632, 1650, 1663, 1733[6], 1741, 1770, 1794, 1889 f., 1892, 1904, 1943 f.
– Volksrepublik China
S. 649, 815, 880[12], 982, 1034, 1098, 1198 f., 1366, 1408, 1489, 1533, 1769, 1827

USA–Bundesrepublik Deutschland
siehe außerdem: Berlin

Dok. 12, 45, 48, 49, 50, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 70, 89, 106, 146, 148, 149, 150, 151, 152, 171, 175, 209, 225, 231, 239, 246, 255, 256, 260, 265, 270, 284, 295, 302, 305, 342, 345, 346, 347, 354, 376, 382 und S. 39, 61–66, 135, 235 f., 244[7], 300, 309[12], 311 f., 314, 317, 370, 374, 379, 382, 389, 391, 409, 413, 415, 431 f., 443, 450, 475, 494, 519, 537, 542, 590[12], 591, 623 f., 637[16], 639 f., 651, 657, 675, 681–684, 717, 759, 782, 786[1], 789, 846, 862[23], 869, 871, 904 f., 958, 1026, 1029, 1044 f., 1082, 1120[3], 1148, 1152–1154, 1187, 1222[4], 1227[19], 1263, 1292 f., 1296, 1325 f., 1334 f., 1341, 1343, 1345, 1515 f., 1537, 1539, 1550, 1604[7], 1614, 1650 f., 1688 f., 1705, 1721 f., 1725, 1728, 1730 f., 1742, 1759–1766, 1779, 1819, 1982–1984, 2020, 2043[8], 2044, 2051[4], 2061[2], 2066–2070, 2088

Vatikan
siehe: Heiliger Stuhl

Venezuela
siehe außerdem:
El Salvador, Mexiko, Nord-Süd-Dialog, USA, Vereinte Nationen
S. 836 f., 1025, 1102[29]

Vereinigte Arabische Emirate
siehe außerdem:
Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen), Energie- und Rohstoffpolitik, Frankreich, Großbritannien, Irakisch-iranischer Krieg, Italien, Nahost-Konflikt, Polen, USA
S. 350, 685, 876[5], 1082, 1551
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 120, 124 und S. 484, 742, 814, 869, 953

Vereinigte Staaten von Amerika
siehe: USA

Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland
siehe: Großbritannien

Vereinte Nationen
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Energie- und Rohstoffpolitik, Entwicklungspolitik, Europäische Gemeinschaften, Europäische Politische Zusammenarbeit, Irakisch-iranischer Krieg, Nahost-Konflikt, Namibia-Frage, NATO-Doppelbeschluß, Nord-Süd-Dialog, Zypern-Konflikt
S. 660, 1309, 1587[2], 1691–1693

– Afghanistan
S. 250, 461, 501, 636, 703, 888[17], 1259, 1310, 1398, 1428, 1438, 1478[26], 1753, 1987
– Argentinien
S. 1748
– Australien
S. 1218
– Belgien
S. 1218
– Bulgarien
S. 326[4]
– Bundesrepublik Deutschland
S. 49f., 63, 121, 326f., 369[3], 644, 706, 790, 863, 1031, 1062[37], 1063, 1065[51], 1115, 1218–1220, 1261, 1395[11], 1404, 1462–1464, 1466, 1477, 1502, 1506, 1666, 1688, 1692f., 1748, 1905, 2039
– Charta der Vereinten Nationen vom 26.6. 1945
S. 226[4], 550–553, 1257[3], 1258, 1379, 1420[4], 1809, 1836, 1913, 2018, 2044
– Committee on Disarmament (CD)
S. 205[26], 289, 519[23], 1185, 1218, 1582f., 1947, 2014
– Conference of the Committee on Disarmament (CCD)
S. 245
– ČSSR
S. 2013–2015
– DDR
S. 325–327, 1030[2], 1031, 1466f., 1947
– ECE (Economic Commission for Europe)
S. 204[21], 406[40], 1271
– ECOSOC (Wirtschafts- und Sozialrat)
S. 1260
– El Salvador
S. 2039
– Frankreich
S. 327, 580, 706, 854, 980, 1062f., 1380[15], 1395[11]
– General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)
S. 658, 762[23], 1152, 1180, 1513[52], 1940
– Generalsekretär
S. 1205[18], 1408f., 1748, 1905
– Generalversammlung
S. 37[37], 50, 145[17], 201[11], 232, 289[26], 311, 332, 337, 406[40+41], 550f., 615[29], 711, 814[21], 843[29], 1002, 1014, 1031, 1109, 1115, 1173, 1190, 1259f., 1277, 1310, 1345, 1388, 1395[11], 1422, 1438, 1585, 1600[6], 1688[67], 1753[42], 1905[10], 1916, 1947[33]
– Großbritannien
S. 643f., 706, 1062[37], 1218
– Guyana
S. 1748
– Indien
S. 1748, 1754
– International Development Agency (IDA)
S. 353, 839
– International Labour Organization (ILO)
S. 1657, 2068, 2101
– Internationale Atomenergieorganisation (IAEO)
S. 314, 905[32], 941, 966f., 980, 1065[51], 1123–1125, 1406, 1418, 1729f.
– Internationaler Gerichtshof (IGH)
S. 13[7], 89[4], 615[29], 754[13], 1251
– Internationaler Währungsfonds (IWF)
S. 201[11], 443, 659f., 790[25], 828, 1052, 1054[109], 1235f., 1513, 1554, 1638, 1664, 1669, 1748, 1747, 1754, 1779, 1830, 1940, 2048, 2050
– Irak
S. 906, 938[3], 1123
– Irland
S. 1395[11]
– Japan
S. 1062[37], 1161, 1218
– Jugoslawien
S. 1161[10]
– Kambodscha
S. 24[13], 991, 1000, 1010, 1118, 1159–1162, 1395f., 1408, 1508, 1600
– Libanon
S. 461, 580, 1174
– Libyen
S. 121
– Malaysia
S. 1161

– Menschenrechtserklärung vom 10.12. 1948
S. 1393
– Menschenrechtskommission
S. 299, 325–327
– Mexiko
S. 1219, 1748, 1905
– Nicaragua
S. 299, 1641
– Niederlande
S. 1395[11]
– Nigeria
S. 1161
– Österreich
S. 1159, 1161
– Pakistan
S. 250, 1162[11]
– Peru
S. 1748, 1905
– Polen
S. 194[23], 242, 244, 2101
– Resolution Nr. 181 der Generalversammlung vom 29.11.1947
S. 814, 1230[10]
– Resolution Nr. 2145 der Generalversammlung vom 27.10.1966
S. 885[11]
– Resolution Nr. 2936 der Generalversammlung vom 2.12.1968
S. 371[7]
– Resolution Nr. 2775 D der Generalversammlung vom 29.11.1971
S. 371[7]
– Resolution Nr. 3292 der Generalversammlung vom 13.12.1974
S. 615[29]
– Resolution Nr. 3314 der Generalversammlung vom 14.12.1974
S. 550
– Resolution Nr. 3411 E der Generalversammlung vom 28.11.1975
S. 371[7]
– Resolution Nr. 31/6 F der Generalversammlung vom 9.11.1976
S. 371[7]
– Resolution Nr. 32/105 M der Generalversammlung vom 14.12.1977
S. 371[7]
– Resolution Nr. 33/148 der Generalversammlung vom 20.12.1978
S. 1259
– Resolution Nr. 34/138 der Generalversammlung vom 14.12.1979
S. 1693
– Resolution Nr. 35/6 der Generalversammlung vom 22.10.1980
S. 1010, 1159
– Resolution Nr. 35/37 der Generalversammlung vom 20.11.1980
S. 250[12], 251[17], 461, 711, 1310, 1428
– Resolution Nr. 34/142 B der Generalversammlung vom 12.12.1980
S. 1751[35], 1802 f.
– Resolution Nr. 36/34 der Generalversammlung vom 18.11.1981
S. 1753[42]
– Resolution Nr. 36/82 B der Generalversammlung vom 9.12.1981
S. 1751[35]
– Resolution Nr. 36/92 I der Generalversammlung vom 9.12.1981
S. 1943
– Resolution Nr. 36/155 der Generalversammlung vom 16.12.1981
S. 2039
– Resolution ES-6/2 der Notstandssondertagung der Generalversammlung vom 14.1. 1980
S. 251[17], 711, 1428
– Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrats vom 22.11.1967
S. 666[40], 667, 2015[46]
– Resolution Nr. 435 des Sicherheitsrats vom 29.9.1978
S. 82[2], 644, 718, 719[9], 734, 790, 830 f., 871, 873–875, 884 f., 946–949, 1001, 1063, 1164–1167, 1173, 1223, 1225, 1313[24], 1379, 1399[4], 1400[7], 1420[4], 1421 f., 1479–1481, 1836, 1473–1475, 1477
– Resolution Nr. 487 des Sicherheitsrats vom 19.6.1981
S. 939[8]
– Resolution Nr. 497 des Sicherheitsrats vom 17.12.1981
S. 2018
– Resolution Nr. 1503 des Wirtschafts- und Sozialrats vom 27.5.1970
S. 326

– Rumänien
S. 1664 f.

– Schweden
S. 160, 1065[51]

– Seerechtskonferenz
S. 706, 788[18], 1062 f., 1090, 1397, 1709

– Senegal
S. 1161

– Sicherheitsrat
S. 552, 580, 626 f., 643 f., 666[40], 718, 734, 790, 830, 854, 906, 938[3], 939, 965, 980[17], 1103[37], 1160, 1380[15], 1748, 1905[10], 2015

– Sondergeneralversammlungen
S. 49 f., 145[17], 160, 226[3], 406[41], 743, 1219, 1582, 1947, 2012, 2014, 2016

– Spanien
S. 1748[17]

– Sri Lanka
S. 289[26], 1161

– Südafrika
S. 369[3], 371, 385 f., 626[28], 1835

– Sudan
S. 1161

– Tansania
S. 1748[17]

– Thailand
S. 1161

– UdSSR
S. 326 f., 580[15], 1062[37], 1429 f., 1432, 1460, 1467, 1486, 1800, 1802, 1809, 1947

– UNFPA
S. 556–559

– UNHCR
S. 140[13], 172[10]

– UNIFIL
S. 461

– UNTAG
S. 82[2], 830[6], 831, 1164 f., 1167, 1222[4], 1223, 1225, 1313[24], 1399[4], 1421, 1479 f., 1973 f.

– Uruguay
S. 1261

– USA
S. 145[17], 327[7], 386, 580, 703, 706, 938[3], 939, 965, 1062[37], 1063, 1101, 1103[37], 1174, 1260, 1430 f., 1515, 1582, 1591, 1688, 1693, 1748[17]

– Venezuela
S. 1261

– Volksrepublik China
S. 205[26], 1160, 1408, 1748

– Weltbank
S. 790[25], 828, 1051 f., 1054[109], 1065, 1260, 1513, 1554 f., 1585, 1647, 1692, 1779[35]

– Wirtschafts- und Sozialrat
S. 326

Vierer-Außenministertreffen
Dok. 125, 271, 353 und S. 4, 623, 644[10], 679, 1092–1095

Vierer-Direktorentreffen
Dok. 8, 36, 203, 228, 229, 314, 352, 366, 385 und S. 170–176, 241, 243, 914[6], 1223, 1390[1], 1391, 1669[40]

Vierergruppe
siehe: Bonner Vierergruppe

Vietnam
siehe außerdem:
El Salvador, Indien, Kambodscha, Nigeria, Österreich, UdSSR
S. 656, 688, 739, 742, 815, 899, 1488, 1490, 1509 f., 1512, 1753, 2041

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
S. 1844, 2010

Volksrepublik China
siehe außerdem:
Afghanistan, Frankreich, Großbritannien, Indien, Japan, Jugoslawien, Kambodscha, Nahost-Konflikt, Nord-Süd-Dialog, Pakistan, Polen, Portugal, Republik China (Taiwan), UdSSR, USA, Vereinte Nationen
S. 16, 50, 141[14], 433, 656, 739, 807, 899, 1408, 1507, 1578, 2014[44], 2050

– ASEAN
S. 1160 f., 1408

– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 224, 283, 286 und S. 1408, 1591, 1752, 1805, 1825, 1827

– Europäische Union
S. 1502, 1504

– KSZE
S. 1825 f.

Warschauer Pakt
siehe außerdem:
Abrüstung und Rüstungskontrolle, Japan, Jugoslawien, MBFR, NATO
S. 7, 75, 77, 88 f., 116, 136[16], 314, 318, 337 f., 359, 400, 529, 628, 706, 727, 783 f.,

911, 930, 934, 1034[10], 1293f., 1311, 1338f., 1350, 1382[9], 1632, 1669, 1812, 1867, 1913, 1924, 1930, 1937, 1941f., 1947, 1967, 2012, 2016, 2018, 2021[11], 2044, 2047[10], 2087
– „Breschnew-Doktrin“
S. 37, 65[21], 152, 190, 237, 337[24], 641
– Bulgarien
S. 338[29], 1032
– ČSSR
S. 418, 684, 696, 729, 806, 865, 1040, 1436, 1874
– DDR
S. 130, 343, 418, 902
– Polen
S. 210, 242f., 338[29], 404, 418, 901f., 1636, 1874, 1900, 2056f.
– Rumänien
S. 1663f.
– UdSSR
S. 418
– Ungarn
S. 629, 684, 696, 729, 806, 865, 953, 1040, 1406, 1436, 1938

Weltbank/Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
siehe unter: Vereinte Nationen

Weltunion der Christdemokraten
S. 280[10]

Weltwirtschaftsgipfel
S. 840, 897
– Weltwirtschaftsgipfel vom 15. bis 17.11. 1975 auf Schloß Rambouillet
S. 840, 848, 1177
– Weltwirtschaftsgipfel am 27./28.6.1976 in San Juan
S. 1177
– Weltwirtschaftsgipfel am 7./8.5.1977 in London
S. 1155, 1177
– Weltwirtschaftsgipfel am 16./17.7.1978 in Bonn
S. 1155, 1173, 1177
– Weltwirtschaftsgipfel am 28./29.6.1979 in Tokio
S. 1155, 1177
– Weltwirtschaftsgipfel am 22./23.6.1980 in Venedig
S. 706, 1051[97], 1094, 1125, 1154f., 1172, 1173, 1177
– Weltwirtschaftsgipfel am 20./21.7.1981 in Ottawa/Montebello
Dok. 218, 220 und S. 67, 71, 146[19], 340, 459, 473, 556, 566, 649, 651, 657f., 704, 778, 828f., 846–848, 858, 890–892, 906, 987f., 1000, 1002, 1011f., 1042, 1052–1054, 1063–1065, 1087f., 1094, 1118, 1136, 1139, 1144, 1150, 1154, 1169, 1199, 1210, 1262, 1277f., 1322, 1326, 1332, 1334, 1360, 1363, 1442, 1495, 1728, 1771, 1906[16]
– Weltwirtschaftsgipfel vom 4. bis 6.6.1982 in Versailles
S. 1145, 1147, 1155

Westeuropäische Union (WEU)
S. 104, 550, 553, 601

Westsahara-Konflikt
S. 13f., 16[5], 20, 119, 614f., 652, 685f., 887, 1047, 1314

West-Samoa
S. 963

Wirtschafts- und Finanzpolitik
S. 442f., 1097, 1906, 2081
– Belgien
S. 1879
– Bundesrepublik Deutschland
S. 67, 200, 357, 380, 422, 479, 509f., 587, 659, 840f., 848–850, 890, 892, 896, 1121f., 1139f., 1273f., 1333, 1352, 1364f., 1440–1442, 1499[9], 1559f., 1635, 1647–1649, 1770, 1777–1779, 1879, 2000
– ČSSR
S. 2000
– Dänemark
S. 1273
– DDR
S. 1950
– Frankreich
S. 380, 396, 509f., 840, 846–850, 876[2], 971f., 987f., 1070f., 1267, 1274, 1333, 1443–1445, 1499[9], 1560f., 1649, 1732
– Großbritannien
S. 67f., 200, 840, 1141, 1274f., 1441f., 1445, 1635, 1649, 1770, 1778f.
– Italien
S. 1274f., 1333, 1732, 1778
– Japan
S. 891f., 896, 1088, 1732
– Kanada
S. 1120–1122

– Österreich
S. 1440–1442
– Polen
S. 200, 340, 435, 438–440, 454–456, 1999, 2093 f.
– Saudi-Arabien
S. 660
– Spanien
S. 619
– UdSSR
S. 73, 203
– Ungarn
S. 1634 f.
– USA
S. 67, 202 f., 340, 357, 374, 378[3], 396, 587 f., 725, 811 f., 822, 825, 840 f., 846–848, 890–892, 1088, 1136, 1139–1141, 1150, 1178 f., 1274, 1333, 1352, 1364 f., 1441, 1559, 1635, 1649, 1732–1734, 1739[30], 1740, 1770 f., 1778, 1877, 1879, 1921, 1925

Wirtschaftsunternehmen

– AEG (Allgemeine Electrizitäts-Gesellschaft)
S. 68[12], 314[15], 1410[56]
– Aluminium Company of America
S. 174[13]
– Ariana Afghan Airlines Co. Ltd.
S. 1991
– British Petroleum (BP)
S. 1124
– Compagnie Générale des Matières Nucléaires (Cogema)
S. 1079[10]
– Creusot-Loire
S. 1410[56]
– Dassault Aviation S.A.
S. 1614[10]
– DEMINEX (Deutsche Erdölversorgungsgesellschaft mbH)
S. 480, 692[4], 694[10], 1124, 1269
– Deutsche Bank AG
S. 74[10], 1142[15]
– Dornier GmbH
S. 1614[10]
– Heckler & Koch GmbH
S. 233[20]
– Hermes-Kreditversicherungs-AG
S. 62[11], 90, 174[13], 212[54], 346[64], 1670[42], 1671[44], 1686[63]
– Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (HDW)
S. 68[12], 314[15]
– Industriekontor Lübeck
S. 314[15]
– Internationale Atomreaktorbau GmbH
S. 1079[11]
– Kenntnisverwertungsgesellschaft Schnelle Brutreaktoren mbH (KVG)
S. 1079[11]
– KHD Humboldt Wedag AG
S. 174[13]
– KHD Industrie-Anlagen GmbH
S. 174[13]
– Klöckner-Werke AG
S. 761
– Korf Stahl AG
S. 662[23]
– Kraftwerk Union AG (KWU)
S. 1125, 1731[12]
– Krauss-Maffei AG
S. 223[12], 1122
– Krupp Atlas Elektronik, Bremen
S. 1270[31]
– Lockheed Corporation
S. 1614[10]
– Mannesmann AG
S. 1122, 1410[56]
– Motoren- und Turbinen-Union (MTU)
S. 1894[5]
– Pacific Forum Line Ltd.
S. 963[8]
– Pakistan International Airlines
S. 632[22]
– Rolls-Royce plc
S. 1894[5]
– Royal Dutch Shell plc
S. 1124
– Ruhrgas AG
S. 480[36], 1083[18], 1126[19], 1127[20], 1575[10], 1676, 1835[4]
– Ruhrkohle AG
S. 1840[11]
– Salzgitter AG
S. 1840[11]
– Siemens AG
S. 665[38]
– Uhde GmbH
S. 1731[12]

– Vereinigte Elektrizitäts- und Bergwerks AG (VEBA)
S. 1124, 1269
– Volkswagen AG
S. 399[6]

Zaire
S. 14, 81, 645 f., 749, 932, 1377 f.

Zentralafrikanische Republik
S. 119

Zypern
siehe außerdem: KSZE
S. 1249, 1438
– Bundesrepublik Deutschland
Dok. 41
– Europäische Gemeinschaften
S. 227, 234

Zypern-Konflikt
S. 1335, 2014
– Bundesrepublik Deutschland
S. 228–232, 755, 1205[18], 1248, 1250, 1345, 1409, 1683
– Frankreich
S. 1205[18], 1683
– Griechenland
S. 29[9], 227–233, 606[7], 755, 1205, 1248–1250, 1313, 1409[50], 1439, 1682, 1775
– Griechische Volksgruppe
S. 227[6], 228[7], 229[15], 230, 232, 1205[18], 1249, 1251, 1409[50+51], 1438[39], 1775[13]
– Großbritannien
S. 229[16], 231[18], 1011[39], 1205[18], 1249, 1409, 1438, 1683, 1775
– Italien
S. 1205[18], 1345
– Türkei
S. 226[4], 228–232, 755, 1205, 1250, 1313, 1409[50+52]
– Türkische Volksgruppe
S. 227[6], 229[15], 231[18+19], 1205[18], 1248 f., 1251, 1313, 1345, 1409[50+51], 1438[39], 1775[13]
– USA
S. 1011[39], 1205, 1409, 1438
– Vereinte Nationen
S. 227[6], 228 f., 231[19], 232 f., 1205[18], 1249, 1409, 1438 f., 1775[13]
– Volksgruppengespräche
S. 227–232, 1205[18], 1248[2], 1775

Organisationsplan des Auswärtigen Amts vom Januar 1981

Stand: Januar 1981

Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit
Dr. Guido Brunner, MdB

02 Planungsstab
Ministerialdirektor Dr. Hansen

Der Bundesminister des Auswärtigen
Hans-Dietrich Genscher
Persönlicher Referent: VLR von Nordenskjöld

01 Leitungsstab

010 Ministerbüro VLR I Wallau	**012 Öffentlichkeitsarbeit** VLR I Dr. Steinkühler
011 Parlaments- und Kabinettsreferat VLR I Dr. Neukirchen	**013 Pressereferat** VLR I Paschke

Staatssekretär im Auswärtigen Amt
Dr. Hans Werner Lautenschlager
Geschäftsbereich: Abt. 4, 6
Persönlicher Referent: VLR Werndl

Staatssekretär des Auswärtigen Amts
Günther van Well
Geschäftsbereich: Abt. 1, 2, 3, 5, 7
Persönlicher Referent: VLR von Butler

Staatsminister
Dr. Hildegard Hamm-Brücher
Persönlicher Referent: LR I Dr. Sartorius

Staatsminister
Dr. Klaus von Dohnanyi
Persönlicher Referent: LR I Gröning

014 Büro Staatssekretäre
VLR I Graf York von Wartenburg

1 Zentralabteilung
Ministerialdirektor Röding

Unterabteilung 10
Ministerialdirigentin Dr. Rheker

100 Allgemeine Personalangelegenheiten
VLR I Dr. Bracklo

101 Höherer Dienst; Honorarkonsuln
VLR I Jung

102 Ausbildung und Fortbildung
VLR I Münch

103 Gehobener, mittlerer und einfacher Dienst; Arbeiter
VLR I Kleiner

104 Personal bei inter- und supranationalen Organisationen
VLR I Garbers

105 Sprachendienst
VLR I Kusterer

106 Gesundheitsdienst
LMedD Dr. Rohwedder

1 – I Inspekteure
Botschafter Dr. Dreher
Chefinspekteur

1 – Z Botschafter z. b. V.
1 – Z 1 Botschafter Kastl
1 – Z 2 Botschafter R. Wolff

Unterabteilung 11
Ministerialdirigent Schönfeld
Planungsbeauftragter

110 Organisation
VLR I Graf von der Schulenburg

111 Liegenschaften und Sachverwaltung Ausland
VLR I Dr. Trefftz

112 Haushalt und Finanzen
Beauftragter für den Haushalt
VLR I Dr. Eiff

113 Besoldung
VLR I Dr. Saumweber

114 Chiffrier- und Fernmeldewesen
VLR I Dr. Giesecke

115 Innerer Dienst
VLR Grasshof

116 Bibliothek und Dokumentation
VLR Dr. Rasmussen

117 Politisches Archiv und Historisches Referat
VLR I Dr. Weinandy

118 Geheimschutz und Sicherheit
VLR I Dr. Louis

119 Vorprüfungsstelle
LR I Kobe

2 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Blech

Unterabteilung 20
Ministerialdirigent Dr. Dröge

200 Europäische Einigung und politische Zusammenarbeit (EPZ); Europarat; Nichtstaatliche europäische Organisationen; WEU (nichtmilitärische Angelegenheiten)
VLR I Dr. Stabreit

201 Atlantisches Bündnis und Verteidigung
VLR I Dr. Hofmann

202 Frankreich, Andorra, Monaco, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Österreich, Schweiz, Liechtenstein
VLR I Dr. Feit

203 Mittelmeerfragen; Portugal, Spanien, Italien, San Marino, Heiliger Stuhl, Griechenland, Türkei, Zypern, Malta, Malteser-Ritter-Orden
VLRin I Steffler

204 Vereinigte Staaten von Amerika, Vereinigtes Königreich, Gemeinsame Fragen des Commonwealth, Kanada, Irland, Nordische Staaten
VLR I Dr. Schenk

Unterabteilung 21
Ministerialdirigent Dr. Bräutigam

210 Außenpolitische Fragen, die Berlin und Deutschland als Ganzes betreffen
VLR I Dr. Kastrup

212 Fragen der allgemeinen Ost-West-Beziehungen (u. a. Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa)
VLR I Dr. Joetze

213 Sowjetunion
VLR I Dr. Arnot

214 Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Bulgarien, Albanien
VLR I Dr. Keil

215 Auswärtige Angelegenheiten beim Bevollmächtigten der Bundesregierung in Berlin
VLR I Dr. Eggers

Unterabteilung 22
Botschafter Dr. Ruth
Beauftragter der Bundesregierung für Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle

220 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit), insbesondere SALT und LRTNF
VLR I Dr. Citron

221 Sicherheit, Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa
VLR I Dr. Holik

222 Abrüstung und Rüstungskontrolle (weltweit): Abrüstungsausschuß, Nichtverbreitung; Regionale Rüstungskontrolle (außerhalb Europas); Forschung
VLR I Arz von Straussenburg

223 Abrüstung und Rüstungskontrolle in den Vereinten Nationen und ihren Sonderorganisationen
VLR I Dr. Becker

Unterabteilung 23
Ministerialdirigentin Dr. Finke-Osiander

230 Vereinte Nationen: Grundsatzfragen, Generalversammlung, Sicherheitsrat
VLR I Dr. Schaad

231 Politische Fragen des Wirtschafts- und Sozialbereichs der Vereinten Nationen
VLR I Dr. Baumann

232 VN-Sonderorganisationen, weltweite zwischenstaatliche und nichtstaatliche Organisationen, Dekolonisierungsfragen
VLR I Dr. Gescher

3 Politische Abteilung
Ministerialdirektor Dr. Gorenflos

300 Grundsatz- und Koordinierungsfragen
VLRin I Dr. Vollmar

301 Humanitäre Hilfe, ausländische Flüchtlinge
VLR I Dr. Bartels

31 Beauftragter für Nah- und Mittelostpolitik
Ministerialdirigent Montfort

32 Beauftragter für Afrikapolitik
Ministerialdirigent Haas

33 Beauftragter für Lateinamerikapolitik
Ministerialdirigent Dr. Limmer

34 Beauftragter für Asienpolitik
Ministerialdirigent Dr. Petersen

310 Naher Osten
VLR I Dr. Fiedler

311 Mittlerer Osten, Maghreb
VLR I Schlagintweit

320 Ost- und Südafrika
VLR I Dr. Vergau

321 West- und Zentralafrika
VLR I Haferkamp

330 Argentinien, Uruguay, Paraguay, Brasilien, Karibischer Raum
VLR I Dr. Hoff

331 Andenstaaten und Mittelamerika
VLR I Dr. Martius

340 Süd- und Südostasien
VLR I Freiherr von Pfetten-Arnbach

341 Ostasien, Australien, Neuseeland, Ozeanien
VLR I Bente

4 Abteilung für Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungspolitik und europäische wirtschaftliche Integration
Ministerialdirektor Dr. Fischer

Unterabteilung 40
Ministerialdirigent Dr. Matthias

400 Außenpolitische Grundsätze der Entwicklungspolitik, Grundsätze der Kapitalhilfe; Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften
VLR I Dr. Reichenbaum

401 Außenpolitische Fragen und Grundsätze der Technischen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern; UNIDO, UNDP
VLR I Dr. Enzweiler

402 Grundsätze des Nord-Süd-Dialogs; Multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen der VN, insbesondere UNCTAD und ECE; Internationale Rohstoffpolitik; Nahrungsmittelhilfe
VLR Evertz

405 Internationale Energiepolitik; Energiewirtschaftliche Beziehungen zu Förder- und Verbraucherländern; Energiefragen in internationalen Organisationen
VLR I Dr. Dieckmann

Unterabteilung 41
Ministerialdirigent Dr. Ungerer

410 Europäische Gemeinschaften: Grundsatzfragen, Institutionen, Beitritte, EG-Haushalt; Beziehungen zu den Staaten des Mittelmeerraums, Afrikas und den übrigen AKP-Staaten
VLR I Dr. von Kyaw

411 Europäische Gemeinschaften: Handels- und Agrarpolitik, Beziehungen zu den Staaten der EFTA (außer Portugal), den außereuropäischen Industrieländern, den Staatshandelsländern, Lateinamerika (außer AKP), Asien; GATT
VLR I Dr. Randermann

412 Europäische Wirtschafts- und Währungspolitik; Industrie-, Wettbewerbs-, Regional-, Sozial-, Energie- und Verkehrspolitik der EG; EGKS; Fragen der Weltwirtschaftslage; Internationale Währungspolitik; IWF; OECD
VLR I Dr. Heinichen

413 Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der friedlichen Nutzung der Kernenergie (insbesondere EURATOM), der Energieforschung und der Weltraumerschließung
VLR I Rouget

414 Internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der naturwissenschaftlichen Forschung, der technologischen Entwicklung, der Ozeanographie und der Umweltprobleme
VLR I Graf von Brühl

Unterabteilung 42
Ministerialdirigent Freiherr von Stein

420 Wirtschaftsbeziehungen zum Westen
VLR I Vogeler

421 Wirtschaftsbeziehungen West-Ost
VLR I Sieger

422 Grundsatzfragen der Außenwirtschaftspolitik; Außenhandelsförderung; Gewährleistungen im Außenhandel und Kapitalexport; Rüstungsexportpolitik
VLR I Dr. Henze

423 Verkehrspolitik, Post- und Fernmeldewesen, Fremdenverkehr
VLR I Dr. M. Schmidt

5 Rechtsabteilung
Ministerialdirektor Dr. Fleischhauer
Völkerrechtsberater

Vertreter
Ministerialdirigent Dr. Bertele

500 Allgemeines Völkerrecht
VLR I Dr. Oesterhelt

501 Völkerrechtliche Verträge
VLR I Dr. Treviranus

502 Recht der diplomatischen und konsularischen Beziehungen und der Beziehungen zu internationalen Organisationen
VLR I Dr. Pohris

50 Arbeitsstab Seerechtskonferenz
VLR I Dr. Eitel

510 Staats- und Verwaltungsrecht
VLR I Dr. Wersdörfer

511 Strafrecht, Steuer- und Zollrecht
VLR I Dr. Lohse

512 Zivilrecht, Handels- und privates Wirtschaftsrecht
VLR I Dr. von Hassell

513 Arbeits- und Sozialrecht; Aussiedlung Deutscher und Volksdeutscher, Hilfe für Deutsche im Ausland
VLR I Dr. Jestaedt

514 Kriegsfolgen: Aus Krieg und Besatzung entstandene Fragen, Truppenstationierung, Auslandsvermögen, Auslandsschulden, Wiedergutmachung, Grenzen der Bundesrepublik Deutschland
VLR I Dr. Rötger

6 Abteilung für auswärtige Kulturpolitik
Ministerialdirektor Dr. K. Müller

Vertreter
1. Vertreter: Ministerialdirigent Dr. Witte
2. Vertreter: VLR I Dr. Kullak-Ublick

600 Grundsatzfragen, Gesamtplanung, kulturpolitische Öffentlichkeitsarbeit, Förderung der deutschen Sprache, Gästeprogramm
VLR I Dr. Koppenhöfer

610 Regionale Planung und Koordinierung, Kulturabkommen
VLR I Dr. Kalkbrenner

610 B
Büro des Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französische Zusammenarbeit – Arbeitseinheit I –
VLRin Dr. Gräfin Strachwitz

611 Multilaterale Zusammenarbeit
VLR I von Kerßenbrock von Krosigk

620 Auslandsschulen, Schulwesen
VLR I Wagner

621 Wissenschaft und Hochschulen, Deutsches Archäologisches Institut
VLRin I Dr. Theodor

630 Kulturinstitute, Deutsch-ausländische Kulturgesellschaften
VLR I Sell

631 Darstellende Kunst, Musik; Bildende Kunst
VLR I Dr. Schött

632 Literatur und Buchwesen; Film, Fernsehen, Rundfunk
VLR I Dr. Arens

640 Gesellschaftliche Gruppen, Internationale Gesellschaftspolitische Zusammenarbeit, Maßnahmen und Fragen der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung
VLR I Dr. Schlingensiepen

641 Jugend, Sport, Kirchen
VLR I Dr. Siefker

7 Protokoll
Botschafter
Graf Finck von Finckenstein

Vertreter
Gesandter von Bredow

700 Staatsbesuche, Veranstaltungen
VLR Dr. Messer

701 Fremde Missionen und Konsulate, Zeremoniell, Orden
VLR Metzger